Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2219

22.3.2024

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 20. März 2024

über die dienstfreien Tage, die den in Brüssel und Luxemburg Dienst leistenden Beamtinnen und Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Union für das Jahr 2025 gewährt werden

(C/2024/2219)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf das Statut der Beamten der Europäischen Union und die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union („BBSB"), festgelegt durch die Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 des Rates ([1]), insbesondere auf Artikel 61 des Statuts sowie die Artikel 16 und 91 der BBSB,

gestützt auf die einheitliche Regelung zur Festlegung der Liste der dienstfreien Tage der Beamten der Europäischen Gemeinschaften ([2]), insbesondere auf Artikel 1 Absatz 3,

nach Stellungnahme der Personalvertretung,

nach Stellungnahme des Statutsbeirats,

nach Stellungnahme des Kollegiums der Verwaltungschefs,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Nach Artikel 61 des Statuts der Beamten der Europäischen Union und den Artikeln 16 und 91 der BBSB sollte das Verzeichnis der dienstfreien Tage im Jahr 2025 für in Brüssel und Luxemburg Dienst leistende Beamtinnen und Beamten und sonstige Bedienstete angenommen werden.

(2) Im Jahr 2025 fällt der Ostersonntag auf den 20. April.

(3) Im Jahr 2025 ist der 24. Dezember ein Mittwoch —

BESCHLIEßT:

Einziger Artikel

Die den in Brüssel und Luxemburg Dienst leistenden Beamtinnen und Beamten und sonstigen Bediensteten im Jahr 2025 gewährten dienstfreien Tage werden wie folgt festgesetzt:

1. Januar	Neujahr
2. Januar	Tag nach Neujahr
17. April	Gründonnerstag
18. April	Karfreitag
21. April	Ostermontag
1. Mai	Tag der Arbeit
9. Mai	Jahrestag der Erklärung von Robert Schuman im Jahr 1950
29. Mai	Christi Himmelfahrt
30. Mai	Tag nach Christi Himmelfahrt
9. Juni	Pfingstmontag

([1]) ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 1.
([2]) SEK(66) 3621.

23. Juni*	Luxemburgischer Nationalfeiertag * wird den Beamtinnen und Beamten und sonstigen Bediensteten mit Dienstort Luxemburg gewährt
21. Juli**	Belgischer Nationalfeiertag ** wird den Beamtinnen und Beamten und sonstigen Bediensteten mit Dienstort Brüssel gewährt
15. August	Mariä Himmelfahrt
24. Dezember bis zum 31. Dezember	Jahresende: 6 Tage
2025 INSGESAMT	**18 Tage**

Geschehen zu Brüssel am 20. März 2024.

Für die Kommission
Mitglied der Kommission
Johannes HAHN

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1772

22.3.2024

P9_TA(2023)0297

Mehrjähriger Bewirtschaftungsplan für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2023 zu dem Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines mehrjährigen Bewirtschaftungsplans für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1936/2001, (EU) 2017/2107 und (EU) 2019/833 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2016/1627 (08143/1/2023 — C9-0222/2023 — 2019/0272(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: zweite Lesung)

(C/2024/1772)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf den Standpunkt des Rates in erster Lesung (08143/1/2023 — C9-0222/2023),

— unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 7. Mai 2020 ([1]),

— unter Hinweis auf seinen Standpunkt in erster Lesung ([2]) zu dem Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2019)0619),

— gestützt auf Artikel 294 Absatz 7 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

— unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 74 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde,

— gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf die Empfehlung des Fischereiausschusses für die zweite Lesung (A9-0243/2023),

1. billigt den Standpunkt des Rates in erster Lesung;

2. stellt fest, dass der Gesetzgebungsakt entsprechend dem Standpunkt des Rates erlassen wird;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Gesetzgebungsakt mit dem Präsidenten des Rates gemäß Artikel 297 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu unterzeichnen;

4. beauftragt seinen Generalsekretär, den Gesetzgebungsakt zu unterzeichnen, nachdem überprüft worden ist, dass alle Verfahren ordnungsgemäß abgeschlossen worden sind, und im Einvernehmen mit der Generalsekretärin des Rates die Veröffentlichung des Gesetzgebungsakts im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu veranlassen;

5. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

([1]) ABl. C 232 vom 14.7.2020, S. 36.
([2]) ABl. C 506 vom 15.12.2021, S. 160.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1773

22.3.2024

P9_TA(2023)0298

Kennzeichnung von ökologischem/biologischem Heimtierfutter

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2023 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Kennzeichnung von ökologischem/biologischem Heimtierfutter (COM(2022)0659 — C9-0396/2022 — 2022/0390(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

(C/2024/1773)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2022)0659),

— unter Hinweis auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 43 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C9-0396/2022),

— gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

— unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 24. Januar 2023 [1],

— unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 74 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 12. Juni 2023 gemachte Zusage, den Standpunkt des Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

— gestützt auf Artikel 59 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf das Schreiben des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit,

— unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (A9-0159/2023),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat, der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

P9_TC1-COD(2022)0390

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 12. September 2023 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2023/… des Europäischen Parlaments und des Rates über die Kennzeichnung von ökologischem/biologischem Heimtierfuttermittel

(Da Parlament und Rat eine Einigung erzielt haben, entspricht der Standpunkt des Parlaments dem endgültigen Rechtsakt, Verordnung (EU) 2023/2419.)

---

[1] ABl. C 140 vom 21.4.2023, S. 55.

C/2024/1774

22.3.2024

P9_TA(2023)0299

Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Verwendung beim Menschen bestimmte Substanzen menschlichen Ursprungs

Abänderungen des Europäischen Parlaments vom 12. September 2023 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Verwendung beim Menschen bestimmte Substanzen menschlichen Ursprungs und zur Aufhebung der Richtlinien 2002/98/EG und 2004/23/EG (COM(2022)0338 — C9-0226/2022 — 2022/0216(COD)) ([1])

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

(C/2024/1774)

Abänderung 1

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Im Zusammenhang mit Artikel 168 Absatz 4 Buchstabe a AEUV sollten ***die*** Standards für die Sicherheit und Qualität von Organen und SoHO, Blut und Blutderivaten ein hohes Gesundheitsschutzniveau ***sicherstellen***. Daher zielt diese Verordnung darauf ab, hohe ***Standards*** festzulegen, indem ***sie*** unter anderem ***den*** Schutz der SoHO-Spender — unter Berücksichtigung ihrer entscheidenden Rolle für die Bereitstellung von SoHO und für die Empfänger — sowie Maßnahmen zur Überwachung und Unterstützung der ausreichenden Versorgung mit SoHO, die für die Gesundheit der Patienten kritisch sind, ***sicherstellt***.	(3) Im Zusammenhang mit Artikel 168 Absatz 4 Buchstabe a AEUV sollten ***mit den*** Standards für die Sicherheit und Qualität von Organen und SoHO, Blut und Blutderivaten ein hohes Gesundheitsschutzniveau ***sichergestellt werden***. Daher zielt diese Verordnung darauf ab, hohe ***Qualitäts- und Sicherheitsstandards*** festzulegen, indem unter anderem ***der*** Schutz der SoHO-Spender — unter Berücksichtigung ihrer entscheidenden Rolle für die Bereitstellung von SoHO und für die Empfänger — sowie Maßnahmen zur Überwachung und Unterstützung der ausreichenden Versorgung mit SoHO, die für die Gesundheit der Patienten kritisch sind, ***sichergestellt wird. Gemäß Artikel 3 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sollten diese Sicherheitsstandards auf dem Grundprinzip beruhen, dass der Körper des Menschen oder Teile davon nicht zur Erzielung von Gewinnen verwendet werden dürfen.***

([1]) Der Gegenstand wurde gemäß Artikel 59 Absatz 4 Unterabsatz 4 der Geschäftsordnung zu interinstitutionellen Verhandlungen an den zuständigen Ausschuss zurücküberwiesen (A9-0250/2023).

Abänderung 2

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Die Richtlinien 2002/98/EG ([16]) und 2004/23/EG ([17]) des Europäischen Parlaments und des Rates bilden den Rechtsrahmen der Union für Blut bzw. für Gewebe und Zellen. Obwohl diese Richtlinien die Vorschriften der Mitgliedstaaten im Bereich der Sicherheit und Qualität von Blut, Gewebe und Zellen bis zu einem gewissen Grad harmonisiert haben, sehen sie für die Mitgliedstaaten zahlreiche Optionen und Möglichkeiten vor, die eigenen Vorschriften anzuwenden. Daraus ergeben sich Unterschiede zwischen den nationalen Vorschriften, die ***den grenzüberschreitenden*** Austausch dieser Substanzen ***behindern können. Es ist*** eine grundlegende Überarbeitung dieser Richtlinien erforderlich, um einen soliden, transparenten, aktuellen und nachhaltigen Rechtsrahmen für diese Substanzen zu schaffen, ***der*** die Sicherheit und Qualität für alle Beteiligten ***gewährleistet***, die Rechtssicherheit erhöht, eine kontinuierliche Versorgung ***fördert*** und gleichzeitig Innovationen zum Nutzen der öffentlichen Gesundheit erleichtert. Um eine kohärente Anwendung des Rechtsrahmens zu erreichen, ist es angezeigt, die Richtlinien 2002/98/EG und 2004/23/EG aufzuheben und durch eine Verordnung zu ersetzen.	(4) Die Richtlinien 2002/98/EG ([16]) und 2004/23/EG ([17]) des Europäischen Parlaments und des Rates bilden den Rechtsrahmen der Union für Blut bzw. für Gewebe und Zellen. Obwohl diese Richtlinien die Vorschriften der Mitgliedstaaten im Bereich der Sicherheit und Qualität von Blut, Gewebe und Zellen bis zu einem gewissen Grad harmonisiert haben, sehen sie für die Mitgliedstaaten zahlreiche Optionen und Möglichkeiten vor, die eigenen Vorschriften anzuwenden. Daraus ergeben sich Unterschiede zwischen den nationalen Vorschriften, ***durch*** die ***der grenzüberschreitende*** Austausch dieser Substanzen ***behindert werden kann.*** Eine grundlegende Überarbeitung dieser Richtlinien ***ist*** erforderlich, um einen soliden, transparenten, aktuellen und nachhaltigen Rechtsrahmen für diese Substanzen zu schaffen, ***mit dem*** die Sicherheit und Qualität für alle Beteiligten ***gewahrt***, die Rechtssicherheit erhöht ***und*** eine kontinuierliche Versorgung ***gefördert wird*** und gleichzeitig Innovationen zum Nutzen der öffentlichen Gesundheit ***und für den grenzüberschreitenden Austausch dieser Substanzen*** erleichtert ***werden***. Um eine kohärente Anwendung des Rechtsrahmens zu erreichen, ist es angezeigt, die Richtlinien 2002/98/EG und 2004/23/EG aufzuheben und durch eine Verordnung zu ersetzen.

([16]) Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2003 zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Gewinnung, Testung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung von menschlichem Blut und Blutbestandteilen und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG (ABl. L 33 vom 8.2.2003, S. 30).

([17]) Richtlinie 2004/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Spende, Beschaffung, Testung, Verarbeitung, Konservierung, Lagerung und Verteilung von menschlichen Geweben und Zellen (ABl. L 102 vom 7.4.2004, S. 48).

([16]) Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2003 zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Gewinnung, Testung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung von menschlichem Blut und Blutbestandteilen und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG (ABl. L 33 vom 8.2.2003, S. 30).

([17]) Richtlinie 2004/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Spende, Beschaffung, Testung, Verarbeitung, Konservierung, Lagerung und Verteilung von menschlichen Geweben und Zellen (ABl. L 102 vom 7.4.2004, S. 48).

Abänderung 3

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(5) Die Richtlinien 2002/98/EG und 2004/23/EG sind eng miteinander verknüpft und enthalten sehr ähnliche Bestimmungen für die Aufsicht und gleichwertige Grundsätze für die Sicherheit und Qualität in den beiden von ihnen geregelten Sektoren. Darüber hinaus betrifft die Tätigkeit vieler Behörden und Betreiber beide Sektoren. Da diese Verordnung darauf abzielt, hohe Grundsätze festzulegen, die sowohl für den Blut- als auch für den Gewebe- und Zellsektor gelten sollen, empfiehlt es sich, diese Richtlinien durch sie zu ersetzen und die überarbeiteten Bestimmungen in einem einzigen Rechtsakt zusammenzufassen.	(5) Die Richtlinien 2002/98/EG und 2004/23/EG sind eng miteinander verknüpft und enthalten sehr ähnliche Bestimmungen für die Aufsicht und gleichwertige Grundsätze für die Sicherheit und Qualität in den beiden von ihnen geregelten Sektoren. Darüber hinaus betrifft die Tätigkeit vieler Behörden und Betreiber beide Sektoren. Da diese Verordnung darauf abzielt, hohe Grundsätze festzulegen, die sowohl für den Blut- als auch für den Gewebe- und Zellsektor gelten sollen, empfiehlt es sich, diese Richtlinien durch sie zu ersetzen und die überarbeiteten Bestimmungen in einem einzigen Rechtsakt zusammenzufassen***, wobei es die Besonderheiten jeder einzelnen Substanz, wie sie in den in dieser Verordnung genannten technischen Leitlinien anerkannt sind, zu berücksichtigen gilt***.

Abänderung 4

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 9

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(9) In den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen alle SoHO, die zur Verwendung beim Menschen bestimmt sind. SoHO können auf verschiedene Weise aufbereitet und gelagert werden und somit zu SoHO-Präparaten werden, die bei Empfängern angewendet werden können. In diesem Kontext sollte diese Verordnung für alle Tätigkeiten von der Gewinnung von Spendern bis zur Verwendung beim Menschen und der Überwachung der Ergebnisse gelten. SoHO oder SoHO-Präparate können auch zur Herstellung von Produkten verwendet werden, die durch andere Rechtsvorschriften der Union geregelt sind, oder als Ausgangs- und Rohstoffe für solche Produkte dienen, insbesondere Medizinprodukte, geregelt durch die Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates ([19]), Arzneimittel, geregelt durch die Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([20]) und durch die Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates ([21]), sowie Arzneimittel für neuartige Therapien, geregelt durch die Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates ([22]), oder Lebensmittel, geregelt durch die Verordnung (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates ([23]). Die Kriterien, nach denen sich bestimmt, wann es sich bei SoHO oder SoHO-Präparaten um Produkte handelt, die durch andere Rechtsvorschriften der Union geregelt sind, sind nicht in dieser Verordnung, sondern in diesen anderen Rechtsakten festgelegt. Darüber hinaus sollte diese Verordnung unbeschadet der Unionsvorschriften über genetisch veränderte Organismen gelten.	(9) In den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen alle SoHO, die zur Verwendung beim Menschen bestimmt sind. ***Die Artikel 53, 54, 55 und 56 dieser Verordnung sollten auch für SoHO-Spenden zu Forschungszwecken gelten.*** SoHO können auf verschiedene Weise aufbereitet und gelagert werden und somit zu SoHO-Präparaten werden, die bei Empfängern angewendet werden können. In diesem Kontext sollte diese Verordnung für alle Tätigkeiten von der Gewinnung von Spendern bis zur Verwendung beim Menschen und der Überwachung der Ergebnisse gelten. SoHO oder SoHO-Präparate können auch zur Herstellung von Produkten verwendet werden, die durch andere Rechtsvorschriften der Union geregelt sind, oder als Ausgangs- und Rohstoffe für solche Produkte dienen, insbesondere Medizinprodukte, geregelt durch die Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates ([19]), Arzneimittel, geregelt durch die Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([20]) und durch die Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates ([21]), sowie Arzneimittel für neuartige Therapien, geregelt durch die Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates ([22]), oder Lebensmittel, geregelt durch die Verordnung (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates ([23]). Die Kriterien, nach denen sich bestimmt, wann es sich bei SoHO oder SoHO-Präparaten um Produkte handelt, die durch andere Rechtsvorschriften der Union geregelt sind, sind nicht in dieser Verordnung, sondern in diesen anderen Rechtsakten festgelegt. Darüber hinaus sollte diese Verordnung unbeschadet der Unionsvorschriften über genetisch veränderte Organismen gelten.

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
([19]) Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1).	([19]) Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1).
([20]) Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 67).	([20]) Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 67).
([21]) Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 1).	([21]) Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 1).
([22]) Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über Arzneimittel für neuartige Therapien und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 (ABl. L 324 vom 10.12.2007, S. 121).	([22]) Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über Arzneimittel für neuartige Therapien und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 (ABl. L 324 vom 10.12.2007, S. 121).
([23]) Verordnung (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über den Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen sowie bestimmten anderen Stoffen zu Lebensmitteln (ABl. L 404 vom 30.12.2006, S. 26).	([23]) Verordnung (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über den Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen sowie bestimmten anderen Stoffen zu Lebensmitteln (ABl. L 404 vom 30.12.2006, S. 26).

Abänderung 5

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 10

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(10) Wenn SoHO im autologen Kontext ohne jegliche Manipulation, Verarbeitung oder Lagerung verwendet werden, stünde die Anwendung dieser Verordnung in keinem Verhältnis zu den geringen Qualitäts- und Sicherheitsrisiken, die in einem solchen Kontext auftreten. Bei der Gewinnung und Verarbeitung autologer SoHO vor der Rückübertragung auf dieselbe Person treten Risiken auf, die gemindert werden sollten. Daher müssen die angewandten Verfahren bewertet und zugelassen werden, ***um sicherzustellen, dass*** sie für den Empfänger nachweislich sicher und wirksam sind. Werden autologe SoHO gewonnen und anschließend verarbeitet und auch gelagert, ergeben sich Risiken auch im Zusammenhang mit Kreuzkontamination, einem Verlust der Rückverfolgbarkeit oder einer Beeinträchtigung der biologischen Eigenschaften der Substanz, die für die Wirksamkeit beim Empfänger notwendig sind. Daher sollten die Anforderungen hinsichtlich der Zulassung als SoHO-Betriebsstätte gelten.	(10) Wenn SoHO im autologen Kontext ohne jegliche Manipulation, Verarbeitung oder Lagerung verwendet werden, stünde die Anwendung dieser Verordnung in keinem Verhältnis zu den geringen Qualitäts- und Sicherheitsrisiken, die in einem solchen Kontext auftreten. ***Darüber hinaus sollte diese Verordnung nicht gelten, wenn die Handhabung von SoHO während eines chirurgischen Eingriffs innerhalb eines sterilen Bereichs oder innerhalb des geschlossenen Systems eines medizinischen Geräts erfolgt.*** Bei der Gewinnung und Verarbeitung autologer SoHO vor der Rückübertragung auf dieselbe Person treten Risiken auf, die gemindert werden sollten. Daher müssen die angewandten Verfahren bewertet und zugelassen werden, ***damit*** sie für den Empfänger nachweislich sicher und wirksam sind. Werden autologe SoHO gewonnen und anschließend verarbeitet und auch gelagert, ergeben sich Risiken auch im Zusammenhang mit Kreuzkontamination, ***Kontamination von medizinischem Personal, Kontamination***

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	durch die Umwelt, einem Verlust der Rückverfolgbarkeit oder einer Beeinträchtigung der biologischen Eigenschaften der Substanz, die für die Wirksamkeit ***oder Funktionalität*** beim Empfänger notwendig sind. Daher sollten die Anforderungen hinsichtlich der Zulassung als SoHO-Betriebsstätte gelten.

Abänderung 6

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 11

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(11) Werden SoHO zur Herstellung von Produkten, die durch andere Rechtsvorschriften der Union geregelt sind, oder als Ausgangs- und Rohstoffe für solche Produkte verwendet, sollte diese Verordnung zur Sicherstellung eines hohen Schutzniveaus und zur Förderung der Rechtsklarheit und -sicherheit in Fällen gelten, in denen die im Zusammenhang mit diesen SoHO durchgeführten Tätigkeiten nicht durch den anderen Rechtsrahmen der Union geregelt sind. Unbeschadet anderer Rechtsvorschriften der Union, insbesondere der Richtlinie 2001/83/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 726/2004, (EG) Nr. 1925/2006, (EG) Nr. 1394/2007 und (EU) 2017/745, sollte diese Verordnung mindestens für die Gewinnung und Auswahl von Spendern, die Spende, die Gewinnung und Spendertestung sowie für die Freigabe, Verteilung, Einfuhr und Ausfuhr gelten, wenn diese Tätigkeiten SoHO betreffen, und zwar bis zu dem Punkt, an dem sie an Betreiber übertragen werden, die anderen Rechtsvorschriften der Union unterliegen. Dies bedeutet, dass eine enge Interaktion zwischen diesem Rechtsrahmen und anderen damit zusammenhängenden Rechtsrahmen von entscheidender Bedeutung ist, um Kohärenz und ein lückenloses und überschneidungsfreies Zusammenspiel der einschlägigen Rechtsrahmen sicherzustellen.	(11) Werden SoHO zur Herstellung von Produkten, die durch andere Rechtsvorschriften der Union geregelt sind, oder als Ausgangs- und Rohstoffe für solche Produkte verwendet, sollte diese Verordnung zur Sicherstellung eines hohen Schutzniveaus und zur Förderung der Rechtsklarheit und -sicherheit in Fällen gelten, in denen die im Zusammenhang mit diesen SoHO durchgeführten Tätigkeiten nicht durch den anderen Rechtsrahmen der Union geregelt sind. Unbeschadet anderer Rechtsvorschriften der Union, insbesondere der Richtlinie 2001/83/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 726/2004, (EG) Nr. 1925/2006, (EG) Nr. 1394/2007 und (EU) 2017/745 ***sowie der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates ([1a])***, sollte diese Verordnung mindestens für die Gewinnung und Auswahl von Spendern, die Spende, die Gewinnung und Spendertestung sowie für die Freigabe, Verteilung, ***Abgabe,*** Einfuhr und Ausfuhr gelten, wenn diese Tätigkeiten SoHO betreffen, und zwar bis zu dem Punkt, an dem sie an Betreiber übertragen werden, die anderen Rechtsvorschriften der Union unterliegen. Dies bedeutet, dass eine enge Interaktion zwischen diesem Rechtsrahmen und anderen damit zusammenhängenden Rechtsrahmen von entscheidender Bedeutung ist, um Kohärenz und ein lückenloses und überschneidungsfreies Zusammenspiel der einschlägigen Rechtsrahmen sicherzustellen.
	([1a]) Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/20/EG (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 1).

Abänderung 7

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 13

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(13) Aufgrund des besonderen Charakters von SoHO, der sich aus ihrem menschlichen Ursprung ergibt, und der zunehmenden Nachfrage nach diesen Substanzen für die Verwendung beim Menschen oder zur Herstellung von Produkten, die durch andere Rechtsvorschriften der Union geregelt sind, oder als Ausgangs- und Rohstoffe für solche Produkte ist es erforderlich, ein hohes Gesundheitsschutzniveau für Spender und für Empfänger sicherzustellen. SoHO sollten von Personen stammen, deren Gesundheitszustand so ist, dass sich aus der Spende keine nachteiligen Auswirkungen ergeben. Diese Verordnung sollte daher Grundsätze und technische Vorschriften zur Überwachung und zum Schutz der Spender enthalten. ***Da die verschiedenen Arten von Spenden für die Spender mit Risiken unterschiedlicher Art und Tragweite verbunden sind, sollte die Überwachung der Gesundheit der Spender in einem angemessenen Verhältnis zu diesen Risiken stehen.*** Dies ist besonders wichtig, wenn sich für den Spender ***gewisse*** Gesundheitsrisiken ***daraus*** ergeben, ***dass*** zur Gewinnung der Substanz eine Vorbehandlung mit Arzneimitteln oder ein medizinischer Eingriff erfolgen muss oder ***wiederholte Spenden erforderlich sind***. ***Bei Spenden von Eizellen, Knochenmark, peripheren Blutstammzellen und Plasma sollte davon ausgegangen werden, dass sie mit einem erheblichen Risiko verbunden sind.***	(13) Aufgrund des besonderen Charakters von SoHO, der sich aus ihrem menschlichen Ursprung ergibt, und der zunehmenden Nachfrage nach diesen Substanzen für die Verwendung beim Menschen oder zur Herstellung von Produkten, die durch andere Rechtsvorschriften der Union geregelt sind, oder als Ausgangs- und Rohstoffe für solche Produkte ist es erforderlich, ein hohes Gesundheitsschutzniveau für Spender und für Empfänger sicherzustellen. SoHO sollten von Personen stammen, deren Gesundheitszustand so ist, dass sich aus der Spende keine nachteiligen Auswirkungen ***für sie*** ergeben. Diese Verordnung sollte daher Grundsätze und technische Vorschriften zur Überwachung und zum Schutz der Spender enthalten. Dies ist besonders wichtig, wenn sich für den Spender ***erhebliche*** Gesundheitsrisiken ergeben, ***etwa wenn (wie bei Eizellen)*** zur Gewinnung der Substanz eine Vorbehandlung mit Arzneimitteln oder ***(wie bei Knochenmark oder peripheren Blutstammzellen)*** ein medizinischer Eingriff erfolgen muss oder ***wenn es die Möglichkeit für häufige Spenden gibt, etwa bei Blutplasma***. ***Da die verschiedenen Arten von Spenden unterschiedliche Risiken für die Spender mit sich bringen, die unterschiedlich stark ins Gewicht fallen, sollte die Überwachung der Gesundheit der Spender in einem angemessenen Verhältnis zu diesen Risiken stehen.***

Abänderung 8

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 15

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(15) Diese Verordnung ***hindert*** die Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder einzuführen, sofern ***diese*** mit dem Unionsrecht im Einklang stehen. Die Mitgliedstaaten sollten die Kommission über diesbezügliche Maßnahmen unterrichten. Strengere Schutzmaßnahmen, die von den Mitgliedstaaten eingeführt werden, sollten ***evidenzbasiert*** und dem Risiko für die menschliche Gesundheit angemessen sein, z. B. bezogen auf allgemeine Sicherheitsbedenken und entsprechende Risiken in einem Mitgliedstaat oder auf spezifische lokale Risiken. Die Maßnahmen sollten nicht dazu führen, dass Personen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung diskriminiert werden, es sei denn, eine solche Maßnahme oder ihre Anwendung ist durch ein rechtmäßiges Ziel sachlich gerechtfertigt und die Mittel zur Erreichung dieses Ziels sind angemessen und erforderlich.	(15) ***Durch*** diese Verordnung ***werden*** die Mitgliedstaaten nicht daran ***gehindert***, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder einzuführen, sofern ***sie*** mit dem Unionsrecht im Einklang stehen ***und auf dem Grundsatz der freiwilligen und unentgeltlichen Spende beruhen***. Die Mitgliedstaaten sollten die Kommission über diesbezügliche Maßnahmen ***möglichst rasch nach deren Einführung*** unterrichten***, damit auch die anderen Mitgliedstaaten über die SoHo-Plattform der EU entsprechend informiert werden können***. Strengere Schutzmaßnahmen, die von den Mitgliedstaaten eingeführt werden, sollten ***nachweisgestützt*** und dem Risiko für die menschliche Gesundheit angemessen sein, z. B. bezogen auf allgemeine Sicherheitsbedenken und entsprechende Risiken in einem Mitgliedstaat oder auf spezifische lokale Risiken. Die Maßnahmen sollten nicht dazu führen, dass Personen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung diskriminiert werden, es sei denn, eine solche Maßnahme oder ihre Anwendung ist durch ein rechtmäßiges Ziel sachlich gerechtfertigt und ***auf wissenschaftliche Erkenntnisse gestützt und*** die Mittel zur Erreichung dieses Ziels sind angemessen und erforderlich. ***Um jegliche Diskriminierung zu verhindern, sollten die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, der Kommission alle Maßnahmen zu melden, die eine Diskriminierung darstellen könnten, zumal mehrere Mitgliedstaaten bei Blutspenden Beschränkungen für Männer eingeführt haben, die Sex mit Männern haben. Die Mitgliedstaaten sollten daher die auf der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität beruhenden Kriterien für die Spenderzulassung durch individuelle, risikobasierte Screening-Kriterien für alle Spender, unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Ausrichtung, ersetzen.***

Abänderung 9

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 16

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(16) Diese Verordnung sollte nicht mit nationalen Rechtsvorschriften im Gesundheitsbereich kollidieren, die anderen Zielen als der Qualität und Sicherheit von SoHO dienen ***und*** mit dem Unionsrecht vereinbar sind, insbesondere nicht mit Rechtsvorschriften über ethische Aspekte. Solche ethischen Aspekte ergeben sich aus dem menschlichen Ursprung der Substanzen, der verschiedene sensible und ethische Belange der Mitgliedstaaten und der Bürgerinnen und Bürger berührt, wie z. B. den Zugang zu bestimmten Dienstleistungen, für die SoHO verwendet werden. Diese Verordnung sollte auch nicht in die von den Mitgliedstaaten getroffenen ethischen Entscheidungen eingreifen. Solche ethischen Entscheidungen könnten den Einsatz oder die Einschränkung des Einsatzes bestimmter Arten von SoHO, darunter Keimzellen und embryonale Stammzellen, oder bestimmte Verwendungszwecke von SoHO betreffen. Wenn ein Mitgliedstaat die Verwendung solcher Zellen zulässt, sollte diese Verordnung in vollem Umfang gelten, um die Sicherheit und Qualität zu gewährleisten und die menschliche Gesundheit zu schützen.	(16) Diese Verordnung sollte nicht mit nationalen Rechtsvorschriften im Gesundheitsbereich kollidieren, die anderen Zielen als der Qualität und Sicherheit von SoHO dienen***, sofern diese Rechtsvorschriften*** mit dem Unionsrecht vereinbar sind, insbesondere nicht mit Rechtsvorschriften über ethische Aspekte. Solche ethischen Aspekte ergeben sich aus dem menschlichen Ursprung der Substanzen, der verschiedene sensible und ethische Belange der Mitgliedstaaten und der Bürgerinnen und Bürger berührt, wie z. B. den Zugang zu bestimmten Dienstleistungen, für die SoHO verwendet werden. Diese Verordnung sollte auch nicht in die von den Mitgliedstaaten getroffenen ethischen Entscheidungen eingreifen. ***Allerdings sollten die Entscheidungen im Einklang mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union stehen.*** Solche ethischen Entscheidungen könnten den Einsatz oder die Einschränkung des Einsatzes bestimmter Arten von SoHO, darunter Keimzellen und embryonale Stammzellen, oder bestimmte Verwendungszwecke von SoHO betreffen. Wenn ein Mitgliedstaat die Verwendung solcher Zellen zulässt, sollte diese Verordnung in vollem Umfang gelten, um die Sicherheit und Qualität zu gewährleisten und die menschliche Gesundheit zu schützen.

Abänderung 10

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 17

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(17) Diese Verordnung gilt nicht für Forschungstätigkeiten, bei denen SoHO verwendet werden, wenn diese Forschung nicht mit der Verwendung am menschlichen Körper verbunden ist, z. B. In-vitro-Forschung oder Forschung an Tieren. Hingegen sollten Substanzen menschlichen Ursprungs, wenn sie im Rahmen von Forschungsstudien am menschlichen Körper angewendet werden, die Vorschriften dieser Verordnung erfüllen.	(17) Diese Verordnung gilt nicht für Forschungstätigkeiten, bei denen SoHO verwendet werden, wenn diese Forschung nicht mit der Verwendung am menschlichen Körper verbunden ist, z. B. In-vitro-Forschung oder Forschung an Tieren***, mit Ausnahme der Bestimmungen zum Spenderschutz***. Hingegen sollten Substanzen menschlichen Ursprungs, wenn sie im Rahmen von Forschungsstudien am menschlichen Körper angewendet werden, die Vorschriften dieser Verordnung erfüllen.

Abänderung 11

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 18

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(18) Grundsätzlich sollten Programme, mit denen SoHO-Spenden gefördert werden, auf dem Grundsatz der freiwilligen und unentgeltlichen Spende, der Uneigennützigkeit des Spenders sowie der Solidarität zwischen Spender und Empfänger beruhen. Freiwillige, unentgeltliche SoHO-Spenden sind auch ein Faktor, der zu hohen Sicherheitsstandards für SoHO und somit zum Schutz der menschlichen Gesundheit ***beitragen kann***. Darüber hinaus wird anerkannt, unter anderem vom Ausschuss für Bioethik des Europarates ([24]), dass einerseits kein finanzieller Gewinn erzielt werden darf, andererseits aber ***möglicherweise sichergestellt werden muss***, dass Spendern durch ihre Spende kein finanzieller Nachteil entsteht. Um jedes Risiko eines finanziellen Nachteils auszuräumen, ist eine Entschädigung daher zulässig, die für den Spender aber niemals einen Anreiz darstellen darf, falsche Angaben zu seiner Krankengeschichte oder seinen Verhaltensweisen zu machen oder häufiger als erlaubt zu spenden, ***was*** zu Risiken für seine eigene Gesundheit und die der potenziellen Empfänger führen ***würde***. Diese Entschädigung sollte daher von den nationalen Behörden in einer Höhe festgesetzt werden, die in ihrem Mitgliedstaat ***zur Erreichung dieser Ziele*** geeignet ist.	(18) Grundsätzlich sollten Programme, mit denen SoHO-Spenden gefördert werden, auf dem Grundsatz der freiwilligen und unentgeltlichen Spende, der Uneigennützigkeit des Spenders sowie der Solidarität zwischen Spender und Empfänger beruhen. ***Diese Solidarität sollte von der lokalen und regionalen Ebene bis hin zur nationalen und Unionsebene aufgebaut werden, um die Autonomie sicherzustellen, die Verantwortung für die Spende gleichmäßig auf die Bevölkerung der Union zu verteilen und dafür zu sorgen, dass die Empfänger eine angemessene Behandlung erhalten.*** Freiwillige, unentgeltliche SoHO-Spenden sind auch ein Faktor, der zu hohen Sicherheitsstandards für SoHO und somit zum Schutz der menschlichen Gesundheit ***beiträgt und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Spendensysteme stärkt***. Darüber hinaus wird anerkannt, unter anderem vom Ausschuss für Bioethik des Europarates ([24]), dass einerseits kein finanzieller Gewinn erzielt werden darf, ***es*** andererseits aber ***akzeptabel sein kann, dafür zu sorgen***, dass ihnen durch ihre Spende kein finanzieller Nachteil entsteht. Um jedes Risiko eines finanziellen Nachteils auszuräumen, ist eine ***finanziell neutrale Entschädigung*** daher zulässig, die für den Spender aber niemals ***einen finanziellen Gewinn bringen oder*** einen Anreiz darstellen darf, falsche Angaben zu seiner Krankengeschichte oder seinen Verhaltensweisen zu machen oder ***auf eine Art und Weise zu spenden, insbesondere*** häufiger als erlaubt zu spenden, ***die*** zu Risiken für seine eigene Gesundheit und die der potenziellen Empfänger führen ***könnte***. ***Entschädigungen und Erstattungen sollten unter keinen Umständen als Anreiz für die Anwerbung von Spendern dienen, schutzbedürftige Personen in der Gesellschaft nicht der Ausbeutung aussetzen und nicht zu einem Wettbewerb zwischen SoHO-Einrichtungen um die Anwerbung von Spendern führen.*** Diese Entschädigung sollte daher ***auf quantifizierbaren Kriterien beruhen, z. B. auf der für die Spende aufgewendeten Zeit oder den nachgewiesenen Ausgaben, sowie auf transparenten Kriterien, die*** von den nationalen Behörden in einer Höhe festgesetzt werden, die in ihrem Mitgliedstaat ***gerechtfertigt und*** geeignet ist***, den Grundsatz der finanziellen Neutralität zu wahren***. ***In Anwerbungskampagnen und Anzeigen sollte nicht auf die Entschädigung hingewiesen werden, um keine Risiken für die Gesundheit von Spendern oder potenziellen Spendern zu verursachen.***
([24]) Europarat, Ausschuss für Bioethik (DH-BIO). Guide for the implementation of the principle of prohibition of financial gain with respect to the human body and its parts from living or deceased donors (Leitfaden für die Umsetzung des Grundsatzes des Verbots des finanziellen Gewinns in Bezug auf den menschlichen Körper und von lebenden oder verstorbenen Spendern stammende Teile davon) (März 2018). Abrufbar unter https://rm.coe.int/guide-financial-gain/16807bfc9a.	([24]) Europarat, Ausschuss für Bioethik (DH-BIO). Guide for the implementation of the principle of prohibition of financial gain with respect to the human body and its parts from living or deceased donors (Leitfaden für die Umsetzung des Grundsatzes des Verbots des finanziellen Gewinns in Bezug auf den menschlichen Körper und von lebenden oder verstorbenen Spendern stammende Teile davon) (März 2018). Abrufbar unter https://rm.coe.int/guide-financial-gain/16807bfc9a.

Abänderung 241

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 18 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(18a) Wie das Bioethische Komitee des Europarats festgestellt hat ([24a]), sollten Spender für ihre quantifizierbaren finanziellen und nichtfinanziellen Ausgaben und Verluste im Zusammenhang mit einer Spende entschädigt werden können. Bei der Berechnung solcher Entschädigungen sollten SoHO-Einrichtungen in der Lage sein, zwecks Bestimmung der angemessenen Höhe und Form einer den Spendern zu gewährenden Entschädigung nichtfinanzielle Variablen zu berücksichtigen, solange diese Entschädigung mit dem in dieser Verordnung vorgesehenen Grundsatz der freiwilligen und unentgeltlichen Spende vereinbar ist.

([24a]) Europarat, Bioethisches Komitee (DH-BIO): Guide for the implementation of the Principle of Prohibition of Financial Gain with respect to the human body and its parts, as such, from living or deceased donors (Leitfaden für die Umsetzung des Grundsatzes des Verbots des finanziellen Gewinns in Bezug auf den menschlichen Körper und von lebenden oder verstorbenen Spendern stammende Teile davon), März 2018. Abrufbar unter https://rm.coe.int/guide-financial-gain/16807bfc9a.

Abänderung 12

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 19

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(19) Um das Vertrauen der Öffentlichkeit in Programme für SoHO-Spenden und die SoHO-Verwendung zu wahren, sollten die Informationen, die potenziellen Spendern, Empfängern oder Ärzten über die wahrscheinliche Verwendung und den Nutzen bestimmter SoHO oder SoHO-Präparate bei der Anwendung bei Empfängern gegeben werden, zuverlässige wissenschaftliche Erkenntnisse genau wiedergeben. Damit soll sichergestellt werden, dass Spender oder ihre Familien nicht durch übertriebene Darstellungen der Vorteile zur Spende gezwungen werden und potenziellen ***Patienten*** keine falschen Hoffnungen gemacht werden, wenn sie über ihre Behandlungsmöglichkeiten entscheiden. Die Überprüfung der Einhaltung dieser Verordnung durch Aufsichtstätigkeiten ist von grundlegender Bedeutung, ***um sicherzustellen, dass*** die Ziele der Verordnung in der gesamten Union tatsächlich erreicht werden. Die Durchsetzung dieser Verordnung obliegt den Mitgliedstaaten, deren zuständige Behörden durch die Organisation von Aufsichtstätigkeiten überwachen und überprüfen sollten, ob einschlägige Anforderungen der Union tatsächlich eingehalten und wirksam durchgesetzt werden.	(19) Um das Vertrauen der Öffentlichkeit in Programme für SoHO-Spenden und die SoHO-Verwendung zu wahren, sollten die Informationen, die potenziellen Spendern, Empfängern oder Ärzten über die wahrscheinliche Verwendung und den Nutzen bestimmter SoHO oder SoHO-Präparate bei der Anwendung bei Empfängern gegeben werden, zuverlässige wissenschaftliche Erkenntnisse genau wiedergeben ***und diesen SoHO oder SoHO-Präparaten unter keinen Umständen ein Sicherheits- oder Wirksamkeitsniveau zuschreiben oder unterstellen, das nicht durch wissenschaftliche Methoden gestützt wird***. Damit soll sichergestellt werden, dass Spender oder ihre Familien nicht durch übertriebene Darstellungen der Vorteile zur Spende gezwungen werden und potenziellen ***Empfängern*** keine falschen Hoffnungen gemacht werden, wenn sie über ihre Behandlungsmöglichkeiten entscheiden. Die Überprüfung der Einhaltung dieser Verordnung durch Aufsichtstätigkeiten ist von grundlegender Bedeutung, ***damit*** die Ziele der Verordnung in der gesamten Union tatsächlich erreicht werden. Die Durchsetzung dieser Verordnung obliegt den Mitgliedstaaten, deren zuständige Behörden durch die Organisation von Aufsichtstätigkeiten überwachen und überprüfen sollten, ob einschlägige Anforderungen der Union tatsächlich eingehalten und wirksam durchgesetzt werden.

Abänderung 13

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 20

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(20) Für alle Bereiche, für die die vorliegende Verordnung gilt, sollten die Mitgliedstaaten zuständige Behörden benennen. Während die Mitgliedstaaten am besten in der Lage sind, die zuständige(n) Behörde(n) für jeden Bereich zu bestimmen, z. B. nach geografischen, thematischen oder inhaltlichen Gesichtspunkten, sollten sie auch verpflichtet werden, eine einzige nationale Behörde zu benennen, die eine angemessen koordinierte Kommunikation mit den zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten und mit der Kommission sicherstellt. Diese nationale SoHO-Behörde entspricht in Mitgliedstaaten, in denen nur eine zuständige Behörde benannt ist, dieser benannten zuständigen Behörde.	(20) Für alle Bereiche, für die die vorliegende Verordnung gilt, sollten die Mitgliedstaaten zuständige Behörden benennen. Während die Mitgliedstaaten am besten in der Lage sind, die zuständige(n) Behörde(n) für jeden Bereich zu bestimmen, z. B. nach geografischen, thematischen oder inhaltlichen Gesichtspunkten, sollten sie auch verpflichtet werden, eine einzige ***unabhängige*** nationale Behörde zu benennen, die eine angemessen koordinierte Kommunikation mit den zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten und mit der Kommission sicherstellt. Diese nationale SoHO-Behörde entspricht in Mitgliedstaaten, in denen nur eine zuständige Behörde benannt ist, dieser benannten zuständigen Behörde. ***Die Liste aller zuständigen nationalen SoHO-Behörden sollte öffentlich zugänglich gemacht werden.***

Abänderung 14

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 21

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(21) Für die Durchführung von Aufsichtstätigkeiten zur Überprüfung der ordnungsgemäßen Anwendung der SoHO-Rechtsvorschriften sollten die Mitgliedstaaten zuständige Behörden benennen, die unabhängig und unparteiisch handeln. Daher ist es wichtig, dass ihre Aufsichtsfunktion von der Durchführung von SoHO-Tätigkeiten getrennt und unabhängig ist. Insbesondere sollten die zuständigen Behörden frei von unzulässiger politischer Beeinflussung und von Einmischungen der Wirtschaft sein, die ihre operative Unparteilichkeit beeinträchtigen könnten.	(21) Für die Durchführung von Aufsichtstätigkeiten zur Überprüfung der ordnungsgemäßen Anwendung der SoHO-Rechtsvorschriften sollten die Mitgliedstaaten zuständige Behörden benennen, die unabhängig und unparteiisch handeln. Daher ist es wichtig, dass ihre Aufsichtsfunktion von der Durchführung von SoHO-Tätigkeiten getrennt und unabhängig ist. Insbesondere sollten die zuständigen Behörden frei von unzulässiger politischer Beeinflussung und von Einmischungen der Wirtschaft ***oder anderen Akteuren*** sein, die ihre operative Unparteilichkeit beeinträchtigen könnten.

Abänderung 15

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 24

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(24) Bestehen Zweifel am Regulierungsstatus einer bestimmten Substanz, eines bestimmten Produkts oder einer bestimmten Tätigkeit im Rahmen dieser Verordnung, so sollten ***sich*** die zuständigen Behörden ***mit den*** Behörden ***beraten***, die für andere einschlägige regulatorische Rahmen, d. h. für Arzneimittel, Medizinprodukte, Organe oder Lebensmittel, zuständig sind, um kohärente Verfahren für die Anwendung dieser Verordnung sicherzustellen. Die zuständigen Behörden sollten das SoHO-Koordinierungsgremium über das Ergebnis ihrer Konsultationen informieren. Werden SoHO oder SoHO-Präparate zur Herstellung von Produkten, die durch andere Rechtsvorschriften der Union geregelt sind, oder als Ausgangs- und Rohstoffe für solche Produkte verwendet, sollten die zuständigen Behörden mit den entsprechenden Behörden in ihrem Hoheitsgebiet zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit sollte darauf abzielen, einen gemeinsamen Ansatz für jegliche nachfolgende Kommunikation zwischen den für SoHO und den für andere einschlägige Sektoren zuständigen Behörden in Bezug auf die Zulassung und Überwachung von SoHO oder aus SoHO hergestellten Produkten zu vereinbaren. ***Es sollte grundsätzlich in der Verantwortung der Mitgliedstaaten liegen, im Einzelfall über den Regulierungsstatus einer Substanz, eines Produkts oder einer Tätigkeit zu entscheiden.*** Um jedoch in allen Mitgliedstaaten einheitliche Entscheidungen in Grenzfällen sicherzustellen, sollte ***die*** Kommission ***ermächtigt*** werden, von sich aus oder auf ordnungsgemäß begründeten Antrag eines Mitgliedstaats über den Regulierungsstatus einer bestimmten Substanz, eines bestimmten Produkts oder einer bestimmten Tätigkeit gemäß dieser Verordnung zu entscheiden.	(24) Bestehen Zweifel am Regulierungsstatus einer bestimmten Substanz, eines bestimmten Produkts oder einer bestimmten Tätigkeit im Rahmen dieser Verordnung, so sollten die zuständigen Behörden ***die*** Behörden ***konsultieren***, die für andere einschlägige regulatorische Rahmen, d. h. für Arzneimittel***, neuartige Therapien***, Medizinprodukte, Organe oder Lebensmittel, zuständig sind, ***sowie das SoHO-Koordinierungsgremium,*** um kohärente Verfahren für die Anwendung dieser Verordnung ***und anderer relevanter Rechtsvorschriften der Union*** sicherzustellen. Die zuständigen Behörden sollten das SoHO-Koordinierungsgremium über das Ergebnis ihrer Konsultationen informieren ***und es um eine Stellungnahme zum Regulierungsstatus des Stoffes ersuchen***. Werden SoHO oder SoHO-Präparate zur Herstellung von Produkten, die durch andere Rechtsvorschriften der Union geregelt sind, oder als Ausgangs- und Rohstoffe für solche Produkte verwendet, sollten die zuständigen Behörden mit den entsprechenden Behörden in ihrem Hoheitsgebiet zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit sollte darauf abzielen, einen gemeinsamen Ansatz für jegliche nachfolgende Kommunikation zwischen den für SoHO und den für andere einschlägige Sektoren zuständigen Behörden in Bezug auf die Zulassung und Überwachung von SoHO oder aus SoHO hergestellten Produkten zu vereinbaren. ***Die Mitgliedstaaten sollten die Stellungnahme des SoHO-Koordinierungsgremiums zum Regulierungsstatus von Substanzen respektieren.*** Um jedoch in allen Mitgliedstaaten einheitliche Entscheidungen in Grenzfällen sicherzustellen, sollte ***der*** Kommission ***die Befugnis übertragen*** werden, von sich aus oder auf ordnungsgemäß begründeten Antrag eines Mitgliedstaats ***oder des SoHO-Koordinierungsgremiums*** über den Regulierungsstatus einer bestimmten Substanz, eines bestimmten Produkts oder einer bestimmten Tätigkeit gemäß dieser Verordnung zu entscheiden.

Abänderung 16

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 26

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(26) Die Sachverständigen der Kommission sollten die ***Möglichkeit*** haben, in den Mitgliedstaaten Kontrollen, einschließlich Audits, ***durchzuführen***, um die wirksame Anwendung der einschlägigen Anforderungen der zuständigen Behörden und der Systeme für die Aufsichtstätigkeiten zu überprüfen. Die Kontrollen der Kommission sollten auch dazu dienen, die Durchsetzungspraxis sowie Durchsetzungsprobleme, Notfälle und neue Entwicklungen in den Mitgliedstaaten zu untersuchen und Informationen darüber zu sammeln. Amtliche Kontrollen sollten von Personal durchgeführt werden, das unabhängig ist, in keinem Interessenkonflikt steht und insbesondere nicht in einer Situation ist, die direkt oder indirekt seine Fähigkeit beeinträchtigen könnte, seine dienstlichen Pflichten unparteiisch zu erfüllen.	(26) Die Sachverständigen der Kommission sollten die ***notwendigen Erfahrungen und Kenntnisse*** haben, ***um*** in den Mitgliedstaaten Kontrollen, einschließlich Audits, ***durchführen zu können***, um die wirksame Anwendung der einschlägigen Anforderungen der zuständigen Behörden und der Systeme für die Aufsichtstätigkeiten zu überprüfen. Die Kontrollen der Kommission sollten auch dazu dienen, die Durchsetzungspraxis sowie Durchsetzungsprobleme, Notfälle und neue Entwicklungen in den Mitgliedstaaten zu untersuchen und Informationen darüber zu sammeln. Amtliche Kontrollen sollten von Personal durchgeführt werden, das unabhängig ist, in keinem Interessenkonflikt steht und insbesondere nicht in einer Situation ist, die direkt oder indirekt seine Fähigkeit beeinträchtigen könnte, seine dienstlichen Pflichten unparteiisch zu erfüllen.

Abänderung 17

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 27

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(27) Da SoHO-Präparate vor ihrer Freigabe ***und*** Verteilung einer Reihe von SoHO-Tätigkeiten unterzogen werden, sollten die zuständigen Behörden SoHO-Präparate bewerten und zulassen, um zu bestätigen, dass durch diese spezifische Reihe von Tätigkeiten, die auf diese spezifische Weise durchgeführt werden, durchgängig ein hohes Maß an Sicherheit, Qualität und Wirksamkeit erreicht wird. Wenn SoHO mit neu entwickelten und validierten Gewinnungs-, Testungs- oder Verarbeitungsverfahren hergestellt werden, sollte erwogen werden, einen Nachweis über die Sicherheit und Wirksamkeit für Empfänger zu erlangen, indem die Erhebung und Überprüfung von Daten zu klinischen Ergebnissen vorgeschrieben wird. Der Umfang der dabei geforderten Daten zu klinischen Ergebnissen sollte mit dem Risiko korrelieren, das mit den Tätigkeiten verbunden ist, die für dieses SoHO-Präparat und seine Verwendung durchgeführt werden. Wenn die mit einem neuen oder geänderten SoHO-Präparat verbundenen Risiken für Empfänger (bzw. für Nachkommen im Fall der medizinisch unterstützten Fortpflanzung) vernachlässigbar sind, sollten die in dieser Verordnung vorgesehenen Anforderungen an die Vigilanzberichterstattung ausreichen, um die Sicherheit und Qualität nachzuweisen. Dies sollte für bewährte SoHO-Präparate gelten, die in einer neuen SoHO-Einrichtung eingeführt werden, aber deren Sicherheit und Wirksamkeit durch ihre Verwendung in anderen Einrichtungen bereits belastbar nachgewiesen wurde.	(27) Da SoHO-Präparate vor ihrer Freigabe, Verteilung ***und Abgabe*** einer Reihe von SoHO-Tätigkeiten unterzogen werden, sollten die zuständigen Behörden SoHO-Präparate bewerten und zulassen, um zu bestätigen, dass durch diese spezifische Reihe von Tätigkeiten, die auf diese spezifische Weise durchgeführt werden, durchgängig ein hohes Maß an Sicherheit, Qualität und Wirksamkeit erreicht wird. Wenn SoHO mit neu entwickelten und validierten Gewinnungs-, Testungs- oder Verarbeitungsverfahren hergestellt werden, sollte erwogen werden, einen Nachweis über die Sicherheit und Wirksamkeit für Empfänger zu erlangen, indem die Erhebung und Überprüfung von Daten zu klinischen Ergebnissen vorgeschrieben wird. Der Umfang der dabei geforderten Daten zu klinischen Ergebnissen sollte mit dem Risiko korrelieren, das mit den Tätigkeiten verbunden ist, die für dieses SoHO-Präparat und seine Verwendung durchgeführt werden. Wenn die mit einem neuen oder geänderten SoHO-Präparat verbundenen Risiken für Empfänger (bzw. für Nachkommen im Fall der medizinisch unterstützten Fortpflanzung) vernachlässigbar sind, sollten die in dieser Verordnung vorgesehenen Anforderungen an die Vigilanzberichterstattung ausreichen, um die Sicherheit und Qualität nachzuweisen. Dies sollte für bewährte SoHO-Präparate gelten, die in einer neuen SoHO-Einrichtung eingeführt werden, aber deren Sicherheit und Wirksamkeit durch ihre Verwendung in anderen Einrichtungen bereits belastbar nachgewiesen wurde.

Abänderung 18

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 28

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(28) Für SoHO-Präparate, die ein gewisses Risiko (gering, mittel oder hoch) darstellen, sollte der Antragsteller einen Plan für die Überwachung der klinischen Ergebnisse vorschlagen, der je nach angegebenem Risiko unterschiedliche Anforderungen erfüllen sollte. Die neuesten Leitlinien des Europäischen Direktorats für die Qualität von Arzneimitteln und Gesundheitsfürsorge (European Directorate for the Quality of Medicines & HealthCare, EDQM, ein Direktorat des Europarates) sollten bei der Konzeption klinischer Folgestudien berücksichtigt werden, deren Umfang und Komplexität dem für das SoHO-Präparat ermittelten Risikograd angemessen sein sollte. Bei geringem Risiko sollte der Antragsteller zusätzlich zu der vorgeschriebenen fortlaufenden Vigilanzberichterstattung eine proaktive klinische Überwachung für eine bestimmte Anzahl von Patienten organisieren. Bei mäßigem und hohem Risiko sollte der Antragsteller zusätzlich zu der obligatorischen Vigilanzberichterstattung und der klinischen Nachbeobachtung klinische Prüfstudien mit Überwachung vorab festgelegter klinischer Endpunkte vorschlagen. Bei hohem Risiko sollten diese einen Vergleich mit Standardbehandlungen einschließen, idealerweise im Rahmen einer Studie, bei der die Probanden nach dem Zufallsprinzip einer Versuchs- und einer Kontrollgruppe zugeteilt werden. Die zuständige Behörde sollte die Pläne genehmigen, bevor sie umgesetzt werden, und die Ergebnisdaten im Rahmen der Zulassung eines SoHO-Präparats bewerten.	(28) ***Antragsteller, die Zulassung für ein SoHO-Präparat beantragen, sollten das Risikoniveau ihres SoHO-Präparats mit den Euro-GTP-II-Methoden oder gleichwertigen Instrumente bewerten. Die Antragsteller sollten die Ergebnisse der Risikobewertungen den zuständigen Behörden mitteilen, wenn sie die Zulassung beantragen.*** Für SoHO-Präparate, die ein gewisses Risiko (gering, mittel oder hoch) darstellen, sollte der Antragsteller einen Plan für die Überwachung der klinischen Ergebnisse vorschlagen, der je nach angegebenem Risiko unterschiedliche Anforderungen erfüllen sollte. Die neuesten Leitlinien des Europäischen Direktorats für die Qualität von Arzneimitteln und Gesundheitsfürsorge (European Directorate for the Quality of Medicines & HealthCare, EDQM, ein Direktorat des Europarates) sollten bei der Konzeption klinischer Folgestudien berücksichtigt werden, deren Umfang und Komplexität dem für das SoHO-Präparat ermittelten Risikograd angemessen sein sollte. Bei geringem Risiko sollte der Antragsteller zusätzlich zu der vorgeschriebenen fortlaufenden Vigilanzberichterstattung eine proaktive klinische Überwachung für eine bestimmte Anzahl von Patienten organisieren. Bei mäßigem und hohem Risiko sollte der Antragsteller zusätzlich zu der obligatorischen Vigilanzberichterstattung und der klinischen Nachbeobachtung klinische Prüfstudien mit Überwachung vorab festgelegter klinischer Endpunkte vorschlagen. Bei hohem Risiko sollten diese einen Vergleich mit Standardbehandlungen einschließen, idealerweise im Rahmen einer Studie ***gemäß der Verordnung (EU) Nr. 536/2014***, bei der die Probanden nach dem Zufallsprinzip einer Versuchs- und einer Kontrollgruppe zugeteilt werden. ***Wenn eine Standardbehandlung auf Arzneimitteln basiert oder einer Kontrollgruppe Arzneimittel verabreicht werden, sollten die Studien als klinische Prüfungen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 und ihrer Bestimmungen angesehen werden.*** Die zuständige Behörde sollte die Pläne genehmigen, bevor sie umgesetzt werden, und die Ergebnisdaten im Rahmen der Zulassung eines SoHO-Präparats bewerten.

Abänderung 19

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 28 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(28a) SoHO-Einrichtungen sollten bei den zuständigen Behörden eine Genehmigung für klinische SoHO-Studien beantragen, sowohl im Rahmen des Zulassungsverfahrens für eine neue SoHO-Behandlung als auch beim Vergleich bereits zugelassener Behandlungen. Bei klinischen SoHO-Studien sollten die Rechte, die Sicherheit, die Würde und das Wohlergehen der Patienten stets Vorrang haben, und die klinische Studie sollte so konzipiert sein, dass sie zu zuverlässigen und belastbaren Daten und Schlussfolgerungen führt.

Abänderung 20

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 29

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(29) Im Interesse der Effizienz sollte es erlaubt sein, ***Studien zu klinischen Ergebnissen*** unter Verwendung des im Arzneimittelsektor etablierten Rahmens für klinische Prüfungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates ([25]) durchzuführen, wenn die Betreiber dies wünschen. Während es den Antragstellern offensteht, die bei ***der Überwachung der*** klinischen ***Ergebnisse*** erhobenen klinischen Daten selbst zu erfassen, sollte es ihnen auch gestattet sein, bestehende klinische Datenregister zur Erfassung dieser Daten zu nutzen, wenn diese Register von der zuständigen Behörde hinsichtlich der Zuverlässigkeit ihrer Datenverwaltungsverfahren überprüft oder von einer externen Einrichtung zertifiziert wurden.	(29) Im Interesse der Effizienz sollte es erlaubt sein, ***klinische Studien*** unter Verwendung des im Arzneimittelsektor etablierten Rahmens für klinische Prüfungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates ([25]) durchzuführen, wenn die Betreiber dies wünschen. ***Die Verpflichtung, die erzielten klinischen Ergebnisse zu veröffentlichen, sollte eine Voraussetzung für klinische Studien mit SoHO sein.*** Während es den Antragstellern offensteht, die bei ***den*** klinischen ***Studien*** erhobenen klinischen Daten selbst zu erfassen, sollte es ihnen auch gestattet sein, bestehende klinische Datenregister zur Erfassung dieser Daten zu nutzen, wenn diese Register von der zuständigen Behörde hinsichtlich der Zuverlässigkeit ihrer Datenverwaltungsverfahren überprüft oder von einer externen Einrichtung zertifiziert wurden. ***Es ist von entscheidender Bedeutung, dass es ein Register klinischer Prüfungen mit SoHO auf Unionsebene gibt, um die Teilnahme von Patienten an klinischen Prüfungen zu erleichtern, Studien in mehreren Zentren zu fördern und die Zusammenarbeit auszubauen und so belastbarere Ergebnisse und Schlussfolgerungen zu erzielen, und um das generierte Wissen anderen Forschern, Angehörigen der Gesundheitsberufe, den Teilnehmern selbst und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.***

([25]) Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/20/EG (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 1).

([25]) Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/20/EG (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 1).

Abänderung 21

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 30

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(30) Um Innovationen zu erleichtern und den Verwaltungsaufwand zu verringern, sollten die zuständigen Behörden untereinander Informationen über die Zulassung neuer SoHO-Präparate und die für diese Zulassungen verwendeten Nachweise austauschen, auch zur Validierung zertifizierter Medizinprodukte, die für die Gewinnung, Verarbeitung, Lagerung oder Verwendung von SoHO bei Patienten verwendet werden. Ein solcher Informationsaustausch könnte es den Behörden ermöglichen, frühere Zulassungen anzuerkennen, die anderen Einrichtungen, auch in anderen Mitgliedstaaten, erteilt wurden, und so die Anforderungen an die Erbringung von Nachweisen erheblich verringern.	(30) Um Innovationen zu erleichtern und den Verwaltungsaufwand zu verringern, sollten die zuständigen Behörden untereinander, ***über die SoHo-Plattform der EU,*** Informationen über die Zulassung neuer SoHO-Präparate und die für diese Zulassungen verwendeten Nachweise austauschen, auch zur Validierung zertifizierter Medizinprodukte, die für die Gewinnung, Verarbeitung, Lagerung oder Verwendung von SoHO bei Patienten verwendet werden. Ein solcher Informationsaustausch könnte es den Behörden ermöglichen, frühere Zulassungen anzuerkennen, die anderen Einrichtungen, auch in anderen Mitgliedstaaten, erteilt wurden, und so die Anforderungen an die Erbringung von Nachweisen erheblich verringern. ***Die zuständigen Behörden sollten außerdem über die SoHo-Plattform der EU Informationen über klinische Studien austauschen.***

Abänderung 22

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 32

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(32) Die zuständigen Behörden sollten die in ihrem Hoheitsgebiet registrierten SoHO-Einrichtungen überprüfen und sicherstellen, dass diejenigen Einrichtungen, in denen sowohl die Verarbeitung als auch die Lagerung von SoHO erfolgt, vor Aufnahme dieser Tätigkeiten inspiziert und als SoHO-Betriebsstätten zugelassen werden. Die Zulassung als SoHO-Betriebsstätte sollte sich auf die juristische Person beziehen, auch wenn eine SoHO-Betriebsstätte mehrere physische Standorte hat. Für die SoHO-Tätigkeiten in SoHO-Einrichtungen, die nicht der Definition einer SoHO-Betriebsstätte entsprechen, sollten die zuständigen Behörden die Auswirkungen auf die Sicherheit, Qualität und Wirksamkeit prüfen und entscheiden, ob bestimmte Einrichtungen aufgrund des mit ihren Tätigkeiten verbundenen Risikos oder Umfangs eine Zulassung als Betriebsstätte benötigen. Ebenso könnten SoHO-Einrichtungen, die hinsichtlich der Einhaltung von Melde- oder anderen Pflichten eine negative Vorgeschichte haben, geeignete Kandidaten für eine Zulassung als SoHO-Betriebsstätte sein.	(32) Die zuständigen Behörden sollten die in ihrem Hoheitsgebiet registrierten SoHO-Einrichtungen ***regelmäßig*** überprüfen und sicherstellen, dass diejenigen Einrichtungen, in denen sowohl die Verarbeitung als auch die Lagerung von SoHO erfolgt, vor Aufnahme dieser Tätigkeiten inspiziert und als SoHO-Betriebsstätten zugelassen werden. Die Zulassung als SoHO-Betriebsstätte sollte sich auf die juristische Person beziehen, auch wenn eine SoHO-Betriebsstätte mehrere physische Standorte hat. Für die SoHO-Tätigkeiten in SoHO-Einrichtungen, die nicht der Definition einer SoHO-Betriebsstätte entsprechen, sollten die zuständigen Behörden die Auswirkungen auf die Sicherheit, Qualität und Wirksamkeit prüfen und entscheiden, ob bestimmte Einrichtungen aufgrund des mit ihren Tätigkeiten verbundenen Risikos oder Umfangs eine Zulassung als Betriebsstätte benötigen. Ebenso könnten SoHO-Einrichtungen, die hinsichtlich der Einhaltung von Melde- oder anderen Pflichten eine negative Vorgeschichte haben, geeignete Kandidaten für eine Zulassung als SoHO-Betriebsstätte sein.

Abänderung 23

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 33

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(33) Was die Standards hinsichtlich des Schutzes von Spendern, Empfängern und Nachkommen betrifft, so sollte diese Verordnung eine Normenhierarchie für deren Umsetzung vorsehen. Da Risiken und Technologien Änderungen unterworfen sind, sollte diese Normenhierarchie eine effiziente und reaktionsschnelle Übernahme der aktuellsten Leitlinien für die Umsetzung der in dieser Verordnung festgelegten Standards erleichtern. Wenn zu bestimmten Verfahren keine Unionsvorschriften bestehen, die zur Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Standards anzuwenden und zu befolgen sind, sollte im Rahmen dieser Hierarchie die Einhaltung der Leitlinien des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (European Centre for Disease Prevention and Control, ECDC) und des EDQM als Möglichkeit betrachtet werden, die Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Standards ***zur Gewährleistung eines hohen Maßes*** an Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit nachzuweisen. SoHO-Einrichtungen sollte es gestattet sein, andere Leitlinien zu befolgen, sofern nachgewiesen wurde, dass ***mit diesen*** anderen Leitlinien das gleiche Maß an Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit erreicht wird. Bei technischen Detailfragen, für die weder das Unionsrecht noch das ECDC oder das EDQM technische Leitlinien oder Vorschriften festgelegt haben, sollten die Betreiber eine lokal festgelegte Vorschrift anwenden, die mit den einschlägigen international anerkannten Leitlinien und wissenschaftlichen Erkenntnissen im Einklang steht und geeignet ist, ein ermitteltes Risiko zu mindern.	(33) Was die Standards hinsichtlich des Schutzes von Spendern, Empfängern und Nachkommen betrifft, so sollte diese Verordnung eine Normenhierarchie für deren Umsetzung vorsehen. Da Risiken und Technologien Änderungen unterworfen sind, sollte diese Normenhierarchie eine effiziente und reaktionsschnelle Übernahme der aktuellsten***, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhenden*** Leitlinien für die Umsetzung der in dieser Verordnung festgelegten Standards erleichtern. Wenn zu bestimmten Verfahren keine Unionsvorschriften bestehen, die zur Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Standards anzuwenden und zu befolgen sind, sollte im Rahmen dieser Hierarchie die Einhaltung der Leitlinien des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (European Centre for Disease Prevention and Control, ECDC) und des EDQM als Möglichkeit betrachtet werden, die Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Standards nachzuweisen. ***Die Mitgliedstaaten sollten entscheiden können, dass es SoHO-Einrichtungen gestattet ist, andere anerkannte Leitlinien zu befolgen, sofern nachgewiesen wurde, dass diese anderen Leitlinien auf den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen und mit ihnen das gleiche Maß an Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit erreicht wird. Die Mitgliedstaaten sollten sowohl in die Ausarbeitung dieser Leitlinien als auch in die Abstimmung darüber einbezogen werden und ein transparentes Verfahren zur Konsultation mit anderen einschlägigen Behörden und Interessenträgern der Union befolgen.*** SoHO-Einrichtungen sollte es gestattet sein, andere Leitlinien zu befolgen, sofern nachgewiesen wurde, dass ***diese*** anderen Leitlinien ***auf den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen und dass mit ihnen*** das gleiche Maß an Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit erreicht wird. Bei technischen Detailfragen, für die weder das Unionsrecht noch das ECDC oder das EDQM technische Leitlinien oder Vorschriften festgelegt haben, sollten die Betreiber eine lokal festgelegte Vorschrift anwenden, die mit den einschlägigen international anerkannten Leitlinien und wissenschaftlichen Erkenntnissen im Einklang steht und geeignet ist, ein ermitteltes Risiko zu mindern. ***Bei Bewertung wissenschaftlicher Leitlinien ist es wichtig, dass die Kommission, das ECDC und das EDQM bestehende Wissenschaftsverbände sowie Spender- und Patientenschutzorganisationen einbeziehen.***

Abänderung 24

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 35

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(35) Das EDQM ist ein struktureller Teil des Europarates und führt seine Arbeit im Rahmen des Teilabkommens über das Europäische Arzneibuch aus. Der Wortlaut des Übereinkommens über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuchs (ETS Nr. 050), das mit dem Beschluss 94/358/EG des Rates ([26]) angenommen wurde, gilt als Wortlaut des Teilabkommens über das Europäische Arzneibuch. Die Mitgliedstaaten des Europarates, die das Übereinkommen über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuchs unterzeichnet und ratifiziert haben, sind ***die*** Mitgliedstaaten des Teilabkommens über das Europäische Arzneibuch und damit Mitglieder der zwischenstaatlichen Gremien, die im Rahmen dieses Teilabkommens tätig sind, unter anderem die Europäische Arzneibuchkommission, der Europäische Ausschuss für Organtransplantation (CD-P-TO), der Europäische Ausschuss für Bluttransfusionen (CD-P-TS) und der Europäische Ausschuss für Arzneimittel und Pharmazeutische Betreuung (CD-P-PH). Das Übereinkommen über die Ausarbeitung des Europäischen Arzneibuchs wurde von der Europäischen Union und allen ihren Mitgliedstaaten unterzeichnet und ratifiziert, die alle in den entsprechenden zwischenstaatlichen Gremien vertreten sind. In diesem Zusammenhang sollte die Mitwirkung des EDQM an der Entwicklung und Aktualisierung von Leitlinien für die Sicherheit und Qualität von Blut, Gewebe und Zellen als wichtiger Beitrag im Bereich der SoHO in der Union angesehen werden und in dieser Verordnung Berücksichtigung finden. Die Leitlinien befassen sich mit Qualitäts- und Sicherheitsfragen, die über die Risiken der Übertragung übertragbarer Krankheiten hinausgehen, wie z. B. Kriterien für die Eignung von Spendern zur Verhinderung der Weitergabe von Krebs und anderen nicht übertragbaren Krankheiten sowie die Sicherstellung der Sicherheit und Qualität bei der Gewinnung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung. Daher sollte die Möglichkeit bestehen, diese Leitlinien als ein Instrument zur Umsetzung der in dieser Verordnung vorgesehenen technischen Standards zu verwenden.	(35) Das EDQM ist ein struktureller Teil des Europarates und führt seine Arbeit im Rahmen des Teilabkommens über das Europäische Arzneibuch aus. Der Wortlaut des Übereinkommens über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuchs (ETS Nr. 050), das mit dem Beschluss 94/358/EG des Rates ([26]) angenommen wurde, gilt als Wortlaut des Teilabkommens über das Europäische Arzneibuch. Die Mitgliedstaaten des Europarates, die das Übereinkommen über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuchs unterzeichnet und ratifiziert haben, sind ***außerdem*** Mitgliedstaaten des Teilabkommens über das Europäische Arzneibuch und damit Mitglieder der zwischenstaatlichen Gremien, die im Rahmen dieses Teilabkommens tätig sind, unter anderem die Europäische Arzneibuchkommission, der Europäische Ausschuss für Organtransplantation (CD-P-TO), der Europäische Ausschuss für Bluttransfusionen (CD-P-TS) und der Europäische Ausschuss für Arzneimittel und Pharmazeutische Betreuung (CD-P-PH). Das Übereinkommen über die Ausarbeitung des Europäischen Arzneibuchs wurde von der Europäischen Union und allen ihren Mitgliedstaaten unterzeichnet und ratifiziert, die alle in den entsprechenden zwischenstaatlichen Gremien vertreten sind. In diesem Zusammenhang sollte die Mitwirkung des EDQM an der Entwicklung und Aktualisierung von Leitlinien für die Sicherheit und Qualität von Blut, Gewebe und Zellen als wichtiger Beitrag im Bereich der SoHO in der Union angesehen werden und ***unbeschadet der rechtlichen Eigenständigkeit der Union*** in dieser Verordnung Berücksichtigung finden. Die Leitlinien befassen sich mit Qualitäts- und Sicherheitsfragen, die über die Risiken der Übertragung übertragbarer Krankheiten hinausgehen, wie z. B. Kriterien für die Eignung von Spendern zur Verhinderung der Weitergabe von Krebs und anderen nicht übertragbaren Krankheiten sowie die Sicherstellung der Sicherheit und Qualität bei der Gewinnung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung. Daher sollte die Möglichkeit bestehen, diese Leitlinien als ein Instrument zur Umsetzung der in dieser Verordnung vorgesehenen technischen Standards zu verwenden. ***Die Kommission sollte mit dem EDQM eine Vereinbarung in Bezug auf die Transparenz der Mitgliedschaft und der Ergebnisse sowie die Vorschriften über Interessenkonflikte für Sachverständige und Interessenträger schließen, die an der Ausarbeitung von EDQM-Leitlinien beteiligt sind. Bei dieser Zusammenarbeit sollte die Eigenständigkeit des Unionsrechts unberührt bleiben und den Grundsätzen der Union in Bezug auf die Transparenz und Beteiligung von Interessenträgern Rechnung getragen werden.***
([26]) Beschluss 94/358/EG des Rates vom 16. Juni 1994 zur Annahme des Übereinkommens über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuchs im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 158 vom 25.6.1994, S. 17).	([26]) Beschluss 94/358/EG des Rates vom 16. Juni 1994 zur Annahme des Übereinkommens über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuchs im Namen der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 158 vom 25.6.1994, S. 17).

Abänderung 25

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 36

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(36) Das ECDC, das durch die Verordnung (EG) Nr. 851/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates ([27]) eingerichtet wurde, ist eine Agentur der Union mit dem Auftrag, den Schutz vor übertragbaren Krankheiten in Europa zu stärken. Die Mitwirkung des ECDC an der Entwicklung und Aktualisierung von Leitlinien für die Sicherheit ***und*** Qualität von SoHO unter dem Gesichtspunkt der Bedrohung durch übertragbare Krankheiten sollte als wichtiger Beitrag im Bereich der SoHO in der Union angesehen werden und in dieser Verordnung Berücksichtigung finden. Darüber hinaus richtete das ECDC ein Expertennetzwerk für die mikrobielle Sicherheit von SoHO ein, das die Umsetzung der in der Verordnung (EG) Nr. 851/2004 festgelegten Anforderungen an die Beziehungen des ECDC zu den Mitgliedstaaten der Union und den EWR-Mitgliedstaaten in Bezug auf die strategische und operative Zusammenarbeit in technischen und wissenschaftlichen Fragen, Überwachungstätigkeiten, die Reaktion auf Gesundheitsbedrohungen, wissenschaftliche Stellungnahmen, wissenschaftliche und technische Unterstützung, die Erhebung von Daten, die Identifizierung neu auftretender Gesundheitsbedrohungen und öffentliche Informationskampagnen im Zusammenhang mit der Sicherheit von SoHO sicherstellt. Dieses SoHO-Expertennetzwerk sollte Auskünfte oder Beratung in Bezug auf relevante Ausbrüche übertragbarer Krankheiten erteilen, insbesondere in Bezug auf die Eignung und Testung von Spendern und die Untersuchung schwerwiegender unerwünschter Ereignisse, bei denen der Verdacht auf Übertragung einer übertragbaren Krankheit besteht.	(36) Das ECDC, das durch die Verordnung (EG) Nr. 851/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates ([27]) eingerichtet wurde, ist eine Agentur der Union mit dem Auftrag, den Schutz vor übertragbaren Krankheiten in Europa zu stärken. Die Mitwirkung des ECDC an der Entwicklung und Aktualisierung von Leitlinien für die Sicherheit, Qualität ***und Nachhaltigkeit*** von SoHO unter dem Gesichtspunkt der Bedrohung durch übertragbare Krankheiten sollte als wichtiger Beitrag im Bereich der SoHO in der Union angesehen werden und in dieser Verordnung Berücksichtigung finden. Darüber hinaus richtete das ECDC ein Expertennetzwerk für die mikrobielle Sicherheit von SoHO ein, das die Umsetzung der in der Verordnung (EG) Nr. 851/2004 festgelegten Anforderungen an die Beziehungen des ECDC zu den Mitgliedstaaten der Union und den EWR-Mitgliedstaaten in Bezug auf die ***transparente,*** strategische und operative Zusammenarbeit in technischen und wissenschaftlichen Fragen, Überwachungstätigkeiten, die Reaktion auf Gesundheitsbedrohungen, wissenschaftliche Stellungnahmen, wissenschaftliche und technische Unterstützung, die Erhebung von Daten, die Identifizierung neu auftretender Gesundheitsbedrohungen und öffentliche Informationskampagnen im Zusammenhang mit der Sicherheit von SoHO sicherstellt. Dieses SoHO-Expertennetzwerk sollte Auskünfte oder Beratung in Bezug auf relevante Ausbrüche übertragbarer Krankheiten – ***einschließlich jener, die durch den Klimawandel verschärft werden*** – erteilen, insbesondere in Bezug auf die Eignung und Testung von Spendern und die Untersuchung schwerwiegender unerwünschter Ereignisse, bei denen der Verdacht auf Übertragung einer übertragbaren Krankheit besteht.

([27]) Verordnung (EG) Nr. 851/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ABl. L 142 vom 30.4.2004, S. 1).

([27]) Verordnung (EG) Nr. 851/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ABl. L 142 vom 30.4.2004, S. 1).

Abänderung 26

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 37

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(37) Es ist erforderlich, Informations- und Sensibilisierungskampagnen über die Bedeutung von SoHO auf nationaler und Unionsebene zu fördern. Mit diesen Kampagnen sollten die ***europäischen Bürgerinnen*** und ***Bürger*** dabei unterstützt werden, sich zu entscheiden, Spender zu werden, und ihren Familien oder gesetzlichen Vertretern ihren Willen hinsichtlich Spenden nach dem Tod mitzuteilen. Da es notwendig ist, die Verfügbarkeit von SoHO für medizinische Behandlungen sicherzustellen, sollten die Mitgliedstaaten die ***Spende*** von ***SoHO, einschließlich Plasma,*** mit hoher Qualität und Sicherheit fördern, ***was auch*** die ***Selbstversorgung*** in der Union ***verbessern würde***. Darüber hinaus werden die Mitgliedstaaten nachdrücklich dazu angehalten, Maßnahmen zu treffen, mit denen ein nachhaltiger Beitrag des öffentlichen und gemeinnützigen Sektors zur Bereitstellung von Diensten im Zusammenhang mit SoHO, insbesondere kritischen SoHO, und zu den damit verbundenen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten gefördert wird.	(37) Es ist erforderlich ***und für alle Beteiligten von Vorteil***, Informations- und Sensibilisierungskampagnen über die Bedeutung von SoHO auf nationaler und Unionsebene zu fördern. Mit diesen Kampagnen ***sollte eine möglichst breite Spenderbasis erreicht werden, damit ein widerstandsfähigeres Versorgungssystem entsteht, und darüber hinaus sollten mit ihnen*** die ***Unionsbürgerinnen*** und ***-bürger*** dabei unterstützt werden, sich zu entscheiden, Spender zu werden, und ihren Familien oder gesetzlichen Vertretern ihren Willen hinsichtlich Spenden nach dem Tod mitzuteilen. Da es notwendig ist, die Verfügbarkeit von ***und den gleichberechtigten Zugang zu*** SoHO für medizinische Behandlungen sicherzustellen, sollten die Mitgliedstaaten ***und*** die ***Union die Errichtung*** von ***öffentlichen Spendeeinrichtungen unterstützen und die freiwillige und unentgeltliche Spende von SoHO*** mit hoher Qualität und Sicherheit fördern, ***um die Gewinnungskapazitäten und*** die ***Autonomie*** in der Union ***zu verbessern***. Darüber hinaus werden die Mitgliedstaaten nachdrücklich dazu angehalten, Maßnahmen zu treffen, mit denen ein nachhaltiger Beitrag ***aller relevanten Sektoren, insbesondere*** des öffentlichen und gemeinnützigen Sektors zur Bereitstellung von Diensten im Zusammenhang mit SoHO, insbesondere kritischen SoHO, und zu den damit verbundenen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten gefördert wird.

Abänderung 27

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 37 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(37a) Die COVID-19-Pandemie kann als eine der größten Gesundheitskrisen der Union angesehen werden. Die Pandemie hat sich in einigen Ländern, deren Spendensystem auf einer geringen Zahl von Spendern beruht, die dafür häufiger spenden als anderswo, negativ auf die Widerstandsfähigkeit der Spenderbasis ausgewirkt. Diese Krise hat die Schwachstellen der Union in sehr unterschiedlichen Hinsichten deutlich gemacht, die von der mangelnden Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten, die für die Bewältigung von derlei Situationen unerlässlich ist, bis zur starken Abhängigkeit der Union von Drittländern bei der Produktion von und Versorgung mit den für die Entwicklung medizinischer Behandlungen erforderlichen Rohstoffen und Wirkstoffen reichen. Im Fall von SoHO hat sich durch die Pandemie die Zahl der Spender und der Ausfuhren aus Drittländern drastisch reduziert, was in der Union zu Engpässen bei einigen SoHO führte und Patienten einer erheblichen Gefahr aussetzte, weil sie nicht angemessen behandelt werden konnten. In diesem Zusammenhang sollten die Initiativen für eine starke Europäische Gesundheitsunion insbesondere in Bezug auf die Versorgung mit SoHO auf die Autonomie der Union hinarbeiten, um das Risiko von Engpässen vor allem bei für therapeutische Zwecke bestimmten SoHO zu begrenzen. Die gewonnenen Erkenntnisse und die daraus resultierenden Maßnahmen auf Unionsebene sollten als Grundlage für die Prävention, Erkennung und Bewältigung künftiger Gesundheitskrisen dienen. In der Verordnung (EU) 2022/2371 des Europäischen Parlaments und des Rates ([1a]) sind die zu diesem Zweck zu befolgenden Leitlinien festgelegt. Um die Autonomie der Union in Bezug auf SoHO zu erhöhen, sollten die Mitgliedstaaten dazu angehalten werden, ihre Gewinnungskapazitäten und ihre Spenderbasis für kritische SoHO, insbesondere Plasma, zu vergrößern, indem sie gemeinnützige und öffentliche Plasmaphereseprogramme entwickeln.
	([1a]) Verordnung (EU) 2022/2371 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. November 2022 zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1082/2013/EU, ABl. L 314 vom 6.12.2022, S. 26.

Abänderung 28

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 37 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(37b) Um die Autonomie und die dauerhafte Selbstversorgung mit SoHO sicherzustellen, sollten die Mitgliedstaaten nationale SoHO-Notfallpläne erstellen, in denen Maßnahmen für den Fall festgelegt sind, dass die Versorgungslage bei kritischen SoHO eine erhebliche Gefahr für die Gesundheit des Menschen darstellt oder darstellen könnte. Diese Pläne sollten Maßnahmen, auch zur Optimierung der Verwendung, die sich auf die Nachfrage nach kritischen SoHO auswirken, Ziele zur Sicherstellung der Autonomie der Versorgung mit kritischen SoHO, Strategien zur Gewinnung und Bindung von Spendern sowie Wege der Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden, Sachverständigen und einschlägigen Interessenträgern umfassen. Die nationalen SoHO-Notfallpläne und Pläne zur Sicherstellung der Kontinuität der Versorgung mit SoHO sollten durch die EU-Strategie zur Förderung der Autonomie der Union bei der Versorgung mit SoHO und den Notfallplänen bzw. den Plänen zur Sicherstellung der Kontinuität der Versorgung mit SoHO der SoHO-Einrichtungen weiter ergänzt werden, bei denen der Schwerpunkt in erster Linie auf der Überwachung der Versorgung, Berichtspflichten und dem Austausch bewährter Verfahren in der Union liegt. Darüber hinaus, sollten die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert werden, bestimmte Bereiche wie die Transfusionsmedizin als eigenständiges medizinisches Fach mit strukturierter Ausbildung zu etablieren, einschließlich medizinischer Fachschulen und Programme zur medizinischen Fortbildung für das gesamte medizinische Personal. Durch die Bereitstellung von Schulungen und die bessere Information der verschreibenden Ärzte ließe sich das Risiko einer unnötigen Verwendung von SoHO verringern. Zudem sollten die Mitgliedstaaten, wie von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlen, zusätzlich die optimale klinische Anwendung von SoHO fördern, insbesondere wenn es Alternativen gibt, mit denen die Nachfrage nach SoHO reduziert werden kann. Auf diese Weise könnten die Mitgliedstaaten das Konzept des Patient Blood Management (PBM) konkret umsetzen, mit dem die Sicherheit der Patienten erhöht wird, indem es die mit Transfusionen verbundenen Risiken minimiert und die Behandlungsergebnisse verbessert werden, während gleichzeitig eine ausreichende Blutversorgung sichergestellt und der finanzielle Druck auf das Gesundheitssystem verringert wird.

Abänderung 29

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 37 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(37c) In Fällen, in denen die Verfügbarkeit von SoHO-Präparaten oder von aus SoHO gewonnenen Produkten von potenziellen kommerziellen Interessen abhängt, wie es z. B. bei einigen aus Plasma gewonnenen Erzeugnissen der Fall ist, besteht die Gefahr, dass die Interessen der Patienten und der Forschung nicht im Vordergrund stehen. Es könnte sogar Situationen geben, in denen bestimmte, nur geringfügig rentable Produkte nicht mehr hergestellt werden, sodass sie für die Patienten schwer zugänglich sind. Ebenso könnten nur sehr geringe oder gar keine Investitionen in Forschung und Innovation im Bereich derartiger Produkte getätigt werden. Die Preise von Produkten, die aus SoHO gewonnenen werden, die aus freiwilligen und unentgeltlichen Spenden stammen, sollten fair und transparent sein. Bei bestimmten wenig rentablen Produkten sollten die Mitgliedstaaten Forschung und Innovation fördern und sicherstellen, dass derartige Produkte weiterhin hergestellt werden.

Abänderung 30

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 38

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(38) Um eine koordinierte Anwendung dieser Verordnung zu fördern, sollte ein SoHO-Koordinierungsgremium eingerichtet werden. Die Kommission sollte sich an seinen Tätigkeiten beteiligen und den Vorsitz führen. Das SoHO-Koordinierungsgremium sollte dazu beitragen, die Anwendung dieser Verordnung in der gesamten Union zu koordinieren, indem es unter anderem die Mitgliedstaaten bei der Durchführung von SoHO-Aufsichtstätigkeiten unterstützt. Das SoHO-Koordinierungsgremium sollte sich aus Personen zusammensetzen, die von den Mitgliedstaaten auf der Grundlage ihrer Rolle und ihres Fachwissens in ihren zuständigen Behörden benannt werden, und sollte auch Experten einbeziehen, die nicht für die zuständigen Behörden tätig sind, wenn es um spezifische Aufgaben geht, für die der Zugang zu einschlägigem fundierten Fachwissen im Bereich der SoHO erforderlich ist. Im letzteren Fall sollte in angemessener Weise die Möglichkeit geprüft werden, europäische Expertengremien wie das ECDC und das EDQM, ***bestehende Berufs- und Wissenschaftsverbände*** sowie Spender- und ***Patientenschutzorganisationen*** auf Unionsebene im Bereich der SoHO ***einzubeziehen***.	(38) Um eine koordinierte ***und kohärente*** Anwendung dieser Verordnung zu fördern, sollte ein SoHO-Koordinierungsgremium eingerichtet werden. Die Kommission sollte sich an seinen Tätigkeiten beteiligen und den Vorsitz führen. Das SoHO-Koordinierungsgremium sollte dazu beitragen, die Anwendung dieser Verordnung in der gesamten Union zu koordinieren, indem es unter anderem die Mitgliedstaaten bei der Durchführung von SoHO-Aufsichtstätigkeiten unterstützt. Das SoHO-Koordinierungsgremium sollte sich aus Personen zusammensetzen, die von den Mitgliedstaaten auf der Grundlage ihrer Rolle und ihres Fachwissens in ihren zuständigen Behörden benannt werden, und sollte auch Experten einbeziehen, die nicht für die zuständigen Behörden tätig sind, wenn es um spezifische Aufgaben geht, für die der Zugang zu einschlägigem fundierten Fachwissen im Bereich der SoHO erforderlich ist. Im letzteren Fall sollte in angemessener Weise die Möglichkeit geprüft werden, europäische ***Fachagenturen und*** Expertengremien wie das ECDC und ***die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) einzubeziehen. Das Europäische Parlament,*** das EDQM, ***Fachleute sowie Sachverständige aus der Wissenschaft*** sowie ***bestehende*** Spender- und ***Empfängerschutzorganisationen und Interessenträger*** auf Unionsebene im Bereich der SoHO ***könnten ebenfalls eingeladen werden***. ***Andere Institutionen der Union, einschließlich des Europäischen Parlaments, Expertengremien, Ämter und Agenturen wie die EMA, das ECDC und das EDQM, sollten als Beobachter teilnehmen. Alle Mitglieder des SoHO-Koordinierungsgremiums sollten eine Interessenerklärung abgeben und ein hohes Maß an Transparenz in Bezug auf die Ergebnisse des SoHO-Koordinierungsgremiums sicherstellen. Mitglieder des SoHO-Koordinierungsgremiums sowie Beobachter und Experten sollten unabhängig und im öffentlichen Interesse handeln sowie frei von jedweder äußeren Einflussnahme sein, durch die die Unparteilichkeit ihres beruflichen Handelns beeinträchtigt werden könnte.***

Abänderung 31

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 39

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(39) Für einige Substanzen, Produkte oder Tätigkeiten bestehen in den Mitgliedstaaten unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen mit unterschiedlichen Anforderungen. Dies ***führt*** zu Unklarheiten bei den Betreibern vor Ort, und die daraus resultierende Rechtsunsicherheit ***könnte*** Fachkreise davon ***abhalten***, neue Verfahren zur Aufbereitung und Verwendung von SoHO zu entwickeln. Das SoHO-Koordinierungsgremium sollte einschlägige Informationen über nationale Entscheidungen in Fällen erhalten, in denen Fragen zum Regulierungsstatus von SoHO aufgeworfen wurden. Das SoHO-Koordinierungsgremium sollte ein Kompendium der vom SoHO-Koordinierungsgremium oder den zuständigen Behörden abgegebenen Stellungnahmen und der auf Ebene der Mitgliedstaaten getroffenen Entscheidungen führen, damit die zuständigen Behörden, die den Regulierungsstatus einer bestimmten Substanz, eines bestimmten Produkts oder einer bestimmten Tätigkeit gemäß dieser Verordnung prüfen, bei ihrer Entscheidungsfindung auf dieses Kompendium zurückgreifen können. Das SoHO-Koordinierungsgremium sollte auch vereinbarte bewährte Verfahren dokumentieren, um ein einheitliches Vorgehen innerhalb der Union zu unterstützen. Es sollte außerdem mit gleichwertigen Stellen auf Unionsebene zusammenarbeiten, die im Rahmen anderer Rechtsvorschriften der Union eingerichtet wurden, um eine koordinierte und kohärente Anwendung dieser Verordnung zwischen den Mitgliedstaaten und im Zusammenhang mit benachbarten Rechtsrahmen zu erleichtern. Diese Maßnahmen sollten einen kohärenten sektorübergreifenden Ansatz fördern und Innovationen im Bereich der SoHO erleichtern.	(39) Für einige Substanzen, Produkte oder Tätigkeiten bestehen in den Mitgliedstaaten unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen mit unterschiedlichen Anforderungen. Dies ***kann gelegentlich*** zu Unklarheiten bei den Betreibern vor Ort ***führen***, und ***durch*** die daraus resultierende Rechtsunsicherheit ***können*** Fachkreise davon ***abgehalten werden***, neue Verfahren zur Aufbereitung und Verwendung von SoHO zu entwickeln. Das SoHO-Koordinierungsgremium sollte ***fortlaufend*** einschlägige Informationen über nationale Entscheidungen in Fällen erhalten, in denen Fragen zum Regulierungsstatus von SoHO aufgeworfen wurden. Das SoHO-Koordinierungsgremium sollte ***diese Gutachten überwachen, um rasch und in voller Kenntnis der Sachlage auf von anderen Staaten gestellte Anträge auf Gutachten zu reagieren, und*** ein Kompendium der vom SoHO-Koordinierungsgremium oder den zuständigen Behörden abgegebenen Stellungnahmen und der auf Ebene der Mitgliedstaaten getroffenen Entscheidungen führen, damit die zuständigen Behörden, die den Regulierungsstatus einer bestimmten Substanz, eines bestimmten Produkts oder einer bestimmten Tätigkeit gemäß dieser Verordnung prüfen, bei ihrer Entscheidungsfindung auf dieses Kompendium zurückgreifen können. Das SoHO-Koordinierungsgremium sollte auch vereinbarte bewährte Verfahren dokumentieren, um ein einheitliches Vorgehen innerhalb der Union zu unterstützen. Es sollte außerdem mit gleichwertigen Stellen auf Unionsebene zusammenarbeiten, die im Rahmen anderer Rechtsvorschriften der Union eingerichtet wurden, um eine koordinierte und kohärente Anwendung dieser Verordnung zwischen den Mitgliedstaaten und im Zusammenhang mit benachbarten Rechtsrahmen zu erleichtern. Diese Maßnahmen sollten ***dazu dienen,*** einen kohärenten sektorübergreifenden Ansatz ***zu*** fördern***, einen hohen Grad an Schutz der öffentlichen Gesundheit sicherzustellen*** und Innovationen im Bereich der SoHO ***zu*** erleichtern.

Abänderung 32

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 41

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(41) Um den Verwaltungsaufwand für die zuständigen Behörden und die Kommission zu begrenzen, sollte die Kommission eine Online-Plattform (im Folgenden „SoHO-Plattform der EU“) einrichten, um die rechtzeitige Übermittlung von Daten und Berichten zu erleichtern ***und*** die Transparenz der nationalen Berichts- und Aufsichtstätigkeiten zu verbessern.	(41) Um den Verwaltungsaufwand für die zuständigen Behörden und die Kommission zu begrenzen, sollte die Kommission eine Online-Plattform (im Folgenden „SoHO-Plattform der EU“) einrichten, um die rechtzeitige Übermittlung von Daten und Berichten zu erleichtern***, die Weitergabe von Unterlagen zu ermöglichen, die zur Bestimmung des Regulierungsstatus einer Substanz herangezogen wurden,*** die Transparenz der nationalen Berichts- und Aufsichtstätigkeiten ***sowie die Kommunikation, die Zusammenarbeit, die Koordinierung und den Austausch von SoHO zwischen den Mitgliedstaaten*** zu verbessern. ***Insbesondere im Sinne der Verringerung des Verwaltungsaufwands sollte den zuständigen nationalen Behörden nahegelegt werden, die SoHO-Plattform der EU zu nutzen, anstatt nationale Register aufrechtzuerhalten. Die Mitgliedstaaten sollten die SoHO-Plattform der EU auch als Kanal für nationale Initiativen und Kampagnen nutzen können, um den Austausch bewährter Verfahren zu fördern. Solche nationalen Initiativen und Kampagnen sollten in enger Zusammenarbeit mit Patientenorganisationen durchgeführt werden und darauf abzielen, die notwendige Aufrechterhaltung der nachhaltigen Versorgung mit SoHO-Produkten zu fördern. Außerdem sollte die SoHO-Plattform der EU der Öffentlichkeit als vertrauenswürdige Quelle von Informationen über die Arbeit des SoHO-Koordinierungsgremiums, der zuständigen nationalen Behörden und anderer Expertengremien, einschließlich des EDQM, sowie der SoHO-Einrichtungen und -Betriebsstätten dienen. Über die Online-Plattform könnten zudem bewährte Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten im Hinblick auf Initiativen, etwa Kampagnen zur Unterstützung der Versorgung mit SoHO, ausgetauscht werden.***

Abänderung 33

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 43

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(43) Da die SoHO-Plattform der EU die Verarbeitung personenbezogener Daten erfordert, wird sie unter Wahrung der Grundsätze des Datenschutzes konzipiert. Jede Verarbeitung personenbezogener Daten sollte auf das zur Erreichung der Ziele und Verpflichtungen dieser Verordnung erforderliche Maß beschränkt sein. Der Zugang zur SoHO-Plattform der EU sollte auf das Maß beschränkt werden, das zur Durchführung der in dieser Verordnung vorgesehenen Aufsichtstätigkeiten erforderlich ist.	(43) Da die SoHO-Plattform der EU die Verarbeitung personenbezogener Daten erfordert, wird sie unter Wahrung der ***in Artikel 5 der Verordnung (EU) 2016/679 festgelegten*** Grundsätze des Datenschutzes konzipiert. Jede Verarbeitung personenbezogener Daten sollte auf das zur Erreichung der Ziele und Verpflichtungen dieser Verordnung erforderliche Maß beschränkt sein. Der Zugang zur SoHO-Plattform der EU sollte auf das Maß beschränkt werden, das zur Durchführung der in dieser Verordnung vorgesehenen Aufsichtstätigkeiten erforderlich ist.

Abänderung 34

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 44

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(44) Diese Verordnung steht im Einklang mit den Grundrechten und mit den Grundsätzen, die insbesondere mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannt wurden, vor allem mit der Achtung der Würde des Menschen und seines Rechts auf Unversehrtheit, dem Schutz ***personenbezogener*** Daten, der Freiheit der Kunst und der Wissenschaft, der unternehmerischen Freiheit, der Nichtdiskriminierung, dem Recht auf Schutz der Gesundheit und auf Zugang zu Gesundheitsversorgung und den Rechten des Kindes. Um diese Ziele zu erreichen, sollten alle Aufsichts- und SoHO-Tätigkeiten stets so durchgeführt werden, dass diese Rechte und Grundsätze uneingeschränkt gewahrt bleiben. Das Recht auf Würde und Unversehrtheit von Spendern, Empfängern und Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung sollte stets berücksichtigt werden, indem unter anderem sichergestellt wird, dass die Zustimmung zur Spende freiwillig erteilt wird und die Spender oder ihre Vertreter über die beabsichtigte Verwendung des gespendeten Materials informiert werden, dass die Kriterien für die Spendereignung auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen, dass die Verwendung von SoHO beim Menschen nicht für kommerzielle Zwecke oder mit falschen oder irreführenden Informationen über die Wirksamkeit beworben wird, sodass Spender und Empfänger in voller Kenntnis der Sachlage überlegte Entscheidungen treffen können, dass die Tätigkeiten in transparenter Weise durchgeführt werden, wobei die Sicherheit von Spendern und Empfängern im Vordergrund steht, und dass die Zuteilung und der gleichberechtigte Zugang zu SoHO in transparenter Weise auf der Grundlage einer objektiven Bewertung des medizinischen Bedarfs erfolgen. Diese Verordnung sollte daher entsprechend angewendet werden.	(44) Diese Verordnung steht im Einklang mit den Grundrechten und mit den Grundsätzen, die insbesondere mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannt wurden, vor allem mit der Achtung der Würde des Menschen und seines Rechts auf Unversehrtheit, ***dem Verbot, den menschlichen Körper und Teile davon als solche zur Erzielung von Gewinnen zu nutzen,*** dem Schutz ***natürlicher Personen bei der Verarbeitung ihrer personenbezogenen*** Daten, der Freiheit der Kunst und der Wissenschaft, der unternehmerischen Freiheit, der Nichtdiskriminierung, dem Recht auf Schutz der Gesundheit und auf Zugang zu Gesundheitsversorgung und den Rechten des Kindes. Um diese Ziele zu erreichen, sollten alle Aufsichts- und SoHO-Tätigkeiten stets so durchgeführt werden, dass diese Rechte und Grundsätze uneingeschränkt gewahrt bleiben. Das Recht auf Würde und Unversehrtheit von Spendern, Empfängern und Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung sollte stets berücksichtigt werden, indem unter anderem sichergestellt wird, dass die Zustimmung zur Spende freiwillig erteilt wird und die Spender oder ihre Vertreter über die beabsichtigte Verwendung des gespendeten Materials informiert werden, dass die Kriterien für die Spendereignung auf wissenschaftlichen Erkenntnissen ***und der Kompatibilität zwischen Spendern und Empfängern*** beruhen, dass die Verwendung von SoHO beim Menschen nicht für kommerzielle Zwecke oder mit falschen oder irreführenden Informationen über die Wirksamkeit beworben wird, sodass Spender und Empfänger in voller Kenntnis der Sachlage überlegte Entscheidungen treffen können, dass die Tätigkeiten in transparenter Weise durchgeführt werden, wobei die Sicherheit von Spendern und Empfängern im Vordergrund steht, und dass die Zuteilung und der gleichberechtigte ***und diskriminierungsfreie*** Zugang zu SoHO in transparenter Weise auf der Grundlage einer objektiven Bewertung des medizinischen Bedarfs erfolgen. Diese Verordnung sollte daher entsprechend angewendet werden.

Abänderung 35

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 44 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(44a) Aufgrund der hohen Sensibilität der Spenderanonymität und unter Berücksichtigung der Rechte der Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung mit Fremdspende sollten SoHO-Einrichtungen sicherstellen, dass Spender und Empfänger von reproduktiven Zellen gemäß den nationalen gesetzlichen Bestimmungen ordnungsgemäß über die Möglichkeit der Freigabe der Identität und ihrer Folgen informiert werden.

Abänderung 36

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 45

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(45) SoHO stehen definitionsgemäß mit Personen im Zusammenhang, und es gibt Umstände, unter denen die Verarbeitung personenbezogener Daten über Spender und Empfänger erforderlich sein kann, um die Ziele und Anforderungen dieser Verordnung zu erreichen, insbesondere die Bestimmungen über die Vigilanz und die Kommunikation unter den zuständigen Behörden. Hinsichtlich der Verarbeitung solcher personenbezogenen Daten sollte die vorliegende Verordnung eine Rechtsgrundlage gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) 2016/679 bieten und ***gegebenenfalls*** die Bedingungen gemäß Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe i der genannten Verordnung erfüllen. In Bezug auf die von der Kommission verarbeiteten personenbezogenen Daten sollte die vorliegende Verordnung eine Rechtsgrundlage gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU) 2018/1725 bieten und ***gegebenenfalls*** die Bedingungen gemäß Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe i der genannten Verordnung erfüllen. Daten über die Sicherheit und Wirksamkeit neuer SoHO-Präparate bei Empfängern sollten unter Anwendung geeigneter Schutzmaßnahmen ebenfalls ausgetauscht werden, um eine Aggregierung auf Unionsebene zu ermöglichen, damit solidere Erkenntnisse über die klinische Wirksamkeit von SoHO-Präparaten gewonnen werden können. Sämtliche Datenverarbeitungstätigkeiten sollten auf das zur Einhaltung dieser Verordnung zum Schutz der menschlichen Gesundheit erforderliche und angemessene Maß beschränkt sein. Daten über Spender, Empfänger und Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung sollten daher auf das erforderliche Minimum beschränkt und ***pseudonymisiert*** werden. Spender, Empfänger und Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung sollten über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten im Einklang mit den Anforderungen der Verordnungen (EU) 2016/679 und (EU) 2018/1725 und insbesondere gemäß den Bestimmungen dieser Verordnung informiert werden, auch über die Möglichkeit von Ausnahmefällen, in denen die Umstände eine solche Verarbeitung erfordern.	(45) SoHO stehen definitionsgemäß mit ***natürlichen*** Personen im Zusammenhang, und es gibt Umstände, unter denen die Verarbeitung personenbezogener Daten über Spender und Empfänger erforderlich sein kann, um die Ziele und Anforderungen dieser Verordnung zu erreichen, insbesondere die Bestimmungen über die Vigilanz und die Kommunikation unter den zuständigen Behörden. Hinsichtlich der Verarbeitung solcher personenbezogenen Daten sollte die vorliegende Verordnung eine Rechtsgrundlage gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) 2016/679 bieten und die ***anwendbaren*** Bedingungen gemäß Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe i der genannten Verordnung erfüllen. In Bezug auf die von der Kommission verarbeiteten personenbezogenen Daten sollte die vorliegende Verordnung eine Rechtsgrundlage gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU) 2018/1725 bieten und die ***anwendbaren*** Bedingungen gemäß Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe i der genannten Verordnung erfüllen. Daten über die Sicherheit und Wirksamkeit neuer SoHO-Präparate bei Empfängern sollten unter Anwendung geeigneter Schutzmaßnahmen ebenfalls ausgetauscht werden, um eine Aggregierung auf Unionsebene zu ermöglichen, damit solidere Erkenntnisse über die klinische Wirksamkeit von SoHO-Präparaten gewonnen werden können. Sämtliche Datenverarbeitungstätigkeiten sollten auf das zur Einhaltung dieser Verordnung zum Schutz der menschlichen Gesundheit erforderliche und angemessene Maß beschränkt sein. Daten über Spender, Empfänger und Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung sollten daher auf das erforderliche Minimum beschränkt und***, je nach Lage des Falles, in pseudonymisierter oder anonymisierter Form verarbeitet*** werden. Spender, Empfänger und Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung sollten über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten im Einklang mit den Anforderungen der Verordnungen (EU) 2016/679 und (EU) 2018/1725 und insbesondere gemäß den Bestimmungen dieser Verordnung informiert werden, auch über die Möglichkeit von Ausnahmefällen, in denen die Umstände eine solche Verarbeitung erfordern.

Abänderung 37

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 46

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(46) Um einen besseren Zugang zu Gesundheitsdaten im Interesse der öffentlichen Gesundheit zu ermöglichen, sollten die Mitgliedstaaten den zuständigen Behörden als für die Datenverarbeitung Verantwortlichen im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 die Befugnis übertragen, Entscheidungen über den Zugang zu solchen Daten und deren Weiterverwendung zu treffen.	(46) Um einen besseren Zugang zu Gesundheitsdaten im Interesse der öffentlichen Gesundheit zu ermöglichen, sollten die Mitgliedstaaten den zuständigen Behörden als für die Datenverarbeitung Verantwortlichen im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 die Befugnis übertragen, Entscheidungen über den Zugang zu solchen Daten und deren Weiterverwendung zu treffen. ***Darüber hinaus sollte der Zugang zu sekundären Daten für Forschungszwecke über den Europäischen Raum für Gesundheitsdaten bereitgestellt werden, sobald er eingerichtet ist.***

Abänderung 38

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 47

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(47) Der Austausch von SoHO zwischen den Mitgliedstaaten ist erforderlich, um einen optimalen Zugang für Patienten und eine ausreichende Versorgung ***zu gewährleisten***, insbesondere im ***Falle*** lokaler Krisen oder Engpässe. Für bestimmte SoHO, bei denen Spender und Empfänger aufeinander abgestimmt werden müssen (Matching), ist ein solcher Austausch unerlässlich, damit die Patienten die erforderliche Behandlung ***erhalten können. In diesem Zusammenhang muss das Ziel dieser Verordnung, nämlich die Sicherstellung der Qualität und Sicherheit von SoHO und eines hohen Schutzniveaus für Spender, auf Unionsebene erreicht werden, indem hohe Qualitäts- und Sicherheitsstandards für SoHO auf der Grundlage gemeinsamer Anforderungen festgelegt werden, die in der gesamten Union konsequent umgesetzt werden. Die Union kann somit im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel niedergelegten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das zur Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.***	(47) Der Austausch von SoHO zwischen den Mitgliedstaaten ist erforderlich, um einen optimalen Zugang für Patienten und eine ausreichende Versorgung ***sicherzustellen***, insbesondere im ***Fall*** lokaler Krisen oder Engpässe. Für bestimmte SoHO, bei denen Spender und Empfänger aufeinander abgestimmt werden müssen (Matching), ist ein solcher Austausch unerlässlich, damit die Patienten die erforderliche Behandlung ***innerhalb eines optimalen Zeitraums erhalten***. ***Diese Verordnung sollte dazu dienen, die Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern und den grenzüberschreitenden Austausch von SoHO zu erleichtern.***

Abänderung 39

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 47 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(47a) Die Ziele dieser Verordnung, nämlich die Sicherstellung der Qualität und Sicherheit von SoHO und eines hohen Schutzniveaus für Spender, müssen auf Unionsebene erreicht werden, indem hohe Qualitäts- und Sicherheitsstandards für SoHO auf der Grundlage gemeinsamer Anforderungen festgelegt werden, die in der gesamten Union konsequent umgesetzt werden. Die Union kann somit im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel niedergelegten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das zur Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus. Die Mitgliedstaaten wiederum sollten die Ausbildung verbessern und dem medizinischen Personal geeignete Schulungen zur Gewinnung, Verarbeitung, Lagerung, Verwendung und Beschaffung von SoHO sowie zur Transfusion anbieten.

Abänderung 40

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 47 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(47b) In manchen Fällen, z. B. bei der Transplantation von Knochenmark oder hämatopoetischen Stammzellen, muss die Kompatibilität von Spender und Empfänger extrem hoch sein. Daher bedarf es einer Koordinierung auf globaler Ebene, damit jeder Patient so viele Chancen wie möglich hat, einen kompatiblen Spender zu finden.

Abänderung 41

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 1 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Mit dieser Verordnung werden Maßnahmen eingeführt, mit denen hohe Qualitäts- und Sicherheitsstandards für alle zur Verwendung beim Menschen bestimmten Substanzen menschlichen Ursprungs (substances of human origin, im Folgenden „SoHO“) und für Tätigkeiten im Zusammenhang mit diesen Substanzen festgelegt werden***, um*** ein hohes Gesundheitsschutzniveau ***sicherzustellen***, insbesondere für SoHO-Spender, SoHO-Empfänger und Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung. Diese Verordnung ***berührt nicht*** die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften, in denen in Bezug auf SoHO andere Aspekte als ihre Qualität und Sicherheit sowie die Sicherheit der SoHO-Spender geregelt sind.	Mit dieser Verordnung werden Maßnahmen eingeführt, mit denen hohe Qualitäts- und Sicherheitsstandards für alle zur Verwendung beim Menschen bestimmten Substanzen menschlichen Ursprungs (substances of human origin, im Folgenden „SoHO“) und für Tätigkeiten im Zusammenhang mit diesen Substanzen festgelegt werden***. Mit dieser Verordnung wird*** ein hohes Gesundheitsschutzniveau ***sichergestellt***, insbesondere für SoHO-Spender, SoHO-Empfänger und Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung***, und darüber hinaus dient sie der Stärkung der Kontinuität der Versorgung mit SoHO***. Diese Verordnung ***lässt*** die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften ***unberührt***, in denen in Bezug auf SoHO andere Aspekte als ihre Qualität und Sicherheit sowie die Sicherheit der SoHO-Spender***, SoHO-Empfänger und Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung*** geregelt sind.

Abänderung 42

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 1 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Diese Verordnung gilt für SoHO zur Verwendung beim Menschen, für SoHO-Präparate, für aus SoHO hergestellte Produkte zur Verwendung beim Menschen, für Spender und Empfänger von SoHO sowie für die folgenden SoHO-Tätigkeiten:	(1) Diese Verordnung gilt für SoHO zur Verwendung beim Menschen, für SoHO-Präparate, für aus SoHO hergestellte Produkte zur Verwendung beim Menschen, für Spender und Empfänger von SoHO***, für Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung*** sowie für die folgenden SoHO-Tätigkeiten:

Abänderung 43

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 1 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) Gewinnung von SoHO-Spendern,	a) Gewinnung von SoHO-Spendern, ***es sei denn, dies ist die einzige SoHO-Tätigkeit der Einrichtung; in diesem Fall gilt nur Artikel 54 Absatz 3b,***

Abänderung 44

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 1 — Buchstabe h a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ha) Abgabe von SoHO,

Abänderung 45

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 1 — Buchstabe m a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ma) klinische Studien mit SoHO.

Abänderung 46

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1a) Die Artikel 53, 54, 55 und 56 gelten auch für SoHO-Spenden zu Forschungszwecken.

Abänderung 47

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 3 — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Für SoHO, die zur Herstellung von Produkten im Einklang mit den Rechtsvorschriften der Union über Medizinprodukte, geregelt durch die Verordnung (EU) 2017/745, über Arzneimittel, geregelt durch die Verordnung (EG) Nr. 726/2004 und die Richtlinie 2001/83/EG, einschließlich Arzneimittel für neuartige Therapien, geregelt durch die Verordnung (EG) Nr. 1394/2007, oder über Lebensmittel, geregelt durch die Verordnung (EG) Nr. 1925/2006, oder als Ausgangs- und Rohstoffe für solche Produkte verwendet werden, gelten die Bestimmungen dieser Verordnung über die Tätigkeiten zur Gewinnung von SoHO-Spendern, zur Überprüfung der Anamnese der Spender und der Beurteilung ihrer Eignung, zur Testung von Spendern bezüglich ihrer Eignung/Übereinstimmung ***sowie*** zur Gewinnung von SoHO bei Spendern oder Patienten. Beziehen sich die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Freigabe, Verteilung, Einfuhr und Ausfuhr von SoHO auf SoHO vor ihrer Abgabe an einen Marktteilnehmer, der unter die anderen in diesem Unterabsatz genannten Rechtsvorschriften der Union fällt, gelten die Bestimmungen dieser Verordnung ebenfalls.	Für SoHO, die zur Herstellung von Produkten im Einklang mit den Rechtsvorschriften der Union über Medizinprodukte, geregelt durch die Verordnung (EU) 2017/745, über Arzneimittel, geregelt durch die Verordnung (EG) Nr. 726/2004 und die Richtlinie 2001/83/EG, einschließlich Arzneimittel für neuartige Therapien, geregelt durch die Verordnung (EG) Nr. 1394/2007, ***über Prüfpräparate, geregelt durch die Verordnung (EU) Nr. 536/2014,*** oder über Lebensmittel, geregelt durch die Verordnung (EG) Nr. 1925/2006, oder als Ausgangs- und Rohstoffe für solche Produkte verwendet werden, gelten die Bestimmungen dieser Verordnung über die Tätigkeiten zur Gewinnung von SoHO-Spendern, zur Überprüfung der Anamnese der Spender und der Beurteilung ihrer Eignung, zur Testung von Spendern bezüglich ihrer Eignung/Übereinstimmung, zur Gewinnung von SoHO bei Spendern oder Patienten***, zu Qualitätskontrollprüfungen von SoHO und zur Kontinuität der Versorgung mit diesen Substanzen***. Beziehen sich die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Freigabe, Verteilung, Einfuhr und Ausfuhr von SoHO auf SoHO vor ihrer Abgabe an einen Marktteilnehmer, der unter die anderen in diesem Unterabsatz genannten Rechtsvorschriften der Union fällt, ***so*** gelten die Bestimmungen dieser Verordnung ebenfalls.

Abänderung 48

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(4a) Diese Verordnung enthält darüber hinaus Bestimmungen
	a) zum Austausch von Informationen über die Verfügbarkeit und Lagerbestände von SoHO und zur Förderung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Sicherheit der Versorgung mit SoHO,
	b) zur Koordinierung zwischen den zuständigen Behörden und den Agenturen der Kommission und der Union bei Gesundheitsnotfällen im Zusammenhang mit SoHO.

Abänderung 49

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 4 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(4b) Diese Verordnung gilt nicht für Muttermilch, die von einer Mutter ausschließlich zum Zweck der Ernährung ihres eigenen Kindes abgegeben wird.

Abänderung 50

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
1. „Blut“ die Flüssigkeit, die in den Arterien und Venen zirkuliert und Sauerstoff in die Gewebe des Körpers und Kohlendioxid aus ihnen heraus transportiert;	1. „Blut“ die Flüssigkeit, die in den Arterien und Venen zirkuliert und Sauerstoff in die Gewebe des Körpers und Kohlendioxid aus ihnen heraus transportiert ***und seine Bestandteile***;

Abänderung 51

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
5. „Substanz menschlichen Ursprungs“ (substance of human origin, SoHO) jede Substanz, die auf irgendeine Weise aus dem menschlichen Körper gewonnen wird, unabhängig davon, ob sie Zellen enthält oder nicht und ob es sich dabei um lebende oder nicht lebende Zellen handelt***. Für*** die Zwecke dieser Verordnung gelten Organe im Sinne von Artikel 3 Buchstabe h der Richtlinie 2010/53/EU nicht als SoHO;	5. „Substanz menschlichen Ursprungs“ (substance of human origin, SoHO) jede Substanz, die auf irgendeine Weise aus dem menschlichen Körper gewonnen wird, unabhängig davon, ob sie Zellen enthält oder nicht und ob es sich dabei um lebende oder nicht lebende Zellen handelt***; für*** die Zwecke dieser Verordnung gelten Organe im Sinne von Artikel 3 Buchstabe h der Richtlinie 2010/53/EU nicht ***als SoHO, aber Substanzen, die aus Organen extrahiert werden können,*** als SoHO;

Abänderung 52

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 7

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
7. „SoHO-Tätigkeit“ eine Handlung oder eine Abfolge von Handlungen, die sich unmittelbar auf die Sicherheit, Qualität ***oder*** Wirksamkeit der in Artikel 2 Absatz 1 aufgeführten SoHO auswirkt;	7. „SoHO-Tätigkeit“ eine Handlung oder eine Abfolge von Handlungen, die sich unmittelbar auf die Sicherheit, Qualität, Wirksamkeit ***oder Funktionalität*** der in Artikel 2 Absatz 1 aufgeführten SoHO auswirkt;

Abänderung 53

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	7a. „SoHO-Spende“ einen Vorgang, bei dem eine Person freiwillig und altruistisch SoHO ihres eigenen Körpers bedürftigen Menschen schenkt oder deren Nutzung nach ihrem Tod genehmigt; dazu gehören auch die erforderlichen medizinischen Formalitäten, Untersuchungen und Behandlungen sowie die Überwachung des SoHO-Spenders, unabhängig davon, ob diese Spende erfolgreich ist; dies ist auch der Fall, wenn die Zustimmung von einer nach nationalem Recht befugten Person erteilt wird;

Abänderung 54

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 8

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
8. ***„SoHO-Spender(in)“*** jede ***Person, die sich bei einer SoHO-Einrichtung gemeldet hat, um*** SoHO ***zu spenden, unabhängig davon, ob diese Spende erfolgreich ist oder nicht***;	8. ***„SoHO-Spender“*** jede ***lebende oder verstorbene Person, die*** SoHO ***spendet***;

Abänderung 55

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	8a. „lebender SoHO-Spender“ eine lebende Person, die sich bei einer SoHO-Einrichtung gemeldet hat, um SoHO zu spenden, oder die von einer Person vertreten wird, die in ihrem Namen gemäß nationalem Recht die Zustimmung zu einer SoHO-Spende erteilt, ausgenommen Spender von SoHO zur Fortpflanzung im Rahmen einer Beziehung;

Abänderung 56

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 8 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	8b. „verstorbener Spender“ eine Person, die in eine SoHO-Einrichtung gebracht wurde und in deren Namen gemäß nationalem Recht eine Zustimmung oder Genehmigung bzw. keine ausdrückliche Ablehnung der Spende vorliegt;

Abänderung 57

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 9

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
9. ***„SoHO-Empfänger(in)“*** die Person, bei der SoHO verwendet werden;	9. ***„SoHO-Empfänger“*** die Person, bei der SoHO verwendet werden ***oder bei der eine solche Verwendung geplant ist***;

Abänderung 58

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 10

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
10. „medizinisch unterstützte Fortpflanzung“ die Ermöglichung bzw. Erleichterung der Empfängnis durch intrauterine Insemination von Spermien, In-vitro-Fertilisation oder jeden anderen labortechnischen oder medizinischen Eingriff, ***der*** die Empfängnis ***fördert***;	10. „medizinisch unterstützte Fortpflanzung“ die Ermöglichung bzw. Erleichterung der Empfängnis durch intrauterine Insemination von Spermien, In-vitro-Fertilisation oder jeden anderen labortechnischen oder medizinischen Eingriff, ***mit dem*** die Empfängnis ***unter Rückgriff auf SoHO gefördert wird***;

Abänderung 59

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 11

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
11. „Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung“ ***Föten und*** Kinder, die das Ergebnis medizinisch unterstützter Fortpflanzung sind;	11. „Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung“ Kinder, die das Ergebnis medizinisch unterstützter Fortpflanzung sind;

Abänderung 60

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 11 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	11a. „ungeborene Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung“ Embryonen und Föten, die durch medizinisch unterstützte Fortpflanzung empfangen wurden;

Abänderung 61

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 12 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) an der eine oder mehrere SoHO-Tätigkeiten***, einschließlich der Verarbeitung,*** entsprechend festgelegten Qualitäts- und Sicherheitsparametern durchgeführt wurden,	a) ***die verarbeitet wurde und*** an der ***unter Umständen*** eine oder mehrere ***andere*** SoHO-Tätigkeiten entsprechend festgelegten Qualitäts- und Sicherheitsparametern durchgeführt wurden,

Abänderung 62

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 12 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) die einer vorgegebenen Spezifikation entspricht, ***und***	b) die einer vorgegebenen Spezifikation entspricht,

Abänderung 63

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 13

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
13. „Gewinnung von Spendern“ jede Tätigkeit, mit der Personen ***dazu*** motiviert werden sollen***, SoHO-Spender zu werden***;	13. „Gewinnung von Spendern“ jede Tätigkeit, mit der Personen ***über Tätigkeiten im Zusammenhang mit SoHO-Spenden informiert oder zur Spende von SoHO*** motiviert werden sollen;

Abänderung 64

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 15

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
15. „Verarbeitung“ alle Vorgänge im Zusammenhang mit der Handhabung von SoHO, einschließlich Waschen, Formen, Trennen, Befruchten, Dekontaminieren, Sterilisieren, Konservieren und Verpacken;	15. „Verarbeitung“ alle Vorgänge im Zusammenhang mit der Handhabung von SoHO, einschließlich Waschen, Formen, Trennen, Befruchten, Dekontaminieren, Sterilisieren, Konservieren und Verpacken; ***dazu gehört nicht die Handhabung von SoHO während eines chirurgischen Eingriffs innerhalb desselben sterilen Bereichs oder innerhalb des geschlossenen Systems eines medizinisches Geräts, wo diese SoHO entweder freigesetzt werden oder für die autologe Anwendung bestimmt sind;***

Abänderung 65

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 17

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
17. „Lagerung“ die Aufbewahrung von SoHO unter angemessenen kontrollierten Bedingungen bis zur Verteilung;	17. „Lagerung“ die Aufbewahrung von SoHO unter angemessenen kontrollierten Bedingungen bis zur Verteilung***, Ausgabe, Ausfuhr oder Verwendung beim Menschen***;

Abänderung 66

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 18

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
18. „Freigabe“ ein Verfahren, bei dem überprüft wird, ob eine SoHO oder ein SoHO-Präparat die festgelegten Sicherheits- und Qualitätskriterien sowie, falls vor der Verteilung eine Zulassung erforderlich ist, die Bedingungen für die Zulassung erfüllt;	18. „Freigabe“ ein Verfahren, bei dem überprüft wird, ob eine SoHO oder ein SoHO-Präparat die festgelegten Sicherheits- und Qualitätskriterien sowie, falls vor der Verteilung ***oder vor der Ausgabe*** eine Zulassung erforderlich ist, die Bedingungen für die Zulassung erfüllt;

Abänderung 67

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 18 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	18a. „Ausgabe“ die Bereitstellung von SoHO oder SoHO-Präparaten, erforderlichenfalls auf ärztliche Verordnung, für eine Anwendung bei einem bestimmten Empfänger;

Abänderung 68

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 23

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
23. „autologe Verwendung“ die Rückübertragung von SoHO an dieselbe Person, bei der sie gewonnen wurden***, mit oder ohne weitere SoHO-Tätigkeiten zwischen Gewinnung und Rückübertragung***;	23. „autologe Verwendung“ die Rückübertragung von SoHO an dieselbe Person, bei der sie gewonnen wurden;

Abänderung 69

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 27

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
27. „unerwünschtes Ereignis“ ein Ereignis, das bei einem lebenden SoHO-Spender, einem SoHO-Empfänger oder Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung zu Schäden geführt hat oder das ein Risiko für solche Schäden aufgezeigt hat;	27. „unerwünschtes Ereignis“ ein Ereignis, das ***im Zusammenhang mit einer SoHO-Spende oder der Verwendung von SoHO beim Menschen*** bei einem lebenden SoHO-Spender, einem SoHO-Empfänger***, Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung*** oder ***ungeborenen*** Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung zu Schäden geführt hat oder das ein Risiko für solche Schäden aufgezeigt hat;

Abänderung 70

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 28 — Buchstabe h a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ha) Übertragung von Embryonen an eine andere Person als beabsichtigt,

Abänderung 71

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 29

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
29. „SoHO-Schnellwarnung“ eine Mitteilung, die ein ***schwerwiegendes*** unerwünschtes Ereignis, den Ausbruch einer übertragbaren Krankheit oder andere Informationen, die für die Sicherheit und Qualität von SoHO in mehr als einem Mitgliedstaat von Bedeutung sein könnten, betrifft und rasch zwischen den zuständigen Behörden und der Kommission übermittelt werden sollte, um das Ergreifen von Abhilfemaßnahmen zu erleichtern;	29. „SoHO-Schnellwarnung“ eine Mitteilung, die ein unerwünschtes Ereignis, den Ausbruch einer übertragbaren Krankheit oder andere Informationen, die für die Sicherheit und Qualität von SoHO in mehr als einem Mitgliedstaat von Bedeutung sein könnten, betrifft und rasch zwischen den zuständigen Behörden und der Kommission übermittelt werden sollte, um das Ergreifen von ***Präventiv- oder*** Abhilfemaßnahmen zu erleichtern;

Abänderung 72

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 33

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
33. „das ***Kompendium***“ ein vom SoHO-Koordinierungsgremium auf dem aktuellen Stand gehaltenes Verzeichnis, in dem die auf Ebene der Mitgliedstaaten getroffenen Entscheidungen und die von den zuständigen Behörden und dem SoHO-Koordinierungsgremium abgegebenen Stellungnahmen zum Regulierungsstatus bestimmter Substanzen, Produkte oder Tätigkeiten erfasst sind und das auf der SoHO-Plattform der EU veröffentlicht wird;	33. „das ***SoHO-Kompendium***“ ein vom SoHO-Koordinierungsgremium auf dem aktuellen Stand gehaltenes Verzeichnis, in dem die auf Ebene der Mitgliedstaaten getroffenen Entscheidungen und die von den zuständigen Behörden und dem SoHO-Koordinierungsgremium abgegebenen Stellungnahmen zum Regulierungsstatus bestimmter Substanzen, Produkte oder Tätigkeiten erfasst sind und das auf der SoHO-Plattform der EU veröffentlicht wird;

Abänderung 73

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 38

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
38. „Schulungsmaßnahmen der Union“ ***Maßnahmen*** für das Personal der zuständigen Behörden und ***gegebenenfalls*** für das Personal der beauftragten Stellen, die SoHO-Aufsichtstätigkeiten wahrnehmen;	38. „Schulungsmaßnahmen der Union“ ***Schulungsmaßnahmen*** für das Personal der zuständigen Behörden und***, falls angezeigt,*** für das Personal der beauftragten Stellen, die SoHO-Aufsichtstätigkeiten wahrnehmen;

Abänderung 74

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 40

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
40. „SoHO-Betriebsstätte“ eine SoHO-Einrichtung, in der sowohl die Verarbeitung als auch die Lagerung von SoHO erfolgt;	40. „SoHO-Betriebsstätte“ eine SoHO-Einrichtung, in der sowohl die Verarbeitung als auch die Lagerung ***oder sowohl die Verarbeitung als auch die Freigabe oder sowohl die Lagerung als auch die Freigabe*** von SoHO erfolgt;

Abänderung 75

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 41

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
41. „kritische SoHO“ eine SoHO, bei der eine unzureichende Versorgung dazu führt, dass ***Patienten*** ernste Schäden erleiden oder dem Risiko ernster Schäden ausgesetzt sind;	41. „kritische SoHO“ eine SoHO, bei der eine unzureichende Versorgung dazu führt, dass ***SoHO-Empfänger*** ernste Schäden erleiden oder dem Risiko ernster Schäden ausgesetzt sind;

Abänderung 76

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 42

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
42. „kritische SoHO-Einrichtung“ eine SoHO-Einrichtung, die Tätigkeiten durchführt, die zur Versorgung mit kritischen SoHO beitragen, wobei der Umfang der Tätigkeiten so groß ist, dass ihr Ausfall nicht durch die Tätigkeiten anderer Einrichtungen oder alternative Substanzen oder Produkte für ***Patienten*** kompensiert werden kann;	42. „kritische SoHO-Einrichtung“ eine SoHO-Einrichtung, die Tätigkeiten durchführt, die zur Versorgung mit kritischen SoHO beitragen, wobei der Umfang der Tätigkeiten so groß ist, dass ihr Ausfall nicht durch die Tätigkeiten anderer Einrichtungen oder alternative Substanzen oder Produkte für ***SoHO-Empfänger*** kompensiert werden kann;

Abänderung 77

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 47 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
47. „Rückverfolgbarkeit“ die Möglichkeit, SoHO in jeder Phase von der Gewinnung über die Verarbeitung und Lagerung bis zur ***Verteilung oder*** Entsorgung zu lokalisieren und zu identifizieren, einschließlich der Möglichkeit,	47. „Rückverfolgbarkeit“ die Möglichkeit, SoHO in jeder Phase von der Gewinnung über die Verarbeitung und Lagerung bis ***zur Verwendung beim Menschen oder*** zur Entsorgung zu lokalisieren und zu identifizieren, einschließlich der Möglichkeit,

Abänderung 78

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 51

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
51. „Zurechenbarkeit“ die Wahrscheinlichkeit, dass ein ***schwerwiegendes*** unerwünschtes Ereignis bei einem SoHO-Spender mit dem ***Spendeverfahren*** oder bei einem ***Empfänger*** mit der Verwendung der SoHO zusammenhängt;	51. „Zurechenbarkeit“ die Wahrscheinlichkeit, dass ein unerwünschtes Ereignis bei einem SoHO-Spender mit dem ***Gewinnungsverfahren*** oder bei einem ***SoHO-Empfänger oder Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung*** mit der Verwendung der SoHO zusammenhängt;

Abänderung 79

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 60

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
60. „jährlicher Bericht über SoHO-Tätigkeiten“ den von der Kommission veröffentlichten Jahresbericht, in dem die Datenberichte der SoHO-Einrichtungen, die die folgenden Tätigkeiten durchführen, zusammengeführt werden: Gewinnung von Spendern, Gewinnung, Verteilung, Einfuhr und Ausfuhr von SoHO sowie Verwendung von SoHO beim Menschen;	60. „jährlicher Bericht über SoHO-Tätigkeiten“ den von der Kommission veröffentlichten Jahresbericht, in dem die Datenberichte der SoHO-Einrichtungen, die die folgenden Tätigkeiten durchführen, zusammengeführt werden: Gewinnung von Spendern, Gewinnung, ***Lagerung,*** Verteilung, Einfuhr und Ausfuhr von SoHO sowie Verwendung von SoHO beim Menschen;

Abänderung 80

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 61

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
61. „***reproduktive Zellen***“ alle Zellen, die für die Verwendung zur medizinisch unterstützten Fortpflanzung bestimmt sind;	61. „***SoHO für die Fortpflanzung***“ alle Zellen, die für die Verwendung zur medizinisch unterstützten Fortpflanzung bestimmt sind***, sowie bei der Fertilisation entstandene Embryonen***;

Abänderung 81

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 62

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
62. „Fremdspende“ die Spende von ***reproduktiven Zellen*** durch eine Person an ***eine Person*** oder ein Paar, mit der bzw. dem die spendende Person keine intime körperliche Beziehung hat;	62. „Fremdspende“ die Spende von ***SoHO für die Fortpflanzung*** durch eine Person an ***einen Empfänger*** oder ein Paar, mit der bzw. dem die spendende Person keine intime körperliche Beziehung hat;

Abänderung 82

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 62 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	62a. „Freigabe der Identität“ die Offenlegung von Informationen nach Maßgabe des nationalen Rechts, anhand deren der Spender einer SoHO zum Zwecke der Fortpflanzung gegenüber den durch die Spender gezeugten Nachkommen oder ihren rechtlichen Eltern identifiziert werden kann;

Abänderung 83

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 63

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
63. „Verwendung innerhalb ***eines Paares***“ die Verwendung von reproduktiven Zellen ***zweier*** Personen mit intimer körperlicher Beziehung für die medizinisch unterstützte Fortpflanzung, wobei eine Person ihre eigenen Eizellen und ***die*** andere Person ihr eigenes Sperma zur Verfügung stellt;	63. „Verwendung innerhalb ***einer Beziehung***“ die Verwendung von reproduktiven Zellen ***von*** Personen mit intimer körperlicher Beziehung für die medizinisch unterstützte Fortpflanzung, wobei eine Person ihre eigenen Eizellen und ***eine*** andere Person ihr eigenes Sperma ***für die Verwendung beim Menschen bei einer Person in der Beziehung*** zur Verfügung stellt;

Abänderung 84

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 64

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
64. „Entschädigung“ den Ausgleich etwaiger mit einer Spende ***verbundenen*** Verluste;	64. „Entschädigung“ den Ausgleich etwaiger mit einer Spende ***verbundener quantifizierbarer*** Verluste ***und die Erstattung von Kosten***;

Abänderung 85

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 64 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	64a. „finanzielle Neutralität der Spende“ die Tatsache, dass dem Spender durch die Spende weder ein finanzieller Gewinn noch ein finanzieller Nachteil entsteht;

Abänderung 86

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 70 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	70a. „Resilienz der Spenderbasis“ die Fähigkeit des Spendensammelsystems, sich für eine bestimmte SoHO-Kategorie auf eine große Zahl von Spendern zu stützen;

Abänderung 87

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 70 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	70b. „Einwilligung nach Aufklärung“ die Zustimmung des Spenders zu einer Spende oder zur Verwendung von SoHO, die ohne Zwang eingeholt wurde, nachdem er Zugang zu klaren, vollständigen und seiner Verständnisfähigkeit entsprechenden Informationen über eine Spende oder die Verwendung von SoHO erhalten hat;

Abänderung 88

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 70 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	70c. „klinische Prüfung mit SoHO“ eine experimentelle Bewertung einer SoHO oder eines SoHO-Präparats an Menschen zwecks Ziehen von Schlussfolgerungen zu ihrer Wirksamkeit und Sicherheit;

Abänderung 89

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Nummer 70 d (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	70d.„ Autonomie der Union“ den Grad an Unabhängigkeit der Union von Drittländern in Bezug auf die Gewinnung von SoHO, die Herstellung von SoHO-Präparaten und jeder anderen SoHO-Tätigkeit.

Abänderung 90

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die Mitgliedstaaten können in ihrem Hoheitsgebiet strengere Maßnahmen als in dieser Verordnung vorgesehen beibehalten oder einführen, sofern diese nationalen Maßnahmen mit dem Unionsrecht vereinbar sind und in einem angemessenen Verhältnis zum Risiko für die menschliche Gesundheit stehen.	(1) Die Mitgliedstaaten können in ihrem Hoheitsgebiet strengere Maßnahmen als in dieser Verordnung vorgesehen beibehalten oder einführen, sofern diese nationalen Maßnahmen ***auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen,*** mit dem Unionsrecht vereinbar sind und in einem angemessenen Verhältnis zum Risiko für die menschliche Gesundheit stehen.
	Diese Maßnahmen
	a) dürfen weder eine direkte noch eine indirekte Diskriminierung zwischen SoHO-Spendern aus einem der in Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannten Gründe, insbesondere aufgrund der sexuellen Ausrichtung, darstellen; dabei müssen die Mitgliedstaaten der Kommission sämtliche Einschränkungen, die sie oder SoHO-Einrichtungen in ihrem Hoheitsgebiet verhängen und die bei vernünftiger Betrachtung den Anschein einer solchen Diskriminierung erwecken können, melden und eine Zusammenfassung der wissenschaftlichen Nachweise bereitstellen, mit denen die betreffenden Maßnahmen zum Schutz von SoHO-Spendern, SoHO-Empfängern oder Nachkommen von medizinisch unterstützter Fortpflanzung begründet werden;
	b) können zum Aufbau einer europäischen Lieferkette und zur Verwirklichung des Ziels der Autonomie der Union und zur Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten beitragen; zudem können sie darauf abzielen, den Grundsatz der Freiwilligkeit und Unentgeltlichkeit von Spenden zu stärken.

Abänderung 91

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 5 — Absatz 3 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) über die Autonomie verfügen, unabhängig und unparteiisch zu handeln und Entscheidungen zu treffen, wobei sie die in den ***Verfassungen der Mitgliedstaaten*** festgelegten internen administrativen und organisatorischen Anforderungen einhalten müssen,	a) über die Autonomie verfügen, unabhängig und unparteiisch zu handeln und Entscheidungen zu treffen, wobei sie die in den ***nationalen Rechtsvorschriften*** festgelegten internen administrativen und organisatorischen Anforderungen einhalten müssen,

Abänderung 92

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 5 — Absatz 3 — Buchstabe b — Ziffer ii

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
ii) die sofortige Aussetzung oder Einstellung einer SoHO-Tätigkeit anzuordnen, die eine unmittelbare Gefahr für SoHO-Spender, SoHO-Empfänger oder die Allgemeinheit darstellt,	ii) die sofortige Aussetzung oder Einstellung einer SoHO-Tätigkeit anzuordnen, die eine unmittelbare Gefahr für SoHO-Spender, SoHO-Empfänger oder die Allgemeinheit darstellt ***oder die Bedingungen der Zulassung dieser Tätigkeit oder die Bedingungen dieser Verordnung nicht erfüllt***,

Abänderung 93

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 5 — Absatz 3 — Buchstabe c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) über ausreichende Ressourcen, operative Kapazitäten und Fachkenntnisse verfügen, um die Ziele dieser Verordnung zu erreichen und ihren Verpflichtungen aus dieser Verordnung nachzukommen,	c) über ausreichende ***personelle und finanzielle*** Ressourcen, operative Kapazitäten und Fachkenntnisse ***einschließlich des technischen Sachverstands*** verfügen, um die Ziele dieser Verordnung zu erreichen und ihren Verpflichtungen aus dieser Verordnung nachzukommen,

Abänderung 94

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 5 — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Jeder Mitgliedstaat benennt im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften eine einzige nationale SoHO-Behörde, die für die Koordinierung des Austauschs mit der Kommission und mit den nationalen SoHO-Behörden der anderen Mitgliedstaaten zuständig ist.	(4) Jeder Mitgliedstaat benennt im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften eine einzige nationale SoHO-Behörde, die für die Koordinierung des Austauschs mit der Kommission und mit den nationalen SoHO-Behörden der anderen Mitgliedstaaten zuständig ist. ***Die Kommission macht die Liste der nationalen SoHO-Behörden auf der SoHO-Plattform der EU öffentlich zugänglich.***

Abänderung 95

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 7 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die zuständigen Behörden handeln unabhängig, im öffentlichen Interesse und frei von jeglicher äußeren Einflussnahme.	(1) Die zuständigen Behörden ***und Mitglieder des SoHO-Koordinierungsgremium*** handeln unabhängig, im öffentlichen Interesse und frei von jeglicher äußeren Einflussnahme.

Abänderung 96

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 7 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die zuständigen Behörden stellen sicher, dass ihre Mitarbeiter keine unmittelbaren oder mittelbaren wirtschaftlichen, finanziellen oder persönlichen Interessen haben, die geeignet sind, ihre Unabhängigkeit zu beeinträchtigen, und dass sie sich insbesondere nicht in einer Situation befinden, die ihre Unparteilichkeit bei der Berufsausübung direkt oder indirekt infrage stellen könnte.	(2) Die zuständigen Behörden stellen sicher, dass ihre Mitarbeiter keine unmittelbaren oder mittelbaren wirtschaftlichen, finanziellen oder persönlichen Interessen haben, die geeignet sind, ihre Unabhängigkeit zu beeinträchtigen, und dass sie sich insbesondere nicht in einer Situation befinden, die ihre Unparteilichkeit bei der Berufsausübung direkt oder indirekt infrage stellen könnte. ***Alle einschlägigen Mitarbeiter geben jährlich eine Interessenerklärung ab, die auf der Website der zuständigen Behörden veröffentlicht wird.***

Abänderung 97

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 7 — Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2a) Absatz 2 gilt auch für frühere Tätigkeiten des Personals innerhalb eines angemessenen Zeitraums vor ihrer Einstellung durch die zuständigen Behörden, der von den zuständigen Behörden festzulegen und zu veröffentlichen ist.

Abänderung 98

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Unbeschadet des Artikels 75 üben die zuständigen Behörden ihre Aufsichtstätigkeiten in transparenter Weise aus und machen ihre Entscheidungen in Fällen, in denen eine SoHO-Einrichtung einer Verpflichtung aus dieser Verordnung nicht nachgekommen ist und ***diese Nichterfüllung*** ein ernstes Risiko für die menschliche Gesundheit verursacht oder verursachen kann, der Öffentlichkeit auf klare Weise zugänglich.	(1) Unbeschadet des Artikels 75 üben die zuständigen Behörden ***und die Mitglieder des SoHO-Koordinierungsgremiums*** ihre Aufsichtstätigkeiten in transparenter Weise aus und machen ihre Entscheidungen***, einschließlich Entscheidungen über den Widerruf, die Aussetzung oder die Wiedereinsetzung einer Erlaubnis, SoHO-Tätigkeiten durchzuführen,*** in Fällen, in denen eine SoHO-Einrichtung einer Verpflichtung aus dieser Verordnung nicht nachgekommen ist und ***dieses Versäumnis*** ein ernstes Risiko für die menschliche Gesundheit verursacht oder verursachen kann, der Öffentlichkeit auf klare Weise zugänglich. ***Die zuständigen Behörden zeigen sich auch transparent in Bezug auf die bei der Bewertung und Zulassung von SoHO-Präparaten und SoHO-Einrichtungen verwendeten Kriterien.***

Abänderung 99

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9– Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die zuständigen Behörden sind für die in Kapitel III genannten SoHO-Aufsichtstätigkeiten verantwortlich, mit denen überprüft werden soll, ob die SoHO-Einrichtungen in ihrem Hoheitsgebiet die in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen tatsächlich einhalten.	(1) Die zuständigen Behörden sind für die in Kapitel III genannten SoHO-Aufsichtstätigkeiten verantwortlich, mit denen überprüft werden soll, ob die ***zugelassenen*** SoHO-Einrichtungen ***und -Präparate*** in ihrem Hoheitsgebiet die in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen tatsächlich einhalten.

Abänderung 100

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 — Absatz 2 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) ***angemessen qualifizierte Mitarbeiter in ausreichender Anzahl***, um die in dieser Verordnung vorgesehenen Aufsichtsfunktionen wahrnehmen zu können,	a) ***personelle und finanzielle Ressourcen, operative Kapazitäten und Fachkenntnisse einschließlich des technischen Sachverstands***, um die in dieser Verordnung vorgesehenen Aufsichtsfunktionen wahrnehmen zu können,

Abänderung 101

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 — Absatz 2 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Verfahren, mit denen die Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, Wirksamkeit, Qualität, Zweckmäßigkeit und Kohärenz ihrer SoHO-Aufsichtstätigkeiten sichergestellt werden,	b) Verfahren, mit denen die Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, ***Transparenz,*** Wirksamkeit, Qualität, Zweckmäßigkeit und Kohärenz ihrer SoHO-Aufsichtstätigkeiten sichergestellt werden,

Abänderung 102

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 — Absatz 2 — Buchstabe c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) geeignete und ordnungsgemäß gewartete Einrichtungen und Ausrüstung, mit deren Hilfe die Mitarbeiter ihre SoHO-Aufsichtstätigkeiten effizient und wirksam wahrnehmen können,	c) geeignete und ordnungsgemäß gewartete Einrichtungen und Ausrüstung, mit deren Hilfe die Mitarbeiter ihre SoHO-Aufsichtstätigkeiten effizient***, sicher*** und wirksam wahrnehmen können,

Abänderung 103

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14– Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) In allen Fällen, in denen sich Fragen zum Regulierungsstatus einer Substanz, eines Produkts oder einer Tätigkeit ergeben, konsultieren die zuständigen Behörden ***gegebenenfalls*** die in anderen einschlägigen Rechtsvorschriften der Union gemäß Artikel 2 Absatz 3 festgelegten Behörden***. In*** solchen Fällen konsultieren die zuständigen Behörden auch das in Artikel 3 Nummer 33 definierte Kompendium.	(1) In allen Fällen, in denen sich Fragen zum Regulierungsstatus einer Substanz, eines Produkts oder einer Tätigkeit ergeben, konsultieren die zuständigen Behörden ***erforderlichenfalls*** die in anderen einschlägigen Rechtsvorschriften der Union gemäß Artikel 2 Absatz 3 festgelegten ***nationalen*** Behörden***; in*** solchen Fällen konsultieren die zuständigen Behörden auch das in Artikel 3 Nummer 33 definierte Kompendium.

Abänderung 104

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14– Absatz 2 — Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die zuständigen Behörden können auch angeben, dass sie es für erforderlich ***halten***, ***dass das SoHO-Koordinierungsgremium*** nach Artikel 68 Absatz 1 Buchstabe b die gleichwertigen Beratungsgremien ***konsultiert***, die in einer der in Artikel 2 Absatz 3 genannten einschlägigen Rechtsvorschriften der Union vorgesehen sind.	***Sofern es das SoHO-Koordinierungsgremium*** für erforderlich ***hält***, ***konsultiert es*** nach Artikel 68 Absatz 1 Buchstabe b die gleichwertigen Beratungsgremien, die in einer der in Artikel 2 Absatz 3 genannten einschlägigen Rechtsvorschriften der Union vorgesehen sind.

Abänderung 105

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 — Absatz 3 — Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Die zuständigen Behörden halten sich nach Möglichkeit an die Stellungnahme des SoHO-Koordinierungsgremiums. Andernfalls unterrichten sie das SoHO-Koordinierungsgremium so rasch wie möglich über ihre Entscheidung und fügen ihr eine Begründung bei.

Abänderung 106

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 16 — Absatz 1 — Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	aa) machen die in Artikel 7 Absatz 2 genannten Interessenerklärungen auf ihrer Website öffentlich zugänglich,

Abänderung 107

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 20 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Zulassungen für SoHO-Präparate gelten in der gesamten Union für den in der Zulassung festgelegten Zeitraum, sofern ein solcher festgelegt wurde, oder bis eine zuständige Behörde die Zulassung aussetzt oder zurücknimmt. Hat ein Mitgliedstaat nach Artikel 4 eine strengere Maßnahme erlassen, in deren Anwendungsbereich ein spezifisches SoHO-Präparat fällt, so kann dieser Mitgliedstaat es ablehnen, die Gültigkeit der Zulassung des SoHO-Präparats eines anderen Mitgliedstaats anzuerkennen, bis überprüft wurde, dass die strengere Maßnahme erfüllt ist.	(3) Zulassungen für SoHO-Präparate gelten in der gesamten Union für den in der Zulassung festgelegten Zeitraum, sofern ein solcher festgelegt wurde, oder bis eine zuständige Behörde die Zulassung aussetzt oder zurücknimmt. Hat ein Mitgliedstaat nach Artikel 4 eine strengere Maßnahme erlassen, in deren Anwendungsbereich ein spezifisches SoHO-Präparat fällt, so kann dieser Mitgliedstaat es ablehnen, die Gültigkeit der Zulassung des SoHO-Präparats eines anderen Mitgliedstaats anzuerkennen, bis überprüft wurde, dass die strengere Maßnahme erfüllt ist. ***Diese Informationen werden unverzüglich auf der SoHO-Plattform der EU bekannt gegeben.***

Abänderung 108

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 21 — Absatz 2 — Unterabsatz 1 (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	I***n Fällen, in denen die unter Buchstabe c genannte bedingte Zulassung erteilt wurde, stellt die SoHO-Einrichtung Ärzten und Patienten geeignete Informationen über die Bedingtheit der Zulassung zur Verfügung.***

Abänderung 109

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 21– Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Die zuständigen Behörden schließen die in Absatz 2 genannten Schritte der Zulassung des SoHO-Präparats innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Antrags ab, wobei die für die Überwachung von oder Studien zu klinischen Ergebnissen benötigte Zeit nicht einberechnet wird. Sie können diese Frist für die Dauer der in Artikel 14 Absätze 1 und 2 genannten Konsultationsverfahren aussetzen.	(4) Die zuständigen Behörden schließen die in Absatz 2 genannten Schritte der Zulassung des SoHO-Präparats innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Antrags ab, wobei die für die Überwachung von oder Studien zu klinischen Ergebnissen benötigte Zeit nicht einberechnet wird. Sie können diese Frist für die Dauer der in Artikel 14 Absätze 1 und 2 genannten Konsultationsverfahren ***sowie für den Fall*** aussetzen***, dass die SoHO-Einrichtung, die den Antrag gestellt hat, weitere Informationen verlangt***.

Abänderung 110

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 21 — Absatz 6 — Unterabsatz 1 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) das Präparat oder eine für das Präparat durchgeführte Tätigkeit nicht den Bedingungen für seine Zulassung oder den Anforderungen dieser Verordnung entspricht, ***und***	a) das Präparat oder eine für das Präparat durchgeführte Tätigkeit nicht den Bedingungen für seine Zulassung oder den Anforderungen dieser Verordnung entspricht, ***oder***

Abänderung 111

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 21– Absatz 8

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(8) Die zuständigen Behörden können die Zulassung eines SoHO-Präparats unter Einhaltung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zurücknehmen, wenn sie festgestellt haben, dass das betreffende SoHO-Präparat die Zulassungskriterien nach deren Aktualisierung nicht mehr erfüllt oder dass die SoHO-Einrichtung ***wiederholt*** gegen die Zulassungsbedingungen verstoßen hat.	(8) Die zuständigen Behörden können die Zulassung eines SoHO-Präparats unter Einhaltung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zurücknehmen, wenn sie festgestellt haben, dass das betreffende SoHO-Präparat die Zulassungskriterien nach deren Aktualisierung nicht mehr erfüllt oder dass die SoHO-Einrichtung gegen die Zulassungsbedingungen verstoßen hat.

Abänderung 112

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27– Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die zuständigen Behörden stellen Leitlinien und Vorlagen zur Verfügung, um es SoHO-Einrichtungen zu ermöglichen, ihre Anträge auf Zulassung als SoHO-Betriebsstätte in Übereinstimmung mit Artikel 49 einzureichen. Bei der Ausarbeitung dieser Leitlinien und Vorlagen ziehen die zuständigen Behörden die vom SoHO-Koordinierungsgremium vereinbarten und dokumentierten bewährten Verfahren nach Artikel 68 Absatz 1 Buchstabe c heran.	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 113

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 — Absatz 3 — Unterabsatz 1 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) die betreffende SoHO-Betriebsstätte die an ihre Zulassung geknüpften Bedingungen oder die Bestimmungen dieser Verordnung nicht erfüllt, ***und***	a) die betreffende SoHO-Betriebsstätte die an ihre Zulassung geknüpften Bedingungen oder die Bestimmungen dieser Verordnung nicht erfüllt, ***oder***

Abänderung 114

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 — Absatz 3 — Unterabsatz 1 — Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	aa) im Anschluss an eine Inspektion durch nationale Behörden gemäß Artikel 29 Absatz 14 keine Korrektur- oder Präventivmaßnahmen ergreift, und

Abänderung 115

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27– Absatz 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(5) Die zuständigen Behörden können die Zulassung einer SoHO-Betriebsstätte unter Einhaltung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zurücknehmen, wenn sie festgestellt haben, dass die SoHO-Betriebsstätte die Zulassungskriterien nach deren Aktualisierung nicht mehr erfüllt oder dass sie ***wiederholt*** gegen die Zulassungsbedingungen verstoßen hat.	(5) Die zuständigen Behörden können die Zulassung einer SoHO-Betriebsstätte unter Einhaltung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zurücknehmen, wenn sie festgestellt haben, dass die SoHO-Betriebsstätte die Zulassungskriterien nach deren Aktualisierung nicht mehr erfüllt oder dass sie gegen die Zulassungsbedingungen verstoßen hat.

Abänderung 116

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 — Absatz 5 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) die betreffende SoHO-Einrichtung die an ihre Zulassung geknüpften Bedingungen oder die Bestimmungen dieser Verordnung nicht erfüllt, ***und***	a) die betreffende SoHO-Einrichtung die an ihre Zulassung geknüpften Bedingungen oder die Bestimmungen dieser Verordnung nicht erfüllt, ***oder***

Abänderung 117

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 — Absatz 5 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) diese Nichtkonformität bzw. vermutete Nichtkonformität ein Risiko für die Sicherheit potenzieller ***Empfänger*** oder Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung darstellt.	b) diese Nichtkonformität bzw. vermutete Nichtkonformität ein Risiko für die Sicherheit potenzieller ***SoHO-Empfänger*** oder Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung darstellt.

Abänderung 118

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 — Absatz 7

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(7) Die zuständigen Behörden können die Zulassung einer einführenden SoHO-Einrichtung unter Einhaltung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zurücknehmen, wenn sie festgestellt haben, dass die einführende SoHO-Einrichtung die Zulassungskriterien nach deren Aktualisierung nicht mehr erfüllt oder dass sie ***wiederholt*** gegen die Zulassungsbedingungen verstoßen hat.	(7) Die zuständigen Behörden können die Zulassung einer einführenden SoHO-Einrichtung unter Einhaltung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zurücknehmen, wenn sie festgestellt haben, dass die einführende SoHO-Einrichtung die Zulassungskriterien nach deren Aktualisierung nicht mehr erfüllt oder dass sie gegen die Zulassungsbedingungen verstoßen hat.

Abänderung 119

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 — Absatz 9

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(9) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden in Krisenfällen die Einfuhr von SoHO zur sofortigen Verwendung bei einem bestimmten Empfänger genehmigen, wenn dies aufgrund der klinischen Umstände im Einzelfall gerechtfertigt ist.	(9) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden ***in den in Artikel 61a genannten Ausnahmesituationen oder*** in Krisenfällen die Einfuhr von SoHO zur sofortigen Verwendung bei einem bestimmten Empfänger genehmigen, wenn dies aufgrund der klinischen Umstände im Einzelfall ***gebührend*** gerechtfertigt ist.

Abänderung 120

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 29 — Absatz 11

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(11) Der Zeitabstand zwischen ***zwei Vor-Ort-Inspektionen*** darf vier Jahre nicht übersteigen.	(11) Der Zeitabstand zwischen Inspektionen ***wird auf der Grundlage der für die Minderung der ermittelten Risiken erforderlichen Häufigkeit festgelegt und*** darf vier Jahre nicht übersteigen.

Abänderung 121

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 32 — Absatz 1 — Unterabsatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Die Inspektoren werden nach Verfahren benannt, mit denen sichergestellt ist, dass sie transparent, unabhängig und unparteiisch handeln. Die Kriterien für die Benennung müssen klar und transparent sein.

Abänderung 122

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 32 — Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1a) Alle Inspektoren handeln unparteiisch und sind frei von jedwedem direkten oder indirekten Interessenkonflikt. Diese Unparteilichkeit müssen sie schriftlich erklären, und die einschlägigen Erklärungen werden auf der Website der zuständigen Behörden öffentlich zugänglich gemacht.

Abänderung 123

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 32 — Absatz 3 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) die anzuwendenden Inspektionstechniken und -verfahren, einschließlich praktischer Übungen,	a) die anzuwendenden Inspektionstechniken und -verfahren, einschließlich praktischer Übungen ***und Vorschriften über Interessenkonflikte***,

Abänderung 124

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 34 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Artikel 34a
	Austausch von Informationen über die Verfügbarkeit von SoHO und die Kontinuität der Versorgung
	(1) Im Rahmen der nationalen Pläne zur Sicherstellung der in Artikel 62 genannten Kontinuität der SoHO-Versorgung richten die zuständigen Behörden einen digitalen Kommunikationskanal ein, über den sie schnell und effizient Informationen über die Verfügbarkeit im nationalen Hoheitsgebiet austauschen können. Über diesen digitalen Kommunikationskanal können die zuständigen Behörden die nationalen SoHO-Einrichtungen bei konkretem Bedarf verpflichten, Informationen über die Verfügbarkeit eines bestimmten SoHO-Produkts bereitzustellen. Die zuständigen Behörden berücksichtigen auch die Warnungen der nationalen SoHO-Einrichtungen bezüglich der Verfügbarkeit von SoHO und potenzieller Engpässe. Die zuständigen Behörden stellen sicher, dass dieser digitale Kommunikationskanal spätestens am … [zwei Jahre nach dem Datum des Inkrafttretens der vorliegenden Verordnung] zur Verfügung steht.
	(2) Die zuständigen Behörden überwachen die Verfügbarkeit von SoHO auf nationaler Ebene über den in Absatz 1 genannten digitalen Kommunikationskanal. Sie stellen den SoHO-Einrichtungen Leitlinien zur Verfügung, um den Austausch von Informationen über die Verfügbarkeit von SoHO zu erleichtern.
	(3) Die zuständigen Behörden speichern und analysieren Informationen über die Verfügbarkeit von SoHO und die Schwankungen bei der Verfügbarkeit im Laufe der Zeit sowie über die Entwicklungen bei der Nachfrage und die potenziellen Engpässe bei SoHO und erstellen entsprechende Berichte, die anderen Mitgliedstaaten über die SoHO-Plattform der EU gemäß Kapitel XI zur Verfügung gestellt werden können.

Abänderung 125

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 36 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Artikel 36a
	Genehmigung und Register klinischer Prüfungen mit SoHO
	(1) Die zuständigen Behörden genehmigen klinische Prüfungen mit SoHO, nachdem sie den Vorschlag für die klinische Studie gemäß Artikel 41a Absatz 5 gebilligt und überprüft haben, dass die klinische Studie erforderlichenfalls eine befürwortende Empfehlung einer Ethikkommission erhalten hat.

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2) Die zuständigen Behörden informieren, unterweisen und unterstützen die SoHO-Einrichtungen in ihrem Mitgliedstaat in Bezug auf die Genehmigungs- und Registrierungsverfahren für klinische Studien mit SoHO. Die zuständigen Behörden stellen den SoHO-Einrichtungen Leitlinien und Unterstützung in Bezug auf die technischen und ethischen Aspekte klinischer Studien mit SoHO zur Verfügung.
	(3) Die zuständigen Behörden registrieren jede genehmigte klinische SoHO-Studie auf der EU-SOHO-Plattform und machen dabei die folgenden Angaben:
	a) den Namen oder die Firma und die Anschrift der SoHO-Einrichtung bzw. -Einrichtungen, die die Prüfung durchführt bzw. durchführen, sowie den Namen und die Kontaktdaten der Forscher und einer Kontaktperson,
	b) falls erforderlich, eine befürwortende Empfehlung einer zuständigen Ethikkommission,
	c) eine Zusammenfassung des Konzepts der Studie,
	d) das Datum des Beginns und Abschlusses der verschiedenen Phasen der klinischen Studie,
	e) spätestens ein Jahr nach Ende der Studie eine Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen,
	f) eine für die Öffentlichkeit bestimmte Zusammenfassung der klinischen Studie und der erzielten Ergebnisse.
	(4) In Fällen, in denen an einer klinischen Studie mit SoHO mehrere SoHO-Einrichtungen beteiligt sind und sich diese Einrichtungen in verschiedenen Mitgliedstaaten befinden, ist für die klinische Studie mit SoHO nur eine Genehmigung durch eine zuständige Behörde der Union erforderlich.
	(5) Es ist Aufgabe der zuständigen Behörden, sicherzustellen, dass die in der SoHO-Plattform der EU enthaltenen Angaben zu klinischen Studien mit SoHO in ihrem Mitgliedstaat konsistent sind, und etwaige Änderungen unverzüglich in der SoHO-Plattform der EU einzutragen.
	(6) Die für die klinischen Studien mit SoHO zuständigen SoHO-Einrichtungen müssen bei der Studie festgestellte unerwünschte Ereignisse gemäß Artikel 47 Absatz 1 unverzüglich melden.

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(7) Die Kommission kann Durchführungsrechtsakte erlassen, um die Registrierung von Informationen in der SoHO-Plattform der EU zu erleichtern. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 79 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

Abänderung 126

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 38 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die für die Freigabe von SoHO verantwortliche Person muss im Besitz eines Diploms, Prüfungszeugnisses oder sonstigen Befähigungsnachweises im Bereich der Medizin oder der Biowissenschaften sein, das/der die Absolvierung einer Hochschulausbildung oder einer von dem betreffenden Mitgliedstaat als gleichwertig anerkannten Ausbildung bescheinigt, und diese Person muss mindestens zweijährige Erfahrung im einschlägigen Bereich haben.	(2) Die für die Freigabe von SoHO verantwortliche Person muss im Besitz eines Diploms, Prüfungszeugnisses oder sonstigen Befähigungsnachweises im Bereich der Medizin oder der Biowissenschaften sein, das/der die Absolvierung einer Hochschulausbildung oder einer von dem betreffenden Mitgliedstaat als gleichwertig anerkannten Ausbildung bescheinigt, und diese Person muss mindestens zweijährige Erfahrung im einschlägigen Bereich haben. ***Die SoHO-Einrichtung sorgt dafür, dass die für die Freigabe von SoHO verantwortliche Person adäquate und aktuelle, für ihre Aufgaben und Zuständigkeiten geeignete Schulungen erhält, darunter auch spezifische Schulungen zu den SoHO, bei denen derlei Schulungen erforderlich sind.***

Abänderung 127

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 40 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) SoHO-Einrichtungen dürfen SoHO-Präparate ohne vorherige Zulassung des SoHO-Präparats nicht freigeben oder — bei autologer Behandlung — herstellen und unmittelbar bei einem Empfänger verwenden. Ändert eine SoHO-Einrichtung eine Tätigkeit, die für ein zugelassenes SoHO-Präparat durchgeführt wird, muss sie für dieses geänderte SoHO-Präparat eine Zulassung beantragen.	(1) SoHO-Einrichtungen dürfen SoHO-Präparate ohne vorherige Zulassung des SoHO-Präparats nicht freigeben oder — bei autologer Behandlung — herstellen und unmittelbar bei einem Empfänger verwenden. Ändert eine SoHO-Einrichtung eine Tätigkeit, die für ein zugelassenes SoHO-Präparat durchgeführt wird, ***erheblich***, ***so*** muss sie für dieses geänderte SoHO-Präparat eine Zulassung beantragen. ***Für die Zwecke dieses Artikels bezeichnet „erhebliche Änderung" eine Änderung, die sich auf den Zweck, die Qualität, Sicherheit, Wirksamkeit oder Funktionalität eines SoHO-Präparats auswirkt.***

Abänderung 128

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 40 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) SoHO-Einrichtungen können bei ihren zuständigen Behörden eine Ausnahme von der Zulassungspflicht für ein SoHO-Präparat beantragen, wenn die in Artikel **64** genannten außergewöhnlichen Umstände vorliegen.	(3) SoHO-Einrichtungen können bei ihren zuständigen Behörden eine Ausnahme von der Zulassungspflicht für ein SoHO-Präparat beantragen, wenn die in Artikel ***61 und 61a*** genannten außergewöhnlichen Umstände vorliegen.

Abänderung 129

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 — Absatz 2 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) die Ergebnisse einer Risikobewertung***, die für die Kombination der für das SoHO-Präparat durchgeführten SoHO-Tätigkeiten vorgenommen wurde, zusammen mit der beabsichtigten klinischen Indikation, bei der es verwendet werden soll, wobei Folgendes berücksichtigt wird:***	b) die Ergebnisse einer Risikobewertung ***gemäß Artikel 41a Absatz 4;***
i) ob das SoHO-Präparat in einer in den technischen Leitlinien nach Artikel 59 Absatz 4 Buchstabe a enthaltenen EDQM-Monografie für SoHO beschrieben ist und an diese angepasst wurde,	
ii) ob das SoHO-Präparat die in der unter Ziffer i genannten EDQM-Monografie für SoHO festgelegten Qualitätskriterien erfüllt und für die in dieser Monografie angegebene Indikation und Art der Anwendung bestimmt ist, sofern diese Angaben in der Monografie enthalten sind,	
iii) Informationen über die frühere Verwendung und Zulassung des SoHO-Präparats in anderen SoHO-Einrichtungen, wie auf der SoHO-Plattform der EU verfügbar,	
iv) Nachweise, sofern verfügbar, die im Rahmen des Zertifizierungsverfahrens gemäß der Verordnung (EU) 2017/745 für zertifizierte Medizinprodukte, die für das SoHO-Präparat gegebenenfalls verwendet werden, erbracht wurden,	

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
v) die Dokumentation zu einem systematischen Prozess zur Identifizierung, Quantifizierung und Beurteilung aller Risiken für den Spender oder den Empfänger, die sich aus der Abfolge der für das SoHO-Präparat durchgeführten Tätigkeiten ergeben,	

Abänderung 130

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 — Absatz 2 — Buchstabe c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) in Fällen, in denen das ermittelte Risiko nicht vernachlässigbar ist, einen Vorschlag für die Überwachung der klinischen Ergebnisse zum Nachweis der Sicherheit, Qualität und Wirksamkeit des SoHO-Präparats entsprechend den Ergebnissen der Risikobewertung,	c) in Fällen, in denen das ermittelte Risiko nicht vernachlässigbar ist, einen Vorschlag für die Überwachung der klinischen Ergebnisse zum Nachweis der Sicherheit, Qualität und Wirksamkeit des SoHO-Präparats entsprechend den Ergebnissen der Risikobewertung ***und gemäß Artikel 41a Absatz 5***,

Abänderung 131

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) ***In dem in Absatz 2 Buchstabe c genannten Vorschlag schlägt der Antragsteller einen Plan zur Überwachung der klinischen Ergebnisse wie folgt vor:***	***entfällt***
a) bei geringem Risiko die klinische Nachbeobachtung einer festgelegten Anzahl von Patienten,	
b) bei mittlerem Risiko zusätzlich zu Buchstabe a eine klinische Prüfstudie mit einer statistisch signifikanten Anzahl von Patienten, in der vorab festgelegte klinische Endpunkte bewertet werden,	
c) bei hohem Risiko zusätzlich zu Buchstabe a eine klinische Prüfstudie mit einer statistisch signifikanten Anzahl von Patienten, in der vorab festgelegte klinische Endpunkte im Vergleich zur Standardtherapie bewertet werden.	

Abänderung 132

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Wurde eine bedingte Zulassung nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe c erteilt, führen die SoHO-Einrichtungen anschließend die Überwachung der klinischen Ergebnisse durch und übermitteln die Ergebnisse ***an ihre zuständigen Behörden***. Bei der Durchführung der klinischen Prüfung nach ***Absatz 3 Buchstaben b und c*** für das betreffende SoHO-Präparat kann der Antragsteller die Ergebnisse in ein bestehendes klinisches Register eintragen, sofern die zuständigen Behörden überprüft haben, dass das Register über Verfahren für das Datenqualitätsmanagement verfügt, mit denen die Genauigkeit und Vollständigkeit der Daten sichergestellt sind.	(4) Wurde eine bedingte Zulassung nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe c erteilt, ***so*** führen die SoHO-Einrichtungen anschließend die Überwachung der klinischen Ergebnisse durch und übermitteln ***ihren zuständigen Behörden*** die Ergebnisse ***und ihre Analyse in der in der Zulassung festgelegten Häufigkeit.*** Bei der Durchführung der klinischen Prüfung nach ***Artikel 41a Absatz 5 Buchstabe a Ziffern ii und iii*** für das betreffende SoHO-Präparat kann der Antragsteller die Ergebnisse in ein bestehendes klinisches Register eintragen, sofern die zuständigen Behörden überprüft haben, dass das Register über Verfahren für das Datenqualitätsmanagement verfügt, mit denen die Genauigkeit und Vollständigkeit der Daten sichergestellt sind. ***Der Antragsteller muss diese Studie und die erzielten Ergebnisse gemäß Artikel 36a auf der EU-SOHO-Plattform registrieren.***

Abänderung 133

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 — Absatz 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(5) SoHO-Einrichtungen dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung ihrer zuständigen Behörden keine Änderungen an der Abfolge der für ein zugelassenes SoHO-Präparat durchgeführten Tätigkeiten vornehmen. Die SoHO-Einrichtungen unterrichten ihre zuständigen Behörden auch über Änderungen der Angaben zum Inhaber der Zulassung des SoHO-Präparats.	(5) SoHO-Einrichtungen dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung ihrer zuständigen Behörden keine ***erheblichen*** Änderungen an der Abfolge der für ein zugelassenes SoHO-Präparat durchgeführten Tätigkeiten vornehmen. ***Für die Zwecke dieses Artikels bezeichnet „erhebliche Änderung" eine Änderung, die sich auf den Zweck, die Qualität, Sicherheit, Wirksamkeit oder Funktionalität eines SoHO-Präparats auswirkt.*** Die SoHO-Einrichtungen unterrichten ihre zuständigen Behörden auch über Änderungen der Angaben zum Inhaber der Zulassung des SoHO-Präparats.

Abänderung 134

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Artikel 41a
	Klinische Studien mit SoHO
	(1) Bei der Durchführung klinischer Studien mit SoHO im Rahmen der in Artikel 41 Absatz 2 Buchstabe c genannten Überwachungspläne oder mit dem Ziel, bereits zugelassene Behandlungen zu vergleichen oder zu verbessern, müssen die SoHO-Einrichtungen die in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen erfüllen.

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2) Bei diesen klinischen Studien haben stets die Sicherheit und das Wohlbefinden der Studienteilnehmer Priorität und müssen die Bestimmungen der Artikel 53, 54, 55, 56, 58 und 59 dieser Verordnung in Bezug auf den Schutz der Spender, Empfänger und der Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung eingehalten werden. SoHO-Einrichtungen, die mit einer klinischen Studie mit SoHO beginnen möchten, bemühen sich um den Erhalt solider und zuverlässiger Daten, indem sie erforderlichenfalls mit anderen SoHO-Einrichtungen zusammenarbeiten.
	(3) Die SoHO-Einrichtungen stellen vor Beginn der klinischen Studie bei den zuständigen Behörden einen Antrag auf Genehmigung der klinischen Studie gemäß dem in den Absätzen 4 und 5 beschriebenen Verfahren. SoHO-Einrichtungen können bei den zuständigen Behörden gemäß Artikel 36a Unterstützung in Bezug auf die administrativen, technischen und ethischen Aspekte der klinischen Studie beantragen.
	(4) Vor Beginn einer klinischen Studie mit SoHO muss der Antragsteller eine Risikobewertung der Kombination von SoHO-Tätigkeiten, die für das SoHO-Präparat durchgeführt werden, zusammen mit der beabsichtigten klinischen Indikation durchführen und dabei Folgendes berücksichtigen:
	a) ob das SoHO-Präparat in einer in den technischen Leitlinien nach Artikel 59 Absatz 4 Buchstabe a enthaltenen EDQM-Monografie für SoHO beschrieben ist und an diese Monografie angepasst wurde,
	b) ob das SoHO-Präparat die in Buchstabe a genannten EDQM-Monografie für SoHO festgelegten Qualitätskriterien erfüllt und für die in dieser Monografie angegebene Indikation und Art der Anwendung bestimmt ist, sofern diese Angaben in der Monografie enthalten sind,
	c) Informationen über die frühere Verwendung und Zulassung das SoHO-Präparat in anderen SoHO-Einrichtungen, wie auf der SoHO-Plattform der EU verfügbar,
	d) Nachweise, sofern verfügbar, die im Rahmen des Zertifizierungsverfahrens gemäß der Verordnung (EU) 2017/745 für zertifizierte Medizinprodukte, die für das SoHO-Präparat verwendet werden, erbracht wurden,
	e) die Dokumentation zu einem systematischen Prozess zur Identifizierung, Quantifizierung und Beurteilung aller Risiken für den Spender oder den Empfänger, die sich aus der Abfolge der für das SoHO-Präparat durchgeführten Tätigkeiten ergeben,

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(5) Auf der Grundlage der Ergebnisse der Risikobewertung gemäß Absatz 4 schlägt die SoHO-Einrichtung den zuständigen Behörden einen Plan für die klinische Studie vor:
	a) im Rahmen der Überwachung der klinischen Ergebnisse für die Zulassung eines neuen SoHO-Präparats gemäß Artikel 41 Absatz 2 Buchstabe c:
	i) bei geringem Risiko die klinische Nachbeobachtung einer festgelegten Anzahl von Patienten,
	ii) bei mittlerem Risiko zusätzlich zu Buchstabe i eine klinische Prüfstudie mit einer statistisch signifikanten Anzahl von Patienten, in der vorab festgelegte klinische Endpunkte bewertet werden,
	iii) bei hohem Risiko zusätzlich zu Buchstabe i eine klinische Prüfstudie mit einer statistisch signifikanten Anzahl von Patienten, in der vorab festgelegte klinische Endpunkte im Vergleich zur Standardtherapie bewertet werden;
	b) im Rahmen einer vergleichenden klinischen Studie mit bereits zugelassenen SoHO-Behandlungen.
	(6) Wenn SoHO-Einrichtungen eine risikoreiche klinische Studie durchführen, müssen sie vor dem Beginn der klinischen Studie eine befürwortende Stellungnahme der zuständigen Ethikkommission beantragen. Vor der Ausstellung einer befürwortenden Stellungnahme zu der klinischen Studie beurteilt die Ethikkommission die ethischen, rechtlichen und methodischen Aspekte der Studie, um festzustellen, ob die klinische Studie so konzipiert ist, dass sie zu soliden Schlussfolgerungen führen kann, sowie Aspekte im Zusammenhang mit dem Wohlbefinden und der Sicherheit der Teilnehmer.
	(7) Die für die die klinische Studie mit SoHO verantwortliche Person muss angemessen geschult werden.

Abänderung 135

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 43 — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Der Inhaber der Zulassung als einführende SoHO-Einrichtung muss seinen Sitz in der Union haben und für die physische Entgegennahme sowie die Sichtkontrolle und Überprüfung der eingeführten SoHO vor ihrer Freigabe verantwortlich sein. Die einführende SoHO-Einrichtung prüft die Kohärenz zwischen der erhaltenen SoHO und den zugehörigen Unterlagen sowie die Unversehrtheit der Verpackung und die Einhaltung der in den einschlägigen Standards und technischen Leitlinien gemäß den Artikeln 57, 58 und 59 festgelegten Bedingungen für die Kennzeichnung und den Transport.	(4) Der Inhaber der Zulassung als einführende SoHO-Einrichtung muss seinen Sitz in der Union haben und für die physische Entgegennahme sowie die Sichtkontrolle und Überprüfung der eingeführten SoHO vor ihrer Freigabe verantwortlich sein. Die einführende SoHO-Einrichtung prüft die Kohärenz zwischen der erhaltenen SoHO und den zugehörigen Unterlagen sowie die Unversehrtheit der Verpackung und die Einhaltung der in den einschlägigen Standards und technischen Leitlinien gemäß den Artikeln 57, 58 und 59 festgelegten Bedingungen für die Kennzeichnung und den Transport. ***Die einführende SoHO-Einrichtung stellt sicher, dass die eingeführten SoHO Sicherheits- und Qualitätsstandards erfüllen, die den in dieser Verordnung festgelegten Standards gleichwertig sind.***

Abänderung 136

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 47 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die SoHO-Einrichtungen unterhalten ein System zur Ermittlung, Untersuchung und Aufzeichnung von Informationen über unerwünschte Ereignisse, einschließlich unerwünschter Ereignisse, die bei der Überwachung der klinischen Ergebnisse im Rahmen eines Antrags auf Zulassung eines SoHO-Präparats gemäß Artikel 41 festgestellt wurden.	(1) Die SoHO-Einrichtungen unterhalten ein System zur Ermittlung, Untersuchung und Aufzeichnung von Informationen über unerwünschte Ereignisse, einschließlich unerwünschter Ereignisse, die bei der Überwachung der klinischen Ergebnisse im Rahmen eines Antrags auf Zulassung eines SoHO-Präparats gemäß Artikel 41 ***oder im Rahmen einer klinischen SoHO-Studie gemäß Artikel 41a*** festgestellt wurden.

Abänderung 137

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 47 — Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3a) Betrifft eine Meldung eines schwerwiegenden unerwünschten Ereignisses Anliegen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, so teilen die zuständigen Behörden der Öffentlichkeit und dem SoHO-Koordinierungsgremium die wesentlichen Informationen unverzüglich mit.

Abänderung 138

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 48 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) SoHO-Betriebsstätten dürfen ohne vorherige Zulassung als SoHO-Betriebsstätte keine ***Tätigkeiten*** ausüben. Dies gilt unabhängig davon, ob alle Tätigkeiten von der Betriebsstätte selbst durchgeführt werden oder ob sie eine andere SoHO-Einrichtung mit einer oder mehreren dieser Tätigkeiten beauftragt.	(1) SoHO-Betriebsstätten dürfen ohne vorherige Zulassung als SoHO-Betriebsstätte keine ***SoHO-Tätigkeiten*** ausüben. Dies gilt unabhängig davon, ob alle Tätigkeiten von der Betriebsstätte selbst durchgeführt werden oder ob sie eine andere SoHO-Einrichtung mit einer oder mehreren dieser Tätigkeiten beauftragt.

Abänderung 139

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 51 — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Arzt/Ärztin	***Ärzte***

Abänderung 140

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 51 — Absatz 2 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Untersuchung vermuteter unerwünschter Ereignisse bei Spendern und Empfängern von SoHO,	b) Untersuchung vermuteter unerwünschter Ereignisse bei Spendern und Empfängern von SoHO ***sowie bei etwaigen Nachkommen aus medizinisch unterstützter Forschung***,

Abänderung 141

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 51 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Abweichend von Absatz 2 ist der Arzt im ***Falle*** von SoHO-Einrichtungen, die als SoHO-Betriebsstätten gemäß Artikel 25 Absatz 3 zugelassen sind, für die Aufgaben zuständig, die für die von den SoHO-Einrichtungen durchgeführten SoHO-Tätigkeiten relevant sind und die einen unmittelbaren Einfluss auf die Gesundheit von Spendern und Empfängern von SoHO haben.	(3) Abweichend von Absatz 2 ist der Arzt im ***Fall*** von SoHO-Einrichtungen, die als SoHO-Betriebsstätten gemäß Artikel 25 Absatz 3 zugelassen sind, für die Aufgaben zuständig, die für die von den SoHO-Einrichtungen durchgeführten SoHO-Tätigkeiten relevant sind und die einen unmittelbaren Einfluss auf die Gesundheit von Spendern und Empfängern von SoHO ***sowie von etwaigen Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung*** haben.

Abänderung 142

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 52 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) SoHO-Einrichtungen schützen die Gesundheit lebender ***Spender*** vor, während und nach der Spende.	(2) SoHO-Einrichtungen schützen die ***physische und, falls relevant, mentale*** Gesundheit lebender ***SoHO-Spender*** vor, während und nach der Spende.

Abänderung 143

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 52 — Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2a) Die SoHO-Einrichtungen stellen sicher, dass der Gesundheitszustand der SoHO-Spender vor der Spende kein unverhältnismäßiges Risiko für die Spende oder für die Gesundheit der Spender während oder nach der Spende darstellt.

Abänderung 144

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 53 — Absatz 1 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) alle in dem betreffenden Mitgliedstaat geltenden Anforderungen bezüglich der Einwilligung oder Genehmigung erfüllen,	a) alle in dem betreffenden Mitgliedstaat geltenden Anforderungen bezüglich der Einwilligung ***nach Aufklärung*** oder Genehmigung erfüllen,

Abänderung 145

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 53 — Absatz 1 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) den Spendern oder ihren Angehörigen oder den Personen, die im Namen der Spender eine Genehmigung erteilen, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften die in Artikel 55 genannten Informationen in einer Form zur Verfügung stellen, die ***ihrer Fähigkeit, diese zu begreifen, angemessen ist***,	b) den Spendern oder ihren Angehörigen oder den Personen, die im Namen der Spender eine Genehmigung erteilen, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften die in Artikel 55 genannten Informationen in einer Form zur Verfügung stellen, die ***es ihnen ermöglicht, eine Einwilligung nach Aufklärung zu erteilen und bei Bedarf weitere Informationen anzufordern***,

Abänderung 146

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 53 — Absatz 1 — Buchstabe j

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
j) mithilfe ***eines Registers*** überprüfen, dass die Spender nicht häufiger spenden, als in den in Artikel 56 genannten technischen Leitlinien als sicher angegeben ist, und dass die Spender nachweisen, dass ihre Gesundheit nicht beeinträchtigt ist,	j) mithilfe ***von nationalen Registern*** überprüfen, dass die Spender nicht häufiger spenden, als in den in Artikel 56 genannten technischen Leitlinien als sicher angegeben ist, und dass die Spender nachweisen, dass ihre Gesundheit nicht beeinträchtigt ist,

Abänderung 147

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 53 — Absatz 1 — Buchstabe j a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ja) mithilfe nationaler Register und auf der Grundlage der neuesten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und medizinischen Fachkenntnisse überprüfen, ob die Spender die Kriterien für die Spendereignung erfüllen, sofern dies bei bestimmten Arten von Spenden erforderlich ist;

Abänderung 148

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 53 — Absatz 1 — Buchstabe l a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	la) die SoHO-Empfänger über die Anforderungen an die Anonymität und die Möglichkeit der Freigabe der Identität und die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die medizinisch unterstützte Fortpflanzung mit Fremdspende von reproduktiven Zellen gemäß den nationalen Rechtsvorschriften informieren.

Abänderung 149

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 53 — Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1a) SoHO-Einrichtungen dürfen SoHO-Spender nicht aus einem der in Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union aufgeführten Gründe diskriminieren, es sei denn, dies ist zum Schutz der Gesundheit des SoHO-Empfängers, der Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung oder des SoHO-Spenders erforderlich. Eine solche diskriminierende Maßnahme muss auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen.

Abänderung 150

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 53 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Im Zuge der in Absatz 1 Buchstabe f genannten Beurteilungen der Spendergesundheit führen die SoHO-Einrichtungen Gespräche mit den Spendern und erheben Informationen über deren gegenwärtigen und kürzlichen Gesundheitszustand sowie über ihre Krankengeschichte, um die Sicherheit des Spendeverfahrens für diese Spender sicherzustellen. SoHO-Einrichtungen können als Teil der Beurteilung der Spendergesundheit Laboruntersuchungen durchführen. In Fällen, in denen die Beurteilung der Spendergesundheit darauf hindeutet, dass Laboruntersuchungen erforderlich sind, um die Eignung der betreffenden Spender mit Blick auf ihren eigenen Schutz festzustellen, ist die Durchführung solcher Untersuchungen obligatorisch. Der in Artikel 51 genannte Arzt muss das Verfahren und die Kriterien für die Beurteilung der Spendergesundheit genehmigen.	(2) Im Zuge der in Absatz 1 Buchstabe f genannten Beurteilungen der Spendergesundheit führen die SoHO-Einrichtungen Gespräche mit den Spendern und erheben Informationen über deren gegenwärtigen und kürzlichen ***physischen und, falls relevant, mentalen*** Gesundheitszustand sowie über ihre Krankengeschichte, um die Sicherheit des Spendeverfahrens für diese Spender sicherzustellen. SoHO-Einrichtungen können als Teil der Beurteilung der Spendergesundheit Laboruntersuchungen durchführen. In Fällen, in denen die Beurteilung der Spendergesundheit darauf hindeutet, dass Laboruntersuchungen erforderlich sind, um die Eignung der betreffenden Spender mit Blick auf ihren eigenen Schutz festzustellen, ist die Durchführung solcher Untersuchungen obligatorisch. Der in Artikel 51 genannte Arzt muss das Verfahren und die Kriterien für die Beurteilung der Spendergesundheit genehmigen.

Abänderung 151

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 53 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Gewinnen SoHO-Einrichtungen SoHO bei Spendern, die für die Spende einem chirurgischen Eingriff unterzogen werden, zur Ermöglichung der Spende mit Hormonen behandelt werden oder ***häufig und wiederholt spenden***, so registrieren die SoHO-Einrichtungen diese Spender und die Ergebnisse der Beurteilung ihrer Gesundheit in einem einrichtungsübergreifenden Register, das die Verknüpfung mit anderen derartigen Registern gemäß Absatz 1 Buchstabe j ermöglicht. Die SoHO-Einrichtungen, die diese Register verwalten, stellen sicher, dass sie miteinander verknüpft werden können.	(3) Gewinnen SoHO-Einrichtungen SoHO bei Spendern, die für die Spende einem chirurgischen Eingriff unterzogen werden, zur Ermöglichung der Spende mit Hormonen behandelt werden oder ***SoHO spenden, die häufig und wiederholt gespendet werden können***, so registrieren die SoHO-Einrichtungen diese Spender und die Ergebnisse der Beurteilung ihrer Gesundheit in einem einrichtungsübergreifenden Register, das die Verknüpfung mit anderen derartigen Registern ***auf Unionsebene, einschließlich grenzüberschreitender Register,*** gemäß Absatz 1 Buchstabe j ermöglicht. Die SoHO-Einrichtungen, die diese Register verwalten, stellen sicher, dass sie miteinander verknüpft werden können. ***Der Begriff der häufigen und wiederholten Spenden ist im Einklang mit den EDQM-Leitlinien nach Artikel 71 für jede Art von Spende zu verstehen.***

Abänderung 152

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 53 — Absatz 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(6) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 77 zu erlassen, um diese Verordnung in Fällen zu ergänzen, in denen zusätzliche Standards erforderlich sind, um den Schutz von Spendern sicherzustellen.	(6) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 77 zu erlassen, um diese Verordnung in Fällen zu ergänzen, in denen zusätzliche Standards erforderlich sind, um den Schutz von Spendern sicherzustellen***, insbesondere in Bezug auf die zulässige Häufigkeit von Spenden, falls die Leitlinien gemäß Artikel 56 keine Anwendung finden***.

Abänderung 153

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 54 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die Mitgliedstaaten können gestatten, dass die SoHO-Einrichtungen ***den Spendern*** für Ausfälle im Zusammenhang mit ihrer Beteiligung an Spenden eine Entschädigung oder Erstattung in Form von Pauschalvergütungen gewähren. ***In diesem Fall*** legen die Mitgliedstaaten die Bedingungen für ***solche Vergütungen*** in den nationalen Rechtsvorschriften fest, ***einschließlich einer Obergrenze, die sicherstellt, dass die Vergütungen*** finanziell neutral sind und mit den in diesem Artikel festgelegten Standards im Einklang stehen. Sie können unabhängige Stellen, die im Rahmen einzelstaatlicher Rechtsvorschriften eingerichtet werden, mit der Festlegung der Bedingungen für diese ***Vergütungen*** beauftragen.	(2) Die Mitgliedstaaten können gestatten, dass die SoHO-Einrichtungen ***lebenden SoHO-Spendern*** für Ausfälle ***oder Ausgaben*** im Zusammenhang mit ihrer Beteiligung an Spenden eine Entschädigung oder Erstattung ***nach dem Grundsatz der freiwilligen und unentgeltlichen Spende*** in Form von Pauschalvergütungen***, z. B. in Form von auf nationaler Ebene festgelegten Ausgleichsruhezeiten, Steuerermäßigungen oder*** Pauschalvergütungen gewähren. ***Auf der Grundlage transparenter Kriterien*** legen die Mitgliedstaaten die Bedingungen für ***diese Formen des Ausgleichs oder der Erstattung*** in den nationalen Rechtsvorschriften fest, ***und stellen sicher, dass sie*** finanziell neutral sind und mit den in diesem Artikel festgelegten Standards im Einklang stehen. Sie können ***den Ausgleich oder die Erstattung von der Einreichung von Anträgen durch die Spender abhängig machen und*** unabhängige Stellen, die im Rahmen einzelstaatlicher Rechtsvorschriften eingerichtet werden, mit der Festlegung der Bedingungen für diese ***Formen des Ausgleichs oder der Erstattung*** beauftragen. ***In diesem Zusammenhang unterstützt die Kommission den Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten. Die Spender müssen sich auch dafür entscheiden können, für Ausfälle oder Ausgaben im Zusammenhang mit ihrer Spende nicht entschädigt zu werden.***

Abänderung 154

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 54 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Die SoHO-Einrichtungen können ***Spendern*** Entschädigungen oder Erstattungen im Einklang mit den Bestimmungen ihrer zuständigen Behörden gemäß Absatz 2 gewähren.	(3) Die SoHO-Einrichtungen können ***lebenden SoHO-Spendern*** Entschädigungen oder Erstattungen im Einklang mit den Bestimmungen ihrer zuständigen Behörden gemäß Absatz 2 gewähren. ***Die SoHO-Einrichtungen erstatten den zuständigen Behörden in transparenter Weise Bericht über die von ihnen getroffenen Ausgleichs- und Erstattungsmaßnahmen sowie über alle diesbezüglichen Änderungen.***

Abänderung 155

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 54 — Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3a) Entschädigungen oder Erstattungen dürfen nicht als Anreiz für Spenden dienen oder einen finanziellen Wettbewerb, auch nicht grenzüberschreitend, zwischen Einrichtungen und Organisationen, die um Spender werben, auslösen. Sie dürfen nicht zur Ausbeutung von schutzbedürftigen Personen in der Gesellschaft führen.

Abänderung 156

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 54 — Absatz 3 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3b) Die Mitgliedstaaten regeln die Werbung für die Gewinnung von SoHO. Werbung für SoHO-Spenden, die mit finanziellen Gegenleistungen verbunden ist, ist verboten. Anwerbungskampagnen und Anzeigen dürfen sich nicht auf eine Vergütung beziehen.

Abänderung 157

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 54 — Absatz 3 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3c) Bis zum … [zwei Jahre nach dem Datum des Inkrafttretens der vorliegenden Verordnung] und danach alle drei Jahre bewertet die Kommission die nationalen Bedingungen für die Einhaltung des Grundsatzes der freiwilligen und unentgeltlichen Spende gemäß dieser Verordnung. Bei dieser Bewertung wird unter anderem festgestellt, ob Ausgleich und Erstattung die Sicherheit von Spendern oder Empfängern auf irgendeine Art und Weise beeinträchtigen, einen Anreiz oder eine Aufforderung zur Anwerbung von Spendern darstellen oder schutzbedürftige Personen in der Gesellschaft der Ausbeutung aussetzen. Die Mitgliedstaaten stellen der Kommission die für die Durchführung dieser Bewertung erforderlichen Informationen zur Verfügung.
	Auf der Grundlage der in Unterabsatz 1 genannten Bewertungen legt die Kommission Leitlinien für die Mitgliedstaaten fest, die sich auf bewährte Verfahren bei der Umsetzung von Ausgleichsregelungen stützen, und richtet erforderlichenfalls Empfehlungen an die Mitgliedstaaten, wie diese Verfahren verbessert werden können. Diese Leitlinien und Empfehlungen werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Abänderung 158

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 55 — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Standards hinsichtlich der Informationen, die vor der Einwilligung oder Genehmigung bereitzustellen sind	Standards hinsichtlich der Informationen, die vor der Einwilligung ***nach Aufklärung*** oder ***vor der*** Genehmigung ***der SoHO-Spende*** bereitzustellen sind

Abänderung 159

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 55 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die SoHO-Einrichtungen stellen die in Absatz 1 genannten Informationen zur Verfügung, bevor die Einwilligung in die Spende oder die Genehmigung für die Spende erteilt wird. Die SoHO-Einrichtungen stellen die Informationen in richtiger und klarer Weise zur Verfügung und verwenden Ausdrücke, die für die potenziellen Spender oder die Personen, die in die Spende einwilligen oder sie genehmigen sollen, leicht verständlich sind. Die Informationen dürfen die potenziellen Spender oder die Personen, die in ihrem Namen eine Genehmigung erteilen, nicht irreführen, vor allem was den Nutzen der Spende für künftige Empfänger der betreffenden SoHO anbelangt.	(2) Die SoHO-Einrichtungen stellen die in Absatz 1 genannten Informationen zur Verfügung, bevor die Einwilligung in die Spende oder die Genehmigung für die Spende erteilt wird. Die SoHO-Einrichtungen stellen die Informationen in richtiger und klarer Weise zur Verfügung und verwenden Ausdrücke, die für die potenziellen Spender oder die Personen, die in die Spende einwilligen oder sie genehmigen sollen, leicht verständlich sind ***und stellen sicher, dass die Einwilligung nach Aufklärung erteilt wurde***. Die Informationen dürfen die potenziellen Spender oder die Personen, die in ihrem Namen eine Genehmigung erteilen, nicht irreführen, vor allem was den Nutzen der Spende für künftige Empfänger der betreffenden SoHO anbelangt.

Abänderung 160

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 55 — Absatz 3 — Buchstabe d

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
d) die vorgesehene Verwendung der gespendeten SoHO, insbesondere im Hinblick auf den nachgewiesenen Nutzen für die künftigen Empfänger und etwaige Forschungs- oder kommerzielle Verwendungszwecke, für die der Spender seine Einwilligung erteilen soll,	d) die vorgesehene Verwendung der gespendeten SoHO, insbesondere im Hinblick auf den nachgewiesenen Nutzen für die künftigen Empfänger und etwaige Forschungs- oder kommerzielle Verwendungszwecke, für die der Spender seine Einwilligung ***nach Aufklärung*** erteilen soll,

Abänderung 161

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 55 — Absatz 3 — Buchstabe e

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
e) die analytischen Tests, die im Zuge der Beurteilung der Spendergesundheit durchgeführt werden,	e) die analytischen Tests, die im Zuge der Beurteilung der Spendergesundheit durchgeführt werden, ***und den Zweck dieser Tests,***

Abänderung 162

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 56 — Absatz 1 — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Hält die Kommission es für erforderlich, verbindliche Vorschriften für die Umsetzung eines bestimmten Standards oder eines Teils eines Standards gemäß den Artikeln 53, 54 oder 55 zu erlassen, um ein konvergentes und hohes Schutzniveau für Spender sicherzustellen, ***kann die*** Kommission ***Durchführungsrechtsakte*** erlassen, in denen bestimmte Verfahren beschrieben werden, die zur Erfüllung eines solchen Standards oder eines Teils eines solchen Standards einzuhalten und anzuwenden sind.	Hält die Kommission es für erforderlich, verbindliche Vorschriften für die Umsetzung eines bestimmten Standards oder eines Teils eines Standards gemäß den Artikeln 53, 54 oder 55 zu erlassen, um ein konvergentes und hohes Schutzniveau für Spender sicherzustellen, ***wird der*** Kommission ***die Befugnis übertragen, zur Ergänzung dieser Verordnung delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 77 zu*** erlassen, in denen bestimmte Verfahren beschrieben werden, die zur Erfüllung eines solchen Standards oder eines Teils eines solchen Standards einzuhalten und anzuwenden sind.

Abänderung 163

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 56 — Absatz 1– Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 79 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.	***entfällt***

Abänderung 164

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 56 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) ***In hinreichend begründeten Fällen äußerster Dringlichkeit im Zusammenhang mit einem Gesundheitsrisiko für den Spender erlässt die Kommission nach dem Verfahren gemäß Artikel 79 Absatz 3 sofort geltende Durchführungsrechtsakte.***	(2) ***Ist aufgrund eines Risikos für die Gesundheit des Spenders äußerste Dringlichkeit geboten, so findet das in Artikel 78 vorgesehene Verfahren auf die gemäß diesem Artikel erlassenen delegierten Rechtsakte Anwendung.***

Abänderung 165

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 56 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Zur Anwendung der in den Artikeln 53, 54 und 55 genannten Standards oder Teile von Standards hinsichtlich des Spenderschutzes befolgen die SoHO-Einrichtungen die Verfahren, die in den gemäß den Absätzen 1 und 2 erlassenen ***Durchführungsrechtsakten*** festgelegt sind.	(3) Zur Anwendung der in den Artikeln 53, 54 und 55 genannten Standards oder Teile von Standards hinsichtlich des Spenderschutzes befolgen die SoHO-Einrichtungen die Verfahren, die in den gemäß den Absätzen 1 und 2 erlassenen ***delegierten Rechtsakten*** festgelegt sind.

Abänderung 166

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 56 — Absatz 4 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Bei der Anwendung von Standards oder Teilen von Standards hinsichtlich des Spenderschutzes, für die kein ***Durchführungsrechtsakt*** erlassen wurde, befolgen die SoHO-Einrichtungen	(4) Bei der Anwendung von Standards oder Teilen von Standards hinsichtlich des Spenderschutzes, für die kein ***delegierter Rechtsakt*** erlassen wurde, befolgen die SoHO-Einrichtungen ***in folgender Reihenfolge***

Abänderung 167

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 56 — Absatz 4 — Buchstabe a — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) die neuesten technischen Leitlinien, die auf der in Kapitel XI behandelten SoHO-Plattform der EU abrufbar sind, darunter	a) die neuesten technischen Leitlinien, ***die im Anschluss an eine transparente und umfassende Konsultation einer großen Auswahl von Interessenträgern sowie auf der Grundlage jüngster wissenschaftlicher Erkenntnisse und einschlägigen Fachwissens ausgearbeitet werden und*** die auf der in Kapitel XI behandelten SoHO-Plattform der EU abrufbar sind, darunter

Abänderung 168

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 56 — Absatz 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(6) In den in Absatz 4 Buchstabe b genannten Fällen weisen die SoHO-Einrichtungen für die Zwecke des Artikels 30 in Verbindung mit Artikel 29 gegenüber ihren zuständigen Behörden für jeden Standard bzw. jeden Teil eines Standards nach, dass das mit den anderen angewandten Leitlinien erreichte Niveau der Sicherheit, Qualität und Wirksamkeit gegenüber dem in den technischen Leitlinien nach Absatz 4 Buchstabe a festgelegten Niveau gleichwertig ist.	***entfällt***

Abänderung 169

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 57 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
SoHO-Einrichtungen schützen die Gesundheit von SoHO-Empfängern und Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung vor den mit SoHO-Präparaten verbundenen Risiken. Zu diesem Zweck ***ermitteln*** sie die Risiken ***und*** minimieren oder beseitigen ***sie***.	SoHO-Einrichtungen ***müssen*** schützen die Gesundheit von SoHO-Empfängern und Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung vor den mit SoHO-Präparaten ***und ihrer Anwendung*** verbundenen Risiken ***schützen***. Zu diesem Zweck ***müssen*** sie die Risiken minimieren oder beseitigen.

Abänderung 170

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 57 — Absatz 1 — Buchstabe l a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	SoHO-Einrichtungen dürfen SoHO-Spender nicht aus einem der in Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union aufgeführten Gründe diskriminieren, es sei denn, dies ist zum Schutz der Gesundheit des SoHO-Empfängers oder des SoHO-Spenders erforderlich. Eine solche diskriminierende Maßnahme muss auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen.

Abänderung 171

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 58 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die SoHO-Einrichtungen legen Verfahren mit Maßnahmen und erforderlichenfalls Kombinationen von Maßnahmen fest, mit denen ein hohes Maß an Sicherheit und Qualität sichergestellt wird, und erbringen den Nachweis, dass der Nutzen für SoHO-Empfänger und Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung größer ist als alle Risiken. Sie müssen insbesondere mit hoher Sicherheit ausschließen können, dass Krankheitserreger, Toxine oder genetische Krankheiten auf Empfänger oder Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung übertragen werden.	(1) Die SoHO-Einrichtungen legen ***auf der Grundlage der in Artikel 59 erwähnten Leitlinien*** Verfahren mit Maßnahmen und erforderlichenfalls Kombinationen von Maßnahmen fest, mit denen ein hohes Maß an Sicherheit und Qualität sichergestellt wird, und erbringen den Nachweis, dass der Nutzen für SoHO-Empfänger und Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung größer ist als alle Risiken. Sie müssen insbesondere mit hoher Sicherheit ausschließen können, dass Krankheitserreger, Toxine oder genetische Krankheiten auf Empfänger oder Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung übertragen werden.

Abänderung 172

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 58 — Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1a) Soweit möglich, setzen die SoHO-Einrichtungen Technologien ein, um die klinischen Risiken für SoHO-Empfänger und Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung zu verringern und die Qualität der SoHO zu verbessern.

Abänderung 173

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 58 — Absatz 2 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Untersuchung von Spendern auf übertragbare Krankheiten mithilfe zertifizierter und validierter Testverfahren,	b) Untersuchung von Spendern auf übertragbare Krankheiten mithilfe zertifizierter und validierter Testverfahren ***oder anderer Verfahren, die nach Maßgabe der Leitlinien des EDQM und des ECDC als geeignet gelten***,

Abänderung 174

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 58 — Absatz 2 — Buchstabe c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) wenn möglich, Einsatz von Verarbeitungstechnologien, ***die*** potenziell übertragbare Krankheitserreger ***reduzieren oder eliminieren.***	c) wenn möglich, Einsatz von Verarbeitungstechnologien, ***mit denen*** potenziell übertragbare Krankheitserreger ***reduziert, eliminiert oder inaktiviert werden,***

Abänderung 175

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 58 — Absatz 5 — Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ca) wenn möglich und angemessen, Nutzung von Methoden zur Feststellung, Inaktivierung und Eliminierung von Mikroorganismen.

Abänderung 176

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 58 — Absatz 10 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) SoHO-Präparate bei Empfängern nicht ohne nachgewiesenen Nutzen verwenden, außer im Rahmen einer klinischen Prüfstudie, die von ihrer zuständigen Behörde nach Artikel 41 Absatz 4 im Zusammenhang mit einer bedingten Zulassung des SoHO-Präparats genehmigt wurde,	a) SoHO-Präparate bei Empfängern nicht ohne nachgewiesenen Nutzen verwenden, außer im Rahmen einer klinischen Prüfstudie, die von ihrer zuständigen Behörde nach Artikel 41 Absatz 4 im Zusammenhang mit einer bedingten Zulassung des SoHO-Präparats genehmigt wurde, ***oder im Rahmen einer Anwendung in Härtefällen oder von experimentellen Therapien gemäß den in den Artikeln 61 und 61a genannten Situationen oder einer klinischen Studie gemäß Artikel 41a***;

Abänderung 177

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 58 — Absatz 10 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) SoHO-Präparate bei Empfängern nicht unnötigerweise verwenden,	b) SoHO-Präparate bei Empfängern nicht unnötigerweise verwenden, ***und SoHO-Einrichtungen müssen SoHO unter Berücksichtigung therapeutischer Alternativen und unter Beachtung der neuesten wissenschaftlichen Leitlinien gemäß Artikel 59 optimal nutzen,***

Abänderung 178

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 58 — Absatz 10 — Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ca) der ästhetischen Zwecken dienenden Verwendung keinen Vorrang vor der therapeutischem Verwendung einräumen, insbesondere im Fall einer möglichen Verknappung von SoHO.

Abänderung 179

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 58 — Absatz 11 — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Für die in den Absätzen 2 und 3 genannten Maßnahmen überprüfen die SoHO-Einrichtungen die Eignung eines Spenders durch ein Gespräch mit dem Spender, seinem gesetzlichen Vormund oder, im ***Falle*** einer Spende nach dem Tod, mit einer geeigneten Person, die über den Gesundheitszustand und die Lebensweise des Spenders informiert ist. Die Befragung kann mit anderen Befragungen kombiniert werden, die im Rahmen der Beurteilung nach Artikel 53 ***Absatz 1 Buchstabe f*** durchgeführt werden.	Für die in den Absätzen 2 und 3 genannten Maßnahmen überprüfen die SoHO-Einrichtungen die Eignung eines Spenders durch ein Gespräch mit dem Spender, seinem gesetzlichen Vormund oder, im ***Fall*** einer Spende nach dem Tod, mit einer geeigneten Person, die über den Gesundheitszustand und die Lebensweise des Spenders informiert ist. Die Befragung kann mit anderen Befragungen kombiniert werden, die im Rahmen der Beurteilung nach Artikel 53 durchgeführt werden.

Abänderung 180

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 58 — Absatz 11 — Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Bei Spendern, die wiederholt spenden, können die in Unterabsatz 1 genannten Befragungen auf Aspekte beschränkt werden, die sich möglicherweise geändert haben, und durch Fragebögen ersetzt werden.	Bei Spendern, die wiederholt spenden, können die in Unterabsatz 1 genannten Befragungen auf Aspekte beschränkt werden, die sich möglicherweise geändert haben, und durch Fragebögen ersetzt werden***, wobei sichergestellt wird, dass alle Verpflichtungen gemäß Artikel 53 Absatz 1 Buchstaben e und f und Absatz 2 erfüllt werden***.

Abänderung 181

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 59 — Absatz 4 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Bei der Anwendung von Standards oder Teilen von Standards hinsichtlich des Schutzes von Empfängern und Nachkommen, für die kein Durchführungsrechtsakt erlassen wurde, befolgen die SoHO-Einrichtungen	(4) Bei der Anwendung von Standards oder Teilen von Standards hinsichtlich des Schutzes von Empfängern und Nachkommen, für die kein Durchführungsrechtsakt erlassen wurde, befolgen die SoHO-Einrichtungen ***in der folgenden Reihenfolge***

Abänderung 182

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 59 — Absatz 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(6) In den in Absatz 4 Buchstabe b genannten Fällen weisen die SoHO-Einrichtungen für die Zwecke des Artikels 30 in Verbindung mit Artikel 29 gegenüber ihren zuständigen Behörden für jeden Standard bzw. jeden Teil eines Standards nach, dass das mit den anderen angewandten Leitlinien erreichte Niveau der Sicherheit, Qualität und Wirksamkeit gegenüber dem in den technischen Leitlinien nach Absatz 4 Buchstabe a festgelegten Niveau gleichwertig ist	***entfällt***

Abänderung 183

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 61 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Artikel 61a
	Ausnahmen von der Zulassungspflicht für SoHO-Präparate in Notfällen oder in Fällen ohne therapeutische Alternative
	(1) Abweichend von Artikel 21 können die zuständigen Behörden, wenn eine SoHO-Einrichtung einen entsprechenden Antrag stellt und es durch eine Gesundheitskrise hinreichend begründet ist, in ihrem Hoheitsgebiet die Verteilung oder Herstellung von SoHO-Präparaten zur unmittelbaren Anwendung in Fällen gestatten, in denen die in dem genannten Artikel vorgesehenen Verfahren nicht durchgeführt wurden, sofern die Verwendung dieser SoHO-Präparate im Interesse der öffentlichen Gesundheit liegt. Die zuständigen Behörden geben den Zeitraum an, für den die Erlaubnis erteilt wird, oder legen Bedingungen fest, die eine eindeutige Festlegung dieses Zeitraums ermöglichen.

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2) Des Weiteren können die zuständigen Behörden ausnahmsweise und auf Antrag eines verschreibenden Arztes innerhalb einer SoHO-Einrichtung eine bedingte und befristete Zulassung von SoHO-Präparaten in Fällen erteilen, in denen es keine therapeutische Alternative gibt, sofern
	a) die Verwendung dieser Präparate für einen bestimmten Patienten vorgesehen ist, dessen Behandlung nicht aufgeschoben werden kann oder dessen Zustand lebensbedrohlich ist,
	b) diese Präparate anhand der verfügbaren klinischen Daten als sicher und wirksam gelten.
	(3) Die zuständigen Behörden unterrichten umgehend die nationale SoHO-Behörde über jede Ausnahmegenehmigung und geben unverzüglich Informationen über jede bedingte Zulassung von SoHO-Präparaten in die in Kapitel XI genannte SOHO-Plattform der EU ein.
	(4) Nach Erhalt einer bedingten und befristeten Zulassung für ein SoHO-Präparat gemäß Absatz 2 leitet die SoHO-Einrichtung parallel dazu gemäß Artikel 21 ein reguläres Zulassungsverfahren für dieses SoHO-Präparat ein.

Abänderung 184

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 62 — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Erstellung von nationalen SoHO-Notfallplänen	Erstellung von nationalen SoHO-Notfallplänen ***und Plänen zur Sicherstellung der Kontinuität der SoHO-Versorgung***

Abänderung 185

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 62 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die Mitgliedstaaten erstellen in Zusammenarbeit mit den nationalen SoHO-Behörden nationale ***SoHO-Notfallpläne mit Maßnahmen, die unverzüglich anzuwenden sind, wenn die Versorgungslage bei*** kritischen SoHO ***eine ernste Gefahr für die menschliche Gesundheit darstellt oder darstellen könnte***.	(1) Die Mitgliedstaaten erstellen in Zusammenarbeit mit den nationalen SoHO-Behörden nationale ***Pläne, um eine ausreichende Versorgung mit*** kritischen SoHO ***anzustreben und vor dem Hintergrund einer resilienten Versorgungskette zur Autonomie der Union beizutragen***.

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Die nationalen Pläne umfassen insbesondere Maßnahmen zur Sicherstellung der Resilienz der Spenderbasis, Maßnahmen zur effizienteren Nutzung von SoHO, die Überwachung von Trends bei der Versorgung mit kritischen SoHO sowie Maßnahmen für den Fall, dass die nationalen SoHO-Vorräte den nationalen Bedarf übersteigen und SoHO in andere Länder mit SoHO-Knappheit ausgeführt werden.
	Bei der Ausarbeitung und Überprüfung ihrer nationalen Pläne berücksichtigen die Mitgliedstaaten die von der Kommission gemäß Artikel 62a herausgegebenen Empfehlungen und die vom SoHO-Koordinierungsgremium gemäß Artikel 68 dokumentierten bewährten Verfahren.

Abänderung 186

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 62 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die Mitgliedstaaten unternehmen alle zumutbaren Anstrengungen, um die Beteiligung der Öffentlichkeit an SoHO-Spendeaktivitäten zu fördern, insbesondere für kritische SoHO, um eine stabile Versorgung sicherzustellen und die ***Spenderaten*** bedarfsabhängig erhöhen zu können, wenn das Risiko eines Engpasses erkannt wird. Auf diese Weise ***fördern sie die Gewinnung von SoHO mit einer starken Beteiligung des öffentlichen und gemeinnützigen Sektors***.	(2) Die Mitgliedstaaten unternehmen ***im Einklang mit dem Grundsatz der freiwilligen und unentgeltlichen Spende*** alle zumutbaren Anstrengungen, um die Beteiligung der Öffentlichkeit an SoHO-Spendeaktivitäten zu fördern, insbesondere für kritische SoHO, um eine stabile Versorgung sicherzustellen und die ***Spendequoten*** bedarfsabhängig erhöhen zu können, wenn das Risiko eines Engpasses erkannt wird. Auf diese Weise ***ergreifen sie unter anderem folgende Maßnahmen:***
	a) Sie beteiligen alle relevanten Interessenträger an der Ausarbeitung der nationalen Pläne.
	b) Sie stellen mit starker Beteiligung des öffentlichen und gemeinnützigen Sektors sicher, dass es eine ausreichende Anzahl an SoHO-Sammelstellen und eine ausreichende Anzahl an SoHO-Einrichtungen — jeweils mit angemessenen Öffnungszeiten — gibt.
	c) Sie sorgen für geeignete Arbeitsbedingungen und eine angemessene Ausbildung für die einschlägigen SoHO-Berufe.
	d) Sie stellen sicher, dass Strategien zur Anwerbung und Bindung von Spendern von kritischen SoHO eingeführt werden, darunter auch Kommunikationskampagnen und Bildungsprogramme.
	e) Sie legen quantitative Sammelziele für kritische SoHO fest.

Abänderung 187

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 62 — Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2a) Die SoHO-Einrichtungen erstatten den zuständigen Behörden über mögliche Engpässe bei SoHO oder auf deren Antrag gemäß Artikel 34a Bericht. Die zuständigen Behörden sind für die Überwachung der Verfügbarkeit von SoHO auf nationaler Ebene verantwortlich.

Abänderung 188

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 62 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) ***Die Mitgliedstaaten geben in den Plänen nach Absatz 1 Folgendes an:***	(3) ***In Fällen, in denen die Verfügbarkeit von SoHO oder daraus gewonnenen Erzeugnissen von potenziellen kommerziellen Interessen abhängt, sorgt jeder Mitgliedstaat dafür, dass die SoHO-Einrichtungen in seinem Hoheitsgebiet im Rahmen ihrer Zuständigkeiten eine angemessene und kontinuierliche Versorgung der Patienten mit SoHO oder ihren Derivaten sicherstellen. Die Mitgliedstaaten handeln faire und transparente Preise für aus SoHO gewonnenen Erzeugnissen aus, die auf uneigennützigen und unentgeltlichen Spenden beruhen. Die Mitgliedstaaten stellen außerdem sicher, dass den Patienten erschwingliche Produkte zur Verfügung stehen und dass kontinuierlich in Forschung und Innovation im Zusammenhang mit diesen Produkten investiert wird.***
a) potenzielle Risiken für die Versorgung mit kritischen SoHO,	
b) die einzubeziehenden kritischen SoHO-Einrichtungen,	
c) die Befugnisse und Verantwortlichkeiten der zuständigen Behörden,	
d) Kommunikationswege und Verfahren für den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden, einschließlich der zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten und gegebenenfalls anderer Beteiligter,	
e) ein Verfahren für die Erarbeitung von Bereitschaftsplänen für bestimmte ermittelte Risiken, insbesondere im Zusammenhang mit dem Ausbruch übertragbarer Krankheiten,	

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
f) ein Verfahren zur Bewertung und gegebenenfalls Genehmigung der Anträge von SoHO-Einrichtungen auf Ausnahmeregelungen bezüglich der in den Kapiteln VI und VII festgelegten Standards.	

Abänderung 189

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 62 — Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3a) Bis zum … [zwei Jahre nach dem Datum des Inkrafttretens der vorliegenden Verordnung] legen die Mitgliedstaaten der Kommission und dem SoHO-Koordinierungsgremium ihre nationalen Pläne vor. Sie überprüfen ihre nationalen Pläne alle zwei Jahre und unterrichten die Kommission und das SoHO-Koordinierungsgremium über alle wesentlichen Änderungen dieser Pläne.

Abänderung 190

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 62 — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) ***Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass jede nach Absatz 3 Buchstabe f gewährte Ausnahmeregelung zeitlich begrenzt und insofern gerechtfertigt ist, als die mit ihr verbundenen Risiken geringer sind als die Risiken, die sich aus einem Engpass der Versorgung mit der betreffenden SoHO ergeben würden.***	(4) ***Die Mitgliedstaaten legen, damit sie auf Notfallsituationen, in denen die Versorgungslage bei kritischen SoHO eine erhebliche Gefahr für die Gesundheit des Menschen darstellt oder darstellen könnte, reagieren können, in den in Absatz 1 genannten Plänen Folgendes fest:***
	a) potenzielle Risiken für die Versorgung mit kritischen SoHO und Maßnahmen, mit denen die Nachfrage nach SoHO beeinflusst wird,
	b) die einzubeziehenden kritischen SoHO-Einrichtungen,
	c) die Befugnisse und Zuständigkeiten der zuständigen Behörden,
	d) Kanäle und Verfahren für den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden, einschließlich der zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten und anderer Beteiligter, soweit erforderlich,
	e) ein Verfahren für die Erarbeitung von Bereitschaftsplänen für spezifische ermittelte Risiken, insbesondere im Zusammenhang mit dem Ausbruch übertragbarer Krankheiten,

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	f) ein Verfahren zur Bewertung und, sofern gerechtfertigt, Genehmigung von Anträgen von SoHO-Einrichtungen auf Ausnahmeregelungen bezüglich der in den Kapiteln VI und VII festgelegten Standards,
	g) Maßnahmen zur Priorisierung der therapeutischen Verwendung von kritischen SoHO und bestimmter Patienten im Fall von Engpässen.

Abänderung 191

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 62 — Absatz 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(5) Die Mitgliedstaaten ***berücksichtigen die Leitlinien des ECDC für Krisenfälle im Zusammenhang mit epidemiologischen Ausbrüchen und die vom EDQM veröffentlichten allgemeinen Leitlinien für die Notfallplanung***.	(5) Die Mitgliedstaaten ***stellen sicher, dass jede nach Absatz 4 Buchstabe f gewährte Ausnahmeregelung zeitlich begrenzt und insofern gerechtfertigt ist, als die mit ihr verbundenen Risiken geringer sind als die Risiken, die sich aus einem Engpass der Versorgung mit der betreffenden SoHO ergeben würden***.

Abänderung 192

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 62 — Absatz 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(6) Die Mitgliedstaaten ***überarbeiten ihre nationalen SoHO-Notfallpläne in regelmäßigen Abständen, um organisatorischen Veränderungen bei den zuständigen Behörden sowie Erkenntnissen aus der Umsetzung der Pläne und aus Simulationsübungen Rechnung zu tragen***.	(6) Die Mitgliedstaaten ***berücksichtigen die Leitlinien des ECDC für Notfälle im Zusammenhang mit Ausbrüchen von Epidemien, um insbesondere die Prävention von Pandemien sicherzustellen und für Pandemien tatsächlich gerüstet zu sein, sowie die vom EDQM veröffentlichten Leitlinien für die Notfallplanung im Allgemeinen***.

Abänderung 193

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 62 — Absatz 7 — Unterabsatz 1 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Kommission kann Durchführungsrechtsakte erlassen zu	***Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 77 delegierte Rechtsakte zur Ergänzung dieser Verordnung durch Folgendes zu erlassen:***

Abänderung 194

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 62 — Absatz 7 — Unterabsatz 1 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) Vorschriften für die Erstellung der in Absatz 1 vorgesehenen nationalen ***SoHO-Notfallpläne***, soweit dies erforderlich ist, um ein kohärentes und wirksames Management von Versorgungsstörungen sicherzustellen,	a) Vorschriften für die Erstellung der in Absatz 1 vorgesehenen nationalen ***Pläne***, soweit dies erforderlich ist, um ein kohärentes und wirksames Management von Versorgungsstörungen sicherzustellen,

Abänderung 195

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 62 — Absatz 7 — Unterabsatz 1 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) der Rolle der Interessenträger und der unterstützenden Rolle des ECDC bei der Erstellung und Durchführung nationaler ***SoHO-Notfallpläne***.	b) der Rolle der Interessenträger und der unterstützenden Rolle des ECDC ***und des EDQM*** bei der Erstellung und Durchführung nationaler ***Pläne***.

Abänderung 196

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 62 — Absatz 7 — Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 79 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.	***entfällt***

Abänderung 197

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 62 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Artikel 62a
	Entwicklung einer Strategie zur Förderung der europäischen Autonomie in Bezug auf die Versorgung mit SoHO
	(1) Bis zum … [zwei Jahre nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] veröffentlicht die Kommission eine Strategie zur Förderung der Autonomie der Union im Bereich der Versorgung mit SoHO. In dieser Strategie wird für jedes einzelne SoHO ein Fahrplan mit ambitionierten Zielen festgelegt, die von der Kommission in Abstimmung mit den zuständigen nationalen Behörden, SoHO-Koordinierungsgremium, dem ECDC, dem Europäischen Parlament, Wissenschaftlern aus Berufsverbänden und Patientenverbänden sowie allen anderen einschlägigen Interessenträgern festgelegt werden. Unbeschadet der Artikel 53 und 54 werden im Rahmen der Strategie Maßnahmen gefördert, die darauf abzielen,
	a) Kommunikationskampagnen auf der Ebene der Union und der Mitgliedstaaten über die verschiedenen Arten von SoHO-Spenden, die zur Verfügung stehen, zu unterstützen und zu koordinieren,
	b) durch einschlägige Programme die Schulung des Gesundheitspersonals in Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen zu unterstützen, um das Bewusstsein für SoHO-Spenden zu schärfen,
	c) den Austausch bewährter Verfahren im Zusammenhang mit der Optimierung des Einsatzes kritischer SoHO zu koordinieren.
	(2) Die in Absatz 1 genannte Strategie umfasst Maßnahmen zur Erstellung einer Unionsliste kritischer SoHO.
	(3) Die in Absatz 1 genannte Strategie umfasst Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass die in Artikel 34a genannten Berichte regelmäßig über die in Kapitel XI genannte SoHO-Plattform der EU überwacht werden. Diese Überwachung zielt darauf ab, auf Unionsebene alle tatsächlichen oder potenziellen Engpässe zu ermitteln, durch die die Gesundheit von Patienten gefährdet werden könnte.

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(4) Die Strategie zur Förderung der Autonomie der Union in Bezug auf die Versorgung mit SoHO wird von der Kommission ab 2030 alle fünf Jahre überarbeitet. Erforderlichenfalls werden die gemäß Artikel 62 erstellten nationalen Pläne innerhalb von höchstens zwei Jahren nach Veröffentlichung der überarbeiteten Strategie entsprechend überprüft.

Abänderung 198

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 63 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) ***Kritische SoHO-Einrichtungen leiten*** im ***Falle*** einer erheblichen Versorgungsstörung unverzüglich eine SoHO-Versorgungswarnung ***an ihre zuständigen Behörden*** weiter, in der sie die Ursache, die erwarteten Auswirkungen auf die Patienten und etwaige ergriffene Abhilfemaßnahmen, ***gegebenenfalls*** einschließlich möglicher alternativer Versorgungswege, angeben. Störungen gelten als erheblich, wenn die Anwendung kritischer SoHO wegen Nichtverfügbarkeit entfällt oder verschoben wird und ***dies*** eine ernsthafte ***Gesundheitsgefährdung darstellt***.	(1) Im ***Fall*** einer erheblichen Versorgungsstörung ***leiten kritische SoHO-Einrichtungen ihren zuständigen Behörden*** unverzüglich eine SoHO-Versorgungswarnung weiter, in der sie die Ursache, die erwarteten Auswirkungen auf die Patienten und etwaige ergriffene Abhilfemaßnahmen, ***unter Umständen*** einschließlich möglicher alternativer Versorgungswege, angeben. Störungen gelten als erheblich, wenn die Anwendung kritischer SoHO wegen Nichtverfügbarkeit entfällt oder verschoben wird und ***dadurch*** eine ernsthafte ***Gefährdung der Gesundheit des Menschen gegeben ist***.

Abänderung 199

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 63 — Absatz 2 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) ergreifen Maßnahmen zur Risikominderung, ***wenn und*** soweit dies möglich ist, und	b) ergreifen Maßnahmen zur Risikominderung, soweit dies möglich ist, und

Abänderung 200

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 63 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Die nationalen SoHO-Behörden ***können*** die eingegangenen SoHO-Versorgungswarnungen ***an die SoHO-Plattform der EU in Fällen übermitteln, in denen die Versorgungsstörung andere Mitgliedstaaten betreffen könnte oder in denen eine solche Störung durch eine Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Sinne von Artikel 62 Absatz 3 Buchstabe d behoben werden könnte***.	(3) Die nationalen SoHO-Behörden ***übermitteln der SoHO-Plattform der EU unverzüglich*** die eingegangenen SoHO-Versorgungswarnungen.

Abänderung 201

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 64

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Artikel 64	***entfällt***
Ausnahmen von der Zulassungspflicht für SoHO-Präparate in Krisenfällen	
(1) Abweichend von Artikel 21 können die zuständigen Behörden auf einen durch eine Gesundheitskrise hinreichend begründeten Antrag einer SoHO-Einrichtung hin in ihrem Hoheitsgebiet die Verteilung oder Herstellung von SoHO-Präparaten zur unmittelbaren Anwendung in Fällen erlauben, in denen die in dem genannten Artikel vorgesehenen Verfahren nicht durchgeführt wurden, sofern die Verwendung dieser SoHO-Präparate im Interesse der öffentlichen Gesundheit liegt. Die zuständigen Behörden geben den Zeitraum an, für den die Erlaubnis erteilt wird, oder legen Bedingungen fest, die eine eindeutige Festlegung dieses Zeitraums ermöglichen.	
(2) Die zuständigen Behörden unterrichten die nationale SoHO-Behörde über die Notfallzulassung. Die nationale SoHO-Behörde unterrichtet die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten über jede Entscheidung, die Verteilung oder Herstellung von SoHO-Präparaten zur unmittelbaren Anwendung gemäß Absatz 1 zu erlauben, wenn solche SoHO-Präparate an andere Mitgliedstaaten verteilt werden könnten.	

Abänderung 202

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 65 — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Zusätzliche ***Notfallmaßnahmen*** der Mitgliedstaaten	Zusätzliche ***Notfall- und Versorgungsmaßnahmen*** der Mitgliedstaaten

Abänderung 203

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 65 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Mitgliedstaaten können zusätzlich zu den in ihren nationalen SoHO-Notfallplänen vorgesehenen Maßnahmen einzelfallbezogen weitere Maßnahmen ergreifen, um bei Engpässen in ihrem Hoheitsgebiet die Versorgung mit kritischen SoHO sicherzustellen. Die Mitgliedstaaten, die solche Maßnahmen treffen, unterrichten die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission unverzüglich und begründen die ergriffenen Maßnahmen.	Die Mitgliedstaaten können zusätzlich zu den in ihren nationalen SoHO-Notfallplänen ***und Versorgungsplänen*** vorgesehenen Maßnahmen einzelfallbezogen weitere Maßnahmen ergreifen, um bei Engpässen in ihrem Hoheitsgebiet die Versorgung mit kritischen SoHO sicherzustellen. Die Mitgliedstaaten, die solche Maßnahmen treffen, unterrichten die anderen Mitgliedstaaten***, das SoHO-Koordinierungsgremium*** und die Kommission unverzüglich und begründen die ergriffenen Maßnahmen.

Abänderung 204

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 66 — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Notfallpläne ***der SoHO-Einrichtungen***	Notfallpläne ***und Pläne zur Sicherstellung der Kontinuität der Versorgung der SoHO-Einrichtungen***

Abänderung 205

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 66 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
In jeder SoHO-Einrichtung, die SoHO-Tätigkeiten im Zusammenhang mit kritischen SoHO durchführt, ***muss*** ein einrichtungsbezogener Notfallplan bestehen***, der*** die Umsetzung des nationalen SoHO-Notfallplans nach Artikel 62 unterstützt.	In jeder SoHO-Einrichtung, die SoHO-Tätigkeiten im Zusammenhang mit kritischen SoHO durchführt, ***müssen ein Plan zur Sicherstellung der Kontinuität der Versorgung und*** ein einrichtungsbezogener Notfallplan bestehen***. Mit diesen Plänen werden*** die Umsetzung ***des nationalen Plans zur Sicherstellung der Kontinuität der Versorgung und*** des nationalen SoHO-Notfallplans nach Artikel 62 unterstützt.

Abänderung 206

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 67 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Jeder Mitgliedstaat benennt zwei ständige Mitglieder und zwei stellvertretende Mitglieder, die die nationale SoHO-Behörde und, falls der Mitgliedstaat dies wünscht, das Gesundheitsministerium vertreten. Die nationale SoHO-Behörde kann Mitglieder aus anderen zuständigen Behörden benennen, doch müssen diese Mitglieder sicherstellen, dass ihre Ansichten und Vorschläge von der nationalen SoHO-Behörde gebilligt werden. Das Gremium kann auch Sachverständige und Beobachter zur Teilnahme an seinen Sitzungen einladen und ***gegebenenfalls*** mit anderen externen Sachverständigen zusammenarbeiten. Die anderen Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union haben eine Beobachterrolle.	(2) Jeder Mitgliedstaat benennt zwei ständige Mitglieder und zwei stellvertretende Mitglieder, die die nationale SoHO-Behörde und, falls der Mitgliedstaat dies wünscht, das Gesundheitsministerium vertreten. Die nationale SoHO-Behörde kann Mitglieder aus anderen zuständigen Behörden benennen, doch müssen diese Mitglieder sicherstellen, dass ihre Ansichten und Vorschläge von der nationalen SoHO-Behörde gebilligt werden. Das Gremium kann auch Sachverständige und Beobachter zur Teilnahme an seinen Sitzungen einladen und ***bei Bedarf*** mit anderen externen Sachverständigen zusammenarbeiten. ***Zu diesen Sachverständigen und Interessenträgern können Verbraucher, Patienten, Angehörige der Gesundheitsberufe und Forscher gehören.*** Die anderen ***relevanten*** Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union haben eine Beobachterrolle. ***Das Europäische Parlament benennt einen fachlichen Vertreter, der als Beobachter am SoHO-Koordinierungsgremium teilnimmt.***

Abänderung 207

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 67 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Die Mitgliedstaaten übermitteln die Namen und die Organisationszugehörigkeit der von ihnen benannten Mitglieder an die Kommission, die das Mitgliederverzeichnis auf der SoHO-Plattform der EU ***veröffentlicht***.	(3) Die Mitgliedstaaten übermitteln die Namen und die Organisationszugehörigkeit der von ihnen benannten Mitglieder an die Kommission, die das Mitgliederverzeichnis auf der SoHO-Plattform der EU ***öffentlich zugänglich macht***. ***Die Liste, in der angegeben ist, welchen Behörden, Organisationen oder Einrichtungen die Teilnehmer des SoHO-Koordinierungsgremiums angehören, wird auf der Website der Kommission veröffentlicht.***

Abänderung 208

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 67 — Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3a) Die Kommission macht die Geschäftsordnung, die Leitlinien sowie die Tagesordnungen und Protokolle des SoHO-Koordinierungsgremiums auf der SOHO-Plattform der EU öffentlich zugänglich, es sei denn, durch diese Veröffentlichung würde der Schutz des öffentlichen oder eines privaten Interesses im Sinne des Artikels 4 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates ([1a]) beeinträchtigt.
	([1a]) Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43).

Abänderung 209

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 67 — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) ***Die*** Kommission ***führt den Vorsitz in den Sitzungen des*** SoHO-Koordinierungsgremiums. Der Vorsitz nimmt nicht an den Abstimmungen des SoHO-Koordinierungsgremiums teil.	(4) ***Der Vorsitz des SoHO-Koordinierungsgremiums wird gemeinsam von einem Vertreter der*** Kommission ***und einem turnusmäßig wechselnden Vertreter der Mitgliedstaaten geführt, der von den Vertretern der Mitgliedstaaten im*** SoHO-Koordinierungsgremium ***aus ihrer Mitte gewählt wird***. Der Vorsitz nimmt nicht an den Abstimmungen des SoHO-Koordinierungsgremiums teil.

Abänderung 210

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 67 — Absatz 6 — Buchstabe j

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
j) die Vorschriften für Erklärungen zu Interessenkonflikten der eingeladenen Sachverständigen,	j) die Vorschriften für Erklärungen zu Interessenkonflikten ***des SoHO-Koordinierungsgremiums, der Stellvertreter und*** der eingeladenen Sachverständigen,

Abänderung 211

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 67 — Absatz 6 — Buchstabe k a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ka) die Veröffentlichung einer Zusammenfassung der in den Sitzungen erörterten Themen.

Abänderung 212

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 67 — Absatz 7

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(7) Die Kommission erlässt ***im Wege von Durchführungsrechtsakten*** die erforderlichen Maßnahmen für die Einrichtung, die Verwaltung und die Funktionsweise des SoHO-Koordinierungsgremiums. ***Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 79 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.***	(7) Die Kommission erlässt ***gemäß Artikel 77 delegierte Rechtsakte zur Ergänzung dieser Verordnung, in denen*** die erforderlichen Maßnahmen für die Einrichtung, die Verwaltung und die Funktionsweise des SoHO-Koordinierungsgremiums ***festgelegt werden***.

Abänderung 213

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 67 — Absatz 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(7a) Die Mitglieder des SoHO-Koordinierungsgremiums dürfen keine finanziellen oder sonstigen Interessen in verwandten Branchen haben, durch die ihre Unparteilichkeit beeinträchtigt werden könnte. Sie verpflichten sich dazu, unabhängig und im Interesse des Gemeinwohls zu handeln, und müssen jährlich eine Erklärung über ihre finanziellen Interessen abgeben. Alle indirekten Interessen, die mit dieser Branche in Zusammenhang stehen könnten, werden in ein von der Kommission geführtes Register eingetragen, das von der Öffentlichkeit auf Antrag bei den Dienststellen der Kommission eingesehen werden kann.

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Im Verhaltenskodex des SoHO-Koordinierungsgremiums wird auf die Anwendung dieses Artikels, insbesondere was die Annahme von Geschenken betrifft, Bezug genommen.

Abänderung 214

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 67 — Absatz 7 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(7b) Die Mitglieder des SoHO-Koordinierungsgremiums, die Sachverständigen und Beobachter geben auf jeder Sitzung die spezifischen Interessen an, die ihre Unabhängigkeit in Bezug auf die einzelnen Tagesordnungspunkte beeinträchtigen könnten. Diese Erklärungen werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Abänderung 215

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 68 — Absatz 1 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) auf Ersuchen der zuständigen Behörden gemäß Artikel 14 ***Absatz 2 Unterabsatz 1*** Stellungnahmen zum Regelungsstatus einer Substanz, eines Produkts oder einer Tätigkeit nach dieser Verordnung ausarbeitet und seine Stellungnahmen in das Kompendium aufnimmt,	a) auf Ersuchen der zuständigen Behörden gemäß Artikel 14 ***Absätze 1 und 2, in Zusammenarbeit mit anderen Behörden, die in anderen einschlägigen Rechtsvorschriften der Union benannt sind,*** Stellungnahmen zum Regelungsstatus einer Substanz, eines Produkts oder einer Tätigkeit nach dieser Verordnung ausarbeitet und seine Stellungnahmen in das Kompendium aufnimmt,

Abänderung 216

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 68 — Absatz 1 — Buchstabe e

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
e) zum Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren ***gegebenenfalls*** mit dem EDQM und dem ECDC — in Bezug auf technische Standards — sowie mit der EMA — in Bezug auf Zulassungen und Überwachungstätigkeiten im Zusammenhang mit der Ausstellung von Bescheinigungen für die Plasma-Stammdokumentation gemäß der Richtlinie 2003/63/EG — in Verbindung tritt, um die harmonisierte Umsetzung von Standards und technischen Leitlinien zu unterstützen,	e) zum Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren ***erforderlichenfalls*** mit dem EDQM und dem ECDC — in Bezug auf technische Standards ***in ihren jeweiligen Fachbereichen*** — sowie mit der EMA — in Bezug auf Zulassungen und Überwachungstätigkeiten im Zusammenhang mit der Ausstellung von Bescheinigungen für die Plasma-Stammdokumentation gemäß der Richtlinie 2003/63/EG — in Verbindung tritt, um die harmonisierte Umsetzung von Standards und technischen Leitlinien zu unterstützen,

Abänderung 217

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 68 — Absatz 1 — Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	fa) die Koordinierung hinsichtlich der Kontinuität und der ausreichenden Versorgung mit kritischen SoHO sicherstellt,

Abänderung 218

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 68 — Absatz 1 — Buchstabe g a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ga) im Fall einer gesundheitlichen Notlage oder zur Verhinderung potenzieller Bedrohungen im Zusammenhang mit SoHO mit der Kommission, dem Beratenden Ausschuss für Notlagen im Bereich der öffentlichen Gesundheit und dem ECDC gemäß der Verordnung (EU) 2022/2371 zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren zusammenarbeitet.

Abänderung 219

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 69 — Absatz 1 — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Kommission organisiert gemeinsam mit den ***betreffenden*** Mitgliedstaaten Schulungsmaßnahmen der Union.	Die Kommission organisiert gemeinsam mit den Mitgliedstaaten Schulungsmaßnahmen der Union.

Abänderung 220

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 71 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Kommission nimmt eine Zusammenarbeit mit dem EDQM in Bezug auf die vom EDQM veröffentlichten Leitlinien auf und erhält diese aufrecht.	Die Kommission nimmt eine Zusammenarbeit mit dem EDQM in Bezug auf die vom EDQM veröffentlichten Leitlinien auf und erhält diese ***Zusammenarbeit*** aufrecht. ***Diese Zusammenarbeit muss auf den höchsten wissenschaftlichen Standards beruhen und bei der Ermittlung des künftigen Bedarfs vorausschauend gestaltet und transparent sein, und in ihrem Rahmen müssen die einschlägigen Interessenträger in Konsultationen im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Leitlinien einbezogen werden. Bei dieser Zusammenarbeit bleibt das Unionsrecht unberührt und wird den Grundsätzen der Union in Bezug auf die Transparenz und Beteiligung von Interessenträgern Rechnung getragen.***

Abänderung 221

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 71 — Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Für den Fall, dass die in Absatz 1 genannten Leitlinien von den Interessen der Union und der Mitgliedstaaten abweichen, kann die Kommission ergänzende Leitlinien für die Mitgliedstaaten erlassen, wie und wann diese Leitlinien anzuwenden sind.

Abänderung 222

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 73 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die Kommission richtet die SoHO-Plattform der EU ein und verwaltet und unterhält sie, um den wirksamen und effizienten Austausch von Informationen über SoHO-Tätigkeiten in der Union gemäß dieser Verordnung zu erleichtern.	(1) Die Kommission richtet die SoHO-Plattform der EU ein und verwaltet und unterhält sie, um den wirksamen und effizienten Austausch***, die Registrierung und die Speicherung*** von Informationen über SoHO-Tätigkeiten ***und die Versorgung mit kritischen SoHO*** in der Union gemäß dieser Verordnung zu erleichtern.

Abänderung 223

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 73 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die Kommission erstellt eine Zusammenfassung der Daten von öffentlichem Interesse und stellt sie der Öffentlichkeit auf der SoHO-Plattform der EU in aggregierter und anonymisierter Form zur Verfügung. Die SoHO-Plattform der EU ist ein Kommunikationsweg für den beschränkten Austausch von Informationen und Daten zwischen zuständigen Behörden ***sowie zwischen SoHO-Einrichtungen und ihren jeweiligen zuständigen Behörden***.	(2) Die Kommission erstellt eine Zusammenfassung der Daten von öffentlichem Interesse und stellt sie der Öffentlichkeit auf der SoHO-Plattform der EU in aggregierter und anonymisierter Form zur Verfügung. Die SoHO-Plattform der EU ist ein Kommunikationsweg für den beschränkten Austausch von Informationen und Daten zwischen zuständigen Behörden.

Abänderung 224

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 73 — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Die Kommission erlässt delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 77, um diese Verordnung durch technische Spezifikationen für die Einrichtung, Verwaltung und Unterhaltung der SoHO-Plattform der EU zu ergänzen.	(4) Die Kommission erlässt delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 77, um diese Verordnung durch technische Spezifikationen für die Einrichtung, Verwaltung und Unterhaltung der SoHO-Plattform der EU zu ergänzen ***und um Zugangsrechte für die zuständigen nationalen Behörden und die Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Mindestkategorien von Informationen festzulegen, die gemäß Absatz 2 des vorliegenden Artikels weitergegeben werden***.

Abänderung 225

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 73 — Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(5a) Um insbesondere Versorgungsengpässe zu verhindern und für die Sicherheit von Spendern und Empfängern zu sorgen, stellt die Kommission sicher, dass die SoHO-Plattform der EU mit anderen bestehenden Plattformen der Union interoperabel ist, insbesondere mit der gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) 2022/123 des Europäischen Parlaments und des Rates ([1a]) eingerichteten und von der EMA betriebenen Europäischen Plattform zur Überwachung von Engpässen.

([1a]) Verordnung (EU) 2022/123 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Januar 2022 zu einer verstärkten Rolle der Europäischen Arzneimittel-Agentur bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung in Bezug auf Arzneimittel und Medizinprodukte (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 1).

Abänderung 226

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 74 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die SoHO-Plattform der EU bietet auch eine sichere Umgebung für den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden und der Kommission, insbesondere in Bezug auf schwerwiegende unerwünschte Ereignisse ***und*** Schnellwarnungen. Zudem bietet sie der Öffentlichkeit Zugang zu Informationen über die Registrierung und den Zulassungsstatus von SoHO-Einrichtungen und liefert Angaben zu den geltenden Leitlinien, die zur Einhaltung der in den Artikeln 56 und 59 festgelegten technischen Standards zu befolgen sind.	(2) Die SoHO-Plattform der EU bietet auch eine sichere Umgebung für den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden und ***den zuständigen Generaldirektionen*** der Kommission, insbesondere in Bezug auf schwerwiegende unerwünschte Ereignisse, Schnellwarnungen ***und SoHO-Versorgungswarnungen, sowie für den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden und dem SoHO-Koordinierungsgremium, der EMA und dem ECDC***. Zudem bietet sie der Öffentlichkeit Zugang zu Informationen über die Registrierung und den Zulassungsstatus von SoHO-Einrichtungen und liefert Angaben zu den geltenden Leitlinien, die zur Einhaltung der in den Artikeln 56 und 59 festgelegten technischen Standards zu befolgen sind.

Abänderung 227

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 74 — Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2a) Die SoHO-Plattform der EU ist auch die zentral zwischengeschaltete Stelle für die Meldung von SoHO-Engpässen, für grenzüberschreitende SoHO-Anträge und für die Einfuhr und Ausfuhr von SoHO. Die nationalen Behörden geben Warnungen in Bezug auf Engpässe, die auf der Ebene der Mitgliedstaaten nicht behoben werden können, aus und nehmen sie entgegen, stellen grenzüberschreitende SoHO-Anträge und nehmen sie entgegen und müssen in der Lage sein, auf diese Anträge zu reagieren. Nationale Behörden, denen die in Artikel 34a genannte nationale Verfügbarkeit von SoHO bekannt ist, müssen über die SoHO-Plattform der EU etwaige SoHO-Engpässe, die zu gesundheitlichen Notlagen oder schwerwiegenden Vorfällen führen können, melden.

Abänderung 228

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 74 — Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2b) Im Fall einer gesundheitlichen Notlage im Zusammenhang mit SoHO oder zur Prävention potenzieller Bedrohungen ermöglichen die über die SoHO-Plattform der EU eingegebenen Warnmeldungen eine rasche Lageerfassung durch die Kommission, die zuständigen Behörden und andere einschlägige Stellen, damit so bald wie möglich Maßnahmen gemäß der Verordnung (EU) 2022/2371 zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren ergriffen werden können.

Abänderung 229

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 74 — Absatz 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2c) Die SoHO-Plattform der EU enthält Aufzeichnungen über klinische Studien mit SoHO und deren Ergebnisse gemäß Artikel 36a.

Abänderung 230

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 74 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Die Kommission erlässt ***Durchführungsrechtsakte***, ***in denen die technischen*** Spezifikationen für die SoHO-Plattform der EU ***festgelegt sind***, einschließlich ihrer Funktionen, der Aufgaben und Zuständigkeiten der einzelnen in Absatz 1 genannten Parteien, der Aufbewahrungsfristen für personenbezogene Daten sowie der technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der verarbeiteten personenbezogenen Daten.	(3) Die Kommission erlässt ***delegierte Rechtsakte in Einklang mit Artikel 77 zur Ergänzung dieser Verordnung und um die Einheitlichkeit, Kompatibilität und Vergleichbarkeit der über die Plattform ausgetauschten Daten sicherzustellen***, ***indem sie technische*** Spezifikationen für die SoHO-Plattform der EU ***festlegt***, einschließlich ihrer Funktionen, der Aufgaben und Zuständigkeiten der einzelnen in Absatz 1 genannten Parteien, der Aufbewahrungsfristen für personenbezogene Daten sowie der technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der verarbeiteten personenbezogenen Daten.
Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 79 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.	

Abänderung 231

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 75 — Absatz 1 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) den Schutz personenbezogener Daten gemäß Artikel 76,	a) den Schutz ***natürlicher Personen in Bezug auf die Verarbeitung*** personenbezogener Daten gemäß Artikel 76;

Abänderung 232

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 75 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Die Absätze 1 und 2 ***berühren nicht*** die Rechte und Pflichten der Kommission, der Mitgliedstaaten und der zuständigen Behörden im Zusammenhang mit dem Informationsaustausch und der Verbreitung von Warnungen oder die im nationalen Strafrecht für Personen verankerten Informationspflichten.	(3) Die Absätze 1 und 2 ***lassen*** die Rechte und Pflichten der Kommission, der Mitgliedstaaten und der zuständigen Behörden im Zusammenhang mit dem Informationsaustausch und der Verbreitung von Warnungen oder die im nationalen Strafrecht ***oder anderen geltenden Rechtsvorschriften*** für Personen verankerten Informationspflichten***, einschließlich des Rechts auf Zugang zu Informationen, unberührt***.

Abänderung 234

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 76 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Personenbezogene Daten, einschließlich gesundheitsbezogener Daten, die für die Anwendung der Artikel 35, 36, 41 und 47, des Artikels 53 Absatz 1 Buchstaben f und g, des Artikels 53 Absatz 3 und des Artikels 58 Absätze 11, 13 und 14 erforderlich sind, dürfen nur verarbeitet werden, um die Sicherheit und Qualität von SoHO sicherzustellen und die betroffenen SoHO-Spender, SoHO-Empfänger und Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung zu schützen. Diese Daten müssen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Durchführung der betreffenden Aufsichtstätigkeiten und SoHO-Tätigkeiten stehen und auf das Maß beschränkt sein, das für diesen Zweck erforderlich und verhältnismäßig ist.	(3) Personenbezogene Daten, einschließlich gesundheitsbezogener Daten, die für die Anwendung der Artikel 35, 36, 41 und 47, des Artikels 53 Absatz 1 Buchstaben f und g, des Artikels 53 Absatz 3 und des Artikels 58 Absätze 11, 13 und 14 erforderlich sind, dürfen nur verarbeitet werden, um die Sicherheit und Qualität von SoHO sicherzustellen und die betroffenen SoHO-Spender, SoHO-Empfänger und Nachkommen aus medizinisch unterstützter Fortpflanzung zu schützen. Diese Daten müssen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Durchführung der betreffenden Aufsichtstätigkeiten und SoHO-Tätigkeiten stehen und auf das Maß beschränkt sein, das für diesen Zweck erforderlich und verhältnismäßig ist. ***Die Kommission kann Durchführungsrechtsakte zur Festlegung von Kategorien personenbezogener Daten erlassen, die für eine solche Verarbeitung erforderlich sind.*** ***Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 79 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.***

Abänderung 235

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 76 — Absatz 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(6) In Bezug auf ihre Verantwortung für die Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung gelten die SoHO-Einrichtungen und die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Verordnung (EU) 2016/679 und unterliegen den dort festgelegten Vorschriften.	(6) In Bezug auf ihre Verantwortung für die Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung gelten die SoHO-Einrichtungen und die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Verordnung (EU) 2016/679 und unterliegen den dort festgelegten Vorschriften. ***Dieselben Bestimmungen gelten für Dritte, die von einer SoHO-Einrichtung mit der Verarbeitung personenbezogener Daten beauftragt werden. Ein solcher Dritter gilt als Auftragsverarbeiter im Sinne von Artikel 4 Nummer 8 der Verordnung (EU) 2016/679.***

Abänderung 236

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 77 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 28 Absatz 10, Artikel 42 Absatz 3, Artikel 53 Absatz 6, Artikel 58 Absatz 15, Artikel 69 Absatz 6, Artikel 73 Absatz 4 und Artikel 76 Absatz 8 wird der Kommission mit Wirkung vom … [Amt für Veröffentlichungen: bitte Datum einfügen = Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] auf unbestimmte Zeit übertragen.	(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 28 Absatz 10, Artikel 42 Absatz 3, Artikel 53 Absatz 6, ***Artikel 56 Absatz 1,*** Artikel 58 Absatz 15, ***Artikel 62 Absatz 7, Artikel 67 Absatz 7,*** Artikel 69 Absatz 6, Artikel 73 Absatz 4***, Artikel 74 Absatz 3*** und Artikel 76 Absatz 8 wird der Kommission mit Wirkung vom … [Amt für Veröffentlichungen: bitte Datum einfügen = Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] auf unbestimmte Zeit übertragen.

Abänderung 237

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 77 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Die in Artikel 28 Absatz 10, Artikel 42 Absatz 3, Artikel 53 Absatz 6, Artikel 58 Absatz 15, Artikel 69 Absatz 6, Artikel 73 Absatz 4 und Artikel 76 Absatz 8 genannte Befugnisübertragung kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* oder zu einem im Beschluss über den Widerruf angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird von dem Beschluss über den Widerruf nicht berührt.	(3) Die in Artikel 28 Absatz 10, Artikel 42 Absatz 3, Artikel 53 Absatz 6, ***Artikel 56 Absatz 1,*** Artikel 58 Absatz 15, ***Artikel 62 Absatz 7, Artikel 67 Absatz 7,*** Artikel 69 Absatz 6, Artikel 73 Absatz 4***, Artikel 74 Absatz 3*** und Artikel 76 Absatz 8 genannte Befugnisübertragung kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* oder zu einem im Beschluss über den Widerruf angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird von dem Beschluss über den Widerruf nicht berührt.

Abänderung 238

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 84 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Unbeschadet der in Artikel 87 genannten Anwendungsfristen und der in diesem Kapitel vorgesehenen Übergangsbestimmungen wird die Kommission ermächtigt, die in Artikel 42 Absatz 3 ***und*** Artikel 73 Absatz 4 genannten delegierten Rechtsakte und die in Artikel 26 Absatz 4, Artikel 43 Absatz 6, Artikel 44 Absatz 3, Artikel 46 Absatz 3***, Artikel 67 Absatz 7 und Artikel 74 Absatz 3*** genannten Durchführungsrechtsakte ab dem … [Amt für Veröffentlichungen: bitte Datum einfügen = ein Tag nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] zu erlassen. Die Anwendung dieser Rechtsakte beginnt ab dem Geltungsbeginn gemäß Artikel 87 Absatz 1 Unterabsatz 2 unbeschadet etwaiger Übergangsbestimmungen gemäß diesem Kapitel.	Unbeschadet der in Artikel 87 genannten Anwendungsfristen und der in diesem Kapitel vorgesehenen Übergangsbestimmungen wird die Kommission ermächtigt, die in Artikel 42 Absatz 3, ***Artikel 67 Absatz 7,*** Artikel 73 Absatz 4 ***und Artikel 74 Absatz 3*** genannten delegierten Rechtsakte und die in Artikel 26 Absatz 4, Artikel 43 Absatz 6, Artikel 44 Absatz 3 ***und*** Artikel 46 Absatz 3 genannten Durchführungsrechtsakte ab dem … [Amt für Veröffentlichungen: bitte Datum einfügen = ein Tag nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung] zu erlassen. Die Anwendung dieser Rechtsakte beginnt ab dem Geltungsbeginn gemäß Artikel 87 Absatz 1 Unterabsatz 2 unbeschadet etwaiger Übergangsbestimmungen gemäß diesem Kapitel.

Abänderung 239

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 86 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Kommission bewertet die Anwendung dieser Verordnung bis zum … [Amt für Veröffentlichungen: bitte Datum einfügen = fünf Jahre nach dem Datum des Geltungsbeginns dieser Verordnung], erstellt einen Bewertungsbericht über die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung und legt die wichtigsten Ergebnisse dem Europäischen Parlament, dem Rat, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen vor.	Die Kommission bewertet die Anwendung dieser Verordnung bis zum … [Amt für Veröffentlichungen: bitte Datum einfügen = fünf Jahre nach dem Datum des Geltungsbeginns dieser Verordnung], erstellt einen Bewertungsbericht über die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung und legt die wichtigsten Ergebnisse dem Europäischen Parlament, dem Rat, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen vor. ***In diesem Bericht prüft die Kommission auch, ob ein Zentralregister für SoHO-Spenden eingerichtet werden kann und muss.***

Abänderung 240

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 86 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission zusätzliche Informationen, die für die Erstellung des Bewertungsberichts erforderlich und angemessen sind.	Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission zusätzliche Informationen, die für die Erstellung des Bewertungsberichts erforderlich und angemessen sind. ***Dem Bewertungsbericht wird erforderlichenfalls ein Gesetzgebungsvorschlag zur Änderung dieser Verordnung beigefügt.***

C/2024/1775

22.3.2024

P9_TA(2023)0300

Beitritt zur Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2023 zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Änderung des Beschlusses (EU) 2019/1754 über den Beitritt der Europäischen Union zur Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben (07424/2023 — C9-0145/2023 — 2022/0372(NLE))

(Zustimmung)

(C/2024/1775)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf den Entwurf eines Beschlusses des Rates (07424/2023),

— unter Hinweis auf die Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben (11510/2018),

— unter Hinweis auf das vom Rat gemäß Artikel 207 und Artikel 218 Absatz 6 Unterabsatz 2 Buchstabe a des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union unterbreitete Ersuchen um Zustimmung (C9-0145/2023),

— gestützt auf Artikel 105 Absätze 1 und 4 und Artikel 114 Absatz 7 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf die Empfehlung des Rechtsausschusses (A9-0237/2023),

1. gibt seine Zustimmung zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates;

2. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

C/2024/1776

22.3.2024

P9_TA(2023)0301

Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (EDIRPA)

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2023 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Instruments zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (COM(2022)0349 — C9-0287/2022 — 2022/0219(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

(C/2024/1776)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2022)0349),

— gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 173 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C9-0287/2022),

— gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

— unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 21. September 2022 ([1]),

— unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 74 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung von den zuständigen Ausschüssen angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 5. Juli 2023 gemachte Zusage, den Standpunkt des Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

— gestützt auf Artikel 59 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf die Stellungnahmen des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, des Haushaltsausschusses und des Haushaltskontrollausschusses,

— unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (A9-0161/2023),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

P9_TC1-COD(2022)0219

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 12. September 2023 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2023/… des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung eines Instruments zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (EDIRPA)

(Da Parlament und Rat eine Einigung erzielt haben, entspricht der Standpunkt des Parlaments dem endgültigen Rechtsakt, Verordnung (EU) 2023/2418.)

([1]) ABl. C 486 vom 21.12.2022, S. 168.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1777

22.3.2024

P9_TA(2023)0302

Schadstoffe in Oberflächengewässern und im Grundwasser

Abänderungen des Europäischen Parlaments vom 12. September 2023 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2000/60/EG zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, der Richtlinie 2006/118/EG zum Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung und Verschlechterung und der Richtlinie 2008/105/EG über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik (COM(2022)0540 — C9-0361/2022 — 2022/0344(COD)) [1]

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

(C/2024/1777)

Abänderung 1

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung - 1 (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(-1) Wasser ist kein kommerzielles Produkt wie jedes andere, sondern vielmehr ein Gemeingut und ein Erbe, das geschützt und als solches behandelt werden muss, damit die Ökosysteme erhalten bleiben und es universellen Zugang zu sauberem Wasser gibt.

Abänderung 2

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung - 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(-1a) Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat am 28. Juli 2010 das Recht auf gesundheitlich unbedenkliches und sauberes Trinkwasser und eine sanitäre Grundversorgung als ein Menschenrecht anerkannt, das zum vollen Genuss des Lebens und aller Menschenrechte unverzichtbar ist. Nach dem Erfolg der Europäischen Bürgerinitiative von 2014 mit dem Titel „Right2Water" hat die Kommission 2018 einen Vorschlag zur Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie angenommen, und die entsprechende geänderte Richtlinie ist am 12. Januar 2021 in Kraft getreten. Diese Richtlinie enthält eine Verpflichtung der Mitgliedstaaten, den Zugang zu Wasser für den menschlichen Gebrauch zu verbessern und sich dabei unter anderem auf die im Rahmen der Richtlinie 2000/60/EG gewonnenen Erkenntnisse und durchgeführten Maßnahmen zu stützen. Die Mitgliedstaaten sollten die Wirksamkeit des Rechts auf sauberes Wasser und Sanitärversorgung auch sicherstellen, indem sie die Qualität sowohl der Oberflächengewässer als auch des Grundwassers verbessern.

[1] Der Gegenstand wurde gemäß Artikel 59 Absatz 4 Unterabsatz 4 der Geschäftsordnung zu interinstitutionellen Verhandlungen an den zuständigen Ausschuss zurücküberwiesen (A9-0238/2023).

Abänderung 3

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die Belastung von Oberflächengewässern und Grundwasser durch chemische Schadstoffe stellt eine Gefahr ***sowohl*** für die aquatische Umwelt, die zu akuter und chronischer Toxizität für Wasserorganismen, zur Akkumulation von Schadstoffen in den Ökosystemen, zur Zerstörung von Lebensräumen und zur Beeinträchtigung der biologischen Vielfalt führen kann, als auch für die menschliche Gesundheit ***dar***. Die Festlegung von Umweltqualitätsnormen trägt zur Verwirklichung des Null-Schadstoff-Ziels für eine schadstofffreie Umwelt bei.	(1) Die Belastung von Oberflächengewässern und Grundwasser durch chemische Schadstoffe stellt ***sowohl*** eine Gefahr für die aquatische Umwelt ***dar***, die zu akuter und chronischer Toxizität für Wasserorganismen, zur Akkumulation von Schadstoffen in den Ökosystemen, zur Zerstörung von Lebensräumen und zur Beeinträchtigung der biologischen Vielfalt führen kann, als auch für die menschliche Gesundheit. Die Festlegung von Umweltqualitätsnormen trägt zur Verwirklichung des Null-Schadstoff-Ziels für eine schadstofffreie Umwelt***, eines der vorrangigen Ziele des 8. Umweltaktionsprogramms ([1a]),*** bei.
	([1a]) Beschluss (EU) 2022/591 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. April 2022 über ein allgemeines Umweltaktionsprogramm der Union für die Zeit bis 2030.

Abänderung 4

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1a) Der Europäischen Umweltagentur zufolge befinden sich etwa 90 % der Fläche der Grundwasserkörper in einem guten mengenmäßigen Zustand, etwa 75 % der Grundwasserkörper befinden sich in einem guten chemischen Zustand, 40 % der Oberflächengewässer befinden sich in einem guten oder sehr guten ökologischen Zustand, und 38 % der Oberflächenwasserkörper befinden sich in einem guten chemischen Zustand, während in dem Bericht der Europäischen Umweltagentur vom 4. Dezember 2019 mit dem Titel „The European environment — state and outlook 2020: Knowledge for transition to a sustainable Europe“ festgestellt wurde, dass sich aufgrund der geringeren Verschmutzung die Wasserqualität verbessert hat, dass die Union jedoch weit davon entfernt ist, bis 2020 einen guten ökologischen Zustand für alle Wasserkörper zu erreichen.

Abänderung 5

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1b) Aus der Eignungsprüfung der Wasserrahmenrichtlinie aus dem Jahr 2019 (im Folgenden „Eignungsprüfung") ging hervor, dass die nächste Runde von Maßnahmenprogrammen eine Schlüsselrolle spielen wird, wenn es darum geht, die notwendigen Fortschritte bei der Verwirklichung der Umweltziele der Richtlinie 2000/60/EG bis zum Ablauf der Frist 2027 sicherzustellen, und dass derzeit mehr als die Hälfte aller europäischen Wasserkörper gemäß der Richtlinie 2000/60/EG ausgenommen sind, was die Herausforderungen für die Mitgliedstaaten bezüglich der Verwirklichung der Umweltqualitätsstandards für prioritäre Stoffe innerhalb der festgelegten Frist mehr als erheblich macht. Darüber hinaus ergab die Eignungsprüfung, dass die Tatsache, dass die Umweltziele nicht vollständig verwirklicht wurden, im Wesentlichen auf eine unzureichende Finanzierung, eine schleppende Umsetzung und die unzureichende Einbeziehung von Umweltzielen in die sektorbezogene Politik und nicht auf Mängel der Rechtsvorschriften zurückzuführen ist.

Abänderung 6

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 1 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1c) Einige Bevölkerungsgruppen, darunter indigene Völker, sind aufgrund geografischer und sozioökonomischer Faktoren stärker durch Wasserverschmutzung gefährdet als andere. Es wird davon ausgegangen, dass Bergbautätigkeiten in der Europäischen Union zunehmen werden, damit die Entwicklung der klimaneutralen Industrie sichergestellt werden kann. Wie im Bericht 09/2021 der Europäischen Umweltagentur ([1a]) dargestellt, hat der Bergbau direkte Auswirkungen auf die Wasserqualität und -menge. Daher müssen die bestehenden rechtlichen Rahmenwerke besser umgesetzt und die Wassernutzung und Abwassereinleitung auch im Bergbau geplant und kontrolliert werden.

([1a]) Drivers of and pressures arising from selected key water management challenges: A European overview (Ausgewählte wesentliche Herausforderungen im Bereich Wasserbewirtschaftung: Triebkräfte und daraus resultierender Druck: Überblick über die Lage in Europa), Bericht 09/2021, EUA.

Abänderung 7

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 1 d (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1d) Viele Gebiete in der Union haben mit weitreichender und zunehmender Wasserknappheit zu kämpfen. Die massiven und anhaltenden Dürren, von denen in den letzten Jahren insbesondere die Mittelmeerregionen betroffen waren, gefährden die landwirtschaftliche Erzeugung und führen zu einem erheblichen Rückgang der Oberflächen- und Grundwasserreserven [1a]***.***
	[1a] ***https://www.oecd.org/agriculture/topics/water-and-agriculture/***

Abänderung 8

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 1 e (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1e) Wasser ist ein öffentliches Gut, das allen zugutekommt und das als unersetzbare und lebensnotwendige natürliche Ressource sorgfältig vor dem Hintergrund seiner sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Dimension betrachtet werden muss. Der Klimawandel, der auch die immer häufiger auftretenden Naturkatastrophen und Wetterextreme umfasst, und der Verlust an biologischer Vielfalt wirken sich beide negativ auf die Wasserqualität und -menge aus, was zu einer Belastung für Wirtschaftszweige führt, die von der Verfügbarkeit von Wasser abhängig sind, darunter insbesondere die Landwirtschaft.

Abänderung 9

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 1 f (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1f) Zwar nennt die Europäische Umweltagentur (EUA) in ihrem Bericht „European waters — assessment of status and pressures“ (Europäische Gewässer — Bewertung des Zustands und der Belastungen) aus dem Jahr 2018 bestimmte landwirtschaftliche Praktiken als Hindernis für die Erreichung eines guten chemischen Zustands des Grundwassers in der Union, zumal sie eine Verunreinigung durch Nitrat und Pestizide verursachen, es wurde jedoch in der EU in den letzten Jahrzehnten ein stetiger Rückgang des Einsatzes mineralischer Düngemittel und der Nährstoffüberschüsse festgestellt [1a]***. Weitere wichtige Verunreinigungsquellen sind Einleitungen, die nicht an ein Kanalisationssystem angeschlossen sind, kontaminierte Standorte oder aufgegebene Industriestandorte.***

[1a] ***https://www.eea.europa.eu/publications/state-of-water***

Abänderung 10

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 1 g (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1g) Ein guter Zustand der Wasserkörper und eine effiziente Bewirtschaftung der Wasserressourcen stellen eine Priorität für die Landwirtschaft dar, da Landwirte für ihre Tätigkeit auf Wasser angewiesen sind und daher ein eigenes Interesse an der nachhaltigen Nutzung dieser Ressourcen haben.

Abänderung 11

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 1 h (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1h) Um den Übergang zu einem nachhaltigeren und produktiveren Agrarsektor zu erleichtern, der gegenüber Wasserknappheit widerstandsfähig ist, sollten Anreize für Landwirte geschaffen werden, um die Wasserbewirtschaftung zu verbessern und die Modernisierung der Bewässerungssysteme und -techniken voranzutreiben.

Abänderung 12

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 1 i (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1i) Der Einsatz von Pestiziden kann die Qualität und Menge des Wassers, das der Landwirtschaft zur Verfügung steht, erheblich beeinträchtigen und zu nachteiligen Folgen für die aquatische und terrestrische Artenvielfalt führen. Es ist daher angezeigt, die Auswirkungen und den ökotoxikologischen Verbleib von Pestiziden und ihren Metaboliten in Wasserkörpern zu überwachen.

Abänderung 13

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 1 j (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1j) Es ist von entscheidender Bedeutung, die bisherigen Anstrengungen in Wirtschaftszweigen wie der Landwirtschaft zu berücksichtigen, wo es bereits möglich war, die Kontamination im Zusammenhang mit der Pflanzengesundheit im Vergleich zu 2015-2017 um 14 % zu verringern, wobei der Prozentsatz bei Betrachtung der schädlichsten Schadstoffe 26 % beträgt. Die Zahlen zeigen somit einen kontinuierlichen Rückgang bei der Verwendung und der Gefährlichkeit von Chemikalien, wobei 2020 das zweite Jahr in Folge war, in dem der Einsatz von Pestiziden und insbesondere der gefährlichsten Pestizide erheblich zurückgegangen ist [1a]***.***

[1a] ***https://food.ec.europa.eu/plants/pesticides/sustainable-use-pesticides/farm-fork-targets-progress/eu-trends_en***

Abänderung 14

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 1 k (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1k) Die chemische Verschmutzung von Oberflächengewässern und Grundwasser stellt auch eine Bedrohung für die Landwirtschaft dar, da sie die Verfügbarkeit von Wasser für die Bewässerung von Pflanzen einschränkt und die Wasserknappheit weiter verschärft. Die Union und die Mitgliedstaaten sollten daher Forschung und Innovation stärker unterstützen, um rasch Lösungen zur Bekämpfung der Knappheit und Verschmutzung von Oberflächengewässern und Grundwasser umzusetzen, einschließlich Lösungen mit Blick auf Digitalisierung, Präzisionslandwirtschaft, optimierte Bewässerung und Modernisierung der Bewässerung und eine kreislauforientierte Ressourcennutzung, eine bessere klimaresiliente Wasserbewirtschaftung und eine gezieltere Anwendung von Pestiziden und Düngemitteln für Kulturpflanzen, umweltfreundlichere und sicherere Alternativen zu landwirtschaftlichen Betriebsmitteln, widerstandsfähigere und nährstoffeffizientere Pflanzensorten und eine verstärkte Nutzung von behandeltem Abwasser für die landwirtschaftliche Bewässerung. Dies sollte dazu beitragen, ein nachhaltiges und widerstandsfähiges Lebensmittelsystem der Union zu schaffen und gleichzeitig die diffuse Verschmutzung durch die Landwirtschaft und den Bedarf an Wasserentnahme durch die Landwirtschaft zu verringern.

Abänderung 15

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2a) Bei dem Bemühen um ein hohes Umweltschutzniveau und bei der Umsetzung des Null-Schadstoff-Aktionsplans sollte die Union den unterschiedlichen Gegebenheiten in den verschiedenen Regionen der EU, den Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit, die Lebensmittelerzeugung und die Erschwinglichkeit von Lebensmitteln sowie einer gesunden und nachhaltigen Ernährung Rechnung tragen.

Abänderung 16

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3a) Die Ziele, einen „guten Zustand der Wasserkörper“ zu erreichen und die Verfügbarkeit von Wasser sicherzustellen, sind bereichsübergreifend und werden oft nicht in hinreichend kohärenter Weise verfolgt. Eine gute Wasserbewirtschaftung sollte in allen Politikbereichen der EU, die Wirtschaftszweige betreffen, in denen Wasser verbraucht wird, durchgängig berücksichtigt werden.

Abänderung 17

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 3 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3b) In der Eignungsprüfung wurde darauf hingewiesen, dass eine bessere Einbeziehung der wasserbezogenen Ziele in die Agrarpolitik erforderlich ist. Mit der neuen GAP wurden Maßnahmen für eine nachhaltigere Wasserbewirtschaftung eingeführt. Im Interesse einer stärkeren Kohärenz zwischen der Agrar- und der Wasserpolitik sollten die Mitgliedstaaten die Möglichkeiten der neuen GAP voll ausschöpfen und wasserbezogene Fragen umfassend in ihre Strategiepläne einbeziehen, einschließlich der Nutzung der Systeme für Wissen und Innovation in der Landwirtschaft (AKIS), und die Entwicklung von Beratungsdiensten zur Förderung bewährter Verfahren im Bereich der Wasserbewirtschaftung unterstützen.

Abänderung 18

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Mit der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([45]) wurde ein Rahmen für den Schutz der Binnenoberflächengewässer, der Übergangsgewässer, der Küstengewässer und des Grundwassers geschaffen. Dieser Rahmen sieht vor, dass unter den Stoffen, die auf Unionsebene ein erhebliches Risiko für oder durch die aquatische Umwelt darstellen, prioritäre Stoffe identifiziert werden. In der Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([46]) sind unionsweite Umweltqualitätsnormen für die 45 in Anhang X der Richtlinie 2000/60/EG aufgeführten prioritären Stoffe und acht weitere, bereits vor der Einführung von Anhang X durch die Entscheidung Nr. 2455/2001/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([47]) auf Unionsebene reglementierte Schadstoffe festgelegt. In der Richtlinie 2006/118/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([48]) sind unionsweite Grundwasserqualitätsnormen für Nitrate und für in Pestiziden enthaltene Wirkstoffe sowie Kriterien für die Festlegung nationaler Schwellenwerte für andere Grundwasserschadstoffe festgelegt. Außerdem enthält sie eine Liste von mindestens 12 Schadstoffen und deren Indikatoren, für die die Mitgliedstaaten ***die Festlegung solcher*** nationalen Schwellenwerte ***in Erwägung ziehen*** müssen. Die Grundwasserqualitätsnormen sind in Anhang I der Richtlinie 2006/118/EG festgelegt.	(4) Mit der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([45]) wurde ein Rahmen für den Schutz der Binnenoberflächengewässer, der Übergangsgewässer, der Küstengewässer und des Grundwassers geschaffen. Dieser Rahmen sieht vor, dass unter den Stoffen, die auf Unionsebene ein erhebliches Risiko für oder durch die aquatische Umwelt darstellen, prioritäre Stoffe identifiziert werden. In der Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([46]) sind unionsweite Umweltqualitätsnormen für die 45 in Anhang X der Richtlinie 2000/60/EG aufgeführten prioritären Stoffe und acht weitere, bereits vor der Einführung von Anhang X durch die Entscheidung Nr. 2455/2001/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([47]) auf Unionsebene reglementierte Schadstoffe festgelegt. In der Richtlinie 2006/118/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([48]) sind unionsweite Grundwasserqualitätsnormen für Nitrate und für in Pestiziden enthaltene Wirkstoffe sowie Kriterien für die Festlegung nationaler Schwellenwerte für andere Grundwasserschadstoffe festgelegt. Außerdem enthält sie eine Liste von mindestens 12 Schadstoffen und deren Indikatoren, für die die Mitgliedstaaten ***solche*** nationalen Schwellenwerte ***festlegen*** müssen. Die Grundwasserqualitätsnormen sind in Anhang I der Richtlinie 2006/118/EG festgelegt.
([45]) Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1).	([45]) Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1).
([46]) Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien des Rates 82/176/EWG, 83/513/EWG, 84/156/EWG, 84/491/EWG und 86/280/EWG sowie zur Änderung der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 84).	([46]) Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien des Rates 82/176/EWG, 83/513/EWG, 84/156/EWG, 84/491/EWG und 86/280/EWG sowie zur Änderung der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 84).
([47]) Entscheidung Nr. 2455/2001/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2001 zur Festlegung der Liste prioritärer Stoffe im Bereich der Wasserpolitik und zur Änderung der Richtlinie 2000/60/EG (ABl. L 331 vom 15.12.2001, S. 1).	([47]) Entscheidung Nr. 2455/2001/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2001 zur Festlegung der Liste prioritärer Stoffe im Bereich der Wasserpolitik und zur Änderung der Richtlinie 2000/60/EG (ABl. L 331 vom 15.12.2001, S. 1).

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
([48]) Richtlinie 2006/118/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zum Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung und Verschlechterung (ABl. L 372 vom 27.12.2006, S. 19).	([48]) Richtlinie 2006/118/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zum Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung und Verschlechterung (ABl. L 372 vom 27.12.2006, S. 19).

Abänderung 19

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(4a) Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass Verschmutzung durch Einleitung, Emission oder Verlust prioritärer gefährlicher Stoffe innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens, spätestens jedoch 20 Jahre, nachdem ein bestimmter prioritärer Stoff als gefährlich in Anhang I Teil A der Richtlinie 2008/105/EG aufgenommen wurde, eingestellt oder schrittweise beseitigt wird. Dieser Zeitplan sollte unbeschadet der Anwendung strengerer Fristen in anderen anwendbaren Rechtsvorschriften der Union gelten.

Abänderung 20

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(5) Stoffe werden auf der Grundlage einer Bewertung ihres Risikos für den Menschen und die aquatische Umwelt für die Aufnahme in Anhang X der Richtlinie 2000/60/EG oder in Anhang I oder Anhang II der Richtlinie 2006/118/EG in Betracht gezogen. Die wichtigsten Komponenten dieser Bewertung sind das Wissen über die Umweltkonzentrationen der Stoffe, einschließlich der bei der Überwachung der Beobachtungsliste gesammelten Informationen, und ***der Informationen*** über die (Öko-) Toxikologie der Stoffe sowie über ihre Persistenz, Bioakkumulation, Karzinogenität, Mutagenität und Reproduktionstoxizität und ihr endokrinschädigendes Potenzial.	(5) Stoffe werden auf der Grundlage einer Bewertung ihres Risikos für den Menschen und die aquatische Umwelt für die Aufnahme in Anhang X der Richtlinie 2000/60/EG oder in Anhang I oder Anhang II der Richtlinie 2006/118/EG in Betracht gezogen. Die wichtigsten Komponenten dieser Bewertung sind das Wissen über die Umweltkonzentrationen der Stoffe, einschließlich der bei der Überwachung der Beobachtungsliste gesammelten Informationen, und über die (Öko-)Toxikologie der Stoffe sowie über ihre Persistenz, Bioakkumulation***, Toxizität, Mobilität***, Karzinogenität, Mutagenität und Reproduktionstoxizität und ihr endokrinschädigendes Potenzial.

Abänderung 21

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 7

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(7) Im Zusammenhang mit fast allen Schadstoffen müssen im Interesse eines wirksamen Umgangs während ihres gesamten Lebenszyklus, einschließlich gegebenenfalls ihrer chemischen Zusammensetzung, Genehmigung oder Zulassung, der Emissionskontrolle während der Herstellung und Verwendung oder anderen Prozessen sowie der Abfallbehandlung, Maßnahmen zur Kontrolle an der Quelle und nachgeschaltete Maßnahmen kombiniert werden. Daher ergänzt die Festlegung neuer oder strengerer Qualitätsnormen für Wasserkörper andere Rechtsvorschriften der Union, die das Verschmutzungsproblem in einem oder mehreren dieser Lebenszyklusabschnitte angehen oder angehen ***könnten***, und steht mit ihnen im Einklang, einschließlich der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates ([49]), der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates ([50]), der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates ([51]), der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates ([52]), der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([53]), der Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([54]), der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ([55]) und der Richtlinie 91/271/EWG des Rates ([56]).	(7) Im Zusammenhang mit fast allen Schadstoffen müssen im Interesse eines wirksamen Umgangs während ihres gesamten Lebenszyklus, einschließlich gegebenenfalls ihrer chemischen Zusammensetzung, Genehmigung oder Zulassung, der Emissionskontrolle während der Herstellung und Verwendung oder anderen Prozessen sowie der Abfallbehandlung, Maßnahmen zur Kontrolle an der Quelle und nachgeschaltete Maßnahmen kombiniert werden. Daher ergänzt die Festlegung neuer oder strengerer Qualitätsnormen für Wasserkörper andere Rechtsvorschriften der Union, die das Verschmutzungsproblem in einem oder mehreren dieser Lebenszyklusabschnitte angehen oder angehen ***sollten***, und steht mit ihnen im Einklang, einschließlich der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates ([49]), der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates ([50]), der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates ([51]), der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates ([52]), der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([53]), der Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([54]), der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ([55]) und der Richtlinie 91/271/EWG des Rates ([56]). ***Damit die Mitgliedstaaten die Umweltziele in Artikel 4 der Richtlinie 2000/60/EG am besten und kostenwirksamsten erreichen können, sollten sie bei der Festlegung ihrer Maßnahmenprogramme dafür sorgen, dass Maßnahmen zur Kontrolle an der Quelle Vorrang vor nachgeschalteten Maßnahmen erhalten und dass diese Maßnahmen mit den einschlägigen sektorbezogenen Rechtsvorschriften der Union im Bereich Verschmutzung im Einklang stehen. Wenn die Gefahr besteht, dass sich mit Maßnahmen zur Kontrolle an der Quelle kein guter Zustand der Gewässer erreichen lässt, sollten nachgeschaltete Maßnahmen angewandt werden. Die Kommission sollte Leitlinien für bewährte Verfahren in Bezug auf Maßnahmen zur Kontrolle an der Quelle und die Komplementarität von nachgeschalteten Maßnahmen erarbeiten.***
([49]) Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Chemikalienagentur (ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1).	([49]) Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Chemikalienagentur (ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1).
([50]) Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 1).	([50]) Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 1).

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
([51]) Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (ABl. L 167 vom 27.6.2012, S. 1).	([51]) Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (ABl. L 167 vom 27.6.2012, S. 1).
([52]) Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über Tierarzneimittel und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/82/EG (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 43).	([52]) Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über Tierarzneimittel und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/82/EG (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 43).
([53]) Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 67).	([53]) Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 67).
([54]) Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 71).	([54]) Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 71).
([55]) Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) (ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 17).	([55]) Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) (ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 17).
([56]) Richtlinie 91/271/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser (ABl. L 135 vom 30.5.1991, S. 40).	([56]) Richtlinie 91/271/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser (ABl. L 135 vom 30.5.1991, S. 40).

Abänderung 22

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(7a) Wasserverschmutzung ist im Wesentlichen das Ergebnis von industriellen und landwirtschaftlichen Tätigkeiten, Einleitung von Abwässern und Siedlungsabflüssen, einschließlich Regenüberläufen. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten in ihren Tätigkeiten Maßnahmen zur Verringerung der Verschmutzung an der Quelle sowie deren Durchsetzung Vorrang einräumen. Zu diesem Zweck sollte für Kohärenz zwischen allen Rechtsvorschriften der Union und der Mitgliedstaaten zur Beseitigung von Schadstoffemissionen an der Quelle gesorgt werden, um die Verschmutzung auf ein Niveau zu senken, das nicht mehr als schädlich für die Gesundheit und die natürlichen Ökosysteme angesehen wird.

Abänderung 23

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 7 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(7b) Um sicherzustellen, dass die Rechtsvorschriften zur Verhütung der Verschmutzung von Oberflächengewässern und Grundwasser in Bezug auf die rasche Entwicklung neuer und neu auftretender Chemikalien, die als Schadstoffe erhebliche Risiken für die menschliche Gesundheit und die aquatische Umwelt bergen können, auf dem neuesten Stand sind, sollten die politischen Mechanismen zur Erkennung und Bewertung solcher Stoffe, die Anlass zu zunehmender Besorgnis geben, gestärkt werden. In diesem Zusammenhang sollte ein Konzept ausgearbeitet werden, das die Überwachung und Analyse weiterer Stoffe oder Stoffgruppen auf den Beobachtungslisten für Oberflächengewässer und Grundwasser ermöglicht. Die in die Beobachtungsliste aufzunehmenden Stoffe oder Stoffgruppen sollten unter den Stoffen ausgewählt werden, die nach den verfügbaren Informationen ein erhebliches Risiko für oder durch die aquatische Umwelt auf Unionsebene darstellen könnten und für die keine ausreichenden Überwachungsdaten vorliegen. Die Anzahl solcher gemäß den Beobachtungslisten für Oberflächengewässer und Grundwasser zu beobachtenden und zu analysierenden Stoffe oder Stoffgruppen sollte nicht beschränkt sein.

Abänderung 24

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 8

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(8) Den neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge geht außer von den bereits regulierten Schadstoffen noch von mehreren weiteren in Wasserkörpern festgestellten Schadstoffen eine erhebliche Gefahr aus. Im Rahmen einer freiwilligen Überwachung wurde festgestellt, dass insbesondere per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) und Arzneimittel im Grundwasser ein Problem darstellen. An mehr als 70 % der Grundwassermessstellen in der Union wurden PFAS nachgewiesen, und vielerorts werden die geltenden nationalen Schwellenwerte deutlich überschritten; auch pharmazeutische Stoffe werden häufig nachgewiesen. Für Oberflächengewässer sind Perfluoroctansulfonsäure und ihre Derivate bereits als prioritäre Stoffe gelistet, aber auch von anderen PFAS geht neuen Erkenntnissen zufolge eine Gefahr aus. Die Überwachung der Stoffe auf der Beobachtungsliste gemäß Artikel 8b der Richtlinie 2008/105/EG hat bestätigt, dass von einer Reihe pharmazeutischer Stoffe in Oberflächengewässern eine Gefahr ausgeht, sodass diese Stoffe in die Liste prioritärer Stoffe aufgenommen werden sollten.	(8) Den neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge geht außer von den bereits regulierten Schadstoffen noch von mehreren weiteren in Wasserkörpern festgestellten Schadstoffen eine erhebliche Gefahr aus. Im Rahmen einer freiwilligen Überwachung wurde festgestellt, dass insbesondere per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) und Arzneimittel im Grundwasser ein Problem darstellen. An mehr als 70 % der Grundwassermessstellen in der Union wurden PFAS nachgewiesen, und vielerorts werden die geltenden nationalen Schwellenwerte deutlich überschritten; auch pharmazeutische Stoffe werden häufig nachgewiesen. ***Daher sollte die Liste der Grundwasserschadstoffe um eine Untermenge bestimmter PFAS und um den Wert „PFAS insgesamt“ ergänzt werden.*** Für Oberflächengewässer sind Perfluoroctansulfonsäure und ihre Derivate bereits als prioritäre Stoffe gelistet, aber auch von anderen PFAS geht neuen Erkenntnissen zufolge eine Gefahr aus. ***Daher sollte die Liste prioritärer Stoffe um eine Untermenge bestimmter PFAS und den Wert „PFAS insgesamt“ ergänzt werden. Um eine harmonisierte Vorgehensweise und gleiche Wettbewerbsbedingungen in der Union zu gewährleisten, sollte der Kommission gemäß Artikel 290 AEUV die Befugnis übertragen werden, Rechtsakte zu erlassen, um Anhang I der Richtlinie 2006/118/EG durch Festlegung einer Qualitätsnorm für „PFAS insgesamt“ zu ändern.*** Die Überwachung der Stoffe auf der Beobachtungsliste gemäß Artikel 8b der Richtlinie 2008/105/EG hat ***auch*** bestätigt, dass von einer Reihe pharmazeutischer Stoffe in Oberflächengewässern eine Gefahr ausgeht, sodass diese Stoffe in die Liste prioritärer Stoffe aufgenommen werden sollten.

Abänderung 25

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(8a) Glyphosat ist das in der Union am häufigsten für landwirtschaftliche Zwecke verwendete Herbizid. Als Wirkstoff gab es Anlass zu ernsten Bedenken hinsichtlich seiner Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die aquatische Toxizität. Im Dezember 2022 beschloss die Kommission, eine befristete Verlängerung der Genehmigung für das Inverkehrbringen von Glyphosat um ein weiteres Jahr zu gewähren, bis die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit im Juli 2023 eine Neubewertung des Wirkstoffs vornimmt. Verschiedene aktuelle wissenschaftliche Studien ([1a]) legen jedoch nahe, dass auf der Grundlage der aquatischen Toxizität von Glyphosat, AMPA und Herbiziden auf Glyphosatbasis eine Umweltqualitätsnorm (UQN) von weniger als 0,1 µg/l für alle Oberflächenwasserkörper in Betracht gezogen werden sollte. Angesichts der laufenden Bewertungen durch die zuständigen Regulierungsbehörden der Union und der wissenschaftlichen Erkenntnisse einschlägiger Studien zu den Auswirkungen von Glyphosat auf Wassertiere und -pflanzen und im Interesse der Sicherstellung des guten chemischen Zustands der meisten Unionsgewässer sollte auf der Grundlage des Vorsorgeprinzips in Bezug auf Glyphosat eine gemeinsame und einheitliche JD-UQN für Binnenoberflächengewässer und eine separate JD-UQN für andere Oberflächengewässer angenommen werden.
	([1a]) „Transcriptomic signalling in zebrafish embryos exposed to environmental concentrations of glyphosate“ (Transkriptomische Signalgebung bei Zebrafischembryonen, die Konzentrationen von Glyphosat in der Umwelt ausgesetzt sind), 2022. „Effects of low-concentration glyphosate and aminomethyl phosphonic acid on zebrafish embryo development“ (Auswirkungen geringer Konzentrationen von Glyphosat und Aminomethylphosphonsäure auf die Entwicklung von Zebrafischembryonen), 2021. „Global transcriptomic profiling demonstrates induction of oxidative stress and compensatory cellular stress responses in brown trout exposed to glyphosate and Roundup“ (Erstellung globaler transkriptomischer Profile zeigt Verursachung von oxidativem Stress und ausgleichenden zellulären Stressreaktionen bei Forellen, die Glyphosat und Roundup ausgesetzt sind), 2018.

Abänderung 26

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 8 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(8b) Atrazin ist ein Herbizid, das im Getreideanbau gegen einjährige zweikeimblättrige Unkräuter und einjährige Süßgräser zum Einsatz kommt. Gemäß der Entscheidung 2004/248/EG ([1a]) der Kommission ist die Verwendung von Atrazin in Pflanzenschutzmitteln in der Union nicht mehr zulässig. Atrazin hat sich als endokriner Disruptor erwiesen, der nachweislich die Fortpflanzung und Entwicklung beeinträchtigt und krebserregend sein könnte. Die Europäische Umweltagentur hat bei ihren zwischen 2013 und 2020 vorgenommenen Bewertungen von Pestiziden anhand von Schwellenwerten für die Wirksamkeit und Qualität festgestellt, dass bei zwischen 4 % und 11 % der Grundwasser-Überwachungsstellen Überschreitungen eines oder mehrerer Pestizidwerte ermittelt wurden, wobei vor allem Atrazin und seine Metaboliten überhöhte Werte aufwiesen. Da Atrazin in den Oberflächengewässern und im Grundwasser in der Union nach wie vor anzutreffen ist und damit die Schwellenwerte für Atrazin nicht die Umweltqualitätsnorm für Pestizide und Metaboliten insgesamt überschreiten, sollte der Schwellenwert für Atrazin in Anhang I der Richtlinie 2008/105/EG angepasst werden, auch im Einklang mit dem entsprechenden Schwellenwert in der Richtlinie (EU) 2020/2184 ([1b]).

([1a]) Entscheidung 2004/248/EG der Kommission vom 10. März 2004 über die Nichtaufnahme von Atrazin in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates und den Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff (ABl. L 78 vom 16.3.2004, S. 53).

([1b]) Richtlinie (EU) 2020/2184 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Neufassung) (ABl. L 435 vom 23.12.2020, S. 1).

Abänderung 27

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 8 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(8c) Dem SCHEER ([1a]) und der EMA ([1b]) zufolge wurde die allgemeine Qualitätsnorm von 0,1 µg/L bzw. 0,5 µg/L für Grundwasser, die für einzelne Pestizide bzw. die Summe aller Pestizide vorgeschlagen wurde und in der Richtlinie 2006/118/EG enthalten ist, in den 1980er Jahren festgelegt und basierte auf der damals verfügbaren chemisch-analytischen Sensitivität. Es hat sich gezeigt, dass der Vorgabewert von 0,1 µg/L für einzelne Pestizide keinen ausreichenden Schutz für die menschliche Gesundheit und das Grundwasserökosystem bietet und mitunter signifikant höher ist als die Schwellenwerte für viele Pestizide und Fungizide auf der Liste prioritärer Stoffe in Anhang I der Richtlinie 2008/105/EG. Wenn man auch die Stellungnahme des SCHEER berücksichtigt, wonach keine Grundwasser-Schwellenwerte höher sein sollten als die Umweltqualitätsnorm für Oberflächengewässer, sollte die Kommission die Schwellenwerte für einzelne Pestizide und die Summe aller Pestizide, einschließlich ihrer relevanten Metaboliten, in Anhang I der Richtlinie 2006/118/EG überprüfen, indem sie moderne analytische Methoden anwendet und mit den besten verfügbaren toxikologischen Erkenntnissen vergleicht. Bis zum Abschluss dieser Überprüfung und im Einklang mit dem Vorsorgeansatz, für den sich die Trinkwasserversorger im Europäischen Grundwassermemorandum ([1c]) ausgesprochen haben, sollten auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse vorübergehende Schwellenwerte festgelegt werden.

([1a]) SCHEER. Beitrag zur ENV-Konsultation: Stellungnahme zum Vorschlag der Kommission zur Änderung der Wasserrahmenrichtlinie/Grundwasserrichtlinie/Richtlinie über Umweltqualitätsnormen, März 2023. SCHEER. Groundwater quality standards for proposed additional pollutants in the annexes to the Groundwater Directive (2006/118/EC) (Grundwasserqualitätsnormen für vorgeschlagene zusätzliche Schadstoffe in den Anhängen der Grundwasserrichtlinie (2006/118/EG)), Juli 2022.

([1b]) EMA. Assessing the toxicological risk to human health and groundwater communities from veterinary pharmaceuticals in groundwater — Scientific guideline (Bewertung des von Tierarzneimitteln im Grundwasser ausgehenden toxikologischen Risikos für die menschliche Gesundheit und Grundwassergemeinschaften — wissenschaftliche Leitlinie), April 2018.

([1c]) Europäisches Grundwassermemorandum: zur qualitativen und quantitativen Sicherung der Trinkwassergewinnung für zukünftige Generationen, März 2022.

Abänderung 28

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 8 d (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(8d) Bisphenol A sollte als prioritärer gefährlicher Stoff behandelt und in die Liste in Anhang I der Richtlinie 2008/105/EG aufgenommen werden. Aus wissenschaftlichen Berichten geht hervor, dass auch andere Bisphenole als Bisphenol A potenziell endokrinschädigend sind und Mischungen dieser Bisphenole ein ökotoxikologisches Risiko darstellen. Da aufgrund dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse Bedenken hinsichtlich der sicheren Nutzung von Alternativen zu Bisphenolen mit potenziellen negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt bestehen, sollte die Kommission einen Parameter „Bisphenole insgesamt" und eine angemessene Umweltqualitätsnorm für die Gesamtheit der Bisphenole festlegen.

Abänderung 29

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 8 e (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(8e) Der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) zufolge ([1a]) unterscheiden sich Grundwasser-Ökosysteme grundlegend von Oberflächenwasser-Ökosystemen und können daher anfälliger für Stressfaktoren sein, da es ihnen an der Fähigkeit fehlt, sich von Störungen zu erholen. Daher sollte beim Festlegen von Schwellenwerten für Grundwasser ein Vorsorgeansatz angewandt werden, um die menschliche Gesundheit, Grundwasserökosysteme und grundwasserabhängige Ökosysteme zu schützen. Im Einklang mit den Ratschlägen der EMA sollten die Schwellenwerte für Grundwasser infolge dieser Anfälligkeit normalerweise 10-mal niedriger liegen als die entsprechenden Schwellenwerte für Oberflächengewässer. Wenn das tatsächlich für das Grundwasser-Ökosystem bestehende Risiko ermittelt werden kann, könnte es jedoch angemessen sein, die Schwellenwerte für Grundwasser auf einem anderen Niveau festzulegen.

([1a]) EMA. Assessing the toxicological risk to human health and groundwater communities from veterinary pharmaceuticals in groundwater — Scientific guideline (Bewertung des von Tierarzneimitteln im Grundwasser ausgehenden toxikologischen Risikos für die menschliche Gesundheit und Grundwassergemeinschaften — wissenschaftliche Leitlinie), April 2018.

Abänderung 30

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 9 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(9a) Gemäß geltendem Unionsrecht sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, betroffene und gefährdete Gewässer zu ermitteln, durch Nitrat gefährdete Gebiete auszuweisen, Aktionsprogramme auszuarbeiten und entsprechende Maßnahmen durchzuführen. In diesem Zusammenhang besteht nach wie vor Verbesserungsbedarf bei der Harmonisierung der Kontrollmaßnahmen und der Systeme zur Messung der Wasserqualität zwischen den Mitgliedstaaten, damit unionsweit einheitliche Normen festgelegt werden können, die eine Vergleichbarkeit zwischen den Mitgliedstaaten ermöglichen, wodurch Wettbewerbsproblemen im europäischen Agrarsektor, die zu Störungen des Binnenmarkts führen, vorgebeugt wird.

Abänderung 31

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 10

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(10) ***Es bestehet*** die Sorge, dass sich durch gegen antimikrobielle Wirkstoffe resistenten Mikroorganismen und antimikrobielle Resistenzen bewirkende Gene in der aquatischen Umwelt antimikrobielle Resistenzen entwickeln könnten, dies wurde bisher aber nur wenig überwacht. Gene, die antimikrobielle Resistenzen bewirken, sollten ebenfalls in die Oberflächengewässer- und Grundwasserbeobachtungslisten aufgenommen und überwacht werden, sobald geeignete Überwachungsmethoden entwickelt worden sind. Dies steht im Einklang mit dem „Europäischen Aktionsplan zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen im Rahmen des Konzepts ‚Eine Gesundheit'", den die Kommission im Juni 2017 angenommen hat, und mit der Arzneimittelstrategie für Europa, die ebenfalls auf dieses Problem eingeht.	(10) ***Schätzungen zufolge waren 2019 zwischen 900 000 und 1,7 Millionen Todesfälle weltweit auf Infektionen mit antimikrobiell resistenten Krankheitserregern zurückzuführen ([1a]). Gleichzeitig besteht*** die Sorge, dass sich durch gegen antimikrobielle Wirkstoffe resistente Mikroorganismen und antimikrobielle Resistenzen bewirkende Gene in der aquatischen Umwelt antimikrobielle Resistenzen entwickeln könnten, dies wurde bisher aber nur wenig überwacht. Gene, die antimikrobielle Resistenzen bewirken, sollten ebenfalls in die Oberflächengewässer- und Grundwasserbeobachtungslisten aufgenommen und überwacht werden, sobald geeignete Überwachungsmethoden entwickelt worden sind. Dies steht im Einklang mit dem „Europäischen Aktionsplan zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen im Rahmen des Konzepts ‚Eine Gesundheit'", den die Kommission im Juni 2017 angenommen hat, und mit der Arzneimittelstrategie für Europa, die ebenfalls auf dieses Problem eingeht.
	([1a]) „Global burden of bacterial antimicrobial resistance in 2019: a systematic analysis" (Die weltweite Last der bakteriellen antimikrobiellen Resistenz 2019: eine systematische Analyse), The Lancet, 19. Januar 2022, https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0140673621027240?via%3Dihub

Abänderung 32

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 10 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(10a) Mit dem Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1729 der Kommission zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses 2013/652/EU wird der Rahmen für die Erhebung vergleichbarer und zuverlässiger Daten zu antimikrobiellen Resistenzen in der Europäischen Union geschaffen, wobei hierzu auch die Überwachung des Abwassers von Schlachthöfen als potenzieller Träger antibiotikaresistenter Bakterien und damit eines möglichen Wegs der Umweltverschmutzung gehört. Antibiotikaresistente Bakterien wurden im Abwasser von Schlachthöfen nachgewiesen.

Abänderung 33

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 10 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(10b) Es wurde Besorgnis über die Risiken von Sulfaten und Xanthaten in der aquatischen Umwelt geäußert. Sulfate beeinträchtigen nicht nur die Trinkwasserqualität, sondern wirken sich auch auf die Materialkreisläufe von Kohlenstoff, Stickstoff und Phosphor aus. Dies erhöht unter anderem die Nährstoffbelastung in Wasserkörpern und somit das Wachstum von Pflanzen und Algen und steigert das Nahrungsangebot für aquatische Organismen und führt so zu einer Abnahme des Sauerstoffs im Wasser. Sulfate und ihre Abbauprodukte, insbesondere Sulfide, können unter bestimmten Bedingungen toxische Auswirkungen auf Wasserorganismen haben. Ergebnisse von Standardtests belegen, dass einige Xanthate und ihre Abbauprodukte für aquatische Wirbellose und Fischarten toxisch sind und dass sie bioakkumulierbar sein können. Sulfate sind bereits in die Liste der Grundwasserschadstoffe aufgenommen, die bisherige Überwachung war aber unzureichend. Daher sollten Sulfate in die Oberflächengewässer- und Grundwasserbeobachtungslisten aufgenommen werden. Xanthate sollten in die Beobachtungsliste für Oberflächengewässer aufgenommen werden.

Abänderung 34

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 10 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(10c) Stoffe wie Mikroplastik stellen eine eindeutige Gefahr für die öffentliche Gesundheit und die Umwelt, aber auch für grundlegende Tätigkeiten wie die Entwicklung der Landwirtschaft dar. Das Vorhandensein solcher Stoffe und anderer Partikel kann nicht nur Auswirkungen auf das Wasser haben, mit dem Vieh und Pflanzen versorgt werden, sondern auch auf die Bodenfruchtbarkeit, wodurch die Gesundheit und die gute Entwicklung gegenwärtiger und künftiger Ernten beeinträchtigt werden ([1a]).
	([1a]) https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2352186422000724

Abänderung 35

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 11

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(11) Angesichts des zunehmenden Bewusstseins dafür, wie relevant Mischungen sind und wie wichtig folglich eine wirkungsbasierte Überwachung zur Bestimmung des chemischen Zustands ist, und in Anbetracht der Tatsache, dass es bereits hinreichend verlässliche wirkungsbasierte Überwachungsmethoden für estrogene Stoffe gibt, sollten die Mitgliedstaaten diese Methoden anwenden, um die kumulativen Auswirkungen von estrogenen Stoffen in Oberflächengewässern über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren zu bewerten. Auf diese Weise können wirkungsbasierte Ergebnisse mit den Ergebnissen verglichen werden, die mit den konventionellen Methoden zur Überwachung der drei in Anhang I der Richtlinie 2008/105/EG aufgeführten estrogenen Stoffe erzielt wurden. ***Anhand dieses Vergleichs wird dann*** beurteilt, ob wirkungsbasierte Überwachungsmethoden als zuverlässige Screening-Methoden angewendet werden können. Die Anwendung solcher Screening-Methoden hätte den Vorteil, dass die Auswirkungen aller und nicht nur der in	(11) ***Mit den aktuellen und konventionellen Überwachungsmethoden für den chemischen Zustand von Wasserkörpern können die Auswirkungen komplexer Mischungen von Chemikalien auf die Wasserqualität im Allgemeinen nicht bestimmt werden.*** Angesichts des zunehmenden Bewusstseins dafür, wie relevant Mischungen sind und wie wichtig folglich eine wirkungsbasierte Überwachung zur Bestimmung des chemischen Zustands ist, und in Anbetracht der Tatsache, dass es bereits hinreichend verlässliche wirkungsbasierte Überwachungsmethoden für estrogene Stoffe gibt, sollten die Mitgliedstaaten diese Methoden anwenden, um die kumulativen Auswirkungen von estrogenen Stoffen in Oberflächengewässern über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren zu bewerten. Auf diese Weise können wirkungsbasierte Ergebnisse mit den Ergebnissen verglichen werden, die mit den konventionellen Methoden zur Überwachung der drei in Anhang I der Richtlinie 2008/105/EG aufgeführten estrogenen Stoffe erzielt

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Anhang I der Richtlinie 2008/105/EG aufgeführten estrogenen Stoffe erfasst werden können. Die Definition von Umweltqualitätsnormen in der Richtlinie 2000/60/EG sollte geändert werden, um sicherzustellen, dass sie künftig auch Auslösewerte abdecken könnte, die gegebenenfalls für die Bewertung der Ergebnisse der wirkungsbasierten Überwachung festgelegt werden.	wurden. ***Dieser Vergleich sollte in einen von der Kommission veröffentlichten Evaluierungsbericht aufgenommen werden, in dem sie*** beurteilt, ob wirkungsbasierte Überwachungsmethoden ***robuste und korrekte Daten liefern und*** als zuverlässige Screening-Methoden angewendet werden können. Die Anwendung solcher Screening-Methoden hätte den Vorteil, dass die Auswirkungen aller und nicht nur der in Anhang I der Richtlinie 2008/105/EG aufgeführten estrogenen Stoffe erfasst werden können***. Der Kommission sollte die Befugnis übertragen werden, delegierte Rechtsakte zur Ergänzung der Richtlinie 2008/105/EG zu erlassen, um die Modalitäten festzulegen, gemäß denen die Mitgliedstaaten in Erwartung einer möglichen künftigen Festlegung wirkungsbasierter Auslösewerte für die Überwachung zur Bewertung des Vorhandenseins anderer Stoffe in Wasserkörpern wirkungsbasierte Methoden verwenden***. Die Definition von Umweltqualitätsnormen in der Richtlinie 2000/60/EG sollte geändert werden, um sicherzustellen, dass sie künftig auch Auslösewerte abdecken könnte, die gegebenenfalls für die Bewertung der Ergebnisse der wirkungsbasierten Überwachung festgelegt werden.

Abänderung 36

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 11 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(11a) Es sollten strengere Schwellenwerte festgelegt werden, wenn Grundwasserqualitätsnormen dazu führen könnten, dass die Umweltziele der Richtlinie 2000/60/EG für verbundene Wasserkörper nicht erreicht werden, wie in der Richtlinie 2006/118/EG vorgeschrieben. Diese Anforderung gemäß der Richtlinie 2006/118/EG sollte weiter ausgeweitet werden, um gefährdete Gebiete besser vor Verschmutzung zu schützen.

Abänderung 37

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 12

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(12) Die Bewertung der Wasserschutzrechtsvorschriften der Union ([58]) (im Folgenden „Bewertung") ergab, dass die Identifizierung und Listung von Oberflächengewässer und Grundwasser belastenden Schadstoffen und die Festlegung oder Überarbeitung der entsprechenden Qualitätsnormen im Lichte neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse beschleunigt werden könnte. ***Wenn diese Aufgaben nicht*** im Rahmen ***des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens gemäß den Artikeln 16 und 17*** der Richtlinie ***2000/60***/EG und ***Artikel 10*** der Richtlinie 2006/118/EG***, sondern von der Kommission wahrgenommen würden, könnten*** das Funktionieren des Instruments der Beobachtungslisten für Oberflächengewässer und Grundwasser, insbesondere in Bezug auf den Zeitpunkt und die Reihenfolge von Listung, Überwachung und Bewertung der Ergebnisse, verbessert und die Synergien zwischen dem Instrument der Beobachtungslisten und den Überprüfungen der Schadstofflisten gestärkt werden, und die Schadstofflisten ***könnten schneller geändert*** werden, um dem wissenschaftlichen Fortschritt Rechnung zu tragen. ***Aus diesem Grund und weil die Schadstofflisten und die entsprechenden Umweltqualitätsnormen im Lichte neuer wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse rasch angepasst werden müssen, sollte der Kommission gemäß Artikel 290 AEUV die Befugnis übertragen werden, Rechtsakte zu erlassen, um die Liste prioritärer Stoffe und der entsprechenden Umweltqualitätsnormen in Anhang I Teil A der Richtlinie 2008/105/EG und die Liste der Grundwasserschadstoffe und Qualitätsnormen in Anhang I der Richtlinie 2006/118/EG zu ändern.*** Dabei sollte die Kommission die Ergebnisse der Überwachung der Stoffe in den Oberflächengewässer- und Grundwasserbeobachtungslisten berücksichtigen. Folglich sollten die Artikel 16 und 17 der Richtlinie 2000/60/EG und Anhang X jener Richtlinie sowie Artikel 10 der Richtlinie 2006/118/EG gestrichen werden.	(12) Die Bewertung der Wasserschutzrechtsvorschriften der Union ([58]) (im Folgenden „Bewertung") ergab, dass die Identifizierung und Listung von Oberflächengewässer und Grundwasser belastenden Schadstoffen und die Festlegung oder Überarbeitung der entsprechenden Qualitätsnormen im Lichte neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse beschleunigt werden könnte. ***Daher sollten*** im Rahmen ***jeder zukünftigen Überarbeitung von Anhang I*** der Richtlinie ***2008/105***/EG ***in Bezug auf die Liste prioritärer Stoffe*** und ***die entsprechenden UQN gemäß Teil A dieses Anhangs und Anhang I*** der Richtlinie 2006/118/EG das Funktionieren des Instruments der Beobachtungslisten für Oberflächengewässer und Grundwasser, insbesondere in Bezug auf den Zeitpunkt und die Reihenfolge von Listung, Überwachung und Bewertung der Ergebnisse, verbessert und die Synergien zwischen dem Instrument der Beobachtungslisten und den Überprüfungen der Schadstofflisten gestärkt werden, und ***der Überprüfungszeitraum für*** die Schadstofflisten ***sollte angepasst*** werden, um dem wissenschaftlichen Fortschritt ***schneller*** Rechnung zu tragen. Dabei sollte die Kommission die Ergebnisse der Überwachung der Stoffe in den Oberflächengewässer- und Grundwasserbeobachtungslisten berücksichtigen. Folglich sollten die Artikel 16 und 17 der Richtlinie 2000/60/EG und Anhang X jener Richtlinie sowie Artikel 10 der Richtlinie 2006/118/EG gestrichen werden***, wobei die Pflicht zum Ergreifen von Maßnahmen zur Beendigung oder schrittweisen Einstellung von Einleitungen, Emissionen und Verlusten von prioritären gefährlichen Stoffen beibehalten werden sollte***.
([58]) Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen — Eignungsprüfung der Wasserrahmenrichtlinie, der Grundwasserrichtlinie, der Richtlinie über Umweltqualitätsnormen und der Hochwasserrichtlinie, SWD(2019) 439 final.	([58]) Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen — Eignungsprüfung der Wasserrahmenrichtlinie, der Grundwasserrichtlinie, der Richtlinie über Umweltqualitätsnormen und der Hochwasserrichtlinie, SWD(2019) 439 final.

Abänderung 38

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 12 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(12a) Insgesamt deuten die Schlussfolgerungen der Eignungsprüfung darauf hin, dass die Richtlinien im Großen und Ganzen ihren Zweck erfüllen, wobei Raum für Verbesserungen besteht, einschließlich einer beschleunigten Umsetzung ihrer Ziele, die durch eine Aufstokkung der EU-Mittel erreicht werden könnte. Aus der Prüfung geht hervor, dass die Richtlinien bislang insgesamt zu einem höheren Schutzniveau bei Wasserkörpern und beim Management von Hochwasserrisiken geführt haben.

Abänderung 39

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 13 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(13a) Jede Entscheidung über die Auswahl und Überprüfung von Stoffen und die Festlegung von Umweltqualitätsnormen sollte auf einer Risikobewertung beruhen und einem verhältnismäßigen, transparenten und wissenschaftlich fundierten Ansatz folgen, bei dem den Empfehlungen des Europäischen Parlaments, der Mitgliedstaaten und der einschlägigen Interessenträger Rechnung getragen wird.

Abänderung 40

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 13 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(13b) Während in der Richtlinie 2000/60/EG die für Fortschritte in Bezug auf Wassermenge und -qualität notwendigen Vorschriften festgelegt sind, hat die Eignungsprüfung gezeigt, dass die langsamen Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele dieser Richtlinie unter anderem auf den Mangel an ausreichenden finanziellen Mitteln sowie auf die regulatorische und ökologische Komplexität zurückzuführen sind, einschließlich möglicher Verzögerungen bei der Reaktion des Grundwassers auf Maßnahmen und in Bezug auf die Fristen für die Berichterstattung. Maßnahmen zur Verbesserung des Zustands von Wasserkörpern durch die Wiederherstellung von Flüssen und Ökosystemleistungen bieten einen finanziellen Nutzen, der die Kosten überwiegt, und könnten unnötige Ausgaben für die Mitgliedstaaten verringern. Darüber hinaus deutet die Prüfung auf eine mangelnde Umsetzung, einen unzureichenden Umfang und unzureichende oder ungeeignete Wiederherstellungsmaßnahmen zur Gewährleistung der hydrologischen und ökologischen Konnektivität ([1a]) hin.
	([1a]) https://www.igb-berlin.de/sites/default/files/media-files/download-files/IGB_Policy_Brief_WFD_2019.pdf

Abänderung 41

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 15

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(15) Um eine harmonisierte Vorgehensweise und gleiche Wettbewerbsbedingungen in der Union zu gewährleisten, sollte der Kommission gemäß Artikel 290 AEUV die Befugnis übertragen werden, Rechtsakte zu erlassen, um Anhang II Teil B der Richtlinie 2006/118/EG zur Anpassung der Liste der Schadstoffe, für die die Mitgliedstaaten ***die Festlegung nationaler*** Schwellenwerte ***in Erwägung ziehen*** müssen, zu ändern.	(15) Um eine harmonisierte Vorgehensweise und gleiche Wettbewerbsbedingungen in der Union zu gewährleisten, sollte der Kommission gemäß Artikel 290 AEUV die Befugnis übertragen werden, Rechtsakte zu erlassen, um Anhang II Teil B der Richtlinie 2006/118/EG zur Anpassung der Liste der Schadstoffe, für die die Mitgliedstaaten ***nationale*** Schwellenwerte ***festlegen*** müssen, zu ändern.

Abänderung 42

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 20 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(20a) Um angemessene Schutzstandards für Gebiete von großem ökologischem Wert, mit hoher Anfälligkeit oder mit starker Verschmutzung, wie Höhlen und Karstgebiete, mit Ökosystemen, die mit die größten Anfälligkeiten gegenüber Verschmutzungen aufweisen und eine wichtige Trinkwasserquelle darstellen, sowie für ehemalige Industriestandorte und andere Gebiete mit bekannter historischer Kontamination zu gewährleisten, sollte die Kommission eine Bewertung des chemischen Zustands dieser Gebiete veröffentlichen und gegebenenfalls einen Legislativvorschlag zur entsprechenden Überarbeitung der Richtlinie 2006/118/EG vorlegen.

Abänderung 43

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 21

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(21) Um eine wirksame und kohärente Entscheidungsfindung zu gewährleisten und Synergien mit der Arbeit im Rahmen anderer Unionsrechtsvorschriften über Chemikalien zu entwickeln, sollte der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) eine ständige und klar umschriebene Rolle bei der Priorisierung von Stoffen, die in die Beobachtungslisten und in die Listen der Stoffe in den Anhängen I und II der Richtlinie 2008/105/EG und in den Anhängen I und II der Richtlinie 2006/118/EG aufgenommen werden sollen, und bei der Herleitung angemessener, wissenschaftlich fundierter Qualitätsnormen eingeräumt werden. Der Ausschuss für Risikobeurteilung (RAC) und der Ausschuss für sozioökonomische Analyse (SEAC) der ECHA sollten die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben, die der ECHA übertragen werden, durch die Abgabe von Stellungnahmen erleichtern. Die ECHA sollte auch eine bessere Koordinierung zwischen verschiedenen umweltrechtlichen Vorschriften gewährleisten, indem sie einschlägige wissenschaftliche Berichte öffentlich zugänglich macht und so für mehr Transparenz in Bezug auf Schadstoffe auf einer Beobachtungsliste oder die Entwicklung unionsweiter oder nationaler Umweltqualitätsnormen oder Schwellenwerte sorgt.	(21) Um eine wirksame und kohärente Entscheidungsfindung zu gewährleisten und Synergien mit der Arbeit im Rahmen anderer Unionsrechtsvorschriften über Chemikalien zu entwickeln, sollte der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) eine ständige und klar umschriebene Rolle bei der Priorisierung von Stoffen, die in die Beobachtungslisten und in die Listen der Stoffe in den Anhängen I und II der Richtlinie 2008/105/EG und in den Anhängen I und II der Richtlinie 2006/118/EG aufgenommen werden sollen, und bei der Herleitung angemessener, wissenschaftlich fundierter Qualitätsnormen eingeräumt werden. Der Ausschuss für Risikobeurteilung (RAC) und der Ausschuss für sozioökonomische Analyse (SEAC) der ECHA sollten die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben, die der ECHA übertragen werden, durch die Abgabe von Stellungnahmen erleichtern. Die ECHA sollte auch eine bessere Koordinierung zwischen verschiedenen umweltrechtlichen Vorschriften gewährleisten, indem sie einschlägige wissenschaftliche Berichte öffentlich zugänglich macht und so für mehr Transparenz in Bezug auf Schadstoffe auf einer Beobachtungsliste oder die Entwicklung unionsweiter oder nationaler Umweltqualitätsnormen oder Schwellenwerte sorgt. ***Hinsichtlich der Bewertung der Schwellenwerte für pharmazeutische Stoffe sollte die ECHA mit der Europäischen Arzneimittel-Agentur („EMA“) zusammenarbeiten.***

Abänderung 44

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 23

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(23) Eine bessere Integration der Datenströme, die der EUA gemäß den Wasserschutzrechtsvorschriften der Union gemeldet werden, und insbesondere der durch die Richtlinie 2008/105/EG vorgeschriebenen Bestandsaufnahmen der Emissionen mit den Daten, die gemäß der Richtlinie 2010/75/EU und der Verordnung (EG) Nr. 166/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates ([61]) an das Industrieemissionsportal gemeldet werden, wird die Vorlage der Bestandsaufnahmen gemäß Artikel 5 der Richtlinie 2008/105/EG vereinfachen und effizienter machen. Zugleich werden so der Verwaltungsaufwand und die Spitzenarbeitsbelastung bei der Ausarbeitung der Bewirtschaftungspläne für die Einzugsgebiete verringert. In Verbindung mit der Abschaffung der Zwischenberichte über die Fortschritte der Maßnahmenprogramme, die sich als nicht wirksam erwiesen haben, wird diese vereinfachte Berichterstattung es den Mitgliedstaaten ermöglichen, sich verstärkt um die Meldung von Emissionen zu kümmern, die nicht unter die Rechtsvorschriften über Industrieemissionen fallen, sondern gemäß Artikel 5 der Richtlinie 2008/105/EG gemeldet werden müssen.	***entfällt***

([61]) Verordnung (EG) Nr. 166/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2006 über die Schaffung eines Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregisters und zur Änderung der Richtlinien 91/689/EWG und 96/61/EG des Rates (ABl. L 33 vom 4.2.2006, S. 1).

Abänderung 45

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 31

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(31) Es ist notwendig, den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt im Bereich der Überwachung des Zustands von Wasserkörpern im Einklang mit den Überwachungsanforderungen gemäß Anhang V der Richtlinie 2000/60/EG zu berücksichtigen. Daher sollte es den Mitgliedstaaten gestattet sein, Daten und Dienste aus Fernerkundungstechnologien, Erdbeobachtung (Copernicus-Dienste), In-situ-Sensoren und -Geräten oder Bürgerwissenschaftsdaten zu nutzen, wobei die Möglichkeiten, die die künstliche Intelligenz, fortgeschrittene Datenanalyse und Datenverarbeitung eröffnen, zum Einsatz kommen.	(31) Es ist notwendig, den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt ***sowie die besten verfügbaren Methoden*** im Bereich der Überwachung des Zustands von Wasserkörpern im Einklang mit den Überwachungsanforderungen gemäß Anhang V der Richtlinie 2000/60/EG zu berücksichtigen. Daher sollte es den Mitgliedstaaten gestattet sein, Daten und Dienste aus Fernerkundungstechnologien, Erdbeobachtung (Copernicus-Dienste), In-situ-Sensoren und -Geräten oder Bürgerwissenschaftsdaten zu nutzen, wobei die Möglichkeiten, die die künstliche Intelligenz, fortgeschrittene Datenanalyse und Datenverarbeitung eröffnen, zum Einsatz kommen.

Abänderung 46

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 31 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(31a) Industrielle Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Energiewende könnten die negativen Auswirkungen auf die Wasserqualität verstärken. Die Abmilderung solcher künftigen Auswirkungen, wie Veränderungen der natürlichen Strömungsmuster und Temperaturen sowie der Wasserverschmutzung, erfordert eine Bewertung des gesamten Spektrums potenzieller Faktoren sowie der Maßnahmen, die zur Erreichung und Aufrechterhaltung einer guten Wasserqualität zu ergreifen sind. Daher sollten die Mitgliedstaaten regelmäßig die Auswirkungen industrieller Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Energiewende auf die Wasserqualität bewerten und die Kommission über neu ermittelte Bedrohungen informieren, damit die Beobachtungsliste entsprechend aktualisiert wird. Die Bewertung sollte der Öffentlichkeit leicht zugänglich sein, und die Aktualisierung sollte außerhalb der allgemeinen Aktualisierungszyklen stattfinden dürfen, um die Bewertung der Wasserqualität kontinuierlich zu verbessern.

Abänderung 47

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 31 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(31b) Die Kommission hat sich in ihrer Mitteilung vom 11. Dezember 2019 über den europäischen Grünen Deal und in ihrer Mitteilung vom 14. Oktober 2020 über die Verbesserung des Zugangs zu Gerichten in Umweltangelegenheiten verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang zu nationalen Gerichten in allen Mitgliedstaaten für Bürger und nichtstaatliche Umweltorganisationen zu verbessern, die spezifische Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit von Verwaltungsakten mit Auswirkungen auf die Umwelt mit dem Umweltrecht haben. In der letztgenannten Mitteilung bekräftigt die Kommission Folgendes: „Der Zugang zur Justiz in Umweltangelegenheiten über den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) und über die nationalen Gerichte als Unionsgerichte trägt wesentlich zur Verwirklichung des europäischen Grünen Deals bei. Auf diese Weise kann auch die Rolle der Zivilgesellschaft als Kontrollinstanz im demokratischen Raum gestärkt werden". Diese Verpflichtungen sollten auch im Rahmen der Richtlinie 2000/60/EG umgesetzt werden.

Abänderung 48

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 31 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(31c) Wie die Rechtsprechung des EuGH ([1a]) bestätigt hat, sollten nichtstaatliche Organisationen im Umweltbereich und unmittelbar betroffene Einzelpersonen Klagebefugnis haben, um eine von einer Behörde getroffene Entscheidung anzufechten, die gegen die in Artikel 4 der Richtlinie 2000/60/EG genannten Umweltziele verstößt. Um den Zugang zur Justiz in den betreffenden Angelegenheiten vor nationalen Gerichten in der gesamten Union zu verbessern und nichtstaatlichen Umweltorganisationen und direkt betroffenen Einzelpersonen die Möglichkeit zu geben, sich bei der Anfechtung von Entscheidungen, die gegen die Richtlinie 2000/60/EG verstoßen, auf das nationale Recht zu berufen, sollten in der Richtlinie 2000/60/EG Bestimmungen zur Gewährleistung des Zugangs zu Gerichten festgelegt werden.

([1a]) Rechtssache C-535/18, Urteil des Gerichtshofs (Erste Kammer) vom 28. Mai 2020; IL u. a. gegen Land Nordrhein-Westfalen. Rechtssache C-664/15, Urteil des Gerichtshofs (Zweite Kammer) vom 20. Dezember 2017; Protect Natur-, Arten- und Landschaftsschutz Umweltorganisation gegen Bezirkshauptmannschaft Gmünd.

Abänderung 49

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 32

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(32) Angesichts der Zunahme unvorhersehbarer Wetterereignisse, insbesondere extremer Überschwemmungen und lang andauernder Dürren, und erheblicher Verschmutzungsereignisse, die zu grenzübergreifenden ***unfallbedingten und/oder fahrlässigen*** Verschmutzungen führen oder diese verschärfen, sollten die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, dafür zu sorgen, dass andere potenziell betroffene Mitgliedstaaten unverzüglich über solche Ereignisse informiert werden, und wirksam mit potenziell betroffenen Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um die Auswirkungen des Ereignisses abzumildern. Darüber hinaus ist es erforderlich, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verstärken und die Verfahren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Falle strukturellerer, d. h. nicht unfallbedingter und/oder fahrlässiger, länger andauernder grenzüberschreitender Probleme, die gemäß Artikel 12 der Richtlinie 2000/60/EG nicht auf Ebene der Mitgliedstaaten behandelt werden können, zu straffen. Falls europäische Hilfe erforderlich ist, können die zuständigen nationalen Behörden Hilfeersuchen an das Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen der Kommission richten, das im Einklang mit Artikel 15 des Beschlusses Nr. ***1313/2013*** des Europäischen Parlaments und des Rates ([64]) etwaige Hilfsangebote und deren Umsetzung im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union koordiniert.	(32) Angesichts der Zunahme unvorhersehbarer Wetterereignisse, insbesondere extremer Überschwemmungen und lang andauernder Dürren, und erheblicher Verschmutzungsereignisse, die zu grenzübergreifenden Verschmutzungen führen oder diese verschärfen, sollten die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, dafür zu sorgen, dass andere potenziell betroffene Mitgliedstaaten unverzüglich über solche Ereignisse informiert werden, und wirksam mit potenziell betroffenen Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um die Auswirkungen des Ereignisses abzumildern. Darüber hinaus ist es erforderlich, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verstärken und die Verfahren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Falle strukturellerer, d. h. nicht unfallbedingter und/oder fahrlässiger, länger andauernder grenzüberschreitender Probleme, die gemäß Artikel 12 der Richtlinie 2000/60/EG nicht auf Ebene der Mitgliedstaaten behandelt werden können, zu straffen. Falls europäische Hilfe erforderlich ist, können die zuständigen nationalen Behörden Hilfeersuchen an das Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen der Kommission richten, das im Einklang mit Artikel 15 des Beschlusses Nr. ***1313/2013/EU*** des Europäischen Parlaments und des Rates ([64]) etwaige Hilfsangebote und deren Umsetzung im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union koordiniert. ***Da Flussgebietseinheiten sich auch über das Gebiet der Union hinaus erstrecken können, würde die Gewährleistung einer wirksamen Umsetzung der einschlägigen Bestimmungen zum Gewässerschutz gemäß der Richtlinie 2000/60/EG sowie eine angemessene Koordinierung mit den betreffenden Nichtmitgliedstaaten auch zu den Zielen beitragen, die in der Richtlinie 2000/60/EG für diese spezifischen Flussgebietseinheiten gemäß Artikel 3 Absatz 5 der Richtlinie 2000/60/EG festgelegt sind. Darüber hinaus sollten bewaffnete Konflikte, die in unmittelbarer geografischer Nähe zur Union stattfinden, aufgrund ihrer weitreichenden negativen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen, einschließlich der Verschmutzung von Luft, Boden und Wasser, ebenfalls als außergewöhnliche Ereignisse betrachtet werden. Da sich die von solchen Konflikten betroffenen Einzugsgebiete bis innerhalb der Grenzen der Union erstrecken könnten, sollten die Kommission und die Mitgliedstaaten ihre Bemühungen um eine angemessene Koordinierung mit den betreffenden Nichtmitgliedstaaten im Sinne von Artikel 3 Absatz 5 der Richtlinie 2000/60/EG verstärken.***
([64]) Beschluss Nr. 1313/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über ein Katastrophenschutzverfahren der Union (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 924).	([64]) Beschluss Nr. 1313/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über ein Katastrophenschutzverfahren der Union (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 924).

Abänderung 50

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 32 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(32a) Der Europäische Rechnungshof stellt in seinem Bericht vom 19. Mai 2021 mit dem Titel „Das Verursacherprinzip: uneinheitliche Anwendung im Rahmen der umweltpolitischen Strategien und Maßnahmen der EU“ fest, dass die Mitgliedstaaten bereits rund 100 Mrd. EUR pro Jahr für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ausgeben und dass sie diesen Betrag voraussichtlich um mehr als 25 % erhöhen müssen, um die Ziele der EU-Rechtsvorschriften über die Abwasseraufbereitung und das Trinkwasser zu erreichen, wobei die Investitionen nicht inbegriffen sind, die erforderlich sind, um bestehende Infrastrukturen zu erneuern oder die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie und der Hochwasserrichtlinie zu erreichen. Darüber hinaus tragen die Nutzer in der Union durchschnittlich rund 70 % der Kosten für die Erbringung von Wasserdienstleistungen über Wassertarife, während die öffentlichen Haushalte die verbleibenden 30 % finanzieren, auch wenn es erhebliche Unterschiede zwischen Regionen und Mitgliedstaaten gibt. Die Haushalte in der Union tragen in der Regel einen Großteil der Kosten für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, auch wenn sie nur 10 % des Wassers verbrauchen, während die Wirtschaftszweige, die den größten Druck auf erneuerbare Süßwasserressourcen ausüben, am wenigsten zur Deckung dieser Kosten beitragen.

Abänderung 51

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 32 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(32b) Die Kosten für Überwachungsprogramme zur Bestimmung des Zustands von Oberflächengewässern und Grundwasser werden ausschließlich aus den Haushalten der Mitgliedstaaten finanziert. Angesichts der Tatsache, dass sich die Zahl der in der aquatischen Umwelt entdeckten Chemikalien ständig ändert, dass es immer mehr neu auftretende Schadstoffe gibt, die erst seit Kurzem in Gewässern auftauchen, dass die chemischen Analysemethoden ständig verbessert werden müssen, um diese neu auftretenden und neuen Schadstoffe zu erkennen und ihre ökologischen Auswirkungen korrekt zu bewerten, und dass auch neue Überwachungsmethoden entwickelt werden müssen, um die Auswirkungen chemischer Gemische besser bewerten zu können, dürften diese Überwachungskosten noch weiter steigen. Zur Deckung dieser Kosten und im Einklang mit dem Verursacherprinzip gemäß Artikel 191 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ist es von wesentlicher Bedeutung, dass Hersteller, die in der Union Produkte in Verkehr bringen, die Stoffe enthalten, die nachweislich oder potenziell negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die aquatische Umwelt haben, die finanzielle Verantwortung für die Maßnahmen zur Reduzierung von Stoffen übernehmen, die im Rahmen ihrer gewerblichen Tätigkeit erzeugt und in Oberflächengewässern und Grundwasser gefunden werden. Ein System der erweiterten Herstellerverantwortung dürfte das am besten geeignete Mittel sein, um dies zu erreichen, da es die finanzielle Belastung des Steuerzahlers begrenzen und gleichzeitig Anreize für die Entwicklung umweltfreundlicherer Produkte schaffen würde. Die Kommission sollte daher eine Folgenabschätzung erstellen, in der die Aufnahme eines Mechanismus für die erweiterte Herstellerverantwortung in die Richtlinie 2006/118/EG und die Richtlinie 2008/105/EG geprüft wird, der für prioritäre Stoffe gemäß der Richtlinie 2006/118/EG und der Richtlinie 2008/105/EG sowie für neu auftretende und neue Schadstoffe im Sinne der Beobachtungslisten der Richtlinie 2006/118/EG und der Richtlinie 2008/105/EG gilt. Der Folgenabschätzung sollte gegebenenfalls ein Legislativvorschlag zur Überarbeitung der Richtlinien 2006/118/EG und 2008/105/EG beigefügt werden.

Abänderung 52

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 32 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(32c) Die Überwachung einer größeren Anzahl von Stoffen oder Stoffgruppen führt zu höheren Kosten, aber auch zur Notwendigkeit der Stärkung der Verwaltungskapazitäten in den Mitgliedstaaten, insbesondere in den Mitgliedstaaten mit knapperen Ressourcen. Vor diesem Hintergrund sollte die Kommission auf Wunsch der Mitgliedstaaten eine gemeinsame europäische Beobachtungsstelle zur Verwaltung der Überwachungsanforderungen einrichten und so ihren finanziellen und administrativen Aufwand verringern. Die Kommission sollte die Arbeitsweise der Beobachtungsstelle festlegen. Die Inanspruchnahme dieser Stelle sollte auf freiwilliger Basis und ungeachtet bereits von den Mitgliedstaaten getroffener Vorkehrungen erfolgen.

Abänderung 53

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 32 d (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(32d) Es ist erwiesen, dass im Wassersektor Investitionsbedarf besteht und für einige Mitgliedstaaten EU-Finanzmittel entscheidend sind, um den rechtlichen Verpflichtungen gemäß der Richtlinie 2000/60/EG, der Richtlinie 2008/105/EG und der Richtlinie 2006/118/EG nachzukommen. Alle Mitgliedstaaten müssen ihre Ausgaben um mindestens 20 % erhöhen, um die Wassernormen der EU zu erfüllen, und es besteht ein Finanzierungsbedarf von insgesamt 289 Mrd. EUR bis 2030 ([1a]). Daher muss sichergestellt werden, dass ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen für die Überwachung und Kontrolle von Wasserkörpern in allen Mitgliedstaaten bereitgestellt werden, unter anderem über die einschlägigen Strukturfonds und Programme der Union sowie durch Beiträge des Privatsektors, auch im Rahmen des Mechanismus der erweiterten Herstellerverantwortung, sobald dieser eingerichtet ist.

([1a]) OECD, 6th Roundtable on Financing Water (6. Runder Tisch zum Finanzbedarf im Bereich Wasser). Abrufbar unter: https://www.oecd.org/water/6th-Roundtable-on-Financing-Water-in-Europe-Summary-and-Highlights.pdf

Abänderung 54

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 34 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(34a) Die Mitgliedstaaten sollten Synergien zwischen den Anforderungen der einschlägigen Richtlinien sowohl für die Datenerhebung als auch für den Einsatz digitaler Instrumente wie Fernerkundungstechnologien oder Erdbeobachtung (Copernicus-Dienste) fördern.

Abänderung 55

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 34 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(34b) Die zuständigen Behörden sollten Ausbildungsmaßnahmen, Programme zur Kompetenzentwicklung und Investitionen in Humankapital fördern, um die wirksame Umsetzung der besten Technologien und innovativen Lösungen im Rahmen der Richtlinien zu unterstützen. Die entsprechenden Informationen sollten in den verschiedenen Landessprachen verfügbar gemacht werden, damit die einschlägigen Akteure vor Ort und die Bürger in ganz Europa einen besseren Zugang zu den relevanten Daten haben.

Abänderung 56

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 1 — Einleitung

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 1 — Buchstabe e — Spiegelstrich 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
1. Artikel 1***, vierter Gedankenstrich*** erhält folgende Fassung:	1. Artikel 1 ***Buchstabe e Spiegelstrich 4*** erhält folgende Fassung:

Abänderung 57

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 2 — Buchstabe c

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 30a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
30a. „prioritäre gefährliche Stoffe“: prioritäre Stoffe, die als „gefährlich“ eingestuft werden, weil sie in wissenschaftlichen Berichten, in einschlägigen Rechtsvorschriften der Union oder in einschlägigen internationalen Übereinkünften als toxisch, persistent und bioakkumulierbar oder als Anlass zu ähnlichen Bedenken gebend eingestuft werden, sofern diese Bedenken für die aquatische Umwelt relevant sind;	30a. „prioritäre gefährliche Stoffe“: prioritäre Stoffe, die als „gefährlich“ eingestuft werden, weil sie in wissenschaftlichen Berichten, in einschlägigen Rechtsvorschriften der Union oder in einschlägigen internationalen Übereinkünften als toxisch, persistent und bioakkumulierbar ***(PBT) oder sehr persistent und sehr akkumulierbar (vPvB) oder als persistent, mobil und toxisch (PMT) oder sehr persistent und sehr mobil (vPvM)*** oder als Anlass zu ähnlichen Bedenken gebend eingestuft werden, sofern diese Bedenken für die aquatische Umwelt relevant sind***, und für die Maßnahmen gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer iv ergriffen werden müssen***;

Abänderung 58

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 2 — Buchstabe d

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 35

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
35. „Umweltqualitätsnorm“: die Konzentration eines bestimmten Schadstoffs oder einer bestimmten Gruppe von Schadstoffen in Wasser, Sedimenten oder Biota, die zum Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt nicht überschritten werden darf, oder ein mit einer geeigneten wirkungsbasierten Methode gemessener Auslösewert für die schädlichen Auswirkungen eines solchen Schadstoffs oder einer solchen Gruppe von Schadstoffen auf die menschliche Gesundheit oder die Umwelt;	35. „Umweltqualitätsnorm“: die Konzentration eines bestimmten Schadstoffs oder einer bestimmten Gruppe von Schadstoffen in Wasser, Sedimenten oder Biota, die zum Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt nicht überschritten werden darf, oder ein mit einer geeigneten ***und wissenschaftlich etablierten*** wirkungsbasierten Methode gemessener Auslösewert für die schädlichen Auswirkungen eines solchen Schadstoffs oder einer solchen Gruppe von Schadstoffen auf die menschliche Gesundheit oder die Umwelt;

Abänderung 59

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 2 — Buchstabe d a (neu)

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 37

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	da) Nummer 37 erhält folgende Fassung:
37. „Wasser für den menschlichen Gebrauch“: Wasser entsprechend der Definition der Richtlinie ***80/778/EWG in der durch die Richtlinie 98/83/EG geänderten Fassung***;	„37. ‚Wasser für den menschlichen Gebrauch‘: Wasser entsprechend der Definition der Richtlinie ***(EU) 2020/2184***;“

Abänderung 60

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 2 — Buchstabe d b (neu)

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 40 — Unterabsatz 1

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	db) Artikel 2 Nummer 40 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:
40. „Emmissionsgrenzwert“: die im Verhältnis zu bestimmten spezifischen Parametern ausgedrückte Masse, die Konzentration und/oder das Niveau einer Emission, die in einem oder mehreren Zeiträumen nicht überschritten werden dürfen. Die Emissionsgrenzwerte können auch für bestimmte Gruppen, Familien oder Kategorien von Stoffen, insbesondere für die in ***Artikel 16*** genannten, festgelegt werden.	„40. ‚Emmissionsgrenzwert‘: die im Verhältnis zu bestimmten spezifischen Parametern ausgedrückte Masse, die Konzentration und/oder das Niveau einer Emission, die in einem oder mehreren Zeiträumen nicht überschritten werden dürfen. Die Emissionsgrenzwerte können auch für bestimmte Gruppen, Familien oder Kategorien von Stoffen, insbesondere für die in ***Anhang I der Richtlinie 2008/105/EG*** genannten, festgelegt werden.“

Abänderung 61

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 3

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 3 — Absatz 4a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4a) Im Falle außergewöhnlicher Umstände natürlichen Ursprungs oder höherer Gewalt, insbesondere extremer Überschwemmungen und längerer Dürren, oder erheblicher Verschmutzungen, die flussabwärts gelegene Wasserkörper in anderen Mitgliedstaaten betreffen könnten, stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass sowohl die für die flussabwärts gelegenen Wasserkörper in diesen Mitgliedstaaten zuständigen Behörden als auch die Kommission unverzüglich unterrichtet werden und dass die erforderliche Zusammenarbeit veranlasst wird, um die Ursachen der außergewöhnlichen Umstände oder Vorfälle zu untersuchen und deren Folgen zu bewältigen.	(4a) Im Falle außergewöhnlicher Umstände natürlichen Ursprungs oder höherer Gewalt, insbesondere extremer Überschwemmungen und längerer Dürren, oder erheblicher Verschmutzungen, die flussabwärts gelegene Wasserkörper in anderen Mitgliedstaaten betreffen könnten, stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass sowohl die für die flussabwärts gelegenen Wasserkörper in diesen Mitgliedstaaten zuständigen Behörden als auch die Kommission unverzüglich unterrichtet werden und dass die erforderliche Zusammenarbeit veranlasst wird, um die Ursachen der außergewöhnlichen Umstände oder Vorfälle zu untersuchen und deren Folgen zu bewältigen.
	Die Mitgliedstaaten informieren andere Mitgliedstaaten, die von dem relevanten Verschmutzungsvorfall beeinträchtigt werden könnten.
	Zur weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs innerhalb der internationalen Flussgebietseinheiten sollten für alle internationalen Flussgebietseinheiten Vorkehrungen für die Kommunikation und Reaktion im Notfall getroffen werden.

Abänderung 62

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 4 — Buchstabe a

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 4 — Absatz 1 — Buchstabe a — Ziffer iv

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
iv) die Mitgliedstaaten führen die notwendigen Maßnahmen durch, um ***die*** Verschmutzung durch ***prioritäre*** Stoffe oder ***einzugsgebietsspezifische*** Schadstoffe schrittweise zu reduzieren und die Emissionen, Einleitungen und Verluste prioritärer gefährlicher Stoffe zu beenden oder schrittweise einzustellen;	iv) die Mitgliedstaaten führen die notwendigen Maßnahmen durch, um Verschmutzung durch ***Einleitungen, Emissionen oder Verluste prioritärer*** Stoffe oder ***einzugsgebietsspezifischer*** Schadstoffe schrittweise zu reduzieren und die Emissionen, Einleitungen und Verluste prioritärer gefährlicher Stoffe ***innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens, spätestens jedoch 20 Jahre, nachdem ein bestimmter prioritärer Stoff als gefährlich in Anhang I Teil A der Richtlinie 2008/105/EG aufgenommen wurde,*** zu beenden oder schrittweise einzustellen***. Dieser Zeitplan gilt unbeschadet der Anwendung strengerer Fristen in anderen anwendbaren Rechtsvorschriften der Union***;

Abänderung 63

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 4 — Buchstabe ba

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 4 — Absatz 1 — Buchstabe c — Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ba) Unter Buchstabe c wird folgender Unterabsatz 1a angefügt:
	Die Mitgliedstaaten legen strengere Standards oder Schwellenwerte fest, wenn dies erforderlich ist, um die in Anhang IV dieser Richtlinie aufgeführten Gebiete, einschließlich der besonderen Schutzgebiete gemäß der Richtlinie 92/43/EWG des Rates, angemessen zu schützen. Die im Zusammenhang mit solchen Schwellenwerten erforderlichen Programme und Maßnahmen gelten auch für die in den Geltungsbereich der Richtlinie 91/676/EWG fallenden Tätigkeiten.

Abänderung 64

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 6 — Buchstabe a

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 8 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, ***Durchführungsrechtsakte zur*** Festlegung technischer Spezifikationen und standardisierter Verfahren für die Analyse und Überwachung des Wasserzustands gemäß Anhang V ***und*** zur Festlegung von Formaten für die Meldung von Überwachungs- und Zustandsdaten gemäß Absatz 4 zu erlassen. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 21 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.	(3) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, ***gemäß Artikel 20a delegierte Rechtsakte zu erlassen, um diese Richtlinie durch*** Festlegung technischer Spezifikationen und standardisierter Verfahren für die Analyse und Überwachung des Wasserzustands gemäß Anhang V ***zu ergänzen. Der Kommission wird die Befugnis übertragen, Durchführungsrechtsakte*** zur Festlegung von Formaten für die Meldung von Überwachungs- und Zustandsdaten gemäß Absatz 4 zu erlassen. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 21 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

Abänderung 65

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 6 — Buchstabe a a (neu)

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 8 — Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	aa) Folgender Absatz wird angefügt:
	„(3a) Bis zum [zwei Jahre nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie] veröffentlicht die Kommission eine umfassende Bewertung der möglichen Anwendung kontinuierlicher, präziser und in Echtzeit arbeitender (Online-)Verschmutzungsüberwachungs-systeme für die Messung der Wasserqualität, einschließlich der für die Mitgliedstaaten relevanten Aspekte der wirtschaftlichen und technischen Machbarkeit solcher Systeme, sowie der Anwendung harmonisierter Normen.
	Die Kommission erlässt gegebenenfalls einen Durchführungsrechtsakt nach dem in Artikel 21 Absatz 2 genannten Prüfverfahren, um harmonisierte Normen für die Online-Wasserüberwachung festzulegen.“

Abänderung 66

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 6 — Buchstabe b

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 8 — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die verfügbaren individuellen Überwachungsdaten, die gemäß Anhang V Nummer 1.3.4 erhoben wurden, und der sich daraus ergebende Zustand gemäß Anhang V der ***Öffentlichkeit und der*** Europäischen Umweltagentur (EUA) mindestens einmal jährlich elektronisch in einem maschinenlesbaren Format gemäß der Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates*, der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates** und der Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates*** zugänglich gemacht werden. Zu diesem Zweck verwenden die Mitgliedstaaten die gemäß Absatz 3 festgelegten Formate.	(4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die verfügbaren individuellen Überwachungsdaten, die gemäß Anhang V Nummer 1.3.4 ***und 2.4.3*** erhoben wurden, und der sich daraus ergebende Zustand gemäß Anhang V der Europäischen Umweltagentur (EUA) ***und — ohne übermäßige Verzögerung und auf leicht zugängliche Weise — der Öffentlichkeit*** mindestens einmal jährlich elektronisch in einem maschinenlesbaren Format gemäß der Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates*, der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates** und der Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates*** zugänglich gemacht werden. Zu diesem Zweck verwenden die Mitgliedstaaten die gemäß Absatz 3 festgelegten Formate.

Abänderung 67

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 7 a (neu)

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 11 — Absatz 1

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	7a. Artikel 11 Absatz 1 erhält folgende Fassung:
(1) Jeder Mitgliedstaat sorgt dafür, dass für jede Flussgebietseinheit oder für den in sein Hoheitsgebiet fallenden Teil einer internationalen Flussgebietseinheit unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Analysen gemäß Artikel 5 ein Maßnahmenprogramm festgelegt wird, um die Ziele gemäß Artikel 4 zu verwirklichen. ***Diese*** Maßnahmenprogramme können auf Maßnahmen verweisen, die sich auf Rechtsvorschriften stützen, welche auf nationaler Ebene erlassen wurden, und sich auf das gesamte Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats erstrecken. Die Mitgliedstaaten können gegebenenfalls Maßnahmen ergreifen, die für alle Flussgebietseinheiten und/oder für alle in ihrem Hoheitsgebiet liegenden Teile internationaler Flussgebietseinheiten gelten.“	„(1) Jeder Mitgliedstaat sorgt dafür, dass für jede Flussgebietseinheit oder für den in sein Hoheitsgebiet fallenden Teil einer internationalen Flussgebietseinheit unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Analysen gemäß Artikel 5 ein Maßnahmenprogramm festgelegt wird, um die Ziele gemäß Artikel 4 zu verwirklichen. ***Bei diesen Maßnahmenprogrammen wird im Einklang mit dem einschlägigen sektorspezifischen Umweltschutzrecht der Union Maßnahmen zur Kontrolle an der Quelle Vorrang eingeräumt. Nachgeschaltete Maßnahmen werden zusätzlich zu Maßnahmen zur Kontrolle an der Quelle angewandt, wenn das Risiko besteht, dass mit den Maßnahmen zur Kontrolle an der Quelle kein guter Zustand der Gewässer erreicht wird.*** Maßnahmenprogramme können auf Maßnahmen verweisen, die sich auf Rechtsvorschriften stützen, welche auf nationaler Ebene erlassen wurden, und sich auf das gesamte Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats erstrecken. Die Mitgliedstaaten können gegebenenfalls Maßnahmen ergreifen, die für alle Flussgebietseinheiten und/oder für alle in ihrem Hoheitsgebiet liegenden Teile internationaler Flussgebietseinheiten gelten***. Die Kommission erarbeitet Leitlinien für bewährte Verfahren für Maßnahmen zur Kontrolle an der Quelle und die Komplementarität von nachgeschalteten Maßnahmen***.“

Abänderung 68

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 7 b (neu)

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 11 — Absatz 3 — Buchstabe c

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	7b. Artikel 11 Absatz 3 Buchstabe c erhält folgende Fassung:
c) Maßnahmen, die eine effiziente und nachhaltige Wassernutzung fördern, um nicht die Verwirklichung der in Artikel 4 genannten Ziele zu gefährden;	„c) Maßnahmen, die eine effiziente und nachhaltige Wassernutzung – ***auch in der Landwirtschaft*** – fördern, um nicht die Verwirklichung der in Artikel 4 genannten Ziele zu gefährden;“

Abänderung 69

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 8 a (neu)

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 11 — Absatz 5 — Spiegelstrich 2

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	8a. Artikel 11 Absatz 5 Spiegelstrich 2 erhält folgende Fassung:
— die entsprechenden Zulassungen und Genehmigungen geprüft und gegebenenfalls revidiert werden,	„— die entsprechenden Zulassungen und Genehmigungen geprüft und gegebenenfalls revidiert ***und — in gebührend gerechtfertigten Fällen — ausgesetzt*** werden,“

Abänderung 70

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 9

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 12 — Absatz 1 — Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Die Kommission reagiert auf jede Mitteilung eines Mitgliedstaats innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten. Wenn es darum geht, dass kein guter chemischer Zustand erreicht wird, wird die Kommission gemäß Artikel 7a der Richtlinie 2008/105/EG tätig.

Abänderung 71

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 9

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 12 — Absatz 2 — Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Mitgliedstaaten reagieren jeweils zeitnah, spätestens jedoch ***drei*** Monate nach der Mitteilung durch einen anderen Mitgliedstaat gemäß Absatz 1.	Die Mitgliedstaaten reagieren jeweils zeitnah, spätestens jedoch ***zwei*** Monate nach der Mitteilung durch einen anderen Mitgliedstaat gemäß Absatz 1.

Abänderung 72

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 9 a (neu)

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 13 — Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	9a. In Artikel 13 wird folgender Absatz eingefügt:
	„(4a) Die Kommission lehnt die von den Mitgliedstaaten vorgelegten Bewirtschaftungspläne für die Einzugsgebiete ab, wenn diese Pläne nicht die in Anhang VII dieser Richtlinie aufgeführten Elemente enthalten.“

Abänderung 73

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 9 a (neu)

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 14 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	9a. Folgender Artikel wird eingefügt:
	„Artikel 14a
	Zugang zur Justiz
	(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Mitglieder der Öffentlichkeit, die ein ausreichendes Interesse haben oder die eine Rechtsverletzung geltend machen, im Einklang mit dem nationalen Recht Zugang zu einem Überprüfungsverfahren vor einem Gericht oder einer auf gesetzlicher Grundlage geschaffenen unabhängigen und unparteiischen Stelle haben, um die materiellrechtliche oder verfahrensrechtliche Rechtmäßigkeit aller Entscheidungen, Handlungen oder Unterlassungen im Rahmen dieser Richtlinie anzufechten, unter anderem:

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	a) Pläne und Projekte, die möglicherweise gegen die Anforderungen nach Artikel 4 verstoßen, unter anderem, um eine Verschlechterung des Zustands von Wasserkörpern zu verhindern und einen guten Gewässerzustand, ein gutes ökologisches Potenzial und/oder einen guten chemischen Zustand des Wassers zu erreichen, soweit diese Anforderungen nicht bereits in Artikel 11 der Richtlinie 2011/92/EU vorgesehen sind;
	b) Maßnahmenprogramme gemäß Artikel 11, Bewirtschaftungspläne der Mitgliedstaaten für die Einzugsgebiete gemäß Artikel 13 Absatz 1 und ergänzende Programme oder Bewirtschaftungspläne der Mitgliedstaaten gemäß Artikel 13 Absatz 5.
	(2) Die Mitgliedstaaten legen im Einklang mit dem Ziel, der Öffentlichkeit einen weiten Zugang zu den Gerichten zu gewähren, fest, was als ausreichendes Interesse und was als Rechtsverletzung gilt. Für die Zwecke von Absatz 1 gilt jede nichtstaatliche Organisation, die sich für den Umweltschutz einsetzt und alle nach innerstaatlichem Recht geltenden einschlägigen Voraussetzungen erfüllt, als Trägerin von Rechten, die verletzt werden können, und ihr Interesse als ausreichend.
	(3) Die in Absatz 1 genannten Überprüfungsverfahren werden fair, gerecht und zeitnah durchgeführt und sind nicht mit übermäßigen Kosten verbunden. Diese Verfahren umfassen auch die Bereitstellung eines angemessenen und effektiven Rechtsschutzes, gegebenenfalls einschließlich eines vorläufigen Rechtsschutzes.
	(4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Öffentlichkeit praktische Informationen über den Zugang zu den in diesem Artikel genannten verwaltungsbehördlichen und gerichtlichen Überprüfungsverfahren zur Verfügung gestellt werden.“

Abänderung 74

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 10

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 15 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
10. Artikel 15 Absatz 3 wird gestrichen.	***entfällt***

Abänderung 75

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 10a (neu)

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 15 — Absatz 3 — Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	10a. In Artikel 15 Absatz 3 wird der folgende Unterabsatz angefügt:
	„Die Kommission nimmt spätestens bis … [sechs Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie] Leitlinien und Muster für den Inhalt, die Struktur und das Format der in Unterabsatz 1 genannten Zwischenberichte an.“

Abänderung 76

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 12 — Buchstabe b

Richtlinie 2000/60/EG

Artikel 18 — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Absatz 4 wird gestrichen.	***entfällt***

Abänderung 77

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 18 a (neu)

Richtlinie 2000/60/EG

Anhang VII — Teil A — Nummer 7.7 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	18a. In Anhang VII Teil A wird folgende Nummer eingefügt:
	„7.7a. Zusammenfassung der Maßnahmen zur Digitalisierung der Überwachungsaspekte des Wassersektors;“

Abänderung 78

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 20

Richtlinie 2000/60/EG

Anhang X

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
20. ***Anhang*** X ***wird*** gestrichen.	20. ***Die Anhänge IX und*** X ***werden*** gestrichen.

Abänderung 79

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 2

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 1 — Absatz 1 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Mit dieser Richtlinie werden spezifische Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung der Grundwasserverschmutzung festgelegt, um die in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie 2000/60/EG festgelegten Umweltziele zu erreichen. Diese Maßnahmen umfassen	(1) Mit dieser Richtlinie werden spezifische Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung der Grundwasserverschmutzung festgelegt, um die in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie 2000/60/EG festgelegten Umweltziele zu erreichen. ***In der Hierarchie der zu ergreifenden Maßnahmen haben Beschränkungen und andere Maßnahmen zur Kontrolle an der Quelle Vorrang, unbeschadet der Bedeutung nachgeschalteter Maßnahmen, sofern angebracht.*** Diese Maßnahmen umfassen

Abänderung 80

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 2

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer b a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ba) Kriterien für die Bewertung des guten ökologischen Zustands von Grundwasser.

Abänderung 81

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 4 — Buchstabe a a (neu)

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 3 — Absatz 1 — Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(aa) In Absatz 1 wird folgender Unterabsatz eingefügt:
	„Die für das Grundwasser geltenden Schwellenwerte müssen zehnmal niedriger sein als die entsprechenden Umweltqualitätsnormen für Oberflächengewässer; nur in den Fällen, in denen das tatsächliche Risiko für die Grundwasserökosysteme festgestellt werden kann, kann es angebracht sein, Schwellenwerte für Grundwasser auf einem anderen Niveau festzusetzen.“

Abänderung 82

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 4 — Buchstabe c

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 3 — Absatz 5 — Unterabsatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(aa) In Absatz 5 wird folgender Unterabsatz eingefügt:
	„***Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Einwohner der betreffenden Flussgebietseinheit oder des in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats fallenden Teils der internationalen Flussgebietseinheit angemessen und rechtzeitig informiert werden.***“

Abänderung 83

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 4 — Buchstabe d

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 3 — Absatz 6 — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Mitgliedstaaten ändern die Liste der in ihren Hoheitsgebieten geltenden Schwellenwerte, wenn neue Informationen über Schadstoffe, Schadstoffgruppen oder Verschmutzungsindikatoren ***dafür sprechen***, dass ein Schwellenwert für einen weiteren Stoff festgelegt, ein bestehender Schwellenwert geändert oder ein zuvor von der Liste gestrichener Schwellenwert wieder aufgenommen werden muss. Werden einschlägige Schwellenwerte auf Unionsebene festgelegt oder geändert, passen die Mitgliedstaaten die Liste der in ihrem Hoheitsgebiet geltenden Schwellenwerte an diese Werte an.;	Die Mitgliedstaaten ändern die Liste der in ihren Hoheitsgebieten geltenden Schwellenwerte, wenn neue Informationen über Schadstoffe, Schadstoffgruppen oder Verschmutzungsindikatoren – ***auch unter Berücksichtigung des Vorsorgeprinzips*** — ***darauf hindeuten***, dass ein Schwellenwert für einen weiteren Stoff festgelegt, ein bestehender Schwellenwert geändert oder ein zuvor von der Liste gestrichener Schwellenwert wieder aufgenommen werden muss. Werden einschlägige Schwellenwerte auf Unionsebene festgelegt oder geändert, passen die Mitgliedstaaten die Liste der in ihrem Hoheitsgebiet geltenden Schwellenwerte an diese Werte an.

Abänderung 84

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 4 a (neu)

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 3 — Absatz 7

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	4a. Absatz 7 erhält folgende Fassung:
(7) Die Kommission veröffentlicht ***auf der Grundlage*** der ***von den*** Mitgliedstaaten gemäß Absatz 5 ***bereitgestellten Informationen bis spätestens 22. Dezember 2009 einen Bericht***.	„(7) Die Kommission veröffentlicht ***ein Jahr nach Übermittlung*** der ***betreffenden Informationen an die ECHA seitens der*** Mitgliedstaaten gemäß Absatz 5 ***einen Bericht über die in Absatz 1 Buchstabe b genannten nationalen Schwellenwerte***.“

Abänderung 85

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 6a — Absatz 1 — Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Beobachtungsliste enthält ***höchstens*** fünf Stoffe oder Stoffgruppen ***sowie die Überwachungsmatrizes*** und die ***möglichen Analysemethoden für jeden Stoff. Diese Überwachungsmatrizes und Methoden dürfen keine übermäßigen Kosten*** für die ***zuständigen Behörden verursachen. Die in die Beobachtungsliste aufzunehmenden Stoffe werden unter den Stoffen ausgewählt, die nach den verfügbaren Informationen ein erhebliches Risiko für oder durch die aquatische Umwelt auf Unionsebene darstellen können und für die keine ausreichenden Überwachungsdaten vorliegen. In dieser Beobachtungsliste sind die Stoffe aufgeführt, die zunehmend Anlass zu Besorgnis geben.***	Die Beobachtungsliste enthält ***mindestens*** fünf Stoffe oder Stoffgruppen***, die zunehmend Anlass zu Besorgnis geben*** und die ***unter den Stoffen ausgewählt werden, die nach den verfügbaren Informationen, auch gemäß Unterabsatz 4, ein erhebliches Risiko*** für ***oder durch*** die ***aquatische Umwelt auf Unionsebene darstellen können und für*** die ***keine ausreichenden Überwachungsdaten vorliegen, es sei denn, die Zahl der Stoffe oder Stoffgruppen***, die nach den verfügbaren Informationen ein erhebliches Risiko für oder durch die aquatische Umwelt darstellen können***, beträgt weniger als fünf;*** in ***diesem Fall enthält*** die ***Beobachtungsliste alle diese Stoffe***. ***Neben der Mindestzahl von Stoffen oder Stoffgruppen kann die Beobachtungsliste auch Indikatoren für die Verschmutzung enthalten.*** ***Die Beobachtungsliste enthält für jeden Stoff die Überwachungsmatrizes und die möglichen Analysemethoden. Diese Überwachungsmatrizes und Methoden dürfen keine übermäßigen Kosten für die zuständigen Behörden verursachen.***

Abänderung 86

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 6a — Absatz 1 — Unterabsatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Sobald geeignete Überwachungsmethoden für Mikroplastik und bestimmte, antimikrobielle Resistenzen bewirkende Gene identifiziert wurden, werden ***diese Stoffe*** in die Beobachtungsliste aufgenommen.	Geeignete Überwachungsmethoden für Mikroplastik und bestimmte antimikrobielle Resistenzen bewirkende Gene ***werden so bald wie möglich, spätestens jedoch am [ersten Tag des Monats 18 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Änderungsrichtlinie] identifiziert. Sobald diese Überwachungsmethoden*** identifiziert wurden, werden ***Mikroplastik und bestimmte antimikrobielle Resistenzen bewirkende Gene*** in die Beobachtungsliste ***gemäß Artikel 6a Absatz 2 Unterabsatz 1*** aufgenommen. ***Die Kommission prüft auch, ob die Aufnahme von Sulfaten in die erste Beobachtungsliste erforderlich ist, um die Verfügbarkeit von Daten über ihr Vorhandensein im Hinblick auf den Anwendungsbereich dieser Richtlinie zu verbessern.***

Abänderung 87

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 6a — Absatz 1 — Unterabsatz 4 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die ECHA erstellt wissenschaftliche Berichte, um die Kommission bei der Auswahl der Stoffe für die Beobachtungsliste zu unterstützen, wobei sie folgende Informationen berücksichtigt:	Die ECHA erstellt wissenschaftliche Berichte, um die Kommission bei der Auswahl der Stoffe ***und Verschmutzungsindikatoren*** für die Beobachtungsliste zu unterstützen, wobei sie folgende Informationen berücksichtigt:

Abänderung 88

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 6a — Absatz 1 — Unterabsatz 4 — Buchstabe f

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
f) Forschungsprojekte und wissenschaftliche Veröffentlichungen, einschließlich Informationen über Trends und Prognosen auf der Grundlage von Modellrechnungen oder anderen prädiktiven Bewertungen sowie per Fernerkundungstechnologien, Erdbeobachtung (Copernicus-Dienste), In-situ-Sensoren und -Geräten gesammelten Informationen und Daten oder bürgerwissenschaftlichen Daten, wobei die Möglichkeiten, die die künstliche Intelligenz und die fortgeschrittene Datenanalyse und -verarbeitung eröffnen, genutzt werden,	f) Forschungsprojekte und wissenschaftliche Veröffentlichungen ***und Nachweise***, einschließlich Informationen ***über die Auswirkungen von stofflichen und thermischen Belastungen sowie Auswirkungen von Tage- und Untertageabbau- und -infrastrukturarbeiten auf Grundwasserökosysteme und grundwasserabhängige Ökosysteme sowie ihre Biodiversität,*** über Trends und Prognosen auf der Grundlage von Modellrechnungen oder anderen prädiktiven Bewertungen sowie per Fernerkundungstechnologien, Erdbeobachtung (Copernicus-Dienste), In-situ-Sensoren und -Geräten gesammelten Informationen und Daten oder bürgerwissenschaftlichen Daten, wobei die Möglichkeiten, die die künstliche Intelligenz und die fortgeschrittene Datenanalyse und -verarbeitung eröffnen, genutzt werden,

Abänderung 89

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 6a — Absatz 2 — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Eine erste Beobachtungsliste wird bis zum [Amt für Veröffentlichungen: Bitte Datum einfügen = der erste Tag des Monats, der auf den 24. Monat nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie folgt] erstellt. Die Beobachtungsliste wird danach alle 36 Monate aktualisiert.	Eine erste Beobachtungsliste wird bis zum [Amt für Veröffentlichungen: Bitte Datum einfügen = der erste Tag des Monats, der auf den 24. Monat nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie folgt] erstellt. Die Beobachtungsliste wird danach ***spätestens*** alle 36 Monate aktualisiert ***oder häufiger, wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen, die eine Aktualisierung der Liste in der Übergangszeit zwischen den einzelnen Überprüfungen erforderlich machen würden***.

Abänderung 90

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 6a — Absatz 2 — Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Die Mitgliedstaaten bewerten alle zwei Jahre die Auswirkungen industrieller Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Energiewende auf die Wasserqualität und unterrichten die Kommission über neu ermittelte Bedrohungen, damit sie die Beobachtungsliste entsprechend aktualisieren kann. Die Bewertung muss für die Öffentlichkeit leicht zugänglich sein.

Abänderung 91

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 6a — Absatz 3 — Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Jeder Mitgliedstaat bestimmt mindestens ***eine Überwachungsstelle***, zuzüglich der Anzahl der Stellen, die seiner Gesamtfläche in km² an Grundwasserkörpern geteilt durch ***60 000*** (auf die nächste ganze Zahl gerundet) ***entspricht***.	Jeder Mitgliedstaat bestimmt mindestens ***zwei Überwachungsstellen***, zuzüglich der Anzahl der Stellen, die seiner Gesamtfläche in km² an Grundwasserkörpern geteilt durch ***30 000*** (auf die nächste ganze Zahl gerundet) ***entsprechen***.

Abänderung 92

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 6 a (neu)

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 6a a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	6a. Der folgende Artikel wird eingefügt:
	„Artikel 6aa
	Verbesserung des Schutzes von Grundwasserökosystemen
	Die Kommission veröffentlicht bis spätestens … [Amt für Veröffentlichungen: bitte Datum einfügen = vier Jahre nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie] eine Bewertung der Auswirkungen physikalisch-chemischer Elemente wie des pH-Werts, des Sauerstoffgehalts und der Temperatur auf die Gesundheit von Grundwasser-Ökosystemen, und fügt gegebenenfalls einen Legislativvorschlag zur entsprechenden Überarbeitung dieser Richtlinie bei, um die entsprechenden Parameter festzulegen, harmonisierte Überwachungsmethoden vorzusehen und festzulegen, was einen ‚guten ökologischen Zustand' für Grundwasser darstellen würde."

Abänderung 93

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 6 b (neu)

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 6a b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	6b. Der folgende Artikel wird eingefügt:
	„Artikel 6ab
	Besondere Behandlung von Gebieten mit hohem ökologischen Wert oder hoher ökologischer Anfälligkeit oder Verschmutzung
	Die Kommission veröffentlicht … [spätestens vier Jahre nach Inkrafttreten dieser Richtlinie] eine Bewertung des chemischen Zustands von Gebieten mit hohem ökologischem Wert oder hoher ökologischer Anfälligkeit oder Verschmutzung wie Höhlen und Karstgebieten, ehemaligen Industriestandorten und anderen Gebieten mit bekannter historischer Kontamination, gegebenenfalls zusammen mit einem Legislativvorschlag zur Überarbeitung dieser Richtlinie.“

Abänderung 94

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 6 c (neu)

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 6a c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	6c. Der folgende Artikel wird eingefügt:
	Artikel 6ac
	Die Kommission legt bis spätestens … [ein Jahr nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie] eine Folgenabschätzung vor, in der die Möglichkeit geprüft wird, einen Mechanismus der erweiterten Herstellerverantwortung in diese Richtlinie zu integrieren und so sicherzustellen, dass Hersteller, die Produkte in Verkehr bringen, die einen der in Anhang I aufgeführten Stoffe bzw. eine der dort aufgeführten Verbindungen oder Stoffe, die zunehmend Anlass zu Besorgnis geben und in der Beobachtungsliste gemäß jener Richtlinie aufgeführt sind, enthalten, zu den Kosten für Überwachungsprogramme gemäß Artikel 8 der Richtlinie 2000/60/EG beitragen. Dieser Folgenabschätzung wird gegebenenfalls ein Legislativvorschlag zur Änderung dieser Richtlinie beigefügt.

Abänderung 95

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 6 d (neu)

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 6a d (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	6d. Folgender Artikel wird eingefügt:
	Artikel 6ad
	Europäische Beobachtungsstelle
	Die Kommission richtet bis … [ein Jahr nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie] eine gemeinsame Beobachtungsstelle zur Verwaltung der Beobachtungsanforderungen ein, wenn sie von den Mitgliedstaaten dazu aufgefordert wird.
	Die Kommission legt die Funktionsweise der Beobachtungsstelle fest, die unter anderem Folgendes umfasst:
	a) die Freiwilligkeit der Inanspruchnahme der Beobachtungsstelle, die die von den Mitgliedstaaten bereits getroffenen Vorkehrungen unberührt lässt;
	b) die operativen Verfahren für Mitgliedstaaten, die beabsichtigen, die Beobachtungsstelle in Anspruch zu nehmen, wozu unter anderem die erforderliche Mitteilung an die Kommission über ihren genauen Beobachtungsbedarf oder ihre genauen Beobachtungskapazitäten, die genauen Protokolle für die Probenahme und die Dauer, während derer sie beabsichtigen, Teil des Mechanismus zu bleiben, gehören;
	c) die Finanzierungsquellen, zu denen die einschlägigen Strukturfonds und Programme der Union sowie Beiträge des Privatsektors gehören können, auch im Rahmen des Mechanismus der erweiterten Herstellerverantwortung, sobald dieser gemäß Artikel 6ac eingerichtet wurde.

Abänderung 96

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 7

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 8 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die Kommission überprüft erstmals bis zum … [Amt für Veröffentlichungen: Bitte Datum einfügen = ***sechs*** Jahre nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie] und danach alle ***sechs*** Jahre die Liste der Schadstoffe in Anhang I und die in diesem Anhang festgelegten Qualitätsnormen für diese Schadstoffe sowie die Liste der Schadstoffe und Indikatoren in Anhang II Teil B.	(1) Die Kommission überprüft erstmals bis zum … [Amt für Veröffentlichungen: Bitte Datum einfügen = ***vier*** Jahre nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie] und danach alle ***vier*** Jahre die Liste der Schadstoffe in Anhang I und die in diesem Anhang festgelegten Qualitätsnormen für diese Schadstoffe sowie die Liste der Schadstoffe und Indikatoren in Anhang II Teil B.

Abänderung 97

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 7

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 8 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) ***Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 8a delegierte Rechtsakte zu erlassen***, um Anhang I durch Aufnahme oder Streichung von in diesem Anhang genannten Grundwasserschadstoffen und Qualitätsnormen für diese Schadstoffe an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt anzupassen, ***und*** um Teil B durch Aufnahme von Schadstoffen oder Indikatoren, für die die Mitgliedstaaten die Festlegung nationaler Schwellenwerte in Erwägung ziehen müssen, an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt anzupassen.	(2) ***Auf der Grundlage der Überprüfung legt die Kommission gegebenenfalls Legislativvorschläge vor***, um Anhang I durch Aufnahme oder Streichung von in diesem Anhang genannten Grundwasserschadstoffen und Qualitätsnormen für diese Schadstoffe an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt anzupassen***. Der Kommission wird die Befugnis übertragen***, ***gemäß Artikel 8a delegierte Rechtsakte zu erlassen,*** um ***Anhang II*** Teil B durch Aufnahme von Schadstoffen oder Indikatoren, für die die Mitgliedstaaten die Festlegung nationaler Schwellenwerte in Erwägung ziehen müssen, an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt anzupassen.

Abänderung 98

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 7

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 8 — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Beim Erlass ***delegierter Rechtsakte*** gemäß den Absätzen 2 und 3 berücksichtigt die Kommission die von der ECHA gemäß Absatz 6 erstellten wissenschaftlichen Berichte.	(4) Beim Erlass ***von Legislativvorschlägen und delegierten Rechtsakten*** gemäß den Absätzen 2 und 3 berücksichtigt die Kommission die von der ECHA gemäß Absatz 6 erstellten wissenschaftlichen Berichte.

Abänderung 99

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 7

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 8 — Absatz 6 — Buchstabe f

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
f) Forschungsprogramme und wissenschaftliche Veröffentlichungen der Union, einschließlich per Fernerkundungstechnologien, Erdbeobachtung (Copernicus-Dienste), In-situ-Sensoren und -Geräten erfasster Informationen und/oder bürgerwissenschaftlicher Daten, wobei die Möglichkeiten, die die künstliche Intelligenz und ***die*** fortgeschrittene Datenanalyse und -verarbeitung ***eröffnen***, genutzt werden,	f) Forschungsprogramme und wissenschaftliche Veröffentlichungen der Union, einschließlich per Fernerkundungstechnologien, Erdbeobachtung (Copernicus-Dienste), In-situ-Sensoren und -Geräten erfasster ***aktueller*** Informationen und/oder bürgerwissenschaftlicher Daten, wobei die Möglichkeiten, die die ***besten verfügbaren Technologien eröffnen, darunter möglicherweise*** künstliche Intelligenz und fortgeschrittene Datenanalyse und -verarbeitung, genutzt werden,

Abänderung 100

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 7

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 8 — Absatz 6 — Buchstabe g

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
g) Anmerkungen und Informationen von einschlägigen Interessenträgern.	g) Anmerkungen und Informationen von einschlägigen Interessenträgern***, einschließlich nationaler Regulierungsbehörden und anderer relevanter Stellen***.

Abänderung 101

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 7

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 8 — Absatz 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(6a) Bis zum 12. Januar 2025 legt die Kommission technische Leitlinien für Analysemethoden zur Überwachung von per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen unter den Parametern „PFAS insgesamt“ fest. Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 8a delegierte Rechtsakte zur Änderung dieser Richtlinie durch Festlegung einer Qualitätsnorm für „PFAS insgesamt“ zu erlassen und Anhang I entsprechend zu ändern. Die Kommission erlässt diese delegierten Rechtsakte bis zum 12. Januar 2026.

Abänderung 102

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 7

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 8 — Absatz 7

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(7) Die ECHA erstellt alle ***sechs*** Jahre einen Bericht, in dem die Ergebnisse der in den Absätzen 2 und 3 genannten Überprüfung zusammengefasst werden, und macht diesen öffentlich zugänglich. Der erste Bericht wird der Kommission am … [Amt für Veröffentlichungen: Bitte Datum einfügen = ***fünf*** Jahre nach dem Datum des Inkrafttretens der vorliegenden Richtlinie] übermittelt.	(7) Die ECHA erstellt alle ***vier*** Jahre einen Bericht, in dem die Ergebnisse der in den Absätzen 2 und 3 genannten Überprüfung zusammengefasst werden, und macht diesen öffentlich zugänglich. Der erste Bericht wird der Kommission am … [Amt für Veröffentlichungen: Bitte Datum einfügen = ***drei*** Jahre nach dem Datum des Inkrafttretens der vorliegenden Richtlinie] übermittelt.

Abänderung 103

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 8

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 8a — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 8 Absätze ***1*** und ***2*** wird der Kommission ***auf unbestimmte Zeit*** ab dem ***[Amt für Veröffentlichungen: bitte Datum einfügen = Datum*** des ***Inkrafttretens dieser Richtlinie] übertragen***.	(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 8 Absätze ***2, 3*** und ***6a*** wird der Kommission ***für einen Zeitraum von sechs Jahren*** ab dem ***… [Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie] übertragen. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.***

Abänderung 104

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 8

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 8a — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Die Befugnisübertragung gemäß Artikel 8 Absätze ***1*** und ***2*** kann vom Europäischen Parlament und vom Rat jederzeit widerrufen werden. Ein Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* oder zu einem im Beschluss über den Widerruf angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird davon nicht berührt.	(3) Die Befugnisübertragung gemäß Artikel 8 Absätze ***2, 3*** und ***6a*** kann vom Europäischen Parlament und vom Rat jederzeit widerrufen werden. Ein Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* oder zu einem im Beschluss über den Widerruf angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird davon nicht berührt.

Abänderung 105

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 8

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 8a — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Vor dem Erlass eines delegierten Rechtsakts konsultiert die Kommission die von den einzelnen Mitgliedstaaten benannten Sachverständigen im Einklang mit den in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung enthaltenen Grundsätzen.	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 106

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 8

Richtlinie 2006/118/EG

Artikel 8a — Absatz 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(6) Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß Artikel 8 Absatz ***1*** oder ***Absatz 2*** erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist sowohl das Europäische Parlament als auch der Rat der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um zwei Monate verlängert.	(6) Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß Artikel 8 Absatz ***2, 3*** oder ***6a*** erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist sowohl das Europäische Parlament als auch der Rat der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um zwei Monate verlängert.

Abänderung 107

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Nummer 14

Richtlinie 2006/118/EG

Anhang IV — Teil B — Nummer 1 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Der Ausgangspunkt für Durchführungsmaßnahmen zur Umkehrung signifikanter und anhaltender steigender Trends ist gegeben, wenn die Konzentration des Schadstoffs 75 % der Parameterwerte der in Anhang I festgelegten Grundwasserqualitätsnormen und der gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben b und c festgelegten Schwellenwerte erreicht, es sei denn,	Der Ausgangspunkt für Durchführungsmaßnahmen zur Umkehrung signifikanter und anhaltender steigender Trends***, einschließlich jahreszeitlich bedingter steigender Trends unter anderem infolge einer geringen Einleitung eines Wasserkörpers,*** ist gegeben, wenn die Konzentration des Schadstoffs 75 % der Parameterwerte der in Anhang I festgelegten Grundwasserqualitätsnormen und der gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben b und c festgelegten Schwellenwerte erreicht, es sei denn,

Abänderung 108

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 1 a (neu)

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 1

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	1a. Artikel 1 wird wie folgt geändert:
Artikel 1	„Artikel 1
Gegenstand	Gegenstand
Mit dieser Richtlinie werden im Einklang mit Artikel 4 der Richtlinie 2000/60/EG und den darin genannten Zielen Umweltqualitätsnormen für prioritäre Stoffe und ***bestimmte andere Schadstoffe gemäß Artikel 16 jener Richtlinie*** mit dem Ziel festgelegt, einen guten chemischen Zustand der Oberflächengewässer zu erreichen.	Mit dieser Richtlinie werden im Einklang mit Artikel 4 der Richtlinie 2000/60/EG und den darin genannten Zielen Umweltqualitätsnormen für prioritäre Stoffe und ***prioritäre gefährliche Stoffe*** mit dem Ziel festgelegt, einen guten chemischen Zustand der Oberflächengewässer zu erreichen.“

Abänderung 109

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 3 — Buchstabe a

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 5 — Absatz 1 — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Mitgliedstaaten erstellen auf der Grundlage der gemäß Artikel 5 und 8 der Richtlinie 2000/60/EG erfassten Informationen und anderer verfügbarer Daten für jede Flussgebietseinheit oder jeden Teil einer Flussgebietseinheit in ihrem Hoheitsgebiet eine Bestandsaufnahme, einschließlich Karten, falls verfügbar, der Emissionen, Einleitungen und Verluste aller prioritären Stoffe, die in Anhang I Teil A der vorliegenden Richtlinie aufgeführt sind, und aller Schadstoffe, die in Anhang II Teil A der vorliegenden Richtlinie aufgeführt sind, einschließlich ihrer Konzentrationen in — je nach Zweckmäßigkeit — Sedimenten und Biota.	Die Mitgliedstaaten erstellen auf der Grundlage der gemäß Artikel 5 und 8 der Richtlinie 2000/60/EG ***und der Verordnung (EU) …/… des Europäischen Parlaments und des Rates ([1a])*** erfassten Informationen und anderer verfügbarer Daten für jede Flussgebietseinheit oder jeden Teil einer Flussgebietseinheit in ihrem Hoheitsgebiet eine Bestandsaufnahme, einschließlich Karten, falls verfügbar, der Emissionen, Einleitungen und Verluste aller prioritären Stoffe, die in Anhang I Teil A der vorliegenden Richtlinie aufgeführt sind, und aller Schadstoffe, die in Anhang II Teil A der vorliegenden Richtlinie aufgeführt sind, einschließlich ihrer Konzentrationen in — je nach Zweckmäßigkeit — Sedimenten und Biota.

([1a]) Amt für Veröffentlichungen: Bitte im Text die Nummer der im Dokument COM(2022)0157 enthaltenen Verordnung einfügen.

Abänderung 110

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 3 — Buchstabe a

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 5 — Absatz 1 — Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Die Bestandsaufnahmen der Emissionen werden in einer regelmäßig aktualisierten und für die Öffentlichkeit leicht zugänglichen elektronischen Datenbank zur Verfügung gestellt.

Abänderung 111

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 3 — Buchstabe a

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 5 — Absatz 1 — Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Unterabsatz 1 gilt nicht für Emissionen, Einleitungen und Verluste, die der Kommission gemäß der Verordnung (EU) …/… des Europäischen Parlaments und des Rates ([65]) elektronisch gemeldet werden.;	***entfällt***
([65]) Amt für Veröffentlichungen: Bitte fügen Sie im Text die Nummer der im Dokument COM(2022) 157 enthaltenen Verordnung ein.	

Abänderung 112

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 3 — Buchstabe c

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 5 — Absatz 4 — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Mitgliedstaaten aktualisieren ihre Bestandsaufnahmen im Rahmen der Überprüfungen der Analysen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie 2000/60/EG und stellen sicher, dass die Emissionen, die ***nicht*** an das gemäß der Verordnung (EU)…/…+ + eingerichtete Industrieemissionsportal gemeldet wurden, in ihren gemäß Artikel 13 Absatz 7 der genannten Richtlinie aktualisierten Bewirtschaftungsplänen für die Einzugsgebiete veröffentlicht werden.	Die Mitgliedstaaten aktualisieren ihre Bestandsaufnahmen im Rahmen der Überprüfungen der Analysen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie 2000/60/EG und stellen sicher, dass die Emissionen – ***einschließlich derjenigen***, die an das gemäß der Verordnung (EU)…/…++ eingerichtete Industrieemissionsportal gemeldet wurden –, in ihren gemäß Artikel 13 Absatz 7 der genannten Richtlinie aktualisierten Bewirtschaftungsplänen für die Einzugsgebiete veröffentlicht werden.

Abänderung 113

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 3 — Buchstabe c

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 5 — Absatz 4 — Unterabsatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Für die unter die Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 fallenden prioritären Stoffe und Schadstoffe können die Durchschnittswerte der drei Jahre vor Abschluss der in Unterabsatz 1 genannten Analyse verwendet werden.	***entfällt***

Abänderung 114

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 4

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 7a — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Bei allen prioritären Stoffen, die in den Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006, der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009, der Verordnung (EU) Nr. 528/2012, der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates* oder in den Geltungsbereich der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates**, der Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates*** oder der Richtlinie 2010/75/EU fallen, bewertet die Kommission ***als Teil des in Artikel 18 Absatz 1 der Richtlinie 2000/60/EG genannten Berichts***, ob mit den auf Unions- und auf Mitgliedstaatenebene eingeführten Maßnahmen die Umweltqualitätsnormen für die prioritären Stoffe bzw. das Ziel der Beendigung oder schrittweisen Einstellung von Einleitungen, Emissionen und Verlusten von prioritären gefährlichen Stoffen gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2000/60/EG erreicht werden.	(1) Bei allen prioritären Stoffen, die in den Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006, der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009, der Verordnung (EU) Nr. 528/2012, der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates* oder in den Geltungsbereich der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates**, der Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates*** oder der Richtlinie 2010/75/EU fallen, bewertet die Kommission ***alle zwei Jahre***, ob mit den auf Unions- und auf Mitgliedstaatenebene eingeführten Maßnahmen die Umweltqualitätsnormen für die prioritären Stoffe bzw. das Ziel der Beendigung oder schrittweisen Einstellung von Einleitungen, Emissionen und Verlusten von prioritären gefährlichen Stoffen gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2000/60/EG erreicht werden.

Abänderung 115

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 4

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 7a — Absatz 1 — Unterabsatz 1a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	In der Hierarchie der zu ergreifenden Maßnahmen haben Beschränkungen und andere Maßnahmen zur Kontrolle an der Quelle Vorrang. In diesem Zusammenhang unterbreitet die Kommission gegebenenfalls Vorschläge zur Änderung von Unionsrechtsakten, um sicherzustellen, dass Einleitungen, Emissionen und Verlusten von prioritären Stoffen an der Quelle ein Ende gesetzt wird.

Abänderung 116

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 4 a (neu)

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 7a — Absatz 2

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	4a. Artikel 7a Absatz 2 erhält folgende Fassung:
(2) Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament und dem Rat über die Ergebnisse der Bewertung gemäß Absatz 1 ***nach dem Zeitplan gemäß Artikel 16 Absatz 4 der Richtlinie 2000/60/EG*** Bericht und fügt dem Bericht gegebenenfalls Vorschläge unter anderem für Begrenzungsmaßnahmen bei.	„(2) Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament und dem Rat über die Ergebnisse der Bewertung gemäß Absatz 1 ***spätestens sechs Monate nach ihrer jährlichen Bewertung*** Bericht und fügt dem Bericht gegebenenfalls Vorschläge unter anderem für Begrenzungsmaßnahmen bei.“

Abänderung 117

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 5

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die Kommission überprüft erstmals bis zum … [Amt für Veröffentlichungen: Bitte Datum einfügen = ***sechs*** Jahre nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie] und danach alle ***sechs*** Jahre die Liste der prioritären Stoffe und die für diese Stoffe in Anhang I Teil A festgelegten Umweltqualitätsnormen und die Liste der Schadstoffe in Anhang II Teil A.	(1) Die Kommission überprüft erstmals bis zum … [Amt für Veröffentlichungen: Bitte Datum einfügen = ***vier*** Jahre nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie] und danach alle ***vier*** Jahre die Liste der prioritären Stoffe und die für diese Stoffe in Anhang I Teil A festgelegten Umweltqualitätsnormen und die Liste der Schadstoffe in Anhang II Teil A.

Abänderung 118

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 5

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8 — Absatz 2 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Der ***Kommission wird*** die ***Befugnis übertragen,*** unter Berücksichtigung der von der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) gemäß Absatz 6 erstellten wissenschaftlichen Berichte ***delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 9a zu erlassen***, um Anhang I an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt anzupassen, und zwar durch	(2) ***Auf*** der ***Grundlage der Überprüfung legt*** die ***Kommission*** unter Berücksichtigung der von der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) gemäß Absatz 6 erstellten wissenschaftlichen Berichte ***gegebenenfalls Legislativvorschläge vor***, um Anhang I an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt anzupassen, und zwar durch

Abänderung 119

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 5

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8 — Absatz 4 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) das Risiko, das von den Schadstoffen ausgeht, einschließlich ihrer Gefahr, ihrer Umweltkonzentrationen und der Konzentration, bei deren Überschreitung mit Auswirkungen zu rechnen ist,	a) das Risiko, das von den Schadstoffen ausgeht, einschließlich ihrer Gefahr, ihrer Umweltkonzentrationen und der Konzentration, bei deren Überschreitung mit Auswirkungen zu rechnen ist, ***einschließlich ihrer kumulativen Wirkungen,***

Abänderung 120

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 5

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8 — Absatz 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(6a) Bis zum 12. Januar 2025 legt die Kommission technische Leitlinien für Analysemethoden zur Überwachung von per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen unter dem Parameter „PFAS insgesamt“ fest. Bis zum 12. Januar 2026 erlässt die Kommission einen delegierten Rechtsakt gemäß Artikel 9a zur Änderung dieser Richtlinie, indem sie einen Qualitätsstandard für „PFAS insgesamt“ festlegt und Anhang I entsprechend ändert.

Abänderung 121

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 5

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8 — Absatz 6 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(6b) Bis zum … [zwei Jahre nach Inkrafttreten dieser Richtlinie] legt die Kommission technische Leitlinien für Analysemethoden zur Überwachung von Bisphenolen fest, darunter mindestens Bisphenol-A, Bisphenol-B und Bisphenol-S unter dem Parameter „Bisphenole insgesamt“. Bis zum … [drei Jahre nach Inkrafttreten dieser Richtlinie] erlässt die Kommission einen delegierten Rechtsakt gemäß Artikel 9a zur Änderung dieser Richtlinie, indem sie nach einem Ansatz des relativen Wirksamkeitsfaktors eine Umweltqualitätsnorm für „Bisphenole insgesamt“ festlegt und Anhang I entsprechend ändert.

Abänderung 122

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 5

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8 — Absatz 7

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(7) Die ECHA erstellt alle ***sechs*** Jahre einen Bericht, in dem die Ergebnisse der gemäß Absatz 6 erstellten wissenschaftlichen Berichte zusammengefasst werden, und macht diesen öffentlich zugänglich. Der erste Bericht wird der Kommission am … [Amt für Veröffentlichungen: Bitte Datum einfügen = ***fünf*** Jahre nach dem Datum des Inkrafttretens der vorliegenden Richtlinie] übermittelt.	(7) Die ECHA erstellt alle ***vier*** Jahre einen Bericht, in dem die Ergebnisse der gemäß Absatz 6 erstellten wissenschaftlichen Berichte zusammengefasst werden, und macht diesen öffentlich zugänglich. Der erste Bericht wird der Kommission am … [Amt für Veröffentlichungen: Bitte Datum einfügen = ***drei*** Jahre nach dem Datum des Inkrafttretens der vorliegenden Richtlinie] übermittelt.

Abänderung 123

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8a — Absatz 1– Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Mitgliedstaaten ***können*** in den gemäß Artikel 13 der Richtlinie 2000/60/EG erstellten Bewirtschaftungsplänen für die Einzugsgebiete das Ausmaß jeglicher Abweichungen von den Umweltqualitätsnormen für die in Unterabsatz 1 Buchstaben a, b und c genannten Stoffe ***darstellen***. Die Mitgliedstaaten, die zusätzliche Karten gemäß Unterabsatz 1 bereitstellen, bemühen sich, die Vergleichbarkeit dieser Karten auf Ebene der Einzugsgebiete und auf Unionsebene sicherzustellen, und machen die Daten gemäß der Richtlinie 2003/4/EG, der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates* und der Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates** zugänglich.	Die Mitgliedstaaten ***stellen*** in den gemäß Artikel 13 der Richtlinie 2000/60/EG erstellten Bewirtschaftungsplänen für die Einzugsgebiete das Ausmaß jeglicher Abweichungen von den Umweltqualitätsnormen für die in Unterabsatz 1 Buchstaben a, b und c genannten Stoffe ***dar***. Die Mitgliedstaaten, die zusätzliche Karten gemäß Unterabsatz 1 bereitstellen, bemühen sich, die Vergleichbarkeit dieser Karten auf Ebene der Einzugsgebiete und auf Unionsebene sicherzustellen, und machen die Daten gemäß der Richtlinie 2003/4/EG, der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates* und der Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates** zugänglich.

Abänderung 124

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8a — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die Mitgliedstaaten können in Bezug auf die Stoffe, die in Anhang I Teil A als Stoffe identifiziert wurden, die sich wie ubiquitäre PBT verhalten, eine weniger intensive Überwachung durchführen, als für prioritäre Stoffe gemäß Artikel 3 Absatz 4 der vorliegenden Richtlinie und Anhang V der Richtlinie 2000/60/EG gefordert wird, vorausgesetzt, die Überwachung ist repräsentativ und es steht bereits eine statistisch solide Überwachungsgrundlage hinsichtlich des Vorkommens dieser Stoffe in der aquatischen Umwelt zur Verfügung. In Übereinstimmung mit Artikel 3 Absatz 6 Unterabsatz 2 der vorliegenden Richtlinie sollte die Überwachung in der Regel mindestens alle drei Jahre stattfinden, es sei denn, nach den technischen Erkenntnissen und dem Urteil von Sachverständigen ist ein anderes Intervall gerechtfertigt.	(2) Die Mitgliedstaaten können in Bezug auf die Stoffe, die in Anhang I Teil A als Stoffe identifiziert wurden, die sich wie ubiquitäre PBT verhalten ***und die in der Union nicht mehr zugelassen sind und verwendet werden***, eine weniger intensive Überwachung durchführen, als für prioritäre Stoffe gemäß Artikel 3 Absatz 4 der vorliegenden Richtlinie und Anhang V der Richtlinie 2000/60/EG gefordert wird, vorausgesetzt, die Überwachung ist repräsentativ und es steht bereits eine statistisch solide Überwachungsgrundlage hinsichtlich des Vorkommens dieser Stoffe in der aquatischen Umwelt zur Verfügung. In Übereinstimmung mit Artikel 3 Absatz 6 Unterabsatz 2 der vorliegenden Richtlinie sollte die Überwachung in der Regel mindestens alle drei Jahre stattfinden, es sei denn, nach den technischen Erkenntnissen und dem Urteil von Sachverständigen ist ein anderes Intervall gerechtfertigt.

Abänderung 125

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8a — Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3a) Die Kommission veröffentlicht innerhalb von 12 Monaten nach Ablauf des in Absatz 3 genannten Zweijahreszeitraums einen Bericht über die Zuverlässigkeit der wirkungsbasierten Methoden, indem sie die wirkungsbasierten Ergebnisse mit den Ergebnissen vergleicht, die mithilfe der konventionellen Methoden zur Überwachung der drei in Absatz 3 aufgeführten estrogenen Stoffe erzielt wurden, und zwar in Erwartung einer möglichen künftigen Festlegung wirkungsbasierter Auslösewerte.* ***Sobald wirkungsbasierte Methoden auch für andere Stoffe einsatzbereit sind, wird der Kommission die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 9a delegierte Rechtsakte zu erlassen, um diese Richtlinie dadurch zu ergänzen, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, parallel zu konventionellen Überwachungsmethoden die wirkungsbasierten Methoden anzuwenden, um das Vorhandensein dieser Stoffe in Wasserkörpern zu bewerten.

Abänderung 126

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 7

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8b — Absatz 1 — Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Beobachtungsliste enthält ***zu jedem Zeitpunkt höchstens zehn*** Stoffe oder Stoffgruppen ***und gibt für jeden Stoff*** die ***Überwachungsmatrizes und*** die ***möglichen Analysemethoden an. Diese Überwachungsmatrizes und Methoden dürfen keine übermäßigen Kosten für*** die ***zuständigen Behörden verursachen. Die in die Beobachtungsliste aufzunehmenden Stoffe werden unter den Stoffen ausgewählt, die nach den verfügbaren Informationen ein erhebliches Risiko für oder durch die aquatische Umwelt auf Unionsebene darstellen und für die keine ausreichenden Überwachungsdaten vorliegen. Die Beobachtungsliste enthält Stoffe, die zunehmend Anlass zu Besorgnis geben.***	Die Beobachtungsliste enthält ***mindestens fünf*** Stoffe oder Stoffgruppen***, die zunehmend Anlass zu Besorgnis geben und*** die ***unter den Stoffen ausgewählt werden,*** die ***nach den verfügbaren Informationen, auch gemäß Unterabsatz 4, ein erhebliches Risiko für oder durch*** die ***aquatische Umwelt auf Unionsebene darstellen können und für*** die ***keine ausreichenden Überwachungsdaten vorliegen, es sei denn, die Zahl der Stoffe oder Stoffgruppen***, die nach den verfügbaren Informationen ein erhebliches Risiko für oder durch die aquatische Umwelt darstellen ***können, beträgt weniger als fünf; in diesem Fall*** enthält die ***Beobachtungsliste alle diese Stoffe***. ***Neben der Mindestzahl von Stoffen oder Stoffgruppen kann die Beobachtungsliste auch Indikatoren für die Verschmutzung enthalten.*** ***Die Beobachtungsliste enthält für jeden Stoff die Überwachungsmatrizes und die möglichen Analysemethoden. Diese Überwachungsmatrizes und Methoden dürfen keine übermäßigen Kosten für die zuständigen Behörden verursachen.***

Abänderung 127

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 7

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8b — Absatz 1 — Unterabsatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Sobald geeignete Überwachungsmethoden für Mikroplastik und bestimmte, antimikrobielle Resistenzen bewirkende Gene identifiziert wurden, werden ***diese Stoffe*** in die Beobachtungsliste aufgenommen.	Geeignete Überwachungsmethoden für Mikroplastik und bestimmte antimikrobielle Resistenzen bewirkende Gene ***werden so bald wie möglich, spätestens jedoch am [ersten Tag des Monats 18 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Änderungsrichtlinie] identifiziert. Sobald diese Überwachungsmethoden*** identifiziert wurden, werden ***Mikroplastik und bestimmte antimikrobielle Resistenzen bewirkende Gene*** in die Beobachtungsliste ***gemäß Absatz 2*** aufgenommen. ***Die Kommission prüft auch, ob die Aufnahme von Sulfaten, Xanthaten und nicht relevanten Metaboliten von Pestiziden (NRM) in die Beobachtungsliste erforderlich ist, um die Verfügbarkeit von Daten über ihr Vorhandensein im Hinblick auf den Anwendungsbereich dieser Richtlinie zu verbessern.***

Abänderung 128

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 7

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8b — Absatz 1 — Unterabsatz 4 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die ECHA erstellt wissenschaftliche Berichte, um die Kommission bei der Auswahl der Stoffe für die Beobachtungsliste zu unterstützen, wobei sie folgende Informationen berücksichtigt:	Die ECHA erstellt wissenschaftliche Berichte, um die Kommission bei der Auswahl der Stoffe ***und Verschmutzungsindikatoren*** für die Beobachtungsliste zu unterstützen, wobei sie folgende Informationen berücksichtigt:

Abänderung 129

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 7

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8b — Absatz 1 — Unterabsatz 4 — Buchstabe e

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
e) Forschungsprojekte und wissenschaftliche Veröffentlichungen, einschließlich Informationen über Trends und Prognosen auf der Grundlage von Modellrechnungen oder anderen prädiktiven Bewertungen ***und Daten*** sowie per Fernerkundungstechnologien, Erdbeobachtung (Copernicus-Dienste), In-situ-Sensoren und -Geräten ***gesammelte*** Informationen oder ***bürgerwissenschaftliche*** Daten, wobei die Möglichkeiten, die die künstliche Intelligenz und die fortgeschrittene Datenanalyse und -verarbeitung eröffnen, genutzt werden.	e) Forschungsprojekte und wissenschaftliche Veröffentlichungen ***und Nachweise***, einschließlich Informationen über Trends und Prognosen auf der Grundlage von Modellrechnungen oder anderen prädiktiven Bewertungen sowie per Fernerkundungstechnologien, Erdbeobachtung (Copernicus-Dienste) ***und*** In-situ-Sensoren und -Geräten ***gesammelten Daten und*** Informationen oder ***bürgerwissenschaftlichen*** Daten, wobei die Möglichkeiten, die die künstliche Intelligenz und die fortgeschrittene Datenanalyse und -verarbeitung eröffnen, genutzt werden.

Abänderung 130

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 7

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8b — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die Beobachtungsliste wird bis zum X [Amt für Veröffentlichungen: Bitte Datum einfügen = der letzte Tag des 23. Monats nach dem Datum des Inkrafttretens dieser ***Richtlinie folgt]*** und danach alle 36 Monate aktualisiert. Bei der Aktualisierung der Beobachtungsliste streicht die Kommission alle Stoffe, deren Risiko für die aquatische Umwelt ihres Erachtens ohne zusätzliche Überwachungsdaten bewertet werden kann, aus der bestehenden Beobachtungsliste. Wenn die Beobachtungsliste aktualisiert wird, kann ein einzelner Stoff oder eine einzelne Stoffgruppe für einen weiteren Zeitraum von höchstens drei Jahren auf der Beobachtungsliste geführt werden, wenn zusätzliche Überwachungsdaten benötigt werden, um das Risiko für die aquatische Umwelt zu bewerten. Jede aktualisierte Beobachtungsliste enthält auch mindestens einen neuen Stoff, für den die Kommission ausgehend von den wissenschaftlichen Berichten der ECHA der Auffassung ist, dass ein Risiko für die aquatische Umwelt besteht.	(2) Die Beobachtungsliste wird bis zum X [Amt für Veröffentlichungen: Bitte Datum einfügen = der letzte Tag des 23. Monats nach dem Datum des Inkrafttretens dieser ***Richtlinie]*** und danach ***spätestens*** alle 36 Monate aktualisiert ***oder häufiger, wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen, die eine Aktualisierung der Liste in der Übergangszeit zwischen den einzelnen Überprüfungen erforderlich machen würden.***
	Die Mitgliedstaaten bewerten alle zwei Jahre die Auswirkungen industrieller Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Energiewende auf die Wasserqualität und unterrichten die Kommission über neu ermittelte Bedrohungen, damit sie die Beobachtungsliste entsprechend aktualisieren kann. Die Bewertung muss für die Öffentlichkeit leicht zugänglich sein.
	Bei der Aktualisierung der Beobachtungsliste streicht die Kommission alle Stoffe, deren Risiko für die aquatische Umwelt ihres Erachtens ohne zusätzliche Überwachungsdaten bewertet werden kann, aus der bestehenden Beobachtungsliste. Wenn die Beobachtungsliste aktualisiert wird, kann ein einzelner Stoff oder eine einzelne Stoffgruppe für einen weiteren Zeitraum von höchstens drei Jahren auf der Beobachtungsliste geführt werden, wenn zusätzliche Überwachungsdaten benötigt werden, um das Risiko für die aquatische Umwelt zu bewerten. Jede aktualisierte Beobachtungsliste enthält auch mindestens einen neuen Stoff, für den die Kommission ausgehend von den wissenschaftlichen Berichten der ECHA der Auffassung ist, dass ein Risiko für die aquatische Umwelt besteht.

Abänderung 131

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 7

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8b — Absatz 3 — Unterabsatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Bei der Auswahl der repräsentativen Überwachungsstellen, der Überwachungsfrequenz und des saisonalen Überwachungszeitplans für jeden Stoff oder jede Stoffgruppe berücksichtigen die Mitgliedstaaten die typischen Arten der Verwendung und das mögliche Vorhandensein des Stoffes oder der Stoffgruppe. Die Überwachungsfrequenz ist nicht geringer als zweimal pro Jahr ***außer*** für Stoffe, die ***klimatischen oder saisonalen*** Schwankungen ***unterworfen sind***, für ***die die Überwachung so häufig durchgeführt wird*** wie ***im*** gemäß Absatz 1 erlassenen Durchführungsrechtsakt zur Erstellung der Beobachtungsliste festgelegt ist.	Bei der Auswahl der repräsentativen Überwachungsstellen, der Überwachungsfrequenz und des saisonalen Überwachungszeitplans für jeden Stoff oder jede Stoffgruppe berücksichtigen die Mitgliedstaaten die typischen Arten der Verwendung und das mögliche Vorhandensein des Stoffes oder der Stoffgruppe. Die Überwachungsfrequenz ist nicht geringer als zweimal pro Jahr***. Die Frequenz ist höher*** für Stoffe, die ***empfindlich auf klimatische*** Schwankungen***, einschließlich Niederschlägen***, ***reagieren, und*** für ***Stoffe, deren Konzentration aufgrund saisonaler Schwankungen bei der Verwendung dieser Stoffe über kurze Zeiträume Höchststande erreicht,*** wie ***in dem*** gemäß Absatz 1 erlassenen Durchführungsrechtsakt zur Erstellung der Beobachtungsliste festgelegt ist.

Abänderung 132

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 7 a (neu)

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8b a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	7a. Der folgende Artikel 8ba wird eingefügt:
	„Artikel 8ba
	Die Kommission legt bis spätestens … [ein Jahr nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie] eine Folgenabschätzung vor, in der die Möglichkeit geprüft wird, einen Mechanismus der erweiterten Herstellerverantwortung in diese Richtlinie zu integrieren und so sicherzustellen, dass Hersteller, die Produkte in Verkehr bringen, die einen der in Anhang I aufgeführten Stoffe bzw. eine der dort aufgeführten Verbindungen oder Stoffe, die zunehmend Anlass zu Besorgnis geben und in der Beobachtungsliste gemäß dieser Richtlinie aufgeführt sind, enthalten, zu den Kosten für Überwachungsprogramme gemäß Artikel 8 der Richtlinie 2000/60/EG beitragen. Dieser Folgenabschätzung wird gegebenenfalls ein Legislativvorschlag zur Änderung dieser Richtlinie beigefügt.“

Abänderung 133

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 7 b (neu)

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8b b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	7b. Der folgende Artikel wird eingefügt:
	„Artikel 8bb
	Europäische Beobachtungsstelle
	Die Kommission richtet bis … [ein Jahr nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie] eine gemeinsame Beobachtungsstelle zur Verwaltung der Beobachtungsanforderungen ein, wenn sie von den Mitgliedstaaten dazu aufgefordert wird.
	Die Kommission legt die Funktionsweise der Beobachtungsstelle fest, die unter anderem Folgendes umfasst:
	a) die Freiwilligkeit der Inanspruchnahme der Beobachtungsstelle, die die von den Mitgliedstaaten bereits getroffenen Vorkehrungen unberührt lässt;
	b) die operativen Verfahren für Mitgliedstaaten, die beabsichtigen, die Beobachtungsstelle in Anspruch zu nehmen, wozu unter anderem die erforderliche Mitteilung an die Kommission über ihren genauen Beobachtungsbedarf oder ihre genauen Beobachtungskapazitäten, die genauen Protokolle für die Probenahme und die Dauer, die sie beabsichtigen, Teil des Mechanismus zu bleiben, gehören;
	c) die Finanzierungsquellen, zu denen die einschlägigen Strukturfonds und Programme der Union sowie Beiträge des Privatsektors gehören können, auch im Rahmen des Mechanismus der erweiterten Herstellerverantwortung, sobald dieser gemäß Artikel 8ba eingerichtet wurde.“

Abänderung 134

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 8

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 8d — Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3a) Bei der Festlegung und Beantragung von UQN für die einzugsgebietsspezifischen Schadstoffe können die Mitgliedstaaten die Bioverfügbarkeit von Metallen berücksichtigen.

Abänderung 135

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 8 a (neu)

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 9a — Absatz 2

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	8a. Artikel 9a Absatz 2 erhält folgende Fassung:
(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 3 Absatz 8 wird der Kommission für einen Zeitraum von sechs Jahren ab dem ***13. September 2013*** übertragen. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von ***fünf*** Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.	„(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 3 Absatz 8***, Artikel 8 Absätze 3, 6a und 6b und Artikel 8a Absatz 3a*** wird der Kommission für einen Zeitraum von sechs Jahren ab dem ***[Amt für Veröffentlichungen: bitte Datum einfügen = Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie]*** übertragen. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von ***sechs*** Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.“

Abänderung 136

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 8 b (neu)

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 9a — Absatz 3

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	8b. Artikel 9a Absatz 3 erhält folgende Fassung:
(3) Die Befugnisübertragung gemäß Artikel 3 Absatz 8 kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Ein Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* oder zu einem im Beschluss über den Widerruf angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird von dem Beschluss über den Widerruf nicht berührt.	„(3) Die Befugnisübertragung gemäß Artikel 3 Absatz 8***, Artikel 8 Absätze 3, 6a und 6b und Artikel 8a Absatz 3a*** kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Ein Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* oder zu einem im Beschluss über den Widerruf angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird von dem Beschluss über den Widerruf nicht berührt.“

Abänderung 137

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 8 c (neu)

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 9a — Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	8c. In Artikel 9a wird folgender Absatz 3a eingefügt:
	„(3a) Vor dem Erlass eines delegierten Rechtsakts konsultiert die Kommission die von den einzelnen Mitgliedstaaten benannten Sachverständigen im Einklang mit den in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung enthaltenen Grundsätzen.“

Abänderung 138

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 8 d (neu)

Richtlinie 2008/105/EG

Artikel 9a — Absatz 5

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	8d. In Artikel 9a erhält Absatz 5 folgende Fassung:
(5) Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß Artikel 3 Absatz 8 oder Artikel 8a Absatz 3a erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um zwei Monate verlängert.	„(5) Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß Artikel 3 Absatz 8 ***, Artikel 8 Absätze 3, 6a oder 6b*** oder Artikel 8a Absatz 3a erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um zwei Monate verlängert.“

Abänderung 139

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang I — Absatz 1 — Nummer 10 a (neu)

Richtlinie 2000/60/EG

Anhang V — Nummer 1.3.4. — Absatz 4

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	10a. Nummer 1.3.4 Absatz 4 wird wie folgt geändert:

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
Mit den gewählten Überwachungsfrequenzen muss der Schwankungsbreite bei den Parametern, die sowohl auf natürliche als auch auf anthropogene Ursachen zurückgehen, Rechnung getragen ***werden***. Die Zeitpunkte, zu denen die Überwachung durchgeführt wird, sind so zu wählen, dass ***die*** Auswirkungen jahreszeitlich bedingter Schwankungen ***auf die Ergebnisse so gering wie möglich sind*** und somit gesichert wird, dass Veränderungen des Wasserkörpers ***als Veränderungen infolge*** anthropogener Belastungen in den Ergebnissen ausgewiesen werden. ***Erforderlichenfalls sind in verschiedenen Jahreszeiten des gleichen Jahres zusätzliche Überwachungen durchzuführen***, ***um dieses Ziel zu*** erreichen.	„***Die Überwachungsfrequenzen müssen so ausgewählt und gegebenenfalls erhöht werden, dass*** der Schwankungsbreite bei den Parametern, die sowohl auf natürliche als auch auf anthropogene Ursachen zurückgehen, Rechnung getragen ***wird***. ***Außerdem sind*** die Zeitpunkte, zu denen die Überwachung durchgeführt wird, sind so zu wählen, dass ***den*** Auswirkungen jahreszeitlich bedingter Schwankungen ***bei der Stoffnutzung und Schwankungen der Wasserstände auf die Zustandsbeurteilungen Rechnung getragen wird*** und somit gesichert wird, dass Veränderungen des Wasserkörpers ***aufgrund*** anthropogener Belastungen ***und klimatischer Schwankungen*** in den Ergebnissen ausgewiesen werden. ***Bei prioritären Stoffen, die anfällig für klimatische Schwankungen sind, und bei prioritären Stoffen***, ***deren Konzentration aufgrund saisonaler Schwankungen bei der Verwendung dieser Stoffe über kurze Zeiträume Höchststande*** erreichen ***kann, wird die Überwachung häufiger durchgeführt als bei anderen Stoffen***.“

Abänderung 140

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang I — Absatz 1 — Nummer 18

Richtlinie 2000/60/EG

Anhang V — Nummer 2.4.5 — Unterabsatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Mitgliedstaaten kennzeichnen ferner mit einem schwarzen Punkt auf der Karte diejenigen Grundwasserkörper, bei denen ***ein signifikanter*** und ***anhaltender Trend*** zur Zunahme der Schadstoffkonzentrationen aufgrund anthropogener Einwirkungen festzustellen ***ist***. Eine Trendumkehr wird durch einen blauen Punkt auf der Karte gekennzeichnet.	Die Mitgliedstaaten kennzeichnen ferner mit einem schwarzen Punkt auf der Karte diejenigen Grundwasserkörper, bei denen ***signifikante*** und ***anhaltende Trends, einschließlich jahreszeitlich bedingter Trends unter anderem infolge einer geringen Einleitung eines Wasserkörpers,*** zur Zunahme der Schadstoffkonzentrationen aufgrund anthropogener Einwirkungen festzustellen ***sind***. Eine Trendumkehr wird durch einen blauen Punkt auf der Karte gekennzeichnet.

Abänderung 141

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang II — Absatz 1 — Nummer 1

Richtlinie 2000/60/EG

Anhang VIII — Nummer 10

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
10. Schwebstoffe, einschließlich Mikro-/Nanoplastik	10. Schwebstoffe, einschließlich Mikro-/Nanoplastik***, sowie Stoffe, aus denen bekanntermaßen Mikro-/Nanoplastik entsteht***

Abänderung 142

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2006/118/EG

Anhang I — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Anmerkung 1: Die Qualitätsnormen für die in den Einträgen 3 bis 7 aufgeführten Schadstoffe gelten ab dem … [Amt für Veröffentlichungen: Bitte Datum einfügen = erster Tag des Monats ***18*** Monate nach Inkrafttreten dieser Änderungsrichtlinie] mit dem Ziel, bis spätestens 22. Dezember 2033 einen guten chemischen Wasserzustand zu erreichen.	Anmerkung 1: Die Qualitätsnormen für die in den Einträgen 3 bis 7 aufgeführten Schadstoffe gelten ab dem … [Amt für Veröffentlichungen: Bitte Datum einfügen = erster Tag des Monats ***6*** Monate nach Inkrafttreten dieser Änderungsrichtlinie] mit dem Ziel, bis spätestens 22. Dezember 2033 einen guten chemischen Wasserzustand zu erreichen.

Abänderung 143

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2006/118/EG

Anhang I — Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Ist bei einem bestimmten Grundwasserkörper, insbesondere einem Grundwasserkörper im ökologischen Netzwerk der besonderen Schutzgebiete gemäß der Richtlinie 92/43/EWG des Rates, davon auszugehen, dass die Grundwasserqualitätsnormen zur Folge haben könnten, dass die Umweltziele des Artikels 4 der Richtlinie 2000/60/EG für verbundene Oberflächengewässer nicht erreicht werden können oder eine signifikante Verschlechterung der ökologischen oder chemischen Qualität dieser Wasserkörper oder signifikante Schädigungen von Grundwasser- oder terrestrischen Ökosysteme, die direkt vom betreffenden Grundwasserkörper abhängen, eintreten könnten, so werden gemäß Artikel 3 und Anhang II der vorliegenden Richtlinie strengere Schwellenwerte festgelegt. Die im Zusammenhang mit solchen Schwellenwerten erforderlichen Programme und Maßnahmen gelten auch für die in den Geltungsbereich der Richtlinie 91/676/EWG fallenden Tätigkeiten.

Abänderung 144

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2006/118/EG

Anhang I — Tabelle — Zeile 4

Vorschlag der Kommission

2	Wirkstoffe in Pestiziden, einschließlich relevanter Metabolite, Abbau- und Reaktionsprodukte	Pestizide	nicht anwendbar	nicht anwendbar	***0,1*** (je Stoff)
					0,5 (insgesamt) ([5])

([5]) „insgesamt“ ist die Summe aller einzelnen bei dem Überwachungsverfahren nachgewiesenen und mengenmäßig bestimmten Pestizide, einschließlich ihrer relevanten Metaboliten, Abbau- und Reaktionsprodukte.

Geänderter Text

2	Wirkstoffe in Pestiziden, einschließlich relevanter Metabolite, Abbau- und Reaktionsprodukte	Pestizide	nicht anwendbar	nicht anwendbar	***0,05*** (je Stoff) ([4a])
					0,25 (insgesamt) ([5])

([4a]) ***Dieser Schwellenwert gilt nur bis zur Überprüfung durch die Kommission.***
([5]) „insgesamt“ ist die Summe aller einzelnen bei dem Überwachungsverfahren nachgewiesenen und mengenmäßig bestimmten Pestizide, einschließlich ihrer relevanten Metaboliten, Abbau- und Reaktionsprodukte. ***Der für die Summe aller einzelnen Pestizide festgelegte Schwellenwert gilt nur bis zur Überprüfung durch die Kommission.***

Abänderung 145

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2006/118/EG

Anhang I — Tabelle — Zeile 5a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

3a	***PFAS — insgesamt***	***Industrielle Stoffe***	***nicht anwendbar***	***nicht anwendbar***	([7a])

([7a]) Die Qualitätsnorm wird von der Kommission im Wege eines delegierten Rechtsakts festgelegt.

Abänderung 146

Vorschlag für eine Verordnung

Anhang III

Richtlinie 2006/118/EG

Anhang I — Tabelle — Zeile 6

Vorschlag der Kommission

4	Carbamazepin	Arzneimittel	298-46-4	nicht anwendbar	***0,25***

Geänderter Text

4	Carbamazepin	Arzneimittel	298-46-4	nicht anwendbar	***0,025***

Abänderung 147

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2006/118/EG

Anhang I — Tabelle — Zeile 8

Vorschlag der Kommission

6	Pharmazeutische Wirkstoffe — insgesamt[8]	Arzneimittel	nicht anwendbar	nicht anwendbar	***0,25***

Geänderter Text

6	Pharmazeutische Wirkstoffe — insgesamt[8]	Arzneimittel	nicht anwendbar	nicht anwendbar	***0,025***

Abänderung 148

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2006/118/EG

Anhang I — Tabelle — Zeile 9

Vorschlag der Kommission

7	Nicht relevante Metaboliten von Pestiziden (NRM)	Pestizide	nicht anwendbar	nicht anwendbar	0,1 [9] ***oder 1*** [10] ***oder 2,5 oder 5*** [11] (je Stoff)
					0,5 [9] ***oder 5*** [10] ***oder 12,5*** [11] (insgesamt) [12]

[9] Anwendbar auf NRM mit unzureichender Datenlage, d. h. NRM, für die keine zuverlässigen Versuchsdaten zu chronischen oder akuten Auswirkungen des NRM in der verlässlichen Prognosen zufolge sensibelsten taxonomischen Gruppe vorliegen.

[10] Anwendbar auf NRM mit hinreichender Datenlage, d. h. NRM, für die zuverlässige Versuchsdaten zu chronischen oder akuten Auswirkungen des NRM in der verlässlichen Prognosen zufolge sensibelsten taxonomischen Gruppe vorliegen, die Daten aber nicht ausreichen, um die Datenlage der Stoffe als „gut" einzustufen.

[11] Anwendbar auf NRM mit guter Datenlage, d. h. NRM, für die zuverlässige Versuchsdaten oder ebenso zuverlässige, durch alternative wissenschaftlich validierte Methoden erfasste Daten zu chronischen oder akuten Auswirkungen des NRM auf jeweils mindestens eine Art von Algen, wirbellosen Tieren und Fischen vorliegen, sodass die sensibelste taxonomische Gruppe zuverlässig bestätigt werden kann, und für die eine Qualitätsnorm mithilfe eines deterministischen Ansatzes auf der Grundlage zuverlässiger Daten zur chronischen experimentellen Toxizität für diese taxonomische Gruppe berechnet werden kann; Die Mitgliedstaaten können zu diesem Zweck die neuesten Leitlinien heranziehen, die im Rahmen der gemeinsamen Umsetzungsstrategie für die Richtlinie 2000/60/EG (Leitfaden Nr. 27 in der aktualisierten Fassung) erstellt wurden. Für einzelne NRM gilt die Qualitätsnorm von 2,5, außer wenn die nach dem deterministischen Ansatz berechnete Qualitätsnorm höher ist; in diesem Fall gilt eine Qualitätsnorm von 5.

[12] „Insgesamt" ist die Summe aller NRM in der jeweiligen Datenkategorie, die im Rahmen des Überwachungsverfahrens ermittelt und quantifiziert wurden.

Geänderter Text

7	Nicht relevante Metaboliten von Pestiziden (NRM)	Pestizide	nicht anwendbar	nicht anwendbar	0,1 (je Stoff)
					0,5 (insgesamt) ([12])

([12]) „Insgesamt“ ist die Summe aller NRM in der jeweiligen Datenkategorie, die im Rahmen des Überwachungsverfahrens ermittelt und quantifiziert wurden.

Abänderung 149

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang IV — Absatz 1 — Nummer 1 a (neu)

Richtlinie 2006/118/EG

Anhang II — Teil B — Überschrift

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	(1a) In Teil B erhält der Titel folgende Fassung:
Mindestliste von Schadstoffen und ihren Indikatoren, für die die Mitgliedstaaten ***die Festlegung von Schwellenwerten*** gemäß Artikel 3 ***zu erwägen*** haben	„Mindestliste von Schadstoffen und ihren Indikatoren, für die die Mitgliedstaaten ***Schwellenwerte*** gemäß Artikel 3 ***festzulegen*** haben“

Abänderung 150

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang V — Absatz 1 — Nummer 2

Richtlinie 2008/105/EG

Anhang I — Tabelle — Zeile 5

Vorschlag der Kommission

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)
(3)	Atrazin	Herbizide	1912-24-9	217-617-8	***0,6***	***0,6***	2,0	2,0				

Geänderter Text

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)
(3)	Atrazin	Herbizide	1912-24-9	217-617-8	***0,1***	***0,01***	2,0	2,0				

Abänderung 151

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang V — Absatz 1 — Nummer 2

Richtlinie 2008/105/EG

Anhang I — Tabelle — Zeile 76

Vorschlag der Kommission

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)
(60)	Glyphosat	Herbizide	1071-83-6	213-997-4	***0,1*** ([25]) ***86,7*** ([26])	***8,67***	398,6	39,86				

([25]) Für Süßwasser, das für die Trinkwassergewinnung und -aufbereitung verwendet wird.
([26]) Für Süßwasser, das nicht für die Trinkwassergewinnung und -aufbereitung verwendet wird.

Geänderter Text

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)
(60)	Glyphosat	Herbizide	1071-83-6	213-997-4	***0,1***	***0,01***	398,6	39,86				

Abänderung 152

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang V — Absatz 1 — Nummer 2

Richtlinie 2008/105/EG

Anhang I — Tabelle — Zeile 86 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)
70a	***Bisphenole***	***Industrie-chemikalien***	***nicht anwend-bar***	***nicht anwend-bar***	(*)	(*)	(*)	(*)				

(*) Die Qualitätsnormen werden von der Kommission im Wege eines delegierten Rechtsakts festgelegt.

Abänderung 153

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang V — Absatz 1 — Nummer 2

Richtlinie 2008/105/EG

Anhang I — Tabelle — Zeile 86 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)
70b	***PFAS — insgesamt***	***Industrie-chemikalien***	***nicht anwendbar***	***nicht anwendbar***	(*)	(*)	(*)	(*)				

(*) ***Die Qualitätsnormen werden von der Kommission im Wege eines delegierten Rechtsakts festgelegt.***

Abänderung 154

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang V — Absatz 1 — Nummer 2

Richtlinie 2008/105/EG

Anhang I — Tabelle — Zeile 86 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)
70c	***Pharmazeutische Wirkstoffe — insgesamt***	***Arzneimittel***	***nicht anwendbar***	***nicht anwendbar***	***0,25***	***0,025***						

Abänderung 155

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang VI

Richtlinie 2008/105/EG

Anhang II — Teil A — Nummer 10

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
10. Schwebstoffe, einschließlich Mikro-/Nanoplastik.	10. Schwebstoffe, einschließlich Mikro-/Nanoplastik***, sowie Stoffe, aus denen bekanntermaßen Mikro-/Nanoplastik entsteht***.

Abänderung 156

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang VI

Richtlinie 2008/105/EG

Anhang II — Teil B — Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(da) bei der Festlegung von UQN für Metalle sind Modelle für die Bioverfügbarkeit zu berücksichtigen, um den verschiedenen Wasserqualitätsparametern Rechnung zu tragen, die die Bioverfügbarkeit von Metallen beeinflussen.

C/2024/1778

22.3.2024

P9_TA(2023)0303

Richtlinie über erneuerbare Energie

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2023 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/652 des Rates (COM(2021)0557 — C9-0329/2021 — 2021/0218(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

(C/2024/1778)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2021)0557),

— unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2022)0222),

— gestützt auf Artikel 294 Absatz 2, Artikel 114, Artikel 192 Absatz 1 und Artikel 194 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C9-0329/2021),

— unter Hinweis auf die Stellungnahme des Rechtsausschusses zu der vorgeschlagenen Rechtsgrundlage,

— gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 und Artikel 192 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

— unter Hinweis auf die vom schwedischen Parlament im Rahmen des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vorgelegte begründete Stellungnahme, in der geltend gemacht wird, dass der Entwurf eines Gesetzgebungsakts nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist,

— unter Hinweis auf die Stellungnahmen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 9. Dezember 2021 ([1]) und vom 13. Juli 2022 ([2]),

— unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 28. April 2022 ([3]),

— unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 74 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 16. Juni 2023 gemachte Zusage, den Standpunkt des Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

— gestützt auf die Artikel 59 und 40 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf die Stellungnahmen des Entwicklungsausschusses, des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, des Ausschusses für Verkehr und Tourismus, des Ausschusses für regionale Entwicklung und des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung,

— unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (A9-0208/2022),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest ([4]);

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

([1]) ABl. C 152 vom 6.4.2022, S. 127.
([2]) ABl. C 443 vom 22.11.2022, S. 145.
([3]) ABl. C 301 vom 5.8.2022, S. 184.
([4]) Dieser Standpunkt ersetzt die am 14. September 2022 angenommenen Abänderungen (ABl. C 125 vom 5.4.2023, S. 398).

P9_TC1-COD(2021)0218

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 12. September 2023 im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie (EU) 2023/… des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2018/2001, der Verordnung (EU) 2018/1999 und der Richtlinie 98/70/EG im Hinblick auf die Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/652 des Rates

(Da Parlament und Rat eine Einigung erzielt haben, entspricht der Standpunkt des Parlaments dem endgültigen Rechtsakt, Richtlinie (EU) 2023/2413.)

C/2024/1779

22.3.2024

P9_TA(2023)0304

Verbraucherkredite

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2023 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbraucherkredite (COM(2021)0347 — C9-0244/2021 — 2021/0171(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

(C/2024/1779)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2021)0347),

— gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 114 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C9-0244/2021),

— gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

— unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 21. Oktober 2021 ([1]),

— unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 74 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 26. April 2023 gemachte Zusage, den Standpunkt des Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

— gestützt auf Artikel 59 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft und Währung,

— unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (A9-0212/2022),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

P9_TC1-COD(2021)0171

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 12. September 2023 im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie (EU) 2023/… des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/48/EG

(Da Parlament und Rat eine Einigung erzielt haben, entspricht der Standpunkt des Parlaments dem endgültigen Rechtsakt, Richtlinie (EU) 2023/2225.)

([1]) ABl. C 105 vom 4.3.2022, S. 92.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1780

22.3.2024

P9_TA(2023)0305

Schutz geografischer Angaben für handwerkliche und industrielle Erzeugnisse

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2023 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schutz geografischer Angaben für handwerkliche und industrielle Erzeugnisse und zur Änderung der Verordnungen (EU) 2017/1001 und (EU) 2019/1753 des Europäischen Parlaments und des Rates und des Beschlusses (EU) 2019/1754 des Rates (COM(2022)0174 — C9-0148/2022 — 2022/0115(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

(C/2024/1780)

Das Europäische Parlament,

— gestützt auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2022)0174),

— gestützt auf Artikel 294 Absatz 2, Artikel 118 Absatz 1 und Artikel 207 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C9-0148/2022),

— gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

— unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 21. September 2022 ([1]),

— unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 11. Oktober 2022 ([2]),

— unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 74 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 24. Mai 2023 gemachte Zusage, den Standpunkt des Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

— gestützt auf Artikel 59 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf die Stellungnahmen des Ausschusses für internationalen Handel und des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz,

— unter Hinweis auf den Bericht des Rechtsausschusses (A9-0049/2023),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat, der Kommission und den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

P9_TC1-COD(2022)0115

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 12. September 2023 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2023/… des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schutz geografischer Angaben für handwerkliche und industrielle Erzeugnisse und zur Änderung der Verordnungen (EU) 2017/1001 und (EU) 2019/1753

(Da Parlament und Rat eine Einigung erzielt haben, entspricht der Standpunkt des Parlaments dem endgültigen Rechtsakt, Verordnung (EU) 2023/2411.)

([1]) ABl. C 486 vom 21.12.2022, S. 129.
([2]) ABl. C 498 vom 30.12.2022, S. 57.

C/2024/1783

22.3.2024

P9_TA(2023)0311

Zusammensetzung des Europäischen Parlaments

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 2023 zu dem Entwurf eines Beschlusses des Europäischen Rates über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments (00013/2023 — C9-0319/2023 — 2023/0900(NLE))

(Zustimmung)

(C/2024/1783)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf den Entwurf eines Beschlusses des Europäischen Rates (00013/2023),

— in Kenntnis des vom Europäischen Rat gemäß Artikel 14 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union unterbreiteten Ersuchens um Zustimmung (C9-0319/2023),

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. Juni 2023 zur Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und auf seinen dieser Entschließung als Anlage beigefügten Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Rates ([1]),

— unter Hinweis auf seine dieser Entschließung beigefügten Erklärung;

— gestützt auf Artikel 90 und Artikel 105 Absätze 1 und 4 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf die Empfehlung des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (A9-0265/2023),

1. gibt seine Zustimmung zu dem Entwurf eines Beschlusses des Europäischen Rates;

2. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Europäischen Rat und — zur Information — der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

([1]) Angenommene Texte, P9_TA(2023)0243.

ANLAGE ZUR LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Erklärung des Europäischen Parlaments

Der Entwurf eines Beschlusses über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments lässt die Vorrechte des Europäischen Parlaments und des Rates im jährlichen Haushaltsverfahren unberührt, und Erwägungsgrund 5 dieses Beschlussentwurfs betrifft Fragen, die nicht in den Zuständigkeitsbereich des Europäischen Rates nach Artikel 15 Absatz 1 EUV und der Rechtsgrundlage von Artikel 14 Absatz 2 EUV fallen. Es ist allein Sache des Europäischen Parlaments und des Rates, nach dem Verfahren des Artikels 314 AEUV über den Inhalt des Haushaltsplans der Union zu entscheiden.

C/2024/1785

22.3.2024

P9_TA(2023)0313

Verlängerung des Abkommens EU/USA über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 2023 zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über die Verlängerung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika (08892/2023 — C9-0186/2023 — 2023/0088(NLE))

(Zustimmung)

(C/2024/1785)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf den Entwurf eines Beschlusses des Rates (08892/2023),

— unter Hinweis auf den Beschluss 98/591/EG des Rates vom 13. Oktober 1998 über den Abschluss des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika [1],

— unter Hinweis auf das vom Rat gemäß Artikel 186 und Artikel 218 Absatz 6 Unterabsatz 2 Buchstabe a Ziffer v des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union unterbreitete Ersuchen um Zustimmung (C9-0186/2023),

— gestützt auf Artikel 105 Absätze 1 und 4 und Artikel 114 Absatz 7 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf die Empfehlung des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (A9-0242/2023),

1. gibt seine Zustimmung zu der Verlängerung des Abkommens;

2. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu übermitteln.

[1] ABl. L 284 vom 22.10.1998, S. 35.

C/2024/1786

22.3.2024

P9_TA(2023)0314

Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 2023 zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates zu Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten (COM(2023)0599 — C9-0200/2023 — 2023/0173(NLE))

(Anhörung)

(C/2024/1786)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an den Rat (COM(2023)0599),

— gestützt auf Artikel 148 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, gemäß dem es vom Rat angehört wurde (C9-0200/2023),

— gestützt auf Artikel 82 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (A9-0241/2023),

1. billigt den Vorschlag der Kommission;

2. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;

3. fordert den Rat auf, es erneut anzuhören, falls er beabsichtigt, den vom Parlament gebilligten Text entscheidend zu ändern;

4. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

C/2024/1787

22.3.2024

P9_TA(2023)0315

Besteuerung: Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 2023 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung (COM(2022)0707 — C9-0017/2023 — 2022/0413(CNS))

(Besonderes Gesetzgebungsverfahren — Anhörung)

(C/2024/1787)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an den Rat (COM(2022)0707),

— gestützt auf die Artikel 113 und 115 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, gemäß denen es vom Rat angehört wurde (C9-0017/2023),

— gestützt auf Artikel 82 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (A9-0236/2023),

1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;

2. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag gemäß Artikel 293 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union entsprechend zu ändern;

3. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;

4. fordert den Rat auf, es erneut anzuhören, falls er beabsichtigt, den Vorschlag der Kommission entscheidend zu ändern;

5. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

Abänderung 1

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung stellen für die Union und auf globaler Ebene eine große Herausforderung dar. Der Informationsaustausch ist ***bei*** der Bekämpfung solcher Praktiken ***von entscheidender Bedeutung***.	(1) Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung stellen für die Union und auf globaler Ebene eine große Herausforderung dar. ***Schätzungen zufolge entgehen den EU-Mitgliedstaaten durch Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung jährlich bis zu 170 Mrd. EUR ([1a]), was ihre Fähigkeit, hochwertige öffentliche Dienstleistungen zu erbringen, erheblich beeinträchtigt.*** Der Informationsaustausch ist ***ein entscheidender Bestandteil*** der ***Entwicklung eines gut funktionierenden und effektiven Unionsrahmens zur*** Bekämpfung solcher ***schädlichen*** Praktiken.

([1a]) Polish Economic Institute, „Tax unfairness in the European Union“: https://pie.net.pl/wp-content/uploads/2018/07/PIE_-Report_Tax_Havens_EU.pdf

Abänderung 2

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2a) Um die ordnungsgemäße Umsetzung dieser Richtlinie sicherzustellen, sollten die Mitgliedstaaten der Kommission jährlich relevante Informationen über die festgestellten Hindernisse übermitteln. Außerdem sollte der Austausch über bewährte nationale Verfahren zwischen den Steuerbehörden gefördert werden.

Abänderung 3

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2b) Das Parlament hat insbesondere im Rahmen seiner verschiedenen Stellungnahmen zur Überarbeitung der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und eines Durchführungsberichts einen ehrgeizigeren Ansatz für das System und die Infrastruktur des Informationsaustauschs im Steuerbereich gefordert.

Abänderung 4

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2c) In Zeiten des freien Kapitalverkehrs stellen nationale Alleingänge keine effiziente Antwort auf Steuermissbrauch dar. Die Umsetzung von politischen Maßnahmen auf Ebene der Union sowie, wenn möglich, von internationalen Vereinbarungen stellt daher nach wie vor einen entscheidenden Faktor bei den Bemühungen dar, die Fairness der Steuersysteme zu verbessern.

Abänderung 5

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(5) Der Markt für Kryptowerte hat an Bedeutung gewonnen und seine Kapitalisierung in den letzten zehn Jahren erheblich und rasch erhöht. Kryptowerte sind eine digitale Darstellung eines Wertes oder eines Rechts, die unter Verwendung der Distributed-Ledger-Technologie oder einer ähnlichen Technologie elektronisch übertragen und gespeichert werden können.	(5) Der Markt für Kryptowerte hat an Bedeutung gewonnen und seine Kapitalisierung in den letzten zehn Jahren erheblich und rasch erhöht. Kryptowerte sind eine digitale Darstellung eines Wertes oder eines Rechts, die unter Verwendung der Distributed-Ledger-Technologie oder einer ähnlichen Technologie elektronisch übertragen und gespeichert werden können. ***Aufgrund ihrer mangelnden Transparenz und ihrer Volatilität könnten Kryptowerte für illegale Zwecke verwendet werden. Die Nachverfolgung der Transfers von Kryptowerten ist von großer Bedeutung.***

Abänderung 6

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(6) Die Mitgliedstaaten verfügen über Vorschriften und Leitlinien für die Besteuerung von Einkünften aus Geschäften mit Kryptowerten, auch wenn diese sich zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten unterscheiden. ***Der dezentrale Charakter von Kryptowerten erschwert es den Steuerverwaltungen der Mitgliedstaaten jedoch, die Einhaltung der Steuervorschriften sicherzustellen***.	(6) Die Mitgliedstaaten verfügen über Vorschriften und Leitlinien für die Besteuerung von Einkünften aus Geschäften mit Kryptowerten, auch wenn diese sich zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten unterscheiden. ***Einige Mitgliedstaaten haben jedoch Steuervergünstigungen eingeführt, die speziell auf Kryptowerte ausgerichtet sind und zu schädlichen Steuerpraktiken und Steuerausfällen führen können***.

Abänderung 7

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 7

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(7) Mit der Verordnung ***XXX*** des Europäischen Parlaments und des Rates ***über Märkte für Kryptowerte26 (im Folgenden „Verordnung XXX“)*** wurde der Regulierungsbereich der Union auf Fragen im Zusammenhang mit Kryptowerten ausgeweitet, die bisher nicht durch Rechtsakte der Union über Finanzdienstleistungen geregelt waren, sowie auf Anbieter von Dienstleistungen im Zusammenhang mit solchen Kryptowerten (im Folgenden „Anbieter von ***Krypto-Dienstleistungen“***). ***Die*** Verordnung ***XXX*** enthält die für die Zwecke dieser Richtlinie geltenden Begriffsbestimmungen. Diese Richtlinie trägt auch der Zulassungsbedingung für Anbieter von ***Krypto-Dienstleistungen*** nach Verordnung ***XXX*** Rechnung, um den Verwaltungsaufwand für die Anbieter von ***Krypto-Dienstleistungen*** so gering wie möglich zu halten. Der inhärent grenzüberschreitende Charakter von Kryptowerten erfordert eine starke internationale Verwaltungszusammenarbeit, um eine wirksame Regulierung sicherzustellen.	(7) Mit der Verordnung ***(EU) 2023/1114*** des Europäischen Parlaments und des Rates ***([1a])*** wurde der Regulierungsbereich der Union auf Fragen im Zusammenhang mit Kryptowerten ausgeweitet, die bisher nicht durch Rechtsakte der Union über Finanzdienstleistungen geregelt waren, sowie auf Anbieter von Dienstleistungen im Zusammenhang mit solchen Kryptowerten (im Folgenden „Anbieter von ***Kryptowerte-Dienstleistungen“***). ***Diese*** Verordnung enthält die für die Zwecke dieser Richtlinie geltenden Begriffsbestimmungen. Diese Richtlinie trägt auch der Zulassungsbedingung für Anbieter von ***Kryptowerte-Dienstleistungen*** nach ***dieser*** Verordnung Rechnung, um den Verwaltungsaufwand für die Anbieter von ***Kryptowerte-Dienstleistungen*** so gering wie möglich zu halten. Der inhärent grenzüberschreitende Charakter von Kryptowerten erfordert eine starke internationale Verwaltungszusammenarbeit, um eine wirksame Regulierung sicherzustellen. ***Es ist wichtig, die systematische Kohärenz der Unionsrechtsakte zur Regulierung von Kryptowerten sicherzustellen. Zu diesem Zweck wird die Verordnung (EU) 2023/1113 des Europäischen Parlaments und des Rates ([1b]) in dieser Überarbeitung der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden ebenfalls berücksichtigt. In dieser Richtlinie wird jedoch auch anerkannt, dass für einen wirksamen Informationsaustausch ein breiterer Geltungsbereich erforderlich ist.***

([1a]) Verordnung (EU) 2023/1114 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über Märkte für Kryptowerte und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 1095/2010 sowie der Richtlinien 2013/36/EU und (EU) 2019/1937 (ABl. L 150 vom 9.6.2023, S. 40).

([1b]) Verordnung (EU) 2023/1113 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und Transfers bestimmter Kryptowerte und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/849 (ABl. L 150 vom 9.6.2023, S. 1).

Abänderung 8

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 8

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(8) Mit dem Rahmen der Union zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung wird der Kreis der Verpflichteten, die den Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung unterliegen, auf die Anbieter von ***Krypto-Dienstleistungen*** ausgeweitet, die unter die Verordnung ***XXX*** fallen. Darüber hinaus wird durch die Verordnung ***XXX***[27] die Verpflichtung der Zahlungsdienstleister, Geldtransfers mit Angaben zum Auftraggeber und zum Zahlungsempfänger zu versehen, auf Anbieter von ***Krypto-Dienstleistungen*** ausgeweitet, um die Rückverfolgbarkeit der Übertragung von Kryptowerten zum Zwecke der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sicherzustellen.	(8) Mit dem Rahmen der Union zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung wird der Kreis der Verpflichteten, die den Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung unterliegen, auf die Anbieter von ***Kryptowerte-Dienstleistungen*** ausgeweitet, die unter die Verordnung ***(EU) 2023/1114*** fallen. Darüber hinaus wird durch die Verordnung ***(EU) 2023/1113*** die Verpflichtung der Zahlungsdienstleister, Geldtransfers mit Angaben zum Auftraggeber und zum Zahlungsempfänger zu versehen, auf Anbieter von ***Kryptowerte-Dienstleistungen*** ausgeweitet, um die Rückverfolgbarkeit der Übertragung von Kryptowerten zum Zwecke der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sicherzustellen.

Abänderung 9

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 9

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(9) Auf internationaler Ebene zielt der Melderahmen für Kryptowerte ([28]) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) darauf ab, für mehr Steuertransparenz bei Kryptowerten und deren Meldung zu sorgen. Die Unionsvorschriften sollten dem von der OECD entwickelten Rahmen Rechnung tragen, um die Wirksamkeit des Informationsaustauschs zu erhöhen und den Verwaltungsaufwand zu verringern.	(9) Auf internationaler Ebene zielt der Melderahmen für Kryptowerte ([28]) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) darauf ab, für mehr Steuertransparenz bei Kryptowerten und deren Meldung zu sorgen. Die Unionsvorschriften sollten dem von der OECD entwickelten Rahmen Rechnung tragen, um die Wirksamkeit des Informationsaustauschs zu erhöhen und den Verwaltungsaufwand zu verringern. ***Um eine einheitliche Umsetzung und Anwendung dieser Richtlinie sicherzustellen, sollten die Mitgliedstaaten die von der OECD ausgearbeiteten Kommentare zum Muster für eine Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden und zum Melderahmen für Kryptowerte verwenden.***
([28]) https://www.oecd.org/tax/exchange-of-tax-information/crypto-asset-reporting-framework-and-amendments-to-the-common-reporting-standard.pdf	([28]) https://www.oecd.org/tax/exchange-of-tax-information/crypto-asset-reporting-framework-and-amendments-to-the-common-reporting-standard.pdf

Abänderung 10

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 14

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(14) Die Richtlinie gilt für Anbieter von ***Krypto-Dienstleistungen***, die der Regulierung durch die Verordnung ***XXX*** unterliegen und nach dieser Verordnung zugelassen sind, aber auch für Kryptowert-Betreiber, die der Verordnung nicht unterliegen. Beide werden als meldende Anbieter von ***Krypto-Dienstleistungen*** bezeichnet, da sie gemäß dieser Richtlinie meldepflichtig sind. Das allgemeine Verständnis dessen, was unter Kryptowerten zu verstehen ist, ist sehr weit gefasst und umfasst auch dezentral ausgegebene Kryptowerte sowie Stablecoins und bestimmte nicht austauschbare Token (Non-Fungible Token, im Folgenden „NFT"). Kryptowerte, die für Zahlungs- oder Anlagezwecke verwendet werden, sind nach dieser Richtlinie meldepflichtig. ***Daher sollten die meldenden Anbieter von Krypto-Dienstleistungen von Fall zu Fall prüfen, ob Kryptowerte für Zahlungs- und Anlagezwecke verwendet werden können, wobei die in der Verordnung XXX vorgesehenen Freistellungen zu berücksichtigen sind, insbesondere in Bezug auf begrenzte Netze und bestimmte Utility-Token.***	(14) Die Richtlinie gilt für Anbieter von ***Kryptowerte-Dienstleistungen***, die der Regulierung durch die Verordnung ***(EU) 2023/1114*** unterliegen und nach dieser Verordnung zugelassen sind, aber auch für Kryptowert-Betreiber, die der Verordnung nicht unterliegen. Beide werden als meldende Anbieter von ***Kryptowerte-Dienstleistungen*** bezeichnet, da sie gemäß dieser Richtlinie meldepflichtig sind. Das allgemeine Verständnis dessen, was unter Kryptowerten zu verstehen ist, ist sehr weit gefasst und umfasst auch dezentral ausgegebene Kryptowerte sowie Stablecoins***, einschließlich E-Geld-Token gemäß der Begriffsbestimmung in der Verordnung (EU) 2023/1114,*** und bestimmte nicht austauschbare Token (Non-Fungible Token, im Folgenden „NFT"). Kryptowerte, die für Zahlungs- oder Anlagezwecke verwendet werden, sind nach dieser Richtlinie meldepflichtig.

Abänderung 11

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 17

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(17) Entsprechend dem Grundsatz der einmaligen Zulassung können Anbieter von ***Krypto-Dienstleistungen***, die unter die Verordnung ***XXX*** fallen, ihre Tätigkeit in der gesamten Union ausüben, sobald sie ihre Zulassung in einem der Mitgliedstaaten erhalten haben. Zu diesem Zweck führt die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (im Folgenden „ESMA") ein Register mit den zugelassenen Anbietern von ***Krypto-Dienstleistungen***. Darüber hinaus führt die ESMA eine schwarze Liste der Betreiber, die ***Krypto-Dienstleistungen*** erbringen, für die eine Zulassung nach ***Verordnung XXX*** erforderlich ist.	(17) Entsprechend dem Grundsatz der einmaligen Zulassung können Anbieter von ***Kryptowerte-Dienstleistungen***, die unter die Verordnung ***(EU) 2023/1114*** fallen, ihre Tätigkeit in der gesamten Union ausüben, sobald sie ihre Zulassung in einem der Mitgliedstaaten erhalten haben. Zu diesem Zweck führt die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (im Folgenden „ESMA") ein Register mit den zugelassenen Anbietern von ***Kryptowerte-Dienstleistungen***. Darüber hinaus führt die ESMA eine schwarze Liste der Betreiber, die ***Kryptowerte-Dienstleistungen*** erbringen, für die eine Zulassung nach ***der genannten Verordnung*** erforderlich ist.

Abänderung 12

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 19

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(19) Um in diesem Bereich die Verwaltungszusammenarbeit mit Ländern außerhalb der Union zu fördern, sollte es Kryptowert-Betreibern, die außerhalb der Union ansässig sind und Dienstleistungen für Kryptowert-Nutzer in der EU erbringen, etwa NFT-Dienstleistern oder Betreibern, die Dienstleistungen auf der Basis der sogenannten Reverse Solicitation erbringen, nur gestattet sein, den Steuerbehörden eines Drittlands Informationen über in der Union ansässige Kryptowert-Nutzer zu melden, sofern die gemeldeten Informationen den in dieser Richtlinie genannten Informationen entsprechen und ein wirksamer Informationsaustausch zwischen dem Drittland und einem Mitgliedstaat erfolgt. Anbieter von ***Krypto-Dienstleistungen***, die gemäß der Verordnung ***XXX*** zugelassen sind, könnten von der Meldung solcher Informationen in den Mitgliedstaaten, in denen sie über die Zulassung verfügen, befreit werden, wenn die entsprechende Meldung in einem Drittland erfolgt und sofern eine wirksame qualifizierende Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden getroffen wurde. Das qualifizierte Drittland würde diese Informationen wiederum an die Steuerverwaltungen der Mitgliedstaaten weiterleiten, in denen die Kryptowert-Nutzer ansässig sind. Sofern zweckmäßig sollte dieser Mechanismus genutzt werden, um die Mehrfachmeldung und -übermittlung gleichwertiger Informationen zu verhindern.	(19) Um in diesem Bereich die Verwaltungszusammenarbeit mit Ländern außerhalb der Union zu fördern, sollte es Kryptowert-Betreibern, die außerhalb der Union ansässig sind und Dienstleistungen für Kryptowert-Nutzer in der EU erbringen, etwa NFT-Dienstleistern oder Betreibern, die Dienstleistungen auf der Basis der sogenannten Reverse Solicitation erbringen, nur gestattet sein, den Steuerbehörden eines Drittlands Informationen über in der Union ansässige Kryptowert-Nutzer zu melden, sofern die gemeldeten Informationen den in dieser Richtlinie genannten Informationen entsprechen und ein wirksamer Informationsaustausch zwischen dem Drittland und einem Mitgliedstaat erfolgt. Anbieter von ***Kryptowerte-Dienstleistungen***, die gemäß der Verordnung ***(EU) 2023/1114*** zugelassen sind, könnten von der Meldung solcher Informationen in den Mitgliedstaaten, in denen sie über die Zulassung verfügen, befreit werden, wenn die entsprechende Meldung in einem Drittland erfolgt und sofern eine wirksame qualifizierende Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden getroffen wurde. Das qualifizierte Drittland würde diese Informationen wiederum an die Steuerverwaltungen der Mitgliedstaaten weiterleiten, in denen die Kryptowert-Nutzer ansässig sind. Sofern zweckmäßig sollte dieser Mechanismus genutzt werden, um die Mehrfachmeldung und -übermittlung gleichwertiger Informationen zu verhindern.

Abänderung 13

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 23

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(23) Diese Richtlinie tritt nicht an die Stelle allgemeinerer Verpflichtungen, die sich aus der Verordnung ***XXX*** ergeben.	(23) Diese Richtlinie tritt nicht an die Stelle allgemeinerer Verpflichtungen, die sich aus der Verordnung ***(EU) 2023/1114 oder aus der Verordnung (EU) 2023/1113*** ergeben.

Abänderung 14

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 24

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(24) Zur Förderung eines einheitlichen Vorgehens und der einheitlichen Aufsicht in Bezug auf die Verordnung **XXX** sollten die zuständigen nationalen Behörden mit anderen zuständigen nationalen Behörden oder Stellen zusammenarbeiten und einschlägige Informationen austauschen.	(24) Zur Förderung eines einheitlichen Vorgehens und der einheitlichen Aufsicht in Bezug auf die Verordnung ***(EU) 2023/1114*** sollten die zuständigen nationalen Behörden mit anderen zuständigen nationalen Behörden oder Stellen zusammenarbeiten und einschlägige Informationen ***auf effektive und loyale Weise*** austauschen.

Abänderung 15

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 26

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(26) Es ist von entscheidender Bedeutung, die Bestimmungen der Richtlinie 2011/16/EU über die zu meldenden oder auszutauschenden Informationen zu verstärken, um sich an neue Entwicklungen auf verschiedenen Märkten anzupassen und somit festgestellte Verhaltensweisen in Bezug auf Steuerbetrug, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen. Diese Bestimmungen sollten den Entwicklungen im Binnenmarkt und auf internationaler Ebene Rechnung tragen und zu wirksamen Meldungen und einem wirksamen Informationsaustausch führen. Folglich enthält die Richtlinie unter anderem die jüngsten Ergänzungen zum Gemeinsamen Meldestandard der OECD, die Einbeziehung von Bestimmungen über E-Geld und digitale Zentralbankwährung, einen klaren und harmonisierten Rahmen für Vollzugsmaßnahmen und die Ausweitung des Anwendungsbereichs grenzüberschreitender Steuervorbescheide auf vermögende Einzelpersonen.	(26) Es ist von entscheidender Bedeutung, die Bestimmungen der Richtlinie 2011/16/EU über die zu meldenden oder auszutauschenden Informationen zu verstärken, um sich an neue Entwicklungen auf verschiedenen Märkten anzupassen und somit festgestellte Verhaltensweisen in Bezug auf Steuerbetrug, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen. Diese Bestimmungen sollten den Entwicklungen im Binnenmarkt und auf internationaler Ebene Rechnung tragen und zu wirksamen Meldungen und einem wirksamen Informationsaustausch führen. Folglich enthält die Richtlinie unter anderem die jüngsten Ergänzungen zum Gemeinsamen Meldestandard der OECD, die Einbeziehung von Bestimmungen über E-Geld und digitale Zentralbankwährung, einen klaren und harmonisierten Rahmen für Vollzugsmaßnahmen und die Ausweitung des Anwendungsbereichs grenzüberschreitender Steuervorbescheide auf vermögende Einzelpersonen. ***Um eine einheitliche Umsetzung und Anwendung dieser Richtlinie sicherzustellen, sollten die Mitgliedstaaten die von der OECD ausgearbeiteten Kommentare zum Muster für eine Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden und den gemeinsamen Meldestandard verwenden.***

Abänderung 16

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 26 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(26a) Während mehrere Länder, darunter auch viele Mitgliedstaaten, anonymisierte und aggregierte Informationen pro Land veröffentlichen — die aus den nach der Richtlinie (EU) 2016/881 des Rates oder Aktion 13 des BEPS-Aktionsplans geforderten länderbezogenen Berichten stammen –, ist es bedauerlich, dass einige Mitgliedstaaten diese Informationen nicht in internationalen Datenbanken veröffentlichen. Eine Bewertung der Praxis der Veröffentlichung von anonymisierten und aggregierten Informationen pro Land sowie eine Bewertung der Zweckmäßigkeit eines harmonisierten Ansatzes sollte Gegenstand der nächsten Überarbeitung der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden sein.

Abänderung 17

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 27

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(27) E-Geld-Produkte im Sinne der Richtlinie 2009/110/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ([31]) werden in der Union häufig verwendet, und das Transaktionsvolumen steigt stetig. E-Geld-Produkte fallen jedoch nicht ausdrücklich unter die Richtlinie 2011/16/EU. Die Mitgliedstaaten verfolgen unterschiedliche Ansätze für E-Geld. Folglich werden verwandte Produkte nicht immer durch die bestehenden Einkunfts- und Kapitalkategorien der Richtlinie 2011/16/EU erfasst. Daher sollten Vorschriften eingeführt werden, mit denen sichergestellt wird, dass für E-Geld und E-Geld-Token die Meldepflichten nach der Verordnung ***XXX*** gelten.	(27) E-Geld-Produkte im Sinne der Richtlinie 2009/110/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ([31]) werden in der Union häufig verwendet, und das Transaktionsvolumen steigt stetig. E-Geld-Produkte fallen jedoch nicht ausdrücklich unter die Richtlinie 2011/16/EU. Die Mitgliedstaaten verfolgen unterschiedliche Ansätze für E-Geld. Folglich werden verwandte Produkte nicht immer durch die bestehenden Einkunfts- und Kapitalkategorien der Richtlinie 2011/16/EU erfasst. Daher sollten Vorschriften eingeführt werden, mit denen sichergestellt wird, dass für E-Geld und E-Geld-Token die Meldepflichten nach der Verordnung ***(EU) 2023/1114*** gelten.
([31]) Richtlinie 2009/110/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über die Aufnahme, Ausübung und Beaufsichtigung der Tätigkeit von E-Geld-Instituten, zur Änderung der Richtlinien 2005/60/EG und 2006/48/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2000/46/EG (ABl. L 267 vom 10.10.2009, S. 7).	([31]) Richtlinie 2009/110/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über die Aufnahme, Ausübung und Beaufsichtigung der Tätigkeit von E-Geld-Instituten, zur Änderung der Richtlinien 2005/60/EG und 2006/48/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2000/46/EG (ABl. L 267 vom 10.10.2009, S. 7).

Abänderung 18

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 28

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(28) Um Schlupflöcher zu schließen, die Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug ermöglichen, sollten die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, Informationen über Dividendeneinkünfte von Unternehmen, deren Anteile nicht in einem Bankdepotkonto verwahrt werden, auszutauschen***. Dividendeneinkünfte von Unternehmen, deren Anteile nicht in einem Bankdepotkonto verwahrt werden, sollten daher in die Arten von Einkünften einbezogen werden, die Gegenstand des verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs sind***.	(28) Um Schlupflöcher zu schließen, die Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug ermöglichen, sollten die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, Informationen über Dividenden von Unternehmen, deren Anteile nicht in einem Bankdepotkonto verwahrt werden, ***und über Kapitalgewinne aus unbeweglichem Vermögen*** auszutauschen. Der verpflichtende automatische Informationsaustausch ***gilt als erfüllt, wenn die zuständigen Behörden diese Informationen über nationale oder vernetzte Register abfragen können***.

Abänderung 19

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 28 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(28a) Einige Arten von Einkünften und Vermögenswerten sind nach wie vor vom Anwendungsbereich des automatischen Informationsaustauschs ausgenommen, was die Gefahr birgt, dass steuerliche Verpflichtungen umgangen werden. Die Kommission sollte prüfen, ob die folgenden Informationen über Eigentumsverhältnisse, Einkommen und (nicht)finanzielle Vermögenswerte in den automatischen Informationsaustausch aufgenommen werden müssen und wie das am besten geschehen kann, und sie sollte konkrete Vorschläge dazu vorlegen: die wirtschaftlichen Eigentümer von Immobilien und Gesellschaften; finanzielle Vermögenswerte; nichtfinanzielle Vermögenswerte wie Bargeld, Kunstwerke, Gold oder andere Wertsachen, die sich in Freihäfen, Zolllagern oder Tresorfächern befinden; Eigentum an Jachten und Privatjets; und Konten bei größeren Peer-to-Peer-Kreditplattformen, Crowdfunding- und ähnlichen Plattformen.

Abänderung 20

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 29

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(29) Die Steueridentifikationsnummer ist für die Mitgliedstaaten von wesentlicher Bedeutung, um die erhaltenen Informationen mit den Daten in ihren nationalen Datenbanken abzugleichen. Sie verbessert die Fähigkeit der Mitgliedstaaten, die betreffenden Steuerpflichtigen zu ermitteln und die entsprechenden Steuern korrekt zu veranlagen. Daher ist es wichtig, dass die Mitgliedstaaten verlangen, dass die Steueridentifikationsnummer im Zusammenhang mit Transaktionen im Rahmen von Finanzkonten, grenzüberschreitenden Steuervorbescheiden und Vorabverständigungen über die Verrechnungspreisgestaltung, länderbezogenen Berichten, der meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung und Informationen über Verkäufer auf digitalen Plattformen angegeben wird.	(29) Die Steueridentifikationsnummer ist für die Mitgliedstaaten von wesentlicher Bedeutung, um die erhaltenen Informationen mit den Daten in ihren nationalen Datenbanken abzugleichen. Sie verbessert die Fähigkeit der Mitgliedstaaten, die betreffenden Steuerpflichtigen zu ermitteln und die entsprechenden Steuern korrekt zu veranlagen. Daher ist es wichtig, dass die Mitgliedstaaten verlangen, dass die Steueridentifikationsnummer im Zusammenhang mit Transaktionen im Rahmen von Finanzkonten, grenzüberschreitenden Steuervorbescheiden und Vorabverständigungen über die Verrechnungspreisgestaltung, länderbezogenen Berichten, der meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung und Informationen über Verkäufer auf digitalen Plattformen ***und Kryptowerten*** angegeben wird. ***Wenn die Steueridentifikationsnummer jedoch nicht verfügbar ist, können die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten dieser Verpflichtung nicht nachkommen.***

Abänderung 21

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 29 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(29a) Eine europäische Steueridentifikationsnummer würde es Behörden ermöglichen, bei grenzübergreifenden Beziehungen die Steueridentifikationsnummer rasch, einfach und korrekt zu ermitteln und zu erfassen, und würde als eine Grundlage für einen wirksamen Informationsaustausch zwischen den Steuerverwaltungen der Mitgliedstaaten dienen. Daher sollte die Kommission erneut die Schaffung einer europäischen Steueridentifikationsnummer, einschließlich ihres Mehrwerts und ihrer potenziellen Wirkung, prüfen.

Abänderung 22

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 33

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(33) Es ist wichtig, dass die gemäß der Richtlinie 2011/16/EU übermittelten Informationen grundsätzlich für die Veranlagung, Verwaltung und Durchsetzung von Steuern verwendet werden, die in den sachlichen Anwendungsbereich dieser Richtlinie fallen. Dies war bislang zwar nicht ausgeschlossen, jedoch ergaben sich aufgrund des unklaren Rahmens Unsicherheiten hinsichtlich der Verwendung der Informationen. Angesichts des Zusammenhangs zwischen Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung und der Bekämpfung von Geldwäsche sowie der Synergien bei der Durchsetzung sollte klargestellt werden, dass die zwischen den Mitgliedstaaten ausgetauschten Informationen auch für die Veranlagung, Verwaltung und Durchsetzung von Zöllen sowie für die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung verwendet werden können.	(33) Es ist wichtig, dass die gemäß der Richtlinie 2011/16/EU übermittelten Informationen grundsätzlich für die Veranlagung, Verwaltung und Durchsetzung von Steuern verwendet werden, die in den sachlichen Anwendungsbereich dieser Richtlinie fallen. Dies war bislang zwar nicht ausgeschlossen, jedoch ergaben sich aufgrund des unklaren Rahmens Unsicherheiten hinsichtlich der Verwendung der Informationen. Angesichts des Zusammenhangs zwischen Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung und der Bekämpfung von Geldwäsche sowie der Synergien bei der Durchsetzung sollte klargestellt werden, dass die zwischen den Mitgliedstaaten ausgetauschten Informationen auch für die Veranlagung, Verwaltung und Durchsetzung von Zöllen sowie für die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung verwendet werden können. ***Die Bestimmungen dieser Richtlinie sollten sich jedoch weder sachlich mit den Bestimmungen des Rahmens der Union zur Bekämpfung der Geldwäsche überschneiden noch mit diesen identisch sein.***

Abänderung 23

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 34

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(34) Die Richtlinie 2011/16/EU sieht die Möglichkeit vor, die ausgetauschten Informationen für andere Zwecke als für direkte und indirekte Steuerzwecke zu verwenden, sofern der übermittelnde Mitgliedstaat den für die Verwendung dieser Informationen zulässigen Zweck in einer Liste angegeben hat. Das Verfahren für eine solche Verwendung ist jedoch umständlich, da der übermittelnde Mitgliedstaat konsultiert werden muss, bevor der empfangende Mitgliedstaat die Informationen für andere Zwecke verwenden kann. Die Abschaffung der Anforderung einer solchen Konsultation dürfte den Verwaltungsaufwand verringern und den Steuerbehörden bei Bedarf rasche Maßnahmen ermöglichen. Sie sollten daher nicht verpflichtet sein, den übermittelnden Mitgliedstaat zu konsultieren, wenn die beabsichtigte Verwendung der Informationen in einer zuvor vom übermittelnden Mitgliedstaat erstellten Liste enthalten ist.	(34) Die Richtlinie 2011/16/EU sieht die Möglichkeit vor, die ausgetauschten Informationen für andere Zwecke als für direkte und indirekte Steuerzwecke zu verwenden, sofern der übermittelnde Mitgliedstaat den für die Verwendung dieser Informationen zulässigen Zweck in einer Liste angegeben hat. Das Verfahren für eine solche Verwendung ist jedoch umständlich, da der übermittelnde Mitgliedstaat konsultiert werden muss, bevor der empfangende Mitgliedstaat die Informationen für andere Zwecke verwenden kann. Die Abschaffung der Anforderung einer solchen Konsultation dürfte den Verwaltungsaufwand verringern und den Steuerbehörden bei Bedarf rasche Maßnahmen ermöglichen. Sie sollten daher nicht verpflichtet sein, den übermittelnden Mitgliedstaat zu konsultieren, wenn die beabsichtigte Verwendung der Informationen in einer zuvor vom übermittelnden Mitgliedstaat erstellten Liste enthalten ist. ***Eine solche Liste kann die Nutzung von Informationen über nicht steuerbezogene Daten durch lokale Behörden im Rahmen von Schwellenwerten und Beschränkungen für die Erbringung bestimmter Dienstleistungen, wie z. B. Dienstleistungen, die über eine Online-Plattform erbracht werden, umfassen.***

Abänderung 24

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 35 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(35a) Die Informationen, die durch die Meldung oder den Austausch von Informationen gemäß der Richtlinie 2011/16/EU gewonnen werden, sollten von jedem Mitgliedstaat effektiv genutzt werden. Daher sollte in jedem Mitgliedstaat ein Mechanismus eingeführt werden, mit dem die effektive Nutzung der Daten, einschließlich einer Risikoanalyse, sichergestellt wird.

Abänderung 25

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 36

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(36) Um eine effizientere Nutzung der Ressourcen sicherzustellen, den Informationsaustausch zu erleichtern und um zu vermeiden, dass alle Mitgliedstaaten ähnliche Änderungen an ihren Systemen zur Speicherung von Informationen vornehmen müssen, sollte ein Zentralverzeichnis eingerichtet werden, zu dem alle Mitgliedstaaten und — ausschließlich zu statistischen Zwecken — auch die Kommission Zugang haben und in das die Mitgliedstaaten die ihnen gemeldeten Informationen hochladen und sie dort abspeichern, anstatt sie über ein gesichertes E-Mail-System untereinander auszutauschen. Die für die Einrichtung eines solchen Zentralverzeichnisses erforderlichen praktischen Modalitäten sollten von der Kommission festgelegt werden.	(36) Um eine effizientere Nutzung der Ressourcen sicherzustellen, den Informationsaustausch zu erleichtern und um zu vermeiden, dass alle Mitgliedstaaten ähnliche Änderungen an ihren Systemen zur Speicherung von Informationen vornehmen müssen, sollte ein Zentralverzeichnis eingerichtet werden, zu dem alle Mitgliedstaaten und — ausschließlich zu statistischen Zwecken — auch die Kommission Zugang haben und in das die Mitgliedstaaten die ihnen gemeldeten Informationen hochladen und sie dort abspeichern, anstatt sie über ein gesichertes E-Mail-System untereinander auszutauschen. ***Diese Bemühungen sollten auch den Austausch über bewährte Verfahren dazu fördern, wie digitale Werkzeuge in den Steuerverwaltungen eingesetzt werden können, um die Befolgungskosten und den bürokratischen Aufwand zu verringern und die Effektivität und Effizienz zu verbessern, wobei auch die Tatsache berücksichtigt werden sollte, dass die Bediensteten entsprechend ausgebildet werden müssen.*** Die für die Einrichtung eines solchen Zentralverzeichnisses erforderlichen praktischen Modalitäten sollten von der Kommission festgelegt werden.

Abänderung 26

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 36 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(36a) Die Kommission ist berechtigt, Berichte und Dokumente zu erstellen, indem sie die ausgetauschten Informationen in anonymisierter Form verwendet, um dem Recht der Steuerpflichtigen auf Vertraulichkeit Rechnung zu tragen und der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission gerecht zu werden. Die jährliche Veröffentlichung von anonymisierten und aggregierten Statistiken auf der Grundlage der länderbezogenen Berichte, einschließlich der effektiven Steuersätze, für alle Mitgliedstaaten trägt dazu bei, die Qualität der öffentlichen Debatten über die Besteuerung zu verbessern.

Abänderung 27

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 39

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(39) Um die ***Einhaltung der*** Richtlinie ***2011/16/EU*** sicherzustellen, sollten die Mitgliedstaaten Vorschriften für Sanktionen ***und andere Vollzugsmaßnahmen*** festlegen, die wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein sollten. ***Jeder Mitgliedstaat sollte diese Vorschriften im Einklang mit seinen nationalen Rechtsvorschriften und den Bestimmungen dieser Richtlinie anwenden.***	(39) Um ***eine ordnungsgemäße Durchsetzung der Bestimmungen dieser*** Richtlinie sicherzustellen, sollten die Mitgliedstaaten Vorschriften für Sanktionen ***für Verstöße gegen die nationalen Vorschriften über den obligatorischen Austausch von Informationen, die von Anbietern von Kryptowerte-Dienstleistungen gemeldet werden,*** festlegen, die wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein sollten. ***Dabei sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass sie die jeweils für den Verstoß verantwortliche Partei korrekt ermitteln. Die Mitgliedstaaten sollten vorübergehend für mindestens drei Jahre eine Regelung zur Abmilderung von Sanktionen für KMU hinsichtlich Artikel 8ad einführen.***

Abänderung 28

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 40

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(40) Um ein in allen Mitgliedstaaten angemessenes Maß an Wirksamkeit sicherzustellen, sollten Mindeststrafen für zwei als schwer eingestufte Verhaltensweisen festgelegt werden: bei unterlassener Meldung nach zwei amtlichen Mahnungen und bei unvollständiger, unrichtiger oder falscher Übermittlung von Informationen, durch die die Integrität und Zuverlässigkeit der gemeldeten Informationen erheblich beeinträchtigt wird. Unvollständige, unrichtige oder falsche Daten beeinträchtigen die Integrität und Zuverlässigkeit der gemeldeten Informationen erheblich, wenn sie mehr als 25 % der Gesamtdaten ausmachen, die der Steuerpflichtige oder die meldende Stelle im Einklang mit den in ***Anhang VI Abschnitt II Buchstabe B*** vorgeschriebenen Angaben korrekt hätte melden müssen. Diese Mindeststrafen sollten die Mitgliedstaaten nicht daran hindern, für die beiden genannten Arten von Verstößen strengere Sanktionen zu verhängen. Die Mitgliedstaaten müssen wirksame, abschreckende und verhältnismäßige Strafen auch für andere Arten von Verstößen verhängen.	(40) Um ***bei der Umsetzung der Richtlinie 2014/107/EU des Rates und insbesondere der Richtlinie (EU) 2016/881 des Rates*** ein in allen Mitgliedstaaten angemessenes Maß an Wirksamkeit sicherzustellen, sollten Mindeststrafen für zwei als schwer eingestufte Verhaltensweisen festgelegt werden: bei unterlassener Meldung nach zwei amtlichen Mahnungen und bei Übermittlung von unvollständigen, unrichtigen oder falschen Daten, durch die die Integrität und Zuverlässigkeit der gemeldeten Informationen erheblich beeinträchtigt wird. Unvollständige, unrichtige oder falsche Daten beeinträchtigen die Integrität und Zuverlässigkeit der gemeldeten Informationen erheblich, wenn sie mehr als 25 % der Gesamtdaten ausmachen, die der Steuerpflichtige oder die meldende Stelle im Einklang mit den in ***den Anhängen*** vorgeschriebenen Angaben korrekt hätte melden müssen. Diese Mindeststrafen sollten die Mitgliedstaaten nicht daran hindern, für die beiden genannten Arten von Verstößen strengere Sanktionen zu verhängen. Die Mitgliedstaaten müssen wirksame, abschreckende und verhältnismäßige Strafen auch für andere Arten von Verstößen verhängen.

Abänderung 29

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 42 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(42a) Infolge des Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union in der Rechtssache C-694/20 sollte die Richtlinie 2011/16/EU so geändert werden, dass ihre Bestimmungen nicht dazu führen, dass Rechtsanwälte, die als Intermediäre tätig sind und aufgrund ihrer Verschwiegenheitspflicht von der Meldepflicht befreit sind, die anderen Intermediäre, bei denen es sich nicht um ihre Mandanten handelt, über die Meldepflichten dieser Intermediäre unterrichten müssen, während die Verpflichtung der Intermediäre, ihre Mandanten unverzüglich über ihre Meldepflichten zu unterrichten, erhalten bleibt.

Abänderung 30

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 44 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(44a) Der internationale Datenaustausch für Steuerzwecke ist ein notwendiges Instrument zur Bekämpfung von Steuerbetrug in einer globalisierten Welt. Die Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zweck des Austauschs steuerlich relevanter Informationen mit Drittländern auf der Grundlage eines internationalen Übereinkommens sollte daher als von öffentlichem Interesse gelten.

Abänderung 31

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 44 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(44b) Die sukzessiven Überarbeitungen des Rechtsrahmens der Union zum Informationsaustausch sollten sich in den Abkommen mit Drittstaaten niederschlagen. Wenn ein unterzeichnetes Abkommen vorliegt, sollten deshalb Überprüfungen vorgesehen werden.

Abänderung 32

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 1 — Buchstabe a — Ziffer i

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 3 — Nummer 9 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) für die Zwecke des Artikels 8 Absatz 1 und der Artikel 8a bis 8ad die systematische Übermittlung zuvor festgelegter Informationen an einen anderen Mitgliedstaat ohne dessen vorheriges Ersuchen in regelmäßigen, im Voraus bestimmten Abständen. Für die Zwecke des Artikels 8 Absatz 1 sind verfügbare Informationen solche, die in den Steuerakten des die Informationen übermittelnden Mitgliedstaats enthalten sind und die im Einklang mit den Verfahren für die Erhebung und Verarbeitung von Informationen des betreffenden Mitgliedstaats abgerufen werden können;	a) für die Zwecke des Artikels 8 Absatz 1 und der Artikel 8a bis 8ad die systematische Übermittlung zuvor festgelegter ***und neuer*** Informationen an einen anderen Mitgliedstaat ohne dessen vorheriges Ersuchen in regelmäßigen, im Voraus bestimmten Abständen. Für die Zwecke des Artikels 8 Absatz 1 sind verfügbare Informationen solche, die in den Steuerakten des die Informationen übermittelnden Mitgliedstaats enthalten sind und die im Einklang mit den Verfahren für die Erhebung und Verarbeitung von Informationen des betreffenden Mitgliedstaats abgerufen werden können;

Abänderung 33

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 1 — Buchstabe a a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 3 — Nummer 14

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	aa) Nummer 14 wird wie folgt geändert:
14. „***grenzüberschreitender*** Vorbescheid“ eine Vereinbarung, eine Mitteilung oder ein anderes Instrument oder eine andere Maßnahme mit ähnlicher Wirkung, auch wenn sie bzw. es im Zuge einer Steuerprüfung erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wird, sofern sie bzw. es die folgenden Voraussetzungen erfüllt:	„14. ‚Vorbescheid‘ eine Vereinbarung, eine Mitteilung oder ein anderes Instrument oder eine andere Maßnahme mit ähnlicher Wirkung, auch wenn sie bzw. es im Zuge einer Steuerprüfung erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wird, sofern sie bzw. ***es unabhängig von ihrem/seinem formellen oder informellen, rechtlich verbindlichen oder nicht verbindlichen Charakter*** die folgenden Voraussetzungen erfüllt:
a) Sie bzw. es wird von bzw. im Namen der Regierung oder der Steuerbehörde eines Mitgliedstaats oder einer gebiets- oder verwaltungsmäßigen Gliederungseinheit eines Mitgliedstaats, einschließlich der lokalen Behörden, erteilt, geändert oder erneuert, unabhängig davon, ob sie bzw. es tatsächlich verwendet wird,	a) Sie bzw. es wird von bzw. im Namen der Regierung oder der Steuerbehörde eines Mitgliedstaats oder einer gebiets- oder verwaltungsmäßigen Gliederungseinheit eines Mitgliedstaats, einschließlich der lokalen Behörden, erteilt, geändert oder erneuert, unabhängig davon, ob sie bzw. es tatsächlich verwendet wird,
b) sie bzw. es wird für eine bestimmte Person oder eine Gruppe von Personen erteilt, geändert oder erneuert, und diese Person oder Gruppe von Personen kann sich darauf berufen,	b) sie bzw. es wird für eine bestimmte Person oder eine Gruppe von Personen erteilt, geändert oder erneuert, und diese Person oder Gruppe von Personen kann sich darauf berufen,
c) sie bzw. es betrifft die Auslegung oder Anwendung einer Rechts- oder Verwaltungsvorschrift zur Handhabung oder Durchsetzung der Steuergesetze eines Mitgliedstaats oder seiner gebiets- oder verwaltungsmäßigen Gliederungseinheiten, einschließlich der lokalen Behörden,	c) sie bzw. es betrifft die Auslegung oder Anwendung einer Rechts- oder Verwaltungsvorschrift zur Handhabung oder Durchsetzung der Steuergesetze eines Mitgliedstaats oder seiner gebiets- oder verwaltungsmäßigen Gliederungseinheiten, einschließlich der lokalen Behörden,
d) sie bzw. es bezieht sich auf eine grenzüberschreitende Transaktion oder auf die Frage, ob durch die Tätigkeiten, denen eine Person in einem anderen Rechtsraum nachgeht, eine Betriebsstätte gegründet wird oder nicht, und	
e) sie bzw. es wird vor den Transaktionen oder den Tätigkeiten in dem anderen Rechtsraum, die möglicherweise als Gründung einer Betriebsstätte zu betrachten sind, oder vor Abgabe der Steuererklärung für den Zeitraum, in dem die Transaktion bzw. die Transaktionen oder Tätigkeiten erfolgten, erteilt. Die ***grenzüberschreitende*** Transaktion kann unter anderem Investitionen, die Bereitstellung von Waren, Dienstleistungen oder Kapital oder den Einsatz materieller oder immaterieller Güter umfassen, wobei der Empfänger des ***grenzüberschreitenden*** Vorbescheids nicht unmittelbar beteiligt sein muss;	e) sie bzw. es wird vor den Transaktionen oder den Tätigkeiten in dem anderen Rechtsraum, die möglicherweise als Gründung einer Betriebsstätte zu betrachten sind, oder vor Abgabe der Steuererklärung für den Zeitraum, in dem die Transaktion bzw. die Transaktionen oder Tätigkeiten erfolgten, erteilt. Die Transaktion kann unter anderem Investitionen, die Bereitstellung von Waren, Dienstleistungen oder Kapital oder den Einsatz materieller oder immaterieller Güter umfassen, wobei der Empfänger des Vorbescheids nicht unmittelbar beteiligt sein muss;“
	(Diese Änderung gilt für den gesamten Text. Wird sie angenommen, werden entsprechende Änderungen im gesamten Text erforderlich.)

Abänderung 34

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 1 — Buchstabe a b (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 3 — Nummer 16

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ab) Nummer 16 wird gestrichen.

Abänderung 35

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 1 — Buchstabe b

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 3 — Nummer 33

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
33. „Herkunftsmitgliedstaat“ den Herkunftsmitgliedstaat im Sinne der Verordnung ***XXX***;	33. „Herkunftsmitgliedstaat“ den Herkunftsmitgliedstaat im Sinne ***des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 33*** der ***Verordnung (EU) 2023/1114***;

Abänderung 36

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 1 — Buchstabe b

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 3 — Nummer 34

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
34. „Distributed-Ledger-Adresse“ eine Distributed-Ledger-Adresse im Sinne der Verordnung ***XXX***.	34. „Distributed-Ledger-Adresse“ eine Distributed-Ledger-Adresse im Sinne ***des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 18*** der Verordnung ***(EU) 2023/1113***.

Abänderung 37

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 1 — Buchstabe b

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 3 — Nummer 34 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	34a. „wirtschaftlicher Eigentümer“ den wirtschaftlichen Eigentümer im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Nummer 22 des Vorschlags für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung;

Abänderung 38

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 1 — Buchstabe b

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 3 — Absatz 34 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(34b) „Anbieter von Kryptowerte-Dienstleistungen“ einen Anbieter von Kryptowerte-Dienstleistungen im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Nummer 15 der Verordnung (EU) 2023/1114;

Abänderung 39

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 1 — Buchstabe b

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 3 — Nummer 34 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	34c. „Kryptowert-Betreiber“ einen Kryptowerte-Dienstleistungsanbieter, bei dem es sich nicht um einen Anbieter von Kryptowerte-Dienstleistungen handelt.

Abänderung 40

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 1 a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 7 — Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1a) In Artikel 7 wird folgender Absatz eingefügt:
	„(4a) Übermittelt die ersuchende Behörde nach Eingang der erbetenen Informationen ein Folgeersuchen, so stellt die ersuchte Behörde diese weiteren angeforderten Informationen so bald wie möglich, spätestens jedoch drei Monate nach Eingang des Folgeersuchens, zur Verfügung.“

Abänderung 41

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 2 — Buchstabe a — Ziffer i

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 — Absatz 1 — Unterabsatz 1 — Buchstabe e

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
e) Eigentum an unbeweglichem Vermögen ***und*** Einkünfte daraus,	e) Eigentum an unbeweglichem Vermögen, Einkünfte ***und Kapitalgewinne daraus***;

Abänderung 42

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 2 — Buchstabe b a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 — Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ba) In Absatz 2 wird folgender Unterabsatz angefügt:
	„Der automatische Informationsaustausch gilt im Sinne von Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe e als erfüllt, wenn die zuständigen Behörden eines anderen Mitgliedstaats entweder über die nationalen Register, Datenabrufsysteme oder vernetzten Register gemäß dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die von den Mitgliedstaaten einzurichtenden Mechanismen zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/849 auf diese Informationen zugreifen können.“

Abänderung 43

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 2 — Buchstabe b b (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 — Absatz 3

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	bb) Absatz 3 erhält folgende Fassung:
(3) Die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats kann der zuständigen Behörde jedes anderen Mitgliedstaats mitteilen, dass sie keine Informationen über eine oder mehrere der in Absatz 1 genannten Arten von Einkünften und Vermögen zu erhalten wünscht. Sie setzt ***auch*** die Kommission hiervon in Kenntnis.	„(3) Die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats kann der zuständigen Behörde jedes anderen Mitgliedstaats mitteilen, dass sie keine Informationen über eine oder mehrere der in Absatz 1 genannten Arten von Einkünften und Vermögen zu erhalten wünscht. Sie ***begründet ihre Entscheidung und*** setzt die Kommission hiervon in Kenntnis.“

Abänderung 44

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 2 — Buchstabe b c (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 — Absatz 3a — Unterabsatz 2 — Buchstabe a

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	bc) Absatz 3a Unterabsatz 2 Buchstabe a erhält folgende Fassung:
a) Name, Anschrift, STEUERIDENTIFIKATIONSNUMMER(N) sowie Geburtsdatum und -ort (bei natürlichen Personen) jeder MELDEPFLICHTIGEN PERSON, die Inhaber des Kontos ist, sowie bei einem RECHTSTRÄGER, der KONTOINHABER ist und für den nach Anwendung von Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten nach den Anlagen eine oder mehrere BEHERRSCHENDE PERSONEN ermittelt wurden, die MELDEPFLICHTIGE PERSONEN sind, Name, Anschrift und STEUERIDENTIFIKATIONSNUMMER(N) des RECHTSTRÄGERS sowie Name, Anschrift, STEUERIDENTIFIKATIONSNUMMER(N), Geburtsdatum und -ort jeder MELDEPFLICHTIGEN PERSON,	„(a) Name, Anschrift, Steueridentifikationsnummer(n) sowie Geburtsdatum und -ort (bei natürlichen Personen) jeder meldepflichtigen Person, die Inhaber des Kontos ist, sowie bei einem Rechtsträger, der ***der tatsächliche wirtschaftliche***Kontoinhaber ist und für den nach Anwendung von Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten nach den Anlagen eine oder mehrere beherrschende Personen ermittelt wurden, die meldepflichtige Personen sind, Name, Anschrift und Steueridentifikationsnummer(n) des Rechtsträgers sowie Name, Anschrift, Steueridentifikationsnummer(n), Geburtsdatum und -ort jeder meldepflichtigen Person,“

Abänderung 45

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 3 — Buchstabe -a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a — Überschrift

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	-a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:
Umfang und Voraussetzungen des verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs über ***grenzüberschreitende*** Vorbescheide und Vorabverständigungen über die Verrechnungspreisgestaltung	„Umfang und Voraussetzungen des verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide und Vorabverständigungen über die Verrechnungspreisgestaltung“
	(Diese Änderung gilt für den gesamten Text. Wird sie angenommen, werden entsprechende Änderungen im gesamten Text erforderlich.)

Abänderung 46

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 3 — Buchstabe a

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a — Absatz 1 — Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats, in dem nach dem 31. Dezember 2023 ein ***grenzüberschreitender*** Vorbescheid für eine vermögende Einzelperson erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurde, übermittelt im Wege des automatischen Austauschs den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten Informationen darüber, mit der Einschränkung, die für die Fälle nach Absatz 8 dieses Artikels gemäß den geltenden nach Artikel 21 angenommenen praktischen Regelungen gilt.	Die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats, in dem nach dem 31. Dezember 2023 ein Vorbescheid für eine vermögende Einzelperson erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurde, übermittelt im Wege des automatischen Austauschs den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten Informationen darüber, mit der Einschränkung, die für die Fälle nach Absatz 8 dieses Artikels gemäß den geltenden nach Artikel 21 angenommenen praktischen Regelungen gilt.

Abänderung 47

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 3 — Buchstabe b — Ziffer i

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 a — Absatz 2 — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Kommission, unter Berücksichtigung der Einschränkung nach Absatz 8 dieses Artikels, gemäß den geltenden nach Artikel 21 angenommenen praktischen Regelungen Informationen über ***grenzüberschreitende*** Vorbescheide und Vorabverständigungen über die Verrechnungspreisgestaltung, die innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren vor dem 1. Januar 2017 erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurden, sowie über ***grenzüberschreitende*** Vorbescheide für vermögende Einzelpersonen, die innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren vor dem 1. Januar ***2026*** erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurden.	Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Kommission, unter Berücksichtigung der Einschränkung nach Absatz 8 dieses Artikels, gemäß den geltenden nach Artikel 21 angenommenen praktischen Regelungen Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungen über die Verrechnungspreisgestaltung, die innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren vor dem 1. Januar 2017 erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurden, sowie über Vorbescheide für vermögende Einzelpersonen, die innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren vor dem 1. Januar ***2024*** erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurden.

Abänderung 48

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 3 — Buchstabe b — Ziffer ii

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a — Absatz 2 — Unterabsatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Falls diese ***grenzüberschreitenden*** Vorbescheide für vermögende Einzelpersonen in der Zeit zwischen dem 1. Januar ***2020*** und dem 31. Dezember ***2025*** erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurden, erfolgt diese Informationsübermittlung unter der Voraussetzung, dass sie am 1. Januar 2026 noch gültig waren.	Falls diese Vorbescheide für vermögende Einzelpersonen in der Zeit zwischen dem 1. Januar ***2018*** und dem 31. Dezember ***2023*** erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurden, erfolgt diese Informationsübermittlung unter der Voraussetzung, dass sie am 1. Januar 2026 noch gültig waren.

Abänderung 49

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 3 — Buchstabe b — Ziffer ii a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 a — Absatz 2 — Unterabsatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	iia) Unterabsatz 4 wird gestrichen.

Abänderung 50

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 3 — Buchstabe b a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a — Absatz 3 — Unterabsatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ba) In Absatz 3 wird folgender Unterabsatz angefügt:
	„Die zuständige Behörde verhandelt und vereinbart keine neuen grenzüberschreitenden bilateralen oder multilateralen Vorabverständigungen über die Verrechnungspreisgestaltung mit Drittländern, wenn diese nicht ihre Offenlegung gegenüber den zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten ab dem 1. Januar 2026 erlauben.“

Abänderung 51

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 3 — Buchstabe d — Ziffer i a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a — Absatz 6 — Buchstabe b

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	ia) Buchstabe b erhält folgende Fassung:
b) eine Zusammenfassung des Inhalts des ***grenzüberschreitenden*** Vorbescheids oder der Vorabverständigung über die Verrechnungspreisgestaltung, einschließlich einer Beschreibung der relevanten Geschäftstätigkeiten oder Transaktionen oder Reihen von Transaktionen und aller anderen Informationen, die der zuständigen Behörde bei der Bewertung eines potenziellen Steuerrisikos behilflich sein könnten, ***ohne*** zur Preisgabe eines Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens oder zur Preisgabe von Informationen ***zu führen***, die die öffentliche Ordnung verletzen würde;	„b) eine Zusammenfassung des Inhalts des Vorbescheids bzw. der Vorabverständigung über die Verrechnungspreisgestaltung, einschließlich einer Beschreibung der relevanten Geschäftstätigkeiten oder Transaktionen oder Reihen von Transaktionen***, aller relevanten direkten und indirekten steuerlichen Auswirkungen, etwa die effektiven Steuersätze,*** und aller anderen Informationen, die der zuständigen Behörde bei der Bewertung eines potenziellen Steuerrisikos behilflich sein könnten, ***wobei aber solche Informationen nicht erteilt werden, die*** zur Preisgabe eines Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens oder zur Preisgabe von Informationen ***führen könnten***, die die öffentliche Ordnung verletzen würde;“

Abänderung 52

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 3 a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 a a — Absatz 2

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	3a. Artikel 8aa Absatz 2 erhält folgende Fassung:
(2) Die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, bei der der länderbezogene Bericht gemäß Absatz 1 eingegangen ist, übermittelt diesen länderbezogenen Bericht mittels automatischem Austausch und innerhalb der in Absatz 4 festgelegten Frist an jeden Mitgliedstaat, in dem gemäß den im Bericht enthaltenen Informationen eine oder mehrere GESCHÄFTSEINHEITEN der MULTINATIONALEN UNTERNEHMENSGRUPPE des BERICHTENDEN RECHTSTRÄGERS entweder steuerlich ansässig oder in Bezug auf die Geschäftstätigkeiten, denen sie über eine Betriebsstätte nachgehen, steuerpflichtig sind.	„(2) Die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, bei der der länderbezogene Bericht gemäß Absatz 1 eingegangen ist, übermittelt diesen länderbezogenen Bericht mittels automatischem Austausch und innerhalb der in Absatz 4 festgelegten Frist an jeden Mitgliedstaat, in dem gemäß den im Bericht enthaltenen Informationen eine oder mehrere Geschäftseinheiten der multinationalen Unternehmensgruppe des berichtenden Rechtsträgers entweder steuerlich ansässig oder in Bezug auf die Geschäftstätigkeiten, denen sie über eine Betriebsstätte nachgehen, steuerpflichtig sind. ***Die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, bei der der länderbezogene Bericht gemäß Absatz 1 eingegangen ist, übermittelt diesen Bericht auch den zuständigen Dienststellen der Kommission, die für das zentrale Register der länderbezogenen Berichte zuständig ist. Die Kommission veröffentlicht jährlich für alle Mitgliedstaaten anonymisierte und aggregierte Statistiken zu den länderbezogenen Berichten.“***

Abänderung 53

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 3 b (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 a b — Absatz 5 — Unterabsatz 1

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	(3b) Artikel 8ab Absatz 5 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:
(5) Jeder Mitgliedstaat kann die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Intermediären das Recht auf Befreiung von der Pflicht zu gewähren, Informationen über eine meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung vorzulegen, wenn mit der Meldepflicht nach dem nationalen Recht dieses Mitgliedstaats gegen eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht verstoßen würde. In solchen Fällen ergreift jeder Mitgliedstaat die erforderlichen Maßnahmen, um die ***Intermediäre*** zu verpflichten, ***andere*** Intermediäre oder, falls es keine solchen gibt, den relevanten Steuerpflichtigen unverzüglich über ihre Meldepflichten gemäß Absatz 6 zu unterrichten.	„(5) Jeder Mitgliedstaat kann die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Intermediären das Recht auf Befreiung von der Pflicht zu gewähren, Informationen über eine meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung vorzulegen, wenn mit der Meldepflicht nach dem nationalen Recht dieses Mitgliedstaats gegen eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht verstoßen würde. In solchen Fällen ergreift jeder Mitgliedstaat die erforderlichen Maßnahmen, um ***jeden Intermediär, dem eine Befreiung gewährt wurde,*** zu verpflichten, ***seine Kunden, falls es sich bei diesen um*** Intermediäre ***handelt***, oder, falls es keine solchen gibt ***bzw. falls es sich bei diesen Kunden um*** den relevanten Steuerpflichtigen ***handelt, diesen*** unverzüglich über ihre Meldepflichten gemäß Absatz 6 zu unterrichten.“

Abänderung 54

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 4

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 a b — Absatz 14 — Buchstabe c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) eine Zusammenfassung des Inhalts der meldepflichtigen ***grenzüberschreitenden*** Gestaltung, soweit vorhanden einschließlich eines Verweises auf die Bezeichnung, unter der sie allgemein bekannt ist, und eine Beschreibung der relevanten Gestaltungen sowie alle sonstigen Informationen, die den zuständigen Behörden bei der Beurteilung eines Steuerrisikos ***zu*** helfen könnten, ***und die*** nicht zur Offenlegung eines Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens oder von Informationen führen, deren Preisgabe die öffentliche Ordnung verletzen würde;	c) eine Zusammenfassung des Inhalts der meldepflichtigen Gestaltung, soweit vorhanden einschließlich eines Verweises auf die Bezeichnung, unter der sie allgemein bekannt ist, und eine Beschreibung der relevanten Gestaltungen***, der erwarteten Auswirkungen auf den effektiven Steuersatz des Steuerpflichtigen im ersuchten Mitgliedstaat*** sowie alle sonstigen Informationen, die den zuständigen Behörden bei der Beurteilung eines Steuerrisikos helfen könnten, ***wobei aber solche Informationen*** nicht ***erteilt werden, die*** zur Offenlegung eines Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens oder von Informationen führen ***könnten***, deren Preisgabe die öffentliche Ordnung verletzen würde;

Abänderung 55

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 4 a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 a b — Absatz 14 — Buchstabe h a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	4a. In Artikel 8ab Absatz 14 wird folgender Buchstabe angefügt:
	„ha) die Liste der Begünstigten, die jährlich aktualisiert wird.“

Abänderung 56

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 a d — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Jeder Mitgliedstaat trifft die ***erforderlichen*** Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die MELDENDEN ANBIETER VON ***KRYPTO-DIENSTLEISTUNGEN*** die Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten einhalten und die in Anhang VI Abschnitte II und III festgelegten Meldepflichten erfüllen. Jeder Mitgliedstaat sorgt nach Anhang VI Abschnitt V auch für die wirksame Durchführung und Einhaltung dieser Maßnahmen.	(1) Jeder Mitgliedstaat trifft die ***angemessenen*** Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die meldenden Anbieter von ***Kryptowerte-Dienstleistungen*** die Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten einhalten und die in Anhang VI Abschnitte II und III festgelegten Meldepflichten erfüllen. Jeder Mitgliedstaat sorgt nach Anhang VI Abschnitt V auch für die wirksame Durchführung und Einhaltung dieser Maßnahmen.

Abänderung 57

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8ad — Absatz 3 — Buchstabe c — Ziffer i

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
i) den aggregierten beizulegenden Zeitwert sowie den Wert der Zahl der Einheiten von ÜBERTRAGUNGEN, die der MELDENDE ANBIETER VON ***KRYPTO-DIENSTLEISTUNGEN*** an Distributed-Ledger-Adressen im Sinne ***der Verordnung XXX vorgenommen hat, von denen nicht bekannt ist, dass sie mit einem Anbieter von Dienstleistungen für virtuelle Vermögenswerte oder einem Finanzinstitut verbunden sind***.	i) den aggregierten beizulegenden Zeitwert sowie den Wert der Zahl der Einheiten von Übertragungen, die der meldende Anbieter von ***Kryptowerte-Dienstleistungen*** an Distributed-Ledger-Adressen im Sinne ***des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 18 der Verordnung (EU) 2023/1113 vorgenommen hat***.

Abänderung 58

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 a d — Absatz 3 — Unterabsatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Für die Zwecke der Buchstaben d bis h dieser Nummer ist der beizulegende Zeitwert in einer einzigen NOMINALGELDWÄHRUNG festzulegen und zu melden, die zum Zeitpunkt einer jeden MELDEPFLICHTIGEN TRANSAKTION in einer vom MELDENDEN ANBIETER VON ***KRYPTO-DIENSTLEISTUNGEN*** konsistent angewandten Weise umgerechnet wurde.	Für die Zwecke der Buchstaben d bis h dieser Nummer ist der beizulegende Zeitwert in einer einzigen Nominalgeldwährung festzulegen und zu melden, die zum Zeitpunkt einer jeden meldepflichtigen Transaktion in einer vom meldenden Anbieter von ***Kryptowerte-Dienstleistungen*** konsistent angewandten Weise umgerechnet wurde. ***Die Kommission gibt in Absprache mit der Sachverständigengruppe für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der direkten Besteuerung Leitlinien für eine Bewertung des beizulegenden Zeitwerts heraus.***

Abänderung 59

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 a d — Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(4a) Die Kommission hat keinen Zugang zu Informationen im Sinne des Absatzes 3 Buchstaben a und b.

Abänderung 60

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 a d — Absatz 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(5) Die Übermittlung der Informationen nach Absatz 3 ***dieses Artikels*** erfolgt unter Verwendung des elektronischen Standardformats nach Artikel 20 Absatz 5 innerhalb von ***2*** Monaten nach dem Ende des Kalenderjahres, auf ***den*** sich die Meldepflichten des MELDENDEN ANBIETERS VON ***KRYPTO-DIENSTLEISTUNGEN*** beziehen. Die ersten Informationen werden ab dem 1. Januar 2027 für das betreffende Kalenderjahr oder einen anderen geeigneten Berichtszeitraum gemeldet.	(5) Die Übermittlung der Informationen nach Absatz 3 erfolgt unter Verwendung des elektronischen Standardformats nach Artikel 20 Absatz 5 innerhalb von ***drei*** Monaten nach dem Ende des Kalenderjahres, auf ***das*** sich die Meldepflichten des meldenden Anbieters von ***Kryptowerte-Dienstleistungen*** beziehen. Die ersten Informationen werden ab dem 1. Januar 2027 für das betreffende Kalenderjahr oder einen anderen geeigneten Berichtszeitraum gemeldet.

Abänderung 61

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 a d — Absatz 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(6) Ungeachtet des Absatzes 3 ist es nicht erforderlich, die Informationen in Bezug auf einen KRYPTOWERT-NUTZER zu melden, wenn der MELDENDE ANBIETER VON KRYPTO-DIENSTLEISTUNGEN ausreichende Gewähr dafür erlangt hat, dass ein anderer MELDENDER ANBIETER VON KRYPTO-DIENSTLEISTUNGEN alle Meldepflichten dieses Artikels in Bezug auf diesen KRYPTOWERT-NUTZER erfüllt.	***entfällt***

Abänderung 62

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 a d — Absatz 7 — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Zur Erfüllung der Meldepflichten nach Absatz 1 des vorliegenden Artikels legt jeder Mitgliedstaat die ***erforderlichen*** Vorschriften fest, um einen KRYPTOWERT-BETREIBER zu verpflichten, sich in der Union registrieren zu lassen. Die zuständige Behörde des Mitgliedstaats der Registrierung erteilt diesem KRYPTOWERT-BETREIBER eine individuelle Identifikationsnummer.	Zur Erfüllung der Meldepflichten nach Absatz 1 des vorliegenden Artikels legt jeder Mitgliedstaat die ***angemessenen*** Vorschriften fest, um einen Kryptowert-Betreiber zu verpflichten, sich in der Union registrieren zu lassen. Die zuständige Behörde des Mitgliedstaats der Registrierung erteilt diesem Kryptowert-Betreiber eine individuelle Identifikationsnummer.

Abänderung 63

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 a d — Absatz 11 — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Kommission legt auf begründeten Antrag eines Mitgliedstaats oder auf eigene Initiative im Wege von Durchführungsrechtsakten fest, ob die Informationen, die gemäß einer Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats und einem Drittland automatisch ausgetauscht werden müssen, den in Anhang VI Abschnitt II Unterabschnitt B genannten Informationen im Sinne von Anhang VI Abschnitt IV Unterabschnitt F Nummer 5 entsprechen. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren erlassen.	Die Kommission legt auf begründeten Antrag eines Mitgliedstaats oder auf eigene Initiative im Wege von Durchführungsrechtsakten fest, ob die Informationen, die gemäß einer Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats und einem Drittland automatisch ausgetauscht werden müssen, den in Anhang VI Abschnitt II Unterabschnitt B genannten Informationen im Sinne von Anhang VI Abschnitt IV Unterabschnitt F Nummer 5 entsprechen. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren ***unverzüglich*** erlassen.

Abänderung 64

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 6

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 a d — Absatz 11 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(11a) Absatz 11 kommt nicht zur Anwendung, wenn das Drittland derzeit in Anhang I oder Anhang II der EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke aufgeführt ist oder in der Liste der Drittländer, die strategische Mängel in ihren Systemen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung aufweisen, aufgeführt ist oder in den vorangegangenen zwölf Monaten auf einer dieser Listen aufgeführt war. ***Darüber hinaus wird durch jede künftige Aufnahme in Anhang I oder Anhang II der EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete zu Steuerzwecken oder eine Identifizierung als Drittland, das strategische Mängel in seinem System zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung aufweist, die Gültigkeit aller bestehenden Durchführungsrechtsakte in Bezug auf das jeweilige Land oder Gebiet aufgehoben.***

Abänderung 65

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 6 a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 b — Absatz 1

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	6a. Artikel 8b Absatz 1 erhält folgende Fassung:

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
(1) Die Mitgliedstaaten unterbreiten der Kommission jährlich Statistiken zum Umfang des automatischen Informationsaustauschs gemäß Artikel 8 Absätze 1 und 3a, Artikel 8aa ***und*** Artikel 8ac und Angaben zu den administrativen und anderen einschlägigen Kosten und Nutzen des erfolgten Austauschs und zu allen möglichen Änderungen, sowohl für die Steuerverwaltungen als auch für Dritte.	„(1) Die Mitgliedstaaten unterbreiten der Kommission jährlich ***alle zweckdienlichen Informationen, einschließlich*** Statistiken zum Umfang des automatischen Informationsaustauschs, ***sowie eine Bewertung der Verwendbarkeit der Daten, die*** gemäß Artikel 8 Absätze 1 und 3a, Artikel 8aa, Artikel 8ac ***und Artikel 8ad ausgetauscht werden***, und Angaben zu den administrativen und anderen einschlägigen Kosten und Nutzen des erfolgten Austauschs und zu allen möglichen Änderungen, sowohl für die Steuerverwaltungen als auch für Dritte.“

Abänderung 66

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 6 b (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 11 — Absatz 1 — Unterabsatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	6b. In Artikel 11 Absatz 1 wird folgender Unterabsatz eingefügt:
	„Kommt es zu einer begründeten Ablehnung, so kann sich die ersuchende Behörde erneut mit zusätzlichen Angaben an die zuständige Behörde wenden, um eine Genehmigung für ihren Beamten zur Wahrnehmung der in Absatz 1 Buchstaben a, b oder c genannten Aufgaben zu erhalten. Die zuständige Behörde muss dieses zweite Ersuchen innerhalb von 30 Tagen nach dessen Eingang beantworten.“

Abänderung 67

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 6 c — Buchstabe a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 12a — Absatz 1

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	6c. Artikel 12a wird wie folgt geändert:
	a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:
(1) Die zuständige Behörde eines oder mehrerer Mitgliedstaaten kann die zuständige Behörde eines oder mehrerer anderer Mitgliedstaaten ersuchen, eine gemeinsame Prüfung durchzuführen. Die ersuchten zuständigen Behörden beantworten das Ersuchen um eine gemeinsame Prüfung innerhalb von 60 Tagen nach dessen Erhalt. ***Die ersuchten zuständigen Behörden können das Ersuchen der zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats um eine gemeinsame Prüfung in begründeten Fällen ablehnen.***	„1. Die zuständige Behörde eines oder mehrerer Mitgliedstaaten kann die zuständige Behörde eines oder mehrerer anderer Mitgliedstaaten ersuchen, eine gemeinsame Prüfung durchzuführen. Die ersuchten zuständigen Behörden beantworten das Ersuchen um eine gemeinsame Prüfung innerhalb von 60 Tagen nach dessen Erhalt.“

Abänderung 68

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 6 c — Buchstabe b (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 12 a — Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	b) Folgender Absatz wird eingefügt:
	„(1a) Das Ersuchen einer zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats um eine gemeinsame Prüfung kann aus einem der folgenden Gründe abgelehnt werden:
	a) Im Zuge der beantragten gemeinsamen Prüfung würden Ermittlungen durchgeführt oder Informationen übermittelt, wobei gegen die Rechtsvorschriften des ersuchten Mitgliedstaats verstoßen würde;
	b) die ersuchende Behörde ist aus rechtlichen Gründen nicht in der Lage, vergleichbare Informationen wie die zu übermitteln, die der ersuchte Mitgliedstaat während der gemeinsamen Prüfung übermitteln müsste.
	Lehnt eine ersuchte Behörde das Ersuchen ab, so informiert sie die ersuchende Behörde darüber, auf welchem der beiden in Unterabsatz 1 genannten Gründe diese Ablehnung beruht.“

Abänderung 69

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 7 — Buchstabe a

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 16 — Absatz 1 — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Informationen, die nach Maßgabe dieser Richtlinie in irgendeiner Form zwischen Mitgliedstaaten übermittelt werden, unterliegen der Geheimhaltungspflicht und genießen den Schutz, den das nationale Recht des Mitgliedstaats, der sie erhalten hat, für vergleichbare Informationen gewährt. Diese Informationen können zur Bewertung, Anwendung und Durchsetzung des nationalen Rechts der Mitgliedstaaten hinsichtlich der in Artikel 2 genannten Steuern sowie der Mehrwertsteuer und anderer indirekter Steuern, Zöllen ***und*** der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung verwendet werden.	Die Informationen, die nach Maßgabe dieser Richtlinie in irgendeiner Form zwischen Mitgliedstaaten übermittelt werden, unterliegen der Geheimhaltungspflicht und genießen den Schutz, den das nationale Recht des Mitgliedstaats, der sie erhalten hat, für vergleichbare Informationen gewährt. Diese Informationen können zur Bewertung, Anwendung und Durchsetzung des nationalen Rechts der Mitgliedstaaten hinsichtlich der in Artikel 2 genannten Steuern sowie der Mehrwertsteuer und anderer indirekter Steuern, Zöllen, der Bekämpfung der Geldwäsche und ***der damit verbundenen Vortaten,*** der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung ***und gezielter finanzieller Sanktionen*** verwendet werden.

Abänderung 70

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 7 — Buchstabe b

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 16 — Absatz 2 — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Mit Zustimmung der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, die im Rahmen dieser Richtlinie Informationen ***übermittelt, und nur*** insoweit, als dies im Einklang mit den Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats der zuständigen Behörde, die die Informationen erhält, steht, ***können die im Rahmen dieser Richtlinie erhaltenen Informationen und Schriftstücke*** für andere als in Absatz 1 genannte Zwecke verwendet werden.	***Die*** im Rahmen dieser Richtlinie ***erhaltenen*** Informationen ***und Schriftstücke können*** insoweit, als dies im Einklang mit den Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats der zuständigen Behörde, die die Informationen erhält, steht, für andere als in Absatz 1 genannte Zwecke verwendet werden. ***Diese Zustimmung wird direkt erteilt, wenn die Informationen in dem Mitgliedstaat der zuständigen Behörde, die die Informationen übermittelt, für ähnliche Zwecke verwendet werden können.***

Abänderung 71

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 7 — Buchstabe c

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 16 — Absatz 7

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(7) Die zuständige Behörde jedes Mitgliedstaats richtet einen wirksamen Mechanismus ein, um die Bewertung der im Rahmen der Meldung oder des Informationsaustauschs gemäß den Artikeln 8 bis 8ad innerhalb des Anwendungsbereichs dieser Richtlinie gewonnenen Daten sicherzustellen.;	(7) Die zuständige Behörde jedes Mitgliedstaats richtet einen wirksamen Mechanismus ein, um die ***Verwendung und*** Bewertung ***der Qualität und Vollständigkeit*** der im Rahmen der Meldung oder des Informationsaustauschs gemäß den Artikeln 8 bis 8ad innerhalb des Anwendungsbereichs dieser Richtlinie gewonnenen ***und weitergegebenen*** Daten sicherzustellen, ***und setzt Verfahren für die systematische Risikoanalyse dieser Informationen und für die systematische Analyse nicht übereinstimmender Informationen, die gemäß den Artikeln 5 und 8 ausgetauscht wurden, ein***.

Abänderung 72

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 7 a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 17 — Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	7a. In Artikel 17 wird folgender Absatz eingefügt:
	„(4a) Die in Absatz 4 genannte Möglichkeit, die Übermittlung von Informationen abzulehnen, besteht nicht, wenn die ersuchende Behörde nachweisen kann, dass die Informationen nicht der Öffentlichkeit preisgegeben und nur zur Prüfung, Verwaltung und Kontrolle der fraglichen Steuerangelegenheiten der Person oder Gruppe von Personen verwendet werden, auf die sich das Ersuchen um Informationen bezieht.“

Abänderung 73

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 9 a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 23 — Absatz 2

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	9a. Artikel 23 Absatz 2 erhält folgende Fassung:
(2) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission alle sachdienlichen Informationen, die für die Bewertung der Wirksamkeit der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Einklang mit dieser Richtlinie bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -umgehung notwendig sind.	„(2) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission alle sachdienlichen Informationen, die für die Bewertung der Wirksamkeit der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Einklang mit dieser Richtlinie bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -umgehung notwendig sind***, und prüfen und bewerten die Befolgungskosten, die sich aus möglicherweise ausufernden Meldungen ergeben können. Die Mitgliedstaaten teilen dem Europäischen Parlament und der Kommission jährlich die Ergebnisse ihrer Bewertung mit. Eine Zusammenfassung dieser Ergebnisse ist unter Berücksichtigung der Rechte der Steuerpflichtigen und des Gebots der Vertraulichkeit zu veröffentlichen. Die Informationen dürfen nicht so stark aufgeschlüsselt werden, dass sie einem einzelnen Steuerpflichtigen zugeordnet werden können.***“

Abänderung 74

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 11

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 23 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission eine jährliche Bewertung der Wirksamkeit des automatischen Informationsaustauschs gemäß den Artikeln 8, ***8a, 8aa und 8ab*** sowie einen Überblick über die erreichten praktischen Ergebnisse. Die Kommission legt im Wege von Durchführungsrechtsakten die Form und die Bedingungen für die Übermittlung dieser jährlichen Bewertung fest. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren erlassen.	(3) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission eine jährliche Bewertung der Wirksamkeit des ***Informationsaustauschs auf Ersuchen gemäß den Artikeln 5, 6 und 7 und des*** automatischen Informationsaustauschs gemäß den Artikeln 8 ***bis 8ad, das Niveau der Zusammenarbeit mit Drittländern*** sowie einen Überblick über die erreichten praktischen Ergebnisse***, einschließlich der mit der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden verbundenen inkrementellen Steuereinnahmen und der hierdurch ermittelten illegalen Praktiken. Die übermittelten Daten werden von der Kommission zumindest nach Ländern aufgeschlüsselt.*** Die Kommission legt im Wege von Durchführungsrechtsakten die Form und die Bedingungen für die Übermittlung dieser jährlichen Bewertung fest. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren erlassen.

Abänderung 75

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 11 a — Buchstabe a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 23a — Absatz 1

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	11a. Artikel 23a wird wie folgt geändert:
	a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:
(1) Die der Kommission gemäß dieser Richtlinie übermittelten Informationen sind ***von der Kommission im Einklang mit den für die Behörden der Union geltenden Bestimmungen*** vertraulich zu behandeln ***und dürfen*** nicht ***für andere Zwecke verwendet werden als für die Prüfung, ob*** und ***inwieweit die Mitgliedstaaten dieser Richtlinie nachkommen.***	„(1) Die der Kommission gemäß dieser Richtlinie übermittelten Informationen sind vertraulich zu behandeln, ***sofern ihre Nichtweitergabe*** nicht ***dem öffentlichen Interesse schadet, die Informationen einem einzelnen Steuerpflichtigen zugeordnet werden können*** und ***ihre Weitergabe die Rechte der Steuerpflichtigen verletzen würde.“***

Abänderung 76

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 11 a — Buchstabe b (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 23a — Absatz 2

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:
(2) Die der Kommission gemäß Artikel 23 von einem Mitgliedstaat übermittelten Informationen sowie etwaige Berichte oder Dokumente, die die Kommission unter Verwendung solcher Informationen erstellt hat, können an andere Mitgliedstaaten weitergegeben werden. Die weitergegebenen Informationen unterliegen der Geheimhaltungspflicht und genießen den Schutz, den das nationale Recht des Mitgliedstaats, der sie erhalten hat, für vergleichbare Informationen gewährt.	„(2) Die der Kommission gemäß Artikel 23 von einem Mitgliedstaat übermittelten Informationen sowie etwaige Berichte oder Dokumente, die die Kommission unter Verwendung solcher ***zuordnungsfähiger*** Informationen erstellt hat, können an andere Mitgliedstaaten weitergegeben werden. Die weitergegebenen Informationen unterliegen der Geheimhaltungspflicht und genießen den Schutz, den das nationale Recht des Mitgliedstaats, der sie erhalten hat, für vergleichbare Informationen gewährt.
Die von der Kommission erstellten, in Unterabsatz 1 genannten Berichte und Dokumente dürfen von den Mitgliedstaaten nur zu analytischen Zwecken genutzt ***und ohne ausdrückliche Zustimmung der Kommission weder veröffentlicht noch Dritten oder anderen Stellen zugänglich gemacht*** werden.	Die von der Kommission erstellten, in Unterabsatz 1 genannten Berichte und Dokumente dürfen von den Mitgliedstaaten nur zu analytischen Zwecken genutzt werden.

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
Abweichend von den Unterabsätzen 1 und 2 ***kann*** die Kommission jährlich anonymisierte Zusammenfassungen der von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 23 Absatz 4 übermittelten statistischen Daten ***veröffentlichen***.	Abweichend von den Unterabsätzen 1 und 2 ***veröffentlicht*** die Kommission jährlich anonymisierte Zusammenfassungen der von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 23 Absatz 4 übermittelten statistischen Daten.

Abänderung 77

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 13

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 25a — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die Mitgliedstaaten erlassen Vorschriften über Sanktionen, die bei Verstößen gegen die nach dieser Richtlinie im Hinblick auf die Artikel 8 Absatz 3a sowie Artikel 8aa ***und*** 8ad erlassenen einzelstaatlichen Vorschriften zu verhängen sind, und treffen alle für die Anwendung und Durchsetzung der Sanktionen erforderlichen Maßnahmen. Die Sanktionen und Vollzugsmaßnahmen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.	(1) Die Mitgliedstaaten erlassen Vorschriften über Sanktionen, die bei Verstößen gegen die nach dieser Richtlinie im Hinblick auf die Artikel 8 Absatz 3a sowie Artikel 8aa ***bis*** 8ad erlassenen einzelstaatlichen Vorschriften zu verhängen sind, und treffen alle für die Anwendung und Durchsetzung der Sanktionen erforderlichen Maßnahmen. Die Sanktionen und Vollzugsmaßnahmen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. ***Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Sanktionen gegen die tatsächlich verantwortlichen Parteien verhängt werden.***

Abänderung 78

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 13

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 25 a — Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1a) Wenn ein Mitgliedstaat Sanktionen in Höhe von mehr als 150 000 EUR festlegt, führt er befristet für die Dauer von drei Jahren eine Regelung zur Abmilderung von Sanktionen für KMU hinsichtlich Artikel 8ad ein.

Abänderung 79

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 13

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 25 a — Absatz 2 — Unterabsatz 2 — Buchstabe c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) Kontrollbefugnis innerhalb der juristischen Person.	***entfällt***

Abänderung 80

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 13

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 25 a — Absatz 3 — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Werden nach zwei amtlichen Mahnungen keine Meldungen übermittelt oder enthalten die übermittelten Informationen unvollständige, unrichtige oder falsche Daten, die mehr als 25 % der Informationen ausmachen, die nach ***Anhang VI Abschnitt II Unterabschnitt B*** hätten gemeldet werden müssen, so stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Sanktionen, die verhängt werden können, mindestens die folgenden Mindestgeldbußen umfassen:	Werden nach zwei amtlichen Mahnungen keine Meldungen übermittelt oder enthalten die übermittelten Informationen unvollständige, unrichtige oder falsche Daten, die mehr als 25 % der Informationen ausmachen, die nach ***den Anhängen*** hätten gemeldet werden müssen, so stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Sanktionen, die verhängt werden können, mindestens die folgenden Mindestgeldbußen umfassen:

Abänderung 81

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 13

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 25 a — Absatz 3 — Unterabsatz 1 — Buchstabe c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) bei Nichteinhaltung der nationalen Vorschriften, die zur Einhaltung von Artikel 8ab erlassen wurden, beträgt die Mindestgeldbuße 50 000 EUR, wenn der Jahresumsatz des Intermediärs oder des betreffenden Steuerpflichtigen weniger als 6 Mio. EUR beträgt, und 150 000 EUR, wenn der Umsatz 6 Mio. EUR oder mehr beträgt; die Mindestgeldbuße beträgt 20 000 EUR, wenn es sich bei dem Intermediär oder dem betreffenden Steuerpflichtigen um eine natürliche Person handelt;	***entfällt***

Abänderung 82

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 13

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 25 a — Absatz 3 — Unterabsatz 1 — Buchstabe d

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
d) bei Nichteinhaltung der nationalen Vorschriften, die zur Einhaltung von Artikel 8ac erlassen wurden, beträgt die Mindestgeldbuße 50 000 EUR, wenn der Jahresumsatz des MELDENDEN PLATTFORMBETREIBERS weniger als 6 Mio. EUR beträgt, und 150 000 EUR, wenn der Umsatz 6 Mio. EUR oder mehr beträgt; die Mindestgeldbuße beträgt mindestens 20 000 EUR, wenn der MELDENDE PLATTFORMBETREIBER eine natürliche Person ist;	***entfällt***

Abänderung 83

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 13

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 25 a — Absatz 3 — Unterabsatz 1 — Buchstabe e

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
e) bei Nichteinhaltung der nationalen Vorschriften, die zur Einhaltung von Artikel 8ad erlassen wurden, beträgt die Mindestgeldbuße 50 000 EUR, wenn der Jahresumsatz des MELDENDEN ANBIETERS VON KRYPTO-DIENSTLEISTUNGEN weniger als 6 Mio. EUR beträgt, und 150 000 EUR, wenn der Umsatz 6 Mio. EUR oder mehr beträgt; die Mindestgeldbuße beträgt 20 000 EUR, wenn der MELDENDE ANBIETER VON KRYPTO-DIENSTLEISTUNGEN eine natürliche Person ist.	***entfällt***

Abänderung 84

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 13

Richtlinie 2011/16/EU des Rates

Artikel 25 a — Absatz 3 — Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Die in diesem Absatz festgelegten Sanktionen dürfen 1 % des Gesamtumsatzes der zur Meldung verpflichteten Person nicht überschreiten.

Abänderung 85

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 13

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 25 a — Absatz 3 — Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Kommission bewertet ***in*** dem in ***Artikel 27*** Absatz ***1*** genannten ***Bericht*** die Angemessenheit der in diesem Absatz ***Buchstabe d*** genannten Beträge.	Die Kommission bewertet ***bis zum … [ein Jahr nach*** dem ***Datum des Geltungsbeginns dieser Richtlinie] die Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit der*** in ***diesem*** Absatz genannten ***Beträge.***

Abänderung 86

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 13 a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 27 — Absatz 1

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	13a. Artikel 27 Absatz 1 erhält folgende Fassung:
(1) Alle fünf Jahre nach dem 1. Januar 2013 legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Anwendung dieser Richtlinie vor.	„(1) Alle fünf Jahre nach dem 1. Januar 2013 legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Anwendung dieser Richtlinie vor. ***Dem Bericht werden gegebenenfalls spezifische Vorschläge, einschließlich Gesetzgebungsvorschlägen, zur Verbesserung dieser Richtlinie beigefügt.“***

Abänderung 87

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 14

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 27 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die Mitgliedstaaten überwachen und bewerten in ihrem Hoheitsgebiet die Wirksamkeit der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Einklang mit dieser Richtlinie bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung und teilen der Kommission Ergebnisse ihrer Bewertung einmal im Jahr mit.	(2) Die Mitgliedstaaten überwachen und bewerten in ihrem Hoheitsgebiet die Wirksamkeit der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Einklang mit dieser Richtlinie bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung und teilen ***dem Europäischen Parlament und*** der Kommission ***die*** Ergebnisse ihrer Bewertung einmal im Jahr mit.

Abänderung 88

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 14

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 27 — Absatz 2 — Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Die Kommission berücksichtigt die Ergebnisse der Bewertung der Mitgliedstaaten, um weitere Überprüfungen der Gesetzgebung voranzutreiben, damit bestehende Schlupflöcher und Schwachstellen dieser Richtlinie beseitigt werden können.

Abänderung 89

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 14 a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 27 — Absatz 2 a (neu)

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	14a. In Artikel 27 wird folgender Absatz eingefügt:
	„(2a) Für die Zwecke von Absatz 2 dieses Artikels legt die Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren einen gemeinsamen Rahmen für die Erfassung der Auswirkungen sowie der Kosten und des Nutzens dieser Richtlinie fest.“

Abänderung 90

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 15

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 27 c — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Für Besteuerungszeiträume, die am oder nach dem 1. Januar ***2026*** beginnen, stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die vom Ansässigkeitsmitgliedstaat erteilte STEUERIDENTIFIKATIONSNUMMER der gemeldeten natürlichen oder juristischen Personen in die Übermittlung der in Artikel 8 Absätze 1 und 3a, Artikel 8a Absatz 6, Artikel 8aa Absatz 3, Artikel 8ab Absatz 14, Artikel 8ac Absatz 2 und Artikel 8ad Absatz 3 genannten Informationen einbezogen wird. Die STEUERIDENTIFIKATIONSNUMMER ist auch dann bereitzustellen, wenn dies in diesen Artikeln nicht ausdrücklich verlangt wird.	Für Besteuerungszeiträume, die am oder nach dem 1. Januar ***2027*** beginnen, stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die vom Ansässigkeitsmitgliedstaat erteilte Steueridentifikationsnummer der gemeldeten natürlichen oder juristischen Personen***, sofern verfügbar,*** in die Übermittlung der in Artikel 8 Absätze 1 und 3a, Artikel 8a Absatz 6, Artikel 8aa Absatz 3, Artikel 8ab Absatz 14, Artikel 8ac Absatz 2 und Artikel 8ad Absatz 3 genannten Informationen einbezogen wird. Die Steueridentifikationsnummer ist auch dann bereitzustellen, wenn dies in diesen Artikeln nicht ausdrücklich verlangt wird.

Abänderung 91

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 15

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 27c — Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Bis Januar 2026 bewertet die Kommission, ob die Einführung einer europäischen Steueridentifikationsnummer empfehlenswert ist. Die Kommission kann dem Europäischen Parlament und dem Rat gegebenenfalls einen Legislativvorschlag vorlegen.

Abänderung 92

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 — Absatz 1 — Nummer 15 a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 27d (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	15a. Folgender Artikel wird eingefügt:
	„Artikel 27 d
	Überprüfung
	Bis Januar 2026 bewertet die Kommission, ob die Effizienz und das Funktionieren des automatischen Austauschs von Informationen weiter zu verbessern und die entsprechenden Standards zu erhöhen sind, um dafür zu sorgen, dass
	a) die Arten von Einkünften nach Artikel 8 Absatz 1 um finanzielle Vermögenswerte, einschließlich Devisenhandel, und nichtfinanzielle Vermögenswerte, wie Immobilien, Kunstwerke oder Schmuck, und um neue Formen der Vermögensverwahrung, wie Freihäfen und Schließfächer, erweitert werden, einschließlich Daten über die letztendliche wirtschaftliche Eigentümerschaft und Kapitalgewinne;
	b) die Listen von Vermögensgegenständen nach Artikel 8 Absatz 3a um die Daten über die letztendliche wirtschaftliche Eigentümerschaft erweitert werden und die Umgehung durch zweite oder mehrfache Steueransässigkeit bekämpft wird.“

Abänderung 93

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Mitgliedstaaten erlassen und veröffentlichen spätestens am 31. Dezember ***2025*** die Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis. Sie teilen der Kommission unverzüglich den Wortlaut dieser Vorschriften mit.	Die Mitgliedstaaten erlassen und veröffentlichen spätestens am 31. Dezember ***2026*** die Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis. Sie teilen der Kommission unverzüglich den Wortlaut dieser Vorschriften mit.

Abänderung 94

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 — Absatz 1 — Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Sie wenden diese Vorschriften ab dem 1. Januar ***2026*** an.	Sie wenden diese Vorschriften ab dem 1. Januar ***2027*** an.

Abänderung 95

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang I — Absatz 1 — Nummer 1 — Buchstabe a — Ziffer i

Richtlinie 2011/16/EU

ANHANG I — Abschnitt I — Buchstabe A — Absatz 1 — Buchstabe c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) ob es sich bei dem Konto um ein gemeinschaftliches Konto handelt, einschließlich der Anzahl der gemeinsamen KONTOINHABER;	c) die Information, ob es sich bei dem Konto um ein gemeinschaftliches Konto handelt, einschließlich der Anzahl der gemeinsamen Kontoinhaber ***und des Anteils der einzelnen Kontoinhaber***;

Abänderung 96

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang I — Absatz 1 — Nummer 1 — Buchstabe a — Ziffer ii a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

ANHANG I — Abschnitt I — Buchstabe A — Unterabsatz 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	iia) Folgender Unterabsatz wird angefügt:
	„7a. eine Nullmeldung, einschließlich einer Erläuterung, warum das Finanzinstitut keine Informationen übermittelt, falls das meldende Finanzinstitut über kein gemäß dieser Richtlinie zu meldendes Konto verfügt.“

Abänderung 97

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang I — Absatz 1 — Nummer 1 — Buchstabe c a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

ANHANG I — Abschnitt I — Buchstabe F a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ca) Folgender Absatz wird angefügt:
	„Fa. Jedes nicht meldende Finanzinstitut übermittelt der zuständigen Behörde seines Mitgliedstaats eine Nullmeldung, einschließlich einer Erläuterung, warum das Finanzinstitut keine Informationen übermittelt, bzw. Informationen darüber, welches andere Finanzinstitut die Meldung in seinem Namen vornimmt.“

Abänderung 98

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang I — Absatz 1 — Nummer 1 a — Buchstabe a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Anhang I — Abschnitt V — Unterabschnitt A

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1a) Abschnitt V wird wie folgt geändert:
	a) Buchstabe A wird gestrichen;

Abänderung 99

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang I — Absatz 1 — Nummer 1 a — Buchstabe b (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

ANHANG I — Abschnitt V — Unterabschnitt B

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	b) Buchstabe B erhält folgende Fassung:
B. Überprüfungspflichtige Konten von RECHTSTRÄGERN: Ein BESTEHENDES KONTO VON RECHTSTRÄGERN ***mit einem Gesamtkontosaldo oder -wert eines auf die Landeswährung jedes Mitgliedstaats lautenden Betrags im Gegenwert von mehr als 250 000 USD zum 31. Dezember 2015 und ein BESTEHENDES KONTO VON RECHTSTRÄGERN, dessen Gesamtkontosaldo oder -wert zum 31. Dezember 2015 diesen Betrag nicht übersteigt, zum letzten Tag eines darauffolgenden Kalenderjahrs jedoch diesen Betrag übersteigt, muss*** nach den in Unterabschnitt D festgelegten Verfahren überprüft ***werden***.	„B. Überprüfungspflichtige Konten von Rechtsträgern: Ein bestehendes Konto von Rechtsträgern ***wird*** nach den in Unterabschnitt D festgelegten Verfahren überprüft.“

Abänderung 100

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang I — Absatz 1 — Nummer 4 — Buchstabe a

Richtlinie 2011/16/EU

Anhang 1 — Abschnitt VIII — Unterabschnitt A — Unterabsatz 6 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) dessen Bruttoeinkünfte vorwiegend der Anlage oder Wiederanlage von FINANZVERMÖGEN oder MELDEPFLICHTIGEN KRYPTOWERTEN oder dem Handel damit zuzurechnen sind, wenn der RECHTSTRÄGER von einem anderen RECHTSTRÄGER verwaltet wird, bei dem es sich um ein EINLAGENINSTITUT, ein VERWAHRINSTITUT, eine SPEZIFIZIERTE VERSICHERUNGSGESELLSCHAFT oder ein in Unterabschnitt A Nummer 6 Buchstabe a beschriebenes INVESTMENTUNTERNEHMEN handelt.	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 101

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang I — Absatz 1 — Nummer 4 — Buchstabe b

Richtlinie 2011/16/EU

Anhang I — Abschnitt VIII — Unterabschnitt A — Unterabsatz 10

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
10. Der Ausdruck „ELEKTRONISCHER GELD-TOKEN“ oder „E-GELD-TOKEN“ bedeutet elektronischer Geld-Token oder E-Geld-Token im Sinne der Verordnung ***XXX***.	10. Der Ausdruck „elektronischer Geld-Token“ oder „E-Geld-Token“ bedeutet elektronischer Geld-Token oder E-Geld-Token im Sinne ***des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 7*** der Verordnung ***(EU) 2023/1114***.

Abänderung 102

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang I — Absatz 1 — Nummer 4 — Buchstabe b

Richtlinie 2011/16/EU

Anhang I — Abschnitt VIII — Unterabschnitt A — Unterabsatz 13

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
13. Der Ausdruck „KRYPTOWERT“ bedeutet KRYPTOWERT im Sinne der Verordnung ***XXX***.	13. Der Ausdruck „Kryptowert“ bedeutet Kryptowert im Sinne ***des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 5 der*** Verordnung ***(EU) 2023/1114***.

Abänderung 103

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2011/16/EU

Anhang VI — Abschnitt I — Unterabschnitt A — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
1. einen nach der Verordnung ***XX*** zugelassenen RECHTSTRÄGER,	1. einen nach der Verordnung ***(EU) 2023/1114*** zugelassenen Rechtsträger,

Abänderung 104

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2011/16/EU

Anhang VI — Abschnitt II — Unterabschnitt B a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Ba. Abweichend von Unterabschnitt A Unterabsatz 1 muss der Geburtsort nicht gemeldet werden, es sei denn, der meldende Anbieter von Kryptowerte-Dienstleistungen ist anderweitig verpflichtet, ihn nach nationalem Recht einzuholen und zu melden.

Abänderung 105

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2011/16/EU

Anhang VI — Abschnitt II — Unterabschnitt C

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
C. Die in Nummer 3 genannten Informationen werden bis zum ***31. Januar*** des Kalenderjahres gemeldet, das auf das Jahr folgt, auf das sich die Informationen beziehen. Die ersten Informationen werden für das betreffende Kalenderjahr oder einen anderen geeigneten Berichtszeitraum ab dem 1. Januar 2026 gemeldet.	C. Die in Nummer 3 genannten Informationen werden bis zum ***31. Juli*** des Kalenderjahres gemeldet, das auf das Jahr folgt, auf das sich die Informationen beziehen. Die ersten Informationen werden für das betreffende Kalenderjahr oder einen anderen geeigneten Berichtszeitraum ab dem 1. Januar 2026 gemeldet.

Abänderung 106

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2011/16/EU

Anhang VI — Abschnitt IV — Unterabschnitt A — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
1. „KRYPTOWERT“ bedeutet einen Kryptowert im Sinne der Verordnung ***XXX***.	1. „Kryptowert“ bedeutet einen Kryptowert im Sinne ***des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 5*** der Verordnung ***(EU) 2023/1114***.

Abänderung 107

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2011/16/EU

Anhang VI — Abschnitt IV — Unterabschnitt A — Unterabsatz 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
5. „ELEKTRONISCHES GELD“ oder „E-GELD“ ***bedeutet ELEKTRONISCHES GELD*** oder ***E-GELD im Sinne*** der ***Richtlinie 2009/110/EG. Für die Zwecke dieser Richtlinie umfassen*** die Begriffe „ELEKTRONISCHES GELD“ oder „E-GELD“ kein Produkt, das ausschließlich zum Zweck der Erleichterung des Transfers von Geldmitteln von einem Kunden an eine andere Person gemäß den Anweisungen des Kunden geschaffen wurde. Ein Produkt wird nicht ausschließlich zum Zweck der Erleichterung der Übertragung von Geldmitteln geschaffen, wenn die mit diesem Produkt verbundenen Geldmittel im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit des übertragenden RECHTSTRÄGERS entweder länger als 60 Tage nach Erhalt von Anweisungen zur Erleichterung der Übertragung gehalten werden oder die mit diesem Produkt verbundenen Geldmittel bei fehlenden Anweisungen länger als 60 Tage nach Erhalt dieser Geldmittel gehalten werden.	5. ***Für die Zwecke dieser Richtlinie bedeutet*** „elektronisches Geld“ oder „E-Geld“ ***jeden Kryptowert, der a) eine digitale Darstellung einer einzigen Nominalgeldwährung ist, b) bei Erhalt eines Geldbetrags ausgegeben wird, um Zahlungstransaktionen zu tätigen; c) durch einen Anspruch gegenüber dem Emittenten dargestellt wird, der auf dieselbe Nominalgeldwährung lautet; d) als Zahlung von einer natürlichen oder rechtlichen Person, bei der es sich nicht um den Emittenten handelt, angenommen wird; und e) aufgrund regulatorischer Anforderungen, denen*** der ***Emittent unterliegt, auf Antrag des Inhabers des Produkts jederzeit und zum Nennwert für dieselbe Nominalgeldwährung rückerstattbar ist.*** Die Begriffe „elektronisches Geld“ oder „E-Geld“ ***umfassen*** kein Produkt, das ausschließlich zum Zweck der Erleichterung des Transfers von Geldmitteln von einem Kunden an eine andere Person gemäß den

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Anweisungen des Kunden geschaffen wurde. Ein Produkt wird nicht ausschließlich zum Zweck der Erleichterung der Übertragung von Geldmitteln geschaffen, wenn die mit diesem Produkt verbundenen Geldmittel im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit des übertragenden Rechtsträgers entweder länger als 60 Tage nach Erhalt von Anweisungen zur Erleichterung der Übertragung gehalten werden oder die mit diesem Produkt verbundenen Geldmittel bei fehlenden Anweisungen länger als 60 Tage nach Erhalt dieser Geldmittel gehalten werden.

Abänderung 108

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2011/16/EU

Anhang VI — Abschnitt IV — Unterabschnitt A — Unterabsatz 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
6. „ELEKTRONISCHER GELD-TOKEN“ oder „E-GELD-TOKEN“ bedeutet ELEKTRONISCHER GELD-TOKEN oder E-GELD-TOKEN im Sinne der Verordnung ***XXX***.	6. „Elektronischer Geld-Token“ oder „E-Geld-Token“ bedeutet elektronischer Geld-Token oder E-Geld-Token im Sinne ***des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 7*** der Verordnung ***(EU) 2023/1114***.

Abänderung 109

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2011/16/EU

Anhang VI — Abschnitt IV — Unterabschnitt A — Unterabsatz 7

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
7. „DISTRIBUTED-LEDGER-TECHNOLOGIE (DLT)“ bedeutet die DISTRIBUTED-LEDGER-TECHNOLOGIE oder DLT im Sinne der Verordnung ***XXX***.	7. „Distributed-Ledger-Technologie (DLT)“ bedeutet die Distributed-Ledger-Technologie oder DLT im Sinne ***des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 1*** der Verordnung ***(EU) 2023/1114***.

Abänderung 110

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2011/16/EU

Anhang VI — Abschnitt IV — Unterabschnitt B — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
1. „ANBIETER VON ***KRYPTO-DIENSTLEISTUNGEN“ bedeutet*** einen ANBIETER VON ***KRYPTO-DIENSTLEISTUNGEN*** im Sinne der Verordnung ***XXX.***	1. „Anbieter von ***Kryptowerte-Dienstleistungen“*** einen Anbieter von ***Kryptowerte-Dienstleistungen*** im Sinne ***von Artikel 3 Absatz 1 Nummer 15*** der Verordnung ***(EU) 2023/1114;***

Abänderung 111

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2011/16/EU

Anhang VI — Abschnitt IV — Unterabschnitt B — Unterabsatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
4. „KRYPTO-DIENSTLEISTUNGEN“ bedeutet KRYPTO-DIENSTLEISTUNGEN im Sinne der Verordnung ***XXX einschließlich Staking und Lending***.	4. „Krypto-Dienstleistungen“ bedeutet Krypto-Dienstleistungen im Sinne von ***Artikel 3 Absatz 1 Nummer 16*** der Verordnung ***(EU) 2023/1114***;

Abänderung 112

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2011/16/EU

Anhang VI — Abschnitt IV — Unterabschnitt C — Unterabsatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
4. „MELDEPFLICHTIGE MASSENZAHLUNGSTRANSAKTION“ bedeutet eine ÜBERTRAGUNG von MELDEPFLICHTIGEN KRYPTOWERTEN gegen Waren oder Dienstleistungen im Wert von mehr als 50 000 ***EUR***.	4. „Meldepflichtige Massenzahlungstransaktion“ bedeutet eine Übertragung von meldepflichtigen Kryptowerten gegen Waren oder Dienstleistungen im Wert von mehr als 50 000 ***USD (oder dem entsprechenden Betrag in einer anderen Währung)***.

Abänderung 113

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2011/16/EU

Anhang VI — Abschnitt V — Unterabschnitt A — Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
2. Stellt ein KRYPTOWERT-NUTZER die nach Abschnitt III erforderlichen Informationen nach zwei Mahnungen nach der ursprünglichen Anfrage des ANBIETERS VON ***KRYPTOWERT-DIENSTLEISTUNGEN***, jedoch nicht vor Ablauf von 60 Tagen, nicht zur Verfügung, hindern die ANBIETER VON ***KRYPTOWERT-DIENSTLEISTUNGEN*** den KRYPTOWERT-NUTZER daran, WECHSELGESCHÄFTE durchzuführen.	2. Stellt ein Kryptowert-Nutzer die nach Abschnitt III erforderlichen Informationen nach zwei Mahnungen nach der ursprünglichen Anfrage des ***meldenden*** Anbieters von ***Kryptowerte-Dienstleistungen***, jedoch nicht vor Ablauf von 60 Tagen, nicht zur Verfügung, hindern die ***meldenden*** Anbieter von ***Kryptowerte-Dienstleistungen*** den Kryptowert-Nutzer daran, Wechselgeschäfte durchzuführen***; eine solche Einschränkung wird unmittelbar zurückgenommen, wenn der Kryptowert-Nutzer die erforderlichen Informationen vorgelegt hat***.

Abänderung 114

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang III

Richtlinie 2011/16/EU

Anhang VI — Abschnitt V — Unterabschnitt E

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Der Herkunftsmitgliedstaat, der ANBIETERN VON ***KRYPTO-DIENSTLEISTUNGEN*** eine Zulassung nach der Verordnung ***XXX*** erteilt, übermittelt der zuständigen Behörde regelmäßig und spätestens vor dem 31. Dezember eine Liste aller zugelassenen ANBIETER VON ***KRYPTO-DIENSTLEISTUNGEN***.	Der Herkunftsmitgliedstaat, der Anbietern von ***Kryptowerte-Dienstleistungen*** eine Zulassung nach der Verordnung ***(EU) 2023/1114*** erteilt, übermittelt der zuständigen Behörde regelmäßig und spätestens vor dem 31. Dezember eine Liste aller zugelassenen Anbieter von ***Kryptowerte-Dienstleistungen***.

C/2024/1788

22.3.2024

P9_TA(2023)0317

Notfallinstrument für den Binnenmarkt

Abänderungen des Europäischen Parlaments vom 13. September 2023 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Notfallinstruments für den Binnenmarkt und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2679/98 des Rates (COM(2022)0459 — C9-0315/2022 — 2022/0278 (COD)) [1]

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

(C/2024/1788)

Abänderung 1

Vorschlag für eine Verordnung

Titel

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Vorschlag für eine	Vorschlag für eine
VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES	VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES
zur Schaffung eines ***Notfallinstruments*** für ***den Binnenmarkt*** und zur ***Aufhebung*** der Verordnung (EG) Nr. 2679/98 des Rates	zur Schaffung eines ***Rahmens von Maßnahmen*** für ***Notfälle und die Resilienz des Binnenmarkts (Gesetz über Notfälle und die Resilienz des Binnenmarkts)*** und zur ***Änderung*** der Verordnung (EG) Nr. 2679/98 des Rates
(Text von Bedeutung für den EWR)	(Text von Bedeutung für den EWR)

Abänderung 2

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Frühere Krisen, insbesondere die ersten Tage der COVID-19-Pandemie, haben gezeigt, dass der ***innereuropäische Markt (auch als*** Binnenmarkt ***bezeichnet)*** und seine Lieferketten ***durch solche Krisen*** schwer beeinträchtigt werden können und dass geeignete Krisenmanagementinstrumente und Koordinierungsmechanismen entweder fehlen, nicht alle Aspekte des Binnenmarkts abdecken oder keine rechtzeitige Reaktion auf solche ***Auswirkungen*** ermöglichen.	(1) Frühere Krisen, insbesondere die ersten Tage der COVID-19-Pandemie, haben gezeigt, dass der Binnenmarkt und seine Lieferketten schwer beeinträchtigt werden können und dass geeignete Krisenmanagementinstrumente und Koordinierungsmechanismen entweder fehlen, nicht alle Aspekte des Binnenmarkts abdecken oder keine rechtzeitige ***und wirksame*** Reaktion auf solche ***Krisen*** ermöglichen.

[1] Der Gegenstand wurde gemäß Artikel 59 Absatz 4 Unterabsatz 4 der Geschäftsordnung zu interinstitutionellen Verhandlungen an den zuständigen Ausschuss zurücküberwiesen (A9-0246/2023).

Abänderung 3

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die Union war — insbesondere in der Anfangsphase der COVID-19-Pandemie — nicht hinreichend vorbereitet, um eine effiziente Herstellung, Beschaffung und Verteilung von krisenrelevanten nichtmedizinischen Waren wie persönlicher Schutzausrüstung zu gewährleisten, und die Ad-hoc-Maßnahmen der Kommission zur Wiederherstellung des Funktionierens des Binnenmarkts und zur Gewährleistung der Verfügbarkeit krisenrelevanter nicht medizinischer Waren während der COVID-19-Pandemie waren zwangsläufig reaktiv. Die Pandemie hat auch offenbart, dass es keinen zufriedenstellenden Überblick über die Produktionskapazitäten sowie die Schwachstellen bei den globalen Lieferketten gibt.	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 4

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2a) Während der COVID-19-Pandemie hatten unkoordinierte Maßnahmen zur Einschränkung der Freizügigkeit besondere Auswirkungen auf kritische Sektoren, vor allem auf solche, die auf Wanderarbeitnehmer angewiesen sind, einschließlich Grenzgängern und grenzüberschreitend erwerbstätiger Personen, denen in dieser Zeit eine wesentliche Rolle für die Aufrechterhaltung der Volkswirtschaft der Union zukam.

Abänderung 5

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Die Maßnahmen der Kommission verzögerten sich um mehrere Wochen, da es keine unionsweiten Notfallplanungsmaßnahmen gab und nicht klar war, mit ***welchem Teil der*** nationalen ***Verwaltung*** Kontakt aufzunehmen war, um rasche Lösungen für die krisenbedingten Auswirkungen auf den Binnenmarkt zu finden. Darüber hinaus wurde deutlich, dass unkoordinierte restriktive Maßnahmen der Mitgliedstaaten die Auswirkungen der Krise auf den Binnenmarkt weiter verschärfen würden. Es stellte sich heraus, dass es Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten und den Behörden der Union in Bezug auf Notfallplanung, Koordinierung auf technischer Ebene sowie Zusammenarbeit und Informationsaustausch bedarf.	(3) Die Maßnahmen der Kommission verzögerten sich um mehrere Wochen, da es keine unionsweiten Notfallplanungsmaßnahmen gab und nicht klar war, mit ***welcher*** nationalen ***Stelle*** Kontakt aufzunehmen war, um rasche Lösungen für die krisenbedingten Auswirkungen auf den Binnenmarkt zu finden. Darüber hinaus wurde deutlich, dass unkoordinierte restriktive Maßnahmen der Mitgliedstaaten die Auswirkungen der Krise auf den Binnenmarkt weiter verschärfen würden. Es stellte sich heraus, dass es Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten und den Behörden der Union in Bezug auf Notfallplanung, Koordinierung auf technischer Ebene sowie Zusammenarbeit und Informationsaustausch bedarf. ***Außerdem wurde deutlich, dass durch das Fehlen einer wirksamen***

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten die Engpässe bei Waren verschärft und weitere Hindernisse für den freien Dienstleistungs- und Personenverkehr geschaffen wurden.

Abänderung 6

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) ***Repräsentative Verbände der Wirtschaftsteilnehmer haben darauf hingewiesen, dass*** die ***Wirtschaftsteilnehmer während der Pandemie nicht über ausreichende Informationen über die Krisenreaktionsmaßnahmen*** der ***Mitgliedstaaten verfügten, was einerseits darauf zurückzuführen ist, dass sie nicht wussten***, ***wo diese Informationen einzuholen waren,*** und ***andererseits durch sprachliche*** Beschränkungen ***und den Verwaltungsaufwand bedingt war***, ***der mit wiederholten Anfragen in allen*** Mitgliedstaaten ***verbunden war***, ***insbesondere in einem sich ständig ändernden Regelungsumfeld. Dadurch wurden sie daran gehindert, bei Geschäftsentscheidungen fundiert abzuwägen, inwieweit sie sich auf ihre Rechte auf freien Verkehr berufen oder ihre grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeiten während der Krise fortsetzen können. Es ist notwendig, die Verfügbarkeit von Informationen über Krisenreaktionsmaßnahmen auf nationaler und Unionsebene zu verbessern.***	(4) ***Trotz des anfänglichen Mangels an Koordinierung spielten*** die ***Binnenmarktvorschriften eine wichtige Rolle bei der Abmilderung der negativen Auswirkungen*** der ***Krise und bei der Sicherstellung einer zügigen Erholung der Volkswirtschaft der Union***, ***indem ungerechtfertigte*** und ***unverhältnismäßige nationale*** Beschränkungen, ***die in den einseitigen Reaktionen der*** Mitgliedstaaten ***enthalten waren***, ***ausgeschlossen*** wurden ***und ein starker Anreiz für*** die ***Suche nach gemeinsamen Lösungen geboten und so die Solidarität gefördert wurde***.

Abänderung 7

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(5) Diese jüngsten Ereignisse haben auch deutlich gemacht, dass die Union besser auf mögliche künftige Krisen vorbereitet sein muss, ***was insbesondere angesichts*** der anhaltenden Auswirkungen des Klimawandels und der dadurch hervorgerufenen Naturkatastrophen sowie der weltweiten wirtschaftlichen und geopolitischen Instabilität gilt. Da nicht bekannt ist, welche Art von Krisen ***als nächste auftreten*** und schwerwiegende Auswirkungen auf den Binnenmarkt und seine Lieferketten haben könnte, muss ein Instrument vorgesehen werden, das im ***Hinblick auf die Auswirkungen*** einer Vielzahl von Krisen auf den Binnenmarkt Anwendung findet.	(5) Diese jüngsten Ereignisse haben auch deutlich gemacht, dass die Union besser auf mögliche künftige Krisen vorbereitet sein muss, ***vor allem in Anbetracht*** der anhaltenden Auswirkungen des Klimawandels und der dadurch hervorgerufenen Naturkatastrophen sowie der weltweiten wirtschaftlichen und geopolitischen Instabilität gilt. Da nicht bekannt ist, welche Art von Krisen ***sich in Zukunft ereignen*** und schwerwiegende Auswirkungen auf den Binnenmarkt und seine Lieferketten haben könnte, muss ein Instrument vorgesehen werden, das im ***Falle des Auftretens*** einer Vielzahl von Krisen ***mit Auswirkungen*** auf den Binnenmarkt ***und mit grenzüberschreitenden Folgen*** Anwendung findet.

Abänderung 8

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(6) ***Eine Krise kann sich in zweierlei Hinsicht*** auf den Binnenmarkt ***auswirken: Zum einen kann eine Krise*** zu Hindernissen für den freien Verkehr innerhalb des Binnenmarkts führen, wodurch dessen normales Funktionieren gestört wird. ***Zum anderen*** können ***sich in einer Krise*** Engpässe bei krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen auf dem Binnenmarkt ***verstärken***. ***Die*** Verordnung sollte sich mit ***beiden Arten von*** Auswirkungen auf den Binnenmarkt befassen.	(6) ***Die Auswirkungen einer Krise*** auf den Binnenmarkt ***können*** zu Hindernissen für den freien Verkehr innerhalb des Binnenmarkts führen, wodurch dessen normales Funktionieren gestört wird. ***Durch eine Krise*** können Engpässe bei krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen auf dem Binnenmarkt ***verstärkt werden***. ***Diese*** Verordnung sollte sich mit ***den nachteiligen*** Auswirkungen auf den ***freien Waren- und Dienstleistungsverkehr oder die Freizügigkeit im*** Binnenmarkt befassen.

Abänderung 9

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 7

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(7) Da die spezifischen Aspekte künftiger Krisen, die sich auf den Binnenmarkt und seine Lieferketten auswirken würden, schwer vorherzusagen sind, sollte mit dieser Verordnung ein allgemeiner Rahmen für die Antizipation der negativen Auswirkungen einer Krise auf den Binnenmarkt und seine Lieferketten sowie die Vorbereitung darauf und deren Abmilderung und Minimierung geschaffen werden. .	(7) Da die spezifischen Aspekte künftiger Krisen, die sich auf den Binnenmarkt und seine Lieferketten auswirken würden, schwer vorherzusagen sind, sollte mit dieser Verordnung ein allgemeiner Rahmen für die Antizipation der negativen Auswirkungen einer Krise auf den Binnenmarkt und seine Lieferketten sowie die Vorbereitung darauf und deren Abmilderung und Minimierung ***sowie zur Stärkung ihrer Resilienz*** geschaffen werden.

Abänderung 10

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 8

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(8) ***Der mit*** dieser Verordnung ***festgelegte Maßnahmenrahmen sollte*** in kohärenter, transparenter, effizienter, verhältnismäßiger und zeitnaher Weise angewandt werden, wobei der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung essenzieller gesellschaftlicher Funktionen, ***d. h.*** einschließlich der öffentlichen Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit, gebührend Rechnung zu tragen ist und die Verantwortung der Mitgliedstaaten für den Schutz der nationalen Sicherheit und ihre Befugnis zur Wahrung anderer wesentlicher staatlicher Funktionen, einschließlich der Wahrung der territorialen Unversehrtheit des Staates und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, zu beachten sind.	(8) ***Die in*** dieser Verordnung ***festgelegten Maßnahmen sollten*** in kohärenter, transparenter, effizienter, verhältnismäßiger und zeitnaher Weise angewandt werden, wobei der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung essenzieller gesellschaftlicher Funktionen, einschließlich der öffentlichen Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit, gebührend Rechnung zu tragen ist und die Verantwortung der Mitgliedstaaten für den Schutz der nationalen Sicherheit und ihre Befugnis zur Wahrung anderer wesentlicher staatlicher Funktionen, einschließlich der Wahrung der territorialen Unversehrtheit des Staates und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, zu beachten sind. ***Diese Verordnung sollte daher Angelegenheiten im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit und Verteidigung unberührt lassen.***

Abänderung 11

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 9

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(9) Zu diesem Zweck ***ist in*** der Verordnung ***Folgendes vorgesehen:***	(9) Zu diesem Zweck ***werden im Rahmen*** der Verordnung ***die notwendigen Mittel bereitgestellt, um das anhaltende Funktionieren des Binnenmarkts, den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr und die Freizügigkeit, einschließlich der Arbeitnehmer, sowie die Verfügbarkeit von krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behörden in Krisenzeiten sicherzustellen.***
— die notwendigen Mittel, um das anhaltende Funktionieren des Binnenmarkts, der auf dem Binnenmarkt tätigen Unternehmen und seiner strategischen Lieferketten zu gewährleisten, einschließlich des freien Waren- und Dienstleistungsverkehr und der Freizügigkeit sowie der Verfügbarkeit von krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behörden in Krisenzeiten,	
— ein Forum für angemessene Koordinierung, Zusammenarbeit und Informationsaustausch und	
— die Mittel für die rechtzeitige Zugänglichkeit und Verfügbarkeit der Informationen, die für eine gezielte Reaktion und ein angemessenes Marktverhalten der Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger während einer Krise erforderlich sind.	

Abänderung 12

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 10

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(10) Nach Möglichkeit sollte diese Verordnung die Antizipation von Ereignissen und Krisen auf der Grundlage laufender Analysen strategisch wichtiger Bereiche der Wirtschaft des Binnenmarkts und der andauernden zukunftsorientierten Arbeiten der Union ermöglichen.	***entfällt***

Abänderung 13

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 11

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(11) Diese Verordnung sollte sich nicht mit den bestehenden Regelungen für Arzneimittel, Medizinprodukte oder andere medizinische Gegenmaßnahmen des EU-Rahmens für Gesundheitssicherheit überschneiden, einschließlich der Verordnung (EU) ***…/… zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren [serious cross-border health threats, SCBTH-Verordnung (COM/2020/727)], der Verordnung (EU) …/… des Rates über einen Rahmen zur Gewährleistung der Bereitstellung von krisenrelevanten medizinischen Gegenmaßnahmen [Notfallrahmenverordnung (COM/2021/577)], der Verordnung (EU) …/… über das erweiterte Mandat des ECDC [ECDC-Verordnung (COM/2020/726)]*** und der Verordnung (EU) 2022/***123 über das erweiterte Mandat der Europäischen Arzneimittel-Agentur [EMA-Verordnung]***. Daher sind Arzneimittel, Medizinprodukte oder andere medizinische Gegenmaßnahmen, die in ***die Liste gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Notfallrahmenverordnung aufgenommen wurden***, vom Geltungsbereich dieser Verordnung ausgeschlossen, mit Ausnahme der Bestimmungen über den freien Verkehr während eines Binnenmarkt-Notfalls, insbesondere der Bestimmungen zur Wiederherstellung und Erleichterung des freien Verkehrs sowie der Bestimmungen über den Meldemechanismus.	(11) Diese Verordnung sollte sich nicht mit den bestehenden Regelungen für Arzneimittel, Medizinprodukte oder andere medizinische Gegenmaßnahmen des EU-Rahmens für Gesundheitssicherheit überschneiden, einschließlich der Verordnung (EU) ***2022/123*** und der Verordnung (EU) 2022/***2371***. Daher sind Arzneimittel, Medizinprodukte oder andere medizinische Gegenmaßnahmen, die in ***deren Anwendungsbereich fallen***, vom Geltungsbereich dieser Verordnung ausgeschlossen, mit Ausnahme der Bestimmungen über den freien Verkehr während eines Binnenmarkt-Notfalls, insbesondere der Bestimmungen zur Wiederherstellung und Erleichterung des freien Verkehrs sowie der Bestimmungen über den Meldemechanismus.

Abänderung 14

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 12

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(12) Diese Verordnung sollte die Integrierte Regelung für die politische Reaktion auf Krisen ergänzen, die vom Rat gemäß seinem Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1993 im Hinblick auf seine Arbeit zu den Auswirkungen sektorübergreifender Krisen, die eine politische Entscheidungsfindung erfordern, auf den Binnenmarkt betrieben wird.	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 15

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 16

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(16) ***Um dem außergewöhnlichen Charakter und den potenziell weitreichenden Folgen eines Binnenmarkt-Notfalls für das grundlegende Funktionieren des Binnenmarkts Rechnung zu tragen, sollten dem Rat gemäß Artikel 281 Absatz 2 des Vertrags über*** die ***Arbeitsweise*** der ***Europäischen Union ausnahmsweise Durchführungsbefugnisse für die Aktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt übertragen werden***.	***(16)*** ***Diese Verordnung sollte das Arbeitsrecht oder die Arbeitsbedingungen, einschließlich der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, sowie das Recht auf Kollektivverhandlungen und*** die ***Autonomie*** der ***Sozialpartner unberührt lassen***.

Abänderung 16

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 17

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(17) ***In Artikel 21 AEUV ist das Recht der EU-Bürgerinnen und -Bürger festgelegt, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten vorbehaltlich der in den Verträgen und in den Durchführungsvorschriften vorgesehenen Beschränkungen und Bedingungen frei zu bewegen und aufzuhalten. Die genauen Bedingungen und Beschränkungen sind in der Richtlinie 2004/38/EG festgelegt. In dieser Richtlinie sind die allgemeinen Grundsätze für diese Beschränkungen und die Gründe festgelegt, die zur Rechtfertigung solcher Maßnahmen herangezogen werden können. Zu den Gründen zählen Belange der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit. In diesem Zusammenhang können Beschränkungen des freien Verkehrs gerechtfertigt sein, wenn sie verhältnismäßig und nichtdiskriminierend sind. Mit*** der ***vorliegenden*** Verordnung ***sollen keine zusätzlichen Gründe für die Beschränkung*** des ***Rechts auf Freizügigkeit vorgesehen werden, die über die in Kapitel VI der Richtlinie 2004/38/EG vorgesehenen hinausgehen***.	(17) ***Umfassen die gemäß dieser Verordnung durchzuführenden Tätigkeiten die Verarbeitung personenbezogener Daten, so sollte diese Verarbeitung im Einklang mit*** den ***einschlägigen Rechtsvorschriften der Union zum Schutz personenbezogener Daten — d. h. im Einklang mit*** der ***Verordnung (EU) 2016/679*** des ***Europäischen Parlaments*** und ***des Rates ([1a]) sowie*** der Verordnung ***(EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und*** des ***Rates ([1b])– erfolgen***.

([1a]) Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1).

([1b]) Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).

Abänderung 17

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 18

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(18) ***Die*** in ***der vorliegenden*** Verordnung ***vorgesehenen Maßnahmen zur Wiederherstellung*** und ***Erleichterung*** der ***Freizügigkeit und alle anderen Maßnahmen, die sich auf die Freizügigkeit auswirken***, ***beruhen*** auf ***Artikel 21 AEUV und ergänzen die Richtlinie 2004/38/EG***, ***ohne deren Anwendung bei einem Binnenmarkt-Notfall zu beeinträchtigen. Diese Maßnahmen sollten nicht dazu führen***, ***dass Beschränkungen des*** freien ***Verkehrs, die den Verträgen*** oder ***anderen Bestimmungen des Unionsrechts zuwiderlaufen***, ***genehmigt oder gerechtfertigt werden***.	(18) In ***dieser*** Verordnung ***sind die Rechte*** und ***Pflichten*** der ***Wirtschaftsteilnehmer, insbesondere der natürlichen oder juristischen Personen, einschließlich aller vorübergehenden Unternehmensvereinigungen***, ***festgelegt, die*** auf ***dem Markt Produkte oder Dienstleistungen von entscheidender Bedeutung anbieten. Darüber hinaus werden kritische Bereiche definiert***, ***die für das Funktionieren des Binnenmarkts von systemischer und entscheidender Bedeutung sind, insbesondere Bereiche***, ***die mit dem grenzüberschreitenden*** freien ***Verkehr von Waren, Dienstleistungen*** oder ***Personen zu tun haben, z. B. in den Bereichen Lebensmittel***, ***Verkehr, Instandhaltung, Gesundheit oder Informationstechnologien***.

Abänderung 18

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 19

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(19) ***In Artikel 45 AEUV ist das Recht der Arbeitnehmer auf Freizügigkeit vorbehaltlich der in den Verträgen und in den Durchführungsvorschriften vorgesehenen Beschränkungen und Bedingungen festgelegt. Die vorliegende Verordnung enthält Bestimmungen, die die bestehenden Maßnahmen ergänzen, damit bei einem Binnenmarkt-Notfall die Freizügigkeit gestärkt, die Transparenz erhöht und Amtshilfe geleistet werden können. Zu diesen Maßnahmen gehört die Einrichtung und Bereitstellung zentraler Anlaufstellen für Arbeitnehmer und ihre Vertreter in den Mitgliedstaaten und auf Unionsebene im Überwachungs- und im Notfallmodus für den Binnenmarkt gemäß dieser Verordnung.***	(19) ***Um das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts sicherzustellen, sollte mit dieser Verordnung ein Notfall- und Resilienzausschuss für den Binnenmarkt (im Folgenden „Ausschuss“) eingesetzt werden, der die Kommission in Bezug auf geeignete Maßnahmen zur Antizipation und Vorbeugung der Auswirkungen einer Krise auf den Binnenmarkt sowie deren Bewältigung berät. Das Europäische Parlament sollte die Möglichkeit haben, einen Sachverständigen als Mitglied des Ausschusses zu benennen. Die Kommission sollte Vertreter anderer krisenrelevanter Stellen auf Unionsebene als Beobachter zu den einschlägigen Sitzungen des Ausschusses einladen, gegebenenfalls auch Vertreter des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses. Die Kommission sollte dafür Sorge tragen, dass das Europäische Parlament alle Dokumente zur gleichen Zeit wie die Vertreter der Mitgliedstaaten erhält. Das Europäische Parlament sollte auch systematisch Zugang zu den Sitzungen des Ausschusses haben, zu denen die Sachverständigen der Mitgliedstaaten eingeladen werden. Die Teilnahme von Vertretern der EFTA-Staaten als Beobachter sollte im Einklang mit dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum sowie mit den bilateralen Abkommen zwischen der Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft sichergestellt werden. Der Ausschuss sollte die Kommission insbesondere bei Maßnahmen unterstützen und beraten, die sich auf den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr und die Freizügigkeit, auch auf die Arbeitnehmer, auswirken, wobei der Schwerpunkt auf Wanderarbeitnehmern, einschließlich Grenzgängern und grenzüberschreitend erwerbstätiger Personen, liegt.***

Abänderung 19

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 20

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(20) ***Wenn die Mitgliedstaaten in Vorbereitung auf und während eines Binnenmarkt-Notfalls Maßnahmen ergreifen, die sich auf den freien Warenverkehr oder die Freizügigkeit, Waren oder den freien Dienstleistungsverkehr auswirken, sollten sie diese Maßnahmen auf das Notwendige beschränken und sie wieder aufheben, sobald die Situation dies zulässt. Diese Maßnahmen sollten dem Grundsatz*** der ***Verhältnismäßigkeit und der Nichtdiskriminierung entsprechen*** und ***der besonderen Situation der Grenzregionen Rechnung tragen***.	(20) ***Im Einklang mit den Werten, auf die sich die Union gründet, muss insbesondere in Krisenzeiten für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht gesorgt werden. Dem Europäischen Parlament kommt eine Schlüsselrolle bei der Sicherstellung der demokratischen Rechenschaftspflicht zu. In dieser Verordnung sollten daher Vorschriften zur Stärkung des Dialogs zwischen*** der ***Kommission, dem Europäischen Parlament*** und ***dem Rat über Notfälle und Resilienz festgelegt werden***.

Abänderung 20

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 21

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(21) Die ***Aktivierung des Notfallmodus*** für den ***Binnenmarkt sollte die Verpflichtung für die Mitgliedstaaten zur Meldung krisenrelevanter Beschränkungen des freien Verkehrs nach sich ziehen***.	(21) ***Um bei Notfällen für eine wirksame Koordinierung und einen wirksamen Informationsaustausch zu sorgen, werden die Mitgliedstaaten im Rahmen dieser Verordnung dazu verpflichtet, zentrale Verbindungsbüros zu benennen, die*** für den ***Kontakt mit dem von der Kommission benannten zentralen Verbindungsbüro auf Unionsebene und mit den zentralen Verbindungsbüros der anderen Mitgliedstaaten zuständig sind***.

Abänderung 21

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 22

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(22) ***Bei der Prüfung, ob die mitgeteilten Maßnahmenentwürfe bzw. angenommenen Maßnahmen mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vereinbar sind, sollte die Kommission der sich entwickelnden Krisensituation sowie den oft begrenzten Informationen, die den Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Bemühungen zur Verringerung der mit einer Krise einhergehenden Risiken zur Verfügung stehen, gebührende Berücksichtigung zukommen lassen. Soweit unter den gegebenen Umständen gerechtfertigt und erforderlich, kann die Kommission auf der Grundlage aller verfügbaren Informationen, einschließlich fachlicher oder wissenschaftlicher Informationen, prüfen, ob die Argumente der Mitgliedstaaten, bei denen sich auf das Vorsorgeprinzip berufen wird, als Begründung für den Erlass von Beschränkungen der Freizügigkeit taugen. Es ist Aufgabe der Kommission, dafür zu sorgen, dass solche***	(22) ***Resilienz ist*** der ***Schlüssel, um sicherzustellen, dass der Binnenmarkt eines seiner obersten Ziele***, die ***Volkswirtschaft*** der ***Union zu unterstützen, erreicht. Diese Verordnung sollte*** die ***Antizipation von Ereignissen und Krisen auf*** der ***Grundlage laufender Analysen in Bezug auf kritische Bereiche der Wirtschaft des Binnenmarkts*** und ***der andauernden zukunftsorientierten Arbeiten*** der ***Union ermöglichen. Um für die Krisenvorsorge aller Akteure zu sorgen, müssen Vorschriften über mindestens alle zwei Jahre durchzuführende Stresstests sowie über Schulungen und Krisenprotokolle festgelegt werden, an denen nicht nur die einschlägigen nationalen Behörden, sondern auch Interessenträger wie Unternehmen, Sozialpartner und Sachverständige beteiligt sind. Darüber hinaus ist es von wesentlicher Bedeutung, Vorschriften über strategische Reserven von Waren von entscheidender Bedeutung festzulegen, um einen***

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Maßnahmen mit dem Unionsrecht vereinbar sind und ***dass durch sie keine ungerechtfertigten Hindernisse für das Funktionieren des Binnenmarkts geschaffen werden. Die Kommission sollte so schnell wie möglich, spätestens jedoch innerhalb der in dieser Verordnung festgelegten Fristen, auf*** die ***Mitteilungen der*** Mitgliedstaaten ***reagieren, wobei die Umstände der jeweiligen Krise*** zu ***berücksichtigen sind.***	***angemessenen Informationsaustausch sicherzustellen und die Mitgliedstaaten bei der Koordinierung und Straffung ihrer Bemühungen zu unterstützen.***

Abänderung 22

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 23

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(23) ***Um sicherzustellen, dass die in dieser Verordnung vorgesehenen spezifischen Notfallmaßnahmen für den Binnenmarkt nur dann angewandt*** werden, ***wenn dies für*** die ***Reaktion auf einen bestimmten Binnenmarkt-Notfall unerlässlich ist, sollten diese Maßnahmen einzeln aktiviert werden müssen, und zwar im Wege von Durchführungsrechtsakten*** der ***Kommission, in denen die Gründe für die Aktivierung*** und die ***krisenrelevanten Waren oder Dienstleistungen angegeben sind, für die diese Maßnahmen gelten.***	(23) ***Zur Bestimmung der kritischen Sektoren sollte eine Methodik festgelegt*** werden, die ***spezifische Kriterien berücksichtigt, nämlich Handelsströme, Nachfrage und Angebot, Konzentration des Angebots, Erzeugung und Erzeugungskapazitäten*** der ***Union und weltweit auf verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette*** und die ***gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den Wirtschaftsteilnehmern.***

Abänderung 23

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 24

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(24) ***Um*** die ***Verhältnismäßigkeit der Durchführungsrechtsakte*** und die ***gebührende Berücksichtigung*** der ***Rolle der Wirtschaftsteilnehmer im Krisenmanagement*** zu ***gewährleisten, sollte*** die ***Kommission nur dann auf*** die Aktivierung des ***Notfallmodus*** für ***den Binnenmarkt zurückgreifen, wenn*** die ***Wirtschaftsteilnehmer nicht in der Lage sind, innerhalb einer angemessenen Frist eine Lösung auf freiwilliger Basis zu finden. Warum dies der Fall ist, sollte in jedem solchen Rechtsakt und in Bezug auf alle besonderen Aspekte einer Krise angegeben werden.***	(24) ***Es ist wichtig, während des Überwachungsmodus und bevor ein Binnenmarkt-Notfall eintritt*** die ***Lieferketten für Waren*** und ***Dienstleistungen von entscheidender Bedeutung sowie*** die ***Freizügigkeit der Kategorien von Arbeitnehmern von entscheidender Bedeutung zu ermitteln und zu überwachen. Um*** der ***Aktivierung des Überwachungsmodus und den dadurch hervorgerufenen potenziellen Folgen für das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts Rechnung*** zu ***tragen, sollten der Kommission gemäß Artikel 291 Absatz 2 des Vertrags über*** die ***Arbeitsweise der Europäischen Union Durchführungsbefugnisse für*** die Aktivierung ***dieses Modus übertragen werden. Der Überwachungsmodus sollte unter gebührender Berücksichtigung der Stellungnahme des Ausschusses für eine Dauer von höchstens sechs Monaten aktiviert werden, mit der Möglichkeit einer Verlängerung um denselben Zeitraum.*** Die ***Kommission sollte dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Ergebnisse der während des Überwachungsmodus erfolgten Überwachung*** der ***Lieferketten für Waren und Dienstleistungen von entscheidender Bedeutung, der Freizügigkeit der Kategorien von Arbeitnehmern von entscheidender Bedeutung und des Verzeichnisses der wichtigsten Wirtschaftsakteure vorlegen.***

Abänderung 24

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 25

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(25) ***Auskunftsersuchen an*** die ***Wirtschaftsteilnehmer sollten von der*** Kommission ***nur dann gestellt werden, wenn*** die ***für eine angemessene Reaktion auf den Binnenmarkt-Notfall erforderlichen Informationen, z. B. solche, die für die Beschaffung durch*** die ***Kommission im Namen der Mitgliedstaaten oder für die Schätzung*** der ***Produktionskapazitäten von Herstellern krisenrelevanter Waren, bei denen die Lieferketten gestört worden sind, benötigt werden, nicht aus öffentlich zugänglichen Quellen oder aufgrund von freiwillig gemachten Angaben eingeholt werden können***.	(25) Die Kommission ***sollte*** die ***Schwere der Störungen der Funktionsweise des Binnenmarkts und*** die ***Auswirkungen einer Krise auf*** der ***Grundlage konkreter und verlässlicher Nachweise und unter gebührender Berücksichtigung der in der vorliegenden Verordnung festgelegten Kriterien sorgfältig prüfen***.

Abänderung 25

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 26

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(26) ***Die Aktivierung des Notfallmodus für*** den ***Binnenmarkt sollte erforderlichenfalls auch die Anwendung bestimmter Krisenreaktionsverfahren auslösen, die Anpassungen der Vorschriften*** für ***die Konzeption***, die ***Herstellung, die Konformitätsbewertung und das Inverkehrbringen*** von Waren ***vorsehen***, ***die harmonisierten Unionsvorschriften unterliegen. Diese Krisenreaktionsverfahren sollten es ermöglichen***, ***dass als krisenrelevant eingestufte Produkte in Notfällen rasch in Verkehr gebracht werden können. Die für die Konformitätsbewertung zuständigen Stellen sollten der Konformitätsbewertung von krisenrelevanten Waren Vorrang vor allen anderen laufenden Anträgen für andere Produkte einräumen. Zum anderen sollten die zuständigen nationalen Behörden in Fällen, in denen es bei den Konformitätsbewertungsverfahren zu unangemessenen Verzögerungen kommt, die Möglichkeit haben, das Inverkehrbringen von Produkten, die die geltenden Konformitätsbewertungsverfahren nicht durchlaufen haben, auf dem jeweiligen Markt zu genehmigen, sofern sie die geltenden Sicherheitsanforderungen erfüllen. Diese Genehmigungen gelten nur im Hoheitsgebiet des ausstellenden Mitgliedstaats*** und ***sind auf die Dauer des Binnenmarkt-Notfalls begrenzt. Um die Erhöhung des Angebots an krisenrelevanten Produkten zu erleichtern, sollten zudem bestimmte Flexibilitäten in Bezug auf den Mechanismus der Konformitätsvermutung eingeführt werden. Bei einem Binnenmarkt-Notfall sollten sich die Hersteller*** von ***krisenrelevanten Waren auch auf nationale und internationale Standards stützen können***, ***die ein gleichwertiges Schutzniveau wie die harmonisierten europäischen Standards bieten. In Fällen, in denen es keine harmonisierten europäischen Standards gibt oder ihre Einhaltung durch die Störungen des Binnenmarkts übermäßig erschwert wird, sollte die Kommission gemeinsame technische Spezifikationen erlassen können, die freiwillig oder verbindlich anzuwenden sind, um den Herstellern gebrauchsfertige technische Lösungen an die Hand zu geben.***	(26) ***Um dem außergewöhnlichen Charakter und*** den ***möglichen weitreichenden Folgen der Aktivierung des Notfallmodus*** für ***den Binnenmarkt***, die ***sich negativ auf den freien Verkehr*** von Waren, ***Dienstleistungen und Personen auswirken könnten***, ***Rechnung zu tragen und eine angemessene öffentliche Kontrolle sicherzustellen, sollte*** der ***Notfallmodus*** für ***den Binnenmarkt nur durch einen Rechtsakt*** in ***Form eines Beschlusses über einen Vorschlag der Kommission aktiviert werden können***, ***der vom Europäischen Parlament*** und ***vom Rat umgehend gemeinsam angenommen wird***. Um ***der Notwendigkeit einer raschen Entscheidungsfindung in Krisenzeiten Rechnung*** zu ***tragen***, ***könnten Entscheidungen zur Aktivierung des Notfallmodus für*** den ***Binnenmarkt unter Anwendung*** von ***Dringlichkeitsverfahren getroffen werden***, ***da diese Verfahren*** in ***der Vergangenheit bereits erfolgreich angewandt wurden***.

Abänderung 26

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 27

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(27) ***Die Einführung dieser krisenrelevanten Anpassungen an die einschlägigen sektorspezifischen harmonisierten Unionsvorschriften erfordert gezielte Anpassungen an die folgenden 19 sektorspezifischen Rahmenregelungen: Richtlinie 2000/14/EG, Richtlinie 2006/42/EU, Richtlinie 2010/35/EU, Richtlinie 2013/29/EU, Richtlinie 2014/28/EU, Richtlinie 2014/29/EU, Richtlinie 2014/30/EU, Richtlinie 2014/31/EU, Richtlinie 2014/32/EU, Richtlinie 2014/33/EU, Richtlinie 2014/34/EU, Richtlinie 2014/35/EU, Richtlinie 2014/53/EU, Richtlinie 2014/68/EU, Verordnung (EU) 2016/424, Verordnung (EU) 2016/425, Verordnung (EU) 2016/426, Verordnung (EU) 2019/1009 und Verordnung (EU) 305/2011.*** Die Aktivierung der Notfallverfahren sollte von der Ausrufung des ***Binnenmarkt-Notfalls*** abhängig gemacht und auf die als krisenrelevante Waren eingestuften Produkte beschränkt sein.	(27) Die Aktivierung der Notfallverfahren sollte von der Ausrufung des ***Notfallmodus für den Binnenmarkt*** abhängig gemacht und auf die als krisenrelevante Waren eingestuften Produkte beschränkt sein. ***Daher sollte die Aktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt erforderlichenfalls auch die Anwendung bestimmter Krisenreaktionsverfahren nach sich ziehen, die für die Gestaltung, Herstellung, Konformitätsbewertung und das Inverkehrbringen von Waren, die harmonisierten Unionsvorschriften oder den allgemeinen Rahmenvorschriften im Bereich der Sicherheit unterliegen, gelten und auf Produkte beschränkt sind, die als krisenrelevante Waren eingestuft wurden.***

Abänderung 27

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 28

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(28) In ***Fällen, in denen erhebliche Risiken*** für ***das Funktionieren*** des ***Binnenmarkts bestehen, oder bei schwerwiegenden Engpässen bei oder einer außergewöhnlich hohen Nachfrage nach Waren von strategischer Bedeutung können*** sich Maßnahmen auf ***Unionsebene zur Sicherstellung*** der ***Verfügbarkeit krisenrelevanter Produkte, z. B. vorrangige Aufträge, als unerlässlich für die Wiederherstellung des normalen Funktionierens des Binnenmarkts erweisen***.	(28) ***Von den Mitgliedstaaten eingeführte Beschränkungen des freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs sollten verboten sein, es sei denn, sie sind nichtdiskriminierend, gerechtfertigt und verhältnismäßig. Es sollte nicht möglich sein, die vertraglich verankerten Grundfreiheiten in Krisenzeiten auszusetzen, und die Mitgliedstaaten sollten den Notfall nicht als Vorwand für Beschränkungen nutzen, die über die Bestimmungen des Vertrags hinausgehen. Bei jeder Reaktion auf einen Binnenmarkt-Notfall sollten diese Bestimmungen sowie die Bestimmungen gemäß der vorliegenden Verordnung strikt eingehalten werden. Wenn die Mitgliedstaaten in Vorbereitung auf einen Binnenmarkt-Notfall und während eines Binnenmarkt-Notfalls Maßnahmen ergreifen, die*** sich ***auf den freien Waren-, Personen- oder Dienstleistungsverkehr auswirken, sollten sie diese*** Maßnahmen auf ***das Notwendige beschränken und sie wieder aufheben, sobald*** der ***Notfallmodus aufgehoben wird, bzw. früher, wenn sie nicht mehr erforderlich sind. Diese Maßnahmen sollten den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und der Nichtdiskriminierung entsprechen und der besonderen Situation von Grenzregionen Rechnung tragen.***

Abänderung 28

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 29

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(29) ***Um die Kaufkraft und*** die ***Verhandlungsposition*** der ***Kommission im Überwachungsmodus für*** den ***Binnenmarkt*** und ***im Notfallmodus für*** den ***Binnenmarkt zu stärken***, ***sollten die*** Mitgliedstaaten ***die Möglichkeit haben***, ***die Kommission zu ersuchen***, die ***Beschaffung in ihrem Namen vorzunehmen***.	(29) ***Repräsentative Verbände von Wirtschaftsteilnehmern haben darauf hingewiesen, dass*** die ***Wirtschaftsteilnehmer während*** der ***Pandemie nicht über ausreichende Informationen zu*** den ***Krisenreaktionsmaßnahmen der Mitgliedstaaten verfügten, was einerseits darauf zurückzuführen ist, dass sie nicht wussten, wo diese Informationen einzuholen waren,*** und ***andererseits durch Sprachbarrieren und*** den ***Verwaltungsaufwand bedingt war***, ***der mit wiederholten Anfragen in allen*** Mitgliedstaaten***, insbesondere in einem sich ständig ändernden Regelungsumfeld, einherging. Dadurch wurden sie daran gehindert***, ***bei Geschäftsentscheidungen fundiert abzuwägen***, ***inwieweit sie sich auf ihre Freizügigkeitsrechte berufen und ihre grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeiten während der Krise fortsetzen können. Die Verfügbarkeit von Informationen über Krisenreaktionsmaßnahmen auf nationaler Ebene und Unionsebene muss verbessert werden.***

Abänderung 29

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 30

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(30) ***Wenn bei einem Binnenmarkt-Notfall ein schwerwiegender Engpass bei krisenrelevanten Waren oder Dienstleistungen auf dem Binnenmarkt besteht und klar ist, dass die auf dem Binnenmarkt tätigen Wirtschaftsteilnehmer keine derartigen Waren herstellen, grundsätzlich aber in der Lage wären, ihre Produktionslinien umzuwidmen, oder nicht über ausreichende Kapazitäten verfügen, um*** die ***benötigten Waren oder Dienstleistungen her- bzw. bereitzustellen***, ***sollte*** die ***Kommission den Mitgliedstaaten als letztes Mittel empfehlen*** können***, Maßnahmen*** zu ***ergreifen, um*** den ***Ausbau oder die Umwidmung von Produktionskapazitäten*** der ***Hersteller bzw. Kapazitäten der Dienstleister zur Erbringung krisenrelevanter Dienstleistungen zu erleichtern oder zu verlangen. Dabei würde die Kommission die Mitgliedstaaten über die Schwere des Engpasses und die Art der benötigten krisenrelevanten Waren oder Dienstleistungen unterrichten und sie im Hinblick auf*** die ***Flexibilitäten im EU-Besitzstand für solche Zwecke unterstützen und beraten***.	(30) ***In Artikel 21 AEUV ist das Recht der Unionsbürgerinnen und -bürger festgelegt, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten vorbehaltlich der in den Verträgen und in den Durchführungsvorschriften vorgesehenen Beschränkungen und Bedingungen frei zu bewegen und aufzuhalten. Die genauen Bedingungen und Beschränkungen sind in der Richtlinie 2004/38/EG festgelegt. In der genannten Richtlinie sind die allgemeinen Grundsätze, die für diese Beschränkungen gelten, und die Gründe festgelegt, die zur Rechtfertigung solcher Maßnahmen herangezogen werden können. Zu den Gründen zählen Belange der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit. In diesen Zusammenhängen können Beschränkungen des freien Verkehrs gerechtfertigt sein, wenn sie verhältnismäßig und nichtdiskriminierend sind. Mit der vorliegenden Verordnung sollen keine zusätzlichen Gründe für die Beschränkung des Rechts auf Freizügigkeit eingeführt werden,*** die ***über die in Kapitel VI der Richtlinie 2004/38/EG vorgesehenen hinausgehen würden***.

Abänderung 30

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 31

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(31) Die Maßnahmen zur ***Gewährleistung*** der ***regulatorischen Flexibilität würden es der Kommission ermöglichen, den Mitgliedstaaten zu empfehlen, die Verfahren zur Erteilung von Genehmigungen*** zu ***beschleunigen, die für den Ausbau der Kapazitäten zur Herstellung krisenrelevanter Waren bzw. Erbringung krisenrelevanter Dienstleistungen erforderlich sind***.	(31) Die ***in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen*** Maßnahmen zur ***Erleichterung des freien Personenverkehrs und sonstige Maßnahmen, die sich auf den freien Personenverkehr auswirken, beruhen auf Artikel 21 AEUV und ergänzen die Richtlinie 2004/38/EG, ohne deren Anwendung im Falle eines Binnenmarkt-Notfalls*** zu ***beeinträchtigen. Diese Maßnahmen sollten nicht zur Genehmigung oder Rechtfertigung von Beschränkungen des freien Verkehrs führen, die den Verträgen oder anderen Bestimmungen des Unionsrechts zuwiderlaufen***.

Abänderung 31

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 32

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(32) ***Um die Verfügbarkeit krisenrelevanter Waren bei einem Binnenmarkt-Notfall zu gewährleisten, kann die Kommission außerdem die Wirtschaftsteilnehmer, die*** in ***krisenrelevanten Lieferketten tätig sind, auffordern, Aufträge für Produktionsmittel, die für*** die ***Herstellung krisenrelevanter Endprodukte erforderlich sind, bzw. Aufträge für krisenrelevante Endprodukte vorrangig zu behandeln. Sollte sich ein Wirtschaftsteilnehmer weigern, solche Aufträge anzunehmen*** und ***vorrangig zu behandeln,*** kann ***die Kommission, nachdem objektive Beweise dafür vorliegen, dass die Verfügbarkeit krisenrelevanter Waren unerlässlich ist, beschließen, die betreffenden Wirtschaftsteilnehmer aufzufordern, bestimmte Aufträge anzunehmen*** und ***vorrangig zu behandeln, wobei die Erfüllung*** dieser ***Aufträge jeder anderen Erfüllungsverpflichtung nach privatem oder öffentlichem Recht vorgeht. Im Falle einer Weigerung des Wirtschaftsteilnehmers hat*** dieser ***eine hinreichend begründete Erklärung abzugeben. Die Kommission kann diese Erklärung ganz oder teilweise unter gebührender Wahrung von Geschäftsgeheimnissen veröffentlichen***.	(32) ***In Artikel 45 AEUV ist das Recht der Arbeitnehmer auf Freizügigkeit vorbehaltlich der in den Verträgen und in den Durchführungsvorschriften vorgesehenen Beschränkungen und Bedingungen festgelegt.*** Die ***vorliegende Verordnung enthält Bestimmungen, die die bestehenden Maßnahmen ergänzen, damit im Falle eines Binnenmarkt-Notfalls der freie Personenverkehr erleichtert, die Transparenz erhöht*** und ***Amtshilfe geleistet werden*** kann***. Zu diesen Maßnahmen gehört die Einrichtung und Bereitstellung zentraler Anlaufstellen für Arbeitnehmer und ihre Vertreter in den Mitgliedstaaten und auf Unionsebene während des Überwachungs-*** und ***Notfallmodus für den Binnenmarkt im Rahmen*** dieser ***Verordnung. Die Mitgliedstaaten und die Kommission werden dazu angehalten, für die Einrichtung und den Betrieb dieser Anlaufstellen bestehende Instrumente zu nutzen. Diese Anlaufstellen sollten auch außerhalb des Notfallmodus in Betrieb sein und die Kommunikation zwischen den Mitgliedstaaten und dem Ausschuss unterstützen***.

Abänderung 32

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 33

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(33) Um die ***Verfügbarkeit von krisenrelevanten Waren bei einem Binnenmarkt-Notfall zu gewährleisten***, ***kann die Kommission den Mitgliedstaaten empfehlen, strategische Reserven unter gebührender Berücksichtigung*** der ***Grundsätze der Solidarität, der Notwendigkeit*** und ***der Verhältnismäßigkeit zu verteilen***.	(33) Um ***einheitliche Bedingungen für*** die ***Durchführung dieser Verordnung sicherzustellen, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse hinsichtlich der Möglichkeit übertragen werden***, ***unterstützende Maßnahmen zur Erleichterung des freien Personenverkehrs zu erlassen. Diese Befugnisse sollten im Einklang mit*** der ***Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments*** und ***des Rates ausgeübt werden***.

Abänderung 33

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 34

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(34) ***Umfassen*** die ***gemäß dieser Verordnung durchzuführenden Tätigkeiten*** die ***Verarbeitung personenbezogener Daten***, ***so sollte diese Verarbeitung*** im ***Einklang*** mit ***den einschlägigen Rechtsvorschriften der Union zum Schutz personenbezogener Daten — d. h. im Einklang mit der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates ([41]) sowie*** der ***Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments*** und ***des Rates ([42])– erfolgen***.	(34) Die ***Aktivierung des Überwachungs- oder Notfallmodus für den Binnenmarkt sollte*** die Verpflichtung der ***Mitgliedstaaten*** nach sich ziehen, ***der Kommission den Erlass von Maßnahmen*** zu ***krisenrelevanten Beschränkungen des freien Verkehrs von Waren, Dienstleistungen und Personen, einschließlich Arbeitnehmern, mitzuteilen, wobei eine Erklärung abzugeben ist, in der die Einführung solcher Maßnahmen begründet wird. In*** der ***Erklärung zur Verhältnismäßigkeit solcher Maßnahmen sollten die Auswirkungen der Maßnahmen, ihr Anwendungsbereich*** und ***ihre voraussichtliche Dauer berücksichtigt werden***.

([41]) Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).

([42]) Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1).

Abänderung 34

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 35

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(35) ***Zur Gewährleistung einheitlicher Bedingungen für*** die ***Durchführung dieser Verordnung sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse hinsichtlich*** der ***Möglichkeit***, ***unterstützende Maßnahmen zur Erleichterung***	(35) ***Bei der Prüfung, ob*** die ***mitgeteilten Maßnahmenentwürfe bzw. angenommenen Maßnahmen mit dem Grundsatz*** der ***Verhältnismäßigkeit vereinbar sind***, ***sollte die Kommission*** die ***Entwicklung der***

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
der ***Freizügigkeit zu erlassen und eine Liste mit individuellen Zielvorgaben (Mengen und Fristen) für die von den Mitgliedstaaten vorzuhaltenden strategischen Reserven aufzustellen, übertragen werden, damit die Ziele der Initiative verwirklicht werden können. Darüber hinaus sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse in Bezug auf*** die ***Aktivierung des Überwachungsmodus und der Überwachungsmaßnahmen übertragen werden, um*** die ***strategischen Lieferketten sorgfältig zu überwachen und die Bildung strategischer Reserven für Waren und Dienstleistungen von strategischer Bedeutung zu koordinieren. Auch sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse im Hinblick auf die Aktivierung spezifischer Notfallmaßnahmen bei einem Binnenmarkt-Notfall übertragen werden, um eine rasche und koordinierte Reaktion zu ermöglichen. Diese Befugnisse sollten gemäß*** der ***Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates ausgeübt werden***.	***Krisensituation sowie die Tatsache gebührend berücksichtigen, dass den Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Bemühungen zur Verringerung der mit der Krise einhergehenden Risiken oft nur begrenzte Informationen zur Verfügung stehen. Soweit unter den gegebenen Umständen gerechtfertigt und erforderlich, kann*** die ***Kommission auf der Grundlage aller verfügbaren Informationen, einschließlich fachlicher oder wissenschaftlicher Informationen, prüfen, ob*** die ***Argumente der Mitgliedstaaten stichhaltig sind. Es ist Aufgabe der Kommission, sicherzustellen, dass solche Maßnahmen mit dem Unionsrecht vereinbar sind und dass durch sie keine ungerechtfertigten Hindernisse für die Funktionsweise des Binnenmarkts geschaffen werden. Die Kommission sollte so schnell wie möglich, spätestens jedoch innerhalb der in dieser Verordnung festgelegten Fristen, auf die Mitteilungen*** der ***Mitgliedstaaten reagieren, wobei die Umstände der jeweiligen Krise zu berücksichtigen sind***.

Abänderung 35

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 36

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(36) ***Diese Verordnung steht im Einklang mit den Grundrechten und Grundsätzen, die insbesondere mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) anerkannt wurden. Sie wahrt insbesondere das in Artikel 7 der Charta verankerte Recht auf Privatsphäre der Wirtschaftsteilnehmer, das Recht auf Datenschutz gemäß Artikel 8 der Charta, die unternehmerische Freiheit und die Vertragsfreiheit, die durch Artikel 16 der Charta geschützt sind, sowie das Eigentumsrecht, das durch Artikel 17 der Charta geschützt ist, das Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen, das durch Artikel 26 der Charta geschützt ist, und das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht gemäß Artikel 47 der Charta. Da das Ziel dieser Verordnung*** von ***den Mitgliedstaaten*** nicht ***ausreichend verwirklicht werden kann und vielmehr wegen des Umfangs und*** der ***Wirkungen der Maßnahmen auf Unionsebene besser zu verwirklichen ist, kann*** die ***Union im Einklang mit dem in Artikel 5*** des ***Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese*** Verordnung ***nicht über das für*** die ***Verwirklichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus. Die Verordnung sollte die im AEUV verankerte Autonomie der Sozialpartner nicht berühren***.	(36) ***Stellt*** die ***Kommission fest, dass*** die ***mitgeteilten Maßnahmen nicht mit dem Unionsrecht vereinbar*** sind, ***kann sie einen Beschluss erlassen, mit dem sie den betreffenden Mitgliedstaat auffordert, den mitgeteilten Maßnahmenentwurf zu ändern oder von dessen Annahme abzusehen. Die Annahme*** von ***Beschlüssen berührt*** nicht ***die Vorrechte*** der ***Kommission als Hüterin der Verträge***, die ***für die Wahrung*** des ***freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs verantwortlich ist. Um die wirksame Durchführung dieser*** Verordnung ***sicherzustellen, sollte*** die ***Kommission wirksam auf Verstöße gegen das Unionsrecht reagieren, indem sie Vertragsverletzungsverfahren einleitet***.

Abänderung 36

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 37

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(37) ***Die Union bekennt sich weiterhin uneingeschränkt zur internationalen Solidarität und unterstützt nachdrücklich den Grundsatz, dass alle für notwendig erachteten Maßnahmen, die im Rahmen dieser Verordnung getroffen*** werden***, einschließlich der Maßnahmen***, die ***erforderlich sind, um kritische Engpässe zu verhindern oder zu beseitigen, zielgerichtet, transparent, angemessen*** und ***befristet sind und im Einklang mit den Verpflichtungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) stehen***.	(37) ***Damit sichergestellt ist, dass Bürger, Verbraucher, Wirtschaftsakteure und Arbeitnehmer sowie ihre Vertreter in Notfällen unterstützt werden, müssen zentrale Anlaufstellen auf nationaler Ebene und eine zentrale Anlaufstelle auf Unionsebene eingerichtet*** werden***. Die Mitgliedstaaten sollten dafür sorgen, dass alle***, die ***von nationalen Krisenreaktionsmaßnahmen betroffen sind, bei den zuständigen Behörden einschlägige Informationen in klarer*** und ***verständlicher Sprache einholen können, wobei sicherzustellen ist, dass sie auch für Menschen mit Behinderungen leicht zugänglich sind***.

Abänderung 37

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 38

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(38) ***Der Unionsrahmen enthält interregionale Elemente zur Festlegung kohärenter, sektorübergreifender und grenzüberschreitender Überwachungs- und Notfallmaßnahmen für den Binnenmarkt unter Berücksichtigung insbesondere*** der ***Ressourcen, Kapazitäten*** und ***Anfälligkeiten der benachbarten Regionen, speziell Grenzregionen***.	(38) ***Damit die in dieser Verordnung vorgesehenen spezifischen Notfallmaßnahmen für den Binnenmarkt nur dann angewandt werden, wenn dies für die Reaktion auf einen bestimmten Binnenmarkt-Notfall unerlässlich ist, sollten diese Maßnahmen nur einzeln im Wege von Durchführungsrechtsakten*** der ***Kommission aktiviert werden können, in denen die Gründe für ihre Aktivierung*** und ***die krisenrelevanten Waren oder Dienstleistungen anzugeben sind, für die diese Maßnahmen gelten***.

Abänderung 38

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 39

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(39) Die ***Kommission nimmt gegebenenfalls auch Konsultationen oder eine Zusammenarbeit*** im ***Namen der Union mit betreffenden Drittländern — mit einem besonderen Augenmerk auf Entwicklungsländer — auf, um im Einklang mit internationalen Verpflichtungen kooperative Lösungen zur Bewältigung von Störungen der Lieferkette*** zu finden. ***Dies umfasst gegebenenfalls eine Koordinierung in einschlägigen internationalen Gremien.***	(39) ***Um außerdem*** die ***Verhältnismäßigkeit der Durchführungsrechtsakte und die gebührende Berücksichtigung der Rolle der Wirtschaftsteilnehmer*** im Zusammenhang mit dem ***Krisenmanagement sicherzustellen, sollte die Kommission auf die Aktivierung der Notfallmaßnahmen für den Binnenmarkt nur dann zurückgreifen, wenn die Wirtschaftsteilnehmer nicht in der Lage sind, innerhalb einer angemessenen Frist eine Lösung auf freiwilliger Basis*** zu finden. In ***jedem derartigen Rechtsakt sollten die Gründe für ihre Aktivierung angegeben und allen besonderen Aspekten einer Krise Rechnung getragen werden***.

Abänderung 39

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 40

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(40) ***Um einen Rahmen für Krisenprotokolle zu schaffen,*** sollte ***der Kommission die Befugnis zum Erlass von Rechtsakten gemäß Artikel 290 AEUV übertragen werden, um den*** in ***dieser Verordnung festgelegten Regelungsrahmen zu ergänzen, indem die Modalitäten für die*** Zusammenarbeit ***der Mitgliedstaaten und der Unionsbehörden im Überwachungs-*** und ***im Notfallmodus für*** den ***Binnenmarkt sowie für den sicheren Informationsaustausch und die Risiko- und Krisenkommunikation genauer festgelegt werden. Es ist von besonderer Bedeutung***, ***dass*** die ***Kommission im Zuge ihrer Vorbereitungsarbeit*** angemessene ***Konsultationen, auch*** auf ***der Ebene von Sachverständigen, durchführt, die mit*** den ***Grundsätzen im Einklang stehen***, ***die in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung niedergelegt wurden***. ***Um insbesondere*** für ***eine gleichberechtigte Beteiligung an der Vorbereitung delegierter Rechtsakte zu sorgen, erhalten das Europäische Parlament und*** der ***Rat alle Dokumente zur gleichen Zeit wie die Sachverständigen der Mitgliedstaaten***, ***und ihre Sachverständigen haben systematisch Zugang zu den Sitzungen der Sachverständigengruppen der Kommission***, die ***mit der Vorbereitung der delegierten Rechtsakte befasst*** sind.	(40) ***Die Kommission*** sollte ***Wirtschaftsteilnehmer nur als letztes Mittel und nur*** in Zusammenarbeit ***mit dem Ausschuss*** und den ***Mitgliedstaaten um Auskunft ersuchen***, ***wenn*** die ***für eine*** angemessene ***Reaktion*** auf den ***Binnenmarkt-Notfall erforderlichen Informationen***, ***z. B. solche, die*** für ***die Auftragsvergabe durch die Kommission im Namen der Mitgliedstaaten oder für die Schätzung*** der ***Produktionskapazitäten von Herstellern krisenrelevanter Waren***, ***deren Lieferketten gestört wurden, benötigt werden, nicht öffentlich zugänglichen Quellen oder Angaben***, die ***auf jegliche sonstige Weise freiwillig erfolgt*** sind***, entnommen werden können***.

Abänderung 40

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 41

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(41) ***Die Verordnung (EG) Nr. 2679/98 des Rates, die einen Mechanismus für bilaterale Gespräche über Behinderungen*** für das Funktionieren des Binnenmarkts ***vorsieht***, ***kam nur selten zur Anwendung und ist überholt. Ihre Bewertung hat gezeigt, dass die in der Verordnung vorgesehenen Lösungen den Gegebenheiten komplexer Krisen, die sich nicht auf Ereignisse an den Grenzen zweier benachbarter Mitgliedstaaten beschränken, nicht gerecht werden können. Sie ist daher aufzuheben —***	(41) ***Wenn erhebliche Risiken*** für das Funktionieren des Binnenmarkts ***oder schwerwiegende Engpässe bei Waren von entscheidender Bedeutung bestehen oder eine außergewöhnlich hohen Nachfrage nach denselben gegeben ist, können sich Maßnahmen auf Unionsebene zur Sicherstellung der Verfügbarkeit krisenrelevanter Waren, z. B. vorrangige Aufträge, als unerlässlich für die Wiederherstellung einer reibungslosen Funktionsweise des Binnenmarkts erweisen.***

Abänderung 41

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 41 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(41a) Wenn bei einem Binnenmarkt-Notfall ein schwerwiegender Engpass bei krisenrelevanten Waren oder Dienstleistungen auf dem Binnenmarkt besteht und klar ist, dass die auf dem Binnenmarkt tätigen Wirtschaftsteilnehmer keine derartigen Waren herstellen, grundsätzlich aber in der Lage wären, ihre Produktionslinien umzuwidmen, oder über ausreichende Kapazitäten verfügen, um die benötigten Waren oder Dienstleistungen her- bzw. bereitzustellen, sollte die Kommission den Mitgliedstaaten als letztes Mittel empfehlen können, Maßnahmen zu ergreifen, um den Ausbau oder die Umwidmung von Produktionskapazitäten der Hersteller bzw. Kapazitäten der Dienstleister zur Erbringung krisenrelevanter Dienstleistungen zu erleichtern oder zu verlangen. Dabei sollte die Kommission die Mitgliedstaaten über die Schwere des Engpasses und die Art der benötigten krisenrelevanten Waren oder Dienstleistungen unterrichten und sie hinsichtlich der im EU-Besitzstand für solche Zwecke vorgesehenen Flexibilitätsregelungen unterstützen und beraten.

Abänderung 42

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 41 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(41b) Kraft der Maßnahmen zur Sicherstellung regulatorischer Flexibilität könnte die Kommission den Mitgliedstaaten empfehlen, die Verfahren zur Erteilung von Genehmigungen zu beschleunigen, die für den Ausbau der Kapazitäten zur Herstellung krisenrelevanter Waren bzw. zur Erbringung krisenrelevanter Dienstleistungen erforderlich sind.

Abänderung 43

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 41 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(41c) Um die Verfügbarkeit krisenrelevanter Waren bei einem Binnenmarkt-Notfall zu gewährleisten, kann die Kommission außerdem die Wirtschaftsteilnehmer, die in krisenrelevanten Lieferketten tätig sind, auffordern, Aufträge für krisenrelevante Waren oder Aufträge für Produktionsmittel, die für die Herstellung krisenrelevanter Waren erforderlich sind, vorrangig zu behandeln. Sollte ein Wirtschaftsteilnehmer die Aufforderung, solche Aufträge vorrangig zu behandeln, ignorieren, obwohl objektive Beweise dafür vorliegen, dass die Verfügbarkeit krisenrelevanter Waren unerlässlich ist, kann die Kommission die betreffenden Wirtschaftsteilnehmer auffordern, bestimmte Aufträge anzunehmen und vorrangig zu behandeln, wobei die Erfüllung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	dieser Aufträge jeder anderen Erfüllungsverpflichtung nach privatem oder öffentlichem Recht vorgeht. Im Falle einer Weigerung des Wirtschaftsteilnehmers hat dieser eine hinreichend begründete Erklärung abzugeben.

Abänderung 44

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 41 d (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(41d) Zur Gewährleistung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse im Hinblick auf die Aktivierung spezifischer Notfallmaßnahmen, nämlich vorrangige Aufträge, bei einem Binnenmarkt-Notfall übertragen werden, um eine rasche und koordinierte Reaktion zu ermöglichen. Der vorrangige Auftrag sollte zu einem fairen und angemessenen Preis vergeben werden, der gegebenenfalls einen angemessenen Ausgleich aller zusätzlichen Kosten beinhaltet, die dem Wirtschaftsteilnehmer entstehen, einschließlich Kosten, die sich beispielsweise aus Verträgen außerhalb der Union oder aus dem Wechsel von Produktionslinien ergeben. Diese Befugnisse sollten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 ausgeübt werden.

Abänderung 45

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 41 e (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(41e) Im Fall ernster Engpässe bei krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen, die einen Mitgliedstaat betreffen, kann der betreffende Mitgliedstaat dies der Kommission mitteilen und die erforderlichen Mengen angeben. Die Kommission sollte die Informationen an alle zuständigen Behörden übermitteln und für eine straffe Koordinierung der Antworten der Mitgliedstaaten sorgen. Um die Verfügbarkeit von krisenrelevanten Waren bei einem Binnenmarkt-Notfall zu gewährleisten, kann die Kommission den Mitgliedstaaten außerdem empfehlen, strategische Reserven unter gebührender Berücksichtigung der Grundsätze der Solidarität, der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit zu verteilen.

Abänderung 46

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 41 f (neu)

Vorschlag der Kommission	***Geänderter Text***
	(41f) Um die Kaufkraft und die Verhandlungsposition der Kommission im Überwachungs- und im Notfallmodus für den Binnenmarkt zu stärken, sollten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, die Kommission zu ersuchen, die Beschaffung in ihrem Namen vorzunehmen. Außerdem sollte unbedingt sichergestellt werden, dass die Mitgliedstaaten ihre Maßnahmen mit Unterstützung der Kommission und des Ausschusses koordinieren, bevor Verfahren für die Beschaffung krisenrelevanter Waren und Dienstleistungen eingeleitet werden. Transparenz ist ein Grundprinzip für eine wirksame Vergabe öffentlicher Aufträge, das den Wettbewerb verbessert, die Effizienz erhöht und gleiche Wettbewerbsbedingungen schafft. Das Europäische Parlament sollte über Verfahren für gemeinsame Beschaffungen im Rahmen dieser Verordnung unterrichtet werden und auf Antrag Zugang zu den im Rahmen dieser Verfahren geschlossenen Verträgen erhalten, sofern sensible Geschäftsinformationen, einschließlich Geschäftsgeheimnissen, angemessen geschützt werden.

Abänderung 47

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 41 g (neu)

Vorschlag der Kommission	***Geänderter Text***
	(41g) Es ist notwendig, Vorschriften für digitale Instrumente festzulegen, um darauf vorbereitet zu sein, zeitnah und effizient auf mögliche künftige Notfälle zu reagieren sowie das anhaltende Funktionieren des Binnenmarkts, den freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr in Krisenzeiten und die Verfügbarkeit krisenrelevanter Waren und Dienstleistungen für Bürger, Unternehmen und Behörden sicherzustellen. Bei der Einrichtung solcher Instrumente sollte die Kommission die Interoperabilität mit bereits bestehenden digitalen Instrumenten wie dem Binnenmarkt-Informationssystem (IMI) sicherstellen, um eine Verdoppelung der Anforderungen und zusätzlichen Verwaltungsaufwand zu vermeiden. Außerdem sollten im Rahmen dieser Verordnung Regeln für eine angemessene Koordinierung, Zusammenarbeit und einen angemessenen Informationsaustausch festgelegt und digitale Instrumente eingeführt werden, um das Funktionieren der Schnellabfertigung für kritische Waren und Dienstleistungen sicherzustellen, mit dem Ziel, Genehmigungs-, Registrierungs- oder Erklärungsverfahren zu

Vorschlag der Kommission	***Geänderter Text***
	beschleunigen. Um die Einbeziehung aller Wirtschaftsteilnehmer, insbesondere der Unternehmen und der Zivilgesellschaft, auszuweiten, sollte die Kommission außerdem eine Stakeholder-Plattform einrichten, damit freiwilliges Handeln bei Binnenmarkt-Notfällen erleichtert und gefördert wird.

Abänderung 48

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 41 h (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(41h) Diese Verordnung steht im Einklang mit den Grundrechten und Grundsätzen, die insbesondere mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) anerkannt wurden. Sie wahrt insbesondere das in Artikel 7 der Charta verankerte Recht auf Privatsphäre der Wirtschaftsteilnehmer, das Recht auf Datenschutz gemäß Artikel 8 der Charta, die unternehmerische Freiheit und die Vertragsfreiheit, die durch Artikel 16 der Charta geschützt sind, sowie das Eigentumsrecht, das durch Artikel 17 der Charta geschützt ist, das Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen, das durch Artikel 28 der Charta geschützt ist, und das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht gemäß Artikel 47 der Charta.

Abänderung 49

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 41 i

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(41i) Da das Ziel dieser Verordnung von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann, sondern vielmehr wegen des Umfangs und der Wirkungen der Maßnahmen auf Unionsebene besser zu verwirklichen ist, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.

Abänderung 50

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 41 j (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(41j) Die Kommission sollte die Wirksamkeit dieser Verordnung bewerten und dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht vorlegen, der auch eine Bewertung der Arbeit des Gremiums, Stresstests, Schulungs- und Krisenprotokolle, die Kriterien für die Aktivierung des Notfallmodus sowie den Einsatz digitaler Instrumente umfasst. Darüber hinaus sollten Berichte nach der Deaktivierung des Notfallmodus vorgelegt werden. Diese Berichte sollten eine Bewertung über das Funktionieren des Reaktionssystems für Notfälle und die Auswirkungen der Notfallmaßnahmen auf die Grundrechte wie unternehmerische Freiheit, die Freiheit, Arbeit zu suchen und zu arbeiten, und auf das Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen, einschließlich des Streikrechts, beinhalten. Diese Verordnung sollte nicht so ausgelegt werden, dass sie das Recht auf Kollektivverhandlungen und das Recht auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Einklang mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta") berührt, einschließlich des Rechts von Arbeitnehmern und Beschäftigten, kollektive Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Interessen, einschließlich des Streikrechts, zu ergreifen. Darüber hinaus sollte die Verordnung die im AEUV verankerte Autonomie der Sozialpartner nicht berühren.

Abänderung 51

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 41 k (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(41k) Alle Maßnahmen gemäß dieser Verordnung sollten mit den einschlägigen völkerrechtlichen Verpflichtungen der Union in Einklang stehen. Die Union bekennt sich weiterhin uneingeschränkt zur internationalen Solidarität und unterstützt nachdrücklich den Grundsatz, dass alle für notwendig erachteten Maßnahmen, die im Rahmen dieser Verordnung getroffen werden, einschließlich der Maßnahmen, die erforderlich sind, um kritische Engpässe zu verhindern oder zu beseitigen, zielgerichtet, transparent, angemessen und befristet sind und im Einklang mit den Verpflichtungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) stehen.

Abänderung 52

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 41 l (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(41l) Der Unionsrahmen sollte interregionale Elemente zur Festlegung kohärenter, sektorübergreifender und grenzüberschreitender Überwachungs- und Notfallmaßnahmen für den Binnenmarkt unter Berücksichtigung insbesondere der Ressourcen, Kapazitäten und Anfälligkeiten der benachbarten Regionen, speziell Grenzregionen, enthalten.

Abänderung 53

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 41 m (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(41m) Um einen Rahmen für Krisenprotokolle zu schaffen, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte zu erlassen, um diese Verordnung zu ergänzen, indem die Modalitäten für die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und der Unionsbehörden im Überwachungs- und im Notfallmodus für den Binnenmarkt sowie die Modalitäten für den sicheren Informationsaustausch und die Risiko- und Krisenkommunikation genauer festgelegt werden. Es ist von besonderer Bedeutung, dass die Kommission im Zuge ihrer Vorbereitungsarbeit angemessene Konsultationen, auch auf der Ebene von Sachverständigen, durchführt, die mit den Grundsätzen in Einklang stehen, die in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung niedergelegt wurden. Um insbesondere für eine gleichberechtigte Beteiligung an der Vorbereitung delegierter Rechtsakte zu sorgen, erhalten das Europäische Parlament und der Rat alle Dokumente zur gleichen Zeit wie die Sachverständigen der Mitgliedstaaten, und ihre Sachverständigen haben systematisch Zugang zu den Sitzungen der Sachverständigengruppen der Kommission, die mit der Vorbereitung der delegierten Rechtsakte befasst sind.

Abänderung 54

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 41 n (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(41n) Die Verordnung (EG) Nr. 2679/98 des Rates sieht einen Mechanismus für bilaterale Gespräche und Meldungen über Behinderungen für das Funktionieren des Binnenmarkts vor. Um doppelte Meldepflichten in Krisensituationen zu vermeiden, sollte die genannte Verordnung daher entsprechend geändert werden. Die Verordnung (EG) Nr. 2679/98 sollte in keiner Weise die Wahrnehmung der auf Unionsebene anerkannten Grundrechte einschließlich des Rechts oder der Freiheit zum Streik oder zur Durchführung anderer Maßnahmen, die im Rahmen der jeweiligen Arbeitsbeziehungen in den Mitgliedstaaten nach ihren nationalen Rechtsvorschriften vorgesehen sind, berühren. Sie sollte auch das Recht, im Einklang mit nationalem Recht Tarifverträge auszuhandeln, abzuschließen und durchzusetzen sowie kollektive Maßnahmen zu ergreifen, unberührt lassen.

Abänderung 55

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 1 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) ***Mit*** dieser Verordnung ***wird ein Rahmen von Maßnahmen zur Antizipation der Auswirkungen von Krisen auf den Binnenmarkt sowie zur Vorbereitung und Reaktion darauf geschaffen, mit dem Ziel, den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Personen zu gewährleisten und die Verfügbarkeit*** von Waren ***und*** Dienstleistungen ***von strategischer Bedeutung sowie von krisenrelevanten Waren*** und ***Dienstleistungen im Binnenmarkt sicherzustellen***.	(1) ***Ziel*** dieser Verordnung ***ist es, zum ordnungsgemäßen Funktionieren des Binnenmarkts beizutragen, indem ein Rahmen mit harmonisierten Vorschriften festgelegt wird, um seine Resilienz zu stärken, Krisen wirksam zu antizipieren und zu verhindern, eine wirksame Reaktion auf Krisen sicherzustellen und den freien Verkehr*** von Waren, Dienstleistungen und ***Personen zu erleichtern***.

Abänderung 56

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 1 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die in Absatz 1 genannten Maßnahmen umfassen Folgendes:	***entfällt***
a) eine Beratungsgruppe, die die Kommission in Bezug auf geeignete Maßnahmen zur Antizipation und Vorbeugung der Auswirkungen einer Krise auf den Binnenmarkt sowie deren Bewältigung berät,	
b) Maßnahmen zum Einholten, Teilen und Austausch der einschlägigen Informationen,	

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) Notfallmaßnahmen zur Antizipation und Planung,	
d) Maßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen bedeutender Ereignisse auf den Binnenmarkt, die noch nicht zu einem Binnenmarkt-Notfall geführt haben (Überwachung des Binnenmarkts), einschließlich einer Reihe von Überwachungsmaßnahmen, und	
e) Maßnahmen zur Bewältigung von Binnenmarkt-Notfällen, einschließlich einer Reihe von Notfallmaßnahmen.	

Abänderung 57

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 1 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Die Mitgliedstaaten tauschen untereinander und mit der Kommission regelmäßig Informationen über sämtliche Angelegenheiten aus, die in den Geltungsbereich dieser Verordnung fallen.	***entfällt***

Abänderung 58

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 1 — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Die Kommission kann alle einschlägigen fachlichen und/oder wissenschaftlichen Erkenntnisse einholen, die für die Anwendung dieser Verordnung erforderlich sind.	***entfällt***

Abänderung 59

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Anwendungsbereich	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 60

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die in dieser Verordnung festgelegten Maßnahmen gelten im Zusammenhang mit erheblichen Auswirkungen einer Krise auf das Funktionieren des Binnenmarkts ***und seiner Lieferketten***.	(1) Die in dieser Verordnung festgelegten Maßnahmen gelten im Zusammenhang mit erheblichen Auswirkungen einer Krise auf das Funktionieren des Binnenmarkts***, wobei die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundrechte, einschließlich der unternehmerischen Freiheit, unberührt bleiben***.

Abänderung 61

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 2 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) Arzneimittel im Sinne des Artikels ***2*** Nummer 2 der Richtlinie 2001/83/EG;	a) Arzneimittel im Sinne des Artikels ***1*** Nummer 2 der Richtlinie 2001/83/EG ***des Europäischen Parlaments und des Rates***;

Abänderung 62

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 2 — Buchstabe c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) sonstige medizinische Gegenmaßnahmen im Sinne des Artikels 3 Nummer ***8*** der Verordnung (EU) ***…/… zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren [SCBTH-Verordnung] ([44]), die in der Liste nach Artikel 6 Absatz 1*** des ***Vorschlags für eine Verordnung (EU) …/…*** des Rates ***über einen Rahmen zur Gewährleistung der Bereitstellung von krisenrelevanten medizinischen Gegenmaßnahmen ([45]) aufgeführt sind***;	c) sonstige medizinische Gegenmaßnahmen im Sinne des Artikels 3 Nummer ***10*** der Verordnung (EU) ***2022/2371*** des ***Europäischen Parlaments und*** des Rates ***([45])***;
([44]) [Verweis auf angenommenen Rechtsakt einfügen, sobald verfügbar].	***([45]) Verordnung (EU) 2022/2371 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. November 2022 zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1082/2013/EU (ABl. L 314 vom 6.12.2022, S. 26)***.
([45]) [Verweis auf angenommenen Rechtsakt einfügen, sobald verfügbar].	

Abänderung 63

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 2 — Buchstabe f

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
f) Finanzdienstleistungen wie Bankdienstleistungen sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit einer Kreditgewährung, Versicherung und Rückversicherung, betrieblichen oder individuellen Altersversorgung, Wertpapieren, Geldanlagen, Fonds, Zahlungen und Anlageberatung, einschließlich der in Anhang I der Richtlinie 2013/36 aufgeführten Dienstleistungen, sowie Abrechnungs- und Clearingtätigkeiten sowie Beratungs-, Vermittlungs- und sonstige Zusatzfinanzdienstleistungen.	f) Finanzdienstleistungen wie Bankdienstleistungen sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit einer Kreditgewährung, Versicherung und Rückversicherung, betrieblichen oder individuellen Altersversorgung, Wertpapieren, Geldanlagen, Fonds, Zahlungen und Anlageberatung, einschließlich der in Anhang I der Richtlinie 2013/36***/EU*** aufgeführten Dienstleistungen, sowie Abrechnungs- und Clearingtätigkeiten sowie Beratungs-, Vermittlungs- und sonstige Zusatzfinanzdienstleistungen.

Abänderung 64

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Abweichend von Absatz 2 Buchstaben a, b und c gelten die Artikel 16 bis 20 und Artikel 41 ***der vorliegenden Verordnung*** für die unter diesen Buchstaben genannten Erzeugnisse.	(3) Abweichend von Absatz 2 Buchstaben a, b und c gelten die Artikel 16 bis 20 und Artikel 41 ***bis 41c*** für die unter diesen Buchstaben genannten Erzeugnisse.

Abänderung 65

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3a) Diese Verordnung lässt die Integrierte Regelung für die politische Reaktion auf Krisen gemäß dem Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1993 des Rates unberührt.

Abänderung 66

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(5) Diese Verordnung gilt unbeschadet der Wettbewerbsvorschriften der Union ***(Artikel 101 bis 109 AEUV und Durchführungsverordnungen)***, einschließlich der Kartell-, Fusions- und Beihilfevorschriften.	(5) Diese Verordnung gilt unbeschadet der Wettbewerbsvorschriften der Union, einschließlich der Kartell-, Fusions- und Beihilfevorschriften.

Abänderung 67

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 6 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(6) Diese Verordnung berührt nicht die ***Möglichkeit der Kommission,***	(6) Diese Verordnung berührt nicht ***das Unionsrecht zum Schutz personenbezogener Daten, insbesondere die Verordnungen (EU) 2016/679 und (EU) 2018/1725 sowie die Richtlinie 2002/58/EG.***

Abänderung 68

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 6 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) Konsultationen oder eine Zusammenarbeit im Namen der Union mit betreffenden Drittländern — mit einem besonderen Augenmerk auf Entwicklungsländer — aufzunehmen, um im Einklang mit internationalen Verpflichtungen kooperative Lösungen zur Vermeidung von Störungen der Lieferkette zu finden. Dies kann gegebenenfalls auch eine Koordinierung in einschlägigen internationalen Gremien umfassen;	***entfällt***

Abänderung 69

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 6 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) eine Bewertung der Frage vorzunehmen, ob es angebracht ist, im Einklang mit den internationalen Rechten und Pflichten der Union gemäß der Verordnung (EU) 2015/479 des Europäischen Parlaments und des Rates ([48]) Beschränkungen für die Ausfuhr von Waren einzuführen.	***entfällt***

([48]) ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 34.

Abänderung 70

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(6a) Diese Verordnung berührt in keiner Weise die Ausübung der in den Mitgliedstaaten und auf Unionsebene anerkannten Grundrechte, einschließlich des Rechts zum Streik oder des Rechts zur Durchführung anderer Maßnahmen, die im Rahmen der spezifischen Systeme der Mitgliedstaaten im Bereich der Arbeitsbeziehungen nach ihren nationalen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten vorgesehen sind. Sie berührt auch nicht das Recht, im Einklang mit nationalem Recht und nationalen Gepflogenheiten Tarifverträge auszuhandeln, abzuschließen und durchzusetzen sowie kollektive Maßnahmen zu ergreifen.

Abänderung 71

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 7

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(7) Alle Maßnahmen gemäß dieser Verordnung stehen mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Union im Einklang.	***entfällt***

Abänderung 72

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 — Absatz 8

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(8) Diese Verordnung berührt nicht die Verantwortung der Mitgliedstaaten für den Schutz der nationalen Sicherheit oder ihre Befugnis zur Wahrung wesentlicher staatlicher Funktionen, einschließlich der Wahrung der territorialen Unversehrtheit des Staates und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.	***entfällt***

Abänderung 73

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
1. „Krise“ ein außergewöhnliches, ***unerwartetes und plötzliches*** natürliches oder vom Menschen verursachtes Ereignis außergewöhnlicher Art und außergewöhnlichen Ausmaßes, das sich innerhalb oder außerhalb der Union ereignet;	1. „Krise“ ein außergewöhnliches, natürliches oder vom Menschen verursachtes Ereignis außergewöhnlicher Art und außergewöhnlichen Ausmaßes, das sich innerhalb oder außerhalb der Union ereignet ***und den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen oder Personen auf dem Binnenmarkt schwerwiegend beeinträchtigt***;

Abänderung 74

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
2. „Überwachungsmodus für den Binnenmarkt“ einen Rahmen zur Bewältigung einer ***drohenden*** erheblichen Störung der Versorgung mit Waren und Dienstleistungen von ***strategischer*** Bedeutung***, die*** über das Potenzial verfügt, sich innerhalb der nächsten sechs Monate zu einem Binnenmarkt-Notfall zu verschärfen;	2. „Überwachungsmodus für den Binnenmarkt“ einen Rahmen zur Bewältigung ***der Gefahr*** einer ***Krise, die zu einer*** erheblichen Störung der Versorgung mit Waren und Dienstleistungen von ***entscheidender*** Bedeutung ***führt und*** über das Potenzial verfügt, sich innerhalb der nächsten sechs Monate zu einem Binnenmarkt-Notfall zu verschärfen;

Abänderung 75

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
3. ***„Binnenmarkt-Notfall“ weitreichende*** Auswirkungen einer Krise auf den Binnenmarkt, die den freien Verkehr ***auf dem Binnenmarkt*** oder das Funktionieren der für die Aufrechterhaltung essenzieller gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Tätigkeiten auf dem Binnenmarkt unerlässlichen Lieferketten ernsthaft stören;	3. ***„Notfallmodus für den Binnenmarkt“ einen Rahmen zur Bewältigung schwerwiegender, weitreichender*** Auswirkungen einer Krise auf den Binnenmarkt, die den freien Verkehr ***von Waren, Dienstleistungen oder Personen*** oder das Funktionieren der für die Aufrechterhaltung essenzieller gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Tätigkeiten auf dem Binnenmarkt unerlässlichen Lieferketten ernsthaft stören;

Abänderung 76

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
4. ***„strategisch wichtige Bereiche“*** die Bereiche, die für die Union und ihre Mitgliedstaaten ***insofern*** von entscheidender Bedeutung sind***, als sie*** für die öffentliche Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit von grundlegender Bedeutung sind und deren Störung, Ausfall, Verlust oder Zerstörung erhebliche Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts hätte;	4. ***„Bereiche von entscheidender Bedeutung“*** die Bereiche, die für die Union und ihre Mitgliedstaaten von entscheidender Bedeutung sind ***und die*** für die öffentliche Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit ***oder die Umwelt*** von grundlegender Bedeutung sind und deren Störung, Ausfall, Verlust oder Zerstörung erhebliche Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts***, insbesondere den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen oder Personen,*** hätte;

Abänderung 77

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
5. „Waren ***und*** Dienstleistungen von ***strategischer*** Bedeutung“ Waren und ***Dienstleistungen***, die für das Funktionieren des Binnenmarkts in ***strategisch wichtigen Bereichen*** unerlässlich sind und weder substituiert noch diversifiziert werden können;	5. „Waren, Dienstleistungen ***und Arbeitnehmer*** von ***entscheidender*** Bedeutung“ Waren***, Dienstleistungen*** und ***Arbeitnehmerkategorien***, die für das Funktionieren des Binnenmarkts in ***Bereichen von entscheidender Bedeutung*** unerlässlich sind und weder substituiert noch ***gegebenenfalls*** diversifiziert werden können;

Abänderung 78

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
6. „krisenrelevante Waren und Dienstleistungen“ Waren und Dienstleistungen, die bei einem Binnenmarkt-Notfall für die Reaktion auf die Krise oder für die Bewältigung der Auswirkungen der Krise auf den Binnenmarkt unerlässlich sind;	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 79

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 — Absatz 1 — Nummer 7

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
7. „strategische Reserven“ Bestände an Waren von ***strategischer*** Bedeutung, für die eine Reserve gebildet werden muss, um für einen Binnenmarkt-Notfall gerüstet zu sein***, und die unter der Kontrolle des jeweiligen Mitgliedstaats stehen***.	7. „strategische Reserven“ Bestände an Waren von ***entscheidender*** Bedeutung ***unter der Kontrolle eines Mitgliedstaats***, für die eine Reserve gebildet werden muss, um für einen Binnenmarkt-Notfall gerüstet zu sein.

Abänderung 80

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Beratungsgruppe	***Notfall- und Resilienzausschuss für den Binnenmarkt***

Abänderung 81

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Es wird ***eine Beratungsgruppe*** eingerichtet.	(1) Es wird ***ein Notfall- und Resilienzausschuss für den Binnenmarkt (im Folgenden „Ausschuss“)*** eingerichtet.

Abänderung 82

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) ***Die Beratungsgruppe*** setzt sich aus einem Vertreter je Mitgliedstaat zusammen. Jeder Mitgliedstaat benennt einen Vertreter und einen Stellvertreter.	(2) ***Der Ausschuss*** setzt sich aus einem Vertreter je Mitgliedstaat ***und einem vom Europäischen Parlament benannten Sachverständigen*** zusammen. Jeder Mitgliedstaat benennt einen Vertreter und einen Stellvertreter.

Abänderung 83

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Die Kommission führt den Vorsitz ***in der Beratungsgruppe*** und stellt das Sekretariat. ***Die Kommission*** kann ***einen Vertreter des Europäischen Parlaments, Vertreter der Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (European Free Trade Association, EFTA),*** die ***Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum [49] sind, sowie Vertreter von Wirtschaftsteilnehmern, Interessenverbänden, Sozialpartnern und Sachverständigen als Beobachter zu den Sitzungen der Beratungsgruppe einladen. Sie lädt die Vertreter anderer krisenrelevanter Stellen auf Unionsebene als Beobachter zu den einschlägigen Sitzungen der Beratungsgruppe ein.***	(3) Die Kommission führt den Vorsitz ***im Ausschuss*** und stellt das Sekretariat. ***Gegebenenfalls*** kann die ***Kommission ständige oder nichtständige Untergruppen des Ausschusses zur Prüfung bestimmter Fragen einsetzen***.

[49] ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3.

Abänderung 84

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3a) Die Kommission lädt Vertreter anderer krisenrelevanter Stellen auf Unionsebene als Beobachter zu den einschlägigen Sitzungen des Ausschusses sowie gemäß bilateraler oder internationaler Übereinkommen Vertreter von Drittstaaten oder internationalen Organisationen ein. Die Kommission lädt gegebenenfalls auch Organisationen, die interessierte Parteien vertreten, insbesondere Vertreter von Wirtschaftsteilnehmern, Interessenverbänden und Sozialpartnern, als Beobachter zu den Sitzungen des Ausschusses ein. Die Kommission kann auch Sachverständige mit besonderer Kompetenz in einem krisenrelevanten Thema einladen, ad hoc an der Arbeit des Ausschusses teilzunehmen.

Abänderung 85

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 3 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3b) Unbeschadet personenbezogener Daten oder Geschäftsgeheimnisse kann der Ausschuss Stellungnahmen, Empfehlungen oder Berichte annehmen, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Kommission trägt den Stellungnahmen, Empfehlungen oder Berichten des Ausschusses in transparenter Weise weitestgehend Rechnung.

Abänderung 86

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 4 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Für die Zwecke der Notfallplanung gemäß den Artikeln 6 bis 8 unterstützt und berät ***die Beratungsgruppe*** die Kommission bei folgenden Aufgaben:	(4) ***Zur Stärkung der Resilienz des Binnenmarkts und*** für die Zwecke der Notfallplanung gemäß den Artikeln 6 bis 8 unterstützt und berät ***der Ausschuss*** die Kommission bei folgenden Aufgaben:

Abänderung 87

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 4 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) Unterbreitung von Vorschlägen für Vereinbarungen über die Verwaltungszusammenarbeit zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten im Überwachungs- und im Notfallmodus für den Binnenmarkt, die in den Krisenprotokollen enthalten wären;	a) Unterbreitung von Vorschlägen für Vereinbarungen über die Verwaltungszusammenarbeit zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten im Überwachungs- und im Notfallmodus für den Binnenmarkt, die in den ***in Artikel 6 genannten*** Krisenprotokollen enthalten wären;

Abänderung 88

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 4 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Bewertung ***bedeutender Ereignisse***, auf die die Kommission von den Mitgliedstaaten aufmerksam gemacht wurde.	b) Bewertung ***von Ereignissen***, auf die die Kommission ***gemäß Artikel 8 und im Hinblick auf deren Auswirkungen auf den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Personen, einschließlich Arbeitnehmern,*** von den Mitgliedstaaten ***oder anderen einschlägigen Interessenträgern*** aufmerksam gemacht wurde.

Abänderung 89

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 4 — Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ba) Empfehlung an die Mitgliedstaaten, eine Reserve kritischer Waren anzulegen, um sich auf einen Binnenmarkt-Notfall vorzubereiten, wobei die Wahrscheinlichkeit und die Auswirkungen von Engpässen berücksichtigt werden;

Abänderung 90

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 4 — Buchstabe b b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	bb) Sammeln von Informationen über die Möglichkeit des Auftretens einer Krise, die Durchführung von Datenanalysen und die Bereitstellung von Marktinformationen;

Abänderung 91

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 4 — Buchstabe b c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	bc) Konsultation der Vertreter der Wirtschaftsteilnehmer — einschließlich KMU — und der vertretenden Organisationen sowie gegebenenfalls der Sozialpartner zur Einholung von Marktinformationen;

Abänderung 92

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 4 — Buchstabe b d (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	bd) Analyse aggregierter Daten, die bei anderen krisenrelevanten Stellen auf Unionsebene und internationaler Ebene eingeholt wurden;

Abänderung 93

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 4 — Buchstabe b e (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	be) Pflege eines Verzeichnisses nationaler und unionsweiter Krisenmaßnahmen, die in früheren Krisen mit Auswirkungen auf den Binnenmarkt und seine Lieferketten zur Anwendung gekommen sind;

Abänderung 94

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 4 — Buchstabe b f (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	bf) Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Binnenmarkts im Einklang mit dieser Verordnung, unter anderem Organisation von Schulungen und Simulationen, und Ermittlung einschlägiger Wirtschaftsteilnehmer und Lieferketten im Rahmen von Stresstests.

Abänderung 95

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 5 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(5) Für die Zwecke des in Artikel 9 genannten Überwachungsmodus für den Binnenmarkt unterstützt ***die Beratungsgruppe*** die Kommission bei folgenden Aufgaben:	(5) Für die Zwecke des in Artikel 9 genannten Überwachungsmodus für den Binnenmarkt unterstützt ***der Ausschuss*** die Kommission bei folgenden Aufgaben:

Abänderung 96

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 5 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) Feststellung, ob und in welchem Ausmaß eine Gefahr im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 besteht;	a) Feststellung, ***ob die Kriterien für die Aktivierung oder Deaktivierung des Überwachungsmodus erfüllt sind und insbesondere*** ob und in welchem Ausmaß eine Gefahr im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 besteht;

Abänderung 97

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 5 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Sammlung von Prognosen, Datenanalyse und Einholung von Marktinformationen;	***entfällt***

Abänderung 98

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 5 — Buchstabe c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) Konsultation der Vertreter der Wirtschaftsteilnehmer — einschließlich KMU — und der Industrie zur Einholung von Marktinformationen;	***entfällt***

Abänderung 99

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 5 — Buchstabe d

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
d) Analyse aggregierter Daten, die bei anderen krisenrelevanten Stellen auf Unionsebene und internationaler Ebene eingeholt wurden;	***entfällt***

Abänderung 100

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 5 — Buchstabe e

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
e) Erleichterung des Austauschs und der gemeinsamen Nutzung von Informationen, auch mit anderen einschlägigen bzw. krisenrelevanten Stellen auf Unionsebene sowie gegebenenfalls mit Drittländern, mit einem besonderen Augenmerk auf Entwicklungsländer und internationale Organisationen;	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 101

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 5 — Buchstabe f

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
f) Pflege eines Verzeichnisses nationaler und unionsweiter Krisenmaßnahmen, die in früheren Krisen mit Auswirkungen auf den Binnenmarkt und seine Lieferketten zur Anwendung gekommen sind.	***entfällt***

Abänderung 102

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 6 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(6) Für die Zwecke des in Artikel 14 genannten Notfallmodus für den Binnenmarkt unterstützt ***die Beratungsgruppe*** die Kommission bei folgenden Aufgaben:	(6) Für die Zwecke des in Artikel 14 genannten Notfallmodus für den Binnenmarkt unterstützt ***der Ausschuss*** die Kommission bei folgenden Aufgaben:

Abänderung 103

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 6 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Feststellung, ob die Kriterien für die Aktivierung oder Deaktivierung des Notfallmodus erfüllt sind;	b) Feststellung ***auf der Grundlage ausreichender und zuverlässiger Nachweise***, ob die Kriterien für die Aktivierung oder Deaktivierung des Notfallmodus erfüllt sind;

Abänderung 104

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 6 — Buchstabe c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) Beratung bei der Umsetzung der Maßnahmen, die zur Reaktion auf einen Binnenmarkt-Notfall auf Unionsebene beschlossen wurden;	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 105

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 6 — Buchstabe e

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
e) Erleichterung des Austauschs und der gemeinsamen Nutzung von Informationen, auch mit anderen krisenrelevanten Stellen auf Unionsebene sowie gegebenenfalls mit Drittländern, mit einem besonderen Augenmerk auf Entwicklungsländer und internationale Organisationen.	e) Erleichterung des Austauschs und der gemeinsamen Nutzung von Informationen, auch mit anderen krisenrelevanten Stellen auf Unionsebene sowie gegebenenfalls mit Drittländern, mit einem besonderen Augenmerk auf ***EFTA-Mitglieder, Bewerber- und*** Entwicklungsländer und internationale Organisationen.

Abänderung 106

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 7

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(7) Die Kommission stellt die Beteiligung aller für die jeweilige Krise relevanten Stellen auf Unionsebene sicher. ***Die Beratungsgruppe*** arbeitet gegebenenfalls eng mit anderen einschlägigen krisenrelevanten Stellen auf Unionsebene zusammen und stimmt sich eng mit ihnen ab. Die Kommission sorgt für die Koordinierung mit den Maßnahmen, die durch andere Mechanismen der Union, z. B. das Katastrophenschutzverfahren der Union (UCPM) ***oder*** den EU-Rahmen für Gesundheitssicherheit, durchgeführt werden. ***Die Beratungsgruppe*** stellt den Informationsaustausch mit dem Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen im Rahmen des UCPM sicher.	(7) Die Kommission stellt die Beteiligung ***des Europäischen Parlaments und*** aller für die jeweilige Krise relevanten Stellen auf Unionsebene sicher. ***Die Kommission sorgt insbesondere für den gleichberechtigten Zugang zu allen Informationen, sodass das Europäische Parlament und der Rat alle Dokumente gleichzeitig erhalten. Der Ausschuss*** arbeitet gegebenenfalls eng mit anderen einschlägigen krisenrelevanten Stellen auf Unionsebene zusammen und stimmt sich eng mit ihnen ab. Die Kommission sorgt für die Koordinierung mit den Maßnahmen, die durch andere Mechanismen der Union, z. B. das Katastrophenschutzverfahren der Union (UCPM), den EU-Rahmen für Gesundheitssicherheit ***oder den Mechanismus im Rahmen des Chip-Gesetzes,*** durchgeführt werden. ***Der Ausschuss*** stellt den Informationsaustausch mit dem Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen im Rahmen des UCPM sicher.

Abänderung 107

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 8

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(8) ***Die Beratungsgruppe*** tritt mindestens dreimal im Jahr zusammen. In ***ihrer*** ersten Sitzung gibt sich ***die Beratungsgruppe auf Vorschlag und im Einvernehmen mit*** der ***Kommission*** eine Geschäftsordnung.	(8) ***Der Ausschuss*** tritt mindestens dreimal im Jahr zusammen. In ***seiner*** ersten Sitzung gibt sich der ***Ausschuss*** eine Geschäftsordnung.

Abänderung 108

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(8a) Der Ausschuss nimmt in Zusammenarbeit mit der Kommission seinen jährlichen Tätigkeitsbericht an und legt ihn dem Europäischen Parlament und dem Rat vor.

Abänderung 109

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 — Absatz 9

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(9) Die Beratungsgruppe kann im Rahmen ihrer in den Absätzen 4 bis 6 genannten Aufgaben Stellungnahmen, Empfehlungen oder Berichte annehmen.	***entfällt***

Abänderung 110

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Artikel 4a
	Notfall- und Resilienzdialog
	(1) Um den Dialog zwischen den Organen der Union, insbesondere zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission, zu fördern und für ein höheres Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu sorgen, kann das Europäische Parlament seine benannten Sachverständigen und die Kommission ersuchen, gemeinsam die folgenden Themen zu erörtern:
	a) vom Ausschuss angenommene Stellungnahmen, Empfehlungen und Berichte;

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	b) die Ergebnisse der Stresstests;
	c) die Aktivierung des Überwachungsmodus, dessen Ausweitung und Deaktivierung sowie alle gemäß Teil III erlassenen Maßnahmen;
	d) die Aktivierung des Notfallmodus, dessen Ausweitung und Deaktivierung sowie alle gemäß Teil IV erlassenen Maßnahmen;
	e) alle Maßnahmen, die den freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr einschränken.
	(2) Das Europäische Parlament kann Vertreter der Mitgliedstaaten zur Teilnahme an dem in Absatz 1 genannten Dialog einladen.

Abänderung 111

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 5 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die Mitgliedstaaten benennen zentrale Verbindungsbüros, die für die Kontakte, die Koordinierung und den Informationsaustausch mit den zentralen Verbindungsbüros anderer Mitgliedstaaten und dem zentralen Verbindungsbüro auf Unionsebene gemäß dieser Verordnung zuständig sind. Diese Verbindungsbüros koordinieren und sammeln die Beiträge der zuständigen nationalen Behörden.	(1) Die Mitgliedstaaten benennen zentrale Verbindungsbüros, die für die Kontakte, die Koordinierung und den Informationsaustausch mit den zentralen Verbindungsbüros anderer Mitgliedstaaten und dem zentralen Verbindungsbüro auf Unionsebene gemäß dieser Verordnung zuständig sind. Diese Verbindungsbüros koordinieren und sammeln die Beiträge der zuständigen nationalen Behörden***, gegebenenfalls auch auf regionaler und lokaler Ebene. Diese Verbindungsbüros übermitteln auch den in Artikel 21 genannten nationalen zentralen Kontaktstellen alle krisenrelevanten Informationen, und zwar möglichst in Echtzeit.***

Abänderung 112

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 5 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die Kommission benennt ein zentrales Verbindungsbüro auf Unionsebene, das für die Kontakte mit den zentralen Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten während des Überwachungs- und des Notfallmodus für den Binnenmarkt gemäß dieser Verordnung zuständig ist. Das zentrale Verbindungsbüro auf Unionsebene gewährleistet die Koordinierung und den Informationsaustausch mit den zentralen Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten für die Verwaltung des Überwachungs- und des Notfallmodus für den Binnenmarkt.	(2) Die Kommission benennt ein zentrales Verbindungsbüro auf Unionsebene, das für die Kontakte mit den zentralen Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten während des Überwachungs- und des Notfallmodus für den Binnenmarkt gemäß dieser Verordnung ***und gegebenenfalls mit anderen für die jeweilige Krise einschlägigen Stellen auf Unionsebene*** zuständig ist. Das zentrale Verbindungsbüro auf Unionsebene gewährleistet die Koordinierung und den Informationsaustausch mit den zentralen Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten für die Verwaltung des Überwachungs- und des Notfallmodus für den Binnenmarkt***; krisenrelevante Informationen werden gemäß Artikel 41 öffentlich zugänglich gemacht***.

Abänderung 113

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6 — Absatz 1 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die Kommission wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der Stellungnahme ***der Beratungsgruppe*** und der Beiträge der auf Unionsebene tätigen einschlägigen Stellen nach Konsultation der Mitgliedstaaten einen delegierten Rechtsakt zur Ergänzung dieser Verordnung durch einen Rahmen zu erlassen, in dem im Hinblick auf die Zusammenarbeit ***in Krisensituationen***, den Informationsaustausch und die Krisenkommunikation für den Überwachungs- und den Notfallmodus für den Binnenmarkt, Krisenprotokolle festgelegt sind***, die*** insbesondere folgende Aspekte ***betreffen***:	(1) Die Kommission wird ermächtigt, unter ***gebührender*** Berücksichtigung der Stellungnahme ***des Ausschusses*** und der Beiträge der auf Unionsebene tätigen einschlägigen Stellen nach Konsultation der Mitgliedstaaten einen delegierten Rechtsakt zur Ergänzung dieser Verordnung durch einen ***allgemeinen*** Rahmen zu erlassen, in dem im Hinblick auf die Zusammenarbeit ***bei der Krisenvorsorge***, den Informationsaustausch und die Krisenkommunikation für den Überwachungs- und den Notfallmodus für den Binnenmarkt Krisenprotokolle festgelegt sind ***und der*** insbesondere folgende Aspekte ***betrifft***:

Abänderung 114

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6 — Absatz 1 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) Zusammenarbeit zwischen den für die Verwaltung des Überwachungs- und des Notfallmodus für den Binnenmarkt zuständigen Behörden auf nationaler Ebene ***und Unionsebene im Überwachungs- und im Notfallmodus für den Binnenmarkt über alle Sektoren des Binnenmarkts hinweg***;	a) Zusammenarbeit zwischen den für die Verwaltung des Überwachungs- und des Notfallmodus für den Binnenmarkt zuständigen Behörden auf nationaler Ebene***, auch auf lokaler und regionaler Ebene, und den zuständigen Behörden auf Unionsebene***;

Abänderung 115

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6 — Absatz 1 — Buchstabe c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) koordiniertes Konzept für die ***Risiko- und*** Krisenkommunikation auch gegenüber der Öffentlichkeit mit einer koordinierenden Rolle der Kommission;	c) koordiniertes Konzept für die Krisenkommunikation auch gegenüber der Öffentlichkeit ***und den einschlägigen Interessenträgern, einschließlich Wirtschaftsteilnehmern,*** mit einer koordinierenden Rolle der Kommission;

Abänderung 116

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6 — Absatz 1 — Buchstabe d

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
d) Verwaltung des Rahmens.	***entfällt***

Abänderung 117

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6 — Absatz 2 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) Verzeichnis der ***zuständigen*** nationalen Behörden, der gemäß Artikel 5 benannten zentralen Verbindungsbüros und der in Artikel 21 genannten zentralen Anlaufstellen, ihrer Kontaktdaten sowie der ihnen zugewiesenen Aufgaben und Zuständigkeiten während des Überwachungs- und des Notfallmodus für den Binnenmarkt gemäß dieser Verordnung nach nationalem Recht;	a) Verzeichnis der nationalen Behörden, der gemäß Artikel 5 benannten zentralen Verbindungsbüros und der in Artikel 21 genannten zentralen Anlaufstellen, ihrer Kontaktdaten sowie der ihnen zugewiesenen Aufgaben und Zuständigkeiten während des Überwachungs- und des Notfallmodus für den Binnenmarkt gemäß dieser Verordnung nach nationalem Recht;

Abänderung 118

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6 — Absatz 2 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Konsultation der Vertreter der Wirtschaftsteilnehmer ***und der Sozialpartner***, einschließlich KMU, zu ihren Initiativen und Maßnahmen zur Abmilderung und Bewältigung möglicher ***Störungen der Lieferkette und zur Überwindung möglicher Engpässe bei Waren und Dienstleistungen im Binnenmarkt***;	b) Konsultation der Vertreter der Wirtschaftsteilnehmer, einschließlich KMU, zu ihren Initiativen und Maßnahmen zur Abmilderung und Bewältigung möglicher ***Binnenmarkt-Notfälle***;

Abänderung 119

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6 — Absatz 2 — Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ba) Konsultation der Sozialpartner zu den Auswirkungen auf die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in den Bereichen von entscheidender Bedeutung;

Abänderung 120

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6 — Absatz 2 — Buchstabe c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) Zusammenarbeit auf technischer Ebene im Überwachungs- und im Notfallmodus für den Binnenmarkt über alle Sektoren des Binnenmarkts hinweg;	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 121

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6 — Absatz 2 — Buchstabe d

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
d) Risiko- und Notfallkommunikation mit einer koordinierenden Rolle der Kommission unter ***angemessener*** Berücksichtigung bereits bestehender Strukturen;	d) Risiko- und Notfallkommunikation mit einer koordinierenden Rolle der Kommission unter Berücksichtigung bereits bestehender Strukturen;

Abänderung 122

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6 — Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2a) Die Kommission kann unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Ausschusses die Ausarbeitung freiwilliger Krisenprotokolle durch Wirtschaftsteilnehmer veranlassen, fördern und vereinfachen, um Binnenmarkt-Notfälle anzugehen, wobei dies strikt auf außergewöhnliche Umstände beschränkt ist. Die Kommission kann gegebenenfalls auch Organisationen der Zivilgesellschaft oder andere einschlägige Organisationen in die Ausarbeitung der freiwilligen Krisenprotokolle einbeziehen. Die freiwilligen Krisenprotokolle enthalten Folgendes:* ***a) die spezifischen Parameter der Störung, der mit dem freiwilligen Krisenprotokoll begegnet werden soll, und die damit verfolgten Ziele; ***b) die Rolle der einzelnen Beteiligten und die vorbereitenden Maßnahmen, die sie zu ergreifen haben, und ihre Rolle nach Aktivierung des Krisenprotokolls;*** ***c) das Verfahren zur Festlegung der Funktionsweise des Krisenprotokolls;*** ***d) Maßnahmen zur Abmilderung von möglichen Binnenmarkt-Notfällen und zur Reaktion darauf, die strikt auf das für ihre Bewältigung erforderliche Maß beschränkt sind;*** ***e) Sicherheitsmaßnahmen zum Bekämpfen etwaiger negativer Folgen für den freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen und die Freizügigkeit von Arbeitskräften.***

Abänderung 123

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Um das Funktionieren des in Absatz 1 genannten Rahmens zu gewährleisten, kann die Kommission Stresstests, Simulationen sowie Überprüfungen während und nach der Durchführung von Maßnahmen mit den Mitgliedstaaten durchführen und den auf Unionsebene tätigen zuständigen Stellen und den Mitgliedstaaten gegebenenfalls vorschlagen, den Rahmen zu aktualisieren.	***entfällt***

Abänderung 124

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 7 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Kommission organisiert für das Personal der benannten zentralen Verbindungsbüros die in Artikel 6 genannten Schulungen zu ***Krisenkoordinierung***, Zusammenarbeit und Informationsaustausch. Sie organisiert Simulationen, an denen das Personal der zentralen Verbindungsbüros ***aller Mitgliedstaaten beteiligt ist*** und ***die*** auf ***möglichen Notfallszenarien im Binnenmarkt basieren***.	***(1)*** Die Kommission ***entwickelt und*** organisiert für das Personal der benannten zentralen Verbindungsbüros ***und die Wirtschaftsteilnehmer regelmäßig*** die in Artikel 6 genannten Schulungen zu ***Vorbereitung, Koordinierung***, Zusammenarbeit***, Kommunikation*** und Informationsaustausch ***bei Krisen***. Sie organisiert Simulationen, an denen das Personal der zentralen Verbindungsbüros ***sowie andere einschlägige, an der Prävention von, der Vorbereitung für*** und ***der Reaktion*** auf ***Binnenmarkt-Notfälle beteiligte Akteure, einschließlich Wirtschaftsteilnehmer, oder Stellen beteiligt sind***.

Abänderung 125

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 7 — Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1a) Die Kommission entwickelt und verwaltet insbesondere ein Schulungsprogramm, das sich aus Erfahrungen aus früheren Krisen ableitet, einschließlich Aspekten aus dem gesamten Notfallmanagementzyklus, um eine zügige Reaktion auf Krisen bieten zu können. Das Programm umfasst Folgendes:
	a) Überwachung, Analyse und Bewertung aller einschlägigen Maßnahmen zur Erleichterung des freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs;
	b) Förderung der Umsetzung bewährter Verfahren auf nationaler Ebene und auf Unionsebene und gegebenenfalls der von Drittländern und internationalen Organisationen entwickelten bewährten Verfahren;
	c) Entwicklung von Leitlinien zur Verbreitung von Wissen und zur Umsetzung verschiedener Aufgaben auf nationaler und gegebenenfalls regionaler und lokaler Ebene;
	d) Förderung der Einführung und Verwendung relevanter neuer Technologien und digitaler Werkzeuge zum Zweck der Reaktion auf Binnenmarkt-Notfälle.

Abänderung 126

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 7 — Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1b) Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats, der von einer Störung betroffen ist, kann die Kommission ein Sachverständigenteam entsenden, um vor Ort Beratung über Vorsorge- und Reaktionsmaßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse und Interessen dieses Mitgliedstaats zu leisten.

Abänderung 127

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Artikel 7a
	Stresstests
	(1) Um den freien Verkehr und die Verfügbarkeit von Waren und Dienstleistungen von entscheidender Bedeutung sicherzustellen und um Störungen des Binnenmarkts zu antizipieren und sich darauf vorzubereiten, führt die Kommission unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Ausschusses Stresstests durch, einschließlich Simulationen und Peer Reviews, insbesondere für von der Kommission als kritisch eingestufte Sektoren.
	Die Kommission lädt insbesondere Personal aus den zentralen Verbindungsbüros aller Mitgliedstaaten zur Teilnahme an Simulationen ein und
	a) entwickelt Szenarien und Parameter, die spezifische, mit Binnenmarkt-Notfällen verbundene Risiken erfassen, um Schwachstellen in Bereichen von entscheidender Bedeutung zu ermitteln, sowie um die möglichen Auswirkungen auf den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr und die Freizügigkeit zu bewerten;
	b) ermittelt einschlägige Wirtschaftsteilnehmer und repräsentative Organisationen sowie andere relevante Akteure oder Stellen, die an der Prävention von, Vorsorge für und Reaktion auf Notfälle beteiligt sind, und lädt diese Akteure zur Teilnahme auf freiwilliger Basis ein;
	c) erleichtert Peer Reviews und fördert die Entwicklung von Strategien zur Krisenvorsorge;

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	d) ermittelt Risikominderungsmaßnahmen nach Abschluss der Stresstests in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren.
	(2) Die Kommission führt regelmäßig, mindestens jedoch alle zwei Jahre Stresstests durch, wobei dies umfassende unionsweite Stresstests oder Stresstests für spezifische geographische Gebiete oder Grenzregionen umfasst.
	(3) Die Kommission teilt dem Ausschuss die Ergebnisse der Stresstests mit und veröffentlicht einen Bericht.

Abänderung 128

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 7 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Artikel 7b
	Ermittlung kritischer Sektoren
	(1) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, unter gebührender Berücksichtigung der Stellungnahme des Ausschusses und der Beiträge der auf Unionsebene tätigen einschlägigen Stellen und nach Konsultation der Mitgliedstaaten einen delegierten Rechtsakt zur Ergänzung dieser Verordnung zu erlassen, in dem die Verfahrensweise für eine Bestandsaufnahme zur Ermittlung kritischer Sektoren festgelegt ist.
	(2) Zum Zweck der in Absatz 1 genannten Verfahrensweise achtet die Kommission besonders auf
	a) Handelsströme,
	b) Angebot und Nachfrage,
	c) Bündelung des Angebots,
	d) Erzeugung und Erzeugungskapazitäten der Union und weltweit auf verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette,
	e) gegenseitige Abhängigkeit der Wirtschaftsteilnehmer, die sowohl innerhalb als auch außerhalb des Binnenmarkts tätig sind.

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3) Die Kommission führt unter Rückgriff auf die in Absatz 1 genannte Verfahrensweise und unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Ausschusses regelmäßig eine Bestandsaufnahme durch, um kritische Sektoren zu ermitteln. Diese Bestandsaufnahmen stützen sich ausschließlich auf öffentlich oder kommerziell verfügbare Daten und einschlägige nichtvertrauliche Informationen von Unternehmen.
	(4) Die Kommission veröffentlicht die Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme.

Abänderung 129

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Das zentrale Verbindungsbüro eines Mitgliedstaats unterrichtet die Kommission und die zentralen Verbindungsbüros der anderen Mitgliedstaaten ***unverzüglich*** über alle Ereignisse, die ***das Funktionieren des Binnenmarkts und seiner Lieferketten erheblich stören oder erheblich stören*** könnten ***(bedeutende Ereignisse)***.	(1) Das zentrale Verbindungsbüro eines Mitgliedstaats unterrichtet die Kommission und die zentralen Verbindungsbüros der anderen Mitgliedstaaten ***unmittelbar*** über alle Ereignisse, die ***zu einem Binnenmarkt-Notfall führen*** könnten.

Abänderung 130

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die zentralen Verbindungsbüros und alle zuständigen nationalen Behörden ***behandeln*** die in Absatz 1 genannten Informationen gemäß dem Unionsrecht und den mit dem Unionsrecht im Einklang stehenden nationalen Rechtsvorschriften so, dass die Vertraulichkeit gewahrt bleibt und die Sicherheit und die öffentliche Ordnung der ***Europäischen*** Union oder ihrer Mitgliedstaaten sowie die Sicherheit und die geschäftlichen Interessen der betroffenen Wirtschaftsteilnehmer geschützt sind.	(2) Die zentralen Verbindungsbüros und alle zuständigen nationalen Behörden ***erlassen alle erforderlichen Maßnahmen, um*** die in Absatz 1 genannten Informationen gemäß dem Unionsrecht und den mit dem Unionsrecht im Einklang stehenden nationalen Rechtsvorschriften so ***behandeln zu können***, dass die Vertraulichkeit gewahrt bleibt und die Sicherheit und die öffentliche Ordnung der Union oder ihrer Mitgliedstaaten sowie die Sicherheit und die geschäftlichen Interessen der betroffenen Wirtschaftsteilnehmer geschützt sind.

Abänderung 131

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 — Absatz 3 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Bei der Feststellung, ob die ***Störung oder potenzielle Störung des Funktionierens des Binnenmarkts und seiner Lieferketten für Waren und Dienstleistungen erheblich ist und*** einer Warnmeldung ***bedarf***, berücksichtigt das zentrale Verbindungsbüro eines Mitgliedstaats Folgendes:	(3) Bei der Feststellung, ob die ***in Absatz 1 genannten Ereignisse*** einer Warnmeldung ***bedürfen***, berücksichtigt das zentrale Verbindungsbüro eines Mitgliedstaats Folgendes:

Abänderung 132

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 — Absatz 3 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) die Zahl der ***von der Störung oder potenziellen Störung*** betroffenen Wirtschaftsteilnehmer;	a) die Zahl der ***unionsweit*** betroffenen Wirtschaftsteilnehmer;

Abänderung 133

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 — Absatz 3 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) die Dauer oder voraussichtliche Dauer der ***Störung oder potenziellen Störung***;	b) die Dauer oder voraussichtliche Dauer der ***Ereignisse***;

Abänderung 134

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 — Absatz 3 — Buchstabe c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) das geografische Gebiet; den Anteil des Binnenmarkts***, der von der Störung oder potenziellen Störung betroffen ist***; die Auswirkungen auf ***bestimmte geografische Gebiete, die*** besonders ***anfällig und Störungen der Lieferkette ausgesetzt sind, einschließlich der*** Gebiete in äußerster Randlage ***der EU***;	c) das geografische Gebiet; den ***betroffenen*** Anteil des Binnenmarkts ***und die grenzübergreifenden Auswirkungen***; die Auswirkungen auf besonders ***anfällige oder gefährdete geografische Gebiete wie die*** Gebiete in äußerster Randlage;

Abänderung 135

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 — Absatz 3 — Buchstabe d

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
d) die Auswirkungen ***der Störung oder potenziellen Störung*** auf nicht diversifizierbare und nicht substituierbare Produktionsmittel.	d) die Auswirkungen ***dieser Ereignisse*** auf nicht diversifizierbare und nicht substituierbare Produktionsmittel.

Abänderung 136

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Artikel 8a
	Strategische Reserven
	(1) Die Mitgliedstaaten bemühen sich nach besten Kräften, strategische Reserven von Waren von entscheidender Bedeutung zu bilden. Die Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Koordinierung und Straffung ihrer Bemühungen. Die Kommission sorgt insbesondere für die Koordinierung und den Informationsaustausch und fördert die Solidarität zwischen den zuständigen nationalen Behörden im Zusammenhang mit Engpässen bei krisenrelevanten Waren oder Dienstleistungen oder dem Aufbau strategischer Reserven für Waren von entscheidender Bedeutung. Kapazitäten, die gemäß Artikel 12 des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU Teil der rescEU-Reserve sind, sind von der Anwendung dieses Artikels ausgenommen.
	(2) Der Informationsaustausch und die bewährten Verfahren nach Absatz 1 umfassen insbesondere:
	a) die Wahrscheinlichkeit und die potenziellen Auswirkungen von Engpässen gemäß Absatz 1;
	b) die Höhe der vorhandenen Bestände der Wirtschaftsteilnehmer und der strategischen Reserven in der gesamten Union sowie jegliche Informationen über die laufenden Tätigkeiten der Wirtschaftsteilnehmer zur Erhöhung ihrer Bestände;
	c) die Kosten für die Bildung und Vorhaltung solcher strategischen Reserven;
	d) die Optionen und das Potenzial für eine alternative Versorgung;
	e) weitere Informationen, die zur Sicherstellung der Verfügbarkeit solcher Waren und Dienstleistungen beitragen könnten.
	Diese Informationen und bewährten Verfahren werden über einen sicheren Kommunikationskanal ausgetauscht.

Abänderung 137

Vorschlag für eine Verordnung

Teil III — Titel

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Überwachung des Binnenmarkts	***Überwachungsmodus für den Binnenmarkt***

Abänderung 138

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 — Absatz 1 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Gelangt die Kommission unter Berücksichtigung der Stellungnahme ***der Beratungsgruppe*** zu der Auffassung, dass ***eine Gefahr nach*** Artikel 3 Absatz 2 ***vorliegt***, so aktiviert sie im Wege eines Durchführungsrechtsakts den Überwachungsmodus für eine Dauer von höchstens sechs Monaten. Der entsprechende Durchführungsrechtsakt enthält Folgendes:	(1) Gelangt die Kommission unter ***gebührender*** Berücksichtigung der Stellungnahme ***des Ausschusses sowie der in Artikel 8 Absatz 3 festgelegten Kriterien*** zu der Auffassung, dass ***die in*** Artikel 3 Absatz 2 ***aufgeführten Bedingungen erfüllt sind***, so aktiviert sie im Wege eines Durchführungsrechtsakts den Überwachungsmodus für eine Dauer von höchstens sechs Monaten. ***Wenn die Auffassung der Kommission von der Stellungnahme des Ausschusses abweicht, muss die Kommission eine stichhaltige Begründung vorlegen.*** Der entsprechende Durchführungsrechtsakt enthält Folgendes:

Abänderung 139

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 — Absatz 1 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) eine Bewertung der potenziellen Auswirkungen der Krise,	a) eine Bewertung der potenziellen Auswirkungen der ***erwarteten*** Krise, ***auch in Bezug auf die besondere Situation der Grenzregionen und der Gebiete in äußerster Randlage,***

Abänderung 140

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 — Absatz 1 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) eine Liste der betroffenen Waren ***und*** Dienstleistungen von ***strategischer*** Bedeutung und	b) eine Liste der betroffenen Waren, Dienstleistungen ***und Kategorien von Arbeitnehmern*** von ***entscheidender*** Bedeutung und

Abänderung 141

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 — Absatz 1 — Buchstabe c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) die zu treffenden Überwachungsmaßnahmen.	c) die zu treffenden Überwachungsmaßnahmen***, einschließlich einer Begründung ihrer Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit***.

Abänderung 142

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 10 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Ist die Kommission der Auffassung, dass die Gründe für die Aktivierung des Überwachungsmodus gemäß Artikel 9 Absatz 1 nach wie vor gegeben sind, kann sie unter Berücksichtigung der Stellungnahme ***der Beratungsgruppe*** den Überwachungsmodus im Wege eines Durchführungsrechtsakts um höchstens sechs Monate verlängern.	(1) Ist die Kommission der Auffassung, dass die Gründe für die Aktivierung des Überwachungsmodus gemäß Artikel 9 Absatz 1 nach wie vor gegeben sind, kann sie unter ***gebührender*** Berücksichtigung der Stellungnahme ***des Ausschusses*** den Überwachungsmodus im Wege eines Durchführungsrechtsakts um höchstens sechs Monate verlängern. ***Liegen dem Ausschuss konkrete und zuverlässige Nachweise dafür vor, dass der Überwachungsmodus deaktiviert werden sollte, kann er eine entsprechende Stellungnahme annehmen und der Kommission übermitteln.***

Abänderung 143

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 10 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Stellt die Kommission unter Berücksichtigung der Stellungnahme ***der Beratungsgruppe*** fest, dass die ***Gefahr nach*** Artikel 3 Absatz 2 in Bezug auf einige oder alle Überwachungsmaßnahmen oder für einige oder alle Waren ***und*** Dienstleistungen nicht mehr ***besteht***, so nimmt sie im Wege eines Durchführungsrechtsakts die vollständige oder teilweise Deaktivierung des Überwachungsmodus vor.	(2) Stellt die Kommission unter ***gebührender*** Berücksichtigung der Stellungnahme ***des Ausschusses*** fest, dass die ***in*** Artikel 3 Absatz 2 ***aufgeführten Bedingungen*** in Bezug auf einige oder alle Überwachungsmaßnahmen oder für einige oder alle Waren, Dienstleistungen ***und Kategorien von Arbeitnehmern*** nicht mehr ***erfüllt sind***, so nimmt sie im Wege eines Durchführungsrechtsakts die vollständige oder teilweise Deaktivierung des Überwachungsmodus vor.

Abänderung 144

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Wurde der Überwachungsmodus gemäß Artikel 9 aktiviert, so überwachen die zuständigen nationalen Behörden die im Durchführungsrechtsakt zur Aktivierung des Überwachungsmodus ***ermittelten Lieferketten für*** Waren und Dienstleistungen von ***strategischer*** Bedeutung.	(1) Wurde der Überwachungsmodus gemäß Artikel 9 aktiviert, so überwachen die zuständigen nationalen Behörden die ***Lieferketten für*** im Durchführungsrechtsakt zur Aktivierung des Überwachungsmodus ***ermittelte*** Waren und Dienstleistungen von ***entscheidender Bedeutung sowie die Freizügigkeit der dort ermittelten Kategorien von Arbeitnehmern von entscheidender*** Bedeutung.

Abänderung 145

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die Kommission sorgt für standardisierte und sichere Mittel für die Erhebung und Verarbeitung von Informationen für die Zwecke des Absatzes 1 auf elektronischem Wege. Unbeschadet der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften, nach denen erhobene Informationen, einschließlich Geschäftsgeheimnisse, vertraulich zu behandeln sind, wird die Vertraulichkeit wirtschaftlich sensibler Informationen und von Informationen, die die Sicherheit und die öffentliche Ordnung der Union oder ihrer Mitgliedstaaten betreffen, gewährleistet.	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 146

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Die Mitgliedstaaten erstellen und führen ein Verzeichnis der in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet ansässigen wichtigsten Wirtschaftsteilnehmer, die entlang der Lieferketten für ***jene*** Waren und Dienstleistungen von strategischer Bedeutung tätig sind, ***die im Durchführungsrechtsakt zur Aktivierung des Überwachungsmodus ermittelt wurden***.	(3) Die Mitgliedstaaten erstellen***, aktualisieren*** und führen ***soweit möglich*** ein Verzeichnis der in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet ansässigen wichtigsten Wirtschaftsteilnehmer, die entlang der Lieferketten für ***die im Durchführungsrechtsakt zur Aktivierung des Überwachungsmodus ermittelten*** Waren und Dienstleistungen von strategischer Bedeutung tätig sind, ***sowie der dort ermittelten Kategorien von Arbeitnehmern von entscheidender Bedeutung. Der Inhalt des Verzeichnisses muss immer vertraulich sein.***

Abänderung 147

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Auf der Grundlage des gemäß ***Artikel 6*** erstellten Verzeichnisses richten die zuständigen nationalen Behörden freiwillige Auskunftsersuchen an die wichtigsten ***Akteure*** entlang der Lieferketten für ***Waren und Dienstleistungen,*** die in dem gemäß Artikel 9 erlassenen Durchführungsrechtsakt ***ermittelt wurden, sowie an andere in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet ansässige relevante Interessenträger***. Diese Ersuchen enthalten insbesondere die Angabe, welche Informationen über Faktoren, die sich auf die Verfügbarkeit der ermittelten Waren und Dienstleistungen von ***strategischer*** Bedeutung auswirken, angefordert werden. Jeder Wirtschaftsteilnehmer***/Interessenträger***, der freiwillig Informationen bereitstellt, tut dies auf individueller Basis im Einklang mit den Wettbewerbsvorschriften der Union zum Informationsaustausch. Die zuständigen nationalen Behörden übermitteln die entsprechenden Feststellungen über das jeweilige zentrale Verbindungsbüro unverzüglich an die Kommission und ***die Beratungsgruppe***.	(4) Auf der Grundlage des gemäß ***Absatz 3*** erstellten Verzeichnisses richten die zuständigen nationalen Behörden ***erforderlichenfalls*** freiwillige Auskunftsersuchen an die ***in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet ansässigen*** wichtigsten ***Wirtschaftsteilnehmer*** entlang der Lieferketten für die in dem gemäß Artikel 9 erlassenen Durchführungsrechtsakt ***ermittelten Waren und Dienstleistungen von entscheidender Bedeutung***. Diese Ersuchen enthalten insbesondere die Angabe, welche Informationen über Faktoren, die sich auf die Verfügbarkeit der ermittelten Waren und Dienstleistungen von ***entscheidender*** Bedeutung auswirken, angefordert werden. Jeder Wirtschaftsteilnehmer, der freiwillig Informationen bereitstellt, tut dies auf individueller Basis im Einklang mit den Wettbewerbsvorschriften der Union zum Informationsaustausch. Die zuständigen nationalen Behörden übermitteln die entsprechenden Feststellungen über das jeweilige zentrale Verbindungsbüro unverzüglich an die Kommission und ***den Ausschuss***.

Abänderung 148

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 — Absatz 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(5) Die zuständigen nationalen Behörden tragen dem Verwaltungsaufwand, der den Wirtschaftsteilnehmern und insbesondere den KMU durch Auskunftsersuchen entstehen kann, gebührend Rechnung und sorgen dafür, dass ***er*** so gering wie möglich gehalten wird.	(5) Die zuständigen nationalen Behörden tragen dem Verwaltungsaufwand, der den Wirtschaftsteilnehmern und insbesondere den KMU durch Auskunftsersuchen entstehen kann, gebührend Rechnung und sorgen dafür, dass ***dieser Verwaltungsaufwand*** so gering wie möglich gehalten ***und die Vertraulichkeit der Informationen gewahrt*** wird.

Abänderung 149

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 — Absatz 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(6) Die Kommission kann ***die Beratungsgruppe*** auffordern, die Ergebnisse und Entwicklungsaussichten auf der Grundlage der Überwachung der Lieferketten für Waren und Dienstleistungen von ***strategischer*** Bedeutung zu erörtern.	(6) Die Kommission kann ***den Ausschuss*** auffordern, die Ergebnisse und Entwicklungsaussichten auf der Grundlage der Überwachung der Lieferketten für Waren und Dienstleistungen von ***entscheidender*** Bedeutung zu erörtern.

Abänderung 150

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 — Absatz 7

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(7) Auf der Grundlage der Informationen, die im Rahmen der gemäß Absatz 1 durchgeführten Tätigkeiten erhoben wurden, ***kann*** die Kommission einen Bericht mit den aggregierten Ergebnissen ***vorlegen***.	(7) Auf der Grundlage der Informationen, die im Rahmen der gemäß Absatz 1 durchgeführten Tätigkeiten erhoben wurden, ***legt*** die Kommission ***dem Europäischen Parlament und dem Rat*** einen Bericht mit den aggregierten Ergebnissen ***vor***.

Abänderung 151

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 — Absatz 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(7a) Die Kommission kann im Wege von Durchführungsrechtsakten verlangen, dass die Mitgliedstaaten die folgenden Informationen über die in einem gemäß Artikel 9 Absatz 1 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführten Waren von entscheidender Bedeutung bereitstellen:

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	a) die Höhe der in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet vorgehaltenen strategischen Reserven;
	b) jegliches Potenzial für eine weitere Beschaffung.

Abänderung 152

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 — Absatz 7 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(7b) Vor dem Erlass des Durchführungsrechtsakts geht die Kommission wie folgt vor:
	a) Sie weist nach, dass sie keinen anderweitigen Zugang zu diesen Informationen hat, und begründet die Notwendigkeit eines Durchführungsrechtsakts;
	b) sie ersucht den Ausschuss um eine Stellungnahme.
	Wenn die Auffassung der Kommission von der Stellungnahme des Ausschusses abweicht, legt die Kommission zudem eine stichhaltige Begründung vor.

Abänderung 153

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 — Absatz 7 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(7c) In dem Durchführungsrechtsakt wird festgelegt, zu welchen Waren Informationen zu übermitteln sind.

Abänderung 154

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 — Absatz 7 d (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(7d) Der Zeitraum der Bereitstellung der Informationen darf sechs Monate nicht überschreiten und kann nicht verlängert werden.

Abänderung 155

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 12

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
[…]	***entfällt***

Abänderung 156

Vorschlag für eine Verordnung

Teil IV — Titel

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Binnenmarkt-Notfall	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 157

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 — Absatz 1 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Bei der Bewertung der Schwere einer Störung zwecks Feststellung, ob die Auswirkungen einer Krise auf den Binnenmarkt als Binnenmarkt-Notfall einzustufen sind, berücksichtigt die Kommission auf der Grundlage konkreter und zuverlässiger Nachweise zumindest die folgenden Indikatoren:	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 158

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 — Absatz 1 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) die Krise hat zur Aktivierung ***aller*** einschlägigen ***Krisenreaktionsmechanismen*** des Rates, des Katastrophenschutzverfahrens der Union oder der unter dem EU-Rahmen für Gesundheitssicherheit eingerichteten Mechanismen geführt, einschließlich ***der [des Vorschlags für die] Verordnung (EU) …/… zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren und*** der ***[des Vorschlags für die]*** Verordnung (EU) …/***… des Rates über einen Rahmen zur Gewährleistung der Bereitstellung von krisenrelevanten medizinischen Gegenmaßnahmen***,	a) die Krise hat zur Aktivierung ***eines*** einschlägigen ***Krisenreaktionsmechanismus*** des Rates, ***einschließlich der Integrierten Regelung für die politische Reaktion auf Krisen (IPCR),*** des Katastrophenschutzverfahrens der Union oder ***eines*** der unter dem EU-Rahmen für Gesundheitssicherheit eingerichteten Mechanismen geführt, einschließlich ***des in*** der Verordnung (EU) ***2022/2372 vorgesehenen Notfallrahmens***,

Abänderung 159

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 — Absatz 1 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) eine Schätzung der Zahl der wirtschaftlichen Tätigkeiten oder Anwender, die für die Bereitstellung der betreffenden Waren oder Dienstleistungen auf den gestörten Sektor bzw. die gestörten Sektoren des Binnenmarkts angewiesen sind;	b) eine Schätzung der Zahl ***oder des Marktanteils*** der wirtschaftlichen Tätigkeiten ***und der Marktnachfrage nach diesen*** oder ***der Zahl der*** Anwender, die für die Bereitstellung der betreffenden Waren oder Dienstleistungen auf den gestörten Sektor bzw. die gestörten Sektoren des Binnenmarkts angewiesen sind;

Abänderung 160

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 — Absatz 1 — Buchstabe c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) die Bedeutung der betreffenden Waren ***oder*** Dienstleistungen für andere Sektoren;	c) die ***entscheidende*** Bedeutung der betreffenden Waren, Dienstleistungen oder ***Arbeitnehmer*** für andere Sektoren;

Abänderung 161

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 — Absatz 1 — Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ca) voraussichtliche Engpässe bei Waren und Dienstleistungen im Binnenmarkt;

Abänderung 162

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 — Absatz 1 — Buchstabe d

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
d) die Auswirkungen in Bezug auf Ausmaß und Dauer auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Tätigkeiten, die Umwelt und die öffentliche Sicherheit;	d) die ***tatsächlichen oder potenziellen*** Auswirkungen ***der Krise*** in Bezug auf Ausmaß und Dauer auf wirtschaftliche und ***grundlegende*** gesellschaftliche Tätigkeiten, die Umwelt und die öffentliche Sicherheit;

Abänderung 163

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 — Absatz 1 — Buchstabe e

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
e) die betroffenen Wirtschaftsteilnehmer ***waren*** nicht in der Lage, auf freiwilliger Basis innerhalb einer angemessenen Frist eine Lösung für die besonderen Aspekte der Krise zu finden;	e) die ***Tatsache, dass die von der Störung*** betroffenen Wirtschaftsteilnehmer nicht in der Lage ***waren***, auf freiwilliger Basis innerhalb einer angemessenen Frist eine Lösung für die besonderen Aspekte der Krise zu finden;

Abänderung 164

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 — Absatz 1 — Buchstabe g

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
g) das geografische Gebiet, das betroffen ist bzw. betroffen sein könnte, einschließlich etwaiger grenzüberschreitender Auswirkungen auf das Funktionieren von Lieferketten, die für die Aufrechterhaltung essenzieller gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Tätigkeiten im Binnenmarkt unerlässlich sind;	g) das geografische Gebiet, ***einschließlich Grenzregionen und Gebieten in äußerster Randlage,*** das ***von der Störung*** betroffen ist bzw. betroffen sein könnte, einschließlich etwaiger grenzüberschreitender Auswirkungen auf das Funktionieren von Lieferketten, die für die Aufrechterhaltung essenzieller gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Tätigkeiten im Binnenmarkt unerlässlich sind;

Abänderung 165

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 — Absatz 1 — Buchstabe i

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
i) das Fehlen von ***ersatzweise zu verwendenden*** Waren, Produktionsmitteln oder Dienstleistungen.	i) das Fehlen von ***oder Engpässe bei Substituten von krisenrelevanten*** Waren, Produktionsmitteln oder Dienstleistungen;

Abänderung 166

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 — Absatz 1 — Buchstabe i a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ia) die Einführung von Reisebeschränkungen oder Grenzkontrollen.

Abänderung 167

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Der Notfallmodus für den Binnenmarkt kann aktiviert werden, ohne dass zuvor der Überwachungsmodus für den Binnenmarkt für dieselben Waren oder Dienstleistungen aktiviert wurde. Wurde der Überwachungsmodus zuvor aktiviert, kann der Notfallmodus diesen teilweise oder vollständig ersetzen.	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 168

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Gelangt die Kommission unter Berücksichtigung der Stellungnahme ***der Beratungsgruppe*** zu der Auffassung, dass ein Binnenmarkt-Notfall vorliegt, so ***unterbreitet*** sie ***dem Rat*** einen ***Vorschlag*** zur Aktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt.	(2) Gelangt die Kommission unter ***gebührender*** Berücksichtigung der Stellungnahme ***des Ausschusses*** zu der Auffassung, dass ein Binnenmarkt-Notfall vorliegt, so ***nimmt*** sie einen ***Legislativvorschlag*** zur Aktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt ***an***.

Abänderung 169

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Der ***Rat kann den*** Notfallmodus für den Binnenmarkt im Wege eines ***Durchführungsrechtsakts des Rates aktivieren***. Die Dauer der Aktivierung wird ***im Durchführungsrechtsakt*** festgelegt und ***beträgt*** höchstens sechs Monate.	(3) Der Notfallmodus für den Binnenmarkt ***kann*** im Wege eines ***auf der Grundlage des Legislativvorschlags gemäß Absatz 2 erlassenen Rechtsakts aktiviert werden***. Die Dauer der Aktivierung wird ***in diesem Rechtsakt*** festgelegt und ***ist auf*** höchstens sechs Monate ***beschränkt***.

Abänderung 170

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Die Aktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt in Bezug auf bestimmte Waren und Dienstleistungen steht der Aktivierung oder weiteren Anwendung des Überwachungsmodus und der Anwendung der in ***den Artikeln 11 und 12*** festgelegten Maßnahmen in Bezug auf dieselben Waren und Dienstleistungen nicht entgegen.	(4) Die Aktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt in Bezug auf bestimmte Waren und Dienstleistungen steht der Aktivierung oder weiteren Anwendung des Überwachungsmodus und der Anwendung der in ***Artikel 8a*** festgelegten Maßnahmen in Bezug auf dieselben Waren und Dienstleistungen nicht entgegen.

Abänderung 171

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 — Absatz 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(5) ***Sobald der Notfallmodus für den Binnenmarkt aktiviert ist, nimmt die Kommission im Wege eines Durchführungsrechtsakts unverzüglich eine Liste krisenrelevanter Waren und Dienstleistungen an. Die*** Liste kann im Wege von Durchführungsrechtsakten geändert werden.	(5) ***Wenn die Kommission die Aktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt vorschlägt, legt sie eine Liste krisenrelevanter Waren und Dienstleistungen vor. Sobald der Notfallmodus für den Binnenmarkt im Wege eines Rechtsakts gemäß Absatz 3 aktiviert wird, nimmt die Kommission eine solche Liste unverzüglich im Wege eines Durchführungsrechtsakts an. Diese*** Liste kann im Wege von Durchführungsrechtsakten geändert werden.

Abänderung 172

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 14 — Absatz 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(6) Der in Absatz 5 genannte Durchführungsrechtsakt ***der Kommission*** wird ***nach*** dem ***Prüfverfahren gemäß*** Artikel 42 Absatz 2 erlassen. In hinreichend begründeten Fällen äußerster Dringlichkeit im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Krise auf den Binnenmarkt erlässt die Kommission ***nach*** dem ***Verfahren gemäß*** Artikel 42 Absatz 3 ***unmittelbar*** geltende Durchführungsrechtsakte.	(6) Der in Absatz 5 genannte Durchführungsrechtsakt wird ***gemäß*** dem ***in*** Artikel 42 Absatz 2 ***genannten Prüfverfahren*** erlassen. In hinreichend begründeten Fällen äußerster Dringlichkeit im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Krise auf den Binnenmarkt erlässt die Kommission ***gemäß*** dem ***in*** Artikel 42 Absatz 3 ***genannten Verfahren sofort*** geltende Durchführungsrechtsakte.

Abänderung 173

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 15 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Gelangt die Kommission unter Berücksichtigung der Stellungnahme der ***Beratungsgruppe*** zu der Auffassung, dass es einer Verlängerung des Notfallmodus für den Binnenmarkt bedarf, so unterbreitet sie dem Rat einen Vorschlag zur Verlängerung des Notfallmodus für den Binnenmarkt. Vorbehaltlich dringender und außergewöhnlicher Änderungen der Umstände bemüht sich die Kommission, einen solchen Vorschlag spätestens 30 Tage vor Ablauf des Zeitraums zu unterbreiten, für den der Notfallmodus für den Binnenmarkt aktiviert wurde. ***Der Rat kann den Notfallmodus für den Binnenmarkt im Wege eines Durchführungsrechtsakts um höchstens sechs Monate verlängern.***	(1) Gelangt die Kommission unter ***gebührender*** Berücksichtigung der Stellungnahme ***des Ausschusses und auf der Grundlage*** der ***Erwägungen nach Artikel 14 Absatz 2*** zu der Auffassung, dass es einer Verlängerung des Notfallmodus für den Binnenmarkt bedarf, so unterbreitet sie ***dem Europäischen Parlament und*** dem Rat einen Vorschlag zur Verlängerung des Notfallmodus für den Binnenmarkt. Vorbehaltlich dringender und außergewöhnlicher Änderungen der Umstände bemüht sich die Kommission, einen solchen Vorschlag spätestens 30 Tage vor Ablauf des Zeitraums zu unterbreiten, für den der Notfallmodus für den Binnenmarkt aktiviert wurde. ***Der Notfallmodus für den Binnenmarkt kann im Wege eines auf der Grundlage des Legislativvorschlags gemäß Unterabsatz 1 erlassenen Rechtsakts verlängert werden. Die Dauer der Verlängerung wird in diesem Rechtsakt festgelegt und ist auf höchstens sechs Monate beschränkt.***

Abänderung 174

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 15 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Liegen ***der Beratungsgruppe*** konkrete und zuverlässige Nachweise dafür vor, dass der ***Binnenmarkt-Notfall*** deaktiviert werden sollte, kann sie eine entsprechende Stellungnahme abgeben und der Kommission übermitteln. Gelangt die Kommission unter Berücksichtigung der Stellungnahme ***der Beratungsgruppe*** zu der Auffassung, dass ***kein*** Binnenmarkt-Notfall mehr vorliegt, so unterbreitet sie dem Rat unverzüglich einen Vorschlag zur Deaktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt.	(2) Liegen ***dem Ausschuss*** konkrete und zuverlässige Nachweise dafür vor, dass der ***Notfallmodus für den Binnenmarkt*** deaktiviert werden sollte, kann sie eine entsprechende Stellungnahme abgeben und der Kommission übermitteln. Gelangt die Kommission unter Berücksichtigung der Stellungnahme ***des Ausschusses*** zu der Auffassung, dass ***der*** Binnenmarkt-Notfall ***nicht*** mehr vorliegt, so unterbreitet sie ***dem Europäischen Parlament und*** dem Rat unverzüglich einen Vorschlag zur Deaktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt.

Abänderung 175

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 15 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) ***Die Maßnahmen,*** die gemäß den Artikeln 24 bis 33 ***und gemäß den Notfallverfahren ergriffen wurden, die in den jeweiligen Rechtsrahmen der Union durch die Änderungen der sektorspezifischen Produktvorschriften gemäß der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/424, der Verordnung (EU) 2016/425, der Verordnung (EU) 2016/426, der Verordnung (EU) 2019/1009 und der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 sowie zur Einführung von Notfallverfahren für die Konformitätsbewertung, die Annahme gemeinsamer Spezifikationen und die Marktüberwachung im Rahmen eines Binnenmarkt-Notfalls sowie der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2000/14/EG, 2006/42/EG, 2010/35/EU, 2013/29/EU, 2014/28/EU, 2014/29/EU, 2014/30/EU, 2014/31/EU, 2014/32/EU, 2014/33/EU, 2014/34/EU, 2014/35/EU, 2014/53/EU und 2014/68/EU sowie zur Einführung von Notfallverfahren für die Konformitätsbewertung, die Annahme gemeinsamer Spezifikationen und die Marktüberwachung im Zusammenhang mit einem Binnenmarkt-Notfall eingeführt wurden,*** treten mit Deaktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt außer Kraft. Die Kommission legt dem Rat spätestens drei Monate nach Auslaufen der Maßnahmen eine Bewertung der Wirksamkeit der Maßnahmen zur Behebung des Binnenmarkt-Notfalls auf der Grundlage der im Rahmen des in Artikel 11 ***vorgesehenen*** Überwachungsmechanismus ***erhobenen Informationen vor***.	(3) Die gemäß den Artikeln 24 bis 33 ***ergriffenen Maßnahmen*** treten mit Deaktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt außer Kraft. Die Kommission legt dem ***Europäischen Parlament und dem*** Rat spätestens drei Monate nach Auslaufen der Maßnahmen eine Bewertung der Wirksamkeit der Maßnahmen zur Behebung des Binnenmarkt-Notfalls auf der Grundlage der ***Informationen vor, die*** im Rahmen des in Artikel 11 ***dargelegten*** Überwachungsmechanismus ***erhoben wurden***.

Abänderung 176

Vorschlag für eine Verordnung

Teil IV — Titel II — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Freier Verkehr bei einem Binnenmarkt-Notfall	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 177

Vorschlag für eine Verordnung

Teil IV — Titel II — Kapitel I — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Maßnahmen zur ***Wiederherstellung und*** Erleichterung des freien Verkehrs	Maßnahmen zur Erleichterung des freien Verkehrs

Abänderung 178

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 16 — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Allgemeine Anforderungen in Bezug auf Maßnahmen zur Beschränkung des freien Verkehrs ***in Reaktion auf einen Binnenmarkt-Notfall***	***Unzulässige Beschränkungen*** des freien Verkehrs ***während eines Binnenmarkt-Notfalls***

Abänderung 179

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 16 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) ***Bei der Annahme und Anwendung nationaler Maßnahmen in Reaktion auf einen Binnenmarkt-Notfall und die zugrunde liegende Krise stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass ihre Maßnahmen in vollem Umfang mit dem Vertrag und dem Unionsrecht und insbesondere mit den in diesem Artikel festgelegten Anforderungen im Einklang stehen.***	(1) ***Beschränkungen des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Freizügigkeit, die von Mitgliedstaaten als Reaktion auf einen Binnenmarkt-Notfall verhängt werden, sind verboten, es sei denn, sie sind aus Gründen legitimer Ziele des öffentlichen Interesses gerechtfertigt, wie aufgrund der öffentlichen Ordnung, öffentlichen Sicherheit oder der öffentlichen Gesundheit, und stehen im Einklang mit den Grundsätzen der Nichtdiskriminierung und der Verhältnismäßigkeit.***

Abänderung 180

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 16 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Jede Beschränkung wird zeitlich begrenzt und aufgehoben***, sobald die Situation dies zulässt. Darüber hinaus sollte bei jeder Beschränkung die Situation in den Grenzregionen berücksichtigt werden.***	(2) Jede derartige Beschränkung wird zeitlich begrenzt und ***entweder bei der Deaktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt oder — sofern sie nicht mehr gerechtfertigt oder verhältnismäßig ist — auch früher unverzüglich*** aufgehoben.

Abänderung 181

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 16 — Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2a) Bei jeder Beschränkung sollte die Situation in den Grenzregionen und Gebieten in äußerster Randlage berücksichtigt werden, insbesondere in Bezug auf grenzüberschreitend erwerbstätige Personen.

Abänderung 182

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 16 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Etwaige Anforderungen, die den Bürgerinnen und Bürgern und ***Unternehmen*** auferlegt werden, verursachen keinen unangemessenen oder unnötigen Verwaltungsaufwand.	(3) Etwaige Anforderungen, die den Bürgerinnen und Bürgern und ***Wirtschaftsteilnehmern*** auferlegt werden, verursachen keinen unangemessenen oder unnötigen Verwaltungsaufwand. ***Die Mitgliedstaaten ergreifen alle verfügbaren Maßnahmen, um jeglichen Verwaltungsaufwand zu beschränken und zu verringern.***

Abänderung 183

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 16 — Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3a) Die Mitgliedstaaten erlassen keine
	a) Beschränkungen der Ausfuhr von Waren oder der Erbringung bzw. des Empfangs von Dienstleistungen innerhalb der Union oder Maßnahmen gleicher Wirkung;
	b) Maßnahmen, die zu Diskriminierung zwischen den Mitgliedstaaten oder den Bürgerinnen und Bürgern, auch in ihrer Eigenschaft als Dienstleister oder Arbeitnehmer, die unmittelbar oder mittelbar auf der Staatsangehörigkeit oder im Falle von Unternehmen auf dem Ort des eingetragenen Geschäftssitzes, der Hauptverwaltung oder der Hauptniederlassung beruht, führen;
	c) Beschränkungen des freien Verkehrs von Personen oder Reisebeschränkungen für Personen, die an der Herstellung, der Instandhaltung oder dem Transport von in einem gemäß Artikel 14 Absatz 5 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführten krisenrelevanten Waren und deren Teilen beteiligt sind, oder Beschränkungen für Personen, die an der Erbringung von in einem gemäß Artikel 14 Absatz 5 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführten krisenrelevanten Dienstleistungen beteiligt sind, oder andere Maßnahmen gleicher Wirkung, die

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	i) Engpässe bei den benötigten Arbeitskräften auf dem Binnenmarkt zur Folge haben und damit zu einer Störung der Lieferketten für krisenrelevante Waren und Dienstleistungen oder zur Entstehung bzw. Verstärkung von Engpässen bei diesen Waren und Dienstleistungen auf dem Binnenmarkt führen oder
	ii) eine unmittelbare oder mittelbare Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit oder des Wohnsitzes der Person darstellen.

Abänderung 184

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 17

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
[…]	***entfällt***

Abänderung 185

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Während des Notfallmodus für den Binnenmarkt kann die Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten unterstützende Maßnahmen zur ***Stärkung*** der Freizügigkeit ***gemäß Artikel 17 Absätze 6 und 7*** vorsehen. ***Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 422 Absatz 2 erlassen. In hinreichend begründeten Fällen äußerster Dringlichkeit im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Krise auf den Binnenmarkt erlässt die Kommission nach dem Verfahren gemäß Artikel 42 Absatz 3 unmittelbar geltende Durchführungsrechtsakte.***	(1) Während des Notfallmodus für den Binnenmarkt kann die Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten unterstützende Maßnahmen zur ***Erleichterung*** der Freizügigkeit vorsehen.

Abänderung 186

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Stellt die Kommission während des Notfallmodus für den Binnenmarkt fest, dass die Mitgliedstaaten Vorlagen für die Bescheinigung eingeführt haben, dass es sich bei der Person oder dem Wirtschaftsteilnehmer um einen Dienstleister, der krisenrelevante Dienstleistungen erbringt, um einen Unternehmensvertreter oder Arbeitnehmer, der an der Herstellung krisenrelevanter Waren oder der Erbringung krisenrelevanter Dienstleistungen beteiligt ist, oder um eine Katastrophenschutzkraft handelt, und ist sie der Auffassung, dass die Verwendung unterschiedlicher Vorlagen durch die einzelnen Mitgliedstaaten ein Hindernis für den freien Verkehr während eines Binnenmarkt-Notfalls darstellt, so kann sie, wenn sie dies zur Unterstützung des freien Verkehrs dieser Personengruppen und ihrer Ausrüstung während des laufenden Binnenmarkt-Notfalls für erforderlich hält, im Wege von Durchführungsrechtsakten Vorlagen für die Bescheinigung vorgeben, dass sie die einschlägigen Kriterien für die Anwendung von Artikel ***17 Absatz 6*** in allen Mitgliedstaaten erfüllen.	(2) Stellt die Kommission während des Notfallmodus für den Binnenmarkt fest, dass die Mitgliedstaaten Vorlagen für die Bescheinigung eingeführt haben, dass es sich bei der Person oder dem Wirtschaftsteilnehmer um einen Dienstleister, der krisenrelevante Dienstleistungen erbringt, um einen Unternehmensvertreter oder Arbeitnehmer, der an der Herstellung krisenrelevanter Waren oder der Erbringung krisenrelevanter Dienstleistungen beteiligt ist, oder um eine Katastrophenschutzkraft handelt, und ist sie der Auffassung, dass die Verwendung unterschiedlicher Vorlagen durch die einzelnen Mitgliedstaaten ein Hindernis für den freien Verkehr während eines Binnenmarkt-Notfalls darstellt, so kann sie, wenn sie dies zur Unterstützung des freien Verkehrs dieser Personengruppen und ihrer Ausrüstung während des laufenden Binnenmarkt-Notfalls für erforderlich hält, im Wege von Durchführungsrechtsakten Vorlagen für die Bescheinigung vorgeben, dass sie die einschlägigen Kriterien für die Anwendung von Artikel ***16*** in allen Mitgliedstaaten erfüllen.

Abänderung 187

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Durchführungsrechtsakte werden ***nach*** dem ***Prüfverfahren gemäß*** Artikel 42 Absatz 2 erlassen. In hinreichend begründeten Fällen äußerster Dringlichkeit im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Krise auf den Binnenmarkt erlässt die Kommission ***nach*** dem ***Verfahren gemäß*** Artikel 42 Absatz 3 ***unmittelbar*** geltende Durchführungsrechtsakte.	(3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Durchführungsrechtsakte werden ***gemäß*** dem ***in*** Artikel 42 Absatz 2 ***genannten Prüfverfahren*** erlassen. In hinreichend begründeten Fällen äußerster Dringlichkeit im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Krise auf den Binnenmarkt erlässt die Kommission ***gemäß*** dem ***in*** Artikel 42 Absatz 3 ***genannten Verfahren sofort*** geltende Durchführungsrechtsakte.

Abänderung 188

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Mitteilungen	Mitteilungen ***und Informationen***

Abänderung 189

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 — Absatz 1 — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Bei einem Binnenmarkt-Notfall teilen die Mitgliedstaaten der Kommission alle Entwürfe ***krisenrelevanter*** Maßnahmen zur Beschränkung des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs sowie ***krisenrelevanter Beschränkungen*** des freien Verkehrs von Personen, einschließlich ***Arbeitnehmer***, unter Angabe der Gründe für diese Maßnahmen mit.	***Während des Überwachungsmodus für den Binnenmarkt oder des Notfallmodus für den Binnenmarkt*** teilen die Mitgliedstaaten der Kommission alle Entwürfe ***krisenbezogener*** Maßnahmen zur Beschränkung des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs sowie ***ergriffene Maßnahmen zur Beschränkung*** des freien Verkehrs von Personen, einschließlich ***Arbeitnehmern***, unter Angabe der Gründe für diese Maßnahmen mit.

Abänderung 190

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission eine ***Begründung***, aus der hervorgeht, dass der Erlass ***einer solchen Maßnahme*** gerechtfertigt und verhältnismäßig ist***, sofern eine solche Begründung nicht bereits in der mitgeteilten Maßnahme enthalten war***. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission den vollständigen Wortlaut der nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die ***die*** Maßnahme ***enthalten*** oder durch sie geändert werden.	(2) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission eine ***Erklärung***, aus der hervorgeht, dass der Erlass ***solcher Maßnahmen nichtdiskriminierend,*** gerechtfertigt und verhältnismäßig ist***, und fügen dafür nach Möglichkeit konkrete Nachweise bei***. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission den vollständigen Wortlaut der nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die ***eine solche*** Maßnahme ***vorsehen*** oder durch sie geändert werden.

Abänderung 191

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Die Kommission übermittelt die mitgeteilten Maßnahmen unverzüglich an die anderen Mitgliedstaaten und gibt sie gleichzeitig an ***die Beratungsgruppe*** weiter.	(4) Die Kommission übermittelt die mitgeteilten Maßnahmen unverzüglich an die anderen Mitgliedstaaten und gibt sie gleichzeitig an ***den Ausschuss*** weiter.

Abänderung 192

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 — Absatz 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(5) Beschließt ***die Beratungsgruppe***, eine Stellungnahme zu einer mitgeteilten Maßnahme abzugeben, so tut ***sie*** dies innerhalb von vier Arbeitstagen nach Eingang der Mitteilung ***über diese Maßnahme bei der Kommission***.	(5) Beschließt ***der Ausschuss***, eine Stellungnahme zu einer mitgeteilten Maßnahme abzugeben, so tut ***er*** dies innerhalb von vier Arbeitstagen nach Eingang der Mitteilung.

Abänderung 193

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 — Absatz 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(6) Die Kommission stellt sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen über die mitgeteilten Maßnahmen sowie über die gemäß diesem Artikel erlassenen Beschlüsse und die Stellungnahmen der Mitgliedstaaten informiert werden, es sei denn, die Mitgliedstaaten beantragen, dass die Maßnahmen vertraulich behandelt werden, oder die Kommission ist der Auffassung, dass die Offenlegung dieser Maßnahmen die Sicherheit und die öffentliche Ordnung der ***Europäischen*** Union oder ihrer Mitgliedstaaten beeinträchtigen würde.	(6) Die Kommission stellt sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen über die mitgeteilten Maßnahmen sowie über die gemäß diesem Artikel erlassenen Beschlüsse und die Stellungnahmen der Mitgliedstaaten informiert werden, es sei denn, die Mitgliedstaaten beantragen ***gemäß Absatz 15***, dass die Maßnahmen vertraulich behandelt werden, oder die Kommission ist der Auffassung, dass die Offenlegung dieser Maßnahmen die Sicherheit und die öffentliche Ordnung der Union oder ihrer Mitgliedstaaten beeinträchtigen würde.

Abänderung 194

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 — Absatz 8

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(8) Innerhalb von zehn Tagen nach Eingang der Mitteilung prüft die Kommission die Vereinbarkeit des Maßnahmenentwurfs bzw. der erlassenen Maßnahme mit dem Unionsrecht, einschließlich ***der*** Artikel 16 ***und 17*** dieser Verordnung sowie des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und der Nichtdiskriminierung, und kann zu der mitgeteilten Maßnahme Stellung nehmen, wenn unmittelbar offensichtliche und schwerwiegende Gründe für die Annahme bestehen, dass mit der Maßnahme gegen Unionsrecht verstoßen wird. Diese Stellungnahme wird von dem mitteilenden Mitgliedstaat berücksichtigt. Unter außergewöhnlichen Umständen, insbesondere um wissenschaftliche Gutachten, Nachweise oder technisches Fachwissen im Zusammenhang mit einer sich entwickelnden Situation einzuholen, kann die Kommission die zehntägige Frist verlängern. Die Kommission legt die Gründe für eine solche Verlängerung dar, setzt eine neue Frist fest ***und*** unterrichtet die Mitgliedstaaten unverzüglich über die neue Frist und die Gründe für die Verlängerung.	(8) Innerhalb von zehn Tagen nach Eingang der Mitteilung prüft die Kommission die Vereinbarkeit des Maßnahmenentwurfs bzw. der erlassenen Maßnahme mit dem Unionsrecht, einschließlich Artikel 16 dieser Verordnung sowie des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und der Nichtdiskriminierung, und kann zu der mitgeteilten Maßnahme Stellung nehmen, wenn unmittelbar offensichtliche und schwerwiegende Gründe für die Annahme bestehen, dass mit der Maßnahme gegen Unionsrecht verstoßen wird. Diese Stellungnahme wird von dem mitteilenden Mitgliedstaat berücksichtigt. Unter außergewöhnlichen Umständen, insbesondere um wissenschaftliche Gutachten, Nachweise oder technisches Fachwissen im Zusammenhang mit einer sich entwickelnden Situation einzuholen, kann die Kommission die zehntägige Frist verlängern. Die Kommission legt die Gründe für eine solche Verlängerung dar ***und*** setzt eine neue Frist ***von höchstens 30 Tagen*** fest***. Sie*** unterrichtet die Mitgliedstaaten unverzüglich über die neue Frist und die Gründe für die Verlängerung.

Abänderung 195

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 — Absatz 9

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(9) Auch die Mitgliedstaaten können dem mitteilenden Mitgliedstaat Stellungnahmen übermitteln, die von diesem berücksichtigt werden.	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 196

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 — Absatz 10

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(10) Der mitteilende Mitgliedstaat übermittelt der Kommission innerhalb von zehn Tagen nach Erhalt der Stellungnahme gemäß Absatz 8 die Maßnahmen ***mit***, die er zu ergreifen gedenkt, ***um*** dieser Stellungnahme ***nachzukommen***.	(10) Der mitteilende Mitgliedstaat übermittelt der Kommission innerhalb von zehn Tagen nach Erhalt der Stellungnahme gemäß Absatz 8 die Maßnahmen, die er zu ergreifen gedenkt, ***einschließlich einer Erklärung, wie er*** dieser Stellungnahme ***nachkommt***.

Abänderung 197

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 — Absatz 11

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(11) Stellt die Kommission fest, dass die von dem mitteilenden Mitgliedstaat übermittelten Maßnahmen immer noch nicht mit dem Unionsrecht vereinbar sind, kann sie innerhalb von ***30*** Tagen nach der Übermittlung einen Beschluss erlassen, in dem sie den betreffenden Mitgliedstaat auffordert, ***von der Annahme des mitgeteilten Maßnahmenentwurfs*** abzusehen. Der mitteilende Mitgliedstaat übermittelt der Kommission unverzüglich den angenommenen Wortlaut eines mitgeteilten Maßnahmenentwurfs.	(11) Stellt die Kommission fest, dass die von dem mitteilenden Mitgliedstaat übermittelten Maßnahmen immer noch nicht mit dem Unionsrecht vereinbar sind, kann sie innerhalb von ***15*** Tagen nach der Übermittlung einen Beschluss erlassen, in dem sie den betreffenden Mitgliedstaat auffordert, ***den mitgeteilten Maßnahmenentwurf zu ändern oder von dessen Annahme*** abzusehen. Der mitteilende Mitgliedstaat übermittelt der Kommission unverzüglich den angenommenen Wortlaut eines mitgeteilten Maßnahmenentwurfs.

Abänderung 198

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 — Absatz 12

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(12) Stellt die Kommission fest, dass eine bereits angenommene Maßnahme, die ihr mitgeteilt wurde, nicht mit dem Unionsrecht im Einklang steht, kann sie innerhalb von ***30*** Tagen nach der Mitteilung einen Beschluss erlassen, in dem sie den Mitgliedstaat auffordert, die Maßnahme aufzuheben. Der mitteilende Mitgliedstaat übermittelt unverzüglich den Wortlaut einer überarbeiteten Maßnahme, sofern die mitgeteilte angenommene Maßnahme dadurch geändert wird.	(12) Stellt die Kommission fest, dass eine bereits angenommene Maßnahme, die ihr mitgeteilt wurde, nicht mit dem Unionsrecht im Einklang steht, kann sie innerhalb von ***15*** Tagen nach der Mitteilung einen Beschluss erlassen, in dem sie den Mitgliedstaat auffordert, die Maßnahme aufzuheben. Der mitteilende Mitgliedstaat übermittelt unverzüglich den Wortlaut einer überarbeiteten Maßnahme, sofern die mitgeteilte angenommene Maßnahme dadurch geändert wird.

Abänderung 199

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 — Absatz 13

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(13) Die in den Absätzen 11 und 12 genannte Frist von ***30*** Tagen kann von der Kommission ausnahmsweise verlängert werden, um einer Änderung der Umstände Rechnung zu tragen, insbesondere um wissenschaftliche Gutachten, Nachweise oder technisches Fachwissen im Zusammenhang mit einer sich entwickelnden Situation einzuholen. Die Kommission legt die Gründe für eine solche Verlängerung dar und setzt eine neue Frist fest und unterrichtet die Mitgliedstaaten unverzüglich über die neue Frist und die Gründe für die Verlängerung.	(13) Die in den Absätzen 11 und 12 genannte Frist von ***15*** Tagen kann von der Kommission ausnahmsweise verlängert werden, um einer Änderung der Umstände Rechnung zu tragen, insbesondere um wissenschaftliche Gutachten, Nachweise oder technisches Fachwissen im Zusammenhang mit einer sich entwickelnden Situation einzuholen. Die Kommission legt die Gründe für eine solche Verlängerung dar und setzt eine neue Frist fest und unterrichtet die Mitgliedstaaten unverzüglich über die neue Frist und die Gründe für die Verlängerung.

Abänderung 200

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 — Absatz 14

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(14) Die in den Absätzen 11 und 12 genannten Beschlüsse der Kommission beruhen auf verfügbaren Informationen und können erlassen werden, wenn unmittelbar offensichtliche und schwerwiegende Gründe für die Annahme bestehen, dass mit den mitgeteilten Maßnahmen gegen Unionsrecht verstoßen wird, einschließlich Artikel 16 ***oder 17*** dieser Verordnung und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und der Nichtdiskriminierung. Der Erlass dieser Beschlüsse lässt die Möglichkeit der Kommission unberührt, zu einem späteren Zeitpunkt Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich der Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens auf der Grundlage von Artikel 258 AEUV.	(14) Die in den Absätzen 11 und 12 genannten Beschlüsse der Kommission beruhen auf verfügbaren Informationen und können erlassen werden, wenn unmittelbar offensichtliche und schwerwiegende Gründe für die Annahme bestehen, dass mit den mitgeteilten Maßnahmen gegen Unionsrecht verstoßen wird, einschließlich Artikel 16 dieser Verordnung und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und der Nichtdiskriminierung. Der Erlass dieser Beschlüsse lässt die Möglichkeit der Kommission unberührt, zu einem späteren Zeitpunkt Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich der Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens auf der Grundlage von Artikel 258 AEUV.

Abänderung 201

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 — Absatz 15

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(15) Die aufgrund dieses Artikels übermittelten Informationen ***gelten nicht als vertraulich, es sei denn, dies wird von dem mitteilenden Mitgliedstaat ausdrücklich beantragt. Ein solcher Antrag bezieht sich auf Maßnahmenentwürfe und umfasst eine Begründung***.	(15) Die aufgrund dieses Artikels ***von den Mitgliedstaaten*** übermittelten Informationen ***werden veröffentlicht. Die Mitgliedstaaten können beantragen, dass Informationen in Bezug auf Maßnahmenentwürfe vertraulich behandelt werden. Ein solcher Antrag ist zu begründen.***

Abänderung 202

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 — Absatz 16

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(16) Die Kommission veröffentlicht ***den Wortlaut der von den Mitgliedstaaten im Rahmen des Binnenmarkt-Notfalls angenommenen Maßnahmen zur Beschränkung des freien Verkehrs von Waren, Dienstleistungen und Personen, einschließlich Arbeitnehmer, die ihr im Wege der in diesem Artikel genannten Mitteilungen sowie über andere Quellen übermittelt wurden. Der Wortlaut der Maßnahmen wird innerhalb eines Arbeitstages nach seinem Eingang über eine von der Kommission verwaltete elektronische Plattform veröffentlicht.***	(16) Die Kommission veröffentlicht ***die aufgrund dieses Artikels übermittelten Informationen, mit Ausnahme der Informationen, die gemäß Absatz 15 als vertraulich erachtet werden***.

Abänderung 203

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 — Absatz 16 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(16a) Die Kommission veröffentlicht die von den Mitgliedstaaten im Rahmen des Binnenmarkt-Notfalls angenommenen Maßnahmen zur Beschränkung des freien Verkehrs von Waren, Dienstleistungen und Personen, einschließlich Arbeitnehmern, die ihr übermittelt wurden. Diese Maßnahmen werden innerhalb eines Arbeitstages nach ihrem Eingang über eine von der Kommission verwaltete elektronische Plattform veröffentlicht.

Abänderung 204

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 — Absatz 16 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(16b) Die Mitgliedstaaten informieren die Bürgerinnen und Bürger, Verbraucher, Unternehmen, Arbeitnehmer und ihre Vertreter sowie die betroffenen Interessenträger insbesondere über ihre genannte zentrale Anlaufstelle gemäß Artikel 21 klar und unmissverständlich über Maßnahmen, die den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Personen, einschließlich Arbeitnehmern und Dienstleistern, betreffen, und zwar vor dem Inkrafttreten dieser Maßnahmen. Die Mitgliedstaaten sorgen für einen ständigen Dialog mit allen einschlägigen Interessenträgern, einschließlich der Sozialpartner und internationalen Partner.

Abänderung 205

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 21 — Absatz 1 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) der Anforderung und Einholung von Informationen über nationale Beschränkungen des freien Waren- und Dienstleistungsverkehr und der Freizügigkeit von Personen und Arbeitnehmern im Zusammenhang mit einem ***ausgerufenen Binnenmarkt-Notfall***;	a) der Anforderung und Einholung von Informationen über nationale Beschränkungen des freien Waren- und Dienstleistungsverkehr und der Freizügigkeit von Personen und Arbeitnehmern im Zusammenhang mit einem ***aktivierten Notfallmodus für den Binnenmarkt***;

Abänderung 206

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 21 — Absatz 1 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) der Durchführung von krisenbezogenen Verfahren und Formalitäten auf nationaler Ebene, die aufgrund des ***ausgerufenen Binnenmarkt-Notfalls*** eingeführt wurden.	b) der Durchführung von krisenbezogenen Verfahren und Formalitäten auf nationaler Ebene, die aufgrund des ***aktivierten Notfallmodus für den Binnenmarkt*** eingeführt wurden.

Abänderung 207

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 21 — Absatz 1 — Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ba) der Verbreitung von Informationen an Bürgerinnen und Bürger, Verbraucher, Wirtschaftsteilnehmer und Arbeitnehmer sowie deren Vertreter.

Abänderung 208

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 21 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger, Verbraucher, Wirtschaftsteilnehmer und Arbeitnehmer sowie deren Vertreter auf Anfrage über die jeweiligen zentralen Anlaufstellen von den zuständigen Behörden Informationen darüber erhalten können, wie die jeweiligen nationalen Krisenreaktionsmaßnahmen im Allgemeinen ausgelegt und angewandt werden. Diese Informationen umfassen gegebenenfalls einen Schritt-für-Schritt-Leitfaden. Die erteilten Informationen sind klar und verständlich formuliert. Sie sind aus der Ferne und auf elektronischem Wege leicht zugänglich und werden auf dem neuesten Stand gehalten.	(2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger, Verbraucher, Wirtschaftsteilnehmer und Arbeitnehmer sowie deren Vertreter auf Anfrage über die jeweiligen zentralen Anlaufstellen von den zuständigen Behörden Informationen darüber erhalten können, wie die jeweiligen nationalen Krisenreaktionsmaßnahmen im Allgemeinen ausgelegt und angewandt werden. Diese Informationen umfassen gegebenenfalls einen Schritt-für-Schritt-Leitfaden. Die erteilten Informationen sind klar und verständlich formuliert. Sie sind aus der Ferne und auf elektronischem Wege leicht zugänglich und werden auf dem neuesten Stand gehalten. ***Die Mitgliedstaaten bemühen sich nach besten Kräften, diese Informationen in allen Amtssprachen der Union zur Verfügung zu stellen, wobei sie der Lage und den Bedürfnissen der Grenzregionen besondere Aufmerksamkeit widmen.***

Abänderung 209

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 22 — Absatz 2 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die zentrale Anlaufstelle auf Unionsebene ist den Bürgerinnen und Bürgern, Verbrauchern, Wirtschaftsteilnehmern und Arbeitnehmern sowie ihren Vertretern behilflich bei	(2) Die zentrale Anlaufstelle auf Unionsebene ist den Bürgerinnen und Bürgern, Verbrauchern, ***lokalen und regionalen Gebietskörperschaften,*** Wirtschaftsteilnehmern und Arbeitnehmern sowie ihren Vertretern behilflich bei

Abänderung 210

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 22 — Absatz 2 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) der Anforderung und Einholung von Informationen über Krisenreaktionsmaßnahmen auf Unionsebene, die für den ***ausgerufenen Binnenmarkt-Notfall*** relevant sind oder Auswirkungen auf die Ausübung des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Freizügigkeit von Personen ***und*** Arbeitnehmern haben;	a) der Anforderung und Einholung von Informationen über Krisenreaktionsmaßnahmen auf Unionsebene, die für den ***aktivierten Notfallmodus für den Binnenmarkt*** relevant sind oder Auswirkungen auf die Ausübung des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Freizügigkeit von Personen***, einschließlich*** Arbeitnehmern, haben;

Abänderung 211

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 22 — Absatz 2 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) der Durchführung von krisenbezogenen Verfahren und Formalitäten, die aufgrund des ***ausgerufenen Binnenmarkt-Notfalls*** auf Unionsebene eingeführt wurden;	b) der Durchführung von krisenbezogenen Verfahren und Formalitäten, die aufgrund des ***aktivierten Notfallmodus für den Binnenmarkt*** auf Unionsebene eingeführt wurden;

Abänderung 212

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 22 — Absatz 2 — Buchstabe c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) der Aufstellung einer Liste mit allen nationalen Krisenmaßnahmen und nationalen Anlaufstellen.	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 213

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 22 — Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2a) Der zentralen Anlaufstelle auf Unionsebene werden ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen zugewiesen.

Abänderung 214

Vorschlag für eine Verordnung

Title III — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Maßnahmen zur Reaktion auf einen Binnenmarkt-Notfall	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Abänderung 215

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 23 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Verbindliche Maßnahmen im Sinne dieses Kapitels können von der Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten ***gemäß Artikel 24 Absatz 2, Artikel 26 Unterabsatz 1 und Artikel 27 Absatz 2 erst erlassen werden, nachdem ein Binnenmarkt-Notfall im Wege eines Durchführungsrechtsakts des Rates gemäß Artikel 14 ausgerufen wurde***.	(1) Verbindliche Maßnahmen im Sinne dieses Kapitels können von der Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten ***erst dann erlassen werden, wenn gemäß Artikel 14 ein Notfallmodus für den Binnenmarkt aktiviert wurde***.

Abänderung 216

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 23 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) In einem Durchführungsrechtsakt zur Einführung einer in diesem Kapitel aufgeführten Maßnahme werden die krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen, für die diese Maßnahme gilt, klar und deutlich aufgeführt. Diese Maßnahme gilt nur für die Dauer des Notfallmodus.	(2) In einem Durchführungsrechtsakt zur Einführung einer in diesem Kapitel aufgeführten Maßnahme werden die krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen, ***die im gemäß Artikel 14 Absatz 5 erlassenen Durchführungsrechtsakt genannt sind und*** für die diese Maßnahme gilt, klar und deutlich aufgeführt. Diese Maßnahme gilt nur für die Dauer des Notfallmodus.

Abänderung 217

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 23 — Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2a) Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 42 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen. In hinreichend begründeten Fällen äußerster Dringlichkeit im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Krise auf den Binnenmarkt erlässt die Kommission gemäß dem in Artikel 42 Absatz 3 genannten Verfahren sofort geltende Durchführungsrechtsakte.

Abänderung 218

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 24 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Bei gravierenden krisenbedingten ***Engpässen*** oder der unmittelbaren Gefahr ***solcher Engpässe*** kann die Kommission ***repräsentative Verbände oder*** Wirtschaftsteilnehmer in krisenrelevanten Lieferketten auffordern, ***ihr*** auf freiwilliger Basis innerhalb einer ***bestimmten Frist spezifische Informationen über die Produktionskapazitäten und etwaige Bestände an krisenrelevanten Waren und deren Bestandteilen in Produktionsanlagen in der Union und in Anlagen in Drittländern, die sie betreiben, unter Vertrag haben oder von denen sie Lieferungen beziehen, sowie Informationen über etwaige relevante Störungen der Lieferkette*** zu übermitteln.	(1) Bei ***einem*** gravierenden krisenbedingten ***Engpass*** oder der unmittelbaren Gefahr ***eines solchen Engpasses*** kann die Kommission Wirtschaftsteilnehmer in krisenrelevanten Lieferketten auffordern, auf freiwilliger Basis innerhalb einer ***angemessenen Frist gemäß Absatz 3 spezifische Informationen von Relevanz für den Binnenmarkt-Notfall*** zu übermitteln.

Abänderung 219

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 24 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Übermitteln die Adressaten die gemäß Absatz 1 angeforderten Informationen nicht innerhalb der Frist und legen keine stichhaltige Begründung für dieses Versäumnis vor, kann die Kommission sie im Wege ***eines Durchführungsrechtsakts zur*** Übermittlung der Informationen ***verpflichten. Der Durchführungsrechtsakt enthält dabei die Angabe***, warum dies verhältnismäßig und notwendig ist, ***eine Spezifikation der*** von dem Auskunftsersuchen ***betroffenen krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen sowie der Adressaten und der angeforderten Informationen und gegebenenfalls*** eine Vorlage mit den Fragen, die an die Wirtschaftsteilnehmer gerichtet werden können.	(2) Übermitteln die Adressaten die gemäß Absatz 1 angeforderten Informationen nicht innerhalb der Frist und legen keine stichhaltige Begründung für dieses Versäumnis vor, kann die Kommission sie im Wege ***einer Empfehlung um*** Übermittlung der ***angeforderten*** Informationen ***ersuchen. Dabei gibt sie an***, warum dies verhältnismäßig und notwendig ist, ***welche krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen und welche Adressaten*** von dem Auskunftsersuchen ***betroffen sind und welche Informationen angefordert werden, und stellt erforderlichenfalls*** eine Vorlage mit den Fragen ***bereit***, die an die Wirtschaftsteilnehmer gerichtet werden können.

Abänderung 220

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 24 — Absatz 3 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) ***Folgende Informationen können*** Gegenstand der in Absatz 1 genannten Auskunftsersuchen sein:	(3) Gegenstand der in Absatz 1 genannten Auskunftsersuchen ***können*** sein:

Abänderung 221

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 24 — Absatz 3 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) gezielte Informationen an die Kommission über die Produktionskapazitäten und etwaige Bestände an krisenrelevanten Waren und deren Bestandteilen in Produktionsanlagen in der Union und in Drittländern, die der in Absatz 1 genannte Verband bzw. Wirtschaftsteilnehmer betreibt, unter Vertrag hat ***oder von denen er Lieferungen bezieht,*** unter ***uneingeschränkter Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen und mit der Aufforderung, der Kommission einen Zeitplan in Bezug auf die voraussichtliche Produktionsleistung der Produktionsanlagen in der Union in den nächsten drei Monaten sowie etwaige relevante Störungen der Lieferkette zu übermitteln***;	a) gezielte Informationen an die Kommission über die Produktionskapazitäten und etwaige Bestände an krisenrelevanten Waren und deren Bestandteilen in Produktionsanlagen in der Union und in Drittländern, die der in Absatz 1 genannte Verband bzw. Wirtschaftsteilnehmer betreibt ***oder*** unter Vertrag hat;

Abänderung 222

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 24 — Absatz 3 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) ***sonstige Informationen, die für die Bewertung der Art oder des Ausmaßes einer bestimmten Störung der Lieferkette oder eines Engpasses erforderlich sind.***	b) ***ein Zeitplan in Bezug auf die voraussichtliche Produktionsleistung für krisenrelevante Waren der Produktionsanlagen in der Union oder in Drittländern, die der Wirtschaftsteilnehmer betreibt oder unter Vertrag hat, in den drei Monaten nach dem Auskunftsersuchen.***

Abänderung 223

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 24 — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) ***Nachdem die verbindlichen Auskunftsersuchen an die Wirtschaftsteilnehmer im Wege eines Durchführungsrechtsakts auf den Weg gebracht sind, richtet die Kommission einen förmlichen Beschluss an jeden der im Durchführungsrechtsakt ermittelten repräsentativen Verbände oder Wirtschaftsteilnehmer in krisenrelevanten Lieferketten und fordert sie darin auf, die im Durchführungsrechtsakt genannten Informationen bereitzustellen. Die Kommission stützt sich*** nach Möglichkeit auf die von den Mitgliedstaaten erstellten einschlägigen und verfügbaren Kontaktlisten der in den ausgewählten Lieferketten für krisenrelevante Waren und Dienstleistungen tätigen Wirtschaftsteilnehmer. Die Kommission kann die erforderlichen Informationen zu den betreffenden Wirtschaftsteilnehmern von den Mitgliedstaaten einholen.	(4) ***Bei der Aufforderung oder dem Ersuchen an die Wirtschaftsteilnehmer, für die Zwecke dieses Artikels Informationen bereitzustellen, stützt sich die Kommission*** nach Möglichkeit auf die von den Mitgliedstaaten erstellten einschlägigen und verfügbaren Kontaktlisten der in den ausgewählten Lieferketten für krisenrelevante Waren und Dienstleistungen tätigen Wirtschaftsteilnehmer. Die Kommission kann die erforderlichen Informationen zu den betreffenden Wirtschaftsteilnehmern von den Mitgliedstaaten einholen.

Abänderung 224

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 24 — Absatz 5

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(5) Die ***Beschlüsse*** der Kommission, die individuelle Auskunftsersuchen ***umfassen***, ***enthalten*** einen Verweis ***auf den ihnen zugrunde liegenden Durchführungsrechtsakt gemäß Absatz 2 sowie*** auf die Situationen gravierender krisenbedingter Engpässe oder einer unmittelbaren Gefahr solcher Engpässe, die Anlass zu diesen Ersuchen gegeben haben. Jedes Auskunftsersuchen ist in Bezug auf den Umfang, die Art und die Granularität der Daten sowie die Häufigkeit des Zugriffs auf die angeforderten Daten hinreichend begründet und verhältnismäßig und für die Bewältigung des Notfalls ***oder für die Erstellung einschlägiger amtlicher Statistiken*** erforderlich. In dem Ersuchen ist ***die*** Frist angegeben, innerhalb derer die Informationen vorzulegen sind. Dabei wird der Aufwand berücksichtigt, den der Wirtschaftsteilnehmer ***oder der repräsentative Verband*** für die Erhebung und Bereitstellung der Daten betreiben muss. Darüber hinaus enthält ***der förmliche Beschluss*** Garantien für den Datenschutz gemäß Artikel 39 dieser Verordnung, Garantien für die Geheimhaltung von ***in der Antwort bereitgestellten*** sensiblen Geschäftsinformationen ***gemäß Artikel 25 sowie Informationen über die Möglichkeit, den Beschluss im Einklang mit dem einschlägigen Unionsrecht vor dem Gerichtshof*** der ***Europäischen Union anzufechten, und über die in*** Artikel ***28 für den Fall der Nichteinhaltung vorgesehenen Geldbußen und die Antwortfristen***.	(5) Die ***Empfehlung*** der Kommission, die individuelle Auskunftsersuchen ***umfasst***, ***enthält*** einen Verweis auf die Situationen gravierender krisenbedingter Engpässe oder einer unmittelbaren Gefahr solcher Engpässe, die Anlass zu diesen Ersuchen gegeben haben. Jedes Auskunftsersuchen ist in Bezug auf den Umfang, die Art und die Granularität der Daten sowie die Häufigkeit des Zugriffs auf die angeforderten Daten hinreichend begründet und verhältnismäßig und für die Bewältigung des Notfalls erforderlich. In dem Ersuchen ist ***eine*** Frist ***von höchstens 14 Tagen*** angegeben, innerhalb derer die Informationen vorzulegen sind. ***Der Wirtschaftsteilnehmer kann bis zwei Tage vor Ablauf der Frist eine einmalige Fristverlängerung beantragen, falls der Ernst der Lage dies erforderlich macht. Die Kommission antwortet innerhalb eines Arbeitstages auf einen solchen Antrag auf Fristverlängerung.*** Dabei wird der Aufwand berücksichtigt, den der Wirtschaftsteilnehmer für die Erhebung und Bereitstellung der Daten betreiben muss. Darüber hinaus enthält ***die Empfehlung*** Garantien für den Datenschutz gemäß Artikel 39 dieser Verordnung, Garantien für die Geheimhaltung von sensiblen Geschäftsinformationen ***und von Geschäftsgeheimnissen und geistigem Eigentum in*** der ***Antwort gemäß*** Artikel ***25***.

Abänderung 225

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 24 — Absatz 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(6) Die Inhaber der Wirtschaftsteilnehmer oder ***deren Vertreter oder — im Fall von juristischen Personen, Gesellschaften und Vereinigungen ohne Rechtspersönlichkeit*** – die nach Gesetz oder Satzung zur Vertretung berufenen Personen können die verlangten Informationen im Namen des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers ***oder repräsentativen Verbands von Wirtschaftsteilnehmern*** erteilen. Jeder Wirtschaftsteilnehmer ***oder repräsentative Verband von Wirtschaftsteilnehmern*** stellt die verlangten Informationen auf individueller Basis im Einklang mit den Wettbewerbsvorschriften der Union zum Informationsaustausch bereit. Ordnungsgemäß bevollmächtigte Rechtsanwälte können die Informationen im Namen ihrer Mandanten erteilen. Letztere bleiben in vollem Umfang dafür verantwortlich, dass die erteilten Informationen vollständig, sachlich richtig und nicht irreführend sind.	(6) Die Inhaber der Wirtschaftsteilnehmer oder die nach Gesetz oder Satzung zur Vertretung berufenen Personen können die verlangten Informationen im Namen des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers erteilen. Jeder Wirtschaftsteilnehmer stellt die verlangten Informationen auf individueller Basis im Einklang mit den Wettbewerbsvorschriften der Union zum Informationsaustausch bereit. Ordnungsgemäß bevollmächtigte Rechtsanwälte können die Informationen im Namen ihrer Mandanten erteilen. Letztere bleiben in vollem Umfang dafür verantwortlich, dass die erteilten Informationen vollständig, sachlich richtig und nicht irreführend sind.

Abänderung 226

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 24 — Absatz 7

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(7) Der Gerichtshof der Europäischen Union hat die Befugnis zur unbeschränkten Nachprüfung von Entscheidungen der Kommission, mit denen die Kommission einem Wirtschaftsteilnehmer ein verbindliches Auskunftsersuchen auferlegt hat.	***entfällt***

Abänderung 227

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 24 — Absatz 8

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(8) Die in Absatz 2 genannten Durchführungsrechtsakte werden nach dem Ausschussverfahren gemäß Artikel 42 Absatz 2 erlassen. In hinreichend begründeten Fällen äußerster Dringlichkeit im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Krise auf den Binnenmarkt erlässt die Kommission nach dem Verfahren gemäß Artikel 42 Absatz 3 unmittelbar geltende Durchführungsrechtsakte.	***entfällt***

Abänderung 228

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 25 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die bei der Anwendung dieser Verordnung ***gewonnenen*** Informationen dürfen nur zu dem Zweck verwendet werden, zu dem sie angefordert wurden.	(1) Die bei der Anwendung dieser Verordnung ***von den Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten, dem Ausschuss, den Wirtschaftsteilnehmern oder von anderen Quellen erhaltenen*** Informationen dürfen nur zu dem Zweck verwendet werden, zu dem sie angefordert wurden.

Abänderung 229

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 25 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die Mitgliedstaaten und die Kommission gewährleisten nach Maßgabe des Unionsrechts und des jeweiligen nationalen Rechts den Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen und ***anderer*** in Anwendung dieser Verordnung gewonnenen und generierten sensiblen und vertraulichen Informationen, einschließlich Empfehlungen und zu ergreifender Maßnahmen.	(2) Die Mitgliedstaaten und die Kommission gewährleisten nach Maßgabe des Unionsrechts und des jeweiligen nationalen Rechts den Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen***, geistigem Eigentum*** und ***anderen*** in Anwendung dieser Verordnung gewonnenen und generierten sensiblen und vertraulichen Informationen, einschließlich Empfehlungen und zu ergreifender Maßnahmen.

Abänderung 230

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 25 — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Die Kommission kann ***der in Artikel 4 genannten Beratungsgruppe*** aggregierte Informationen auf der Grundlage der gemäß Artikel 24 erhobenen Informationen vorlegen.	(4) Die Kommission kann ***dem Ausschuss*** aggregierte Informationen auf der Grundlage der gemäß Artikel 24 erhobenen Informationen vorlegen.

Abänderung 231

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 25 — Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(5a) Die durch die Auskunftsersuchen erlangten Informationen werden unmittelbar nach Ablauf des Notfallmodus für den Binnenmarkt oder, sofern alle einschlägigen Berichte im Zusammenhang mit dem Notfallmodus für den Binnenmarkt eingereicht wurden, früher gelöscht. Die Kommission und die Mitgliedstaaten übermitteln den betroffenen Wirtschaftsteilnehmern unmittelbar nach der Löschung dieser Informationen eine diesbezügliche Bestätigung.

Abänderung 232

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 26

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Artikel 26	***entfällt***
Gezielte Änderungen der harmonisierten Produktvorschriften	
Wurde der Notfallmodus für den Binnenmarkt im Wege eines gemäß Artikel 14 erlassenen Durchführungsrechtsakts des Rates aktiviert und besteht ein Engpass bei krisenrelevanten Waren, kann die Kommission die Notfallverfahren aktivieren, die in den [durch die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/424, der Verordnung (EU) 2016/425, der Verordnung (EU) 2016/426, der Verordnung (EU) 2019/1009 und der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 sowie zur Einführung von Notfallverfahren für die Konformitätsbewertung, die Annahme gemeinsamer Spezifikationen und die Marktüberwachung im Rahmen eines Binnenmarkt-Notfalls sowie der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2000/14/EG, 2006/42/EG, 2010/35/EU, 2013/29/EU, 2014/28/EU, 2014/29/EU, 2014/30/EU, 2014/31/EU, 2014/32/EU, 2014/33/EU, 2014/34/EU, 2014/35/EU, 2014/53/EU und 2014/68/EU sowie zur Einführung von Notfallverfahren für die Konformitätsbewertung, die Annahme gemeinsamer Spezifikationen und die Marktüberwachung im Zusammenhang mit einem Binnenmarkt-Notfall] geänderten Rechtsrahmen der Union in Bezug auf krisenrelevante Waren vorgesehen sind. Dabei sind die krisenrelevanten Waren und Notfallverfahren, die Gegenstand der Aktivierung sind, sowie die Gründe für eine solche Aktivierung, ihre Verhältnismäßigkeit und ihre Dauer anzugeben.	
Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 42 Absatz 2 erlassen. In hinreichend begründeten Fällen äußerster Dringlichkeit im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Krise auf den Binnenmarkt erlässt die Kommission nach dem Verfahren gemäß Artikel 42 Absatz 3 unmittelbar geltende Durchführungsrechtsakte.	

Abänderung 233

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die Kommission kann einen oder mehrere Wirtschaftsteilnehmer in krisenrelevanten Lieferketten in der Union auffordern, bestimmte Aufträge für die Herstellung oder Lieferung krisenrelevanter Waren anzunehmen und vorrangig zu behandeln („vorrangige Aufträge“).	(1) Die Kommission kann einen oder mehrere Wirtschaftsteilnehmer in krisenrelevanten Lieferketten in der Union auffordern, ***auf freiwilliger Basis*** bestimmte Aufträge für die Herstellung oder Lieferung krisenrelevanter Waren anzunehmen und vorrangig zu behandeln („vorrangige Aufträge“). ***Die Kommission macht alle relevanten Angaben, einschließlich der Menge der krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen, der Lieferfrist und des Preises, und unterrichtet das Europäische Parlament darüber.***

Abänderung 234

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Weigert sich ein Wirtschaftsteilnehmer, Aufträge anzunehmen ***und*** vorrangig zu behandeln, so kann die Kommission ***in diesen Fällen*** von sich aus oder auf Ersuchen von 14 Mitgliedstaaten die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit des Rückgriffs auf vorrangige Aufträge prüfen. ***Dabei*** gibt sie dem betreffenden Wirtschaftsteilnehmer sowie allen Parteien, die nachweislich von dem potenziellen vorrangigen Auftrag betroffen sind, die Möglichkeit, innerhalb einer angemessenen Frist, die von der Kommission unter Berücksichtigung der im jeweiligen Fall vorliegenden Umstände festgelegt wird, Stellung zu nehmen. Unter außergewöhnlichen Umständen kann die Kommission im Anschluss an eine solche Prüfung einen Durchführungsrechtsakt an den betreffenden Wirtschaftsteilnehmer richten und ihn auffordern, die im Durchführungsrechtsakt festgelegten Aufträge anzunehmen und vorrangig zu behandeln bzw. zu erläutern, warum dies für den Wirtschaftsteilnehmer nicht möglich oder angemessen ist. Der Beschluss der Kommission beruht auf objektiven Daten, aus denen hervorgeht, dass eine solche vorrangige Behandlung für die Aufrechterhaltung essenzieller gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Tätigkeiten im Binnenmarkt unerlässlich ist.	(2) Weigert sich ein Wirtschaftsteilnehmer, Aufträge anzunehmen ***oder*** vorrangig zu behandeln, so kann die Kommission von sich aus oder auf Ersuchen von 14 Mitgliedstaaten die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit des Rückgriffs auf vorrangige Aufträge prüfen. ***In diesen Fällen*** gibt sie dem betreffenden Wirtschaftsteilnehmer sowie allen Parteien, die nachweislich von dem potenziellen vorrangigen Auftrag betroffen sind, die Möglichkeit, innerhalb einer angemessenen Frist, die von der Kommission unter Berücksichtigung der im jeweiligen Fall vorliegenden Umstände festgelegt wird, Stellung zu nehmen. Unter außergewöhnlichen Umständen kann die Kommission im Anschluss an eine solche Prüfung ***und unter gebührender Berücksichtigung der Stellungnahme des Ausschusses*** einen Durchführungsrechtsakt an den betreffenden Wirtschaftsteilnehmer richten und ihn auffordern, die im Durchführungsrechtsakt festgelegten ***vorrangigen*** Aufträge anzunehmen und vorrangig zu behandeln bzw. ***schriftlich*** zu erläutern, warum dies für den Wirtschaftsteilnehmer nicht möglich oder angemessen ist. ***Wenn die Auffassung der Kommission von der Stellungnahme des Ausschusses abweicht, muss die Kommission eine stichhaltige Begründung vorlegen.*** Der Beschluss der Kommission beruht auf objektiven ***faktenbezogenen, messbaren und fundierten*** Daten, aus denen hervorgeht, dass eine solche vorrangige Behandlung für die Aufrechterhaltung essenzieller gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Tätigkeiten im Binnenmarkt unerlässlich ist.

Abänderung 235

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 — Absatz 4 — Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Lehnt der Wirtschaftsteilnehmer, an den der in Absatz 2 genannte Beschluss gerichtet ist, die Verpflichtung zur Annahme und vorrangigen Behandlung der im Beschluss genannten Aufträge ***an***, so legt er der Kommission innerhalb von zehn Tagen nach Bekanntgabe des Beschlusses eine hinreichend begründete Erklärung vor, in der er darlegt, warum es ***in Anbetracht der Ziele dieser Bestimmung*** nicht möglich oder angemessen ist, der Verpflichtung nachzukommen. Zu diesen Gründen zählen die Unfähigkeit des Wirtschaftsteilnehmers aufgrund unzureichender Produktionskapazitäten, den vorrangigen Auftrag auszuführen, das Bestehen eines ernsthaften Risikos, dass die Annahme des Auftrags für den Wirtschaftsteilnehmer eine besondere Härte oder wirtschaftliche Belastung bedeutet, oder andere Erwägungen von vergleichbarer Tragweite.	Lehnt der Wirtschaftsteilnehmer, an den der in Absatz 2 genannte Beschluss gerichtet ist, die Verpflichtung zur Annahme und vorrangigen Behandlung der im Beschluss genannten Aufträge ***ab***, so legt er der Kommission innerhalb von zehn Tagen nach Bekanntgabe des Beschlusses eine hinreichend begründete Erklärung vor, in der er darlegt, warum es nicht möglich oder angemessen ist, der Verpflichtung nachzukommen. Zu diesen Gründen zählen die Unfähigkeit des Wirtschaftsteilnehmers aufgrund unzureichender Produktionskapazitäten, den vorrangigen Auftrag auszuführen, das Bestehen eines ernsthaften Risikos, dass die Annahme des Auftrags für den Wirtschaftsteilnehmer eine besondere Härte oder wirtschaftliche Belastung bedeutet, ***insbesondere unter Berücksichtigung der von der Kommission festgelegten Preise und Mengen,*** oder andere Erwägungen von vergleichbarer Tragweite. ***Diese Gründe können die rechtmäßigen Ziele des betreffenden Unternehmens sowie die Kosten, den Aufwand, die technische Durchführbarkeit und die langfristigen geschäftlichen Folgen jeder Änderung des Produktionsablaufs umfassen.***

Abänderung 236

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 — Absatz 4 — Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Kommission kann diese Erklärung ganz oder teilweise unter gebührender Wahrung von Geschäftsgeheimnissen veröffentlichen.	***entfällt***

Abänderung 237

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 27 — Absatz 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(6) Die Kommission trifft den in Absatz 2 genannten Beschluss im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht, einschließlich der Grundsätze der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit, und den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Union. Der Beschluss trägt insbesondere den berechtigten Interessen des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers und allen verfügbaren Informationen über die Kosten und den Aufwand für eine Änderung des Produktionsablaufs Rechnung. Er enthält die Rechtsgrundlage für seine Annahme, die Fristen, innerhalb derer der vorrangige Auftrag auszuführen ist, und gegebenenfalls eine Angabe des Produkts und der Menge. Zudem werden in dem Beschluss die in Artikel 28 vorgesehenen Geldbußen für den Fall der Nichtbefolgung des Beschlusses angegeben. Der vorrangige Auftrag wird zu einem fairen und angemessenen Preis vergeben.	(6) Die Kommission trifft den in Absatz 2 genannten Beschluss im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht, einschließlich der Grundsätze der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit, und den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Union. Der Beschluss trägt insbesondere den berechtigten Interessen des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers und allen verfügbaren Informationen über die Kosten und den Aufwand für eine Änderung des Produktionsablaufs Rechnung. Er enthält die Rechtsgrundlage für seine Annahme, die Fristen, innerhalb derer der vorrangige Auftrag auszuführen ist, und gegebenenfalls eine Angabe des Produkts***, des Preises*** und der Menge. Zudem werden in dem Beschluss die in Artikel 28 vorgesehenen Geldbußen für den Fall der Nichtbefolgung des Beschlusses angegeben. Der vorrangige Auftrag wird zu einem fairen und angemessenen Preis vergeben***, der gegebenenfalls einen angemessenen Ausgleich aller zusätzlichen Kosten einschließt, die dem Wirtschaftsteilnehmer entstehen***.

Abänderung 238

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Geldbußen für Wirtschaftsteilnehmer, die ***der Verpflichtung zur Beantwortung verbindlicher Auskunftsersuchen oder zur Erfüllung vorrangiger*** Aufträge nicht ***nachgekommen sind***	Geldbußen für Wirtschaftsteilnehmer, die ***vorrangige*** Aufträge nicht ***erfüllen***

Abänderung 239

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 — Absatz 1 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) wenn ein repräsentativer Verband von Wirtschaftsteilnehmern oder ein Wirtschaftsteilnehmer auf ein Ersuchen gemäß Artikel 24 vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige, unvollständige oder irreführende Auskünfte erteilt oder diese Auskünfte nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist erteilt;	***entfällt***

Abänderung 240

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die in Fällen gemäß Absatz 1 ***Buchstaben a und*** b verhängten Geldbußen betragen nicht mehr als 200 000 EUR.	(2) Die in Fällen gemäß Absatz 1 ***Buchstabe*** b verhängten Geldbußen betragen nicht mehr als 200 000 EUR. ***Die Geldbußen, die gegen Wirtschaftsteilnehmer verhängt werden, bei denen es sich um KMU im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG handelt, betragen nicht mehr als 25 000 EUR.***

Abänderung 241

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Die in Fällen gemäß Absatz 1 Buchstabe c verhängten Geldbußen betragen nicht mehr als 1 % des durchschnittlichen Tagesumsatzes im vorangegangenen Geschäftsjahr für jeden Arbeitstag, an dem der Verstoß gegen die gemäß Artikel 27 auferlegte Verpflichtung (vorrangige Aufträge) anhält, gerechnet ab dem ***Tag des Beschlusses***, und übersteigen insgesamt nicht 1 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes.	(3) Die in Fällen gemäß Absatz 1 Buchstabe c verhängten Geldbußen betragen nicht mehr als 1 % des durchschnittlichen Tagesumsatzes im vorangegangenen Geschäftsjahr für jeden Arbeitstag, an dem der Verstoß gegen die gemäß Artikel 27 auferlegte Verpflichtung (vorrangige Aufträge) anhält, gerechnet ab dem ***in dem Beschluss festgelegten Tag***, und übersteigen insgesamt nicht 1 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes. ***Geldbußen, die gegen Wirtschaftsteilnehmer verhängt werden, bei denen es sich um KMU im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG handelt, übersteigen insgesamt nicht 0,25 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes.***

Abänderung 242

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 28 — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Bei der Festsetzung der Höhe der Geldbuße ***wird der*** Größe und ***den*** wirtschaftlichen Ressourcen des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers sowie ***der*** Art, ***der*** Schwere und ***der*** Dauer des Verstoßes und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und der Angemessenheit Rechnung ***getragen***.	(4) Bei der Festsetzung der Höhe der Geldbuße ***berücksichtigt die Kommission die*** Größe und ***die*** wirtschaftlichen Ressourcen des betreffenden Wirtschaftsteilnehmers sowie ***die*** Art, ***die*** Schwere und ***die*** Dauer des Verstoßes und ***trägt*** dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und der Angemessenheit ***gebührend*** Rechnung***. Die Auswirkungen der Krise auf den Wirtschaftsteilnehmer und seine Geschäftstätigkeiten werden ebenfalls berücksichtigt.***

Abänderung 243

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 29 — Absatz 1 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) zwei Jahre bei Verstößen gegen Bestimmungen über Auskunftsersuchen gemäß Artikel 24;	***entfällt***

Abänderung 244

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 29 — Absatz 1 — Buchstabe b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) drei Jahre bei Verstößen gegen Bestimmungen über die Verpflichtung zur vorrangigen Herstellung krisenrelevanter Waren gemäß Artikel ***26 Absatz 2***.	b) drei Jahre bei Verstößen gegen Bestimmungen über die Verpflichtung zur vorrangigen Herstellung krisenrelevanter Waren gemäß Artikel ***27***.

Abänderung 245

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 — Absatz 1 — Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Bevor die Kommission einen Beschluss nach Artikel 28 erlässt, gibt sie dem betreffenden Wirtschaftsteilnehmer ***oder den betreffenden repräsentativen Verbänden von Wirtschaftsteilnehmern*** Gelegenheit, sich zu Folgendem zu äußern:	(1) Bevor die Kommission einen Beschluss nach Artikel 28 erlässt, gibt sie dem betreffenden Wirtschaftsteilnehmer Gelegenheit, sich zu Folgendem zu äußern:

Abänderung 246

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die betreffenden ***Unternehmen und die betreffenden repräsentativen Verbände von Wirtschaftsteilnehmern*** können sich innerhalb einer von der Kommission in der vorläufigen Beurteilung gesetzten Frist, die mindestens 21 Tage betragen muss, zu der vorläufigen Beurteilung der Kommission äußern.	(2) Die betreffenden ***Wirtschaftsteilnehmer*** können sich innerhalb einer von der Kommission in der vorläufigen Beurteilung gesetzten Frist, die mindestens 21 Tage betragen muss, zu der vorläufigen Beurteilung der Kommission äußern.

Abänderung 247

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Die Kommission stützt ihre Beschlüsse nur auf Beschwerdepunkte, zu denen sich die ***Wirtschaftsteilnehmer und repräsentativen Verbände von Wirtschaftsteilnehmern*** äußern konnten.	(3) Die Kommission stützt ihre Beschlüsse nur auf Beschwerdepunkte, zu denen sich die ***betreffenden Wirtschaftsteilnehmer*** äußern konnten.

Abänderung 248

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 — Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(4) Die Verteidigungsrechte des ***Wirtschaftsteilnehmers oder der repräsentativen Verbände von Wirtschaftsteilnehmern*** werden während des Verfahrens in vollem Umfang gewahrt. Der ***Wirtschaftsteilnehmer oder die repräsentativen Verbände von Wirtschaftsteilnehmern haben*** vorbehaltlich des berechtigten Interesses von Wirtschaftsteilnehmern an der Wahrung ihrer Geschäftsgeheimnisse das Recht auf Einsicht in die Akte der Kommission im Rahmen einer einvernehmlichen Einsichtnahme. Von der Akteneinsicht ausgenommen sind vertrauliche Informationen sowie interne Schriftstücke der Kommission und der Behörden der Mitgliedstaaten. Insbesondere die Korrespondenz zwischen der Kommission und den Behörden der Mitgliedstaaten ist von der Akteneinsicht ausgenommen. Dieser Absatz steht der Offenlegung und Verwendung der für den Nachweis eines Verstoßes erforderlichen Informationen durch die Kommission in keiner Weise entgegen.	(4) Die Verteidigungsrechte des ***betreffenden Wirtschaftsteilnehmers*** werden während des Verfahrens in vollem Umfang gewahrt. Der ***betreffende Wirtschaftsteilnehmer hat*** vorbehaltlich des berechtigten Interesses von Wirtschaftsteilnehmern an der Wahrung ihrer Geschäftsgeheimnisse das Recht auf Einsicht in die Akte der Kommission im Rahmen einer einvernehmlichen Einsichtnahme. Von der Akteneinsicht ausgenommen sind vertrauliche Informationen sowie interne Schriftstücke der Kommission und der Behörden der Mitgliedstaaten. Insbesondere die Korrespondenz zwischen der Kommission und den Behörden der Mitgliedstaaten ist von der Akteneinsicht ausgenommen. Dieser Absatz steht der Offenlegung und Verwendung der für den Nachweis eines Verstoßes erforderlichen Informationen durch die Kommission in keiner Weise entgegen.

Abänderung 249

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 32 — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Koordinierte Verteilung strategischer Reserven	***Solidarität und*** koordinierte Verteilung strategischer Reserven

Abänderung 250

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 32 — Absatz - 1 (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(-1) Im Fall eines Engpasses bei krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen, der einen oder mehrere Mitgliedstaaten betrifft, können die betreffenden Mitgliedstaaten dies der Kommission mitteilen und die erforderlichen Mengen angeben und weitere einschlägige Informationen bereitstellen. Die Kommission übermittelt die Informationen an alle zuständigen Behörden und sorgt für eine straffe Koordinierung der Antworten der Mitgliedstaaten.

Abänderung 251

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 32 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Erweisen sich die von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel ***12*** gebildeten strategischen Reserven als unzureichend, um den Bedarf im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt-Notfall zu decken, kann die Kommission unter Berücksichtigung der Stellungnahme ***der Beratungsgruppe*** den Mitgliedstaaten empfehlen, die strategischen Reserven nach Möglichkeit gezielt zu verteilen, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Störungen im Binnenmarkt nicht weiter verschärft werden dürfen, einschließlich in geografischen Gebieten, die von solchen Störungen besonders betroffen sind, und im Einklang mit dem Grundsatz der Notwendigkeit, der Verhältnismäßigkeit und der Solidarität sowie der effizientesten Nutzung der Reserven im Hinblick auf die Beendigung des Binnenmarkt-Notfalls.	Erweisen sich die von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel ***8a*** gebildeten strategischen Reserven als unzureichend, um den Bedarf im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt-Notfall zu decken, kann die Kommission unter ***gebührender*** Berücksichtigung der Stellungnahme ***des Ausschusses*** den Mitgliedstaaten empfehlen, die strategischen Reserven nach Möglichkeit gezielt zu verteilen, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Störungen im Binnenmarkt nicht weiter verschärft werden dürfen, einschließlich in geografischen Gebieten, die von solchen Störungen besonders betroffen sind, und im Einklang mit dem Grundsatz der Notwendigkeit, der Verhältnismäßigkeit und der Solidarität sowie der effizientesten Nutzung der Reserven im Hinblick auf die Beendigung des Binnenmarkt-Notfalls.

Abänderung 252

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 33 — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Maßnahmen zur ***Gewährleistung*** der Verfügbarkeit und Bereitstellung von krisenrelevanten Waren ***und*** Dienstleistungen	Maßnahmen zur ***Sicherstellung*** der Verfügbarkeit und Bereitstellung von krisenrelevanten Waren ***oder*** Dienstleistungen

Abänderung 253

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 33 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Ist die Kommission der Auffassung, dass die Gefahr eines Engpasses bei krisenrelevanten Waren besteht, kann sie ***den Mitgliedstaaten empfehlen, spezifische Maßnahmen zu ergreifen, um eine effiziente Umstrukturierung der Lieferketten und Produktionslinien zu gewährleisten und die vorhandenen Bestände zu nutzen, um die Verfügbarkeit von und die Versorgung mit krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen so schnell wie möglich zu verbessern.***	(1) Ist die Kommission der Auffassung, dass die Gefahr eines Engpasses bei krisenrelevanten Waren ***und Dienstleistungen*** besteht, kann sie ***unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Ausschusses empfehlen, dass die Mitgliedstaaten spezifische Maßnahmen ergreifen, unter anderem um für effiziente Lieferketten und Produktionslinien zu sorgen.***

Abänderung 254

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 33 — Absatz 2 — Buchstabe a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
a) Erleichterung des Ausbaus oder der Umwidmung bestehender Produktionskapazitäten bzw. der Einrichtung neuer Produktionskapazitäten für krisenrelevante Waren;	a) Erleichterung des Ausbaus oder der Umwidmung bestehender Produktionskapazitäten bzw. der Einrichtung neuer Produktionskapazitäten für krisenrelevante Waren ***oder Dienstleistungen***;

Abänderung 255

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 33 — Absatz 2 — Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ca) Erleichterung des freien Verkehrs krisenrelevanter Dienstleistungen.

Abänderung 256

Vorschlag für eine Verordnung

Teil V — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Beschaffung	***Vergabe öffentlicher Aufträge***

Abänderung 257

Vorschlag für eine Verordnung

Teil V — Kapitel I — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Beschaffung von Waren und Dienstleistungen von ***strategischer*** Bedeutung und ***von krisenrelevanten*** Waren durch die Kommission im Namen der Mitgliedstaaten im Überwachungs- und im Notfallmodus	***Vergabe öffentlicher Aufträge für*** Waren und Dienstleistungen von ***kritischer*** Bedeutung und ***für krisenrelevante*** Waren ***und Dienstleistungen*** durch die Kommission im Namen der Mitgliedstaaten im Überwachungs- und im Notfallmodus

Abänderung 258

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 34 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Zwei oder mehr Mitgliedstaaten können die Kommission ersuchen, im Namen der Mitgliedstaaten, die sich durch die Kommission vertreten lassen möchten („beteiligte Mitgliedstaaten"), eine Auftragsvergabe für in einem gemäß Artikel 9 Absatz 1 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführte Waren und Dienstleistungen von ***strategischer*** Bedeutung oder in einem gemäß Artikel 14 Absatz 5 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführte krisenrelevante Waren und Dienstleistungen durchzuführen.	(1) Zwei oder mehr Mitgliedstaaten können die Kommission ersuchen, im Namen der Mitgliedstaaten, die sich durch die Kommission vertreten lassen möchten („beteiligte Mitgliedstaaten"), eine Auftragsvergabe für in einem gemäß Artikel 9 Absatz 1 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführte Waren und Dienstleistungen von ***kritischer*** Bedeutung oder in einem gemäß Artikel 14 Absatz 5 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführte krisenrelevante Waren und Dienstleistungen durchzuführen.

Abänderung 259

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 34 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die Kommission prüft den Nutzen***, die Notwendigkeit*** und die Verhältnismäßigkeit des Ersuchens. Beabsichtigt die Kommission, ***dem*** Ersuchen nicht nachzukommen, so teilt sie dies den betroffenen Mitgliedstaaten und ***der in Artikel 4 genannten Beratungsgruppe*** mit und nennt die Gründe für ihre Ablehnung.	(2) Die Kommission prüft ***in Absprache mit dem Ausschuss unverzüglich*** den Nutzen und die Verhältnismäßigkeit des Ersuchens ***gemäß Absatz 1***. Beabsichtigt die Kommission, ***diesem*** Ersuchen nicht nachzukommen, so teilt sie dies den betroffenen Mitgliedstaaten und ***dem Ausschuss*** mit und nennt die Gründe für ihre Ablehnung.

Abänderung 260

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 34 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Stimmt die Kommission einer ***Beschaffung*** im Namen der Mitgliedstaaten zu, so arbeitet sie einen Vorschlag für eine Rahmenvereinbarung aus, die mit den teilnehmenden Mitgliedstaaten zu schließen ist und die es der Kommission ermöglicht, die ***Beschaffung*** in ihrem Namen zu tätigen. Diese Rahmenvereinbarung enthält die genauen Bedingungen für die ***in Absatz 1 genannte gemeinsame Beschaffung***.	(3) Stimmt die Kommission einer ***Auftragsvergabe*** im Namen der Mitgliedstaaten zu,

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	a) teilt sie ihre Absicht, das Vergabeverfahren durchzuführen, allen Mitgliedstaaten und dem Ausschuss mit und lädt die interessierten Mitgliedstaaten ein, sich daran zu beteiligen,
	b) arbeitet sie einen Vorschlag für eine Rahmenvereinbarung aus, die mit den teilnehmenden Mitgliedstaaten zu schließen ist und die es der Kommission ermöglicht, die ***Auftragsvergabe*** in ihrem Namen zu tätigen. Diese Rahmenvereinbarung enthält die genauen Bedingungen für die ***Auftragsvergabe im Namen der beteiligten Mitgliedstaaten, einschließlich praktischer Vereinbarungen, Vorschriften über die Beschlussfassung und der vorgeschlagenen Mengen***.

Abänderung 261

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 34 — Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3a) Ist die Kommission nicht in der Lage, den Auftrag an einen geeigneten Wirtschaftsteilnehmer zu vergeben, so setzt sie die Mitgliedstaaten unverzüglich davon in Kenntnis, damit diese unverzüglich ihre eigenen Vergabeverfahren einleiten können.

Abänderung 262

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 35 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) In der ***Vereinbarung*** gemäß Artikel 34 Absatz 3 wird ein Verhandlungsmandat für die Kommission festgelegt, durch das sie die Rolle einer zentralen Beschaffungsstelle für relevante Waren und Dienstleistungen von ***strategischer*** Bedeutung oder krisenrelevante Waren und Dienstleistungen im Namen der beteiligten Mitgliedstaaten durch den Abschluss neuer Verträge übernehmen kann.	(1) In der ***Rahmenvereinbarung*** gemäß Artikel 34 Absatz 3 ***Buchstabe b*** wird ein Verhandlungsmandat für die Kommission festgelegt, ***das Aspekte wie Vergabekriterien und Vorgaben für die Bewertung von Angeboten umfasst und*** durch das sie die Rolle einer zentralen Beschaffungsstelle für relevante Waren und Dienstleistungen von ***kritischer*** Bedeutung oder krisenrelevante Waren und Dienstleistungen im Namen der beteiligten Mitgliedstaaten durch den Abschluss neuer Verträge übernehmen kann.

Abänderung 263

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 35 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Gemäß ***der Vereinbarung*** kann die Kommission berechtigt sein, im Namen der beteiligten Mitgliedstaaten mit Wirtschaftsteilnehmern, einschließlich einzelner Hersteller von Waren und Dienstleistungen von ***strategischer*** Bedeutung oder von krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen, Verträge über den Erwerb solcher Waren oder Dienstleistungen zu schließen.	(2) Gemäß ***dieser Rahmenvereinbarung*** kann die Kommission berechtigt sein, im Namen der beteiligten Mitgliedstaaten mit Wirtschaftsteilnehmern, einschließlich einzelner Hersteller von Waren und Dienstleistungen von ***kritischer*** Bedeutung oder von krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen, Verträge über den Erwerb solcher Waren oder Dienstleistungen zu schließen.

Abänderung 264

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 35 — Absatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(3) Vertreter der Kommission oder von der Kommission benannte Sachverständige können Vor-Ort-Besuche an den Standorten von Produktionsanlagen für relevante Waren von strategischer Bedeutung oder krisenrelevante Waren durchführen.	***entfällt***

Abänderung 265

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 35 — Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3a) Die Kommission ersucht die beteiligten Mitgliedstaaten, Vertreter zu ernennen, die an der Vorbereitung der Beschaffungsverfahren teilnehmen.

Abänderung 266

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 36 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die Verträge ***können*** eine Klausel ***enthalten***, die besagt, dass ein Mitgliedstaat, der nicht am Beschaffungsverfahren teilgenommen hat, nach der Unterzeichnung des Vertrags Vertragspartei werden kann, und in der das entsprechende Verfahren und die entsprechenden Auswirkungen im Einzelnen dargelegt werden.	(2) Die Verträge ***enthalten*** eine Klausel, die besagt, dass ein Mitgliedstaat, der nicht am Beschaffungsverfahren teilgenommen hat, nach der Unterzeichnung des Vertrags Vertragspartei werden kann***, sofern die Mehrheit der teilnehmenden Mitgliedstaaten dem zustimmt***, und in der das entsprechende Verfahren und die entsprechenden Auswirkungen im Einzelnen dargelegt werden.

Abänderung 267

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 37 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Ist es erforderlich, eine gemeinsame Beschaffung zwischen der Kommission und ***einem*** oder ***mehreren öffentlichen Auftraggebern*** aus den Mitgliedstaaten ***nach den Vorschriften des Artikels*** 165 Absatz 2 der Verordnung (EU, ***Euratom***) 2018/1046 ***des Europäischen Parlaments und des Rates durchzuführen, können die Mitgliedstaaten die gemeinsam beschafften Kapazitäten vollständig erwerben, mieten oder leasen***.	***(1) Die*** Kommission und ***ein*** oder ***mehrere öffentliche Auftraggeber*** aus den Mitgliedstaaten ***können sich als Parteien an einem gemeinsamen Beschaffungsverfahren gemäß Artikel*** 165 Absatz 2 der Verordnung (EU, ***Euratom***) 2018/1046 ***für die Beschaffung von krisenrelevanten Waren oder Waren und Dienstleistungen von entscheidender Bedeutung innerhalb einer angemessenen Frist beteiligen***.

Abänderung 268

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 37 — Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1a) Die Teilnahme am gemeinsamen Vergabeverfahren steht allen Mitgliedstaaten sowie abweichend von Artikel 165 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation und den Bewerberländern im Hinblick auf eine EU-Mitgliedschaft sowie dem Fürstentum Andorra, dem Fürstentum Monaco, der Republik San Marino und dem Staat der Vatikanstadt offen, insbesondere wenn dies in einem bilateralen oder multilateralen Vertrag ausdrücklich vorgesehen ist.

Abänderung 269

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 37 — Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1b) Dem gemeinsamen Vergabeverfahren geht eine Vereinbarung über die gemeinsame Beschaffung zwischen den Parteien voraus, in der die praktischen Modalitäten für dieses Verfahren und der Entscheidungsprozess in Bezug auf die Wahl des Verfahrens, die Art und Weise der Bewertung der Angebote und die Kriterien für die Auftragsvergabe gemäß dem einschlägigen EU-Recht festgelegt werden.

Abänderung 270

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 37 — Absatz 1 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1c) Für das gemeinsame Beschaffungsverfahren gelten folgende Bedingungen:
	a) es wirkt sich nicht negativ auf das Funktionieren des Binnenmarkts aus, stellt keine Diskriminierung oder Handelsbeschränkung dar und verursacht keine Wettbewerbsverzerrung;
	b) es hat keine direkten finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt der in Absatz 1a genannten Länder, die nicht am gemeinsamen Beschaffungsverfahren beteiligt sind.

Abänderung 271

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 37 — Absatz 1 d (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1d) Die Kommission unterrichtet das Europäische Parlament über die gemäß diesem Artikel durchgeführten gemeinsamen Vergabeverfahren und gewährt auf Antrag Zugang zu den Verträgen, die im Rahmen dieser Verfahren geschlossen werden, vorbehaltlich des angemessenen Schutzes sensibler Geschäftsinformationen, einschließlich Geschäftsgeheimnissen, Geschäftsbeziehungen und der Interessen der EU. Die Kommission unterrichtet das Europäische Parlament gemäß Artikel 9 Absatz 7 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 hinsichtlich sensibler Dokumente.

Abänderung 272

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 38 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Wurde der Notfallmodus für den Binnenmarkt gemäß Artikel 14 aktiviert, so konsultieren die Mitgliedstaaten einander und die Kommission und koordinieren ihre Maßnahmen mit der Kommission und den Vertretern der anderen Mitgliedstaaten in ***der Beratungsgruppe***, bevor sie die Beschaffung von in einem gemäß Artikel 14 Absatz 5 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführten krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen im Einklang mit der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ([55]) einleiten.	Wurde der Notfallmodus für den Binnenmarkt gemäß Artikel 14 aktiviert, so konsultieren die Mitgliedstaaten einander und die Kommission und koordinieren ihre Maßnahmen mit der Kommission und den Vertretern der anderen Mitgliedstaaten in ***dem Ausschuss***, bevor sie die Beschaffung von in einem gemäß Artikel 14 Absatz 5 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführten krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen im Einklang mit der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ([55]) einleiten. ***Der Ausschuss kann Empfehlungen zur Koordinierung dieser Maßnahmen abgeben.***

([55]) Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65).

([55]) Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65).

Abänderung 273

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 39 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Wurde der Notfallmodus für den Binnenmarkt gemäß Artikel ***16*** aktiviert und eine Beschaffung durch die Kommission im Namen der Mitgliedstaaten gemäß den Artikeln 34 bis 36 eingeleitet, so beschaffen die öffentlichen Auftraggeber der beteiligten Mitgliedstaaten die Waren oder Dienstleistungen, die Gegenstand dieser Beschaffung sind, nicht auf anderem Wege.	Wurde der Notfallmodus für den Binnenmarkt gemäß Artikel ***14*** aktiviert und eine Beschaffung durch die Kommission im Namen der Mitgliedstaaten gemäß den Artikeln 34 bis 36 eingeleitet, so beschaffen die öffentlichen Auftraggeber der beteiligten Mitgliedstaaten die Waren oder Dienstleistungen, die Gegenstand dieser Beschaffung sind, nicht auf anderem Wege***, mit Ausnahme der in Artikel 34 Absatz 3a genannten Fälle. Beschaffungsverträge, die durch Verletzung dieses Artikels zustande gekommen sind, gelten als unwirksam.***

Abänderung 274

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 40

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Artikel 40	***entfällt***
Schutz personenbezogener Daten	
(1) Diese Verordnung berührt weder die aus der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie 2002/58/EG (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) erwachsenden Verpflichtungen der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten noch die aus der Verordnung (EU) 2018/1725 erwachsenden Verpflichtungen der Kommission und gegebenenfalls anderer Organe und Einrichtungen der Union hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.	
(2) Personenbezogene Daten werden nicht verarbeitet oder weitergegeben, außer in Fällen, in denen dies für die Zwecke dieser Verordnung unbedingt erforderlich ist. In diesen Fällen gelten die Bedingungen der Verordnung (EU) 2016/679 bzw. der Verordnung (EU) 2018/1725.	
(3) Ist die Verarbeitung personenbezogener Daten für die Anwendung der in dieser Verordnung festgelegten Mechanismen nicht unbedingt erforderlich, werden die personenbezogenen Daten in einer Weise anonymisiert, dass die betroffene Person nicht identifiziert werden kann.	

Abänderung 275

Vorschlag für eine Verordnung

Teil V a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Teil Va
	Digitale Instrumente

Abänderung 276

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Digitale Instrumente	***Allgemeine Bestimmungen für*** digitale Instrumente

Abänderung 277

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Kommission und die Mitgliedstaaten ***können*** interoperable digitale Instrumente oder IT-Infrastrukturen zur Unterstützung der Ziele dieser Verordnung ***einrichten***. Diese Instrumente oder Infrastrukturen ***können auch*** außerhalb eines Binnenmarkt-Notfalls entwickelt ***werden***.	***(1) Bis zum … [sechs Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung] richten*** die Kommission und die Mitgliedstaaten interoperable digitale Instrumente oder IT-Infrastrukturen zur Unterstützung der Ziele dieser Verordnung ***ein, unterhalten diese und aktualisieren sie regelmäßig***. Diese Instrumente oder Infrastrukturen ***werden*** außerhalb eines Binnenmarkt-Notfalls entwickelt***, um zeitnah und effizient auf mögliche künftige Notfälle reagieren zu können. Sie umfassen unter anderem standardisierte, sichere und wirksame digitale Instrumente für die sichere Erhebung und den sicheren Austausch von Informationen für die Zwecke des Artikels 7a, Informationen in Echtzeit über nationale Beschränkungen gemäß Artikel 41a, Schnellspuren gemäß Artikel 41b und die Plattform der Interessenträger gemäß Artikel 41c.***

Abänderung 278

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Kommission legt im Wege von Durchführungsrechtsakten die technischen Aspekte dieser Instrumente oder Infrastrukturen fest. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 42 Absatz 2 erlassen.	***(2)*** Die Kommission legt im Wege von Durchführungsrechtsakten die technischen Aspekte dieser Instrumente oder Infrastrukturen fest***, wobei sie nach Möglichkeit bereits bestehende IT-Instrumente oder -Portale wie „Your Europe“ nutzt***. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 42 Absatz 2 erlassen.

Abänderung 279

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 — Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2a) Die Mitgliedstaaten tauschen über einen sicheren Kommunikationskanal untereinander und mit der Kommission regelmäßig Informationen über sämtliche Angelegenheiten aus, die in den Geltungsbereich dieser Verordnung fallen.

Abänderung 280

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Artikel 41a
	Echtzeitinformationen zu nationalen Beschränkungen
	Die Kommission richtet eine eigene öffentliche Website für die Zusammenführung der Informationen aus den Mitgliedstaaten über die gemäß Artikel 19 gemeldeten nationalen Beschränkungen ein, wie sie in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten vorgesehen sind, darunter auch Angaben über deren Umfang und Dauer. Die betreffende öffentliche Website muss eine interaktive Karte mit relevanten Echtzeitinformationen zu diesen nationalen Beschränkungen enthalten.

Abänderung 281

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 b (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Artikel 41b
	Schnellabfertigung
	(1) Die Kommission richtet Schnellabfertigungsverfahren zur Erleichterung des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Freizügigkeit, insbesondere von krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen, ein. Die Kommission stellt insbesondere entsprechende Vorlagen oder gemeinsame digitale Formulare für die Anmeldung, Registrierung und Genehmigung grenzüberschreitender Tätigkeiten, insbesondere von freiberuflichen Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Aufbau, Wartung und Reparatur, Bauwesen, Ernährung und Landwirtschaft, um die Anmeldungs-, Registrierungs- oder Genehmigungsverfahren, einschließlich Anerkennung beruflicher Qualifikationen oder Entsendung von Arbeitskräften, zu beschleunigen. Diese Vorlagen oder digitalen Formulare müssen in allen EU-Amtssprachen kostenlos zur Verfügung stehen und in allen Mitgliedstaaten gelten.
	(2) Haben die Mitgliedstaaten in hinreichend begründeten Fällen und im Einklang mit dem einschlägigen EU-Recht Beschränkungen an den Grenzen eingeführt, so weist die Kommission zur Erleichterung des freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs bestehende Schnellabfertigungsspuren an Grenzübergängen aus, einschließlich — soweit möglich — Informationen in Echtzeit.

Abänderung 282

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Artikel 41c
	Plattform der Interessenträger für Notfälle und Resilienz
	(1) Die Kommission richtet eine Plattform der Interessenträger ein, um einen branchenspezifischen Dialog und Partnerschaften zu begünstigen und hierzu die wichtigsten Interessenträger, nämlich Wirtschaftsakteure, Sozialpartner, Forscher und die Zivilgesellschaft zusammenzubringen. Mit dieser Plattform sollen die Wirtschaftsakteure dabei unterstützt werden, freiwillige Fahrpläne für Binnenmarkt-Notfälle zu erstellen. Insbesondere bietet die Plattform interessierten Kreisen Funktionen für Folgendes:
	a) Meldung freiwilliger Tätigkeiten, die für die erfolgreiche Reaktion auf einen Binnenmarkt-Notfall erforderlich sind,
	b) Bereitstellung von wissenschaftlicher Beratung, Stellungnahmen und Berichten zu krisenrelevanten Fragen,
	c) Beitrag zum Austausch von Informationen und bewährten Verfahren.
	(2) Die Kommission und der Ausschuss berücksichtigen bei der Durchführung dieser Verordnung die Ergebnisse des branchenspezifischen Dialogs und der entsprechenden Partnerschaften sowie alle relevanten Beiträge der Interessenträger gemäß Absatz 1.

Abänderung 283

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 42 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Die Kommission wird ***von einem*** Ausschuss für ***das Notfallinstrument für den Binnenmarkt*** unterstützt. Dieser Ausschuss ist ein Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.	(1) Die Kommission wird ***vom*** Ausschuss für ***Binnenmarkt-Notfälle und Resilienz*** unterstützt. Dieser Ausschuss ist ein Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

Abänderung 284

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 42 — Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(3a) Vor dem Erlass von Durchführungsrechtsakten gemäß dieser Verordnung und unter Berücksichtigung seiner Dringlichkeit veröffentlicht die Kommission einen entsprechenden Entwurf und fordert alle Interessenträger auf, innerhalb einer angemessenen Frist Stellung zu nehmen.

Abänderung 285

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 43 — Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 6 wird der Kommission für einen Zeitraum von fünf Jahren ab dem ***Datum*** des Inkrafttretens dieser ***Richtlinie*** oder ***einem anderen von den beiden gesetzgebenden Organen festgelegten Datum übertragen***.	(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 6 wird der Kommission für einen Zeitraum von fünf Jahren ab dem ***… [Datum*** des Inkrafttretens dieser ***Verordnung] übertragen. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Fünfjahreszeitraums einen Bericht über die Ausübung der Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.***

Abänderung 286

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 43 — Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(5a) Ein delegierter Rechtsakt, der nach Artikel 6 erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhebt oder wenn vor Ablauf dieser Frist sowohl das Europäische Parlament als auch der Rat der Kommission mitteilen, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um drei Monate verlängert.

Abänderung 287

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 44 — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Bericht und ***Überprüfung***	Bericht***, Überprüfung*** und ***Bewertung***

Abänderung 288

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 44 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
(1) Bis zum [Amt für Veröffentlichungen: bitte Datum einfügen = fünf Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung] und danach alle ***fünf*** Jahre ***legt*** die Kommission ***dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über das Funktionieren des Notfallplanungs-, Überwachungs- und Reaktionssystems für Binnenmarkt-Notfälle*** vor***, in dem sie erforderlichenfalls Verbesserungen vorschlägt und dem sie gegebenenfalls entsprechende Legislativvorschläge beifügt.***	(1) Bis zum … [Amt für Veröffentlichungen: bitte Datum einfügen = fünf Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung] und danach alle ***drei*** Jahre ***nimmt*** die Kommission ***eine Bewertung der Wirksamkeit dieser Verordnung vor und legt dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht*** vor***. Dieser Bericht enthält insbesondere eine Bewertung der folgenden Punkte:***
	a) die Tätigkeit des Ausschusses, auch im Zusammenhang mit der Tätigkeit anderer einschlägiger Krisenmanagementgremien auf EU-Ebene,
	b) die in dieser Verordnung genannten Belastungstests, Schulungs- und Krisenprotokolle,
	c) die Kriterien für die Aktivierung des Notfallmodus gemäß Artikel 13,
	d) die gemäß Teil Va eingerichteten digitalen Instrumente.
	Diesem Bericht werden gegebenenfalls entsprechende Legislativvorschläge beigefügt.

Abänderung 289

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 44 — Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(1a) Die Kommission legt dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss nach jeder Deaktivierung des Notfallmodus einen Bericht über die Funktionsweise des Reaktionssystems für Notfälle vor, der erforderlichenfalls Verbesserungsvorschläge enthält. In diesem Bericht werden insbesondere die Auswirkungen der Notfallmaßnahmen auf die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundrechte, insbesondere auf die unternehmerische Freiheit, die Freiheit, Arbeit zu suchen und zu arbeiten, und auf das Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen, einschließlich des Streikrechts, bewertet.

Abänderung 290

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 44 — Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2a) Für die Zwecke von Absatz 1 übermitteln der Ausschuss und die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten der Kommission auf deren Anfrage sämtliche verfügbaren Informationen.

Abänderung 291

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 45 — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Aufhebung	***Änderungen der Verordnung (EG) Nr. 2679/98***

Abänderung 292

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 45 — Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Verordnung ***des Rates*** (EG) Nr. 2679/98 ***wird mit Wirkung vom [Datum] aufgehoben.***	Die Verordnung (EG) Nr. 2679/98 ***des Rates wird wie folgt geändert:***
	1. Artikel 2 erhält folgende Fassung:
	„Diese Verordnung berührt in keiner Weise die Ausübung der in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene anerkannten Grundrechte, einschließlich des Rechts oder der Freiheit zum Streik oder zur Durchführung anderer Maßnahmen, die im Rahmen der spezifischen Systeme der Mitgliedstaaten im Bereich der Arbeitsbeziehungen nach deren nationalem Recht und/oder deren nationalen Gepflogenheiten vorgesehen sind. Sie berührt auch nicht das Recht, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften und/oder nationalen Gepflogenheiten Tarifverträge auszuhandeln, abzuschließen und durchzusetzen oder kollektive Maßnahmen zu ergreifen.“
	2. Der folgende Artikel wird hinzugefügt:
	„Artikel 5a
	(1) Wurde der Notfallmodus für den Binnenmarkt gemäß Artikel 14 der Verordnung xxx/2023 [IMERA-Verordnung] aktiviert, verlieren Artikel 3, 4 und 5 dieser Verordnung für die Dauer dieses Modus ihre Gültigkeit.

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(2) Absatz 1 gilt unbeschadet etwaiger Verpflichtungen, die sich aus dieser Verordnung ergeben, bevor der Notfallmodus gemäß der [IMERA-Verordnung] aktiviert wird.“

Abänderung 293

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 46 — Überschrift

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Inkrafttreten	Inkrafttreten ***und Geltungsbeginn***

Abänderung 294

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 46 — Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Diese Verordnung gilt ab dem … [sechs Monate nach dem Inkrafttreten].

C/2024/1790

22.3.2024

P9_TA(2023)0319

Nachhaltiger Flugkraftstoff (Initiative „ReFuelEU Aviation“)

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 2023 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen für einen nachhaltigen Luftverkehr (COM(2021)0561 — C9-0332/2021 — 2021/0205(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

(C/2024/1790)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2021)0561),

— gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 100 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C9-0332/2021),

— gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

— unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 20. Oktober 2021 ([1]),

— nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

— unter Hinweis auf die vorläufige Einigung, die gemäß Artikel 74 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung vom zuständigen Ausschuss angenommen wurde, und auf die vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 16. Juni 2023 gemachte Zusage, den Standpunkt des Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,

— gestützt auf Artikel 59 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf die Stellungnahmen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie,

— unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Verkehr und Tourismus (A9-0199/2022),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

P9_TC1-COD(2021)0205

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 13. September 2023 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) 2023/… des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen für einen nachhaltigen Luftverkehr (Initiative „ReFuelEU Aviation“)

(Da Parlament und Rat eine Einigung erzielt haben, entspricht der Standpunkt des Parlaments dem endgültigen Rechtsakt, Verordnung (EU) 2023/2405.)

([1]) ABl. C 105 vom 4.3.2022, S. 134.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1791

22.3.2024

P9_TA(2023)0325

Rahmen zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen

Abänderungen des Europäischen Parlaments vom 14. September 2023 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen (EU) 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1724 und (EU) 2019/1020 (COM(2023)0160 — C9-0061/2023 — 2023/0079(COD)) [1]

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

[Abänderung 1, sofern nicht anders angegeben] (*)

(C/2024/1791)

ABÄNDERUNGEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS (**)

zum Vorschlag der Kommission

2023/0079(COD)

Vorschlag für eine

VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1724 und (EU) 2019/1020

(Text von Bedeutung für den EWR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 114,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses [1],

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Der Zugang zu Rohstoffen ist für die Wirtschaft***, den digitalen und grünen Wandel, die Sicherheit und die Verteidigung*** der Union und das Funktionieren des Binnenmarkts unerlässlich. Es gibt eine Reihe nichtenergetischer, nichtlandwirtschaftlicher Rohstoffe, die aufgrund ihrer großen wirtschaftlichen Bedeutung und ihres hohen Versorgungsrisikos, das häufig durch eine hohe Konzentration des Angebots aus einigen wenigen Drittländern verursacht wird, als kritisch angesehen werden. Angesichts der Schlüsselrolle, die viele dieser kritischen Rohstoffe bei der Verwirklichung des grünen und des digitalen Wandels ***im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal*** spielen,

---

([1]) Der Gegenstand wurde gemäß Artikel 59 Absatz 4 Unterabsatz 4 der Geschäftsordnung zu interinstitutionellen Verhandlungen an den zuständigen Ausschuss zurücküberwiesen (A9-0260/2023).

(*) Dies ist eine korrigierte Fassung der angenommenen Texte, die darauf abzielt, die Übereinstimmung aller Sprachfassungen zu gewährleisten. Es wurde eine Definition hinzugefügt, die in der vorherigen Fassung aus technischen Gründen fehlte, was eine Neunummerierung der Begriffsbestimmungen nach sich zog (Korrektur in Artikel 2).

(**) Textänderungen: Der neue bzw. geänderte Text wird durch Fett- und Kursivdruck gekennzeichnet; Streichungen werden durch das Symbol ▌ gekennzeichnet.

([1]) ABl. C vom, S. .

und angesichts ihrer Verwendung für Anwendungen in den Bereichen Verteidigung und ***Luft- und Raumfahrt*** wird die Nachfrage in den kommenden Jahrzehnten exponentiell zunehmen***; daher müssen Maßnahmen ergriffen werden, mit denen diese Zunahme der Nachfrage eingedämmt und die Union vor der wachsenden Lücke zwischen Angebot und Nachfrage auf globaler Ebene geschützt wird. Auch in Bezug auf weitere Rohstoffe, die in anderen Sektoren wie der Landwirtschaft, dem Gesundheitswesen und dem Baugewerbe verwendet werden, könnte es in Zukunft zu hohen Versorgungsrisiken kommen.*** Gleichzeitig steigt das Risiko von Versorgungsunterbrechungen vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Spannungen und des Ressourcenwettbewerbs. Wenn die Nachfrage nach kritischen Rohstoffen nicht ordnungsgemäß gesteuert wird, könnte sich dies negativ auf die Umwelt und die Gesellschaft auswirken. Angesichts dieser Entwicklungen müssen Maßnahmen ergriffen werden, um den Zugang zu einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen zu gewährleisten, ***indem die Zunahme der Nachfrage eingedämmt, Substitution gefördert und die Effizienz gesteigert wird und so die Kritikalität der erwarteten exponentiellen Zunahme der Nachfrage in der Union verringert wird***, um die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der Union und ihre offene strategische Autonomie zu wahren.

(1a) Zusätzlich zum wachsenden Bedarf an Primär- und Sekundärrohstoffen steigt auch der Bedarf an Fachkräften. Der Fachkräftemangel in der Union hat bereits ein kritisches Niveau erreicht, auch im Rohstoffsektor, in dem bis 2030 allein im Bereich der Elektromobilität und der erneuerbaren Energiequellen 1,2 Millionen zusätzliche Fachkräfte benötigt werden. Die Union sollte daher die Mitgliedstaaten bei der Bereitstellung von Ausbildungsmaßnahmen und der Vermittlung von Kompetenzen unterstützen und konkrete Maßnahmen auf Unionsebene in Erwägung ziehen, etwa die Einrichtung einer Europäischen Rohstoffakademie für die Ausbildung von Talenten für den Rohstoffsektor und den Sektor der fortgeschrittenen Werkstoffe sowie die Umschulung und Weiterbildung vorhandener Arbeitskräfte.

(1b) Die Sicherheitslage in Europa und weltweit erfordert dringend Überlegungen darüber, wie die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten, auch im Verteidigungssektor, gestärkt werden kann.

(2) Angesichts der Komplexität und des länderübergreifenden Charakters der Wertschöpfungskette für kritische Rohstoffe bergen unkoordinierte nationale Maßnahmen zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen ein hohes Potenzial für Wettbewerbsverzerrungen und eine Fragmentierung des Binnenmarkts. Zur Aufrechterhaltung des Funktionierens des Binnenmarkts sollte daher ein gemeinsamer Unionsrahmen geschaffen werden, um dieser zentralen Herausforderung ***fair und gerecht unter uneingeschränkter Achtung der geltenden Vorschriften der Union über den Wettbewerb und über staatliche Beihilfen*** gemeinsam zu begegnen.

(3) Erstens sollte dieser Rahmen, um den Zugang der Union zu einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen wirksam zu gewährleisten, Maßnahmen zur Verringerung der zunehmenden Versorgungsrisiken der Union umfassen, indem die Kapazitäten der Union auf allen Stufen der Wertschöpfungskette für strategische Rohstoffe, einschließlich Gewinnung, Verarbeitung und Recycling, in Richtung der für jeden strategischen Rohstoff festgelegten Richtwerte gestärkt werden. ***Was das Recycling betrifft, so sollte das Ziel darin bestehen, die Recyclingkapazität für jeden strategischen Rohstoff zu verbessern, wobei der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit Rechnung zu tragen ist.*** Zweitens sollte der Rahmen angesichts der Tatsache, dass die Union weiterhin auf Einfuhren angewiesen sein wird, Maßnahmen zur stärkeren Diversifizierung der ▌ Versorgung ***der Union*** mit strategischen Rohstoffen umfassen***, die insbesondere darauf abzielen, direkte und indirekte Abhängigkeiten von unzuverlässigen Partnern zu verringern und zugleich die Verwendung von Alternativen und Ersatzstoffen für diese kritischen Rohstoffe zu fördern, wodurch ein geringerer Umweltfußabdruck erreicht und die Nachfrage nach diesen Rohstoffen verringert oder eingedämmt werden soll***. Drittens sind Maßnahmen erforderlich, mit denen die Fähigkeit der Union zur ***Ermittlung,*** Überwachung und Minderung bestehender und künftiger Versorgungsrisiken ***und zur zügigen entsprechenden Reaktion darauf*** gestärkt wird. Viertens sollte der Rahmen Maßnahmen zur Verbesserung des ***optimierten*** Kreislaufprinzips und der Nachhaltigkeit der in der Union verbrauchten kritischen Rohstoffe enthalten ***und die Erforschung und Entwicklung alternativer innovativer Materialien und Produktionsmethoden als Ersatz für die in der Union verbrauchten Rohstoffe fördern. Schließlich sollten Maßnahmen ergriffen werden, mit denen die steigende Nachfrage nach kritischen Rohstoffen begrenzt wird, indem die Effizienz und der Einsatz von Ersatzstoffen entlang der gesamten Wertschöpfungskette verbessert werden.***

(4) Um sicherzustellen, dass sich die in der Verordnung festgelegten Maßnahmen auf die wichtigsten Rohstoffe konzentrieren, sollten eine Liste strategischer Rohstoffe und eine Liste kritischer Rohstoffe erstellt werden. Diese Listen sollten auch dazu dienen, die Bemühungen der Mitgliedstaaten zu lenken und zu koordinieren, um zur Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung beizutragen. Die Liste der strategischen Rohstoffe sollte Rohstoffe enthalten, die unter Berücksichtigung ihrer Verwendung in strategischen Technologien, die dem grünen und dem digitalen Wandel zugrunde liegen, oder für Anwendungen in den Bereichen Verteidigung oder ***Luft- und Raumfahrt*** von hoher strategischer Bedeutung sind, die durch eine potenziell erhebliche Lücke zwischen dem weltweiten

Angebot und der prognostizierten Nachfrage gekennzeichnet sind und bei denen ein Produktionsanstieg relativ schwierig ist, beispielsweise aufgrund langer Vorlaufzeiten für neue Projekte zur Erhöhung der Versorgungskapazität. Um möglichen technologischen und wirtschaftlichen Veränderungen ***sowie Ad-hoc-Risiken, die z. B. durch geopolitische Konflikte oder Naturkatastrophen entstehen,*** Rechnung zu tragen, sollte die Liste der strategischen Rohstoffe regelmäßig überprüft und erforderlichenfalls aktualisiert werden. Um sicherzustellen, dass die Bemühungen um den Ausbau der Kapazitäten der Union entlang der Wertschöpfungskette, die Stärkung der Fähigkeit der Union zur Überwachung und Minderung von Versorgungsrisiken und eine stärkere Diversifizierung der Versorgung auf die Rohstoffe ausgerichtet sind, für die sie am dringendsten benötigt werden, sollten die einschlägigen Maßnahmen nur für die Liste der strategischen Rohstoffe gelten.

(5) Die Liste der kritischen Rohstoffe sollte alle strategischen Rohstoffe sowie alle anderen Rohstoffe enthalten, die für die gesamte Wirtschaft der Union von großer Bedeutung sind und bei denen ein hohes Risiko einer Versorgungsunterbrechung besteht. Um möglichen technologischen und wirtschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen, sollte die Kommission in Fortführung der derzeitigen Praxis regelmäßig eine Bewertung auf der Grundlage von Daten über Produktion, Handel, Anwendungen, Recycling und Substitution für ein breites Spektrum von Rohstoffen vornehmen, die die Entwicklung der wirtschaftlichen Bedeutung und des mit diesen Rohstoffen verbundenen Versorgungsrisikos widerspiegeln. Die Liste der kritischen Rohstoffe sollte diejenigen Rohstoffe umfassen, die die Schwellenwerte sowohl für die wirtschaftliche Bedeutung als auch für das Versorgungsrisiko erreichen oder überschreiten, ohne dass die betreffenden Rohstoffe nach ihrer Kritikalität eingestuft werden. Diese Bewertung sollte auf dem Durchschnitt der neuesten verfügbaren Daten über einen Zeitraum von fünf Jahren beruhen. Die in dieser Verordnung festgelegten Maßnahmen in Bezug auf eine einzige Anlaufstelle für Genehmigung, Planung, Exploration, Überwachung, Kreislauffähigkeit und Nachhaltigkeit sollten für alle kritischen Rohstoffe gelten. ***Die globale Nachfrage nach kritischen Rohstoffen wird voraussichtlich bald das Angebot übersteigen, sodass es für die Union von entscheidender Bedeutung ist, gleiche Wettbewerbsbedingungen für innovative und nachhaltige Alternativen zu schaffen. Dies erfordert nicht nur Investitionen in die Forschung, sondern auch die Schaffung von Marktbedingungen, die es erneuerbaren Ersatzstoffen ermöglichen, mit traditionellen fossilen Rohstoffen zu konkurrieren. Daher sollte die Union vorausschauende Maßnahmen ergreifen, um den erwarteten Anstieg des Verbrauchs kritischer Rohstoffe gegenüber den Prognosen abzumildern, ohne dabei ihre industrielle Basis zu gefährden. Die Liste der kritischen Rohstoffe und die damit verbundenen Prioritäten sollten in allen einschlägigen Rechtsvorschriften der Union und der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden, wenn diese Materialien direkt oder indirekt betroffen sind.***

(6) Um die Kapazitäten der Union entlang der Wertschöpfungskette für strategische Rohstoffe zu stärken, sollten Benchmarks festgelegt werden, um die Anstrengungen zu lenken und die Fortschritte zu verfolgen. Das Ziel sollte darin bestehen, die Kapazitäten für jeden strategischen Rohstoff auf jeder Stufe der Wertschöpfungskette zu erhöhen und gleichzeitig die allgemeinen Kapazitätsrichtwerte für die Gewinnung, die Verarbeitung und das Recycling strategischer Rohstoffe zu erreichen. Erstens sollte die Union ihre eigenen geologischen Ressourcen strategischer Rohstoffe stärker nutzen und Kapazitäten aufbauen, damit sie die Rohstoffe gewinnen kann, die für die Produktion von mindestens 10 % des Verbrauchs der Union an strategischen Rohstoffen benötigt werden. Da die Gewinnungskapazität in hohem Maße von der Verfügbarkeit geologischer Ressourcen der Union abhängt, hängt die Erreichung dieses Richtwerts von dieser Verfügbarkeit ab. Zweitens sollte die Union ihre Verarbeitungskapazität entlang der Wertschöpfungskette erhöhen und in der Lage sein, mindestens 40 % ihres jährlichen Verbrauchs an strategischen Rohstoffen zu erzeugen, um eine vollständige Wertschöpfungskette aufzubauen und Engpässe auf Zwischenstufen zu vermeiden. ***Darüber hinaus könnte ein Teil der neuen Verarbeitungskapazitäten der Union im Rahmen strategischer Partnerschaften in von der Union geleiteten strategischen Projekten zum beiderseitigen Nutzen in Drittländern, insbesondere in Entwicklungsländern und Schwellenmärkten, aufgebaut werden.*** Drittens wird erwartet, dass in den kommenden Jahrzehnten ein wachsender Anteil des Verbrauchs an strategischen Rohstoffen in der Union durch Sekundärrohstoffe gedeckt werden kann, was sowohl die Sicherheit als auch die Nachhaltigkeit der Rohstoffversorgung der Union verbessern würde. Daher sollte die Recyclingkapazität der Union in der Lage sein, mindestens ***eine Zunahme des Umfangs der Recyclingkapazität von 10 % auf der Grundlage der Ausgangssituation 2020-2022 für jeden strategischen Rohstoff zu erreichen, damit mindestens 45 % jedes im Abfall der Union enthaltenen strategischen Rohstoffs unter Berücksichtigung der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit gesammelt, sortiert und verarbeitet werden***. Diese Richtwerte beziehen sich auf den Zeithorizont 2030 im Einklang mit den Klima- und Energiezielen der Union gemäß der Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates ([2]) und den durch sie unterstützten Digitalzielen im Rahmen der digitalen Dekade ([3]). Darüber hinaus werden hochwertige Arbeitsplätze, einschließlich Kompetenzentwicklung und Arbeitsplatzwechsel, den Risiken auf dem sektoralen Arbeitsmarkt entgegenwirken und dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu sichern. ***Im Rahmen dieser Bewertung ist Flexibilität erforderlich,***

([2]) Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 401/2009 und (EU) 2018/1999 (ABl. L 243 vom 9.7.2021, S. 1).

([3]) Beschluss (EU) 2022/2481 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über das Politikprogramm für die digitale Dekade 2030 (ABl. L 323 vom 19.12.2022, S. 4).

um den einzigartigen Spezifikationen des betreffenden Rohstoffs, einschließlich der Materialeigenschaften und Herausforderungen entlang der Wertschöpfungskette, Rechnung zu tragen. Sie sollte auch auf die Unterstützung bestehender Kapazitäten abzielen.

(7) Bei einigen Rohstoffen ist die Union bei der Versorgung fast vollständig von einem einzigen Land abhängig. Solche Abhängigkeiten ***schaffen*** ein hohes Risiko von Versorgungsunterbrechungen ***und erhöhen im Fall der Volksrepublik China die Anfälligkeit und Sicherheitsrisiken der Union***. Um ein solches potenzielles Risiko zu begrenzen und die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der Union zu erhöhen, sollten Anstrengungen unternommen werden, um sicherzustellen, dass sie bis 2030 nicht mehr als 65 % ihrer Versorgung mit strategischen Rohstoffen, unverarbeiteten Rohstoffen und in jeder Phase der Verarbeitung, von einem einzigen Drittland abhängig macht, wobei jedoch Ländern, mit denen die Union strategische Partnerschaften eingegangen ist, besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte, was zu größeren Versorgungssicherheiten führt.

(8) Es ist notwendig, geeignete Maßnahmen zur Unterstützung strategischer Projekte zur Gewinnung, Verarbeitung oder zum Recycling strategischer Rohstoffe in der Union zu ergreifen, die zusammen mit den Bemühungen der Mitgliedstaaten dazu beitragen sollten, die Kapazitäten zur Erreichung der Richtwerte zu erhöhen. Andere Maßnahmen, insbesondere zur Exploration oder Kreislauffähigkeit, ***sind*** zur Stärkung der verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette und somit zur Erreichung der Richtwerte ***ebenso wichtig***. Um sicherzustellen, dass die Richtwerte rechtzeitig erreicht werden, sollte die Kommission mit Unterstützung des Europäischen Ausschusses für kritische Rohstoffe (im Folgenden „Ausschuss“) die Fortschritte bei der Erreichung der Richtwerte verfolgen und darüber Bericht erstatten. Für den Fall, dass die gemeldeten Fortschritte bei der Erreichung der Richtwerte im Allgemeinen unzureichend sind, sollte die Kommission die Durchführbarkeit und Verhältnismäßigkeit zusätzlicher Maßnahmen bewerten. Mangelnde Fortschritte nur bei einem einzigen strategischen Rohstoff oder wenigen strategischen Rohstoffen sollten grundsätzlich nicht dazu führen, dass zusätzliche Anstrengungen der Union erforderlich sind.

(9) Um Kapazitäten in der Union aufzubauen, sollte die Kommission mit Unterstützung des Ausschusses strategische Projekte in der Union ermitteln, die beabsichtigen, in der Gewinnung, der Verarbeitung oder dem Recycling strategischer Rohstoffe ***oder in der Entwicklung und dem breiten Einsatz von Ersatzstoffen*** tätig zu werden. ***Strategische Projekte sollten Vorzeigeprojekte im Hinblick auf technologische Innovation und Nachhaltigkeit sein.*** Eine wirksame Unterstützung strategischer Projekte hat das Potenzial, den Zugang zu Rohstoffen für nachgelagerte Sektoren zu verbessern, wirtschaftliche Chancen entlang der Wertschöpfungskette, auch für ***kleine und mittlere Unternehmen (***KMU***) und lokale Gemeinschaften***, zu schaffen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beizutragen. Um die Entwicklung strategischer Projekte in der gesamten Union sicherzustellen, sollten solche Projekte daher von gestrafften und vorhersehbaren Genehmigungsverfahren und Unterstützung beim Zugang zu Finanzmitteln profitieren***, was — wenn es sich als erfolgreich erweisen sollte — als Vorbild für Genehmigungsverfahren und den Zugang zu Finanzmitteln für kritische und andere Rohstoffe dienen könnte***. Um die Unterstützung gezielt auszurichten und ihren Mehrwert sicherzustellen, sollten Projekte vor der Gewährung einer solchen Unterstützung anhand einer Reihe von Kriterien bewertet werden. Strategische Projekte in der Union sollten die Versorgungssicherheit der Union für strategische Rohstoffe stärken, eine ausreichende technische Durchführbarkeit aufweisen und auf ökologisch und sozial nachhaltige Weise durchgeführt werden. Sie sollten auch grenzüberschreitende Vorteile bieten, die über den betreffenden Mitgliedstaat hinausgehen. Bewertet die Kommission diese Kriterien als erfüllt, sollte sie die Anerkennung als strategisches Projekt in einem Beschluss veröffentlichen. Da eine rasche Anerkennung von entscheidender Bedeutung ist, um die Versorgungssicherheit der Union wirksam zu unterstützen, sollte das Bewertungsverfahren einfach und nicht übermäßig aufwendig sein. ***Die Minderung des Anstiegs der Nachfrage nach kritischen Rohstoffen ist einer der Ansatzpunkte zur Stärkung der strategischen Autonomie der Union und zur Verringerung ihres globalen Umweltfußabdrucks. Daher sollte die Kommission einen Indikator entwickeln, mit dem die Entwicklung der Kritikalität und der Materialeffizienz von Zwischen- und Endprodukten, die kritische Rohstoffe enthalten, überwacht werden kann.***

(10) Um die Versorgung der Union mit strategischen Rohstoffen zu diversifizieren, sollte die Kommission mit Unterstützung des Ausschusses ***und in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern*** strategische Projekte in Drittländern ***und in den in Anhang II des AEUV genannten überseeischen Ländern und Hoheitsgebieten*** ermitteln, die beabsichtigen, in der Gewinnung, der Verarbeitung oder dem Recycling strategischer Rohstoffe tätig zu werden. ***Derartige Projekte sollten im Einklang mit den internationalen Normen und Konventionen in den Bereichen Umweltschutz und Menschenrechte stehen und den Einsatz von integrativen Geschäftsmodellen fördern, bei denen lokale Gemeinschaften an der Entscheidungsfindung beteiligt werden.*** Um sicherzustellen, dass solche strategischen Projekte wirksam umgesetzt werden, sollten sie von einem verbesserten Zugang zu Finanzmitteln ***und Mechanismen zur Verringerung des Risikos von Investitionen*** profitieren. Um ihren Mehrwert ***und beiderseitige Vorteile für die Union und die betreffenden Drittländer, einschließlich der Drittländer, in denen sie verortet sind,*** zu gewährleisten, sollten die Projekte anhand einer Reihe von Kriterien bewertet werden. Wie Projekte in der Union sollten auch strategische Projekte in Drittländern ***zur Stärkung der*** Versorgungssicherheit der Union für strategische

Rohstoffe ***beitragen***, eine ausreichende technische Durchführbarkeit aufweisen und ***im Rahmen eines von der Kommission anerkannten Programms zur Zertifizierung der Nachhaltigkeit von Rohstoffen*** nachhaltig umgesetzt werden. ***Das*** Projekt ***sollte*** für die Union und das betreffende Drittland von beiderseitigem Nutzen sein ▌. ***Bei Bedarf unterstützt die Union Drittländer bei der Stärkung ihres Rechtsrahmens, der Kapazitäten für eine verantwortungsvolle Regierungsführung und der Transparenz im Rohstoffsektor, wobei das Ziel darin besteht, die Rohstoffpartnerschaft für beide Seiten gewinnbringend zu gestalten, auch für die Bevölkerung vor Ort. Ein Projekt sollte*** einen Mehrwert in diesem Land erbringen ***und es Entwicklungs- und Schwellenländern ermöglichen, in der Wertschöpfungskette aufzusteigen***, wobei auch seine Kohärenz mit ***den in den Verträgen verankerten Grundsätzen,*** der gemeinsamen Handelspolitik der Union ***und ihren strategischen Prioritäten sowie dem Grundsatz der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung gemäß Artikel 208 AEUV*** zu berücksichtigen ist. Ein solcher Wert kann aus dem Beitrag des Projekts zu mehr als einer Stufe der Wertschöpfungskette ***für Rohstoffe*** sowie aus der Schaffung eines umfassenderen wirtschaftlichen und sozialen Nutzens durch das Projekt, einschließlich der Schaffung von Arbeitsplätzen im Einklang mit internationalen Standards ***der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO)***, abgeleitet werden. Bewertet die Kommission diese Kriterien als erfüllt, sollte sie die Anerkennung als strategisches Projekt in einem Beschluss veröffentlichen.

(11) Um die Nachhaltigkeit einer erhöhten Rohstoffproduktion zu gewährleisten, sollten neue Rohstoffprojekte nachhaltig durchgeführt werden. Zu diesem Zweck sollten die im Rahmen dieser Verordnung geförderten strategischen Projekte unter Berücksichtigung internationaler Instrumente bewertet werden, die alle Aspekte der Nachhaltigkeit abdecken, die in den EU-Grundsätzen für nachhaltige Rohstoffe ([4]) hervorgehoben werden, einschließlich der Gewährleistung des Schutzes der Umwelt***, auch der Meeres- und Küstenumwelt***, sozial verantwortlicher Verfahren, einschließlich der Achtung der Menschenrechte wie der Rechte von Frauen ***und Kindern***, ***sowie*** transparenter Geschäftspraktiken. Die Projekte sollten auch ein Engagement nach Treu und Glauben sowie umfassende und sinnvolle Konsultationen mit lokalen Gemeinschaften, auch mit indigenen Völkern, gewährleisten. Um Projektträgern eine klare und effiziente Art und Weise zur Einhaltung dieses Kriteriums zu bieten, sollte die Einhaltung der einschlägigen Rechtsvorschriften der Union, internationaler Normen, Leitlinien und Grundsätze oder die Teilnahme an einem nach dieser Verordnung anerkannten ***Umweltzertifizierungssystem*** als ausreichend angesehen werden. ***Darüber hinaus sollte die Kommission im Rahmen eines engen Dialogs mit den Mitgliedstaaten, Drittländern, der Industrie, den Normungsgremien und anderen einschlägigen Akteuren weitere Gespräche über die Entwicklung europäischer Normen für die Gewinnung, Verarbeitung und das Recycling kritischer Rohstoffe führen. Nachhaltige und umweltverträgliche Bergbauprojekte, bei denen innovative Verfahren zum Einsatz kommen und bei denen die mineralische und metallurgische Verarbeitung in der Nähe der Abbaustätten durchgeführt wird, könnten als wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse betrachtet werden. Derartige Projekte müssen in erheblichem Maße zum Wirtschaftswachstum, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zum grünen und zum digitalen Wandel sowie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und der Wirtschaft in der Union beitragen. Damit sie mit den Werten und Zielen der Union im Einklang stehen, sollte bei solchen Projekten darüber hinaus ein unerschütterliches Engagement für Transparenz, Bildung und die Einbeziehung der Gemeinschaft an den Tag gelegt werden, wobei der Einsatz fossiler Brennstoffe durch die Integration erneuerbarer Energiequellen vermieden werden sollte, Abfälle reduziert und nachhaltige Wassernutzungsmethoden genutzt werden sollten. Strategische Rohstoffe werden in den meisten Fällen als Nebenprodukte eines Trägerminerals gewonnen. Im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung durch die Union hat der Umstand, dass es sich bei strategischen Rohstoffen um Nebenprodukte handelt, keine Auswirkungen auf den strategischen Charakter derartiger Gewinnungsprojekte. Projekte, mit denen auf die Gewinnung von Rohstoffen abgezielt wird, können daher unabhängig davon, ob das strategische Mineral als Hauptprodukt oder als Nebenprodukt gewonnen wird, als strategisch eingestuft werden.***

(12) Jeder Projektträger eines strategischen Rohstoffprojekts sollte bei der Kommission die Anerkennung seines Projekts als strategisches Projekt beantragen können. Der Antrag sollte ***einschlägige*** Unterlagen und Nachweise im Zusammenhang mit den Kriterien enthalten. Um die soziale, ökologische und wirtschaftliche Tragfähigkeit, die Durchführbarkeit des Projekts und das Vertrauensniveau in die Schätzungen besser bewerten zu können, sollte der Projektträger auch eine Klassifizierung des Projekts gemäß der Rahmenklassifikation der Vereinten Nationen für Ressourcen vorlegen, und um eine objektive Validierung zu ermöglichen, sollte er diese Klassifikation mit einschlägigen Nachweisen untermauern. Außerdem sollte einem Antrag ein Zeitplan für das Projekt beigefügt werden, um abschätzen zu können, wann das Projekt zu den Richtwerten für die Inlandskapazität oder die Diversifizierung beitragen könnte. Da die öffentliche Akzeptanz von Bergbauprojekten für ihre wirksame Umsetzung von entscheidender Bedeutung ist, sollte der Projektträger auch einen Plan vorlegen, der Maßnahmen zur Förderung der öffentlichen Akzeptanz enthält. ***Dies gilt auch für Projekte in Drittländern.*** Besondere

([4]) Europäische Kommission, Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, EU-Grundsätze für nachhaltige Rohstoffe, Amt für Veröffentlichungen, 2021, https://data.europa.eu/doi/10.2873/27875

Aufmerksamkeit sollte den Sozialpartnern, der Zivilgesellschaft und anderen Aufsichtsakteuren gelten. Der Projektträger sollte auch einen Wirtschaftsplan vorlegen, der Informationen über die finanzielle Tragfähigkeit des Projekts und einen Überblick über ***die Finanzierung enthält, einschließlich der Eigentümerstruktur, um sicherzustellen, dass die Finanzierung des Projekts nicht dem Ziel zuwiderläuft, die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern zu vertiefen, insbesondere bei Projekten in Drittländern oder solchen, die von Partnern aus Drittländern finanziert werden. Darüber hinaus sollten Informationen über*** bereits abgeschlossene ▌ Abnahmevereinbarungen sowie Schätzungen zur potenziellen Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Bedarf des Projekts an qualifizierten Arbeitskräften, einschließlich Neuqualifizierung und berufliche Weiterbildung, ***sowie geplante Initiativen zur Verbesserung der Beteiligung von Frauen und der allgemeinen Arbeitsbedingungen bereitgestellt werden***.

(13) Um eine wirksame und effiziente Bearbeitung der Anträge zu gewährleisten, sollte die Kommission in der Lage sein, der Bearbeitung von Anträgen für Projekte im Zusammenhang mit bestimmten unterrepräsentierten Stufen der Wertschöpfungskette oder strategischen Rohstoffen Vorrang einzuräumen, damit die Union ausgewogene Fortschritte bei der Erreichung aller in dieser Verordnung enthaltenen Richtwerte für die Kapazität der Union erzielen kann. ***Die Kommission sollte strategischen Projekten, die zur Kreislauffähigkeit von Rohstoffen beitragen oder von KMU eingereicht wurden, Vorrang einräumen können, sofern sichergestellt ist, dass die Projekte gleichmäßig auf die verschiedenen Phasen der Wertschöpfungskette verteilt sind. Die Kommission sollte außerdem proaktiv Partnerländer ausfindig machen, um die strategische Zusammenarbeit zu fördern.***

(14) Da die Zusammenarbeit des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet ein strategisches Projekt durchgeführt wird, erforderlich ist, um dessen wirksame Durchführung zu gewährleisten, sollte dieser Mitgliedstaat das Recht haben, Einwände gegen ein Projekt zu erheben und dadurch zu verhindern, dass ein Projekt gegen seinen Willen den Status eines strategischen Projekts erhält. In diesem Fall sollte der betreffende Mitgliedstaat seine Ablehnung unter Bezugnahme auf die anwendbaren Kriterien begründen. Ebenso sollte die Union Projekten, die von einem Drittland gegen den Willen seiner Regierung durchgeführt werden, den Status eines strategischen Projekts nicht zuerkennen und daher davon absehen, wenn eine Regierung eines Drittlands Einwände erhebt.

(15) Um einem Missbrauch der Anerkennung als strategisches Projekt vorzubeugen, sollte die Kommission in der Lage sein, ihre ursprüngliche Entscheidung, ein Projekt als strategisch einzustufen, aufzuheben, wenn es die Voraussetzungen nicht mehr erfüllt oder die Anerkennung auf einem Antrag beruhte, der unrichtige Informationen enthielt. Bevor sie dies tun kann, sollte die Kommission den Ausschuss konsultieren und den Projektträger anhören. ***Die Projektträger sollten weiterhin in vollem Umfang für vorsätzliche Täuschung haften und entsprechend gerichtlich belangt werden können.***

(16) Angesichts ihrer Bedeutung für die Sicherung der Versorgung mit strategischen Rohstoffen sollten strategische Projekte als im öffentlichen Interesse ***oder im Interesse der öffentlichen Sicherheit*** liegend betrachtet werden. Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit bei strategischen Rohstoffen ist von entscheidender Bedeutung für den Erfolg des grünen und des digitalen Wandels sowie für die Widerstandsfähigkeit des Verteidigungs- und ***des Luft und-*** Weltraumsektors. Um zur Versorgungssicherheit bei strategischen Rohstoffen in der Union beizutragen, können die Mitgliedstaaten Unterstützung in nationalen Genehmigungsverfahren vorsehen, um die Durchführung strategischer Projekte im Einklang mit dem Unionsrecht zu beschleunigen.

(17) Nationale Genehmigungsverfahren gewährleisten, dass Rohstoffprojekte sicher sind und den Umwelt-, Sozial- und Sicherheitsanforderungen entsprechen. Das Umweltrecht der Union beinhaltet gemeinsame Bedingungen für das Verfahren und den Inhalt nationaler Genehmigungsverfahren, wodurch ein hohes Umweltschutzniveau gewährleistet und die nachhaltige Nutzung des Potenzials der Union entlang der Wertschöpfungskette für Rohstoffe ermöglicht wird. Die Zuerkennung des Status eines strategischen Projekts sollte daher unbeschadet der für die betreffenden Projekte geltenden Genehmigungsbedingungen gelten, einschließlich der in der Richtlinie 2011/92/EU des

Europäischen Parlaments und des Rates ([5]), der Richtlinie 92/43/EWG des Rates ([6]), der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([7]), der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ([8]) und der Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([9]), der Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([10]) und der Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([11]) festgelegten Bedingungen.

(18) Gleichzeitig untergraben die Unvorhersehbarkeit, die Komplexität und zuweilen übermäßig lange nationale Genehmigungsverfahren die Investitionssicherheit, die für die wirksame Entwicklung strategischer Rohstoffprojekte erforderlich ist. Um ihre wirksame Durchführung zu gewährleisten und zu beschleunigen, sollten die Mitgliedstaaten daher ein gestrafftes und berechenbares Genehmigungsverfahren für strategische Projekte anwenden. Zu diesem Zweck sollten strategische Projekte auf nationaler Ebene Vorrangstatus erhalten, um eine zügige administrative Bearbeitung sicherzustellen und sie in allen Gerichts- und Streitbeilegungsverfahren, die sie betreffen, mit hoher Dringlichkeit behandeln zu können. Diese Verordnung sollte die zuständigen Behörden nicht daran hindern, die Genehmigungen für andere Projekte in der Wertschöpfungskette für kritische Rohstoffe, bei denen es sich nicht um strategische Projekte handelt, zu straffen.

(19) Angesichts ihrer Rolle bei der Gewährleistung der Versorgungssicherheit der Union bei strategischen Rohstoffen und ihres Beitrags zur offenen strategischen Autonomie der Union und zum grünen und digitalen Wandel sollten strategische Projekte von der zuständigen Genehmigungsbehörde als im öffentlichen Interesse ***und im Interesse der öffentlichen Sicherheit*** liegend betrachtet werden. Strategische Projekte, die nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt haben, soweit sie in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2000/60/EG, der Richtlinie 92/43/EWG des Rates und der Richtlinie 2009/147/EG ([12]) fallen, können genehmigt werden, wenn die zuständige Genehmigungsbehörde auf der Grundlage einer Einzelfallprüfung zu dem Schluss kommt, dass das öffentliche Interesse an dem Projekt diese Auswirkungen überwiegt, sofern alle in diesen Richtlinien festgelegten einschlägigen Bedingungen erfüllt sind. Bei der Einzelfallprüfung sollte ▌ die geologische Besonderheit von Abbaustätten ***gebührend*** berücksichtigt werden, die die Standortentscheidungen ***aufgrund des Fehlens alternativer Lösungen für Abbaustätten*** einschränkt.

(20) Um die Komplexität zu verringern und die Effizienz und Transparenz des Genehmigungsverfahrens zu erhöhen, sollten Projektträger von Projekten für kritische Rohstoffe in der Lage sein, mit einer einzigen nationalen Behörde zu interagieren, die für die Vereinfachung, Koordinierung ***und Straffung*** des gesamten Genehmigungsverfahrens zuständig ist, und im Falle strategischer Projekte innerhalb der geltenden Frist eine umfassende Entscheidung treffen. Zu diesem Zweck sollten die Mitgliedstaaten eine einzige zuständige nationale Behörde benennen. ***Es sollte ein Sachbearbeiter zugewiesen werden, der als einfach zu kontaktierende Anlaufstelle fungiert. Dieser ernannte Sachbearbeiter könnte im Zusammenhang mit den verschiedenen nationalen Strukturen der zentralen Anlaufstelle auch Teil einer anderen Behörde sein.*** Wenn dies angesichts der internen Organisation eines Mitgliedstaats erforderlich ist, sollten die Aufgaben der zuständigen nationalen Behörde unter denselben Bedingungen einer anderen Behörde übertragen werden können. ***Die benannte zuständige Behörde sollte die Möglichkeit haben, die Stellungnahme und Beteiligung anderer zuständiger Ministerien anzufordern, ohne dass dies die zügige Bearbeitung der Verfahren beeinträchtigt.*** Um die wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu gewährleisten, sollten die Mitgliedstaaten ihrer zuständigen nationalen Behörde oder jeder in ihrem Namen handelnden Behörde ausreichend Personal und Ressourcen zur Verfügung stellen.

(21) Um Klarheit über den Genehmigungsstatus strategischer Projekte zu schaffen und die Wirksamkeit von möglichen missbräuchlichen Rechtsstreitigkeiten zu begrenzen, ohne eine wirksame gerichtliche Überprüfung zu untergraben, sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Genehmigungsverfahren für strategische Projekte rechtzeitig beigelegt werden. Zu diesem Zweck sollten die zuständigen nationalen Behörden

([5]) Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. L 26 vom 28.1.2012, S. 1).

([6]) Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7).

([7]) Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1.

([8]) Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) (ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 17).

([9]) Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (ABl. L 143 vom 30.4.2004, S. 56).

([10]) Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. L 20 vom 26.1.2010, S. 7).

([11]) Richtlinie 2006/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie und zur Änderung der Richtlinie 2004/35/EG — Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (ABl. L 102 vom 11.4.2006, S. 15).

([12]) Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. L 20 vom 26.1.2010, S. 7).

sicherstellen, dass Antragsteller und Projektträger Zugang zu einem einfachen Streitbeilegungsverfahren haben und dass strategische Projekte in allen Gerichts- und Streitbeilegungsverfahren im Zusammenhang mit den Projekten dringend behandelt werden. ***Darüber hinaus sollte diese Verordnung den Austausch über bewährte Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten erleichtern, etwa durch Ad-hoc-Arbeitsgruppen unter Leitung von neutralen Schlichtern, um offene Streitfragen zu lösen.***

(22) Die Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates ([13]), mit der das einheitliche digitale Zugangstor eingerichtet wurde, enthält allgemeine Vorschriften für die Online-Bereitstellung von Informationen, Verfahren und Hilfsdiensten, die für das Funktionieren des Binnenmarktes maßgeblich sind, damit Bürger und Unternehmen die Vorteile des Binnenmarkts unmittelbar nutzen können, ohne durch unnötigen zusätzlichen Verwaltungsaufwand belastet zu werden. Die Informationsanforderungen und -verfahren, die unter die vorliegende Verordnung fallen, sollten den Anforderungen der Verordnung (EU) 2018/1724 entsprechen. Insbesondere sollte sichergestellt werden, dass die Projektträger eines strategischen Projekts im Einklang mit Artikel 6 Absatz 1 und Anhang II der Verordnung (EU) 2018/1724 vollständig online auf alle Verfahren im Zusammenhang mit dem Genehmigungsverfahren zugreifen und diese abwickeln können.

(23) Um Projektträgern und anderen Investoren die Sicherheit und Klarheit zu bieten, die erforderlich sind, um die Entwicklung strategischer Projekte voranzutreiben, sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass das Genehmigungsverfahren im Zusammenhang mit solchen Projekten die im Voraus festgelegte Frist nicht überschreitet. Bei strategischen Projekten, die nur die Verarbeitung oder das Recycling umfassen, sollte die Dauer des Genehmigungsverfahrens ein Jahr nicht überschreiten. Bei strategischen Projekten, die die Gewinnung umfassen, sollte die Dauer des Genehmigungsverfahrens jedoch unter Berücksichtigung der Komplexität und des Umfangs der potenziellen Auswirkungen zwei Jahre nicht überschreiten. Um diese Fristen wirksam einzuhalten, sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die zuständigen Behörden über ausreichende Ressourcen und Personal verfügen. Über das Instrument für technische Unterstützung unterstützt die Kommission die Mitgliedstaaten auf deren Ersuchen bei der Konzeption, Entwicklung und Durchführung von Reformen, einschließlich des Ausbaus der Verwaltungskapazitäten im Zusammenhang mit nationalen Genehmigungen.

(24) Die nach Unionsrecht erforderlichen Umweltprüfungen und -genehmigungen, auch in Bezug auf Gewässer, Lebensräume und Vögel, sind integraler Bestandteil des Genehmigungsverfahrens für ein Rohstoffprojekt und eine wesentliche Garantie, um sicherzustellen, dass negative Umweltauswirkungen vermieden oder minimiert werden. Um jedoch sicherzustellen, dass die Genehmigungsverfahren für strategische Projekte vorhersehbar und fristgerecht sind ***und die vorab festgelegte Frist für eine bestimmte Phase des Genehmigungsverfahren nicht überschreiten***, ***sollten die*** erforderlichen Bewertungen und Genehmigungen ***gestrafft*** werden, ohne das Umweltschutzniveau zu senken. In diesem Zusammenhang sollte sichergestellt werden, dass die erforderlichen Bewertungen gebündelt werden, um unnötige Überschneidungen zu vermeiden, und es sollte sichergestellt werden, dass die Projektträger und die zuständigen Behörden den Umfang der gebündelten Bewertung ausdrücklich vereinbaren, bevor sie durchgeführt wird, um unnötige Folgemaßnahmen zu vermeiden***, ohne dass die Qualität dieser Bewertungen beeinträchtigt wird***.

(25) Landnutzungskonflikte können Hindernisse für die Entwicklung von Projekten für kritische Rohstoffe schaffen***, insbesondere in Entwicklungsländern, in denen Zwangsräumungen ein gewöhnliches Merkmal von Bergbautätigkeiten sind***. Gut konzipierte Pläne, ***die auf einer engen und begründeten Zusammenarbeit der einschlägigen zuständigen Behörden auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene beruhen,*** einschließlich Raumordnungs- und Flächenwidmungsplänen, die dem Potenzial für die Durchführung von Projekten für kritische Rohstoffe Rechnung tragen und deren potenzielle Umweltauswirkungen bewertet werden, können dazu beitragen, ein Gleichgewicht zwischen öffentlichen Gütern und Interessen herzustellen, das Konfliktrisiko zu verringern und die nachhaltige Entwicklung von Rohstoffprojekten in der Union ***und in Drittländern*** zu beschleunigen. Die zuständigen nationalen, regionalen und lokalen Behörden sollten daher bei der Ausarbeitung einschlägiger Pläne die Aufnahme von Bestimmungen für Rohstoffprojekte in Erwägung ziehen.

(26) Innerhalb der Union begegnen Projekte im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen häufig Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzmitteln. Die Märkte für kritische Rohstoffe sind häufig durch hohe Preisschwankungen, lange Vorlaufzeiten, hohe Konzentration und Undurchsichtigkeit gekennzeichnet. Darüber hinaus erfordert die Finanzierung des Sektors ein hohes Maß an Fachwissen ***und Finanzierungsinstrumenten zur Verringerung des Risikos von Investitionen, etwa Rohstofffonds, Steuererleichterungen, Finanzgarantien, Zuschüsse oder andere finanzielle Maßnahmen zur Risikominderung, was*** bei den Finanzinstituten häufig nicht vorhanden ist. Um diese Faktoren zu überwinden und zu einer stabilen und zuverlässigen Versorgung mit strategischen Rohstoffen beizutragen, sollten die Mitgliedstaaten und die Kommission ***Hindernisse im Zusammenhang mit Maßnahmen angehen und*** beim Zugang zu Finanzmitteln und administrativer Unterstützung behilflich sein. ***Die Mitgliedstaaten***

([13]) Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 über die Einrichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors zu Informationen, Verfahren, Hilfs- und Problemlösungsdiensten und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 1).

sollten bei der Entscheidung über finanzielle Unterstützung umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen, die von den einschlägigen Projektträgern eingegangen wurden, berücksichtigen. Damit sie wettbewerbsfähig, innovativ und resilient sein und ihre Produktions-, Verarbeitungs- und Recyclings- sowie Substitutionskapazitäten aufstocken kann, braucht der Sektor der kritischen Rohstoffe Zugang zu öffentlichen und privaten Finanzmitteln. In Anbetracht des dringenden Handlungsbedarfs und um die in dieser Verordnung festgelegten Richtwerte zu erreichen, ist es ebenso wichtig, dafür zu sorgen, dass weitere horizontale Strategien, etwa Initiativen zur nachhaltigen Finanzierung, mit den Anstrengungen der Union in Einklang stehen, der Industrie der kritischen Rohstoffe in der Union einen ausreichenden Zugang zu Finanzmitteln und Investitionen zu ermöglichen.

(27) Eine starke Wertschöpfungskette in Europa kann nur mit angemessenen finanziellen Mitteln aufgebaut werden. Die Kommission wird mit den Durchführungspartnern im Rahmen von InvestEU zusammenarbeiten, um Möglichkeiten auszuloten, die Investitionsförderung im Einklang mit den in der Verordnung (EU) 2021/523 ([14]) und in dieser Verordnung festgelegten gemeinsamen Zielen auszuweiten. Die InvestEU-Beratungsplattform kann zum Aufbau einer Pipeline tragfähiger Projekte beitragen.

(27a) Mit dieser Verordnung sollten die Synergieeffekte mit den Maßnahmen verstärkt werden, die derzeit von der Union und den Mitgliedstaaten durch Programme und Maßnahmen im Bereich Forschung und Innovation (FuI) im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen und bei der Entwicklung eines Teils der Lieferkette unterstützt werden, insbesondere mit „Horizont Europa", dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, das mit der Verordnung (EU) 2021/695 des Europäischen Parlaments und des Rates ([15]) (Horizont Europa) und dem Beschluss (EU) 2021/764 des Rates ([16]) eingerichtet wurde.

(28) Um die Grenzen der derzeit oft fragmentierten öffentlichen und privaten Investitionsanstrengungen zu überwinden, die Integration zu erleichtern und die Kapitalrendite zu erhöhen, sollten die Kommission, die Mitgliedstaaten und die Förderbanken die bestehenden Finanzierungsprogramme auf Unionsebene und auf nationaler Ebene besser koordinieren und Synergien schaffen sowie für eine bessere Koordinierung und Zusammenarbeit mit der Industrie und wichtigen Akteuren des Privatsektors sorgen. Zu diesem Zweck sollte eine spezielle Untergruppe des Ausschusses eingerichtet werden, der Sachverständige aus den Mitgliedstaaten und der Kommission sowie einschlägige öffentliche Finanzinstitute angehören. Diese Untergruppe sollte den individuellen Finanzierungsbedarf strategischer Projekte und deren bestehende Finanzierungsmöglichkeiten erörtern, um den Projektträgern einen Vorschlag dazu zu unterbreiten, wie sie am besten auf bestehende Finanzierungsmöglichkeiten zugreifen können. Bei der Erörterung und Abgabe von Empfehlungen für die Finanzierung strategischer Projekte in Drittländern***, einschließlich Schwellen- und Entwicklungsländern, sollten die Kommission und*** der Ausschuss ***in Zusammenarbeit mit den potenziellen Partnerländern den strategischen Projekten im Rahmen der*** Strategie „Global Gateway" ([17]) ***Vorrang einräumen und sich mit nationalen und internationalen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen abstimmen***.

(28a) Es bedarf kontinuierlicher Anstrengungen auf der Ebene der Union und der Mitgliedstaaten, um FuI im Hinblick auf kritische Rohstoffe zu fördern und zu unterstützen, da die Grundlagenforschung der Schlüssel zur Entdekkung neuer Materialien und Ersatzstoffe sein wird.

(28b) Es bedarf spezifischer Finanzierungs- und Unterstützungsinstrumente sowie gezielter Forschungs- und Innovationsfonds zur Verbesserung von Effizienz, Substitution, Recyclingprozessen und geschlossenen Materialkreisläufen auf der Ebene der Union und der Mitgliedstaaten über FuI-Programme und andere Instrumente, um Innovationen voranzutreiben, insbesondere in den Bereichen Abfallverarbeitung, fortschrittliche Materialien und Substitution, sowie für die Entwicklung neuer und innovativer Technologien im Bereich des nachhaltigen Abbaus kritischer Rohstoffe in der Union.

([14]) Verordnung (EU) 2021/523 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. März 2021 zur Einrichtung des Programms „InvestEU" und zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/1017 (ABl. L 107 vom 26.3.2021, S. 30).

([15]) Verordnung (EU) 2021/695 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. April 2021 zur Einrichtung von „Horizont Europa", dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, sowie über dessen Regeln für die Beteiligung und die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1290/2013 und (EU) Nr. 1291/2013 (ABl. L 170 vom 12.5.2021, S. 1).

([16]) Beschluss (EU) 2021/764 des Rates vom 10. Mai 2021 zur Einrichtung des spezifischen Programms zur Durchführung von „Horizont Europa", dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, und zur Aufhebung des Beschlusses 2013/743/EU (ABl. L 167 I vom 12.5.2021, S. 1).

([17]) Gemeinsame Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank — Global Gateway (JOIN(2021) 30 final).

(29) Private Investitionen von Unternehmen, Finanzinvestoren und Abnehmern sind von entscheidender Bedeutung. Reichen private Investitionen allein nicht aus, kann die wirksame Umsetzung von Projekten entlang der Wertschöpfungskette für kritische Rohstoffe eine öffentliche Unterstützung erfordern, z. B. in Form von Garantien, Darlehen oder Eigenkapital- und Quasi-Eigenkapitalinvestitionen. Diese öffentliche Unterstützung kann eine staatliche Beihilfe darstellen. Die Beihilfe muss einen Anreizeffekt haben sowie erforderlich, geeignet und angemessen sein. Die bestehenden Leitlinien für staatliche Beihilfen, die kürzlich im Einklang mit den Zielen des grünen und des digitalen Wandels einer eingehenden Überarbeitung unterzogen wurden, bieten unter bestimmten Voraussetzungen zahlreiche Möglichkeiten zur Förderung von Investitionen entlang der Wertschöpfungskette für kritische Rohstoffe ***und im Rahmen anderer Ziele des europäischen Grünen Deals. Die Kommission sollte ferner die Möglichkeit prüfen, einen speziellen Fonds auf Unionsebene einzurichten, beispielsweise in Form eines Europäischen Fonds für strategische Rohstoffe, wobei auch revolvierende Instrumente in Betracht gezogen werden sollten, oder die finanzielle Unterstützung im Zuge einer Neugewichtung der Mittel im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens für bestimmte Zwecke zu binden. In diesem Zusammenhang sollten bereits vorhandene Kenntnisse, Investitionsplattformen und -pipelines für Projekte im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen genutzt werden.***

(30) Die öffentliche Unterstützung wird genutzt, um bestimmte ermittelte Marktversagen oder suboptimale Investitionsbedingungen auf verhältnismäßige Weise auszugleichen, wobei die Maßnahmen private Finanzierung weder duplizieren oder verdrängen ***noch die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen aus verschiedenen Mitgliedstaaten behindern*** noch den Wettbewerb im Binnenmarkt verfälschen sollten. Die Maßnahmen sollten ***gezielt und effizient sein und*** einen klaren Mehrwert für die Union aufweisen.

(31) Die schwankenden Preise für mehrere strategische Rohstoffe, die durch begrenzte Mittel zu ihrer Absicherung auf Terminmärkten noch verschärft werden, stellen ein Hindernis sowohl für Projektträger bei der Sicherung der Finanzierung für Projekte im Zusammenhang mit strategischen Rohstoffen als auch für nachgelagerte Verbraucher dar, die stabile und vorhersehbare Preise für wichtige Inputs sichern wollen. Um die Unsicherheit über die künftigen Preise für strategische Rohstoffe zu verringern, ist es notwendig, ein System einzurichten, das es sowohl den interessierten Abnehmern als auch den Trägern strategischer Projekte ermöglicht, ihre Kauf- oder Verkaufsangebote anzugeben und mit ihnen in Kontakt zu treten, wenn die jeweiligen Angebote möglicherweise miteinander vereinbar sind. ***Ein solches System ist von entscheidender Bedeutung, um die Beteiligung von KMU an den Wertschöpfungsketten für strategische Rohstoffe zu fördern. Es sollte Unterstützung bereitgestellt werden, durch die es Unternehmenskonsortien ermöglicht wird, Zugang zu Märkten zu erlangen, die noch nicht durch eine strategische Partnerschaft oder ein Freihandelsabkommen abgedeckt sind.***

(31a) Die Europäische Investitionsbank sollte in Abstimmung mit dem Ausschuss, der Kommission und den Mitgliedstaaten die Einrichtung einer Exportkreditfazilität der EU prüfen, die es Unternehmen aus der Union ermöglicht, in Projekte zu investieren, durch die zur Verwirklichung der in dieser Verordnung festgelegten Ziele beigetragen wird.

(32) Das vorhandene Wissen und die Kartierung des Rohstoffvorkommens in der Union wurden zu einem Zeitpunkt entwickelt, zu dem die Versorgung mit kritischen Rohstoffen für die Entwicklung strategischer Technologien keine Priorität darstellte. Um Informationen über Vorkommen kritischer Rohstoffe zu gewinnen und zu aktualisieren, ***einschließlich des Potenzials der geothermischen Gewinnung,*** sollten die Mitgliedstaaten nationale Programme für die allgemeine Exploration kritischer Rohstoffe ***und von Trägermetallen, die kritische Rohstoffe enthalten können,*** aufstellen, die Maßnahmen wie die Kartierung von Mineralien, geochemische Kampagnen, geowissenschaftliche Erhebungen sowie die Aufbereitung bestehender geowissenschaftlicher Datensätze umfassen sollten. Die Ermittlung von Mineralvorkommen und die Bewertung der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit ihrer Gewinnung sind mit ***einem*** hohen finanziellen ***Risiko*** verbunden. Um dieses Risiko zu verringern und die Entwicklung von Gewinnungsprojekten zu erleichtern, sollten die Mitgliedstaaten die im Rahmen ihres jeweiligen nationalen Explorationsprogramms gewonnenen Informationen, gegebenenfalls unter Verwendung des durch die Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([18]) geschaffenen Rahmens der Geodateninfrastruktur, öffentlich zugänglich machen.

(32a) Um die Ziele in Bezug auf Gewinnung, Verarbeitung und Recycling zu erreichen, sollten die Mitgliedstaaten Maßnahmen fördern, mit denen der Mangel an Studierenden und Absolventen der Geowissenschaften in der Union begegnet wird.

([18]) Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE) (ABl. L 108 vom 25.4.2007, S. 1).

(33) Aus der Erdbeobachtung ***und GNSS-Systemen*** abgeleitete Weltraumdaten und -dienste***, insbesondere solche, die aus dem EU-Weltraumprogramm, Copernicus, Galileo und EGNOS stammen, sollten im größtmöglichen Umfang genutzt werden, um*** die Bemühungen um nachhaltige Wertschöpfungsketten für kritische Rohstoffe ***zu*** unterstützen, indem sie einen kontinuierlichen Informationsfluss ermöglichen, der für Tätigkeiten wie die Überwachung und Verwaltung von Bergbaugebieten, die Bewertung der ökologischen und sozioökonomischen Auswirkungen oder die Exploration mineralischer Ressourcen von Nutzen sein könnte. Da ***Weltraumdaten und -dienste*** auch Daten über entlegene und schwer zugängliche Gebiete liefern ***können***, sollten sie von den Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung und Durchführung ihrer nationalen Explorationsprogramme so weit wie möglich berücksichtigt werden.

(34) Obwohl die Stärkung der Wertschöpfungskette für kritische Rohstoffe in der Union erforderlich ist, um die Versorgungssicherheit zu erhöhen, werden die Lieferketten für kritische Rohstoffe global bleiben und externen Faktoren ausgesetzt sein. Jüngste oder noch andauernde Ereignisse, die von der COVID-19-Krise bis hin zur unprovozierten und ungerechtfertigten militärischen Aggression gegen die Ukraine reichen, ***sowie die Auswirkungen der chinesischen Initiative der neuen Seidenstraße auf Drittländer*** haben die Anfälligkeit einiger Lieferketten der Union für Unterbrechungen ***sowie die dringende Notwendigkeit, Ansatzpunkte zur Verringerung der Nachfrage, insbesondere nach strategischen Rohstoffen, zu ermitteln,*** deutlich gemacht. Um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten und die europäische Industrie Versorgungsunterbrechungen antizipieren und darauf vorbereitet sind, ihren Folgen standzuhalten, sollten Maßnahmen entwickelt werden, um die Überwachungskapazitäten zu erhöhen, ***auch indem Informationen ausgetauscht werden, um, sofern erforderlich,*** strategische Vorräte zu koordinieren, und die Bereitschaft der Unternehmen zu verbessern.

(35) Die Mitgliedstaaten verfügen nicht über die gleichen Kapazitäten in Bezug auf Risikobewusstsein und -vorsorge, und nicht alle Mitgliedstaaten haben spezielle Strukturen entwickelt, die die Lieferketten kritischer Rohstoffe überwachen und Unternehmen über potenzielle Risiken von Versorgungsunterbrechungen informieren können. Auch wenn einige Unternehmen in die Überwachung ihrer Lieferketten investiert haben, fehlen anderen die Kapazitäten dafür. Angesichts der globalen Dimension der Lieferketten kritischer Rohstoffe und ihrer Komplexität sollte die Kommission daher ein spezielles Monitoring-Dashboard entwickeln, das die Risiken der Versorgung mit kritischen Rohstoffen bewertet, und sicherstellen, dass die erhobenen Informationen für Behörden und private Akteure verfügbar sind, um so die Synergien zwischen den Mitgliedstaaten zu erhöhen. Um sicherzustellen, dass die Wertschöpfungsketten der Union ausreichend auf mögliche Versorgungsunterbrechungen vorbereitet sind, sollte die Kommission Stresstests durchführen, um die Anfälligkeit der Lieferketten strategischer Rohstoffe und ihre Gefährdung durch Versorgungsrisiken zu bewerten. Die Mitgliedstaaten sollten dazu beitragen, indem sie nach Möglichkeit solche Stresstests über ihre nationalen Versorgungs- und Informationsagenturen für kritische Rohstoffe durchführen. Der Ausschuss sollte die Koordinierung der Durchführung der Stresstests durch die Kommission und die Mitgliedstaaten sicherstellen. Wenn kein Mitgliedstaat in der Lage ist, einen vorgeschriebenen Stresstest für einen bestimmten strategischen Rohstoff durchzuführen, sollte die Kommission diesen selbst durchführen. ▌ Die Kommission sollte auch mögliche Strategien vorschlagen, die von den Behörden und privaten Akteuren zur ***kurz- und mittelfristigen*** Minderung von Versorgungsrisiken ergriffen werden können, z. B. ***die Einführung zusätzlicher Maßnahmen zur Verringerung des Bedarfs an strategischen Rohstoffen,*** die strategische Bevorratung oder die weitere Diversifizierung ihrer Versorgung. Um die für die Durchführung der Überwachungs- und Stresstests erforderlichen Informationen zu sammeln, sollte sich die Kommission mit der einschlägigen ständigen Untergruppe des Ausschusses abstimmen, und die Mitgliedstaaten sollten ***große Unternehmen*** ermitteln und überwachen, die für das Funktionieren der Wertschöpfungskette wichtig sind. Wenn kein Mitglied der ständigen Untergruppe in der Lage ist, einen vorgeschriebenen Stresstest für einen bestimmten strategischen Rohstoff durchzuführen, sollte die Kommission diesen selbst durchführen.

(36) Strategische Vorräte sind ein wichtiges Instrument zur Abfederung von Versorgungsunterbrechungen, insbesondere bei Rohstoffen. Obwohl das vorgeschlagene Notfallinstrument für den Binnenmarkt die mögliche Entwicklung strategischer Vorräte im Falle der Aktivierung des Überwachungsmodus für den Binnenmarkt ermöglicht, sind die Mitgliedstaaten und Unternehmen nicht verpflichtet, ihre strategischen Vorräte vor einer Versorgungsunterbrechung aufzubauen oder zu koordinieren. Darüber hinaus gibt es in der gesamten Europäischen Union keinen Koordinierungsmechanismus, der die Entwicklung einer gemeinsamen Bewertung und einer Analyse potenzieller Überschneidungen und Synergien ermöglicht. Daher sollten die Mitgliedstaaten der Kommission in einem ersten Schritt und unter Berücksichtigung des derzeitigen Mangels an einschlägigen Informationen Daten über ihre strategischen Vorräte übermitteln, unabhängig davon, ob sie von Behörden oder von Wirtschaftsteilnehmern im Namen der Mitgliedstaaten bewirtschaftet werden. Diese Daten sollten den Umfang der je strategischen Rohstoff verfügbaren Vorräte, die voraussichtlichen Vorräte und die für diese Vorräte geltenden Vorschriften und Verfahren umfassen. Jede Anfrage sollte verhältnismäßig sein, den Kosten und dem Aufwand, die für die Bereitstellung der Daten erforderlich sind, sowie ihren Auswirkungen auf die nationale Sicherheit Rechnung tragen und angemessene

Fristen für die Bereitstellung der angeforderten Informationen festlegen. Informationen über die Vorräte der Wirtschaftsbeteiligten können in die Analyse aufgenommen werden, wenngleich es sich dabei nicht um ein Auskunftsersuchen handelt. Die Kommission sollte die Daten sicher verarbeiten und nur aggregierte Informationen veröffentlichen. In einem zweiten Schritt sollte ***der Ausschuss*** auf der Grundlage der eingeholten Informationen ***ein*** sicheres Niveau der Unionsvorräte ***angeben***, wobei der jährliche Gesamtverbrauch der Union an den betreffenden strategischen Rohstoffen zu berücksichtigen ist. Auf der Grundlage eines Vergleichs zwischen bestehenden Vorräten und dem Gesamtniveau strategischer Vorräte für strategische Rohstoffe in der gesamten Union sollte der Ausschuss dann in der Lage sein, im Einvernehmen mit der Kommission unverbindliche Stellungnahmen zu der Frage abzugeben, wie die Konvergenz verbessert werden kann, und sie zum Aufbau ihrer strategischen Vorräte zu ermutigen***, wobei Marktverzerrungen, auch zum Nachteil für Schwellenmärkte und Entwicklungsländer, verhindert werden müssen***. Dabei sollte der Ausschuss prüfen, ob Anreize für die Entwicklung strategischer Vorräte durch private Betreiber, die strategische Rohstoffe verwenden, aufrechterhalten werden müssen.

(37) Um eine weitere Koordinierung zu gewährleisten, sollte die Kommission im Vorfeld der Teilnahme der Mitgliedstaaten an internationalen Foren, in denen solche strategischen Vorräte erörtert werden können, für die notwendigen Konsultationen sorgen, insbesondere über die spezielle ständige Untergruppe des Ausschusses. Um die Komplementarität zwischen dem vorliegenden Vorschlag und anderen horizontalen oder themenspezifischen Instrumenten zu erhöhen, sollte die Kommission sicherstellen, dass die gesammelten und aggregierten Informationen an Überwachungs- oder Krisenmanagementmechanismen weitergegeben werden, wie die vorgeschlagene Beratungsgruppe des Notfallinstruments für den Binnenmarkt, das europäische Halbleitergremium des Chip-Gesetzes, das HERA-Board oder der Gesundheitskrisenstab.

(38) Um sicherzustellen, dass sie ausreichend auf Versorgungsunterbrechungen vorbereitet sind, sollten große Unternehmen, die strategische Technologien in der Union herstellen und strategische Rohstoffe verwenden, ***für ein angemessenes internes Risikomanagement sorgen***. Dadurch wird sichergestellt, dass sie den Versorgungsrisiken bei strategischen Rohstoffen Rechnung tragen und geeignete Abhilfestrategien entwickeln, um im Falle einer Versorgungsunterbrechung besser vorbereitet zu sein. Ebenso sollten die großen Unternehmen, die in diesen Anwendungsbereich fallen, regelmäßige Stresstests ihrer Lieferketten strategischer Rohstoffe durchführen, um sicherzustellen, dass sie alle verschiedenen Szenarien berücksichtigen, die sich im Falle einer Unterbrechung auf ihre Versorgung auswirken könnten. Diese Maßnahmen werden dazu führen, dass zusätzliche Überlegungen zu den Kosten potenzieller Versorgungsrisiken angestellt werden.

(39) Viele Märkte für strategische Rohstoffe sind nicht vollständig transparent und konzentrieren sich auf die Angebotsseite, was die Verhandlungsmacht der Verkäufer stärkt und die Preise für die Käufer erhöht***, was eine Herausforderung für den Markt darstellt***. Um ***die Verfügbarkeit von Rohstoffen*** für in der Union niedergelassene Unternehmen ***sicherzustellen***, sollte die Kommission ein System einrichten, mit dem die Nachfrage interessierter Käufer aggregiert werden kann. Bei der Entwicklung eines solchen Systems sollte die Kommission die Erfahrungen berücksichtigen, die bei ähnlichen Bemühungen, insbesondere bei der gemeinsamen Beschaffung von Gas***, die bereits als Reaktion auf die Gaskrise*** gemäß der Verordnung (EU) 2022/2576 des Rates ([19]) ***eingeführt wurde,*** gesammelt wurden. Die Behörden der Mitgliedstaaten sollten sich ebenfalls an diesem System beteiligen können, um ihre strategischen Vorräte aufzubauen. Alle Maßnahmen***, die als Teil dieses Systems,*** im Rahmen dieses Mechanismus ***angenommen werden,*** sollten mit dem Wettbewerbsrecht der Union ***und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften*** vereinbar sein.

(39a) Eine widerstandsfähige und wettbewerbsfähige Rohstoffwirtschaft ist für die Union von großer wirtschaftlicher und strategischer Bedeutung. Da die Ziele dieser Verordnung darin bestehen, die Kapazitäten der Union bei der Gewinnung, der Verarbeitung und dem Recycling strategischer Rohstoffe zu stärken, ist es wichtig, für ein faires und berechenbares Marktumfeld für die Unternehmen in der gesamten Rohstoffwertschöpfungskette zu sorgen. Bei jedem System, mit dem die Nachfrage gebündelt werden soll, um die Marktposition von Unternehmen in der Union auf der Nachfrageseite zu stärken, müssen daher auch die Marktauswirkungen auf die Unternehmen in der Union auf der Angebotsseite sorgfältig berücksichtigt werden.

([19]) Verordnung (EU) 2022/2576 des Rates vom 19. Dezember 2022 über mehr Solidarität durch eine bessere Koordinierung der Gasbeschaffung, zuverlässige Preis-Referenzwerte und den grenzüberschreitenden Austausch von Gas (ABl. L 335 vom 29.12.2022, S. 1).

(40) Die in dieser Verordnung enthaltenen Bestimmungen über die Überwachung und die strategischen Vorräte führen nicht zu einer Harmonisierung der einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften und ersetzen nicht die bestehenden Mechanismen. Die Anreize zur Überwachung und Risikovorsorge sollten mit den europäischen Instrumenten in Einklang stehen. Daher könnten Instrumente wie der Vorschlag für ein Notfallinstrument für den Binnenmarkt, das darauf abzielt, Krisen, die das Funktionieren des Binnenmarkts beeinträchtigen, zu antizipieren, abzumildern und auf sie zu reagieren, oder die Verordnung (EU) 2022/2372 des Rates ([20]) über einen Rahmen für Maßnahmen zur Gewährleistung der Bereitstellung von krisenrelevanten medizinischen Gegenmaßnahmen im Falle einer gesundheitlichen Notlage auf Unionsebene weiterhin für kritische und strategische Rohstoffe im Falle einer Krise oder einer Bedrohung gelten, soweit diese Rohstoffe in den Anwendungsbereich solcher Instrumente fallen. Die Komplementarität und Kohärenz zwischen dieser Verordnung und den Kriseninstrumenten sollten ***seitens der Kommission*** durch den ***aufmerksamen*** Informationsaustausch ***zwischen den entsprechenden Beratungs- und Leitungsgremien, die im Zuge dieser Kriseninstrumente eingerichtet wurden,*** sichergestellt werden.

(41) Bei den wichtigsten kritischen Rohstoffen handelt es sich um Metalle, die grundsätzlich unendlich oft rezykliert werden können, wenn auch mit manchmal nachlassender Qualität. Dadurch bietet sich die Chance im Rahmen des grünen Wandels zu einer echten Kreislaufwirtschaft überzugehen. Nach einer anfänglichen Phase des raschen Anstiegs der Nachfrage nach kritischen Rohstoffen für neue Technologien, in der die erste Gewinnung und Verarbeitung noch die vorherrschende Quelle darstellen wird, dürfte das Recycling ***und die Wiederverwendung*** zunehmend an Bedeutung gewinnen und den Bedarf an erster Gewinnung und die damit verbundenen Auswirkungen verringern. Heute sind die ***Recycling- und Wiederverwendungsquoten*** der meisten kritischen Rohstoffe jedoch niedrig***, unter anderem, da die Recyclingfähigkeit bei der Konzeption von Produkten nicht ausreichend berücksichtigt wird***, und Recyclingsysteme und -technologien sind häufig nicht an die Besonderheiten dieser Rohstoffe angepasst. Daher müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die verschiedenen Faktoren, die das Kreislaufpotenzial behindern, anzugehen. ***Unabhängig von der Menge der bis 2030 verbrauchten strategischen Rohstoffe sollte die Union auf die Kreislauffähigkeit dieser Rohstoffe hinwirken.***

(41a) Europa muss seine offene strategische Souveränität stärken und seine Widerstandsfähigkeit erhöhen, um für mögliche Versorgungsunterbrechungen aufgrund von Gesundheitskrisen oder anderen Krisen gewappnet zu sein. Die Verbesserung der Kreislaufwirtschaft und der Ressourceneffizienz mit verstärktem Recycling und verstärkter Rückgewinnung kritischer Rohstoffe wird dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen.

(42) Die Mitgliedstaaten behalten wichtige Zuständigkeiten im Bereich der Kreislaufwirtschaft, z. B. im Bereich der Abfallsammlung und -behandlung. Diese sollten genutzt werden, um die Sammel- und Recyclingquoten für Abfallströme mit hohem Potenzial für die Verwertung kritischer Rohstoffe zu erhöhen, indem beispielsweise finanzielle Anreize wie Rabatte, monetäre Vergütungen oder Pfandsysteme genutzt werden***, wobei die Integrität des Binnenmarkts zu wahren ist***. Die Behörden der Mitgliedstaaten sollten auch als Käufer kritischer Rohstoffe und von Produkten, die diese enthalten, etwas bewirken, und nationale Forschungs- und Innovationsprogramme stellen erhebliche Ressourcen zur Verfügung, um den Wissens- und Technologiestand im Hinblick auf die Kreislauffähigkeit kritischer Rohstoffe sowie die Materialeffizienz ***und Substitutionsstrategien*** zu verbessern. Schließlich sollten die Mitgliedstaaten die Verwertung kritischer Rohstoffe aus mineralischen Abfällen fördern, indem sie die Verfügbarkeit von Informationen verbessern und rechtliche, wirtschaftliche und technische Hindernisse beseitigen. Eine mögliche Lösung, die die Mitgliedstaaten prüfen sollten, sind Mechanismen zur Risikoteilung zwischen den Betreibern und den Mitgliedstaaten, um die Verwertung aus geschlossenen Abfallentsorgungseinrichtungen zu fördern. ***Die Kommission sollte die Maßnahmen der Mitgliedstaaten überwachen, Richtwerte bestimmen, bewährte Verfahren verbreiten und gegebenenfalls den Mitgliedstaaten Empfehlungen für weitere Maßnahmen aussprechen.***

(42a) Elektronikabfälle enthalten Konzentrationen an kritischen Rohstoffen, die um Größenordnungen höher sind als die der weltweit reichhaltigsten Erze. Das stellt eine bedeutende wirtschaftliche Chance für die Rückgewinnung nützlicher Stoffe aus Siedlungsabfall dar und birgt ein hohes Entwicklungspotenzial.

([20]) Verordnung (EU) 2022/2372 des Rates vom 24. Oktober 2022 über einen Rahmen zur Gewährleistung der Bereitstellung von krisenrelevanten medizinischen Gegenmaßnahmen im Falle einer gesundheitlichen Notlage auf Unionsebene (ABl. L 314 vom 6.12.2022, S. 64).

(43) Die Union verfügt in vielen ihrer Regionen über ein Erbe der Rohstoffgewinnung und damit erheblicher Mengen an mineralischen Abfällen in stillgelegten Entsorgungseinrichtungen, die aufgrund ihrer erst kürzlich gestiegenen wirtschaftlichen Bedeutung im Allgemeinen nicht auf das Potenzial kritischer Rohstoffe untersucht wurden. Die Verwertung kritischer Rohstoffe aus Entsorgungseinrichtungen für mineralische Abfälle birgt das Potenzial, ***negative soziale und ökologische Auswirkungen neuer Rohstoffgewinnungstätigkeiten zu vermeiden und abzuschwächen und*** in historischen Bergbauregionen, die häufig von Deindustrialisierung und Niedergang betroffen sind – ***obwohl diese Regionen eine bedeutsame Rolle im Hinblick auf die Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der Union und die Minderung negativer ökologischer und sozialer Auswirkungen des Zugangs zu Rohstoffen spielen könnten*** –, einen wirtschaftlichen Wert und Arbeitsplätze zu schaffen. Der Mangel an Aufmerksamkeit und Informationen über den Gehalt an kritischen Rohstoffen, insbesondere in stillgelegten Abfallentsorgungseinrichtungen, stellt ein wesentliches Hindernis für eine stärkere Nutzung des Potenzials kritischer Rohstoffe aus mineralischen Abfällen dar.

(44) Die Verwertung kritischer Rohstoffe aus Entsorgungseinrichtungen für mineralische Abfälle sollte Teil der Valorisierung der entsprechenden Entsorgungseinrichtungen sein. Die Richtlinie 2006/21/EG enthält hohe Anforderungen an den Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit bei der Abfallbewirtschaftung in der mineralgewinnenden Industrie. Diese hohen Anforderungen sollten beibehalten werden, es ist jedoch angezeigt, zusätzliche Maßnahmen festzulegen, um die Verwertung kritischer Rohstoffe aus mineralischen Abfällen zu maximieren.

(45) Die Betreiber bestehender und neuer Entsorgungseinrichtungen für mineralische Abfälle sollten eine vorläufige wirtschaftliche Bewertung der potenziellen Verwertung kritischer Rohstoffe aus mineralischen Abfällen, die am Standort ***und ihren Lagerstätten*** vorhanden sind, und aus der Entstehung solcher Abfälle durchführen. Im Einklang mit der in der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([21]) festgelegten Abfallhierarchie sollte die Entstehung von Abfällen, die kritische Rohstoffe enthalten, vorrangig vermieden werden, indem kritische Rohstoffe aus der gewonnenen Menge extrahiert werden, bevor sie zu Abfall werden. Bei der Ausarbeitung dieser Studie sollten die Betreiber die erforderlichen Informationen sammeln, einschließlich der Konzentrationen und Mengen kritischer Rohstoffe in den mineralischen Abfällen, und eine Bewertung mehrerer Optionen in Bezug auf Verfahren, Tätigkeiten oder Geschäftsvereinbarungen durchführen, die eine ***technisch machbare und*** wirtschaftlich tragfähige Verwertung kritischer Rohstoffe ermöglichen könnten. Diese Verpflichtung ergänzt die in der Richtlinie 2006/21/EG und in den nationalen Rechtsvorschriften zu ihrer Umsetzung festgelegten Verpflichtungen und ist unmittelbar anwendbar. Bei der Umsetzung sollten die Betreiber und die zuständigen Behörden bestrebt sein, den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten und Verfahren so weit wie möglich zu integrieren.

(46) Um dem derzeitigen Mangel an Informationen über das Potenzial von kritischen Rohstoffen in stillgelegten Entsorgungseinrichtungen für mineralische Abfälle entgegenzuwirken, sollten die Mitgliedstaaten im Einklang mit den Wettbewerbsvorschriften der Union eine Datenbank einrichten, die alle für die Förderung der Verwertung relevanten Informationen enthält, insbesondere die Mengen und Konzentrationen kritischer Rohstoffe in der Entsorgungseinrichtung für mineralische Abfälle. Die Informationen sollten in benutzerfreundlicher und digitaler Form öffentlich zugänglich gemacht werden, um den Zugang zu detaillierteren, technischen Informationen zu ermöglichen. Um einen benutzerfreundlichen Zugang zu den Informationen zu erleichtern, sollten die Mitgliedstaaten beispielsweise eine Kontaktstelle einrichten, um einen intensiveren Austausch mit potenziellen Entwicklern von Projekten zur Verwertung kritischer Rohstoffe zu ermöglichen. Die Datenbank sollte so konzipiert sein, dass potenzielle Projektträger Entsorgungseinrichtungen mit einem hohen Potenzial für eine ***kurz-, mittel- und langfristig*** wirtschaftlich tragfähige Verwertung leicht erkennen können. Um die begrenzten Ressourcen zu bündeln, ***könnten*** die Mitgliedstaaten bei der Erhebung von Informationen einen abgestuften Ansatz verfolgen und die anspruchsvolleren Schritte zur Sammlung von Informationen nur für die aussichtsreichsten Einrichtungen durchführen. Die Tätigkeiten zur Erhebung von Informationen sollten darauf abzielen, genaue und repräsentative Informationen über die Entsorgungseinrichtungen für mineralische Abfälle bereitzustellen und bestmögliche Hinweise auf das Potenzial für die Verwertung kritischer Rohstoffe zu erhalten.

(47) Dauermagnete sind in eine Vielzahl von Produkten eingebaut, wobei Windturbinen und Elektrofahrzeuge die wichtigsten und am schnellsten wachsenden Anwendungen sind, aber auch andere Produkte, darunter Magnetresonanztomografen, Industrieroboter, leichte Verkehrsmittel, Kühlgeneratoren, Wärmepumpen, Elektromotoren, industrielle elektrische Pumpen, Waschautomaten, Wäschetrockner, Mikrowellengeräte, Staubsauger und Geschirrspüler enthalten erhebliche rückgewinnungswürdige Mengen. Die meisten Dauermagnete, insbesondere die

([21]) Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien (ABl. L 312 vom 22.11.2008, S. 3).

leistungsstärksten Typen, enthalten kritische Rohstoffe wie Neodym, Praseodym, Dysprosium und Terbium, Bor, Samarium, Nickel oder Kobalt. Ihr Recycling ist möglich, wird aber heute in der Union nur in kleinem Maßstab oder im Rahmen von Forschungsprojekten durchgeführt. Dauermagnete sollten daher ein vorrangiges Produkt zur Steigerung der Kreislauffähigkeit sein.

(48) Voraussetzung für ***eine Erhöhung der Kreislauffähigkeit von Magneten*** ist, dass Recycler***, Generalüberholungsbetriebe und Reparaturbetriebe*** Zugang zu den erforderlichen Informationen über Menge, Art und chemische Zusammensetzung der Magnete in einem Produkt, deren Lage und Beschichtung, Klebstoffe und Zusatzstoffe sowie Informationen darüber haben, wie die Dauermagnete aus dem Produkt entfernt werden können. Damit das Recycling von Magneten wirtschaftlich sinnvoll ist, sollten Dauermagnete in Produkten, die auf dem Unionsmarkt in Verkehr gebracht werden, im Laufe der Zeit immer mehr recycelte Rohstoffe enthalten. Während in einer ersten Stufe für Transparenz in Bezug auf den Rezyklatanteil gesorgt wird, sollte nach einer speziellen Bewertung des angemessenen Umfangs und der voraussichtlichen Auswirkungen ein Mindestgehalt an Rezyklatanteil festgelegt werden.

(49) Auf dem Unionsmarkt verkaufte kritische Rohstoffe werden oft hinsichtlich der Nachhaltigkeit ihrer Produktions- und Lieferkette zertifiziert. Die Zertifizierung kann im Rahmen eines breiten Spektrums öffentlicher und privater Zertifizierungssysteme mit unterschiedlichem Umfang und unterschiedlicher Strenge erzielt werden, was zu Verwirrung hinsichtlich der Art und des Wahrheitsgehalts von Behauptungen über die relative Nachhaltigkeit kritischer Rohstoffe führen kann, die auf der Grundlage einer solchen Zertifizierung in der Union in Verkehr gebracht werden. Der Kommission sollte die Befugnis übertragen werden, Durchführungsrechtsakte zur Anerkennung von Zertifizierungssystemen zu erlassen, die als umfassend und vertrauenswürdig angesehen werden sollten, um den Behörden und Marktteilnehmern eine gemeinsame Grundlage für die Bewertung der Nachhaltigkeit kritischer Rohstoffe zu bieten. Anerkannt werden sollten nur Zertifizierungssysteme, die ein breites Spektrum an Nachhaltigkeitsaspekten abdecken, darunter Umweltschutz ***in Bezug auf Luft, Boden, Gewässer und biologische Vielfalt***, Menschenrechte einschließlich Arbeitnehmerrechte***, Governance-Belange, einschließlich*** Transparenz von Unternehmen ***und Beteiligung lokaler Gemeinschaften, wodurch hohe Nachhaltigkeitsstandards sichergestellt werden***, und die Bestimmungen für die Überprüfung und Überwachung der Einhaltung durch unabhängige Dritte enthalten. Um effiziente Verfahren zu gewährleisten, sollten Projektträger, die sich um die Anerkennung als strategische Projekte bewerben, die Möglichkeit haben, sich auf die Teilnahme an einem anerkannten System zu berufen, um nachzuweisen, dass ihr Projekt nachhaltig durchgeführt wird.

(50) Die Produktion kritischer Rohstoffe auf verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette hat Auswirkungen auf ***das Klima und*** die Umwelt, ***insbesondere*** auf ***das*** Wasser ***und die biologische Vielfalt***. Um solche Schäden zu begrenzen und Anreize für die Produktion nachhaltigerer kritischer Rohstoffe zu schaffen, sollte die Kommission ermächtigt werden, ein System für die Berechnung des ökologischen Fußabdrucks kritischer Rohstoffe, einschließlich eines Überprüfungsverfahrens, zu entwickeln, um sicherzustellen, dass in der Union in Verkehr gebrachte kritische Rohstoffe Informationen über diesen Fußabdruck öffentlich ausweisen. Das System sollte auf wissenschaftlich fundierten Bewertungsmethoden und einschlägigen internationalen Standards im Bereich der Lebenszyklusanalyse beruhen. Die Anforderung, den ökologischen Fußabdruck eines Rohstoffs anzugeben, sollte nur gelten, wenn auf der Grundlage einer speziellen Bewertung festgestellt wurde, dass dies zu den Klima- und Umweltzielen der Union beitragen ***und in einem angemessenen Verhältnis zu den wirtschaftlichen Kosten stehen*** würde, indem die Beschaffung kritischer Rohstoffe mit einem geringeren ökologischen Fußabdruck erleichtert würde und die Handelsströme nicht unverhältnismäßig beeinträchtigt würden. Sobald die einschlägigen Berechnungsmethoden angenommen wurden, sollte die Kommission Leistungsklassen für kritische Rohstoffe entwickeln, damit potenzielle Käufer den relativen ökologischen Fußabdruck der verfügbaren Rohstoffe leicht vergleichen können und der Markt hin zu nachhaltigeren Rohstoffen gelenkt wird. Verkäufer kritischer Rohstoffe sollten sicherstellen, dass die Erklärung zum ökologischen Fußabdruck ihren Kunden zur Verfügung steht. Transparenz in Bezug auf den relativen Fußabdruck kritischer Rohstoffe, die in der Union in Verkehr gebracht werden, kann auch andere politische Maßnahmen auf Unionsebene und nationaler Ebene ermöglichen, z. B. Anreize oder Kriterien für die umweltgerechte Vergabe öffentlicher Aufträge, mit denen die Produktion kritischer Rohstoffe mit geringeren Umweltauswirkungen gefördert wird. ***Man nimmt an, dass die Tiefsee die größte biologische Vielfalt auf der Erde aufweist, und sie erbringt wichtige Ökosystemleistungen, etwa eine langfristige CO_2-Bindung. Der Tiefseebergbau wird mit großer Wahrscheinlichkeit einen dauerhaften Verlust an biologischer Vielfalt und eine Schädigung der Ökosysteme verursachen. Im Einklang mit dem Vorsorgeprinzip sollte kein Tiefseebergbau***

betrieben werden, solange die Auswirkungen auf die Meeresumwelt und die biologische Vielfalt des Meeres nicht ausreichend erforscht sind und solange kein wissenschaftlicher Konsens darüber besteht, dass der Tiefseebergbau so betrieben werden kann, dass es zu keinem Verlust an biologischer Vielfalt im Meer kommt und das jeweilige Ökosystem nicht geschädigt wird.

(51) Die Methoden zur Berechnung des ökologischen Fußabdrucks bilden eine maßgebliche Grundlage für die Entwicklung der Berechnungsregeln. Sie stützen sich auf wissenschaftlich fundierte Bewertungsmethoden, die ***sowohl ähnliche Verpflichtungen, die im Rahmen anderer Unionsvorschriften festgelegt wurden, als auch*** Entwicklungen auf internationaler Ebene berücksichtigen und Umweltauswirkungen, einschließlich des Klimawandels und Auswirkungen auf Wasser, Luft, Boden, Ressourcen, Landnutzung und Toxizität, abdecken.

(52) Es sollte sichergestellt werden, dass verantwortungsvolle Wirtschaftsakteure die Konformität ihrer Produkte oder Rohstoffe mit den Anforderungen zur Verbesserung der Kreislauffähigkeit von Dauermagneten und der Erklärung des ökologischen Fußabdrucks kritischer Rohstoffe bewerten, bevor sie diese in Verkehr bringen, und dass diese Anforderungen von den zuständigen nationalen Behörden wirksam durchgesetzt werden. Die Konformitäts- und Marktüberwachungsbestimmungen, die durch die Verordnung (EU) 2019/1020 und die Verordnung (EU) 2023/xxx [Amt für Veröffentlichungen: Bitte einen Verweis auf die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte einfügen] eingeführt wurden, wurden entwickelt, um dieser Herausforderung zu begegnen und sollten daher auch für diese Anforderungen gelten. Um eine optimale Nutzung der bestehenden Rahmenregelungen zu gewährleisten, sollte sichergestellt werden, dass bei Produkten, die gemäß der Verordnung (EU) 2018/858 oder der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 einer Typgenehmigung unterliegen, die Einhaltung über das bestehende Typgenehmigungssystem durchgesetzt wird.

(53) Die Kommission sollte gemäß Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 eine oder mehrere europäische Normungsorganisationen beauftragen, europäische Normen zur Unterstützung der Ziele dieser Verordnung auszuarbeiten.

(54) Die Union hat mit Drittländern strategische Partnerschaften für Rohstoffe geschlossen, um den Aktionsplan 2020 für kritische Rohstoffe umzusetzen. Um die Versorgung zu diversifizieren, sollten diese Bemühungen ***intensiviert*** werden ***und zur Einrichtung strategischer Projekte führen***. Um einen kohärenten Rahmen für den Abschluss künftiger Partnerschaften zu entwickeln und zu gewährleisten ***und um eine europäische Rohstoffdiplomatie im Einklang mit der Energie- und Klimadiplomatie der Union zu entwickeln,*** sollten die Mitgliedstaaten und die Kommission im Rahmen ihrer Interaktion im Ausschuss unter anderem erörtern ***und analysieren***, ob die bestehenden Partnerschaften diese angestrebten Ziele erreichen, welche Prioritäten Drittländer für neue Partnerschaften haben, welchen Inhalt diese Partnerschaften haben, welche Kohärenz und potenziellen Synergien zwischen der bilateralen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit den betreffenden Drittländern bestehen ***und ob ein ausreichender Zugang zu Finanzmitteln vorhanden ist***, und diese Themen koordinieren. Die Union sollte im Einklang mit ihrer Global-Gateway-Strategie***, dem Konzept „Team Europa", der gemeinsamen Handelspolitik und ihrer Entwicklungs- und Außenpolitik***, die zur Diversifizierung ihrer Rohstofflieferkette und zur Wertschöpfung in diesen Ländern ***beitragen***, Partnerschaften ***mit diesen Drittländern, einschließlich Schwellenmärkten und Entwicklungsländern,*** anstreben, die für beide Seiten vorteilhaft ***und nachhaltig*** sind. ***Es sollten auch weitere Bemühungen unternommen werden, um in die Zusammenarbeit mit internationalen gleichgesinnten Partnern zu investieren, die am Binnenmarkt teilnehmen, mit Bewerberländern oder mit gleichgesinnten Drittländern, die weder unter eine strategische Partnerschaft noch unter ein Freihandelsabkommen fallen. Diese beiderseitigen Interessen sollten die Förderung und den Schutz von Umweltnormen und den Schutz der sozialen Rechte und der Menschenrechte im Einklang mit internationalen und nationalen Rechtsvorschriften unter umfassender Berücksichtigung der Vorschriften für die multilaterale Zusammenarbeit umfassen.***

(54a) Die strategische Priorität der Union, ihre Versorgung mit kritischen Rohstoffen zu diversifizieren, muss im Rahmen des Konzepts „Team Europa" und im Einklang mit ihrer Außenpolitik in den Bereichen Energie und Klimaschutz zu einer Priorität des auswärtigen Handelns und der Diplomatie der Union werden. Die Außenpolitik der Union im Bereich Rohstoffe sollte darauf abzielen, den Ansatz der Union in Bezug auf Ressourceneffizienz, Nachhaltigkeit, Kreislauffähigkeit und Substitution zu erläutern, sowie auf Kooperation und, falls erforderlich, die Schaffung von internationalen Foren für eine bessere Koordinierung und Transparenz auf den globalen Rohstoffmärkten sowie Plattformen für die gemeinsame Beschaffung hinzuwirken.

(55) Um die Durchführung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Entwicklung strategischer Projekte und ihrer Finanzierung, Explorationsprogrammen, Überwachungskapazitäten oder strategischen Vorräten zu unterstützen und die Kommission angemessen zu beraten, sollte ein Europäischer Ausschuss für kritische Rohstoffe eingerichtet werden. Der Ausschuss sollte sich aus den Mitgliedstaaten und einem Vertreter der Kommission zusammensetzen und in der Lage sein, die Teilnahme ***der Zivilgesellschaft und*** anderer Parteien als Beobachter sicherzustellen***, z. B. von Wissenschaftlern, zivilgesellschaftlichen Organisationen und anderen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union***. Um das für die Durchführung bestimmter Aufgaben erforderliche Fachwissen aufzubauen, sollte der Ausschuss ständige Untergruppen für Finanzierung, Exploration, Überwachung und strategische Vorräte ***sowie Nachhaltigkeit*** einsetzen, die als Netzwerk fungieren sollten, indem sie die verschiedenen zuständigen nationalen Behörden zusammenbringen und erforderlichenfalls die Industrie, die Wissenschaft, die Zivilgesellschaft und andere relevante Interessenträger konsultieren. Die Ratschläge und Stellungnahmen des Ausschusses sollten nicht verbindlich sein, und das Fehlen einer solchen Empfehlung oder Stellungnahme sollte die Kommission nicht daran hindern, ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung wahrzunehmen.

(56) Werden bei der Verwirklichung der Ziele, einschließlich der Richtwerte für Kapazität und Diversifizierung, keine Fortschritte erzielt, so kann dies darauf hindeuten, dass zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden müssen. Die Kommission sollte daher die Fortschritte bei der Verwirklichung dieser Ziele überwachen.

(57) Um den Verwaltungsaufwand für die Mitgliedstaaten ***und Unternehmen, insbesondere für KMU,*** so gering wie möglich zu halten, sollten die verschiedenen Berichtspflichten gestrafft werden, und die Kommission sollte eine Vorlage entwickeln, die es den Mitgliedstaaten ermöglicht, ihren Berichtspflichten in Bezug auf Projekte, Exploration ***und*** Überwachung ▌im Rahmen eines regelmäßig veröffentlichten einzigen Dokuments nachzukommen, das vertraulich oder eingeschränkt sein kann.

(58) Zur Gewährleistung einer vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit der zuständigen Behörden auf Ebene der Union und der Mitgliedstaaten, sollten alle an der Anwendung dieser Verordnung beteiligten Parteien die Vertraulichkeit der im Rahmen der Durchführung ihrer Tätigkeiten erlangten Informationen und Daten wahren. Die Kommission und die zuständigen nationalen Behörden, ihre Beamten, Bediensteten und sonstige Personen, die unter Aufsicht dieser Behörden tätig sind, sowie Beamte und Bedienstete anderer Behörden der Mitgliedstaaten sollten keine Informationen weitergeben, die sie im Rahmen dieser Verordnung erlangt oder ausgetauscht haben und die ihrem Wesen nach unter das Berufsgeheimnis fallen. Dies sollte auch für den Europäischen Ausschuss für kritische Rohstoffe gelten. Die Daten sollten in einer sicheren Umgebung verarbeitet und gespeichert werden.

(59) Beim Erlass delegierter Rechtsakte nach Artikel 290 AEUV ist es von besonderer Bedeutung, dass die Kommission im Zuge ihrer Vorbereitungsarbeit angemessene Konsultationen, auch auf der Ebene von Sachverständigen, durchführt, die mit den Grundsätzen in Einklang stehen, die in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung ([22]) niedergelegt wurden. Um insbesondere für eine gleichberechtigte Beteiligung an der Vorbereitung delegierter Rechtsakte zu sorgen, erhalten das Europäische Parlament und der Rat alle Dokumente zur gleichen Zeit wie die Sachverständigen der Mitgliedstaaten, und ihre Sachverständigen haben systematisch Zugang zu den Sitzungen der Sachverständigengruppen der Kommission, die mit der Vorbereitung der delegierten Rechtsakte befasst sind.

(60) Zur Gewährleistung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse in Bezug auf Folgendes übertragen werden: a) Festlegung der Vorlagen, die für Anträge auf Anerkennung strategischer Projekte, Fortschrittsberichte im Zusammenhang mit strategischen Projekten, die nationalen Explorationsprogramme und die Berichterstattung der Mitgliedstaaten in Bezug auf Exploration, Überwachung, strategische Vorräte und Kreislauffähigkeit zu verwenden sind; b) Festlegung, bei welchen Produkten, Bestandteilen und Abfallströmen davon auszugehen ist, dass sie ein hohes Potenzial für die Verwertung kritischer Rohstoffe aufweisen; c) Festlegung der Kriterien und ihrer Anwendung für die Anerkennung von Systemen im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit kritischer Rohstoffe. Diese Befugnisse sollten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates ([23]) ausgeübt werden.

(61) Um sicherzustellen, dass die im Rahmen dieser Verordnung auferlegten Verpflichtungen eingehalten werden, insbesondere was die Einhaltung der Ökodesign-Anforderungen betrifft, sollten Unternehmen, die ihren Verpflichtungen, einschließlich der Risikovorsorge, der Projektberichterstattung und der Informationen über die Recyclingfähigkeit, nicht nachkommen, mit Sanktionen belegt werden. Die Mitgliedstaaten müssen in ihren nationalen Rechtsvorschriften wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen für Verstöße gegen diese Verordnung festlegen.

([22]) ABl. L 123 vom 12.5.2016, S. 1.
([23]) Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13).

(62) Die Kommission sollte eine Evaluierung dieser Verordnung vornehmen. Gemäß Nummer 22 der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung sollte diese Evaluierung auf den fünf Kriterien der Effizienz, der Effektivität, der Relevanz, der Kohärenz und des EU-Mehrwerts beruhen und die Grundlage für die Abschätzung der Folgen möglicher weiterer Maßnahmen bilden. Die Kommission sollte dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss einen Bericht über die Durchführung dieser Verordnung und die Fortschritte bei der Erreichung ihrer Ziele, einschließlich der Richtwerte für Kapazität und Diversifizierung, vorlegen. In dem Bericht sollte auch auf der Grundlage der Umsetzung der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Transparenz des ökologischen Fußabdrucks kritischer Rohstoffe bewertet werden, ob es angemessen ist, Höchstwerte für den ökologischen Fußabdruck festzulegen.

(63) Soweit eine der in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen staatliche Beihilfen darstellt, gelten die Bestimmungen über solche Maßnahmen unbeschadet der Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags.

(64) Da die Ziele dieser Verordnung, nämlich die Verbesserung des Funktionierens des Binnenmarkts und die Schaffung eines Rahmens, der den Zugang der Union zu einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen gewährleistet, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs und ihrer Wirkungen nur auf Unionsebene zu verwirklichen sind, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Kapitel 1

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Gegenstand und Ziele

(1) Das allgemeine Ziel dieser Verordnung besteht darin, das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern, indem ein Rahmen geschaffen wird, mit dem die ***international wettbewerbsfähige,*** sichere***, widerstandsfähige*** und nachhaltige Versorgung der Union mit kritischen Rohstoffen sichergestellt wird***, unter anderem durch die Förderung von Nachhaltigkeit, Effizienz und Kreislauffähigkeit entlang der gesamten Wertschöpfungskette.***

(2) Zur Verwirklichung des in Absatz 1 genannten allgemeinen Ziels wird mit dieser Verordnung darauf abgezielt,

a) die verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette für strategische Rohstoffe ***mit dem Ziel*** zu stärken, ***dass*** die Kapazitäten der Union für jeden einzelnen strategischen Rohstoff bis 2030 deutlich erhöht werden, sodass sich die Gesamtkapazität der Union den folgenden Richtwerten nähert oder diese Richtwerte erreicht:

i) die Gewinnungskapazität der Union ist in der Lage, Erze, Minerale oder Konzentrate zu gewinnen, die für die Produktion von mindestens 10 % des jährlichen Verbrauchs der Union an strategischen Rohstoffen benötigt werden, soweit die Reserven der Union dies zulassen;

ii) die Verarbeitungskapazität der Union, auch für alle Zwischenverarbeitungsschritte, ist in der Lage, mindestens 50 % des jährlichen Verbrauchs strategischer Rohstoffe in der Union zu erzeugen; ***bis zu 20 % der neuen Verarbeitungskapazität der Union könnte im Rahmen strategischer Partnerschaften in Schwellenmärkten und Entwicklungsländern aufgebaut werden;***

iii) die Recyclingkapazität der Union, auch für alle Zwischenschritte des Recyclings, ist in der Lage, mindestens ***eine Zunahme des Umfangs der Recyclingkapazität von 10 % auf der Grundlage der Ausgangssituation 2020-2022 für jeden strategischen Rohstoff zu erreichen, damit mindestens 45 % jedes im Abfall der Union enthaltenen strategischen Rohstoffs unter Berücksichtigung der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit gesammelt, sortiert und verarbeitet werden***;

b) die Einfuhren strategischer Rohstoffe in die Union zu diversifizieren, damit sich der jährliche Verbrauch der Union an jedem strategischen Rohstoff auf jeder relevanten Verarbeitungsstufe bis 2030 auf Einfuhren aus mehreren Drittländern stützen kann, von denen keines mehr als 65 % des Jahresverbrauchs der Union deckt***, wobei der Verringerung der Abhängigkeit von unzuverlässigen Partnern, die die Werte der Union, die Achtung der Menschenrechte, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit nicht teilen, Vorrang eingeräumt werden sollte***;

c) die Fähigkeit der Union, das Versorgungsrisiko im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen***, sowohl kurz- als auch langfristig, unter umfassender Berücksichtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit*** zu überwachen und zu mindern, zu verbessern;

d) den freien Verkehr von auf dem Unionsmarkt in Verkehr gebrachten kritischen Rohstoffen und Produkten, die kritische Rohstoffe enthalten, sicherzustellen und gleichzeitig ein hohes ***Umweltschutz- und Nachhaltigkeitsniveau*** durch Verbesserung ihrer Kreislaufwirtschaft, ***Haltbarkeit, Reparierbarkeit und kostengünstigen Verfügbarkeit auf dem Binnenmarkt*** zu bewahren;

da) die Entwicklung und den Einsatz von Ersatzrohstoffen zu fördern, indem Produktionsmethoden zur Ersetzung von Rohstoffen sowie die Erforschung und Entwicklung alternativer innovativer Stoffe gefördert werden, um den Umweltfußabdruck der Union zu verkleinern;

db) die Zunahme der Nachfrage nach kritischen Rohstoffen in der Union zu verringern, unter anderem durch die Steigerung der Effizienz und den Einsatz von Ersatzstoffen entlang der Wertschöpfungsketten mit dem Ziel, weniger kritische Rohstoffe als nach dem gemäß Absatz 4b projizierten Referenzszenario zu verbrauchen;

dc) den Anteil sekundärer Rohstoffe am Verbrauch strategischer Rohstoffe in der Union zu erhöhen.

(3) Gelangt die Kommission auf der Grundlage des in Artikel 42 genannten Berichts zu dem Schluss, dass die Union die in Absatz 2 festgelegten Ziele voraussichtlich nicht erreicht, so prüft sie, ob es durchführbar und verhältnismäßig ist, Maßnahmen vorzuschlagen oder ihre Befugnisse auf Unionsebene auszuüben, um die Verwirklichung dieser Ziele zu bewirken.

(4) Die Kommission berücksichtigt die in Absatz 2 Buchstabe a Ziffer iii festgelegten Ziele und Richtwerte als damit zusammenhängende Prioritäten der Union ***in allen einschlägigen Unionsvorschriften, unter anderem*** im Sinne von Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe a Ziffer i der Verordnung XX/XXXX [Amt für Veröffentlichungen: bitte den Verweis auf die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte einfügen] bei der Ausarbeitung von Ökodesign-Anforderungen zur Verbesserung der folgenden Produktaspekte: Haltbarkeit, Wiederverwendbarkeit, Reparierbarkeit, Ressourcennutzung oder Ressourceneffizienz, Möglichkeit der Wiederaufarbeitung und des Recyclings, Rezyklatanteil und Möglichkeit der Verwertung von Rohstoffen.

(4a) Die mit dieser Verordnung sowohl in der Union als auch in Drittländern geschaffenen und gestärkten Wertschöpfungsketten müssen nach 2030 weiter gestärkt werden. Die Kommission berücksichtigt dies bei der Durchführung der in Artikel 46 genannten Bewertung.

(4b) Die Kommission legt im Wege eines delegierten Rechtsakts, der bis zum [drei Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung] gemäß Artikel 36 erlassen wird, Projektionen des jährlichen Verbrauchs kritischer Rohstoffe bis 2050 mit Zwischenzielen vor und aktualisiert sie mindestens alle vier Jahre. Diese Projektionen müssen auf einer auf zahlreiche Technologien gestützten Bottom-up-Kostenoptimierung von Input-Output-Modellen beruhen, bei der bestehende Daten und Berichte der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission erweitert und verschiedene Szenarien, darunter Szenarien mit geringer und hoher Nachfrage sowie ein Referenzszenario, berücksichtigt werden. Diese Projektionen müssen auf der Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten oder darunter aufgeschlüsselt werden und alle Wirtschaftszweige abdecken. Sie müssen kritische Rohstoffe umfassen, die in Zwischen- oder Enderzeugnissen enthalten sind, die auf dem Unionsmarkt in Verkehr gebracht werden, und mit den Energie- und Klimazielen der Union und den im [Gesetz über die Netto-Null-Industrie] verankerten Ambitionen im Einklang stehen.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Verordnung gelten folgende Begriffsbestimmungen:

1. „Rohstoff“ bezeichnet einen verarbeiteten oder unverarbeiteten Stoff, der als Input für die Herstellung von Zwischen- oder Endprodukten verwendet wird, mit Ausnahme von Stoffen, die überwiegend als Lebensmittel, Futtermittel oder Brennstoff verwendet werden;

2. „kritische Rohstoffe“ bezeichnet die Rohstoffe im Sinne des Artikels 4;

3. „strategische Rohstoffe“ bezeichnet die Rohstoffe im Sinne des Artikels 3;

4. „Wertschöpfungskette für Rohstoffe“ bezeichnet alle Tätigkeiten und Prozesse im Zusammenhang mit der Exploration, Gewinnung, Verarbeitung und dem Recycling von Rohstoffen;

5. „Exploration“ bezeichnet alle Tätigkeiten zur Ermittlung und Feststellung der Eigenschaften von Mineralvorkommen;

6. „Gewinnung“ bezeichnet die primäre ***oder sekundäre*** Gewinnung von Erzen, Mineralen und Pflanzenerzeugnissen aus ihrer ursprünglichen Quelle ***als Haupt- oder Nebenprodukt***, einschließlich aus einem unterirdischen Mineralvorkommen, Mineralvorkommen unter ***und aus*** Wasser, Sole und Bäumen;

7. „Gewinnungskapazität der Union“ bezeichnet die Gesamtheit der maximalen jährlichen Produktionsmengen der mineralgewinnenden Tätigkeiten für Erze, Minerale, Pflanzenerzeugnisse und Konzentrate, die strategische Rohstoffe enthalten, einschließlich Verarbeitungsvorgängen, die sich in der Regel am Gewinnungsort oder in dessen Nähe in der Union befinden;

8. „Reserven“ bezeichnet alle Mineralvorkommen, die ***in einem gegebenen Marktumfeld*** für die Gewinnung wirtschaftlich tragfähig sind;

9. „Verarbeitung“ bezeichnet alle physikalischen, chemischen und biologischen Prozesse, bei denen ein Rohstoff aus Erzen, Mineralen, pflanzlichen Erzeugnissen oder Abfällen in reine Metalle, Legierungen oder andere wirtschaftlich nutzbare Formen umgewandelt wird;

10. „Verarbeitungskapazität der Union“ bezeichnet die Gesamtheit der maximalen jährlichen Produktionsmengen von Verarbeitungsvorgängen für strategische Rohstoffe, mit Ausnahme von Vorgängen, die sich in der Regel am Gewinnungsort oder in dessen Nähe in der Union befinden;

11. „Recycling“ bezeichnet jedes Verwertungsverfahren ***von Produktions- und Verbraucherabfällen***, durch das Abfallmaterialien zu Erzeugnissen, Materialien oder Stoffen entweder für den ursprünglichen Zweck oder für andere Zwecke aufbereitet werden;

12. „Recyclingkapazität der Union“ bezeichnet die Gesamtheit der maximalen jährlichen Produktionsmenge der Recyclingtätigkeiten für strategische Rohstoffe, einschließlich der Sortierung und Vorbehandlung von Abfällen***, darunter auch Schwarzmasse,*** und ihrer Verarbeitung zu Sekundärrohstoffen, die sich in der Union befinden;

13. „jährlicher Verbrauch an strategischen Rohstoffen“ bezeichnet die Gesamtmenge der strategischen Rohstoffe, die von in der Union niedergelassenen Unternehmen in verarbeiteter Form verbraucht werden, ausgenommen strategische Rohstoffe, die in Zwischen- oder Enderzeugnissen enthalten sind, die auf dem Unionsmarkt in Verkehr gebracht werden;

14. „Versorgungsrisiko“ bezeichnet das gemäß Anhang II berechnete Versorgungsrisiko;

15. „Rohstoffprojekt“ bezeichnet jede geplante Entsorgungseinrichtung oder geplante wesentliche Erweiterung oder Umnutzung einer bestehenden Entsorgungseinrichtung, die in den Bereichen Gewinnung, Verarbeitung oder Recycling von Rohstoffen tätig ist;

16. „Abnehmer“ bezeichnet ein Unternehmen, das mit einem Projektträger eine Abnahmevereinbarung geschlossen hat;

17. „Abnahmevereinbarung“ bezeichnet jede vertragliche Vereinbarung zwischen einem Unternehmen und einem Projektträger, die entweder die Verpflichtung eines Unternehmens enthält, während eines bestimmten Zeitraums einen Teil der im Rahmen eines bestimmten Rohstoffprojekts erzeugten Rohstoffe zu beschaffen, oder eine Verpflichtung seitens des Projektträgers, dem Unternehmen die Möglichkeit dazu zu geben;

18. „Projektträger“ bezeichnet jedes Unternehmen oder Unternehmenskonsortium, das ein Rohstoffprojekt entwickelt;

19. „Genehmigungsverfahren“ bezeichnet ein Verfahren, das alle einschlägigen Verwaltungsgenehmigungen für die Planung, den Bau und den Betrieb der in Artikel 5 genannten strategischen Projekte umfasst, einschließlich Bau-, Chemie- und Netzanschlussgenehmigungen sowie Umweltverträglichkeitsprüfungen und -genehmigungen, sofern sie erforderlich sind, und das alle administrativen Anträge und Verfahren von der Bestätigung der Gültigkeit des Antrags bis zur Mitteilung der umfassenden Entscheidung über das Ergebnis des Verfahrens durch die in Artikel 8 Absatz 1 genannte verantwortliche nationale zuständige Behörde umfasst;

20. „umfassende Entscheidung“ bezeichnet die Entscheidung oder eine Reihe von Entscheidungen der Behörden der Mitgliedstaaten, ausgenommen Gerichte, die darüber entscheiden, ob ein Projektträger zur Durchführung eines Rohstoffprojekts befugt ist, unbeschadet etwaiger Entscheidungen, die im Rahmen eines verwaltungsrechtlichen Rechtsbehelfsverfahrens getroffen werden;

21. „allgemeine Exploration“ bezeichnet die Exploration auf nationaler oder regionaler Ebene, mit Ausnahme der gezielten Exploration;

22. „gezielte Exploration“ bezeichnet die eingehende Untersuchung eines einzelnen Mineralvorkommens;

23. „tiefliegende Erzlagerstätten“ bezeichnet Mineralvorkommen, die sich tiefer in der Erdkruste befinden als herkömmliche Erzvorkommen;

24. „prädiktive Karte“ bezeichnet eine Karte, auf der Gebiete verzeichnet sind, in denen Mineralvorkommen eines bestimmten Rohstoffs wahrscheinlich vorhanden sind;

25. „Versorgungsunterbrechung“ bezeichnet den unerwarteten erheblichen Rückgang der Verfügbarkeit eines Rohstoffs oder einen erheblichen Anstieg des Preises eines Rohstoffs ***über die normale Marktpreisvolatilität hinaus***;

26. „Rohstofflieferkette“ bezeichnet alle Tätigkeiten und Verfahren der Wertschöpfungskette für Rohstoffe bis zu dem Punkt, an dem ein Rohstoff als Input für die Herstellung von Zwischen- oder Endprodukten verwendet wird;

27. „Abhilfestrategien“ bezeichnet die von einem Wirtschaftsakteur entwickelten Strategien zur Begrenzung der Wahrscheinlichkeit einer Versorgungsunterbrechung in seiner Lieferkette oder zur Minderung der durch eine solche Unterbrechung seiner Wirtschaftstätigkeit verursachten Schäden;

28. „wichtige Marktteilnehmer“ bezeichnet Erzeuger, die an der Gewinnung, der Verarbeitung oder dem Recycling kritischer Rohstoffe beteiligt sind, Händler und Vertreiber kritischer Rohstoffe und nachgelagerte Unternehmen, die erhebliche Mengen kritischer Rohstoffe verbrauchen;

29. „strategischer Vorrat“ bezeichnet eine Menge eines bestimmten Rohstoffs in welcher Form auch immer, die von einem öffentlichen oder privaten Wirtschaftsteilnehmer gelagert wird, um ihn im Falle einer Versorgungsunterbrechung freizugeben;

30. „großes Unternehmen“ bezeichnet ein Unternehmen mit durchschnittlich mehr als 500 Beschäftigten und einem weltweiten Nettoumsatz von mehr als 150 Mio. EUR im letzten Geschäftsjahr, für das Jahresabschlüsse erstellt wurden;

31. „strategische Technologien“ bezeichnet die Technologien, die für den grünen und den digitalen Wandel sowie für Verteidigungs- und ***Luft- und*** Raumfahrtanwendungen benötigt werden;

32. „Verwaltungsrat“ bezeichnet das Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan, das für die Beaufsichtigung der Geschäftsleitung des Unternehmens zuständig ist, oder, falls ein solches nicht besteht, die Person oder Personen, die gleichwertige Funktionen wahrnimmt bzw. wahrnehmen;

33. „Sammlung“ bezeichnet das Einsammeln von Abfällen, einschließlich deren vorläufiger Sortierung und vorläufiger Lagerung zum Zwecke des Transports zu einer Abfallbehandlungsanlage;

34. „Behandlung“ bezeichnet Verwertungs- oder Beseitigungsverfahren, einschließlich Vorbereitung vor der Verwertung oder Beseitigung;

35. „Verwertung“ bezeichnet jedes Verfahren, als dessen Hauptergebnis Abfälle innerhalb der Anlage oder in der weiteren Wirtschaft einem sinnvollen Zweck zugeführt werden, indem sie andere Materialien ersetzen, die ansonsten zur Erfüllung einer bestimmten Funktion verwendet worden wären, oder die Abfälle so vorbereitet werden, dass sie diese Funktion erfüllen;

36. „mineralische Abfälle“ bezeichnet mineralische Abfälle im Sinne der Richtlinie 2006/21/EG;

37. „Entsorgungseinrichtung für mineralische Abfälle“ bezeichnet eine Abfallentsorgungseinrichtung im Sinne der Richtlinie 2006/21/EG;

38. „vorläufige wirtschaftliche Bewertung“ bezeichnet eine frühzeitige, konzeptionelle Bewertung der potenziellen wirtschaftlichen Tragfähigkeit eines Rohstoffprojekts für die Verwertung kritischer Rohstoffe aus mineralischen Abfällen;

39. „Magnetresonanztomograf“ bezeichnet ein nicht invasives Medizinprodukt, das mittels Magnetfeldern anatomische Bilder erstellt, oder ein anderes Gerät, das mittels Magnetfeldern Bilder des Inneren eines Objekts erstellt;

40. „Windenergiegenerator“ bezeichnet den Teil einer Onshore- oder Offshore-Windkraftanlage, der die mechanische Energie des Rotors in elektrische Energie umwandelt;

41. „Industrieroboter“ bezeichnet eine automatisch gesteuerte, umprogrammierbare Mehrzweck-Schwenkvorrichtung, die in drei oder mehr Achsen programmierbar ist und entweder fest oder mobil in industriellen Automatisierungsanwendungen verwendet werden kann;

42. „Kraftfahrzeug“ bezeichnet ein typgenehmigtes Fahrzeug der Klassen M oder N im Sinne der Verordnung (EU) 2018/858;

43. „leichtes Verkehrsmittel“ bezeichnet ein Fahrzeug auf Rädern, das allein durch einen Elektromotor oder durch eine Kombination aus Motor und menschlicher Kraft angetrieben werden kann, einschließlich Elektrorollern, Elektrofahrrädern und typgenehmigten Fahrzeugen der Klasse L im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 168/2013;

44. „Kühlgenerator“ bezeichnet den Teil eines Kühlsystems, der mithilfe eines elektrischen Dampfkompressionskreislaufs einen Temperaturunterschied erzeugt, der den Wärmeentzug aus dem zu kühlenden Raum oder Prozess ermöglicht;

45. „Wärmepumpe“ bezeichnet den Teil eines Heizsystems, der mithilfe eines elektrischen Dampfkompressionskreislaufs einen Temperaturunterschied erzeugt, der die Wärmezufuhr zu dem zu beheizenden Raum oder Prozess ermöglicht;

46. „Elektromotor“ bezeichnet eine Einrichtung, die elektrische Eingangsleistung in mechanische Ausgangsleistung umwandelt und eine Nennleistung von 0,12 kW oder mehr aufweist;

47. „Waschautomat“ bezeichnet eine Waschmaschine, bei der die Behandlung der eingefüllten Wäsche vollständig durch die Waschmaschine erfolgt, ohne dass zu irgendeinem Zeitpunkt während des Waschprogramms ein Eingreifen des Nutzers nötig wäre;

48. „Wäschetrockner“ bezeichnet ein Gerät, in dem Textilien durch Umwälzen in einer rotierenden Trommel, durch die erwärmte Luft geleitet wird, getrocknet werden;

49. „Mikrowellengerät“ bezeichnet jedes Gerät, das dazu bestimmt ist, Lebensmittel mit elektromagnetischer Energie zu erhitzen;

50. „Staubsauger“ bezeichnet ein Gerät, das Schmutz von einer zu reinigenden Oberfläche durch einen Luftstrom entfernt, der durch einen innerhalb der Einheit erzeugten Unterdruck entsteht;

51. „Geschirrspüler“ bezeichnet eine Maschine zum Reinigen und Spülen von Geschirr;

52. „Dauermagnet“ bezeichnet einen Magneten, der seinen Magnetismus beibehält, nachdem er von einem äußeren Magnetfeld entfernt wurde;

53. „Datenträger“ bezeichnet einen Strichcode, ein zweidimensionales Symbol oder ein anderes automatisches Datenerfassungsmedium, das von einem Gerät gelesen werden kann;

54. „eindeutige Produktkennung“ bezeichnet eine eindeutige Zeichenfolge zur Identifizierung von Produkten;

55. „Magnetbeschichtung“ bezeichnet eine Materialschicht, die im Allgemeinen verwendet wird, um Magnete vor Korrosion zu schützen;

56. „Entfernung“ bezeichnet die manuelle, mechanische, chemische, thermische oder metallurgische Handhabung, sodass die betreffenden Komponenten oder Materialien als separater Outputstrom oder Teil eines Outputstroms erkennbar sind;

57. „Recycler“ bezeichnet jede natürliche oder juristische Person, die das Recycling in einer zugelassenen Anlage durchführt;

58. „Bereitstellung auf dem Markt“ bezeichnet jede entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe eines Produkts zum Vertrieb, Verbrauch oder zur Verwendung auf dem Unionsmarkt im Rahmen einer Geschäftstätigkeit;

59. „Art des kritischen Rohstoffs“ bezeichnet einen in Verkehr gebrachten kritischen Rohstoff, der sich nach seiner Verarbeitungsstufe, seiner chemischen Zusammensetzung, seinem geografischen Ursprung oder den verwendeten Erzeugungsmethoden unterscheidet;

60. „Inverkehrbringen“ bezeichnet die erstmalige Bereitstellung eines Produkts auf dem Unionsmarkt;

61. „Konformitätsbewertung“ bezeichnet das Verfahren zur Bewertung, ob die Anforderungen der Artikel 27, 28 oder 34 erfüllt sind;

62. „strategische Partnerschaft“ bezeichnet eine Verpflichtung zwischen der Union und einem Drittland, die Zusammenarbeit in Bezug auf die Wertschöpfungskette für Rohstoffe durch ein nicht verbindliches Instrument zu verstärken, in dem konkrete Maßnahmen von beiderseitigem Interesse festgelegt werden; ***dabei müssen durch strategische Partnerschaften für beide Partner nutzbringende Ergebnisse einschließlich des Wissensaustauschs gefördert werden.***

Kapitel 2

Kritische und strategische Rohstoffe

Artikel 3

Liste der strategischen Rohstoffe

(1) Die in Anhang I Abschnitt 1 aufgeführten Rohstoffe ***einschließlich der Rohstoffe, die ein Nebenprodukt anderer Gewinnungs- oder Recyclingverfahren sind,*** gelten als strategische Rohstoffe.

(2) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 36 delegierte Rechtsakte zur Änderung von Anhang I Abschnitt 1 zu erlassen, um die Liste der strategischen Rohstoffe zu aktualisieren***, auch durch Aufnahme von Rohstoffen in diese Liste, wenn bei der Überwachung und den Stresstests, die gemäß dieser Verordnung durchgeführt werden, Versorgungsrisiken festgestellt werden. Eine solche Ad-hoc-Aktualisierung der Liste der strategischen Rohstoffe hat keine Auswirkungen auf die in Absatz 3 dieses Artikels genannten Aktualisierungen.***

Eine aktualisierte Liste strategischer Rohstoffe enthält unter den bewerteten Rohstoffen die Rohstoffe, die in Bezug auf die strategische Bedeutung, das prognostizierte Nachfragewachstum***, die prognostizierte Verfügbarkeit*** und die Schwierigkeit, die Erzeugung zu steigern, mit am höchsten bewertet werden***, und unterstützt vor allem das in Artikel 1 Absätze 1 und 2 genannte allgemeine Ziel dieser Verordnung***. Die strategische Bedeutung, das prognostizierte Nachfragewachstum***, die prognostizierte Verfügbarkeit*** und die Schwierigkeit der Erzeugungssteigerung werden gemäß Anhang I Abschnitt 2 bestimmt.

(3) Die Kommission überprüft und aktualisiert erforderlichenfalls die Liste der strategischen Rohstoffe bis zum [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: ***zwei*** Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung] und danach alle zwei Jahre. ***Für jede dieser Aktualisierungen gibt die Kommission klare Gründe an. Auf Ersuchen des Ausschusses und auf der Grundlage der Überwachung und von Stresstests im Einklang mit dieser Verordnung überprüft die Kommission die Liste und aktualisiert sie erforderlichenfalls jederzeit und im Rahmen dieser geplanten Überprüfungen.***

(3a) Die Kommission bewertet strategische Rohstoffe, die in die Liste aufzunehmen sind, anhand der in Anhang I Abschnitt 2 genannten transparenten und klar definierten Methoden, auch anhand technischer Informationsblätter und ähnlich wie bei den Methoden, die in Bezug auf die in Artikel 4 genannte Liste der kritischen Rohstoffe angewendet werden.

Artikel 3a

Strategische Sekundärrohstoffe

(1) Bis zum … [sechs Monate nach Annahme dieser Verordnung] legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat eine Liste strategischer Sekundärrohstoffe, einschließlich Eisenschrott, vor.

(2) Bei der Festlegung der in Absatz 1 genannten Liste legt die Kommission besonderes Augenmerk auf die Bedeutung eines Sekundärrohstoffs für den ökologischen und den digitalen Wandel sowie für Verteidigungs- und Raumfahrtanwendungen, wobei sie Folgendes berücksichtigt:

a) den Beitrag zur Aufrechterhaltung des zusätzlichen Verbrauchs von Rohstoffen, die ansonsten für strategische Technologien benötigt werden;

b) die Menge an durch die Nutzung von Sekundärrohstoffen bei der Herstellung relevanter strategischer Technologien im Vergleich zu anderen Stoffen eingesparten Treibhausgasemissionen; und

c) das prognostizierte Wachstum der weltweiten Nachfrage nach Sekundärrohstoffen.

(3) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 36 delegierte Rechtsakte zur Änderung dieser Verordnung zu erlassen, um die Liste der strategischen Sekundärrohstoffe zu aktualisieren. Bei der aktualisierten Liste der strategischen Sekundärrohstoffe werden eine wichtige strategische Rolle bei der Dekarbonisierung und dem ökologischen Wandel, ein hohes prognostiziertes Nachfragewachstum auf globaler Ebene, Schwierigkeiten bei der Steigerung der Sammlung und Verwertung in der Union und ein hohes Potenzial für die Verwertung kritischer Rohstoffe in der Union berücksichtigt.

(4) Die Kommission überprüft und aktualisiert erforderlichenfalls die Liste der strategischen Sekundärrohstoffe bis zum … [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: zwei Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung] und danach alle zwei Jahre. *[Abänd. 3]*

Artikel 4

Liste der kritischen Rohstoffe

(1) Die in Anhang II Abschnitt 1 aufgeführten Rohstoffe gelten als kritische Rohstoffe.

(2) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 36 delegierte Rechtsakte zur Änderung von Anhang II Abschnitt 1 zu erlassen, um die Liste der kritischen Rohstoffe zu aktualisieren.

Eine aktualisierte Liste kritischer Rohstoffe enthält die in Anhang I Abschnitt 1 aufgeführten strategischen Rohstoffe sowie alle anderen Rohstoffe, die die in Absatz 3 genannten Schwellenwerte für die wirtschaftliche Bedeutung und das Versorgungsrisiko erreichen oder überschreiten. Die wirtschaftliche Bedeutung und das Versorgungsrisiko werden gemäß Anhang II Abschnitt 2 berechnet. ***Die Kommission prüft, ob für die Bewertung der Kritikalität eines Rohstoffs ein zusätzlicher Indikator hinzuzufügen ist, bei dem sowohl die Verknappung der Rohstoffe als auch die Energieintensität bei der Herstellung berücksichtigt werden.***

(3) Die Schwellenwerte betragen 1 für das Versorgungsrisiko und 2,8 für die wirtschaftliche Bedeutung.

(4) Die Kommission überprüft und aktualisiert erforderlichenfalls die Liste der kritischen Rohstoffe bis zum [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: ***zwei*** Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung] und danach alle zwei Jahre. ***Für jede dieser Aktualisierungen gibt die Kommission klare Gründe an.***

Kapitel 3

Stärkung der Wertschöpfungskette für Rohstoffe in der Union

ABSCHNITT 1

STRATEGISCHE PROJEKTE

Artikel 5

Kriterien für die Anerkennung strategischer Projekte

(1) Auf Antrag des Projektträgers und gemäß dem in Artikel 6 festgelegten Verfahren erkennt die Kommission Rohstoffprojekte, die die folgenden Kriterien erfüllen, als strategische Projekte an:

a) das Projekt würde einen bedeutenden Beitrag zur Sicherung der Versorgung der Union mit strategischen Rohstoffen leisten***, indem es eine der beiden folgenden Kriterien erfüllt:***

i) es trägt auf einer beliebigen Stufe der Wertschöpfungskette wesentlich zur Versorgung mit einem der in Anhang I Abschnitt I aufgeführten strategischen Rohstoffe bei;

ii) es trägt zur Versorgung mit strategischen Technologien bei, indem es einen der in Anhang I Abschnitt I aufgeführten strategischen Rohstoffe innerhalb der Wertschöpfungsketten dieser strategischen Technologien ersetzt, wobei Maßnahmen ergriffen werden, um einen gleich großen oder kleineren Umwelt- und Materialfußabdruck im Vergleich zum ersetzten Material zu erzielen;

b) das Projekt ist technisch durchführbar oder wird es innerhalb eines angemessenen Zeitraums sein, und das erwartete Produktionsvolumen des Projekts kann mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden;

c) das Projekt würde nachhaltig durchgeführt werden, insbesondere im Hinblick auf die Überwachung, Vermeidung und Minimierung von ***sozioökologischen und klimatischen Auswirkungen, beispielsweise auf Wasser, Luft und Boden***, die Anwendung sozial verantwortlicher Verfahren, einschließlich der Achtung der ***Menschenrechte, der Rechte indigener Völker*** und ***der*** Arbeitnehmerrechte, das Potenzial für hochwertige Arbeitsplätze und eine sinnvolle Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinschaften und einschlägigen Sozialpartnern, und die Anwendung ***einer transparenten Geschäftspraxis*** mit angemessenen Maßnahmen zur Einhaltung der Vorschriften, um die Gefahr nachteiliger Auswirkungen auf das ordnungsgemäße Funktionieren der öffentlichen Verwaltung, einschließlich – ***wie in Anhang III festgelegt*** – Korruption und Bestechung, zu ***verhindern*** und zu minimieren; **[Abänd. 18]**

d) bei Projekten in der Union hätte die Einrichtung, der Betrieb oder die Herstellung des Projekts grenzüberschreitende Vorteile über den betreffenden Mitgliedstaat hinaus, auch für nachgelagerte Wirtschaftszweige;

e) bei Projekten in Drittländern, bei denen es sich um Schwellen- oder Entwicklungsländer handelt, ***würde das Projekt nur Projekte mit gleichgesinnten Partnern umfassen, würde im Rahmen eines von der Kommission anerkannten Systems zur Zertifizierung der Nachhaltigkeit für Rohstoffe durchgeführt werden*** und wäre für die Union und das betreffende Drittland von beiderseitigem Nutzen, da es einen Mehrwert in diesem Land schaffen ***und zur Entwicklung der Wirtschaft dieses Drittlands und zur Schaffung relevanter nachgelagerter Wirtschaftszweige, einschließlich des lokalen verarbeitenden Gewerbes, beitragen*** würde.

ea) Anträge auf die Gewährung des Status eines strategischen Projekts, die ausschließlich mit der Verarbeitung oder dem Recycling in Gebieten im Zusammenhang stehen, die im Rahmen der Richtlinie 92/43/EWG des Rates ([24]) und der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ([25]) geschützt sind, werden von der Kommission für den Status eines strategischen Projekts nicht berücksichtigt, es sei denn, sie sind ordnungsgemäß begründet.

(2) Die Erfüllung der in Absatz 1 festgelegten Anerkennungskriterien wird von der Kommission anhand der in Anhang III aufgeführten Elemente und Nachweise bewertet.

Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 36 delegierte Rechtsakte zur Änderung des Anhangs III zu erlassen, um die Elemente und Nachweise, die bei der Bewertung der Erfüllung der Anerkennungskriterien gemäß Absatz 1 zu berücksichtigen sind, an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt anzupassen oder um Änderungen der in Anhang III Nummer 4 aufgeführten Rechtsvorschriften der Union oder internationalen Instrumenten oder der Annahme zusätzlicher Rechtsvorschriften der Union oder internationaler Instrumente, die für die Erfüllung des in Absatz 1 Buchstabe c genannten Kriteriums relevant sind, Rechnung zu tragen. ***Der Projektträger kann die Einhaltung des in Absatz 1 Buchstabe c genannten Kriteriums durch die Zertifizierung im Rahmen eines Systems oder die Verpflichtung zur Erfüllung solcher Systeme zum Zeitpunkt der Projektdurchführung gemäß Anhang III Absatz 5 bestätigen. Die Kommission unterrichtet Projektträger, die eine Genehmigung für ein strategisches Projekt beantragen, sowie die Systemeigentümer zu Beginn der in Artikel 36 Absatz 4 festgelegten Einspruchsfrist über jeden delegierten Rechtsakt, der im Einklang mit Artikel 36 erlassen wird. Außerdem unterrichtet die Kommission die Projektträger und Systemeigentümer darüber, wann der delegierte Rechtsakt in Kraft tritt.***

(3) Die Anerkennung eines Projekts als strategisches Projekt lässt die Anforderungen, die nach internationalem, Unions- oder nationalem Recht***, einschließlich nationaler Rechtsvorschriften von Drittländern,*** für das betreffende Projekt oder den Projektträger gelten, unberührt.

([24]) Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7).

([25]) Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1.

(3a) Die Kommission prüft, falls relevant, die Durchführbarkeit ergänzender strategischer Projekte im Bereich Infrastruktur, die das Potenzial haben, den Verkehr und die Kommunikation im Zusammenhang mit den strategischen Projekten zu erleichtern und zu verbessern, sowie allgemein zur Verbesserung der regionalen und lokalen Entwicklung und einer höheren gesellschaftlichen Akzeptanz des strategischen Projekts und zur sozialen Inklusion beitragen, wobei auch Umweltfragen berücksichtigt werden.

Artikel 6

Antragstellung und Anerkennung

(1) Der Antrag auf Anerkennung eines Rohstoffprojekts als strategisches Projekt ***kann jederzeit*** vom Projektträger bei der Kommission ***eingereicht werden***. Der Antrag muss Folgendes enthalten:

a) einschlägige ***und tatsächliche*** Nachweise in Bezug auf die Erfüllung der in Artikel 5 Absatz 1 festgelegten Kriterien;

b) eine Klassifikation des Projekts gemäß der Rahmenklassifikation der Vereinten Nationen für Ressourcen, belegt durch entsprechende Nachweise;

c) einen Zeitplan für die Durchführung des Projekts, einschließlich einer Übersicht über die für das Projekt erforderlichen Genehmigungen und den Stand des jeweiligen Genehmigungsverfahrens;

d) einen Plan mit Maßnahmen ***zur Sicherstellung der konkreten Einbindung und aktiven Beteiligung von betroffenen Gemeinschaften***, der je nach Sachlage die Einrichtung regelmäßiger Kommunikationskanäle mit ***den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie den Sozialpartnern und*** den lokalen Gemeinschaften, die Durchführung von Sensibilisierungs- und Informationskampagnen und die Einrichtung von Schadensbegrenzungs- und Ausgleichsmechanismen ***und die Sicherstellung, dass die unfreiwillige Umsiedlung ausschließlich als letztes Mittel eingesetzt wird,*** umfasst;

e) Informationen über die Kontrolle der an dem Projekt beteiligten Unternehmen im Sinne von Artikel 3 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates;

f) einen Wirtschaftsplan, in dem die finanzielle Tragfähigkeit des Projekts bewertet wird;

g) Schätzungen zur potenziellen Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Bedarf des Projekts an qualifizierten Arbeitskräften ***und eine Analyse des Fachkräftemangels*** sowie ***einen mehrjährigen Arbeitsplan für Bemühungen um*** die Neuqualifizierung und berufliche Weiterbildung***, um derartige Mängel gegebenenfalls zu beheben, und um die Gleichstellung der Geschlechter;***

ga) bei Projekten im Bereich Gewinnung einen Plan zur Verbesserung des Umweltzustands des Standorts nach Beendigung der Nutzung mit dem Ziel der Wiederherstellung des vorherigen Umweltzustands unter Berücksichtigung der technischen und wirtschaftlichen Durchführbarkeit sowie Maßnahmen zur Förderung der Ausbildung und Wiederbeschäftigung von Arbeitnehmern;

gb) wenn das Projekt eine Neuansiedlung umfasst, einen Plan, in dem dargelegt wird, wie die rechtmäßigen Inhaber von Landbesitzrechten ermittelt und im Bewertungsverfahren berücksichtigt werden und inwiefern die Verfahren der Entschädigung für den Verlust von Vermögenswerten gerecht sind und rasch durchgeführt werden;

gc) bei Projekten im Bereich Gewinnung in Gebieten, die im Rahmen der Richtlinien 92/43/EWG oder 2000/60/EG geschützt sind, eine Beschreibung, aus der der konkrete Zusammenhang zwischen dem Projekt und dem öffentlichen Interesse hervorgeht;

gd) bei Projekten im Bereich Gewinnung einen Plan, der Maßnahmen enthält, durch die sichergestellt wird, dass ein Teil des Mehrwerts in der weiteren Umgebung des Gewinnungsprojekts geschaffen wird;

ge) bei Projekten in Drittländern vom Projektträger vorgelegte Nachweise dafür, dass sich sein Eigentum zu mindestens 40 % in der Union oder in dem Partnerland befindet.

(2) Die Kommission ***erlässt bis zum [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: sechs Monate nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung]*** Durchführungsrechtsakte zur Festlegung einer ***einheitlichen*** Vorlage, die von den Projektträgern für die in Absatz 1 genannten Anträge zu verwenden ist. In der Vorlage kann angegeben werden, wie die in Absatz 1 genannten Informationen auszudrücken sind. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 37 Absatz 2 genannten Beratungsverfahren erlassen. ***Die einheitliche Vorlage ist so zu gestalten, dass nur die Angaben gemacht werden, die für die Bewertung des Antrags erforderlich sind. Der Umfang der Angaben, die zum Ausfüllen der einheitlichen Vorlage erforderlich sind, muss angemessen sein.***

(3) ***Die Kommission bewertet die Vollständigkeit des Antrags innerhalb von 14 Tagen nach dessen Erhalt und informiert den Projektträger darüber, ob er vollständig ist, sowie über den Zeitrahmen seiner Bewertung.*** Ist die Kommission der Auffassung, dass die im Antrag enthaltenen Angaben unvollständig sind, so gibt sie dem Antragsteller Gelegenheit, die zusätzlichen Informationen, die zur fristgerechten Vervollständigung des Antrags erforderlich sind, vorzulegen.

(4) ***Hat die Kommission dem Projektträger mitgeteilt, dass die in dem Antrag enthaltenen Angaben gemäß Absatz 3 vollständig sind, so leitet sie dem*** in Artikel 34 genannten Europäischen Ausschuss für kritische Rohstoffe (im Folgenden „Ausschuss") ***alle Antragsunterlagen weiter***. ***Innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Antragsunterlagen*** erörtert ***der Ausschuss*** auf der Grundlage eines fairen und transparenten Verfahrens die Vollständigkeit des Antrags und gibt eine Stellungnahme dazu ab, ob das vorgeschlagene Projekt die in Artikel 5 Absatz 1 genannten Kriterien erfüllt.

(4a) Die Kommission übermittelt den Antrag dem Mitgliedstaat, dessen Hoheitsgebiet von einem vorgeschlagenen Projekt betroffen ist.

(4b) Bei der Bewertung des Antrags berücksichtigt die Kommission alle nachgewiesenen Menschenrechts- oder Umweltverstöße, die in den fünf Jahren vor der Beantragung begangen wurden, und alle ergriffenen Abhilfemaßnahmen.

(5) ***Jeder*** Mitgliedstaat, dessen Hoheitsgebiet von einem vorgeschlagenen Projekt betroffen ist, ***kann*** Einwände gegen die Gewährung des vorgeschlagenen Status als strategisches Projekt ***erheben***. Der Ausschuss ***kann den betroffenen Mitgliedstaat auffordern,*** stichhaltige Gründe für seine Einwände ***vorzubringen, damit er sie erörtern kann***.

Bei strategischen Projekten in Drittländern übermittelt die Kommission den eingegangenen Antrag dem Drittland, dessen Hoheitsgebiet von dem vorgeschlagenen Projekt betroffen ist. Die Kommission genehmigt den Antrag nicht, bevor sie die ausdrückliche Genehmigung des betreffenden Drittlands ***im Einklang mit dem geltenden Völkerrecht und dem nationalen Recht dieses Drittlands*** erhalten hat.

(5a) Bei strategischen Projekten in Drittländern, mit denen die Union ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft ausgehandelt hat, führt die Kommission Konsultationen mit den Behörden dieses Landes durch, um eine rasche Durchführung des Projekts sicherzustellen.

(6) Die Kommission erlässt unter Berücksichtigung der in Absatz 4 genannten Stellungnahme des Ausschusses innerhalb von 60 Tagen ***nach Bestätigung der Vollständigkeit des Antrags gemäß Absatz 3*** einen Beschluss über die Anerkennung des Projekts als strategisches Projekt und unterrichtet den Antragsteller darüber.

Der Beschluss der Kommission ist zu begründen, und zwar auch dann, wenn er von der Stellungnahme des Ausschusses abweicht. Die Kommission teilt ihre Gründe ***den zuständigen Behörden in dem betreffenden Mitgliedstaat,*** dem Ausschuss ***und dem Europäischen Parlament*** sowie dem Projektträger mit.

(7) Die Kommission kann der Bearbeitung von Anträgen für Projekte, die auf bestimmten Stufen der Wertschöpfungskette tätig sind, Vorrang einräumen, um

a) eine ausgewogene Vertretung strategischer Projekte für alle strategischen Rohstoffe und auf allen Stufen der Wertschöpfungskette sicherzustellen;

b) sicherzustellen, dass bei allen in Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben a und b genannten Richtwerten Fortschritte erzielt werden;

ba) im Einklang mit den Richtwerten und der in Buchstabe a genannten ausgewogenen Vertretung sicherzustellen, dass Projekten in den Bereichen der Rückgewinnung von Material, der mineralischen Abfälle und des integrierten Recyclings sowie bei Anträgen, die von KMU eingereicht wurden, Vorrang eingeräumt wird.

Vorbehaltlich der Einhaltung der in Absatz 6 festgelegten Fristen für alle Anträge durch die Kommission bearbeitet die Kommission die Anträge gemäß Unterabsatz 1 des vorliegenden Absatzes vorrangig.

(8) Stellt die Kommission fest, dass ein strategisches Projekt die in Artikel 5 Absatz 1 genannten Kriterien nicht mehr erfüllt, oder stützte sich seine Anerkennung auf einen Antrag mit ***betrügerischen*** Angaben, so kann sie unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Ausschusses und des verantwortlichen Projektträgers den Beschluss über die Gewährung des Status als strategisches Projekt aufheben. ***Bevor die Kommission einen solchen Beschluss über die Aufhebung dieses Status annimmt, teilt sie dem Projektträger die Gründe für den Beschluss über die Aufhebung mit, gibt ihm Gelegenheit, sich zum Standpunkt der Kommission zu äußern, und berücksichtigt die Antwort des Projektträgers bei ihrer Entscheidung.***

Jedes strategische Projekt, das allein aufgrund einer Aktualisierung der in Artikel 3 genannten Liste strategischer Rohstoffe nicht mehr als strategisches Projekt gilt, gilt noch zwei Jahre lang nach der in Unterabsatz 1 dieses Absatzes genannten Entscheidung über die Aufhebung als strategisches Projekt.

(9) Projekte, die nicht mehr als strategische Projekte anerkannt sind, verlieren alle mit diesem Status verbundenen Rechte im Rahmen dieser Verordnung.

Artikel 7

Durchführung strategischer Projekte

(1) Es wird davon ausgegangen, dass strategische Projekte ***im Einklang mit den in Artikel 1 dieser Verordnung festgelegten Zielen*** einen Beitrag zur Sicherung der Versorgung mit strategischen Rohstoffen in der Union leisten.

(2) In Bezug auf die Umweltauswirkungen, auf die in Artikel 6 Absatz 4 und Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe c der Richtlinie 92/43/EWG, Artikel 4 Absatz 7 der Richtlinie 2000/60/EG und Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2009/147/EG Bezug genommen wird, gelten strategische Projekte in der Union als Projekte von öffentlichem Interesse oder dienen der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit und können als Projekte mit überwiegendem öffentlichen Interesse angesehen werden, sofern alle in diesen Richtlinien festgelegten Bedingungen erfüllt sind.

(3) Der Mitgliedstaat, dessen Hoheitsgebiet von einem strategischen Projekt betroffen ist, ergreift ***zusammen mit den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften*** Maßnahmen, um zu dessen fristgerechter und wirksamer Durchführung beizutragen.

(4) Der Ausschuss erörtert regelmäßig die Durchführung der strategischen Projekte und erforderlichenfalls Maßnahmen, die der Projektträger oder der Mitgliedstaat, dessen Hoheitsgebiet von einem strategischen Projekt betroffen ist, ergreifen könnte, um die Durchführung ***und erfolgreiche Ausführung der*** strategischen Projekte weiter zu erleichtern.

(5) Der Projektträger legt der ***Kommission*** alle zwei Jahre nach dem Datum der Anerkennung als strategisches Projekt einen Bericht vor, der mindestens Folgendes enthält:

a) die Fortschritte bei der Durchführung des Projekts, insbesondere im Hinblick auf das Genehmigungsverfahren;

(b) die etwaigen Gründe für Verzögerungen gegenüber dem Zeitplan gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c und einen Plan zur Überwindung dieser Verzögerungen;

(c) die Fortschritte bei der Finanzierung des Projekts, einschließlich Informationen über die finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln.

Die Kommission legt dem Ausschuss eine Kopie des Berichts vor, um die in Absatz 4 genannte Erörterung zu erleichtern.

(6) Der Ausschuss kann von den Projektträgern jederzeit zusätzliche Informationen anfordern, die für die Durchführung des strategischen Projekts relevant sind.

(7) Der Projektträger teilt der Kommission Folgendes mit:

a) Änderungen, ***die Hindernisse dafür darstellen, dass das Projekt*** die in Artikel 5 Absatz 1 genannten Kriterien ***erfüllt***;

b) dauerhafte Änderungen der Kontrolle über die am Projekt beteiligten Unternehmen gegenüber den in Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e genannten Informationen.

(8) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, Durchführungsrechtsakte zur Festlegung einer Vorlage zu erlassen, die von den Projektträgern für die in Absatz 5 genannten Berichte zu verwenden ist. In der Vorlage kann angegeben werden, wie die in Absatz 5 genannten Informationen auszudrücken sind. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 37 Absatz 2 genannten Beratungsverfahren erlassen.

Diese Durchführungsrechtsakte enthalten eine einheitliche Vorlage, die alle für den Bericht erforderlichen Informationen abdeckt. Der Umfang der Angaben, die zum Ausfüllen der einheitlichen Vorlage erforderlich sind, muss angemessen sein.

(9) Der Projektträger richtet ***eine Unternehmenswebsite oder*** eine spezielle Projektwebsite ein und aktualisiert sie regelmäßig mit einschlägigen Informationen über das strategische Projekt, ***die für die lokale Bevölkerung relevant sind und mit denen die öffentliche Akzeptanz gefördert wird,*** einschließlich Informationen über die ökologischen ***und*** sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen und Vorteile des strategischen Projekts. Die Website muss für die Öffentlichkeit frei zugänglich und in einer oder mehreren Sprachen verfügbar sein, die von der örtlichen Bevölkerung leicht verstanden werden können.

ABSCHNITT 2

GENEHMIGUNGSVERFAHREN

Artikel 8

Einzige Anlaufstelle

(1) Bis zum [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: drei Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung] benennen die Mitgliedstaaten eine zuständige nationale Behörde, die für die Vereinfachung, Koordinierung ***und Straffung*** des Genehmigungsverfahrens für Projekte im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen zuständig ist und Informationen über die in Artikel 17 genannten Elemente bereitstellt. ***Die benannte zuständige Behörde kann die Stellungnahmen der anderen zuständigen Behörden einholen und diese zuständigen Behörden einbeziehen, ohne dass dadurch die zügige Bearbeitung der Verfahren beeinträchtigt werden darf.***

(2) Die in Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde ist die einzige Anlaufstelle für den Projektträger im Genehmigungsverfahren, das zu einer umfassenden Entscheidung über ein bestimmtes Projekt im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen führt, und koordiniert die Einreichung aller einschlägigen Unterlagen und Informationen. ***Sie stellt sicher, dass alle Fragen im Zusammenhang mit Genehmigungsverfahren für kritische Rohstoffprojekte zeitnah bearbeitet werden.***

Die einzigen Anlaufstellen betrauen einen Sachbearbeiter mit den Projekten im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen, denen der Status eines strategischen Projekts zuerkannt wurde. Der Sachbearbeiter fungiert als einfache Anlaufstelle und unterstützt den Projektträger bei der Bewältigung aller Verwaltungsangelegenheiten. Der Sachbearbeiter kann in Bezug auf die verschiedenen nationalen Strukturen der einzigen Anlaufstelle auch Teil einer anderen Behörde sein.

(3) Die Zuständigkeiten der zuständigen nationalen Behörde gemäß Absatz 1 oder die damit verbundenen Aufgaben können für jedes Projekt im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen einer anderen Behörde übertragen oder von einer anderen Behörde wahrgenommen werden, sofern

a) die in Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde den Projektträger über diese Übertragung unterrichtet,

b) für jedes Projekt im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen eine einzige Behörde zuständig ist,

c) die Behörde die Vorlage aller relevanten Unterlagen und Informationen koordiniert,

ca) die in Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde sicherstellt, dass es durch die Übertragung von Aufgaben nicht zu Verzögerungen kommt.

(4) Die Projektträger haben die Möglichkeit, alle für das Genehmigungsverfahren relevanten Unterlagen in elektronischer Form einzureichen.

(5) Die in Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde berücksichtigt alle für ein bestimmtes Projekt im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen durchgeführten gültigen Studien und erteilten Genehmigungen oder Zulassungen, bevor das Projekt in das Genehmigungsverfahren gemäß diesem Artikel eintritt, und verlangt keine doppelten Studien und Genehmigungen oder Zulassungen, es sei denn, das Unionsrecht schreibt etwas anderes vor.

(6) Die in Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde stellt sicher, dass Antragsteller leichten Zugang zu Informationen und einfachen Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Genehmigungsverfahren und der Erteilung von Genehmigungen für Projekte im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen haben, einschließlich etwaiger alternativer Streitbeilegungsmechanismen.

(7) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die in Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde ***oder jede Behörde, der gemäß Absatz 3 Aufgaben übertragen wurden,*** über ausreichend qualifiziertes Personal und ausreichende finanzielle, technische und technologische Ressourcen, auch für die berufliche Weiterbildung und Neuqualifizierung, verfügt, damit sie ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung wirksam wahrnehmen kann.

Verfügt ein Mitgliedstaat anfangs nicht über die Mittel, um die in diesem Absatz genannten Anforderungen im Hinblick auf technische Ressourcen zu erfüllen, so unterstützt die Kommission ihn mit Ressourcen, die ihm dabei helfen, diese Anforderungen zu erfüllen.

(8) Der Ausschuss

a) erörtert regelmäßig die Umsetzung dieses Abschnitts und informiert über bewährte Verfahren, um das Genehmigungsverfahren für Projekte im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen zu beschleunigen und ***die Beteiligung und Konsultation*** der Öffentlichkeit ***in Bezug auf diese Projekte*** zu verbessern,

b) schlägt der Kommission, wenn er es für sinnvoll hält, Leitlinien für die Umsetzung dieses Abschnitts vor, die von den in Absatz 1 genannten zuständigen nationalen Behörden zu berücksichtigen sind.

Artikel 9

Prioritätsstatus strategischer Projekte

(1) Damit die Verwaltung die mit den strategischen Projekten in der Union verbundenen Genehmigungsverfahren tatsächlich effizient bearbeitet, stellen die Projektträger und alle betroffenen Behörden, ***einschließlich der in Artikel 8 Absätze 1 und 3 genannten nationalen Behörden,*** sicher, dass diese Verfahren***, einschließlich des Kontakts zwischen dem Projektträger und einer Behörde vor der offiziellen Einreichung und Vervollständigung des Antrags,*** so zügig wie möglich nach dem nationalen Recht und dem Recht der Union bearbeitet werden.

(2) Unbeschadet der im Unionsrecht vorgesehenen Verpflichtungen erhalten strategische Projekte in der Union den Status der höchstmöglichen nationalen Bedeutung, sofern ein solcher Status im nationalen Recht vorgesehen ist, und werden in den Genehmigungsverfahren entsprechend behandelt***, einschließlich Bau-, Chemie- und Netzanschlussgenehmigungen sowie Umweltverträglichkeitsprüfungen und -genehmigungen, sofern sie erforderlich sind, und einschließlich aller Verwaltungsanträge und -verfahren***.

(3) Alle Streitbeilegungsverfahren, Rechtsstreitigkeiten, Beschwerden und Rechtsbehelfe im Zusammenhang mit dem Genehmigungsverfahren und der Erteilung von Genehmigungen für strategische Projekte in der Union vor nationalen Gerichten, Gerichtshöfen, anderen Gremien, einschließlich Mediation oder Schiedsverfahren, sofern sie im nationalen Recht vorgesehen sind, werden als dringlich behandelt, falls und soweit das nationale Recht entsprechende Dringlichkeitsverfahren vorsieht und sofern die normalerweise geltenden Verteidigungsrechte von Einzelpersonen ***und von*** lokalen Gemeinschaften ***streng*** geachtet werden. Die Projektträger strategischer Projekte nehmen an einem solchen etwaigen Dringlichkeitsverfahren teil.

Artikel 10

Dauer des Genehmigungsverfahrens

(1) Bei strategischen Projekten in der Union darf das Genehmigungsverfahren nicht länger dauern als

a) 24 Monate für strategische Projekte im Bereich Gewinnung, ***mit Ausnahme strategischer Projekte, die sich ausschließlich auf mineralische Abfälle beziehen; bei diesen Projekten darf das Genehmigungsverfahren nicht länger als 18 Monate dauern,***

b) 12 Monate für strategische Projekte, die nur Verarbeitung oder Recycling betreffen.

(2) Bei strategischen Projekten in der Union, die in das Genehmigungsverfahren eingetreten sind, bevor ihnen der Status eines strategischen Projekts zuerkannt wurde, ***und bei Erweiterungen von strategischen Projekten, die bereits genehmigt wurden,*** dürfen die verbleibenden Schritte des Genehmigungsverfahrens nach der Zuerkennung des strategischen Status abweichend von Absatz 1 nicht länger dauern als

a) 21 Monate für strategische Projekte im Bereich Gewinnung, ***mit Ausnahme strategischer Projekte, die sich ausschließlich auf mineralische Abfälle beziehen; bei diesen Projekten darf das Genehmigungsverfahren nicht länger als 15 Monate dauern,***

b) 9 Monate für strategische Projekte, die nur Verarbeitung oder Recycling betreffen.

(3) In Ausnahmefällen, wenn die Art, die Komplexität, der Standort oder der Umfang des vorgeschlagenen Projekts dies erfordern, kann die in Artikel 8 Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde die in Absatz 1 Buchstabe a und Absatz 2 Buchstabe a genannten Fristen im Einzelfall um höchstens drei Monate und die in Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 Buchstabe b genannten Fristen um höchstens einen Monat verlängern. In diesem Fall teilt die in Artikel 8 Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde dem Projektträger die Gründe für die Verlängerung und den Zeitpunkt, zu dem die umfassende Entscheidung zu erwarten ist, schriftlich mit.

(4) Bei strategischen Projekten, die ***keine Bergbautätigkeiten*** betreffen, führt das Fehlen einer umfassenden Entscheidung der in Artikel 8 Absatz 1 ***dieser Verordnung*** genannten zuständigen nationalen Behörde innerhalb der in den Absätzen 1 und 2 ***dieses Artikels*** genannten geltenden Fristen dazu, dass der betreffende Genehmigungsantrag als genehmigt gilt, außer in den Fällen, in denen für das betreffende Projekt eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß der Richtlinie 92/43/EWG des Rates oder den Richtlinien 2000/60/EG, 2008/98/EG, 2009/147/EG, 2010/75/EU, 2011/92/EU oder 2012/18/EU erforderlich ist. ***Abweichend von Artikel 4 Absatz 6 der Richtlinie 2011/92/EU sind die Feststellung***, ob eine solche Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, und die entsprechenden Prüfungen ***innerhalb von 30 Tagen zu treffen bzw. durchzuführen und dem Projektträger mitzuteilen.*** **[Abänd. 4]**

(5) Spätestens einen Monat nach Eingang eines Genehmigungsantrags für ein strategisches Projekt validiert die in Artikel 8 Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde den Antrag oder fordert, wenn nicht alle für die Bearbeitung eines Antrags erforderlichen Informationen übermittelt wurden, den Projektträger auf, innerhalb von ***30*** Tagen nach dieser Aufforderung einen vollständigen Antrag zu stellen***, und gibt dabei an, welche Informationen fehlen***.

Der Zeitpunkt, zu dem die in Artikel 8 Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde die Gültigkeit des Antrags bestätigt, gilt als Beginn des Genehmigungsverfahrens.

(6) Spätestens einen Monat nach Bestätigung der Gültigkeit des Genehmigungsantrags erstellt die in Artikel 8 Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde in enger Zusammenarbeit mit dem Projektträger und anderen betroffenen Behörden einen detaillierten Zeitplan für das Genehmigungsverfahren. Der Zeitplan wird vom Projektträger auf der in Artikel 7 Absatz ***9*** genannten Website veröffentlicht.

(7) Die in diesem Artikel vorgesehenen Fristen berühren weder die aus Unions- und Völkerrecht resultierenden Verpflichtungen noch die Rechtsbehelfsverfahren vor Verwaltungsbehörden und die für ein Verfahren vor einem Gericht vorgesehenen Rechtsbehelfe.

Die in diesem Artikel für jedes Genehmigungsverfahren festgelegten Fristen lassen von den Mitgliedstaaten festgelegte kürzere Fristen unberührt.

Artikel 11

Umweltprüfungen und Genehmigungen

(1) Ist für ein strategisches Projekt eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß den Artikeln 5 bis 9 der Richtlinie 2011/92/EU durchzuführen, so ersucht der betreffende Projektträger die in Artikel 8 Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde ***spätestens 30 Tage nach der Bekanntgabe der Anerkennung als strategisches Projekt*** um eine Stellungnahme zu Umfang und Detaillierungsgrad der Informationen, die in den Bericht über die Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß Artikel 5 Absatz 1 der genannten Richtlinie aufzunehmen sind.

Die in Artikel 8 Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde stellt sicher, dass die in Unterabsatz 1 genannte Stellungnahme so bald wie möglich und innerhalb einer Frist von höchstens ***20*** Tagen ab dem Datum, an dem der Projektträger seinen Antrag eingereicht hat, abgegeben wird. ***Die zuständige nationale Behörde ist bestrebt, das Verfahren zu straffen und den Projektträger durch das Verfahren zu leiten.***

Die Kommission veröffentlicht gemeinsame Leitlinien für die zuständigen nationalen Behörden gemäß diesem Absatz.

(2) Bei strategischen Projekten, bei denen sich die Verpflichtung zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen gleichzeitig aus der Richtlinie 92/43/EWG des Rates, den Richtlinien 2000/60/EG, 2008/98/EG, 2009/147/EG, 2010/75/EU, 2011/92/EU oder 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ergibt, stellt die in Artikel 8 Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde sicher, dass ein koordiniertes oder gemeinsames Verfahren angewandt wird, bei dem ***alle*** Anforderungen dieser Rechtsvorschriften der Union erfüllt werden***, je nachdem, für welches Verfahren sich der Projektträger entscheidet***.

Im Rahmen des koordinierten Verfahrens gemäß Unterabsatz 1 koordiniert ***und strafft*** die in Artikel 8 Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde die verschiedenen Einzelprüfungen der Umweltauswirkungen eines bestimmten Projekts, die in den einschlägigen Rechtsvorschriften der Union vorgeschrieben sind.

Im Rahmen des in Unterabsatz 1 genannten gemeinsamen Verfahrens sieht die in Artikel 8 Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde eine einzige Umweltverträglichkeitsprüfung für ein bestimmtes Projekt vor, die in den einschlägigen Rechtsvorschriften der Union vorgeschrieben ist.

(3) Die in Artikel 8 Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde stellt sicher, dass die betreffenden Behörden die begründete Schlussfolgerung gemäß Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe g Ziffer iv der Richtlinie 2011/92/EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei einem strategischen Projekt innerhalb von ***80 Tagen*** nach Eingang aller gemäß den Artikeln 5, 6 und 7 der genannten Richtlinie eingeholten erforderlichen Informationen und nach Abschluss der in den Artikeln 6 und 7 der genannten Richtlinie genannten Konsultationen vorlegen.

(3a) In Ausnahmefällen, wenn die Art, die Komplexität, der Standort oder der Umfang des vorgeschlagenen Projekts dies erfordern, kann die in Artikel 8 Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde die in Absatz 3 dieses Artikels genannte Frist vor ihrem Ablauf und auf Einzelfallbasis um maximal 30 Tage verlängern. In diesem Fall teilt die in Artikel 8 Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde dem Projektträger die Gründe für die Verlängerung und den Zeitpunkt, zu dem die begründete Schlussfolgerung zu erwarten ist, schriftlich mit.

(4) Der Zeitrahmen für die Anhörung der betroffenen Öffentlichkeit zu dem in Artikel 5 Absatz 1 der Richtlinie 2011/92/EU genannten Bericht über die Umweltverträglichkeitsprüfung beträgt bei strategischen Projekten nicht mehr als ***80 und nicht weniger als 40*** Tage.

(4a) Bei strategischen Projekten kann der Projektträger, wenn die in Artikel 8 Absatz 1 genannte zuständige Behörde innerhalb der in Absatz 3 des vorliegenden Artikels genannten Fristen keine begründete Schlussfolgerung vorlegt, vor dem zuständigen Gericht Klage erheben, was zu Geldbußen oder einer einstweiligen Verfügung führen kann.

(5) Absatz 1 dieses Artikels gilt nicht für das Genehmigungsverfahren für strategische Projekte, die vor der Gewährung des Status eines strategischen Projekts in das Genehmigungsverfahren eingetreten sind.

Die Absätze 2 bis 4 dieses Artikels gelten für das Genehmigungsverfahren für strategische Projekte, die vor der Zuerkennung des Status eines strategischen Projekts in das Genehmigungsverfahren eingetreten sind, nur insoweit, als die in diesen Absätzen genannten Schritte noch nicht abgeschlossen sind.

Artikel 12

Planung

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die nationalen, regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, die für die Ausarbeitung der Pläne, einschließlich der Flächenwidmungs-, Raumordnungs- und Landnutzungspläne, zuständig sind, erforderlichenfalls ***in enger Zusammenarbeit*** Bestimmungen für die Entwicklung von Projekten im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen in diese Pläne aufnehmen. Vorrang haben künstliche und bebaute Flächen, Industriegelände, Brachflächen, ***aktive oder stillgelegte Bergwerke*** und etwaige ***Mineralvorkommen, die im Rahmen einer geologischen Untersuchung eines Mitgliedstaats überprüft wurden***.

(2) Werden Pläne, die Bestimmungen für die Entwicklung von Projekten im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen enthalten, einer Prüfung gemäß der Richtlinie 2001/42/EG und gemäß Artikel 6 der Richtlinie 92/43/EWG unterzogen, so werden diese Prüfungen kombiniert. Bei dieser kombinierten Prüfung werden auch die Auswirkungen auf etwaige potenziell betroffene Wasserkörper untersucht und wird überprüft, ob der Plan zu einer Verschlechterung des Zustands oder des Potenzials gemäß Artikel 4 der Richtlinie 2000/60/EG führen oder möglicherweise verhindern würde, dass ein Wasserkörper einen guten Zustand oder ein gutes Potenzial erreicht. Sind die betreffenden Mitgliedstaaten verpflichtet, die Auswirkungen bestehender und künftiger Tätigkeiten auf die Meeresumwelt, einschließlich Wechselwirkungen zwischen Land und Meer, gemäß Artikel 4 der Richtlinie 2014/89/EU zu prüfen, so werden diese Auswirkungen ebenfalls von der kombinierten Prüfung erfasst***, wobei die gleichen Qualitätsstandards beibehalten werden. Ist eine Prüfung im Rahmen von Artikel 4 der Richtlinie 2000/60/EG oder Artikel 4 der Richtlinie 2014/89/EU gemäß diesem Artikel erforderlich, so wird sie so durchgeführt, dass sie nicht zu einer Verlängerung der in Artikel 10 Absätze 1 und 2 und Artikel 11 Absatz 3 dieser Verordnung genannten Fristen führt.***

Artikel 13

Anwendbarkeit der UNECE-Übereinkommen

(1) Die Bestimmungen dieser Verordnung lassen die Verpflichtungen aus ***dem*** am 25. Juni 1998 in Aarhus unterzeichneten Übereinkommen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten und das am 25. Februar 1991 in Espoo unterzeichnete UNECE-Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen unberührt.

(2) Alle gemäß diesem Abschnitt gefassten Beschlüsse werden der Öffentlichkeit ***auf leicht verständliche Weise*** zugänglich gemacht***, und alle Beschlüsse im Zusammenhang mit einem Projekt müssen auf derselben Website verfügbar sein***.

ABSCHNITT 3

GRUNDLEGENDE VORAUSSETZUNGEN

Artikel 14

Beschleunigung der Durchführung

(1) Die Kommission und die Mitgliedstaaten ***sowie die betroffenen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften*** ergreifen Maßnahmen, um private Investitionen in strategische Projekte zu beschleunigen und zu ***erleichtern***. ***Um eine kohärente Versorgung in der Union sicherzustellen, erwägen die Mitgliedstaaten im Einklang mit*** Artikel 107 und 108 AEUV die Bereitstellung und Koordinierung von Unterstützung für strategische Projekte, die Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzmitteln haben***, sowie für Start-up-Unternehmen, die auf bestimmten Stufen der Wertschöpfungskette tätig sind, um die Entwicklung zu unterstützen und ein innovatives Ökosystem und ein breites Spektrum an Technologien in diesem Bereich zu fördern***. ***Die Kommission und die Mitgliedstaaten sehen von Maßnahmen ab, mit denen private Investitionen verdrängt werden.***

(2) ***Die Kommission und*** die Mitgliedstaaten***, einschließlich regionaler und lokaler Gebietskörperschaften, unterstützen etwaige*** strategische Projekte administrativ , um deren rasche und wirksame Durchführung zu erleichtern, indem sie unter anderem Folgendes bereitstellen:

a) Unterstützung bei der Sicherstellung der Einhaltung der geltenden Verwaltungs- und Berichtspflichten;

b) Unterstützung der Projektträger, um die ***zeitnahe Beteiligung*** der Öffentlichkeit ***an dem Projekt und deren Konsultation in Bezug auf das Projekt*** weiter zu erhöhen***, unter anderem indem die Empfehlungen und bewährten Verfahren des Ausschusses bei Bedarf angewendet werden***;

ba) aktuelle Informationen über vorhersehbare und ad hoc eintretende administrative Verzögerungen für die Projektträger in Bezug auf das Genehmigungsverfahren und deren Gründe, wobei eine regelmäßige, zeitnahe und klare Kommunikation sichergestellt wird;

bb) die rohstoffspezifischen Seed-Finanzierungsprogramme, die sich aus den Akademien für eine klimaneutrale Industrie ergeben, auf die in [Amt für Veröffentlichungen: bitte Verweis auf das Netto-Null-Industrie-Gesetz einfügen] verwiesen wird.

(2a) Die Kommission kann den Mitgliedstaaten Stellungnahmen zur Abstimmung der nationalen Umsetzung mit den Zielen gemäß Artikel 1 Absatz 2 übermitteln.

Artikel 15

Koordinierung der Finanzierung

(1) Die in Artikel 35 Absatz 6 Buchstabe a genannte ständige Untergruppe erörtert und berät auf Antrag eines Projektträgers eines strategischen Projekts, wie die Finanzierung seines Projekts abgeschlossen werden kann***, und spricht Empfehlungen zu künftigen Ressourcen und Finanzierungsinstrumenten aus,*** wobei sie die bereits gesicherte Finanzierung berücksichtigt und mindestens den folgenden Elementen Rechnung trägt:

a) zusätzlichen privaten Finanzierungsquellen ***sowie der Unterstützung aus Mitteln der Europäischen Investitionsbank-Gruppe oder anderer internationaler Finanzinstitutionen, einschließlich der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Global-Gateway-Initiative für strategische Projekte außerhalb der Union***;

b) bestehenden Instrumenten und Programmen der Mitgliedstaaten, auch von ***Exportkreditagenturen sowie*** nationalen Förderbanken und -instituten;

c) einschlägigen Förder- und Finanzierungsprogrammen der Union.

(1a) Bis zum … [18 Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung] und danach jährlich übermittelt die Kommission mit Unterstützung der in Artikel 35 Absatz 6 Buchstabe a genannten ständigen Untergruppe dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission einen Bericht. In dem Bericht werden Hindernisse beim Zugang zu Finanzmitteln und Empfehlungen zur Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln für strategische Projekte unter Einbeziehung der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung beschrieben.

Artikel 16

Erleichterung von Abnahmevereinbarungen

(1) Die Kommission richtet ein System ein, das den Abschluss von Abnahmevereinbarungen im Zusammenhang mit strategischen Projekten im Einklang mit den Wettbewerbsregeln erleichtert.

(2) Das in Absatz 1 genannte System muss es potenziellen Abnehmern ermöglichen, Gebote abzugeben, in denen Folgendes angegeben wird:

a) Menge und Qualität der strategischen Rohstoffe, die sie kaufen wollen,

b) der beabsichtigte Preis oder die beabsichtigte Preisspanne,

c) die vorgesehene Laufzeit des Abnahmevertrags.

(3) Das in Absatz 1 genannte System muss es den Projektträgern strategischer Projekte ermöglichen, Angebote abzugeben, in denen Folgendes angegeben wird:

a) Menge und Qualität der strategischen Rohstoffe, für die sie Abnahmevereinbarungen schließen wollen,

b) der beabsichtigte Preis oder die Preisspanne, zu dem sie bereit sind, zu verkaufen,

c) die vorgesehene Laufzeit des Abnahmevertrags.

(4) Auf der Grundlage der gemäß den Absätzen 2 und 3 eingegangenen Gebote und Angebote bringt die Kommission die Projektträger strategischer Projekte mit den für ihr Projekt infrage kommenden potenziellen Abnehmern in Kontakt.

(4a) Das System ist für Projektträger zugänglich, wenn ein strategisches Projekt noch nicht genehmigt wurde, es jedoch eine fortgeschrittene Stufe bei der Beantragung einer Genehmigung durch die in Artikel 8 Absatz 1 genannte zuständige nationale Behörde erreicht hat.

Artikel 17

Online-Zugänglichkeit von Verwaltungsinformationen

(1) Die Mitgliedstaaten stellen die folgenden Informationen über Verwaltungsverfahren, die für Projekte im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen relevant sind, online und auf zentralisierte und leicht zugängliche Weise zur Verfügung:

a) das Genehmigungsverfahren ***und die damit verbundenen Verwaltungsverfahren, die für die Erteilung der Genehmigung erforderlich sind***,

b) Finanzierungs- und Investitionsdienstleistungen,

c) Finanzierungsmöglichkeiten auf der Ebene der Union oder der Mitgliedstaaten,

d) Dienstleistungen zur Unterstützung von Unternehmen, darunter u. a. Körperschaftsteuererklärungen, lokale Steuergesetze und Arbeitsrecht.

(1a) Die Kommission stellt auf zentralisierte und leicht zugängliche Weise Informationen zu Verwaltungsverfahren online bereit, die erforderlich sind, um den Status eines strategischen Projekts zu erhalten.

ABSCHNITT 4

EXPLORATION

Artikel 18

Nationale Explorationsprogramme

(1) Jeder Mitgliedstaat erstellt ein nationales Programm für die allgemeine Exploration kritischer Rohstoffe. Jeder Mitgliedstaat erstellt das erste dieser Programme bis zum [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung]. Die nationalen Programme werden ▌ alle ***fünf*** Jahre überprüft und ***digital*** aktualisiert, ***wobei Daten aus anderen Explorationsvorhaben für die Veröffentlichung einbezogen werden***.

(2) Die in Absatz 1 genannten nationalen Explorationsprogramme umfassen Maßnahmen zur Verbesserung der verfügbaren Informationen über das Vorkommen kritischer Rohstoffe in der Union, einschließlich tiefliegender Erzlagerstätten. Sie umfassen je nach Sachlage folgende Maßnahmen:

a) Kartierung von Mineralien in geeigneter Größenordnung***, einschließlich des Potenzials bestehender Ablagerungen***,

b) geochemische Kampagnen, unter anderem zur Ermittlung der chemischen Zusammensetzung von Böden, Sedimenten und Felsen,

c) geowissenschaftliche Erhebungen, z. B. geophysikalische Erhebungen,

d) Verarbeitung der im Rahmen der allgemeinen Exploration gesammelten Daten, einschließlich der Erstellung von prädiktiven Karten,

e) Neuauswertung vorhandener geowissenschaftlicher Erhebungsdaten, um nicht ermittelte Mineralvorkommen, die kritische Rohstoffe enthalten, ***und Trägermetalle, die kritische Rohstoffe enthalten können,*** zu überprüfen.

(3) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission ihre ***Entwürfe der*** nationalen Programme gemäß Absatz 1 mit. ***Die Kommission kann eine Stellungnahme hinsichtlich des Umfangs und des Formats ihrer Explorationsprogramme abgeben, um ein einheitliches Vorgehen der Union sicherzustellen. Die Kommission kann die Mitgliedstaaten auch mit technischen, digitalen und technologischen Ressourcen bei der Aufstellung und Durchführung ihrer nationalen Explorationsprogramme unterstützen.***

Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission die endgültigen nationalen Programme gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels. Die Kommission leitet diese Programme dann an den Ausschuss weiter, damit sie in der in Artikel 35 Absatz 6 Buchstabe e genannten Untergruppe erörtert werden können.

(4) Die Mitgliedstaaten übermitteln im Rahmen des in Artikel 43 genannten Berichts Informationen über die Fortschritte bei der Durchführung der in ihren nationalen Programmen vorgesehenen Maßnahmen.

(5) Die Mitgliedstaaten machen die ***aktualisierten*** Informationen über ihre Mineralvorkommen, die kritische Rohstoffe enthalten, die im Rahmen der Maßnahmen der in Absatz 1 genannten nationalen Programme gesammelt wurden, ***auf begründeten Antrag von Wissenschaftlern, zuständigen nationalen Behörden, Stellen der Union oder nationalen, regionalen und lokalen Stellen, nationalen geologischen Instituten oder Erhebungen*** zugänglich. Diese Informationen umfassen die Einstufung der etwaigen ermittelten Vorkommen anhand der Rahmenklassifikation der Vereinten Nationen für Ressourcen.

Der Kommission wird die Befugnis übertragen, Durchführungsrechtsakte zur Festlegung einer Vorlage für die Bereitstellung der in Unterabsatz 1 genannten Informationen zu erlassen. In der Vorlage kann angegeben werden, wie die in Unterabsatz 1 genannten Informationen auszudrücken sind. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 37 Absatz 2 genannten Beratungsverfahren erlassen.

(6) Unter Berücksichtigung der bestehenden Zusammenarbeit bei der allgemeinen Exploration erörtert die in Artikel 35 Absatz 6 Buchstabe b genannte ständige Untergruppe die in Absatz 1 genannten nationalen Programme und deren Durchführung, wobei sie zumindest Folgendes berücksichtigt:

a) das Potenzial für eine Zusammenarbeit, auch bei der Exploration grenzüberschreitender Mineralvorkommen und gemeinsamer geologischer Formationen,

b) bewährte Verfahren im Zusammenhang mit den in Absatz 2 aufgeführten Maßnahmen,

c) die ***Einbindung*** der Ergebnisse der in Absatz 1 genannten nationalen Programme ***in die in der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates*** [26] ***genannte Geodateninfrastruktur und die Bereitstellung dieser Geodateninfrastruktur für alle zuständigen nationalen Behörden, um den Datenaustausch zu verbessern***.

(6a) Die Mitgliedstaaten fördern die technologische Reife von Explorationstechnologien für tiefe und komplexe Lagerstätten kritischer Rohstoffe zumindest durch die Aufnahme entsprechender Fördermaßnahmen in nationale Forschungs- und Innovationsprogramme, wobei die Auswirkungen dieser Technologien auf die Umwelt minimiert werden.

---

[26] Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE) (ABl. L 108 vom 25.4.2007, S. 1).

Kapitel 4

Risikoüberwachung und -minderung

Artikel 19

Überwachung und Stresstests

(1) Die Kommission überwacht das Versorgungsrisiko im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen. Diese Überwachung erstreckt sich mindestens auf die Entwicklung der folgenden Parameter:

a) Handelsströme,

b) Angebot und Nachfrage,

c) Bündelung des Angebots,

d) Erzeugung und Erzeugungskapazitäten der Union und weltweit auf verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette,

da) Preisvolatilität,

db) Genehmigungsengpässe,

dc) Recyclingkapazitäten für strategische Rohstoffe in der Union und weltweit,

dd) geopolitische Entwicklungen, Menschenrechtskrisen und Sicherheitsherausforderungen für die Union.

(2) Die nationalen Behörden, die an der in Artikel 35 Absatz 6 Buchstabe c genannten ständigen Untergruppe teilnehmen, unterstützen die Kommission bei der in Absatz 1 genannten Überwachung, indem sie

a) alle ihnen vorliegenden Informationen über die Entwicklung der in Absatz 1 aufgeführten Parameter, einschließlich der in Artikel 20 genannten Informationen, austauschen,

b) in Abstimmung mit der Kommission und den anderen teilnehmenden Behörden ***unbeschadet des geltenden Wettbewerbs- und Kartellrechts*** Informationen über die Entwicklung der in Absatz 1 aufgeführten Parameter, einschließlich der in Artikel 20 genannten Informationen, zusammentragen,

c) die Versorgungsrisiken für kritische Rohstoffe unter Berücksichtigung der Entwicklung der in Absatz 1 genannten Parameter analysieren.

(3) Die Kommission stellt in Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden, die an der in Artikel 35 Absatz 6 Buchstabe c genannten ständigen Untergruppe teilnehmen, sicher, dass mindestens alle ***zwei*** Jahre***, oder wenn als Ergebnis der in Absatz 1 genannten Überwachung Versorgungsrisiken festgestellt werden,*** ein Stresstest für die Lieferkette jedes ***kritischen*** Rohstoffs durchgeführt wird. Zu diesem Zweck koordiniert die in Artikel 35 Absatz 6 Buchstabe c genannte ständige Untergruppe die Durchführung von Stresstests für die verschiedenen ***kritischen*** Rohstoffe durch die verschiedenen teilnehmenden Behörden und teilt diese auf.

Die in Unterabsatz 1 genannten Stresstests bestehen aus einer Bewertung der Anfälligkeit der Lieferkette des relevanten ***kritischen*** Rohstoffs in der Union für Versorgungsunterbrechungen, indem die Auswirkungen verschiedener Szenarien, bei deren Eintreten solche Unterbrechungen verursacht werden können, und ihre potenziellen Auswirkungen geschätzt werden, wobei mindestens die folgenden Elemente zu berücksichtigen sind:

a) wo der betreffende Rohstoff gewonnen, verarbeitet oder rezykliert wird,

b) die Kapazitäten der Wirtschaftsakteure entlang der Wertschöpfungskette sowie die Marktstruktur,

c) Faktoren, die sich auf die Versorgung auswirken könnten, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die geopolitische Lage, ***Handelsstreitigkeiten, einschließlich wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen,*** die Logistik, die Energieversorgung, die Arbeitskräfte oder Naturkatastrophen,

d) die Verfügbarkeit ***von*** Bezugsquellen und ***die Möglichkeit, sie rasch zu diversifizieren, Rohstoffe zu ersetzen oder die Nachfrage durch Effizienzsteigerung zu verringern,***

e) die Verwender der relevanten Rohstoffe entlang der Wertschöpfungskette und ihren Anteil an der Nachfrage, unter besonderer Berücksichtigung der Herstellung von Technologien, die für den grünen und den digitalen Wandel relevant sind, sowie von Verteidigungs- und ***Luft- und*** Raumfahrtanwendungen.

(4) Die Kommission macht ***auf begründeten Antrag von Wissenschaftlern, zuständigen nationalen Behörden, Stellen der Union oder geologischen Instituten oder Erhebungen der Mitgliedstaaten Informationen zugänglich, die*** Folgendes ***enthalten***:

a) die verfügbaren Informationen über die Entwicklung der in Absatz 1 genannten Parameter,

b) eine Berechnung des Versorgungsrisikos im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen unter Berücksichtigung der unter Buchstabe a genannten Informationen,

c) die Ergebnisse der in Absatz 3 genannten Stresstests,

d) etwaige Vorschläge für geeignete Abhilfestrategien zur Verringerung des Versorgungsrisikos.

Besteht begründeter Anlass zu der Annahme, dass geopolitische Nachteile entstünden, wenn einem der in Unterabsatz 1 genannten Akteure die in Unterabsatz 1 genannten Informationen bereitgestellt würden, so kann die Kommission sich im Einzelfall weigern, den betreffenden Akteuren diese Informationen bereitzustellen.

(5) Gelangt die Kommission auf der Grundlage der gemäß den Absätzen 1, 2 und 3 eingeholten Informationen zu der Auffassung, dass ein eindeutiger Hinweis auf das Risiko einer Versorgungsunterbrechung besteht, so ***macht*** sie die Mitgliedstaaten, den Ausschuss***, das Europäische Parlament*** und die Verwaltungsgremien der Union ***auf*** Krisenüberwachungs- oder Krisenmanagementmechanismen ***aufmerksam***, deren Anwendungsbereich relevante kritische oder strategische Rohstoffe umfasst.

(5a) Große Unternehmen, die strategische Technologien unter Verwendung strategischer Rohstoffe herstellen, ergreifen geeignete Maßnahmen zum Risikomanagement und zur Risikominderung in Bezug auf ihre Lieferketten für kritische Rohstoffe und teilen sie ihrem Vorstand regelmäßig sowie bei Bedarf ad hoc mit.

Artikel 20

Informationspflichten für die Überwachung

(1) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission im Rahmen des in Artikel 43 genannten Berichts Informationen über alle neuen oder bestehenden Rohstoffprojekte in ihrem Hoheitsgebiet, die für Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe d relevant sind, einschließlich einer Klassifikation neuer Projekte gemäß der Rahmenklassifikation der Vereinten Nationen für Ressourcen.

Der Mitgliedstaat, der die Informationen gemäß Unterabsatz 1 des vorliegenden Absatzes übermittelt, bezieht diese Informationen ausschließlich aus den im Antrag auf Erteilung der Genehmigung vorgelegten Daten. Alle gemäß Unterabsatz 1 dieses Absatzes bereitgestellten Informationen werden im Einklang mit Artikel 44 behandelt.

(2) Die Mitgliedstaaten ermitteln die ***großen*** Unternehmen***, die*** entlang der Wertschöpfungskette für kritische Rohstoffe in ihrem Hoheitsgebiet ***tätig sind,*** und

a) überwachen ihre Tätigkeiten durch regelmäßige und verhältnismäßige Erhebungen, um Informationen zu sammeln, die für die Überwachungsaufgaben gemäß Artikel 19 erforderlich sind, ***wobei große Unternehmen, die gemäß diesem Absatz ermittelt wurden, nur die Informationen übermitteln müssen, die sie im Rahmen bereits vorhandener Überwachungsaufgaben oder Stresstests sammeln, soweit diese Informationen bereits verfügbar sind, und nicht verpflichtetet sind, Daten zu übermitteln, die ein unternehmerisches Risiko umfassen; zudem stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass diese Informationen im Einklang mit Artikel 44 behandelt werden,***

b) legen als Teil des in Artikel 43 genannten Berichts Informationen über die Ergebnisse dieser Erhebungen vor,

c) unterrichten die Kommission unverzüglich über wichtige Ereignisse, die den regelmäßigen Betrieb der wichtigsten Marktteilnehmer behindern könnten.

(3) Die Mitgliedstaaten übermitteln die gemäß Absatz 2 Buchstaben a und b des dieses Artikels erhobenen Daten den nationalen statistischen Stellen und Eurostat für die Zwecke der Erstellung von Statistiken gemäß der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates. Die Mitgliedstaaten benennen die nationale Behörde, die für die Übermittlung der Daten an die nationalen statistischen Ämter und an Eurostat zuständig ist.

(3a) Die Mitgliedstaaten entwickeln nach Konsultation der einschlägigen Interessenträger entlang der Wertschöpfungskette für kritische Rohstoffe eine einheitliche Vorlage, die von großen Unternehmen für die Beantwortung der in Absatz 2 Buchstabe a genannten Erhebungen auszufüllen ist. In der einheitlichen Vorlage kann angegeben werden, wie die in Absatz 2 Buchstabe a genannten Informationen zu formulieren sind. Der Umfang der Angaben, die zum Ausfüllen der einheitlichen Vorlage erforderlich sind, muss angemessen sein.

Artikel 21

Berichterstattung über strategische Vorräte

(1) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission im Rahmen des in Artikel 43 genannten Berichts Informationen über den Stand ihrer strategischen Vorräte an strategischen Rohstoffen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Informationen beziehen sich auf Vorräte, die von allen Behörden, öffentlichen Unternehmen oder Wirtschaftsteilnehmern gehalten werden, die von einem Mitgliedstaat mit der Bildung ***oder Verwaltung*** strategischer Vorräte in seinem Namen beauftragt wurden, und umfassen mindestens eine Beschreibung

a) der Lagerbestände für jeden strategischen Rohstoff, gemessen sowohl in Tonnen als auch als Prozentsatz des jährlichen nationalen Verbrauchs der betreffenden Rohstoffe, sowie die chemische Form und Reinheit der vorrätigen Rohstoffe,

b) der Entwicklung der Vorräte für jeden strategischen Rohstoff in den vorangegangenen fünf Jahren,

c) aller Vorschriften oder Verfahren, die für die Freigabe, Zuteilung und Verteilung strategischer Vorräte gelten.

(3) Der Bericht kann auch Informationen über strategische Vorräte an kritischen und anderen Rohstoffen enthalten.

Artikel 22

***Überwachung* strategischer Vorräte**

(1) Bis zum [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: zwei Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung] und danach alle zwei Jahre übermittelt die Kommission dem Ausschuss ***und dem Europäischen Parlament*** auf der Grundlage der gemäß Artikel 21 Absatz 1 erhaltenen Informationen Folgendes:

a) ***Informationen über den Gesamtbestand*** der Unionsvorräte für jeden strategischen Rohstoff ,

b) Informationen über die potenzielle grenzüberschreitende Zugänglichkeit strategischer Vorräte unter Berücksichtigung der Vorschriften oder Verfahren für ihre Freigabe, Zuteilung und Verteilung.

(2) Die ***in Artikel 35 Absatz 6 Buchstabe d genannte ständige Untergruppe des Ausschusses bestimmt*** ein sicheres Niveau der Unionsvorräte an strategischen Rohstoffen***. Für das sichere Niveau gilt, dass es***

a) als Betrag ausgedrückt wird, der erforderlich ist, um die durchschnittlichen täglichen Nettoeinfuhren an einer gewissen Anzahl an Tagen im Fall einer Versorgungsunterbrechung abzudecken, berechnet auf der Grundlage des Einfuhrvolumens im vorausgegangenen Kalenderjahr,

c) in einem angemessenen Verhältnis zu dem Versorgungsrisiko und der wirtschaftlichen Bedeutung des relevanten strategischen Rohstoffs steht.

(3) Die Kommission ***richtet*** unter Berücksichtigung der Standpunkte des Ausschusses ***erforderlichenfalls*** Stellungnahmen an die Mitgliedstaaten , um

a) den Umfang der strategischen Vorräte unter Berücksichtigung des in Absatz 1 Buchstabe b genannten Vergleichs, der relativen Verteilung der vorhandenen Vorräte auf die Mitgliedstaaten und des Verbrauchs an strategischen Rohstoffen durch die Wirtschaftsteilnehmer in den jeweiligen Gebieten der Mitgliedstaaten zu erhöhen,

b) die Vorschriften oder Verfahren für die Freigabe, Zuteilung und Verteilung strategischer Vorräte zu ändern oder zu koordinieren, um die potenzielle grenzüberschreitende Zugänglichkeit zu verbessern, insbesondere wenn dies für die Produktion strategischer Technologien erforderlich ist.

(4) Bei der Ausarbeitung der in Absatz 3 genannten Stellungnahmen ***legen die Kommission und*** der Ausschuss besonderes Gewicht darauf, dass weiterhin Anreize für private Wirtschaftsteilnehmer, die auf strategische Rohstoffe als Inputs angewiesen sind, geschaffen werden müssen, ihre eigenen Vorräte zu bilden oder andere Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Risiken bei der Versorgung zu bewältigen.

(5) Die Mitgliedstaaten übermitteln im Rahmen des in Artikel 43 genannten Berichts Informationen darüber, ob und wie sie die in Absatz 3 genannten Stellungnahmen umgesetzt haben oder umzusetzen beabsichtigen.

(6) Vor der Teilnahme von mindestens zwei Mitgliedstaaten an internationalen oder multilateralen Foren im Bereich der strategischen Vorräte an strategischen Rohstoffen sorgt die Kommission für eine vorherige Koordinierung entweder zwischen den betreffenden Mitgliedstaaten und der Kommission oder durch eine spezielle Sitzung des Ausschusses.

(7) Die gesammelten Daten über die verfügbaren Unionsvorräte werden von der Kommission an die Verwaltungsgremien der Union weitergeleitet, die für die Krisenüberwachung oder die Krisenmanagementmechanismen für die relevanten strategischen Rohstoffe zuständig sind.

Artikel 24

Gemeinsame Beschaffung

(1) Die Kommission richtet ein System ein und betreibt dieses, um die Nachfrage interessierter Unternehmen mit Sitz in der Union, die strategische Rohstoffe verbrauchen, und Behörden der Mitgliedstaaten, die für strategische Vorräte zuständig sind, zu bündeln, und holt Angebote von Lieferanten ein, um dieser aggregierten Nachfrage gerecht zu werden. Dies gilt sowohl für unverarbeitete als auch für verarbeitete strategische Rohstoffe.

(2) Bei der Einrichtung und dem Betrieb des in Absatz 1 genannten Systems wählt die Kommission unter Berücksichtigung des relativen Versorgungsrisikos verschiedener strategischer Rohstoffe und der ***Möglichkeiten***, auf der Grundlage der gemäß den Artikeln 21 und 22 gesammelten Informationen strategische Vorräte im Zusammenhang mit diesen Rohstoffen aufzubauen, ***die strategischen Rohstoffe und Verarbeitungsstufen*** aus, für ***die*** das System verwendet werden kann.

Die Kommission kann auch Mindestmengen an benötigten Rohstoffen ***unbeschadet der Möglichkeit von KMU*** zur Teilnahme am System unter Berücksichtigung ***des Gesamtbedarfs von KMU,*** der erwarteten Anzahl interessierter Teilnehmer und dem Erfordernis, für eine überschaubare Teilnehmerzahl zu sorgen, festlegen.

(3) Die Teilnahme an dem in Absatz ***1*** genannten System ist für alle interessierten Unternehmen mit Sitz in der Union und für die Behörden der Mitgliedstaaten offen und transparent. Die Teilnahme von Mitgliedstaaten oder nationalen Stellen, die den Richtlinien 2014/24/EU oder 2014/25/EU über die Vergabe öffentlicher Aufträge unterliegen, ist nur in den Fällen möglich, in denen eine solche Beteiligung mit diesen Richtlinien vereinbar ist.

(4) Die Unternehmen aus der Union und die Behörden der Mitgliedstaaten, die an dem in Absatz 1 genannten System teilnehmen, können auf einer transparenten Grundlage gemeinsam die Beschaffung, einschließlich der Preise oder sonstigen Bedingungen der Beschaffungsvereinbarung, aushandeln oder mithilfe der gemeinsamen Beschaffung bessere Bedingungen mit ihren Lieferanten erreichen oder Engpässe verhindern. Die teilnehmenden Unternehmen aus der Union und die Behörden der Mitgliedstaaten halten das Unionsrecht, einschließlich des Wettbewerbsrechts der Union, ein.

(5) Einrichtungen sind von der Teilnahme als Anbieter, an der Bündelung der Nachfrage und an der gemeinsamen Beschaffung oder als Dienstleister ausgeschlossen, wenn sie

a) von den restriktiven Maßnahmen der Union nach Artikel 215 AEUV betroffen sind,

b) direkt oder indirekt im Eigentum oder unter der Kontrolle von natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen stehen, gegen die sich solche restriktiven Maßnahmen der Union richten, oder im Namen oder auf Anweisung solcher natürlichen oder juristischen Personen handeln.

(6) Abweichend von Artikel 176 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 kann die Kommission die erforderlichen Dienstleistungen im Rahmen eines Vergabeverfahrens gemäß der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 bei einer in der Union niedergelassenen Stelle in Auftrag geben, die als Dienstleister für die Einrichtung und den Betrieb des in Absatz 1 genannten Systems fungiert. Der ausgewählte Dienstleister darf sich nicht in einem Interessenkonflikt befinden.

(7) Die Kommission legt in dem Dienstleistungsvertrag die vom Dienstleister zu erfüllenden Aufgaben fest, darunter die Zuweisung der Nachfrage, die Zuweisung von Zugangsrechten für die Versorgung, die Registrierung und Überprüfung aller Teilnehmer, die Veröffentlichung und Berichterstattung über die Tätigkeiten und alle sonstigen Aufgaben, die für die Einrichtung und den Betrieb des Systems erforderlich sind. Der Dienstleistungsvertrag enthält auch die Festlegung der praktischen Aspekte der Tätigkeiten des Dienstleisters, einschließlich der Nutzung des IT-Tools, der Sicherheitsmaßnahmen, der Währung oder der Währungen, der Zahlungsregelungen und der Verbindlichkeiten.

(8) Im Dienstleistungsvertrag mit dem Dienstleister behält sich die Kommission das Recht vor, ihn zu überwachen und zu prüfen. Zu diesem Zweck hat die Kommission uneingeschränkten Zugang zu den Informationen, die sich auf den Dienstleistungsvertrag beziehen. Alle Server und Informationen müssen sich physisch im Gebiet der Union befinden und dort gespeichert werden.

(9) Der Dienstleistungsvertrag mit dem ausgewählten Dienstleister regelt das Eigentum an den vom Dienstleister erhaltenen Informationen und sieht die Möglichkeit der Übermittlung dieser Informationen an die Kommission bei Beendigung oder Auslaufen des Dienstleistungsvertrags vor.

Kapitel 5

Nachhaltigkeit

ABSCHNITT 1

KREISLAUFPRINZIP

Artikel 25

Nationale Maßnahmen zur Kreislaufwirtschaft

(1) Jeder Mitgliedstaat muss bis zum [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: ***24 Monate*** nach Inkrafttreten dieser Verordnung] nationale Programme annehmen und durchführen, die ***grenzüberschreitende Maßnahmen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Europäischen Wirtschaftsraum umfassen können und*** folgende ***geeignete*** Maßnahmen enthalten:

-a) Verringerung des Anstiegs der Nachfrage nach kritischen Rohstoffen, um den in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe db festgelegten Richtwert zu erreichen;

a) Steigerung der Sammlung***, Sortierung und Verarbeitung*** von Abfällen***, Metallschrott und Altprodukten*** mit hohem Potenzial für die Verwertung kritischer Rohstoffe ***sowie für die Wiederverwendung und Reparatur im Einklang mit Artikel 4 der Richtlinie 2008/98/EG*** und Sicherstellung ihrer Einführung in das geeignete Recyclingsystem, um die ***Lebensdauer von Produkten und die*** Verfügbarkeit und Qualität von rezyklierbaren Materialien als Input für Anlagen zur Wiederverwertung kritischer Rohstoffe ***im Einklang mit den Unionsvorschriften, insbesondere in den Bereichen Umwelt und öffentliche Gesundheit,*** zu maximieren;

b) Steigerung der ***Abfallvermeidung,*** Wiederverwendung***, Reparatur, Generalüberholung, Wiederaufarbeitung und Umnutzung*** von Produkten und Bestandteilen mit hohem Potenzial für die Verwertung kritischer Rohstoffe;

c) verstärkter Einsatz kritischer Sekundärrohstoffe***, die anstelle von oder neben kritischen Primärrohstoffen verwendet werden können, einschließlich Rohstoffen aus Metallschrott und Altprodukten, und Förderung der Überholung von Produkten***, gegebenenfalls auch durch Berücksichtigung des Rezyklatanteils bei Vergabekriterien im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge ***oder indem finanzielle Anreize für die Verwendung solcher Rohstoffe in Betracht gezogen werden***;

ca) Steigerung der effizienten Nutzung kritischer Rohstoffe in der gesamten Wertschöpfungskette;

d) Steigerung der technologischen Reife von Recyclingtechnologien für kritische Rohstoffe und Förderung der Materialeffizienz und der Substitution kritischer Rohstoffe in Anwendungen ***unter Berücksichtigung der Leistung und Funktionalität***, zumindest durch die Aufnahme entsprechender Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen nationaler Forschungs- und Innovationsprogramme;

e) Sicherstellung, dass ihre Arbeitskräfte mit den Kompetenzen ausgestattet sind, die erforderlich sind, um das Kreislaufprinzip der Wertschöpfungskette für kritische Rohstoffe zu unterstützen***, indem der Erwerb von Fertigkeiten sowie Weiterqualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen gefördert werden;***

ea) Steigerung der Möglichkeiten zur Verwertung kritischer Rohstoffe aus Produkten durch Änderungen an der Gestaltung dieser Produkte oder durch die Steigerung ihrer Recyclingfähigkeit, zumindest durch die Aufnahme entsprechender Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen nationaler Forschungs- und Innovationsprogramme;

eb) Förderung der Konsolidierung der Programme für Kapazitätsaufbau und Technologietransfer in ihren nationalen Programmen zwecks Förderung eines verantwortungsvollen Recyclings kritischer Minerale in den Erzeugerländern;

ec) Unterstützung der Einführung von Qualitätsstandards für Prozesse des Recyclings von Abfallströmen, die kritische Rohstoffe enthalten, z. B. von Elektronikabfällen, um eine optimale Verwertung von Rohstoffen sicherzustellen.

Die in Unterabsatz 1 genannten nationalen Programme müssen regelmäßig aktualisiert werden, wobei insbesondere zu bewerten ist, ob die gemäß diesem Absatz getroffenen Maßnahmen geeignet sind.

Die Mitgliedstaaten teilen dem gemäß Artikel 34 eingerichteten Europäischen Ausschuss für kritische Rohstoffe relevante Informationen und bewährte Verfahren im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen mit. Soweit möglich, wird nahegelegt, Maßnahmen im Zusammenhang mit der Steigerung der technologischen Reife von Recyclingtechnologien, der Materialeffizienz und der Substitution kritischer Rohstoffe in Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten zu ergreifen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Programme decken insbesondere Produkte und Abfälle ab, für die keine spezifischen Anforderungen an die Sammlung, die Behandlung, das Recycling oder die Wiederverwendung gemäß den Rechtsvorschriften der Union gelten. Bei anderen Produkten und Abfällen werden die Maßnahmen im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften der Union durchgeführt.

In Bezug auf Absatz 1 Buchstaben a und b können die in jenem Absatz genannten Programme unbeschadet der Artikel 107 und 108 AEUV ***und in hinreichend begründeten Fällen*** die Einführung ***wirtschaftlicher Instrumente*** wie Rabatte, monetäre Vergütungen oder Pfandsysteme umfassen, um die Wiederverwendung von Produkten mit hohem Potenzial für die Verwertung kritischer Rohstoffe und die Sammlung von Abfällen aus solchen Produkten zu fördern.

(3) Jeder Mitgliedstaat muss bis zum [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: ***30 Monate*** nach Inkrafttreten dieser Verordnung] Maßnahmen zur Förderung der Verwertung kritischer Rohstoffe aus mineralischen Abfällen annehmen und umsetzen, insbesondere aus stillgelegten Abfallentsorgungseinrichtungen, die in die gemäß Artikel 26 eingerichtete Datenbank aufgenommen wurden, da sie potenziell wirtschaftlich verwertbare kritische Rohstoffe enthalten.

(4) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten nationalen Maßnahmen werden so konzipiert, dass ***Hemmnisse für den internationalen und unionsinternen Handel*** und Wettbewerbsverzerrungen ***auf dem Unionsmarkt*** im Einklang mit dem AEUV verhindert werden.

(5) Bei der Übermittlung der Daten über die Mengen an rezyklierten Elektro- und Elektronik-Altgeräten an die Kommission gemäß Artikel 16 Absatz 6 der Richtlinie 2012/19/EU über Elektro- und Elektronik-Altgeräte weisen die Mitgliedstaaten getrennt ***eine fundierte Schätzung der kritischen Rohstoffe, die in Elektro- und Elektronikgeräten in Verkehr gebracht werden,*** die Mengen der Bestandteile, die relevante Mengen kritischer Rohstoffe enthalten, die aus ***entsprechenden*** Altgeräten entfernt wurden, und die Mengen kritischer Rohstoffe, die aus Elektro- und Elektronik-Altgeräten verwertet wurden, gesondert aus und erstatten Bericht darüber. Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte, in denen das Format und die Einzelheiten dieser Berichterstattung festgelegt werden. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 37 Absatz 3 genannten Prüfverfahren erlassen. Der erste Berichtszeitraum erstreckt sich auf das erste vollständige Kalenderjahr nach dem Erlass dieser Durchführungsrechtsakte.

(5a) Die Kommission überprüft auf der Grundlage der in Absatz 5 dieses Artikels genannten Berichte die Richtlinie 2012/19/EU, um die Durchführbarkeit der Einführung von Zielvorgaben für die Sammlung und Verwertung von kritischen Rohstoffen aus Elektro- und Elektronik-Altgeräten zu prüfen.

(6) Die Mitgliedstaaten übermitteln im Rahmen des in Artikel 43 genannten Berichts Informationen über die Annahme der in Absatz 1 genannten nationalen Programme und über die Fortschritte bei der Durchführung ***und die Auswirkungen*** der gemäß den Absätzen 1 ***bis 3*** getroffenen Maßnahmen ***sowie ihren Beitrag zum Erreichen der in Artikel 1 festgelegten Richtwerte***.

(7) ***Bis zum … [ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung] erlässt*** die Kommission ***gemäß Artikel 36 delegierte Rechtsakte*** zur ***Ergänzung dieser Verordnung durch die*** Festlegung einer Liste von Produkten, Bestandteilen und Abfallströmen, die zumindest als Produkte, Bestandteile und Abfallströme mit ***einem relevanten*** Potenzial für die Verwertung kritischer Rohstoffe im Sinne von Absatz 1 Buchstaben a und b gelten.

Bei der Erstellung dieser Liste berücksichtigt die Kommission

a) die Gesamtmenge kritischer Rohstoffe, die ***potenziell*** aus diesen Produkten, Bestandteilen und Abfallströmen verwertbar sind,

b) inwieweit diese Produkte, Bestandteile und Abfallströme unter das Unionsrecht fallen,

c) Regelungslücken,

d) besondere Herausforderungen im Zusammenhang mit ihrer Sammlung und Abfallbehandlung,

e) die bestehenden Systeme der Abfallsammlung und -behandlung, die für sie gelten.

▌

(7a) Nach Konsultation der betreffenden Interessenträger entwickelt die Kommission spezielle Abfallcodes für Lithium-Ionen-Batterien und zwischenliegende Abfallströme („Schwarzmasse“).

Artikel 26

Verwertung kritischer Rohstoffe aus mineralischen Abfällen

(1) Betreiber, die gemäß Artikel 5 der Richtlinie 2006/21/EG zur Vorlage von Abfallbewirtschaftungsplänen verpflichtet sind, übermitteln der zuständigen Behörde im Sinne von Artikel 3 der Richtlinie 2006/21/EG eine vorläufige ***ökologische und*** wirtschaftliche Bewertung der potenziellen Verwertung kritischer Rohstoffe aus

a) den in der Entsorgungseinrichtung gelagerten mineralischen Abfällen und

aa) den von dem Betreiber seit dem Inkrafttreten der Richtlinie 2006/21/EG entsorgten mineralischen Abfällen und

b) den anfallenden mineralischen Abfällen oder, sofern dies als effizienter erachtet wird, der gewonnenen Menge, bevor sie zu Abfall wird.

(1a) Die Betreiber sind von der Verpflichtung nach Absatz 1 befreit, wenn sie den zuständigen Behörden nachweisen, dass die mineralischen Abfälle keine kritischen Rohstoffe enthalten, deren Verwertung technisch möglich ist.

(2) Die in Absatz 1 genannte Studie umfasst mindestens eine Schätzung der Mengen und Konzentrationen kritischer Rohstoffe, die in den mineralischen Abfällen und den gewonnenen Mengen enthalten sind, sowie eine Bewertung ihrer technischen und wirtschaftlichen Verwertbarkeit ***und der Auswirkungen ihrer Verwertung auf die Umwelt***. ***Die Betreiber legen die Methoden fest, die zur Schätzung der Mengen und Konzentrationen verwendet werden.***

(3) Die Betreiber bestehender Abfallentsorgungseinrichtungen legen der zuständigen Behörde gemäß Artikel 3 der Richtlinie 2006/21/EG die in Absatz 1 genannte Bewertung bis zum [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: ***zwei*** Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung] vollständig eingespeist. Die Betreiber neuer Abfallentsorgungseinrichtungen legen diese Bewertung der zuständigen Behörde vor, wenn sie ihre Abfallbewirtschaftungspläne gemäß Artikel 5 der Richtlinie 2006/21/EG vorlegen.

(4) Die Mitgliedstaaten richten eine Datenbank aller stillgelegten Abfallentsorgungseinrichtungen, einschließlich aufgegebener Abfallentsorgungseinrichtungen, in ihrem Hoheitsgebiet ein. Diese Datenbank enthält Informationen über

a) den Standort, die räumliche Ausdehnung und die Abfallmenge der Abfallentsorgungseinrichtung,

b) den Betreiber oder früheren Betreiber der Abfallentsorgungseinrichtung und dessen etwaigen Rechtsnachfolger,

c) die ungefähren Mengen und Konzentrationen aller Rohstoffe, die in den mineralischen Abfällen und, soweit vorhanden, in den ursprünglichen Mineralvorkommen enthalten sind, gemäß Absatz 6 dieses Artikels,

d) alle zusätzlichen Daten, die der Mitgliedstaat als relevant erachtet, um die Verwertung kritischer Rohstoffe aus einer Abfallentsorgungseinrichtung zu ermöglichen.

(5) Die in Absatz 4 genannte Datenbank wird bis zum [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: ***neun Monate*** nach Inkrafttreten dieser Verordnung] eingerichtet und alle Informationen werden bis zum [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: ***zwei*** Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung] vollständig eingespeist. Sie wird in einer öffentlich zugänglichen und digitalen Form zur Verfügung gestellt und mindestens alle zwei Jahre aktualisiert, um zusätzliche verfügbare Informationen und unlängst stillgelegte oder neu ermittelte Einrichtungen aufzunehmen.

(6) Zur Bereitstellung der in Absatz 4 Buchstabe c genannten Informationen führen die Mitgliedstaaten mindestens folgende Tätigkeiten durch:

a) für alle stillgelegten Abfallentsorgungseinrichtungen überprüfen die Mitgliedstaaten die verfügbaren Genehmigungsunterlagen bis zum [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: ***neun Monate*** nach Inkrafttreten dieser Verordnung];

b) bei solchen Abfallentsorgungseinrichtungen, bei denen anhand der verfügbaren Informationen das Vorhandensein potenziell wirtschaftlich verwertbarer Mengen kritischer Rohstoffe nicht von vornherein ausgeschlossen ist, führen die Mitgliedstaaten zusätzlich bis zum [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: ***18 Monate*** nach Inkrafttreten dieser Verordnung] eine repräsentative geochemische Probennahme durch;

c) für solche Abfallentsorgungseinrichtungen, bei denen die unter den Buchstaben a und b dieses Absatzes beschriebenen Tätigkeiten potenziell wirtschaftlich verwertbare Mengen kritischer Rohstoffe ergeben haben, führen die Mitgliedstaaten zusätzlich bis zum [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: ***30 Monate*** nach Inkrafttreten dieser Verordnung] eine detailliertere Analyse unter Einbeziehung der Kernprotokollierung oder gleichwertiger Techniken durch, sofern dies im Einklang mit den auf Unionsebene geltenden Umweltanforderungen und mit den relevanten Anforderungen der Richtlinie 2006/21/EG umweltverträglich ist.

(7) Die in Absatz 6 beschriebenen Tätigkeiten werden im Rahmen der nationalen Rechtssysteme in Bezug auf Eigentumsrechte, Eigentum an Grundstücken, Bodenschätzen und Abfällen sowie alle sonstigen einschlägigen Bestimmungen durchgeführt. Behindern diese Faktoren die Tätigkeiten, so bemühen sich die Behörden des Mitgliedstaats um die Zusammenarbeit mit dem Betreiber oder Eigentümer der Abfallentsorgungseinrichtung. Die Ergebnisse der in Absatz 6 beschriebenen Tätigkeiten werden als Teil der ***in Absatz 4 genannten*** Datenbank zugänglich gemacht. Soweit möglich, nehmen die Mitgliedstaaten eine Klassifikation der stillgelegten Anlagen für mineralische Abfälle gemäß der Rahmenklassifikation der Vereinten Nationen für Ressourcen in ***diese*** Datenbank auf.

Artikel 27

Recyclingfähigkeit von Dauermagneten

(1) Ab dem [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: drei Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung] stellt jede natürliche oder juristische Person, die Magnetresonanztomografen, Windenergiegeneratoren, Industrieroboter, Kraftfahrzeuge, leichte Verkehrsmittel, Kühlgeneratoren, Wärmepumpen, Elektromotoren, auch wenn sie in andere Produkte integriert sind, Waschautomaten, Wäschetrockner, Mikrowellengeräte, Staubsauger oder Geschirrspüler in Verkehr bringt, sicher, dass diese Produkte ein deutlich erkennbares, gut lesbares und unverwischbares Etikett tragen, auf dem Folgendes angegeben ist:

a) ob diese Produkte einen oder mehrere Dauermagneten enthalten,

b) wenn das Produkt einen oder mehrere Dauermagneten enthält, ob diese Magneten zu einem der folgenden Typen gehören:

i) Neodym-Eisen-Bor,

ii) Samarium-Kobalt,

iii) Aluminium-Nickel-Kobalt,

iv) Ferrit,

ba) wenn das Produkt einen oder mehrere Dauermagneten der in Buchstabe b genannten Typen enthält, wie viele Magneten je Typ in dem Produkt enthalten sind.

(2) Die Kommission erlässt ***bis zum … [Datum einfügen: ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung]*** einen Durchführungsrechtsakt zur Festlegung des Formats für die Kennzeichnung gemäß Absatz 1. Dieser Durchführungsrechtsakt wird gemäß dem in Artikel 37 Absatz 3 genannten Prüfverfahren erlassen.

(3) Ab dem [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: drei Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung] stellt jede natürliche oder juristische Person, die in Absatz 1 genannte Produkte in Verkehr bringt, die einen oder mehrere Dauermagnete der in Absatz 1 Buchstabe b Ziffern i bis iii genannten Typen enthalten, sicher, dass ein Datenträger auf oder in dem Produkt vorhanden ist. ***Der Datenträger darf unter keinen Umständen sensible Geschäftsinformationen enthalten oder den Zugang dazu ermöglichen.***

(4) Der in Absatz 3 genannte Datenträger wird mit einer eindeutigen Produktkennung verknüpft, die ***den gezielten*** Zugang zu folgenden Informationen ermöglicht:

a) Name, eingetragener Handelsname oder eingetragene Handelsmarke und Postanschrift der verantwortlichen natürlichen oder juristischen Person und etwaige elektronische Kommunikationsmittel, unter denen sie kontaktiert werden kann;

b) Angaben über Gewicht, Lage und chemische Zusammensetzung aller einzelnen im Produkt enthaltenen Dauermagnete sowie über das Vorhandensein und die Art der Magnetbeschichtungen, Klebstoffe und eventuell verwendeten Zusatzstoffe;

c) unbeschadet des Artikels 15 Absatz 1 der Richtlinie 2012/19/EU Informationen, die den Zugang zu allen und die Entfernung aller im Produkt enthaltenen Dauermagnete ermöglichen, zumindest einschließlich der Abfolge aller Entfernungsschritte, Werkzeuge oder Technologien, die für den Zugang zum Dauermagnet und dessen Entfernung erforderlich sind.

(5) Bei Produkten, bei denen die eingebauten Dauermagnete ausschließlich in einem oder mehreren in das Produkt eingebauten Elektromotoren enthalten sind, können die in Absatz 4 Buchstabe b genannten Angaben durch Informationen über den Standort dieser Elektromotoren ersetzt werden, und die in Absatz 4 Buchstabe c genannten Angaben können durch Informationen über den Zugang zu den Elektromotoren und deren Entfernung ersetzt werden, zumindest einschließlich der Abfolge aller Entfernungsschritte, Werkzeuge oder Technologien, die für den Zugang zu den Elektromotoren und deren Entfernung erforderlich sind.

(6) Für die in Absatz 3 genannten Produkte, für die gemäß einem anderen Rechtsakt der Union ein Produktpass im Sinne der Verordnung XX/XXXX [Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte] ***oder der Verordnung XX/XXXX [Verordnung über Batterien und Altbatterien]*** erforderlich ist, werden die in Absatz 4 genannten Informationen in diesen Produktpass ***oder digitalen Produktpass*** aufgenommen. ***Die in Absatz 3 genannten Informationen müssen vollständig, aktuell und korrekt sein und während eines Zeitraums verfügbar bleiben, der mindestens der typischen Lebensdauer des Produkts plus zehn Jahre entspricht, auch nach einer Insolvenz, Liquidation oder Einstellung der Tätigkeit der verantwortlichen natürlichen oder juristischen Person in der Union.***

Die in Absatz 4 genannten Informationen beziehen sich auf das Produktmodell oder, falls die Informationen zwischen Einheiten desselben Modells voneinander abweichen, auf eine bestimmte Charge oder Einheit. Die in Absatz 4 genannten Informationen sind ***Generalüberholungsunternehmen, Reparaturunternehmen,*** Recyclingunternehmen, Marktüberwachungsbehörden und Zollbehörden zugänglich.

(8) Es gelten Artikel 9 Absatz 1 Buchstaben c und d und die Artikel 10 und 13 der Verordnung (EU) …/… [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf ***die Ökodesign-Verordnung*** für nachhaltige Produkte] sowie die entsprechenden Begriffsbestimmungen in Artikel 2 der genannten Verordnung.

Vor dem Inverkehrbringen eines in Absatz 3 genannten Produkts stellen natürliche oder juristische Personen sicher, dass die in Absatz 4 genannte eindeutige Produktkennung in das in [Artikel 12 Absatz 1] der Verordnung (EU) …/… [Ökodesign für nachhaltige Produkte] genannte Register hochgeladen wird.

Für die Zwecke der Unterabsätze 1 und 2 sind die Verweise auf „den gemäß Artikel 4 erlassenen anwendbaren delegierten Rechtsakt" in Artikel 10 Buchstabe b und „delegierte Rechtsakte, die gemäß Artikel 4 erlassen wurden" in Artikel 10 Buchstabe f und Artikel 13 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/xxx [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte] als Verweise auf diese Verordnung zu verstehen.

(9) Werden in delegierten Rechtsakten, die gemäß Artikel 4 der Verordnung XX/XXXX [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte] erlassen wurden oder in anderen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union für eines der in Absatz 1 aufgeführten Produkte Informationsanforderungen für das Recycling von Dauermagneten festgelegt, so gelten diese Anforderungen anstelle der Bestimmungen dieses Artikels.

(10) Produkte, die in erster Linie für Verteidigungs- oder ***Luft- und*** Raumfahrtanwendungen ausgelegt sind, sind von den Anforderungen dieses Artikels ausgenommen.

Die in den Absätzen 1, 3 und 4 genannten spezifischen Informationen können weggelassen werden, wenn sie sensible Geschäftsinformationen enthalten.

(11) Für Magnetresonanztomografen, Kraftfahrzeuge und leichte Verkehrsmittel, bei denen es sich um typgenehmigte Fahrzeuge der Klasse L handelt, gelten die Anforderungen dieses Artikels ab dem [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: fünf Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung].

(12) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 36 delegierte Rechtsakte zur Änderung des Anhangs VI zu erlassen, um eine Liste der Codes der Kombinierten Nomenklatur ([27]) und der Warenbezeichnungen, die den in Absatz 1 genannten Produkten entsprechen, bereitzustellen oder zu aktualisieren, um den Zollbehörden die Arbeit in Bezug auf diese Waren und die in diesem Artikel und in Artikel 28 festgelegten Anforderungen zu erleichtern.

Artikel 28

Rezyklatanteil von Dauermagneten

(1) Entweder ab dem [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: drei Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung] oder zwei Jahre nach Inkrafttreten des in Absatz 2 genannten delegierten Rechtsakts, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist, macht jede natürliche oder juristische Person, die in Artikel 27 Absatz 1 genannte Produkte in Verkehr bringt, die einen oder mehrere der in Artikel 27 Absatz 1 Buchstabe b Ziffern i bis iii genannten Dauermagnete enthalten und bei denen das Gesamtgewicht aller dieser Dauermagnete 0,2 kg übersteigt, den Anteil von Neodym, Dysprosium, Praseodym, Terbium, Bor, Samarium, Nickel und Kobalt, der aus Verbraucherabfall verwertet wurde, auf einer frei zugänglichen Website öffentlich zugänglich.

(2) Bis zum [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: zwei Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung] erlässt die Kommission einen delegierten Rechtsakt gemäß Artikel 36 zur Ergänzung dieser Verordnung durch die Festlegung von Vorschriften für die Berechnung und Überprüfung des Anteils von Neodym, Dysprosium, Praseodym, Terbium, Bor, Samarium, Nickel und Kobalt, die aus Produktionsabfällen oder Verbraucherabfall verwertet werden und in den Dauermagneten der in den in Absatz 1 genannten Produkte enthalten sind.

In den Berechnungs- und Überprüfungsvorschriften wird das anzuwendende Konformitätsbewertungsverfahren aus den Modulen in Anhang II des Beschlusses Nr. 768/2008/EG mit den für die betreffenden Produkte erforderlichen Anpassungen festgelegt. Bei der Festlegung des anzuwendenden Konformitätsbewertungsverfahrens berücksichtigt die Kommission folgende Kriterien:

a) die Eignung des betreffenden Moduls für die Produktart und Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf das verfolgte öffentliche Interesse;

b) die Verfügbarkeit kompetenter und unabhängiger Dritter, die in der Lage sind, potenzielle Konformitätsbewertungsaufgaben durch Dritte wahrzunehmen;

([27]) Kombinierte Nomenklatur in Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87.

c) falls die Beteiligung eines Dritten vorgeschrieben ist, die Notwendigkeit von Auswahlmöglichkeiten für den Hersteller zwischen den in Anhang II des Beschlusses Nr. 768/2008/EG festgelegten Qualitätssicherungs- und Produktzertifizierungsmodulen.

(3) ***Bis spätestens*** 31. Dezember 2030 ***erlässt*** die Kommission delegierte Rechtsakte zur Ergänzung dieser Verordnung, in denen sie Mindestanteile für Neodym, Dysprosium, Praseodym, Terbium, Bor, Samarium, Nickel und Kobalt festlegt, die aus Verbraucherabfall verwertet werden und in dem Dauermagneten vorhanden sein müssen, der in den in Absatz 1 genannten Produkten enthalten ist. ***In hinreichend begründeten Fällen können für verschiedene Produkte unterschiedliche Mindestanteile festgelegt oder bestimmte Produkte von dieser Verpflichtung ausgenommen werden.***

Die in Unterabsatz 1 genannten delegierten Rechtsakte sehen Übergangsfristen vor, mit denen der Schwierigkeit Rechnung getragen wird, die unter die Maßnahme fallenden Produkte zu verwenden, um die Konformität zu wahren.

Der in Unterabsatz 1 genannte Mindestanteil beruht auf einer vorherigen Folgenabschätzung, wobei Folgendes berücksichtigt wird:

a) die bestehende und prognostizierte Verfügbarkeit von Neodym, Dysprosium, Praseodym, Terbium, Bor, Samarium, Nickel und Kobalt, die aus Verbraucherabfall verwertet werden;

b) die gemäß Absatz 1 gesammelten Informationen und die relative Verteilung des Kontingents des Rezyklatanteils in Dauermagneten, die in den in Absatz 1 genannten in Verkehr gebrachten Produkten enthalten sind;

c) technischer und wissenschaftlicher Fortschritt, einschließlich erheblicher Veränderungen bei den Dauermagnet-Technologien, die sich auf die Art der verwerteten Rohstoffe auswirken;

d) der tatsächliche und potenzielle Beitrag eines Mindestanteils zu den Klima- und Umweltzielen der Union;

e) mögliche Auswirkungen auf die Funktionsweise von Produkten mit Dauermagneten;

f) das Erfordernis, unverhältnismäßige negative Auswirkungen auf die Erschwinglichkeit von Dauermagneten und Produkten mit Dauermagneten zu verhindern.

(4) Werden in delegierten Rechtsakten, die gemäß Artikel 4 der Verordnung XX/XXXX [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte] erlassen wurden oder in anderen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union für eines der in Absatz 1 aufgeführten Produkte Anforderungen an den Rezyklatanteil von Dauermagneten festgelegt, so gelten diese Anforderungen anstelle der Bestimmungen dieses Artikels.

(5) Ab dem Zeitpunkt der Anwendung der Anforderung des Absatzes 1 stellen natürliche und juristische Personen, die die in Absatz 1 genannten Produkte in Verkehr bringen, wenn sie diese Produkte zum Verkauf anbieten, auch im Fall des Fernabsatzes, oder im Rahmen einer gewerblichen Tätigkeit ausstellen, sicher, dass ihre Kunden Zugang zu den in Absatz 1 genannten Informationen haben, bevor sie durch einen Kaufvertrag gebunden sind.

Natürliche und juristische Personen, die die in Absatz 1 genannten Produkte in Verkehr bringen, dürfen keine Etiketten, Zeichen, Symbole oder Aufschriften bereitstellen oder anbringen, die geeignet sind, die Kunden in Bezug auf die in Absatz 1 genannten Informationen irrezuführen oder zu verwirren. Produkte, die in erster Linie für Verteidigungs- oder ***Luft- und*** Raumfahrtanwendungen ausgelegt sind, sind von den Anforderungen dieses Artikels ausgenommen.

(6) Für Magnetresonanztomografen, Kraftfahrzeuge und leichte Verkehrsmittel, bei denen es sich um typgenehmigte Fahrzeuge der Klasse L handelt, gelten die Anforderungen der Absätze 1 und 6 fünf Jahre nach Inkrafttreten des in Absatz 2 genannten delegierten Rechtsakts.

ABSCHNITT 2

ZERTIFIZIERUNG UND ÖKOLOGISCHER FUSSABDRUCK

Artikel 29

Anerkannte Systeme

(1) Regierungen***, Industrieverbände*** oder ***Zusammenschlüsse interessierter*** Organisationen, die Zertifizierungssysteme für die Nachhaltigkeit kritischer Rohstoffe entwickelt ***haben*** und beaufsichtigen (im Folgenden „Systemeigentümer"), können beantragen, dass ihre Systeme von der Kommission anerkannt werden. ***Die Entscheidung über die Anerkennung eines Systems wird spätestens sechs Monate nach Einreichung des Antrags durch den Systemeigentümer veröffentlicht.***

Die in Unterabsatz 1 genannten Anträge müssen alle einschlägigen Nachweise für die Erfüllung der in Anhang IV festgelegten Kriterien enthalten. Die Kommission ***erlässt bis … [drei Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung]*** Durchführungsrechtsakte , in denen festgelegt wird, welche Informationen die Anträge mindestens enthalten müssen. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 37 Absatz 3 genannten Prüfverfahren erlassen.

Diese Durchführungsrechtsakte enthalten eine einheitliche Vorlage, die alle für den Antrag erforderlichen Informationen abdeckt. Die einheitliche Vorlage ist so zu gestalten, dass nur die Angaben gemacht werden, die für die Bewertung des Antrags erforderlich sind. Der Umfang der Angaben, die zum Ausfüllen der einheitlichen Vorlage erforderlich sind, muss angemessen sein.

(2) Stellt die Kommission auf der Grundlage der gemäß Absatz 1 vorgelegten Nachweise fest, dass ein Zertifizierungssystem die in Anhang IV festgelegten Kriterien erfüllt, so erlässt sie einen Durchführungsrechtsakt, mit dem dieses System anerkannt wird. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 37 Absatz 3 genannten Prüfverfahren erlassen.

(3) Die Kommission überprüft ***mindestens alle zwei Jahre***, ob anerkannte Systeme weiterhin die in Anhang IV festgelegten Kriterien erfüllen.

(4) Die Eigentümer anerkannter Systeme unterrichten die Kommission unverzüglich über alle ***relevanten*** Änderungen oder Aktualisierungen der anerkannten Systeme. Die Kommission prüft, ob sich solche Änderungen oder Aktualisierungen auf die Grundlage für die Anerkennung auswirken, und ergreift ***erforderlichenfalls*** geeignete Maßnahmen.

(5) Gibt es Hinweise auf wiederholte oder erhebliche Fälle, in denen Wirtschaftsteilnehmer, die ein anerkanntes System anwenden, die Anforderungen dieses Systems nicht erfüllt haben, so prüft die Kommission in Absprache mit dem Eigentümer des anerkannten Systems, ob diese Fälle auf Mängel des Systems hindeuten, die die Grundlage für die Anerkennung beeinträchtigen, und ergreift ***erforderlichenfalls*** geeignete Maßnahmen.

(6) Stellt die Kommission Mängel in einem anerkannten System fest, die sich auf die Grundlage für die Anerkennung auswirken, so kann sie dem Systemeigentümer eine angemessene Frist einräumen, um ***innerhalb von maximal 12 Monaten*** Abhilfemaßnahmen zu ergreifen. ***Bestehen die Mängel nach Ablauf dieses Zeitraums fort, so erkennt die Kommission das System nicht länger an.***

(7) Versäumt es der Systemeigentümer oder weigert er sich, die erforderlichen Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, und hat die Kommission festgestellt, dass die in Absatz 6 genannten Mängel dazu führen, dass das System die Kriterien des Anhangs IV nicht mehr erfüllt, so erlässt die Kommission einen Durchführungsrechtsakt, mit dem die Anerkennung des Systems widerrufen wird. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 37 Absatz 3 genannten Prüfverfahren erlassen.

(8) Die Kommission erstellt ein Register anerkannter Systeme und hält es auf dem neuesten Stand. Dieses Register wird auf einer frei zugänglichen Website öffentlich zugänglich gemacht. ***Diese Website ermöglicht auch die Sammlung von Rückmeldungen von allen relevanten Interessenträgern in Bezug auf die Umsetzung anerkannter Systeme. Diese Rückmeldungen werden den jeweiligen Systemeigentümern zur Prüfung weitergeleitet.***

Artikel 30

Erklärung zum ökologischen Fußabdruck

(1) ***Die*** Kommission ***erlässt bis zum 31. Dezember 2025*** gemäß Artikel 36 delegierte Rechtsakte zur Ergänzung dieser Verordnung durch die Festlegung von Vorschriften für die Berechnung und Überprüfung des ökologischen Fußabdrucks verschiedener kritischer Rohstoffe gemäß Anhang V und unter Berücksichtigung wissenschaftlich fundierter Bewertungsmethoden und einschlägiger internationaler Normen. In den Berechnungs- und Überprüfungsvorschriften wird die wichtigste Wirkungskategorie genannt ***bzw. werden — in hinreichend begründeten Fällen — mehrere Wirkungskategorien genannt***. Die Erklärung zum Fußabdruck ***muss*** diese Wirkungskategorie ***bzw. Wirkungskategorien sowie die Treibhausgasemissionen enthalten***.

(2) Die Kommission ***erlässt*** Berechnungs- und Überprüfungsvorschriften für einen bestimmten kritischen Rohstoff , wenn sie unter Berücksichtigung der verschiedenen relevanten Umweltauswirkungskategorien ***und Treibhausgasemissionen*** zu dem Schluss gekommen ist, dass der betreffende kritische Rohstoff einen ***relevanten*** ökologischen Fußabdruck hat und dass daher eine Verpflichtung zur Angabe des ökologischen Fußabdrucks dieses Rohstoffs in Bezug auf die wichtigste Umweltauswirkungskategorie ***oder die wichtigsten Umweltauswirkungskategorien*** beim Inverkehrbringen notwendig und verhältnismäßig ist, um zu den Klima- und Umweltzielen der Union beizutragen, indem die Versorgung mit kritischen Rohstoffen mit einem geringeren ökologischen Fußabdruck erleichtert wird ***und die Auswirkungen anderer Maßnahmen im Rahmen dieser Verordnung auf das Klima und die Umwelt verringert werden***.

(3) Bei der Prüfung, ob die in Absatz 2 vorgesehene Verpflichtung erforderlich ist, berücksichtigt die Kommission

a) die Frage, ob und wie ***und wie effizient*** die Klima- und Umweltziele der Union bereits durch andere Rechtsvorschriften der Union erreicht werden, die für den betreffenden kritischen Rohstoff gelten;

b) das Vorhandensein und die Übernahme einschlägiger internationaler Normen und Leitlinien oder die Aussichten auf eine Einigung auf solche Normen auf internationaler Ebene sowie nachhaltige Praktiken auf dem Markt, einschließlich der gemäß Artikel 29 anerkannten freiwilligen Systeme;

c) die Wirksamkeit strategischer Partnerschaften, strategischer Projekte, Handelsabkommen und anderer internationaler Instrumente sowie der Öffentlichkeitsarbeit der Union im Hinblick auf die Verwirklichung der Klima- und Umweltziele der Union;

ca) die wirtschaftlichen Kosten und den Verwaltungsaufwand, der für die Wirtschaftsakteure damit verbunden ist.

(4) Die Kommission führt eine vorherige Folgenabschätzung durch, um zu entscheiden, ob ein delegierter Rechtsakt nach Absatz 1 erlassen wird. Diese Bewertung muss

a) unter anderem auf einer Konsultation folgender Parteien beruhen:

i) aller relevanten Interessenträger, z. B. Industrie einschließlich der nachgelagerten Industrie, KMU und gegebenenfalls Handwerk, Sozialpartner, Händler, Einzelhändler, Einführer, ***Organisationen, die sich für die Gesundheit des Menschen und den Umweltschutz einsetzen,*** Verbraucherorganisationen ***und Wissenschaftler***,

ii) der Drittländer, deren Handel mit der Union durch diese Verpflichtung erheblich beeinträchtigt werden könnte,

iii) des Ausschusses,

iiia) der Europäischen Umweltagentur, des Europäischen Wissenschaftlichen Beirats für Klimawandel und der Europäischen Chemikalienagentur;

b) sicherstellen, dass solche Maßnahmen nicht in der Absicht oder mit der Wirkung ausgearbeitet, angenommen oder angewandt werden, unnötige Hemmnisse für den internationalen Handel zu schaffen, und dass sie nicht handelsbeschränkender sind, als es für die Verwirklichung der Klima- und Umweltziele der Union erforderlich ist, wobei zu berücksichtigen ist, dass Lieferanten aus Drittländern einer solchen Erklärung so nachkommen können, dass die aggregierten Handelsströme und die Kosten kritischer Rohstoffe nicht unverhältnismäßig beeinträchtigt werden;

ba) bewerten, ob ähnliche Verpflichtungen nach dem Unionsrecht die beabsichtigte Wirkung entfaltet und erheblich zur Verwirklichung der Umweltziele der Union beigetragen haben;

c) beurteilen, ob die Maßnahme zur Verwirklichung der Klima- und Umweltziele der Union beitragen würde, ohne die Fähigkeit des Wirtschaftszweigs der Union, den betreffenden kritischen Rohstoff zu beziehen, unverhältnismäßig zu beeinträchtigen.

(5) Jede natürliche oder juristische Person, die kritische Rohstoffe in Verkehr bringt, für die die Kommission Berechnungs- und Überprüfungsvorschriften gemäß Absatz 1 erlassen hat, stellt eine Erklärung zum ökologischen Fußabdruck zur Verfügung.

Die Anforderung gemäß Unterabsatz 1 gilt für jede einzelne Art der in Verkehr gebrachten kritischen Rohstoffe und ▌ für kritische Rohstoffe, die in Zwischen- oder Endprodukten enthalten sind***, wenn der kritische Rohstoff einen nicht zu vernachlässigenden Anteil an dem insgesamt zu verzeichnenden ökologischen Fußabdruck des Produkts ausmacht***.

(6) Die in Absatz 5 genannte Erklärung zum ökologischen Fußabdruck muss folgende Angaben enthalten:

a) Name, eingetragener Handelsname oder eingetragene Handelsmarke und Postanschrift der verantwortlichen natürlichen oder juristischen Person und ▌ elektronische Kommunikationsmittel, unter denen sie kontaktiert werden kann,

b) Informationen über die Art des kritischen Rohstoffs, für den die Anmeldung gilt,

c) Informationen über das Land und die Region, in denen der kritische Rohstoff gewonnen, verarbeitet, raffiniert bzw. rezykliert wurde,

d) den ökologischen Fußabdruck kritischer Rohstoffe, der gemäß den nach Absatz 1 erlassenen geltenden Überprüfungs- und Berechnungsvorschriften berechnet wird,

e) die Leistungsklasse für den ökologischen Fußabdruck, der der kritische Rohstoff entspricht und die gemäß dem nach Absatz 7 erlassenen anwendbaren delegierten Rechtsakt festgelegt wurde,

f) einen Weblink, über den auf eine öffentliche Fassung der Studie zurückgegriffen werden kann, auf die sich die Ergebnisse der Erklärung zum ökologischen Fußabdruck stützen.

(7) Die Kommission ***erlässt innerhalb von zwei Jahren*** delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 36▌, um diese Verordnung durch die Festlegung von Leistungsklassen für den ökologischen Fußabdruck kritischer Rohstoffe, für die Berechnungs- und Überprüfungsvorschriften gemäß Absatz 1 erlassen wurden, im Einklang mit Anhang V zu ergänzen.

(7a) Fallen Zwischen- oder Endprodukte, die kritische Rohstoffe enthalten, unter in anderen Rechtsvorschriften festgelegte Anforderungen der Union für den ökologischen Fußabdruck, so werden nach Möglichkeit der ökologische Fußabdruck und der CO_2-Fußabdruck jedes kritischen Rohstoffs in die Berechnung des ökologischen Fußabdrucks des gesamten Produkts einbezogen.

(7b) Die Kommission legt dem Europäischen Parlament und dem Rat bis spätestens 31. Dezember 2030 einen Bericht vor, in dem sie für alle oder bestimmte in der Union in Verkehr gebrachte Produkte die Möglichkeiten untersucht, den Zugang zum Unionsmarkt auf solche Rohstoffe zu beschränken, die in die höchsten der in Absatz 7 genannten Leistungsklassen für den ökologischen Fußabdruck fallen. Die Kommission fügt diesem Bericht erforderlichenfalls Gesetzgebungsvorschläge bei.

(8) Die Erklärung zum ökologischen Fußabdruck wird auf einer frei zugänglichen Website ***auf leicht verständliche Weise*** zur Verfügung gestellt.

Der Kommission wird die Befugnis übertragen, einen Durchführungsrechtsakt zur Festlegung des Formats für die Erklärung zum ökologischen Fußabdruck gemäß Absatz 5 zu erlassen. Dieser Durchführungsrechtsakt wird gemäß dem in Artikel 37 Absatz 3 genannten Prüfverfahren erlassen.

(9) Wenn natürliche und juristische Personen, die kritische Rohstoffe in Verkehr bringen, kritische Rohstoffe zum Verkauf anbieten, auch im Fernabsatz, oder im Rahmen einer Geschäftstätigkeit ausstellen, stellen sie sicher, dass ihre Kunden Zugang zu der Erklärung zum ökologischen Fußabdruck haben, bevor sie durch einen Kaufvertrag gebunden sind.

Natürliche und juristische Personen, die kritische Rohstoffe in Verkehr bringen, dürfen keine Etiketten, Zeichen, Symbole oder Aufschriften bereitstellen oder anbringen, die geeignet sind, die Kunden in Bezug auf die in der Erklärung zum ökologischen Fußabdruck enthaltenen Informationen irrezuführen oder zu verwirren.

ABSCHNITT 3

FREIER WARENVERKEHR, KONFORMITÄT UND MARKTÜBERWACHUNG

Artikel 31

Freier Warenverkehr

(1) Die Mitgliedstaaten dürfen die Bereitstellung auf dem Markt oder die Inbetriebnahme von Produkten, die Dauermagnete enthalten, oder von kritischen Rohstoffen, die dieser Verordnung entsprechen, nicht aus Gründen verbieten, beschränken oder behindern, die mit Informationen über das Recycling oder den Rezyklatanteil von Dauermagneten oder mit Informationen über den ökologischen Fußabdruck der unter diese Verordnung fallenden kritischen Rohstoffe zusammenhängen.

(2) Auf Messen, Ausstellungen, Vorführungen oder ähnlichen Veranstaltungen dürfen die Mitgliedstaaten nicht verhindern, dass Produkte, die Dauermagnete enthalten, oder kritische Rohstoffe, die dieser Verordnung nicht entsprechen, gezeigt werden, sofern ein sichtbares Schild deutlich darauf hinweist, dass diese Produkte oder Rohstoffe dieser Verordnung nicht entsprechen und dass sie erst auf dem Markt bereitgestellt werden dürfen, wenn ihre Konformität hergestellt ist.

Artikel 32

Konformität und Marktüberwachung

(1) Bevor die verantwortlichen natürlichen oder juristischen Personen ein unter Artikel 27 oder 28 fallendes Produkt in Verkehr bringen, stellen sie sicher, dass das anzuwendende Konformitätsbewertungsverfahren durchgeführt und die erforderlichen technischen Unterlagen erstellt wurden. Wurde durch das Konformitätsbewertungsverfahren nachgewiesen, dass ein Produkt den geltenden Anforderungen entspricht, so stellen die verantwortlichen natürlichen oder juristischen Personen sicher, dass eine EU-Konformitätserklärung ausgestellt und die CE-Kennzeichnung angebracht wurde.

(2) Das Konformitätsbewertungsverfahren für Produkte, die unter die Anforderungen des Artikels 27 fallen, ist das in Anhang IV der Verordnung (EU) 2023/xxx [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte] festgelegte Verfahren, es sei denn, diese Produkte fallen auch unter die Anforderungen des Artikels 28; in diesem Fall ist das Konformitätsbewertungsverfahren das Verfahren, das in den gemäß Artikel 28 Absatz 2 erlassenen Berechnungs- und Überprüfungsvorschriften festgelegt ist.

(3) Kapitel IX und Artikel 37, 38 und 39 der Verordnung (EU) 2023/xxx [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte] sowie die entsprechenden Begriffsbestimmungen in Artikel 2 der genannten Verordnung gelten in Bezug auf die in den Artikeln 27 und 28 festgelegten Anforderungen an in der Union in Verkehr gebrachte Produkte.

(4) Für die Marktüberwachung gelten folgende Regeln:

a) Kapitel XII der Verordnung (EU) 2023/xxx [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte] sowie die entsprechenden Begriffsbestimmungen in Artikel 2 der genannten Verordnung gelten in Bezug auf die in den Artikeln 27, 28 und 30 festgelegten Anforderungen an in der Union in Verkehr gebrachte Produkte;

b) zusätzlich zu den Ökodesign-Anforderungen der Verordnung (EU) 2023/xxx [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte] berücksichtigen die Mitgliedstaaten die in den Artikeln 27, 28 und 30 festgelegten Anforderungen im Zusammenhang mit dem in Artikel 59 Absatz 1 der genannten Verordnung genannten Aktionsplan;

c) Artikel 60 und Artikel 61 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/xxx [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte] gelten auch für die in den Artikeln 27, 28 und 30 festgelegten Anforderungen;

d) zusätzlich zu den Ökodesign-Anforderungen der Verordnung (EU) 2023/xxx [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte] nimmt die Kommission Angaben zu den in den Artikeln 27, 28 und 30 festgelegten Anforderungen in den in Artikel 61 Absätze 2 und 3 der genannten Verordnung genannten Bericht auf;

e) bei der Umsetzung des Artikels 62 der Verordnung (EU) 2023/xxx [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte] tragen die in diesem Artikel genannte Gruppe für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden (ADCO) und die Kommission den in den Artikeln 27, 28 und 30 festgelegten Anforderungen Rechnung.

(5) Für die Zwecke der Absätze 3 und 4 werden die einschlägigen Teile der Verordnung (EU) 2023/xxx [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte] wie folgt angewandt:

a) Verweise auf „die in den gemäß Artikel 4 erlassenen anwendbaren delegierten Rechtsakten festgelegten Ökodesign-Anforderungen“ in Artikel 37 Absatz 1, „die in den gemäß Artikel 4 erlassenen anwendbaren delegierten Rechtsakten festgelegten Anforderungen“ in Artikel 63 Absatz 1 und „die im gemäß Artikel 4 erlassenen einschlägigen delegierten Rechtsakt aufgeführten Anforderungen“ in Artikel 63 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2023/xxx [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte] sind als Verweise auf „die in den Artikeln 27 und 28 dieser Verordnung festgelegten Anforderungen“ zu verstehen.

b) Verweise auf „Produkte, die unter einen gemäß Artikel 4 erlassenen delegierten Rechtsakt fallen“ in Artikel 37 Absatz 3 und Artikel 63 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/xxx [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte] sind als Verweis auf „Produkte oder Rohstoffe, die den Anforderungen der Artikel 27 und 28 dieser Verordnung unterliegen“ zu verstehen.

c) Verweise auf „die im Rahmen der gemäß Artikel 4 erlassenen delegierten Rechtsakte vorgesehenen Konformitätsbewertungsaufgaben“ in Artikel 41 und „die im Rahmen der gemäß Artikel 4 erlassenen einschlägigen delegierten Rechtsakte vorgesehenen Konformitätsbewertungsaufgaben“ in Artikel 45 Absatz 10 der Verordnung (EU) 2023/xxx [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte] sind als Verweis auf „die im Rahmen der gemäß Artikel 28 Absatz 2 dieser Verordnung erlassenen Berechnungs- und Überprüfungsvorschriften vorgesehenen Konformitätsbewertungsaufgaben“ zu verstehen.

d) Verweise auf „die im Rahmen der gemäß Artikel 4 erlassenen delegierten Rechtsakte vorgesehenen Konformitätsbewertungsverfahren“ in Artikel 53 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/xxx [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte] sind als Verweis auf „die im Rahmen der gemäß Artikel 28 Absatz 2 dieser Verordnung erlassenen Berechnungs- und Überprüfungsvorschriften vorgesehenen Konformitätsbewertungsverfahren“ zu verstehen.

(6) Dieser Artikel gilt nicht für Produkte, die unter eine Typgenehmigung nach den Verordnungen (EU) 2018/858 und (EU) Nr. 168/2013 fallen.

Kapitel 6

Strategische Partnerschaften

Artikel 33

Strategische Partnerschaften

(1) Der Ausschuss ***erstellt bis zum … [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Verordnung] und danach alle zwei Jahre einen Bericht, der Folgendes enthält:***

-a) eine aktuelle Liste bestehender strategischer Partnerschaften und laufender Verhandlungen über strategische Partnerschaften sowie strategischer Projekte in Drittländern;

a) inwieweit die von der Union geschlossenen strategischen Partnerschaften zu Folgendem beitragen:

i) der ***kurz- und langfristigen*** Verbesserung der Versorgungssicherheit der Union ***unter Berücksichtigung der in Artikel 1 Absatz 2 festgelegten Richtwerte***,

▌

iii) der Verbesserung der Zusammenarbeit entlang der Wertschöpfungskette für kritische Rohstoffe zwischen der Union***, einschließlich der in Anhang II AEUV genannten überseeischen Länder und Hoheitsgebiete,*** und Partnerländern ***sowie der Unabhängigkeit der Union von Drittländern, die keine Partnerländer sind, und mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern***,

iiia) der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in Partnerländern, insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern, und zugleich der Förderung der Einführung von ökologisch nachhaltigen Verfahren und Verfahren der Kreislaufwirtschaft sowie der Förderung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen und der Menschenrechte in diesen Ländern;

b) die Kohärenz und potenzielle Synergieeffekte zwischen der bilateralen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit einschlägigen Drittländern und den von der Union im Rahmen strategischer Partnerschaften durchgeführten Maßnahmen***, einschließlich der Bemühungen der Union um Freihandelsabkommen mit Drittländern und deren Aushandlung***;

ba) mit oder in Drittländern geplante oder eingerichtete Projekte im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen, die weder von strategischen Partnerschaften noch von Freihandelsabkommen abgedeckt sind, sondern im Rahmen der Plattform gemäß Absatz 3b durchgeführt werden;

c) ***Erstellung einer Liste von Ländern, die*** für den Abschluss strategischer Partnerschaften Vorrang haben sollten, wobei folgende Kriterien zu berücksichtigen sind:

i) der potenzielle Beitrag zur Versorgungssicherheit ***sowie zu deren Widerstandsfähigkeit*** unter Berücksichtigung der potenziellen Reserven, Gewinnungs-, Verarbeitungs- und Recyclingkapazitäten eines Drittlands im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen,

ii) ob ***eine Zusammenarbeit zwischen der Union und einem Drittland die Fähigkeit*** eines Drittlands ***verbessern kann,*** die Überwachung, Vermeidung und Minimierung ***nachteiliger*** Umweltauswirkungen ***durch seinen Rechtsrahmen und dessen Umsetzung***, die Anwendung sozial verantwortlicher Verfahren, einschließlich der Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte***, einschließlich Strategien zur Bekämpfung von Zwangs- und Kinderarbeit,*** und einer konstruktiven Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinschaften, einschließlich indigener Völker, die Anwendung transparenter ***und verantwortungsvoller*** Geschäftsmethoden und die Verhinderung nachteiliger Auswirkungen auf das ordnungsgemäße Funktionieren der öffentlichen Verwaltung und die Rechtsstaatlichkeit sicherzustellen***, und wie die Union durch ihre Partnerschaftspolitik, beispielsweise mittels beruflicher Bildung und technischer Unterstützung, zur Stärkung der Rechtsrahmen der Drittländer beitragen kann***,

iii) ob es bestehende ***oder potenzielle*** Kooperationsabkommen zwischen einem Drittland und der Union gibt und — im Fall von Schwellen- und Entwicklungsländern — das Potenzial für die Einführung von Global Gateway-Investitionsprojekten,

iv) für Schwellen- und Entwicklungsländer, ob und wie eine Partnerschaft ***zur Wertschöpfung im Land sowie*** zur lokalen Wertschöpfung***, einschließlich nachgelagerter Aktivitäten,*** beitragen könnte und für das Partnerland und die Union von gegenseitigem Nutzen wäre,

iva) für Schwellen- und Entwicklungsländer, in welchem Umfang bestehende Finanz-, Finanzierungs- und Risikominderungsinstrumente der Union, insbesondere im Rahmen von Global Gateway, genutzt werden und inwieweit Hindernisse für den Einsatz solcher Instrumente im Zusammenhang mit strategischen Projekten bestehen.

(2) Im Zusammenhang mit Absatz 1 und soweit es sich um Schwellen- und Entwicklungsländer handelt, sorgen ***die Kommission und*** der Ausschuss für die Zusammenarbeit ***und Kohärenz*** mit anderen einschlägigen Koordinierungsgremien, einschließlich der im Rahmen der Global-Gateway-Strategie eingerichteten Gremien.

(3) Die Mitgliedstaaten

a) stimmen sich mit der Kommission ab, um die Kohärenz zwischen ihrer bilateralen Zusammenarbeit mit einschlägigen Drittländern und den nicht verbindlichen strategischen Partnerschaften der Union mit Drittländern, deren Geltungsbereich mindestens die Wertschöpfungskette für kritische Rohstoffe umfasst, ***sowie die Konsolidierung der Programme für Kapazitätsaufbau und Technologietransfer sicherzustellen, um das verantwortungsvolle Recycling kritischer Rohstoffe in den Herstellerländern zu fördern***,

b) unterstützen die Kommission bei der ***wirksamen*** Umsetzung der in den strategischen Partnerschaften festgelegten konkreten Kooperationsmaßnahmen,

ba) koordinieren die Tätigkeiten ihrer Entwicklungsbanken, Exportkreditagenturen und anderer öffentlicher Einrichtungen unter ihrer Aufsicht zur Unterstützung der Durchführung und Finanzierung von strategischen Projekten, die in Drittländern in enger Zusammenarbeit durchgeführt werden.

(3a) Der Ausschuss leitet jeden neuen Bericht an die zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments weiter.

(3b) Die Kommission richtet bis zum … [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: sechs Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung] eine Plattform ein, die Unternehmensvertreter entlang der Wertschöpfungskette kritischer Rohstoffe zusammenbringt, um die Exploration, die Verarbeitung und das Recycling in Drittländern, mit denen die Union noch keine strategischen Partnerschaften oder Freihandelsabkommen geschlossen hat, im Einklang mit den in Artikel 1 genannten Zielen zu unterstützen. Die Plattform versetzt die Kommission in die Lage, strategische Beziehungen zwischen den Projektträgern und den zuständigen nationalen Regierungen zu fördern und zu unterstützen.

(3c) Die Kommission fordert die europäischen Normungsorganisationen auf, europäische Normen oder europäische Normungsdokumente zur Unterstützung der Ziele dieser Verordnung auszuarbeiten.

(3d) Die von der Union mit Drittländern geschlossenen strategischen Partnerschaften umfassen Maßnahmen, die zur Verwirklichung folgender Ziele beitragen:

i) Verbesserung der Widerstandsfähigkeit, Diversifizierung und Nachhaltigkeit der Versorgung der Union mit kritischen Rohstoffen im Einklang mit den in Artikel 1 Absatz 2 festgelegten Richtwerten,

ii) Verbesserung der Zusammenarbeit und geteilten Verantwortung entlang der Wertschöpfungskette für kritische Rohstoffe zwischen der Union und Partnerländern bei der Verwirklichung der vereinbarten Partnerschaftsziele,

iii) die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Partnerländern, insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern,

iv) für Schwellen- und Entwicklungsländer die Erhöhung der lokalen Wertschöpfung durch Unterstützung des Aufbaus von Verarbeitungs- und Recyclingkapazitäten neben neu entwickelten Gewinnungskapazitäten sowie Maßnahmen zur Erleichterung des Wissenstransfers und der Vermittlung von Fähigkeiten.

Die Kommission unterrichtet das Europäische Parlament über die Aufnahme von Gesprächen über den Aufbau einer neuen strategischen Partnerschaft.

Sobald die Verhandlungen über eine strategische Partnerschaft abgeschlossen sind, unterrichtet die Kommission das Europäische Parlament ebenfalls darüber.

Kapitel 7

Governance

Artikel 34

Europäischer Ausschuss für kritische Rohstoffe

(1) Der Europäische Ausschuss für kritische Rohstoffe ***(im Folgenden „Ausschuss“)*** wird hiermit eingerichtet.

(2) Der Ausschuss nimmt die in dieser Verordnung festgelegten Aufgaben wahr.

Artikel 35

Zusammensetzung und Arbeitsweise des Europäischen Ausschusses für kritische Rohstoffe

(1) Der Ausschuss setzt sich aus den Mitgliedstaaten und der Kommission zusammen. Den Vorsitz führt die Kommission.

(2) Jeder Mitgliedstaat ernennt einen hochrangigen Vertreter für den Ausschuss. Soweit dies für die Arbeitsweise und das Fachwissen von Belang ist, kann ein Mitgliedstaat im Zusammenhang mit den verschiedenen Aufgaben des Ausschusses verschiedene Vertreter benennen. Jedes Mitglied des Ausschusses hat einen Stellvertreter.

Der Ausschuss lädt Vertreter des Europäischen Parlaments als Beobachter zu seinen Sitzungen ein, auch zu den in Absatz 6 genannten ständigen oder nichtständigen Untergruppen.

(2a) Die Europäische Verteidigungsagentur, die Europäische Chemikalienagentur, die Europäische Umweltagentur und der Europäische Auswärtige Dienst ernennen jeweils einen hochrangigen Vertreter als Beobachter für den Ausschuss.

(2b) Jeder Mitgliedstaat ernennt einen Vertreter seiner zentralen Anlaufstelle als Beobachter für den Ausschuss.

(3) Der Ausschuss gibt sich auf Vorschlag der Kommission mit einfacher Mehrheit seiner Mitglieder eine Geschäftsordnung.

(4) Der Ausschuss tritt in regelmäßigen Abständen zusammen, um die wirksame Wahrnehmung seiner in dieser Verordnung festgelegten Aufgaben zu ermöglichen. Erforderlichenfalls tritt der Ausschuss auf begründeten Antrag der Kommission zusammen.

Der Ausschuss tritt mindestens wie folgt zusammen:

a) alle drei Monate für die Bewertung von Anträgen für strategische Projekte gemäß Kapitel 3 Abschnitt 1,

b) alle sechs Monate für die Entwicklung der Überwachung gemäß Kapitel 4,

ba) alle sechs Monate für die Bewertung strategischer Projekte, um den Fortschritt mit den jeweiligen Vertretern der Industrie zu erörtern,

c) einmal jährlich, um die Fortschritte bei der Umsetzung der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der Exploration gemäß Kapitel 3 Abschnitt 4 zu erörtern, auch im Hinblick auf Aktualisierungen der Listen kritischer oder strategischer Rohstoffe.

(5) Die Kommission ***koordiniert die Arbeit des*** Ausschusses durch ein Exekutivsekretariat***, das die Aufstellung der Tagesordnung übernimmt und*** technische und logistische Unterstützung leistet.

(6) Der Ausschuss kann ständige oder nichtständige Untergruppen zu spezifischen Fragen und Aufgaben einrichten.

Der Ausschuss setzt mindestens die folgenden ständigen Untergruppen ein:

a) eine Untergruppe zur Erörterung und Koordinierung der Finanzierung strategischer Projekte gemäß Artikel 15; Vertreter nationaler Förderbanken und -institute, ***von Exportkreditagenturen,*** der europäischen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen, der Europäischen Investitionsbank-Gruppe, anderer internationaler Finanzinstitutionen, einschließlich der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und gegebenenfalls privater Finanzinstitute, werden als Beobachter eingeladen;

aa) eine Untergruppe zur Erörterung der Umsetzung der Bestimmungen gemäß den Artikeln 8, 10 und 11, unter anderem zum Austausch über bewährte Verfahren im Hinblick auf die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Einbeziehung der Interessenträger, einschließlich solcher aus anderen einschlägigen Bergbauregionen, um für strukturierte und vorhersehbare Formate der Genehmigungsverfahren zu sorgen, wozu die Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen als Beobachter eingeladen werden;

b) eine Untergruppe, in der nationale geologische Institute oder Erhebungen oder — in Ermangelung solcher Einrichtungen oder Erhebungen — die für die allgemeine Exploration zuständige nationale Behörde zusammengeschlossen sind, um zur Koordinierung der in Artikel 18 genannten nationalen Explorationsprogramme beizutragen;

c) eine Untergruppe, in der nationale Versorgungs- und Informationsagenturen für kritische Rohstoffe oder — in Ermangelung einer solchen Agentur — die für diese Angelegenheit zuständige nationale Behörde zusammenkommen, um einen Beitrag zu den Überwachungsaufgaben gemäß Artikel 19 zu leisten;

d) eine Untergruppe, in der die nationale Notfallagentur und die für strategische Vorräte zuständigen nationalen Behörden oder — in Ermangelung einer solchen Agentur und Behörde — die für diese Angelegenheit zuständige nationale Behörde zusammenkommen, um zur ***Überwachung*** der strategischen Vorräte gemäß Artikel 22 beizutragen; ***diese Untergruppe kann insbesondere gleichgesinnte Partner aus Drittländern zum Austausch über bewährte Verfahren in Bezug auf strategische Vorräte einladen;***

da) eine Untergruppe, in der Industrieverbände und andere einschlägige Interessenträger der Industrie entlang der gesamten Wertschöpfungskette kritischer Rohstoffe mit dem Ziel zusammenkommen, einen Beitrag zum Prozess möglicher Anträge auf Änderung der Liste strategischer oder kritischer Rohstoffe gemäß Artikel 3 Absatz 3 und Artikel 4 Absatz 4 sowie zur Bewertung strategischer Projekte und strategischer Partnerschaften gemäß Artikel 33 zu leisten, wobei der Schwerpunkt auch auf Vertretern von KMU aus allen Mitgliedstaaten liegen wird, um die Einbeziehung von KMU in die Wertschöpfungsketten von Rohstoffen und Möglichkeiten zur Verbesserung der Einbeziehung von KMU zu erörtern;

db) eine Untergruppe zur Erörterung und Koordinierung der Arbeit im Rahmen strategischer Partnerschaften gemäß Artikel 33, wobei die Zusammenarbeit mit anderen relevanten Koordinierungsforen — einschließlich derer, die als Teil der Strategie „Global Gateway“ eingerichtet wurden — und mit Unternehmensvertretern entlang der Wertschöpfungskette kritischer Rohstoffe sichergestellt wird; Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen und Wissenschaftler werden bei Bedarf zu Sitzungen dieser Untergruppe als Beobachter eingeladen.

(6a) Der Ausschuss unterrichtet das Europäische Parlament über seine bevorstehenden Sitzungen, einschließlich der Sitzungen der ständigen oder nichtständigen Untergruppen, und die entsprechenden Tagesordnungen.

(7) Nimmt das Europäische Parlament nicht an diesen Sitzungen teil, so unterrichtet der Ausschuss das Europäische Parlament regelmäßig über die in diesen Sitzungen geführten Diskussionen.

Die Mitglieder des Ausschusses laden bei Bedarf Sachverständige***, die die Industrie, die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft oder die Gewerkschaften vertreten,*** andere Dritte oder Vertreter von Drittländern ***sowie Vertreter lokaler und regionaler Behörden*** ein, an den Sitzungen der in Absatz 6 genannten ständigen oder nichtständigen Untergruppen als Beobachter teilzunehmen oder schriftliche Beiträge zu leisten. ***Besonderes Gewicht wird den Vertretern von KMU beigemessen, die zur Teilnahme an allen Sitzungen und Debatten eingeladen werden, die sie oder ihre Beteiligung an der Rohstoffwertschöpfungskette betreffen, sowohl auf der Ebene des Ausschusses als auch der Untergruppen.***

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben stellt der Ausschuss bei Bedarf die Koordinierung, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit den einschlägigen nach dem Unionsrecht eingerichteten Strukturen für Krisenreaktion und Krisenvorsorge sicher.

(8) Der Ausschuss ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um für die sichere Handhabung und Verarbeitung vertraulicher und wirtschaftlich sensibler Informationen ***gemäß Artikel 44*** zu sorgen.

(9) Der Ausschuss bemüht sich nach Kräften, ein Einvernehmen zu erzielen.

Kapitel 8

Übertragene Befugnisse und Ausschussverfahren

Artikel 36

Ausübung der Befugnisübertragung

(1) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte wird der Kommission unter den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen übertragen.

(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 3 Absatz 2, Artikel 4 Absatz 2, Artikel 5 Absatz 2, Artikel 27 Absatz 12, Artikel 28 Absatz 2 und Artikel 30 Absätze 1 und 5 wird der Kommission für einen Zeitraum von acht Jahren ab dem [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: einen Monat nach Inkrafttreten dieser Verordnung]. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von ***acht*** Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.

(3) Die Befugnisübertragung gemäß Artikel 3 Absatz 2, Artikel 4 Absatz 2, Artikel 5 Absatz 2, Artikel 27 Absatz 12, Artikel 28 Absatz 2 und Artikel 30 Absätze 1 und 5 kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union oder zu einem im Beschluss über den Widerruf angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird von dem Beschluss über den Widerruf nicht berührt.

(4) Vor dem Erlass eines delegierten Rechtsakts konsultiert die Kommission die von den einzelnen Mitgliedstaaten benannten Sachverständigen im Einklang mit den in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung enthaltenen Grundsätzen. Die Konsultation der Sachverständigen der Mitgliedstaaten erfolgt im Anschluss an die Konsultation gemäß Artikel 14.

(5) Sobald die Kommission einen delegierten Rechtsakt erlässt, übermittelt sie ihn gleichzeitig dem Europäischen Parlament und dem Rat.

(6) Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß Artikel 3 Absatz 2, Artikel 4 Absatz 2, Artikel 5 Absatz 2, Artikel 27 Absatz 12, Artikel 28 Absatz 2 und Artikel 30 Absätze 1 und 5 erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um [zwei Monate] verlängert.

Artikel 37

Ausschussverfahren

(1) Die Kommission wird von dem Ausschuss für die Durchführung des [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf diesen Rechtsakt] unterstützt. Dieser Ausschuss ist ein Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

(3) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

Kapitel 9

Änderungen

Artikel 38

Änderung der Verordnung (EU) 2018/1724

Die Verordnung (EU) 2018/1724 wird wie folgt geändert:

(1) In Anhang I wird in der ersten Spalte eine neue Zeile „S. Projekte im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen“ angefügt.

(2) In Anhang I werden in der zweiten Spalte in der Zeile „S. Projekte im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen“ folgende Nummern angefügt:

„1. Informationen über das Genehmigungsverfahren“

„2. Informationen über Finanzierungs- und Investitionsdienstleistungen“

„3. Informationen über Finanzierungsmöglichkeiten auf Ebene der Union oder der Mitgliedstaaten“

„4. Informationen über Dienstleistungen zur Unterstützung von Unternehmen, darunter u. a. Körperschaftsteuererklärungen, lokale Steuergesetze, Arbeitsrecht“.

(3) In Anhang II wird in der ersten Spalte eine neue Zeile „Projekte im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen“ eingefügt.

(4) In Anhang II wird in der zweiten Spalte in der Zeile „Projekte im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen“ der folgende Punkt angefügt:

„Verfahren, das alle einschlägigen Verwaltungsgenehmigungen für die Planung, den Bau und den Betrieb von Projekten zur Herstellung klimaneutraler Technologie umfasst, einschließlich Bau-, Chemie- und Netzanschlussgenehmigungen sowie Umweltverträglichkeitsprüfungen und -genehmigungen, sofern diese erforderlich sind, und das alle administrativen Anträge und Verfahren umfasst“.

(5) In Anhang II wird in der dritten Spalte in der Zeile „Projekte im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen“ folgender Punkt angefügt:

„Alle Ergebnisse im Zusammenhang mit den Verfahren von der Anerkennung der Gültigkeit des Antrags bis zur Mitteilung der umfassenden Entscheidung über das Ergebnis des Verfahrens durch die zuständige nationale zuständige Behörde“.

(6) Dem Anhang III wird folgende Nummer angefügt:

„9. Die zuständigen nationalen Behörden gemäß Artikel 8 Absatz 1 der [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf diesen Vorschlag]“.

Artikel 39

Änderung der Verordnung (EU) 2019/1020

Die Verordnung (EU) 2019/1020 wird wie folgt geändert:

(1) In Artikel 4 Absatz 5 erhält der Wortlaut „(EU) 2016/425(35) und (EU) 2016/426(36)“ folgende Fassung: „(EU) 2016/425 (*), (EU) 2016/426 (**) und [(EU) […] [Jahr der Annahme dieser Verordnung]/…(***)]“.

(2) In Anhang I wird folgende Nummer angefügt: „X [Amt für Veröffentlichungen: Bitte nächste fortlaufende Nummer einfügen] Verordnung (EU)…/… zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1020 [Amt für Veröffentlichungen: Bitte Veröffentlichungsangaben dieser Verordnung einfügen], soweit sie die Anforderungen der Artikel 27, 28 oder 30 der genannten Verordnung betrifft".

Artikel 40

Änderung der Verordnung (EU) 2018/858

Anhang II der Verordnung (EU) 2018/858 wird wie folgt geändert:

In Teil I wird in der Tabelle folgender Eintrag angefügt:

[Amt für Veröffentlichungen: Bitte die nächste fortlaufende Nummer unter Abschnitt G einfügen]	Anforderungen an die Kreislauffähigkeit des Dauermagnets	Verordnung (EU) XX/XXXX [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Angaben zur Veröffentlichung dieser Verordnung im Amtsblatt]	X	X	X	X	X	X					X	X

Artikel 41

Änderung der Verordnung (EU) Nr. 168/2013

Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 wird wie folgt geändert:

In Teil I wird in der Tabelle folgender Eintrag angefügt:

[Amt für Veröffent-lichungen: Bitte die nächste fortlaufende Nummer unter Abschnitt C1 einfügen]	Anforderungen an die Kreislauf-fähigkeit des Dauer-magnets	Verordnung (EU) XX/XXXX [Amt für Veröffent-lichungen bitte einfügen: Angaben zur Veröffent-lichung dieser Verordnung im Amtsblatt]	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

Kapitel 10

Schlussbestimmungen

Artikel 42

Überwachung der Fortschritte

(1) Die Kommission überwacht unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Ausschusses die Fortschritte bei der Verwirklichung der in Artikel 1 Absatz 2 genannten Ziele und veröffentlicht mindestens alle drei Jahre einen Bericht, in dem die Fortschritte der Union bei der Verwirklichung dieser Ziele im Einzelnen dargelegt werden.

Der erste Bericht wird bis zum [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: vier Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung] erstellt.

(2) Der in Absatz 1 genannte Bericht enthält quantitative Informationen über den Umfang der Fortschritte der Union bei der Erreichung der in Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben a und b genannten Richtwerte.

(2a) Die in diesem Artikel vorgesehenen Überwachungsaufgaben bedeuten nicht, dass Unternehmen oder andere Wirtschaftsbeteiligte in der Rohstoffwertschöpfungskette verpflichtet sind, Informationen an die Kommission, die Behörden im Ausschuss oder an eine andere Behörde zu übermitteln. Alle Informationen, die die Unternehmen gemäß diesem Artikel übermitteln, werden auf rein freiwilliger Basis zur Verfügung gestellt und sind stets im Einklang mit Artikel 44 zu behandeln.

(2b) Die Kommission überwacht kontinuierlich die Umsetzung der vorliegenden Verordnung, um etwaige Widersprüche zwischen anderen Unionsvorschriften und dieser Verordnung zu verhindern. Zu diesem Zweck veröffentlicht die Kommission innerhalb [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung] einen Bericht über die Vereinbarkeit dieser Verordnung mit anderen Rechtsvorschriften der Union.

Artikel 43

Berichterstattung durch die Mitgliedstaaten

(1) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission jährlich einen Bericht mit den Angaben gemäß Artikel 18 Absatz 4, Artikel 20 Absätze 1 und 2, Artikel 21 Absatz 1, Artikel 22 Absatz 5 und Artikel 25 Absatz 6. Der erste Bericht wird übermittelt am [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung].

(2) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, Durchführungsrechtsakte zur Festlegung einer Vorlage für die in Absatz 1 genannten Berichte zu erlassen. In der Vorlage kann angegeben werden, wie die in Absatz 1 genannten Informationen auszudrücken sind. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 37 Absatz 2 genannten Beratungsverfahren erlassen.

(3) Die in den Berichten nach Absatz 1 enthaltenen Informationen werden gemäß Artikel 44 behandelt.

(3a) Die in diesem Artikel vorgesehene Berichterstattung bedeutet nicht, dass Unternehmen oder andere Wirtschaftsbeteiligte in der Rohstoffwertschöpfungskette verpflichtet sind, Informationen an die Kommission, die Behörden im Ausschuss oder an eine andere Behörde zu übermitteln. Alle Informationen, die die Unternehmen gemäß diesem Artikel übermitteln, werden auf rein freiwilliger Basis zur Verfügung gestellt und sind stets im Einklang mit Artikel 44 zu behandeln.

Artikel 44

Behandlung vertraulicher Informationen

(1) Die im Zuge der Durchführung dieser Verordnung erlangten Informationen dürfen nur für die Zwecke dieser Verordnung verwendet werden und werden durch die einschlägigen Rechtsvorschriften der Union und der Mitgliedstaaten geschützt.

(2) Die Mitgliedstaaten und die Kommission gewährleisten nach Maßgabe des Unionsrechts und des jeweiligen nationalen Rechts den Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen und anderer in Anwendung dieser Verordnung gewonnenen und generierten sensiblen, vertraulichen und als Verschlusssache eingestuften Informationen, einschließlich Empfehlungen und zu ergreifender Maßnahmen.

(3) Die Mitgliedstaaten und die Kommission gewährleisten, dass der Geheimhaltungsgrad von Verschlusssachen, die im Rahmen dieser Verordnung bereitgestellt oder ausgetauscht werden, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Herausgebers weder herabgestuft noch aufgehoben wird.

(4) Gelangt ein Mitgliedstaat zu der Auffassung, dass die Vorlage zusammengefasster Informationen im Zusammenhang mit Artikel 21 dennoch sein nationales Sicherheitsinteresse beeinträchtigen könnte, so kann er der Vorlage der Kommission durch eine begründete Mitteilung widersprechen.

(5) Die Kommission und die nationalen Behörden, ihre Beamten, Bediensteten und sonstigen Personen, die unter ihrer Aufsicht arbeiten, gewährleisten die Vertraulichkeit der bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Tätigkeiten erlangten Informationen. Diese Verpflichtung gilt auch für alle Vertreter der Mitgliedstaaten, Beobachter, Sachverständige und sonstige Teilnehmer, die gemäß Artikel 35 an den Sitzungen des Ausschusses teilnehmen.

Artikel 45

Strafen

Spätestens zwölf Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung legen die Mitgliedstaaten Vorschriften über Strafen fest, die bei Verstößen gegen diese Verordnung zu verhängen sind, und treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um deren Anwendung sicherzustellen. Die vorgesehenen Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission diese Vorschriften und Maßnahmen unverzüglich mit und melden ihr unverzüglich alle diesbezüglichen Änderungen.

Artikel 46

Bewertung

(1) Bis zum [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: fünf Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung] nimmt die Kommission eine Bewertung dieser Verordnung vor dem Hintergrund der mit ihr verfolgten Ziele vor und legt dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss einen Bericht darüber vor.

(2) In dem in Absatz genannten Bericht wird zumindest bewertet, ob es angemessen ist, Höchstwerte für den ökologischen Fußabdruck von kritischen Rohstoffen festzulegen, für die Berechnungs- und Überprüfungsvorschriften erlassen wurden***, und ob es erforderlich ist, die Lieferketten kritischer Rohstoffe nach 2030 weiter zu stärken***.

Artikel 47

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am […]

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Der Präsident	*Der Präsident*

ANHANG I

Strategische Rohstoffe

ABSCHNITT 1

LISTE DER STRATEGISCHEN ROHSTOFFE

Die folgenden Rohstoffe gelten als strategisch:

-a) Aluminium **[Abänd. 5]**

a) Bismut

b) Bor — metallurgische Qualität

c) Kobalt

d) Kupfer

e) Gallium

f) Germanium

g) Lithium — Batteriequalität

h) Magnesiummetall

i) Mangan — Batteriequalität

j) Natürlicher Grafit — Batteriequalität

k) Nickel — Batteriequalität

l) Metalle der Platingruppe

m) Seltenerdmetalle für Magnete (Nd, Pr, Tb, Dy, Gd, Sm und Ce)

n) Siliciummetall

o) Titanmetall

p) Wolfram

ABSCHNITT 2

METHODIK ZUR AUSWAHL STRATEGISCHER ROHSTOFFE

1. Die strategische Bedeutung wird auf der Grundlage der Bedeutung eines Rohstoffs für den grünen und den digitalen Wandel sowie für Verteidigungs- und Raumfahrtanwendungen bestimmt, wobei Folgendes zu berücksichtigen ist:

   a) die Menge der strategischen Technologien, die einen Rohstoff als Input verwenden;

   b) die Menge eines Rohstoffs, der für die Herstellung relevanter strategischer Technologien benötigt wird;

   c) die erwartete weltweite Nachfrage nach einschlägigen strategischen Technologien.

2. Das prognostizierte Nachfragewachstum ($D_{F/C}$) wird wie folgt berechnet:

$$D_{F/C} = \frac{DF}{GS}$$

   wobei Folgendes gilt:

   D_F ist eine Prognose der Nachfrage nach einem Rohstoff für ein Bezugsjahr;

   GS ist die weltweite jährliche Produktion eines Rohstoffs für einen Bezugszeitraum.

3. Bei der Bestimmung der Schwierigkeit, die Produktion zu steigern, ist mindestens Folgendes zu berücksichtigen:

a) die derzeitige Produktionsskala (PS) eines Rohstoffs für einen Bezugszeitraum, berechnet wie folgt:

$$PS = log_{10}(GS)$$

wobei Folgendes gilt:

log_{10} ist ein gewöhnlicher Logarithmus;

GS ist die weltweite jährliche Produktion eines Rohstoffs für einen Bezugszeitraum;

b) das Verhältnis zwischen Vorräten und der Produktion eines Rohstoffs R/P, berechnet wie folgt:

$$R/P = \frac{R}{GS}$$

wobei Folgendes gilt:

R sind bekannte Vorkommen wirtschaftlich gewinnbarer geologischer Ressourcen eines Rohstoffs;

GS ist die weltweite jährliche Produktion eines Rohstoffs für einen Bezugszeitraum.

ANHANG II

Kritische Rohstoffe

ABSCHNITT 1

LISTE DER KRITISCHEN ROHSTOFFE

Die folgenden Rohstoffe gelten als kritisch:

a) Antimon

b) Arsen

c) Bauxit

d) Baryt

e) Beryllium

f) Bismut

g) Bor

h) Kobalt

i) Kokskohle

j) Kupfer

k) Feldspat

l) Flussspat

m) Gallium

n) Germanium

o) Hafnium

p) Helium

q) Schwere Seltenerdmetalle

r) Leichte Seltenerdmetalle

s) Lithium

t) Magnesium

u) Mangan

v) Natürlicher Grafit

w) Nickel — Batteriequalität

x) Niob

y) Phosphorit

z) Phosphor

aa) Metalle der Platingruppe

bb) Scandium

cc) Siliciummetall

dd) Strontium

ee) Tantal

ff) Titanmetall

gg) Wolfram

hh) Vanadium

ABSCHNITT 2

BERECHNUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN BEDEUTUNG UND DES VERSORGUNGSRISIKOS

1. Die wirtschaftliche Bedeutung (EI) eines Rohstoffs wird wie folgt berechnet:

$$EI = \sum_s (A_s * Q_s) * SI_{EI}$$

wobei Folgendes gilt:

A_s ist der Anteil der Endverwendung des Rohstoffs in einem NACE-Sektor (zweistellige Ebene);

Q_s ist die Wertschöpfung des betreffenden Sektors auf der NACE-Ebene (zweistellige Ebene);

SI_{EI} ist der Substitutionsindex im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Bedeutung.

2. Der Substitutionsindex eines Rohstoffs im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Bedeutung (SI_{EI}) wird wie folgt berechnet:

$$SI_{EI} = \sum_i \sum_a SCP_{i,a} * Sub\text{-}share_{i,a} * Share_a$$

wobei Folgendes gilt:

i bezeichnet einen einzelnen Ersatzrohstoff;

a bezeichnet eine einzelne Anwendung des Rohstoffs;

SCP ist der Leistungskennwert für die Kosten des Ersatzrohstoffs;

Share ist der Anteil der Rohstoffe in einer Endanwendung;

Sub-share ist der Unteranteil jedes Ersatzrohstoffs innerhalb jeder Anwendung.

3. Das Versorgungsrisiko (SR) eines Rohstoffs wird wie folgt berechnet:

$$SR = \left[\left(HHI_{WGI,t}\right)_{GS} \cdot \frac{IR}{2} + \left(HHI_{WGI,t}\right)_{EU\ sourcing}\left(1 - \frac{IR}{2}\right)\right] \cdot \left(1 - EoL_{RIR}\right) \cdot SI_{SR}$$

wobei Folgendes gilt:

GS ist die weltweite jährliche Produktion eines Rohstoffs für einen Bezugszeitraum;

EU sourcing ist die tatsächliche Beschaffung der Lieferungen in die EU, d. h. die inländische Produktion in der EU sowie Einfuhren aus anderen Ländern in die EU;

HHI ist der Herfindahl-Hirschman-Index (der als Näherungswert für die Länderkonzentration verwendet wird);

WGI ist der skalierte World-Governance-Index (der als Näherungswert für die Regierungsführung der Länder verwendet wird);

t ist der Handelsparameter zur Anpassung des WGI, der unter Berücksichtigung potenzieller Ausfuhrsteuern (möglicherweise durch ein geltendes Handelsabkommen abgemildert), physischer Ausfuhrquoten oder von einem Land verhängter Ausfuhrverbote bestimmt wird;

IR ist die Einfuhrabhängigkeit;

EoL_{RIR} ist die Recycling-Inputrate am Ende der Lebensdauer, d. h. das Verhältnis der Sekundärstoffinputs (wiederverwertet aus Altschrott) zu allen Inputs eines Rohstoffs (Primär- und Sekundärrohstoffe);

SI_{SR} ist der Substitutionsindex im Zusammenhang mit dem Versorgungsrisiko.

4. Die Einfuhrabhängigkeit von Rohstoffen wird wie folgt berechnet:

$$IR = \frac{Import - Export}{Domesticproduction + Import - Export}$$

5. Der Herfindahl-Hirschman-Index (HH_{WGI}) eines Rohstoffs wird wie folgt berechnet:

$$\left(HHI_{WGI,t}\right)_{GS\ or\ EU\ sourcing} = \sum_c (S_c)^2 WGI_c * t_c$$

wobei Folgendes gilt:

S_c ist der Anteil von Land c an der weltweiten Versorgung (oder EU-Beschaffung) des Rohstoffs;

WGI_c ist der skalierte World-Governance-Index des Landes c;

t_c ist der Handelsparameter eines Landes zur Anpassung des WGI, der unter Berücksichtigung potenzieller Ausfuhrsteuern (möglicherweise durch ein geltendes Handelsabkommen abgemildert), physischer Ausfuhrquoten oder von einem Land verhängter Ausfuhrverbote bestimmt wird.

6. Der Substitutionsindex eines Rohstoffs im Zusammenhang mit dem Versorgungsrisiko (SI_{SR}) wird wie folgt berechnet:

$$SI_{SR} = \sum_i \left[\left(SP_i * SCr_i * SCo_i\right)^{1/3} \sum_a Sub\text{-}share_{i,a} * Share_a\right]$$

wobei Folgendes gilt:

i bezeichnet einen einzelnen Ersatzrohstoff;

a bezeichnet eine einzelne Anwendung des in Frage kommenden Rohstoffs;

SP ist die Produktion des Ersatzrohstoffs, die die weltweite Produktion des Ersatzrohstoffs und des Rohstoffs widerspiegelt;

SCr ist die Kritikalität des Ersatzrohstoffs, wobei zu berücksichtigen ist, ob es sich bei dem Ersatzrohstoff selbst um einen kritischen Rohstoff handelt;

SCo ist die Kuppelproduktion des Ersatzrohstoffs, wobei zu berücksichtigen ist, ob es sich bei dem Ersatzrohstoff um ein Primärprodukt handelt oder ob es sich um ein Kuppel- oder Nebenprodukt handelt;

Share ist der Anteil der in Frage kommenden Rohstoffe in einer Endanwendung;

Subshare ist der Unteranteil jedes Ersatzrohstoffs innerhalb jeder Anwendung.

7. Wirken sich strukturelle oder statistische Änderungen horizontal auf die Messung der wirtschaftlichen Bedeutung und des Versorgungsrisikos für alle bewerteten Rohstoffe aus, so sind die entsprechenden Werte zu berichtigen, um solche Veränderungen auszugleichen.

Die Berechnungen beruhen auf dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre, für die Daten verfügbar sind. Dabei ist der Priorität, der Qualität und der Verfügbarkeit der Daten Rechnung zu tragen.

ANHANG III

Bewertung der Anerkennungskriterien für strategische Projekte

1. Bei der Bewertung, ob ein Vorhaben in der Union das in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a genannte Kriterium erfüllt, wird Folgendes berücksichtigt:

   a) ob das Vorhaben zu den in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a genannten Richtwerten beiträgt ***oder strategische Rohstoffe in den Wertschöpfungsketten strategischer Technologien ersetzt, wobei Maßnahmen zum Erreichen eines ähnlichen oder kleineren ökologischen Fußabdrucks als dem des ersetzten Rohstoffs ergriffen werden***;

   b) ***für den Fall, dass das Projekt zu den in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a festgelegten Richtwerten beiträgt,*** ob das Projekt unter Berücksichtigung des erwarteten Anstiegs des Unionsverbrauchs zur Aufrechterhaltung oder Stärkung der Kapazitäten der Union als Anteil des jährlichen Verbrauchs an strategischen Rohstoffen in der Union beiträgt.

   ba) ob das Projekt kein Hindernis für die Verwirklichung der Klimaziele der Union für 2030 und 2050 darstellt.

   Der Beitrag eines Projekts zum entsprechenden Richtwert wird unter Berücksichtigung des Wirtschaftsplans des Projekts und der im Antrag enthaltenen unterstützenden technischen Informationen sowie der geschätzten Zeit bis zur Marktreife des Projekts bewertet.

2. Bei der Bewertung, ob ein Projekt in einem Drittland das in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a genannte Kriterium erfüllt, wird Folgendes berücksichtigt:

   a) ob das Projekt zu den in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b genannten Richtwerten oder zur Aufrechterhaltung der Widerstandsfähigkeit der Versorgung der Union mit strategischen Rohstoffen ***oder zur Versorgung der Union mit strategischen Technologien durch die Substitution strategischer Rohstoffe in den Wertschöpfungsketten strategischer Technologien*** beiträgt;

   b) ob der geltende Rechtsrahmen oder andere Bedingungen Gewähr dafür bieten, dass Handel und Investitionen im Zusammenhang mit dem Projekt nicht verzerrt werden, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, ob die Union mit dem betreffenden Drittland eine strategische Partnerschaft gemäß Artikel 33 oder ein Handelsabkommen mit einem Kapitel über Rohstoffe geschlossen hat und ob er mit der gemeinsamen Handelspolitik der Union im Einklang steht;

   c) in welchem Umfang Unternehmen mit dem Projektträger Abnahmevereinbarungen im Hinblick auf die Verwendung oder Verarbeitung der strategischen Rohstoffe, die im Rahmen der betreffenden Projekte in der Union produziert werden, geschlossen haben oder dazu bereit sind;

   d) ob das Projekt mit den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit und der Außenpolitik der Union im Einklang steht.

   Der Beitrag eines Projekts zu den unter Buchstabe a genannten Richtwerten wird unter Berücksichtigung des Wirtschaftsplans des Projekts und der im Antrag enthaltenen unterstützenden technischen Informationen, der geschätzten Zeit bis zur Marktreife des Projekts sowie des Anteils des Outputs des Projekts, der durch bestehende oder potenzielle Abnahmevereinbarungen gemäß Buchstabe c abgedeckt ist, bewertet. Nachweise im Zusammenhang mit Buchstabe c können vertragliche Vereinbarungen oder Absichtserklärungen umfassen.

3. Bei der Bewertung, ob ein Projekt in der Union das in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b genannte Kriterium erfüllt, wird Folgendes berücksichtigt:

   a) Qualität der durchgeführten Durchführbarkeitsstudien über das Entwicklungspotenzial des Projekts;

   b) ob für die Technologie, die verwendet werden soll, in der betreffenden Umgebung ein Nachweis erfolgt ist.

   Die unter Buchstabe a genannten Durchführbarkeitsstudien sind darauf ausgerichtet,

   a) durch Analyse technologischer und ökologischer Erwägungen zu beurteilen, ob ein vorgeschlagenes Projekt voraussichtlich erfolgreich sein wird;

   b) mögliche technische Probleme und Probleme, die sich bei der Durchführung des Projekts ergeben könnten, zu ermitteln.

Es können weitere Studien erforderlich sein, um die Durchführbarkeit des Projekts zu bestätigen.

4. Ob ein Projekt das in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c genannte Kriterium erfüllt, wird ***je nach Sachlage*** unter Berücksichtigung der Einhaltung der folgenden Rechtsvorschriften der Union oder internationaler Instrumente bewertet:

   a) der [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf die Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit], soweit sie für den Projektträger gilt;

   b) der [Amt für Veröffentlichungen bitte einfügen: Verweis auf die Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen], soweit sie für den Projektträger gilt;

   c) die Dreigliedrige Grundsatzerklärung der IAO über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik;

   d) den OECD-Leitfaden für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln, insbesondere die Leitlinien zur Korruptionsbekämpfung;

   e) den OECD-Leitfaden für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht zur Förderung verantwortungsvoller Lieferketten für Minerale aus Konflikt- und Hochrisikogebieten;

   f) den OECD-Leitfaden für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht im Hinblick auf ein nennenswertes Engagement von Interessenträgern in der Rohstoffwirtschaft;

   g) die Grundsätze der OECD für die Unternehmensführung;

   h) OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen;

   i) Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte;

   ia) die Grundsätze der freien und in Kenntnis der Sachlage erteilten vorherigen Zustimmung, wie sie in der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen 2007 angenommenen Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker festgelegt sind; *[Abänd. 11]*

   Die Projektträger können die Einhaltung des in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c genannten Kriteriums auch bescheinigen, indem sie

   a) nachweisen, dass das betreffende Projekt als Teil eines anerkannten Systems gemäß Artikel 29 einzeln zertifiziert ist oder

   b) sich verpflichten, eine Zertifizierung für das betreffende Projekt als Teil eines anerkannten Systems gemäß Artikel 29 einzuholen und ausreichende Nachweise dafür vorzulegen, dass das betreffende Projekt bei seiner Durchführung in der Lage sein wird, die Kriterien für eine solche Zertifizierung zu erfüllen,

   ba) sich mit Blick auf Projekte in der Union verpflichten, dass das betreffende Projekt bei einer Durchführung den einschlägigen Rechtsvorschriften der Union genügt.

5. Bei der Bewertung, ob ein Projekt in der Union das in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d genannte Kriterium erfüllt, wird Folgendes berücksichtigt:

   a) ob Unternehmen aus verschiedenen Mitgliedstaaten an dem Projekt teilnehmen;

   b) ob sich potenzielle Abnehmer auch in mehr als einem Mitgliedstaat befinden;

   c) die Auswirkungen auf die Verfügbarkeit strategischer Rohstoffe für nachgelagerte Anwender in mehr als einem Mitgliedstaat.

6. Ob ein Projekt in einem Drittland das in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe e genannte Kriterium erfüllt, wird bewertet unter Berücksichtigung des Umfangs, in dem das Projekt in dem betreffenden Drittland beiträgt zur:

   a) Stärkung von mehr als einer Stufe der Rohstoffwertschöpfungskette in dem betreffenden Land oder seiner weiteren Region;

   b) Förderung privater Investitionen in die Wertschöpfungskette für inländische Rohstoffe;

   c) Schaffung umfassenderer wirtschaftlicher oder sozialer Vorteile, einschließlich der Schaffung von Arbeitsplätzen.

ANHANG IV

Kriterien für Zertifizierungssysteme

Ein anerkanntes Zertifizierungssystem muss folgende Kriterien erfüllen:

a) Es steht allen Wirtschaftsteilnehmern, die bereit und in der Lage sind, die Anforderungen des Systems zu erfüllen, unter transparenten, fairen und diskriminierungsfreien Bedingungen offen ***und es wird von mehreren Interessenträgern geführt und überwacht***;

b) die Anforderungen an die Zertifizierung müssen ***in den EU-Vorschriften kohärent sein und*** Folgendes umfassen:

i) Anforderungen zur Gewährleistung ökologisch nachhaltiger Verfahren ***vor, während und nach Einstellung des Betriebs***, einschließlich Anforderungen zur Gewährleistung des Umweltmanagements und der Minderung der Auswirkungen***, in den folgenden Umweltrisikokategorien:***

i) Luft, einschließlich Luftverschmutzung, wie Treibhausgasemissionen;

ii) Wasser, einschließlich Meeresboden und Meeresumwelt und Wasserverschmutzung, Wassernutzung, Wassermengen (Überschwemmung oder Dürre) und Zugang zu Wasser;

iii) Boden, einschließlich Bodenverschmutzung, Bodenerosion, Landnutzung und Landdegradation;

iv) Biodiversität, einschließlich der Schädigung von Lebensräumen, Wildtieren, Flora und Ökosystemen, einschließlich Ökosystemdienste;

v) gefährliche Stoffe;

vi) Lärm und Erschütterungen;

vii) Sicherheit von Anlagen;

viii) Energieverbrauch;

ix) Abfälle und Rückstände;

ii) Anforderungen zur Gewährleistung sozial verantwortlicher Verfahren, einschließlich der Achtung der Menschen- und der Arbeitnehmerrechte***, einschließlich des Gemeinschaftslebens indigener Völker***;

iii) Anforderungen zur Gewährleistung der Unternehmensintegrität und -transparenz, einschließlich Anforderungen an die Anwendung einer verantwortungsvollen Verwaltung in finanziellen, ökologischen und sozialen Angelegenheiten und ***Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung im Einklang mit den in Anhang III Nummer 4 aufgeführten OECD-Leitsätzen***;

c) die Überprüfung und Überwachung der Einhaltung ist objektiv, beruht auf internationalen, Unions- oder nationalen Normen, Anforderungen und Verfahren und erfolgt unabhängig vom betreffenden Wirtschaftsteilnehmer;

d) es enthält ausreichende Anforderungen und Verfahren, mit denen die Kompetenz und Unabhängigkeit der verantwortlichen Prüfstellen gewährleistet werden.

da) es enthält Anforderungen, um sicherzustellen, dass es einen auf Standortebene erstellten Prüfbericht gibt.

ANHANG V

Auswirkungen auf die Umwelt

1. **Begriffsbestimmungen**

Für die Zwecke dieses Anhangs gelten folgende Begriffsbestimmungen:

a) „Tätigkeitsdaten“ bezeichnet die Informationen, die bei der Modellierung von Sachbilanzen mit Prozessen in Verbindung gebracht werden; die aggregierten Sachbilanzergebnisse der Prozessketten, die die Tätigkeiten eines Prozesses repräsentieren, werden jeweils mit den entsprechenden Tätigkeitsdaten multipliziert und dann zur Ableitung des mit diesem Prozess verbundenen Umweltfußabdrucks kombiniert;

b) „Stückliste“ bezeichnet eine Liste der Rohstoffe, Teilbaugruppen, Zwischenbaugruppen, Unterkomponenten und Teile sowie der Mengen der Vorgenannten, die für die Produktion des in der Studie betrachteten Produkts erforderlich sind;

c) „unternehmensspezifische Daten“ bezeichnet direkt gemessene oder erhobene Daten aus einer oder mehreren Einrichtungen (standortspezifische Daten), die für die Tätigkeiten des Unternehmens repräsentativ sind; dies ist ein Synonym für „Primärdaten“;

d) „Wirkungsabschätzungsmethode“ bezeichnet das Protokoll für die quantitative Übersetzung der Sachbilanzdaten in Beiträge zu einer relevanten Umweltauswirkung;

e) „Wirkungskategorie“ bezeichnet eine Kategorie von Ressourcennutzung oder Umweltauswirkungen, auf die sich die Sachbilanzdaten beziehen;

f) „Lebensweg“ bezeichnet aufeinanderfolgende und miteinander verbundene Stufen eines Produktsystems von der Rohstoffbeschaffung oder Rohstofferzeugung aus natürlichen Quellen bis hin zur endgültigen Beseitigung (ISO 14040:2006);

g) „Sachbilanz“ (Life cycle inventory, LCI) bezeichnet den kombinierten Satz der Wechselwirkungen von Elementar-, Abfall- und Produktflüssen in einem Sachbilanzdatensatz;

h) „Sachbilanzdatensatz“ bezeichnet ein Dokument oder eine Datei mit Informationen über den Lebensweg eines bestimmten Produkts oder einer anderen Bezugsgröße (z. B. Standort, Prozess), das bzw. die deskriptive Metadaten und quantitative Sachbilanzdaten enthält; ein Sachbilanzdatensatz könnte ein Prozessmoduldatensatz, ein teilweise aggregierter oder ein aggregierter Datensatz sein;

i) „Sekundärdaten“ bezeichnet Daten, die nicht aus einem bestimmten Prozess innerhalb der Lieferkette des Unternehmens stammen, das eine Studie über den ökologischen Fußabdruck durchführt; der Begriff bezieht sich auf Daten, die nicht direkt vom Unternehmen erhoben, gemessen oder geschätzt werden, sondern aus einer Sachbilanzdatenbank Dritter oder anderen Quellen stammen; Sekundärdaten umfassen Durchschnittsdaten aus der Industrie (z. B. aus veröffentlichten Produktionsdaten, staatlichen Statistiken und Industrieverbänden), aus Literaturstudien, technischen Studien und Patenten, und sie können auch auf Finanzdaten beruhen und Proxydaten sowie andere generische Daten enthalten; Primärdaten, die einen horizontalen Aggregationsschritt durchlaufen, gelten als Sekundärdaten;

j) „Systemgrenze“ bezeichnet in die Studie aufgenommene oder aus ihr ausgeschlossene Aspekte.

Darüber hinaus müssen die Berechnungsvorschriften für den ökologischen Fußabdruck eines kritischen Rohstoffs jede weitere Begriffsbestimmung enthalten, die für ihre Auslegung erforderlich ist.

2. **Anwendungsbereich**

Dieser Anhang enthält die wesentlichen Elemente für die Berechnung des ökologischen Fußabdrucks kritischer Rohstoffe.

Die Berechnungsvorschriften für den ökologischen Fußabdruck bestimmter kritischer Rohstoffe stützen sich auf die wesentlichen Elemente dieses Anhangs, wobei wissenschaftlich fundierte Bewertungsmethoden und einschlägige internationale Normen im Bereich der Lebenszyklusbewertung zu berücksichtigen sind.

Die Berechnung des ökologischen Fußabdrucks eines kritischen Rohstoffs erfolgt auf der Grundlage der Materialrechnung, der Energie, der Produktionsmethoden und der Hilfsmaterialien, die in den Anlagen zur Produktion kritischer Rohstoffe verwendet werden.

Bei der Festlegung von Berechnungsvorschriften für den ökologischen Fußabdruck bestimmter kritischer Rohstoffe bemüht sich die Kommission um Kohärenz mit den Berechnungsvorschriften für den ökologischen Fußabdruck ***von Zwischen- und Endprodukten***, bei denen die relevanten kritischen Rohstoffe verwendet werden.

3. **Angegebene Einheit**

Die angegebene Einheit ist 1 kg der relevanten Art des kritischen Rohstoffs.

In den Berechnungsvorschriften für den ökologischen Fußabdruck bestimmter kritischer Rohstoffe kann eine höhere oder niedrigere angegebene Einheit, ausgedrückt in kg, festgelegt werden, wenn dies zur Berücksichtigung der Art oder Verwendung des entsprechenden kritischen Rohstoffs erforderlich ist.

Alle quantitativen Input- und Output-Daten, die der Erzeuger zur Quantifizierung des ökologischen Fußabdrucks erhebt, müssen in Bezug auf diese angegebene Einheit berechnet werden.

4. **Systemgrenze**

Gewinnung, Konzentration und Raffination sind die drei Lebenszyklusabschnitte, die in die Systemgrenze von primären kritischen Rohstoffen mit folgenden Prozessen einzubeziehen sind (sofern für den jeweiligen Rohstoff relevant):

a) vorgelagerte Prozesse, einschließlich Gewinnung von Erzen für die Rohstoffproduktion, Produktion und Lieferung (***einschließlich*** Transport) von Chemikalien, Hilfsprozesse, Produktion und Lieferung (***einschließlich*** Transport) von Kraftstoffen, Erzeugung und Lieferung von Strom sowie Transport von Rohstoffen in Fahrzeugen, die nicht im Eigentum der Organisation stehen ***oder nicht von ihr betrieben werden***;

b) Transport von Erzen, Konzentraten und Rohstoffen in Fahrzeugen, die Eigentum der Organisation sind oder von ihr betrieben werden;

c) Lagerung von Erzen, Konzentraten und Rohstoffen;

d) Zerkleinern und Reinigen von Erzen;

e) Herstellung von Rohstoffkonzentrat;

f) Metallgewinnung (durch chemische, physikalische oder biologische Mittel);

g) Schmelzen;

h) Metallumwandlung;

i) Schlackenreinigung;

j) Metallraffination;

k) Metallelektrolyse;

l) Metallguss oder -verpackung;

m) Behandlung von verbrauchten Rohstoffen und Schlacken;

n) alle damit zusammenhängenden Hilfsprozesse wie Abwasserbehandlung (vor Ort, auch zur Behandlung von Prozessabwasser, direkte Kühlung, Wasser und Oberflächenabfluss), Gasminderungssysteme (auch für Primär- und Sekundärgase, Kessel (einschließlich Vorbehandlung von Speisewasser), interne Logistik.

In die Systemgrenze von sekundären kritischen Rohstoffen (Festlegung der Recycling-Lebenszyklusphase) sind (sofern für den jeweiligen rezyklierten Rohstoff relevant) folgende Prozesse einzubeziehen:

a) vorgelagerte Prozesse, einschließlich der Erzeugung von Rohmaterial (Schrott und neue Kupferkonzentrate), der Produktion und Lieferung (Transport) von Chemikalien, Hilfsprozessen, der Produktion und Lieferung (Transport) von Brennstoffen, der Erzeugung und Lieferung von Elektrizität sowie des Transports von Rohstoffen mit Fahrzeugen, die nicht im Eigentum der Organisation stehen;

b) Transport von Konzentraten und Schrott in Fahrzeugen, die Eigentum der Organisation sind oder von ihr betrieben werden;

c) Lagerung von Schrott, Konzentraten und Rohstoffen;

d) Vorbehandlung von Sekundärstoffen;

e) Schmelzen;

f) Metallumwandlung;

g) Metallraffination;

h) Metallelektrolyse;

i) Metallguss oder -verpackung;

j) Behandlung verbrauchter Rohstoffe;

k) alle damit zusammenhängenden Hilfsprozesse wie Abwasserbehandlung (vor Ort, auch zur Behandlung von Prozessabwasser, direkte Kühlung, Wasser und Oberflächenabfluss), Gasminderungssysteme (auch für Primär- und Sekundärgase, Kessel (einschließlich Vorbehandlung von Speisewasser), interne Logistik).

Die Nutzungsphase oder die Phase am Ende der Lebensdauer wird bei den Berechnungen des ökologischen Fußabdrucks nicht berücksichtigt, da sie nicht dem direkten Einfluss des verantwortlichen Wirtschaftsteilnehmers unterliegt. Andere Prozesse können ausgeschlossen werden, wenn ihr Beitrag zum ökologischen Fußabdruck eines bestimmten kritischen Rohstoffs unbedeutend ist.

5. **Wirkungskategorien**

In den Berechnungsvorschriften wird festgelegt, welche Wirkungskategorie ***bzw. -kategorien und welche Treibhausgasemissionen*** in die Berechnung des ökologischen Fußabdrucks einbezogen werden müssen. Die Auswahl erfolgt auf der Grundlage der Hotspot-Analyse, die im Einklang mit den auf internationaler Ebene entwickelten wissenschaftlich fundierten Methoden durchgeführt wird, wobei Folgendes zu berücksichtigen ist:

a) relative Bedeutung der verschiedenen Auswirkungen, einschließlich ihrer relativen Bedeutung für ▌die Klima- und Umweltauswirkungen;

b) Bedürfnisse nachgelagerter Unternehmen, die über den ökologischen Fußabdruck der von ihnen verwendeten kritischen Rohstoffe informieren möchten.

6. **Nutzung von unternehmensspezifischen und sekundären Datensätzen**

In den Berechnungsvorschriften ist die Verwendung unternehmensspezifischer oder sekundärer Datensätze für alle relevanten Prozesse und Materialien festzulegen. ***Wenn die Berechnungsvorschriften die Wahl zwischen einem unternehmensspezifischen Datensatz und einem sekundären Datensatz zulassen, muss die Berechnungsmethode einen ausreichenden Anreiz zur Verwendung des unternehmensspezifischen Datensatzes bieten.***

Die Verwendung unternehmensspezifischer Daten ist zumindest für die Prozesse erforderlich, die unter dem direkten Einfluss des verantwortlichen Betreibers stehen und den größten Beitrag zu den relevanten Wirkungskategorien leisten.

Die unternehmensspezifischen Tätigkeitsdaten werden kombiniert mit den einschlägigen mit dem ökologischen Fußabdruck konformen Sekundärdatensätzen verwendet. In den Berechnungsvorschriften sollte festgelegt werden, ob die Probennahme im Einklang mit den Kriterien zulässig ist, die in auf internationaler Ebene entwickelten wissenschaftlich fundierten Methoden festgelegt sind.

Eine Änderung der Materialrechnung oder des Energiemixes, die zur Herstellung einer Art von kritischen Rohstoffen verwendet werden, erfordert eine neue Berechnung des ökologischen Fußabdrucks.

Für die Berechnung der CO_2-Intensität der Energie, die in den einzelnen in Absatz 4 aufgeführten Prozessabschnitten eingesetzt wird, werden die durchschnittlichen Treibhausgas-Emissionsdaten des Energiemixes des Landes oder, falls möglich, der Region, in dem bzw. der die spezifische Tätigkeit oder der spezifische Prozess stattfand, verwendet. Niedrigere Emissionsfaktoren werden nur verwendet, wenn der Wirtschaftsteilnehmer zuverlässig nachweisen kann, dass seine einzelnen Prozesse oder seine Energieversorgung weniger CO_2-intensiv sind als der durchschnittliche Energiemix des Landes oder, soweit möglich, der Region. Dies ist durch eine direkte Verbindung zu einem Erzeuger von Energie aus erneuerbaren Quellen oder einem Erzeuger mit geringerer CO_2-Intensität oder durch einen Vertrag nachzuweisen, der einen zeitlichen und geografischen Zusammenhang zwischen der Energieversorgung und der Nutzung durch den Wirtschaftsteilnehmer belegt, was durch eine Prüfbescheinigung eines Dritten zu überprüfen ist.

Die im Wege eines delegierten Rechtsakts aufzustellenden Berechnungsvorschriften umfassen eine detaillierte Modellierung der folgenden Lebenszyklusabschnitte:

a) Stufe der Gewinnung, Konzentration und Raffination von Primärrohstoffen;

b) Stufe der Beschaffung und Verarbeitung von Sekundärrohstoffen.

7. **Wirkungsabschätzungsmethoden**

Der ökologische Fußabdruck wird anhand wissenschaftlich fundierter Wirkungsabschätzungsmethoden berechnet, die den Entwicklungen auf internationaler Ebene für relevante Wirkungskategorien im Zusammenhang mit Klimawandel, Wasser, Luft, Boden, Ressourcen, Landnutzung und Toxizität Rechnung tragen.

Die Ergebnisse liegen als charakterisierte Ergebnisse vor (ohne Normierung und Gewichtung).

8. **Leistungsklassen für den ökologischen Fußabdruck**

Je nachdem, wie sich die auf dem EU-Binnenmarkt in Verkehr gebrachten Werte aus den Erklärungen zum ökologischen Fußabdruck verteilen, wird im Interesse der Marktdifferenzierung eine zweckmäßige Anzahl von Leistungsklassen festgelegt, wobei die Kategorie A die höchste Klasse mit den geringsten Auswirkungen über den Lebensweg bildet. Der Schwellenwert und die Bandbreite jeder Leistungsklasse werden auf der Grundlage des Leistungsspektrums der in den vorangegangenen drei Jahren in Verkehr gebrachten relevanten kritischen Rohstoffe, der absehbaren technologischen Verbesserungen und anderer, noch zu bestimmender technischer Faktoren festgelegt.

Die Kommission überprüft alle drei Jahre die Zahl der Leistungsklassen und deren jeweiligen Schwellenwert, um sicherzustellen, dass diese weiterhin die Marktrealität und die voraussichtliche Marktentwicklung widerspiegeln.

9. **Konformitätsbewertung**

In den Berechnungs- und Überprüfungsvorschriften wird das anzuwendende Konformitätsbewertungsverfahren aus den Modulen in Anhang II des Beschlusses Nr. 768/2008/EG mit den für die betreffenden Rohstoffe erforderlichen Anpassungen festgelegt.

Bei der Festlegung des anzuwendenden Konformitätsbewertungsverfahrens berücksichtigt die Kommission folgende Kriterien:

a) die Eignung des betreffenden Moduls für die Art des Rohstoffs und die Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf das verfolgte öffentliche Interesse;

b) die Verfügbarkeit kompetenter und unabhängiger Dritter, die in der Lage sind, durch Dritte auszuführende potenzielle Konformitätsbewertungsaufgaben wahrzunehmen;

c) falls die Beteiligung eines Dritten vorgeschrieben ist, die Notwendigkeit von Auswahlmöglichkeiten für den Hersteller zwischen Qualitätssicherungs- und Produktzertifizierungsmodulen entsprechend Anhang II des Beschlusses Nr. 768/2008/EG.

ANHANG VI

Relevante Produkte gemäß Artikel 27 Absatz 1

In der folgenden Tabelle sind die Waren aufgeführt, die in der Kombinierten Nomenklatur in Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 eingereiht sind.

C/2024/1771

22.3.2024

P9_TA(2023)0296

Billigung der Ernennung von Iliana Ivanova zum Mitglied der Europäischen Kommission

Beschluss des Europäischen Parlaments vom 12. September 2023 zur Billigung der Ernennung von Iliana Ivanova zum Mitglied der Kommission (C9-0242/2023 — 2023/0805(NLE))

(C/2024/1771)

Das Europäische Parlament,

— gestützt auf Artikel 246 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

— gestützt auf Artikel 106a des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft,

— gestützt auf Nummer 6 der Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission ([1]),

— unter Hinweis auf den Rücktritt von Mariya Gabriel als Mitglied der Kommission,

— unter Hinweis auf das Schreiben des Rates vom 7. Juli 2023, mit dem der Rat das Europäische Parlament hinsichtlich eines im Einvernehmen mit der Präsidentin der Kommission zu fassenden Beschlusses zur Ernennung von Iliana Ivanova zum Mitglied der Kommission angehört hat (C9-0242/2023),

— unter Hinweis auf die Schreiben der Präsidentin der Kommission vom 29. Juni und 5. Juli 2023,

— unter Hinweis auf die Anhörung von Iliana Ivanova, die vom Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie und vom Ausschuss für Kultur und Bildung am 5. September 2023 durchgeführt wurde, sowie auf das im Anschluss an die Anhörung ausgearbeitete Erklärungsschreiben,

— unter Hinweis auf die auf der Konferenz der Ausschussvorsitze am 6. September 2023 im schriftlichen Verfahren und auf der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung am 6. September 2023 vorgenommene Prüfung,

— gestützt auf Artikel 125 und Anlage VII seiner Geschäftsordnung,

1. billigt die Ernennung von Iliana Ivanova zum Mitglied der Kommission für die verbleibende Amtszeit der Kommission bis zum 31. Oktober 2024,

2. beauftragt seine Präsidentin, diesen Beschluss dem Rat, der Kommission und den Regierungen der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

([1]) ABl. L 304 vom 20.11.2010, S. 47.

C/2024/1781

22.3.2024

P9_TA(2023)0309

Keine Einwände gegen einen delegierten Rechtsakt: finanzielle Unterstützung der Union für den Sektor Obst und Gemüse aufgrund widriger Wetterereignisse

Beschluss des Europäischen Parlaments, keine Einwände gegen die delegierte Verordnung der Kommission vom 10. August 2023 zur Abweichung von der Delegierten Verordnung (EU) 2017/891 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates für das Jahr 2023 in Bezug auf den Wert der vermarkteten Erzeugung, die nationale Strategie und die Wiedereinziehung der finanziellen Unterstützung der Union für mehrjährige Verpflichtungen im Sektor Obst und Gemüse aufgrund widriger Wetterereignisse zu erheben (C(2023)05369 — 2023/2818(DEA))

(C/2024/1781)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf die delegierte Verordnung C(2023)05369 der Kommission,

— unter Hinweis auf das Schreiben der Kommission vom 8. August 2023, in dem diese das Europäische Parlament ersucht, zu erklären, dass es keine Einwände gegen die delegierte Verordnung erheben wird,

— unter Hinweis auf das Schreiben des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung vom 30. August 2023 an den Vorsitzenden der Konferenz der Ausschussvorsitze,

— gestützt auf Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

— gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 des Rates [1], insbesondere auf Artikel 37 und 173 sowie Artikel 227 Absatz 5,

— gestützt auf Artikel 111 Absatz 6 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf die Empfehlung des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung für einen Beschluss,

— unter Hinweis darauf, dass innerhalb der in Artikel 111 Absatz 6 dritter und vierter Spiegelstrich seiner Geschäftsordnung vorgesehenen Frist, die am 12. September 2023 auslief, keine Einwände erhoben wurden,

A. in der Erwägung, dass die Erzeugung von Obst und Gemüse aufgrund von schwerwiegenden widrigen Wetterereignissen, zu denen es im Frühjahr 2023 in mehreren Regionen in den Mitgliedstaaten gekommen ist, darunter Dürren und Überschwemmungen, drastisch beeinträchtigt wurde, was sich sowohl auf die erzeugte Menge als auch auf die Qualität der Erzeugnisse auswirkte;

B. in der Erwägung, dass viele anerkannte Erzeugerorganisationen und Vereinigungen von Erzeugerorganisationen bei der Durchführung ihrer genehmigten operationellen Programme mit Schwierigkeiten konfrontiert sind;

C. in der Erwägung, dass einige der genehmigten Aktionen und Maßnahmen 2023 nicht durchgeführt werden, sodass ein Teil der Mittel aus dem Betriebsfonds nicht ausgegeben wird; in der Erwägung, dass andere anerkannte Erzeugerorganisationen und Vereinigungen von Erzeugerorganisationen derzeit ihre operationellen Programme ändern, damit Aktionen und Maßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen der schwerwiegenden widrigen Wetterereignisse im Obst- und Gemüsesektor, wie etwa Krisenmanagementmaßnahmen, durchgeführt werden können;

[1] ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671.

D. in Erwägung des Vorschlags der Kommission, dass zur Bewältigung der Folgen der beispiellosen schwerwiegenden widrigen Wetterereignisse des Frühjahrs 2023 diese Schwierigkeiten durch eine Abweichung von bestimmten im Obst- und Gemüsesektor geltenden Vorschriften der Delegierten Verordnung (EU) 2017/891 ([2]) abgefedert werden müssen; in der Erwägung, dass Erzeugerorganisationen deshalb im Jahr 2023 von den Bestimmungen ausgenommen werden sollten, wonach der wirtschaftliche Wert der verkauften Erzeugnisse von Erzeugern, die nicht Mitglied der Erzeugerorganisation oder der Vereinigung von Erzeugerorganisationen sind, geringer sein muss als der Wert der vermarkteten Erzeugung der Erzeugerorganisation oder der Vereinigung von Erzeugerorganisationen; in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten außerdem von ihrer Verpflichtung befreit werden sollten, in der nationalen Strategie die Höchstsätze für die Finanzierung von einzelnen Maßnahmen und/oder Aktionstypen aus dem Betriebsfonds festzulegen;

E. in der Erwägung, dass zwecks Sicherstellung der finanziellen Stabilität der Erzeugerorganisationen die finanzielle Unterstützung der Union für mehrjährige Verpflichtungen im Obst- und Gemüsesektor, wie Umweltaktionen, nicht wie in Artikel 36 Absatz 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2017/891 vorgesehen wieder eingezogen und dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) erstattet werden sollte, wenn ihre langfristigen Ziele wegen ihrer Unterbrechung im Jahr 2023 aus Gründen im Zusammenhang mit den Folgen der widrigen Wetterereignisse des Frühjahrs 2023 nicht erreicht werden konnten;

1. erklärt, keine Einwände gegen die Delegierte Verordnung zu erheben;

2. beauftragt seine Präsidentin, diesen Beschluss dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

([2]) Delegierte Verordnung (EU) 2017/891 der Kommission vom 13. März 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Sektoren Obst und Gemüse sowie Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse und zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die in diesen Sektoren anzuwendenden Sanktionen und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 der Kommission (ABl. L 138 vom 25.5.2017, S. 4).

C/2024/1782

22.3.2024

P9_TA(2023)0310

Keine Einwände gegen einen delegierten Rechtsakt: befristete Sofortmaßnahmen für den Obst- und Gemüsesektor infolge widriger Wetterereignisse

Beschluss des Europäischen Parlaments, keine Einwände gegen die delegierte Verordnung der Kommission vom 10. August 2023 über befristete Sofortmaßnahmen zur Abweichung von bestimmten Vorschriften der Delegierten Verordnung (EU) 2022/126 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates für das Jahr 2023 zur Lösung spezifischer Probleme im Obst- und Gemüsesektor infolge widriger Wetterereignisse und damit zusammenhängende Maßnahmen zu erheben (C (2023)05365 — 2023/2819(DEA))

(C/2024/1782)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf die Delegierte Verordnung der Kommission (C(2023)05365),

— unter Hinweis auf das Schreiben der Kommission vom 8. August 2023, in dem diese das Europäische Parlament ersucht, zu erklären, dass es keine Einwände gegen die Delegierte Verordnung erheben wird,

— unter Hinweis auf das Schreiben des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung vom 30. August 2023 an den Vorsitzenden der Konferenz der Ausschussvorsitze,

— gestützt auf Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

— gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 ([1]), insbesondere auf Artikel 45 Buchstabe c und Artikel 152 Absatz 6,

— gestützt auf Artikel 111 Absatz 6 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf die Empfehlung des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung für einen Beschluss,

— unter Hinweis darauf, dass innerhalb der in Artikel 111 Absatz 6 dritter und vierter Spiegelstrich seiner Geschäftsordnung vorgesehenen Frist, die am 12. September 2023 auslief, keine Einwände erhoben wurden,

A. in der Erwägung, dass die Erzeugung von Obst und Gemüse aufgrund von schwerwiegenden widrigen Wetterereignissen, die sich im Frühjahr 2023 in Regionen mehrerer Mitgliedstaaten abgespielt haben, drastisch beeinträchtigt wurde, was sich sowohl auf die erzeugte Menge als auch auf deren Qualität auswirkte;

B. in der Erwägung, dass Verluste beim Wert der vermarkteten Erzeugung im Obst- und Gemüsesektor in der Regel erhebliche Auswirkungen auf den Betrag der Unionsbeihilfe haben, die die Erzeugerorganisationen im Folgejahr erhalten;

C. in der Erwägung, dass auch anerkannte Erzeugerorganisationen durch schwerwiegende widrige Wetterereignisse beeinträchtigt werden, da diese sich auf ihre finanzielle Stabilität und ihre operationellen Programme über das Jahr 2023 hinaus auswirken, zumal sich der Wert der vermarkteten Erzeugung für das Jahr 2023 in der Berechnung der finanziellen Beihilfe der Union aufgrund der Tatsache niederschlägt, dass der Betrag der Unionsbeihilfe als Prozentsatz des Wertes der vermarkteten Erzeugung der einzelnen Erzeugerorganisationen berechnet wird;

D. in der Erwägung, dass für den Fall, dass es im Jahr 2023 zu einem erheblichen Verlust beim Wert der vermarkteten Erzeugung kommt, Erzeugerorganisationen Gefahr liefen, ihre amtliche Anerkennung zu verlieren, da ein Kriterium für eine solche Anerkennung darin besteht, dass ein bestimmter auf nationaler Ebene festgelegter Mindestwert der vermarkteten Erzeugung erreicht wird;

([1]) ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 1.

E. in der Erwägung, dass dieser Umstand die langfristige Stabilität von Erzeugerorganisationen als Schlüsselelemente der gemeinsamen Marktorganisation im Obst- und Gemüsesektor der Union gefährden würde;

F. in der Erwägung, dass es zur Abmilderung dieser Schwierigkeiten erforderlich ist, von den für den Obst- und Gemüsesektor geltenden Bestimmungen für die Berechnung des Wertes der vermarkteten Erzeugung gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2022/126 der Kommission ([2]) abzuweichen;

G. in der Erwägung, dass gemäß der Delegierten Verordnung für den Fall, dass sich der Wert eines Erzeugnisses aufgrund der widrigen Wetterereignisse des Frühjahrs 2023 um mindestens 35 % verringert hat und diese Verringerung außerhalb der Verantwortung der Erzeugerorganisation oder der Vereinigung von Erzeugerorganisationen liegt und sich ihrer Kontrolle entzieht, davon auszugehen ist, dass der Wert der vermarkteten Erzeugung dieses Erzeugnisses im Jahr 2023 100 % des Wertes der vermarkteten Erzeugung für den Durchschnitt der fünf vorangegangenen zwölfmonatigen Referenzzeiträume unter Ausschluss des niedrigsten und des höchsten Wertes ausmacht;

1. erklärt, keine Einwände gegen die Delegierte Verordnung zu erheben;

2. beauftragt seine Präsidentin, diesen Beschluss dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

([2]) Delegierte Verordnung (EU) 2022/126 der Kommission vom 7. Dezember 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates um zusätzliche Anforderungen für bestimmte, von den Mitgliedstaaten in ihren GAP-Strategieplänen für den Zeitraum 2023 bis 2027 gemäß der genannten Verordnung festgelegte Interventionskategorien sowie um Vorschriften über den Anteil für den Standard für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ-Standard) Nr. 1 (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 52).

C/2024/1784

22.3.2024

P9_TA(2023)0312

Vorgeschlagene Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs — Katarína Kaszasová

Beschluss des Europäischen Parlaments vom 13. September 2023 über die vorgeschlagene Ernennung von Katarína Kaszasová zum Mitglied des Rechnungshofs (C9-0220/2023 — 2023/0804(NLE))

(Anhörung)

(C/2024/1784)

Das Europäische Parlament,

— gestützt auf Artikel 286 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, gemäß dem es vom Rat angehört wurde (C9-0220/2023),

— gestützt auf Artikel 129 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf den Bericht des Haushaltskontrollausschusses (A9-0259/2023),

A. in der Erwägung, dass der Rat das Europäische Parlament mit Schreiben vom 29. Juni 2023 zur Ernennung von Katarína Kaszasová zum Mitglied des Rechnungshofs angehört hat;

B. in der Erwägung, dass der Haushaltskontrollausschuss die Qualifikationen der vorgeschlagenen Kandidatin bewertet hat, insbesondere im Hinblick auf die Erfordernisse nach Artikel 286 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union; in der Erwägung, dass der Ausschuss im Laufe dieser Bewertung einen Lebenslauf der Kandidatin und deren Antworten auf den schriftlichen Fragenkatalog, der ihr übermittelt worden war, erhalten hat;

C. in der Erwägung, dass der Ausschuss im Anschluss daran am 4. September 2023 eine Anhörung der Kandidatin durchgeführt hat, bei der diese zunächst eine Erklärung abgab und anschließend die Fragen der Ausschussmitglieder beantwortete;

1. gibt eine befürwortende Stellungnahme zu dem Vorschlag des Rates ab, Katarína Kaszasová zum Mitglied des Rechnungshofs zu ernennen;

2. beauftragt seine Präsidentin, diesen Beschluss dem Rat und — zur Information — dem Rechnungshof sowie den übrigen Organen der Europäischen Union und den Rechnungskontrollbehörden der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1770

22.3.2024

P9_TA(2023)0316

Änderungen der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments zur Stärkung von Integrität, Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht

Beschluss des Europäischen Parlaments vom 13. September 2023 über Änderungen der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments zur Stärkung von Integrität, Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht (2023/2095 (REG)) (*)

(C/2024/1770)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf das Schreiben seiner Präsidentin vom 9. März 2023,

— gestützt auf die Artikel 236 und 237 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (A9-0262/2023),

1. beschließt, an seiner Geschäftsordnung die nachstehenden Änderungen vorzunehmen;

2. beschließt, dass die Änderungen am 1. November 2023 in Kraft treten; beschließt, dass die Änderungen, mit denen das Präsidium und die Quästoren ermächtigt werden, Durchführungsmaßnahmen anzunehmen, hingegen ab dem Datum der Annahme dieses Beschlusses gelten;

3. beschließt, dass die Interessenerklärungen, die auf der Grundlage der zum Zeitpunkt der Annahme dieses Beschlusses geltenden Bestimmungen der Geschäftsordnung abgegeben wurden, bis zum 31. Dezember 2023 gültig bleiben;

4. beauftragt seine Präsidentin, diesen Beschluss dem Rat und der Kommission zur Information zu übermitteln.

Abänderung 1

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Artikel 11

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
Artikel 11	Artikel 11
Finanzielle Interessen der Mitglieder und Transparenz-Register	***Verhaltensregeln in Bezug auf Integrität und Transparenz***
1. Das Parlament beschließt ***Regeln über die Transparenz der finanziellen Interessen seiner Mitglieder*** in Form eines Verhaltenskodex, der mit der Mehrheit der ihm angehörenden Mitglieder angenommen und dieser Geschäftsordnung als Anlage ([5]) beigefügt wird.	1. Das Parlament beschließt ***Verhaltensregeln in Bezug auf Integrität und Transparenz*** in Form eines Verhaltenskodex, der mit der Mehrheit der ihm angehörenden Mitglieder angenommen und dieser Geschäftsordnung als Anlage ([5]) beigefügt wird.
Diese Regeln dürfen die Ausübung des Mandats und damit zusammenhängender politischer oder anderer Tätigkeiten nicht anderweitig beeinträchtigen oder einschränken.	Diese Regeln dürfen die Ausübung des Mandats und damit zusammenhängender politischer oder anderer Tätigkeiten nicht anderweitig beeinträchtigen oder einschränken.

(*) Bezugnahmen auf „cp“ in den Überschriften angenommener Abänderungen sind als der entsprechende Teil dieser Abänderungen zu verstehen.

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
2. Die Mitglieder sollten sich systematisch nur mit Interessenvertretern treffen, die im durch die Interinstitutionelle Vereinbarung über ein verbindliches Transparenz-Register ([6]) eingerichteten Transparenz-Register registriert sind.	
3. Die Mitglieder sollten alle geplanten Treffen mit Interessenvertretern, die in den Geltungsbereich der Interinstitutionellen Vereinbarung fallen, im Internet veröffentlichen. Unbeschadet des Artikels 4 Absatz 6 der Anlage I müssen Berichterstatter, Schattenberichterstatter und Ausschussvorsitze für jeden Bericht alle geplanten Treffen mit Interessenvertretern, die in den Geltungsbereich der Interinstitutionellen Vereinbarung fallen, im Internet veröffentlichen. Das Präsidium stellt auf der Website des Parlaments die erforderliche Infrastruktur zur Verfügung.	
4. Das Präsidium stellt auf der Seite der Mitglieder auf der Website des Parlaments die erforderliche Infrastruktur für die Mitglieder zur Verfügung, die eine freiwillige Prüfung oder Bestätigung gemäß den geltenden Bestimmungen des Abgeordnetenstatuts und den entsprechenden Durchführungsbestimmungen veröffentlichen möchten, dass ihre Nutzung der allgemeinen Kostenvergütung den geltenden Bestimmungen des Abgeordnetenstatuts und den entsprechenden Durchführungsmaßnahmen entspricht.	4. Das Präsidium stellt auf der Seite der Mitglieder auf der Website des Parlaments die erforderliche Infrastruktur für die Mitglieder zur Verfügung, die eine freiwillige Prüfung oder Bestätigung gemäß den geltenden Bestimmungen des Abgeordnetenstatuts und den entsprechenden Durchführungsbestimmungen veröffentlichen möchten, dass ihre Nutzung der allgemeinen Kostenvergütung den geltenden Bestimmungen des Abgeordnetenstatuts und den entsprechenden Durchführungsmaßnahmen entspricht.
5. Diese Regeln dürfen die Ausübung des Mandats und damit zusammenhängender politischer oder anderer Tätigkeiten nicht in sonstiger Weise beeinträchtigen oder einschränken.	
6. Das Präsidium legt durch Beschluss die Verhaltensregeln***, Vorrechte*** und ***Befreiungen*** für die ehemaligen Mitglieder fest. ***Bei der Behandlung der ehemaligen Mitglieder werden keine Unterschiede gemacht.***	6. Das Präsidium legt durch Beschluss die Verhaltensregeln ***in Bezug auf Integrität*** und ***Transparenz*** für die ehemaligen Mitglieder fest.
([5]) Siehe Anlage I.	([5]) Siehe Anlage I.
([6]) Interinstitutionelle Vereinbarung vom 20. Mai 2021 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über ein verbindliches Transparenz-Register (ABl. L 207 vom 11.6.2021, S. 1).	

Abänderung 2

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Artikel 35

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
Artikel 35	Artikel 35
Interfraktionelle Arbeitsgruppen	Interfraktionelle Arbeitsgruppen
1. Einzelne Mitglieder können interfraktionelle Arbeitsgruppen ***oder andere inoffizielle Mitgliedergruppierungen*** bilden, um einen informellen fraktionsübergreifenden Meinungsaustausch über spezifische Themen unter Einbeziehung von Mitgliedern verschiedener Ausschüsse zu führen, und um den Kontakt zwischen den Mitgliedern und der Zivilgesellschaft zu fördern.	1. Einzelne Mitglieder können interfraktionelle Arbeitsgruppen bilden, um einen informellen fraktionsübergreifenden Meinungsaustausch über spezifische Themen unter Einbeziehung von Mitgliedern verschiedener Ausschüsse zu führen, und um den Kontakt zwischen den Mitgliedern und der Zivilgesellschaft zu fördern.

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
2. Interfraktionelle Arbeitsgruppen ***und andere inoffizielle Gruppierungen*** müssen sich in ihren Handlungen uneingeschränkt transparent verhalten ***und*** dürfen keinen Tätigkeiten nachgehen, die zu Verwechslungen mit den offiziellen Tätigkeiten des Parlaments oder seiner Organe führen könnten. Sie dürfen keine Veranstaltungen in Drittstaaten organisieren, die mit einer Mission eines offiziellen Organs des Parlaments zusammenfallen, wozu auch offizielle Wahlbeobachtungsmissionen zählen.	2. Interfraktionelle Arbeitsgruppen müssen sich in ihren Handlungen uneingeschränkt transparent verhalten***. Sie*** dürfen keinen Tätigkeiten nachgehen, die zu Verwechslungen mit den offiziellen Tätigkeiten des Parlaments oder seiner Organe führen könnten***. Insbesondere dürfen sie nicht den Namen oder das Logo des Parlaments verwenden.*** Sie dürfen keine Veranstaltungen in Drittstaaten organisieren, die mit einer Mission eines offiziellen Organs des Parlaments zusammenfallen, wozu auch offizielle Wahlbeobachtungsmissionen zählen.
3. Sofern die in den internen Vorschriften des Parlaments für die Bildung ***dieser Gruppierungen*** erlassene Regelung eingehalten wird, kann eine Fraktion ihre Tätigkeiten erleichtern, indem sie ihnen logistische Unterstützung leistet.	3. Sofern die in den internen Vorschriften des Parlaments für die Bildung ***interfraktioneller Arbeitsgruppen*** erlassene Regelung eingehalten wird, kann eine Fraktion ihre Tätigkeiten erleichtern, indem sie ihnen logistische Unterstützung leistet.
4. Interfraktionelle Arbeitsgruppen sind gehalten, eine jährliche Erklärung über jedwede Unterstützung in Form von Geld- oder Sachleistungen ***(z. B. Unterstützung im Sekretariatsbereich)*** abzugeben, die, falls sie einzelnen Mitgliedern angeboten würde, gemäß Anlage I angegeben werden müsste.	4. Interfraktionelle Arbeitsgruppen sind gehalten, eine jährliche Erklärung über jedwede Unterstützung***, einschließlich*** in Form von Geld- oder Sachleistungen, abzugeben, die, falls sie einzelnen Mitgliedern angeboten würde, gemäß Anlage I angegeben werden müsste.
Andere inoffizielle Gruppierungen sind ebenfalls gehalten, bis zum Ende des darauffolgenden Monats eine Erklärung über jedwede Unterstützung in Form von Geld- oder Sachleistungen abzugeben, die die Mitglieder nicht gemäß ihren Verpflichtungen aus Anlage I einzeln angegeben haben.	
5. ***Nur*** Interessenvertreter***, die im Transparenz-Register eingetragen sind,*** dürfen an den Tätigkeiten interfraktioneller Arbeitsgruppen ***und anderer inoffizieller Gruppierungen teilnehmen***, die in den Gebäuden des Parlaments organisiert werden, indem sie beispielsweise an Sitzungen oder Veranstaltungen der interfraktionellen Arbeitsgruppen ***bzw. anderen inoffiziellen Gruppierungen*** teilnehmen, ihre Unterstützung anbieten oder zusammen mit anderen ***ihre*** Veranstaltungen organisieren.	5. Interessenvertreter dürfen an den Tätigkeiten interfraktioneller Arbeitsgruppen, die in den Gebäuden des Parlaments organisiert werden, ***nur dann teilnehmen,*** indem sie beispielsweise an Sitzungen oder Veranstaltungen der interfraktionellen Arbeitsgruppen teilnehmen, ihre Unterstützung anbieten oder zusammen mit anderen ***deren*** Veranstaltungen organisieren***, wenn sie im durch die Interinstitutionelle Vereinbarung über ein verbindliches Transparenz-Register ([14a]) eingerichtete Transparenz-Register aufgenommen sind***.
6. Die Quästoren führen ein Register der Erklärungen gemäß Absatz 4. ***Die Quästoren legen*** die detaillierten Regelungen für diese Erklärungen und ihre Veröffentlichung auf der Website des Parlaments fest.	6. Die Quästoren führen ein ***öffentliches*** Register der ***interfraktionellen Arbeitsgruppen und der*** Erklärungen gemäß Absatz 4. ***Das Präsidium legt*** die detaillierten Regelungen ***für dieses Register und*** für diese Erklärungen und ihre Veröffentlichung auf der Website des Parlaments fest.
7. Die Quästoren sorgen für die wirksame Durchsetzung dieses Artikels.	7. Die Quästoren sorgen für die wirksame Durchsetzung dieses Artikels.
	7a . Im Fall eines Verstoßes gegen diesen Artikel können die Quästoren ein Verbot der Nutzung der Einrichtungen des Parlaments gegen die interfraktionelle Arbeitsgruppe für einen Zeitraum verhängen, der die restliche Dauer der Wahlperiode nicht überschreiten darf.

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	(14a) Interinstitutionelle Vereinbarung vom 20. Mai 2021 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über ein verbindliches Transparenz-Register (ABl. L 207 vom 11.6.2021, S. 1).

Abänderung 3

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Artikel 35 a (neu)

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	Artikel 35a
	Inoffizielle Gruppierungen
	1. Einzelne Mitglieder können inoffizielle Gruppierungen bilden, um einen informellen fraktionsübergreifenden Meinungsaustausch über spezifische Themen unter Einbeziehung von Mitgliedern verschiedener Ausschüsse zu führen, und um den Kontakt zwischen den Mitgliedern und der Zivilgesellschaft zu fördern.
	2. Inoffizielle Gruppierungen müssen sich in ihren Handlungen uneingeschränkt transparent verhalten. Sie dürfen keinen Tätigkeiten nachgehen, die zu Verwechslungen mit den offiziellen Tätigkeiten des Parlaments oder seiner Organe führen könnten. Insbesondere dürfen sie nicht den Namen oder das Logo des Parlaments verwenden. Sie dürfen keine Veranstaltungen in Drittstaaten organisieren, die mit einer Mission eines offiziellen Organs des Parlaments zusammenfallen, wozu auch offizielle Wahlbeobachtungsmissionen zählen. Mitglieder, die sich an inoffiziellen Gruppierungen beteiligen, müssen externen Gesprächspartnern gegenüber proaktiv offenlegen, dass sie in ihrer Eigenschaft als einzelne Mitglieder handeln.
	3. Eine Fraktion kann die Tätigkeiten inoffizieller Gruppierungen erleichtern, indem sie ihnen logistische Unterstützung leistet, es sei denn, es handelt sich um inoffizielle Gruppierungen mit Bezug zu Drittländern, für die eine ständige interparlamentarische Delegation gemäß Artikel 223 besteht.
	Inoffizielle Gruppierungen mit Bezug zu Drittländern, für die eine ständige interparlamentarische Delegation gemäß Artikel 223 besteht, dürfen für ihre Tätigkeiten nicht die Einrichtungen des Parlaments in Anspruch nehmen.
	Der Bezug zu dem Drittland kann sich aus dem Namen oder den Tätigkeiten der inoffiziellen Gruppierung ergeben.

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	4. Inoffizielle Gruppierungen sind gehalten, bis zum Ende des darauffolgenden Monats eine Erklärung über jedwede Unterstützung, einschließlich in Form von Geld- oder Sachleistungen, abzugeben. Erfolgt keine solche Erklärung, so muss der Vorsitz der Gruppierung oder, falls die Gruppierung über keinen Vorsitz verfügt, ein an ihr beteiligtes Mitglied die Unterstützung innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Ablauf der genannten Frist melden.
	5. Interessenvertreter dürfen an den Tätigkeiten inoffizieller Gruppierungen, die in den Gebäuden des Parlaments organisiert werden, nur dann teilnehmen, indem sie beispielsweise an Sitzungen oder Veranstaltungen der inoffiziellen Gruppierungen teilnehmen, ihre Unterstützung anbieten oder zusammen mit anderen deren Veranstaltungen organisieren, wenn sie in das Transparenz-Register aufgenommen sind.
	6. Die Quästoren führen ein öffentliches Register der Erklärungen gemäß Absatz 4 sowie der inoffiziellen Gruppierungen, von denen diese Erklärungen vorgelegt wurden. Das Präsidium legt die detaillierten Regelungen für dieses Register und für diese Erklärungen und ihre Veröffentlichung auf der Website des Parlaments fest.
	7. Die Quästoren sorgen für die wirksame Durchsetzung dieses Artikels.
	8. Im Fall eines Verstoßes gegen diesen Artikel können die Quästoren ein Verbot der Nutzung der Einrichtungen des Parlaments gegen die inoffizielle Gruppierung für einen Zeitraum verhängen, der die restliche Dauer der Wahlperiode nicht überschreiten darf.

Abänderung 4

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Artikel 123

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
Artikel 123	Artikel 123
Zugang zum Parlament	Zugang zum Parlament
1. Zugangsausweise für Mitglieder, Assistenten der Mitglieder und Dritte werden auf der Grundlage der vom Präsidium festgelegten Bestimmungen ausgestellt. In den Bestimmungen werden auch die Verwendung und der Entzug der Zugangsausweise geregelt.	1. Zugangsausweise für Mitglieder, ***ehemalige Mitglieder,*** Assistenten der Mitglieder und Dritte werden auf der Grundlage der vom Präsidium festgelegten Bestimmungen ausgestellt. In den Bestimmungen werden auch die Verwendung und der Entzug der Zugangsausweise geregelt.
2. Personen aus dem Umfeld eines Mitglieds, auf die die Interinstitutionelle Vereinbarung über ein verbindliches Transparenz-Register Anwendung findet, wird kein Zugangsausweis ausgestellt.	2. Personen aus dem Umfeld eines Mitglieds, auf die die Interinstitutionelle Vereinbarung über ein verbindliches Transparenz-Register Anwendung findet, wird kein Zugangsausweis ausgestellt.

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
3. In das Transparenz-Register aufgenommene Einrichtungen und ihre Vertreter mit Dauerausweisen für den Zugang zum Europäischen Parlament müssen folgende Bestimmungen einhalten:	3. In das Transparenz-Register aufgenommene Einrichtungen und ihre Vertreter mit Dauerausweisen für den Zugang zum Europäischen Parlament müssen folgende Bestimmungen einhalten:
— den der Interinstitutionellen Vereinbarung als Anhang beigefügten Verhaltenskodex für sich registrierende Organisationen und Einzelpersonen,	— den der Interinstitutionellen Vereinbarung als Anhang beigefügten Verhaltenskodex für sich registrierende Organisationen und Einzelpersonen,
— die in der Interinstitutionellen Vereinbarung festgelegten Verfahren und sonstigen Verpflichtungen und	— die in der Interinstitutionellen Vereinbarung festgelegten Verfahren und sonstigen Verpflichtungen und
— die Bestimmungen zur Durchführung dieses Artikels.	— die Bestimmungen zur Durchführung dieses Artikels.
Unbeschadet der Anwendbarkeit der allgemeinen Regelung über den Entzug oder die vorübergehende Deaktivierung von Dauerzugangsausweisen und sofern keine wesentlichen Argumente dagegen vorliegen, entzieht oder deaktiviert der Generalsekretär mit Genehmigung der Quästoren Dauerzugangsausweise, sofern der Inhaber aufgrund einer Verletzung des Verhaltenskodex für sich registrierende Organisationen und Einzelpersonen aus dem Transparenz-Register ausgeschlossen wurde, sich einer schweren Verletzung der in diesem Absatz vorgesehenen Pflichten schuldig gemacht hat oder sich, ohne eine ausreichende Begründung beizubringen, geweigert hat, einer förmlichen Ladung zu einer Anhörung oder Ausschusssitzung Folge zu leisten oder mit einem Untersuchungsausschuss zusammenzuarbeiten.	Unbeschadet der Anwendbarkeit der allgemeinen Regelung über den Entzug oder die vorübergehende Deaktivierung von Dauerzugangsausweisen und sofern keine wesentlichen Argumente dagegen vorliegen, entzieht oder deaktiviert der Generalsekretär mit Genehmigung der Quästoren Dauerzugangsausweise, sofern der Inhaber aufgrund einer Verletzung des Verhaltenskodex für sich registrierende Organisationen und Einzelpersonen aus dem Transparenz-Register ausgeschlossen wurde, sich einer schweren Verletzung der in diesem Absatz vorgesehenen Pflichten schuldig gemacht hat oder sich, ohne eine ausreichende Begründung beizubringen, geweigert hat, einer förmlichen Ladung zu einer Anhörung oder Ausschusssitzung Folge zu leisten oder mit einem Untersuchungsausschuss zusammenzuarbeiten.
4. Die Quästoren können festlegen, in welchem Umfang der in Absatz 3 genannte Verhaltenskodex für Personen gilt, die zwar einen Dauerzugangsausweis besitzen, jedoch nicht in den Anwendungsbereich der Interinstitutionellen Vereinbarung fallen.	4. Die Quästoren können festlegen, in welchem Umfang der in Absatz 3 genannte Verhaltenskodex für Personen gilt, die zwar einen Dauerzugangsausweis besitzen, jedoch nicht in den Anwendungsbereich der Interinstitutionellen Vereinbarung fallen.
5. Das Präsidium erlässt auf Vorschlag des Generalsekretärs Maßnahmen, die erforderlich sind, damit das Transparenz-Register gemäß den Bestimmungen der Interinstitutionellen Vereinbarung eingeführt werden kann.	5. Das Präsidium erlässt auf Vorschlag des Generalsekretärs Maßnahmen, die erforderlich sind, damit das Transparenz-Register gemäß den Bestimmungen der Interinstitutionellen Vereinbarung eingeführt werden kann.

Abänderung 5

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Artikel 176

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
Artikel 176	Artikel 176
Sanktionen	Sanktionen
1. Bei schwerwiegenden Verstößen gegen Artikel 10 Absätze 2 bis 9 fasst der Präsident einen mit Gründen versehenen Beschluss über die angemessene Sanktion gegen das Mitglied gemäß diesem Artikel.	1. Bei schwerwiegenden Verstößen gegen Artikel 10 Absätze 2 bis 9***, Artikel 35 oder Artikel 35a*** fasst der Präsident einen mit Gründen versehenen Beschluss über die angemessene Sanktion gegen das Mitglied gemäß diesem Artikel.

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
Im Zusammenhang mit Artikel 10 Absatz 3 oder 4 kann der Präsident einen mit Gründen versehenen Beschluss im Sinne dieses Artikels fassen, und zwar unabhängig davon, ob zuvor gegen das betroffene Mitglied eine Sofortmaßnahme im Sinne von Artikel 175 verhängt wurde.	Im Zusammenhang mit Artikel 10 Absatz 3 oder 4 kann der Präsident einen mit Gründen versehenen Beschluss im Sinne dieses Artikels fassen, und zwar unabhängig davon, ob zuvor gegen das betroffene Mitglied eine Sofortmaßnahme im Sinne von Artikel 175 verhängt wurde.
Im Zusammenhang mit Artikel 10 Absatz 6 darf der Präsident erst dann einen mit Gründen versehenen Beschluss im Sinne dieses Artikels fassen, nachdem gemäß dem geltenden internen Verwaltungsverfahren für Mobbing und Mobbing-Prävention festgestellt wurde, dass ein Fall von Mobbing vorliegt.	Im Zusammenhang mit Artikel 10 Absatz 6 darf der Präsident erst dann einen mit Gründen versehenen Beschluss im Sinne dieses Artikels fassen, nachdem gemäß dem geltenden internen Verwaltungsverfahren für Mobbing und Mobbing-Prävention festgestellt wurde, dass ein Fall von Mobbing vorliegt.
In den Fällen, für die in dieser Geschäftsordnung oder einem vom Präsidium nach Artikel 25 angenommenen Beschluss die Anwendung dieses Artikels vorgesehen ist, kann der Präsident eine Sanktion gegen ein Mitglied verhängen.	***1a***. In den Fällen, für die in dieser Geschäftsordnung***, einschließlich des Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments ([32a]),*** oder einem vom Präsidium nach Artikel 25 angenommenen Beschluss die Anwendung dieses Artikels vorgesehen ist, kann der Präsident ***ebenfalls*** eine Sanktion gegen ein Mitglied verhängen.
2. Das betroffene Mitglied wird vom Präsidenten aufgefordert, schriftlich Stellung zu nehmen, bevor der Beschluss gefasst wird. Der Präsident kann beschließen, stattdessen eine mündliche Anhörung zu vereinbaren, wenn dies angemessener ist.	2. Das betroffene Mitglied wird vom Präsidenten aufgefordert, schriftlich Stellung zu nehmen, bevor der Beschluss gefasst wird. Der Präsident kann beschließen, stattdessen eine mündliche Anhörung zu vereinbaren, wenn dies angemessener ist.
Der Beschluss über die Verhängung der Sanktion wird dem betroffenen Mitglied ***mittels eingeschriebenem Brief oder in dringenden Fällen über die Saaldiener*** bekanntgegeben.	Der Beschluss über die Verhängung der Sanktion wird dem betroffenen Mitglied bekanntgegeben.
Jede gegen ein Mitglied verhängte Sanktion wird, ***nachdem*** sie ***dem betroffenen Mitglied bekanntgegeben wurde,*** vom Präsidenten im Plenum bekanntgegeben. Die Vorsitze der Organe, Ausschüsse und Delegationen, denen es angehört, werden über sie unterrichtet.	***Sobald die Sanktion unanfechtbar*** wird, ***wird*** sie vom Präsidenten im Plenum bekanntgegeben. Die Vorsitze der Organe, Ausschüsse und Delegationen, denen es angehört, werden über sie unterrichtet.
Sobald die ***Sanktion unanfechtbar*** wird***, wird sie*** auf der Website des Europäischen Parlaments ***an sichtbarer Stelle veröffentlicht und verbleibt dort für die restliche Dauer der Wahlperiode***.	Die ***verhängte Sanktion*** wird auf der Website des Europäischen Parlaments ***und auf der Seite des Mitglieds auf der Website des Europäischen Parlaments an sichtbarer Stelle veröffentlicht***.
3. Bei der Bewertung der beobachteten Verhaltensweisen sind ihr punktueller, wiederkehrender oder fortgesetzter Charakter und ihr Schweregrad zu berücksichtigen. Außerdem wird, sofern zutreffend, der damit verbundene mögliche Schaden für die Würde und den Ruf des Parlaments berücksichtigt.	3. Bei der Bewertung der beobachteten Verhaltensweisen sind ihr punktueller, wiederkehrender oder fortgesetzter Charakter und ihr Schweregrad zu berücksichtigen. Außerdem wird, sofern zutreffend, der damit verbundene mögliche Schaden für die Würde und den Ruf des Parlaments berücksichtigt.
4. Die verhängte Sanktion kann in einer oder mehreren der folgenden Maßnahmen bestehen:	4. ***Die verhängte Sanktion muss wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.*** Die verhängte Sanktion kann in einer oder mehreren der folgenden Maßnahmen bestehen:
(a) Rüge;	(a) Rüge;

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	(aa) Verbot für das Mitglied, für eine Dauer von bis zu einem Jahr das Parlament in einer interparlamentarischen Delegation, bei einer interparlamentarischen Konferenz oder in einem interinstitutionellen Forum zu vertreten;
	(ab) bei Verletzung der Geheimhaltungspflicht eine Beschränkung der Rechte auf Zugang zu vertraulichen Informationen oder Verschlusssachen für eine Dauer von bis zu einem Jahr.
(b) Verlust des Anspruchs auf Tagegeld für die Dauer von zwei bis ***dreißig*** Tagen;	(b) Verlust des Anspruchs auf Tagegeld für die Dauer von zwei bis ***sechzig*** Tagen;
(c) unbeschadet der Ausübung des Stimmrechts im Plenum und in diesem Fall vorbehaltlich der strengen Einhaltung der Verhaltensregeln vorübergehende Suspendierung von der Teilnahme an allen oder einem Teil der Tätigkeiten des Parlaments für die Dauer von zwei bis ***dreißig*** Tagen, an denen das Parlament oder eines seiner Organe, Ausschüsse oder Delegationen Sitzungen abhält;	(c) unbeschadet der Ausübung des Stimmrechts im Plenum und in diesem Fall vorbehaltlich der strengen Einhaltung der Verhaltensregeln vorübergehende Suspendierung von der Teilnahme an allen oder einem Teil der Tätigkeiten des Parlaments für die Dauer von zwei bis ***sechzig*** Tagen, an denen das Parlament oder eines seiner Organe, Ausschüsse oder Delegationen Sitzungen abhält;
(d) Verbot für das Mitglied, für eine Dauer von bis zu einem Jahr das Parlament in einer interparlamentarischen Delegation, bei einer interparlamentarischen Konferenz oder in einem interinstitutionellen Forum zu vertreten;	
(e) bei Verletzung der Geheimhaltungspflicht eine Beschränkung der Rechte auf Zugang zu vertraulichen Informationen oder Verschlusssachen für eine Dauer von bis zu einem Jahr.	
5. Die in Absatz 4 Buchstaben ***b*** bis ***e*** festgelegten Maßnahmen können bei wiederholten Verstößen oder bei Weigerung des Mitglieds, eine gemäß Artikel 175 Absatz 3 ergriffene Maßnahme zu befolgen, verdoppelt werden.	5. Die in Absatz 4 Buchstaben ***aa*** bis ***c*** festgelegten Maßnahmen können bei wiederholten Verstößen oder bei Weigerung des Mitglieds, eine gemäß Artikel 175 Absatz 3 ergriffene Maßnahme zu befolgen, verdoppelt werden.
6. Der Präsident kann zusätzlich die Konferenz der Präsidenten mit einem Vorschlag über die Aussetzung oder Beendigung eines oder mehrerer durch das Mitglied ausgeübter Ämter innerhalb des Parlaments in Übereinstimmung mit dem Verfahren gemäß Artikel 21 befassen.	6. Der Präsident kann zusätzlich die Konferenz der Präsidenten mit einem Vorschlag über die Aussetzung oder Beendigung eines oder mehrerer durch das Mitglied ausgeübter Ämter innerhalb des Parlaments in Übereinstimmung mit dem Verfahren gemäß Artikel 21 befassen.
	6a . Der Präsident entscheidet über die Dauer der Veröffentlichung der Sanktionen unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Mindestdauer der Veröffentlichung unabhängig von der Beendigung des Mandats des betreffenden Mitglieds wie folgt festgelegt ist:

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	— ***zwei Jahre bei den in Absatz 4 Buchstaben a, aa und ab genannten Sanktionen;***
	— ***drei Jahre bei den in Absatz 4 Buchstaben b und c genannten Sanktionen.***
	In Fällen von geringfügigen Verstößen kann der Präsident jedoch einen kürzeren Zeitraum für die Veröffentlichung festlegen.
	([32a]) Siehe Anlage I.

Abänderung 6

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Anlage I — Titel

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
ANLAGE I	ANLAGE I
VERHALTENSKODEX FÜR DIE MITGLIEDER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ***IM BEREICH FINANZIELLE INTERESSEN*** UND ***INTERESSENKONFLIKTE***	VERHALTENSKODEX FÜR DIE MITGLIEDER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ***IN BEZUG AUF INTEGRITÄT*** UND ***TRANSPARENZ***

Abänderung 7

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Anlage I — Artikel 1

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
Artikel 1	Artikel 1
Leitprinzipien	Leitprinzipien
Im Rahmen der Ausübung ihres Mandats als Mitglieder des Europäischen Parlaments	Im Rahmen der Ausübung ihres Mandats als Mitglieder des Europäischen Parlaments
(a) richten sich die Mitglieder nach folgenden allgemeinen Verhaltensgrundsätzen und handeln nach deren Maßgabe: Uneigennützigkeit, Integrität, Offenheit, Sorgfalt, Ehrlichkeit, Verantwortlichkeit und Wahrung des guten Rufs des Parlaments;	(a) richten sich die Mitglieder nach folgenden allgemeinen Verhaltensgrundsätzen und handeln nach deren Maßgabe: Uneigennützigkeit, Integrität, Offenheit, Sorgfalt, Ehrlichkeit, Verantwortlichkeit und Wahrung ***der Würde und*** des guten Rufs des Parlaments;
(b) handeln die Mitglieder nur im öffentlichen Interesse und erlangen oder erstreben keinerlei unmittelbaren oder mittelbaren ***finanziellen*** Nutzen oder eine sonstige Zuwendung.	(b) handeln die Mitglieder nur im öffentlichen Interesse und erlangen oder erstreben keinerlei unmittelbaren oder mittelbaren Nutzen oder eine sonstige Zuwendung.

Abänderung 8

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Anlage I — Artikel 2

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
Artikel 2	Artikel 2
Wichtigste Pflichten der Mitglieder	Wichtigste Pflichten der Mitglieder
Im Rahmen ihres Mandats als Mitglieder des Europäischen Parlaments	Im Rahmen ihres Mandats als Mitglieder des Europäischen Parlaments
(a) gehen die Mitglieder keinerlei Vereinbarungen ein, im Interesse einer anderen juristischen oder natürlichen Person zu handeln oder abzustimmen, die ihre in Artikel 6 des Akts vom 20. September 1976 zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments und in Artikel 2 des Abgeordnetenstatuts verankerte Abstimmungsfreiheit beeinträchtigt;	(a) gehen die Mitglieder keinerlei Vereinbarungen ein, im Interesse einer anderen juristischen oder natürlichen Person zu handeln oder abzustimmen, die ihre in Artikel 6 des Akts vom 20. September 1976 zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments und in Artikel 2 des Abgeordnetenstatuts verankerte Abstimmungsfreiheit beeinträchtigt;
(b) verlangen, nehmen an oder empfangen die Mitglieder keinen unmittelbaren oder mittelbaren Nutzen oder eine sonstige Vergünstigung in Form von Geld- oder Sachleistungen als Gegenleistung für ein bestimmtes Verhalten im Rahmen der parlamentarischen Arbeit des Mitglieds und vermeiden strikt jede Situation, die Bestechung, Korruption oder ungebührlicher Einflussnahme gleichkommen könnte;	(b) verlangen, nehmen an oder empfangen die Mitglieder keinen unmittelbaren oder mittelbaren Nutzen oder eine sonstige Vergünstigung***, einschließlich*** in Form von Geld- oder Sachleistungen, als Gegenleistung für ein bestimmtes Verhalten im Rahmen der parlamentarischen Arbeit des Mitglieds und vermeiden strikt jede Situation, die Bestechung, Korruption oder ungebührlicher Einflussnahme gleichkommen könnte;
(c) gehen die Mitglieder ***keiner*** bezahlten ***gewerblichen Lobbytätigkeit*** nach, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Beschlussfassungsprozess der Union ***steht***.	(c) gehen die Mitglieder ***keinen*** bezahlten ***Lobbytätigkeiten*** nach, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Beschlussfassungsprozess der Union ***stehen***.

Abänderung 9

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Anlage I — Artikel 3

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
Artikel 3	Artikel 3
Interessenkonflikte	Interessenkonflikte
1. Ein Interessenkonflikt liegt vor, wenn ***ein Mitglied des Europäischen Parlaments ein persönliches Interesse hat, das*** die Ausübung ***seines*** Mandats ***als Mitglied*** des Europäischen Parlaments ***ungebührlich beeinflussen könnte.*** Ein Interessenkonflikt liegt nicht vor, wenn das Mitglied lediglich als Teil der allgemeinen Öffentlichkeit oder einer breiten Bevölkerungsschicht profitiert.	1. Ein Interessenkonflikt liegt vor, wenn die Ausübung ***des*** Mandats ***eines Mitglieds*** des Europäischen Parlaments ***im öffentlichen Interesse aus Gründen der familiären oder privaten Verbundenheit oder des wirtschaftlichen Interesses oder aufgrund eines sonstigen direkten*** oder ***indirekten privaten Interesses ungebührlich beeinflusst werden könnte***.
	Ein Interessenkonflikt liegt nicht vor, wenn das Mitglied lediglich als Teil der allgemeinen Öffentlichkeit oder einer breiten Bevölkerungsschicht profitiert.

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
2. ***Jedes*** Mitglied, das feststellt, dass es sich in einem Interessenkonflikt befindet, ***trifft sofort die notwendigen Maßnahmen***, um ***ihm im Einklang mit den Grundsätzen und Vorschriften dieses Verhaltenskodex abzuhelfen.*** Ist ***das Mitglied*** nicht in der Lage, ***den Interessenkonflikt*** zu lösen, ***teilt es dies dem Präsidenten schriftlich mit. In Zweifelsfällen kann sich das Mitglied von dem*** gemäß Artikel ***7 eingerichteten Beratenden Ausschuss zum Verhalten von Mitgliedern vertraulich beraten lassen.***	2. ***Die Mitglieder müssen jegliche angemessenen Anstrengungen unternehmen, um Interessenkonflikte aufzudecken.***
	Ein Mitglied, das feststellt, dass es sich in einem Interessenkonflikt befindet, ***bemüht sich unverzüglich*** um ***dessen Lösung.*** Ist ***es*** nicht in der Lage, ***diesen*** zu lösen, ***sorgt das*** Mitglied ***dafür, dass das betreffende private Interesse*** gemäß Artikel ***4 erklärt wird.***
3. Unbeschadet des Absatzes 2 legen die Mitglieder, bevor sie im Plenum oder in einem der Organe des Parlaments das Wort ergreifen oder abstimmen ***oder wenn sie als Berichterstatter vorgeschlagen werden***, jeden ***bestehenden oder potenziellen*** Interessenkonflikt in Bezug auf die zu behandelnde Angelegenheit offen, wenn er nicht bereits aus den gemäß Artikel 4 erklärten Angaben hervorgeht. Eine solche Offenlegung erfolgt ***schriftlich oder*** mündlich ***an den Präsidenten beziehungsweise den Vorsitz während der entsprechenden parlamentarischen Beratungen***.	3. Unbeschadet des Absatzes 2 legen die Mitglieder, bevor sie im Plenum oder in einem der Organe des Parlaments das Wort ergreifen oder abstimmen, jeden Interessenkonflikt in Bezug auf die zu behandelnde Angelegenheit offen, wenn er nicht bereits aus den gemäß Artikel 4 erklärten Angaben hervorgeht. Eine solche Offenlegung erfolgt mündlich ***durch Wortmeldung in der betreffenden Sitzung***.
	3a. Vor Antritt des Amtes eines Vizepräsidenten, eines Quästors oder eines Vorsitzes oder stellvertretenden Vorsitzes eines Ausschusses oder einer Delegation gibt das Mitglied eine Erklärung ab, in der es angibt, ob seiner Kenntnis nach bei ihm im Zusammenhang mit den Aufgaben dieses Amtes ein Interessenkonflikt besteht oder nicht.
	Falls das Mitglied Kenntnis von einem solchen Interessenkonflikt hat, muss es diesen in der Erklärung beschreiben. In diesem Fall darf es das Amt nur dann antreten, wenn das jeweilige Gremium beschließt, dass das Mitglied durch den Interessenkonflikt nicht daran gehindert wird, sein Mandat im öffentlichen Interesse auszuüben.
	Tritt ein solcher Interessenkonflikt während der Ausübung des betreffenden Amtes auf, legt das Mitglied eine Erklärung vor, in der es diesen Konflikt beschreibt, und verzichtet auf die Wahrnehmung der Aufgaben im Zusammenhang mit dieser Konfliktsituation, es sei denn, das betreffende Gremium beschließt, dass das Mitglied durch den Interessenkonflikt nicht daran gehindert wird, sein Mandat im öffentlichen Interesse auszuüben.
	3b. Wird ein Mitglied als Berichterstatter oder Schattenberichterstatter bzw. als Verfasser oder Schattenverfasser einer Stellungnahme oder als Teilnehmer an einer offiziellen Delegation oder an interinstitutionellen Verhandlungen vorgeschlagen, so legt es eine Erklärung vor, in der es angibt, ob seiner Kenntnis nach bei ihm im Zusammenhang mit dem Bericht bzw. der Stellungnahme oder der Delegation oder den Verhandlungen ein Interessenkonflikt besteht oder nicht. Falls das Mitglied Kenntnis von einem solchen Interessenkonflikt hat, muss es diesen in der Erklärung beschreiben.

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	Erklärt das als Berichterstatter bzw. Verfasser einer Stellungnahme vorgeschlagene Mitglied, dass es sich in einem Interessenkonflikt befindet, kann der betreffende Ausschuss mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschließen, dass das Mitglied dennoch als Berichterstatter bzw. Verfasser einer Stellungnahme benannt werden kann, da das Mitglied durch den Konflikt nicht daran gehindert wird, sein Mandat im öffentlichen Interesse auszuüben.
	Erklärt das Mitglied, das als Schattenberichterstatter bzw. Schattenverfasser einer Stellungnahme oder als Teilnehmer an einer offiziellen Delegation oder an interinstitutionellen Verhandlungen vorgeschlagen wurde, dass es sich in einem Interessenkonflikt befindet, kann die jeweilige Fraktion beschließen, dass das Mitglied dennoch als Schattenberichterstatter bzw. Schattenverfasser einer Stellungnahme oder als Teilnehmer an einer offiziellen Delegation oder an interinstitutionellen Verhandlungen benannt werden kann, da das Mitglied durch den Konflikt nicht daran gehindert wird, sein Mandat im öffentlichen Interesse auszuüben. Das betreffende Gremium kann sich jedoch mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gegen diese Benennung aussprechen.
	3c. Das Präsidium erstellt das Formular für die in den Absätzen 3a und 3b dieses Artikels genannten Erklärungen in Anwendung von Artikel 9. Diese Erklärungen werden auf der Seite der Mitglieder auf der Website des Europäischen Parlaments veröffentlicht.

Abänderung 10

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Anlage I — Artikel 4

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
Artikel 4	Artikel 4
Von den Mitgliedern abzugebende Erklärung	***Erklärung über private Interessen***
1. Aus Gründen der Transparenz geben die Mitglieder des Europäischen Parlaments ***in eigener Verantwortung*** bis zum Ende der ersten Tagung nach der Wahl zum Europäischen Parlament (oder innerhalb von dreißig ***Tagen*** nach dem Antritt eines Mandats im Parlament während der laufenden Wahlperiode) beim Präsidenten eine Erklärung über die ***finanziellen*** Interessen in einem vom Präsidium gemäß Artikel 9 ***festgelegten*** Formular ab. Sie unterrichten den Präsidenten von etwaigen Änderungen, die sich auf ihre Erklärung auswirken, jeweils vor Ende des Monats, der auf das Eintreten der Änderung folgt.	1. Aus Gründen der Transparenz ***und der Verantwortlichkeit*** geben die Mitglieder des Europäischen Parlaments bis zum Ende der ersten Tagung nach der Wahl zum Europäischen Parlament (oder innerhalb von dreißig ***Kalendertagen*** nach dem Antritt eines Mandats im Parlament während der laufenden Wahlperiode) beim Präsidenten eine Erklärung über die ***privaten*** Interessen in einem vom Präsidium gemäß Artikel 9 ***erstellten*** Formular ab. Sie unterrichten den Präsidenten von etwaigen Änderungen, die sich auf ihre Erklärung auswirken, jeweils vor Ende des Monats, der auf das Eintreten der Änderung folgt.
2. Die Erklärung über die ***finanziellen*** Interessen enthält folgende Angaben, die auf präzise Weise vorgelegt werden:	2. Die Erklärung über die ***privaten*** Interessen enthält folgende Angaben, die auf ***detaillierte und*** präzise Weise vorgelegt werden:
(a) die Berufstätigkeit(en) des Mitglieds während des Dreijahreszeitraums vor ***Antritt seines Mandats*** im Parlament und ***seine*** Mitgliedschaft(en) in Leitungsorganen oder Ausschüssen von Unternehmen, nichtstaatlichen Organisationen, Verbänden oder sonstigen Einrichtungen mit Rechtspersönlichkeit während dieses Zeitraums,	(a) die Berufstätigkeit(en) des Mitglieds während des Dreijahreszeitraums vor ***Mandatsantritt*** im Parlament und Mitgliedschaft(en) in Leitungsorganen oder Ausschüssen von Unternehmen, nichtstaatlichen Organisationen, Verbänden oder sonstigen Einrichtungen mit Rechtspersönlichkeit während dieses Zeitraums,

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
(b) jegliche Entschädigung für die Wahrnehmung eines Mandats in einem anderen Parlament,	
(c) jegliche ***regelmäßige*** vergütete Tätigkeit, die ***das Mitglied*** neben der Wahrnehmung ***seines*** Mandats ***als Angestellter oder Selbstständiger ausübt***,	(c) jegliche vergütete Tätigkeit, die neben der Wahrnehmung ***des*** Mandats ***des Mitglieds ausgeübt wird, einschließlich des Namens der Organisation sowie des Bereichs und der Art der Tätigkeit, wenn die Gesamtvergütung sämtlicher auswärtiger Tätigkeiten des Mitglieds 5 000 EUR brutto in einem Kalenderjahr übersteigt***,
(d) Mitgliedschaft(en) in jeglichen Leitungsorganen oder Ausschüssen von Unternehmen, nichtstaatlichen Organisationen, Verbänden oder sonstigen Einrichtungen mit Rechtspersönlichkeit oder jegliche sonstige auswärtige Tätigkeit, die das Mitglied ausübt, ***sei die betreffende Mitgliedschaft oder Tätigkeit vergütet oder unvergütet,***	(d) Mitgliedschaft(en) in jeglichen Leitungsorganen oder Ausschüssen von Unternehmen, nichtstaatlichen Organisationen, Verbänden oder sonstigen Einrichtungen mit Rechtspersönlichkeit oder jegliche sonstige auswärtige Tätigkeit, die das Mitglied ausübt,
(e) jegliche gelegentliche vergütete auswärtige Tätigkeit (einschließlich Verfassen von Texten, Vorträgen oder sachverständiger Beratung), wenn die gesamte Vergütung sämtlicher gelegentlichen auswärtigen Tätigkeiten des Mitglieds 5 000 EUR in einem Kalenderjahr übersteigt,	
(f) jegliche Beteiligung an einem Unternehmen oder einer Personengesellschaft, die potenzielle Auswirkungen auf die öffentliche Politik in sich birgt oder die dem Mitglied einen erheblichen Einfluss auf die Angelegenheiten des betreffenden Unternehmens oder der betreffenden Personengesellschaft verschafft,	(f) jegliche Beteiligung an einem Unternehmen oder einer Personengesellschaft, die potenzielle Auswirkungen auf die öffentliche Politik in sich birgt oder die dem Mitglied einen erheblichen Einfluss auf die Angelegenheiten des betreffenden Unternehmens oder der betreffenden Personengesellschaft verschafft,
(g) jegliche finanzielle, personelle oder materielle Unterstützung, die dem Mitglied zusätzlich zu den vom Parlament bereitgestellten Mitteln im Rahmen ***ihrer*** politischen Tätigkeit von Dritten gewährt wird, wobei die Identität dieser Dritten anzugeben ist.	(g) jegliche finanzielle, personelle oder materielle Unterstützung, die dem Mitglied zusätzlich zu den vom Parlament bereitgestellten Mitteln im Rahmen ***seiner*** politischen Tätigkeit von Dritten gewährt wird, wobei die Identität dieser Dritten anzugeben ist.
(h) jegliche ***sonstigen finanziellen*** Interessen, die die Wahrnehmung der Aufgaben des Mitglieds beeinflussen könnten.	(h) jegliche ***direkten oder indirekten privaten*** Interessen ***im Sinne von Artikel 3 Absatz 1***, die die Wahrnehmung der Aufgaben des Mitglieds beeinflussen könnten ***und die nicht unter den Buchstaben a bis g aufgeführt sind***.
Bei jedem gemäß ***Unterabsatz 1*** zu meldenden Punkt gibt das Mitglied gegebenenfalls an, ob die Tätigkeit ***vergütet wird*** oder ***nicht; bei den Punkten a, c, d, e und f geben die Mitglieder zusätzlich eine der folgenden Einkommenskategorien an:***	***2a.*** Bei jedem gemäß ***Absatz 2*** zu meldenden Punkt gibt das Mitglied gegebenenfalls an, ob ***durch*** die Tätigkeit ***Einkünfte*** oder ***sonstige Vorteile entstehen oder nicht.***
	Wenn Einkünfte entstehen, gibt das Mitglied für jeden einzelnen Punkt den jeweiligen Betrag dieser Einkünfte und gegebenenfalls ihre Regelmäßigkeit an. Sonstige Vorteile sind ihrer Art nach zu beschreiben.
— ***nicht vergütet;***	
— ***1 EUR bis 499 EUR monatlich;***	
— ***500 EUR bis 1 000 EUR monatlich;***	

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
— ***1 001 EUR bis 5 000 EUR monatlich;***	
— ***5 001 EUR bis 10 000 EUR monatlich;***	
— ***über 10 000 EUR monatlich unter Angabe der nächstliegenden 10 000-EUR-Schwelle.***	
Jedes Einkommen, das das Mitglied im Zusammenhang mit einem gemäß Unterabsatz 1 angegebenen Punkt nicht regelmäßig erhält, wird auf Jahresbasis angerechnet, durch 12 geteilt und in eine der in Unterabsatz 2 festgelegten Kategorien eingeordnet.	
3. Die dem Präsidenten gemäß ***diesem Artikel*** gemeldeten Angaben werden auf leicht zugängliche Weise auf der Website des Parlaments veröffentlicht.	3. Die dem Präsidenten gemäß ***den Absätzen 1, 2 und 2a*** gemeldeten Angaben werden auf leicht zugängliche Weise auf der Website des Parlaments veröffentlicht.
4. Mitglieder, die die Erklärung über ihre ***finanziellen*** Interessen nicht abgegeben haben, können nicht zu Amtsträgern des Parlaments oder eines seiner Organe gewählt oder als Berichterstatter benannt werden oder in einer offiziellen Delegation oder bei interinstitutionellen Verhandlungen mitwirken.	4. Mitglieder, die die Erklärung über ihre ***privaten*** Interessen nicht abgegeben haben, können nicht zu Amtsträgern des Parlaments oder eines seiner Organe gewählt oder als Berichterstatter ***oder Schattenberichterstatter bzw. Verfasser oder Schattenverfasser einer Stellungnahme*** benannt werden oder in einer offiziellen Delegation oder bei interinstitutionellen Verhandlungen mitwirken.
5. Gehen dem Präsidenten Informationen zu, die ihm Anlass zu der Annahme geben, dass die Erklärung über die ***finanziellen*** Interessen eines Mitglieds sachlich unzutreffend oder veraltet ist, ***kann er*** den ***in*** Artikel 7 ***vorgesehenen*** Beratenden Ausschuss ***konsultieren. Gegebenenfalls fordert*** der Präsident das Mitglied auf, die Erklärung innerhalb von ***zehn Tagen*** zu korrigieren. Das ***Präsidium kann einen Beschluss zur Anwendung des Absatzes 4 auf Mitglieder annehmen,*** die ***der Aufforderung des Präsidenten zu einer Korrektur nicht nachkommen***.	5. Gehen dem Präsidenten Informationen zu, die ihm Anlass zu der Annahme geben, dass die Erklärung über die ***privaten*** Interessen eines Mitglieds sachlich unzutreffend oder veraltet ist, ***verlangt der Präsident eine Klärung von dem Mitglied. Kommt es zu keiner zufriedenstellenden Klärung, so konsultiert der Präsident*** den ***gemäß*** Artikel 7 ***eingerichteten*** Beratenden Ausschuss ***zum Verhalten von Mitgliedern. Kommt der Beratende Ausschuss zu dem Schluss, dass die Erklärung nicht den Bestimmungen dieses Verhaltenskodex entspricht, empfiehlt er dem Präsidenten, das Mitglied aufzufordern, seine Erklärung zu korrigieren. Kommt*** der Präsident ***unter Berücksichtigung dieser Empfehlung zu dem Schluss, dass das Mitglied gegen diesen Verhaltenskodex verstoßen hat, fordert er*** das Mitglied auf, die Erklärung innerhalb von ***15 Kalendertagen*** zu korrigieren. ***Kommt*** das ***Mitglied dieser Aufforderung zu einer Korrektur nicht nach, erlässt der Präsident einen begründeten Beschluss gemäß Artikel 8 Absatz 3. Die internen Beschwerdeverfahren gemäß Artikel 177 der Geschäftsordnung stehen dem betroffenen Mitglied offen.***
6. Die Berichterstatter können in der Begründung ihres Berichts freiwillig die externen Interessenvertreter aufführen, die zu Themen, die Gegenstand des jeweiligen Berichts sind, konsultiert wurden ([56]).	
([56]) Siehe Beschluss des Präsidiums vom 12. September 2016 über die Umsetzung der Interinstitutionellen Vereinbarung über das Transparenz-Register.	

Abänderung 11

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Anlage I — Artikel 4 a (neu)

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	Artikel 4a
	Vermögenserklärung
	Die Mitglieder geben zu Beginn und am Ende jedes Mandats eine Erklärung über ihre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ab. Das Präsidium stellt das Verzeichnis der zu erklärenden Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf und erstellt das Formular für die Erklärung. Diese Erklärungen werden dem Präsidenten vorgelegt und sind unbeschadet des nationalen Rechts nur den zuständigen Behörden zugänglich.

Abänderung 12

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Anlage I — Artikel 5

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
Artikel 5	Artikel 5
Geschenke oder ähnliche Zuwendungen	Geschenke oder ähnliche Zuwendungen
1. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments versagen sich ***bei der Ausübung ihres Mandats*** die Annahme jeglicher Geschenke oder ähnlicher Zuwendungen außer solchen mit einem ungefähren Wert von unter 150 EUR, die nach den Gepflogenheiten der Höflichkeit überreicht werden, oder solchen, die ihnen nach den Gepflogenheiten der Höflichkeit überreicht werden, während sie das Parlament in amtlicher Funktion repräsentieren.	1. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments versagen sich ***in ihrer Eigenschaft als Mitglieder*** die Annahme jeglicher Geschenke oder ähnlicher Zuwendungen außer solchen mit einem ungefähren Wert von unter 150 EUR, die nach den Gepflogenheiten der Höflichkeit überreicht werden, oder solchen, die ihnen nach den Gepflogenheiten der Höflichkeit überreicht werden, während sie das Parlament in amtlicher Funktion repräsentieren.
2. Alle Geschenke, die ***den Mitgliedern*** gemäß Absatz 1 überreicht werden, während ***sie*** das Parlament in amtlicher Funktion ***repräsentieren***, werden dem Präsidenten übergeben und entsprechend den gemäß Artikel 9 vom Präsidium festgelegten Durchführungsmaßnahmen behandelt.	2. Alle Geschenke ***mit einem ungefähren Wert von über 150 EUR***, die ***einem Mitglied*** gemäß Absatz 1 überreicht werden, während ***es*** das Parlament in amtlicher Funktion ***repräsentiert***, werden dem Präsidenten übergeben und entsprechend den gemäß Artikel 9 vom Präsidium festgelegten Durchführungsmaßnahmen behandelt.
3. Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung auf die Erstattung von Reise-, Unterkunfts- und Aufenthaltskosten von Mitgliedern oder auf die direkte Begleichung solcher Kosten durch Dritte, wenn die Mitglieder aufgrund einer Einladung und im Rahmen der Ausübung ihres Mandats an von Dritten organisierten Veranstaltungen teilnehmen.	3. Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung auf die Erstattung von Reise-, Unterkunfts- und Aufenthaltskosten von Mitgliedern oder auf die ***vollständige oder teilweise*** direkte Begleichung solcher Kosten durch Dritte, wenn die Mitglieder aufgrund einer Einladung und im Rahmen der Ausübung ihres Mandats an von Dritten organisierten Veranstaltungen teilnehmen. ***Die Mitglieder teilen dem Präsidenten ihre Teilnahme an solchen Veranstaltungen sowie die erforderlichen Informationen entsprechend*** den gemäß Artikel 9 vom Präsidium festgelegten Durchführungsmaßnahmen ***mit.***
Der Anwendungsbereich dieses Absatzes, insbesondere im Hinblick auf die Bestimmungen zur Gewährleistung der Transparenz, wird in den gemäß Artikel 9 vom Präsidium festgelegten Durchführungsmaßnahmen ***näher bestimmt.***	

Abänderung 13

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Anlage I — Artikel 5 a (neu)

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	Artikel 5a
	Veröffentlichung von Treffen
	1. Die Mitglieder sollten nur Interessenvertreter treffen, die im durch die Interinstitutionelle Vereinbarung über ein verbindliches Transparenz-Register ([56a]) eingerichteten Transparenz-Register eingetragen sind.
	2. Die Mitglieder veröffentlichen online alle geplanten Treffen, die sich auf die parlamentarische Arbeit beziehen,
	(a) mit Interessenvertretern, die in den Anwendungsbereich der Interinstitutionellen Vereinbarung über ein verbindliches Transparenz-Register fallen, oder
	(b) mit Vertretern von Behörden von Drittländern, einschließlich ihrer diplomatischen Vertretungen und Botschaften.
	3. Die in Absatz 2 festgelegte Verpflichtung gilt für Treffen, an denen das Mitglied oder die parlamentarischen Assistenten des Mitglieds in seinem Namen teilnehmen.
	4. Abweichend von Absatz 2 dürfen die Mitglieder ein Treffen nicht veröffentlichen, wenn durch dessen Offenlegung das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die Freiheit einer Person gefährdet würde, bzw. können die Mitglieder beschließen, ein Treffen nicht zu veröffentlichen, wenn sonstige zwingende Gründe für die Wahrung der Vertraulichkeit vorliegen. Solche Treffen sind stattdessen gegenüber dem Präsidenten zu erklären, der diese Erklärung vertraulich behandelt oder eine anonymisierte oder verzögerte Veröffentlichung beschließt. Das Präsidium legt die Bedingungen fest, unter denen der Präsident eine solche Erklärung offenlegen kann.
	5. Das Präsidium stellt auf der Website des Parlaments die erforderliche Infrastruktur zur Verfügung.
	6. Artikel 4 Absatz 5 gilt sinngemäß.
	([56a]) Interinstitutionelle Vereinbarung vom 20. Mai 2021 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über ein verbindliches Transparenz-Register (ABl. L 207 vom 11.6.2021, S. 1).

Abänderung 14

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Anlage I — Artikel 5 b (neu)

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	Artikel 5b
	Erklärung zu Beiträgen
	Unbeschadet der Verpflichtung zur Veröffentlichung von Treffen gemäß Artikel 5a führen die Berichterstatter bzw. Verfasser von Stellungnahmen in einer Anlage zu ihrem Bericht bzw. ihrer Stellungnahme die Einrichtungen oder Personen auf, von denen sie Beiträge zu Angelegenheiten erhalten haben, die den Gegenstand des Dossiers betreffen. Artikel 5a Absatz 4 gilt sinngemäß.

Abänderung 15

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Anlage I — Artikel 6

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
Artikel 6	Artikel 6
Tätigkeiten ehemaliger Mitglieder	Tätigkeiten ehemaliger Mitglieder
Ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments, die einer gewerblichen Lobbytätigkeit nachgehen oder repräsentative Tätigkeiten ausüben, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Beschlussfassungsprozess der Union stehen, sollten das Parlament darüber unterrichten und dürfen während der gesamten Dauer einer solchen Tätigkeit nicht die den ehemaligen Mitgliedern gemäß den vom Präsidium erlassenen Vorschriften ([57]) zur Verfügung gestellten Einrichtungen in Anspruch nehmen.	Ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments, die einer gewerblichen Lobbytätigkeit nachgehen oder repräsentative Tätigkeiten ausüben, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Beschlussfassungsprozess der Union stehen, sollten das Parlament darüber unterrichten und dürfen während der gesamten Dauer einer solchen Tätigkeit nicht die den ehemaligen Mitgliedern gemäß den vom Präsidium erlassenen Vorschriften ([57]) zur Verfügung gestellten Einrichtungen in Anspruch nehmen.
	Mitglieder dürfen mit ehemaligen Mitgliedern, deren Mandat weniger als sechs Monate zuvor endete und in die in Artikel 5a Absatz 2 genannten Kategorien von Personen fallen, keinerlei Tätigkeiten nachgehen, durch die es den ehemaligen Mitgliedern möglich werden könnte, die Formulierung oder Umsetzung von politischen Maßnahmen oder Rechtsvorschriften oder die Entscheidungsprozesse des Parlaments zu beeinflussen.
([57]) Beschluss des Präsidiums vom ***12***. April ***1999*** über die ehemaligen ***Mitgliedern*** des Europäischen Parlaments ***zur Verfügung gestellten Einrichtungen***.	([57]) Beschluss des Präsidiums vom ***17***. April ***2023*** über die ehemaligen ***Mitglieder*** des Europäischen Parlaments.

Abänderungen 16, 21cp7, 25cp2-5 und 25cp9

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Anlage I — Artikel 7

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
Artikel 7	Artikel 7
Beratender Ausschuss zum Verhalten von Mitgliedern	Beratender Ausschuss zum Verhalten von Mitgliedern
1. Es wird ein Beratender Ausschuss zum Verhalten von Mitgliedern (im Folgenden „der Beratende Ausschuss“) gebildet.	1. Es wird ein Beratender Ausschuss zum Verhalten von Mitgliedern (im Folgenden „der Beratende Ausschuss“) gebildet.

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
2. Der Beratende Ausschuss besteht aus ***fünf*** Mitgliedern***, die vom Präsidenten zu Beginn seiner Amtszeit aus den Mitgliedern des Ausschusses für konstitutionelle Fragen und des Rechtsausschusses*** ernannt werden, wobei der Erfahrung der Mitglieder ***und*** der politischen Ausgewogenheit gebührend Rechnung getragen wird.	2. Der Beratende Ausschuss besteht aus ***acht derzeitige Mitglieder des Europäischen Parlaments, die vom Präsidenten zu Beginn seiner Amtszeit*** ernannt werden, wobei der Erfahrung der Mitglieder ***sowie*** der politischen ***und geschlechtsspezifischen*** Ausgewogenheit gebührend Rechnung getragen wird.
Jedes Mitglied des Beratenden Ausschusses ***führt nach einem Rotationsverfahren sechs Monate lang den Vorsitz***.	***Der Vorsitz wechselt alle sechs Monate unter den Mitgliedern*** des Beratenden Ausschusses.
3. Der Präsident ernennt ferner zu Beginn seiner Amtszeit Reservemitglieder für den Beratenden Ausschuss, je eines für jede nicht im Beratenden Ausschuss vertretene Fraktion.	3. Der Präsident ernennt ferner zu Beginn seiner Amtszeit Reservemitglieder für den Beratenden Ausschuss, je eines für jede nicht im Beratenden Ausschuss vertretene Fraktion.
Im Falle eines behaupteten Verstoßes gegen diesen Verhaltenskodex durch ein Mitglied einer nicht im Beratenden Ausschuss vertretenen Fraktion ***wird das betreffende Reservemitglied für die Untersuchung des behaupteten Verstoßes*** vollwertiges ***sechstes*** Mitglied des Beratenden Ausschusses.	Im Falle eines behaupteten Verstoßes gegen diesen Verhaltenskodex durch ein Mitglied einer nicht im Beratenden Ausschuss vertretenen Fraktion ***oder im Falle eines Ersuchens gemäß Absatz 4 in Bezug auf dieses Mitglied wird das betreffende Reservemitglied*** vollwertiges ***neuntes*** Mitglied des Beratenden Ausschusses.
	3a. Bei einem behaupteten Verstoß gegen diesen Verhaltenskodex durch ein ständiges Mitglied oder ein Reservemitglied des Beratenden Ausschusses nimmt das betroffene ständige Mitglied oder Reservemitglied nicht an den Arbeiten des Beratenden Ausschusses zu dem behaupteten Verstoß teil.
4. Auf Ersuchen eines Mitglieds gibt der Beratende Ausschuss diesem Mitglied — vertraulich und innerhalb von 30 Kalendertagen — Orientierungshilfe bei der Auslegung und Anwendung der Bestimmungen dieses Verhaltenskodex. Das betreffende Mitglied kann sich auf diese Orientierungshilfe berufen.	4. Auf Ersuchen eines Mitglieds gibt der Beratende Ausschuss diesem Mitglied — vertraulich und innerhalb von 30 Kalendertagen — Orientierungshilfe bei der Auslegung und Anwendung der Bestimmungen dieses Verhaltenskodex***, insbesondere im Hinblick auf Interessenkonflikte***. Das betreffende Mitglied kann sich auf diese Orientierungshilfe berufen.
Auf Ersuchen des Präsidenten bewertet der Beratende Ausschuss auch die behaupteten Fälle von Verstößen gegen den Verhaltenskodex und berät ihn zu möglichen Maßnahmen.	Auf Ersuchen des Präsidenten bewertet der Beratende Ausschuss auch die behaupteten Fälle von Verstößen gegen den Verhaltenskodex und berät ihn zu möglichen Maßnahmen.
	Der Beratende Ausschuss überwacht proaktiv die Einhaltung dieses Verhaltenskodex und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen durch die Mitglieder. Er meldet dem Präsidenten jegliche eventuelle Verstöße gegen diese Bestimmungen.
	Behauptete Verstöße gegen diesen Verhaltenskodex können direkt dem Beratenden Ausschuss gemeldet werden, der sie bewerten und den Präsidenten über mögliche Maßnahmen beraten kann. Das Präsidium kann Vorschriften über das Verfahren für die Meldung behaupteter Verstöße erlassen.
5. Der Beratende Ausschuss kann ***nach Rücksprache mit dem Präsidenten*** Beratung von externen Sachverständigen einholen.	5. Der Beratende Ausschuss kann ***unter vollständiger Wahrung der Vertraulichkeit*** Beratung von externen Sachverständigen einholen.

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
6. Der Beratende Ausschuss veröffentlicht einen jährlichen Bericht über seine Tätigkeit.	6. Der Beratende Ausschuss veröffentlicht einen jährlichen Bericht über seine Tätigkeit ***und sensibilisiert die Mitglieder regelmäßig für diesen Verhaltenskodex und die entsprechenden Durchführungsmaßnahmen***.

Abänderung 17

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Anlage I — Artikel 8

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
Artikel 8	Artikel 8
Verfahren bei ***etwaigen*** Verstößen gegen ***den*** Verhaltenskodex	Verfahren bei ***behaupteten*** Verstößen gegen ***diesen*** Verhaltenskodex
1. Besteht Anlass zu der ***Vermutung***, dass ein Mitglied des Europäischen Parlaments gegen diesen Verhaltenskodex verstoßen haben könnte, verweist der Präsident die Angelegenheit***, wenn es sich nicht um einen offensichtlich rechtsmissbräuchlichen Fall handelt,*** an den Beratenden Ausschuss.	1. Besteht Anlass zu der ***Annahme***, dass ein Mitglied des Europäischen Parlaments gegen diesen Verhaltenskodex verstoßen haben könnte, verweist der Präsident die Angelegenheit an den Beratenden Ausschuss.
2. Der Beratende Ausschuss prüft die Umstände des behaupteten Verstoßes und kann das betroffene Mitglied anhören. Auf der Grundlage seiner Schlussfolgerungen gibt er dem Präsidenten eine Empfehlung ***für einen möglichen Beschluss ab***.	2. Der Beratende Ausschuss prüft die Umstände des behaupteten Verstoßes und kann das betroffene Mitglied anhören. Auf der Grundlage seiner Schlussfolgerungen gibt er dem Präsidenten eine Empfehlung ***ab, die gegebenenfalls eine Sanktion umfasst, die aus einer oder mehreren der in Artikel 176 Absätze 4, 5 und 6 der Geschäftsordnung aufgeführten Maßnahmen bestehen kann***.
Bei einem behaupteten Verstoß gegen den Verhaltenskodex durch ein ständiges Mitglied oder ein Reservemitglied des Beratenden Ausschusses nimmt das betroffene Mitglied oder Reservemitglied nicht an den Arbeiten des Beratenden Ausschusses zu dem behaupteten Verstoß teil.	
3. Gelangt der Präsident unter Berücksichtigung dieser Empfehlung — und nachdem er das betroffene Mitglied gegen ***den*** Verhaltenskodex verstoßen hat, fasst er einen begründeten Beschluss über ***eine*** Sanktion. Der Präsident teilt dem Mitglied den begründeten Beschluss mit.	3. Gelangt der Präsident unter Berücksichtigung dieser Empfehlung — und nachdem er das betroffene Mitglied ***aufgefordert hat, schriftlich Stellung zu nehmen — zu dem Schluss, dass das betreffende Mitglied*** gegen ***diesen*** Verhaltenskodex verstoßen hat, fasst er einen begründeten Beschluss über ***die Verhängung einer*** Sanktion. Der Präsident teilt dem Mitglied den begründeten Beschluss mit.
Die verhängte Sanktion kann in einer oder mehreren der in Artikel 176 Absätze 4 ***bis*** 6 der Geschäftsordnung aufgeführten Maßnahmen bestehen.	Die verhängte Sanktion kann in einer oder mehreren der in Artikel 176 Absätze 4***, 5 und*** 6 der Geschäftsordnung aufgeführten Maßnahmen bestehen.
4. Die internen Beschwerdeverfahren gemäß Artikel 177 der Geschäftsordnung stehen dem betroffenen Mitglied offen.	4. Die internen Beschwerdeverfahren gemäß Artikel 177 der Geschäftsordnung stehen dem betroffenen Mitglied offen.
	4a. Der Präsident verweist an den Beratenden Ausschuss ferner systematische, schwere oder wiederholte Verstößen gegen die in diesem Verhaltenskodex festgelegten Offenlegungspflichten.

Abänderung 18

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

Anlage I — Artikel 9

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
Artikel 9	Artikel 9
Umsetzung	Umsetzung
Das Präsidium legt zu diesem Verhaltenskodex Durchführungsmaßnahmen fest, die unter anderem ein ***Kontrollverfahren beinhalten, und aktualisiert erforderlichenfalls die in den Artikeln 4 und 5 genannten Beträge***.	Das Präsidium legt zu diesem Verhaltenskodex Durchführungsmaßnahmen fest, die unter anderem ein ***Verfahren für die Kontrolle der Einhaltung und Schulungen für die Mitglieder beinhalten***.
Das Präsidium kann Vorschläge ***zur*** Überarbeitung des vorliegenden Verhaltenskodex formulieren.	Das Präsidium kann Vorschläge ***für die*** Überarbeitung des vorliegenden Verhaltenskodex formulieren.

C/2024/1757

22.3.2024

P9_TA(2023)0306

Das System der Europäischen Schulen: Sachstand, Herausforderungen und Perspektiven

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2023 zum System der Europäischen Schulen: Sachstand, Herausforderungen und Perspektiven (2022/2149(INI))

(C/2024/1757)

Das Europäische Parlament,

— gestützt auf Artikel 165 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

— unter Hinweis auf die Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen ([1]),

— unter Hinweis auf die für seinen Ausschuss für Kultur und Bildung durchgeführte Studie mit dem Titel „The European Schools system: State of Play, Challenges and Perspectives“ (System der Europäischen Schulen: Sachstand, Herausforderungen und Perspektiven) ([2]) vom 9. Juni 2022,

— unter Hinwies auf den Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom Dezember 2022 mit dem Titel „PISA for Schools: How The European Schools Compare Internationally 2022“ (PISA für Schulen: Wie schneiden die Europäischen Schulen 2022 im internationalen Vergleich ab?),

— unter Hinweis auf den im Jahr 2022 vorgelegten Abschlussbericht der Europäischen Agentur für sonderpädagogische Förderung und inklusive Bildung mit dem Titel „External Evaluation of the Implementation of the European Schools' Action Plan on Educational Support and Inclusive Education“ (Externe Bewertung der Umsetzung des Aktionsplans der Europäischen Schulen für Pädagogische Unterstützung und Integrative Bildung),

— unter Hinweis auf den Bericht des Europäischen Rechnungshofs vom 25. November 2022 mit dem Titel „Bericht über den Jahresabschluss 2021 der Europäischen Schulen“,

— unter Hinweis auf die interinstitutionelle Proklamation zur europäischen Säule sozialer Rechte ([3]),

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 27. September 2011 zu dem System der Europäischen Schulen ([4]),

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 11. November 2021 zum europäischen Bildungsraum: ein gemeinsamer, ganzheitlicher Ansatz ([5]),

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 19. Mai 2022 zur Errichtung des Europäischen Bildungsraums bis 2025 — Microcredentials, individuelle Lernkonten und Lernen für eine nachhaltige Umwelt ([6]),

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 25. März 2021 zur Gestaltung der Politik im Bereich digitale Bildung ([7]),

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 7. Juli 2016 zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen unter besonderer Berücksichtigung der abschließenden Bemerkungen des Ausschusses der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen ([8]),

— gestützt auf Artikel 54 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Kultur und Bildung (A9-0205/2023),

---

([1]) ABl. L 212 vom 17.8.1994, S. 3.
([2]) Studie — „The European Schools system: State of Play, Challenges and Perspectives“, Europäisches Parlament, Generaldirektion Interne Politikbereiche der Union, Fachabteilung B — Struktur- und Kohäsionspolitik, 9. Juni 2022.
([3]) ABl. C 428 vom 13.12.2017, S. 10.
([4]) ABl. C 56 E vom 26.2.2013, S. 14.
([5]) ABl. C 205 vom 20.5.2022, S. 17.
([6]) ABl. C 479 vom 16.12.2022, S. 65.
([7]) ABl. C 494 vom 8.12.2021, S. 2.
([8]) ABl. C 101 vom 16.3.2018, S. 138.

A. in der Erwägung, dass das System der Europäischen Schulen („European Schools System“ — ESS) ein einzigartiges System ist, das seit seiner Gründung in den 1950er Jahren seine Stärken und Qualitäten unter Beweis gestellt hat, als es beispielsweise um die Anerkennung des Europäischen Abiturs in allen Mitgliedstaaten und die stetig wachsende Zahl der anerkannten Europäischen Schulen („Accredited European Schools“ — AES) ging; in der Erwägung, dass jeder EU-Bürger die Möglichkeit haben sollte, von einer solchen Bildung zu profitieren;

B. in der Erwägung, dass jeder die Möglichkeit haben sollte, von der Art der Bildung zu profitieren, die vom System der Europäischen Schulen angeboten wird, und dass alle Schulsysteme in der Europäischen Union die Möglichkeit erhalten sollten, vom pädagogischen Fachwissen des Systems der Europäischen Schulen zu profitieren;

C. in der Erwägung, dass das ESS, indem in diesem Rahmen die Bildungssysteme der Mitgliedstaaten — über parallele Sprachabteilungen — mit einer starken europäischen Dimension, einem Gefühl der Zugehörigkeit und kulturellen Identität, mehrsprachiger Bildung und einem Schwerpunkt auf Naturwissenschaften, Technologie, Ingenieurwesen, Kunst und Mathematik sowie pädagogischen Innovationen kombiniert werden, ein Laboratorium und einen Erfahrungsschatz für Bildungsreformen, auch im Zusammenhang mit der Schaffung eines europäischen Bildungsraums, darstellt;

D. in der Erwägung, dass das ESS vollständig mit den Bildungsstrategien der Union im Einklang stehen sollte; in der Erwägung, dass ein zentrales Ziel des ESS darin besteht, die Mobilität und den Transfer von und in alle nationalen Bildungssysteme zu erleichtern, wobei die Mitgliedstaaten für eine gerechte und gleiche Umsetzung der Lernergebnisse des ESS sorgen müssen;

E. in der Erwägung, dass die Governance-Struktur der ESS den Vorteil hat, eine direkte Verbindung zu den Mitgliedstaaten aufrechtzuerhalten, jedoch angesichts ihrer klaren Unzulänglichkeiten bei der Entscheidungsfindung, dem Änderungsmanagement und dem strukturieren Austausch bewährter Verfahren mit nationalen Bildungssystemen reformiert werden muss;

F. in der Erwägung, dass der Aufgabenbereich der Kommission im ESS ausgeweitet werden muss und ihre Handlungsformen ausgebaut werden müssen, da sich ihre Beteiligung derzeit auf Haushaltsfragen beschränkt, wobei die gleichermaßen wichtigen Bildungsaspekte sowie die operativen und personalbezogenen Aspekte außen vor bleiben;

G. in der Erwägung, dass das derzeitige System der Einstellung von Lehrkräften im ESS schwerwiegende Mängel aufweist, die zu einer Diskrepanz zwischen dem Bedarf vor Ort und dem von den Mitgliedstaaten tatsächlich abgeordneten Personal, Fragen im Zusammenhang mit den jährlichen Einstellungsplänen, Schwierigkeiten, qualifizierte Lehrkräfte und anderes Personal zu finden, prekären Arbeitsbedingungen für vor Ort eingestellte Lehrkräfte und sonstige pädagogische Fachkräfte und Problemen bei der fortlaufenden beruflichen Weiterbildung führen; in der Erwägung, dass es erforderlich ist, die Attraktivität des ESS, insbesondere unter den Lehrkräften, zu erhöhen;

H. in der Erwägung, dass das ESS zwar Fortschritte bei der Inklusion von Schülern mit besonderen Bedürfnissen, Behinderungen oder Lernunterschieden erzielt hat, es aber an psychologischer Unterstützung fehlt und der Bedarf an intensiver Unterstützung zunimmt; in der Erwägung, dass Kommunikation und angemessene Beschäftigungsverhältnisse von entscheidender Bedeutung sind, um dafür zu sorgen, dass das Lehrpersonal und psychologische Fachkräfte Schüler auf hochwertige, maßgeschneiderte und kontinuierliche Weise unterstützen;

I. in der Erwägung, dass das ESS dafür verantwortlich ist, sicherzustellen, dass alle EU-Amtssprachen, auch die kleinen Sprachen, gleichbehandelt werden, und die sprachliche und kulturelle Vielfalt zu fördern, wobei die europäische Dimension des Lernens gestärkt wird; in der Erwägung, dass Pläne, die darauf abzielen, dass alle Sprachabteilungen bis 2028 sowohl in der Primar- als auch in der Sekundarstufe in Brüssel vertreten sind, begrüßt werden;

J. in der Erwägung, dass Eltern in den Schulen eine Schlüsselrolle spielen, etwa bei der Durchführung außerschulischer Tätigkeiten und der Bereitstellung von Beförderungs- und anderen Diensten, und dass sie in gesonderten Elternvereinigungen vertreten sind;

K. in der Erwägung, dass EU-Mittel den Großteil des für das ESS bereitgestellten Haushalts ausmachen, weshalb das Parlament die Verwaltung und den Betrieb des ESS genauer kontrollieren muss, und dass die von der Union im Bereich Bildung angenommenen Ziele und Investitionsprioritäten im ESS stärker berücksichtigt werden sollten;

L. in der Erwägung, dass die mangelnde Rechenschaftspflicht einiger gastgebenden Länder, die für die Bereitstellung und Instandhaltung der Schulgebäude verantwortlich sind, zu ernsten Problemen geführt hat, insbesondere in Brüssel, wo Schulen überbelegt sind; in der Erwägung, dass diese Probleme tief greifende Auswirkungen auf den Bildungsstandard, auf organisatorische Aspekte und auf die Sicherheit und das Wohlbefinden von Schülern und Personal gleichermaßen hatten;

Stand der Dinge und Zukunftsvorstellungen

1. betont, dass eine kritische und tief greifende Bewertung aller Aspekte des ESS sowie Reformen erforderlich sind, um das System zukunftstauglich zu gestalten, seine Öffentlichkeitsarbeit auszuweiten und sicherzustellen, dass es als Modell für den Austausch bewährter Verfahren innerhalb der Bildungssysteme dient;

2. fordert den Obersten Rat der Europäischen Schulen auf, den Auftrag, die Grundsätze und die Ziele des ESS in Form einer neuen „ESS-Charta“ zu aktualisieren, die für das 21. Jahrhundert geeignet ist und eine konstruktive Zukunftsvorstellung für das System sowie realistische Ziele aufzeigt, anhand deren es bewertet werden kann, indem sowohl auf interne als auch auf externe Expertise zurückgegriffen wird; fordert, dass diese neue „ESS-Charta“ bis Ende 2024 eingeführt wird;

3. fordert die Kommission auf, die Rolle des ESS bei der Einrichtung des europäischen Bildungsraums zu bewerten, auch im Hinblick auf das Erlernen von Sprachen und eine starke europäische Dimension des Lernens sowie bei der automatischen gegenseitigen Anerkennung von Diplomen EU-weit auf der Grundlage des etablierten Modells des Europäischen Abiturs;

4. fordert eine stärker integrierte und aktivere Rolle der Kommission, um insbesondere Verbindungen zwischen dem ESS und dem europäischen Bildungsraum zu knüpfen; bringt seinen ausdrücklichen Wunsch zum Ausdruck, dass die Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur eng in die Tätigkeit der Kommission gegenüber dem ESS einbezogen wird;

5. fordert eine verstärkte Rechenschaftspflicht und Transparenz, eine engmaschigere parlamentarische Kontrolle und Aufsicht und eine bessere Kommunikation, um die Sichtbarkeit und das Verständnis des ESS und des Europäischen Abiturs in den Mitgliedstaaten auf allen Ebenen zu stärken;

6. weist die Mitgliedstaaten auf ihre Pflicht zur Gewährung und Wahrung eines diskriminierungsfreien Zugangs zu Hochschulen gemäß der Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen und auf ihre Pflicht hin, zu gewährleisten, dass auch Schüler ohne eigene Sprachabteilung von einem vollständigen Unterrichtsangebot profitieren und schulische Lernfortschritte erzielen; fordert den Obersten Rat und die Mitgliedstaaten auf, eine gerechte und gleiche Umsetzung von Lernergebnissen des ESS und des Europäischen Abiturs in ihren Äquivalenztabellen sicherzustellen und die erforderlichen Korrekturen in den nationalen Umwandlungssystemen vorzunehmen, um dem Grundsatz der Gleichbehandlung uneingeschränkt zu entsprechen, und dafür zu sorgen, dass alle Schüler problemlos in jeden anderen Mitgliedstaat umziehen können;

7. fordert engere Beziehungen zwischen dem ESS und den lokalen, regionalen und nationalen Bildungs-Ökosystemen, insbesondere durch den Austausch bewährter Verfahren und die Zusammenarbeit bei Programmen und Aktivitäten mit Partnerschulen der nationalen Systeme;

Governance, Verwaltung und rechtliche Fragen

8. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit dem Büro des Generalsekretärs der Europäischen Schulen und dem Obersten Rat bis Ende 2024 eine eingehende Überprüfung der Governance- und Verwaltungsstrukturen des ESS und der einzelnen Schulen unter einem unabhängigen Vorsitz durchzuführen und hierfür die Rollen, Verantwortlichkeiten und Strukturen auf allen Ebenen zu untersuchen, die Unabhängigkeit der Funktionen und potenzielle Interessenkonflikte zu bewerten und Regulierungsfragen, die ein Hemmnis für das ESS darstellen;

9. betont, dass die Entscheidungsfindung des Obersten Rates durch ein alternatives Abstimmungssystem mit einer besseren Konsultation der Interessenträger des ESS gestrafft und flexibler gestaltet werden muss, damit der Oberste Rat besser auf die Bedürfnisse der Schulen eingehen kann; beharrt zudem auf einer präzisen Kommunikation der Entscheidungen innerhalb des ESS;

10. fordert klare Zuständigkeiten, eine transparente Entscheidungsfindung, zweijährliche Leistungsbeurteilungen sowie Schulungs- und Entwicklungspläne für das gesamte Personal in Führungspositionen, einschließlich einer strukturierten Einarbeitung auf zentraler Ebene und auf Ebene der Schulen;

11. fordert das Büro des Generalsekretärs der Europäischen Schulen und die Troika beim Obersten Rat auf, dem Parlament ab 2024 in Zusammenarbeit mit allen Interessenträgern des ESS einen ausführlichen gemeinsamen jährlichen Bericht über das ESS vorzulegen, der es dem Organ ermöglicht, die Fortschritte bei den Reformen und der Erreichung der Ziele zu überwachen, auf kritische Fragen hinzuweisen und eine ständige Rolle im Rahmen der Aufsicht und des Änderungsmanagements zu spielen;

12. fordert den Obersten Rat auf,

a) die Anwendbarkeit des Primär- und Sekundärrechts der EU im Rahmen des ESS zu klären,

b) die Einhaltung der Standards in Bezug auf die Gesundheit und Sicherheit in den Schulen zu bewerten,

c) sicherzustellen, dass die Vertrags- und Arbeitsbedingungen der vor Ort eingestellten Lehrkräfte mit den Rechtsvorschriften und Grundsätzen der EU und der Mitgliedstaaten im Bereich Beschäftigung uneingeschränkt im Einklang stehen,

d) das Personalstatut und die Allgemeine Ordnung der Europäischen Schulen zu ändern, um die Zuständigkeiten der Beschwerdekammer gegenüber den nationalen Gerichten ausdrücklich zu klären, wobei sicherzustellen ist, dass keine Lücken im Rechtsschutz bestehen,

e) eine unabhängige Ombudsstelle einzurichten, die sich mit Beschwerden über Missstände in der Verwaltungstätigkeit befasst und bei Konflikten vermittelt, und

f) einen Kodex für gute Verwaltungspraxis für die Schulverwaltung auf allen Ebenen zu entwickeln;

13. fordert, dass das Mandat für den Europäischen Rechnungshof und den Internen Auditdienst der Kommission überarbeitet wird, damit diese Stellungnahmen und Empfehlungen zu verschiedenen Aspekten des ESS abgeben können, und fordert, dass diese Stellungnahmen und Empfehlungen im Rahmen der Beratungen über den gemeinsamen jährlichen Bericht über das ESS an das Parlament vorgelegt werden;

Ressourcen, Infrastruktur und Personal

14. fordert nachdrücklich, dass die Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen gegenüber dem ESS in vollem Umfang nachkommen, insbesondere was die Abordnung qualifizierter Lehrkräfte und anderer pädagogischer Fachkräfte und die Bereitstellung einer angemessenen Infrastruktur (geeignete Räumlichkeiten und deren Instandhaltung und Modernisierung) betrifft, und fordert ein verbindliches System direkter Finanzbeiträge, um sowohl in Bezug auf das ESS als auch auf die Mitgliedstaaten für eine größere Flexibilität und Sicherheit zu sorgen;

15. fordert, dass vor dem Hintergrund der geplanten Überarbeitung der derzeitigen Vereinbarung über die Kostenteilung im Schuljahr 2025–2026 bis Mitte 2025 eine spezielle Task Force eingerichtet wird, die sich aus Vertretern aller Beitragszahler zum Haushalt des ESS zusammensetzt und an der einschlägige pädagogische Fachleute aus dem Büro des Generalsekretärs der Europäischen Schulen, der Kommission und den Mitgliedstaaten beteiligt sind, wobei ihr Auftrag darin besteht, konkrete Vorschläge zur Lösung entscheidender Fragen bei der Ressourcenbeschaffung zu unterbreiten und ein umfassendes, angemessenes und nachhaltiges Modell für die Kostenteilung zu entwickeln, das es dem ESS ermöglichen wird, seinen Auftrag im Einklang mit der neuen „ESS-Charta“ zu erfüllen;

16. legt den Aufnahmemitgliedstaaten nahe, die ESS-Infrastruktur in alle nationalen Pläne für Infrastrukturinvestitionen aufzunehmen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit auf, um sicherzustellen, dass das ESS von den Auszahlungen profitieren kann, durch die die Mitgliedstaaten demnächst im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität begünstigt werden, wobei die anstehenden Bewertungen der nationalen Pläne zu berücksichtigen sind und etwaigen einschlägigen Aktualisierungen, beispielsweise Aktualisierungen im Zusammenhang mit den Kapiteln von RepowerEU, Rechnung getragen werden muss;

17. fordert den Obersten Rat auf, dringend den anhaltenden Lehrermangel zu beheben und für eine stabile und faire Beschäftigungssituation für alle zu sorgen, indem das Personal gehalten und Fluktuation verringert wird, um so auch eine Abwanderung hoch qualifizierter Kräfte zu vermeiden; fordert in diesem Zusammenhang die Bereitstellung zusätzlicher Mittel sowie ein verbessertes und faires Beschäftigungspaket für abgeordnetes und vor Ort eingestelltes Personal, das eine wettbewerbsfähige Vergütung, ausgeglichenere Gehälter für Erzieher sowie für Lehrkräfte an Primar- und Sekundarschulen, Klarheit über Beschäftigungsstatus und -stabilität, ein System der fortlaufenden beruflichen Weiterbildung und weitergehende Karriereaussichten innerhalb und außerhalb des ESS vorsieht;

18. fordert, dass Lehrkräfte und Schüler ein höheres Maß an Autonomie erhalten sollten, damit sie besser auf spezifische Bedürfnisse und Situationen reagieren können, wobei unbedingt sicherzustellen ist, dass diese größere Autonomie mit strengeren Bewertungs- und Rechenschaftsmechanismen einhergeht, damit harmonisierte Normen gewährleistet sind;

19. fordert, dass zusätzliche Stellen auf der mittleren Führungsebene geschaffen werden, die sich auf die Einführung hochwertiger Lehrmethoden und Lehrpläne konzentrieren, und dass alle nationalen Verfahren zur Abordnung transparenter und offener gestaltet werden;

20. würdigt die Arbeit der Schulgemeinschaft, insbesondere der Eltern, im schulischen Leben, etwa bei der Durchführung außerschulischer Tätigkeiten, und regt dazu an und bekräftigt, dass die Tätigkeiten der Schulen überwacht werden müssen, um eine gute Verwaltung, angemessene pädagogische Qualifikationen, Erschwinglichkeit und Inklusivität zu gewährleisten; weist darauf hin, dass das Übereinkommen den Eltern eine Rolle bei der Governance des ESS zuweist, und fordert, dass diese Rolle angemessen anerkannt wird;

21. fordert, dass dringend eine jährliche Überprüfung der Zulassungsbedingungen und der Schulgebühren eingeführt wird, um allen Schülern der Kategorie I einen Platz zu garantieren, fordert eine größere sozioökonomische Durchmischung, indem das ESS für mehr Kategorien von Schülern geöffnet wird, und fordert, dass das gesamte Potenzial der AES ausgeschöpft wird, auch um die Überbelegung zu bewältigen; betont, dass es wichtig ist, die Geschwisterregelung streng durchzusetzen, und beharrt darauf, dass rechtliche Gebühren die Eltern oder die Vormunde nicht davon abhalten sollten, Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Zentralen Zulassungsstelle, die gegen die Regeln für die Einschreibung verstoßen, einzulegen;

22. fordert ferner, dass der Oberste Rat einen ehrgeizigen Mobilitätsplan auf allen Ebenen ausarbeitet, der regelmäßig aktualisiert wird, um die Schülerbeförderung wirksamer, erschwinglicher, zugänglicher und ökologischer zu gestalten;

Bildungsbezogene und pädagogische Qualität

23. fordert den Obersten Rat auf, die bildungsbezogenen und pädagogischen Standards durch folgende Maßnahmen zu stärken:

a) Einrichtung einer Taskforce mit einschlägigem pädagogischen Fachwissen, um offene, transparente und regelmäßige Konsultationen mit Interessenträgern abzuhalten und den im Rahmen der Reform der Europäischen Schulen von 2009 geschaffenen Ansatz zur Qualitätssicherung zu überprüfen, wobei sicherzustellen ist, dass die Überprüfung bis Mitte 2024 abgeschlossen ist, von diesem Zeitpunkt an regelmäßig aktualisiert wird, mit klaren Indikatoren einhergeht sowie überwacht und bewertet wird;

b) Einführung eines verbesserten und rechenschaftspflichtigen Inspektionssystems einschließlich eines Referats zur Qualitätssicherung innerhalb des Büros des Generalsekretärs der Europäischen Schulen, wozu ständige und entsandte Inspektoren, fachspezifische Inspektionen und Folgeverfahren gehören, die auch AES einbeziehen;

c) Stärkung der Rolle des Referats Pädagogische Entwicklung des Büros des Generalsekretärs der Europäischen Schulen und des gemischten Pädagogischen Ausschusses und

d) Sicherstellung der Teilnahme des ESS an Programmen und Initiativen der EU, beispielsweise an der Erasmus +-Lehrkräfteakademie und am europäischen Bildungsraum;

24. fordert den Obersten Rat und das Büro des Generalsekretärs der Europäischen Schulen auf, bis Ende 2024 eine Strategie für die fortlaufende berufliche Weiterbildung und ein Einarbeitungsprogramm für Lehrkräfte und anderes Bildungspersonal im gesamten ESS zu entwickeln, und betont, dass für die fortlaufende berufliche Weiterbildung — auch im Hinblick auf Fächer und Methoden — ein breiter Ansatz zu wählen ist, um Karrieremöglichkeiten zu verbessern und kollektive Effizienz und formelle Strukturen aufzubauen, durch die Lehrkräfte bei der Konzeption, der Umsetzung, der Bewertung und dem Austausch bewährter pädagogischer Verfahren und Materialien in allen Klassen und dem System insgesamt unterstützt werden;

25. fordert die Mitgliedstaaten auf, das Potenzial von Lehrkräften mit Erfahrungen im Rahmen des ESS, zu Ausbildern und Mentoren in nationalen Systemen zu werden, vollumfänglich auszuschöpfen, fordert den Obersten Rat auf, in dieser Hinsicht Anreize zu schaffen und Leitlinien zu erstellen, und hebt die Rolle hervor, die das ESS bei der Einrichtung eines europäischen Lehrermoduls spielen sollte, das in die Erstausbildung von Lehrkräften in der gesamten EU aufzunehmen wäre;

26. betont erneut, dass Schulen das Potenzial des personalisierten Lernens nutzen sollen; fordert den Obersten Rat auf, bestehende Rahmen zu stärken und eine kohärente, einheitliche und systematische Inklusionsstrategie im gesamten ESS umzusetzen, in deren Rahmen hochwertige und inklusive Bildung ermöglicht und Ausgrenzung aufgrund von Behinderungen vermieden wird, angemessene Einrichtungen sichergestellt werden, das Verhältnis zwischen Lehrkräften und Schülern angepasst, ein flexibler Lehrplan angewandt, die Anzahl qualifizierten Personals zur Unterstützung der Lehrer und qualifizierten Personals für psychologische Unterstützung erheblich erhöht wird sowie Orientierungs- und Mentoringdienste angeboten werden; fordert nachdrücklich, dass Fortschritte bei der Anerkennung der Lernergebnisse von Schülern mit besonderen Bedürfnissen, Behinderungen oder Lernunterschieden, wenn sie das europäische Abitur nicht ablegen, durch Zertifikate oder Schulabschlusszeugnisse erzielt werden; spricht sich für die Einführung eines Inklusionsindexes in das ESS aus;

27. fordert den Obersten Rat und das Büro des Generalsekretärs der Europäischen Schulen auf, ein sicheres Lernumfeld zu fördern, in dem keine Form von Gewalt zulässig ist, und die Bekämpfung von Mobbing und Cyber-Mobbing im ESS zu stärken, indem ein harmonisiertes ganzheitliches Schulkonzept entwickelt wird, das Sensibilisierungsmaßnahmen, Schulungen, Leitlinien für den Umgang mit Mobbing offline und im Internet, die Förderung eines Systems der Unterstützung durch Gleichaltrige, bei dem gut ausgebildete Lehrkräfte und Eltern aktiv einbezogen werden, sowie ein klares und durchsetzbares Sanktionssystem für alle Schulstufen umfasst;

28. fordert den Obersten Rat und das Büro des Generalsekretärs der Europäischen Schulen auf, die Einbeziehung von Berufsbildungsmodulen in das ESS zu bewerten, Partnerschaften mit Berufsbildungseinrichtungen zu etablieren und die Möglichkeit zu prüfen, anerkannte Europäische Berufsbildungsschulen in der gesamten Europäischen Union einzurichten;

29. betont, dass allen Schülern — insbesondere in ihrer Muttersprache und Schülern ohne Sprachabteilung — sowohl im Primär- als auch im Sekundärbereich eine umfassende und hochwertige Bildungserfahrung geboten werden muss; fordert den Rat der Inspektoren auf, Schüler, Lehrkräfte und Eltern bezüglich der Auswirkungen zu konsultieren, die sich aus der Reduzierung der Anzahl der Stunden und Fächer oder der Zusammenlegung unterschiedlicher Klassenstufen ergeben, wenn die Anzahl der Schüler unter der Schwelle liegt;

30. fordert den Rat der Inspektoren auf, den Unterricht in der zweiten und dritten Sprache regelmäßig auf der Grundlage der neuesten pädagogischen Leitlinien zur Einführung in Lesen und Schreiben in der frühkindlichen Bildung, kooperativer Lehrmethoden und der Eignung des differenzierten Lernens zu überprüfen, um sicherzustellen, dass Schüler aller Altersgruppen Freude am Erlernen einer Sprache haben;

31. fordert eine stärkere Mobilität von Schülern und Lehrkräften im ESS sowie aus anderen Schulsystemen und in andere Schulsysteme, eine Aktualisierung der bestehenden Lehrpläne, um die europäische Dimension weiter zu stärken, indem z. B. die Lehrpläne für die europäische Geschichte — einschließlich der Rolle von Minderheiten — überprüft werden, indem staatsbürgerliche Bildung als eigenständiges Fach unterrichtet wird, indem „Europäische Stunden“ auf allen Bildungsebenen integriert werden, wobei der Schwerpunkt auf der Bedeutung des europäischen Erbes und der europäischen Werten liegen soll, und indem Unternehmertum und Soft Skills vermittelt werden; besteht darauf, dass das derzeitige Angebot an religiöser und ethischer Bildung beibehalten wird;

32. fordert den Obersten Rat der Europäischen Schulen auf, Umwelterziehung und digitale Bildung im ESS zu fördern, u. a. durch die Umsetzung des europäischen Kompetenzrahmens für Nachhaltigkeit und des Referenzrahmens für digitale Kompetenzen; betont, dass grüne und digitale Kompetenzen besser vermittelt werden müssen, und fordert, dass das ESS an Initiativen wie dem europäischen Zertifikat für digitale Kompetenzen teilnimmt und gleichzeitig traditionelle Lernmethoden unter Verwendung gedruckter Bücher heranzieht und die digitale Ausgrenzung bekämpft;

33. schlägt vor, eine jährliche Festveranstaltung einzuführen, um bewährte pädagogische Verfahren auszutauschen, das Wissen von Schulen, Lehrkräften und Schülern zu bündeln und ihre Arbeit und ihre Projekte in einem größeren Umfeld vorzustellen, wobei nationale Bildungsvertreter eingeladen werden, um für das ESS zu sensibilisieren;

34. fordert die Einrichtung einer formellen ESS-Alumni-Gemeinschaft und Maßnahmen, um diese bekannt zu machen, sowie die Erhebung von Daten über die Bildungswege der Schüler nach dem Abschluss, wobei es Aufgabe des Büros des Generalsekretärs der Europäischen Schulen sein soll, anonymisierte Informationen zu erheben;

Ausblick

35. fordert, dass die finanziellen Beiträge der EU zum ESS in künftigen EU-Haushalten als gesonderte Haushaltslinie ausgewiesen werden, um die Transparenz zu erhöhen, die strategische Planung sicherzustellen und die parlamentarische Kontrolle im Rahmen des Entlastungsverfahrens zu erleichtern, und verlangt, dass das ESS in die Weiterentwicklung des europäischen Bildungsraums einbezogen wird und dass eine enge Verbindung zwischen den beiden geschaffen wird;

36. bringt seinen Wunsch zum Ausdruck, dass das ESS zu einem Leuchtfeuer für hochwertige mehrsprachige und multikulturelle Bildung in Europa und darüber hinaus werden möge, wodurch veranschaulicht wird, dass das Motto „In Vielfalt geeint“ im Bildungsbereich auch lebendige Wirklichkeit werden kann; fordert alle Interessenträger auf, gemeinsam auf dieses Ziel hinzuarbeiten, auch durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den AES, deren Einbindung und Ausbau für das gesamte System von entscheidender Bedeutung sind; fordert eine Neubewertung der AES, um zu prüfen, wie die Präsenz des ESS auf alle Mitgliedstaaten ausgeweitet werden kann, indem flexiblere Verfahren und Anforderungen für die Akkreditierung von Schulen eingeführt und gleichzeitig die Qualitätssicherung und -kontrolle verbessert werden;

37. äußert den Wunsch, dass das Parlament im Obersten Rat vertreten ist, und fordert ein unabhängiges externes Expertengremium, das alternative Governance-Modelle prüft und vorschlägt, einschließlich einer Überprüfung der Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen und der Möglichkeit, die zwischenstaatliche Rechtsstellung der Schulen durch ein supranationales europäisches Modell zu ersetzen;

o

o o

38. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

C/2024/1758

22.3.2024

P9_TA(2023)0307

Genetisch veränderter Mais der Sorte MON 87419

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2023 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87419 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D090109/03 — 2023/2759(RSP))

(C/2024/1758)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87419 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D090109/03),

— gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel ([1]), insbesondere auf Artikel 7 Absatz 3 und Artikel 19 Absatz 3,

— unter Hinweis auf die Abstimmung vom 1. Juni 2023 in dem in Artikel 35 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 genannten Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel, aus der keine Stellungnahme hervorging, und die Abstimmung im Berufungsausschuss vom 6. Juli 2023, aus der ebenfalls keine Stellungnahme hervorging,

— gestützt auf die Artikel 11 und 13 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren ([2]),

— unter Hinweis auf das Gutachten der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), das am 30. November 2022 angenommen und am 20. Januar 2023 veröffentlicht wurde ([3]),

— unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen mit Einwänden gegen die Zulassung genetisch veränderter Organismen ([4]),

---

([1]) ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1.

([2]) ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.

([3]) Wissenschaftliches Gutachten des Gremiums der EFSA für genetisch veränderte Organismen zur Bewertung von genetisch verändertem Mais der Sorte MON 87419 zur Verwendung als Lebens- und Futtermittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 (Antrag EFSA-GMO-NL-2017-140), EFSA Journal 2023; 21(1):7730, https://doi.org/10.2903/j.efsa.2023.7730.

([4]) Das Europäische Parlament hat in seiner achten Wahlperiode 36 Entschließungen angenommen, in denen Einwände gegen die Zulassung genetisch veränderter Organismen erhoben wurden. Zudem hat das Parlament in seiner neunten Wahlperiode die folgenden Entschließungen angenommen:

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Oktober 2019 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MZHG0JG (SYN-ØØØJG-2) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (*ABl. C 202 vom 28.5.2021, S. 11*).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Oktober 2019 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderte Sojabohnen der Sorte A2704-12 (ACS-GMØØ5-3) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (*ABl. C 202 vom 28.5.2021, S. 15*).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Oktober 2019 zum Entwurf des Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × MON 88017 × 59122 × DAS-40278-9 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei, drei oder vier der Transformationsereignisse MON 89034, 1507, MON 88017, 59122 und DAS-40278-9 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (*ABl. C 202 vom 28.5.2021, S. 20*).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. November 2019 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderte Baumwolle der Sorte LLCotton25 (ACS-GHØØ1-3) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 208 vom 1.6.2021, S. 2).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. November 2019 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 89788 (MON-89788-1) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 208 vom 1.6.2021, S. 7).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. November 2019 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die aus der genetisch veränderten Maissorte MON 89034 × 1507 × NK603 × DAS-40278-9 und den Unterkombinationen MON 89034 × NK603 × DAS-40278-9, 1507 × NK603 × DAS-40278-9 und NK603 × DAS-40278-9 bestehen, diese enthalten oder daraus gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 208 vom 1.6.2021, S. 12).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. November 2019 zu dem Entwurf des Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte Bt11 × MIR162 × MIR604 × 1507 × 5307 × GA21 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei, drei, vier oder fünf der Transformationsereignisse Bt11, MIR162, MIR604, 1507, 5307 und GA21 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 208 vom 1.6.2021, S. 18).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Mai 2020 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87708 × MON 89788 × A5547-127 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 323 vom 11.8.2021, S. 7).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. November 2020 zu dem Entwurf des Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 × MON 89034 × MIR162 × NK603 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei oder drei der Sorten MON 87427, MON 89034, MIR162 und NK603 kombiniert werden, und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2018/1111 der Kommission gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 415 vom 13.10.2021, S. 2).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. November 2020 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte SYHT0H2 (SYN-ØØØH2-5) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 415 vom 13.10.2021, S. 8).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. November 2020 zum Entwurf des Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 × MON 87460 × MON 89034 × MIR162 × NK603 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei, drei oder vier der Transformationsereignisse MON 87427, MON 87460, MON 89034, MIR162 und NK603 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 415 vom 13.10.2021, S. 15).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2020 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87751 × MON 87701 × MON 87708 × MON 89788 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 445 vom 29.10.2021, S. 36).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2020 zu dem Entwurf des Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 × MON 89034 × MIR162 × MON 87411 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei oder drei der Transformationsereignisse MON 87427, MON 89034, MIR162 und MON 87411 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 445 vom 29.10.2021, S. 43).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2020 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MIR604 (SYN-IR6Ø4-5) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 445 vom 29.10.2021, S. 49).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2020 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 88017 (MON-88Ø17-3) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 445 vom 29.10.2021, S. 56).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2020 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 (MON-89Ø34-3) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 445 vom 29.10.2021, S. 63).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. März 2021 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB614 × T304-40 × GHB119 enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 474 vom 24.11.2021, S. 66).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. März 2021 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MZIR098 (SYN-ØØØ98-3) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 474 vom 24.11.2021, S. 74).

— gestützt auf Artikel 112 Absätze 2 und 3 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf den Entschließungsantrag des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit,

A. in der Erwägung, dass Monsanto S.A./N.V., Belgien, im Namen von Monsanto Company, Vereinigte Staaten, am 31. März 2017 bei der zuständigen nationalen Behörde der Niederlande gemäß den Artikeln 5 und 17 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 einen Antrag auf das Inverkehrbringen von Lebensmitteln, Lebensmittelzutaten und Futtermitteln, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87419 (im Folgenden „genetisch veränderter Mais“) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gestellt hat (im Folgenden „Antrag“); in der Erwägung, dass der Antrag auch das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die den genetisch veränderten Mais enthalten oder aus ihm bestehen, für andere Verwendungszwecke als zur Verwendung als Lebens- und Futtermittel mit Ausnahme des Anbaus betraf;

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Juli 2021 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderte Sojabohnen der Sorte DAS-81419-2 enthalten, daraus bestehen oder daraus hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 99 vom 1.3.2022, S. 45).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Juli 2021 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte DAS-81419-2 × DAS-44406-6 enthalten, daraus bestehen oder daraus hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 99 vom 1.3.2022, S. 52).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Juli 2021 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte 1507 × MIR162 × MON810 × NK603 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch verändertem Mais, bei dem zwei oder drei der Einzelereignisse 1507, MIR162, MON810 und NK603 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 99 vom 1.3.2022, S. 59).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Juli 2021 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte Bt 11 (SYN-BTØ11-1) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 99 vom 1.3.2022, S. 66).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Februar 2022 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte GMB151 (BCS-GM151-6) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (*ABl. C 342 vom 6.9.2022, S. 22*).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Februar 2022 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB614 (BCS-GHØØ2-5) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (*ABl. C 342 vom 6.9.2022, S. 29*).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. März 2022 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB811 (BCS-GH811-4) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (*ABl. C 347 vom 9.9.2022, S. 48*).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. März 2022 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderten Raps der Sorte 73496 (DP-Ø73496-4) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (*ABl. C 347 vom 9.9.2022, S. 55*).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. April 2022 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87769 × MON 89788 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (*ABl. C 434 vom 15.11.2022, S. 42*).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Juni 2022 zu dem Entwurf des Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP4114 × MON 810 × MIR604 × NK603 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei oder drei der Transformationsereignisse DP4114, MON 810, MIR604 und NK603 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (*ABl. C 32 vom 27.1.2023, S. 6*).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Juni 2022 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2022/797 der Kommission vom 19. Mai 2022 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte NK603 × T25 × DAS-40278-9 und der Unterkombination T25 × DAS-40278-9 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (*ABl. C 32 vom 27.1.2023, S. 14*).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Dezember 2022 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderte Sojabohnen der Sorte A5547-127 (ACS-GMØØ6-4) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (*ABl. C 177 vom 17.5.2023, S. 2*).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. März 2023 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Raps MON 94100 (MON-941ØØ-2) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (Angenommene Texte, P9_TA(2023)0063).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Mai 2023 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderte Baumwolle der Sorte 281-24-236 × 3006-210-23 enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (Angenommene Texte, P9_TA(2023)0202).

B. in der Erwägung, dass die EFSA am 30. November 2022 eine befürwortende Stellungnahme bezüglich der Zulassung für den genetisch veränderten Mais abgegeben hat, die am 20. Januar 2023 veröffentlicht wurde;

C. in der Erwägung, dass der genetisch veränderte Mais mit dem Ziel entwickelt wurde, dass er gegenüber Herbiziden auf Dicamba- und Glufosinatbasis resistent ist;

Fehlende Bewertung der Komplementärherbizide

D. in der Erwägung, dass die meisten genetisch veränderten Kulturen genetisch verändert wurden, damit sie gegenüber einem oder mehreren „Komplementärherbiziden" tolerant sind, die beim Anbau der genetisch veränderten Kulturen eingesetzt werden können, ohne dass die Kulturen absterben, was bei nicht herbizidtoleranten Kulturen der Fall wäre; in der Erwägung, dass aus mehreren Studien hervorgeht, dass bei herbizidtoleranten genetisch veränderten Kulturen vermehrt Komplementärherbizide zum Einsatz kommen, was zum großen Teil dem Auftreten herbizidtoleranter Unkräuter geschuldet ist ([7]);

E. in der Erwägung, dass herbizidtolerante genetisch veränderte Kulturen Landwirte in einem System der Unkrautbekämpfung gefangen halten, das weitgehend oder vollständig auf Herbiziden beruht, und zwar indem ein Aufschlag für genetisch verändertes Saatgut berechnet wird, der nur gerechtfertigt werden kann, wenn die Landwirte, die dieses Saatgut kaufen, auch das Komplementärherbizid sprühen; in der Erwägung, dass die zunehmende Abhängigkeit von Herbiziden in landwirtschaftlichen Betrieben, die herbizidtolerante Kulturen anpflanzen, das Auftreten und die Verbreitung herbizidresistenter Unkräuter beschleunigt und es somit erforderlich macht, noch mehr Herbizide einzusetzen; in der Erwägung, dass sich die nachteiligen Auswirkungen der übermäßigen Abhängigkeit von Herbiziden auf die Bodengesundheit, die Wasserqualität und die oberirdische und unterirdische biologische Vielfalt folglich verschlimmern und eine verstärkte Exposition von Menschen und Tieren hervorrufen werden, und zwar möglicherweise auch im Wege höherer Herbizidrückstände in Lebens- und Futtermitteln;

F. in der Erwägung, dass Glufosinat als reproduktionstoxisch (1B) eingestuft wird und demnach unter die in der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates ([8]) festgelegten Ausschlusskriterien fällt; in der Erwägung, dass die Genehmigung für die Verwendung von Glufosinat in der Union am 31. Juli 2018 ausgelaufen ist ([9]);

G. in der Erwägung, dass Dicamba leicht flüchtig ist, was bedeutet, dass es sich nach seiner Anwendung verflüchtigt, in die Luft gelangt und vom Wind getragen wird, bis es auf die Erde niedergeht, wo Menschen und Nichtzielpflanzen, Reben, Bäume und Sträucher Gefahr laufen, potenziell schwere Schäden zu erleiden, und zwar insbesondere dann, wenn die Exposition über mehrere Jahre anhält;

H. in der Erwägung, dass die leichte Ausbreitung von Dicamba und die Schädigung benachbarter Kulturpflanzen, Bäume und Reben zu einer zunehmenden Spaltung geführt haben, bei der Landwirte Auseinandersetzungen untereinander bzw. mit Nachbarn auf dem Land austragen und es zu zahlreichen Streitigkeiten über den Verlust von Kulturpflanzen und die Kosten für die Neuanpflanzung kommt; in der Erwägung, dass der Eigentümer eines Unternehmens aus dem Bereich Saatgut für Sojabohnen in den Vereinigten Staaten sagte, er habe noch nie eine so große Schädigung der amerikanischen Landwirtschaft wie die durch Dicamba verursachte gesehen ([10]); in der Erwägung, dass in den Vereinigten Staaten seit der Einführung eines neuen Systems von gegen Dicamba toleranten genetisch veränderten Sojabohnen und Baumwollpflanzen im Jahr 2018 zehntausende Beschwerden über schwerwiegende, von Dicamba verursachte Schäden an Kulturpflanzen, Bäumen und anderen Pflanzen bei den staatlichen Regulierungsbehörden eingereicht wurden, sodass schrittweise strengere Einschränkungen mit Blick auf den Zeitpunkt und die Art und Weise der Besprühung mit Dicamba in der nachfolgenden Vegetationsperiode eingeführt wurden;

I. in der Erwägung, dass im Rahmen eines Projekts der klinischen Forschung, das an Kliniken in der 13 Bundesstaaten umfassenden Heartland-Region der Vereinigten Staaten durchgeführt wird, festgestellt werden soll, ob eine steigende pränatale Exposition gegenüber Herbiziden, einschließlich Dicamba, häufigere bzw. schwerere Probleme bei der Geburt hervorruft oder dazu beiträgt oder die Entwicklung von Kindern beeinträchtigt;

([7]) Siehe z. B. Bonny, S.: „Genetically Modified Herbicide-Tolerant Crops, Weeds, and Herbicides: Overview and Impact" (Genetisch veränderte herbizidtolerante Kulturen, Unkräuter und Herbizide: Überblick und Auswirkungen), Environmental Management, Januar 2016; 57(1), S. 31-48, https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/26296738, und Benbrook, C. M.: „Impacts of genetically engineered crops on pesticide use in the U.S. — the first sixteen years" (Auswirkungen von genetisch veränderten Nutzpflanzen auf den Pestizideinsatz in den USA — die ersten sechzehn Jahre), Environmental Sciences Europe; 28. September 2012, Band 24(1), https://enveurope.springeropen.com/articles/10.1186/2190-4715-24-24.

([8]) Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 1).

([9]) https://ec.europa.eu/food/plant/pesticides/eu-pesticides-database/start/screen/active-substances

([10]) https://www.agriculture.com/news/crops/harry-stine-takes-off-the-gloves-regarding-dicamba.

J. in der Erwägung, dass aus den Daten dieses Forschungsprojekts hervorgeht, dass infolge der weitverbreiteten Anpflanzung von gegen Dicamba toleranten Sojabohnen etwa dreimal mehr Frauen einer Exposition gegenüber Dicamba ausgesetzt sind und dass sich der durchschnittliche Dicamba-Gehalt in den Urinproben aufgrund der Anpflanzung und des Besprühens von gegen Dicamba toleranten Sojabohnen mehr als verdreifacht hat ([11]); in der Erwägung, dass die Förderer der Studie in Anbetracht des jüngsten und dramatischen Anstiegs der Exposition des Menschen gegenüber Dicamba die Umweltschutzagentur aufgefordert haben, die Wahrscheinlichkeit und das Maß der Exposition des Menschen gegenüber Dicamba über die Atmung erneut zu bewerten und das Augenmerk dabei insbesondere auf die Gefahr von Problemen bei der Geburt und der Entwicklung zu richten ([12]);

K. in der Erwägung, dass eine Studie aus dem Jahr 2020, die in der von Fachkollegen begutachteten Zeitschrift International Journal of Epidemiology veröffentlicht wurde, ergab, dass der umfangreiche Gebrauch von Dicamba das Risiko der Entwicklung von Leberkrebs und intrahepatischen Gallengangskarzinomen bei den Personen, die Dicamba ausbringen, erhöht; in der Erwägung, dass die kürzlich erfolgte Zulassung genetisch veränderter und gegen Dicamba resistenter Kulturpflanzen der Studie zufolge dazu führen dürfte, dass Dicamba in den kommenden Jahren vermehrt in der Landwirtschaft eingesetzt wird ([13]);

L. in der Erwägung, dass die Bewertung von Herbizidrückständen und ihren Metaboliten in genetisch veränderten Pflanzen als nicht in den Zuständigkeitsbereich des Gremiums der EFSA für genetisch veränderte Organismen fallend betrachtet wird und deshalb im Zulassungsverfahren für genetisch veränderte Organismen nicht vorgenommen wird;

Einhaltung der internationalen Verpflichtungen der Union

M. in der Erwägung, dass in einem 2017 veröffentlichten Bericht des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen über das Recht auf Nahrung festgestellt wird, dass insbesondere in Entwicklungsländern gefährliche Pestizide katastrophale Auswirkungen auf die Gesundheit haben ([14]); in der Erwägung, dass gemäß dem Ziel 3.9 der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen aufgrund gefährlicher Chemikalien und der Verschmutzung und Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden bis zum Jahr 2030 erheblich verringert werden soll ([15]);

N. in der Erwägung, dass in dem Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal, der auf der 15. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt (COP 15) im Dezember 2022 vereinbart wurde, das globale Ziel festgelegt ist, das von Pestiziden ausgehende Risiko bis 2030 um mindestens 50 % zu verringern ([16]);

O. in der Erwägung, dass in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 festgelegt ist, dass genetisch veränderte Lebens- oder Futtermittel keine nachteiligen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder die Umwelt haben dürfen und dass die Kommission bei der Abfassung ihres Beschlusses die einschlägigen Bestimmungen des Unionsrechts und andere legitime Faktoren, die für den jeweils zu prüfenden Sachverhalt relevant sind, berücksichtigen muss; in der Erwägung, dass zu diesen legitimen Faktoren die Verpflichtungen der Union im Rahmen der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt gehören sollten;

Undemokratische Beschlussfassung

P. in der Erwägung, dass bei der Abstimmung in dem in Artikel 35 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 genannten Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel am 1. Juni 2023 keine Stellungnahme abgegeben wurde und die Zulassung somit nicht von einer qualifizierten Mehrheit der Mitgliedstaaten unterstützt wurde; in der Erwägung, dass auch aus der Abstimmung im Berufungsausschuss am 6. Juli 2023 keine Stellungnahme hervorging;

Q. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament in seiner achten Wahlperiode insgesamt 36 Entschließungen angenommen hat, in denen es Einwände gegen das Inverkehrbringen von genetisch veränderten Organismen für Lebens- und Futtermittel (33 Entschließungen) und gegen den Anbau von genetisch veränderten Organismen in der Union (drei Entschließungen) erhoben hat; in der Erwägung, dass das Europäische Parlament in seiner neunten Wahlperiode bereits 32 Einwände gegen das Inverkehrbringen von genetisch veränderten Organismen erhoben hat; in der Erwägung, dass es bei keinem dieser genetisch veränderten Organismen eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten für die Zulassung gab; in der Erwägung, dass die Gründe dafür, dass die Mitgliedstaaten Zulassungen nicht unterstützen, unter anderem in der Nichteinhaltung des Vorsorgeprinzips im Zulassungsverfahren sowie in wissenschaftlichen Bedenken im Zusammenhang mit der Risikobewertung liegen;

([11]) https://hh-ra.org/wp-content/uploads/2022/11/HHRA_Dicamba_Comments_10-17-22.docx-1.pdf.
([12]) Ebenda.
([13]) Lerro, C. C., Hofmann, J. N., Andreotti, G., Koutros, S., Parks, C. G., Blair, A., Albert, P. S., Lubin, J. H., Sandler, D. P., Beane Freeman, L. E., International Journal of Epidemiology, August 2020; 49(4), S. 1326-1337, https://academic.oup.com/ije/advance-article-abstract/doi/10.1093/ije/dyaa066/5827818?redirectedFrom=fulltext.
([14]) https://www.ohchr.org/en/documents/thematic-reports/ahrc3448-report-special-rapporteur-right-food
([15]) https://indicators.report/targets/3-9/
([16]) Siehe: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7834

R. in der Erwägung, dass die Kommission trotz der von ihr selbst eingeräumten demokratischen Defizite, der fehlenden Unterstützung durch die Mitgliedstaaten und der Einwände des Parlaments nach wie vor genetisch veränderte Organismen zulässt;

S. in der Erwägung, dass es keiner Änderung der Rechtsvorschriften bedarf, um die Kommission in die Lage zu versetzen, genetisch veränderte Organismen nicht zuzulassen, wenn es im Berufungsausschuss keine befürwortende qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten gibt ([17]);

1. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vorgesehenen Durchführungsbefugnisse hinausgeht;

2. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission dem Unionsrecht insofern zuwiderläuft, als er nicht mit dem Ziel der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vereinbar ist, das entsprechend den allgemeinen Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates ([18]) darin besteht, die Grundlage für ein hohes Schutzniveau für das Leben und die Gesundheit des Menschen, die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere, die Belange der Umwelt und die Interessen der Verbraucher im Zusammenhang mit genetisch veränderten Lebens- und Futtermitteln sicherzustellen und gleichzeitig das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten;

3. fordert die Kommission auf, ihren Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zurückzuziehen und dem Ausschuss einen neuen Entwurf vorzulegen;

4. fordert die Kommission auf, herbizidtolerante genetisch veränderte Kulturen aufgrund des damit verbundenen verstärkten Einsatzes von Komplementärherbiziden und somit der erhöhten Risiken für die biologische Vielfalt, die Lebensmittelsicherheit und die Gesundheit der Arbeitnehmer nicht zu genehmigen;

5. weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Zulassung der Einfuhr genetisch veränderter Pflanzen, die gegenüber in der Union verbotenen Herbiziden wie Glufosinat tolerant gemacht wurden, zur Verwendung als Lebens- oder Futtermittel mit den internationalen Verpflichtungen der Union, unter anderem im Rahmen der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt, einschließlich des kürzlich verabschiedeten Globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming-Montreal, unvereinbar ist ([19]);

6. erwartet, dass die Kommission ihrer Zusage ([20]), einen Vorschlag vorzulegen, mit dem sichergestellt wird, dass in der Union verbotene gefährliche Chemikalien nicht für die Ausfuhr hergestellt werden, so schnell wie möglich und rechtzeitig für einen Abschluss innerhalb der laufenden Wahlperiode nachkommt;

7. begrüßt, dass die Kommission in einem Schreiben vom 11. September 2020 an die Mitglieder schließlich eingeräumt hat, dass sie bei Beschlüssen über die Zulassung von genetisch veränderten Organismen Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigen muss ([21]); bringt jedoch seine tiefe Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass die Kommission seitdem weitere genetisch veränderte Organismen zur Einfuhr in die Union zugelassen hat, obwohl das Parlament laufend Einwände dagegen erhebt und eine Mehrheit der Mitgliedstaaten dagegen stimmt;

8. fordert die Kommission erneut nachdrücklich auf, den Verpflichtungen der Union gemäß internationalen Übereinkommen wie dem Übereinkommen von Paris, dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt und den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung gerecht zu werden; fordert erneut, dass Entwürfe von Durchführungsrechtsakten durch eine Begründung ergänzt werden, in der erläutert wird, wie der Grundsatz der Schadensvermeidung gewahrt wird ([22]);

9. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

([17]) Gemäß Artikel 6 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 kann die Kommission mit der Zulassung fortfahren, wenn es im Berufungsausschuss keine befürwortende qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten gibt, aber sie ist nicht dazu verpflichtet.

([18]) Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1).

([19]) Im Dezember 2022 wurde auf der 15. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt (COP 15) ein globaler Biodiversitätsrahmen vereinbart, der das globale Ziel enthält, das von Pestiziden ausgehende Risiko bis 2030 um mindestens 50 % zu verringern (siehe: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7834)

([20]) Wie im Anhang der Mitteilung der Kommission vom 14. Oktober 2020 mit dem Titel „Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit — für eine schadstofffreie Umwelt“ (COM(2020)0667) dargelegt: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=COM%3A2020%3A667%3AFIN#document2.

([21]) https://tillymetz.lu/wp-content/uploads/2020/09/Co-signed-letter-MEP-Metz.pdf

([22]) Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Januar 2020 zu dem Thema „Der europäische Grüne Deal“ (ABl. C 270 vom 7.7.2021, S. 2), Ziffer 102.

C/2024/1759

22.3.2024

P9_TA(2023)0308

Genetisch veränderter Mais der Sorte GA21 × T25

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2023 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte GA21 × T25 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D090110/03 — 2023/2760(RSP))

(C/2024/1759)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderten Mais der Sorte GA21 × T25 enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (D090110/03),

— gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel ([1]), insbesondere auf Artikel 7 Absatz 3 und Artikel 19 Absatz 3,

— unter Hinweis auf die Abstimmung vom 1. Juni 2023 in dem in Artikel 35 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 genannten Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel, aus der keine Stellungnahme hervorging, und die Abstimmung im Berufungsausschuss vom 6. Juli 2023, aus der ebenfalls keine Stellungnahme hervorging,

— gestützt auf die Artikel 11 und 13 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren ([2]),

— unter Hinweis auf das Gutachten der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), das am 30. November 2022 angenommen und am 27. Januar 2023 veröffentlicht wurde ([3]),

— unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen mit Einwänden gegen die Zulassung genetisch veränderter Organismen ([4]),

---

([1]) ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 1.

([2]) ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.

([3]) Wissenschaftliche Stellungnahme des Gremiums der EFSA für genetisch veränderte Organismen zur Bewertung von genetisch verändertem Mais der Sorte GA21 × T25 zur Verwendung als Lebens- und Futtermittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 (Antrag EFSA-GMO-DE-2016-137), EFSA Journal 2023, 21(1):7729, https://doi.org/10.2903/j.efsa.2023.7729.

([4]) Das Europäische Parlament hat in seiner achten Wahlperiode 36 Entschließungen angenommen, in denen Einwände gegen die Zulassung genetisch veränderter Organismen erhoben wurden. Zudem hat das Parlament in seiner neunten Wahlperiode die folgenden Entschließungen angenommen:

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Oktober 2019 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von aus der genetisch veränderten Maissorte MZHG0JG (SYN-ØØØJG-2) bestehenden, diese enthaltenden oder aus dieser gewonnenen Erzeugnissen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (*ABl. C 202 vom 28.5.2021, S. 11*).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Oktober 2019 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderte Sojabohnen der Sorte A2704-12 (ACS-GMØØ5-3) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (*ABl. C 202 vom 28.5.2021, S. 15*).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Oktober 2019 zum Entwurf des Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 × 1507 × MON 88017 × 59122 × DAS-40278-9 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei, drei oder vier der Transformationsereignisse MON 89034, 1507, MON 88017, 59122 und DAS-40278-9 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 202 vom 28.5.2021, S. 20).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. November 2019 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderte Baumwolle der Sorte LLCotton25 (ACS-GHØØ1-3) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 208 vom 1.6.2021, S. 2).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. November 2019 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 89788 (MON-89788-1) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 208 vom 1.6.2021, S. 7).

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. November 2019 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die aus der genetisch veränderten Maissorte MON 89034 × 1507 × NK603 × DAS-40278-9 und den Unterkombinationen MON 89034 × NK603 × DAS-40278-9, 1507 × NK603 × DAS-40278-9 und NK603 × DAS-40278-9 bestehen, diese enthalten oder daraus gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 208 vom 1.6.2021, S. 12).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. November 2019 zu dem Entwurf des Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte Bt11 × MIR162 × MIR604 × 1507 × 5307 × GA21 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei, drei, vier oder fünf der Transformationsereignisse Bt11, MIR162, MIR604, 1507, 5307 und GA21 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 208 vom 1.6.2021, S. 18).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Mai 2020 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87708 × MON 89788 × A5547-127 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 323 vom 11.8.2021, S. 7).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. November 2020 zu dem Entwurf des Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 × MON 89034 × MIR162 × NK603 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei oder drei der Sorten MON 87427, MON 89034, MIR162 und NK603 kombiniert werden, und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2018/1111 der Kommission gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 415 vom 13.10.2021, S. 2).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. November 2020 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte SYHT0H2 (SYN-ØØØH2-5) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 415 vom 13.10.2021, S. 8).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. November 2020 zum Entwurf des Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 × MON 87460 × MON 89034 × MIR162 × NK603 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei, drei oder vier der Transformationsereignisse MON 87427, MON 87460, MON 89034, MIR162 und NK603 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 415 vom 13.10.2021, S. 15).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2020 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87751 × MON 87701 × MON 87708 × MON 89788 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 445 vom 29.10.2021, S. 36).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2020 zu dem Entwurf des Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 87427 × MON 89034 × MIR162 × MON 87411 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei oder drei der Transformationsereignisse MON 87427, MON 89034, MIR162 und MON 87411 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 445 vom 29.10.2021, S. 43).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2020 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MIR604 (SYN-IR6Ø4-5) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 445 vom 29.10.2021, S. 49).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2020 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 88017 (MON-88Ø17-3) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 445 vom 29.10.2021, S. 56).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2020 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MON 89034 (MON-89Ø34-3) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 445 vom 29.10.2021, S. 63).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. März 2021 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB614 × T304-40 × GHB119 enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 474 vom 24.11.2021, S. 66).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. März 2021 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte MZIR098 (SYN-ØØØ98-3) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 474 vom 24.11.2021, S. 74).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Juli 2021 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderte Sojabohnen der Sorte DAS-81419-2 enthalten, daraus bestehen oder daraus hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 99 vom 1.3.2022, S. 45).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Juli 2021 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte DAS-81419-2 × DAS-44406-6 enthalten, daraus bestehen oder daraus hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 99 vom 1.3.2022, S. 52).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Juli 2021 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte 1507 × MIR162 × MON810 × NK603 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, und von genetisch verändertem Mais, bei dem zwei oder drei der Einzelereignisse 1507, MIR162, MON810 und NK603 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 99 vom 1.3.2022, S. 59).

— gestützt auf Artikel 112 Absätze 2 und 3 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf den Entschließungsantrag des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit,

A. in der Erwägung, dass Syngenta Crop Protection S.A./N.V mit Sitz in Belgien im Namen von Syngenta Crop Protection AG mit Sitz in der Schweiz am 31. Oktober 2016 bei der zuständigen deutschen Behörde gemäß den Artikeln 5 und 17 der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 einen Antrag auf das Inverkehrbringen von Lebensmitteln, Lebensmittelzutaten und Futtermitteln, die genetisch veränderten Mais der Sorte GA21 × T25 (im Folgenden „genetisch veränderter Mais“) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden (im Folgenden „Antrag“), stellte; in der Erwägung, dass der Antrag auch das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die den genetisch veränderten Mais enthalten oder aus ihm bestehen, für andere Verwendungszwecke als zur Verwendung als Lebens- und Futtermittel mit Ausnahme des Anbaus betraf;

B. in der Erwägung, dass die EFSA am 30. November 2022 eine befürwortende Stellungnahme bezüglich der Zulassung für den genetisch veränderten Mais abgegeben hat, die am 27. Januar 2023 veröffentlicht wurde;

C. in der Erwägung, dass der genetisch veränderte Mais mit dem Ziel entwickelt wurde, dass er gegenüber Herbiziden auf Glyphosatbasis und Herbiziden auf Glufosinat-Ammonium-Basis resistent ist;

— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Juli 2021 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte Bt 11 (SYN-BTØ11-1) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 99 vom 1.3.2022, S. 66).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Februar 2022 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte GMB151 (BCS-GM151-6) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 342 vom 6.9.2022, S. 22).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Februar 2022 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB614 (BCS-GHØØ2-5) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 342 vom 6.9.2022, S. 29).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. März 2022 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB811 (BCS-GH811-4) enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 347 vom 9.9.2022, S. 48).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. März 2022 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderten Raps der Sorte 73496 (DP-Ø73496-4) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 347 vom 9.9.2022, S. 55).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. April 2022 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87769 × MON 89788 enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 434 vom 15.11.2022, S. 42).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Juni 2022 zu dem Entwurf des Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte DP4114 × MON 810 × MIR604 × NK603 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm gewonnen werden, und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei oder drei der Transformationsereignisse DP4114, MON 810, MIR604 und NK603 kombiniert werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 32 vom 27.1.2023, S. 6).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Juni 2022 zu dem Durchführungsbeschluss (EU) 2022/797 der Kommission vom 19. Mai 2022 über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Mais der Sorte NK603 × T25 × DAS-40278-9 und der Unterkombination T25 × DAS-40278-9 enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 32 vom 27.1.2023, S. 14).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Dezember 2022 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderte Sojabohnen der Sorte A5547-127 (ACS-GMØØ6-4) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. C 177 vom 17.5.2023, S. 2).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. März 2023 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderten Raps MON 94100 (MON-941ØØ-2) enthalten, aus ihm bestehen oder aus ihm hergestellt werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (Angenommene Texte, P9_TA(2023)0063).
— Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Mai 2023 zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die gentechnisch veränderte Baumwolle der Sorte 281-24-236 × 3006-210-23 enthalten, aus ihr bestehen oder aus ihr gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates (Angenommene Texte, P9_TA(2023)0202).

Fehlende Bewertung der Komplementärherbizide

D. in der Erwägung, dass die meisten genetisch veränderten Pflanzen genetisch verändert wurden, damit sie gegenüber einem oder mehreren „Komplementärherbiziden“ tolerant sind, die beim Anbau der genetisch veränderten Pflanzen eingesetzt werden können, ohne dass die Pflanzen absterben, was bei nicht herbizidtoleranten Pflanzen der Fall wäre; in der Erwägung, dass aus mehreren Studien hervorgeht, dass bei herbizidtoleranten genetisch veränderten Kulturen vermehrt Komplementärherbizide zum Einsatz kommen, was zum großen Teil dem Auftreten herbizidtoleranter Unkräuter geschuldet ist ([7]);

E. in der Erwägung, dass herbizidtolerante genetisch veränderte Kulturen Landwirte in einem System der Unkrautbekämpfung gefangen halten, das weitgehend oder vollständig auf Herbiziden beruht, und zwar indem ein Aufschlag für genetisch verändertes Saatgut berechnet wird, der nur gerechtfertigt werden kann, wenn die Landwirte, die dieses Saatgut kaufen, auch das Komplementärherbizid sprühen; in der Erwägung, dass die zunehmende Abhängigkeit von Herbiziden in landwirtschaftlichen Betrieben, die herbizidtolerante Kulturen anpflanzen, das Auftreten und die Verbreitung herbizidresistenter Unkräuter beschleunigt und es somit erforderlich macht, noch mehr Herbizide einzusetzen; in der Erwägung, dass sich die nachteiligen Auswirkungen der übermäßigen Abhängigkeit von Herbiziden auf die Bodengesundheit, die Wasserqualität und die oberirdische und unterirdische biologische Vielfalt folglich verschlimmern und eine verstärkte Exposition von Menschen und Tieren hervorrufen werden, und zwar möglicherweise auch im Wege höherer Herbizidrückstände in Lebens- und Futtermitteln;

F. in der Erwägung, dass Glufosinat als reproduktionstoxisch (1B) eingestuft wird und demnach unter die in der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates ([8]) festgelegten Ausschlusskriterien fällt; in der Erwägung, dass die Genehmigung für die Verwendung von Glufosinat in der Europäischen Union am 31. Juli 2018 ausgelaufen ist ([9]);

G. in der Erwägung, dass die EFSA im November 2015 zu dem Schluss gelangte, dass Glyphosat wahrscheinlich nicht krebserzeugend sei, und die Europäische Chemikalienagentur im März 2017 folgerte, dass keine Klassifizierung erforderlich sei; in der Erwägung, dass das Internationale Krebsforschungszentrum — das spezialisierte Krebszentrum der Weltgesundheitsorganisation — Glyphosat hingegen 2015 als beim Menschen wahrscheinlich krebserzeugend eingestuft hat; in der Erwägung, dass das karzinogene Potenzial von Glyphosat in einer Reihe weiterer aktueller wissenschaftlicher Studien, die einer Peer-Review unterzogen wurden, bestätigt wurde ([10]);

H. in der Erwägung, dass die Bewertung von Herbizidrückständen und ihren Metaboliten in genetisch veränderten Pflanzen als nicht in den Zuständigkeitsbereich des Gremiums der EFSA für genetisch veränderte Organismen fallend betrachtet wird und deshalb im Zulassungsverfahren für genetisch veränderte Organismen nicht vorgenommen wird; in der Erwägung, dass dies problematisch ist, da die Art und Weise, wie Komplementärherbizide durch die entsprechende genetisch veränderte Pflanze abgebaut werden, sowie die Zusammensetzung und somit die Toxizität der Metaboliten durch die genetische Veränderung selbst beeinflusst werden können ([11]);

Einhaltung der internationalen Verpflichtungen der Union

I. in der Erwägung, dass in dem Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal, der auf der 15. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt (COP 15) im Dezember 2022 vereinbart wurde, das globale Ziel festgelegt ist, das von Pestiziden ausgehende Risiko bis 2030 um mindestens 50 % zu verringern ([12]);

([7]) Siehe z. B. Bonny, S.: „Genetically Modified Herbicide-Tolerant Crops, Weeds, and Herbicides: Overview and Impact“ (Genetisch veränderte herbizidtolerante Kulturen, Unkräuter und Herbizide: Überblick und Auswirkungen), Environmental Management, Januar 2016; 57(1), S. 31-48, https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/26296738, und Benbrook, C. M.: „Impacts of genetically engineered crops on pesticide use in the U.S. — the first sixteen years“ (Auswirkungen von genetisch veränderten Nutzpflanzen auf den Pestizideinsatz in den USA — die ersten sechzehn Jahre), Environmental Sciences Europe; 28. September 2012, Band 24(1), https://enveurope.springeropen.com/articles/10.1186/2190-4715-24-24.

([8]) Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 1).

([9]) https://ec.europa.eu/food/plant/pesticides/eu-pesticides-database/start/screen/active-substances.

([10]) Siehe zum Beispiel https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1383574218300887, https://academic.oup.com/ije/advance-article/doi/10.1093/ije/dyz017/5382278, https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0219610 und https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC6612199/.

([11]) Dies ist in der Tat der Fall für Glyphosat, wie in der Überprüfung der EFSA mit dem Titel „Review of the existing maximum residue levels for glyphosate according to Article 12 of Regulation (EC) No 396/2005“ (Überprüfung der bestehenden Rückstandshöchstgehalte für Glyphosat gemäß Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 396/2005) festgestellt wurde; EFSA Journal 2018, 16(5):5263, S. 12, https://www.efsa.europa.eu/fr/efsajournal/pub/5263.

([12]) Siehe: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7834).

J. in der Erwägung, dass in einem 2017 veröffentlichten Bericht des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen über das Recht auf Nahrung festgestellt wird, dass insbesondere in Entwicklungsländern gefährliche Pestizide katastrophale Auswirkungen auf die Gesundheit haben ([13]); in der Erwägung, dass gemäß dem Ziel 3.9 der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen aufgrund gefährlicher Chemikalien und der Verschmutzung und Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden bis zum Jahr 2030 erheblich verringert werden soll ([14]);

K. in der Erwägung, dass in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 festgelegt ist, dass genetisch veränderte Lebens- oder Futtermittel keine nachteiligen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder die Umwelt haben dürfen und dass die Kommission bei der Abfassung ihres Beschlusses die einschlägigen Bestimmungen des Unionsrechts und andere legitime Faktoren, die für den jeweils zu prüfenden Sachverhalt relevant sind, berücksichtigen muss; in der Erwägung, dass zu diesen legitimen Faktoren auch die Verpflichtungen der Union im Rahmen der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt gehören sollten;

Undemokratische Beschlussfassung

L. in der Erwägung, dass die Abstimmung im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel am 1. Juni 2023 keine Stellungnahme hervorbrachte und die Zulassung somit nicht von einer qualifizierten Mehrheit der Mitgliedstaaten unterstützt wurde; in der Erwägung, dass auch aus der Abstimmung im Berufungsausschuss am 6. Juli 2023 keine Stellungnahme hervorging;

M. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament in seiner achten Wahlperiode insgesamt 36 Entschließungen angenommen hat, in denen es Einwände gegen das Inverkehrbringen von genetisch veränderten Organismen für Lebens- und Futtermittel (33 Entschließungen) und gegen den Anbau von genetisch veränderten Organismen in der Union (drei Entschließungen) erhoben hat; in der Erwägung, dass das Europäische Parlament in seiner neunten Wahlperiode bereits 32 Einwände gegen das Inverkehrbringen von genetisch veränderten Organismen erhoben hat; in der Erwägung, dass es bei keinem dieser genetisch veränderten Organismen eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten für die Zulassung gab; in der Erwägung, dass die Gründe dafür, dass die Mitgliedstaaten Zulassungen nicht unterstützen, unter anderem in der Nichteinhaltung des Vorsorgeprinzips im Zulassungsverfahren sowie in wissenschaftlichen Bedenken im Zusammenhang mit der Risikobewertung liegen;

N. in der Erwägung, dass die Kommission trotz der von ihr selbst eingeräumten demokratischen Defizite, der fehlenden Unterstützung durch die Mitgliedstaaten und der Einwände des Parlaments nach wie vor genetisch veränderte Organismen zulässt;

O. in der Erwägung, dass es keiner Änderung der Rechtsvorschriften bedarf, um die Kommission in die Lage zu versetzen, genetisch veränderte Organismen nicht zuzulassen, wenn es im Berufungsausschuss keine befürwortende qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten gibt ([15]);

1. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die in der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vorgesehenen Durchführungsbefugnisse hinausgeht;

2. vertritt die Auffassung, dass der Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission dem Unionsrecht insofern zuwiderläuft, als er nicht mit dem Ziel der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 vereinbar ist, das entsprechend den allgemeinen Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates ([16]) darin besteht, die Grundlage für ein hohes Schutzniveau für das Leben und die Gesundheit des Menschen, die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere, die Belange der Umwelt und die Interessen der Verbraucher im Zusammenhang mit genetisch veränderten Lebens- und Futtermitteln sicherzustellen und gleichzeitig das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten;

3. fordert die Kommission auf, ihren Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zurückzuziehen und dem Ausschuss einen neuen Entwurf vorzulegen;

4. fordert die Kommission auf, die herbizidtolerante genetisch veränderte Kulturen aufgrund des damit verbundenen verstärkten Einsatzes von Komplementärherbiziden und damit der erhöhten Risiken für die biologische Vielfalt, die Lebensmittelsicherheit und die Gesundheit der Arbeitnehmer nicht zu genehmigen;

([13]) https://www.ohchr.org/en/documents/thematic-reports/ahrc3448-report-special-rapporteur-right-food.
([14]) https://indicators.report/targets/3-9/.
([15]) Gemäß Artikel 6 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 kann die Kommission mit der Zulassung fortfahren, wenn es im Berufungsausschuss keine befürwortende qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten gibt, aber sie ist nicht dazu verpflichtet.
([16]) Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1).

5. weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Zulassung der Einfuhr von genetisch veränderten Pflanzen, die gegenüber in der Union verbotenen Herbiziden wie Glufosinat tolerant gemacht wurden, zur Verwendung als Lebens- oder Futtermittel mit den internationalen Verpflichtungen der Union, unter anderem im Rahmen der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und des Übereinkommens über die biologische Vielfalt der Vereinten Nationen (CBD), einschließlich des kürzlich verabschiedeten globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming und Montreal ([17]), unvereinbar ist;

6. erwartet, dass die Kommission ihrer Zusage ([18]), einen Vorschlag vorzulegen, mit dem sichergestellt wird, dass in der Union verbotene gefährliche Chemikalien nicht für die Ausfuhr hergestellt werden, so schnell wie möglich und rechtzeitig für einen Abschluss innerhalb der laufenden Wahlperiode nachkommt;

7. begrüßt, dass die Kommission in einem Schreiben vom 11. September 2020 an die Mitglieder schließlich eingeräumt hat, dass sie bei Beschlüssen über die Zulassung von genetisch veränderten Organismen Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigen muss ([19]); bringt jedoch seine tiefe Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass die Kommission seitdem weitere genetisch veränderte Organismen zur Einfuhr in die Union zugelassen hat, obwohl das Parlament laufend Einwände dagegen erhebt und eine Mehrheit der Mitgliedstaaten dagegen stimmt;

8. fordert die Kommission erneut nachdrücklich auf, den Verpflichtungen der Union gemäß internationalen Übereinkommen wie dem Übereinkommen von Paris, dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt und den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen gerecht zu werden; fordert erneut, dass Entwürfe von Durchführungsrechtsakten durch eine Begründung ergänzt werden, in der erläutert wird, wie sie den Grundsatz der Schadensvermeidung wahren ([20]);

9. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

([17]) Im Dezember 2022 wurde auf der 15. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt (COP 15) ein globaler Biodiversitätsrahmen vereinbart, der u. a. das globale Ziel umfasst, das Risiko durch Pestizide bis 2030 um mindestens 50 % zu verringern (siehe: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7834).

([18]) Wie im Anhang der Mitteilung der Kommission vom 14. Oktober 2020 mit dem Titel „Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit — für eine schadstofffreie Umwelt“ (COM(2020)0667) dargelegt: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=COM%3A2020%3A667%3AFIN#document2.

([19]) https://tillymetz.lu/wp-content/uploads/2020/09/Co-signed-letter-MEP-Metz.pdf.

([20]) Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Januar 2020 zu dem Thema „Der europäische Grüne Deal“ (ABl. C 270 vom 7.7.2021, S. 2), Ziffer 102.

C/2024/1760

22.3.2024

P9_TA(2023)0320

Bericht 2022 über die Türkei

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 2023 zu dem Bericht 2022 der Kommission über die Türkei (2022/2205(INI))

(C/2024/1760)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 23. Juni 2022, vom 24. Juni 2021 und vom 1. Oktober 2020 sowie auf alle früheren einschlägigen Schlussfolgerungen des Rates und des Europäischen Rates,

— unter Hinweis auf die Erklärung der Mitglieder des Europäischen Rates zur Türkei vom 25. März 2021,

— unter Hinweis auf die Erklärungen EU-Türkei vom 18. März 2016 und vom 29. November 2015,

— unter Hinweis auf den Verhandlungsrahmen für die Türkei vom 3. Oktober 2005 sowie auf das darin enthaltene Mandat, dass der Beitritt der Türkei zur EU wie bei allen Bewerberländern von der vollständigen Einhaltung der Kopenhagener Kriterien und der Normalisierung ihrer Beziehungen zu allen Mitgliedstaaten der Union, einschließlich der Republik Zypern, abhängig ist,

— unter Hinweis auf die Erklärung der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten vom 21. September 2005, die im Anschluss an die Erklärung, die die Türkei bei der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Abkommen von Ankara am 29. Juli 2005 abgegeben hat, veröffentlicht wurde und in der unter anderem festgelegt ist, dass die Anerkennung aller Mitgliedstaaten ebenso ein unerlässlicher Bestandteil der Verhandlungen ist wie die vollständige Umsetzung des Zusatzprotokolls zum Abkommen von Ankara im Hinblick auf alle Mitgliedstaaten, indem alle Hindernisse für den freien Warenverkehr, einschließlich der Beschränkungen im Bereich der Transportmittel, uneingeschränkt und ohne Diskriminierung beseitigt werden,

— unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 12. Oktober 2022 über die Erweiterungspolitik der EU (COM (2022)0528) und den dazugehörigen Bericht 2022 über die Türkei (SWD(2022)0333),

— unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 24. Mai 2022 mit dem Titel „Sechster Jahresbericht über die Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei“ (COM(2022)0243),

— unter Hinweis auf den von der EU am 11. November 2019 aufgrund der rechtswidrigen Bohrtätigkeiten der Türkei im östlichen Mittelmeer festgelegten Rahmen für restriktive Maßnahmen, der zuletzt durch den Beschluss (GASP) 2022/2186 des Rates vom 8. November 2022 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2019/1894 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der nicht genehmigten Bohrtätigkeiten der Türkei im östlichen Mittelmeer [1] verlängert wurde,

— unter Hinweis auf die Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Türkei vom 14. Mai 2023 und des zweiten Wahlgangs der Präsidentschaftswahl vom 28. Mai 2023,

— unter Hinweis auf die Erklärungen zu den vorläufigen Ergebnissen und Schlussfolgerungen der internationalen Wahlbeobachtungsmission in der Republik Türkei des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vom 14. Mai 2023 und 28. Mai 2023,

— unter Hinweis auf die Entschließung 2459 (2022) der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vom 12. Oktober 2022 mit dem Titel „The honouring of obligations and commitments by Türkiye“ (Einhaltung der von der Türkei eingegangenen Pflichten und Verpflichtungen) und den entsprechenden Bericht ihres Begleitausschusses vom 14. September 2022,

— unter Hinweis auf Artikel 46 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), nach dem die Vertragsparteien verpflichtet sind, in allen Rechtssachen, in denen sie Partei sind, das endgültige Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zu befolgen, woraus sich die Verpflichtung der Türkei ergibt, alle Urteile des EGMR umzusetzen,

[1] ABl. L 288 vom 9.11.2022, S. 81.

— unter Hinweis auf die einschlägigen Entschließungen des Ministerrats des Europarats, einschließlich der Interims-Entschließungen vom 2. Februar 2022 und 2. Dezember 2021 zur Vollstreckung des Urteils des EGMR in der Rechtssache Kavala/Türkei, der Interims-Entschließungen vom 9. März 2023 und 2. Dezember 2021 zur Vollstreckung des Urteils des EGMR in der Rechtssache Selahattin Demirtaş/Türkei (Nr. 2) sowie der Forderung des Europarats vom 8. Juni 2023 nach sofortiger Freilassung von Osman Kavala, Figen Yüksekdağ und Selahattin Demirtaş,

— unter Hinweis auf die Initiative für den sicheren Transport von Getreide und Lebensmitteln aus ukrainischen Häfen (Schwarzmeer-Getreide-Initiative) vom 22. Juli 2022,

— unter Hinweis auf den Wirtschaftsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über die Türkei vom 27. Februar 2023,

— unter Hinweis auf die von Reporter ohne Grenzen herausgegebene Rangliste der Pressefreiheit 2023, in der die Türkei auf Platz 165 von 180 Staaten liegt,

— unter Hinweis auf die Erklärung der UNESCO vom 10. Juli 2020 zur Hagia Sophia in Istanbul und auf den Beschluss des UNESCO-Welterbekomitees vom 31. Juli 2021,

— unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zur Türkei, insbesondere die Entschließungen vom 7. Juni 2022 zu dem Bericht 2021 der Kommission über die Türkei ([2]) und vom 19. Mai 2021 zu den Berichten 2019-2020 der Kommission über die Türkei ([3]) sowie vom 26. November 2020 zur Eskalation der Spannungen in Varosia nach dem rechtswidrigen Vorgehen der Türkei und zur dringend notwendigen Wiederaufnahme der Gespräche ([4]),

— unter Hinweis auf die Pressemitteilung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 21. August 2023 in Zypern,

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 5. Mai 2022 zu dem Fall von Osman Kavala in der Türkei ([5]),

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 7. Oktober 2021 zu dem Umsetzungsbericht über die EU-Treuhandfonds und die Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei ([6]),

— unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen, insbesondere die vom 15. April 2015 zu dem 100. Jahrestag des Völkermords an den Armeniern ([7]),

— gestützt auf Artikel 54 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A9-0247/2023),

A. in der Erwägung, dass in der Türkei im Mai 2023 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattfanden;

B. in der Erwägung, dass die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE — Parliamentary Assembly of the Council of Europe) und die Parlamentarische Versammlung der OSZE eingeladen wurden, die am 14. Mai 2023 in der Türkei abgehaltenen Wahlen zu beobachten; in der Erwägung, dass das Europäische Parlament nicht eingeladen wurde, was mit einer angeblichen unfairen Behandlung der Türkei begründet wurde;

C. in der Erwägung, dass die gemeinsame Beobachtungsmission des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (BDIMR), der OSZE und der PACE festgestellt hat, dass durch den rechtlichen Rahmen für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen keine umfassende Grundlage für die Abhaltung von demokratischen Wahlen geboten wurde und dass eine Reihe von Oppositionspolitikern und -parteien sowie die Zivilgesellschaft und unabhängige Medien durch anhaltende Einschränkungen der Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit an der Teilnahme gehindert wurden;

D. in der Erwägung, dass am 6. Februar 2023 verheerende Erdbeben im Südosten der Türkei viele Todesopfer und erhebliche Schäden an der Infrastruktur zur Folge hatten und 1,7 Millionen Menschen in der Türkei und Nordsyrien dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen sind; in der Erwägung, dass 21 EU-Mitgliedstaaten unverzüglich Such- und Rettungsteams in die Türkei entsandten; in der Erwägung, dass die EU und ihre internationalen Partner bei der internationalen Geberkonferenz zur Unterstützung der Türkei nach dem Erdbeben 6,05 Mrd. EUR zugesagt haben;

([2]) ABl. C 493 vom 27.12.2022, S. 2.
([3]) ABl. C 15 vom 12.1.2022, S. 81.
([4]) ABl. C 425 vom 20.10.2021, S. 143.
([5]) ABl. C 465 vom 6.12.2022, S. 112.
([6]) ABl. C 132 vom 24.3.2022, S. 88.
([7]) ABl. C 328 vom 6.9.2016, S. 2.

E. in der Erwägung, dass die Türkei nach wie vor ein Bewerber für den Beitritt zur EU, ein NATO-Verbündeter und ein wichtiger Partner in den Bereichen Sicherheit, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie Migration ist; in der Erwägung, dass von der Türkei erwartet wird, dass sie die Werte der Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte achtet und das Unionsrecht einhält;

F. in der Erwägung, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten Partner der Türkei und des türkischen Volkes sind und dass enge wirtschaftliche, kulturelle und historische Bande zu Europa bestehen; in der Erwägung, dass die Türkei der sechstgrößte Handelspartner der EU und die EU der größte Handelspartner der Türkei ist;

G. in der Erwägung, dass sich die Türkei seit mehreren Jahren schrittweise, aber stetig immer weiter von den Werten und dem normativen Rahmen der EU entfernt, worin ein höchst beunruhigender und immer stärkerer Trend erkennbar wird, für den die steigende Zahl von Gesetzen und Maßnahmen zur Einschränkung der Rechtsstaatlichkeit, der Grundfreiheiten, der Menschenrechte und der bürgerlichen Freiheitsrechte sowie das im Widerspruch zum Völkerrecht und zu den gutnachbarlichen Beziehungen stehende Handeln der Türkei exemplarisch sind;

H. in der Erwägung, dass die Abwärtsspirale im Bereich Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit anhält, was dadurch belegt wird, dass die Türkei in der Rangliste der Pressefreiheit für das Jahr 2023 auf Platz 165 von 180 Ländern liegt und damit 16 Plätze weiter unten als im Jahr 2022; in der Erwägung, dass die Türkei im Hinblick auf die Menschenrechte von LGBT-Personen nach der von der ILGA-Europe — der europäischen Sektion des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands (International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association) — veröffentlichten „Rainbow Europe Map“ für das Jahr 2022 auf Platz 48 von 49 Ländern liegt;

I. in der Erwägung, dass die 2021 von der EU vorgelegte „Positive Agenda“ praktisch zum Stillstand gekommen ist; in der Erwägung, dass die EU-Beitrittsverhandlungen seit 2018 aufgrund der Verschlechterung der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in der Türkei praktisch zum Stillstand gekommen sind; in der Erwägung, dass die Türkei ihr Engagement für engere Beziehungen zur Union und für eine Angleichung an die EU glaubwürdig unter Beweis stellen muss;

J. in der Erwägung, dass die Türkei Mitglied des Europarats ist und die Urteile des EGMR daher für das Land verbindlich sind;

K. in der Erwägung, dass laut dem Bericht der Plattform „Wir werden Femizid stoppen“ (KCDP) im Jahr 2022 in der Türkei 334 Frauen von Männern getötet und 245 Frauen unter verdächtigen Umständen tot aufgefunden wurden; in der Erwägung, dass die Plattform in ihrem Bericht für das Jahr 2021 feststellte, dass 280 Frauen getötet und 217 Frauen unter verdächtigen Umständen tot aufgefunden wurden;

L. in der Erwägung, dass der Angriffskrieg Russlands beispiellose geopolitische Verwerfungen in Europa zur Folge hat; in der Erwägung, dass der Türkei aufgrund ihrer geografischen Lage eine entscheidende strategische Rolle zukommen kann; in der Erwägung, dass die Türkei der einzige sowohl von der Ukraine als auch von Russland akzeptierte Vermittler ist und ihr bei der lebenswichtigen Schwarzmeer-Getreide-Initiative eine entscheidende Rolle zukam; in der Erwägung, dass sich die Türkei jedoch entschieden hat, sich den EU-Sanktionen gegen Russland nicht anzuschließen; in der Erwägung, dass die Angleichungsquote der Türkei an die Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik (GASP) der Union hauptsächlich infolge dieser fehlenden Übernahme der Sanktionen von 2021 bis 2022 von 14 % auf nur noch 7 % gesunken ist, was die bei weitem niedrigste Quote unter allen Erweiterungsländern ist; in der Erwägung, dass sich der Handel zwischen der Türkei und Russland seit der Verhängung der EU-Sanktionen gegen Russland fast verdoppelt hat;

M. in der Erwägung, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt — mehr als je zuvor in den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei — abgestimmte Anstrengungen unternommen werden müssen, um überall dort, wo die Russische Föderation Angriffskriege führt oder das Völkerrecht oder international anerkannte Grenzen verletzt, den vorigen rechtlich anerkannten Status quo zu unterstützen;

N. in der Erwägung, dass die Türkei nach wie vor ein wesentlicher Partner für die Stabilität im östlichen Mittelmeerraum und darüber hinaus ist, und in der Erwägung, dass bei den Spannungen zwischen der EU und der Türkei im Zusammenhang mit der Situation im östlichen Mittelmeerraum zwar eine Deeskalation, aber noch kein Ende zu verzeichnen ist;

O. in der Erwägung, dass die Türkei wiederholt aufgefordert wurde, von allen Maßnahmen abzusehen, mit denen unter Verletzung des Völkerrechts und des Unionsrechts gegen die Souveränität und die souveränen Rechte der EU-Mitgliedstaaten verstoßen wird;

P. in der Erwägung, dass die Große Nationalversammlung der Türkischen Republik im März 2023 nach langer Verzögerung die NATO-Mitgliedschaft Finnlands ratifiziert hat, sodass das Land der NATO beitreten kann; in der Erwägung, dass die türkische Regierung Schweden vorsätzlich unter Druck gesetzt und den Beitritt des Landes zur NATO verzögert hat, während Russland eine beispiellose Aggressivität an den Tag legt;

Q. in der Erwägung, dass die finanziellen und wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der Türkei und Russland im Laufe des Jahres 2022 in zahlreichen Bereichen und auf zahlreichen Märkten — wie beispielsweise Banken, Immobilien, Tourismus und Energie — deutlich enger geworden sind;

R. in der Erwägung, dass das Wirtschaftswachstum in der Türkei zwar stabil geblieben ist, die Inflation aber auf dem höchsten Stand seit 20 Jahren verharrt und die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sich verschärfen;

S. in der Erwägung, dass die Türkei mit fast vier Millionen registrierten Flüchtlingen, vor allem aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, weltweit am meisten Flüchtlinge aufgenommen hat; in der Erwägung, dass glaubwürdige Berichte über Abschiebungen von Flüchtlingen, die sich in der Türkei aufhalten, sowie über pauschale Zurückweisungen von Flüchtlingen an den Grenzen der Türkei ohne oder fast ohne Prüfung ihres Anspruchs auf internationalen Schutz vorliegen;

Allgemeine Einschätzung und jüngste Entwicklungen

1. nimmt die Ergebnisse der jüngsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Türkei zur Kenntnis und betrachtet sie als Zeichen für politische Kontinuität im Land; begrüßt die hohe Wahlbeteiligung und stellt fest, dass die Wahlen trotz vereinzelter Fälle von Gewalt, vor allem gegen Unterstützer der Opposition, weitgehend friedlich verlaufen sind;

2. bedauert jedoch, dass der OSZE/BDIMR-Wahlbeobachtungsmission zufolge der Amtsinhaber aufgrund von ungleichen Bedingungen, unter anderem aufgrund einer übermäßig verzerrenden und parteiischen Medienberichterstattung, einen ungerechtfertigten Vorteil hatte; bedauert zudem, dass das Verfahren durch harsche Rhetorik, eine hetzerische und diskriminierende Wortwahl, unter anderem gegen Minderheiten, sowie die anhaltende Einschüchterung und Drangsalierung von Unterstützern einiger Oppositionsparteien und falsche Anschuldigungen der Regierungsparteien, mit denen die Opposition mit Terrorismus in Verbindung gebracht wurde, beeinträchtigt wurde; hebt hervor, dass die türkische Regierung über einen längeren Zeitraum vor den Wahlen ihre Einflussmöglichkeiten in den staatlichen Einrichtungen und den Regulierungsbehörden genutzt hat, um die Narrative und Diskussionen sowohl in den traditionellen Medien als auch in den sozialen Medien zu kontrollieren, Journalisten und Politiker zu inhaftieren sowie gewählte Amtsträger in den Gebieten mit kurdischer Mehrheit aus dem Amt zu entfernen, sodass die Opposition benachteiligt ist;

3. bekräftigt seine tiefe Trauer über die tödlichen und verheerenden Erdbeben, durch die der Südosten der Türkei sowie Syrien am 6. Februar 2023 erschüttert wurden, und seine aufrichtige Anteilnahme gegenüber den Familien der Opfer; begrüßt die internationalen Hilfs- und Wiederaufbaubemühungen, insbesondere seitens der EU und ihrer Mitgliedstaaten, sowie die zügige Aktivierung des Katastrophenschutzverfahrens der Union, um Hilfe in den betroffenen Gebieten zu leisten, wodurch eine starke europäische Solidarität mit dem türkischen Volk unter Beweis gestellt wurde; vertritt die Auffassung, dass die EU das türkische Volk im Hinblick auf den Bedarf an humanitärer Hilfe und auf die Wiederaufbaubemühungen weiterhin unterstützen sollte; begrüßt insbesondere die umfassenden Zusagen, die bei der von der Kommission und dem schwedischen Ratsvorsitz ausgerichteten Geberkonferenz abgegeben wurden, und fordert die EU und die Mitgliedstaaten sowie alle anderen internationalen Geber auf, ihren Zusagen nachzukommen und dafür Sorge zu tragen, dass der Wiederaufbau hinsichtlich der Konzeption, Durchführung und Kontrolle transparent, nachhaltig und sicher erfolgt; hebt hervor, dass durch die europäische Solidarität eine greifbare Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei erzielt werden könnte; erklärt sich besorgt darüber, dass durch das Erdbeben Unzulänglichkeiten wie die mangelnde Vorbereitung der Regierung, die bröckelnde Infrastruktur und die weit verbreitete Korruption sichtbar gemacht wurden; bedauert, dass während der kritischen Stunden nach dem Erdbeben der Zugang zum Internet und zu den sozialen Medien erheblich eingeschränkt war, wodurch die Rettungsanstrengungen behindert wurden, und dass gezielt gegen Journalisten vorgegangen wurde, wodurch der freie Informationsfluss beeinträchtigt wurde;

4. ist der Ansicht, dass die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine beeinflusst und um einen neuen Aspekt erweitert wurden, da die Türkei versucht, zugleich Beziehungen zum Westen und zu Russland aufrechtzuerhalten; begrüßt, dass die Türkei in der Generalversammlung der Vereinten Nationen für die Verurteilung des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine gestimmt hat und dass sie sich für die Souveränität und die territoriale Unversehrtheit der Ukraine einsetzt; bedauert zugleich, dass die Türkei keine Sanktionen außerhalb des Rahmens der Vereinten Nationen unterstützt; hebt hervor, dass die GASP-Angleichungsquote der Türkei auf einen historischen Tiefstand von 7 % abgerutscht ist, gegenüber 11 % im Jahr 2021; fordert die Türkei auf, so schnell wie möglich deutliche Schritte zur Angleichung an die GASP der EU zu unternehmen, auch im Hinblick auf Sanktionen und die Verhinderung der Umgehung von Sanktionen;

5. begrüßt die Bemühungen der Türkei um die Vermittlung von Gesprächen zwischen der Ukraine und Russland und bekräftigt seine Wertschätzung für die Schlüsselrolle, die die Türkei gemeinsam mit den Vereinten Nationen bei der Vermittlung und Aufrechterhaltung der Schwarzmeer-Getreide-Initiative eingenommen hat, mit der entscheidend dazu beigetragen wurde, einer weltweiten Knappheit an wichtigen Grundnahrungsmitteln, insbesondere Getreide, entgegenzutreten; stellt im Hinblick auf hybride Bedrohungen im Zusammenhang mit internationalen Konflikten und Krisen fest, dass auch im türkischen Informationsumfeld beobachtet wurde, dass in den sozialen und in den klassischen Medien falsche Informationen und Propaganda kursieren; verurteilt, dass die Türkei die Tätigkeit russischer Medienorgane im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine nicht eingeschränkt hat;

6. stellt fest, dass sich das Handelsvolumen zwischen der Türkei und Russland seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine annähernd verdoppelt hat und dass ein erhöhtes Risiko besteht, dass Waren und Technologien, die Sanktionen unterliegen, wie beispielsweise Halbleiter, über türkisches Hoheitsgebiet nach Russland gelangen; hebt hervor, dass ein besonderes Risiko im Zusammenhang mit der Umgehung von Sanktionen im Hinblick auf Technologie mit doppeltem Verwendungszweck und ihrer Weitergabe an Russland besteht, da diese Technologie letztlich von der russischen Armee in der Ukraine eingesetzt werden könnte; nimmt die partiellen Maßnahmen zur Kenntnis, die die staatlichen Stellen der Türkei in den letzten Monaten ergriffen haben, um zu verhindern, dass von EU-Sanktionen erfasste Waren nach Russland wiederausgeführt oder direkt nach Russland weitergeliefert werden; fordert die Türkei jedoch nachdrücklich auf, weitere Schritte zu unternehmen, um dafür Sorge zu tragen, dass sie von Einrichtungen und Personen, die Sanktionen umgehen möchten, nicht mehr als Plattform genutzt wird, durch rechtliche und regulatorische Mittel umfassend sicherzustellen, dass auf ihrem Hoheitsgebiet unter keinen Umständen Sanktionen umgangen werden, und alle dafür erforderlichen Schritte zu unternehmen, auch indem sie Einrichtungen und Personen bestraft; bedauert, dass durch die Umgehung der EU-Sanktionen durch die Türkei die gemeinsamen Anstrengungen beeinträchtigt werden, und fordert die Kommission auf, die Ausweitung des Handelsvolumens zwischen Russland und der Türkei zu untersuchen und die betreffenden Handelsströme zu bewerten, die ein Anzeichen für eine Umgehung von Sanktionen sein könnten; erklärt sich besorgt darüber, dass sich immer mehr russische Staatsangehörige, darunter Oligarchen, in türkischen Großstädten und an der türkischen Küste niederlassen — wodurch zu starken Steigerungen bei Mieten und Immobilienpreisen beigetragen wird — und dass diese Personen dort ihre Geschäfts- und Handelstätigkeit fortsetzen, wodurch große Mengen russischen Kapitals in das türkische System gelangen; hebt hervor, dass es von der Türkei erwartet, zu verhindern, dass sie zu einem Zufluchtsort für russisches Kapital und russische Investitionen wird; erklärt sich besorgt über die enge Zusammenarbeit der Türkei mit Russland bei der Entwicklung großer Kernkraftwerke, unter anderem beim Kernkraftwerk Akkuyu, das vom staatlichen russischen Kernenergieunternehmen Rosatom, dem es auch gehört, errichtet wird und betrieben werden soll;

7. bedauert im Zusammenhang mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine und der sich wandelnden Sicherheitsarchitektur auf dem europäischen Kontinent zutiefst, dass es nach der Verzögerung des NATO-Beitritts Finnlands auch eine Verzögerung bei der Ratifizierung des NATO-Beitritts Schwedens gibt, die nur Russland nützt und durch die die Beziehungen zwischen der Türkei und ihren NATO-Verbündeten untergraben wird; verurteilt in diesem Zusammenhang außerdem die Versuche, durch die Instrumentalisierung der Erteilung der Zustimmung zum NATO-Beitritt Schwedens die demokratischen Freiheiten in den EU-Mitgliedstaaten zu untergraben; nimmt zur Kenntnis, dass der Präsident der Türkei am 10. Juli 2023 im Anschluss an weitere Konsultationen schließlich zugesagt hat, das NATO-Beitrittsprotokoll Schwedens schnellstmöglich an die Große Nationalversammlung der Türkei weiterzuleiten und eng mit der Versammlung zusammenzuarbeiten, um für die Ratifizierung zu sorgen; bedauert jedoch, dass dieser Prozess noch aussteht und es keinen klaren Zeitplan gibt; fordert die Türkei nachdrücklich auf, die NATO-Mitgliedschaft Schwedens ohne weitere Verzögerung zu ratifizieren; fordert die staatlichen Stellen der Türkei nachdrücklich auf, ihrem Versprechen einer konstruktiveren Partnerschaft in der NATO — auch im östlichen Mittelmeerraum — nachzukommen; betont, dass das NATO-Beitrittsverfahren eines Landes in keiner Weise an den EU-Beitrittsprozess eines anderen Landes geknüpft werden kann, da der EU-Beitrittsprozess allein von den Leistungen des fraglichen Landes abhängig ist;

8. ist der Ansicht, dass die in seiner Entschließung vom 7. Juni 2022 zu dem Bericht 2021 der Kommission über die Türkei dargestellte desolate Lage in Bezug auf Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit nach wie vor unverändert ist, und bekräftigt den Inhalt dieser Entschließung; unterstützt uneingeschränkt die Entschließung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vom 12. Oktober 2022 und den zugehörigen Bericht ihres Begleitausschusses über die Einhaltung der von der Türkei eingegangenen Verpflichtungen und Zusagen sowie die Entschließungen des Ministerkomitees des Europarats zur ausstehenden Umsetzung der Urteile des EGMR, in denen detailliert die breite Palette der schwerwiegenden Mängel im Bereich Menschenrechte dargelegt wird, wie von renommierten lokalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen laufend berichtet;

9. ist enttäuscht darüber, dass der negative Trend bei weitem nicht gestoppt oder umgekehrt wurde und dass es in der Türkei im letzten Jahr zu weiteren Rückschritten im Bereich der Demokratie gekommen ist, indem zahlreiche Gesetze, mit denen die Online-Zensur verschärft und der Zugang zu Informationen beschränkt wird, unter dem Vorwand der Bekämpfung von Desinformation geändert wurden; ist ebenfalls enttäuscht darüber, dass gegen alle Kritiker hart vorgegangen wurde, insbesondere vor und während der jüngsten Wahlen; bedauert, dass die türkische Regierung mit einem Arsenal von Gesetzen, darunter das Gesetz über die sozialen Medien von 2020, das Gesetz zur Bekämpfung der Geldwäsche von 2021 und das Gesetz zur Bekämpfung von Desinformation von 2022, ein komplexes Geflecht von Rechtsvorschriften geschaffen hat, das als Instrument genutzt wird, um Journalisten, Medienschaffende, Organisationen der Zivilgesellschaft, politische Aktivisten, Forschende, Wissenschaftler und Künstler systematisch zu kontrollieren und mundtot zu machen; bekräftigt mit Bedauern, dass die Türkei inzwischen zu einem weltweiten Beispiel für autoritäre Maßnahmen geworden ist; ist zwar besorgt über die Zunahme von Falschmeldungen in den türkischen sozialen Netzwerken, erklärt sich aber tief besorgt über das im Oktober 2022 verabschiedete drakonische Gesetz zur Bekämpfung von Desinformation, mit dem die Kontrolle der Regierung über Plattformen der sozialen Medien und Online-Nachrichten-Sites verschärft wird und in dem unter anderem Haftstrafen für die Veröffentlichung von „Desinformation“ und „Falschmeldungen“ vorgesehen sind; vertritt die Auffassung, dass aufgrund der in dem Gesetz enthaltenen ungenauen Begriffsbestimmungen für „Desinformation“ und „Absicht“ Millionen türkischer Internet-Nutzer einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen dem Risiko ausgesetzt sind, dass wegen der Veröffentlichung von Informationen, mit denen die Regierung nicht einverstanden ist, strafrechtlich gegen sie vorgegangen wird; ist der Ansicht, dass die türkische Regierung auf diese Weise durch Einschüchterung zur Selbstzensur anhält; ist besorgt über die Verbreitung staatlicher Propaganda, insbesondere durch die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu;

10. verurteilt die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz und die politische Instrumentalisierung des Justizsystems und betont, dass die EU diesen Bereich mit größter Sorge betrachtet, da die Unabhängigkeit der Justiz der Grundstein für ein funktionierendes demokratisches System im Dienste und zum Wohle der Bevölkerung ist; ist nach wie vor besorgt über die schwerwiegenden Einschränkungen der Grundfreiheiten — insbesondere der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, für die das Gezi-Verfahren symbolhaft ist — und die anhaltenden Angriffe auf die Grundrechte von Mitgliedern der Opposition, Menschenrechtsverteidigern, Rechtsanwälten, Gewerkschaftern, Angehörigen von Minderheiten, Journalisten, Wissenschaftlern und Aktivisten der Zivilgesellschaft, unter anderem durch juristische und administrative Schikanen, willkürliche Anwendung von Antiterrorgesetzen, Stigmatisierung und Auflösung von Vereinigungen; erwartet, dass alle Bereiche der organisierten türkischen Gesellschaft ihrer Arbeit und ihren Tätigkeiten frei nachgehen können, da dadurch die türkische Demokratie gestärkt werden kann; ist besorgt angesichts von Berichten über übermäßige Gewalt gegen Gefangene; betont nachdrücklich, dass eine humane Behandlung aller Gefangenen im Einklang mit den grundlegenden Menschenrechten sichergestellt werden muss;

11. fordert die Türkei auf, alle Urteile des EGMR im Einklang mit Artikel 46 der EMRK in vollem Umfang umzusetzen, was eine unbedingte Verpflichtung ist, die sich aus der Mitgliedschaft der Türkei im Europarat ergibt; ist entsetzt darüber, dass staatliche Stellen der Türkei, insbesondere die Gerichte, grundlegende Urteile des EGMR anhaltend missachten und es versäumen, sie anzuwenden, wie im Fall Selahattin Demirtaş und im Fall Osman Kavala, aufgrund dessen die Türkei im Europarat mit einem historischen Vertragsverletzungsverfahren konfrontiert ist;

12. verurteilt die anhaltende Verfolgung, Zensur und Drangsalierung von Journalisten und unabhängigen Medien in der Türkei; ist außerdem besorgt darüber, dass gezielt gegen türkischstämmige Journalisten sowie politische Gegner in der EU vorgegangen wird; fordert die staatlichen Stellen der Türkei auf, Organisationen der Zivilgesellschaft, Rechtsanwälten und sonstigen rechtlichen Vertretern sowie der Presse zu gestatten, gemäß ihren Pflichten und im Rahmen ihres Aufgaben- und Tätigkeitsbereichs zu wirken und ihren Beruf frei auszuüben, da dies im Sinne einer insgesamt funktionsfähigeren Demokratie und Gesellschaft ist;

13. missbilligt das gezielte Vorgehen gegen politische Parteien und Mitglieder der Opposition, die zunehmend unter Druck geraten; erklärt sich besorgt darüber, dass die Unterdrückung und die Verfolgung der politischen Opposition nach den jüngsten Wahlen aufgrund der schlechter werdenden wirtschaftlichen Lage des Landes zunehmen werden; ist besonders besorgt über das anhaltende harte Vorgehen gegen kurdische Politiker, Journalisten, Rechtsanwälte und Künstler, einschließlich Massenverhaftungen vor den Wahlen, sowie über das laufende Verbotsverfahren gegen die Demokratische Partei der Völker; ist besorgt darüber, dass das Justizwesen dazu eingesetzt wird, politische Entscheidungen von Oppositionsparteien zu beeinflussen, wie im Fall gegen den Bürgermeister der Metropole Istanbul;

14. erklärt sich äußerst besorgt über die Verschlechterung der Rechte von Frauen, geschlechtsbezogene Gewalt und die zunehmende Zahl von Femiziden, woran ersichtlich wird, dass in der Türkei gravierende Mängel hinsichtlich des Schutzes von Frauen bestehen; ist vor allem besorgt über die sogenannten Ehrenmorde; bedauert, dass zuverlässige offizielle Daten zu Femiziden fehlen, obwohl Frauenrechtsorganisationen durchgehend Bericht erstatten; fordert die staatlichen Stellen der Türkei auf, die Überlebenden von Gewalt gegen Frauen zu unterstützen und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen; ist besorgt angesichts der Zusammenstöße zwischen Demonstrationsteilnehmerinnen und der Polizei am 8. März 2023, als Hunderte Frauen und LGBT+-Aktivistinnen am 20. jährlichen Frauenmarsch in Istanbul teilnahmen; verurteilt erneut aufs Schärfste den Austritt der Türkei aus dem Übereinkommen von Istanbul per Präsidialdekret als enormen Rückschlag für die Bemühungen um die Förderung der Frauenrechte im Land und bekräftigt seine Forderung an die Regierung der Türkei, diese inakzeptable Entscheidung rückgängig zu machen und die internationalen Verträge, Vereinbarungen und Verpflichtungen, die sie unterzeichnet hat, einzuhalten und sich daran zu halten; fordert die Türkei auf, rasch einen wirksamen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Kinderheiraten und Zwangsehen anzunehmen;

15. erklärt sich besorgt über die weitverbreitete Hetze und Diskriminierung, denen die LGBTI+-Gemeinschaft ausgesetzt ist; bedauert, dass LGBTI+-Personen immer wieder ins Visier genommen und schikaniert werden und dass sich insbesondere Politiker und hochrangige Beamte, einschließlich des Präsidenten der Republik, LGBTI+-feindlich äußern; bedauert, dass die Staatsorgane seit 2014 Pride-Paraden in den Großstädten, auch in Istanbul, verboten haben; weist darauf hin, dass die Türkei aufgrund ihrer Verpflichtungen im Rahmen der EMRK gegen die Diskriminierung von und die Gewalt gegen LGBTI+-Personen vorgehen muss, und fordert die staatlichen Stellen der Türkei nachdrücklich auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die sexuelle Ausrichtung, die Geschlechtsidentität und die Geschlechtsmerkmale als Schutzgründe in die Antidiskriminierungsvorschriften aufzunehmen;

16. ist nach wie vor äußerst besorgt über die sogenannte Kurdenfrage und bekräftigt, dass die Wiederaufnahme eines verlässlichen politischen Prozesses, bei dem alle relevanten Parteien und demokratischen Kräfte an einen Tisch gebracht werden, dringend erforderlich ist, um sie friedlich beizulegen; fordert die neue türkische Regierung auf, sich durch die Förderung von Dialog und Aussöhnung in diese Richtung zu bewegen; ist beunruhigt über die schwere und zunehmende Unterdrückung der kurdischen Gemeinschaft, insbesondere im Südosten des Landes, unter anderem durch die weitere Einschränkung der kulturellen Rechte und rechtliche Einschränkungen im Hinblick auf den Gebrauch der kurdischen Sprache als Unterrichtssprache im Bildungswesen;

17. stellt fest, dass nach der letzten Wahl rechtsextreme islamistische Parteien als Teil der Regierungskoalition ins Parlament eingezogen sind; ist besorgt über das zunehmende Gewicht der islamistischen Agenda bei der Gesetzgebung und in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, unter anderem durch den wachsenden Einfluss des Präsidiums für Religionsangelegenheiten (Diyanet) im Bildungssystem; ist insbesondere besorgt über den zunehmenden Druck der Regierungsstellen sowie islamistischer und ultranationalistischer Gruppen auf den türkischen Kultursektor und die Künstler in der Türkei, der sich in letzter Zeit darin zeigt, dass immer mehr Konzerte, Festivals und andere kulturelle Veranstaltungen abgesagt werden, weil sie als kritisch oder „unmoralisch" eingestuft wurden, um eine ultrakonservative Agenda durchzusetzen, die mit den Werten der EU unvereinbar ist;

18. begrüßt das neue Bewusstsein der Kommission, das zur Einstellung von Erasmus+-Mitteln und zur Einziehung der Mittel geführt hat, die an die türkische Vereinigung Yavuz Sultan Selim gezahlt wurden, deren Handlungen gegen die Werte der EU verstießen; fordert die Kommission auf, sich weiter darum zu bemühen, dass mit EU-Mitteln keine Vereinigungen finanziert werden, die die Werte der EU nicht achten;

19. stellt fest, dass beim Schutz der Rechte ethnischer und religiöser Minderheiten, einschließlich der Rechte der griechisch-orthodoxen Bevölkerung auf den Inseln Gökçeada (Imbros) und Bozcaada (Tenedos), keine nennenswerten Fortschritte zu verzeichnen sind; fordert die staatlichen Stellen der Türkei auf, den historischen und kulturellen Wert kultureller und religiöser Denkmäler und Symbole, insbesondere von UNESCO-Welterbestätten, uneingeschränkt zu achten; nimmt mit Besorgnis die jüngsten Entwicklungen in Bezug auf das Bauwerk Hagia Sophia und das Chora-Museum zur Kenntnis; betont, dass die Beschränkungen bei der Ausbildung, Ernennung und Nachfolge von Geistlichen aufgehoben werden müssen und dass die Wiedereröffnung des Seminars von Chalki, das seit 1971 geschlossen ist, gestattet werden muss und alle Hindernisse für einen reibungslosen Seminarbetrieb beseitigt werden müssen; fordert die Türkei erneut auf, die Rolle des Ökumenischen Patriarchats für orthodoxe Christen auf der ganzen Welt, dessen Rechtspersönlichkeit sowie die öffentliche Verwendung des geistlichen Titels des Ökumenischen Patriarchen anzuerkennen; fordert die Türkei auf, alle einschlägigen Urteile des EGMR und Empfehlungen des Europarats zum Schutz der Eigentumsrechte von Minderheiten in vollem Umfang umzusetzen und Rechtsvorschriften einzuführen, durch die es allen Religionsgemeinschaften und ethnischen Minderheiten ermöglicht wird, Rechtspersönlichkeit zu erlangen, indem die entsprechenden Empfehlungen der Venedig-Kommission umgesetzt werden; fordert die staatlichen Stellen der Türkei auf, Fälle von Hetze gegen Minderheiten oder Vandalismus gegen religiöse Stätten wirksam zu untersuchen und die Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen;

20. erklärt sich tief besorgt über die fortwährende übermäßige Machtkonzentration beim türkischen Präsidenten ohne wirksames System von Kontrollen und Gegenkontrollen, durch die die demokratischen Institutionen des Landes erheblich geschwächt wurden; betont, dass die fehlende Eigenständigkeit auf mehreren Verwaltungsebenen aufgrund der extremen Abhängigkeit vom Präsidenten bei allen Arten von Entscheidungen und der Alleinherrschaft eines einzigen Mannes ein dysfunktionales System zur Folge haben kann, was durch die langsame Reaktion auf die verheerenden Folgen der Erdbeben im Februar offenbar wurde;

21. kommt zu dem Schluss, dass die türkische Regierung kein Interesse daran hat, die anhaltende und wachsende Kluft zwischen der Türkei und der EU in Bezug auf Werte und Standards zu schließen, da die Türkei in den letzten Jahren klar gezeigt hat, dass ihr der politische Wille fehlt, um die notwendigen Reformen durchzuführen, insbesondere im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit, die Grundrechte und den Schutz und die Inklusion aller ethnischen, religiösen und sexuellen Minderheiten; kommt ferner zu dem Schluss, dass die türkische Regierung kein Interesse daran bekundet hat, die Kopenhagener Kriterien zu achten und einzuhalten und sich an der Politik und den Zielen der EU zu orientieren;

22. erklärt sich besorgt über das mangelhafte Funktionieren der Marktwirtschaft der Türkei, insbesondere im Hinblick auf die Durchführung der Währungs- und Haushaltspolitik sowie das institutionelle und Regelungsumfeld, sowie über das unmittelbare Eingreifen des türkischen Präsidenten in die Währungspolitik; ist der Ansicht, dass die Regierung nun die wirtschaftlichen Schwachstellen und die hohe Inflation angehen muss; fordert die Regierung auf, die Vertrauenswürdigkeit wichtiger Institutionen wie der türkischen Zentralbank und des türkischen Statistikinstituts wiederherzustellen; vertritt die Auffassung, dass eine stärkere und ehrlichere Beziehung zur EU hilfreich wäre, um einige der Probleme abzuschwächen, und dadurch dazu beigetragen würde, den Lebensstandard der türkischen Bevölkerung zu erhöhen;

23. fordert die Türkei auf, Fortschritte bei der Angleichung an die EU-Richtlinien und den Besitzstand im Bereich Umwelt- und Klimaschutz zu erzielen; lobt die Arbeit der türkischen Umweltschützer; begrüßt den Beschluss der türkischen Regierung, das Übereinkommen von Paris zu ratifizieren, und ihre Zusage, bis 2053 CO_2-neutral zu werden; bedauert, dass auf diese Zusage keine spezifischen Maßnahmen folgen; bedauert ferner, dass die Türkei zwar ambitionierte Ziele in Bereichen wie der Bekämpfung der Verschmutzung, der Abfallbewirtschaftung und der Bekämpfung des Klimawandels festgelegt hat, die Durchsetzung jedoch nach wie vor unzureichend ist und die Bewältigung der aktuellen Wirtschaftskrise Vorrang vor den Bemühungen um eine nachhaltige Wirtschaft hat; fordert die Türkei auf, ihren Beitrag zum Schutz des

Klimas und der biologischen Vielfalt zu verstärken und der Annahme ihres Klimagesetzes Vorrang einzuräumen; fordert die Regierung der Türkei erneut auf, ihre Pläne für das Kernkraftwerk Akkuyu aufzugeben, da dessen Standort in einem stark erdbebengefährdeten Gebiet liegt und somit nicht allein für die Türkei, sondern auch für den gesamten Mittelmeerraum eine große Gefahr darstellt; fordert die Türkei in diesem Zusammenhang auf, den Übereinkommen von Espoo und Aarhus der VN-Wirtschaftskommission für Europa beizutreten, und fordert die Regierung der Türkei auf, die Regierungen ihrer Nachbarländer in alle weiteren Entwicklungen, die das Vorhaben Akkuyu betreffen, einzubeziehen;

24. begrüßt die jüngsten Schritte seitens der Türkei zur Normalisierung der Beziehungen zu mehreren Ländern wie Armenien, Ägypten, Israel und den Golfstaaten nach einer Phase der Konfrontation; fordert die Türkei auf, diese positiven Entwicklungen zu Ende zu führen und im Zusammenhang mit allen Nachbarn konkrete Maßnahmen zu treffen; begrüßt die Teilnahme der Türkei an den Gipfeltreffen der europäischen politischen Gemeinschaft; ist jedoch noch immer besorgt darüber, dass die Außenpolitik der Türkei in vielen Bereichen noch immer im Widerspruch zu EU-Interessen steht und dass es im vergangenen Jahr statt zu einer Annäherung an die EU zu einer weiteren Entfernung gekommen ist und die Angleichung im Hinblick auf Entscheidungen im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik — laut dem aktuellen Bericht der Kommission über die Türkei — auf einem Rekordtief von nur 7 % liegt;

25. verurteilt den Militäreinsatz der Türkei in Syrien und ihre rechtswidrige Besetzung von Gebieten in Nordsyrien und prangert an, dass die Türkei und lokale syrische Gruppierungen in den von der Türkei besetzten Gebieten ungestraft die Rechte der Zivilbevölkerung missachten und deren Freiheiten einschränken; bedauert, dass bei der Besetzung ein Großteil der dortigen Bevölkerung geflohen ist und dass deren Rückkehr aufgrund der Besetzung durch die Türkei und aufgrund der mit der Türkei verbündeten örtlichen islamistischen Milizen bis zum heutigen Tag unmöglich ist; bekräftigt, dass ein weiterer Einmarsch nach Syrien schwerwiegende Auswirkungen auf die internationale Sicherheit hätte;

26. erklärt sich besorgt über die Luftangriffe der Türkei in Nordsyrien und im Irak, insbesondere in der Region Sindschar, der Heimat der jesidischen Bevölkerung, an der der IS im Jahr 2014 einen Völkermord verübte, und über die andauernde militärische Präsenz auf irakischem Hoheitsgebiet; bekräftigt, dass die Zivilbevölkerung zu keinem Zeitpunkt Opfer militärischer Selbstverteidigung werden sollte; fordert die staatlichen Stellen der Türkei auf, unter uneingeschränkter Achtung internationaler Normen Zurückhaltung zu üben;

27. bedauert, dass die Positionen und die Politik der Türkei gegenüber Libyen weitgehend unverändert geblieben sind; nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass die Türkei im Oktober 2022 mit der libyschen Regierung der nationalen Einheit eine neue Absichtserklärung über Kohlenwasserstoffe unterzeichnet hat, die schwerwiegende Folgen für die regionale Stabilität haben könnte, da sie damit einhergehen würde, dass die beiden unrechtmäßigen Absichtserklärungen von 2019 über militärische Zusammenarbeit und maritime Abgrenzung direkt oder indirekt umgesetzt werden; verurteilt erneut die Unterzeichnung der Vereinbarungen zwischen der Türkei und Libyen über eine umfassende sicherheitspolitische und militärische Zusammenarbeit und über die Abgrenzung der Meereszonen, die miteinander verknüpft sind und eindeutig gegen das Völkerrecht, gegen die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und die souveränen Rechte der EU-Mitgliedstaaten verstoßen; fordert die Türkei auf, mit der Operation IRINI bei der Durchsetzung des Waffenembargos gegen Libyen und bei der Bekämpfung von Schleuserkriminalität und Menschenhandel zusammenzuarbeiten;

28. betont die wachsende Bedeutung des westlichen Balkans in der Außenpolitik der Türkei sowie ihre besonderen Beziehungen zu Ländern wie Bosnien und Herzegowina sowie zu Serbien, das der wichtigste Gesprächspartner der Türkei in Balkanfragen ist;

29. ist besorgt über die Einflussnahme der Türkei in den EU-Mitgliedstaaten, mit der auf türkischstämmige Unionsbürgerinnen und Unionsbürger abgezielt wird; fordert die Kommission auf, die im Paket zur Verteidigung der Demokratie des Sonderausschusses zu Einflussnahme aus dem Ausland (ING2-Ausschuss) niedergelegten Empfehlungen umzusetzen, um der Einflussnahme von ausländischen staatlichen Stellen entgegenzuwirken; fordert die StratCom-Abteilungen des Europäischen Auswärtigen Dienstes auf, Verdachtsfälle von gegen die EU gerichteten Desinformationsmaßnahmen der Türkei zu dokumentieren und dem Europäischen Parlament über die Ergebnisse Bericht zu erstatten;

30. weist darauf hin, dass der Türkei als NATO-Mitglied eine geostrategische Aufgabe bei der Wahrung der regionalen und europäischen Sicherheit zukommt und dass von ihr erwartet wird, im Einklang mit ihren Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu handeln;

31. spricht sich im Interesse der Aussöhnung, der regionalen Stabilität und Sicherheit sowie der sozioökonomischen Entwicklung für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei aus und begrüßt die bisher erzielten Fortschritte; nimmt anerkennend die Anwesenheit des Premierministers von Armenien bei der Amtseinführung des neugewählten Präsidenten der Türkei zur Kenntnis; fordert die rasche Umsetzung der von den Sonderbeauftragten der Türkei und Armeniens erzielten Vereinbarungen, zum Beispiel im Hinblick auf die Öffnung des Luftraums und der Grenze zwischen den beiden Ländern; fordert beide Seiten auf, sich nach Treu und Glauben und ohne Vorbedingungen an dem Prozess zu beteiligen; bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass dadurch unter Umständen ein Anstoß zur Normalisierung der Beziehungen im Südkaukasus gegeben wird; fordert die Türkei erneut auf, den Völkermord an den Armeniern anzuerkennen, um den Weg für eine echte Aussöhnung zwischen dem türkischen und dem armenischen Volk zu ebnen, und ihren Verpflichtungen zum Schutz des armenischen Kulturerbes in vollem Umfang nachzukommen;

32. lobt die anhaltenden Anstrengungen der Türkei, die mit fast vier Millionen Menschen mehr Flüchtlinge als jedes andere Land der Welt aufgenommen hat; begrüßt vor diesem Hintergrund die fortlaufende Bereitstellung von EU-Mitteln für die Flüchtlinge und Aufnahmegemeinschaften in der Türkei und erklärt sich entschlossen, diese Unterstützung auch in Zukunft zu gewähren; fordert die Kommission auf, einen Vorschlag für die Fortsetzung der Finanzierung für syrische Flüchtlinge und Aufnahmegemeinschaften in der Türkei nach 2024 vorzulegen; fordert die Kommission auf, für umfassende Transparenz und Präzision bei der Zuweisung von Mitteln im Rahmen des Nachfolgeinstruments der Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei zu sorgen und sicherzustellen, dass die Mittel in erster Linie direkt an Flüchtlinge und Aufnahmegemeinschaften vergeben und von Organisationen verwaltet werden, die für Rechenschaftspflicht und Transparenz Sorge tragen; spricht sich für eine objektive Bewertung der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei in Flüchtlings- und Migrationsfragen aus und hebt hervor, dass beide Seiten ihren jeweiligen Verpflichtungen im Rahmen der Gemeinsamen Erklärung EU-Türkei von 2016 und des EU-Türkei-Rückübernahmeabkommens gegenüber allen Mitgliedstaaten nachkommen müssen, zu denen auch die Wiederaufnahme der Rückübernahme von Rückkehrern aus Griechenland und die Aktivierung der Regelung betreffend die Türkei über die freiwillige Aufnahme aus humanitären Gründen gehören; bekräftigt, dass die staatlichen Stellen der Türkei Rückführungen nur auf freiwilliger Basis und auf sichere Weise durchführen sollten; spricht sich entschieden dagegen aus, dass die türkische Regierung Migranten auf irgendeine Weise instrumentalisiert; betont, dass der Schutz sämtlicher Rechte und Freiheiten aller Flüchtlinge und Migranten sichergestellt werden muss; weist darauf hin, dass aufgrund der bedauerlichen Instrumentalisierung von Flüchtlingen durch die Türkei in den letzten Jahren in Zypern ein anhaltender Anstieg der Asylanträge zu verzeichnen ist; weist darauf hin, dass die Türkei verpflichtet ist, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass neue See- oder Landwege für die illegale Migration aus der Türkei in die EU entstehen; ist zutiefst besorgt angesichts der glaubwürdigen Berichte über willkürliche Abschiebungen und pauschale Zurückweisungen von Personen, die beim Versuch, die Grenze zu überqueren, aufgegriffen werden; verurteilt fremdenfeindliche Angriffe auf Flüchtlinge in der Türkei und das Schüren einer flüchtlings- und einwanderungsfeindlichen Stimmung durch türkische Politiker; bedauert, dass internationale und nationale Organisationen keinen Zugang zu den über 30 Abschiebezentren in der Türkei haben, um sie zu überwachen und zu unterstützen; fordert die Kommission auf, dafür Sorge zu tragen, dass die von der EU finanzierten Projekte zugänglich sind und ordnungsgemäß überwacht werden;

33. begrüßt, dass in jüngster Zeit im östlichen Mittelmeerraum eine Deeskalation der Spannungen zu beobachten ist und sich offenbar eine positive Dynamik entwickelt, insbesondere nach den Erdbeben im Februar 2023, und hofft, dass eine mögliche neue Ära in der Außenpolitik der Türkei mit positiven Ergebnissen in den bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und allen EU-Mitgliedstaaten einhergehen könnte; ist sich nach wie vor uneingeschränkt bewusst, dass eine positive Dynamik jederzeit leicht umgekehrt werden kann, solange die zugrunde liegenden Probleme ungelöst bleiben; erklärt sich besorgt über die Aussagen gewisser türkischer Amtsträger, die die Souveränität der griechischen Inseln infrage stellen; fordert die Türkei auf, im Einklang mit dem Unionsrecht und dem Völkerrecht die Souveränität aller Mitgliedstaaten der EU über ihr Küstenmeer und ihren Luftraum sowie ihre souveränen Rechte — einschließlich des Rechts, natürliche Ressourcen zu erschließen und abzubauen — zu achten; bekundet Griechenland und der Republik Zypern seine uneingeschränkte Solidarität; bekräftigt seine Forderung an die Türkei, nach Treu und Glauben und im Einklang mit dem Völkerrecht und dem Grundsatz gutnachbarlicher Beziehungen ein echtes kollektives Engagement zur Regelung der Abgrenzung der ausschließlichen Wirtschaftszonen und des Festlandsockels sowohl in der Ägäis als auch im östlichen Mittelmeer zu zeigen und von einseitigen rechtswidrigen Handlungen oder Drohungen Abstand zu nehmen; erklärt sich zutiefst besorgt darüber, dass die Türkei weiterhin eine förmliche Kriegsdrohung gegen Griechenland (Casus belli) aufrechterhält, falls Griechenland sein legitimes Recht ausübt, seine Hoheitsgewässer gemäß Artikel 3 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen auf bis zu zwölf Seemeilen in der Ägäis auszuweiten; fordert alle beteiligten Akteure nachdrücklich auf, sich nach Treu und Glauben an einer friedlichen Streitbeilegung zu beteiligen;

34. bedauert, dass die Zypernfrage nach wie vor ungelöst ist; bekräftigt mit Nachdruck seine Auffassung, dass die einzige nachhaltige Lösung der Zypernfrage eine faire, umfassende und tragfähige Regelung — auch der externen Aspekte — im Rahmen der Vereinten Nationen ist, und zwar auf der Grundlage einer Föderation von zwei Gemeinschaften und zwei Gebieten mit einer einzigen internationalen Rechtspersönlichkeit, alleiniger Souveränität, einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft und politischer Gleichberechtigung, wie in den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen dargelegt, im Einklang mit dem Völkerrecht und auf der Grundlage der Achtung der Grundsätze, auf denen die Union aufgebaut ist; bedauert, dass die Regierung der Türkei die vereinbarte Grundlage einer Lösung und den Rahmen der Vereinten Nationen verworfen hat und im Alleingang für eine Zweistaatenlösung in Zypern eintritt; fordert die Türkei auf, diesen nicht hinnehmbaren Vorschlag für eine Zweistaatenlösung aufzugeben; verurteilt aufs Schärfste alle Maßnahmen, mit denen die internationale Anerkennung des unrechtmäßigen sezessionistischen Gebiets in Zypern herbeigeführt oder unterstützt werden soll, und betont, dass die Bemühungen um die Schaffung eines Umfelds, das der Wiederaufnahme der Gespräche über eine Lösung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen förderlich ist, durch Maßnahmen dieser Art erheblich beeinträchtigt werden; unterstützt alle konstruktiven Vorschläge, mit denen der Stillstand im Streitbeilegungsprozess überwunden werden soll, und fordert, dass sich die EU in dieser Hinsicht mit mehr Tatkraft einbringt; verurteilt, dass die Türkei dadurch, dass sie die Öffnung der Stadt Varosia für die Öffentlichkeit unterstützt, nach wie vor gegen die Resolutionen 550 (1984) und 789 (1992) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen verstößt, in denen sie aufgefordert wird, das Gebiet von Varosia den rechtmäßigen Bewohnern unter der vorübergehenden Verwaltung der Vereinten Nationen zu übergeben; ist der Ansicht, dass durch diesen Verstoß das gegenseitige Vertrauen geschwächt wird und somit die Aussichten auf eine Wiederaufnahme der direkten Gespräche über eine umfassende Lösung der Zypernfrage beeinträchtigt werden; fordert die Türkei erneut nachdrücklich auf, ihre rechtswidrigen und einseitigen Maßnahmen in Varosia wieder rückgängig zu machen; fordert die Türkei außerdem auf, ihre Streitkräfte aus Zypern abzuziehen, von einseitigen Maßnahmen abzusehen, durch die eine dauerhafte Teilung der Insel bewirkt würde, und von Maßnahmen Abstand zu nehmen, die sich auf das demografische Gleichgewicht auswirken; fordert nachdrücklich, dass die

Verhandlungen über die Wiedervereinigung Zyperns unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs der Vereinten Nationen so bald wie möglich wieder aufgenommen werden, nachdem sie 2017 in Crans-Montana abgebrochen wurden; fordert die Türkei erneut auf, ihrer Verpflichtung zur umfassenden und diskriminierungsfreien Umsetzung des Zusatzprotokolls zum Abkommen von Ankara gegenüber allen Mitgliedstaaten — auch gegenüber der Republik Zypern — nachzukommen; ist nach wie vor besorgt über die Einschränkungen, mit denen die in Enklaven lebenden griechischen Zyprer im Hinblick auf die Bildung konfrontiert sind; bedauert, dass die Türkei noch immer keine Fortschritte in Bezug auf die Normalisierung ihrer Beziehungen zur Republik Zypern erzielt hat; betont, dass die Zusammenarbeit in Bereichen wie Justiz und Inneres sowie Luftfahrtrecht und Luftverkehrskommunikation mit allen EU-Mitgliedstaaten, auch der Republik Zypern, nach wie vor unerlässlich ist; bedauert, dass sich die Türkei nach wie vor weigert, das Luftfahrtrecht einzuhalten, und es ablehnt, Schiffen unter der Flagge eines Mitgliedstaats die Durchfahrt durch die Meerengen am Bosporus und an den Dardanellen zu gestatten; ist der Ansicht, dass dies ein Bereich ist, in dem die Türkei ihr Engagement für vertrauensbildende Maßnahmen unter Beweis stellen könnte;

35. verurteilt die Einleitung illegaler Bauarbeiten durch die türkische Besatzung in der Pufferzone nahe des von beiden Volksgruppen bewohnten Dorfs Pyla/Pile auf Zypern sowie die Übergriffe auf Friedenssicherungstruppen der Vereinten Nationen und die Beschädigung von Fahrzeugen der Vereinten Nationen am 18. August 2023; fordert, dass der Status der Pufferzone und das Mandat der Friedenssicherungstruppen der Vereinten Nationen in Zypern geachtet werden; weist darauf hin, dass Bedrohungen der Sicherheit von Friedenssicherungstruppen der Vereinten Nationen und die Beschädigung von Eigentum der Vereinten Nationen eine Straftat nach dem Völkerrecht darstellen; fordert die Türkei und die türkisch-zyprische Führung nachdrücklich auf, alle derartigen einseitigen Aktivitäten einzustellen und rückgängig zu machen und weitere Maßnahmen und Provokationen zu vermeiden, die die Wiederaufnahme der von den Vereinten Nationen geleiteten Verhandlungen beeinträchtigen;

36. fordert die Türkei erneut auf, der türkisch-zyprischen Gemeinschaft den notwendigen Raum zu geben, damit sie ihrer Rolle als legitime Gemeinschaft der Insel gerecht werden kann — ein Recht, das in der Verfassung der Republik Zypern garantiert ist; fordert die Kommission erneut auf, ihre Bemühungen um die Zusammenarbeit mit der türkisch-zyprischen Gemeinschaft zu verstärken, und betont, dass diese Gemeinschaft zur Europäischen Union gehört; fordert alle beteiligten Parteien auf, bei der Annäherung der Gemeinschaften mehr Mut zu zeigen; betont, dass nach der umfassenden Regelung der Zypernfrage der Besitzstand der EU auf der gesamten Insel umgesetzt werden muss; hebt unterdessen hervor, dass die Republik Zypern dafür verantwortlich ist, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass die Einbeziehung der türkischen Zyprer in die EU erleichtert wird; lobt die wichtige Arbeit des aus Angehörigen beider Volksgruppen zusammengesetzten Ausschusses für die Vermissten und fordert die Türkei auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um wichtige Informationen aus ihren Militärarchiven bereitzustellen und den Zugang zu Zeugen in abgeriegelten Gebieten zu ermöglichen; fordert die Türkei auf, bei der Verhinderung und Bekämpfung des illegalen Handels und der vorsätzlichen Zerstörung von Kulturerbe mit den maßgeblichen internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, insbesondere mit dem Europarat; verurteilt die wiederholten Versuche der Türkei, türkisch-zyprische Journalisten und progressive Bürger der türkisch-zyprischen Gemeinschaft einzuschüchtern und mundtot zu machen, womit sie ihr Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verletzt;

Zur Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei

37. bekräftigt seine tiefe Überzeugung, dass die Türkei in politischer, wirtschaftlicher, energiepolitischer und außenpolitischer Hinsicht ein Land von strategischer Bedeutung, ein wichtiger Partner für die Stabilität der gesamten Region und ein wichtiger Verbündeter — unter anderem in der NATO — ist; bekräftigt, dass die EU entschlossen ist, auf der Basis von Dialog, Respekt und gegenseitigem Vertrauen sowie im Einklang mit dem Völkerrecht und dem Grundsatz guter nachbarschaftlicher Beziehungen bestmögliche Beziehungen zur Türkei zu unterhalten; fordert, dass die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei auf einer langfristigen Perspektive sowie auf Zusammenarbeit anstatt auf Konfrontation beruhen;

38. ist vor diesem Hintergrund der Auffassung, dass der EU-Beitrittsprozess der Türkei in Ermangelung einer drastischen Kursänderung durch die türkische Regierung unter den derzeitigen Umständen nicht wieder aufgenommen werden kann; fordert die türkische Regierung sowie die Unionsorgane und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, den derzeitigen Stillstand zu überwinden und zu einer engeren, dynamischeren und strategischen Partnerschaft überzugehen; empfiehlt, sich dieser Angelegenheit mit dem höchsten Maß an Verantwortungsbewusstsein und Engagement anzunehmen und einen Reflexionsprozess einzuleiten, um für die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei einen parallelen und realistischen Rahmen zu finden, mit dem die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt werden; fordert die Kommission daher auf, im Wege eines umfassenden und inklusiven Prozesses mögliche Formate für einen Rahmen, der für beide Seiten erstrebenswert ist, etwa eine Aktualisierung des Assoziierungsabkommens, zu prüfen;

39. besteht darauf, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte sowie die gegenseitige Achtung der Souveränität, territorialen Integrität und Minderheitenrechte weiterhin im Mittelpunkt gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der EU und der Türkei stehen sollten und dass die Grundsätze des Völkerrechts und des Multilateralismus ein fester Bestandteil jedes Rahmens für diese Beziehungen sein sollten;

40. würdigt und lobt die demokratischen und proeuropäischen Bestrebungen der Mehrheit der türkischen Gesellschaft (insbesondere der türkischen Jugend), die von der EU nicht im Stich gelassen werden wird; bekundet seine äußerste Entschlossenheit, die Unterstützung für die unabhängige Zivilgesellschaft in der Türkei, einschließlich direkter finanzieller Unterstützung, unter allen Umständen und innerhalb jedes Rahmens für die Beziehungen, der in Zukunft gelten mag, aufrechtzuerhalten und zu verstärken, unter anderem durch die regelmäßige Überwachung der Lage des Rechts auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit in der Türkei und durch den Schutz von Menschenrechtsverteidigern und des schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raums; fordert erneut, das Wissen übereinander und das gegenseitige Verständnis zwischen den Gesellschaften der Türkei und der EU-Mitgliedstaaten zu stärken und zu vertiefen, das kulturelle Wachstum und den soziokulturellen Austausch zu fördern und sämtliche Ausprägungen einer gesellschaftlichen, religiösen, ethnischen oder kulturellen Voreingenommenheit zu bekämpfen; fordert die Türkei und die EU auf, die gemeinsamen Werte zu fördern, indem sie junge Menschen unterstützen, die Teilhabe junger Menschen fördern und auf früheren Erfahrungen bei der Zusammenarbeit in Forschung und Bildung aufbauen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Vereinbarungen über die Assoziierung der Türkei mit Horizont Europa, Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps für den Zeitraum 2021-2027 und fordert die Aufstockung der EU-Unterstützung für diese Programme;

41. bekräftigt seine Unterstützung für eine verbesserte Zollunion mit einem größeren, für beide Seiten vorteilhaften Umfang, die ein breites Spektrum von Bereichen von gemeinsamem Interesse umfassen könnte, einschließlich der Digitalisierung und der Abstimmung mit dem Grünen Deal; beharrt darauf, dass eine solche Modernisierung an strenge Bedingungen im Zusammenhang mit den Menschenrechten und Grundfreiheiten sowie die Einhaltung des Völkerrechts und die Pflege gutnachbarlicher Beziehungen geknüpft werden muss und nur dann in Betracht gezogen werden kann, wenn die Türkei das Zusatzprotokoll vollständig umsetzt und das Abkommen von Ankara vorbehaltlos und diskriminierungsfrei auf alle Mitgliedstaaten ausweitet; betont, dass sich beide Parteien dieser demokratischen Konditionalität von Beginn der Verhandlungen an voll und ganz bewusst sein müssen, da das Parlament seine Zustimmung zu der endgültigen Vereinbarung nicht erteilen wird, wenn in diesen Bereichen keine Fortschritte erzielt werden; bedauert, dass die Zollunion in ihrer jetzigen Form ihr volles Potenzial erst dann entfalten kann, wenn die Türkei das Zusatzprotokoll gegenüber allen Mitgliedstaaten in nichtdiskriminierender Weise vollständig und wirksam umsetzt; ist weiterhin bereit, Visaliberalisierungen voranzubringen, sobald die staatlichen Stellen der Türkei die sechs verbleibenden Kriterien wirksam und in nicht diskriminierender Weise gegenüber allen Mitgliedstaaten erfüllen; bedauert zutiefst, dass die staatlichen Stellen der Türkei immer wieder versuchen, die EU dafür verantwortlich zu machen, dass keine Fortschritte bei diesem Dossier erzielt werden, während sie keine erforderlichen Schritte unternehmen, um die sechs Kriterien zu erfüllen; legt den Mitgliedstaaten nahe, Maßnahmen zur Einführung eines beschleunigten Visumverfahrens für türkische Erasmus-Studenten zu treffen;

o

o o

42. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Präsidenten des Europäischen Rates sowie dem Rat und der Kommission zu übermitteln zu übermitteln; fordert, dass diese Entschließung ins Türkische übersetzt und an den Präsidenten, die Regierung und das Parlament der Republik Türkei weitergeleitet wird.

C/2024/1761

22.3.2024

P9_TA(2023)0321

Beziehungen zu Belarus

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 2023 über die Beziehungen zu Belarus (2023/2041(INI))

(C/2024/1761)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf seine vorangegangenen Entschließungen zu Belarus,

— unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 12. Oktober 2020 und 21. und 22. Oktober 2021 zu Belarus,

— unter Hinweis auf die am 15. Dezember 2021 in Brüssel auf dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft abgegebene Gemeinsame Erklärung,

— unter Hinweis auf die Erklärung der Außenminister der G7 vom 4. November 2022 zu Belarus,

— unter Hinweis auf die Erklärung des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, vom 3. März 2023 zur Verurteilung von Ales Bjaljazki und anderen Menschenrechtsverteidigern, sowie auf die Erklärung des Hohen Vertreters vom 17. Januar 2023 zu den Verfahren gegen Oppositionsführer und Journalisten in Belarus,

— unter Hinweis auf die Berichte der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Menschenrechtssituation in Belarus, Anaïs Marin, vom 4. Mai 2022 und vom 20. Juli 2022 an den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, auf die Forderung von Sachverständigen der Vereinten Nationen vom 10. Oktober 2022 nach der sofortigen Freilassung des inhaftierten Friedensnobelpreisträgers Ales Bjaljazki und anderer Menschenrechtsverteidiger in Belarus und auf die Stellungnahme der Sprecherin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Ravina Shamdasani, vom 3. März 2023 zur Verurteilung von Menschenrechtsverteidigern in Belarus,

— unter Hinweis darauf, dass sich Belarus am 25. August 1991 von der Sowjetunion unabhängig erklärt hat,

— unter Hinweis darauf, dass die Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik am 27. Juli 1990 ihre staatliche Souveränität erklärt hat,

— unter Hinweis auf die am 10. Dezember 1991 vom Obersten Rat von Belarus ratifizierten Belawescher Vereinbarungen, in denen das Erlöschen der staatlichen Existenz der Sowjetunion proklamiert wurde,

— unter Hinweis auf die am 15. März 1994 verabschiedete Verfassung der Republik Belarus,

— unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Charta der Vereinten Nationen, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe und alle anderen Menschenrechtsübereinkommen, denen Belarus beigetreten ist,

— unter Hinweis auf die am 25. Juni 1993 angenommene Erklärung und das Aktionsprogramm von Wien,

— unter Hinweis auf den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen,

— unter Hinweis auf das Budapester Memorandum über Sicherheitsgarantien,

— unter Hinweis auf den Weltbericht 2022 von Human Rights Watch zu Belarus,

— unter Hinweis auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität,

— unter Hinweis auf den am 28. Juni 2022 angenommenen zweiten Evaluierungsbericht der Expertengruppe des Europarats für die Bekämpfung des Menschenhandels über die Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels durch Belarus,

— unter Hinweis auf die Berichte der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte vom 4. März 2022 und vom 3. Februar 2023 über die Lage der Menschenrechte in Belarus vor und nach der Präsidentschaftswahl von 2020,

— unter Hinweis auf den am 11. Mai 2023 im Rahmen des Moskauer Mechanismus der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vorgelegten Bericht über die erhebliche Bedrohung der menschlichen Dimension der OSZE in Belarus seit dem 5. November 2020,

— unter Hinweis auf den Untersuchungsbericht über die Erkundungsmission der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation vom Juli 2022 mit dem Titel „Event involving Ryanair flight FR4978 in Belarus airspace on 23 May 2021“ (Über das Geschehen im Zusammenhang mit Ryanair-Flug FR4978 im Luftraum von Belarus am 23. Mai 2021),

— unter Hinweis auf die Entschließung 2495 (2023) der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vom 27. April 2023 mit dem Titel „Deportations and forcible transfers of Ukrainian children and other civilians to the Russian Federation or to temporarily occupied Ukrainian territories: create conditions for their safe return, stop these crimes and punish the perpetrators“ (Vertreibung und zwangsweise Überführung von ukrainischen Kindern und anderen Zivilpersonen in die Russische Föderation oder in vorübergehend besetzte Gebiete der Ukraine — Schaffung von Bedingungen für ihre sichere Rückkehr, Einstellung dieser Verbrechen und Bestrafung der Täter),

— unter Hinweis auf den Beschluss GB.347/INS/14(Rev.1) der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) vom 20. März 2023 und ihre Resolution vom 12. Juni 2023 über die vom Verwaltungsrat gemäß Artikel 33 der Verfassung der IAO empfohlenen Maßnahmen,

— gestützt auf Artikel 54 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A9-0258/2023),

A. in der Erwägung, dass drei Jahre nach der von Betrug geprägten Präsidentschaftswahl vom 9. August 2020 das illegitime Regime von Aljaksandr Lukaschenka seine Repressionen verschärft, die sich gegen die Bevölkerung von Belarus richten und sämtliche Teile der Gesellschaft, darunter auch schutzbedürftige und marginalisierte Personen, betreffen; in der Erwägung, dass die Gerichte des Landes über 3 000 Personen wegen politisch motivierter Anklagepunkte zu unterschiedlichen Strafen verurteilt haben und nach wie vor über 1 500 Personen aus politischen Gründen inhaftiert sind, während Tausende von anderen unter Folter gezwungen wurden, nicht anzugeben, dass sie einen solchen Status haben und unter dem ständigen Druck von Einschüchterung, Drohungen, möglicher Verhaftung und erfundener Anklagepunkte leben; in der Erwägung, dass das Lukaschenka-Regime Hunderte politisch motivierte Urteile wegen Straften vollstrecken ließ, wobei es auch fast 100 belarussischen Rechtsanwälten die Zulassung entziehen, Hunderte Medien schließen und über 1 000 nichtstaatliche Organisationen aus dem Vereinsregister löschen ließ; in der Erwägung, dass sich zahlreiche Medienunternehmer und Journalisten gezwungen sahen, Belarus zu verlassen und ihre Tätigkeit aus dem Exil, vor allem in Litauen und Polen, fortzuführen; in der Erwägung, dass mehr als 30 Journalisten und Medienschaffende nach wie vor wegen fadenscheiniger Anklagepunkte inhaftiert sind; in der Erwägung, dass vier große unabhängige Gewerkschaften und der Belarussische Kongress der demokratischen Gewerkschaften verboten wurden und mindestens 14 ihrer Anführer und Mitglieder verhaftet wurden; in der Erwägung, dass aus der Haft entlassene politische Gefangene massiv diskriminiert werden, da das Regime es ihnen untersagt, sich frei zu bewegen, und ihren Zugang zum Arbeitsmarkt, zu ihren Bankkonten und zu anderen finanziellen Vermögenswerten unterbindet; in der Erwägung, dass die Maßnahmen des Regimes und die Verweigerung von medizinischer Betreuung und rechtlicher Unterstützung zum Tod von politischen Gefangenen, darunter Witold Aschurak, Dsmitry Dudojz, Aljaksandr Wichor, Mikalaj Klimowitsch, Dsmitry Sarokin und Ales Puschkin, geführt haben; in der Erwägung, dass allein in den vergangenen Jahren rund 300 000 Belarussen aus dem Land geflohen sind, weil sie fürchten, dass sie ein ähnliches Schicksal ereilen könnte,

B. in der Erwägung, dass in den Berichten des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte über die Lage in Belarus die Unterdrückung durch das Lukaschenka-Regime mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit verglichen wird;

C. in der Erwägung, dass im Mai bzw. Juni 2023 drei Jahre vergangen sind, seit der belarussische oppositionelle Blogger Sjarhej Zichanouski und Wiktar Babaryka wegen politisch motivierter Anschuldigungen festgenommen wurden, die erhoben wurden, als sie bei der belarussischen Präsidentschaftswahl kandidieren wollten; in der Erwägung, dass Palina Scharenda-Panassjuk, politische Gefangene und engagiertes Mitglied der Bürgerbewegung für ein europäisches Belarus, sich entschlossen hat, ihre belarussische Staatsangehörigkeit aufzugeben, um gegen ihre grausamen Haftbedingungen zu protestieren, nach der Einreichung eines formellen Antrags abgeführt wurde, um sie einer psychiatrischen Untersuchung zu unterziehen, und ihr Verbleib seitdem unbekannt ist;

D. in der Erwägung, dass in Belarus mindestens 1 300 Kinder mit Behinderungen in Heimen untergebracht sind, in denen Probleme in Bezug auf eine angemessene Diagnose, Bildung und die Wiedereingliederung in die Gesellschaft bestehen und es an Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit und an Transparenz mangelt;

E. in der Erwägung, dass die internationale Gemeinschaft, so auch die Union und ihre Mitgliedstaaten, die Ergebnisse der von Betrug geprägten Präsidentschaftswahl nicht anerkannt haben und Aljaksandr Lukaschenka nicht als Präsidenten von Belarus anerkennen; in der Erwägung, dass die belarussischen Staatsorgane nach der von Betrug geprägten Präsidentschaftswahl nichts unternommen haben, um auf die zahlreichen Vorwürfe von Folter und sonstigen Misshandlungen friedlicher Demonstranten durch Strafverfolgungsbeamte im August 2020 konkrete Ermittlungen folgen zu lassen;

F. in der Erwägung, dass das Regime beseitigt, was in dem Land noch an politischem Pluralismus geblieben ist, unter anderem durch die anstehende „erneute Registrierung" politischer Parteien, die die Abschaffung sämtlicher Parteien außer derjenigen, die das Regime unterstützen, zur Folge haben dürfte; in der Erwägung, dass mit der neuen Verfassung vom Februar 2022 neue undemokratische Institutionen geschaffen werden, die dem alleinigen Zweck dienen, dem Regime die Herrschaft zu sichern, und dem Parlament endgültig jedes Mitspracherecht im politischen Prozess entziehen;

G. in der Erwägung, dass im Januar 2022 Änderungen des Strafgesetzbuchs von Belarus in Kraft getreten sind, mit denen der Straftatbestand der Beteiligung an Tätigkeiten nicht registrierter Organisationen wieder eingeführt wurde; in der Erwägung, dass in dem Land derzeit keine Menschenrechtsorganisationen rechtmäßig tätig sind; in der Erwägung, dass im Mai 2022 weitere Änderungen des Strafgesetzbuchs in Kraft getreten sind, aufgrund deren die Staatsorgane die Verhängung der Todesstrafe auf versuchte terroristische Handlungen ausgeweitet haben, ein Anklagepunkt, der zuvor in Gerichtsverfahren gegen politisch engagierte Bürger erhoben wurde; in der Erwägung, dass Aljaksandr Lukaschenka im Juli 2022 Rechtsvorschriften unterzeichnete, die Ermittlungen und Gerichtsverfahren in Abwesenheit gemäß 48 Artikeln des Strafgesetzbuchs ermöglichen; in der Erwägung, dass das Lukaschenka-Regime im Januar 2023 ein Gesetz erlassen hat, mit dem Personen im Exil, denen es Straftaten mit Bezug zu sogenanntem Extremismus zur Last legt, die Staatsangehörigkeit entzogen wird, und dass die entsprechende Liste inzwischen über 2 000 Personen umfasst;

H. in der Erwägung, dass das Lukaschenka-Regime die Souveränität von Belarus gefährlich aushöhlt, indem es das Land zu einem Satellitenstaat Russlands macht und hinnimmt, dass es von Russland in den sogenannten Unionsstaat eingegliedert wird, wodurch die Gefahr einer unmittelbaren Besetzung außerordentlich hoch ist; in der Erwägung, dass Lukaschenka einen Unionsstaatspakt zwischen Belarus, Russland und Kasachstan über die gemeinsame Nutzung von Kernwaffen vorgeschlagen hat;

I. in der Erwägung, dass das Lukaschenka-Regime sein gegen Ausprägungen der nationalen Identität des belarussischen Volkes, darunter dessen Sprache und Kultur, gerichtetes Zerstörungswerk fortsetzt; in der Erwägung, dass es eine aggressive Russifizierungspolitik betreibt, etwa durch willkürliche Inhaftierungen und durch eine besonders brutale Behandlung von im Bereich Kultur tätigen Persönlichkeiten, darunter Schriftsteller, Künstler und Musiker, sowie durch das Verbot nationaler und historischer Symbole von Belarus, etwa der weiß-rot-weißen Flagge und des Pahonja-Wappens, und durch die Schließung von Verlagen, Privatschulen und die Einstellung von Belarussisch-Sprachkursen;

J. in der Erwägung, dass das Lukaschenka-Regime ethnische, religiöse und sexuelle Minderheiten, insbesondere die litauische und die polnische ethnische Gemeinschaft, durch die Verfolgung ihrer führenden Mitglieder wie Andrzej Poczobut, die Schließung litauischer und polnischer Bildungseinrichtungen, die Abschaffung der Bildung in den Sprachen dieser Volksgruppen und die Zerstörung polnischer Gedenkfriedhöfe weiter marginalisiert; in der Erwägung, dass es die Unterdrückung von Religionsgemeinschaften und Gläubigen unter Verstoß gegen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit fortsetzt; in der Erwägung, dass zahlreiche römisch-katholische, protestantische, orthodoxe und griechisch-katholische Priester und Pastoren verschiedenen Formen der strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt sind, die von Geldstrafen bis hin zu langen Haftstrafen reichen; in der Erwägung, dass die Belarussische Orthodoxe Kirche in vielen Fällen den Interessen des Regimes dient, auch durch die Unterstützung des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine; in der Erwägung, dass der verstorbene Erzbischof von Hrodna, Arzemij Kischtschanka, der als einziger Hierarch der Moskau unterstehenden Belarussischen Orthodoxen Kirche — d. h. des Belarussischen Exarchats — die vom Lukaschenka-Regime im Jahr 2020 gegen friedliche Demonstranten verübte Gewalt anprangerte, in den Ruhestand versetzt wurde und im Ruhestand Schikanen ausgesetzt war, die seiner Gesundheit abträglich waren und zu seinem vorzeitigen Ableben führten;

K. in der Erwägung, dass LGBTI-Personen in Belarus nach wie vor systematischer Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt sind; in der Erwägung, dass Belarus möglicherweise ähnliche Rechtsvorschriften über „LGBTI-Propaganda" wie Russland einführen wird; in der Erwägung, dass Belarussen, die in Russland leben, arbeiten oder dort Zuflucht suchen, zu denjenigen gehören, die der transnationalen Repression durch die belarussischen Staatsorgane am stärksten ausgesetzt sind;

L. in der Erwägung, dass die belarussischen Staatsorgane häufig auf Überwachung, Online-Zensur und Desinformation zurückgreifen und dabei Technologien zur Kontrolle der Bevölkerung einsetzen; in der Erwägung, dass eine dermaßen repressive Praxis einen weiteren Schritt hin zu digitalem Autoritarismus und zur Unterdrückung der Ausübung der digitalen Rechte von Personen in Belarus darstellt, was dazu führt, dass die Bürger immer stärker eingeschüchtert werden und der Raum für die Zivilgesellschaft immer kleiner wird;

M. in der Erwägung, dass Belarus im Oktober 2022 mit Wirkung vom 8. Februar 2023 von dem Ersten Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zurückgetreten ist, wodurch das Mandat des Menschenrechtsausschusses der Vereinten Nationen für die Entgegennahme und Prüfung von Menschenrechtsbeschwerden von Einzelpersonen in Belarus außer Kraft gesetzt wurde; in der Erwägung, dass dadurch den Belarussen kein internationaler Schutz mehr zur Verfügung steht, da weder der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen noch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in der Lage sind, die Beschwerden von Belarussen zu prüfen;

N. in der Erwägung, dass das illegitime Lukaschenka-Regime den ungerechtfertigten Angriffskrieg und die Kriegsverbrechen Russlands gegen die Ukraine tatkräftig unterstützt und sich uneingeschränkt mitschuldig gemacht hat; in der Erwägung, dass das Regime die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine unmittelbar ermöglicht und unterstützt, wie die Umleitung des Ryanair-Fluges FR4978 im Mai 2021 und die Ankündigung, die von Russland unterstützte terroristische Organisation, die Gruppe Wagner, aufzunehmen, gezeigt haben; in der Erwägung, dass sich die Mehrheit der Belarussen gegen die Beteiligung ihres Landes an diesem Krieg ausspricht und diese Haltung dadurch unter Beweis gestellt hat, dass friedliche Proteste organisiert wurden, die zu Festnahmen und zu Fehlverhalten der Polizei führten, dass der Transport von Ausrüstung der Streitkräfte Russlands sabotiert wird und dass sich Belarussen belarussischen Kampfverbänden, die an der Seite der Streitkräfte der Ukraine kämpfen, anschließen oder diese Verbände unterstützen; in der Erwägung, dass Belarus das einzige Land in Europa und Zentralasien ist, in dem die Todesstrafe vollstreckt wird, und diese Tatsache abschreckende Wirkung entfaltet, was jeglichen Widerstand gegen die Mitwirkung von Belarus am Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine anbelangt; in der Erwägung, dass die Mittäterschaft des Lukaschenka-Regimes in dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine von der Union und der NATO entschieden verurteilt wurde und zu einer gemeinsamen Herangehensweise beider Organisationen geführt hat, die auf ähnlichen oder sogar gemeinsam erstellten Bewertungen beruht, und dass die Zusammenarbeit zwischen der Union der NATO entsprechend gestärkt werden muss;

O. in der Erwägung, dass die Parlamentarische Versammlung des Europarates am 27. April 2023 die Deportation, Umerziehung und Russifizierung ukrainischer Kinder, von denen einige in das Lager Dubrawa verbracht wurden, das sich im Eigentum von Belaruskali befindet, einstimmig angeprangert hat; in der Erwägung, dass diese Verbrechen, an denen das Lukaschenka-Regime beteiligt ist, Völkermord gleichkommen können;

P. in der Erwägung, dass das Lukaschenka-Regime eine unmittelbare Bedrohung für die Union und die Sicherheit ihrer Bürger darstellt; in der Erwägung, dass diese Bedrohung daran deutlich wird, dass das Regime die Stationierung taktischer Kernwaffen Russlands in seinem Hoheitsgebiet zulässt, sich weigert, die Anforderungen an die nukleare Sicherheit im belarussischen Kernkraftwerk (KKW) in Astrawez umzusetzen, in einer koordinierten Aktion ein Zivilflugzeug (Ryanair-Flug FR4978) entführt hat, Migration und Menschenhandel ununterbrochen instrumentalisiert, seit August 2020 aggressive kriegerische Äußerungen tätigt und durch ständige gemeinsame Manöver die zunehmende Präsenz der Streitkräfte Russlands in Belarus fördert;

Q. in der Erwägung, dass das Lukaschenka-Regime nach wie vor Migranten aus Staaten außerhalb der Union über die Grenze des Landes nach Lettland, Litauen und Polen zwingt; in der Erwägung, dass Migranten in Belarus von Grenzschutz- und weiteren Beamten gefoltert und auf andere Weise misshandelt werden, auf Hindernisse bei der Beantragung von Asyl stoßen und an der Grenze zurückgewiesen werden;

R. in der Erwägung, dass die demokratischen Kräfte von Belarus unter der Führung von Swjatlana Zichanouskaja über eine gut etablierte Struktur verfügen, die international mehr und mehr Anerkennung findet, darunter auch das unlängst gebildete Vereinigte Übergangskabinett, der erneuerte Koordinierungsrat und die Mission des Demokratischen Belarus in Brüssel; in der Erwägung, dass dem Vereinigten Übergangskabinett, Angehörigen der Diaspora verschiedener demokratischer Oppositionsparteien und anderen Belarussen große Bedeutung bei der kontinuierlichen tatkräftigen Unterstützung politischer Gefangener, ihrer Familien und noch in Belarus lebender engagierter Bürger zukommt;

S. in der Erwägung, dass Swjatlana Zichanouskaja und die Anführer demokratischer politischer Parteien die europäischen Bestrebungen der Belarussen öffentlich kundgetan haben;

T. in der Erwägung, dass die Union und ihre Mitgliedstaaten als Reaktion auf die anhaltende Repression eine Reihe restriktiver Maßnahmen gegen das Lukaschenka-Regime, darunter Sanktionen gegen 195 Einzelpersonen und 34 Organisationen, die unmittelbar an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind und das Regime unterstützen, ergriffen haben; in der Erwägung, dass die Union und ihre Mitgliedstaaten über 100 Mio. EUR zur Unterstützung der Bevölkerung von Belarus und seiner demokratischen Bestrebungen bereitgestellt haben;

U. in der Erwägung, dass das Lukaschenka-Regime die Auswirkungen der Sanktionen der Staaten des Westens auf Belarus eindämmt, indem es die Hilfe Russlands in Anspruch nimmt — etwa durch die Nutzung der Transport- und Hafeninfrastruktur des Landes für die Ausfuhr belarussischer Waren, einen bevorzugten Zugang zum Markt Russlands und den Aufschub von Schuldenzahlungen an Russland — und die Sanktionen umgeht;

V. in der Erwägung, dass sich das BIP von Belarus infolge der Sanktionen der Staaten des Westens im Jahr 2022 um 4,7 % verringerte — ein Rückgang, der nur halb so stark ausfiel wie erwartet; in der Erwägung, dass die Einfuhren der Union aus Belarus im Jahr 2022 im Vergleich zu den Vorjahren um mehr als die Hälfte zurückgegangen sind, wobei ihr Wert von 6,54 Mrd. EUR im Jahr 2021 auf 3,19 Mrd. EUR gesunken ist; in der Erwägung, dass die Ausfuhren von Belarus nach Russland um mehr als 40 % von 16,3 Mrd. USD im Jahr 2021 auf 23 Mrd. USD im Jahr 2022 gestiegen sind; in der Erwägung, dass sich die Ausfuhren von Belarus nach China im Jahr 2022 fast verdoppelt haben;

W. in der Erwägung, dass das Lukaschenka-Regime das Modell der Planwirtschaft aus der Sowjetzeit wieder einführt, insbesondere indem es die Einzelhandelspreise reguliert, die industrielle Produktion staatlicher Unternehmen auf einem hohen Niveau hält, auch wenn es keine Nachfrage gibt, und scharf gegen Privatunternehmen vorgeht, unter anderem indem es ausländischen Investoren die Veräußerung ihrer Anteile an Unternehmen in Belarus untersagt und Vorschriften erlässt, die die Einziehung von Privateigentum ermöglichen; in der Erwägung, dass Belarus die wichtigsten Erkenntnisse einer Untersuchungskommission der IAO aus dem Jahr 2004 nicht befolgt und dass das Lukaschenka-Regime nach wie vor Gewerkschafter verfolgt;

X. in der Erwägung, dass dank der Unterstützung der Union Hunderte von Belarussen derzeit Stipendien erhalten und viele weitere an Online-Schulungen teilnehmen, um ihre beruflichen Fähigkeiten zu stärken, und dass sie an Maßnahmen zum beruflichen Austausch teilnehmen sollen;

Anhaltende Repressionen durch das Lukaschenka-Regime und Unterstützung der Union für von Repressionen betroffene Personen

1. verurteilt auf das Schärfste die fortwährende unverminderte Unterdrückung und die anhaltenden systematischen und weitverbreiteten Menschenrechtsverletzungen durch das Lukaschenka-Regime, darunter auch die zahlreichen Fälle von Misshandlung und Folter sowie die Anwendung der Isolationshaft und die unangemessene medizinische Versorgung politischer Gefangener und anderer Personen, die aus politischen Gründen verfolgt werden, beispielsweise Journalisten, Menschenrechtsverteidiger, unabhängige Gewerkschafter und andere; verurteilt gleichermaßen, dass diese Personen durch die gezielte Verhaftung und Verurteilung von Angehörigen und den Entzug der Zulassung von Rechtsanwälten unter Druck gesetzt werden; bekräftigt seine Solidaritätsbekundung an die mutige Bevölkerung von Belarus und die Mitglieder von Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für ein souveränes, freies und demokratisches Belarus einsetzen, in dem Recht und Frieden herrschen und die Menschenrechte geachtet werden, und die dabei ihre Freiheit und ihr Leben aufs Spiel setzen;

2. fordert, dass das Lukaschenka-Regime die Spirale der Gewalt, Folter, Unterdrückung und Propaganda gegen abweichende Stimmen und vermeintliche Kritiker beendet, sämtliche politischen Gefangenen und deren Familienmitglieder und sämtliche willkürlich inhaftierten Personen sofort und bedingungslos freilässt, eine umfassende Amnestie für alle Personen erlässt, die seit 2020 aus politischen Gründen verhaftet wurden, und nach der Organisation einer freien und fairen Wahl eine friedliche Machtübergabe ermöglicht;

3. fordert die Staatsorgane von Belarus auf, den grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Bedingungen in der Haft und Untersuchungshaft für politische Gefangene, einschließlich der Verweigerung medizinischer Behandlung und grundlegender Hygieneprodukte und des Zugangs zu Rechtsanwälten und Familienangehörigen, umgehend ein Ende zu setzen; verurteilt die Praxis von „Kettenverhaftungen“ bzw. der ungerechtfertigten Verlängerung der Untersuchungshaft wegen geringfügiger Vergehen oder erfundener Anschuldigungen wegen „Extremismus“; ist zutiefst besorgt darüber, dass die inhaftierten Führungspersönlichkeiten der demokratischen Opposition Wiktar Babaryka und Maryja Kalesnikawa ohne Angaben zu ihrem Gesundheitszustand heimlich ins Krankenhaus gebracht wurden; ist gleichermaßen besorgt darüber, dass seit langer Zeit Informationen über das Schicksal der Oppositionspolitiker Sjarhej Zichanouski, Mikalaj Statkewitsch und Maksim Snak, der Journalisten Ihar Lossik, Kazjaryna Bachwalawa (Deckname Andrejewa) und Andrzej Poczobut, der auch einer der Anführer der polnischen Minderheit in Belarus ist, und der in der zivilgesellschaftlichen Bewegung „Europäisches Belarus“ engagierten Bürgerin Palina Scharenda-Panassjuk fehlen;

4. fordert das Lukaschenka-Regime auf, den politischen Gefangenen mit schweren Krankheiten und Gesundheitsproblemen umgehend die notwendige medizinische Behandlung zukommen zu lassen und eine angemessene ärztliche Kontrolle dieser Personen zu garantieren, darunter Maryja Kalesnikawa, Wiktar Babaryka, Ales Bjaljazki, Ryhor Kastussjou, Iryna Melcher, Halina Dzierbysz, Henads Fjadynitsch, Marfa Rabkowa, Wassil Berasnjou, Wjatschaslau Areschka, Uladsimir Hundar, Uladsimir Mazkewitsch, Mikalaj Statkewitsch, Alena Hnauk, Andrej Wojnitsch, Aljaksandr Fjaduta, Mikita Salatarou, Dsmitry Salomski, Aljaksej Hubitsch, Wadsim Hurman, Antanina Kanawalawa, Andrej Skurko, Darja Afanassjewa, Arsenij Majsejtschyk, Ihar Minz, Pawel Hantscharyk, Sjarhej Batura, Wjatschaslau Daschkewitsch, Daniil Kaszjukewitsch, Michail Chamizewitsch, Palina Scharenda-Panassjuk, Andrzej Poczobut, Xenija Luzkina, Maryna Markewitsch, Jauhen Ljulkowitsch, Wolha Zybulskaja, Wolha Salatar, Arzjom Bajarski, Pawel Kutschynski, Uladsimir Malachouski, Ruslan Sluzki, Alena Mauschuk, Laryssa Kusmenka, Kiryl Paltscheuski, Juryj Pracharenka, Sjarhej Weraschtschahin, Wjatschaslau Raharaschtschuk, Aljaksandr Kapschul, Raman Karanewitsch, Wital Melnik, Aksana Sarezkaja und Wiktoryja Kulscha;

5. fordert die Staatsorgane von Belarus auf, Diplomaten und internationalen Organisationen, einschließlich unabhängiger medizinischer Stiftungen, insbesondere dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), die Möglichkeit zu geben, politische Gefangene zu besuchen, um ihren Zustand beurteilen und Hilfe leisten zu können; fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten der Union und internationale Einrichtungen wie das IKRK und das UNICEF auf, auch künftig systematische und umfassende Unterstützung für belarussische politische Gefangene und ihre Familienmitglieder, die sich in einer prekären finanziellen Lage befinden, sowie für politische Gefangene, die ihre Strafe verbüßt haben, bereitzustellen, auch durch finanzielle Mittel und Unterstützung bei der medizinischen und psychologischen Rehabilitation;

6. fordert, dass der Tod politischer Gefangener in Gewahrsam des Regimes und der Tod des engagierten Bürgers Raman Bandarenka im November 2020 infolge einer mutmaßlich von Polizisten in Zivilkleidung oder deren Handlangern begangenen brutalen Prügelattacke unabhängig untersucht werden und ein Sachverständigenbericht darüber erstellt wird;

7. fordert das Lukaschenka-Regime auf, jede Art von Belästigung, auch von ehemaligen politischen Gefangenen, die inzwischen freigelassen wurden, zu unterlassen; fordert das Regime nachdrücklich auf, es diesen ehemaligen Gefangenen zu ermöglichen, ein freies Leben zu führen, und ihnen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt, zum gesellschaftlichen Leben sowie zu ihren Bankkonten und zu ihrem Vermögen zu gewähren; ist zutiefst besorgt darüber, dass insbesondere Zulieferer großer Unternehmen mit Sitz in der Union Häftlinge in belarussischen Strafkolonien Zwangsarbeit verrichten lassen; fordert alle Unternehmen mit Sitz in der Union auf, ihre Beziehungen zu belarussischen Lieferanten, die in ihren Lieferketten Zwangsarbeit einsetzen, zu beenden, auch zu jenen, die noch nicht restriktiven Maßnahmen unterliegen, und fordert den Rat auf, Sanktionen gegen belarussische Unternehmen zu verhängen, die in ihren Lieferketten Zwangsarbeit einsetzen; begrüßt, dass die IAO kürzlich eine Resolution zu den vom Verwaltungsrat gemäß Artikel 33 der Verfassung der IAO empfohlenen Maßnahmen in Bezug auf die systematische Verletzung der Vereinigungsfreiheit, die Unterdrückung der demokratischen Gewerkschaftsbewegung und die anhaltende Verfolgung der Anführer und aktiven Mitglieder unabhängiger Gewerkschaften durch Belarus angenommen hat, und fordert die IAO-Mitgliedsländer auf, entsprechend zu handeln;

8. bekräftigt, dass der am 28. Januar 2021 vom Lukaschenka-Regime angekündigte einseitige Rückzug aus der Politik für die Östliche Partnerschaft keine Legitimität hat, da darin nicht der wahre Wille der Bevölkerung von Belarus und deren Streben nach einem freien und demokratischen Staat zum Ausdruck kommen;

9. verurteilt erneut den Beschluss des Lukaschenka-Regimes, mit dem Belarus von dem Übereinkommen von Aarhus zurückgetreten ist, einem internationalen Übereinkommen zur Einführung des Menschenrechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt;

10. fordert die Organe der Union und ihre Mitgliedstaaten auf, die Möglichkeit zu prüfen, Vertretern der belarussischen demokratischen Kräfte — insbesondere Swjatlana Zichanouskaja als der legitimen Vertreterin des belarussischen Volkes — und der Zivilgesellschaft zu gestatten, in bilateralen und multilateralen Foren, insbesondere im Rahmen der Politik für die Östliche Partnerschaft, die zuvor von Vertretern der belarussischen Staatsorgane besetzten leeren Plätze einzunehmen; fordert die Kommission auf, unabhängige, nicht mit dem Regime verbundene belarussische Sachverständige als nationale Vertreter für Belarus in Kooperationsprogramme wie EU4Climate, EU4Environment und andere Initiativen einzubeziehen; fordert den Rat (Auswärtige Angelegenheiten) auf, eine ständige Einladung an Swjatlana Zichanouskaja als Vorsitzende des belarussischen Vereinigten Übergangskabinetts zur Teilnahme an allen seinen Sitzungen, die Belarus betreffen, auszusprechen; fordert die Staats- und Regierungsoberhäupter der Mitgliedstaaten und die politischen Entscheidungsträger der anderen Staaten, die an der Europäischen Politischen Gemeinschaft beteiligt sind, auf, die belarussischen demokratischen Kräfte in die Europäische Politische Gemeinschaft aufzunehmen, etwa durch Zuerkennung des Beobachterstatus;

11. prangert die politisch motivierten Schauprozesse und erfundenen Anklagepunkte an, in bzw. mit denen Vertreter und Unterstützer der demokratischen Kräfte, die Zivilgesellschaft, unabhängige Medien, freie Gewerkschaften, Menschenrechtsverteidiger sowie nationale, religiöse und sexuelle Minderheiten eingeschüchtert werden sollen; verurteilt die Entscheidung der belarussischen Staatsorgane vom 23. August 2023, das bekannte Menschenrechtszentrum Wjasna und all seine Zweigstellen zu einer „extremistischen Organisation“ zu erklären, und fordert, dass der Vorsitzende und Gründer, Friedensnobelpreisträger und Sacharow-Preisträger Ales Bjaljazki sowie seine Kollegen Waljanzin Stefanowitsch, Uladsimir Labkowitsch, Marfa Rabkowa und Andrej Tschapjuk umgehend freigelassen werden; brandmarkt zudem, dass auf der Grundlage fadenscheiniger Anklagepunkte wie „Verschwörung zur Machtergreifung“ oder „Bildung extremistischer Organisationen“ Henads Fjadynitsch, Wassil Berasnjou, Wjatschaslau Areschka, Maryna Solatawa und Ljudmila Tschekinazu zu langen Haftstrafen sowie führende Persönlichkeiten der demokratischen Kräfte wie Swjatlana Zichanouskaja, Pawel Latuschka, Maryja Maros, Wolha Kawalkowa, Sjarhej Dyleuski, Waleryj Zapkala, Szjapan Puzila und Jan Rudsik in Abwesenheit verurteilt wurden; verurteilt, dass die Anführer der demokratischen Opposition Pawel Sewjarynez und Mikalaj Statkewitsch immer noch inhaftiert sind; verurteilt, dass das Lukaschenka-Regime Handlungen der grenzüberschreitenden Repression gegen Belarussen im Ausland ausführt und dass Russland derlei Handlungen ermöglicht und tatkräftig daran mitwirkt; fordert das Regime nachdrücklich auf, mit sofortiger Wirkung davon abzusehen, als Strafmaßnahme für die Beteiligung an Protesten oder politische Betätigung Eltern das Sorgerecht für ihre Kinder zu entziehen oder ihnen diese Maßnahme anzudrohen; fordert den Rat und die Kommission auf, neue Wege zu ermitteln, um auf die Freilassung aller politischen Gefangenen in Belarus hinzuwirken;

12. fordert die Staatsorgane von Belarus nachdrücklich auf, als ersten Schritt zur vollständigen und endgültigen Abschaffung der Todesstrafe alle Todesurteile sofort in andere Strafen umzuwandeln und ein sofortiges Moratorium für die Vollstreckung der Todesstrafe zu erlassen;

13. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, es Menschenrechtsverteidigern, Rechtsanwälten und Organisationen der Zivilgesellschaft auch künftig zu ermöglichen, Dienste für politische Gefangene und ihre Familien zu erbringen, insbesondere in den Bereichen der sozialen Hilfe, der Gesundheitsversorgung und der Verteidigung in Gerichtsverfahren; fordert die Diplomaten der Union und ihrer Mitgliedstaaten auf, trotz der bestehenden Schwierigkeiten mit Vertretern der Zivilgesellschaft und mit Menschenrechtsverteidigern, unabhängigen Medien, prodemokratischen Gruppen und den Familien politischer Gefangener in Belarus zusammenzuarbeiten und sie zu unterstützen;

14. fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und den Europäischen Auswärtigen Dienst auf, mit internationalen Partnern wie dem Moskauer Mechanismus der OSZE und dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen sowie Menschenrechtsverteidigern und den Vertretern der Zivilgesellschaft vor Ort bei der Beobachtung und Dokumentation der in Belarus stattfindenden schweren Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Berichterstattung darüber zusammenzuarbeiten, damit die Täter anschließend zur Rechenschaft gezogen werden können und den Opfern Gerechtigkeit widerfährt; hebt die wertvolle Arbeit nichtstaatlicher Organisationen innerhalb und außerhalb von Belarus hervor, die Fälle von Folter dokumentieren und somit eine wichtige Grundlage für die künftige strafrechtliche Verfolgung der vom Lukaschenka-Regime begangenen Verbrechen schaffen; bekräftigt seine Unterstützung für die Internationale Plattform für Rechenschaftspflicht in Belarus;

15. bekräftigt seine Forderung an die Mitgliedstaaten der Union, nach den anerkannten Grundsätzen der extraterritorialen und universellen Gerichtsbarkeit die Voraussetzungen für die strafrechtliche Verfolgung derjenigen belarussischen Amtsträger zu schaffen, die für Wahlbetrug, schwere Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich sind oder Beihilfe dazu geleistet haben; schließt sich der Forderung des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte an alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen an, in Erwägung zu ziehen, auf diese Weise darauf hinzuarbeiten, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden können; spricht sich dafür aus, die Gespräche über die mögliche Einrichtung eines internationalen Gerichtshofs in Den Haag zur Ahndung von Menschenrechtsverletzungen in Belarus fortzusetzen;

Verstrickung des Lukaschenka-Regimes in den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine

16. verurteilt auf das Allerschärfste, dass das Lukaschenka-Regime in den ungerechtfertigten, unrechtmäßigen und unprovozierten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verstrickt ist und Hetze, Desinformation und Propaganda, wobei kriegstreiberische Äußerungen aus Moskau wortgleich wiedergegeben werden, Vorschub leistet; verurteilt in diesem Zusammenhang, dass das Regime in großem Umfang Munition und militärisches Gerät für den Aggressor Russland bereitstellt, insbesondere durch die Herstellung entsprechender Komponenten für die Streitkräfte Russlands, dass Streitkräfte Russlands in Belarus stationiert sind und von belarussischen Ausbildern angeleitet werden, dass es die illegale und von Russland staatlich unterstützte terroristische Organisation „Gruppe Wagner“ bewillkommnet, dass es damit droht, sich der Aggression anzuschließen, dass es seine Streitkräfte an der Grenze zur Ukraine stationiert, wodurch dort Streitkräfte der Ukraine gebunden werden, und dass es Russland vor dem Einmarsch in die Ukraine das Hoheitsgebiet, den Luftraum und die Infrastruktur von Belarus zur Verfügung gestellt hat und weiter für Raketenangriffe auf militärische und zivile Ziele in der Ukraine zur Verfügung stellt; stellt fest, dass die überwiegende Mehrheit der Belarussen diese vielschichtige Verstrickung ihres Landes in den Angriffskrieg Russlands ablehnt; bekundet den engagierten Belarussen, die in ihrem Land den Aggressoren Widerstand leisten, indem sie die von den Streitkräften Russlands genutzten Schienenverkehrs- und sonstigen Versorgungswege sabotieren, den belarussischen Cyber-Partisanen und den belarussischen Kriegsfreiwilligen, insbesondere dem Regiment Kastus Kalinouski und dem früheren Regiment Pahonja, die mutig Seite an Seite mit den Streitkräften der Ukraine kämpfen, um die Aggressoren zurückzuschlagen, seine uneingeschränkte Unterstützung; unterstützt uneingeschränkt die Bereitstellung von Hilfe für diese Widerstandleistenden;

17. verurteilt die illegale Verschleppung von mehr als 2 150 Kindern, einschließlich Waisen, aus den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine in angebliche Freizeitlager in Belarus, in denen sie einer Russifizierung und Indoktrination unterzogen werden; verurteilt aufs Schärfste die Mitwirkung des Roten Kreuzes von Belarus an der unrechtmäßigen Deportation von Kindern aus der Ukraine; unterstützt die Ermittlungen der ukrainischen Staatsanwaltschaft in Bezug auf die Rolle von Belarus bei den Deportationen und ist der Ansicht, dass die Handlungen Lukaschenkas selbst und seines Regimes auch dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit der „Vertreibung oder zwangsweisen Überführung der Bevölkerung“ gemäß dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gleichkommen können; erachtet Lukaschenka als für diese Kriegsverbrechen ebenso verantwortlich wie Wladimir Putin und Marija Lwowa-Belowa und fordert den IStGH daher auf, in Erwägung zu ziehen, einen vergleichbaren internationalen Haftbefehl gegen Lukaschenka zu erlassen; fordert den Rat auf, die Liste der von den Sanktionen der Union betroffenen Personen auf jene Personen auszuweiten, die an Deportationen ukrainischer Kinder nach Belarus beteiligt sind;

18. fordert mehr Synergieeffekte und Kohärenz zwischen dem Strategischen Kompass der EU und dem Strategischen Konzept der NATO, insbesondere im Hinblick auf deren Umsetzung, um der Aggression Russlands gegen die Ukraine sowie der Mittäterschaft des Lukaschenka-Regimes in diesem Konflikt entgegenzuwirken; hält es für sehr wichtig, die Zusammenarbeit zwischen der Union und der NATO beim Umgang mit sämtlichen relevanten Aspekten der Verstrickung von Belarus in Russlands Krieg gegen die Ukraine zu intensivieren; erachtet es als notwendig, unter Beteiligung der Union und internationaler Einrichtungen wie der OSZE, dem Europarat und den G7 eine gemeinsame Strategie für die Wahrung der Unabhängigkeit von Belarus zu entwickeln, wozu auch einschlägige internationale Unterstützung und für den Übergang von Belarus zur Demokratie gehört;

19. ist der Ansicht, dass das Lukaschenka-Regime im Zusammenhang mit den von Russland begangenen Verbrechen zu einem Helfershelfer geworden ist, da es dem ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine Vorschub leistet, was bedeutet, dass das Land für die Zerstörung und Schäden, die der Ukraine zugefügt wurden, Verantwortung trägt; ist zudem der Ansicht, dass die gerichtliche Zuständigkeit des Internationalen Sondergerichtshofs für das Verbrechen der Aggression, das von Russland gegen die Ukraine verübt wurde, sich nicht auf die Ermittlungen gegen Putin und die politische und militärische Führung Russlands beschränken darf, sondern auch Ermittlungen gegen die Führung von Belarus umfassen muss; fordert deshalb die Organe der Union und die Mitgliedstaaten auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die strafrechtliche Verfolgung derjenigen belarussischen Amtsträger zu ermöglichen, die am Verbrechen der Aggression, an Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und dem Verbrechen des Völkermords, die in der Ukraine begangen werden, mitschuldig sind; begrüßt in diesem Zusammenhang, dass Schritte unternommen wurden, um in der Ukraine ein Landesbüro des Internationalen Strafgerichtshofs einzurichten; fordert die Union und ihre Mitgliedstaaten auf, legale Wege zu ermitteln, um Vermögenswerte der belarussischen Führung und belarussischer Einrichtungen, die an den Kriegsanstrengungen Russlands beteiligt sind, zu beschlagnahmen und, falls möglich, für die Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine einzusetzen;

20. fordert die Union und ihre Mitgliedstaaten auf, den Anwendungsbereich ihrer Sanktionen (d. h. der restriktiven Maßnahmen) gegen natürliche und juristische Personen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen in Belarus verantwortlich oder daran beteiligt sind, im Rahmen der Sanktionsregelungen gegen Russland und Belarus und der globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte (Magnitski-Rechtsakt der EU) auszuweiten und zu stärken, etwa durch die Verhängung von Sanktionen gegen Richter und Staatsanwälte, gegen Amtsträger und Bedienstete von Strafverfolgungsbehörden, Haftanstalten und Strafkolonien, gegen Propagandisten und gegen Agenten des berüchtigten KDB/KGB und die Hauptdirektion für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption (HUBASiK/GUBOPiK), und ein neues Sanktionspaket gegen Belarus, Russland und diese natürlichen und juristischen Personen anzunehmen;

21. fordert, die bestehenden Sanktionen gegen Russland in gleicher Weise gegen Belarus anzuwenden; beharrt darauf, dass belarussisches Kali, das die Haupteinnahmequelle des Regimes ist, auf der Sanktionsliste verbleibt und nicht über das Gebiet der Union transportiert wird, zumal der wichtigste Kalihersteller von Belarus, Belaruskali, unmittelbar an der illegalen Verbringung, Russifizierung und Indoktrination ukrainischer Kinder beteiligt ist; fordert die Union und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Kapazitäten für die Bewertung der tatsächlichen Auswirkungen von Sanktionen und der möglichen Kollateralschäden dringend auszubauen, damit alle restriktiven Maßnahmen gegen Belarus und belarussische Personen wirklich uneingeschränkt Anwendung finden und Praktiken zu deren Umgehung unterbunden werden, und die Tätigkeit des Sondergesandten der Union für die Umsetzung von Sanktionen der Union angemessen zu unterstützen, um alle Schlupflöcher zu schließen und die wirksame Umsetzung aller Sanktionen zu verbessern;

22. fordert, dass Russland und Belarus im Hinblick auf die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung auf die Unionsliste der Drittstaaten mit hohem Risiko gesetzt werden; fordert, dass eine Liste der direkten Verwandten von Personen erstellt wird, die mit dem kriminellen Lukaschenka-Regime in Verbindung stehen und die Gastfreundschaft von Mitgliedstaaten der Union genießen; fordert, dass ihr Einreisevisum und ihr Aufenthaltsstatus umgehend überprüft werden; fordert das Internationale Olympische Komitee und andere internationale Sportverbände nachdrücklich auf, Sportlern aus Belarus und Russland, von denen viele den ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine unterstützen oder sogar daran mitgewirkt haben, die Teilnahme an den Olympischen Spielen 2024 in Paris und anderen internationalen Sportveranstaltungen nicht zu gestatten;

23. bedauert, dass einige Mitgliedstaaten Lobbyarbeit für die Aufhebung der Sanktionen gegen belarussische Kalihersteller, einschließlich Belaruskali, betreiben und fordert die Mitgliedstaaten auf, eine gemeinsame Vorgehensweise zur Bewältigung der Herausforderungen, die durch die Sanktionen entstehen, zu entwickeln; verurteilt das Vorgehen jener Drittstaaten, die Russland und Belarus Hilfestellung bei der Umgehung der bestehenden Sanktionen leisten, und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sekundäre Sanktionen gegen diese Drittstaaten in Erwägung zu ziehen; missbilligt den offiziellen Besuch des ungarischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel in Minsk im Februar 2023, der im Widerspruch zur Politik der Union gegenüber Belarus und Russland und gegenüber dem Angriffskrieg gegen die Ukraine steht; fordert den Rat und den Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik auf, in enger Abstimmung mit den Partnern der Union über die Sanktionen hinaus weitere Maßnahmen zu prüfen und eine schlüssige und umfassende langfristige Vorgehensweise gegenüber Belarus zu entwickeln;

Souveränität von Belarus und Schutz seiner Sprache und seiner nationalen Kultur

24. nimmt mit großer Besorgnis zur Kenntnis, dass sich Belarus in Politik, Wirtschaft, Verteidigung und Kultur Russland uneingeschränkt unterordnet; bedauert, dass Belarus zu einem Satellitenstaat Russlands geworden ist und verurteilt die Handlungen der beiden Regimes, die letztendlich dazu führen könnten, dass Russland Belarus in sein Staatsgefüge eingliedert und annektiert; brandmarkt den Geschichtsrevisionismus des Lukaschenka-Regimes und seine Versuche, seine Verbrechen zu rechtfertigen, insbesondere die Unterdrückung der Bevölkerung von Belarus und den Angriffskrieg gegen die Ukraine; verurteilt die Stationierung taktischer Kernwaffen Russlands in belarussischem Hoheitsgebiet unter der Befehlsgewalt Russlands, was eine eklatante Verletzung des Status von Belarus als kernwaffenfreier Staat darstellt, der nach dem manipulierten Verfassungsreferendum vom 27. Februar 2022 aufgehoben wurde; bekräftigt, dass es diese Stationierung verurteilt, die eine Verletzung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen darstellt und zu weiteren Verlegungen von Kernwaffen in die Region führen kann; fordert die Union, ihre Mitgliedstaaten und die NATO auf, alle erdenklichen Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Stationierung zu begegnen; missbilligt Lukaschenkas verbale Drohgebärden bezüglich des möglichen Einsatzes von Kernwaffen; fordert die Union auf, in Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergie-Organisation und der Gruppe der europäischen Aufsichtsbehörden für nukleare Sicherheit für

die nukleare Sicherheit des belarussischen Kernkraftwerks in Astrawez zu sorgen und bedauert, dass der zweite Reaktor des belarussischen Kernkraftwerks in Betrieb genommen wurde, ohne dass die Bedenken der internationalen Gemeinschaft angemessen berücksichtigt worden wären; fordert die Organe der Union und die Mitgliedstaaten auf, keine Abkommen anzuerkennen, die vom Lukaschenka-Regime mit Russland unterzeichnet wurden und mit denen die Souveränität von Belarus gegen den Willen des Volkes abgetreten wird;

25. fordert die Union und die Mitgliedstaaten auf, bei der Bewältigung der vielschichtigen Bedrohungen, die das Regime von Aljaksandr Lukaschenka für die Union verkörpert — insbesondere mit Blick auf die anhaltende und sich verschärfende, vom belarussischen Staat orchestrierte Instrumentalisierung der Migration, wodurch gezielt menschliches Leid an der Grenze von Belarus zu Lettland, Litauen und Polen sowie in anderen Ländern verursacht wird — weiter Geschlossenheit zu zeigen; verurteilt aufs Schärfste, dass die belarussischen Staatsorgane Migration für politische Zwecke missbrauchen und erachtet dieses Vorgehen als gezielt inszenierte Vergeltungsmaßnahme gegen die Mitgliedstaaten der Union für ihre Unterstützung der demokratischen Kräfte in Belarus mit dem Ziel, diese Mitgliedstaaten zu destabilisieren; ist besorgt über die humanitäre Lage entlang der Grenze von Belarus zu Mitgliedstaaten der Union; fordert die betreffenden Mitgliedstaaten der Union auf, sich an das Unionsrecht zu halten, da die Achtung der grundlegenden Normen der Union, des Völkerrechts und die Achtung der Menschenwürde in allen Fällen, insbesondere angesichts der Herausforderungen, im Mittelpunkt des demokratischen europäischen Aufbauwerks stehen, an dem nach Wunsch der Union auch Belarus teilhaben sollte; betont, dass das Recht auf Asyl garantiert werden muss und gleichzeitig Migranten und Asylsuchenden, die an der Grenze festsitzen, humane und menschenwürdige Aufnahmebedingungen gewährt werden müssen;

26. ist der Ansicht, dass durch die Ankunft des privaten russländischen Militärunternehmens „Gruppe Wagner“ in Belarus potenzielle Sicherheitsrisiken für die Ukraine, die an Belarus grenzenden Mitgliedstaaten der Union und die Union als Ganzes entstehen; fordert den Rat erneut auf, die Gruppe Wagner auf die EU-Terroristenliste zu setzen, und fordert die Union und ihre Mitgliedstaaten auf, die Aktivitäten der Gruppe Wagner weiter zu beobachten und den Schutz der Grenzen der Union zu verstärken, um sämtliche Provokationen der Gruppe Wagner zu unterbinden, Versuche von Söldnern der Gruppe Wagner, in die Union zu gelangen, zu unterbinden und den zunehmenden Schmuggel von Waren aus Belarus weiter zu bekämpfen;

27. nimmt zur Kenntnis, dass Belarus in zunehmendem Maße wirtschaftlich abhängig von Russland und anderen undemokratischen Ländern wie China ist; bedauert, dass Belarus zu dem Wirtschaftsmodell der Planwirtschaft aus der Sowjetzeit zurückkehrt, durch das das Land noch weiter vom Weltmarkt isoliert wird und das zu einer Verzögerung bei Innovationen und der Modernisierung sowie zu einer kontinuierlichen Abwanderung hochqualifizierter Kräfte führen dürfte — Entwicklungen, die allesamt den Interessen des belarussischen Volkes zuwiderlaufen, das in den vergangenen Jahren zunehmend unternehmerische Initiative an den Tag gelegt hat;

28. fordert alle in Belarus tätigen Unternehmen aus der Union erneut auf, im Einklang mit den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte besondere Sorgfalt walten zu lassen und ihrer Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte nachzukommen; fordert solche Unternehmen auf, von neuen Investitionen in dem Land abzusehen und bei den belarussischen Staatsorganen öffentlich gegen die anhaltende Unterdrückung von Arbeitnehmern und der Bürger im Allgemeinen zu protestieren;

29. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten der Union auf, kleine und mittlere Unternehmen in Belarus weiter zu unterstützen, da sie während und seit der Präsidentschaftswahl im Jahr 2020 eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Demokratiebewegung in Belarus gespielt haben;

30. bekundet seine Solidarität mit den Belarussen, die bestrebt sind, ihre nationale Identität zu schützen und zu pflegen, insbesondere durch Bemühungen, den Gebrauch der belarussischen Sprache auszuweiten; missbilligt, dass der Kunstmanager Pawel Belawus unlängst wegen seiner Bemühungen zur Förderung der belarussischen Sprache und Kultur zu 13 Jahren Haft verurteilt wurde; verpflichtet sich, vermehrt auf Belarussisch zu kommunizieren, insbesondere durch die Übersetzung seiner Berichte und Entschließungen zu Belarus und der Politik der Östlichen Partnerschaft in diese Sprache, und fordert die anderen Organe der Union auf, diesem Beispiel zu folgen;

31. fordert das belarussische Regime nachdrücklich auf, seiner Diskriminierung und Gewalt gegen sämtliche, insbesondere jedoch ethnische, religiöse und sexuelle Minderheiten ein Ende zu setzen; verurteilt die Handlungen der Staatsorgane von Belarus, mit denen sie gegen die ethnische litauische und polnische Gemeinschaft des Landes vorgehen, insbesondere mittels der jüngsten Entscheidungen, mit denen die Bildung in litauischer und polnischer Sprache abgeschafft werden soll; fordert die Staatsorgane von Belarus auf, die Rechte der polnischen und der litauischen Minderheit, einschließlich des Rechts auf Unterricht in polnischer und litauischer Sprache, zu achten; verurteilt, dass Andżelika Borys, Andrzej Poczobut und andere Mitglieder der polnischen Gemeinschaft festgenommen wurden; ist der Ansicht, dass die gegen Andżelika Borys vorgebrachten Anschuldigungen der „Aufstachelung zu Hass“ und der „Rehabilitation des Nationalsozialismus“ politischer Natur sind, jeglicher Grundlage entbehren und keinerlei rechtliche Relevanz aufweisen und nimmt zur Kenntnis, dass diese Anklagepunkte fallengelassen wurden;

32. verurteilt auf das Schärfste die Verfolgung von Religionsgemeinschaften in Belarus, einschließlich der Verfolgung von Geistlichen und Laien, die sich weigern, im Rahmen ihrer religiösen Tätigkeit die Standpunkte des Lukaschenka-Regimes zu unterstützen, und ihre Ablehnung seiner Politik zum Ausdruck bringen; prangert in dieser Hinsicht an, dass der orthodoxe Priester Sjarhej Resanowitsch, seine Ehefrau und sein Sohn zu 16 Jahren Haft verurteilt wurden, Druck auf den verstorbenen orthodoxen Erzbischof Arzemij Kischtschanka ausgeübt wurde und Geistliche regelmäßig inhaftiert werden, etwa im Mai 2023 die katholischen Priester Wjatschaslau Adamowitsch, Andrej Kulik und Aljaksandr Schauzou und der Katechet Uladsislau Beladsed; verurteilt außerdem die Konfiszierung katholischer Kirchen in Minsk und das Verbot jeglicher politischen Betätigung im Rahmen der protestantischen Evangelisierung;

33. fordert das Lukaschenka-Regime nachdrücklich auf, seiner Verfolgung und Diskriminierung von sowie seiner Gewalt gegen LGBTI-Personen umgehend ein Ende zu setzen und für deren umfassenden Schutz und Inklusion in die Gesellschaft zu sorgen; unterstützt die Bemühungen von LGBTI-Organisationen in Belarus, sich für Rechtsreformen einzusetzen, mit denen gleiche Rechte und gleicher Schutz für alle Menschen gewährleistet werden;

34. missbilligt, dass es keine Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen in Belarus gibt und dass die führende Organisation für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in dem Land — das Büro für die Rechte von Menschen mit Behinderungen — 2021 zwangsweise geschlossen wurde; missbilligt, dass in Belarus Kinder mit Behinderungen mit Problemen in Bezug auf eine angemessene Diagnose, Bildung und Wiedereingliederung in die Gesellschaft konfrontiert sind und dass es mit Blick auf die Heime, in denen diese Kinder untergebracht sind, an Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit und an Transparenz mangelt; betont, dass es einer Deinstitutionalisierung sowie der Aufhebung des Gesetzes Nr. 183-Z der Republik Belarus vom 30. Juni 2022 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und ihre Eingliederung in die Gesellschaft bedarf, mit dem Kinder und Menschen mit Behinderungen diskriminiert werden, indem ihnen der Zugang zu Primar-, Sekundar- und Hochschulbildung abhängig vom Grad ihrer Behinderung teilweise verwehrt wird; ist entsetzt darüber, dass die belarussischen Staatsorgane Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen weiterhin in denselben Einrichtungen unterbringen, und für keine Gruppe eine spezialisierte Betreuung vorsehen, dass mehr als 10 000 Menschen mit Behinderungen, die in „psycho-neurologischen" Einrichtungen leben, ihre gesetzlichen Rechte vorenthalten werden und dass Gerichte die Leiter solcher Einrichtungen als gesetzliche Vormünder der Betroffenen benannt haben; betont, dass Bestimmungen, die einen unfreiwilligen Freiheitsentzug ermöglichen, aufgehoben werden müssen;

Unterstützung der Demokratie und der europäischen Bestrebungen

35. betont, dass Belarus historische Verbindungen zum übrigen Europa hat, am Erbe der europäischen Kultur und Identität teilhat und auf der Grundlage auf den Bestrebungen des belarussischen Volkes Teil des Politik-, Kultur- und Wirtschaftsraums Europas bleiben sollte; würdigt und unterstützt nachdrücklich die Erklärungen von Swjatlana Zichanouskaja und der Vorsitzenden demokratischer politischer Parteien von Belarus zu den europäischen Bestrebungen der belarussischen Bevölkerung; fordert die Organe der Union und ihre Mitgliedstaaten auf, eine ambitioniertere und breiter angelegte Strategie in Verbindung mit einem umfassenden Wirtschaftsplan zu entwickeln, die den belarussischen demokratischen Kräften, einschließlich Oppositionsparteien, engagierte Mitglieder der Zivilgesellschaft, Menschenrechtsverteidiger, unabhängige Künstler, unabhängige Gewerkschaften und freie Medien sowohl innerhalb als auch außerhalb von Belarus, Unterstützung bieten würden, um den Übergang des Landes zur Demokratie zu fördern und die Unabhängigkeit und Souveränität von Belarus zu wahren; fordert umfassende Programme zum Aufbau von Kapazitäten, Schulungen zum juristischen Fachwissen für den Entwurf von Gesetzen sowie zur digitalen und persönlichen Sicherheit, Mentoratsinitiativen, Praktika und andere Bildungsmöglichkeiten, um diese Akteure zu befähigen und ihr Potenzial zu fördern;

36. fordert eine bessere Kommunikation der Union mit der Bevölkerung in Belarus, um sie mit Informationen zu versorgen und Desinformation und Propaganda seitens der staatlich kontrollierten Medien entgegenzuwirken; fordert die Mitgliedstaaten der Union nachdrücklich auf, Kontakte zwischen ihrer eigenen Bevölkerung und der Bevölkerung von Belarus zu fördern und ihre Maßnahmen untereinander abzustimmen, um die Probleme, mit denen die demokratischen Kräfte und Oppositionsparteien, engagierte Mitglieder der Zivilgesellschaft und andere belarussische Bürger im Exil konfrontiert sind, beispielsweise bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln oder der Eröffnung von Bankkonten, bei Verfahren zur Beantragung von Visa in Belarus und in Drittstaaten, unter anderem infolge der nicht ordnungsgemäßen Anwendung der Sanktionsregelung, zu lindern; betont, dass die Bevölkerung von Belarus nicht mit dem Lukaschenka-Regime gleichgesetzt werden sollte und dass Belarussen, die im Exil leben, nicht wegen der Verstrickung des Regimes in den Krieg gegen die Ukraine diskriminiert werden sollten; missbilligt, dass das Lukaschenka-Regime Diplomaten aus der Union, ihren Mitgliedstaaten und weiteren Ländern gezielt ausweist bzw. ihre Akkreditierung nicht verlängert, um deren Unterstützung für verfolgte Belarussen und deren Möglichkeiten, Visa auszustellen, einzuschränken; würdigt die Arbeit, die von Organisationen der Zivilgesellschaft aus der Union geleistet wird, um die Zivilgesellschaft in Belarus zu unterstützen und belarussischen Bürgern während des Umzugs zu helfen, und fordert die Union und ihre Mitgliedstaaten auf, deren Arbeit weiter zu ermöglichen;

37. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Verfahren zur Erlangung von Visa und Aufenthaltstiteln für jene Menschen weiter zu vereinfachen, die aus politischen Gründen aus Belarus fliehen oder aufgrund von Gewalt gegen sie medizinischer Versorgung bedürfen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Regeln und Verfahren für den Umgang mit Fällen auszuarbeiten, in denen Menschenrechtsverteidigern und anderen politisch engagierten Angehörigen der Zivilgesellschaft ihre belarussische Staatsbürgerschaft entzogen wird, und in der Union wohnhafte belarussische Staatsangehörige zu unterstützen, bei denen die Gültigkeit ihrer Ausweispapiere bald abläuft und die — da sie nicht nach Belarus zurückkehren können — keine Möglichkeit haben, sie verlängern zu lassen;

38. fordert den Rat auf, seine Schlussfolgerungen zu Belarus zu überprüfen und zu aktualisieren, indem er den Schwerpunkt auf die Prävention und Eindämmung der vom Lukaschenka-Regime ausgehenden Sicherheitsrisiken, eine wirksame öffentliche Strategie der Union und die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung von Belarus, einschließlich der im Exil lebenden Bürger des Landes, eine strukturierte Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften und der Zivilgesellschaft von Belarus sowie die Unterstützung der Opfer des Lukaschenka-Regimes legt;

39. begrüßt die Eröffnung der offiziellen Mission des Demokratischen Belarus am 1. März 2023 in Brüssel; begrüßt außerdem die Einrichtung des Vereinigten Übergangskabinetts als zentrales Exekutivorgan der demokratischen Bewegung, das zusammen mit dem Koordinierungsrat, einem einheitlichen repräsentativen Gremium der belarussischen demokratischen Gesellschaft, von der internationalen Gemeinschaft als die demokratischen Vertreter des belarussischen Volkes betrachtet werden sollte; fordert, dass ein Abkommen unterzeichnet wird, um die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den demokratischen Kräften und der Zivilgesellschaft von Belarus, einschließlich des Vereinigten Übergangskabinetts und des Koordinierungsrates, zu formalisieren und zu systematisieren; betont, dass der Rat und die Kommission die internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung für die prodemokratische Bewegung in Belarus, die sich infolge des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine verlagert haben, aufrechterhalten müssen; fordert den Rat und die Kommission auf, auf verschiedene Szenarien, wie die (erzwungene) Absetzung von Lukaschenka oder die De-facto-Annexion oder -Besetzung von Belarus durch Russland, vorbereitet zu sein und sich darüber mit dem Vereinigten Übergangskabinett zu beraten;

40. begrüßt, dass das Förderprogramm „EU4Belarus: Förderung der gesellschaftlichen Resilienz und der Entwicklung des Humankapitals“, mit dem demokratische Bestrebungen in Belarus unterstützt werden sollen, von der Kommission genehmigt wurde; ist der Ansicht, dass eine solche Unterstützung von wesentlicher Bedeutung ist, um die Veränderungen in der belarussischen Gesellschaft aufrechtzuerhalten, die sich aus der friedlichen Demokratiebewegung während der Präsidentschaftswahl 2020 ergeben haben; besteht darauf, dass die Mittel aus dem Programm „EU4Belarus“ strategisch in Maßnahmen zur Unterstützung der europäischen Bestrebungen der Bevölkerung von Belarus investiert werden;

41. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Unterstützung für die kulturellen und bildungsbezogenen Tätigkeiten der belarussischen Zivilgesellschaft und akademischer Einrichtungen, auch solcher, die auf die Förderung der belarussischen Sprache und unabhängiger Medien ausgerichtet sind, fortzusetzen und auszuweiten; erachtet es als sehr wichtig, die Digitalisierung und die Schaffung von Räumen für die prodemokratische bürgerschaftliche und politische Teilhabe belarussischer Bürger zu unterstützen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die unabhängigen Medien in Belarus, die nach der Präsidentschaftswahl 2020 stark geschwächt wurden und ihre Tätigkeit ins Ausland verlagern und dort neu aufbauen mussten, weiter zu unterstützen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten in dieser Hinsicht auf, die Kapazitäten belarussischsprachiger Medien wie Charter 97, Radio Racyja, Euroradio, Belsat TV, Nascha Niwa und Nowy Tschas und ähnlicher Kanäle zu stärken und neuen Medien wie NEXTA, Malanka und Serkalo (vormals TUT.BY) besondere Aufmerksamkeit zu widmen; begrüßt, dass Radio Free Europe/Radio Liberty nach Litauen übersiedelt ist und dort ein Büro eröffnet hat, das glaubwürdige Medienberichterstattung für das Publikum in Belarus bereitstellt;

42. hält es für sehr wichtig, die Verbindungen und die Zusammenarbeit zwischen Belarus auf der einen Seite und der Jugend und der Hochschulgemeinschaft in der Union auf der anderen Seite kontinuierlich zu stärken; begrüßt, dass die Union Finanzmittel bereitstellt, um belarussischen Studierenden und Fachkräften Bildungsmöglichkeiten zu bieten, insbesondere durch das Projekt EU4Belarus MOST+ (Mobilitätsprogramm für zielgerichtete zwischenmenschliche Kontakte); erwartet, dass diese Unterstützung fortgesetzt wird und belarussische Bürger in erheblichem Umfang in Programme der Union wie Erasmus+ und Horizont Europa einbezogen werden; fordert darüber hinaus, die unabhängigen akademischen Einrichtungen von Belarus, einschließlich der Europäischen Geisteswissenschaftlichen Universität in Vilnius, weiterhin zu unterstützen;

43. besteht darauf, dass ein erheblicher Teil der finanziellen Unterstützung der Union auch künftig über flexible und unparteiische Mechanismen der Union wie den Europäischen Fonds für Demokratie (EFD) bereitgestellt werden sollte, wodurch sichergestellt würde, dass die Mittel gezielt Organisationen der Zivilgesellschaft, unabhängigen Medien und prodemokratischen Gruppen zugutekommen und die Rechenschaftspflicht erfüllt wird; fordert mehr niedrigschwellige finanzielle Unterstützung für nichtstaatliche Organisationen innerhalb und außerhalb von Belarus; schlägt vor, dass der EFD seinen Schwerpunkt stärker auf Belarus legt, wobei die Mitgliedstaaten mehr Mittel für den EFD zur Unterstützung der demokratischen Kräfte des Landes zur Verfügung stellen sollten;

44. unterstützt die Vorbereitungen für eine von der Union geleitete internationale Geberkonferenz zur Unterstützung der demokratischen Kräfte von Belarus; fordert die Union auf, auf operativer Ebene mit den Vertretern der demokratischen Kräfte von Belarus zusammenzuarbeiten, um die Arbeit an der Annahme eines Fahrplans abzuschließen, mit dem das von der Kommission bereits geplante Wirtschafts- und Investitionspaket in Höhe von 3 Mrd. EUR umgesetzt werden soll, um die demokratischen Bestrebungen der Bevölkerung von Belarus aufzugreifen; fordert einen politischen Dialog zwischen der Union und den demokratischen Kräften von Belarus, um eine gemeinsame Vorstellung von dem vorstehend genannten Unterstützungsplan herbeizuführen; betont, dass eine substanzielle Diskussion in der Öffentlichkeit erforderlich ist, um die Unterstützung der Öffentlichkeit für ein maßgebliches Engagement der Union zu gewinnen;

45. bringt seine Besorgnis zum Ausdruck, was die Transparenz, Freiheit und Fairness der Parlaments- und Kommunalwahl 2024 in Belarus anbelangt, insbesondere zumal politischen Parteien neue rechtliche Beschränkungen auferlegt wurden und die Zentrale Wahlkommission Erklärungen veröffentlicht hat, in denen die Bedeutung der internationalen Wahlbeobachtung und die Rolle des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE infrage gestellt werden; verurteilt, dass den Parteien der demokratischen Opposition in Belarus unerträgliche Bedingungen und Einschränkungen auferlegt wurden; verurteilt insbesondere das neue Gesetz über politische Parteien, das im Februar 2023 angenommen wurde und eindeutig darauf abzielt, die demokratischen Kräfte dabei zu behindern und davon abzuhalten, sich politisch zu betätigen, indem ihnen zusätzliche Beschränkungen und die Verpflichtung zur Registrierung beim Justizministerium auferlegt wurden; ist der Ansicht, dass mit diesem Gesetz vorsätzlich versucht wird, demokratische Parteien förmlich aufzulösen und ihre Teilnahme an der Parlamentswahl 2024 zu unterbinden, und dass das Gesetz letztlich dazu führt, dass in Opposition zum Regime stehende politische Parteien verboten werden; fordert die nationalen politischen Parteien der Mitgliedstaaten und die europäischen politischen Parteien und Stiftungen auf, ihre Zusammenarbeit mit demokratischen politischen Parteien in Belarus und ihre Unterstützung für diese weiter auszubauen;

46. fordert die Führung der belarussischen demokratischen Kräfte auf, ihre Einheit zu bewahren und auch künftig mit innovativen Methoden die Bevölkerung von Belarus, insbesondere innerhalb des Landes, zu informieren und einzubeziehen und so ihr Vertrauen in den demokratischen Wandel sowie ihren Glauben daran aufrechtzuerhalten und sie für die bevorstehenden Wahlen zu mobilisieren;

o

o o

47. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, dem Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, der Internationalen Arbeitsorganisation, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, dem Europarat, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, den Vertretern der belarussischen demokratischen Kräfte, dem Internationalen Roten Kreuz, dem Internationalen Olympischen Komitee, der Union der europäischen Fußballverbände, dem Fußball-Weltverband, dem Internationalen Eishockeyverband, dem Internationalen Tennisverband, der Vereinigung professioneller Tennisspieler, der Vereinigung professioneller Tennisspielerinnen und den De-facto-Staatsorganen der Republik Belarus zu übermitteln.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1762

22.3.2024

P9_TA(2023)0322

Guatemala: die Lage nach den Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. September 2023 zu Guatemala: die Lage nach den Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz (2023/2831(RSP))

(C/2024/1762)

Das Europäische Parlament,

— gestützt auf Artikel 144 Absatz 5 und Artikel 132 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,

A. in der Erwägung, dass das Oberste Wahlgericht Guatemalas am 28. August 2023 die offiziellen Ergebnisse friedlicher und gut organisierter Wahlen bekannt gegeben und den klaren Sieg von Bernardo Arévalo und Karin Herrera, die beide der Partei Movimiento Semilla angehören, als gewählter Präsident bzw. gewählte Vizepräsidentin Guatemalas erklärt hat;

B. in der Erwägung, dass Präsident Giammattei die Ergebnisse anerkannt und öffentlich einen geordneten Übergang und eine geordnete Machtübergabe am 14. Januar 2024 gefordert hat;

C. in der Erwägung, dass die Partei Movimiento Semilla seit dem 12. Juli 2023 selektiven und willkürlichen rechtlichen und verfahrenstechnischen Maßnahmen des Staatsanwalts ausgesetzt ist, der der EU-Wahlbeobachtungsmission zufolge das Recht und die Möglichkeit gefährdet hat, an echten Wahlen teilzunehmen und den Willen der Wähler zu achten; in der Erwägung, dass die Partei Movimiento Semilla am 28. August 2023 vom Bürgerregister des Obersten Wahlgerichts erneut vorläufig suspendiert wurde, wobei die Suspendierung am 3. September 2023 vom Obersten Wahlgericht bis zum 31. Oktober 2023 vorübergehend aufgehoben wurde;

D. in der Erwägung, dass einige Angehörige der Justiz und der Generalstaatsanwaltschaft (Ministerio Público) in den Wahlprozess eingegriffen haben; in der Erwägung, dass mehrere Staatsanwälte des Ministerio Público auf der von den Vereinigten Staaten geführten „Engel List“ stehen, darunter Generalstaatsanwältin María Consuelo Porras, José Rafael Curruchiche, Leiter der Sonderstaatsanwaltschaft des Ministerio Público gegen Straflosigkeit (FECI), und der Richter Fredy Orellana;

1. beglückwünscht Bernardo Arévalo und Karin Herrera zu ihrer Wahl; fordert alle staatlichen Institutionen und Bereiche der Gesellschaft auf, wie von Präsident Giammattei gefordert einen geordneten Übergang und eine geordnete Machtübergabe zu unterstützen,

2. verurteilt aufs Schärfste die kürzlich von der FECI in den Räumlichkeiten des Obersten Wahlgerichts durchgeführten Razzien, das Öffnen von Kästen mit Stimmzetteln, die bei der Parlamentswahl im vergangenen Juni abgegeben wurden, und die Beschlagnahme von Computermaterial im Zusammenhang mit der Übermittlung vorläufiger Wahlergebnisse, wodurch die Integrität des Wahlprozesses und des Justizsystems verletzt wurde; verurteilt, dass sich diese Ereignisse gegen den Willen des Obersten Wahlgerichts ereignet haben, das während des laufenden Wahlprozesses die oberste Instanz in diesen Angelegenheiten ist; ist besonders besorgt über einen möglichen Zusammenbruch der verfassungsmäßigen Ordnung in Guatemala;

3. bedauert die anhaltenden Versuche, die Partei Movimiento Semilla zu suspendieren; verurteilt alle und insbesondere die vom Ministerio Público ergriffenen Maßnahmen, die dazu dienen sollen, die Wahlergebnisse aufzuheben, sowie die fortgesetzten Schritte zur Kriminalisierung unabhängiger Justizbeamter und die Instrumentalisierung von Justiz- und Strafverfolgungsbehörden zum Zwecke der Untergrabung der Rechtsstaatlichkeit und fordert ein Ende dieser Handlungen;

4. fordert alle politischen Parteien, Regierungsstellen und Institutionen Guatemalas auf, die Integrität des Wahlprozesses und das Wahlergebnis, wie es von den Bürgern Guatemalas mit ihren Stimmen klar zum Ausdruck gebracht wurde, zu achten und ihre bürgerlichen und politischen Rechte — einschließlich des Schutzes gewählter Amtsträger — im Einklang mit den internationalen und regionalen Standards und den nationalen Gesetzen zu garantieren;

5. bringt seine Besorgnis über die willkürliche Inhaftierung von Staatsanwälten, Richtern, unabhängigen Journalisten, Menschenrechtsverteidigern und ehemaligen Funktionären der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala zum Ausdruck; fordert nachdrücklich die unverzügliche und bedingungslose Freilassung von Virginia Laparra, ihrer Rechtsanwältin Claudia González und aller willkürlich inhaftierten Personen;

6. weist darauf hin, dass die Achtung der Unabhängigkeit der Justiz, politischer Pluralismus und das Recht auf freie Meinungsäußerung Grundrechte und wesentliche Säulen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sind;

7. fordert die EU-Wahlbeobachtungsmission, den EAD, die Mitgliedstaaten und die EU-Delegation auf, die Lage in Guatemala weiter zu beobachten, bis klare und ernsthafte Garantien dafür bestehen, dass der durch die Wahlen zum Ausdruck gebrachte Wille der Bevölkerung respektiert wird; fordert die staatlichen Stellen auf, die in Kürze vorliegenden Empfehlungen der Wahlbeobachtungsmission umzusetzen;

8. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidenten der Kommission, der Organisation Amerikanischer Staaten, den Vereinten Nationen, den Staatsorganen Guatemalas und dem Zentralamerikanischen Parlament (PARLACEN) zu übermitteln.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1763

22.3.2024

P9_TA(2023)0323

Der Fall des in Aserbaidschan inhaftierten Dr. Qubad İbadoğlu

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. September 2023 zu dem Fall des in Aserbaidschan inhaftierten Dr. Qubad İbadoğlu (2023/2832(RSP))

(C/2024/1763)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zu Aserbaidschan,

— gestützt auf Artikel 144 Absatz 5 und Artikel 132 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,

A. in der Erwägung, dass Qubad İbadoğlu, ein renommierter Volkswirt und bekanntes Oppositionsmitglied, am 23. Juli 2023 brutal angegriffen und willkürlich festgenommen wurde, wegen fragwürdiger Anschuldigungen nach wie vor in Haft ist und zudem nur begrenzten Kontakt zu seiner Familie und seinem Anwalt hat und unmenschlicher Behandlung ausgesetzt sein soll;

B. in der Erwägung, dass er für seine Kritik an der Regierung Aserbaidschans bekannt ist, wobei er in erster Linie Korruption, die ineffiziente Verwaltung der öffentlichen Finanzen und mangelnde Haushaltstransparenz anprangert; in der Erwägung, dass er Vorsitzender der Aserbaidschanischen Bewegung für Demokratie und Wohlstand ist, der stets die Registrierung verweigert wurde;

C. in der Erwägung, dass Qubad İbadoğlu wegen frei erfundener Anklagepunkte eine Haftstrafe von bis zu zwölf Jahren droht;

D. in der Erwägung, dass er schwere Gesundheitsprobleme haben soll, derentwegen er ärztliche Hilfe benötigt; in der Erwägung, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 5. September 2023 einstweilige Anordnungen erlassen hat, mit denen die Regierung Aserbaidschans angewiesen wurde, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um für den Schutz der Gesundheit von Qubad İbadoğlu zu sorgen; in der Erwägung, dass seine Anträge auf Überstellung in Hausarrest abgelehnt wurden;

E. in der Erwägung, dass glaubwürdige unabhängige Organisationen derzeit etwa 200 politische Gefangene in Aserbaidschan verzeichnen, darunter Journalisten, Bürgerrechtler und Oppositionspolitiker; in der Erwägung, dass aserbaidschanische Menschenrechtsverteidiger wie Mahammad Mirzalı auch außerhalb des Landes bedroht werden;

1. fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung von Qubad İbadoğlu; beharrt darauf, dass ihm umgehend Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung und Medikamenten gewährt wird; betont, dass die wegen seines bürgerschaftlichen Engagements gegen ihn erhobenen Anklagepunkte frei erfunden und politisch motiviert sind;

2. fordert den HR/VP, den EAD und die Mitgliedstaaten auf, die schweren Menschenrechtsverletzungen und die Verstöße gegen die Demokratie in Aserbaidschan zu verurteilen und Fälle wie jenen von Qubad İbadoğlu in allen bilateralen Treffen und bei Verhandlungen über ein künftiges Partnerschaftsabkommen — dessen Unterzeichnung von der Freilassung aller politischen Gefangenen abhängig gemacht werden sollte — zur Sprache zu bringen;

3. fordert die Staatsorgane Aserbaidschans nachdrücklich auf, alle politischen Gefangenen, unabhängigen Journalisten und Menschenrechtsverteidiger freizulassen, alle politisch motivierten Anklagepunkte gegen sie fallenzulassen und der extraterritorialen Repression ein Ende zu setzen;

4. fordert eine unabhängige Untersuchung der mutmaßlichen Misshandlung von Qubad İbadoğlu und der Verletzungen seiner Verfahrensrechte im Strafverfahren; fordert die Staatsorgane Aserbaidschans zudem auf, das gegen seine Angehörigen verhängte Ausreiseverbot aufzuheben;

5. fordert die EU-Delegation auf, sich für Qubad İbadoğlu einzusetzen, indem sie sein Verfahren beobachtet, ihn in Haft besucht und sich über seinen Gesundheitszustand auf dem Laufenden hält;

6. fordert Aserbaidschan auf, die Menschenrechte seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen und für ein freies und sicheres Umfeld zu sorgen, in dem sie ihre Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit frei ausüben können;

7. fordert, dass die Union im Rahmen ihrer globalen Sanktionsregelung im Bereich der Menschenrechte Sanktionen gegen Amtsträger Aserbaidschans verhängt, die schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben;

8. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidenten der Kommission und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie dem Präsidenten, der Regierung und dem Parlament Aserbaidschans zu übermitteln.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1764

22.3.2024

P9_TA(2023)0324

Die Menschenrechtslage in Bangladesch, insbesondere der Fall Odhikar

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. September 2023 zur Menschenrechtslage in Bangladesch, insbesondere zum Fall Odhikar (2023/2833(RSP))

(C/2024/1764)

Das Europäische Parlament,

— gestützt auf Artikel 144 Absatz 5 und Artikel 132 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,

A. in der Erwägung, dass sich die Menschenrechtslage in Bangladesch erheblich verschlechtert hat, und zwar unter anderem im Hinblick auf außergerichtliche Tötungen, Verschleppungen, die Meinungsfreiheit und die Arbeitnehmerrechte;

B. in der Erwägung, dass Odhikar, eine führende Menschenrechtsorganisation, seit mehr als einem Jahrzehnt Schikanen und Kriminalisierung ausgesetzt ist und aus dem Register der nichtstaatlichen Organisationen gelöscht wurde; in der Erwägung, dass gegen zwei Führungskräfte von Odhikar, Adilur Rahmen Khan und A. S. M. Nasiruddin Elan, Anklage aufgrund unwahrer Anschuldigungen erhoben wurde und das Urteil am 14. September 2023 gesprochen wurde; in der Erwägung, dass die Tatsache, dass es in diesen Fällen kein ordnungsgemäßes Verfahren gab, umfassend verurteilt wurde;

C. in der Erwägung, dass Gremien der Vereinten Nationen und der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte die Regierung Bangladeschs und die Justiz des Landes verurteilt haben, weil sie Menschenrechtsverteidiger und zivilgesellschaftlich engagierte Bürgerinnen und Bürger andauernd einschüchtern und schikanieren, und zwar auch dann, wenn diese mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten;

1. bekundet seine tiefe Besorgnis über die sich verschlechternde Menschenrechtslage in Bangladesch; fordert die Regierung Bangladeschs auf, ein sicheres und begünstigendes Umfeld für nichtstaatliche Organisationen, Menschenrechtsverteidiger, engagierte Bürgerinnen und Bürger und religiöse Minderheiten zu schaffen und sich an die internationalen Verpflichtungen des Landes, insbesondere aus dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, zu halten;

2. bedauert die am 14. September 2023 vom Cyber-Gericht von Dhaka gegen den Sekretär von Odhikar, Adilur Rahman Khan, und den Direktor ASM Nasiruddin Elan verhängte Gefängnisstrafe; fordert die staatlichen Stellen Bangladeschs nachdrücklich auf, dieses Urteil sofort und bedingungslos aufzuheben, Odhikar wieder in das Register aufzunehmen und sicherzustellen, dass Organisationen der Zivilgesellschaft Zugang zu genehmigten Beihilfen aus dem Ausland haben;

3. hält die Regierung Bangladeschs dazu an, mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, um einen speziellen Mechanismus zur Untersuchung mutmaßlicher Verschleppungen einzurichten; besteht darauf, dass internationalen Beobachtern gestattet wird, Gerichtsverhandlungen zu beobachten;

4. weist darauf hin, dass derzeit ein Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit mit Bangladesch im Rahmen der Regelung „Alles außer Waffen“ (Everything But Arms — EBA) anhängig ist, da das Land auf schwerwiegende Weise gegen internationale Übereinkommen verstößt; ist besorgt darüber, dass der Fall Odhikar ein bedauerlicher Rückschritt ist, der Konsequenzen bezüglich der weiteren Anwendung der EBA-Präferenzen in Bangladesch nach sich ziehen könnte;

5. ist entsetzt über die gewaltsame Ermordung des Gewerkschafters Shahidul Islam im Juni 2023 und fordert, dass die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden;

6. fordert Bangladesch eindringlich auf, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation einzuhalten und seinen arbeitsrechtlichen Fahrplan im Einklang mit den im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit abgegebenen Zusagen umzusetzen;

7. fordert die staatlichen Stellen Bangladeschs erneut auf, das Gesetz über digitale Sicherheit aufzuheben, und legt ihnen nahe, Cybersicherheitsvorschriften zu erlassen, die uneingeschränkt den internationalen Standards entsprechen;

8. ist besorgt über die Massenfestnahmen von Oppositionsvertretern und den übermäßigen Rückgriff auf Gewalt gegen Demonstrierende in Bangladesch; fordert die Regierung Bangladeschs auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die für 2024 vorgesehene Wahl frei, fair und partizipativ ablaufen kann; hebt hervor, dass eine ungehinderte Beobachtung durch nationale und internationale Wahlbeobachter zu den grundlegenden internationalen Standards gehört;

9. fordert den Europäischen Auswärtigen Dienst, die EU-Delegation und die Botschaften der Mitgliedstaaten in Bangladesch auf, auf höchster Ebene Menschenrechtsanliegen zur Sprache zu bringen und ins Visier der staatlichen Stellen geratene Menschenrechtsverteidiger, Gewerkschafter und Journalisten vor Ort stärker zu unterstützen, indem unter anderem Gerichtsverfahren beobachtet werden;

10. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung der Kommission, dem Rat, dem Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Regierung und dem Parlament von Bangladesch zu übermitteln.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1765

22.3.2024

P9_TA(2023)0326

Aufnahme von Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika über ein Abkommen zur Stärkung der internationalen Lieferketten für kritische Mineralien

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. September 2023 zu der Aufnahme von Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika über ein Abkommen zur Stärkung der internationalen Lieferketten für kritische Mineralien (2023/2772(RSP))

(C/2024/1765)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf die Empfehlung der Kommission vom 14. Juni 2023 für einen Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika über ein Abkommen zur Stärkung der internationalen Lieferketten für kritische Mineralien (COM(2023)0327),

— unter Hinweis auf die gemeinsame Erklärung von US-Präsident Joe Biden und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vom 10. März 2023,

— unter Hinweis auf das US-Gesetz zur Verringerung der Inflation von 2022 (im Folgenden „US IRA“),

— unter Hinweis auf die gemeinsame Erklärung im Anschluss an die Tagung des Handels- und Technologierates EU-USA vom 31. Mai 2023,

— unter Hinweis auf die Anfrage an die Kommission über die Aufnahme von Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika über ein Abkommen zur Stärkung der internationalen Lieferketten für kritische Mineralien (O-000037/2023 — B9-0027/2023),

— gestützt auf Artikel 136 Absatz 5 und Artikel 132 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf den Entschließungsantrag des Ausschusses für internationalen Handel,

A. in der Erwägung, dass die EU und die USA über gemeinsame Werte verfügen und ein gemeinsames grundlegendes Interesse daran haben, ein internationales Umfeld zu gestalten, durch das der Multilateralismus und die demokratischen Werte gestärkt werden, die Menschenrechte verteidigt werden, das Völkerrecht gewahrt wird und eine regelbasierte internationale Ordnung und nachhaltige Entwicklung auf der ganzen Welt gefördert werden;

B. in der Erwägung, dass die USA Gründungsmitglied der Welthandelsorganisation (WTO) sind und sich seit Jahrzehnten nachdrücklich für eine regelbasierte multilaterale Weltordnung einsetzen;

C. in der Erwägung, dass die EU und die USA vor Kurzem den Dialog über Anreize für saubere Energie (Clean Energy Incentives Dialogue) zwischen der EU und den USA eingeleitet haben, in dessen Mittelpunkt mögliche Überarbeitungen der Regeln für grüne Subventionen stehen, die die beiden Parteien auf WTO-Ebene vorschlagen könnten; in der Erwägung, dass sie als Teil des Handels- und Technologierates EU-USA auch die transatlantische Initiative für nachhaltigen Handel ins Leben gerufen haben, mit dem Ziel das Potenzial des transatlantischen Marktes als Katalysator für die Dekarbonisierung und den ökologischen Wandel zu stärken;

D. in der Erwägung, dass der weltweite Wettlauf um die Gestaltung der Zukunft der Herstellung von Technologien für saubere Energie an Fahrt gewinnt und unter anderem durch staatliche Eingriffe beeinflusst wird;

E. in der Erwägung, dass das Ziel, eine saubere Herstellung und Innovation im Bereich sauberer Technologien zu fördern und die Klimaschutzbemühungen zu verstärken, die Herstellung sauberer Technologien in der EU fördern und gleichzeitig die Widerstandsfähigkeit internationaler Lieferketten in Zusammenarbeit mit zuverlässigen Partnern stärken und unerwünschte strategische Abhängigkeiten verringern sollte;

F. in der Erwägung, dass eine multilaterale Struktur der Zusammenarbeit bei kritischen Rohstoffen wirtschaftliche und soziale Vorteile bei der Gewinnung kritischer Rohstoffe mit sich bringen und wirksame Schutzmaßnahmen umfassen könnte, mit denen die Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und die Ökosysteme innerhalb der bestehenden globalen Grenzen verringert werden;

G. in der Erwägung, dass das US IRA zwar die größte Einzelinvestition in Klimaschutz und saubere Energie in der Geschichte der USA darstellt, es jedoch Bestimmungen enthält, die diskriminierend sind und die gleichen Wettbewerbsbedingungen untergraben; in der Erwägung, dass mit dem US IRA insbesondere EU-Ausführer von den im Rahmen der Regelung gewährten Steuergutschriften und Subventionen ausgeschlossen werden, einschließlich der EU-Ausführer von batteriebetriebenen oder mit Brennstoffzellen betriebenen Fahrzeugen;

H. in der Erwägung, dass es kein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA gibt;

I. in der Erwägung, dass die Annahme eines Abkommens über kritische Mineralien gerechtfertigt ist, um der EU für die Zwecke der Gutschriften für saubere Fahrzeuge im Rahmen des US-Gesetzes zur Verringerung der Inflation einen Status zu verleihen, der dem der Partner der USA in Freihandelsabkommen entspricht;

J. in der Erwägung, dass die kontinuierliche Einbeziehung des Europäischen Parlaments in den Prozess bis zur Annahme des Verhandlungsmandats einen robusteren und stärker demokratisch legitimierten Prozess sicherstellen würde;

1. begrüßt die Zusammenarbeit der Kommission mit der US-Regierung auf höchster Ebene und fordert die Parteien nachdrücklich auf, Lösungen zu finden, um den diskriminierenden Bestimmungen des US IRA, durch die EU-Ausführer auf dem US-Markt beeinträchtigt und die gleichen Wettbewerbsbedingungen untergraben werden, abzuhelfen;

2. begrüßt die Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen mit den USA über die Stärkung der internationalen Lieferketten für kritische Mineralien, soweit diese Verhandlungen zu einem ausgewogenen Ergebnis führen werden, das mit den WTO-Regeln vereinbar ist und eine für beide Seiten vorteilhafte bessere Zusammenarbeit ermöglicht;

3. betont, dass die EU in Bezug auf die Klima- und Umweltschutzbestimmungen einige der weltweit höchsten Standards hat und dass diese Bestimmungen es ermöglichen sollten, dass EU-Erzeugnisse in den Genuss der im Rahmen des US IRA vorgesehenen Vorteile kommen; betont, dass das Abkommen auch den EU-Besitzstand in den Bereichen Klima und Nachhaltigkeit uneingeschränkt achten, mit den Bemühungen der EU um die Stärkung ihrer offenen strategischen Autonomie im Einklang stehen und die kürzlich verabschiedeten Rechtsvorschriften und derzeit anhängigen Legislativvorschläge, einschließlich der Verordnung (EU) 2023/1542 über Batterien und Altbatterien ([1]), der Netto-Null-Industrie-Verordnung ([2]) und der Verordnung zu kritischen Rohstoffen ([3]) unberührt bleiben sollte;

4. unterstützt die transatlantische Zusammenarbeit, auch über internationale Foren, bei der fairen und inklusiven Standardisierung für die Lebenszyklusbewertung, sowie die Gewinnung, die Kennzeichnung und das Recycling kritischer Mineralien mit dem Ziel, nachhaltige Wert- und Lieferketten zu schaffen; begrüßt die Einleitung der transatlantischen Initiative für nachhaltigen Handel und sieht der raschen Umsetzung ihres Arbeitsprogramms erwartungsvoll entgegen; fordert die Kommission auf, eng mit den USA zusammenzuarbeiten, um das volle Potenzial des Handels- und Technologierats auszuschöpfen, eng mit anderen strategischen Partnern zusammenzuarbeiten, um resiliente, nachhaltige und zuverlässige globale Wertschöpfungsketten für kritische Materialien zu fördern, und dieses Abkommen als Gelegenheit zu nutzen, um in den Ländern, in denen diese kritischen Mineralien ihren Ursprung haben, einen Mehrwert zu schaffen und mit ihnen zusammenzuarbeiten und gleichzeitig unerwünschte strategische Abhängigkeiten zu verringern;

5. unterstützt das erklärte Ziel des Abkommens, die internationalen Lieferketten für kritische Mineralien zu stärken und so gegenseitige Handels-, Arbeits- und Umweltverpflichtungen zu schaffen, und die Einführung von Batterietechnologien für Elektrofahrzeuge zu fördern, indem die gemeinsame Verpflichtung der EU und der USA zur Erleichterung des Handels und zur Verringerung der Unsicherheit für Unternehmen formalisiert wird;

6. begrüßt das Ziel, ein gemeinsames Verständnis von wettbewerbsverzerrenden nicht marktorientierten Strategien und Praktiken bei kritischen Mineralien zu entwickeln und koordinierte Maßnahmen, auch mit anderen strategischen Partnern, zu entwickeln, um die Diversifizierung der Lieferketten zu fördern und Schwachstellen und unerwünschte strategische Abhängigkeiten zu verringern;

7. betont, dass das Abkommen auch zu Klarheit in Bezug auf die einschlägigen Definitionen führen sollte, und fordert beide Parteien auf, sich auf alle in dem US IRA aufgeführten Mineralien, die unter das Abkommen fallen sollen, zu einigen und die Liste der Sektoren festzulegen, die mit den kritischen Mineralien im Zusammenhang stehen, die Gegenstand des Abkommens sind;

8. fordert, dass das Abkommen auch kritische Mineralien abdeckt, die durch Recycling gewonnen werden; begrüßt, dass in den Entwürfen der Verhandlungsrichtlinien auf die Notwendigkeit verwiesen wird, die Kreislauforientierung zu fördern, bedauert jedoch, dass recycelte Rohstoffe nicht ausdrücklich in die Verhandlungen einbezogen werden;

([1]) Verordnung (EU) 2023/1542 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2023 über Batterien und Altbatterien, zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG und der Verordnung (EU) 2019/1020 und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/66/EG (ABl. L 191 vom 28.7.2023, S. 1).

([2]) Vorschlag der Kommission vom 16. März 2023 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologieprodukten (Netto-Null-Industrie-Verordnung) (COM(2023)0161).

([3]) Vorschlag der Kommission vom 16. März 2023 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1724 und (EU) 2019/1020 (COM(2023)0160).

9. begrüßt die erklärten Ambitionen der Verhandlungsrichtlinien in Bezug auf Nachhaltigkeit und arbeitsrechtliche Bestimmungen sowie den Verweis auf grundlegende Prinzipien und Rechte am Arbeitsplatz der Internationalen Arbeitsorganisation; betont, dass das Abkommen auch dem Ansatz der EU in Bezug auf Handel und nachhaltige Entwicklung uneingeschränkt Rechnung tragen und die kürzlich verabschiedeten Rechtsvorschriften und derzeit anhängigen Legislativvorschläge, einschließlich der vorgeschlagenen Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt ([4]), unberührt lassen sollte;

10. erachtet es als äußerst wichtig, einen Transparenzmechanismus für den gegenseitigen Austausch von Informationen über die öffentliche Unterstützung für den Sektor kritischer Mineralien sowie für ein Frühwarnsystem für kritische Störungen der Rohstofflieferkette aufzunehmen;

11. fordert die Kommission auf, die potenziellen Auswirkungen des US IRA auf die europäische Industrie und ihre Wettbewerbsfähigkeit, einschließlich Handels- und Investitionsverzerrungen, unter Berücksichtigung der aktuellen Herausforderungen für die Lieferketten und der hohen Energie-, Transport- und Rohstoffkosten weiter zu bewerten und ihren Dialog mit den USA über die Lösung dieser Probleme fortzusetzen;

12. fordert die Kommission auf, spätestens zwei Jahre nach seiner Ratifizierung eine Ex-post-Folgenabschätzung zum Abkommen durchzuführen und zu analysieren, inwieweit es seine erklärten Ziele erreicht;

13. nimmt den ehrgeizigen Zeitplan für den Abschluss der Verhandlungen mit den USA zur Kenntnis; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es wichtig ist, das Parlament in allen Phasen der Verhandlungen unverzüglich und umfassend einzubeziehen und zu informieren, um die demokratische Kontrolle sicherzustellen; weist darauf hin, dass jede förmliche Vereinbarung, die sich aus solchen Verhandlungen ergibt, der Zustimmung des Parlaments bedarf; betont, dass die Notwendigkeit einer beschleunigten Lösung nicht zulasten der Ambitionen gehen sollte;

14. fordert die Kommission auf, der US-Regierung mitzuteilen, dass ein Abkommen über kritische Mineralien nur als einer der ersten Schritte betrachtet werden sollte, um allen Bedenken der EU in Bezug auf das US IRA Rechnung zu tragen, unbeschadet eines möglichen Vorgehens auf WTO-Ebene, und allgemeiner in Bezug auf die noch bestehenden Handelskonflikte in den Beziehungen zwischen der EU und den USA; fordert die Kommission nachdrücklich auf, ihre Zusammenarbeit mit der US-Regierung fortzusetzen, um andere bestehende Bedenken auszuräumen;

15. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, dem Büro des US-Handelsbeauftragten und dem US-Kongress zu übermitteln.

([4]) Vorschlag der Kommission vom 14. September 2022 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt (COM(2022)0453).

C/2024/1766

22.3.2024

P9_TA(2023)0327

Änderung des vorgeschlagenen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. September 2023 mit Empfehlungen an die Kommission zur Änderung des vorgeschlagenen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext (2022/2194(INL))

(C/2024/1766)

Das Europäische Parlament,

— gestützt auf Artikel 225 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

— gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 175 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C8-0228/2018),

— gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

— unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat mit dem Titel „Stärkung von Wachstum und Zusammenhalt in den EU-Grenzregionen“ (COM(2017)0534),

— unter Hinweis auf die Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) ([1]),

— unter Hinweis auf den für die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission erstellten Abschlussbericht vom März 2017 mit dem Titel „Easing legal and administrative obstacles in EU border regions“ ([2]),

— unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2018)0373),

— unter Hinweis auf die vom schwedischen Parlament am 20. Juni 2018 im Rahmen des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vorgelegte begründete Stellungnahme, in der geltend gemacht wird, dass der Entwurf eines Gesetzgebungsakts nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar sei,

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 11. September 2018 zur Stärkung von Wachstum und Zusammenhalt in den EU-Grenzregionen ([3]),

— unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 19. September 2018 ([4]),

— unter Hinweis auf seine legislative Entschließung vom 14. Februar 2019 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext ([5]),

— unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 7. März 2019 ([6]),

— unter Hinweis auf das Gutachten des Juristischen Dienstes des Rates vom 2. März 2020 (6009/20) ([7]),

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 17. April 2020 zu abgestimmten Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen ([8]),

— gestützt auf seine Entschließung vom 19. Juni 2020 zum europäischen Schutz von Grenzgängern und Saisonarbeitskräften im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise ([9]),

([1]) ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 19.
([2]) https://ec.europa.eu/futurium/en/system/files/ged/easing_legal_and_administrative _obstacles_in_eu_border_regions_0.pdf
([3]) ABl. C 433 vom 23.12.2019, S. 24.
([4]) ABl. C 440 vom 6.12.2018, S. 124.
([5]) ABl. C 449 vom 23.12.2020, S. 619.
([6]) ABl. C 86 vom 7.3.2019, S. 165.
([7]) https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6009-2020-INIT/de/pdf
([8]) ABl. C 316 vom 6.8.2021, S. 2.
([9]) ABl. C 362 vom 8.9.2021, S. 82.

— unter Hinweis auf den Bericht der Europäischen Kommission vom Juli 2020 über die grenzübergreifende Zusammenarbeit in der EU ([10]),

— unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 5. Februar 2021 über grenzübergreifende öffentliche Dienstleistungen in Europa ([11]),

— unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses der Regionen vom Juli 2021 über die öffentliche Konsultation zur Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ([12]),

— unter Hinweis auf die Anfrage zur mündlichen Beantwortung O-000061/2021 an den Rat vom 10. September 2021 über den fehlenden Willen des Rates, mit dem ECBM voranzukommen ([13]),

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 14. September 2021 zum Thema „Eine stärkere Partnerschaft mit den EU-Gebieten in äußerster Randlage“ ([14]),

— unter Hinweis auf die Publikation „b-solutions: Solving Border Obstacles. A Compendium 2020-2021“, die am 9. Dezember 2021 veröffentlicht wurde ([15]),

— unter Hinweis auf den Bericht über das endgültige Ergebnis der Konferenz zur Zukunft Europas vom Mai 2022 ([16]),

— unter Hinweis auf die für seinen Ausschuss für regionale Entwicklung durchgeführte Studie mit dem Titel „The impacts of the COVID-19 pandemic on EU cohesion and EU cohesion policy“, die im Januar 2022 veröffentlicht wurde,

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 8. März 2022 zu der Kohäsionspolitik als Instrument zur Verringerung von Unterschieden bei der Gesundheitsversorgung und zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich ([17]),

— unter Hinweis auf den Bericht der Europäischen Kommission vom 9. Februar 2022 mit dem Titel „Kohäsion in Europa bis 2050 — Achter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt“,

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. September 2022 zum achten Kohäsionsbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU ([18]),

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. September 2022 zum Thema „Grenzregionen in der EU: Reallabors der europäischen Integration“ ([19]),

— unter Hinweis auf die vom Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments für seinen Ausschuss für regionale Entwicklung durchgeführte Studie zum Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext — Bewertung des europäischen Mehrwerts („EPRS-EAVA-Studie“) ([20]),

— gestützt auf die Artikel 47 und 54 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für regionale Entwicklung (A9-0252/2023),

A. in der Erwägung, dass durch das Fortbestehen grenzübergreifender Hindernisse administrativer und rechtlicher Art die Lebensbedingungen in den EU-Grenzregionen und ihr nachhaltiges wirtschaftliches und soziales Potenzial erheblich beeinträchtigt werden und die Ausübung der den Bürgern und Gemeinschaften der Grenzregionen durch die Verträge gewährten Rechte eingeschränkt wird;

([10]) https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/policy/cooperation/european-territorial/survey-2020/cross-border-survey-2020-report_en.pdf
([11]) ABl. C 106 vom 26.3.2021, S. 12.
([12]) https://cor.europa.eu/en/engage/Documents/Cohesion%20Alliance/Reports/Public %20Consultations%20on%20the%20Future%20of%20Cross-Border%20Cooperation/Report_on_the_Consultations-Future_of_CBC.pdf
([13]) https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/O-9-2021-000061_DE.html
([14]) ABl. C 117 vom 11.3.2022, S. 18
([15]) https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/bf87d622-5bc8-11ec-91ac-01aa75ed71a1/language-en
([16]) https://www.europarl.europa.eu/resources/library/media/20220509RES29121 /20220509RES29121.pdf
([17]) ABl. C 347 vom 9.9.2022, S. 27
([18]) ABl. C 125 vom 5.4.2023, S. 100
([19]) ABl. C 125 vom 5.4.2023, S. 114
([20]) EPRS, Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext — Bewertung des europäischen Mehrwerts, PE 740.233, 2023.

B. in der Erwägung, dass das Fortbestehen dieser Hindernisse und ihre Auswirkungen das Vertrauen der in den Grenzregionen lebenden Bürger in die europäische Integration und in die Wirksamkeit der öffentlichen Stellen untergraben;

C. in der Erwägung, dass Arbeitnehmer in Grenzregionen auch heute noch mit steuerlichen und administrativen Problemen konfrontiert sind, die eine bessere Koordinierung zwischen den Verwaltungen der Mitgliedstaaten erfordern; in der Erwägung, dass betont werden muss, dass dieser Trend durch die Zunahme der grenzüberschreitenden Telearbeit infolge der COVID-19-Pandemie weiter verschärft wurde;

D. in der Erwägung, dass die Regionen an den Binnengrenzen 40 % des Unionsgebiets ausmachen, 30 % der EU-Bevölkerung bzw. 150 Millionen Menschen in diesen Regionen leben und es dort fast 2 Millionen Grenzgänger gibt; in der Erwägung, dass Schätzungen zufolge die Schaffung eines Rechtsinstruments auf Unionsebene zur Überwindung grenzübergreifender Hindernisse in Verbindung mit den bestehenden Instrumenten einen wirtschaftlichen Nutzen von 123 Mrd. EUR bringen könnte, während die Beseitigung aller Hindernisse einen Nutzen von bis zu 460 Mrd. EUR bringen würde; in der Erwägung, dass die Beseitigung grenzübergreifender Hindernisse auch positive Auswirkungen auf die sozialen Rechte, die Chancengleichheit, den Umweltschutz und einen verbesserten Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen für die in den Grenzregionen lebenden Bürger haben würde ([21]);

E. in der Erwägung, dass die Beseitigung grenzübergreifender Hindernisse auch die Zugänglichkeit benachbarter Länder vereinfachen würde, indem beispielsweise die nach wie vor fehlenden Verbindungen zwischen bestimmten Grenzgebieten hergestellt würden; in der Erwägung, dass eine bessere Vernetzung der Grenzgebiete die europäische Integration greifbarer machen und den Bürgern die Möglichkeit einer effektiven und umweltfreundlichen grenzüberschreitenden Mobilität bieten würde;

F. in der Erwägung, dass einige Mitgliedstaaten bereits bilaterale oder plurilaterale Verträge und Vereinbarungen geschlossen haben und auf diese zurückgreifen können, um Strukturen und Verfahren für die Beseitigung grenzübergreifender Hindernisse zu schaffen;

G. in der Erwägung, dass ein Rechtsakt der Union, mit dem allgemeine Bestimmungen und Verfahrensregelungen für die Mitgliedstaaten zur Überwindung grenzübergreifender Hindernisse festgelegt werden, den Mitgliedstaaten und den EU-Regionen ein breiteres Spektrum an politischen Optionen sowie die Möglichkeit bieten würde, je nach Hindernis maßgeschneiderte Lösungen zu entwickeln;

H. in der Erwägung, dass dies auch den Gemeinschaften und den Akteuren der Zivilgesellschaft, die entweder nur an der Initiierung oder sowohl an der Initiierung als auch an der Durchführung von gemeinsamen Projekten in der Union beteiligt sind, zugutekäme, die dann über eine eigene Möglichkeit verfügen würden, auf grenzübergreifende Hindernisse hinzuweisen und diese zu beseitigen;

I. in der Erwägung, dass die Kommission im Jahr 2018 einen Vorschlag für eine Verordnung über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzüberschreitenden Kontext („ECBM-Vorschlag“) vorgelegt hat; in der Erwägung, dass in der Zwischenzeit neue, noch nie da gewesene Herausforderungen hinzugekommen sind, wie der Brexit, die COVID-19-Pandemie, die Notwendigkeit, dringend den Klimanotstand zu bekämpfen, und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine; in der Erwägung, dass sich diese Krisen auf grenzüberschreitender Ebene ausgewirkt haben, was sich in einer neuen geänderten Fassung dieses Vorschlags niederschlagen sollte;

J. in der Erwägung, dass laut einer in ihrer Publikation „b-solutions: Solving Border Obstacles. A Compendium of 43 Cases“ ([22]) veröffentlichten Schätzung ein solcher Rechtsakt zur Beseitigung grenzübergreifender Hindernisse in mindestens 38 % der untersuchten Fälle ein geeignetes Instrument zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse gewesen wäre;

K. in der Erwägung, dass das Parlament im Jahr 2019 seinen Standpunkt zu dem ECBM-Vorschlag in erster Lesung festgelegt hat; in der Erwägung, dass die Arbeitsgruppe „Strukturmaßnahmen“ des Rates die Arbeit an dem ECBM-Vorschlag im Jahr 2021 eingestellt hat, ohne dass ein formeller Standpunkt des Rates festgelegt wurde;

L. in der Erwägung, dass der Rat dennoch einige nachvollziehbare rechtliche Bedenken geäußert hat, die im Rahmen eines neuen Vorschlags thematisiert werden sollten;

([21]) Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments (2023): „Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext“, Bewertung des europäischen Mehrwerts, S. 48.

([22]) Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung (2020): „b-solutions: Solving Border Obstacles. A Compendium of 43 Cases: Annex“. Amt für Veröffentlichungen, https://data.europa.eu/doi/10.2776/36819.

M. in der Erwägung, dass das Parlament alle erforderlichen Anstrengungen unternommen hat, um interinstitutionelle Verhandlungen mit dem Rat in offener und konstruktiver Weise aufzunehmen; in der Erwägung, dass das Parlament die Kommission in zahlreichen Entschließungen sowie in formellen und informellen Gesprächen auf höchster politischer Ebene wiederholt aufgefordert hat, einen neuen geänderten Legislativvorschlag vorzulegen; in der Erwägung, dass die Annahme eines solchen Rechtsakts auch Teil der im Abschlussbericht der Konferenz zur Zukunft Europas ([23]) enthaltenen Vorschläge ist;

N. in der Erwägung, dass den Aufforderungen des Parlaments bisher weder seitens der Kommission noch seitens des Rates bedeutsame Maßnahmen gefolgt sind; in der Erwägung, dass das Parlament gemäß Artikel 225 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union befugt ist, die Kommission aufzufordern, geeignete Vorschläge zu Fragen zu unterbreiten, die nach seiner Auffassung zur Durchführung der Verträge einen Unionsakt erfordern;

1. vertritt die Auffassung, dass die Union angesichts der jüngsten Entwicklungen im Bereich der Arbeitskräftemobilität innerhalb der EU und zur Bewältigung verschiedener demografischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Herausforderungen, zur Verringerung von Ungleichheiten und zur Verhinderung der Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte ihre Bemühungen verstärken muss, die fortbestehenden grenzübergreifenden rechtlichen und administrativen Hindernisse im breiteren Kontext der Kohäsion durch eine weitaus effizientere Zusammenarbeit der Behörden in den Grenzregionen sowie durch ein neues wirksames Instrument zu überwinden;

2. stellt fest, dass trotz der jahrzehntelang entwickelten territorialen grenzüberschreitenden Aktivitäten, die von der Union mit rechtlichen und finanziellen Instrumenten unterstützt und gefördert werden, Bürger aus Grenzregionen häufiger diskriminiert werden, da sie keinen Zugang zur nächstgelegenen öffentlichen Dienstleistung haben, die sich nun mal auf der anderen Seite der Grenze befindet, oder dass ihren Unternehmen weniger Möglichkeiten offenstehen;

3. unterstützt die laufenden Bemühungen der Initiative b-solutions, die von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission (GD REGIO) gefördert und von der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (AGEG) als eine der in der Mitteilung der Kommission „Stärkung von Wachstum und Zusammenhalt in den EU-Grenzregionen“ vorgeschlagenen Maßnahmen betreut wird;

4. hält die b-solutions-Initiative für einen Erfolg, erkennt aber auch an, dass sie, wie u. a. auch der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), das Netzwerk Anlaufstelle „Grenze“ oder makroregionale Strategien, nur eines der technischen Instrumente ist, die die grenzübergreifende Zusammenarbeit der Union ergänzen, offensichtlich aber keine umfassende und wirksame Antwort auf die Hindernisse in den Grenzregionen darstellt;

5. betont, dass ein unionsweiter Koordinierungsrahmen erforderlich ist, um den Zusammenhalt der Union sicherzustellen und allen Grenzregionen eine lang erwartete Lösung zu bieten, die es ihnen ermöglicht, Hindernisse zu beseitigen, die ein höheres Maß an Anstrengung und Zusammenarbeit zwischen den betreffenden Mitgliedstaaten erfordern, und zugleich dem Subsidiaritätsprinzip gerecht wird;

6. hält fest, dass der Schwerpunkt der Änderung des ECBM-Vorschlags auf der Schaffung eines einfachen und überschaubaren Koordinierungsrahmens liegen sollte, der es den Behörden auf verschiedenen Ebenen ermöglicht, rechtliche und administrative Hindernisse zu beseitigen, während gleichzeitig verhindert wird, dass sich die Zuständigkeiten von Einrichtungen und Behörden überschneiden oder unnötiger Verwaltungsaufwand geschaffen wird, um so zur Entwicklung der Grenzräume unter Berücksichtigung ihrer Besonderheiten beizutragen, und dass der Geltungsbereich des überarbeiteten ECBM-Vorschlags hauptsächlich gemeinsame Projekte umfassen sollte;

7. ist der Überzeugung, dass mit einem solchen Koordinierungsrahmen, wenn er ein echtes Kohäsionsinstrument sein soll, die verfassungsmäßigen und legislativen Vorrechte der Mitgliedstaaten, unter Berücksichtigung der institutionellen Unterschiede im Hinblick auf die Handlungsfelder der betroffenen nationalen Verwaltungseinheiten, sowie die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten uneingeschränkt respektiert werden sollten;

8. schlägt vor, den neuen Koordinierungsrahmen „Instrument der Grenzregionen für Entwicklung und Wachstum in der EU“ (BRIDGEU — Border Regions' Instrument for Development and Growth in the EU) zu nennen;

9. betont, dass die regionalen und lokalen Behörden wichtige Akteure in der Förderung des territorialen Zusammenhalts sind und in der Lage sein sollten, sich in sinnvoller und einbeziehender Weise an der Ausarbeitung von Maßnahmen zur Beseitigung grenzübergreifender Hindernisse zu beteiligen und dass die einschlägigen lokalen Akteure der Zivilgesellschaft und die Gruppen der Gemeinschaft über den Prozess informiert werden sollten;

([23]) Abschlussbericht der Konferenz zur Zukunft Europas, Vorschlag 12, Maßnahme 15, S. 56.

10. betont, dass in jedem Legislativvorschlag zu diesem Thema die Behörden und Einrichtungen der Mitgliedstaaten auf allen betroffenen und in den gesamten Prozess eingebundenen Ebenen klar definiert werden müssen, um die erforderliche Rechtssicherheit für die regionalen und lokalen Akteure sicherzustellen;

11. ist der Überzeugung, dass die Einrichtung von grenzübergreifenden Koordinierungsstellen von entscheidender Bedeutung ist, um Behörden, der Zivilgesellschaft, Bürgern und privaten Einrichtungen eine Ansprechperson zur Verfügung zu stellen, die in der Lage ist, rechtliche oder administrative Hindernisse zu beseitigen, die der Durchführung eines gemeinsamen Projekts entgegenstehen;

12. hält fest, dass die Mitgliedstaaten über grenzübergreifende Koordinierungsstellen freiwillig und von Fall zu Fall prüfen sollten, ob und wie dem Ersuchen um Unterstützung bei der Beseitigung der Hindernisse und des Verwaltungsaufwands nachgekommen werden kann;

13. ist der Ansicht, dass eine Möglichkeit zur Förderung von Multi-Level-Governance, Innovation und einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen darin besteht, den grenzübergreifenden Koordinierungsstellen die Möglichkeit zu geben, grenzübergreifende Ausschüsse einzurichten, wenn ein komplexes Hindernis zu beseitigen ist, das eine engere Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der Grenzregionen auf allen Ebenen erfordert;

14. unterstreicht, dass die Mitgliedstaaten, die sich freiwillig für die Aktivierung des Instruments entscheiden, über verschiedene politische Maßnahmen verfügen sollten, um das Hindernis zu beseitigen, z. B. eine Überprüfung ihres Verwaltungs- oder Rechtsrahmens durch unilaterale Maßnahmen auf der jeweiligen Ebene, nicht zwingende Rechtsinstrumente, die Übertragung der Beseitigung des Hindernisses auf die durch bestehende bilaterale oder plurilaterale Verträge geschaffenen zuständigen Stellen oder schließlich durch die Einrichtung eines grenzübergreifenden Ausschusses, der mit der Ausarbeitung einer Ad-hoc-Lösung zur Beseitigung eines oder mehrerer der festgestellten Hindernisse beauftragt wird;

15. betont, dass die Beschlussfassung über die Umsetzung einer vom grenzübergreifenden Ausschuss ausgearbeiteten Ad-hoc-Lösung im Ermessen der zuständigen Behörden auf der jeweiligen Ebene des betreffenden Mitgliedstaats liegen und in jedem Fall durch die Mitgliedstaaten in voller Übereinstimmung mit ihrem Rechts- und Verfassungsrahmen erfolgen sollte;

16. stellt fest, dass einige Mitgliedstaaten, z. B. Estland, Zypern, Lettland, Luxemburg und Malta, bei denen es sich jeweils um eine Region der NUTS-Ebene 2 handelt, nunmehr vom ursprünglichen geografischen Geltungsbereich des Kommissionsvorschlags, nämlich der NUTS-Ebene 3, ausgenommen sind, während in Deutschland die NUTS-1-Regionen den Bundesländern, die NUTS-2-Regionen den Regierungsbezirken und die NUTS-3-Regionen im Allgemeinen den Landkreisen entsprechen; bringt vor, dass die NUTS-3-Ebene bei grenzübergreifenden Hindernissen nicht immer die optimale Ebene ist, um rechtliche und administrative Hindernisse in verschiedenen grenzüberschreitenden Situationen auszuräumen; betont daher, dass der künftige Koordinierungsrahmen eine gewisse Flexibilität bei seiner Umsetzung ermöglichen muss, um so relevant und wirksam wie möglich zu sein, indem er auf das in jedem Einzelfall am besten geeignete Gebiet ausgerichtet wird;

17. hebt hervor, dass die Mitgliedstaaten durch nichts daran gehindert werden, freiwillig dieselben Verfahrensregelungen zu befolgen, die in der vorgeschlagenen Verordnung in Anhang I dieser Entschließung vorgesehen sind, wenn sie vereinbaren, rechtliche und administrative Hindernisse in Grenzregionen der Union mit Bewerberländern unter Einhaltung des Unionsrechts zu beseitigen;

18. verlangt von der Kommission, auf der Grundlage von Artikel 175 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union einen Vorschlag für eine Verordnung über ein Instrument der Grenzregionen für Entwicklung und Wachstum in der EU vorzulegen und dabei den Empfehlungen im Anhang zu folgen;

19. erinnert an das Bekenntnis der Präsidentin der Kommission zu dem Initiativrecht des Parlaments und ihre Zusage, den legislativen Initiativberichten des Parlaments einen Rechtsakt im Einklang mit den Grundsätzen des Unionsrechts folgen zu lassen, der in den politischen Leitlinien für die nächste Europäische Kommission 2019-2024 enthalten ist; erwartet daher, dass die Kommission dieser Entschließung einen konkreten Legislativvorschlag folgen lässt;

20. ist der Auffassung, dass für die in diesem Dokument dargelegten Vorschläge eine ausreichende Finanzierung erforderlich ist und dass die finanziellen Auswirkungen der geforderten Vorschläge durch die entsprechenden Mittel aus dem Unionshaushalt abgedeckt werden sollten; fordert in diesem Zusammenhang die Kommission auf zu prüfen, ob mit dem Ziel, den Aufbau von Kapazitäten bei den Behörden der Mitgliedstaaten auf allen Ebenen zu fördern, die Durchführung der neuen Verordnung durch die Inanspruchnahme des Instruments für technische Hilfe und Informationsaustausch der Europäischen Kommission (TAIEX) oder des Instruments für technische Unterstützung erleichtert werden könnte;

21. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung und die als Anlage beigefügten Empfehlungen der Kommission und dem Rat sowie dem Europäischen Ausschuss der Regionen zu übermitteln.

ANLAGE I ZUR ENTSCHLIESSUNG:

EMPFEHLUNGEN ZUM INHALT DES VERLANGTEN VORSCHLAGS

Vorschlag für eine

VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

über ein Instrument der Grenzregionen für Entwicklung und Wachstum in der EU

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 175 Absatz 3,

unter Hinweis auf die Aufforderung des Europäischen Parlaments an die Europäische Kommission,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses,

unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Nach Artikel 175 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) können spezifische Aktionen außerhalb der in Absatz 1 dieses Artikels angeführten Fonds beschlossen werden, um das im AEUV festgelegte Ziel des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts zu verwirklichen. Die harmonische Entwicklung des gesamten Gebiets der Union und die Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts implizieren die Verstärkung der territorialen Zusammenarbeit. Zu diesem Zweck sollten die Maßnahmen ergriffen werden, die für die Verbesserung der Bedingungen notwendig sind, unter denen die Aktionen der territorialen Zusammenarbeit verwirklicht werden.

(2) Die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, die Mitgliedstaaten sowie die regionalen und lokalen Behörden sollten zusammenarbeiten, um die wirksame Durchführung und Überwachung der Aktionen zur territorialen Zusammenarbeit sicherzustellen und so einen stärkeren Zusammenhalt und eine stärkere Integration des Unionsgebiets zu erreichen.

(3) In Artikel 174 AEUV werden die Herausforderungen anerkannt, denen sich Grenzregionen stellen müssen, und es ist festgelegt, dass diesen Gebieten besondere Aufmerksamkeit gilt, wenn die Union ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts entwickelt und weiterhin verfolgt.

(4) In ihrer Mitteilung vom 20. September 2017 mit dem Titel „Stärkung von Wachstum und Zusammenhalt in den EU-Grenzregionen“ (im Folgenden „Mitteilung über Grenzregionen“) legt die Kommission dar, dass der europäische Integrationsprozess in den letzten Jahrzehnten dazu beigetragen hat, dass sich Regionen an den Binnengrenzen von zumeist abgelegenen Gebieten in Gebiete verwandelt haben, die Wachstum und Chancen bieten. Die Vollendung des Binnenmarktes im Jahr 1992 hat durch die Abschaffung der Zollformalitäten, die Angleichung oder gegenseitige Anerkennung der technischen Regelungen und die wettbewerbsbedingten Preissenkungen zu einer Steigerung der Produktivität der Union und zu einer Verringerung der Kosten geführt.

(5) Die Kommission wies des Weiteren darauf hin, dass in den Grenzregionen nach wie vor zahlreiche rechtliche Hindernisse bestehen, insbesondere in den Bereichen Gesundheitsdienste, Arbeitsrecht, Umweltschutz, Steuern und Unternehmensentwicklung, sowie Hindernisse aufgrund von Unterschieden in der Verwaltungskultur und im nationalen Rechtsrahmen. Weder die Unterstützung im Rahmen der Europäischen territorialen Zusammenarbeit noch die institutionelle Unterstützung der Zusammenarbeit durch die Europäischen Verbünde für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) allein reichen aus, um diese Hindernisse zu überwinden, die einer wirksamen Kooperation im Wege stehen.

(6) Dem Bericht der Kommission vom 21. Juli 2021 mit dem Titel „Grenzregionen in der EU: Reallabors der europäischen Integration“ zufolge hat der Ausbruch der COVID-19-Pandemie im ersten Trimester des Jahres 2020 diese Entwicklung durch die von den Mitgliedstaaten verhängten Grenzschließungen zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus noch weiter verschärft. In ihrem Bericht vom Januar 2021 mit dem Titel „The effects of COVID-19 induced border closures on cross-border regions“ (Die Auswirkungen COVID-19-bedingter Grenzschließungen auf grenzübergreifende Regionen) stellte die Kommission fest, dass die an der Grenze angeordneten Gesundheitskontrollen die Mobilität von Grenzgängern und Wirtschaftstätigkeiten, die auf grenzüberschreitende Kunden angewiesen sind, stark eingeschränkt und den Zugang zu sozialer Sicherheit für Grenzgänger, die auf Fernarbeit ausweichen mussten, übermäßig erschwert hatten. Gesundheitseinrichtungen und Schulen auf der anderen Seite der Grenze nicht erreichen zu können, hatte schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit und Sicherheit zahlreicher Bürger.

(7) Seit 1990 werden im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“, besser bekannt unter dem Namen „Interreg“ ([1]), Programme zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit in den Grenzregionen der Union unterstützt. Tausende von Projekten und Initiativen wurden finanziert, die zur Verbesserung der europäischen Integration beigetragen, einen echten Unterschied in den Grenzregionen bewirkt und zu deren Umgestaltung beigetragen haben. Zu den wichtigsten Errungenschaften der Interreg-Programme zählen: größeres Vertrauen zwischen den Grenzregionen, stärkere Vernetzung, bessere Umweltstandards, bessere Gesundheit und größerer Wohlstand der Bürger.

(8) Interreg hat auch die Zusammenarbeit an bestimmten Seegrenzen unterstützt. Rechtliche Hindernisse sind in Regionen mit Seegrenzen jedoch weniger problematisch, da es physisch unmöglich ist, diese Grenzen täglich oder mehrmals pro Woche für einen oder mehrere der folgenden Zwecke zu überqueren: Arbeit, Bildung und Ausbildung, Einkäufe, Nutzung von Einrichtungen und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse oder Notfalleinsätze.

(9) Makroregionale Strategien spielen eine wichtige Rolle bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen für Makroregionen. Sie sind Plattformen für die strategische Vernetzung und funktionieren über Grenzen, Sektoren und Regierungsebenen hinweg, um die Koordinierung gemeinsamer Strategien und Maßnahmen in der betreffenden Makroregion zu unterstützen. Da Makroregionen eng miteinander verbundene Gebiete mit gemeinsamen Bedürfnissen sind, könnte durch die Beseitigung von Hindernissen erreicht werden, dass die Zusammenarbeit intensiviert wird und die Regionen stärker, widerstandsfähiger und als Lebensraum attraktiver werden.

(10) In ihrem Bericht vom März 2017 mit dem Titel „Easing legal and administrative obstacles in EU border regions“ (Abbau rechtlicher und administrativer Hindernisse in EU-Grenzregionen) hat die Kommission insgesamt 239 Hindernisse untersucht. Zwei Drittel dieser Hindernisse betreffen die gesamte Landgrenze, und fast 60 % davon haben äußerst negative Folgen für die grenzübergreifende Integration, was sich in konkreten Auswirkungen auf die Arbeitsmarktchancen und die sozialen Rechte der Bürger bemerkbar macht.

(11) In ihrer öffentlichen Konsultation im Jahr 2020 zur Überwindung grenzübergreifender Hindernisse, einer Folgemaßnahme zur grenzübergreifenden Überprüfung der GD REGIO aus dem Jahr 2015, stellte die Kommission fest, dass 45 % der Befragten eine Grenze als Chance sehen, während sie von über einem Drittel hauptsächlich als Hindernis betrachtet wird.

(12) Die diesbezügliche Studie zur Bewertung des europäischen Mehrwerts (EAVA, European Added Value Assessment) des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments, in der Daten aus den Jahren 2014-2019 ausgewertet wurden, ergab, dass die Beseitigung von Hindernissen erhebliche Vorteile für die NUTS-3-Grenzregionen und die gesamte Wirtschaft der Union mit sich bringen würde. Konkret würde die Bruttowertschöpfung (BWS) bei einer vollständigen Beseitigung der rechtlichen und administrativen Hindernisse rund 457 Mrd. EUR betragen, was 3,8 % der gesamten BWS der EU im Jahr 2019 entspricht. Die Beseitigung von 20 % der Hindernisse in allen Grenzregionen würde einen Gesamtnutzen für die BWS in Höhe von 123 Mrd. EUR, d. h. rund 1 % der gesamten BWS der EU im Jahr 2019, sowie einen Gesamtnutzen für die Beschäftigung in Höhe von 1 Mio. Arbeitsplätzen, d. h. rund 0,5 % der Gesamtbeschäftigung in der EU, mit sich bringen ([2]).

([1]) Bisher gab es fünf Interreg-Programmplanungszeiträume: INTERREG I (1990-1993), INTERREG II (1994-1999), INTERREG III (2000-2006), INTERREG IV (2007-2013) und INTERREG V (2014-2020).

([2]) GD EPRS, Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext — Bewertung des europäischen Mehrwerts, PE 740.233, Mai 2023.

(13) Zu den weiteren potenziellen Vorteilen gehören positive Auswirkungen auf die sozialen Rechte und die Beseitigung von Ungleichheiten beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen für Bürger in Grenzregionen, was wiederum dazu beitragen würde, Fachkräfte zu binden und das wirtschaftliche und soziale Potenzial dieser Regionen weiter zu erschließen.

(14) In ihrer Mitteilung über Grenzregionen verwies die Kommission unter anderem auf eine 2015 gestartete Initiative. Eine Reihe von Mitgliedstaaten prüft derzeit die Vorteile eines neuen Instruments zur Vereinfachung grenzübergreifender Projekte, mit dem auf freiwilliger Basis und im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden vorübergehende Ausnahmen von den geltenden Rechtsvorschriften oder Ad-hoc-Lösungen ermöglicht werden. Dies würde für zeitlich begrenzte Einzelprojekte oder -maßnahmen gelten, die in einer Grenzregion durchgeführt werden und von den lokalen oder regionalen Behörden ins Leben gerufen wurden.

(15) Auch wenn es in bestimmten Regionen der Union bereits eine Reihe wirksamer Verträge, Abkommen und Instrumente für die grenzübergreifende Zusammenarbeit auf zwischenstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene gibt, decken sie nicht alle Grenzregionen der Union ab. Darüber hinaus reichen die Finanzierungsinstrumente (hauptsächlich Interreg) und die Rechtsinstrumente (hauptsächlich EVTZ), die bisher auf Unionsebene zur Verfügung stehen, nicht aus, um grenzübergreifende Hindernisse in der gesamten Union zu beseitigen. Daher ist es notwendig, ergänzend zu den bestehenden Systemen und zur Beseitigung von Verfahrenshindernissen, die die Entwicklung der Grenzregionen bremsen, einen freiwilligen Koordinierungsrahmen zu schaffen, mit dem allgemeine Bestimmungen und eindeutige Verfahrensregelungen festgelegt werden, die die Mitgliedstaaten zur Beseitigung von Hindernissen, die der Durchführung eines gemeinsamen Projekts in einem grenzüberschreitenden Kontext im Wege stehen, anwenden können. Die Entscheidung darüber, ob und wie potenzielle Hindernisse zu beseitigen sind, sollte in die Zuständigkeit der betreffenden Mitgliedstaaten fallen.

(16) Rechtliche Hindernisse betreffen in erster Linie Personen, die über Landgrenzen hinweg tätig sind, wie etwa Grenzgänger, die täglich oder wöchentlich Grenzen überqueren. Um die Wirkung dieser Verordnung auf die grenznahen Regionen zu konzentrieren, die den höchsten Grad an Integration und Interaktion zwischen Nachbarmitgliedstaaten aufweisen, sollte diese Verordnung für grenzübergreifende Regionen im Sinne des Gebiets benachbarter Regionen an Land- oder Seegrenzen in zwei oder mehr Mitgliedstaaten auf NUTS-Ebene 2 und 3 gelten.

(17) Um die Aufgaben der verschiedenen Behörden, zu denen in einigen Mitgliedstaaten auch nationale und regionale Gesetzgebungsorgane gehören, innerhalb eines bestimmten Mitgliedstaats und zwischen den Behörden eines oder mehrerer benachbarter Mitgliedstaaten zu koordinieren, sollte jeder Mitgliedstaat verpflichtet sein, eine grenzübergreifende Koordinierungsstelle einzurichten oder zu benennen, und zwar entweder auf Ebene des Mitgliedstaats eine eigenständige Stelle oder eine Stelle innerhalb einer bestehenden Behörde oder Einrichtung, oder eine geeignete Behörde oder Einrichtung mit einer solchen Aufgabe betrauen. Die Aufgaben der grenzübergreifenden Koordinierungsstellen sind in dieser Verordnung im Einklang mit den nationalen Zuständigkeiten festgelegt.

(18) Wenn zwei aneinandergrenzende Mitgliedstaaten vereinbaren, ein durch eine Initiativvorlage ermitteltes Hindernis gemeinsam zu beseitigen, sollte ein grenzübergreifender Ausschuss einberufen werden, der sich aus Vertretern der von den grenzübergreifenden Koordinierungsstellen der betreffenden Mitgliedstaaten benannten nationalen, regionalen und lokalen Behörden zusammensetzt. Solch ein grenzübergreifender Ausschuss, dessen Aufgaben in dieser Verordnung festgelegt sind, sollte ein zeitlich begrenztes Gremium und auf die Ausarbeitung einer Ad-hoc-Lösung zur Beseitigung eines grenzübergreifenden Hindernisses beschränkt sein.

(19) Diese Verordnung enthält eine Beschreibung des Verfahrens für eine Initiativvorlage, einschließlich Angaben dazu, wer Initiator sein kann, sowie des Verfahrens für die Ausarbeitung und Einreichung einer Initiativvorlage, des Inhalts dieser Initiativvorlage, einer Voranalyse der Initiativvorlage und der Folgemaßnahmen. Lokale oder regionale Behörden, Organisationen der Zivilgesellschaft, Bürgerinitiativen oder andere Einrichtungen, unabhängig davon, mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, können Initiatoren sein, sofern sie für die Initiierung oder sowohl für die Initiierung als auch die Durchführung eines gemeinsamen Projekts verantwortlich sind. Diese Verordnung sollte eine vollständige Liste der Einrichtungen enthalten, die als Initiatoren fungieren können.

(20) Die grenzübergreifende Koordinierungsstelle, bei der eine Initiativvorlage eingeht, wird als grenzübergreifende Koordinierungsstelle des ersten Kontakts bezeichnet. In dem Verfahren wird auch festgelegt, wie ein angrenzender Mitgliedstaat auf einen Antrag auf Einrichtung eines grenzübergreifenden Ausschusses reagiert.

(21) Nach Eingang einer Initiativvorlage sollte die grenzübergreifende Koordinierungsstelle des ersten Kontakts mit allen einschlägigen nationalen, regionalen und lokalen Behörden in ihrem Mitgliedstaat und mit der grenzübergreifenden Koordinierungsstelle in dem/den betroffenen angrenzenden Mitgliedstaat(en) Kontakt aufnehmen. Die grenzübergreifende Koordinierungsstelle des ersten Kontakts sollte dem Initiator eine vorläufige Einschätzung darüber geben, ob die Initiativvorlage den in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen entspricht und ob das Hindernis besteht. Diese vorläufige Einschätzung sollte auf Anfrage öffentlich zugänglich gemacht werden. Anschließend sollte die grenzübergreifende Koordinierungsstelle des ersten Kontakts entscheiden können, ob ein Verfahren eingeleitet werden soll, das zum Abschluss einer Ad-hoc-Lösung führt, oder ob eine Lösung auf nationaler Ebene gefunden werden soll, oder feststellen, dass die Beseitigung eines oder mehrerer Hindernisse, mit dem bzw. mit denen die Durchführung eines gemeinsamen Projekts beeinträchtigt wird, in den Anwendungsbereich bestehender internationaler Vereinbarungen fällt. Zudem sollte der Mitgliedstaat beschließen können, sich nicht mit den Hindernissen zu befassen. Jede Entscheidung liegt im Ermessen des betreffenden Mitgliedstaats und sollte entsprechend begründet und allen Beteiligten rechtzeitig mitgeteilt sowie auf Anfrage öffentlich zugänglich gemacht werden.

(22) Diese Verordnung enthält eine Beschreibung des Verfahrens, das zu befolgen ist, wenn zwei oder mehr grenzübergreifende Koordinierungsstellen vereinbaren, einen grenzübergreifenden Ausschuss mit der Ausarbeitung einer Ad-hoc-Lösung zu beauftragen, einschließlich des Inhalts des Ad-hoc-Lösungsentwurfs und der Übermittlung des Ad-hoc-Lösungsentwurfs an die betreffenden Mitgliedstaaten.

(23) Auch wird in dieser Verordnung das Verfahren für den Abschluss der Ad-hoc-Lösung festgelegt, das zum Tragen kommt, nachdem die zuständigen Behörden der betreffenden Mitgliedstaaten die Ad-hoc-Lösung geprüft und ihr zugestimmt haben.

(24) Die Verordnung enthält Regeln für die Durchführung, Überwachung und Bewertung der Anwendung der Ad-hoc-Lösung.

(25) Die Voraussetzungen für die territoriale Zusammenarbeit sollten im Einklang mit dem in Artikel 5 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) verankerten Subsidiaritätsprinzip und dem in Artikel 5 Absatz 4 EUV verankerten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geschaffen werden, wonach Inhalt und Form der Maßnahmen der Union nicht über das zur Erreichung der Ziele der Verträge erforderliche Maß hinausgehen sollten. Daher darf die Anwendung bestehender oder künftiger bilateraler oder plurilateraler Verträge oder Übereinkünfte, die von den Mitgliedstaaten nach dem Völkerrecht geschlossen wurden bzw. werden, durch die Annahme dieser Verordnung nicht beeinträchtigt werden —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

KAPITEL I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Gegenstand

(1) Mit dieser Verordnung wird ein Koordinierungsrahmen mit allgemeinen Bestimmungen und Verfahrensregelungen für Mitgliedstaaten geschaffen, um Hindernisse, die die Planung, Entwicklung, Personalausstattung, Finanzierung oder Arbeitsweise eines gemeinsamen Projekts in einem grenzübergreifenden Kontext beeinträchtigen, in Zusammenarbeit mit ihren zuständigen lokalen und regionalen Behörden zu beseitigen.

(2) Die Mitgliedstaaten prüfen freiwillig und von Fall zu Fall, ob die in Kapitel II niedergelegten Verfahrensregelungen zur Beseitigung eines Hindernisses im Sinne von Absatz 1 dieses Artikels aktiviert werden sollen.

(3) Mit dieser Verordnung werden festgelegt:

a) die Organisation und die Aufgaben der grenzübergreifenden Koordinierungsstellen in den Mitgliedstaaten,

b) die Zusammensetzung und die Aufgaben der grenzübergreifenden Ausschüsse,

c) die koordinierende Rolle der Kommission.

(4) Diese Verordnung berührt nicht die Durchführung bestehender oder künftiger bilateraler oder plurilateraler Verträge, die von Mitgliedstaaten nach dem Völkerrecht geschlossen wurden, oder die Vorrechte und Aufgaben von Organen, die durch diese Verträge eingerichtet wurden.

Artikel 2

Geltungsbereich

Diese Verordnung gilt für gemeinsame Projekte in einem grenzübergreifenden Kontext gemäß der Begriffsbestimmung in Artikel 3 Nummer 2.

Artikel 3

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

1. „grenzübergreifende Region“: ein sich auf benachbarte Regionen der NUTS-Ebenen 2 und 3 mit Land- oder Seegrenzen erstreckendes Gebiet von zwei oder mehr Mitgliedstaaten;

2. „gemeinsames Projekt“: jede Infrastrukturmaßnahme, die Auswirkungen auf eine bestimmte grenzübergreifende Region hat, oder jede Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, die in einer bestimmten grenzübergreifenden Region erbracht wird, unabhängig davon, ob diese Auswirkungen auf beiden Seiten oder nur auf einer Seite der Grenze auftreten;

3. „Hindernis“: jede Rechts- oder Verwaltungsvorschrift im Zusammenhang mit der Planung, Entwicklung, Personalausstattung, Finanzierung oder Arbeitsweise eines gemeinsamen Projekts, die der Ausschöpfung des Potenzials einer Grenzregion, über die Grenze hinweg tätig zu werden, entgegensteht;

4. „Initiator“: den Akteur, der ein oder mehrere rechtliche Hindernisse ermittelt und durch Einreichung einer Initiativvorlage den Koordinierungsrahmen aktiviert;

5. „Initiativvorlage“: eine von einem Initiator oder mehreren Initiatoren ausgearbeitete Vorlage zur Aktivierung des Instruments;

6. „Anwendungsgebiet“: das territoriale Gebiet in einem oder mehreren Mitgliedstaaten, in dem eine Ad-hoc-Lösung gelten soll, die auf das zur Durchführung des gemeinsamen Projekts unbedingt erforderliche Maß beschränkt ist;

7. „zuständige Behörde“: die Behörde, die jeder Mitgliedstaat für die Ausführung spezifischer Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieser Verordnung benannt hat.

Artikel 4

Grenzübergreifende Koordinierungsstellen

(1) Jeder Mitgliedstaat richtet in voller Übereinstimmung mit seinem Rechts- und Verfassungsrahmen eine grenzübergreifende Koordinierungsstelle auf eine der folgenden Weisen ein oder benennt sie:

a) Benennen einer grenzübergreifenden Koordinierungsstelle als eigenständige Stelle auf Ebene des Mitgliedstaats,

b) Einrichtung einer grenzübergreifenden Koordinierungsstelle innerhalb einer bestehenden Behörde oder Stelle oder

c) Beauftragung einer geeigneten Behörde oder Stelle mit den zusätzlichen Aufgaben einer nationalen grenzübergreifenden Koordinierungsstelle.

(2) Die Mitgliedstaaten informieren die Kommission innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung über die Identität der grenzübergreifenden Koordinierungsstelle.

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Behörde oder Stelle, die als grenzübergreifende Koordinierungsstelle eingerichtet wird oder die zusätzlichen Aufgaben einer solchen Stelle wahrnimmt, den erforderlichen Aufbau von Kapazitäten und die erforderliche Unterstützung erhält, um die in Artikel 5 beschriebenen Aufgaben zu erfüllen.

Artikel 5

Aufgaben der grenzübergreifenden Koordinierungsstellen

(1) Die grenzübergreifenden Koordinierungsstellen übernehmen die in Kapitel II festgelegten Aufgaben und Verfahren, insbesondere:

a) Durchführung einer Voranalyse aller eingegangenen Initiativvorlagen, Kontaktierung des Initiators und Sicherstellung von Transparenz und Zugang zur Dokumentation;

b) Koordinierung der Ausarbeitung, des Abschlusses und der Umsetzung aller Ad-hoc-Lösungen, die das Hoheitsgebiet ihres Mitgliedstaats betreffen;

c) Pflege der Kontakte zu den grenzübergreifenden Koordinierungsstellen in dem/n benachbarten Mitgliedstaat(en);

d) Pflege der Kontakte zur Kommission und Unterstützung bei der Aktualisierung der Datenbank der Kommission gemäß Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe e;

e) Ermittlung und Kontaktierung der nationalen, regionalen und lokalen Behörden, die in Fällen, in denen die betreffenden Mitgliedstaaten gemeinsam entscheiden, die in Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe d und in Artikel 12 festgelegten Verfahren einzuleiten, als Teil eines grenzübergreifenden Ausschusses mit dem Entwurf einer Ad-hoc-Lösung beauftragt sind;

f) Sicherstellung, dass den Bürgern und den einschlägigen Interessenträgern auf Anfrage Informationen über alle im Rahmen dieser Verordnung getroffenen Entscheidungen zur Verfügung gestellt werden.

(2) Jeder Mitgliedstaat kann beschließen, die grenzübergreifende Koordinierungsstelle mit den folgenden zusätzlichen Aufgaben zu beauftragen:

a) Überwachung der Umsetzung aller Ad-hoc-Lösungen, die das Hoheitsgebiet ihres Mitgliedstaats betreffen;

b) Unterrichtung der zuständigen Behörde ihres Mitgliedstaates über ihre Verpflichtung zur Einhaltung der in einer bestimmten Ad-hoc-Lösung festgelegten Fristen sowie über ein etwaiges Versäumen solcher Fristen;

c) regelmäßige Unterrichtung des Initiators hinsichtlich der auf die Initiativvorlage folgenden Schritte, wenn die in Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a erwähnten Verfahren eingeleitet werden.

Artikel 6

Aufgaben und Zusammensetzung der grenzübergreifenden Ausschüsse

(1) Die Mitgliedstaaten beschließen nach Anhörung der betreffenden regionalen und lokalen Behörden in gegenseitigem Einvernehmen und auf der Grundlage einer Einzelfallprüfung gemäß Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe d und Artikel 12 die Einrichtung eines grenzübergreifenden Ausschusses, der mit der Ausarbeitung einer Ad-hoc-Lösung beauftragt wird, um eines oder mehrere der in einer Initiativvorlage genannten Hindernisse zu beseitigen.

(2) Im Ad-hoc-Lösungsentwurf wird anhand von rechtlichen oder administrativen Verfahrensregelungen sichergestellt, dass ausschließlich das in einer Initiativvorlage beschriebene Hindernis beseitigt wird. Mit dem Abschluss und der Umsetzung der Ad-hoc-Lösung werden die zuständigen Behörden der betreffenden Mitgliedstaaten unter vollständiger Einhaltung ihres Rechts- und Verfassungsrahmens betraut.

(3) Grenzübergreifende Ausschüsse setzen sich aus Vertretern der nationalen, regionalen oder lokalen Behörden zusammen, die von den grenzübergreifenden Koordinierungsstellen der betreffenden Mitgliedstaaten benannt werden. Die grenzübergreifenden Koordinierungsstellen stellen die Beteiligung der regionalen und lokalen Behörden an dem grenzübergreifenden Ausschuss sicher, sofern die Beseitigung des Hindernisses in ihre Zuständigkeit fällt.

Artikel 7

Koordinierungsaufgaben der Kommission

(1) Die Kommission führt folgende Koordinierungsaufgaben aus:

a) Pflege der Kontakte zu den grenzübergreifenden Koordinierungsstellen;

b) auf Anforderung Bereitstellung praktischer Informationen und Auslegung bezüglich der thematischen Spannweite und der thematischen Ausrichtung der Verordnung;

c) auf Anforderung Bereitstellung fachlicher Unterstützung für den grenzübergreifenden Ausschuss während der Ausarbeitung einer Ad-hoc-Lösung;

d) Unterstützung des Austauschs bewährter Verfahren;

e) Erstellung, Veröffentlichung und Pflege einer öffentlichen aktuellen Datenbank aller grenzübergreifenden Koordinierungsstellen und ihrer Kontaktdaten sowie aller Ad-hoc-Lösungen.

KAPITEL II

Optionen der Mitgliedstaaten für die Beseitigung grenzübergreifender Hindernisse

Artikel 8

Ausarbeitung und Einreichung der Initiativvorlage

(1) Der Initiator ermittelt ein etwaiges Hindernis im Zusammenhang mit der Planung, Entwicklung, Personalausstattung, Finanzierung oder Arbeitsweise eines gemeinsamen Projekts.

(2) Der Initiator ist eine der folgenden Einrichtungen, die entweder allein oder in Zusammenarbeit mit anderen agieren:

a) die öffentliche oder private Stelle, die für die Initiierung bzw. sowohl die Initiierung als auch die Durchführung eines gemeinsamen Projekts zuständig ist;

b) eine oder mehrere lokale oder regionale Behörden in einer bestimmten grenzübergreifenden Region;

c) eine Einrichtung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die die grenzübergreifende Zusammenarbeit fördert und in einer bestimmten grenzübergreifenden Region ansässig ist oder diese zumindest teilweise abdeckt, einschließlich Europäischer Verbünde für territoriale Zusammenarbeit gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates ([3]), Euroregionen, Euregios und ähnlicher Einrichtungen;

d) eine Organisation, die im Auftrag von grenzübergreifenden Regionen mit dem Ziel eingerichtet wurde, die Interessen von grenzübergreifenden Gebieten zu fördern und die Vernetzung der Akteure sowie den Austausch von Erfahrungen zu vereinfachen, wie die Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen, die Mission Opérationnelle Transfrontalière oder der ungarische Thinktank „Central European Service for Cross-border Initiatives".

(3) Der Initiator erstellt gemäß Artikel 9 eine Initiativvorlage und berücksichtigt, sofern dies nach geltendem Recht zulässig ist, Ersuchen von Personen oder Unternehmen, die von dem gemeinsamen Vorhaben betroffen sind.

(4) Der Initiator reicht die Initiativvorlage bei der grenzübergreifenden Koordinierungsstelle seines Mitgliedstaats ein und sendet der grenzübergreifenden Koordinierungsstelle des betreffenden benachbarten Mitgliedstaats bzw. der betreffenden benachbarten Mitgliedstaaten eine Kopie zu. In den in Artikel 8 Absatz 2 Buchstaben c und d beschriebenen Fällen steht es dem Initiator frei zu entscheiden, an welche grenzübergreifende Koordinierungsstelle der betreffenden Mitgliedstaaten er die Initiativvorlage sendet.

Artikel 9

Inhalt der Initiativvorlage

(1) Die Initiativvorlage gemäß Artikel 8 enthält mindestens die folgenden Angaben:

a) eine Beschreibung des gemeinsamen Projekts und seines Kontextes, einschließlich des Projektplans, des Projektzeitplans und der Projektrisiken unter Angabe der Auswirkungen der Hindernisse;

b) eine Beschreibung der vermuteten Hindernisse, die die Durchführung des gemeinsamen Projekts erschweren;

c) wenn möglich und relevant, eine vorläufige Einschätzung, wie die grenzübergreifenden Hindernisse durch eine Ad-hoc-Lösung überwunden werden könnten;

d) eine Liste der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die für die vorgesehene Ad-hoc-Lösung zu berücksichtigen sind;

e) ein voraussichtliches Datum für den Abschluss der Ad-hoc-Lösung, damit das betreffende Projekt realisierbar bleibt;

f) die vorgesehene Dauer der Anwendung der Ad-hoc-Lösung;

g) eine Begründung für das Anwendungsgebiet der Ad-hoc-Lösung.

(2) Das Anwendungsgebiet der Ad-hoc-Lösung wird auf das zur erfolgreichen Durchführung des gemeinsamen Projekts unbedingt erforderliche Maß beschränkt.

([3]) Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 19).

Artikel 10

Voranalyse der Initiativvorlage durch die grenzübergreifende Koordinierungsstelle des ersten Kontakts

(1) Die grenzübergreifende Koordinierungsstelle, bei der eine Initiativvorlage eingeht („grenzübergreifende Koordinierungsstelle des ersten Kontakts"), führt eine Voranalyse durch. Sie nimmt mit allen einschlägigen nationalen, regionalen und lokalen Behörden sowie mit den grenzübergreifenden Koordinierungsstellen des betreffenden benachbarten Mitgliedstaats Kontakt auf.

(2) Innerhalb eines Monats nach Eingang der Initiativvorlage sendet die grenzübergreifende Koordinierungsstelle des betreffenden benachbarten Mitgliedstaates ihre vorläufige Stellungnahme an die grenzübergreifende Koordinierungsstelle des ersten Kontakts.

(3) Nach Eingang der Initiativvorlage ergreift die zuständige grenzübergreifende Koordinierungsstelle des ersten Kontakts eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen, die dem Initiator schriftlich mitgeteilt werden:

a) in Fällen, in denen die Initiativvorlage gemäß Artikel 9 ausgearbeitet wurde, Mitteilung an den Initiator über die Zulässigkeit der Vorlage und damit darüber, dass ein Hindernis besteht, innerhalb eines Monats;

b) gegebenenfalls Aufforderung zur Einreichung einer überarbeiteten Initiativvorlage oder zusätzlicher spezifischer Informationen innerhalb eines Monats unter Angabe der Gründe, aus denen die Initiativvorlage als nicht ausreichend angesehen wird; nach Eingang der überarbeiteten Initiativvorlage ergreift die grenzübergreifende Koordinierungsstelle des ersten Kontakts eine der folgenden Maßnahmen:

   i) Ergreifung einer der in Artikel 11 Absatz 1 festgelegten Maßnahmen;

   ii) wenn sie der Auffassung ist, dass die überarbeitete Initiativvorlage noch immer nicht im Einklang mit Artikel 9 ausgearbeitet wurde oder die zusätzlichen spezifischen Informationen weiterhin unzureichend sind, schriftliche Mitteilung innerhalb eines Monats nach Erhalt der überarbeiteten Initiativvorlage an den Initiator über ihre Entscheidung, das Verfahren zu beenden; diese Entscheidung ist zu begründen;

c) Mitteilung innerhalb von drei Monaten an den Initiator, dass ihrer Einschätzung nach kein Hindernis vorliegt, wobei sie schriftlich die Gründe für ihre Entscheidung, die auf nationaler Ebene verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung ihrer Entscheidung und gegebenenfalls Empfehlungen für das weitere Vorgehen darlegt;

d) wenn die Durchführung eines grenzüberschreitenden Projekts durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften auf regionaler oder lokaler Ebene beeinträchtigt wird, Mitteilung an den Initiator darüber und Ergreifen einer der folgenden Maßnahmen:

   i) nach Anhörung der zuständigen regionalen oder lokalen Behörden und unter uneingeschränkter Einhaltung des Verfassungsrahmens des betreffenden Mitgliedstaats Ergreifung einer der in Artikel 11 Absatz 1 festgelegten Maßnahmen oder

   ii) Übertragung der Initiativvorlage an die zuständigen regionalen oder lokalen Behörden.

(4) Die gemäß Absatz 3 getroffenen Entscheidungen werden in die Akten aufgenommen, die auf Anfrage öffentlich zugänglich zu machen sind.

Artikel 11

Folgemaßnahmen im Anschluss an die Voranalyse der Initiativvorlage

(1) Nach Eingang einer Initiativvorlage, die den Anforderungen nach Artikel 9 entspricht, und der Mitteilung über deren positive Voranalyse nach Artikel 10 Absatz 3 Buchstaben a und b ergreift die grenzübergreifende Koordinierungsstelle des ersten Kontakts innerhalb von drei Monaten nach dem Eingang eine der folgenden Maßnahmen:

a) Mitteilung an den Initiator, dass die Beseitigung eines oder mehrerer Hindernisse, die der Durchführung des gemeinsamen Projekts entgegenstehen, ihrer Auffassung nach in den Bereich der bestehenden internationalen Vereinbarungen nach Artikel 1 Absatz 2 fällt und dass sie dem Initiator empfiehlt, seine Initiativvorlage den hierfür zuständigen Gremien vorzulegen;

b) Mitteilung an den Initiator, dass die Beseitigung eines oder mehrerer Hindernisse, die der Durchführung des gemeinsamen Projekts entgegenstehen, ihrer Auffassung nach wirksamer durch nicht-bindende Maßnahmen erreicht werden könnte, z. B.:

   i) Bewusstseinsbildung und Aufbau von Kapazitäten durch Wissensaustausch;

ii) Aufbau von Kapazitäten bei den lokalen Interessenträgern;

iii) Ersuchen um Orientierungshilfen von der Kommission, um die ordnungsgemäße Anwendung der maßgeblichen Rechtsvorschriften der Union sicherzustellen;

c) Mitteilung an den Initiator, dass die Durchführung des Projekts durch ein Hindernis administrativer Art beeinträchtigt wird, das ohne ein Gesetzgebungsverfahren beseitigt werden kann, z. B. durch Vorschriften, Regelungen oder Vorgehensweisen, die sich deutlich von einer im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens erlassenen Vorschrift unterscheiden, und Ergreifen einer der folgenden Maßnahmen:

i) Entscheidung, das Hindernis zu beseitigen, und diesbezügliche Kontaktaufnahme mit der zuständigen nationalen, regionalen oder lokalen Behörde innerhalb von drei Monaten;

ii) Entscheidung, das Hindernis nicht zu beseitigen, unter schriftlicher Darlegung der Gründe für ihre Entscheidung sowie der auf nationaler Ebene verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung ihrer Entscheidung;

d) Erklärung ihrer Zusage an den Initiator, das Hindernis zu beseitigen, indem sie die Verfahren zur Ausarbeitung einer Ad-hoc-Lösung mit den zuständigen Behörden des betreffenden benachbarten Mitgliedstaats durch Einrichtung eines grenzübergreifenden Ausschusses einleitet; schriftliche Mitteilung der grenzübergreifenden Koordinierungsstelle des ersten Kontakts an die grenzübergreifenden Koordinierungsstellen der benachbarten Mitgliedstaaten, in der sie die nationalen, regionalen und lokalen Behörden des Mitgliedstaats des ersten Kontakts auflistet, die an der Ausarbeitung der Ad-hoc-Lösung beteiligt sein werden;

e) Mitteilung an den Initiator, dass die Umsetzung des Projekts durch ein Hindernis rechtlicher Art beeinträchtigt wird, das daher nur mittels eines Gesetzgebungsverfahrens beseitigt werden kann, und entweder:

i) Verpflichtung, das Hindernis durch Ergreifung aller erforderlichen, in vollem Einklang mit ihrem Rechtsrahmen stehenden Maßnahmen zu beseitigen, und Kontaktaufnahme mit der zuständigen nationalen, regionalen oder lokalen Behörde zu diesem Zweck oder

ii) Entscheidung, das Hindernis nicht zu beseitigen, unter schriftlicher Darlegung der Gründe für ihre Entscheidung sowie der auf nationaler Ebene verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung ihrer Entscheidung.

(2) In hinreichend begründeten Fällen kann die grenzübergreifende Koordinierungsstelle des ersten Kontakts die in Absatz 1 Buchstabe c genannte Frist einmalig um höchstens drei Monate verlängern, worüber sie den Initiator und den betreffenden benachbarten Mitgliedstaat entsprechend unterrichtet und dabei die Gründe für die Verlängerung schriftlich darlegt.

(3) Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission über alle von der grenzübergreifenden Koordinierungsstelle des ersten Kontakts gemäß diesem Artikel getroffenen Entscheidungen, und nehmen entsprechende Entscheidungen zu den Akten, die auf Anfrage öffentlich gemacht werden.

Artikel 12

Reaktion des betreffenden benachbarten Mitgliedstaats auf die Aufforderung, einen grenzübergreifenden Ausschuss einzurichten

(1) Nachdem die grenzübergreifende Koordinierungsstelle des betreffenden benachbarten Mitgliedstaats die grenzübergreifende Koordinierungsstelle des ersten Kontakts von ihrem Ersuchen um Ausarbeitung einer Ad-hoc-Lösung im Rahmen eines grenzübergreifenden Ausschusses gemäß Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe d in Kenntnis gesetzt hat, entscheidet sie innerhalb eines Monats nach dieser Mitteilung, ob sie die Verfahren nach Artikel 13 einleitet, und teilt der grenzübergreifenden Koordinierungsstelle des ersten Kontakts ihre Entscheidung schriftlich mit. Beschließt die grenzübergreifende Koordinierungsstelle des betreffenden benachbarten Mitgliedstaats, die Verfahren nach Artikel 13 einzuleiten, listet sie die nationalen, regionalen und lokalen Behörden auf, die sich an der Ausarbeitung der Ad-hoc-Lösung beteiligen sollen.

(2) Wenn die grenzübergreifende Koordinierungsstelle des betreffenden benachbarten Mitgliedstaats ihre Entscheidung mitteilt, die Verfahren nach Artikel 13 nicht einzuleiten, legt sie die Gründe für ihre Entscheidung schriftlich dar. Die grenzübergreifende Koordinierungsstelle des Mitgliedstaats des ersten Kontakts teilt dem Initiator mit, dass einer oder mehrere der betreffenden Mitgliedstaaten beschlossen haben, die vom Initiator ermittelten Hindernisse nicht zu beseitigen.

Artikel 13

Inhalt des Ad-hoc-Lösungsentwurfs

(1) Der Ad-hoc-Lösungsentwurf gemäß Artikel 6 Absatz 2 enthält mindestens die folgenden Angaben:

a) eine Beschreibung des gemeinsamen Projekts und seines Kontextes, eines oder mehrerer Hindernisse, die seiner Durchführung im Wege stehen, sowie die Gründe für die Beseitigung eines oder mehrerer dieser Hindernisse;

b) eine Liste der spezifischen Rechtsvorschrift(en), die eines oder mehrere Hindernisse für das gemeinsame Projekt darstellen;

c) die vorgeschlagene Ad-hoc-Lösung, einschließlich aller erforderlichen Maßnahmen, die von den zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats zu ergreifen sind;

d) das Anwendungsgebiet der Ad-hoc-Lösung;

e) die Anwendungsdauer der Ad-hoc-Lösung und eine Begründung für diese Dauer;

f) die Behörde oder die Behörden der Mitgliedstaaten, die für die Durchführung und Überwachung der Ad-hoc-Lösung zuständig ist bzw. sind;

g) das von den zuständigen Behörden vereinbarte Datum des Inkrafttretens der Ad-hoc-Lösung.

Artikel 14

Übermittlung des Ad-hoc-Lösungsentwurfs

(1) Nachdem der Ad-hoc-Lösungsentwurf gemäß Artikel 6 Absatz 2 vom grenzübergreifenden Ausschuss angenommen wurde, übermitteln die grenzübergreifenden Koordinierungsstellen der betreffenden Mitgliedstaaten diesen Entwurf innerhalb eines Monats an die zuständigen Behörden der betreffenden Mitgliedstaaten.

(2) Eine Kopie wird dem Initiator von der grenzübergreifenden Koordinierungsstelle des ersten Kontakts und den zuständigen lokalen und regionalen Behörden, sofern diese nicht an den grenzübergreifenden Ausschüssen beteiligt waren, zur Kenntnisnahme zugesandt.

Artikel 15

Abschluss und Umsetzung der Ad-hoc-Lösung

(1) Die zuständigen Behörden der betreffenden Mitgliedstaaten prüfen den gemäß Artikel 14 eingegangenen Ad-hoc-Lösungsentwurf und ergreifen innerhalb von höchstens drei Monaten nach Eingang des Entwurfs eine der folgenden Maßnahmen:

a) Einigung auf den Ad-hoc-Lösungsentwurf sowie Ausarbeitung und Beschluss aller erforderlichen Maßnahmen für die Umsetzung der Ad-hoc-Lösung, einschließlich eines Zeitplans;

b) Entscheidung gegen den Ad-hoc-Lösungsentwurf und Ausarbeitung einer detaillierten Darlegung der Gründe für diese Entscheidung.

(2) Die zuständigen Behörden übermitteln eine Kopie ihrer Entscheidung an die zuständigen grenzübergreifenden Koordinierungsstellen der betreffenden Mitgliedstaaten sowie an den Initiator.

(3) Sobald die Umsetzung der Ad-hoc-Lösung abgeschlossen ist und alle Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt sind, unterrichten die grenzübergreifenden Koordinierungsstellen schriftlich den Initiator, die zuständigen Behörden in den betreffenden Mitgliedstaaten und die Kommission.

KAPITEL III

Schlussbestimmungen

Artikel 16

Auswertung

Innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung legt die Kommission dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Ausschuss der Regionen einen Bericht vor, in dem die Anwendung dieser Verordnung auf Grundlage von Indikatoren für ihre Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz, ihren europäischen Mehrwert und ihr Vereinfachungspotenzial bewertet wird. In diesem Bericht bewertet die Kommission unter anderem die Ausweitung des Anwendungsbereichs dieser Verordnung auf Grenzregionen an Seegrenzen oder auf Grenzregionen zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten und einem oder mehreren Drittländern.

Artikel 17

Inkrafttreten und Anwendung

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu … am …

Im Namen des Europäischen Parlaments	*Im Namen des Rates*
Die Präsidentin	*Der Präsident / Die Präsidentin*

C/2024/1767

22.3.2024

P9_TA(2023)0328

Die Regulierung der Prostitution in der EU: ihre grenzübergreifenden Auswirkungen und die Konsequenzen für die Gleichstellung und die Frauenrechte

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. September 2023 zur Regulierung der Prostitution in der EU: ihre grenzübergreifenden Auswirkungen und ihr Einfluss auf die Gleichstellung und die Frauenrechte (2022/2139 (INI))

(C/2024/1767)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf Artikel 8 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und die darin enthaltene Verpflichtung, bei allen Maßnahmen der Union die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern,

— unter Hinweis auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta"),

— unter Hinweis auf das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Übereinkommen von Istanbul"), insbesondere die Artikel 1 und 4,

— unter Hinweis auf Artikel 6 des Übereinkommens aus dem Jahr 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, das darauf abzielt, alle Formen des Frauenhandels und der Ausbeutung der Prostitution von Frauen abzuschaffen,

— unter Hinweis auf die Artikel 4 und 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948,

— unter Hinweis auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen aus dem Jahre 1949 zur Unterbindung des Menschenhandels und der Ausnutzung der Prostitution anderer,

— unter Hinweis auf das Palermo-Protokoll aus dem Jahr 2000 zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, das das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität ergänzt und diesem beigefügt ist,

— unter Hinweis auf die Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf [1],

— unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 14. April 2021 mit dem Titel „Die Strategie der EU zur Bekämpfung des Menschenhandels 2021–2025" (COM(2021)0171),

— unter Hinweis auf die Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/629/JI des Rates [2] („Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels"),

— unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer (COM(2022)0732),

[1] ABl. L 303 vom 2.12.2000, S. 16.
[2] ABl. L 101 vom 15.4.2011, S. 1.

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 26. Februar 2014 zur sexuellen Ausbeutung und Prostitution und deren Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter ([3]),

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 10. Februar 2021 zur Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer ([4]),

— unter Hinweis auf die vom Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau am 3. August 2015 abgegebene allgemeine Empfehlung Nr. 33 (2015) über den Zugang von Frauen zur Justiz,

— unter Hinweis auf die vom Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau am 13. März 2018 abgegebene allgemeine Empfehlung Nr. 37 (2018) zu geschlechtsspezifischen Aspekten der Katastrophenvorsorge in einem sich wandelnden Klima,

— unter Hinweis auf den Bericht der Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen, deren Ursachen und deren Folgen vom 19. Februar 2000 über Frauenhandel, Frauenmigration und Gewalt gegen Frauen,

— unter Hinweis auf die Arbeit der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen über den Menschenhandel, insbesondere den Frauen- und Kinderhandel,

— unter Hinweis auf die Arbeit der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zum Recht auf Gesundheit,

— unter Hinweis auf die Globale AIDS-Strategie 2021–2026 der Vereinten Nationen,

— unter Hinweis auf die Veröffentlichung „Empfohlene Grundsätze und Richtlinien über Menschenrechte und Menschenhandel“ des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte vom 20. Mai 2002,

— unter Hinweis auf den Bericht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vom 10. Juni 2021 mit dem Titel „Discouraging the demand that fosters trafficking for the purpose of sexual exploitation“ (Der Nachfrage entgegenwirken, durch die der Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung gefördert wird),

— unter Hinweis auf die vom Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau am 20. November 2020 abgegebene allgemeine Empfehlung Nr. 38 (2020) über Frauen- und Mädchenhandel im Kontext der globalen Migration,

— unter Hinweis auf den Bericht des Europarats vom 12. April 2021 mit dem Titel „Second General Report on GREVIO's Activities“ (Zweiter Gesamtbericht über die Arbeit der GREVIO-Expertengruppe),

— unter Hinweis auf den Bericht des Europarats von Oktober 2022 mit dem Titel „Impact of COVID-19 on Women's Access to Justice“ (Auswirkungen von COVID-19 auf den Zugang von Frauen zur Justiz),

— unter Hinweis auf die Entschließung des Europarates vom 8. April 2014 mit dem Titel „Prostitution, trafficking and modern slavery in Europe“ (Prostitution, Menschenhandel und moderne Sklaverei in Europa),

— unter Hinweis auf das Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union in der Rechtssache C-268/99 ([5]),

— unter Hinweis auf die laufende, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte übertragene Rechtssache 63664/19, 64450/19, 24387/20 et al. vom 12. April 2021,

— gestützt auf Artikel 54 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter (A9-0240/2023),

([3]) ABl. C 285 vom 29.8.2017, S. 78.
([4]) ABl. C 465 vom 17.11.2021, S. 30.
([5]) Urteil des Gerichtshofes vom 20. November 2001, Aldona Malgorzata Jany und andere/Staatssecretaris van Justitie, C-268/99, ECLI:EU:C:2001:616.

A. in der Erwägung, dass sich die Vereinten Nationen und die EU auf die Terminologie „Prostitution“ und „Personen/Frauen in der Prostitution“ geeinigt haben; in der Erwägung, dass Prostitution der Erwerb einer sexuellen Dienstleistung ist und als Verlangen, Annehmen oder Erhalten einer sexuellen Handlung von einer Person in der Prostitution gegen Entgelt, das Versprechen eines Entgelts, die Gewährung eines geldwerten Vorteils oder das Versprechen eines solchen Vorteils definiert ist; in der Erwägung, dass in diesem Bericht festgestellt wird, dass einige Personen in der Prostitution sich selbst als „Sexarbeiter“ bezeichnen und dass dieser Begriff von einigen internationalen Organisationen verwendet wird; in der Erwägung, dass es sich hierbei um die Selbstbeschreibung einiger Personen handelt, die der Prostitution nachgehen und dies als berufliche Tätigkeit ansehen, die jedoch — wenngleich gut organisiert und von der Öffentlichkeit wahrgenommen — nur eine Minderheit der Personen in der Prostitution verkörpern ([6]), ([7]); in der Erwägung, dass in dem Bericht auf die Bedeutung des Rechts jeder Person auf freie Selbstidentifikation in dieser Hinsicht hingewiesen wird und dennoch bewusst und ausschließlich neutrale Begrifflichkeiten verwendet werden, d. h. Personen in der Prostitution und speziell Frauen in der Prostitution, da die Realität der Prostitution nicht idealisiert werden soll und die Gewalt, der Missbrauch und die Ausbeutung, denen Menschen und insbesondere Frauen und Mädchen bei der Prostitution mehrheitlich ausgesetzt sind, nicht verschleiert werden sollen; in der Erwägung, dass der großen Mehrheit der Personen in der Prostitution, die diese Tätigkeit nicht als reguläre Beschäftigung oder als Karrieremöglichkeit ansehen, die aus der Sexindustrie aussteigen würden, wenn sie könnten, und die Prostitution als Art von Gewalt ansehen, Achtung erwiesen werden sollte; in der Erwägung, dass durch Verwendung der Begriffe Prostitution und Frauen/Personen in der Prostitution in diesem Bericht niemand diskriminiert, stigmatisiert oder erniedrigt werden soll; in der Erwägung, dass mit dieser Formulierung keine kriminellen oder moralischen Konnotationen verbunden werden sollten;

B. in der Erwägung, dass die Sicherstellung der Rechte aller Menschen von entscheidender Bedeutung ist, um die körperliche Unversehrtheit und die Individualautonomie zu wahren, die Privatsphäre zu schützen und die Menschenrechte und die Würde der Frauen in der gesamten Gesellschaft zu gewährleisten; in der Erwägung, dass die Gewährleistung der Gleichstellung und die Achtung der Rechte der Menschen, die unter anderem umfassen, dass sie selbst über ihren Körper entscheiden, Zugang zur Gesundheitsfürsorge haben und frei von Diskriminierung, Zwang und (u. a. sexueller) Gewalt leben können, bei den politischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten und der EU im Mittelpunkt stehen müssen;

C. in der Erwägung, dass Sex auf gegenseitigem Einvernehmen beruhen muss, wobei die Einwilligung nur freiwillig erfolgen und nicht durch den Austausch von Geld ersetzt werden kann; in der Erwägung, dass Prostitution intime Handlungen auf ihren zugewiesenen monetären Wert reduziert; in der Erwägung, dass die sexuelle Ausbeutung durch die Prostitution anderer eine grobe Verletzung der Rechte und der Würde der Frauen ist und impliziert, dass sowohl eine Person als auch ihre Einwilligung in sexuelle Handlungen für eine bestimmte Summe käuflich erworben werden können;

D. in der Erwägung, dass die sexuelle und reproduktive Gesundheit durch eine gesunde Herangehensweise an Sexualität auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung gefördert wird;

E. in der Erwägung, dass Prostitution in einem System existiert, in dem verschiedene Akteure interagieren, wobei Zuhälter und andere Personen versuchen, ihre Gewinne durch Prostitution zu maximieren, und Sexkäufer die Nachfrage bestimmen;

F. in der Erwägung, dass in der Präambel der Konvention der Vereinten Nationen zur Unterbindung des Menschenhandels und der Ausnutzung der Prostitution anderer erklärt wird, dass Prostitution und das damit einhergehende Übel des Menschenhandels zum Zwecke der Prostitution mit Würde und Wert des Menschen nicht vereinbar sind;

G. in der Erwägung, dass die Prostitution auf der Straße ein Umfeld darstellt, das keine menschenwürdigen Bedingungen für Frauen bietet;

H. in der Erwägung, dass zahlreiche Studien ([8]), ([9]) belegen, dass Frauen in der Prostitution in höherem Grade ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und Ausbeutung, darunter einem hohen Maß an geschlechtsbezogener, psychologischer, körperlicher und sexueller Gewalt, ausgesetzt sind als Frauen im Durchschnitt; in der Erwägung, dass Frauen in der Prostitution von Traumata berichten, die mit denen von Opfern der Folter vergleichbar

([6]) O'Connor, M., *The Sex Economy*, Agenda Publishing, 2018.
([7]) European Women's Lobby, „Her Future is Equal Briefing Paper“, 5. Oktober 2021.
([8]) Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, „Global Study on Homicide — Gender-related killing of women and girls“, 2019.
([9]) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland — Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland“, 2004.

sind, und dass eine hohe Zahl von Frauen in der Prostitution davon berichten, seit Beginn ihrer Prostitution vergewaltigt worden zu sein ([10]), ([11]), ([12]); in der Erwägung, dass sie in einigen Fällen auch institutionellem Missbrauch und weiterer Ausbeutung ausgesetzt sind; in der Erwägung, dass zu den Straftätern nicht nur gewalttätige Käufer und ausbeuterische Dritte wie beispielsweise Zuhälter zählen, sondern gelegentlich auch Strafverfolgungsbehörden ([13]), ([14]); in der Erwägung, dass Verbrechen gegen sie in zu wenigen Fällen gemeldet und untersucht und nicht bestraft werden;

I. in der Erwägung, dass sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen durch die Pornoindustrie und die kommerzielle Online-Ausbeutung in Form der ausdrücklichen Darstellung von nicht simulierten Sexualpraktiken verharmlost und weiter praktiziert wird und dass auch die Kommerzialisierung der Körper von Frauen und die negativ behafteten Geschlechterstereotypen von der Prostitution beeinflusst werden;

J. in der Erwägung, dass aufgrund der Tatsache, dass Personen und insbesondere Frauen in der Prostitution seit jeher ausgegrenzt und faktisch kriminalisiert wurden, ein auf Rechten basierender Ansatz ([15]) verfolgt werden und dabei die Tatsache berücksichtigt werden sollte, dass Personen in der Prostitution aufgrund ihrer prekären Situation häufig nicht ihre Rechte kennen, da ihr Zugang zur Justiz in der Regel durch diskriminierende Stereotypen und Stigmata beeinträchtigt wurde; in der Erwägung, dass eine Kriminalitätsvermutung bei Personen in der Prostitution und die diskriminierende Behandlung bedeuten, dass Personen in der Prostitution häufig zögern, den Behörden Fälle von Misshandlung oder Gewalt zu melden oder den Zugang zur Justiz einzufordern, da sie befürchten, ignoriert zu werden, keine Unterstützung zu erhalten, eine Strafe zahlen zu müssen, inhaftiert oder abgeschoben zu werden ([16]) oder stattdessen selbst in den Fokus einer strafrechtlichen Ermittlung zu geraten ([17]); in der Erwägung, dass daher in allen Mitgliedstaaten dringend regelmäßige Schulungen für Strafverfolgungsbehörden benötigt werden, damit Personen und insbesondere Frauen und LGBTIQ+-Personen in der Prostitution gerecht und respektvoll behandelt werden;

K. in der Erwägung, dass der Zugang zu Gesundheitsleistungen, einschließlich betreffend die sexuelle und reproduktive Gesundheit, für Personen in der Prostitution von entscheidender Bedeutung ist, um ihre Gesundheit zu erhalten; in der Erwägung, dass der Zugang zu solchen Leistungen der Gesundheitsversorgung in einigen Mitgliedstaaten wie Polen deutlich eingeschränkt wurde, was für die Betroffenen mit einer unverhältnismäßigen Belastung, mit Angstzuständen und mit schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit einhergeht; in der Erwägung, dass einigen Studien ([18]) zufolge das Potenzial besteht, die Zahl an HIV-Infektionen in den nächsten zehn Jahren um 33 % bis 46 % zu reduzieren, wenn die Personen in der Prostitution entkriminalisiert würden; in der Erwägung, dass die Kriminalisierung von Personen, insbesondere Frauen, in der Prostitution zu einer geringeren Verwendung von Kondomen führt, was mehr Fälle sexuell übertragener Infektionen und Krankheiten zur Folge hat; in der Erwägung, dass es in der EU keinen gleichberechtigten Zugang zu vorbeugenden HIV-Medikamenten wie PrEP- und/oder PEP-Arzneimitteln gibt; in der Erwägung, dass bei Frauen und LGBTIQ+-Personen in der Prostitution, die einer repressiven polizeilichen Überwachung ausgesetzt waren, die Wahrscheinlichkeit, sexuelle oder körperliche Gewalt zu erfahren, dreimal höher und die Wahrscheinlichkeit einer HIV-Infektion doppelt so hoch war ([19]);

L. in der Erwägung, dass sich die Prostitution unabhängig von den geltenden Rechtsvorschriften zunehmend in den virtuellen Raum verlagert; in der Erwägung, dass dies nicht nur den Prozess der Rekrutierung und Kontaktaufnahme betrifft, sondern auch die Art und Weise, wie die sexuelle Handlung selbst stattfindet; in der Erwägung, dass Prostitution im virtuellen Raum die gleichen negativen Auswirkungen auf Frauen in der Prostitution hat wie Prostitution in der realen Welt, auch wenn die räumliche Distanz in einigen Fällen dazu beitragen kann, dass die Frauen einigen Formen von Gewalt weniger ausgesetzt sind; in der Erwägung, dass die Wahrung der Anonymität von ausbeuterischen zweiten und dritten Parteien wie Käufern, Menschenhändlern und Zuhältern durch neue Digitaltechniken und digitale Instrumente erleichtert wurde und somit die Strafverfolgung erschwert wird; in der Erwägung, dass Regulierungsmaßnahmen speziell auf Werbeanzeigen im Internet und die Erleichterung der Kontaktaufnahme ausgerichtet werden müssen, sodass bei der Verhinderung der Ausbeutung durch die Prostitution anderer Personen für Effizienz gesorgt wird, was auch im Vorschlag der Kommission für eine Überarbeitung der Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels hervorgehoben wurde, in dem ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass die Bekämpfung des Menschenhandels verbessert werden muss, der durch Informations- und Kommunikationstechnologien, wie etwa durch das Internet und durch die sozialen Medien, erleichtert wurde;

([10]) Scelles Foundation, „La prévalence de l'état de stress post-traumatique chez les personnes prostituées", 1. März 2019.
([11]) Farley, M., „Prostitution is Sexual Violence", *Psychiatric Times*, 1. Oktober 2004.
([12]) Zuger, A., „Many Prostitutes Suffer Combat Disorder, Study Finds", *New York Times*, 18. August 1998.
([13]) Amnesty International, „Body politics: a primer on criminalization of sexuality and reproduction", 12. März 2018, S. 54.
([14]) Global Network of Sex Work Projects, „Sex Workers' Lack of Access to Justice", 2020, S. 6–11 und 13.
([15]) Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union.
([16]) Europarat, „Impact of COVID-19 on Women's Access to Justice", 2022.
([17]) Global Network of Sex Work Projects, „Sex Workers' Lack of Access to Justice", 2020, und Bericht des Europarats mit dem Titel „The impact of COVID-19 on women's access to justice", S. 68.
([18]) Wong, S., „Decriminalising sex work would cut HIV infections by a third", *Imperial College London*, 24. Juli 2014.
([19]) Platt, L. et al., „Associations between sex work laws and sex workers' health: a systematic review and meta-analysis of quantitative and qualitative studies", *PLOS Medicine*, Bd. 15, Nr. 12, 2018.

M. in der Erwägung, dass zahlreiche Faktoren, insbesondere auf soziale Ungerechtigkeiten und Ausgrenzung zurückzuführende Armut, Ungleichheiten, eingeschränkte Beschäftigungsmöglichkeiten oder unternehmerische Perspektiven, Drogenabhängigkeit, strukturbedingte Gewalt und sich überschneidende Formen der Diskriminierung, ein Mangel an sicheren und legalen Migrationsmöglichkeiten und an umfassenden Integrationskonzepten, eine unzulängliche Bildungs-, Sozial- und Beschäftigungspolitik, weitere soziale und wirtschaftliche Voraussetzungen sowie eingeschränkte Optionen für die eigene Lebensgrundlage, dazu führen, dass Menschen in die Prostitution einsteigen und dort bleiben, wobei all diese Faktoren dazu beitragen, die Situation der Frauen zu verschlechtern und ihren sozialen Status herabzusetzen, weshalb die Frauen kaum Alternativen zur Prostitution haben;

N. in der Erwägung, dass es die von Armut, von strukturbedingter Diskriminierung und von sich überschneidenden Formen der Diskriminierung betroffenen Frauen und Kinder sind, für die die größte Gefahr besteht, durch Prostitution und Sklaverei sexuell ausgebeutet zu werden und dem Grooming, der „Loverboy-Taktik“ und den Fallstricken krimineller Netzwerke (Zuhälternetze) zum Opfer zu fallen; in der Erwägung, dass unter anderem Drogensucht häufig als Mittel eingesetzt wird, um Opfer in die Prostitution zu locken und dort zu halten; in der Erwägung, dass es mit der Umsetzung aller derzeit geltenden Richtlinien und Gesetze nicht gelungen ist, die Ursachen sowie die Stigmata und die Diskriminierung, denen Personen, insbesondere Frauen, in der Prostitution ausgesetzt sind, hinreichend auszuräumen;

O. in der Erwägung, dass geschützte Gruppen wie Kinder, Jugendliche, Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen und Angehörige von Minderheiten einer kumulativen Ausbeutung in Form von sexuellem Missbrauch, sexueller Belästigung und Vergewaltigung ausgesetzt sind;

P. in der Erwägung, dass Prekarität ein anhaltendes Merkmal des EU-Arbeitsmarktes ist, das die Anhäufung von Gewinnen durch große Wirtschaftsgruppen begünstigt und in erster Linie Frauen betrifft, die unter Lohndiskriminierung leiden und eher in Teilzeit arbeiten und daher niedrigere Löhne verdienen und weniger sozialen Schutz und weniger Möglichkeiten für wirtschaftliche Unabhängigkeit haben;

Q. in der Erwägung, dass Frauen durch Vorurteile und Stereotypen davon abgehalten werden, ihre Ziele zu verfolgen und umzusetzen, wodurch sie zurückgehalten und ohne ihr eigenes Verschulden in ein von Armut geprägtes Leben gezwungen werden;

R. in der Erwägung, dass diese Ursachen dringend und sorgfältig angegangen werden müssen, um die Umstände und Hindernisse zu beseitigen, die zu einem Mangel an Alternativen zur Prostitution führen; in der Erwägung, dass diese Maßnahmen einem ganzheitlichen Ansatz mit dem Ziel der Schaffung einer von Gleichstellung geprägten Gesellschaft folgen müssen, wobei ein Schwerpunkt auf sozialen, bildungs-, beschäftigungs- und migrationspolitischen Strategien liegt, damit die Angreifbarkeit verringert wird und somit die Anfälligkeit für Ausbeutung eingedämmt wird oder weniger Entscheidungen getroffen werden, die sich durch einen Mangel an Alternativen ergeben; in der Erwägung, dass die EU ferner ihre Nachbarländer und Drittländer dabei unterstützen muss, die Mittel aufzustocken, die diese Länder bereitstellen, um den potenziellen Opfern von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung soziale Unterstützung und den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu ermöglichen, unter anderem durch bildungsbezogene, psychologische und soziale Unterstützung durch Fachkräfte, und spezialisierte Dienste für die vollständige gesellschaftliche und wirtschaftliche Eingliederung von Frauen und Mädchen in prekären Situationen einzuführen, um sie vor der Gefahr der sexuellen Ausbeutung zu schützen;

S. in der Erwägung, dass „Sugar Daddyism“ ein alarmierendes Phänomen ist, das an Orten wie Hochschulen, aber auch in sozialen Netzwerken und im Internet besonders stark verbreitet ist; in der Erwägung, dass dieses Phänomen Werbeanzeigen umfasst, mit denen die Prostitution von Studierenden, insbesondere junger Frauen, sowie die sexuelle Ausbeutung Minderjähriger durch wohlhabende, einflussreiche Männer gefördert wird; in der Erwägung, dass die Behörden handeln mussten, um diese weit verbreitete Praxis zu begrenzen; in der Erwägung, dass Jugendliche über die Methoden, die von Straftätern zur Herbeiführung von Interaktionen eingesetzt werden, in Kenntnis gesetzt und ausführlich aufgeklärt werden sollten, sodass sie besser über diese Taktik und über die „Loverboy“-Taktiken, über die Online-Kontaktaufnahme und über anschließende Verwicklungen informiert sind und diesbezüglich aufmerksamer und wachsamer sind;

T. in der Erwägung, dass laut Schätzungen der niederländischen Strafverfolgungsbehörden von den etwa 30 000 Personen in der Prostitution in den Niederlanden wohl bis zu 70 % gewaltsam zur Prostitution gezwungen oder durch einen „Loverboy“ dazu verleitet wurden;

U. in der Erwägung, dass die Mehrheit der Frauen gern aus der Prostitution aussteigen würde ([20]); in der Erwägung, dass Personen, die aus der Prostitution aussteigen möchten, daran gehindert werden, weil es an hochwertigen, leicht zugänglichen, ausreichend finanzierten und auf einem ganzheitlichen Ansatz beruhenden Ausstiegsprogrammen fehlt ([21]); in der Erwägung, dass Anstrengungen unternommen werden sollten, um die Einführung und Durchführung von Ausstiegsprogrammen zu fördern, die eine umfassende Betreuung und Unterstützung von Personen in der Prostitution vorsehen, damit diesen Personen bei der Überwindung von Schwierigkeiten geholfen und der Zugang zu einer sicheren und soliden Beschäftigung erleichtert wird;

([20]) Farley, M. et al., „Prostitution and Trafficking in 9 Countries: Update on Violence and Posttraumatic Stress Disorder“, *Journal of Trauma Practice*, Bd. 2, Nr. 3-4, 2003.

([21]) Dunphy, L., „Report finds 90 % of sex workers want to leave trade but resources are not there to help them“, *Irish Examiner*, 29. Januar 2020.

V. in der Erwägung, dass der Ausstieg aus der Prostitution häufig ein schwieriger und langer Prozess ist, der umfassende sozioökonomische Unterstützung, unter anderem ausreichende finanzielle Mittel und individuelle Beratung, erfordert, wobei die verschiedenen Druck- und Begünstigungsfaktoren zu berücksichtigen sind, damit bedarfsgerechte Unterstützungsprogramme angeboten werden können, die letztlich für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen möchten, zum Erfolg werden; in der Erwägung, dass soziale Beziehungen innerhalb einer Gemeinschaft und zwischen Einzelpersonen wichtig sind, um einen Neuanfang zu wagen; in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten Präventions-, Ausstiegs-, Neuanfangs- und Eingliederungsprogramme sowie allgemeine ausführliche Schulungsprogramme zu den Themen Menschenhandel, sexuelle Ausbeutung, Prostitution und Einwilligung sowohl in Schulen als auch in der breiteren Gesellschaft und insbesondere in den Herkunftsländern der Personen in der Prostitution fördern sollten; in der Erwägung, dass diese Programme eine sichere Unterbringung und Betreuung, eine angemessene medizinische Versorgung, psychologische Hilfe (Traumatherapie), Aus-/Weiterbildungsmöglichkeiten, Unterstützung bei der Integration in die Wirtschaft als Ganzes, spezialisierte Hilfe für Frauen mit Abhängigkeiten und für Frauen mit Kindern umfassen sollten; in der Erwägung, dass die EU mehrere Finanzierungsprogramme eingerichtet hat, um diese bedeutende Arbeit zu unterstützen, und dass die Mitgliedstaaten von diesen Programmen, die ihnen zur Verfügung stehen, Gebrauch machen sollten;

W. in der Erwägung, dass Ursula von der Leyen in der Vergangenheit erklärt hat, dass die Prostitution kein Beruf wie jeder andere ist und der Ausstieg immer das Ziel sein sollte;

X. in der Erwägung, dass Prostitution und Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung eng miteinander verknüpft sind; in der Erwägung, dass Menschenhandel als die Rekrutierung, der Transport, die Überstellung, die Unterbringung oder die Aufnahme von Menschen mithilfe von Drohungen, Gewalt, Betrug, Täuschung, Entführung, Machtmissbrauch oder Missbrauch einer Situation der Schutzbedürftigkeit oder sonstigen Formen der Nötigung definiert ist, mit dem Ziel, diese Menschen zum Zwecke der Gewinnerzielung auszubeuten; in der Erwägung, dass in vielen Bereichen und in diversen Umfeldern Menschenhandel betrieben wird ([22]), der Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung jedoch laut Bericht der Kommission über die Fortschritte bei der Bekämpfung des Menschenhandels ([23]) angesichts der Tatsache, dass 51 % der Opfer des Menschenhandels in der EU zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung verschleppt werden ([24]), weiterhin die häufigste Form des Menschenhandels in der EU darstellt; in der Erwägung, dass allein mit dem Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung laut OSZE knapp 100 Mrd. USD pro Jahr eingenommen werden ([25]) und dass es sich bei diesen Geldern hauptsächlich um Beträge handelt, die von Männern für Sex mit verschleppten Frauen gezahlt werden; in der Erwägung, dass in Artikel 2 der Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels festgelegt ist, dass das Einverständnis eines Opfers von Menschenhandel zur beabsichtigten oder tatsächlich vorliegenden Ausbeutung unerheblich ist, wenn es durch das Entrichten oder Empfangen von Zahlungen oder Leistungen erlangt wird; in der Erwägung, dass Opfer des Menschenhandels allen Geschlechtern und allen Altersgruppen angehören und aus allen Verhältnissen stammen können, dass der Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung jedoch unverhältnismäßig viele Frauen, Mädchen und Randgruppen in den Mitgliedstaaten der EU und auf der ganzen Welt betrifft; in der Erwägung, dass Menschenhändler häufig Gewalt, betrügerische Arbeitsvermittlungsagenturen und falsche Versprechungen zu Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten nutzen, um ihre Opfer zu täuschen und zu nötigen, und von einem hoch entwickelten und gut finanzierten kriminellen Netz profitieren;

Y. in der Erwägung, dass Opfer des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung innerhalb der EU mehrheitlich aus anderen Mitgliedstaaten der EU kommen, wenngleich viele Opfer auch aus Südostasien und Lateinamerika stammen; in der Erwägung, dass zwischen Prostitution und Pornografie sowie Handlungen der organisierten Kriminalität, etwa dem Kinderhandel, der sexuellen Ausbeutung von Minderjährigen und des sexuellen Missbrauchs von Kindern ein enger Zusammenhang besteht ([26]), ([27]); in der Erwägung, dass ein ganzheitlicher Ansatz erforderlich ist, um Frauen und Mädchen vor dem Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung zu schützen und der Straflosigkeit der Täter ein Ende zu setzen;

([22]) „Men constitute most of the identified victims of labour trafficking, in sectors as diverse as agriculture, construction, hospitality and fisheries. Women are also victims of trafficking for labour exploitation, often in the more isolated setting of domestic and care work." (GRETA — Expertengruppe für die Bekämpfung des Menschenhandels, „Human trafficking for the purpose of labour exploitation — Thematic Chapter of the 7th General Report on GRETA's Activities", Europarat, 2019, S. 6.)

([23]) Bericht der Kommission vom 19. Dezember 2022 über die Fortschritte bei der Bekämpfung des Menschenhandels (vierter Bericht) (COM(2022)0736).

([24]) Die verbleibenden 49 % verteilen sich auf Fälle von Menschenhandel zu anderen Zwecken, wobei diese Kategorien jeweils zu einem weitaus geringeren Anteil vertreten sind, weshalb die sexuelle Ausbeutung — auch wenn sie „nur" 51 % ausmacht — die mit Abstand größte Kategorie darstellt.

([25]) OSZE-Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels „Discouraging the demand that fosters trafficking for the purpose of sexual exploitation", Wien, 2021.

([26]) Europol, „Situation Report — Trafficking in human beings in the EU", Den Haag, 2016, S. 12, 14, 22 und 23.

([27]) Bericht der Kommission vom 20. Oktober 2020 mit dem Titel „Dritter Bericht über die Fortschritte bei der Bekämpfung des Menschenhandels (2020) gemäß Artikel 20 der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer (COM(2020)0661).

Z. in der Erwägung, dass ein Bericht des deutschen Bundeskriminalamts zeigt, dass in mehr als der Hälfte der Fälle von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung in Deutschland strafrechtliche Ermittlungen aufgenommen werden, weil eine Meldung durch Dritte erfolgt; in der Erwägung, dass der Bericht zu der Schlussfolgerung gelangt, dass sich Opfer der Ausbeutung selten als solche sehen und dies häufig aufgrund mangelnden Vertrauens in die Behörden und die Polizei nicht melden;

AA. in der Erwägung, dass das von der Türkei besetzte Hoheitsgebiet Zyperns von Menschenhändlern genutzt wird, um schutzbedürftige Frauen mit dem Versprechen eines Studentenvisums und einer Studentenregistrierung auszubeuten, nur um sie bei ihrer Ankunft zur Prostitution zu zwingen und unmenschlichen Lebensbedingungen auszusetzen; in der Erwägung, dass das von der Türkei besetzte Hoheitsgebiet Zyperns als Gebiet der Straflosigkeit für Menschenhändler dient, die im Bereich der Prostitution tätig sind;

AB. in der Erwägung, dass Ereignisse wie internationale Konflikte und wirtschaftliche Notlagen überaus verstärkende Auswirkungen auf die Entwicklungen beim Menschenhandel haben ([28]); in der Erwägung, dass unbegleitete oder mit Fremden reisende Frauen und Minderjährige besonders der Gefahr des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs ausgesetzt sind;

AC. in der Erwägung, dass die Prostitution, ihre Ausbeutung ([29]) und der Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung ([30]) in einigen Regionen Europas weiter zunehmen; in der Erwägung, dass die Zahlen laut dem Bericht des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung ([31]) aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Einschränkungen und -Lockdowns weltweit zurückgegangen sind; in der Erwägung, dass Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung im Jahr 2021 die vorherrschende Form des Menschenhandels in der EU war ([32]) und eine schwerwiegende Form von Gewalt darstellt, deren Opfer hauptsächlich Frauen und Mädchen sind; in der Erwägung, dass die Prostitution, ihre Ausbeutung und der Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung geschlechtsspezifische Phänomene mit globaler Dimension sind, die die am stärksten ausgegrenzten Mitglieder unserer Gesellschaften betreffen; in der Erwägung, dass die überwiegende Mehrheit der Personen in der Prostitution Frauen und Mädchen sind und es sich bei den Sexkäufern mit überwältigender Mehrheit um Männer handelt ([33]); in der Erwägung, dass in diesem Zusammenhang Prostitution nicht nur für die Frauen in der Prostitution schädlich ist, sondern dadurch auch die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern verstärkt wird; in der Erwägung, dass die Prostitution, ihre Ausbeutung und der Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung demnach sowohl Ursache als auch Folge der geschlechtsspezifischen Ungleichheit sind und ein wachsendes globales Problem mit grenzüberschreitender Dimension sind, das eine Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Mitgliedstaaten erfordert, um es zu bekämpfen; in der Erwägung, dass mit der Politikgestaltung der Schutz der gefährdetsten Mitglieder unserer Gesellschaft sichergestellt werden muss; in der Erwägung, dass alle Mitgliedstaaten rechtlich verpflichtet sind, Menschenhandel und organisierter Kriminalität entgegenzuwirken und ihnen ein Ende zu setzen;

AD. in der Erwägung, dass das zentrale Anliegen bei allen Rechtsetzungsmaßnahmen in Bezug auf die Prostitution in den Mitgliedstaaten darin besteht, dass Frauen und Mädchen vor der Ausbeutung geschützt werden; in der Erwägung, dass verschiedene Rechtssysteme und unterschiedliche politische Ansätze in den Mitgliedstaaten der EU mit unterschiedlichen Modellen und Teilmodellen zur Anwendung kommen; in der Erwägung, dass zwischen den in der EU im Bereich Prostitution geltenden nationalen Rechtsvorschriften Asymmetrie besteht; in der Erwägung, dass unterschiedliche oder fehlende Regulierungsmaßnahmen die Prostitution betreffend unterschiedliche Auswirkungen haben, wodurch das Verständnis einer Gesellschaft hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter und der Rechte und der Würde der Frauen beeinträchtigt wird und Botschaften und Normen vermittelt werden, unter anderem in Bezug auf Gewalt gegen Frauen; in der Erwägung, dass es mit der Umsetzung der derzeit geltenden Richtlinien und Gesetze nicht gelingt, die Ursachen sowie die Stigmata, die Diskriminierung oder die Gewalt, denen Personen in der Prostitution ausgesetzt sind, hinreichend auszuräumen; in der Erwägung, dass es einer realistischen Bewertung der Auswirkungen aller Modelle bedarf, um zu ermitteln, welche auf den Grundrechten basierenden Maßnahmen und Strategien am besten geeignet sind, um die Rechte der Frauen zu schützen und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern; in der Erwägung, dass daher die Prämisse eines übermäßig vereinfachten Ideologiekriegs und binären Ansatzes zurückgewiesen werden sollte, mit der eine Polarisierung der Debatte in zwei Lager einhergehen würde, denn dies birgt die Gefahr, dass die Vorteile und Nachteile bestimmter Maßnahmen und Strategien übersehen werden;

([28]) Exekutivdirektorin von UN Women, Sima Bahous, „Statement: Crises drive an increase in human trafficking — Here's how we stop it", UN Women, 29. Juli 2022.
([29]) Scelles Foundation, „Sexual Exploitation — New Challenges, New Answers", 2019.
([30]) Obwohl die sexuelle Ausbeutung im Jahr 2020 weiterhin die vorherrschende Form der Ausbeutung war, hat sie ihren tiefsten Stand seit 2008 erreicht (Eurostat, „Trafficking in human beings statistics", Januar 2023).
([31]) Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, „Global Report on Trafficking in Persons 2022", 2023.
([32]) Eurostat, „Victims of trafficking of human beings up 10 % in 2021", 9. Februar 2023.
([33]) OSZE-Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels „Discouraging the demand that fosters trafficking for the purpose of sexual exploitation", Wien, 2021.

AE. in der Erwägung, dass die Prostitution grenzübergreifende Auswirkungen hat und sich auf die Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter auswirkt; in der Erwägung, dass es der mangelnden Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten geschuldet ist, dass Maßnahmen zur Verhütung von Gewalt und Ausbeutung der Personen in der Prostitution bisher gescheitert sind; in der Erwägung, dass die Systeme in grenzübergreifenden Regionen besser aufeinander abgestimmt werden sollten, um Hotspots zu vermeiden; in der Erwägung, dass die unterschiedlichen Rechtsvorschriften über Prostitution in der EU Menschenhändlern und organisierten kriminellen Gruppen zugutekommen;

AF. in der Erwägung, dass das nordische Modell bzw. das Gleichstellungsmodell, das die Entkriminalisierung der Personen in der Prostitution bei gleichzeitiger Kriminalisierung des Käufers vorsieht, keine allumfassende Lösung zur Eindämmung der Nachfrage, des Sexhandels, der Gewalt oder der Ausbeutung ist; in der Erwägung, dass Beweismaterial aus Schweden und anderen Ländern hingegen zeigt, dass die Prostitution auf der Straße bei Umsetzung des nordischen Modells bzw. des Gleichstellungsmodells um die Hälfte zurückgegangen ist ([34]); in der Erwägung, dass die Nachfrage nach Personen in der Prostitution in Schweden infolge der Umsetzung des nordischen Modells bzw. des Gleichstellungsmodells zwischen 1995 und 2008 von 13,6 % auf 7,9 % gesunken ist ([35]); in der Erwägung, dass auch Beweismaterial ([36]) aus Frankreich belegt, dass das nordische Modell bzw. das Gleichstellungsmodell zu positiven Ergebnissen führt, denn dort konnten seit 2016 über 800 Personen in der Prostitution von einem Ausstiegsprogramm profitieren, dank dem 87,5 % der von französischen Basisorganisationen unterstützten Personen bis zum Ende des Ausstiegsprogramms eine feste Anstellung gefunden hatten; in der Erwägung, dass die Zahl der strafrechtlichen Ermittlungen wegen Zuhälterei und Menschenhandels seit 2016 um 54 % gestiegen ist; in der Erwägung, dass knapp 2,35 Mio. EUR, die von Zuhältern konfisziert wurden, in den Schutz und die Rehabilitierung von Opfern der Prostitution und des Sexhandels investiert wurden; in der Erwägung, dass die unzureichende Berücksichtigung von Ausstiegsprogrammen im Haushaltsplan jedoch ein anhaltendes Problem darstellt und dass die finanziellen Mittel, die für die Ermöglichung eines Lebens ohne Prostitution benötigt werden, demzufolge erhöht werden müssen;

AG. in der Erwägung, dass es laut Europol ([37]) Mitgliedstaaten gibt, in denen die Prostitution legal ist, weshalb es dort für Menschenhändler viel leichter ist, den rechtlichen Rahmen zur Ausbeutung ihrer Opfer zu nutzen; in der Erwägung, dass Menschenhändler ihre ausbeuterischen Aktivitäten häufig hinter legalen Geschäften verstecken; in der Erwägung, dass legalisierte Prostitution somit als Anreiz für den Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung dient ([38]); in der Erwägung, dass Berichte von Europol zeigen, dass der Menschenhandel und die Gewalt, die gegen seine Opfer und andere Personen in der Prostitution ausgeübt wird, dort, wo die Prostitution legal ist, um das Zehnfache zunimmt, da sich die Täter hinter legalen Strukturen verstecken können; in der Erwägung, dass organisierte Kriminalität und Korruption, Menschenhandel, schwere Gewaltverbrechen und Korruption in einem Umfeld, in dem die Prostitution in all ihren Facetten legalisiert wurde, zunehmen; in der Erwägung, dass die Nachfrage nach „sexuellen Dienstleistungen“ hoch und weit verbreitet ist und Käufer die Zwänge, mit denen Menschen in die Prostitution getrieben werden, nicht sehen können und/oder nicht zu sehen versuchen; in der Erwägung, dass diese Nachfrage nicht ohne die Frauen und Mädchen bedient werden kann, die Opfer des Menschenhandelns sind oder die aus der Prostitution aussteigen würden, wenn sie könnten; in der Erwägung, dass es daher unmöglich ist, die Diskussion über Prostitution und ihre unterschiedlichen Arten der Regulierung in den Mitgliedstaaten von der Diskussion über die Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und der Diskussion über die gesellschaftlichen Faktoren zu trennen, die dazu führen, dass es für Personen in prekären Situationen keine Alternativen gibt, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, und die letztlich zur Prostitution führen;

AH. in der Erwägung, dass in Deutschland Ende 2021 offiziell 23 700 Personen als Personen in der Prostitution registriert waren, während sich diese Zahl laut Schätzungen für dieses Land auf 90 000 bis 400 000 belief;

AI. in der Erwägung, dass die rechtliche Stellungnahme des Büros der OSZE für demokratische Institutionen und Menschenrechte zu deutschen Rechtsakten über Prostitution und Menschenhandel von 2022 zeigt, dass die geltenden Rechtsvorschriften des Landes anscheinend keine ausreichenden Schutzvorkehrungen für Personen in der Prostitution in prekären Situationen oder für Personen umfassen, die sich außerhalb des Registrierungssystems bewegen, sodass möglicherweise die Bemühungen um die Verhinderung von Menschenhandel untergraben werden; in der Erwägung, dass eine zentrale Forderung aus dieser rechtlichen Stellungnahme in der Einführung von Instrumenten und Maßnahmen besteht, die eine Verringerung der Nachfrage zum Ziel haben;

([34]) Crouch, D., „Swedish Prostitution law Targets Buyers, but Some Say It Hurts Sellers“, *New York Times*, 14. März 2015.
([35]) Claude, K., „Targeting the Sex Buyer — The Swedish Example: Stopping Prostitution and Trafficking Where It All Begins“, The Swedish Institute, 2010.
([36]) Inspection générale des affaires sociales, „Evaluation de la loi du 13 avril 2016 [13. April 2016] visant à renforcer la lutte contre le système prostitutionnel et à accompagner les personnes prostituées“, 2019.
([37]) Cho, S.-Y. et al., „Does legalized prostitution increase human trafficking?“, *World Development*, Bd. 41, 2013, S. 67–82.
([38]) Farley, M. et al., „Männer in Deutschland, die für Sex zahlen — und was sie uns über das Versagen der legalen Prostitution beibringen: ein Bericht über das Sexgewerbe in 6 Ländern aus der Perspektive der gesellschaftlich unsichtbaren Freier“, Berlin, 8. November 2022.

AJ. in der Erwägung, dass die Regulierung der Prostitution in jedem Mitgliedstaat das Ziel haben muss, dem Menschenhandel und dem organisierten Verbrechen ein Ende zu setzen, wobei der Schwerpunkt vor allem auf dem Schutz von Personen, insbesondere Frauen, in prekären Situationen liegen sollte; in der Erwägung, dass Prostitution einen enormen Einfluss nicht nur auf Frauen und ihre Rechte, sondern auch auf die gesamte Gesellschaft und auf die Gleichstellung der Geschlechter hat und daher spezifische Maßnahmen zur Bekämpfung ihrer Ursachen erfordert; in der Erwägung, dass ein gemeinsames Vorgehen und Verständnis in Bezug auf Gewalt, Zwang, Ausbeutung der Schutzbedürftigkeit, Machtmissbrauch und Ungleichheit bei den geltenden Prostitutionsgesetzen und -regelungen in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten erforderlich sind; in der Erwägung, dass Frauen und Mädchen in diesem Kampf nur dann wirksam vor Ausbeutung geschützt werden können, wenn ein Ansatz zur Anwendung kommt, bei dem sowohl die Opfer geschützt werden als auch der Nachfrage nach Prostitution entgegengewirkt wird, und wenn bestimmte Maßnahmen durchgesetzt werden, wie z. B. die Kriminalisierung der ausnutzenden Parteien; in der Erwägung, dass Untersuchungen der OSZE ([39]) gezeigt haben, dass Vorbeugungsmaßnahmen mit dem Ziel, die Nachfrage zu verringern, im Allgemeinen weiterhin in geringem Umfang eingesetzt werden, der Einsatz solcher Maßnahmen in Ländern, in denen der Erwerb von sexuellen Dienstleistungen illegal ist oder die Nutzung der Dienstleistungen von Opfern des Menschenhandels kriminalisiert wird, jedoch eine hohe Konzentration aufweist; in der Erwägung, dass Irland und Neuseeland eine ähnliche Bevölkerungszahl haben, aber die Anzahl der Prostituierten in Irland aufgrund der Einführung des nordischen Modells bzw. des Gleichstellungsmodells im Land fünf- bis achtmal niedriger ist ([40]), ([41]);

AK. in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen sollten, dass das Beschaffen, Anwerben oder Verleiten einer anderen Person zum Zwecke der Prostitution sowie die Erzielung eines Gewinns aus der Prostitution einer anderen Person unter Strafe gestellt werden; in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen sollten, dass bei Begehung einer Straftat mit der Absicht, Gewinn zu erzielen oder sich Vorteile zu verschaffen, oder wenn eine Straftat aufgrund der Prostitution einer anderen Person tatsächlich Gewinn abwirft oder Vorteile mit sich bringt (d. h. Erlangen eines Vorteils durch Menschenhandel), dieser Gewinn als erschwerender Umstand erachtet wird;

Vergleich zwischen den Mitgliedstaaten

1. stellt fest, dass sich die Konzepte zur Bekämpfung der Prostitution in der EU unterscheiden und mithilfe des Verwaltungs- und Strafrechts auf drei wesentliche Komponenten dieses Systems ausgerichtet sind: auf die Personen in der Prostitution, den Erwerb sexueller Dienstleistungen (d. h. die Nachfrage) und die Beteiligung ausbeuterischer Dritter wie Zuhälterei ([42]); betont, dass die verschiedenen Gesetze unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen in der Prostitution, ihre Rechte, ihre Möglichkeiten des Zugangs zur Gesundheitsversorgung, zu Sozialdiensten und zum Justizsystem, auf die Frauenrechte im Allgemeinen, die Gleichstellung der Geschlechter, die Nachfrage, den Menschenhandel, die gesellschaftliche Einstellung und die benachbarten Mitgliedstaaten haben; hebt die Verpflichtung aller Mitgliedstaaten hervor, eine integrative Gesellschaft zu fördern und Personen, insbesondere Frauen, in prekären Situationen zu schützen;

2. betont, dass es umso mehr Opfer des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung gibt, je größer die Asymmetrie zwischen den nationalen Prostitutionsgesetzen innerhalb der EU ist, da der Prostitutionsmarkt und seine Akteure grenzüberschreitend tätig sind; betont ferner, dass der Unterschied zwischen der Regulierung der Prostitution in den einzelnen Mitgliedstaaten dazu beiträgt, für Gruppen der organisierten Kriminalität und Einzelpersonen eine fruchtbare Geschäftsgrundlage zu schaffen ([43]); stellt fest, dass einige Mitgliedstaaten möglicherweise mehr Menschenhandelsströme zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung anziehen als andere; fordert die Mitgliedstaaten auf, wirksame Maßnahmen zur Senkung der Nachfrage nach Prostitution und damit zur Eindämmung des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung sowie zur Entziehung der Geschäftsgrundlage für Gruppen der organisierten Kriminalität einzuführen;

3. bedauert, dass es an verlässlichen, genauen und vergleichbaren länderübergreifenden Daten in Bezug auf Prostitution, sexuelle Ausbeutung und Gewalt in der Prostitution sowie auf die Auswirkungen von Ausstiegsprogrammen mangelt; hebt hervor, dass die Erfassung und der Austausch von verlässlichen, genauen, anonymisierten und zwischen den Mitgliedstaaten vergleichbaren Daten, die unter anderem nach Geschlechtszugehörigkeit, Rasse oder ethnischer Abstammung, nach Alter, sozioökonomischem Status und Nationalität aufgeschlüsselt sind, dringend weiter verbessert werden müssen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in dieser Angelegenheit dringend einer Verbesserung bedarf; fordert die Mitgliedstaaten daher auf, noch enger mit der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, mit dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen und mit Europol zu kooperieren, um die Zusammenarbeit und den Informations- und Datenaustausch weiter zu verstärken und ihre Erfahrungen auf der Grundlage dieser Daten auszuwerten;

([39]) OSZE-Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels „Discouraging the demand that fosters trafficking for the purpose of sexual exploitation", Wien, 2021.
([40]) Crouch, D., „Swedish Prostitution law Targets Buyers, but Some Say It Hurts Sellers", *New York Times*, 14. März 2015.
([41]) Claude, K., „Targeting the Sex Buyer — The Swedish Example: Stopping Prostitution and Trafficking Where It All Begins", The Swedish Institute, 2010.
([42]) Gemäß Definition in der Konvention zur Unterbindung des Menschenhandels und der Ausnutzung der Prostitution anderer.
([43]) Di Nicola, A., „The differing EU Member States' regulations on prostitution and their cross-border implications on women's rights", Europäisches Parlament, Generaldirektion Interne Politikbereiche, Fachabteilung für Bürgerrechte und konstitutionelle Angelegenheiten, 27. Juli 2021.

4. weist darauf hin, dass mehrere europäische Länder darum bemüht sind, Personen in der Prostitution und deren Rechte zu schützen, indem sie zu den einzelnen Aspekten der Prostitution verschiedene Rechtsrahmen schaffen, vormals diskriminierte und ausgegrenzte Personen in der Prostitution in die Politikgestaltung einbeziehen und Zuschüsse bereitstellen, um ihre Basisorganisationen dabei zu unterstützen, den Bedürfnissen der am stärksten ausgegrenzten Personen besser Rechnung zu tragen; stellt fest, dass in Ländern wie Österreich ([44]), Deutschland und den Niederlanden die Behörden zu dem Schluss gekommen sind, dass es für die Rechte von Personen in der Prostitution am vorteilhaftesten wäre, einen Rechtsrahmen zu schaffen, bei dem die Prostitution in all ihren Facetten legalisiert wird, während andere Länder wie Schweden, Frankreich, Spanien und Irland stattdessen beschlossen haben, unter Anwendung des nordischen Modells bzw. des Gleichstellungsmodells die Rechte von Frauen in der Prostitution zu schützen, indem sie die Personen in der Prostitution entkriminalisieren und die Käufer kriminalisieren;

Realität in der Prostitution

5. stellt fest, dass Frauen in der Prostitution mehr Gewalt erfahren als Frauen im Durchschnitt; verweist auf eine Studie des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Jahr 2013 ([45]), die ergab, dass 41 % der befragten Frauen in der Prostitution körperliche und/oder sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit der Prostitution erfahren haben;

6. hebt die Ergebnisse mehrerer Studien in Bezug auf die Erfahrungen von Frauen in der Prostitution mit Missbrauch in der Kindheit und Jugend hervor ([46]); stellt fest ([47]), ([48]), ([49]), dass diese Erfahrungen dazu führen können, dass Frauen und Mädchen die Prostitution als normal hinnehmen; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass Kindesmissbrauch dringend und nachhaltig bekämpft werden muss, und weist auf die Verantwortung von Familien in ihrer ganzen Vielfalt und auf die Verantwortung all jener mit einer Fürsorgepflicht für Kinder, wie beispielsweise von Lehr- und Ausbildungspersonen, hin;

7. betont, dass das Europäische Parlament in seiner Entschließung vom 26. Februar 2014 zur sexuellen Ausbeutung und Prostitution und deren Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter anerkannt hat, dass Prostitution und sexuelle Ausbeutung Verstöße gegen die Menschenwürde sowie einen Widerspruch gegen die Menschenrechtsprinzipien wie beispielsweise die Gleichstellung der Geschlechter darstellen und daher mit den Grundsätzen der Charta unvereinbar sind; weist darauf hin, dass Prostitution in seiner Entschließung vom 5. Juli 2022 zu der Frauenarmut in Europa als schwere Form der Gewalt und Ausbeutung definiert wurde ([50]);

Auswirkungen auf Frauen in der Prostitution

8. stellt fest, dass es sich bei der Prostitution nicht um eine individuelle Handlung einer Person handelt, die ihren Körper gegen Geld vermietet, sondern um ein System, das auf Profit ausgerichtet, das von Natur aus gewalttätig, diskriminierend und zutiefst unmenschlich ist und das als Geschäft funktioniert und einen Markt schafft, in dem Zuhälter planen und handeln, um ihre Märkte zu sichern und zu vergrößern, und in dem die Käufer von Sex eine Schlüsselrolle dabei spielen, diese Märkte zu vergrößern;

9. verurteilt die von Zwang, Manipulation, Gewalt und Ausbeutung geprägte Wirklichkeit in der Prostitution und weist darauf hin, dass die mangelnden Sprachkenntnisse von Frauen und Minderjährigen sowie ihre Verwundbarkeiten und ihre prekäre Lage ausgenutzt werden, um sie in die Prostitution zu bringen und dort zu halten; erkennt an, dass Prostitution mit struktureller Gewalt verbunden ist, der Frauen unverhältnismäßig stark ausgesetzt sind und die oft zu prekären Lebenssituationen führt, die Frauen und Mädchen in die Prostitution treiben; betont ferner, dass es schwierig ist, aus der Prostitution auszusteigen; fordert die Einführung wirksamer Maßnahmen zur Beseitigung der Armut und zur Verbesserung des sozialen Schutzes, zur Behebung des Schulversagens, zur Förderung der Bildung, einschließlich der Sexualerziehung und des Beziehungsunterrichts, sowie der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung und ferner die Einführung einer integrativen Politik, die die Stärkung der Position der Frau in der Gesellschaft zum Ziel hat und die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen fördert, sowie von Maßnahmen zur Verurteilung derjenigen, die sie ausnutzen;

10. stellt fest, dass durch die Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Lage infolge der COVID-19-Pandemie alle Formen des Missbrauchs und der Gewalt gegen Frauen, einschließlich der gegen ihre Menschenrechte verstoßenden sexuellen Ausbeutung, zugenommen haben; warnt davor, dass sich diese Lage durch die derzeitige Energiekrise und den

([44]) Arbeitsgruppe „Prostitution“ des Bundeskanzleramts der Republik Österreich, „Regelung der Prostitution in Österreich — Empfehlungen der Arbeitsgruppe ‚Prostitution‘“, April 2021.
([45]) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland — Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland“, 2004.
([46]) Vgl. ebenda.
([47]) Pennsylvania Coalition Against Rape, „The Intersection Between Prostitution and Sexual Violence“, 2013.
([48]) Göttfried, N., „Prostitution as a result of child abuse“, Hope for the Future, abgerufen am 14. Juli 2023.
([49]) Scelles Foundation, „Sexual Exploitation — New Challenges, New Answers“, 2019.
([50]) ABl. C 47 vom 7.2.2023, S. 2.

Anstieg der Lebenshaltungskosten weiter verschärfen wird und viele Frauen in prekären Situationen in die Armut und soziale Ausgrenzung getrieben werden; hebt als Extrembeispiel das hohe Risiko für ukrainische Frauen und Mädchen hervor, aufgrund ihrer prekären Situation nach der Flucht vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und der Umsiedlung in andere Länder zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung verschleppt zu werden ([51]); weist darauf hin, dass dieses Risiko in der Regel für Frauen und Mädchen besteht, die aus Regionen fliehen und in Regionen leben, die von Krisen und Konflikten gebeutelt sind ([52]);

11. betont, dass das inhärente Element der Vermittlungsfähigkeit die Möglichkeit ist, die Einwilligung zu erteilen oder vorzuenthalten; weist darauf hin, dass eine Einwilligung nur dann freiwillig erteilt werden kann, wenn kein Machtungleichgewicht zwischen den beteiligten Personen besteht oder wenn keine Drohungen, keine Gewalt und kein Zwang eingesetzt werden; stellt ferner fest, dass die durch das Entrichten oder Empfangen von Zahlungen oder Leistungen erlangte Einwilligung gegenstandslos ist; stellt gleichzeitig fest, dass es für die Personen äußerst schwierig sein kann, zu erkennen, dass sie Opfer sind, insbesondere wenn sie sich ihrer Rechte nicht bewusst sind, und weist erneut auf die Dynamik einer von Missbrauch geprägten Beziehung hin; betont darüber hinaus, dass die Stimmen der Frauen in der Prostitution immer gehört werden sollten, und weist erneut darauf hin, dass informative, wertschätzende Bildungs- und Sensibilisierungsprogramme erforderlich sind, um Frauen ihre Rechte und Pflichten bewusst zu machen und ihnen das Handlungsvermögen zu übertragen und die Möglichkeit zu geben, fundierte, freie Entscheidungen über ihr Privat- und Sexualleben zu treffen;

12. verurteilt die Tatsache, dass es Personen in der Prostitution, vor allem in Armut lebenden Frauen sowie Migrantinnen, rassifizierten Frauen und LGBTIQ+-Personen, aufgrund ihrer unverhältnismäßigen, tatsächlichen Kriminalisierung, dem hohen Maß an Überwachung, der Verhängung von Geldbußen und Hausdurchsuchungen an Rechtssicherheit mangelt; stellt fest, dass dies bedeutet, dass sie der ständigen Bedrohung einer polizeilichen und gerichtlichen Verfolgung gegenüberstehen, einer zusätzlichen Ausgrenzung und Stigmatisierung ausgesetzt sind, die sich negativ auf ihre körperliche und geistige Gesundheit auswirken, weshalb sie bei der Suche nach Hilfe auf Schwierigkeiten stoßen, und häufig keinen Zugang zu ihren Grundrechten haben; verurteilt ferner die Tatsache, dass die Kriminalitätsvermutung und die diskriminierende Behandlung dazu führen, dass sie sich nicht um Gerechtigkeit bemühen, wenn sie körperliche oder sexuelle Gewalt oder Erpressung erfahren, weil sie befürchten, stattdessen in den Fokus einer strafrechtlichen Ermittlung zu geraten ([53]) oder schutzlos in der Öffentlichkeit zu stehen und sozialen Druck zu erfahren, der Einfluss auf ihr Privatleben und ihre Familie haben kann; fordert den uneingeschränkten Zugang zu diskriminierungsfreien, universellen und hochwertigen Gesundheits- und Sozialdiensten sowie zum Justizsystem für alle, unter anderem für Personen und insbesondere Frauen in der Prostitution; bedauert, dass ausbeuterische Dritte wie Bordellbesitzer und Menschenhändler sowie Käufer hingegen häufig ungestraft bleiben; fordert die zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen um eine Beendigung der Straflosigkeit dieser Personen zu verstärken;

13. weist auf die negativen Folgen hin, die mit der Entkriminalisierung der Zuhälterei und des Erwerbs sexueller Dienstleistungen verbunden sind, wobei die scheinbare gesellschaftliche Normalisierung dieser Aktivitäten zu einer Zunahme des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung führt und die von Zwang, Manipulation, Gewalt und Ausbeutung gekennzeichnete Realität in der Prostitution verdeckt, wo fehlende Sprachkenntnisse, Schutzbedürftigkeit und prekäre Bedingungen ausgenutzt werden, um Frauen dazu zu bewegen, in die Prostitution einzusteigen und dort zu bleiben; bedauert, dass der Stigmatisierung von Frauen in der Prostitution selbst durch die Legalisierung der Prostitution, der Zuhälterei und des Erwerbs sexueller Dienstleistungen kein Ende gesetzt wird;

Nachfrage

14. stellt fest, dass Prostitution und Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung existieren, weil eine Nachfrage danach besteht; betont, dass neben der Behebung der Angreifbarkeit potenzieller Opfer und der strafrechtlichen Verfolgung von u. a. Menschenhändlern und Schleppern die Verringerung der Nachfrage ein wichtiges Instrument zur Verhinderung und Eindämmung des Menschenhandels ist, weil damit auf die finanziellen Anreize abgezielt wird; ist daher der Auffassung, dass dies bei der Überarbeitung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels weiterentwickelt werden sollte; betont, dass es wichtig ist, die Nachfrage auf eine Art und Weise einzudämmen, die den Personen in der Prostitution keinen Schaden zufügt oder sich negativ auf sie auswirkt; stellt fest, dass Strategien zur Beeinflussung der Nachfrage sich auf die Rechte von Einzelpersonen konzentrieren sollten und darauf, diskriminierende Haltungen und Überzeugungen zu bekämpfen, insbesondere solche, die sich gegen Frauen und Migranten richten ([54]);

15. stellt fest, dass sich der Ansatz der „bewussten Ausbeutung“ von Opfern des Menschenhandels als unwirksam erwiesen hat, um die sexuelle Ausbeutung einzudämmen, da es unmöglich ist, das Wissen eines Käufers zu beweisen; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Zahl der freiwillig in der Prostitution tätigen Personen bei Weitem nicht ausreicht, um die Nachfrage allein zu decken; fordert daher Maßnahmen zur Aufklärung über die Tatsache, dass Personen, die eine „sexuelle Dienstleistung“ kaufen möchten, aufgrund der hohen Zahl von Personen, die zur Prostitution gezwungen oder verleitet werden, Gefahr laufen, de facto Ausbeutung zu kaufen;

([51]) Siegfried, K., „Ukraine crisis creates new trafficking risks“, Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, 13. April 2022.
([52]) Carling, J., „Trafficking in Women from Nigeria to Europe“, Migration Policy Institute, 1. Juli 2005.
([53]) Europarat, „Impact of COVID-19 on womens‘ access to justice“, 2022.
([54]) Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, „Recommended Principles and Guidelines on Human Rights and Human Trafficking“, 20. Mai 2002.

16. stellt fest, dass durch die Entkriminalisierung der Zuhälterei und des Erwerbs sexueller Dienstleistungen die Nachfrage erhöht, die Nachfrageseite gestärkt und der Erwerb sexueller Dienstleistungen normalisiert wird; betont, dass die Stigmatisierung von Personen in der Prostitution in diesem System dennoch fortbesteht; verweist auf Studien ([55]), ([56]), ([57]), die zeigen, dass die Normalisierung des Kaufs von Frauenkörpern mit einer stärkeren Anwendung von Gewalt gegen Frauen und einem größeren Anspruchsdenken gegenüber Frauen in der Prostitution und Frauen im Allgemeinen einhergeht; stellt fest, dass der Prostitutionsmarkt und damit die Zahl der Ausgebeuteten nur dann schrumpfen kann, wenn die Nachfrage reduziert wird;

17. stellt fest, dass mehrere Länder das nordische Modell bzw. das Gleichstellungsmodell übernehmen und unterschiedlich umsetzen; unterstützt das übergreifende geschlechtsspezifische Ziel dieses Modells, das auf eine Verringerung der Nachfrage abzielt, und dessen Ziel, die Gleichstellung der Geschlechter, einschließlich eines Paradigmenwechsels, zu verwirklichen; hebt die positiven Auswirkungen dieses Modells auf die Rechte von Personen in der Prostitution, insbesondere Frauen, die normative Wirkung in der Gesellschaft und die Bekämpfung des Menschenhandels hervor ([58]), ([59]), ([60]); hebt jedoch hervor, dass noch Arbeit und Forschung erforderlich sind, um sicherzustellen, dass die Ziele des Modells in der Praxis umgesetzt werden; betont, dass die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des nordischen Modells bzw. des Gleichstellungsmodells die bewährten Verfahren anderer Mitgliedstaaten nutzen sollten;

18. betont, dass die Entkriminalisierung von Personen in der Prostitution die einzige Möglichkeit darstellt, wie Personen in der Prostitution Vertrauen in die Strafverfolgung und andere Hilfsdienste aufbauen können; hebt hervor, dass keine der umgesetzten Maßnahmen den Personen in der Prostitution Schaden zufügen oder negative Auswirkungen für sie haben darf und dass die Maßnahmen ausreichende Sicherheitsvorkehrungen bieten müssen, um dafür zu sorgen, dass die Diskriminierung von Personen ausgemerzt wird, die aufgrund ihrer Geschlechtsidentität, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer sozialen bzw. wirtschaftlichen Lage, ihrer Rechtsstellung oder ihrer Herkunft, durch die alle Aspekte ihres Lebens durchzogen werden, auch im Kontext der Armut und der Migration, stärker gefährdet sind;

19. fordert die Mitgliedstaaten auf, Dringlichkeitsmaßnahmen für das Vorgehen gegen Werbeanzeigen im Internet und gegen die Erleichterung der Kontaktaufnahme zu ergreifen, wenn damit direkt oder indirekt zur Prostitution oder zur Akquise von Käufern angeregt wird, und so die Ausbeutung der Prostitution anderer auch im Internet, einschließlich der Prostitution von Studierenden, insbesondere junger Frauen, sowie die sexuelle Ausbeutung von Minderjährigen durch wohlhabende, einflussreiche Männer, auch unter der Bezeichnung „Sugar Daddyism“ bekannt, zu verhindern;

Auswirkungen auf den Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung

20. verurteilt entschieden den Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung aller Menschen als grobe Verletzung der Menschenrechte; hebt hervor, dass es sich Studien zufolge bei den Opfern hauptsächlich um Frauen und Mädchen handelt, insbesondere wenn sie sich in prekären Situationen befinden, wie beispielsweise Migrantinnen, Frauen in und aus Kriegs- und Konfliktgebieten sowie aus benachteiligten Verhältnissen, oder um LGBTIQ+-Personen;

21. stellt fest, dass einige Mitgliedstaaten Maßnahmen ergriffen haben, um anhaltende Probleme die Prostitution betreffend anzugehen, indem sie die Prostitution in all ihren Facetten legalisieren und so erreichen möchten, dass der Stigmatisierung und der Abhängigkeit der Frauen in der Prostitution ein Ende gesetzt wird und diesen Frauen mehr Sicherheit und Arbeitnehmerrechte gewährt werden; stellt jedoch fest, dass das Legalisierungsmodell nicht diese gewünschten Verbesserungen für die Frauen in der Prostitution mit sich gebracht hat, was von in einigen EU-Ländern erhobenen Daten belegt wird; ist besorgt über die Tatsache, dass es für Menschenhändler in Ländern, in denen die Prostitution legal ist, viel leichter ist, den rechtlichen Rahmen zur Ausbeutung ihrer Opfer zu nutzen, und dass es häufig

([55]) Farley, M. et al., „Comparing sex buyers with men who do not buy sex: New data on prostitution and trafficking“, *Journal of Interpersonal Violence*, Bd. 32, Nr. 23, S. 3601 bis 3625, 2017.
([56]) Demand Abolition, „Who Buys Sex? — Understanding and Disrupting Illicit Market Demand“, November 2018.
([57]) Farley, M. et al., „Männer in Deutschland, die für Sex zahlen — und was sie uns über das Versagen der legalen Prostitution beibringen: ein Bericht über das Sexgewerbe in 6 Ländern aus der Perspektive der gesellschaftlich unsichtbaren Freier“, Berlin, 8. November 2022.
([58]) Di Nicola, A., „The differing EU Member States' regulations on prostitution and their cross-border implications on women's rights“, Europäisches Parlament, Generaldirektion Interne Politikbereiche, Fachabteilung für Bürgerrechte und konstitutionelle Angelegenheiten, 27. Juli 2021.
([59]) OSZE-Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels „Discouraging the demand that fosters trafficking for the purpose of sexual exploitation“, Wien, 2021.
([60]) Inspection générale des affaires sociales, „Evaluation de la loi du 13 avril 2016 [13. April 2016] visant à renforcer la lutte contre le système prostitutionnel et à accompagner les personnes prostituées“, 2019.

vorkommt, dass Menschenhändler ihre ausbeuterischen Aktivitäten hinter legalen Geschäften verstecken, was es der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden erschwert, den Menschenhandel wirksam zu bekämpfen; betont, dass Ausbeuter zunehmend versuchen, ihre Opfer im Rahmen vermeintlich freiwilliger Geschäftsvereinbarungen auszubeuten, bei denen die Opfer im Gegenzug für Schutz und Unterstützung einen Teil der Einkünfte abtreten müssen ([61]); fordert daher die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die geltenden Gesetze und Verordnungen ordnungsgemäß überprüft werden, um Schlupflöcher zu vermeiden, die es Kriminellen ermöglichen, ungestraft zu handeln; weist darauf hin, dass der Prostitutionsmarkt und seine Akteure grenzüberschreitend tätig sind; fordert daher Maßnahmen auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten, damit die grenzüberschreitenden Auswirkungen der Prostitution wirksam bekämpft werden können, und fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, einen gesamteuropäischen Ansatz zu koordinieren, bei dem umfangreiches Datenmaterial gesammelt wird, das als Grundlage für eine Studie dienen könnte, in deren Rahmen die verschiedenen Maßnahmen in den einzelnen Mitgliedstaaten analysiert werden, die auf das Verbot des Kaufs von Personen in der Prostitution im Allgemeinen und von Personen in der Prostitution unter 21 Jahren im Besonderen, von schwangeren Personen in der Prostitution und von Personen in der Straßenprostitution sowie auf das allgemeine Verbot von Anzeigen für die Prostitution abzielen; fordert die Kommission auf, gemeinsame EU-Leitlinien für die Gewährleistung der Grundrechte für Personen in der Prostitution zu entwickeln;

22. betont, dass der Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, einschließlich des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen, aufgrund der hohen Nachfrage zunimmt ([62]), ([63]), ([64]), ([65]); weist darauf hin, dass dies in Ländern mit einem liberalen Regulierungsmodell besonders deutlich wird, während Mitgliedstaaten wie Frankreich und andere Länder, die Konzepte wie das nordische Modell bzw. das Gleichstellungsmodell verfolgen, keine großen Märkte für Menschenhandel zu diesem Zweck mehr sind ([66]); stellt fest, dass der Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung in diesen Ländern zwar nach wie vor vorhanden ist, aufgrund der nachfragereduzierenden Maßnahmen jedoch zurückgeht ([67]), ([68]); fordert daher die Mitgliedstaaten auf, einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen, um Frauen in der Prostitution besser zu schützen, und sicherzustellen, dass dabei alle maßgeblich Beteiligten wie beispielsweise die Polizei und andere Strafverfolgungsbehörden sowie soziale und medizinische Dienste und nichtstaatliche Organisationen unterstützt und in Entscheidungsprozesse einbezogen werden und in enger Kooperation zusammenarbeiten;

23. betont, dass die Bekämpfung von Menschenhandel, Armut und sozialer Ausgrenzung untrennbar miteinander verbunden und von folgenden Schlüsselaspekten gekennzeichnet ist: wirtschaftliche Entwicklung, Aufwertung der Arbeit und der Arbeitnehmer, höhere Löhne und Renten, gerechtere Verteilung des Wohlstands, Entwicklung eines robusten öffentlichen Sozialversicherungssystems, eines öffentlichen, universellen und kostenlosen nationalen Gesundheitssystems sowie öffentliche Schulen, die allen Menschen die gleichen Rechte und Chancen bieten;

24. betont, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 12. April 2023 erklärt hat, die Beschwerden von 261 Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern aus Frankreich zu prüfen, in denen die Anerkennung des Umstands gefordert wird, dass das französische Gesetz ihre Grundrechte, insbesondere das Recht auf Gesundheit und Sicherheit und das Recht auf Achtung des Privatlebens, verletzt hat.

25. betont, dass die Zwangsprostitution in dem von der Türkei besetzten Hoheitsgebiet Zyperns bekämpft werden muss, und fordert die Kommission auf, sich unverzüglich mit diesem Problem zu befassen;

([61]) Europol, „European Union Serious and Organised Crime Threat Assessment — A Corrupting Influence: The Infiltration and Undermining of Europe's Economy and Society", 14. Dezember 2021.

([62]) Di Nicola, A., „The differing EU Member States' regulations on prostitution and their cross-border implications on women's rights", Europäisches Parlament, Generaldirektion Interne Politikbereiche, Fachabteilung für Bürgerrechte und konstitutionelle Angelegenheiten, 27. Juli 2021.

([63]) OSZE-Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels „Discouraging the demand that fosters trafficking for the purpose of sexual exploitation", Wien, 2021.

([64]) Statista, „Anzahl der abgeschlossenen Ermittlungsverfahren im Bereich Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in Deutschland von 2005 bis 2021", Oktober 2022, abgerufen am 14. Juli 2023.

([65]) Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen über den Menschenhandel, insbesondere den Frauen- und Kinderhandel, „Demand fosters human trafficking", Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, 2. Juli 2013.

([66]) Scelles Foundation, „Sexual Exploitation — New Challenges, New Answers", 2019.

([67]) Di Nicola, A., „The differing EU Member States' regulations on prostitution and their cross-border implications on women's rights", Europäisches Parlament, Generaldirektion Interne Politikbereiche, Fachabteilung für Bürgerrechte und konstitutionelle Angelegenheiten, 27. Juli 2021.

([68]) OSZE-Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels „Discouraging the demand that fosters trafficking for the purpose of sexual exploitation", Wien, 2021.

Grenzübergreifende Auswirkungen

26. stellt fest, dass Frauen in der Prostitution in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten unterschiedliche Rechte und Schutzniveaus genießen; betont, dass die Zuständigkeit für die Regulierung der Prostitution zwar bei den Mitgliedstaaten verbleibt, Personen in der Prostitution jedoch in den Genuss der in der Charta verankerten Rechte kommen müssen; verurteilt das höchst sexistische, rassistische und ausgrenzende Wesen des Prostitutionssystems, das allein daran erkennbar ist, dass durchschnittlich 70 % der Personen in der Prostitution in der EU Migrantinnen sind ([69]), was die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede in der EU und weltweit widerspiegelt ([70]);

27. hebt hervor, dass die Mehrheit der Menschenhandelsströme zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung innerhalb der Union EU-Bürger betrifft; weist darauf hin, dass 53 % der Opfer des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung innerhalb der Union die Unionsbürgerschaft haben ([71]); weist darauf hin, dass in einer Studie festgestellt wurde, dass 73,6 % der Personen, die ausländische Personen in der Prostitution aufsuchten, eine mittlere oder hohe Wahrscheinlichkeit hatten, mit einem Opfer des Sexhandels in Kontakt gekommen zu sein ([72]); betont, dass die Beweise zeigen, dass die Männer die von ihnen beobachteten Anzeichen des Menschenhandels wahrnehmen, einschließlich des Umstands, dass die jeweilige Person in der Prostitution geringe Kenntnisse der lokalen Sprache hat oder sichtbare Anzeichen von Missbrauch aufweist ([73]); hebt hervor, dass die Forschung zeigt, dass Menschen „Neutralisierungstechniken“ anwenden, um die Existenz des Menschenhandels zu leugnen ([74]);

28. betont, dass es in einigen EU-Mitgliedstaaten mehr Opfer von Menschenhandel gibt als in anderen;

Einfluss auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte von Frauen und sexuellen Minderheiten

29. weist darauf hin, dass Frauen in den LGBTIQ+-Gemeinschaften, einschließlich der Person in der Prostitution selbst, sinnvoll in die Entwicklung nationaler Prostitutionspolitiken und breiterer europäischer Diskussionen einbezogen werden müssen;

30. betont, dass Frauen in all ihrer Vielfalt unter anderem das Grundrecht auf körperliche und geistige Unversehrtheit, auf Achtung des Privatlebens und der Familie sowie auf freie Berufswahl und Erwerbstätigkeit haben;

31. betont, dass das geschlechtsspezifische Wesen der Prostitution und ihrer Ausbeutung die vorherrschenden Machtverhältnisse widerspiegelt und reproduziert; betont, dass die intersektionelle Diskriminierung dieses Machtungleichgewicht noch verschärft; betont, dass die Mehrheit der Personen in der Prostitution Frauen sind, was die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern vergrößert; betont ferner, dass Prostitution und sexuelle Ausbeutung sowohl eine Ursache als auch eine Folge der Ungleichbehandlung von Frauen und Männern, des Sexismus, des Rassismus, der Behindertenfeindlichkeit, der Armut und der sozialen Ausgrenzung sind und Stereotype über Frauen, Männer, andere Geschlechter und Randgruppen im Allgemeinen reproduzieren und fortschreiben;

32. betont, dass die unterschiedlichen Regulierungsmaßnahmen und somit auch die anhaltenden Stereotype und Machtverhältnisse unterschiedliche Auswirkungen auf Männer, junge Menschen und die Gesellschaft insgesamt haben; betont, dass die Normalisierung der Prostitution durch die Legalisierung des Erwerbs sexueller Dienstleistungen negative Auswirkungen auf die Wahrnehmung und die Erwartungen junger Menschen in Bezug auf Sexualität und auf die Beziehungen zwischen Frauen und Männern sowie auf ihr Verständnis von der Gleichstellung der Geschlechter hat; hebt hervor, dass sich die Einstellung von Jungen und Männern in Schweden nach der Einführung des nordischen Modells deutlich zum Positiven verändert zu haben scheint, wobei Frauen in der Prostitution weniger als Objekte zur Befriedigung

([69]) Laut Angaben der Europäischen Frauenlobby. Zum Vergleich: Schätzungen zufolge sind 90–95 % der in Österreich angemeldeten Prostituierten Migrantinnen — laut Berufsvertretung Sexarbeit Österreich, „Zahlen/Daten/Fakten“, abgerufen am 14. Juli 2023.

([70]) Statistisches Bundesamt, „Ende 2021 rund 23 700 Prostituierte bei Behörden angemeldet“, Pressemitteilung Nr. 277 vom 1. Juli 2022. Der Pressemitteilung https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/07/PD22_277_228.html zufolge besitzt nur ein Fünftel der in Deutschland angemeldeten Prostituierten die deutsche Staatsangehörigkeit, wobei die meisten Personen in der Prostitution (78 %) in Deutschland, insbesondere Frauen, zwischen 21 und 44 Jahren alt sind.

([71]) Di Nicola, A., „The differing EU Member States' regulations on prostitution and their cross-border implications on women's rights“, Europäisches Parlament, Generaldirektion Interne Politikbereiche, Fachabteilung für Bürgerrechte und konstitutionelle Angelegenheiten, 27. Juli 2021.

([72]) Vgl. ebenda.

([73]) Vgl. ebenda.

([74]) Vgl. ebenda.

der sexuellen Begierde der Männer, sondern vielmehr als Opfer von Ausbeutung gesehen werden und diese neue Einstellung die Jungen und Männer davon abhält, sexuelle Dienstleistungen zu erwerben; hebt die Ergebnisse einer US-Studie ([75]) über die Meinungen von Kunden der Prostitution in verschiedenen Ländern hervor; hebt hervor, dass 55 % der für diese Studie befragten deutschen Sexkäufer zugaben, einen Zuhälter oder Menschenhändler beim Kauf beobachtet oder bezahlt zu haben, und dass sich 39 % der befragten deutschen Sexkäufer berechtigt fühlten, mit einer Frau in der Prostitution alles zu tun, was sie wollten, nachdem sie für sie bezahlt hatten; weist darauf hin, dass die Menschenrechte von Frauen und Mädchen unveräußerlich sind, dass sie aber auf dem Prostitutionsmarkt aufgrund der dort herrschenden ausbeuterischen Umstände dennoch systematisch verletzt werden, insbesondere ihr Recht auf Würde; fordert die Kommission auf, Sensibilisierungskampagnen durchzuführen, um der Nachfrage entgegenzuwirken und den Zusammenhang zwischen der Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen und dem Phänomen des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung sowie der hohen Zahl von Frauen, die Opfer des Menschenhandels in die Europäische Union und innerhalb der Europäischen Union werden, zu verdeutlichen; fordert ferner eine Sensibilisierung für die besonderen Risiken, denen Personen und insbesondere Frauen in der Prostitution ausgesetzt sind, einschließlich der hohen Prävalenz von geschlechtsbezogener Gewalt; fordert, dass im Rahmen dieser Kampagnen verstärkt junge Menschen und Männer angesprochen und gleichzeitig Stereotype abgebaut werden;

33. betont, dass Sexualerziehung eine wesentliche Maßnahme auf dem Weg zu einer gewaltfreien Gesellschaft ist, da sie schädliche Geschlechterstereotype in Frage stellt und Vielfalt, körperliche Autonomie sowie körperliche und geistige Unversehrtheit fördert; stellt fest, dass die Sexualerziehung die als gesellschaftliches Tabu geltende Sexualität beleuchtet und sie als integralen Bestandteil unseres Lebens im Zusammenhang mit unserer Gesundheit und unserem Wohlbefinden behandelt;

34. verurteilt die negativen Auswirkungen bestimmter Arten von Pornografie, die schädliche Stereotype reproduzieren und die Wahrnehmung von Beziehungen und Sexualität verändern und damit die Gleichstellung der Geschlechter erschweren;

Rolle der Mitgliedstaaten und der EU

35. betont, dass die Mitgliedstaaten rechtlich verpflichtet sind, die Rechte der Frauen und ihre körperliche Unversehrtheit zu schützen und die Gleichstellung der Geschlechter sowie die Vielfalt zu fördern; hebt hervor, dass die Rolle der EU darin besteht, dies innerhalb der internationalen Gemeinschaft zu tun und in allen Mitgliedstaaten gleichen Schutz zu garantieren und gleiche Rechte durchzusetzen; fordert alle Mitgliedstaaten, die das Übereinkommen von Istanbul noch nicht ratifiziert haben, auf, dies so rasch wie möglich zu tun;

36. lobt die Mitgliedstaaten, die die Eingliederung von Personen in der Prostitution anstreben und Zuschüsse bereitstellen, um deren Basisorganisationen sowie nichtstaatliche Organisationen dabei zu unterstützen, die Bedürfnisse und Rechte der am stärksten ausgegrenzten Personen besser zu berücksichtigen, einschließlich der Feststellung und Vermittlung von Opfern der Ausbeutung und des Menschenhandels; fordert die Mitgliedstaaten auf, Personal aller Ebenen, insbesondere in der Strafverfolgung, einschließlich bei der Polizei, sowie in den Justiz- und anderen Rechtsdiensten aus- und weiterzubilden, um die Wahrung der Rechte unbeschadet der Stigmatisierung, die typischerweise mit den Personen in der Prostitution verbunden ist, zu garantieren; fordert die Mitgliedstaaten ferner auf, dafür zu sorgen, dass Personen, insbesondere Frauen, in der Prostitution und diese Dienste auf einer Vertrauensbasis miteinander kommunizieren, damit diese Dienste in der Lage sind, Ausbeutung so schnell und effektiv wie möglich aufzudecken; verurteilt die Tatsache, dass Gesetze und Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels häufig dazu benutzt wurden, Migranten ohne Papiere zu identifizieren, zu inhaftieren und abzuschieben, ohne ihnen Hilfe oder Entschädigung ([76]) zu gewähren, was dazu geführt hat, dass Migrantinnen in der Prostitution aus ihren Wohnungen vertrieben, inhaftiert und abgeschoben wurden; weist erneut darauf hin, dass Personen, die aufgrund ihrer Geschlechtsidentität, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer sozialen bzw. wirtschaftlichen Lage, ihrer Rechtsstellung oder ihrer Herkunft in der Prostitution überrepräsentiert sind; verurteilt die Tatsache, dass sie besonders ins Visier genommen und kriminalisiert werden; fordert die Mitgliedstaaten auf, unter anderem dafür zu sorgen, dass Frauen in der Prostitution gleichen Zugang zu Justiz, Gesundheitsfürsorge, Wohnraum, Beschäftigung und öffentlichen Diensten haben und gleichen Schutz vor dem Gesetz genießen; fordert die Mitgliedstaaten auf, eine angemessene Bereitstellung von Verhütungsmitteln sicherzustellen, um sexuell übertragbare Krankheiten und ungewollte Schwangerschaften bei Personen in der Prostitution zu verhindern; fordert insbesondere die polnische Regierung auf, die Beschränkungen für Verhütungsmittel in ihrem Land, insbesondere für die Notfallverhütung, sowie für die sichere und legale Betreuung bei Schwangerschaftsabbrüchen zu lockern;

37. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Mittel aus dem Programm „Bürger, Rechte, Gleichstellung und Werte“ der gesamten Zivilgesellschaft zur Verfügung stehen;

([75]) Farley, M. et al., „Männer in Deutschland, die für Sex zahlen — und was sie uns über das Versagen der legalen Prostitution beibringen: ein Bericht über das Sexgewerbe in 6 Ländern aus der Perspektive der gesellschaftlich unsichtbaren Freier“, Berlin, 8. November 2022.

([76]) „Report of the Special Rapporteur on the human rights of migrants“, 25. September 2018, Rdnr. 70.

38. fordert die Mitgliedstaaten auf, in den Bereichen Prävention, Entkriminalisierung von Personen, insbesondere Frauen, in der Prostitution Verringerung der Nachfrage, Bestrafung von Kunden, Entstigmatisierung und Beseitigung von Stereotypen Maßnahmen zu ergreifen und für ausreichend finanzierte, leicht zugängliche und hochwertige Ausstiegs- und Neuanfangsprogramme zu sorgen; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Nachfrage zu verringern und gleichzeitig Personen in der Prostitution und ihre Rechte zu schützen und den bedingungslosen Zugang zu Sozialversicherungssystemen und zu Eingliederungsmaßnahmen sicherzustellen; betont, dass der Weg in die Zukunft darin besteht, Unterstützungsmaßnahmen zu ergreifen, die Personen in der Prostitution dabei helfen, aus der Prostitution auszusteigen und sich ein Leben nach ihren Wünschen aufzubauen; fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass Personen in der Prostitution an politischen Entscheidungen, die ihre Rechte betreffen, beteiligt werden;

39. fordert die Mitgliedstaaten auf, Informations- und Sensibilisierungskampagnen zu entwickeln, in denen die Bedeutung der Einwilligung hervorgehoben wird;

40. verweist auf die in der Verordnung (EU) 2016/679 ([77]) enthaltenen Vorschriften über die Verwendung und Weitergabe personenbezogener Daten über den Zweck der Erhebung hinaus; betont, dass Daten, die von Unterstützung suchenden Opfern erhoben wurden, nicht an andere Behörden weitergegeben werden dürfen, es sei denn, es liegt die ausdrückliche Zustimmung der betroffenen Person vor; stellt fest, dass die illegale Weitergabe personenbezogener Daten schwerwiegende Folgen für die betroffene Person haben kann und gemäß Artikel 83 Absatz 5 dieser Verordnung berücksichtigt werden sollte;

41. fordert die Mitgliedstaaten auf, sicherzustellen, dass es unter Strafe gestellt wird, von einer Person eine sexuelle Handlung gegen Entgelt, das Versprechen eines Entgelts, die Gewährung eines geldwerten Vorteils oder das Versprechen eines solchen Vorteils zu verlangen, anzunehmen oder zu erhalten;

42. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Ausbeutung der Prostitution einer anderen Person auch mit deren Zustimmung unter Strafe gestellt wird;

43. fordert die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, um gegen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ursachen der Prostitution vorzugehen, damit von Armut, sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung und Migration betroffene Frauen nicht zum Opfer dieser Form der Ausbeutung werden;

44. fordert die Mitgliedstaaten auf, gegen alle Arten von unsicheren Arbeitsverhältnissen vorzugehen und dabei den Grundsatz zu beachten, dass unbefristete Arbeitsverträge für dauerhafte Arbeitsplätze vorgesehen werden sollten, um den sozialen Schutz bei Arbeitslosigkeit zu verbessern und die wachsende Armut, insbesondere unter Frauen, zu bekämpfen;

45. stellt fest, dass die Mehrheit der Frauen in der Prostitution die Prostitution aufgeben möchte und dass daher Anstrengungen unternommen werden sollten, um Alternativen und Ausstiegsmöglichkeiten zu fördern, damit Frauen, die dies wünschen, das Vertrauen und die (u. a. staatliche) Unterstützung haben, um sich ein Leben frei von Gewalt und Prostitution aufzubauen; fordert die Mitgliedstaaten auf, Sensibilisierungsinitiativen zu ergreifen, um Personen in der Prostitution über ihre Rechte unabhängig von ihrer Rechtsstellung und ihrem Zugang zu Alternativen zu informieren; betont, dass ein Ausstiegsprogramm, das erfolgreich sein soll, leicht zugänglich und zudem in der Lage sein muss, Frauen mit psychischen Krankheiten zu helfen, ferner Frauen, die die Sprache des Mitgliedstaates nicht beherrschen oder Erfahrungen mit Zwang und Ausbeutung gemacht haben, sowie Frauen mit einer Vorgeschichte von Abhängigkeit ([78]), ([79]); fordert die Mitgliedstaaten auf, spezifische Maßnahmen durchzuführen und ausreichende finanzielle Unterstützung bereitzustellen, um Personen, die aus der Prostitution aussteigen möchten, die soziale und berufliche Eingliederung zu erleichtern; fordert die Mitgliedstaaten auf, die erforderlichen Mittel für Sozialprogramme bereitzustellen, die darauf abzielen, die Ursachen, aus denen Menschen in die Prostitution einsteigen und dort bleiben, zu bekämpfen und zu mildern, indem sie die medizinische, finanzielle und rechtliche Unterstützung sowie die Beschäftigungs-, die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Personen in der Prostitution und für Personen in prekärer Lage verstärken; fordert die Mitgliedstaaten ferner auf, Mittel für die Unterstützung von Opfern häuslicher und sexueller Gewalt und für die Unterstützung von Aufnahmezentren bereitzustellen, wie es bereits im Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt gefordert wurde; fordert, dass diese Programme stufenweise durchgeführt werden, damit Frauen auf ihrem persönlichen Weg unterstützt werden, dass das Potenzial der Menschen anerkannt wird und dass die Berufsbildungs- und Weiterbildungsprogramme angepasst werden, um diesem Potenzial Rechnung zu tragen, und zwar mit besonderem Fokus auf Personen mit Migrationshintergrund;

([77]) Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1).

([78]) Anklesaria, A. und Gentile, J., „Psychotherapy with women who have worked in the ‚sex industry'", *Innovations in Clinical Neuroscience*, Bd. 9, Nr. 10, 2012, S. 27–33.

([79]) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland — Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland", 2004.

46. fordert die Mitgliedstaaten auf, für Opfer und Überlebende der Prostitution umfassende psychologische, medizinische, sozioökonomische und administrative Unterstützungsmaßnahmen einzuführen und ihnen bei der Regularisierung ihres Aufenthaltsstatus Hilfsdienste zur Verfügung zu stellen; fordert, dass bei dieser Unterstützung eine Reihe von Maßnahmen für eine leichtere soziale und berufliche Eingliederung, beispielsweise durch einen einfachen Zugang zu sozialen Schutzmechanismen (Mindestgrundeinkommen, Unterstützung bei der Wohnungssuche und der Gesundheitsversorgung, weiterführende Schulen und Zugang zu beruflicher Ausbildung), und für die Sicherstellung des Zugangs ihrer Kinder zu Sozialleistungen vorgesehen wird; betont, dass diese Unterstützung und Beratung vertraulich sein und so gestaltet sein sollten, dass die Anonymität der Opfer auf Wunsch gewahrt bleibt; fordert die Kommission auf, den Gleichstellungsaspekt in alle Instrumente des mehrjährigen Finanzrahmens 2021–2027 einzubeziehen, einschließlich des Programms „Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“, des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und der Struktur- und Kohäsionsfonds; fordert die Kommission ferner auf, diese Mittel zu nutzen, um den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie Wohnraum, Gesundheitsfürsorge und Bildung sowie Wege aus ausbeuterischer Arbeit sicherzustellen, insbesondere für die am stärksten ausgegrenzten Gruppen, einschließlich der Personen in der Prostitution;

47. betont die Notwendigkeit von Ausstiegsprogrammen, in deren Rahmen die Begabung und das Potenzial der Frauen genutzt werden können und ihnen der Kapazitätsaufbau und der Zugang zu Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie zu Arbeitsplätzen und Krediten erleichtert werden; hebt die zentrale Rolle des Privatsektors hervor, der neben dem Staat Mitverantwortung trägt; betont den Bedarf an weiblichen Vorbildern, Gründern und Geschäftsinhabern, um Personen, die sich ehemals in der Prostitution befanden dabei zu unterstützen, das Potenzial ihrer Begabungen voll auszuschöpfen und ihre eigenen Projekte, u. a. ihre unternehmerischen Vorhaben, zu verwirklichen; stellt fest, dass Frauen, die aus der Prostitution aussteigen möchten, mit für sie eingerichteten Programmen am besten in einer integrativen, dynamischen, kreativen und innovativen Wirtschaft geholfen ist, die ihnen den Zugang zu einer anspruchsvollen, gut bezahlten und gesellschaftlich anerkannten Beschäftigung als realistische Alternative zur Prostitution ermöglicht; fordert von der EU eine Aufstockung der Sensibilisierungsprogramme und Beschäftigungsmöglichkeiten, insbesondere über den ESF+; fordert die Kommission auf, ein Programm ins Leben zu rufen, das Frauen in der Prostitution (sowohl ehemalige als auch aktuelle) darin bestärkt, an einem Ausbildungsprogramm teilzunehmen, das ihnen hilft, ihre eigene unternehmerische Tätigkeit aufzunehmen;

48. hebt den Umstand hervor, dass Personen, die in der Zeit ihrer Ausbeutung kriminelle Handlungen begehen mussten, dafür nicht belangt werden sollten;

o

o o

49. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

C/2024/1768

22.3.2024

P9_TA(2023)0329

Die Zukunft der europäischen Buchbranche

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. September 2023 zur Zukunft der europäischen Buchbranche (2023/2053(INI))

(C/2024/1768)

Das Europäische Parlament,

— gestützt auf Artikel 167 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

— unter Hinweis auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13. Dezember 2006,

— unter Hinweis auf den Vertrag von Marrakesch zur Erleichterung des Zugangs blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen zu veröffentlichten Werken vom 27. Juni 2013,

— unter Hinweis auf die Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft ([1]),

— unter Hinweis auf die Richtlinie 2001/84/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2001 über das Folgerecht des Urhebers des Originals eines Kunstwerks ([2]),

— unter Hinweis auf die Richtlinie 2006/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zum Vermietrecht und Verleihrecht sowie zu bestimmten dem Urheberrecht verwandten Schutzrechten im Bereich des geistigen Eigentums ([3]),

— unter Hinweis auf die Richtlinie 2012/28/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über bestimmte zulässige Formen der Nutzung verwaister Werke ([4]),

— unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2017/1563 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2017 über den grenzüberschreitenden Austausch von Vervielfältigungsstücken bestimmter urheberrechtlich oder durch verwandte Schutzrechte geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände in einem barrierefreien Format zwischen der Union und Drittländern zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen ([5]),

— unter Hinweis auf die Richtlinie (EU) 2017/1564 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2017 über bestimmte zulässige Formen der Nutzung bestimmter urheberrechtlich oder durch verwandte Schutzrechte geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen und zur Änderung der Richtlinie 2001/29/EG zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft ([6]),

— unter Hinweis auf die Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen ([7]),

— unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2017/1128 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 zur grenzüberschreitenden Portabilität von Online-Inhaltediensten im Binnenmarkt ([8]),

— unter Hinweis auf die Richtlinie (EU) 2019/790 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinien 96/9/EG und 2001/29/EG ([9]),

([1]) ABl. L 167 vom 22.6.2001, S. 10.
([2]) ABl. L 272 vom 13.10.2001, S. 32.
([3]) ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 28.
([4]) ABl. L 299 vom 27.10.2012, S. 5.
([5]) ABl. L 242 vom 20.9.2017, S. 1.
([6]) ABl. L 242 vom 20.9.2017, S. 6.
([7]) ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 70.
([8]) ABl. L 168 vom 30.6.2017, S. 1.
([9]) ABl. L 130 vom 17.5.2019, S. 92.

— unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/695 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. April 2021 zur Einrichtung von „Horizont Europa“, dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, sowie über dessen Regeln für die Beteiligung und die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1290/2013 und (EU) Nr. 1291/2013 ([10]),

— unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/818 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 zur Einrichtung des Programms Kreatives Europa (2021 bis 2027) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1295/2013 ([11]),

— unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte) ([12]),

— unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste) ([13]),

— unter Hinweis auf die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen,

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 19. Mai 2021 zu künstlicher Intelligenz in der Bildung, der Kultur und dem audiovisuellen Bereich ([14]),

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 5. Mai 2010 zu „Europeana — die nächsten Schritte“ ([15]),

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 27. September 2007 zu „i2010: Auf dem Weg zu einer Europäischen Digitalen Bibliothek“ ([16]),

— unter Hinweis auf die Entschließung des Rates vom 12. Februar 2001 betreffend die Anwendung der einzelstaatlichen Systeme für die Festsetzung der Buchpreise ([17]),

— gestützt auf Artikel 54 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Kultur und Bildung (A9-0257/2023),

A. in der Erwägung, dass Büchern in unseren Gesellschaften eine wesentliche Rolle zukommt, da sie eine unschätzbare Quelle des Wissens, der Bildung, der Kultur, der Information und der Unterhaltung darstellen und ein grundlegendes Mittel zur Wahrung und Verbreitung der Werte, der kulturellen und sprachlichen Vielfalt und des kulturellen Erbes der EU sind;

B. in der Erwägung, dass durch Bücher der Wortschatz und die Sprachkenntnisse verbessert und die Menschen dabei unterstützt werden, komplexe Ideen zu verstehen und auszudrücken, und dass mithilfe von Büchern kritisches Denken, Neugier, analytische Fähigkeiten, demokratische Teilhabe und soziale Inklusion gefördert werden;

C. in der Erwägung, dass Bücher auch von frühester Kindheit an eine besonders wichtige Rolle im Leben eines Menschen spielen, indem sie zur kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung von Kindern beitragen;

D. in der Erwägung, dass die europäische Buchbranche mit etwa 600 000 jährlich veröffentlichten Titeln eine der größten Kultur- und Kreativbranchen Europas ist und dass die gesamte Wertschöpfungskette schätzungsweise mehr als eine halbe Million Menschen in der EU beschäftigt;

E. in der Erwägung, dass die gesamte Wertschöpfungskette der Buchbranche auf dem Gleichgewicht zwischen ihren verschiedenen Akteuren wie etwa Autoren, Verlegern, Grossisten, Druckereien, Übersetzern, Buchhändlern, Bibliotheken und schließlich den Lesern beruht; in der Erwägung, dass jeder dieser Akteure eine wichtige Rolle spielt und dass jede Maßnahme, die sich auf einen Akteur auswirkt, die gesamte Wertschöpfungskette betrifft;

F. in der Erwägung, dass Autoren die kreative Quelle aller Bücher sind und das Rückgrat der Branche bilden;

G. in der Erwägung, dass europäische Verleger, von denen die überwiegende Mehrheit KMU oder sogar Kleinstunternehmen sind, eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung der kulturellen Vielfalt und des Rechts auf freie Meinungsäußerung spielen, sodass eine Vielzahl von Stimmen gehört werden kann;

H. in der Erwägung, dass Verleger für die Erstellung eines Buches stimmige und risikoreiche langfristige Investitionen tätigen müssen, damit für ein breites Spektrum an kreativen Werken gesorgt wird;

I. in der Erwägung, dass die Fähigkeit der europäischen Buchbranche, der Öffentlichkeit ein breites Spektrum an Büchern zur Verfügung zu stellen, auf einem wirksamen Urheberrechtsrahmen beruht, der es jedem Teil der Wertschöpfungskette ermöglicht, die Erstellung neuer Bücher zu vergüten und in neue Bücher zu investieren;

([10]) ABl. L 170 vom 12.5.2021, S. 1.
([11]) ABl. L 189 vom 28.5.2021, S. 34.
([12]) ABl. L 265 vom 12.10.2022, S. 1.
([13]) ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1.
([14]) ABl. C 15 vom 12.1.2022, S. 28.
([15]) ABl. C 81 E vom 15.3.2011, S. 16.
([16]) ABl. C 219 E vom 28.8.2008, S. 296.
([17]) ABl. C 73 vom 6.3.2001, S. 5.

J. in der Erwägung, dass die Buchbranche eine wesentliche Rolle bei der Förderung des Rechts auf freie Meinungsäußerung spielt, das nur durch die Sicherstellung von Freiheit, Unabhängigkeit und redaktioneller Pluralität sowie der Verantwortung der Autoren innerhalb des Verlagswesens ausgeübt werden kann;

K. in der Erwägung, dass der Einfluss und der Regulierungsdruck, den die Regierungen einiger Mitgliedstaaten auf die Buchbranche ausüben, und das Phänomen der Selbstzensur vonseiten der Autoren negative Auswirkungen auf die kulturelle Vielfalt und das Recht auf freie Meinungsäußerung haben, was im Widerspruch zu den Werten der EU steht;

L. in der Erwägung, dass gedruckte Bücher, elektronische Bücher und Hörbücher jeweils eigenständige auf dem Markt verfügbare Optionen sind, die sich gegenseitig ergänzen;

M. in der Erwägung, dass auf gedruckte Bücher etwa 85 % des Buchabsatzes ([18]) auf dem europäischen Markt entfallen, die insbesondere von jungen Lesern bevorzugt werden und sich als vorteilhafter für die Entwicklung von Kindern erwiesen haben;

N. in der Erwägung, dass Buchhandlungen und Bibliotheken insbesondere in lokalen Gemeinwesen als Vehikel für die Förderung von Lesen, Wissen und Kultur dienen und eine entscheidende Rolle bei der Förderung der sozialen und digitalen Inklusivität spielen;

O. in der Erwägung, dass Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, der daraus resultierende Kostenanstieg in der Branche, die drastische Inflation und die Papierkrise die Buchbranche vor beträchtlichen Herausforderungen gestellt und ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt haben;

P. in der Erwägung, dass die COVID-19-Pandemie erhebliche Auswirkungen auf die europäische Buchbranche hatte, was unterschiedliche Konsequenzen für die Mitgliedstaaten und für die einzelnen Teile der Wertschöpfungskette hat; in der Erwägung, dass sich die Branche in dieser Hinsicht dennoch als widerstandsfähig erwiesen hat, insbesondere in den Mitgliedstaaten, die angemessene und gezielte Unterstützung angeboten haben;

Q. in der Erwägung, dass viele in der EU veröffentlichte Bücher aufgrund der sprachlichen und geografischen Zersplitterung des EU-Marktes und insbesondere aufgrund des Mangels an Übersetzungen aus anderen Sprachen als dem Englischen für europäische Leser nicht erhältlich sind, was insbesondere für weniger verbreitete Sprachen gilt;

R. in der Erwägung, dass die Aktivität des Lesens aufgrund der Beliebtheit sozialer Medien, digitaler Plattformen und Apps, die in vielen Fällen das Lesen als Freizeitbeschäftigung ersetzt haben, stetig abnimmt;

S. in der Erwägung, dass der Anteil der Bücher, die in für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Formaten produziert werden, stetig zunimmt, aber immer noch unzureichend ist;

T. in der Erwägung, dass die Verfügbarkeit von digitalen Büchern eine Möglichkeit darstellt, die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung zu verbessern, was angemessene Investitionen in die Produktion verschiedener Formate und die Entwicklung einschlägiger Kompetenzen erfordert;

U. in der Erwägung, dass durch den Mangel an Interoperabilität zwischen Formaten elektronischer Bücher die Position marktbeherrschender Akteure gestärkt wird, während die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher und der Verbraucherschutz dadurch eingeschränkt werden;

V. in der Erwägung, dass die Lieferkette des europäischen Buchmarktes durch den Brexit erheblich beeinträchtigt worden ist, da dies zu einer Störung der Ein- und Ausfuhren und der Buchpreise sowie zu einer Erhöhung der Versand- und Zollkosten geführt hat, was sich wiederum negativ auf die Verbreitung europäischer Inhalte ausgewirkt hat;

W. in der Erwägung, dass sich der Brexit auch negativ auf die Entwicklung der dringend benötigten Kompetenzen im Verlagswesen ausgewirkt hat, da der Studentenaustausch zwischen dem Vereinigten Königreich, Irland und anderen europäischen Ländern in hoch angesehenen Verlagsprogrammen eingeschränkt wurde;

X. in der Erwägung, dass die Herstellung von Büchern durch den derzeitigen Mangel an Papier und Druckerschwärze erschwert wird;

Y. in der Erwägung, dass viele Kinderbücher aufgrund unzureichender Produktionskapazitäten in Europa in Asien gedruckt werden;

Z. in der Erwägung, dass Druckereien und Papierhersteller gemäß der Verordnung über Entwaldung ([19]) verpflichtet werden, Daten über die Herkunft des Holzes zu erheben und zu übermitteln, das für die Herstellung von Papier für Bücher verwendet wird, da dies nach der Umwandlung in Papier nicht mehr möglich ist;

([18]) Statistik des europäischen Buchmarkts 2021-2022, Verband der europäischen Verleger.

([19]) Verordnung (EU) 2023/1115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über die Bereitstellung bestimmter Rohstoffe und Erzeugnisse, die mit Entwaldung und Waldschädigung in Verbindung stehen, auf dem Unionsmarkt und ihre Ausfuhr aus der Union sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 (ABl. L 150 vom 9.6.2023, S. 206).

AA. in der Erwägung, dass Festpreise für Bücher in einigen Mitgliedstaaten als Instrument ihrer Kulturpolitik dienen und dazu beitragen können, die redaktionelle Vielfalt, die Fülle an Büchern und ein vielfältiges lokales Netz unabhängiger Buchhändler sicherzustellen, insbesondere angesichts des zunehmenden Verkaufs über das Internet;

Die gesellschaftliche Bedeutung des Zugangs zu Büchern

1. fordert alle Mitgliedstaaten auf, Bücher als wesentliche Güter anzuerkennen und auf nationaler Ebene Maßnahmen zu ergreifen, um das Lesen von frühester Kindheit an weiter zu fördern;

2. betont, dass ein Gleichgewicht in der Buchbranche geschaffen werden muss, indem die jeweilige besondere Rolle der verschiedenen Akteure der Wertschöpfungskette, wie etwa Autoren, Verlage, Druckereien, Grossisten, Übersetzer, Buchhandlungen und Bibliotheken, geschützt wird;

3. betont den Wert von Büchern als Mittel zur Förderung der Vielfalt und Inklusion von Gruppen, die von Marginalisierung innerhalb der Gesellschaft bedroht sind, insbesondere von Menschen mit mangelnden digitalen Kompetenzen, von Menschen mit Behinderungen und Angehörigen von Minderheiten;

4. fordert die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang auf, den europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit ([20]) möglichst bald umzusetzen und Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Bücher in Formaten verfügbar sind, die für Menschen mit Behinderungen zugänglich sind, und zwar im Interesse der kulturellen, sozialen und beruflichen Inklusion;

5. weist darauf hin, dass der europäische Rechtsakt zur Barrierefreiheit untrennbar mit dem Vertrag von Marrakesch verbunden ist, der durch die Richtlinie (EU) 2017/1564 und die Verordnung (EU) 2017/1563 in EU-Recht umgesetzt wurde, und betont daher, dass Doppelarbeit und unlauterer Wettbewerb verhindert werden müssen, wenn es darum geht, Bücher zugänglich zu machen;

6. betont, dass aufgrund der hohen Anzahl der auf dem Markt verfügbaren Titel und der technischen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Barrierefreiheit nicht alle elektronischen Bücher bis 2025 barrierefrei sein werden;

7. fordert deshalb die Mitgliedstaaten auf, sicherzustellen, dass angemessene Ressourcen verfügbar gemacht werden, um die hohen Kosten zu decken, und erinnert daran, dass die durch den europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit gewährten Ausnahmeregelungen respektiert werden müssen, insbesondere für kleine und Kleinstverlage; weist ferner darauf hin, dass die Anforderung an die Barrierefreiheit elektronischer Bücher nicht zu einer Verringerung des Buchangebots auf dem Markt führen darf;

8. fordert die Mitgliedstaaten auf, eine angemessene finanzielle und strukturelle Unterstützung für die Branche, insbesondere für KMU und Kleinstunternehmen, bereitzustellen und gleichzeitig Forschung und Innovation im Bereich der erhöhten Barrierefreiheit zu finanzieren;

9. fordert die Kommission auf, in ihrer Halbzeitbilanz des Programms Kreatives Europa 2021-2027 messbare Ziele für die Verwendung von Finanzmitteln zur Verbesserung des Zugangs zu Büchern für Menschen mit Behinderungen einzuführen;

Unterstützung und Förderung einer besseren Verbreitung von europäischen Büchern

10. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Mittel für das Programm Kreatives Europa für den Zeitraum 2028-2034 aufzustocken, insbesondere durch die Bereitstellung von mehr Mitteln für die Buchbranche, und die Unterstützung der Branche durch das Programm Horizont Europa für den Zeitraum 2028-2034 auszuweiten;

11. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, unterschiedliche Werke von bedeutendem kulturellem und gesellschaftlichem Wert zu fördern, indem sie das Budget der Bibliotheken für die Anschaffung von Büchern aufstocken, damit diese das Sortiment an Büchern und Reihen erweitern und den Bedürfnissen ihrer Leser gerecht werden können; fordert die Mitgliedstaaten ferner nachdrücklich auf, lokale Buchhandlungen zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass Verleger weiterhin Investitionen tätigen können;

12. betont, dass die Erstellung und Übersetzung europäischer Bücher unterstützt werden muss, insbesondere durch eine Aufstockung der öffentlichen Mittel auf nationaler und europäischer Ebene, um die Verbreitung, Sichtbarkeit und Vielfalt übersetzter Bücher zu verbessern;

13. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang auf, die kulturelle Vielfalt zu fördern, indem sie die Übersetzung von Büchern in Regional-, Minderheiten- und weniger verbreitete Sprachen unterstützen;

14. hebt hervor, dass die Übersetzung europäischer Sachbücher unterstützt werden muss, insbesondere über das Programm Kreatives Europa, das dies derzeit nicht zulässt;

15. betont, wie wichtig Mobilität und der Austausch für Autoren und Übersetzer ist, wenn es darum geht, ihre kreative Arbeit zu erleichtern und ihre Möglichkeiten, neue Berufserfahrungen im Ausland zu sammeln, zu verbessern;

([20]) Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 70).

16. begrüßt die neue Mobilitätsinitiative „Culture Moves Europe“, die Teil des Programms Kreatives Europa ist und Mobilitätsstipendien an Künstler sowie Kulturschaffende, insbesondere Literaturübersetzer, vergibt;

17. fordert daher die Kommission auf, Möglichkeiten zu erkunden, wie diese Initiative auf andere Vertreter der Buchbranche ausgeweitet werden kann;

18. erinnert erneut daran, dass die Fähigkeit der Buchbranche, ein vielseitiges Netzwerk von Buchhändlern und einen innovationsgetriebenen Markt aufrechtzuerhalten, auf einer angemessenen Bildung und Ausbildung beruht, die es Menschen ermöglicht, einen Beruf in der Buchbranche auszuüben;

19. betont, dass das Jahr 2023 von der Kommission zum Europäischen Jahr der Kompetenzen erklärt wurde, und fordert die Mitgliedstaaten daher auf, Bildungs- und Ausbildungsprogramme für die verschiedenen Akteure der Buchbranche zu unterstützen;

20. betont den Stellenwert des Literaturpreises der Europäischen Union (EUPL), der die Kreativität und Vielfalt der modernen Belletristik in der EU hervorhebt, die Verbreitung literarischer Werke in der EU fördert und das Interesse an literarischen Werken aus anderen Mitgliedstaaten verstärkt weckt;

21. unterstützt die weitere Förderung und Popularisierung des EUPL in den Mitgliedstaaten, auch durch die Einführung einer Kategorie für europäische Kinderbücher;

22. betont die positive Rolle, die Influencer durch ihre innovative Art der Bewerbung von Büchern in den Social Media und somit für die Förderung des Lesens und der europäischen Kultur unter jüngeren Generationen spielen;

Auf dem Weg zu einer integrativen Lesekultur

23. fordert mehr Initiativen zur Förderung des Lesens in den Mitgliedstaaten, wie etwa die Einführung von „Kulturgutscheinen“ insbesondere für junge Menschen und Randgruppen, mit denen der Erwerb von Büchern erleichtert werden könnte;

24. fordert die Mitgliedstaaten auf, eine integrierte nationale Politik zur Förderung der Lesekompetenz zu entwickeln, unter anderem durch die Zusammenarbeit zwischen der Buchbranche und dem Bildungssektor, und fordert Eurostat auf, aktuelle und vergleichbare Daten über Lesegewohnheiten, insbesondere bei Kindern, bereitzustellen;

25. fordert, dass insbesondere Kinderbücher stärker gefördert werden, indem ein „Programm für das erste Buch“ oder ähnliche Initiativen eingeführt werden, um das Lesen auf nationaler Ebene zu fördern;

26. hebt die Bedeutung des Lesens in frühem Kindesalter, insbesondere von gedruckten Büchern, für die Entwicklung der kognitiven Fähigkeiten und Lesefähigkeiten von Kindern hervor;

27. betont in diesem Zusammenhang die Rolle von Schulbüchereien und ausgebildeten Bibliothekaren bei der Beratung, der Erleichterung des Zugangs zu Wissen und der Förderung von Lesegewohnheiten;

28. begrüßt, dass die Kommission einen Tag der europäischen Autoren ins Leben gerufen hat, um jüngere Generationen dazu zu bringen, mehr Bücher zu lesen, und bekundet seinen Wunsch, sich an der Fortsetzung und Stärkung dieser Initiative zu beteiligen, damit sie langfristig erhalten bleibt;

29. fordert die Mitgliedstaaten auf, ein Netzwerk von „Lesebotschaftern“ einzurichten, das aus angesehenen und einflussreichen Vorbildern besteht, die ihre Leidenschaft und ihren Enthusiasmus teilen, um das Lesen zu fördern;

30. hebt die wichtige Rolle hervor, die Europeana (die digitale Plattform für das kulturelle Erbe Europas) zukommt; fordert in diesem Zusammenhang, dass größere Anstrengungen unternommen werden, um die Plattform weiterzuentwickeln, zu finanzieren und zu fördern;

31. betont die Rolle von Büchereien und Buchhandlungen als sichere und einladende Räume, in denen eine große Vielfalt an Standpunkten geachtet wird und in denen gelesen werden kann und kulturelle Veranstaltungen stattfinden; missbilligt alle Maßnahmen, die sie bedrohen;

32. betont die soziale Rolle von Büchereien als Orte der Begegnung und des Meinungsaustausches zwischen Bürgern und Autoren, insbesondere in Kleinstädten und weniger entwickelten Regionen; fordert die Mitgliedstaaten auf, den Bibliotheken angemessene Finanzmittel zuzuweisen, und betont, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Bibliotheken in ganz Europa ist;

33. betont, dass unabhängige Buchhandlungen die Eckpfeiler lokaler Gemeinschaften bilden, die ein alternatives Kundenerlebnis bieten und oft neue und lokale Autoren unterstützen;

34. fordert daher die Kommission auf, ein Gütesiegel für unabhängige Buchhandlungen in der EU zu schaffen, um die Sichtbarkeit lokaler Buchhandlungen zu erhöhen und die Vielfalt europäischer Bücher zu fördern;

35. betont, dass Buchmessen eine wichtige Rolle für die Förderung des Lesens und von Autorinnen und Autoren sowie für die Verbreitung europäischer Bücher und den Austausch bewährter Verfahren innerhalb der Branche spielt;

36. nimmt mit Besorgnis die zunehmenden Trends in Richtung einer Zensur in einigen Mitgliedstaaten zur Kenntnis und weist darauf hin, dass die Buchbranche beim Schutz der Meinungsfreiheit und der Bekämpfung von Desinformation eine wichtige Rolle spielt, indem sie insbesondere dafür sorgt, dass Autoren, auch solche mit diversem und marginalisiertem Hintergrund, Zugang zu Unterstützungs- und Fortbildungsmöglichkeiten haben;

37. begrüßt die verschiedenen Initiativen zur Unterstützung der Ukraine seit Ausbruch des Krieges, insbesondere die Initiativen zur Ermöglichung des Zugangs von Kindern zu Büchern, zur Erleichterung der Integration von Flüchtlingen und zum Schutz der ukrainischen Kultur;

38. fordert die Kommission auf, sicherzustellen, dass ausreichende Fördermaßnahmen vorhanden sind, um die ukrainische Buchbranche, einschließlich der Künstlerinnen und Künstler und der Autorinnen und Autoren, während des Krieges und des Wiederaufbaus des Landes zu unterstützen;

39. betont die Rolle, die das Programm Kreatives Europa bei der Finanzierung einiger dieser Projekte spielt, wie etwa die Initiative „Tales of EUkraine“;

Herausforderungen für das künftige Wachstum der Buchbranche

40. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den Übergang der Buchbranche zu einer grünen Wirtschaft insbesondere durch finanzielle Anreize, Forschungstätigkeit und die Zusammenarbeit zwischen allen an der Wertschöpfungskette beteiligten Akteuren zu unterstützen, auch bei der Verwendung von Rohstoffen, nachhaltigen Verpackungen und beim für die Produktion und die Verteilung von gedruckten Büchern benötigten Transport;

41. betont den vorherrschenden papiergestützten Charakter der Buchbranche und fordert die Kommission auf, dies bei der Gestaltung und Umsetzung von Strategien für den ökologischen Wandel zu berücksichtigen;

42. begrüßt die Bemühungen der Branche, gedruckte Bücher durch die Verwendung von zertifiziertem und rezykliertem Papier auf umweltfreundlichere und stärker nachhaltige Weise zu produzieren, sowie verschiedene damit zusammenhängende Initiativen wie Rechner zur Ermittlung der CO_2-Bilanz und Umweltzeichen, die Verbrauchern dabei helfen können, ihre eigenen negativen Auswirkungen auf die Umwelt zu verstehen und zu minimieren;

43. fordert die Kommission dazu auf, den Vermerk „Gedruckt in Europa“ als Gütesiegel einzuführen;

44. fordert die Mitgliedstaaten und die Interessenträger in der Buchbranche auf, im Rahmen des ökologischen Wandels in der Branche Pläne zur Vermeidung und Entsorgung überschüssiger und fehlerhafter Bücher zu erstellen, unter anderem durch die Unterstützung von Programmen für den Druck eines Buches auf Abruf und durch die Beschränkung der Entsorgung von Büchern als Altpapier, insbesondere im Zusammenhang mit der Neuauflage von Buchreihen;

45. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Herstellung von Papier und Druckerschwärze zu überwachen und die Entwicklung der industriellen Kapazitäten der europäischen Buchbranche zu unterstützen, damit die CO_2-Emissionen durch den Druck von Büchern in Europa, auch von Büchern für Kinder und Jugendliche, verringert werden;

46. fordert die Kommission auf, klare Leitlinien für die Anwendung der Verordnung über Entwaldung zu erstellen und in diesen den Besonderheiten und der Komplexität der Wertschöpfungskette der Buchbranche Rechnung zu tragen, damit die Sorgfaltspflichten der verschiedenen Akteure verhältnismäßig und umsetzbar bleiben.

47. nimmt die Nutzung künstlicher Intelligenz (KI), wie automatisierte Textanalyse, Metadatenkennzeichnung, Auffindbarkeit im Internet und professionelle Instrumente für die Automatisierung von Übersetzungen durch Buchbranche zur Kenntnis;

48. betont, wie wichtig Transparenz in Bezug auf KI-Schulungen, einschließlich Datenerhebungen und ihrer Quellen, ist;

49. fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, Schulungen für die im Buchsektor tätigen Personen zu unterstützen, um sie mit den Kenntnissen und Fähigkeiten auszustatten, die erforderlich sind, um sich erfolgreich an Veränderungen im Zusammenhang mit KI anzupassen;

50. fordert die Kommission auf, Forschungs- und Innovationsprojekte zur Verwendung von KI zu unterstützen, beispielsweise durch Horizont Europa, um die Effizienz der Branche zu stärken, insbesondere im Hinblick auf ökologische Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit;

51. fordert die Kommission auf, nationale Initiativen zum Datenaustausch und zur Standardisierung zu unterstützen und Daten über die gesamte europäische Buchbranche zu erheben, um die Herausforderungen, mit denen sich die Branche konfrontiert sieht, besser zu verstehen, die Branche besser zu unterstützen und die Bemühungen in Bezug auf Produktion, Vertrieb und Nachhaltigkeit dabei weiter zu optimieren;

52. betont, wie wichtig es ist, Daten von Verlagen zu sammeln, um den Ursprung aller Bestandteile des Buches über die Wertschöpfungskette hinweg darzustellen, einschließlich Informationen über den Herkunftsort und die Zertifizierung der verwendeten Materialien;

53. fordert die Mitgliedstaaten auf, für angemessene Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Buchbranche zu sorgen, einschließlich einer gerechten Vergütung von Übersetzern und Autoren;

54. stellt fest, dass Frauen zwar den größten Teil der der in der Buchbranche Beschäftigten ausmachen, in höheren Führungspositionen aber noch immer unterrepräsentiert sind;

55. fordert, dass für Bücher in den Mitgliedstaaten unabhängig von ihrem Format oder der Art ihres Zugangs ein Mehrwertsteuersatz von 0 % erhoben wird, um die wissensbasierte Wirtschaft zu unterstützen und das Lesen und dessen lebenslangen Nutzen zu fördern;

56. betont, dass ein fairer Wettbewerb und Transparenz auf dem Buchmarkt in Bezug auf die Eigentümer von Verlagen sichergestellt werden müssen, um die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher und die kulturelle Vielfalt zu gewährleisten; hebt die unlauteren Praktiken einiger marktbeherrschender Online-Akteure hervor, die ihre Position zum Nachteil kleinerer Akteure in der Wertschöpfungskette missbrauchen;

57. weist auf die Rolle des kostenlosen Versands oder der niedrigen Zustellgebühren hin, die von einigen marktbeherrschenden Internetplattformen als Lockmittel angeboten werden, und auf die Folgen, die dies für einen fairen Wettbewerb, insbesondere im Hinblick auf unabhängige Buchhandlungen, hat;

58. fordert die geräteübergreifende Interoperabilität von E-Books, da die Verbraucher in der Lage sein sollten, ihre E-Books unabhängig von ihrem elektronischen Lesegerät von jedem Anbieter zu erwerben und auf alle E-Books in jedem beliebigen Format zuzugreifen, sie zu lesen, zu speichern und zu übertragen;

59. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Interoperabilität von E-Book-Formaten und -Geräten in den Anwendungsbereich des Gesetzes über digitale Märkte aufzunehmen;

60. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die effektive Umsetzung des Gesetzes über digitale Märkte durch die marktbeherrschenden Internet-Akteure und die Erfüllung der sich daraus ergebenden Verpflichtungen zu überwachen;

o

o o

61. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

C/2024/1769

22.3.2024

P9_TA(2023)0330

Parlamentarismus, Unionsbürgerschaft und Demokratie

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. September 2023 zu Parlamentarismus, Unionsbürgerschaft und Demokratie (2023/2017(INI))

(C/2024/1769)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf die Artikel 9, 10, 11 und 15 sowie Artikel 17 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) und die Artikel 15, 20 und 24 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),

— unter Hinweis auf die Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung [1] (Interinstitutionelle Vereinbarung über bessere Rechtsetzung),

— unter Hinweis auf seinen Standpunkt vom 14. Februar 2023 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, [2]

— unter Hinweis auf seinen Standpunkt vom 14. Februar 2023 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, [3]

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 9. Juni 2022 zum Initiativrecht des Parlaments [4],

— unter Hinweis auf seinen Standpunkt vom 3. Mai 2022 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die allgemeine unmittelbare Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie zur Aufhebung des Beschlusses (76/787/EGKS, EWG, Euratom) des Rates und des diesem Beschluss beigefügten Akts zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments, [5]

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 12. Februar 2019 zur Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Unionsbürgerschaft [6] und seine Entschließung vom 9. März 2022 mit Vorschlägen an die Kommission zum Erwerb einer Staatsbürgerschaft oder von Aufenthaltsrechten im Gegenzug für Investitionen [7],

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 16. Februar 2017 zu möglichen Entwicklungen und Anpassungen der derzeitigen institutionellen Struktur der Europäischen Union [8],

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 16. Februar 2017 zur Verbesserung der Arbeitsweise der Europäischen Union durch Ausschöpfung des Potenzials des Vertrags von Lissabon [9],

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 4. Mai 2022 zu den Folgemaßnahmen zu der Konferenz zur Zukunft Europas [10],

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 6. April 2022 zu der Umsetzung von Maßnahmen der politischen Bildung [11],

— unter Hinweis auf seine Entschließung vom 12. April 2016 zu dem Erwerb von Kenntnissen über die EU an Schulen [12],

---

[1] ABl. L 123 vom 12.5.2016, S. 1.
[2] Angenommene Texte, P9_TA(2023)0037.
[3] Angenommene Texte, P9_TA(2023)0038.
[4] ABl. C 493 vom 27.12.2022, S. 112.
[5] ABl. C 465 vom 6.12.2022, S. 171.
[6] ABl. C 449 vom 23.12.2020, S. 6.
[7] ABl. C 347 vom 9.9.2022, S. 97.
[8] ABl. C 449 vom 23.12.2020, S. 6.
[9] ABl. C 252 vom 18.7.2018, S. 215.
[10] ABl. C 465 vom 6.12.2022, S. 109.
[11] ABl. C 434 vom 15.11.2022, S. 31.
[12] ABl. C 58 vom 15.2.2018, S. 57.

— unter Hinweis auf seine legislative Entschließung vom 16. April 2014 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments über Einzelheiten der Ausübung des Untersuchungsrechts des Europäischen Parlaments und zur Aufhebung des Beschlusses 95/167/EG, Euratom, EGKS des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission ([13]),

— unter Hinweis auf die abschließende Erklärung des Vorsitzes der am 24. und 25. April 2023 in Prag abgehaltenen Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union ([14]),

— unter Hinweis auf die abschließende Erklärung der Plenarsitzung der vom 14. bis 16. Mai 2023 in Stockholm abgehaltenen LXIX. Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC) ([15]),

— unter Hinweis auf die Erklärung von Léon zum Parlamentarismus, die auf der Konferenz zur Feier des Internationalen Tages des Parlamentarismus: Stärkung der Parlamente zur Förderung der Demokratie vom 30. Juni bis 1. Juli 2023 in Léon angenommen wurde ([16]),

— unter Hinweis auf den Bericht über das endgültige Ergebnis der Konferenz zur Zukunft Europas ([17]),

— gestützt auf den Vorschlag eines Manifests für ein föderales Europa: souverän, sozial und umweltfreundlich, der von der Spinelli-Gruppe am 29. August 2022 angenommen wurde ([18]),

— gestützt auf Artikel 54 seiner Geschäftsordnung,

— unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (A9-0249/2023),

A. in der Erwägung, dass die EU und ihre Parlamente gemeinsamen beispiellosen und komplexen Herausforderungen gegenüberstehen, die einerseits durch externe Faktoren wie den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, die COVID-19-Pandemie, die Klima- und Energiekrise, Desinformation, ausländische Einflussnahme und Digitalisierung sowie andererseits durch interne Faktoren wie das Aufkommen von Extremen und politischen Akteuren, die Polarisierung, Populismus, Nationalismus, Schuldzuweisungen und Konfrontation vor die Suche nach gemeinsamen Lösungen stellen, verursacht werden; in der Erwägung, dass in diesem Zusammenhang das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik und die politischen Entscheidungsträger untergraben wird;

B. in der Erwägung, dass eine gemeinsame Begriffsbestimmung und ein gemeinsames Verständnis der liberalen parlamentarischen Demokratie und des politischen Willens, sie widerstandsfähiger zu gestalten, dringend erforderlich sind, um das Funktionieren der Gewaltenteilung sicherzustellen und die Bürgerinnen und Bürger zu ermutigen, ihr Wahlrecht bei allen Wahlen wahrzunehmen;

C. in der Erwägung, dass die europäische Demokratie durch Veränderungen und die Anpassung an aktuelle Entwicklungen mehr Legitimität schaffen kann; in der Erwägung, dass Europa dringend die liberale parlamentarische Demokratie einschließlich des Parlamentarismus, der Unionsbürgerschaft und der partizipatorischen Elemente der europäischen Demokratie erhalten, stärken und weiterentwickeln und dabei alle Instrumente im Rahmen der Verträge nutzen muss; in der Erwägung, dass eine Reform der demokratischen Grundlagen der Union erforderlich ist, gegebenenfalls durch Vertragsänderungen;

D. in der Erwägung, dass es keinen Beschluss ohne demokratische Legitimation durch die Zustimmung des Parlaments geben sollte; in der Erwägung, dass das Europäische Parlament, obgleich es das einzige direkt gewählte Organ der EU und somit das Rückgrat der europäischen liberalen Demokratie ist, noch kein allgemeines direktes Initiativrecht besitzt, das seine Fähigkeit stärken würde, die Stimme der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten und den von der Zivilgesellschaft und den Sozialpartnern vorgebrachten Anliegen Rechnung zu tragen;

E. in der Erwägung, dass in Artikel 15 EUV festgelegt ist, dass der Europäische Rat weder gesetzgeberisch noch vollziehend tätig wird; in der Erwägung, dass bestimmte Aspekte des turnusmäßig wechselnden Vorsitzes des Rates sowie die Rolle des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ deren effizientes Funktionieren behindern und im Hinblick auf eine Verbesserung des Gesetzgebungsverfahrens in einem Zweikammersystem reformiert werden müssen;

F. in der Erwägung, dass institutionelle Ungleichgewichte, die im Laufe der Zeit entstanden sind, korrigiert werden müssen und die Rechenschaftspflicht der Exekutive gegenüber der Legislative verstärkt werden muss, insbesondere um dem Parlament Kontrollbefugnisse über den Europäischen Rat zu übertragen sowie die politische Rechenschaftspflicht der Kommission gegenüber dem Parlament zu verbessern; in der Erwägung, dass das oft als legislatives Zweikammersystem dargestellte Verhältnis zwischen Parlament und Rat nicht immer der tatsächlichen Praxis entspricht und auch nicht institutionalisiert worden ist;

([13]) ABl. C 443 vom 22.12.2017, S. 39.
([14]) https://parleu2022.cz/wp-content/uploads/2023/04/EUSC-Prague-Presidency-Conclusions-final-EN-1.pdf
([15]) https://secure.ipex.eu/IPEXL-WEB/download/file/8a8629a88827df1e018828991e660000/Contribution%20adopted%20by%20the%20LXIX%20COSAC.pdf
([16]) https://www.congreso.es/backoffice_doc/prensa/notas_prensa/99181_1688138271277. pdf
([17]) https://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXVII/EU/10/17/EU_101710/imfname_1115 3420.pdf
([18]) https://thespinelligroup.eu/wp-content/uploads/2022/10/20220912_Proposal-Manifesto-for-a-Federal-Europe-political-social-and-ecological.pdf

G. in der Erwägung, dass das Fortbestehen der Beschlussfassung mit Einstimmigkeit im Rat zu einem faktischen Hindernis für das Fortschreiten der europäischen Agenda und die Weiterentwicklung und Reform der europäischen Demokratie geworden ist, da es dadurch einer Regierung eines Mitgliedstaats möglich ist, die Beschlussfassung der EU zu blockieren, häufig zum Nachteil des europäischen Interesses;

H. in der Erwägung, dass es wichtig ist, dass die Organe der Union die Rolle des Ausschusses der Regionen (AdR) und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) als Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bzw. der organisierten Zivilgesellschaft im Rechtsrahmen stärker berücksichtigen;

I. in der Erwägung, dass in den Schlussfolgerungen des Vorsitzes der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union (EUSC), die am 24./25. April 2023 in Prag stattfand, die Initiative des Europäischen Parlaments in der Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC) begrüßt wurde, gemeinsam die Rolle der Parlamente in einer funktionierenden Demokratie voranzubringen und über mögliche Wege zur Stärkung des modernen Parlamentarismus nachzudenken, um der nächsten EUSC in Madrid über die diesbezüglichen Ergebnisse zu berichten; ([19]) in der Erwägung, dass auf der LXIX. COSAC, die vom 14. bis 16. Mai 2023 in Stockholm stattfand, diese Schlussfolgerungen der EUSC zur Kenntnis genommen wurden, insbesondere die Aufforderung an die COSAC, einen Austausch bewährter Verfahren vorzuschlagen und über mögliche Wege zur Stärkung des modernen Parlamentarismus nachzudenken; ([20])

J. in der Erwägung, dass auf der Weltkonferenz zur Feier des Internationalen Tages des Parlamentarismus, die am 30. Juni und 1. Juli 2023 in León stattfand, die Erklärung von Léon zum Parlamentarismus angenommen wurde; in der Erwägung, dass diese Erklärung die Initiative des Europäischen Parlaments unterstützt, deren Ziel darin besteht, eine Charta über die Rolle des Parlamentarismus in einer wirksamen Demokratie auszuarbeiten; in der Erwägung, dass die endgültige Annahme dieser Charta auf der EUSC vom 21. bis 23. April 2024 in Madrid erfolgen soll; ([21])

K. in der Erwägung, dass in den Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas eine Stärkung der europäischen Demokratie, eine Verbesserung des Entscheidungsprozesses der EU zur Sicherstellung ihrer Handlungsfähigkeit und eine Ergänzung und Stärkung der repräsentativen Demokratie durch eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, einen verbesserten Zugang zu Informationen und eine stärkere Einbeziehung der Jugend gefordert werden; in der Erwägung, dass in den Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas auch eine Stärkung der Unionsbürgerschaft gefordert wird, beispielsweise durch die Ausarbeitung eines Statuts der Unionsbürgerschaft, das bestimmte Rechte und Freiheiten festlegt;

L. in der Erwägung, dass die Konferenz zur Zukunft Europas und weitere bestehende erfolgreiche Projekte zur Bürgerbeteiligung gezeigt haben, dass die Bürgerinnen und Bürger an einer regelmäßigen Beteiligung am demokratischen Leben der Union interessiert sind; in der Erwägung, dass die Konferenz zur Zukunft Europas auf breiter Basis wertvolle Erfahrungen der Auseinandersetzung mit den Bürgerinnen und Bürgern geliefert hat, aus denen Lehren zu ziehen sind;

M. in der Erwägung, dass die Unionsbürgerschaft und die damit verbundenen Rechte, die durch den Vertrag von Maastricht eingeführt und durch den Vertrag von Lissabon weiter gestärkt wurden, nur teilweise umgesetzt wurden; in der Erwägung, dass sich die Bürgerinnen und Bürger Europas ihrer mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte häufig nicht vollumfänglich bewusst sind;

N. in der Erwägung, dass die Unionsbürgerschaft derzeit zusammen mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats gewährt wird, wobei die Union selbst nur eine begrenzte Kontrolle ausübt;

O. in der Erwägung, dass mehrere Mitgliedstaaten nach wie vor sogenannte „goldene Visa“ und Investorenprogramme als Mittel anbieten, um die Staatsangehörigkeit und folglich die Unionsbürgerschaft zu erlangen;

P. in der Erwägung, dass ausländische Unionsbürger trotz der Bestimmungen der Richtlinie 93/109/EG ([22]) des Rates bzw. der Richtlinie 94/80/EG ([23]) des Rates über die Teilnahme ausländischer Unionsbürger an den Wahlen zum Europäischen Parlament bzw. an Kommunalwahlen in dem Land, in dem sie ihren Wohnsitz haben, immer noch mit vielen Hindernissen konfrontiert sind, wenn es darum geht, ihr Wahlrecht bei Wahlen zum Europäischen Parlament auszuüben;

([19]) https://parleu2022.cz/wp-content/uploads/2023/04/EUSC-Prague-Presidency-Conclusions-final-EN-1.pdf
([20]) https://secure.ipex.eu/IPEXL-WEB/conferences/cosac
([21]) https://www.congreso.es/backoffice_doc/prensa/notas_prensa/99181_1688138271277. pdf
([22]) Richtlinie 93/109/EG des Rates vom 6. Dezember 1993 über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (ABl. L 329 vom 30.12.1993, S. 34).
([23]) Richtlinie 94/80/EG des Rates vom 19. Dezember 1994 über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (ABl. L 368 vom 31.12.1994, S. 38).

Q. in der Erwägung, dass gemäß Artikel 10 Absatz 3 EUV alle Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, am demokratischen Leben der Union teilzunehmen, und dass Entscheidungen so offen und bürgernah wie möglich getroffen werden; in der Erwägung, dass die partizipative Demokratie als eine Möglichkeit zur Verbesserung des politischen Bewusstseins und des Dialogs mit allen Unionsbürgern angesehen wird;

R. in der Erwägung, dass die bestehenden partizipativen Instrumente wie die Europäische Bürgerinitiative, Petitionen an das Europäische Parlament, Beschwerden beim Europäischen Bürgerbeauftragten, öffentliche Konsultationen und Bürgerdialoge nach wie vor kaum bekannt sind; in der Erwägung, dass die partizipative Demokratie in der EU durch eine starke Fragmentierung der partizipativen Instrumente und durch ausbleibende Folgemaßnahmen beeinträchtigt wird, was ihren Erfolg einschränkt und verhindert, dass sie zu einer umfassenden und effizienten partizipativen Infrastruktur führen;

S. in der Erwägung, dass bei allen Maßnahmen zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und der Demokratie die digitale Kluft in der EU und die Schwierigkeiten, die sie für die Wirksamkeit einer solchen Beteiligung mit sich bringt, überwunden werden müssen;

T. in der Erwägung, dass die von der Kommission als Folgemaßnahme zur Konferenz zur Zukunft Europas vorgeschlagenen neuen Bürgerforen in ihrem Anwendungsbereich begrenzt sind und nicht den in der Konferenz zur Zukunft Europas zum Ausdruck gebrachten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen;

U. in der Erwägung, dass das Referendum als Instrument der direkten Demokratie auf EU-Ebene derzeit nicht zur Verfügung steht; in der Erwägung, dass das Europäische Parlament wiederholt eine Bewertung des Einsatzes unionsweiter Referenden zu grundlegenden Fragen gefordert hat, wodurch ein Paradigmenwechsel hinsichtlich des Handelns und der Politik der Europäischen Union — wie eine Überarbeitung der Verträge — herbeigeführt würde;

V. in der Erwägung, dass gerade bei jungen Menschen Umwälzungen bei den Gewohnheiten im Bereich des Medienkonsums stattfinden, die sich nachteilig auf den Zugang zu faktengestützten, gut recherchierten Informationen auswirken können und gleichzeitig die Verfügbarkeit qualitativ minderwertiger und polarisierter Inhalte erhöhen, was zu einer Zersplitterung der Gesellschaft und zu einer Untergrabung der Demokratie führen kann; in der Erwägung, dass der Zugang zu unabhängigen, pluralistischen und qualitativ hochwertigen Mediendiensten ein Grundpfeiler einer gut funktionierenden Demokratie ist;

Parlamentarismus

1. erkennt an, dass die liberale parlamentarische Demokratie in der gegenwärtigen Zeit gemeinsamer und beispielloser Herausforderungen unter Druck steht und dringend erhalten, gestärkt und weiterentwickelt werden muss; betont die Schlüsselrolle der Parlamente als Rückgrat der Demokratie Europas, als direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte Kammern, als Gesetzgeber und als Kontrollinstanzen für die Exekutive; erkennt an, dass sich die liberale Demokratie nur dann als erfolgreich erweisen kann, wenn der Parlamentarismus gedeiht und funktioniert; betont, dass es notwendig ist, ein gemeinsames Verständnis, gemeinsame Grundprinzipien und eine gemeinsame Definition der liberalen parlamentarischen Demokratie zu erlangen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Initiative des Europäischen Parlaments, zusammen mit den Parlamenten der EU eine gemeinsame „Charta über die Rolle der Parlamente in einer funktionierenden liberalen Demokratie“ zu erarbeiten;

2. ist der Auffassung, dass der derzeitige Trend in der EU, von einer „parlamentarischen“ zu einer „staatlichen“ Demokratie überzugehen, alle Parlamente im Entscheidungsprozess schwächt; nimmt mit Bedauern das zugunsten des Rates und des Europäischen Rates zunehmende Machtungleichgewicht zur Kenntnis, durch das das durch die Verträge begründete institutionelle Gefüge der Union ausgehöhlt wird; vertritt in diesem Zusammenhang die Ansicht, dass das Gleichgewicht zugunsten der demokratischen Legitimität durch gleichwertige Rechte des Parlaments wiederhergestellt werden sollte; ist der Auffassung, dass die vom Europäischen Rat geübte Praxis der „Beauftragung des Rates und der Kommission“ über die ihm in den Verträgen zuerkannte Funktion der Ausarbeitung strategischer Leitlinien hinausgeht und damit dem Wortlaut und dem Geist der Verträge zuwiderläuft; hält es für erforderlich, die in den Verträgen festgelegte Aufteilung der Zuständigkeiten und das Subsidiaritätsprinzip zu achten;

3. ist der festen Überzeugung, dass die Parlamente in einer Demokratie an jedem Entscheidungsprozess beteiligt sein müssen; betont, dass das Europäische Parlament als einziges direkt gewähltes Organ der EU das allgemeine direkte Recht auf gesetzgeberische Initiative, das Untersuchungsrecht und die uneingeschränkte Gewalt über den Haushalt erhalten sollte und dass es als Kammer der Unionsbürgerinnen und -bürger die treibende Kraft hinter den strategischen Prioritäten der europäischen Gesetzgebungsagenda sein sollte; fordert in diesem Zusammenhang eine Änderung der Artikel 225 und 226 AEUV;

4. schlägt erneut vor, dass der Rat in eine wirkliche Gesetzgebungskammer umgewandelt wird, indem die Ratsformationen durch einen Beschluss des Europäischen Rates beschränkt werden, sodass ein echtes legislatives Zweikammersystem aus Europäischem Parlament und Rat mit der Kommission als Exekutive geschaffen wird; ist der Ansicht, dass das System des turnusmäßig wechselnden Vorsitzes des Rates reformiert werden sollte, um die Effizienz des Gesetzgebungsverfahrens in einem Zweikammersystem zu erhöhen; schlägt vor, dass die Tagungen des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ — ähnlich wie die Plenartagung des Parlaments — zu öffentlichen Legislativtagungen des Rates werden sollten, wohingegen alle anderen Ratsformationen zu transparenten Vorbereitungsstrukturen werden sollten, die regelmäßig öffentliche Sitzungen abhalten und ähnlich wie die Ausschüsse des Europäischen Parlaments funktionieren;

5. bekräftigt seine seit geraumer Zeit geäußerte Forderung, dass der Rat — auf kurze Sicht, wann immer dies nach den Verträgen etwa durch Aktivierung der verschiedenen in den Verträgen vorhandenen Passerelle-Klauseln möglich ist, und auf lange Sicht durch Vertragsänderungen — von der Einstimmigkeit zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit übergeht, um Blockaden im Gesetzgebungsverfahren zu überwinden, die Handlungsfähigkeit der EU zu verbessern und die Beschlussfassung der EU effizienter, wirksamer und demokratischer zu gestalten;

6. hält es für notwendig, dass das Parlament seine Funktionen der politischen Kontrolle gegenüber der Kommission stärkt, wobei hierzu auch die Möglichkeit gehört, Misstrauensanträge gegen einzelne Kommissionsmitglieder einzubringen;

7. hebt hervor, dass besondere Gesetzgebungsverfahren, bei denen dem Parlament durch die Verträge das Initiativrecht eingeräumt wird, einen gegenseitigen Austausch über die Ausarbeitung eines Gesetzgebungsplans für die betreffenden Initiativen beinhalten sollten, um die Einhaltung des Grundsatzes der loyalen Zusammenarbeit zwischen allen drei Organen sicherzustellen; erwartet vor diesem Hintergrund, dass die interinstitutionellen Gespräche zwischen dem Parlament und dem Rat über die dringend erforderliche Reform des europäischen Wahlrechts sowie über das Untersuchungsrecht des Europäischen Parlaments neue Impulse erhalten;

8. fordert Parlament, Rat und Kommission auf, die Verfahren der Zusammenarbeit mit dem AdR und dem EWSA weiter zu verbessern, und zwar auch in der prälegislativen Phase, damit deren Stellungnahmen und Bewertungen während des gesamten Gesetzgebungsverfahrens berücksichtigt werden können; schlägt insbesondere vor, den informellen Austausch zwischen den einschlägigen Akteuren der drei Organe sowohl auf Ausschuss- als auch auf Fraktionsebene zu verstärken und die Berichterstatter des AdR und des EWSA gegebenenfalls einzuladen, an der Prüfung von Berichtsentwürfen in den parlamentarischen Ausschüssen und an Ausschusssitzungen, in denen über interinstitutionelle Verhandlungen berichtet wird, teilzunehmen;

9. betont, dass Parlamente im Zentrum der Demokratie stehen und ihnen daher eine Schlüsselrolle zukommt und dass die klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Ebenen der liberalen europäischen Demokratie, nämlich der kommunalen, regionalen, nationalen und europäischen Ebene, im Einklang mit dem in Artikel 5 EUV verankerten Subsidiaritätsprinzip beachtet werden muss, um die demokratische Legitimität und einen effizienten Entscheidungsprozess sicherzustellen und das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten auf den verschiedenen Ebenen zu stärken; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die nationalen Parlamente am besten in der Lage sind, die Maßnahmen ihrer jeweiligen Regierungen in europäischen Angelegenheiten zu kontrollieren und den Auftrag dafür zu erteilen, während das Europäische Parlament die demokratische Rechenschaftspflicht und Legitimität der europäischen Exekutive sicherstellen sollte; betont, dass ein regelmäßiger politischer Dialog und Austausch zwischen den Parlamenten — etwa im Rahmen des EUSC und der COSAC — erforderlich sind, um die parlamentarische Arbeit und die parlamentarischen Beschlüsse verständlicher zu machen und das Bewusstsein dafür zu schärfen;

10. weist darauf hin, dass die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit bei der Arbeit der EU-Organe insbesondere durch die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten im Einklang mit den bereits in den geltenden Verträgen vorgesehenen Vorrechten verbessert werden muss, und den Vertretern der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eine wichtigere Rolle in dem Prozess eingeräumt werden muss, um eine „aktive Subsidiarität" zu erreichen und so eine stärkere Eigenverantwortung für die EU-Politik zu fördern; schlägt ferner vor, dass die „aktive Subsidiarität" durch ein Verfahren gestärkt wird, das den nationalen Parlamenten das Recht einräumt, dem Europäischen Parlament Vorschläge zu unterbreiten; unterstützt in diesem Zusammenhang das Programm „Building Europe with Local Councillors", mit dem ein unionsweites Netzwerk gewählter Kommunalpolitiker geschaffen wird, mit dem die Kommunikation über die Europäische Union verbessert werden soll;

11. betont, dass ein Parlament in Präsenzform eine lebendige parlamentarische Demokratie beinhaltet; hebt hervor, dass die Digitalisierung und die Pandemie zum digitalen Wandel der Parlamente beigetragen haben und es Abgeordneten, die andernfalls ausgeschlossen gewesen wären, ermöglicht haben, am parlamentarischen Leben teilzunehmen; unterstreicht, dass digitalisierte Prozesse die Abstimmungen, Debatten und Verhandlungen in Präsenzform nicht ersetzen sollten, es sei denn, es liegen besondere Umstände vor; betont, dass die verstärkte Nutzung digitaler Möglichkeiten das Potenzial birgt, zu einer besseren politischen Verständigung zwischen den Parlamenten auf nationaler, regionaler und europäischer Ebene, einer verbesserten Kommunikation, einem verbesserten Informationsaustausch und einer verbesserten Sensibilisierung, einer Verringerung der Emissionen, die sich aus Verkehr und Reisen ergeben, und zu einem verstärkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern beizutragen;

12. ist äußerst besorgt über die rasche und umfassende Entwicklung gezielter Desinformationskampagnen und den Missbrauch generativer künstlicher Intelligenz in der Absicht, die Bürgerinnen und Bürger daran zu hindern, fundierte Entscheidungen zu treffen, und letztlich die demokratischen Prozesse innerhalb der Union zu untergraben; fordert die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten auf, im Rahmen der interparlamentarischen Zusammenarbeit der COSAC einen regelmäßigen Austausch mit dem Europäischen Parlament über den Schutz der Demokratien vor Einflussnahme aus dem Ausland und Manipulation von Informationen einzurichten; fordert eine koordinierte EU-Strategie zur Bekämpfung von Gefahren für die Unabhängigkeit der Medien und die Einrichtung eines umfangreichen und dauerhaften EU-Fonds zur Unterstützung von Redaktionen und Nachrichtenmedien;

13. betont, dass das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die Wahlprozesse gestärkt werden muss, indem dafür gesorgt wird, dass alle Wahlen frei und fair sind; fordert in diesem Zusammenhang die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf, während der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2024 Wahlbeobachtungsmissionen einzurichten; fordert die Mitgliedstaaten erneut auf, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen;

Unionsbürgerschaft

14. fordert, dass ein Unionsbürgerschaftsstatut geschaffen wird, mit dem die Rechte und Freiheiten, die die Bürgerinnen und Bürger in der Union verbinden, präzisiert und konsolidiert werden; fordert den Rat und die Kommission auf, konkrete Schritte gemäß dem Verfahren nach Artikel 25 AEUV zur Ausweitung der mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte und Freiheiten zu unternehmen; betont, dass das Statut die Grundsätze und Werte der Union greifbarer machen und den Bürgerinnen und Bürgern gleichzeitig neue Mittel an die Hand geben wird, um sie zu schützen und zu wahren;

15. betont, dass wirksame Bürgerdialoge und eine aktive Bürgerbeteiligung eng mit der europäischen Dimension der staatsbürgerlichen Bildung verknüpft sind; betont daher, dass die europäische Dimension der staatsbürgerlichen Bildung im Rahmen der schulischen und außerschulischen Aktivitäten gestärkt werden muss, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger aktiv und informiert sind, sodass sie in der Lage sind, sowohl auf europäischer Ebene als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten uneingeschränkt am gesellschaftlichen und sozialen Leben sowie am demokratischen Leben der Union teilzunehmen; fordert die Kommission auf, eine umfassende europäische Strategie zur Stärkung der Bürgerkompetenz in der EU sowie flankierende Maßnahmen auszuarbeiten, mit denen ein gleichberechtigter Zugang zu staatsbürgerlicher Bildung ermöglicht werden soll; betont die wichtige Rolle, die der Zivilgesellschaft, Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen im Rahmen einer solchen Strategie zukommen sollte;

16. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaats (d. h. Unionsbürger, die ihren Wohnsitz in einem Mitgliedstaat haben, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen) besser über ihr aktives oder passives Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen zu informieren; betont, dass eine Ausweitung dieses „mobilen“ aktiven und passiven Wahlrechts der Unionsbürger bei den regionalen und nationalen Wahlen in den Mitgliedstaaten erwogen werden sollte; weist darauf hin, dass der Rat und die Kommission diese Rechte im Wege des in Artikel 25 AEUV beschriebenen Verfahrens einzuführen können, wobei sie langfristig durch Vertragsänderungen in Artikel 22 AEUV verankert werden sollten; betont die Notwendigkeit von Sensibilisierungskampagnen für diese Rechte unter Beteiligung der Zivilgesellschaft; betont, dass alle noch bestehenden Verwaltungshemmnisse und Formen der Diskriminierung beseitigt werden müssen, um gleiche Möglichkeiten für alle mobilen Unionsbürger, insbesondere für schutzbedürftige und marginalisierte Gruppen, sicherzustellen;

17. bekräftigt seine Forderung nach der Einführung eines harmonisierten Lebensalters für das aktive und passive Wahlrecht in allen Mitgliedstaaten, um Diskriminierung zu vermeiden; empfiehlt die Einführung eines Mindestwahlalters von 16 Jahren, unbeschadet bestehender Verfassungsordnungen, um die Rechte und Pflichten widerzuspiegeln, die europäische Jugendliche in einigen Mitgliedstaaten bereits haben;

18. ruft in Erinnerung, dass das Europäische Parlament immer wieder seine Besorgnis bekundet hat, dass alle nationalen Programme, die den direkten oder indirekten Verkauf der Unionsbürgerschaft vorsehen, die eigentliche Idee der Unionsbürgerschaft untergraben; fordert die betreffenden Mitgliedstaaten auf, Praktiken dieser Art ein Ende zu setzen;

19. ist zutiefst besorgt über die Praxis einiger Mitgliedstaaten, ihren Bürgern das Wahlrecht bei nationalen Parlamentswahlen zu entziehen, wenn sie im Ausland leben; fordert die entsprechenden Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, dieser Form des Wahlrechtsentzugs ein Ende zu setzen;

Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch Verbesserung der Bürgerbeteiligung

20. weist erneut darauf hin, dass sich das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission im Einklang mit dem Gründungsdokument der Konferenz zur Zukunft Europas verpflichtet haben, im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten und im Einklang mit den Verträgen wirksame Folgemaßnahmen zu den Schlussfolgerungen der Konferenz zu ergreifen; fordert die rasche und konsequente Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas, die 49 Vorschläge und 326 konkrete Maßnahmen der europäischen Bürgerforen der Konferenz umfassen; bekräftigt seine Forderung nach einem Konvent zur Überarbeitung der Verträge;

21. ist der Ansicht, dass den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger Europas nach einer regelmäßigeren und sinnvolleren Beteiligung am demokratischen Leben der Union ([24]) unter anderem durch die Verbesserung und Entwicklung partizipativer Mechanismen innerhalb der EU Rechnung getragen werden kann;

22. betont, dass in der Union eine umfassende Beteiligungsinfrastruktur mit einer besseren Verknüpfung und Integration der bestehenden Beteiligungsinstrumente sowie bessere Möglichkeiten für eine dauerhafte Beteiligung geschaffen werden müssen; betont, dass die Fragmentierung der Beteiligungsinfrastruktur der Union beseitigt werden muss, indem eine zentrale Anlaufstelle für alle europäischen Beteiligungsinstrumente mit einem institutionellen Rahmen für die Verwaltung der zentralen Plattform und ihrer Verbindung zu den Bürgerinnen und Bürgern geschaffen wird;

([24]) Bertelsmann Stiftung, *„Next level citizen participation in the EU. Institutionalising European Citizens' Assemblies“*, 2022.

23. betont, dass Mechanismen und Instrumente der direkten oder partizipativen Demokratie die repräsentative liberale parlamentarische Demokratie in einer zunehmend komplexen Welt, in der nach tragfähigen und demokratischen Kompromissen gesucht werden muss, ergänzen, aber nicht ersetzen können; stellt fest, dass Mechanismen der direkten oder partizipativen Demokratie nützliche Instrumente sein können, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind; schlägt insbesondere vor, die Effizienz der bestehenden europäischen Beteiligungsinstrumente durch verbindliche und sinnvolle Folgemaßnahmen zu verbessern;

24. weist darauf hin, dass eine bessere und verstärkte Beteiligung nur möglich sein wird, wenn das Problem der Diskriminierung bewältigt wird, das sich insbesondere aus der digitalen Kluft und den daraus resultierenden Schwierigkeiten für eine wirksame Beteiligung an den Entscheidungsprozessen der Union ergibt; weist erneut darauf hin, dass digitale Anwendungen zur Förderung der Bürgerbeteiligung einfach und intuitiv sein sollten;

25. schlägt die Institutionalisierung repräsentativer Beteiligungsprozesse mit beratendem Charakter nach dem Vorbild der europäischen Bürgerforen der Konferenz zur Zukunft Europas vor; ist der Ansicht, dass der Einsatz von „Mini-Publics“ mit nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Teilnehmern, die Untergruppen der sozioökonomischen Struktur der Union und damit das gesamte Spektrum der Gesellschaft repräsentieren, in einer Weise organisiert werden müssen, die einen gleichen Zugang zur Beteiligung am demokratischen Leben der Union sicherstellt, und den Bürgerinnen und Bürgern, die andernfalls ausgeschlossen wären, die Möglichkeit bietet, ihre Ideen zum Ausdruck zu bringen;

26. ist der Ansicht, dass eine aktive Bürgerschaft und eine wirksame Bürgerbeteiligung auf Unionsebene durch den Erwerb von spezifischem Wissen über die Union und die europäische Dimension der erörterten Themen gestärkt werden muss; betont, wie wichtig es ist, die Unkenntnis der allgemeinen Öffentlichkeit im Hinblick auf die Politik und die Entscheidungsfindung der EU durch eine bessere Aufklärung über die EU in den Schulen zu verbessern; fordert insbesondere eine gezielte Schulung und einen dauerhaften Beratungsprozess, bei dem den Bürgerinnen und Bürgern in den Bürgerforen die erforderlichen Informationen zur Verfügung gestellt werden, die gegebenenfalls durch die Unterstützung von Sachverständigen ergänzt werden, um sich an offenen Debatten, die zu Empfehlungen und Schlussfolgerungen führen können, beteiligen zu können;

27. schlägt insbesondere die Schaffung eines strukturierten Beteiligungsmechanismus im Einklang mit dem EU-Besitzstand mit der Bezeichnung „Europäische Agora“ vor, der jährlich zusammentreten und über die Prioritäten der EU für das kommende Jahr beraten sollte, wobei die Ergebnisse der Beratungen als Beitrag zu den Konsultationen im Rahmen des jährlichen Arbeitsprogramms der Kommission am 9. Mai 2023 vorgelegt werden sollten; stellt fest, dass diese Ergebnisse auch einen Vorschlag für das jeweilige Thema des Europäischen Jahres im nächsten Jahreszyklus umfassen sollten; schlägt vor, dass Vertreter des Europäischen Parlaments regelmäßig über die Entwicklungen dieser Beratungen informiert werden, um sie bei seiner parlamentarischen Arbeit zu berücksichtigen;

28. betont, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Agora ganzjährig die Inhalte im Zusammenhang mit dem jeweiligen Thema des Europäischen Jahres erörtern und ihre Vorschläge und Schlussfolgerungen Ende des Jahres vorgelegt werden sollten; ist der Ansicht, dass je nach der Größe der Mehrheiten, die diese Schlussfolgerungen im Gremium unterstützen, unterschiedliche Möglichkeiten für die Weiterbehandlung durch das Parlament festgelegt werden sollten und dass diese Folgemaßnahmen Debatten, Anhörungen, parlamentarische Anfragen oder Berichte umfassen könnten;

29. schlägt vor, dass eine Jugendkomponente der Agora eine Europäische Jugendversammlung bilden sollte, die, wie von der Konferenz zur Zukunft Europas gefordert, die Anwendung eines „Jugendchecks“ im gesamten Gesetzgebungsverfahren der EU überwachen kann; schlägt vor, dass das Europäische Parlament mit dem Ausschuss der Regionen und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss zusammenarbeitet, um einen Mechanismus mit Vertretern der jugendlichen Zivilgesellschaft und der Sozialpartner einzurichten, die bei der Durchführung des Jugendchecks eng mit der Jugendversammlung zusammenarbeiten sollten; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass insbesondere mit jungen Menschen eine politische Debatte über die Zukunft Europas geführt werden muss, da die Entscheidungen von heute deren Zukunft bestimmen;

30. bekräftigt seine seit Langem bestehende Forderung, die Möglichkeit einer Änderung der EU-Verträge zu prüfen, um unionsweite Referenden zu grundlegenden Fragen zu ermöglichen, wodurch ein Paradigmenwechsel hinsichtlich des Handelns und der Politik der Europäischen Union — wie eine Überarbeitung der EU-Verträge — in Gang gebracht wird; betont in diesem Zusammenhang, dass das Ergebnis des Referendums nur dann angenommen werden sollte, wenn eine doppelte Mehrheit dafür vorliegt, die eine Mehrheit der Mitgliedstaaten und eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler repräsentiert, die sich an der Wahl beteiligen; schlägt vor, dass ein solches unionsweites Referendum im Rahmen der Wahl zum Europäischen Parlament organisiert werden könnte, indem ein zusätzlicher Stimmzettel zu der betreffenden grundlegenden verfassungsrechtlichen Frage bereitgestellt wird; weist darauf hin, dass jedes unionsweite Referendum idealerweise in der gesamten Union am gleichen Tag durchgeführt werden sollte;

31. schlägt die Einführung europaweiter Online-Bürgerbefragungen vor, die vom Europäischen Parlament organisiert werden; ist der Ansicht, dass das Vertrauen und das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger in bzw. für Entscheidungsprozesse auf Unionsebene gestärkt wird, indem allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben wird, sich zu aktuellen Themen in der Union zu äußern; ist der Auffassung, dass ein solcher neuer Beteiligungsmechanismus die Rolle des Europäischen Parlaments gegenüber den anderen Organen stärkt;

32. verweist auf das Potenzial für die Ausübung der Unionsbürgerschaft mittels Online-Instrumenten wie Online-Konsultationen und der Sammlung von Unterschriften für Europäische Bürgerinitiativen im Internet; stellt fest, dass die elektronische Identität die Nutzung derartiger Instrumente auf europäischer Ebene erleichtern und eine Vielzahl von Optionen für den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen bieten kann; fordert die Mitgliedstaaten auf, auf lokaler und nationaler Ebene Instrumente für digitale Demokratie einzuführen und sie angemessen in das politische Verfahren einzubinden;

33. fordert, dass das Programm „Digitales Europa“ (DIGITAL) und andere Programme zur Förderung des digitalen Wandels in der Union die Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung über die verschiedenen Dienste oder durch die Nutzung digitaler Anwendungen für die Bürgerbeteiligung zum Ziel haben; fordert Forschungs- und Investitionslinien zur Erleichterung dieses Zugangs, um die digitale Kluft zu verringern und die soziale und demokratische Qualität zu maximieren;

o

o o

34. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung an den Europäischen Rat, den Rat der Europäischen Union, die Kommission, die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte und den Europarat zu übermitteln.

C/2024/2266

22.3.2024

STAATLICHE BEIHILFEN — FRANKREICH

Staatliche Beihilfe SA.101557 (2024/C) (ex 2023/NN) — Frankreich

Seeverkehrsverbindungen nach Korsika (2023-2030)

Aufforderung zur Stellungnahme nach Artikel 108 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2266)

Mit Schreiben vom 23. Februar 2024, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Frankreich von ihrem Beschluss in Kenntnis gesetzt, in Bezug auf die fünf Gemeinwohlaufträge für den Seefracht- und -personenverkehr zwischen dem französischen Festland und Korsika im Zeitraum 2023-2030 (im Folgenden „Maßnahmen“) das Verfahren nach Artikel 108 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) einzuleiten.

Alle Beteiligten können innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Zusammenfassung und des Schreibens zu den Maßnahmen, die Gegenstand des von der Kommission eingeleiteten Verfahrens sind, Stellung nehmen. Die Stellungnahmen sind an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Staatliche Beihilfen
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË
Stateaidgreffe@ec.europa.eu

Alle Stellungnahmen werden Frankreich übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität oder die Identität einer oder mehrerer der in der abgegebenen Stellungnahme genannten Parteien nicht bekanntgegeben werden.

Verfahren:

Am 27. Dezember 2022 meldete Frankreich die Maßnahmen bei der Kommission an. Anschließend teilte Frankreich der Kommission mit, dass die Maßnahmen bereits am 1. Januar 2023 umgesetzt worden seien, d. h. vor der Entscheidung der Kommission über ihre Vereinbarkeit. Daher stellen die Maßnahmen rechtswidrige Beihilfen dar.

Beschreibung der Maßnahmen, die Gegenstand des von der Kommission eingeleiteten Verfahrens sind:

Die Gebietskörperschaft Korsika entschied mit ihrem Beschluss Nr. 22/050 der korsischen Territorialversammlung vom 28. April 2022, fünf Gemeinwohlaufträge für den Seefracht- und Personenverkehr zwischen dem französischen Festland und Korsika zu vergeben, und zwar einen Gemeinwohlauftrag je Verbindung (im Folgenden „Gemeinwohlaufträge 2023-2030“). Durch die Aufträge wird Marseille (Hafen) angebunden an Ajaccio (Los 1), Bastia (Los 2), Porto-Vecchio (Los 3), Propriano (Lot 4) und L'Île-Rousse (Los 5). Die Laufzeit der Aufträge beträgt sieben Jahre und kann um maximal 12 Monate (auf acht Jahre) verlängert werden, d. h., die Aufträge laufen maximal vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2030.

Mit dem Beschluss Nr. 22/188 vom 20. Dezember 2022 billigte die korsische Territorialversammlung die Auswahl folgender Unternehmen: „Groupement Corsica Linea — La Méridionale“ für das Los 1, „Corsica Linea“ für die Lose 2, 4 und 5 sowie „La Méridionale“ für Los 3. Bei allen Auftragnehmern handelt es sich um Schifffahrtsunternehmen.

Im Rahmen der Gemeinwohlaufträge zahlt das Verkehrsamt Korsika den Auftragnehmern einen finanziellen Ausgleich für die Erfüllung der jeweils übertragenen gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen.

Die Ausgleichszahlungen belaufen sich für den Zeitraum 2023-2030 auf

— 245,9 Mio. Euro für Los 1 (Ajaccio) (Jahresdurchschnitt: 30,7 Mio. EUR),

— 251,1 Mio. Euro für Los 2 (Bastia) (Jahresdurchschnitt: 31,4 Mio. EUR),

— 132,2 Mio. Euro für Los 3 (Porto-Vecchio) (Jahresdurchschnitt: 16,5 Mio. EUR),

— 122,6 Mio. Euro für Los 4 (Propriano) (Jahresdurchschnitt: 15,3 Mio. EUR) und

— 101,8 Mio. Euro für Los 5 (L'Île-Rousse) (Jahresdurchschnitt: 12,7 Mio. EUR),

— d. h. auf einen Gesamtbetrag von 853,6 Mio. Euro für alle Lose (Jahresdurchschnitt: 106,6 Mio. EUR).

Würdigung der Maßnahmen:

Die Kommission ist nach Prüfung der ihr vorliegenden Informationen zu der Auffassung gelangt, dass ein förmliches Prüfverfahren eingeleitet werden muss, um die Vereinbarkeit der Maßnahmen mit den geltenden Beihilfevorschriften zu prüfen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erachtet die Kommission die Ausgleichsleistungen, die den Auftragnehmern im Rahmen der Gemeinwohlaufträge 2023-2030 gewährt werden, als staatliche Beihilfen im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 AEUV.

Die Kommission hat die Vereinbarkeit der Maßnahmen auf der Grundlage des Artikels 106 Absatz 2 AEUV und insbesondere der besonderen Durchführungsbestimmungen des DAWI-Rahmens geprüft (Mitteilung der Kommission — Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (2011), ABl. C 8 vom 11.1.2012).

Die Kommission ist vorläufig der Auffassung, dass weitere Informationen erforderlich sind, um feststellen zu können, ob die Maßnahmen die Voraussetzungen des DAWI-Rahmens erfüllen. Insbesondere ist Folgendes zu klären:

— Der Umfang der Gemeinwohlaufträge 2023-2030 scheint in Bezug auf Sattelzüge (einschließlich Fahrern) zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht hinreichend gerechtfertigt zu sein (Abschnitt 2.2 DAWI-Rahmen).

— Der Umfang der in den Gemeinwohlaufträgen 2023-2030 festgelegten Gemeinwohlverpflichtungen scheint in Bezug auf den Frachtverkehr zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht hinreichend gerechtfertigt zu sein (Abschnitt 2.2 DAWI-Rahmen).

Ferner haben die französischen Behörden bisher nicht alle Klarstellungen vorgelegt, die erforderlich sind, um schließen zu können, dass die Gemeinwohlaufträge 2023-2030 mit den EU-Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge im Einklang stehen (Abschnitt 2.6 DAWI-Rahmen).

Nach Artikel 16 der Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates können rechtswidrige Beihilfe vom Begünstigten zurückgefordert werden.

WORTLAUT DES SCHREIBENS

Son Excellence Monsieur Stéphane Séjourné
Ministre de l'Europe et des Affaires étrangères
37, Quai d'Orsay
75007 — PARIS
France

Bruxelles, 23.2.2024

Objet: Aide d'État SA.101557 (2023/NN, ex-2022/PN) — France

Desserte maritime de la Corse (2023-2030)

Monsieur le Ministre,

Par la présente, la Commission a l'honneur d'informer la France qu'après avoir examiné les informations fournies par vos autorités sur les mesures citées en objet, elle a décidé d'ouvrir la procédure prévue à l'article 108, paragraphe 2, du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne («TFUE»).

1. **PROCÉDURE**

(1) Par courrier du 17 janvier 2022, les autorités françaises ont pris contact avec la Commission afin de l'informer de leur projet relatif à l'organisation de la desserte maritime de la Corse pour la période du 1er janvier 2023 au 31 décembre 2030, sous le régime d'une délégation de service public. Celle-ci consiste en l'attribution de cinq nouvelles conventions conclues pour la période 2023-2030, en vue de l'exécution de services de transport maritime de marchandises et de passagers entre le port de Marseille et chacun des cinq ports corses (Ajaccio, Bastia, Porto-Vecchio, Propriano et L'Île-Rousse) (ci-après, «les ports corses»). La Commission a ouvert une procédure de prénotification le 19 janvier 2022, enregistrée sous le numéro SA.101557.

(2) Les autorités françaises ont adressé leurs premières observations à la Commission par courriers des 19, 25 et 27 janvier 2022. Dans ces courriers, les autorités françaises ont informé la Commission que l'office des transports de la Corse (ci-après, «l'OTC») avait lancé une procédure de consultation publique le 7 décembre 2021 (conclue le 7 janvier 2022) en vue d'estimer la demande des utilisateurs de services de transport maritime entre la Corse et la France continentale. Ces courriers comprenaient également un rapport intermédiaire portant sur l'analyse de la délimitation des marchés pertinents réalisée par l'OTC. Par courriers et courriels des 4, 15 février et 22 mars 2022, la Commission a demandé des renseignements complémentaires à la France, et celle-ci a soumis ses réponses les 15 février, 7 et 31 mars 2022.

(3) Par courriers des 15 mars, 8 avril, 19 et 20 mai 2022, les autorités françaises ont soumis à la Commission les analyses finales de l'estimation des besoins de service public ainsi que les projets de conventions de délégation de service public 2023-2030, en vue du lancement de la procédure d'appel d'offres.

(4) Par courriers et courriels des 20 avril, 30 mai, 12 juillet, 11 août, 3, 18, 21, 23, 30 novembre, 1er et 2 décembre 2022, la Commission a demandé des renseignements complémentaires à la France. Les autorités françaises ont présenté leurs réponses par courriers et courriels des 7 et 22 juin, 22 juillet, 10, 13 et 14 octobre, 8, 10, 11, 17, 22, 24, 25 et 30 novembre, 1 et 2 décembre 2022.

(5) Des réunions techniques se sont tenues les 1er, 17, 22 février, 18 mars, 5 avril, 28 juin, 11 juillet, 15, 21 et 30 novembre 2022 entre la Commission et les autorités françaises. En vue de préparer ces réunions ou à la suite de celles-ci, les autorités françaises ont fourni des informations supplémentaires les 21 février, 22 mars et 12 juillet 2022.

(6) La Commission a parallèlement reçu des renseignements d'ordre général concernant le marché d'une tierce partie les 14 avril, 17, 21, 22, 30 juin, 25 juillet, 2, 30 septembre, 5, 26 octobre, et 2 décembre 2022.

(7) Le 27 décembre 2022, la France a notifié à la Commission les cinq conventions de délégation de service public (ci-après, «les CDSP» ou «les mesures») visées au premier considérant (couvrant la période du 1er janvier 2023 au 31 décembre 2030) par voie électronique. Cette notification étant incomplète, la Commission a demandé des

renseignements complémentaires à la France le 16 février 2023. Les autorités françaises ont complété la notification les 5 avril et 2 mai 2023. Dans ce cadre, la France a informé la Commission que les CDSP ont été mises en œuvre et les aides ont été octroyées à leurs bénéficiaires dès le 1er janvier 2023.

(8) La Commission a parallèlement reçu des renseignements d'ordre général concernant le marché d'une tierce partie les 30 et 31 janvier 2023.

(9) En outre, le 23 mars 2023, la société Corsica Ferries a déposé une plainte formelle auprès de la Commission contestant la légalité et la compatibilité des mesures au regard du droit des aides d'État et d'autres dispositions pertinentes régies par le TFUE. La Commission a transmis cette plainte aux autorités françaises et demandé des renseignements complémentaires le 11 avril 2023, et elle leur a posé des questions supplémentaires le 5 juin 2023. Les autorités françaises ont fourni leurs commentaires sur la plainte et des informations supplémentaires les 28 juin, 28 juillet et 27 octobre 2023.

(10) Corsica Ferries a par ailleurs fourni des informations complémentaires à sa plainte par courriels des 13 octobre et 20 décembre 2023.

2. LA CONTINUITÉ TERRITORIALE ENTRE LA CORSE ET LE CONTINENT

2.1. La liaison entre la Corse et le continent

(11) La Corse est une île française située dans la mer Méditerranée, au large des côtes de la Toscane en Italie. Sa population s'élevait à environ 350 000 habitants en 2022. Son économie repose essentiellement sur les services (principalement le tourisme et les services publics), et dans une certaine mesure sur l'agriculture (une source importante d'emplois locaux). L'économie locale — notamment le commerce de détail pendant la haute saison estivale — dépend fortement des importations en provenance de France continentale.

2.1.1. *Transport maritime de marchandises*

(12) Le transport maritime est le mode de transport dominant pour les marchandises entre la France continentale et la Corse. Malgré la proximité géographique des ports italiens, le transport de fret se concentre quasi-exclusivement entre les ports continentaux français (Marseille, Toulon [1] et Nice) et les ports corses.

(13) En ce qui concerne les ports continentaux français, la plupart du trafic de fret arrive à/part de Marseille (Tableau 1), et dans une moindre mesure il arrive à/part de Toulon et Nice. Le transport de marchandises entre la Corse et le continent est relativement stable tout au long de l'année. Pendant la crise sanitaire du COVID-19 en 2020, le trafic de marchandises entre la France continentale et la Corse n'a pas diminué de manière significative.

Tableau 1

Transport de marchandises entre la France continentale et la Corse par port continental (imports/exports, mètres-linéaires [2] ou «ML»)

	2016	2017	2018	2019	2020 [3]
Marseille	1 570 993	1 802 005	1 835 525	1 853 897	1 747 015
Toulon	429 873	394 447	375 722	388 407	371 665

[1] Toulon possède plusieurs installations portuaires dédiées au commerce, gérées par Ports Rade de Toulon. Ces installations comprennent deux ports, situés à La Seyne Sur Mer («Toulon-Brégaillon») et au centre de Toulon («Toulon Côte d'Azur», aussi connu comme «Toulon-Port de Commerce»). Toulon-Brégaillon accueille deux terminaux exclusivement dédiés au transport maritime de fret. Toulon-Port de Commerce possède un terminal accueillant aussi bien le transport maritime de fret que le transport maritime de passagers (voir le site https://www.portsradetoulon.com/fr, consulté le 29 novembre 2023). La Commission comprend sur la base des informations soumises par la France qu'entre 2016 et 2020, l'intégralité des liaisons entre Toulon et les ports corses s'est faite depuis Toulon-Port de Commerce.

[2] Le mètre linéaire est une unité de mesure utilisée pour mesurer les marchandises vendues au mètre (ou au fil, en continu ou en rouleaux) et dont la section est constante. Il sert également à indiquer la longueur d'éléments constants (par exemple de remorques), indépendamment de leurs autres dimensions. Le trafic de marchandises roulier, comme effectué entre le continent français et la Corse, est typiquement mesuré en mètres linéaires.

[3] Les données de trafic exposées dans la présente décision ne prennent pas en compte celles des années 2021 ou 2022 car l'identification du besoin de service public a débuté dès 2021, comme indiqué au considérant (2).

	2016	2017	2018	2019	2020 ([4])
Nice	30 891	34 746	25 352	18 834	32 607
Total	**2 031 757**	**2 231 198**	**2 236 599**	**2 261 138**	**2 151 287**

Source: observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023

(14) Depuis 2017, le port de Marseille détient une part de marché relativement stable d'environ 80 % du trafic total de fret entre la France continentale et la Corse (Tableau 2).

Tableau 2

Transport de marchandises entre la France continentale et la Corse par port continental (imports/exports, %)

	2016	2017	2018	2019	2020
Marseille	77 %	81 %	82 %	82 %	81 %
Toulon	21 %	18 %	17 %	17 %	17 %
Nice	2 %	2 %	1 %	1 %	2 %
Total	**100 %**	**100 %**	**100 %**	**100 %**	**100 %**

Source: observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023

(15) Pour les ports de Corse (Ajaccio, Bastia, Porto-Vecchio, Propriano et L'Île-Rousse), les flux sont majoritairement concentrés sur les ports d'Ajaccio et de Bastia (Tableau 3). Comme le montre le Tableau 4, ces deux ports avaient une part de marché relativement stable d'environ 35 % (Ajaccio) et 50 % (Bastia) du trafic total de fret entre la France continentale et la Corse, entre 2016 et 2020.

Tableau 3

Transport de marchandises entre la France continentale et la Corse par port corse (imports/exports, ML)

	2016	2017	2018	2019	2020
Ajaccio	715 919	800 026	802 201	782 495	757 982
Bastia	1 006 938	1 088 862	1 079 361	1 082 717	1 037 295
Porto-Vecchio	147 864	171 071	183 007	205 642	194 656
Propriano	67 793	73 093	69 820	72 152	66 747
L'Île-Rousse	93 243	98 146	102 210	118 132	94 607
Total	**2 031 757**	**2 231 198**	**2 236 599**	**2 261 138**	**2 151 287**

Source: observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023

([4]) Les données de trafic exposées dans la présente décision ne prennent pas en compte celles des années 2021 ou 2022 car l'identification du besoin de service public a débuté dès 2021, comme indiqué au considérant (2).

Tableau 4

Transport de marchandises entre la France continentale et la Corse par port corse (imports/exports, %)

	2016	2017	2018	2019	2020
Ajaccio	35 %	36 %	36 %	35 %	35 %
Bastia	50 %	49 %	48 %	48 %	48 %
Porto-Vecchio	7 %	8 %	8 %	9 %	9 %
Propriano	3 %	3 %	3 %	3 %	3 %
L'Île-Rousse	5 %	4 %	5 %	5 %	4 %
Total	**100 %**	**100 %**	**100 %**	**100 %**	**100 %**

Source: observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023

(16) Les biens importés en Corse sont majoritairement destinés au secteur de la distribution (y compris le commerce de gros) ou au secteur de la construction. Le ratio imports/exports se situe autour de 5,5 sur une longue période (c'est-à-dire que les imports vers la Corse venant des ports de la France continentale sont 5,5 fois supérieurs aux exports de la Corse vers la France continentale). Il diminue sur les dernières années, avec un ratio qui passe sous 5 en 2019 ([5]).

(17) Le transport maritime de marchandises entre le continent français et la Corse (hors transport de ciment et des hydrocarbures) se fait uniquement à travers un trafic roulier (ou «roll»). Selon les autorités françaises, le trafic roulier de fret se répartit entre le «fret tracté» et le «fret non tracté» (ou inerte) ([6]) embarqués sur des navires acceptant ce type de flux, à savoir des transbordeurs rouliers «Ro-Pax» (navires mixtes pouvant transporter à la fois des passagers et du fret routier) ([7]) ou des purs rouliers, dits «Ro-Ro».

(18) Le *fret tracté* se définit comme le transport de marchandises à l'aide d'un véhicule routier de plus de 6 mètres disposant de son propre moyen de propulsion (fourgons, camions et assimilés, et semi-remorques couplées à un tracteur routier). Ces véhicules ou ces ensembles peuvent donc être embarqués et débarqués sans une nécessaire manutention portuaire. Il revient ainsi aux entreprises de transport de marchandises clientes de la desserte maritime de choisir si c'est leur convoyeur ou un tiers qui doit procéder à l'embarquement et au débarquement du véhicule ou de l'ensemble à bord du navire ([8]).

(19) Le *fret non tracté* se définit comme le transport de marchandises à l'aide d'une semi-remorque ([9]). La remorque est détachée du tracteur routier sur le quai de départ, puis montée à bord par un engin de traction portuaire spécifique, avant de subir l'opération inverse dans le port d'arrivée, où un autre tracteur routier poursuit l'acheminement de la remorque vers sa destination.

(20) Les trois ports continentaux (Marseille, Toulon, Nice) sont équipés pour accueillir le *fret tracté*, bien que le port de Nice ne joue qu'un rôle mineur dans ce type de flux. La vaste majorité du trafic de fret tracté est effectuée depuis les ports de Marseille et de Toulon (Tableau 5). Le volume de trafic de fret tracté à partir des trois ports continentaux a légèrement baissé sur la période 2016-2020 (Tableau 6), ce qui a été compensé par une légère augmentation du fret non tracté.

([5]) Observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023.
([6]) Id.
([7]) Aux termes de l'article 2, sous 1), de la directive n° 2017/2110 du Parlement européen et du Conseil du 15 novembre 2017 relative à un système d'inspections pour l'exploitation en toute sécurité de services réguliers de navires rouliers à passagers et d'engins à passagers à grande vitesse, JO L 315 du 30/11/2017, p. 61, un navire roulier à passagers (ou Ro-Pax) est un navire équipé de dispositifs permettant aux véhicules routiers ou ferroviaires d'embarquer à bord et de débarquer en roulant, et transportant plus de 12 passagers.
([8]) Observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023.
([9]) Les semi-remorques sont des véhicules sans moteurs, qui portent des roues uniquement sur la partie arrière. La partie antérieure est sans roues et s'adapte au dispositif de traction présent sur les véhicules porteurs ou les tracteurs routiers. L'ensemble composé d'un tracteur routier et d'une semi-remorque forme un véhicule articulé.

Tableau 5

Transport de fret tracté par port continental (imports/exports, ML)

	2016	2017	2018	2019	2020
Marseille	414 752	352 209	367 056	368 175	289 197
Toulon	429 873	394 447	375 722	388 407	371 665
Nice	30 891	34 746	25 352	18 834	32 607
Total	**875 516**	**781 402**	**768 130**	**775 416**	**693 469**

Source: observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023

Tableau 6

Transport de fret tracté par port continental (imports/exports, %)

	2016	2017	2018	2019	2020
Marseille	47 %	45 %	48 %	47 %	42 %
Toulon	49 %	50 %	49 %	50 %	54 %
Nice	4 %	4 %	3 %	2 %	5 %
Total	**100 %**	**100 %**	**100 %**	**100 %**	**100 %**

Source: observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023

(21) Selon les autorités françaises, seul le port de Marseille accueille le *fret non tracté* desservant actuellement la Corse ([10]). De fait, ce type de trafic est effectué intégralement depuis Marseille vers les ports corses, et vice-versa. Par ailleurs, le trafic de fret non tracté représente la majeure partie du transport maritime de marchandises entre la Corse et la France continentale (64 % des ML totaux transportés en moyenne entre 2016 et 2020). Au port de Marseille, la répartition entre fret tracté et fret non tracté était en moyenne de 20 % et 80 % respectivement sur la période 2016-2020.

2.1.2. *Transport maritime de passagers*

(22) Le transport maritime de passagers à partir de la Corse se fait vers la France continentale et l'Italie. Les liaisons avec la France continentale représentaient environ 65 % du transport maritime total de passagers en moyenne entre 2014 et 2019. Ainsi, le trafic avec le continent français a dépassé 2,7 millions de passagers en 2017 et 2018 et s'est ensuite tassé à 2,52 millions en 2019. La crise sanitaire de 2020 s'est traduite par un recul du trafic de 32 % sur l'ensemble de l'année sur les lignes françaises ([11]).

(23) Ainsi qu'il ressort du Tableau 7, la majorité du transport maritime de passagers entre la Corse et la France continentale a été effectuée depuis/vers le port de Toulon entre 2016 et 2020.

Tableau 7

Transport maritime de passagers entre la France continentale et la Corse par port continental (nombre de passagers)

	2016	2017	2018	2019	2020
Marseille	606 071	653 643	690 855	662 846	476 414
Toulon	1 368 451	1 400 037	1 361 044	1 459 934	1 029 888

([10]) Observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023.
([11]) Id.

	2016	2017	2018	2019	2020
Nice	713 983	697 494	672 930	404 433	224 162
Total	**2 688 505**	**2 751 174**	**2 724 829**	**2 527 213**	**1 730 464**

Source: observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023

(24) Depuis le début des années 2000, le port de Toulon a rapidement gagné en parts de marché au détriment de Marseille et de Nice. Ainsi, les liaisons avec Marseille sont passées d'une part de marché de 45 % en 2000 à 26 % en 2019 (46 % à 16 % pour le port de Nice) (Tableau 8). La crise sanitaire de 2020 n'a pas bouleversé la répartition du trafic au-delà d'une variation de quelques points de pourcentage.

Tableau 8

Transport maritime de passagers entre la France continentale et la Corse par port continental (%)

	2016	2017	2018	2019	2020
Marseille	23 %	24 %	25 %	26 %	28 %
Toulon	51 %	51 %	50 %	58 %	60 %
Nice	27 %	25 %	25 %	16 %	13 %
Total	**100 %**	**100 %**	**100 %**	**100 %**	**100 %**

Source: observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023

(25) Contrairement au trafic maritime de marchandises, le trafic maritime de passagers est typiquement saisonnier, et la demande pendant la haute saison (c'est-à-dire d'avril à octobre) est généralement plus élevée que pendant le reste de l'année.

2.2. **Le cadre juridique gouvernant la liaison maritime entre la Corse et le continent**

(26) Le transport maritime a été libéralisé dans l'Union Européenne en 1992 lorsque le règlement relatif au cabotage maritime ([12]) («le règlement cabotage») a été adopté. La France l'a appliqué d'une manière particulière pour les liaisons Corse-France continentale, estimant que les besoins de service public imposaient une restriction générale à la libre prestation des services. En conséquence, il n'existe pas aujourd'hui de transport purement commercial entre la France continentale et la Corse ([13]). Les services maritimes sont ainsi fournis soit dans le cadre d'un régime d'obligations de service public telles que définies à l'article 2, paragraphe 4, et à l'article 4, paragraphe 2 du règlement précité («régime OSP» ou «OSP unilatérales»), soit dans le cadre d'un contrat de service public («CDSP») répondant à la définition établie à l'article 2, paragraphe 3, et à l'article 4, paragraphe 1 dudit règlement.

2.2.1. *Le cadre du régime OSP*

(27) Dans le cadre du régime OSP, les opérateurs maritimes doivent respecter des obligations en matière de fréquences minimales et de tarifs maximaux. Le régime actuel d'OSP (Tableau 9) a été institué par la délibération n° 13/263 de l'Assemblée de Corse du 20 décembre 2013, et modifié par ladite Assemblée lors de ses délibérations n° 18/266 du 27 juillet 2018 et n° 19/128 du 25 avril 2019. Il est applicable dans les trois ports français continentaux (c'est-à-dire Marseille, Toulon et Nice) à compter du 1er octobre 2019 pour une durée de dix ans — soit jusqu'au 30 septembre 2029. Ce régime ne prévoit aucune compensation financière pour le respect, par les opérateurs de transport maritime entre la Corse et le continent français, des obligations de service imposées.

([12]) Règlement n° 3577/92 du Conseil du 7 décembre 1992 concernant l'application du principe de la libre circulation des services aux transports maritimes à l'intérieur des États membres (cabotage maritime), JO L 364 du 12/12/1992, p. 7.

([13]) Dans la présente décision, l'utilisation du terme «commercial» s'entend comme étant le recours au régime OSP (non compensé), en dehors des activités couvertes par des CDSP (qui donnent lieu à compensation).

Tableau 9

Obligations de service public imposées par le régime d'OSP unilatérales adopté le 25 avril 2019

<table>
<tr><td></td><td colspan="4">OSP</td></tr>
<tr><td><u>Ports continentaux</u></td><td colspan="4">Marseille, Toulon, Nice</td></tr>
<tr><td rowspan="4"><u>Fréquences hebdomadaires</u>

<u>Tarifs résidents corses</u></td><td><u>Ajaccio ou Bastia</u></td><td colspan="3">2 jours («j») / 7 en saison hiver
2 j / 7 en avant saison et arrière-saison d'été
3 j / 7 en haute saison d'été</td></tr>
<tr><td><u>Porto-Vecchio, Propriano ou L'Île-Rousse</u></td><td colspan="3">1 j / 7 en saison hiver
1 j / 7 en avant saison et arrière-saison d'été
2 j / 7 en haute saison d'été</td></tr>
<tr><td><u>Fret</u></td><td colspan="2"><u>Tarif conventionnel:</u> 42,5 euros/ML
<u>Tarif export ([14]) ou matière première ([15]):</u> 20 euros/ML
<u>Tarif export + ([16]):</u>15 euros/ML</td><td><u>Voiture de commerce:</u>
inférieure à 4 m: 146 euros
entre 4 et 4,5 m: 160 euros
supérieure à 4,5 m: 175 euros</td></tr>
<tr><td><u>Passagers</u></td><td><u>Passage</u>
adulte: 35 euros
enfant: 20 euros</td><td><u>Installation</u>
cabine hublot: 51 euros
cabine intérieure: 46 euros
fauteuil: 7 euros</td><td><u>Véhicule</u>
inférieur ou égal à 4,5 m: 46 euros
entre 4,5 et 5 m: 51 euros
supérieur à 5 m: 56 euros</td></tr>
<tr><td><u>Personnels</u></td><td colspan="4">Respect de la législation française applicable aux personnels de bord</td></tr>
<tr><td><u>Environnement</u></td><td colspan="4">Respect des normes environnementales (convention MARPOL et directives européennes notamment)</td></tr>
</table>

Source: observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023, et délibération n° 19/128 de l'Assemblée de Corse du 25 avril 2019

2.2.2. *Les CDSP de 2001 à 2022*

(28) Dans le cadre d'une CDSP, qui peut s'avérer nécessaire si le régime OSP ne suffit pas à garantir la connectivité, l'État peut imposer des obligations supplémentaires en contrepartie d'une compensation financière versée aux opérateurs, par exemple en ce qui concerne le niveau de qualité des services. Seules les liaisons entre Marseille et les ports corses ont jusqu'à présent été exploitées dans le cadre de CDSP et OSP, alors que les ports de Toulon et Nice sont couverts par le seul régime OSP.

(29) Une première concession de service public entre l'entreprise publique Société Nationale Corse Méditerranée («SNCM») et l'entreprise privée Compagnie Méridionale de Navigation («CMN», ensuite «La Méridionale») d'une part, et l'État français d'autre part, a été signée en 1976 pour assurer la continuité territoriale entre la Corse et le continent pour une durée de 25 ans, soit jusqu'en 2001.

([14]) Le tarif «Export» pour les liaisons entre la Corse et le continent est applicable aux productions agricoles agroalimentaires et aux produits manufacturés ou industriels réalisés sur le territoire de la Corse.

([15]) Le tarif «Matières premières» pour les liaisons entre le continent et la Corse est applicable au fret des matières premières à destination de la Corse et destinées à être transformées en Corse, à la condition que l'acquéreur n'en soit pas le consommateur final.

([16]) Le tarif «Export +» est applicable au transport de marchandises élaborées en Corse à partir de matières premières produites et transformées en Corse, certifiées par un organisme compétent.

(30) À partir du 1er janvier 2002, la SNCM a assuré, avec La Méridionale, la desserte entre Marseille et la Corse dans le cadre d'une CDSP signée avec la collectivité territoriale de Corse (devenue collectivité de Corse («CdC») en 2018) et l'OTC, avec l'approbation de l'Assemblée territoriale de Corse, pour une durée de 5 ans, prolongée par la suite pour 6 mois supplémentaires, soit jusqu'au 30 juin 2007.

(31) Du 1er juillet 2007 au 31 décembre 2013, la SNCM et La Méridionale ont assuré cette desserte dans le cadre d'une CDSP conclue le 7 juin 2007.

(32) Par décision de l'Assemblée de Corse du 6 septembre 2013, la SNCM et La Méridionale ont également été attributaires de la CDSP 2014-2023 ([17]). Cependant, suite à la procédure de redressement judiciaire ouverte à son encontre le 28 novembre 2014 et conclue le 20 novembre 2015 par jugement du tribunal de commerce de Marseille, la SNCM s'est retirée du marché en décembre 2015. La plupart des actifs de cette dernière, initialement cédés au groupe Rocca, ont été rachetés au cours de l'année 2016 par le consortium Corsica Maritima, aboutissant à la création de la compagnie maritime Corsica Linea. Cette dernière est devenue sous-délégataire de la CDSP 2014-2023 jusqu'au 1er octobre 2016, date à laquelle ladite CDSP a été résiliée par le jugement du tribunal de Bastia prononcé le 7 avril 2015.

(33) Le Groupement conjoint et non solidaire Corsica Linea — La Méridionale a ensuite été attributaire des CDSP «temporaires» successives entre 2016 et 2022:

— la CDSP conclue pour la période du 1er octobre 2016 au 30 septembre 2017;

— la CDSP conclue pour la période du 1er octobre 2017 au 31 mai 2019, et prolongée de 4 mois, soit jusqu'au 30 septembre 2019;

— la CDSP conclue pour la période du 1er octobre 2019 au 31 décembre 2020 ([18]), et prolongée de 2 mois, soit jusqu'au 28 février 2021;

— la CDSP conclue pour la période du 1er mars 2021 au 31 décembre 2022.

(34) La CDSP conclue pour la période du 1er octobre 2019 au 31 décembre 2020 fait l'objet d'une enquête distincte de la Commission en matière d'aides d'État (enregistrée sous le numéro SA.49207).

3. **DESCRIPTION DES MESURES**

(35) Les mesures en cause sont les cinq CDSP 2023-2030 relatives à la desserte maritime de la Corse pour la période du 1er janvier 2023 au 31 décembre 2030 (dont les 12 derniers mois sont optionnels), que la France a attribuées sous la forme de cinq conventions pour chacune des lignes entre Marseille et les ports corses d'Ajaccio, Bastia, Porto-Vecchio, Propriano et L'Île-Rousse, aux délégataires Corsica Linea et La Méridionale, séparément ou conjointement (Tableau 10).

Tableau 10

Délégataires des CDSP 2023-2030

Lots	Lignes	Délégataires
1	Marseille-Ajaccio	Groupement Corsica Linea — La Méridionale
2	Marseille-Bastia	Corsica Linea
3	Marseille-Porto-Vecchio	La Méridionale
4	Marseille-Propriano	Corsica Linea
5	Marseille-L'Île-Rousse	Corsica Linea

Source: notification des autorités françaises du 27 décembre 2022

([17]) Compte tenu de l'allotissement des lignes maritimes entre la Corse et la France continentale, les CDSP attribuées depuis 2014 ne font en réalité pas l'objet d'un contrat unique mais l'objet de contrats séparés, comme précisé de manière univoque aux considérants (1), (7) et (35). Aux fins de la clarté de la présente section, les nombreux contrats de service public signés avant 2022 sont néanmoins présentés conjointement par CDSP se rapportant aux années durant lesquelles les contrats ont été exécutés.

([18]) L'appel d'offres concernant les CDSP pour les lignes Marseille-Propriano et Marseille-Porto-Vecchio était initialement infructueux, et ces CDSP ont seulement été attribuées par la suite à La Méridionale pour la période du 1er mai 2020 au 31 décembre 2020.

3.1. **Définition du besoin de service public et de l'instrument approprié de l'intervention publique**

(36) Préalablement à la conclusion des cinq CDSP en cause portant sur la fourniture de services publics de transport maritime de fret et de passagers entre le continent et la Corse, les autorités françaises ont conduit une analyse préliminaire visant à déterminer s'il existait encore un besoin réel de service public exprimé par les usagers pour lesdits services.

(37) Dans un document intitulé «Document d'appui à l'enquête publique» du 2 décembre 2021, publié sur le site internet de la CdC, et au sujet duquel la Commission a reçu une soumission d'une tierce partie, les autorités françaises ont expliqué la démarche qu'elles comptaient suivre en vue de déterminer si un tel besoin de service public existait encore, tant pour le transport de fret que celui de passagers. Après avoir rappelé les dispositions pertinentes du droit de l'Union et du droit national encadrant la définition d'un besoin de service public dans le secteur du transport maritime, les autorités françaises ont indiqué que cette démarche devait s'effectuer en trois étapes.

(38) La première étape consistait à caractériser l'existence d'une demande exprimée par les usagers pour les services de transport maritime en cause. Pour ce faire, les autorités françaises ont considéré nécessaire de définir les marchés pertinents pour le transport maritime, aussi bien de passagers que de fret, entre la Corse et le continent français.

(39) La deuxième étape visait à vérifier si le marché pouvait répondre, en tout ou en partie, à la demande des usagers identifiée. Plus précisément, selon les autorités françaises, l'objectif était d'analyser si pour des trajets précis, sur chaque marché, l'offre privée en services réguliers de transport maritime peut satisfaire la demande identifiée. La constatation d'une carence de l'initiative privée devait alors permettre de caractériser l'existence d'un besoin de service public.

(40) La troisième étape devait permettre de choisir l'approche qui porterait le moins atteinte au bon fonctionnement du marché intérieur pour répondre à ce besoin de service public. L'objectif de cette dernière étape était de s'assurer que les choix de la CdC pour répondre au besoin de service public identifié seraient les moins restrictifs pour la concurrence (notamment en termes de modes d'intervention (OSP ou CDSP) et en matière d'exigences techniques (type de navire, fréquence, horaires, etc.)).

(41) Les sections suivantes présentent les trois étapes conduites par les autorités françaises.

3.1.1. *La consultation publique du 7 décembre 2021*

(42) Les autorités françaises ont ouvert le 7 décembre 2021 une consultation publique, pour une durée d'un mois, invitant l'ensemble des usagers des services de transport maritime (c'est-à-dire les passagers, les transporteurs de fret routier, les autorités locales, les chambres de commerce, les syndicats, les organisations professionnelles, les associations de consommateurs et toute autre personne intéressée) à faire part de leurs observations sur les services de transport maritime de fret et de passagers entre la Corse et le continent français.

(43) La consultation publique, publiée sur le site internet de l'OTC et relayée dans la presse locale et régionale, contenait plusieurs documents à l'adresse des usagers.

(44) Tout d'abord, les autorités françaises ont accompagné cette consultation du document d'appui à la consultation publique (considérant (37)) présentant, d'une part, les caractéristiques générales des services de transport maritime entre la Corse et le continent français, aussi bien pour le fret que pour les passagers ([19]); et d'autre part, une approche sommaire et préliminaire, conduite par un cabinet indépendant de consultance économique (Gecodia), de la définition des marchés pertinents pour le transport maritime de passagers et de fret. Cette approche préliminaire établissait que, pour le transport maritime de passagers, une distinction devait être faite entre les passagers réguliers et les touristes ([20]), et, pour le transport de fret, entre trois types de fret ([21]), à savoir le transport de fret tracté, le transport de fret non tracté et le transport de fret auto-commerce ([22]). Cette approche visait *in fine*

([19]) Ces caractéristiques générales sont décrites à la section 2.1 de la présente décision.

([20]) Selon le document d'appui à la consultation publique, plusieurs facteurs justifieraient cette distinction:
— les passagers réguliers (que le document d'appui décrit comme étant les passagers résidant en Corse) bénéficient d'un tarif plus avantageux dans le cadre du régime OSP et toutes les compagnies maritimes opérant entre la Corse et le continent français appliquent cette distinction dans leurs tarifs;
— il existerait des différences en termes de demande entre les passagers réguliers (bénéficiant du tarif résident) et le reste des passagers (absence de saisonnalité, différence des choix de traversées, place plus importante de la voiture et des cabines);
— les analyses conduites par l'OTC dans le cadre de précédentes CDSP auraient mis en avant un besoin spécifique en termes de transports pour les malades, qui sont une sous-catégorie des passagers réguliers.
En outre, le document d'appui exclut une possible concurrence intermodale entre le transport maritime et le transport aérien pour les déplacements entre la Corse et le continent français, dans la mesure où «*les éléments d'appréciation des compagnies et une analyse portant sur les temps de trajet, les fréquences, les prix et la fiabilité des modes de transports conduisent à ne pas inclure le transport aérien de passagers dans tout ou partie du marché pertinent*».

([21]) Le document d'appui à la consultation publique explique que le fret non tracté nécessite une manutention portuaire importante (équipements portuaires, main d'œuvre), à l'inverse du fret tracté qui est embarqué à bord des navires directement par les convoyeurs.

([22]) Selon le document d'appui à la consultation publique, le segment du fret auto-commerce entre la Corse et le continent français est constitué de véhicules légers (véhicules utilitaires légers et véhicules particuliers) destinés à l'activité de service des loueurs automobiles ou à l'activité de vente des concessionnaires automobiles.

à établir l'existence de catégories d'usagers particuliers, qui pourraient exprimer des besoins spécifiques en matière de transport maritime, de fret comme de passagers.

(45) Ensuite, la consultation publique proposait aux usagers des services de transport maritime de répondre à quatre questionnaires. Deux questionnaires s'adressaient respectivement à l'ensemble des passagers et des usagers du transport maritime de fret, tandis qu'un questionnaire plus spécifique s'adressait aux passagers ayant voyagé pour des raisons médicales («passagers médicaux») entre la Corse et le continent français.

(46) Chacun des questionnaires invitait les usagers à exprimer leurs observations générales sur les transports maritimes entre la Corse et le continent français. Ces questionnaires proposaient également de répondre à une liste de questions sur la satisfaction des usagers concernant les services existants (portant par exemple sur le niveau des tarifs, la fréquence des rotations, les heures d'arrivée et de départ) et sur les motivations ayant poussé ces usagers à prendre le bateau depuis le port de Marseille (ou en direction du port de Marseille) plutôt que d'autres ports continentaux, tels que Toulon ou Nice. De plus, les questionnaires demandaient aux usagers si, en cas d'augmentation de 5 % à 10 % du tarif du transport maritime au port de Marseille, ces derniers seraient prêts à recourir aux services de transport maritime dans un autre port continental (Toulon ou Nice) pour voyager de ou vers la Corse.

(47) S'agissant plus particulièrement du transport maritime de fret, le questionnaire laissait la possibilité aux usagers de s'exprimer sur l'approche préliminaire retenue pour la délimitation des marchés pertinents (distinction entre fret auto-commerce, fret tracté et fret non tracté).

(48) Pour les passagers médicaux, le questionnaire spécifique comprenait des questions sur le nombre de rotations effectuées annuellement par l'usager, sur la présence ou non d'un accompagnateur, sur la nécessité de disposer d'une cabine et d'une place de parking à bord du bateau, sur la prise en charge des coûts de transport par l'assurance maladie et sur les motivations poussant l'usager à utiliser le transport maritime plutôt que le transport aérien pour se rendre à son centre de soins.

(49) Les autorités françaises indiquent avoir reçu, à l'issue de la consultation publique, plus de 1 000 retours au questionnaire général adressé à l'ensemble des passagers ([23]). Les autorités françaises n'ont cependant reçu que 42 réponses au questionnaire portant sur les passagers médicaux et 5 réponses au questionnaire portant sur le transport de fret.

(50) S'agissant des usagers du transport de fret (transporteurs routiers principalement), compte tenu du faible nombre de réponses reçues au questionnaire en ligne, les autorités françaises ont décidé de contacter directement par téléphone une vingtaine d'entreprises de transport et de logistique recourant aux services de fret maritime, afin de leur soumettre le questionnaire auquel ces transporteurs n'avaient pas répondu, dans le but de recueillir leur contribution. Les autorités françaises indiquent avoir recueilli de la sorte les contributions de transporteurs représentant environ 90 % du trafic total de fret non tracté et 70 % du fret tracté entre la Corse et le continent français.

(51) Les autorités françaises ont également conduit des recherches supplémentaires concernant les passagers médicaux (décrites aux considérants (67) à (71)).

3.1.2. *Le test de marché*

(52) À la suite de la consultation publique relative à la demande, les autorités françaises ont lancé les 19 janvier et 22 février 2022 un test de marché d'une durée d'un mois visant à collecter les observations d'une part des ports continentaux et corses et d'autre part, des opérateurs de transport maritime de fret et de passagers.

(53) S'agissant des autorités portuaires, celles-ci étaient invitées à faire part de leurs observations sur (i) la délimitation des marchés pertinents en matière de transport maritime de fret et de passagers entre la Corse et le continent français préliminairement retenue par les autorités françaises, (ii) la zone de chalandise des ports, (iii) la substituabilité des ports du point de vue des usagers, et (iv) le degré de concurrence entre ces ports. Par ailleurs, les autorités françaises ont invité les ports à fournir toute information utile sur les services de transport maritime de fret et de passagers qu'ils accueillent, telle que des informations relatives à la capacité et aux infrastructures des ports (y compris les projets de développement), au degré d'utilisation des infrastructures et au niveau de congestion actuel et futur, ou encore à la capacité maximale des ports en matière de fret et de passagers (nombre de rotations hebdomadaires possibles, horaires de départ/arrivée, etc.).

([23]) Selon la synthèse de la consultation publique conduite par le cabinet Gecodia, les autorités françaises ont récolté 1 118 questionnaires provenant de passagers, dont 987 étaient exploitables (686 provenant de passagers résidents en Corse et 301 d'autres passagers).

(54) Les autorités françaises ont récolté les contributions des gestionnaires des ports de Toulon (Chambre d'industrie et de commerce («CCI») du Var) et de Nice (CCI de Nice Côte d'Azur). D'après les informations mises à sa disposition, la Commission note que le gestionnaire du port de Marseille (Grand Port Maritime de Marseille-Fos) a fourni une contribution générale le 21 décembre 2021, c'est-à-dire dans le cadre de la consultation publique du 7 décembre 2021, et ne semble pas avoir répondu au questionnaire du 22 janvier 2022 adressé spécifiquement aux ports. Néanmoins, la contribution a couvert des types de questions similaires à ceux du questionnaire des ports ([24]).

(55) S'agissant des opérateurs maritimes, les autorités françaises invitaient ces derniers à exprimer leurs vues sur la délimitation des marchés pertinents identifiés par les autorités françaises. Elles les invitaient également à fournir une estimation de la capacité mensuelle que l'opérateur pouvait garantir, sur la période 2023-2028, sur les marchés du transport maritime de fret et de passagers, y compris pour les catégories d'usagers spécifiques identifiées par les autorités françaises comme celle des passagers médicaux, ainsi que la liste exhaustive de leur flotte. Les autorités françaises invitaient enfin les opérateurs maritimes à fournir, pour chaque ligne entre la Corse et le continent français, des informations sur la liste des services que ces opérateurs effectueraient en l'absence d'un contrat de service public ou dans le cadre d'une OSP, le nombre de fréquences effectuées, les horaires de départs et d'arrivées, la capacité et les caractéristiques des navires utilisés, les tarifs appliqués et les capacités minimum à bord des navires que les opérateurs pourraient garantir pour chaque marché pertinent identifié (par exemple, pour le fret tracté).

(56) Trois opérateurs ont répondu au test de marché: Corsica Linea, La Méridionale et Corsica Ferries. Corsica Linea et La Méridionale ont déclaré qu'en l'absence de contrat de service public, elles ne proposeraient aucun service commercial entre la Corse et le continent français. Corsica Ferries a quant à elle présenté l'offre commerciale qu'elle déploierait en l'absence de contrat de service public (Tableau 14 et considérant (83) pour le transport de passagers, et Tableau 19 et considérant (120) pour le transport de fret).

3.1.3. *Identification du besoin de service public de transport maritime de passagers et de marchandises*

(57) À l'issue de la consultation publique du 7 décembre 2021, de la consultation des ports du 19 janvier 2022, et des opérateurs maritimes le 22 février 2022, les autorités françaises ont adopté, le 14 mars 2022, un rapport final déterminant l'existence d'un besoin de service public en matière de transport maritime de passagers et de fret entre la Corse et le continent français («le rapport final»).

(58) Le rapport final comprend un premier chapitre sur l'analyse des demandes exprimées par les usagers des transports maritimes de fret et de passagers. Ce chapitre confirme en substance les analyses préliminaires partagées dans le document d'appui à la consultation publique du 2 décembre 2021 sur la délimitation des marchés pertinents, démontrées également par les consultations effectuées auprès des parties intéressées. Ce chapitre comprend également une analyse du périmètre géographique de chaque marché pertinent identifié, afin de déterminer si les ports continentaux sont substituables entre eux pour le transport de passagers et de fret.

(59) Dans un deuxième chapitre, le rapport final analyse l'offre commerciale existante, ainsi que l'offre hypothétique que le marché proposerait, pour chaque marché pertinent et pour chaque ligne entre la Corse et le continent français, en l'absence de tout contrat de service public entre la Corse et le continent français. La carence de marché est déterminée comme étant la différence entre la demande future estimée et l'offre de marché proposée en l'absence de contrat de service public.

(60) Les sections suivantes de la présente décision présentent les conclusions du rapport final pour chaque besoin de service public identifié.

3.1.3.1. *Le transport maritime de passagers entre la Corse et le continent français*

(61) Dans le rapport final, les autorités françaises ont d'abord cherché à délimiter les différents marchés pertinents du transport maritime de passagers entre la Corse et le continent français, avant d'évaluer la demande exprimée par chacune des catégories d'usagers constituant un marché pertinent et enfin, d'évaluer l'offre que le marché proposerait en l'absence de contrat de service public.

([24]) La contribution du Grand Port Maritime de Marseille-Fos décrit: les dessertes terrestres du port pour les trafics de marchandises et les passagers; les routes maritimes et la chaîne logistique du transport de marchandises entre la Corse et le continent; les infrastructures portuaires, maritimes et terrestres du port de Marseille; l'empreinte environnementale du passage portuaire; les services connexes, la sûreté et la sécurité des installations portuaires; la sécurité juridique des terminaux des compagnies maritimes dédiés aux trafics corses.

3.1.3.1.1. *Délimitation des marchés pertinents*

3.1.3.1.1.1. *Exclusion d'une substituabilité entre le transport aérien et le transport maritime du point de vue des passagers*

(62) À titre préliminaire, les autorités françaises ont analysé si, pour certaines catégories d'usagers, un trajet en avion pouvait être considéré comme substituable à un trajet en bateau. Ce faisant, les autorités françaises ont en pratique exclu une potentielle substituabilité entre le transport aérien et le transport routier de leur analyse. Le rapport final fonde cette exclusion, en premier lieu, sur la pratique décisionnelle de la Commission européenne ([25]) indiquant que la substituabilité est quasiment inexistante dans le cas des passagers voyageant avec leur véhicule ou avec d'importants bagages, ce qui est le cas en Corse puisque le ratio entre le nombre de passagers et le nombre de véhicules légers de tout type sur les navires est d'environ 0,7 pour les passagers résidents et 0,4 pour les non-résidents ([26]).

(63) En deuxième lieu, le rapport final indique que la consultation publique a montré que 56 % des passagers résidents (et 79 % des non-résidents) ne comparent pas ou peu les vols en avion avec les trajets en bateau au moment de leur réservation (83 % d'entre eux en raison de la nécessité de voyager avec un véhicule). Seulement 7 % des réponses des résidents (12 % pour les non-résidents) effectuant une comparaison le font sur la base du prix, de sorte que le prix ne constitue pas une variable déterminante dans le choix de l'un ou l'autre mode de transport; néanmoins, si le prix du trajet maritime venait à augmenter de 5 à 10 %, 57 % des répondants résidents déclarent possible de prendre l'avion à la place (33 % pour les non-résidents). Le rapport final juge ces deux résultats de la consultation publique incohérents, et analyse par conséquent d'autres facteurs pour établir l'existence ou non d'une substituabilité entre les deux modes de transport, et notamment les temps de trajet et les fréquences. Ainsi, les trajets en bateau ont un temps de trajet nettement plus long que les trajets aériens (entre 6 et 12 heures selon les ports et les horaires de départ contre 1 heure en avion). Il en va de même des fréquences, les fréquences aériennes étant largement supérieures aux fréquences maritimes. Pour ces motifs, le rapport final exclut une concurrence intermodale entre le transport maritime et le transport aérien (ce dernier étant plutôt destiné aux passagers avec contrainte de temps et sans bagage lourd/voiture).

(64) Sur cette base, les autorités françaises ont conclu que le transport aérien et le transport maritime n'étaient pas substituables du point de vue des passagers voyageant entre la Corse et le continent français.

3.1.3.1.1.2. *Le marché du transport maritime de passagers*

(65) Le rapport final conclut tout d'abord que, s'agissant du transport maritime de passagers entre la Corse et le continent français, une distinction doit être faite entre les passagers résidant en Corse ([27]) et les passagers non-résidents. Selon le rapport final:

— le principe de continuité territoriale qui fonde l'action de la CdC impose d'offrir un service de transport à destination des résidents pour atténuer les contraintes de l'insularité et leur permettre de se rendre sur le continent. Les passagers résidents bénéficient ainsi d'un tarif spécial imposé par les OSP mises en place par la CdC en 2019 ([28]);

— les tarifs proposés par les compagnies maritimes sont très différents selon les deux catégories de passagers (résidents et non-résidents). En effet, selon le rapport final, le prix du billet pratiqué à l'égard des passagers non-résidents est marqué par une forte variation saisonnière, alors que le prix du billet résident est stable tout au long de l'année. Par ailleurs, certaines compagnies maritimes, telle Corsica Ferries, appliqueraient des tarifs résidents de leur propre initiative, en dehors des obligations légales, et notamment sur les lignes entre l'Italie et la Corse. De la sorte, les compagnies maritimes elles-mêmes distingueraient entre les passagers résidents et les passagers non-résidents;

— les passagers résidents auraient des comportements et des préférences différents, ainsi que le confirmeraient, selon les autorités françaises, les résultats de la consultation publique: la demande de transport maritime de la part des résidents s'exprime toute l'année: entre 30 % et 39 % du trafic de passagers résidents est observé entre les mois de novembre-mars, qui constituent la basse saison, alors que les non-résidents sont surtout présents durant la saison touristique (entre 80 % et 94 % du trafic des non-résidents est concentré sur les mois d'avril à

([25]) Les autorités françaises font référence à une décision de la Commission européenne du 9 octobre 2013, COMP/M.6796 Aegean/Olympic II, point 85, JO C 25 du 24/01/2015.

([26]) Cela signifie qu'en moyenne, il y a une voiture pour chaque passager résident et une voiture pour deux passagers non-résidents, ce qui est, selon le rapport final, cohérent avec le trajet moyen d'un couple avec un véhicule.

([27]) La qualité de passager «résident corse» est attribuée par l'OTC à toute personne justifiant d'un domicile principal en Corse et effectuant la première traversée au départ d'un port insulaire.

([28]) Les autorités françaises indiquent que la mise en place des OSP (obligations tarifaires) en 2019 répondait elle-même à un besoin de service public préalablement identifié par la CdC, exprimé par les usagers (les résidents corses), et que le marché n'était pas susceptible de satisfaire en l'absence d'OSP.

octobre). De même, la quasi-totalité des résidents plébiscitent les départs en soirée tandis que les non-résidents ne sont que deux-tiers à les privilégier ([29]).

(66) En outre, d'un point de vue géographique, le rapport final estime que les passagers non-résidents, dans leurs déplacements depuis/vers la Corse, ne font aucune distinction entre les ports de Marseille, Nice et Toulon, et que dès lors ces ports sont substituables pour le transport de passagers non-résidents. Quant aux passagers résidant en Corse, le rapport final conclut que les ports de Marseille et Toulon sont substituables entre eux du point de vue de ces passagers, tout comme les ports de Toulon et Nice, tandis que les ports de Marseille et Nice ne sont pas substituables (la distance entre ces deux ports étant de plus de 200 km). L'ensemble des ports, ainsi que les compagnies maritimes, ont fourni globalement les mêmes observations dans le cadre de la consultation publique et du test de marché.

3.1.3.1.1.3. *Le marché du transport maritime de passagers médicaux*

(67) Le rapport final a par ailleurs identifié, parmi les passagers résidents, une catégorie d'usagers voyageant pour des raisons médicales, et qui, à ce titre, constitue un marché spécifique de transport maritime de passagers.

(68) Comme indiqué au considérant (49), les autorités françaises ont reçu un faible nombre de réponses au questionnaire adressé aux passagers médicaux, ce qui ne permettait pas de confirmer que les passagers médicaux constituent un marché distinct dans le trafic maritime de passagers résidents, comme indiqué dans le document d'appui à la consultation publique (considérant (37)). Les autorités françaises ont donc procédé à une analyse plus approfondie afin d'évaluer la définition du marché pour le transport maritime de passagers médicaux.

(69) En premier lieu, le rapport final rappelle le cadre juridique gouvernant les déplacements médicaux entre la Corse et le continent. Il explique ainsi que les transports sanitaires entre la Corse et le continent font l'objet d'une politique conjointe des pouvoirs publics. Ainsi, la CdC, l'État (par le biais de l'agence régionale de santé de Corse) et l'assurance maladie (par le biais des caisses primaires d'assurance maladie de Corse-du-Sud (2A) et de Haute-Corse (2B) — «CPAM 2A» et «CPAM 2B») ont mis en œuvre des actions concertées afin de diminuer les obstacles à l'accès aux soins pour les Corses devant recevoir ou poursuivre des soins pour lesquels l'offre en Corse n'est pas disponible.

(70) Selon le rapport final, les règles juridiques régissant la prise en charge financière des transports sont fondées sur les articles R. 322-10 à R. 322-10-9 du Code de la sécurité sociale («CSS»). L'article R. 322-10 du CSS liste les cas dans lesquels les frais de transport d'un assuré, se trouvant dans l'obligation de se déplacer pour recevoir les soins ou subir les examens appropriés à son état, peuvent être pris en charge par l'assurance maladie. Parmi ces cas figure la situation dans laquelle l'assuré utilise des transports pour se rendre en un lieu distant de plus de 150 km, ce qui est le cas pour un assuré qui se déplacerait de la Corse vers le continent pour recevoir des soins. L'article R. 322-10-2 du CSS rappelle que, dans tous les cas, la prise en charge des frais de transport par l'assurance maladie «*est subordonnée à la présentation par l'assuré de la prescription médicale de transport ainsi que d'une facture délivrée par le transporteur ou d'un justificatif de transport. La prescription médicale indique le motif du transport et le mode de transport retenu* […]».

(71) Le rapport final conclut donc que c'est le médecin (et non le patient) qui détermine le mode de transport le mieux adapté pour le patient, en fonction de son état de santé et de son niveau d'autonomie, et que ce choix est lui-même subordonné à l'accord préalable des CPAM. Par ailleurs, l'article R. 322-10-4 du CSS, selon le rapport final, impose qu'un contrôle médical soit effectué pour vérifier que les soins ne peuvent être dispensés dans une structure de soins située à une distance n'excédant pas 150 km. En d'autres termes, selon le rapport final, seuls sont donc pris en charge les frais de transport pour des spécialités ou des soins non disponibles en Corse. Enfin, l'article R. 322-10-5 du CSS précise que le remboursement des frais de transport est calculé sur la base de la distance séparant le point de prise en charge du malade de la structure de soins prescrite appropriée la plus proche.

(72) Sur la base de ces éléments, les autorités françaises ont donc considéré que des patients ne trouvant pas les soins appropriés en Corse doivent se déplacer vers le continent pour y recevoir les soins appropriés au centre médical le plus proche, et que le mode de transport utilisé, à savoir le bateau ou l'avion, est alors prescrit par le médecin et subordonné à l'accord des CPAM en vue du remboursement des frais de transport.

(73) Comme il existe une part non négligeable de passagers médicaux pour lesquels les médecins prescrivent le transport par bateau, les autorités françaises considèrent que, pour cette part du transport de passagers médicaux, il n'y a pas de substituabilité entre le transport maritime et le transport aérien.

([29]) Selon le rapport final, cette conclusion ne vaut que pour les lignes entre Toulon et les ports corses: 91 % des résidents voyagent en soirée sur la ligne entre Toulon et les ports corses, contre 67 % des passagers non-résidents. Sur le port de Marseille, les départs sont fixes et se font uniquement à 19 heures, de sorte qu'il n'y aucun départ la journée. Sur le port de Nice, 19 % des résidents voyagent en soirée, contre 15 % des non-résidents.

(74) En outre, les autorités françaises se sont penchées sur la substituabilité géographique des ports continentaux du point de vue des passagers médicaux. Elles ont estimé tout d'abord que les passagers médicaux, dont le mode de transport est imposé par le médecin prescripteur, sont contraints de se rendre dans la structure de soins prescrite appropriée la plus proche en vue d'obtenir leur remboursement. De la sorte, les passagers médicaux sont très sensibles aux distances et ont tendance à privilégier les ports des villes dans lesquelles se trouve le centre de soins prescrit le plus proche car les frais de voyage supplémentaires (par exemple de Toulon à Marseille) ne seraient pas remboursés par la CPAM.

(75) Or, d'après les données obtenues auprès de la CPAM 2A, plus de 80 % des demandes d'accord préalable adressées à la CPAM 2A concernaient un ou plusieurs transports à destination de Marseille, contre moins de 14 % à destination de Nice, 1,1 % à destination de Paris et moins de 0,3 % vers Toulon ([30]). Dans ces conditions, la substituabilité géographique des ports continentaux est très limitée, selon le rapport final. En d'autres termes, les autorités françaises considèrent que les passagers médicaux expriment une demande de transport maritime vers des ports continentaux spécifiques, et avant tout celui de Marseille, compte tenu du fait que la grande majorité des structures de soins prescrites se trouvent dans cette ville.

3.1.3.1.1.4. *Conclusion sur la délimitation des marchés pertinents pour le transport maritime de passagers*

(76) En conclusion, le rapport final exclut tout d'abord, pour les marchés de transport de passagers entre la France continentale et la Corse, toute substituabilité entre le transport maritime et le transport aérien, et définit ensuite les marchés pertinents relatifs au transport maritime de passagers entre la France continentale et la Corse comme suit:

— les passagers non-résidents: les ports de Marseille, Toulon et Nice sont substituables;

— les passagers résidant en Corse: les ports de Marseille et Toulon sont substituables, tout comme les ports de Toulon et Nice, tandis que les ports de Marseille et Nice ne sont pas substituables (car la distance entre ceux-ci excède 200 km);

— les passagers résidents voyageant pour des raisons médicales: les ports de Marseille, Toulon et Nice ne sont pas substituables, du fait notamment des conditions de remboursement spécifiques par le régime d'assurance maladie des frais de transport subis par les passagers médicaux voyageant à destination de leur structures de soins prescrites, dont une grande majorité de ces structures se trouve à Marseille.

3.1.3.1.2. *Estimation de la demande*

(77) Le rapport final a estimé la demande annuelle de passagers à satisfaire entre 2023 et 2030 pour le transport des résidents et des non-résidents sur la base de l'évolution de la demande historique entre 2018 et 2021, en prenant en compte le taux de croissance moyen annuel de la demande de transport sur le long-terme (2015-2030) publié par le ministère de la transition écologique en octobre 2021 et ajusté selon les différences de performance entre la Corse et la moyenne nationale (Tableau 11).

Tableau 11

Demande par ligne segment passagers (pax annuels)

	2030 Passagers non-résidents (Périmètre Marseille, Toulon et Nice)	2030 Passagers résidents (Périmètre Marseille et Toulon)	2030 Total
Ajaccio	1 050 000	45 000	**1 095 000**
Bastia	950 000	35 000	**985 000**
Porto-Vecchio	200 000	7 500	**207 500**
Propriano	50 000	4 000	**54 000**
L'Île-Rousse	325 000	5 500	**330 500**

Source: observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023 (rapport final du 14 mars 2022, tableaux 43-44)

([30]) Le rapport final renvoie également à des données obtenues de la CPAM 2B, elles-mêmes collectées auprès de […], révélant que plus de 75 % des déplacements médicaux par voie aérienne ont été faits en direction de Marseille, contre moins de 25 % à destination de Nice.

(78) De la même manière, le rapport final a estimé la demande annuelle des passagers médicaux à satisfaire entre 2023 et 2030 (mais seulement pour les routes entre chacun des ports corses et Marseille). Les autorités françaises ont estimé que, afin de tenir compte, d'une part, de l'augmentation de la population attendue et de son vieillissement, et d'autre part, du développement de l'offre de soins en Corse, la demande projetée entre 2023 et 2030 resterait stable sur la base des déplacements des passagers médicaux estimés pour l'année 2019 (Tableau 12).

Tableau 12

Estimation des déplacements médicaux par bateau de patients résidents corses et de leurs accompagnants (pax annuels) entre la Corse et Marseille

	2018	2019	2020	2023-2030
Ajaccio	2 134	2 145	1 667	**2 145**
Bastia	2 407	2 419	1 880	**2 419**
Porto-Vecchio	251	252	196	**252**
Propriano	126	126	98	**126**
L'Île-Rousse	425	427	332	**427**

Source: observations des autorités françaises soumises le 27 juillet 2023

(79) Au niveau de la Corse, les données relatives au volume de transport des patients et de leurs accompagnateurs, ainsi que leur destination et leur mode de transport, ne sont pas disponibles directement. Les autorités françaises ont estimé le nombre de passagers médicaux résidents en Corse et ayant reçu un traitement dans le département des Bouches-du-Rhône (qui comprend Marseille, mais pas Toulon et Nice) à environ 53 000 par an en moyenne, sur la période 2015-2019, sur la base des données de l'ATIH ([31]). Cette estimation inclut également le nombre d'accompagnateurs ([32]). Parmi ces 53 000 passagers médicaux (y compris les accompagnateurs), les autorités françaises ont cherché à établir le nombre de passagers ayant voyagé par bateau entre la Corse et Marseille. Pour cela, elles se sont appuyées sur les données des passagers médicaux ayant voyagé par avion dont elles disposaient pour la période 2016-2019 ([33]). Selon ces données, le transport aérien représentait en moyenne 70 % des 53 000 déplacements annuels moyens de passagers médicaux entre la Corse et Marseille, contre 30 % pour le transport maritime. Toutefois, afin de garantir une évaluation conservatrice ([34]), les autorités françaises ont finalement retenu que seuls 10 % des déplacements se faisaient par liaison maritime. Elles ont ensuite réparti le nombre de passagers médicaux selon les différents ports corses sur la base de la répartition par territoire de l'activité MCO en 2018 (dont la cartographie est disponible sur le site ATIH-Scansanté).

(80) Enfin, pour obtenir la demande de passagers médicaux par traversée (y compris les accompagnateurs), elles ont considéré que le trajet se fait hors week-end pour les ports principaux Ajaccio et Bastia, et sur trois jours par semaine pour les autres ports. Le niveau retenu est ajusté pour tenir compte d'arrondis. Le résultat final (nombre de passagers médicaux par traversée et par ligne maritime) est présenté dans le Tableau 13.

([31]) Agence technique de l'information sur l'hospitalisation (ATIH). Seules les activités d'hospitalisation en Médecine, Chirurgie et Obstétrique (MCO), celles de Soins de Suite et Réadaptation (SSR) et celles en Psychiatrie (PSY) sont retenues comme pouvant faire l'objet d'un éventuel besoin en service public.

([32]) En supposant qu'un accompagnant est systématiquement présent avant 19 ans et après 75 ans et que seule une personne sur deux est accompagnée pour les autres classes d'âge, un déplacement médical (aller-retour) d'un patient corse génère de fait un besoin en transport de 1,4 passager (aller-retour). Pour l'activité MCO uniquement, un déplacement supplémentaire est estimé nécessaire au titre de la visite post-hospitalisation.

([33]) Les données récoltées par les autorités françaises indiquent qu'en 2016, [30 000 — 45 000] passagers médicaux ont voyagé en avion entre la Corse et Marseille; en 2017, [30 000 — 45 000]; en 2018, [30 000 — 45 000]; et en 2019, [30 000 — 45 000].

([34]) L'analyse par les autorités françaises d'un échantillon de 8 000 demandes d'accord préalable adressées par les patients à la CPAM 2A a révélé qu'environ 4 % d'entre elles concernaient le remboursement d'un transport maritime. En conséquence, les autorités françaises ont réduit leur estimation du nombre de passagers médicaux entre la Corse et le département des Bouches-du-Rhône (Marseille) de 30 % à 10 %.

Tableau 13

Demande estimée de passagers médicaux et de leurs accompagnateurs voyageant en bateau entre la Corse et Marseille (passagers par traversée)

	2023-2030
Ajaccio	4
Bastia	5
Porto-Vecchio	1
Propriano	1
L'Île-Rousse	2

Source: observations des autorités françaises soumises le 27 juillet 2023

(81) Après avoir estimé la demande future des différents usagers du transport maritime (passagers résidents, non-résidents et passagers médicaux), les autorités françaises ont cherché à déterminer dans quelle mesure l'offre de marché pouvait répondre à cette demande, en vue d'identifier un éventuel besoin de service public.

3.1.3.1.3. *Analyse de l'offre de marché*

(82) Le rapport final a analysé l'offre de marché attendue sur la base des déclarations et soumissions reçues à la suite de la consultation des opérateurs du transport maritime (considérant (52)). Dans ce cadre, les autorités françaises ont cherché à déterminer l'offre capacitaire qui existerait entre la Corse et le continent français, hors CDSP, et si cette offre était à même d'absorber la demande potentielle projetée des passagers.

(83) Comme mentionné au considérant (56), seule une compagnie, Corsica Ferries, a indiqué qu'elle fournirait des services dans le cadre du régime OSP, en l'absence de CDSP. L'offre potentielle de Corsica Ferries pour les services de transport de passagers est présentée dans le tableau ci-dessous.

Tableau 14

Offre potentielle de Corsica Ferries dans le cadre du régime OSP (pax annuels) en absence de CDSP

	2023-2028 Passagers non-résidents (Périmètre Marseille, Toulon et Nice)	2023-2028 Passagers résidents (Périmètre Marseille et Toulon)	2023-2028 Total
Ajaccio	1 790 601	971 940	**2 762 541**
Bastia	1 881 317	907 995	**2 789 312**
Porto-Vecchio	279 532	136 803	**416 335**
Propriano	0	0	**0**
L'Île-Rousse	586 182	256 158	**842 340**

Source: réponse de Corsica Ferries au test de marché sur la desserte maritime entre la Corse et le continent français (22 février 2022)

(84) Concernant la régularité des services, Corsica Ferries a déclaré qu'en l'absence de contrat de service public, elle proposerait des services commerciaux (à la fois de fret et de passagers), diurnes et nocturnes, comprenant:

— une rotation quotidienne entre le continent français (au moins cinq fois par semaine au départ de Toulon et deux fois par semaine au départ de Marseille) et chacun des ports d'Ajaccio et de Bastia;

— deux rotations mensuelles depuis Marseille, et au moins trois rotations par semaine depuis Toulon, pour chacun des ports de Porto-Vecchio et de L'Île-Rousse.

— aucun service commercial à destination de Propriano, compte tenu, selon Corsica Ferries, de la substituabilité de ce port avec celui d'Ajaccio, qu'elle proposerait de desservir au moins une fois par jour depuis Marseille ou Toulon.

— des services supplémentaires de transport maritime entre le port de Nice et la Corse entre les mois de juillet et de septembre.

3.1.3.1.4. *Conclusion sur le besoin de service public pour le transport maritime de passagers et détermination des capacités minimales définies dans les CDSP*

(85) Après avoir analysé la capacité déployée par Corsica Ferries (rétrospective et prospective), le rapport final conclut qu'en l'absence de CDSP, le marché peut répondre à la demande projetée pour le transport maritime de passagers résidents (à l'exception des passagers médicaux) et non-résidents pour les lignes entre Ajaccio/Bastia/L'Île-Rousse/Porto-Vecchio et le continent français.

(86) S'agissant des liaisons entre Propriano et le continent français, le rapport final conclut à l'existence d'une carence complète de marché. Les autorités françaises estiment que le marché n'est pas en mesure de répondre à la demande de l'ensemble des passagers voyageant depuis le port de Propriano vers le continent et vice-versa. Selon les autorités françaises, le besoin de service public couvre donc toute la demande estimée entre 2023-2030, comme indiqué dans le Tableau 11 (à l'exclusion des passagers médicaux).

(87) En ce qui concerne le transport maritime de passagers médicaux, les autorités françaises concluent qu'il existe un besoin de service public pour les liaisons entre Marseille et chacun des cinq ports corses. Elles estiment que le marché n'est pas en mesure de proposer une offre régulière de transport maritime (soit une desserte quasi-quotidienne) pour les passagers médicaux à destination du port de Marseille, port de prédilection des passagers médicaux. Selon les autorités françaises, le besoin de service public couvre donc toute la demande estimée entre 2023-2030, comme indiqué dans le Tableau 12.

3.1.3.2. *Le transport maritime de fret entre la Corse et le continent français*

(88) Dans le rapport final, comme pour le transport de passagers, les autorités françaises ont d'abord cherché à délimiter les différents marchés pertinents du transport maritime de fret entre la Corse et le continent français, avant d'évaluer la demande exprimée par chacune des catégories d'usagers constituant un marché pertinent et enfin, d'évaluer l'offre que le marché proposerait en l'absence de contrat de service public.

3.1.3.2.1.*Délimitation des marchés pertinents*

(89) Selon le rapport final, la Commission comme l'Autorité de la concurrence française auraient laissé ouverte la question de la délimitation des marchés pertinents en matière de transport maritime de fret. Le rapport final est donc parti de l'hypothèse retenue par l'OTC dans les précédents contrats de service public, à savoir l'existence d'une distinction entre fret tracté et fret non tracté. Selon le rapport final, les opérateurs de transport maritime, ainsi que les gestionnaires d'infrastructure portuaires consultés, jugent la distinction entre fret tracté et fret non tracté pertinente, notamment compte tenu de la différence de demande de transport sur les segments retenus. Corsica Ferries a toutefois apporté une distinction supplémentaire. Selon elle, le transport de fret tracté doit lui-même faire une distinction entre le fret tracté accompagné ([35]) et le fret tracté non accompagné ([36]).

([35]) Le fret tracté accompagné signifie que le chauffeur embarque le camion et sa semi-remorque à bord du navire et effectue la traversée avec le navire.

([36]) Le fret tracté non accompagné signifie que le chauffeur embarque le camion et sa semi-remorque à bord du navire mais n'effectue pas la traversée. Le camion et sa semi-remorque sont récupérés par un autre chauffeur au port de destination du navire.

(90) Par ailleurs, le rapport final identifie le fret auto-commerce comme constituant une troisième catégorie de fret. Cependant, étant donné que les CDSP en cause ne contiennent aucune obligation de service public en matière de fret auto-commerce, l'identification de ce marché pertinent dans le rapport ne sera pas examinée dans la présente décision ([37]).

(91) Le rapport final estime qu'il existe une différence substantielle entre le fret tracté et le fret non tracté. En premier lieu, le fret non tracté implique que la semi-remorque soit détachée du camion pour être embarquée à bord du navire, ce qui requiert un engin spécialisé et une intervention des dockers. Ensuite, le port doit disposer de suffisamment de capacités pour stocker les semi-remorques en attente de leur embarquement. Enfin, le chargement des semi-remorques ne peut avoir lieu en même temps que l'embarquement des passagers et des camions, ce qui suppose pour le bateau un temps d'escale important. Un temps d'escale important limiterait donc l'usage d'un quai, de sorte que le port doit pouvoir compter sur plusieurs quais pour desservir plusieurs destinations simultanément.

(92) Par ailleurs, le rapport final souligne que du point de vue des transporteurs routiers, le fret tracté et le fret non tracté ont des caractéristiques différentes. Là où le transport de fret tracté nécessiterait de disposer d'une large flotte de tracteurs routiers pour assurer le transport quotidien de plusieurs remorques ([38]), le transport de fret non tracté permettrait d'optimiser le parc de tracteurs routiers par rapport au nombre de semi-remorques, en offrant la possibilité au transporteur de faire plusieurs rotations avec un seul tracteur routier entre le port et sa base logistique au cours d'une seule journée. En d'autres termes, le transporteur pourrait déposer plusieurs remorques par jour depuis sa base logistique jusqu'au port en utilisant un seul tracteur routier. Le rapport final indique que, durant la consultation publique, les transporteurs auraient déclaré faire entre quatre et six rotations dans une journée avec un tracteur routier pour du fret non tracté.

(93) Ainsi, le rapport final conclut que, pour un transporteur, basculer du fret non tracté vers un fret tracté impliquerait des coûts importants en termes d'achat de tracteurs routiers supplémentaires et en personnel. Le transport du fret tracté et le transport du fret non tracté constitueraient donc deux marchés pertinents distincts.

(94) Par ailleurs, aussi bien pour le fret tracté que non tracté, le rapport final estime que les livraisons doivent se faire dans la matinée, avant une heure imposée par le client du transporteur, sous peine de pénalité si la livraison est tardive ou si la livraison doit être décalée dans le temps. La consultation publique a d'ailleurs, selon le rapport final, souligné l'importance d'une réception portuaire le plus tôt possible (entre 6 heures et 7 heures du matin) afin de pouvoir livrer les destinataires en temps et en heure, quel que soit le chargeur (grandes surfaces, construction, messagerie ou groupage). Dans le cas du fret non tracté, une réception portuaire très tôt est aussi nécessaire pour les semi-remorques à vide (retour sur le continent), du fait du temps nécessaire pour le retour des semi-remorques débarquées vers les bases logistiques (grande distribution ou transporteurs), leur chargement puis leur retour vers le port.

(95) Quant au périmètre géographique de ces deux marchés pertinents, le rapport final a analysé les éléments suivants:

— la capacité des ports à admettre le trafic;

— les observations recueillies des transporteurs routiers et des compagnies maritimes;

— le coût supplémentaire du passage par un port ou un autre suivant le point de départ du fret dans le sens continent-Corse ou le point de destination du fret dans le sens Corse-continent;

— l'observation de l'impact des «expériences naturelles»; et

— l'observation d'un choc permanent et significatif de prix (seulement pour le fret tracté).

(96) *S'agissant du transport de fret non tracté*, le rapport final considère que le port de Marseille est non substituable aux autres ports continentaux desservant (potentiellement) la Corse.

([37]) Les autorités françaises ont considéré qu'il n'y avait pas lieu de répondre à un éventuel besoin des usagers de ce type de fret, notamment dans la mesure où le transport de véhicules à destination commerciale porte sur des marchandises dont le caractère est moins impérieux pour l'économie corse, par rapport au transport de nourriture, des produits de première nécessité, de construction ou les matériaux agricoles et industriels, qui doivent être acheminés régulièrement. Voir la délibération n° 22/050 de l'Assemblée de Corse autorisant le lancement de la procédure d'attribution des CDSP 2023-2030, du 28 avril 2022, et le rapport du Président du Conseil exécutif de Corse l'accompagnant, du 12 avril 2022, p. 20-21.

([38]) Pour rappel, le fret tracté implique le transport du camion en entier (tracteur + semi-remorque) avec le chauffeur, alors que le fret non tracté concerne le transport de la seule semi-remorque.

(97) En premier lieu, le rapport final retient que seuls les ports de Marseille ([39]) et de Toulon-Brégaillon ([40]) ([41]) disposent des infrastructures nécessaires pour accueillir ce type de trafic (infrastructures présentées au considérant (91), ce qui n'est pas le cas des ports de Toulon-Port de Commerce et de Nice. Toulon-Brégaillon dispose par ailleurs d'une capacité limitée à un seul poste à quai, ce qui ne lui permettrait pas d'assurer plus d'une rotation quotidienne vers la Corse en raison des contraintes de temps d'escale et d'heure de départ liées au fret non tracté ([42]). Ainsi, une substituabilité entre les ports de Marseille et de Toulon-Brégaillon pour ce type de trafic ne pourrait exister que sur une ligne tout au plus.

(98) En deuxième lieu, la consultation publique confirmerait largement, selon le rapport final, que pour le fret non tracté les transporteurs routiers n'étudient jamais ou très peu une alternative au port de Marseille lors de la planification de leurs trajets. Aucun des répondants n'aurait indiqué qu'une hausse de prix de 5 à 10 % sur le port de Marseille — sous réserve qu'une offre serait disponible à un prix équivalent au tarif de Marseille de 35 euros/ML — les conduirait à se déplacer vers les ports de Toulon, en raison du fait que le passage par Toulon ne leur permettrait pas d'optimiser leurs opérations quotidiennes et augmenterait leur coût de revient de manière significative.

(99) En outre, aucune des compagnies maritimes n'aurait, selon le rapport final, contesté cette approche durant la consultation publique du 7 décembre 2021. En ce qui concerne les gestionnaires portuaires, la CCI de Nice Côte d'Azur a déclaré que la zone de chalandise du port est uniquement locale, et que «*le port de Nice, avec ses infrastructures en ville et son faible tissu industriel et commercial, est désavantagé et ne pourra jamais répondre à la demande de fret vers la Corse, Toulon et Marseille étant mieux adaptés aux besoins*». Par ailleurs, la CCI du Var aurait déclaré lors de la consultation publique que les ports de Toulon ne peuvent que se positionner en complément du port de Marseille, compte tenu d'une zone de chalandise limitée à l'arrière-pays de Toulon et des niveaux de capacité limités de ses ports.

(100) En troisième lieu, le rapport final considère que, pour assurer la livraison des magasins, les grandes unités de distribution reposent principalement sur des entrepôts de taille régionale ou nationale générant un flux important et régulier de marchandises vers les magasins. Dans le cas de la Corse, les flux d'approvisionnement des grands magasins corses se font à plus de 90 % via ces bases logistiques, de sorte que l'essentiel des marchandises importées en Corse a pour origine les centres logistiques de la région PACA ([43]). Le rapport final explique que les entrepôts auxquels sont rattachés les magasins de l'île sont principalement concentrés autour de Marseille et sur le sillon rhodanien. Le choix du port de Marseille est donc largement justifié par la proximité du port avec les lieux de chargement et la présence d'infrastructures appropriées.

(101) Sur la base de ces hypothèses, le rapport final aboutit à deux conclusions. D'une part, sur la base des coûts routiers calculés par le comité national routier, l'allongement routier pour l'ensemble des transporteurs basés autour de Marseille pour un passage par Toulon-Brégaillon implique un surcoût de 11 euros/ML par trajet de semi-remorque. D'autre part, viendrait s'ajouter à ce surcoût routier une augmentation du coût de revient pour les transporteurs. En effet, le temps nécessaire pour faire transiter le fret non tracté sur Toulon-Brégaillon ([44]) réduirait le nombre de rotations par tracteur dans une journée d'environ 4-6 à 2-3, ce qui imposerait aux transporteurs d'acquérir des tracteurs supplémentaires pour maintenir le même volume d'activité.

(102) En dernier lieu, les expériences des grèves de 2015, 2016, 2019 et 2020 n'auraient démontré aucune substitution entre les ports de Marseille et Toulon-Brégaillon, aucun navire ne prenant temporairement attache à Toulon-Brégaillon pour assurer les rotations de fret non tracté.

([39]) Le port de Marseille déclare dans sa contribution disposer de près de 210 000 mètres carrés de surface disponible (120 000 mètres carrés actuels, et 61 000 en cours de construction pour le trafic vers la Corse), avec 5 postes à quai pour le trafic entre la Corse et le continent, avec 8 quais complémentaires pour le fret qui peuvent être utilisés en fonction des pointes de trafic, des contraintes de sécurité liées aux marchandises dangereuses ou des conditions météorologiques, et tous équipés d'installations modernes et digitalisées pour assurer la fluidité du trafic.

([40]) Comme indiqué à la note subpaginale 1 de la présente décision, la ville de Toulon comprend deux ports maritimes, les ports de Toulon-Brégaillon et Toulon-Port de Commerce. Toulon-Brégaillon accueille deux terminaux exclusivement dédiés au transport maritime de fret. Toulon-Port de Commerce possède un terminal accueillant aussi bien le transport maritime de fret que le transport maritime de passagers.

([41]) Le rapport final indique toutefois que le port de Toulon-Brégaillon est exclusivement réservé au transport de fret (il ne peut accueillir de navires embarquant des passagers).

([42]) Le rapport final indique que, dans le cadre de la consultation des ports, la CCI du Var aurait déclaré que la cadence moyenne de chargement des remorques sur les navires au port de Toulon-Brégaillon se situait entre 15 et 20 remorques par heure, bien inférieure à celle de Marseille (35 remorques), et que la capacité d'accueil disponible (environ 30 000 m^3, sur une surface totale de 124 000 m^3 déjà occupée) sur une journée est estimée à 120 remorques. Par comparaison, le nombre médian de remorques chargées sur le port de Marseille à destination de chacun des cinq ports corses s'établissait en 2021 à: 70 remorques par traversée sur Marseille-Ajaccio; 84 remorques par traversée sur Marseille-Bastia; 23 remorques par traversée sur Marseille-L'Île Rousse; 44 remorques par traversée sur Marseille-Porto-Vecchio; 16 remorques par traversée sur Marseille-Propriano.

([43]) Selon le rapport final, ce point serait d'ailleurs confirmé par l'autorité française de la concurrence dans son avis du 17 novembre 2020 (avis n° 20-A-11, points 337 à 345), dans lequel celle-ci indique que «*le port de Marseille bénéficie d'une proximité avec les principaux centres de logistique du sud de la France, ce qui renforcerait son attractivité, pour le transport maritime de fret vers la Corse, notamment par rapport à Toulon, plus éloignée de ces centres*».

([44]) Pour rappel, Toulon se situe à environ 60 km de Marseille.

(103) *S'agissant du transport de fret tracté*, le rapport final considère que les ports de Toulon et de Marseille sont partiellement substituables.

(104) En premier lieu, le rapport final établit que le fret tracté ne requiert pas d'infrastructures portuaires particulières, puisque la semi-remorque est directement embarquée par son chauffeur dans le navire comme un simple véhicule. Chacun des trois ports continentaux peut ainsi accueillir le fret tracté ([45]). Néanmoins, pour les raisons exposées au considérant (99), le port de Nice n'est pas considéré substituable avec aucun des deux autres ports. En outre, les autorités françaises observent que, lors de la consultation des ports, le port de Toulon a déclaré qu'il pourrait difficilement accueillir plus de trafic de fret tracté tout au long de l'année, les capacités du port étant déjà occupées à hauteur de 80 % par le trafic existant de Corsica Ferries.

(105) En deuxième lieu, même si le port de Toulon avait une capacité suffisante pour accueillir du trafic de fret tracté, le rapport final rappelle qu'aucun répondant à la consultation publique du 7 décembre 2021 n'a indiqué qu'une hausse de prix de 5 à 10 % sur Marseille — sous réserve qu'une offre serait disponible à un prix équivalent au tarif de Marseille de 35 euros/ML — conduirait à diriger leur flux de fret tracté vers Toulon. Ainsi, il ressort de cette consultation publique que les transporteurs n'étudient pas de ligne alternative lors de la planification de leurs trajets. Le choix du port de Marseille est justifié par la proximité avec les lieux de chargement et par les infrastructures selon les autorités françaises.

(106) En troisième lieu, de la même manière que pour le fret non tracté, le rapport final explique que, compte tenu de la proximité de la plupart des bases logistiques des transporteurs avec le port de Marseille, recourir au port de Toulon entraînerait un allongement des distances et des coûts de transport supplémentaires (4,5 euros/ML), qui peuvent aller jusqu'à une augmentation de 17 % du coût de revient pour un transporteur ([46]).

(107) En quatrième lieu, l'analyse des expériences de grèves sur le port de Marseille de juin 2019 et janvier 2020 se révèlerait non concluante compte tenu de l'existence de perturbations de marché ([47]). En matière de fret tracté, les épisodes de grève de juin 2019 et de janvier 2020 montrent dans les deux cas de fortes variations: alors que le volume de fret tracté total transporté depuis le port de Marseille vers la Corse baissait respectivement de 3 615 ML en juin 2019 et de 12 813 ML en janvier 2020 par rapport au volume moyen, le trafic à Toulon augmentait respectivement de 15 290 ML et de 19 274 ML, tandis qu'il baissait à Nice en juin 2019 (- 1 268 ML) mais augmentait fortement en janvier 2020 (+ 24 461 ML). Le rapport final explique que ces analyses avaient des limites évidentes, dans la mesure où le report de trafic constaté en juin 2019 vers Toulon est en partie lié à une offre exceptionnelle mise en place par Corsica Linea (normalement basée à Marseille) à Toulon pendant cet épisode de grève. Cette explication est également valable pour le mois de janvier 2020, au cours duquel Corsica Linea a mis en place une offre exceptionnelle depuis le port de Nice, justifiant ainsi le fort report de trafic constaté vers ce port. Par ailleurs, le rapport final note que les baisses de trafic enregistrées sur le port de Marseille sont bien moins importantes que les hausses de trafic constatées sur les ports de Toulon et de Nice. Le rapport final explique notamment que ces fortes hausses sont en partie liées au fait que plusieurs transporteurs utilisant les services de transport maritime à Marseille pour du fret non tracté ont exceptionnellement acheminé leurs marchandises par fret tracté. Cela était d'autant plus le cas que pendant ces périodes de grève, les autorités françaises ont versé des compensations financières à ces transporteurs pour accompagner le report du fret non tracté vers le fret tracté. Par conséquent, le rapport final considère qu'il n'est pas possible d'établir de conclusion de substituabilité sur la base de ces expériences de grèves.

(108) En cinquième lieu, le rapport final présente une analyse quantitative qui démontrerait qu'une augmentation du tarif mensuel du mètre linéaire de fret tracté à Marseille n'a pas conduit à un report de trafic de fret tracté vers les ports de Toulon. Plus précisément, le rapport final a étudié deux épisodes récents de choc de prix persistants sur la desserte de Marseille ([48]), là où les prix du tarif mensuel du mètre linéaire sont restés globalement stables à Toulon ([49]). Le rapport final explique qu'entre juillet 2018 et mai 2019, le choc de prix à la hausse n'a pas entraîné de réaction de la part des transporteurs, la part de marché du port de Toulon étant restée stable sur cette période.

([45]) Il existe toutefois une exception concernant le transport des matières dangereuses de classe 1 (matières explosives) et de classe 2 (gaz comprimés, liquéfiés ou dissous) qui sont interdits aux ports de Toulon-Port de Commerce et à Nice.

([46]) Sur la base d'un trajet de 360 km, qui est la distance moyenne journalière parcourue pour un flux de transport régional, en tenant compte des trajets vers le lieu de chargement et des trajets retour vers la base du transporteur.

([47]) Les perturbations de marché tenaient au fait que durant les épisodes de grève, Corsica Linea a déployé une offre exceptionnelle aux ports de Toulon et de Nice.

([48]) Les deux épisodes correspondent aux périodes suivantes:
— entre octobre 2017 et octobre 2018, une hausse moyenne de 6 % sur un an du tarif mensuel du mètre linéaire de fret tracté;
— entre octobre 2019 et octobre 2020, une baisse moyenne de 16 % sur un an du tarif mensuel du mètre linéaire de fret tracté.

([49]) Sur la base des informations sur les tarifs pratiqués par Corsica Ferries récoltés par le rapport final sur le site internet de cette compagnie en 2020.

(109) Le rapport final conclut ainsi que les ports de Toulon et de Marseille ne sont que partiellement substituables concernant le fret tracté.

3.1.3.2.1.1. *Conclusion sur la délimitation des marchés pertinents pour le transport maritime de fret*

(110) En conclusion, le rapport final définit les marchés pertinents du point de vue du transport maritime de fret entre la France continentale et la Corse comme suit:

— le fret non tracté: le port de Marseille n'est pas substituable aux ports de Toulon et Nice;

— le fret tracté (y compris les convoyeurs): il existe une substituabilité partielle entre les ports de Marseille et Toulon, tandis que le port de Nice n'est substituable ni avec le port de Marseille ni avec le port de Toulon.

3.1.3.2.2. *Estimation de la demande*

(111) Le rapport final a estimé la demande future pour le transport maritime de fret tracté et non tracté sur la période 2023-2030 sur une base annuelle pour chacune des lignes entre le port de Marseille et les ports corses.

(112) Pour le fret non tracté, la demande historique en matière de fret non tracté a été établie sur la base des données collectées auprès des compagnies maritimes. Afin d'évaluer la demande projetée pour les années 2023-2030, la progression annuelle observée entre les années 2010 et 2019 a été appliquée au trafic 2019. Cette progression prend en compte trois critères principaux que sont: l'activité domestique (masse salariale et découvert bancaire), l'activité touristique (flux de passagers transportés) et l'activité du secteur de la construction (mises en chantier de logements et importations de ciment). La demande projetée a été établie comme suit:

Tableau 15

Demande en fret non tracté par ligne maritime (en ML) depuis Marseille observée pour la période 2018-2021 et estimée pour la période 2023-2030

	2018	2019	2020	2023*	2025*	2030*
Aiaccio	523 874	516 467	505 631	565 647	591 965	663 246
Bastia	677 280	674 081	677 321	738 269	772 620	865 653
Porto-Vecchio	141 610	155 785	155 461	170 619	178 558	200 059
Propriano	52 331	54 160	52 453	59 317	62 077	69 552
L'Île-Rousse	73 374	85 229	66 952	93 345	97 688	109 451

Source: observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023 (rapport final du 14 mars 2022, tableau 56)

(113) La demande pour le fret tracté (Tableau 16) a été estimée de la même manière que pour le fret non tracté. Toutefois, les autorités françaises relèvent qu'une partie importante du trafic proviendrait de transporteurs routiers qui ne considèrent pas Toulon comme une alternative au port de Marseille, notamment à cause de la proximité de leurs bases logistiques avec le port de Marseille et le fait qu'un recours au port de Toulon entraînerait des coûts de transport supplémentaires (considérant (106)).

(114) Ainsi, seulement 80 % de la demande entre Marseille et Corsica est considérée comme non substituable avec le port du Toulon et prise en compte pour estimer le besoin de service public concernant le fret tracté. Les autorités françaises expliquent que le chiffre de 80 % provient des déclarations du Syndicat Professionnel des Transporteurs Corses et de Corsica Linea, soumises dans le cadre d'une consultation de marché datant de 2020 ([50]). Plus précisément, le Syndicat Professionnel des Transporteurs Corses (qui représente [20 — 50] % (*) du volume de mètres linéaires de fret tracté transportés entre la Corse et le continent) aurait indiqué que 84 % des flux de fret tracté avaient pour origine ou destination le département des Bouches-du-Rhône (dont Marseille est le port d'attache principal) ([51]), tandis que Corsica Linea évaluerait la part des marchandises chargées dans les Bouches-du-Rhône à près de 85 % des flux de fret tracté sur ses lignes ([52]).

([50]) Observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023.
(*) Information confidentielle.
([51]) Id.
([52]) Id.

Tableau 16

Demande en fret tracté par ligne maritime (en ML) depuis Marseille observée pour la période 2018-2021 et estimée pour la période 2023-2030

	2018	2019	2020	2023*	2025*	2030*
Aiaccio	116 797	113 958	95 040	99 848	104 493	117 076
Bastia	172 671	166 125	120 047	145 555	152 328	170 670
Porto-Vecchio	36 082	43 222	37 063	37 870	39 632	44 404
Propriano	17 489	17 992	14 294	15 764	16 498	18 484
L'Île-Rousse	24 017	26 878	22 753	23 550	24 646	27 613

Source: observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023 (rapport final du 14 mars 2022, tableau 57 pour les années 2018-2020 et tableau 60 pour les années 2023, 2025 et 2030)

(115) Par ailleurs, puisque le fret tracté nécessite également le transport de convoyeurs (qui constituent une catégorie de passagers), les autorités françaises ont aussi identifié une demande de transport de convoyeurs suscitée par le fret tracté qui serait intrinsèquement liée au volume de fret tracté. Les autorités françaises ont estimé que la demande de convoyeurs est proportionnelle au volume de fret tracté transporté, et que cette proportion est régulière dans le temps. En particulier, les autorités françaises supposent que pour chaque ligne maritime le ratio de convoyeurs par ML de fret tracté correspond à la valeur moyenne observée pour la période 2018-2021. Ce ratio est appliqué à la demande de fret tracté estimée pour 2030. Par conséquent, la demande de transport de convoyeurs s'élève selon les autorités françaises comme suit:

Tableau 17

Trafic maritime de convoyeurs (en nombre) depuis Marseille observée pour la période 2018-2021 et estimée pour la période 2023-2030

	2018	2019	2020	2021	2023*	2025*	2030*
Aiaccio	6 435	6 496	4 736	6 915	5 991	6 270	7 025
Bastia	9 934	9 423	6 303	8 022	8 733	9 140	10 240
Porto-Vecchio	2 222	2 664	2 699	2 536	2 651	2 774	3 108
Propriano	1 414	1 446	1 203	1 411	1 576	1 650	1 848
L'Île-Rousse	1 900	2 289	1 768	2 233	1 884	1 972	2 209

Source: observations des autorités françaises soumises le 27 juillet 2023

(116) Enfin, pour obtenir la demande de convoyeurs par traversée, il est considéré que le trafic de fret tracté avec convoyeur se fait en dehors des fins de semaine. Le niveau retenu est ajusté pour tenir compte d'arrondis et de la volonté de réduire les contraintes sur l'outil naval. Le résultat final (nombre de convoyeurs par traversée et par ligne maritime) est présenté dans le Tableau 18.

Tableau 18

Demande estimée de convoyeurs pour le fret tracté entre la Corse et Marseille (convoyeurs par traversée)

	2023-2030
Ajaccio	14
Bastia	19
Porto-Vecchio	10

	2023-2030
Propriano	4
L'Île-Rousse	7

Source: observations des autorités françaises soumises le 27 juillet 2023

3.1.3.2.3. *Analyse de l'offre de marché*

(117) Le rapport final a analysé l'offre de marché attendue sur la base des déclarations et soumissions reçues à la suite de la consultation des opérateurs du transport maritime (considérant (52)). Dans ce cadre, les autorités françaises ont cherché à déterminer l'offre capacitaire qui existerait entre la Corse et le continent français, hors CDSP, et si cette offre était à même de satisfaire la demande potentielle projetée de fret.

(118) Comme mentionné au considérant (56), seule une compagnie, Corsica Ferries, a indiqué qu'elle fournirait des services commerciaux dans le cadre du régime OSP, en l'absence de CDSP.

(119) Le Tableau 19 présente le trafic historique et l'offre de marché prévue par Corsica Ferries, en absence de CDSP, entre les ports de Marseille et Toulon et les ports Corses. Historiquement, Corsica Ferries n'a exploité que le trafic de fret tracté entre Toulon et la Corse, sauf pour la connexion entre Toulon et Propriano, où il n'était pas actif. Comme indique dans le Tableau 19, dans son offre, elle indique qu'elle commencerait à opérer à Marseille et augmenterait considérablement ses activités en Toulon.

Tableau 19

Transport maritime de fret de Corsica Ferries par ligne maritime (en ML) depuis Marseille et Toulon observée pour la période 2016-2019 et estimée pour la période 2023-2028 en absence de CDSP

Marseille	Moyenne annuelle (2016-2019, ML)	Moyenne annuelle (2023-2028, ML)	Augmentation (%)
Ajaccio	—	232 566	N.A.
Bastia	—	270 297	N.A.
Porto-Vecchio	—	47 371	N.A.
Propriano	—	—	N.A.
L'Île-Rousse	—	51 123	N.A.
Total Marseille	—	**601 357**	**N.A.**
Toulon	**Moyenne annuelle (2016-2019, ML)**	**Moyenne annuelle (2023-2028, ML)**	%
Ajaccio	163 611	1 172 434	617 %
Bastia	223 077	1 069 916	380 %
Porto-Vecchio	6 425	122 404	1 805 %
Propriano	—	—	N.A.

Marseille	Moyenne annuelle (2016-2019, ML)	Moyenne annuelle (2023-2028, ML)	Augmentation (%)
L'Île-Rousse	**3 999**	**310 533**	**7 665 %**
Total Toulon	**397 112**	**2 675 288**	**574 %**
Total Marseille et Toulon	**397 112**	**3 276 644**	**825 %**

Source: réponse de Corsica Ferries au test de marché sur la desserte maritime entre la Corse et le continent français (22 février 2022)

(120) Comme expliqué au considérant (84), selon le rapport final, Corsica Ferries a déclaré qu'en l'absence de contrat de service public, et seulement en l'absence de contrat de service public, elle proposerait des services de transport sous le régime d'OSP (à la fois de fret et de passagers), diurnes et nocturnes, comprenant:

— une rotation quotidienne entre le continent français (au moins cinq fois par semaine au départ de Toulon et deux fois par semaine au départ de Marseille) et chacun des ports d'Ajaccio et de Bastia;

— deux rotations mensuelles depuis Marseille, et au moins trois rotations par semaine depuis Toulon, pour chacun des ports de Porto-Vecchio et de L'Île-Rousse;

— aucun service commercial à destination de Propriano, compte tenu, selon Corsica Ferries, de la substituabilité de ce port avec celui d'Ajaccio, qu'elle proposerait de desservir au moins une fois par jour depuis Marseille ou Toulon;

— des services supplémentaires de transport maritime entre le port de Nice et la Corse entre les mois de juillet et de septembre.

(121) Après avoir analysé la capacité déployée par Corsica Ferries (rétrospective et prospective), le rapport final conclut qu'en l'absence de CDSP, l'offre de marché ne permettrait pas de répondre à la demande des usagers en matière de fret non tracté et de fret tracté.

(122) S'agissant du fret non tracté, le rapport final considère que l'offre déclarée par Corsica Ferries contredit certaines conclusions établies dans ledit rapport, dans la mesure où cette compagnie proposerait de transporter du fret non tracté sur des navires mixtes (Ro-Pax) depuis le port de Toulon cinq fois par semaine pour Ajaccio et Bastia, et trois fois par semaine pour les ports secondaires corses. Or, seul Toulon-Brégaillon (et non Toulon-Port de Commerce) dispose des infrastructures nécessaires pour accueillir le fret non tracté, et ce port ne peut recevoir que du fret, à l'exclusion des passagers, avec une capacité limitée (considérant (97)).

(123) En outre, le rapport final a jugé le port de Marseille non substituable à celui de Toulon pour le fret non tracté. Or, selon le rapport final, la fréquence proposée par Corsica Ferries depuis Marseille vers chacun des ports corses est insuffisante pour couvrir la demande des usagers, qui nécessite depuis Marseille une rotation quotidienne vers Ajaccio et Bastia, et au moins trois rotations par semaine pour L'Île-Rousse, Porto-Vecchio et Propriano.

(124) La même conclusion s'impose selon le rapport final concernant le fret tracté, en ce qui concerne la part du trafic des transporteurs qui ne considèrent pas Toulon comme une alternative au port de Marseille, c'est-à-dire 80 % du volume de trafic de fret tracté total entre Marseille et la Corse.

3.1.3.2.4. *Conclusion sur le besoin de service public pour le transport maritime de fret et détermination des capacités minimales définies dans les CDSP*

(125) Sur la base des considérations exposées dans le rapport final, les autorités françaises estiment que le marché n'est pas en mesure de garantir une offre de transport régulière pour le transport de fret (tracté et non tracté), qui est spécifique à Marseille, sous le régime OSP, étant donné que Corsica Ferries a indiqué qu'elle n'exploiterait pas de services suffisamment réguliers de Marseille dans le cadre d'une OSP. Les autorités françaises considèrent dès lors qu'il existe un besoin de service public pour la demande de transport de fret (tracté et non tracté), qui est spécifique à Marseille, entre Marseille et chacun des cinq ports corses. Le besoin de service public annuel évalué sur la période 2023-2030 (y inclus les convoyeurs associés au fret tracté) comprend l'ensemble de la demande estimée (Tableau 15 et Tableau 16) et est présenté dans le Tableau 20.

Tableau 20

Besoin annuel de service public de transport maritime par segment de marché identifié par la France

	Fret non tracté (ML annuel)		Fret tracté - Périmètre de Marseille (non substituable) (ML annuel)		Fret total (ML annuel)		Convoyeurs associés au fret tracté Périmètre de Marseille (non substituable) (pax annuel)	
	2023	2030	2023	2030	2023	2030	2023	2030
Ajaccio	565 647	663 246	99 848	117 076	**665 495**	**780 322**	5 991	7 025
Bastia	738 269	865 653	145 555	170 670	**883 824**	**1 036 323**	8 733	10 240
Porto-Vecchio	170 619	200 059	37 870	44 404	**208 489**	**244 463**	2 651	3 108
Propriano	59 317	69 552	15 764	18 484	**75 081**	**88 036**	1 576	1 848
L'Île-Rousse	93 345	109 451	23 550	27 613	**116 895**	**137 064**	1 884	2 209
Total	**1 627 197**	**1 907 961**	**322 587**	**378 247**	**1 949 784**	**2 286 208**	**20 835**	**24 430**

Source: observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023

(126) Afin de déterminer les capacités minimales requises pour le transport de fret (tracté et non tracté) par traversée, les autorités françaises ont suivi l'approche suivante. En premier lieu, elles ont pris comme référence pour calculer les capacités de fret requises par semaine le besoin de service public estimé pour le mois de juillet 2030 (qui constitue le pic du besoin de service public identifié pendant la période couverte par les mesures en cause). Pour les lignes vers Ajaccio et Bastia, les autorités françaises ont retenu comme hypothèse que 90 % du transport de fret est effectué durant les jours ouvrables en semaine, tandis que ce chiffre est porté à 100 % pour les lignes vers les trois autres ports corses. Combinée avec le nombre de rotations hebdomadaires minimales imposées (c'est-à-dire six rotations par semaine durant la période hivernale sur les lignes Marseille-Ajaccio, et Marseille-Bastia, et trois rotations hebdomadaires vers les autres ports ([53])), les autorités françaises ont obtenu la capacité minimale requise par traversée pour le fret, comme indiquée au Tableau 21. Elles ont reproduit celle-ci à l'Annexe 1 des CDSP, qui détaille les caractéristiques des services maritimes des CDSP (considérant (179)).

Tableau 21

Détermination de la capacité minimale requise pour le trafic de fret (ML par traversée)

		Ajaccio	Bastia	Porto-Vecchio	Propriano	L'Île-Rousse
Janvier		58 214	85 261	6 212	12 997	6 568
Février		49 523	68 341	17 712	18 874	8 033
Mars		68 568	89 862	14 140	23 160	6 872
Avril		68 662	95 523	11 127	24 181	7 199
Mai		70 559	94 596	11 179	24 422	7 620
Juin		58 887	75 744	11 048	18 716	7 739
Juillet	**[A]**	**86 596**	**109 775**	**18 509**	**27 432**	**13 633**

([53]) Voir Tableau 23.

		Ajaccio	Bastia	Porto-Vecchio	Propriano	L'Île-Rousse
Août		67 813	88 161	12 989	20 157	8 175
Septembre		62 977	83 165	10 276	18 996	7 426
Octobre		73 831	91 673	9 794	21 238	5 628
Novembre		62 653	85 952	5 839	17 367	4 856
Décembre		52 040	68 271	8 239	16 922	4 288
Total		**780 322**	**1 036 323**	**137 064**	**244 463**	**88 036**
Maximum	**[A]**	**86 596**	**109 775**	**18 509**	**27 432**	**13 633**
# semaines du mois maximum (31/7)	[B]	4,43	4,43	4,43	4,43	4,43
Trafic hebdomadaire maximum	[C] = [A]/[B]	19 554	24 788	4 180	6 194	3 078
Part du trafic en jours ouvrés / semaine	[D]	90 %	90 %	100 %	100 %	100 %
Trafic en jours ouvrés / semaine	[E] = [C]*[D]	17 598	22 309	4 180	6 194	3 078
Nombre de rotations hebdomadaires considérées	[F]	6	6	3	3	3
Minimum capacité / traversée	[G] = [E]/[F]	1 467	1 859	697	1 032	513
Arrondi pour Annexe 1 aux CDSP, en ML		**1 470**	**1 860**	**700**	**1 040**	**520**

Source: observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023

(127) En outre, les autorités françaises ont fourni des renseignements suggérant que les capacités minimales de fret requises au titre des CDSP en cause correspondent généralement aux pics quotidiens de trafic de fret observés en 2019 (Tableau 22).

Tableau 22

Comparaison entre les volumes maximaux quotidiens de trafic de fret observés en 2019 et les capacités minimales requises pour le transport de fret dans le cadre des CDSP

	Ajaccio	Bastia	Porto-Vecchio	Propriano	L'Île-Rousse
Valeur maximale observée en 2019	1 515	1 790	1 390 ([54])	780	906 ([55])
Capacité minimale / traversée inclue dans les CDSP (Annexe 1)	1 470	1 860	1 040	520	700

Source: observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023

([54]) À l'exclusion des données «statistiquement aberrantes» (c'est-à-dire les données distantes des autres valeurs observées) des 26-28 février 2019.

([55]) À l'exclusion des données «statistiquement aberrantes» du 27 février 2019.

3.1.4. *Définition de l'instrument approprié de l'intervention publique*

(128) Comme mentionné dans les sections précédentes, les autorités françaises indiquent qu'elles ont mené une analyse quant à la forme juridique que devraient revêtir les obligations de service public à mettre en place en vue de répondre au besoin de service public identifié. Selon elles, cette analyse a privilégié l'approche portant le moins atteinte aux libertés essentielles au bon fonctionnement du marché intérieur ([56]).

(129) Sur la base de cette analyse, les autorités françaises ont conclu que des OSP unilatérales ne suffiraient pas pour satisfaire le besoin de service public qu'elles ont identifié pour chaque segment de transport maritime de passagers et de marchandises, et que, dès lors, le recours à des CDSP était justifié. La France avance les raisons suivantes au soutien de cette conclusion:

— l'offre privée, même sous OSP unilatérales, étant absente sur la ligne Marseille-Propriano, la conclusion de CDSP permet de garantir la desserte du port de Propriano;

— les OSP unilatérales ne permettent pas de fixer des horaires et jours de desserte fixes, alors que les CDSP le permettent (selon la France, il est particulièrement important d'établir des horaires fixes pour le transport maritime de marchandises, et des jours de desserte fixes pour le transport maritime de passagers voyageant pour des raisons médicales);

— les OSP unilatérales ne garantissent pas que le transport maritime de Marseille sera effectivement assuré de manière suffisamment régulière, contrairement aux CDSP.

3.2. **Procédure d'attribution des CDSP 2023-2030**

3.2.1. *Délibération nº 22/050 du 28 avril 2022*

(130) C'est sur le fondement du test de marché et des considérations décrites ci-dessus que la CdC a lancé la procédure d'adjudication des CDSP 2023-2030, tout en maintenant concomitamment le régime d'OSP précité ([57]). En vertu de l'article L. 4424-18 du code général des collectivités territoriales («CGCT»), c'est en effet la CdC qui définit, sur la base du principe de continuité territoriale destiné à atténuer les contraintes de l'insularité, les modalités d'organisation du transport maritime entre la Corse et toute destination de la France continentale, en particulier en matière de desserte et de tarifs.

(131) En outre, en vertu de l'article L. 1411-1 du CGCT, les collectivités territoriales, leurs groupements ou leurs établissements publics peuvent confier la gestion d'un service public dont elles ont la responsabilité à un ou plusieurs opérateurs économiques par une convention de délégation de service public.

(132) En l'espèce, lors de la délibération de l'Assemblée de Corse nº 22/050 du 28 avril 2022, la CdC a décidé de recourir à des CDSP avec allotissement «ligne par ligne» pour l'exploitation des services de transport maritime de marchandises (incluant les matières dangereuses) et de passagers entre le port de Marseille, d'une part, et ceux d'Ajaccio (Lot 1), Bastia (Lot 2), Porto-Vecchio (Lot 3), Propriano (Lot 4) et L'Île-Rousse (Lot 5), pour une durée de 7 ans avec l'option d'un maximum de 12 mois supplémentaires, soit une durée maximale de 8 ans, entre le 1er janvier 2023 et le 31 décembre 2030.

(133) Le périmètre des CDSP comprend différentes obligations en termes d'horaire ([58]) et de fréquence ([59]) (Tableau 23), qui s'appliquent aux obligations de capacité minimale pour le transport de fret (Tableau 24) et pour le transport de passagers (Tableau 25). Ces obligations comprennent notamment un trafic de base et, pour certaines lignes, des rotations supplémentaires ([60]) et un service social et solidaire ([61]).

([56]) Délibération nº 22/050 de l'Assemblée de Corse autorisant le lancement de la procédure d'attribution des CDSP 2023-2030, du 28 avril 2022, et le rapport du Président du Conseil exécutif de Corse l'accompagnant, du 12 avril 2022, p. 15-16 et 19.

([57]) Le type de procédure de marchés publics suivi est une concession de services. La législation européenne applicable en l'espèce est la directive nº 2014/23/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 sur l'attribution de contrats de concession, JO L 94 du 28/03/2014, p. 1.

([58]) Pour une explication des considérations sur lesquelles les autorités françaises se sont basées pour fixer celles-ci, voir les considérants (65) et (94).

([59]) Pour une explication des considérations sur lesquelles les autorités françaises se sont basées pour fixer celles-ci, voir les considérants (87), (123) et (124).

([60]) Les rotations supplémentaires sont définies à l'article 18 des CDSP d'Ajaccio, Bastia et L'Île-Rousse, qui est décrit au considérant (149).

([61]) Le service social et solidaire est défini à l'article 25.3 de la CDSP de Bastia, décrit au considérant (153).

Tableau 23

Obligations d'horaire et de fréquence pour le trafic de fret et le trafic de passagers dans les CDSP 2023-2030

	Ajaccio	Bastia	Porto-Vecchio	Propriano	L'Île-Rousse
Horaire de départ	Entre 18h30 et 20h				
Horaire d'arrivée (le jour suivant)	Entre 6h et 8h	Entre 6h et 8h	Entre 7h et 8h	Entre 7h et 8h	Entre 6h et 8h
Nombre minimum de traversées en période creuse [62]**(par semaine)** [63] **(trafic de base)**	6	6	2-3 [64]	2-3 [65]	3
Nombre minimum de traversées le reste de l'année [66] **(par semaine) (trafic de base)**	7	7	3	3	3
Nombre minimum de rotations [67] **par an (trafic de base)**	365 [68]	365 [69]	156	156	156
Nombre de rotations supplémentaires par an	10	30	—	—	10

Source: observations des autorités françaises soumises le 28 juin 2023

Tableau 24

Obligations de capacité minimale pour le trafic de fret dans les CDSP 2023-2030

	Ajaccio	Bastia	Porto-Vecchio	Propriano	L'Île-Rousse
Volume minimum de fret (ML) par traversée (trafic de base)	1 470	1 860	1 040	520	700
Volume de fret (ML) pour le service social et solidaire (par jour et par traversée)	—	1 300	—	—	—

Source: observations des autorités françaises soumises les 28 juin et 28 juillet 2023

Tableau 25

Obligations de capacité minimale pour le trafic de passagers dans les CDSP 2023-2030

	Ajaccio	Bastia	Porto-Vecchio	Propriano	L'Île-Rousse	Total
Passagers médicaux par traversée (trafic de base)	4	5	1	1	2	**13**
Convoyeurs par traversée (trafic de base)	14	19	10	4	7	**54**

(62) Définie comme courant de novembre à mars.
(63) Du lundi au samedi.
(64) C'est-à-dire 5 rotations par quatorzaine.
(65) Id.
(66) C'est-à-dire d'avril à octobre.
(67) Une rotation correspond à deux traversées.
(68) 366 les années bissextiles.
(69) Id.

Passagers (à l'exclusion des passagers médicaux et des convoyeurs) par traversée (trafic de base)	—	—	—	186	—	**186**

Source: observations des autorités françaises soumises les 28 juin et 28 juillet 2023

(134) S'agissant des critères d'attribution retenus pour l'adjudication de ces lots, la CdC a retenu les critères suivants, classés par ordre décroissant:

Critère 1 — Valeur technique de l'offre (60 % de la pondération de la note finale)

Ce critère est décomposé de la manière suivante:

— Qualité technique des navires (20 %) (adéquation de l'outil naval proposé par le candidat, sur la base de la présentation de l'outil naval et de l'adéquation aux conditions de la mer et de navigation aux contraintes portuaires);

— Fréquences et horaires (15 %) (adéquation de l'outil naval du candidat aux fréquences minimales (passagers, convoyeurs, marchandises), rotations supplémentaires, horaires de départ et d'arrivée);

— Adaptation de l'outil naval aux besoins des usagers (15 %) (longueur, hauteur, résistance des ponts, nombre de cabines, ascenseurs pour les personnes à mobilité réduite («PMR»), etc.);

— Qualité des services aux usagers professionnels et particuliers (10 %) (espaces de loisir, sécurité à bord de l'outil naval, information en cas de gestion perturbée, modalités d'indemnisation, service social et solidaire, etc.). Le service social et solidaire est défini comme la capacité du délégataire à garantir le transport de 1 300 ML de marchandises par jour et par sens de traversées au départ de Marseille à destination du port de Bastia (article 25.3 de la CDSP 2023-2030 relative à Bastia).

Critère 2 — Montant de la compensation financière et robustesse du plan d'affaires (30 % de la pondération de la note finale)

Ce critère est décomposé de la manière suivante:

— Montant total de la compensation financière proposée par le candidat au titre de l'exécution du service sur la durée de la convention (20 %) (cette compensation distingue trois composantes au titre des charges d'exploitation, des charges d'investissement, et des charges de carburant);

— Robustesse du plan d'affaires prévisionnel du candidat (10 %) (cohérence des coûts et des recettes présentés dans le compte d'exploitation prévisionnel avec les hypothèses d'exploitation retenues par le candidat).

Critère 3 — Responsabilité sociale de l'entreprise (RSE) (10 % de la pondération de la note finale)

Ce critère prend en compte les actions et le niveau d'engagement des candidats ainsi que les moyens de les contrôler en matière de responsabilité sociétale des entreprises (performances éthiques, sociales et environnementales).

3.2.2. *La procédure d'adjudication*

(135) L'avis d'appel public à la concurrence a été publié le 6 mai 2022 ([70]), avec une date limite de réception des candidatures et offres fixée au 25 juillet 2022. Les autorités françaises indiquent que la sélection des candidats admis à présenter une offre, l'examen des offres par la commission compétente, ainsi que la négociation, se sont effectués dans des phases différentes conformément aux dispositions des articles L. 1411-1, L. 1411-5 et L. 1411-7 du CGCT ([71]).

([70]) Avis n° 22-63447 au Bulletin officiel des annonces des marchés publics (BOAMP) publié le 6 mai 2022, https://www.boamp.fr/pages/avis/?q=idweb:%2222-63447%22 et sur TED sous référence 2022/S 089-246001 le même jour, https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:246001-2022:TEXT:FR:HTML

([71]) Délibération n° 22/188 de l'Assemblée de Corse du 20 décembre 2022 approuvant les conventions de délégation de service public de transport maritime 2023-2029, https://www.isula.corsica/assemblea/file/235839/

(136) Trois candidatures ont été reçues par la CdC:

— le Groupement Corsica Linea — La Méridionale: Lot 1;

— Corsica Linea: Lots 2, 3, 4 et 5;

— La Méridionale: Lots 3 et 4.

(137) La commission de délégation de service public a procédé à l'ouverture des plis le 26 juillet 2022. Après avis de ladite commission daté du 2 août 2022, les trois candidats ont été admis à présenter une offre. Après analyse de leurs offres, cette commission a émis l'avis, le 31 août 2022, de poursuivre la procédure en phase de négociation avec ces candidats.

(138) Selon la France, les négociations menées par la CdC avec les candidats se sont déroulées de la façon suivante:

— le premier tour de négociations a eu lieu les 6 et 7 septembre 2022: à l'issue de celui-ci, il a été demandé aux candidats une amélioration globale de leurs offres sur les aspects financiers;

— le deuxième tour a eu lieu les 4, 5 et 6 octobre 2022: à l'issue de celui-ci, il a été demandé aux candidats d'identifier des pistes d'optimisations financières complémentaires;

— le troisième tour a eu lieu les 18 et 19 octobre 2022 et a eu pour objet la consolidation de l'offre financière des candidats ainsi que la revue des propositions de modifications apportées par ces derniers au contrat;

— le quatrième tour s'est déroulé le 7 novembre 2022 et a eu pour objet de finaliser le projet de contrat ainsi que de consolider les avancées financières en vue de la remise d'offres finales par les candidats;

— le 10 novembre 2022, les candidats ont remis leurs offres finales.

(139) La commission de délégation de service public en charge de la présentation des offres finales s'est réunie le 23 novembre 2022.

3.2.3. *Délibération n° 22/188 du 20 décembre 2022*

(140) Par la délibération n° 22/188 du 20 décembre 2022, l'Assemblée de Corse a approuvé le choix du Groupement Corsica Linea — La Méridionale pour le Lot 1, de la société Corsica Linea pour les Lots 2, 4 et 5, et de la société La Méridionale pour le Lot 3. La présente décision concerne donc les CDSP portant sur ces cinq lots («les CDSP 2023-2030»). Les dispositions pertinentes de ces CDSP, notamment les paramètres économiques retenus pour la compensation du délégataire pressenti, sont présentées à la section 3.3 ci-dessous. Le Tableau 26 présente le montant de la compensation financière par lot.

Tableau 26

Montant total de la compensation financière par lot des CDSP 2023-2030 (en millions d'euros)

Ports corses	Compensation financière pour 2023-2030	Compensation financière annuelle (moyenne)
Ajaccio	245,9	30,7
Bastia	251,1	31,4
Porto-Vecchio	132,2	16,5
Propriano	122,6	15,3
L'Île-Rousse	101,8	12,7
Total	**853,6**	**106,6**

Source: notification des autorités françaises du 27 décembre 2022

3.3. **Dispositions pertinentes des CDSP 2023-2030**

(141) Les articles 1 et 2 des cinq CDSP 2023-2030 précisent qu'au titre de la continuité territoriale entre les ports corses et celui de Marseille, il sera confié au délégataire l'exécution des obligations de service d'intérêt économique général («SIEG») relatives au ([72]):

— transport de marchandises (incluant les matières dangereuses pour la liaison L'Île-Rousse) sous la forme de fret non tracté ([73]) et de fret tracté, et au

— transport de (i) passagers voyageant pour des raisons médicales ([74]), (ii) passagers voyageant en tant que convoyeurs de fret tracté, et (iii) pour la ligne Propriano, les passagers résidents corses et les passagers non-résidents corses.

(142) L'article 1er prévoit également que tout service de transport de marchandises ou de passagers exécuté par le délégataire et qui ne relève pas du SIEG relève du «service commercial ou hors SIEG».

(143) L'article 3 indique que la convention entre en vigueur le 1er janvier 2023 et expire le 31 décembre 2029. Il ajoute que les parties conviennent d'une possible prolongation pour une durée de 12 mois maximum, notamment en l'absence d'attribution d'un nouveau contrat de concession à l'échéance de la convention. La durée maximale possible de la convention est dès lors de 8 ans.

(144) L'article 4 précise que les documents contractuels liant les parties sont la convention et ses annexes (et, sur la base de l'article 1er, tout éventuel avenant les modifiant). En cas de contradiction, la convention prévaut sur les annexes.

(145) L'article 7 prévoit que le délégant (c'est-à-dire l'OTC et la CdC) contrôle que le montant de la compensation versée au délégataire au titre de la convention n'entraîne aucune surcompensation, et il ordonne au délégataire le reversement de toute éventuelle surcompensation, majorée d'intérêts de retard, conformément aux articles 35.1, 37.1 et 40.

(146) L'article 10.2 dispose qu'un comité de suivi technique, composé notamment de représentants de l'OTC, du délégataire, du gestionnaire des infrastructures portuaires et des transporteurs de marchandises, se réunit chaque semaine afin de suivre l'exécution du service et les adaptations qui pourraient apparaître nécessaires.

(147) L'article 11.1 précise que les conditions d'exécution de la convention peuvent être modifiées si le délégant décide de mettre en place un mécanisme d'adaptation des coûts de carburant.

(148) L'article 17 indique que, en ce qui concerne le transport de marchandises, et pour chaque traversée, le délégataire ne pourra pas laisser de remorques à quai, sauf demande du transporteur ou saturation exceptionnelle des capacités du navire, afin de s'assurer qu'il est satisfait à la demande des usagers professionnels et pour garantir la continuité territoriale. Cette disposition ajoute qu' «*afin d'optimiser l'organisation du trafic, le délégant pourra reprogrammer des rotations, dans le respect du nombre total de rotations annuelles figurant à l'Annexe 1 de la convention. Ces reprogrammations interviendront dans le cadre de la tenue du comité technique visé à l'article 10.2*».

(149) L'article 18 des conventions relatives aux liaisons d'Ajaccio, Bastia et L'Île-Rousse dispose qu' «*au regard des nécessités d'exécution du service public, le délégant pourra être amené à demander au délégataire de réaliser ponctuellement des rotations supplémentaires dont le nombre maximal et les modalités sont fixés à l'Annexe 1. La mise en œuvre de ces rotations supplémentaires sera examinée dans le cadre du comité technique prévu à l'article 10.2*». En pratique, selon les autorités françaises, ces rotations seront activées seulement si, dans le cadre de la réunion hebdomadaire du comité technique, les autorités françaises constatent que les navires sont saturés et qu'il y a une demande additionnelle pour au moins 40 remorques ([75]). À la suite du comité technique, le délégataire formalisera par courrier ses propositions de rotations supplémentaires conformément au besoin exprimé par le délégant, et recevra une confirmation par courrier en retour des éventuelles rotations supplémentaires arrêtées. Le délai minimum de prévenance du délégant à l'égard du délégataire est estimé «en semaine» afin de suivre au plus près les courbes d'engagements; en pratique, les autorités françaises ont indiqué que la demande de transport de fret est connue en général au moins quinze jours à l'avance ([76]). Par ailleurs, les modalités de calcul de la compensation des rotations supplémentaires sont prévues à l'article 38 de la convention.

([72]) Le contenu des cinq CDSP varie quelque peu en fonction des spécificités de chaque contrat (par exemple certains contrats ne prévoient pas de rotations supplémentaires ou de service social et solidaire, contrairement à d'autres).
([73]) Les autorités françaises utilisent également le terme de «fret inerte» de manière indifférenciée.
([74]) L'article 26.1 des CDSP 2023-2030 précise que ces passagers sont les passagers résidents corses voyageant pour des raisons médicales.
([75]) Observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023.
([76]) Id.

(150) L'article 20 précise que le délégataire peut, sous réserve de l'acceptation du délégant, substituer un navire par un autre navire mis à disposition par le délégataire pour exécuter la convention, pour autant notamment que le navire de substitution réponde aux caractéristiques minimales définies à l'Annexe 1. Si la substitution entraîne une augmentation des charges initialement déterminées dans le compte d'exploitation prévisionnel constituant l'Annexe 9, celle-ci sera supportée par le délégataire. Si la substitution entraîne une diminution de ces charges, le délégant et le délégataire opéreront les ajustements financiers nécessaires à l'issue de la remise du rapport annuel visé à l'article 45.

(151) L'article 22 impose que les navires affectés à l'exécution de la convention, ainsi que les services réalisés par le délégataire, respectent les normes d'accessibilité en faveur des PMR ([77]). Les conditions d'accueil de ces personnes sont fixées à l'Annexe 5 de la convention.

(152) L'article 23 prévoit que le délégataire mette en œuvre un plan d'action au titre de la responsabilité sociale de l'entreprise, détaillé à l'Annexe 7 de la convention (et mentionné au considérant (134) ci-dessus).

(153) L'article 25.3 de la convention relative à la liaison de Bastia impose au délégataire d'engager des négociations portant sur l'organisation et la mise en œuvre d'un «service social et solidaire», qui concerne les types de marchandises suivants: produits de première nécessité consommables, produits de toute première urgence comme, par exemple, les produits de santé qualifiés de vitaux et/ou les produits hospitaliers du même ordre. Le service social et solidaire garantit le transport maritime de marchandises à hauteur de 1 300 ML par traversée et par jour sur le port de Bastia ([78]).

(154) L'article 26.1 précise que les usagers particuliers du service public sont des passagers résidents corses voyageant pour des raisons médicales ([79]).

(155) L'article 30 établit les principes généraux concernant la compensation des obligations de SIEG. Il prévoit notamment que:

— le délégataire se rémunère par le biais des produits de l'exploitation du SIEG et en assume les charges. Il est autorisé à proposer à titre commercial des services de transport maritime de marchandises ou de passagers dans la mesure où les conditions d'exécution du SIEG sont respectées. Les produits de l'exploitation du service commercial sont conservés par le délégataire;

— la compensation financière plafond versée par l'OTC au délégataire en contrepartie de ses obligations SIEG ne dépasse pas ce qui est nécessaire pour couvrir le coût net de l'exécution du SIEG, compte tenu d'un bénéfice raisonnable (dans le respect des règles de l'encadrement de l'Union européenne applicable aux aides d'État sous forme de compensations de service public ([80])(«encadrement SIEG»));

— la compensation financière est calculée sur la base de la méthode de répartition des coûts, et représente la différence entre les coûts et les recettes escomptés du délégataire qui sont liés à l'exécution du SIEG (tels que reproduits à l'Annexe 9 de la convention contenant le compte d'exploitation prévisionnel du délégataire), sous réserve des dispositions des articles 35.1, 37.1 et 40 sur le contrôle de toute éventuelle surcompensation;

— les coûts du SIEG à prendre en considération pour le calcul de la compensation englobent tous les coûts directs nécessaires à l'exécution du SIEG et une contribution adéquate aux coûts indirects communs à la fois au SIEG et aux activités commerciales;

— l'estimation des coûts et des recettes prévisionnelles repose sur des paramètres plausibles et observables;

— la comptabilité interne du délégataire doit indiquer séparément les coûts et les recettes liés au SIEG et ceux liés aux autres services. Le recours à la comptabilité analytique et à des clés d'imputation est rendu nécessaire pour identifier:

o les coûts relatifs à l'activité SIEG et ceux relevant de l'activité commerciale;

o étant donné la nature des trafics n'excluant pas l'utilisation de navires Ro-Pax ([81]), la répartition, au sein de l'activité SIEG, entre les activités de transport de marchandises et de transport de passagers pour les lignes concernées.

([77]) L'article 22 des CDSP précise que ces normes sont fixées par l'arrêté du 23 novembre 1987, tel que modifié par l'arrêté du 4 novembre 2011.

([78]) Observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023.

([79]) Toutefois, les articles 1 et 2 de la convention précisent que les passagers sont également les convoyeurs de fret tracté. En outre, dans leurs observations du 28 juillet 2023, les autorités françaises indiquent que pour la ligne Propriano, les passagers résidents corses et les passagers non-résidents corses font également partie du périmètre du service public. Voir considérant (141).

([80]) Communication de la Commission — Encadrement de l'Union européenne applicable aux aides d'État sous forme de compensations de service public (2011), JO C 8 du 11/01/2012, p. 15.

([81]) Voir la définition fournie au considérant (17).

(156) L'article 30 détaille également la formule de calcul de la rémunération totale du délégataire, sur la base des éléments précités.

(157) L'article 31 impose que l'équilibre économique de chaque ligne soit présenté à l'Annexe 9 soumise par le délégataire, qui détermine les prévisions d'exécution des CDSP, aux risques et périls du délégataire. Conformément à l'article 46, le délégataire remet à l'OTC dans son rapport annuel un compte d'exploitation sous le même format que le compte d'exploitation prévisionnel. La comparaison du prévisionnel et du réalisé est accompagnée d'une note explicative des écarts constatés. Le niveau de compensation réellement versé donne lieu à un remboursement de la part du délégataire, si l'analyse réalisée par l'OTC démontre que ce niveau est supérieur à celui nécessaire pour couvrir le coût net des obligations de service public compte tenu d'un bénéfice raisonnable, conformément aux articles 35.1, 37.1, 39 et 40.

(158) L'article 32 dispose que le délégataire perçoit directement l'ensemble des recettes résultant de l'exécution du SIEG, à savoir notamment:

— les recettes liées au transport de marchandises en application de la grille tarifaire définie à l'article 33.2;

— les recettes liées au transport de passagers résidents corses voyageant pour raisons médicales en application de la grille tarifaire définie à l'article 33.3 ([82]) ([83]);

— les recettes annexes issues notamment des services particuliers fournis aux convoyeurs de marchandises ou aux passagers résidents corses voyageant pour raisons médicales (restauration, bagages, jeux, etc.) par le délégataire de sa propre initiative.

(159) Par ailleurs, l'article 32 dispose également que pour les années 2023 à 2028, l'excédent du résultat commercial hors SIEG par rapport à l'Annexe 9 et tel qu'il ressort du rapport d'activités annuel visé à l'article 46 devra prioritairement être utilisé par le délégataire dans le cadre du financement des investissements de nature à privilégier les solutions techniques permettant d'alléger les niveaux d'émission de gaz à effet de serre, et plus généralement poursuivre des objectifs d'amélioration de la qualité environnementale du SIEG tel que prévu à l'article 11.2. Les excédents non utilisés au titre d'un exercice spécifique seront capitalisés jusqu'à la réalisation des investissements ou jusqu'au terme de la convention. Les excédents non utilisés seront reversés en intégralité au délégant à l'expiration normale ou anticipée de la convention. Le traitement de ces excédents fait l'objet d'un examen dans le cadre du comité environnemental, économique et juridique visé à l'article 10.1.

(160) L'article 33.2 précise que la grille tarifaire en matière de transport de marchandises dans le cadre du SIEG est fixée à l'Annexe 8, qui fournit les tarifs suivants et prévoit que pour le fret tracté, le passage du premier convoyeur est compris dans la grille tarifaire:

Tableau 27

Tarifs maximaux applicables au transport de marchandises dans le cadre des CDSP

Pour un trajet	Tarifs marchandises (en euros, hors taxes)
Le mètre linéaire de fret roulant ou conventionnel	40
Le mètre linéaire «Export» ou «Matière première» ([84])	20
Le mètre linéaire «Export +» ([85])	15
Autre type de fret	Le tarif est déterminé librement par le délégataire dans le respect de la délibération n° 19/128 de l'Assemblée de Corse ([86])

Source: observations des autorités françaises soumises le 28 juin 2023

([82]) Toutefois, dans leurs observations du 28 juillet 2023, les autorités françaises ont, comme mentionné, indiqué que pour la ligne Propriano, les passagers résidents corses et les passagers non-résidents corses font également partie du périmètre du service public. Dès lors, le délégataire perçoit également des recettes résultant des prestations liées au transport de ces passagers.

([83]) En outre, le délégataire perçoit également des recettes résultant des prestations liées au transport des convoyeurs de fret tracté (considérant (141)).

([84]) Pour les définitions des tarifs «Export» et «Matières premières», voir respectivement les notes subpaginales 13 et 14.

([85]) Pour la définition du tarif «Export +», voir la note subpaginale 15.

([86]) Voir Tableau 9.

(161) L'article 33.3 dispose que la grille tarifaire en matière de transport de résidents corses dans le cadre du SIEG est celle qui résulte de l'application de la délibération nº 19/128 de l'Assemblée de Corse du 25 avril 2019. En outre, les tarifs appliqués aux passagers non-résidents corses dans le cadre du SIEG sont déterminés librement par le délégataire mais ne peuvent pas dépasser les tarifs maximaux fixés dans ladite délibération.

Tableau 28

Tarifs applicables au transport de passagers dans le cadre des CDSP

Aller simple par personne (ou unité)	Tarifs maximaux résidents corses (en euros, hors taxes)		Tarifs non-résidents corses
Passager	Adulte	35	Les tarifs sont déterminés librement par le délégataire (ne dépassant pas les tarifs maximaux fixés dans la délibération nº 19/128 ([87]))
	Enfant	20	
Installation	Cabine hublot	51	
	Cabine intérieure	46	
	Fauteuil	7	
Véhicule	Inférieur ou égal à 4,5 m	46	
	Entre 4,5 m et 5 m	51	
	Supérieur à 5 m	56	

Source: observations des autorités françaises soumises le 28 juin 2023

(162) L'article 34.1 prévoit que le délégataire supporte l'ensemble des charges d'exploitation hors combustible (notamment le personnel, les frais de ports, les vivres à commercialiser) et qu'une marge est appliquée à ces charges d'exploitation comme déterminé à l'Annexe 9.

(163) L'article 34.2 dispose que les charges d'investissement liées aux navires sont établies sur la base de la flotte affectée par le délégataire à l'exploitation des lignes objet de la convention.

(164) L'article 35.1 dispose que la compensation financière d'exploitation et d'investissement («CFEI») versée chaque année par l'OTC au délégataire est constituée de deux composantes:

— une composante au titre des charges d'exploitation («CFE»), correspondant aux charges d'exploitation résultant de la réalisation du SIEG (hors charges de carburant et hors rotations supplémentaires), nettes des recettes générées par la réalisation du SIEG définies à l'article 31 et à l'Annexe 9. La CFE tient compte des gains d'efficience attendus par le délégataire sur la durée du contrat;

— une composante au titre des charges d'investissement («CFI») correspondant aux dotations aux amortissements et/ou aux redevances de crédit-bail et/ou au coût d'affrètement du navire affecté à l'exécution du SIEG, tel que calculé à l'Annexe 9.

(165) L'article 35.3 dispose que l'Annexe 9 est mise à jour chaque année afin de tenir compte de l'évolution de l'indice d'indexation, et il détaille la méthode de calcul de cette mise à jour, tenant compte notamment d'un gain d'efficience.

(166) L'article 36.2 prévoit que les charges de combustibles nécessaires à l'exécution des services de transport maritime (hors rotations supplémentaires) font l'objet d'un mécanisme de couverture carburant sur une durée pouvant aller jusqu'à 24 mois. Au-delà de cette période, le délégataire aura la charge de négocier un nouveau contrat de couverture en demandant au minimum trois devis. Le délégataire transmettra les devis au délégant et lui indiquera le prestataire qu'il souhaite retenir. Par dérogation, l'OTC peut, à l'échéance du contrat initial de couverture carburant, décider de la mise en place d'un mécanisme permettant la mutualisation des coûts de carburant (dans les conditions visées à l'article 11.1 précité). Ce mécanisme interviendra à la place du nouveau contrat de couverture devant être conclu par le délégataire. En outre, les variations du coût du combustible ne sont pas répercutées sur les grilles tarifaires, et le coût unitaire du combustible pris en compte dans le compte d'exploitation prévisionnel (Annexe 9) pour la période correspondante et le mécanisme associé sont détaillés à l'Annexe 10.

([87]) Id.

(167) L'article 37.1 dispose que l'OTC verse chaque année au délégataire une compensation financière liée aux charges de carburant en raison des obligations de SIEG qui lui sont imposées en matière de desserte, fréquence, régularité, continuité, tarification et qualité. La compensation financière maximale au titre des charges de carburant («CFC») est celle fixée à l'Annexe 9.

(168) Les articles 35.1 et 37.1 disposent également que dans la mesure où le délégataire utilise les navires pour proposer des activités commerciales, en dehors du SIEG, la clé d'imputation visée à l'Annexe 9 et ayant pleine valeur contractuelle permet d'établir la comptabilité analytique et de définir le montant de compensation financière forfaitaire. Cette clé d'imputation est figée pour toute la durée de la convention.

(169) Selon les informations fournies par les autorités françaises ([88]), l'imputation des coûts au SIEG et au service commercial a été opérée (et présentée aux soumissionnaires dans le cadre de la procédure d'adjudication des CDSP) sur la base des principes suivants, utilisés dans des affaires précédentes ([89]):

— les coûts directement liés au transport de passagers ou de fret sont imputés au SIEG en fonction du nombre de passagers ou de volume de fret (en ML) que les délégataires sont tenus de garantir dans le cadre des obligations de capacité minimales prévues par les CDSP.

— les coûts communs (par exemple liés au personnel, à la maintenance, au carburant, au coût d'affrètement des navires, aux amortissements, etc.), qui représentent la majorité des charges d'exploitation des délégataires, sont imputés au SIEG dans la seule proportion des capacités (exprimées en m^3 de volume) réservées sur le navire aux activités du SIEG ([90]).

(170) Comme indiqué dans le Tableau 29, dans le cadre des CDSP, les autorités françaises ont imputé en moyenne [60 — 75] % des charges d'exploitation des délégataires aux activités du SIEG, à l'exception de la CDSP concernant la ligne Marseille-Propriano dans laquelle 100 % des charges ont été attribuées au SIEG, dans la mesure où l'ensemble des services constituent un SIEG.

Tableau 29

Part des coûts imputés au SIEG dans les CDSP

Charges	Ajaccio	Bastia	Porto-Vecchio	Propriano	L'Île-Rousse
Personnel navigant	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Personnel sédentaire (à terre)	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Frais commerciaux passagers	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Frais commerciaux autos	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Frais commerciaux fret	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Manutention	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Frais de ports	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Entretien passagers	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %

([88]) Observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023.

([89]) Décision de la Commission du 28 octobre 2009 concernant l'aide d'État C 16/08 (ex NN 105/05 et NN 35/07) mise en exécution par le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord — Subventions à CalMac et NorthLink pour des services de transport maritime en Écosse, JO L 45 du 18/02/2011; et décision de l'Autorité de Surveillance AELE n° 070/17/COL du 29 mars 2017 relative à l'accord côtier portant sur l'exploitation de services de transport maritime par Hurtigruten de 2012 à 2019 (Norvège) [2018/887], JO L 158/19 du 21/06/2018.

([90]) Afin d'estimer le montant de la compensation *ex ante*, l'allocation des coûts se fera sur la base des capacités réservées. Le contrôle *ex post* (considérant (171)) sera effectué sur les capacités effectivement utilisées. Cela signifie que si les capacités SIEG réservées sont utilisées pour des transports non liés au SIEG, le montant de la compensation sera réduit de manière correspondante. Toutefois, si les capacités de SIEG restent inutilisées, l'opérateur recevra tout de même une compensation pour la mise à disposition de la capacité.

Charges	Ajaccio	Bastia	Porto-Vecchio	Propriano	L'Île-Rousse
Vivres (à commercialiser)	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Vivres pour l'équipage	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Approvisionnements	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Communication	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Assurances	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Informatique	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Impôts et taxes	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Frais de structure société délégataire	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Maintenance et entretien	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Coût de mise à disposition des navires	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Coût d'affrêtement des navires	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Charges de combustible	[…] %	[…] %	[…] %	100 %	[…] %
Moyenne pondérée	[…] %	[…] %	[…] %	**100 %**	[…] %

Source: observations des autorités françaises soumises le 28 juin 2023

(171) Par ailleurs, les articles 7, 35.1, 37.1 et 40 des CDSP prévoient qu'afin de s'assurer que la compensation financière versée par l'OTC au délégataire ne conduise pas à une surcompensation des obligations de service public au-delà du coût net de l'exécution des obligations, compte-tenu d'un bénéfice raisonnable, l'OTC réalise un contrôle annuel du calcul de la compensation. En particulier, le délégant diligentera chaque année, à la suite de la remise du rapport annuel des services, un contrôle du calcul de la compensation afin d'apprécier l'écart éventuel entre le calcul fondé sur la clé d'imputation visée à l'Annexe 9 et le calcul fondé sur une clé d'imputation qui résulterait de la réalité de l'exploitation (coûts et revenus réels, exploitation réelle des navires, etc.). En cas d'écart entre le calcul résultant de la réalité de l'exploitation et celui visé dans le compte d'exploitation prévisionnel (Annexe 9), la moitié de l'éventuel surplus de compensation versé pourra être retenue par le délégataire dans la limite de 5 % de la compensation, et le surplus sera restitué à l'OTC selon les modalités fixées par ce dernier, majoré d'intérêts de retard. En tout état de cause, la compensation ne pourra pas excéder le montant résultant de l'Annexe 9.

(172) L'article 40 ajoute également que le délégataire s'engage sur un montant de compensation au titre des charges d'exploitation résultant de la réalisation des obligations de services publics, nettes des recettes supplémentaires générées par celle-ci («CFE»). Il s'engage en outre sur un montant de compensation au titre des charges de carburant («CFC») correspondant aux charges de carburant prévisionnelles exprimées dans l'Annexe 9.

(173) Les articles 35.2 et 37.2 précisent que l'absence de réalisation d'une traversée, quelle qu'en soit la cause, donne lieu à une réfaction de la compensation correspondant à l'économie réalisée par le délégataire sur les CFEI et CFC en raison de la non-réalisation du SIEG. Le montant de réfaction ne peut être négatif.

(174) L'article 38 prévoit la compensation forfaitaire maximale pour les rotations supplémentaires («CFsup»). Cette compensation est constituée de trois composantes:

— une composante au titre des charges d'exploitation («CFEsup»), correspondant aux charges d'exploitation résultant de la réalisation d'une rotation supplémentaire (hors charges de combustible), nettes des recettes générées par une rotation supplémentaire. Elle tient compte des charges d'exploitation et des recettes sur le périmètre du SIEG, compte tenu d'un bénéfice raisonnable tels qu'escompté à l'Annexe 9;

— une composante au titre des charges d'investissement (CFIsup), correspondant aux dotations aux amortissements et/ou aux redevances de crédit-bail et/ou au coût d'affrètement du navire affecté à la réalisation des rotations supplémentaires (tel que calculé à l'Annexe 9);

— une composante au titre des charges de carburant («CFCsup»), correspondant aux charges de carburant supportées par le délégataire pour la réalisation d'une rotation supplémentaire (le montant de la CFCsup est fixé à l'Annexe 9 pour l'année 2023, et sera ajusté pour les années suivantes en fonction du prix du carburant).

(175) L'article 38 ajoute que dans son rapport annuel, le délégataire indique le coût réel de chaque rotation supplémentaire, correspondant à la différence entre les charges et recettes réelles de ladite rotation. Le délégant versera une compensation appelée «compensation réelle pour la traversée i» («Cri») correspondant au montant minimum entre le coût réel de cette rotation supplémentaire et la compensation maximale par rotation supplémentaire de la période de réalisation de la traversée.

(176) L'article 39 prévoit que le bénéfice raisonnable est déterminé conformément à l'encadrement SIEG, et qu'il correspond au ratio du «*résultat courant avant impôt et intérêts sur le périmètre SIEG*» sur le chiffre d'affaires sur le périmètre SIEG calculé à l'Annexe 9. Pour chaque ligne, le bénéfice raisonnable ne pourra dépasser 2,13 % tout au long de la durée du contrat, sauf à ce qu'une étude complémentaire indépendante, diligentée en cas de bouleversement du marché, vienne justifier la révision de ce taux.

(177) Selon les informations à sa disposition, la Commission comprend que le taux de 2,13 % est dérivé des offres financières soumises par Corsica Linea et La Méridionale, qui estimaient pour l'ensemble des routes, sur la base des comptes de résultat prévisionnels, une marge d'exploitation pour les activités liées au SIEG située entre 0,69 % (Lot 4: Propriano) et 2,13 % (Lot 3: Porto-Vecchio). Par ailleurs, les autorités françaises ont fourni à la Commission les résultats d'une étude externe commandée par la France ([91]), qui a estimé, sur la base d'un échantillon de compagnies maritimes comparables à Corsica Linea et La Méridionale ([92]), une marge d'exploitation de 7,8 %.

(178) L'article 48 prévoit que la CdC et/ou l'OTC appliqueront des pénalités en cas d'irrégularités ou d'inexécutions des CDSP. Ces pénalités sont détaillées à l'Annexe 11 aux CDSP. Elles sont payées par le délégataire concerné à travers la diminution du montant de la compensation financière due par l'OTC lors du calcul du solde, et si le solde n'est pas suffisant par paiement direct.

(179) L'Annexe 1 aux cinq CDSP 2023-2030 détaille les caractéristiques des services maritimes des CDSP. Celles-ci sont décrites à la section 3.2.1 ci-dessus. L'Annexe précise que les services comprennent pour chaque ligne un service passagers et un service marchandises.

4. **PLAINTE DE CORSICA FERRIES**

(180) Dans sa plainte du 23 mars 2023, Corsica Ferries (ou «le plaignant») considère que les mesures en cause constituent des aides d'État au sens de l'article 107, paragraphe 1, du TFUE. En particulier, Corsica Ferries considère que les mesures octroient un avantage à ses bénéficiaires que ceux-ci n'auraient pas obtenu dans des conditions normales de marché. Corsica Ferries considère par ailleurs que les mesures sont incompatibles avec le marché intérieur, en ce qu'elles contreviennent aux dispositions de la directive 2014/23/UE sur l'attribution de contrats de concession («directive 2014/23») ([93]), «*prises ensemble avec les articles 49 et 56 du TFUE*».

(181) En guise d'introduction, Corsica Ferries rappelle qu'elle a historiquement répondu à toutes les procédures d'adjudication pour l'attribution des délégations de service public de transport maritime de marchandises et de passagers au titre de la continuité territoriale entre la Corse et le port de Marseille entre 2001 et 2022.

([91]) Observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023.
([92]) L'échantillon comprend les sociétés suivantes: Brittany Ferries, Condor Ferries, Corsica Ferries, DFDS, Irish Ferries, P&O Ferries, Stena Lines, Grimaldi Group, Finnlines, Fjord Line, Tallink et Viking Line. L'étude comparative couvre, lorsque ces données étaient disponibles, les années 2017-2019.
([93]) Voir note subpaginale 73.

(182) De la même manière, le plaignant affirme avoir entendu participer à la procédure d'adjudication des CDSP 2023-2030. Cependant, Corsica Ferries a posé un certain nombre de questions au délégant durant la procédure d'adjudication des CDSP (préalablement au dépôt des offres) en vue d'obtenir de plus amples renseignements et des clarifications sur plusieurs points du règlement de consultation. Le plaignant estime toutefois que les autorités locales n'ont pas, ou insuffisamment, répondu à ses questions.

(183) Corsica Ferries a par la suite saisi le juge des référés précontractuels du tribunal administratif de Bastia d'une requête tendant à ce qu'il (i) régularise certaines clauses et obligations destinées à figurer dans les futures concessions et (ii) apporte des clarifications s'agissant de la mise en œuvre des caractéristiques minimales indiquées dans les documents de la consultation.

(184) Par une ordonnance n° 2200797 du 20 juillet 2022, le juge des référés du tribunal administratif de Bastia a considéré, pour une large part, que les difficultés soulevées par Corsica Ferries ne relevaient pas de l'office du juge des référés. Pour le reste, le juge des référés du tribunal administratif de Bastia a rejeté les manquements soulevés par Corsica Ferries au motif qu'il était, selon lui, possible pour les candidats intéressés de déposer une offre en respectant l'ensemble des prescriptions techniques imposées dans les documents de la consultation.

(185) Corsica Ferries a finalement décidé de ne pas participer à la procédure d'adjudication des CDSP, après avoir notamment estimé ne pas disposer des moyens nautiques répondant à l'ensemble des prescriptions techniques imposées par le délégant dans le cadre des CDSP.

(186) Corsica Ferries indique également que, de manière générale, les autorités françaises n'ont pas donné accès au contenu des analyses de marché qu'elles ont conduites pour déterminer le besoin de service public dans le cadre des mesures en cause, ni à la version complète des contrats et annexes signés. De ce fait, Corsica Ferries n'a pas été en mesure de contester les hypothèses et les conclusions établies dans ces analyses, ni l'essentiel du contenu des contrats et annexes.

4.1. **Existence d'une aide au sens de l'article 107, paragraphe 1, du TFUE**

(187) Corsica Ferries estime que les mesures en cause constituent des aides d'État au sens de l'article 107, paragraphe 1, du TFUE. Le plaignant insiste particulièrement sur le fait que les mesures en cause confèrent un avantage à leurs bénéficiaires, en ce qu'elles ne respectent aucun des quatre critères établis par la jurisprudence *Altmark* ([94]), à savoir la délégation d'un véritable service d'intérêt économique général au sens de l'article 106 du TFUE et la nécessité d'un mandat (premier critère), l'obligation de définir les paramètres de la compensation préalablement (deuxième critère), les principes relatifs à la nécessité d'éviter toute surcompensation (troisième critère) et les principes concernant la sélection du prestataire (quatrième critère) (considérant (266)).

4.1.1. *Non-respect du premier critère Altmark*

(188) Corsica Ferries rappelle tout d'abord qu'en matière de cabotage maritime, le premier critère de la jurisprudence *Altmark* doit être interprété à la lumière du règlement (CEE) n° 3577/92 du Conseil, du 7 décembre 1992, concernant l'application du principe de la libre circulation des services aux transports maritimes à l'intérieur des États membres («règlement cabotage») ([95]). Le Tribunal de l'Union européenne aurait d'ailleurs jugé en ce sens dans deux arrêts du 1er mars 2017 ([96]).

(189) Selon Corsica Ferries, il découle du règlement cabotage et des deux arrêts susmentionnés que la conclusion d'un contrat de service public doit nécessairement être justifiée par l'existence d'une carence démontrée de l'initiative privée, constatée à l'issue d'une analyse de l'offre et la demande.

(190) La mise en œuvre de ce principe impliquerait, concrètement, d'établir un scénario contrefactuel crédible, transparent et objectif, en vue d'analyser comment fonctionnerait le marché en l'absence de service public. Les autorités publiques seraient ainsi tenues d'apprécier, dans ce scénario contrefactuel, le niveau de l'offre de l'initiative privée en l'absence de service public, et de déterminer ensuite si cette offre serait suffisante pour répondre à la demande identifiée.

([94]) Arrêt du 24 juillet 2003, Altmark Trans GmbH, C-280/00, EU:C:2003:415.
([95]) Règlement n° 3577/92 du Conseil du 7 décembre 1992 concernant l'application du principe de la libre circulation des services aux transports maritimes à l'intérieur des États membres (cabotage maritime), JO L 364 du 12/12/1992, p. 7.
([96]) Arrêts du Tribunal du 1er mars 2017, SNCM I, T-366/13, EU:T:2017:135, et SNCM II, T-454/13, EU:T:2017:134.

(191) Dans son courriel daté du 20 décembre 2023, Corsica Ferries a fourni les résultats d'une étude du 14 décembre 2023 réalisée par le cabinet Berkeley Research Group (et mandatée par Corsica Ferries), portant sur l'évaluation des méthodes utilisées par les autorités françaises pour évaluer le besoin de service public en matière de transport maritime entre la Corse et le continent français pour la période 2023-2030.

(192) À cet égard, Corsica Ferries considère, dans son courriel du 20 décembre 2023, que les autorités françaises n'ont pas établi un véritable scénario contrefactuel tenant compte des capacités réellement développées par les opérateurs privés, y compris les délégataires des CDSP, en l'absence de ces dernières. Elle estime que l'analyse conduite par les autorités françaises ne tient pas compte (i) des capacités additionnelles qui seraient déployées depuis les ports de Toulon et de Nice vers la Corse en l'absence de CDSP depuis le port de Marseille et (ii) des capacités qui seraient offertes par les compagnies délégataires depuis le port de Marseille vers la Corse en l'absence des CDSP.

(193) Corsica Ferries considère en l'espèce que l'existence d'un besoin de service public concernant (i) les passagers (y compris médicaux et convoyeurs), et (ii) les rotations reprogrammables ([97]) et/ou les rotations supplémentaires ([98]), ne peut pas être sérieusement démontrée, pour les cinq liaisons concernées par les CDSP.

4.1.1.1. *Absence de besoin de service public pour les passagers*

(194) Selon Corsica Ferries, les obligations de service public imposées aux bénéficiaires dans le cadre des CDSP, visant à garantir le transport d'un certain nombre de passagers (section 3.2.1) entre Marseille et chacun des cinq ports corses, ne sont pas justifiées dans la mesure où les autorités nationales n'ont pas démontré l'existence d'une défaillance de marché.

(195) Corsica Ferries rappelle *en premier lieu* qu'en matière de transport de passagers à destination de la Corse, les ports de Marseille et de Toulon sont entièrement substituables du point de vue des passagers, ainsi que l'aurait jugé la Commission européenne ([99]), le Tribunal de l'Union européenne ([100]), l'Autorité de la concurrence française ([101]), la cour administrative d'appel de Marseille ([102]) et le tribunal administratif de Bastia ([103]). Cela signifie, selon Corsica Ferries, que les autorités nationales devaient analyser la carence de l'initiative privée non pas séparément pour chacun des ports de Marseille et de Toulon, mais sur la base de l'offre privée globale déployée dans ces deux ports à destination des ports corses.

(196) Or, Corsica Ferries avance que son offre de transport maritime depuis le port de Toulon suffirait largement à couvrir l'ensemble de la demande des passagers (et leurs véhicules) depuis Marseille/Toulon vers les ports d'Ajaccio et de Bastia ([104]).

(197) En se contentant d'analyser la carence de l'offre privée uniquement entre le port de Marseille et les ports corses, sans prendre en compte l'offre privée déployée au port de Toulon (substituable au port de Marseille), les autorités françaises auraient commis une erreur manifeste d'appréciation.

(198) *En deuxième lieu*, Corsica Ferries considère que les ports de Propriano et d'Ajaccio sont également substituables s'agissant du transport de passagers (et de leurs véhicules) à destination du continent. De la sorte, les liaisons Propriano-Marseille, Ajaccio-Marseille et Ajaccio-Toulon seraient équivalentes du point de vue des passagers.

(199) D'après le plaignant, il n'existerait pas de différence significative, pour les passagers réalisant une traversée avec leur véhicule (92 % des passagers se déplacent avec leur véhicule selon Corsica Ferries), à voyager depuis les ports d'Ajaccio et de Propriano, qui ne sont éloignés que de 70 km. Par ailleurs, les autorités nationales elles-mêmes auraient reconnu la substituabilité de ces deux ports dans le cadre de l'expertise ordonnée par la cour administrative d'appel de Marseille dans son arrêt avant dire droit n° 17MA01582-17MA01583 du 12 février 2018, pour déterminer le montant de l'indemnité à la charge de la CdC en raison du préjudice subi par Corsica Ferries du fait des aides illégales versées dans le cadre de la CDSP 2007-2013 ([105]). Enfin, Corsica Ferries avance que la substituabilité entre les ports d'Ajaccio et de Propriano est confirmée par les obligations de fréquence

([97]) Voir considérant (148).
([98]) Voir considérant (149).
([99]) Décision de la Commission européenne du 2 mai 2013 relative à l'aide d'État SA.22843, JO L 220 du 17/08/2013, p. 20, notamment point 160.
([100]) Arrêt précité dans l'affaire T-366/13, notamment points 151 et 168.
([101]) Avis n° 12-A-05 du 17 février 2012 de l'Autorité de la concurrence française relatif au transport maritime entre la Corse et le continent.
([102]) Arrêt de la cour administrative d'appel de Marseille du 22 février 2021, n° 17MA01582.
([103]) Jugement du tribunal administratif de Bastia du 7 avril 2015, SNCM, n° 1100533.
([104]) Selon les données fournies par Corsica Ferries, l'offre qu'elle propose au port de Toulon (à destination d'Ajaccio et de Bastia) représenterait en moyenne (sur les cinq dernières années) plus du double de la demande totale en passagers (et leurs véhicules) depuis Marseille/Toulon vers les ports d'Ajaccio et de Bastia.
([105]) Corsica Ferries indique que l'expert judiciaire mandaté par la juridiction nationale pour évaluer les dommages subis par Corsica Ferries aurait conclu à la substituabilité des ports d'Ajaccio et de Propriano, sans que cela ne soit disputé par les parties en cause (à savoir la CdC et Corsica Ferries).

imposées dans le cadre des CDSP. En effet, alors que les délégataires sont tenus d'effectuer une liaison quotidienne entre Marseille et Ajaccio, ils ne sont tenus d'effectuer que trois rotations hebdomadaires entre Marseille et Propriano. De la sorte, selon Corsica Ferries, les passagers embarquant habituellement à Propriano doivent nécessairement se rendre à Ajaccio pour se rendre sur le continent les jours où aucune rotation n'est réalisée au port de Propriano.

(200) Cela signifie, selon Corsica Ferries, que les autorités nationales devaient analyser la carence de l'initiative privée non pas séparément pour chacun des ports de Propriano et d'Ajaccio, mais sur la base de l'offre privée globale déployée dans ces deux ports à destination des ports continentaux.

(201) Or, Corsica Ferries avance que son offre de transport maritime entre Ajaccio et Toulon suffirait à couvrir l'ensemble de la demande des passagers (et leurs véhicules) depuis Ajaccio/Propriano vers les ports de Toulon ou Marseille (ceux-ci étant également substituables) ([106]).

(202) En se contentant d'analyser la carence de l'offre privée uniquement entre les ports de Propriano et de Marseille, sans prendre en compte l'offre privée déployée au port d'Ajaccio (substituable au port de Propriano) à destination de Toulon (substituable au port de Marseille), les autorités françaises auraient commis une erreur manifeste d'appréciation.

(203) *En troisième lieu*, Corsica Ferries souligne que l'absence de besoin de service public en matière de transport de passagers est d'autant plus justifiée que la CdC elle-même, dans une étude d'analyse de marché conduite en mai 2018, avait conclu qu'il n'existait plus de besoin de service public pour le transport de passagers entre quatre des cinq ports corses et le continent, dans la mesure où l'initiative privée était capable de couvrir l'ensemble de la demande des utilisateurs.

(204) Corsica Ferries renvoie également aux conclusions de l'Autorité de la concurrence française, au paragraphe 379 de son avis n° 20-A-11 du 17 novembre 2020 relatif au niveau de concentration des marchés en Corse et son impact sur la concurrence locale, qui considèrent selon elle que les tests de marché réalisés par la CdC en 2018-2019 ne démontrent pas, de façon objective, de carence de l'initiative privée qui justifierait le maintien des passagers et de leurs véhicules dans le champ des délégations de service public. Cette même considération aurait été partagée par le tribunal administratif de Bastia dans un jugement du 7 janvier 2021 précité.

(205) Dans son courriel daté du 13 octobre 2023, Corsica Ferries relève par exemple que pour les mois de juillet, août et septembre 2023, Corsica Linea aurait mis en vente des billets pour des traversées commerciales (c'est-à-dire en dehors du cadre des CDSP afférentes) entre Marseille et les ports de Propriano, L'Île-Rousse et Ajaccio. Selon le plaignant, ces traversées commerciales remettent en question la nécessité de prévoir des CDSP pour ces liaisons, ainsi que des rotations reprogrammables, puisque le délégataire de service démontre être capable d'opérer ces traversées sans subvention publique. Corsica Ferries souligne en outre que cette offre commerciale s'inscrit dans un contexte où, selon les statistiques publiées par la Chambre d'industrie et de commerce de Corse, Corsica Linea et La Méridionale ont connu un accroissement du nombre de passagers transportés (respectivement + 19 % et + 20 % pour le mois d'août 2023) tandis que Corsica Ferries voyait le sien diminuer de 12 % pour la même période.

(206) *En quatrième lieu*, Corsica Ferries estime que les autorités françaises ne démontrent pas le besoin spécifique de service public pour le transport de passagers médicaux.

(207) Selon le plaignant, la quasi-totalité des déplacements pour des raisons médicales entre la Corse et le continent s'effectuerait par voie aérienne, celle-ci présentant beaucoup plus d'avantages, notamment en termes de confort et de temps de trajet, pour des personnes voyageant pour des raisons médicales. Par ailleurs, les caractéristiques du transport maritime seraient incompatibles avec (i) les contraintes d'organisation des résidents se déplaçant pour des raisons médicales et de leurs accompagnants (garde d'enfant, absence au travail, etc.) ([107]), et/ou (ii) l'état de santé du passager voyageant pour des raisons médicales (aller-retour).

(208) En tout état de cause, à supposer que de rares passagers voyageant pour des raisons médicales empruntent les liaisons maritimes de Marseille vers Ajaccio ou Bastia, aucun élément ne permettrait de remettre en cause la substituabilité des ports de Toulon et de Marseille pour ces passagers.

(209) En effet, Corsica Ferries considère qu'il est indifférent pour des résidents corses voyageant pour des raisons médicales avec leur véhicule, et qui ont déjà effectué une traversée de 12 heures en bateau, d'arriver à Marseille ou à Toulon, ces deux villes étant distantes de 45 minutes à peine en voiture. Un trajet de 45 minutes en voiture depuis Toulon, pour se rendre vers un établissement de soin situé dans la région marseillaise, ne constituerait pas

([106]) Selon les données fournies par Corsica Ferries, l'offre qu'elle propose au port d'Ajaccio (à destination de Toulon) représenterait en moyenne (sur les cinq dernières années) plus du double de la demande totale en passagers (et leurs véhicules) depuis Ajaccio/Propriano vers les ports de Marseille et de Toulon.

([107]) Corsica Ferries estime que se rendre à un rendez-vous médical par voie maritime implique, en cumulé, 20 à 24 heures de traversée en bateau et un déplacement (pour le passager) loin du domicile de 2 jours consécutifs.

un obstacle pour ces passagers. En outre, dans le contexte de l'irruption du virus de la COVID-19, les autorités nationales ont drastiquement limité le transport de passagers entre la Corse et le continent, n'autorisant que le transport de certaines personnes (personnel soignant, militaires, pompiers ou techniciens) et les déplacements justifiés par des motifs impérieux. Or, Corsica Ferries affirme avoir été l'unique opérateur, durant cette période, à avoir transporté des passagers (autorisés à se déplacer) entre le continent et la Corse, les délégataires Corsica Linea et La Méridionale ayant décidé d'opérer exclusivement des services de fret maritime entre Marseille et la Corse.

(210) Ces éléments démontreraient ainsi la substituabilité entre les ports de Toulon et Marseille concernant les passagers voyageant pour des raisons médicales à destination du continent. Il s'ensuit que les autorités françaises auraient commis une erreur manifeste d'appréciation.

(211) *En cinquième lieu*, le plaignant estime que les autorités françaises ne démontrent pas le besoin spécifique de service public pour le transport de convoyeurs avec leur tracteur et semi-remorque, dans le cadre du transport de fret tracté.

(212) Selon Corsica Ferries, les ports de Marseille et de Toulon seraient parfaitement substituables pour le transport de cette catégorie de passagers. En effet, le port continental de départ (Toulon ou Marseille) serait totalement indifférent pour les convoyeurs dont les plateformes logistiques se situent dans la région marseillaise ou le couloir rhodanien (Miramas, Salon, Avignon). Il serait ainsi tout à fait indifférent pour un convoyeur voyageant avec son tracteur et sa semi-remorque de se rendre ou d'arriver à Marseille ou à Toulon, ces deux villes étant, comme indiqué, distantes de 45 minutes. La situation d'un convoyeur voyageant avec son tracteur et sa semi-remorque serait purement identique à celle d'un passager voyageant avec sa voiture.

(213) Par ailleurs, Corsica Ferries précise qu'elle transporte, depuis Toulon, autant de convoyeurs que Corsica Linea et La Méridionale depuis Marseille ([108]).

(214) En outre, l'étude fournie par Corsica Ferries dans son courriel du 20 décembre 2023 révélerait que l'analyse conduite par les autorités françaises ne prend pas en compte la distinction entre le fret tracté accompagné et le fret tracté non accompagné. Selon l'étude, les ports de Toulon et Marseille seraient entièrement substituables pour le fret tracté accompagné dans la mesure où la demande pourrait facilement se reporter d'un port à un autre. Or, la prise en compte d'un report plus important du fret tracté accompagné de Marseille vers Toulon ou Nice conduirait à une baisse de la demande de transport pour le port de Marseille, et donc du besoin de service public.

(215) De la sorte, les autorités françaises auraient dû selon elle évaluer la carence de l'offre privée en se basant sur l'offre globale proposée depuis les ports de Marseille et de Toulon à destination de la Corse, et non sur l'offre privée déployée dans chacun des deux ports. En omettant d'effectuer une telle analyse, les autorités françaises auraient commis une erreur manifeste d'appréciation.

(216) Corsica Ferries formule également plusieurs remarques supplémentaires relatives aux obligations de service public fixées par les CDSP:

— De manière inexplicable et injustifiée, le besoin de service public pour le transport de convoyeurs aurait triplé dans le cadre des CDSP par rapport aux contrats de service public précédents ([109]).

— Le délégant aurait fixé une capacité minimale d'emport à plus de 12 passagers sur Ajaccio et Bastia, ce nombre constituant la ligne de partage entre (i) les navires de passagers (pouvant également transporter des marchandises) («Ro-Pax») et (ii) les navires dédiés au transport de marchandises, de type roulier ou «Ro-Ro» ([110]), dont la capacité de transport de passagers est limitée à 12 passagers ([111]). Cela permettrait aux délégataires de développer, grâce à des subventions publiques, une offre commerciale à destination de l'ensemble des passagers (y compris les touristes).

([108]) Par exemple, Corsica Ferries indique avoir transporté 5 947 convoyeurs en 2020 (4 984 en 2021) entre Toulon et Ajaccio, contre 5 232 entre Marseille et Ajaccio (6 973 en 2021).

([109]) Corsica Ferries relève par exemple que pour la liaison Marseille-Ajaccio, la capacité d'emport de convoyeurs minimale est fixée à 14 passagers par traversée dans la CDSP, alors qu'elle n'était que de 4 passagers dans la délégation de service public 2021-2022 et de 5,47 dans la délégation de service public 2019-2020. De même, pour la liaison entre Bastia et Marseille, la capacité d'emport de convoyeurs minimale est fixée à 19 passagers par traversée dans la CDSP, alors qu'elle n'était que de 5,88 en 2021-2022 et 5,46 en 2019-2020.

([110]) Voir considérant (17).

([111]) Selon la règle 2 de la convention internationale sur la sauvegarde de la vie humaine en mer du 1er novembre 1974 (dite convention «*Solas*»), un navire de passagers est défini comme tout navire pouvant transporter plus de 12 passagers, tandis qu'un navire de marchandises est défini comme tout navire ne constituant pas un navire de passagers, c'est-à-dire ayant une capacité d'emport inférieure à 12 passagers.

— Par ailleurs, selon l'étude fournie par Corsica Ferries dans son courriel du 20 décembre 2023, cette capacité minimale d'emport a été fixée par référence au pic mensuel le plus élevé attendu en 2030, sans tenir compte des rotations reprogrammables et supplémentaires, et alors même que le trafic de passagers stagne depuis 2017. Il en résulterait que les capacités minimales d'emport seraient disproportionnées au regard du besoin de service public, et qu'en tout état de cause, les rotations reprogrammables et supplémentaires seraient inutiles dans la mesure où les capacités minimales d'emport couvriraient déjà le pic maximum de demande attendu.

— De surcroît, Corsica Ferries nourrit certains doutes quant à la capacité des délégataires à respecter les obligations de service public contenues dans les CDSP. Par exemple, Corsica Ferries indique que pour opérer ces traversées aux mois de juillet et août 2023, Corsica Linea a affrété un navire appartenant à La Méridionale, le Kalliste, que cette dernière est pourtant tenue de mettre à disposition de l'OTC pour effectuer des rotations supplémentaires à la demande de l'OTC dans le cadre des CDSP portant sur les dessertes maritimes de Porto-Vecchio et Bastia. Or, sans ce navire, La Méridionale ne pouvait répondre aux instructions contractuelles de l'OTC, si la nécessité de telles traversées supplémentaires s'était imposée entre juillet et août 2023.

— La fixation d'une capacité minimale d'emport de passagers à plus de 12 passagers constituerait une méconnaissance du principe de proportionnalité dans le cadre de la définition des obligations de service public. Si la capacité d'emport de passagers avait été de 12 passagers maximum, le délégataire aurait pu mobiliser des navires Ro-Ro bien moins onéreux en coût de capital et en charges d'exploitation que les cargos-mixtes/Ro-Pax imposés dans le cadre des CDSP ([112]);

— La Commission européenne aurait émis en substance les mêmes critiques que celles exposées par le plaignant ci-dessus lors de l'ouverture de l'enquête approfondie dans le cadre de l'affaire SA.49207 ([113]).

4.1.1.2. *Absence de besoin de service public pour les rotations reprogrammables et les rotations supplémentaires*

(217) Corsica Ferries considère que l'existence de rotations reprogrammables et supplémentaires (telles que présentées à la section 3.2.1 et aux considérants (148) et (149)) méconnaît le règlement cabotage et ne répond à aucun besoin de service public préalablement identifié.

(218) En effet, le règlement cabotage interdirait aux États membres de modifier, à leur guise et sans justification, le périmètre du contrat de service public. Or, en l'espèce, le délégant n'aurait pas été en mesure d'identifier un besoin de service public, faute de définir (i) la période de réalisation de ces rotations reprogrammables et supplémentaires et (ii) le nombre exact de rotations supplémentaires à réaliser (ces rotations étant facultatives).

(219) En outre, Corsica Ferries souligne que, pour chacune des cinq liaisons concernées par les mesures en cause, les rotations fixes («de base») suffisent largement à couvrir l'estimation du besoin de service public réalisée par le délégant sur la période 2023-2030, de sorte que les rotations reprogrammables et supplémentaires paraissent superflues.

(220) Corsica Ferries ajoute également que, dans leurs offres soumises aux autorités corses, Corsica Linea et La Méridionale auraient déjà défini elles-mêmes les jours de réalisation des rotations reprogrammables et supplémentaires, pour toute la durée des CDSP. Ainsi, selon Corsica Ferries, les délégataires seraient libres de définir les jours pour effectuer les rotations reprogrammables ou supplémentaires, de sorte que ces rotations ne répondraient pas à un besoin de service public préalablement identifié par le délégant lui-même. Par ailleurs, ces traversées seraient exclusivement opérées en période estivale, et seraient proposées avant tout le week-end, c'est-à-dire à destination des touristes (puisque les convoyeurs sont interdits de circulation le dimanche). Plus largement, Corsica Ferries indique que ces rotations ressemblent au service complémentaire établi dans le cadre de la CDSP 2007-2013, dont la Commission avait considéré le financement comme constituant une aide d'État incompatible avec le marché intérieur ([114]).

4.1.2. *Non-respect du deuxième critère Altmark*

(221) Corsica Ferries considère que le deuxième critère *Altmark* n'est pas respecté pour trois raisons.

([112]) Corsica Ferries estime que l'obligation d'emport de plus de 12 passagers par traversée sur la liaison Marseille-Ajaccio et sur la liaison Marseille-Bastia conduit à un surcoût pour la CdC respectivement de plus de 18 millions d'euros et 20 millions d'euros par an, par rapport à l'utilisation de navires Ro-Ro.

([113]) Voir considérant (34).

([114]) Arrêt précité du 1er mars 2017, SNCM II, ibid.

(222) *En premier lieu*, les autorités corses ne justifieraient pas d'un besoin de service public pour le transport de passagers et pour la mise en place de rotations reprogrammables et/ou supplémentaires. Du fait que ces exigences de service public imposent l'utilisation de navires de cargo-mixtes (au lieu des navires Ro-Ro pouvant transporter exclusivement du fret, moins coûteux), la compensation publique n'aurait pas été établie sur la base de paramètres de calcul établis de façon objective et transparente.

(223) *En deuxième lieu*, Corsica Ferries considère que les paramètres de calcul de la compensation ne permettent pas de conclure que seuls les coûts directement liés à la prestation du service public sont pris en compte. Sur la base d'une analyse des offres soumises par les candidats à l'attribution des CDSP, Corsica Ferries estime que les informations disponibles sur l'identification des coûts directement liés à l'exécution du service public ne permettent pas de s'assurer que les clés d'imputation retenues sont suffisamment robustes pour garantir l'absence de surcompensation des délégataires.

(224) En particulier, Corsica Ferries considère que chaque clé d'imputation est définie de manière contractuelle, selon l'analyse de chaque candidat, sans qu'aucune analyse indépendante n'ait été conduite par le délégant. Par ailleurs, les deux bénéficiaires n'auraient pas proposé les mêmes clés d'imputation dans le cadre de leurs offres soumises pour des lots pourtant identiques.

(225) *En troisième lieu*, aucun des bénéficiaires n'aurait précisé, selon le plaignant, les justifications appuyant leur clé d'imputation des charges, ni dans leurs offres, ni dans les CDSP ultérieurement signées ([115]). L'absence de ces justifications aurait pourtant été soulevée par le délégant lui-même à diverses reprises dans le rapport d'analyse des offres initiales.

4.1.3. *Non-respect du troisième critère Altmark*

(226) Selon Corsica Ferries, les mesures en cause ne respectent pas le troisième critère *Altmark*, du fait de l'absence de mécanisme efficace permettant de garantir que les bénéficiaires ne recevront aucune surcompensation, et ce, pour deux raisons.

(227) *En premier lieu*, Corsica Ferries indique que le chiffre d'affaires dérivé de l'activité commerciale des navires n'est pas pris en compte dans le calcul du bénéfice raisonnable prévu pour les activités de service public. Cette omission entraînerait donc une surcompensation des bénéficiaires.

(228) *En deuxième lieu*, Corsica Ferries indique que, n'ayant pas accès à la version confidentielle des dispositions financières des CDSP, elle n'est pas en mesure de s'assurer que le bénéfice raisonnable sera toujours limité à 2,13 % ([116]).

4.1.4. *Non-respect du quatrième critère Altmark*

(229) Corsica Ferries considère que la procédure d'adjudication des CDSP n'a pas permis de sélectionner, dans des conditions transparentes et non-discriminatoires, les candidats capables de fournir le service au moindre coût, et ce, pour quatre raisons.

(230) *En premier lieu*, Corsica Ferries avance qu'il existait plusieurs «barrières à l'entrée» tendant à favoriser les délégataires sortants et l'empêchant de déposer utilement une offre. Corsica Ferries fait référence à deux barrières en l'espèce.

(231) Tout d'abord, le plaignant souligne la durée très courte qui s'est écoulée entre la date d'attribution des CDSP (en l'espèce, le 21 décembre 2022) et la date de début des services (le 1er janvier 2023), alors qu'il est acquis selon elle qu'en matière de transport maritime, un délai de six mois au moins entre ces deux dates est nécessaire afin de pouvoir ouvrir les réservations suffisamment à l'avance et être en mesure de redéployer la flotte pour répondre aux exigences du service public. Une telle brièveté entre la date d'attribution des CDSP et le début de mise en service ne pouvait que, selon le plaignant, favoriser les délégataires sortants, et était de nature à limiter la participation d'autres concurrents tels que lui.

(232) Ensuite, Corsica Ferries relève l'existence de prescriptions techniques selon elle non justifiées par les besoins du service public, de nature à limiter le nombre de candidats participant à la procédure d'adjudication. Corsica Ferries fait ici référence à l'impossibilité pour les candidats de présenter des navires de type «Ro-Ro» plutôt que des navires de type cargo-mixtes. En outre, et surtout, la procédure d'adjudication des CDSP imposait aux candidats de

([115]) Par exemple, Corsica Ferries explique que pour la desserte d'Ajaccio, l'offre du Groupement Corsica Linea — La Méridionale ne précise pas ce que recouvrent concrètement les coûts de mise à disposition et d'affrètement des navires, ce que relève également le rapport d'analyse des offres initiales. Aucune information ne serait fournie concernant la clé d'imputation entre les activités de service public et les activités commerciales, s'agissant d'autres charges comme les charges de personnel, les frais de ports, les vivres pour l'équipage, les assurances, etc.

([116]) Corsica Ferries souligne que le délégant ne lui a transmis que les versions non-confidentielles des CDSP, occultant une grande partie des dispositions financières.

recourir à un ou deux navires supplémentaires, par lot ([117]), pour répondre aux exigences des rotations reprogrammables et supplémentaires, ces rotations étant effectuées en cours d'exécution des CDSP 2023-2030, à la demande du délégant, dans un délai de prévenance d'une semaine minimum. Selon Corsica Ferries, cela revenait de fait pour les candidats à mobiliser en permanence, pour l'ensemble des lots, sept navires supplémentaires tout au long de l'exécution des CDSP, sans prévisibilité (délai de prévenance d'une semaine minimum), sans garantie d'utilisation (puisque ces rotations sont à la discrétion du délégant) et sans possibilité pour l'opérateur d'utiliser ces navires pour d'autres services (puisque les navires doivent pouvoir être mobilisés à tout moment pour garantir les rotations). Cette contrainte est la raison principale pour laquelle Corsica Ferries n'aurait pas participé à la procédure d'adjudication des CDSP.

(233) *En deuxième lieu*, Corsica Ferries dénonce le comportement discriminatoire du délégant dans le cadre de la procédure d'adjudication des CDSP, qui aurait manifesté une volonté de favoriser les délégataires sortants, pour les motifs indiqués aux considérants (244) à (248).

(234) *En troisième lieu*, les critères d'attribution des offres ne permettaient pas de sélectionner le candidat capable de fournir le service au moindre coût. Corsica Ferries relève en effet que le critère d'attribution des offres relatif à la compensation financière a été pondéré à 20 % seulement, de sorte que la procédure d'adjudication n'était, selon elle, pas fondée sur le prix de l'offre économiquement la plus avantageuse.

(235) *En dernier lieu*, Corsica Ferries considère que le faible nombre de candidats ayant participé à la procédure d'adjudication des CDSP (un ou deux candidats par lot) révèle l'absence de concurrence réelle. Par ailleurs, dans le cadre des lots où deux offres ont été déposées (Lots 3 et 4), Corsica Ferries indique que l'un des deux candidats a systématiquement déposé une offre «couverture», c'est-à-dire une offre irrégulière ne répondant pas aux prescriptions techniques de l'Annexe 1, de sorte qu'aucune concurrence effective n'ait eu lieu.

(236) Enfin, Corsica Ferries considère que le délégant n'a effectué aucune analyse préalable des coûts qu'une entreprise moyenne, bien gérée et adéquatement équipée, aurait encourus pour assurer le service, afin de déterminer le montant de compensation.

4.2. **Incompatibilité des mesures avec le marché intérieur**

(237) Outre l'absence de démonstration d'un besoin réel de service public pour le transport de passagers et pour les rotations reprogrammables ou supplémentaires, qui entraîne selon elle l'incompatibilité des mesures au regard des dispositions du droit des aides d'État, Corsica Ferries considère également que les mesures ne peuvent être déclarées compatibles avec le marché intérieur dans la mesure où elles enfreignent les dispositions de la directive 2014/23.

(238) Corsica Ferries invoque deux manquements à la directive 2014/23.

4.2.1. *Violation des principes d'égalité de traitement, de non-discrimination et de transparence (article 3 de la directive 2014/23)*

(239) Selon Corsica Ferries, l'article 3 de la directive 2014/23 impose que, lorsqu'un délégant définit des exigences ou caractéristiques minimales dans le cadre d'une procédure d'adjudication, les candidats ont l'obligation de les respecter, et le délégant, quant à lui, a réciproquement l'obligation de rejeter toute offre ne respectant pas lesdites caractéristiques minimales, dans la mesure où il ne saurait disposer d'une marge de manœuvre ou d'une liberté de choix illimitée.

(240) En ce sens, Corsica Ferries affirme, d'une part, avoir été confrontée à de nombreux obstacles rendant impossible sa candidature.

(241) Le premier obstacle résulte de l'obligation de mobiliser, selon les liaisons concernées, deux ou quatre navires disposant d'une capacité minimale de transport de passagers (au-delà de 12 sur Ajaccio et Bastia) et de cabines, dont deux cabines pour les PMR, dans les délais requis de l'appel d'offres.

(242) Le deuxième obstacle concerne les exigences relatives à la mobilisation de navires supplémentaires pour effectuer les rotations reprogrammables et les rotations supplémentaires. Corsica Ferries avance que les candidats étaient contraints de mobiliser un navire exclusivement dédié à la réalisation des rotations reprogrammables et supplémentaires, sans que ces navires puissent être affectés à une autre activité (dans la mesure où ces rotations doivent pouvoir être réalisées à tout moment).

([117]) Corsica Ferries indique que chacun des cinq lots requérait la mobilisation de deux navires pour effectuer les rotations fixes prévues dans les CDSP, ainsi que d'un ou deux navires supplémentaires (selon les lots) pour être en mesure de réaliser, à tout moment, les rotations reprogrammables et supplémentaires à la demande de la CdC.

(243) Or, d'après Corsica Ferries, en l'absence de prévisibilité sur l'exécution de ces rotations, il était impossible pour Corsica Ferries de remplir correctement un bordereau des prix, ni même de trouver un équilibre économique pour la mobilisation d'un navire dédié uniquement à l'exécution d'un nombre faible et imprévisible de rotations. De telles exigences ont donc, selon elle, fait peser sur le futur délégataire des contraintes économiques insurmontables empêchant de déposer utilement des offres.

(244) D'autre part, Corsica Ferries soutient que le délégant a modifié les caractéristiques minimales de la procédure d'adjudication, pour chacun des lots, afin de retenir des offres qui ne respectaient pourtant pas les prescriptions techniques de l'Annexe 1 aux CDSP.

(245) Ce constat découlerait de la lecture du rapport d'analyse des offres initiales du délégant. Il ressortirait de ce rapport que les candidats auraient fixé eux-mêmes le jour de réalisation des rotations reprogrammables et supplémentaires; en auraient d'ailleurs réduit le nombre imposé; auraient modifié eux-mêmes les horaires de traversées les dimanches et lundis en période hivernale; et auraient mobilisé des navires pour les rotations reprogrammables et supplémentaires qui ne respectaient pas toutes les prescriptions de l'Annexe 1 aux CDSP.

(246) Ainsi, le plaignant estime de fait que Corsica Linea et La Méridionale ne disposaient pas de l'ensemble des moyens nautiques leur permettant d'exploiter l'ensemble des lignes pour lesquelles, seules ou en Groupement, elles ont déposé une offre, en méconnaissance du règlement de la consultation.

(247) Le délégant aurait cependant accepté de modifier les caractéristiques minimales de la consultation au cours des négociations, afin de permettre à ces candidats de déposer leurs offres, en méconnaissance des principes d'égalité de traitement des candidats et de transparence. Une telle modification, selon Corsica Ferries, n'était pas permise, dans la mesure où, selon la jurisprudence de la Cour de justice de l'Union européenne, ce n'est qu'exceptionnellement que le délégant peut se voir reconnaître la possibilité de corriger ou de compléter ces documents, c'est-à-dire lorsqu'ils «*nécessitent une simple clarification ou dans le but de corriger des erreurs matérielles manifestes, sous réserve d'en informer l'ensemble des soumissionnaires*» ([118]). Or, tel n'était pas le cas en l'espèce. Par ailleurs, et en tout état de cause, il résulterait également de la jurisprudence de la Cour que, si des modifications devaient être admises, elles ne pourraient intervenir qu'«*avant la présentation des offres par les soumissionnaires*», ce qui n'aurait pas été, là encore, le cas en l'espèce.

(248) Ces modifications sont d'autant plus dommageables pour Corsica Ferries, dans la mesure où elle avait pourtant posé au délégant des questions portant spécifiquement sur les prescriptions techniques prévues à l'Annexe 1 (capacités d'emport, horaires, cabines PMR) et les modalités opérationnelles et économiques de réalisation des rotations reprogrammables et supplémentaires. Le délégant aurait répondu à cette occasion que les prescriptions techniques prévues par l'Annexe 1 constituaient une caractéristique minimale exclue de la négociation, et qu'il était impératif pour les candidats de déposer une offre respectant l'ensemble des prescriptions techniques de l'Annexe 1. En outre, les questions posées par Corsica Ferries et les réponses apportées par le délégant ont été transmises à Corsica Linea et à La Méridionale (et leur Groupement) dans le cadre de la procédure d'adjudication, de sorte que ces dernières étaient au courant de la nécessité de respecter scrupuleusement ces prescriptions techniques.

4.2.2. *Durée excessive et injustifiée des CDSP (violation de l'article 18 de la directive 2014/23)*

(249) Selon Corsica Ferries, conformément à l'article 18 de la directive 2014/23, une durée de CDSP supérieure à 5 ans est admise si et seulement si elle est «*limitée à la période au cours de laquelle on peut raisonnablement escompter que le concessionnaire recouvre les investissements consentis pour l'exploitation des travaux et des services et obtienne un retour sur les capitaux investis dans des conditions d'exploitation normales, compte tenu des objectifs contractuels spécifiques à la réalisation desquels le concessionnaire s'est engagé pour respecter les exigences concernant, par exemple, la qualité ou le prix pour les utilisateurs*» (considérant 52 de la directive 2014/23).

(250) Corsica Ferries précise que, conformément à l'article 18 de la directive 2014/23, les investissements pouvant justifier une durée de concession supérieure à 5 ans sont ceux réalisés par le délégataire pendant l'exécution de la concession. À l'inverse, ne sont pas des investissements pouvant justifier une durée de concession supérieure à 5 ans, les investissements réalisés par les candidats avant le début d'exécution de ladite concession et qui ne sont pas nécessaires pour l'exploitation de la concession.

(251) En conséquence, une durée de concession supérieure à 5 ans ne peut se justifier que s'il est mis à la charge du délégataire, par le délégant lui-même, une obligation de réaliser des investissements. Lorsque des investissements nécessaires au service public concédé sont mis à la charge du délégataire, la durée de la concession doit donc être fixée en fonction de la durée d'amortissement desdits investissements.

([118]) Arrêt du 29 mars 2012, SAG ELV Slovensko, C-599/10, EU:C:2012:191, point 40.

(252) En l'espèce, Corsica Ferries considère que les CDSP ne prévoient aucun investissement à la charge des candidats retenus, de sorte que la durée des CDSP (supérieure à 5 ans) est contraire aux dispositions de l'article 18 de la directive 2014/23. Ce point serait notamment confirmé par l'obligation faite aux candidats, selon Corsica Ferries, de disposer, dès le stade du dépôt des candidatures, de la pleine et totale disposition des navires qui seront affectés à l'exploitation de chacune des lignes maritimes des CDSP.

5. **APPRÉCIATION DES MESURES**

5.1. **Existence d'une aide au sens de l'article 107, paragraphe 1, du TFUE**

(253) Aux termes de l'article 107 paragraphe 1, du TFUE, sont incompatibles avec le marché intérieur, dans la mesure où elles affectent les échanges entre États membres, les aides accordées par les États ou au moyen de ressources d'État sous quelque forme que ce soit qui faussent ou qui menacent de fausser la concurrence en faveur de certaines entreprises ou de certaines productions.

(254) La qualification d'une mesure nationale en tant qu'aide d'État suppose donc que les conditions cumulatives suivantes soient remplies, à savoir que: 1) le ou les bénéficiaires soient des entreprises au sens de l'article 107, paragraphe 1, du TFUE, 2) la mesure en question soit octroyée au moyen de ressources d'État et soit imputable à l'État, 3) la mesure confère un avantage sélectif à son ou ses bénéficiaires et 4) la mesure en cause fausse ou menace de fausser la concurrence, et soit susceptible d'affecter les échanges entre États membres ([119]).

(255) La Commission tient à rappeler que, à supposer que les mesures en cause constituent des aides d'État au sens de l'article 107, paragraphe 1, du TFUE, ces aides seraient illégales au sens de l'article 108, paragraphe 3, du TFUE. Les autorités françaises ont en effet informé la Commission du fait que ces mesures ont déjà été mises en œuvre à partir du 1er janvier 2023 (les cinq CDSP 2023-2030 ont été signées le 23 décembre 2022) ([120]).

5.1.1. *Notions d'entreprise et d'activité économique*

(256) Selon une jurisprudence constante, la Commission doit d'abord établir si les prestataires de services sont des entreprises au sens de l'article 107, paragraphe 1, du TFUE. La notion d'entreprise comprend toute entité exerçant une activité économique, indépendamment du statut juridique de cette entité et de son mode de financement ([121]). Toute activité consistant à offrir des biens ou des services sur un marché donné constitue une activité économique ([122]).

(257) Les entreprises bénéficiaires, Corsica Linea et La Méridionale (séparément ou conjointement), sont des opérateurs engagés dans la prestation de services de transport maritime, et qui, à ce titre, exercent des activités économiques. Par conséquent, Corsica Linea et La Méridionale sont des entreprises au sens de l'article 107, paragraphe 1, du TFUE.

5.1.2. *Ressources d'État et imputabilité à l'État*

5.1.2.1. *Présence de ressources d'État*

(258) En vertu des CDSP 2023-2030, l'OTC verse des compensations financières aux opérateurs.

(259) Or il s'agit d'un organisme public. La loi nº 91-428 du 13 mai 1991 portant statut de la Collectivité territoriale de Corse telle que modifiée par la loi nº 2015-991 du 7 août 2015 ([123]) fixe les missions et prérogatives de l'OTC et rappelle qu'il est soumis à la tutelle de la CdC. Les financements qu'il accorde sont donc des ressources d'État.

(260) Au surplus, la dotation de continuité territoriale, qui est versée annuellement par l'État à la CdC, cette dernière procédant à son reversement à l'OTC, constitue la ressource principale de l'OTC. S'élevant à 187 millions euros par an, cette dotation finance le dispositif de continuité territoriale aérienne et maritime entre la Corse et le continent ([124]).

([119]) Voir, par exemple, l'arrêt du 10 janvier 2006, Ministero dell'Economia e delle Finanze/Cassa di Risparmio di Firenze, C-222/04, EU:C:2006:8, point 129.
([120]) Observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023.
([121]) Arrêt du 18 juin 1998, Commission/Italie, C-35/96, EU:C:1998:303; arrêt du 23 avril 1991, Höfner et Elser, C-41/90, EU:C:1991:161, point 21; arrêt du 16 novembre 1995, Fédération française des sociétés d'assurances/Ministère de l'agriculture et de la pêche, C-244/94, EU:C:1995:392; arrêt du 11 décembre 1997, Job Centre, C-55/96, EU:C:1997:603.
([122]) Arrêt du 16 juin 1987, Commission/Italie, C-118/85, EU:C:1987:283, point 7; arrêt précité du 18 juin 1998, Commission/Italie, C-35/96, ibid., point 36.
([123]) Loi nº 2015-991 du 7 août 2015 portant nouvelle organisation territoriale de la République, https://www.legifrance.gouv.fr/loda/id/JORFTEXT000030985460/2023-04-17/
([124]) Rapport de la chambre régionale des comptes de la Corse, 2 novembre 2021, section 2.1, publié sur le site internet de la Cour des comptes française: https://www.ccomptes.fr/fr/documents/57539

(261) La Commission considère donc que les ressources de l'OTC sont des ressources d'État.

5.1.2.2. *Imputabilité des mesures à l'État*

(262) La Commission considère que les décisions de l'OTC approuvant l'octroi des compensations financières en cause sont imputables à l'État. La Commission observe en effet que l'OTC est une autorité publique dont les décisions budgétaires sont prises par un comité d'administration composé de représentants des départements de la Corse-du-Sud et de la Haute-Corse et, à titre majoritaire, de représentants élus de l'Assemblée de Corse ([125]). Sur la base de ces éléments, la Commission estime par conséquent que les décisions de l'OTC concernant les CDSP 2023-2030 sont imputables à l'État.

5.1.3. *Existence d'un avantage*

(263) Afin d'apprécier si une mesure étatique constitue une aide à une entreprise, il convient de déterminer si l'entreprise en cause bénéficie d'un avantage économique qui lui évite de supporter des coûts qui auraient normalement dû grever ses ressources financières propres ou si elle bénéficie d'un avantage dont elle n'aurait pas bénéficié dans les conditions normales du marché ([126]).

(264) Les mesures examinées étant accordées au titre d'une délégation de service public, elles constituent un avantage pour le bénéficiaire, sauf si ces compensations respectent cumulativement les quatre critères énoncés par l'arrêt *Altmark* ([127]).

(265) Compte tenu de ce qui précède la Commission va examiner si les CDSP 2023-2030 remplissent l'ensemble des critères de l'arrêt *Altmark*.

5.1.3.1. *Sur l'application des critères Altmark à la compensation octroyée*

(266) Dans l'arrêt *Altmark*, la Cour a dit pour droit que les compensations de services publics ne procurent pas un avantage sélectif et ne constituent pas une aide au sens de l'article 107, paragraphe 1, du TFUE lorsque quatre critères sont cumulativement remplis:

— l'entreprise bénéficiaire a effectivement été chargée de l'exécution d'obligations de service public et ces obligations ont été clairement définies (critère 1);

— les paramètres sur la base desquels est calculée la compensation ont été préalablement établis de façon objective et transparente (critère 2);

— la compensation ne dépasse pas ce qui est nécessaire pour couvrir tout ou partie des coûts occasionnés par l'exécution des obligations de service public, en tenant compte des recettes y relatives ainsi que d'un bénéfice raisonnable pour l'exécution de ces obligations (critère 3);

— lorsque le choix de l'entreprise chargée de l'exécution d'obligations de service public n'est pas effectué dans le cadre d'une procédure de marché public, le niveau de la compensation nécessaire a été déterminé sur la base d'une analyse des coûts qu'une entreprise moyenne, bien gérée et adéquatement équipée en moyens de transport afin de pouvoir satisfaire aux exigences de service public requises, aurait encourus pour exécuter ces obligations, en tenant compte des recettes y relatives ainsi que d'un bénéfice raisonnable pour l'exécution de ces obligations (critère 4).

(267) Dans sa communication relative à l'application des règles en matière d'aides d'État aux compensations octroyées pour la prestation de SIEG ([128]) (ci-après «la communication SIEG»), la Commission a fourni des orientations sur les exigences relatives à la définition de ce que l'on entend par service d'intérêt économique général. Cette communication aborde les différentes exigences établies dans la jurisprudence *Altmark*, à savoir la notion de service d'intérêt économique général au sens de l'article 106 du TFUE, la nécessité d'un mandat, l'obligation de définir les paramètres de la compensation, les principes relatifs à la nécessité d'éviter toute surcompensation et les principes concernant la sélection du prestataire. À cet égard, la Commission considère notamment que les États membres ne peuvent assortir d'obligations spécifiques de service public des services qui sont déjà fournis ou peuvent l'être de façon satisfaisante et dans des conditions (prix, caractéristiques de qualité objectives, continuité et accès au service) compatibles avec l'intérêt général, tel que le définit l'État, par des entreprises exerçant leurs activités dans des conditions normales de marché ([129]).

([125]) Loi nº 91-428 du 13 mai 1991 portant statut de la Collectivité territoriale de Corse, article 74, telle que modifiée et codifiée comme article L. 4424-20 du CGCT.
([126]) Arrêt du 14 février 1990, France/Commission, C-301/87, EU:C:1990:67, points 44-45.
([127]) Points 87 à 93.
([128]) Communication de la Commission relative à l'application des règles de l'Union européenne en matière d'aides d'État aux compensations octroyées pour la prestation de services d'intérêt économique général, adoptée par la Commission le 20 décembre 2011, JO C 8 du 11/01/12, p. 4.
([129]) Communication SIEG, point 48.

5.1.3.2. *Obligations de service public clairement définies (critère 1)*

5.1.3.2.1. *Rappel du cadre juridique applicable*

(268) La première condition établie par l'arrêt *Altmark* prévoit la définition de la mission d'un SIEG. Cette exigence coïncide avec celle de l'article 106, paragraphe 2, du TFUE ([130]). Il résulte de l'article 106, paragraphe 2, du TFUE que les entreprises qui assument la gestion de SIEG sont des entreprises chargées d'une «*mission particulière*». En règle générale, une «*mission de service public particulière*» implique la prestation d'un service qu'un opérateur, s'il considérait son propre intérêt commercial, n'assumerait pas ou n'assumerait pas dans la même mesure ou dans les mêmes conditions. Les États membres ou l'Union peuvent soumettre ce type de services à des obligations spécifiques en vertu d'un critère d'intérêt général ([131]).

(269) Dès lors, compte tenu de la marge d'appréciation dont dispose un État membre pour définir une mission de SIEG et des conditions de sa mise en œuvre, y compris l'évaluation des surcoûts occasionnés par l'exécution de la mission, qui dépend de faits économiques complexes, la portée du contrôle exercé par la Commission à cet égard est limitée à une erreur manifeste ([132]).

(270) La première condition établie par l'arrêt *Altmark* exige également que l'entreprise soit chargée d'une mission particulière par l'État ([133]), impliquant l'exécution d'obligations de service public. Il en résulte que si l'on veut se conformer à la jurisprudence *Altmark*, une délégation de service public est nécessaire pour définir les obligations respectives des entreprises en cause et de l'autorité publique. La mission de service public doit être confiée au moyen d'un acte qui, selon la législation des États membres, peut prendre la forme d'un acte législatif ou réglementaire, ou d'un contrat. Cette mission peut aussi être définie dans plusieurs actes. Dans de tels cas, la Commission exige en principe que l'acte ou la série d'actes précisent au minimum:

— le contenu et la durée des obligations de service public;

— l'entreprise et, s'il y a lieu, le territoire concernés;

— la nature de tout droit exclusif ou spécial octroyé à l'entreprise par l'autorité en cause;

— les paramètres de calcul, de contrôle et de révision de la compensation; et

— les modalités de récupération des éventuelles surcompensations ainsi que les moyens d'éviter ces dernières ([134]).

(271) Dans le domaine maritime, conformément au règlement cabotage interprété par la communication de la Commission de 2014 ([135]), un État membre peut conclure des contrats de service public avec des compagnies de navigation qui participent à des services réguliers en provenance ou à destination d'îles ou leur imposer des obligations de service public en tant que prestation de service de cabotage, et verser en contrepartie aux armateurs une compensation financière ([136]). Un contrat de service public s'entend comme un contrat conclu dans le but de fournir des services de transport suffisants. Il peut notamment porter sur:

— des normes fixées de continuité, de régularité, de capacité et de qualité;

— les services de transport complémentaire;

— des services de transport à des prix et des conditions déterminés, notamment pour certaines catégories de voyageurs ou pour certaines liaisons; et

— des adaptations des services aux besoins effectifs.

(272) Si la suffisance de services réguliers de transport maritime à destination et en provenance d'îles relève d'un intérêt public légitime, tous les services de cabotage maritime ne peuvent être, du seul fait de l'insularité, considérés comme des services publics ([137]). Pour pouvoir qualifier les obligations imposées à un délégataire d'obligations de service public au sens de l'article 4 du règlement cabotage, les autorités nationales compétentes doivent avoir pu constater, préalablement et pour des trajets bien déterminés, l'insuffisance des services réguliers de transport dans le cas où la prestation de ceux-ci serait laissée aux seules forces du marché. Il en ressort que les autorités nationales

([130]) Arrêt du 12 février 2008, BUPA/Commission, T-289/03, EU:T:2008:29, points 171 et 224.
([131]) Communication SIEG, point 47.
([132]) Arrêt précité du 12 février 2008, BUPA/Commission, T-289/03, ibid., point 220.
([133]) Arrêt du 27 mars 1974, BRT/SABAM, C-127/73, EU:C:1974:25, point 313.
([134]) Communication SIEG, points 51 et 52.
([135]) Communication de la Commission relative à l'interprétation du règlement (CE) nº 3577/92 du Conseil concernant l'application du principe de la libre circulation des services aux transports maritimes à l'intérieur des États membres, COM(2014) 232, 22 avril 2014.
([136]) Règlement cabotage, articles 2 et 4.
([137]) Arrêt du 20 février 2001, Analir ea/Espagne, C-205/99, EU:C:2001:107, points 27, 29, 32, 34, 40.

ne peuvent, en application du règlement cabotage et de sa communication interprétative de 2014 précitée, déléguer à un prestataire la fourniture de services réguliers de cabotage maritime à destination et en provenance d'îles que si, de façon cumulative:

— un besoin réel de service public en raison de l'insuffisance des services réguliers de transport dans une situation de libre concurrence peut être démontré;

— les conditions de la délégation sont nécessaires et proportionnées au but poursuivi; et

— un tel régime est fondé sur des critères objectifs, non discriminatoires et connus à l'avance des entreprises concernées.

(273) Les deux arrêts du 1er mars 2017 rendus par le Tribunal de l'Union européenne dans les affaires T-366/13 («arrêt *SNCM I*») ([138]) et T-454/13 («arrêt *SNCM II*») ([139]) précités ont encore précisé les obligations pesant sur les États membres en matière de définition du périmètre de service public et de la forme que doit prendre l'intervention publique pour assurer la prestation dudit service. Le Tribunal a notamment confirmé que le périmètre d'une délégation de service public doit répondre à un besoin réel de service public, attesté par la pénurie de services réguliers de transport dans un contexte de libre concurrence, et que le champ du service public doit être nécessaire et proportionné à ce besoin. Pour satisfaire à cette obligation, le Tribunal a confirmé la validité du test en trois branches utilisé par la Commission dans le cas d'espèce pour contrôler l'erreur manifeste commise par les États membres dans la définition et l'organisation du service public («le test SNCM»):

«*Ainsi, tout d'abord, s'il n'existe pas de demande des usagers pour tout ou partie des services entrant dans le périmètre du service public, tel que défini par les autorités nationales, ce service public ou son périmètre ne sauraient clairement être considérés comme nécessaires et proportionnés par rapport à un besoin réel de service public.*

Ensuite, il ne saurait non plus y avoir un tel besoin si la demande des usagers est déjà susceptible d'être satisfaite par les opérateurs du marché en l'absence d'obligation en ce sens fixée par les pouvoirs publics. En d'autres termes, (…) *en l'absence de carence de l'initiative privée, il ne saurait y avoir de besoin réel de service public.*

Enfin, s'il existe une demande des usagers et si cette demande n'est pas susceptible d'être satisfaite par le simple jeu des forces du marché, encore faut-il que les autorités nationales privilégient l'approche qui porte le moins atteinte aux libertés essentielles au bon fonctionnement du marché intérieur. Or, comme le fait valoir à juste titre la Commission dans sa réponse à l'une des questions écrites du Tribunal, s'agissant du secteur du cabotage maritime, l'imposition d'OSP applicables à tous les transporteurs désireux d'offrir leurs services sur une liaison donnée et ne donnant pas nécessairement lieu à une compensation financière (…) *entraîne des restrictions moins importantes de la libre prestation des services que l'octroi d'une compensation financière à un transporteur déterminé ou à un nombre limité de transporteurs dans le cadre d'une délégation de service public*» ([140]).

(274) L'arrêt *SNCM I* a par ailleurs rappelé que la charge de la preuve de la correcte définition du périmètre de service public repose sur les États Membres, (tel que l'avait déjà exposé l'arrêt *BUPA* précité ([141]), confirmé par l'arrêt du Tribunal relatif au financement du logement social néerlandais ([142]).

5.1.3.2.2. *Existence d'un mandat*

(275) Dans le cas d'espèce, les CDSP 2023-2030 relatives aux lignes de transport maritime entre la Corse et le continent français constituent clairement des «contrats de service public» au sens du règlement cabotage. La Commission relève ainsi que:

— le contenu des obligations de service public est défini aux articles 17, 18 et 23 ainsi qu'à l'Annexe 1 des CDSP 2023-2030. Leur durée de 8 ans est précisée à l'article 3 ([143]);

([138]) Arrêt précité du 1er mars 2017, SNCM I, ibid.
([139]) Arrêt précité du 1er mars 2017, SNCM II, ibid.
([140]) Arrêt précité du 1er mars 2017, SNCM II, ibid., point 134.
([141]) Le point 172 dispose que «*l'État membre doit indiquer les raisons pour lesquelles il estime que le service* [en question] *mérite,* [en raison de sa nature] *spécifique, d'être qualifié de SIEG et distingué d'autres activités économiques*».
([142]) Arrêt du 15 novembre 2018, Stichting Woonlinie e.a./Commission, T-202/10 RENV II et T-203/10 RENV II, EU:T:2018:795, points 79 à 83.
([143]) Communication C(2004) 43 de la Commission — Orientations communautaires sur les aides d'État au transport maritime, JO C 13 du 17/01/2004, p. 3, section 9.

— l'entreprise désignée comme délégataire est visée à la page 2 des CDSP 2023-2030, où elle figure comme partie contractante. Le cadre géographique d'application de la convention est précisé à l'article 1er;

— le délégataire se voit confier un droit spécial à une compensation financière par l'autorité délégante; et

— les paramètres de calcul sont établis aux articles 30 à 39 de la convention ainsi qu'à l'Annexe 9, alors que les paramètres de contrôle et les modalités de récupération des éventuelles surcompensations et les moyens d'éviter ces dernières sont précisés à l'article 40 des CDSP 2023-2030.

(276) Par conséquent, la Commission est d'avis que les CDSP 2023-2030 déjà attribuées contiennent les critères minimaux tenant à l'existence d'un ou de plusieurs actes de puissance publique définissant de manière suffisamment précise à tout le moins la nature, la durée, la portée des obligations de service public incombant aux entreprises chargées de l'exécution de ces obligations, les paramètres de calcul et de contrôle de la compensation, les modalités de récupération des éventuelles surcompensations ainsi que les moyens d'éviter ces dernières. Elles répondent ainsi à la qualification de mandat au sens du point 52 de la communication SIEG.

5.1.3.2.3. *Existence d'un service d'intérêt économique général*

(277) Compte tenu des principes rappelés ci-dessus, la Commission doit vérifier, dans le cadre de son contrôle de l'erreur manifeste, la nécessité et la proportionnalité de la mission de service public telle qu'elle a été définie dans les CDSP 2023-2030.

(278) L'Assemblée de Corse a défini ladite *mission* au troisième considérant de la délibération no 22/050 du 28 avril 2022 (qui définit le cadre des CDSP 2023-2030) comme «*la continuité territoriale entre la Corse et le continent français*», et l'article 1er de la même délibération prévoit que le SIEG en cause est le service de «*transport maritime de marchandises et de passagers*» au départ de Marseille et à destination de chacun des cinq ports corses.

(279) La Commission considère que la continuité territoriale constitue par nature une vraie *mission* de service public qui garantit la cohésion territoriale, économique, sociale et politique du territoire d'un État membre, surtout quand, à l'instar de la Corse, ce territoire est insulaire ([144]).

(280) Il convient ensuite de vérifier si les *modalités* de mise en œuvre de cette mission de continuité territoriale dans les termes retenus par la France sont nécessaires et proportionnelles à la réalisation de cette continuité territoriale. Pour ce faire, la Commission doit s'attacher à évaluer si la France a satisfait au test SNCM dans le cas d'espèce.

5.1.3.2.3.1. *Identification de la demande des usagers du transport maritime de fret et de passagers*

(281) Comme indiqué au considérant (38), les autorités françaises ont cherché dans un premier temps à identifier la demande exprimée par les différents usagers du transport maritime entre la Corse et le continent.

(282) Il convient à cet égard d'examiner en premier lieu la méthodologie suivie par les autorités françaises pour établir cette demande; puis, en deuxième lieu, le bien-fondé de la demande identifiée et, en dernier lieu, l'estimation de la demande identifiée.

o *Méthodologie suivie par les autorités françaises en vue d'identifier la demande des usagers*

(283) La Commission note que les autorités françaises ont ouvert une consultation publique en date du 7 décembre 2021, d'une durée d'un mois (considérant (42)), visant à recueillir les observations des différentes catégories d'usagers du transport maritime, par le biais de questionnaires généraux et spécifiques (considérants (45) et (46)). Ces questionnaires étaient accessibles à l'ensemble de la population, sur le site internet de la CdC, et la consultation a été relayée dans la presse locale et régionale (considérant (43)). Les questionnaires étaient accompagnés d'un document expliquant la démarche entreprise par les autorités françaises pour établir l'existence d'un besoin de service public et fournissant des informations générales sur la desserte maritime entre le continent et la Corse, ainsi que d'une présentation des marchés pertinents délimitant les différentes catégories d'usagers identifiés à titre préliminaire (considérant (44)). Les questionnaires comprenaient une vingtaine de questions, visant à apprécier la satisfaction et les besoins des usagers relatifs à la desserte entre la Corse et le continent, concernant les caractéristiques des services (tarifs, confort, fréquence des rotations), les destinations, les horaires des traversées, le mode de transport utilisé, etc. (considérants (46) et (47)). La Commission relève que les questionnaires ont été focalisés sur l'ensemble des services déployés entre Marseille et les ports corses, ce qui peut avoir une influence sur le résultat de l'analyse (considérant (197)).

([144]) Voir en ce sens l'arrêt *Analir* précité, point 27.

(284) Les autorités françaises ont toutefois conduit des recherches ultérieures afin de remédier, dans le cas des usagers du transport de fret ou des passagers médicaux, à un faible nombre de réponses reçues à l'issue de la consultation. Par exemple, dans le cas du transport de fret, les autorités françaises ont décidé de contacter près d'une vingtaine de transporteurs directement par téléphone, afin de leur soumettre le questionnaire correspondant (considérants (49) et (50)), ou, dans le cas des passagers médicaux, elles ont procédé à une analyse plus approfondie afin d'évaluer la définition du marché (considérants (68) à (75)).

(285) Par ailleurs, les autorités françaises ont pris en compte les intérêts exprimés par les usagers du service public et par les prestataires de services dans leur analyse du besoin de service public (considérants (63), (98) et (105)).

(286) En outre, les autorités françaises ont mandaté le cabinet de conseil économique indépendant Gecodia en vue d'analyser, de manière plus précise, la structure de la demande des usagers pour le transport maritime (considérants (62) à (79), et (89) à (115)). Ledit cabinet a établi un rapport analysant les différents «marchés pertinents», en vue d'identifier les différents besoins exprimés par les usagers selon leurs caractéristiques (passagers résidents ou non-résidents, fret tracté ou non tracté), leurs besoins en termes de destinations (besoin de transport vers le centre médical approprié le plus proche pour les passagers médicaux) et leurs besoins en termes de logistique (besoin d'infrastructures portuaires pour le fret non tracté, besoin d'une proximité portuaire des bases logistiques pour le fret tracté et non tracté, etc.).

(287) Au vu de ces éléments, et sous les réserves exprimées au considérant (283), la Commission considère à titre préliminaire que la méthodologie suivie par les autorités françaises en vue d'identifier la demande des usagers ne souffre pas d'une erreur manifeste d'appréciation, dans la mesure où elle paraît appropriée pour prendre en compte les intérêts et besoins exprimés par les différents usagers des services en cause, et ainsi identifier la demande exprimée par ces différents usagers pour le transport maritime entre la Corse et le continent.

o *L'identification des «marchés pertinents»*

(288) Il convient d'analyser en deuxième lieu les conclusions tirées par les autorités françaises sur l'identification des «marchés pertinents» dans le cadre du transport de passagers et de marchandises entre la Corse et le continent.

o *Transport maritime de passagers*

(289) La Commission note en premier lieu que les autorités françaises ont exclu une substituabilité entre le transport aérien et le transport maritime, en s'appuyant sur plusieurs éléments dont la pratique décisionnelle de la Commission, les résultats de la consultation publique et une analyse de données (section 3.1.3.1.1.1). Il ressort notamment de cette analyse que le comportement des usagers, les contraintes de temps de trajet et les fréquences de transport expliquent cette absence de substituabilité, dans la mesure où les temps de trajets diffèrent très nettement (entre 1h pour l'avion et 6-12h pour le bateau), les usagers comparent peu ces deux modes de transport au moment de leur réservation, ils ont des contraintes matérielles liées à la possibilité de voyager avec des bagages lourds et avec leur voiture dans le cadre du transport maritime ([145]), et les fréquences aériennes sont beaucoup plus nombreuses que les fréquences maritimes.

(290) Parmi les usagers du transport maritime entre la Corse et le continent français, les autorités françaises ont ensuite opéré une distinction entre les passagers résidents corses et les passagers non-résidents corses (considérant (65)), essentiellement parce que les premiers ont tendance à voyager tout au long de l'année et à préférer les départs en soirée par rapport aux seconds. Elles ont en outre estimé que les ports de Marseille et de Toulon étaient substituables du point de vue de l'ensemble des passagers, résidents corses ou non-résidents corses, à l'exception des passagers médicaux résidant en Corse (considérant (66)). En revanche, elles ont exclu toute substituabilité respectivement entre les ports de Marseille et de Nice, et de Toulon et de Nice.

(291) La Commission note que les autorités françaises ont expliqué que les passagers médicaux ont des besoins spécifiques, à la différence du reste des passagers, notamment s'agissant du mode de transport employé et de la destination de ces usagers sur le continent (considérants (69) et (74)). En particulier, les choix par les passagers médicaux du mode de transport (bateau ou avion) et de la structure de soins sur le continent dans laquelle ils doivent se rendre pour recevoir les soins appropriés, semblent contraints par la prescription médicale délivrée par leur médecin. Selon le cadre législatif national (considérant (69)), le strict respect de cette prescription médicale conditionne le droit au remboursement, pour les passagers médicaux, de leurs frais de transport par la sécurité sociale (considérant (70)). De plus, les données collectées par les autorités françaises semblent démontrer que si la majorité des prescriptions médicales concerne des transports aériens, il demeure toutefois qu'une minorité d'entre elles concerne des transports maritimes. Par ailleurs, dans la plupart des cas, la destination prescrite est Marseille (considérants (74) et (75)).

(292) De son côté, Corsica Ferries considère que les passagers médicaux, du fait de leurs contraintes personnelles ou de leurs conditions de santé, ont recours au transport aérien plutôt qu'au transport maritime, ce dernier présentant des caractéristiques incompatibles avec leurs besoins (considérants (206) à (210)).

([145]) Selon Corsica Ferries, 92 % des passagers voyagent avec leur véhicule (voir considérant (199)).

(293) Il convient néanmoins de noter que l'analyse des autorités françaises révèle que, pour ces passagers médicaux, le mode de transport (avion ou bateau) leur est imposé par le médecin, en fonction de leurs conditions de santé et de leur autonomie, aux fins d'obtenir un remboursement de leurs frais de transport auprès des organismes de sécurité sociale. Il ressort également des données collectées auprès des organismes de sécurité sociale que le transport maritime, même s'il demeure le mode de transport minoritaire utilisé par les passagers, reste néanmoins prescrit dans certains cas. Dès lors, il ne peut être affirmé, comme semble l'avancer Corsica Ferries, que ces passagers sont libres de choisir leur mode de transport pour ces déplacements.

(294) Corsica Ferries affirme qu'en tout état de cause, les ports de Marseille et de Toulon sont entièrement substituables du point de vue de l'ensemble des passagers, y compris les passagers médicaux, ainsi que l'auraient jugé plusieurs instances nationales et européennes (considérant (195)).

(295) S'agissant de la substituabilité entre les ports de Marseille et de Toulon du point de vue des passagers, la Commission note que les autorités françaises et Corsica Ferries partagent la même analyse quant à l'existence d'une substituabilité totale entre les ports de Toulon et de Marseille du point de vue des passagers résidents corses et non-résidents corses.

(296) Leurs positions divergent toutefois sur l'existence d'une telle substituabilité s'agissant des passagers médicaux. À cet égard, la Commission relève que Corsica Ferries ne fournit aucun élément de fait dans sa plainte, tendant à confirmer l'existence d'une telle substituabilité, contrairement aux autorités françaises qui se sont appuyées sur la législation en vigueur (imposant aux passagers médicaux de se rendre dans le centre de soins prescrit le plus proche de leur résidence et depuis le port d'arrivée du passager médical) et sur des données collectées auprès des organismes de sécurité sociale démontrant clairement une prédominance du port de Marseille dans les destinations prescrites aux passagers médicaux, Marseille étant par ailleurs la ville dans laquelle se concentrent la plupart des structures de soins prescrites.

(297) Le fait que plusieurs instances nationales et européennes aient conclu à l'existence d'une substituabilité totale entre le port de Marseille et de Toulon pour le transport de passagers n'est pas de nature à remettre en cause cette conclusion. En effet, la jurisprudence citée par Corsica Ferries ne se prononce pas sur les circonstances de la présente affaire, en particulier en ce qui concerne la substituabilité des deux ports de Marseille et Toulon pour les passagers médicaux.

(298) Sur la base des arguments avancés par les autorités françaises, la Commission estime donc à titre préliminaire que les autorités françaises n'ont pas commis d'erreur manifeste d'appréciation en considérant qu'il existe une demande spécifique de passagers médicaux pour laquelle les ports de Marseille et Toulon ne sont pas substituables.

(299) En outre, Corsica Ferries considère que les ports d'Ajaccio et de Propriano sont entièrement substituables du point de vue des passagers (considérants (198) et (199)), notamment en raison de leur proximité.

(300) La Commission remarque à cet égard que, si le rapport final des autorités françaises traite largement de la substituabilité des ports continentaux (Marseille, Toulon et Nice), il ne contient pas d'analyse sur la substituabilité des ports corses, y compris les ports d'Ajaccio et de Propriano, du point de vue des passagers. Toutefois, la Commission estime à titre préliminaire que les ports d'Ajaccio et de Propriano ne semblent pas substituables pour le transport de passagers. Bien que la distance entre ces deux ports soit environ de 70 km, la durée du trajet routier entre ces deux ports est de plus d'1 heure, en raison de la topologie de l'île et de l'infrastructure routière (par exemple, l'absence d'autoroute reliant les deux ports), et peut aller jusqu'à 1 heure et 40 minutes. Le même raisonnement vaut pour les autres liaisons en Corse (L'Île Rousse-Bastia et Porto Vecchio-Propriano). Bien que la distance entre deux ports corses soit inférieure à 100 km, le trajet routier est généralement beaucoup plus long qu'1 heure (jusqu'à 2 heures environ).

(301) Par ailleurs, comme mentionné au considérant (297), la jurisprudence citée par Corsica Ferries portant sur la substituabilité entre Ajaccio et Propriano n'est pas pertinente pour la présente affaire. Enfin, quant à l'argument relatif à la divergence entre les obligations de fréquence imposées dans le cadre des CDSP pour les ports d'Ajaccio (fréquence quotidienne) et de Propriano (fréquence limitée à trois fois par semaine), la Commission relève que la circonstance que les passagers embarquant habituellement à Propriano devraient nécessairement se rendre à Ajaccio pour se rendre sur le continent les jours où aucune rotation n'est réalisée au port de Propriano, ne semble pas démontrer l'existence d'une telle substituabilité. En effet, si avéré (ce qui n'est pas à ce stade démontré par Corsica Ferries), le fait qu'un passager doive se rendre à Ajaccio les jours où aucune rotation n'est effectuée à Propriano ne résulte pas, du point de vue du passager, d'un choix de se rendre à l'un ou l'autre port, mais d'une contrainte de se rendre à Ajaccio en raison de l'absence d'offre à Propriano. Dès lors, l'argument de Corsica Ferries relatif aux obligations de fréquence apparaît inopérant pour démontrer que les autorités françaises auraient commis une erreur manifeste d'appréciation en ne considérant pas les ports d'Ajaccio et de Propriano comme substituables du point de vue de la demande de passagers. De la même manière, Corsica Ferries ne démontre pas, ce faisant, que les autorités françaises auraient déterminé la fréquence de rotations entre Propriano et Marseille en fonction de la fréquence de rotations retenue pour les liaisons entre Ajaccio et Marseille.

o *Transport maritime de fret*

(302) Concernant le transport de fret, la Commission relève que les autorités françaises établissent une distinction entre le fret tracté et le fret non tracté (considérants (89)-(94)), le second nécessitant notamment des infrastructures portuaires importantes pour les transporteurs et une organisation logistique particulière reposant sur la proximité des bases logistiques avec le port pour permettre au transporteur d'effectuer plusieurs rotations dans la journée (considérant (92)). Cette conclusion ne semble pas, à ce stade, soulever de doutes sur l'existence d'une erreur manifeste d'appréciation.

(303) Concernant le fret *non tracté*, sur le plan géographique, les autorités françaises, après avoir examiné plusieurs paramètres (considérant (95)), ont conclu que le port de Marseille n'est pas substituable avec le port de Toulon-Brégaillon pour les besoins des usagers, compte tenu des limites de capacité du port de Toulon-Brégaillon constatées sur la base de données objectives (considérant (97)), de la consultation des autorités portuaires (considérant (98)), des besoins exprimés par les usagers durant la consultation publique (considérant (98)), de l'organisation spécifique de la chaîne logistique du fret non tracté (considérant (100)) et de l'absence de report de trafic constaté lors d'expériences de grèves d'un port vers l'autre (considérant (102)).

(304) Au regard de ces éléments, la Commission considère à ce stade que cette conclusion ne semble pas soulever de difficultés sur l'existence d'une erreur manifeste d'appréciation.

(305) Concernant le *fret tracté*, les autorités françaises ont étudié les mêmes paramètres que pour le fret non tracté (considérants (104) et (108)) pour aboutir à la conclusion que les ports de Marseille et de Toulon étaient partiellement substituables. Elles ont conclu en substance que, si le fret tracté ne nécessite pas d'infrastructure portuaire particulière, il existait néanmoins un risque de saturation des infrastructures portuaires de Toulon, souligné par le gestionnaire de ces infrastructures lors de la consultation des ports. Par ailleurs, les résultats de la consultation publique tendent à montrer une absence de substituabilité exprimée par les usagers. Enfin, l'analyse des épisodes de grèves ne permet pas à ce stade de conclure à l'existence ou l'absence de substituabilité, du fait de circonstances spécifiques rendant l'utilisation de ces expériences difficile.

(306) La Commission considère à titre préliminaire que les paramètres pris en compte par les autorités françaises pour évaluer les marchés géographiques des usagers du transport maritime de fret tracté semblent à ce stade pertinents. À la lumière de ces éléments, la Commission constate, à ce stade, que les autorités françaises n'ont pas commis d'erreur manifeste d'appréciation en concluant qu'il n'existait qu'une substituabilité partielle entre les ports de Marseille et Toulon pour le transport maritime de fret tracté entre la Corse et le continent français.

(307) Les arguments soulevés par Corsica Ferries ne semblent pas, à ce stade, de nature à remettre en cause cette conclusion.

(308) Corsica Ferries considère en effet que les transporteurs de fret tracté n'opèrent aucune distinction entre les ports de Marseille et de Toulon, et que la situation d'un convoyeur embarquant avec son camion est identique à celle d'un passager embarquant avec son véhicule (considérants (211) et (212)). La Commission relève toutefois que Corsica Ferries ne présente à ce stade aucun élément concret au soutien de ses arguments, de nature à caractériser, de manière manifeste, l'existence d'une erreur d'appréciation commise par les autorités françaises. Ces affirmations sont, en effet, contredites par les résultats de la consultation publique des usagers du transport maritime de fret, qui affirment en majorité ne pas considérer le port de Toulon comme une alternative. Les affirmations de Corsica Ferries ne prennent pas non plus en compte l'utilisation déjà importante des infrastructures portuaires de Toulon (qui ne pourraient être en mesure d'absorber l'intégralité du trafic de fret tracté observé à Marseille) ou l'existence de surcoûts routiers que subirait une partie au moins des transporteurs routiers en acheminant leurs marchandises par le port de Toulon plutôt que par le port de Marseille (considérant (106)).

(309) Au surplus, si Corsica Ferries signale qu'elle transporte autant de convoyeurs depuis le port de Toulon que les délégataires depuis le port de Marseille (considérant (213)), la Commission rappelle que les autorités françaises reconnaissent la substituabilité partielle des ports de Marseille et Toulon en ce qui concerne le transport du fret tracté (considérant (109)). En outre, la Commission comprend que l'évaluation du besoin de service public tient déjà compte de la substituabilité partielle de ces ports.

(310) Néanmoins, les autorités françaises considèrent que la partie de la demande provenant des usagers du transport de fret tracté, qui considèrent le port de Marseille non-substituable avec le port de Toulon, représente 80 % de la demande historique de fret tracté entre Marseille et la Corse (considérant (114)). Cette estimation est basée sur les déclarations du Syndicat Professionnel des Transporteurs Corses (regroupant des organisations dont le volume agrégé de fret tracté représente [20 — 50] % du volume de fret tracté transporté par bateau entre la Corse et le continent) et de Corsica Linea, actuel délégataire des CDSP 2023-2030 (et délégataire historique des CDSP précédentes).

(311) La Commission s'interroge sur l'estimation de la part de trafic des transporteurs qui ne voient pas d'alternative au port de Marseille, qui ne paraît pas, à ce stade, reposer sur des données vérifiées. En effet, les autorités françaises se basent sur deux déclarations générales (considérant (310)), sans avoir semble-t-il vérifié les données sous-jacentes à celles-ci.

(312) La Commission nourrit dès lors à ce stade des doutes concernant l'estimation de la demande spécifique des usagers du fret tracté pour le port de Marseille. Elle invite en conséquence l'ensemble des parties intéressées à lui fournir leurs observations à ce sujet.

o *Estimation de la demande identifiée (volume)*

(313) Concernant le transport maritime de passagers, les autorités françaises ont analysé la demande future attendue entre 2023 et 2030, à la fois sur la base des données historiques et sur la base des perspectives de croissance du transport à long-terme (2015-2030) au niveau national et au niveau local (considérant (77)). Pour les passagers médicaux, les autorités françaises ont estimé la demande à venir sur la base de la demande historique, d'après le nombre moyen de passagers médicaux annuels ayant voyagé par bateau estimé par les autorités françaises entre 2015 et 2019 (considérants (78) et (79)).

(314) Quant au transport maritime de fret, les autorités françaises ont analysé la demande à venir à la fois sur la base des données historiques et sur les perspectives de croissance économique de l'activité domestique, du tourisme et de la construction, et du taux de croissance annuelle moyen enregistré entre 2010 et 2019 (considérants (111) à (116)).

(315) Les paramètres pris en compte et la méthodologie suivie par les autorités françaises semblent raisonnables et appropriés pour évaluer la demande à venir en matière de passagers et de fret (y compris les convoyeurs pour le fret tracté) sur la période 2023-2030, de sorte que la Commission considère, à titre préliminaire, que la France ne semble pas avoir commis d'erreur manifeste d'appréciation à ce sujet.

5.1.3.2.3.2. *Analyse de la carence de marché*

(316) L'analyse de la défaillance d'offre privée se divise en deux étapes. Tout d'abord, il est nécessaire d'examiner l'offre de services que le marché proposerait en l'absence d'un contrat de service public ([146]). Ensuite, il convient d'examiner si une telle offre serait suffisante pour couvrir la demande exprimée par les usagers.

(317) S'agissant de la première étape, la Commission note que les autorités françaises ont lancé un test de marché invitant l'ensemble des opérateurs maritimes intéressés à se prononcer sur les services qu'ils offriraient en l'absence de tout contrat de service public entre Marseille et chacun des ports corses, tout en les invitant à détailler les caractéristiques de ces services (considérants (52) et (55)). Trois opérateurs ont répondu à ce test, dont deux ont déclaré qu'ils ne fourniraient aucun service (considérant (56)). Corsica Ferries a présenté aux autorités françaises l'offre commerciale qu'elle proposerait en l'absence de tout contrat de service public, aussi bien pour le transport de passagers que pour le transport de fret (considérants (83) à (84), et (119) à (120)).

(318) S'agissant de la deuxième étape, la Commission note à titre préliminaire que l'analyse de la carence de marché dépend en principe de l'identification de la demande, telle qu'elle a été faite par les autorités françaises dans la présente affaire. En effet, les autorités françaises ont décidé d'identifier s'il existait des catégories d'usagers aux besoins plus ou moins spécifiques, à la fois matériels (en fonction de la nature du service) et géographiques (en fonction notamment de la destination des usagers et de la disponibilité des infrastructures nécessaires dans les ports pour les opérations de fret). Par exemple, dans le cas du fret tracté, si l'analyse conduit à identifier une demande concernant spécifiquement le port de Marseille, l'analyse de la défaillance de marché se fera sur ce seul port, à l'exclusion de l'offre privée déployée dans d'autres ports continentaux. Ainsi, une identification erronée des besoins géographiques (ou selon les autorités françaises, des «marchés pertinents») conduirait nécessairement à rendre erronée l'analyse de la défaillance de marché.

(319) Concernant le transport de passagers, la Commission note que les autorités françaises ont retenu que l'offre de marché déployée par Corsica Ferries depuis les ports de Toulon et de Marseille (substituables pour le transport maritime de passagers, à l'exception des passagers médicaux) suffirait à couvrir la demande future estimée entre 2023 et 2030 ([147]), à l'exception de la destination de Propriano, pour laquelle le marché n'offrirait aucune desserte vers le continent et vice-versa (considérants (83) et (86)). Les autorités françaises ont donc retenu qu'il existait une défaillance de marché entre Propriano et le continent français, aussi bien concernant les passagers résidents que les non-résidents.

(320) La Commission relève ainsi, contrairement à ce qu'affirme Corsica Ferries (considérants (201)-(204)), que les autorités françaises ont étudié l'intégralité de l'offre privée que déploierait Corsica Ferries pour le transport maritime de passagers conjointement depuis les ports de Marseille et de Toulon vers la Corse. S'agissant plus spécifiquement du port de Propriano, compte tenu du fait qu'il n'est pas, à ce stade, démontré que ce port soit substituable avec le port d'Ajaccio (considérant (300)), il n'était pas pertinent pour les autorités françaises d'analyser l'offre privée déployée par Corsica Ferries depuis le port d'Ajaccio pour vérifier si le marché était en mesure de répondre à la demande des passagers embarquant/débarquant à Propriano. L'argument contraire de Corsica Ferries ne paraît donc, à ce stade, pas fondé (considérants (200)-(202)).

([146]) L'offre de marché doit être entendue comme l'offre des opérateurs maritimes sous le régime OSP.

([147]) Les autorités françaises ont analysé l'offre combinée déployée par le marché aux ports de Toulon et de Marseille vers la Corse pour les passagers résidents, et l'offre combinée déployée par le marché aux ports de Toulon, Nice et Marseille vers la Corse pour les passagers non-résidents.

(321) La Commission considère ainsi à titre préliminaire que les autorités françaises ne semblent pas avoir commis d'erreur manifeste d'appréciation de la carence de marché concernant le transport des passagers.

(322) S'agissant des passagers médicaux, les autorités françaises ont considéré que l'analyse de la défaillance de marché devait s'effectuer port par port, et elles ont évalué la carence de marché au port de Marseille, port de prédilection des passagers médicaux (considérant (75)). Les autorités françaises ont estimé que l'offre que Corsica Ferries déploierait à partir du port de Marseille serait insuffisante sur les lignes vers Ajaccio et Bastia (seulement deux fréquences hebdomadaires), comme sur les lignes vers Porto-Vecchio et L'Île-Rousse (seulement trois fréquences mensuelles). De plus, elles concluent que l'offre de Corsica Ferries est inexistante sur la ligne vers Propriano (considérant (86)). La Commission considère donc à titre préliminaire que les autorités françaises ne semblent pas avoir commis d'erreur manifeste d'appréciation en ce qui concerne l'existence d'une carence de marché concernant les passagers médicaux et que cette carence concerne toute la demande estimée.

(323) Concernant le transport de fret non tracté, les autorités françaises ont estimé qu'entre le port de Marseille et chacun des ports corses, l'offre proposée par le marché était insuffisante pour répondre à la demande exprimée par les usagers, puisque Corsica Ferries se limiterait à desservir le port de Marseille seulement deux fois par semaine vers Ajaccio et Bastia, trois fois par mois vers L'Île-Rousse et Porto-Vecchio, et jamais vers Propriano (considérant (123)). Or, les fréquences nécessaires selon les autorités françaises depuis/vers Marseille sont quotidiennes pour répondre à la demande exprimée par les usagers de fret non tracté et tracté (pour la part du trafic qui ne considère pas d'alternative au port de Marseille). La Commission considère à titre préliminaire que les autorités françaises ne semblent pas avoir commis d'erreur manifeste d'appréciation de la carence de marché concernant le transport de fret non tracté.

(324) Sur la base de tous ces éléments, à ce stade la Commission considère que les autorités françaises n'ont pas commis d'erreur manifeste d'appréciation quant à la définition du besoin de service public pour le transport maritime de passagers, de passagers médicaux et de fret non tracté.

(325) Les allégations contraires de Corsica Ferries ne sont pas de nature à remettre en cause cette conclusion préliminaire. Tout d'abord, l'argument selon lequel les autorités françaises n'ont pas établi un véritable scénario contrefactuel tenant compte des capacités réellement développées par les opérateurs privés, y compris par les délégataires actuels, en l'absence des CDSP (considérant (192)) n'est pas suffisamment étayé à ce stade. En effet, comme indiqué au considérant (320), les autorités françaises ont bien pris en compte les capacités additionnelles qui seraient déployées depuis les ports de Toulon et de Nice vers la Corse en l'absence de CDSP, telles que présentées par Corsica Ferries au cours de la consultation du marché (considérant (119)). Il appartient donc à Corsica Ferries de démontrer que les autorités françaises ont erronément interprété ou utilisé le scénario contrefactuel fourni par Corsica Ferries, ce qui, à ce stade, n'est pas établi. Quant à l'affirmation selon laquelle les autorités françaises n'ont pas suffisamment tenu compte des capacités qui seraient offertes par les compagnies délégataires depuis le port de Marseille vers la Corse, en l'absence des CDSP, force est de constater que ces compagnies ont indiqué, au cours de la consultation du marché, qu'elles ne fourniraient aucun service commercial en l'absence de CDSP (considérant (56)), sans que ne soit apporté, à ce stade, la preuve du caractère manifestement infondé de ces déclarations.

(326) En outre, le seul fait que l'un des délégataires, Corsica Linea, ait proposé des services commerciaux accessoires en dehors du cadre des CDSP entre juillet et septembre 2023 (considérant (205)) ne constitue pas une preuve que cet opérateur aurait manifestement fourni des services commerciaux dans les mêmes conditions que ceux imposés par les autorités françaises dans le cadre des CDSP, en l'absence de ces dernières, ni que ces services auraient été effectivement fournis dans les mêmes conditions que celles imposées dans le cadre de la CDSP. Enfin, l'argument selon lequel, durant la période de juillet-août 2023, le trafic de passagers des délégataires aurait augmenté au détriment du trafic de Corsica Ferries, n'est pas suffisamment motivé. Si Corsica Ferries a effectivement enregistré une baisse, en nombre relatif, de 12 % au mois d'août 2023 (contre une augmentation de 19 % et 20 % respectivement pour Corsica Linea et La Méridionale), la Commission note néanmoins que, selon les mêmes données fournies par Corsica Ferries, la baisse de trafic de 12 % enregistrée par cette dernière correspond en nombre absolu à une baisse de plus de 58 000 passagers par rapport au mois d'août 2022, tandis qu'une augmentation de 19 % et 20 % pour les délégataires correspond à une augmentation respective de plus de 16 000 passagers pour Corsica Linea et de plus de 5 000 passagers pour la Méridionale. Ainsi, il apparaît que l'augmentation du nombre de passagers transportés par les délégataires, pris ensemble, ne pourrait expliquer, au mieux, qu'environ un tiers de la baisse de trafic de Corsica Ferries pour le mois d'août 2023. Il ne ressort donc pas des éléments soumis par Corsica Ferries qu'une partie significative des pertes de Corsica Ferries soient attribuable aux services proposés par les délégataires.

(327) Par ailleurs, la Commission note que le rapport présenté par Corsica Ferries (considérant (191)) n'est pas fondé sur des analyses réalisées dans le cadre des hypothèses retenues pour les CDSP 2023-2030 (et présentées dans la présente décision), mais largement sur les rapports et études relatifs aux CDSP précédentes, qui ne concernent donc pas la présente affaire. Par conséquent, les arguments avancés par Corsica Ferries sur la base de ce rapport ne peuvent être, à ce stade, retenus.

(328) Cependant, s'agissant du transport de fret tracté, compte tenu des doutes exprimés par la Commission au sujet de l'estimation d'une demande spécifique des usagers du fret tracté pour le port de Marseille (considérant (311)), la Commission nourrit à ce stade des doutes sur l'appréciation par les autorités françaises de la carence de marché concernant le transport de fret tracté, y compris les convoyeurs pour le fret tracté.

(329) Il résulte de tout ce qui précède que la Commission nourrit des doutes quant à la définition correcte par les autorités françaises du besoin de service public dans le cadre des mesures en cause, s'agissant du transport maritime de fret tracté entre le port de Marseille et chacun des ports corses. Elle invite dès lors l'ensemble des parties intéressées à lui fournir toute information utile dans le cadre de l'enquête formelle.

5.1.3.2.3.3. *Choix de l'instrument d'intervention publique nécessaire et proportionnel au besoin de service public*

(330) S'agissant de la troisième branche du test SNCM, à supposer que le périmètre du besoin réel de service public ait été correctement défini pour les cinq lots, encore faut-il que la France ait privilégié l'approche qui porte le moins atteinte aux libertés essentielles au bon fonctionnement du marché intérieur. Or, s'agissant du secteur du cabotage maritime, l'imposition d'OSP applicables à tous les transporteurs désireux d'offrir leurs services sur une liaison donnée et ne donnant pas nécessairement lieu à une compensation financière (voir article 4, paragraphe 2, du règlement cabotage maritime) entraîne des restrictions moins importantes de la libre prestation des services que l'octroi d'une compensation financière à un transporteur déterminé ou à un nombre limité de transporteurs dans le cadre d'une délégation de service public ([148]).

(331) Comme mentionné à la section 3.1.4, les autorités françaises soutiennent que l'analyse du besoin de service public et des obligations de service public nécessaires pour y répondre, effectuée dans le cadre du test de marché, a privilégié l'approche portant le moins atteinte aux libertés essentielles au bon fonctionnement du marché intérieur. En effet, selon elles, cette analyse a démontré que des OSP unilatérales ne pourraient pas suffire pour répondre aux différents besoins de service public identifiés, tant pour le transport maritime de passagers que pour celui de marchandises, et que dès lors le recours à des CDSP était justifié.

(332) La Commission estime à titre préliminaire que, à supposer que la France ait respecté la première et la deuxième branche du test SNCM, ce qui n'est pas établi à ce stade, les arguments mis en avant par la France pour conclure que l'imposition d'OSP unilatérales ne suffirait pas pour répondre aux besoins de service public, au contraire de l'octroi de CDSP, paraissent justifiés. En effet, la consultation des opérateurs a montré que la demande de transport de passagers entre Marseille/Toulon et le port de Propriano, la demande de transport de passagers médicaux entre Marseille et chacun des ports corses, la demande de transport de fret non tracté et la demande de fret tracté (pour la partie de la demande qui ne considère pas Toulon comme un port substituable à celui de Marseille) entre le port de Marseille et chacun des ports corses ([149]), ne pouvaient être satisfaites par le seul régime OSP: en l'absence de CDSP, aucun opérateur de marché n'a déclaré son intérêt et sa disponibilité à offrir ces services de transport aux fréquences et avec la régularité requises par l'intérêt public (considérants (86), (87), (123) et (124)). Par conséquent, le recours à des CDSP semble, à titre préliminaire, constituer une mesure nécessaire et proportionnée à l'objectif de garantir l'adéquation des services de transport régulier au départ et à destination de la Corse.

(333) Quant à la proportionnalité des obligations de service public imposées dans le cadre des CDSP au regard du besoin de service public, la Commission note les éléments suivants.

(334) Comme indiqué aux considérants (85) à (87), ainsi qu'au Tableau 25, les autorités françaises ont défini les obligations de capacité minimale en matière de transport de passagers essentiellement sur la base du nombre de passagers annuels rapporté au nombre de rotations à effectuer par semaine, avec quelques ajustements pour la fréquence des passagers médicaux. Cette approche apparaît à ce stade raisonnable, et ne semble pas souffrir, de ce fait, d'une erreur manifeste d'appréciation.

(335) Concernant le transport de convoyeurs (inclus dans le transport de fret tracté), la Commission considère à ce stade que les autorités françaises ont expliqué de manière suffisamment claire la manière dont elles ont défini les obligations de capacité minimale à bord des navires imposées dans chacune des CDSP pour le transport de ces passagers (considérants (115) et (116) et Tableau 25).

(336) Toutefois, étant donné que la Commission a des doutes concernant l'existence d'une demande spécifique des usagers du fret tracté pour le port de Marseille (considérant (312)), la Commission nourrit également à ce stade des doutes quant à la proportionnalité des obligations de service public imposées dans le cadre des CDSP et liées au transport maritime de convoyeurs.

([148]) Arrêt précité du 1er mars 2017, SNCM II, ibid., point 134.
([149]) La demande de fret tracté pour le port de Marseille spécifiquement n'est, à ce stade, pas encore établie.

(337) De même, et comme le remarque Corsica Ferries (considérant (216)) en ce qui concerne le transport de fret (de manière générale), la Commission n'est pas en mesure à ce stade de considérer que les obligations de capacité minimale de volume de fret à transporter, imposées dans chacune des CDSP (voir Tableau 24), correspondent aux besoins de service public identifié par les autorités françaises (voir Tableau 20). En effet, ces obligations se réfèrent à un volume de fret sensiblement supérieur à ce qui est identifié comme constituant le besoin de service public (voir Tableau 30). Sur la base des calculs de la Commission, cette surestimation (y compris les rotations reprogrammables prévues dans les CDSP, voir considérant (148)) est significative et varie en moyenne entre 42 % (sur la ligne Marseille-Bastia) et 100 % (sur la route Marseille-Propriano).

Tableau 30

Comparaison entre les obligations de capacité minimale de transport de fret imposées par les CDSP 2023-2030 et le besoin de service public identifié par les autorités françaises (ML)

Ajaccio	2023	2025	2030	Moyenne
Capacité minimale de transport (ML/traversée) imposée dans les CDSP	1 470	1 470	1 470	
Nombre de traversées par an requises dans les CDSP	365	365	365	
Capacité totale minimale de transport (ML), telle que déduite des obligations de capacité minimale par traversée imposées dans les CDSP	1 073 100	1 073 100	1 073 100	
Besoin de service public identifié (ML)	665 494	696 459	780 322	
Surcapacité (%)	**61 %**	**54 %**	**38 %**	**49 %**
Bastia	**2023**	**2025**	**2030**	**Moyenne**
Capacité minimale de transport (ML/traversée) imposée dans les CDSP	1 860	1 860	1 860	
Nombre de traversées par an requises dans les CDSP	365	365	365	
Capacité totale minimale de transport (ML), telle que déduite des obligations de capacité minimale par traversée imposées dans les CDSP	1 357 800	1 357 800	1 357 800	
Besoin de service public identifié (ML)	883 824	924 948	1 036 323	
Surcapacité (%)	**54 %**	**47 %**	**31 %**	**42 %**
Porto-Vecchio	**2023**	**2025**	**2030**	**Moyenne**
Capacité minimale de transport (ML/traversée) imposée dans les CDSP	1 040	1 040	1 040	
Nombre de traversées par an requises dans les CDSP	156	156	156	
Capacité totale minimale de transport (ML), telle que déduite des obligations de capacité minimale par traversée imposées dans les CDSP	324 480	324 480	324 480	

Ajaccio	2023	2025	2030	Moyenne
Besoin de service public identifié (ML)	208 489	218 190	244 463	
Surcapacité (%)	**56 %**	**49 %**	**33 %**	**44 %**
Propriano	**2023**	**2025**	**2030**	**Moyenne**
Capacité minimale de transport (ML/traversée) imposée dans les CDSP	520	520	520	
Nombre de traversées par an requises dans les CDSP	156	156	156	
Capacité totale minimale de transport (ML), telle que déduite des obligations de capacité minimale par traversée imposées dans les CDSP	162 240	162 240	162 240	
Besoin de service public identifié (ML)	75 081	78 575	88 036	
Surcapacité (%)	**116 %**	**106 %**	**84 %**	**100 %**
L'Île-Rousse	**2023**	**2025**	**2030**	**Moyenne**
Capacité minimale de transport (ML/traversée) imposée dans les CDSP	700	700	700	
Nombre de traversées par an requises dans les CDSP	156	156	156	
Capacité totale minimale de transport (ML), telle que déduite des obligations de capacité minimale par traversée imposées dans les CDSP	218 400	218 400	218 400	
Besoin de service public identifié (ML)	116 895	122 334	137 064	
Surcapacité (%)	**87 %**	**79 %**	**59 %**	**73 %**

Source: observations des autorités françaises soumises les 5 avril, 28 juin et 28 juillet 2023

(338) La Commission comprend que, selon les autorités françaises, l'écart entre les obligations de capacité minimale imposées dans le cadre des CDSP et le besoin de service public identifié résulte de deux facteurs (considérants (126) et (127)). En premier lieu, les capacités minimales requises pour chaque traversée entre 2023 et 2030 sont basées sur les estimations de trafic en juillet 2030, ce qui correspond à la plus haute demande enregistrée dans les prévisions de la demande future en transport maritime estimée par les autorités françaises entre 2023 et 2030. Ces obligations sont fixes, alors que la demande en transport devrait progressivement augmenter de 2,3 % par an entre 2023 et 2030 ([150]). En deuxième lieu, la Commission comprend que les autorités françaises ont défini les obligations de capacité minimale dans le cadre des CDSP de manière à ce que le service public puisse répondre, à tout moment, au pic maximal de demande observé dans les données historiques (dans le cadre des précédentes CDSP). En d'autres termes, les autorités françaises entendent assurer que l'offre soit toujours supérieure à la demande, afin de ne pas laisser de marchandises ou passagers à quai, faute d'espace suffisant à bord des navires.

(339) La Commission nourrit dès lors des doutes à ce stade quant à la proportionnalité des obligations de service public imposées dans le cadre des CDSP et liées au transport maritime de fret (y compris les convoyeurs pour le fret tracté), au regard du besoin de service public identifié à ce sujet. La Commission invite l'ensemble des parties intéressées à lui fournir leurs commentaires sur ce point.

([150]) Le taux de croissance a été calculé sur la base des observations des autorités françaises soumises le 5 avril 2023 (rapport final du 14 mars 2022, tableaux 56-57).

(340) En outre, la Commission note que selon Corsica Ferries, les rotations supplémentaires prévues par les CDSP pour les lignes de/vers Ajaccio, Bastia et L'Île-Rousse (voir Tableau 23 et considérant (149)) ne correspondent à aucun besoin de service public identifié par les autorités françaises, et seraient d'ailleurs déjà définies par les délégataires des CDSP 2023-2030 (considérants (219) et (220)).

(341) Toutefois, la Commission note que selon les informations fournies par les autorités françaises, le programme de rotations supplémentaires présenté par les délégataires est seulement de nature prévisionnelle et chacune de ces rotations sera validée sur la base des besoins réels de transport de fret. Plus précisément, ces rotations supplémentaires seront activées par le délégant seulement dans les rares cas où la demande pour le transport de fret serait supérieure à celle anticipée et excèderait les capacités du navire du délégataire. Comme mentionné au considérant (149), dans le cadre de la réunion hebdomadaire du comité technique de suivi des CDSP, les autorités françaises évalueront si les navires sont saturés et s'il y a une demande additionnelle pour au moins 40 remorques. Les autorités françaises considèrent également que la demande de transport de fret est connue en général au moins 15 jours à l'avance. La Commission comprend dès lors que les rotations supplémentaires seront activées, et compensées, seulement lorsqu'un besoin de service public sera identifié.

(342) Sur la base de ce qui précède, la Commission considère à titre préliminaire que les arguments avancés par Corsica Ferries à ce sujet ne sont pas fondés.

(343) Par ailleurs, l'argument de Corsica Ferries selon lequel l'absence de démonstration par les autorités françaises de l'existence d'un besoin de service public ne permettrait pas de justifier l'imposition de navires Ro-Pax dans les CDSP (considérant (216)) doit être rejeté à titre préliminaire. La nécessité d'utiliser des navires Ro-Pax (c'est-à-dire des navires pouvant accueillir plus de 12 passagers) n'est pas une obligation incluse dans les CDSP, qui rendent au contraire possible l'exploitation du service au moyen d'une flotte combinant des Ro-Pax et des Ro-Ro. Le fait que l'utilisation de navires de type Ro-Pax pourrait être plus onéreuse en coût de capital et en charges d'exploitation que les navires Ro-Ro n'est pas pertinent si le besoin de service public de transport de fret conduit à inclure un nombre de passagers (y compris des convoyeurs) rendant nécessaire le recours à des navires Ro-Pax.

5.1.3.2.4. *Conclusion sur l'existence d'un SIEG (premier critère Altmark)*

(344) Pour les raisons exposées aux considérants (311), (328), (336) et (337), la Commission nourrit donc à ce stade des doutes sur la correcte définition du périmètre du besoin de service public et ne peut exclure, à titre préliminaire, que la France ait commis, à certains égards, une erreur manifeste d'appréciation sur l'existence d'un véritable SIEG.

5.1.3.3. *Paramètres préalablement établis aux fins de déterminer le montant de la compensation (critère 2)*

(345) Selon le deuxième critère *Altmark*, les paramètres sur la base desquels est calculée la compensation doivent être préalablement établis de façon objective et transparente, afin d'éviter que celle-ci ne comporte un avantage économique susceptible de favoriser l'entreprise bénéficiaire par rapport à des entreprises concurrentes.

(346) Comme indiqué à la section 3.3, les CDSP prévoient plusieurs dispositions définissant à l'avance et de manière objective et transparente les paramètres déterminant le calcul de la compensation octroyée aux délégataires des CDSP.

(347) L'article 30 des CDSP présente les principes généraux gouvernant le calcul de la compensation. En particulier, la compensation ne peut dépasser ce qui est nécessaire pour couvrir le coût net de l'exécution du SIEG, compte tenu d'un bénéfice raisonnable (considérant (155)). L'article 30 précise également que la compensation financière est calculée sur la base de la méthode de répartition des coûts, et consiste en la différence entre les coûts et les recettes liés à l'exécution du SIEG. Les seuls coûts du SIEG sont à prendre en compte pour le calcul de la compensation, qui englobent tous les coûts directs nécessaires à l'exécution du SIEG et une contribution adéquate aux coûts indirects communs à la fois au SIEG et aux activités commerciales. Le délégataire perçoit les recettes du SIEG (considérant (158)), qui ne sont pas incluses dans la compensation financière à verser aux délégataires.

(348) Plus généralement, comme indiqué au considérant (156), la rémunération totale du délégataire est calculée sur la base de l'ensemble des paramètres décrits au considérant (155).

(349) Les autorités françaises prévoient de verser deux types de compensation.

(350) En premier lieu, l'article 35 des CDSP détaille les deux composantes de la CFEI (considérant (164)), à savoir d'une part, la CFE, et d'autre part, la CFI (cette dernière comprenant les dotations aux amortissements, les redevances de crédit-bail et le coût d'affrètement du navire affecté à l'exécution du SIEG). En ce qui concerne la CFI, la Commission note à titre préliminaire que si les coûts du carburant et de crédit-bail/affrètement, ainsi que les coûts liés aux amortissements, sont en principe des charges d'exploitation, une double compensation pour les mêmes

coûts semble exclue sous les CDSP dans la mesure où l'Annexe 9 des CDSP exclut automatiquement ces trois postes de dépenses du calcul des charges d'exploitation et de la compensation correspondante. Par ailleurs, les CDSP déterminent le calcul des charges d'investissement liées aux navires (considérant (164)).

(351) En deuxième lieu, l'article 37 des CDSP prévoit aussi une compensation financière liée aux charges de carburant en raison des obligations de SIEG imposées aux délégataires en matière de desserte, fréquence, régularité, continuité, tarification et qualité, et dont le calcul est détaillé à l'Annexe 9 (considérant (167)).

(352) L'Annexe 9 des CDSP contient les comptes de résultat prévisionnels complétés par chacun des délégataires pour toute la durée des CDSP (considérant (157)). Il convient de rappeler à cet égard que les annexes des CDSP ont pleine valeur contractuelle dans le cadre des CDSP (considérant (144)).

(353) S'agissant de la clé d'imputation des coûts, la Commission note que l'Annexe 9 des CDSP contient une grille spécifique indiquant, pour chaque poste de dépense des délégataires, le pourcentage attribué à l'activité SIEG. Ces données ont été établies par chacun des délégataires des CDSP, sur la base des instructions fournies par les autorités françaises aux soumissionnaires durant la procédure d'appel d'offres (plus précisément, avant la remise des offres finales), invitant ces derniers à expliquer à l'autorité délégante la méthodologie retenue pour la répartition des coûts entre les activités SIEG et les activités commerciales. La clé d'imputation est figée pour toute la durée des CDSP (considérant (168)).

(354) La Commission relève également que la méthode de calcul de l'évolution de l'indice d'indexation, et un gain d'efficience, sont détaillés à l'Annexe 9 (considérant (165)).

(355) Les articles 35.2 et 37.2 précisent aussi que l'absence de réalisation d'une traversée, quelle qu'en soit la cause, donne lieu à une réfaction de la compensation correspondant à l'économie réalisée par le délégataire sur les CFEI et CFC en raison de la non-réalisation du SIEG (considérant (173)).

(356) Enfin, l'article 38 des CDSP définit les conditions financières dans lesquelles la compensation financière pour les rotations supplémentaires est calculée (considérants (174) et (175)). Ces conditions financières semblent correspondre à celles applicables aux rotations de base et aux rotations reprogrammables (c'est-à-dire que le montant de compensation correspond à la différence entre les coûts et les recettes liés au SIEG).

(357) Par ailleurs, la Commission note que l'article 39 des CDSP définit le mode de calcul du bénéfice raisonnable, ce dernier correspondant au ratio du «*résultat courant avant impôt et intérêts sur le périmètre SIEG*» sur le chiffre d'affaires sur le périmètre SIEG calculé à l'Annexe 9 (considérant (176)). En outre, le bénéfice raisonnable ne pourra dépasser 2,13 % tout au long de la durée du contrat, sauf à ce qu'une étude complémentaire indépendante, diligentée en cas de bouleversement du marché, vienne justifier la révision de ce taux.

(358) Il ressort ainsi des éléments qui précèdent que les CDSP semblent, à ce stade, contenir l'ensemble des paramètres nécessaires, objectifs et transparents, pour déterminer le montant de la compensation financière à verser aux délégataires.

(359) Toutefois, au regard de ses arguments présentés aux considérants (222) à (225), Corsica Ferries semble contester cette conclusion.

(360) Les arguments de Corsica Ferries relatifs à l'absence d'informations disponibles sur l'identification des coûts directement liés à l'exécution du service public, et donc de la possibilité de s'assurer que la clé d'imputation retenue soit correcte, ne peuvent être accueillis à ce stade, dans la mesure où ces informations ont été fournies par les autorités françaises durant la procédure d'appel d'offres (avant la remise des offres finales), et sont détaillées aux considérants (168) à (171). La Commission considère en outre qu'il ne fait pas de doute, à ce stade, que les CDSP contiennent bien, en leur Annexe 9, les clés d'imputation pour chacun des postes de coûts des délégataires.

(361) S'agissant de l'absence alléguée d'analyse indépendante conduite par les autorités françaises sur la pertinence des clés d'imputation retenues, il convient de relever à ce stade que les autorités françaises semblent avoir analysé avec diligence les clés d'imputation proposées par les soumissionnaires, en vérifiant que celles-ci soient suffisamment justifiées et plausibles.

(362) Les autorités françaises ont en effet analysé les clés d'imputation retenues. À ce titre, elles soulignent que, dans son rapport d'analyse des offres initiales déposées par les soumissionnaires, le délégant notait que pour certaines routes, les soumissionnaires n'avaient pas suffisamment justifié leur clé d'imputation. Dès lors, les autorités françaises leur ont demandé une justification plus robuste des clés d'imputation. Les soumissionnaires ont ainsi ajusté leur clé d'imputation (notamment la clé d'imputation initiale de 100 % des coûts du carburant imputés au SIEG) sur la base de la méthodologie fournie par les autorités françaises durant la procédure d'appel d'offres (avant la remise des offres finales) (considérants (168) à (171)), conduisant de manière globale à une baisse du montant de compensation proposé par ces soumissionnaires.

(363) Quant au dernier argument de Corsica Ferries, selon lequel les CDSP ne contiendraient pas les justifications appuyant la clé d'imputation des charges, la Commission relève que les autorités françaises ont fourni les justifications relatives à la méthodologie utilisée pour définir les clés de répartition des coûts (considérant (169)), que la Commission considère, à titre préliminaire, raisonnables.

(364) Sur la base de ce qui précède, la Commission considère à titre préliminaire que le deuxième critère *Altmark* semble être rempli.

5.1.3.4. *Juste compensation des coûts engendrés par les obligations de service public (critère 3)*

(365) Selon le troisième critère *Altmark*, la compensation ne doit pas excéder ce qui est nécessaire pour couvrir tout ou partie des coûts occasionnés par la réalisation des obligations de service public, compte tenu des recettes y relatives ainsi que d'un bénéfice raisonnable. Tout mécanisme portant sur la sélection du prestataire de service doit dès lors être choisi de manière à ce que le niveau de compensation soit déterminé sur la base de ces éléments.

5.1.3.4.1. *Correcte prise en compte des coûts du SIEG*

(366) Il ressort du considérant (155) que les autorités françaises se sont fondées sur la méthode de répartition des coûts pour évaluer les coûts directement liés à l'exécution du SIEG.

(367) Comme indiqué au considérant (169), la clé d'imputation repose, pour les coûts directement liés aux opérations de transport, sur le nombre de passagers ou de volume de fret que les délégataires sont tenus de transporter dans le cadre des CDSP au titre des activités SIEG. S'agissant des coûts communs, l'imputation est faite sur la base de la capacité du navire (en m^3) utilisée respectivement pour des activités SIEG ou commerciales.

(368) Les autorités françaises ont par ailleurs indiqué que les justifications des clés d'imputation sont inspirées de décisions précédentes validées par la Commission. Elles indiquent également que les principes guidant les clés d'imputation ont été présentés et expliqués aux soumissionnaires durant la phase de négociation.

(369) La Commission observe à ce stade que les clés d'imputation retenues par les autorités françaises permettent d'identifier de manière appropriée et raisonnable les coûts directement liés à l'exécution du SIEG. Elles reposent sur des paramètres qui paraissent être pertinents au regard de la nature des SIEG en cause (à savoir, pour les coûts directement liés aux opérations de transport maritime de passagers et de fret, l'ampleur des activités SIEG par rapport aux activités commerciales — mesurée en termes de nombre pour les passagers et ML pour le fret — et, pour les coûts communs, la capacité du navire réservée/utilisée respectivement pour les deux types d'activités).

(370) En outre, la Commission relève que les clés d'imputation seront figées pour toute la durée du contrat (considérant (168)), sauf dans le cas où, à la suite d'un contrôle *ex post*, il existerait un écart entre la clé d'imputation retenue dans les CDSP et la clé d'imputation qui résulterait de la réalité de l'exploitation du SIEG, ce qui donnerait lieu à un remboursement de l'éventuel surplus de compensation versée (considérants (145) et (171)). Ce mécanisme permet ainsi d'ajuster le montant de compensation pour les charges d'exploitation et les charges d'investissement *ex post* en fonction de l'utilisation effective des navires. Cela signifie que, dans le cas où la capacité du navire réservée aux activités du SIEG est en réalité utilisée pour le service commercial, les clés d'imputation, et donc la compensation, seront ajustées et un remboursement aura lieu par rapport au surplus de compensation indue, avec intérêts de retard, par le délégataire à la CdC.

(371) De manière générale, les autorités françaises conduiront un contrôle annuel du montant de compensation versé aux délégataires (considérants (145) et (171)) pour s'assurer de l'absence de surcompensation. Les traversées non effectuées ne pourront être compensées (considérant (173)).

5.1.3.4.2. *Contrôle du bénéfice raisonnable*

(372) Comme indiqué au considérant (176), l'article 39 des CDSP prévoit que le bénéfice maximal que peuvent escompter les délégataires des activités du SIEG est de 2,13 %. Ce bénéfice maximal dérive des offres financières proposées par les délégataires des CDSP, et a été comparé par les autorités françaises à la marge d'exploitation moyenne dégagée par des compagnies maritimes comparables en Europe.

(373) La Commission note que le recours à une étude comparative pour estimer le niveau de bénéfice raisonnable est une méthode appropriée ([151]). La Commission relève en outre que l'indicateur de la marge d'exploitation est un indicateur raisonnable pour estimer le niveau de bénéfice.

(374) Selon la communication SIEG ([152]) et l'encadrement SIEG ([153]), il faut entendre par «bénéfice raisonnable» le taux de rendement du capital qu'exigerait une entreprise moyenne considérant l'opportunité de fournir le SIEG pendant toute la durée du mandat, en tenant compte du niveau de risque. Toutefois, l'encadrement SIEG précise également que, dans les cas dûment justifiés, il est possible de se fonder sur des indicateurs de bénéfice autres que le taux de rendement du capital pour déterminer le niveau du bénéfice raisonnable, tels le rendement des capitaux propres moyen au cours de la durée du mandat, le rendement du capital employé, le rendement de l'actif ou le ratio de la marge d'exploitation. L'avantage de l'utilisation du ratio de la marge d'exploitation est qu'il ne dépend que des données comptables, c'est-à-dire le bénéfice comptable et les ventes, qui sont tous deux aisément observables dans le compte de résultat d'une entreprise. De plus, ce ratio permet d'éviter d'imputer des actifs soit aux activités du SIEG, soit aux activités commerciales, ce qui est nécessaire pour obtenir le taux de rendement du capital. En outre, les autorités françaises ont expliqué que dans le cas d'espèce, il n'est pas possible de calculer le taux de rendement du capital pour les compagnies maritimes qui louent ou affrètent des navires, du fait qu'il n'y a pas de sortie de liquidité initiale, ce que la Commission considère plausible à ce stade. Les données comptables ont par ailleurs été utilisées dans des décisions précédentes concernant des SIEG pour estimer le niveau de bénéfice raisonnable ([154]).

(375) Compte tenu du fait que les CDSP prévoient un bénéfice maximal de 2,13 %, considérablement inférieur à celui estimé par l'étude comparative commandée par les autorités françaises (7,8 %), et que ce montant de bénéfice ne peut en principe être augmenté *ex post*, la Commission considère à titre préliminaire que le bénéfice estimé dans les CDSP n'excède pas un niveau raisonnable.

(376) Quant aux arguments soulevés par Corsica Ferries aux considérants (227) et (228), ils ne semblent pas à ce stade de nature à remettre en cause cette conclusion préliminaire. En effet, ni la communication SIEG, ni l'encadrement SIEG, ni aucune autre règle ne semble imposer aux autorités françaises la prise en compte du chiffre d'affaires des délégataires issu de leurs activités commerciales qui ne font pas l'objet de droits exclusifs ou spéciaux dans le calcul du bénéfice raisonnable ([155]). Par ailleurs, les dispositions contractuelles relatives au bénéfice raisonnable, présentées au considérant (176), prévoient que le taux maximal du bénéfice ne pourra en aucun être cas révisé à la hausse, sauf en cas de bouleversement du marché et sous réserve d'une étude complémentaire indépendante venant justifier une révision de ce taux.

5.1.3.4.3. *Conclusion sur le troisième critère Altmark*

(377) Sur la base de ces éléments, la Commission conclut à titre préliminaire que les CDSP semblent prévoir une compensation limitée à ce qui est nécessaire pour couvrir les coûts du SIEG.

5.1.3.5. *Sélection du prestataire de service (critère 4)*

(378) La Commission rappelle que lorsqu'ils concluent des contrats de service public eu égard aux services de cabotage maritime, les États membres doivent attribuer les contrats en question sur une base non discriminatoire à l'égard de tous les armateurs communautaires désireux d'exploiter la ligne. Ils doivent respecter scrupuleusement cette condition lorsqu'ils définissent le contenu des obligations à remplir, ainsi que durant la procédure administrative qui aboutit à la sélection d'un exploitant pour un service déterminé. Conformément au principe de non-discrimination établi par le règlement cabotage, les États membres ne doivent pas imposer d'obligations adaptées spécialement à une compagnie maritime donnée, ce qui empêcherait d'autres armateurs communautaires d'entrer sur le marché, ni imposer d'obligations qui auraient le même effet ([156]).

([151]) Cette méthode a été appliquée dans l'affaire Tirrenia, décision (UE) 2022/348 de la Commission du 17 juin 2021 concernant les mesures SA.32014, SA.32015, SA.32016 (2011/C) (ex 2011/NN) mises à exécution par l'Italie et la Regione Toscana en faveur de Toremar et de son acquéreur Moby, JO L 64 du 02/03/2022, p. 6-59.

([152]) Communication SIEG, point 61.

([153]) Encadrement SIEG, point 33.

([154]) Par exemple, dans les décisions adoptées par la Commission dans les affaires SA.14588 — mise à exécution par la Belgique en faveur de De Post — La Poste, le 25 janvier 2012, JOCE L 170/2012, 29/06/2012; SA.35608 — Poste hellénique — Fonds d'indemnisation pour le financement du service postal universel, le 1er août 2014, JOCE C 348/2014, 03/10/2014; et SA.41702 — Irlande — Régime d'égalisation des risques, le 29 janvier 2016, JOCE C 104/2016, 18/03/2016.

([155]) Encadrement SIEG, points 44 à 46.

([156]) Communication de la Commission relative à l'interprétation du règlement CEE nº 3577/92 concernant l'application du principe de libre circulation des services de transport maritime à l'intérieur des États membres, adoptée le 22 avril 2014, chapitre 5.

(379) En outre, selon la quatrième condition établie par l'arrêt *Altmark*, la compensation doit, soit résulter d'une procédure de marché public permettant de sélectionner le candidat capable de fournir les services en cause au moindre coût pour la collectivité, soit être établie en prenant comme référence une entreprise moyenne, bien gérée et adéquatement équipée des moyens nécessaires ([157]).

(380) Comme mentionné à la section 4.1.4, Corsica Ferries estime que la quatrième condition de l'arrêt *Altmark* n'est pas remplie. *Premièrement*, elle considère que la procédure d'adjudication des CDSP n'a pas permis de sélectionner, dans des conditions transparentes et non-discriminatoires, les candidats capables de fournir le service au moindre coût. Elle avance les raisons suivantes à l'appui de cet argument:

— il existait selon elle plusieurs «barrières à l'entrée» tendant à favoriser les délégataires sortants et l'empêchant de déposer utilement une offre,

— le comportement du délégant dans le cadre de la procédure d'adjudication des CDSP était discriminatoire, car il aurait manifesté une volonté de favoriser les délégataires sortants,

— les critères d'attribution des offres (dans lesquels la compensation financière était pondérée à 20 %) ne permettaient pas de sélectionner le candidat capable de fournir le service au moindre coût, et

— le faible nombre de candidats ayant participé à la procédure d'adjudication des CDSP (un ou deux candidats par lot) révèlerait l'absence de concurrence réelle.

(381) *Deuxièmement*, Corsica Ferries soutient que la compensation n'a pas été déterminée sur la base d'une analyse des coûts d'une entreprise moyenne, bien gérée et adéquatement équipée des moyens nécessaires. Elle indique en effet que la CdC n'a effectué aucune analyse préalable des coûts qu'une telle entreprise aurait encourus pour assurer le service. Elle considère également que la mobilisation, par les délégataires, de cargos-mixtes, plus coûteux en coût de capital et en charges d'exploitation que des navires Ro-Ro, conduit à une surestimation de la compensation versée (considérant (222)).

(382) Les autorités françaises estiment essentiellement, quant à elles, que tous les opérateurs ont été traités dans des conditions identiques, dans le cadre de la procédure d'appel d'offres et la procédure d'adjudication. Elles ajoutent que si les navires de type cargo-mixtes sont les seuls à pouvoir transporter les volumes requis sur certaines lignes, cela n'est pas dû à une volonté spécifique de la part des autorités françaises, mais au besoin de service public qu'elles ont identifié via une procédure qu'elles qualifient de «rigoureuse».

(383) Les autorités françaises estiment en outre que le quatrième critère de l'arrêt *Altmark* est également rempli, du fait que les mesures ont été octroyées dans le cadre d'un appel d'offres ouvert.

(384) La Commission relève que la CdC a décidé d'organiser une négociation avec les trois soumissionnaires déclarés admissibles à concourir, qui s'est tenue lors de quatre tours organisés entre septembre et novembre 2022 (section 3.2.2). La Commission rappelle qu'une procédure négociée avec publication confère une large marge d'appréciation au pouvoir adjudicateur et peut restreindre la participation des opérateurs intéressés, et qu'en conséquence, une telle procédure ne peut être considérée comme suffisante pour satisfaire à la quatrième condition établie par l'arrêt *Altmark* que si elle a permis une concurrence réelle et effective ([158]), ce qui ne semble pas certain à ce stade, sur la base notamment des doutes soulevés par Corsica Ferries.

(385) En dernier lieu, la Commission constate que les autorités françaises n'ont pas présenté d'éléments permettant d'apprécier, conformément au point 70 de l'encadrement SIEG, le respect du quatrième critère *Altmark* fondé sur une analyse des coûts qu'une entreprise moyenne, bien gérée et adéquatement équipée de moyens matériels pour pouvoir satisfaire aux exigences de service public requises, aurait supportés pour exécuter ces obligations.

(386) Par conséquent, la Commission estime, à titre préliminaire que le quatrième critère de l'arrêt *Altmark* n'est pas rempli. Elle invite l'ensemble des parties intéressées à lui fournir leurs observations à ce sujet.

5.1.3.6. *Conclusion sur l'existence d'un avantage*

(387) Compte tenu des doutes exprimés concernant le respect du premier et du quatrième critère *Altmark*, la Commission considère à titre préliminaire que les CDSP 2023-2030 confèrent un avantage économique aux bénéficiaires.

([157]) Communication SIEG, point 62.
([158]) Communication SIEG, points 66 et 68.

5.1.4. *Sélectivité*

(388) Lorsque la Commission décèle la présence d'un avantage, pris au sens large, découlant directement ou indirectement d'une mesure donnée, elle est tenue d'établir, en outre, que cet avantage profite spécifiquement à une ou à plusieurs entreprises. Il lui incombe, pour ce faire, de démontrer, en particulier, que la mesure en cause introduit des différenciations entre les entreprises se trouvant, au regard de l'objectif poursuivi, dans une situation comparable. Il faut donc que l'avantage soit octroyé de façon sélective et qu'il soit susceptible de placer certaines entreprises dans une situation plus favorable que d'autres ([159]).

(389) L'exigence de sélectivité diffère selon que la mesure en cause est envisagée comme un régime général d'aide ou comme une aide individuelle. Dans ce dernier cas, l'identification de l'avantage économique permet, en principe, de présumer de sa sélectivité ([160]).

(390) En l'espèce, les CDSP ont toutes été octroyées dans le cadre de conventions bilatérales conclues avec chacun des délégataires. Ces CDSP sont donc des mesures individuelles, et sélectives en faveur de ces délégataires.

5.1.5. *Sur les conditions d'affectation des échanges entre États membres et de distorsion de la concurrence*

(391) Les aides visant à libérer une entreprise des coûts qu'elle aurait normalement dû supporter dans le cadre de sa gestion courante ou de ses activités normales faussent, en principe, les conditions de concurrence ([161]). Il a en effet été jugé que tout octroi d'aides à une entreprise qui exerce ses activités sur le marché communautaire est susceptible de causer des distorsions de concurrence et d'affecter les échanges entre États membres. Le transport maritime à l'intérieur d'un État membre (cabotage maritime) est ouvert à tous les opérateurs communautaires depuis le 1er janvier 1993 ([162]). À partir de cette date, les aides accordées à une entreprise transportant des passagers et/ou du fret à l'intérieur même d'un État membre peuvent menacer de fausser la concurrence. Il y a lieu de rappeler que Corsica Linea et La Méridionale opèrent sur des lignes entre le continent français et la Corse en concurrence directe avec des opérateurs tels que Corsica Ferries. Par conséquent, la Commission constate que les compensations publiques sous examen sont susceptibles de renforcer la position de Corsica Linea et La Méridionale par rapport aux entreprises de transport maritime concurrentes dans l'Union européenne et, ce faisant, risquent de fausser la concurrence. Par conséquent, les compensations publiques sous examen sont susceptibles de créer des distorsions de concurrence dans le marché intérieur et d'affecter le commerce entre les États membres.

5.1.6. *Conclusion sur la présence d'aide d'État au sens de l'article 107, paragraphe 1, du TFUE*

(392) Sur la base des éléments qui précèdent, la Commission considère à ce stade que les compensations allouées aux opérateurs dans le cadre des CDSP 2023-2030 constituent des aides d'État au sens de l'article 107, paragraphe 1, du TFUE.

5.2. **Compatibilité avec le marché intérieur**

5.2.1. *Application de la décision et de l'encadrement SIEG*

(393) Pour les raisons mentionnées ci-dessus, la Commission nourrit des doutes, à ce stade, quant au fait que les critères 1 et 4 de l'arrêt *Altmark* soient satisfaits. Dès lors qu'il n'est pas établi que le 1er critère *Altmark* soit rempli et que les obligations de service public figurant dans les cinq CDSP 2023-2030 soient correctement définies, les conditions de compatibilité prévues par l'encadrement SIEG ne paraissent pas, à ce stade, réunies.

(394) Néanmoins, à supposer que, à la suite de l'ouverture de la procédure formelle d'examen, la Commission soit en mesure de conclure que les obligations de service figurant dans les CDSP 2023-2030 ont été correctement définies dans leur ensemble, il y aurait lieu de prendre en considération les règles spécifiques relatives à l'application de l'article 106, paragraphe 2, du TFUE.

5.2.1.1. *La décision de 2011*

(395) La compatibilité des mesures en cause dans le cas présent doit tout d'abord être analysée à la lumière des dispositions de la décision de la Commission du 20 décembre 2011 relative à l'application de l'article 106, paragraphe 2, du TFUE, aux aides d'État sous forme de compensations de service public octroyées à certaines entreprises chargées de la gestion de services d'intérêt économique général (ci-après «la décision de 2011») ([163]).

([159]) Arrêt du 13 décembre 2018, Ryanair DAC, T-53/16, EU:T:2018:943, point 162.
([160]) Arrêt du 4 juin 2015, MOL, C-15/14 P, EU:C:2015:362, point 60.
([161]) Voir arrêt du 19 septembre 2000, Allemagne/Commission, C-156/98, EU:C:2000:467, point 30 et la jurisprudence citée.
([162]) Règlement cabotage.
([163]) JO L 7 du 11/01/2012, p. 3.

(396) À cet égard, il convient d'examiner si les CDSP remplissent les conditions des dispositions suivantes de l'article 2 de la décision de 2011, pour déterminer si les mesures sont exemptées de l'obligation de notification prévue à l'article 108, paragraphe 3, du TFUE.

(397) Tout d'abord, il convient de noter que l'article 2, point a), de la décision de 2011 ne définit pas de seuil pour le montant de l'aide à accorder pour la prestation de SIEG dans le domaine des transports. Ensuite, il est rappelé au point d) de l'article 2 que les aides d'État sous forme de compensations de service public pour les liaisons maritimes avec les îles ne sont pas exemptées de l'obligation de notification si le trafic annuel moyen sur ces liaisons a dépassé 300 000 passagers au cours des deux exercices précédant celui de l'octroi du SIEG.

(398) Quant au trafic annuel moyen, le trafic des liaisons maritimes couvertes par les CDSP dépasse significativement le seuil de 300 000 passagers (Tableau 7). Par conséquent, à ce stade, la Commission est d'avis que les CDSP ne satisfont pas aux critères fixés par l'article 2 de la décision de 2011. De plus, la Commission relève que ladite décision ne s'applique pas à des services de transport maritime mixte (concernant le transport de fret et de passagers) tels que ceux couverts par les CDSP dans le cas présent. Dès lors, la décision de 2011 n'est pas applicable dans le présent cas.

5.2.1.2. *Encadrement SIEG*

5.2.1.2.1. *Définition d'un véritable SIEG*

(399) La France ayant notifié les mesures sous le régime de l'encadrement SIEG ([164]), il peut être déduit qu'elle considère que ces mesures constituent un véritable SIEG.

(400) En vertu de l'encadrement SIEG, les États membres ne peuvent assortir d'obligations spécifiques de service public des services qui sont déjà fournis ou peuvent l'être de façon satisfaisante et dans des conditions (prix, caractéristiques de qualité objectives, continuité et accès au service) compatibles avec l'intérêt général, tel que le définit l'État, par des entreprises exerçant leurs activités dans des conditions normales de marché.

(401) Comme développé à la section 5.1.3.2.4, la Commission estime à ce stade qu'il existe des doutes concernant certains aspects du périmètre du besoin de service public et elle ne peut exclure que la France ait commis une erreur manifeste d'appréciation sur l'existence d'un véritable SIEG. En particulier, la Commission doute à ce stade que le périmètre de service public retenu dans les CSDP 2023-2030 soit nécessaire et proportionné en tous points par rapport à un besoin réel de service public.

5.2.1.2.2. *Nécessité d'un mandat précisant les obligations de service public et les méthodes de calcul de la compensation*

(402) Pour les motifs évoqués à la section 5.1.3.2.2, la Commission considère à ce stade que les conditions prévues à la section 2.3 de l'encadrement SIEG (c'est-à-dire les conditions relatives à la responsabilité de la gestion du SIEG, et les conditions que les contrats mentionnent notamment la nature et la durée des obligations de service public, l'entreprise, le mécanisme de compensation et les modalités de récupération d'éventuelles surcompensations) semblent être remplies.

(403) La Commission note que, dans son courriel du 13 octobre 2023, Corsica Ferries allègue le non-respect des obligations définies dans les CDSP, dans la mesure où un navire de La Méridionale, qui est réservé pour effectuer des rotations supplémentaires à la demande de l'OTC dans le cadre des CDSP, aurait déjà été utilisé par Corsica Linea pour opérer des liaisons commerciales entre Marseille et la Corse (considérant (216)). Toutefois, la Commission relève, en premier lieu, que l'application correcte des CDSP est une question séparée et note que le contrat prévoit des pénalités en cas d'irrégularités ou d'inexécutions avérées des clauses des CDSP (considérant (178)). En deuxième lieu, et en tout état de cause, la Commission note que les CDSP autorisent aux délégataires l'utilisation des navires employés dans le cadre des CDSP à des fins commerciales, et contiennent des dispositions prévoyant l'ajustement correspondant de la compensation en tenant compte du volume d'activités commerciales réalisé par les délégataires (considérant (168)).

5.2.1.2.3. *Durée du mandat*

(404) Corsica Ferries considère la durée des CDSP excessive et injustifiée, pour les raisons développées à la section 4.2.2. Les autorités françaises estiment quant à elles que cette durée est appropriée compte tenu entre autres des particularités du secteur du transport maritime, dans lequel l'amortissement de l'acquisition ou des charges de location des navires est plus long que dans d'autres secteurs, et la mise en conformité des navires au cadre réglementaire applicable est plus complexe.

([164]) Observations des autorités françaises soumises le 28 juillet 2023.

(405) La Commission relève que, comme établi par sa communication sur les orientations communautaires sur les aides d'État ([165]), dans le domaine du cabotage maritime, la durée des contrats de service public doit être limitée à une période raisonnable qui ne soit pas trop longue, normalement de l'ordre de 6 années. Néanmoins, la communication de la Commission relative à l'interprétation du règlement 3577/92 concernant l'application du principe de la libre circulation des services aux transports maritime ([166]) précise que: «*l'expérience acquise depuis 2003* […] *a montré que, dans certains cas, une durée de six ans avait pour effet de dissuader les armateurs de soumissionner car ils considéraient cette période comme trop courte pour pouvoir amortir les coûts d'investissement dans l'exploitation du service. De la même manière, les autorités publiques ont argué que les contrats de courte durée étaient de nature à décourager les armateurs de faire des investissements plus importants, entravant ainsi l'innovation et des améliorations possibles de la qualité du service.* […] *C'est pourquoi la Commission estime que les contrats de service public de plus de cinq ans (dans le cas de contrats de concession au sens de la directive Concessions) ou de six ans peuvent satisfaire aux exigences de proportionnalité sous réserve 1) d'être justifiés par des critères objectifs, tels que la nécessité d'amortir les investissements consacrés à l'exploitation du service de cabotage dans des conditions d'exploitation normales (par exemple des investissements dans des navires ou des infrastructures) et 2) de ne pas conduire à un verrouillage du marché. Sans préjuger d'une analyse au cas par cas, il ressort de l'expérience de la Commission et des informations fournies par les autorités publiques que des contrats d'une durée maximale de douze ans pourraient être justifiés pour permettre d'amortir une partie significative des coûts d'achat moyens d'un nouveau navire transbordeur, sans entraver le bon fonctionnement du marché*».

(406) En outre, la directive 2014/23/UE sur l'attribution de contrats de concession prévoit, en son article 18(2), que «*les investissements pris en considération aux fins du calcul* [de la durée de la concession] *comprennent tant les investissements initiaux que ceux réalisés pendant la durée de la concession*». La durée de 7 ans (et 1 année optionnelle) a été justifiée par les autorités françaises par l'objectif de permettre au concessionnaire d'amortir l'acquisition ou les charges de location des navires et la mise en conformité des navires à la réglementation applicable, notamment en matière de sécurité et de transition écologique. Cette durée serait nécessaire pour stimuler les investissements des concessionnaires pendant la durée de la concession. Si la Commission observe que les CDSP n'imposent aucun investissement, elle relève néanmoins que les délégataires doivent mobiliser des navires (achetés ou affrétés) ce qui représente une charge en capital importante. En outre, cette durée avait pour objectif de rendre l'appel d'offres plus attractif pour les candidats potentiels et donc de stimuler la concurrence.

(407) S'agissant de l'absence de verrouillage du marché, la Commission relève que la CdC a décidé de recourir à une procédure d'attribution ouverte et à des conventions de service public «ligne par ligne». Au lieu d'attribuer 1 seul contrat pour la durée de 7 ans (et 1 année optionnelle), la CdC a décidé d'attribuer 5 contrats distincts pour la même durée pour des services similaires, ce qui favorise la diversité d'acteurs susceptibles d'offrir des services de transport maritime entre la France continentale et la Corse. La Commission observe aussi que la desserte maritime de la Corse continue à être desservie par le plaignant depuis Nice et Toulon. Enfin, la Commission note que des durées de plus de 6 ans existent dans le cadre d'autres délégations de service public maritime en Europe. Sur la base de ces éléments, la Commission estime à ce stade que, dans le cas en présence, la durée des conventions n'est pas susceptible de verrouiller le marché.

(408) Au regard de ce qui précède, la Commission considère à titre préliminaire que la durée des CDSP de 7 ans, renouvelables pour 1 an, paraît justifiée, eu égard en particulier aux investissements nécessaires dans le cadre des CDSP et considérant qu'une telle durée n'était pas susceptible de verrouiller le marché.

5.2.1.2.4. *Respect de la directive 2006/111*

(409) Selon l'article 4(1) de la directive 2006/111 ([167]), «[…] *les États membres prennent les mesures nécessaires pour garantir que, dans toute entreprise soumise à l'obligation de tenir des comptes séparés:*

a) *les comptes internes correspondant aux différentes activités soient séparés;*

b) *tous les produits et charges soient correctement imputés ou répartis sur la base de principes de comptabilité analytique appliqués de manière cohérente et objectivement justifiables;*

c) *les principes de comptabilité analytique selon lesquels les comptes séparés sont établis soient clairement définis*».

([165]) Communication C(2004) 43 de la Commission — Orientations communautaires sur les aides d'État au transport maritime, ibid.
([166]) Communication 2014/0232 final de la Commission relative à l'interprétation du règlement (CE) nº 3577/92 du Conseil concernant l'application du principe de la libre circulation des services aux transports maritimes à l'intérieur des États membres (cabotage maritime).
([167]) Directive 2006/111/CE de la Commission du 16 novembre 2006 relative à la transparence des relations financières entre les États membres et les entreprises publiques ainsi qu'à la transparence financière dans certaines entreprises, JO L 318 du 17/11/2006, p. 17–25.

(410) Ainsi qu'il ressort de l'article 30 des CDSP (considérant (155)), les comptes internes des délégataires relatifs aux activités de SIEG et hors-SIEG doivent être séparés. Par ailleurs, comme indiqué à la section 5.1.3.4.1, la Commission note à ce stade que les autorités françaises ont correctement imputé et réparti les coûts et recettes relatifs à l'exécution du SIEG et aux activités commerciales sur la base de principes de comptabilité analytique appliqués de manière cohérente et objectivement justifiable. Enfin, comme indiqué à la section 5.1.3.3, la Commission considère à ce stade que les principes de comptabilité analytique selon lesquels les comptes séparés sont établis sont clairement définis. Enfin, comme indiqué à la section 5.1.3.3, la Commission considère à ce stade que les principes de comptabilité analytique selon lesquels les comptes séparés sont établis sont clairement définis.

(411) La Commission conclut donc à ce stade que les mesures en cause sont conformes à la directive 2006/111.

5.2.1.2.5. *Respect des règles de l'Union européenne applicables aux marchés publics*

(412) Corsica Ferries soutient que la procédure d'adjudication enfreint les principes d'égalité de traitement, de non-discrimination et de transparence prévus à l'article 3 de la directive 2014/23 (section 4.2.1). Selon elle, elle a été confrontée à de nombreux obstacles rendant impossible sa candidature, tels que l'obligation de mobiliser des navires disposant d'une capacité minimale de transport de passagers et de cabines dans les délais de l'appel d'offre. En particulier, elle indique que dans le domaine du transport maritime, les réservations sont ouvertes au minimum 6 mois à l'avance. Dès lors, pour pouvoir effectuer un redéploiement de sa flotte affectée aux liaisons Toulon-Corse, Nice-Corse et Italie-Corse sur des liaisons Marseille-Corse, elle aurait selon elle dû clôturer les réservations relatives à ces liaisons au moins 6 mois à l'avance. Elle considère également que le délégant a modifié les caractéristiques minimales de la procédure d'adjudication afin de retenir des offres qui ne respectaient pas les prescriptions techniques de l'Annexe 1 aux CDSP. En outre, comme mentionné ci-dessus, elle avance que la durée des CDSP est excessive et injustifiée, ce qui violerait l'article 18 de la directive sur les concessions (section 4.2.2). La Commission renvoie sur ce point à la section 5.2.1.2.3 de la présente décision.

(413) S'agissant des principes d'égalité de traitement, de non-discrimination et de transparence, les autorités françaises estiment essentiellement qu'il n'était pas requis des candidats qu'ils mobilisent des navires avant l'échéance de la procédure d'adjudication, et que la seule obligation imposée était d'être en mesure de commencer le service au 1er janvier 2023, quand la convention précédente arrivait à son terme.

(414) La Commission relève que l'avis d'appel à la concurrence a été publié le 6 mai 2022. Les opérateurs intéressés étaient invités à déposer leurs candidatures et leurs offres pour le 25 juillet 2022, et les négociations étaient prévues pour débuter au mois d'août 2022. En même temps, la Commission observe que la durée très courte qui s'est écoulée entre la date d'attribution des CDSP (en l'espèce, le 21 décembre 2022) et la date de début des services (le 1er janvier 2023) peut être un facteur d'éviction ([168]). Les autorités françaises n'ont pas suffisamment expliqué comment cet effet d'éviction aurait été évité en l'espèce.

(415) Concernant les caractéristiques minimales des CDSP, les autorités françaises considèrent qu'elles n'ont pas été modifiées durant la procédure d'adjudication, et que la mise en place des rotations reprogrammables et des rotations supplémentaires repose sur une décision préalable du délégant basée sur un besoin qu'il a exprimé.

(416) En ce qui concerne les exigences minimales, l'article 37 de la directive 2014/23 prévoit que l'offre retenue doit être conforme aux exigences minimales fixées par le pouvoir adjudicateur ([169]) et que ces dernières ne peuvent pas être changées au cours des négociations ([170]).

(417) L'article 2, paragraphe 4, du règlement de consultation précise les «caractéristiques minimales» ([171]) suivantes: (a) les tarifs maximaux applicables aux résidents corses et au transport de marchandises; (b) les capacités d'emport des navires; (c) les rotations horaires et fréquences des services, et (d) la durée de la convention et (e) le montant maximum de la compensation financière versée par l'OTC. Les autorités françaises relèvent que l'article 2, paragraphe 4, précité ne définit pas l'Annexe 1 (Annexe technique des services) comme étant une caractéristique minimale dans son ensemble.

(418) L'Annexe 1 (Annexe technique des services) indique que les caractéristiques des services maritimes (soit les capacités, horaires et fréquences) constituent des «capacités minimales». Les autorités françaises relèvent qu'il n'est pas indiqué dans l'Annexe 1 que cette Annexe constitue une caractéristique minimale.

([168]) Arrêt précité du 1er mars 2017, SNCM II, ibid., point 245.
([169]) Article 37(1) (a) de la directive 2014/23.
([170]) Article 37(6) de la directive 2014/23.
([171]) Les CDSP recourent à l'expression «caractéristiques minimales» au sens des «exigences minimales» telles que définies à l'article 37(1) de la directive 2014/23.

(419) Les autorités françaises, dans leur réponse, font ainsi une distinction entre «caractéristiques minimales» et «capacités minimales». Selon cette logique, l'Annexe 1, et en particulier les caractéristiques requises pour les rotations reprogrammables et les rotations supplémentaires, n'est pas considérée comme une exigence minimale au sens de la directive 2014/23. Leur non-respect ne pourrait donc conduire qu'à dévaluer les offres — à l'inverse du non-respect des caractéristiques minimales, qui infère l'irrégularité de l'offre.

(420) Corsica Ferries considère que l'Annexe 1 fait partie des exigences minimales au sens de la directive 2014/23 et fait valoir que celles-ci n'étaient pas remplies par les offres initiales des soumissionnaires, en particulier concernant les rotations reprogrammables et les rotations supplémentaires telles que définies dans l'Annexe 1.

(421) Le règlement de consultation prévoit trois catégories de rotations: rotations «de base», rotations «reprogrammables» et rotations «supplémentaires».

(422) Corsica Ferries fait valoir que se conformer aux exigences définies dans l'Annexe 1 pour les rotations reprogrammables et les rotations supplémentaires était problématique d'un point de vue économique. D'après Corsica Ferries, cela l'aurait obligée à mobiliser un navire exclusivement dédié à la réalisation de ces rotations, dans la mesure où ces dernières doivent être effectuées à tout moment, sous réserve d'un délai de prévenance d'une semaine minimum.

(423) Les autorités françaises indiquent qu'il ne ressort ni du dossier de consultation ni des réponses formulées par le pouvoir adjudicateur aux questions des candidats posées au cours de la procédure de passation, que les candidats se trouvaient dans l'obligation de mobiliser des navires supplémentaires pour les rotations reprogrammables et les rotations supplémentaires. De plus, les autorités françaises mentionnent que, en conformité avec les articles 17 et 18 des projets de CDSP, la mise en œuvre des rotations reprogrammables et des rotations supplémentaires suppose la tenue du comité technique prévu à l'article 10.2 des CDSP, permettant au concessionnaire concerné par la mise en œuvre de ces rotations de faire part des difficultés qui résulteraient, le cas échéant, de cette mise en œuvre.

(424) Ce faisant, la Commission estime que les autorités françaises n'ont pas fourni toutes les clarifications nécessaires pour conclure que les CDSP respectent les principes d'égalité de traitement, de non-discrimination et de transparence. Elle invite l'ensemble des parties intéressées à lui fournir leurs observations à ce sujet, en particulier pour clarifier si l'obligation de mobiliser des navires disposant d'une capacité minimale de transport de passagers et de cabines dans les délais de l'appel d'offre constitue une rupture d'égalité de traitement, et pour clarifier le périmètre des exigences minimales et la conformité des offres retenues en ce qui concerne ces exigences ainsi que les rotations reprogrammables et les rotations supplémentaires.

5.2.1.2.6. *Absence de discrimination*

(425) La prestation du service public opéré sur chacune des liaisons étant attribuée à une seule entreprise ou groupe d'entreprises (c'est-à-dire Corsica Linea, La Méridionale, ou le Groupement Corsica Linea — La Méridionale, voir Tableau 10), la Commission estime à ce stade qu'il ne peut être question ici de discrimination au sens de la section 2.7 de l'encadrement SIEG.

5.2.1.2.7. *Montant de la compensation*

(426) Sur la base des considérations développées aux sections 5.1.3.3 et 5.1.3.4 relatives aux deuxième et troisième critères *Altmark*, il apparaît à ce stade que les autorités françaises ont satisfait aux conditions prévues à la section 2.8 de l'encadrement SIEG relatif au montant de la compensation, et qui concerne notamment le coût net, le bénéfice raisonnable, la méthode de répartition des coûts, l'incitation à l'efficience et la surcompensation.

5.2.1.2.8. *Transparence*

(427) Les autorités françaises ont publié les informations requises à la section 2.10 de l'encadrement SIEG, sauf les montants annuels correspondant à l'aide octroyée aux bénéficiaires, qui seront publiés après audit de ces informations. Par conséquent, la Commission considère que les conditions de cette section paraissent à ce stade remplies.

5.2.1.3. *Conclusion*

(428) Par conséquent, la Commission nourrit à ce stade des doutes quant à une éventuelle compatibilité des compensations de service public avec l'article 106, paragraphe 2, du TFUE.

5.2.1.4. *Autres bases juridiques de compatibilité*

(429) À supposer que, à la suite de l'ouverture de la procédure formelle d'examen, la Commission parvienne à la conclusion que les mesures en cause ne sont pas couvertes par les règles de l'Union européenne relatives aux aides d'État sur les SIEG, il appartient aux autorités françaises de démontrer dans quelle mesure les aides octroyées sont compatibles avec le marché intérieur sur la base des autres règles de l'Union européenne dans le domaine des aides d'État.

6. **CONCLUSION**

(430) À la lumière de ce qui précède, la Commission est d'avis, à ce stade, que l'ensemble des mesures en cause, à savoir les cinq CDSP 2023-2030 relatives à la desserte maritime de la Corse pour la période du 1er janvier 2023 au 31 décembre 2030 que la France a attribuées aux sociétés Corsica Linea et La Méridionale, séparément ou conjointement, sous forme de cinq conventions pour chacune des lignes Marseille-Ajaccio, Marseille-Bastia, Marseille-Porto-Vecchio, Marseille-Propriano et Marseille-L'Île-Rousse, devraient être qualifiées d'aides d'État, et éprouve des doutes sur leur éventuelle compatibilité avec le marché intérieur.

(431) Elle invite les autorités françaises à fournir des informations détaillées sur l'ensemble des points où elle soulève des doutes dans la présente décision, et à fournir toutes les informations nécessaires afin de démontrer la compatibilité des mesures en cause avec le marché intérieur.

Compte tenu des considérations qui précédent, la Commission invite la France, dans le cadre de la procédure de l'article 108, paragraphe 2, du TFUE, à présenter ses observations et à fournir toute information utile pour l'évaluation des mesures dans un délai d'un mois à compter de la date de réception de la présente. La France transmettra à la Commission une version non-confidentielle de ses observations et des informations utiles transmises.

La Commission invite vos autorités à transmettre immédiatement une copie de cette lettre aux bénéficiaires potentiels de l'aide. Dans ce contexte, la France veillera à ce que ne soient pas divulguées aux entreprises concernées des informations relatives à d'autres entreprises et couvertes par le secret professionnel au sens de la communication de la Commission C(2003) 4582 du 1er décembre 2003 sur le secret professionnel dans les décisions en matière d'aides d'État ([172]).

La Commission rappelle à la France l'effet suspensif de l'article 108, paragraphe 3, du TFUE et se réfère à l'article 16 du règlement (UE) 2015/1589 du Conseil qui prévoit que toute aide illégale pourra faire l'objet d'une récupération auprès de son bénéficiaire.

Par la présente, la Commission avise la France qu'elle informera les intéressés par la publication de la présente lettre et d'un résumé de celle-ci au Journal officiel de l'Union européenne. Elle informera également les intéressés dans les pays de l'AELE signataires de l'accord EEE par la publication d'une communication dans le supplément EEE du Journal officiel, ainsi que l'autorité de surveillance de l'AELE en leur envoyant une copie de la présente. Tous les intéressés susmentionnés seront invités à présenter leurs observations dans un délai d'un mois à compter de la date de cette publication. Les intéressés seront priés de fournir également une version non confidentielle de leurs observations.

Dans le cas où la présente lettre contiendrait des éléments confidentiels qui ne doivent pas être publiés, vous êtes invités à en informer la Commission, dans un délai de quinze jours ouvrables à compter de la date de sa réception. Si la Commission ne reçoit pas de demande motivée à cet effet dans le délai prescrit, elle considérera que vous acceptez la publication du texte intégral de la lettre dans la langue faisant foi à l'adresse internet suivante: http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/index.cfm

Cette demande devra être envoyée par courriel à l'adresse suivante:

Commission européenne
Direction générale de la concurrence
Greffe des aides d'État
1049 Bruxelles
Stateaidgreffe@ec.europa.eu

Veuillez croire, Monsieur le Ministre, à l'assurance de ma haute considération.

Par la Commission

Margrethe VESTAGER

Vice-présidente exécutive

([172]) JO C 297 du 09/12/2003, p. 6.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2268

22.3.2024

Abschlussbericht des Anhörungsbeauftragten [1]

Sache AT.40735 – Online-Verkauf von Zugfahrkarten in Spanien

(C/2024/2268)

1. Gegenstand des vorliegenden Berichts ist der Entwurf eines an Renfe-Operadora, E.P.E. und Renfe Viajeros, S.M.E, S.A. (im Folgenden zusammen „Renfe“), den etablierten spanischen Schienenverkehrsbetreiber, gerichteten Verpflichtungsbeschlusses nach Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates [2] (im Folgenden „Beschlussentwurf“).

2. Am 28. April 2023 leitete die Kommission in der vorliegenden Sache wegen eines mutmaßlichen Verstoßes gegen Artikel 102 AEUV gegen Renfe ein Verfahren nach Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 773/2004 [3] ein. Am selben Tag legte die Kommission in einer vorläufigen Beurteilung im Sinne des Artikels 9 Absatz 1 der Verordnung 1/2003 ihre wettbewerbsrechtlichen Bedenken dar. Die Kommission hatte Bedenken, dass Renfe seine marktbeherrschende Stellung auf dem spanischen Markt für die Erbringung von Schienenpersonenverkehrsdiensten missbraucht haben könnte, indem es sich weigerte, sämtliche Fahrkarten, Preisnachlässe und Funktionen sowie sämtliche Echtzeitdaten, die auf seinen eigenen Online-Verkaufskanälen verfügbar sind, in Spanien tätigen Fahrkartenplattformen Dritter in vollem Umfang zur Verfügung zu stellen. Die vorläufige Beurteilung wurde Renfe am 2. Mai 2023 übermittelt.

3. Am 30. Mai 2023 unterbreitete Renfe Verpflichtungsangebote, um die in der vorläufigen Beurteilung der Kommission geäußerten Bedenken auszuräumen.

4. Am 27. Juni 2023 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung nach Artikel 27 Absatz 4 der Verordnung 1/2003, in der sie interessierte Dritte aufforderte, zu den Verpflichtungsangeboten Stellung zu nehmen.

5. Am 29. September 2023 unterrichtete die Kommission Renfe über die eingegangenen Stellungnahmen.

6. Am 23. November 2023 legte Renfe geänderte Verpflichtungsangebote vor (im Folgenden „endgültige Verpflichtungen“).

7. Mit dem Beschlussentwurf werden die endgültigen Verpflichtungen für Renfe für bindend erklärt und es wird festgestellt, dass für die Kommission in dieser Sache kein Anlass mehr besteht, tätig zu werden.

8. Während des Verfahrens wurden keine Anträge oder Beschwerden an mich herangetragen. Ich bin der Auffassung, dass die Verfahrensrechte in dieser Sache ausgeübt werden konnten.

Brüssel, 21. Dezember 2023.

Eric GIPPINI FOURNIER

---

[1] Nach den Artikeln 16 und 17 des Beschlusses 2011/695/EU des Präsidenten der Europäischen Kommission vom 13. Oktober 2011 über Funktion und Mandat des Anhörungsbeauftragten in bestimmten Wettbewerbsverfahren (ABl. L 275 vom 20.10.2011, S. 29) (im Folgenden „Beschluss 2011/695/EU“).

[2] Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1) (im Folgenden „Verordnung 1/2003“).

[3] Verordnung (EG) Nr. 773/2004 der Kommission vom 7. April 2004 über die Durchführung von Verfahren auf der Grundlage der Artikel 81 und 82 EG-Vertrag durch die Kommission (ABl. L 123 vom 27.4.2004, S. 18).

C/2024/2269

22.3.2024

Zusammenfassung des Beschlusses der Kommission

vom 17. Januar 2024

in einem Verfahren nach Artikel 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

(Sache AT.40735 – Online-Verkauf von Zugfahrkarten in Spanien)

(bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2024) 135 final)

(Nur der englische Text ist verbindlich)

(C/2024/2269)

Am 17. Januar 2024 erließ die Kommission einen Beschluss in einem Verfahren nach Artikel 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Nach Artikel 30 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates [1] *veröffentlicht die Kommission hiermit die Namen der Beteiligten und den wesentlichen Inhalt des Beschlusses einschließlich der verhängten Sanktionen, wobei sie den berechtigten Interessen der Unternehmen an der Wahrung ihrer Geschäftsgeheimnisse Rechnung trägt.*

1. EINLEITUNG

(1) Durch den Beschluss werden die Verpflichtungsangebote von Renfe-Operadora, E.P.E. und Renfe Viajeros, S.M.E., S.A. (im Folgenden zusammen „Renfe“) nach Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates (im Folgenden „Verordnung 1/2003“) in einem Verfahren nach Artikel 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (im Folgenden „AEUV“) für bindend erklärt.

2. VERFAHREN

(2) Am 28. April 2023 leitete die Kommission ein Verfahren zum Erlass eines Beschlusses nach Kapitel III der Verordnung 1/2003 ein und legte in einer vorläufigen Beurteilung ihre vorläufigen wettbewerbsrechtlichen Bedenken dar.

(3) Renfe stimmte der vorläufigen Beurteilung und den vorläufigen Feststellungen der Kommission nicht zu. Dennoch übermittelte Renfe der Kommission am 30. Mai 2023 auf die vorläufige Beurteilung hin erste Verpflichtungsangebote (im Folgenden „ursprüngliche Verpflichtungsangebote“).

(4) Am 27. Juni 2023 wurde im *Amtsblatt der Europäischen Union* eine Mitteilung nach Artikel 27 Absatz 4 der Verordnung 1/2003 mit einer Zusammenfassung der Sache und den ursprünglichen Verpflichtungsangeboten veröffentlicht, in der interessierte Dritte aufgefordert wurden, bis zum 8. August 2023 zu den ursprünglichen Verpflichtungsangeboten Stellung zu nehmen.

(5) Am 29. September 2023 unterrichtete die Kommission Renfe über die Stellungnahmen interessierter Dritter, die nach Veröffentlichung der Mitteilung eingegangen waren. Am 23. November 2023 legte Renfe geänderte Verpflichtungsangebote vor (im Folgenden „endgültige Verpflichtungen“).

(6) Am 20. Dezember 2023 wurde der Beratende Ausschuss für Kartell- und Monopolfragen gehört und gab eine befürwortende Stellungnahme ab.

(7) Am 21. Dezember 2023 legte der Anhörungsbeauftragte seinen Abschlussbericht vor.

3. DIE WETTBEWERBSRECHTLICHEN BEDENKEN DER KOMMISSION

(8) Das staatliche Unternehmen Renfe ist der etablierte spanische Schienenverkehrsbetreiber.

[1] ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1; diese Verordnung wurde geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 411/2004 (ABl. L 68 vom 6.3.2004, S. 1).

(9) In ihrer vorläufigen Beurteilung stellte die Kommission vorläufig fest, dass Renfe i) auf dem vorgelagerten Markt für die Erbringung von Schienenpersonenverkehrsdiensten in Spanien, wo Renfe als Schienenpersonenverkehrsunternehmen tätig ist, und ii) auf dem nachgelagerten Markt für den Online-Vertrieb von Fahrkarten für den Schienenpersonenverkehr in Spanien, auf dem Renfe über seine Website, seine Apps und seine Mobilitätsplattform „dōcō" tätig ist, eine beherrschende Stellung innehat. Auf dem nachgelagerten Markt steht Renfe mit Fahrkartenplattformen Dritter im Wettbewerb ([2]).

(10) Die Kommission äußerte vorläufige Bedenken, dass Renfe durch seine Weigerung, sämtliche Fahrkarten, Preisnachlässe und Funktionen (im Folgenden „Inhalte") und sämtliche Echtzeitdaten, die auf seinen eigenen Online-Vertriebskanälen verfügbar sind, in Spanien tätigen Fahrkartenplattformen Dritter zur Verfügung zu stellen, seine marktbeherrschende Stellung auf dem vorgelagerten Markt missbraucht haben könnte. Durch diese Weigerung, Inhalte und Echtzeitdaten zur Verfügung zu stellen, könnten Fahrkartenplattformen Dritter in ihrer Fähigkeit beschränkt worden sein, ihr eigenes Produkt zu schaffen, Innovationen zu tätigen und wirksamen Wettbewerbsdruck auf dem nachgelagerten Markt für den Online-Verkauf von Zugfahrkarten in Spanien auszuüben.

4. URSPRÜNGLICHE VERPFLICHTUNGSANGEBOTE, MARKTTEST UND ENDGÜLTIGE VERPFLICHTUNGEN

(11) Die ursprünglichen Verpflichtungsangebote von Renfe lassen sich wie folgt zusammenfassen:

— *Zugang zu sämtlichen Inhalten und Echtzeitdaten:* Renfe wollte Fahrkartenplattformen Dritter über den VAV-API-Kanal ([3]) Zugang zu sämtlichen Inhalten und Echtzeitdaten gewähren, die auf einem seiner eigenen Online-Kanäle, einschließlich seiner Mobilitätsplattform dōcō, verfügbar sind oder künftig verfügbar werden. Die Verpflichtungen von Renfe sollten dynamisch sein und auf unbestimmte Zeit gelten.

— *Look-to-Book-Quote („L2B"):* Die L2B-Quote wurde definiert als das Verhältnis zwischen der Zahl der Abfragen („look") des Fahrkartenverkaufssystems von Renfe und der Zahl der tatsächlichen Verkäufe („book") im selben Zeitraum. Renfe verpflichtete sich, von Fahrkartenplattformen Dritter keine monatliche L2B-Höchstquote zu verlangen, die unter 140 liegt. In bestimmten Fällen hätte Renfe den Zugang einer Fahrkartenplattform Dritter zu seinem IT-System aussetzen können, wenn diese Plattform die L2B-Quote überschritten hätte.

— *Maximale Fehlerquote:* Die Fehlerquote wurde definiert als das Verhältnis zwischen der Zahl der gescheiterten Reservierungsanfragen und der Gesamtzahl der Reservierungsanfragen an das Fahrkartenverkaufssystem von Renfe in einem bestimmten Zeitraum. Renfe bot eine maximale Fehlerquote von 14,23 % im Jahresdurchschnitt an.

— *Nichtumgehungsklausel:* Renfe sagte zu, die Verpflichtungen in keiner Weise unmittelbar oder mittelbar durch Handlungen oder Unterlassungen zu umgehen oder dies zu versuchen.

— *Überwachungstreuhänder:* Renfe verpflichtete sich, einen Überwachungstreuhänder einzusetzen, der die Umsetzung der ursprünglichen Verpflichtungsangebote in einem Zeitraum von zehn Jahren überwachen und der Kommission darüber Bericht erstatten sollte.

(12) Die befragten Marktteilnehmer begrüßten das allgemeine Ziel der ursprünglichen Verpflichtungsangebote, durch die Fahrkartenplattformen Dritter und Renfes eigene digitale Vertriebskanäle beim Zugang zu Inhalten und Echtzeitdaten von Renfe gleichgestellt würden. Sie nannten aber auch bestimmte Bestimmungen, die geändert werden müssten, damit dieses Ziel erreicht werden könne. Diese betrafen hauptsächlich den Umfang der Verpflichtungsangebote, Zugangs- und Vertriebsgebühren, die L2B-Quote und die maximale Fehlerquote.

(13) Daraufhin übermittelte Renfe die endgültigen Verpflichtungen mit den folgenden wesentlichen Verbesserungen:

— *Umfang:* Die endgültigen Verpflichtungen sehen – mit nur wenigen Ausnahmen – einen gleichwertigen Zugang zu Renfes Inhalten und Echtzeitdaten für Renfes Online-Vertriebskanäle (einschließlich dōcō) und Fahrkartenplattformen Dritter vor, unabhängig davon, welche Kanäle die Plattformen gegenwärtig und zukünftig verwenden, um auf Inhalte und Echtzeitdaten von Renfe zuzugreifen. Im Allgemeinen können die endgültigen Verpflichtungen unverzüglich und wirksam, bis spätestens 29. Februar 2024, umgesetzt werden. Für die Inhalte und Echtzeitdaten von Renfe, für die ein Ausschreibungsverfahren eingeleitet werden muss, gilt ausnahmsweise, dass sie bis spätestens Ende 2024 zur Verfügung gestellt werden können.

([2]) Fahrkartenplattformen sind Unternehmen, die über Stores für Software-Anwendungen (z. B. Apple App Store oder Google Play Store) oder über eine Website Bahnfahrkarten an Einzel- und/oder Firmenkunden in der Europäischen Union vertreiben.

([3]) VAV ist die Anwendungsprogrammierschnittstelle (API), die von Renfe speziell dafür entwickelt wurde, dass Fahrkartenplattformen Dritter auf seine Inhalten und Echtzeitdaten zugreifen können.

— *Vertriebs- und Zugangsgebühren: Vertriebsgebühren* stehen nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Bedingungen, die Renfe Fahrkartenplattformen Dritter für den Zugang zu Renfes Inhalten und Echtzeitdaten auferlegt. Daher fallen sie nicht unter das Verhalten, das Gegenstand dieses Beschlusses ist. *Zugangsgebühren* stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Bedingungen, die Renfe Fahrkartenplattformen Dritter für den Zugang zu Renfes Inhalten und Echtzeitdaten auferlegt, und fallen daher unter die Nichtumgehungsklausel, die geändert wurde, sodass nun darin festgelegt ist, dass Renfe *keine unfairen, unangemessenen oder diskriminierenden Maßnahmen* anwenden darf.

— *L2B:* Die Plattformen werden abhängig von den monatlichen in Renfes Verkaufssystem getätigten Verfügbarkeitsabfragen in drei Kategorien eingeteilt. Für jede Kategorie gibt es einen maximal zulässigen L2B-Wert, den Renfe verlangen kann. Diese Werte sind angemessen und hindern Fahrkartenplattformen Dritter nicht daran, in Wettbewerb zu treten und Innovationen zu tätigen.

  Renfe hat auch die Bestimmungen geändert, die es Renfe ermöglichen, den Zugang von Fahrkartenplattformen Dritter zu seinem Verkaufssystem auszusetzen, wenn die Plattformen den maximal zulässigen L2B-Wert überschreiten oder bei Plattformen unübliche L2B-Spitzenwerte verzeichnet werden. Erstens schaffen die endgültigen Verpflichtungen Klarheit und Rechtssicherheit hinsichtlich des Ausnahmecharakters einer Aussetzung ohne Vorankündigung bei unüblichen L2B-Spitzenwerten. Zweitens werden Fahrkartenplattformen Dritter und Renfes Mobilitätsplattform(en) gleich behandelt, wenn der maximal zulässige L2B-Wert überschritten wird oder unübliche L2B-Spitzenwerte verzeichnet werden. Drittens wird in den endgültigen Verpflichtungen die Rolle des Überwachungstreuhänders in Aussetzungsverfahren präziser erläutert und gestärkt.

— *Maximale Fehlerquote:* Renfe hat die vorgeschlagene maximale Fehlerquote wesentlich gesenkt und sich zu einer durchschnittlichen jährlichen maximalen Fehlerquote von 4 % ab 2024 verpflichtet. Es wurde auch klargestellt, dass für die Berechnung der Fehlerquote nur die Renfe zurechenbaren Fehler herangezogen werden. Zusätzlich zur maximalen Fehlerquote verpflichtet sich Renfe zu einer maximalen monatlichen Nichtverfügbarkeitsquote ([4]) von 1 % ab 2025. So wird sichergestellt, dass die Qualität des Fahrkartenverkaufs durch Fahrkartenplattformen Dritter nicht durch häufige Ausfälle von Renfes Verkaufssystem wesentlich beeinträchtigt wird.

5. **SCHLUSSFOLGERUNG**

(14) Die Kommission ist der Auffassung, dass die endgültigen Verpflichtungen die in der vorläufigen Beurteilung geäußerten wettbewerbsrechtlichen Bedenken wirksam ausräumen, ohne unverhältnismäßig zu sein. Bei dieser Schlussfolgerung hat die Kommission die Interessen der Dritten berücksichtigt – insbesondere jener, die im Rahmen des Markttests eine Stellungnahme eingereicht haben.

([4]) Die Nichtverfügbarkeitsquote ist das Verhältnis zwischen der Anzahl an Minuten zwischen 06.00 und 23.00 Uhr, währen derer die Summe aller Fahrkartenverkäufe von Renfe über alle Kanäle hinweg null beträgt, und der Gesamtanzahl an Minuten zwischen 06.00 bis 23.00 Uhr.

C/2024/2267

22.3.2024

Stellungnahme des Beratenden Ausschusses für Kartell- und Monopolfragen aus seiner Sitzung vom 20.12.2023 zu einem Beschlussentwurf in der Sache AT.40735 – Online-Verkauf von Zugfahrkarten in Spanien – Sitzung per Videokonferenz – über „Skype for Business“

Berichterstatter: Irland

(C/2024/2267)

1. Der Beratende Ausschuss teilt die von der Kommission in ihrem Beschlussentwurf nach Artikel 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union geäußerten wettbewerbsrechtlichen Bedenken. 10 Mitgliedstaaten.

2. Der Beratende Ausschuss teilt die im Beschlussentwurf dargelegte Auffassung der Kommission, dass das Verfahren im Wege eines Beschlusses nach Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates [1] abgeschlossen werden kann. 9 Mitgliedstaaten stimmen zu. 1 Mitgliedstaat enthält sich.

3. Der Beratende Ausschuss teilt die im Beschlussentwurf dargelegte Auffassung der Kommission, dass die angebotenen Verpflichtungen geeignet, erforderlich und angemessen sind und für bindend erklärt werden sollten. 10 Mitgliedstaaten.

4. Der Beratende Ausschuss teilt die im Beschlussentwurf dargelegte Auffassung der Kommission, dass unbeschadet des Artikels 9 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 angesichts der unterbreiteten Verpflichtungsangebote für ein Tätigwerden der Kommission kein Anlass mehr besteht. 9 Mitgliedstaaten stimmen zu. 1 Mitgliedstaat enthält sich.

5. Der Beratende Ausschuss empfiehlt die Veröffentlichung seiner Stellungnahme im *Amtsblatt der Europäischen Union*. 10 Mitgliedstaaten.

---

[1] Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2003/1/oj).

C/2024/2359

22.3.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.10988 — BROOKFIELD / CAMECO / WESTINGHOUSE)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2359)

Am 16. Oktober 2023 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

— der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (https://competition-cases.ec.europa.eu/search). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,

— der Website EUR-Lex (http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32023M10988 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

C/2024/2350

22.3.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11373 — IP / EV ASSET HOLDING / IPLANET JV)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2350)

Am 14. März 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

— der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (https://competition-cases.ec.europa.eu/search). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,

— der Website EUR-Lex (http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11373 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

C/2024/2351

22.3.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11474 — HPS / BERLIN BRANDS GROUP)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2351)

Am 13. März 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

— der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (https://competition-cases.ec.europa.eu/search). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,

— der Website EUR-Lex (http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11474 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

C/2024/1939

22.3.2024

Euro-Wechselkurs ([1])

21. März 2024

(C/2024/1939)

1 Euro =

	Währung	Kurs		Währung	Kurs
USD	US-Dollar	1,0907	CAD	Kanadischer Dollar	1,4736
JPY	Japanischer Yen	164,96	HKD	Hongkong-Dollar	8,5300
DKK	Dänische Krone	7,4579	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,7963
GBP	Pfund Sterling	0,85678	SGD	Singapur-Dollar	1,4619
SEK	Schwedische Krone	11,3645	KRW	Südkoreanischer Won	1 449,01
CHF	Schweizer Franken	0,9766	ZAR	Südafrikanischer Rand	20,4181
ISK	Isländische Krone	148,70	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,8520
NOK	Norwegische Krone	11,5430	IDR	Indonesische Rupiah	17 092,14
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit	5,1424
CZK	Tschechische Krone	25,243	PHP	Philippinischer Peso	61,033
HUF	Ungarischer Forint	393,35	RUB	Russischer Rubel	
PLN	Polnischer Zloty	4,3028	THB	Thailändischer Baht	39,396
RON	Rumänischer Leu	4,9734	BRL	Brasilianischer Real	5,4210
TRY	Türkische Lira	34,9445	MXN	Mexikanischer Peso	18,2610
AUD	Australischer Dollar	1,6535	INR	Indische Rupie	90,6560

([1]) *Quelle*: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2237

22.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 30. NOVEMBER 2016

(C/2024/2237)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 30. November und 1. Dezember 2016

BRÜSSEL

Inhalt

Seite

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode 3
2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll 3
3. Prüfung der Mandate: siehe Protokoll 3
4. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll 3
5. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll 3
6. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll 3
7. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll 3
8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll 3
9. Mittelübertragungen: siehe Protokoll 3
10. Arbeitsplan: siehe Protokoll 3
11. Haushaltsverfahren 2017: gemeinsamer Text (Aussprache) 4
12. Überarbeitung des MFR (Aussprache) 22

Inhalt Seite

13. Interim-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EG/Ghana (Aussprache) 37

14. Abkommen zwischen den USA und der EU über den Schutz personenbezogener Daten bei Straftaten (Aussprache) 42

15. Kürzlich erfolgte Übertragung der Verwaltung der IANA auf die weltweite Gemeinschaft der Internet-Nutzer im Oktober 2016 und anstehendes Internet Governance Forum in Mexiko (6. bis 8. Dezember 2016) (Aussprache) 54

16. Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union: eine Bewertung - Lage in Italien nach den Erdbeben (Aussprache) 58

17. Leitlinien für die Interessenerklärungen der Mitglieder der Kommission (Aussprache) 73

18. Haftung, Schadenersatz und Deckungsvorsorge für Offshore-Erdöl- und -Erdgasaktivitäten (kurze Darstellung) 81

19. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung 83

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll 86

21. Schluss der Sitzung 86

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 30. NOVEMBER 2016

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Die Sitzung wird um 15.00 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, dem 24. November 2016, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

3. Prüfung der Mandate: siehe Protokoll

4. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

5. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

6. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll

7. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

9. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

10. Arbeitsplan: siehe Protokoll

11. Haushaltsverfahren 2017: gemeinsamer Text (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Jens Geier und Indrek Tarand im Namen der Delegation des Europäischen Parlaments im Vermittlungsausschuss für Haushaltsfragen über den Standpunkt des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2017 (gemeinsamer Text) (11900/201614635/2016 — C8-0373/2016 - 2016/2047(BUD)) (A8-0353/2016).

Jean Arthuis, *président de la commission des budgets.* – Monsieur le Président, mes chers collègues, alors que l'Europe et le monde traversent une période d'instabilité, il est réconfortant que les institutions européennes puissent mettre de côté leurs différends et donner à l'Union un budget dans le temps imparti par les traités.

Contrairement à la légende qui voulait qu'une année sur deux la conciliation échoue, je me réjouis qu'en 2016, pour le budget 2017, comme en 2015, pour le budget 2016, nous ayons trouvé un accord.

Je suis heureux que, cette année, sûrement assagis par les nombreuses heures de négociations, le Parlement et le Conseil aient fait un pas l'un vers l'autre pour envoyer deux messages clairs.

Le premier message est que la priorité reste, plus que jamais, de prendre à bras-le-corps le problème des migrations en renforçant le contrôle de nos frontières extérieures, tout en permettant l'accueil digne des nouveaux arrivants et le retour humainement soutenable aux migrants qui ne peuvent prétendre au statut de réfugié. Ne nous berçons pas d'illusions, beaucoup reste à faire dans ce domaine et notre budget est extrêmement contraint en la matière, mais les avancées de l'autorité budgétaire pour 2017 vont incontestablement dans la bonne direction.

Le second message est que l'Europe investit dans sa jeunesse: 500 millions d'euros supplémentaires seront mis à disposition de l'Initiative pour l'emploi des jeunes. En fait, un milliard, si l'on y ajoute les dotations complémentaires du Fonds social européen. Par ailleurs, 200 millions de crédits supplémentaires ont été inscrits sur les programmes d'avenir, comme le soutien aux PME, l'interconnexion des infrastructures en Europe, Erasmus+ pour les étudiants et les apprentis – programme emblématique sur lequel la Commission avait déjà mis l'accent dans son projet de budget – et la recherche, avec le programme Horizon 2020.

Malgré tous les reproches que l'on peut faire à notre budget, et ils sont nombreux, cette édition 2017 envoie un message de confiance. Confiance dans la capacité de nos institutions à travailler ensemble et confiance dans notre jeunesse, qui reste notre plus prometteur investissement d'avenir.

Je remercie nos rapporteurs, Jens Geier et Indrek Tarand, qui ont su éclairer nos débats et nos ultimes arbitrages.

Enfin, je n'exprimerai qu'un seul regret. C'est, en effet, le dernier budget de la vice-présidente Georgieva, qui y aura imprimé sa marque, son expertise, son énergie, sa force d'entraînement et son charisme. Madame la Vice-présidente, acceptez notre gratitude et permettez qu'au nom de la commission des budgets, je forme pour vous des vœux chaleureux pour la réussite de votre action à la tête de la Banque mondiale. Nous aurons besoin de vous, Madame.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

Jens Geier, *Berichterstatter.* – Herr Präsident! Mir ist von den Diensten mitgeteilt worden, dass – obwohl bei mir nur drei Minuten Redezeit angezeigt werden – ich wohl sechs Minuten habe. Ich wäre dankbar, wenn Sie das kurz bestätigen würden, dass die Kolleginnen und Kollegen nicht völlig irritiert reagieren, wenn ich nach drei Minuten einfach weiterspreche. Herr Präsident, ich weiß jetzt nicht ganz genau, ob Sie mir zugehört haben. Die Bitte ist, dass Sie kurz bestätigen, dass ich sechs Minuten Redezeit habe. Danke schön. Gut.

Vielen Dank, dass ich hier das Wort ergreifen kann, als Berichterstatter des Europäischen Parlaments für den Kommissionshaushalt. Am Anfang gehört es sich, Dank zu sagen an alle diejenigen, die geholfen haben, dass das gelungen ist. Mein Dank gilt der slowakischen Ratspräsidentschaft. Ich habe ihre Verhandlungsführung jederzeit als fair, offen und zugänglich empfunden. Das war nicht immer so. Lassen Sie mich ausdrücklich danken, dass Sie für das Europäische Parlament ein fairer Gesprächspartner und guter Vermittler gewesen sind.

Mein Dank gilt auch Kristalina Georgieva. Ich schließe mich den Ausführungen unseres Ausschussvorsitzenden vollumfänglich an. Es ist heute Ihr letztes Auftreten im Plenum des Europäischen Parlaments, und ich finde, das gehört sich dann, dass wir als der parlamentarische Teil der Haushälterfamilie nochmal einen ausdrücklichen Dank sagen für eine außerordentlich profilierte Arbeit für den europäischen Haushalt. Sie haben viel bewegt, Sie haben *budget for results* auf den Weg gebracht, eine Diskussion darüber, was wir mit dem Geld eigentlich optimal erreichen wollen. Sie haben der Haushaltskontrolle weitergeholfen. Die Haushalte, die Sie unter Ihrer Ägide vorgeschlagen haben, haben sich oft an den Prioritäten des Parlaments orientiert. Wir sind in den Haushaltsverhandlungen mit Ihnen immer ein ganzes Stück weiter gekommen. Sie waren eine faire Partnerin und die Kommissionsdienste unter Ihrer Leitung ein ehrlicher Makler. Dafür ganz herzlichen Dank und viel Erfolg bei der Weltbank. Wir werden Sie vermissen, wünschen Ihnen aber trotz allem alles Gute für den weiteren Weg.

(Beifall)

Der letzte Dank gilt meinen Schattenberichterstattern und -berichterstatterinnen. Ich habe die Zusammenarbeit mit ihnen jederzeit als offen und kollegial empfunden. In den stressigen Momenten, die wir alle kennen – etwa wenn man morgens um 3 Uhr an wichtigen Fragen im Vermittlungsverfahren steht –, ist es gut, dass trotz aller Dinge, die uns trennen, über die Fraktionsgrenzen hinweg eine Solidarität unter den Haushälterinnen und Haushältern vorhanden ist und man hier und da sogar eine Lanze für Dinge bricht, für die man in der parlamentarischen Auseinandersetzung nicht unbedingt gestimmt hat. Ich finde, das ist eine ganz besondere Form der Zusammenarbeit, die wir da haben, die ich auch als sehr angenehm empfinde.

Wir wollen morgen über das Paket des Haushaltes 2017 abstimmen. Als Berichterstatter möchte ich Ihnen dringend die Annahme empfehlen, denn die Prioritäten des Europäischen Parlaments, so wie wir sie hier in diesem Saal beschlossen haben, finden sich, so gut es geht, in diesem Haushalt wieder. Wir haben 500 Millionen Euro neues Geld für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, besonders bei Jugendlichen, in den Staaten Südeuropas, erhalten, und damit können wir dieses jetzt am Ende dann doch sehr erfolgreiche Programm weiterführen und weiter daran arbeiten, dass die Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern der EU spürbar gesenkt wird. Wir haben 200 Millionen Euro mehr erreicht für Wachstum und Beschäftigung, für die kleinen und mittleren Unternehmen, für die Verkehrsinfrastruktur, für Forschungsprogramme und für die Förderung der Mobilität von Menschen im Programm Erasmus+.

Das sind die wichtigsten Überschriften. Dahinter gibt es viele wichtige Erfolge, die vor diesen beiden Überschriften ein bisschen zurücktreten, aber ich will zwei besonders hervorheben, weil sie mir am Herzen liegen. Das eine ist zusätzliches Geld für UNRWA, für das UN-Hilfswerk für die palästinensischen Flüchtlinge. Dieses Hilfswerk hängt maßgeblich von dem Geld, das die Europäische Union bereitstellt, ab. Uns muss ein palästinensischer Flüchtling genauso viel wert sein wie ein syrischer Flüchtling. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen in den *Camps* eine soziale Perspektive haben, eine Ausbildungsperspektive für ihre Jugendlichen, und das, was wir da erreicht haben, ist eine Garantie dafür. Wir haben wichtige sozialpolitische Programme wie Progress ebenfalls verstärken können. Das freut – lassen Sie mich das dann doch sagen – einen Sozialdemokraten ganz besonders.

Wir haben auch viele Dinge nicht erreicht. Ich habe nicht verstanden – und diese Aufgabe kommt auf uns in den kommenden Jahren zu –, warum es nicht möglich ist, die Leiter der EU-Missionen da, wo sie in der Welt auch den Hut aufhaben als *special representatives* der Europäischen Union, in der Verwaltungskategorie zu erfassen! Das klingt sehr technisch. Am Ende geht es aber darum, ob wir für die Entwicklungspolitik und für die Außenpolitik mehr Geld haben und eine saubere Systematik im Haushalt. Hier gibt es offenbar keine Rechtsgrundlage, da muss die Kommission was tun, und ich selber finde es auch misslich und bin auch von den sozialen Netzwerken oft darauf hingewiesen worden, dass es uns nicht gelungen ist, die humanitäre Hilfe so zu verstärken, wie wir das gewollt haben.

Wir haben aber in der Entwicklungspolitik wichtige Instrumente stärken können. Mir ist es auch als Parlamentarier besonders wichtig, dass wir die Kommission und den Rat ein bisschen an die Kleiderordnung erinnert haben, wenn es um das Geldausgeben geht, nämlich zuerst die Rechtsgrundlage schaffen und dann die Gelder in den Haushalt einstellen. Deswegen werden wir jetzt geduldig darauf warten, dass für den Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung die Rechtsgrundlage kommt. Wir werden uns nochmal unterhalten müssen, inwiefern wir dieses – dann am Ende sehr hektische – Verfahren mit den *joint conclusions* verbessern können. Das ist eine Aufgabe für die Zukunft.

Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen und eine hoffentlich erfolgreiche Beschlussfassung morgen.

Indrek Tarand, *rapporteur*. – Mr President, first of all I would like to inform the plenary that before the vote tomorrow I have to make a technical adjustment. I am sorry about this but it is my duty. I would now like to congratulate and offer my gratitude to everyone who helped me to finish this adventurous and creepy road of budgetary process.

We achieved as much as we could, and the only complaint from my side would be that we did not meet the 20% of climate-related budgeting, which only recently came out from the Court of Auditors document. But let us try to do better next year. The conciliation meeting ended in a friendly atmosphere but in a bit of a rush. That is why, on the initiative of the Chair of the Committee on Budgets, Mr Arthuis, we had to make some technical clarifications. I must say that almost two thirds of them were very successful.

Unfortunately, the Commission failed to put in the necessary point about the reserves, which Parliament adopted with a large majority. The reserves were meant to improve the Code of Conduct for Commissioners, particularly for a cooling-down period for former Commissioners. I promise to this plenary, to the Commission and to everybody else that we will come back to this issue, because it seems that President Juncker has sent Mr Schulz a proposal about how to improve the Code of Conduct, although for me for the time being it does not look like a step in the right direction, but rather the opposite. It proposes a cooling-down period for former Commissioners and to allow them to be lobbyists at the same time and employed as advisers to Commissioners. It is too long a period. We can cool nuclear reactors much more quickly than former Commissioners, and sometimes these former Commissioners have not given as much energy as a nuclear power plant. So we will come back to this issue. Secondly, the External Action Services need to pay more attention to their strategic communication activities. We agreed on that and I am very grateful to the Council and the Commission for adopting it.

The most important thing is, of course, our own business. Political groups asked for 76 additional posts, and I, as a negotiator, made the utmost effort to get something. Finally we compromised in a budgetary-neutral way, and now the problem is with this House. I understand that the Secretary-General has been flexible enough to resolve it. I apologise to all the Parliament officials who feel that their share was reduced in order to increase the share of political workers, but that is the political decision.

I would like to thank Commissioner Georgieva, who was very helpful in these efforts to achieve the agreement, and also the shadows and everybody from Parliament's delegation, as well as Minister Lesay from the Slovak Presidency. I heard on the Bulgarian news that the Bulgarian Government is intending to appoint a replacement, Mr Ivailo Kalfin, who has a lot of experience in Parliament. His appointment as a Commissioner would relieve us from sophisticated debates over hearings, semi-hearings and mini hearings and allow Mr Oettinger to continue, under the experienced and firm supervision of Vice-President Ansip, on the digital area and perhaps also take some commercial flights.

To sum up, I am extremely grateful and indebted to the secretariat of the Committee on Budgets and many other people in different institutions who literally saved my skin on numerous occasions when I was lost in this budgetary jungle. The only thing I can promise next year, under the Estonian Presidency, is that we can try to do better.

Ivan Lesay, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, today it is my pleasure to attend the European Parliament's debate on the general budget of the EU for the financial year 2017. On behalf of the Council, I would like to welcome the positive outcome reached by the Conciliation Committee in the early hours of 17 November after long and sometimes difficult discussions between, but also within, our respective institutions.

We have been able to establish a realistic budget providing, on the one hand, the necessary appropriations to cover the needs expected in 2017 but leaving, on the other hand, sufficient margins to cope with unforeseen situations in the course of next year.

I would like to underline the constructive atmosphere during our budgetary negotiations. The agreement on the 2017 budget could only be reached due to the readiness for compromise on both sides of the table, with tremendous help from the Commission. Thanks to the excellent teamwork, professional attitudes, mutual trust and Europeanism, we have managed to avoid another crisis, which our citizens would certainly not have understood – and rightly so.

Parliament and the Council share the same two main priorities for the financial year 2017: to respond to the ongoing migration, refugee and security crisis, and to boost innovation, growth and employment in Europe. In the Union budget for 2017 we have been able to translate these priorities into concrete figures. Almost EUR 6 billion will be available for tackling migration issues within the Union, for dealing with its root causes and improving living conditions in our neighbourhood, and for reinforcing security in Europe and at its external borders. This amount corresponds to an increase of more than 11% compared to the budget of the previous year.

Furthermore, more than EUR 21 billion was agreed for programmes and projects supporting competitiveness for growth and jobs, which translates into an increase of approximately 12% if compared to 2016. Successful programmes such as Erasmus+ are even increased by 19%, and the European Fund for Strategic Investments will see an increase of 25%.

These figures are proof of our joint objective. Both Parliament and the Council want to make Europe a better and safer place to live, and to create training and job opportunities, notably for our young people. At the same time, the Union budget agreed for 2017 is a responsible compromise in these times of economic and financial crisis, which have led inter alia to major constraints on national budgets.

Let me underline the importance of our joint agreement on reducing the number of staff in all the institutions, bodies and agencies by 5% by 2017. This signal is of the utmost importance for European citizens, especially in times when anti-establishment political parties are gaining stronger support across Europe.

The package agreed by the Conciliation Committee includes a number of joint statements, and the Council strongly supports these statements and is fully committed to honouring them. After the successful outcome reached by the Conciliation Committee on 17 November, the Council formally approved the joint text on 28 November, and I am glad to inform you that No Member State voted against the compromise reached between our institutions.

Parliament's approval of the joint text tomorrow would allow the adoption of the general budget for the financial year 2017 within the deadline foreseen by the Treaty. For the first time, as was already mentioned by Mr Arthuis, for the first time since the entry into force of the Lisbon Treaty, two consecutive annual budgetary procedures will have then been completed successfully in conciliation without having recourse to a new draft budget to be submitted by the Commission and a second round of negotiations.

This outcome is also remarkable, as we had an additional challenge this year linked to the mid-term review or revision of the Multiannual Financial Framework. Due to the political momentum, the MFF revision has been a high priority, both for this Parliament as well as for the Council. Just in the following item on today's agenda, and State Secretary Ivan Korčok will be clear here on the next steps which are necessary to finalise the MFF revision.

Concerning the EU budget 2017, I would like to thank the Chair of the Committee on Budgets, Jean Arthuis, and the two rapporteurs, Jens Geier and Indrek Tarand – especially for your constructive approach, Jean, Jens and Indrek – during the whole annual budgetary procedure, for your openness to compromise and for the positive atmosphere. I would like to thank all the other colleagues from Parliament who during the long and stressful hours on the Council's premises showed patience and a strong spirit of compromise.

Finally, I would like to thank Vice-President Kristalina Georgieva for facilitating our negotiations. Without your support, it would have been far more difficult, if not even impossible, to reach a balanced and timely agreement. I wish you all the best in your future position, and I can say that you will be very much missed here.

Presidente. – Prima di dare la parola alla Commissione, alla signora Georgieva, anch'io volevo associarmi ai ringraziamenti che le sono stati rivolti: ho avuto il piacere di collaborare con lei quando eravamo entrambi commissari, ho avuto il piacere di collaborare col lei ancora oggi come vicepresidente del Parlamento responsabile della sicurezza e la commissaria e vicepresidente Georgieva responsabile per la sicurezza della Commissione. Grazie, grazie per il lavoro proficuo svolto assieme, in bocca in lupo e buona fortuna per la nuova, fantastica, avventura.

Kristalina Georgieva, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I join Mr Arthuis, rapporteurs Geier and Tarand, and Minister Lesay, in recognising that we have had difficult negotiations but very constructive negotiations, and through those hours, 18 hours during the very final stretch, we were all led by one objective: how to make best use of the scarce resources of the European Union. And of course we argued, because the needs are bigger than the resources that are available, and we had to make every effort to prioritise on the basis of what would do most for our people.

We have concluded that there are two overwhelming priorities: to manage migration flows and address the security threats, and to support the fragile recovery of our economy, especially with regard to what it means to be jobless for our young people.

I want to recognise each and every one of you who have worked towards finding the difficult, but finally successful room for compromise. This budget has already been described as remarkable because it injects additional funds for very valuable programmes that support the competitiveness of our economy such as Horizon 2020, Erasmus+, the Connecting Europe Facility and COSME. It has been emphasised that we have precious resources – a total of EUR one billion – for support for the Youth Employment initiative, and it has also been emphasised that we have not forgotten people who are depending on our kindness and generosity simply to survive, like the Palestinian refugees that Mr Geier talked about.

What I would add is that in this budget we have also been very careful to support innovation, new ideas, such as piloting a free access to rail for young people so that they can experience Europe, or supporting a European solidarity corps that would allow our young people to work together for Europe.

We have also not forgotten our farmers. In our budget we have EUR 528 million for the dairy sector and an additional EUR 100 million for the extension of the measures put in place to mitigate the impact of the Russian ban. To those of you who have been speaking up on behalf of those who are affected by the Russian ban, I just want to give you the reassurance that, indeed, their needs and the impact felt in the milk-sector are in our budget.

And finally, we have been very careful to allow the flexibility that has served us so well to be present in this budget, including by retaining a margin of EUR 1.1 billion, so that if a shock hits us we have the funds to respond.

Let me in these last hours standing in front of you finish with a word of gratitude to each and every one of you, for keeping me on my toes, for demanding of me and my colleagues to do our utmost, our best, so that our budget goes furthest for the people who rely so much on it. From the bottom of my heart, thank you.

(Applause)

Siegfried Mureșan, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, we have a budget for the European Union for next year. This in itself is good news. Herewith we are proving to the Council, Commission and Parliament that we are ready to act and to deliver a budget to the European Union in these difficult circumstances and, not only that we have a budget, but that we have a good budget for the Union for next year.

It responds to what we established at the beginning of the 7-year Multiannual Financial Framework as our main priorities: growth and jobs. In order to allow for more growth in the European economy to generate more jobs, we are investing the money which we have in innovation and infrastructure. It is those areas which will make the European economy stronger. We are also giving support to students, with EUR 50 million more for the Erasmus programme, and to SMEs and young entrepreneurs through investing EUR 50 million more into the COSME programme. As the Commissioner also said, we have not forgotten about farmers, and I want to see that, in addition to these additional priorities that we have had, we also respond to current and new challenges, making Europe safer again. We are strengthening Europol and Eurojust and we want to stop illegal migration to Europe and manage the refugee crisis which we have been tackling.

The negotiations were difficult. We managed to agree, but to my colleagues in Council I also want to say that, if Europe is expected to deliver in the coming years, especially in 2018, Member States have to understand that, if there are new priorities and new demands vis-à-vis the budget of the Union, then of course fresh new resources are clearly also needed. What we are delivering this year is a good budget under difficult circumstances but, if we are expected to deliver more next year, then of course more resources are needed.

To conclude, I would like to thank the main rapporteurs and the shadow rapporteurs, with whom we have worked in a good spirit. I would like to thank the Commissioner for the wisdom and the political sensitivity which she put into the negotiations – and sometimes passion too – to make this budget possible. I would also like to thank the Council for having been a good partner to us.

Derek Vaughan, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, can I also thank the Commissioner and, as was said, she will be sorely missed. I would also like to thank the Slovak Presidency for the way they have conducted the negotiations, and of course our two rapporteurs, who I think have done a fantastic job. Indeed, I would say this is probably one of the best budget agreements we have had for a number of years, and of course the headlines will be the extra EUR 200 million for Heading 1A, research and development money, which is vital if we are to encourage jobs and growth in the European Union, and secondly, the EUR 500 million for the Youth Employment initiative. I think the Youth Employment Initiative has got off to a slow start in many states, but I also believe that youth unemployment is still one of the great scandals of our time. Therefore it is absolutely vital we continue to put money into the Youth Employment Initiative to try and tackle the scourge of youth unemployment. Hopefully colleagues will welcome that.

Can I say on the 500 million and the written declaration from the Council, I think it is absolutely vital that they do allow the Commission to come forward with an amending budget next year. Too often in the past we have had written declarations, but when the time comes for the amended budget, the Council has backtracked and blocked it, so for the credibility of the European Union it is absolutely vital that the Council allows that to go ahead.

Finally, can I say something on the various flexibility instruments – the flexibility instrument itself, the global margin and the contingency margin. Used in the right way, these flexibility instruments allow us to adapt to changing priorities and problems in the European Union and the EU's budget, and hopefully we can learn lessons from that in the review of the MFF, and in the next MFF we must build in flexibility into a budget to tackle those new issues as they arise.

Bernd Kölmel, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Zunächst einmal darf auch ich den beiden Berichterstattern, den Kollegen Geier und Tarand, für ihre Arbeit, für den vorgelegten Bericht, herzlich danken. Leider Gottes geht dieser Haushaltsbericht wie in den Vorjahren auch in die falsche Richtung. Wir haben eine Zunahme der Verpflichtungsermächtigungen um 1,7 % auf 158 Milliarden Euro. Dabei sind unseres Erachtens die Schwerpunkte wieder einmal falsch gesetzt, denn die EU will auch 2017 72 % der Ausgaben für den Agrarbereich und die Kohäsionspolitik ausgeben. Dies entspricht ziemlich exakt den Werten der Vorjahre. Das heißt, wir sehen hier keine Veränderung der Politik, wir sehen keine grundsätzliche Neuausrichtung unserer Haushaltspolitik.

Der EU darf es aber nicht darum gehen, dass wir möglichst viel Geld für bestimmte Projekte ausgeben, sondern es muss darum gehen, dass wir dieses Geld in Bereichen ausgeben, in denen die EU einen Mehrwert erzeugen kann, in denen sie besser handeln kann als die Mitgliedstaaten für sich genommen. Nur dafür sollten wir auch Geld vorsehen. Und das trifft auf viele Bereiche im Agrarsektor nicht zu, jedenfalls dann nicht, wenn es sich um ein Nettozahlerland handelt. Diese Nettozahlerländer könnten ihre Subventionen auch ohne den Umweg über Brüssel ausschütten. Das wäre ein echter Beitrag für eine Entbürokratisierung.

Darüber hinaus haben wir in diesem Haushalt eine Lücke zwischen den Mitteln für Verpflichtungen und den Mitteln für Zahlungen von 23 Milliarden Euro. Ich bin mir leider Gottes ziemlich sicher, dass wir in der Zukunft hier wieder Probleme mit unbezahlten Rechnungen bekommen werden, denn wir versprechen mehr, als wir leisten können.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir von der ECR Kürzungsvorschläge in Höhe von 500 Millionen Euro gemacht haben, die allesamt im Haushaltsausschuss abgelehnt wurden. Insbesondere hatten wir auch vorgeschlagen, dass wir Mittel für den EU-Beitritt der Türkei in die Reserven umbuchen; das wurde leider Gottes auch abgelehnt. Gleichzeitig wissen wir, dass unser Parlament letzte Woche die Kommission mit großer Mehrheit aufgefordert hat, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auszusetzen. Das zeigt, dass unser Vorschlag richtig war.

Gérard Deprez, *au nom du groupe ALDE.* – Monsieur le Président, c'est avec conviction que le groupe ALDE votera l'accord intervenu avec le Conseil sur le budget 2017.

Aucun budget, aussi bon soit-il, ne satisfait totalement nos aspirations et celui-ci comporte même des dispositions difficiles à avaler. Je veux parler des 76 postes supplémentaires pour les groupes politiques. Je dis aussi très clairement que nous pouvons rencontrer dans ce budget, au moins partiellement, les priorités qui sont les nôtres.

Nous soutenons la priorité donnée à la jeunesse par l'augmentation des crédits en faveur de la mobilité des étudiants et des apprentis, ainsi que les 500 millions pour lutter contre le chômage des jeunes. Nous soutenons le renforcement des crédits en faveur des PME par l'attribution de 50 millions supplémentaires au programme COSME.

Nous soutenons le renforcement des moyens en faveur de la recherche et du développement par le biais des crédits supplémentaires affectés à Horizon 2020. Nous soutenons les crédits supplémentaires affectés à «Connecting Europe Facility». Nous soutenons les moyens supplémentaires prévus pour aider les agriculteurs victimes de l'embargo russe, en particulier les producteurs de lait. Et nous soutenons l'effort sans précédent pour faire face à la crise migratoire et renforcer la sécurité à l'intérieur de l'Union européenne.

Je pourrais continuer longuement à expliquer les raisons de notre satisfaction, mais je préfère à ce stade, remercier les artisans de cet accord que –je dois l'avouer– à un certain moment, je n'ai pas cru possible.

Je remercie d'abord la commissaire Georgieva, dont nous regrettons tous le départ, pour la qualité de son projet de budget et l'intelligence de la lettre rectificative n° 1, qui constitue, en réalité, la vraie base de cet accord.

Remerciements à la délégation du Parlement européen et en particulier aux deux rapporteurs, MM. Geier et Tarand, qui, en symbiose avec le président Arthuis, ont fait preuve d'une rare ténacité et d'une grande efficacité.

Et enfin remerciements à la Présidence slovaque, qui, après un démarrage que j'ai trouvé laborieux et qui a même provoqué ma colère, a réussi à se hisser au niveau requis pour finaliser cet accord. Je la remercie, et je l'en félicite.

Bref, en un mot, je salue l'efficacité de tous ceux qui sont restés autour de la table et qui ont réussi finalement à aboutir au résultat que je soutiens aujourd'hui avec l'ensemble de mon groupe.

Liadh Ní Riada, *thar ceann an Ghrúpa GUE/NGL.* – Go raibh maith agat, a Chathaoirligh. Ba mhaith liom mo bhuíochas a ghabháil leis an dá rapóirtéir, an tUasal Tarand agus an tUasal Geier, as an obair fhónta atá déanta acu.

Tá an-díomá orm, caithfidh mé a rá, faoin gcomhaontú maidir le comhréitigh Bhuiséad an Aontais Eorpaigh 2017. Tá rialtais Bhallstáit an Aontais Eorpaigh tar éis faillí a dhéanamh ar na daoine – iad siúd atá i gcruachás, an ghéarchéim dhaonnúil agus caighdeáin shóisialta níos lú ná riamh. Agus is í an teachtaireacht atá ag teacht ón gComhairle ná Buiséad 2017 a chur chun tosaigh, cé gurb é sin an buiséad is ísle i dtaobh an tsealbhaithe íocaíochtaí le blianta fada.

Bhí réiteach eile le haimsiú. Bhí bealach eile atá féaráilte le haimsiú. Ach is easpa tola atá léirithe arís agus arís eile.

Cuirim i gcuimhne don gComhairle agus don gCoimisiún an fhreagracht a dúirt siad a bhí ar intinn acu chun an easpa comhionannais idir na tíortha agus Ballstáit a ísliú. Níl go leor infheistíochta san Eoraip; tá seirbhísí pobail ag fulaingt agus is iad an pobal a bhíonn i gcruachás dá bharr. Cá bhfuil an tiomantas agus an gealltanas a léirigh an Chomhairle i dtaobh fostaíocht a chruthú? Cá bhfuil an gealltanas i dtaobh ár ndaoine óga? Cá bhfuil an gealltanas i dtaobh tacú lenár *SMEs*? Tá an oiread sin dúshláin mar phráinn ag bagairt orainn agus tá an t-am tar éis sleamhnú chun déileáil leis seo go réadúil.

Táimse ag rá leat go mbeidh praghas i bhfad níos mó le híoc againn sa todhchaí, de bharr an easpa físe agus an easpa tola agus gan treoir éifeachtach agus treoir pholaitiúil a bheith ann ar son na ndaoine. Tá ár bhfeirmeoirí, ár n-iascairí, ár n-aeráid, ár dtodhchaí ag brath ar an infheistíocht seo. Agus táim ag glaoch oraibhse anois seasamh le chéile agus seasamh dlúthpháirtíochta a thógaint ar son mhuintir na hEorpa uile.

Ernest Maragall, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor Presidente, señora Georgieva, desde luego muchas gracias y todas mis felicitaciones, también a los ponentes y a todo el equipo del Comité. Desde luego es un presupuesto elaborado, trabajado con empeño, con sudor —digamos— y con un resultado indiscutible. Pero déjeme decir enseguida que la regla de los dos años a la que se refería el señor Arthuis, de que no tocaba este año llegar a un acuerdo, la hemos roto a un precio, al precio de aceptar un resultado desde luego lejano del planteamiento inicial de este Parlamento y lejano, sobre todo, de la conveniencia o la necesidad de la Unión Europea en su conjunto.

Puede decirse que la política es el arte de conseguir lo posible. De acuerdo. Y seguramente aquí tenemos el máximo posible, en el sentido de que el límite de este «posible» lo marca el Consejo, y lo marca con toda claridad y contundencia —*«resources available»*, como decía la señora Georgieva—. No nos pidan como Parlamento que aceptemos esta lógica, porque si este Parlamento acepta esta lógica, está aceptando ser simplemente cámara de resonancia de decisiones que ya están tomadas por anticipado.

El problema no es para este Parlamento o para mi Grupo; es para la Unión Europea, para los compromisos que hemos tomado como Unión Europea en relación con el cambio climático, la Estrategia Europa 2020, los objetivos de desarrollo sostenible. Todos estos compromisos no se están respetando con este presupuesto.

Los 200 millones aparecidos en el último minuto significan lo que significan para las respectivas partidas —para Horizonte 2020, para COSME, para el Mecanismo «Conectar Europa», para Erasmus—. Hablen ustedes, como yo he hecho esta misma mañana, con el señor Bourguignon, del Consejo Europeo de Investigación, y verán lo que significa en resultado real, en valor real presupuestario.

Lo mismo sucede con los 500 millones de la Iniciativa de Empleo Juvenil que aparecerán —decimos— a lo largo del año, lejos, lejísimos de la continuidad mínima que nos marcaría 6 000 millones para los cuatro años o 1 500 para cada uno de ellos.

Y si a eso le añadimos la cuestión del Código de Conducta, que nos recordaba el señor Tarand, la conclusión es clara: estamos perdiendo también la batalla de la credibilidad, la batalla de la imagen y el respeto. Cuando protegemos actuaciones discutibles de exmiembros de la Comisión, estamos perjudicando en la misma proporción nuestra propia credibilidad institucional.

Last but not least, tenemos presupuesto, pero no tenemos MFP. Vamos a discutirlo en pocos minutos.

Nuestro Grupo ha compartido el esfuerzo y les ha acompañado hasta aquí. No podremos acompañarles, desde luego, en el voto final.

Jonathan Arnott, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, when we come to this point in the year, I sometimes wonder why we don't just replay a recording of last year's budget debates rather than repeat the entire performance. Because it is the same thing that happens over and over again.

As it's Christmas, let's compare this to an annual pantomime. The Committee on Budgets, the Commission, the Parliament – well we all vote, don't we, for more EU, more spending, more taxpayers' money being thrown at this project? Then along comes UKIP and our colleagues in the EFDD – the Five Star Movement and others – and we suggest saving the taxpayer billions of euros. We show how it can be done, we show costs that can be cut and we show victimless cuts, saving money for ordinary people. Well, that makes us the pantomime villain. So you lot all boo. Oh yes you do. And Labour and Conservatives vote against whatever we come up with, and that sometimes shows how much they seem to care about saving money for ordinary people. And then the Council comes and proposes a smaller budget increase, and we have the 'will they, won't they?' moment where the audience wonders if a compromise can be reached. So we go into the early hours of the morning almost every year, wondering whether they can find a new trick to find more taxpayers' money without actually breaching the budget ceilings. And, after nail-biting tension, the audience on the edge of their seats, a compromise is always reached, the day is saved and everybody lives happily ever after – everybody, of course, except the general public, who have to pay for all of it despite, in the UK's case, having voted for Brexit. Never mind a 3.3% backdated pay increase for EU Commission officials that went through the Committee on Budgets last time, never mind draft amending budget No 5, which means that the UK will have to fire off another EUR 700 million cheque off to Brussels, and never mind the repeated Court of Auditors reports. You know what? I sometimes don't know whether this is a pantomime or a Kafkaesque farce. Well, the British people voted for Brexit and we're going to write the last chapter, we're going to play the final act and we're going to lower the curtain on this tragedy.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – Mr Arnott, as you mentioned, the United Kingdom is going to leave the European Union. Why do you care so much about the European Union budget? Leave us, the countries that remain, to take care of the European Union budget.

Jonathan Arnott (EFDD), *blue-card answer*. – Well that is exactly what we want to do. Of course we want to leave the European Union, but right at this moment we're still here, and we're still paying into that budget. Everything that we vote for, for 2017, is money that the United Kingdom, as things stand at the moment, will have to pay into that budget, so of course I care about the British taxpayer having to pay into this place.

Auke Zijlstra, *namens de ENF-Fractie*. – Voorzitter, vandaag maakte de OESO trots bekend dat de belastingen nog nooit zo hoog zijn geweest en Brussel doet daar lekker aan mee. Het budget is dan ook een lange opsomming van kostbare mislukte dromen, miljarden voor zogenaamde vluchtelingen, miljarden voor een doodgeslagen economie en miljarden voor EU-propaganda.

In tegenstelling tot de sociaaldemocraten daarginds vind ik het een grote schande dat het budget voor de Palestijnen ook weer 10 procent omhoog gaat. Dat zijn namelijk diezelfde Palestijnen die op alle mogelijke manieren joden proberen te vermoorden. We gaan meer dan 300 miljoen per jaar geven aan de terroristen die raketten afvuren, bomaanslagen plegen en tegenwoordig bossen in brand steken.

En Brussel blijft maar volhouden dat dit allemaal beginnetjes voor vredesonderhandelingen zijn. Brussel, moreel failliet, wat kun je er anders nog van maken? Voorzitter, het moge dan ook duidelijk zijn dat mijn partij tegen dit budget zal stemmen.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru"*. – Mulțumesc, domnule președinte. Stimate coleg, între altele, ați spus că impozitele sunt prea mari și că de vină este Bruxelles-ul. Vreau să vă întreb: știți cine are atribuții în domeniul fiscalității, stabilirea taxelor și impozitelor în statele membre?

Auke Zijlstra (ENF), *"blauwe kaart"-antwoord*. – Dank u wel voor de vraag. Het punt dat hier gemaakt is, is natuurlijk dat dit Europees Parlement zelf een Begrotingscommissie heeft en in die Begrotingscommissie is, nadat ik daarover amendementen heb ingediend, besloten dat er geen enkele uitgave is die ook maar een beetje naar beneden kan. Alles wat dit Parlement doet en alles wat Europa uitgeeft, is allemaal welbesteed. In geen enkel Europees land, in geen enkel land in de wereld is er ooit een budget dat helemaal perfect is, maar deze Begrotingscommissie vindt van wel. En dat is de bron van alle overschrijdingen op de begroting.

Paul Rübig (PPE). – Herr Präsident! Um auf den Vorredner zurückzukommen: Natürlich haben der Rat und die Staats- und Regierungschefs beschlossen, diesen siebenjährigen Rahmen gegenüber dem letzten Rahmen um 4 % zu kürzen, und wir sparen pro Jahr 1 % der Dienstposten ein. Ich möchte wissen, welcher Mitgliedstaat genauso effizient ist wie die Europäische Union. Wir haben mit 40 000 Mitarbeitern das geringste Budget von allen politischen Ebenen, und ich wage zu behaupten, dass wir das effizienteste Budget haben.

Noch dazu haben wir in einer sehr demokratischen, und zwar basisdemokratischen, Art und Weise diesen Haushalt 2017 beschlossen. Ich möchte mich insbesondere bei der slowakischen Präsidentschaft bedanken. Herr Lesay hat diese Verhandlungen sehr umsichtig geführt. Ich glaube, dass zum Schluss eigentlich die wesentlichen Punkte, auf die es in der Europäischen Union ankommt, optimal umgesetzt wurden. Ich glaube, dass auch unsere Kommissarin Kristalina Georgieva – ich möchte mich sehr herzlich bei ihr bedanken – die Verhandlungen selbst um vier Uhr in der Früh noch mit voller Dynamik, mit vollem Einsatz und mit ihrem ganzen Charisma zu einem positiven Ende geführt hat. Wir sehen auch, dass die soziale Einstellung hier voll vorhanden war, zum Beispiel bei den Special Olympics, wo wir mit sechs Millionen wirklich den Ärmsten der Armen in der Europäischen Union geholfen haben, die Spiele hier vorbereiten zu können. Unser Abgeordneter Becker hat sich sehr gefreut, dass diese Initiative umgesetzt wurde. Wir haben Initiativen für den Arbeitsmarkt umgesetzt. Und meine lieben Freunde von der UKIP: Wir haben genügend Arbeitslose in vielen Ländern. Insbesondere die Europäische Union ist hier aufgefordert, wenn es Mitgliedstaaten nicht schaffen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, hier neue Initiativen zu ergreifen, und mit EURES, mit Progress haben wir es geschafft, hier sehr weit voranzukommen. Mit COSME unterstützen wir die Selbstständigen und die kleinen und mittleren Betriebe mit über 50 zusätzlichen Milliarden, das *European Research Council* – das Vorzeigeprojekt weltweit – hat mehr Geld bekommen, um junge aktive Wissenschaftler zu unterstützen. Die *Connecting Europe Facility*, die diesen Binnenmarkt ermöglicht, haben wir auch umgesetzt.

Danke, danke, danke – ich bin stolz auf dieses Europa!

Victor Negrescu (S&D). – În primul rând, vreau să-i felicit pe raportori pentru munca depusă în obținerea acestui buget, care vine să schimbe, cel puțin parțial, logica austerității. Avem nevoie să lucrăm împreună pentru a rezolva multe din problemele cetățenilor europeni și să finanțăm acțiunile noastre la nivelul ambițiilor și așteptărilor celor pe care-i reprezentăm. Spre exemplu, sprijinirea tinerilor și combaterea șomajului. După lungi negocieri și multe apeluri ale noastre ca europarlamentari, iată că am obținut 500 de milioane de euro pentru inițiativa privind ocuparea forței de muncă în rândul tinerilor. În aceeași măsură, acest buget readuce 200 de milioane de euro pentru programele importante ale Uniunii Europene, Erasmus +, COSME, Orizont 2020 sau Connecting Europe Facility. Mi-aș dori ca acest tip de subiecte, referindu-mă aici, în mod special, la sprijinirea tinerilor, să nu mai devină o polemică între noi și între instituții. Avem nevoie de soluții concrete finanțabile la nivel european, pe măsura provocărilor cu care avem de-a face. Cel mai important în construcția bugetară este să nu uităm menirea sa. Noi, cei din familia social-democrată europeană și, în mod special, cei din Partidul Social-Democrat, gândim că cel mai important este să investim în oameni, lucru care este vizibil inclusiv în programul nostru de guvernare.

Nu în ultimul rând, mă bucur că acest buget confirmă aprobarea a două inițiative pe care le-am propus, în valoare totală de 3 milioane de euro, ce vor sprijini industria și sectorul digital la nivel european și, în mod special, în țara mea, România. Împreună putem face foarte multe, dar pentru asta trebuie să ieșim din retorica tehnocrată, corelând bugetul cu nevoile reale ale cetățenilor. Și, în acest sens, vreau să mulțumesc pentru aprobarea acestui buget.

Richard Ashworth (ECR). – Mr President, this budget responds to the migration, security and agricultural crises in a manner that is both timely and appropriate, and that is welcome, but I wish to express one reservation. Whilst I share my colleagues' concerns about youth unemployment, I am not convinced of the value of the Youth Employment Initiative. In common with the views of the European Court of Auditors, I too have seen plenty of similar schemes which actually deliver very little by way of value for money. Surely the two things that young people need most is, firstly, a quality education and training system, and, secondly, a strong, growing economy that creates job opportunities for all. Finally, may I finish with a word to Vice-President Georgieva. Commissioner, you have achieved a huge amount. Through your formidable skills you have transformed the budget, and you leave behind you a legacy which is huge and valuable. For that, we offer you our thanks, and we wish you well in your new job at the World Bank.

Nils Torvalds (ALDE). – Mr President, I would like to focus on two concepts, two terms central to any budgetary process. The first is the word 'trust'. When we struggled with the first version of the EFSI Fund, one of the central themes was the willingness on the Commission side to take money out of the parliamentary budget. That was, of course, very hard for us to accept. During that process, Vice-President Georgieva showed that she understood our difficulties, and she did something which is probably unique in the relationship between the Commission and the Parliament: she built a fund of trust. When in this budget we were able to repair some of the ills created by the first round of EFSI, I think we established a trustful cooperation between the Vice-President and Parliament. We are going miss her very much, particularly in the next round.

The second question is balance. There is an old saying: 'No taxation without representation'. That was the golden rule when the monarchies were broken and their power was broken. Now we are going to see the same issues. The more subtle the budget becomes, the bigger the question of 'No taxation without representation' will be before us. I am deeply worried about the prospects for future deals in this House.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor Presidente; señora Comisaria y señor representante del Consejo: 6,4 %, ese es el recorte en pagos acordado este año para este presupuesto. Se ha acordado uno de los presupuestos más austeros que se conoce en mucho tiempo. Se recorta en fondos de cohesión social y territorial; se recorta en salud y derechos e igualdad.

¿Y en qué se refuerza? Pues, por ejemplo, en el fondo fiduciario de Turquía, nuestro antidemocrático guardián de fronteras. También, el fondo de seguridad interna casi se duplica. Securizar; para eso sí hay fondos, pero para los objetivos de cambio climático, por ejemplo, no hay suficientes.

El 24 % de las personas que viven en Europa viven en riesgo de pobreza. ¿Y qué se les ocurre a los señores del Partido Popular? Repartir billetes de Interrail para todos los jóvenes. Muy útil. Los jóvenes hoy en día viajan para buscar trabajo.

Ustedes están rompiendo Europa. Son los que generan una Unión Europea de corruptos, con tratados antidemocráticos y con respuestas insuficientes a los problemas sociales de la gente. Europa necesita respuestas democráticas y Europa necesita cambios para los problemas de la gente.

Mara Bizzotto (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Unione europea butta via miliardi di euro per gli immigrati falsi profughi e abbandona nella disoccupazione e nella povertà i cittadini italiani, spagnoli, greci, francesi. In Italia quasi un giovane su due è disoccupato, e uno su dieci vive in povertà assoluta. In Italia ci sono più di tre milioni di disoccupati, oltre quattro milioni e mezzo di cittadini poveri che non riescono nemmeno a mettere assieme il pranzo con la cena. La drammatica verità è che le nostre imprese chiudono: i nostri giovani sono i nuovi poveri, costretti ad emigrare, per lavorare, per sopravvivere! E cosa fa l'Unione europea nel suo bilancio? Stanzia soldi per mantenere 177 000 clandestini in Italia, mantenuti in hotel con colazione, pranzo e cena gratis, grazie al governo Renzi. E, non contenta, regala 6 miliardi di euro all'islamica Turchia, piegandosi ai ricatti del dittatore Erdogan. Capite? Capite allora, perché i cittadini vogliono scappare da questa gabbia di matti che è l'Unione sovietica europea?

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhor Presidente, caras e caros colegas, em primeiro lugar permitam-me que dê uma palavra para a Comissária. Fez novamente um excelente trabalho! Nós temos que lhe dizer obrigado pelo seu empenho, obrigado pela sua competência, pela qualidade que demonstrou. Colocou a fasquia tão alto que quem vier tomar a sua pasta vai ter dificuldades. Nós, no entanto, cá estaremos para ajudar.

Foi muito graças a si e ao seu empenho, às suas propostas e, nomeadamente, à proposta do orçamento, mas depois também à carta retificativa n.º 1, assim como às negociações, que conseguimos este acordo. Parabéns também à presidência do Conselho pela perseverança e também pela competência e um obrigado aos relatores Geier e Tarand pelo compromisso a que aqui chegámos.

A prioridade do orçamento é clara: é a juventude. Por isso reforçamos o Erasmus+, a iniciativa emprego jovem, mas uma juventude também precisa de uma economia que cresça e daí o reforço da competitividade da União Europeia em programas como a investigação, como a inovação e também ainda, para além do reforço Erasmus+, o reforço do COSME para as pequenas e médias empresas.

Para além disso, a este orçamento, que classificamos de positivo porque também responde à segurança na União Europeia e é solidário para com os refugiados, falta agora uma segunda parte para que seja perfeito: é que a ligação que ele tem à revisão do quadro financeiro plurianual seja efetiva. Os 500 milhões de euros que damos para a juventude neste orçamento devem ter consequências na revisão do quadro financeiro plurianual.

Os pagamentos que são necessários no orçamento têm de ter consequências em termos dessa revisão e precisamos de flexibilidade. Por isso, apelo ao Conselho para que haja uma verdadeira revisão do quadro financeiro plurianual para ajudarmos o próprio Conselho a assumir os compromissos e a concretizá-los, compromissos assumidos com os cidadãos da União Europeia.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Monsieur le Président, en tant que rapporteur fictif pour les autres sections, au nom de mon groupe des socialistes et démocrates, je suis heureux que nous soyons arrivés à des résultats qui sont en conformité avec les réalités du moment, notamment sur la question du soutien des moyens du Parlement européen pour qu'il reste un lieu de démocratie, sur la question des ajustements qui sont liés à la sécurité et sur la question des mesures contribuant à réduire l'empreinte écologique liée à notre activité parlementaire. Je m'en félicite.

Mais, en tant que membre de la commission du budget, je souhaite faire également quelques observations sur le budget 2017 dans sa globalité. Je suis heureux de constater un vrai soutien au programme COSME, comme cela a été dit par plusieurs intervenants, en faveur des PME, au programme Horizon 2020, qui sanctuarise la recherche fondamentale européenne, à l'initiative pour l'emploi des jeunes, bien entendu. Je suis également heureux de constater que, pour la première fois, la quasi-totalité des instruments de flexibilité a été utilisée.

Mais je suis inquiet aussi de l'insuffisance globale du budget européen qui ne peut répondre aux immenses besoins auxquels l'Union européenne a à faire face, notamment en matière d'investissements. D'ailleurs, l'Union européenne se serait bien passée de ces 1,8 milliard d'euros en moins liés au change après le Brexit.

J'appelle clairement à une réorganisation budgétaire, dans laquelle le Parlement européen aurait enfin le pouvoir de voter les recettes, et pas seulement les dépenses, d'ailleurs de moitié avec le Conseil.

La politique reste le dernier refuge des aventuriers, répétait Wolinski. Il est désormais plus que temps que les États membres soient ces aventuriers. Le Parlement européen les appuiera.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Zabierając głos w tej debacie, chcę podkreślić wagę kompromisu zawartego przez Parlament i Radę, w wyniku którego kwota zobowiązań wynosi prawie 158 mld, a kwota płatności blisko 135 mld.

Na podkreślenie zasługuje próba odbudowy środków na programy „Horyzont 2020" i „Łącząc Europę" – wcześniej zmniejszonych w związku z finansowaniem tzw. planu Junckera – przekazanie dodatkowych środków na programy Erasmus+ i COSME czy też dodatkowe środki na programy zatrudnienia ludzi młodych, a także dodatkowe środki na interwencję na rynkach rolnych. Na szczególne podkreślenie zasługuje powiększenie środków w dziale trzecim i czwartym, co daje szansę wzmocnienia działań Unii poza jej granicami w celu wyeliminowania przyczyn migracji w krajach pochodzenia i tranzytu.

Może jednak niepokoić niski poziom środków na płatności dotyczący polityki spójności – zaledwie 37 mld euro, bo przecież rok 2017 będzie czwartym rokiem realizacji ram finansowych na lata 2014-2020. A to w praktyce będzie oznaczać większy niż do tej pory spływ rachunków do zapłacenia.

Jan Olbrycht (PPE). Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Przede wszystkim chciałbym pogratulować i podziękować naszym sprawozdawcom, ale również prezydencji słowackiej, która wykazała się dużą otwartością, i Pani Komisarz, dzięki której – trzeba powiedzieć bardzo wyraźnie – nie opuściliśmy sali w czasie negocjacji. Bo to chyba tylko dzięki Pani determinacji postanowiliśmy zostać.

Myślę, że to jest dowód na głęboką wiarę w to, że rzeczywiście dzisiaj budżet jest potrzebny. Ten budżet pozwala wykazać, że uniknęliśmy czegoś, co zdarzało się w poprzednich latach – mianowicie bardzo dużych napięć, atmosfery konfliktu. W gruncie rzeczy doszliśmy do porozumienia i na tej sali widać, że generalnie strony są zadowolone. Wydaje mi się, że to jest bardzo ważny sygnał, w szczególności dzisiaj w Europie, że pokazujemy, że jesteśmy skłonni do kompromisu.

Po drugie, ten budżet wprowadza pewne elementy elastyczności, o których dyskutujemy przy wieloletniej perspektywie. I to jest niezwykle ważne, że ten budżet pozwala na uruchomienie pewnych mechanizmów w roku 2017 i otwiera pewne możliwości w latach następnych. To jest niezwykle ważne, że my, pracując nad budżetem 2017, *de facto* pracowaliśmy nad resztą perspektywy finansowej do roku 2020. Chciałem za to wszystkim Państwu bardzo serdecznie podziękować.

Daniele Viotti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il primo ringraziamento va alla Commissaria Georgieva, un ringraziamento per questi tre anni di accompagnamento di lavoro sul bilancio. Il secondo ringraziamento va alla Commissaria Georgieva, ma anche ai relatori Gahler e Tarand, per il lavoro buono fatto quest'anno sul bilancio. Un bilancio che ci soddisfa naturalmente, ma che io, come è stato detto, per le cose che state dette, che voglio considerare come un inizio, un inizio di un percorso e probabilmente – perché no? – magari, di una svolta. Noi abbiamo bisogno di un bilancio e di un quadro finanziario pluriennale, come è stato detto, più moderni, adeguati ai tempi che viviamo, alle difficoltà e alle sfide che stiamo vivendo. Un quadro finanziario pluriennale, un bilancio che siano più flessibili e che siano più sostanziosi anche, naturalmente, che abbiano più sostanza al loro interno.

Diciamo spesso che dobbiamo fare delle politiche per combattere i populismi che crescono e che nascono in Europa. A me non interessa questo. Io penso che l'Europa abbia un alto dovere: abbia il dovere di fare delle politiche per rispondere ai cittadini, alle richieste che i cittadini fanno all'Europa riguardo al lavoro, soprattutto i giovani, riguardo all'ambiente, riguardo ai temi dell'immigrazione che riguarda sia i migranti, ma riguarda anche i paesi e città e le comunità che accolgono i migranti che sono in grandi difficoltà. E poi sull'ambiente, il lavoro sulle imprese, abbiamo bisogno di puntare su questo e per ottenere questi risultati, per lavorare su queste materie, noi abbiamo bisogno di tornare a investire, abbiamo bisogno di avere un'Europa che torna a investire. Per questo io mi associo anche al all'appello che faceva il collega Fernandes al Consiglio, rispetto al quadro finanziario pluriennale. Abbiamo bisogno ed è l'ultima cosa che dico Presidente, chiedendo scusa per il tempo rubato, abbiamo bisogno di riprovare a rispondere a un sogno, che i cittadini hanno: quello di un'Europa che torna a pensare ai cittadini e non soltanto più all'austerità.

Ingeborg Gräßle (PPE). – Herr Präsident! Frau Vizepräsidentin, Herr Ratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Ergebnis kann man eigentlich nur gratulieren. Man muss postmodern sagen: Der Weg ist das Ziel. Also Ihr habt es geschafft, zusammen zu gehen, und das ist ein großer Erfolg, weil wir ja alle wissen, wie schwer dies gerade heutzutage geworden ist. Deswegen meine ausdrückliche Anerkennung an alle Beteiligten – das haben sie toll gemacht! Vielleicht kann man ja daraus lernen.

Zum einen, finde ich es richtig, dass wir es nicht an den *MFF* geknüpft haben, weil dies, geheißen hätte, dass wir heute hier nicht stehen würden. Deswegen muss man sich meiner Ansicht nach genau überlegen, ob man das Ei im Kühlschrank haben will oder das Omelett auf dem Teller. Für uns bedeutet es natürlich, dass wir umso mehr jetzt bei dem *MFF*, wo wir ja Ergebnisse erzielen müssen, in Sachen Flexibilität darauf angewiesen sind, dass die Wohlmeinenden auch einlenken. Es gibt viele gute Argumente, beim *MFF* zusammenzuhalten und nochmal zusammenzurücken, deswegen mein Appell.

Ich möchte auch daran appellieren, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist. Wir brauchen in den Ländern, die Solidarität für sich reklamieren, mehr Verständnis dafür, dass Solidarität auch in Sachen Flüchtlinge gilt. Wir können nicht damit leben, dass die einen für die Flüchtlinge sorgen und die anderen nicht. Das wird einen großen Keil in die Europäische Union treiben. Deswegen kann ich nur sagen: Hier müssen sich die Nehmerländer viel mehr bewegen, als sie es bis jetzt tun, sonst halten wir diese Europäische Union nicht mehr zusammen.

Ein weiterer Appell an die Kollegen im Haushaltsausschuss, von Seiten der Haushaltskontrolle: Wenn wir zusammen arbeiten, und zwar noch besser, als wir es heute tun, dann können wir zusammen große Dinge erreichen. Deswegen glaube ich, ist heute ein guter Tag für die Europäische Union, nicht der letzte gute, aber einer von zahlreichen guten. Ich glaube, dass wir es den Antieuropäern, den „Antis", gezeigt haben. Und wir brauchen die Antieuropäer nicht, um gemeinsam voranzukommen. Wir werden zeigen, dass wir gemeinsam stärker sind als jeder für sich allein. Danke.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Paul Rübig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Präsident Tajani! Recht herzlichen Dank. Ich hätte an Ingeborg Gräßle eine Frage. Solidarität ist ja etwas, was tagtäglich gelebt werden muss. Die Europäische Union hat hier in der Flüchtlingskrise viele Vorschläge unterbreitet. Wir haben jetzt das Problem, dass die Mitgliedstaaten sich hier bei der Solidarität nicht einigen können. Was könnte die Europäische Union Ihrer Ansicht nach noch tun, damit es zu einer Einigung zwischen den Mitgliedstaaten kommen kann?

Ingeborg Gräßle (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Das Zauberwort ist natürlich „Geld“. Wir müssen diejenigen, die mehr tun, belohnen, und denjenigen, die weniger tun, müssen wir Gelder wegnehmen. Ich habe selber ja drei Änderungsanträge eingereicht für den Haushalt, die noch abgelehnt wurden, dass nämlich diejenigen, die dem europäischen Recht nicht folgen – und es ist europäisches Recht – es auch spüren sollen, wenn es darum geht, wie viel Geld sie bekommen. Ich glaube, das ist der Weg in die Zukunft. Und Geld nicht zu bekommen, ist ja eine Sprache, die auch ohne Dolmetscher verstanden wird.

Андрей Новаков (PPE). – Г-н Председател, г-жо Вицепрезидент, да бъдем честни и открити пред нас и пред нашите избиратели! Наред с общите ценности, които споделяме, наред с вярата, която ни държи заедно – това, което държи този Съюз заедно още, е бюджетът и общата валута.

Ето защо това не е просто поредният бюджет, а това е бъдещето на Европа, разписано в цифри. И в тези турбулентни и бурeносни времена постигнахме много: имаме половин милиард повече за нови работни места за младите хора, имаме 200 милиона повече за студентска мобилност, за подкрепа на малък и среден бизнес и за ключови инфраструктурни проекти. Наред с всички позитиви, трябва да си кажем обаче, че имаме и проблеми. Не може ДДС измамите да заемат такива колосални размери. И стъпка към решаване на този проблем са истински собствени приходи и единна ДДС система. Трябва ни и единна инвестиционна платформа – защо не и в сферата на туризма.

Накрая, но не на последно място – сигурен съм, г-жо Георгиева, че оставяте едно добро наследство на следващия комисар. Поздравявам Ви за работата!

Patricija Šulin (PPE). – Hvala obema poročevalcema, vsem sodelujočim v spravnem postopku, da imamo pred seboj ambiciozen proračun Evropske unije za leto 2017.

V njem je po zaslugi Evropskega parlamenta na voljo več sredstev za strateške postavke, za zaposlovanje, mala in srednja podjetja, prometno infrastrukturo, raziskave, inovacije, Erasmus in za našo varnost.

V današnjem paketu je tudi 50 milijonov evrov, s katerimi se zagotavljajo proračunska sredstva za predplačila v primeru nesreč iz solidarnostnega sklada.

Solidarnostni sklad Evropske unije je več kot le finančna podpora, je tudi politično sporočilo o solidarnosti, prizadetim državljanom pa ponuja potrebno pomoč.

Hitro odzivanje, tudi z vnaprejšnjimi izplačili, bo Uniji pomagalo pri uresničevanju teh ciljev.

Gospe komisarki Georgievi želim uspešno nadaljevanje njene poklicne poti. V čast mi je bilo sodelovati z njo.

Interventi su richiesta

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, rozpočet nikdy nebyl a nebude takový, aby uspokojil všechna přání, všechny potřeby, ale musíme sledovat priority. Jestliže Evropa čelí tak zásadním výzvám, jako je bezpečnost a jako je soudržnost, pak musíme sledovat prioritu posílení vnitřní a vnější bezpečnosti a já jsem velmi ráda, že rozpočet na rok 2017 navyšuje kapacity jak personální, tak technické právě na bezpečnostní agentury. Pokud se týká budování soudržnosti v rámci Evropské unie, pak musíme myslet na mládež, na jejich vzdělání, na jejich zaměstnanost a uplatnění. Proto je důležité, aby fungoval efektivně a dostatečně finančně byl zajištěn program Erasmus plus, Kreativní Evropa, Evropa pro občany, Evropská dobrovolnická služba. To jsou ty programy, které budují a posilují evropskou identitu. Také chci poděkovat paní komisařce za její práci a popřát jí hodně úspěchů. A požádat, aby na Evropskou unii, na náš rozpočet nezapomínala.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in questo bilancio, finalmente si intravedono timidi stimoli per favorire la crescita, per far fronte alla crisi migratoria e per rafforzare le politiche giovanili. Rispetto al 2016 è importante sottolineare l'aumento degli impegni per l'immigrazione, la sicurezza, per l'11,3%, per circa 5,9 miliardi di euro. Apprezzo particolarmente che l'accordo abbia recepito le richieste del Parlamento europeo per quanto riguarda il finanziamento aggiuntivo di 700 milioni, dei programmi Erasmus, Orizzonte 2020 e iniziativa giovani. Si registrano dunque miglioramenti nella distribuzione della spesa, che vanno nella giusta direzione, ma che non sono ancora sufficienti. Mi rammarico, in particolare per la riduzione degli impegni a favore dei paesi mediterranei e per il rinvio, per mancanza di base giuridica, del finanziamento del Fondo europeo per lo sviluppo sostenibile di 250 milioni per affrontare le cause profonde dell'immigrazione. Apprezzo infine la previsione di misure di emergenza intese a sostenere gli agricoltori europei costretti a fare i conti con difficilissime situazioni di mercato.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κατ' αρχάς θα ήθελα να συγχαρώ την κυρία Georgieva για τον διορισμό της στη Διεθνή Τράπεζα και να της ευχηθώ κάθε επιτυχία στο έργο της. Κύριε Πρόεδρε, βρισκόμαστε στο ίδιο έργο θεατές για άλλη μια φορά, με έναν προϋπολογισμό ο οποίος είναι προϋπολογισμός λιτότητας, και με αυτό τον τρόπο δεν μπορεί να αντιμετωπιστεί ούτε η οικονομική κρίση ούτε η προσφυγική κρίση.

Διατίθενται 41 εκατομμύρια ευρώ για την απασχόληση, 115 εκατομμύρια ευρώ για άσυλο και μετανάστευση. Βεβαίως πρέπει να επισημάνουμε ότι διατίθενται και 530 εκατομμύρια ευρώ στον τομέα της ασφάλειας και της ιθαγένειας, όμως τα ποσά αυτά είναι ψίχουλα, ιδίως τα ποσά που διατίθενται για την αντιμετώπιση της ανεργίας, μια και η Ευρώπη μαστίζεται από στρατιές ανέργων, κυρίως ανέργων που ανήκουν στη νέα γενιά. Επίσης, τα ποσά που διατίθενται για την προσφυγική κρίση δεν επαρκούν. Η Ελλάδα έχει δαπανήσει μέχρι στιγμής 2,5 δισεκατομμύρια ευρώ για την αντιμετώπιση της προσφυγικής κρίσης. Χρειάζονται λοιπόν πολύ περισσότερα ποσά για να αντιμετωπίσουμε τα μεγάλα προβλήματα που έχει σήμερα η Ευρώπη.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, νομίζω ότι δικαιολογημένα μεγάλο κομμάτι της συζήτησης αφιερώθηκε στην ανεργία των νέων αλλά θα ήθελα να προσθέσω τα εξής: Υπάρχουν χώρες στις οποίες η ανεργία των νέων ξεκινά από το 20% και χτυπά πολλές φορές το 40%. Αυτό αποτελεί ουσιαστικά μια βόμβα στα θεμέλια της Δημοκρατίας, γιατί, αν οι νέοι δεν έχουν δουλειά, αποστασιοποιούνται και από το οικοδόμημα της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αποστασιοποιούνται και από το τι εστί Δημοκρατία, γιατί τίποτε χειρότερο από το να αισθάνεται κανείς ότι δεν είναι μέρος της κοινωνίας.

Θέλω να κλείσω με το εξής: Πρέπει να υπάρξουν ριζικές ενέργειες για την αντιμετώπιση της ανεργίας των νέων, οι οποίοι έχουν τόνους γνώσεων, πολύ περισσότερων από το αν προσθέσουμε τις γνώσεις όλων ημών μέσα σε αυτή την αίθουσα, και χτυπούν την πόρτα μας για να βρουν δουλειά και ντρεπόμαστε να τους πούμε ότι έχουμε δυσκολία να αντιμετωπίσουμε αυτό το πρόβλημα. Πρέπει να είναι συνολική, ριζική η προσπάθεια της Ευρωπαϊκής Ένωσης να αντιμετωπίσει αυτό το θέμα, γιατί αύριο θα αντιμετωπίσουμε τον θυμό, την πίκρα τους και ίσως την αντίδρασή τους.

Vladimír Maňka (S&D). – Pán štátny tajomník Lesaj, som naozaj hrdý na slovenské predsedníctvo a na efektívnosť, vecnosť a férovosť rokovaní. Súhlasím s Vami, že znižovanie počtu zamestnancov o 1 % po sebe 5 rokov je veľmi dôležité. Bude však veľmi potrebné preskúmať, ako toto krátenie splnilo cieľ, lebo niektoré inštitúcie, ktoré prepustili tlmočníkov, tak ich zamestnávajú externe, lebo ich naozaj potrebujú.

Desať rokov som sa zúčastňoval na záverečných rokovaniach o rozpočte Európskej únie, preto môžem porovnávať a hodnotiť. Pani komisárka, Vaša odbornosť, ťah na bránu, empatia a obrovský záujem urobiť pre obyvateľov Európskej únie všetko, čo je vo Vašich silách, nám bude naozaj veľmi chýbať. Držím Vám palce a ešte raz ďakujem.

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO

Vicepresidente

Maria Grapini (S&D). – Mulțumesc, domnule președinte. Știm cu toții că bugetul este întotdeauna dificil să-l negociezi și este greu să accepți atunci când propunerea ta nu este acceptată. Însă, să nu uităm, resursele sunt limitate și cerințele mari. Personal, vreau să vă mulțumesc dumneavoastră, doamnă vicepreședinte, doamnă comisar, care ați negociat excelent și, evident, și raportorii, pentru forma finală de buget, pe care, personal, am să o susțin. Sigur, eu sunt o susținătoare a IMM-urilor, sunt o susținătoare a tineretului. Evident că aș fi vrut aici mai mult. Însă am înțeles că nu se poate. Eu cred că acum este rolul Consiliului și al statelor membre să vadă cum cheltuie acești bani pe care i-am alocat pe capitole foarte importante. Și cred, de asemenea, că mai este important să vedem colectarea, a mai spus un coleg de-al meu. Doresc să mai adaug că este nevoie ca pentru următorul buget să ne gândim mult mai mult cum putem stimula investițiile în zonele sărace, să creștem coeziunea socială, să dedicăm investiții pentru turism, pentru că pentru Europa este, într-adevăr, o oportunitate pentru creșterea locurilor de muncă în rândul tineretului și, evident, să nu uităm de inovare și educație. Vă mulțumesc personal și vă doresc mult succes în noul loc de muncă pe care îl aveți și să nu uitați, poate ne puteți ajuta de acolo.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, I welcome the fact that the European Parliament managed to restore the Commission's initial proposal on all lines cut by the Council. Furthermore, the European Parliament delegation managed to ensure a big amount of fresh reinforcements for the key programmes, such as growth and jobs and the Youth Employment Initiative. I also find fundamental the allocation of additional EUR 500 million to tackle the crisis in the agricultural sector, to support dairy and livestock farmers, and the additional 5.91 billion to tackle the migration and refugee crisis and reinforce security. Finally, I support the decision taken in order to accommodate a big part of these reinforcements to mobilise the special instruments available under the current Multiannual Financial Framework 2014-2020 Regulation.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Kristalina Georgieva, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, this has been a very engaged session and I am very grateful for the comments that have been made. Let me respond to some of the points that honourable Members have raised.

First, there are indeed grounds for concern about the level of payments in the budget for 2017 and, more specifically, about the level of payments for cohesion policy. It is unfortunate but true that the new programmes – the programmes under the current Multiannual Financial Framework – have taken some time to start, with the result that in many of them we are registering delays in implementation. We have been working very hard with Member States to encourage the availability of authorising bodies that can then certify expenditures so we can speed up implementation. That would, of course, have a positive impact on payments. So it is definitely not because we do not have the capacity to provide these funds. It is objectively because of the slower pace of the implementation of the programmes. We are working with the Council – as Minister Lesay would confirm – to find ways to speed up that process.

Secondly, a number of speakers made comments about the new ways in which we tried to fund new priorities, more specifically the Turkey Facility trust funds. One of the comments very clearly stated 'No taxation without representation'. There has to be a role for Parliament. On the Commission side we agree, and we are thinking of ways in which we can make sure that, if there is a need to mobilise extra budgetary resources, it is done in a fair way so that Parliament can have a say without creating processes that may slow down implementation. That is a fair point, and the three institutions will have to reflect on it and address it.

Third, I am fully mindful of the fact that there are demands for money that we have not been able to meet within the parameters of this budget. It is therefore up to us in the Commission to follow up implementation very carefully. Should there be a reason for any programme to be slower than anticipated, we would do what we have done in previous years: relocate funds to a higher priority. In other words, what we have done with the budget up to now in this financial framework, gearing up for more agility and more flexibility, we will continue in 2017.

Finally, I would like to express my deepest gratitude to the Slovak Presidency for – indeed as many of you have recognised – being fair, engaged and determined, and to the budget negotiators, the Chair of the Committee on Budgets, the two rapporteurs and each and every one of you who stayed in the room until four o'clock in the morning so we could have a budget that, as you recognised, is a sound budget. It is a good budget and now we have to implement it. Well, thank you.

(Applause)

Ivan Lesay, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, thank you for this very useful exchange of views. It has shown that we are united in our commitment to making progress for the benefit of Europe and its citizens. This debate closes long and sometimes difficult discussions between the European Parliament and the Council over several months. However, they have shown that our respective institutions share many objectives and that our positions are not that far apart. This has been my impression all the time, and that is why we have been confident that we would be able to reach a deal. It proved not to be too easy but we were happy to do it in the first round, and here we are with the compromise.

As I said, the negotiations on the 2017 budget took place under complex circumstances. In spite of this, we worked together in a constructive manner and we were able to reconcile our positions on how to finance the different priorities and actions of the Union. I am convinced that the agreement reached on the 2017 budget is a good and balanced result, allowing the Union to act and react to the various needs. I thank everybody once again. Thank you very much for your attention, and I wish you success during tomorrow's vote.

Jean Arthuis, *Président de la commission BUDG*. – Monsieur le Président, Madame la Vice-présidente, Monsieur le Ministre, mes chers collègues, le débat que nous venons d'avoir montre que si notre budget 2017 est un pas dans la bonne direction, il reste un petit pas là où l'Europe aurait besoin de grandes enjambées, notamment pour l'investissement, pour la croissance, pour l'emploi, et pour le contrôle des flux migratoires aussi. Car, ne nous méprenons pas, d'autres crises sont en vue, d'autres urgences justifieront que l'on torture le budget pour essayer de lui faire faire ce que, bien souvent, il n'est pas en mesure d'accomplir.

Regardez combien de protubérances budgétaires se sont multipliées, combien de satellites viennent densifier la galaxie budgétaire européenne. Fonds Juncker pour les investissements stratégiques, facilité budgétaire pour la Turquie, «Trust Funds» par-ci, «Trusts Funds» par-là, et demain Fonds Juncker pour l'Afrique ou Fonds européen de défense. Autant d'entités périphériques qui échappent au contrôle parlementaire.

La créativité de la Commission européenne ne pourra pas cacher longtemps l'indigence du budget européen et ces pratiques budgétaires sont, pour l'Union, un danger. Elles mettent l'Union européenne en danger tout d'abord parce que la multiplication des satellites budgétaires complexifie la lecture d'un budget européen déjà trop distant des citoyens.

N'oublions pas, mes chers collègues, que la société est en droit de demander compte à tout agent public de son administration, c'est une exigence démocratique fondamentale.

Sans lisibilité budgétaire, nous risquons la déconnexion. L'Europe se fragilise lorsqu'elle se révèle incapable de parler directement aux citoyens européens.

Enfin, pareille contorsion budgétaire tend à accréditer des illusions et, malheureusement, des déceptions. Une Union sans budget, engagée sur tous les fronts, risque de donner en spectacle son impuissance. L'urgence est de convenir des compétences que les États membres sont prêts à transférer à l'Union, parce qu'ils n'ont plus la capacité, à l'heure de la mondialisation, de les assumer. Le budget devra alors être doté en conséquence, pour afficher notre ambition de faire de l'Europe une puissance mondiale. Au-delà de la révision à mi-parcours du cadre financier pluriannuel, objet du tout prochain débat, il est déjà temps de nous projeter dans l'après-2020.

Avant de conclure, je voudrais remercier la Présidence slovaque, celle d'Ecofin, mais aussi celle du Conseil «affaires générales», pour leur brillante et bienveillante efficacité.

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich befürworte die Einigung über den Haushalt für das kommende Jahr. Besonders erfreulich ist, dass auf Drängen des Parlaments die Mittel für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen um 500 Millionen Euro erhöht werden. Damit bekämpfen wir ein großes gegenwärtiges Problem in der EU, die erschreckend hohe Jugendarbeitslosigkeit. Mit der Beschäftigungsinitiative helfen wir jungen Arbeitslosen ganz konkret dabei, einen Job zu finden. Jetzt müssen wir weiter die Mitgliedstaaten auffordern, dafür Sorge zu tragen, dass diese Gelder ohne große bürokratische Anforderungen dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Ebenso wichtig finde ich, dass auch die für KMU anwendbaren Programme aufgestockt wurden.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Kiemelt fontosságú, hogy a 2017-ben felgyorsuló regionális fejlesztési programok tagállami végrehajtásával lépést tudjon tartani az uniós költségvetés és megfelelő nagyságrendben rendelkezésre álljanak a kohéziós források. Az uniós költségvetésben megvannak a források arra, hogy az Európai Bizottság maradéktalanul kifizesse majd azokat a számlákat, amelyek a megvalósult tagállami projektek végrehajtása során keletkeznek. Sikerült azt is elérnünk, hogy a migrációs válság kezelésére mozgósított forrásokat ne más, már működő EU-s programok rovására vonják el. A kohéziós és agrárpénzeket nem lehet csökkenteni a migrációs krízis kezelésére szolgáló források meghatározásakor. A 2017. évi uniós költségvetés végül nem tartalmazza a kötelező befogadási kvótákat elutasító tagállamok megbüntetésére vonatkozó rendelkezéseket. A szocialisták és liberálisok egy olyan költségvetési mechanizmust javasoltak bevezetni, amely pénzbüntetéssel sújtaná azokat a tagállamokat, amelyek a kötelező betelepítési kvótarendszer ellenére nem fogadnak be illegális bevándorlókat az országukba. Ezt a támadást a 2017-es költségvetés elfogadása során sikerült elhárítani.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Zgodnie z porozumieniem, jakie udało się osiągnąć z Radą, środki na pokrycie zobowiązań w 2017 r. powinny wynosić 157,86 mld EUR, a środki na pokrycie płatności 134,49 mld EUR. Cieszy mnie fakt, że udało nam się wywalczyć dodatkowe 500 milionów EUR na Inicjatywę na rzecz zatrudnienia ludzi młodych (YEI), wspierającą ich w poszukiwaniu pracy i zdobywaniu doświadczenia, oraz kolejne 200 mln EUR na projekty skupione na zatrudnieniu i wzroście, takie jak COSME, konkurencyjność małych i średnich przedsiębiorstw, instrument „Łącząc Europę", przeznaczony na fundowanie projektów infrastrukturalnych, na program „Horyzont 2020", który wspiera projekty badawcze, oraz na program Erasmus+. Ponadto, pakiet wartości 725 mln EUR zostanie przeznaczony na wspieranie funduszy migracyjnych, w tym 28 mln EUR zostanie przeznaczonych na UNRWA pomagającą uchodźcom palestyńskim oraz 3 miliony EUR na wspieranie procesów pokojowych. To dobry rezultat długich i niełatwych negocjacji z Radą.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), *în scris*. – Cele trei instituții, Parlamentul European, Consiliul și Comisia Europeană, au convenit bugetul pe anul 2017, în suma de 157,8 miliarde euro pentru angajări de cheltuieli și de 134,5 miliarde euro pentru plăți efective. Au fost prevăzute resurse suplimentare pentru crearea de locuri de muncă destinate tinerilor, finanțarea întreprinderilor mici și mijlocii, ca și pentru schimburile de studenți. Cu toate acestea, consider că există încă programe aprobate la nivel european care sunt încă subfinanțate. De exemplu, finanțările pentru imigranți sunt insuficiente atât în Europa pentru integrarea imigranților, cât și pentru reducerea fluxului de imigranți, prin acțiuni în afara Europei. Este important ca Uniunea Europeană să nu adopte practica unor state membre de a aproba programe, fără ca finanțarea din bugetele publice cerută de realizarea acestor programe să fie asigurată.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. – I am very glad that we have finally a budget for next year. In fact, it is very important that the EU will increase its commitments in the field of 'competiveness for growth and jobs'. In particular, I welcome the additional EUR 50 million on Erasmus+ as this programme enables youth to arrange friendships with Europeans from other countries, especially as very often such relationships can last for whole lives. Furthermore, within this programme there will be some amount of money allocated to support of handing out free InterRail tickets to all young Europeans when they turn 18. Such strengthening of Erasmus+ means that participants will have now even more opportunities to get their first international experience and visit many beautiful places in Europe. In addition, EUR 500 million more for the Youth Employment Initiative means simply better tackling unemployment in the poorest EU regions. Consequently, it is crucial that in light of the wave of euroscepticism spreading across the continent, the EU increases expenditure on activities leading to creation of jobs and the development of a common European identity in a young generation.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Przyjęcie wspólnego tekstu budżetu UE w ramach procedury na rok 2017 bez wątpienia daje pozytywny sygnał odnośnie umiejętności instytucji UE do wypracowania wspólnego stanowiska w tej kluczowej kwestii. Słusznie tworzenie miejsc pracy i stymulowanie wzrostu gospodarczego pozostają dla nas jednym z podstawowych priorytetów. Ma temu m.in. służyć sięgające 200 mln EUR zwiększenie środków na Erasmus+, badania naukowe, infrastrukturę oraz wsparcie dla MŚP. Bez wątpienia idziemy w tym przypadku we właściwym kierunku. Pragnę jednak także przypomnieć o innych programach takich jak np. Kreatywna Europa, czy Europa dla Obywateli, które również stanowią strategiczną inwestycje w kapitał ludzki. Podkreślam, że ich adekwatne finansowanie jest warunkiem koniecznym dla efektywnego wdrażania i dostarczania wymiernych rezultatów. Zwracam również Państwa uwagę na to, że otoczenie makroekonomiczne w UE wpływa na zdolność państw członkowskich do wywiązywania się ze swoich zobowiązań w zakresie finansowania wobec instytucji i organów UE, a tym samym, jak doskonale wiemy, na zdolność UE do dalszego wdrażania unijnych polityk. Tym samym zaznaczam, iż nasze oczekiwania muszą być realistyczne i uwzględniać bieżącą sytuację makroekonomiczną, nie możemy jednak ustawać w staraniach o podnoszenie świadomości decydentów i obywateli o roli inwestycji w kulturę i edukację w stymulowaniu wzrostu gospodarczego i tworzeniu miejsc pracy.

12. Überarbeitung des MFR (Aussprache)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate a partir de las declaraciones del Consejo y de la Comisión sobre la revisión del MFP.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, thank you very much for this opportunity to lead you through the process where the Slovak Presidency was engaged in the Council to explore possibilities on amendment to the Multiannual Financial Framework. I would like to lead you through, but we agreed with Vice-President Kristalina Georgieva that she will explain more in detail the components of the package that the Council is proposing. Instead, I will share with you a few political remarks, but I would like to start by saying that the Slovak Presidency has a clear guidance for the process of review/revision of the Multiannual Financial Framework, and that was given by the MMF Regulation agreed in 2013. I would like to quote what was written there, namely that the review shall, as appropriate, be accompanied by a legislative proposal for the revision of the MMF Regulation. So that was a clear guidance for us.

I would like to say that we started in the Council the work on MMF review/revision with a political debate, so this was not for us, Mr President, a technical exercise. On the contrary, we knew that we needed to have a frank and open political debate where we should ensure consensus, or an opinion, on whether the financial perspective, as agreed back in 2013, corresponds to new challenges both outside of the EU and inside the EU, and whether we have sufficient flexibility to react to unforeseen circumstances or events. So these two objectives were at the forefront of our effort. Number one: whether we need more in terms of financial resources, and to ensure more flexibility. I can say that the outcome of this political debate that we have had under our leadership in the Council was, yes, the Council recognised that the events outside of the Union and internal challenges in fact require additional resources, and that we need more flexibility to react swiftly to the challenges that I have referred to. So on that basis the Commission has proposed, in mid-September this year, a review and revision of the financial perspective that we have agreed in 2013.

The second point that I wanted to make is about the process. This was important. Of course the substance matters, but the process this time was extremely important. We all know, both Parliament and the Council and the Commission, that we have been working in a framework given by special legislative procedure. Nevertheless, we in the Council knew that Parliament has well-defined expectations when it comes to the need to revise the financial perspective; we were aware of the resolution that you have adopted, and that is why, in spite of this special legislative procedure, we, together with the Commission, have engaged in a very open dialogue with you, with Parliament. I want to thank your representatives, representatives of this House, led by Chair Arthuis and the two rapporteurs Madam Thomas and Mr Olbrycht. I have to say they were very tough negotiators. There were moments when really it was not easy for us to accommodate everything for which you, Mr Chair, Madam rapporteur, rapporteur Olbrycht, have been fighting for. It was very difficult with you. But, when I look back, I dare say that it was thanks to your perseverance that in fact we were able together to come up with a package, which I think duly reflects both the need for additional resources and for more flexibility, so I think it is to your credit and your merit that it is included in this package.

Thirdly, as I said, I will not go into details. I would like to kindly ask Kristalina to lead you through, but I would like to say that this package, when it comes to resources, is giving a chance to mobilise more than EUR 6 billion to be allocated for the most outstanding priorities until the end of this financial perspective. Two, I would like to say that 85% of these additional resources represent fresh money. Redeployment is part of it, but it was needed, because you know that the resources of the Member States are limited – they are scarce – so redeployment is a legitimate part of it. But 85% of additional resources represent fresh money, and this fresh money will be used in the most pressing challenges, starting with migration, with security, with youth unemployment. And when I speak about youth unemployment, I think that is not an issue of everyday practice that the Council has in fact agreed more than the Commission has proposed, so the Council is proposing for Youth Employment initiative 20% more than the original proposal of the Commission matched with additional resources. I think we will have a good deal to fight what are the concerns of our citizens, that is, youth unemployment.

Secondly, when it comes to flexibility, very quickly, we know we are living in difficult times, and we need to react swiftly to the events outside of the Union and inside the EU, and therefore I would just remind you that what the Council has agreed on is increasing the emergency aid reserve, the flexibility instrument – additional funds allocated by reshuffling of special instruments – and we increased the ceilings for global margin for payments and extended the scope for global margin for commitments to cover also the areas of migration and security. So this is just a fraction of what the flexibility and the changes to flexibility can bring if we agree on this revision.

In conclusion, I dare say that this is the moment where we have to bear in mind that it is possible to agree on a package (or it was not possible to agree on the package) where everyone's demands, requests and expectations can be met up to 100%. In politics this is rarely the case where everyone can be happy up to 100%. At the same time, I dare say, on behalf of the Presidency, when I look at the moment where we started in mid-September, and compare to where we are today, where the landing zone possibly could be, I am quite proud, because I would like to remind you that we started at the moment when the appetite to go beyond mere review in the Council and engage in a real revision which could be a result of our common effort, was very low. So I think we, all the three engaged institutions – the Commission, Parliament and the Council – can proudly present this package where the Council has found a broad agreement on its element on 15 November. And two, it is important for me to recall in this House that if you look at the package as it stands right now, I think the elements that are in there represent the maximum possible of what the European Parliament's demands were. And this is why I hope this House at the end of the day will look at it politically – look at it as a chance for our citizens – and in fact Parliament will be able to give consent for this Multiannual Financial Framework mid-term review. I thank you for your attention and I am looking forward to your interventions.

Kristalina Georgieva, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, it is indeed very satisfying that this time, when I talk about the mid-term process, I will no longer use the word 'review'. I will talk about mid-term revision, because the proposal we have in front of us is a proposal for revision. Indeed a lot has been done – also in informal consultations with Parliament – to move us towards a place where the job of providing resources to our citizens for the remaining period is well done. I do, of course, fully recognise that there are aspects of this where Parliament does not feel completely satisfied. I realise that there will be opportunities today to debate, and perhaps to continue after today. But let me outline the key elements in this broad agreement that the Council has proposed.

First, a very important element is what we would call top-ups – in other words, additional financial resources towards our top priorities. The total of these additional resources is significant – EUR 5.1 billion – of which EUR 3.9 billion is for migration and security and EUR 1.2 billion for the Youth Employment Initiative. I do recognise that, while it is below what Parliament recommended, the proposal is above the original Commission proposal, which was for EUR 1 billion. We also have to put on record that for Heading 1A the Council's broad agreement falls behind the Commission proposal and even further behind Parliament's proposal. The Council has requested that these top-ups be financed from redeployments within Heading 1A. We think that there should be more flexibility regarding redeployments. We accept the fact that we have to squeeze the budget for priorities, but there has to be more flexibility, and they anyway need to be decided in the course of the annual budget procedures. I think that there is some room here for a pragmatic compromise solution that fully respects the prerogatives of the budgetary authority. It is not for the Commission but for the Council, the budgetary authorities and the Parliament to decide, but there may be some space here to reach a pragmatic outcome.

The second – and actually the most difficult and therefore the most valuable – part of this package is on flexibility. Why? Because any amendment of the MFF regulation requires unanimity. It requires all Members of the Council to agree. In that sense I genuinely congratulate the Slovak Presidency for guiding the Council towards that broad agreement on flexibility. What are we talking about? We are talking about sizeable increases in flexibility in terms both of commitments and payments. In very simple terms, if there is no agreement on this proposal – if it falls apart – we will have no funds available under the flexibility instrument in 2017, and that is the EUR 740 million that otherwise would be available.

Secondly, over the years 2017-2020 we would have additional availabilities for special instruments amounting to a bare minimum of EUR 1.3 billion. It would definitely be more than EUR 1.3 billion. Why? Because we are calculating only one year of what is left over from the European Globalisation Fund and European Union Solidarity Fund. It is very unlikely that in the other years there would be nothing left over based on historical evidence, but we have taken a very conservative approach to count only what we are certain would be available. This is critical for us in terms of building flexibilities as, without an agreement, the possibility to use the margins left under the ceilings in the previous financial year for financing additional measures via the global margin for commitments would end next year. If we want to continue, we will have to have unanimously agreed revision.

Last but not least, the Council has agreed to raise the global margin for payments available in 2019 and 2020 when we know that demand for payments will be highest by a total of EUR 6 billion at current prices. The Council has also agreed to settle in a very pragmatic and positive way the issue of the disputed EUR 350 million in payment appropriations which arose in 2014 in relation to the mobilisation of EUR 2.8 billion from the contingency margin to reduce the backlog of payments. So, from that perspective, what we see is a chance to expand flexibility that is pretty much exhausted as a result of the crises that have been pressuring us.

In conclusion, we have a very valuable opportunity to revise the MFF and give us more space. It is a matter of accepting our responsibilities – all of us – to make sure that we have that space to do what is necessary. From the Commission side, we would be happy to facilitate further discussions. We believe that we have all been putting our best foot forward in terms of bringing what we believe is right and to end this calendar year knowing that in the future we have more money and more space to do what is necessary.

Jan Olbrycht, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Panie Ministrze! Istnieje zasadnicza różnica pomiędzy poprzednią debatą a tą debatą. W poprzedniej debacie wyraźnie podkreślaliśmy, że doszliśmy wspólnie do końca pewnego działania, czyli osiągnęliśmy określony cel. W czasie tej debaty jesteśmy w dalszym ciągu w trakcie dochodzenia do celu, jesteśmy jeszcze przed końcem, w związku z czym również ton naszej debaty jest nieco odmienny.

Chciałbym podkreślić, że Parlament Europejski, przygotowując tę perspektywę, wyraźnie zaznaczył, że trzeba będzie w połowie okresu sprawdzić, czy rzeczywiście została ona dobrze skonstruowana. Trzeba zrobić przegląd, *review*, a jeżeli okaże się to konieczne, trzeba będzie przeprowadzić rewizję. Jesteśmy bardzo zadowoleni z tego, że pomimo pierwszych negatywnych rekcji na nasze propozycje rewizji, zarówno Komisja przygotowała swoją propozycję rewizji, jak również Rada, prezydencja słowacka, podjęła ten temat i zgodziła się co do tego, że wieloletnia perspektywa wymaga zrewidowania. Co znaczy wymaga zrewidowania? Wymaga zmiany. Skoro wymaga zmiany, to jest to kwestia podejścia do tego, co musi być zmienione. Pewne zasadnicze elementy zostały już wprowadzone w budżecie na rok 2017. One otwarły pewne działania, a teraz musimy zrobić krok dalej i rzeczywiście poprawić lub zmienić perspektywę finansową na następne lata zgodnie z tym, co uzgodniliśmy w budżecie na rok 2017.

Parlament Europejski, my jako sprawozdawcy, bardzo doceniamy wysiłki prezydencji słowackiej zmierzające do tego, by wypracować jednolite stanowisko w Radzie na temat wieloletniej perspektywy i rewizji. Bardzo doceniamy również wkład Komisji Europejskiej w to, żeby ta propozycja była ważna, interesująca i rzeczywiście do zaakceptowania. Równocześnie jednak chciałbym powiedzieć, że Parlament Europejski z niezwykłą uwagą śledzi dynamikę tego, co się dzieje w Radzie. Widzimy, co się dzieje z protestem Włoch. Mamy informacje od rządu włoskiego, że rząd włoski oczekuje od prezydencji takiego prowadzenia rozmów, żeby rewizja była bardziej ambitna, żeby rewizja rzeczywiście wskazywała na większą elastyczność, na większe możliwości elastyczności w następnych latach.

Skoro tak jest, to rozumiemy, że propozycja Rady jest jeszcze niegotowa i że prace są w toku. Dziś jeszcze nie jesteśmy na etapie wyrażenia zgody – bądź nie – bo rozumiemy, że sytuacja w Radzie jest w dalszym ciągu dynamiczna. My to akceptujemy i wchodzimy, w związku z czym, w ten proces. Parlament Europejski w związku z tym oczekuje dalszych rozmów, które zbiegają się również z rozmowami z rządem włoskim. Chcielibyśmy również zwrócić uwagę na to, że Parlament Europejski na pewno będzie wskazywał na potrzebę wzmocnienia elementów elastyczności, dotyczących w szczególności zwiększenia elastyczności unijnego budżetu, instrumentu elastyczności, rezerwy na pomoc nadzwyczajną, globalnego marginesu zobowiązań i recyclingu niewykorzystanych anulowań zobowiązań.

W tej sprawie wygląda na to, że zgadzamy się po części z oczekiwaniami rządu włoskiego. Oczekujemy od prezydencji słowackiej otwartości i rozmów, które będą zmierzały do osiągnięcia porozumienia po to, żebyśmy my w Parlamencie, zgodnie z procedurą zgody, mogli na końcu zatwierdzić, czy też potwierdzić nasze stanowisko. Oczekujemy otwartości prezydencji słowackiej i dalszych rozmów.

Isabelle Thomas, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Monsieur le Représentant du Conseil, permettez-moi de commencer par me joindre à l'hommage rendu par mes collègues à M[me] la vice-présidente Georgieva, à qui je souhaite bonne route, même si je suis sûre, je l'espère en tout cas, qu'elle n'est pas tout à fait partie.

Pour évoquer la révision, il me faut revenir un instant sur le budget 2017, comme l'a fait mon collègue corapporteur. Ces négociations ont été rugueuses, ce qui me laisse toujours perplexe puisque nous partageons la plupart des priorités: l'emploi, la croissance et surtout la jeunesse.

Nous avons tenu le cap et, malgré l'heure avancée de la nuit, nous sommes parvenus à un accord acceptable, notamment grâce aux 500 millions d'euros pour l'emploi des jeunes et aux 200 millions d'euros supplémentaires pour la croissance et l'emploi.

Comme vous l'avez dit, Monsieur le Représentant du Conseil, il s'agit pour une fois d'argent frais et non de redéploiement, c'est-à-dire sans couper dans les programmes existants mais en mobilisant des marges budgétaires non utilisées et indispensables pour répondre aux défis actuels.

Le Parlement obtient donc la relance du programme européen de lutte contre le chômage des jeunes, qui n'avait plus de crédits d'engagement en 2016. Mais, si nous voulons combattre le chômage des jeunes, nous ne nous contenterons pas d'une rallonge pour le programme 2017 mais nous devons pouvoir dégager les moyens nécessaires afin que ce programme soit efficace dans les années à venir. Il en va de même pour nos instruments de relance économique.

Bref, le cadre financier de l'Union européenne 2014-2020, adopté en 2013, a besoin d'une révision ambitieuse et je salue tant la Commission que les efforts de la Présidence slovaque pour le reconnaître, et je vous remercie, Monsieur le Représentant du Conseil, d'accepter d'ouvrir la discussion en vue d'un compromis où personne ne sera satisfait à 100 %, ni le Parlement ni le Conseil. L'arrivée des réfugiés, les engagements de la COP 21, les crises agricoles, les sous-investissements, la sécurité intérieure, la défense, bref, tous ces bouleversements l'exigent.

Or, il faut être conscient que tout ce que nous avons obtenu dans le budget 2017 risque d'être perdu si nous acceptons la proposition du Conseil sur la révision du cadre financier de l'Union européenne telle qu'elle est aujourd'hui. Je sais que le Conseil n'a pas encore de position unanime, comme l'a dit mon collègue Olbrycht, que les discussions continuent, mais je me dois d'insister. Pour le moment, le compte n'y est pas, mais je suis sûre que nos discussions seront fructueuses.

Le Parlement ne pourrait accepter je ne sais quelle annexe qui réduirait le cadre financier pluriannuel et contraindrait encore davantage les budgets annuels, alors que nous constatons tous les défis supplémentaires qui sont apparus depuis 2013. Au contraire, cette révision doit être l'occasion d'accroître les flexibilités – vous l'avez dit, je crois que nous le partageons tous ici – pour que le budget européen puisse s'adapter à un monde en mutation.

Pour renforcer les instruments existants comme l'instrument de flexibilité, nous proposons 750 millions d'euros par an. Pour la réserve d'aide d'urgence, nous demandons 400 millions d'euros par an – vous voyez que nous sommes même plus bas que la proposition de la Commission. De même, la Commission européenne avait proposé que soient réintégrés dans le budget de l'Union les crédits d'engagement non utilisés. Nous proposons que soient réincorporés au budget les désengagements d'au moins deux rubriques: la rubrique 3 sur la sécurité de la citoyenneté et la rubrique 4 «Europe dans le monde» pour alimenter la marge globale d'engagements.

Sur les paiements, des mesures sérieuses doivent être prises contre une crise des paiements à la fin de la programmation budgétaire. Les plafonds maximums de la marge globale des paiements doivent être rehaussés. La comptabilisation hors des plafonds de paiement des instruments spéciaux reste en débat sur la table et sera un enjeu majeur en fin de période,

Gardons à l'esprit que le cadre financier actuel est à la fois inférieur au précédent et pourtant davantage sollicité. Il doit donc être pleinement utilisé. Car, si nous parlons aujourd'hui de la révision du cadre financier actuel 2014-2020, demain s'ouvriront les débats sur les prochaines perspectives financières et je veux rappeler une réalité qui est à l'origine de nombreuses difficultés que nous rencontrons: 90 % du budget l'Union repose sur les contributions directes des États membres. Ce système est intrinsèquement pervers puisqu'il incite chaque État à réduire le plus possible sa contribution au budget de l'Union afin de garder le maximum pour son budget national.

L'intérêt général européen est donc balayé au profit des égoïsmes nationaux par le système lui-même. Pire, le résultat global est un budget réduit, finalement contraire aux intérêts des États membres. Cette situation n'est pas une fatalité, des solutions existent. Ce sont les ressources propres. Comme ce fut le cas par le passé, les ressources propres doivent reprendre une place prépondérante dans le budget européen.

Nous attendons une proposition forte du groupe de haut niveau, bien sûr, et nous serions heureux, si ce n'est ravis, que le Conseil émette, lui aussi, un signal en ce sens.

Je vous remercie et bonne discussion dans les jours à venir!

Bernd Kölmel, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Zunächst bedanken wir uns bei allen, die an der bisherigen Entstehung dieser Argumentationslinien beteiligt sind. Diese Argumente zur Überarbeitung des MFR beleuchten aber zu wenig die wirklichen Anforderungen an die EU. Die EU muss schlanker werden. Und jeder, der hier arbeitet, darf niemandem weismachen, dass man mit staatlichen Programmen dauerhaft Arbeitsplätze schaffen kann. Das sind letztlich alles Marktverzerrungen. Denn wir müssen unterscheiden: Da, wo kurzfristig Hilfe erforderlich ist, kann und soll man sie natürlich leisten, aber die Hilfe, die die EU leistet, wird üblicherweise einmal begonnen und dann dauerhaft fortgesetzt. Das können und sollten wir uns nicht leisten. Wir sollten bei dieser Gelegenheit auch nicht ausblenden, dass wir mit vielen Euro Probleme beheben, die wir ohne den Euro gar nicht hätten. Deshalb sollten wir auch das Problem „Euro" hier in den Fokus nehmen.

Abschließend möchte ich mich ganz herzlich bei Ihnen, Frau Vizepräsidentin Georgieva, für die fantastische Zusammenarbeit mit Ihnen bedanken. Es war mir immer eine große Freude, Sie in unserem Haushaltsausschuss zu sehen. Ihre Argumente und auch Ihre Gradlinigkeit sind vorbildhaft. Herzlichen Dank!

Gérard Deprez, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, dans cette affaire du cadre financier pluriannuel, nous nous trouvions devant trois questions essentielles.

Première question: faut-il une révision? Le Parlement européen a toujours dit oui, et il fallait de sa part une détermination sans faille pour la demander et cela a été fait lors de l'approbation par notre assemblée du bon rapport de M. - Olbrycht et de M^{me} Thomas.

Il fallait ensuite une bonne proposition législative de la Commission et, M^me^ Georgieva, vous avez répondu à nos attentes: il y a eu une proposition législative de la Commission et j'ai dit, dès que nous en avons eu connaissance, qu'elle constituait une bonne base de discussion pour arriver à un accord.

Il fallait ensuite une volonté positive de la part du Conseil, et là je dois dire à la Présidence slovaque qu'elle m'a heureusement surpris. Nous ne nous attendions pas, de la part du Conseil, à une attitude aussi positive par rapport à notre demande relayée par la Commission.

Deuxième question: faut-il des moyens supplémentaires? Oui! Le corset actuel est trop étriqué, le cadre financier ne permet pas de répondre aux besoins urgents devant lesquels nous sommes. Y a-t-il des moyens supplémentaires? Oui! Sont-ils bien affectés? Oui! Ils vont dans le sens des bonnes priorités, à la fois l'emploi des jeunes et la gestion de la pression migratoire et de la sécurité. Est-ce suffisant? Je pense que non et je pense en particulier, Monsieur le Président du Conseil, que le corset que vous faites pour la rubrique 1a n'est pas sage. C'est un domaine dans lequel ne pratiquer que par le redéploiement me semble une erreur par rapport aux exigences.

Troisième question: faut-il une amélioration de la flexibilité? Oui! Y en a-t-il une qui est proposée? Oui! Est-ce suffisant? Je pense qu'on peut faire encore un peu mieux et que, notamment, les demandes que nous avions formulées dans le rapport Olbrycht et Thomas me semblaient plus judicieuses que celles que vous avez retenues.

Je vous souhaite bonne chance et bon travail pour aboutir à un accord parce que j'espère que nous y arriverons.

Liadh Ní Riada, *thar ceann an Ghrúpa GUE/NGL.* – Go raibh maith agat, a Chathaoirligh. Ba mhaith liom buíochas a ghlacadh leis na rapóirtéirí as an obair atá déanta acu chuige seo.

A Choimisinéir Korčok, táthar ag moladh i mBuiséad Leasaitheach Uimh. 4 de 2016 go mbeidh ísliú de EUR 7.4 billiún ar ranníocaíochtaí ó na Ballstáit. Cuir leis seo Buiséad Leasaitheach Uimh. 5 ina mbeidh ísliú ar ranníocaíochtaí ó Ballstáit do 2017. Táthar anois tar éis airgead fíor, a raibh níos mó de ann ná an t-airgead úr seo atáthar ag tagairt dó – tá tú tar éis é sin a ghearradh. Is droch-chinneadh, drochphlean agus drochthoradh é, cosúil le Plean Junker a bhí ann chun an AE a tharrtháil – rud nár dhein caithfidh mé a rá.

Ar phointe eile, ba mhaith liom tagairt a dhéanamh d'Éirinn atá neodrach. Táimid tiomanta, agus má fhéachann tú siar ar ár stair – go háirithe ar an bpróiseas síochána – ní féidir linn tacaíocht a thabhairt don struchtúr cosanta Eorpach ar chostas coinníollacha maireachtála ár ndaoine. Is maith an rud é go bhfuil solúbthacht ann, ach gan dabht braitheann solúbthacht ar thosaíochtaí.

Caithfear leanúint ar aghaidh leis an bplé seo agus caithfear freagracht a ghlacadh agus toradh dearfach a aimsiú.

Ernest Maragall, *en nombre del Grupo Verts/ALE.* – Señor Presidente; señor Korčok, señora Georgieva, yo creo que este debate tiene un pequeño defecto de origen, digamos. Y es que aún no tenemos en nuestras manos, como quizá hubiera sido conveniente, la propuesta formal, la propuesta que debería estar sometida ya a consideración formal y, por lo tanto, a un voto próximo inmediato.

No es todavía esa la situación. Tenemos su explicación, y la que nos acaba de dar la señora Georgieva, pero como ya se veía venir —un poco—, confirmamos que el mantra, que el nuevo mantra, la nueva palabra que lo arregla todo, que lo resuelve todo es «flexibilidad».

En «flexibilidad» cabe todo: los nuevos objetivos; los nuevos y no tan nuevos problemas; las urgencias; la inmigración; la economía; la seguridad, etc. Y es obvio que estamos abusando del concepto de flexibilidad.

Yo creo sinceramente que los Estados miembros le están diciendo una vez más «no» a Europa. Esa es la evidencia, al menos hasta este momento. Eso sí, con la abstención del Reino Unido y con una duda todavía sobre cuál será la posición final de Italia, pendiente más de su propio referéndum que de este debate tan europeo —o que, en todo caso, ha pedido tiempo en ese sentido—.

Creo sinceramente que el Consejo ha impuesto una separación indebida entre la revisión del marco financiero y la de los presupuestos anuales que lo desarrollan y aplican. La señora Georgieva nos decía el otro día, en el punto más caliente de la conciliación: «hay que concentrarse en el esfuerzo de ejercicio de la autoridad presupuestaria de cada año». Y es verdad, yo estoy de acuerdo con eso. Pero aceptemos también que la lógica, lo adecuado, sería que ese ejercicio de autoridad presupuestaria se diera en un marco efectivamente conocido, acordado, compartido, de previsión plurianual como debería ser el marco financiero.

En la propuesta que conocemos hasta ahora no hay crecimiento de los techos de gasto real. Hay una flexibilidad limitada y un uso generoso de los márgenes disponibles. Eso es todo.

Por eso, cuando ahora escuchamos al Presidente Juncker, por otra parte, hablar de crecimiento, de política fiscal, del giro para empezar a abandonar la austeridad, no podemos entender lo que parece incoherente: la rigidez contraproducente en la función del presupuesto de la Unión Europea, que sigue pareciendo la propuesta del Consejo, y por lo visto también de la Comisión.

La decisión ahora debería ser cómo lo hacemos crecer desde su dimensión inicial —ahora es Horizonte 2020, COSME, MCE—, y no cómo recuperar los recortes del FEIE, a qué ritmo y si los recuperamos todos —que no los recuperamos—. Deberíamos estar debatiendo cómo lo hacemos crecer. Deberíamos estar debatiendo cómo asumimos la responsabilidad que nos corresponde en la crisis de refugiados —y, por lo tanto, cómo añadimos recursos ahí—. Deberíamos estar debatiendo cómo disponemos de recursos suficientes para los temas de seguridad interior y exterior. En definitiva, la contribución del presupuesto europeo como valor añadido al desarrollo de la nueva etapa de crecimiento que Europa necesita y nuestros ciudadanos esperan. No tenemos esa perspectiva en este momento.

Marco Zanni, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la situazione politica che si è venuta a creare sulla revisione del quadro finanziario pluriennale rappresenta il fallimento di questa Unione europea. Ho sentito tanti colleghi e anche la Commissaria richiedere nuove risorse per combattere la disoccupazione, per la crescita, per le piccole e medie imprese, per finanziare l'innovazione: è tutto bellissimo, ma per fare questo servono soldi e oggi i soldi non ci sono. Gli Stati membri sono riluttanti a dare denaro all'Unione europea, per due motivi: oggi stanno vivendo una crisi economica senza fine e un'austerità che ha compresso i redditi e le risorse degli Stati membri e oggi non credono – come diceva il collega Maragall – nell'Unione europea, nel fatto che l'Unione europea possa spendere bene questi soldi. È inutile parlare di flessibilità del quadro finanziario pluriennale e chiedere più risorse, quando alla prima occasione il falco di turno, come ha fatto ieri il presidente dell'Eurogruppo, invita esclusivamente al rispetto rigoroso delle regole.

Se vogliamo più risorse, dobbiamo far tornare gli Stati membri e l'Europa alla crescita, e sappiamo che oggi, il blocco principale alla crescita, ha un nome e c'è un responsabile. Questo responsabile è l'euro, la moneta unica che costringe alla compressione e all'austerità. Senza la liberazione da questo vincolo non andremo da nessuna parte. Possiamo discutere di flessibilità quanto vogliamo, ma non arriveremo a nessun risultato, sarà inutile. Inutile come la polemica del Primo ministro Renzi, che vuole porre il veto sul quadro finanziario pluriennale.

Credo che dopo il referendum del 4 dicembre, se ancora sarà il Primo ministro italiano, tornerà sui suoi passi e cederà subito alle pressioni di Juncker, della Merkel e dei suoi soci. Perché Renzi non dice ai cittadini italiani che, avendo votato sì al bilancio rettificativo numero 5, ha costretto i contribuenti italiani a versare un miliardo di euro aggiuntivo al bilancio europeo. Questa situazione non è sostenibile e questa flessibilità non ci aiuterà. Gli obiettivi di lungo termine devono essere conseguiti con ben altre risorse.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Michael Theurer (ALDE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. — Lieber Kollege Zanni! Michael Theurer ist mein Name. Sie haben gerade davon gesprochen, dass die Krise dazu führt, dass die Haushalte überbelastet werden. Das leuchtet aber nicht ein, denn unser Haushaltssystem ist ja an das Bruttoinlandsprodukt gekoppelt, also an die Wirtschaftskraft. Das heißt also: Wenn die Wirtschaftskraft niedriger ist, zahlen die Mitgliedstaaten auch weniger ein. Ihre Argumentation ist doch nicht schlüssig!

Das System ist doch sinnvoll: Jeder bezahlt ein Prozent ein, und wenn es einem Land schlecht geht, zahlt man weniger, und die Länder, denen es besser geht, zahlen mehr. Sind Sie bereit zu akzeptieren, dass dieses System gerecht ist?

Marco Zanni (EFDD), *risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Per il motivo che c'è un blocco alla crescita, che è rappresentato dalle rigidità della moneta unica, non possiamo chiedere più risorse o più flessibilità nel rivedere il quadro finanziario pluriennale. Se noi, come Europa, saremo in grado di ritornare a politiche di crescita, allora anche il bilancio dell'Unione potrà avere più risorse e potrà investire di più per risolvere i problemi della disoccupazione, per fare più investimenti, per avere più risorse da dedicare alla ricerca. Ma, senza crescita e con le rigidità delle regole di Maastricht e del Patto di stabilità e crescita, non andremo da nessuna parte, non ci saranno le risorse necessarie per portare avanti queste politiche.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο υπό την παρούσα μορφή αποτελεί ένα αποτυχημένο μοντέλο κατανομής εις βάθος χρόνου των πόρων της Ένωσης· καθαρά τεχνοκρατικό, άκαμπτο δημοσιονομικά, περιορισμένης ευελιξίας και χωρίς αναπτυξιακό χαρακτήρα, οδηγεί με μαθηματικό τρόπο στην ύφεση. Χαρακτηριστικό παράδειγμα οι κινητοποιήσεις περιθωρίων για απρόβλεπτες ανάγκες του τρέχοντος και του επόμενου έτους που είναι προς ψήφιση για την αντιμετώπιση των λανθασμένων πολιτικών της Ένωσης στη λαθρομετανάστευση και, με βάση τους περιορισμούς που θέτει το πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο, δεσμεύονται κεφάλαια του 2018 και του 2019 από τώρα. Αυτό σημαίνει πρόβλεψη; Σημαίνει ανάπτυξη; Σημαίνει ευελιξία;

Ταυτόχρονα ο Ερντογάν εκβιάζει την Ένωση με ορδές λαθρομεταναστών και απειλεί ευθέως την Ελλάδα και την Κύπρο με εισβολή στα εδάφη τους. Είναι σε θέση η Ευρώπη να αντιμετωπίσει οικονομικά με τα υπάρχοντα εργαλεία μια τέτοια πιθανή εξέλιξη; Το πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο πρέπει να καταργηθεί. Τη θέση του να λάβει ένα επιχειρησιακό σχέδιο βάθους τριετίας με γενικές ποσοστώσεις επί των σημαντικών πτυχών της οικονομικής πολιτικής της Ένωσης, μεγάλα περιθώρια ευελιξίας, με έμφαση στην πραγματική ανάπτυξη, την εργασία, όχι απλά την απασχόληση των πολιτών και την αντιμετώπιση των οικονομικών ανισορροπιών μεταξύ των κρατών μελών.

Όπως έχετε αντιληφθεί, το οικοδόμημα που λέγεται Ευρωπαϊκή Ένωση με τη μορφή που έχει μεταλλαχθεί σήμερα καταρρέει. Αν θέλετε να το σώσετε, πάρτε γενναίες αποφάσεις. Δημιουργήστε μια Ευρώπη των Εθνών. Είναι η μόνη διέξοδος, γιατί λίαν συντόμως θα πάρετε απάντηση από την Ιταλία, τη Γαλλία, την Αυστρία, την Ολλανδία.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhor Presidente, as instituições da União Europeia têm de ser credíveis. Para serem credíveis, têm de cumprir e cumprir é com os cidadãos, com as pequenas e médias empresas, com os jovens, com os investigadores, com as regiões, com as autoridades locais.

Nós queremos cumprir e ajudar o Conselho a cumprir, mas para cumprir não podemos fazer reafectações. O que é uma reafectação? É um corte de uma prioridade assumida. E nós, para novas prioridades, para novas políticas, temos de ter recursos excecionais. Está claro que a revisão do quadro financeiro plurianual é um imperativo que exige que as instituições se unam para não perderem credibilidade.

O Conselho faz muitas proclamações, mas tem de ser consequente depois com os recursos financeiros para dar seguimento a estas proclamações. Nós não podemos aceitar que se não passe dos discursos depois para os atos. Há uma coisa que me impressiona, e dirijo-me ao Conselho, é que eu não percebo por vezes a atitude masoquista que o Conselho tem.

80% do orçamento da União Europeia vão para os Estados-Membros. Temos um orçamento retificativo de 7 300 milhões de euros, em que esse montante é devolvido. Isto mostra uma má execução dos fundos comunitários. Mas, depois, vamos ter de repor esse dinheiro, os Estados-Membros têm de repor esses montantes. O que é que isso significa? Que vamos precisar de flexibilidade. Flexibilidade no próprio interesse do Conselho, flexibilidade no interesse das regiões. Nós queremos uma coisa muito simples: é que os montantes que estão no orçamento sejam utilizados e que nenhum euro que está no orçamento seja desperdiçado.

Eu penso que isto é algo de fácil compreensão. Eu penso que isto devia ser partilhado por todos e, por isso, estamos no bom caminho, a proposta que está em cima da mesa pode ser melhorada, e deve ser melhorada no interesse das instituições, no interesse do próprio Conselho, desde logo, em primeiro lugar.

(O orador aceita responder a uma pergunta «cartão azul» (n.º 8 do artigo 162.º)).

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Elnök Úr! Tisztelt Képviselő Úr! Ön rugalmasságról beszélt. Bizonyos mértékig ebben én egyet tudok érteni. Ön mit tudna kezdeni azzal a helyzettel, amikor egy tagállami kormány rendszerszinten szervezi meg az európai uniós forrásoknak az eltérítését a közös céloktól, és a saját baráti körének adja oda, mint például ez történik Magyarországon. Sőt, adott esetben európai uniós pénzből fizetnek Európai Unió ellenes propagandát.

José Manuel Fernandes (PPE), *Resposta segundo o procedimento «cartão azul»*. – Os regulamentos da União Europeia têm de ser cumpridos. O acervo comunitário tem de ser respeitado. Para isso, temos a Comissão Europeia que obriga, ou deve obrigar, e outras instituições, a que os Tratados sejam cumpridos.

Depois, há o princípio da subsidiariedade e os Estados-Membros devem respeitar todo este acervo, devem respeitar os regulamentos comunitários e, depois, ter também liberdade para cumprirem os seus programas, os acordos de parceria, seja qual for o Estado-Membro.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D). – Señor Presidente; *brexit*, Trump, el auge de los populismos, de los euroescépticos, de los eurófobos, crisis económica, crisis de refugiados, amenaza terrorista… ¿Qué más tiene que ocurrir para que los ministros que se sientan en el Consejo levanten la cabeza y vean que el mundo a nuestro alrededor ha cambiado y que nuestras respuestas ya no son válidas y tenemos que mejorarlas?

Quiero recordar una carta firmada por el Presidente Juncker, el Presidente Tusk y el Primer Ministro Bettel en el que decían: «Hacer que nuestras acciones se correspondan con nuestros compromisos es la mayor prueba a la que nos enfrentamos y es una prueba que no nos podemos permitir fallar.».

Pues yo creo que, de momento, estamos fallando, pero también creo que la revisión del marco financiero es una oportunidad para empezar a rectificar, para demostrar que la Unión tiene un proyecto de presente y de futuro ambicioso, con la mirada puesta en aquellos que más necesitan nuestra intervención y nuestro apoyo; un proyecto que pueda mirar a los jóvenes desempleados a la cara, que sea ejemplo de atención y de integración de los refugiados, que sea la envidia de la comunidad científica, que lidere la lucha contra el cambio climático, que considere la cultura y a los creadores como un sector estratégico y que sea referente en la cooperación al desarrollo; un proyecto que pueda volver a conquistar a nuestro continente. Y eso solo se puede hacer desde la política y desde los presupuestos.

Vicepresidenta Georgieva, le quiero agradecer muy sinceramente su trabajo y su compromiso durante estos últimos años y le quiero pedir una última contribución en sus días al frente de la cartera de Presupuesto: ayúdenos a conseguir con el Consejo esta revisión que tanto vamos a necesitar.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Zabierając głos w debacie poświęconej przeglądowi wieloletnich ram finansowych, chciałbym przywitać z uznaniem rysujący się w Radzie kompromis w tej sprawie i wyrazić nadzieję, że także Włochy do niego przystąpią po rozstrzygnięciu referendalnym w najbliższą niedzielę. Na szczególne podkreślenie zasługuje uzgodnienia wzrostu wydatków w działach trzecim i czwartym, co daje szansę na wzmocnienie działań Unii poza jej granicami w celu wyeliminowania przyczyn emigracji w krajach pochodzenia i tranzytu, a także skuteczniejszą niż do tej pory ochronę zewnętrznych granic Unii. Unia powinna odstąpić od realizacji kuriozalnego programu kwotowania imigrantów, który w ciągu roku został wykonany w zaledwie 3%, i zobowiązać kraje członkowskie, aby w zależności od swojego potencjału gospodarczego wspierały ze swoich budżetów narodowych unijną politykę pomocy imigrantom w krajach pochodzenia i tranzytu. Niepokoją jednak znaczące opóźnienia we wdrażaniu programów unijnych, co odzwierciedla choćby budżet korygujący numer cztery na rok 2016, co może doprowadzić do nowego kryzysu płatności, podobnie jak to było w końcówce realizacji poprzedniej perspektywy finansowej.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor Presidente, esta revisión del marco financiero plurianual se convierte desgraciadamente en una oportunidad perdida. Veníamos de un marco financiero muy poco flexible, y muy insuficiente, sobre todo; un marco que no estaba adaptado a las necesidades del momento actual de urgencia que vivimos y que requiere de una inversión nueva. Y en este sentido, se ha decidido no hacer nada; nada para dotarnos de más presupuesto para hacer frente a la crisis social. En cambio, sí se ha decidido aumentar en externalizar fronteras vulnerando el derecho internacional al asilo de las personas refugiadas, como se hace con Turquía.

Vivimos un periodo de urgencia y de excepcionalidad pero tenemos contables tacaños, desgraciadamente. Si el reto es tener un marco presupuestario suficiente para que la Unión Europea dé respuesta a las necesidades de la gente, ustedes van en dirección contraria.

Tanto para el presupuesto de 2017, que debatíamos antes, como para este marco financiero, necesitamos un giro de 180 grados en la política presupuestaria que permita, por un lado, atender a las urgencias humanitarias y sociales y, por otro, un cambio de modelo productivo para hacer frente al cambio climático.

Helga Trüpel (Verts/ALE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte daran erinnern, dass die Grünen dem jetzt laufenden *MFF* nicht zugestimmt haben, weil wir gesagt haben, er ist zu unökologisch, er ist nicht flexibel genug, und vor allem, weil das Budget zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union gekürzt wurde; in einer Situation, wo eigentlich allen klar war, dass die Europäische Union mehr tun muss. Deswegen war klar: Wir wollen auf jeden Fall eine wirkliche *Midterm*-Revision.

Jetzt hat der Vertreter der slowakischen Präsidentschaft gesagt: Ja, es gibt frisches Geld. Genau das bezweifle ich. Es gibt nämlich nicht wirklich frisches Geld. Frisches Geld würde bedeuten, dass man politisch bereit ist, über die Obergrenzen, die gemeinsam mit Mehrheit beschlossen worden sind, hinauszugehen. Gerade das passiert aber nicht. Es wird innerhalb der Grenzen, auf die man sich verständigt hat, durch Umverteilung und durch das Ausnutzen bis zu den Obergrenzen Geld mobilisiert. Aber von wirklich frischem Geld zu sprechen, ist aus meiner Sicht eine Falschdarstellung, denn das würde bedeuten, dass man den politischen Mut haben müsste, wirklich etwas zu verändern.

Ich bin der Meinung, dass wir ein EU-Budget brauchen, das wirklich in der Lage ist, Fluchtursachen zu bekämpfen, das auf das Pariser Klimaabkommen entsprechend reagiert – auch das ist jetzt nicht der Fall –, und wo es mehr Investitionen in die ökologische Transformation und auch in die EU-2020-Strategie gibt. Alles das wird mit den Vorschlägen, die jetzt diskutiert werden, aber nicht erreicht.

Ein Blick auf das Erasmus-Programm: Das Parlament hätte gerne gesehen, dass wir 200 Millionen mehr haben bis 2020. Jetzt soll es 100 Millionen geben, 50 davon im nächsten Jahr. Das heißt aber, dass dann für die drei Jahre danach jetzt schon festgeschrieben werden soll, dass das Parlament dann jährlich nichts Zusätzliches verhandeln kann. Ich finde, das ist eine falsche Beschränkung des Parlaments, und deswegen bin ich auch gegen diesen Diskussionsstand, wie wir ihn jetzt haben.

Eine letzte Bemerkung: Es war von Anfang an klar: Wenn wir ein neues Modell brauchen, brauchen wir wirklich neue Eigenmittel wie die Finanztransaktionssteuer, ökologische Steuern, CO_2-Steuer oder Dieselsteuer. Bisher gibt es keine Signale auf Seiten des Rates, dass man zu einer solchen Reform wirklich in der Lage und bereit ist. Nur dann, finde ich, kann man von einer wirklichen Revision sprechen, wenn in allen diesen Feldern wirklich politische Bewegung da ist. Das sehe ich im Moment leider nicht.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Mulțumesc, domnule președinte, doamna comisar, îmi pare tare rău că plecați, vă mulțumesc foarte mult pentru ceea ce ați făcut până acum și sper ca până la sfârșitul anului să mai faceți ceva în plus. Vă mulțumesc pentru această propunere de rectificare, nu de revizuire, este foarte importantă. Domnule președinte al Consiliului, vă mulțumesc pentru efort, primul pas făcut până acum, însă cred că mai trebuie să mai faceți eforturi pentru a ajunge la o soluție și mai bună. Statele membre s-au angajat acum trei ani să cheltuiască o cifră, o sumă de peste 900 de miliarde. Acești bani trebuie cheltuiți în totalitate. Pentru aceasta avem nevoie de flexibilitate și avem nevoie de câteva lucruri propuse de doamna comisar, dar care încă nu sunt acceptate de Consiliu. Avem nevoie ca banii dezangajați să rămână în buget pentru că sunt angajați de statele membre, deci trebuie să rămână în buget și să fie utilizați pentru lucrurile urgente. Avem nevoie de flexibilitate, iarăși, este extrem de important. Avem nevoie ca banii să rămână în buget pentru a nu ajunge din nou în situația în care am fost acum doi ani, neavând bani pentru a plăti politicile europene. Este inadmisibil, acum două săptămâni am aprobat bugetul pentru ca statele membre să primească peste 8 miliarde de euro anul acesta și, în același timp, să negocieze pentru 50 de milioane. Deci, doamna comisar, vă rog ca în continuare să faceți eforturi pentru ca în totalitate propunerea dumneavoastră de rectificare să fie acceptată de Consiliu. Mulțumesc foarte mult.

Vladimír Maňka (S&D). – Žijeme v období s historicky najväčšou potrebou zdrojov. Ak nebude hospodársky rast, ak ľudia nebudú zamestnaní, nebudú nakupovať, nebude ani inflácia a dlhy budú rásť. Rada a Európsky parlament prijali záväznú stratégiu. Tá vedie k investíciám s vysokou pridanou hodnotou, ktoré rast a zamestnanosť prinesú. Zdroje na plnenie tejto stratégie sú však obmedzené.

Preto potrebujeme vytvoriť inteligentný rozpočet, ktorý Európskej únii poskytne vlastné zdroje na dosiahnutie cieľov, ale aj zníži príspevok štátov do rozpočtu Európskej únie. Na návrhu pracuje Montiho skupina na vysokej úrovni. Kým sa tak stane, kľúčovými prvkami revízie viacročného finančného rámca musia byť maximálna flexibilita, dodatočné zdroje, efektívne využitie zdrojov a platby načas. Akýkoľvek prebytok, ktorý vyplynie z nedostatočného plnenia rozpočtu Európskej únie alebo z postihov, by mal v rozpočte Európskej únie aj zostať – bez toho, aby sa upravovali príspevky krajín.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, povjerenici Georgievoj čestitam na kvalitetnom radu u Europskoj komisiji i želim puno sreće u budućem radu. Što se tiče revizije MMF-a, ono što moram posebno naglasiti je da nije jednostavno predvidjeti sve okolnosti koje će se dogoditi i zbog toga moramo imati fleksibilnost. Ovom revizijom pokazujemo da imamo fleksibilnost za ono što nam se događa – od migracija, preko nezaposlenosti mladih, krize u poljoprivredi, do nedostatka investicija, ulaganja u istraživanje i razvoj, u *startupove* – to je sve ono na što moramo odgovoriti.

Međutim, moramo voditi računa o prirodi pojedinih politika. Činjenica je da kohezijska politika u prvim godinama puno više ugovara, a tek kasnije se puno više plaća i ne smijemo ugroziti buduća plaćanja koja su potrebna za kohezijsku politiku. Zato višegodišnji okvir moramo stavljati uvijek u kontekst prirode pojedine politike koja se financira iz proračuna EU-a.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la relazione approvata da questo Parlamento lo scorso luglio in relazione alla revisione annuale del quadro finanziario pluriennale richiedeva stanziamenti più elevati per rispondere adeguatamente alle sfide che attendono l'Europa. Malgrado il mancato soddisfacimento di questa richiesta la proposta di revisione del quadro pluriennale finanziario va comunque nella giusta direzione. La previsione di risorse aggiuntive provenienti da riserve di bilancio per gli investimenti a sostegno della crescita e dell'occupazione e per fronteggiare la crisi migratoria, è sicuramente una novità da valutare positivamente. Occorre però trovare una soluzione al problema dei pagamenti: l'arretrato di fatture non pagate nel corso del precedente quadro finanziario pluriennale è passato da 5 miliardi di euro del 2010 ai 23 miliardi di fine 2013. Questo arretrato si è già esteso anche al quadro pluriennale finanziario attuale. Occorre fare tutto il possibile per evitare un ulteriore accumulo, con riferimento all'attuale programmazione.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το δημοσιονομικό πλαίσιο στην ουσία είναι ένας στενός κορσές μιας βίαιης δημοσιονομικής προσαρμογής που υπηρετεί τη μερκελική λιτότητα. Αυτό που χρειαζόμαστε άμεσα ως Ευρωπαϊκή Ένωση είναι η αλλαγή πολιτικής: να ενισχυθεί η ανάπτυξη, να δημιουργηθούν θέσεις εργασίας, να υπάρξει επένδυση στην εκπαίδευση, την κατάρτιση, στις νέες τεχνολογίες. Μόνο έτσι μπορούμε να αντιμετωπίσουμε την τεράστια ανεργία των νέων και φυσικά να υπάρξουν κονδύλια για την προσφυγική κρίση. Σε αυτό αναφέρθηκα στην προηγούμενη ομιλία μου. Το δεύτερο που απαιτείται είναι η πολιτική αυτή να μπει στην υπηρεσία της Ευρώπης των λαών, της Ευρώπης των κρατών εθνών, της Ευρώπης των πατρίδων. Το τρίτο είναι να μπει στην υπηρεσία της κοινωνικής Ευρώπης και της δίκαιης διανομής του πλούτου που παράγεται και τέλος το πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο πρέπει να είναι ένα ευέλικτο εργαλείο και στην ουσία να μετατραπεί και να αντικατασταθεί, θα έλεγα, με ένα στρατηγικό σχέδιο παραγωγικής ανασυγκρότησης της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Jean Arthuis (ALDE). – Monsieur le Président, pendant ce débat, nos rapporteurs, M[me] Thomas et M. Olbrycht, ont dit l'essentiel ainsi que tous nos collègues qui ont pris la parole.

Je voudrais lancer un appel spécifique en faveur des jeunes et de l'emploi des jeunes. Je note que les jeunes qui ont bénéficié de bourses Erasmus, que ces étudiants se protègent mieux contre le risque de chômage que les autres. Je note aussi que les jeunes qui ont été formés dans le cadre de l'apprentissage en Allemagne, en Autriche, aux Pays-Bas, ne connaissent pas le chômage. C'est pourquoi je souhaiterais que nous puissions développer la mobilité pour les apprentis, mais ceci suppose que nous ayons des crédits plus substantiels pour Erasmus. Je me permets donc en cette veille de Noël, de lancer un appel spécifique pour que l'enveloppe Erasmus soit encore réévaluée. Elle progresse de 20 % dans le budget 2017, que nous voterons demain, mais je crois qu'il faut aller au-delà, Madame la Vice-présidente, Monsieur le Ministre.

Victor Negrescu (S&D). – Rectificarea cadrului financiar multianual trebuie realizată în acord cu așteptările cetățenilor europeni, care își doresc într-adevăr o Europă mai implicată în îmbunătățirea calității și condițiilor de viață pe întreg teritoriul statelor membre. Acest lucru presupune menținerea fondurilor alocate pentru politica de coeziune, sprijinirea cu fonduri suplimentare a politicilor dedicate tinerilor și creșterea bugetului alocat situațiilor neprevăzute generate de criză. Și, pentru a răspunde unui europarlamentar britanic eurosceptic care a vorbit mai devreme, mă refer aici inclusiv la scăderea cursului lirei sterline, care a generat efecte grave pentru cetățenii britanici și pentru Uniunea Europeană. În acest sens, trebuie să integrăm în mecanismele cadrului financiar multianual o serie de principii generale, precum sprijinirea zonelor subdezvoltate, finanțarea politicilor destinate grupurilor și categoriilor defavorizate, bugetarea pe măsura așteptărilor a acțiunilor și programelor europene în domenii precum educația sau sănătatea. Cadrul financiar multianual trebuie să pună în prim-plan cetățeanul. Mulțumesc.

El Presidente. – Corresponde ahora el turno a la señora Georgieva, pero me permitirá, señora Georgieva, que yo también me sume a las palabras de reconocimiento y de agradecimiento por su brillante labor.

No sé si esto es o no muy correcto —hacerlo en este momento, desde este lugar—, pero pienso que, por encima de los protocolos, está precisamente el respeto a una labor y a una persona extraordinaria como usted.

Gracias por todo.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Kristalina Georgieva, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I am deeply touched. We do have a critical task to complete. I heard many voices expressing the wish that it is completed before the end of this year. This is very wise, because we do need to be able to predict how we are going to approach the remaining time of this multi-year financial perspective, and we do need to have the certainty for funds that are going to be absolutely essential for our work to be done. Just to give you one example: we have agreed that it is critical for the European Union to better protect its external borders. For that reason we have proposed the creation of a new agency, the Border and Coast Guard Agency.

When we look into the future of implementation, we of course count on having the space to fund it, not only in 2017 — for which we do now have the money – but also in 2018, 2019 and 2020. Or when we think about how critical it is to address the needs of young people to have jobs and to be able to benefit from education, it is not good enough to know that we have boosted these funds for 2017. We do need predictability for 2018, 2019 and 2020. So, in that sense, reaching an agreement that allows us to provide these funds in the future so that the money will be there for multi-year programmes of that significance, I believe in my heart of hearts means that we have to find a space for an agreement that allows us to have this predictability.

Secondly, I agree with those who said that we cannot resolve everything with flexibility. That is very true but, if we have more flexibility in the budget, we can respond when unexpected events occur. I would remind us all that we have generated three times more money to deal with migration and refugees inside Europe and in their countries of origin because of the flexibility that Parliament demanded as part of the agreement for the MFF. But we are now coming close to exhausting the reserves we have had in terms of flexibility. Therefore we ought to build more and expand it further.

Third, is this really fresh money? Yes it is, because we are taking money from the margins and we are allocating it predictably. You might say that the margins are part of the MFF. Yes and no because, if we do not make a commitment and if we do not expand the global margin for commitment and make it available in future years, there will be no commitments to demand further payments from the budget. In fact EUR 5.1 billion extra is EUR 5.1 billion extra. It would have not been there without that revision. Is it true that we are facing more demands than we have resources? Yes; since 2012, every year we have been struggling to cope with the demands on the EU budget. However, we also need to be honest with ourselves. Unanimity is required to go above the ceilings, and this unanimity is not being met. It is quite simply not there. Should we continue – and I look at the Parliament – to advocate for the needs of European programmes? Yes. Maybe that moment will come when this unanimity to go above and beyond the ceilings is there, but it is not there today. If we do not tell ourselves the truth, we will not be able to do what we are here for, namely to serve our people. It is as simple as that: to make sure that everything is done to get the resources to them in a predictable and secure manner.

Do I have regrets? Yes. I thought we had come up with a very good proposal to create a crisis reserve using the commitments. We put it forward, we lobbied for it and we argued for it, but neither net payers nor net recipients liked it. They didn't like it. They didn't accept it – and, yes, I am looking at Mrs Thomas, who wants to have a second bite of this particular apple, bon appétit, hein? But I think, if I am to respond to what people have been saying, that we should continue to work – of course we will continue to work. The work is done only when it is done. I think, with goodwill and determination, the work will be done. We will play our part as sincerely as we have been doing up to now.

El Presidente. – Gracias, señora Georgieva. Le deseamos lo mejor.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, first I would like to thank you sincerely for the words of recognition for our work – the work of the Slovak Presidency – and reciprocate by repeating my thanks for the excellent cooperation we have had with you during our meetings on this very important file. I shall try to once again reiterate what I said at the beginning, and I feel confirmed, after having listened to you, that the package that the Council has agreed on is a good package, and the question, I dare say, now is not whether the Council is ready to accept 100% of what Parliament would like to see there, but the question is whether with this package we are better off than we would be without it. And I dare say if you look at the elements that are already in there, with additional money mobilised and with increased flexibility, I dare say the EU and its citizens will be better off.

I know too, distinguished Members of the House, that you would like to see more, but this does not mean that the Council is less concerned about the challenges and the circumstances that are challenging us every day. It is not the case that the Council is less concerned. The question is whether we can land at a compromise which would be acceptable to all of us. I have to say as well, however, that it is very difficult for me to hear that additional resources and flexibilities are hot air. This is not hot air: this is exactly the opposite. This is something that we can have in addition to what was agreed back in 2013. I have to say, too, that I totally agree with Vice-President Georgieva when she explained why this is fresh money.

Frau Trüpel, ich glaube, man kann nicht sagen, dass es sich nicht um frisches Geld handelt. Die Begründung, die wir von Frau Georgieva gehört haben, ist eine ganz exakte Begründung. Und zusätzlich möchte ich noch sagen: Wissen Sie, warum das frisches Geld ist? Es muss zusätzlich zu dem transferiert werden, was wir 2013 verabschiedet haben. Es muss von den Steuerzahlern aus den Mitgliedstaaten zusätzlich transferiert werden. Deshalb denke ich, kann man nicht sagen, dass es sich hier trotz der Tatsache, dass es sich innerhalb der Obergrenze bewegt, um nicht frisches Geld handelt. Denn wir könnten auch kein Geld haben. Deswegen ist es wichtig, dass wir das ganz realistisch sehen.

And finally, I have been listening very carefully to this debate, and I have to recognise that there is an expectation and there is a demand here to continue our exchange. However, I have to say, fairly, that I see very limited space, if any, for further amendments or changes to what the Council has agreed on the 16th. But after having four meetings with you, Mr President, with Madam Thomas and Mr Olbrycht, I see no obstacle to having another one on a political level before the Council sends a formal request for consent to this House. I think this will only confirm that both the Presidency and the Council are ready to listen, so I say: why don't we meet again in the days to come? But I would like to invite you to remain realistic when it comes to the possibilities of further improving the deal, because I would like to say that what we are offering is a good deal for our citizens.

So Mr President, Madam Vice-President, I am not saying goodbye just yet to you Kristalina, we will have further opportunities, but I would like once again to thank you all for your cooperation so far – and let's work on getting a good deal.

El Presidente. – Se cierra el debate.

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – La crisis económica, auge de los populismos, crisis de refugiados, amenaza terrorista, Brexit,… El mundo a nuestro alrededor ha cambiado y la Unión tiene que dar respuesta a estos desafíos. La revisión del marco financiero es una oportunidad para demostrar que la Unión tiene un proyecto de presente y de futuro ambicioso, con la mirada puesta en aquellos que más lo necesitan. Y eso sólo se puede hacer desde la política y desde los presupuestos. El marco financiero de la Unión Europea 2014-2020, aprobado en 2013, necesita una revisión ambiciosa. Es el momento para poner «dinero fresco» encima de la mesa en vez de redistribución, es decir, no recortar los programas existentes. Esta revisión debería ser la ocasión para aumentar la flexibilidad para que el presupuesto de la Unión pueda adaptarse a un mundo cambiante.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La crisis económica, auge de los populismos, crisis de refugiados, amenaza terrorista, Brexit… El mundo a nuestro alrededor ha cambiado y la Unión tiene que dar respuesta a estos desafíos. La revisión del marco financiero es una oportunidad para demostrar que la Unión tiene un proyecto de presente y de futuro ambicioso, con la mirada puesta en aquellos que más lo necesitan. Y eso sólo se puede hacer desde la política y desde los presupuestos. El marco financiero de la Unión Europea 2014-2020, aprobado en 2013, necesita una revisión ambiciosa. Es el momento de poner «dinero fresco» encima de la mesa en vez recortar y redistribuir los programas existentes. Esta revisión debería ser la ocasión para aumentar la flexibilidad para que el presupuesto de la Unión pueda adaptarse a un mundo cambiante.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Paradoksas, kad šiuo metu Europos Sąjungoje, labiausiai išsivysčiusiame žemyne, daugiau negu vienas iš keturių vaikų gyvena skurde, o daugelyje šalių skurdas labiau gresia vaikams negu suaugusiems. Todėl esu įsitikinusi, kad mums reikalingos naujos konkrečios priemonės, kaip siūlo mūsų socialdemokratų frakcija. Mes primygtinai raginame Komisiją ir valstybes nares sukurti Vaikų garantiją, pagal kurią kiekvienas vaikas galėtų gauti nemokamas sveikatos ir vaikų priežiūros, ugdymo, deramo apgyvendinimo ir tinkamos mitybos paslaugas. Kad galėtume sumažinti vaikų skurdą, turime tam sukurti specialų ES biudžetą, nes be pinigų mes negalėsime nieko padaryti. Dabar turime skirtingų priemonių vaikų skurdo mažinimui, tačiau jos nėra suderintos ir dažniausiai pinigai iš fondų yra skiriami kitoms sritims, o investicijoms į vaikus pinigų tiesiog nebelieka. Todėl dar kartą raginu Komisiją, peržiūrint daugiametę finansinę programą (2014-2020), skirti specialų fondą Vaikų garantijai finansuoti. Deja, be finansinių lėšų (biudžeto) mes negalėsime nieko padaryti – mes negalėsime prisidėti prie vaikų skurdo mažinimo. Šalia to, ir nacionaliniuose biudžetuose kova su vaikų skurdu turėtų būti numatytas kaip prioritetas.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – La presentazione del quadro finanziario pluriennale ha indubbiamente dimostrato che esiste un nuovo mantra: quello della flessibilità. Una flessibilità che è stata giustificata dalla necessità di reagire con prontezza agli eventi o di disporre «dello spazio necessario per fare quanto dobbiamo fare». Ma cosa sarà fatto nel triennio 2017-2020 per rispondere ai bisogni dei cittadini europei? Cosa sarà fatto per l'occupazione, per le micro, piccole e medie imprese, per il welfare, per un futuro sostenibile? O dobbiamo piuttosto chiedere quanti sprechi ancora ci saranno, a partire ad esempio dalle tre sedi del Parlamento europeo? Negli interventi in aula inoltre abbiamo sentito giustificare ancora una volta la flessibilità, oltre all'incremento di risorse, come passaggi necessari per intervenire sulle emergenze come l'immigrazione e la sicurezza. Così, da quando Erdogan è al potere, l'Europa ha già trasferito o promesso di stanziare alla Turchia 36,6 miliardi di euro. Altro che emergenze: qui, con la scusa della crisi dei rifugiati, si sta finanziando una dittatura! Infine, non bisogna dimenticare una contraddizione nei termini, dal momento che Consiglio e Commissione parlano di flessibilità, quando invece agli Stati membri sono imposte le catene dell'austerity e del rigore del patto di stabilità e di crescita.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Crisis económica, auge de los populismos, crisis de refugiados, amenaza terrorista, Brexit… El mundo a nuestro alrededor ha cambiado y la Unión tiene que dar respuesta a estos desafíos. La revisión del marco financiero es una oportunidad para demostrar que la Unión tiene un proyecto de presente y de futuro ambicioso, con la mirada puesta en aquellos que más lo necesitan. Y eso sólo se puede hacer desde la política y desde los presupuestos. El marco financiero de la Unión Europea 2014-2020, aprobado en 2013, necesita una revisión ambiciosa. Es el momento para poner «dinero fresco» encima de la mesa en vez de redistribución, es decir, no recortar los programas existentes. Esta revisión debería ser la ocasión para aumentar la flexibilidad para que el presupuesto de la Unión pueda adaptarse a un mundo cambiante.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – L'occasione della revisione del quadro finanziario pluriennale, che a tanti può sembrare un tecnicismo burocratico come ne vediamo molti a Bruxelles, è in realtà un momento chiave. Si tratta infatti di decidere dove investire le risorse essenziali che abbiamo in questa fase di crisi economica e sociale. Il Consiglio ha scelto purtroppo di non introdurre nuovi fondi, ma di trasferire risorse con un'operazione che maschera tagli di bilancio non più sostenibili. La proposta presentata dalle istituzioni non ci soddisfa né come eurodeputati italiani e neppure come membri del gruppo socialdemocratico. Non possiamo accettare un immobilismo e una rigidità che stanno conducendo al crollo il progetto di coesione e solidarietà europeo. Insieme chiediamo maggiori investimenti laddove c'è più bisogno, in settori in cui il ruolo dell'Europa può fare molto meglio per rimette al centro del nostro operato crescita, occupazione, flessibilità, immigrazione, sicurezza e sostegno ai giovani in un momento critico per il mercato del lavoro. Dobbiamo dimostrare che la volontà politica è cambiata. Piuttosto dell'approvazione della revisione così com'è, meglio sarebbe riflettere ancora e lasciare il tempo al Consiglio di elaborare una nuova proposta, o ancora ragionare su queste modifiche congiuntamente alla discussione sul bilancio europeo 2017, momento in cui potremo essere più ambiziosi.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – La crisis económica, auge de los populismos, crisis de refugiados, amenaza terrorista, Brexit,… El mundo a nuestro alrededor ha cambiado y la Unión tiene que dar respuesta a estos desafíos. La revisión del marco financiero es una oportunidad para demostrar que la Unión tiene un proyecto de presente y de futuro ambicioso, con la mirada puesta en aquellos que más lo necesitan. Y eso sólo se puede hacer desde la política y desde los presupuestos. El marco financiero de la Unión Europea 2014-2020, aprobado en 2013, necesita una revisión ambiciosa. Es el momento para poner «dinero fresco» encima de la mesa en vez de redistribución, es decir, no recortar los programas existentes. Esta revisión debería ser la ocasión para aumentar la flexibilidad para que el presupuesto de la Unión pueda adaptarse a un mundo cambiante.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – La crisis económica, auge de los populismos, crisis de refugiados, amenaza terrorista, Brexit,… El mundo a nuestro alrededor ha cambiado y la Unión tiene que dar respuesta a estos desafíos. La revisión del marco financiero es una oportunidad para demostrar que la Unión tiene un proyecto de presente y de futuro ambicioso, con la mirada puesta en aquellos que más lo necesitan. Y eso sólo se puede hacer desde la política y desde los presupuestos. El marco financiero de la Unión Europea 2014-2020, aprobado en 2013, necesita una revisión ambiciosa. Es el momento para poner «dinero fresco» encima de la mesa en vez de redistribución, es decir, no recortar los programas existentes. Esta revisión debería ser la ocasión para aumentar la flexibilidad para que el presupuesto de la Unión pueda adaptarse a un mundo cambiante.

Javi López (S&D), *por escrito*. – La crisis económica, auge de los populismos, crisis de refugiados, amenaza terrorista, Brexit,… El mundo a nuestro alrededor ha cambiado y la Unión tiene que dar respuesta a estos desafíos. La revisión del marco financiero es una oportunidad para demostrar que la Unión tiene un proyecto de presente y de futuro ambicioso, con la mirada puesta en aquellos que más lo necesitan. Y eso sólo se puede hacer desde la política y desde los presupuestos. El marco financiero de la Unión Europea 2014-2020, aprobado en 2013, necesita una revisión ambiciosa. Es el momento para poner «dinero fresco» encima de la mesa en vez de redistribución, es decir, no recortar los programas existentes. Esta revisión debería ser la ocasión para aumentar la flexibilidad para que el presupuesto de la Unión pueda adaptarse a un mundo cambiante.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – The MFF does more than providing guidelines for the EU's spending – it is the tool that defines how we realise our vision and how we put our policy priorities into practice. It is the assurance that not a single euro of taxpayers' money is wasted.

I welcome the flexible nature of the MFF, as this would allow us to invest in skills reaction, innovations, the good business ideas and SMEs. Particularly, the increased resources for Horizon 2020, Erasmus+ and COSME (EUR 0.2 billion each), as well as the Youth Employment Initiative (EUR 1 billion), is a development in the right direction.

By dedicating funds to foster job creation, investment and economic growth, the MFF reaffirms the Commission's priorities and makes sure that the EU budget is future-proof and results-oriented.

In order to boost these results, I call on the Commission to dedicate sufficient effort in order to fulfil the key priorities it has set in the MFF revision, namely: easier access to EU funds; facilitate cooperation with key partners; citizens' involvement.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La crisis económica, auge de los populismos, crisis de refugiados, amenaza terrorista, Brexit,… El mundo a nuestro alrededor ha cambiado y la Unión tiene que dar respuesta a estos desafíos. La revisión del marco financiero es una oportunidad para demostrar que la Unión tiene un proyecto de presente y de futuro ambicioso, con la mirada puesta en aquellos que más lo necesitan. Y eso sólo se puede hacer desde la política y desde los presupuestos. El marco financiero de la Unión Europea 2014-2020, aprobado en 2013, necesita una revisión ambiciosa. Es el momento para poner «dinero fresco» encima de la mesa en vez de redistribución, es decir, no recortar los programas existentes. Esta revisión debería ser la ocasión para aumentar la flexibilidad para que el presupuesto de la Unión pueda adaptarse a un mundo cambiante.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Potrebujeme vytvoriť inteligentný rozpočet, ktorý Európskej únii poskytne vlastné zdroje na dosiahnutie cieľov, ale aj zníži príspevok štátov do rozpočtu Európskej únie. Kľúčovými prvkami revízie viacročného finančného rámca by mala byť maximálna flexibilita, dodatočné zdroje, efektívne využitie zdrojov a platby načas. Akýkoľvek prebytok, ktorý vyplynie z nedostatočného plnenia rozpočtu Európskej únie alebo z postihov, by mal v rozpočte Európskej únie aj zostať. Som toho názoru, že je nevyhnutné trvať na zjednodušení a zefektívnení ďalších diskusií, ktoré povedú k žiaducim a pozitívnym výsledkom, ktoré budú okrem iného znamenať viac peňazí a vôbec, viac finančných prostriedkov na to, čo je potrebné uskutočňovať.

13. Interim-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EG/Ghana (Aussprache)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate sobre la Recomendación, de la Comisión de Comercio Internacional, sobre el proyecto de Decisión del Consejo relativa a la celebración del Acuerdo de Asociación Económica interino entre Ghana, por una parte, y la Comunidad Europea y sus Estados miembros, por otra (12396/2016 — C8-0406/2016 - 2008/0137(NLE)) (Ponente: Christofer Fjellner) (A8-0328/2016).

Christofer Fjellner, *rapporteur*. – Mr President, this trade deal with Ghana is very important. It is especially important for Ghana. In 2015, Ghanaian exports to the European Union accounted for EUR 2.4 billion. 46% of Ghana's exports was to the European Union. The consequences of voting 'no' to this agreement, of not ratifying this agreement, would be dramatic for Ghana. They would face a wall of EU tariffs. Even though the average tariff for Ghana would be around 8.13% – it might not sound much but it is a prohibitive tariff level; for many products in areas where Ghana has a lot of exports, the tariffs are even higher. For bananas, for example, they would have most favoured nation duties of 19.7%, and for prepared tuna 20.7%. The consequences of saying 'no' to this would be dramatic for Ghana.

And why would they face this wall of tariffs? The answer is simple: because the current trade regime the EU has with Ghana – the Market Access Regulation – is running out in 2016. That is the reason why we have to take this decision now. And then one might ask: why does the current regime run out in 2016? The answer to that is actually pretty simple: it is because we in this House decided so. With a broad majority. I remember negotiating with my good friend and colleague David Martin, on specifically that date, to say that this existing trade regime should run out in 2016. But the thing with this trade agreement is that it is actually a pretty good agreement. It is a good agreement that we present instead of the current regime. Ghana will get duty-free access to the European Union from day one. 75% of Ghanaian tariff lines will be liberalised, yes, but they will be liberalised over 15 years.

People talk about the fact that we need to have asymmetrical agreements, taking into account that they do not have the same level of development in many areas and competitiveness. I would say if this is not asymmetrical, taking that into account, I cannot imagine what would be. They get free access: from day one, 75% of their lines will be liberalised, but over 15 years. It is worth repeating. And the tariffs removed in Ghana are mainly things like industrial machines, pumps, generators, turbines, certain vehicles, boats, aircraft, cars, certain chemicals – all of those are used as input to Ghanaian industries and not produced locally. Eliminating import duties on these products will reduce the cost of imports for local businesses and increase their competitiveness.

What we didn't liberalise is mainly agriculture, the sensitive stuff, things like chicken and other meat, tomatoes, onions, sugar, tobacco, beer, clothes, wheat, frozen fish, some industrial things like industrial plastics. We did take their needs into account. And there are safeguards in this agreement to protect the Ghanaian side. But not only that. The reason I speak about Ghana now and what this means to Ghana is no serious actors have questioned that this will have any serious implications on the European Union and our trade policy. Those who are criticising say it is bad for Ghana, but we should let Ghana decide what is good or bad for Ghana, and Ghana is a democracy. The government and parliament have with broad majority supported this, and why should we then reject it?

Let me therefore finish by quoting the Minister of Foreign Affairs from Ghana, Hanna Tetteh, in her letter to the Committee on International Trade, where she says: 'We believe, when it comes to determine the matter of what is in our best national interest, we, as elected representatives of the people of Ghana, the Parliament of the Republic of Ghana, have both the legitimacy and the mandate to make that determination, and not to any other third party, irrespective of however well intended such third party decisions might be'. Don't act as new imperialists here. Listen and respect the people of Ghana, and let them decide if it is good for them.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the rapporteur and the shadow rapporteurs for the work they have been doing.

This is actually the third time this year that I have had the opportunity to discuss with you in plenary the agenda of our Economic Partnership Agreements (EPAs) with Africa. I came in February, we had a debate on an oral question on the sustainable development provisions of the EU-West Africa EPA and we had a good debate in December on the SADC EPA, following which you gave your assent, so that has now entered into force and I thank you for that. We are now working with our friends in SADC countries with great enthusiasm to put that into practice and to make it to function as intended.

Throughout Africa we are moving to the implementation phase as more and more African parliaments are giving their ratification to the EPAs. The Trade for All communication recognised that fulfilling the promise of these agreements will be a major deliverable for the next few years. It is now for us and our partners to fully use trade as a tool for growth, sustainable development and employment.

In West Africa a large majority of countries have signed the regional EPA which, as you know, ultimately intends to foster and strengthen the regional integration process in that part of Africa. We are committed to the conclusion of that EPA together with the regional organisation. But, while that process is ongoing, Ghana and Côte d'Ivoire decided to keep up their economic development by preserving their access to the EU market.

They did so by reviving the best option available at the moment, an interim bilateral EPA. The interim EPA with Ghana remains compatible with our objective of achieving a regional EPA which will, of course, ultimately replace this one. We are continuing to work hard to get a West Africa EPA in place for the near future but today let us focus on the one we have on the table with Ghana.

It is a self-standing, WTO-compatible trade agreement of unlimited duration. It immediately guarantees Ghana's exporters duty-free, quota-free access to the EU market. The agreement protects local development through safeguard clauses and a limited and gradual liberalisation focusing on equipment and inputs. Many provisions deal with support for Ghanaian producers to meet EU standards, which is, of course, good for farmers and for the transformation of agricultural products. The EPA also contains cooperation provisions to accompany Ghana during the implementation of the agreement.

I would also like to highlight that the EPA is anchored in the provisions of the Cotonou Agreement. This includes the essential elements and sustainable development objectives, its provisions on labour, environment, democratic principles and human rights. This is very important to remember.

When I came here in February — I think it was in Strasbourg actually – I committed to having sustainable development as a strong element of the implementation of all our EPAs. It is true that this bilateral EPA with Ghana has been negotiated with 2018 in view and it does not contain a sustainable development chapter on top of what we have in the Cotonou Agreement. But it is linked to the Cotonou Agreement and this does not mean that we are not active in this area.

We are committed to engaging in a dialogue on sustainable development in the EPA Joint Committee that will be created by this Agreement. The same goes for involving civil society. There are provisions in the EPA that give us a hook for putting this into place. For example it is foreseen that civil society organisations can participate as observers in the EPA Joint Committee, and I can guarantee you that Ghana is very committed to doing this.

Ghana is one of the thriving democracies in the region. They have a well-developed civil society in place. That is not always the case in the region, but in Ghana it is. The Foreign Affairs Minister, Hanna Tetteh, made it clear when she came to the Committee on International Trade and she said to you – and I spoke to her as well – that they have already started to engage civil society and they are committed to sustainable development at the highest level.

This is about companies and about people. A substantial part of Ghana's trade is done with the EU. Ghana's exports to the EU amounted to EUR 2.6 billion last year. On cocoa and bananas they are heavily dependent on us, and non-traditional exports, such as processed tuna, depend on the EU market even more. Those exports contribute to building local value chains which involve SMEs and create jobs, directly and indirectly. So this provides a solid environment for local and foreign investors, which should not be underestimated because when European investors settle in Ghana, they increase the share of formal employment, which ensures more protection for Ghanaian workers as well.

Finally, I believe that the successful implementation of the EPAs with Ghana, Côte d'Ivoire and other African countries will be the best proof that our trade responds to the many challenges faced with our partners. It is also the best way to convince remaining partners to opt for the regional EPA, demonstrating on the ground the benefits of deepening trade relationships with us. I hope there will be strong support for this when you vote on it tomorrow in the plenary.

Jarosław Wałęsa, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, first of all I would like to congratulate the rapporteur on his great work and I would like to support his recommendation to give consent to this agreement, which opens up the door to its provisional application. West Africa is our largest trade partner in sub-Saharan Africa. At the same time, the European Union contributes to economic growth and development in the region and is the main export market for West African agriculture and fisheries products.

The deal on the Stepping Stone Economic Partnership Agreement with Ghana and Ivory Coast ensures a contractual safety net warranting a duty-free quota, free access to the EU market, and asymmetric gradual opening of Ghana's market to EU goods until the regional agreement comes into force. Moreover, the interim agreement includes provisions on development cooperation, trade defence and trade facilitation measures including sanitary and phytosanitary measures.

Furthermore I wish to call for swift implementation of this economic partnership agreement. If it comes into place without excessive delay, any discrepancies in tariff liberalisation schedules and tariff lines would be solved without any need for additional adaptation to the regional processes, which is highly advisable.

Jude Kirton-Darling, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, in the words of our rapporteur Christofer Fjellner's draft report, this agreement with Ghana is incomplete and outdated. We are only compelled to consider it because the Commission has failed to deliver a sustainable strategy for West Africa. To build a real economic partnership with Ghana and the rest of West Africa, we need far more than traditional trade liberalisation and old-fashioned power politics. The content of this agreement is poor, the methods employed to conclude it are far worse.

We have a duty to be coherent with our global sustainable development goals, and this agreement is not about value-based trade. On the contrary, it undermines our values by not even mentioning them in the core of the agreement. Finally, there are alternatives available to ensure market access for Ghanaian exporters, and no reason for us to rush through an interim solution, which could become very quickly a permanent bad deal for the EU and Ghana.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Christofer Fjellner, *rapporteur, blue-card question*. – Ms Kirton-Darling, if you are to quote me and my report would you be so kind as to quote me correctly the next time, and not only say that I think this agreement is insufficient, but that it is insufficient *compared to* the final general regional Economic Partnership Agreement. Because if you cut me like that, you actually lie.

Jude Kirton-Darling (S&D), *blue-card answer*. – I quoted directly from the draft report which was tabled in the Committee on International Trade (INTA). We are talking about the EU-Ghana Interim Economic Partnership Agreement and not about the Regional Economic Partnership Agreement, and those were your words in relation to the Interim Economic Partnership Agreement.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Frau Kommissarin, Sie wissen, dass ich viele positive Aspekte Ihrer überarbeiteten Handelsstrategie anerkenne, insbesondere was den höheren Stellenwert des fairen Handels und die Durchsetzbarkeit von verbindlichen Nachhaltigkeitskapiteln betrifft. Der Text dieses alten EPA, eines Interims-EPA mit Ghana, ist jedoch ein Gespenst aus der alten Zeit.

Wir verbieten dem Land Exportsteuern auf unverarbeitete Rohstoffe. Warum? Westafrika hat sich am 1. Januar 2015 auf gemeinsame Außenzölle geeinigt. Dieses alte EPA hat jedoch andere Werte. Wo ist unser Respekt für regionale Integration? Nach einem Brexit würden die Importe der EU aus Ghana um 32 % geringer sein. Wie kompensieren wir das? Ghana sah sich zur Unterschrift unter ein Abkommen genötigt, das nicht mehr europäischen und afrikanischen modernen Interessen entspricht. Wir müssen auf perspektivische Fragen des dritten und vierten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts heute Antwortvorschläge unterbreiten – im Interesse der Menschen in Ghana, Afrika und der EU.

Meine Fraktion wird deshalb dieses alte, nicht regionale EPA morgen ablehnen.

Franz Obermayr, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Frau Vorsitzende! Die Entwicklung Ghanas ist durchaus zu begrüßen, und auch die Marktöffnung Ghanas zu 83 Prozent mit dem kommenden Handelsabkommen hört sich zunächst positiv an. Allerdings wird dies zu einer Flutung Ghanas mit europäischen Produkten führen und damit zu einer stärkeren Abhängigkeit vom europäischen Markt. Zum Beispiel kostet ein Huhn in Ghana trotz niedrigen Lohnniveaus nach acht Wochen Zucht auf einem Bauernhof 3,60 Euro, und damit ist ein ghanaisches Huhn zirka um 100 Prozent teurer als ein Billigimporthuhn aus der Union.

Was wird das heißen? Für Ghanas Züchter und Bauern wird es unmöglich sein, mit diesen Importpreisen zu konkurrieren. Die werden die Existenzgrundlage zerstören. Und was wird weiterhin passieren? Die Leute werden sich auf den Weg nach Mitteleuropa machen, wo man dann mit einem Mindesteinkommen, mit einer Mindestsicherung von 800 Euro die Hühner nicht mehr auf dem Markt in Accra kaufen wird, sondern im Supermarkt in Berlin oder in Wien.

Adam Szejnfeld (PPE). – Porozumienie o partnerstwie gospodarczym, o którym dzisiaj mówimy, ale w szerszym aspekcie także umów o handlu, o wolnym handlu, o usługach, o inwestycjach, to są przykłady tego, jak kraje dobrze rozwinięte – kraje bogate, takie jak państwa członkowskie Unii Europejskiej – mogą współpracować z innymi biedniejszymi krajami, nie tylko w aspekcie gospodarczym, ekonomicznym, nie tylko po to zawiązywać tego rodzaju umowy, by zwiększać wymianę handlową, ale także po to, by wspierać rozwój swoich partnerów. Ghana – jak wiele innych krajów – to państwo szczególnie zasługujące na wsparcie Unii Europejskiej. Jest to jedno z najlepiej funkcjonujących państw w Afryce, nie tylko pod względem gospodarczym, ale także społecznym, szanujące – jeśli chodzi o kontekst afrykański – społeczeństwo obywatelskie, dbające o zasady demokracji. Mam nadzieję, że będziemy świadkami tego także niebawem, podczas wyborów w tym państwie. Umowa, o której mówimy, na pewno nie jest ideałem, jest bowiem pewnym rozwiązaniem, zresztą czasowym, ale jeśli podejmiemy ją i wdrożymy w życie, na pewno będzie dobrym elementem współpracy między Unią Europejską a Ghaną, a w przyszłości Afryką Zachodnią.

David Martin (S&D). – Madam President, while I of course acknowledge that the interim EPA does not fully meet my Group's requirements for a free trade agreement – especially given the absence of a trade and sustainable development chapter – as we have just heard, we should remind ourselves that we are talking about Ghana: a vibrant, constitutional democracy, committed to implementing the UN Sustainable Development Goals, sadly almost an exception in Africa. Plus, this is only an interim EPA which will be applied until the regional one, ECOWAS, comes into force. This is an agreement that the Ghanaian Government and Parliament strongly want, as they believe it is good for their people. In fact, it was ratified unanimously by the 275 Ghanaian MPs, so who are we to say this is not good for them?

The current preferential trade regime MAR is not WTO-compatible and will cease to apply sooner or later. Ghana needs a more stable framework to attract and maintain foreign investment. Ghana does not want to keep the uncertain MAR preferences, does not want to apply for the less-favourable GSP+; they want this agreement, and we should respect their choice. I want to stand by the Ghanaian people, and therefore I will vote for this agreement.

Catch-the-eye procedure

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, condivido la strategia commerciale dell'Unione europea volta ad aiutare i paesi in difficoltà economica. L'accordo di libero scambio con il Ghana, permetterà allo Stato africano di avere accesso al mercato europeo e la stabilità necessaria per i nuovi investimenti e la creazione di posti di lavoro. Vi è tuttavia da rilevare, la sostanziale inadeguatezza dell'attivazione di un accordo concluso nel 2007, rispetto alle mutate condizioni attuali. L'assenza di una dimensione regionale e di norme in materia di origine, nonché un quadro istituzionale incompleto, fanno di questa intesa una soluzione di ripiego, in attesa di definire il partenariato con l'intera regione dell'Africa occidentale. E proprio in vista di questo partenariato, tengo a sottolineare l'importanza dell'introduzione di misure di salvaguardia, che consentano di ripristinare i dazi nel caso in cui un aumento delle importazioni minacci di perturbare l'economia di un settore, come ad esempio quello ortofrutticolo, troppo spesso sacrificato dagli accordi conclusi con i paesi africani.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, άλλη μια συμφωνία απελευθέρωσης εμπορίου με μια χώρα της Αφρικής, που αυτό σημαίνει διάλυση των αγροτών του ευρωπαϊκού Νότου και ενίσχυση βεβαίως των βιομηχανιών του ευρωπαϊκού Βορρά, που θα εξάγουν προϊόντα. Το λέει άλλωστε και η έκθεση, ότι η Γκάνα εξάγει κυρίως φρούτα και ψάρια. Δεύτερον, στην Γκάνα υπάρχει παιδική εργασία, ιδίως στους τομείς της γεωργίας. Τι εισάγει όμως η Γκάνα; Πλοία, οχήματα, επομένως προϊόντα τα οποία αφορούν τις χώρες του Βορρά, οι οποίες εξάγουν. Από 'κει και πέρα το 35% των ευρωπαϊκών εξαγωγών στην Γκάνα έχουν ήδη απελευθερωθεί. Αυτή είναι η πραγματική κατάσταση. Κι αν θέλουν οι Ευρωπαίοι αγρότες να εξάγουν προς την Γκάνα; Τότε, όπως λέει και η έκθεση, η Γκάνα μπορεί να εξαιρέσει ορισμένα ευαίσθητα γεωργικά προϊόντα.

Τέλος, θα έπρεπε σε τέτοιου είδους συμβάσεις να υπάρχουν και ρυθμίσεις για τα θέματα της μετανάστευσης, να δεσμεύονται οι χώρες αυτές στον τομέα της μετανάστευσης, διότι χιλιάδες υπήκοοί τους έρχονται στην Ευρώπη.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, l'accord Ghana qui nous est soumis aujourd'hui a été conclu en 2007 et il a été signé seulement neuf années plus tard.

Pourquoi ce délai si long? Parce que des négociations qui sont des négociations régionales se sont mises en place. Ces négociations régionales intègrent un pays important, le Nigeria, qui est la première puissance économique.

Aujourd'hui, alors que nous devrions mettre toute notre énergie pour aller vers cet accord régional, vous choisissez de privilégier des accords bilatéraux intérimaires tels que celui avec le Ghana.

Ces accords intérimaires, M[me] Jude Kirton-Darling, l'a dit, ce sont des accords dépassés. Donc, plutôt que de mettre notre énergie dans des accords dépassés, tels qu'ils nous ont été présentés aujourd'hui, je plaide pour que nous ne votions pas cet accord intérimaire et que nous travaillions pour que l'accord régional puisse aboutir.

Mettons notre énergie dans cet accord régional, plutôt que de le tuer par un accord intérimaire.

(End of catch-the-eye procedure)

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the Honourable Members for this debate. I believe that this interim agreement has the potential to provide growth, stability and development for Ghana.

Let us be honest, this is not something that will be of major importance to make the European economy grow. We are not doing this for the European economy. It will have marginal effects on the European economy. We are doing this to support the development, the diversification of the industry and the stability of a country like Ghana, a rare democracy in a region where that is not always the case. Ghana's commitment to the regional EPA is very strong. They want to integrate and to develop in a transparent manner. As the Foreign Minister, who we have been quoting here today, said in the letter to you, she is very committed to making this happen, and she has already started to work with the civil society organisations and will continue to jointly work with them.

There are indeed alternative options to the EPA that have been voiced, but they are not realistic. They do not provide the same advantages to Ghana as the EPA does. Some of them are not even WTO-compatible. But this agreement is something that Ghana wants. They have chosen it and they have decided on it in a parliamentary vote by their democratically elected Parliament. I am sure you have also read the letter where the Foreign Minister, Ms Tetteh, explains this very clearly.

It is true that we are working on a regional agreement but, as you know, there are some countries blocking this. Why should Ghana be blocked while we are waiting for this to happen? It will happen someday. We are working very hard on it, but we should not punish a country which wants to cooperate with us, which wants to be a close ally and which has chosen this path.

The regional EPA is a way to overcome the challenges regionally. We are working on this. It is of course up to West Africa to decide about the future, but for the moment that agreement is not available. So let us work together for a successful interim bilateral EPA with an important country which wants to engage with us and, at the same time, continue our advocacy, together with the West African regional organisation, for a regional EPA.

Thank you very much for your commitment here and, by the way, Mr Obermayr, chickens are not liberalised in this agreement. Thank you very much for your engagement in this.

Christofer Fjellner, *rapporteur*. – Madam President, I entered the plenary of the European Parliament, but listening to some colleagues from the S&D on my left, it sounds as if they wish to be members of the Ghanaian parliament instead, as they want to vote against it because they think it's bad for Ghana. Didn't you hear the democratically elected Foreign Minister of Ghana saying they think it is good and they want it? Don't you think that they're legitimate when taking that decision, or don't you think they really understand it? Because it has to be one of those two.

And if you win, if you manage to kill this trade agreement, forcing them to meet the tariff wall of the European Union, how can you explain to the poor farmers of Ghana that you thought you were in a better position than their elected representatives to actually choose the destiny of their future? Will you be able to look at yourselves in the mirror after doing that?

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 1 December 2016.

14. Abkommen zwischen den USA und der EU über den Schutz personenbezogener Daten bei Straftaten (Aussprache)

President. – The next item is the report by Jan Philipp Albrecht, on behalf of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, on the recommendation on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the European Union, of the Agreement between the United States of America and the European Union on the protection of personal information relating to the prevention, investigation, detection, and prosecution of criminal offenses (08523/2016 — C8-0329/2016 – 2016/0126(NLE)) (A8-0354/2016).

Jan Philipp Albrecht, *rapporteur*. – Madam President, Commissioner, colleagues, this is a historical breakthrough. For the first time in history, the United States of America are entering into a binding international agreement on data protection standards. This House has asked for such an agreement between the EU and the United States for years and, finally, we will have it.

So what is the agreement about? First, it establishes a comprehensive framework of data protection principles, safeguards and rights when personal data is transferred for criminal law enforcement purposes between the EU and the USA. Those protection standards do not only apply when law enforcement authorities exchange information, but also when private entities transfer data to law enforcement authorities, for example European airlines to the US Department of Homeland Security under the PNR Agreement.

Second, this framework does not only cover EU-US agreements, but also bilateral data transfer agreements between the EU Member States and the United States. This is a huge success, which has not been clear from the beginning because Member States resisted the inclusion of bilateral deals. It was finally included because the European Parliament consistently asked for it as one of the conditions for giving consent to such an agreement. The agreement establishes a right to judicial redress for EU citizens before US courts should they think their rights under this agreement have not been respected. It was again the heavy pressure from the European Parliament which in the end made it clear that the US needs to open up their judicial redress avenues to EU citizens in order to restore mutual trust. Earlier this year, the US Congress amended the Privacy Act in order to do this. I am not sure how often it has happened in history that the US Congress, which had a hard time agreeing on anything in recent years, has changed US law because we have asked them to do so.

It is also important to clarify what the agreement is not about. The Umbrella Agreement is not a data transfer agreement. Article 1 clearly specifies that the agreement cannot be a legal base for any transfer of personal data, and that a separate legal base shall always be required. The Umbrella Agreement does not limit any individual rights. On the contrary, it increases the level of data protection where data are being transferred already today. We have now made it crystal clear that if the US side restricts rights under this agreement, the EU authorities can consider that the USA is not delivering sufficient safeguards for data protection enshrined in the agreement and suspend data transfers. This is all clarified now in the Commission's declaration to the agreement, which I share and which will be published together with the agreement, so it will guide any legal interpretation. The uncertainty of the incoming Trump administration is just one more reason to conclude the agreement while President Obama still in office. If we conclude this agreement, the United States will be bound by international law, which gives unconditional data protection rights.

There are motions on the table to refer the agreement to the Court of Justice, and even though I am convinced – after intense discussions with our Legal Service, the Commission, data protection authorities, and other experts – that the agreement is good enough and fully complies with EU law, I have no problem voting in favour of this request if doubts remain with some of the Groups. But let me be clear: this agreement is a huge step forward for fundamental rights and, in particular, for the right to data protection in times when data exchange is key for effective law enforcement cooperation between the EU, its Member States, and other partners in the world. With the Umbrella Agreement, we will restore trust in the effective protection of personal data as a precondition for better law enforcement information exchange. Thank you very much.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, the Umbrella Agreement on which you are asked to cast your vote tomorrow is of great importance for the protection of all Europeans whenever their personal data are transferred to the United States for law enforcement purposes. It is with this in mind that I ask you for your consent to the Agreement so as to allow its conclusion under the current US administration.

Let me briefly recall what the Umbrella Agreement is about and what type of immediate benefits it will bring to Europeans. First – and this is unprecedented, not only in the trans-Atlantic context, but also more generally at international level – for the first time we will have a genuine data protection agreement in the field of law enforcement cooperation. By that, I mean not an agreement that authorises transfers, but instead an agreement that focuses exclusively on data protection safeguards and the rights of individuals, an agreement that contains the same type of catalogue of principles, safeguards and rights that we have in our data protection legislation. These include purpose limitation, restrictions on onward transfers, the right to access and rectification, administrative and judicial redress, and independent oversight.

In assessing the value of the Umbrella Agreement, let us also recall the current situation and what the status quo would mean. As we speak, data is being shared between EU Member States and US law enforcement authorities. These exchanges are taking place on the basis of legal instruments, in particular bilateral agreements that very often lack basic privacy safeguards or contain only limited protections. As we know, these transfers will continue to take place and are likely to intensify, notably in response to terrorism threats. The Umbrella Agreement addresses this serious deficit of protection. With its entry into force, all these transfers will benefit from the additional safeguards and rights provided by the Umbrella.

In other words, this is an agreement that will bring immediate and very substantial improvements to the situation of the EU data subjects. In doing so, the Umbrella Agreement will also remedy the current imbalance of protections between both sides of the Atlantic. Today Americans already enjoy these protections when their data is transferred to the EU, while this is not the case for Europeans when their data is transferred to the United States. This is why you asked us, in your resolution of 12 March 2014, to put rights for EU citizens on an equal footing with rights for US citizens. The consequence of all this is clear. It is first and foremost the protection of the fundamental rights of our citizens which will benefit from the agreement. I see no benefit in delaying its conclusion. This will only be to our detriment.

I would like to warmly thank the rapporteur, Mr Albrecht, for his support on this important agreement. The help from the Parliament has also been essential to ensure the adoption by the US Congress of the US Judicial Redress Act, which extends important rights to our citizens that were previously reserved only for Americans. I would like to thank all of you for your continuous support on that.

I know that certain aspects of the Umbrella Agreement have raised questions among some Members of this House. The Commission has taken these concerns very seriously, and on various occasions provided explanations and clarifications to the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs. Most recently we have transmitted to Parliament a statement that contains these clarifications. The Commission will issue this statement at the time of the conclusion of the Agreement by the EU and it will be published in the Official Journal.

While I understand that some of you still have reservations, I hope that our central message has been heard. This is a big leap in terms of data protection, and a major improvement compared to the status quo. This includes the adoption of the Judicial Redress Act, something which would not have been possible without the pressure stemming from the Umbrella Agreement negotiations. Making the Judicial Redress Act operational still requires that the US Attorney General designates the EU as being covered by the Act. This is a necessary step for full implementation, and we have agreed with the United States that the official notifications triggering the entry into force will only be exchanged once this designation has been made.

So time matters here. We understand that this can still happen in the coming weeks under the current administration.

Ангел Джамбазки, *докладчик по становището на комисията по правни въпроси.* – Г-жо Председател, г-жо Комисар Юрова, в качеството си на докладчик по становището на комисията по правни въпроси, подкрепих позицията на докладчика на водещата комисия, колегата Албрехт. Парламентът даде своето одобрение за сключване на това споразумение. То е важно и ще доведе до видими резултати.

Целта на споразумението преди всичко е създаването на широк набор от защитни мерки и гаранции, които ще се предлагат за предаването на лични данни за целите на наказателното правоприлагане между Съединените американски щати, Европейския съюз и неговите страни членки. Като условие за правна сигурност, защитата на личните данни е категоричен приоритет и тя е гарантирана в това споразумение.

Смятам, че това споразумение осигурява на високо ниво защитата на тези данни, допринася за правната сигурност и освен това ще подобри сътрудничеството в областта на правоприлагането със Съединените американски щати.

Важно е да се отбележи, че извън обхвата на споразумението остава обменът на данните на националните служби за сигурност, тъй като те не са в правомощията на Съюза.

Axel Voss, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin, liebe Kollegen! Lasst uns morgen gemeinsam für dieses Abkommen stimmen! Wir brauchen dieses Abkommen, und das wurde schon mehrfach betont.

Erstens regelt es den Schutz personenbezogener Daten beim Transfer der Daten in die USA zum Zwecke der Verhütung, Untersuchung und Aufdeckung sowie Verfolgung von Straftaten. Zweitens ergänzt es bestehende Abkommen zur strafrechtlichen Zusammenarbeit mit den USA durch zusätzlichen Datenschutz. Drittens ist das *umbrella agreement* auch notwendig, weil viele dieser Abkommen eben auch noch nicht an die technologischen Entwicklungen angepasst sind und deshalb hier zusätzlichen Datenschutz bieten. Viertens ist das Abkommen auch ein großer Erfolg für die Bürger Europas. Künftig haben sie nämlich immer – auch das wurde schon erwähnt – die Möglichkeit, auch vor den US-Gerichten entsprechend Rechtsschutz zu erhalten. Somit werden also auch hier die Grundrechte unserer Bürgerinnen und Bürger gestärkt.

Mit dem Ergebnis des Abkommens können wir zufrieden sein, wir befürworten es. Schließlich haben wir auch viele Jahre dafür gearbeitet. Der Kommission und der Kommissarin recht herzlichen Dank hier für ihre Arbeit, aber auch dem Berichterstatter Jan Philipp Albrecht herzlichen Dank für seinen Einsatz und sein Engagement. Er hat wirklich versucht, auch den Wünschen und Forderungen der Skeptiker und Kritiker in dem Verhandlungsteam des Europäischen Parlaments zu entsprechen.

Die nun eingereichten Entschließungsanträge hingegen sind mal wieder Ausdruck politischer Hilflosigkeit. Das würde die Annahme eines solchen Abkommens um Jahre verzögern und die Anhebung des Datenschutzes auch wieder entsprechend verzögern.

Deshalb möchte ich alle nochmal aufrufen: Wir sollten morgen mehrheitlich diesem *umbrella agreement* zustimmen!

Marju Lauristin, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, I also want to stress what was said by Commissioner Jourová that this is really the first international agreement between the EU and a third country – especially now the USA – which is implementing principles enshrined by us in our 'police' directive on data protection. That is a major step forward. The Umbrella Agreement improves the current regime of data protection in the existing bilateral agreements between the USA and EU Member States. We must know that the existing bilateral agreements are really weak and they do not provide our citizens with data protection safeguards. For example the treaties on mutual legal assistance in criminal matters between the USA and Germany, the USA and Spain, the USA and Finland, the USA and my own country Estonia, and many other countries, do not comprise important rights of the data subject such as the right to access, the right to rectification, the right to be informed about the process, onward transfer restrictions, enhanced protection of sensitive data, rectification in case of data breaches, the fight for judicial redress, and so on.

All of these rights will be provided to our citizens by the Umbrella Agreement. This means that delaying adoption of the Umbrella Agreement will, first of all, be at the expense of our citizens, and we have to understand that we have a very big political responsibility in this situation. I feel that we could have something ideal in an ideal world, but in the real world, with the incoming Trump administration, I think that delaying this decision means that we will be really naive to hope that we will have a better solution under this new administration compared to what we have.

At the same time, the Umbrella Agreement also foresees law enforcement cooperation. In situations of terrorism and all kinds of other international crimes, specifically cyber-crime for example, we need cooperation with America, even under the Trump administration. But in this situation we also need better and concrete safeguards, so I think that in order to have better safeguards for our citizens and better police cooperation we have to support this agreement and to try to implement it as fast as possible. Time really matters.

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – Mevrouw de Voorzitter, de overkoepelende overeenkomst is een grote stap vooruit. Nooit eerder werd op zo'n hoog niveau van bescherming onderhandeld tussen de EU en de VS bij de uitwisseling van persoonsgegevens voor de bestrijding van terrorisme en georganiseerde misdaad. We zijn nog steeds een doelwit van terrorisme. Daarom zijn samenwerking en uitwisseling van gegevens inderdaad cruciaal voor de bescherming van onze maatschappij, maar we moeten en kunnen deze uitwisseling fatsoenlijk organiseren met inachtneming van onze Europese waarden, waaronder de bescherming van privacy.

Ik benadruk dat de gegevensbescherming en de strijd tegen terrorisme elkaar niet in de weg staan en een gemeenschappelijk kader voor gegevensbescherming juist tot betere samenwerking zal leiden. De critici proberen nu alsnog de overkoepelende overeenkomst te torpederen door haar te willen voorleggen aan het Europees Hof van Justitie. Dit klinkt nobel, maar het is niets meer dan een vertragingsmiddel. Uitstel doet de huidige situatie voortbestaan en die is heel wat slechter. Bovendien is er de garantie dat de overeenkomst voortdurend zal worden gemonitord en regelmatig geëvalueerd. Ook treedt de overeenkomst pas in werking wanneer de VS deze volledig invoert. Ik roep dus iedereen op de verwijzing naar het Hof van Justitie niet te steunen. De rapporteur geniet mijn volle steun.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, my group, the ALDE Group, was one of the first groups about 10 years ago to ask for this kind of umbrella agreement, and on the surface it looks really good and contains very good safeguards. But it is a bit like with Swiss cheese – the cheese is fantastic but it is the holes that are the problem, as in this case. I would say to my colleague, Mr Voss, who is accusing me of political opportunism, or something like that, that there is a negative opinion by the Legal Service of this House, by Working Party 29, by the EDPS, by various legal experts, and also some pertinent and negative remarks by the Advocate-General of the European Court of Justice, so this is not politics. There are very legitimate legal concerns.

This may not have the effect of an adequacy finding, but it does have the effect of being a kind of green light, because it provides appropriate safeguards, as we say, so we have to look very closely at what we do. Now one thing, Madam Commissioner, is that the Commission has conceded that in order for the umbrella agreement to be fully implemented, it is necessary, it is a precondition, that the exemptions from the Privacy Act for PNR, TFTP and comparable programmes be repealed, because only then can the umbrella agreement be considered to be implemented. So what do you think the chances are that will ever happen? I think they are zero. They are zero under the Obama administration and they certainly are zero under the Trump administration, so what are you going to do if the United States will not repeal? What will the European Commission do? Will we be in the same situation as with Safe Harbour, which had to be repealed but it took the ECJ ruling to actually annul this.

Then the rapporteur said we have unconditional data protection rights. Well that is misguiding, Mr Rapporteur, because there is a condition – namely for judicial redress, namely allowing for data transfer for commercial purposes. That smells a little bit of 'buying' our rights; that is not unconditional.

Finally, we all know that the rights do not extend to all EU citizens and they do not cover people living in the European Union without EU citizenship. Therefore, I do think that an ECJ opinion is not a stalling tactic, but will address very legitimate legal concerns which have been expressed not only by my group, but also by the legal experts that I have mentioned before. I find it remarkable that the rapporteur, the Green rapporteur, who is known as a privacy activist, now seems to rely on the word of Mr Trump for the safeguards of European citizens.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tomáš Zdechovský (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty*. – Vážená paní Sophie in 't Veldová, já nejsem Nizozemec, ale do dneška jsem si myslel, že ty díry do ementálu skutečně patří a že to je jeho součástí.

Ale to není to, na co jsem se chtěl zeptat. Jen mi přišlo to Vaše přirovnání trošku úsměvné, ale omlouvám se za tento vtípek. Spíš bych chtěl znát Váš názor. Co si myslíte, že chybí v této dohodě, aby ji Vaše frakce podpořila? Co je vlastně ten hlavní důvod nesouhlasu, protože já jsem doteď nepochopil?

Sophia in 't Veld (ALDE), *blue-card answer.* – But I suppose the problem is I come from a country where they make Gouda cheese, which doesn't have any holes, therefore we have a bit of trouble with that. But I think I've been very clear in the last 10 years that we've been discussing this; you can also read the details in my blog, if you'd like to. But one of the key elements is what I've just mentioned: the Commission itself has, in writing – including in the declaration that will be attached to this, conceded that the umbrella agreement can only be considered implemented if the exemptions to the US Privacy Act are repealed. This is a bit complex and technical, but the Commission has stated that, and that will happen when pigs fly; that's my problem.

President. – I am very sorry but you have had 30 seconds, and your reminding us of cheese might make us all hungry, so let's stick to the work in hand.

Malin Björk, *on behalf of the GUE/NGL Group.* – Madam President, I am here on behalf of our shadow, Cornelia Ernst, who could not be here tonight but who has, as you know, been working on this with colleagues for several years.

Like the former speaker, I want to highlight that, although there are improvements and good things in this Agreement, we are not satisfied. In our view, the Agreement does not meet the requirement of the Charter under EU law and fails to provide the required levels of protection. The wording is not strong enough when it comes to purpose limitation and onward transfer and, as the former speaker said, not all individuals are allowed to have effective judicial redress. It differentiates between EU citizens and non-citizens.

Legal actors have criticised the Agreement. It is an international agreement, which would mean it is very difficult – near impossible – to challenge its legality in court. It will, as such, override the EU's data protection legislation, endangering what we have fought very hard to have, our good data protection rights. For all of these reasons, we think that the Agreement has to go to the European Court of Justice so we can have clear legal guidance on the manner in which these international agreements in the field of law enforcement and data protection interlink and whether they comply sufficiently with EU law.

I must also add that I do not think that we should use Mr Trump as an excuse for bad European Union law-making. We have full responsibly here ourselves and we should refer this to the European Court of Justice. Otherwise our Group will have to vote against this Agreement.

Judith Sargentini, *namens de Verts/ALE-Fractie.* – Mevrouw de Voorzitter, de nieuwe spelregels voor het gebruik van gegevens van ons, Europese burgers, door politiediensten in de Verenigde Staten is, mijns inziens een grote stap vooruit. En ik hoor mevrouw in 't Veld zeggen dat het niet zo is, maar we kunnen eigenlijk alleen maar winnen. Óf zij gaan aan hun kant deze overeenkomst gebruiken en dan hebben we iets gewonnen, want tot nu toe zijn onze gegevens daar niet beschermd en kunnen wij daar niet naar de rechter stappen, óf ze doen er niets mee, dan is dit een waardeloze overeenkomst en hebben wij ook verder niets verloren.

En deze afspraken komen geen moment te vroeg met Donald Trump aan de macht. Ik vrees voor de veiligheid van Europese burgers, van Amerikanen natuurlijk ook, juist als mijnheer Trump verder de security aanscherpt. Gelukkig heeft Trump de rechters nog niet in zijn zak en kunnen wij daar naar de rechter.

Wat heel erg jammer is, is dat deze bescherming alleen maar geldt voor mensen met een Europees paspoort en niet voor iedereen die in Europa woont. Wij geven wel het goede voorbeeld. Als jij hier je recht wilt halen, maakt het niet uit welk paspoort je hebt. Goed voorbeeld doet goed volgen, zegt het gezegde. Maar misschien is dat wel te veel gevraagd voor president-elect Donald J. Trump.

Raymond Finch, *on behalf of the EFDD Group.* – Establishing tough data protection safeguards is something I'm sure we can all get behind. It's only fair that, when data is shared between nations for the purpose of prevention, detection and prosecution of criminal offences, these safeguards must be in place. They help to ensure that there is a fair data retention period, that there are fair rules on the use of sensitive information, and that there is accountability when data is lost or stolen. The latter, perhaps, is the most important, given the increased global security threat. Attached to this vote are two resolutions from the ALDE and GUE groups, who seek to postpone the signing of this agreement until the ECJ is given its opinion.

It probably goes without saying that UKIP reject the very existence of the ECJ, and that is putting it quite mildly. This is a real problem, that this agreement does not appear, at the moment, to be signed by the UK Government; we shall be watching it closely to see whether Prime Minister May actually does bring us into this, against all of things she said about getting us cleared of the ECJ, and we will absolutely be monitoring how all the UKIP UK MEPs vote on these amendments regarding sending disagreements to the ECJ.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8)).

John Stuart Agnew (EFDD), *blue-card question.* – I just wonder if Mr Finch would confirm that he feels this whole topic would be far better dealt with by an independent Britain post-Brexit, and that we shouldn't have to worry ourselves with the activities of the ECJ.

Raymond Finch (EFDD), *blue-card answer.* – Well, indeed, but the fact is that it will be in two to two and a half years' time that the UK should enforce its own data protection deals. The ECJ is not fit for purpose, and I will be extremely distressed if our present Prime Minister actually signs us into these. We do have an opt-out at present, and we will be watching extremely closely.

Harald Vilimsky (ENF). – *(Der Redner spricht ohne Mikrofon.)* …Welt darauf achten muss und damit einverstanden sein muss, dass der Schutz personenbezogener Daten etwas Wichtiges ist und auch unterstützt wird. Auch ich unterstütze dieses Abkommen aus einer prinzipiellen Sicht. Aber man darf hier nicht Ursache und Wirkung verwechseln.

Auf der einen Seite bringen sie eine Vielzahl von Maßnahmen zur Dokumentation und zum Austausch personenbezogener Daten in die politische Pipeline. Es war die Vorratsdatenspeicherung, das SWIFT-Abkommen, die Fluggastrichtlinien und so weiter und so fort. Und überall, wo Daten dokumentiert werden, überall, wo Daten ausgetauscht werden, ist auch der Missbrauch dieser Daten vorhanden. Ich verstehe nicht, warum man generell die Dokumentation und den Austausch von Daten auf alle Mitglieder der Europäischen Union erstreckt, anstatt sich auf Risiko-*Communities* zu fokussieren. Es sind nicht die französischen und die deutschen Großmütter, deren Daten man überwachen muss, es sind politische und religiöse Extremisten. Und genau da muss man den Schwerpunkt setzen und darf nicht bezüglich aller Bürger der Europäischen Union hier Überwachungsmaßnahmen implementieren. Man geht damit einen falschen Weg.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, το Συμβούλιο έχει συντάξει ένα σχέδιο αποφάσεως για τη σύναψη συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των Ηνωμένων Πολιτειών σχετικά με την προστασία των πληροφοριών προσωπικού χαρακτήρα, ούτως ώστε να παρέχεται η δυνατότητα να ανιχνεύονται, να διερευνώνται και να διώκονται ποινικά αδικήματα όπως εκείνο της τρομοκρατίας. Εάν εξετάσουμε τεχνοκρατικά το κείμενο της συμφωνίας, αυτό κινείται προς τη σωστή κατεύθυνση, διότι στηρίζεται σε μία ορθή νομική βάση, εγγυάται σε μεγάλο βαθμό την προστασία του δικαιώματος της ασφάλειας των προσωπικών δεδομένων και, σε συμφωνία με το Κογκρέσο των Ηνωμένων Πολιτειών, επιτρέπει να διώκονται από Ευρωπαίους πολίτες οι υπηρεσίες των Ηνωμένων Πολιτειών οι οποίες παραβιάζουν το απόρρητο των προσωπικών δεδομένων ατόμων που τους τα έχουν διαθέσει.

Όπως είπα προηγουμένως, όλα αυτά ακούγονται καλά. Η κακή εμπειρία όμως που έχουμε αποκτήσει από τη συμπεριφορά των Ηνωμένων Πολιτειών κατά τη διάρκεια των διαπραγματεύσεων για τη συμφωνία TTIP οφείλει να μας κάνει ιδιαίτερα προσεκτικούς, διότι τι θα συμβεί σε περίπτωση μαζικής επεξεργασίας και διαρροής δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα; Πώς θα συμπεριφερθούν σε αυτή την περίπτωση οι αμερικανικές αρχές; Θα εφαρμόσουν τους όρους της συμφωνίας ή θα προσπαθήσουν να εξαιρέσουν από την εφαρμογή του αμερικανικού νόμου τις υπηρεσίες εκείνες οι οποίες παραβίασαν το απόρρητο; Άρα λοιπόν πρέπει να δούμε τη συμφωνία όχι τεχνοκρατικά αλλά ουσιαστικά και να συμφωνήσουμε μόνο υπό την προϋπόθεση ότι θα θεσπιστούν κανόνες που είτε θα περιορίζουν την πιθανότητα διαρροής πληροφοριών είτε, εάν συμβεί αυτό, θα διώκονται οι ……

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή.)

Емил Радев (PPE). – Г-жо Председател, приемането на споразумението *„umbrella“* е изключително важна крачка напред за подобряването на сигурността в Европа, докато в същото време не се прави компромис с човешките права, и по-точно със защитата на личните данни на европейските граждани.

Тук, в този Парламент, многократно сме настоявали за засилване на сътрудничеството, както между правоохранителните служби в Европейския съюз, така и с международните ни партньори, с цел навременен обмен на качествена информация за заподозрени терористи, трафиканти и други престъпници. Това е необходимо, за да бъдат предотвратени бъдещи терористични атаки и европейските граждани да се чувстват по-сигурни в своето ежедневие.

Това сътрудничество, обаче, не може и не трябва да бъде за сметка на основните права и свободи, които сме си завоювали в Европа. Европейските граждани имат право да знаят, че данните им не се използват неправомерно, че държавата не ги следи, а напротив – прави всичко възможно да предпази тях и техните данни.

В конкретния случай на споразумението „*umbrella*“ със САЩ, Европейският съюз не предава безусловно личните данни на европейците. Целта на споразумението е да гарантира, че високите стандарти за защита на личните данни, които имаме тук в Европа, ще се прилагат и при обмена на данни с американските ни партньори.

Споразумението в никакъв случай не представлява свеждане на глава на Европа пред САЩ, а напротив – извоюва защита на европейските граждани пред американските правоохранителни власти и съдилищата, каквато досега не е съществувала. Затова в името на международното сътрудничество и защита на личните данни на европейските граждани, ние всички трябва да гласуваме в подкрепа на споразумението утре.

Birgit Sippel (S&D). – Vielen Dank. Ganz grundsätzlich ist es natürlich hilfreich, wenn es transatlantische Regelungen zum Schutz von Strafverfolgungsdaten gibt, die dann nicht immer wieder neu verhandelt werden müssen. Doch es bleiben Fragen. So gibt es berechtigte Zweifel, ob etwa die Beschwerdestelle auf US-Seite wirklich unabhängig ist und über ausreichende Kompetenzen verfügt. Wir wollen, dass dieser sogenannte *umbrella* auch für bereits beschlossene Maßnahmen wie PNR und TFTP gilt. Doch es gibt keine Klarheit, ob die US-Regierung die notwendigen legislativen Reformen unternehmen wird, damit Fluggast- und Bankdaten tatsächlich in den Anwendungsbereich des Abkommens fallen.

In der letzten Woche wurde eine Überweisung von CETA an den EuGH unter anderem mit der Begründung abgelehnt, wir sollten unserem *legal service* doch vertrauen. Das tue ich. Unser *legal service* ist der Auffassung, dass dieses Abkommen wie ein Angemessenheitsbeschluss wirken kann, und das könnte bedeuten, dass die USA auf Dauer als sicherer Hafen für unsere Strafverfolgungsdaten gelten, ohne dass klar wäre, wie unsere Seite bei Grundrechtsverletzungen Datenströme unterbinden kann. Und die USA können EU-Bürgern den Zugang zu einem effektiven Rechtsbehelf verwehren, wenn deren Heimatland keine kommerziellen Daten mehr über den Atlantik schiebt. Diese Vermischung von Bürgerrechten und kommerziellen Interessen finde ich schon bedenkenswert.

Nochmal deutlich: Diese Fragen sind umso wichtiger, als wir über ein Abkommen mit unbegrenzter Laufzeit abstimmen. Natürlich kann man auch ein solches Abkommen aussetzen, doch unsere Erfahrungen mit *safe harbour* stimmen mich da wenig optimistisch. Vielen Dank.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). – Jestem zdecydowanym zwolennikiem tego porozumienia i przekonują mnie te argumenty pani komisarz Jourovej, które wskazują na to, że w dotychczasowych dwustronnych porozumieniach poziom ochrony jest niższy niż w tym porozumieniu, które przyjmiemy w imieniu Unii Europejskiej. To jest nowa równowaga godząca efektywność z ochroną danych osobowych. Zawsze kiedy debatujemy na temat ochrony danych osobowych mamy ze strony skrajnej lewicy i ALDE popisy radykalizmu, ale świat jest tak zbudowany, że radykalizm zazwyczaj jest wrogiem dobra. Tak szeroko interpretujecie państwo wartości podstawowe, prywatność, że uniemożliwiałoby to jakąkolwiek efektywną ochronę bezpieczeństwa Europejczyków. I wreszcie: ja nie jestem sympatykiem Trumpa, ale obrażanie prezydenta Stanów Zjednoczonych to jest popis braku dyplomacji. Chyba nikt nie pragnąłby tego, by Amerykanie w ten sposób mówili o przewodniczącym Parlamentu Europejskiego czy o premierze Holandii, więc apeluje o większą dozę dyplomacji.

Beatrix von Storch (EFDD). – Frau Präsidentin! Wir debattieren also heute über ein Abkommen zwischen den USA und der Europäischen Union, das regelt, wie mit persönlichen Daten umgegangen werden soll, wie persönliche Daten bei strafrechtlichen Ermittlungen zu schützen sind. Die Linken sind schon deswegen gegen das Abkommen, weil es ein Abkommen mit den USA ist. Das ist ein Antiamerika-Reflex. Das ist vielleicht nicht der gute Ratgeber für Politik, das sollte Vernunft sein.

Das Abkommen betrifft nicht den Austausch kommerzieller Daten, sondern persönlicher Daten, und da es im Moment gar kein Abkommen gibt, wie diese Daten beim Austausch geschützt werden sollen, ist dieses Abkommen natürlich eine Verbesserung. Es ist nicht gut, aber es ist eine Verbesserung der jetzigen Lage. Vorratsdatenspeicherung und so etwas in der Art bleiben verkehrt, sind aber hierbei nicht gemeint. Es müssen weitere Verbesserungen kommen, und vor allem müssen wir regeln – in anderen Verträgen –, ob der Austausch persönlicher Daten überhaupt erfolgen soll oder nicht. Da müssen wir sehr, sehr enge Grenzen setzen.

Michał Marusik (ENF). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Musimy sobie zdawać sprawę przede wszystkim z faktu, że budowa dużych baz danych o obywatelach jest obiektywnie elementem systemu totalitarnej kontroli nad obywatelami. Jest to przepis o charakterze opresyjnym. Tego typu przepisy opresyjne powinny funkcjonować w taki sposób, by procederów w tego typu było jak najmniej, a nie jak najwięcej. Każde państwo powinno mieć możliwość ograniczania tego typu procederów do przypadków niezbędnych w danym kraju. Nie należy tworzyć uniwersalnych standardów, żeby nie poszerzać tych procedur na inne kraje, które sobie takiej totalitarnej kontroli w jakimś zakresie nie życzą. To prawo wcale nie jest takie złe, aczkolwiek poseł sprawozdawca pokazał bardzo wiele błędów i niedoróbek tego prawa, po czym w niezrozumiały sposób zarekomendował przyjęcie. Należy je odrzucić i zaproponować lepsze rozwiązania. Są łatwe do zredagowania.

Ana Gomes (S&D). – Senhora Presidente, este acordo sobre proteção de dados no quadro do combate ao crime e ao terrorismo visa restabelecer confiança na recuperação transatlântica afetada pelo que Snowden revelou sobre o programa de vigilância em massa da CIA e NSA em 2013.

O acordo assegura padrões europeus de proteção e segurança dos dados transferidos para os Estados Unidos, embora só se aplique a nacionais de países da União Europeia, discriminando questionavelmente não nacionais residentes. Ainda assim, com a eleição de Trump, este acervo de garantias, que pode e deve ser estendido a todos na União Europeia, é mais importante do que nunca. Cabe à Administração Trump o ónus de cumprir ou rasgar este acordo.

É, por isso, imperativo e urgente que o Parlamento dê o seu consentimento e se prepare para o acompanhar na sua aplicação, se os Estados Unidos o respeitarem. Agradeço a Jan Philipp Albrecht a liderança que tem tido nesta crucial legislação sobre proteção de dados pessoais.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, sporazum između SAD-a i EU-a o zaštiti osobnih informacija u vezi sa sprečavanjem, istragom, otkrivanjem i progonom kaznenih djela treba podržati jer nadopunjuje dosadašnje sporazume. Prije svega one bilateralne između država članica i SAD-a povećavajući i usklađujući prava osoba čiji se podaci obrađuju.

Ono što ova nadogradnja osigurava su zaštitne mjere za osobe čiji se podaci obrađuju I jednako postupanje prema građanima Unije i SAD-a u praktičnoj primjeni. To je kvalitetan korak u pravom smjeru.

Prevladavanje globalnih izazova u borbi protiv kriminala ne može biti bez brze i učinkovite razmjene podataka među partnerima. U toj borbi pritom moramo voditi računa da ne dođe do zlouporabe.

U tom sam kontekstu posebno zadovoljna odredbama sporazuma o točnosti, relevantnosti, ažurnosti i cjelovitosti prikupljenih podataka te o razdoblju njihovog čuvanja nakon obrade.

Catch-the-eye procedure

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'accordo tra gli Stati Uniti e l'Unione europea istituisce per la prima volta un quadro completo di principi e garanzie in materia di protezione dei dati per il trasferimento di informazioni personali, relativamente al contrasto penale, anche in materia di terrorismo. Uno strumento di protezione applicabile in modo completo e coerente agli scambi transatlantici, di dati nel settore della cooperazione giudiziaria e di polizia, che costituisce, senza dubbio, un notevole passo in avanti nei rapporti tra gli Stati Uniti e l'Europa. L'accordo confermerà, nel contesto transatlantico, i requisiti generali sui trasferimenti internazionali di dati previsti dalla direttiva europea, adottata lo scorso aprile, a tutela delle persone fisiche con riguardo al trattamento dei dati personali, da parte delle autorità competenti per la prevenzione, indagine, accertamento e perseguimento di reati o esecuzioni di sanzioni penali. Esso costituirà in relazione ai futuri accordi Unione europea-USA, una rete di sicurezza, al di sotto della quale, il livello di protezione non potrà scendere.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η προστασία προσωπικών πληροφοριών αποτελεί θεμελιώδες δικαίωμα και οποιαδήποτε επεξεργασία προσωπικών δεδομένων απαγορεύεται. Επιτρέπεται μόνο για λόγους δημοσίου συμφέροντος αλλά και υπό αυστηρές προϋποθέσεις και επίσης με δικαστική προστασία και σύμφωνα με τους νόμους της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Είναι προφανές ότι υπάρχει χάσμα ανάμεσα στις εγγυήσεις προστασίας των δεδομένων που προσφέρει η συμφωνία-ομπρέλα Ευρωπαϊκής Ένωσης-Ηνωμένων Πολιτειών και στις απαιτήσεις του Δικαίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Είναι αξιοπερίεργη η πίεση που ασκείται για να εγκριθεί η συμφωνία αυτή άρον άρον, τη στιγμή που εκκρεμεί η έκδοση απόφασης του Δικαστηρίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το PNR, στη συμφωνία δηλαδή Ευρωπαϊκής Ένωσης και Καναδά.

Πιστεύω λοιπόν ότι η παραπομπή της υπόθεσης στο Δικαστήριο της Ευρωπαϊκής Ένωσης δίδει επιπλέον εγγυήσεις. Αν διαβάσει κανείς την αιτιολογική έκθεση βλέπει ότι υπάρχουν κενά στην προστασία. Στο σημείο 8, η επεξεργασία δεν θα γίνεται μόνο από την αρχή που το ζητά αλλά και από άλλες αρχές που ενδεχόμενα θα το ζητήσουν.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, συζητούμε ένα πάρα πολύ σοβαρό ζήτημα, γιατί κανένας δεν θέλει να πέσει θύμα τρομοκρατίας. Από την άλλη όμως κανένας επίσης δεν θέλει ως πολίτης, πιθανόν αθώος, να πέσει θύμα της τρομοκρατίας που θα έχει επιβληθεί από την απόφαση ή τη συμφωνία μεταξύ Ευρωπαϊκής Ένωσης και Ηνωμένων Πολιτειών. Υπάρχει μια έκφραση η οποία μπορεί να αποτελεί κλειδί για την απόφασή μας: «Προτιμότερο να υπάρχουν μερικοί ένοχοι έξω από τις φυλακές παρά ένας αθώος να σαπίζει μέσα στις φυλακές», και αυτό μάλιστα να μας έχει συμβεί μετά από τη συμφωνία που πιθανόν να εγκριθεί ή να μην εγκριθεί αύριο. Το γεγονός επίσης ότι υπάρχει μια βιασύνη, όπως έχει λεχθεί και από άλλους συναδέλφους, να κλείσει αυτή η συμφωνία πριν έρθει ο κύριος Trump, πέραν του ότι είναι ασφαλώς και προσβλητικό για τον ίδιο, ανεξάρτητα από τις απόψεις που έχει ο καθένας μας για τον νέο πρόεδρο των Ηνωμένων Πολιτειών, δείχνει ότι κινούμαστε με μια ταχύτητα η οποία μας βάζει σε κινδύνους. Και το τελευταίο: Εγώ προσωπικά δεν δέχομαι αυτή η συμφωνία να αφορά μόνο Ευρωπαίους πολίτες και όχι κάποιους άλλους ανθρώπους που κατοικούν εδώ.

(End of catch-the-eye procedure)

Věra Jourová, *Member of the Commission.* – Madam President, honourable Members, I would like to thank you for your support, not only in today's debate but also in many years of negotiations of the Umbrella Agreement. Your consistent engagement also with your counterparts in the US Congress played a vital role in a securing new rights for our citizens under the Judicial Redress Act, and I count on you to continue engaging with the new US Congress to make sure that we maintain and build on what we have achieved.

As for myself, I am in contact with the US Attorney General Loretta Lynch to ensure that the United States side makes the necessary designations to ensure that this agreement enters into force as soon as possible. As for the other questions which have been raised, and some doubts concerning some of your questions, we tried to clarify everything in in our clarification which, as I said before, will be published, and I will engage with the successor of Loretta Lynch as Attorney General, once confirmed, to work together on its full implementation. Against this background, I can only encourage the honourable Members of this Parliament to give their consent to this international agreement, which is so important for our people in Europe.

President. – I now give the floor to the rapporteur, Mr Olbrycht. I am sorry, I know that Madam in 't Veld is looking for the floor. Could I ask you, Madam in 't Veld, if you would speak to the Commissioner afterwards, or perhaps Commissioner, could I ask whether the questions can be put to you in writing? We have had the debate, the Commissioner has made a statement. I will give you the floor reluctantly because you had your chance during the debate, so perhaps you could very briefly make your case.

Sophia in 't Veld (ALDE). – I asked a very simple question. The Commission in the declaration that will be attached to tomorrow's document states very clearly that a precondition for the Umbrella Agreement to be valid, to be implemented, is the repeal of the exemptions to the Privacy Act. What does the Commissioner think are the chances of that happening? It's a precondition: without that the Umbrella Agreement is not valid.

Jan Philipp Albrecht, *Berichterstatter.* – Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben einen historischen Fortschritt erzielt. Nach Jahren der Verhandlungen ist es endlich gelungen, verbindliche internationale Standards zum Datenschutz im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten zu vereinbaren. Das ist ein wichtiger Schritt nach vorn für unsere Bürgerinnen und Bürger, nachdem wir viele Jahre viele Abkommen geschlossen und Gesetze verabschiedet haben, vor allem mit den Stimmen von Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten, die die Rechtsgrundlage zur Weitergabe von Daten in die USA beschlossen haben – also Überwachungs- und Datentransfermaßnahmen beschlossen haben.

Wir werden jetzt ein Abkommen auf den Weg bringen, das die Datenschutzrechte der Betroffenen stärkt, das dafür sorgt, dass es Rechtsschutz in den Vereinigten Staaten gibt und dass es verbindliche Standards gibt, wenn diese Daten transferiert werden.

Das *Umbrella*-Abkommen, das Datenschutzrahmenabkommen ist keine Rechtsgrundlage für weitere Datentransfers, es ist keine Überwachungsmaßnahme. Nein, im Gegenteil, es ist ein Datenschutzabkommen. Es stärkt das Grundrecht auf Datenschutz, und es ist ein Riesenfortschritt, dass der US-Kongress diese Rechte in Gesetz gegossen hat. Völlig klar ist auch: Wenn die USA die hohen Standards, die wir hier vereinbaren, und den unmissverständlich zugestandenen Rechtsschutz für alle EU-Bürger nicht voll implementiert, dann wird dieses Abkommen so nicht kommen und dann wird es auch keinen Vertrauenszuwachs und auch keine bessere Zusammenarbeit mit den USA geben können. Das ist unsere Grundvoraussetzung, und wir haben jetzt endlich etwas in der Hand, um die USA verbindlich zu zwingen, solche Rechte zu implementieren.

Das ist besser als zuvor und ich habe kein Problem damit, nochmals zu fragen, ob dieses Abkommen in Einklang mit dem Europäischen Gerichtshof steht. Ich habe kein Problem damit, ich frage mich aber, warum das dann hier bei einem Datenschutzabkommen so vehement eingefordert wird, während es anderswo, z. B. bei Handelsabkommen oder bei Überwachungsabkommen, gerade auch von Sozialdemokraten und Liberalen zurückgewiesen wird.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 1 December 2016.

Written statements (Rule 162)

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Európa polgárai biztonságának garantálása érdekében elengedhetetlen a más államokkal megvalósuló bűnmegelőzési és bűnüldözési tárgyú adatcsere. Viszont az adatcsere csak az uniós állampolgárok személyes adatainak megfelelő védelmével valósulhat meg. Ezért is bír nagy jelentőséggel az Amerikai Egyesült Államok kormányával a bűncselekmények megelőzésével, kivizsgálásával, felderítésével és büntetőeljárás alá vonásával kapcsolatos személyes adatok védelméről szóló megállapodás elfogadása, amely keretjelleggel rögzíti azon előírásokat és követelményeket, amelyek az uniós tagállamok és az Egyesült Államok között cserélt adatok kezelésének feltételeire vonatkoznak. A megállapodásról elmondható, hogy megfelelő adatvédelmi garanciákat nyújt, ezáltal az adatalanyok jogainak magas szintű védelmét célozva meg. Fontosnak tartom kihangsúlyozni, hogy a megállapodás önmagában nem képez jogalapot a személyes adatok továbbítására az Egyesült Államokba. Kiemelném még, hogy az Európai Parlament kitartásának köszönhetően az amerikai fél jogalkotási intézkedésekkel biztosította az európai uniós állampolgárok részére a bírói jogorvoslatot az Egyesült Államokban.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der personenbezogene Datenaustausch bei der Verhütung, Untersuchung, Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten ist in einer globalisierten Welt notwendig und sinnvoll. Jedoch müssen bei solchen Datenaustauschprogrammen strengste Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der personenbezogenen Daten herrschen. Diese Sicherheitsvorkehrungen sehe ich mit dem Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union als nicht gegeben an. Daher vertrete ich zu diesem Abkommen einen kritischen Standpunkt. Die Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit ist kompliziert. Jedoch darf niemals die Freiheit des einzelnen Bürgers beschnitten werden. Ich schließe mich hier dem Berichterstatter an und akzeptiere, dass dieses Abkommen einen großen Fortschritt für den Schutz personenbezogener Daten, die zum Zwecke der Strafverfolgung zwischen den Mitgliedstaaten der EU und den USA übermittelt werden, bedeutet. Doch es ist nicht das bestmögliche Abkommen, das vorstellbar ist, auch nicht in der gegenwärtigen Situation. Hier werden lediglich neue Rechte und Schutzvorschriften für Fälle der Übermittlung im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den USA bei der Strafverfolgung hinzugefügt. Jedoch trete ich für eine weitere Verschärfung der Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der personenbezogenen Daten ein.

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. – Wyrażam moje poparcie dla sprawozdania posła Albrechta i tym samym zgodę na zawarcie tzw. „umowy parasolowej" między Stanami Zjednoczonymi Ameryki a Unią Europejską w sprawie ochrony informacji osobowych powiązanych z zapobieganiem przestępczości, prowadzeniem postępowań przygotowawczych, wykrywaniem i ściganiem czynów zabronionych. Umowa ta ma znaczenie zwłaszcza ze względu na podejmowane wysiłki na rzecz zwalczania terroryzmu. Planowana umowa stwarza ramy dla ochrony danych osobowych, co przyczynia się do zapewnienia pewności prawa.

Umowa będzie w razie konieczności uzupełniać zabezpieczenia w zakresie ochrony danych w obowiązujących i przyszłych umowach dotyczących przekazywania danych lub w przepisach krajowych zezwalających na takie przekazywanie. Ponadto umowa będzie miała znaczny wpływ na współpracę policji i organów ścigania Unii Europejskiej i jej państw członkowskich oraz Stanów Zjednoczonych, dzięki ustanowieniu wspólnych i kompleksowych ram zawierających zasady i gwarancje dotyczące ochrony danych.

Umowa umożliwi organom ścigania w UE lub jej państwach członkowskich, z jednej strony, i w USA, z drugiej strony, bardziej skuteczną współpracę. Ustalenie wspólnych norm w tym obszarze współpracy może w znacznym stopniu przyczynić się do odbudowy zaufania w dziedzinie transatlantyckich przepływów danych. Dzięki zawartej umowie UE i USA nasilą współpracę, zapewniając jednocześnie wysoki poziom ochrony danych. Jest to szczególnie ważne ze względu na ogromne wyzwania stojące przed UE i USA.

David McAllister (PPE), *schriftlich*. – Das am 2. Juni 2016 von den USA und der EU unterzeichnete sogenannte „Umbrella Agreement" schafft einen umfassenden Datenschutzrahmen für eine engere transatlantische Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung. Es komplettiert bereits bestehende Abkommen mit den USA, welche den Zugang zu Fluggastdaten und Finanztransaktionen regeln. Dieses Abkommen wird für hohe Datenschutzstandards bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus über den Atlantik hinweg sorgen. Es umfasst alle personenbezogenen Daten, die zwischen den USA und der EU zur Vorbeugung, Aufdeckung, Untersuchung und Verfolgung von Straftaten, einschließlich terroristischer Aktivitäten, ausgetauscht werden. Profitieren werden hiervon die Bürger der Europäischen Union, da sie das Recht erhalten, nach Datenschutzverstößen gegen US-Behörden zu klagen. Zudem ist die Speicherung der Daten nur befristet möglich und die Datennutzung wird beschränkt. Durch dieses Abkommen werden fundamentale Rechte, wie das Grundrecht auf Privatsphäre, gestärkt. Zudem trägt es auch dazu bei, die Kooperation im Bereich der Strafverfolgung zu vertiefen und das Vertrauen in den transatlantischen Datenaustausch wiederherzustellen.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Parliament called for an agreement that would provide data protection safeguards for personal information transferred between the EU and US. On 3 December 2010 the Council authorised the Commission to open negotiations on such an agreement that would provide the right to privacy with respect to the processing of personal data when this information is transferred to the competent authorities. On 8 September 2015 EU and US officials concluded the agreement, guaranteeing a high level of protection for all personal data that will be transferred between the law enforcement authorities of the two parts. The personal data will only be exchanged and processed with the scope of investigating, detecting or prosecuting criminal offences and acts of terrorism in the framework of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters. Any citizen from the two parts that considers that his data has been misused will have access to several accessible and affordable dispute resolution mechanisms. This is the first time that personal data information is exchanged in a secured way with strong obligations on companies handling the data, clear safeguards and transparency obligations on US Government access and an effective protection of individual rights.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió szigorú adatvédelmi normákkal rendelkezik. Alapelv, hogy az adatokat soha nem szabad az eredeti céllal összeegyeztethetetlen célra felhasználni, valamint a személyes adatokat szigorú feltételek mellett, törvényes céllal, jogszerűen kell összegyűjteni és feldolgozni. Fontos, hogy ezeket az elveket az unió partnerei is osszák, így védve az európai polgárok adatait világszerte. Főleg az olyan közeli és fontos partnerek esetében lényeges ez, mint az Egyesült Államok, amellyel nem csak szoros kereskedelmi kötelékek fűzi össze az EU-t, de a bűnüldözés területén is szorosan együttműködünk. A nemrég létrehozott EU–USA adatvédelmi pajzs is az európaiak adatainak védelmét szolgálja, és ugyanezt várjuk az Amerikai Egyesült Államok és az Európai Unió közötti, a bűncselekmények megelőzésével, nyomozásával és felderítésével kapcsolatos személyes adatok védelméről szóló megállapodástól is. A személyes adatok magas szintű védelmének biztosítása mellett természetesen azt is szükségesnek tartjuk, hogy az adatvédelmi keretmegállapodásnak köszönhetően az Egyesült Államok és az Európai Unió, valamint tagállamai között a bűnüldözési információcsere hatékonyabbá válásával a nemzetközi bűnüldözés eredményessége is növekedjen.

15. Kürzlich erfolgte Übertragung der Verwaltung der IANA auf die weltweite Gemeinschaft der Internet-Nutzer im Oktober 2016 und anstehendes Internet Governance Forum in Mexiko (6. bis 8. Dezember 2016) (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on recent transition of the IANA stewardship to the global internet community in October 2016 and the upcoming Internet Governance Forum in Mexico (6—8 December 2016) (2016/2997(RSP)).

Corina Crețu, *Member of the Commission*. – Madam President, as you know, Parliament and the Commission have been working side by side on internet governance issues in support of the multi-stakeholder model for many years. Both institutions actively supported the completion of the IANA transitions, as well as the extension of the Internet Governance Forum (IGF) mandate, which was part of the successful outcome of the review of the World Summit on the Information Society one year ago in December 2015.

Recently a historical milestone for internet governance was finally achieved. The IANA contract has expired. As of 1 October 2016, the multi-stakeholder community is responsible for the overview of the IANA functions. In parallel, a series of improvements in economic accountability have come into force. This is a major step in making internet governance truly global and I warmly welcome it.

Parliament, our Member States and the Commission have long called for the globalisation of the IANA functions. We have all worked together with the rest of the global multi-stakeholder community for it to happen. Indeed the European input into this process has been substantial. However, the transition is not only the end of a process. It is, much more importantly, the beginning of a new phase. The multi-stakeholder model will now be put to the test. It is now up to all of us to live up to our new responsibilities.

My message to you is that it is even more relevant now for Europe to have a strong presence and voice in international discussions. While the United States has stepped back from its previous role, the continued threat from more authoritarian countries means that the EU must remain vigilant and play an even bigger role in the stewardship of the internet and defence of the multi-stakeholder model. Next will be the Internet Governance Forum in Mexico. It is a very good sign of Parliament's engagement that, as I understand it, 18 MEPs will be participating in this global meeting.

Now that the IGF's mandate has been extended, the challenge is to make it even more relevant and helpful for the whole multi-stakeholder internet community, which will face an ever-changing technological landscape. The internet of today is very different from the internet we will have in 10 years' time.

Europe can, and should, be a more active and powerful player in internet governance in line with the importance of the internet for the European economy and society. The role of the internet and digital has never been so high on the political agenda. In Europe we are working hard to deliver on the digital single market. A fundamental building block for our success is ensuring that the internet continues to function in a reliable and stable way and its governance is balanced, inclusive and transparent. I look foward to your contributions.

Pilar del Castillo Vera, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora Presidenta; muchas gracias, Comisaria. Realmente, el año 2016 ha sido un año enormemente fructífero en la maduración de la gobernanza de internet. Hasta el 1 de octubre de este año, la gestión de la Autoridad para la Asignación de Números de Internet (IANA) estaba vinculada a la Administración de los Estados Unidos. A partir de 2016, la maduración de la gobernanza de internet ha culminado con su emancipación de ICANN, del Gobierno de los Estados Unidos, gracias al traspaso, el pasado 30 de septiembre, del contrato que tenía para el desempeño de las funciones de IANA desde la Administración estadounidense.

Esto es un hito realmente importante. Han sido muchos los años en los que este proceso se ha desarrollado. Ahora mismo nos encontramos ante una situación claramente definida por un enfoque *multistakeholder* para la gobernanza de internet.

Hay que decir, como decía la Comisaria, que la Unión Europea ha jugado un papel importante: la Comisión Europea, representando los intereses de todos los Estados miembros, por un lado, y también la presencia del Parlamento Europeo en todas las reuniones —y ya van a ser once— que, desde su fundación, ha tenido anualmente el Foro para la Gobernanza de Internet, que tiene que seguir manteniendo ese carácter abierto, no fragmentado y global de internet.

Carlos Zorrinho, *em nome do Grupo S&D*. – Senhora Presidente, no Fórum Global da Internet, em 2015, realizado em João Pessoa, no Brasil, foi possível prolongar por dez anos o acordo para a governação da Internet, continuando este a ser assegurado pela comunidade mundial de utilizadores, através de uma plataforma de parceria múltipla envolvendo os diversos *stakeholders*.

Nas conclusões desse fórum, foi dada ênfase ao compromisso do governo dos Estados Unidos de garantir a transferência das funções da IANA para a ICANN através de um processo transparente, acompanhado e verificado pela comunidade mundial de utilizadores.

Isso aconteceu. Em outubro de 2016, o processo de transferência foi consumado. Foi dado um passo importantíssimo para garantir um modelo aberto e participado de governação da Internet. Cabe agora ao Fórum Global de 2016, que decorrerá em Guadalajara, no México, entre 6 e 8 de dezembro, sob o signo da inclusão e do crescimento sustentável, consolidar o modelo de governação com provas dadas, fundado em valores democráticos e baseado em redes de fóruns de utilizadores estruturadas ao nível nacional, ao nível regional e ao nível global.

É fundamental garantir que, com a nova revolução digital e com as novas plataformas tecnológicas, a Internet continue a ser uma rede aberta, livre de ingerências, tecnologicamente neutral e capaz de conciliar a abordagem de mercado com as dimensões sociais da inclusão, da universalização de acesso e da generalização de serviços de utilidade pública.

A União Europeia tem sido um parceiro determinante na afirmação de uma visão aberta e plural na divulgação da Internet. Esta visão, associada a parcerias globais bem-sucedidas, fez a diferença em momentos-chave da decisão em que os arautos do controlo da Internet tentaram fazer valer a sua perspetiva e falharam.

Esta perspetiva europeia, vencedora do plano global, tem de ser também agora prevalecente na concretização da Agenda Digital e do Mercado Único Digital. A opção por uma Internet aberta, de acesso universal, inclusiva e ao serviço de cidadãos, enforma e motiva também a iniciativa Wifi for Europa de que sou relator.

Esta iniciativa afirma o modelo democrático e participativo, de facilitação do acesso à Internet pelas diversas comunidades e territórios, e pode e deve ter um efeito seminal, com princípios de ação que devem ser encorajados em todo o mundo e incluídos nas diretivas de cooperação externa da União.

Kosma Złotowski, *w imieniu grupy ECR*. – Szanowni Państwo! Internet jest narzędziem o zasięgu globalnym – to jasne. Finał procesu przekazywania funkcji porządkowania systemu domen i adresów IP przez rząd amerykański społeczności międzynarodowej to potwierdzenie tego faktu od strony administracyjnej. Intencje tego procesu są oczywiście jak najbardziej słuszne, jednak czy możemy być pewni, że globalna kontrola będzie bardziej efektywna niż dotychczas? Czy na dłuższą metę wypracowanie uniwersalnych standardów w zakresie podstawowych zasad funkcjonowania internetu jest możliwe, skoro nawet w kwestii praw człowieka nie mogliśmy się porozumieć? Trudno uwierzyć, że reżimy niedemokratyczne i prywatne korporacje nie wykorzystają swoich wpływów, aby dzięki tej zmianie wzmocnić swoją kontrolę nad siecią. Taki scenariusz byłby oczywiście niezwykle groźny dla nas wszystkich. Dlatego musimy rozmawiać z naszymi partnerami w międzynarodowych gremiach i szukać porozumienia w sprawie wspólnych zasad zarządzania internetem.

Kaja Kallas, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, the recent internet governance transition to the global internet community is a symbolic step, but symbolic steps are quite necessary in these turbulent times, especially after the recent elections in the USA. Most people involved in the work of ICANN will say that it will not change much, as the US Commerce Department was only validating that decisions follow protocols, but this is how it was, and with new leadership things can change. So for non-Americans there is definitely a sense of relief that the transition has been done, not only because of the US political landscape, but because internet governance just cannot be under oversight of one specific country.

Trust and openness are at the heart of the internet, so people expect the internet to function and to be able to trust it; but maintaining that trust does involve a lot of technical work behind the scenes that most of us do not really see. The work of ICANN on domain names is a good example. Domain names are like phone numbers: if some of us have the same number, then it's a problem. So people need to trust that there is an inclusive and transparent process in place on how domain names are distributed and how name collisions are dealt with. The internet was created with the dream of free flow of information, but since then interests around controlling the internet from both the private sector as well as the public sector have been growing. Therefore this is an important time for multi-stakeholder internet governance to be successful. It is crucial to show even in a rather technical area that the process is independent and transparent.

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Das *Internet Governance Forum* 2016 steht unter dem Motto: „Inklusives und nachhaltiges Wachstum ermöglichen." Die Erhöhung der Konnektivität ist dabei eines der vorrangigen Ziele, und Konnektivität bedeutet in dem Zusammenhang, dass bis zum Jahr 2020 eine weitere Milliarde Menschen online gehen sollen.

Das diesjährige Forum hat drei Schwerpunkte, das sind *Cyber Security, Cyber Economy* und Menschenrechte, die sehr gut gewählt sind! *Cyber Security* – die Bedeutung ist nicht extra hervorzuheben. Jeder in Deutschland – rund 300 000 Personen waren von dem Ausfall bei der Deutschen Telekom betroffen –, weiß, dass *Cyber Security* heute nicht nur Unternehmen, sondern jeden privaten Haushalt ebenso betreffen kann.

Die digitale Wirtschaft generell ist der Schlüsselfaktor für Wachstum und Beschäftigung. Digitale Innovation, wie wir heute bei Blockchain zum Beispiel sehen, ist der Treiber für Hunderttausende neuer Arbeitsplätze. Die EU muss hier stark vertreten sein.

Die vom *Internet Governance Forum* gefassten Beschlüsse sind allerdings nur *agreements of principle*. Das heißt, sie können das digitale Wachstumspotenzial und die Auswirkungen auf eine globale Gesellschaft aufzeigen, eine Fragmentierung des Internets aber nicht verhindern. Die Fragmentierung ist aber die größte Gefahr für das Internet. Aus diesem Grund muss das Mandat des *IGF* verstärkt werden. Das Internet muss offen und frei zugänglich bleiben.

Jerzy Buzek (PPE). – Madam President, the internet is a global common resource and a springboard to economic, scientific and social development. The EU has to contribute actively to the evolving model of internet governance. Parliament has been committed to making the governance transparent and inclusive. We welcomed the transfer of supervision over the Internet Assigned Numbers Authority to the multi-stakeholder communities. This will help us keep the internet open and safe. Moreover, the Internet Governance Forum must remain high on the agenda of the EU institutions and the Member States.

Next week the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE) will once again lead the European Parliament delegation to the Forum's meeting in Mexico. The European perspective must be communicated globally for the sake of our industry, business and citizens, especially citizens of course. Three preconditions are necessary: global efforts to improve access all over the world to the internet, joint strategies for raising the security of critical infrastructure, which is very important in times of so many hybrid threats, and ensuring internet communication for our citizens and companies, especially small and medium enterprises. That is a priority for us.

Lambert van Nistelrooij (PPE). – Madam President, next week the Internet Governance Forum (IGF) takes place just after the change of the IANA stewardship to the global internet community in October 2016 — an important milestone that has been supported by Parliament and the Commission for years.

The new arrangement is the outcome of political awareness and pressure. We have strengthened the position of the global internet community, internet governance. The principles of openness, security, reliability and independence from national states have been applied. In times of strong tendencies toward national solutions and attitudes, we have to make sure that the internet truly remains the free worldwide web. There can be No Balkanisation of the internet, where countries build virtual walls, fragmenting the worldwide web into national internets, limiting trade and communication, which are our principles.

A lot of work needs to be done, as Mr Buzek said, including in terms of involving the stakeholders from developing countries and our youth. It is important that young people take responsibility, and the Youth IGF next week in Mexico is a good start. It is a good sign that Parliament is sending a big delegation – a good high-level delegation – as is the Commission, to Guadalajara in Mexico.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, mnoho už bylo k tomuto tématu řečeno, já pouze podtrhnu slova svých předřečníků. Je velmi dobře, že Evropská unie vysílá svoji delegaci na toto globální internetové fórum. Podoba internetu je mimořádně důležitou věcí. Patří ke svobodné společnosti. My musíme udělat maximum pro to, aby správa internetu, která přechází fakticky do soukromých rukou, do oblasti soukromého sektoru, tak aby byla vykonávána efektivně a aby některá klíčová témata, o kterých se diskutuje, jako je přístup k internetu pro mladé lidi, pro gendry, jako je přístup k internetu ve třetích zemích, jako je otázka ochrany osobních dat, ochrana lidských práv a ochrana svobody projevu na internetu, byla předmětem důsledné debaty. Já jsem pro absolutní svobodu projevu na internetu, na druhou stranu my musíme upozorňovat na to, že tato svoboda občas je zneužívána, například v případě České republiky ze strany Ruska, které šíří nepravdivé informace na internetu.

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Miapetra Kumpula-Natri (S&D), *sinisen kortin kysymys.* – On tärkeää, että Eurooppa on edustettuna. Meillä oli myös mahdollisuus kuulla asiantuntijoita, miten he näkevät tilanteen kehittymisen kaiken kaikkiaan internetin osalta, onko avoimuus lisääntynyt vai vähentynyt. Näiden eurooppalaisten itsestään selvien mielipiteiden vieminen eteenpäin on tärkeää. Siksi on tärkeää, että Euroopan delegaatio on siellä. Valitettavasti asiantuntijat kertoivat meille, että hyvään suuntaan emme ole kehittymässä vaan huonoon suuntaan.

Jiří Pospíšil (PPE), *odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty.* – Nevím, zda byl špatný překlad, ale přímo jsem nezaznamenal otázku. Budu tedy reagovat na to, co paní kolegyně řekla.

Já absolutně souhlasím. Naším cílem má být to, abychom udělali vše pro to, aby internet byl otevřený, aby tam byla svoboda projevu, aby nedocházelo k jeho fragmentaci a aby víceméně internet byl přístupný občanům ve třetích zemích. To je palčivý problém, kde by Evropská unie měla jednoznačně podporovat, aby maximum lidí na této planetě mělo svobodný přístup k internetu.

Catch-the-eye procedure

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το DNS αποτελεί έναν από τους πιο σημαντικούς πυλώνες του Διαδικτύου, καθώς συνδυάζει τις διευθύνσεις IP με τους παρόχους. Οι Ηνωμένες Πολιτείες είχαν πάντα τον τελικό έλεγχο σε ό,τι αφορά τον έλεγχο του DNS και η μεταβίβαση της διαχείρισης της IANA από την αμερικανική κυβέρνηση στη μη κερδοσκοπική οργάνωση ICANN αποτελεί το τέλος του ελέγχου και της διαχείρισης του Διαδικτύου από τις Ηνωμένες Πολιτείες. Η ενέργεια αυτή των ΗΠΑ είναι ένα βήμα ανοικτό, σταθερό και συνδυάζει τον πολυμερή έλεγχο του Διαδικτύου. Περιορίζει την εξουσία της Ουάσιγκτον στη διακυβέρνηση του Διαδικτύου και θέτει τον έλεγχο υπό το φάσμα μιας διεθνούς ομπρέλας. Τα εμπλεκόμενα μέρη πρέπει να διασφαλίσουν ότι το Διαδίκτυο θα είναι και θα παραμείνει ένα ενιαίο, ανοικτό, ουδέτερο, ελεύθερο και αδιάσπαστο δίκτυο και κατά τη μεταβατική περίοδο.

(End of catch-the-eye procedure)

Corina Crețu, *Member of the Commission.* – Madam President, honourable Members, let me first thank you for your support and engagement in this file. We are at a turning point for the evolution of the internet, an amazing technology that for good and for bad is a mirror of our societies. Now it is time to deliver what is needed to keep the internet open, unfragmented and reliable. Going forward, it will be important to continue to work together and make sure the EU acts as a coherent and positive partner in internet governance discussion at the global level. This will include working on how to improve the multi-stakeholder model and make it more inclusive, accountable, and transparent. In this context, stronger links with internet governance dialogue taking place at local and national level are also very important.

The internet governance forum has grown to become an important platform for these discussions, and I am confident with our input it will continue to improve and grow over the next coming years. I therefore wish the European Parliament delegation going to Guadalajara a fruitful meeting. The Commission will also be present there with a delegation from DG CONNECT. I am confident that you will be able to bring forward the discussion in many areas, and I am looking forward to hearing about the result of your discussions.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Tra pochi giorni si terrà l'Internet Governance Forum 2016, importante appuntamento per discutere e codificare ulteriormente i miglioramenti necessari nel settore delle ICT. Queste discussioni guidano le azioni da parte dei governi nazionali, le agenzie regionali e globali e degli operatori. È di conseguenza importante sottolineare che l'IGF discuterà anche di questioni di politica pubblica pertinenti con internet, quali la sicurezza informatica e la privacy dei dati, argomenti sui quali mi sono più volte pronunciato. Devo dire che sarà imprescindibile il tema della governance di internet in un contesto globale, con alcune particolarità di rilievo: vi è una crescente competizione economica nel campo digitale; l'asse del cyberspazio globale non è quello solito, ma è intorno gli Stati Uniti e la Cina; dopo le decisioni della Corte di giustizia europea su Safe Harbor e diritto all'oblio, la privacy e la cybersecurity non sono più solo una questione di diritti umani. Ora sono anche un problema economico, anzi, di cybereconomy, è in quest'ottica che vanno risolte, con l'attivazione di una crescita inclusiva e sostenibile per i paesi in via di sviluppo.

Danuta Jazłowiecka (PPE), *na piśmie*. – Nadchodzące Forum Zarządzania Internetem jest nie tylko ważnym wydarzeniem na skalę światową, ale także ważnym elementem współpracy pomiędzy Unią Europejką a Meksykiem. Na ten aspekt chciałabym zwrócić Państwa uwagę jako członkini Delegacji ds. Stosunków z Meksykiem oraz jako członek delegacji Parlamentu Europejskiego z ramienia STOA na to właśnie wydarzenie. Meksyk, ze względu na swój potencjał naukowo-technologiczny, jest dla nas atrakcyjnym partnerem. Od początku nasza współpraca była intensywna i wydarzenia takie jak Forum Zarzadzania Internetem jeszcze bardziej ją pogłębiają. Warto zwrócić uwagę na wspólne europejsko-meksykańskie projekty takie jak projekt LEADERSHIP, który wspierał dialog między Unią a państwami Ameryki Łacińskiej w dziedzinie współpracy na rzecz technik teleinformacyjnych (ICT). Dzięki realizacji projektu powołano specjalną grupę ekspercką, która jest trwałym mechanizmem wspierającym dialog. Mam nadzieję, że wydarzenia takie jak Forum Internetu zaowocują podobnymi pożytecznymi inicjatywami. Ponadto nadchodzące forum jest świetną okazją, aby porozmawiać o wpływie cyfryzacji na rynek pracy. Szczególnie interesująca może okazać się wymiana dobrych praktyk na temat nowych form pracy poprzez platformy cyfrowe. W Europie nadal nie znaleźliśmy idealnego rozwiązania, jak połączyć elastyczność z bezpieczeństwem pracownika. Dlatego tez forum to może okazać się doskonałym źródłem informacji.

16. Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union: eine Bewertung - Lage in Italien nach den Erdbeben (Aussprache)

President. – The next item is the joint debate on

— the report by Salvatore Cicu, on behalf of the Committee on Regional Development, on the European Union Solidarity Fund: an assessment (2016/2045(INI)) (A8-0341/2016),

— the oral question to the Commission on the situation in Italy after the earthquakes, by Ivan Jakovčić, Iskra Mihaylova, Matthijs van Miltenburg, Petras Auštrevičius, Norica Nicolai, Urmas Paet, Remo Sernagiotto, Raffaele Fitto, on behalf of the Group of the Alliance of Liberals and Democrats for Europe (O-000139/2016 – B8-1812/2016),

— the oral question to the Commission on the situation in Italy after the earthquakes, by Lambert van Nistelrooij, Antonio Tajani, Elisabetta Gardini, Salvatore Cicu, Constanze Krehl, Mercedes Bresso, Davor Škrlec, Ramón Luis Valcárcel Siso, Group of the European People's Party (Christian Democrats), Group of the Progressive Alliance of Socialists and Democrats in the European Parliament, Group of the Greens/European Free Alliance (O-000140/2016 – B8-1813/2016),

— the oral question to the Commission on the situation in Italy after the earthquakes, by Rosa D'Amato, Laura Agea, Fabio Massimo Castaldo, Isabella Adinolfi, Rolandas Paksas, Daniela Aiuto, Piernicola Pedicini, David Coburn, on behalf of the Europe of Freedom and Direct Democracy Group (O-000141/2016 – B8-1814/2016), and

— the oral question to the Commission on the situation in Italy after the earthquakes by Curzio Maltese, Eleonora Forenza, Barbara Spinelli, on behalf of the Confederal Group of the European United Left – Nordic Green Left (O-000146/2016 – B8-1817/2016) (2016/2988(RSP)).

Salvatore Cicu, *relatore*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, dopo i tragici eventi alluvionali del 2002, l'Unione europea ha istituito il Fondo di solidarietà, per esprimere in maniera tangibile, una centralità rispetto a questi temi, verso i paesi colpiti da gravi catastrofi naturali. L'Italia si trova in questi ultimi anni, purtroppo, ad affrontare drammi importantissimi: l'alluvione in Sardegna, in Liguria, in Piemonte. Questo è di qualche giorno fa, ma il terremoto all'Aquila, nel Centro Italia è sicuramente impossibile prevedere tutte le situazioni di emergenza, tutte le catastrofi, ma è sempre possibile migliorare la gestione delle loro conseguenze. Preliminarmente vorrei anche dire che in questi casi le istituzioni europee devono essere sensibili, devono capire che la loro credibilità, la loro autorevolezza, dipende anche dalla capacità di essere presenti in questi momenti e di trasferire un messaggio, di capacità appunto, di gestione.

Noi sappiamo che, per quanto positive siano state le modifiche apportate dal regolamento 2014, cioè quelle riferite ai pagamenti anticipati fino al 10% dell'importo, l'ammissibilità dei costi legati alla preparazione e all'attenzione delle operazioni di emergenza e di ripristino, ma anche la proroga dei termini per la presentazione della domanda da parte degli Stati membri, l'introduzione del termine di sei settimane per la risposta della Commissione, le nuove disposizioni in materia di prevenzione, delle catastrofi naturali e miglioramenti delle relative procedure.

Credo fermamente però, che ancora molti passi in avanti possano e debbano poter migliorare l'efficacia del fondo e mostrare ai nostri cittadini, colpiti da catastrofi, che l'Europa è veramente vicina alle loro necessità, quindi è importante la presenza della Commissione europea quest'oggi per chiedere alla Commissaria che il Fondo di solidarietà, venga ancora migliorato, per superare alcune criticità che tuttora permangono. Quindi chiedo alla Commissione di valutare la possibilità, di aumentare la soglia dei pagamenti anticipati, dal 10 al 15%, perché è importante l'immediatezza della disponibilità, che i territori possono realizzare rispetto alle situazioni emergenziali, così come ancora in Italia, rispetto ai drammi che vive, ho appena citato, nonché la possibilità di abbreviare i termini per il trattamento delle sei domande da sei a quattro settimane.

Invito inoltre la Commissione a esaminare la possibilità di istituire una soglia di ammissibilità che dall'1,5% si realizzi invece, con il limite dell'1% del Pil regionale, e a considerare nella valutazione delle domande il livello di sviluppo socioeconomico delle regioni colpite. Chiedo però agli Stati membri anche, di agire con responsabilità, nel migliorare i loro mezzi di comunicazione e cooperazione con le autorità locali e regionali, sia durante il processo di valutazione iniziale dei danni ammissibili, per i quali viene richiesto il sostegno finanziario, perché troppe volte il ritardo e la poca capacità amministrativa, hanno causato ulteriori ostacoli.

Chiedo inoltre a questa Commissione che nel caso specifico del terremoto, venga la data la possibilità di rivedere le regole sulla flessibilità e sul patto di stabilità, soprattutto con riferimento agli investimenti antisismici e sulla ricostruzione sostenibile, perché in questo caso specifico dovrebbero essere esclusi dal calcolo del deficit nazionale nel quadro del patto di stabilità, perché in questo caso non si può chiedere una deroga alla norma per ragioni elettorali, ma per salvaguardare la vita, la sofferenza di centinaia di persone che, nell'ambito di catastrofi naturali, hanno perso la vita.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Lambert van Nistelrooij, *author.* – Mr President, Mr Cicu has made a lot of very concrete proposals. It is now two years ago that we first spoke in this House about the Solidarity Fund, and it is indeed possible to be quicker, to be more effective and to have a reconsideration of the exact territory and figures. So my question to the Commissioner more generally is whether the Commission is able to take over these proposals and what kind of planning does it have to deliver these ameliorations. And it doesn't have to cost more. In fact, since the Solidarity Fund started we have spent EUR 3.8 billion, and it has been mobilised in 70 natural disasters in 24 countries of the Union. So as Mr Chico said in his report, it is very close to people and it can be used to act immediately. At this time of naturalistic, populist debates, this really is being close to the people when with floods, hurricanes and earthquakes things go totally wrong. I support Mr Cicu strongly on this.

The second question, harking back to the previous period and the proposal from Mr Kallas in 2007 on earthquakes, is that it is so important to have a good preventive alarm system, and also with our funds – combining the Solidarity Fund with the regional development funds – to put prevention in the forefront. I think we are having the right debate, especially as the situation in Italy makes this a timely debate, and I am very glad that the government recently brought the proposal to the European Commission. I hope we will have good follow-up to the proposal.

Ivan Jakovčić, *autor.* – Gospodine predsjedniče, posljedice potresa koji je zadesio Italiju ovoga ljeta još uvijek nisu uklonjene. Posljedice su 290 poginulih ljudi, preko 400 teško ozlijeđenih. Računamo da je oko 100 000 ljudi raseljenih ili će morati biti raseljeni. To su zaista stravične posljedice.

Zato ovom prilikom želim istaknuti da je vrlo važno da sutra usvojimo rezoluciju koju smo predložili, jer trebamo ukazati na probleme s kojima se suočavamo kada govorimo o Fondu solidarnosti u EU-u. Trebamo brže reagirati pa čak uključiti EIB kada govorimo o tome da neke stvari treba pretfinancirati ili financirati u smislu ovakvih nepogoda koja zadešavaju područja iz kojih dolazimo.

Kao izvjestitelj za Jadransko-jonsku makroregiju govorili smo o specifičnosti tog područja. Nažalost, potresi su jedna od specifičnosti tog područja. Cijela Italija i Balkan su vrlo trusna područja. Znamo za povijesne potrese u Dubrovniku, Zagrebu, Skopju, Grčkoj, Crnoj gori. Znamo za te probleme i moramo učiniti sve kako bismo mogli prevenirati jer ljudski životi, svjetska kulturna baština nema cijenu. Moramo voditi dugoročnu politiku kako zaštiti od potresa tu svjetsku kulturnu baštinu na Jadransko-jonskom području. Da ne govorim o infrastrukturi i svemu onome što je bitno za život ljudi.

Na kraju želim svima onima koji su stradali u potresu u Italiji još jednom izraziti moju maksimalnu sućut i žaljenje.

Mercedes Bresso, *autore*. – Signor Presidente, ringrazio i colleghi che dimostrano che la solidarietà esiste in Europa, anche a nome del mio paese, in cui, come sapete, gli avvenimenti sismici sono stati di gravità eccezionale e in alcuni mesi hanno sconvolto una zona molto ampia del Centro Italia. Credo che oltre al ricordo delle vittime dobbiamo richiamare che sono stati prodotti danni ingenti ad abitazioni, gran parte delle infrastrutture sono state distrutte, le imprese sono state duramente colpite, gli edifici pubblici, scuole, ospedali, strutture sono in moltissimi casi non agibili. È dunque ancora una situazione di gravissima emergenza che si sta affrontando con misure rapide ma efficaci, a cui si sta già intervenendo, sia per la ricostruzione, che anche per la prevenzione, che i colleghi hanno molto opportunamente richiamato.

Nella risoluzione, di cui siamo coautori, un gruppo di rappresentanti dei diversi gruppi politici, accogliamo con piacere la disponibilità – che speriamo la Commissaria ci confermerà – e la concessione di una maggiore flessibilità per le spese relative all'emergenza, ma anche per quelle di messa in sicurezza, che sono (io credo) un elemento importantissimo per tutta l'area sismica, che, come ricordava il collega è italiana ma anche dei Balcani. E anche la rapidità e l'impegno alla rapidità nella messa a disposizione delle risorse, del fondo di solidarietà, anche in questo caso la rapidità e la capacità di dimostrare che l'Unione europea si muove quando è necessario, con la dovuta celerità.

Grazie, quindi se questi impegni verranno mantenuti e vorrei ricordare anche, tutti i volontari, che hanno offerto il loro enorme contributo, salvando vite umane e limitando i danni, molti dei quali anche stranieri. Speriamo che nel futuro il rafforzamento dei corpi di solidarietà a livello europeo permetta a molti giovani di fare un'analoga esperienza.

Igor Šoltes, *Avtor.* – Beseda solidarnost v tem poročilu igra zelo pomembno vlogo. In vsi ti zadnji potresi, ki so prizadeli osrednjo Italijo, od avgusta do konca oktobra, kažejo seveda, da je mati narava popolnoma nepredvidljiva in zato je ta solidarnostni sklad, ustanovljen že davnega leta 2002, tako pomemben.

Pomembno pa je tudi to, da ta finančna podpora za reševanje posledic in ublažitev posledic pride pravočasno, na prave naslove. Velikokrat pa so na tem področju seveda tudi administrativne ovire, ki načeloma naj bi preprečevale tudi zlorabe, korupcijo in pa seveda stvari, ki se včasih izkoriščajo v slabe namene.

In zato mislim, da bi Komisija tudi na tem področju lahko naredila korak naprej in pripravila na nek način tudi neki „guideline" in navodila državam članicam – priporočila, kako, naj čim bolj učinkovito izkoristijo in seveda tudi zagotovijo razdeljevanje te pomoči. Po eni strani tiste iz solidarnostnega sklada in po drugi strani seveda tudi v okviru držav članic.

Bi se pa na tem mestu osredotočil tudi na en drug problem, in sicer včasih pozabimo tudi na tiste, ki pri reševanju ljudi in premoženja ob naravnih nesrečah, potresih, poplavah, tvegajo tudi svoja življenja.

Govorim tudi o gasilcih, civilni zaščiti in tistih prostovoljcih, ki se postavljajo torej v zaščito – kot sem rekel – ljudi in pa seveda tudi premoženja.

In mislim, da del pozornosti mora Komisija v prihodnje nameniti tudi temu. Zlasti glede tega, ker mnogi prostovoljci, ki so v delovnem razmerju, od delodajalcev seveda ne dobijo ustreznega nadomestila za njihovo odsotnost, čeprav gre za požrtvovalno delo in pa solidarnost.

In mislim, da je to še dodaten izziv, na katerega moramo biti posebno pozorni, in seveda hvala vsem tistim, ki so se žrtvovali pri tej pomoči.

Rosa D'Amato, *autore.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i recenti terremoti in Italia centrale hanno mietuto quasi 300 vittime e costretto centomila persone ad abbandonare le proprie abitazioni, le proprie attività, e procurato miliardi di euro in danni materiali. Non basta la solidarietà e la vicinanza, i cittadini vogliono risposte dall'Unione e dai governi, per rimettere in piedi un territorio duramente colpito.

L'Italia è a elevato rischio sismico ed è spesso sferzata da eventi climatici che provocano frane, alluvioni, smottamenti, come pochi giorni fa nel nord ovest del paese. I cittadini attendono risorse e vogliono che queste siano impiegate correttamente, per la prevenzione dei disastri, per il contrasto al dissesto idrogeologico, per la messa in sicurezza di case, scuole, ospedali e aziende. Sono decenni che se ne parla, ma i fatti smentiscono le promesse fatte da tutti i governi che si sono avvicendati. A complicare il quadro, ci sono poi le catene e i vincoli imposti da questa Europa, che toglie il fiato già nell'ordinaria amministrazione e che in casi di calamità, rischia di strangolare la popolazione e le attività produttive.

Il Movimento 5 Stelle dall'inizio della legislatura, insiste per lo scorporo dei fondi strutturali dal calcolo del deficit, uno dei parametri del Patto di stabilità e crescita. E oggi, coerentemente, chiede di escludere dal calcolo, la ricostruzione sostenibile, la prevenzione antisismica e le azioni cofinanziate con fondi strutturali secondo l'obiettivo tematico, cinque. Faccio un appello a tutti i colleghi, affinché il Parlamento sostenga e voti questa posizione, espressa nella risoluzione nel compromesso 11. La Commissione valuti la domanda del governo italiano per il Fondo di solidarietà, ma in maniera rapida e vigili affinché le risorse siano utilizzate in maniera opportuna. L'austerità non si combatte a corrente alternata, in occasione di emergenze o di scadenze elettorali, ma in maniera coerente e continua e non strumentale.

Curzio Maltese, *autore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, tempestività, efficacia, prevenzione. Io credo che i colleghi, molti colleghi, al di là delle diverse posizioni, siano d'accordo, sul perseguire questi obiettivi. E la relazione è un passo in avanti, ma rimane da fare altro. L'esperienza ci dice che questo Fondo di solidarietà, pur essendo limitato, non è stato utilizzato appieno finora, nonostante le catastrofi naturali siano in aumento in Europa, anche per effetto dei mutamenti climatici. Nel 2014 per esempio sono stati spesi soltanto 126 milioni sui 500 disponibili. Anche perché le soglie di accesso sono troppo alte. Dobbiamo cambiare questo meccanismo. Renderlo più funzionale. In quale modo?

Il più semplice sarebbe di abbassare le soglie, che è stato proposto e gli Stati l'hanno rifiutato. Noi proponiamo come emendamento, anche un'altra soluzione, complementare all'abbassamento delle soglie, forse più equa, che è quella di calcolare le soglie non solo sulla base di un singolo evento, ma anche sommando i danni subiti da una stessa regione nell'arco di un anno, per effetto di catastrofi naturali e ripetute. Abbiamo portato qui, tutti noi, l'esperienza tragica delle popolazioni del Centro Italia che avevano appena cominciato a ricostruire le loro città, distrutte dal terremoto in agosto, quando altre tre devastanti scosse hanno annientato il lavoro fatto. Ma c'è anche l'esperienza di regioni, specialmente nel Sud Europa, in Italia, il Portogallo, Spagna, Grecia e Cipro, dove i mutamenti climatici, le cattive politiche del territorio, producono catastrofi che ormai si susseguono in serie, portando le popolazioni alla disperazione. Allora mi domando e vi domando, che senso ha valutare uno per uno eventi che ormai sono collegati, negando la nostra solidarietà a chi ne ha davvero più bisogno, sulla base di un gelido algoritmo burocratico?

Corina Crețu, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to start with Mr Cicu's report on the Solidarity Fund, and I would like to thank Mr Cicu and the Committee on Regional Development for this own-initiative report on the EU Solidarity Fund. Solidarity, as has been said here, is one of the fundamental values of the European Union. However, this value takes on even more importance when one of our Member States, regions or accession countries is hit by natural disasters.

The EU Solidarity Fund was created exactly for this purpose. As a speaker rightly said, two years ago we introduced a reform to make support from this fund better and simpler. We are currently assessing the impact of this reform, but we can already note some positive consequences.

First: clarity. Criteria for support from the Solidarity Fund are now much clearer. This means more transparency, but also greater ease for beneficiaries to prepare successful applications. Second: rapidity. Assessment and decisions on support are now speedier, not least thanks to Commission-streamlined procedures. Third: advance payments. Now we can ensure that shelter, clothes and food can be delivered while we are deciding on applications. Thanks to this possibility, Italy will be receiving EUR 30 million in advance payments already in December to help alleviate the consequences of recent earthquakes. But beyond these changes, the ongoing simplification of cohesion policy regulations should also help facilitate swift decisions on solidarity fund applications.

Sulla situazione in Italia dopo il terremoto quattro domande orali. Sono lieta di annunciare che le autorità italiane hanno recentemente introdotto la domanda per attivare il Fondo di solidarietà dell'Unione europea. Questa domanda riguarda i terremoti di agosto e di ottobre. Stiamo ancora lavorando con le autorità italiane per completare la valutazione dei danni causati dal terremoto in ottobre, poi saremo in grado di attivare concretamente il Fondo di solidarietà. Nel frattempo abbiamo già lanciato la procedura per assegnare un anticipo di 30 milioni di euro, che è il massimo consentito dal regolamento. Questo anticipo sarà già disponibile la settimana prossima e consentirà di sostenere gli interventi più urgenti. Ma, cari colleghi, e la solidarietà dell'Unione europea non si limita soltanto al Fondo di solidarietà. Anche la politica di coesione può e deve essere attivata. In questo contesto, la Commissione sta esaminando come i programmi della regione colpita dal terremoto possano essere adattati per sostenere la prevenzione delle catastrofi e il rilancio sociale ed economico nelle zone colpite da terremoti. Infine, ho proposto che i lavori di ricostruzione in caso di calamità naturali possono essere interamente coperti dai fondi strutturali, per esempio per la basilica di San Benedetto di Norcia.

Marco Valli, *relatore per parere della commissione per il controllo dei bilanci*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la commissione per il controllo dei bilanci ha redatto un testo molto chiaro, dove riteniamo fondamentale che il fondo di solidarietà si avvii verso una semplificazione delle procedure e dei criteri di valutazione per la richiesta di attivazione. Questo per essere il più tempestivi possibile in situazioni di emergenza, nel caso di spiacevoli catastrofi. Allo stesso tempo riteniamo che non sia però possibile effettuare un buon controllo senza la totale trasparenza, perché non deve essere minimamente consentito speculare sulle situazioni d'emergenza. Per questo nella relazione invitiamo gli Stati membri e la Commissione a rendere pubbliche e pienamente accessibili, tutte le informazioni sull'uso del Fondo di solidarietà, cosa che fino ad oggi non è stata fatta e ha permesso in alcuni casi, l'utilizzo improprio del denaro, tra cui

l'ultimo terremoto che era successo all'Aquila. Aggiungo personalmente, a nome del Movimento 5 stelle, che non è accettabile, sentir parlare di vincoli europei di spesa, in un momento di crisi della domanda come questo e come quello in cui ci troviamo, e men che meno quando ci sono di mezzo le catastrofi. Per questo, interventi di prevenzione e ricostruzione dovrebbero immediatamente essere esclusi da vincoli per l'Italia e per tutti i paesi. Questo non è populismo, non è demagogia, è semplicemente buonsenso.

Ramón Luis Valcárcel Siso, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, el año 2016 ha sido un año devastador para el pueblo italiano: Norcia, Amatrice, Preci. Cientos de vecinos a los que la tierra, en su virulencia, arrebató la vida. Miles de vecinos obligados a buscar refugio en otros lugares tras ver sus casas consumidas.

Destinar los fondos precisos para reconstruir hogares, colegios, centros de salud, iglesias, infraestructuras es sencillamente reconstruir vidas. Y es aquí donde el principio de solidaridad debe aplicarse con mayor intensidad. Viví una experiencia similar cuando la tierra se abrió en mi región, la región de Murcia, que entonces presidía, arrasando una histórica ciudad, la de Lorca, y, lo que es peor, llevándose por delante muchas vidas humanas. Por eso muestro yo también mi solidaridad con Italia, en general, y con las zonas afectadas, de forma particular.

Soy consciente de las implicaciones económicas y humanas causadas por los terremotos. Sé que en estos momentos es cuando los ciudadanos más necesitan la respuesta de las instituciones políticas; la cercanía, especialmente, de las instituciones de la Unión Europea.

Por esta razón, señora Comisaria, pido a la Comisión mayor flexibilidad en el presupuesto con el que hacer frente a este tipo de tragedias y acontecimientos no previstos. Usted, señora Crețu, es una persona sensible y comprometida con estas situaciones y es en ello en lo que confiamos.

Tonino Picula, *u ime kluba S&D*. – Gospodine predsjedniče, Fond solidarnosti EU-a postoji zbog pružanja financijske potpore državama članicama i državama pristupnicama nakon velikih prirodnih katastrofa. Od osnivanja do kraja srpnja prošle godine ukupno je odobreno i isplaćeno 4 milijarde EUR na temelju 72 zahtjeva iz 24 zemlje.

Nakon nekoliko pokušaja 2014. konačno su prihvaćeni prijedlozi Komisije o izmjenama radi ubrzavanja postupaka isplate. Uvode se predujmovi i daje više vremena za korištenje bespovratnih sredstava. Razjašnjava se područje primjene te potiče na prevenciju šteta od elementarnih nepogoda.

Međutim, najveći problem Fonda je svakako spora isplata odobrenih sredstava. Bez obzira na spomenute reforme, mora proći minimalno do 10 tjedana do isplate jer dopuštenje moraju dati i Vijeće i Parlament. U praksi je rok i duži. Primjerice, novac za poplave koje su pogodile Hrvatsku i ostale zemlje u regiji u svibnju 2014. Komisija je odobrila u listopadu, ali ga je Parlament potvrdio tek u prosincu iste godine nakon punih 7 mjeseci. U narodu postoji sljedeća izreka: „Tko pomaže odmah, pomaže dvostruko".

Smatram da nedostaje jači financijski instrument kako bi se mogao pokriti veći udio u ukupnom trošku šteta. Trenutačno je riječ o svega 2 – 5 % ukupne štete. Treba povećati stopnju plaćanja akontacije s trenutačnih 10 %. Tako ćemo zaista iskazati solidarnost i zajamčiti brzu pomoć ljudima pogođenim velikim elementarnim nepogodama. Valja izbjeći situacije kada se žrtve osjećaju napušteno u dugom razdoblju od katastrofe do uplate sredstava fonda.

Ovo izvješće i rezolucija o posljedicama katastrofalnih potresa u Italiji jesu dobar niz prijedloga pomoći stradalim građanima jer poboljšavaju rješenja Komisije. To se odnosi na trajanje isplate pomoći, prevencije, provedbu *ex ante* uvjeta u kohezijskoj politici, sinkronizaciju postojećih instrumenata EU-a, transparentnost u trošenju dodijeljenih sredstava i suradnju različitih razina odlučivanja.

Zahvaljujem kolegu Cicu na dobroj suradnji te vas pozivam da sutra izvješće usvojimo.

Remo Sernagiotto, *a nome del gruppo ECR*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, volevo ringraziare anche il Commissario per l'intervento, che ho apprezzato molto. Ma volevo partire dalla relazione dell'onorevole Cicu, che indica in modo puntuale di essere molto veloci in questi momenti. Vede, in queste terre così belle, ma così difficili del Centro Italia, terre che conosciamo molto bene, l'economia è tutta basata sull'agricoltura soprattutto e la sua trasformazione, e l'agricoltura – ieri parlavo con il sindaco di Amatrice – che mi spiegava che per 2 000 persone, 1 100, lì è inverno, c'è già la neve, fa molto freddo. Però quelle imprese non si possono lasciare, quelle imprese sono legate agli animali, perciò alle persone che vivono lì e che accudiscono.

Ma l'importanza di rimanere lì, perché il tempo potrebbe essere drammatico per quelle terre. Noi non le dobbiamo abbandonare, né le persone, né quel territorio. È un territorio strategico, perché abbandonato potrebbe diventare un territorio, difficile per tutti, non solo per quelli che lì ci vivono. Perciò occorre accelerare e dare delle risposte immediate. Intanto quella straordinaria fiducia, che quei cittadini, ma non solo quelli, quelli che vedono questi atti, capaci di dare risposte, potrebbero essere atti che aiuterebbero anche la nostra Europa, se devo essere sincero, perché oggi magari non è più vista con grande simpatia, invece, riteniamo che dobbiamo lavorare molto e in questi momenti, di più, per poter far diventare ancora una volta simpatica questa Europa a tutti i cittadini europei.

Matthijs van Miltenburg, *namens de ALDE-Fractie*. – Voorzitter, ik wil allereerst vanaf deze plek mijn medeleven uitspreken met alle slachtoffers van recente natuurrampen. Als Nederlandse europarlementariër weet ik wat natuurgeweld teweeg kan brengen. De watersnoodramp in Nederland van 1953 leeft in mijn land nog steeds voort en de noodzaak van preventie, de noodzaak van goed waterbeheer wordt ook van generatie op generatie doorgegeven.

Het is dus heel goed dat Europa een Solidariteitsfonds heeft en op die manier daadwerkelijk solidariteit kan betuigen met regio's, landen en slachtoffers die getroffen zijn door natuurrampen. Ik wil de heer Cicu van harte bedanken voor de inspanningen rondom zijn verslag, maar ik ben wel kritisch op de pogingen van een aantal politieke fracties die geprobeerd hebben in het verslag allerlei nieuwe aanpassingen te bewerkstelligen aan de huidige verordening. En de huidige verordening die ten grondslag ligt aan het Solidariteitsfonds is zeer recentelijk, in 2014, aangepast. De effecten van die aanpassing zijn eigenlijk nog nauwelijks meetbaar.

Dus nogmaals, ik ben kritisch op oproepen om de Commissie weer in stelling te brengen en met nieuwe voorstellen te komen om het huidige Solidariteitsfonds weer aan te passen. En ik ben ook kritisch, Voorzitter, als het gaat om de resolutie die in paragraaf 7 zegt dat investeringen in duurzaam herstel, in aardbevingsbestendige investeringen uitgesloten moeten worden bij de berekening van de nationale tekorten in het kader van het Stabiliteits- en Groeipact. Dat is voor mijn fractie, de ALDE, onacceptabel. Laten we vooral met elkaar voorkomen dat waar het gaat om natuurrampen, we niet gaan investeren, wat mogelijk gaat leiden tot kleine financiële begrotingsrampen. Tot zover.

Ángela Vallina, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, en general, estoy a favor del informe presentado porque se proponen cambios y mejoras de funcionamiento relacionados con la simplificación, la rapidez en la asignación de los fondos, la reducción de los tiempos de tramitación, y el incremento de la cantidad de los anticipos y la reducción de los umbrales. Sin embargo, considero que se pierde también una oportunidad importante de proponer mejoras de verdadero calado para las poblaciones afectadas por desastres.

Hubiera sido también el momento de ampliar los objetivos del Fondo de Solidaridad para incluir también catástrofes humanitarias y no solo catástrofes naturales; una oportunidad excelente de usar fondos comunitarios para paliar, por ejemplo, los efectos de la crisis migratoria, que está causando tantas muertes en nuestras fronteras.

Y, respecto al sistema de umbrales, si bien es cierto que se ha rebajado el umbral mínimo, se propone por igual para todas las regiones. Sería más justo que los países y las regiones más pobres tuvieran un acceso más fácil a los fondos, utilizando un sistema de umbrales progresivo, en el cual los países y las regiones más ricos tendrían umbrales más altos que los países y las regiones más pobres.

Respecto a la cantidad asignada para el Fondo —ya se ha comentado aquí: 500 millones de euros anuales—, hay que destacar que no ha variado desde su creación en 2002 y que las consecuencias del cambio climático muestran un incremento constante de catástrofes naturales y que la previsión es aún peor. Por lo tanto, el montante económico del Fondo debería ser incrementado.

Y, por último y, desde luego, no menos importante, yo creo que se debería haber considerado la introducción de políticas de igualdad de género como criterio de elección de las propuestas, ya que las mujeres son uno de los colectivos que sufren con mayor virulencia las consecuencias de los desastres naturales, tal y como reflejan muchos informes de organizaciones internacionales como la ONU o el Banco Mundial.

Bronis Ropė, *Verts/ALE frakcijos vardu*. – Ačiū, Pirmininke. Gerbiama Komisijos nare, gerbiami kolegos, šiandien svarstome klausimą dėl Europos Sąjungos valstybių narių draudimo nuo stichinių nelaimių poliso – Europos solidarumo fondo. Jis užtikrina Sąjungos galimybę pagelbėti stichinių nelaimių atveju. Ne mažiau svarbu, kad siūlyme yra numatytos ir veiklos efektyvumą didinančios priemonės, todėl nemanau, kad siūlymas kitų metų Europos Sąjungos biudžete šiam fondui rezervuoti kasmet skiriamą sumą sulauks didelio pasipriešinimo. Kartu noriu atkreipti kolegų dėmesį į žalingas tendencijas, pradėjusias ryškėti po neseniai įvykusių stichinių nelaimių. Kaip žinia, šiuo metu Parlamente yra svarstomas rezoliucijos projektas, kuriuo raginama iš valstybės deficito skaičiavimo išimti išlaidas, susijusias su atsparumo didinimu nuo vienos stichinių nelaimių rūšies – žemės drebėjimų – ir tik geografiškai ribojamoje teritorijoje. O kodėl tokiu atveju ignoruojamos kitos stichinių nelaimių rūšys, pavyzdžiui, potvyniai, nuošliaužos ir kiti regionai? Manau, tai yra pavojinga. Pavojinga dėl to, kad greta pagalbos, kurią gali suteikti Europos solidarumo fondas, valstybės narės įgaus galimybę vykdyti netvarią finansų politiką. Nesunku atspėti, ką viešųjų finansų valdymui ir Stabilumo bei augimo paktui reikštų precedentas, ypač kai seisminio atsparumo didinimo sąvoka yra ganėtinai neapibrėžta. Noriu pabrėžti, jog Europos solidarumo fondas yra efektyvi pagalbos priemonė, tačiau pagalbos priemonė turi turėti apibrėžtą biudžetą ir konkrečius tikslus ir, kas svarbiausia, negalima leisti, kad pasinaudodamos stichinių nelaimių pretekstu kai kurios valstybės narės pateisintų gero ekonomikos valdymo taisyklių pažeidimus.

Laura Agea, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io sono umbra, il 30 ottobre ero a casa con mia figlia e ho dovuto spiegarle che cosa stava succedendo. E la stessa cosa è successa nelle Marche ed è successa nel Lazio. Non è facile raccontare la paura. Non è facile raccontarla per me che vivevo comunque e vivo a 100 chilometri dall'epicentro del sisma. Immaginate quello che significano, pochi secondi che cancellano secoli di storia e distruggono le prospettive, il futuro, di migliaia di famiglie.

Questa è la realtà. Oggi, qua noi, raccontiamo, ci proponiamo delle azioni, ma oggi a Norcia le temperature sono sotto lo zero e ci sono persone che non hanno più una casa, persone che in pochi istanti hanno perso tutto. Allora quest'Europa, se ha un senso ancora, se esiste, se ha una ragione d'essere, oltre le parole, deve dimostrare con fatti concreti, azioni immediate, la sua essenza. La solidarietà è un valore ed è un principio solo se alla solidarietà aggiungiamo il fattore concreto, solo se le nostre parole diventano fatti, solo se le persone che oggi non hanno nulla, perché hanno perso tutto, vengono messe nella condizione di poter continuare a credere che esista un futuro.

Ci sono bambini che stanno cercando di ritornare alla normalità, ma ci sono scuole che sono inagibili e noi parliamo della difficoltà di poter svincolare certi investimenti dal patto di stabilità? Noi stiamo parlando del futuro dei nostri figli e voi parlate di vincoli di bilancio? Allora lo dovete venire a raccontare e a dire ai bambini di Norcia, ai bambini di Tolentino, ai bambini di Amatrice, che di fronte al disastro, alla paura nella quale vivono da mesi, c'è un'Europa che dice che la stabilità è un bene supremo. Perché per salvare le banche non c'è stabilità che tenga. E allora, io pretendo, a nome del Movimento 5 Stelle, a nome dei cittadini di Umbria, Toscana, Marche, Abruzzo, di avere un'Europa che si prenda cura dei suoi cittadini. Lo pretendo, perché ciò è dovuto al bene dei nostri figli. Le chiacchiere stanno a niente. La solidarietà è fatta di concretezza.

Mario Borghezio, *a nome del gruppo ENF*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la nostra Commissaria ci ha rassicurato su alcuni punti, però non ci dice se ritiene accettabile la proposta che viene dal popolo – e ripresa da noi populisti che siamo il peggio del mondo – che chiede insistentemente, che si faccia giustizia nei confronti di quel sangue che viene versato dal popolo, non dai signori delle banche o da quelli che dicono che ci parlano tutti i giorni di vincoli di bilancio. Cioè estrapolare dai vincoli di bilancio, le somme sacrosantamente destinate alla prevenzione e alla ricostruzione e al rilancio produttivo, sociale, di zone la cui popolazione si è rimessa subito a lavorare, è attaccata al territorio. Ci sono i pastori, che sono ancora là, non hanno abbandonato il territorio.

Due cose: la prima, noi vogliamo sapere se il governo italiano partecipa di questo moto popolare che chiede lo svincolo delle somme per la ricostruzione dal bilancio e in secondo luogo, se almeno, si decide a presentare, il governo italiano, la richiesta fortemente sostenuta dal sindaco di Amatrice a nome dei 600 sindaci delle zone terremotate, di realizzare la *no tax area*. È necessario per questo una procedura che parta dal governo italiano, ma da quello che lei ci ha detto, mi pare che non sia stata nemmeno posta in essere.

La ringrazio molto di quello che potrà fare, queste popolazioni lo meritano. Lei non guardi chi glielo sta chiedendo, guardi le facce attraverso le televisioni, le facce di questa gente straordinaria del nostro paese, che non merita di essere rappresentata da coloro che considerano i vincoli di bilancio, come le Tavole di Mosè. Non sono le Tavole di Mosè, sono le tavole delle banche e dell'alta finanza. Non sono le tavole del diritto dei popoli. Sono le tavole dell'internazionale finanziaria che comanda in Europa.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, τι σημασία έχουν για την Ευρωπαϊκή Ένωση οι κάθε τόσο πλημμυροπαθείς των εργατογειτονιών της Δυτικής Αθήνας ή η καταστροφική πυρκαγιά στη Θάσο, που έκανε στάχτη χιλιάδες στρέμματα καλλιεργειών δάσους και ζωικού κεφαλαίου; Ποια η σημασία για την Ευρωπαϊκή Ένωση της μεγάλης πυρκαγιάς στη Χίο, που κατέκαψε δάσος, μαστιχόδεντρα, καλλιέργειες, ή στη Βόρεια Εύβοια 25.000 στρέμματα πευκοδάσους και με τους ρετσινοπαραγωγούς ανέργους πλέον; Τι σημασία έχουν για την Ευρωπαϊκή Ένωση οι σεισμοπαθείς εργατικές λαϊκές οικογένειες και οι αυτοαπασχολούμενοι στη Λευκάδα μετά τους σεισμούς εκεί; Ψιλά πράγματα ώστε να ασχοληθεί μαζί τους, πολύ περισσότερο και να τους αποζημιώσει, ενώ η ελληνική κυβέρνηση σε πολλές περιπτώσεις δεν μπαίνει καν στον κόπο να διεκδικήσει αποζημιώσεις από την Ευρωπαϊκή Ένωση από κονδύλια που είναι πολλαπλά πληρωμένα από τον ελληνικό λαό.

Η Ευρωπαϊκή Επιτροπή σε επίμονες ερωτήσεις του Κομμουνιστικού Κόμματος Ελλάδας παραδέχεται ότι, ακόμα κι αν τελικά αποζημίωνε η Ευρωπαϊκή Ένωση τους πληγέντες, θα επρόκειτο για ψίχουλα. Ξεκαθαρίζει μάλιστα ότι δεν αποζημιώνει εργατικά λαϊκά νοικοκυριά και αυτοαπασχολούμενους, που είναι αυτοί που αντικειμενικά πλήττονται περισσότερο από τις φυσικές καταστροφές, όντας ανοχύρωτοι και ευάλωτοι σε αυτές. Την ίδια στιγμή προκλητικά θεωρούνται ως επιλέξιμα τα κονδύλια που αφορούν υποδομές που ιεραρχούν οι μεγάλοι επιχειρηματικοί όμιλοι, στους οποίους κατευθύνεται ο μεγάλος πακτωλός των χρημάτων του Ταμείου Αλληλεγγύης όσο και των άλλων ευρωκονδυλίων. Το Κομμουνιστικό Κόμμα της Ελλάδας απαιτεί την άμεση και πλήρη αποζημίωση όλων των πληγέντων από τις φυσικές καταστροφές, άμεση κάλυψη των χρόνιων τραγικών ελλείψεων σε υποδομές και σύγχρονα μέσα προστασίας από αυτές.

Joachim Zeller (PPE). – Herr Präsident! Frau Kommissarin, Kollegen und Kolleginnen. Die EU ist eine Solidargemeinschaft, und damit das nicht nur ein Schlagwort bleibt, ist unter anderem dieser Solidaritätsfonds ins Leben gerufen worden, um besonders von Naturkatastrophen heimgesuchten Regionen Hilfe bei der Überwindung der angerichteten Schäden zu gewähren und gleichzeitig soweit möglich menschliches Leid zu mindern. Der Fonds hat sich, seitdem er ins Leben gerufen wurde, sicherlich bewährt. Allerdings, und das zeigt der Bericht des Kollegen Cicu, gibt es noch viele Vorschläge, wie er in seiner Anwendung verbessert werden kann – besonders was die Beschleunigung von Hilfsmaßnahmen und die Bereitstellung von finanziellen Mitteln anbelangt.

Auch wäre jetzt ein weiterer Sonderbericht des Rechnungshofes wünschenswert, der uns zeigt, ob die Mittel auch wirklich alle für die Zwecke, für die sie vorgesehen waren, verwandt wurden. Nicht vergessen sollten wir aber auch, dass der beste Schutz vor Katastrophen immer noch vorbeugende Maßnahmen sind und hier bedarf es weiterhin einer länderübergreifenden Zusammenarbeit, auch eines Erfahrungsaustausches innerhalb der EU. Denn in vielen Ländern haben wir noch nicht einmal Katastrophenschutzpläne vorliegen. Allerdings haben der Katastrophenschutz und Hilfe in Katastrophenfällen für mich nichts mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zu tun. Das ist eine Verbindung, die an dieser Stelle – denke ich – nicht zulässig ist.

Enrico Gasbarra (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anch'io, come la collega Angea ero lì, il 24 notte e il 30 mattina alle 7.40, ho vissuto insieme alla comunità quel terribile sisma. Un sisma che non si ferma, signor Presidente, signora Commissaria. Ho sentito i colleghi, li ringrazio, tutti i colleghi italiani che sono intervenuti e anche gli altri colleghi, che hanno ovviamente dato piena solidarietà e sostegno, ma è un sisma particolare, una calamità, particolare. Le scosse stanno continuando, si stanno allargando alle vecchie faglie. Ieri il sisma all'Aquila, stamattina il sisma vicino Reggio Emilia.

La situazione è particolarmente grave e quindi, raccolgo l'appello dei colleghi che ringrazio della commissione per gli affari regionali, che hanno preparato questa risoluzione, importante anche all'articolo 7, collega dell'ALDE, ringrazio il collega Cicu, che attraverso la sua relazione chiede alla Commissione un intervento più puntuale, perché questa Europa deve fare presto, con meno vincoli e più sostegni. Questa Europa deve stare accanto a chi soffre, se non è accanto a chi soffre, a chi ha perso la casa, a chi è morto, a chi deve stare accanto? Come potrebbero capirci i nostri cittadini, se non ci siamo in queste, almeno in queste, occasioni.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, isplata predujma pri mobilizaciji Fonda solidarnosti uvedena je ubrzo nakon što sam postala zastupnica u ovom domu i tad sam ju doista svesrdno podržala. Nažalost, mobilizacija Fonda još uvijek nije dovoljno brza i učinkovita, a isplata predujma kao vatrogasna mjera obezvrijeđena je administrativnim zavrzlamama i sporošću birokracije.

Netom prije europskih izbora 2014. Hrvatsku su pogodile strašne poplave i puno je ljudi ostalo bez svojih domova i usjeva. Njihova je egzistencija izravno bila ugrožena, a država je reagirala što je brže mogla. No, po mom mišljenju, nedovoljno brzo i ne pretjerano učinkovito.

Upravo hrvatski primjer najbolje pokazuje prostor za nadogradnju ovog mehanizma, a to je izravna financijska, ali prije svega logistička pomoć članicama dok se humanitarna katastrofa odvija na njihovom teritoriju. Sva je ostala pomoć naravno dobrodošla, ali će uvijek biti percipirana kao zakašnjela i nedovoljna.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io vorrei in primo luogo rinnovare la mia solidarietà alle popolazioni colpite, a chi ha perso la casa, a chi è vittima di un terremoto che non accenna a terminare, di ben tre eventi sismici concentrati in un lasso di tempo molto breve. Credo che sia importante in quest'aula sottolineare anche il mio ringraziamento per chi sta autogestendo l'emergenza, per tutte quelle realtà, come le Brigate di solidarietà attiva, che portano ogni giorno, assistenza e conforto alle donne e agli uomini colpiti.

Credo che quest'Europa debba decidere se conta più la stabilità delle banche o la stabilità dei suoi cittadini e delle sue cittadine. Ed è evidente che lo scorporo dal patto di stabilità e l'attivazione del fondo è una misura necessaria, ma non è una misura sufficiente. Ad oggi, ad esempio, non ci sono abbastanza tecnici per effettuare i sopralluoghi e c'è chi li aspetta dal primo sisma del 24 agosto. Credo che sia necessario contrastare lo spopolamento delle zone montane ed evitare che vengano costruiti in quell'area, come paradossalmente, si accinge a fare il governo Renzi, mega inceneritori e addirittura un oleodotto Snam. Progetti che sarebbero stati folli a prescindere e che in questo momento sono addirittura grotteschi.

Steeve Briois (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, si nous exprimons une critique sans concession des politiques de l'Union européenne, nous sommes cependant favorables à la solidarité entre les nations européennes, surtout face aux catastrophes naturelles.

Oui, l'Europe des nations que nous appelons de nos vœux, c'est une Europe qui protège les plus faibles de nos compatriotes. Et c'est face au drame qu'elle peut le mieux s'exprimer.

Alors oui, le Fonds de solidarité de l'Union doit être rendu plus accessible, plus performant, notamment pour aider nos amis italiens face aux terribles séismes qui ont frappé la ville d'Amatrice.

Mais si l'on veut réellement aider l'Italie, il faut désormais que, dans le pacte de stabilité, chaque euro dépensé pour la reconstruction soit exclu du calcul du déficit et que tous les fonds européens alloués à cette région soient reprogrammés pour la reconstruction des régions sinistrées.

Enfin, la Commission doit garantir que le Fonds de solidarité sera exclusivement consacré aux Européens confrontés à des catastrophes naturelles, et non à des politiques d'accueil des migrants, comme certains semblent le souhaiter.

Je dis oui à la solidarité européenne à l'égard des Italiens, et non au gaspillage pour les migrants.

Președinte: ADINA-IOANA VĂLEAN

Vicepreședinte

Giovanni La Via (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dalla sua istituzione a oggi, il Fondo di solidarietà si è rivelato utilissimo per aiutare in 24 paesi differenti persone in difficoltà per circa settanta calamità naturali, mettendo a disposizione 3,8 miliardi di euro. Si tratta di uno dei simboli dell'Unione europea in termini di solidarietà, per venire incontro a quelli che hanno perso talvolta tutto quello che possedevano. Domani mattina voteremo su uno strumento che però è perfettibile.

La relazione del collega Cico, che ringrazio, va appunto in questa direzione: serve a migliorare lo strumento, perché i profili di miglioramento ci sono sicuramente. Voteremo domani anche un *transfer* di bilancio, per mettere a disposizione subito 50 milioni di euro al fondo, per venire incontro alla realizzazione degli anticipi e non attendere – come talvolta purtroppo accade – che ci sia un iter per arrivare all'erogazione delle somme. Ho ascoltato in quest'aula colleghi schierarsi contro la possibilità di sottrarre gli investimenti antisismici o di ricostruzione dai calcoli del patto di stabilità. Da italiano ed europeo, io credo che ogni euro che viene speso per evitare morti e disastri, per aiutare persone in difficoltà, debba essere speso e sottratto alle rigide regole dell'austerità.

Michela Giuffrida (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Italia sta vivendo un momento difficilissimo, non è ancora passato lo shock e tra l'altro i terremoti continuano, uno al giorno, anche più, tutti i giorni. Passato il momento delle manifestazioni di vicinanza, le regioni colpite chiedono ora all'Europa di applicare e agire secondo due principi: flessibilità e semplificazione. Le procedure e i tempi di applicazione del Fondo di solidarietà sono lunghi e l'anticipo servirà a cominciare ad agire, ma flessibilità e semplificazione servono soprattutto ad intervenire con i fondi strutturali.

Le spese per la ricostruzione devono essere assolutamente escluse dai vincoli di bilancio, così come le spese per la prevenzione. Perché se è vero che purtroppo i terremoti non sono prevedibili, è invece dimostrata l'inadeguatezza delle strutture pubbliche e delle case nelle maggiori aree sismiche italiane e la necessità di renderle ora sicure. Quello che è crollato in Italia è un pezzo di Europa e noi non chiediamo all'Europa di sostituirsi alle nostre amministrazioni locali, chiediamo invece con forza all'Europa di mettere il nostro governo e le nostre regioni nelle condizioni di fare gli investimenti, di ricostruire e di ammodernare, perché altrimenti quei vincoli, più che vincoli, sarebbero ostacoli insormontabili.

Antonio Tajani (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto voglio ringraziare tutti i parlamentari non italiani che hanno manifestato la loro solidarietà nei confronti di un territorio così vasto del nostro paese che continua a essere sottoposto a continue scosse di terremoto. Dirlo è facile. Vivere ogni giorno e ogni notte, con la paura che la terra si apra ancora, significa vivere in condizioni di totale precarietà e purtroppo nel nostro paese quasi ogni anno ci sono terremoti devastanti. Dopo l'Aquila, c'è stata l'Emilia Romagna, c'è stato il Veneto, c'è stata la Lombardia e quest'estate, due scosse continue. Eravamo tutti là, noi, in zona di terremoto. Vicino a Roma la terra ha continuato a tremare e si vive continuamente nella situazione di instabilità.

L'impressione perché essendoci continue scosse di assestamento, magari di 2.2 e 2.3, che non producono danni, però danno l'impressione sempre di vivere su un terreno che non è e solido, che non è fermo. Ecco, quindi, per questo, io credo che sia importante rendersi conto delle difficoltà che ci sono, dei danni che continuano a provocare i terremoti. Io sono ben lieto che il Presidente della Commissione abbia deciso di impegnarsi personalmente, anche perché si possa ricostruire la chiesa di San Benedetto a Norcia. Abbiamo ascoltato anche la parole della Commissaria. Ben venga l'anticipo di 30 milioni di euro, bisogna sostenere il turismo e forse anche, utilizzando il pacchetto Orizzonte 2020, cercare di utilizzare fondi per la ricerca nel settore sismologico.

Perché la situazione è molto più grave di quello che si possa immaginare e sono morti – e concludo – signor Presidente, anche i suoi concittadini. Non sono morti soltanto cittadini italiani, sono morti cittadini rumeni, quindi cittadini europei, che lavoravano, vivevano nel nostro paese. Quindi, ripeto, l'appello è a rendersi conto di quella che è la situazione eccezionale, anche per quanto riguarda la prevenzione. Non so se è giusto o meno toccare il patto di stabilità. Non credo che si debba toccare il patto di stabilità in generale, però, per questa particolare situazione, io credo che debba essere rivolto uno sguardo molto attento. È giusto avere i conti pubblici in ordine, ma qui siamo in una situazione di emergenza tale, che soltanto chi l'ha vista, chi l'ha vissuta e l'ha conosciuta può rendersi conto di quanto sia grave, di

quanti danni possono esserci e quanta paura possa esserci in futuro. Non è facile vivere 365 giorni l'anno con la pressione della paura costante di dover morire, di vedersi crollare addosso la casa.

Elena Gentile (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, come hanno detto i colleghi che mi hanno preceduto, la terra continua ancora a tremare nel cuore dell'Italia, di quell'Italia che rappresenta in Europa storie di civiltà e di grande bellezza: luoghi, testimonianze artistiche, architettoniche, culturali, espressioni anche del profondo sentimento religioso, capacità di impresa che hanno reso unica l'Italia in un'Europa che non può non farsi carico del destino di un territorio e di una comunità che le appartiene. Superare i vincoli che oggi rendono difficile la ricostruzione non è negli interessi di un solo governo, ma deve rientrare negli obiettivi di un'Europa custode delle sue realtà territoriali, che nella fattispecie rappresentano l'Italia, che non si rassegna all'ineluttabilità del suo destino. Oggi a fronte di un impegno politicamente rilevante del governo italiano, che dichiara di voler affrontare con determinazione il passaggio della ricostruzione del tessuto abitativo, ma anche di impresa di quel territorio e non solo, in un intervento mai realizzato nel nostro paese, quello della messa in sicurezza del patrimonio pubblico e privato, l'Europa non può rimanere indifferente.

Silvia Costa (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria Crețu, ho apprezzato la sua verità, anche linguistica. Ieri abbiamo ricevuto qui in Parlamento alcuni studenti e insegnanti provenienti dalla scuola prefabbricata che è stata allestita ad Amatrice, uno dei comuni più colpiti, insieme a Norcia e tanti altri. Ho spiegato che l'Europa sarebbe stata loro vicina. Le priorità per il governo italiano, lo sapete, sono state la protezione dei cittadini, la riapertura subito delle scuole, la dotazione di alloggi prefabbricati, che stanno cominciando finalmente a essere, dopo i container, la prosecuzione delle attività economiche, come l'allevamento, l'agricoltura e le piccole imprese di commercio, la messa in sicurezza di case e del grande patrimonio culturale delle aree sismiche.

Ma, l'Europa deve fare la sua parte, riconoscendo un maggior livello di flessibilità nel calcolo del deficit, escludendo dal patto di stabilità, come è stato detto, gli investimenti per la ricostruzione e la prevenzione, mentre apprezziamo, e lo dico alla Commissaria Crețu, la disponibilità e l'anticipo dei 30 milioni del fondo solidarietà. È necessario però, e spero che su questo ci sia una grande apertura, modificare anche i piani operativi dei fondi strutturali, per investire nella prevenzione e qualità della ricostruzione antisismica che riguarda in Italia l'area, tutta la fascia appenninica. Grazie anche per la disponibilità del Presidente Juncker, ribadita anche qui, per la ricostruzione della basilica di San Benedetto di Norcia, che ricordiamo è il patrono d'Europa.

Andrea Cozzolino (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, si tratta di una risoluzione assolutamente positiva, che riconosce a partire dalla straordinaria eccezionalità del caso italiano sia gli sforzi che il governo sta compiendo, sia il bisogno di trovarci meglio preparati di fronte ai rischi di eventi straordinari. Sicuramente è un passo in avanti la proposta di modifica del regolamento del fondo di solidarietà che accelera le procedure, snellisce e rende più immediata l'erogazione delle risorse rispetto anche alla decisione assunta; è un modo per avvicinarci ai bisogni dei cittadini. Ma è una risoluzione che va oltre, ringrazio davvero tutti i colleghi con cui abbiamo lavorato alla stesura finale, perché prende atto che di fronte a situazioni eccezionali non possiamo limitarci ad attendere, ma dobbiamo prevenire e ridurre i rischi al minimo. Per questo domani sarà importante votare e approvare i paragrafi 6 e 7, per chiedere non solo il massimo della flessibilità possibile, ma per ribadire l'urgenza e l'esclusione dal patto di stabilità e crescita degli investimenti realizzati attraverso i fondi strutturali per mettere in sicurezza i territori e le aree più a rischio. Non si tratta di una richiesta italiana. C'è un'ampia area nell'Europa del Mediterraneo e in quella orientale che, come riconosce la stessa risoluzione, è fortemente a rischio per eventi naturali. È un'esigenza di tutta l'Europa consentire un piano strategico di messa in sicurezza, agevolando e derogando alle norme del patto di stabilità e crescita lo dobbiamo a tutti i cittadini europei. Quindi davvero grazie per questa discussione.

Procedura „catch the eye"

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, grazie per la concretezza del suo intervento. Il sisma del 24 agosto e quello successivo di ottobre scorso, lo abbiamo detto in tanti, hanno profondamente colpito l'economia di diverse regioni dell'Italia centrale e distrutto interi paesini, annientato la vita di tantissime persone. E purtroppo il terremoto continua. Di fronte a una situazione così triste e problematica, è più che mai necessario e urgente che le istituzioni europee esprimano e dimostrino vicinanza alle popolazioni colpite, accordando all'Italia l'accesso al Fondo di solidarietà dell'Unione europea e accelerando le procedure per l'erogazione del finanziamento. Occorre infatti che l'economia delle regioni dell'Italia centrale colpite dal sisma possa ripartire al più presto, per restituire

a migliaia di famiglie serenità e speranza; e in generale credo che in un periodo particolarmente difficile della storia dell'integrazione europea, in circostanze così drammatiche, si debba dimostrare la vicinanza dell'Unione ai bisogni dei suoi cittadini e la disponibilità dell'Unione, una disponibilità concreta a intervenire per restituire dignità e speranza alle persone.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Italia è una delle regioni europee maggiormente soggette a rischio sismico. La sua storia è interamente segnata da questo genere di eventi calamitosi. I recenti terremoti che hanno raso al suolo interi paesi e sconvolto la vita di decine di migliaia di persone sono catastrofi naturali causate da motivi geologici e dunque destinati a ripetersi periodicamente. La grave situazione deve spingerci a favorire un uso ottimale di tutte le risorse disponibili, creando sinergie tra i vari fondi esistenti, compresi i fondi strutturali e il Fondo europeo di investimento, e garantendo che le risorse siano utilizzate in modo efficace per le attività di ricostruzione e tutti gli altri interventi necessari, in piena collaborazione con le autorità nazionali e regionali italiane. Ringrazio la Commissaria per le rassicurazioni date. Sulla scia di quanto già proposto in una lettera indirizzata al Presidente Juncker, mi associo alla richiesta dei tanti colleghi di escludere dal calcolo del deficit nazionale nel quadro del patto di stabilità e crescita gli investimenti per la ricostruzione sostenibile e per le operazioni antisismiche.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, εκφράζω εκ μέρους των Ελλήνων πολιτών την αλληλεγγύη προς τους πληγέντες από τους πρόσφατους σεισμούς στην Ιταλία. Το ταμείο αλληλεγγύης είναι αποφασιστικό εργαλείο και πρέπει να αξιοποιηθεί και κονδύλιά του να δοθούν για τη στήριξη των πληγέντων από τους σεισμούς στην Ιταλία. Το ίδιο ισχύει βέβαια και για την αποκατάσταση των ζημιών από θεομηνίες, πλημμύρες και φωτιές που έπληξαν φέτος την Ελλάδα.

Όπως τόνισα σε ερώτησή μου προς την κυρία Creţu, τέσσερις περιοχές της Ελλάδας, ο δήμος Θερμαϊκού, η Καλαμάτα, η Θάσος και ο Πύργος, πρόσφατα υπέστησαν καταστροφές από ακραία καιρικά φαινόμενα. Στην απάντησή σας αναφέρατε, κυρία Creţu, ότι στην Ελλάδα διατίθενται 400 εκατομμύρια ευρώ από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Περιφερειακής Ανάπτυξης και το Ταμείο Συνοχής. Όμως το ερώτημα είναι το εξής: Δεδομένων των ζημιών που υπέστησαν οι κάτοικοι των περιοχών αυτών και δεδομένου του υψηλού οικονομικού κόστους που έχουν αυτές οι ζημιές για τις τοπικές αρχές, ποια μέτρα προτίθεται να πάρει η Επιτροπή, κυρία Creţu, προκειμένου να αποζημιωθούν οι κάτοικοι των εν λόγω περιοχών. Αυτό είναι σημαντικό ζήτημα και θα ήθελα, αν μπορείτε, να δώσετε μια απάντηση.

(Încheierea procedurii „catch the eye")

Corina Creţu, *Member of the Commission*. – Madam President, thank you very much for your contributions to this rich debate, which of course highlights the importance of EU solidarity and of cohesion policy support, in particular in the dramatic situation that people are experiencing in central Italy.

As I said, and I repeat today, the Commission adopted a proposal to amend the Common Provision Regulation (CPR) to allow for 100% co-financing – so it's not co-financing any more – regarding the construction costs in areas hit by natural disasters. This is not only available for earthquakes, it is not only available for Italy – because I had this question by Mr Ropé: 'why only earthquakes?' – it is everything related to natural disasters, and we did this not only for earthquakes but this year we just paid for Madeira for fires, for Cyprus for drought and fires, for Greece as well, so now with this amendment for the CPR all the reconstruction will be done by EU money without any need for co-financing. This is news today.

On this report by Mr Cicu, which is very important, on the Solidarity Fund, this own-initiative report presented by the Committee on Regional Affairs (REGI) and drafted by Mr Cicu emphasised also the main challenges we are facing. As I said two years ago, the reform of the EU Solidarity Fund allowed support to be made clearer and swifter, but also fairer, thanks to the advance payments. So, as I said, EUR 30 million will go next week to Italy as advance payments, and I would like to remind you that we have received the application from Italy just at the end of October, so of course we will assess the final sum, but we are coming as quickly as possible with the advance payment. The ongoing evaluation of this reform we adopted two years ago will provide further light on these improvements and allow for a possible further revision in the context of the future MFF post-2020.

For the Commission, flexibility and responsiveness of the Solidarity Fund is only one objective. Another one is respect for sound financial management, as well as assurances on the legality and the regularity of spending – as Parliament, especially the Committee on Budgetary Control regularly and rightly recalls. The Commission has to strike this balance between these two objectives which can obviously have an impact on the speediness of closure procedures.

On the situation in Italy after the earthquake, in any case, as I say the Commission is supportive, is currently working with the Italian authorities to ensure that the EU Solidarity Fund is mobilised as soon as possible following the payment of the advance. Unfortunately Italy has been the leading beneficiary of the Solidarity Fund since 2002 with an amount of EUR 1.3 billion, so we are very much aware that there is a big problem, and it is the frequency of the earthquakes which is really very dramatic. Don't forget that I am also coming from a country who lost many people in Amatrice, and I will be there in several days to speak with the Italian authorities in Rome, I will visit Amatrice and also Norcia, so we will see on the ground whatever it takes to help – and to help the citizens first of all, this is our first objective. We also stand ready to work with Italy on possible revisions of the programmes of the European Structural and Investment Funds. We have offered this opportunity and we are very open to rapidly change some operational programmes if needed and if the Italian authorities require. We expect these solidarity instruments to be supplemented by support from the European Solidarity Corps once it is established as announced by President Juncker.

Finally, we are exploring possibilities to help Member States and regions better handle the period between the disaster and the payment of EU support. In this context, one possibility could be setting up a bridging loan facility with the European Investment Bank which would help bridge this gap.

I would like to take this opportunity to reiterate the Commission's full commitment to strengthen the various solidarity instruments of the European Union. I saw that there have been recurrent inquiries about the Stability and Growth Pact. I am not responsible for this, it is my colleague Mr Moscovici, but as you know short-term emergency and reconstruction costs related to major natural catastrophes are excluded from the Member States' final effort. Regarding investments related to seismic risks, the Commission's assessment will require ex-ante and ex-post data to be provided by the Italian authorities.

Salvatore Cicu, *relatore*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, è evidente che c'è uno sforzo comune di grande responsabilità e di grande equilibrio ed è uno sforzo comune – che come lei ha ricordato – riguarda tutti gli Stati membri. L'Italia avrebbe voluto fare a meno di questa destinazione di fondi, ma avrebbe voluto fare a meno anche dei morti ed è una demolizione di un sistema culturale, imprenditoriale, di uomini, donne e giovani che oggi si trovano a vivere il dramma della perdita delle cose più importanti per loro. È evidente che mi verrebbe da dire che siamo rientrati nell'ordinarietà finalmente della gestione della risposta, perché i tempi, rispetto a queste situazioni, non possono essere i soliti, non possono essere quelli, come dire, inseriti nel calderone dell'ordinarietà. Se si chiama emergenza, se si chiama grave emergenza, se si chiama ripristino di speranza, credo che sia normale che la tempistica sia quella più adeguata e quindi quella più consona.

E come lei sa, molto meglio di me, i 30 milioni sono il tetto previsto dal regolamento, l'ha ricordato anche lei. Noi, è chiaro che apprezziamo, quindi il lavoro che tutti stiamo portando avanti come obiettivo, ma nello stesso tempo, però, non è che vogliamo insistere su un aspetto che riguarda una cosa molto complessa, e cioè il deficit nazionale, il deficit di bilancio, quindi un problema strutturale che attiene al sistema paese. Ma quello che noi nella risoluzione soprattutto al punto 7 chiediamo, è che nei casi specifici, quindi non per l'Italia, ma per tutti i casi specifici, ci possa essere la possibilità che i fondi strutturali con il cofinanziamento e tutti i fondi destinati, non tanto all'intervento dell'urgenza, ma a quello che poi significa prevenzione e quindi minor costi nell'eventuale situazione che si dovesse di nuovo attivare lo stesso dramma. Quindi c'è anche, come dire, la possibilità che i territori vengano consolidati, ristrutturati e ci sia un investimento antisismico. Per cui noi non siamo i populisti. Noi non abbiamo, come dire, la voglia di rappresentare criticità. Noi abbiamo voglia di rappresentare positività, soprattutto nei suoi confronti per il lavoro apprezzato che svolge, ma nello stesso tempo noi chiederemo a questo Parlamento che questo passaggio venga approvato e venga riferito poi naturalmente alla competenza dei Commissari che lei ha citato.

President. – I have received eight motions for resolutions tabled in accordance with Rule 128(5) of the Rules of Procedure.

The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 1 December 2016.

Written statements (Rule 162)

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Alla luce della situazione grave in cui si trovano le aree colpite dal terremoto, è necessario escludere, dal calcolo dei disavanzi pubblici nazionali nel quadro del patto di stabilità e crescita, gli investimenti a favore della ricostruzione sostenibile e della prevenzione antisismica e altresì a considerare l'eventualità di estendere il calcolo esistente del Fondo di solidarietà, che è attualmente basato sugli effetti dei danni causati da un singolo evento catastrofico, a un calcolo cumulativo dei danni causati da diverse catastrofi naturali nella stessa regione in un anno. Voglio inoltre sottolineare l'importanza di rispettare i requisiti relativi alla costruzione di infrastrutture ed edifici antisismici. Preso atto della domanda di intervento a titolo del Fondo di solidarietà dell'Unione europea presentata dal governo italiano, invito la Commissione a prendere tutti i provvedimenti necessari per esaminare tempestivamente le richieste di assistenza a titolo del Fondo al fine di garantirne la rapida mobilitazione.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il terremoti verificatisi nell'Italia centrale nel 2016 sono andati a colpire le case, la cultura, le persone e gli affetti più cari. È necessario intervenire in modo tempestivo ed efficace, non solo per assicurare una vita decente ma anche, e soprattutto, per mettere in sicurezza queste zone e il paese intero. Si tratta di interventi assolutamente necessari e urgenti e, grazie al nostro apporto, la risoluzione adottata invita la Commissione a consentire lo stralcio degli investimenti per la ricostruzione dal computo del debito ai fini del rispetto del patto di stabilità. Si tratta di un risultato molto importante per il nostro paese, a cui speriamo seguirà una decisione della Commissione in tal senso.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Creat în 2002, Fondul de solidaritate al Uniunii Europene (FSUE) reprezintă un instrument financiar nerambursabil necesar pentru acțiuni de urgență și salvare desfășurate de autorități în urma dezastrelor naturale care au un impact direct asupra vieții oamenilor, mediului natural sau economiei într-o anumită regiune afectată. De-a lungul timpului, FSUE a suportat mai multe revizuiri, în vederea dezvoltării sale, cel puțin din perspectiva procesului, procedurilor, perioadei de timp, conținutului, noțiunilor cu care operează, indicatorilor de evaluare a eficienței ajutorului, domeniului/sferei de aplicare. Aceasta deoarece evidența arată că, drept rezultat al schimbărilor climatice, dezastrele naturale în cadrul UE se află într-o continuă creștere sub aspectul numărului, gravității și intensității lor. Impactul și importanța FSUE în promovarea de soluții durabile crește dacă, în acest context, sunt utilizate în mod corespunzător și sinergetic și alte fonduri structurale și de investiții europene (fondurile ESI) de către autoritățile naționale, locale și regionale, mai ales în scopul prevenirii dezastrelor naturale, având drept fundament strategii specifice eficiente. Evident, autoritățile trebuie să disemineze prin mijloace moderne publicului larg informațiile referitoare atât la ajutorul ce poate fi acordat prin FSUE (inclusiv monitorizarea derulării acestuia), cât și la rezultatele ajutoarelor deja acordate din 2002 și până în prezent.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Obžalujem dejstvo, da so Italijo letos pretresli kar trije močni potresi. Zadnji, ki je bil oktobra letos, je pustil velike posledice. Ranjenih je bilo ogromno ljudi, kar 290 pa jih je umrlo, materialna škoda je bila gromna. Ob tej priložnosti izražam našim sosedom, globoko in iskreno sožalje.

To, kar se je zgodilo v Italiji, se lahko zgodi prav vsem izmed nas, zato menim, da je bistvenega pomena, da smo kot Evropska unija v tej situaciji solidarni in Italiji, ki našo pomoč potrebuje, tudi pomagamo. Menim, da bi Komisija morala v čim krajšem času sprejeti ukrepe za takojšnjo obravnavo prošenj za pomoč prizadetim območjem v okviru Solidarnostnega sklada Evropske unije.

S tem bi omogočili, da bi v prizadetih območjih v čim krajšem času obnovili stavbe in tako tudi hitreje odpravili posledice potresa. Bistveno je tudi, da pristojni organi na vseh ravneh poenostavijo upravne postopke, da bi bil dostop do sredstev čim bolj enostaven in hiter, saj so le-ta za prebivalce prizadetih območij, nujna.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Fundusz Solidarności Unii Europejskiej – chociaż finansowany jest poza budżetem UE – stanowi ważny instrument wspólnego reagowania państw członkowskich w razie wystąpienia groźnych katastrof lub klęsk żywiołowych. W ramach funduszu uruchomiono dotychczas 3,8 mld EUR jako reakcję na ponad 70 klęsk, prawie we wszystkich państwach Unii Europejskiej. Jest to zatem wyraźny symbol unijnej solidarności w trudnych czasach. Pozytywnie oceniam dokonaną w ostatnim czasie reformę zasad funkcjonowania funduszu, dzięki której uproszczone zostały procedury wnioskowania o pomoc oraz wprowadzono możliwość wypłaty zaliczek. Mając jednak na uwadze względy szybkiego reagowania, Komisja powinna rozważyć podwyższanie progu wypłacanych przedpłat oraz skrócenie terminów rozpatrywania wniosków. Skuteczna pomoc ofiarom klęsk żywiołowych wymaga również lepszej koordynacji na poziomie państw członkowskich oraz usprawnienia ich procedur działania w stanach nadzwyczajnych. W trakcie przyszłych dyskusji na temat Funduszu Solidarności UE należy także rozważyć możliwie szerokie wykorzystanie jego środków na pomoc państwom członkowskim dotkniętym atakami terrorystycznymi oraz w celu zapobiegania tym zagrożeniom. W takim przypadku traktatowa klauzula solidarności zobowiązuje bowiem Unię i jej państwa członkowskie do wspólnego działania z wykorzystaniem wszystkich instrumentów będących w ich dyspozycji.

17. Leitlinien für die Interessenerklärungen der Mitglieder der Kommission (Aussprache)

President. – The next item is the report by Pascal Durand, on behalf of the Committee on Legal Affairs, on Commissioners' declarations of interests – guidelines (2016/2080(INI)) (A8-0315/2016).

Pascal Durand, *rapporteur*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, nous sommes là dans un débat qui est absolument majeur. Il peut sembler technique puisque l'on va parler de la modification éventuelle d'un code de conduite et des conflits d'intérêts.

En réalité, ce débat s'inscrit, vous le savez, dans un contexte très particulier pour l'Europe, au moment où les citoyens européens doutent, parfois à raison, du fait que l'Europe défende l'intérêt général, le bien commun, et pas nécessairement des intérêts privés ou des intérêts particuliers.

Nous devons donc être très attentifs à cette question. La question de la transparence, du contrôle et du fonctionnement de nos institutions est, en l'état actuel de la question européenne, d'une importance majeure. La transparence est un des piliers de la démocratie et, plus que jamais, nous avons besoin d'être exemplaires à cet égard.

La situation s'est aggravée ces derniers temps. Un certain nombre de débats, pour ne pas utiliser de mots trop forts, ont eu lieu, notamment avec le passage de l'ancien président de la Commission, M. Barroso, dans une banque privée, Goldman-Sachs, qui a eu un lien tout à fait direct avec la crise financière de 2008. Bien entendu, ces éléments-là sont à prendre en compte. Parfois, je me demande si la Commission a parfaitement conscience de cette réalité.

Lorsque nous avons interpellé à ce propos M. le commissaire Moscovici, qui était à votre place récemment, il nous a expliqué qu'il n'y avait aucun problème, et que le code de conduite de la Commission et des commissaires était peut-être parmi les meilleurs – je ne sais pas s'il n'a pas même dit «le meilleur» – au monde! Pour moi, c'est juste un déni de réalité; c'est la méthode Coué qui consiste à dire que tout va bien. Non, tout ne va pas bien!

Pour que les choses évoluent, pour que nous puissions avancer vers plus de transparence et plus de contrôle, deux commissions de ce Parlement européen ont approuvé, et j'insiste là-dessus, à l'unanimité les deux rapports – la commission du contrôle budgétaire puis la commission des affaires juridiques.

Cette unanimité doit également interpeler la Commission, puisqu'elle montre à quel point le Parlement européen est, je dirais, uni dans cet effort visant à modifier des règles qui, actuellement, dysfonctionnent. Alors, qu'est-ce qui dysfonctionne? J'aborderai très rapidement deux éléments, à savoir les conflits d'intérêts et le code de conduite.

Parlons d'abord des conflits d'intérêts. Au moment où les commissaires prennent leur poste, à ce stade, ils ne doivent déclarer que ce qu'ils considèrent eux-mêmes comme étant de nature à créer un conflit d'intérêts. Or, cette notion n'est définie nulle part.

La première chose à faire est donc de définir ce qu'est un conflit d'intérêts. Nous le faisons dans ce rapport, et nous demandons à ce que ce soit la commission juridique du Parlement européen qui puisse vérifier les déclarations financières et le patrimoine afin de déterminer si, oui ou non, il y a conflit d'intérêts. Il s'agira là simplement d'appliquer la séparation des pouvoirs. C'est une avancée qui est de taille, et il faut la mettre en œuvre.

Nous demandons la même chose en cours de mandat, quand il y a une modification du patrimoine, des intérêts financiers ou du portefeuille. Voilà pour la question des conflits d'intérêts et, naturellement, cette exigence doit être étendue aux intérêts familiaux puisque c'est le cas en cours de mandat.

La deuxième question est celle du code d'éthique et du code de bonne conduite. À ce stade, vous êtes tenu, Monsieur le Commissaire, ainsi que tous vos collègues, à un devoir d'honnêteté et de délicatesse. Cela n'est défini nulle part. Définissez ce que l'on entend par honnêteté et par délicatesse. Faites en sorte que le comité d'éthique, actuellement en charge du suivi, soit composé d'experts indépendants, et soit totalement mis à l'abri des pressions des intérêts privés ou de la Commission.

J'ajouterai un troisième élément. Nous vous demandons de faire en sorte que, pendant les trois ans qui suivent votre mandat, vous n'ayez pas la possibilité d'aller travailler dans le privé pour des secteurs que vous avez eu à connaître dans l'exercice de vos fonctions de commissaire. Les commissaires sont rémunérés pour cela; ce n'est pas scandaleux.

Vous voyez, les modifications que nous demandons ne sont pas exagérées. Ce que l'on veut, c'est simplement un alignement des règles de fonctionnement de la Commission sur ce qui se passe dans l'ensemble des démocraties partout dans le monde.

Andrus Ansip, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, honourable Members of the European Parliament, the Commission welcomes the contribution to the debate from Mr. Durand's report on envisaged guidelines for Commissioners' declarations of interests. This shows Parliament's interest in this subject, which is of course an important part of the democratic scrutiny exercised by this House of the Commission and its Members. Let me therefore respond to a few issues.

I would first thank Mr Durand for the report and the other Members and committees for their work. The President of the European Commission, whom I am replacing here today, considers the highest ethical behaviour to be of paramount importance for the credibility of the EU institutions. I would also recall that the rules of the Treaties and the Code of Conduct of our Commissioners are clear; they represent standards that go well beyond those applied in the majority of Member States and in the other European Union institutions.

With its Code of Conduct, the Commission is subject to the highest ethical standards. Let me underline that some of the matters covered by the report already correspond to the current ethical framework and procedures. For instance, it is already the case that any situation entailing a possible conflict of interest which might impair the independence of a Member of the Commission during his or her mandate has to be notified to the President of the Commission. The President will then take appropriate measures, including reallocation of the file to another Member of the Commission, if necessary. The President will also inform in due time the President of the European Parliament of his decision to reallocate any file to another Commissioner.

Regarding membership of what the report describes as secret societies which could interfere with the exercise of the function of public bodies, I should stress that the Treaties themselves and the Code of Conduct already provide that Commissioners must discharge their duties in the general interest of the Union without seeking or taking instructions from any other body.

In addition, other recommendations are already being implemented. For example, the report mentions the three-year transitional allowances for former Commissioners. Let me point out that these rules were recently, in February this year, amended by the Council. The new rules will apply to all Commissioners and other EU public office holders who took up office after 4 March 2016. The transitional allowances will in the future be paid for a maximum of two years.

The report proposes the extension of former Commissioners' cooling-off periods to two years. President Juncker wrote to President Schulz on 23 November 2016 informing him of his intention to modify the Code of Conduct in order to extend this period from 18 months to three years, as regards the President of the Commission, and to two years, as regards the other Members of the Commission.

I would like to underline that the Ad Hoc Ethical Committee is composed of personalities who are not Members of the Commission or Commission staff.

Their qualifications and independence are beyond any doubt and they gave a very independent opinion to the Commission. Allow me to note that the European Parliament's Advisory Committee on the Conduct of Members, which gives guidance on the interpretation and implementation of the Code of Conduct for Members, is composed of Members of the same Parliament.

Finally, I would like to recall that, in line with the Framework Agreement between the European Parliament and the Commission, the Commission has the right to be consulted before any changes in Parliament's Rules of Procedure directly affecting the Commission are decided. The possible need to amend the Framework Agreement also needs to be examined. The Commission will pursue its dialog with Parliament and will come forward with further remarks and comments as and when needed. Thank you very much.

Ingeborg Gräßle, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Haushaltskontrollausschusses*. – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schön, dass wir darüber sprechen können. Herr Vizepräsident, ich hätte mir schon etwas mehr gewünscht von dem, was Sie denn bereit sind, an Bord zu nehmen von unseren Vorschlägen, sowohl aus dem Bericht des Kollegen Durand als auch aus meiner Stellungnahme des Haushaltskontrollausschusses, der sich schon sehr lange mit dem Thema *Code of Conduct* beschäftigt. Wir wollen, dass er überarbeitet wird, dass finanzielle Interessen und Vermögenswerte, Verbindlichkeiten, die über 10 000 Euro sind, dort angegeben werden. Wir wollen, dass sämtliche Interessen – Anteile, Mitgliedschaften in Verwaltungsräten, Beratungstätigkeiten, Mitgliedschaften in angeschlossenen Stiftungen und allen Unternehmen, denen künftige Kommissare angehört haben – offengelegt werden. Wir wollen dies auch auf unterhaltsberechtigte Angehörige ausdehnen. Warum? Weil wir die Sache des Interessenkonfliktes eben sehr ernst nehmen müssen, weil wir künftigen Skandalen vorbeugen wollen.

Wir wollen auch den Ethikausschuss neu aufstellen. Es ist eben nicht so, dass dieser unabhängig ist. Er besteht aus ehemaligen Mitarbeitern oder ehemaligen Beratern. Er arbeitet nicht transparent. Wir wollen, dass seine Beschlüsse veröffentlicht werden. Wir wollen, dass man nachvollziehen kann, wie er arbeitet und was er gemacht hat. Es gibt bis jetzt keinen Jahresbericht über seine Tätigkeit, es gibt gar nichts. Deswegen kann ich nur sagen: Machen Sie nicht so weiter wie die Kommission Barroso! Es gibt fast ganz umsonst Dinge, die den Ruf der Kommission verbessern. Und es wäre unser dringender Wunsch, dass Sie darauf eingehen, solange noch Zeit ist.

Tadeusz Zwiefka, *w imieniu grupy PPE*. – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Najważniejszą rzeczą jest, abyśmy dzisiaj byli przekonani co do jednego: że Parlament Europejski i Komisja Europejska w tej sprawie stoją po jednej stronie. My nie jesteśmy przeciwko Komisji – Komisja nie jest przeciwko Parlamentowi. Musimy dbać o to, aby dobre imię instytucji europejskich, osób w nich pracujących, nie podważało zaufania obywateli do Unii Europejskiej. I wtedy dojdziemy na pewno do celu, o którym wspomniała koleżanka Gräßle, i o którym mówił kolega Durand.

Dlaczego Komisji Prawnej tak bardzo zależy na tych zmianach? Otóż my jesteśmy odpowiedzialni za przeprowadzenie na wstępie, podczas tworzenia kolegium komisarzy, takiego małego śledztwa – mimo że nie jesteśmy ani prokuraturą, ani sądem – czy wszystko to, co znajduje się w oświadczeniach finansowych, jest rzeczywiście zgodne z rzeczywistością i czy nie występuje konflikt interesów. Nie mamy natomiast jako Komisja Prawna odpowiednich instrumentów, aby mieć rzeczywiście pełne przekonanie, że sprawdziliśmy to, co dało się sprawdzić. Zatem te nasze prośby idą w kierunku usprawnienia procesu weryfikacji po to, byśmy mogli razem osiągnąć sukces.

Członkowie kolegium komisarzy to najwyżsi urzędnicy w Unii Europejskiej. Jeżeli pojawiają się tam jakieś niepewności, jeżeli pojawiają się tam jakieś kwestie, które mogą prowadzić do skandalu, to nie jest tylko i wyłącznie odpowiedzialność indywidualnego komisarza czy kolegium komisarzy – to jest kamień rzucony w spokojną wodę całej Unii Europejskiej. A my nie chcemy tego jeziora wzburzać, my chcemy, aby było ono spokojne, abyśmy mogli wspólnie pracować dla dobra obywateli Unii Europejskiej.

Evelyn Regner, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Die Erklärungen der finanziellen Interessen der designierten EU-Kommissare sollen ein Höchstmaß an Transparenz, Ehrlichkeit, Uneigennützigkeit und Verantwortung sicherstellen – das ist für uns Sozialdemokraten oberste Maxime. Die europäischen Institutionen besitzen hier eine Vorbildfunktion. Fälle wie jener von Neelie Kroes dürfen in Zukunft nicht mehr auftreten. Aktivitäten wie die von Miguel Arias Cañete müssen von vornherein ausgeschlossen werden.

Wir im Rechtsausschuss prüfen nicht nur, ob die Erklärung ordnungsgemäß ausgefüllt wurde, sondern auch, ob ein potenzieller Interessenskonflikt vorliegt. Das Nichtvorliegen eines Interessenskonflikts ist zwingende Voraussetzung für die Anhörung der designierten Kommissare und Kommissarinnen, und dieses weitergehende Prüfungsrecht hatten wir bei der amtierenden Kommission eben nicht. Mir ist besonders wichtig, dass nicht nur Ehegatten oder Partner in der finanziellen Interessenserklärung angegeben werden, sondern auch Einzelheiten zu jeder vertraglichen Beziehung, die zu einem Interessenskonflikt für die designierten Kommissare und Kommissarinnen führen können, während sie ihren Verpflichtungen als EU-Kommissare nachgehen.

Pirkko Ruohonen-Lerner, *ECR-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, pidän erittäin tärkeänä komission jäsenten sääntöjen muuttamista sellaisiksi, että ne edistävät päätöksenteon läpinäkyvyyttä. Sidonnaisuuksien piilottelusta tulee määrätä selkeät sanktiot, jotta sidonnaisuudet todellakin ilmoitettaisiin.

Esimerkiksi entisen komissaarin Neelie Kroesin kytkökset offshore-yrityksiin jäivät alkuperäisessä sidonnaisuuksien tarkastelussa ilmoittamatta. Tuolloin hänet valittiin niukalla enemmistöllä komissaariksi. Jälkikäteen paljastuneiden kytköksien johdosta Kroesille ei voida enää langettaa sanktioita, joten rangaistukset sääntöjen rikkomuksista ovat selvästi riittämättömiä. Myös sidonnaisuuksien määritelmiä on selkeytettävä, jotta ilmoittamisvelvollisuuteen ei jää tulkinnan varaa. Tämä on välttämätöntä päätöksenteon uskottavuuden kannalta.

Κώστας Χρυσόγονος, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία Πρόεδρε, η έκθεση σχετικά με τις δηλώσεις οικονομικών συμφερόντων των μελών της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, που εξετάζουμε σήμερα, έχει ως κεντρική ιδέα ότι ο έλεγχος των δηλώσεων αυτών πρέπει να γίνει πιο ενδελεχής και πιο αυστηρός. Τούτο είναι απολύτως αναγκαίο για την προστασία της αξιοπιστίας της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ένωσης, τη στιγμή μάλιστα κατά την οποία από μια σειρά γεγονότων, όπως παραδείγματος χάριν η τοποθέτηση του πρώην Προέδρου Barroso σε καίρια θέση σε ιδιωτική τράπεζα λίγο καιρό μετά την αποχώρησή του από την Επιτροπή, συνάγεται ότι υφίστανται αφανείς διασυνδέσεις με ιδιωτικά συμφέροντα. Εξάλλου, κατά την εξέταση των δηλώσεων οικονομικών συμφερόντων των μελών της επιτροπής Juncker το 2014 έγινε φανερό ότι χρειάζεται να δοθούν περισσότερες αρμοδιότητες και πιο άνετα χρονικά περιθώρια στην Επιτροπή Νομικών Υποθέσεων του Ευρωκοινοβουλίου, προκειμένου αυτή να μπορεί να διαπιστώσει τις τυχόν αναλήθειες ή παραλείψεις των δηλώσεων αυτών. Υπήρξαν περιπτώσεις Επιτρόπων, όπως του κυρίου Cañete, όπου από το περιεχόμενο της δήλωσης ή από άλλα στοιχεία προέκυπταν ανοικτά ερωτήματα αλλά αυτά δεν διερευνήθηκαν επαρκώς. Οι Επίτροποι δεν αρκεί να φαίνονται τίμιοι. Πρέπει να είναι τίμιοι. Συνεπώς η Ευρωπαϊκή Αριστερά θα στηρίξει την έκθεση αυτή στην αυριανή ψηφοφορία και ελπίζουμε ότι θα ακολουθήσουν οι επιβεβλημένες από τα πράγματα τροποποιήσεις των σχετικών κανόνων.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, le code de conduite des commissaires adopté en 2011 n'est pas assez exigent en ce qui concerne le contrôle des intérêts financiers des commissaires. Ce laxisme a débouché sur plusieurs scandales, dont le plus célèbre concerne Neelie Kroes, l'ex-commissaire à la concurrence, dont on vient de découvrir qu'elle dirigeait une société offshore pendant son mandat.

J'approuve donc le rapport Durand, qui s'efforce d'améliorer ce contrôle. Je doute toutefois que l'on atteigne une quelconque efficacité. Fondamentalement, le Conseil, la Commission et le Parlement européen ne veulent pas que l'on enquête trop profondément sur les intérêts financiers des eurocrates. J'en veux pour preuve la décision de nommer puis de maintenir comme commissaire à l'énergie M. Miguel Arias Cañete, malgré les conflits d'intérêts que l'on a découverts et dénoncés à plusieurs reprises.

L'Union européenne a renié les valeurs européennes au profit du culte du veau d'or. Elle est entièrement dominée par les lobbies, les puissances financières et la soif de profit. C'est pourquoi elle couvre les agissements de ses dirigeants qui en sont les dignes représentants. La lutte contre les conflits d'intérêts suppose la disparition préalable de l'Union européenne.

Pavel Svoboda (PPE). – Paní předsedající, pane komisaři, návrh podporuji, ale chtěl bych se zastavit u jednoho konkrétního tématu. Je jistě dobrá zpráva, když slyšíme, že většina chápe, že střet zájmů je nebezpečný pro demokracii, a chce zajistit, aby se na rozhodování v konkrétních oblastech v rámci správy věcí veřejných přímo nepodíleli ti, kteří jsou ve střetu zájmů. To je dobrá zpráva, protože voliči to po nás požadují.

Druhá otázka ale je, jakým způsobem chceme tento cíl realizovat. A zde musím bohužel říci, že nejsem přesvědčen o tom, že všechny postupy, které jsou ve zprávě navrhovány, zajistí efektivní realizaci těchto cílů.

Skrze minimalizaci střetu zájmů ve veřejné sféře chceme především zajistit, aby naši občané měli větší důvěru ve své instituce. Každá instituce má své místo v systému a má mít kompetence odpovídající tomu postavení v systému. Evropský parlament není podle mého názoru tou institucí, která by měla působit jako instituce vyšetřující. Myslím, že k tomu není v principu nadána, její úspěch v těchto aktivitách není tak zaručen a v důsledku to naopak může uškodit naší reputaci.

Doufám, že moje obavy se nenaplní, doufám, že zvýšení transparentnosti a omezení střetu zájmů skrze tento návrh bude dosaženo.

Victor Negrescu (S&D). – În calitate de membru în Comisia pentru afaceri juridice din cadrul Parlamentului European, salut inițiativa colegilor noștri de a schimba cadrul legal privind regimul incompatibilităților comisarilor și declarația de interese. Modificările aduse de acest nou document reprezintă un pas înainte pentru combaterea abuzurilor, pentru susținerea transparenței și - de ce nu? - pentru creșterea încrederii în instituțiile europene. Profit, astfel, de ocazie pentru a menționa un exemplu vehiculat de presă, dar și în dezbaterile care au avut loc pe această temă în Parlamentul European. Mă refer aici la fostul comisar pentru agricultură, Dacian Cioloș, care, în prezent, are două venituri. Primește o diurnă în calitate de fost comisar în valoare de aproximativ 8 300 de euro pe lună, în timp ce încasează din banii contribuabililor români salariul de prim-ministru. Nu știu dacă putem să ne referim la acest lucru ca la o incompatibilitate, dar cu siguranță s-a profitat de absența unor prevederi legale clare. Sunt trist că astfel de posibile abuzuri pot fi comise de un politician cu experiență, dar mă bucur că am reușit în acest proiect final privind regimul incompatibilităților și declarația de interese să combatem asemenea soluții imorale prin introducerea unor măsuri precise privind asemenea situații. Mulțumesc.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, πρόσφατα επιβεβαιώθηκε αυτό που ήδη γνωρίζαμε, ότι δηλαδή κορυφαία στελέχη της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, ακόμη κι ο ίδιος ο Πρόεδρός της, ο κύριος Μπαρόζο, είναι εκτεθειμένοι σε σύγκρουση συμφερόντων. Αυτό το γεγονός καθιστά επιτακτικό και απολύτως απαραίτητο να συσταθούν επιτέλους αυστηρότερα πλαίσια ελέγχου της σύγκρουσης συμφερόντων που κυριαρχεί σε πολλά επίπεδα στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Αυτό επισημαίνει και η δική μου έκθεση, που εγκρίθηκε την προηγούμενη Πέμπτη στο Στρασβούργο, και αφορούσε τη δράση της Ευρωπαίας Διαμεσολαβήτριας. Εκεί δίνεται η εντολή στην Ευρωπαία Διαμεσολαβήτρια να ελέγξει τη νομιμότητα του διορισμού του κυρίου Μπαρόζο στην Goldman Sachs. Αυτό ανάγκασε επίσης τον κύριο Γιούνκερ να αλλάξει ρότα και να προτείνει, την ημέρα που συζητήθηκε η έκθεσή μου στο Στρασβούργο, την αλλαγή του κώδικα δεοντολογίας των ίδιων των Επιτρόπων. Αποδεικνύεται λοιπόν ότι χρειάζονται μέτρα και δράση για πλήρη διαφάνεια στην Ευρωπαϊκή Ένωση, για να μην υπάρχει σύγκρουση συμφερόντων σε όλα τα επίπεδα.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señora Presidenta, efectivamente, el principio de integridad y el principio de independencia impuestos a los miembros de la Comisión están en el propio corazón de los Tratados. Es necesario que su gestión se ajuste siempre al interés general y nunca a intereses que puedan ser incompatibles con la dignidad o con su cargo, tanto durante el periodo de desempeño del cargo como después.

La eliminación de cualquier conflicto de intereses es lo que pretende la propuesta, en la línea del Parlamento, que también comparte —veo— la Comisión. En realidad, eliminar cualquier tipo de duda sobre un conflicto de intereses lo que hace es reafirmar la independencia de la propia Comisión y fortalecerla. Por eso es importante que la Comisión esté a la cabeza en los estándares de ética y en los estándares de democracia. Tiene que tratarse verdaderamente de una política al servicio de la integridad.

Acabo diciendo algo. He oído alusiones a Miguel Arias Cañete. Cumplió escrupulosamente con todo el Código de Conducta, incluso fue más allá del Código. También con su declaración de intereses, de su mujer y de su familia. En ningún caso hubo conflicto de intereses. Y se dice una mentira cuando se falta a la verdad. Se falta a la verdad cuando se reitera permanentemente una cosa que no es cierta y, por lo tanto, quiero recordar a sus Señorías que, si predicamos seriedad, por favor la prediquemos también en los discursos y no atribuyamos algo que no ha sucedido a la persona de Miguel Arias Cañete.

Virginie Rozière (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, vous nous dites en substance: «Circulez, il n'y a rien à voir; il n'y a pas de problème!». Mais, une nouvelle fois, nos débats ont justement à voir avec les conflits d'intérêts des commissaires européens. Cela devient presque une habitude.

En octobre dernier, nous parlions du cas de M^me^ Kroes et des *Bahamas Leaks*, auparavant, c'était M. Barroso et *Goldman Sachs* et, maintenant, c'est M. Oettinger et ses vols avec un lobbyiste proche de Moscou. C'est un nouveau conflit d'intérêts que le président Juncker voudrait «sanctionner» par une promotion, au mépris de l'opinion de ce Parlement. C'est tout simplement inadmissible!

Ce que nous demandons, c'est que ce Parlement ait à se prononcer, et de manière plus forte encore, non seulement au moment de l'investiture des commissaires, mais aussi à intervalles répétés en cours de mandat et, en particulier, en cas de changement de portefeuille. Nous voulons pouvoir vérifier l'absence de conflit d'intérêts, et nous voulons aussi pouvoir nous assurer que, dans le code de conduite tel qu'il sera revu, l'on évite les conflits d'intérêts après la fin du mandat des commissaires.

Il y a urgence à revoir nos règles parce que c'est la transparence et l'exemplarité qui redonneront du sens au projet européen.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Asszony! Majdhogynem köszönettel tartozunk Oettinger biztos úrnak, hogy az összeférhetetlenségi problémakör állatorvosi lovaként éppen most jelentkezett a jelenleg tárgyalt határozati javaslatunk alátámasztására. Konkrétan arról beszélek, hogy Magyarország kormánya az Európai Unió érdekeivel, közös politikáival szembemenve, súlyos korrupciós gyanútól övezve a végsőkig kiszolgáltatja Magyarországot egy külső hatalomnak – konkrétan Oroszországnak – a Paks II atomerőmű szerződésével. Ennek a minden szempontból megkérdőjelezhető szerződésnek az átnyomását az Európai Bizottságon egy orosz párti lobbista közbeiktatásával, a hivatalban lévő Oettinger biztos segítségére, befolyására, tanácsaira támaszkodva mozdítaná elő, aki, Oettinger úr egyébként ennek a lobbistának a magánrepülőgépén utazgat Magyarországra. Hát ha a Barroso-ügy után egy ilyen evidens szabálysértés is következmények nélkül marad, ez önmagában is sürgős ok az Európai Bizottság összeférhetetlenséggel kapcsolatos szabályainak alapos felülvizsgálatára. De most már az Európai Parlament feladata, és felelőssége is, hogy véget vessünk a Bizottság átláthatatlan, etikátlan, önfelmentő gyakorlatának.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, ha completamente ragione il relatore Durand quando dice che dopo vicende come quelle che hanno interessato l'ex Commissario Barroso occorre agire e agire rapidamente, ne va la credibilità delle istituzioni europee. È chiaro che se arriva un nuovo codice di condotta per i Commissari, questo nuovo codice deve essere scritto da un comitato indipendente. Io penso anche che il comitato indipendente debba avere la possibilità di un intervento autonomo, non condizionato dagli equilibri e dalla politica interna alle istituzioni. Servono sanzioni più pesanti. La pesantezza delle sanzioni deve essere il corrispettivo del reato eventualmente individuato e deve avere anche un effetto deterrenza, sempre importante in questi casi. Ancora il tempo di sospensione tra la fine attività e il nuovo ciclo professionale deve essere più lungo, ma aggiungo che per alcune attività credo che sarà necessario prevedere addirittura la preclusione di una possibile collocazione in futuro da parte dei Commissari.

Procedura „catch the eye"

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il controllo delle dichiarazioni di interessi finanziari e più in generale dei potenziali conflitti di interessi concernenti i membri della Commissione non può limitarsi alla sola procedura di nomina. Qualsiasi modifica sostanziale degli interessi finanziari di un Commissario in corso di mandato o qualsiasi ripartizione delle responsabilità tra i membri della Commissione deve essere oggetto di una procedura di esame da parte del Parlamento. La dichiarazione di interessi finanziari deve includere gli interessi o le attività presenti o passate negli ultimi due anni di natura patrimoniale, professionale e personale, anche estesa alla famiglia. La Commissione deve rivedere e rendere più severo il codice di condotta per aderire a standard etici elevati ed assicurare che la dichiarazione di interessi finanziari fornisca al Parlamento e ai cittadini informazioni accurate. È fondamentale estendere il periodo di incompatibilità dagli attuali 18 mesi ad almeno cinque anni per i Commissari e per il presidente della Commissione. Norme più severe non sono certo sufficienti ad assicurare un comportamento eticamente corretto, ma rappresentano senza dubbio un indispensabile punto di partenza verso un rapporto più trasparente.

(Încheierea procedurii „catch the eye")

Andrus Ansip, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, to conclude, let me emphasise that the Commission welcomes Parliament's input into the reflection on how the code of contact for Commissioners can be improved, and will inform Parliament about the follow-up it will give to the present reports. I, myself, I agree with all the speakers who have practically said that that the behaviour of politicians not only has to be impeccable, but also has to be perceived as impeccable.

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ

alelnök

Pascal Durand, *rapporteur*. – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-président, Monsieur le Commissaire, j'irai droit au but: puisque vous nous avez entendus, faites en sorte de rapporter à la Commission et à son président que le Parlement est unanime pour demander à ce que l'on mette en place des règles qui, tout simplement, nous feraient grandir ensemble.

L'Europe à laquelle nous sommes attachés et nous tenons est une Europe démocratique, en construction; elle évolue. Elle se grandirait, nous grandirions tous et nous aurions un poids beaucoup plus fort dans la société civile, si nous montrions qu'effectivement, la transparence et l'absence de conflits d'intérêts sont au cœur des préoccupations de la Commission et du Parlement européen.

Alors, faisons en sorte que cette Europe grandisse, faisons-le ensemble, naturellement, et pas les uns contre les autres. Faisons en sorte, comme la France l'a fait, par exemple, de mettre en place une haute autorité indépendante. Tout le monde y gagne et, petit à petit, la confiance se remet en place. C'est simple, c'est démocratique et nous avons tous à y gagner.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra holnap, 2016. december 1-jén kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – The rules regarding Commissioners' declarations of interests are woefully vague. So much so that it is almost completely at the subject's discretion, what financial details are put forward for consideration. Commissioners decide, completely on their own, what financial interests or activities might be 'likely to constitute a conflict of interest' and there is no regular reporting when these interests are updated. This report, which I will be supporting is a move in the right direction however it must be followed up by the European Commission. I will further be supporting an amendment which will extend Commissioners' post-office employment restrictions to three years.

Benedek Jávor (Verts/ALE), *in writing*. – Since 2014 scandals have been highlighting the problems related to the Commissioner's declaration of interest. Commissioner Canete's scandal, President Barroso's case has proven that we need a Code of Conduct, which improves the restrictions of the post-office employment and strengthens the competence of the ad-hoc Ethical Committee responsible for the assessment of conflict of interests. Unfortunately the proposal President Juncker presented recently, which would increase the lobby ban from 1.5 to 3 years for the President of the Commission and to extend the cooling-off period for Commissioners from 1.5 to 2 years is an insufficient one. Former commissioners are entitled to a transitional allowance for three years, precisely prevent conflicts of interest, but in the meanwhile they can start working as a lobbyist after only two years? That is unacceptable and imbalanced. Such measures are exactly the reasons for extremists and Euro-sceptics to criticizing the EU institutions. Besides the 3 years ban former Commissioners should be required to make publicly available all information on their meetings and telephone calls with officials of the European Institutions or officials of the governments of the Member States up to 10 years after they have ceased to hold office.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Ha az Európai Bizottság és vele az egész Európai Unió hiteles kíván maradni a választók szemében, akkor nem megengedhető, hogy a korábbi bizottsági elnök a gazdasági világválság kirobbantásában oroszlánszerepet játszó Goldman Sachs-hez igazoljon át másfél évvel mandátuma lejárta után. Az sem megengedhető, hogy a korábbi energiaügyi biztos egy oroszpárti üzletember magángépén repüljön Budapestre paksi bővítés kapcsán tanácsot adni a magyar kormánynak. Ezen változtatni kell, ilyen többet nem fordulhat elő! A magatartási kódex szigorítására van szükség a még hivatalban lévő és a már távozott biztosok esetében is. Ezért teljes mértékben támogatom azt a javaslatot, hogy az uniós biztosok megbízatásuk lejárta után három évig kizárólag a testület engedélyével helyezkedhetnek el. Csak olyan állást vállalhatnak, amely nem veti fel az összeférhetetlenség gyanúját. Nem lehet valaki olajipari lobbista, ha előtte környezetvédelméért felelős uniós biztos volt. Ez az alapja egy működőképes, hiteles és demokratikus Európai Uniónak. A magatartási kódex betartatása az Európai Parlament politikai felelőssége. Választott EP-képviselőkként minden esetben fellépünk a jövőben is, ha azt látjuk, hogy valamely biztos tevékenysége etikai kérdéseket vet fel.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Ce n'est pas un dossier à prendre à la légère. Barroso, Kroes, l'affaire cette semaine des perturbateurs endocriniens, les multiples scandales centrés sur la Commission entretiennent une image désastreuse des institutions européennes et d'une éthique défaillante! Il faut aborder à la fois les procédures internes au Parlement européen, lors de la nomination de la nouvelle Commission et durant la durée de son mandat et les obligations de transparence incombant aux membres de la Commission. La vérification de l'absence de conflit d'intérêts ne saurait être mise au même niveau que l'évaluation des compétences du candidat. Elle doit donc constituer un préalable indispensable à l'audition. Le contrôle des déclarations d'intérêts financiers et plus largement des conflits d'intérêts potentiels concernant les membres de la Commission doit s'étendre au-delà de la seule procédure de nomination de la Commission. J'attends également de la Commission une série de modifications de son code de conduite et des déclarations d'intérêts visant à assurer que ces dernières comprennent les informations suffisantes à l'évaluation des intérêts financiers des commissaires et que le Parlement soit informé de toute modification.

Indrek Tarand (Verts/ALE), *in writing*. – Increasing the level of scrutiny regarding the Commissioner-candidates' declarations of financial interests is absolutely necessary and does not come a moment too soon. We should do our utmost to verify the truthfulness of the declarations by actually investigating, instead of accepting them prima facie. We really do not need more scandals like those that arose out of Cañete and Kroes' omissions. This report rightfully calls for a revision of the Commissioners' code of conduct; however, I am disappointed by the fact that the proposal to put some of the Commission's budgetary resources in reserve, until this revision actually happens, was not adopted. This would have motivated the Commission to implement substantial, not merely cosmetical, changes. Right now, they seem to be so out of touch with reality that they didn't even blink an eye when Oettinger made controversial remarks and accepted a flight on a lobbyist's private jet. Instead of appropriate repercussions, Oettinger received a promotion to the post of vice-president. Even his hearing in the Parliament was replaced with a simple exchange of views. These sorts of practices play right into the hands of pro-Kremlin eurosceptics.

18. Haftung, Schadenersatz und Deckungsvorsorge für Offshore-Erdöl- und -Erdgasaktivitäten (kurze Darstellung)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Kostas Chrysogonos által a Jogi Bizottság nevében készített, a tengeri olaj- és gázipari tevékenységekre vonatkozó felelősség, kártérítés és pénzügyi biztosítékokról szóló jelentés rövid ismertetése (A8-0308/2016) [2015/2352(INI)]

Κώστας Χρυσόγονος, *Εισηγητής.* – Κυρία Πρόεδρε, η έκθεση σχετικά με την ευθύνη για τις υπεράκτιες δραστηριότητες εκμετάλλευσης κοιτασμάτων πετρελαίου και φυσικού αερίου είναι το αποτέλεσμα μιας μακράς προσπάθειας να κάνουμε αλλαγές προς όφελος της Ευρώπης και των πολιτών της. Οι προτάσεις της έκθεσης αυτής δεν επηρεάζουν μόνο οικονομικές δραστηριότητες αλλά έχουν επίσης ως στόχο να υποστηρίξουν τις περιβαλλοντικές ανάγκες της ευρωπαϊκής περιφέρειας. Οι εργασίες που σχετίζονται με την παραγωγή πετρελαίου και φυσικού αερίου έχουν σημαντικό οικονομικό αντίκρισμα αλλά και υψηλή περιβαλλοντική επικινδυνότητα. Το μεγαλύτερο μέρος των δραστηριοτήτων εκμετάλλευσης κοιτασμάτων πετρελαίου και φυσικού αερίου πραγματοποιείται είτε στη Βόρεια Θάλασσα είτε στη Μεσόγειο. Λόγω της φύσης των εργασιών αυτών είναι εξαιρετικά σημαντικό να εξασφαλιστεί η προστασία των επιχειρήσεων, οι οποίες συνδέονται άμεσα με το περιβάλλον. Ο τομέας της εμπορικής αλιείας και οι άνθρωποι που εμπλέκονται στον τομέα της ιχθυοκαλλιέργειας μπορούν να υποστούν σημαντικές οικονομικές απώλειες από ατυχήματα ή λανθασμένη χρήση χημικών ουσιών. Οι επιχειρήσεις στον τομέα του τουρισμού θα μπορούσαν επίσης να έχουν οικονομικές απώλειες από τη μείωση των πελατών λόγω πιθανών σχετικών ατυχημάτων.

Συνεπώς είναι προφανές ότι πρέπει να θέσουμε κανόνες για την προστασία όλων αυτών των οικονομικών δραστηριοτήτων που είναι τοποθετημένες κοντά σε υπεράκτιες δραστηριότητες, εκμετάλλευση κοιτασμάτων πετρελαίου και φυσικού αερίου, δεδομένου μάλιστα ότι πάνω από το 90% του πετρελαίου και το 60% του φυσικού αερίου που παράγεται στην Ευρώπη προέρχεται από τέτοιες υπεράκτιες δραστηριότητες. Επίσης, είναι υψίστης σημασίας να υπάρχουν μηχανισμοί αποζημίωσης για ζημίες που προκαλούνται από υπεράκτιες δραστηριότητες αλλά και αντίστοιχοι μηχανισμοί που θα στοχεύουν στην αποκατάσταση των οικοσυστημάτων.

Η ισχύουσα ευρωπαϊκή οδηγία καθιστά τους κατόχους αδειών υπεράκτιων δραστηριοτήτων υπεύθυνους για την πρόληψη και την αποκατάσταση κάθε περιβαλλοντικής ζημίας που προκύπτει από τις δραστηριότητές τους. Απαιτεί επίσης από τα κράτη μέλη να θεσπίσουν διαδικασίες για τον χειρισμό των αξιώσεων αποζημίωσης. Ωστόσο η οδηγία δεν ασχολείται με θέματα ευθύνης για τη ζημία σε φυσικά ή νομικά πρόσωπα όσον αφορά τραυματισμούς ή οικονομική ζημία ούτε με την ποινική ευθύνη για υπεράκτια ατυχήματα. Επιβάλλεται λοιπόν να εκτιμηθεί η σημασία της θέσπισης περαιτέρω εναρμονισμένων κανόνων καθώς και ενός μηχανισμού αποζημίωσης για υπεράκτια ατυχήματα, προκειμένου να διευκολυνθεί η πρόσβαση των θυμάτων στη δικαιοσύνη. Για να προωθηθεί αυτή η εναρμόνιση, θα μπορούσε επίσης να εξεταστεί η δυνατότητα δημιουργίας ενός ταμείου με βάση τα τέλη που θα καταβάλλονται από βιομηχανίες υπεράκτιων δραστηριοτήτων. Χρειαζόμαστε εξάλλου ένα σχέδιο δράσης της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την πρόληψη και την καταπολέμηση των συνεπειών ατυχημάτων που σχετίζονται με το πετρέλαιο και το φυσικό αέριο. Ο αντίκτυπός τους έχει σοβαρές και μακροχρόνιες επιπτώσεις για το θαλάσσιο περιβάλλον και τούτο θα πρέπει να λαμβάνεται υπόψη στην οδηγία.

Η Επιτροπή πρέπει να συνεργαστεί με τα κράτη μέλη, προκειμένου να επιταχυνθούν οι σχετικές διαδικασίες. Θα μπορούσε επίσης να δημοσιεύεται τακτικά ανάλυση κινδύνων και εκτίμηση περιβαλλοντικών επιπτώσεων για υπεράκτιες δραστηριότητες, σύμφωνα με παραμέτρους όπως η βιοποικιλότητα, η κλιματική αλλαγή, η βιώσιμη χρήση του εδάφους, η προστασία του θαλάσσιου περιβάλλοντος και η κατάλληλη εκπαίδευση του προσωπικού πριν από οποιαδήποτε αδειοδότηση των επιχειρήσεων. Αποτελεί προσωπική μου πεποίθηση ότι η πρόληψη είναι καλύτερη από τη θεραπεία και η θεσμοθέτηση ποινικών ευθυνών σε πανευρωπαϊκό επίπεδο θα μπορούσε να αποτελέσει έναν επιπλέον λόγο αποτροπής, πέραν των υφιστάμενων αστικών κυρώσεων, οδηγώντας έτσι σε καλύτερη προστασία του περιβάλλοντος αλλά και των πολιτών.

„Catch the eye" eljárás

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Asszony! Nagyon is egyetértek a jelentéssel, minden környezetet és emberi életet károsító tevékenységet kollektív jogorvoslattal kell összekötni, és komoly szankciókat kell alkalmazni. A vonatkozó 2013-as irányelv mégsem került átültetésre az összes tagállamban, ezért felszólítom a Bizottságot, hogy minden lehetséges eszközzel ösztönözze a tagállamokat ennek orvoslására.

Mindemellett a károk elhárítása egyik fontos eszközének tartom a „szennyező fizet" elvet, amelyet más területeken is aláhúztunk már, például a magyarországi vörösiszap-katasztrófával kapcsolatos állásfoglalásban. A magam részéről teljes egészében kivezetném a fosszilis kőolaj és földgáz használatát, természetesen a fokozatosság biztosítása mellett, hiszen ez egy végtelen kockázatos művelet. A Bizottságnak e téren is azt kellene ösztönöznie, hogy a tagállamok minél nagyobb hangsúlyt fektessenek a megújuló energiaforrásokra.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, πετρέλαιο και φυσικό αέριο αποτελούν το μισό ενεργειακό μείγμα της Ευρωπαϊκής Ένωσης και θα συνεχίσουν να συνιστούν τις κύριες πηγές ενέργειας για αρκετά χρόνια ακόμη. Ταυτόχρονα όλο και μεγαλύτερο ποσοστό αυτών των πηγών προέρχεται από υπεράκτιες δραστηριότητες. Είναι λοιπόν μείζονος σημασίας θέμα να διασφαλιστεί το υψηλό επίπεδο ασφάλειας και η πρόληψη των φυσικών καταστροφών από τις υπεράκτιες αυτές δραστηριότητες.

Το ατύχημα του Deepwater Horizon στον Κόλπο του Μεξικού κόστισε δισεκατομμύρια δολάρια στην αμερικανική οικονομία. Καταλαβαίνουμε λοιπόν ότι ένα αντίστοιχο ατύχημα σε μια κλειστή θάλασσα όπως η Μεσόγειος θα ήταν πολλαπλάσια καταστροφικό, γι' αυτό και πρέπει να θεσπιστούν αυστηρότεροι κανόνες και πρότυπα σχετικά με την ευθύνη των εταιρειών πετρελαίου και, επειδή οι καταστροφές αυτές δεν σταματούν στα σύνορα των κρατών, αυτή η υψηλή ασφάλεια στις υπεράκτιες δραστηριότητες πετρελαίου πρέπει να ισχύσει παντού. Ειδικότερα, ενόψει των εργασιών στο Ιόνιο και την Αδριατική θα πρέπει η Αλβανία να συμμορφωθεί με αυτούς τους κανόνες και να πάψει επιτέλους να διεκδικεί την ελληνική ΑΟΖ.

A „catch the eye" eljárás vége.

Andrus Ansip, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, let me first thank this House, and in particular the rapporteur Mr Chrysogonos, for your support and work on this complex legal fight. I would also like to thank you for your thoughts and comments on our report on liability, financial security and compensation in the offshore oil and gas sector.

Let me address some of the vital issues that came up in your report and today's debate. You have asked the Commission to take new initiatives which may have a large impact on citizens and the offshore oil and car gas industry. After an initial analysis, the Commission will examine in detail your proposals and consider how best to carry out the assessment and the collection of more information, as suggested. Your report provides valuable policy lines for the offshore oil and gas sector, which will guide our work. It underlined certain weaknesses of the current legal framework with regards to many questions surrounding liability when offshore accidents happen. We are very grateful for this constructive and substantive contribution, which provides a structure of issues to be dealt with in the near future.

Furthermore, before deciding on new legal initiatives, we need to know what progress has been made on these subjects in Member States when implementing the directive. The deadline for implementation of the Offshore Safety Directive was 19 July 2015. At the latest in 2019, when the Commission will assess the implementation of the directive, taking into account the efforts of Member States, specifically their competent authorities, the report will include as appropriate its proposals for amending the directive and, if necessary, for additional initiatives. It is clear that the issues examined in the 2019 report, also in line with your proposals, should include an in-depth analysis of questions regarding liability, compensation and financial security for offshore and gas operators, with the objective of addressing potential shortcomings.

In the meantime, the Commission will exchange and discuss with the Member States respective experiences of practical implementation on a permanent basis, and specifically in the framework of the existing European Offshore Authorities Group. When carrying out the dialogue with Member States on these sensitive issues, we will take the utmost account of the contribution from the European Parliament, upon which we can build. We will bring your issues forward in the European Offshore Authorities Group, and in any other available forum. Both in expert groups and high-level groups, the Commission will refer to your report, which establishes clear guidance and potential target lines of where we should get to, for the benefit of EU citizens.

Elnök asszony. - A vitát lezárom.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – 2010 áprilisában egy balesetet követően elsüllyedt a Deepwater Horizon olajfúrótorony, minek következtében a tengervízbe ömlött közel 5 millió hordó nyersolaj. A bajt csupán egy eszköz – a kitöréságtló meghibásodása – okozta, de mégis a valaha volt egyik legnagyobb természeti katasztrófaként vonult be a történelembe. Természetesen jogos elvárás, hogy tanulva az amerikai példából, Európa ne csak megpróbálja megelőzni egy hasonló katasztrófa bekövetkezését, hanem fel legyen készülve annak kezelésére mind technológiailag, mind pedig jogilag. Ugyanakkor nagyon óvatosnak kell lennünk, nehogy pont az effajta igyekezet fojtsa meg azt az iparágat, amelyet szabályozni akarunk. Európa energiaellátásában alapvető jelentőségű az északi-tengeri és földközi-tengeri kőolaj- és földgázkitermelés.

Fontos, hogy az ezekben a régiókban kitermelést végző vállalatok ne azt érezzék, hogy az ellehetetlenítésükre törekszünk, hanem segítő kezet lássanak az Unióban, ami rendezi a jogviszonyokat és segít a kockázatok minimalizálásában. A meglévő kitermelés védelme mellett, legalább olyan fontos, hogy ne riasszuk el a potenciális jövőbeli beruházásokat sem. A Fekete-tenger, a Földközi-tenger keleti medencéje, vagy éppen a Barents-tenger ásványkincsei hosszú távú megoldást jelenthetnek Európa energiaellátásában, amelyek nagyban segítenék a függőség csökkentését a külső szállítóktól. Törekednünk kell arra, hogy minden szabályozás amit bevezetünk stabilizálja az üzleti környezetet és kiszámíthatóságot teremtsen.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Me gustaría felicitar al ponente por su trabajo en este informe, que es fundamental para minimizar los daños de un posible accidente en las operaciones de gas y petróleo mar adentro: más aún cuando la Unión está impulsando su desarrollo sin tener en cuenta sus riesgos y su impacto ambiental, social y económico. En particular, comparto la necesidad de establecer un mecanismo de compensación para proteger a sectores potencialmente afectados, como el pesquero y el turístico, de facilitar que las víctimas puedan recurrir a la justicia y de asegurarse, mediante contribuciones específicas, de que la industria del petróleo y del gas mar adentro realmente paga. Medidas que, como resalta el informe, deben extenderse al marco global. Espero que la Comisión tome buena nota de estas recomendaciones para conseguir que sean las compañías que se lucran con las actividades de gas y petróleo mar adentro las que paguen, realmente, el coste de cualquier accidente.

19. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a fontos politikai kérdésekkel kapcsolatos egyperces felszólalások (az eljárási szabályzat 163. cikke.).

Daniel Buda (PPE). – Mulțumesc, doamna președintă. Preocupările fermierilor de azi sunt legate, în principal, de valorificarea produselor la prețuri acceptabile, care să le permită să supraviețuiască pe piață. Marile lanțuri de magazine alimentare, în special din vestul Europei, au un parteneriat strâns cu fermierii locali, ceea ce este un lucru foarte bun. România a implementat acest concept prin legea 150/2016, astfel încât comercianții urmează să achiziționeze anumite produse provenite din lanțul scurt de aprovizionare. Aceasta implică un număr limitat de operatori economici angajați în activitatea de dezvoltare economică, precum și relații strânse între producători, procesatori și consumatori. Comisia Europeană a dat dovadă însă de exces de zel în acest caz, demarând proceduri preliminare celei de *infringement*, pe care o apreciez însă la limita legalității tratatelor. Menționez că prin legea adoptată nu se limitează prezența produselor agroalimentare europene pe raftul comercianților din România, astfel nu este vorba de un obstacol în calea comerțului intracomunitar, iar această lege trebuie aplicată în mod cert în România. Mulțumesc.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'*European Center for disease prevention and control* riporta che dal 2012 al 2015 il fenomeno della resistenza agli antibiotici è cresciuto enormemente. Le Nazioni Unite giudicano la resistenza agli antibiotici una emergenza sanitaria pari a quella di Ebola e Aids, di cui domani ricorre la Giornata mondiale. L'abuso di antibiotici è quindi un'altra grande sfida europea ed italiana, amplificata dall'uso smodato di antibiotici negli allevamenti. L'Italia è il terzo più grande utilizzatore europeo di antibiotici negli allevamenti, con criticità negli intensivi. Il 71% di quelli venduti in Italia va agli animali d'allevamento e il 94% dei trattamenti è di massa. Questa modalità di utilizzo rende la nascita di super batteri sempre più probabile, come il rischio di propagazione dagli allevamenti all'uomo, innalzando il numero di morti dovuti alla loro resistenza, circa 7 000 solo in Italia. Non c'è quindi altro mezzo per contrastare la resistenza agli antibiotici diverso dalla loro significativa riduzione. Chiedo alla Commissione di adottare linee guida sull'uso corretto degli antibiotici nell'uomo e negli animali e di fare di più nell'attuazione e applicazione delle misure e nel coordinamento delle politiche sanitarie e agricole, per aumentare l'efficacia dell'azione europea contro la resistenza agli antibiotici.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Francuska Rada Stanu podtrzymała decyzję Wysokiej Rady Audiowizualnej odmawiającej praw reklamy społecznej spotowi, w którym dzieci z zespołem Downa śmieją się, mówią o sobie, pokazują, jak żyją. Obie instytucje uznały, że bezceremonialne opowiadanie tych dzieci o swym prawie do życia, radości życia, może razić kobiety, które dokonały, zacytuję, innego legalnego wyboru, krótko mówiąc, które nie pozwoliły urodzić się innym podobnym dzieciom.

Decyzja ta uznająca niestosowność, ze względu na wzbudzane reakcje, obecności dzieci z zespołem Downa w przestrzeni publicznej, to odrażający akt dyskryminacji czyniący z tych osób trędowatych XXI wieku. Oczekuję w tej sprawie stanowiska wszystkich przedstawicieli władz Unii Europejskiej, którzy z urzędu zabierają głos w sprawach niedyskryminacji.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, gospodine povjereniče, Hrvatska se danas osjeća kao jedna vrsta kante za smeće. Zato što u Hrvatsku dolaze proizvodi koji se žele prodati, a stari su po 40 godina. Govorim konkretno o slučaju mesne industrije. Građani u Hrvatskoj vrlo su zabrinuti za svoje zdravlje i želim vas upozoriti da je očito da sustav koji je uspostavljen u Europi u mnogim zemljama ne funkcionira kako treba. Nema kvalitetne kontrole.

Tzv. *Rapid alert system for food and feed* očito u nekim zemljama ne funkcionira kako treba. Mi građani smo zabrinuti, zabrinuti smo za naše zdravlje i želimo jasno poručiti da oni koji nas žele trovati, oni koji truju građane EU-a, moraju snositi velike kazne ili na kraju krajeva, zatvoriti vlastitu proizvodnju.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Señora Presidenta, hace solo unas horas, nos hemos reunido en este Parlamento el grupo de doce eurodiputados que vamos a abordar el *brexit*. Me complace ser el primero que tiene la ocasión de informar de ello en esta Cámara.

Ha sido una reunión muy informal, presidida por el Presidente del Parlamento, a la que ha asistido como invitado especial Michel Barnier, designado por la Comisión como el negociador principal con el Reino Unido. Es una persona que me da confianza para la negociación.

Me complace ser miembro de este reducido grupo como presidente de la Alianza Libre Europea. Para mis compañeros escoceses y galeses, es importante que su Grupo se halle presente en este proceso, y lo es para Cataluña, mi país, porque la retirada del Reino Unido implica también que debemos redefinir la Europa del futuro en la que naciones como Cataluña o Escocia quieren tener su lugar.

Laurențiu Rebega (ENF). – Doamnă președinte, domnule comisar, doresc să atrag atenția asupra condiționalităților *ex ante* impuse statelor membre. Aceste cerințe reprezintă un instrument utilizat ca mijloc de aplicare forțată a politicii Comisiei Europene și un alt caz de depășire a competențelor conferite prin tratate. Sub pretextul stabilirii unor condiții pentru implementarea eficientă a fondurilor, Comisia Europeană obligă, de fapt, statele să pună în practică la nivel național anumite reforme structurale și strategii. Necesitatea acestora este stabilită în mod unilateral de către Comisia Europeană, fără a putea fi ulterior discutate sau modificate în funcție de particularitățile naționale concrete. Spre exemplu, României i-au fost impuse 36 de condiționalități de îndeplinit până la sfârșitul acestui an, inclusiv pentru domenii care sunt de competența exclusivă a statelor membre, precum sănătatea și educația. Statele membre au sesizat complexitatea ridicată și neclaritatea acestor condiționalități. Dacă adăugăm la acestea și pericolul suspendării fondurilor, atunci instituțiile naționale vor înclina spre adoptarea unor măsuri formale doar pentru a evita sancțiunile. În contextul actual, când tot mai multe voci solicită simplitate și claritate în reglementări, consider că este absolut necesar ca aceste condiționalități să fie revizuite și alocarea fondurilor să nu fie afectată de stadiul implementării lor. Vă mulțumesc.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, στο όνομα του χρέους, της αξιολόγησης, στον βωμό της ανάκαμψης της κερδοφορίας του κεφαλαίου κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ, Ευρωπαϊκή Ένωση, Διεθνές Νομισματικό Ταμείο εκβιάζουν και ζητούν νέες λαϊκές θυσίες, την επιβολή και διά νόμου όσων εφιαλτικών για τους εργαζόμενους προωθούνται σήμερα στην πράξη στους χώρους δουλειάς με επιχειρησιακές και ατομικές συμβάσεις. Το ευρωπαϊκό κεκτημένο σας είναι το να μην μείνει όρθιο κεκτημένο εργατικό δικαίωμα. Οι βέλτιστες πρακτικές της Ευρωπαϊκής Ένωσης που σερβίρει η κυβέρνηση κατά παραγγελία των εργοδοτών στην Ελλάδα είναι η απελευθέρωση των δουλεμπορικών γραφείων, οι συνθήκες γαλέρας και οι μισθοί πείνας, οι συμβάσεις μηδενικών ωρών, οι ομαδικές απολύσεις. Ξέρετε καλά από πού να φυλάγεστε, γι' αυτό βάζετε στο στόχαστρο το απεργιακό δικαίωμα. Γνωρίζετε ότι κίνδυνος για σας και πραγματική διέξοδος για τους εργάτες βρίσκεται στην ανασύνταξη του κινήματός τους, στην οργανωμένη πάλη τους ενάντια στα αντιλαϊκά μέτρα για την ανάκτηση των απωλειών και την ικανοποίηση των σύγχρονων αναγκών. Στις 8 Δεκέμβρη η εργατική τάξη με μια μεγάλη μαζική πανελλαδική απεργία απαντά για όλα.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, chci využít tohoto prostoru a oslovit odtud zástupce Komise a zástupce Rady a vyjádřit se k bodu, který včera projednával výbor IMCO, a to je trialog nad směrnicí o kontrole a nabývání zbraní.

Včera jsme se dozvěděli, že bude politickou snahou toto jednání ukončit ještě za slovenského předsednictví do konce tohoto roku. Já jsem chtěl vyzvat zástupce orgánů, které se účastní trialogu, aby opravdu nebrali jako politický úkol za každou cenu rychle ukončit jednání nad směrnicí, která (alespoň v České republice) vyvolává mimořádné emoce, je mimořádně negativně vnímána všemi legálními držiteli zbraní. A aby opravdu příslušné orgány trialogu podrobně projednaly celou věc a řešily věci, které v praxi činí problémy. A to je otázka deaktivace zbraní a otázka konverze zbraní.

Takže moc prosím, pane komisaři, vnímejte toto téma jako mimořádně politicky citlivé a nemějme jako politický úkol jednání za každou cenu ukončit, ale řešme, jaké výsledky to jednání přinese.

Victor Negrescu (S&D). – 1 decembrie este Ziua Națională a României și a tuturor românilor, marcând un moment de mare însemnătate istorică, 98 de ani de la Marea Unire înfăptuită la Alba Iulia. Este momentul care omagiază sacrificiile făcute de sute de mii de români de-a lungul secolelor pentru realizarea unității naționale. Peste 300 000 de soldați români au murit în Primul Război Mondial pentru acest obiectiv. Dintre aceștia, peste 22 000 au murit și au fost înhumați peste hotarele țării. Pentru că această zi este a tuturor românilor, oriunde s-ar afla ei, am decis să mă reculeg la mormintele celor opt soldați români uciși în Primul Război Mondial aici, în Belgia, la Mons. Iar locul cel mai important sufletului meu și al românilor rămâne Alba Iulia, localitatea de unde a renăscut România modernă. De aceea, îmi doresc ca, în 2018, când se va împlini Centenarul României, Alba Iulia să beneficieze de un plus de recunoaștere din partea statului român și să devină un reper pentru tot ce înseamnă viitorul României. Vă invit pe toți partenerii europeni să fiți alături de noi în susținerea acestui proiect de țară. La Mulți Ani, România, La Mulți Ani, Alba Iulia, La Mulți Ani tuturor românilor!

Urszula Krupa (ECR). – Po przyjęciu na ostatniej sesji w Strasburgu rezolucji w sprawie przystąpienia Unii do konwencji stambulskiej w sprawie zapobiegania i zwalczania przemocy wobec kobiet mam propozycję, a nawet apel do Europejskiego Instytutu ds. Równości Płci, aby zbadał problem, jakim jest sytuacja kobiet imigrantek w obozach uchodźców w Europie, gdzie, według instytucji humanitarnych, dochodzi do przemocy wobec kobiet, szczególnie chrześcijanek. Ale także muzułmanki traktowane są jak przedmioty, kiedy mężowie oddają je innym mężczyznom w zamian za odpowiednią zapłatę. Dane ONZ, które dotyczą ubiegłego roku, wykazywały, że 75 % imigrantów to młodzi mężczyźni, a reszta to rodziny z dziećmi, jakby kobiet w rodzinach nie było. Albo nie są zauważalne nawet przez organizacje badawcze. Niestety na stronie instytutu nie znalazłam żadnego sprawozdania w tej sprawie.

Gilles Lebreton (ENF). – Madame la Présidente, le président de la Commission de Bruxelles, Jean-Claude Juncker, vient de choquer une grande partie de l'humanité en rendant hommage à Fidel Castro. Il a notamment prononcé la phrase suivante: «Le monde a perdu un homme qui était un héros pour beaucoup». Cet hommage est honteux! Il est une insulte pour les milliers de morts et pour les deux millions d'exilés qui sont les victimes de Castro.

Jean-Claude Juncker fait honte à l'Europe en présidant depuis deux ans la Commission en récompense de son rôle de grand architecte de l'évasion fiscale. Voilà à présent qu'il lui fait honte par sa cruauté! Castro n'était pas un libérateur, mais un dictateur. Voilà ce que Jean-Claude Juncker aurait dû dire en hommage à ses victimes.

Qu'un tel chef puisse diriger l'Union européenne en dit long sur ce qu'est l'Union européenne: une Europe de l'argent et du mépris, coupée des aspirations des peuples, et à cent lieues de l'Europe des nations que j'appelle de mes vœux.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, Evropa stojí před mnoha výzvami. Já bych se chtěl dnes věnovat výzvě, která stojí před regiony. A to je odstraňování rozdílů mezi regiony. To je součástí politiky soudržnosti – snižování a odstraňování rozdílů, to EU dělá ve své politice soudržnosti, nicméně pořád je řada zaostalých regionů, které právě toto znevýhodnění odstraňují velmi pomalu a dohání vlastně průměr Evropské unie jen velmi pozvolným tempem.

Výzvou je rovněž demografické stárnutí řady regionů a vystěhovávání obyvatel. Měli bychom, podle mého soudu, vytvořit nové nástroje, které doplní ty stávající nástroje na podporu regionů. Něco jako pobídkový systém pro velké firmy, aby investovaly v těchto regionech, zakládaly tam podniky a projekty. Mám za to, že stávající nástroje už nejsou dostatečné, a nechtěl bych se dožít toho, že za dvě desetiletí budeme svědky kolapsu řady regionů.

Andrejs Mamikins (S&D). – Madame la Présidente, chers collègues, le résultat principal de l'élection présidentielle aux États-Unis est que l'élite politique américaine a été punie pour son arrogance et son ignorance des intérêts d'une large part de la population. Il y a quelques mois, un signal similaire a été envoyé par la population de la Grande-Bretagne, lors du référendum sur la sortie du pays de l'Union européenne.

Les gens n'ont pas voté pour Donald Trump ni pour le Brexit, ils ont voté contre les inégalités, les injustices et le mépris continuel de leurs opinions. Le système politique actuel est à la traîne derrière la réalité et est devenu inefficace. Non seulement il ne peut pas résoudre les problèmes actuels, mais il en crée souvent d'autres. Les gens ne veulent pas accepter le fait que le système actuel n'apporte pas de stabilité et de bien-être à leur famille. La société ne peut pas être divisée entre une petite minorité riche et une grande majorité qui vit dans la pauvreté, la peur du chômage et du sans-abrisme.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι μεγάλες χώρες της Δύσης που προκάλεσαν την ανάφλεξη της Μέσης Ανατολής και δημιούργησαν καραβάνια προσφύγων τώρα σφυρίζουν αδιάφορα και αφήνουν τον ευρωπαϊκό Νότο να μετατραπεί σε αποθήκη ψυχών, ψελλίζοντας μάλιστα δήθεν ανθρωπιστικά επιχειρήματα. Δεν είναι όμως ανθρωπισμός να στοιβάζονται οι πρόσφυγες σε πρόχειρους καταυλισμούς και στη συνέχεια να εξυπηρετούν το κοινωνικό ντάμπινγκ που επιβάλλουν οι πολυεθνικές. Οι προσφυγικές και μεταναστευτικές ροές πρέπει να αντιμετωπιστούν αποφασιστικά από την Ευρωπαϊκή Ένωση.

Πρέπει λοιπόν να ενισχυθεί η προσπάθεια ειρήνευσης της Μέσης Ανατολής, να χτυπηθούν τα κυκλώματα των διακινητών και να υπάρξει πίεση στον Ερντογάν για την εφαρμογή της συμφωνίας Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας. Πρέπει επίσης να εφαρμοστεί η συμφωνία της Βαλέτα, να ολοκληρωθούν οι μετεγκαταστάσεις προσφύγων από Ελλάδα και Ιταλία σε άλλες χώρες της Ένωσης και να αλλάξουν επιτακτικά οι αναποτελεσματικοί και άδικοι κανόνες του Δουβλίνου ΙΙΙ. Δεν πρέπει ο ελληνικός λαός να πληρώσει τις αντιπαραθέσεις και την κοντόφθαλμη πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η Λέσβος, η Χίος, η Σάμος και τα άλλα νησιά του Αιγαίου δεν αντέχουν άλλους πρόσφυγες και παράνομους μετανάστες. Η Ελλάδα δεν είναι αποθήκη ψυχών.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, pane komisaři, chtěl bych upozornit na jeden z aspektů romské problematiky, který v současné době není příliš řešen. A je to otázka řešení protiromské rétoriky na internetu. Evropská komise se většinou zabývá řešením tohoto problému dáváním peněz různým neziskovým organizacím a vládním agenturám. Podle mě tento boj proti protiromské rétorice není účinný.

Osobně bych navrhoval zapojit do samotného řešení tohoto problému především Romy, kteří dokážou nejlépe vysvětlit svoje postoje, svoje činy a dokážou sami přinést pozitivní příklady. Bohužel protiromská rétorika se za posledních deset let téměř vůbec v zemích Evropské unie nezměnila, a bylo to právě na základě toho, že Evropská komise dostatečně nerozuměla problematice a snažila se problém vyřešit množstvím peněz dávaných různým agenturám a neziskovým organizacím.

Elnök asszony. - A napirendi pont ezzel lezárul.

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

21. Schluss der Sitzung

(Az ülést 22.10-kor rekesztik be.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2238

22.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 1. DEZEMBER 2016

(C/2024/2238)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 30. November und 1. Dezember 2016

BRÜSSEL

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung . . . 5

2. Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und anderen Formen der Intoleranz (Aussprache) . . . 5

3. Lage in der Demokratischen Republik Kongo (Aussprache) . . . 21

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll . . . 29

5. Feierliche Sitzung - Tunesien . . . 29

6. Abstimmungsstunde . . . 35

6.1. Zollkodex der Union in Bezug auf Waren, die das Zollgebiet der Union vorübergehend auf dem See- oder Luftweg verlassen haben (A8-0329/2016 - Maria Grapini) (Abstimmung) . . . 35

6.2. Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte im Hinblick auf den Geltungsbeginn (A8-0356/2016 - Pervenche Berès) (Abstimmung) . . . 36

6.3. Abkommen zwischen der EU und Kiribati über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0334/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung) . . . 36

6.4. Abkommen zwischen der EU und den Salomonen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0336/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung) . . . 36

6.5. Abkommen zwischen der EU und Mikronesien über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0337/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung) . . . 36

6.6. Abkommen zwischen der EU und Tuvalu über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0333/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung) . . . 36

Inhalt Seite

6.7. Abkommen zwischen der EU und den Marshallinseln über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0335/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung) . . . 36

6.8. Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union: eine Bewertung (A8-0341/2016 - Salvatore Cicu) (Abstimmung) . . . 36

6.9. Gutachten des Gerichtshofs über die Vereinbarkeit des Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union über den Schutz personenbezogener Daten bei der Verhütung, Untersuchung, Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten mit den Verträgen (B8-1304/2016, B8-1305/2016) (Abstimmung) . . . 36

6.10. Abkommen zwischen den USA und der EU über den Schutz personenbezogener Daten bei Straftaten (A8-0354/2016 - Jan Philipp Albrecht) (Abstimmung) . . . 36

6.11. Interim-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EG/Ghana (A8-0328/2016 - Christofer Fjellner) (Abstimmung) . . . 36

6.12. Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben im Jahr 2016 (A8-0347/2016 - José Manuel Fernandes) (Abstimmung) . . . 37

6.13. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4/2016: Anpassung der Mittel aufgrund der jüngsten Entwicklungen im Bereich Migration und Sicherheit, Senkung der Mittel für Zahlungen und der Mittel für Verpflichtungen (A8-0350/2016 - José Manuel Fernandes) (Abstimmung) . . . 37

6.14. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5/2016: Umsetzung des Eigenmittelbeschlusses (A8-0348/2016 - José Manuel Fernandes) (Abstimmung) . . . 37

6.15. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Deutschland (A8-0352/2016 - Monika Hohlmeier) (Abstimmung) . . . 37

6.16. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6/2016 für den Vorschlag zur Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Deutschland (A8-0349/2016 - José Manuel Fernandes) (Abstimmung) . . . 37

6.17. Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben im Jahr 2017 (A8-0346/2016 - Jens Geier) (Abstimmung) . . . 37

6.18. Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments zur Finanzierung haushaltspolitischer Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der derzeitigen Migrations-, Flüchtlings- und Sicherheitskrise (A8-0351/2016 - Jens Geier) (Abstimmung) . . . 37

6.19. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der EU für Vorauszahlungen im Rahmen des Haushaltsplans 2017 (A8-0323/2016 - Patricija Šulin) (Abstimmung) . . . 37

6.20. Haushaltsverfahren 2017: gemeinsamer Entwurf (A8-0353/2016 - Jens Geier, Indrek Tarand) (Abstimmung) . . . 37

6.21. Lage in Italien nach den Erdbeben (B8-1284/2016, B8-1285/2016, B8-1286/2016, B8-1288/2016, B8-1289/2016, B8-1291/2016, B8-1294/2016, B8-1296/2016) (Abstimmung) 38

6.22. Leitlinien für die Interessenerklärungen der Mitglieder der Kommission (A8-0315/2016 - Pascal Durand) (Abstimmung) . . . 38

6.23. Haftung, Schadenersatz und Deckungsvorsorge für Offshore-Erdöl- und -Erdgasaktivitäten (A8-0308/2016 - Kostas Chrysogonos) (Abstimmung) . . . 38

6.24. Lage in der Demokratischen Republik Kongo (RC-B8-1310/2016, B8-1310/2016, B8-1313/2016, B8-1315/2016, B8-1316/2016, B8-1319/2016, B8-1320/2016, B8-1324/2016) (Abstimmung) . . . 38

6.25. Zugang zu Energie in Entwicklungsländern (B8-1227/2016) (Abstimmung) . . . 38

6.26. Anwendung des Europäischen Mahnverfahrens (A8-0299/2016 - Kostas Chrysogonos) (Abstimmung) . . . 38

7. Stimmerklärungen . . . 38

Inhalt Seite

7.1. Zollkodex der Union in Bezug auf Waren, die das Zollgebiet der Union vorübergehend auf dem See- oder Luftweg verlassen haben (A8-0329/2016 - Maria Grapini) 38

7.2. Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte im Hinblick auf den Geltungsbeginn (A8-0356/2016 - Pervenche Berès) 61

7.3. Abkommen zwischen der EU und Kiribati über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0334/2016 - Mariya Gabriel) 83

7.4. Abkommen zwischen der EU und den Salomonen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0336/2016 - Mariya Gabriel) 102

7.5. Abkommen zwischen der EU und Mikronesien über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0337/2016 - Mariya Gabriel) 121

7.6. Abkommen zwischen der EU und Tuvalu über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0333/2016 - Mariya Gabriel) 140

7.7. Abkommen zwischen der EU und den Marshallinseln über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0335/2016 - Mariya Gabriel) 157

7.8. Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union: eine Bewertung (A8-0341/2016 - Salvatore Cicu) 176

7.9. Gutachten des Gerichtshofs über die Vereinbarkeit des Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union über den Schutz personenbezogener Daten bei der Verhütung, Untersuchung, Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten mit den Verträgen (B8-1304/2016, B8-1305/2016) 203

7.10. Abkommen zwischen den USA und der EU über den Schutz personenbezogener Daten bei Straftaten (A8-0354/2016 - Jan Philipp Albrecht) 216

7.11. Interim-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EG/Ghana (A8-0328/2016 - Christofer Fjellner) . . 241

7.12. Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben im Jahr 2016 (A8-0347/2016 - José Manuel Fernandes) 266

7.13. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4/2016: Anpassung der Mittel aufgrund der jüngsten Entwicklungen im Bereich Migration und Sicherheit, Senkung der Mittel für Zahlungen und der Mittel für Verpflichtungen (A8-0350/2016 - José Manuel Fernandes) 283

7.14. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5/2016: Umsetzung des Eigenmittelbeschlusses (A8-0348/2016 - José Manuel Fernandes) 302

7.15. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Deutschland (A8-0352/2016 - Monika Hohlmeier) 319

7.16. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6/2016 für den Vorschlag zur Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Deutschland (A8-0349/2016 - José Manuel Fernandes) 338

7.17. Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben im Jahr 2017 (A8-0346/2016 - Jens Geier) 356

7.18. Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments zur Finanzierung haushaltspolitischer Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der derzeitigen Migrations-, Flüchtlings- und Sicherheitskrise (A8-0351/2016 - Jens Geier) 374

7.19. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der EU für Vorauszahlungen im Rahmen des Haushaltsplans 2017 (A8-0323/2016 - Patricija Šulin) 393

7.20. Haushaltsverfahren 2017: gemeinsamer Entwurf (A8-0353/2016 - Jens Geier, Indrek Tarand) . . 413

7.21. Lage in Italien nach den Erdbeben (B8-1284/2016, B8-1285/2016, B8-1285/2016, B8-1286/2016, B8-1288/2016, B8-1289/2016, B8-1291/2016, B8-1294/2016, B8-1296/2016) 439

Inhalt Seite

7.22. Leitlinien für die Interessenerklärungen der Mitglieder der Kommission (A8-0315/2016 - Pascal Durand) . . . 462

7.23. Haftung, Schadenersatz und Deckungsvorsorge für Offshore-Erdöl- und -Erdgasaktivitäten (A8-0308/2016 - Kostas Chrysogonos) . . . 487

7.24. Lage in der Demokratischen Republik Kongo (RC-B8-1310/2016, B8-1310/2016, B8-1313/2016, B8-1315/2016, B8-1316/2016, B8-1319/2016, B8-1320/2016, B8-1324/2016) 512

7.25. Zugang zu Energie in Entwicklungsländern (B8-1227/2016) . . . 532

7.26. Anwendung des Europäischen Mahnverfahrens (A8-0299/2016 - Kostas Chrysogonos) . . . 552

8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll . . . 574

9. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll . . . 574

10. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll . . . 574

11. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll . . . 574

12. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll . . . 574

13. Unterbrechung der Sitzungsperiode . . . 574

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 1. DEZEMBER 2016

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

1. Eröffnung der Sitzung

(Ședința a fost deschisă la ora 9.00)

2. Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und anderen Formen der Intoleranz (Aussprache)

Președinte. – Primul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind Declarațiile Consiliului și Comisiei, referitoare la Combaterea rasismului, a xenofobiei, a homofobiei și a altor forme de intoleranță (2016/2989(RSP)).

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council.* – Mr President, Commissioner, honourable Members, you have invited the Council to intervene on a topic of common concern: how to combat racism, xenophobia, homophobia and other forms of intolerance. We very much share your preoccupation. The evidence from different sources such as the EU Agency for Fundamental Rights and the Council of Europe confirms an alarming increase of intolerance and hatred in Europe. There might be several reasons explaining this worrying phenomenon, but let me be clear on this: there can be no justification for it.

The EU has adopted specific legislation on combating intolerance and hatred, in particular the 2008 Framework Decision on combating racism and xenophobia. The Presidency is aware that the Commission is currently looking into the national laws of the Member States to assess the framework and to ensure its correct implementation. Only a few months ago, in June, the Council reminded Member States of the need to ensure the effective transposition and implementation of the Framework Decision and other relevant laws at national level to counter the plight of hate crimes. In addition, the Council asked Member States to develop effective methods to report and ensure proper recording of hate crimes. It is also worth mentioning that the Council has adopted a directive that prohibits discrimination on grounds of racial or ethnic origin. It has been in place for more than 15 years and it is an important tool in the fight against racial discrimination.

As for the future: we need to combine our actions and strengthen the existing cooperation between institutions. In this context, I would like to recall the important step made last June, when the Council responded positively to the Commission's list of actions to advance LGBTI equality. The Council invited the Commission to promote the measures outlined in that list and report regularly on the progress achieved. The Council has likewise invited the Member States to take action to combat discrimination on the grounds of sexual orientation and gender identity. The Council has also consistently supported the efforts of the EU and its Member States to improve the situation of the Roma, which is Europe's largest ethnic minority. Moreover, in the context of interinstitutional cooperation, the Council has supported the ambitious plan of the new Commission high-level group seeking to develop with Member States concrete practices and tools to improve responses to racism, xenophobia and other forms of intolerance. We also welcome the ongoing EU-level dialogue with major IT companies, in cooperation with Member States, to address online hate speech. Last but not least, we should remember and commend the remarkable work done by the Fundamental Rights Agency in this field.

Let me stress once again that racism, xenophobia, homophobia and other forms of intolerance are incompatible with our common values and principles. According to the legal framework in place they can even constitute a crime that should be prosecuted. There is indeed no exception from this for politicians abusing the freedom of expression by inciting to violence or hatred. Our role – and on this I count on your support – is to remind ourselves of our responsibility for what we say. Words have power, including the power to harm. For this reason, freedom of expression has its limits. It is our common responsibility to find the right balance, and this is never an easy task. I look forward to your debates, honourable Members, and I thank you for your attention.

Julian King, *Member of the Commission.* – Mr President, Commissioner Jourová sends her apologies for being unable to attend this morning. She asked me to replace her and I am glad to do so.

Increasing fear and high rates of verbal and physical violence against ethnic, religious or other minorities across Europe are – and remain – a major concern. As we never get tired of reiterating, the Commission condemns all manifestations of racism, xenophobia, homophobia and all other forms of intolerance as these are incompatible with the values and principles upon which the European Union is founded. I personally believe that we all, collectively and individually, have the duty to fight against intolerance and hatred and reject all of its expressions. Political and opinion leaders bear, in this regard, a particularly important responsibility since racist, xenophobic and other attitudes of intolerance expressed by leaders are, by their very nature, incompatible with the responsibilities they are called upon to fulfil. They also contribute to a climate in which hatred and intolerance become normalised. History should have taught us to be wary.

But for those who live in the here-and-now, very recent events have shown that this is not simply a theoretical issue, but a very real danger. I commend the efforts that this place, the European Parliament, makes in ensuring that incitement to hatred pronounced by its Members is taken seriously and addressed. Public condemnation of racism and xenophobia by the authorities, political parties and civil society contributes to acknowledging the seriousness of these phenomena and actively fighting against racist and xenophobic speech and behaviour. In the Commission prevention and the fight against racism, xenophobia and all other forms of intolerance are shared priorities. The fact that we devoted the first annual Colloquium on Fundamental Rights to combating racism and intolerance last year reflects that commitment.

The Commission appointed two Commission coordinators to contribute to combating hate crime, hate speech and intolerance by engaging and listening to the community's concerns with regard to two particular forms of racism and xenophobia which have reared their heads: anti-Semitism and anti-Muslim hatred. To give one illustration, in 2015 Jews were the target of 40% of all racist crimes committed in France and, as the November Fundamental Rights Agency report on hate crime and the current migration situation puts it, Muslims experience increased hostility as they are often perceived as perpetrators or sympathisers of terrorist attacks or for being part of a refugee movement seen as threatening safety and security. The Commission is acutely aware of this developing narrative and will continue to speak out forcefully against such stigmatisation and incitement to hatred against certain communities. We are also working with Member States to ensure they effectively enforce the legislation criminalising illegal hate speech, with particular regard to the EU's Framework Decision on combating racism and xenophobia by means of criminal law, which concerns, as you know, the public incitement to violence and hatred on grounds of race, colour, religion, descent, national or ethnic origin. This legislation applies to incitement to violence or hatred, online and offline, including statements by political and opinion leaders.

In the bilateral dialogues we have with Member States to ensure the correct transposition and implementation of this instrument, we have raised a series of issues and concerns. As a result, in the past two years, six Member States have made amendments to their criminal law to bring their legislation in line with the framework decision. Commissioner Jourová strongly reiterated the importance of ensuring correct transposition and effective implementation of the instrument at the Justice and Home Affairs Council on 14 October and urged national governments to do everything possible to ensure that national provisions can be swiftly and fully aligned to the EU rules and, just as importantly, that they are applied in practice. Member States' law enforcement authorities and courts remain competent to investigate, prosecute and try individual cases of hate speech and hate crime.

So it is only through working together with the Member States and other key actors, including civil society, that we can make a real difference on the ground, supporting national efforts to ensure implementation of the rules and to set up effective policies to prevent and combat this phenomenon. It is a matter of building the necessary commitment, capacity and making available resources and tools. The EU High Level Group on combating racism, xenophobia and other forms of intolerance is a unique platform for the exchange of best practice, guidance, strengthening cooperation and synergies, bringing together the key actors: civil society, community representatives, EU agencies, in particular the Fundamental Rights Agency, and relevant international organisations, including the UN, OSCE and the Council of Europe. The engagement of the European Parliament Intergroup against racism with this High Level Group is very welcome. We need to join our efforts to achieve common objectives.

The group is focusing on issues such as how to improve awareness, enhance the effectiveness of investigations and prosecutions, better address under-reporting and ensure adequate victims' support. The group is discussing forms of intolerance in order to develop and improve targeted responses. One priority for the High Level Group is to help all Member States develop sound methodologies for recording and collecting data on hate crimes, which can often go unreported or get mistaken for other offences. This work is carried out by a specific sub-group led by the EU Agency for Fundamental Rights and that met for the first time in October.

We have also taken important steps to counter illegal hate speech on the internet. A Code of Conduct on countering illegal hate speech online was agreed by the Commission with Facebook, Twitter, Microsoft and YouTube in May this year. We will present a preliminary assessment of the work in this area on 7 December. We are also looking at how to support further the role of the media and ethical journalism in promoting fundamental rights and to ensure that a pluralistic media environment can foster political debate on crucial issues for democratic societies.

These and other related issues were at the heart of the discussion at this year's annual Colloquium on Fundamental Rights, which First Vice-President Frans Timmermans hosted together with Commissioners Oettinger and Jourová earlier in November. Furthermore, we have consistently supported concrete projects to prevent racism, xenophobia homophobia and other forms of intolerance under the Rights, Equality and Citizenship Programme. Through the new call for proposals, which is now open, we are making available EUR 6 million for projects in this area. In addition, the Radicalisation Awareness Network (RAN) continues to support frontline practitioners and civil society actors to effectively address the challenges of radicalisation and polarisation at a local level. Practitioners are concerned about how violent, extremist, racist groups, on one hand, or Daesh, on the other, exploit the refugee crisis to promote their own poisonous narratives. Within the RAN practitioners are developing practical approaches and ways to address and prevent polarisation in schools and local communities with the objective of supporting a cohesive and inclusive society and reaching out to all communities. They will look into more effective ways of countering different types of extremist

propaganda, including xenophobic propaganda, also drawing on the expertise within the European Strategic Communications network.

Everybody should be able to enjoy their fundamental rights. We are all entitled to the respect of our right to non-discrimination, to human dignity, to life, to integrity of the person, and to protection from violence. That is why the High Level Group will also include exchanges on the intolerance and violence suffered by members of the LGBTI community. All that said, notwithstanding our efforts and the results we have achieved so far, we know there is a lot more to be done. We are ready to report regularly on the progress made and evaluate the need for further actions, and we count on your continued support as well as your constructive engagement.

Kinga Gál, *a PPE képviselőcsoport nevében*. – Elnök Úr! Biztos Úr, Miniszter Úr! Mindaz, ami gyűlöletet kelt, az erőszakot, intoleranciát erősíti a társadalomban, az elfogadhatatlan. Nem csak papíron, de gyakorlatban is. Ugyanakkor sajnálatosnak tartom, hogy rendszerint elmarad az uniós döntéshozók részéről a hagyományos nemzeti kisebbségek elleni intoleráns magatartások elítélése.

Felhívnám a figyelmet – úgyis, mint a hagyományos nemzeti kisebbségi intergroup egyik társelnöke – azokra az intoleráns magatartásokra tehát, amelyek végbemennek az Európai Unió tagállamaiban azon európai polgárok ellen, akik mindig is a szülőföldjükön éltek, nem mozdultak, a hagyományos nemzeti kisebbségek ellen. Ilyenek a sajtóban megvalósuló diszkrimináció és a gyűlöletkeltés ellenük, a nemzeti szimbólumaik használatának betiltása és szankcionálása, valamint anyanyelvük használatának korlátozása. Ezek mélyen elítélendő dolgok, és az Európai Bizottságnak foglalkoznia kellene ezekkel az ügyekkel. Mivel minden ilyen intoleráns magatartás azt az érzést kelti a hagyományos nemzeti kisebbségekhez tartozó európai polgárokban, mintha csak másodrendű állampolgárok lennének saját hazájukban.

Tanja Fajon, *v imenu skupine S&D*. – Evropa se sooča s porastom rasizma, ksenofobije, homofobije, transfobije in drugih oblik nestrpnosti. Pretresa me, da je bilo po podatkih Transgender Europe zgolj v zadnjem letu po svetu ubitih skoraj 300 transspolnih ljudi.

Brexit in ameriške volitve pa sta še dodatno vzpodbudila različne oblike sovražnega govora in nestrpnosti. Te in druge oblike sovraštva močno zastrupljajo dialog in sodelovanje med ljudmi, so pogosto produkt različnih ideologij in zgodovine ter večinoma najbolj prizadenejo najbolj ranljive skupine.

Tudi v moji državi – Sloveniji – se soočamo z naraščanjem nestrpnosti. Obžalujem, da posamezniki stisko ljudi izrabijo za napihovanje nestrpnosti ter širjenje neresnic. Napadi na begunce, verske objekte ali ustanove, ki spodbujajo medkulturni dialog, so resnično zavržena dejanja, katera najostreje obsojam.

Predsodke in strahove moramo nasloviti skozi izobraževanje in vzgojo ter z učinkovitimi zakonodajnimi ukrepi in politikami. Nekatere države članice v praksi še vedno nezadostno izvajajo okvirne sklepe in ne zagotavljajo ustrezne zaščite pred rasističnim in ksenofobnim sovražnim govorom in kaznivimi dejanji iz sovraštva.

Prišel bo čas, ko nas bo po dejanjih sodila zgodovina. Vsak se mora vprašati, na kateri strani zgodovine želi biti in kaj smo za to naredili.

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, ik wil graag benadrukken dat alle mensen vrij en gelijkwaardig en met rechten geboren worden. Diversiteit is de basis van een leefbare samenleving. Europa heeft de taak deze principes effectief uit te dragen en te beschermen waar en wanneer nodig. *Living free and equal* zou voor iedereen weggelegd moeten zijn. Sommige groepen en individuen ondervinden meer dan anderen dat hun beleving van gelijkheid en vrijheid onder druk staat.

Lesbian, gay, bisexual, transsexual, intersex, afgekort LGBTI, zijn zo'n kwetsbare groep. Tien jaar geleden werden de Jogjakarta-beginselen opgesteld door een groep van internationale mensenrechtenexperts. Ze geven een overzicht van internationale beginselen en mensenrechten, specifiek met betrekking tot seksuele geaardheid en identiteit. Na tien jaar zijn de bekommernissen uitgedrukt in de Jogjakarta-beginselen nog steeds even relevant. In een groot aantal EU-landen worden LGBTI gediscrimineerd of gestigmatiseerd. Er is vooruitgang geboekt, maar er is nog veel werk aan de winkel. Cultuur, traditie of religie kunnen nooit een excuus zijn voor discriminatie, niet van LGBTI, maar evenmin van andere groepen, zoals religieuze minderheden, etnische minderheden, personen met een beperking. Tolerantie is onvoldoende. Inclusie moet ons doel zijn.

Catherine Bearder, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, we all know Niemöller's poem: that first they came for the Communists, the Socialists and the Jews, and how he lamented that he had not spoken out for them until there was no one left to speak out for him. This was Europe 65 years ago, but now we see that we must speak out again. It's happening to those others, whoever they are. In June, the UK had the most divisive referendum campaigns. Our Equality and Human Rights Commission said that the referendum campaign had, and I quote, 'legitimised hate'. During the campaign, a young MP doing her job was shot and stabbed to death by a man consumed with hate, and who, shockingly, on his conviction was supported by 60,000 tweets. Two months after the EU referendum, Mr Arkadiusz Jóźwik, a Polish national, was assaulted and killed by six teenagers in what was believed to be a hate crime. In the weeks following the Brexit result, reported hate crime rose by 58% compared to the year before, but it's not just in the UK. Politicians and leaders on both sides of the Atlantic and across the Union are again peddling hate and fear. It gives permission to others, who feed on this bile and who are deranged enough to think that it's acceptable.

Many EU citizens living in the UK are very scared, as are those seeking refuge or who have migrated elsewhere in the EU. What has the UK Government's response been? To ask companies to report to them their foreign-born employees. What message is this sending? This is not the Britain I know. This is not the Europe that I know. The Britain I know is outward-looking, decent and tolerant. The Britain I know stands up for everyone, no matter what their skin colour, what their language, who they love or who they worship. And it was this ethos that founded the European Union as Europe recovered from the horrors that inspired Niemöller's poem. But in this sea of rising intolerance, there are glimmers of hope. After the death of Mr Jóźwik, the Polish Centre in London was deluged with flowers and messages of sympathy. Brexit or No Brexit, racist, homophobic and hateful speech must be publicly and forcibly condemned by us all, and I, as a Liberal Democrat, will continue to do just that.

Barbara Spinelli, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il trattato, la Carta dei diritti, la decisione quadro del 2008, la Convenzione di Istanbul, così combattiamo il razzismo, la xenofobia, le violenze contro le donne. È urgente che la decisione quadro condanni esplicitamente oggi l'islamofobia, l'antisemitismo, l'antitziganismo, l'omofobia che inquinano i nostri paesi e perfino le istituzioni comuni. È grave che gli attacchi del Commissario Oettinger a donne, gay, cinesi, diventino una normalità. È anche questione di linguaggio, non siamo uniti da valori astratti ma da norme precise. Se esiste un *demos* dell'Unione è a causa di tale patto normativo: chi lo viola non può invocare culture nazionali discordanti. Penso che ogni individuo libero, specie in tempi di forte immigrazione, abbia più appartenenze, più identità. L'assimilazione ha un'identità unica, genera violenza. Meglio l'integrazione nel rispetto delle norme che la parola assimilazione.

Ulrike Lunacek, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, members of the Commission and the Council, Mrs Bearder has referred to what has been happening in the UK, especially after Brexit. Polish workers, people who came to the UK to work, have been physically attacked. Also, during the Brexit campaign and afterwards, attacks against black UK citizens, many of them born in the UK, have increased.

We have seen all over this continent a rise in racism, anti-Semitism, homophobic violence and hate speech, Islamophobia, xenophobia and also sexism. This is something that both the Commission and Council have to tackle more urgently. I welcome both of you speaking out and welcoming the Directive against discrimination on grounds of race and ethnic origin, and also the list of actions against homophobia. But the problem is that Member States are not delivering as much as they should. When we have, in Hungary for example, a Jobbik mayor making sure with a decree that in his city there should not be any propagation of, for example, same-sex marriage, or of the family as anything other than marriage and parent-child relationships, and banning muezzins and other issues, how can we not make stronger efforts for Member States to implement everything we have?

The Commission's promise to implement the equal treatment directive is not happening. We need it urgently in order to make sure that this continent provides its citizens with what it promises.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Képviselő Asszony! Ön tett említést Magyarországról, ahonnan én is származom, én azért úgy látom, hogy ennél egy kicsit rosszabb a helyzet arrafelé, mert nem csak szélsőséges polgármesterek vannak, hanem maga a kormány, a magyar kormány, Orbán Viktor kormánya sokszor európai pénzekből fűti a xenofóbiát, idegengyűlöletet és az összes idetartozó fogalmat. Ön szerint ez a mostani dokumentum egyáltalán van-e valamilyen ellenhatással ezekre a folyamatokra?

Ulrike Lunacek (Verts/ALE), *blue-card answer*. – Thank you, Mr Szanyi, for giving me the opportunity to speak 30 seconds more. Yes, for sure, the example I mentioned was just one of the most recent that also the government of Mr Orbán is not doing anything against. I agree with you, and we have been addressing this issue – the way the Orbán Government is working in Hungary, not protecting people with whatever differences that they might have. So, the one thing that we have voted in this Parliament – the pact on democracy, the rule of law and fundamental rights – is something that should be implemented, because that would help in order to move governments that are not adhering to European values away from that, and get them in line again with what we have decided on together.

Kristina Winberg, *för EFDD-gruppen*. – Herr talman! Det är många skällsord som kastas runt i denna kammare alltför ofta. ”Rasist”, ”xenofob” och numera ”populist” är termer som hade kunnat ha en klar och tydlig betydelse i ett annat samhällsklimat. Men med tanke på att ni har kallat vanligt folk – som helt enkelt har andra uppfattningar kring invandring – för detta har termerna tappat sin betydelse.

När blev det rasistiskt att vilja ha en kontrollerad invandring? När blev det rasistiskt att bry sig om kvinnors och barns säkerhet? När blev det rasistiskt att älska sitt land och sin kultur?

Våra medborgare har sett nog för att vara mycket bekymrade över situationen. Detta kan inte avfärdas som populism eller avvikande åsikter. Ni i EU låtsas bekämpa intolerans samtidigt som ni bjuder in miljontals migranter som kommer från intoleranta kulturer. Hur kan ni förvänta er att våra medborgare ska vara toleranta med intolerans? Jag tar gärna en applåd också.

(Talaren godtog att besvara en fråga (”blått kort”) i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen.)

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. – Stimată colegă, întrebați dacă este rasist să îți protejezi cultura. Răspunsul meu este nu, dar vă întreb: nu credeți că ne putem promova propriile culturi fără să aducem atingere celorlalte culturi, fără să le excludem?

Kristina Winberg (EFDD), *svar (”blått kort”)*. – Tack för frågan! Jag kan bara se i mitt land Sverige hur vi i vissa fall tar avstånd från vår egen kultur för att rätta oss efter de invandrare som kommer. Till exempel slutar vi att fira skolavslutningar i kyrkan för att vi kan stöta oss med vissa grupper, och så vidare. Jag ser mer och mer hur vi frångår vår egen kultur för att anpassa oss till andra.

Vicky Maeijer, *namens de ENF-Fractie*. – Voorzitter, afgelopen weekend kon de heer Juncker het niet laten om dictator Fidel Castro op het schild te hijsen als een held van velen. De sympathie van de EU voor dictators die hun tegenstanders het zwijgen opleggen is tekenend. Want onder hun leiding verandert ook de Unie in een dictatuur waar geen ruimte is voor afwijkende meningen. Vrijheid van meningsuiting geldt hier alleen als je zegt wat de politiek correcte elite wil horen, en de Brusselse elite is weer op haar best vandaag. Het verkwanselen van zwaar bevochten vrijheden door iedereen met een onwelgevallige mening weg te zetten als racist, xenofoob of islamofoob.

Geen middel wordt geschuwd in de pogingen om de oppositie monddood te maken. De Brusselse elite blijft doorgaan met het wegzetten van patriotten als extremisten, met kritiek op de asieltsunami gelijk te stellen aan haat. Maar Voorzitter, legt u die miljoenen kiezers dan eens uit wat er racistisch is aan het willen beschermen van je land tegen islamitische terroristen en tegen illegale immigratie. Wat is er mis met het opkomen voor je eigen land en zijn inwoners?

Voorzitter, ook in Nederland zien we dat de elite in een politiek proces een aanval pleegt op de vrijheid van meningsuiting op een manier die Turkije niet zou misstaan. Mijn eigen partijleider, leider van de Nederlandse oppositie Geert Wilders, moet zich volgens miljoenen Nederlanders voor de rechter verantwoorden. Maar, Voorzitter, hij zal zich niet monddood laten maken. Wij laten ons niet monddood maken want de tijd van het politiek correct wegkijken is voorbij en overal laten burgers zien dat ze het spuugzat zijn. Wij zijn sterker dan deze politiek correcte "weg met ons"-mentaliteit, sterker dan dit cultuurrelativisme, sterker dan deze politieke elite.

Diane Dodds (NI). – Mr President, hate crime is unacceptable and each day we see an increase in these despicable actions right across the EU. In my constituency of Northern Ireland some great work is being done to combat the causes and recently I was contacted by a local skills SME, which works with employers, developing recruitment models that are fairer to migrant workers. In many cases workers may have the professional skills and experience but the qualifications they have achieved elsewhere are not recognised. This often leads them to become socially and economically isolated. It is vital that every citizen has the capacity to make their own contribution and this is critical to changing the unwanted perceptions in society.

I am saddened today to hear many in this Chamber refer to the result of the British referendum as a victory for racism or xenophobia. I, like the majority of people in the United Kingdom, was heartbroken by the death of Jo Cox. The British people are a welcoming people, our communities are some of the most diverse across the continent. Crimes like this are abhorrent to the vast and overwhelming majority of our people. In choosing Brexit we simply rededicated our commitment to be free from the unnecessary disorder of Brussels.

Monika Hohlmeier (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema, über das wir heute reden, ist nicht dafür geeignet, sich gegenseitig politisch irgendwo anzugreifen und zu versuchen, daraus einen politischen Vorteil zu ziehen. Es ist ein ernstes Thema für diejenigen, die tatsächlich einer religiösen Verfolgung ausgesetzt sind, die als Minderheit nicht anerkannt und benachteiligt werden oder als behinderte Menschen in schwerster Weise angegriffen werden oder wegen ihrer sexuellen Orientierung nicht das normale Leben leben können, das sie gerne leben würden.

Einzelangriffe – ich könnte in jedem Land Schwierigkeiten nennen, auch in Ländern wie zum Beispiel dem, das derzeit von Herrn Tsipras regiert wird. Da sind die Minderheiten genauso wenig geschützt, wie das vielleicht in Ungarn der Fall ist. So lasst uns dieses Thema miteinander ernst nehmen und nicht als politisches Vehikel benutzen, um sich gegenseitig parteipolitisch zu *bashen*. Denn ich glaube, dass die ganz große Mehrheit hier in diesem Haus einen großen Willen hat, jeglicher Form von Ausgrenzung, von Desavouierung von Menschen, von ungerechtfertigter Erniedrigung von Menschen entgegenzuwirken.

Wenn wir uns als diejenigen, die wir uns als demokratische Parteien verstehen, darin wirklich respektieren und nicht versuchen würden, es sozusagen als politische Wahlkampfauseinandersetzung zu nutzen, dann, glaube ich, würden wir den Menschen, die ausgegrenzt werden, am allermeisten nutzen. Darum lassen Sie uns in dieser Frage wirklich gemeinsam zusammenstehen!

Președinte. – Fac un apel la colegi, să încerce să se înscrie în timpul acordat, întrucât avem o ședință solemnă la ora 11:30 și mai avem un punct pe ordinea de zi în afară de acest punct.

Claude Moraes (S&D). – Mr President, it is very clear from this debate that we are acknowledging that we are going through an unprecedented period in our history. Members in this Chamber will remember the very optimistic time in which the Framework Decision on Racism was created and the Race Equality Directive happened; it was a different time in Europe.

But I want to say to those colleagues who mention Brussels in the negative way that they do, that this is a union of values. It is a union of values for those who are rejecting it and for those who stay, and that binds us together in one very important way. It means that it is very legitimate for us to legislate, to regulate, to say that it is important for all of our citizens – not minorities, by the way; those who are old, disabled, of a different sexual orientation, those who are a different colour, race – these are millions of our European citizens. They deserve protection and what we do not see is enough implementation by our Member States. These values still exist today in these difficult times, and I would say that

it increases our value and increases our cohesion here in the European Union if we are determined to make this happen.

This is not a time for us to retreat on these values. It is a time to do, as Ms Bearder said, what needs to be done when we see hatred on our streets. This is not anecdotal. We know, because of the legislation we have implemented, that we are calculating and seeing, because our police forces tell us what is happening on our streets. This is a time to go forward, but I would say, finally, to the Council: ensure that this horizontal anti-discrimination directive happens so that millions of our citizens can be protected, in line with the values of this European Union.

Ulrike Trebesius (ECR). – Herr Präsident! Die Initiative gegen Rassismus, Xenophobie und Hassrede ist problematisch, weil sie ihr eigenes Anliegen unterbindet. Einerseits soll sie Rassismus bekämpfen, aber gleichzeitig werden kulturell oder religiös motivierte Taten von der Kritik ausgenommen. Man will gesellschaftliche Muster nicht sehen und nicht ansprechen. Die Gewalt gegen Juden und Homosexuelle ist in Europa beispielsweise heute stark ansteigend. Es sind meist Täter aus dem islamischen Kulturkreis, die für diese Taten verantwortlich sind. Sollen wir in solchen Fällen wirklich die Augen verschließen und so tun, als wäre dem nicht so?

Gleichermaßen es ist nicht verständlich, warum andere Hassbotschaften wie die von Islamisten gegenüber Christen oder die der Linksextremisten gegenüber der Polizei – wie oft in Deutschland – nicht gleichermaßen verfolgt werden. Die Bürger Europas nehmen diese doppelten Standards zur Kenntnis, und die Wahlergebnisse der nächsten Monate werden die Frustration darüber auch wiedergeben. Der vereinbarte Prozess führt trotz aller gegenteiligen Beteuerungen zur Zensur und damit zur Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señor Presidente, estamos aquí hablando de cómo combatir el racismo, la xenofobia, la homofobia y otras formas de intolerancia y la verdad es que estaría bien empezar cada uno por su casa y también por esta nuestra, por el Parlamento Europeo.

Porque es verdad que muchas veces, cuando pensamos en racismo u homofobia, en lo que pensamos es en un grupo de nazis dándole una paliza a un negro o a un gay. Pero nunca pensamos en un señor bien educado, con traje y corbata, haciendo un discurso aquí en el Parlamento Europeo, o no pensamos en un ministro, o no pensamos en un presidente del Gobierno. Pero es ahí, en los gobiernos y en las instituciones, donde se dan los casos de odio y de intolerancia más repugnantes.

Es Cameron hablando de «plaga de inmigrantes». Es el Gobierno de Lituania, liberal, contra los homosexuales. Es Orbán, contra los refugiados y las refugiadas. Es Fernández Díaz, cuando era ministro, hablando de la pervivencia de la especie para cargar contra el matrimonio entre personas del mismo sexo. Y es Valls contra los gitanos y las gitanas. Por tanto, empiecen ustedes también por sus partidos.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Marek Jurek (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki.* – Bardzo mnie zainteresowało to, co Pani mówiła o rozpoczęciu walki z homofobią i podobnymi zjawiskami w Parlamencie Europejskim i w polityce demokratycznych państw europejskich. Chciałbym dobrze zrozumieć, jak Pani sobie to wyobraża? Czy na przykład Komisja Europejska powinna angażować się w wybory w innych państwach, czy powinniśmy dofinansowywać partie preferowane, które powinny wygrywać wybory, a może najlepiej delegalizować niektóre listy. Może to będzie dobra forma wyeliminowania z życia publicznego zjawisk, przed którymi Pani przestrzega.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *respuesta de «tarjeta azul».* – Señor Jurek, yo lo que estoy diciendo es que muchísimos de los partidos que están aquí representados —partidos socialdemócratas, partidos conservadores, partidos liberales, partidos miembros del Partido Popular Europeo— entre sus filas tienen a dirigentes, a líderes, a presidentes, a ministros que están haciendo discursos homófobos, que están haciendo discursos xenófobos —tenemos también al Comisario Oettinger.

Por tanto, lo que digo es que cada uno empiece mirando por su casa. Y, por supuesto, que la Mesa del Parlamento Europeo no permita que se den en esta Cámara determinados discursos con total impunidad.

Jean Lambert (Verts/ALE). – Mr President, I want to start by echoing the words of Catherine Bearder and also welcoming what the Commission has said, but I would also point out to some of our colleagues that culture is not fossilised and it changes. I am sure we are very grateful that we are not living in the Middle Ages at this moment.

I would also join those who have asked the Commission, and the Council as well, to move forward on completing the horizontal anti-discrimination directives and to consider updating the Framework Decision against racism, xenophobia and anti-Semitism, to cover all groups in line with the Victims of Crime Directive.

In terms of other action that we can take, I think it is important that we strengthen the role of the equality bodies in each of our Member States. My own Member State has seen its budget slashed down by about two-thirds over the last six years. The valuable work that can be done at the grassroots level is cut away because our equality bodies are not fully independent and cannot carry out their role adequately.

Janice Atkinson (ENF). – Mr President, violence should never be tolerated, but let's get it into perspective. Sir Julian, you think hate crimes are under-reported. I will address that. Catherine Bearder cites misleading and anonymous statistics. Most of the so-called hate crime is reported anonymously and not subject to independent verification, including the police's site True Vision. Other sites have been set up on social media. There are many. Anyone can log on and push up statistics, such as the hate-filled left for their own political agenda, as seen in this place. All can be anonymous and not subject to verification. It is very subjective.

The attacks on a Polish Cultural Centre in the UK were against a Polish pro-Brexit group. Get it into perspective. Other attacks were registered against Goths, punks and some misogyny. Nothing to do with post-referendum Britain, so don't label it as such. Brexit and the election of Trump in the US demonstrate across the western world that people are tired of your political corrective multicultural lectures of the establishment. We've Brexited and we can get out of this place and stop listening to the hate-filled left. And you, Bearder.

President. – This was uncalled-for. Really. That is my personal opinion. You have your own personal opinion, you have voiced it. I have my personal opinion and I am voicing it, and I go on and ask Mr Fountoulis to take the floor for one minute and 30 seconds.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, θα ήθελα να σας απευθύνω ένα ερώτημα: Το πρωί, όταν φεύγετε από το σπίτι σας, προφανώς κλειδώνετε την πόρτα σας. Το ίδιο ισχύει και το βράδυ, πριν κοιμηθείτε. Γιατί; Φοβάστε μην μπει κάποιος άγνωστος, κάποιος ξένος; Είστε ξενοφοβικοί, ρατσιστές και μισαλλόδοξοι; Όπως έχετε εσείς δικαίωμα να προστατεύετε την κατοικία σας και να επιλέγετε ποιον θα δεχθείτε και θα φιλοξενήσετε, το ίδιο δικαίωμα έχουν και οι χώρες. Δεν είναι θέμα ξενοφοβίας αλλά νομιμότητας. Είστε πολύ πρόθυμοι να βαπτίσετε όσους δεν συμφωνούν με την επικρατούσα φιλελεύθερη ιδεολογία ως ακραίους και εξτρεμιστές, ενώ καθημερινά με τις πρακτικές σας επιδεικνύετε την αντίληψή σας περί Δημοκρατίας, όπου ο καθένας είναι ελεύθερος να λέει ό,τι θέλει, αρκεί να μη διαφωνεί με τις απόψεις σας. Επιπλέον, δεν είδα ποτέ να σας απασχολεί ο συστηματικός ρατσισμός και οι διακρίσεις εις βάρος των γηγενών κατοίκων της Ευρώπης.

Στο όνομα της δήθεν προστασίας των δικαιωμάτων των μεταναστών μεροληπτείτε χαρακτηριστικά εις βάρος της πλειοψηφίας, ειδικά δε σε ορισμένες χώρες κάνετε ανυπόφορη τη ζωή των πολιτών, προκειμένου να επιβάλετε τα ιδεολογήματα σας. Δεν αντιλαμβάνεστε πόσο προκλητικό ηχεί στα αφτιά των εκατομμυρίων αστέγων στην Ελλάδα να αποκαλείτε ευπαθείς ομάδες υπαρκτές ή μη μειονότητες, την ίδια ώρα που εκείνοι δεν έχουν τη δυνατότητα ούτε τα βασικά να εξασφαλίσουν; Γνωρίζετε πως αυτή τη στιγμή είναι σαφώς ευκολότερο στην Ελλάδα να είσαι πρόσφυγας ή λαθρομετανάστης από το να είσαι Έλληνας άνεργος; Για παράδειγμα οι λαθρομετανάστες έχουν δωρεάν πρόσβαση στο Σύστημα Υγείας, πράγμα που δεν ισχύει για τους Έλληνες ανέργους. Όμως οι λαοί σύντομα θα ανατρέψουν την καταστροφική σας πολιτική με την ψήφο τους. Πλέον κανείς σας δεν αμφιβάλλει για τις επερχόμενες ιστορικές αλλαγές και τις φοβάστε. Καλά κάνετε!

Carlos Coelho (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Presidente do Conselho, Senhor Comissário King, no passado dia 16 de novembro passaram-se 21 anos sobre a Declaração das Nações Unidas sobre a Tolerância, mas, vamos ser sinceros, ainda há muitos obstáculos a uma Europa plenamente tolerante.

Em 2015, um terço dos europeus declarava não se sentir confortável se o seu filho, ou filha, tivesse uma parceira ou um parceiro muçulmano. Um pouco mais de um quinto considerava que a comunidade LGBT não deveria ter os mesmos direitos que as pessoas heterossexuais. Também um quinto dos europeus não se sentia confortável em trabalhar com uma pessoa de origem cigana. As mulheres europeias ainda ganham em média menos 30% do que os homens e muitos acham isso aceitável.

Todos estes dados não nos podem deixar indiferentes, sobretudo num momento tão delicado em que os populismos surgem um pouco por todo o lado. O Parlamento deve continuar o seu trabalho nos vários domínios, combatendo a intolerância.

Sobretudo num momento em que discursos políticos populistas semeiam o ódio e pregam a violência, temos de reafirmar e fazer sentir que a tolerância e a não discriminação são valores fundamentais da União Europeia desde a sua fundação, tanto para os Estados-Membros como na ação externa da União.

Isso está claro nos Tratados, na Carta dos Direitos Fundamentais e encontra reflexo em numerosa legislação comunitária.

Sylvie Guillaume (S&D). – Monsieur le Président, alors qu'une décision-cadre sur la lutte contre le racisme existe depuis 2008 et qu'une commission a vu le jour en 2016 pour lutter contre ce fléau, les discours haineux, racistes et homophobes s'expriment davantage et plus librement dans l'espace public. Cette banalisation n'est pas acceptable.

Nous devons promouvoir les valeurs de l'Union européenne, dont la devise «Unie dans la diversité» n'est pas qu'une abstraction. Le repli sur soi, la fermeture d'esprit, le manque de curiosité, le chacun pour soi, l'Europe rabougrie, ce n'est pas ce que nous voulons.

Alors, il faut agir en prenant des mesures concrètes, claires et exemplaires à l'égard de quiconque tenant ce type de discours, qu'il s'agisse d'un citoyen, d'un chef d'État, d'un parlementaire, d'un commissaire européen ou d'un élu local.

À l'heure où, par exemple, en France, certains élus municipaux censurent des affiches sur lesquelles apparaissent des couples homosexuels, et ce pour atteinte aux bonnes mœurs, il est clair que le chemin qui reste à parcourir est encore long. Je tiens à rappeler toutefois que toutes les formes de racisme doivent être combattues et qu'il n'y a pas de hiérarchie dans le racisme. En vérité, lutter également contre toutes les formes de racisme permet de lutter efficacement contre chacune d'entre elles. C'est une autre manière de dire que personne n'est plus égal ou plus inégal que l'autre.

Merja Kyllönen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, aiheemme tänään on yksi tärkeimmistä: jokaisen ihmisen ihmisarvon ja ihmisoikeuksien puolustaminen.

Me käymme jatkuvaa keskustelua ihmisoikeuksista globaalisti. Löydämme toisemme ja yksimielisyyden, kun olemme tuomitsemassa kaukana tapahtuvia rikkomuksia, mutta kun EU:n perussopimusten keskeisiä arvoja rikotaan unionin sisällä, me ryhdymme väistelemään. Rasismi, muukalaisviha ja homofobia ovat vain kasvaneet useassa jäsenvaltiossa, ja kasvava epätasa-arvoisuus antaa näille vain lisää vauhtia.

Toivottomuus on sellainen polttoaine, josta ennakkoluulot kumpuavat toisiamme vastaan. Ei ruokita sitä toivottomuutta. Näytetään, että Euroopan unionissa on kyse muustakin kuin vain markkinoista, rahan vallasta ja muurien rakentamisesta. Kyse on todellakin niistä arvoista, joita me edellytämme ennen kaikkea myös itseltämme.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, včera jsem zde večer mluvil o protiromských náladách v Evropské unii. Toto je ale jenom jeden z aspektů rasismu a netolerance, které se v posledních obdobích na území Evropské unie odehrávají. A to navzdory tomu, že současná Komise se již dlouhou dobu nechává slyšet, že je nutné proti formám rasismu, xenofobie a nesnášenlivosti bojovat.

Jsem velice rád, že Věra Jourová oznámila vytvoření skupiny na vysoké úrovni, která bude bojovat proti projevům rasismu a nesnášenlivosti. EU musí být příkladem pro zbytek světa a postavit se do vůdčí role v této otázce.

Ale když zde slyším projevy některých poslanců, ptám se: Nejsme to my, poslanci, politici, kteří tuto nesnášenlivost a tyto rozbroje vyvoláváme? Neměli bychom se my, poslanci, zamyslet nad tím, jak dáváme nebo nedáváme příčinu k podobným výlevům třeba na internetu?

Soraya Post (S&D). – Mr President, racism and discrimination should never be accepted or normalised because they are violations of democracy and the rule of law. Some people in this Chamber do not understand that. My message is for those who feel threatened and scared due to the normalisation of hatred. In Parliament, I will continue to fight and call out, and I will not stop until Muslims, Jews and other religious minorities can practice their religion freely, Roma people have full access to their human rights, black Europeans are protected from Afrophobia, LGBTI people can love whom they want, trans people are able to express who they are, people with disability are treated equally, refugees are no longer demonised, and violence against women is recognised as a security issue. These are the values that underpin the EU. These are my values, which I will fight for in the face of racists and populists, in the ARDI intergroup, inside the Parliament and in cooperation with the Commission.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr! Fontosnak tartom a mindenféle intolerancia elleni küzdelmet, annál is inkább, mivel az Unióban még most is elég gyakran találkozunk ezzel a jelenséggel. Például sokszor szembesülnek intoleranciával azok a kelet-európai tagállamokból származó munkavállalók, akik élnek a szabad munkavállalási joggal, és egy másik államban dolgoznak. Vagy említhetném hazámat, ahol nem csak választások idején szoktak bennünket, nemzeti kisebbségeket Ázsiába küldeni.

Nagyon nagy felelőssége van nemcsak a politikának, de a sajtónak is. De beszélhetnénk az oktatás fontosságáról is. Nézzék meg, mit írnak a történelemkönyvek! Az európai polgároknak tudatosítaniuk kell, hogy az uniós polgársággal járó jogok mindenkit megilletnek. Ha európai szolidaritásról beszélünk, akkor annak első lépése, hogy elfogadjuk egymást európaiként, és nem teszünk különbséget európaiak és európaiak, európaiak és emberek között.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, tutti gli Stati membri hanno recepito nel loro ordinamento le direttive europee antidiscriminazione, eppure mai come oggi assistiamo a un significativo aumento degli episodi di violenza, di matrice razzista e xenofoba, e all'affermarsi di forme nuove di discriminazione, come la afrofobia contro la quale gli Stati membri non hanno ancora adottato delle strategie congiunte di contrasto. La legislazione da sola non basta a garantire la piena parità di trattamento, così come non basta la riprovazione sociale a fermare l'ondata di odio che si sta propagando in tutta Europa. Quello di cui abbiamo veramente bisogno è una maggior consapevolezza politica del fenomeno per costruire un modello culturale e sociale alternativo, perché il valore del pluralismo e dell'integrazione sia affermato come patrimonio comune. E unite a questo, azioni di contrasto più decisive contro quanti, pur detenendo cariche politiche e istituzionali, istigano e fomentano l'odio e l'intolleranza. Il razzismo non può mai essere strumento di lotta politica e va condannato.

Procedura „catch the eye"

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señor Presidente, efectivamente tenemos la Decisión Marco del año 2008, directivas, resoluciones, el propio corazón del Tratado: todos hablando de la lucha contra la intolerancia, contra el racismo, contra la xenofobia, apelando a la igualdad, apelando a los derechos humanos, al Estado de Derecho, a la dignidad humana, a la libertad y a la democracia. Pero, qué duda cabe de que en los últimos años se ha producido una intensificación de la intolerancia —lo que yo llamo una metástasis de la intolerancia— en Europa.

Eso significa que la intolerancia se ha implantado, incluso, en algunos partidos políticos de gobierno, ha penetrado a veces en las instituciones; es una intolerancia visible y sumergida, con múltiples formas: contra los gitanos, islamofobia, antisemitismo, contra la discapacidad. Contra todos aquellos sectores que son vulnerables. Y por eso pido a la Comisión que intensifique sus esfuerzos, que haga una estrategia global, que actualice la Decisión Marco del año 2008 y que dé la batalla.

José Blanco López (S&D). – Señor Presidente, no podemos cerrar los ojos ante lo que está pasando a nuestro alrededor. A lo largo y ancho de Europa crecen movimientos que tienen el odio al diferente —por su procedencia, por sus creencias, por su color de piel, por su orientación sexual— en la raíz de su ser.

Repuntan el nacionalismo, la xenofobia, el racismo, la homofobia, los peores fantasmas de un pasado que creíamos superado, pero que vuelve a golpearnos con virulencia. El aumento de los ataques a los extranjeros tras el *brexit* prueba que ninguna sociedad puede considerarse a salvo.

Urgen acciones para combatir el crecimiento del odio; urgen acciones por parte de la Comisión Europea, pero también por parte de los Estados miembros, no solo por justicia, sino por la propia supervivencia del proyecto europeo y de los valores que lo alimentan.

¡Basta ya!

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η ιστορική εμπειρία έχει δείξει ότι οι οικονομικές δυσκολίες, η μακροχρόνια οικονομική ύφεση αλλά ιδίως η οικονομική κρίση και η αύξηση της ανεργίας των νέων, που αισθάνονται στερημένοι από κάθε προοπτική αληθινής κοινωνικής ένταξης, συντελούν καθοριστικά στην εμφάνιση φαινομένων ρατσισμού, ξενοφοβίας και μισαλλοδοξίας. Τα φαινόμενα αυτά φαίνεται ότι εντείνονται στις χώρες της Ευρώπης όπου αυξάνονται οι μεταναστευτικές ροές και ιδίως τα κύματα παράνομων μεταναστών. Τα διαχρονικά αυτά φαινόμενα οδηγούν τις κοινωνίες σε αδιέξοδα, σε συγκρούσεις, σε κατακερματισμό, σε διάλυση και περιθωριοποίηση. Η καταπολέμησή τους συνεπώς συνεπάγεται καταπολέμηση εκείνων των πολιτικών αποφάσεων και δράσεων που βαθαίνουν τη φτώχεια, που προκαλούν πολεμικές συρράξεις και μαζικές μετακινήσεις πληθυσμών. Εάν δεν αναφερθούμε στη λιτότητα, στον κανονισμό Δουβλίνο ΙΙΙ, στην ανάγκη ειρηνευτικής διαδικασίας στη Μέση Ανατολή καθώς και στην ανάγκη συγκρότησης κοινωνιών που θα στηρίζονται στην αλληλεγγύη και την αλληλοβοήθεια και όχι στον απάνθρωπο ανταγωνισμό, δεν μπορούμε να πολεμήσουμε την ξενοφοβία και τον ρατσισμό.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE). – Arvoisa puhemies, rasismi ja muukalaisvihamielisyys ovat nostaneet päätään Euroopassa. Nämä ovat ikäviä tuulahduksia menneestä maailmasta, jonka jo uskoin jääneen taaksemme.

Meidän poliitikkojen tehtävänä olisi näyttää esimerkkiä ja mallia: rasismiin, muukalaisvihamielisyyteen ja kaikenlaiseen syrjintään pitää olla nollatoleranssi. Tämän periaatteen pitäisi päteä myös puhetapaan täällä parlamentissa. Tämä tietysti edellyttää, että ihmisyyttä kunnioitetaan ja ilman poikkeuksia. Omia perusvapauksia, kuten sananvapautta, ei voi käyttää niin, että yritetään mitätöidä toisen ihmisryhmän ihmisiä ja perusoikeuksia.

Olen iloinen, että parlamentin puhemies on ottanut käyttöön tiukan linjan ja että Euroopan parlamentin jäseniä rangaistaan, jos he pitävät rasistisen puheen. Toivottavasti tuleva puhemies noudattaa samaa tapaa.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, θέλω να συγχαρώ κατ' αρχήν τον κύριο King για την ομιλία του και όσους συναδέλφους κινήθηκαν προς την ίδια κατεύθυνση, διότι ήταν μια ομιλία βγαλμένη κατευθείαν από τα σπλάχνα του Διαφωτισμού. Όμως, κύριε King, το πρόβλημά μας είναι πως οι ρατσιστές, οι ξενοφοβικοί, δεν μας ακούν. Δεν έχουν επαφή μαζί μας. Η ομιλία σας μπορεί να φτάσει στα αφτιά όσων συμφωνούν μαζί μας. Οι υπόλοιποι έχουν ήδη χτίσει τη δική τους ταυτότητα. Είναι αποκλεισμένοι σε ένα εικονικό στρατόπεδο.

Τι μπορεί να γίνει; Χρειαζόμαστε κράτος κοινωνικό. Χρειάζεται να τους φέρουμε ξανά σε επαφή με το σύνολο της κοινωνίας. Αναφέρομαι βέβαια στους πολίτες και όχι στις εξουσίες που προάγουν το ρατσισμό. Πώς γίνεται αυτό; Κράτος κοινωνικό, πολιτεία κοινωνική, δουλειά για όλους, καλή και γρήγορη πρόσβαση σε συστήματα υγείας για όλους, πολιτεία κοινωνική, παιδεία σε όλα τα επίπεδα· κι ακόμα χρειαζόμαστε μέσα ενημέρωσης που να μην προάγουν τον λαϊκισμό, να μην είναι εξαρτημένα από τις πολιτικές εξουσίες. Αυτό χρειαζόμαστε, κύριε King, αλλιώτικα θα μας νικήσουν. Κοινωνία πολιτική!

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η εμφανής αδυναμία πολιτικών κομμάτων αλλά και μεμονωμένων πολιτικών να αντιμετωπίσουν τα προβλήματα τα οποία έχει δημιουργήσει σε όλες τις χώρες της Ευρώπης, και κυρίως στην Ελλάδα, η αθρόα και ανεξέλεγκτη προσέλευση εκατομμυρίων παράνομων μεταναστών, τους ωθεί στο να δημιουργήσουν νέες έννοιες, να διαστρεβλώσουν παλιές και να προσπαθήσουν με τον τρόπο αυτό να πουν ότι θα αντιμετωπίσουν το θέμα. Έτσι, η αντίδραση παραδείγματος χάριν γονέων παιδιών στην Ελλάδα να δεχθούν στα σχολεία τους ανεμβολίαστα παιδιά παράνομων μεταναστών που μεταφέρουν πληθώρα ασθενειών ονομάζεται ρατσισμός. Η καταδίκη της παραβατικής συμπεριφοράς και της εγκληματικότητας των παράνομων μεταναστών ονομάζεται ξενοφοβία. Όταν λαμβάνονται μέτρα κατά των παρανομούντων λαθρομεταναστών, τότε είμαστε ακραίοι και έχουμε μισαλλοδοξία. Όλα αυτά έχουν σκοπό να δημιουργήσουν ένα σύμπλεγμα ενοχής στον κόσμο, ούτως ώστε να μην αντιδρά και γι' αυτό άλλωστε ποινικοποιείται και η οποιαδήποτε αντίδραση. Με αυτό τον τρόπο όμως διχάζεται ο κόσμος και εφαρμόζεται ρατσισμός εναντίον των γηγενών κατοίκων της Ευρώπης.

(Încheierea procedurii „catch the eye")

Seán Kelly (PPE). – Mr President, on a point of order, you distributed the catch-the-eye on the basis of the groups in Parliament. Would it not be more logical to base it on the numerical strength of the groups? For instance, my group is five or six times larger numerically than other groups and, under the d'Hondt system which is often used in this Parliament, we should be given some consideration for extra speaking time under that system. That is something you may wish to answer now or reflect upon so that there will be greater equality under the d'Hondt system in catch-the-eye.

President. – If you ask me, personally I would prefer to allow everybody to speak, and the fact that you are more than others does not mean that the others do not have the right to speak. This is my judgment. Maybe I'm wrong, we will certainly raise this with other colleagues because as far as I know there are no precise rules on who should get catch-the-eye. It is the prerogative of the President. Some other Presidents will probably have a different view but this is mine and I am trying to explain it, but thank you for your point of view. We do not want to transform this debate into another debate, but if you insist…

Marek Jurek (ECR). – Nie chce zabierać głosu w debacie. Chcę tylko zwrócić uwagę, że między dwunastoma zgłoszeniami a siedmioma udzielonymi głosami jest tylko pięć minut różnicy, więc przy tak ważnej debacie dotyczącej dobra publicznego, wolności słowa naprawdę warto chyba skorzystać z procedury zgłoszeń z sali i przeprowadzić ją w całości, jeżeli jest tylko dwanaście zgłoszeń.

President. – Yes, but sometimes we are under time pressure. I announced that we have this special session which starts at 11.30, so due to that we have to sacrifice and try to find a balance, but thank you.

Julian King, *Member of the Commission*. – Thank you for organising this important debate and thank you to all who spoke. Can I just for one moment join Ms Bearder and Ms Dodds who recalled the tragic murder of Jo Cox, a Member of the British Parliament, and can I just salute her memory and her work promoting tolerance and inclusion.

As a number have said – Mr Moraes, Ms Guillaume, Ms Hohlmeier amongst others – we are bound together by our values. One of those values, a key value for me and for us all, is freedom of expression. We are not talking here about limiting freedom of expression. We're talking about incitement to violence or hatred, which is a crime. Again, of course, we should have respect for the achievements of previous generations, our histories and our cultures. But we also need to be conscious of the lessons of history, the tendencies to intolerance, prejudice and fear, and those we must combat through promotion of tolerance and inclusion. And we need to work altogether, and with our Member States, to pursue that.

There have been a number of questions about what the Commission is doing with Member States, so I'll answer that. In the course of the last year the Commission has initiated bilateral dialogue with 24 Member States with a view to ensuring full and correct transposition and implementation of the Framework Decision on Racism and Xenophobia that we're discussing today. In the course of those discussions, I'm glad to say, positive progress has been reported in a number of Member States.

But there remains more to be done, as I said at the start of this debate. The Commission has begun pre-infringement proceedings against a number of Member States where there are still substantive gaps in their implementation of this framework decision. We're going to continue to engage in a constructive discussion, obviously, with national authorities in line with the principle of sincere cooperation, but the Commission will not hesitate to use its power to launch infringement proceedings where these efforts prove unsuccessful. Because – as I said at the beginning, and as has been echoed throughout this debate – we are determined to ensure that everyone is able to enjoy their fundamental rights because we are all entitled to the respect of our rights to non-discrimination, to human dignity, to life, to integrity of the person and to protection from violence.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I would like to make two points in conclusion. First, Mr Moraes and Ms Lambert referred to the proposal for a horizontal equal treatment directive. As you know, the discussions in the Council are very complex due to the proposal's intricacies and the requirement for unanimity. Nevertheless, the Slovak Presidency has worked hard since the start of its term and our intention is to present a progress report which we will submit to the Council on 8 December.

Secondly – and more importantly in my view – I would like to repeat what I said at the beginning, namely that hate crimes, racism and discrimination have no place in our societies and we have to fight them with resolve. I believe the problem that we have been discussing here this morning has two dimensions. On the one hand, we have a legal framework at EU level, the Charter of Fundamental Rights Framework Decision, and Member States of course have clear commitments that need to be implemented. But the second dimension of this is that I do not think we can be successful in fighting xenophobia and anti-Semitism successfully unless we mobilise our citizens to actively stand against those who are spreading hatred in Europe. To mobilize our citizens means, of course, raising awareness and showing courage – a civic courage – in protecting those who are victims of acts which we all know are clearly against the values we all share. I also believe that we have to bear this civic dimension in mind as well and not only focus on the role of institutions when we want to fight against these phenomena that clearly undermine our democratic societies.

Der Präsident. — Die Aussprache ist geschlossen.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – During the last year Europe has seen a rise in racist, xenophobic and homophobic views in governments and among many citizens. Hate crimes on the basis of sex, religion, and race have been increasing in numbers and little has been done to combat the situation. Many European politicians and political campaigns have been spreading fear and intolerance through the minds of European citizens, enticing groups to attack people of other races or nationalities. These tendencies have been fuelled by such events as Brexit. After the campaign against migrants and the nationalistic ideology of the Brexit movement, a Polish citizen was killed in the UK.

Cyber hate speech provides individuals with a shroud of secrecy that further prevents them from receiving any type of punishment. The European Union has to respond to this situation. In June 2016 Commissioner Jourová announced the creation of a High Level Group on combating racism, xenophobia and other forms of intolerance; this is a vital step in the fight against this intolerance, but the fight must be pushed further. The fight has to span through the education sector and into the daily lives of our civil societies.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Comme tout le monde je ne peux que m'indigner des provocations, paroles ou actes racistes, xénophobes, homophobes ou intolérants. Malheureusement en la matière, la Commission et le Conseil, comme la plupart des gouvernants des États membres, sont aveuglés par une idéologie bien-pensante.

Par exemple, l'accusation de racisme est très prisée à gauche comme dans une incertaine droite à l'égard de quiconque lutte contre le communautarisme, l'immigration incontrôlée, le multiculturalisme, la dilution de l'identité, la défense du patrimoine culturel français ou européen ou le pillage de la sécurité sociale. Les antiracistes professionnels en ont usé, dans un usage souvent inapproprié, seulement destiné à discréditer l'autre ou en oubliant sciemment de qualifier de racisme ce qui doit l'être (racisme anti-blanc, anti-chrétiens ou anti-français, antisémitisme assumée de certaines populations…).

Cet antiracisme est désormais vidé de sa substance par les bienheureux du multiculturalisme et du dumping social. Ils l'utilisent surtout pour servir de caution morale afin de faire oublier les grandes affaires politico-financières et les véritables problèmes et aspirations des peuples.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Hate speech is anything but free. It a tool of oppression, of dehumanisation – and this allowed homophobic rhetoric has led to the categorical murder, including suicide, of thousands. Homophobia tries to perpetuate the idea that you are less human than others based on aspects such as who you love, rather than how you love. Europe has a problem with hate. And many may say, these are empty calls for action, but how can you say that when this year alone 295 Europeans were murdered because they were trans or gender-diverse?

We still live in a Europe where being queer is sometimes still an act of bravery, and thousands of young Europeans are still terrified to live. They experience violence on public transportation, in our schools, in bathrooms, at the gym and more. Citizens do not deserve a Europe where they must hide themselves to feel safe. This is why I wholeheartedly support, welcome and thank the Maltese Presidency, which has pledged to bring the equality directive, currently blocked in Council, to the fore during its upcoming presidency.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Il contrasto agli episodi di incitamento all'odio e ai crimini di odio fondati su razzismo, xenofobia, omofobia e altre forme di intolleranza deve essere un obiettivo prioritario nel definire le politiche europee contro la discriminazione e nel settore della giustizia. In una Unione europea fondata sullo Stato di diritto, la democrazia e i diritti fondamentali continuano a verificarsi sia divisioni sociali sia la diffusione di un odio pericoloso e irrazionale verso minoranze, stranieri e in generale verso chi viene percepito come diverso. Manifestazioni di tali fenomeni riguardano anche la sfera pubblica e internet, ad opera sia di singoli individui sia di forze politiche che spesso strumentalizzano crisi socio-economiche. A livello sociale, culturale, informativo, oltre che penale, gli Stati membri devono avere un ruolo di primo piano nell'adottare misure idonee a prevenire, segnalare e perseguire quei reati e comportamenti intolleranti, violenti e discriminatori che minano la pacifica convivenza civile e offendono la dignità umana.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Obmedzovaniu rasizmu či xenofóbie sa v uplynulých rokoch na rôznych úrovniach venovalo viacero koncepčných dokumentov, stratégií, chárt, či nariadení. Napriek tomu je šírenie nenávisti na vzostupe prakticky v celej Európskej únii. Z vyhlásenia Rady a Komisie by malo jednoznačne vyplynúť, aké ďalšie opatrenia pripravujú na zvrátenie tohto trendu. Existujúce regulácie na úrovni EÚ je potrebné prehodnotiť. Musíme poznať ich účinnosť, praktický vplyv, ako aj dôslednosť uplatňovania v jednotlivých členských štátoch. K zlepšovaniu situácie mnohokrát neprispievajú ani politici z tzv. štandardných strán. Zneužívaním citlivých tém sa snažia získavať lacné politické body. Robia tak napriek tomu, že by sa mali snažiť s nárastom nenávisti bojovať. Je to, bohužiaľ, viditeľné v mnohých európskych krajinách. Dôležité je pritom nepripustiť, aby spoločnosť ovládol strach a nenávisť. Šíritelia nenávisti, či už na sociálnych sieťach, ale aj v reálnom živote, nemôžu mať pocit beztrestnosti. Na ich konanie musíme primeraným spôsobom reagovať tak, aby sa prestala znižovať schopnosť ľudí rozoznávať, čo je zlé.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A rasszizmus elleni küzdelem a jogállamiságba vetett hitünk, az emberi méltóság, azaz végső soron a demokrácia melletti kiállásról szól. Arról, hogy egyenlő jogokkal rendelkező állampolgárként mindannyian alkotórészei vagyunk egy nagyobb dolognak, egy közösségnek. Kötelessége mindenkinek tiszteletben tartani az alapvető emberi jogokat, és fellépni a jogértések ellen. A faji megkülönböztetésnek már a csírája is elfogadhatatlan, ezért akkor is fel kell lépnünk ellene, ha egy baráti beszélgetésben, politikai beszédben, vagy jogszabályban bukkan fel. A kulturális sokszínűséget értékként kell kezelni, és szembe kell szállnunk minden olyan törekvéssel, amely megosztásra, szembeállításra, bűnbakképzésre sarkallná embertársainkat. A rasszizmus, a faji előítélet a táptalaja mindannak a rossznak, amelyet ember az ember és az emberiség ellen elkövethet. Tanuljunk a történelmünkből! Világszerte erősödik egyes embercsoportok kirekesztése, és ez ellen közös akarattal és bátor szembenézéssel lehet fellépni.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Votre débat incantatoire sur la prétendue montée «du racisme de la xénophobie, de l'homophobie, de l'intolérance en Europe» est qu'une occasion de plus de tenter de culpabiliser la légitime réaction populaire.

Personne en Europe n'est raciste au sens étymologique: partisans de la domination d'une race sur une autre. Quelques-uns peut-être sont xénophobes, à force de devenir étrangers dans leur propre pays, sans y avoir jamais consenti. Mais ce sentiment est commun à tous les peuples qui ressentent une présence étrangère excessive.

En vérité, vous voulez brider le mécontentement qui monte. Vous multipliez les lois liberticides. Rien qu'en France: loi Pleven, qui interdit de critiquer l'immigration; loi Gayssot qui interdit toute critique des dogmes officiels sur l'histoire contemporaine; loi Perben qui interdit de préférer la famille naturelle aux unions homosexuelles; loi Taubira qui interdit toute relativisation de l'esclavage, mais seulement d'origine européenne.

Votre discours est rempli des poncifs haineux habituels. Mépris des classes populaires rétives au mondialisme. Appels à la répression au nom de… la tolérance! Culpabilisation des seuls Européens. Heureusement votre logorrhée n'a aucune prise sur la réalité.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *písemně*. – Je zvláštní, že některé kroky oficiálně podnikané Komisí i jinými organizacemi ve prospěch menšin (lhostejno zda národnostních, náboženských, LGBT či jiných) mají za následek silný nárůst negativních reakcí. Tyto reakce směřují jak proti beneficientům, neboli adresátům těchto podpůrných opatření, tak proti orgánům či organizacím, které tato opatření přijímají, lhostejno zda se jedná o místní, regionální, národní či nadnárodní. Patrně hlavním problémem je, že v dnešní společnosti se na všech úrovních vytratil pocit nutnosti „plnit své povinnosti vůči společnosti". Pokud chybí takový pocit, pokud občané, aby mohli uplatňovat svá práva, nepovažují za nutnost nejdříve plnit své povinnosti vůči společnosti (rodině, regionu, národu), potom nutně dochází k dezintegraci společnosti. To ostatně vidíme názorně zejména v posledních 30 letech, zvláště v průmyslově vyspělých státech. Tam totiž tento negativní vývoj probíhá obzvlášť zřetelně. Vše začíná tím, že si řada politiků plete demokracii s anarchií a že již malé děti ve školce se dozvídají o svých právech dítěte, ale nikdo je neseznamuje s tím, že mají též nějaké povinnosti. Důsledkem tohoto stavu je nárůst extrémních směrů v politice, jak jej vidíme v posledních letech prakticky ve všech zemích EU. Směšování tolerance a podpory, jak v řadě svých návrhů předvádí Evropská komise, tuto situaci jen zhoršuje.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Boj proti rasizmu in ksenofobiji je izziv, ki terja širši odziv, saj je na žalost v zadnjem obdobju oboje v porastu. Pozdravljam napoved komisarke Jourove o ustanovitvi delovne skupine na visoki ravni za boj proti rasizmu, ksenofobiji in drugim oblikam nestrpnosti. Je pa kljub temu še vedno zaskrbljujoče dejstvo, da sta rasizem in ksenofobija na pohodu, pogosto pa ju spremljajo še homofobija, seksizem ter druge oblike sovraštva in nestrpnosti.

Žal se k rasizmu in ksenofobiji vse bolj zatekajo tudi politične stranke in načrtno ščuvajo proti prosilcem za azil in priseljencem, med drugim tudi državljanom EU iz drugih držav članic. Zato mora EU jasno ter glasno obsoditi vse oblike nestrpnosti, rasizma in rasne ter druge diskriminacije.

Listina Unije o temeljnih pravicah na podlagi načela, da so vsi ljudje rojeni svobodni ter imajo enako dostojanstvo in enake pravice, izrecno prepoveduje kakršnokoli diskriminacijo. Družba, ki ignorira, spodbuja ali izvaja diskriminacijo, utemeljeno na rasnem ali drugačnem razlikovanju, je disfunkcionalna in prepletena s tveganji.

Menim, da morajo biti države članice še posebej pazljive, da se izogibajo rasni diskriminaciji, ko obravnavajo tuje državljane ob vstopu in izstopu na nacionalno ozemlje, saj s tem dajejo zgled svojim državljanom, ta pa mora biti pozitiven in ne negativen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Muito se fala sobre o racismo, a xenofobia, a homofobia, o sexismo e outras formas de intolerância. Mas aqueles que falam, vertendo lágrimas hipócritas de crocodilo, são muitas vezes os principais responsáveis pelo ressurgimento destas questões na Europa. De forma não inocente, mistura-se racismo, xenofobia e intolerância com religião, terrorismo e fanatismo, como se as questões sociais, do desemprego e da exploração não estivessem na base de todos estes fenómenos.

Daí o nosso combate por uma outra Europa. A outra Europa dos trabalhadores e dos povos nascerá da sua luta e da vontade livre e soberana dos povos. Derrotará o racismo, a xenofobia, as teorias reacionárias e afirmará a amizade entre os povos. Essa outra Europa será tão mais viva e justa quanto mais forte for a afirmação do direito ao desenvolvimento soberano e ao progresso social, será tão mais unida quanto mais iguais entre si forem os seus Estados soberanos.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Diese Debatte ist eine Scheindebatte. Die EU und ihre Institutionen – so auch dieses „Parlament" – sind Experten in selektiver Toleranz, wenn es um die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und anderen Formen von Intoleranz geht. Hier wird ständig mit zweierlei Mass gemessen. Wenn eine konservative Regierung ihr Wahlprogramm, für das sie demokratisch ins Amt gewählt wurde, umsetzen will, dann manipuliert Brüssel mit „Grundrechte-Mechanismen", „Rechtsstaatlichkeitsprozeduren" und „blauen Briefen", vor allem gegen konservative Regierungen in Mittel- und Osteuropa. Wenn jedoch in Frankreich der sozialistische Innenminister mit Tränengas auf friedlich demonstrierende Familien mit Kinderwagen schießen lässt, dann beschäftigt das zwar den

Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, nicht jedoch die linksliberale EU-Kommission. Wenn – auch wieder im sozialistisch regierten Frankreich – das Parlament einen weitreichenden Maulkorberlass gegen Vereine, die sich bei der Schwangerenberatung für Frauen in Not einsetzen, erlassen will, dann schließen die Merkel-Freunde der EU-Kommission die Augen. Die Grundrechteagentur muss abgeschafft werden. Sie ist ein ausgelagerter Arm der EU-Kommission. Dieses Instrument der LGBT-Lobby fördert die Gender-Ideologie. Zeigen Sie mir ein einziges Beispiel für eine gelungene Aktion der Grundrechteagentur zugunsten des Gemeinwohls. Finden Sie nichts? Dann sollten Konsequenzen gezogen werden: keine Klientelpolitik der EU mit dem Steuergeld der Allgemeinheit.

3. Lage in der Demokratischen Republik Kongo (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Lage in der Demokratischen Republik Kongo (2016/3001(RSP)).

Federica Mogherini, *VPC/HR*. – Monsieur le Président, cette année, le Parlement européen s'est déjà penché par deux fois sur la situation critique en République démocratique du Congo (RDC), avec ses résolutions des mois de mars et de juillet. Le Conseil, pour sa part, a déjà adopté des conclusions à deux reprises cette année également.

La RDC sera une nouvelle fois à l'ordre du jour de la réunion du Conseil des affaires étrangères, le 12 décembre. Il s'agit d'un pays énorme aux défis gigantesques. Dans le même temps, son potentiel est immense, du point de vue des ressources naturelles, bien sûr, mais encore plus sur le plan du potentiel humain et de l'attractivité culturelle.

Depuis de nombreuses années, l'Union européenne a manifesté sa solidarité à l'égard des populations de l'est du pays. Nous engageons notre aide humanitaire pour un million et demi de personnes déplacées, pour les réfugiés, les femmes victimes de violences sexuelles, utilisées comme armes de guerre. C'est ainsi que plus de 20 partenaires humanitaires ont investi près de 40 millions d'euros cette année. Nous œuvrons aussi à la recherche de solutions aux causes profondes des conflits, non seulement à travers les futures réglementations européennes sur les minerais liés aux conflits, mais aussi par l'appui au processus de Kimberley pour la transparence dans l'exploitation des diamants et par l'appui à l'initiative de la conférence régionale des pays des Grands Lacs contre l'exploitation illégale des ressources naturelles.

L'Union européenne est aussi engagée dans la lutte contre l'impunité dans l'est du Congo. Nous soutenons le travail de la Monusco et du Haut-commissaire des Nations unies aux droits de l'homme.

Je tiens aussi à rappeler l'importance que revêtent, pour la gouvernance du pays, nos missions PSDC, désormais achevées dans les domaines de la police et de l'armée, à savoir EUPOL et EUSEC. J'ai voulu souligner cet engagement en RDC, même si la situation politique nous a amenés à revoir l'utilité de notre partenariat.

Aujourd'hui, le seul moyen d'assurer la stabilité en RDC, c'est de garantir une transition démocratique pour la première fois dans son histoire. Un net apaisement de la situation pourrait être obtenu si le président Kabila confirmait sans ambiguïté qu'il respectera la limite des mandats et que la constitution actuelle restera en vigueur pendant la période transitoire, et ce sans modification.

Déroger au délai constitutionnel n'est envisageable que sur la base d'un accord véritablement inclusif, qui puisse déboucher sur une période de transition pacifique et aussi brève que possible. C'est pourquoi l'Union européenne a soutenu un cadre de dialogue facilité par l'Union africaine. L'accord politique qui en a résulté le 18 octobre risque cependant de ne pas satisfaire cette attente.

Le risque de violence à l'échéance du 19 décembre est important, surtout après la répression sanglante des 19 et 20 septembre, qui a laissé dans les rues de Kinshasa plus de 50 morts. Un rapport du Bureau des Nations unies pour les droits de l'homme signale clairement la responsabilité de l'appareil sécuritaire de l'État. Avec d'autres partenaires internationaux, nous avons demandé une enquête indépendante sur ces événements.

Depuis les conclusions du Conseil du 23 mai et du 17 octobre, qui s'inscrivent d'ailleurs dans le droit fil de la résolution du Parlement du mois de mars, l'Union européenne a rappelé la responsabilité individuelle qui incombe aux responsables des institutions chargées de la justice et de la sécurité d'agir dans le strict respect de l'état de droit et des droits de l'homme. Malheureusement, la répression d'opposants et de membres de la société civile incluant des arrestations largement injustifiées, la fermeture ou le brouillage des émissions radio, y compris de RFI, se sont poursuivis ces dernières semaines.

Dans les jours qui viennent, le Conseil annoncera sa décision sur les premières mesures restrictives. Mais notre action n'en restera pas là. D'abord, nous continuerons à soutenir pleinement les efforts de la conférence des évêques du Congo pour rendre l'accord politique plus robuste et plus inclusif. Nous appelons à la fois le gouvernement et l'opposition à coopérer de manière constructive dans ce sens.

Ensuite, l'Union européenne lance un appel clair au nouveau gouvernement pour qu'il respecte les droits de l'homme et les libertés fondamentales et qu'il assure une sécurité sans répression. L'Union européenne s'engage également avec ses partenaires à œuvrer pour que le cycle électoral, et en particulier la commission électorale, soient renforcés. Une commission électorale qui ne jouit ni de la confiance des acteurs congolais, ni de celle de ses partenaires, ne pourra pas remplir ce rôle. C'est uniquement dans un tel contexte, et sur la base d'un accord réellement inclusif, que l'Union européenne pourra envisager d'apporter un soutien financier aux élections. L'Union européenne poursuivra une concertation étroite avec la région, l'Union africaine et les voisins de la RDC. Je me suis entretenue avec plusieurs de ces représentants récemment, et je sais qu'ils partagent la même inquiétude et les mêmes objectifs de voir s'opérer une transition démocratique et pacifique.

Enfin, le rôle du Conseil de sécurité de l'ONU et de la Monusco restera crucial. Nous encourageons le gouvernement à s'engager davantage dans une collaboration effective sur le terrain entre les forces armées de la RDC et la Monusco.

La République démocratique du Congo a sans doute un lien particulier avec l'Europe. C'est notre histoire, c'est notre intérêt dans la stabilité de toute la région des Grands Lacs, ce sont les relations entre nos peuples qui sont en jeu. Ce pays a connu une violence qui ne peut pas être oubliée. Seul le retour au dialogue et au compromis peut empêcher de nouvelles violences. La population de la RDC aspire tout simplement à s'impliquer dans le futur de son pays. Seule une véritable démocratie peut répondre à cette demande. L'avenir de la République démocratique du Congo est indissociable de celui de toute la région et du continent tout entier.

Mariya Gabriel, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, Madame la Haute représentante, chers collègues, la dernière fois que nous avons parlé de la République démocratique du Congo dans cette assemblée, je me souviens avoir appelé au refus de l'impuissance, du fatalisme et du silence face à la trajectoire qui se dessinait de plus en plus clairement. Cette trajectoire doit changer. Il est temps d'être déterminé et décisif.

Dans la résolution commune qui sera adoptée, à une large majorité je l'espère, nous appelons à ce qu'enfin, des sanctions ciblées soient prises à l'égard des responsables de la répression violente et de l'impasse politique en RDC.

Ces sanctions doivent aussi servir d'avertissement et de rappel à tous les acteurs politiques quant à leurs responsabilités, au premier rang desquelles la participation à une sortie de crise et la prévention des violences.

La deuxième remarque que je souhaite faire concerne plus particulièrement le dialogue politique. Nous saluons la médiation de l'Union africaine et les efforts de la CENCO pour élargir le consensus autour d'une transition politique.

Il est crucial que tout accord vers une transition inclue un calendrier raisonnable assorti d'échéances précises pour la réalisation des différents éléments qui la composent. Parallèlement au processus politique, il faut tout faire pour réduire le potentiel de violence dans le pays. Pour cela, il est nécessaire que nous continuions à assurer un appui renforcé à la réforme du secteur de la sécurité.

Enfin, comme nous le soulignons dans la résolution, nous devons accroître les capacités de l'Union en matière de médiation et travailler au niveau local pour faire redescendre la pression et canaliser les frustrations vers un vrai projet pour la RDC.

Maria Arena, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Madame la Haute représentante, je vous remercie pour votre engagement en Afrique, et particulièrement dans la région des Grands Lacs.

Vous l'avez dit, la situation politique actuelle est dangereuse, et elle l'est surtout pour les populations qui, depuis des années, subissent la violence en République démocratique du Congo. Or, ces derniers mois, cette violence n'a fait qu'augmenter et le risque est qu'elle augmente encore davantage.

Oui, la transition est importante, vous l'avez dit. Mais cette transition doit s'opérer sur la base d'un accord inclusif et, comme vous l'avez dit, le travail de la CENCO est important pour pouvoir s'engager dans ce dialogue effectivement inclusif et respectueux de la constitution, faut-il le rappeler.

Oui, il faut une CENI indépendante, qui assure effectivement l'organisation de ces élections. Mais surtout, il faut aussi lutter contre l'impunité. Cette résolution que nous présentons ici, au Parlement, avec une liste de noms qui, effectivement, ont été repris à la fois par les États-Unis et par l'ONG «Human Rights Watch», dit qu'il faut des sanctions ciblées à l'encontre de ces personnes. C'est ce que nous voulons faire passer ici comme message fort.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, Madam High Representative, with its abundance of natural resources and strategic location at the heart of Africa, it's a tragedy that the DRC is associated with little but corrupt governance, conflict and instability. Having been subjected to 32 years of Mobutu's tyranny, in which he robbed the country of vast amounts of money, imposed an authoritarian regime and saw the country fall into a state of near-lawlessness, bequeathing to the world the term 'kleptocracy' for his government, we now find ourselves in 2016 faced again with the prospect of a president that refuses to be bound by constitutional term limits and stand down, which is of course is a great alarm to the European Union.

Having served two terms after succeeding to the presidency at the young age of 29, Kabila Jr. is now seeking to become a Mobutu II. In the myriad of hotspots around the world, it's tempting for some to dismiss the current constitutional crisis in Kinshasa as a problem that the European Union and Member States can ill afford to spend much time on. Whilst it's right that we allow the African Union to take a lead on this and support the mediation of the former Prime Minister of Togo, Edem Kodjo, we should also remind ourselves of the deep divisions that exist within the Democratic Republic of Congo and the potential for bloody conflict that this volatile situation could lead to if left unresolved.

Hilde Vautmans, *namens de ALDE-Fractie*. – Voorzitter, "Kabila, sache-le, ton mandat est fini!". Dat is wat men momenteel hoort in Congo. "Kabila, besef dat je mandaat voorbij is!", op manifestaties, in sportstadia… En weet u, mevrouw Mogherini, dat baart mij het meeste zorgen. We weten dat die mensen die dit scanderen, dat de mensen die nu getoond worden met die zinnen op de social media, dat die er waarschijnlijk aan het einde van dit jaar niet meer zullen zijn. Die zullen vermoord worden, die zullen opgesloten worden. De repressie is daar dagelijkse kost voor onze Congolezen.

En vandaar dat ik het heel belangrijk vind als u een sterk signaal zou afgeven. Ik vond uw inleiding heel moedig, zeer concreet. Ik vind onze resolutie *to the point*. We willen dat de rust terugkeert, we wijzen op de verantwoordelijkheid van president Kabila. Een president moet mensen beschermen, moet veiligheid bieden, moet niet onderdrukken. Wij als Europa moeten zorgen dat de mensen die ginds wandaden plegen hier bij ons niet binnen mogen. Wij moeten zorgen dat de verantwoordelijken voor het gerecht worden gebracht.

Mevrouw Mogherini, ik vind het heel belangrijk dat wij nu vóór 19 december — want daar is alles op gefocust en die datum staat in veel agenda's – moeten zorgen dat rond die periode de rust terugkeert. En hoe kunnen we dat doen? We moeten zorgen dat de journalisten en de opposanten vrijgelaten worden, we moeten zorgen dat die datum van de verkiezingen bepaald wordt.

Collega's, het is bijna Nieuwjaar. Ik denk dat ieder van ons bijna bezig is met de nieuwjaarswensen, de nieuwjaarskaarten, goede voornemens. Ik heb eigenlijk maar één wens en dat is dat we *amani* geven aan de Congolezen, *amani*, vrede, het mooiste wat we elkaar kunnen wensen op Nieuwjaar.

Maria Lidia Senra Rodríguez, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, começarei condenando a repressão que se está a dar na República Democrática do Congo contra as manifestações pacíficas e contra as pessoas pela sua militância política, ou por lutarem pela defesa dos direitos humanos, e também condenando a responsabilidade da União Europeia na espoliação dos recursos naturais da República Democrática do Congo.

Pedimos a libertação imediata e incondicional de todas as pessoas detidas arbitrariamente, assim como o respeito pela liberdade de expressão, de reunião e de manifestação. Pedimos o fim de todas as violências e da violação dos direitos humanos, o fim das violações em massa das mulheres como arma de guerra e o fim do recrutamento de crianças. Pedimos à União Europeia que ponha fim à espoliação dos recursos e permita ao país desenvolver-se com base nos mesmos.

Pedimos também que aumentem os apoios sob forma de doações para atender às necessidades urgentes da população. Apelamos igualmente à realização de um inquérito internacional para investigar as acusações de cumplicidade entre os planos de ajustamento estrutural, o apoio financeiro das instituições financeiras internacionais… *(o Presidente retira a palavra à oradora)*.

Michèle Rivasi, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Madame la Haute représentante, j'ai apprécié votre discours, mais je crois qu'il va falloir être plus ferme. En effet, le président Kabila est à la fin de son second mandat et la constitution congolaise lui a interdit de se présenter pour un troisième mandat.

Pour se maintenir au pouvoir, il avait déjà essayé de modifier la constitution en 2015, mais il s'était ravisé face à la mobilisation légitime de la société civile contre ce coup d'État institutionnel.

Aujourd'hui, il cherche à imposer son maintien au pouvoir en repoussant sans cesse la date des élections. Cela est inacceptable et ce n'est pas en nommant un premier ministre de l'opposition qu'il parviendra à légitimer son maintien, alors que la répression se fait chaque jour plus forte contre les opposants au régime, les manifestations pacifiques et les journalistes, au prix de nombreuses vies humaines.

Les arrestations arbitraires font craindre une crise politique majeure. Le chaos nous guette dans un pays déjà affaibli par une instabilité systémique. C'est pourquoi on devrait appeler le gouvernement congolais, de façon ferme, à libérer tous les prisonniers politiques dans un geste d'apaisement.

L'Europe doit aider le peuple congolais à faire respecter sa constitution et empêcher Kabila de mener une politique du fait accompli.

Nous avons des moyens en notre possession. Nous devons activer l'article 96 de l'accord de Cotonou et adopter des sanctions ciblées, du gel des visas à celui des avoirs des proches du pouvoir.

L'Europe a cautionné le dialogue national, qui a été une véritable mascarade. Il est temps de réagir et de taper du poing sur la table si nous voulons être cohérents avec les accords qui nous lient à la République démocratique du Congo.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questa è la quarta volta che ci troviamo a parlare della situazione della Repubblica democratica del Congo e al di là delle nostre risoluzioni credo che le nostre parole comuni siamo ancora ben lungi da porre in essere quegli sforzi che invece dovremmo compiere. Non abbiamo ancora adottato quell'importantissima legislazione sui minerali di conflitto, che potrebbe finalmente permettere di esercitare una pressione forte, anche su quelle multinazionali che in questo momento appoggiano regimi di fatto quasi dittatoriali come quello che abbiamo in questo momento. Un presidente che vuole portare avanti un colpo di Stato costituzionale, che non accetta ancora, di riportare il paese a libere elezioni.

E nel frattempo, nella sola regione del Nord Kivu, abbiamo avuto 1 100 persone uccise e 1 500 persone rapite. Io ricordo ancora le parole e l'insegnamento di Denis Mukvege, nostro premio Sacharov nel 2014, quando parlava del corpo delle donne, come un campo di battaglia. Cosa è cambiato? Ancora ben poco, dobbiamo arrivare ad avere azioni incisive, sanzioni forti e individuali nei confronti dei responsabili governativi di queste atrocità e soprattutto dobbiamo riportare questo paese a libere elezioni, che possano veramente far ritornare questo paese una Repubblica democratica.

(Il Presidente ritira la parola all'oratore.)

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF.* – Monsieur le Président, Madame la Haute représentante, chers collègues, à lire les résolutions, je vois se répéter un scénario qui tue l'Afrique. Un dirigeant ne plaît plus, donc il doit partir. Un nouveau doit prendre sa place pour nous servir et se servir. Vous me direz: «Et la constitution?» Certes, mais elle n'a pas été rédigée et adoptée par les Congolais.

Que Kabila soit critiquable, c'est certain, mais qui dira la vérité? Qui a mis Kabila en place? Qui montrera le rôle du Rwanda dans cette crise? Kagame n'est pas condamné et Kabila devrait l'être? Qui parlera des millions de morts pour le diamant, les terres rares et autres minerais de cette région pour les intérêts des sociétés belges, allemandes et des puissances extérieures? Admettrez-vous enfin que les problèmes africains sont l'affaire des Africains et que les nations africaines ont le droit à la non-ingérence pour leur stabilité.

Oui à la transition inclusive; pour cela, il faut du temps.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! Wysoka Pani Przedstawiciel! Prezydent Kabila od dwóch lat wykorzystuje wszystkie możliwe środki techniczne i administracyjne, aby pozostać przy władzy po wygaśnięciu konstytucyjnego mandatu, za wszelką cenę. Na podstawie porozumienia z częścią opozycji wybory prezydenckie zostały przesunięte na kwiecień 2018 r.

W efekcie jego działań wzrosło napięcie polityczne, niepokój wśród mieszkańców, łamane są prawa człowieka, każdy o tym wie. Istnieje zakaz zgromadzeń w Kongo, włącznie z użyciem siły wobec pokojowych demonstrantów, z aresztowaniami oraz ograniczeniem wolności mediów. Należy podjąć wyraźne działania mające na celu zapewnienie przestrzegania konstytucji oraz zagwarantowanie demokratycznych, przejrzystych, terminowych wyborów tak szybko, jak to możliwe. Ważne, aby zaangażowane w ten proces podmioty polityczne przyczyniły się do prowadzenia pokojowego i konstruktywnego dialogu, aby uniknąć pogłębienia obecnego kryzysu politycznego oraz powstrzymać falę przemocy. Ta rezolucja na pewno jest ważnym sygnałem politycznym, dlatego istotne jest, aby uzyskała poparcie całego Parlamentu.

Elena Valenciano (S&D). – Señor Presidente, muchas gracias, señora Mogherini, por su compromiso y su trabajo con la República Democrática del Congo, que aquí todos valoramos mucho.

Hoy es el Día Mundial de la Lucha contra el Sida y hay muchos expertos que afirman que el sida surgió en Kinsasa en 1920. Hoy sigue siendo una de las principales causas de muerte en la República Democrática del Congo, porque la gente no tiene acceso ni a las pruebas ni a los medicamentos.

Hablamos de la República Democrática del Congo, una vez más, y estamos cada vez más preocupados porque las cosas no avanzan con la velocidad que debieran teniendo en cuenta la enorme inestabilidad que vive el país, que vive la región, y el enorme sufrimiento que padecen los ciudadanos y ciudadanas del Congo.

Hoy el Parlamento Europeo lanza un mensaje concreto, esta vez con mucha fuerza, con un amplio apoyo en toda la Cámara, para que se adopten sanciones contra responsables de la represión brutal de los últimos tiempos en el Congo. Denme dos segundos para citar sus nombres: Kalev Mutond, John Numbi, el general Kampete, Gabriel Amisi y Célestin Kanyama. Estos…

(El Presidente retira la palabra a la oradora)

Mark Demesmaeker (ECR). – Voorzitter, wollige taal is niet aan president Kabila besteed. Die heeft duidelijke taal nodig en duidelijk, dat klinkt zo: mijnheer Kabila, we verwerpen uw pogingen om u vast te klampen aan de macht. We verwerpen de beslissing om de verkiezingen uit te stellen tot april 2018. We steunen de eis van het middenveld en de oppositie: verkiezingen vóór het einde van 2017.

Kabila kan geen deel van de oplossing meer zijn. De aanstelling van Samy Badibanga tot eerste minister is een doorzichtige manoeuvre. Ofwel treedt Kabila af en organiseert verkiezingen voor een interim-president, ofwel start hij een inclusieve dialoog waarbij hij een oplossing aanreikt. Daarom steunen we de bemiddelingspogingen van de bisschoppenconferentie Cenco. Woorden zijn echter niet voldoende.

Waarom starten we niet onmiddellijk de procedure krachtens artikel 96 van de Cotonou- overeenkomst? Waarom geen gerichte sancties voor ambtenaren en legerfunctionarissen voor de schendingen van hun burger- en mensenrechten en tot slot natuurlijk het grotere plaatje: vrede en veiligheid kunnen in Congo alleen gegarandeerd worden in een dialoog van de landen in het gebied van de Grote Meren.

James Carver (EFDD). – Mr President, this year has proved to be a massive test for the viability of democracy in the Democratic Republic of Congo (DRC). It is a crying shame that a land of such beauty, diversity and untapped wealth has become synonymous with the idea of a failed state. It is an even greater shame that the actions of one man could possibly plunge this country back into civil war. President Kabila must respect the principles set out in the Congolese Constitution and allow proper democratic elections to take place once his mandate is up.

I was heartened by last week's UN Security Council reports on their visits to the DRC and Angola. It would appear, in particular, that their visit to the troubled eastern region has brought some political stability, and the welcome intervention of Angola in its dual role of Security Council member and Chair of the International Conference on the Great Lakes Region is to be warmly welcomed.

Of course, sanctions against individuals implicated in the atrocities is a necessary tool, as is the financial support that the international community provides to the DRC, but I strongly hope that the visit by the Security Council will encourage the Kabila administration to honour its democratic obligations and provide a peaceful and inclusive transition.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, dans le débat sur la RDC que l'on a eu au mois de mars, j'avais exprimé mon espoir que le président Kabila ne cède pas à la tentation de rester au pouvoir à tout prix, ignorant ainsi les limites fixées par la constitution, et j'avertissais sur le risque que le pays ne sombre dans la violence.

Malheureusement, la violence et la répression des manifestations de l'opposition sont une réalité, et je crois qu'il ne faut pas simplement les condamner, mais recourir à des sanctions, comme M^{me} Rivasi l'a mentionné.

Au-delà de cette réaction, il faut aussi penser aux leçons qu'on peut tirer de la crise en RDC. Nous sommes justement en train de travailler, dans le cadre de l'Assemblée parlementaire paritaire ACP-UE, sur un rapport concernant les limites des mandats présidentiels.

Il y a trois points que je voudrais souligner. Il faut, dans un premier temps, je crois que l'Europe soutienne des institutions solides, pas des hommes politiques forts en Afrique; il faut, deuxièmement, promouvoir un consensus des élites politiques sur l'inviolabilité du principe des limites du mandat; et, enfin, il faut mieux utiliser le dialogue politique dans le cadre de l'accord de Cotonou avant que ces crises ne surgissent.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Monsieur le Président, Kalev Mutond, administrateur général de l'Agence nationale de renseignement de la République démocratique du Congo, John Numbi, ancien inspecteur général de la police congolaise, le général Ilunga Kampete, commandant de la Garde républicaine, Gabriel Amisi, commandant de l'armée dans la région occidentale du pays, Célestin Kanyama, chef de la police de Kinshasa; ces hommes, parmi beaucoup d'autres, sont responsables d'avoir confisqué la démocratie en RDC, réprimé violemment la liberté de manifester, et empêché une transition pacifique et constitutionnelle du pouvoir, ce qui justifie des sanctions ciblées.

La tenue d'élections libres, fiables et transparentes dans le respect de la constitution et du droit international, dans les plus brefs délais, constitue la seule voie pour mettre fin à la crise politique et humanitaire que traverse la RDC.

Redonnons un futur à la RDC, les jeunes congolaises et congolais doivent se réapproprier tous les instruments de la démocratie.

Je remercie la haute représentante de son engagement.

Catch-the-eye-Verfahren

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η κατάσταση στον τομέα των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στη Λαϊκή Δημοκρατία του Κονγκό εξακολουθεί να επιδεινώνεται, ενώ η απόφαση του Καμπιλά να επεκτείνει τη θητεία του στον προεδρικό θώκο έχει προκαλέσει θύελλα αντιδράσεων από την αντιπολίτευση. Έτσι η σεξουαλική βία, ο περιορισμός της ελευθερίας έκφρασης, είναι καθημερινό φαινόμενο, ενώ συχνή είναι η βία της αστυνομίας απέναντι στους ακτιβιστές και στους αντιφρονούντες. Παράλληλα, οι παράνομες δραστηριότητες ορισμένων πολυεθνικών εταιρειών στο Κονγκό οδηγούν τη χώρα ακόμη περισσότερο στην αποσταθεροποίηση.

Αν υπάρχει κάτι που μπορεί να κάνει η Ευρώπη για να προστατεύσει τον λαό του Κονγκό είναι να βρει μια πολιτική λύση που θα επιτρέπει σε κάθε πολίτη και σε κάθε ειρηνική οργάνωση της κοινωνίας των πολιτών να ασκεί το δικαίωμα της έκφρασης, της ελευθερίας της έκφρασης, του συνεταιρίζεσθαι, χωρίς να υπάρχει φόβος διώξεων και συλλήψεων, ενώ πρέπει επίσης να σταματήσουν οι παράνομες δραστηριότητες κάποιων ευρωπαϊκών πολυεθνικών στη χώρα και να επιβληθούν κυρώσεις σε αυτούς οι οποίοι παραβιάζουν τα ανθρώπινα δικαιώματα.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Federica Mogherini, *VPC/HR*. – Signor Presidente, onorevoli deputati, vorrei ringraziare quest'Aula e in particolare i membri del Parlamento europeo che con costanza, lungo tutti questi mesi, hanno portato il tema della Repubblica democratica del Congo all'attenzione dell'Aula, ma anche delle altre istituzioni europee. Questo, in particolare, così come altri temi su cui lavoriamo in Africa e sulla nostra politica estera e di sicurezza comune più complessivamente, ma questo è un tema su cui il lavoro del Parlamento europeo e il lavoro del Consiglio, il lavoro della Commissione stanno andando, mano nella mano. E sarà così anche in queste settimane.

Io non traggo conclusioni politiche da questo nostro scambio, ho visto la vostra risoluzione, ne abbiamo parlato con alcuni di voi in questi giorni, sapete bene che il tema della Repubblica democratica del Congo sarà di nuovo sull'agenda del Consiglio affari esteri tra due settimane e questa vostra risoluzione, questo nostro dibattito, questo lavoro, che insieme stiamo facendo, informerà sicuramente la discussione dei ministri degli esteri e le decisioni che spetterà ai ministri degli esteri dei 28 Stati membri prendere anche in quell'occasione. Sarà il 12 dicembre, pochi giorni prima una data importante per la Repubblica democratica del Congo. Una decisione che, chiaramente, io non posso qui anticipare, ma che certamente beneficerà delle discussioni, delle decisioni che quest'Aula prenderà su questo tema.

Vorrei sottolineare un punto che l'onorevole Preda sottolineava e chi mi trovo molto d'accordo, il fatto cioè che questo lavoro si inserisce in un lavoro più ampio, che stiamo facendo con i nostri partner africani, per rafforzare la visione della democrazia che loro stessi stanno cercando di affermare nel loro continente, basata cioè sulla forza dei sistemi democratici più che sulla forza di singoli uomini al potere. Questa è la strada che l'Africa stessa ha scelto di intraprendere, questa è la strada che noi stiamo accompagnando.

Der Präsident. – Zum Abschluss der Aussprache wurden gemäß Artikel 123 Absatz 2 der Geschäftsordnung sieben Entschließungsanträge eingereicht.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute, 1. Dezember 2016, um 11.30 Uhr statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Situacija u Demokratskoj Republici Kongu izuzetno je ozbiljna te prijeti rast političke nestabilnosti zbog odgađanja izbora od strane sadašnjeg predsjednika Kabile. Organizacije civilnog društva u više navrata ukazale su na to da se stanje ljudskih prava i slobode izražavanja pogoršalo, te da je stopa nasilja porasla. Smatram da je politička nestabilnost štetna prvenstveno za stanovništvo, te da se samim time pogoršava stanje ekstremnog siromaštva koje već duže vrijeme obilježava Kongo. Držim da je potrebno razviti dijalog i pronaći miroljubivo zajedničko rješenje vlasti i opozicije, te pridržavati se međunarodnih standarda i sporazuma kada je riječ o temeljnim pravima. Europska unija može svakako pružiti prikladne alate i instrumente kako bi se pokrenuli prodemokratski procesi i dala podrška borcima za ljudska prava.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Unfortunately, the political situation in the Democratic Republic of Congo (DRC) continues to be unstable due to increasing political tensions in the country. Less than three weeks before the 19 December deadline marking the end of President Joseph Kabila's constitutionally mandated two-term limit, he still has not made any clear commitment as to when, or even if, he will step down.

Meanwhile Congolese authorities have been heavily criticised for human rights violations, a crackdown on political opponents and an onslaught on press freedoms, as illustrated by the murder of a journalist working for the state broadcaster RTNC and the blocking of the signals of radio stations such as Radio France Internationale, Voice of America, the BBC, the Belgian French-language station RTBF and the United Nations station Radio Okapi.

In this context, I call on the Congolese authorities, and particularly President Kabila, to protect and respect the rights of all citizens of the DRC in strict compliance with the country's constitutional law and international law, and to stop immediately the ongoing bloody crackdown on political opposition and civil society. Furthermore, I call on the EU to take all necessary measures to protect the rights and freedoms of all citizens of the DRC.

Monica Macovei (ECR), *în scris*. – Alegerile din Congo au fost amânate spre beneficiul președintelui deja ales de două ori, Joseph Kabila. Constituția limitează președintele la două mandate; Kabila a încercat deja să schimbe Constituția pentru a-și prelungi mandatul. Aceste întârzieri ale alegerilor au provocat agitație în întreaga țară. Kabila a numit un lider al opoziției în funcția de prim-ministru, doar că acest lucru nu a avut cine știe ce impact pentru a elimina tensiunile. Alegerile amânate au declanșat demonstrații care s-au soldat cu o represiune brutală. Operațiunea de menținere a păcii a ONU în RDC se pregătește pentru o criză. Grupurile pentru drepturile omului critică înrăutățirea situației în ceea ce privește libertatea de exprimare și de asociere. Într-adevăr, instabilitatea politică provoacă haos în țară și agravează sărăcia și continuă starea de nesiguranță. Fac apel ca președintele Kabila să respecte constituția RDC și să demisioneze la sfârșitul mandatului său. Alegerile ar trebui să aibă loc la data de 19 decembrie, așa cum au fost planificate inițial. Cei închiși pe nedrept în timpul demonstrațiilor ar trebui să fie eliberați, iar guvernul trebuie să oprească utilizarea forței împotriva manifestanților. Alegerile pașnice și transparente vor contribui la progresul și dezvoltarea RDC.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Kongo DVs on olukord aina pingelisem seoses president Kabila soovimatusega võimult lahkuda vastavalt ettenähtud korrale. Viimastel nädalatel toimunud rahutused on toonud inimohvreid, suletud on meediakanaleid, inimesi peetakse ebaseaduslikult kinni ning vaesuses elavate ja toiduabi vajavate inimeste hulk aina kasvab. Aafrika Liit ja ka EL peavad enda kasutuses olevate vahenditega tagama selle, et valimised toimuksid siiski õigeaegselt kooskõlas Kongo põhiseaduse ja demokraatia, valimiste ja valitsemise Aafrika hartaga. Oluline on, et kõik poliitilised osalised astuksid võimalikult kiiresti rahumeelsesse ja konstruktiivsesse dialoogi. ELil on võimalik võtta vastu sanktsioonid nende kõrgemate ametnike vastu, kes vastutavad meeleavalduste vägivaldse mahasurumise ja poliitilise ummikseisu eest, ning ta peaks seda tegema. Ka Euroopa Arengufondist rahastamist Kongos tuleb tähelepanelikult jälgida ja vajadusel võtta meetmeid.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Ik steun deze resolutie over de situatie in de DRC ten volle, die president Kabila oproept om de gemaakte beloften na te leven. Volgens de grondwet moeten presidentiële verkiezingen gehouden worden in 2016 en kan een president niet voor een derde termijn aanblijven. De Congolese regering stopt zich weg achter de zogenaamde onmogelijkheid om kieslijsten op basis van het bevolkingsregister aan te maken, en wil de verkiezing met vier jaar uitstellen.

Sinds januari 2015 vielen honderden doden, treden de autoriteiten hardhandig op tegen betogers en oppositie en worden mensen onrechtmatig achter de tralies gezet. Media worden gekortwiekt, spontane stakingen breken uit. De situatie in DRC gaat fel achteruit en er zijn diverse meldingen van ernstige mensenrechtenschendingen. In het oosten van Congo blijven de brutaliteiten (verkrachtingen, kindsoldaten,…) schering en inslag, veelal ingegeven door conflicten omtrent natuurlijke hulpbronnen en mineralen.

Ondanks diverse engagementen en beloften van de overheid, blijven de resultaten bedroevend. Deze resolutie stelt president Kabila onomwonden verantwoordelijk voor de zorgwekkende situatie in zijn land en roept hem op dringend de grondwet na te leven, verkiezingen uit te schrijven, vrijheid van mening (en manifestaties opnieuw) toe te laten en de democratie én de rechtstaat te respecteren, zoals afgesproken in de Cotonou-akkoorden.

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 10.45 Uhr unterbrochen und um 11.00 Uhr wieder aufgenommen.)

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

5. Feierliche Sitzung - Tunesien

Le Président. – Monsieur le Président Béji Caïd Essebsi, Madame la Vice-présidente et Haute représentante Mogherini, bienvenue, Monsieur le Président du Conseil en exercice, Monsieur le Ministre, bienvenue, Mesdames et Messieurs, mes chers collègues, nous avons l'immense honneur d'accueillir aujourd'hui au Parlement européen le président de la République de Tunisie.

Monsieur le Président, laissez-moi vous dire l'émotion qui est la mienne de vous retrouver un an après notre dernière rencontre, à Tunis. Je tiens à vous renouveler ma gratitude pour l'accueil chaleureux qui m'a été réservé dans votre beau pays.

Monsieur le Président, en ce début de séance, je me permets, avec deux jours de retard, de vous féliciter pour votre anniversaire, vous, qui êtes né le 29 novembre 1926. Comme vous m'avez demandé de ne pas dire «90e anniversaire», je dis neuf, zéro!

(Vifs applaudissements)

M. le Président Béji Caïd Essebsi m'avait dit: «Président, ne dites pas 90, dites neuf, zéro». C'est ainsi que je l'ai dit, Monsieur le Président.

Monsieur le Président de la République, vous êtes ici parmi vos amis et vos partenaires. Vous êtes ici entouré par tous ceux qui portent dans leur cœur l'avenir démocratique de la Tunisie. En cinq ans, le parcours de votre pays vers la démocratie a été exceptionnel. Votre pays s'affirme aujourd'hui comme un modèle de pluralisme et de tolérance où sont garantis dans la constitution l'état de droit, les libertés individuelles et l'égalité entre tous. À une époque où les populistes agitent les peurs et le rejet, la Tunisie nous envoie ce message fort.

Monsieur le Président, chers collègues, au cours de ma visite officielle à Tunis et à Sousse, j'ai pu me rendre compte de l'ampleur des défis économiques, sociaux et sécuritaires auxquels la Tunisie démocratique fait face au quotidien. Je suis néanmoins rentré avec la ferme conviction que votre pays, malgré toutes ces difficultés, possède une grande richesse: je veux parler de ces forces vives, jeunes, formées, créatives, prêtes à œuvrer pour l'avenir prospère de la Tunisie. C'est là un atout considérable sur lequel vous pouvez compter pour mener les grandes réformes attendues. Ces réformes redonneront la confiance aux citoyens tunisiens, aux investisseurs locaux et aux partenaires étrangers, comme l'a montré, hier, la conférence économique dans votre pays. Sur ce chemin, la Tunisie n'est pas seule. La conférence internationale sur l'investissement, qui s'est tenue en début de semaine à Tunis, en fait clairement la démonstration.

Soyez assuré, Monsieur le Président, que le Parlement européen suivra de près les engagements pris par l'Union européenne et ses États membres.

Nous célébrons cette année les 40 ans d'une coopération bilatérale qui a fait de l'Europe votre premier partenaire commercial, et nous en sommes fiers. Mais nous avons décidé d'aller plus loin encore. Nous avons pris l'engagement politique de construire avec vous un partenariat privilégié parce que nous pensons qu'il est temps de traduire de manière durable, tangible et diversifiée, le caractère stratégique et irréversible de nos relations. Ce n'est plus une question de solidarité mais bien l'affirmation d'une vision commune de notre avenir.

Monsieur le Président, les jeunes des deux côtés de la Méditerranée n'ont jamais été aussi bien formés. Ils partagent les mêmes aspirations: apprendre, voyager, s'engager, vivre dignement et s'épanouir dans leurs études et dans leur travail. Nous avons la responsabilité historique de répondre à leurs attentes légitimes. À cet égard, je me félicite du lancement de la nouvelle initiative de l'Union européenne pour la jeunesse, qui montre notre volonté de soutenir le développement des talents, des ressources et de la mobilité pour les jeunes tunisiennes et tunisiens. C'est là le meilleur investissement que nous puissions faire pour le bien-être et la cohésion de toute la société. Nous ne pouvons plus nous permettre de livrer aux idéologies meurtrières des jeunes qui n'ont plus d'espoir.

Ensemble, nous pouvons déjouer les scénarios noirs des extrémistes de tous bords. Ensemble, nous pouvons démontrer que les valeurs universelles se conjuguent de la même manière en Tunisie et en Europe. Permettez-moi, à cet égard, de saluer l'initiative que vous avez prise en lançant, depuis le magnifique musée du Bardo, la déclaration de la Tunisie contre le terrorisme, pour la tolérance et la solidarité entre les peuples, les cultures et les religions.

Soyez assuré de la fidélité de notre engagement aux côtés de la Tunisie, de sa jeunesse, de son peuple et de ses autorités.

Je vous remercie à nouveau, Monsieur le Président, de nous faire l'honneur de votre présence.

(Vifs applaudissements)

Beji Caid Essebsi, *Président de la République de Tunisie*. — Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les Députés, je vous remercie pour votre invitation. C'est un honneur pour mon pays, et c'est un privilège pour moi-même de m'adresser directement aux parlementaires et, à travers eux et elles, aux États et aux peuples qu'ils représentent.

Je voudrais donc, au nom de mon pays et de mon peuple, transmettre à l'Europe, à l'Union européenne, et à travers vous, Mesdames et Messieurs les députés, à vos États et à vos peuples, un message d'amitié, de solidarité et de confiance de la part de la Tunisie.

La Tunisie se présente à vous aujourd'hui sous un nouveau visage parce ce que notre peuple a lutté pour engager dans notre pays un processus démocratique.

Vous savez que nous avons maintenant une constitution moderne, une constitution pour un État civil, sans référence religieuse ou dogmatique. Cela étant, nous avons aussi un peuple à majorité musulmane, et nous pensons que l'islam bien connu, bien appliqué, n'est pas incompatible avec la démocratie. C'est même un élément porteur pour engager notre pays dans cette voie.

Nous avons donc une constitution, un président élu au suffrage universel, nous avons un parlement pluriel, avec 16 partis, c'est la première fois dans notre histoire depuis 60 ans, et nous avons un gouvernement qui est adoubé par une majorité très importante au sein de notre parlement, à savoir 168 voix sur 217, ce qui est sans précédent.

Donc, de ce point de vue, la Tunisie se présente sous un nouveau visage et avec de nouvelles perspectives, mais, de toute façon, nous ne pouvons que travailler encore plus dur pour la cohésion de notre peuple, pour justement arriver à vaincre les défis qui se dressent devant nous: le défi du terrorisme, celui du sous-développement, de la représentation à l'extérieur. Nous sommes optimistes, raisonnablement optimistes, et nous allons nous atteler à cela.

Je voudrais donc profiter de cette occasion heureuse pour rendre un hommage sincère au Parlement européen pour son soutien et sa solidarité à l'égard de la Tunisie, et ce dès les premiers jours qui ont suivi le tournant historique de notre révolution du 14 janvier 2011. Les nombreuses visites et missions de parlementaires européens en Tunisie ainsi que l'adoption de résolutions sur la Tunisie – notamment la dernière, en date du 14 septembre 2016 — illustrent parfaitement cet intérêt marqué du Parlement européen pour la réussite de l'expérience démocratique tunisienne.

Ma profonde reconnaissance s'adresse également aux différents groupes politiques ainsi qu'aux membres du Parlement européen qui ont pris part aux missions d'observation des élections en 2011 et 2014, et qui ont été les témoins privilégiés du nouvel apprentissage démocratique en Tunisie.

Ma présence parmi vous aujourd'hui témoigne également de ma gratitude envers toutes les institutions de l'Union européenne et les peuples d'Europe que vous représentez ici, pour leur engagement sincère aux côtés de la Tunisie et de son processus démocratique.

La visite à Bruxelles que j'entreprends aujourd'hui intervient à un moment historique et fortement symbolique pour les relations tuniso-européennes, qui célèbrent cette année le 40e anniversaire du premier accord de coopération de 1976, couronné par la tenue de rencontres au plus haut niveau entre la Tunisie et l'Union européenne.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, je viens donc dans cette enceinte transmettre un message d'amitié du peuple tunisien à tous les peuples d'Europe que vous représentez. La Tunisie qui se trouve à l'extrême nord de l'Afrique septentrionale, toute proche de l'Europe, a toujours considéré le continent européen comme une zone d'ancrage naturelle.

Cette proximité avec l'Europe a profondément marqué notre histoire depuis 3000 ans. Le sort de la Tunisie a été de tous temps lié à celui de l'Europe. Nous en avons subi les influences et parfois même les vicissitudes et l'occupation, mais la Tunisie a toujours su maintenir des liens étroits et harmonieux avec l'Europe et ses peuples, et s'est toujours tournée vers l'avenir plutôt que de regarder vers le passé. Ces liens doivent constituer le socle sur lequel nous devons bâtir aujourd'hui une relation stratégique encore plus forte entre la Tunisie et l'Europe, à la hauteur des défis et des enjeux actuels.

La révolution du 14 janvier a ouvert un nouveau chapitre de l'histoire de la Tunisie. Le peuple tunisien s'est soulevé de manière pacifique et spontanée, sans aucun référent idéologique ou religieux, contre l'ordre établi et le despotisme. Ce soulèvement était porté par des jeunes en quête de dignité et de liberté. Il n'aurait pas été possible sans les sacrifices des martyrs qui ont payé de leur vie leur aspiration à la liberté, au respect de la dignité humaine et à des conditions de vie meilleures.

Le peuple tunisien a, en effet, osé une rupture. Il s'est engagé dans un processus de transition politique et de modernisation qui s'inscrit dans le prolongement du mouvement réformiste initié dès la moitié du 19e siècle par des précurseurs comme Kheireddine Pacha, et suivi au 20e siècle avec Moncef Bey, Tahar Haddad, Habib Bourguiba et bien d'autres.

La Tunisie n'a-t-elle pas été l'un des premiers pays, et en tout cas le premier pays arabe, à avoir aboli l'esclavage en 1846 et à promulguer, avec le pacte fondamental, la première constitution politique en terre d'islam, en 1861? Puis il y a eu la constitution de 1959, une constitution qui, justement, garantissait la liberté aux êtres humains en Tunisie. C'est donc une constitution des droits de l'homme, en avance sur son temps par rapport à d'autres pays.

Elle fut également la première à accorder un statut unique aux femmes, avec la promulgation du code du statut personnel en 1956, au lendemain de l'indépendance. La place de la femme tunisienne fait figure d'exception aujourd'hui dans le monde arabo-musulman. On nous critique peut-être un peu à cause de cela dans certaines parties du monde, mais tel est notre choix et notre fierté.

La Tunisie réformiste s'est appuyée sur une lecture éclairée et modérée de la religion et s'est opposée à toute doctrine rigide ou extrémiste. Cette spécificité tunisienne conforte aujourd'hui notre marche irréversible vers un modèle démocratique auquel sont attachées toutes les composantes de la société politique dans notre pays. La Tunisie est déterminée à prouver au monde entier et à tous ceux qui ont la phobie de l'islam, que l'islam n'est pas incompatible avec la démocratie.

C'est ainsi que nous avons œuvré à l'adoption, en janvier 2014, de cette constitution moderne conçue pour un peuple musulman, et qui reprend globalement les mêmes principes que la charte des droits fondamentaux de l'Union européenne.

Les élections libres et transparentes qui ont eu lieu la même année ont permis de consolider le processus démocratique par la mise en place, notamment, d'institutions constitutionnelles, dont la dernière en date est le conseil supérieur de la magistrature, qui garantit l'indépendance de la magistrature dans notre pays.

Bien évidemment, ce chemin n'a pas été aisé, loin de là. Au lendemain des élections de 2011, le pays a connu une grave crise politique et identitaire, qui aurait pu créer un profond schisme au sein de la société tunisienne et faire déraper le processus démocratique. Mais l'attachement des Tunisiens à leur modèle sociétal, tel qu'il a été façonné au fil de notre histoire, et le refus d'un nouvel autoritarisme au nom de la religion, ont permis de remettre la transition démocratique sur les rails.

D'ailleurs, l'initiative que j'ai prise en 2012 en créant un parti rassemblant différentes sensibilités politiques résolument orientées vers la modernité, s'inscrit dans cet esprit. Les divergences et les clivages au sein de la classe politique ont pu être dépassés grâce à une approche tunisienne singulière basée sur le dialogue, le compromis et le consensus ainsi qu'à l'implication des forces vives de ce pays.

Cette démarche a été reconnue par la communauté internationale et a valu une distinction internationale au Quartet du dialogue national, qui s'est vu décerner le prix Nobel de la paix en 2015.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, au-delà des avancées enregistrées sur le plan politique en matière de droits de l'homme et de démocratie, la Tunisie doit répondre à des défis socio-économiques et sécuritaires.

Comme vous le savez, la Tunisie est le seul pays du voisinage méridional à avoir engagé une profonde transformation politique et économique, et à livrer en même temps une lutte implacable contre le terrorisme.

La transition démocratique a un coût, et celui-ci se ressent dans les secteurs de l'activité socio-économique. Ce coût s'est traduit, en particulier, par une forte dégradation des indicateurs macro-économiques. Alors que, durant la décennie précédente, la Tunisie affichait une croissance annuelle moyenne de 5 %, elle ne dépasse plus aujourd'hui les 1,5 %.

Enfin, pour permettre à notre économie de recouvrer sa vigueur et accélérer la cadence des réformes, j'ai pris l'initiative, comme vous l'avez indiqué tout à l'heure Monsieur le Président, de constituer un gouvernement d'union nationale dirigé par des jeunes compétents, avec une forte participation féminine. Les postes les plus importants actuellement en Tunisie sont occupés par des femmes. Ce gouvernement, soutenu par les principaux partis politiques et organisations nationales, s'attelle à la mise en œuvre des grandes réformes indispensables pour bâtir un modèle de croissance durable et inclusif. D'ailleurs, le plan de développement quinquennal 2016-2020 s'inscrit largement dans cette politique.

La récente adoption du code des investissements confirme notre engagement à doter l'économie tunisienne d'un cadre propice à l'investissement national et étranger. Je me réjouis que la conférence «Tunisia 2020» qui vient de s'achever, hier seulement, ait repositionné la Tunisie sur la carte internationale des investissements.

Je tiens à exprimer particulièrement mon appréciation à nos partenaires européens, qui ont contribué au succès de cet évènement économique majeur. Les contrats signés et les engagements formulés à cette occasion, témoignent de la confiance renouvelée vis-à-vis de la Tunisie et de son potentiel économique.

La Tunisie dispose d'atouts indéniables à même de lui permettre de sortir de cette crise économique difficile. Il n'en reste pas moins que la transition économique demeure fragile et sujette à des défis considérables. L'exception tunisienne doit être soutenue davantage, tout comme d'autres pays en leur temps ont été soutenus dans leur processus démocratique.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, la Tunisie a toujours entretenu avec l'Union européenne des liens solides et étroits. Premier pays ayant conclu un accord d'association avec l'Union européenne en juillet 1995, la Tunisie a fait de son rapprochement avec l'Union une constante de sa politique étrangère et un choix stratégique.

Nos relations ont connu un nouvel élan depuis 2011, qui s'est concrétisé en 2013 par un partenariat privilégié, censé permettre un rapprochement encore plus poussé entre la Tunisie et l'Union européenne, avec laquelle elle partage désormais les mêmes valeurs démocratiques. C'est donc tout naturellement que la Tunisie considère l'Union européenne, son premier partenaire, comme son principal soutien pendant cette phase délicate.

À cet égard, nous nous félicitons de l'appui important qu'a apporté l'Union européenne au succès des premières phases de la transition en Tunisie. Nous saluons particulièrement les nouvelles mesures annoncées récemment dans la communication conjointe de la haute représentante de l'Union et vice-présidente de la Commission européenne, pour renforcer davantage ce soutien au cours des prochaines années.

Cependant, nous estimons, et je m'excuse de le dire, que les instruments traditionnels de coopération demeurent insuffisants pour accompagner les remarquables transformations entreprises dans notre pays. Notre pays qui vit, en effet, une expérience inédite dans sa région, est en droit d'aspirer à un traitement différencié de la part de son premier partenaire.

Nous apprécions, à cet égard, le fait que le Parlement européen ait pris conscience de l'ampleur du soutien attendu pour consolider le succès de cette expérience en proposant, dans sa récente résolution, des mesures d'appui significatives en faveur de la Tunisie comparables à la mise en place d'un plan Marshall ainsi que la conversion de la dette en projets d'investissements.

Nous espérons que cette initiative trouvera un écho favorable auprès des autres institutions européennes et des États membres pour la mobilisation d'un appui conséquent qui soit à la hauteur des enjeux et des défis auxquels fait face notre pays. Un tel appui est désormais essentiel pour accompagner la Tunisie et l'aider à franchir cette étape cruciale de son histoire.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, notre région est secouée par des crises importantes et traversée par le doute et l'incertitude. Dans ce contexte, certains sont tentés par le repli sur soi, le refus de l'autre et la violence. Les questions sécuritaires et migratoires sont des préoccupations constantes et constituent des enjeux stratégiques qui appellent une intensification du dialogue et une coopération renforcée pour apporter des réponses communes.

En Tunisie, nous construisons notre démocratie dans un contexte régional tourmenté en raison de la situation dans un pays voisin, la Libye, et des menaces sécuritaires liées au trafic frontalier d'armes et aux tentatives d'infiltration d'éléments terroristes.

La Tunisie est prise pour cible par les terroristes car son modèle démocratique et socioculturel est aux antipodes de leur vision obscurantiste. Nous sommes déterminés à faire face à ce fléau qui frappe aveuglément, sans distinction de race ou de religion. La Tunisie se trouve aux avant-postes de la lutte contre le terrorisme et mérite d'être soutenue pleinement dans ses efforts. Notre réussite dans ce combat ne manquera pas de contribuer également à la sécurité de l'Europe.

À mon initiative, la Tunisie a adopté, le 18 novembre dernier, un manifeste baptisé «Déclaration de Tunis contre le terrorisme et pour la tolérance et la solidarité entre les peuples, les cultures et les religions». Nous avons annoncé l'adoption de ce texte à l'occasion de l'inauguration, au musée du Bardo, d'une exposition intitulée «Lieux saints partagés», qui illustre le vécu spirituel méditerranéen commun.

En inaugurant cette exposition en présence de familles de victimes d'actes terroristes, je voulais également rappeler que la Tunisie est une terre ancestrale de tolérance, d'hospitalité et de pluralité culturelle et religieuse.

Il est donc indispensable aujourd'hui de promouvoir davantage les valeurs du dialogue et de la tolérance et de replacer la dimension humaine au cœur de nos relations.

Notre appartenance à l'espace méditerranéen commun nous impose de rappeler au monde les vertus de l'ouverture et du dialogue. De par sa vocation, son histoire antique et sa géographie, notre mer commune doit redonner goût au brassage des cultures et des civilisations et redevenir ce trait d'union qui relie les espaces et les hommes, et non une frontière qui les sépare.

Cet espoir doit être porté en premier lieu par les jeunes des deux rives. Nous devons ainsi veiller à ce que la jeunesse occupe une place prioritaire dans notre coopération future. Nous nous félicitons, à cet égard, des initiatives de coopération mises en place par l'Union européenne dans le domaine de la jeunesse, de l'enseignement supérieur et de la recherche scientifique.

Pour conclure, je voudrais insister sur le fait que nous préférons parler d'exception tunisienne plutôt que de modèle tunisien. Notre expérience démocratique qui a franchi d'importantes étapes reste malgré tout fragile.

Cette expérience a plus que jamais besoin d'un soutien fort des partenaires européens car le succès de la démocratie tunisienne est non seulement dans l'intérêt de la Tunisie, mais également dans l'intérêt de l'Europe. Une Tunisie démocratique forte et prospère contribuera à stabiliser le voisinage sud de l'UE.

Voilà le message de confiance et d'amitié que je voulais livrer ici au Parlement européen.

Enfin, je tiens à réitérer mes remerciements les plus chaleureux au Parlement européen de m'avoir offert l'opportunité de m'adresser à ses honorables membres et, à travers eux, aux peuples amis qu'ils représentent et que j'invite à venir nombreux visiter la Tunisie libre et démocratique parce que la situation sécuritaire y est actuellement très comparable à celle de l'Europe.

*
* *

Ana Gomes (S&D). – Mr President, colleagues must have seen a horrendous leaflet that has been dropped in Aleppo, saying that people should run away or be bombed because the world has forgotten them. I think we should send a clear message that we have not forgotten the people of Aleppo. I ask you to sign, before the end of today, this letter urging EU leaders to demand at the UN General Assembly that a special prosecutor be appointed to investigate war crimes and crimes against humanity in Syria and specifically in Aleppo.

(Applause)

Janice Atkinson (ENF). – Mr President, I would like to raise a point of order under Rule 186. In the debate this morning on combating racism, xenophobia, homophobia and the rest of it, I would like to raise a complaint against Vice-President Pașcu, a Socialist, who took a personal position in applauding Catherine Bearder this morning.

Under Rule 22(3), 'The President may speak in a debate only to sum up or to call speakers to order. Should he wish to take part in a debate, he shall vacate the chair and shall not reoccupy it until the debate is over.' He reprimanded me for facts in my speech, whereas Ms Bearder quoted subjective opinions, not facts, inciting racial hatred and hatred against others. He should step down as a Vice-President as he cannot be trusted to provide impartiality.

(Applause from certain quarters)

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, 1 December is the National Day in Romania. It is the anniversary of 98 years since the Great Union Day of all Romanian provinces into a unitary Romanian state. Romania, as a responsible Member of the European Union, promotes peace, stability and cooperation. As well as this, we are looking forward to further integration within the European Union states. Please join me in wishing Romania a Happy Birthday and sending congratulations to all Romanians.

(Applause)

Marek Jurek (ECR). – Niedawne, przedstawiane w ostatnich dniach, żałobne deklaracje pana przewodniczącego Junckera wywołały wiele protestów na tej sali. Oczywiście ja się z nimi solidaryzuję. Biorąc pod uwagę, że mamy przysłowie „de mortuis nihil nisi bonum", uważam, że przede wszystkim dzisiaj – w tych dniach, kiedy pewien dyktator jest tak powszechnie wychwalany – powinniśmy uczcić minutą ciszy tysiące ofiar kubańskiego komunizmu. I prosiłbym pana przewodniczącego o ogłoszenie tej minuty ciszy, żebyśmy mogli w ten sposób przypomnieć tych ludzi, którzy albo cierpieli z powodu represji, albo mieli po prostu przetrącone życie z powodu tyranii, w której musieli żyć.

Der Präsident. – Herr Kollege! Wenn Sie sich jetzt zur Geschäftsordnung melden wollen, warten Sie bitte mal. Wir hatten hier einen Geschäftsordnungsantrag, das war der von Frau Atkinson, und der war berechtigt. Alle anderen sind ja Erklärungen politischer Art. Das lasse ich gerne zu. Aber wenn Sie debattieren wollen, dann setzen Sie das auf die Tagesordnung und machen Sie normale Debatten. Doch missbrauchen Sie nicht die Abstimmung, um hier Ersatzdebatten zu führen.

(Beifall)

Sie, Herr Kollege, sind jetzt der letzte. Danach lasse ich keine weiteren Geschäftsordnungsanträge zu, wenn Sie sich nicht auf die Geschäftsordnung beziehen. Also sagen Sie bitte, welchen Punkt zur Geschäftsordnung Sie gerne ansprechen wollen.

Seb Dance (S&D). – Mr President, I wanted to raise the fact that today is World AIDS Day and, I wanted to pay tribute to the victims of HIV and AIDS …

(Objections from certain quarters)

… and I wanted to ask this House to show its appreciation to end the stigma for those living with HIV.

(Applause from certain quarters)

Der Präsident. – Das war zwar auch nicht zur Geschäftsordnung, aber absolut berechtigt.

6. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

6.1. Zollkodex der Union in Bezug auf Waren, die das Zollgebiet der Union vorübergehend auf dem See- oder Luftweg verlassen haben (A8-0329/2016 - Maria Grapini) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung:*

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte. În primul rând vreau să mulțumesc raportorilor și tuturor grupurilor politice care au înțeles urgența modificării articolului 136 privind Codul Vamal, care se aplică din 1 mai 2016. De aceea, sper ca astăzi, această modificare în regim simplificat, acest raport să fie votat. Așa cum a motivat și Comisia, în conformitate cu actuala formă a articolului 136, autoritățile relevante din statele membre nu au temei juridic pentru a aplica dispozițiile referitoare la notificarea sosirii unei nave maritime sau aeronave, transportarea și prezentarea mărfurilor în vamă atunci când sunt descărcate sau transportate. Din acest motiv, absența unei reglementări juridice, a unui temei juridic, ar putea duce la insecuritate, la netaxarea și neaplicarea măsurilor fiscale, la lipsa controalelor sanitare și, evident, la riscuri legate de mărfurile care ajung în porturi.

Vă mulțumesc și urez și eu „La mulți ani!" țării mele pentru că nu pot să fiu alături de români, sunt aici în Parlament. Vă mulțumesc și sper să fie votat raportul.

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, vor allen Dingen die Kolleginnen und Kollegen, die sonst immer so viel Wert auf die Geschäftsordnung legen! Die Geschäftsordnung sieht ausdrücklich vor, dass vor einer Schlussabstimmung der Berichterstatter oder die Berichterstatterin für zwei Minuten das Wort ergreifen kann. Das hat Frau Grapini jetzt getan. Sie hat genau eine Minute und zehn Sekunden gesprochen. Ich weiß nicht, warum Sie sich jetzt darüber so aufregen, wo Sie sonst immer so auf die Geschäftsordnung pochen.

(Beifall)

6.2. Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte im Hinblick auf den Geltungsbeginn (A8-0356/2016 - Pervenche Berès) (Abstimmung)

6.3. Abkommen zwischen der EU und Kiribati über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0334/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung)

6.4. Abkommen zwischen der EU und den Salomonen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0336/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung)

6.5. Abkommen zwischen der EU und Mikronesien über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0337/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung)

6.6. Abkommen zwischen der EU und Tuvalu über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0333/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung)

6.7. Abkommen zwischen der EU und den Marshallinseln über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0335/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung)

6.8. Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union: eine Bewertung (A8-0341/2016 - Salvatore Cicu) (Abstimmung)

6.9. Gutachten des Gerichtshofs über die Vereinbarkeit des Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union über den Schutz personenbezogener Daten bei der Verhütung, Untersuchung, Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten mit den Verträgen (B8-1304/2016, B8-1305/2016) (Abstimmung)

6.10. Abkommen zwischen den USA und der EU über den Schutz personenbezogener Daten bei Straftaten (A8-0354/2016 - Jan Philipp Albrecht) (Abstimmung)

— Vor der Abstimmung:

Jan Philipp Albrecht (Verts/ALE). – Mr President, the following vote is on a remarkable historic breakthrough. For the first time in history, the United States of America is entering into a binding international agreement on data protection standards. This House has been asking for this for many years, and has achieved a remarkable success by getting judicial redress for the data protection rights of EU citizens in the United States. Finally, we have this agreement. I thank the shadows and the Commission very much for their persistent work towards getting the United States to agree to this step forward, and I hope that you will all give your content to this agreement.

6.11. Interim-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EG/Ghana (A8-0328/2016 - Christofer Fjellner) (Abstimmung)

6.12. Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben im Jahr 2016 (A8-0347/2016 - José Manuel Fernandes) (Abstimmung)

6.13. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4/2016: Anpassung der Mittel aufgrund der jüngsten Entwicklungen im Bereich Migration und Sicherheit, Senkung der Mittel für Zahlungen und der Mittel für Verpflichtungen (A8-0350/2016 - José Manuel Fernandes) (Abstimmung)

6.14. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5/2016: Umsetzung des Eigenmittelbeschlusses (A8-0348/2016 - José Manuel Fernandes) (Abstimmung)

6.15. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Deutschland (A8-0352/2016 - Monika Hohlmeier) (Abstimmung)

6.16. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6/2016 für den Vorschlag zur Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Deutschland (A8-0349/2016 - José Manuel Fernandes) (Abstimmung)

6.17. Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben im Jahr 2017 (A8-0346/2016 - Jens Geier) (Abstimmung)

6.18. Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments zur Finanzierung haushaltspolitischer Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der derzeitigen Migrations-, Flüchtlings- und Sicherheitskrise (A8-0351/2016 - Jens Geier) (Abstimmung)

6.19. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der EU für Vorauszahlungen im Rahmen des Haushaltsplans 2017 (A8-0323/2016 - Patricija Šulin) (Abstimmung)

6.20. Haushaltsverfahren 2017: gemeinsamer Entwurf (A8-0353/2016 - Jens Geier, Indrek Tarand) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung:*

Indrek Tarand (Verts/ALE). – Mr President, I cordially call on everyone here to support one final technical amendment which improves our Parliament's organigramme without actually changing it, yet enables us to enforce the decision taken by the Bureau only last week and which, in our world of rigidity, allow some small flexibility for the administration to pay attention and award promotions to those few in number who have provided excellent and diligent services to Parliament's everyday operations and hence guaranteed the free and unlimited political decision-making for all Members of this Chamber. The amendment reads as follows: 'Of which three ad personam promotions granted in exceptional cases to deserving officials'.

Der Präsident. – Der gemeinsame Entwurf, auf den sich der Vermittlungsausschuss am 17. November 2016 geeinigt hat, wurde von Parlament und Rat gebilligt. Das Haushaltsverfahren wurde gemäß Artikel 314 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union durchgeführt.

Das Haushaltsverfahren für das Haushaltsjahr 2017 ist somit abgeschlossen. Ich stelle hiermit fest, dass der Gesamthaushaltsplan der Union für das Haushaltsjahr 2017 nun endgültig erlassen ist. Ich werde diesen Haushaltsplan jetzt unterzeichnen.

(Der Präsident unterzeichnet den Haushaltsplan 2017.)

6.21. Lage in Italien nach den Erdbeben (B8-1284/2016, B8-1285/2016, B8-1286/2016, B8-1288/2016, B8-1289/2016, B8-1291/2016, B8-1294/2016, B8-1296/2016) (Abstimmung)

6.22. Leitlinien für die Interessenerklärungen der Mitglieder der Kommission (A8-0315/2016 - Pascal Durand) (Abstimmung)

6.23. Haftung, Schadenersatz und Deckungsvorsorge für Offshore-Erdöl- und -Erdgasaktivitäten (A8-0308/2016 - Kostas Chrysogonos) (Abstimmung)

6.24. Lage in der Demokratischen Republik Kongo (RC-B8-1310/2016, B8-1310/2016, B8-1313/2016, B8-1315/2016, B8-1316/2016, B8-1319/2016, B8-1320/2016, B8-1324/2016) (Abstimmung)

6.25. Zugang zu Energie in Entwicklungsländern (B8-1227/2016) (Abstimmung)

6.26. Anwendung des Europäischen Mahnverfahrens (A8-0299/2016 - Kostas Chrysogonos) (Abstimmung)

Der Präsident. – Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

7. Stimmerklärungen

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho cercato di attrarre l'attenzione del Presidente prima, perché sul dossier Geier, il mio voto è stato negativo su tutti e tre gli emendamenti, ma la macchinetta non ha funzionato. Volevo segnalare questo alla Presidenza, in modo che se ne potesse tenere conto.

Presidente. – Prendiamo nota della sua segnalazione, grazie.

7.1. Zollkodex der Union in Bezug auf Waren, die das Zollgebiet der Union vorübergehend auf dem See- oder Luftweg verlassen haben (A8-0329/2016 - Maria Grapini)

Dichiarazioni di voto orali

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Questa relazione intende modificare l'ambito di applicazione dell'art. 136 del regolamento (UE) n. 952/2013 — c.d. codice doganale – distinguendo in tal modo tra merci unionali e merci non unionali.

Attualmente, infatti, molte merci provenienti da paesi extracomunitari hanno come primo porto nell'Unione europea non il luogo di destinazione delle merci, bensì altri porti dove spesso il carburante costa meno. Questo fa sì che vengano applicate norme e obblighi diversi alle navi e ai carichi che trasportano, a seconda del primo porto dove la nave si ferma (anche se diverso da quello effettivo di destinazione). In tal modo si corre il rischio che i dazi all'importazione e altri oneri non siano correttamente riscossi e che i controlli veterinari e fitosanitari non siano effettuati con efficacia.

Per superare queste difformità ho votato a favore.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — This file sought to correct the Customs Code as it was necessary for it to be done in order for Member States to be able to do their job in checking the goods that enter the EU. It was a correction of flawed drafting Therefore, I supported it.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La commission parlementaire a recommandé que le Parlement arrête sa position en première lecture en faisant sienne la proposition de la Commission. Le règlement européen établissant le code des douanes de l'Union exclut l'application de certaines dispositions aux marchandises qui ont temporairement quitté le territoire douanier de l'Union en circulant entre deux ports ou aéroports de l'Union, sans escale en dehors de l'Union.

Les dispositions exclues faisant l'objet de la modification concernent les obligations suivantes: déposer une déclaration sommaire d'entrée; notifier l'arrivée d'un navire de mer ou d'un aéronef; acheminer les marchandises à des lieux donnés et de les présenter aux autorités douanières à l'endroit où elles sont déchargées ou transbordées; le dépôt temporaire.

Il n'existe aujourd'hui aucune base juridique permettant d'exiger la présentation des marchandises qui sont déchargées ou bien transbordées à l'endroit où les marchandises sont réintroduites sur le territoire douanier de l'Union après avoir quitté temporairement celui-ci, ce qui rend plus difficile pour les autorités douanières d'assurer la surveillance des marchandises.

J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise donc à combler un vide juridique et permet de contribuer à une surveillance douanière plus efficace.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against, as this is consistent with the principles of my mandate as an MEP who was elected to support the UK's withdrawal from the European Union.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl prekių, kurios buvo jūra ar oru laikinai išvežtos iš Sąjungos muitų teritorijos, iš dalies keičiamas Reglamentas (ES) Nr. 952/2013, kuriuo nustatomas Sąjungos muitinės kodeksas. Atitinkamos valdžios institucijos valstybėse narėse pagal dabartinį 136 straipsnį neturi teisinio pagrindo taikyti nuostatas konkrečiai tuo atveju, kai prekės buvo jūra ar oru laikinai išvežtos iš Sąjungos muitų teritorijos kas gabenant tiesioginiu maršrutu tarp dviejų toje teritorijoje esančių vietų be sustojimo už Sąjungos ribų. Kadangi nėra aiškaus teisinio pagrindo, pagal kurį būtų reikalaujama pateikti šias prekes muitinės institucijoms, todėl yra trukdoma veiksmingai vykdyti jų muitinės priežiūros pareigų. Todėl pritariu, kad būtina pašalinti šį trūkumą ir tokiu būdu užtikrinti prekėms vienodas sąlygas, taip pat atkurti teisinį pagrindą, kuris buvo nustatytas ankstesniu muitinės kodeksu.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Il n'y a à l'heure actuelle pas la moindre base juridique permettant d'exiger la présentation des marchandises qui sont déchargées ou bien transbordées lors de leur réintroduction sur le territoire douanier de l'Union après avoir quitté temporairement celui-ci. La surveillance des marchandises est donc nettement plus compliquée pour les autorités douanières.

La proposition de modification du règlement vise à combler ce vide juridique et permettrait de contribuer à une plus grande efficacité de la surveillance douanière. J'ai voté en faveur de cette proposition.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — Cette proposition modifie un article du code des douanes de l'Union, qui s'est révélé problématique dans la pratique et concerne les marchandises qui ont temporairement quitté le territoire de l'Union par voie maritime ou aérienne.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque presenta muy buenas propuestas en materia de competitividad, sostenibilidad medioambiental, seguridad y protección, así como, calidad y accesibilidad de los servicios.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Grapini sul codice doganale dell'Unione per quanto riguarda quelle merci che sono uscite temporaneamente dal territorio doganale dell'Unione per via marittima o aerea.

Si tratta di un testo importante che mira a colmare una lacuna presente nel regolamento (UE) n. 952/2013. L'attuale formulazione dell'articolo 136 di questo regolamento, infatti, ha generato conseguenze negative per le autorità doganali, che hanno trovato diversi ostacoli nello svolgimento delle loro funzioni di vigilanza. Oggi esse non sono messe nelle condizioni di poter riscuotere correttamente i dazi all'importazione, di applicare correttamente le misure di carattere non fiscale, come i controlli sanitari, e di individuare i rischi legati alle merci in arrivo nei diversi porti e aeroporti dell'UE.

Grazie alle modifiche apportate sarà garantito una maggiore efficacia della normativa, la parità di trattamento delle merci sarà ripristinata e sarà rafforzata l'azione complessiva delle autorità.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe establece una serie de disposiciones para mejorar el Código Aduanero de la Unión, dotando a las autoridades permanentes de los Estados miembros de fundamento jurídico para la supervisión aduanera de mercancías que han abandonado temporalmente el territorio aduanero de la Unión. He votado a favor, ya que considero que el correcto funcionamiento del Código Aduanero es necesario para que los Estados miembros puedan hacer su trabajo en el control de las mercancías que entran en la Unión.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre el código aduanero de la Unión en lo que se refiere a las mercancías que hayan abandonado el territorio aduanero de la Unión por vía aérea o marítima. Esta propuesta está destinada a llenar este vacío jurídico y garantizar una igualdad de trato para las mercancías y restablecer la base jurídica que ya existía en el antiguo código aduanero.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai décidé de voter pour le rapport sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil modifiant le règlement (UE) nº 952/2013 établissant le code des douanes de l'Union, en ce qui concerne les marchandises qui ont temporairement quitté le territoire douanier de l'Union par voie maritime ou aérienne. Aujourd'hui, nous ne possédons aucune base juridique permettant d'exiger la présentation des marchandises qui sont déchargées ou bien transbordées à l'endroit où les marchandises sont réintroduites sur le territoire douanier de l'Union après avoir quitté temporairement celui-ci. Les autorités douanières ont un mal fou à surveiller une marchandise. Visant à combler ce vide juridique, la proposition de modification de règlement permettrait aux douaniers de travailler plus efficacement.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Questo provvedimento permetterà alle autorità doganali degli Stati membri di attuare le necessarie attività di vigilanza doganale sulle merci che escono solo temporaneamente dal territorio della UE. Il testo è condivisibile e pertanto ho inteso sostenerlo con il mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado favorablemente esta propuesta de modificación de un artículo del código aduanero de la Unión. La aplicación de este artículo, que concierne a bienes que hayan abandonado temporalmente el territorio aduanero de la Unión por vía aérea o marítima, ha resultado problemática en la práctica por lo que procede su simplificación.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes juo Parlamentas išsakė savo poziciją dėl Sąjungos muitinės kodekso pakeitimų dėl prekių, kurios buvo jūra ar oru laikinai išvežtos iš Sąjungos muitų teritorijos. 2016 m. persvarsčius Sąjungos muitinės kodeksą, jo bei deleguotųjų aktų įgyvendinimas parodė, kad reglamento tekste yra tam tikrų spragų – atitinkamos valdžios institucijos valstybėse narėse pagal dabartinį 136 straipsnį neturi teisinio pagrindo taikyti tam tikras nuostatas. Šios nuostatos yra susijusios su įvežimo bendrosios deklaracijos pateikimu, pranešimu apie jūrų laivo arba orlaivio atvykimą, pristatyti ir pateikti prekes muitinei, po to, kai jos buvo iškrautos ar perkrautos, prieš iškraunant ar perkraunant prekes laukti, kol bus išduotas leidimas, ir reglamentuojančios laikinąjį saugojimą. Šiais pakeitimais yra šalinami minėti Sąjungos muitinės kodekso trūkumai.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A megfelelő szintű vámszabályozásnak jelentős szerepe van a versenyképesség javításában. Ahhoz, hogy szerepét maradéktalanul be tudja tölteni, a vámrendszernek modernnek és hatékonynak kell lennie. Egyetértek az előadó azon álláspontjával, hogy az érintett felek között időben történő, átlátható információáramlást lehetővé kell tenni. Mindezeken túl persze ösztönözni is kell, hogy szoros együttműködés alakuljon ki a vámigazgatási szervek és a piacfelügyeleti hatóságok között a nem szabályszerű termékek határon történő feltartóztatása érdekében. Üdvözlendő e felülvizsgálati javaslat, pozitív szavazatommal jómagam is támogattam.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podpiram predlog o spremembi uredbe št. 952/2013, saj se pokazale nekatere pomanjkljivosti pri dosedanji ureditvi. S to spremembo pa bodo lahko sedaj na carini lažje in pravilno obračunali uvozne in druge dajatve, uporabljali nefiskalne ukrepe, kot je sanitarni nadzor, in opredelili tveganja za blago, ki prispe v njihova pristanišča ali letališča.

Sedanji predlog za spremembo člena 136 bo zapolnil to vrzel in tako zagotovil enako obravnavo za blago ter ponovno vzpostavil pravno podlago, ki je že obstajala po starem carinskem zakoniku.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće. S obzirom da ne postoji jasna zakonska osnova koja bi državama članicama omogućila određivanje da se roba podnosi carinskim tijelima, nastala je situacija u kojoj je obavljanje njihove dužnosti učinkovitog carinskog nadzora otežano (ne mogu točno naplatiti uvozne carine i druga davanja, primijeniti nefiskalne mjere poput sanitarne kontrole i identificirati rizike za robu koja dolazi u njihove pomorske ili zračne luke).

Trenutačnim prijedlogom žele se ispraviti ti nedostaci i osigurati jednako postupanje s robom te ponovno dati pravna osnova koja je već postojala u prijašnjem carinskom zakoniku.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Dans la mesure où il s'agit de mieux contrôler les flux de marchandises entrant dans le territoire de l'Union je suis pleinement en accord avec ce genre de contrôle.

Je vote donc pour.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Le disposizioni del regolamento n. 952/2013 del Parlamento europeo e del Consiglio, che istituiscono il codice doganale dell'Unione, hanno messo in luce alcune carenze nella sua elaborazione.

Per l'articolo 136, le autorità competenti degli Stati membri non dispongono di una base giuridica per applicare disposizioni concernenti la presentazione della dichiarazione sommaria di entrata, la notifica dell'arrivo di una nave o di un aeromobile, il trasporto e la presentazione delle merci in dogana, l'attesa di un'autorizzazione prima di scaricare o trasbordare le merci, la custodia temporanea.

In assenza di una base giuridica chiara per esigere la presentazione delle merci alle autorità doganali, queste ultime vedono di fatto ostacolate le loro funzioni di vigilanza doganale, nella misura in cui non sono in grado di riscuotere correttamente i dazi all'importazione e gli altri oneri, applicare correttamente le misure di carattere non fiscale, come i controlli sanitari, individuare i rischi legati alle merci in arrivo nei loro porti o aeroporti. L'attuale proposta di modifica dell'articolo 136 mira a colmare questa lacuna e a garantire la parità di trattamento delle merci.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Jusqu'à présent, le règlement du Parlement européen et du Conseil établissant le code des douanes excluait l'application de certaines dispositions aux marchandises qui avaient temporairement quitté le territoire douanier de l'Union. Par conséquent, il n'existe aujourd'hui aucune base juridique exigeant la présentation des marchandises déchargées à l'endroit où elles sont réintroduites sur le territoire douanier après avoir temporairement quitté celui-ci. Cette proposition de modification du règlement vise à appliquer l'ensemble de ces dispositions y compris aux marchandises qui quittent temporairement le territoire douanier de l'Union européenne. J'ai voté pour ce texte qui contribuera à accroitre l'efficacité de la surveillance douanière notamment afin de limiter les importations de contrefaçons et de produits stupéfiants.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — În urma intrării în vigoare a dispozițiilor Regulamentului de stabilire a Codului Vamal al Uniunii au fost semnalate anumite nereguli și norme lacunare care împiedică punerea corectă în aplicare a acestui cod. Astfel, prin această inițiativă se urmărește îndreptarea acestor erori în vederea asigurării unui tratament egal al mărfurilor.

Principala problemă identificată se referă la absența unui temei juridic al autorităților competente din statele membre pentru a aplica dispozițiile cu privire la transportarea și prezentarea mărfurilor în vamă atunci când sunt descărcate, notificarea sosirii unei nave maritime sau a unei aeronave, dispozițiile privind depozitarea temporară. În lipsa temeiului juridic, realizarea atribuțiilor de supraveghere vamală devine greu de îndeplinit în parametri optimi. Drept urmare, autoritățile se vor afla în imposibilitatea de a percepe corect taxele la import și să aplice corespunzător măsuri fără caracter fiscal, dar și să identifice riscurile legate de mărfurile care ajung în porturile sau aeroporturile lor.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece consider necesară remedierea acestor deficiențe în vederea îndeplinirii corecte a atribuțiilor legate de supravegherea vamală.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Con il voto di oggi ho dato il mio assenso alla modifica del codice doganale dell'Unione che dà alle autorità competenti degli Stati membri una base giuridica all'applicazione di disposizioni concernenti le merci che sono uscite temporaneamente dal territorio doganale dell'Unione per via marittima o aerea.

In assenza di una base giuridica chiara, le autorità doganali vedono di fatto ostacolate le loro funzioni di vigilanza doganale, non essendo in grado di riscuotere correttamente i dazi all'importazione e gli altri oneri e nemmeno di applicare correttamente le misure di carattere non fiscale, come i controlli sanitari, e di individuare i rischi legati alle merci in arrivo nei loro porti o aeroporti.

La modifica mira a colmare questa lacuna, a garantire la parità di trattamento delle merci e a ripristinare la base giuridica stabilita dal vecchio codice doganale.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this file, which sought to correct the Union Customs Code for Member States to be able to do their job in checking the goods that enter the EU. It was a correction of flawed drafting; therefore, I supported it.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP MEP's voted against this legislative report. UKIP, on principle, do not support EU legislation. Moreover, UKIP oppose the Union Customs Code (UCC) on the grounds that it has added administrative and financial burdens in the supply chain.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this technical amendment to correct the much needed legal gap to amend Article 136 of the Union Customs Code (UCC) by re-establishing the obligation to present goods which have been brought into the Customs Union at the second EU point of entry under certain circumstances. The amendment will clarify the legal situation as regards customs supervision of goods where they enter the Union through one seaport or airport but continue their way on the container to the second port in the Union where they are unloaded.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Oggi accade che molte merci provenienti da fuori UE abbiano come primo porto nell'Unione non il luogo di destinazione delle merci, bensì porti come Malta dove il carburante costa meno. Una nave che consegna merci in Olanda dopo essersi fermata a Malta può dunque non essere soggetta agli stessi obblighi di arrivo in UE. Il testo attuale dell'articolo 136 fa sì che non esista una chiara base giuridica per prescrivere la presentazione di tali merci alle autorità doganali in Olanda dopo che una nave si è fermata a Malta. Base che invece esisteva prima dell'applicazione del Codice doganale: il regolamento n. 952/2013 del 9 ottobre 2013.

Se le merci non vengono presentate al porto olandese, poiché non sussiste l'obbligo, può risultare difficile per le autorità olandesi assicurarne la vigilanza e vi è il rischio che i dazi all'importazione e gli altri oneri non siano correttamente riscossi e che i controlli veterinari e fitosanitari non siano effettuati.

È quindi indispensabile proporre una modifica dell'ambito di applicazione dell'articolo 136 del codice stesso, distinguendo tra merci unionali e merci non unionali. Per questo motivo ho votato a favore.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La relazione, per la quale ho ritenuto di esprimere voto favorevole, modifica l'articolo 136 del nuovo codice doganale dell'Unione entrato in vigore nel 2013 al fine di semplificare e razionalizzare i regimi doganali attraverso una standardizzazione dei controlli nei singoli Stati membri.

Credo che sia opportuno modificare l'articolo in questione, poiché quest'ultimo prevede che alcune disposizioni non si applichino alle merci temporaneamente uscite dal territorio doganale dell'Unione circolando in linea diretta tra due punti di tale territorio per via marittima o aerea senza scalo fuori dall'Unione, mettendo così a rischio l'efficace vigilanza doganale di queste merci.

Mi sembra quindi fondamentale che le autorità doganali dispongano di una base giuridica chiara per esigere la presentazione delle merci ed esercitare le proprie funzioni di vigilanza fiscale e sanitaria.

Sono convinta che il codice doganale dell'Unione europea debba essere finalizzato ad agevolare gli scambi legittimi, assicurando nel contempo un'adeguata vigilanza per contrastare le frodi.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 952/2013 για τη θέσπιση του ενωσιακού τελωνειακού κώδικα, όσον αφορά εμπορεύματα που έχουν εγκαταλείψει προσωρινά το τελωνειακό έδαφος της Ένωσης διά θαλάσσης ή αέρος συμβάλλει στην προσπάθεια περαιτέρω θέσπισης κανόνων που διέπουν οικονομικές και νομικές δομές της Ευρώπης, με στόχο την καταπολέμηση δυσλειτουργιών αλλά και οικονομικών ατασθαλιών. Θεωρώ πως ανάλογες κινήσεις είναι απαραίτητες και γι' αυτό ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Ho votato positivamente la relazione in oggetto in quanto permetterà alle autorità doganali degli Stati membri di poter applicare strumenti giuridici adeguati per le merci che escono temporaneamente dal territorio doganale dell'UE.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Condivido del tutto la proposta di modifica del Regolamento (UE) n. 952/2013 dal momento che esso, pur essendo entrato in vigore lo scorso maggio, è caratterizzato da alcune lacune profonde.

Si ritiene prioritario intervenire il prima possibile alla luce dei lampanti risvolti pratici che hanno le merci in uscita temporanea dal territorio doganale dell'Unione per via marittima o aerea. Le carenze cui si fa riferimento sono generate dalla mancanza di una solida base giuridica che consenta alle autorità competenti degli Stati membri di applicare disposizioni in merito alla presentazione della dichiarazione sommaria di entrata, del trasporto e della presentazione delle merci in dogana al momento dello scarico o del trasbordo o alla custodia temporanea. Ciò comporta che le autorità non siano in grado di riscuotere correttamente i dazi all'importazione e gli altri oneri previsti, di applicare le misure di carattere non fiscale come i controlli sanitari e, infine, di individuare i rischi legati alle merci in arrivo.

Una volta comprese tali criticità, è evidente come il codice doganale dell'Unione necessiti quanto prima di appianamenti per poter operare efficientemente.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the Proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EU) No 952/2013 laying down the Union Customs Code, as regards goods that have temporarily left the customs territory of the Union by sea or air.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento che intende modificare l'articolo 136 del codice doganale dell'Unione (UCC) come una risposta alle preoccupazioni delle autorità doganali degli Stati membri. Il provvedimento chiarisce la situazione giuridica per quanto riguarda la vigilanza doganale delle merci che entrano nell'Unione attraverso un porto di mare o un aeroporto, ma continuano il loro tragitto. Il provvedimento intende aumentare la lista delle disposizioni di controllo doganali necessarie relativamente alle merci in transito.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I agree with the rapporteur that the Commission should refer the matter to Parliament again if it intends to amend its proposal substantially or replace it with another text. There are shortcomings in its drafting which need to be addressed.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przyjęciem proponowanych zmian w przepisach rozporządzenia (UE) Parlamentu Europejskiego i Rady nr 952/2013 z dnia 9 października 2013 r. ustanawiającego unijny kodeks celny (UKC). Uważam, że wprowadzenie zmian w artykule 136 UKC zagwarantuje równe traktowanie towarów. Przedstawione sprawozdanie nie wzbudza kontrowersji i jest sprawozdaniem o charakterze technicznym, mającym na celu jedynie modyfikację art.136. Uzasadnieniem mojej decyzji jest również fakt zapewnienia podstawy prawnej dla działań organów celnych państw członkowskich.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of the proposal to amend Article 136 as it aims to close the gap and ensure equal treatment of goods while providing the legal basis which was already established through the old customs code. I believe that in the absence of a clear legal basis, customs authorities will not be able to correctly levy import duty and other charges, correctly apply non-fiscal measures such as sanitary controls and identify risks on goods arriving in their ports or airports.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome this report correcting errors in the original Union Customs Code legislation. If a ship temporarily leaves customs union territory whilst travelling at sea it is right and common sense that whilst they should make their goods available for inspection at their destination port, a simplified customs procedure is possible.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport de codécision fait suite à la décision de la Commission européenne de modifier l'article 136 du des douanes de l'Union afin de répondre aux préoccupations des autorités douanières des États membres. Selon l'article 136 actuel du code des douanes, une personne transportant des marchandises n'est pas juridiquement tenue de se soumettre à la présentation des marchandises aux autorités douanières, ce qui remet ainsi en cause le principe d'obligation douanière. Considérant que cette modification du code des douanes vise à corriger une lacune juridique et ne modifie pas le texte sur le fond, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this legislative report. UKIP, on principle, does not support EU legislation. Moreover, UKIP opposes the UCC on the grounds that it has added administrative and financial burdens in the supply chain.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur le code des douanes de l'Union, en ce qui concerne les marchandises qui ont temporairement quitté le territoire douanier de l'Union par voie maritime ou aérienne. Il était primordial de combler le vide juridique dans le cas où des marchandises entrent dans l'Union par voie maritime ou aérienne mais sont ensuite acheminées, dans le même conteneur, vers un second port ou aéroport de l'Union où elles sont déchargées. En modifiant l'article 136 du code des douanes de l'Union, il sera désormais obligatoire, sous certaines conditions, de présenter les marchandises qui ont été importées dans l'union douanière au second point d'entrée.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A megfelelő szintű vámszabályozásnak jelentős szerepe van a versenyképesség javításában. Ahhoz, hogy szerepét maradéktalanul be tudja tölteni, a vámrendszernek modernnek és hatékonynak kell lennie. Egyetértek az előadó azon álláspontjával, hogy az érintett felek között időben történő, átlátható információáramlást lehetővé kell tenni. Mindezeken túl persze ösztönözni is kell, hogy szoros együttműködés alakuljon ki a vámigazgatási szervek és a piacfelügyeleti hatóságok között a nem szabályszerű termékek határon történő feltartóztatása érdekében. Üdvözlendő e felülvizsgálati javaslat, pozitív szavazatommal jómagam is támogattam.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil modifiant le règlement (UE) nº 952/2013 établissant le code des douanes de l'Union, en ce qui concerne les marchandises qui ont temporairement quitté le territoire douanier de l'Union par voie maritime ou aérienne. Dans l'état actuel des choses, en effet, il n'existe aucune base juridique permettant d'exiger la présentation des marchandises qui sont déchargées ou transbordées à l'endroit où elles sont réintroduites sur le territoire douanier de l'Union après avoir quitté temporairement celui-ci. Il en résulte qu'il est difficile pour les autorités douanière de surveiller les marchandises. La proposition de modification de l'article 136 vise à combler ce vide juridique, afin de garantir le traitement égal de toutes les marchandises et de rétablir la base juridique prévue par l'ancien code des douanes.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A megfelelő szintű vámszabályozásnak jelentős szerepe van a versenyképesség javításában. Ahhoz, hogy szerepét maradéktalanul be tudja tölteni, a vámrendszernek modernnek és hatékonynak kell lennie. Egyetértek az előadó azon álláspontjával, hogy az érintett felek között időben történő, átlátható információáramlást lehetővé kell tenni. Mindezeken túl persze ösztönözni is kell, hogy szoros együttműködés alakuljon ki a vámigazgatási szervek és a piacfelügyeleti hatóságok között a nem szabályszerű termékek határon történő feltartóztatása érdekében. Üdvözlendő e felülvizsgálati javaslat, pozitív szavazatommal jómagam is támogattam.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport. Le règlement du Parlement européen et du Conseil établissant le code des douanes de l'Union exclut l'application de certaines dispositions aux marchandises qui ont temporairement quitté le territoire douanier de l'Union en circulant entre deux ports ou aéroports de l'Union, sans escale en dehors de l'Union européenne. Cette proposition comble un vide juridique, et facilite la mission de contrôle des douanes.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Пълното влизане в сила на 1 май 2016 г. на разпоредбите на Регламент (ЕС) № 952/2013 на Европейския парламент и на Съвета от 9 октомври 2013 г. за създаване на Митнически кодекс на Съюза и на последващите прилагането му делегирани актове показаха някои недостатъци в изготвянето му. Настоящото предложение за изменение на член 136 от Митническия кодекс на Съюза има за цел да гарантира равно третиране на стоките, които временно са напуснали митническата територия на Съюза.

Затова аз гласувах в подкрепа на доклада относно предложението за регламент на Европейския парламент и на Съвета за изменение на Регламент (ЕС) № 952/2013 за създаване на Митнически кодекс на Съюза, по отношение на стоки, които са напуснали временно митническата територия на Съюза по море или по въздух.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τα κράτη πρέπει να έχουν το δικαίωμα να επιβάλλουν περιορισμούς στην μετακίνηση αγαθών, όταν αυτό είναι προς το συμφέρον των πολιτών.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A megfelelő szintű vámszabályozásnak jelentős szerepe van a versenyképesség javításában. Ahhoz, hogy szerepét maradéktalanul be tudja tölteni, a vámrendszernek modernnek és hatékonynak kell lennie. Egyetértek az előadó azon álláspontjával, hogy az érintett felek között időben történő, átlátható információáramlást lehetővé kell tenni. Mindezeken túl persze ösztönözni is kell, hogy szoros együttműködés alakuljon ki a vámigazgatási szervek és a piacfelügyeleti hatóságok között a nem szabályszerű termékek határon történő feltartóztatása érdekében. Üdvözlendő e felülvizsgálati javaslat, pozitív szavazatommal jómagam is támogattam.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this regulation amending the Union Customs Code (UCC). In the UCC, there is a legal gap concerning goods that have temporarily left EU territory whilst moving between two points within the EU by sea or air. This regulation closes that gap. This issue could become more important for Wales in years to come.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: la proposition de modification du règlement vise à combler un vide juridique et permet de contribuer à une surveillance douanière plus efficace.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla seguente proposta in quanto ritengo necessario colmare le lacune che hanno accompagnato l'entrata in vigore delle disposizioni relative al codice doganale dell'Unione. In particolare, ritengo fondamentale garantire la parità di trattamento delle merci e ristabilire la base giuridica prevista dal precedente codice doganale.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – V tomto konkrétnom prípade ide o zmenu článku 136 Colného kódexu Európskej únie, pretože podrobnou analýzou súčasnej právnej úpravy sa prišlo k záveru, že príslušné vnútroštátne orgány nemali k dispozícii jasný a presný právny základ, na základe ktorého by mohli uplatňovať určité ustanovenia týkajúce sa colných dokumentov a dokumentov súvisiacich s colným tovarom. Predložený návrh na zmenu článku 136 má odstrániť túto medzeru, a tým zabezpečiť rovnaké zaobchádzanie s tovarom a opäť vytvoriť právny základ, ktorý už bol k dispozícii v rámci starého colného kódexu.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione per permettere l'attività di vigilanza doganale, per riscuotere correttamente i dazi, provvedere ai controlli sanitari ed effettuare controlli di sicurezza.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 952/2013 για τη θέσπιση του ενωσιακού τελωνειακού κώδικα, όσον αφορά εμπορεύματα που έχουν εγκαταλείψει προσωρινά το τελωνειακό έδαφος της Ένωσης διά θαλάσσης ή αέρος, καθώς τα κράτη πρέπει να έχουν το δικαίωμα να επιβάλλουν περιορισμούς στην μετακίνηση αγαθών, όταν αυτό είναι προς το συμφέρον των πολιτών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – This proposal changes one Article of the Union Customs Code, which has proved to be problematic in practice and concerns goods which have temporarily left the Union territory by sea or air. In Committee, the proposal was dealt with under simplified procedure (Rule 50) and the COM proposal was adopted without amendments. I supported the report in the Plenary.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A megfelelő szintű vámszabályozásnak jelentős szerepe van a versenyképesség javításában. Ahhoz, hogy szerepét maradéktalanul be tudja tölteni, a vámrendszernek modernnek és hatékonynak kell lennie. Egyetértek az előadó azon álláspontjával, hogy az érintett felek között időben történő, átlátható információáramlást lehetővé kell tenni. Mindezeken túl persze ösztönözni is kell, hogy szoros együttműködés alakuljon ki a vámigazgatási szervek és a piacfelügyeleti hatóságok között a nem szabályszerű termékek határon történő feltartóztatása érdekében. Üdvözlendő e felülvizsgálati javaslat, amelyet pozitív szavazatommal jómagam is támogattam.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A megfelelő szintű vámszabályozásnak jelentős szerepe van a versenyképesség javításában. Ahhoz, hogy szerepét maradéktalanul be tudja tölteni, a vámrendszernek modernnek és hatékonynak kell lennie. Egyetértek az előadó azon álláspontjával, hogy az érintett felek között időben történő, átlátható információáramlást lehetővé kell tenni. Mindezeken túl persze ösztönözni is kell, hogy szoros együttműködés alakuljon ki a vámigazgatási szervek és a piacfelügyeleti hatóságok között a nem szabályszerű termékek határon történő feltartóztatása érdekében. Üdvözlendő e felülvizsgálati javaslat, pozitív szavazatommal jómagam is támogattam.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe teniendo presente las lagunas en la formulación de su texto en referencia al código aduanero de la Unión (CAU) y sus correspondientes actos de ejecución, ya que la formulación actual del artículo 136 no proporciona base jurídica para que las autoridades competentes de los Estados miembros estén facultadas para aplicar las disposiciones relativas a la presentación de la declaración sumaria de entrada, la notificación de la llegada de un buque marítimo o de una aeronave, el transporte y la presentación de las mercancías en aduana en el momento de la descarga o el transbordo, la espera a recibir una autorización antes de proceder a la descarga o al transbordo de las mercancías, así como las disposiciones que regulan el depósito temporal. Esta propuesta de modificación del artículo 136 está destinada a llenar este vacío jurídico y garantizar, de esa forma, una igualdad de trato para las mercancías y restablecer la base jurídica que ya existía en el antiguo código aduanero.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto la proposta di modifica del codice doganale dell'Unione, che viene semplificato e reso più adatto ai casi di trasferimento temporaneo di merci che escono dal territorio dell'UE via aria o via mare.

Per l'approvazione di questa modifica abbiamo utilizzato una procedura velocizzata, nondimeno credo sia importante sottolineare l'importanza di una misura che rende più competitiva l'economia europea.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich befürworte die Änderung des Zollkodexes der Union. Es verbessert die zollamtliche Überwachung bei Waren, die über einen See- oder Flughafen in die Union gelangen und anschließend im Frachtbehälter zu einem anderen See- oder Flughafen in der Union weitertransportiert und entladen werden.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Union Customs Code. There is no legal basis for requiring goods that are unloaded or transhipped to be presented at the point where they re-enter the customs territory of the European Union after having temporarily left it.

Given the critical element for authorities to ensure safety, I support the essentiality that both import duty and other charges are correctly levied and suitably apply non-fiscal measures such as sanitary controls. This regulation should enter into force as soon as possible in order to ensure effective supervision of goods.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché mira a sanare delle disfunzioni che sono purtroppo evidenti. Valutare l'attuazione delle regole che l'Unione europea impone è fondamentale per correggerne, dove necessario, il malfunzionamento.

L'Unione doganale, un grande successo dell'Europa unita, non sta funzionando come avremmo voluto e ce lo dicono gli operatori. L'aspetto più debole sono proprio i controlli e le verifiche sulle merci, che non sono efficaci e presentano delle grandi lacune. Questo è particolarmente grave quando si tratta di verifiche sanitarie: non ci dimentichiamo come è entrato in Europa il virus della Xylella che ha colpito i nostri ulivi. È alle dogane che possono, e devono, scattare i meccanismi di allerta di prodotti infetti o malati. Ed è altrettanto grave non riuscire ad esercitare i giusti controlli sulle quantità che importiamo.

La politica commerciale dell'Unione europea consente l'entrata in Europa di importazioni da diversi paesi terzi, spesso a dazio zero, che non deve significare a zero controllo.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe establece una serie de disposiciones para mejorar el Código Aduanero de la Unión, dotando a las autoridades permanentes de los Estados miembros de fundamento jurídico para la supervisión aduanera de mercancías que han abandonado temporalmente el territorio aduanero de la Unión. He votado a favor, ya que considero que el correcto funcionamiento del Código Aduanero es necesario para que los Estados miembros puedan hacer su trabajo en el control de las mercancías que entran en la Unión.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – În calitate de raportor din partea Comisiei IMCO, am votat acest raport deoarece Codul Vamal al Uniunii stabilește reguli clare și condiții echitabile pentru toți operatorii din domeniu și clarifică procedurile reglementate. Modificarea Codului Vamal va asigura o creștere a siguranței privind produsele ce intră pe teritoriul României și o taxare corectă. Acest raport este important deoarece autoritățile relevante din statele membre nu au momentan un temei juridic, conform actualului articol 136, pentru a aplica dispoziții referitoare la prezentarea declarației sumare de intrare; notificarea sosirii unei nave maritime sau a unei aeronave; transportarea și prezentarea mărfurilor în vamă atunci când sunt descărcate sau transbordate; așteptarea autorizației înainte de descărcarea sau transbordarea mărfurilor; dispozițiile privind depozitarea temporară. Aceste dispoziții se aplică în cazul concret al mărfurilor care au părăsit temporar teritoriul vamal al Uniunii în timp ce circulau pe o rută directă între două puncte de pe acest teritoriu pe cale maritimă sau aeriană, fără nicio oprire în afara Uniunii. Absența unui temei juridic clar îngreuna realizarea efectivă a sarcinilor de supraveghere vamală ale autorităților vamale.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EU) No 952/2013 laying down the Union Customs Code, as regards goods that have temporarily left the customs territory of the European Union by sea or air. The current proposal to amend Article 136 is aimed at ensuring equal treatment of goods and providing again the legal basis that was already established through the old customs code.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A megfelelő szintű vámszabályozásnak jelentős szerepe van a versenyképesség javításában. Ahhoz, hogy szerepét maradéktalanul be tudja tölteni, a vámrendszernek modernnek és hatékonynak kell lennie. Egyetértek az előadó azon álláspontjával, hogy az érintett felek között időben történő, átlátható információáramlást lehetővé kell tenni. Mindezeken túl persze ösztönözni is kell, hogy szoros együttműködés alakuljon ki a vámigazgatási szervek és a piacfelügyeleti hatóságok között a nem szabályszerű termékek határon történő feltartóztatása érdekében. Üdvözlendő e felülvizsgálati javaslat.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this resolution. As regards goods that have temporarily left the customs territory of the European Union by sea or air, there is no clear legal basis for requiring the presentation of the goods that are unloaded or transhipped at the point where the goods re-enter the customs territory of the European Union after having temporarily left it. In absence of a clear legal basis to require presentation of these goods to the customs authorities, it is more difficult for customs authorities to ensure the supervision of those goods. To recall, Article 136 of Regulation (EU) No 952/2013 of the European Parliament and of the Council laying down the Union Customs Code (UCC) excludes the application of certain provisions of that Regulation to goods that have temporarily left the customs territory of the European Union while moving between two EU ports or airports without stopping outside the European Union. Therefore, I believe it is necessary to close this gap and to ensure equal treatment of goods coming in and out of the European Union.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe (EU) br. 952/2013 o Carinskom zakoniku Unije u pogledu robe koja je privremeno napustila carinsko područje Unije morem ili zrakom jer se time ispravljaju pojedini nedostaci koji su ustanovljeni prilikom izrade, te se osigurava jednako postupanje s robom. Povrh toga, izmjenom članka 136. želi se ponovno dati pravna osnova koja je postojala u prethodnom carinskom zakoniku, te stoga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je salue ce rapport qui vient combler un vide juridique permettant aux douanes d'assurer un meilleur contrôle des marchandises dans le territoire de l'Union et donc de ses frontières.

J'ai voté pour.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui modifie l'article 136 du Code des douanes de l'Union. La rédaction initiale de ce dernier posait problème car une application à la lettre du texte dispensait les opérateurs de présenter certains types de marchandises en douanes, ce qui présente des risques de sécurité graves dans le contrôle de nos frontières douanières.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Bericht. Er zielt auf eine bessere und effizientere Zollkontrolle ab, was wiederum dem Schutz der Verbraucher zugutekommen wird.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A megfelelő szintű vámszabályozásnak jelentős szerepe van a versenyképesség javításában. Ahhoz, hogy szerepét maradéktalanul be tudja tölteni, a vámrendszernek modernnek és hatékonynak kell lennie. Egyetértek az előadó azon álláspontjával, hogy az érintett felek között időben történő, átlátható információáramlást lehetővé kell tenni. Mindezeken túl persze ösztönözni is kell, hogy szoros együttműködés alakuljon ki a vámigazgatási szervek és a piacfelügyeleti hatóságok között a nem szabályszerű termékek határon történő feltartóztatása érdekében. Üdvözlendő e felülvizsgálati javaslat, pozitív szavazatommal jómagam is támogattam.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the current proposal to amend Article 136 of the Union Customs Code (UCC) in order to ensure effective application of other UCC, notably these on customs supervision. The main reason why we should modify the article is that its current text says that certain provisions do not apply to goods that have temporarily left the Union customs territory while moving by direct route between two points of that territory by sea or air without a stop outside the Union. In other words, under the current text of Article 136 UCC custom authorities have no clear legal basis through which to require presentation of Union goods and non-Union goods that have temporarily left the Union customs territory. In this context, the proposed modification to the scope of Article 136 UCC will ensure equal treatment of goods and will provide a legal basis through which customs authorities at the European Union's ports and airports will be able to levy correctly import duty and other charges, to apply correctly non-fiscal measures (e.g. veterinary or phytosanitary controls) as well as to identify risks on goods arriving at the European Union's ports and airports.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il vise à combler un vide juridique et permet de contribuer à une surveillance douanière plus efficace.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui propose une modification du Code des Douanes de l'Union, en ce qui concerne les marchandises qui ont temporairement quitté le territoire douanier de l'Union par voie maritime ou aérienne. Cette adaptation du Code des Douanes a pour but de clarifier la situation juridique de certaines marchandises.

Le cadre général de la régulation des flux de marchandises en Europe figurait quant à lui au sein du règlement sur le Code des douanes de l'Union adopté en 2013, et dont j'avais été rapporteure pour le Parlement européen.

L'objectif demeure le même: l'instauration de contrôles plus efficaces des marchandises.

Javi López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe que propone modificar un artículo del código aduanero de la Unión, que ha resultado problemático en la práctica y que concierne a bienes que hayan abandonado temporalmente el territorio aduanero de la Unión por vía aérea o marítima.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that allows the effective supervision of goods.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Početak pune primjene odredbi Uredbe (EU) br. 952/2013 o Carinskom zakoniku Unije i njezinih naknadnih provedbenih i delegiranih akata pokazao je određene nedostatke pri njezinoj izradi.

Relevantna tijela u državama članicama u skladu s člankom 136. u njegovom trenutačnom obliku nemaju pravnu osnovu za primjenu odredbi vezanih uz podnošenje ulazne skraćene deklaracije ili čekanje odobrenja prije istovara ili pretovara robe. Te odredbe primjenjuju se u konkretnom slučaju robe koja je privremeno napustila carinsko područje Unije dok se kretala izravnim putem između dvije točke na tom području morem ili zrakom, bez zaustavljanja izvan Unije. Budući da ne postoji jasna zakonska osnova koja bi državama članicama omogućila da odrede da se roba podnosi carinskim tijelima, nastala je situacija u kojoj je obavljanje njihove dužnosti otežano.

Ovim prijedlogom za izmjenu članka 136. žele se ispraviti ti nedostaci, osigurati jednako postupanje s robom i ponovno dati pravna osnova koja je već postojala u prijašnjem carinskom zakoniku, stoga sam podržala ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Z dôvodu chýbajúcej právnej úpravy nemohli vnútroštátne orgány vykonávať niektoré ustanovenia Colného kódexu Únie vzťahujúce sa na tovar, ktorý bez zastavenia mimo Únie počas prepravy po mori alebo letecky dočasne opustil colné územie Únie. Nedostatočná právna úprava mala vplyv na správny výber cla a poplatkov. Zmenou ustanovenia článku 136 Colného kódexu sa tento problém odstráni.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 952/2013 για τη θέσπιση του ενωσιακού τελωνειακού κώδικα, όσον αφορά εμπορεύματα που έχουν εγκαταλείψει προσωρινά το τελωνειακό έδαφος της Ένωσης διά θαλάσσης ή αέρος, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

La proposition de modification du règlement vise à combler un vide juridique.

Ce vide concerne des marchandises qui ont temporairement quitté le territoire douanier de l'Union européenne en circulant entre deux ports ou entre deux aéroports des États membres et qui n'ont pas effectué d'escale en dehors de l'Union.

La modification permettra d'exiger la présentation des marchandises qui sont déchargées à l'endroit où elles sont réintroduites sur le territoire douanier de l'Union après avoir quitté temporairement celui-ci. Cette mesure permet donc de contribuer à une surveillance douanière un peu plus efficace, ce que nous approuvons.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the Union Customs Code, as regards goods that have temporarily left the customs territory of the Union by sea or air. Supporting the proposal of amending Article 136 potentially represents ensuring an equal treatment of goods as well as providing the legal basis established in the old customs code. By amending the aforementioned article, the authorities will be able to, according to the report, 'correctly levy import duty and other charges; correctly apply non-fiscal measures such as sanitary controls; and identify risks on goods arriving'.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório tem em vista a alteração do artigo 136.º do Código Aduaneiro da União, o qual entrou em vigor no dia 1 de maio de 2016.

Neste momento, não se encontra consagrada a possibilidade de exigência de apresentação das mercadorias que tenham saído, temporariamente, do território aduaneiro da UE, por via marítima ou aérea.

Deste modo, as autoridades aduaneiras, no que toca a essas mercadorias, deparam-se com dificuldades no exercício da sua atividade de supervisão, porquanto não as podem controlar.

Com vista à garantia de igualdade de tratamento das mercadorias e à eficácia de aplicação do Código Aduaneiro da União, mostra-se necessário alterar o teor daquele artigo.

Votei a favor.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Šiuo pasiūlymu muitinės kodekse sukuriamas aiškesnis teisinis pagrindas muitinės institucijoms tinkamai pritaikyti importo muitus ir kitų rinkliavas, taikyti nefiskalines priemones tais atvejais, kai prekės buvo jūra ar oru laikinai išvežtos iš Sąjungos muitų teritorijos jas gabenant tiesioginiu maršrutu tarp dviejų toje teritorijoje esančių vietų be sustojimo už Sąjungos ribų.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La commission parlementaire a recommandé que le Parlement arrête sa position en première lecture afin de faire sienne la proposition de la Commission.

Pour rappel, le règlement du Parlement européen et du Conseil établissant le code des douanes de l'UE exclut l'application de certaines dispositions aux marchandises qui ont temporairement quitté le territoire douanier de l'UE en circulant entre deux ports ou aéroports de l'Union, sans escale en dehors de l'UE. En conséquence, il n'existe aujourd'hui aucune base juridique permettant d'exiger la présentation des marchandises qui sont déchargées ou bien transbordées à l'endroit où les marchandises sont réintroduites sur le territoire douanier de l'UE après avoir quitté temporairement celui-ci. Il est donc plus difficile pour les autorités douanières d'assurer la surveillance des marchandises. La proposition de modification du règlement vise donc à combler ce vide juridique et permet de contribuer à une surveillance douanière un peu plus efficace. Nous avons donc voté favorablement à ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — Na ausência de uma base jurídica clara para exigir a apresentação das mercadorias às autoridades aduaneiras, estas veem a sua supervisão aduaneira dificultada na prática, na medida em que não poderão: assegurar a correta aplicação de direitos de importação e de outros encargos, assegurar a correta aplicação de medidas não fiscais como os controlos sanitários e identificar os riscos das mercadorias que chegam aos seus portos ou aeroportos.

A proposta de alteração do artigo 136.º visa colmatar esta lacuna e, desse modo, garantir a igualdade de tratamento para as mercadorias e repor a base jurídica anteriormente estabelecida pelo antigo código aduaneiro, daí o meu parecer favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this proposal because it aims to reinforce existing legislation on customs by giving the relevant customs authorities in Member States what they legally require to carry out their inspections.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la proposition visant à modifier le règlement (UE) nº 952/2013 du code des douanes de l'Union (CDU), en ce qui concerne les marchandises qui ont temporairement quitté le territoire douanier de l'Union par voie maritime ou aérienne. Cette proposition améliorera l'efficacité de la surveillance douanière. Jusqu'à présent, l'absence d'un texte juridiquement contraignant ne permettait pas aux autorités compétentes des EM de mettre en pratique les dispositions de l'article 136 du CDU qui exigent qu'on leur présente les marchandises qui ont temporairement quittées le territoire douanier de l'Union. Dorénavant, ces autorités douanières verront leurs moyens de contrôle renforcés afin de leur permettre de percevoir correctement les droits à l'importation et autres impositions, d'appliquer comme il se doit les mesures non fiscales telles que les contrôles vétérinaires ou phytosanitaires, et de correctement identifier les risque relatifs aux marchandises arrivant dans leurs ports ou aéroports. Ces mesures sont importantes et s'inscrivent dans la droite ligne de nos efforts visant à consolider la protection des consommateurs.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report because I agree that the proposal was a much needed amendment to address an anomaly of the same Union Customs Code. The proposal changes one Article of the Union Customs Code that has proved to be problematic in practice and concerns goods which have temporarily left the European Union's territory by sea or air. The Union Customs Code has been improved to better meet the needs of customs authorities.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Uniós Vámkódex létrehozásáról szóló 952/2013/EU európai parlamenti és tanácsi rendeletet 2013. október 9-én fogadták el. Rendelkezéseinek teljes körű alkalmazására 2016. május 1-jével került sor, ennek során kiderült, hogy a rendelet 136. cikkének megszövegezése hiányos. A Bizottság által előterjesztett rendelettervezet ennek korrigálására szolgál. A Belső Piaci és Fogyasztóvédelmi Bizottság jelentésében foglalt ajánlásnak megfelelően a javaslatot megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La commission parlementaire a recommandé que le Parlement arrête sa position en première lecture en faisant sienne la proposition de la Commission. Le règlement du Parlement européen et du Conseil établissant le code des douanes de l'Union exclut l'application de certaines dispositions aux marchandises qui ont temporairement quitté le territoire douanier de l'Union en circulant entre deux ports ou aéroports de l'Union, sans escale en dehors de l'Union. Les dispositions exclues faisant l'objet de la modification concernent les obligations de déposer une déclaration sommaire d'entrée, notifier l'arrivée d'un navire de mer ou d'un aéronef, acheminer les marchandises à des lieux donnés et de les présenter aux autorités douanières à l'endroit où elles sont déchargées ou transbordées et le dépôt temporaire. En conséquence, il n'existe aujourd'hui aucune base juridique permettant d'exiger la présentation des marchandises qui sont déchargées ou bien transbordées à l'endroit où les marchandises sont réintroduites sur le territoire douanier de l'Union après avoir quitté temporairement celui-ci. Il est donc plus difficile pour les autorités douanières d'assurer la surveillance des marchandises. La proposition de modification du règlement vise donc à combler ce vide juridique et permet de contribuer à une surveillance douanière un peu plus efficace. Vote favorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A entrada em vigor, em 1 de maio de 2016, das disposições do Regulamento (UE) n.º 952/2013 do Parlamento Europeu e do Conselho, de 9 de outubro de 2013, que estabelece o Código Aduaneiro da União, expôs determinadas lacunas patentes na sua elaboração.

O atual artigo 136.º do Tratado não faculta às autoridades competentes dos Estados-Membros a base jurídica para a aplicação da apresentação da declaração sumária de entrada, da notificação de chegada de uma embarcação marítima ou de uma aeronave, do encaminhamento e da apresentação das mercadorias à alfândega após a sua descarga ou o seu transbordo, do período de espera da autorização antes da descarga ou transbordo das mercadorias e das disposições que regem o depósito temporário.

Estas aplicam-se às mercadorias que tenham saído temporariamente do território aduaneiro da União, circulando entre dois pontos desse território por via marítima ou aérea, e se o transporte tiver sido efetuado por linha direta, sem escala fora do território aduaneiro da União.

A proposta de alteração do artigo 136.º tem como objetivo colmatar esta lacuna e garantir a igualdade de tratamento para as mercadorias e repor a base jurídica anteriormente estabelecida pelo antigo código aduaneiro.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Il n'existe aujourd'hui aucune base juridique permettant d'exiger la présentation des marchandises qui sont déchargées ou bien transbordées à l'endroit où les marchandises sont réintroduites sur le territoire douanier de l'Union après avoir quitté temporairement celui-ci. Il est donc plus difficile pour les autorités douanières d'assurer la surveillance des marchandises. La proposition de modification du règlement vise donc à combler ce vide juridique et permet de contribuer à une surveillance douanière un peu plus efficace. Je vote pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la modification du code des douanes de l'Union européenne. Il s'agit ici de réécrire certaines dispositions pour remédier à la faille juridique qui existait et qui dispensait les opérateurs de présenter certains types de marchandises en douane. Les contrôles seront désormais plus efficaces sur ces marchandises.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogatom a jelentést. Az Uniós Vámkódexnek teljes mértékben igazodnia kell az Európai Unió jogrendjéhez. így az összes vámunióval kapcsolatos rendelkezésnek, amelyek például az áruk vám elé állításáról vagy az engedélyek megvárásáról szólnak, megfelelő jogalappal kell rendelkezniük.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Union Customs Code (UCC) is the new framework regulation on the rules and procedures for the customs throughout the EU. I voted for this report that will put in place provisions for the case of goods that have temporarily left the EU's customs territory while moving by direct route by air or by sea, between two points of that territory without a stop outside the EU.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat acest raport care identifică deficiențele din Regulamentul (UE) nr.952/2013, propunând modificările necesare în ceea ce privește reglementările în domeniul transportului de mărfuri maritim sau aerian. Conform articolului 136, în acest moment, autoritățile relevante din statele membre nu au un temei juridic pentru a aplica dispozițiile referitoare la prezentarea declarației sumare de intrare, transportarea și prezentarea mărfurilor în vamă atunci când sunt descărcate sau transbordate sau dispoziții privind depozitarea temporară a mărfurilor. Acestea ar trebui să se aplice în cazul concret al mărfurilor care au părăsit pentru o perioadă temporară teritoriul vamal al Uniunii Europene în timp ce se aflau pe o rută directă între două puncte de pe cale maritimă sau aeriană, fără nicio oprire în afara Uniunii Europene. În absența unui temei legal clar care să impună prezentarea mărfurilor autorităților vamale din țara tranzitată, realizarea efectivă a sarcinilor de supraveghere vamală este îngreunată. Consider că propunerea de modificare a articolului 136, care specifică clar această obligație, reprezintă o remediere a acestei deficiențe și oferă din nou temeiul juridic de control, așa cum era stabilit și în vechiul cod vamal.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — As regards goods that have temporarily left the customs territory of the Union by air or sea, this file sought to correct the Customs Code as it was necessary for it to be done in order for Member States to be able to do their job in checking the goods that enter the EU. It was a correction of flawed drafting. Therefore, I supported it.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da ich mich für eine bessere und effizientere Zollkontrolle und besseren und effizienteren Schutz der Verbraucher einsetze.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Määruses on õiguslikud lüngad, mis tuleb täita, et tolliasutused saaksid täita oma tollijärelevalvekohustust.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Pritariu pateiktam pranešimui.

Visų prima reikia pašalinti esamas spragas ir užtikrinti efektyvų reglamento vykdymą.

Pažymėtina, kad muitų sąjunga yra išimtinė ES kompetencija, o atsakomybė už muitų teisės aktų įgyvendinimą pirmiausia tenka valstybėms narėms. Šiuo metu valstybės narės, taikydamos kai kurias muitinės nuostatas, susiduria su tam tikrais sunkumais.

Siekiant užtikrinti veiksmingą muitinės priežiūros pareigų vykdymą, atitinkamoms valdžios institucijoms turi būti suteikta teisė plačiau ir efektyviau taikyti ES muitinės kodekso nuostatas, susijusias su prekėmis, kurios buvo jūra ar oru laikinai išvežtos iš Sąjungos muitų teritorijos.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Οι αρμόδιες αρχές στα κράτη μέλη δεν διαθέτουν νομική βάση, προκειμένου να εφαρμόσουν τις διατάξεις που συνδέονται με την υποβολή της συνοπτικής διασάφησης εισόδου, τη γνωστοποίηση της άφιξης θαλασσοπλοούντος πλοίου ή αεροσκάφους, τη μεταφορά και προσκόμιση των εμπορευμάτων στο τελωνείο κατά την εκφόρτωση ή τη μεταφόρτωση, την αναμονή για τη χορήγηση άδειας πριν την εκφόρτωση ή μεταφόρτωση των εμπορευμάτων καθώς και με τις διατάξεις για την προσωρινή εναπόθεση.

Υπάρχει έλλειψη σαφούς νομικής βάσης που να απαιτεί την παρουσίαση των εμπορευμάτων στις τελωνειακές αρχές. Οι τελευταίες βλέπουν να παρεμποδίζεται η πραγματική τελωνειακή τους εποπτεία, υπό την έννοια ότι δεν είναι σε θέση να προβαίνουν στην ορθή επιβολή των εισαγωγικών δασμών και άλλων επιβαρύνσεων, στην ορθή εφαρμογή μη φορολογικών μέτρων, όπως υγειονομικών ελέγχων, και στον εντοπισμό των κινδύνων σχετικά με εμπορεύματα που καταφθάνουν στους οικείους λιμένες ή αερολιμένες.

Η πρόταση τροποποίησης του άρθρου 136 έχει ως στόχο να καλύψει αυτό το κενό και να διασφαλίσει την ίση μεταχείριση των εμπορευμάτων.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta presentata dai miei colleghi poiché ritengo che il codice doganale dell'UE, entrato pienamente in vigore con il regolamento (UE) n. 952/2013 del Parlamento europeo e del Consiglio, presenta numerose lacune normative. Infatti, in virtù dell'articolo 136, le autorità competenti dei singoli Stati membri non detengono il fondamento giuridico su cui esercitare alcune delle disposizioni sancite dal codice doganale, per esempio la notifica dell'arrivo di una nave marittima o di un aeromobile. Secondo il mio parere di politico, l'attuale proposta di modifica dell'articolo 136 mira a colmare questa lacuna e, allo stesso tempo, a garantire la parità di trattamento delle merci.

Pertanto ho espresso voto positivo

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this, as it will clarify the legal situation as regards customs supervision of goods where they enter the European Union through one seaport or airport but continue their way on the container to the second port in the European Union where they are unloaded. According to the current Article 136 of UCC, the person bringing the goods to the second sea port or airport does not have the legal obligation to go through certain formalities such as presenting goods to custom authorities, filling in the summary declaration, etc. This situation could jeopardise customs supervision obligations foreseen in Article 134 in the UCC. To correct this legal gap the Commission proposes to amend Article 136 of the UCC by shortening the list of non-applicable provisions and thereby re-establishing the obligation to present the goods which have been brought into the Customs Union at the second point of entry under certain circumstances.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Podržavam izvješće o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe (EU) br. 952/2013 o Carinskom zakoniku Unije u pogledu robe koja je privremeno napustila carinsko područje Unije morem ili zrakom. Budući da nadležna tijela u državama članicama trenutačno nemaju pravnu osnovu za primjenu odredbi vezanih uz podnošenje obavijesti o dolasku broda ili zrakoplova, kao ni podnošenje robe carini po istovaru ili pretovaru, te ne postoji jasna zakonska osnova koja bi državama članicama omogućila da odrede da se roba podnosi carinskim tijelima, nastala je situacija u kojoj je obavljanje njihove dužnosti učinkovitog carinskog nadzora otežano u smislu da ne mogu točno naplatiti uvozne carine i druga davanja ili primijeniti nefiskalne mjere kao što su sanitarne kontrole, identificirati rizike za robu koja dolazi u njihove morske luke ili zračne luke. Te odredbe primjenjuju se u konkretnom slučaju robe koja je privremeno napustila carinsko područje Unije dok se kretala izravnim putem između dvije točke na tom području morem ili zrakom bez zaustavljanja izvan Unije. Trenutačnim prijedlogom za izmjenu članka 136. žele se ispraviti ti nedostaci i osigurati jednako postupanje s robom te ponovno dati pravnu osnovu koja je već postojala u prijašnjem carinskom zakoniku.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce texte est le résultat d'une négociation entre les Etats. La France n'y gagne pas mais il s'agit d'un ajustement technique. je préfère donc m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Ovim prijedlogom želi se osigurati djelotvorna primjena odredbi Carinskog zakonika Unije izmjenom članka 136. CZU-a, čiji tekst ne daje jasne zakonske osnove za zahtjev za podnošenje robe carinskim tijelima, bez kojega je carinski nadzor robe koja nije roba Unije i robe čiji se status mora dokazati ponekad otežan. Roba koja privremeno napušta carinsko područje dok se kreće izravnim putem između dvije luke ili zračne luke u Uniji - bez da se zaustavljala izvan Unije - izaziva probleme carinskim tijelima luka i zračnih luka pošto gube mogućnost potpune i točne naplate uvozne carine te primjene ostalih nefiskalnih mjera poput fitosanitarne ili veterinarske kontrole. U trenutačnom obliku, sporni članak ne osigurava pravnu osnovu relevantnim tijelima država članica pri mnogim potrebnim postupcima i slabi učinkovitost njihova carinskog nadzora, budući da ona ne mogu točno naplatiti davanja, primijeniti nefiskalne mjere niti identificirati rizike za robu koja dolazi na njihov teritorij. Prijedlogom izmjene te nedostatke želimo ispraviti te osigurati jednako postupanje s robom. Nužno je osigurati poticaj zakonitom trgovanju, uz postojanje primjerenog carinskog nadzora i suzbijanja prijevara.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Procedeu-se à alteração do artigo 136.º do Regulamento (UE) n.º 952/2013, referente aos serviços aéreos e marítimos intra-União e que estabelece que um conjunto de artigos não é aplicável às mercadorias não-UE nem às mercadorias da UE se tiverem saído temporariamente do território aduaneiro da UE, circulando entre dois pontos desse território por via marítima ou aérea, e se o transporte tiver sido efetuado por linha direta, sem escala fora do território aduaneiro da UE.

O atual artigo 136.º não faculta às autoridades competentes dos Estados-Membros a base jurídica para a aplicação de um conjunto de disposições, não havendo base jurídica clara para exigir a apresentação das mercadorias às autoridades aduaneiras. Coloca-se o problema de as autoridades aduaneiras verem limitado o seu poder de supervisão.

Esta proposta de alteração do regulamento em vigor pretende garantir a igualdade de tratamento para as mercadorias e repor a base jurídica anteriormente estabelecida no antigo código aduaneiro.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Pełne wejście w życie dnia 1 maja 2016 r. przepisów rozporządzenia (UE) Parlamentu Europejskiego i Rady nr 952/2013 z dnia 9 października 2013 r. ustanawiającego unijny kodeks celny (UKC) oraz powiązanych z nim aktów delegowanych i wykonawczych ujawniło pewne braki w jego opracowaniu. Obecna propozycja wprowadzenia zmian do art. 136 UKC ma na celu usunięcie tej przeszkody, a przez to zagwarantowanie równego traktowania towarów oraz ponowne zapewnienie podstawy prawnej, która istniała w starej wersji kodeksu celnego. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – L'UE ne protège pas suffisamment ses frontières douanières, c'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit de modifier le Code des douanes de l'UE pour renforcer la surveillance douanière des marchandises lorsqu'elles entrent dans l'Union par un port ou un aéroport. Ce règlement permettra d'effectuer un deuxième contrôle lorsque les marchandises qui sont entrées une première fois dans l'UE s'acheminent vers un autre point d'entrée de l'Union afin d'effectuer les analyses de risques nécessaires. Cette stratégie de lutte contre les infractions, donne une orientation, un cap au monde économique de l'Union européenne. Il est important de soutenir ce type d'initiative pour apporter de la cohérence à la fois au marché intérieur, mais également à notre commerce extérieur.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this legislative report. UKIP, on principle, does not support EU legislation. Moreover, UKIP opposes the UCC on the grounds that it has added administrative and financial burdens in the supply chain.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He votado favorablemente esta propuesta de modificación de un artículo del código aduanero de la Unión. La aplicación de este artículo, que concierne a bienes que hayan abandonado temporalmente el territorio aduanero de la Unión por vía aérea o marítima, ha resultado problemática en la práctica por lo que procede su simplificación.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la position du Parlement européen arrêtée en première lecture le 1er décembre 2016 en vue de l'adoption du règlement (UE) du Parlement européen et du Conseil modifiant le règlement (UE) nº 952/2013 établissant le code des douanes de l'Union en ce qui concerne les marchandises qui ont temporairement quitté le territoire douanier de l'Union par voie maritime ou aérienne. La modification de l'article 136 du règlement (UE) nº 952/2013 permet de mieux tenir compte de la différence entre les marchandises non Union et les marchandises de l'Union.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Mums pavyko priimti gerą teisės aktą, kuriuo užtikrinama, kad per trečiųjų šalių teritoriją pervežamos iš ES valstybės narės kilusios ir į ES valstybę narę keliaujančios prekės išvengtų nereikalingų administracinių suvaržymų bei apmokestinimo. Taip ištaisėme Vieningo muitinės kodekso 136 straipsnio nulemtą teisinę spragą, neleidusią valstybėms narėms deramai kontroliuoti laikinai ES teritoriją palikusių prekių.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório versa sobre a necessidade de proceder a uma alteração do artigo 136.º do Regulamento (UE) n.º 952/2013 do Parlamento Europeu e do Conselho, que estabelece o Código Aduaneiro da União, dado existirem lacunas relativas ao seu conteúdo e que evidenciam a ausência de uma base jurídica clara para exigir a apresentação das mercadorias às autoridades aduaneiras.

Tal circunstância dificulta a supervisão aduaneira, designadamente no que respeita à aplicação correta dos direitos de importação, de medidas não fiscais como os controlos sanitários e de identificação dos riscos das mercadorias que chegam aos seus portos ou aeroportos.

Por se tratar de uma alteração na base jurídica do quadro regulamentar, que conferirá maior certeza e segurança jurídica às autoridades competentes dos Estados-Membros, no que se refere à aplicação e cumprimento das disposições regulamentares em matéria aduaneira, o meu voto foi favorável à aprovação deste relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui porte sur la modification par la Commission européenne de l'article 136 du code des douanes de l'Union européenne. Cette modification permettra d'améliorer la surveillance douanière des marchandises lorsqu'elles entrent dans l'Union par un port ou un aéroport et qu'elles sont ensuite acheminées vers un second port de l'Union où elles sont déchargées. Il s'agit de clarifier la situation juridique de ces marchandises et d'assurer la bonne surveillance douanière des marchandises circulant dans l'Union européenne.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que supone una disposición técnica para el mejor funcionamiento del control aduanero. En concreto este acto delegado y de implementación trata de aportar las bases legales para permitir la acción de las autoridades competentes de los Estados miembros en determinados momentos del movimiento de mercancías en las fronteras. Disposiciones relacionadas a el transporte, descarga y trasbordo de las mercancías, obligaciones de notificación tanto de mercancías como de buques o aeronaves, los tiempos de espera antes de la autorización, etc. Sin estas especificaciones los Estados miembros encuentran dificultades en desarrollar actividades de recaudación, inspección o determinación de riesgos. Es por esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as I do not support EU legislation and UKIP opposes the UCC on the grounds that it has added administrative and financial burdens on the supply chain.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of the report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EU) No 952/2013 laying down the Union Customs Code, as regards goods that have temporarily left the customs territory of the Union by sea or air. The current proposal to amend Article 136 is aimed at ensuring equal treatment of goods and providing again the legal basis that was already established through the old customs code.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Od 1. mája 2016 sa začalo v plnom rozsahu uplatňovať nariadenie Európskeho parlamentu a Rady (EÚ) č. 952/2013 z 9. októbra 2013, ktorým sa ustanovuje Colný kódex Únie. Keďže pri jeho uplatňovaní sa objavili určité nedostatky, bolo potrebné ich odstrániť. Jednalo sa o prípady, keď tovar dočasne opustil colné územie Únie, keď sa prepravoval po priamej trase medzi dvoma bodmi na tomto území po mori alebo letecky bez zastavenia mimo Únie. Hlasoval som za.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Návrh zmeny jedného článku Colného kódexu Únie som odsúhlasila, keďže ide o opatrenie, ktoré si vyžiadala prax. Pri uplatňovaní kódexu sa vyskytovali praktické problémy s tovarmi, ktoré dočasne opustili teritórium Únie po mori alebo letecky. Procedurálne išlo o zjednodušené konanie, keďže všetky politické skupiny považovali návrh Komisie za bezkonfliktný, a preto neboli predložené ani žiadne pozmeňovacie návrhy. Podstatným záujmom návrhu bolo zjednodušiť podmienky pre colné úrady. Aby mohli colné úrady správne vyberať dovozné clo, uplatňovať nefiškálne opatrenia či identifikovať riziká spojené s prichádzajúcim tovarom, bolo potrebné do Colného kódexu zapracovať niekoľko zmien. Ustanovenia zapracované do článku 136 tohto kódexu sa týkajú predkladania predbežné colného vyhlásenia o vstupe, oznámenia o príchode námorného plavidla, dopravy a predloženia tovaru po vykládke či povinnosti čakať pred vykládkou alebo prekládkou tovaru na povolenie. Keďže návrh má odstrániť len túto medzeru týkajúcu sa tovaru, ktorý dočasne opustil colné územie Únie, považujem ho za neproblematický. Pre celkové uplatňovanie Colného kódexu budú tieto úpravy znamenať väčšiu právnu istotu pre colné úrady.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Cilj predloga Komisije je sprememba 136. člena carinskega zakonika Unije, da se zagotovi učinkovita uporaba drugih določb carinskega zakonika Unije, predvsem na področju carinskega nadzora.

Člen 136 med drugim navaja, da se nekatere določbe, na primer obveznost predložitve blaga carini ob raztovarjanju, ne uporabljajo za neunijsko blago, ki začasno zapusti carinsko območje Unije, medtem ko se po morju ali zraku giblje med dvema krajema na carinskem območju Unije.

Komisija v svojem predlogu ugotavlja, da bi neuporaba teh določb lahko ogrozila učinkovit carinski nadzor neunijskega blaga, saj v trenutnem besedilu člena 136 ne obstaja jasna pravna podlaga, ki bi zahtevala predložitev tega blaga carinskim organom.

Ti imajo zato lahko težave pri nadzoru, saj se jim s tem odvzame možnost popolnega in pravilnega obračuna uvozne in drugih dajatev ali možnost opredelitve tveganja.

Komisija v svojem predlogu poskuša zagotoviti pravilno uporabo drugih določb carinskega zakonika Unije tako, da med drugim natančno opredeljuje tiste določbe, ki se ne uporabljajo, kadar neunijsko blago ponovno vstopi na carinsko območje Unije in določbe, ki se ne uporabljajo za unijsko blago, ki je ohranilo svoj status, kljub temu da je začasno zapustilo carinsko območje Unije.

Poročilo Parlamenta pozdravlja ugotovitve in predloge Komisije, zato sem ga pri glasovanju podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Je potrebné zabezpečiť rovnaké zaobchádzanie s tovarom, ktorý sa pri preprave dostal z územia EÚ bez priameho zastavenia mimo EÚ. V nadväznosti na takýto druh prepravy je nevyhnutné vytvorenie takého právneho základu, na základe ktorého sa bude správne vyberať dovozné clo a iné poplatky, bude možné identifikovať riziká spojené s tovarom prichádzajúcim späť do prístavov EÚ alebo na letiská EÚ a správne uplatňovať nefiškálne opatrenia.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union in Bezug auf Waren, die das Zollgebiet der Union vorübergehend auf dem See- oder Luftweg verlassen haben, habe ich mich enthalten.

Die Kompetenz zur Erhebung von Zöllen sollte bei den Mitgliedstaaten liegen, solange die EU sich nicht selbst als nicht mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft begreift.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Uzimajući u obzir nedostatke članka 136. trenutačnog oblika Uredbe (EU) br. 952/2013 o Carinskom zakoniku Unije po kojem države članice nemaju pravnu osnovu na kontrolu robe koja je privremeno napustila carinsko područje Unije dok se kretala izravnim putem između dvije točke na tom području morem ili zrakom bez zaustavljanja izvan Unije, smatram kako je žurno potrebno podržati ovo izvješće kako bi se ispravili ti nedostaci.

Mišljenja sam kako će ovom uredbom države članice učinkovito moći obavljati svoje dužnosti carinske kontrole u smislu identificiranja rizika robe koja dolazi u njihove zemlje, sanitarne kontrole te naplaćivanja uvozne carine. Smatram kako je ova uredba vrlo bitna radi sprječavanja krijumčarenja oružja, narkotika, egzotičnih životinja, hrane itd.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe o carinskem zakoniku Unije, kar zadeva blago, ki začasno zapusti carinsko območje Unije po morju ali zraku.

S spremembo uredbe bomo razjasnili pravne dileme glede predložitve blaga carinskim organom, zaradi česar prihaja do nepravilnega obračunavanja različnih dajatev, nepravilnega uporabljanja nefiskalnih ukrepov, kot je sanitarni nadzor, ter tveganj za blago, ki prispe v njihova pristanišča ali letališča. S spremembo uredbe bomo tako zagotovili enako obravnavo za blago.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα κράτη πρέπει να έχουν το δικαίωμα να επιβάλλουν περιορισμούς στην μετακίνηση αγαθών, όταν αυτό είναι προς το συμφέρον των πολιτών.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A megfelelő szintű vámszabályozásnak jelentős szerepe van a versenyképesség javításában. Ahhoz, hogy szerepét maradéktalanul be tudja tölteni, a vámrendszernek modernnek és hatékonynak kell lennie. Egyetértek az előadó azon álláspontjával, hogy az érintett felek között időben történő, átlátható információáramlást lehetővé kell tenni. Mindezeken túl persze ösztönözni is kell, hogy szoros együttműködés alakuljon ki a vámigazgatási szervek és a piacfelügyeleti hatóságok között a nem szabályszerű termékek határon történő feltartóztatása érdekében. Ezért szavazatommal támogattam a jelentést.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az Uniós Vámkódex létrehozásáról szóló rendeletnek az Unió vámterületét tengeri vagy légi úton ideiglenesen elhagyó áruk tekintetében történő módosításáról szóló javaslatot.

A bizottsági javaslatot elfogadó jelentés azért támogatandó, mivel az helyesen rámutatott a Vámkódex létrehozásáról szóló rendelet hiányosságára. A tagállamok illetékes hatóságainak a jelenlegi rendelet értelmében nincs jogalapjuk számos rendelkezés alkalmazásához azon áruk esetében, amelyek az Unió vámterületén lévő két pont közötti tengeri vagy légi szállítás közben ideiglenesen elhagyják e területet, feltéve, hogy a fuvarozás közvetlen úton történik, az Unió vámterületén kívüli megállás nélkül.

Ezen áruk vámhatóságoknak való bemutatására vonatkozó egyértelmű jogalap hiányában nem valósulhat meg hatékony vámfelügyelet, hiszen többek között például nem lehet helyesen megállapítani a behozatali vám és egyéb terhek összegét.

Így egyetértek a rendelet 136. cikkének módosítására irányuló javaslattal, mely pótolja ezt a hiányt, ezáltal biztosítva az árukkal kapcsolatos egyenlő elbánást.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – În scopul facilitării fluxurilor comerciale, modificarea Codului vamal al Uniunii în ceea ce privește mărfurile care au părăsit temporar teritoriul vamal al Uniunii pe cale maritimă sau aeriană este salutară, deoarece aduce clarificări necesare aplicării corespunzătoare și adecvate a măsurilor cu caracter fiscal și fără caracter fiscal (precum controalele veterinare și fitosanitare), remediind astfel deficiențele constatate la punerea în aplicare a Codului vamal, aplicabil de la 1 mai 2016. Spre exemplu, în mod logic, părăsirea temporară a teritoriul vamal al Uniunii nu modifică statutul mărfurilor, acela de mărfuri unionale, fapt consfințit prin modificările efectuate în Codul Vamal Unional.

În lumina celor constatate de statele membre în ceea ce privește utilizarea Codului Vamal Unional, este evidentă necesitatea reglementărilor juridice referitoare, în principal, la sosirea unei nave maritime sau aeronave, transportarea și prezentarea mărfurilor în vamă atunci când sunt descărcate sau transportate. Mai mult decât atât, modificările Codului Vamal Unional asigură coerența cu politicile și obiectivele existente relevante pentru comerțul cu mărfuri introduse pe teritoriul vamal al Uniunii sau scoase de pe acesta definitiv sau temporar.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – La pleine entrée en vigueur, le 1er mai 2016, des dispositions du règlement (UE) nº 952/2013 du Parlement européen et du Conseil du 9 octobre 2013 établissant le code des douanes de l'Union, ainsi que des actes d'exécution et des actes délégués qui en découlent, a attiré l'attention sur certaines lacunes dans la formulation du texte.

Ces dispositions s'appliquent au cas concret où des marchandises ont quitté temporairement le territoire douanier de l'Union en ligne directe en circulant entre deux points de ce territoire par voie maritime ou aérienne, sans escale en dehors du territoire de l'Union.

En l'absence de base juridique claire permettant d'exiger la présentation de ces marchandises aux autorités douanières, il s'avère plus difficile pour ces dernières de surveiller les marchandises.

La proposition actuelle de modification de l'article 136 vise à combler ce vide juridique, afin de garantir le traitement égal de toutes les marchandises et de rétablir la base juridique prévue par l'ancien code des douanes.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o Carinskom zakoniku Unije u pogledu robe koja je privremeno napustila carinsko područje Unije morem ili zrakom jer bi ona trebala razjasniti zakonsku situaciju o ulasku dobara u Europsku uniju. Trenutačno legislativno rješenje ne poznaje jasnu zakonsku osnovu koja bi državama članicama omogućila da odrede da se roba podnosi carinskim tijelima. Slijedom navedenog, nastala je situacija u kojoj je obavljanje dužnosti efikasnog carinskog nadzora znatno otežano budući da ne mogu: točno naplatiti uvozne carine i druga davanja, točno primijeniti nefiskalne mjere kao što su sanitarne kontrole, niti identificirati rizike za robu koja dolazi u njihove morske ili zračne luke. Prijedlog izmjene članka 136. trebao bi pružiti pravni temelj za ispravljanje pozitivnopravnih nedostataka te osiguranje jednakog postupanja s robom.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Početak pune primjene odredbi Europskog parlamenta i Vijeća od 9. listopada 2013. o Carinskom zakoniku Unije i njezinih naknadnih akata objelodanio je nedostatke pri njezinoj izradi. Relevantna tijela u državama članicama u skladu s člankom 136. u trenutačnom obliku nemaju pravnu osnovu za primjenu raznih odredbi koje se primjenjuju u konkretnom slučaju robe koja je privremeno napustila carinsko područje Unije dok se kretala izravnim putem između dvije točke na tom području morem ili zrakom bez zaustavljanja izvan Unije.

Budući da ne postoji zakonska osnova koja bi državama članicama omogućila da se odrede da se roba podnosi carinskim tijelima, nastala je situacija u kojoj je obavljanje dužnosti učinkovitog carisnkog nadzora otežano na način da ne mogu točno naplatiti uvozne carine i druga davanja, točno primijeniti nefiskalne mjere, kao što su sanitarne kontrole, te identificirati rizike za robu koja dolazi u njihove luke ili zračne luke.

Trenutačnim prijedlogom žele se ispraviti ti nedostatci i osigurati jednako postupanje s robom te dati pravna osnova koja je već postojala u prijašnjem carinskom zakoniku, stoga sam podržala ovo izvješće te sam glasovala pozitivno.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe (EU) št. 952/2013 o carinskem zakoniku Unije, kar zadeva blago, ki začasno zapusti carinsko območje Unije po morju ali zraku sem podprla.

Pristojni organi v državah članicah sedaj nimajo pravne podlage za uporabo določb v zvezi z vložitvijo vstopne skupne deklaracije, obvestilom o prihodu morskega ali zračnega plovila, prevozom blaga na carino in predložitvijo carini ob raztovarjanju ali pretovarjanju, čakanjem na dovoljenje pred raztovarjanjem ali pretovarjanjem blaga ter določbami o začasni hrambi.

Ker ni prave pravne podlage je otežen carinski nadzor in zato ne morejo pravilno obračunati uvoznih in drugih dajatev, pravilno uporabljati nefiskalnih ukrepov, kot je sanitarni nadzor in opredeliti tveganj za blago, ki prispe v njihova pristanišča ali letališča. Sedanji predlog bo to spremenil.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe establece una serie de disposiciones para mejorar el Código Aduanero de la Unión, dotando a las autoridades permanentes de los Estados miembros de fundamento jurídico para la supervisión aduanera de mercancías que han abandonado temporalmente el territorio aduanero de la Unión. He votado a favor, ya que considero que el correcto funcionamiento del Código Aduanero es necesario para que los Estados miembros puedan hacer su trabajo en el control de las mercancías que entran en la Unión.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le règlement d'origine du Parlement européen et du Conseil établissant le code des douanes de l'Union exclut l'application de certaines dispositions aux marchandises qui ont temporairement quitté le territoire douanier de l'Union en circulant entre deux ports ou aéroports de l'Union, sans escale en dehors de l'Union.

Les dispositions exclues faisant l'objet de la modification concernent les obligations suivantes: déposer une déclaration sommaire d'entrée; notifier l'arrivée d'un navire de mer ou d'un aéronef; acheminer les marchandises à des lieux donnés et de les présenter aux autorités douanières à l'endroit où elles sont déchargées ou transbordées; le dépôt temporaire.

En conséquence, il n'existe aujourd'hui aucune base juridique permettant d'exiger la présentation des marchandises qui sont déchargées ou bien transbordées à l'endroit où les marchandises sont réintroduites sur le territoire douanier de l'Union après avoir quitté temporairement celui-ci.

Il est donc plus difficile pour les autorités douanières d'assurer la surveillance des marchandises.

La proposition de modification du règlement vise donc à combler ce vide juridique et permet de contribuer à une surveillance douanière un peu plus efficace.

J'ai voté pour.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Obecna propozycja ma charakter techniczny. Wprowadza zmiany, które mają na celu usunięcie błędów, a przez to zagwarantowanie równego traktowania towarów oraz ponowne zapewnienie podstawy prawnej, która istniała w starej wersji kodeksu celnego. Wprowadzenie tych poprawek uznałem za zasadne, dlatego zagłosowałem pozytywnie.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Uniós Vámkódex létrehozásáról és annak végrehajtási és felhatalmazáson alapuló jogi aktusairól szóló, 2013. október 9-i 952/2013/EU európai parlamenti és tanácsi rendelet rendelkezéseinek 2016. május 1-jével történt teljes körű alkalmazása rávilágított megszövegezésének bizonyos hiányosságaira. A kapcsolódó javaslatot támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe establece una serie de disposiciones para mejorar el Código Aduanero de la Unión, dotando a las autoridades permanentes de los Estados miembros de fundamento jurídico para la supervisión aduanera de mercancías que han abandonado temporalmente el territorio aduanero de la Unión. He votado a favor, ya que considero que el correcto funcionamiento del Código Aduanero es necesario para que los Estados miembros puedan hacer su trabajo en el control de las mercancías que entran en la Unión.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Šios nuostatos taikomos konkrečiai tuo atveju, kai prekės buvo jūra ar oru laikinai išvežtos iš Sąjungos muitų teritorijos jas gabenant tiesioginiu maršrutu tarp dviejų toje teritorijoje esančių vietų be sustojimo už Sąjungos ribų.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EU) No 952/2013 laying down the Union Customs Code, as regards goods that have temporarily left the customs territory of the Union by sea or air. The relevant authorities in the Member States do not have a legal basis, under the current Article 136, on which to apply provisions related to lodging the entry summary declaration, notifying the arrival of a sea-going vessel or an aircraft, conveying and presenting the goods to customs upon unloading or transhipment, waiting for authorisation before unloading or transhipping the goods, as well as for the provisions on temporary storage. In the absence of a clear legal basis on which to require presentation of these goods to the customs authorities, they see their effective customs supervision duties hampered. I voted in favour because I believe that the current proposal to amend Article 136 will close this gap and thereby ensure equal treatment of goods, providing again the legal basis that was already established through the old customs code.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta modificación al código aduanero, se va a clarificar la situación legal referente a las mercancías que hayan abandonado temporalmente el territorio de la Unión por vía aérea o marítima a la hora de presentar dichos productos a las autoridades aduaneras. Esta modificación técnica viene a solventar este vacío legal y a aportar más claridad en la aplicación de la norma, por lo que creo necesario votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que supone una disposición técnica para el mejor funcionamiento del control aduanero. En concreto este acto delegado y de implementación trata de aportar las bases legales para permitir la acción de las autoridades competentes de los Estados miembros en determinados momentos del movimiento de mercancía en las fronteras. Disposiciones relacionadas a el transporte, descarga y trasbordo de las mercancías, obligaciones de notificación tanto de mercancías como de buques o aeronaves, los tiempos de espera antes de la autorización, etc. Sin estas especificaciones los Estados miembros encuentran dificultades en desarrollar actividades de recaudación, inspección o determinación de riesgo. Es por esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O que está em causa é a alteração do artigo 136.º do Regulamento (UE) n.º 952/2013, o qual é referente aos serviços aéreos e marítimos intra-União e que estabelece que uma série de artigos não é aplicável às mercadorias não-UE nem às mercadorias da UE que saem temporariamente do território aduaneiro da UE, se tiverem saído temporariamente do território aduaneiro da União, circulando entre dois pontos desse território por via marítima ou aérea, e se o transporte tiver sido efetuado por linha direta, sem escala fora do território aduaneiro da UE.

Não havendo base jurídica (clara) para exigir a apresentação das mercadorias às autoridades aduaneiras, coloca-se o problema de as autoridades verem limitado o seu poder de supervisão.

Deste modo, esta proposta de regulamento pretende garantir a igualdade de tratamento para as mercadorias e repor a base jurídica anteriormente estabelecida pelo antigo código aduaneiro.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Diesem Bericht habe ich meine Zustimmung gegeben, da er sich für eine bessere und effizientere Zollkontrolle und auch für einen besseren Verbraucherschutz ausspricht.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio recante modifica del regolamento sul codice doganale dell'Unione per quanto riguarda le merci che sono uscite temporaneamente dal territorio doganale dell'UE per via marittima o aerea.

La piena entrata in vigore delle disposizioni di tale regolamento hanno infatti messo in luce alcune carenze nella sua elaborazione. In virtù dell'attuale articolo 136, le autorità competenti degli Stati membri non dispongono di una base giuridica per applicare disposizioni concernenti la presentazione della dichiarazione sommaria di entrata, la notifica dell'arrivo di una nave, il trasporto e la presentazione delle merci in dogana al momento dello scarico, l'attesa di un'autorizzazione prima di scaricare o trasbordare le merci e la custodia temporanea.

In assenza di una base giuridica chiara per esigere la presentazione delle merci alle autorità doganali, queste ultime vedono di fatto ostacolate le loro funzioni di vigilanza doganale nella misura in cui non sono in grado di riscuotere correttamente i dazi all'importazione, applicare correttamente le misure di carattere non fiscale e individuare i rischi legati alle merci in arrivo nei loro porti o aeroporti. L'attuale proposta di modifica dell'articolo 136 mira a colmare queste lacune.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul PE referitor la regulamentul UE în ceea ce privește mărfurile care au părăsit temporar teritoriul vamal al Uniunii pe cale maritimă sau aeriană. Dispozițiile se aplică în cazul concret al mărfurilor care au părăsit temporar teritoriul vamal al Uniunii în timp ce circulau pe o rută directă între două puncte de pe acest teritoriu pe cale maritimă sau aeriană, fără nicio oprire în afara UE. Modificarea regulamentului dorește să asigure tratamentul egal al mărfurilor și să ofere din nou temeiul juridic care fusese deja stabilit în vechiul cod vamal.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV heeft vóór het voorstel gestemd, zodat onze nationale douaneautoriteiten het recht weer krijgen om toezicht te houden in onze eigen havens op alle schepen, onafhankelijk van hun herkomst. Deze rechten hadden in eerste instantie al in het beheer van de lidstaten moeten blijven.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Zmenu nariadenia, ktorým sa ustanovuje Colný kódex Únie, pokiaľ ide o tovar, ktorý dočasne opustil colné územie Únie po mori alebo letecky, som podporila. Tento colný kódex vstúpil do platnosti iba v máji tohto roku. Odvtedy sa objavili určité právne medzery, ktoré členským štátom nedávali dostatočné kompetencie na plnenie ich povinností. Členské štáty tak nemali právny základ pre niektoré úkony, ktoré boli v súvislosti s tovarom, ktorý dočasne opustil colné územie Únie, keď sa prepravoval po priamej trase medzi dvoma bodmi na tomto území po mori alebo letecky bez zastavenia mimo Únie, nevyhnutné. Správa mala teda prevažne technickú povahu a smerovala výlučne k preklenutiu týchto právnych nedostatkov. Keďže si myslím, že pokiaľ sa nájdu takéto právne medzery v legislatíve, je ich potrebné čo najskôr odstrániť tak, aby sa účel a zmysel danej legislatívy mohol bez problémov napĺňať, tejto zmene nariadenia som dala svoj hlas.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe (EU) br. 952/2013 o Carinskom zakoniku Unije u pogledu robe koja je privremeno napustila carinsko područje Unije morem ili zrakom. Budući da ne postoji jasna zakonska osnova koja bi državama članicama omogućila da odrede da se roba podnosi carinskim tijelima, nastala je situacija u kojoj je obavljanje njihove dužnosti učinkovitog carinskog nadzora otežano u smislu da ne mogu: točno naplatiti uvozne carine i druga davanja, točno primijeniti nefiskalne mjere kao što su sanitarne kontrole, identificirati rizike za robu koja dolazi u njihove luke ili zračne luke. Te odredbe primjenjuju se u konkretnom slučaju robe koja je privremeno napustila carinsko područje Unije dok se kretala izravnim putem između dvije točke na tom području morem ili zrakom bez zaustavljanja izvan Unije. Trenutačnim prijedlogom za izmjenu članka 136. žele se ispraviti ti nedostaci i osigurati jednako postupanje s robom te ponovno dati pravna osnova koja je već postojala u prijašnjem carinskom zakoniku.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe (EU) št. 952/2013 o carinskem zakoniku Unije, kar zadeva blago, ki začasno zapusti carinsko območje Unije po morju ali zraku.

Predlagana uredba bo omogočila pravno podlago za izvajanje nekaterih opravil carinskega nadzora blaga, ki začasno zapusti carinsko območje Unije, medtem ko se po morju ali zraku giblje med dvema krajema na tem območju, neposredno in brez postanka zunaj Unije.

S tem bo omogočen učinkovit carinski nadzor zadevnega blaga, pravilno obračunavanje uvoznih in drugih dajatev ter pravilno izvajanje nefiskalnih ukrepov, kot sta veterinarski in fitosanitarni nadzor.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — Oggi accade che molte merci di provenienza extra UE abbiano come primo porto di approdo nell'Unione non il luogo di destinazione delle merci, bensì porti come Malta, dove il carburante costa meno. In aggiunta, una nave che consegna merci in Olanda, dopo essersi fermata a Malta, può non essere soggetta agli stessi obblighi di arrivo in UE.

Il testo attuale fa sì che non esista una chiara base giuridica per prescrivere la presentazione di tali merci alle autorità doganali in Olanda dopo che una nave si è fermata a Malta.

Se le merci non vengono presentate al porto finale come di provenienza extra UE, poiché non sussiste l'obbligo, può risultare difficile per le autorità assicurarne la vigilanza e vi è il rischio che i dazi all'importazione e gli altri oneri non siano correttamente riscossi e, ancora, che i controlli veterinari e fitosanitari non siano effettuati.

Noi del M5S ci siamo battuti affinché il testo fosse modificato e si ponesse in essere una chiara distinzione tra merci unionali e merci non unionali. Ho quindi dato il mio voto favorevole al documento.

7.2. Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte im Hinblick auf den Geltungsbeginn (A8-0356/2016 - Pervenche Berès)

Dichiarazioni di voto orali

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'obiettivo della presente relazione è rinviare di un anno – al 1º gennaio 2018 — la data di applicazione del regolamento PRIIPs sui documenti contenenti le informazioni chiave per i prodotti d'investimento al dettaglio e assicurativi preassemblati, al fine di ridurre l'incertezza giuridica e permettere alle imprese di avere più tempo per adeguarsi alle nuove regole.

Per quanto si tratti soltanto di una modifica tecnica, in tal modo si favoriscono le imprese senza prevedere al contempo alcun vantaggio per i consumatori. Per tali motivi ho deciso di astenermi.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — I abstained on this vote, which extends the deadline for implementation of the Regulation requiring providers of packaged retail insurance investment products (PRIIPs) to give customers a key information document (KID).

PRIIPs are the products usually offered by banks to everyday customers when they want to make an investment – e.g. buying a house. The Commission's regulation sets the terms on which the PRIIPs industry is required to provide investors with a KID, a mandatory, standardised disclosure document that outlines potential risk, costs and future performance scenarios.

This report postpones the roll-out of the KID by one year while the Commission revises the regulatory technical standards (RTS).

I want the KID requirements to be implemented as soon as possible, but the entry into force of the Regulation in the absence of the RTS would be impractical.

There has not been sufficient justification for delaying the implementation of the KID by a full year. I also have concerns that the Commission has indicated its revision of the RTS will address some of the demands of the industry lobbies instead of sticking to the exact proposals for revision adopted by Parliament in the September plenary.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport porte sur une proposition de règlement reportant d'un an la date d'application du règlement 1286/2014 sur les documents d'informations clés relatifs aux produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance (PRIIPs). Le règlement 1286/2014 a introduit une série de mesures destinées à renforcer la protection des investisseurs dans le secteur des services financiers en améliorant la transparence du marché des investissements de détail. Il impose ainsi aux initiateurs de produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance de produire un document d'informations clés, appelé Key Information Document (KID). Ce règlement habilite

les Autorités européennes de surveillance à élaborer des normes techniques de réglementation précisant les éléments que devait contenir le KID. Le 30 juin 2016, la Commission a approuvé le projet présenté par les AES en adoptant un acte délégué qui a aussi été approuvé par le Conseil. Cependant, le 14 septembre 2016, le Parlement européen a rejeté l'acte délégué et demandé à la Commission de revoir les dispositions relatives aux PRIIP à options multiples, aux scénarios de performances et aux avis signalant qu'un produit peut être difficile à comprendre. Afin d'éviter une instabilité juridique, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I cannot vote in favour of new EU legislation in principle; however I also support the reasons behind the delay in this legislation which would otherwise have resulted in investors being misled. Being unable to either vote for or against, I abstained.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl pasiūlymo dėl Europos Parlamento ir Tarybos reglamento, kuriuo dėl taikymo datos iš dalies keičiamas Europos Parlamento ir Tarybos reglamentas (ES) Nr. 1286/2014 dėl mažmeninių investicinių produktų paketų ir draudimo principu pagrįstų investicinių produktų pagrindinės informacijos dokumentų. Pranešimo tikslas – nustatyti įvairias priemones, kuriomis didinant skaidrumą mažmeninio investavimo rinkoje siekiama gerinti investuotojų apsaugą ir atkurti vartotojų pasitikėjimą finansinių paslaugų sektoriumi.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés a lakossági befektetési termékekkel kapcsolatos kiemelt információkat tartalmazó dokumentumokkal kapcsolatos 1286/2014/EU rendelet módosítását tartalmazza. Maga az eredeti rendelet a lakosságot próbálja védeni a bankok és különböző pénzintézetek által kínált befektetési csomagokkal elkövetett félrevezetésektől. Az ilyen termékek hatályban levő tájékoztatási követelményei koordinálatlanok és nem nyújtanak segítséget a lakossági befektetőknek ahhoz, hogy össze tudják hasonlítani a különböző termékeket és megértsék azok jellemzőit. Emiatt gyakran olyan befektetéseket eszközölnek, amelyeknek a kapcsolódó kockázatait és költségeit nem látják át, és ennek következtében esetenként váratlan veszteségeket szenvednek el. Ennek kiküszöbölése érdekében a rendelet olyan információs szabályokat és kötelezettségeket ír elő, amelyek a lakossági befektetők számára lehetővé teszik a lakossági befektetési csomagtermékek, illetve biztosítási alapú befektetési termékek fő jellemzőinek és kockázatainak megértését és összehasonlítását.

A jelentés elfogadását támogattam, ugyanakkor egy kiegészítést kell hozzáfűznöm. Örvendetes, hogy a lakosságot meg akarják kímélni a nagyobb félrevezetésektől, másrészt mégis csak arról van szó, hogy a bankok és más pénzintézetek spekulálnak a lakosság pénzével. A bankok szerepe a tankönyvek szerint az, hogy a megtakarításokat csatornázzák át a beruházók felé, ami viszont az 1990-es évek pénzügyi deregulációja nyomán kialakult, az nem más, mint egy kaszinó kapitalizmus, ahol a megtakarítások már teljesen elszakadtak a termelő beruházásoktól.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce règlement habilite les Autorités européennes de surveillance (AES) à élaborer des normes techniques de réglementation précisant les éléments que devaient contenir les Documents d'informations clés (DIC, ou KID en anglais pour «Key information documents»). Le 30 juin 2016, la Commission a approuvé le projet présenté par les AES en adoptant un acte délégué qui a aussi été approuvé par le Conseil.

Je m'étais alors opposé à cet acte délégué ; aujourd'hui, une entrée en vigueur du règlement sans les normes techniques spécifiant les informations que doit contenir le DIC entraînerait une instabilité juridique. Voilà pourquoi j'ai approuvé cette proposition de règlement.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — La proposition PRIIP introduit une série de mesures visant à renforcer la protection des investisseurs et à reconstruire la confiance des consommateurs dans le secteur des services financiers en augmentant la transparence du marché de l'investissement de détail. Le règlement a été adopté en 2014 et devait entrer en vigueur le 1er janvier 2017. La Commission a présenté un document technique d'information réglementaire. En septembre 2016, le PE a rejeté à peu près à l'unanimité le RTS de la Commission. Afin de permettre à la Commission de présenter une RTS révisée et d'éviter l'incertitude sur le marché, la Commission, en accord avec le PE et le Conseil, a reporté d'un an la date de mise en œuvre.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Béres sulla proposta di regolamento relativo ai documenti contenenti le informazioni chiave per i prodotti d'investimento al dettaglio e assicurativi preassemblati per quanto riguarda la data di applicazione.

Il 30 giugno 2016 la Commissione ha adottato un regolamento delegato che definisce una serie di nuove misure tra cui quelle per la presentazione, e per il contenuto, del documento contenente le informazioni chiave per i prodotti d'investimento al dettaglio, il suo formato standardizzato, la frequenza minima del riesame delle informazioni che in esso figurano e la metodologia per la presentazione del rischio e del rendimento.

Il testo approvato oggi, di natura fortemente tecnica, va incontro alle richieste del Parlamento dello scorso settembre che aveva proposto una proroga di dodici mesi nell'applicazione, per dare più tempo agli interessati per conformarsi alle nuove prescrizioni. La data è stata quindi posticipata al 1º gennaio 2018.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en esta votación, en la que se ha decidido posponer la aplicación de las nuevas regulaciones de los productos de inversión basados en seguros. Se trata de una reforma destinada a garantizar una mayor transparencia de estos productos para los consumidores. Sin embargo, la industria ha presionado a través de los grupos conservadores en la Comisión ECON, para reabrir el debate sobre el tipo de información que las empresas que venden estos productos deben facilitar. Si bien entiendo que dado la falta de acuerdo actual, no es viable que entre en vigor la nueva reglamentación, he decidido abstenerme por lo problemático de las razones de este retraso.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre los documentos de datos fundamentales relativos a los productos de inversión minorista empaquetados y los productos de inversión basados en seguros, en lo que respecta a su fecha de aplicación. Este Reglamento será aplicable a partir del 1 de enero de 2018.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Le règlement 1286/2014 avait introduit une série de mesures destinées à renforcer la protection des investisseurs dans le secteur des services financiers, permettant une amélioration de la transparence du marché des investissements de détail. Il impose ainsi aux initiateurs de produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance (PRIIP) de produire un document d'informations clés, appelé Key Information Document (KID). Les KIDs qui informent les investisseurs ne sont pas assez clairs, et par ailleurs, souvent trop optimistes. La proposition de règlement visant à décider des normes techniques spécifiant les informations que doivent contenir les KIDs. Je ne m'y opposerai pas, privilégiant la stabilité juridique pour les investisseurs.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Non condivido totalmente alcuni passaggi di questo testo, ho quindi deciso di esprimere un voto di astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Informe de carácter técnico por el que se modifica el artículo 34 del Reglamento (UE) n.º 1286/2014 para que sea aplicable a partir del 1 de enero de 2018. El informe se adopta conforme al procedimiento simplificado del artículo 150 del Reglamento del Parlamento Europeo por el que toda propuesta de acto legislativo en primera lectura que haya sido aprobada en comisión con menos de una décima parte de sus miembros en contra, se incluirán en el proyecto de orden del día del Parlamento para su votación sin enmiendas. A su vez, los asuntos incluidos en el proyecto definitivo del orden del día para su votación sin enmiendas tampoco serán objeto de debate. He votado a favor del informe finalmente adoptado.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes juo Parlamentas išsakė savo poziciją dėl reglamento dėl mažmeninių investicinių produktų paketų ir draudimo principu pagrįstų investicinių produktų pagrindinės informacijos dokumentų pakeitimo. 2014 m. priimtas reglamentas, siekiant gerinti neprofesionaliųjų investuotojų, investuojančių į mažmeninių ir draudimo principu pagrįstų investicinių produktų paketus, apsaugą. Juo taip pat siekiama atkurti vartotojų pasitikėjimą finansinių paslaugų sektoriumi po finansų krizės. 2016 m. Komisija patvirtino Europos priežiūros institucijų priimtus techninius reguliavimo standartus priimdama Deleguotąjį reglamentą dėl pagrindinės informacijos dokumento, tačiau Parlamentas jį atmetė. Europos Parlamentas ir didžioji dauguma valstybių narių Komisijos paprašė atidėti reglamento taikymo pradžios datą, teigdami, kad be techninių standartų būtų sunku sklandžiai taikyti tą reglamentą. Tai šiuo pranešimu ir buvo padaryta.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A befektető- és fogyasztóvédelmi szempontok mellett a gazdasági válság is ráirányította a figyelmet arra, hogy a lakossági befektetési termékekre vonatkozó – tagállamonként eltérő, s korszerűtlen – szabályozást felül kell vizsgálni. E javaslat ezért egy olyan egységes előírás megalkotását tűzte ki célul, amely segítséget nyújthat a lakossági befektetőknek ahhoz, hogy befektetési döntéseik előtt könnyen áttekinthető és összehasonlítható információk álljanak rendelkezésükre a piacon elérhető termékekről.

Több éves előkészítő munka eredményeként született meg a vonatkozó az ún. „PRIIPs rendelet", amely középpontjába a lakossági befektetési csomagtermékek, illetve a biztosítási alapú befektetési termékek tájékoztatási és értékesítési folyamataira vonatkozó egységes előírások kialakítását állította. A szabályozás lényege, hogy meghatározza az ún. kiemelt információkat tartalmazó dokumentum (key information document, avagy rövidítve „KID") formáját és tartalmi elemeit, továbbá a befektetési termékek vonatkozásában kötelezővé teszi annak szerződéskötést megelőző átadását. A PRIIPS rendelet tehát az etikus életbiztosítási koncepció mellett tovább erősíti a transzparenciát. A fentiek értelmében szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se z odlogom uporabe zadevne uredbe, saj bo teh dvanajst mesecev zadevnim subjektom zagotovilo dodaten čas, da se bodo lahko pripravili in izpolnili nove zahteve.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće, koje je tehnički prijedlog da se odgodi datum provedbe do 1. siječnja 2018., kako bi se omogućilo da dokument bude usvojen s jačim klauzulama zaštite za ulagače.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Dans la mesure où je suis plutôt favorable au report de date d'entrée en application de ce règlement qui présente pour l'instant bien des défauts par exemple: les KIDs ne présentent plus de données passées mais uniquement des hypothèses futures; ces KIDs sont relativement opaques concernant les performances des produits et du mode de leur calcul; le risque pour l'investisseur n'est pas assez mis en avant.

Je vote donc pour cette proposition de règlement et ce rapport qui demandent le report de la date d'entrée en application.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il regolamento (UE) n 1286/2014 ha introdotto una serie di misure per migliorare la protezione degli investitori e per ripristinare la fiducia dei consumatori nel settore dei servizi finanziari, aumentando la trasparenza nel mercato degli investimenti al dettaglio. Richiede iniziatori di prodotti d'investimento al dettaglio preassemblati e assicurazioni per la produzione di un documento sulle informazioni chiave. Il regolamento autorizza le autorità europee di vigilanza (AEV) a sviluppare standard tecnici di regolamentazione per specificare gli elementi contenuti nel documento informativo.

Nell'aprile 2016, AES ha presentato il progetto della Commissione sugli standard tecnici di regolamentazione nel documento sulle informazioni chiave, e la Commissione ha approvato il progetto a giugno 2016, con l'adozione del regolamento delegato sul testo del documento informativo. Il Consiglio non ha sollevato obiezioni al regolamento delegato ma il Parlamento europeo l'ha respinto a settembre 2016, e ha chiesto alla Commissione di rivedere le disposizioni PRIIPs e gli scenari di performance. Inoltre, ha chiesto il rinvio della data di applicazione di tale regolamento.

La proposta prevede un rinvio di 12 mesi, al fine di garantire la certezza del diritto nel settore e consentendo la preparazione di nuove regole.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le règlement n° 1286/2014 vise à renforcer la protection des investisseurs sur les marchés financiers en améliorant la transparence des produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance (PRIIP) notamment grâce à la création d'un document d'informations clés, appelé Key Information Document (KID). Bien que l'idée soit judicieuse, il est reproché au KID d'être opaque et de ne pas suffisamment avertir les investisseurs quant aux risques de pertes pouvant être supérieures au montant du capital investi. En effet, les initiateurs des PRIIP n'ont pas l'obligation de présenter dans leur KID les performances passées laissant donc place à une grande subjectivité dans la présentation des performances futures. Ce texte demande de reporter de douze mois la date d'entrée en application du règlement, prévu le 1er janvier 2017, afin d'obtenir suffisamment de temps pour réintroduire certaines informations dans le KID. Bien que nous ne soyons pas défavorables au règlement, nous considérons que son entrée en vigueur sans les normes techniques spécifiant les informations que doit contenir le KID, entrainerait une instabilité juridique. C'est pourquoi j'ai voté pour ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — Regulamentul (UE) nr. 1286/2014 are drept scop îmbunătățirea protecției investitorilor individuali care investesc în produsele de investiții individuale structurate și bazate pe asigurări (PRIIP), dar și recâștigarea încrederii consumatorilor în serviciile financiare, date fiind efectele crizei financiare.

În vederea atingerii acestor obiective, este prevăzută atât obligația creatorilor acestor produse de a respecta cerințele privind publicarea informațiilor, cât și obligația ca investitorii individuali să primească documentele cu informațiile esențiale (DIE). În contextul în care au fost anumite întârzieri în adoptarea regulamentului delegat, s-a propus amânarea datei de aplicare a Regulamentului cu 12 luni pentru a se asigura respectarea tuturor standardelor și pentru asigurarea îndeplinirii obiectivelor prevăzute de regulament.

Consider oportună această amânare de 12 luni în vederea eliminării tuturor incertitudinilor juridice, motiv pentru care m-am exprimat în favoarea acestui raport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione per rafforzare la tutela degli investitori al dettaglio che investono in prodotti d'investimento al dettaglio e assicurativi preassemblati.

Gli ideatori dei prodotti d'investimento al dettaglio e assicurativi preassemblati dovranno rispettare una serie uniforme di requisiti di informativa in merito ai prodotti. Le informazioni comunicate dovrebbero permettere agli investitori al dettaglio di comprendere meglio la natura economica e i rischi di un determinato prodotto e consentire il raffronto tra le varie offerte.

Una maggiore trasparenza e armonizzazione andrà anche a vantaggio del mercato interno dei servizi finanziari, creando condizioni di parità tra i vari prodotti e canali di distribuzione.

Tuttavia penso sia essenziale chiarire maggiormente le norme tecniche di regolamentazione sul documento contenente le informazioni chiave per i prodotti d'investimento al dettaglio e assicurativi preassemblati.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I was shadow rapporteur for this report which extends the deadline for implementation of the Regulation requiring providers of packaged retail insurance investment products (PRIIPs) to give customers a key information document (KID).

PRIIPs are the products usually offered by banks to everyday customers when they want to make an investment – e.g. buying a house. The Commission's regulation sets the terms on which the PRIIPs industry is required to provide investors with a KID, a mandatory, standardised disclosure document that outlines potential risk, costs and future performance scenarios.

This report postpones the roll-out of the KID by one year while the Commission revises the regulatory technical standards (RTS).

I want the KID requirements to be implemented as soon as possible, but the entry into force of the Regulation in the absence of the RTS would be impractical.

There has not been sufficient justification for delaying the implementation of the KID by a full year. I also have concerns that the Commission has indicated its revision of the RTS will address some of the demands of the industry lobbies instead of sticking to the exact proposals for revision adopted by Parliament in the September plenary. Therefore I abstained.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Voting against this proposed delay in bringing an EU Regulation into force would have resulted in rules being implemented that would mislead investors; voting in favour of the delay would nevertheless amount to an approval of EU legislation that UKIP regards as unnecessary for the UK (as the Common Law already provides for disclosure to investors of all information relevant to a reasonable person's decision to invest). Accordingly UKIP abstained.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this Report for a deferral of the date of application of Regulation (EU) No 1286/2014. A deferral of twelve months will give additional time for those concerned to adhere to the new requirements found in the new proposal. In the light of the exceptional circumstances, it is appropriate and justified for Regulation (EU) No 1286/2014 to be amended accordingly.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione ha come obiettivo il rinvio di un anno della data di applicazione del regolamento PRIIPs sui documenti informativi chiave per vendita al dettaglio dei prodotti di investimento. Sebbene si tratti solo di una modifica tecnica alla normativa, di fatto si traduce in un chiaro favore ai *manufacturers* senza nessun ritorno positivo per i consumatori; ho quindi preferito astenermi.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Per rinnovare la fiducia dei consumatori nell'industria dei servizi finanziari, successivamente alla crisi finanziaria, ho votato a favore della relazione che prevede una proroga di 12 mesi della data di applicazione del regolamento (UE) n. 1286/2014.

Tale regolamento prevede che gli investitori al dettaglio ricevano un documento contenente le informazioni chiave per meglio comprendere la natura e i rischi legati ad un determinato prodotto ed essere in grado di confrontare le varie offerte.

Ritengo, però, che per uniformare il quadro giuridico sia necessaria l'elaborazione di norme tecniche che specifichino la presentazione e il contenuto di tale documento.

Credo, pertanto, che il rinvio della data di applicazione del regolamento, per consentire l'elaborazione di tali norme, sia indispensabile ai fini di un'efficace applicazione del regolamento.

Sono convinta, infatti, che per conseguire l'obiettivo di ripristinare la fiducia di coloro che investono nel mercato dei servizi e dei prodotti finanziari sia essenziale rafforzarne la tutela, garantendo maggiori informazioni e trasparenza.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με τα έγγραφα βασικών πληροφοριών που αφορούν επενδυτικά προϊόντα για ιδιώτες επενδυτές και επενδυτικά προϊόντα βασιζόμενα σε ασφάλιση όσον αφορά την ημερομηνία εφαρμογής του επιδιώκει τη θέσπιση κανόνων που σχετίζονται με επενδυτικές δραστηριότητες με σκοπό την ενίσχυση της προστασίας των επενδυτών και την αποκατάσταση της εμπιστοσύνης των καταναλωτών στον κλάδο των χρηματοπιστωτικών υπηρεσιών. Παρότι η ορθή ρύθμιση του πεδίου αυτού είναι απαραίτητη, θεωρώ πως η έκθεση εστιάζει αποκλειστικά σε ρυθμίσεις υπέρ του κεφαλαίου και ανεπαρκώς στην προστασία των συμφερόντων των πολιτών, γι' αυτό και αποφάσισα να απέχω.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – La relazione ha l'obiettivo di rinviare di dodici mesi la data di applicazione del regolamento sui documenti informativi chiave per la vendita al dettaglio dei prodotti di investimento. Sarebbe stato più opportuno intervenire rapidamente sul tema, apponendo un regolamento chiaro e trasparente. Voto di astensione.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Plaudo alla modifica del Regolamento (UE) n. 1286/2014; date le opportunità e, congiuntamente, i rischi connessi ai prodotti di investimento al dettaglio e assicurativi preassemblati si rende nodale una normativa chiara e pragmatica.

Condivido, inoltre, la proroga di 12 mesi concessa ai fornitori di tali prodotti per conformarsi integralmente alle nuove prescrizioni. L'obiettivo del regolamento è quello di consentire una più semplice, immediata ed efficace informazione al consumatore meno istruito in materia di prodotti finanziari e che, a seguito di ciò, urge di informative coordinate e confrontabili per comprenderne le caratteristiche.

Insomma, la questione di fondo verte sul miglioramento della tutela degli investitori e sul ripristino della fiducia dei consumatori nel settore dei servizi finanziari tramite una maggiore trasparenza del mercato. Le caratteristiche specifiche di presentazione, contenuto, formato e metodologia di calcolo dei costi e del rischio costituiscono il cuore del presente regolamento proprio in virtù di una tutela completa del consumatore.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EU) No 1286/2014 of the European Parliament and of the Council on key information documents for packaged retail and insurance-based investment products as regards the date of its application.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento conformemente al parere della commissione per i problemi economici e monetari.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I agree that the Commission should refer the matter to Parliament again if it intends to amend its proposal substantially or replace it with another text. In this sense, I expect a better draft on how we will be enhancing investor protection and rebuilding consumer trust in the financial services industry by increasing transparency in the retail investment market.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram sprawozdanie zawierające kluczowe informacje dotyczące detalicznych produktów zbiorowego inwestowania i ubezpieczeniowych produktów inwestycyjnych w odniesieniu do daty rozpoczęcia jego stosowania. W raporcie Europejskiego Urzędu Nadzoru Giełd i Papierów Wartościowych (ESMA) dostrzegam pozytywne aspekty proponowanych zmian w zakresie regulacyjnych standardów technicznych (RTS). Dwunastomiesięczny okres wdrażania pozwoli na uregulowanie kwestii w zakresie określenia ryzyka odnośnie produktu zbiorowego inwestowania i ubezpieczeniowego produktu inwestycyjnego (PRIIP), cofnięcia zwolnienia udzielonego na podstawie UCITS na multiopcjonalne produkty inwestycyjne oraz prezentację kosztów transakcyjnych.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The Regulation on key information documents for packaged retail and insurance-based investment products (PRIIPs) introduces a key information document covering not only collective investment schemes but also other 'packaged' investment products offered by banks or insurance companies. I am in favour of measures aimed at enhancing investor protection and rebuilding consumer trust in the financial services industry by increasing transparency in the retail investment market.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport fait suite à une proposition de la Commission européenne en vue d'améliorer les mesures de protection des investisseurs pour les principaux produits d'investissements achetés par les petits investisseurs. Dans ce cadre, le Parlement Européen considère que les petits investisseurs doivent être mieux informés sur les frais éventuels liés aux produits d'investissement. Je partage totalement le principe de prévention et de défense des intérêts des petits investisseurs, via l'introduction de règles et lignes directrices simples et claires, aussi j'ai voté pour ce texte.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Voting against this proposed delay in bringing an EU Regulation into force would have resulted in rules being implemented that would mislead investors; voting in favour of the delay would nevertheless amount to an approval of EU legislation that UKIP regards as unnecessary for the UK (as the Common Law already provides for disclosure to investors of all information relevant to a reasonable person's decision to invest). Accordingly UKIP abstained.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport qui vise à reporter la date d'application du règlement sur les documents d'informations clés relatifs aux produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance. Bien qu'étant favorable à la production de documents d'informations clés sur les produits financiers, je considère, néanmoins, que la bonne application d'un règlement nécessite que l'on accorde un délai de préparation suffisant aux acteurs concernés. Les modalités du contenu de ces documents d'informations n'ont été fixées que depuis le 30 juin 2016. Une entrée en vigueur le 1er janvier 2017, comme initialement prévue, ne laisse donc pas suffisamment de temps pour une bonne adaptation du système. Ainsi, il est nécessaire de décaler la date d'application de ce règlement au 1er janvier 2018.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A befektető- és fogyasztóvédelmi szempontok mellett a gazdasági válság is ráirányította a figyelmet arra, hogy a lakossági befektetési termékekre vonatkozó – tagállamonként eltérő, s korszerűtlen – szabályozást felül kell vizsgálni. E javaslat ezért egy olyan egységes előírás megalkotását tűzte ki célul, amely segítséget nyújthat a lakossági befektetőknek ahhoz, hogy a befektetési döntéseik előtt könnyen áttekinthető és összehasonlítható információk álljanak rendelkezésükre a piacon elérhető termékekről.

A több éves előkészítő munka eredményeként született meg a vonatkozó az ún. „PRIIPs rendelet", amely középpontjába a lakossági befektetési csomagtermékek, illetve a biztosítási alapú befektetési termékek tájékoztatási és értékesítési folyamataira vonatkozó egységes előírások kialakítását állította. A szabályozás lényege, hogy meghatározza az ún. kiemelt információkat tartalmazó dokumentum (key information document, avagy rövidítve „KID") formáját és tartalmi elemeit, továbbá a befektetési termékek vonatkozásában kötelezővé teszi annak szerződéskötést megelőző átadását. A PRIIPS rendelet tehát az etikus életbiztosítási koncepció mellett tovább erősíti a transzparenciát. Szavazatommal jómagam is támogattam e jelentést, hiszen úgy vélem, hogy az összehasonlíthatósághoz elengedhetetlen a termékinformációk egységesítése.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du report de l'introduction d'un document explicatif clé (KID) donné par les fournisseurs d'investissements aux consommateurs parce que j'estime que les petits investisseurs doivent être mieux informés des risques, frais et performances éventuelles liées aux produits d'investissements qu'ils sont susceptibles d'acheter. Suite à la crise financière mondiale, la Commission avait proposé d'améliorer les mesures de protection des investisseurs pour les principaux produits d'investissements achetés par les petits investisseurs. C'est une bonne initiative mais le projet complémentaire sur les normes techniques de réglementation qui expliquent le format et la méthodologie utilisés pour établir le document d'informations clés (KID) a visiblement posé quelques problèmes d'adé-

quation par rapport aux objectifs poursuivis. Pour cette raison, je pense qu'il est opportun de reporter l'introduction de ce document, dans l'attente que la Commission européenne présente de meilleures propositions.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A befektető- és fogyasztóvédelmi szempontok mellett a gazdasági válság is ráirányította a figyelmet arra, hogy a lakossági befektetési termékekre vonatkozó – tagállamonként eltérő, s korszerűtlen – szabályozást felül kell vizsgálni. E javaslat ezért egy olyan egységes előírás megalkotását tűzte ki célul, amely segítséget nyújthat a lakossági befektetőknek ahhoz, hogy a befektetési döntéseik előtt könnyen áttekinthető és összehasonlítható információk álljanak rendelkezésükre a piacon elérhető termékekről.

A több éves előkészítő munka eredményeként született meg a vonatkozó az ún. „PRIIPs rendelet", amely középpontjába a lakossági befektetési csomagtermékek, illetve a biztosítási alapú befektetési termékek tájékoztatási és értékesítési folyamataira vonatkozó egységes előírások kialakítását állította. A szabályozás lényege, hogy meghatározza az ún. kiemelt információkat tartalmazó dokumentum (key information document, avagy rövidítve „KID") formáját és tartalmi elemeit, továbbá a befektetési termékek vonatkozásában kötelezővé teszi annak szerződéskötést megelőző átadását. A PRIIPS rendelet tehát az etikus életbiztosítási koncepció mellett tovább erősíti a transzparenciát. Szavazatommal jómagam is támogattam e jelentést, hiszen úgy vélem, hogy az összehasonlíthatósághoz elengedhetetlen a termékinformációk egységesítése.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport. Le règlement 1286/2014 a introduit une série de mesures destinées à renforcer la protection des investisseurs. Il impose ainsi aux initiateurs de produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance (PRIIP) de produire un document d'informations clés, appelé Key Information Document (KID). Le 30 juin 2016, la Commission a approuvé le projet en adoptant un acte délégué qui a aussi été approuvé par le Conseil. Au lieu de l'analyse des performances passées, les nouveaux documents clefs d'information sont construits autour de trois hypothèses (défavorable, modérée, favorable). Or, ces trois critères laissent une grande part à la subjectivité et ne prennent pas en compte les crises passées. Pour autant, afin d'éviter une instabilité juridique, j'ai soutenu ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Аз гласувах в подкрепа на този доклад. Предложението засяга отхвърлянето на техническите регулаторни стандарти (RTS), предложени от Европейския орган за ценни книжа и пазари (ESMA) и Комисията. За да се даде време на Комисията и на споменатия по-горе Европейски орган да променят техническите регулаторни стандарти, е било договорено 12-месечно забавяне на подаването на заявлението, което е повече от разумно, като промените не следва да се прилагат без задължителна проверка и анализ.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Με την αναβολή των δώδεκα μηνών που προτείνεται, επιχειρείται να δοθεί περισσότερος χρόνος στους ενδιαφερομένους (παραγωγούς συσκευασμένων επενδυτικών προϊόντων για ιδιώτες επενδυτές και επενδυτικών προϊόντων βασιζόμενων σε ασφάλιση), για να συμμορφωθούν προς τις νέες απαιτήσεις κατά την κατάρτιση του προβλεπόμενου εγγράφου βασικών πληροφοριών (ΕΒΠ). Η εφαρμογή του παρόντος κανονισμού θα έχει σαν αποτέλεσμα την αναβολή της διαφάνειας στην αγορά επενδύσεων για ιδιώτες επενδυτές.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A befektető- és fogyasztóvédelmi szempontok mellett a gazdasági válság is ráirányította a figyelmet arra, hogy a lakossági befektetési termékekre vonatkozó – tagállamonként eltérő, s korszerűtlen – szabályozást felül kell vizsgálni. E javaslat ezért egy olyan egységes előírás megalkotását tűzte ki célul, amely segítséget nyújthat a lakossági befektetőknek ahhoz, hogy a befektetési döntéseik előtt könnyen áttekinthető és összehasonlítható információk álljanak rendelkezésükre a piacon elérhető termékekről.

A több éves előkészítő munka eredményeként született meg a vonatkozó az ún. „PRIIPs rendelet", amely középpontjába a lakossági befektetési csomagtermékek, illetve a biztosítási alapú befektetési termékek tájékoztatási és értékesítési folyamataira vonatkozó egységes előírások kialakítását állította. A szabályozás lényege, hogy meghatározza az ún. kiemelt információkat tartalmazó dokumentum (key information document, avagy rövidítve „KID") formáját és tartalmi elemeit, továbbá a befektetési termékek vonatkozásában kötelezővé teszi annak szerződéskötést megelőző átadását. A PRIIPS rendelet tehát az etikus életbiztosítási koncepció mellett tovább erősíti a transzparenciát. Szavazatommal jómagam is támogattam e jelentést, hiszen úgy vélem, hogy az összehasonlíthatósághoz elengedhetetlen a termékinformációk egységesítése.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: le règlement introduit une série de mesures destinées à renforcer la protection des investisseurs dans le secteur des services financiers en améliorant la transparence du marché des investissements de détail.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della seguente relazione in quanto ritengo necessario concedere, all'Autorità europea degli strumenti finanziari e dei mercati (EMSA) e alla Commissione, una proroga di 12 mesi ai fini dell'applicazione del regolamento di vendita al dettaglio e del regolamento sui prodotti di investimento assicurati.

Considero tale intervallo di tempo sufficiente affinché gli organi preposti apportino modifiche al progetto iniziale, con particolare riferimento all'assegnazione di classi di rischio per gli emittenti di prodotti di investimento assicurati e alla presentazione dei costi di transazione.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo, avrei preferito una scadenza più urgente per la data di applicazione.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη σχετική έκθεση, καθώς με την αναβολή των δώδεκα μηνών που προτείνεται επιχειρείται να δοθεί περισσότερος χρόνος στους ενδιαφερομένους (παραγωγούς συσκευασμένων επενδυτικών προϊόντων για ιδιώτες επενδυτές και επενδυτικών προϊόντων βασιζόμενων σε ασφάλιση), για να συμμορφωθούν προς τις νέες απαιτήσεις κατά την κατάρτιση του προβλεπόμενου εγγράφου βασικών πληροφοριών (ΕΒΠ). Η εφαρμογή του παρόντος κανονισμού θα έχει σαν αποτέλεσμα την αναβολή της διαφάνειας στην αγορά επενδύσεων για ιδιώτες επενδυτές.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The PRIIPs proposal introduces a series of measures aimed at enhancing investor protection and rebuilding consumer trust in the financial services industry by increasing transparency in the retail investment market. It requires manufacturers of packaged retail and insurance-based investment products to produce a key information document ('KID').The Regulation was adopted in 2014 and was supposed to come into force on 1 January 2017. The Commission came forward with a regulatory technical standard (RTS) on the exact content of the KID. In order to allow the Commission to come forward with a revised RTS, as the previous one was rejected in September 2016, and avoid uncertainty in the market, in agreement with Parliament and the Council, the Commission postponed the date of implementation by one year. Therefore, I support the technical proposal to postpone the date of implementation to 1 January 2018 in order to allow a level 2 legislation on the key information document to be adopted with stronger protection clauses for investors.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A befektető- és fogyasztóvédelmi szempontok mellett a gazdasági válság is ráirányította a figyelmet arra, hogy a lakossági befektetési termékekre vonatkozó – tagállamonként eltérő, s korszerűtlen – szabályozást felül kell vizsgálni. E javaslat ezért egy olyan egységes előírás megalkotását tűzte ki célul, amely segítséget nyújthat a lakossági befektetőknek ahhoz, hogy a befektetési döntéseik előtt könnyen áttekinthető és összehasonlítható információk álljanak rendelkezésükre a piacon elérhető termékekről.

A több éves előkészítő munka eredményeként született meg a vonatkozó az ún. „PRIIPs rendelet", amely középpontjába a lakossági befektetési csomagtermékek, illetve a biztosítási alapú befektetési termékek tájékoztatási és értékesítési folyamataira vonatkozó egységes előírások kialakítását állította. A szabályozás lényege, hogy meghatározza az ún. kiemelt információkat tartalmazó dokumentum (key information document, avagy rövidítve „KID") formáját és tartalmi elemeit, továbbá a befektetési termékek vonatkozásában kötelezővé teszi annak szerződéskötést megelőző átadását. A PRIIPS rendelet tehát az etikus életbiztosítási koncepció mellett tovább erősíti a transzparenciát. Szavazatommal jómagam is támogattam e jelentést, hiszen úgy vélem, hogy az összehasonlíthatósághoz elengedhetetlen a termékinformációk egységesítése.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A befektető- és fogyasztóvédelmi szempontok mellett a gazdasági válság is ráirányította a figyelmet arra, hogy a lakossági befektetési termékekre vonatkozó – tagállamonként eltérő, s korszerűtlen – szabályozást felül kell vizsgálni. E javaslat ezért egy olyan egységes előírás megalkotását tűzte ki célul, amely segítséget nyújthat a lakossági befektetőknek ahhoz, hogy a befektetési döntéseik előtt könnyen áttekinthető és összehasonlítható információk álljanak rendelkezésükre a piacon elérhető termékekről.

A több éves előkészítő munka eredményeként született meg a vonatkozó az ún. „PRIIPs rendelet", amely középpontjába a lakossági befektetési csomagtermékek, illetve a biztosítási alapú befektetési termékek tájékoztatási és értékesítési folyamataira vonatkozó egységes előírások kialakítását állította. A szabályozás lényege, hogy meghatározza az ún. kiemelt információkat tartalmazó dokumentum (key information document, avagy rövidítve „KID") formáját és tartalmi elemeit, továbbá a befektetési termékek vonatkozásában kötelezővé teszi annak szerződéskötést megelőző átadását. A PRIIPS rendelet tehát az etikus életbiztosítási koncepció mellett tovább erősíti a transzparenciát. Szavazatommal jómagam is támogattam e jelentést, hiszen úgy vélem, hogy az összehasonlíthatósághoz elengedhetetlen a termékinformációk egységesítése.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe teniendo presente que es necesario que los productores de productos de inversión minorista empaquetados y productos de inversión basados en seguros elaboraren un documento de datos fundamentales sobre los mismos con la finalidad de que el consumidor disponga de toda la información relevante.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Ringrazio la collega Pervenche Berès per aver portato a compimento questo importante dossier, che introduce misure indirizzate a migliorare la protezione degli investitori e rafforzare la fiducia dei consumatori. La trasparenza è fondamentale per rilanciare il settore finanziario: con questo testo normativo i risparmiatori europei sapranno di poter contare su un documento contenente tutte le informazioni essenziali sugli investimenti effettuati nel prodotto acquistato, a garanzia di un corretto utilizzo delle proprie risorse.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Mit der Verordnung über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte werden verschiedene Maßnahmen eingeführt, die den Anlegerschutz und das Vertrauen der Verbraucher in die Finanzdienstleistungsbranche stärken.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which aims at improving investor protection and rebuilding consumer trust by increasing transparency in the retail investment market. The packaged retail insurance-based investment products' aim is to impose disclosure requirements on future performance, risk and costs on the banks and financial services that market these products to retail investors. I support the introduction of key information documents covering not only collective investment schemes but also other packaged investment products offered by banks or insurance companies.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en esta votación, en la que se ha decidido posponer la aplicación de las nuevas regulaciones de los productos de inversión basados en seguros. Se trata de una reforma destinada a garantizar una mayor transparencia de estos productos para los consumidores. Sin embargo, la industria ha presionado a través de los grupos conservadores en la Comisión ECON, para reabrir el debate sobre el tipo de información que las empresas que venden estos productos deben facilitar. Si bien entiendo que dado la falta de acuerdo actual, no es viable que entre en vigor la nueva reglamentación, he decidido abstenerme por lo problemático de las razones de este retraso.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. The PRIIPs proposal introduces a series of measures aimed at enhancing investor protection and rebuilding consumer trust in the financial services industry by increasing transparency in the retail investment market. This is a technical proposal to postpone the date of implementation to 1 January 2018 in order to allow a level 2 legislation on the key information document to be adopted with stronger protection clauses for investors.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A befektető- és fogyasztóvédelmi szempontok mellett a gazdasági válság is felhívta a figyelmet arra, hogy a lakossági befektetési termékekre vonatkozó – tagállamonként eltérő, s korszerűtlen – szabályozást felül kell vizsgálni. E javaslat ezért egy olyan egységes előírás megalkotását tűzte ki célul, amely segítséget nyújthat a lakossági befektetőknek ahhoz, hogy a befektetési döntéseik előtt könnyen áttekinthető és összehasonlítható információk álljanak rendelkezésre a piacon elérhető termékekről.

A több éves előkészítő munka eredményeként született meg a vonatkozó az ún. „PRIIPs rendelet", amely középpontjába a lakossági befektetési csomagtermékek, illetve a biztosítási alapú befektetési termékek tájékoztatási és értékesítési folyamataira vonatkozó egységes előírások kialakítását állította. A szabályozás lényege, hogy meghatározza az ún. kiemelt információkat tartalmazó dokumentum (key information document, avagy rövidítve „KID") formáját és tartalmi elemeit, továbbá a befektetési termékek vonatkozásában kötelezővé teszi annak szerződéskötést megelőző átadását. A PRIIPS rendelet tehát az etikus életbiztosítási koncepció mellett tovább erősíti a transzparenciát.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this Regulation amendment. Parliament objected to the Delegated Regulation adopted by the Commission on 30 June 2016 and called, together with a large majority of Member States, for a deferral of the date of application of Regulation No 1286/2014 for twelve months to give additional time for those concerned to adhere to the new requirements. In the light of the exceptional circumstances, it is appropriate and justified for this Regulation to be amended accordingly.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe (EU) br. 1286/2014 Europskog parlamenta i Vijeća o dokumentima s ključnim informacijama za upakirane investicijske proizvode za male ulagatelje i investicijske osiguruteljne proizvode u pogledu datuma njezine primjene jer se time usvaja dotično stajalište u prvom čitanju. Podržavam odgodu početka primjene Uredbe za 1.1.2018. zbog toga što je potrebno smanjiti pravnu nesigurnost, te je nužno više vremena kako bi se operateri koji se bave upakiranim investicijskim proizvodima za male ulagatelje i investicijskim osiguruteljnim proizvodima prilagodili primjeni novih pravila.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Comme j'ai voté pour le rejet de l'acte délégué présenté par la Commission et qu'une entrée en vigueur du règlement, sans les normes techniques précisant les informations que doit contenir le Key Information Document, entrainerait une instabilité juridique, je soutiens ce rapport.

J'ai voté pour.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I strongly supported the call for postponing the application of this Regulation. It would have created too much uncertainty for both the industry and investors to have the Regulation entering into force without the technical clarifications the Commission has to give. I hope this one-year postponement will give the Commission and the ESAs time to address the concerns we raised, as this is not just a question of timing. Any delay will be for nothing if the EU does not put forward viable solutions for the problems, which remain to be solved. Given the importance of PRIIPS for investors in the capital market union, their protection and information, we want the upcoming technical standards (RTS) to remain in the spirit of the level 1 legislation, which is to provide clear, reliable and non-misleading information to investors.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui rend le règlement relatif aux produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance applicable à partir du 1er janvier 2018.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Vorschlag. Es geht um die Verlängerung der Übergangsregeln für gewisse Finanzprodukte, deren endgültige Regulierung weit über das Ziel hinausschießt und einen enormen Aufwand für normale Geschäftsbanken bedeutet.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A befektető- és fogyasztóvédelmi szempontok mellett a gazdasági válság is ráirányította a figyelmet arra, hogy a lakossági befektetési termékekre vonatkozó – tagállamonként eltérő, s korszerűtlen – szabályozást felül kell vizsgálni. E javaslat ezért egy olyan egységes előírás megalkotását tűzte ki célul, amely segítséget nyújthat a lakossági befektetőknek ahhoz, hogy a befektetési döntéseik előtt könnyen áttekinthető és összehasonlítható információk álljanak rendelkezésükre a piacon elérhető termékekről.

A több éves előkészítő munka eredményeként született meg a vonatkozó az ún. „PRIIPs rendelet", amely középpontjába a lakossági befektetési csomagtermékek, illetve a biztosítási alapú befektetési termékek tájékoztatási és értékesítési folyamataira vonatkozó egységes előírások kialakítását állította. A szabályozás lényege, hogy meghatározza az ún. kiemelt információkat tartalmazó dokumentum (key information document, avagy rövidítve „KID") formáját és tartalmi elemeit, továbbá a befektetési termékek vonatkozásában kötelezővé teszi annak szerződéskötést megelőző átadását. A PRIIPS rendelet tehát az etikus életbiztosítási koncepció mellett tovább erősíti a transzparenciát. Szavazatommal jómagam is támogattam e jelentést, hiszen úgy vélem, hogy az összehasonlíthatósághoz elengedhetetlen a termékinformációk egységesítése.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. — The Regulation on key information documents for packaged retail and insurance-based investment products (PRIIPs) introduces a key information document (KID – a simple document giving key facts to investors in a clear and understandable manner) covering not only collective investment schemes but also other 'packaged' investment products offered by banks or insurance companies. In light of this, we should sustain amendments made by Regulation (EU) No 1286/2014 on key information documents for PRIIPs as regards the date of its application. By doing so we actually will postpone the date of entry into application of the PRIIPs Regulation, which means that it shall apply from 1 January 2018. Thus, the EU and its Member States will have more time to prepare for the application of the new rules.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car suite au rejet par le Parlement, en septembre dernier, de l'acte délégué spécifiant les informations à fournir aux investisseurs, rejet que nous avons soutenu, il est nécessaire de retarder d'un an l'application du règlement PRIIP afin d'éviter une instabilité juridique.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – In 2014 besloten de Raad en het Europees Parlement om een gestandaardiseerde informatiefiche (het "Key Information Document" of KID) in te voeren om mensen te helpen bij hun beslissing om te investeren in bepaalde beleggingsproducten. Voornamelijk verzekeraars zouden dit document vanaf 2017 aan hun klanten moeten voorleggen. De Europese Commissie moest daarvoor wel nog technische standaarden voor de inhoud en de vormvereisten van dit KID aannemen.

Sinds de zomer heeft het Europees Parlement de Commissie meermaals gewezen op de gebreken en leemtes vervat in de initiële standaarden zoals deze door de Commissie werden aangenomen. Toch bleef zij halsstarrig aan de originele versie ervan vasthouden. Daardoor zag het Parlement zich in september genoodzaakt de standaarden te verwerpen. Als gevolg daarvan heeft de Commissie nieuwe standaarden moeten opstellen waaraan verzekeraars volgens de PRIIPs-verordening in principe vanaf 1 januari 2017 moeten voldoen.

Helaas heeft het getalm van de Commissie ervoor gezorgd dat een tijdige implementatie van deze standaarden (die er dus nog niet zijn) en de PRIIPs-verordening voor verzekeraars onmogelijk is geworden. Daarom stemmen de Europarlementsleden van de N-VA voor een uitstel van één jaar van de inwerkingtreding van deze verordening.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Uredbom br. 1286/2014 Europskog parlamenta i Vijeća uveden je niz mjera za poboljšanje zaštite ulagatelja i obnove povjerenja potrošača u sektor financijskih usluga. Njome se od izdavatelja upakiranih investicijskih proizvoda za male ulagatelje i investicijskih osiguranjnih proizvoda zahtijeva izrada dokumenta s ključnim informacijama.

Europski parlament usprotivio se 14. rujna 2016. delegiranoj uredbi koju je Komisija donijela 30. lipnja 2016. i zajedno s velikom većinom država članica pozvao na odgodu datuma početka primjene Uredbe br. 1286/2014 na 1. siječnja 2016. Dvanaestomjesečnom odgodom osigurat će se uključenim stranama dodatni rok za ispunjavanje novih zahtjeva, stoga sam podržala ovo izvješće.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 1286/2014 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με τα έγγραφα βασικών πληροφοριών που αφορούν συσκευασμένα επενδυτικά προϊόντα για ιδιώτες επενδυτές και επενδυτικά προϊόντα βασιζόμενα σε ασφάλιση όσον αφορά την ημερομηνία εφαρμογής του, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Ce texte valide la proposition de report d'un an de la date d'entrée en vigueur du règlement 1286/2014 introduisant une série de mesures destinées à renforcer la protection des investisseurs dans le secteur des services financiers. Ces mesures amélioreraient la transparence du marché des investissements de détail.

Étant donné qu'en l'état, ce règlement ne possède pas les normes techniques spécifiant les informations que doit contenir le document d'informations clés (Key Information Document ou KID), que les nouveaux KIDs se fondent ainsi sur des éléments très subjectifs et des hypothèses trop favorables, ce règlement entraînerait, par conséquent, une instabilité juridique. Nous sommes dès lors favorables à un tel report.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on key information documents for packaged retail and insurance-based investments products as regards the date of its application. The report proposes the production of a key information document (KID). This document will include elements such as presentation of risk and reward, the calculation of costs, the conditions for reviewing the information contained within the document, and information that will be provided to retail investors. Having said that, the adoption of the report and the KID will represent our continued efforts aiming at enhancing investor protection and rebuilding consumer trust.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório tem por base o Regulamento (UE) n.º 1286/2014, do Parlamento Europeu e do Conselho, o qual introduz uma série de medidas para reforçar a proteção dos investidores e consumidores e restabelecer a confiança destes nos serviços financeiros.

A data estabelecida para a sua entrada em vigor era a de 31 de dezembro de 2016. No entanto, e com a justificação de aumentar a transparência no mercado de investimento financeiro, bem como a de que é necessário tempo para que as partes visadas cumpram os novos requisitos, propõe-se um adiamento de doze meses para que o Regulamento entre em vigor.

O tempo de adiamento apresenta-se excessivo, pois a aplicação do Regulamento é urgente, para além de que acresce o risco de, neste período, serem atendidas certas reivindicações da indústria dos serviços financeiros e, assim, se desvirtuarem as resoluções do Regulamento no que toca à proteção dos consumidores.

Abstive-me.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Šiuo pasiūlymu siekiama pagreitinti reglamento dėl mažmeninių investicinių produktų paketų ir draudimo principu pagrįstų investicinių produktų įsigaliojimo datą.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le règlement 1286/2014 vise à renforcer la protection des investisseurs dans le secteur des services financiers en améliorant la transparence du marché des investissements de détail. Il impose ainsi aux initiateurs de produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance (PRIIP) de produire un document d'informations clés, appelé Key Information Document (KID). Ce règlement habilite les Autorités européennes de surveillance (AES) à élaborer des normes techniques de réglementation précisant les éléments que devait contenir le KID. La Commission a approuvé le projet présenté par les AES en adoptant un acte délégué qui a aussi été approuvé par le Conseil. Cependant, le Parlement a rejeté l'acte délégué et demandé à la Commission de revoir les dispositions relatives aux PRIIP.

Il est reproché à ces nouveaux KIDs d'être opaques et trompeurs. En effet, les performances passées sont supprimées au profit de scénarios de performances futures construits autour d'hypothèses qui laissent une grande place à la subjectivité et qui n'intègrent pas les crises passées. Les formules employées sur la plaquette ne sont pas assez pessimistes. C'est l'objet de la proposition de règlement présentée par la Commission européenne et que le rapport Berès valide. J'ai donc voté pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O Regulamento (UE) n.º 1286/2014 foi adotado em 26 de novembro de 2014, com o objetivo de reforçar a proteção dos pequenos investidores em pacotes de produtos de investimento de retalho e de produtos de investimento com base em seguros (PRIIP). Além disso, visa restabelecer a confiança dos consumidores no setor dos serviços financeiros, na sequência da crise financeira.

A fim de cumprir estes objetivos, o Regulamento (UE) n.º 1286/2014 exige que os produtores de PRIIP respeitem um conjunto uniforme de requisitos em matéria de divulgação de informações sobre o produto e que os pequenos investidores recebam o documento de informação fundamental sobre os PRIIP propostos. As informações divulgadas deverão permitir que os pequenos investidores compreendam melhor a natureza económica e os riscos de um produto específico, bem como permitir a comparação entre os diferentes produtos propostos.

Daí o meu parecer favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this proposal which clarifies the date of application of previous legislation on such products and is very useful for the sector.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Comme le prévoit le règlement 1286/2014 une série de mesures devront être introduites afin de renforcer la protection des investissements et de rétablir la confiance des consommateurs dans le secteur des services financiers. À cette fin, un document d'informations clés devra être rédigé. Devant les mesures à mettre en œuvre et leur technicité, nous avons tenu, à une très large majorité, à prévoir un délai plus long pour l'application de ce règlement. Cela devrait laisser un temps plus adéquat aux acteurs pour se conformer aux nouvelles exigences.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this technical proposal to postpone the date of implementation to 1 January 2018 in order to allow a level 2 legislation on the key information document in order to be adopted with stronger protection clauses for investors.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság a lakossági befektetési csomagtermékekkel, illetve biztosítási alapú befektetési termékekkel kapcsolatos kiemelt információkat tartalmazó dokumentumokról szóló 1286/2014/EU európai parlamenti és tanácsi rendelet módosítására tett javaslatot, azt indítványozva, hogy a rendelet alkalmazását – a Parlament, illetve a tagállamok jelentős többségének kérésével összhangban, tekintettel a hátralévő idő rendkívüli rövidségére – tizenkét hónappal halasszák el. A Gazdasági és Monetáris Bizottság jelentésében az ajánlja, hogy a Parlament a javaslatot fogadja el. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Il est reproché au règlement PRIIPS d'introduire des obligations d'informations nouvelles, qui s'avèrent opaques et trompeuses, surtout par rapport à la présentation des performances et de leur calcul. En effet, les performances passées sont supprimées au profit de scénarios de performances futures construits autour de 3 hypothèses (défavorable, modérée, favorable) qui laissent une grande place à la subjectivité et qui n'intègrent pas les crises passées.

Or, la présence de statistiques passées est le seul moyen de mettre en avant les pertes et gains probables, et ce de façon objective. Les formules employées sur la plaquette ne sont pas assez pessimistes et n'insistent pas assez sur les risques de perte pour l'investisseur ; et la présentation des coûts se fait sur des hypothèses trop favorables. Étant donné que nous avons voté pour le rejet de l'acte délégué présenté par la Commission, et qu'une entrée en vigueur du règlement, sans les normes techniques spécifiant les informations qu'il doit contenir entrainerait une instabilité juridique, nous ne nous opposons pas à cette proposition de règlement, ni au rapport.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Regulamento (UE) n.º 1286/2014 do PE e do Conselho introduziu medidas para reforçar a proteção dos investidores e restabelecer a confiança dos consumidores no setor dos serviços financeiros, aumentando a transparência no mercado de investimento de retalho. Exige que os produtores de pacotes de produtos de investimento de retalho e de produtos de investimento com base em seguros elaborem um documento de informação fundamental.

Em 30 de junho de 2016, a Comissão adotou um regulamento delegado que complementa o Regulamento, especificando a apresentação, o conteúdo do documento de informação fundamental, o seu formato normalizado, a metodologia na base da apresentação do risco e da remuneração, o cálculo dos custos, as condições e a frequência mínima de revisão das informações do documento.

Em 14 de setembro de 2016, o PE formulou objeções ao regulamento e apelou, juntamente com a grande maioria dos Estados-Membros, a um adiamento da data de aplicação do Regulamento para dar mais tempo a todos para cumprirem os novos requisitos.

Deste modo, afigura-se relevante e oportuno que o Regulamento (UE) n.º 1286/2014 seja alterado em conformidade.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Je vote pour ce texte technique qui retarde l'application du règlement PRIIP, nécessaire suite au rejet en septembre dernier d'un acte délégué afférent.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la proposition de règlement du Parlement sur les documents d'informations clés relatifs aux produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance. Ce rapport visait simplement à repousser la date de mise en application de ce règlement afin d'être mieux préparé au moment de son entrée en vigueur.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogatom a jelentést, mivel úgy gondolom, hogy az a lakossági befektetési piac átláthatóságát segíti és ezáltal fokozza a befektetők védelmét. Fontos, hogy a fogyasztók jogait a befektetések világában is megfelelő jogi eszközökkel védjük, illetve, hogy helyreállítsuk a fogyasztók pénzügyi szolgáltatási ágazatba vetett bizalmát.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this report on documents for packaged retail and insurance-based investment products with regard to the requirement to provide presentation, content, review and revision of key information documents.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. — Podpořil jsem legislativní zprávu v prvním čtení, která odkládá použitelnost nařízení Evropského parlamentu a Rady (EU) č. 1286/2014 o sděleních klíčových informací týkajících se strukturovaných retailových investičních produktů a pojistných produktů s investiční složkou o dvanáct měsíců, tedy k 1. lednu 2018. Účelem je získat více času na vypracování regulačních technických norem upřesňujících konkrétní prvky sdělení klíčových informací. Jedině tak bude možno dosáhnout zvýšení účinné ochrany investorů a obnovení důvěry spotřebitelů v odvětví finančních služeb zvýšením transparentnosti na retailovém investičním trhu.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I abstained on this vote, which extends the deadline for implementation of the Regulation requiring the providers of packaged retail insurance investment products (PRIIPs) to give customers a key information document (KID).

PRIIPs are the products usually offered by banks to everyday customers when they want to make an investment – e.g. buying a house. The Commission's Regulation sets the terms on which the PRIIPs industry is required to provide investors with a KID, a mandatory, standardised disclosure document that outlines potential risk, costs and future performance scenarios.

This report postpones the roll-out of the KID by one year while the Commission revises the regulatory technical standards (RTS).

I want the KID requirements to be implemented as soon as possible, but the entry into force of the Regulation in the absence of the RTS would be impractical.

There has not been sufficient justification for delaying the implementation of the KID by a full year. I also have concerns that the Commission has indicated its revision of the RTS will address some of the demands of the industry lobbies instead of sticking to the exact proposals for revision adopted by Parliament in the September plenary.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Auch für diesen Bericht habe ich mich ausgesprochen, da es hier um eine Verlängerung der Übergangsregeln für versicherungsbasierte Finanzprodukte geht. Die Regulierung, wie sie vorgesehen ist, verlangt ein *Key Information Document* für ein jedes solches Produkt. Der schnelle Handel macht die Informationen in einem solchen Dokument gleich obsolet. Ein Dokument für jedes einzelne Produkt anzulegen, ist schlichtweg nicht möglich.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Määruse kohaldamise edasilükkamine annab asjaosalistele lisaaega uute nõuete järgimiseks.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η πρόταση εισάγει μια σειρά μέτρων που αποσκοπούν στην ενίσχυση της προστασίας των επενδυτών και την αποκατάσταση της εμπιστοσύνης των καταναλωτών στον τομέα των χρηματοπιστωτικών υπηρεσιών, αυξάνοντας τη διαφάνεια στην αγορά λιανικής πώλησης των επενδύσεων. Θα απαιτεί από τους κατασκευαστές των συσκευασμένων λιανικής και της ασφάλισης, με βάση επενδυτικά προϊόντα, να παράγουν ένα έγγραφο βασικών πληροφοριών.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che il regolamento n. 1286/ 2014 del Parlamento europeo e del Consiglio ha introdotto nuove ed importanti misure dirette, da un lato, a migliorare la tutela degli investitori e, dall'altro, a ripristinare la fiducia del consumatore nei servizi finanziari garantendo una maggiore trasparenza.

Questa maggiore tutela a favore del consumatore si sostanzia, essenzialmente, nell'imporre al produttore di un prodotti d'investimento al dettaglio e assicurativi preassemblati di fornire un documento con le informazioni rilevanti. Inoltre, il regolamento n. 1286/2014 attribuisce maggior potere all'Autorità bancaria europea, all'Autorità europea delle assicurazioni e delle pensioni aziendali e professionali e all'Autorità europea degli strumenti finanziari e dei mercati, permettendo ad esse di elaborare ulteriori documenti diretti a tutelare il consumatore.

Pertanto ho espresso voto positivo

Marijana Petir (PPE), *napisan.* — Podržavam odgodu datuma primjene Uredbe (EU) br 1286/2014 Europskog parlamenta i Vijeća o dokumentima za upakirane investicijske proizvode za male ulagatelje i investicijske osiguruteljne proizvode. Malim se ulagateljima sve više nudi velik izbor upakiranih investicijskih proizvoda, kao i investicijskih osiguruteljnih proizvoda (PRIIP-ovi) kada razmatraju ulaganja. Postojeće objave informacija malim ulagateljima o takvim PRIIP-ovima neusklađene su i često ne pomažu malim ulagateljima da mogu usporediti različite proizvode ili razumjeti njihova obilježja. Sukladno tome mali su ulagatelji često ulagali bez razumijevanja povezanih rizika i troškova te pritom ponekad trpjeli i nepredviđene gubitke. Države članice već su pokrenule različita i neusklađena djelovanja za rješavanje nedostataka mjera zaštite ulagatelja i takva će se kretanja vjerojatno nastaviti. Različiti pristupi objavljivanju informacija vezanih za PRIIP-ove sprečavaju stvaranje jednakih uvjeta za različite izdavatelje PRIIP-a i one koji savjetuju o tim proizvodima ili ih prodaju te tako narušavaju tržišno natjecanje i dovode do nejednakih razina zaštite ulagatelja u Uniji. Takva različitost predstavlja prepreku uspostavljanju i nesmetanom funkcioniranju unutarnjeg tržišta. Unaprjeđenje transparentnosti PRIIP-ova koji se nude malim ulagateljima predstavlja važnu mjeru njihove zaštite i preduvjet je za obnovu povjerenja malih ulagatelja u financijsko tržište, posebno nakon financijske krize.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Uredba (EU) br. 1286/2014 donesena je 26. studenoga 2014. radi poboljšanja zaštite malih ulagatelja koji ulažu u upakirane investicijske proizvode za male ulagatelje i investicijske osiguruteljne proizvode. Uveden je niz mjera s ciljem povećanja transparentnosti na tržištu i vraćanja povjerenja potrošača u sektor financijskih usluga nakon financijske krize. Od izdavatelja se upakiranih investicijskih proizvoda za male ulagatelje i investicijskih osiguruteljnih proizvoda zahtijeva izrada dokumenta s ključnim informacijama. Također se dalo ovlasti određenim europskim nadzornim tijelima da izrade regulatorne tehničke standarde kojima se utvrđuju elementi dokumenta s ključnim informacijama. Delegiranu uredbu Komisije iz lipnja 2016. Europski je parlament odbio uredbu i pozvao Komisiju da preispita odredbe o PRIIP-ovima s više opcija te odredbe o scenarijima uspješnosti i upozorenju o razumijevanju. Zajedno s Vijećem, Parlament je zatražio i odgodu datuma početka primjene Uredbe pošto glatka primjena Uredbe nije moguća dok god ne postoje tehnički standardi. Novi datum primjene Uredbe jest 1. siječanj 2018. i tom će se jednogodišnjom odgodom uključenim stranama omogućiti dodatni period za ispunjavanje novih zahtjeva.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – A proposta da CE para impor mais regulações ao setor dos PRIIP surgiu, ainda que tardiamente, como uma resposta à crise financeira. As reformas sugeridas estão concebidas para proteger os investidores retalhistas do setor financeiro que vende produtos inadequados e de elevado risco sem previamente fornecer informações apropriadas.

Este relatório, aprovado na ECON por procedimento simplificado, tem como objetivo adiar em um ano a data de adoção do Regulamento 1286/2014 (referente ao PRIIPS nível um), ou seja, os requisitos para fornecer os documentos de informação fundamental para PRIIPS aos investidores retalhistas só entrarão em vigo a 1 de janeiro de 2018.

Seria desejável que os requisitos relativos ao documento de informação fundamental fossem implementados quanto antes. No entanto, deverá ser evitado que o Regulamento entre em vigor enquanto não estiverem definidas as nomas técnicas regulamentares.

Todavia, tal não justifica que se adie em um ano a obrigatoriedade de apresentar o DIF. O «prazo» do adiamento poderá antes estar relacionado com o facto de o Parlamento Europeu e a CE terem acordado em rever as normas técnicas regulamentares de acordo com os interesses do setor.

Trata-se de mais um ato definido em benefício do grande capital financeiro e monopolista em prejuízo dos trabalhadores e dos povos.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie jest następstwem odrzucanego przez Parlament standardu technicznego o charakterze regulacyjnym (RTS) zaproponowanego przez Europejski Urząd Nadzoru Giełd i Papierów Wartościowych (ESMA) i Komisję do sporządzenia dokumentu z kluczowymi informacjami (KID) towarzyszącego detalicznym produktom zbiorowego inwestowania i ubezpieczeniowym produktom inwestycyjnym (PRIIP). W celu zapewnienia Komisji i ESMA odpowiedniego czasu na zmodyfikowanie standardu technicznego zaproponowano 12-miesięczny okres opóźnienia wdrożenia. Zmian oczekuje się w szczególności w trzech obszarach: przypisanie klas ryzyka do emitenta PRIIP, cofnięcie zwolnienia udzielonego w ramach dyrektywy odnoszącej się do przedsiębiorstw zbiorowego inwestowania w zbywalne papiery wartościowe (UCITS) dla wielokrotnych produktów inwestycyjnych i prezentacja kosztów transakcyjnych. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – La crise financière sans précédent qui nous a récemment touchés, ne doit jamais se reproduire. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce rapport qui propose un délai supplémentaire de douze mois aux acteurs concernés pour produire un document explicatif afin de guider les consommateurs dans leurs prises de décisions en matière d'investissements. Ce document aura pour but d'apporter aux investisseurs un aperçu simple des détails les plus importants du produit financier acheté, notamment les frais, les risques et les performances éventuelles.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Voting against this proposed delay in bringing an EU Regulation into force would have resulted in rules being implemented that would mislead investors; voting in favour of the delay would nevertheless amount to an approval of EU legislation that UKIP regards as unnecessary for the UK (as the Common Law already provides for disclosure to investors of all information relevant to a reasonable person's decision to invest). Accordingly UKIP abstained.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Informe de carácter técnico por el que se modifica el artículo 34 del Reglamento (UE) n.º 1286/2014 para que sea aplicable a partir del 1 de enero de 2018.

El informe se adopta conforme al procedimiento simplificado del artículo 150 del Reglamento del Parlamento Europeo por el que toda propuesta de acto legislativo en primera lectura que haya sido aprobada en comisión con menos de una décima parte de sus miembros en contra, se incluirán en el proyecto de orden del día del Parlamento para su votación sin enmiendas. A su vez, los asuntos incluidos en el proyecto definitivo del orden del día para su votación sin enmiendas tampoco serán objeto de debate.

He votado a favor del informe finalmente adoptado.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil modifiant le règlement du Parlement européen et du Conseil sur les documents d'informations clés relatifs aux produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance en ce qui concerne sa date de mise en application.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Nedidelis, bet svarbus žingsnis į geresnę vartotojų teisių apsaugą. Klausimu dėl mažmeninių investicinių produktų ir draudimo investicijų produktų patikslinamas dabartinio reguliavimo turinys, aiškiau įvardijant kokią informaciją produkto pardavėjas turi pateikti vartotojui.

Kartu šiuo klausimu Parlamentas parodė savo, kaip ES piliečių atstovo, valią ir pareikalavo, kad Komisija pateiktų teisės akto projektą, įpareigojantį tokių finansinių instrumentų kūrėjus vertinti finansinių instrumentų pelningumą remiantis labiau pesimistiniais, artimesniais realybei scenarijais. Juk dabar daugelis finansinių institucijų nevengia piešti rožinių ateities scenarijų, kuriuos turėtų sukurti siūlomi finansiniai instrumentai, ir žinoma, neprisiima jokios atsakomybės, kai žadėtos aukso pilys subliūkšta.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Apoiei este relatório que diz respeito a uma proposta de alteração do Regulamento (UE) n.º 1286/2014 relativa aos documentos de informação fundamental para pacotes de produtos de investimento de retalho e produtos de investimento com base em seguros.

Com efeito, o regulamento em causa contempla um conjunto de medidas tendentes a reforçar e restabelecer a confiança dos consumidores no sector dos serviços financeiros, com vista a uma maior transparência no mercado de investimento de retalho, habilitando diversas autoridades reguladoras e de supervisão a elaborarem normas técnicas, capazes de especificar os elementos que devem estar contemplados na informação documental, elaborada pelas entidades que efetuam estes pacotes de produtos de investimento de retalho e produtos de investimento com base em seguros.

No entanto, as alterações entretanto formuladas ao Regulamento, respeitantes ao formato, metodologia, cálculo de custos, revisão e outro tipo de formalismos que devem constar na informação documental, carecem de um período temporal mais alargado para que as partes interessadas possam cumprir estes novos requisitos.

Nessa medida, subscrevi a proposta de adiamento de doze meses para a entrada em vigor do Regulamento, a fim de as respetivas alterações serem aplicadas a partir de 1 de janeiro de 2018.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe, porque pese a que entendemos las dificultades en la implementación de los estándares regulativos, consideramos que los y las pequeñas ahorradoras deben conocer una información real sobre los riesgos que encaran este tipo de inversiones. Pese a ser contraria a cualquier retraso en la implementación, nuestra intención es que se incluya información veraz sobre los riesgos de inversión, así intentamos que se eviten escenarios como la experiencia de los preferentistas en Galiza. Desarrollar estos documentos básicos de información antes del límite propuesto podría acarrear numerosos problemas en la determinación de los riesgos financieros de este tipo de productos y proveer información excesivamente optimista sobre estos productos de inversión, pero necesitamos información clara para los y las inversoras y ahorradoras tan pronto como sea posible. Es por esto por lo que no he podido votar a favor del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report. The PRIIPs proposal introduces a series of measures aimed at enhancing investor protection and rebuilding consumer trust in the financial services industry by increasing transparency in the retail investment market. This is a technical proposal to postpone the date of implementation to 1 January 2018 in order to allow a level 2 legislation on the key information document to be adopted with stronger protection clauses for investors.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som odloženie uplatňovania nariadenia o retailových investičných produktoch, lebo sa domnievam, že jeho aplikácia by v súčasnosti predstavovala pre spoločnosti nadmernú záťaž. Síce bolo samotné nariadenie schválené ešte v roku 2014, Komisia prijala až v júni 2016 delegované nariadenie, ktorým stanovila spôsob prezentácie a obsah tzv. dokumentov s kľúčovými informáciami. Voči tomuto delegovanému nariadeniu vzniesol Európsky parlament v septembri námietku a spolu s veľkou väčšinou členských štátov požadujeme, aby sa nariadenie prijalo do platnosti až s ročným odkladom. Opatrenia sa tak budú používať až od 1. januára 2018, čo zabezpečí, že spoločnosti budú na novú úpravu lepšie pripravené.

Zámerom nariadenia je posilniť ochranu investorov a znovu obnoviť dôveru spotrebiteľov v odvetvie finančných služieb zvýšením transparentnosti retailového investičného trhu. Od tvorcov štrukturalizovaných retailových investičných produktov a investičných produktov založených na poistení budeme podľa tohto nariadenia vyžadovať, aby vypracovali dokumenty s kľúčovými informáciami. Delegované nariadenie Komisie potom stanovilo spôsob prezentácie a obsah týchto dokumentov. Pre hladký priebeh zavádzania týchto opatrení súhlasím s názorom, že by sme mali dať finančným spoločnostiam rok navyše, aby sa na ich uplatňovanie lepšie pripravili.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Odklad dátumu začatia uplatňovania nariadenia (EÚ) č. 1286/2014 sa zdá byť v súčasnosti potrebný. Tento odklad by mal byť ustanovený na obdobie 12 mesiacov, aby poskytol dotknutým stranám dodatočný čas na dodržiavanie nových požiadaviek. Vzhľadom na to, že toto nariadenie by malo nadobudnúť účinnosť okamžite, treba zodpovedať otázku, či je odôvodnené uplatniť výnimku pre naliehavé prípady stanovenú v článku 4 Protokolu (č. 1) o úlohe národných parlamentov v EÚ, ktorý je pripojený k Zmluve o EÚ, Zmluve o fungovaní EÚ a zmluve o založení EURATOM.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Die Entschließung des EU-Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte im Hinblick auf den Geltungsbeginn habe ich abgelehnt.

Geändert wird eine Verordnung, durch die EU-Aufsichtsbehörden befugt werden, Entwürfe technischer Regulierungsstandards auszuarbeiten, in denen die Einzelheiten des Basisinformationsblatts präzisiert werden.

Das Basisinformationsblatt lehne ich ab. Es vereinheitlicht den Verbraucherschutz in der EU und überträgt entscheidende Aufsichtskompetenzen weg von den nationalen Behörden hin zu EU-Behörden. Diese haben es nicht fertiggebracht, innerhalb der vorgesehenen Frist delegierte Verordnungen zu erstellen, die akzeptabel waren. Nun soll mit dieser Verordnungsänderung die Frist dafür verlängert werden. Ich sehe keinen Grund, hier einen Aufschub zu gewähren, damit die Kommission nachholen kann, was ihr nicht fristgemäß gelungen ist, noch dazu bei einem Thema, zu dem sie keine Kompetenz haben sollte.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Slažem se s prijedlogom uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe (EU) br. 1286/2014 s obzirom da je njome predstavljen niz mjera radi poboljšanja zaštite ulagatelja i obnove povjerenja potrošača u sektor financijskih usluga povećanjem transparentnosti na tržištu malih ulagatelja.

Nedavna financijska kriza ukazala je na nedostatke i nepravilnosti u financijskom sektoru zbog kojih su upravo mali ulagači imali najveći gubitak. Smatram kako će se ovom uredbom povećati transparentnost banaka i investicijskih fondova klijentima i ulagačima.

Podržavam ovu uredbu jer će se njome smanjiti asimetričnost informacija te umanjiti rizik ulagačima kako bi dobili na uvid ključne informacije pri donošenju financijskih odluka.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o dokumentih s ključnimi informacijami o paketnih naložbenih produktih za male vlagatelje in zavarovalnih naložbenih produktih v zvezi z datumom začetka njene uporabe.

Po finančni in gospodarski krizi, ki je pred leti doživela razmah po vsej Evropi, je Evropska komisija med drugim leta 2014 predlagala uredbo, s katero bomo povečali zaščito za vlagatelje ter povrnili zaupanje potrošnikov v sektor finančnih storitev.

Evropski parlament je pred meseci nasprotoval delegirani uredbi, zato bomo z današnjim poročilom določili, da uredba začne veljati 1. januarja 2018.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Με την αναβολή των δώδεκα μηνών που προτείνεται, επιχειρείται να δοθεί περισσότερος χρόνος στους ενδιαφερομένους (παραγωγούς συσκευασμένων επενδυτικών προϊόντων για ιδιώτες επενδυτές και επενδυτικών προϊόντων βασιζόμενων σε ασφάλιση), για να συμμορφωθούν προς τις νέες απαιτήσεις κατά την κατάρτιση του προβλεπόμενου εγγράφου βασικών πληροφοριών (ΕΒΠ). Η εφαρμογή του παρόντος κανονισμού θα έχει σαν αποτέλεσμα την αναβολή της διαφάνειας στην αγορά επενδύσεων για ιδιώτες επενδυτές.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A befektető- és fogyasztóvédelmi szempontok mellett a gazdasági válság is ráirányította a figyelmet arra, hogy a lakossági befektetési termékekre vonatkozó – tagállamonként eltérő, s korszerűtlen – szabályozást felül kell vizsgálni. E javaslat ezért egy olyan egységes előírás megalkotását tűzte ki célul, amely segítséget nyújthat a lakossági befektetőknek ahhoz, hogy a befektetési döntéseik előtt könnyen áttekinthető és összehasonlítható információk álljanak rendelkezésükre a piacon elérhető termékekről.

A több éves előkészítő munka eredményeként született meg a vonatkozó az ún. „PRIIPs rendelet”, amely középpontjába a lakossági befektetési csomagtermékek, illetve a biztosítási alapú befektetési termékek tájékoztatási és értékesítési folyamataira vonatkozó egységes előírások kialakítását állította. A szabályozás lényege, hogy meghatározza az ún. kiemelt információkat tartalmazó dokumentum (key information document, avagy rövidítve „KID”) formáját és tartalmi elemeit, továbbá a befektetési termékek vonatkozásában kötelezővé teszi annak szerződéskötést megelőző átadását. A PRIIPS rendelet tehát az etikus életbiztosítási koncepció mellett tovább erősíti a transzparenciát. Szavazatommal támogattam e jelentést, hiszen, véleményem szerint, az összehasonlíthatósághoz elengedhetetlen a termékinformációk egységesítése.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a lakossági befektetési csomagtermékekkel és biztosítási alapú befektetési termékekkel kapcsolatos jelentés elfogadását. A jelentés egyetértve a bizottsági javaslattal támogatja azt a bizottsági szándékot, hogy javítsák a lakossági befektetési csomagtermékekbe, illetve biztosítási alapú befektetési termékekbe (PRIIP-ek) fektető lakossági befektetők védelmét. Helyesnek tartom ezt a szándékot, illetve azt a törekvést is, hogy állítsák helyre a pénzügyi válság után megrendült fogyasztói bizalmat a pénzügyi szolgáltatási ágazatba.

Ennek érdekében a rendelet egységes szabályokat ír elő a PRIIP-ek előállítóinak a terméktájékoztatók tekintetében, illetve előírja, hogy a lakossági befektetők kapjanak egy kiemelt információkat tartalmazó dokumentumot a PRIIP-ekkel kapcsolatban.

Úgy vélem, hogy az ebben a formában elkészített terméktájékoztatókban közzétett információk segítenek abban, hogy a lakossági befektetők jobban megértsék az adott termék gazdasági jellegét és kockázatait, valamint lehetővé teszik a termékek könnyebb összehasonlítását más befektetési ajánlatokkal. Véleményem szerint a rendelet összességében elősegíti az átláthatóság és a harmonizáció fokozását is a pénzügyi szolgáltatások piacán.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – În contextul actual, consumatorii de produse de asigurări au nevoie de transparență în ceea ce privește sectorul serviciilor financiare, de un comportament responsabil din partea prestatorilor de servicii financiare (creatorilor de produse de investiții individuale structurate și bazate pe asigurări), dar, mai ales, de implicarea proactivă a autorităților competente din statele membre și a celor de la nivel european. Aceasta deoarece, pe de o parte, gama produselor de investiții individuale structurate și bazate pe asigurări este din ce în ce mai largă, unele dintre aceste produse fiind combinate cu asigurările, și, oricum, sunt complexe și dificil de înțeles de către investitori, iar, pe de altă parte, statele membre desfășoară acțiuni divergente și necoordonate în vederea asigurării protecției investitorilor.

Astfel, comunicarea și transparența contribuie la crearea condițiilor necesare dezvoltării unei competitivități constructive pe piața investițiilor individuale, indiferent de tipul de intermediar financiar (care le produce sau le comercializează), precum și cele privind protecția investitorilor. În acest context, decalarea cu douăsprezece luni a aplicării Regulamentului (UE) nr. 1286/2014 este oportună și justificată, oferind răgazul necesar pentru ca statele membre să adere la măsurile destinate să crească protecția investitorilor și încrederea consumatorilor în investiții individuale structurate și bazate pe asigurări.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. — Această propunere introduce o serie de măsuri care vizează consolidarea protecției investitorilor și reconstruirea încrederii consumatorilor în industria serviciilor financiare, prin creșterea transparenței pe piața de investiții. Regulamentul în discuție a fost adoptat în 2014 și ar fi trebuit să intre în vigoare la 1 ianuarie 2017.

Pentru a permite revizuirea în timp util a documentului și pentru a evita incertitudinea de pe piață, în acord cu PE și Consiliul, Comisia a amânat data punerii în aplicare până în 2018. Este o măsură necesară, în special pentru protecția investitorilor, și votez pentru susținerea ei.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai vote en faveur du texte de lon éminente cóllègue Beres sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil modifiant le règlement (UE) nº 1286/2014 du Parlement européen et du Conseil sur les documents d'informations clés relatifs aux produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance en ce qui concerne sa date de mise en application

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe (EU) br. 1286/2014 Europskog parlamenta i Vijeća o dokumentima s ključnim informacijama za upakirane investicijske proizvode za male ulagače i investicijske osiguravatelje proizvoda u pogledu datuma njezine primjene. Smatram da je prijedlog izmjene koji predlaže da se u Uredbi (EU) br. 1286/2014 drugi stavak članka 34. zamjenjuje sljedećim „primjenjuje se od 1. siječnja 2018." ostavlja adekvatan vremenski prostor kako bi se uključenim stranama omogućio dodatni rok za ispunjavanje novih zahtjeva.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Fond solidarnosti Europske unije omogućuje EU-u da odgovori na velike prirodne katastrofe te da pokaže solidarnost s pogođenim područjima i državama te je značajan izvor financiranja lokalnim i regionalnim samoupravama za ublažavanje posljedica elementarnih nepogoda.

Glasovala sam pozitivno za ovo izvješće jer smatram kako je takav fond itekako potreban, posebno u vrijeme velikih klimatskih promjena zbog kojih je broj elementarnih nepogoda znatno porastao. Kao zastupnica iz Hrvatske, zemlje kojoj je četiri puta dodijeljena financijska pomoć u saniranju posljedica prirodnih katastrofa, a posljednji puta 2014. godine nakon katastrofalnih poplava koje su pogodile istočni dio Slavonije, pozdravljam svako poboljšanje u funkcioniranju EUSF-a koje će ubrzati sami proces dobivanja pomoći i poboljšati sredstva komunikacije i suradnje s lokalnim te regionalnim vlastima.

Hrvatska je nekoliko puta, a posebice 2014. godine, na vlastitom primjeru uvidjela važnost i dobrobit postojanja takvog fonda, ali s druge strane, suočila se i s nekim nedostacima EUSF-a 2013. godine kada je odobrenje dobiveno tek sedam mjeseci nakon predaje zahtjeva, a 18 mjeseci prošlo je prije nego što su sredstva došla u ruke korisnika. Takve situacije, u kojima se između hitne intervencije i pristizanja sredstava iz Fonda žrtve osjećaju zaboravljeno, u budućnosti se trebaju spriječiti pod svaku cijenu.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe (EU) št. 1286/2014 Evropskega parlamenta in Sveta o dokumentih s ključnimi informacijami o paketnih naložbenih produktih za male vlagatelje in zavarovalnih naložbenih produktih v zvezi z datumom začetka njene uporabe sem podprla.

Uredba je uvedla vrsto ukrepov, usmerjenih v povečanje zaščite vlagateljev in povrnitev zaupanja potrošnikov v sektor finančnih storitev s povečanjem preglednosti na trgu za male vlagatelje.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en esta votación, en la que se ha decidido posponer la aplicación de las nuevas regulaciones de los productos de inversión basados en seguros. Se trata de una reforma destinada a garantizar una mayor transparencia de estos productos para los consumidores. Sin embargo, la industria ha presionado a través de los grupos conservadores en la Comisión ECON, para reabrir el debate sobre el tipo de información que las empresas que venden estos productos deben facilitar. Si bien entiendo que dado la falta de acuerdo actual, no es viable que entre en vigor la nueva reglamentación, he decidido abstenerme por lo problemático de las razones de este retraso.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le règlement introduit une série de mesures destinées à renforcer la protection des investisseurs dans le secteur des services financiers en améliorant la transparence du marché des investissements de détail. Il impose ainsi aux initiateurs de produits d'investissement packagés de détail et fondés sur l'assurance (PRIIP) de produire un document d'informations clés, appelé Key Information Document (KID).

Ce règlement habilite les Autorités européennes de surveillance (AES) à élaborer des normes techniques de réglementation précisant les éléments que devait contenir le KID.

Il est cependant reproché à ces nouveaux KIDs d'être opaques et trompeurs, surtout par rapport à la présentation des performances et de leur calcul. En effet, les performances passées sont supprimées au profit de scénarios de performances futures construits autour de 3 hypothèses (défavorable, modérée, favorable) qui laissent une grande place à la subjectivité et qui n'intègrent pas les crises passées. Or, la présence de statistiques passées est le seul moyen de mettre en avant les pertes et gains probables, et ce de façon objective.

Étant donné qu'une entrée en vigueur du règlement, sans les normes techniques spécifiant les informations que doit contenir le KID, entraînerait une instabilité juridique, je vote donc POUR ce rapport.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az 1286/2014/EU európai parlamenti és tanácsi rendelet egy sor intézkedést vezetett be, azzal a céllal, hogy a lakossági befektetési piac átláthatóságának növelésével fokozza a befektetők védelmét, és helyreállítsa a fogyasztóknak a pénzügyi szolgáltatási ágazatba vetett bizalmát. A kapcsolódó dokumentumot megszavaztam.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Europos Parlamento ir Tarybos reglamentu (ES) Nr. 1286/2014(5) nustatyta įvairių priemonių, kuriomis didinant skaidrumą mažmeninio investavimo rinkoje siekiama gerinti investuotojų apsaugą ir atkurti vartotojų pasitikėjimą finansinių paslaugų sektoriumi. Juo reikalaujama, kad mažmeninių ir draudimo principu pagrįstų investicinių produktų paketų teikėjai rengtų pagrindinės informacijos dokumentą.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EU) No 1286/2014 of the European Parliament and of the Council on key information documents for packaged retail and insurance-based investment products as regards the date of its application. The Regulation introduced a series of measures aimed at enhancing investor protection and rebuilding consumer trust in the financial services industry by increasing transparency in the retail investment market. It requires manufacturers of packaged retail and insurance-based investment products to produce a key information document. A deferral of twelve months will give additional time for those concerned to adhere to the new requirements. In the light of the exceptional circumstances, I believe that it is appropriate and justified for Regulation (EU) No 1286/2014 to be amended accordingly.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe, porque pese a que entendemos las dificultades en la implementación de los estándares regulativos, consideramos que los pequeños ahorradores deben conocer una información real sobre los riesgos que encaran este tipo de inversiones. Pese a ser contrarios a cualquier retraso en la implementación nuestra intención es que se incluya información veraz sobre los riesgos de inversión, así intentamos que se eviten escenarios como la experiencia de los preferentistas en España. Desarrollar estos documentos básicos de información antes del límite propuesto podría acarrear numerosos problemas en la determinación de los riesgos financieros de este tipo de productos y proveer información excesivamente optimista sobre estos productos de inversión, pero necesitamos información clara para los inversores y ahorradores tan pronto como sea posible. Es por esto por lo que no he podido votar a favor del presente informe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A proposta da CE para impor mais regulações ao setor dos PRIIP surgiu, ainda que tardiamente, como uma resposta à crise financeira. As reformas sugeridas estão concebidas para proteger os investidores retalhistas do setor financeiro que vende produtos inadequados e de elevado risco sem previamente fornecer informações apropriadas.

Este relatório, aprovado na ECON por procedimento simplificado, tem como objetivo adiar em um ano a data de adoção do Regulamento 1286/2014 (referente ao PRIIPS nível um), ou seja, os requisitos para fornecer os documentos de informação fundamental para PRIIPS aos investidores retalhistas só entrarão em vigor a 1 de janeiro de 2018.

Para o PCP, esta iniciativa representa mais um ato de uma peça destinada a salvar o capitalismo e a sua crise financeira, que é estrutural e que só será superada com um outro modelo de sociedade, o socialismo.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Bei dem Bericht über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte im Hinblick auf den Geltungsbeginn handelt es sich um die Verlängerung der Übergangsregeln für versicherungsbasierte Finanzprodukte. Die derzeitige Regulierung verlangt ein Basisinformationsblatt für jedes solche Produkt. Jedoch macht der schnelle Handel die Informationen in einem solchen Dokument gleich obsolet, und außerdem verwaltet eine normal große Bank solche Produkte im fünfstelligen Bereich, was das Aufsetzen eines Dokuments für jedes einzelne Produkt schlichtweg nicht möglich macht. Daher habe ich für die Verlängerung der Übergangsregeln gestimmt.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – La relazione votata oggi ha come obiettivo il rinvio di un anno della data di applicazione del regolamento PRIIPs sui documenti informativi chiave per la vendita al dettaglio dei prodotti di investimento.

Il 6 aprile 2016, le autorità europee di supervisione hanno presentato congiuntamente alla Commissione degli standard tecnici di regolamentazione per i prodotti d'investimento al dettaglio e assicurativi preassemblati, approvati tramite atto delegato. In seguito, durante il periodo di revisione, il Consiglio non ha sollevato obiezioni ma, il 14 settembre 2016, il Parlamento europeo ha obiettato chiedendo alla Commissione di rinviare la data di applicazione del regolamento per permettere alle industrie di adattarsi alle nuove regole. La Commissione ha quindi presentato una nuova proposta che ritarda l'entrata in vigore di 12 mesi, fino al 1º gennaio 2018, al fine di ridurre l'incertezza giuridica e per dare più tempo alle industrie di adeguarsi alle nuove regole.

Sebbene si tratti solo di una modifica tecnica alla normativa, di fatto si traduce in un chiaro favore ai produttori d'investimento senza nessun ritorno positivo per i consumatori. Per questo motivo ho preferito astenermi durante il voto in seduta plenaria.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam odgodu datuma primjene Uredbe (EU) br. 1286/2014 Europskog parlamenta i Vijeća o dokumentima za upakirane investicijske proizvode za male ulagače i investicijske osiguravajuće proizvode u pogledu datuma njezine primjene. Malim se ulagačima sve više nudi velik izbor upakiranih investicijskih proizvoda za male ulagače i investicijskih osiguravajućih proizvoda (PRIIP-ovi) kada razmatraju ulaganja. Postojeće objave informacija malim ulagačima o takvim PRIIP-ovima neusklađene su i često ne pomažu malim ulagačima da usporede različite proizvode ili razumiju njihova obilježja. Sukladno tome mali su ulagači često ulagali bez razumijevanja povezanih rizika i troškova te, ponekad, trpjeli nepredviđene gubitke.

Države članice već su pokrenule različita i neusklađena djelovanja za rješavanje nedostataka mjera zaštite ulagača i takva će se kretanja vjerojatno nastaviti. Različiti pristupi objavljivanju informacija vezanih za PRIIP-ove sprečavaju stvaranje jednakih uvjeta za različite izdavatelje PRIIP-a i one koji savjetuju o tim proizvodima ili ih prodaju te tako narušavaju tržišno natjecanje i dovode do nejednakih razina zaštite ulagača u Uniji. Takva različitost predstavlja prepreku uspostavljanju i nesmetanom funkcioniranju unutarnjeg tržišta. Unaprjeđenje transparentnosti PRIIP-ova koji se nude malim ulagača predstavlja važnu mjeru njihove zaštite i preduvjet je za obnovu povjerenja malih ulagača u financijsko tržište, posebno nakon financijske krize.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe (EU) št. 1286/2014 Evropskega parlamenta in Sveta o dokumentih s ključnimi informacijami o paketnih naložbenih produktih za male vlagatelje in zavarovalnih naložbenih produktih v zvezi z datumom začetka njene uporabe.

Odlog začetka uporabe Uredbe (EU) št. 1286/2014 za dvanajst mesecev podpiram, saj bo zadevnim subjektom zagotovil dodaten čas, da bodo lahko izpolnili nove zahteve, določene v Uredbi(EU) št. 1286/2014, kar bo omogočilo učinkovito in pravilno delovanje omenjene Uredbe.

Uredba (EU) št. 1286/2014 Evropskega parlamenta in Sveta uvaja vrsto ukrepov, usmerjenih v povečanje zaščite vlagateljev in povrnitev zaupanja potrošnikov v sektor finančnih storitev s povečanjem preglednosti na trgu za male vlagatelje.

Od proizvajalcev paketnih naložbenih produktov za male vlagatelje in zavarovalnih naložbenih produktov pa v ta namen zahteva pripravo dokumenta s ključnimi informacijami.

7.3. Abkommen zwischen der EU und Kiribati über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0334/2016 - Mariya Gabriel)

Dichiarazioni di voto orali

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La presente relazione stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'Unione e per i cittadini del Kiribati che si recano nell'altrui territorio per un periodo massimo di 90 giorni all'interno di una fascia di periodo di 180 giorni. Tale esenzione si applica a tutte le categorie di persone che effettuano viaggi all'infuori di quelli compiuti per esercitare un'attività retribuita. Ho votato a favore.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — I supported this file as we support the relaxation of certain travel restrictions providing the state in question possesses a solid human rights record.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. — Ce rapport demande l'approbation du Parlement européen d'un accord qui prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de Kiribati qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours.

Le rapport est accompagné d'une justification précisant que cet accord constitue un aboutissement entre l'UE et les pays tiers — revêtant une signification politique forte dans le cadre de l'Accord de Cotonou — ainsi qu'un moyen supplémentaire de renforcer les relations économiques et culturelles et d'intensifier le dialogue politique sur diverses questions (droits de l'homme, les libertés fondamentales…).

La commission LIBE invite cependant la Commission européenne «à observer les possibles développements en ce qui concerne les questions relatives à l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, les relations extérieures de l'Union avec le pays tiers concerné y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales». L'exemption de visas présente donc des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.) et de l'immigration. Aussi me suis-je opposée à ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against, as this is consistent with the principles of my mandate as an MEP who was elected to support the UK's withdrawal from the European Union. Such decisions on visas, visa waivers, and entry of nationals of third countries into UK territory should properly be a matter for the British Government to determine.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už rekomendaciją dėl Europos Sąjungos ir Kiribačio Respublikos susitarimo dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju sudarymo Europos Sąjungos vardu projekto. Šis susitarimas dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju yra Europos Sąjungos ir Kiribačio Respublikos santykių plėtojimo rezultatas, dar labiau sutvirtinantis svarbią Kotonu susitarimo politinę reikšmę, taip pat papildoma priemonė siekiant sustiprinti ekonominius bei kultūrinius ryšius ir paskatinti politinį dialogą įvairiais klausimais, įskaitant žmogaus teises ir pagrindines laisves.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de Kiribati qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Une telle exemption de visas présenterait des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc) et de l'immigration. Est-il opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où le risque d'attentats terroristes est réel et où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration de masse ? J'ai voté contre ce rapport.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cet accord qui prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des Kiribati qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Gabriel sull'accordo UE-Kiribati sull'esenzione dal visto per i soggiorni di breve durata.

Il testo stabilisce un'esenzione per i cittadini dell'Unione e per i cittadini di Kiribati che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180 giorni. L'esenzione dal visto riguarda tutte le categorie di persone indipendentemente dal motivo del soggiorno, purché questo non sia legato allo svolgimento di un'attività retribuita.

L'UE sta attualmente negoziando un accordo di partenariato economico globale con 14 paesi della regione del Pacifico, tra cui la Repubblica di Kiribati. L'accordo di esenzione dal visto costituisce un'ulteriore dimostrazione dell'impegno dell'Europa nei confronti di questa regione, per un partenariato che rafforzi i rapporti economici e un dialogo politico equilibrato, regolare e approfondito su tutte le questioni che continuano ad essere prioritarie per l'Unione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (120092/2015) y el Acuerdo entre la Unión Europea y la República de Kiribati (12091/2015) voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre el Acuerdo entra la Unión Europea y la República de Kiribati sobre exención de visados para estancias de corta duración. Se pide a la Comisión Europea que observe la evolución de los criterios que llevaron en su momento a la transferencia del Anexo I al anexo II del Reglamento n.º 509/2014. Esos criterios abarcan no solo la inmigración clandestina, el orden público y la seguridad, sino también, las relaciones exteriores de la Unión con Kiribati, incluidas las cuestiones relativas a los derechos humanos y las libertades fundamentales.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de Kiribati qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Au moment où l'Europe est frappée par les attentats terroristes et l'immigration clandestine massive, ces exemptions ne paraissent pas à l'ordre du jour, des personnes malfaisantes pouvant un jour s'en servir. J'y suis donc fermement opposée.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Con questo accordo si stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'UE e di Kiribati che si recano nei territori dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni. Il provvedimento non solleva particolari problematiche e per questo ho votato a favore.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El presente Acuerdo establece un régimen de desplazamiento sin obligación de visado para estancias de corta duración, un máximo de 90 días en el plazo de 180 días. Este acuerdo cubre todas las categorías de viajes excepto el ejercicio de una actividad remunerada.

El Acuerdo supone un mayor acercamiento de las relaciones entre la Unión Europea y la República de Kiribati dentro del marco del Acuerdo de Cotonú. El acuerdo refuerza las relaciones culturales, económicas e intensifica el diálogo político. Este acuerdo prueba más el compromiso de la Unión con esta región con vistas a una asociación más reforzada. Por ello, he votado a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes juo Parlamentas pritarė Europos Sąjungos ir Kiribačio Respublikos susitarimo dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju sudarymo Europos Sąjungos vardu sudarymui. Šis susitarimas dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju yra Europos Sąjungos ir Kiribačio Respublikos santykių plėtojimo rezultatas, dar labiau sutvirtinantis svarbią Kotonu susitarimo politinę reikšmę, taip pat papildoma priemonė siekiant sustiprinti ekonominius bei kultūrinius ryšius ir paskatinti politinį dialogą įvairiais klausimais, įskaitant žmogaus teises ir pagrindines laisves.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A rövid távú tartózkodások esetén vízummenteséget biztosító megállapodásokról általában elmondható, hogy egyszerre jelentik az Európai Unió és az adott ország közötti kapcsolatok elmélyítésének sikerét, ami nagy politikai jelentőséggel bír, illetve egy újabb eszközt a gazdasági és kulturális kapcsolatok megerősítésére, és a különféle kérdésekben folytatott politikai párbeszéd ösztönzésére, ideértve az emberi jogokat és az alapvető szabadságokat is. A mobilitás kapcsán a rendelkezésre álló adatok azt mutatják, hogy a vízumkérelmezők megbízhatósága magas fokú, kevés a visszautasított kérelem.

Az ilyen országok semmilyen fenyegetést nem jelentenek sem a szabálytalan migráció, sem a biztonság és a közrend szempontjából. Fontosnak tartom továbbá, hogy a vízummentesség nem elhanyagolható eszköze az Európai Unió lakossága és az érintett ország állampolgárai közeledésének. A vízummentességi megállapodás lehetővé teszi a polgárok számára, hogy teljes mértékben, olcsóbban és egyszerűbben éljenek a partnerség biztosította lehetőségekkel.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se s sporazumom o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje med EU in Kiribatijem. Gre za dejanje, ki ima velik politični pomen v okviru Sporazuma iz Cotonouja in je rezultat poglobitve odnosov med Evropsko unijo in Republiko Kiribati in je tudi sredstvo za okrepitev gospodarskih in kulturnih odnosov ter poglobitev političnega dialoga o različnih vprašanjih, vključno s človekovimi pravicami in temeljnimi svoboščinami.

Prav tako pa takšen sporazum o odpravi vizumske obveznosti prinesel pozitivne učinke, saj poenostavlja pogoje potovanja za podjetnike, omogoča naložbe in spodbuja turizem.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće o Sporazumu koji predviđa bezvizni režim za građane Europske unije i za građane Kiribatija kada putuju na teritorij druge ugovorne stranke za razdoblje od najviše 90 dana u 180-dnevnom razdoblju. Zajednička izjava o interpretaciji je u prilogu ugovora.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Gli aiuti economici in cambio di riforme democratiche e progresso civile rappresentano uno degli strumenti maggiormente utilizzati dalla UE nei suoi rapporti di vicinato e di partenariato coi paesi terzi. Un modo di rapportarsi che ha spesso prodotto risultati positivi per i cittadini di entrambe le parti e ha aumentato il range di influenza del *soft power* dell'Unione europea.

La Repubblica di Kiribati è un paese che è approdato ad una forma democratica di tipo moderno, che guarda all'Occidente e allo sviluppo dello Stato di diritto nonostante le ancora gravi carenze strutturali, i propri problemi sociali interni, il rapporto difficoltoso con alcuni paesi dell'area del Pacifico.

Complessivamente l'Europa può guardare alla Repubblica del Kiribati come ad una democrazia amica, che dobbiamo sostenere consentendole di svilupparsi in condizioni adeguate, gradualmente, e di inserirsi progressivamente nell'area di libero scambio e collaborazione comune, in modo coerente a quanto previsto dalla Convenzione di Cotonou il cui scopo principale, espresso nell'articolo 1, è la riduzione ed infine l'eliminazione della povertà.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de Kiribati qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Selon le rapporteur, ce type d'accord constitue un moyen de renforcer les relations économiques et culturelles ainsi que d'intensifier le dialogue sur diverses questions notamment concernant les droits de l'Homme et les libertés fondamentales. À contrario, nous considérons qu'il n'est absolument pas opportun de conclure un tel accord à l'heure où nos sociétés occidentales sont menacées par le fondamentalisme islamique qui utilise les voies légales d'immigration pour pénétrer nos territoires et y planifier des attentats terroristes. Sans compter que cette exemption de visa renforcera les réseaux criminels ainsi que les trafics illégaux en tout genre. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — Acordul de la Cotonou marchează relațiile de parteneriat dintre grupul statelor din Africa, zona Caraibilor și Pacific, pe de o parte, și Uniunea Europeană și statele sale membre, pe de altă parte, fiind reglementate deopotrivă și relațiile între Republica Kiribati și Uniunea Europeană.

Acordul UE-Kiribati privind exonerarea de obligația de a deține viză de scurtă ședere prevede eliminarea obligației de a deține viză în beneficiul cetățenilor Uniunii și al resortisanților Republicii Kiribati care călătoresc pe teritoriul celeilalte părți contractante pentru o ședere de maximum 90 de zile în cursul oricărei perioade de 180 de zile. De această exonerare de obligație de a deține viză beneficiază toate categoriile de persoane, fiind încurajat astfel turismul, dar și investițiile.

M-am exprimat în favoarea acestui acord deoarece consider că reprezintă un instrument puternic de consolidare a relațiilor economice, culturale și de intensificare a dialogului politic dintre Uniunea Europeană și Republica Kiribati.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della raccomandazione in questione che sostiene l'accordo tra l'Unione europea e la Repubblica di Kiribati in materia di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata. Tale accordo rappresenta uno strumento utile per migliorare le relazioni economiche ed accrescere la collaborazione in materia di diritti umani e di libertà fondamentali.

Il governo di Kiribati ha registrato notevoli passi in avanti grazie agli adempimenti dei propri obblighi internazionali. Ha infatti adottato il piano d'azione 2011-2021 che indica un forte segnale di contrasto alle violenze sessuali e di genere.

Alla luce di ciò, l'Unione ha l'opportunità di instaurare un dialogo politico equilibrato e costruttivo su queste tematiche, che sono alla base dei principi dell'UE.

Spetterà alla Commissione e alle autorità di Kiribati assicurare la piena reciprocità dell'esenzione dal visto.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which will see citizens from Kiribati being able to travel visa-free in certain EU countries for a maximum period of 90 days in any 180-day period. This visa waiver applies for all persons travelling for all kinds of purposes, except for carrying out a paid activity.

As Ireland is not a member of the Schengen area, this does not apply to it.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this legislative consent vote. UKIP does not support the EU concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

David Casa (PPE), *in writing*. – I gave my consent to the conclusion of the Agreement between the EU and the Republic of Kiribati, which has already been negotiated between the Republic of Kiribati and the European Commission. This would facilitate the issue of short-stay visas and also provides for visa-free travel for the citizens of the European Union and for the citizens of the Republic of Peru when travelling to the territory of the other Contracting Party for a maximum period of 90 days in any 180-day period.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'accordo in questione stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'UE e per i cittadini di Kiribati che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni. Tale esenzione riguarda tutte le categorie di persone che viaggiano per tutti i tipi di scopi, tranne che per esercitare un'attività retribuita. Il mio voto è stato favorevole.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Negli ultimi anni, la Repubblica di Kiribati ha compiuto notevoli progressi nell'adempimento dei propri obblighi internazionali in materia di diritti umani e nel conseguimento degli obiettivi di sviluppo del Millennio. Credo che questi progressi dimostrino anche l'impegno di questa regione per l'approfondimento delle relazioni con l'Unione europea. L'accordo di esenzione dal visto per i soggiorni di breve durata rappresenta il coronamento di questo impegno.

Ho votato a favore della relazione in quanto credo che l'accordo rappresenti un ulteriore strumento per rafforzare le relazioni economiche e culturali tra le due parti e per confermare gli impegni presi nell'ambito dell'accordo di Cotonou. Inoltre, ritengo che la semplificazione delle condizioni di viaggio darà risultati positivi facilitando gli investimenti e il turismo.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς τη σύσταση σχετικά με τη σύναψη συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Δημοκρατίας του Κιριμπάτι σχετικά με την απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης για βραχείς διαμονή. Καθώς η συμφωνία αυτή θα συμβάλει στην περαιτέρω ανάπτυξη των σχέσεων μεταξύ των δύο μερών, ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Plaudo all'accordo di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata tra l'Unione europea e la Repubblica di Kiribati, la cui firma è stata apposta dalla Commissione a Bruxelles lo scorso 23 giugno. Si viene, così, a rendere duratura l'esenzione dal visto per i cittadini UE e di Kiribati che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180. L'esenzione include tutte le categorie di persone indipendentemente dal motivo di soggiorno, purché non si tratti dello svolgimento di un'attività retribuita.

La questione di fondo prevede un rafforzamento delle relazioni economiche e culturali facilitando investimenti e turismo. Ad oggi, l'economia di Kiribati risulta prevalentemente basata sulla pesca (25% del PIL), mentre il turismo è alquanto limitato. L'attuazione e il monitoraggio dell'accordo sono affidati alla Commissione e alle autorità di Kiribati.

Nel mezzo del Pacifico, a cavallo dell'Equatore e della linea di cambiamento di data, le isole Kiribati sono state tra le ultime ad essere scoperte dagli esploratori europei, l'Unione invece vuole assolutamente incanalare un dialogo politico con esse. Infatti il paese non costituisce una minaccia in termini di immigrazione irregolare o di flusso migratorio, né in materia di sicurezza e ordine pubblico.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the recommendation on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the European Union, of the Agreement between the European Union and the Republic of Kiribati on the short-stay visa waiver.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A União Europeia leva a cabo uma política de vistos, nomeadamente no que respeita à isenção de vistos de curta duração. Esta isenção é definida ao nível europeu, uma vez que é válida para todos os Estados-Membros, exceto Reino Unido e Irlanda. Aliás, entre os vários requisitos para que seja possível a celebração do acordo, incluem-se a reciprocidade. Ou seja, também os cidadãos europeus deixam de necessitar de visto.

Ao Parlamento Europeu compete dar a sua aprovação ao acordo para o seu estabelecimento, que fica assim dada.

Por tudo isto e porque este acordo é o culminar do aprofundamento de relações com a República de Kiribati, voto favoravelmente a sua celebração.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'accordo tra l'Unione europea e la Repubblica di Kiribati in quanto ha come scopo principale quello di facilitare il rilascio dei visti per soggiorni di breve durata con l'esenzione del visto per i cittadini dell'Unione europea e per i cittadini della Repubblica di Kiribati, che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni in un periodo di 180 giorni.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – This agreement provides for visa-free travel for the citizens of the European Union and for the citizens of the Republic of Kiribati when travelling to the territory of the other Contracting Party for a maximum period of 90 days in any 180-day period. There are positive effects by simplifying travel for business people, facilitating investment and boosting tourism.

This visa waiver agreement will have a rapprochement between the peoples of Europe and the Pacific and will enable citizens not only to derive full and tangible benefit from the ACP-EU partnership but also to participate in it by travelling at a reduced, economical and practical cost.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'accordo di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata rappresenta il coronamento dell'approfondimento delle relazioni tra l'Unione europea e la Repubblica di Kiribati, riveste un significato politico nell'ambito dell'accordo di Cotonou e rappresenta un ulteriore strumento per rafforzare le relazioni economiche e culturali e intensificare il dialogo politico su diverse questioni, tra cui i diritti umani e le libertà fondamentali.

Credo che in tal modo si possa dare slancio alle relazioni commerciali con l'Europa che attualmente sono limitate, facilitando gli investimenti e il turismo. L'accordo di esenzione dal visto consentirà, infatti, ai cittadini non solo di beneficiare pienamente del partenariato ACP-UE, ma anche di parteciparvi viaggiando in modo più economico e pratico.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem umowę w sprawie zniesienia wiz krótkoterminowych między Unią Europejską a Republiką Kiribati. Uważam, że stanowi ona istotne osiągnięcie w procesie pogłębiania wzajemnych stosunków pomiędzy Unią Europejską a Republiką Kiribati. Umowa o zniesieniu wiz może mieć pozytywne skutki dzięki uproszczeniu warunków podróży przedsiębiorców, ułatwieniu inwestycji i turystyki. Umowa w sprawie zwolnienia z obowiązku wizowego pozwala obywatelom nie tylko w pełni i konkretnie korzystać z partnerstwa AKP–UE, ale również uczestniczyć w nim dzięki możliwości odbywania podróży, których koszty są niższe, a związane z nimi procedury administracyjne – uproszczone.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The signing of the short-stay waiver is significant for the EU and the state in question as it signifies deeper cooperation and mutual understanding between the EU and the states. The visa waiver may act to boost economic investment in the area, and facilitate travel for business and tourism, which may be very limited in Kiribati.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome the potential commercial opportunities through increased tourism numbers and enhanced business relationships this Agreement with Kiribati will hopefully provide. However, as this deal concerns the visa regime operated by Schengen Member States, from which the United Kingdom has opted out, I will abstain on this report.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this legislative consent vote. UKIP does not support the EU concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la conclusion de l'accord entre l'Union européenne et Kiribati relatif à l'exemption de visa de court séjour. Ce régime sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de Kiribati pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur une période de 180 jours doit permettre de renforcer nos relations économiques et culturelles en impactant positivement les deux parties contractantes.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ces accords prévoient un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants Kiribati, des iles Salomon, de Micronésie, de Tuvalu et des Îles Marshall qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Dans un contexte sécuritaire préoccupant, toute proposition d'allégement ou d'exemptions d'octroi de visa nous paraît inappropriée.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Споразумението от Котону определя отношенията между Европейския съюз и Република Кирибати, които са уредени от Споразумението за партньорство между членовете на групата държави от Африка, Карибите и Тихоокеанския басейн, от една страна, и Европейския съюз и неговите държави членки.

Подписаното споразумение предвижда безвизово пътуване за гражданите на Европейския съюз и за гражданите на Република Кирибати, когато те пътуват до територията на другата договаряща се страна за период до 90 дни за всеки период от 180 дни. Премахването на визите обхваща всички категории лица (притежателите на обикновен, дипломатически, служебен/официален и специален паспорт), пътуващи с всякаква цел, с изключение на целта за упражняване на доходоносна дейност.

Аз подкрепих премахването на визовия режим според гореспоменатите условия. Смятам, че то може да има положителни въздействия, като опрости условията за пътуване на предприемачите и увеличи инвестициите в туризма.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή μεταξύ ΕΕ-Κιριμπάτι δεν συνιστά συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και των θεμελιωδών ελευθεριών.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. — Ho votato a favore in quanto ritengo che l'esenzione dal visto per i cittadini delle parti contraenti questo accordo possa costituire uno strumento utile al fine di intensificare l'influenza dell'Unione europea nei paesi interessati, con particolare riferimento ai diritti umani, e possano costituire stimolo alla crescita economica degli stessi.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Predmetná dohoda medzi Európskou úniou a Kiribati predstavuje ďalší významný krok v prehlbovaní diplomatických vzťahov. Schválenie príslušnej dohody umožní občanom Únie a občanom Kiribatskej republiky cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. Zrušenie vízovej povinnosti sa vzťahuje na všetky kategórie osôb cestujúcich z akéhokoľvek dôvodu okrem vykonávania platenej činnosti.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore dell'esenzione del visto turistico per periodi di massimo di 90 giorni.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. — Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή μεταξύ ΕΕ-Κιριμπάτι δεν συνιστά συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και των θεμελιωδών ελευθεριών, για αυτό τον λόγο την καταψηφίζω.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The agreement provides for visa-free travel for the citizens of the European Union and for the citizens of Kiribati when travelling to the territory of the other Contracting Party for a maximum period of 90 days in any 180-day period.

The visa waiver may act to boost economic investment in the area, and facilitate travel for business and tourism, which may be very limited in some areas.

The signing of short-stay waivers steps up Europe's economic and cultural relations and intensifies political dialogue.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la recomendación que prevé un régimen de desplazamiento sin obligación de visado en favor de los ciudadanos de la Unión y los nacionales de la República de Kiribati por un período máximo de 90 días. Este es un acuerdo importe en referencia a su significación político en el marco del Acuerdo de Cotonú, además de ser un medio suplementario para reforzar las relaciones económicas y culturales e intensificar el diálogo político, incluidos los derechos humanos y las libertades fundamentales.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das Abkommen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte ist ein weiterer Schritt zur Vertiefung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of the short-stay visa waiver agreement between the EU and the Republic of Kiribati as a basis for further developing friendly relations between the contracting parties. It will encourage people-to-people contacts, boost tourism, and invigorate business, as well as safeguarding the principle of equal treatment of all EU citizens.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Depuis le début de la mandature, ce Parlement a été requis d'approuver 18 accords avec des pays tiers visant à exempter de visa les ressortissants de l'Union et de ces pays se rendant sur le territoire de l'autre partie pour des séjours non professionnels inférieurs à 3 mois.

J'ai voté contre chacun de ces accords, et notamment les cinq d'aujourd'hui.

Certes, ces derniers concernent des micro-états insulaires d'Océanie dont la population, au total, atteint à peine un million d'habitants. Les risques théoriques qu'ils représentent, en termes d'immigration massive, de terrorisme ou de criminalité organisée, semblent marginaux. Mais d'une part, cela fait partie d'une volonté générale de Bruxelles de libéraliser au maximum la politique des visas avec le plus de pays possible, y compris des pays plus instables et plus «criminogènes». Et d'autre part, parmi les 18 Etats concernés, on retrouve nombre de pays figurant dans diverses listes, nationales, européennes ou internationales, de paradis fiscaux ou de pays non coopératifs en matière de lutte contre la fraude fiscale ou le blanchiment d'argent sale.

Cette politique participe à l'insécurité et à la vulnérabilité de nos pays. Elle doit cesser d'urgence.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (120092/2015) y el Acuerdo entre la Unión Europea y la República de Kiribati (12091/2015) voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, as the signing of the short-stay waivers is significant for the EU and the state in question, since it signifies deeper cooperation and mutual understanding.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I support this motion, as it deepens the growing relationship between the European Union and Kiribati. Additionally, this agreement is a way of stepping up economic and cultural relations and intensifying political dialogue on various issues, including human rights and fundamental freedoms. The visa waiver agreement could have positive effects by simplifying travel for businesspeople, facilitating investment and boosting tourism. Accordingly, the agreement is a positive sign of support for the country, allowing us to pursue a balanced, regular and in-depth political dialogue on issues which remain priorities for the EU.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Si nous prenons le cas particulier des îles Kiribati, je ne vois pas de difficulté particulière à lever l'obligation de visa de court séjour, c'est-à-dire de trois mois sur une période de 180 jours, pour les ressortissants de ces trois archipels de 100 000 habitants situés dans l'océan Pacifique.

Les risques migratoires et sécuritaires sont inexistants. Je pense cependant que l'exemption de visa ne doit pas être un automatisme mais l'aboutissement d'une évaluation approfondie de la situation politique, institutionnelle et géostratégique du pays concerné et des répercussions éventuelles qu'une levée de l'obligation de visa peut avoir sur le territoire européen.

Cet examen ne doit pas être uniquement fondé sur les progrès réalisés pendant les années antérieures à cette évaluation mais également tenir compte des risques potentiels d'appel d'air qu'une exemption de visa peut susciter dans le moyen terme comme nous l'avons constaté avec certains pays des Balkans occidentaux. Aussi, je réitère mon soutien à l'adoption rapide du mécanisme de suspension qui rappelle que l'exemption de visa n'est pas un «pass illimité» mais une facilité conditionnée qui répond à certaines exigences.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za preporuku o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Europske unije, Sporazuma između Europske unije i Republike Kiribatija o ukidanju viza za kratkotrajni boravak (12092/2015 — C8-0253/2016 – 2015/0200(NLE)), kojim se daje suglasnost za sklapanje sporazuma. Odnosi između Europske unije i Republike Kiribatija uređeni su Sporazumom o partnerstvu između članica Skupine afričkih, karipskih i pacifičkih zemalja, s jedne strane, i Europske unije i njezinih država članica, s druge strane, te se potpisanim sporazumom građanima Europske unije i građanima Republike Kiribatija omogućava boravak bez vize na području druge ugovorne stranke od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana. Njime se dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, između ostaloga, o ljudskim pravima i temeljnim slobodama. Republika Kiribati ostvarila je velik napredak u poštovanju međunarodnih obveza u pogledu ljudskih prava kao i u postizanju ciljeva uspostavljenih na međunarodnoj razini, kao što su primjerice Milenijski razvojni ciljevi.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport relatif à une exemption de visas pour les citoyens de Kiribati fait courir des risques protéiformes en matière de sécurité. À ce titre, il serait très imprudent pour l'Union européenne de signer un accord qui ne ferait qu'ajouter son poids dans la balance déjà très chargée de la crise migratoire dans nos territoires.

J'ai donc voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I supported this recommendation because I am in favour of broadening cooperation with African, Caribbean and Pacific (ACP) countries and this agreement suits my vision of it. The agreement provides for visa-free travel for citizens of the European Union and citizens of the Republic of Kiribati when travelling to each other's territory for a maximum period of 90 days in any 180-day period. The visa waiver covers all categories of persons (ordinary, diplomatic, service/official and special passport holders) travelling for any purpose other than carrying out a paid activity.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit la conclusion d'un accord avec la République de Kiribati visant à faciliter la délivrance de visas de court séjour.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen den Vorschlag, da ich keine Notwendigkeit für die Einführung visafreier Kurzaufenthalte von Bürgern aus Kiribati sehe, zumal auch die Kompetenz dafür bei den Mitgliedstaaten selbst liegen sollte.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il n'est pas opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration.

Javi López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe que permite la exención de visados de corta duración, es decir, en estancias en la Unión Europea de hasta 90 días en un periodo de 180 días, para nacionales de la República de Kiribati, microestado archipiélago del Pacifico.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report on the conclusion of the visa facilitation agreement between the EU and Kiribati.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Odnosi između Europske unije i Republike Kiribatija uređeni su Sporazumom o partnerstvu iz Cotonoua. Ovim se sporazumom građanima Europske unije i građanima Republike Kiribatija omogućava boravak bez vize na području druge ugovorne stranke od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana. Sporazum o ukidanju viza za kratkotrajni boravak rezultat je napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Republike Kiribatija i ima velik politički značaj u okviru Sporazuma iz Cotonoua. Njime se također dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, između ostaloga, o ljudskim pravima i temeljnim slobodama.

Budući da smatram kako Republika Kiribati ne predstavlja nikakvu prijetnju u smislu nezakonite migracije ili u smislu sigurnosti, podržala sam ovu preporuku.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Dohoda s tichomorskou Kiribatskou republikou umožňuje občanom zmluvných krajín cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. Zrušenie vízovej povinnosti sa vzťahuje na všetky kategórie osôb cestujúcich z akéhokoľvek dôvodu okrem vykonávania platenej činnosti. Táto krajina nepredstavuje pre Úniu nebezpečenstvo z pohľadu migrácie, bezpečnosti alebo verejného poriadku.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη, εξ ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, της συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Δημοκρατίας του Κιριμπάτι σχετικά με την απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Cet accord prévoit l'introduction d'un régime de déplacement, sans obligation de visa, en faveur des citoyens du Kiribati. Ils pourront désormais se rendre sur le territoire des États membres de l'Union européenne sans demander de visa. Cette proposition concerne les courts séjours qui ne dépassent pas 90 jours. Les citoyens des États membres profiteront du même privilège en voyageant au Kiribati.

La libéralisation du régime de visa envisagée par le Commission européenne est dangereuse et comporte des risques sécuritaires. Un manque de contrôle peut augmenter le niveau de la criminalité organisée, du blanchiment d'argent et du trafic de drogue. Par ailleurs, cela peut encourager l'immigration massive.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the EU-Kiribati Agreement on the short-stay visa waiver. Allowing nationals of Kiribati to enter the European Union and vice versa will help to enhance economic and cultural relations in the context of the bloc and the Conotou Agreement. Furthermore, the mutual visa waiver entails a number of positive effects including, but not limited to, easier travel for different purposes, facilitation of investment, and a rise in tourism.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Šis susitarimas padės sustiprinti ekonominius bei kultūrinius ryšius ir paskatinti politinį dialogą įvairiais klausimais, įskaitant žmogaus teises ir pagrindines laisves. Bevizis režimas nemažai prisidės suartinant europiečius ir Ramiojo vandenyno šalių gyventojus.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'exemption de visas pour les citoyens de Kiribati présente des risques potentiels au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.). Il n'est pas ooportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où l'UE a perdu tout contrôle de l'immigration. Je me suis donc opposée à ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — As relações entre a União Europeia e a República de Quiribáti regem-se pelo Acordo de Parceria entre os Estados de África, das Caraíbas e do Pacífico, por um lado, e a União Europeia e os seus Estados-Membros, por outro, designado «Acordo de Cotonu».

O Acordo assinado prevê um regime de isenção da obrigação de visto para os cidadãos da União Europeia e os nacionais da República de Quiribáti que se deslocam ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this short-stay visa waiver because it bolsters tourism and facilitates business between Kiribati and the EU.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je me réjouis de l'approbation donnée par le Parlement européen à l'accord d'exemption de visa entre l'Union européenne et la République de Kiribati. Cet accord ne manquera pas d'accroitre les liens que nous entretenons avec les Kiribati dans le cadre du partenariat ACP-UE. À ce titre, le dialogue politique entre l'Union et les Kiribati sur les questions chères aux deux partenaires revête une importance particulière et je tiens à saluer les efforts des Kiribati en matière de lutte contre la violence et les discriminations à l'égard des femmes. Enfin, je tiens à souligner l'engagement de l'Assemblée parlementaire paritaire ACP-UE dans l'aboutissement de cet accord.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the agreement on the waiver of short-stay visas, which simultaneously represents a culmination of the deepening of relations between the European Union and the Republic of Kiribati – which is politically highly significant in the context of the Cotonou Agreement – and an additional way of stepping up economic and cultural relations and intensifying political dialogue on various issues, including human rights and fundamental freedoms.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az 539/2001/EK rendeletet 2014. május 20-án módosította az Európai Parlament és a Tanács 509/2014/EK számú rendelete, amely a Kiribati Köztársaságot azon harmadik országok közé sorolta, amelyeknek polgárai a tagállamok külső határainak átlépésekor mentesek a vízumkötelezettség alól. A Bizottság ezt követően a Tanács fölhatalmazásával tárgyalásokat kezdett az Európai Unió és a Kiribati Köztársaság közötti kétoldalú megállapodás megkötése érdekében. A 2016. június 23-án Brüsszelben aláírt megállapodás ratifikálásáról a Tanács határozattervezetet fogadott el, amelyhez azonban meg kell szereznie a Parlament egyetértését is. Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament értsen egyet a megállapodás megkötésével. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des pays tiers concernés qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. La commission LIBE invite cependant la Commission européenne «à observer les possibles développements en ce qui concerne les questions relatives à l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, les relations extérieures de l'Union avec le pays tiers concerné y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales». L'exemption de visas présente donc des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc) et de l'immigration. On doit se poser la question s'il est opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où le risque d'attentats terroristes est réel et où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration de masse. Vote défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Com a alteração do Regulamento (CE) n.º 539/2001 pelo Regulamento (UE) n.º 509/2014 do Parlamento Europeu e do Conselho, a República de Quiribáti foi transferida para o anexo II, que estabelece a lista dos países terceiros cujos nacionais estão isentos da obrigação de visto para transporem as fronteiras externas dos Estados-Membros. O Regulamento (CE) n.º 539/2001 alterado aplica-se a todos os Estados-Membros, com exceção da Irlanda e do Reino Unido.

Após a adoção do referido regulamento, em 20 de maio de 2014, o Conselho adotou uma decisão em que autoriza a Comissão a encetar negociações com vista à celebração de um acordo bilateral entre a UE e a República de Quiribáti.

O Acordo assinado prevê um regime de isenção da obrigação de visto para os cidadãos da UE e os nacionais da República de Quiribáti que se desloquem ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada.

Pelo exposto, sou a favor da celebração do Acordo.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'exemption de visa proposée pose des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.). Il n'est pas opportun de voter ce genre d'accord alors qu'on constate chaque jour que l'UE n'arrive pas à contrôler les flux migratoires. Je vote contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit, de manière réciproque et pour des séjours de courte durée, un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union européenne et des ressortissants de Kiribati. Cet accord permettra de renforcer les liens économiques et culturels qui unissent ce pays à notre continent.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió már számos országgal kötött vízummentességi megállapodást. Pozitív hatásukat elsősorban a gazdasági és kulturális kapcsolatok elmélyítésében tapasztaljuk, ugyanakkor fontos szerepet játszanak a beruházások és idegenforgalom fellendítésében is. A vízummentesség bármely 180 napos időszakon belül, legfeljebb 90 napig tartó utazásra érvényes. A decemberi miniplenáris során öt új országgal készülő egyezség megkötését hagytuk jóvá, közülük egyik a Kiribati Köztársaság.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Cotonou Agreement was signed in June 2000 by EU Member States and the African, Caribbean and Pacific Group of States and was concluded for a 20-year period, until 2020, making it the most comprehensive partnership agreement between developing countries and the EU. I have voted for this report on the waiver of short-stay visas for citizens of the EU and the Republic of Kiribati when travelling to each other's territory for a maximum period of 90 days in any 180-day period. This will step up economic and cultural relations and intensify the political dialogue on a wide range of issues like fundamental freedoms and human rights.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Европейската комисия и респективно Европейският съюз проявяват непоследователност относно визовата политика. Моите съграждани са жертва на това, защото страни като Канада и САЩ все още ни дискриминират що се касае до безвизовата им политика.

Въздържах се да дам своята подкрепа за споразумението между ЕС и Кирибати за премахване на визите за краткосрочно пребиваване, защото не одобрявам начина, по който Европейската комисия провежда визовата политика на ЕС и това, че пренебрегва решенията на Съда на ЕС по някои въпроси, които я задължават да стори това.

Пример за това е решението по дело C-88/14 от 16.7.2015 г., съобразно което Европейската комисия е длъжна да предложи въвеждане на визи за държавите, които не прилагат пълна визова реципрочност с всички страни на ЕС. Европейската комисия не стори това и не предложи визи за гражданите на САЩ и Канада, които продължават да дискриминират моите съграждани.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I supported this file as we support the relaxation of certain travel restrictions providing the state in question possesses a solid human rights record.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da ich keine Notwendigkeit für die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte sehe. Des Weiteren sollen die Kompetenzen bei den Mitgliedsstaaten liegen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Leping on täiendav vahend majandus- ja kultuurisuhete tihendamiseks ning intensiivsema poliitilise dialoogi pidamiseks mitmesugustel teemadel, sealhulgas inimõigused ja põhivabadused.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή συμβάλλει καθοριστικά στην εμβάθυνση των σχέσεων μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Δημοκρατίας του Κιριμπάτι και συνιστά ένα συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και των θεμελιωδών ελευθεριών.

Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης θα έχει θετικό αντίκτυπο, διότι απλοποιεί τις διαδικασίες ταξιδιού για τους επιχειρηματίες, διευκολύνοντας τις επενδύσεις και τον τουρισμό. Υπογραμμίζεται ότι η απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης συνιστά ένα μη αμελητέο μέσο για την αμοιβαία προσέγγιση των λαών της Ευρώπης και του Ειρηνικού. Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης επιτρέπει στους πολίτες όχι μόνο να επωφεληθούν πλήρως και με χειροπιαστό τρόπο της εταιρικής σχέσης ΑΚΕ-ΕΕ, αλλά επίσης και να συμμετάσχουν σ' αυτή ταξιδεύοντας με μειωμένο οικονομικό και πρακτικό κόστος.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che l'accordo di esenzione del visto per il soggiorno di breve durata rappresenta il coronamento di un'ottimale relazione tra l'Unione europea e la Repubblica di Kiribati.

Inoltre, tale accordo è diretto anche a rafforzare le relazioni economiche e culturali tra l'UE e la Repubblica di Kiribati, ma le autorità di Kiribati devono, a loro volta, garantire la reciprocità di tale concessione e, quindi, la parità di trattamento.

Pertanto ho espresso voto positivo

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this agreement because it takes into account the situation of Member States which do not apply the Schengen acquis in full. The agreement also provides for visa-free travel for the citizens of the European Union and for the citizens of the Republic of Kiribati when travelling to the territory of the other Contracting Party for a maximum period of 90 days in any 180-day period. The visa waiver covers all categories of persons (ordinary, diplomatic, service/official and special passport holders) travelling for all kinds of purposes, except for the purpose of carrying out a paid activity.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Podržala sam nacrt odluke o sklapanju sporazuma između EU-a i Republike Kiribatija sa željom za produbljivanjem odnosa između EU-a i Republike Kiribatija. Njime se jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, npr. pitanja ljudskih prava i temeljnih sloboda. Za očekivati je da će ovaj sporazum imati pozitivan učinak jer će pojednostaviti putovanja poduzetnicima, olakšati ulaganja i potaknuti razvoj turističkog sektora što je jako bitno jer gospodarstvo Kiribatija u prvom redu počiva na sektoru usluga, koji čini 66 % BDP-a te sektoru poljoprivrede, odnosno ribarstva koji ima udio 25 % u BDP-u. Na političkom planu vlada Republike Kiribatija ostvarila je veliki napredak u poštovanju međunarodnih obveza u pogledu ljudskih prava kao i u postizanju ciljeva uspostavljenih na međunarodnoj razini, kao što su primjerice Milenijski razvojni ciljevi. U tom smislu taj Sporazum predstavlja pozitivan znak podrške za Kiribati i omogućava uravnotežen, redovit i temeljit politički dijalog o pitanjima koja su i dalje prioritetna za Uniju. Sporazum o ukidanju vize ne omogućava građanima samo da ostvaruju punu i konkretnu korist od partnerstva između Kiribatija i EU-a, već da u njemu i aktivno sudjeluju te lakše putuju uz manje troškove.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Ovaj Sporazum o ukidanju viza za kratkotrajni boravak rezultat je napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Republike Kiribatija te moramo imati na umu i njegov veliki politički značaj u okviru Sporazuma iz Cotonoua. Treba pohvaliti vladu Republike Kiribatija na ostvarenom napretku u poštovanju međunarodnih obveza u pogledu ljudskih prava kao i u postizanju ciljeva uspostavljenih na međunarodnoj razini. Ulaganja i trgovinska razmjena s Kiribatijem i dalje su slabo razvijeni s gledišta vrijednosti i u relativnom smislu. Sporazum će zato imati i pozitivan gospodarski učinak jer će pojednostaviti putovanja poduzetnicima, olakšati ulaganja i razvoj turističkog sektora. To jačanje gospodarskih i kulturnih odnosa dodatno će intenzivirati politički dijalog o pitanjima koja su i dalje prioritetna za Uniju. Kad je riječ o mobilnosti, Kiribati ne predstavlja nikakvu prijetnju ni u smislu nezakonite migracije ni u smislu sigurnosti i javnog reda. Sporazum je dodatan dokaz našeg angažmana kad je riječ o toj regiji kako bi se ostvarilo bolje partnerstvo te je bitan čimbenik u približavanju europskih građana i građana pacifičke regije. Građani obiju regija moći će ostvarivati punu i konkretnu korist od partnerstva između AKP-a i EU-a. Želim naglasiti nužnost potpunog reciprociteta pri ukidanju viza i time jednako postupanje prema svim građanima.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este acordo prevê um regime de isenção da obrigação de visto para os cidadãos da União Europeia e os nacionais da República de Quiribáti que se desloquem ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada.

Votamos a favor.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Podpořil jsem dohodu mezi EU a Kiribati o zrušení vízové povinnosti pro krátkodobé pobyty pro občany Evropské unie a občany Kiribati. Tato dohoda umožní pobývat na území druhé smluvní strany po dobu nejvýše 90 dnů během jakéhokoli období 180 dnů. Kiribati je ostrovní stát v Tichém oceánu, jehož hospodářství je založeno především na odvětví služeb (66 % HDP) a zemědělství, konkrétně na rybolovu, který tvoří 25 % HDP. Cestovní ruch je omezený vzhledem k tomu, že Kiribati každoročně navštíví zhruba 4 000 osob ročně. Domnívám se, že tato dohoda může mít kladný dopad a zjednodušit cesty podnikatelů, usnadnit investice a povzbudit cestovní ruch. Kiribati učinila důležité pokroky v plnění svých mezinárodních závazků v oblasti lidských práv. Věřím, že zrušení vízové povinnosti je dalším krokem k prohlubování politického dialogu v řadě otázkách, především lidskoprávních, jež považuji za prioritní.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Umowa w sprawie ułatwień wizowych ma na celu zapewnienie obywatelom stron umowy (UE oraz ww. krajów) ruchu bezwizowego przez okres nieprzekraczający 90 dni w każdym okresie 180-dniowym. System bezwizowy obejmowałby wszystkie kategorie osób. Oczekuje się, że umowa wywrze pozytywne skutki gospodarcze dla tych pięciu krajów i zwiększy siłę nacisku UE, zwłaszcza w obszarze praw człowieka. Skutki dla UE będą najprawdopodobniej minimalne, gdyż liczba ludności tych krajów jest niewielka. Wielka Brytania i Irlandia nie uczestniczą w tych umowach. Niniejszym poparłem umowę

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'exemption de visa sur les territoires de l'UE et de la République des Kiribati. Cette exemption concerne tous les voyageurs des deux zones, pour une durée de 90 jours, quel que soit le motif. Elle exclut cependant les personnes souhaitant exercer une activité rémunérée. En raison de son éloignement et de son faible peuplement, le développement des relations entre l'UE et la République des Kiribati ne représente aucun risque migratoire et sécuritaire, pour notre continent.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this legislative consent vote. UKIP does not support the EU concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Le Parlement européen a voté en faveur de l'accord pour une exemption de visa réciproque pour les ressortissant européens et kiribatiens avec une large majorité à 567 voix pour, 51 contre et 24 abstentions. Ce régime de visa souple pour les séjours inférieurs à 90 jours, déjà d'application à titre provisoire depuis la signature de l'accord le 13 juin 2016, bénéficie à toutes les catégories de personnes voyageant pour quelque motif que ce soit, hormis l'exercice d'une activité rémunérée.

Cet accord vient renforcer les relations économiques, culturelles et politiques entre l'Union européenne et la République des Kiribati déjà régies par l'accord de Cotonou (pays ACP-EU). Une autre preuve de leur engagement et bonne foi mutuelle envers le partenariat économique global entre l'Union européenne et 14 pays du Pacifique. Il constitue un moyen supplémentaire pour poursuivre le dialogue politique avec les Kiribati sur des questions prioritaires telles que les droits de l'homme et les libertés fondamentales.

En plus d'un rapprochement des peuples européens et ceux du Pacifique, ce nouveau régime de visa vient encourager les investissements potentiels et le développement du tourisme sur ces archipels du Pacifique fréquentées chaque année par à peine 4000 touristes.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — El presente Acuerdo establece un régimen de desplazamiento sin obligación de visado para estancias de corta duración, un máximo de 90 días en el plazo de 180 días. Este acuerdo cubre todas las categorías de viajes excepto el ejercicio de una actividad remunerada.

El Acuerdo supone un mayor acercamiento de las relaciones entre la Unión Europea y la República de Kiribati dentro del marco del Acuerdo de Cotonú. El acuerdo refuerza las relaciones culturales, económicas e intensifica el diálogo político. Este acuerdo prueba más el compromiso de la Unión con esta región con vistas a una asociación más reforzada. Por ello, he votado a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution législative du Parlement européen du 1er décembre 2016 sur le projet de décision du Conseil concernant la conclusion, au nom de l'Union européenne, de l'accord entre l'Union européenne et la République de Kiribati relatif à l'exemption de visa de court séjour. Ayant suivi les travaux à ce sujet au sein de la commission compétente, j'en suis arrivé à la conclusion que cette exemption de visa de court séjour se justifie pleinement.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Susitarimas su Kiribačiu dėl vizų režimo supaprastinimo – sveikintinas ir reikalingas žingsnis. Šiuo susitarimu palengvinamos kelionės tiek ES piliečiams, tiek ir Kiribačio gyventojams. Klausimas iš tiesų nėra kontroversiškas, nes iki šiol bevizis režimas tarp ES ir Kiribačio vyko be didesnių sutrikimų, galinčių pateikti argumentų prieš šio susitarimo pratęsimą ir išplėtimą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta decisão pretende conceder a isenção de vistos para os cidadãos da União Europeia e reciprocamente para os cidadãos da República de Quiribati que se desloquem para o território da outra parte contratante por um período máximo de 90 dias, por cada período de 180 dias.

O Acordo é o culminar do aprofundamento das relações entre ambas as partes, revestindo-se de importância política no âmbito do Acordo de Cotonu, promovendo o reforço nas relações económicas e culturais.

Quiribati é uma república democrática que respeita os direitos humanos constitucionalmente. Contudo, espera-se uma intensificação do diálogo político sobre esta matéria.

Estando a economia de Quiribati essencialmente assente no setor da agricultura e dos serviços, havendo um fraco desenvolvimento no setor turístico, este acordo não só viabilizará as viagens para empresários como também facilitará as viagens de cidadãos europeus, logo os investimentos e a dinamização da economia e do turismo.

Por concordar com a posição defendida neste relatório relativamente à importância que a isenção de visto constitui enquanto elemento de aproximação dos povos europeus e do Pacífico, beneficiando plenamente da parceria ACP-UE, votei-o favoravelmente.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La libertad de movimiento es un derecho fundamental de todas las personas que actualmente no se respeta en una Unión con una política migratoria cada día más agresiva. Por ello, apoyamos esto acuerdo que permitirá viajar sin visado a la Unión Europea a los ciudadanos de la República de Kiribati y viceversa, un acuerdo que nos gustaría que se hiciera extensivo a otros países, particularmente los que viven situaciones de conflicto que están obligando a huir a millares de personas.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. — L'accordo che il Parlamento europeo ha approvato oggi stabilisce nuove disposizioni per l'esenzione del visto per i cittadini dell'Unione e per i cittadini della Repubblica di Kiribati che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un soggiorno di breve durata fino a un massimo di 90 giorni. L'esenzione dal visto riguarda tutte le categorie di persone (titolari di un passaporto ordinario, diplomatico, di servizio, ufficiale o speciale) indipendentemente dal motivo della permanenza. Questo accordo rappresenta il coronamento dell'approfondimento delle relazioni tra l'Unione europea e tale paese, nonché un ulteriore strumento volto a rafforzare le relazioni economiche, turistiche e culturali ed, infine, servirà a intensificare il dialogo politico tra le parti.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this legislative consent vote. UKIP does not support the EU concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report as the signing of the short-stay waivers is significant for the EU and the state in question, as it signifies deeper cooperation and mutual understanding.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Podporujem spoluprácu EÚ s krajinami tichomorského regiónu. Táto dohoda, ktorá je predmetom uznesenia, umožňuje občanom Únie a občanom Kiribatskej republiky cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. To posilní hospodárske a kultúrne vzťahy a zintenzívni politický dialóg o rôznych otázkach vrátane ľudských práv a základných slobôd. EÚ v súčasnosti rokuje o komplexnej dohode o hospodárskom partnerstve so 14 krajinami tichomorského regiónu, do ktorého Kiribatská republika patrí. Preto som hlasoval za.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Odstránenie vízových prekážok predstavuje významný krok v prehlbovaní vzťahov EÚ a Kiribatskej republiky, preto som túto dohodu podporila. Právny rámec pre bezvízový styk vytvorila Dohoda z Cotonou, zaoberajúca sa partnerstvom členských štátov EÚ a afrických, karibských a tichomorských štátov. Kiribatská republika dosiahla pokrok v oblasti ľudských práv, ktoré sú základnou hodnotou EÚ. Ku konkrétnym krokom patrí prijatie akčného plánu na odstránenie sexuálneho a rodovo motivovaného násilia na roky 2011-2020 či úsilie o uplatňovanie ustanovení Dohovoru o odstránení všetkých foriem diskriminácie žien. Túto dohodu považujem za správny prejav podpory činnosti republiky Kiribati, ktorá nám umožní pokračovať v dosahovaní priorít EÚ v danom regióne. Zrušenie vízovej povinnosti zároveň pozitívne ovplyvní ekonomický vývoj krajiny, ktorá má svoje hospodárstvo založené na poskytovaní služieb a rybolove. Zdôrazňujem, že bezvízový styk sa bude týkať len pobytov v dĺžke 90 dní za obdobie 180 dní a osôb cestujúcich s iným dôvodom ako vykonávanie ekonomickej činnosti. Dôležitý je aj faktor vysokej dôvery v žiadateľov o víza, ako aj nízka miera zamietnutia víz, či fakt, že v rokoch 2014 a 2015 nebol žiaden občan Kiribati zatknutý z dôvodu nedovoleného pobytu v EÚ.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Sporazum o partnerstvu med članicami skupine afriških, karibskih in pacifiških držav na eni strani ter Evropsko unijo in njenimi državami članicami na drugi oziroma tako imenovani sporazum iz Cotonuja ureja odnose med EU in Republiko Kiribati, medtem ko Sporazum o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje te odnose še bolj poglablja in dodatno kepi gospodarske in kulturne povezave ter poglablja politični dialog predvsem na področjih človekovih pravic in temeljnih svoboščin.

Glede na sporazum Republika Kiribati spada med države, katerih državljani so izvzeti iz vizumske obveznosti pri prehodu zunanjih meja držav članic. Vsi državljani Republike Kiribati lahko ne glede na namen potovanja, razen če opravljajo plačano delo, brez vizumov potujejo na ozemlje države pogodbenice za največ 92 dni v 180-dnevnem obdobju.

Priporočilo Parlamenta ugotavlja, da ima tak sporazum lahko pozitivne učinke na zbliževanje evropskih in pacifiških narodov, saj med drugim poenostavlja pogoje potovanja za podjetnike ter spodbuja naložbe in turizem.

Poleg tega je Republika Kiribati dosegla napredek na področju človekovih pravic (npr. sprejetje akcijskega načrta za odpravo spolnega nasilja), ta sporazum pa omogoča nadaljnji poglobljen politični dialog o teh vprašanjih, zato sem priporočilo pri glasovanju podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Tým, že vláda Kiribati dosiahla pokrok v oblasti plnenia svojich medzinárodných záväzkov, najmä čo sa týka dodržiavania ľudských práv a slobôd, a zároveň občania Kiribati nepredstavujú žiadnu vážnu hrozbu pre ciele migračnej politiky, bezpečnosť a vnútorný poriadok EÚ, javí sa byť na mieste uzatvoriť s touto krajinou dohodu o zrušení vízovej povinnosti pri krátkodobých pobytoch. Podmienky bezvízového cestovania stanovené v tomto dokumente sú upravené rovnako ako v iných dohodách rovnakého druhu, ktoré EÚ uzatvorila s inými štátmi. Táto dohoda by mala predstavovať úspešné zavŕšenie jednej z etáp prehlbovania vzťahov medzi EÚ a Kiribatskou republikou a umožniť obom stranám pokračovať v ich ďalšom prehlbovaní.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Kiribati über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte habe ich mich enthalten.

Dieses Abkommen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte ist ein Ergebnis der Vertiefung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Republik Kiribati – was im Rahmen des Cotonou-Abkommens politisch sehr bedeutsam ist – sowie ein zusätzliches Mittel zur Stärkung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen und zur Intensivierung des politischen Dialogs über verschiedene Fragen, einschließlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Nichts spricht gegen diese Visabefreiung an sich. Ich lehne jedoch ab, dass die EU für Visafragen zuständig ist.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Ovaj Sporazum o ukidanju viza za kratkotrajni boravak rezultat je napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Republike Kiribatija te ima velik politički značaj u okviru Sporazuma iz Cotonoua. Potpisanim Sporazumom građanima Europske unije i građanima Republike Kiribatija omogućava se boravak bez vize na državnom području druge ugovorne stranke od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana. Vize se ukidaju za sve kategorije osoba (nositelje običnih, diplomatskih, službenih ili posebnih putovnica) koje ne putuju u svrhu obavljanja plaćene aktivnosti. Ukidanje vize bitan čimbenik u približavanju europskih građana i građana pacifičke regije.

Prihvaćam ovaj Sporazum jer ima veliki politički značaj, a njime se i dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, među ostalim i o ljudskim pravima i temeljnim slobodama. Također, državljani Kiribatija nisu predali nijedan zahtjev za azil i ne predstavljaju nikakvu prijetnju u smislu nezakonite migracije ili migracijskih tokova ni u smislu sigurnosti i javnog reda.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Sporazuma med Evropsko unijo in Republiko Kiribati o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje, v imenu Evropske unije. S podpisanim sporazumom med Evropsko unijo in Republiko Kiribati bomo državljanom obeh podpisnic omogočili za največ 90 dni potovanja brez vizumov, vendar brez možnosti opravljanja plačanega dela.

S sklenjenim sporazumom bomo poglobili odnose med EU in Republiko Kiribati, tako na gospodarskem področju, kakor tudi kulturnem in političnem.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή μεταξύ ΕΕ-Κιριμπάτι δεν συνιστά συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και των θεμελιωδών ελευθεριών.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam, hogy az Európai Parlament adja egyetértését ahhoz, hogy az Európai Unió nevében a Tanács a Kiribati Köztársasággal megállapodást írjon alá a valamennyi útlevél-kategóriára érvényes, rövid távú tartózkodásra vonatkozó vízummentesség kölcsönös biztosításáról. Az előterjesztés mérlegelése során tekintettel voltam arra, hogy ez a lépés megfelel az EU és az ACP-országok viszonyát szabályozó cotonoui egyezményben foglalt szándékoknak és céloknak, elősegítheti a gazdasági és kereskedelmi kapcsolatok, a turizmus fejlesztését és ezzel hozzájárulhat az Unió fejlesztéspolitikai céljainak megvalósításához a térségben. Figyelembe vettem a Kiribati által az utóbbi időben tett erőfeszítéseket a lakosság életszínvonalának javítása és az emberi jogok érvényesítése érdekében, egyúttal méltányolva azt a fontos hozzájárulást is, amelyet az ACP–EU parlamenti delegáció révén az EP játszott a vízummentességi megállapodás létrehozásának folyamatában.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. — În scopul dezvoltării relațiilor cu state din diverse colțuri ale lumii, Uniunea Europeană a inițiat, în ultimii doi ani, un amplu proces de negocieri în vederea renunțării la vizele de scurtă ședere. Kiribati este una dintre țările membre ale Acordului UE-ACP, cu care Uniunea dorește să își consolideze dialogul politic în vederea întăririi cooperării în domeniile de interes comun. În ultima perioadă, autoritățile din Kiribati au înregistrat progrese importante în privința drepturilor omului, realizării obiectivelor de dezvoltare ale mileniului, eliminării violențelor sexuale și a discriminării femeilor. De asemenea, statul insular prezintă oportunități importante de colaborare în domeniile pescuitului, agriculturii și turismului. Întrucât nu au existat probleme în privința ratei de refuz al vizelor pentru resortisanții din Kiribati, exonerarea de vize de scurtă ședere, cu excepția persoanelor care călătoresc în vederea desfășurării unei activități remunerate, este un pas logic în relația cu acest stat, ceea ce va permite o intensificare a investițiilor și a activităților turistice, precum și consolidarea parteneriatului între cele două părți. Susțin adoptarea

acestei recomandări.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Les relations entre l'Union européenne et cet État sont régies par l'accord de partenariat entre les membres du groupe des États d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique, d'une part, et l'Union européenne et ses États membres, d'autre part, appelé «Accord de Cotonou».

S'agissant de la mise en œuvre et du suivi de l'accord, le Parlement, par ce texte, invite la Commission européenne à observer les possibles développements en ce qui concerne les critères qui ont initialement conduit au transfert de l'annexe I vers l'annexe II du règlement nº 509/2014. Ces critères incluent non seulement l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, mais aussi les relations extérieures de l'Union avec le pays tiers concerné, y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o sporazumu između Europske unije i Kiribatija o ukidanju viza za kratkotrajni boravak. Ovaj Sporazum o ukidanju viza za kratkotrajni boravak rezultat je napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Republike Kiribatija te ima velik politički značaj u okviru Sporazuma iz Cotonoua. Njime se također dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, između ostaloga, o ljudskim pravima i temeljnim slobodama. Potpisanim sporazumom građanima Europske unije i građanima Republike Kiribatija omogućava se boravak bez vize na području druge ugovorne stranke od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana. Ukidanje viza vrijedi za sve kategorije osoba (nositelje običnih, diplomatskih, službenih ili posebnih putovnica) čija svrha putovanja ne uključuje obavljanje plaćene aktivnosti.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Sporazum između Europske unije i Republike Kiribati predlaže ukidanje viza za kratkotrajni boravak za građane Europske unije i državljane Republike Kiribati koji putuju na teritoriju druge ugovorne strane. Mogućnost putovanja bez vize odnosi se na boravak do 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana, a primjenjivat će se na sve kategorije putnika.

Smatram da će ovaj sporazum imati pozitivan učinak na gospodarstvo Kiribatija te doprinijeti jačanju gospodarskih i kulturnih odnosa između Europske unije i Kiribatija. Republika Kiribati je postigla značajan napredak na području ljudskih prava i Milenijskih razvojnih ciljeva, a ovaj sporazum omogućava nastavak uravnoteženog dijaloga.

S obzirom na iskustva iz nekoliko posljednjih godina te da građani ove zemlje ne predstavljaju prijetnju u smislu ilegalne migracije ili migracijskih tokova, ni u smislu sigurnosti i javnog reda, podržala sam sklapanje ovog sporazuma.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Sporazuma med Evropsko unijo in Republiko Kiribati o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje, v imenu Evropske unije sem podprla.

Odnose med Evropsko Unijo in Republiko Kiribati ureja sporazum iz Cotonouja. Med Evropsko Unijo in Republiko Kiribati je v letu 2016 prišlo do podpisa dvostranskega sporazuma, ki državljanom Evropske unije in državljanom Republike Kiribati omogoča potovanje brez vizumov na ozemlje druge pogodbenice za največ 90 dni v katerem koli 180-dnevnem obdobju.

Sporazum o odpravi vizumske obveznosti bo lahko prinesel pozitivne učinke, saj poenostavlja pogoje potovanja za podjetnike, spodbuja naložbe in turizem. Odprava vizumske obveznosti je pomembno sredstvo za zbliževanje evropskih in pacifiških narodov.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (120092/2015) y el Acuerdo entre la Unión Europea y la República de Kiribati (12091/2015) voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de ce pays qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Ce rapport est accompagné d'une justification succincte précisant qu'il constitue un aboutissement dans l'approfondissement des relations bilatérales revêtant une signification politique forte dans le cadre de l'Accord de Cotonou.

La commission LIBE invite cependant la Commission européenne «à observer les possibles développements en ce qui concerne les questions relatives à l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, les relations extérieures de l'Union avec ce pays y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales».

L'exemption de visa présente donc des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.) et de l'immigration. On doit se demander s'il est opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où le risque d'attentats terroristes est réel et où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration de masse.

Je vote contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Omawiana umowa w sprawie ułatwień wizowych ma na celu zapewnienie obywatelom Republiki Kiribati ruchu bezwizowego z UE na okres maksymalnie 90 dni w 180-dniowym okresie czasu. System bezwizowy obejmowałby wszystkie kategorie osób. Oczekuje się, że umowa wywrze pozytywne skutki gospodarcze dla tego kraju i zwiększy współpracę z UE, zwłaszcza w obszarze praw człowieka. Skutki dla UE będą najprawdopodobniej minimalne ze względu na niewielką liczbę ludności Republiki Kiribati, dlatego poparłem proponowaną umowę.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió és a Kiribati Köztársaság közötti kapcsolatokat az egyrészről az afrikai, karibi és csendes-óceáni államok csoportjának tagjai, másrészről az Európai Unió és tagállamai között létrejött partnerségi megállapodás (Cotonoui Megállapodás) szabályozza. Szavazatommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (12092/2015) y el Acuerdo entre la Unión Europea y la República de Kiribati (12091/2015) voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Susitarimas dėl bevizio režimo galės daryti teigiamą poveikį supaprastindamas verslininkams galimybes keliauti, palengvindamas investicijas ir turizmą. Be to, bevizis režimas nemažai prisidės suartinant europiečius ir Ramiojo vandenyno šalių gyventojus. Susitarimas dėl bevizio režimo sudaro galimybes piliečiams ne tik visiškai pasinaudoti AKR ir ES partneryste, bet ir joje dalyvauti ekonomiškai nebrangiai ir praktiškai keliaujant.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the European Union, of the Agreement between the European Union and the Republic of Kiribati on the short-stay visa waiver. Relations between the European Union and the Republic of Kiribati are governed by the partnership agreement between the members of the African, Caribbean and Pacific Group of States of the one part and the European Union and its Member States of the other part, known as the Cotonou Agreement. The agreement provides for visa-free travel for citizens of the European Union and citizens of the Republic of Kiribati when travelling to the territory of the other contracting party for a maximum period of 90 days in any 180-day period. The visa waiver covers all categories of persons (ordinary, diplomatic, service/official and special passport holders) travelling for any purpose other than carrying out a paid activity. I voted in favour because I believe that the Agreement represents a culmination of the development of relations between the European Union and the Republic of Kiribati that is politically highly significant in the context of the Cotonou Agreement.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante dicho Acuerdo se procede a facilitar la exención de visado para estancias de corta duración entre ambas partes. Hablamos de un acuerdo negociado por la Comisión Europea y que ha contado con la aprobación de la comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, por lo que creo necesario votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La libertad de movimiento es un derecho fundamental de todas las personas que actualmente no se respeta en una Unión con una política migratoria cada día más agresiva. Por ello, apoyamos esto acuerdo que permitirá viajar sin visado a la Unión Europea a los ciudadanos de la República de Kiribati y viceversa, un acuerdo que nos gustaría que se hiciera extensivo a otros países, particularmente los que viven situaciones de conflicto que están obligando a huir a millares de personas

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este acordo prevê um regime de isenção da obrigação de visto para os cidadãos da União Europeia e os nacionais deste país que se desloquem ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada.

Votamos a favor.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Ich habe gegen das Abkommen zwischen der EU und Kiribati über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte gestimmt, da meiner Meinung nach erstens keine Notwendigkeit für diese Befreiung besteht und zweitens die Kompetenzen bezüglich der Visapolitik bei den Mitgliedsstaaten bleiben sollen.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Rozhodnutia Rady o uzavretí dohody medzi Európskou úniou a Kiribatskou republikou o zrušení vízovej povinnosti pri krátkodobých pobytoch som podporila. Európsky parlament mal v tomto prípade udeliť svoj súhlas s uzavretím dohody. Zrušenie vízovej povinnosti sa týka krátkodobých (maximálne 90 dňových pobytov) a vzťahuje sa na všetky kategórie osôb za všetkými účelmi s výnimkou vykonávania platenej činnosti. Tieto dohody sú výsledkom intenzívneho politického dialógu a prehlbovania politických vzťahov s krajinami mimo Európskej únie a pred tým, ako sa takáto dohoda uzavrie, je vždy starostlivo zvážené, či daná krajina dodržuje ľudské práva, má demokratický režim a koľko žiadostí o víza a z akých dôvodov bolo v prípade občanov danej krajiny zamietnutých. Keďže Kiribatská republika dosiahla výrazný pokrok v plnení medzinárodných záväzkov v oblasti ľudských práv a v dosahovaní cieľov stanovených na medzinárodnej úrovni, akými sú miléniové rozvojové ciele, miera odmietnutia udelenia víz pre jej občanov je veľmi nízka a nepredstavuje ani žiadne riziko z hľadiska nezákonného prisťahovalectva, nemala som voči uzavretiu tejto dohody žiadne výhrady.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam sporazum o ukidanju obveze posjedovanja viza za kratkotrajni boravak od najviše 90 dana unutar perioda od 180 dana od prvog ulaska između Europske unije i Kiribatija. Povećanje mobilnosti iz i prema Europskoj uniji mora biti jedan od glavnih prioriteta europske politike na međunarodnoj razini. Ovo izuzeće preduvjet je razvoja budućih odnosa između Europske unije i Kiribatija. Ukidanje viza za kratkotrajni boravak ima pozitivni efekt za gospodarstvo i građane. Povećanje ekonomske aktivnosti, ali i stjecanje novih iskustava putovanjem glavni su učinci za obje strane sporazuma. Sve države koje primjenjuju i razvijaju schengensku pravnu stečevinu, a nisu države članice Europske unije, trebale bi također sklopiti sporazume s državom Kiribati kako bi se njihov vizni režim harmonizirao sa sustavom Europske unije.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Zakonodajno resolucijo Evropskega parlamenta o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Sporazuma med Evropsko unijo in Republiko Kiribati o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje v imenu Evropske unije.

Odobritev sklenitve sporazuma podpiram, ker bo ta okrepil gospodarske in kulturne odnose ter poglobil politični dialog o različnih vprašanjih, vključno s človekovimi pravicami in temeljnimi svoboščinami. Odprava vizumske obveznosti je pomembno sredstvo za zbliževanje evropskih in pacifiških narodov.

7.4. Abkommen zwischen der EU und den Salomonen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0336/2016 - Mariya Gabriel)

Dichiarazioni di voto orali

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La presente relazione stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'Unione e per i cittadini delle Isole Salomone che si recano nell'altrui territorio per un periodo massimo di 90 giorni all'interno di una fascia di periodo di 180 giorni. Tale esenzione si applica a tutte le categorie di persone che effettuano viaggi all'infuori di quelli compiuti per esercitare un'attività retribuita. Ho votato a favore.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — I supported this proposal, as we support the relaxation of certain travel restrictions provided that the state in question has a solid human rights record.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. — Ce rapport demande l'approbation par le Parlement européen d'un accord qui prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des Îles Salomon qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours.

Le rapport est accompagné d'une justification précisant que l'accord constitue un aboutissement entre l'UE et les Îles Salomon — revêtant une signification politique forte dans le cadre de l'Accord de Cotonou — ainsi qu'un moyen supplémentaire de renforcer les relations économiques et culturelles et d'intensifier le dialogue politique sur diverses questions (droits de l'homme, libertés fondamentales, etc.).

La commission LIBE invite cependant la Commission européenne «à observer les possibles développements en ce qui concerne les questions relatives à l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, les relations extérieures de l'Union avec le pays tiers concerné y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales». L'exemption de visa présente donc des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.) et de l'immigration. Aussi me suis-je opposée à ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against, as this is consistent with the principles of my mandate as an MEP who was elected to support the UK's withdrawal from the European Union. Such decisions on visas, visa waivers, and the entry of nationals of third countries into UK territory should properly be a matter for the British Government to determine.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už rekomendaciją dėl Europos Sąjungos ir Saliamono Salų susitarimo dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju sudarymo Sąjungos vardu projekto. Šis susitarimas dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju yra Europos Sąjungos ir Saliamono Salų santykių plėtojimo rezultatas, dar labiau sutvirtinantis svarbią Kotonu susitarimo politinę reikšmę, taip pat papildoma priemonė siekiant sustiprinti ekonominius bei kultūrinius ryšius ir paskatinti politinį dialogą įvairiais klausimais, įskaitant žmogaus teises ir pagrindines laisves.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des Îles Salomon qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Une telle exemption de visa présenterait des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.) et de l'immigration. Est-il opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où le risque d'attentats terroristes est réel et où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration de masse? J'ai voté contre ce rapport.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cet accord qui prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des Îles Salomon qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Gabriel sull'accordo UE-Isole Salomone sull'esenzione dal visto per i soggiorni di breve durata. Il testo stabilisce un'esenzione per i cittadini dell'Unione e per i cittadini delle Isole Salomone che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180 giorni. L'esenzione dal visto riguarda tutte le categorie di persone indipendentemente dal motivo del soggiorno purché questo non sia legato allo svolgimento di un'attività retribuita.

L'accordo di esenzione dal visto costituisce un'ulteriore dimostrazione dell'impegno dell'Europa nei confronti di questa regione, un'azione incentrata sulla promozione della democrazia, dei diritti umani e di un dialogo politico rafforzato. Il testo approvato rafforzerà sicuramente anche i rapporti futuri su temi come la protezione dell'ambiente, soprattutto in relazione ai cambiamenti climatici che minacciano di causare danni notevoli nell'arcipelago.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (09785/2015) y el acuerdo entre la Unión Europea y las Islas Salomón (09783/2015) voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre el Acuerdo entre la Unión Europea y las Islas Salomón sobre la exención de visado para estancias de corta duración. Se pide a la Comisión Europea que observe la evolución de los criterios que llevaron en su momento a la transferencia del Anexo I al Anexo II del Reglamento n.º 509/2014. Esos criterios abarcan no solo la inmigración clandestina, el orden público y la seguridad sino también las relaciones exteriores de la Unión con las Islas Salomón, incluidas las cuestiones relativas a los derechos humanos y las libertades fundamentales.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des Îles Salomon qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Au moment où l'Europe est frappée par les attentats terroristes et l'immigration clandestine massive, ces exemptions ne paraissent pas à l'ordre du jour, des personnes malfaisantes pouvant un jour s'en servir. J'y suis donc fermement opposée.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Con questo accordo si stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'UE e delle Isole Salomone che si recano nei territori dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni. Il provvedimento non solleva problemi di nessuna natura e per questo ho votato a favore.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El Acuerdo, que ya se aplica desde el 7 de octubre de 2016 de forma provisional, establece la exención de visado para los ciudadanos de la Unión Europea y los ciudadanos de las Islas Salomón que viajen al territorio de la otra Parte Contratante por un período máximo de 90 días en el plazo de 180 días. La exención de visado para estancias de corta duración constituye el resultado de un mayor estrechamiento de las relaciones entre la Unión y las Islas Salomón.

Aunque las relaciones comerciales de la Unión con las Islas Salomón son muy limitadas, tienen capacidad para desarrollarse más. Con este Acuerdo se refuerza el diálogo político, haciéndolo más regular, y se mejoran las relaciones económicas y culturales entre ambos territorios.

Por todo ello, he votado a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes juo Parlamentas pritarė Europos Sąjungos ir Saliamono Salų susitarimo dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju sudarymo Europos Sąjungos vardu sudarymui. Šis susitarimas dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju yra Europos Sąjungos ir Saliamono Salų santykių plėtojimo rezultatas, dar labiau sutvirtinantis svarbią Kotonu susitarimo politinę reikšmę, taip pat papildoma priemonė siekiant sustiprinti ekonominius bei kultūrinius ryšius ir paskatinti politinį dialogą įvairiais klausimais, įskaitant žmogaus teises ir pagrindines laisves.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Iz istih razlogov kot prej se strinjam s sporazumom o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje med EU in Salomonovimi otoki.

Gre za dejanje, ki ima velik politični pomen v okviru Sporazuma iz Cotonouja in je rezultat poglobitve odnosov med Evropsko unijo in Salomonovimi otoki in je tudi sredstvo za okrepitev gospodarskih in kulturnih odnosov ter poglobitev političnega dialoga o različnih vprašanjih, vključno s človekovimi pravicami in temeljnimi svoboščinami.

Prav tako pa takšen sporazum o odpravi vizumske obveznosti prinesel pozitivne učinke, saj poenostavlja pogoje potovanja za podjetnike, omogoča naložbe in spodbuja turizem.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o Sporazumu koji predviđa bezvizni režim za građane Europske unije i Salomonovih otoka kada putuju na teritorij druge ugovorne stranke za razdoblje od najviše 90 dana u 180-dnevnom razdoblju. Zajednička izjava o interpretaciji je u prilogu ugovora.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Gli aiuti economici in cambio di riforme democratiche e progresso civile rappresentano uno degli strumenti maggiormente utilizzati dalla UE nei suoi rapporti di vicinato e di partenariato coi paesi terzi. Un modo di rapportarsi che ha spesso prodotto risultati positivi per i cittadini di entrambe le parti e ha aumentato il range di influenza del *soft power* dell'Unione europea.

La Repubblica delle Isole Salomone è un Paese che è approdato ad una forma democratica di tipo moderno, che guarda all'Occidente e allo sviluppo dello Stato di diritto nonostante le ancora gravi carenze strutturali, i propri problemi sociali interni, il rapporto difficoltoso con alcuni paesi dell'area del Pacifico. Di particolare rilievo per questo territorio è il riscaldamento climatico che, con l'innalzamento dei mari, minaccia l'esistenza stessa dello Stato insulare.

Complessivamente l'Europa può guardare alla Repubblica delle Isole Salomone come ad una democrazia amica, che dobbiamo sostenere consentendole di svilupparsi in condizioni adeguate, gradualmente, e di inserirsi progressivamente nell'area di libero scambio e collaborazione comune, in modo coerente a quanto previsto dalla Convenzione di Cotonou il cui scopo principale, espresso nell'articolo 1, è la riduzione ed infine l'eliminazione della povertà.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des Îles Salomon qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Selon le rapporteur, ce type d'accord constitue un moyen de renforcer les relations économiques et culturelles ainsi que d'intensifier le dialogue sur diverses questions notamment concernant les droits de l'homme et les libertés fondamentales. A contrario, nous considérons qu'il n'est absolument pas opportun de conclure un tel accord à l'heure où nos sociétés occidentales sont menacées par le fondamentalisme islamique qui utilise les voies légales d'immigration pour pénétrer nos territoires et y planifier des attentats terroristes. Sans compter que cette exemption de visa renforcera les réseaux criminels ainsi que les trafics illégaux en tout genre. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — Acordul de la Cotonou marchează relațiile de parteneriat dintre grupul statelor din Africa, zona Caraibilor și Pacific, pe de o parte, și Uniunea Europeană și statele sale membre, pe de altă parte, fiind reglementate deopotrivă și relațiile între Insulele Solomon și Uniunea Europeană.

Acordul UE- Insulele Solomon privind exonerarea de obligația de a deține viză de scurtă ședere prevede eliminarea obligației de a deține viză în beneficiul cetățenilor Uniunii și al resortisanților Insulei Solomon care călătoresc pe teritoriul celeilalte părți contractante pentru o ședere de maximum 90 de zile în cursul oricărei perioade de 180 de zile. De această exonerare de obligație de a deține viză beneficiază toate categoriile de persoane, fiind încurajat astfel turismul, dar și investițiile.

M-am exprimat în favoarea acestui acord deoarece consider că reprezintă un instrument puternic de consolidare a relațiilor economice, culturale și de intensificare a dialogului politic dintre Uniunea Europeană și Insulele Solomon.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della raccomandazione concernente l'accordo tra l'Unione europea e le Isole Salomone in materia di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata.

La raccomandazione sottolinea che tale accordo potrà semplificare le condizioni per viaggi d'affari e facilitare il turismo e gli investimenti. L'esenzione del visto apporterà benefici per i cittadini, che potranno viaggiare in modo più pratico ed economico.

Considerando il potenziale di sviluppo delle Isole Salomone, l'accordo potrà dimostrarsi un'ottima opportunità per accrescere le relazioni culturali ed economiche e per intensificare la cooperazione svolta dall'UE nelle isole, che attualmente si concentra essenzialmente sullo sviluppo delle risorse umane e sullo sviluppo rurale sostenibile.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which will enable citizens from the Solomon Islands to travel visa-free in certain EU countries for a maximum period of 90 days in any 180-day period. The visa waiver applies to all persons travelling for all kinds of purposes, except for carrying out a paid activity.

As Ireland is not a member of the Schengen area, this does not apply to it.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against in this legislative consent vote. UKIP does not support the EU's concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

David Casa (PPE), *in writing*. – I gave my consent to the conclusion of this agreement, which will facilitate the issue of short-stay visas and also provides for visa-free travel for citizens of the European Union and citizens of the Solomon Islands when travelling to the territory of the other contracting party for short periods of time. The agreement could have positive effects by simplifying travel for businesspeople, facilitating investment and boosting tourism. While European Union trade relations with the Solomon Islands are very limited, they have potential for development. The European Union is currently negotiating a comprehensive economic partnership agreement with 14 Pacific countries, including the Solomon Islands. The visa waiver agreement reaffirms the European Union's commitment to strengthening partnership with that country.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Gli accordi in oggetto che il Parlamento è chiamato ad approvare stabiliscono l'esenzione dal visto per i cittadini dell'UE e per i cittadini degli Stati sopra citati che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni in un periodo di 180 giorni. L'esenzione dal visto riguarda tutte le categorie di persone che viaggiano per tutti i tipi di scopi, tranne che per esercitare un'attività retribuita. Il file non crea alcun problema ed ho quindi votato a favore.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – L'accordo di esenzione dal visto per i soggiorni di breve durata tra l'Unione europea e le Isole Salomone riveste un forte significato politico nell'ambito dell'accordo di Cotonou e rappresenta l'esito concreto dell'approfondimento delle relazioni tra le due parti.

Ho votato a favore della relazione in quanto credo che l'accordo rappresenti un ulteriore strumento per rafforzare le relazioni economiche e culturali tra l'Unione europea e le Isole Salomone. Le relazioni commerciali bilaterali, seppur al momento molto limitate, hanno un grande potenziale di sviluppo e credo che la semplificazione delle condizioni di viaggio darà risultati positivi facilitando investimenti e stimolando il turismo.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς τη σύσταση σχετικά με τη σύναψη συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των Νήσων Σολομώντος σχετικά με την απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή. Καθώς η συμφωνία αυτή θα συμβάλει στην περαιτέρω ανάπτυξη των σχέσεων μεταξύ των δύο μερών, ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Non posso che definirmi entusiasta di quanto votato oggi in merito all'accordo siglato tra l'Unione Europea e le Isole Salomone: essa consentirà l'esenzione dal visto ai cittadini di entrambe le parti che si recano nel territorio dell'altra per un periodo massimo di 90 su un periodo massimo di 180. Tale esonero riguarda tutte le categorie di persone indipendentemente dal motivo di soggiorno, eccezion fatta per coloro il cui spostamento è dettato dallo svolgimento di un'attività retribuita.

Le Isole Salomone presentano un'economia fondata su agricoltura e servizi, con esse l'Unione europea ha iniziato nel 1990 ad intrattenere rapporti incentrati sulla cooperazione per uno sviluppo rurale sostenibile e, parallelamente, sullo sviluppo delle risorse umane. Ad oggi, tuttavia, le relazioni commerciali sono esigue, pur presentando scenari di crescita allettanti. Perciò, l'Unione reputa ragguardevole proseguire un dialogo sulla protezione ambientale, soprattutto in relazione ai mutamenti climatici e sulla difesa dei diritti umani e delle questioni di genere.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the recommendation on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the Union, of the Agreement between the European Union and the Solomon Islands on the short-stay visa waiver.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A União Europeia leva a cabo uma política de vistos, nomeadamente no que respeita à isenção de vistos de curta duração. Esta isenção é definida ao nível europeu, uma vez que é válida para todos os Estados-Membros, exceto Reino Unido e Irlanda. Aliás, entre os vários requisitos para que seja possível a celebração do acordo, incluem-se a reciprocidade. Ou seja, também os cidadãos europeus deixam de necessitar de visto.

Ao Parlamento Europeu compete dar a sua aprovação ao acordo para o seu estabelecimento, que fica assim dada.

Por tudo isto e porque este acordo é o culminar do aprofundamento de relações com as Ilhas Salomão, voto favoravelmente a sua celebração.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'accordo tra l'Unione europea e le Isole Salomone in quanto ha come scopo principale quello di facilitare il rilascio dei visti per soggiorni di breve durata facilitando così le procedure di ingresso nel paese.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The agreement provides for visa-free travel for citizens of the European Union and citizens of the Solomon Islands when travelling to the territory of the other contracting party for a maximum period of 90 days in any 180-day period.

The visa waiver agreement could have positive effects by simplifying travel for businesspeople, facilitating investment and boosting tourism.

I appeal, however, for caution, as the rapporteur does, since this practice is liable to reduce Parliament's room for manoeuvre and is problematic because Parliament is not fully informed about the progress of bilateral negotiations.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'accordo di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata rappresenta sia l'esito concreto dell'approfondimento delle relazioni tra l'Unione europea e le Isole Salomone – il che riveste un forte significato politico nell'ambito dell'accordo di Cotonou – sia un ulteriore strumento per rafforzare le relazioni economiche e culturali e intensificare il dialogo politico su diverse questioni, tra cui i diritti umani e le libertà fondamentali.

Ritengo inoltre che l'accordo di esenzione dal visto potrà avere effetti positivi semplificando le condizioni per i viaggi d'affari, facilitando gli investimenti e stimolando il turismo, grazie al quale si potranno sviluppare migliori relazioni commerciali con l'Europa.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem umowę w sprawie zniesienia wiz krótkoterminowych między Unią Europejską a Wyspami Salomona. Uważam, iż umowa ta stanowi konkretny wynik procesu pogłębiania stosunków pomiędzy Unią Europejską a Wyspami Salomona, co ma duże znaczenie polityczne w ramach umowy z Kotonu, a jednocześnie jest środkiem uzupełniającym, umożliwiającym zacieśnienie stosunków gospodarczych i kulturalnych oraz intensyfikację dialogu politycznego na temat różnorodnych kwestii, w tym praw człowieka i podstawowych wolności. Relacje handlowe Unii Europejskiej z Wyspami Salomona są bardzo ograniczone, ale dzięki temu istnieje potencjał ich rozwoju. Umowa dotycząca zniesienia wiz potwierdza zaangażowanie Unii Europejskiej na rzecz wzmocnienia partnerstwa z tym krajem.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the signing of the short-stay waiver, as it steps up Europe's economic and cultural relations and intensifies political dialogue. The visa waiver agreement is further evidence of our commitment to the region, with a view to a strengthened partnership, and may boost economic investment in the area and facilitate travel for business and tourism, which may be very limited in the Solomon Islands.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome the potential commercial opportunities through increased tourism numbers and enhanced business relationships which this agreement with the Solomon Islands will hopefully provide. However, as this deal concerns the visa regime operated by Schengen member states, from which the United Kingdom has opted out, I will abstain on this report.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against in this legislative consent vote. UKIP does not support the EU's concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la conclusion de l'accord entre l'Union européenne et les Îles Salomon relatif à l'exemption de visa de court séjour qui prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des Îles Salomon qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Par cet accord, nous renforcerons non seulement le dialogue politique entre les deux parties, mais également les relations économiques et culturelles.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ces accords prévoient un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants Kiribati, des Îles Salomon, de Micronésie, de Tuvalu et des Îles Marshall qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Dans un contexte sécuritaire préoccupant, toute proposition d'allégement ou d'exemption d'octroi de visa nous paraît inappropriée.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Споразумението от Котону – споразумението за партньорство между членовете на групата държави от Африка, Карибите и Тихоокеанския басейн определя отношенията между Европейския съюз и Соломоновите острови.

В споразумението се предвижда безвизово пътуване за гражданите на Европейския съюз и за гражданите на Соломоновите острови, когато те пътуват до територията на другата договаряща страна за срок до 90 дни в рамките на всеки период от 180 дни. Премахването на визите обхваща всички категории лица (притежателите на обикновен, дипломатически, служебен/официален и специален паспорт), пътуващи с всякаква цел, с изключение на целта за упражняване на доходоносна дейност.

Подкрепих това предложение с идеята за бъдещи по-добри търговски отношения и развитие. Споразумението за премахване на визите не само позволява на гражданите да се възползват пълноценно от партньорството АКТБ – ЕС, но и да участват в него, като имат възможност да пътуват по-изгодно и практично.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή μεταξύ ΕΕ-Ν. Σολομώντος δεν συνιστά συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και των θεμελιωδών ελευθεριών.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore in quanto ritengo che l'esenzione dal visto per i cittadini delle parti contraenti questo accordo possa costituire uno strumento utile al fine di intensificare l'influenza dell'Unione europea nei paesi interessati, con particolare riferimento ai diritti umani, e possano costituire stimolo alla crescita economica degli stessi.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Predmetná dohoda medzi Európskou úniou a Šalamúnovými ostrovmi predstavuje ďalší významný krok v prehlbovaní diplomatických vzťahov. Schválenie príslušnej dohody umožní občanom Únie a občanom Šalamúnových ostrovov cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. Zrušenie vízovej povinnosti sa vzťahuje na všetky kategórie osôb cestujúcich z akéhokoľvek dôvodu okrem vykonávania platenej činnosti.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore dell'esenzione del visto turistico per periodi di massimo di 90 giorni.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. — Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή μεταξύ ΕΕ-Ν. Σολομώντος δεν συνιστά συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, για αυτό τον λόγο την καταψηφίζω.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The agreement provides for visa-free travel for citizens of the European Union and citizens of the Solomon Islands when travelling to the territory of the other contracting party for a maximum period of 90 days in any 180-day period. The signing of short-stay waivers is significant for the EU and the states in question, as it signifies greater cooperation and mutual understanding between the EU and those states.

The visa waiver may boost economic investment in the area concerned and facilitate travel for business and tourism, which may be very limited in some areas.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la recomendación que prevé un régimen de desplazamiento sin obligación de visado en favor de los ciudadanos de la Unión y los nacionales de las Islas Salomón. El Acuerdo de exención de visado podrá tener efectos positivos, ya que contribuye a simplificar las condiciones de viaje para los empresarios, facilitar las inversiones e impulsar el turismo. Desde la década de 1990 la cooperación al desarrollo de la Unión en las Islas Salomón se ha centrado principalmente en el desarrollo rural sostenible y el desarrollo de los recursos humanos.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das Abkommen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte ist ein weiterer Schritt zur Vertiefung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of the short-stay visa waiver agreement between the EU and the Solomon Islands, as this constitutes an important step to further develop economic and cultural relations and intensify political dialogues on various issues, including human rights and fundamental freedoms.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (09785/2015) y el acuerdo entre la Unión Europea y las Islas Salomón (09783/2015) voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, as the signing of the short-stay waivers steps up Europe's economic and cultural relations and intensifies political dialogue.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – The EU-Solomon Islands agreement provides for visa-free travel for citizens of the European Union and citizens of the Solomon Islands when travelling to the territory of the other contracting party for a maximum period of 90 days in any 180-day period. The European Union's political dialogue with the Solomon Islands focuses on protecting its vulnerable environment, especially in relation to climate change, on the one hand and on defending human rights and gender issues on the other. The visa waiver agreement represents a significant step towards more regular and enhanced political dialogues. Accordingly I have voted in favour of the motion.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Si nous prenons le cas particulier des îles Salomon, je ne vois pas de difficulté particulière à lever l'obligation de visa de court séjour, c'est-à-dire de trois mois sur une période de 180 jours, pour les ressortissants de cette démocratie parlementaire de 600 000 habitants située dans l'océan Pacifique.

Les risques migratoires et sécuritaires sont inexistants. Je pense cependant que l'exemption de visa ne doit pas être un automatisme mais l'aboutissement d'une évaluation approfondie de la situation politique, institutionnelle et géostratégique du pays concerné et des répercussions éventuelles qu'une levée de l'obligation de visa peut avoir sur le territoire européen.

Cet examen ne doit pas être uniquement fondé sur les progrès réalisés pendant les années antérieures à cette évaluation mais également tenir compte des risques potentiels d'appel d'air qu'une exemption de visa peut susciter dans le moyen terme comme nous l'avons constaté avec certains pays des Balkans occidentaux. Aussi, je réitère mon soutien à l'adoption rapide du mécanisme de suspension qui rappelle que l'exemption de visa n'est pas un «pass illimité» mais une facilité conditionnée qui répond à certaines exigences.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasovao sam za preporuku o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Unije, Sporazuma između Europske unije i Salomonovih Otoka o ukidanju viza za kratkotrajni boravak (09785/2016 — C8-0422/2016 – 2016/0096(NLE)), kojim se daje suglasnost za sklapanje sporazuma. Odnosi između Europske unije i Salomonovih Otoka uređeni su Sporazumom o partnerstvu između članica Skupine afričkih, karipskih i pacifičkih zemalja, s jedne strane, i Europske unije i njezinih država članica, s druge strane, te se potpisanim sporazumom građanima Europske unije i građanima Salomonovih Otoka omogućava boravak bez vize na području druge ugovorne stranke od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana. Njime se dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, između ostaloga, o ljudskim pravima i temeljnim slobodama. Europska unija partner je civilnog društva na Salomonovim Otocima u pitanjima demokracije i ljudskih prava, provedbe Nacionalne razvojne strategije i pojačanog političkog dijaloga.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Ce rapport relatif à une exemption de visa pour les citoyens des Îles Salomon fait courir des risques protéiformes en matière de sécurité. À ce titre, il serait très imprudent pour l'Union européenne de signer un accord qui ne ferait qu'ajouter son poids dans la balance déjà très chargée de la crise migratoire dans nos territoires.

J'ai donc voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *písemně.* – Dohoda o zrušení krátkodobých víz mezi Šalamounovými ostrovy a Evropskou unií představuje konkrétní výstup prohlubování vztahů v rámci spolupráce mezi skupinou zemí Afriky, Karibiku a Tichomoří (AKT) a EU. Jedná se o významný krok v posílení politického dialogu a utužení vzájemných ekonomických a kulturních vztahů, které jsou od podepsání Dohody z Cotonou roku 2000 neustále rozvíjeny.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit la conclusion d'un accord avec les Îles Salomon visant à faciliter la délivrance de visas de court séjour.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich.* – Ich stimme gegen den Vorschlag, da ich keine Notwendigkeit für die Einführung von visafreien Kurzaufenthalten von Bürgern aus den Solomon-Inseln sehe, zumal auch die Kompetenz dafür bei den Mitgliedstaaten selbst liegen sollte.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit.* – J'ai voté contre ce rapport car il n'est pas opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration.

Javi López (S&D), *por escrito.* — He votado a favor de este informe que permite la exención de visado de corta duración, es decir, en estancias en la Unión Europea de hasta 90 días en un periodo de 180 días, para nacionales de Islas Salomón, microestado archipiélago del Pacifico.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing.* – I voted in favour of this report on the conclusion of the visa facilitation agreement between the EU and the Solomon Islands.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Odnosi između Europske unije i Salomonovih Otoka uređeni su Sporazumom iz Cotonoua, a ovim Sporazumom o ukidanju viza za kratkotrajni boravak, naglašava se njegova politička važnost. Ovaj Sporazum pridonijet će poboljšanju trgovinskih odnosa, koji su trenutačno ograničeni, ali imaju potencijal za razvoj. Izuzeće od obveze posjedovanja vize bitan je čimbenik u približavanju europskih građana i građana pacifičke regije. Smatram da će Sporazum o ukidanju viza omogućiti građanima da lakše i uz manje troškova putuju, stoga sam podržala ovu preporuku.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne.* – Dohoda so Šalamúnovými ostrovmi umožňuje občanom zmluvných krajín cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. Zrušenie vízovej povinnosti sa vzťahuje na všetky kategórie osôb cestujúcich z akéhokoľvek dôvodu okrem vykonávania platenej činnosti. Dohoda umožní rozvíjať vzťahy aj v oblasti cestovného ruchu a investícií. Táto krajina nepredstavuje pre Úniu nebezpečenstvo z pohľadu migrácie, bezpečnosti alebo verejného poriadku.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς.* – Καταψηφίζω τη σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη της συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των Νήσων Σολομώντος σχετικά με την απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Cet accord prévoit l'introduction d'un régime de déplacement, sans obligation de visa, en faveur des citoyens des Îles Salomon. Ils pourront désormais se rendre sur le territoire des États membres de l'Union européenne sans demander de visa. Cette proposition concerne les courts séjours qui ne dépassent pas 90 jours. Les citoyens des États membres profiteront du même privilège en voyageant aux Îles Salomon.

La libéralisation du régime de visa envisagée par la Commission européenne est dangereuse et comporte des risques sécuritaires. Un manque de contrôle peut augmenter le niveau de la criminalité organisée, du blanchiment d'argent et du trafic de drogue. Par ailleurs, cela peut encourager l'immigration massive.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the EU-Solomon Islands agreement on the short-stay visa waiver. This visa arrangement between the EU and the Solomon Islands, economically speaking, will hasten the process of sustainable rural development and human resource development. Furthermore, there are no security threats in the country concerned.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Šiuo susitarimu nustatomas bevizis režimas Europos Sąjungos ir Saliamono Salų piliečiams, vykstantiems į kitos susitariančiosios šalies teritoriją ne ilgiau kaip 90 dienų per bet kurį 180 dienų laikotarpį. Bevizis režimas taikomas visų kategorijų asmenims, vykstantiems į šalį bet kokiais tikslais, išskyrus asmenis, vykstančius dirbti mokamo darbo. Šiuo susitarimu siekiama sustiprinti ekonominius bei kultūrinius ryšius ir paskatinti politinį dialogą įvairiais klausimais, įskaitant žmogaus teises ir pagrindines laisves.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'exemption de visa pour les citoyens des îles Salomon présente des risques potentiels au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.). Il n'est pas opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où l'UE a perdu tout contrôle de l'immigration. Je me suis donc opposée à ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — As relações entre a União Europeia e as Ilhas Salomão regem-se pelo Acordo de Parceria entre os Estados de África, das Caraíbas e do Pacífico, por um lado, e a União Europeia e os seus Estados-Membros, por outro, designado «Acordo de Cotonu».

O Acordo assinado prevê um regime de isenção da obrigação de visto para os cidadãos da União Europeia e os nacionais das Ilhas Salomão que se desloquem ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this agreement because it helps to open up new markets for the tourism industry and it facilitates business links between the EU and the Solomon Islands.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je me réjouis de l'approbation donnée par le Parlement européen à l'accord d'exemption de visa entre l'Union européenne et la République des Îles Salomon. Cet accord ne manquera pas d'accroitre les liens que nous entretenons avec les Îles Salomon dans le cadre du partenariat ACP-UE. La défense des droits de l'homme et la protection de l'environnement figurent au nombre des questions sur lesquelles les deux partenaires entretiennent un dialogue politique. À souligner également: le partenariat que l'Union européenne entreprend avec la société civile des Îles Salomon notamment en matière de mise en œuvre de la stratégie nationale de développement. Enfin, je tiens à souligner l'engagement de l'Assemblée parlementaire paritaire ACP-UE dans l'aboutissement de cet accord.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the agreement on the waiver of short-stay visas, which simultaneously represents a concrete outcome on the deepening relations between the European Union and Solomon Islands – which is highly significant politically in the context of the Cotonou Agreement – and is an additional way of stepping up economic and cultural relations and intensifying political dialogues on various issues, including human rights and fundamental freedoms.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az 539/2001/EK rendeletet 2014. május 20-án módosította az Európai Parlament és a Tanács 509/2014/EK számú rendelete, amely a Salamon-szigeteket azon harmadik országok közé sorolta, amelyeknek polgárai a tagállamok külső határainak átlépésekor mentesek a vízumkötelezettség alól. A Bizottság ezt követően a Tanács fölhatalmazásával tárgyalásokat kezdett az Európai Unió és a Salamon-szigetek közötti kétoldalú megállapodás megkötése érdekében. A 2016. október 7-én Brüsszelben aláírt megállapodás ratifikálásáról a Tanács határozattervezetet fogadott el, amelyhez azonban meg kell szereznie a Parlament egyetértését is. Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament értsen egyet a megállapodás megkötésével. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des pays tiers concernés qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. La commission LIBE invite cependant la Commission européenne «à observer les possibles développements en ce qui concerne les questions relatives à l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, les relations extérieures de l'Union avec le pays tiers concerné y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales». L'exemption de visa présente donc des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.) et de l'immigration. On doit se demander s'il est opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où le risque d'attentats terroristes est réel et où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration de masse. Vote défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Com a alteração do Regulamento (CE) n.º 539/2001 pelo Regulamento (UE) n.º 509/2014 do Parlamento Europeu e do Conselho, as Ilhas Salomão foram transferidas para o anexo II, que estabelece a lista dos países terceiros cujos nacionais estão isentos da obrigação de visto para transporem as fronteiras externas dos Estados-Membros. O Regulamento (CE) n.º 539/2001 alterado aplica-se a todos os Estados-Membros, com exceção da Irlanda e do Reino Unido.

Após a adoção do referido regulamento, em 20 de maio de 2014, o Conselho adotou uma decisão em que autoriza a Comissão a encetar negociações com vista à celebração de um acordo bilateral entre a UE e as Ilhas Salomão.

O Acordo assinado prevê um regime de isenção da obrigação de visto para os cidadãos da UE e os cidadãos das Ilhas Salomão que se desloquem ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada.

Pelo exposto, sou a favor da celebração do Acordo.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'exemption de visa proposée pose des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.). Il n'est pas opportun de voter ce genre d'accord alors qu'on constate chaque jour que l'UE n'arrive pas à contrôler les flux migratoires. Je vote contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit, de manière réciproque et pour des séjours de courte durée, un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union européenne et des ressortissants des Îles Salomon. Cet accord permettra de renforcer les liens économiques et culturels qui unissent ces îles à notre continent.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió már számos országgal kötött vízummentességi megállapodást. Pozitív hatásukat elsősorban a gazdasági és kulturális kapcsolatok elmélyítésében tapasztaljuk, ugyanakkor fontos szerepet játszanak a beruházások és idegenforgalom fellendítésében is. A vízummentesség bármely 180 napos időszakon belül, legfeljebb 90 napig tartó utazásra érvényes. A decemberi miniplenáris során öt új országgal készülő egyezség megkötését hagytuk jóvá, köztük a Salamon-szigetek.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Cotonou Agreement was signed in June 2000 by EU Member States and the African, Caribbean and Pacific Group of States and was concluded for a 20-year period, until 2020, making it the most comprehensive partnership agreement between developing countries and the EU. I have voted for this report on the waiver of short-stay visas for citizens of the EU and Solomon Islands when travelling to each other's territory for a maximum period of 90 days in any 180-day period. This will step up economic and cultural relations and intensify the political dialogue on a wide range of issues like fundamental freedoms and human rights.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Европейската комисия и респективно Европейският съюз проявяват непоследователност относно визовата политика. Моите съграждани са жертва на това, защото някои страни като Канада и САЩ все още ни дискриминират що се касае до безвизовата им политика.

Въздържах се да дам своята подкрепа за споразумението между ЕС и Соломоновите острови за премахване на визите за краткосрочно пребиваване, защото не одобрявам начина, по който Европейската комисия провежда визовата политика на ЕС и това, че пренебрегва решенията на Съда на ЕС по някои въпроси, които я задължават да стори това.

Пример за това е решението по дело C-88/14 от 16.7.2015 г., съобразно което Европейската комисия е длъжна да предложи въвеждане на визи за държавите, които не прилагат пълна визова реципрочност с всички страни на ЕС. Европейската комисия не стори това и не предложи визи за гражданите на САЩ и Канада, които продължават да дискриминират моите съграждани.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I supported this file as we support the relaxation of certain travel restrictions providing the state in question possesses a solid human rights record.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da ich keine Notwendigkeit für die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte sehe. Des Weiteren sollen die Kompetenzen bei den Mitgliedsstaaten liegen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Leping on täiendav vahend majandus- ja kultuurisuhete tihendamiseks ning intensiivsema poliitilise dialoogi pidamiseks mitmesugustel teemadel, sealhulgas inimõigused ja põhivabadused.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή αποτελεί χειροπιαστό αποτέλεσμα της εμβάθυνσης των σχέσεων μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των Νήσων Σολομώντος και συνιστά ένα συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και των θεμελιωδών ελευθεριών.

Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης θα έχει θετικό αντίκτυπο, αφού απλοποιεί τις ταξιδιωτικές διαδικασίες για τους επιχειρηματίες, διευκολύνει τις επενδύσεις και τονώνει τον τουρισμό της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης επιτρέπει στους πολίτες όχι μόνο να επωφεληθούν πλήρως της εταιρικής σχέσης ΑΚΕ-ΕΕ, αλλά επίσης και να συμμετάσχουν σ' αυτή ταξιδεύοντας με μειωμένο οικονομικό και πρακτικό κόστος.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che tale accordo di esenzione del visto per soggiorno di breve durata a favore degli abitanti delle Isole Salomone sia convalidato da un documento approvato a Bruxelles il 7 Ottobre 2016. Inoltre, tale accordo permette di intensificare il dialogo politico in merito a diverse questioni, compresi i diritti umani e le libertà fondamentali. Come politico ritengo che sia necessario, ad opera della Commissione, procedere con un monitoraggio dei criteri che hanno permesso lo spostamento dall'allegato I al II del regolamento n. 509/2014.

Pertanto ho espresso voto positivo

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this agreement because it takes into account the situation of Member States which do not apply the Schengen acquis in full. The agreement also provides for visa-free travel for the citizens of the European Union and for the citizens of Solomon Islands when travelling to the territory of the other Contracting Party for a maximum period of 90 days in any 180-day period. The visa waiver covers all categories of persons (ordinary, diplomatic, service/official and special passport holders) travelling for all kinds of purposes, except for the purpose of carrying out a paid activity.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Podržala sam nacrt odluke o sklapanju sporazuma između EU-a i Salomonovih Otoka o ukidanju viza jer je važan za daljnje produbljivanje odnosa između država članica i Salomonovih Otoka. Politički dijalog Unije sa Salomonovim Otocima usmjeren je na zaštitu njihova osjetljivog okoliša, posebno u odnosu na klimatske promjene. Njime se jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog, a za očekivati je da će ovaj sporazum imati pozitivan učinak na ulaganje i razvoj turističkog sektora. Gospodarstvo Salomonovih Otoka počiva na sektoru poljoprivrede, koji čini 50 % BDP-a, i na uslužnom sektoru koji čini 40 % BDP-a, s turističkim sektorom u postupnom razvoju. Kada je riječ o razvojnoj suradnji, glavni je fokus Europske unije u pogledu Salomonovih Otoka od 1990-tih godina na održivom ruralnom razvoju i razvoju ljudskih resursa. Iako su trgovinski odnosi EU-a sa Salomonovim Otocima vrlo ograničeni, ima potencijala za njihov razvoj. EU trenutačno pregovora o sklapanju sveobuhvatnog Sporazuma o partnerstvu s četrnaest zemalja pacifičke regije, među kojima su i Salomonovi Otoci. U tom kontekstu ovaj sporazum potvrđuje napore Europske unije u jačanju partnerstva s tom zemljom.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Sporazum o ukidanju viza za kratkotrajni boravak ima veliki politički značaj u okviru Sporazuma iz Cotonoua te je rezultat napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Republike Salomonovih Otoka. Trgovinski su odnosi EU-a sa Salomonovim Otocima trenutačno vrlo ograničeni, no potencijal za njihov razvoj postoji. Sporazum će tako imati pozitivan gospodarski učinak jer će pojednostaviti putovanja poduzetnicima, olakšati ulaganja i razvoj turističkog sektora. To jačanje gospodarskih i kulturnih odnosa dodatno će intenzivirati politički dijalog o pitanjima koja su i dalje prioritetna za Uniju. Kad je riječ o mobilnosti, Salomonovi Otoci ne predstavljaju nikakvu prijetnju ni u smislu nezakonite migracije ni u smislu sigurnosti i javnog reda. Sporazum je dodatan dokaz našeg angažmana kad je riječ o toj regiji kako bi se ostvarilo bolje partnerstvo te je bitan čimbenik u približavanju europskih građana i građana pacifičke regije. Građani obiju regija moći će ostvarivati punu i konkretnu korist od partnerstva između AKP-a i EU-a. Želim naglasiti nužnost potpunog reciprociteta pri ukidanju viza i time jednako postupanje prema svim građanima.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este acordo prevê a isenção de visto para os cidadãos da União Europeia e os cidadãos das Ilhas Salomão que se desloquem ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada.

Votamos a favor.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Podpořil jsem dohodu mezi EU a Šalamounovými ostrovy o zrušení vízové povinnosti pro krátkodobé pobyty pro občany Evropské unie a občany Šalamounových ostrovů. Tato dohoda umožní pobývat občanům na území druhé smluvní strany po dobu nejvýše 90 dnů během jakéhokoli období 180 dnů. Tato dohoda je výsledkem prohlubování vztahů mezi Evropskou unií a Šalamounovými ostrovy, jak bylo nastaveno v rámci dohody z Cotonou. Domnívám se, že zrušení vízové povinnosti pro krátkodobé pobyty posílí hospodářské a kulturní vztahy, ale také sblíží obyvatele Evropy a Tichomoří a umožní občanům plně těžit z tohoto partnerství.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Umowa w sprawie ułatwień wizowych ma na celu zapewnienie obywatelom stron umowy (UE oraz ww. krajów) ruchu bezwizowego przez okres nieprzekraczający 90 dni w każdym okresie 180-dniowym. System bezwizowy obejmowałby wszystkie kategorie osób. Oczekuje się, że umowa wywrze pozytywne skutki gospodarcze dla tych pięciu krajów i zwiększy siłę nacisku UE, zwłaszcza w obszarze praw człowieka. Skutki dla UE będą najprawdopodobniej minimalne, gdyż liczba ludności tych krajów jest niewielka. Wielka Brytania i Irlandia nie uczestniczą w tych umowach. Niniejszym poparłem umowę

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'exemption de visa sur les territoires de l'UE et des Îles Salomon. Cette exemption concerne tous les voyageurs des deux zones, pour une durée de 90 jours, quel que soit le motif. Elle exclut cependant les personnes souhaitant exercer une activité rémunérée. Cet accord nous permettra d'approfondir le dialogue avec les Îles Salomon notamment autour des problèmes environnementaux et climatiques, qui concernent directement tous les citoyens.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this legislative consent vote. UKIP does not support the EU concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — El Acuerdo, que ya se aplica desde el 7 de octubre de 2016 de forma provisional, establece la exención de visado para los ciudadanos de la Unión Europea y los ciudadanos de las Islas Salomón que viajen al territorio de la otra Parte Contratante por un período máximo de 90 días en el plazo de 180 días. La exención de visado para estancias de corta duración constituye el resultado de un mayor estrechamiento de las relaciones entre la Unión y las Islas Salomón.

Aunque las relaciones comerciales de la Unión con las Islas Salomón son muy limitadas, tienen capacidad para desarrollarse más. Con este Acuerdo se refuerza el diálogo político, haciéndolo más regular, y se mejoran las relaciones económicas y culturales entre ambos territorios. Por todo ello, he votado a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution législative du Parlement européen du 1er décembre 2016 sur le projet de décision du Conseil concernant la conclusion, au nom de l'Union, de l'accord entre l'Union européenne et les Îles Salomon relatif à l'exemption de visa de court séjour. Ayant suivi les travaux à ce sujet au sein de la commission compétente, j'en suis arrivé à la conclusion que cette exemption de visa de court séjour se justifie pleinement.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Susitarimas su Saliamono Salomis dėl vizų režimo supaprastinimo – sveikintinas ir reikalingas žingsnis. Šiuo susitarimu palengvinamos kelionės tiek ES piliečiams, tiek ir Saliamono Salų gyventojams. Klausimas iš tiesų nėra kontroversiškas, nes iki šiol bevizis režimas tarp ES ir Saliamono Salų vyko be sutrikimų.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – À semelhança do relatório hoje discutido relativo a Quiribati, também esta decisão visa conceder uma isenção de vistos para os cidadãos da União Europeia (UE) e reciprocamente para os cidadãos das Ilhas Salomão que se desloquem para o território da outra parte contratante por um período máximo de 90 dias em cada período de 180 dias.

As Ilhas Salomão são uma monarquia constitucional, integrando a Commonwealth desde 1978. Os diálogos políticos entre estas ilhas e a UE têm-se centrado, por um lado, na proteção do seu ambiente vulnerável e, por outro, na defesa dos direitos humanos e questões relativas à igualdade de género.

Este acordo não só permitirá estreitar relações entre ambas as partes como representará também um importante passo no contexto das relações UE-Países ACP.

Estando a economia das Ilhas Salomão essencialmente assente no setor da agricultura e no setor dos serviços, este acordo fomentará uma maior entrada de cidadãos europeus nestas ilhas, potenciando a sua economia e aproximando os povos Europeus e do Pacífico.

Enquanto membro da delegação à Assembleia Parlamentar Paritária ACP-UE, votei favoravelmente esta recomendação por reconhecer a importância que a isenção de visto constitui enquanto benefício decorrente da parceria ACP-UE.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La libertad de movimiento es un derecho fundamental de todas las personas que actualmente no se respeta en una Unión con una política migratoria cada día más agresiva. Por ello, apoyamos esto Acuerdo que permitirá viajar sin visado a la Unión Europea a los ciudadanos de las Islas Salomón y viceversa, un acuerdo que nos gustaría que se hiciera extensivo a otros países, particularmente los que viven situaciones de conflicto que están obligando a huir a millares de personas.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. — L'accordo che il Parlamento europeo ha approvato oggi stabilisce nuove disposizioni per l'esenzione del visto per i cittadini dell'Unione e per i cittadini delle Isole Salomone che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un soggiorno di breve durata fino a un massimo di 90 giorni.

L'esenzione dal visto riguarda tutte le categorie di persone (titolari di un passaporto ordinario, diplomatico, di servizio, ufficiale o speciale) indipendentemente dal motivo della permanenza. Questo accordo rappresenta il coronamento dell'approfondimento delle relazioni tra l'Unione europea e tale paese, nonché un ulteriore strumento volto a rafforzare le relazioni economiche, turistiche e culturali ed, infine, servirà a intensificare il dialogo politico tra le parti.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this legislative consent vote. UKIP does not support the EU concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report, as the signing of the short-stay waivers steps up Europe's economic and cultural relations and intensifies political dialogue.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Podporujem spoluprácu EÚ s krajinami tichomorského regiónu. Táto dohoda, ktorá je predmetom uznesenia, umožňuje občanom Európskej únie a občanom Šalamúnových ostrovov cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. To predstavuje aj výrazný pokrok v oblasti pravidelnejšieho a posilneného politického dialógu, ktorý sa zameriava na ochranu zraniteľného životného prostredia ostrovov, a to najmä v súvislosti so zmenou klímy na jednej strane a ochranou ľudských práv na druhej. EÚ v súčasnosti rokuje o komplexnej dohode o hospodárskom partnerstve so 14 krajinami tichomorského regiónu, do ktorého Šalamúnové ostrovy patria. Preto som hlasoval za.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Dohoda z Cotonou vytvorila právny rámec pre prehĺbenie spolupráce EÚ a krajín v Afrike, Karibiku a Tichomorí. Šalamúnove ostrovy, ako člen Commonwealthu, sú účastníkom politického dialógu s EÚ od roku 1976. Dialóg sa zameriava na ochranu životného prostredia, v období zmeny klimatických podmienok a na ochranu ľudských práv a rodovej rovnosti. Odstránenie vízových povinností podporí úsilie Šalamúnových ostrovov o pokračovanie tohto dialógu a zároveň odomkne ekonomický potenciál spolupráce. Ekonomika Šalamúnových ostrovov sa opiera o poľnohospodárstvo a poskytovanie služieb. Európska únia už od roku 1990 spolupracuje s krajinou na udržateľnom rozvoji poľnohospodárstva a ľudských zdrojov. Považujem za dôležité podotknúť, že bezvízový styk sa bude týkať len pobytov v dĺžke 90 dní na obdobie 180 dní a pre osoby cestujúce z iných dôvodov ako na účel vykonávania ekonomickej činnosti. Dôležitý je aj faktor vysokej dôvery v žiadateľov o víza, ako aj nízka miera zamietnutia víz, či fakt že v rokoch 2014 a 2015 nebol žiaden občan Šalamúnových ostrovov zatknutý z dôvodu nedovoleného pobytu v EÚ. Najmä z týchto dôvodov som zrušenie vízovej povinnosti pre krátkodobé pobyty občanov zo Šalamúnových ostrovov podporila.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Sporazum o partnerstvu med članicami skupine afriških, karibskih in pacifiških držav na eni strani ter Evropsko unijo in njenimi državami članicami na drugi oziroma tako imenovani sporazum iz Cotonuja ureja odnose med EU in Salomonovimi otoki, medtem ko Sporazum o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje te odnose še bolj poglablja in dodatno kepi gospodarske in kulturne povezave ter poglablja politični dialog predvsem na področjih človekovih pravic in temeljnih svoboščin.

Glede na sporazum Salomonovi otoki spadajo med države, katerih državljani so izvzeti iz vizumske obveznosti pri prehodu zunanjih meja držav članic. Vsi državljani Salomonovih otokov lahko ne glede na namen potovanja, razen če opravljajo plačano delo, brez vizumov potujejo na ozemlje države pogodbenice za največ 90 dni v 180-dnevnem obdobju.

Priporočilo Parlamenta ugotavlja, da ima tak sporazum lahko veliko vlogo pri vzpostavljanju okrepljenega in pogostejšega dialoga, ki je osredotočen na varstvo tamkajšnjega občutljivega okolja, zlasti v zvezi s podnebnimi spremembami, ter na zaščito človekovih pravic in enakosti spolov, zato sem ga pri glasovanju podprl.

Poleg tega sporazum poenostavlja pogoje potovanja za podjetnike ter spodbuja naložbe in turizem, kar je v tem primeru še posebej pomembno, saj razvojno sodelovanje temelji na trajnostnem razvoju podeželja in razvoju človeških virov.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Tým, že vláda Šalamúnových ostrovov dosiahla pokrok v oblasti plnenia svojich medzinárodných záväzkov, najmä čo sa týka dodržiavania ľudských práv a slobôd, a zároveň občania Šalamúnových ostrovov nepredstavujú žiadnu vážnu hrozbu pre ciele migračnej politiky, bezpečnosť a vnútorný poriadok EÚ, javí sa byť na mieste uzatvoriť s touto krajinou dohodu o zrušení vízovej povinnosti pri krátkodobých pobytoch. Podmienky bezvízového cestovania stanovené v tomto dokumente sú upravené rovnako ako v iných dohodách rovnakého druhu, ktoré EÚ uzatvorila s inými štátmi. Táto dohoda by mala predstavovať úspešné zavŕšenie jednej z etáp prehlbovania vzťahov medzi EÚ a Šalamúnovými ostrovmi a umožniť obom stranám pokračovať v ich ďalšom prehlbovaní.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss – im Namen der Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Salomonen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte habe ich mich enthalten.

Dieses Abkommen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte ist ein greifbares Ergebnis der Vertiefung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Salomonen – was im Rahmen des Cotonou-Abkommens politisch sehr bedeutsam ist – sowie ein zusätzliches Instrument zur Stärkung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen und zur Intensivierung des politischen Dialogs über verschiedene Fragen, einschließlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Nichts spricht gegen diese Visabefreiung an sich. Ich lehne jedoch ab, dass die EU für Visafragen zuständig ist.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Ovaj Sporazum o ukidanju viza za kratkotrajni boravak rezultat je napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Salomonovih Otoka te ima veliki politički značaj u okviru Sporazuma iz Cotonoua. Potpisanim Sporazumom građanima Europske unije i građanima Salomonovih Otoka omogućava se boravak bez vize na državnom području druge ugovorne stranke od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana. Vize se ukidaju za sve kategorije osoba (nositelje običnih, diplomatskih, službenih ili posebnih putovnica) koje ne putuju u svrhu obavljanja plaćene aktivnosti. Izuzeće od obveze posjedovanja vize bitan čimbenik u približavanju europskih građana i građana pacifičke regije.

Prihvaćam ovaj Sporazum jer ima veliki politički značaj, a njime se i dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, među ostalim i o ljudskim pravima i temeljnim slobodama. Također, državljani Salomonovih Otoka nisu predali nijedan zahtjev za azil i ne predstavljaju nikakvu prijetnju u smislu nezakonite migracije ili migracijskih tokova ni u smislu sigurnosti i javnog reda.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Sporazuma med Evropsko unijo in Salomonovimi otoki o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje.

S podpisanim sporazumom med Evropsko unijo in Salomonovimi otoki bomo državljanom obeh podpisnic omogočili za največ 90 dni potovanja brez vizumov, vendar brez možnosti opravljanja plačanega dela.

S sklenjenim sporazumom, ki bo prinesel številne pozitivne učinke, bomo med drugim poenostavili potovanja za podjetnike, povečali naložbe ter tudi spodbudili turizem. Zaradi vsega navedenega podpiram omenjeni sporazum.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή μεταξύ ΕΕ-Ν. Σολομώντος δεν συνιστά συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam, hogy az Európai Parlament adja egyetértését ahhoz, hogy az Európai Unió nevében a Tanács a Salamon Szigetekkel megállapodást írjon alá a valamennyi útlevél-kategóriára érvényes, rövid távú tartózkodásra vonatkozó vízummentesség kölcsönös biztosításáról. Az előterjesztés mérlegelése során tekintettel voltam arra, hogy ez a lépés megfelel az EU és az ACP-országok viszonyát szabályozó cotonoui egyezményben foglalt szándékoknak és céloknak, elősegítheti a ma még igen szerény, de lehetőségeket tartogató gazdasági és kereskedelmi kapcsolatok, a turizmus fejlesztését és ezzel hozzájárulhat az Unió fejlesztéspolitikai céljainak megvalósításához a térségben. Figyelembe vettem a Salamon Szigetek által az utóbbi időben tett erőfeszítéseket a helyi gazdaság fejlesztése, a küszöbön álló EU–ACP gazdasági partnerségi megállapodás jobb megalapozása érdekében, egyúttal méltányolva azt a fontos hozzájárulást is, amelyet az ACP–EU parlamenti delegáció révén az EP játszott a vízummentességi

megállapodás létrehozásának folyamatában.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Les relations entre l'Union européenne et cet État sont régies par l'accord de partenariat entre les membres du groupe des États d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique, d'une part, et l'Union européenne et ses États membres, d'autre part, appelé «Accord de Cotonou».

S'agissant de la mise en œuvre et du suivi de l'accord, le Parlement, par ce texte, invite la Commission européenne à observer les possibles développements en ce qui concerne les critères qui ont initialement conduit au transfert de l'annexe I vers l'annexe II du règlement nº 509/2014. Ces critères incluent non seulement l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, mais aussi les relations extérieures de l'Union avec le pays tiers concerné y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam rezoluciju o sporazumu između Europske unije i Salomonovih Otoka o ukidanju viza za kratkotrajni boravak. Ovaj Sporazum o ukidanju viza za kratkotrajni boravak rezultat je napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Salomonovih Otoka te ima velik politički značaj. Njime se također dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, između ostaloga, o ljudskim pravima i temeljnim slobodama. Ovaj sporazum omogućuje putovanje bez vize za građane EU-a i Salomonovih Otoka kada putuju na lokaciju druge ugovorene strane na maksimalno 90 dana u bilo kojem periodu od 180 dana.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Sporazum između Europske unije i Salomonovih Otoka o ukidanju viza za kratkotrajni boravak mogao bi imati pozitivan učinak jer bi se njime pojednostavila putovanja poduzetnicima, olakšala ulaganja i potakao razvoj turizma. Ovaj je sporazum rezultat napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Salomonovih Otoka u smislu jačanja gospodarskih i kulturnih odnosa te intenziviranja političkih dijaloga.

S obzirom na to da su u tijeku pregovori o sklapanju sveobuhvatnog Sporazuma o partnerstvu između Europske unije i četrnaest zemalja pacifičke regije, među kojima su i Salomonovi Otoci, sklapanje ovog sporazuma potvrdit će napore u jačanju partnerstva EU-a i Salomonovih Otoka.

Budući da posljednjih godina nije zabilježen niti jedan slučaj uhićenja državljana Salomonovih Otoka zbog nezakonitog boravka u EU-u te da državljani te zemlje nisu predali nijedan zahtjev za azil, vidljivo je da ta država ne predstavlja prijetnju u pogledu nezakonite migracije, podržala sam ukidanje viza za boravak od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Sporazuma med Evropsko unijo in Salomonovimi otoki o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje, v imenu Unije sem podprla.

Odnose med Evropsko Unijo in Salomonovimi otoki ureja sporazum iz Cotonouja. Med Evropsko Unijo in Salomonovimi otoki je v letu 2016 prišlo do podpisa dvostranskega sporazuma, ki državljanom Evropske unije in državljanom Salamonskih otokov omogoča potovanje brez vizumov na ozemlje druge pogodbenice za največ 90 dni v katerem koli 180-dnevnem obdobju.

Sporazum je tudi dodatno sredstvo za okrepitev gospodarskih in kulturnih odnosov ter poglobitev političnih dialogov o različnih vprašanjih, vključno s človekovimi pravicami in temeljnimi svoboščinami.

Sporazum bo imel pozitivne učinke na podjetništvo, kmetijstvo in turizem ter na drugi strani krepil odnose med Evropsko unijo in Salomonovimi otoki.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (09785/2015) y el acuerdo entre la Unión Europea y las Islas Salomón (09783/2015) voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de ce pays qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours.

Ce rapport est accompagné d'une justification succincte précisant qu'il constitue un aboutissement dans l'approfondissement des relations bilatérales revêtant une signification politique forte dans le cadre de l'Accord de Cotonou.

La commission LIBE invite cependant la Commission européenne «à observer les possibles développements en ce qui concerne les questions relatives à l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, les relations extérieures de l'Union avec ce pays y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales».

L'exemption de visa présente donc des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.) et de l'immigration. On doit se demander s'il est opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où le risque d'attentats terroristes est réel et où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration de masse.

Je vote contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Omawiana umowa w sprawie ułatwień wizowych ma na celu zapewnienie obywatelom Wysp Salomona ruchu bezwizowego z UE na okres maksymalnie 90 dni w 180-dniowym okresie czasu. System bezwizowy obejmowałby wszystkie kategorie osób. Oczekuje się, że umowa wywrze pozytywne skutki gospodarcze dla tego kraju i zwiększy współpracę z UE, zwłaszcza w obszarze praw człowieka. Skutki dla UE będą najprawdopodobniej minimalne ze względu na niewielką liczbę ludności Wysp Salomona, dlatego poparłem proponowaną umowę.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió és a Salamon-szigetek közötti kapcsolatokat az egyrészről az afrikai, karibi és csendes-óceáni államok csoportjának tagjai, másrészről az Európai Unió és tagállamai között létrejött partnerségi megállapodás (Cotonoui Megállapodás) szabályozza. A mostani javaslatot támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (09785/2015) y el acuerdo entre la Unión Europea y las Islas Salomón (09783/2015) voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Susitarimu nustatomas bevizis režimas Europos Sąjungos ir Saliamono Salų piliečiams, vykstantiems į kitos susitariančiosios šalies teritoriją ne ilgiau kaip 90 dienų per bet kurį 180 dienų laikotarpį. Bevizis režimas taikomas visų kategorijų asmenims (paprastų, diplomatinių, tarnybinių arba pareiginių bei specialiųjų pasų turėtojams), vykstantiems į šalį bet kokiais tikslais, išskyrus asmenis, vykstančius dirbti mokamo darbo.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the Union, of the Agreement between the European Union and the Solomon Islands on the short-stay visa waiver. Relations between the European Union and the Solomon Islands are governed by the partnership agreement between the members of the African, Caribbean and Pacific Group of States of the one part and the European Union and its Member States of the other part, known as the Cotonou Agreement. The agreement provides for visa-free travel for citizens of the European Union and citizens of the Solomon Islands when travelling to the territory of the other contracting party for a maximum period of 90 days in any 180-day period. The visa waiver covers all categories of persons (ordinary, diplomatic, service/official and special passport holders) travelling for any purpose other than carrying out a paid activity. I voted in favour because I believe that this agreement represents a concrete outcome for the relations developing between the European Union and the Solomon Islands that is highly significant politically in the context of the Cotonou Agreement.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante dicho acuerdo se procede a facilitar la exención de visado para estancias de corta duración entre ambas partes. Hablamos de un acuerdo negociado por la Comisión Europea y que ha contado con la aprobación de la comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, por lo que creo necesario votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La libertad de movimiento es un derecho fundamental de todas las personas que actualmente no se respeta en una Unión con una política migratoria cada día más agresiva. Por ello, apoyamos esto acuerdo que permitirá viajar sin visado a la Unión Europea a los ciudadanos de las Islas Salomón y viceversa, un acuerdo que nos gustaría que se hiciera extensivo a otros países, particularmente los que viven situaciones de conflicto que están obligando a huir a millares de personas.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este acordo prevê um regime de isenção da obrigação de visto para os cidadãos da União Europeia e os nacionais deste país que se desloquem ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada.

Votamos a favor.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Ich habe gegen das Abkommen zwischen der EU und den Salomonen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte gestimmt, da meiner Meinung nach erstens keine Notwendigkeit dafür besteht und zweitens die Kompetenzen bezüglich der Visapolitik bei den Mitgliedsstaaten bleiben sollen.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione concernente l'accordo di esenzione dal visto per i soggiorni di breve durata UE-Isole Salomone. Tale accordo rappresenta sia l'esito concreto dell'approfondimento delle relazioni tra l'UE e le Isole Salomone sia un ulteriore strumento per rafforzare le relazioni economiche e culturali e intensificare il dialogo politico su diverse questioni, tra cui i diritti umani e le libertà fondamentali.

L'accordo di esenzione dal visto per i soggiorni di breve durata potrà avere effetti positivi semplificando le condizioni per i viaggi d'affari, facilitando così gli investimenti e stimolando il turismo.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Rozhodnutie Rady o uzavretí dohody medzi Európskou úniou a Šalamúnovými ostrovmi o zrušení vízovej povinnosti pri krátkodobých pobytoch som podporila. Európsky parlament mal v tomto prípade udeliť svoj súhlas s uzavretím dohody. Zrušenie vízovej povinnosti sa týka krátkodobých (maximálne 90 dňových pobytov) a vzťahuje sa na všetky kategórie osôb za všetkými účelmi s výnimkou vykonávania platenej činnosti. Tieto dohody sú výsledkom intenzívneho politického dialógu a prehlbovania politických vzťahov s krajinami mimo Európskej únie a pred tým, ako sa takáto dohoda uzavrie, je vždy starostlivo zvážené, či daná krajina dodržuje ľudské práva, má demokratický režim a koľko žiadostí o víza a z akých dôvodov bolo v prípade občanov danej krajiny zamietnutých. Keďže v prípade Šalamúnových ostrovov je dôvera voči žiadateľom o víza vysoká, percento ich zamietnutia je nízke a zároveň v rokoch 2014 a 2015 nebol žiadny ich občan zatknutý z dôvodu nezákonného pobytu v Európskej únii, žiadnemu občanovi nebol odmietnutý vstup do EÚ a ani žiadny nebol vrátený na Šalamúnove ostrovy, nemala som voči uzavretiu tejto dohody žiadne výhrady.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam sporazum o ukidanju obveze posjedovanja viza za kratkotrajni boravak od najviše 90 dana unutar perioda od 180 dana od prvog ulaska između Europske unije i Salomonovih Otoka. Povećanje mobilnosti iz i prema Europskoj uniji mora biti jedan od glavnih prioriteta europske politike na međunarodnoj razini. Ovo izuzeće preduvjet je razvoja budućih odnosa između Europske unije i Salomonovih Otoka. Ukidanje viza za kratkotrajni boravak ima pozitivni efekt za gospodarstvo i građane. Povećanje ekonomske aktivnosti, ali i stjecanje novih iskustava putovanjem glavni su učinci za obje strane sporazuma. Sve države koje primjenjuju i razvijaju schengensku pravnu stečevinu, a nisu države članice Europske unije, trebale bi također sklopiti sporazume s državom Salomonovi Otoci kako bi se njihov vizni režim harmonizirao sa sustavom Europske unije.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Zakonodajno resolucijo Evropskega parlamenta o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Sporazuma med Evropsko unijo in Salomonovimi otoki o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje, v imenu Unije

Odobritev sklenitve sporazuma podpiram, ker menim, da bo prinesel pozitivne učinke, saj poenostavlja pogoje potovanja za podjetnike, omogoča naložbe in spodbuja turizem. Trgovinski odnosi Evropske unije s Salomonovimi otoki so trenutno sicer zelo omejeni, imajo pa potencial za razvoj.

7.5. Abkommen zwischen der EU und Mikronesien über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0337/2016 - Mariya Gabriel)

Dichiarazioni di voto orali

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La presente relazione stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'Unione e per i cittadini della Micronesia che si recano nell'altrui territorio per un periodo massimo di 90 giorni all'interno di una fascia di periodo di 180 giorni. Tale esenzione si applica a tutte le categorie di persone che effettuano viaggi all'infuori di quelli compiuti per esercitare un'attività retribuita. Ho votato a favore.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — We supported this proposal, as we support the relaxation of certain travel restrictions provided that the state in question has a solid human rights record.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. — Ce rapport demande l'approbation par le Parlement européen d'un accord qui prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de la Micronésie qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours.

Le rapport est accompagné d'une justification précisant que l'accord constitue un aboutissement entre l'UE et la Micronésie — revêtant une signification politique forte dans le cadre de l'Accord de Cotonou — ainsi qu'un moyen supplémentaire de renforcer les relations économiques et culturelles et d'intensifier le dialogue politique sur diverses questions (droits de l'homme, libertés fondamentales, etc.).

La commission LIBE invite cependant la Commission européenne «à observer les possibles développements en ce qui concerne les questions relatives à l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, les relations extérieures de l'Union avec le pays tiers concerné y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales». L'exemption de visa présente donc des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.) et de l'immigration. Aussi me suis-je opposée à ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against, as this is consistent with the principles of my mandate as an MEP who was elected to support the UK's withdrawal from the European Union. Such decisions on visas, visa waivers, and the entry of nationals of third countries into UK territory should properly be a matter for the British Government to determine.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už rekomendaciją dėl Europos Sąjungos ir Mikronezijos Federacinių Valstijų susitarimo dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju sudarymo Sąjungos vardu projekto. Šis susitarimas dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju yra Europos Sąjungos ir Mikronezijos Federacinių Valstijų santykių plėtojimo rezultatas, dar labiau sutvirtinantis svarbią Kotonu susitarimo politinę reikšmę, taip pat papildoma priemonė siekiant sustiprinti ekonominius bei kultūrinius ryšius ir paskatinti politinį dialogą įvairiais klausimais, įskaitant žmogaus teises ir pagrindines laisves.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de la Micronésie qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Une telle exemption de visas présenterait des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.) et de l'immigration. Est-il opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où le risque d'attentats terroristes est réel et où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration de masse? J'ai voté contre ce rapport.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cet accord qui prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des États fédérés de Micronésie qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Gabriel sull'accordo UE-Micronesia sull'esenzione dal visto per i soggiorni di breve durata.

Il testo stabilisce un'esenzione per i cittadini dell'Unione e per i cittadini della Micronesia che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180 giorni. L'esenzione dal visto riguarda tutte le categorie di persone indipendentemente dal motivo del soggiorno purché questo non sia legato allo svolgimento di un'attività retribuita.

L'accordo consentirà di dare uno nuovo slancio al turismo e di incrementare gli scambi commerciali negli Stati Federati di Micronesia, rafforzando al contempo il dialogo politico che oggi si concentra sulla protezione dell'ambiente, soprattutto in relazione ai cambiamenti climatici, nonché sulla difesa dei diritti umani e sulle questioni di genere.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (09780/2015) y el acuerdo entre la UE y Micronesia (09779/2015) votamos A FAVOR de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión. Nos preocupa, no obstante, que dicho país aparezca señalado en diferentes informes como un paraíso fiscal. Por lo tanto, debe de establecerse un especial seguimiento del acuerdo para evitar que la exención de visados de corta duración, suponga una facilidad a la hora de incurrir en prácticas de blanqueo de capitales y evasión fiscal.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre el Acuerdo entre la Unión Europea y los Estados Federados de Micronesia sobre la exención de visado para estancias de corta duración. Se pide a la Comisión Europea que observe la evolución de los criterios que llevaron en su momento a la transferencia del Anexo I al Anexo II del Reglamento n.º 509/2014. Esos criterios abarcan no solo la inmigración clandestina, el orden público y la seguridad sino también las relaciones exteriores de la Unión con Micronesia, incluidas las cuestiones relativas a los derechos humanos y las libertades fundamentales.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de Micronésie qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Au moment où l'Europe est frappée par les attentats terroristes et l'immigration clandestine massive, ces exemptions ne paraissent pas à l'ordre du jour, des personnes malfaisantes pouvant un jour s'en servir. J'y suis donc fermement opposée.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Pur avendo sempre appoggiato gli accordi sui visti di breve durata tra la UE e paesi terzi, in questo provvedimento ho ravvisato dei passaggi che potrebbero aprire a criticità future e per questo motivo ho preferito esprimermi con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El Acuerdo firmado, que entró en vigor de manera provisional el 19 de septiembre de 2016, establece un régimen de desplazamiento sin obligación de visado en favor de los ciudadanos de la Unión Europea y los nacionales de los Estados Federados de Micronesia que viajen a territorio de la otra Parte Contratante por un período máximo de 90 días en el plazo de 180 días.

Aunque las relaciones comerciales entre la Unión y los Estados Federados de Micronesia son actualmente muy limitadas, tienen potencial desarrollo. Con el presente Acuerdo se refuerzan las relaciones en el marco del Acuerdo de Cotonú, al que se adhirieron los Estados Federados de Micronesia en el año 2000, incrementando el diálogo político y fortaleciendo las relaciones económicas y culturales. Por ello, he votado a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes juo Parlamentas pritarė Europos Sąjungos ir Mikronezijos Federacinių Valstijų susitarimo dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju sudarymo Europos Sąjungos vardu sudarymui. Šis susitarimas dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju yra Europos Sąjungos ir Mikronezijos Federacinių Valstijų santykių plėtojimo rezultatas, dar labiau sutvirtinantis svarbią Kotonu susitarimo politinę reikšmę, taip pat papildoma priemonė siekiant sustiprinti ekonominius bei kultūrinius ryšius ir paskatinti politinį dialogą įvairiais klausimais, įskaitant žmogaus teises ir pagrindines laisves.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Iz istih razlogov kot prej se strinjam s sporazumom o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje med EU in Mikronezijo. Gre za dejanje, ki ima velik politični pomen v okviru Sporazuma iz Cotonouja in je rezultat poglobitve odnosov med Evropsko unijo in Mikronezijo in je tudi sredstvo za okrepitev gospodarskih in kulturnih odnosov ter poglobitev političnega dialoga o različnih vprašanjih, vključno s človekovimi pravicami in temeljnimi svoboščinami.

Prav tako bo takšen sporazum o odpravi vizumske obveznosti prinesel pozitivne učinke, saj poenostavlja pogoje potovanja za podjetnike, omogoča naložbe in spodbuja turizem.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o Sporazumu koji predviđa bezvizni režim za građane Europske unije i Saveznih Država Mikronezije kada putuju na teritorij druge ugovorne stranke za razdoblje od najviše 90 dana u 180-dnevnom razdoblju. Zajednička izjava o interpretaciji je u prilogu ugovora.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Gli aiuti economici in cambio di riforme democratiche e progresso civile rappresentano uno degli strumenti maggiormente utilizzati dalla UE nei suoi rapporti di vicinato e di partenariato coi paesi terzi. Un modo di rapportarsi che ha spesso prodotto risultati positivi per i cittadini di entrambe le parti e ha aumentato il range di influenza del *soft power* dell'Unione europea.

Gli Stati Federati di Micronesia sono un Paese che è approdato ad una forma democratica di tipo moderno, che guarda all'Occidente e allo sviluppo dello stato di diritto nonostante le ancora gravi carenze strutturali, i propri problemi sociali interni, il rapporto difficoltoso con alcuni paesi dell'area del Pacifico. Di particolare rilievo per questo territorio è il riscaldamento climatico che, con l'innalzamento dei mari, minaccia l'esistenza stessa dello Stato insulare.

Complessivamente l'Europa può guardare agli Stati Federati di Micronesia come ad una democrazia amica, che dobbiamo sostenere consentendole di svilupparsi in condizioni adeguate, gradualmente, e di inserirsi progressivamente nell'area di libero scambio e collaborazione comune, in modo coerente a quanto previsto dalla Convenzione di Cotonou il cui scopo principale, espresso nell'articolo 1, è la riduzione ed infine l'eliminazione della povertà.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de la Micronésie qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Selon le rapporteur, ce type d'accord constitue un moyen de renforcer les relations économiques et culturelles ainsi que d'intensifier le dialogue sur diverses questions notamment concernant les droits de l'homme et les libertés fondamentales. A contrario, nous considérons qu'il n'est absolument pas opportun de conclure un tel accord à l'heure où nos sociétés occidentales sont menacées par le fondamentalisme islamique qui utilise les voies légales d'immigration pour pénétrer nos territoires et y planifier des attentats terroristes. Sans compter que cette exemption de visa renforcera les réseaux criminels ainsi que les trafics illégaux en tout genre. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris.* — Acordul de la Cotonou marchează relațiile de parteneriat dintre grupul statelor din Africa, zona Caraibilor și Pacific, pe de o parte, și Uniunea Europeană și statele sale membre, pe de altă parte, fiind reglementate deopotrivă și relațiile între Micronezia și Uniunea Europeană.

Acordul UE- Micronezia privind exonerarea de obligația de a deține viză de scurtă ședere prevede eliminarea obligației de a deține viză în beneficiul cetățenilor Uniunii și al resortisanților Statelor Federate ale Microneziei care călătoresc pe teritoriul celeilalte părți contractante pentru o ședere de maximum 90 de zile în cursul oricărei perioade de 180 de zile. De această exonerare de obligație de a deține viză beneficiează toate categoriile de persoane, fiind încurajat astfel turismul, dar și investițiile.

M-am exprimat în favoarea acestui acord deoarece consider că reprezintă un instrument puternic de consolidare a relațiilor economice, culturale și de intensificare a dialogului politic dintre Uniunea Europeană și Statele Federate ale Microneziei.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della raccomandazione concernente l'accordo tra Unione europea e gli Stati Federati di Micronesia in materia di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata.

L'intesa aggiunge un forte significato politico nell'ambito all'Accordo di Cotonou e pone le basi per il consolidamento del dialogo sulle libertà fondamentali.

Considerando che le relazioni politiche dell'Unione europea con gli Stati Federati di Micronesia si concentrano sulla protezione del loro ambiente vulnerabile (soprattutto in relazione ai cambiamenti climatici) e sulla difesa dei diritti umani, tale accordo rappresenta un passo in avanti per favorire una migliore collaborazione.

Inoltre l'accordo permetterà finalmente di attivare il turismo e dare uno slancio nuovo agli scambi commerciali.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which will enable citizens from Micronesia to travel visa-free in certain EU countries for a maximum period of 90 days in any 180-day period. The visa waiver applies to all persons travelling for any purpose other than carrying out a paid activity.

As Ireland is not a member of the Schengen area, this does not apply to it.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against in this legislative consent vote. UKIP does not support the EU's concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

David Casa (PPE), *in writing*. – I gave my consent to the conclusion of this agreement on the waiver of short-stay visas, which simultaneously represents a concrete outcome for the relations developing between the European Union and the Federated States of Micronesia – highly significant politically in the context of the Cotonou Agreement – and is an additional way of stepping up economic and cultural relations and intensifying political dialogues on various issues, including human rights and fundamental freedoms.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Gli accordi in oggetto che il Parlamento è chiamato ad approvare, stabiliscono l'esenzione dal visto per i cittadini dell'UE e per i cittadini degli Stati sopra citati che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni in un periodo di 180 giorni. L'esenzione dal visto riguarda tutte le categorie di persone che viaggiano per tutti i tipi di scopi, tranne che per esercitare un'attività retribuita. Il file non crea alcun problema ed ho quindi votato a favore.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – L'accordo di esenzione dal visto per i soggiorni di breve durata tra l'Unione europea e gli Stati federati di Micronesia riveste un forte significato politico nell'ambito dell'accordo di Cotonou e rappresenta l'esito concreto dell'approfondimento delle relazioni tra le due parti.

Ho votato a favore della relazione in quanto credo che l'accordo rappresenti un ulteriore strumento per rafforzare le relazioni economiche e culturali tra l'Unione europea e gli Stati federati di Micronesia. Le relazioni economiche bilaterali hanno un grande potenziale di sviluppo e credo che la semplificazione delle condizioni di viaggio darà risultati positivi facilitando gli investimenti, stimolando il turismo e dando slancio agli scambi commerciali.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς τη σύσταση σχετικά με τη σύναψη συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των Ομόσπονδων Πολιτειών της Μικρονησίας σχετικά με την απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή. Καθώς η συμφωνία αυτή θα συμβάλει στην περαιτέρω ανάπτυξη των σχέσεων μεταξύ των δύο μερών, ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Non posso che accogliere con estremo favore l'accordo conseguito dall'Unione europea con gli Stati Federati di Micronesia, la cui firma è avvenuta il 19 settembre scorso a Bruxelles. Il suddetto accordo prevede l'esenzione dal visto per i cittadini europei e micronesiani che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180. L'esenzione riguarda tutte le categorie di persone indipendentemente dal motivo di soggiorno, purché non si tratti di uno finalizzato allo svolgimento di un'attività retribuita.

Gli Stati Federati di Micronesia sono uno stato insulare dell'Oceania, la cui economia è pertanto imperniata sui servizi con un comparto turistico in piena espansione e l'Unione auspica di poterne agevolare ulteriormente la crescita agevolando la mobilità.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the recommendation on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the Union, of the Agreement between the European Union and the Federated States of Micronesia on the short-stay visa waiver.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A União Europeia leva a cabo uma política de vistos, nomeadamente no que respeita à isenção de vistos de curta duração. Esta isenção é definida ao nível europeu, uma vez que é válida para todos os Estados-Membros, exceto Reino Unido e Irlanda. Aliás, entre os vários requisitos para que seja possível a celebração do acordo, incluem-se a reciprocidade. Ou seja, também os cidadãos europeus deixam de necessitar de visto.

Ao Parlamento Europeu compete dar a sua aprovação ao acordo para o seu estabelecimento, que fica assim dada.

Por tudo isto e porque este acordo é o culminar do aprofundamento de relações com a Micronésia, voto favoravelmente a sua celebração.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'accordo tra l'Unione europea e le isole della Micronesia in quanto ha come scopo principale quello di facilitare il rilascio dei visti per soggiorni di breve durata facilitando così le procedure di ingresso nel paese.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – This agreement will provide for visa-free travel for citizens of the European Union and citizens of the Federated States of Micronesia when travelling to the territory of the other contracting party for a maximum period of 90 days in any 180-day period.

The agreement could have positive effects by simplifying travel for businesspeople, facilitating investment and boosting tourism and will make for rapprochement between the peoples of Europe and the Pacific.

This visa waiver agreement will enable citizens not only to derive full benefit from the ACP-EU partnership, but also to participate in it by travelling at a reduced economic and practical cost.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'accordo di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata rappresenta sia l'esito concreto dell'approfondimento delle relazioni tra l'Unione europea e gli Stati federati di Micronesia – il che riveste un forte significato politico nell'ambito dell'accordo di Cotonou – sia un ulteriore strumento per rafforzare le relazioni economiche e culturali e intensificare il dialogo politico su diverse questioni, tra cui i diritti umani e le libertà fondamentali.

Credo che in tal modo si possa dare slancio alle relazioni commerciali con l'Europa che attualmente sono limitate, facilitando gli investimenti e il turismo. L'accordo di esenzione dal visto consentirà, infatti, ai cittadini non solo di beneficiare pienamente del partenariato ACP-UE, ma anche di parteciparvi viaggiando in modo più economico e pratico.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem inicjatywę umowy dotyczącej zniesienia wiz krótkoterminowych między Unią Europejską a Sfederowanymi Stanami Mikronezji. Jestem przekonany, że inicjatywa stanowi konkretny wynik procesu pogłębiania wzajemnych stosunków pomiędzy Unią Europejską a Sfederowanymi Stanami Mikronezji, co ma ogromne znaczenie polityczne w kontekście umowy z Kotonu, a jednocześnie jest środkiem uzupełniającym umożliwiającym zacieśnianie stosunków gospodarczych i kulturalnych oraz intensyfikację dialogu politycznego na temat różnorodnych kwestii, w tym praw człowieka i podstawowych wolności. Umowa o zniesieniu wiz może mieć pozytywne skutki dzięki uproszczeniu warunków podróży dla przedsiębiorców, ułatwieniu inwestycji i ożywieniu turystyki.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The signing of the short stay waiver is significant for the EU and the state in question as it signifies deeper cooperation and mutual understanding between the EU and the states. The visa waiver agreement may act to boost economic investment in the area, and facilitate travel for business and tourism, which may be very limited in the Federated States of Micronesia.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome the potential commercial opportunities through increased tourism numbers and enhanced business relationships this agreement with Micronesia will hopefully provide. However, as this deal concerns the visa regime operated by Schengen Member States, from which the United Kingdom has opted out, I will abstain on this report.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP MEP's have voted against this legislative consent vote. UKIP do not support the EU concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Cette mesure d'exemption de visa de court séjour constitue une avancée dans le renforcement du dialogue politique et des relations économiques entre les États membres de l'UE et les États fédérés de Micronésie. Alors que depuis la signature des accords de Cotonou par les États fédérés de Micronésie, les relations avec l'Union européenne se sont étendues, j'ai soutenu ce rapport pour faciliter les déplacements des ressortissants qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ces accords prévoient un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants Kiribati, des Îles Salomon, de Micronésie, de Tuvalu et des Îles Marshall qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Dans un contexte sécuritaire préoccupant, toute proposition d'allégement ou d'exemption d'octroi de visa nous paraît inappropriée.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Споразумението от Котону за партньорство между членовете на групата държави от Африка, Карибите и Тихоокеанския басейн определя отношенията между Европейския съюз и Федеративните щати Микронезия.

Подписаното споразумение предвижда безвизово пътуване за гражданите на Европейския съюз и за гражданите на Федеративните щати Микронезия, когато те пътуват до територията на другата договаряща се страна за период до 90 дни за всеки период от 180 дни. Премахването на визите обхваща всички категории лица (притежателите на обикновен, дипломатически, служебен/официален и специален паспорт), пътуващи с всякаква цел, с изключение на целта за упражняване на доходоносна дейност.

Смятам, че падането на визовия режим според гореспоменатите условия е добра стъпка за развитие на по-нататъшните отношения между двете страни и фактът, че Федеративните щати Микронезия са демократична държава, отдаваща приоритет на човешките права, предразполага към желание за задълбочаване на отношенията. Затова и подкрепих предложението.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή μεταξύ ΕΕ-Μικρονησίας δεν συνιστά συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore in quanto ritengo che l'esenzione dal visto per i cittadini delle parti contraenti questo accordo possa costituire uno strumento utile al fine di intensificare l'influenza dell'Unione europea nei paesi interessati, con particolare riferimento ai diritti umani, e possano costituire stimolo alla crescita economica degli stessi.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Predmetná dohoda medzi Európskou úniou a Mikronéziou predstavuje ďalší významný krok v prehlbovaní diplomatických vzťahov. Schválenie príslušnej dohody umožní občanom Únie a občanom Mikronézie cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. Zrušenie vízovej povinnosti sa vzťahuje na všetky kategórie osôb cestujúcich z akéhokoľvek dôvodu okrem vykonávania platenej činnosti.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore dell'esenzione del visto turistico per periodi di massimo di 90 giorni.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. — Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή μεταξύ ΕΕ-Μικρονησίας δεν συνιστά συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, για αυτό τον λόγο την καταψηφίζω.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The agreement provides for visa-free travel for the citizens of the European Union and for the citizens of Micronesia when travelling to the territory of the other Contracting Party for a maximum period of 90 days in any 180-day period. A joint declaration on the interpretation of this period of 90 days in any 180-day period is attached to the agreement. The signing of the short stay waivers is significant for the EU and the states in question as it signifies deeper cooperation and mutual understanding between the EU and those states.

The visa waiver agreement may act to boost economic investment in the area, and facilitate travel for business and tourism, which may be very limited in some areas.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la recomendación que prevé un régimen de desplazamiento sin obligación de visado en favor de los ciudadanos de la Unión Europea y los nacionales de los Estados Federados de Micronesia por un período máximo de 90 días. Este es un acuerdo importante en referencia a su significación política en el marco del Acuerdo de Cotonú, además de ser un medio suplementario para reforzar las relaciones económicas y culturales e intensificar el diálogo político, incluidos los derechos humanos y las libertades fundamentales.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das Abkommen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte ist ein weiterer Schritt zur Vertiefung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the short-stay visa waiver agreement between EU and the Federated States of Micronesia, as this constitutes an important step to further develop economic and cultural relations and intensify political dialogues on various issues, including human rights and fundamental freedoms.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (09780/2015) y el acuerdo entre la UE y Micronesia (09779/2015) votamos A FAVOR de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión. Nos preocupa, no obstante, que dicho país aparezca señalado en diferentes informes como un paraíso fiscal. Por lo tanto, debe de establecerse un especial seguimiento del acuerdo para evitar que la exención de visados de corta duración, suponga una facilidad a la hora de incurrir en prácticas de blanqueo de capitales y evasión fiscal.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as the signing of the short-stay waiver agreement steps up Europe's economic and cultural relations and intensifies political dialogue.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I was happy to support this motion. While European Union trade relations with the Federated States of Micronesia are currently very limited, they have potential for development. The European Union is currently negotiating a comprehensive Economic Partnership Agreement with fourteen Pacific countries, including the Federated States of Micronesia and I believe that this agreement would help strengthen the relationship between the two parties.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Si nous prenons le cas particulier des États fédérés de Micronésie, je ne vois pas de difficulté particulière à lever l'obligation de visa de court séjour, c'est-à-dire de trois mois sur une période de 180 jours, pour les ressortissants de cet État fédéral de plus de 100 000 habitants situé dans l'océan Pacifique.

Les risques migratoires et sécuritaires sont inexistants. Je pense cependant que l'exemption de visa ne doit pas être un automatisme mais l'aboutissement d'une évaluation approfondie de la situation politique, institutionnelle et géostratégique du pays concerné et des répercussions éventuelles qu'une levée de l'obligation de visa peut avoir sur le territoire européen.

Cet examen ne doit pas être uniquement fondé sur les progrès réalisés pendant les années antérieures à cette évaluation mais également tenir compte des risques potentiels d'appel d'air qu'une exemption de visa peut susciter dans le moyen terme comme nous l'avons constaté avec certains pays des Balkans occidentaux. Aussi, je réitère mon soutien à l'adoption rapide du mécanisme de suspension qui rappelle que l'exemption de visa n'est pas un «pass illimité» mais une facilité conditionnée qui répond à certaines exigences.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za preporuku o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Unije, Sporazuma između Europske unije i Saveznih Država Mikronezije o ukidanju viza za kratkotrajni boravak (09780/2016 — C8-0388/2016 – 2016/0098(NLE)) kojim se daje suglasnost za sklapanje sporazuma. Odnosi između Europske unije i Saveznih Država Mikronezije uređeni su Sporazumom o partnerstvu između članica Skupine afričkih, karipskih i pacifičkih zemalja, s jedne strane, i Europske unije i njezinih država članica, s druge strane, te se potpisanim sporazumom građanima Europske unije i građanima Saveznih Država Mikronezije omogućava boravak bez vize na području druge ugovorne stranke od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana. Njime se dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, između ostaloga, o ljudskim pravima i temeljnim slobodama.

Savezne Države Mikronezije su prema političkom ustroju demokratska republika potpuno posvećena zaštiti ljudskih prava koja su zajamčena njihovim ustavom. Politički dijalog EU-a i Saveznih Država Mikronezije usmjeren je na zaštitu njihova osjetljivog okoliša, posebno u odnosu na klimatske promjene te zaštitu ljudskih prava i rodnih pitanja.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport relatif à une exemption de visa pour les citoyens de la Micronésie fait courir des risques protéiformes en matière de sécurité. À ce titre, il serait très imprudent pour l'Union européenne de signer un accord qui ne ferait qu'ajouter son poids dans la balance déjà très chargée de la crise migratoire dans nos territoires.

J'ai donc voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Sektor služeb Federativních států Mikronésie generuje 74 % jejich HDP. Pokládám za důležité zrušit krátkodobá víza s lhůtou 90 dnů po dobu maximálně 180 po sobě jdoucích dnů mezi Mikronésií a EU vzhledem k tomu, že to usnadní pohyb podnikatelům a investorům. Podpořil jsem tuto dohodu, protože věřím, že zejména v oblasti cestovního ruchu má potenciál stimulovat ekonomiku Mikronésie.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit la conclusion d'un accord avec les États fédérés de Micronésie visant à faciliter la délivrance de visas de court séjour.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen den Vorschlag, da ich keine Notwendigkeit für die Einführung von visafreien Kurzaufenthalten von Bürgern aus Mikronesien sehe, zumal auch die Kompetenz dafür bei den Mitgliedstaaten selbst liegen sollte.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Na plenárním zasedání jsem hlasovala pro návrh rozhodnutí Rady o uzavření jménem Evropské unie Dohody mezi Evropskou unií a Federativními státy Mikronésie o zrušení vízové povinnosti pro krátkodobé pobyty. Touto dohodou se zavádí režim bezvízového styku pro občany Evropské unie a občany Federativních států Mikronésie, kteří pobývají na území druhé smluvní strany po dobu nejvýše 90 dnů v průběhu jakéhokoli období v délce 180 dnů. Zrušení vízové povinnosti se týká všech kategorií osob cestujících za jakýmkoli účelem, s výjimkou osob cestujících za účelem vykonávání výdělečné činnosti. Tato dohoda představuje konkrétní výsledek prohlubování vztahů mezi Evropskou unií a Federativními státy Mikronésie, které mají v rámci dohody z Cotonou velký politický význam, a je současně dalším prostředkem k posílení hospodářských a kulturních vztahů a prohlubování politického dialogu o různých otázkách, které zahrnují i lidská práva a základní svobody. Bezvízový styk může mít kladný dopad na zjednodušení cest podnikatelů, usnadnění investování a povzbuzení cestovního ruchu.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il n'est pas opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration.

Javi López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe que permite la exención de visados de corta duración, es decir, en estancias en la Unión Europea de hasta 90 días en un periodo de 180 días, para nacionales de los Estados Federados de Micronesia, microestado archipiélago del Pacifico.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report which concludes the visa facilitation agreement between the EU and Micronesia.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Odnosi EU-a i Saveznih Država Mikronezije jačaju od 2000. godine, kada je potpisan Sporazum iz Cotonoua. Ovim Sporazumom o ukidanju viza za kratkotrajni boravak mogu se dodatno ojačati gospodarski i kulturni odnosi, suradnja između poduzetnika i trgovinski odnosi obiju strana. Budući da smatram da je ovaj Sporazum koristan, podržala sam ovu preporuku.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Uzavretie dohody s Mikronéziou umožňuje občanom zmluvných krajín cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. Zrušenie vízovej povinnosti sa vzťahuje na všetky kategórie osôb cestujúcich z akéhokoľvek dôvodu okrem vykonávania platenej činnosti. Mikronézske federatívne štáty patria k demokratickým krajinám, ktoré rešpektujú ľudské práva a nepredstavujú pre Úniu nebezpečenstvo z pohľadu migrácie, bezpečnosti alebo verejného poriadku.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη σύσταση όσον αφορά το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη, εξ ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, της συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των Ομόσπονδων Πολιτειών της Μικρονησίας σχετικά με την απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Cet accord prévoit l'introduction d'un régime de déplacement, sans obligation de visa, en faveur des citoyens de Micronésie. Ils pourront désormais se rendre sur le territoire des États membres de l'Union européenne sans demander de visa. Cette proposition concerne les courts séjours qui ne dépassent pas 90 jours. Les citoyens des États membres profiteront du même privilège en voyageant en Micronésie.

La libéralisation du régime de visa envisagée par la Commission européenne est dangereuse et comporte des risques sécuritaires. Un manque de contrôle peut augmenter le niveau de la criminalité organisée, du blanchiment d'argent et du trafic de drogue. Par ailleurs, cela peut encourager l'immigration massive.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the EU-Micronesia Agreement on the short-stay visa waiver. Economically speaking, the visa waiver presents signs of intensifying economic links among businesses even when trade relations are currently limited. Politically speaking, the visa waiver also means enhanced political dialogue between the EU and Micronesia.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pasirašytu susitarimu nustatomas bevizis režimas Europos Sąjungos ir Mikronezijos Federacinių Valstijų piliečiams, vykstantiems į kitos susitariančiosios šalies teritoriją ir ten būnantiems ne ilgiau kaip 90 dienų per bet kurį 180 dienų laikotarpį. Bevizis režimas taikomas visų kategorijų asmenims, vykstantiems į šalį bet kokiais tikslais, išskyrus asmenis, vykstančius dirbti mokamo darbo. Šio susitarimo tikslas turi didelę politinę svarbą Kotonu susitarimo kontekste, taip pat papildoma priemonė siekiant sustiprinti ekonominius bei kultūrinius ryšius ir paskatinti politinį dialogą įvairiais klausimais, įskaitant žmogaus teises ir pagrindines laisves.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'exemption de visa pour les citoyens de Micronésie présente des risques potentiels au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.). Il n'est pas opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où l'UE a perdu tout contrôle de l'immigration. Je me suis donc opposée à ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — As relações entre a União Europeia e a Micronésia regem-se pelo Acordo de Parceria entre os Estados de África, das Caraíbas e do Pacífico, por um lado, e a União Europeia e os seus Estados-Membros, por outro, designado «Acordo de Cotonu».

O Acordo assinado prevê um regime de isenção da obrigação de visto para os cidadãos da União Europeia e os nacionais da Micronésia que se desloquem ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this agreement. Such short-stay visa waiver programmes are indispensable to increase opportunities for the tourism industry for both partners and to enable business between the EU and the Federated States of Micronesia.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je me réjouis de l'approbation donnée par le Parlement européen à l'accord d'exemption de visa entre l'Union européenne et les États fédérés de Micronésie. Cet accord ne manquera pas d'accroitre les liens que nous entretenons avec les États fédérés de Micronésie dans le cadre du partenariat ACP-UE. Tout comme pour d'autres archipels pour lesquels la libéralisation de visa est désormais en vigueur, cet accord devrait permettre de renforcer le dialogue politique notamment sur les questions relatives aux droites de l'homme et au changement climatique. Enfin, je tiens à souligner l'engagement de l'Assemblée parlementaire paritaire ACP-UE dans l'aboutissement de cet accord.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the agreement on the waiver of short-stay visas, which simultaneously represents a concrete outcome on the deepening relations between the European Union and the Federated States of Micronesia – which is highly significant politically in the context of the Cotonou Agreement – and is an additional way of stepping up economic and cultural relations and intensifying political dialogues on various issues, including human rights and fundamental freedoms.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az 539/2001/EK rendeletet 2014. május 20-án módosította az Európai Parlament és a Tanács 509/2014/EK számú rendelete, amely a Mikronéziai Szövetségi Államokat azon harmadik országok közé sorolta, amelyeknek polgárai a tagállamok külső határainak átlépésekor mentesek a vízumkötelezettség alól. A Bizottság ezt követően a Tanács fölhatalmazásával tárgyalásokat kezdett az Európai Unió és a Mikronéziai Szövetségi Államok közötti kétoldalú megállapodás megkötése érdekében. A 2016. szeptember 19-én New Yorkban aláírt megállapodás ratifikálásáról a Tanács határozat-tervezetet fogadott el, amelyhez azonban meg kell szereznie a Parlament egyetértését is. Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament értsen egyet a megállapodás megkötésével. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des pays tiers concernés qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. La commission LIBE invite cependant la Commission européenne «à observer les possibles développements en ce qui concerne les questions relatives à l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, les relations extérieures de l'Union avec le pays tiers concerné y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales». L'exemption de visa présente donc des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.) et de l'immigration. On doit se demander s'il est opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où le risque d'attentats terroristes est réel et où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration de masse. Vote défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Com a alteração do Regulamento (CE) n.º 539/2001 pelo Regulamento (UE) n.º 509/2014 do Parlamento Europeu e do Conselho, os Estados Federados da Micronésia foram transferidos para o anexo II, lista dos países terceiros cujos nacionais estão isentos da obrigação de visto para transporem as fronteiras externas dos Estados-Membros. O Regulamento (CE) n.º 539/2001 alterado aplica-se a todos os Estados-Membros, com exceção da Irlanda e do Reino Unido.

Após a adoção do referido regulamento, em 20 de maio de 2014, o Conselho adotou uma decisão em que autoriza a Comissão a encetar negociações com vista à celebração de um acordo bilateral entre a UE e os Estados Federados da Micronésia.

O Acordo assinado prevê um regime de isenção da obrigação de visto para os cidadãos da UE e os cidadãos dos Estados Federados da Micronésia que se desloquem ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada.

Pelo exposto, sou favorável à celebração do Acordo.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'exemption de visa proposée pose des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.). Il n'est pas opportun de voter ce genre d'accord alors qu'on constate chaque jour que l'UE n'arrive pas à contrôler les flux migratoires. Je vote contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit, de manière réciproque et pour des séjours de courte durée, un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union européenne et des ressortissants de Micronésie. Cet accord permettra de renforcer les liens économiques et culturels qui unissent ces pays à notre continent.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió már számos országgal kötött vízummentességi megállapodást. Pozitív hatásukat elsősorban a gazdasági és kulturális kapcsolatok elmélyítésében tapasztaljuk, ugyanakkor fontos szerepet játszanak a beruházások és idegenforgalom fellendítésében is. A vízummentesség bármely 180 napos időszakon belül, legfeljebb 90 napig tartó utazásra érvényes. A decemberi mini plenáris során öt új országgal készülő egyezség megkötését hagytuk jóvá, köztük a Mikronéziai Szövetségi Államok.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Cotonou Agreement was signed in June 2000 by EU Member States and the African, Caribbean and Pacific Group of States and was concluded for a 20-year period, until 2020, making it the most comprehensive partnership agreement between developing countries and the EU. I have voted for this report on the waiver of short-stay visas for citizens of the EU and Micronesia when travelling to each other's territory for a maximum period of 90 days in any 180-day period. This will step up economic and cultural relations and intensify the political dialogue on a wide range of issues like fundamental freedoms and human rights.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Европейската комисия и респективно Европейският съюз проявяват непоследователност относно визовата политика. Моите съграждани са жертва на това, защото някои страни като Канада и САЩ все още ни дискриминират що се касае до безвизовата им политика.

Въздържах се да дам своята подкрепа за споразумението между ЕС и Микронезия за премахване на визите за краткосрочно пребиваване, защото не одобрявам начина, по който Европейската комисия провежда визовата политика на ЕС и това, че пренебрегва решенията на Съда на ЕС по някои въпроси, които я задължават да стори това.

Пример за това е решението по дело C-88/14 от 16.7.2015 г., съобразно което Европейската комисия е длъжна да предложи въвеждане на визи за държавите, които не прилагат пълна визова реципрочност с всички страни на ЕС. Европейската комисия не стори това и не предложи визи за гражданите на САЩ и Канада, които продължават да дискриминират моите съграждани.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I supported this file as we support the relaxation of certain travel restrictions providing the state in question possesses a solid human rights record.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da ich keine Notwendigkeit für die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte sehe. Des Weiteren sollen die Kompetenzen bei den Mitgliedsstaaten liegen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Leping on täiendav vahend majandus- ja kultuurisuhete tihendamiseks ning intensiivsema poliitilise dialoogi pidamiseks mitmesugustel teemadel, sealhulgas inimõigused ja põhivabadused.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή αποτελεί χειροπιαστό αποτέλεσμα της εμβάθυνσης των σχέσεων μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των Ομόσπονδων Πολιτειών της Μικρονησίας και συνιστά ένα συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και των θεμελιωδών ελευθεριών.

Παρατηρείται ότι η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης θα έχει θετικό αντίκτυπο, αφού έτσι απλοποιεί τις ταξιδιωτικές διαδικασίες για τους επιχειρηματίες, διευκολύνει τις επενδύσεις και ενισχύει τον τουρισμό.

Η απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης συνιστά ένα μη αμελητέο μέσο για την αμοιβαία προσέγγιση των λαών της Ευρώπης και του Ειρηνικού. Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης επιτρέπει στους πολίτες όχι μόνο να επωφεληθούν πλήρως της εταιρικής σχέσης ΑΚΕ-ΕΕ αλλά επίσης και να συμμετάσχουν σ' αυτή ταξιδεύοντας με μειωμένο οικονομικό και πρακτικό κόστος.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che la conclusione dell'accordo di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata rappresenta sia l'esito concreto dell'approfondimento delle relazioni tra l'Unione europea e gli Stati federati di Micronesia, sia un ulteriore strumento per rafforzare le relazioni economiche, culturali e intensificare il dialogo politico su diverse questioni, tra cui i diritti umani e le libertà fondamentali.

Inoltre, tale accordo favorisce anche gli imprenditori in quanto semplifica le loro condizioni di viaggio e gli investimenti stimolando, allo stesso tempo, il turismo. Inoltre, come politico ritengo che il rapporto commerciale tra l'UE e gli Stati federati di Micronesia ha grandi potenzialità di sviluppo.

Pertanto ho espresso voto positivo

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this agreement because it takes into account the situation of Member States which do not apply the Schengen acquis in full. The agreement also provides for visa-free travel for the citizens of the European Union and for the citizens of the Federated States of Micronesia when travelling to the territory of the other Contracting Party for a maximum period of 90 days in any 180-day period. The visa waiver covers all categories of persons (ordinary, diplomatic, service/official and special passport holders) travelling for all kinds of purposes, except for the purpose of carrying out a paid activity.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Ovim sporazumom o ukidanju viza za kratkotrajni boravak dodatno se jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog između Europske unije i Saveznih država Mikronezije. Ovaj Sporazum o ukidanju viza za kratkotrajni boravak konkretan je rezultat napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Saveznih Država Mikronezije te ima veliku političku težinu u okviru Sporazuma iz Cotonoua. Njime se također dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenziviraju politički dijalozi o raznim pitanjima, između ostaloga, o ljudskim pravima i temeljnim slobodama. Gospodarstvo Saveznih Država Mikronezije prvenstveno se temelji na uslužnom sektoru, koji čini 74 % njihova BDP-a, te turističkom sektoru u usponu. Iako su trgovinski odnosi Europske unije sa Saveznim Državama Mikronezije trenutačno vrlo ograničeni, ima potencijala za njihov razvoj. Europska unija trenutačno pregovora o sklapanju sveobuhvatnog Sporazuma o partnerstvu s četrnaest zemalja pacifičke regije, među kojima su i Savezne Države Mikronezije. Liberalizacijom viznog sustava pojednostavit će se putovanja poduzetnicima, olakšati ulaganja te ojačati gospodarske veze među poduzećima. Ovim će se sporazumom također potaknuti razvoj turizma te dati novi poticaj gospodarstvu u cjelini.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Sporazum o ukidanju viza za kratkotrajni boravak ima veliki politički značaj u okviru Sporazuma iz Cotonoua te je rezultat napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Saveznih Država Mikronezije. Pacifička je demokracija potpuno posvećena zaštiti ljudskih prava te imamo dobru komunikaciju kada je riječ o zaštiti njihova osjetljivog okoliša, posebno u odnosu na klimatske promjene, no na trgovinskom polju odnosi EU-a sa Saveznim Državama Mikronezije su i dalje vrlo ograničeni te potencijal za njihov razvoj treba iskoristiti. Sporazum će tako imati pozitivan gospodarski učinak jer će pojednostaviti putovanja poduzetnicima, olakšati ulaganja i razvoj turističkog sektora. To jačanje gospodarskih i kulturnih odnosa dodatno će intenzivirati politički dijalog o pitanjima koja su prioritetna za Uniju. Kad je riječ o mobilnosti, Savezne Države Mikronezije ne predstavljaju nikakvu prijetnju ni u smislu nezakonite migracije ni u smislu sigurnosti i javnog reda. Sporazum je dodatan dokaz našeg angažmana kad je riječ o toj regiji kako bi se ostvarilo bolje partnerstvo te je bitan čimbenik u približavanju europskih građana i građana pacifičke regije. Građani obiju regija moći će ostvarivati punu i konkretnu korist od partnerstva između AKP-a i EU-a. Želim naglasiti nužnost potpunog reciprociteta pri ukidanju viza i time jednako postupanje prema svim građanima.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este acordo prevê um regime de isenção da obrigação de visto para os cidadãos da União Europeia e os nacionais dos Estados Federados da Micronésia que se desloquem ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada.

Votamos a favor.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Podpořil zrušení vízové povinnosti pro krátkodobé pobyty pro občany Evropské unie a občany Mikronésie. Tato dohoda umožní pobývat občanům EU a Mikronésie na území druhé smluvní strany po dobu nejvýše 90 dnů během jakéhokoli období 180 dnů. Hospodářství Federativních států Mikronésie je založeno především na odvětví služeb, které se na HDP podílí ze 74 %. Věřím, že zavedení bezvízového režimu pro krátkodobé pobyty ulehčí cestování podnikatelům, usnadní investování, povzbudí cestovní ruch a posílí ekonomické vazby mezi podniky. Mikronésie navíc klade důraz na lidská práva, která jsou zaručena ústavou země.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Umowa w sprawie ułatwień wizowych ma na celu zapewnienie obywatelom stron umowy (UE oraz ww. krajów) ruchu bezwizowego przez okres nieprzekraczający 90 dni w każdym okresie 180-dniowym. System bezwizowy obejmowałby wszystkie kategorie osób. Oczekuje się, że umowa wywrze pozytywne skutki gospodarcze dla tych pięciu krajów i zwiększy siłę nacisku UE, zwłaszcza w obszarze praw człowieka. Skutki dla UE będą najprawdopodobniej minimalne, gdyż liczba ludności tych krajów jest niewielka. Wielka Brytania i Irlandia nie uczestniczą w tych umowach. Niniejszym poparłem umowę

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'exemption de visa sur les territoires de l'UE et des États fédérés de Micronésie. Cette exemption concerne tous les voyageurs des deux zones, pour une durée de 90 jours, quel que soit le motif. Elle exclut cependant les personnes souhaitant exercer une activité rémunérée. Cet accord ouvre une nouvelle étape dans notre rapprochement. Cela reste primordial à l'heure où l'Europe négocie un accord de partenariat économique global avec les États fédérés de Micronésie.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this legislative consent vote. UKIP does not support the EU concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — El Acuerdo firmado, que entró en vigor de manera provisional el 19 de septiembre de 2016, establece un régimen de desplazamiento sin obligación de visado en favor de los ciudadanos de la Unión Europea y los nacionales de los Estados Federados de Micronesia que viajen a territorio de la otra Parte Contratante por un período máximo de 90 días en el plazo de 180 días.

Aunque las relaciones comerciales entre la Unión y los Estados Federados de Micronesia son actualmente muy limitadas, tienen potencial desarrollo. Con el presente Acuerdo se refuerzan las relaciones en el marco del Acuerdo de Cotonú, al que se adhirieron los Estados Federados de Micronesia en el año 2000, incrementando el diálogo político y fortaleciendo las relaciones económicas y culturales. Por ello, he votado a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution législative du Parlement européen du 1er décembre 2016 sur le projet de décision du Conseil concernant la conclusion, au nom de l'Union, de l'accord entre l'Union européenne et les États fédérés de Micronésie relatif à l'exemption de visa de court séjour. Ayant suivi les travaux à ce sujet au sein de la Commission compétente, j'en suis arrivé à la conclusion que cette exemption de visa de court séjour se justifie pleinement.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Susitarimas su Mikronezija dėl vizų režimo supaprastinimo – sveikintinas ir reikalingas žingsnis. Šiuo susitarimu palengvinamos kelionės tiek ES piliečiams, tiek ir Mikronezijos gyventojams. Klausimas iš tiesų nėra kontroversiškas, nes iki šiol bevizis režimas tarp ES ir Mikronezijos vyko be didesnių sutrikimų, galinčių pateikti argumentų prieš šio susitarimo pratęsimą ir išplėtimą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta proposta de recomendação visa conceder a isenção de vistos para os cidadãos da União Europeia (UE) e reciprocamente para os cidadãos da Micronésia que se desloquem para o território da outra parte contratante por um período máximo de 90 dias em cada período de 180 dias.

Os Estados Federados da Micronésia constituem uma república democrática, empenhada no respeito dos Direitos Humanos já consagrados na sua Constituição. O diálogo político entre as partes tem-se centrado nas alterações climáticas, na defesa dos direitos humanos e nas questões relativas à igualdade de género.

Este acordo permitirá reforçar as relações políticas e diplomáticas entre ambas as partes, desenvolvendo igualmente as limitadas relações comerciais e o reforço das relações económicas e culturais.

Estando a economia da Micronésia essencialmente assente no setor dos serviços (74% do seu PIB), e tendo o setor do turismo registado uma forte expansão nos últimos anos, este acordo viabilizará as condições de viagens para os empresários, facilitando os investimentos e dinamizando o turismo local.

À semelhança de outros relatórios relativos a isenção de vistos hoje aprovados com países terceiros, também neste o meu voto foi favorável.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La libertad de movimiento es un derecho fundamental de todas las personas que actualmente no se respeta en una Unión con una política migratoria cada día más agresiva. Por ello, apoyamos esto acuerdo que permitirá viajar sin visado a la Unión Europea a los ciudadanos y ciudadanas de los Estados Federados de Micronesia y viceversa, un acuerdo que nos gustaría que se hiciera extensivo a otros países, particularmente los que viven situaciones de conflicto que están obligando a huir a millares de personas.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. — L'accordo che il Parlamento europeo ha approvato oggi stabilisce nuove disposizioni per l'esenzione del visto per i cittadini dell'Unione e per i cittadini degli Stati federali di Micronesia che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un soggiorno di breve durata fino a un massimo di 90 giorni. L'esenzione dal visto riguarda tutte le categorie di persone (titolari di un passaporto ordinario, diplomatico, di servizio, ufficiale o speciale) indipendentemente dal motivo della permanenza.

Questo accordo rappresenta il coronamento dell'approfondimento delle relazioni tra l'Unione europea e tale paese, nonché un ulteriore strumento volto a rafforzare le relazioni economiche, turistiche e culturali ed, infine, servirà a intensificare il dialogo politico tra le parti.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this legislative consent vote. UKIP does not support the EU concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report, as the signing of the short stay waivers steps up Europe's economic and cultural relations and intensifies political dialogue.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Podporujem spoluprácu EÚ s krajinami tichomorského regiónu. Táto dohoda, ktorá je predmetom uznesenia, umožňuje občanom Európskej únie a občanom Mikronézskych federatívnych štátov cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. To predstavuje aj výrazný pokrok v oblasti pravidelnejšieho a posilneného politického dialógu, ktorý sa zameriava na ochranu zraniteľného životného prostredia, a to najmä v súvislosti so zmenou klímy na jednej strane a ochranou ľudských práv. EÚ v súčasnosti rokuje o komplexnej dohode o hospodárskom partnerstve so 14 krajinami tichomorského regiónu, do ktorého patria aj Mikronézske federatívne štáty. Preto som hlasoval za.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Pre spoluprácu členských krajín EÚ a krajín v Afrike, Karibiku a Tichomorí bol vytvorený právny rámec v roku 2000 v podobe Dohody z Cotonou. Mikronézske federatívne štáty sa podieľajú na spolupráci s EÚ v oblasti posilnenia kultúrnych a hospodárskych vzťahov ako aj na vedení dialógu o ochrane ľudských práv a základných slobôd. Odstránenie vízovej povinnosti by podľa môjho názoru pozitívne pôsobilo na vývoj partnerstva EÚ a Mikronézskymi federatívnymi štátmi. Zdôrazňujem, že bezvízový styk sa bude týkať len pobytov v dĺžke 90 dní za obdobie 180 dní a osôb cestujúcich s iným dôvodom ako vykonávanie ekonomickej činnosti. Dôležitý je aj faktor vysokej dôvery v žiadateľov o víza, ako aj nízka miera zamietnutia víz, či fakt že v rokoch 2014 a 2015 nebol žiaden občan Mikronézskych federatívnych štátov zatknutý z dôvodu nedovoleného pobytu v EÚ. Z týchto dôvodov som dohodu podporila a verím, že prispeje k väčšej kultúrnej a ekonomickej výmene medzi EÚ a Mikronéziou.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Sporazum o partnerstvu med članicami skupine afriških, karibskih in pacifiških držav na eni strani ter Evropsko unijo in njenimi državami članicami na drugi oziroma tako imenovani sporazum iz Cotonuja ureja odnose med EU in Mikronezijo, medtem ko Sporazum o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje te odnose še bolj poglablja in dodatno krepi vezi med podpisnicami sporazuma.

Glede na sporazum Mikronezija spada med države, katerih državljani so izvzeti iz vizumske obveznosti pri prehodu zunanjih meja držav članic. Vsi državljani Mikronezije lahko ne glede na namen potovanja, razen če opravljajo plačano delo, brez vizumov potujejo na ozemlje države pogodbenice za največ 90 dni v 180-dnevnem obdobju.

Gospodarstvo Mikronezije temelji predvsem na storitvah, povezanih s turizmom. Sporazum pa naj bi po mnenju poročevalke turizem še dodatno okrepil in spodbudil trgovino. Poleg tega naj bi se poenostavili pogoji za poslovna potovanja in okrepile gospodarske povezave med podjetji.

Ker priporočilo poudarja, da je v okviru razvojnega sodelovanja sporazum lahko tudi dodatno sredstvo za okrepitev gospodarskih in kulturnih odnosov ter poglobitev političnega dialoga na področju človekovih pravic in temeljnih svoboščin, sem ga pri glasovanju podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Tým, že občania Mikronézskych federatívnych štátov nepredstavujú žiadnu vážnu hrozbu pre ciele migračnej politiky, bezpečnosť a vnútorný poriadok EÚ, javí sa byť na mieste uzatvoriť s touto krajinou dohodu o zrušení vízovej povinnosti pri krátkodobých pobytoch. Podmienky bezvízového cestovania stanovené v tomto dokumente sú upravené rovnako ako v iných dohodách rovnakého druhu, ktoré EÚ uzatvorila s inými štátmi. Táto dohoda by mala predstavovať úspešné zavŕšenie jednej z etáp prehlbovania vzťahov medzi EÚ a Mikronézskymi federatívnymi štátmi a umožniť obom stranám pokračovať v ich ďalšom prehlbovaní.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss – im Namen der Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Föderierten Staaten von Mikronesien über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte habe ich mich enthalten.

Dieses Abkommen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte ist ein greifbares Ergebnis der Vertiefung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Föderierten Staaten von Mikronesien – was im Rahmen des Cotonou-Abkommens politisch sehr bedeutsam ist – sowie ein zusätzliches Instrument zur Stärkung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen und zur Intensivierung des politischen Dialogs über verschiedene Fragen, einschließlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Nichts spricht gegen diese Visabefreiung an sich. Ich lehne jedoch ab, dass die EU für Visafragen zuständig ist.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Ovaj Sporazum o ukidanju viza za kratkotrajni boravak rezultat je napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Saveznih Država Mikronezije te ima veliki politički značaj u okviru Sporazuma iz Cotonoua. Potpisanim Sporazumom građanima Europske unije i građanima Saveznih Država Mikronezije omogućava se boravak bez vize na državnom području druge ugovorne stranke od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana. Vize se ukidaju za sve kategorije osoba (nositelje običnih, diplomatskih, službenih ili posebnih putovnica) koje ne putuju u svrhu obavljanja plaćene aktivnosti. Liberalizacijom viznog sustava pojednostavit će se putovanja poduzetnicima, olakšati ulaganja te ojačati gospodarske veze među poduzećima.

Prihvaćam ovaj Sporazum jer ima veliki politički značaj, a njime se i dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, među ostalim i o ljudskim pravima i temeljnim slobodama. Također, državljani Saveznih Država Mikronezije nisu predali nijedan zahtjev za azil i ne predstavljaju nikakvu prijetnju u smislu nezakonite migracije ili migracijskih tokova ni u smislu sigurnosti i javnog reda.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi, v imenu Unije, Sporazuma med Evropsko unijo in Federativnimi državami Mikronezije o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje.

S podpisanim sporazumom med Evropsko unijo in Federativnimi državami Mikronezije bomo državljanom obeh podpisnic omogočili za največ 90 dni potovanja brez vizumov, vendar brez možnosti opravljanja plačanega dela.

Kljub temu, da že obstajajo trgovinski odnosi med EU in državami Mikronezije, imajo le ti velik potencial in še veliko prostora za napredek. S sklenjenim sporazumom se bomo zagotovo približali napredku v odnosih med obema podpisnicama.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή μεταξύ ΕΕ-Μικρονησίας δεν συνιστά συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam, hogy az Európai Parlament adja egyetértését ahhoz, hogy az Európai Unió nevében a Tanács Mikronéziával megállapodást írjon alá a valamennyi útlevél-kategóriára érvényes, rövid távú tartózkodásra vonatkozó vízummentesség kölcsönös biztosításáról. Az előterjesztés mérlegelése során tekintettel voltam arra, hogy ez a lépés megfelel az EU és az ACP-országok viszonyát szabályozó cotonoui egyezményben foglalt szándékoknak és céloknak, elősegítheti a szerény, de ígéretes gazdasági és kereskedelmi kapcsolatok, a turizmus fejlesztését és ezzel hozzájárulhat az Unió fejlesztéspolitikai céljainak megvalósításához a térségben. Figyelembe vettem, hogy Mikronézia demokratikus állam, lakosságának teljes mértékben biztosítja az emberi jogok érvényesülését, s egyúttal méltányoltam azt a fontos hozzájárulást is, amelyet az ACP–EU parlamenti delegáció révén az EP játszott a vízummentességi megállapodás létrehozásának folyamatában.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris.* — Pe baza Acordului de parteneriat UE-ACP, semnat în 2000 la Cotonou, Uniunea Europeană și-a propus, în ultimii ani, să intensifice relațiile cu țările din aceste regiuni. O modalitate foarte concretă în acest sens este desfășurarea de negocieri în vederea eliminării vizelor de scurtă ședere pentru resortisanții acestor țări. Statele Federate ale Micronezie sunt una dintre țările cu care UE dorește o consolidare a relațiilor economice și culturale și o intensificare a dialogului politic pe diverse teme. În prezent, Micronezia dispune de un sistem politic democratic, care respectă drepturile omului și egalitatea de gen, iar relația cu UE presupune, în general, cooperarea în domeniul combaterii schimbărilor climatice și al protejării mediului natural. Întrucât rata de refuz al vizelor pentru resortisanții acestui mic stat din Oceanul Pacific este foarte scăzută, există potențialul eliminării de către UE a vizelor de scurtă ședere pentru cetățenii micronezieni. Acest lucru va fi benefic pentru intensificarea relațiilor economice dintre cele două părți, în special pentru dezvoltarea sectorului turistic. Parlamentul European este instituția care poate decide în favoarea consolidării acestui tip de relații. Susțin adoptarea acestei recomandări.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Les relations entre l'Union européenne et cet État sont régies par l'accord de partenariat entre les membres du groupe des États d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique, d'une part, et l'Union européenne et ses États membres, d'autre part, appelé «Accord de Cotonou».

S'agissant de la mise en œuvre et du suivi de l'accord, le Parlement, par ce texte, invite la Commission européenne à observer les possibles développements en ce qui concerne les critères qui ont initialement conduit au transfert de l'annexe I vers l'annexe II du règlement nº 509/2014. Ces critères incluent non seulement l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, mais aussi les relations extérieures de l'Union avec le pays tiers concerné y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o sporazumu između Europske unije i Saveznih Država Mikronezije o ukidanju viza za kratkotrajni boravak. Ovaj Sporazum o ukidanju viza za kratkotrajni boravak rezultat je napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Saveznih Država Mikronezija te ima veliki politički značaj. Njime se također dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, između ostaloga, o ljudskim pravima i temeljnim slobodama. Ovo omogućuje putovanje bez vize za građane EU-a i Saveznih Država Mikronezije kada putuju na lokaciju druge ugovorene strane na maksimalno 90 dana u bilo kojem periodu od 180 dana.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Ovim sporazumom omogućuje se građanima Europske unije i građanima Saveznih Država Mikronezije boravak bez vize na području druge ugovorne stranke od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana za sve kategorije osoba koje ne putuju u svrhu obavljanja plaćene aktivnosti.

Liberalizacijom viznog sustava pojednostavit će se putovanja poduzetnicima, olakšati ulaganja i ojačati gospodarske veze među poduzećima te će se intenzivirati politički dijalozi o raznim pitanjima, između ostaloga, o ljudskim pravima i temeljnim slobodama. Prema dostupnim podacima, tijekom 2014. i 2015. godine nije zabilježen nijedan slučaj uhićenja državljana Saveznih Država Mikronezije zbog nezakonitog boravka u Europskoj uniji te nije bilo zabrane ulaska na vanjskim granicama ili odluka o vraćanju državljana Mikronezije. Prema tome, vidljivo je da ta država ne predstavlja prijetnju u pogledu nezakonite migracije, sigurnosti i javnog reda. Budući da je izuzeće od obveze posjedovanja vize bitan čimbenik u približavanju europskih građana i građana pacifičke regije, podržala sam ovaj sporazum.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi, v imenu Unije, Sporazuma med Evropsko unijo in Federativnimi državami Mikronezije o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje sem podprla.

Odnose med Evropsko unijo in Federativnimi državami Mikronezije ureja sporazum iz Cotonouja. Med Evropsko unijo in Federativnimi državami Mikronezije je v letu 2016 prišlo do podpisa dvostranskega sporazuma, ki državljanom Evropske unije in državljanom Federativnimi državami Mikronezije omogoča potovanje brez vizumov na ozemlje druge pogodbenice za največ 90 dni v katerem koli 180-dnevnem obdobju.

Evropska unija trenutno vodi pogajanja o celovitem sporazumu o gospodarskem partnerstvu s 14 pacifiškimi državami, med katerimi so tudi Federativne države Mikronezije, tako da bi sporazum lahko olajšal pogajanja. Sporazum bo prinesel krepitev gospodarskih in kulturnih odnosov.

Več bo poslovnih potovanj, pospešile se bodo naložbe, okrepile se bodo gospodarske povezave, omogočen bo zagon turizma in razvoj trgovine.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (09780/2015) y el acuerdo entre la Unión Europea y los Estados Federados de Micronesia (09779/2015), voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión. Me preocupa, no obstante, que dicho país aparezca señalado en diferentes informes como un paraíso fiscal. Por lo tanto, debe de establecerse un especial seguimiento del Acuerdo para evitar que la exención de visado de corta duración, suponga una facilidad a la hora de incurrir en prácticas de blanqueo de capitales y evasión fiscal.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de ce pays qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours.

Ce rapport est accompagné d'une justification succincte précisant qu'il constitue un aboutissement dans l'approfondissement des relations bilatérales revêtant une signification politique forte dans le cadre de l'Accord de Cotonou.

La commission LIBE invite cependant la Commission européenne «à observer les possibles développements en ce qui concerne les questions relatives à l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, les relations extérieures de l'Union avec ce pays y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales».

L'exemption de visa présente donc des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.) et de l'immigration. On doit se demander s'il est opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où le risque d'attentats terroristes est réel et où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration de masse.

Je vote contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Omawiana umowa w sprawie ułatwień wizowych ma na celu zapewnienie obywatelom Mikronezji ruchu bezwizowego z UE na okres maksymalnie 90 dni w 180-dniowym okresie czasu. System bezwizowy obejmowałby wszystkie kategorie osób. Oczekuje się, że umowa wywrze pozytywne skutki gospodarcze dla tego kraju i zwiększy współpracę z UE, zwłaszcza w obszarze praw człowieka. Skutki dla UE będą najprawdopodobniej minimalne ze względu na niewielką liczbę ludności Mikronezji, dlatego poparłem proponowaną umowę.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió és a Mikronéziai Szövetségi Államok közötti kapcsolatokat az egyrészről az afrikai, karibi és csendes-óceáni államok csoportjának tagjai, másrészről az Európai Unió és tagállamai között létrejött partnerségi megállapodás (Cotonoui Megállapodás) szabályozza. A mostani javaslatot támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (09780/2015) y el acuerdo entre la Unión Europea y los Estados Federados de Micronesia (09779/2015), voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión. Me preocupa, no obstante, que dicho país aparezca señalado en diferentes informes como un paraíso fiscal. Por lo tanto, debe de establecerse un especial seguimiento del Acuerdo para evitar que la exención de visado de corta duración, suponga una facilidad a la hora de incurrir en prácticas de blanqueo de capitales y evasión fiscal.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Šis susitarimas dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju yra konkretus pastangų stiprinti Europos Sąjungos ir Mikronezijos Federacinių Valstijų santykius rezultatas, turintis didelę politinę svarbą Kotonu susitarimo kontekste, taip pat papildoma priemonė siekiant sustiprinti ekonominius bei kultūrinius ryšius ir paskatinti politinį dialogą įvairiais klausimais, įskaitant žmogaus teises ir pagrindines laisves.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Recommendation on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the Union, of the Agreement between the European Union and the Federated States of Micronesia on the short-stay visa waiver. Relations between the EU and the Federated States of Micronesia are governed by the partnership agreement between members of the African, Caribbean and Pacific Group of States of the one part and the European Union and its Member States of the other part, known as the Cotonou Agreement. This provides for visa-free travel for the citizens of the European Union and for the citizens of the Federated States of Micronesia when travelling to the territory of the other Contracting Party for a maximum period of 90 days in any 180-day period. The visa waiver covers all categories of persons (ordinary, diplomatic, service/official and special passport holders) travelling for all kinds of purposes, except for the purpose of carrying out a paid activity. This agreement represents a concrete outcome on the deepening relations between the EU and the Federated States of Micronesia that is politically highly significant in the context of the Cotonou Agreement.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante dicho Acuerdo se procede a facilitar la exención de visado para estancias de corta duración entre ambas partes. Hablamos de un acuerdo negociado por la Comisión Europea y que ha contado con la aprobación de la comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, por lo que creo necesario votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La libertad de movimiento es un derecho fundamental de todas las personas que actualmente no se respeta en una Unión con una política migratoria cada día más agresiva. Por ello, apoyamos esto acuerdo que permitirá viajar sin visado a la Unión Europea a los ciudadanos de los Estados Federados de Micronesia y viceversa, un acuerdo que nos gustaría que se hiciera extensivo a otros países, particularmente los que viven situaciones de conflicto que están obligando a huir a millares de personas.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este acordo prevê um regime de isenção da obrigação de visto para os cidadãos da União Europeia e os nacionais deste país que se desloquem ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada.

Votamos a favor.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Ich habe gegen das Abkommen zwischen der EU und Mikronesien über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte gestimmt, da meiner Meinung nach erstens keine Notwendigkeit dafür besteht und zweitens die Kompetenzen bezüglich der Visapolitik bei den Mitgliedsstaaten bleiben sollen.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Rozhodnutie Rady o uzavretí dohody medzi Európskou úniou a Mikronézskymi federatívnymi štátmi o zrušení vízovej povinnosti pri krátkodobých pobytoch som podporila. Európsky parlament mal v tomto prípade udeliť svoj súhlas s uzavretím dohody. Zrušenie vízovej povinnosti sa týka krátkodobých (maximálne 90 dňových pobytov), pričom sa vzťahuje na všetky kategórie osôb na všetky účely s výnimkou vykonávania platenej činnosti. Tieto dohody sú výsledkom intenzívneho politického dialógu a prehlbovania politických vzťahov s krajinami mimo Európskej únie a pred tým, ako sa takáto dohoda uzavrie, je vždy starostlivo zvážené, či daná krajina dodržuje ľudské práva, má demokratický režim a koľko žiadostí o víza a z akých dôvodov bolo v prípade občanov danej krajiny zamietnutých. Keďže v prípade Mikronézskych federatívnych štátov je dôvera voči žiadateľom o víza vysoká, percento ich zamietnutia je nízke a zároveň ide o demokratické štáty s právne zakotvenou ochranou ľudských práv, nemala som voči uzavretiu tejto dohody žiadne výhrady.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam sporazum o ukidanju obveze posjedovanja viza za kratkotrajni boravak od najviše 90 dana unutar perioda od 180 dana od prvog ulaska između Europske unije i Saveznih Država Mikronezije. Povećanje mobilnosti iz i prema Europskoj uniji mora biti jedan od glavnih prioriteta europske politike na međunarodnoj razini. Ovo izuzeće preduvjet je razvoja budućih odnosa između Europske unije i Saveznih Država Mikronezije. Ukidanje viza za kratkotrajni boravak ima pozitivni efekt za gospodarstvo i građane. Povećanje ekonomske aktivnosti, ali i stjecanje novih iskustava putovanjem glavni su učinci za obje strane sporazuma. Sve države koje primjenjuju i razvijaju schengensku pravnu stečevinu, a nisu države članice Europske unije, trebale bi također sklopiti sporazume s Mikronezijom kako bi se njihov vizni režim harmonizirao sa sustavom Europske unije.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za odobritev Zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi, v imenu Unije, Sporazuma med Evropsko unijo in Federativnimi državami Mikronezije o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje.

Podpisani sporazum državljanom Evropske unije in državljanom Federativnih držav Mikronezije omogoča potovanje brez vizumov na ozemlje druge pogodbenice za največ 90 dni v katerem koli 180-dnevnem obdobju.

Odprava vizumske obveznosti velja za vse kategorije oseb (imetnike običajnega, diplomatskega, službenega/uradnega ali posebnega potnega lista), ki potujejo s kakršnim koli namenom, razen opravljanja plačanega dela.

Menim, da bo liberalizacija vizumskega režima poenostavila pogoje za poslovna potovanja, pospešile se bodo naložbe in okrepile se bodo gospodarske povezave med podjetji.

7.6. Abkommen zwischen der EU und Tuvalu über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0333/2016 - Mariya Gabriel)

Dichiarazioni di voto orali

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La presente relazione stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'Unione e per i cittadini del Tuvalu che si recano nell'altrui territorio per un periodo massimo di 90 giorni all'interno di una fascia di periodo di 180 giorni. Tale esenzione si applica a tutte le categorie di persone che effettuano viaggi all'infuori di quelli compiuti per esercitare un'attività retribuita. Ho votato a favore.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — We supported this file as we support the relaxation of certain travel restrictions providing the state in question possesses a solid human rights record.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. — Ce rapport demande l'approbation par le Parlement européen d'un accord qui prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de Tuvalu qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours.

Le rapport est accompagné d'une justification précisant que l'accord constitue un aboutissement entre l'UE et Tuvalu — revêtant une signification politique forte dans le cadre de l'Accord de Cotonou — ainsi qu'un moyen supplémentaire de renforcer les relations économiques et culturelles et d'intensifier le dialogue politique sur diverses questions (droits de l'homme, libertés fondamentales, etc.).

La commission LIBE invite cependant la Commission européenne «à observer les possibles développements en ce qui concerne les questions relatives à l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, les relations extérieures de l'Union avec le pays tiers concerné y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales». L'exemption de visas présente donc des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.) et de l'immigration. Aussi me suis-je opposée à ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against, as this is consistent with the principles of my mandate as an MEP who was elected to support the UK's withdrawal from the European Union. Such decisions on visas, visa waivers, and entry of nationals of third countries into UK territory, should properly be a matter for the British Government to determine.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Sąjungos ir Tuvalu susitarimo dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju sudarymo Sąjungos vardu projekto. Šis susitarimas dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju yra Europos Sąjungos ir Tuvalu santykių plėtojimo rezultatas, dar labiau sutvirtinantis svarbią Kotonu susitarimo politinę reikšmę, taip pat papildoma priemonė siekiant sustiprinti ekonominius bei kultūrinius ryšius ir paskatinti politinį dialogą įvairiais klausimais, įskaitant žmogaus teises ir pagrindines laisves.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de Tuvalu qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Une telle exemption de visa présenterait des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.) et de l'immigration. Est-il opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où le risque d'attentats terroristes est réel et où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration de masse? J'ai voté contre ce rapport.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cet accord qui prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des Tuvalu qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Gabriel sull'accordo UE-Tuvalu sull'esenzione dal visto per i soggiorni di breve durata. Il testo stabilisce un'esenzione per i cittadini dell'Unione e per i cittadini di Tuvalu che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180 giorni. L'esenzione dal visto riguarda tutte le categorie di persone indipendentemente dal motivo del soggiorno purché questo non sia legato allo svolgimento di un'attività retribuita.

L'accordo di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata costituisce il coronamento dell'approfondimento delle relazioni tra l'UE e Tuvalu; esso riveste un grande significato politico all'interno dell'accordo di Cotonou e rappresenta uno strumento ulteriore per rafforzare le relazioni economiche e culturali, intensificando il dialogo politico su questioni come i diritti umani e le libertà fondamentali.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (09764/2015) y el acuerdo entre la Unión Europea y Tuvalu (09760/2015), voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre el Acuerdo entre la Unión Europea y Tuvalu sobre la exención de visado para estancias de corta duración. Se pide a la Comisión Europea que observe la evolución de los criterios que llevaron en su momento a la transferencia del Anexo I al Anexo II del Reglamento n.º 509/2014. Esos criterios abarcan no solo la inmigración clandestina, el orden público y la seguridad sino también las relaciones exteriores de la Unión con Tuvalu incluidas las cuestiones relativas a los derechos humanos y las libertades fundamentales.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de Tuvalu qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Au moment où l'Europe est frappée par les attentats terroristes et l'immigration clandestine massive, ces exemptions ne paraissent pas à l'ordre du jour, des personnes malfaisantes pouvant un jour s'en servir. J'y suis donc fermement opposée.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Con questo accordo si stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'UE e Tuvalu che si recano nei territori dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni. Il provvedimento non solleva problemi di nessuna natura e per questo ho votato a favore.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Acuerdo entre la Unión Europea y Tuvalu. Este Acuerdo se estaba aplicando ya, de forma provisional, desde el 1 de julio de 2016 cuando fue firmado por la Comisión Europea y la autoridad competente de Tuvalu. El Acuerdo establece la exención de visado para los ciudadanos de la Unión y de Tuvalu que viajen al territorio de la otra Parte Contratante por un período máximo de 90 días cada 180 días, para todas las personas por cualquier motivo, excepto por el ejercicio de una actividad remunerada.

El Acuerdo supone un nuevo logro en la profundización de las relaciones entre la Unión y Tuvalu en el marco del Acuerdo de Cotonú. Es un acuerdo que permite reforzar las relaciones económicas y culturales, así como también, otras materias como los derechos humanos y las libertades fundamentales. Además, con la aprobación del mismo, se podrán conseguir efectos positivos como la facilitación de las inversiones y del turismo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes juo Parlamentas pritarė Europos Sąjungos ir Tuvalu susitarimo dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju Europos Sąjungos vardu sudarymui. Šis susitarimas dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju yra Europos Sąjungos ir Tuvalu santykių plėtojimo rezultatas, dar labiau sutvirtinantis svarbią Kotonu susitarimo politinę reikšmę, taip pat papildoma priemonė siekiant sustiprinti ekonominius bei kultūrinius ryšius ir paskatinti politinį dialogą įvairiais klausimais, įskaitant žmogaus teises ir pagrindines laisves.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Iz istih razlogov kot prej se strinjam s sporazumom o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje med EU in Tuvalujem.

Gre za dejanje, ki ima velik politični pomen v okviru Sporazuma iz Cotonouja in je rezultat poglobitve odnosov med Evropsko unijo in Tuvalujem in je tudi sredstvo za okrepitev gospodarskih in kulturnih odnosov ter poglobitev političnega dialoga o različnih vprašanjih, vključno s človekovimi pravicami in temeljnimi svoboščinami.

Prav tako bo takšen sporazum o odpravi vizumske obveznosti prinesel pozitivne učinke, saj poenostavlja pogoje potovanja za podjetnike, omogoča naložbe in spodbuja turizem.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o Sporazumu koji predviđa bezvizni režim za građane Europske unije i Tuvalua kada putuju na teritorij druge ugovorne stranke za razdoblje od najviše 90 dana u 180-dnevnom razdoblju. Zajednička izjava o interpretaciji je u prilogu ugovora.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Gli aiuti economici in cambio di riforme democratiche e progresso civile rappresentano uno degli strumenti maggiormente utilizzati dalla UE nei suoi rapporti di vicinato e di partenariato coi paesi terzi. Un modo di rapportarsi che ha spesso prodotto risultati positivi per i cittadini di entrambe le parti e ha aumentato il range di influenza del *soft power* dell'Unione europea.

La Repubblica di Tuvalu è un paese che è approdato ad una forma democratica di tipo moderno, che guarda all'Occidente e allo sviluppo dello stato di diritto nonostante le ancora gravi carenze strutturali, i propri problemi sociali interni, il rapporto difficoltoso con alcuni paesi dell'area del Pacifico. Di particolare rilievo per questo territorio è il riscaldamento climatico che, con l'innalzamento dei mari, minaccia l'esistenza stessa dello Stato insulare.

Complessivamente l'Europa può guardare alla Repubblica di Tuvalu come ad una democrazia amica, che dobbiamo sostenere consentendole di svilupparsi in condizioni adeguate, gradualmente, e di inserirsi progressivamente nell'area di libero scambio e collaborazione comune, in modo coerente a quanto previsto dalla Convenzione di Cotonou il cui scopo principale, espresso nell'articolo 1, è la riduzione ed infine l'eliminazione della povertà.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de Tuvalu qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Selon le rapporteur, ce type d'accord constitue un moyen de renforcer les relations économiques et culturelles ainsi que d'intensifier le dialogue sur diverses questions notamment concernant les droits de l'homme et les libertés fondamentales. A contrario, nous considérons qu'il n'est absolument pas opportun de conclure un tel accord à l'heure où nos sociétés occidentales sont menacées par le fondamentalisme islamique qui utilise les voies légales d'immigration pour pénétrer nos territoires et y planifier des attentats terroristes. Sans compter que cette exemption de visa renforcera les réseaux criminels ainsi que les trafics illégaux en tout genre. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris.* — Acordul de la Cotonou marchează relațiile de parteneriat dintre grupul statelor din Africa, zona Caraibilor și Pacific, pe de o parte, și Uniunea Europeană și statele sale membre, pe de altă parte, fiind reglementate deopotrivă și relațiile între Tuvalu și Uniunea Europeană.

Acordul UE-Tuvalu privind exonerarea de obligația de a deține viză de scurtă ședere prevede eliminarea obligației de a deține viză în beneficiul cetățenilor Uniunii și al resortisanților din Tuvalu care călătoresc pe teritoriul celeilalte părți contractante pentru o ședere de maximum 90 de zile în cursul oricărei perioade de 180 de zile. De această exonerare de obligație de a deține viză beneficiază toate categoriile de persoane, fiind încurajat astfel turismul, dar și investițiile.

M-am exprimat în favoarea acestui acord deoarece consider că reprezintă un instrument puternic de consolidare a relațiilor economice, culturale și de intensificare a dialogului politic dintre Uniunea Europeană și Tuvalu.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della raccomandazione concernente l'accordo tra Unione europea e Tuvalu in materia di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata.

Allo stato attuale l'UE sta negoziando un accordo di partenariato economico con 14 paesi del Pacifico, tra cui Tuvalu.

L'esenzione dal visto potrà dimostrarsi utile al fine di rafforzare ulteriormente il lavoro comune e di portare avanti un approfondito dialogo politico.

La raccomandazione indica i temi principali su cui dovrà concentrarsi il dialogo politico: tutela dell'ambiente, diritti umani e uguaglianza di genere.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which will see citizens from Tuvalu being able to travel visa-free in certain EU countries for a maximum period of 90 days in any 180 day period. This visa waiver applies for all persons travelling for all kinds of purposes, except for carrying out a paid activity.

As Ireland is not a member of the Schengen area, this does not apply to it.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this legislative consent vote. UKIP do not support the EU concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

David Casa (PPE), *in writing*. – I gave my consent to the conclusion of this Agreement. Tuvalu's economy is primarily based on services (more than 60% of GDP). Tourism is relatively limited. It remains dependent on international development assistance, and there are still major economic disparities between the islands in the archipelago. The EU is currently negotiating Comprehensive Economic Partnership Agreements with 14 Pacific countries, including Tuvalu. The agreement also constitutes a positive sign of support for the country, allowing us to pursue a balanced, regular and in-depth political dialogue on these issues, which remain priorities for the EU.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'accordo in questione stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'UE e per i cittadini di Tuvalu che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni. Tale esenzione riguarda tutte le categorie di persone che viaggiano per tutti i tipi di scopi, tranne che per esercitare un'attività retribuita. Il mio voto è stato favorevole.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – L'accordo di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata tra l'Unione europea e Tuvalu riveste un forte significato politico nell'ambito dell'accordo di Cotonou e rappresenta l'esito concreto dell'approfondimento delle relazioni tra le due parti.

Ho votato a favore della relazione in quanto credo che l'accordo rappresenti uno strumento efficace per rafforzare le relazioni economiche e culturali tra l'Unione europea e la nazione insulare. Tuvalu è uno dei paesi più poveri della regione del Pacifico e dipende fortemente dagli aiuti internazionali. Ritengo che l'accordo di esenzione dal visto darà nuovo slancio all'economia dell'isola: la semplificazione delle condizioni di viaggio porterà risultati positivi facilitando gli investimenti e stimolando il turismo e gli scambi commerciali.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς τη σύσταση σχετικά με τη σύναψη συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Τουβαλού σχετικά με την απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή. Καθώς η συμφωνία αυτή θα συμβάλει στην περαιτέρω ανάπτυξη των σχέσεων μεταξύ των δύο μερών, ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Non rilevando criticità evidenti ho espresso parere favorevole a questa relazione che accorda il visto turistico provvisorio fra i paesi dell'UE e Tuvalu.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – L'accordo, firmato a Bruxelles il primo luglio 2016 dalla Commissione con Tuvalu, consentirà l'esenzione dal visto per i cittadini delle due parti contraenti recantisi nei territori della controparte per un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180. L' esenzione riguarda tutte le categorie di persone indipendentemente dal motivo di soggiorno, eccetto coloro la cui permanenza è finalizzata allo svolgimento di un'attività retribuita.

Tuvalu è una nazione insulare polinesiana, la cui economia è basata sui servizi (60% del PIL), specialmente quelli Internet, la cui vendita di licenze per l'utilizzo del dominio .tv rappresenta un importante fonte di entrate per il paese. Pertanto, plaudo alla firma dell'accordo e ne approvo il coronamento normativo effettuato dal Parlamento.

A Tuvalu vi è una radicata dipendenza dagli aiuti internazionali allo sviluppo per l'esistenza di grandi disparità economiche, infatti è uno dei paesi più poveri della regione del Pacifico, nonché uno dei più esposti ai mutamenti climatici e alle relative conseguenze. Alla luce di ciò, la correlazione di due elementi di tal peso sono oggetto di un lavoro comune e di un'attenzione particolari.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the recommendation on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the European Union, of the Agreement between the European Union and Tuvalu on the short-stay visa waiver.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A União Europeia leva a cabo uma política de vistos, nomeadamente no que respeita à isenção de vistos de curta duração. Esta isenção é definida ao nível europeu, uma vez que é válida para todos os Estados-Membros, exceto Reino Unido e Irlanda. Aliás, entre os vários requisitos para que seja possível a celebração do acordo, incluem-se a reciprocidade. Ou seja, também os cidadãos europeus deixam de necessitar de visto.

Ao Parlamento Europeu compete dar a sua aprovação ao acordo para o seu estabelecimento, que fica assim dada.

Por tudo isto e porque este acordo é o culminar do aprofundamento de relações com Tuvalu, voto favoravelmente a sua celebração.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'accordo tra l'Unione europea e Tuvalu in quanto ha come scopo principale quello di facilitare il rilascio dei visti per soggiorni di breve durata facilitando così le procedure di ingresso nel paese.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I agree we should step up economic and cultural relations and intensifying political dialogue on various issues, including human rights and fundamental freedoms. As the rapporteur puts it, this visa waiver agreement could have positive effects by simplifying travel for businesspeople, facilitating investment and boosting tourism – something which will furthermore encourage direct contacts between European citizens and Tuvaluans.

The visa waiver agreement will enable citizens not only to derive full and tangible benefit from the ACP-EU partnership but also to participate in it by travelling at a reduced, economical and practical cost.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'accordo di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata rappresenta il coronamento dell'approfondimento delle relazioni tra l'Unione europea e Tuvalu e riveste un significato politico nell'ambito dell'accordo di Cotonou, in quanto ulteriore strumento per rafforzare le relazioni economiche e culturali e intensificare il dialogo politico su diverse questioni, tra cui i diritti umani e le libertà fondamentali. Credo infatti che tale accordo possa consentire alle istituzioni europee di portare avanti un dialogo politico equilibrato, regolare e approfondito sulle questioni che continuano a essere prioritarie per l'Unione.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem inicjatywę umowy dotyczącej zniesienia wiz krótkoterminowych między Unią Europejską a Tuvalu. Uważam, że jest to wyraz umocnienia stosunków pomiędzy Unią Europejską a Tuvalu uregulowanych umową o partnerstwie pomiędzy członkami grupy państw Afryki, Karaibów i Pacyfiku a Unią Europejską i jej państwami członkowskimi. Zobowiązanie w sprawie zniesienia wiz krótkoterminowych stanowi istotne osiągnięcie w procesie pogłębiania stosunków pomiędzy Unią Europejską a Tuvalu. Ma duże znaczenie polityczne w ramach umowy z Kotonu i jest także środkiem uzupełniającym umożliwiającym zacieśnienie stosunków gospodarczych i kulturalnych oraz intensyfikację dialogu politycznego dotyczącego różnorodnych kwestii, w tym praw człowieka i podstawowych wolności.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The signing of the short-stay waiver agreement is significant for the EU and the state in question as it signifies deeper cooperation and mutual understanding between the EU and the states concerned. The agreement would allow citizens of Tuvalu 90-day short-stay waiver visa exemptions for both business and leisure travel.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome the potential commercial opportunities through increased tourism numbers and enhanced business relationships this agreement with Tuvalu will hopefully provide. However, as this deal concerns the visa regime operated by Schengen Member States, from which the United Kingdom has opted out, I will abstain on this report.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this legislative consent vote. UKIP do not support the EU concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la conclusion de l'accord entre l'Union européenne et Tuvalu relatif à l'exemption de visa de court séjour qui permet un déplacement sans obligation de visa pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Outre un renforcement du dialogue politique et des relations économiques, cette mesure va avoir des retombées positives directes sur les coûts économiques des déplacements des voyageurs ressortissants des pays contractants.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ces accords prévoient un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants Kiribati, des Îles Salomon, de Micronésie, de Tuvalu et des Îles Marshall qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Dans un contexte sécuritaire préoccupant, toute proposition d'allégement ou d'exemptions d'octroi de visa nous paraît inappropriée.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Аз подкрепих това предложение за снемане на визовия режим с Тувалу, защото смятам, че нашите отношения имат потенциал да се задълбочат и това споразумение би било допълнително средство за засилване на икономическите и културните връзки и за задълбочаване на политическия диалог по редица въпроси, включително правата на човека и основните свободи.

В подписаното споразумение се предвижда безвизово пътуване за гражданите на Европейския съюз и за гражданите на Тувалу, когато те пътуват до територията на другата договаряща страна за срок до 90 дни в рамките на всеки период от 180 дни. Премахването на визите обхваща всички категории лица (притежателите на обикновен, дипломатически, служебен/официален и специален паспорт), пътуващи с всякаква цел, с изключение на целта за упражняване на доходоносна дейност.

Отношенията между Европейския съюз и Тувалу са уредени от Споразумението за партньорство между членовете на групата държави от Африка, Карибите и Тихоокеанския басейн, от една страна, и Европейския съюз и неговите държави членки, от друга страна, наречено Споразумението от Котону.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή μεταξύ ΕΕ-Τουβαλού δεν συνιστά συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore in quanto ritengo che l'esenzione dal visto per i cittadini delle parti contraenti questo accordo possa costituire uno strumento utile al fine di intensificare l'influenza dell'Unione europea nei paesi interessati, con particolare riferimento ai diritti umani, e possano costituire stimolo alla crescita economica degli stessi.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Predmetná dohoda medzi Európskou úniou a Tuvalu predstavuje ďalší významný krok v prehlbovaní diplomatických vzťahov. Schválenie príslušnej dohody umožní občanom Únie a občanom Tuvalu cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. Zrušenie vízovej povinnosti sa vzťahuje na všetky kategórie osôb cestujúcich z akéhokoľvek dôvodu okrem vykonávania platenej činnosti.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore dell'esenzione del visto turistico per periodi di massimo di 90 giorni.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. — Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή μεταξύ ΕΕ-Τουβαλού δεν συνιστά συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, για αυτό τον λόγο την καταψηφίζω.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The agreement provides for visa-free travel for the citizens of the European Union and for the citizens of Tuvalu when travelling to the territory of the other Contracting Party for a maximum period of 90 days in any 180-day period.

The signing of the short-stay waiver agreement is significant for the EU and the states in question as it signifies deeper cooperation and mutual understanding between the EU and the states.

The visa waiver agreement may act to boost economic investment in the area, and facilitate travel for business and tourism, which may be very limited in some areas.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la recomendación que prevé un régimen de desplazamiento sin obligación de visado en favor de los ciudadanos de la Unión y los nacionales de Tuvalu por un período máximo de 90 días. Este es un Acuerdo importante en referencia a su significación política en el marco del Acuerdo de Cotonú, además de ser un medio suplementario para reforzar las relaciones económicas y culturales e intensificar el diálogo político, incluidos los derechos humanos y las libertades fundamentales.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das Abkommen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte ist ein weiterer Schritt zur Vertiefung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the short-stay visa waiver agreement between the EU and Tuvalu. I am in support of deepening the relations between the European Union and Tuvalu, as this constitutes an important step to further develop economic and cultural relations and intensify political dialogues on various issues, including human rights and fundamental freedoms.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (09764/2015) y el acuerdo entre la Unión Europea y Tuvalu (09760/2015), voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as the signing of the short stay waiver agreement is significant for the EU and the state in question as it signifies deeper cooperation and mutual understanding.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – Tuvalu's economy is primarily based on services (more than 60% of GDP), including internet services, with the sale of licences to use the .tv domain name constituting a major source of government revenue. Agriculture and fishing account for more than 20% of GDP. Tourism is relatively limited. Tuvalu also remains dependent on international development assistance, and there are still major economic disparities between the islands in the archipelago. I believe that that this agreement would help deepen the relationship between the EU and Tuvalu and so I have voted in favour of the agreement.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Si nous prenons le cas particulier de l'État de Tuvalu, je ne vois pas de difficulté particulière à lever l'obligation de visa de court séjour, c'est-à-dire de trois mois sur une période de 180 jours, pour les ressortissants de cet archipel polynésien de 12 000 habitants situé dans l'océan Pacifique.

Les risques migratoires et sécuritaires sont inexistants. Je pense cependant que l'exemption de visa ne doit pas être un automatisme mais l'aboutissement d'une évaluation approfondie de la situation politique, institutionnelle et géostratégique du pays concerné et des répercussions éventuelles qu'une levée de l'obligation de visa peut avoir sur le territoire européen.

Cet examen ne doit pas être uniquement fondé sur les progrès réalisés pendant les années antérieures à cette évaluation mais également tenir compte des risques potentiels d'appel d'air qu'une exemption de visa peut susciter dans le moyen terme comme nous l'avons constaté avec certains pays des Balkans occidentaux. Aussi, je réitère mon soutien à l'adoption rapide du mécanisme de suspension qui rappelle que l'exemption de visa n'est pas un «pass illimité» mais une facilité conditionnée qui répond à certaines exigences.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za preporuku o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Unije, Sporazuma između Europske unije i Tuvalua o ukidanju viza za kratkotrajni boravak (09764/2016 — C8-0268/2016 – 2016/0100(NLE)) kojim se daje suglasnost za sklapanje sporazuma. Odnosi između Europske unije i Tuvalua uređeni su Sporazumom o partnerstvu između članica Skupine afričkih, karipskih i pacifičkih zemalja, s jedne strane, i Europske unije i njezinih država članica, s druge strane, te se potpisanim sporazumom građanima Europske unije i građanima Tuvalua omogućava boravak bez vize na području druge ugovorne stranke od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana. Njime se dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, između ostaloga, o ljudskim pravima i temeljnim slobodama. Budući da je Tuvalu jedna od najsiromašnijih država pacifičke regije i da je među najizloženijima utjecajima klimatskih promjena, odnos između klimatskih promjena i

ljudskih prava predmet je posebnog zajedničkog rada i ispitivanja. Sporazum je i pozitivan znak podrške Tuvaluu te omogućava uravnotežen, redovit i temeljit politički dijalog o tim pitanjima koja su i dalje prioritetna za EU.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport relatif à une exemption de visa pour les citoyens de Tuvalu fait courir des risques protéiformes en matière de sécurité. À ce titre, il serait très imprudent pour l'Union européenne de signer un accord qui ne ferait qu'ajouter son poids dans la balance déjà très chargée de la crise migratoire dans nos territoires.

J'ai donc voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I think that simplifying travel for businesspeople to Tuvalu can facilitate investment and boost tourism in general. That is why I supported the agreement on the short-stay visa waiver between EU and Tuvalu. I hope that it will have positive effects on Tuvalu's economy and will furthermore encourage direct contacts between European citizens and Tuvaluans.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit la conclusion d'un accord avec les Tuvalu visant à faciliter la délivrance de visas de court séjour.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen den Vorschlag, da ich keine Notwendigkeit für die Einführung von visafreien Kurzaufenthalten von Bürgern aus Tuvalu sehe, zumal auch die Kompetenz dafür bei den Mitgliedstaaten selbst liegen sollte.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il n'est pas opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration.

Javi López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe que permite la exención de visados de corta duración, es decir, en estancias en la Unión Europea de hasta 90 días en un periodo de 180 días, para nacionales de Tuvalu, microestado archipiélago del Pacifico.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report on conclusion of the visa facilitation agreement between the EU and Tuvalu.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Izvješće napominje da će Sporazum o ukidanju viza imati pozitivan učinak, jer će se njime pojednostaviti putovanja poduzetnicima te olakšati ulaganja i razvoj turizma. Osim toga, njime će se potaknuti izravni kontakti između europskih građana i građana Tuvalua.

Sporazum o ukidanju viza dokaz je europskog angažmana u ovoj regiji, kako bi se uspostavilo još čvršće partnerstvo. Ovo je pozitivan znak podrške Tuvaluu koji će omogućiti politički dijalog o mnogim pitanjima, stoga sam podržala ovu preporuku.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Dohoda s Tuvalu umožňuje občanom zmluvných krajín cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. Zrušenie vízovej povinnosti sa vzťahuje na všetky kategórie osôb cestujúcich z akéhokoľvek dôvodu okrem vykonávania platenej činnosti. Tuvalu je závislé od medzinárodnej rozvojovej pomoci, patrí k najchudobnejším krajinám tichomorského regiónu, uzavretie dohody podporí hospodársky aj politický dialóg. Tuvalu je demokratická parlamentná krajina, ktorá nepredstavuje pre Úniu nebezpečenstvo z pohľadu migrácie, bezpečnosti alebo verejného poriadku.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για την σύναψη, εξ ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Τουβαλού σχετικά με την απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Cet accord prévoit l'introduction d'un régime de déplacement, sans obligation de visa, en faveur des citoyens de Tuvalu. Ils pourront désormais se rendre sur le territoire des États membres de l'Union européenne sans demander de visa. Cette proposition concerne les courts séjours qui ne dépassent pas 90 jours. Les citoyens des États membres profiteront du même privilège en voyageant au Tuvalu.

La libéralisation du régime de visa envisagée par la Commission européenne est dangereuse et comporte des risques sécuritaires. Un manque de contrôle peut augmenter le niveau de la criminalité organisée, du blanchiment d'argent et du trafic de drogue. Par ailleurs, cela peut encourager l'immigration massive.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I expressed a favourable vote for the EU-Tuvalu Agreement on the short-stay visa waiver. In a social and cultural context, the visa waiver will serve to encourage direct contact between European and Tuvaluan citizens, paving the way for an increase of European tourism in the country and vice versa. In the context of the environment, further cooperation and dialogue between the country and the bloc means addressing the issues of environmental protection and climate change on one hand, and the protection of human rights and gender equality on the other one.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Tuvalu valstybė – tai stabili parlamentinė ir demokratinė sistema, priklausanti Tautų Sandraugai. Šiuo susitarimu nustatomas bevizis režimas Europos Sąjungos ir Tuvalu piliečiams, vykstantiems į kitos susitariančiosios šalies teritoriją ne ilgiau kaip 90 dienų per bet kurį 180 dienų laikotarpį. Bevizis režimas taikomas visų kategorijų asmenims, vykstantiems į šalį bet kokiais tikslais, išskyrus asmenis, vykstančius dirbti mokamo darbo. Susitarimas dėl bevizio režimo galės daryti teigiamą poveikį supaprastindamas verslininkams galimybes keliauti, palengvindamas investicijas ir turizmą. Be to, jis padės paskatinti tiesioginius ES ir Tuvalu piliečių ryšius.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'exemption de visa pour les citoyens de Tuvalu présente des risques potentiels au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.). Il n'est pas opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où l'UE a perdu tout contrôle de l'immigration. Je me suis donc opposée à ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — As relações entre a União Europeia e Tuvalu regem-se pelo Acordo de Parceria entre os Estados de África, das Caraíbas e do Pacífico, por um lado, e a União Europeia e os seus Estados-Membros, por outro, designado «Acordo de Cotonu».

O Acordo assinado prevê um regime de isenção da obrigação de visto para os cidadãos da União Europeia e os nacionais de Tuvalu que se desloquem ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this short-stay visa waiver agreement, which is important for the tourism industry for both partners and for opening up new markets for business in the EU and in Tuvalu.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je me réjouis de l'approbation donnée par le Parlement européen à l'accord d'exemption de visa entre l'Union européenne et les Tuvalu. Cet accord ne manquera pas d'accroitre les liens que nous entretenons avec cet archipel dans le cadre du partenariat ACP-UE. En particulier, ce partenariat doit permettre de renforcer encore davantage le dialogue politique sur les questions relatives aux droits de l'homme et au changement climatique. Enfin, je tiens à souligner l'engagement de l'Assemblée parlementaire paritaire ACP-UE dans l'aboutissement de cet accord.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this agreement on the waiver of short-stay visas that simultaneously represents a culmination of the deepening of relations between the European Union and Tuvalu - which is politically highly significant in the context of the Cotonou Agreement – and is an additional way of stepping up economic and cultural relations and intensifying political dialogue on various issues, including human rights and fundamental freedoms.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az 539/2001/EK rendeletet 2014. május 20-án módosította az Európai Parlament és a Tanács 509/2014/EK számú rendelete, amely Tuvalu államot azon harmadik országok közé sorolta, amelyeknek polgárai a tagállamok külső határainak átlépésekor mentesek a vízumkötelezettség alól. A Bizottság ezt követően a Tanács felhatalmazásával tárgyalásokat kezdett az Európai Unió és Tuvalu állam közötti kétoldalú megállapodás megkötése érdekében. A 2016. július 1-jén Brüsszelben aláírt megállapodás ratifikálásáról a Tanács határozattervezetet fogadott el, amelyhez azonban meg kell szereznie a Parlament egyetértését is. Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament értsen egyet a megállapodás megkötésével. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des pays tiers concernés qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. La commission LIBE invite cependant la Commission européenne «à observer les possibles développements en ce qui concerne les questions relatives à l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, les relations extérieures de l'Union avec le pays tiers concerné y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales». L'exemption de visa présente donc des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.) et de l'immigration. On doit se demander s'il est opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où le risque d'attentats terroristes est réel et où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration de masse. Vote défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Com a alteração do Regulamento (CE) n.º 539/2001 pelo Regulamento (UE) n.º 509/2014 do Parlamento Europeu e do Conselho, Tuvalu foi transferido para o anexo II, que contempla a lista dos países terceiros cujos nacionais estão isentos da obrigação de visto para transporem as fronteiras externas dos Estados-Membros. O Regulamento (CE) n.º 539/2001 alterado aplica-se a todos os Estados-Membros, com exceção da Irlanda e do Reino Unido.

Após a adoção do referido regulamento, em 20 de maio de 2014, o Conselho adotou uma decisão em que autoriza a Comissão a encetar negociações com vista à celebração de um acordo bilateral entre a UE e Tuvalu.

O Acordo assinado prevê um regime de isenção da obrigação de visto para os cidadãos da UE e os cidadãos de Tuvalu que se deslocam ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias. A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada. Pelo exposto, sou favorável à celebração do Acordo.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'exemption de visa proposée pose des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.). Il n'est pas opportun de voter ce genre d'accord alors qu'on constate chaque jour que l'UE n'arrive pas à contrôler les flux migratoires. Je vote contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit, de manière réciproque et pour des séjours de courte durée, un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union européenne et des ressortissants de Tuvalu. Cet accord permettra de renforcer les liens économiques et culturels qui unissent ce pays à notre continent.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió már számos országgal kötött vízummentességi megállapodást. Pozitív hatásukat elsősorban a gazdasági és kulturális kapcsolatok elmélyítésében tapasztaljuk, ugyanakkor fontos szerepet játszanak a beruházások és idegenforgalom fellendítésében is. A vízummentesség bármely 180 napos időszakon belül, legfeljebb 90 napig tartó utazásra érvényes. A decemberi miniplenáris során öt új országgal készülő egyezség megkötését hagytuk jóvá, köztük Tuvalu.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Cotonou Agreement was signed in June 2000 by EU Member States and the African, Caribbean and Pacific Group of States and was concluded for a 20-year period, until 2020, making it the most comprehensive partnership agreement between developing countries and the EU. I have voted for this report on the waiver of short-stay visas for citizens of the EU and Tuvalu when travelling to each other's territory for a maximum period of 90 days in any 180-day period. This will step up economic and cultural relations and intensify the political dialogue on a wide range of issues like fundamental freedoms and human rights.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Европейската комисия и респективно Европейският съюз проявяват непоследователност относно визовата политика. Моите съграждани са жертва на това, защото някои страни като Канада и САЩ все още ни дискриминират що се касае до безвизовата им политика.

Въздържах се да дам своята подкрепа за споразумението между ЕС и Тувалу за премахване на визите за краткосрочно пребиваване, защото не одобрявам начина, по който Европейската комисия провежда визовата политика на ЕС и това, че пренебрегва решенията на Съда на ЕС по някои въпроси, които я задължават да стори това.

Пример за това е решението по дело C-88/14 от 16.7.2015 г., съобразно което Европейската комисия е длъжна да предложи въвеждане на визи за държавите, които не прилагат пълна визова реципрочност с всички страни на ЕС. Европейската комисия не стори това и не предложи визи за гражданите на САЩ и Канада, които продължават да дискриминират моите съграждани.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I supported this file as we support the relaxation of certain travel restrictions providing the state in question possesses a solid human rights record.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da ich keine Notwendigkeit für die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte sehe. Des Weiteren sollen die Kompetenzen bei den Mitgliedsstaaten liegen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Leping on täiendav vahend majandus- ja kultuurisuhete tihendamiseks ning intensiivsema poliitilise dialoogi pidamiseks mitmesugustel teemadel, sealhulgas inimõigused ja põhivabadused.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή συμβάλλει καθοριστικά στην εμβάθυνση των σχέσεων μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Κράτους του Τουβαλού και συνιστά ένα συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και των θεμελιωδών ελευθεριών.

Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης θα έχει θετικό αντίκτυπο, διότι απλοποιεί τις διαδικασίες ταξιδιού για τους επιχειρηματίες, διευκολύνοντας τις επενδύσεις και τον τουρισμό. Επιπλέον, θα ενθαρρύνει τις απευθείας επαφές μεταξύ ευρωπαίων πολιτών και πολιτών του Τουβαλού.

Η απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης συνιστά ένα μη αμελητέο μέσο για την αμοιβαία προσέγγιση των λαών της Ευρώπης και του Ειρηνικού. Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης επιτρέπει στους πολίτες όχι μόνο να επωφεληθούν πλήρως και με χειροπιαστό τρόπο της εταιρικής σχέσης ΑΚΕ-ΕΕ, αλλά επίσης και να συμμετάσχουν σ' αυτή ταξιδεύοντας με μειωμένο οικονομικό και πρακτικό κόστος.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che la conclusione dell'accordo di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata rappresenta un grande passo in avanti per gli abitanti di Tuvalu, in quanto dipendono dagli aiuti internazionali allo sviluppo. Infatti Tuvalu beneficia di appena 2000 turisti all'anno che in gran parte provengono dalle nazioni del Pacifico.

Mediante tale accordo si vuole, da un lato, tutelare l'ambiente e il cambiamento climatico, dall'altro lato, la difesa dei diritti umani e dell'uguaglianza di genere. Come politico ritengo necessario il supporto verso questo paese perché è uno dei più poveri delle nazioni del Pacifico e uno dei più esposti agli effetti del cambiamento climatico.

Pertanto ho espresso voto positivo

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this agreement because it takes into account the situation of Member States which do not apply the Schengen acquis in full. The agreement also provides for visa-free travel for the citizens of the European Union and for the citizens of Tuvalu when travelling to the territory of the other Contracting Party for a maximum period of 90 days in any 180-day period.

The visa waiver covers all categories of persons (ordinary, diplomatic, service/official and special passport holders) travelling for all kinds of purposes, except for the purpose of carrying out a paid activity.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Ovaj Sporazum o ukidanju viza za kratkotrajni boravak rezultat je napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Tuvalua, što u okviru Sporazuma iz Cotonoua ima velik politički značaj, a njime se i dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, među ostalim, o ljudskim pravima i temeljnim slobodama. Sporazum o ukidanju viza imat će pozitivan učinak jer će se njime pojednostaviti putovanja poduzetnicima te olakšati ulaganja i razvoj turizma. Gospodarstvo Tuvalua temelji se ponajprije na uslugama (više od 60 % BDP-a), uključujući usluge povezane s internetom, među kojima je i prodaja licencija za upotrebu naziva domene.tv, što je za državu važan izvor prihoda. U sektoru poljoprivrede i ribarstva ostvaruje se više od 20

% BDP-a. Izdavanje dozvola za ribarenje važan je izvor prihoda za državu. Turizam je relativno ograničen, s manje od 2000 turista godišnje koji uglavnom dolaze iz ostalih pacifičkih država. Tuvalu također i dalje ovisi o međunarodnoj razvojnoj pomoći, a među otocima još postoje velike razlike u gospodarskoj razvijenosti. EU trenutačno pregovora o sklapanju sveobuhvatnog Sporazuma o gospodarskom partnerstvu s 14 država pacifičke regije, među kojima je i Tuvalu. Sporazum o ukidanju viza još je jedan dokaz našeg angažmana u pogledu te regije kako bi se uspostavilo čvršće partnerstvo.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Sporazum o ukidanju viza za kratkotrajni boravak ima veliki politički značaj u okviru Sporazuma iz Cotonoua te je rezultat napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Tuvalua. Pacifička je demokracija potpuno posvećena zaštiti ljudskih prava te imamo dobru komunikaciju kada je riječ o zaštiti njihova osjetljivog okoliša, posebno u odnosu na klimatske promjene, no na trgovinskom polju odnosi EU-a s Tuvaluom su i dalje vrlo ograničeni te potencijal za njihov razvoj treba iskoristiti. Sporazum će tako imati pozitivan gospodarski učinak pošto će pojednostaviti putovanja poduzetnicima, olakšati ulaganja i razvoj turističkog sektora.

To jačanje gospodarskih i kulturnih odnosa dodatno će intenzivirati politički dijalog o pitanjima koja su prioritetna za Uniju. Kad je riječ o mobilnosti, Tuvalu ne predstavlja nikakvu prijetnju ni u smislu nezakonite migracije ni u smislu sigurnosti i javnog reda. Sporazum je dodatan dokaz našeg angažmana kad je riječ o toj regiji kako bi se ostvarilo bolje partnerstvo te je bitan čimbenik u približavanju europskih građana i građana pacifičke regije. Građani obiju regija moći će ostvarivati punu i konkretnu korist od partnerstva između AKP-a i EU-a. Želim naglasiti nužnost potpunog reciprociteta pri ukidanju viza i time jednako postupanje prema svim građanima.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – Este acordo prevê a isenção de visto para os cidadãos da União Europeia e os cidadãos de Tuvalu que se deslocam ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada. Votamos a favor.

Miroslav Poche (S&D), *písemně.* – Podpořil jsem dohodu mezi EU a Tuvalu o zrušení vízové povinnosti pro krátkodobé pobyty pro občany Evropské unie a občany Tuvalu. Cílem této dohody je pobývat na území druhé smluvní strany po dobu nejvýše 90 dnů během jakéhokoli období 180 dnů. Tuto dohodu považuji jako další krok v prohlubování vztahů mezi EU a Tuvalu, který navazuje na dohodu z Cotonou, ve které se EU v rámci strategie udržitelného rozvoje zavázala k omezování a později vymýcení chudoby a postupnému prohloubení spolupráce a integrace afrických, karibských a tichomořských států do světové ekonomiky. Domnívám se, že tato dohoda může mít pozitivní vliv i na rozvoj cestovního ruchu a služeb, a tedy i na celkový ekonomický rozvoj tohoto ostrovního státu, který stále patří mezi nejchudší země tichomořského regionu.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie.* – Umowa w sprawie ułatwień wizowych ma na celu zapewnienie obywatelom stron umowy (UE oraz ww. krajów) ruchu bezwizowego przez okres nieprzekraczający 90 dni w każdym okresie 180-dniowym. System bezwizowy obejmowałby wszystkie kategorie osób. Oczekuje się, że umowa wywrze pozytywne skutki gospodarcze dla tych pięciu krajów i zwiększy siłę nacisku UE, zwłaszcza w obszarze praw człowieka. Skutki dla UE będą najprawdopodobniej minimalne, gdyż liczba ludności tych krajów jest niewielka. Wielka Brytania i Irlandia nie uczestniczą w tych umowach. Niniejszym poparłem umowę.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'exemption de visa sur les territoires de l'UE et du Tuvalu. Cette exemption concerne tous les voyageurs des deux zones, pour une durée de 90 jours, quel que soit le motif. Elle exclut cependant les personnes souhaitant exercer une activité rémunérée. Cet accord facilitera le développement du tourisme, primordial pour le Tuvalu qui reste un des pays les plus pauvres du Pacifique.

Julia Reid (EFDD), *in writing.* – UKIP MEPs voted against this legislative consent vote. UKIP does not support the EU concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He votado a favor del Acuerdo entre la Unión Europea y Tuvalu. Este Acuerdo se estaba aplicando ya, de carácter provisional, desde el 1 de julio de 2016 cuando fue firmado por la Comisión Europea y la autoridad competente de Tuvalu. El Acuerdo establece la exención de visado para los ciudadanos de la Unión y de Tuvalu que viajen al territorio de la otra Parte Contratante por un período máximo de 90 días cada 180 días, para todas las personas por cualquier motivo, excepto por el ejercicio de una actividad remunerada.

El Acuerdo supone un nuevo logro en la profundización de las relaciones entre la Unión y Tuvalu en el marco del Acuerdo de Cotonú. Es un Acuerdo que permite reforzar las relaciones económicas y culturales, así como también otras materias como los derechos humanos y las libertades fundamentales. Además, con la aprobación del mismo, se podrán conseguir efectos positivos como la facilitación de las inversiones y del turismo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution législative du Parlement européen du 1er décembre 2016 sur le projet de décision du Conseil concernant la conclusion, au nom de l'Union, de l'accord entre l'Union européenne et les Tuvalu relatif à l'exemption de visa de court séjour. Ayant suivi les travaux à ce sujet au sein de la commission compétente, j'en suis arrivé à la conclusion que cette exemption de visa de court séjour se justifie pleinement.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Susitarimas su Tuvalu dėl vizų režimo supaprastinimo – sveikintinas ir reikalingas žingsnis. Šiuo susitarimu palengvinamos kelionės tiek ES piliečiams, tiek ir Tuvalu gyventojams. Klausimas iš tiesų nėra kontroversiškas, nes iki šiol bevizis režimas tarp ES ir Tuvalu vyko be didesnių sutrikimų, galinčių pateikti argumentų prieš šio susitarimo pratęsimą ir išplėtimą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta recomendação pretende a isenção de vistos para os cidadãos da União Europeia e reciprocamente para os cidadãos de Tuvalu que se desloquem para o território da outra parte contratante por um período máximo de 90 dias em cada período de 180 dias.

Este é um Acordo de elevada importância política no âmbito das relações entre Países ACP-UE, que espelha o reforço das relações económicas e culturais permitidas por esta parceria. Tuvalu possui um regime democrático e estável e integra a Commonwealth. Aguarda-se agora uma intensificação do diálogo político sobre questões como a preservação do meio ambiente, direitos humanos e a promoção da igualdade de género.

A economia de Tuvalu depende essencialmente do setor dos serviços, nomeadamente relacionados com serviços *on-line*, do sector da agricultura e pescas. Tendo esta ilha um sector turístico muito limitado, este acordo viabilizará não só as viagens para empresários assim como para turistas, facilitando os investimentos e a dinamização do sector turístico.

Por concordar com a posição defendida pela colega relativamente à importância de que a isenção de visto se reveste enquanto elemento de aproximação dos povos europeus e do Pacífico, votei o relatório favoravelmente.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La libertad de movimiento es un derecho fundamental de todas las personas que actualmente no se respeta en una Unión con una política migratoria cada día más agresiva. Por ello, apoyamos esto acuerdo que permitirá viajar sin visado a la Unión Europea a los ciudadanos y ciudadanas de Tuvalu y viceversa, un acuerdo que nos gustaría que se hiciera extensivo a otros países, particularmente los que viven situaciones de conflicto que están obligando a huir a millares de personas.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. — L'accordo che il Parlamento europeo ha approvato oggi stabilisce nuove disposizioni per l'esenzione del visto per i cittadini dell'Unione e per i cittadini di Tuvalu che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un soggiorno di breve durata fino a un massimo di 90 giorni. L'esenzione dal visto riguarda tutte le categorie di persone (titolari di un passaporto ordinario, diplomatico, di servizio, ufficiale o speciale) indipendentemente dal motivo della permanenza.

Questo accordo rappresenta il coronamento dell'approfondimento delle relazioni tra l'Unione europea e tale paese, nonché un ulteriore strumento volto a rafforzare le relazioni economiche, turistiche e culturali ed, infine, servirà a intensificare il dialogo politico tra le parti.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this legislative consent vote. UKIP does not support the EU concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report, as the signing of the short-stay waivers is significant for the EU and the state in question as it signifies deeper cooperation and mutual understanding.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Podporujem spoluprácu EÚ s krajinami tichomorského regiónu. Táto dohoda, ktorá je predmetom uznesenia, umožňuje občanom Európskej únie a občanom Tuvalu cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. To posilní hospodárske a kultúrne vzťahy a zintenzívni politický dialóg o rôznych otázkach, ako je ochrana životného prostredia a zmeny klímy a ľudské práva a základné slobody. Ide o jednu z najchudobnejších krajín tichomorského regiónu a jednu z krajín, ktorá je najviac vystavená vplyvom zmeny klímy. EÚ v súčasnosti rokuje o komplexnej dohode o hospodárskom partnerstve so 14 krajinami tichomorského regiónu, do ktorého Tuvalu patrí. Preto som hlasoval za.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Právny rámec pre spoluprácu s EÚ a Tuvalu vytvorila Dohoda z Cotonou, zaoberajúca sa prehĺbením spolupráce EÚ a krajín v Afrike, Karibiku a Tichomorí. Tuvalu má ako štát Commonwealthu stabilný politický režim, avšak jeho ekonomika je závislá od medzinárodnej rozvojovej pomoci, pretože je postavená na rybolove a poskytovaní služieb. EÚ vedie s Tuvalu dialóg na tému ochrany životného prostredia v období zmeny klimatických podmienok, ako aj vplyvu zmeny klimatických podmienok na ľudské práva. Rozhodnutie EÚ o zrušení vízovej povinnosti považujem za pozitívny krok vo vývoji vzťahov EÚ a Tuvalu, a preto som ho podporila. Bezvízový styk sa bude týkať len pobytov v dĺžke do 90 dní za obdobie 180 dní a osôb cestujúcich s iným dôvodom ako vykonávanie ekonomickej činnosti. Dôležitý je aj faktor vysokej dôvery v žiadateľov o víza, ako aj nízka miera zamietnutia víz, či fakt že v rokoch 2014 a 2015 nebol žiaden občan Tuvalu zatknutý z dôvodu nedovoleného pobytu v EÚ.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Sporazum o partnerstvu med članicami skupine afriških, karibskih in pacifiških držav na eni strani ter Evropsko unijo in njenimi državami članicami na drugi oziroma tako imenovani sporazum iz Cotonuja ureja odnose med EU in Tuvalujem, medtem ko Sporazum o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje te odnose še bolj poglablja in dodatno kepi gospodarske in kulturne povezave ter poglablja politični dialog predvsem na področjih človekovih pravic in temeljnih svoboščin.

Glede na sporazum Tuvalu spada med države, katerih državljani so izvzeti iz vizumske obveznosti pri prehodu zunanjih meja držav članic. Vsi državljani Tuvaluja lahko ne glede na namen potovanja, razen če opravljajo plačano delo, brez vizumov potujejo na ozemlje države pogodbenice za največ 92 dni v 180-dnevnem obdobju.

Tuvalu je sicer ena najrevnejših držav v pacifiški regiji in med najbolj izpostavljenimi posledicam podnebnih sprememb, med njegovimi otoki pa obstajajo precejšnje gospodarske razlike. Zato je precej odvisen od mednarodnega razvojnega sodelovanja, ki ga ta sporazum lahko še dodatno poglobi in okrepi.

Priporočilo Parlamenta pozdravlja ta sporazum, zato sem ga tudi sam pri glasovanju podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Tým, že občania Tuvalu nepredstavujú žiadnu vážnu hrozbu pre ciele migračnej politiky, bezpečnosť a vnútorný poriadok EÚ, javí sa byť na mieste uzatvoriť s touto krajinou dohodu o zrušení vízovej povinnosti pri krátkodobých pobytoch. Podmienky bezvízového cestovania stanovené v tomto dokumente sú upravené rovnako ako v iných dohodách rovnakého druhu, ktoré EÚ uzatvorila s inými štátmi. Táto dohoda by mala predstavovať úspešné zavŕšenie jednej z etáp prehlbovania vzťahov medzi EÚ a Tuvalu a umožniť obom stranám pokračovať v ich ďalšom prehlbovaní.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des Abkommens – im Namen der Europäischen Union – zwischen der Europäischen Union und Tuvalu über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte habe ich mich enthalten.

Dieses Abkommen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte ist ein Ergebnis der Vertiefung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Tuvalu – was im Rahmen des Cotonou-Abkommens politisch sehr bedeutsam ist – sowie ein zusätzliches Mittel zur Stärkung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen und zur Intensivierung des politischen Dialogs über verschiedene Fragen, einschließlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Nichts spricht gegen diese Visabefreiung an sich. Ich lehne jedoch ab, dass die EU für Visafragen zuständig ist.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Bilateralni sporazum između EU-a i Tuvala potpisan je 1. srpnja 2016. u Bruxellesu. Odonda se Sporazum privremeno primjenjuje dok se čeka odobrenje Europskog parlamenta.

Potpisanim Sporazumom građanima Europske unije i državljanima Tuvalua omogućava se boravak bez vize na državnom području druge ugovorne stranke od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana. Vize se ukidaju za sve kategorije osoba (nositelje običnih, diplomatskih, službenih ili posebnih putovnica) koje ne putuju u svrhu obavljanja plaćene aktivnosti.

Kad je riječ o mobilnosti, dostupni podaci pokazuju da je stopa odbijenih zahtjeva za izdavanje vize građanima Tuvalua te ostalih otočnih pacifičkih država vrlo niska.

Prihvaćam ovaj Sporazum jer ima veliki politički značaj, a njime se i dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, među ostalim i o ljudskim pravima i temeljnim slobodama.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi, v imenu Unije, Sporazuma med Evropsko unijo in Tuvalujem o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje. S podpisanim sporazumom med Evropsko unijo in Tuvalujem bomo državljanom obeh podpisnic omogočili za največ 90 dni potovanja brez vizumov, vendar brez možnosti opravljanja plačanega dela.

S sporazumom o odpravi vizumske obveznosti bomo še dodatno okrepili odnose med EU in Tuvalujem ter izboljšali pogajalska izhodišča v pogajanjih o globalnem sporazumu o gospodarskem partnerstvu s 14 pacifiškimi državami, med drugim tudi s Tuvalujem.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή μεταξύ ΕΕ-Τουβαλού δεν συνιστά συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam, hogy az Európai Parlament adja egyetértését ahhoz, hogy az Európai Unió nevében a Tanács Tuvalu állammal megállapodást írjon alá a valamennyi útlevél-kategóriára érvényes, rövid távú tartózkodásra vonatkozó vízummentesség kölcsönös biztosításáról. Az előterjesztés mérlegelése során tekintettel voltam arra, hogy ez a lépés megfelel az EU és az ACP-országok viszonyát szabályozó cotonoui egyezményben foglalt szándékoknak és céloknak, elősegítheti a gazdasági kapcsolatok, a turizmus, a (főleg a domain-nevek értékesítésében megtestesülő) helyi szolgáltatóipar fejlesztését és ezzel hozzájárulhat az Unió fejlesztéspolitikai céljainak megvalósításához a térségben. Figyelembe vettem a Tuvalu-val az emberi jogok, a nők jogai érvényesítése, illetve a klímaváltozás kérdésében folytatott párbeszéd előmozdításának szempontját, egyúttal méltányolva azt a fontos hozzájárulást is, amelyet az ACP–EU parlamenti delegáció révén az EP játszott a vízummentességi megállapodás létrehozásának folyamatában.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Les relations entre l'Union européenne et cet État sont régies par l'accord de partenariat entre les membres du groupe des États d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique, d'une part, et l'Union européenne et ses États membres, d'autre part, appelé «Accord de Cotonou».

S'agissant de la mise en œuvre et du suivi de l'accord, le Parlement, par ce texte, invite la Commission européenne à observer les possibles développements en ce qui concerne les critères qui ont initialement conduit au transfert de l'annexe I vers l'annexe II du règlement nº 509/2014. Ces critères incluent non seulement l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, mais aussi les relations extérieures de l'Union avec le pays tiers concerné y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam rezoluciju o sporazumu između Europske unije i Tuvalua o ukidanju viza za kratkotrajni boravak. Ovaj Sporazum o ukidanju viza za kratkotrajni boravak rezultat je napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Tuvalua te ima velik politički značaj. Njime se također dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, između ostaloga, o ljudskim pravima i temeljnim slobodama. Potpisanim sporazumom građanima Europske unije i građanima Tuvalua omogućava se boravak bez vize na području druge ugovorne stranke od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Sporazumom između Europske unije i Tuvalua za ukidanje kratkoročnih viza pojednostavit će se putovanja poduzetnicima, olakšati ulaganja i potaknuti razvoj turizma. Ukidanje viza obuhvaća sve kategorije osoba kada putuju na teritorij druge ugovorne strane za boravak od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana.

Europska unija trenutačno pregovara o sklapanju sveobuhvatnog Sporazuma o gospodarskom partnerstvu s 14 država pacifičke regije, među kojima je i Tuvalu, a ovaj sporazum još je jedan korak u učvršćivanju partnerstva između Europske unije i Tuvalua, posebice u smislu jačanja gospodarskih i kulturnih odnosa te intenziviranja političkog dijaloga o raznim pitanjima.

Uz to, prema dostupnim podacima stopa odbijenih zahtjeva za izdavanje viza građanima Tuvalua i ostalih pacifičkih država je vrlo niska te su migracijski tokovi te države usmjereni prema Australiji i Novom Zelandu. Isto tako, u pogledu nezakonite migracije ili migracijskih tokova i u pogledu sigurnosti i javnog reda Tuvalu nije nikakva prijetnja Europskoj uniji. Zbog toga sam podržala ovaj sporazum.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi, v imenu Unije, Sporazuma med Evropsko unijo in Tuvalujem o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje sem podprla. Odnose med Evropsko unijo in Tuvalujem ureja sporazum iz Cotonouja.

Med Evropsko unijo in Tuvalujem je v letu 2016 prišlo do podpisa dvostranskega sporazuma, ki državljanom Evropske unije in državljanom Tuvaluja omogoča potovanje brez vizumov na ozemlje druge pogodbenice za največ 90 dni v katerem koli 180-dnevnem obdobju.

Evropska unija trenutno vodi pogajanja o celovitem sporazumu o gospodarskem partnerstvu s 14 pacifiškimi državami, med katerimi je tudi Tuvalu, tako da bi sporazum lahko olajšal pogajanja. Več bo poslovnih potovanj, pospešile se bodo naložbe, okrepile se bodo gospodarske povezave, omogočen bo zagon turizma in razvoj trgovine.

Gospodarstvo Tuvaluja temelji predvsem na storitvah (več kot 60 % BDP), vključno s storitvami, povezanimi z internetom, kjer prodaja licenc za uporabo imena domene „.tv“ predstavlja pomemben vir prihodkov za državo. Kmetijstvo in ribištvo prispevata več kot 20 % BDP.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (09764/2015) y el acuerdo entre la Unión Europea y Tuvalu (09760/2015), voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de ce pays qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Ce rapport est accompagné d'une justification succincte précisant qu'il constitue un aboutissement dans l'approfondissement des relations bilatérales revêtant une signification politique forte dans le cadre de l'Accord de Cotonou.

La commission LIBE invite cependant la Commission européenne «à observer les possibles développements en ce qui concerne les questions relatives à l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, les relations extérieures de l'Union avec ce pays y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales».

L'exemption de visas présente donc des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.) et de l'immigration. On doit se demander s'il est opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où le risque d'attentats terroristes est réel et où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration de masse.

Je vote contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Omawiana umowa w sprawie ułatwień wizowych ma na celu zapewnienie obywatelom Tuvalu ruchu bezwizowego z UE na okres maksymalnie 90 dni w 180-dniowym okresie czasu. System bezwizowy obejmowałby wszystkie kategorie osób. Oczekuje się, że umowa wywrze pozytywne skutki gospodarcze dla tego kraju i zwiększy współpracę z UE zwłaszcza w obszarze praw człowieka. Skutki dla UE będą najprawdopodobniej minimalne ze względu na niewielką liczbę ludności Tuvalu, dlatego poparłem proponowaną umowę.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió és Tuvalu állam közötti kapcsolatokat az egyrészről az afrikai, karibi és csendes-óceáni államok csoportjának tagjai, másrészről az Európai Unió és tagállamai között létrejött partnerségi megállapodás (Cotonoui Megállapodás) szabályozza. A javaslatot támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (09764/2015) y el acuerdo entre la Unión Europea y Tuvalu (09760/2015), voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Bevizis režimas nemažai prisidės suartinant europiečius ir Ramiojo vandenyno šalių gyventojus.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Recommendation on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the European Union, of the Agreement between the European Union and Tuvalu on the short-stay visa waiver. Relations between the European Union and the Federated States of Micronesia are governed by the partnership agreement between members of the African, Caribbean and Pacific Group of States of the one part and the European Union and its Member States of the other part, known as the Cotonou Agreement. The agreement provides for visa-free travel for the citizens of the European Union and for the citizens of Tuvalu when travelling to the territory of the other Contracting Party for a maximum period of 90 days in any 180-day period. The visa waiver covers all categories of persons travelling for all kinds of purposes, except for the purpose of carrying out a paid activity. I voted in favour because I believe that this agreement on the waiver of short-stay visas represents a culmination of the deepening of relations between the European Union and Tuvalu which is politically highly significant in the context of the Cotonou Agreement.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante dicho Acuerdo se procede a facilitar la exención de visados para estancias de corta duración entre ambas partes. Hablamos de un acuerdo negociado por la Comisión Europea y que ha contado con la aprobación de la comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, por lo que creo necesario votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La libertad de movimiento es un derecho fundamental de todas las personas que actualmente no se respeta en una Unión con una política migratoria cada día más agresiva. Por ello, apoyamos esto acuerdo que permitirá viajar sin visado a la Unión Europea a los ciudadanos de Tuvalu y viceversa, un acuerdo que nos gustaría que se hiciera extensivo a otros países, particularmente los que viven situaciones de conflicto que están obligando a huir a millares de personas.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este acordo prevê um regime de isenção da obrigação de visto para os cidadãos da União Europeia e os nacionais deste país que se deslocam ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada. Votamos a favor.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Ich habe gegen das Abkommen zwischen der EU und Tuvalu über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte gestimmt, da meiner Meinung nach erstens keine Notwendigkeit dafür besteht und zweitens die Kompetenzen bezüglich der Visapolitik bei den Mitgliedsstaaten bleiben sollen.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Rozhodnutia Rady o uzavretí dohody medzi Európskou úniou a Tuvalu o zrušení vízovej povinnosti pri krátkodobých pobytoch som podporila. Európsky parlament mal v tomto prípade udeliť svoj súhlas s uzavretím dohody. Zrušenie vízovej povinnosti sa týka krátkodobých (maximálne 90 dňových pobytov) a vzťahuje sa na všetky kategórie osôb za všetkými účelmi s výnimkou vykonávania platenej činnosti. Tieto dohody sú výsledkom intenzívneho politického dialógu a prehlbovania politických vzťahov s krajinami mimo Európskej únie a pred tým, ako sa takáto dohoda uzavrie, vždy je starostlivo zvážené, či daná krajina dodržuje ľudské práva, má demokratický režim a koľko žiadostí o víza a z akých dôvodov bolo v prípade občanov danej krajiny zamietnutých. Keďže Tuvalu má ako súčasť Commonwealthu stabilný parlamentný a demokratický režim, miera odmietnutia udelenia víz pre občanov Tuvalu je veľmi nízka a nepredstavuje ani žiadne riziko z hľadiska nezákonného prisťahovalectva, nemala som voči uzavretiu tejto dohody žiadne výhrady.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam sporazum o ukidanju obveze posjedovanja viza za kratkotrajni boravak od najviše 90 dana unutar perioda od 180 dana od prvog ulaska između Europske unije i Tuvalua. Povećanje mobilnosti iz i prema Europskoj uniji mora biti jedan od glavnih prioriteta europske politike na međunarodnoj razini. Ovo izuzeće preduvjet je razvoja budućih odnosa između Europske unije i Tuvalua. Ukidanje viza za kratkotrajni boravak ima pozitivni efekt za gospodarstvo i građane. Povećanje ekonomske aktivnosti, ali i stjecanje novih iskustava putovanjem glavni su učinci za obje strane sporazuma. Sve države koje primjenjuju i razvijaju schengensku pravnu stečevinu, a nisu države članice Europske unije, trebale bi također sklopiti sporazume s državom Tuvalu kako bi se njihov vizni režim harmonizirao sa sustavom Europske unije.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za odobritev Sporazuma med Evropsko unijo in Tuvalujem o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje.

Podpisani sporazum državljanom Evropske unije in državljanom Tuvaluja omogoča potovanje brez vizumov na ozemlje druge pogodbenice za največ 90 dni v katerem koli 180-dnevnem obdobju. Gospodarstvo Tuvaluja temelji predvsem na storitvah, kmetijstvo in ribištvo prispevata več kot 20 % BDP, pomemben vir prihodkov za državo pa predstavlja tudi odobritev ribolovnih dovoljenj.

EU se trenutno pogaja o globalnem sporazumu o gospodarskem partnerstvu s 14 pacifiškimi državami, med katere spada tudi država Tuvalu. Menim, da bo sporazum o odpravi vizumske obveznosti prinesel pozitivne učinke, saj bo poenostavil pogoje potovanja za podjetnike ter spodbujal naložbe in razvoj turizma.

7.7. Abkommen zwischen der EU und den Marshallinseln über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0335/2016 - Mariya Gabriel)

Dichiarazioni di voto orali

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La presente relazione stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'Unione e per i cittadini delle Isole Marshall che si recano nell'altrui territorio per un periodo massimo di 90 giorni all'interno di una fascia di periodo di 180 giorni. Tale esenzione si applica a tutte le categorie di persone che effettuano viaggi all'infuori di quelli compiuti per esercitare un'attività retribuita. Ho votato a favore.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — We supported this file as we support the relaxation of certain travel restrictions providing the state in question possesses a solid human rights record.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. — Ce rapport demande l'approbation par le Parlement européen d'un accord qui prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des Îles Marshall qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours.

Le rapport est accompagné d'une justification précisant que l'accord constitue un aboutissement entre l'UE et les Îles Marshall — revêtant une signification politique forte dans le cadre de l'Accord de Cotonou — ainsi qu'un moyen supplémentaire de renforcer les relations économiques et culturelles et d'intensifier le dialogue politique sur diverses questions (droits de l'homme, libertés fondamentales, etc.).

La commission LIBE invite cependant la Commission européenne «à observer les possibles développements en ce qui concerne les questions relatives à l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, les relations extérieures de l'Union avec le pays tiers concerné y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales». L'exemption de visa présente donc des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.) et de l'immigration. Aussi me suis-je opposée à ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against, as this is consistent with the principles of my mandate as an MEP who was elected to support the UK's withdrawal from the European Union. Such decisions on visas, visa waivers, and entry of nationals of third countries into UK territory should properly be a matter for the British Government to determine.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Europos Sąjungos ir Maršalo Salų Respublikos susitarimo dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju sudarymo Europos Sąjungos vardu projekto. Šis susitarimas dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju yra Europos Sąjungos ir Maršalo Salų Respublikos santykių plėtojimo rezultatas, dar labiau sutvirtinantis svarbią Kotonu susitarimo politinę reikšmę, taip pat papildoma priemonė siekiant sustiprinti ekonominius bei kultūrinius ryšius ir paskatinti politinį dialogą įvairiais klausimais, įskaitant žmogaus teises ir pagrindines laisves.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des Îles Marshall qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Une telle exemption de visa présenterait des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.) et de l'immigration. Est-il opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où le risque d'attentats terroristes est réel et où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration de masse ? J'ai voté contre ce rapport.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cet accord qui prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des Îles Marshall qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Gabriel sull'accordo UE-Isole Marshall sull'esenzione dal visto per i soggiorni di breve durata.

Il testo stabilisce un'esenzione per i cittadini dell'Unione e per i cittadini delle Isole Marshall che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180 giorni. L'esenzione dal visto riguarda tutte le categorie di persone indipendentemente dal motivo del soggiorno purché questo non sia legato allo svolgimento di un'attività retribuita.

Le relazioni commerciali dell'UE con la Repubblica delle Isole Marshall sono oggi molto limitate ma hanno un potenziale di sviluppo che può essere fortemente favorito da questo strumento. L'accordo di partenariato economico globale, in via di definizione tra l'Unione e quattordici paesi della regione del Pacifico tra cui le Isole Marshall, contribuirà a rafforzare questo percorso, potenziando il dialogo politico e economico.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (09775/2015) y el acuerdo entre la Unión Europea y la República de las Islas Marshall (09774/2015) voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión. Me preocupa, no obstante, que dicho país aparezca señalado en diferentes informes como un paraíso fiscal. Por lo tanto, debe de establecerse un especial seguimiento del Acuerdo para evitar que la exención de visado de corta duración, suponga una facilidad a la hora de incurrir en prácticas de blanqueo de capitales y evasión fiscal.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre el Acuerdo entre la Unión Europea y la República de las Islas Marshall sobre la exención de visado para estancias de corta duración. Se pide a la Comisión Europea que observe la evolución de los criterios que llevaron en su momento a la transferencia del Anexo I al Anexo II del Reglamento n.º 509/2014. Esos criterios abarcan no solo la inmigración clandestina, el orden público y la seguridad sino también las relaciones exteriores de la Unión con la República de las Islas Marshall, incluidas las cuestiones relativas a los derechos humanos y las libertades fundamentales.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des Îles Marshall qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Au moment où l'Europe est frappée par les attentats terroristes et l'immigration clandestine massive, ces exemptions ne paraissent pas à l'ordre du jour, des personnes malfaisantes pouvant un jour s'en servir. J'y suis donc fermement opposée.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Con questo accordo si stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'UE e delle Isole Marshall che si recano nei territori dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni. Il provvedimento non solleva problemi di nessuna natura e per questo ho votato a favore.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Las relaciones entre la Unión Europea y la República de las Islas Marshall se rigen por el Acuerdo de Asociación entre los miembros del Grupo de los Estados de África, el Caribe y el Pacífico con la Unión y sus Estados miembros, el llamado Acuerdo de Cotonú.

Con el Acuerdo firmado, se establece la exención de visado para los ciudadanos de la Unión y los ciudadanos de la República de las Islas Marshall que viajen al territorio de la otra Parte Contratante por un período de 90 días cada 180 días. Con la exención de visado quedan cubiertas todas las categorías (titulares de pasaporte ordinario, diplomático, de servicio, oficial o especial) que viajen por cualquier motivo excepto el ejercicio de una actividad remunerada.

El Acuerdo firmado supone una profundización de las relaciones entre la Unión y la República de las Islas Marshall. Además, este acuerdo podrá tener efectos positivos con la simplificación de las condiciones de viaje para los empresarios y facilitar las inversiones y el turismo.

Por todo ello, he votado a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes juo Parlamentas pritarė Europos Sąjungos ir Maršalo Salų Respublikos susitarimo dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju Europos Sąjungos vardu sudarymui. Šis susitarimas dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju yra Europos Sąjungos ir Maršalo Salų Respublikos santykių plėtojimo rezultatas, dar labiau sutvirtinantis svarbią Kotonu susitarimo politinę reikšmę, taip pat papildoma priemonė siekiant sustiprinti ekonominius bei kultūrinius ryšius ir paskatinti politinį dialogą įvairiais klausimais, įskaitant žmogaus teises ir pagrindines laisves.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Iz istih razlogov kot prej se strinjam s sporazumom o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje med EU in Marshallovimi otoki.

Gre za dejanje, ki ima velik politični pomen v okviru Sporazuma iz Cotonouja in je rezultat poglobitve odnosov med Evropsko unijo in Marshallovimi otoki in je tudi sredstvo za okrepitev gospodarskih in kulturnih odnosov ter poglobitev političnega dialoga o različnih vprašanjih, vključno s človekovimi pravicami in temeljnimi svoboščinami.

Prav tako bo takšen sporazum o odpravi vizumske obveznosti prinesel pozitivne učinke, saj poenostavlja pogoje potovanja za podjetnike, omogoča naložbe in spodbuja turizem.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o Sporazumu koji predviđa bezvizni režim za građane Europske unije i za građane Maršalovih Otoka kada putuju na teritorij druge ugovorne stranke za razdoblje od najviše 90 dana u 180-dnevnom razdoblju. Zajednička izjava o interpretaciji je u prilogu ugovora.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Gli aiuti economici in cambio di riforme democratiche e progresso civile rappresentano uno degli strumenti maggiormente utilizzati dalla UE nei suoi rapporti di vicinato e di partenariato coi paesi terzi. Un modo di rapportarsi che ha spesso prodotto risultati positivi per i cittadini di entrambe le parti e ha aumentato il range di influenza del *soft power* dell'Unione europea.

La Repubblica delle Isole Marshall è un Paese che è approdato ad una forma democratica di tipo moderno, che guarda all'Occidente e allo sviluppo dello stato di diritto nonostante le ancora gravi carenze strutturali, i propri problemi sociali interni, il rapporto difficoltoso con alcuni paesi dell'area del Pacifico. Di particolare rilievo per questo territorio è il riscaldamento climatico che, con l'innalzamento dei mari, minaccia l'esistenza stessa dello Stato insulare.

Complessivamente l'Europa può guardare alla Repubblica delle Isole Marshall come ad una democrazia amica, che dobbiamo sostenere consentendole di svilupparsi in condizioni adeguate, gradualmente, e di inserirsi progressivamente nell'area di libero scambio e collaborazione comune, in modo coerente a quanto previsto dalla Convenzione di Cotonou il cui scopo principale, espresso nell'articolo 1, è la riduzione ed infine l'eliminazione della povertà.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des Îles Marshall qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Selon le rapporteur, ce type d'accord constitue un moyen de renforcer les relations économiques et culturelles ainsi que d'intensifier le dialogue sur diverses questions notamment concernant les droits de l'homme et les libertés fondamentales. A contrario, nous considérons qu'il n'est absolument pas opportun de conclure un tel accord à l'heure où nos sociétés occidentales sont menacées par le fondamentalisme islamique qui utilise les voies légales d'immigration pour pénétrer nos territoires et y planifier des attentats terroristes. Sans compter que cette exemption de visa renforcera les réseaux criminels ainsi que les trafics illégaux en tout genre. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — Acordul de la Cotonou marchează relațiile de parteneriat dintre grupul statelor din Africa, zona Caraibilor și Pacific, pe de o parte, și Uniunea Europeană și statele sale membre, pe de altă parte, fiind reglementate deopotrivă și relațiile între Republica Insulelor Marshall și Uniunea Europeană.

Acordul UE- Insulele Marshall privind exonerarea de obligația de a deține viză de scurtă ședere prevede eliminarea obligației de a deține viză în beneficiul cetățenilor Uniunii și al resortisanților din Republica Insulelor Marshall care călătoresc pe teritoriul celeilalte părți contractante pentru o ședere de maximum 90 de zile în cursul oricărei perioade de 180 de zile. De această exonerare de obligație de a deține viză beneficiază toate categoriile de persoane, fiind încurajat astfel turismul, dar și investițiile.

M-am exprimat în favoarea acestui acord deoarece consider că reprezintă un instrument puternic de consolidare a relațiilor economice, culturale și de intensificare a dialogului politic dintre Uniunea Europeană și Republica Insulelor Marshall.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della raccomandazione concernente l'accordo tra Unione europea e la Repubblica delle isole Marshall in materia di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata.

Considerando l'economia della summenzionata Repubblica, che si basa essenzialmente sul settore dei servizi, della pesca e dell'agricoltura, la raccomandazione indica come le relazioni commerciali con l'UE, seppur limitate, abbiano un buon potenziale di sviluppo da tenere in considerazione.

Si presenta dunque l'occasione per rafforzare ed intensificare il partenariato con il paese, con l'ulteriore possibilità di creare un dialogo politico regolare e costante.

Inoltre, la raccomandazione sottolinea i benefici e gli effetti positivi che l'accordo potrà apportare, non solo in termini di riduzione di costi e di migliori condizioni di viaggio, ma anche per stimolare il turismo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which will see citizens from the Marshall Islands being able to travel visa-free in certain EU countries for a maximum period of 90 days in any 180 day period. This visa waiver applies for all persons travelling for all kinds of purposes, except for carrying out a paid activity.

As Ireland is not a member of the Schengen area, this does not apply to it.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this legislative consent vote. UKIP do not support the EU concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

David Casa (PPE), *in writing*. – I gave my consent to the conclusion of this Agreement. This agreement on the waiver of short-stay visas simultaneously represents a concrete outcome of the deepening of relations between the European Union and the Republic of Marshall Islands – which is politically highly significant in the context of the Cotonou Agreement. The Republic of Marshall Islands has few natural resources and imports far exceed exports. The US is by far the largest contributor to the national budget under a Compact of Free Association. While EU trade relations with the Republic of Marshall Islands are very limited, they have potential for development, including through the eventual signing of a comprehensive Economic Partnership Agreement.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Gli accordi in oggetto che il Parlamento è chiamato ad approvare stabiliscono l'esenzione dal visto per i cittadini dell'UE e per i cittadini degli Stati sopra citati che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni in un periodo di 180 giorni. L'esenzione dal visto riguarda tutte le categorie di persone che viaggiano per tutti i tipi di scopi, tranne che per esercitare un'attività retribuita. Il file non crea alcun problema ed ho quindi votato a favore.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – L'accordo di esenzione dal visto per i soggiorni di breve durata tra l'Unione europea e le Isole Marshall riveste un forte significato politico nell'ambito dell'accordo di Cotonou e rappresenta l'esito concreto dell'approfondimento delle relazioni tra le due parti.

Ho votato a favore della relazione in quanto credo che l'accordo rappresenti un ulteriore strumento per rafforzare le relazioni economiche e culturali tra l'Unione europea e le Isole Marshall. Le relazioni economiche bilaterali, seppur al momento molto limitate, hanno un grande potenziale di sviluppo e credo che la semplificazione delle condizioni di viaggio darà risultati positivi facilitando investimenti e stimolando il turismo.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς τη σύσταση σχετικά με τη σύναψη συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Δημοκρατίας των Νήσων Μάρσαλ σχετικά με την απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή. Καθώς η συμφωνία αυτή θα συμβάλει στην περαιτέρω ανάπτυξη των σχέσεων μεταξύ των δύο μερών, ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Nessuna criticità per il provvedimento in esame che accorda un visto turistico provvisorio fra i paesi dell'UE e le Isole Marshall. Voto positivo.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Il 27 luglio scorso è stato firmato a Ginevra tra la Commissione europea e la Repubblica delle Isole Marshall un accordo risultante nell'esenzione dal visto per soggiorni di breve durata per i cittadini delle due parti contraenti che intendono recarsi nel territorio dell'altro contraente per un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180. Godono dell'esenzione tutte le categorie di persone indipendentemente dal motivo di soggiorno, eccetto coloro la cui permanenza è finalizzata allo svolgimento di un'attività retribuita.

Non posso che votare a favore di un accordo che non porterà soltanto a facilitazioni nella mobilità internazionale, ma che apre una notevole opportunità di dialogo economico e culturale. L'economia delle Isole Marshall è prevalentemente fondata su servizi, pesca e agricoltura; tuttavia vi sono problemi strutturali dati da un valore delle importazioni superiore a quello delle esportazioni. Ad oggi, gli USA si confermano il primo partner commerciale delle Isole a seguito di un patto di libera associazione, in futuro auspichiamo di poter contribuire reciprocamente e significativamente alle rispettive economie.

Preme ricordare, all'interno del quadro culturale, come le Isole Marshall siano il primo tra gli stati insulari del Pacifico ad avere un Presidente donna, Hilda Heine.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the recommendation on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the Union, of the Agreement between the European Union and the Republic of the Marshall Islands on the short-stay visa waiver.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A União Europeia leva a cabo uma política de vistos, nomeadamente no que respeita à isenção de vistos de curta duração. Esta isenção é definida ao nível europeu, uma vez que é válida para todos os Estados-Membros, exceto Reino Unido e Irlanda. Aliás, entre os vários requisitos para que seja possível a celebração do acordo, inclui-se a reciprocidade. Ou seja, também os cidadãos europeus deixam de necessitar de visto.

Ao Parlamento Europeu compete dar a sua aprovação ao acordo para o seu estabelecimento, que fica assim dada. Por tudo isto e porque este acordo é o culminar do aprofundamento de relações com as Repúblicas das Ilhas Marshall, voto favoravelmente a sua celebração.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'accordo tra l'Unione europea e le Isole Marshall in quanto ha come scopo principale quello di facilitare il rilascio dei visti per soggiorni di breve durata facilitando così le procedure di ingresso nel paese.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The agreement provides for visa-free travel for the citizens of the European Union and for the citizens of Solomon Islands when travelling to the territory of the other Contracting Party for a maximum period of 90 days in any 180-day period.

I agree that the visa waiver agreement could have positive effects by simplifying travel for businesspeople, facilitating investment and boosting tourism. This visa waiver agreement will have spill-over benefits on the rapprochement between the peoples of Europe and the Pacific. The visa waiver agreement will enable citizens not only to derive full benefit from the ACP-EU partnership but also to participate in it by travelling at a reduced economical and practical cost.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'accordo di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata rappresenta sia l'esito concreto dell'approfondimento delle relazioni tra l'Unione europea e Repubblica delle Isole Marshall – il che riveste un forte significato politico nell'ambito dell'accordo di Cotonou – sia un ulteriore strumento per rafforzare le relazioni economiche e culturali e intensificare il dialogo politico su diverse questioni, tra cui i diritti umani e le libertà fondamentali.

Credo che in tal modo si possa dare slancio alle relazioni commerciali con l'Europa che attualmente sono limitate, facilitando gli investimenti e il turismo. L'accordo di esenzione dal visto consentirà, infatti, ai cittadini non solo di beneficiare pienamente del partenariato ACP-UE, ma anche di parteciparvi viaggiando in modo più economico e pratico.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem inicjatywę umowy dotyczącej zniesienia wiz krótkoterminowych między Unią Europejską a Republiką Wysp Marshalla. Uważam, że stanowi ona konkretne osiągnięcie w procesie pogłębiania wzajemnych stosunków pomiędzy Unią Europejską a Republiką Wysp Marshalla, co ma ogromne znaczenie polityczne w kontekście umowy z Kotonu, a jednocześnie jest ona środkiem uzupełniającym, umożliwiającym zacieśnienie stosunków gospodarczych i kulturalnych oraz intensyfikację dialogu politycznego na temat różnorodnych kwestii, w tym praw człowieka i podstawowych wolności. Dostrzegając obopólne korzyści zarówno dla UE jak i państw członkowskich oraz dla Republiki Wysp Marshalla, jestem za udzieleniem zgody na zawarcie takiej umowy.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The signing of the short-stay waivers steps up Europe's economic and cultural relations and intensifies political dialogue and is further evidence of our commitment to the region, with a view to a strengthened partnership. For this reason, I voted in favour of this report.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome the potential commercial opportunities through increased tourism numbers and enhanced business relationships this agreement with the Marshall Islands will hopefully provide. However, as this deal concerns the visa regime operated by Schengen Member States, from which the United Kingdom has opted out, I will abstain on this report.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this legislative consent vote. UKIP do not support the EU concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la conclusion de l'accord entre l'Union européenne et les Îles Marshall relatif à l'exemption de visa de court séjour pour une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Cet accord permettra non seulement de renforcer nos relations économiques et culturelles en simplifiant les investissements et le tourisme, mais également notre dialogue politique, notamment sur les questions de changement climatique.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ces accords prévoient un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de Kiribati, des Îles Salomon, de Micronésie, de Tuvalu et des Îles Marshall qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Dans un contexte sécuritaire préoccupant, toute proposition d'allègement ou d'exemption d'octroi de visa nous paraît inappropriée.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Резултат от задълбочаването на отношенията между Европейския съюз и Република Маршалови острови се наблюдава конкретно в това споразумение и аз го подкрепям.

Важно е да се отбележи, че в споразумението се предвижда безвизово пътуване за гражданите на Европейския съюз и за гражданите на Маршаловите острови, когато те пътуват до територията на другата договаряща страна за срок до 90 дни в рамките на всеки период от 180 дни. Премахването на визите обхваща всички категории лица (притежателите на обикновен, дипломатически, служебен/официален и специален паспорт), пътуващи с всякаква цел, с изключение на целта за упражняване на доходоносна дейност.

Ние вече имаме основа, на която действат нашите отношения, и това е Споразумението от Котону. Премахването на визовия режим би допринесло за повече инвестиции и би стимулирало Маршаловите острови да продължат изграждането на демократичната си система посредством подкрепа от нас.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή μεταξύ ΕΕ-Ν. Μάρσαλ δεν συνιστά συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore in quanto ritengo che l'esenzione dal visto per i cittadini delle parti contraenti questo accordo possa costituire uno strumento utile al fine di intensificare l'influenza dell'Unione europea nei paesi interessati, con particolare riferimento ai diritti umani, e possano costituire stimolo alla crescita economica degli stessi.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Predmetná dohoda medzi Európskou úniou a Marshallovými ostrovmi predstavuje ďalší významný krok v prehlbovaní diplomatických vzťahov. Schválenie príslušnej dohody umožní občanom Únie a občanom Marshallových ostrovov cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. Zrušenie vízovej povinnosti sa vzťahuje na všetky kategórie osôb cestujúcich z akéhokoľvek dôvodu okrem vykonávania platenej činnosti.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore dell'esenzione del visto turistico per periodi di massimo di 90 giorni.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. — Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή μεταξύ ΕΕ-Ν. Μάρσαλ δεν συνιστά συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, γι' αυτό την καταψηφίζω.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The agreement provides for visa-free travel for the citizens of the European Union and for the citizens of the Marshall Island when travelling to the territory of the other Contracting Party for a maximum period of 90 days in any 180-day period.

The signing of the short-stay waivers is significant for the EU and the states in question as it signifies deeper cooperation and mutual understanding between the EU and those states.

The visa waiver agreement may act to boost economic investment in the area, and facilitate travel for business and tourism, which may be very limited in some areas.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la recomendación que prevé un régimen de desplazamiento sin obligación de visado en favor de los ciudadanos de la Unión y los nacionales de las Islas Marshall por un período máximo de 90 días. Este es un acuerdo importante en referencia a su significación política en el marco del Acuerdo de Cotonú, además de ser un medio suplementario para reforzar las relaciones económicas y culturales e intensificar el diálogo político, incluidos los derechos humanos y las libertades fundamentales.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das Abkommen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte ist ein weiterer Schritt zur Vertiefung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the short-stay visa waiver agreement between the EU and the Marshall Islands, as this constitutes an important step to further develop economic and cultural relations and intensify political dialogues on various issues, including human rights and fundamental freedoms.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (09775/2015) y el acuerdo entre la Unión Europea y la República de las Islas Marshall (09774/2015) voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión. Me preocupa, no obstante, que dicho país aparezca señalado en diferentes informes como un paraíso fiscal. Por lo tanto, debe de establecerse un especial seguimiento del Acuerdo para evitar que la exención de visado de corta duración, suponga una facilidad a la hora de incurrir en prácticas de blanqueo de capitales y evasión fiscal.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as the signing of the short-stay waiver agrement is significant for the EU and the state in question as it signifies deeper cooperation and mutual understanding.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – The Marshall Islands is a stable presidential democracy in free association with the U.S. The Union's political dialogue with the Marshall Islands focuses on protecting its vulnerable environment, especially in relation to climate change on the one hand and on defending human rights and gender issues on the other hand. In this context, the agreement represents a significant step towards more regular and enhanced political dialogue. Therefore, I believe that this agreement would be beneficial to all parties involved.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Si nous prenons le cas particulier des Îles Marshall, je ne vois pas de difficulté particulière à lever l'obligation de visa de court séjour, c'est-à-dire de trois mois sur une période de 180 jours, pour les ressortissants de ce petit archipel d'un peu plus de 50 000 habitants situé dans l'océan Pacifique.

Les risques migratoires et sécuritaires sont inexistants. Je pense cependant que l'exemption de visa ne doit pas être un automatisme, mais l'aboutissement d'une évaluation approfondie de la situation politique, institutionnelle et géostratégique du pays concerné et des répercussions éventuelles qu'une levée de l'obligation de visa peut avoir sur le territoire européen.

Cet examen ne doit pas être uniquement fondé sur les progrès réalisés pendant les années antérieures à cette évaluation, mais également tenir compte des risques potentiels d'appel d'air qu'une exemption de visa peut susciter dans le moyen terme, comme nous l'avons constaté avec certains pays des Balkans occidentaux. Aussi, je réitère mon soutien à l'adoption rapide du mécanisme de suspension qui rappelle que l'exemption de visa n'est pas un «pass illimité», mais une facilité conditionnée qui répond à certaines exigences.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za preporuku o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Unije, Sporazuma između Europske unije i Republike Maršalovih Otoka o ukidanju viza za kratkotrajni boravak (09775/2016 — C8-0252/2016 – 2016/0103(NLE)), kojim se daje suglasnost za sklapanje sporazuma. Odnosi između Europske unije i Republike Maršalovih Otoka uređeni su Sporazumom o partnerstvu između članica Skupine afričkih, karipskih i pacifičkih zemalja, s jedne strane, i Europske unije i njezinih država članica, s druge strane, te se potpisanim sporazumom građanima Europske unije i građanima Republike Maršalovih Otoka omogućava boravak bez vize na području druge ugovorne stranke od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana. Njime se dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, između ostaloga, o ljudskim pravima i temeljnim slobodama. Politički dijalog Unije s Maršalovim Otocima usmjeren je na zaštitu njihova osjetljivog okoliša,

posebno u odnosu na klimatske promjene s jedne strane te zaštitu ljudskih prava i rodna pitanja s druge strane.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport relatif à une exemption de visas pour les citoyens des Îles Marshall fait courir des risques protéiformes en matière de sécurité. À ce titre, il serait très imprudent pour l'Union européenne de signer un accord qui ne ferait qu'ajouter son poids dans la balance déjà très chargée de la crise migratoire dans nos territoires.

J'ai donc voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – EU trade relations with the Republic of Marshall Islands are very limited and they surely have the potential for development. The Republic of Marshall Islands has few natural resources, its economy is based primarily on the service sector as well as some fishing and agriculture and its imports far exceed exports. The EU is currently negotiating a comprehensive Economic Partnership Agreement with 14 Pacific countries, including the Republic of Marshall Islands. I believe that the visa waiver agreement reaffirms the Union's commitment to strengthen its partnership with this country and that is why I supported this recommendation.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit la conclusion d'un accord avec la République des Îles Marshall visant à faciliter la délivrance de visas de court séjour.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen den Vorschlag, da ich keine Notwendigkeit für die Einführung von visafreien Kurzaufenthalten von Bürgern aus den Marshall-Inseln sehe, zumal auch die Kompetenz dafür bei den Mitgliedstaate selbst liegen sollte.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il n'est pas opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration.

Javi López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe que permite la exención de visado de corta duración, es decir, en estancias en la Unión Europea de hasta 90 días en un periodo de 180 días, para nacionales de la República de las Islas Marshall, microestado archipiélago del Pacifico.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report on the conclusion of the visa facilitation agreement between the EU and the Marshall Islands.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Ovim sporazumom bi se pojednostavila putovanja poduzetnicima, olakšalo ulaganja i potaknuo razvoj turizma. Njime se ukidaju vize za sve kategorije osoba koje ne putuju u svrhu obavljanja plaćene aktivnosti.

Također, njime se dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima. Smatram da Sporazum o ukidanju viza potvrđuje napore Unije da ojača partnerstvo s ovom zemljom, stoga sam podržala ovu preporuku.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Uzavretie dohody s Marshallovými ostrovmi umožňuje občanom zmluvných krajín cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. Zrušenie vízovej povinnosti sa vzťahuje na všetky kategórie osôb cestujúcich z akéhokoľvek dôvodu okrem vykonávania platenej činnosti. Hospodárstvo krajiny stojí na službách, poľnohospodárstve a rybolove a vzhľadom na nízke prírodné zdroje dovoz vysoko prevyšuje vývoz. Dohoda podporí rozvoj hospodárstva. Marshallove ostrovy sú stabilnou prezidentskou demokraciou, ktorá nepredstavuje pre Úniu nebezpečenstvo z pohľadu migrácie, bezpečnosti alebo verejného poriadku.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη, εξ ονόματος της Ένωσης, της συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Δημοκρατίας των Νήσων Μάρσαλ σχετικά με την απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Cet accord prévoit l'introduction d'un régime de déplacement, sans obligation de visa, en faveur des citoyens des Îles Marshall. Ils pourront désormais se rendre sur le territoire des États membres de l'Union européenne sans demander de visa. Cette proposition concerne les courts séjours qui ne dépassent pas 90 jours. Les citoyens des États membres profiteront du même privilège en voyageant aux Îles Marshall.

La libéralisation du régime de visa envisagée par le Commission européenne est dangereuse et comporte des risques sécuritaires. Un manque de contrôle peut augmenter le niveau de la criminalité organisée, du blanchiment d'argent et du trafic de drogue. Par ailleurs, cela peut encourager l'immigration massive.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the EU-Marshall Islands Agreement on the short-stay visa waiver. Politically speaking, the country has committed to maintaining a stable presidential democracy, evidenced by the election of its first female president and the only one in the Pacific island states. The visa waiver agreement will allow future political dialogue. The country shows no signs of posing a threat to security and public order as well.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Šis susitarimas trumpalaikio buvimo atveju yra konkretus Europos Sąjungos ir Maršalo Salų Respublikos santykių plėtojimo rezultatas, turintis didelę politinę svarbą Kotonu susitarimo kontekste, taip pat papildoma priemonė siekiant sustiprinti ekonominius bei kultūrinius ryšius ir paskatinti politinį dialogą įvairiais klausimais, įskaitant žmogaus teises ir pagrindines laisves.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'exemption de visas pour les citoyens des Îles Marshall présente des risques potentiels au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.). Il n'est pas opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où l'UE a perdu tout contrôle de l'immigration. Je me suis donc opposée à ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — As relações entre a União Europeia e as Ilhas Marshall regem-se pelo Acordo de Parceria entre os Estados de África, das Caraíbas e do Pacífico, por um lado, e a União Europeia e os seus Estados-Membros, por outro, designado «Acordo de Cotonu».

O Acordo assinado prevê um regime de isenção da obrigação de visto para os cidadãos da União Europeia e os nacionais das Ilhas Marshall que se deslocam ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this agreement because it boosts tourism while also providing new opportunities for the tourism industry and increasing business prospects.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je me réjouis de l'approbation donnée par le Parlement européen à l'accord d'exemption de visa entre l'Union européenne et la République des Îles Marshall.

Cet accord ne manquera pas d'accroitre les liens que nous entretenons avec les Îles Marshall dans le cadre du partenariat ACP-UE. Le renforcement du partenariat devrait bénéficier à la coopération entre les partenaires sur des questions essentielles telles que l'égalité des genres et le changement climatique.

Enfin, je tiens à souligner l'engagement de l'Assemblée parlementaire paritaire ACP-UE dans l'aboutissement de cet accord.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this agreement on the waiver of short-stay visas that simultaneously represents a concrete outcome of the deepening of relations between the European Union and the Republic of the Marshall Islands – which is politically highly significant in the context of the Cotonou Agreement – and is an additional way of stepping up economic and cultural relations and intensifying political dialogue on various issues, including human rights and fundamental freedoms.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az 539/2001/EK rendeletet 2014. május 20-án módosította az Európai Parlament és a Tanács 509/2014/EK számú rendelete, amely a Marshall-szigeteki Köztársaságot azon harmadik országok közé sorolta, amelyeknek polgárai a tagállamok külső határainak átlépésekor mentesek a vízumkötelezettség alól. A Bizottság ezt követően a Tanács fölhatalmazásával tárgyalásokat kezdett az Európai Unió és a Marshall-szigeteki Köztársaság közötti kétoldalú megállapodás megkötése érdekében. A 2016. június 27-én Genfben megállapodás ratifikálásáról a Tanács határozattervezetet fogadott el, amelyhez azonban meg kell szereznie a Parlament egyetértését is. Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament értsen egyet a megállapodás megkötésével. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants des pays tiers concernés qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours.

La commission LIBE invite cependant la Commission européenne «à observer les possibles développements en ce qui concerne les questions relatives à l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, les relations extérieures de l'Union avec le pays tiers concerné y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales».

L'exemption de visas présente donc des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc) et de l'immigration. On doit se poser la question s'il est opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où le risque d'attentats terroristes est réel et où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration de masse.

Vote défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Com a alteração do Regulamento (CE) n.º 539/2001 pelo Regulamento (UE) n.º 509/2014 do Parlamento Europeu e do Conselho, as ilhas Marshall foram transferidas para o anexo II, que contempla a lista dos países terceiros cujos nacionais estão isentos da obrigação de visto para transporem as fronteiras externas dos Estados-Membros.

O Regulamento (CE) n.º 539/2001 alterado aplica-se a todos os Estados-Membros, com exceção da Irlanda e do Reino Unido. Após a adoção do referido regulamento, em 20 de maio de 2014, o Conselho adotou uma decisão em que autoriza a Comissão a encetar negociações com vista à celebração de um acordo bilateral entre a UE e as Ilhas Marshall.

O Acordo assinado prevê um regime de isenção da obrigação de visto para os cidadãos da UE e os cidadãos das Ilhas Marshall que se deslocam ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias. A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada. Pelo exposto, sou favorável à celebração do Acordo.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'exemption de visa proposée pose des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc.). Il n'est pas opportun de voter ce genre d'accord alors qu'on constate chaque jour que l'UE n'arrive pas à contrôler les flux migratoires. Je vote contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit, de manière réciproque et pour des séjours de courte durée, un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union européenne et des ressortissants des Iles Marshall. Cet accord permettra de renforcer les liens économiques et culturels qui unissent ces îles à notre continent.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió már számos országgal kötött vízummentességi megállapodást. Pozitív hatásukat elsősorban a gazdasági és kulturális kapcsolatok elmélyítésében tapasztaljuk, ugyanakkor fontos szerepet játszanak a beruházások és idegenforgalom fellendítésében is. A vízummentesség bármely 180 napos időszakon belül, legfeljebb 90 napig tartó utazásra érvényes. A decemberi miniplenáris során öt új országgal készülő egyezség megkötését hagytuk jóvá, köztük a Marshall-szigeteki Köztársaság.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Cotonou Agreement was signed in June 2000 by EU Member States and the African, Caribbean and Pacific Group of States and was concluded for a 20-year period, until 2020, making it the most comprehensive partnership agreement between developing countries and the EU. I have voted for this report on the waiver of short-stay visas for citizens of the EU and the Marshall Islands when travelling to each other's territory for a maximum period of 90 days in any 180-day period. This will step up economic and cultural relations and intensify the political dialogue on a wide range of issues like fundamental freedoms and human rights.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Европейската комисия и респективно Европейският съюз проявяват непоследователност относно визовата политика. Моите съграждани са жертва на това, защото някои страни като Канада и САЩ все още ни дискриминират що се касае до безвизовата им политика.

Въздържах се да дам своята подкрепа за споразумението между ЕС и Маршаловите острови за премахване на визите за краткосрочно пребиваване, защото не одобрявам начина, по който Европейската комисия провежда визовата политика на ЕС и това, че пренебрегва решенията на Съда на ЕС по някои въпроси, които я задължават да стори това.

Пример за това е решението по дело C-88/14 от 16.7.2015 г., съобразно което Европейската комисия е длъжна да предложи въвеждане на визи за държавите, които не прилагат пълна визова реципрочност с всички страни на ЕС. Европейската комисия не стори това и не предложи визи за гражданите на САЩ и Канада, които продължават да дискриминират моите съграждани.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I supported this file as we support the relaxation of certain travel restrictions providing the state in question possesses a solid human rights record.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da ich keine Notwendigkeit für die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte sehe. Des Weiteren sollen die Kompetenzen bei den Mitgliedsstaaten liegen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Leping on täiendav vahend majandus- ja kultuurisuhete tihendamiseks ning intensiivsema poliitilise dialoogi pidamiseks mitmesugustel teemadel, sealhulgas inimõigused ja põhivabadused.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή αποτελεί χειροπιαστό αποτέλεσμα της εμβάθυνσης των σχέσεων μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Δημοκρατίας των Νήσων Μάρσαλ και συνιστά ένα συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και των θεμελιωδών ελευθεριών.

Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης θα έχει θετικό αντίκτυπο, διότι απλοποιεί τις διαδικασίες ταξιδιού για τους επιχειρηματίες, διευκολύνοντας τις επενδύσεις και τονώνοντας τον τουρισμό. Η απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης συνιστά ένα μη αμελητέο μέσο για την αμοιβαία προσέγγιση των λαών της Ευρώπης και του Ειρηνικού. Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης επιτρέπει στους πολίτες όχι μόνο να επωφεληθούν πλήρως της εταιρικής σχέσης ΑΚΕ-ΕΕ, αλλά επίσης και να συμμετάσχουν σ' αυτή ταξιδεύοντας με μειωμένο οικονομικό και πρακτικό κόστος.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che la conclusione dell'accordo di esenzione dal visto di soggiorno di breve durata rappresenta, per gli abitanti delle Isole Marshall, un grande vantaggio, dato che faciliterà le condizioni di viaggio sia per affari e sia per turismo. Inoltre, gli abitanti delle isole Marshall beneficiano di una grande fiducia in quanto è davvero basso il tasso di rifiuto del visto per l'Europa ai cittadini, quindi non rappresentano alcuna minaccia per l'Unione europea. La conclusione di questo accordo consente, anche, di avvicinare la popolazione delle Isole Marshall agli Stati membri.

Pertanto ho espresso voto positivo

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this agreement because it takes into account the situation of Member States which do not apply the Schengen acquis in full. The agreement also provides for visa-free travel for the citizens of the European Union and for the citizens of the Republic of the Marshall Islands when travelling to the territory of the other Contracting Party for a maximum period of 90 days in any 180-day period. The visa waiver covers all categories of persons (ordinary, diplomatic, service/official and special passport holders) travelling for all kinds of purposes, except for the purpose of carrying out a paid activity.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Ovaj Sporazum o ukidanju viza za kratkotrajni boravak konkretan je rezultat napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Republike Maršalovih Otoka te ima veliku političku težinu u okviru Sporazuma iz Cotonoua. Njime se također dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, između ostaloga, o ljudskim pravima i temeljnim slobodama. Sporazum o ukidanju viza mogao bi imati pozitivan učinak jer bi se njime pojednostavila putovanja poduzetnicima, olakšala ulaganja i potakao razvoj turizma. Gospodarstvo Maršalovih Otoka prvenstveno se temelji na uslužnom sektoru te donekle na ribarstvu i poljoprivredi. Republika Maršalovi Otoci ima malo prirodnih resursa, a uvoz uvelike premašuje izvoz. SAD u daleko najvećoj mjeri doprinosi nacionalnom proračunu Republike Maršalovih Otoka u skladu s Ugovorom o slobodnom udruživanju. Iako su trgovinski odnosi EU-a s Republikom Maršalovih Otoka vrlo ograničeni, postoji mogućnost za njihov razvoj. EU trenutačno pregovora o sklapanju sveobuhvatnog Sporazuma o partnerstvu s četrnaest zemalja pacifičke regije, među kojima je i Republika Maršalovi Otoci. U tom pogledu ovaj Sporazum daje značajan napredak u uspostavi intenzivnijeg i redovitijeg političkog dijaloga i gospodarskog razvoja Republike Maršalovi otoci.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Sporazum o ukidanju viza za kratkotrajni boravak ima veliki politički značaj u okviru Sporazuma iz Cotonoua te je rezultat napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Republike Maršalovih Otoka. Pacifička je predsjednička demokracija potpuno posvećena zaštiti ljudskih prava te s EU-om ima konstruktivan dijalog o zaštiti njihova osjetljivog okoliša, posebno u odnosu na klimatske promjene. Ipak, na trgovinskom polju odnosi EU-a s Republikom Maršalovih Otoka i dalje su vrlo ograničeni. Sporazum će zato imati pozitivan gospodarski učinak jer će pojednostaviti putovanja poduzetnicima, olakšati ulaganja i razvoj turističkog sektora. To jačanje gospodarskih i kulturnih odnosa dodatno će intenzivirati politički dijalog o pitanjima koja su prioritetna za Uniju. Kad je riječ o mobilnosti, Republika Maršalovih Otoka ne predstavlja nikakvu prijetnju ni u smislu nezakonite migracije ni u smislu sigurnosti i javnog reda. Sporazum je dodatan dokaz našeg angažmana kad je riječ o toj regiji kako bi se ostvarilo bolje partnerstvo te je bitan čimbenik u približavanju europskih građana i građana pacifičke regije. Građani obiju regija moći će ostvarivati punu i konkretnu korist od partnerstva između AKP-a i EU-a. Želim naglasiti nužnost potpunog reciprociteta pri ukidanju viza i time jednako postupanje prema svim građanima.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este acordo prevê a isenção de visto para os cidadãos da União Europeia e os nacionais das Ilhas Marshall que se deslocam ao território da outra Parte Contratante pelo período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada. Votamos a favor.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Podpořil jsem uzavření dohody mezi EU a Marshallovými ostrovy. Účelem této dohody je zavedení režimu bezvízového styku pro občany Evropské unie a občany Marshallových ostrovů, kteří mohou pobývat na území druhé smluvní strany po dobu nejvýše 90 dnů během jakéhokoli období 180 dnů. Republika Marshallovy ostrovy je stabilní prezidentskou demokracií v rámci volného přidružení se Spojenými státy. Považuji tento ostrovní stát za relevantního a důvěryhodného partnera a nevidím tedy důvod pro další odklad zrušení vízové povinnosti.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'exemption de visa sur les territoires de l'UE et des Îles Marshall.

Cette exemption concerne tous les voyageurs des deux zones, pour une durée de 90 jours, quel que soit le motif. Elle exclut cependant les personnes souhaitant exercer une activité rémunérée.

Cet accord ouvre une nouvelle étape dans notre rapprochement avec ce territoire. Cela reste primordial à l'heure où l'Europe négocie un accord de partenariat économique global avec les Îles Marshall.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this legislative consent vote. UKIP does not support the EU concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Las relaciones entre la Unión Europea y la República de las Islas Marshall se rigen por el Acuerdo de Asociación entre los miembros del Grupo de los Estados de África, el Caribe y el Pacífico con la Unión y sus Estados miembros, el llamado Acuerdo de Cotonú.

Con el Acuerdo firmado, se establece la exención de visado para los ciudadanos de la Unión y los ciudadanos de la República de las Islas Marshall que viajen al territorio de la otra Parte Contratante por un período de 90 días cada 180 días. Con la exención de visado quedan cubiertas todas las categorías (titulares de pasaporte ordinario, diplomático, de servicio, oficial o especial) que viajen por cualquier motivo excepto el ejercicio de una actividad remunerada.

El Acuerdo firmado supone una profundización de las relaciones entre la Unión y la República de las Islas Marshall. Además, este acuerdo podrá tener efectos positivos con la simplificación de las condiciones de viaje para los empresarios y facilitar las inversiones y el turismo. Por todo ello, he votado a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution législative du Parlement européen du 1er décembre 2016 sur le projet de décision du Conseil concernant la conclusion, au nom de l'Union, de l'accord entre l'Union européenne et la République des Îles Marshall relatif à l'exemption de visa de court séjour. Ayant suivi les travaux à ce sujet au sein de la commission compétente, j'en suis arrivé à la conclusion que cette exemption de visa de court séjour se justifie pleinement.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Susitarimas su Maršalo Salomis dėl vizų režimo supaprastinimo – sveikintinas ir reikalingas žingsnis. Šiuo susitarimu palengvinamos kelionės tiek ES piliečiams, tiek ir Maršalo Salų gyventojams. Klausimas iš tiesų nėra kontroversiškas, nes iki šiol bevizis režimas tarp ES ir Maršalo Salų vyko be sutrikimų.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta proposta de recomendação visa conceder a isenção de vistos para os cidadãos da União Europeia (UE) e reciprocamente para os cidadãos da República das Ilhas Marshall que se desloquem para o território da outra parte contratante por um período máximo de 90 dias em cada período de 180 dias.

As Ilhas Marshall constituem uma democracia presidencial estável. Como com outros países ACP, o diálogo político entre estas partes tem-se centrado na proteção do seu meio ambiente, que é bastante vulnerável, na defesa dos direitos humanos e nas questões relativas à promoção da igualdade de género.

Este acordo permitirá reforçar as relações comerciais entre as partes, representando igualmente um importante passo em frente no âmbito da concretização dos princípios estabelecidos pelo Acordo de Cotonu.

Estando a economia das Ilhas Marshall essencialmente assente no setor dos serviços, do setor pecuário e agrícola, este Acordo poderá traduzir-se numa melhoria significativa não só para o desenvolvimento destes sectores, como também para o sector do turismo, através da facilitação das condições de viagens para turistas.

Enquanto membro da delegação da Assembleia Parlamentar Paritária ACP-UE, votei favoravelmente esta proposta de recomendação, à semelhança de outros relatórios sobre a mesma matéria hoje votados.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La libertad de movimiento es un derecho fundamental de todas las personas que actualmente no se respeta en una Unión con una política migratoria cada día más agresiva. Por ello, apoyamos esto acuerdo que permitirá viajar sin visado a la Unión Europea a los ciudadanos y ciudadanas de la República de las Islas Marshall y viceversa, un acuerdo que nos gustaría que se hiciera extensivo a otros países, particularmente los que viven situaciones de conflicto que están obligando a huir a millares de personas.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. — L'accordo che il Parlamento europeo ha approvato oggi stabilisce nuove disposizioni per l'esenzione del visto per i cittadini dell'Unione e per i cittadini della Repubblica delle Isole Marshall che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un soggiorno di breve durata fino a un massimo di 90 giorni. L'esenzione dal visto riguarda tutte le categorie di persone (titolari di un passaporto ordinario, diplomatico, di servizio, ufficiale o speciale) indipendentemente dal motivo della permanenza.

Questo accordo rappresenta il coronamento dell'approfondimento delle relazioni tra l'Unione europea e tale paese, nonché un ulteriore strumento volto a rafforzare le relazioni economiche, turistiche e culturali ed, infine, servirà a intensificare il dialogo politico tra le parti.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this legislative consent vote. UKIP does not support the EU concluding agreements with third countries, particularly when this concerns the movement of people.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report, as the signing of the short-stay waivers is significant for the EU and the state in question as it signifies deeper cooperation and mutual understanding.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Podporujem spoluprácu EÚ s krajinami tichomorského regiónu. Táto dohoda, ktorá je predmetom uznesenia, umožňuje občanom Európskej únie a občanom Republikou Marshallových ostrovov cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. To predstavuje aj výrazný pokrok v oblasti pravidelnejšieho a posilneného politického dialógu, hospodárskych a kultúrnych vzťahov a zintenzívnenie politického dialógu o rôznych otázkach vrátane ľudských práv a základných slobôd. EÚ v súčasnosti rokuje o komplexnej dohode o hospodárskom partnerstve so 14 krajinami tichomorského regiónu, do ktorého patria aj Republikou Marshallove ostrovy. Preto som hlasoval za.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Zrušenie vízovej povinnosti s Marshallovými ostrovmi pre krátkodobé pobyty som podporila. Spolupráca EÚ a Marshallových ostrovov dostala právny rámec ešte v podobe Dohody z Cotonu z roku 2000. Marshallove ostrovy ako demokracia v rámci voľného združenia s USA si ako prvý z nezávislých tichomorských štátov zvolil svoju prezidentku, čo hodnotím ako pozitívny krok v snahe o zrovnoprávnenie pohlaví. Odstránenie vízovej povinnosti odomkne potenciál ekonomickej a sociálnej spolupráce medzi EÚ a Marshallovými ostrovmi. Bezvízový styk sa bude týkať len pobytov v dĺžke 90 dní za obdobie 180 dní a osôb cestujúcich s iným dôvodom ako vykonávanie ekonomickej činnosti. Dôležitou informáciou je faktor vysokej dôvery v žiadateľov o víza, ako aj nízka miera zamietnutia víz, či fakt, že v rokoch 2014 a 2015 nebol žiaden občan Marshallových ostrovov zatknutý z dôvodu nedovoleného pobytu v EÚ.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Sporazum o partnerstvu med članicami skupine afriških, karibskih in pacifiških držav na eni strani ter Evropsko unijo in njenimi državami članicami na drugi oziroma tako imenovani sporazum iz Cotonuja ureja odnose med EU in Marshallovimi otoki, medtem ko Sporazum o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje te odnose še bolj poglablja in dodatno kepi gospodarske in kulturne povezave ter poglablja politični dialog predvsem na področjih človekovih pravic in temeljnih svoboščin.

Glede na sporazum Marshallovi otoki spadajo med države, katerih državljani so izvzeti iz vizumske obveznosti pri prehodu zunanjih meja držav članic. Vsi državljani Marshallovih otokov lahko ne glede na namen potovanja, razen če opravljajo plačano delo, brez vizumov potujejo na ozemlje države pogodbenice za največ 92 dni v 180-dnevnem obdobju.

Priporočilo Parlamenta ugotavlja, da ta sporazum potrjuje zavezanost Evropske unije za okrepitev partnerstva z Marshallovimi otoki, poleg tega pa državljanom omogoča, da so v celoti deležni ugodnosti partnerstva med državami AKP in EU in imajo pri potovanju tudi manj finančnih stroškov.

Poročevalka pozdravlja sporazum o odpravi vizumske obveznosti, saj gre za velik napredek pri vzpostavljanju okrepljenega in rednejšega političnega dialoga, zato sem njeno priporočilo pri glasovanju podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Tým, že občania Marshallových ostrovov nepredstavujú žiadnu vážnu hrozbu pre ciele migračnej politiky, bezpečnosť a vnútorný poriadok EÚ, javí sa byť na mieste uzatvoriť s touto krajinou dohodu o zrušení vízovej povinnosti pri krátkodobých pobytoch. Podmienky bezvízového cestovania stanovené v tomto dokumente sú upravené rovnako ako v iných dohodách rovnakého druhu, ktoré EÚ uzatvorila s inými štátmi. Táto dohoda by mala predstavovať úspešné zavŕšenie jednej z etáp prehlbovania vzťahov medzi EÚ a Marshallovými ostrovmi a umožniť obom stranám pokračovať v ich ďalšom prehlbovaní.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss – im Namen der Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Marshallinseln über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte habe ich mich enthalten.

Dieses Abkommen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte ist ein greifbares Ergebnis der Vertiefung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Republik Marshallinseln – was im Rahmen des Cotonou-Abkommens politisch sehr bedeutsam ist – sowie ein zusätzliches Instrument zur Stärkung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen und zur Intensivierung des politischen Dialogs über verschiedene Fragen, einschließlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Nichts spricht gegen diese Visabefreiung an sich. Ich lehne jedoch ab, dass die EU für Visafragen zuständig ist.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Bilateralni sporazum između EU-a i Republike Maršalovih Otoka potpisan je 27. lipnja 2016. u Ženevi. Od tada se Sporazum privremeno primjenjuje dok se čeka odobrenje Europskog parlamenta.

Potpisanim Sporazumom građanima Europske unije i državljanima Maršalovih Otoka omogućava se boravak bez vize na državnom području druge ugovorne stranke od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana. Vize se ukidaju za sve kategorije osoba (nositelje uobičajenih, diplomatskih, službenih ili posebnih putovnica) koje ne putuju u svrhu obavljanja plaćene aktivnosti.Kada je riječ o mobilnosti, dostupni podaci pokazuju da je stopa odbijenih zahtjeva za izdavanje vize vrlo niska.

Prihvaćam ovaj Sporazum jer ima veliki politički značaj, a njime se i dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, među ostalim i o ljudskim pravima i temeljnim slobodama.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi, v imenu Unije, Sporazuma med Evropsko unijo in Republiko Marshallovi otoki o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje.

S podpisanim sporazumom med Evropsko unijo in Republiko Marshallovi otoki bomo državljanom obeh podpisnic omogočili za največ 90 dni potovanja brez vizumov, vendar brez možnosti opravljanja plačanega dela.

Sporazum podpiram, saj bo prinesel okrepitev gospodarskih in kulturnih odnosov ter poglobitev političnega dialoga o različnih vprašanjih, vključno s človekovimi pravicami in temeljnimi svoboščinami.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για βραχεία διαμονή μεταξύ ΕΕ-Ν. Μάρσαλ δεν συνιστά συμπληρωματικό μέσο ενίσχυσης των οικονομικών και πολιτιστικών σχέσεων και εντατικοποίησης του πολιτικού διαλόγου για διάφορα ζητήματα, συμπεριλαμβανομένων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam, hogy az Európai Parlament adja egyetértését ahhoz, hogy az Európai Unió nevében a Tanács a Marshall-szigeteki Köztársasággal megállapodást írjon alá a valamennyi útlevél-kategóriára érvényes, rövid távú tartózkodásra vonatkozó vízummentesség kölcsönös biztosításáról. Az előterjesztés mérlegelése során tekintettel voltam arra, hogy ez a lépés megfelel az EU és az ACP-országok viszonyát szabályozó cotonoui egyezményben foglalt szándékoknak és céloknak, elősegítheti az igen szerény, de még lehetőségeket tartogató gazdasági és kereskedelmi kapcsolatok, a turizmus fejlesztését és ezzel hozzájárulhat az Unió fejlesztéspolitikai céljainak megvalósításához a térségben. Figyelembe vettem, hogy a Marshall-szigeteki Köztársaság, mint (az USA-val szabadon társult) állam ma stabil demokrácia, ahol érvényesülnek az emberi jogok, sőt, lakossága a térségben elsőként női elnököt választott. Egyúttal méltányoltam azt a fontos hozzájárulást is, amelyet az ACP–EU parlamenti delegáció révén az EP játszott a vízummentességi megállapodás létrehozásának folyamatában.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. — Colaborarea Uniunii Europene cu țările din regiunea ACP a fost consfințită de Acordul de la Cotonou din 2000. Din momentul respectiv, relațiile UE cu țările din zona Pacificului au cunoscut un trend constant în creștere. Unul dintre domeniile în care cooperarea din ultimii ani a fost fructuoasă este cel care privește regimul vizelor, domeniu în care resortisanții din Insulele Marshall înregistrează o rată a respingerilor nesemnificativă. Republica Insulelor Marshall dispune de un sistem prezidențial democratic stabil, în asociere cu Statele Unite, și a înregistrat progrese remarcabile în domeniul protecției drepturilor omului și egalității de gen. Statul insular colaborează foarte bine cu UE, în special în domeniul schimbărilor climatice și drepturilor omului, și are un potențial de dezvoltare semnificativ în domeniul turismului, serviciilor, pescuitului și agriculturii. În acest context, eliminarea vizelor de scurtă ședere va constitui o evoluție naturală și va permite intensificarea relațiilor culturale și economice între cele două părți. Susțin adoptarea acestei recomandări.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Cet accord d'exemption de visa pour les séjours de courte durée représente un résultat concret de l'approfondissement des relations entre l'Union européenne et la République des Îles Marshall — revêtant une signification politique forte dans le cadre de l'accord de Cotonou — ainsi qu'un moyen supplémentaire de renforcer les relations économiques et culturelles et d'intensifier le dialogue politique sur diverses questions, y compris les droits de l'homme et les libertés fondamentales.

L'accord d'exemption de visas pourrait avoir des effets positifs en simplifiant les conditions de voyage pour les entrepreneurs, en facilitant les investissements et le tourisme. L'économie des Îles Marshall repose principalement sur le secteur des services ainsi qu'un peu de pêche et d'agriculture. La République des Îles Marshall dispose de peu de ressources naturelles et ses importations dépassent de loin ses exportations. Les États-Unis sont de loin le plus grand contributeur au budget national en vertu d'un accord de libre association.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o sporazumu između Europske unije i Maršalovih otoka o ukidanju viza za kratkotrajni boravak. Ovaj Sporazum o ukidanju viza za kratkotrajni boravak rezultat je napora u produbljivanju odnosa između Europske unije i Maršalovih otoka te ima veliki politički značaj. Njime se također dodatno jačaju gospodarski i kulturni odnosi te se intenzivira politički dijalog o raznim pitanjima, između ostaloga, o ljudskim pravima i temeljnim slobodama. Potpisanim sporazumom građanima Europske unije i Maršalovih Otoka omogućava se boravak bez vize na području druge ugovorne stranke od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Bilateralnim sporazumom između Europske unije i Republike Maršalovih Otoka ukidaju se vize za boravak od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana svih osoba koje putuju na teritorij druge ugovorne stranke. Time će se pojednostaviti putovanja poduzetnicima, ojačati gospodarski i kulturni odnosi te će se intenzivirati politički dijalog o raznim pitanjima, između ostaloga, o ljudskim pravima i temeljnim slobodama.

Do završetka pregovora o sklapanju sveobuhvatnog Sporazuma o gospodarskom partnerstvu s državama pacifičke regije, ovaj sporazum označava još jedan korak u učvršćivanju partnerstva između Europske unije i Republike Maršalovih otoka.

Budući da ta država ne predstavlja prijetnju u pogledu nezakonite migracije, sigurnosti i javnog reda, a izuzeće od obveze posjedovanja vize označava bitan čimbenik u približavanju europskih građana i građana pacifičke regije, podržala sam ovaj sporazum.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi, v imenu Unije, Sporazuma med Evropsko unijo in Republiko Marshallovi otoki o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje sem podprla.

Odnose med Evropsko unijo in Marshallovimi otoki ureja sporazum iz Cotonouja. Med Evropsko unijo in Marshallovimi otoki je v letu 2016 prišlo do podpisa dvostranskega sporazuma, ki državljanom Evropske unije in državljanom Marshallovih otokov omogoča potovanje brez vizumov na ozemlje druge pogodbenice za največ 90 dni v katerem koli 180-dnevnem obdobju.

Evropska unija trenutno vodi pogajanja o celovitem sporazumu o gospodarskem partnerstvu s 14 pacifiškimi državami, med katerimi so tudi Marshallovimi otoki, tako da bi sporazum lahko olajšal pogajanja. Več bo poslovnih potovanj, pospešile se bodo naložbe, okrepile se bodo gospodarske povezave, omogočen bo zagon turizma in razvoj trgovine.

Gospodarstvo Marshallovih otokov v glavnem temelji na storitvenem sektorju, do določene mere pa tudi na ribištvu in kmetijstvu. Država ima nekaj naravnih virov, njen uvoz pa v veliki meri presega izvoz.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (09775/2015) y el acuerdo entre la Unión Europea y la República de las Islas Marshall (09774/2015) voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión. Me preocupa, no obstante, que dicho país aparezca señalado en diferentes informes como un paraíso fiscal. Por lo tanto, debe de establecerse un especial seguimiento del Acuerdo para evitar que la exención de visado de corta duración, suponga una facilidad a la hora de incurrir en prácticas de blanqueo de capitales y evasión fiscal.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants de ce pays qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours.

Ce rapport est accompagné d'une justification succincte précisant qu'il constitue un aboutissement dans l'approfondissement des relations bilatérales revêtant une signification politique forte dans le cadre de l'accord de Cotonou.

La commission LIBE invite cependant la Commission européenne «à observer les possibles développements en ce qui concerne les questions relatives à l'immigration clandestine, l'ordre public et la sécurité, les relations extérieures de l'Union avec ce pays y compris, en particulier, des considérations liées au respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales».

L'exemption de visas présente donc des risques au niveau de la sécurité (criminalité organisée, blanchiment d'argent, trafic de drogue, etc) et de l'immigration. On doit se poser la question s'il est opportun de conclure des accords d'exemption de visa au moment où le risque d'attentats terroristes est réel et où l'Union européenne a perdu tout contrôle de l'immigration de masse. Je vote contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Uważam, że najpierw należy położyć większy nacisk na budowanie więzi gospodarczych, kulturalnych i społecznych z obywatelami Republiki Wysp Marshalla. Po osiągnięciu pewnego pułapu stosunków możemy zastanowić się nad umową między UE a tym państwem, dlatego negatywnie zaopiniowałem wspomnianą umowę.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió és a Marshall-szigeteki Köztársaság közötti kapcsolatokat az egyrészről az afrikai, karibi és csendes-óceáni államok csoportjának tagjai, másrészről az Európai Unió és tagállamai között létrejött partnerségi megállapodás (Cotonoui Megállapodás) szabályozza. A javaslatot megszavaztam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Visto el proyecto de Decisión del Consejo (09775/2015) y el acuerdo entre la Unión Europea y la República de las Islas Marshall (09774/2015) voto a favor de esta recomendación al no encontrar motivo en adoptar otra decisión, y estimando positivo dicha decisión. Me preocupa, no obstante, que dicho país aparezca señalado en diferentes informes como un paraíso fiscal. Por lo tanto, debe de establecerse un especial seguimiento del Acuerdo para evitar que la exención de visado de corta duración, suponga una facilidad a la hora de incurrir en prácticas de blanqueo de capitales y evasión fiscal.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Šis susitarimas dėl bevizio režimo trumpalaikio buvimo atveju yra konkretus Europos Sąjungos ir Maršalo Salų Respublikos santykių plėtojimo rezultatas, turintis didelę politinę svarbą Kotonu susitarimo kontekste, taip pat papildoma priemonė siekiant sustiprinti ekonominius bei kultūrinius ryšius ir paskatinti politinį dialogą įvairiais klausimais, įskaitant žmogaus teises ir pagrindines laisves.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the Union, of the Agreement between the EU and the Republic of the Marshall Islands on the short-stay visa waiver. Relations between the European Union and the Republic of the Marshall Islands are governed by the partnership agreement between members of the African, Caribbean and Pacific Group of States of the one part and the European Union and its Member States of the other part, known as the Cotonou Agreement. The agreement provides for visa-free travel for the citizens of the EU and of the Marshall Islands when travelling to the territory of the other Contracting Party for a maximum period of 90 days in any 180-day period. The visa waiver covers all categories of persons travelling for all kinds of purposes, except for the purpose of carrying out a paid activity. I voted in favour because this agreement on the waiver of short-stay visas simultaneously represents a concrete outcome of the deepening of relations between the EU and the Republic of Marshall Islands – which is politically highly significant in the context of the Cotonou Agreement.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante dicho acuerdo se procede a facilitar la exención de visado para estancias de corta duración entre ambas partes. Hablamos de un acuerdo negociado por la Comisión Europea y que ha contado con la aprobación de la comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, por lo que creo necesario votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La libertad de movimiento es un derecho fundamental de todas las personas que actualmente no se respeta en una Unión con una política migratoria cada día más agresiva. Por ello, apoyamos esto acuerdo que permitirá viajar sin visado a la Unión Europea a los ciudadanos y ciudadanas de la República de las Islas Marshall y viceversa, un acuerdo que nos gustaría que se hiciera extensivo a otros países, particularmente los que viven situaciones de conflicto que están obligando a huir a millares de personas.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este acordo prevê um regime de isenção da obrigação de visto para os cidadãos da União Europeia e os nacionais deste país que se deslocam ao território da outra Parte Contratante por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A isenção de visto diz respeito a todas as categorias de pessoas (titulares de passaportes comuns, diplomáticos, de serviço/oficiais e especiais), independentemente do motivo da estada, com exceção do exercício de uma atividade remunerada. Votamos a favor.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Ich habe gegen das Abkommen zwischen der EU und den Marshallinseln über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte gestimmt, da meiner Meinung nach erstens keine Notwendigkeit dafür besteht und zweitens die Kompetenzen bezüglich der Visapolitik bei den Mitgliedsstaaten bleiben sollen.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Rozhodnutie Rady o uzavretí dohody medzi Európskou úniou a Republikou Marshallových ostrovov o zrušení vízovej povinnosti pri krátkodobých pobytoch som podporila. Európsky parlament mal v tomto prípade udeliť svoj súhlas s uzavretím dohody. Zrušenie vízovej povinnosti sa týka krátkodobých (maximálne 90 dňových pobytov) a vzťahuje sa na všetky kategórie osôb za všetkými účelmi s výnimkou vykonávania platenej činnosti. Tieto dohody sú výsledkom intenzívneho politického dialógu a prehlbovania politických vzťahov s krajinami mimo Európskej únie a pred tým, ako sa takáto dohoda uzavrie, je vždy starostlivo zvážené, či daná krajina dodržuje ľudské práva, má demokratický režim a koľko žiadostí o víza a z akých dôvodov bolo v prípade občanov danej krajiny zamietnutých. Keďže Republika Marshallových ostrovov je stabilnou prezidentskou demokraciou v rámci voľ-

ného združenia so Spojenými štátmi americkými, dôvera voči žiadateľom o víza je vysoká, percento ich zamietnutia je nízke a nepredstavuje ani žiadne riziko z hľadiska nezákonného prisťahovalectva, nemala som voči uzavretiu tejto dohody žiadne výhrady.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam sporazum o ukidanju obveze posjedovanja viza za kratkotrajni boravak od najviše 90 dana unutar perioda od 180 dana od prvog ulaska između Europske unije i Maršalovih Otoka. Povećanje mobilnosti iz i prema Europskoj uniji mora biti jedan od glavnih prioriteta europske politike na međunarodnoj razini. Ovo izuzeće preduvjet je razvoja budućih odnosa između Europske unije i Maršalovih Otoka. Ukidanje viza za kratkotrajni boravak ima pozitivni efekt za gospodarstvo i građane. Povećanje ekonomske aktivnosti, ali i stjecanje novih iskustava putovanjem glavni su učinci za obje strane sporazuma. Sve države koje primjenjuju i razvijaju schengensku pravnu stečevinu, a nisu države članice Europske unije, trebale bi također sklopiti sporazume s državom Maršalovi Otoci kako bi se njihov vizni režim harmonizirao sa sustavom Europske unije.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za odobritev Sporazuma med Evropsko unijo in Republiko Marshallovi otoki o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje.

Liberalizacija vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje velja za vse kategorije oseb (imetnike običajnega, diplomatskega, službenega/uradnega ali posebnega potnega lista), ki potujejo s kakršnim koli namenom, razen opravljanja plačanega dela.

Menim, da bodo poenostavljeni pogoji potovanja okrepili gospodarske in kulturne odnose med Evropsko unijo in Republiko Marshallovi otoki, spodbudili naložbe in turizem.

Republika Marshallovi otoki je politično stabilna predsedniška demokracija in ne pomeni grožnje, niti v smislu nedovoljene migracije niti na področju varnosti in javnega reda.

7.8. Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union: eine Bewertung (A8-0341/2016 - Salvatore Cicu)

Dichiarazioni di voto orali

Seán Kelly (PPE). – This is an extremely important fund, and in the light of the disastrous flooding which plagued central Europe this summer, and as a concern which Irish people know only too well, I supported this report as an instrument which would enable the EU to respond to major natural disasters more effectively, and indeed efficiently. Such a development thus demonstrates the innate sense of solidarity which will continue to define our relationship with both current and accession states of the European Union and show citizens that we do care about them, and that when they are in dire need the European Union is prepared to do its very best to help them. This is what the Solidarity Fund is all about, and in my constituency we have benefited from it on a number of occasions. We may need to benefit from it again – hopefully not, but I think we probably will because of the nature of the various climatic disasters which are occurring.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione analizza diversi aspetti della relazione della Commissione europea sulla riforma del Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) attuata nel 2014 e sottolinea come, nonostante i miglioramenti introdotti (ad esempio, i pagamenti anticipati, l'ammissibilità dei costi legati alla preparazione e all'attuazione delle operazioni di emergenza e di ripristino, l'introduzione di un termine di sei settimane per la risposta della Commissione alle domande dello Stato membro), i beneficiari incorrano ancora in parecchie difficoltà legate soprattutto alla lunghezza dell'intero procedimento.

Si invitano inoltre gli Stati membri a ottimizzare l'utilizzo dei fondi UE esistenti, per favorire gli investimenti volti alla prevenzione e alla riduzione del rischio di catastrofi naturali. La relazione menziona, inoltre, l'«iscrizione in bilancio» della dotazione finanziaria annuale prevista nel regolamento omnibus proposto dalla Commissione avente lo scopo di accelerare la procedura di mobilitazione e di fornire una risposta più tempestiva ed efficace ai cittadini colpiti da una catastrofe.

Altrettanto condivisibili appaiono gli appelli a una maggiore trasparenza riguardo all'intera fase di gestione e applicazione del FSUE. Per questi motivi ho votato a favore.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – We voted in favour of this report which assessed the successes and failures of the most recent changes to the European Union's Solidarity Fund. While the 2014 reforms did go a long way towards simplifying procedures for disaster stricken areas, there were some areas where it could go further. During the bad flooding last winter in Ireland, we consistently argued that applications should be possible jointly by regions divided by a border and to classify regions in terms of the NUTS III category. We are glad that an amendment to this aim was included in the final text as well as proposed changes regarding advanced payments and lowering the threshold for applications by peripheral areas with low socio-economic conditions.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. — Créé en 2002 à la suite de graves inondations, le Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) vise à aider financièrement les États membres et les pays candidats à l'adhésion qui ont subi des catastrophes naturelles extraordinaires dont les dommages matériels directs s'élèvent à plus de 3 milliards d'euros ou représentent plus de 0,6 % du revenu national brut.

Ce rapport simplifie les procédures relatives à la mobilisation du FSUE afin de faciliter l'exécution des paiements. Pour y parvenir, ce rapport préconise notamment de relever le seuil des paiements anticipés de 10 % à 15 % et d'abaisser le seuil d'admissibilité des catastrophes naturelles à 1 % du PIB régional. Par ailleurs, il est demandé de prendre en compte d'autres indicateurs, en dehors du PIB, tels que l'indice de développement humain et l'indice de développement régional dans les nouvelles méthodes de calcul d'attribution du FSUE.

Le FSUE incarne l'expression de la solidarité européenne et constitue un soutien financier non négligeable en faveur des autorités nationales et locales des régions touchées par des catastrophes naturelles. Dans ce contexte, il est opportun de simplifier le fonctionnement du FSUE et de faciliter l'exécution des paiements. J'ai par conséquent voté en faveur de ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Whilst I support the principle of solidarity when it comes to disaster relief, I am unconvinced that the Solidarity Fund is fit for purpose. Money often takes months, or longer, to be approved. Member States pay for this fund, which is then redistributed amongst Member States, so the overall impact of the fund – given the administration and bureaucracy caused – may not actually provide any net benefit to disaster relief.

This resolution correctly identifies some issues, however, and I therefore abstained.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Europos Sąjungos solidarumo fondo vertinimo. Pranešime nagrinėti keli Europos Sąjungos solidarumo fondo valdymo etapai. Pranešėjas atkreipia dėmesį į ESSF intervencijos greitį, būtiną prevencijos politiką, kuri turi būti vykdoma užtikrinant ESSF ir kitų ES priemonių, visų pirma sanglaudos politikos, papildomumą. Taip pat buvo pabrėžta nacionalinio lygmens ir regionų arba vietos valdžios institucijų veiksmingo bendradarbiavimo svarba. Todėl pritariu tam, jog turi būti užtikrintas veiksmingas reagavimas visais sprendimo priėmimo lygmenimis, kad finansinė parama valstybėms narėms būtų suteikta skubiai.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapja fontos eszköz ahhoz, hogy az EU területén, valamint a tagjelölt országokban bekövetkező jelentős természeti és rendkívüli regionális katasztrófákra megfelelő választ lehessen adni, kifejezni a szolidaritást a támogatásra jogosult régiókkal és államokkal. Az eszköz egyike azon EU-s forrásoknak, amelyek a legkézzelfoghatóbb, legkonkrétabb támogatások a helyi és regionális közösségeknek. A jelentés összefoglalja a legjelentősebb változtatásokat, amiken az Alap keresztülment az elmúlt években annak érdekében, hogy hatékonyabb és gyorsabb választ lehessen adni a katasztrófahelyzetekre, rugalmasabb megoldásokat lehessen megvalósítani.

Tényszerű leírás egy alapvetően jó célra létrehozott EU-s alap működéséről, az elmúlt években bekövetkezett alappal kapcsolatos változásokról. Elfogadását támogattam.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à simplifier les procédures relatives à la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) afin de faciliter l'exécution des paiements en faveur des États touchés par des catastrophes naturelles.

Pour y parvenir, ce texte préconise notamment de relever le seuil des paiements anticipés de 10 % à 15 % et d'abaisser le seuil d'admissibilité des catastrophes naturelles à 1 % du PIB régional. Par ailleurs, il est demandé de prendre en compte d'autres indicateurs, en dehors du PIB, tels que l'indice de développement humain et l'indice de développement régional dans les nouvelles méthodes de calcul d'attribution du FSUE.

Ce Fonds constitue un soutien financier important pour les régions touchées par des catastrophes naturelles. J'ai donc voté en faveur de la proposition car il m'apparaît tout à fait opportun de simplifier le fonctionnement du FSUE et de faciliter l'exécution des paiements.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui propose que le Fonds européen de solidarité puisse venir en aide de manière plus rapide et efficace suite aux catastrophes naturelles qui se produisent au sein de l'UE. En effet, étant donné l'ampleur et la gravité de certaines catastrophes, il est important de pouvoir améliorer la réactivité et l'efficacité du financement d'urgence aux États membres. Bien que le Fonds ait subi une réforme importante en 2014, des efforts peuvent encore être apportés afin de réduire la période de traitement des demandes des bénéficiaires, souvent jugée trop longue.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea è stato istituito nel 2002 come strumento per consentire di intervenire in occasione di catastrofi naturali particolarmente gravi. Esso costituisce un valido esempio di solidarietà tra le regioni e gli Stati dell'Unione, che è riuscito a mobilitare, in questi anni, quasi 4 miliardi di euro per le oltre 70 calamità che hanno colpito 24 tra Stati membri e paesi in via di adesione.

La relazione Cicu, che oggi ho sostenuto con il mio voto, sottolinea l'importanza del Fondo come sostegno per le amministrazioni locali e regionali colpite da catastrofi naturali. Grazie alla revisione del 2014, il FSUE ha potuto migliorare la propria efficacia grazie a misure come i pagamenti anticipati e a nuove disposizioni in materia di prevenzione unite a miglioramenti nelle procedure di gestione finanziaria.

Il testo approvato oggi suggerisce alcuni miglioramenti e chiede agli Stati membri di potenziare i mezzi di comunicazione e cooperazione con le autorità locali per sostenere il processo di valutazione dei danni e quello di preparazione delle domande. Occorre favorire l'utilizzo complessivo delle risorse esistenti, in particolare dei fondi SIE, puntando a politiche di investimenti dedicate alla prevenzione delle catastrofi naturali.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El Fondo de Solidaridad de la Unión Europea es una herramienta para responder a catástrofes naturales con repercusión directa en la vida de las personas, el medio natural o la economía de una región determinada y, concretamente, apoyar a las autoridades públicas en sus operaciones emergencia y recuperación. Desde su creación ha movilizado un total de 3 800 millones de euros en más de 70 catástrofes en 24 Estados miembros y países en vías de adhesión. He votado a favor del informe porque responde a la constatación de que las catástrofes naturales han aumentado en número, gravedad e intensidad y apoya medidas destinadas, por una parte, a mejorar los mecanismos de funcionamiento del instrumento (simplificando procedimientos, ganando agilidad, elevando el umbral de pagos anticipados e incrementando la transparencia) y, por otra parte, mejorar las capacidades de los Estados miembros en relación con la prevención y gestión de desastres y emergencias.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente su informe sobre la evaluación del Fondo de Solidaridad de la Unión Europea que he apoyado. Este Fondo ha sido una fuente de financiación muy importante para la administración local y regional, mitigando las consecuencias de catástrofes naturales que se producen en todo el continente europeo, que van desde terremotos o incendios forestales a inundaciones y, que ha sido muestra de la solidaridad europea con las regiones afectadas. Este Fondo, además, constituye una de las representaciones más concretas y tangibles para la ciudadanía del apoyo que la Unión puede prestar a las comunidades locales.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Le FSUE a été créé en 2002 et est doté de 500 millions d'euros de budget pour aider financièrement les États membres et les pays candidats à l'adhésion qui ont subi des catastrophes naturelles extraordinaires dont les dommages matériels directs s'élèvent à plus de 3 milliards d'euros ou représentent plus de 0,6 % du revenu national brut.

Ce rapport doit permettre de simplifier les procédures relatives à la mobilisation du FSUE afin de faciliter l'exécution des paiements en faveur des États touchés par des catastrophes naturelles, notamment en relevant le seuil des paiements anticipés ou en prenant en compte d'autres indicateurs en plus du PIB.

Face aux catastrophes naturelles, un soutien financier est toujours opportun et bienvenu et le FSUE constitue cet outil non négligeable en faveur des autorités nationales ou locales des régions touchées. J'ai donc décidé de voter pour.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — La relazione che propone una valutazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea è ben strutturata e condivisibile, per questo ho voluto sostenerla con il mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El Fondo de Solidaridad de la Unión Europea (FSUE) se creó para intervenir en caso de catástrofes naturales graves y aportar la solidaridad europea a las regiones siniestradas de Europa. Se estableció como respuesta a las grandes inundaciones del verano de 2002 en Europa Central. Desde entonces, se ha utilizado en 72 catástrofes de muy diversos tipos, como inundaciones, incendios forestales, terremotos, tormentas y sequías. Se ha ayudado a 24 países europeos con más de 3 800 millones de euros.

A la vista de la utilización del FSUE durante sus primeros años de existencia y el informe de situación específica del FSUE elaborado por la Comisión, he apoyado este informe de iniciativa que aborda los tres aspectos específicos donde mejorar la gestión del fondo: reacción rápida, prevención y complementariedad con los fondos de cohesión; y, transparencia y cooperación entre los distintos niveles de toma de decisiones.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes juo Parlamentas išsakė savo poziciją dėl Europos Sąjungos solidarumo fondo. Europos Sąjungos solidarumo fondas Europos Sąjungoje įsteigtas po tragiškų 2002 m. potvynių. Jo paskirtis – skubiai išreikšti Sąjungos solidarumą su nuo didelių stichinių nelaimių nukentėjusiomis šalimis. Fondo lėšomis pasinaudoti gali ne tik valstybėms narės, bet ir šalys kandidatės. 2014 m. pradinis reglamentas buvo iš dalies pakeistas siekiant veiksmingiau reaguoti į naudos gavėjams kylančias problemas, greičiau atsižvelgti į nukentėjusių šalių prašymus ir į taikymo sritį įtraukti sausrą. Vis dėlto Parlamentas pabrėžia, kad, nors ir nustatytas mechanizmas, pagal kurį išankstinius mokėjimus galima gauti greičiau nei taikant įprastą procedūrą, naudos gavėjai vis dar susiduria su problemomis dėl viso proceso – nuo paraiškos pateikimo iki galutinės paramos sumos išmokėjimo – ilgumo.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A Szolidaritási Alap keretében benyújtott kérelmeket a lehető leggyorsabban, a benyújtástól számított maximum 12 héten belül fel kell dolgozni. Minden döntéshozói szintnek gyorsan és hatékonyan kell reagálni, hogy a pénzügyi támogatás a lehető leghamarabb a katasztrófával sújtott terület rendelkezésére álljon. Tarthatatlan, hogy egyes esetekben több mint egy évre volt szükség ahhoz, hogy a pénzügyi segítség a kedvezményezettekhez érkezzen.

A hatékony fellépés részét képezik a megelőző intézkedések, valamint a kohéziós alapokkal való szinergiák keresése, különösen az infrastrukturális projektek esetén, hiszen mindez csökkenti a katasztrófa után szükséges intézkedésekhez kapcsolódó költségeket.

A parlamenti jelentés szorosabb együttműködést javasol az egyes döntéshozói szintek között, továbbá szorgalmazza az átláthatóság fokozását, az érintettekkel való kommunikáció javítását.

Szavazatommal támogattam a Szolidaritási Alap értékelésével foglalkozó jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se s poročilom za Solidarnostni sklad Evropske unije, saj predstavlja pomemben vir financiranja za lokalne in regionalne vlade ter blaži posledice naravnih nesreč po vsej Evropi.

Njegova uporaba je možna pri vrsti naravnih nesreč, in sicer od poplav do potresov in gozdnih požarov, s čimer se izraža evropska solidarnost s prizadetimi območji.

Prav tako pa je treba poudariti, da so naložbe v preprečevanje naravnih nesreč izjemno pomembne pri odzivanju na podnebne spremembe.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o Fondu solidarnosti Europske unije (EUSF), koji je osnovan kao odgovor na velike prirodne katastrofe i kako bi izrazio europsku solidarnost regijama pogođenim katastrofama. Od 2002. godine je bio korišten za 72 nesreće, pokrivajući niz različitih katastrofalnih događanja, uključujući poplave, požare, potrese, oluje…

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport prévoit de faciliter les procédures pour la mise en œuvre du FSUE dans le cas de catastrophes naturelles tant auprès des régions que des États. Je considère que la solidarité est une vertu qui peut très bien s'exercer au niveau européen, et, par conséquent je ne suis pas contre.

Je vote donc pour ce rapport.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (regolamento (CE) n. 2012/2002) è stato istituito con lo scopo di dare un segno tangibile della solidarietà dell'Unione verso i paesi colpiti da gravi catastrofi naturali. Il FSUE può fornire assistenza agli Stati membri se l'insieme dei danni diretti causati da una calamità naturale è superiore a 3 miliardi di euro (a prezzi 2011) o allo 0,6% del reddito nazionale lordo (RNL) del paese. Esistono altresì disposizioni volte a rispondere a catastrofi regionali di portata minore (1,5% del PIL della regione e all'1% per una regione ultraperiferica).

Per il suo carattere imprevedibile, una catastrofe naturale non solo provoca disagi per le popolazioni colpite, ma pone la questione della rapidità di intervento dei poteri pubblici, che devono far fronte alle spese impreviste. Dobbiamo quindi fare in modo che sia sempre più agevole mobilitare il FSUE per coloro che ne hanno diritto: la disponibilità di fondi e di aiuti immediati dopo un evento catastrofico è di cruciale importanza per permettere la ripresa e il proseguimento delle attività produttive delle aree colpite.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à simplifier les procédures relatives à la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) afin de faciliter l'exécution des paiements en faveur des États touchés par des catastrophes naturelles.

Pour y parvenir, ce rapport préconise de relever le seuil des paiements anticipés de 10 % à 15 % et d'abaisser le seuil d'admissibilité des catastrophes naturelles à 1 % du PIB régional. Par ailleurs, il est demandé de prendre en compte d'autres indicateurs, en dehors du PIB, tels que l'indice de développement humain ou l'indice de développement régional, dans les nouvelles méthodes de calcul d'attribution du FSUE.

Nous considérons que le FSUE incarne l'expression de la solidarité européenne et constitue un soutien financier non négligeable en faveur des autorités nationales et locales des régions touchées par des catastrophes naturelles. Dans ce contexte, il nous apparait tout à fait opportun de simplifier le fonctionnement du FSUE et d'en faciliter l'exécution des paiements à la seule condition qu'il ne soit pas utilisé pour financer l'accueil des migrants clandestins dans l'Union européenne. J'ai donc voté pour ce texte.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Le Fonds de solidarité de l'Union Européenne est une source importante de soutien financier pour les pouvoirs locaux et régionaux et permet de les soulager des conséquences des catastrophes naturelles qui se produisent à travers le continent européen. Il s'agit des inondations, tremblements de terre, incendies de forêt ou autres catastrophes souvent imprévisibles et aux conséquences sociales, économiques et environnementales majeures.

Face à ces menaces, la solidarité européenne est indispensable. Malheureusement, on constate que les bénéficiaires restent confrontés à des problèmes à cause de la longueur de l'ensemble du processus de demande des paiements anticipés.

J'ai voté en faveur de ce rapport qui propose des améliorations au FSUE pour une assistance financière rapide et efficace aux victimes du changement climatique et de ses conséquences climatiques les plus violentes.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione che invita la Commissione e la Corte dei conti a fare una valutazione approfondita del funzionamento del Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) entro la fine dell'attuale periodo di programmazione finanziaria pluriennale.

La relazione sottolinea l'importanza di ridefinire il campo di applicazione del FSUE in considerazione della riforma avvenuta nel 2014, stabilendo requisiti chiari per la definizione delle catastrofi regionali e incrementando le strategie di prevenzione.

È necessario moltiplicare gli sforzi di investimento per attenuare i cambiamenti climatici e assicurare la massima trasparenza in materia di aggiudicazione, gestione e applicazione del FSUE.

Gli Stati membri devono migliorare la cooperazione e la comunicazione con le autorità locali e regionali al fine di una più efficace collaborazione con l'assistenza dell'Unione europea.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which assessed the successes and failures of the most recent changes to the European Union's Solidarity Fund. While the 2014 reforms did go a long way towards simplifying procedures for disaster stricken areas, there were some areas where it could go further. During the bad flooding last winter in Ireland, I consistently argued that applications should be possible jointly by regions divided by a border and to classify regions in terms of the NUTS III category. I am glad that an amendment to this aim was included in the final text as well as proposed changes regarding advanced payments and lowering the threshold for applications by peripheral areas with low socio-economic conditions.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this vote. This vote concerned emergency disaster relief management, and we did not wish to stand in the way of such a scheme, even if it is under the control of the EU.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report which analyses the 2014 EU Social Fund (EUSF) Annual Report by the European Commission. It focuses on the effects of the 2014 EUSF reform on the process of the mobilisation of assistance and it also formulates some recommendations for a future possible reform, which should take into consideration the possibility of redefining regional natural disasters, allowing for a single application to be submitted jointly by several eligible states at cross-border level, as well as examining the indirect damage when assessing the application.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione del collega Cicu sul Fondo di solidarietà dell'Unione europea.

Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) è stato istituito nel 2002 quale valido strumento per consentire all'UE di far fronte alle gravi catastrofi naturali e ai disastri regionali di portata straordinaria all'interno dell'UE e nei paesi impegnati in negoziati di adesione, nonché per dimostrare solidarietà con le regioni e gli Stati interessati.

La relazione Cicu valuta diversi aspetti del report della Commissione europea sulla riforma del FSUE attuata nel 2014 e sottolinea giustamente come, nonostante i pur importanti miglioramenti introdotti, i beneficiari debbano ancora affrontare difficoltà in conseguenza della lunghezza dell'intero processo, dalla presentazione della domanda fino al pagamento del contributo finale.

Il relatore invita inoltre gli Stati membri a ottimizzare l'utilizzo dei fondi UE esistenti e sottolinea la necessità di avviare una riflessione sulla ricerca di nuovi indicatori che vadano oltre il PIL quali, tra gli altri, l'indice di sviluppo umano e l'indice regionale di progresso sociale.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La relazione, sulla quale ho ritenuto di esprimere voto favorevole, esamina il funzionamento dell'attività del Fondo di solidarietà dell'Unione Europea istituito nel 2002 per sostenere gli Stati membri nei quali avvengono catastrofi naturali. Il Fondo, che è già stato attivato per 72 catastrofi naturali, presenta ancora a mio giudizio possibili aree di miglioramento; infatti, sarebbe opportuno migliorare la velocità di reazione e il coordinamento tra istituzioni europee e nazionali affinché il sostegno finanziario venga sbloccato rapidamente. Non possiamo tollerare che le vittime di tali gravi catastrofi si sentano abbandonate nel periodo tra la risposta di emergenza e l'arrivo dei fondi. Ritengo inoltre che i finanziamenti erogati dall'Unione vadano destinati ad azioni di prevenzione e gestione del rischio, in particolare assicurando che la ricostruzione delle opere distrutte a seguito di una catastrofe naturale venga effettuata mettendo queste ultime a norma. Infine, ritengo necessario migliorare la trasparenza per quanto concerne l'uso dei fondi attraverso un accurato monitoraggio delle spese nonché attraverso la pubblicazione delle relazioni trasmesse dagli Stati membri. Sarebbe importante inoltre migliorare la comunicazione con i cittadini durante l'intero processo di aiuto al fine di consentire ai beneficiari di seguire meglio la procedura per ogni singola domanda.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την αξιολόγηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης αποτελεί μια ορθή προσπάθεια ανάλυσης και βελτίωσης των δραστηριοτήτων του Ταμείου αυτού, η οποία θεωρώ πως συμβάλλει στην αποτελεσματικότερη λειτουργία του. Γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo per questa relazione riguardante il Fondo sociale Europeo destinato a finanziare le situazioni di emergenza degli Stati membri.

È utile sottolineare che con tale fondo, a causa dei vincoli di bilancio, non è possibile finanziare adeguatamente i piani di prevenzione e di ricostruzione. Tuttavia la relazione si limita ad una generica richiesta di maggiore sinergia tra i fondi.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Le catastrofi naturali avvengono quando meno ce lo possiamo aspettare; nel mondo odierno possiamo prevedere molte cose, ma pretendere di poter governare in toto le dinamiche della nostra Terra non rientra tra queste.

Alla luce di questa certezza, voto convintamente a favore della relazione con cui si valuta lo strumento che, dal 2002, consente di fornire solidarietà e garantire un'assistenza adeguata e tempestiva ai cittadini colpiti da gravi cataclismi. Esso dispone di un budget pari a 500 milioni di euro e, a seguito della riforma dello stesso approvata nel 2014, può agire quanto più celermente grazie a pagamenti anticipati, con cui si mette a disposizione fino al 10 % dell'importo del contributo previsto (comunque limitato a un importo massimo di 30 milioni di euro).

Tuttavia, i beneficiari devono ancora affrontare difficoltà in conseguenza della lunghezza dell'intero processo, dalla presentazione della domanda fino al pagamento del contributo finale. In ogni caso è necessario ricordare agli Stati membri come sia nettamente preferibile prevenire le calamità tramite investimenti adeguati, quali ottenibili grazie ai fondi SIE dell'Unione, anziché dover ricorrere successivamente al FSUE con maggiori oneri e, verosimilmente, danni.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the European Union Solidarity Fund: an assessment.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) foi criado para dotar a União de um instrumento de reação a grandes catástrofes naturais, como foram as inundações de 2002 na Europa Central, que motivaram a criação do Fundo. Ao longo dos anos, cerca de 3,8 mil milhões de euros foram mobilizados para acorrer a mais de 70 catástrofes, o que o torna um símbolo efetivo de solidariedade dentro da UE.

Acompanho a preocupação com a morosidade dos processos relativos ao FSUE. Destaco a necessidade de garantir maior celeridade e menor burocracia no tratamento de pedidos, na mobilização dos fundos e na elaboração dos relatórios de execução e encerramento.

Defendo que a utilização do FSUE deve respeitar os mais rigorosos princípios de boa gestão financeira, pelo que deve ser garantida a independência e a transparência na adjudicação, gestão e implementação do FSUE. A partilha de boas práticas que daí advém é fundamental para melhorar, progressivamente, este instrumento.

Entendo que a reconstrução sustentável e as demais atividades pós-catástrofe devem ser enquadradas nos fundos estruturais, mas que da avaliação da aplicação do FSUE resultem recomendações para que a reconstrução obedeça um propósito de prevenção e adaptação das infraestruturas.

Pelo exposto, apoio o relatório.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich unterstütze die Forderungen des Berichterstatters nach mehr Transparenz und besserer Zusammenarbeit zwischen den Entscheidungsträgern auf den einzelnen Ebenen. Mit dem Solidaritätsfonds haben wir ein gutes Instrument an der Hand, das in Notfällen gute Hilfe bei den verschiedensten Katastrophen leisten kann. Aber es gibt noch Nachbesserungsbedarf: Die Kooperation und die Verfahrensabläufe insbesondere innerhalb einzelner lokaler und regionaler Behörden müssen verbessert werden. Wir brauchen Verfahren, die der Realität gerecht werden. Es muss darum gehen, den Betroffenen Hilfestellung zu leisten und ihnen nicht das Leben durch komplizierte bürokratische Vorgänge zu erschweren.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) è stato istituito per consentire all'UE di rispondere alle situazioni di emergenza causate da gravi calamità naturali ed esprimere la solidarietà europea alle regioni colpite dalla catastrofe in Europa.

Ho votato a favore della proposta in quanto si propone di aumentare il bilancio generale dell'Unione per il 2017 di un importo di 50 milioni di euro per stanziamenti di anticipi economici da erogare in modo tempestivo ed efficace ai paesi colpiti.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – It is towards a very useful purpose that we have mobilised, in total, EUR 3.8 billion in connection with more than 70 disasters within 24 beneficiary states and accession countries.

The circumstances leading to this embraced a wide range of natural phenomena, such as earthquakes, flooding, forest fires, storms and, more recently, drought; the EUSF remains one of the EU's strongest symbols of solidarity in times of need.

I agree with the rapporteur that may contribute to the grievances of these families through a faster mobilisation of funds so that the real needs on the ground may be met. We need to shorten deadlines for the processing of applications from six to four weeks and encourage effective cooperation between authorities at national level and regional and local levels.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Dostrzegając konieczność udostępnienia pomocy państwom dotkniętym klęskami żywiołowymi, zagłosowałem za przyjęciem sprawozdania dotyczącego oceny Funduszu Solidarności Unii Europejskiej (FSUE). Ustanowiony w 2002 r. fundusz stanowi bezpośredni wyraz solidarności unijnej z krajami dotkniętymi poważnymi klęskami żywiołowymi.

Wprowadzanie zmian do rozporządzenia oraz dokonywanie jego przeglądu jest ważne dla udzielenia skutecznej odpowiedzi beneficjentom oraz dla sprawniejszego rozpatrywania wniosków krajów dotkniętych klęskami. W momencie kataklizmu konieczna jest sprawna i szybka pomoc dla państwa oraz jego obywateli. Powołanie do funkcjonowania tego funduszu jest bez wątpienia zasadne. Uważam, że należy zwielokrotnić wysiłki na rzecz umacniania strategii w tym zakresie.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of an EU solidarity fund which has simplified procedures to ensure rapid response within six weeks of application, the introduction of an advanced payment of 10% upon application and improvements in the assessment phase, better communication while optimising the use of EU funding and transparency. The EU Solidarity Fund was set up as an answer to disastrous flooding in Central Europe (2012) as an instrument for major natural disasters and to demonstrate solidarity.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Le Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) a été créé suite aux inondations désastreuses de l'été 2002 en Europe centrale. Il constitue un instrument permettant à l'UE de faire face aux catastrophes naturelles majeures sur son territoire.

Ce rapport du Parlement européen analyse le rapport annuel du FSUE de la Commission européenne et formule des recommandations pour une future réforme qui permettrait de redéfinir les catastrophes naturelles régionales. Le rapport invite aussi la Commission européenne à analyser la possibilité d'augmenter le seuil des paiements anticipés à 15 % et de raccourcir les délais de traitement des demandes à 4 semaines afin de renforcer l'efficacité du FSUE.

Considérant qu'une meilleure réactivité et efficacité du Fonds permettra de mieux répondre aux enjeux des catastrophes naturelles auxquelles peuvent faire face des territoires de l'UE, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this vote. This vote concerned emergency disaster relief management, and we did not wish to stand in the way of such a scheme, even if it is under the control of the EU.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu le rapport d'évaluation du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE). Le FSUE est un outil phare de la coopération entre les États membres qui permet de porter assistance aux territoires et citoyens européens victimes d'une catastrophe naturelle. Ce rapport met en avant des propositions crédibles pour améliorer cet outil important, comme la réduction des délais de traitement de demandes d'assistance ou une plus grande transparence dans l'utilisation des fonds.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a Szolidaritási Alap értékelésével foglalkozó jelentést az Európai Parlament strasbourgi plenáris szavazásán.

A Szolidaritási Alap keretében benyújtott kérelmek feldolgozási idejét a lehető leggyorsabban, a kérelem benyújtásától számított maximum 12 héten belül fel kell dolgozni. Minden döntéshozói szintnek gyorsan és hatékonyan kell reagálni, hogy a pénzügyi támogatás a lehető leghamarabb a katasztrófával sújtott terület rendelkezésére álljon. Tarthatatlan, hogy egyes esetekben több mint egy évre volt szükség ahhoz, hogy a pénzügyi segítség a kedvezményezettekhez érkezzen.

A hatékony fellépés részét képezik a megelőző intézkedések, valamint a kohéziós alapokkal való szinergiák keresése, különösen az infrastrukturális projektek esetén, hiszen mindez csökkenti a katasztrófa után szükséges intézkedésekhez kapcsolódó költségeket.

A parlamenti jelentés szorosabb együttműködést javasol az egyes döntéshozói szintek között, továbbá szorgalmazza az átláthatóság fokozását, az érintettekkel való kommunikáció javítását.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport.

Crée en 2002 à la suite de graves inondations, le Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) vise à aider financièrement les États membres et les pays candidats à l'adhésion qui ont subi des catastrophes naturelles extraordinaires dont les dommages matériels directs représentent plus de 0,6 % du revenu national brut.

Le FSUE est un outil important de solidarité européenne, et il nous paraît important d'en simplifier l'utilisation et d'en élargir l'accès.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Фондът „Солидарност“ за кратко време се превърна в работещ фонд, който за съжаление се използва при природни бедствия за подпомагане на пострадалите. За съжаление обаче много от засегнатите райони останаха извън обсега на този фонд, защото бедствията в тях не отговаряха на рамките за помощ.

Ето защо аз приветствам промяната – желанието на ЕП да се намали прагът от 1,5% на 1%. И в същото време съм огорчен, че Комисията не пожела да го намали, но надявам се съвсем скоро ще успеем да постигнем тази цел. Надявам се да намалим времето за реакция на институциите, защото 12 седмици за подаване на документите за помощ и след това още 6 за одобрение все още е голям период за хората в бедствие. И накрая, надявам се да няма причина парите от този фонд да се пипат, т.е. надявам се да няма големи природни бедствия в Европа, а и по света изобщо.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τα εθνικά κράτη γνωρίζουν πολύ καλύτερα τις ανάγκες τους σε σχέση με την Ένωση, συνεπώς είμαστε αντίθετοι σε οποιαδήποτε απαίτηση για υποχρεωτικά εθνικά σχέδια.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - Szavazatommal támogattam a Szolidaritási Alap értékelésével foglalkozó jelentést az Európai Parlament strasbourgi plenáris szavazásán.

A Szolidaritási Alap keretében benyújtott kérelmek feldolgozási idejét a lehető leggyorsabban, a kérelem benyújtásától számított maximum 12 héten belül fel kell dolgozni. Minden döntéshozói szintnek gyorsan és hatékonyan kell reagálni, hogy a pénzügyi támogatás a lehető leghamarabb a katasztrófával sújtott terület rendelkezésére álljon. Tarthatatlan, hogy egyes esetekben több mint egy évre volt szükség ahhoz, hogy a pénzügyi segítség a kedvezményezettekhez érkezzen.

A hatékony fellépés részét képezik a megelőző intézkedések, valamint a kohéziós alapokkal való szinergiák keresése, különösen az infrastrukturális projektek esetén, hiszen mindez csökkenti a katasztrófa után szükséges intézkedésekhez kapcsolódó költségeket.

A parlamenti jelentés szorosabb együttműködést javasol az egyes döntéshozói szintek között, továbbá szorgalmazza az átláthatóság fokozását, az érintettekkel való kommunikáció javítását.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted for this report on the Solidarity Fund which enables EU financial assistance to be provided in the event of natural disasters. Despite my many calls, the UK Government refuses to take advantage of the Solidarity Fund to help overcome disasters in Wales.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: ce rapport vise à simplifier les procédures relatives à la mobilisation du FSUE afin de faciliter l'exécution des paiements en faveur des États touchés par des catastrophes naturelles.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla presente risoluzione perché il testo, nel quadro dell'utilizzo del Fondo di solidarietà dell'Unione europea, contiene misure per far fronte più rapidamente alle richieste dei paesi colpiti dalle catastrofi naturali.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Od roku 2002 funguje v Európskej únii Fond solidarity, ktorého hlavným cieľom je reagovať na prírodné katastrofy v Európe a poskytnúť finančnú pomoc štátom, ktoré sú takto postihnuté, aby sa mohli flexibilnejšie a rýchlejšie vyrovnať s následkami takýchto udalostí. Po 12 rokoch fungovania prešlo pôvodné nariadenie zmenou v roku 2014, aby lepšie a presnejšie odrážalo reálny stav a aby sa zrýchlila odozva medzi podaním žiadosti o pomoc a faktickým poskytnutím prostriedkov. Európska únia má však stále priestor na zlepšovanie Fondu solidarity, napríklad pri prevencii a efektívnom riadení po katastrofe. Prevencia však musí byť integrálnou súčasťou fázy nasledujúcej po katastrofe. Je totiž dôležité, aby obnova zničených objektov alebo opravy zariadení infraštruktúry boli príležitosťou na ich zosúladenie s normami.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The EU Solidarity Fund (EUSF) was set up to respond to major natural disasters and to express European solidarity to disaster-stricken regions. Since 2002, it has been used for 72 disasters, covering a range of different catastrophic events including floods, forest fires, earthquakes, storms and draughts. 24 European countries have been supported for an amount of almost EUR 4 billion.

After an initial stalemate in the Council, the ESUF Regulation was overhauled in 2014. This own INI report, based on the annual Commission report from 2014, addresses few aspects of the management of the EUSF, such as: response time, prevention policy through, for instance, implementation of the ex-ante conditionalities in the EU Cohesion policy, transparency and cooperation between the different levels of decision makers.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A Szolidaritási Alap keretében benyújtott kérelmek feldolgozási idejét a lehető leggyorsabban, a kérelem benyújtásától számított maximum 12 héten belül fel kell dolgozni. Minden döntéshozói szintnek gyorsan és hatékonyan kell reagálni, hogy a pénzügyi támogatás a lehető leghamarabb a katasztrófával sújtott terület rendelkezésére álljon. Tarthatatlan, hogy egyes esetekben több mint egy évre volt szükség ahhoz, hogy a pénzügyi segítség a kedvezményezettekhez érkezzen.

Az Európai Parlament Szolidaritási Alap értékelésével foglalkozó jelentése szorosabb együttműködést javasol az egyes döntéshozói szintek között, továbbá szorgalmazza az átláthatóság fokozását és az érintettekkel való kommunikáció javítását.

Mindezek miatt, szavazatommal támogattam a jelentést az Európai Parlament strasbourgi plenáris szavazásán.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe considerando que el FSUE puede ayudar a los Estados miembros cuando los daños directos totales causados por una catástrofe natural superan los 3 000 millones de euros o el 0,6 % de la renta nacional bruta del país (RNB). Aunque es imposible prever todas las situaciones de emergencia, siempre se puede mejorar la gestión de sus consecuencias. Debemos evitar situaciones en que las víctimas se sienten abandonadas entre la respuesta de emergencia y la llegada de los fondos del FSUE, por lo que la rapidez en la movilización de dichos fondos es de gran importancia.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – The European Union Solidarity Fund is a very important instrument that has served the EU very well, in total the fund has mobilised EUR 3.8 billion in connection with more than 70 disasters within 24 countries.

The fund has been used to mount effective responses to several types of natural disasters, such as earthquakes, flooding, storms and forest fires.

The effective use of this mechanism is still, however, hampered by the length of the overall process from application to payment of the final contribution. This can lead to unnecessary and potentially dangerous delays.

There is also a need to increase and optimise the use of existing EU funding, for investing in the prevention of natural disasters. This will save money long-term as every euro invested in prevention saved between four to seven euros in disaster management later.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Mi compiaccio per l'ottimo lavoro che il collega Cicu ha svolto nella sua relazione «Fondo di solidarietà dell'UE: valutazione»: concordo pienamente, infatti, con la necessità di intervenire con risposte tempestive, strumenti adeguati ed efficaci e serie politiche di prevenzione contro fenomeni disastrosi quali i sismi che hanno più volte colpito l'Italia negli ultimi mesi e che continuano a minacciare la sicurezza della persona, il patrimonio artistico-culturale e la crescita. L'Europa si faccia garante della bellezza e della storia dei suoi luoghi, sia promotrice dello sviluppo delle imprese e del mercato del lavoro, l'Europa solleciti il processo di rinascita dei piccoli comuni e dei borghi, feriti oggi dalle tante prove affrontate. Accresca le attuali potenzialità di intervento dei Fondi europei di solidarietà, attraverso processi di semplificazione, accelerazione e incremento delle agevolazioni per procedere al più presto con la ricostruzione e scongiurare la triste minaccia dell'abbandono delle radici e dei territori.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Dzięki Funduszowi Solidarności (FSUE) Unia Europejska udziela skutecznego wsparcia państwom członkowskim lub krajom kandydującym do UE w likwidowaniu skutków klęsk żywiołowych. Z tego funduszu przeznaczamy rok rocznie do 500 mln EUR na uzupełnienie wydatków publicznych ponoszonych przez państwo lub państwa członkowskie w związku z prowadzeniem działań nadzwyczajnych. FSUE udziela pomocy w przypadku, kiedy łączne bezpośrednie szkody spowodowane klęską żywiołową przekraczają 3 mld EUR lub 0,6 % dochodu narodowego brutto danego kraju.

Przyjęte w tym tygodniu sprawozdanie dotyczące oceny Funduszu Solidarności Unii Europejskiej zwraca uwagę na konieczność szybkiej interwencji FSUE, niezbędną politykę zapobiegania w powiazaniu z pozostałymi instrumentami europejskimi, zwłaszcza z polityką spójności oraz na skuteczną współpracę szczebla krajowego z władzami regionalnymi lub lokalnymi.

W tym kontekście, ze względu na to, że szybkość rozpatrywania wniosków w przypadku katastrof żywiołowych jest najważniejsza, sprawozdawca słusznie zaproponował termin – od chwili przedłożenia pełnej dokumentacji – nieprzekraczający 12 tygodni. Ponadto proponowane jest wprowadzenie większej przejrzystości, zwłaszcza w odniesieniu do różnych środków przydzielanych na naprawę szkód powstałych w wyniku takiej katastrofy.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Mit dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) soll schnell auf Katastrophenfälle reagiert werden können. Hierbei ist es wichtig, dass der EUSF und andere EU-Instrumente wirkungsvoll ineinandergreifen. Auch die effiziente Zusammenarbeit zwischen nationalen und lokalen Behörden ist für den Erfolg entscheidend.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour for the assessment of the European Union solidarity fund enabling EU to respond to major natural disasters that have a direct impact on people's lives, the natural environment and the economy in a given affected region.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché, passato il momento delle manifestazioni di vicinanza, le regioni colpite chiedono all'Europa di applicare e agire secondo due principi: flessibilità e semplificazione. Sono due concetti che dovrebbero regolare e governare tutta la politica di coesione, ma diventano «vitali» di fronte a interi paesi e territori ridotti in macerie.

Flessibilità e semplificazione del fondo di solidarietà dunque, che ha procedure e soprattutto tempi di applicazione troppo lunghi. Bene quindi l'anticipo dei fondi prima della decisione finale della Commissione, ma c'è ancora molto da fare. Il Fondo di solidarietà si è dimostrato uno strumento essenziale in molte occasioni di emergenza. Emergenza che inevitabilmente contrasta con burocrazia.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El Fondo de Solidaridad de la Unión Europea es una herramienta para responder a catástrofes naturales con repercusión directa en la vida de las personas, el medio natural o la economía de una región determinada y, concretamente, apoyar a las autoridades públicas en sus operaciones emergencia y recuperación. Desde su creación ha movilizado un total de 3 800 millones de euros en más de 70 catástrofes en 24 Estados miembros y países en vías de adhesión. He votado a favor del informe porque responde a la constatación de que las catástrofes naturales han aumentado en número, gravedad e intensidad y apoya medidas destinadas, por una parte, a mejorar los mecanismos de funcionamiento del instrumento (simplificando procedimientos, ganando agilidad, elevando el umbral de pagos anticipados e incrementando la transparencia) y, por otra parte, mejorar las capacidades de los Estados miembros en relación con la prevención y gestión de desastres y emergencias.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A Szolidaritási Alap keretében benyújtott kérelmek feldolgozási idejét a lehető leggyorsabban, a kérelem benyújtásától számított maximum 12 héten belül fel kell dolgozni. Minden döntéshozói szintnek gyorsan és hatékonyan kell reagálnia, hogy a pénzügyi támogatás a lehető leghamarabb rendelkezésére álljon a katasztrófával sújtott területeken. Tarthatatlan, hogy egyes esetekben több mint egy évre volt szükség ahhoz, hogy a pénzügyi segítség a kedvezményezettekhez érkezzen.

A hatékony fellépés részét képezik a megelőző intézkedések, valamint a kohéziós alapokkal való szinergiák keresése, különösen az infrastrukturális projektek esetén, hiszen mindez csökkenti a katasztrófa után szükséges intézkedésekhez kapcsolódó költségeket.

A parlamenti jelentés szorosabb együttműködést javasol az egyes döntéshozói szintek között, továbbá szorgalmazza az átláthatóság fokozását, az érintettekkel való kommunikáció javítását

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this own initiative report. Following the tragic flooding of 2002, the European Union introduced the European Union Solidarity Fund (EUSF) as an immediate demonstration of the Union's solidarity with countries affected by major natural disasters. It was established for both Member States and Accession Countries. The EUSF may come to the aid of Member States if total direct damages caused by a natural disaster exceed EUR 3 billion or 0.6% of the country's gross national income (GNI). There are also provisions to respond to smaller regional disasters (1.5% of the region's GDP or 1% for outermost regions). Indeed, Ireland applied to the EUSF under this measure. In October 2015, the European Commission presented its report on the use of the EUSF for 2014 which focuses on the EUSF's special circumstances in 2014. Following this report, the Regional Development Committee decided to produce this own-initiative report to examine how well this solidarity instrument works and calls on the Member States to optimise the use of existing EU funding.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour, since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o Fondu solidarnosti Europske unije, jer je upravo taj Fond jedna od najkonkretnijih i najopipljivijih manifestacija potpore koju Europska unija može dati lokalnim zajednicama. On je važan izvor financiranja za lokalne i regionalne vlade, kojim se ublažavaju posljedice elementarnih nepogoda. Zbog nepredvidljivog karaktera, elementarne nepogode ne donose samo tegobe za pogođeno stanovništvo već se postavlja i pitanje brzine djelovanja javnih tijela koja se moraju suočiti s nepredviđenim troškovima, stoga je iznimno važno zajamčiti maksimalnu transparentnost u dodjeljivanju sredstava iz Fonda solidarnosti Europske unije, upravljanju njima i njihovoj provedbi.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Toute volonté de simplifier le fonctionnement du Fonds de solidarité de l'Union européenne et d'accélérer l'exécution des paiements est bienvenue. Ce mécanisme est exemplaire de la solidarité européenne et s'avère être décisif dans l'aide financière qu'il apporte aux localités frappées par des catastrophes naturelles.

J'ai donc voté pour.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui évalue le Fonds de solidarité de l'Union, car il formule des recommandations pour une future réforme de ce fonds de solidarité face aux catastrophes naturelles qui devrait prendre en considération la possibilité de redéfinir les catastrophes naturelles régionales, permettre à une seule demande d'être présentée conjointement par plusieurs États éligibles au niveau transfrontalier, ainsi que l'examen des dommages indirects lors de l'évaluation de la demande.

Il est par ailleurs demandé à la Commission d'analyser la possibilité d'augmenter le seuil des paiements anticipés de 10 % à 15 % et de raccourcir les délais de traitement des demandes de 6 semaines à 4 semaines, ce qui est tout à fait souhaitable.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Bericht. Der Solidaritätsfonds wurde infolge der schweren Überschwemmungen in Mitteleuropa im Sommer 2012 eingerichtet, um es den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, auf die Folgen von Naturkatastrophen schneller zu reagieren. Effizienzfördernde Maßnahmen, wie in diesem Bericht angedacht, befürworte ich.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. - Szavazatommal támogattam a Szolidaritási Alap értékelésével foglalkozó jelentést az Európai Parlament strasbourgi plenáris szavazásán.

A Szolidaritási Alap keretében benyújtott kérelmek feldolgozási idejét a lehető leggyorsabban, a kérelem benyújtásától számított maximum 12 héten belül fel kell dolgozni. Minden döntéshozói szintnek gyorsan és hatékonyan kell reagálni, hogy a pénzügyi támogatás a lehető leghamarabb a katasztrófával sújtott terület rendelkezésére álljon. Tarthatatlan, hogy egyes esetekben több mint egy évre volt szükség ahhoz, hogy a pénzügyi segítség a kedvezményezettekhez érkezzen.

A hatékony fellépés részét képezik a megelőző intézkedések, valamint a kohéziós alapokkal való szinergiák keresése, különösen az infrastrukturális projektek esetén, hiszen mindez csökkenti a katasztrófa után szükséges intézkedésekhez kapcsolódó költségeket.

A parlamenti jelentés szorosabb együttműködést javasol az egyes döntéshozói szintek között, továbbá szorgalmazza az átláthatóság fokozását, az érintettekkel való kommunikáció javítását.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. – L'Europa è sempre più spesso confrontata a catastrofi naturali. Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea è la chiara espressione della solidarietà nei momenti di bisogno ed è per questo che con il voto di questa risoluzione ribadiamo oggi il nostro pieno supporto a questo strumento.

Sin dalla sua creazione, nel 2002, ha rappresentato un'importante fonte di sostegno per le amministrazioni locali e regionali, mobilitando quasi 4 miliardi di euro a sostegni di oltre 70 calamità naturali in 24 Stati membri e in via di adesione.

Il Parlamento ha avuto un ruolo di primo piano nella revisione della riforma del 2014 in particolare per quanto riguarda il miglioramento della disponibilità e dell'efficacia dell'aiuto, non da ultimo i pagamenti anticipati del 10% dell'importo del contributo previsto.

I fondi da soli non bastano a fronteggiare le catastrofi naturali. Occorre moltiplicare gli sforzi di investimenti soprattutto nella mitigazione dei cambiamenti climatici nonché elaborare strategie di prevenzione e gestione dei rischi. Non dimentichiamoci che molte catastrofi naturali sono delle conseguenze dirette delle attività umane.

L'appello che rivolgiamo oggi alla Commissione riguarda anche la possibilità di aumentare la soglia dei pagamenti al 15%, nonché la possibilità di ridurre i termini per il trattamento delle domane.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il vise à faciliter l'exécution des paiements issus du FSUE, et demande de relever le seuil des paiements anticipés de 10 % à 15 % et d'abaisser le seuil d'admissibilité des catastrophes naturelles à 1 % du PIB régional.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – Het Solidariteitsfonds is een instrument om bijstand te verlenen aan lidstaten die getroffen worden door een grote natuurramp. Het spreekt voor zich dat de Unie in dergelijke gevallen met spoed dient te kunnen handelen. De N-VA ondersteunt de vaststellingen van dit verslag en is overtuigd van het belang dat deze uitgaven hebben wanneer ze de slachtoffers van natuurrampen tijdig en doeltreffend kunnen helpen om de schade te herstellen en de draad weer op te nemen.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that suggests some areas of future possible reform to the EU Solidarity Fund.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Nakon tragičnih poplava iz 2002., Europska unija uspostavila je Fond solidarnosti, koji služi za direktno iskazivanje solidarnosti Unije sa zemljama pogođenim velikim elementarnim nepogodama, a odnosi se i na države pristupnice. Fond solidarnosti može pomoći državama članicama ako sveukupna šteta izravno uzrokovana elementarnim nepogodama premašuje 3 milijarde EUR ili 0,6 % bruto nacionalnog dohotka države, a postoje i odredbe za pomoć u slučaju manjih regionalnih nepogoda. Cilj ovog izvješća je naglasiti važnost brzine interveniranja Fonda, potrebu za politikom prevencije i nužnost komplementarnosti Fonda i drugih europskih instrumenata, prije svega kohezijske politike.

Izvjestitelj naglašava kako se boljom suradnjom među različitim razinama odlučivanja može poboljšati transparentnost Fonda. Smatram da je potrebno poboljšati mehanizme suradnje i komplemenarnosti u djelovanju ovog Fonda, stoga sam podržala ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Z Fondu solidarity zriadeného v roku 2002 pomáha Únia členským a kandidátskym krajinám vyrovnať sa s prírodnými živlami. Ide o poskytnutie pomoci *vis major*, jej cieľom je zmiernenie následkov katastrof. Podmienkou je, že celkové priame škody spôsobené prírodnou katastrofou presahujú 3 miliardy eur (v cenách roku 2011), alebo 0,6 % hrubého národného dôchodku (HND) danej krajiny. Správa poukazuje na potrebu zlepšenia riadenia pomoci, zväčšenia flexibility, zvýšenia informovanosti a zároveň vyššej transparentnosti pri poskytovaní pomoci.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με το Ταμείο Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης: αξιολόγηση, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην Ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις Βρυξέλλες στις 30/11/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Ce rapport vise à simplifier les procédures relatives à la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE). Le FSUE a été créé en 2002 suite aux graves inondations qui ont touché plusieurs pays européens. Il vise à aider financièrement les États membres qui ont subi des catastrophes naturelles extraordinaires.

Nous considérons que ce fonds est un bel outil de la solidarité européenne et un des rares exemples du bon usage des fonds issus des contributions nationales. La simplification des règles de sa mobilisation est donc la bienvenue.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Europos Sąjungos solidarumo fondas įsteigtas po tragiškų 2002 m. potvynių. Jo paskirtis – skubiai išreikšti Sąjungos solidarumą su nuo didelių stichinių nelaimių nukentėjusiomis šalimis. Fondo lėšomis pasinaudoti gali ne tik valstybėms narėms, bet ir šalys kandidatės. 2014 m. pradinis reglamentas buvo iš dalies pakeistas siekiant veiksmingiau reaguoti į naudos gavėjams kylančias problemas, greičiau atsižvelgti į nukentėjusių šalių prašymus ir į taikymo sritį įtraukti sausras.

Dėl ESSF lėšų naudojimo nuo šio fondo įsteigimo Europos Audito Rūmai yra parengę vieną ataskaitą. Šioje ataskaitoje pabrėžtos kelios fondo valdymo gerinimo galimybės. Į šias rekomendacijas atsižvelgta 2014 m. persvarstant ESSF. Todėl pritariu pranešime išdėstytoms nuostatoms, kad vis dar galima siekti didesnio skaidrumo, visų pirma skiriant lėšas nelaimės padarytai žalai atlyginti.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à simplifier les procédures relatives à la mobilisation du FSUE afin de faciliter l'exécution des paiements en faveur des États touchés par des catastrophes naturelles.

Pour y parvenir, ce rapport préconise notamment de relever le seuil des paiements anticipés de 10 % à 15 % et d'abaisser le seuil d'admissibilité des catastrophes naturelles à 1 % du PIB régional. Par ailleurs, il est demandé de prendre en compte d'autres indicateurs, en dehors du PIB, tels que l'indice de développement humain et l'indice de développement régional, dans les nouvelles méthodes de calcul d'attribution du FSUE.

Nous considérons que le FSUE incarne l'expression de la solidarité européenne et constitue un soutien financier non négligeable en faveur des autorités nationales et locales des régions touchées par des catastrophes naturelles. Dans ce contexte, il nous apparait tout à fait opportun de simplifier le fonctionnement du FSUE et de faciliter l'exécution des paiements. Dès lors, j'ai voté en faveur de ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — Após as inundações trágicas de 2002, a União Europeia criou o Fundo de Solidariedade da União Europeia (Regulamento (CE) n.º 2012/2002) que representa a manifestação imediata de solidariedade da União com os países afetados por grandes catástrofes naturais.

O FSUE tem tido uma utilização positiva e tem ajudado muitos países. No entanto, é sempre possível proceder a melhorias; daí a elaboração deste relatório para encontrarmos melhores soluções para o futuro. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because the EU Solidarity Fund is an indispensable instrument in providing emergency relief to countries affected by major national disasters quickly and effectively.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — En 2002, suite aux tragiques inondations, l'Union européenne a mis en place le Fonds de solidarité de l'Union européenne. S'adressant tant aux États membres qu'aux pays candidats à l'adhésion, ce Fonds permet de venir en aide aux pays victimes d'une catastrophe naturelle.

S'il est impossible de prévoir toutes les situations d'urgence et catastrophes, il est néanmoins possible d'améliorer la gestion de leurs conséquences. Différents aspects de la gestion sont notamment mis en évidence au sein du rapport, tels que la rapidité d'intervention du Fonds de solidarité, une nécessaire politique de prévention allant de pair avec la nécessaire complémentarité entre le FSUE et les autres instruments européens, en particulier la politique de cohésion, ainsi que la collaboration efficace entre le niveau national et les autorités régionales ou locales.

Le Fonds de solidarité de l'Union européenne constitue une traduction immédiate de la solidarité de l'Union avec les pays touchés par des catastrophes naturelles majeures. Il est donc indispensable de procéder à l'évaluation de cet instrument en vue d'une amélioration constante de celui-ci. C'est donc sans aucune hésitation que j'accueille ce rapport.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which addresses several aspects of the management of the European Union Solidarity Fund (EUSF). It focuses on the response time of the EUSF and the need for a prevention policy, which goes hand in hand with the necessary complementarity between the EUSF and other European instruments, in particular cohesion policy. It is essential to emphasise effective cooperation between authorities at national level and regional and local levels.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapját a 2002-es árvízkatasztrófák után hozták létre. Az Alap célja a nagy természeti katasztrófák által sújtott országok iránti uniós szolidaritás azonnali kinyilvánítása.

Az Európai Bizottság 2015 októberében mutatta be az Alap igénybevételéről szóló 2014. évi jelentését. A Regionális Fejlesztési Bizottság ebből az alkalomból határozott úgy, hogy megvizsgálja az Alap működését és erről jelentésben számol be a Parlamentnek. A jelentés mindenekelőtt az Alap reagálási sebességével foglalkozik, és fölveti egy olyan prevenciós politika szükségességét, ami kihasználja az Alap és más európai uniós eszközök, főként a kohéziós politika közötti kölcsönös kiegészítő jelleget. A jelentés elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à simplifier les procédures relatives à la mobilisation du FSUE afin de faciliter l'exécution des paiements en faveur des États touchés par des catastrophes naturelles.

Pour y parvenir, ce rapport préconise notamment de relever le seuil des paiements anticipés de 10 % à 15 % et d'abaisser le seuil d'admissibilité des catastrophes naturelles à 1 % du PIB régional. Par ailleurs, il est demandé de prendre en compte d'autres indicateurs, en dehors du PIB, tels que l'indice de développement humain et l'indice de développement régional, dans les nouvelles méthodes de calcul d'attribution du FSUE.

Nous considérons que le FSUE incarne l'expression de la solidarité européenne et constitue un soutien financier non négligeable en faveur des autorités nationales et locales des régions touchées par des catastrophes naturelles. Dans ce contexte, il nous apparait tout à fait opportun de simplifier le fonctionnement du FSUE et de faciliter l'exécution des paiements.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le FSUE incarne l'expression de la solidarité européenne et constitue un soutien financier non négligeable en faveur des autorités nationales et locales des régions touchées par des catastrophes naturelles.

Dans ce contexte, il m'apparait tout à fait opportun de simplifier le fonctionnement du FSUE et de faciliter l'exécution des paiements. Je vote pour le texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'évaluation du fonds de solidarité de l'Union européenne. Ce fonds, mis en place à la suite des inondations de 2002en Europe de l'Est, est un véritable instrument de solidarité destine à aider les pays victimes de catastrophes naturelles majeures.

Ce rapport propose des évolutions de ce mécanisme pour une meilleure efficacité. Il propose notamment que la notion de catastrophe naturelle régionale soit redéfinie. Il propose également la création de la possibilité de déposer une seule demande d'aide conjointe lorsque plusieurs États sont touchés par une catastrophe.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Per sfruttare al meglio le grandi opportunità offerte dalla globalizzazione è innanzitutto necessario saperne mitigare gli effetti. È per questo motivo che accogliamo con favore la relazione sulle attività, l'incidenza e il valore aggiunto del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione tra il 2007 e il 2014. Il Fondo ha dimostrato infatti, di essere un importante strumento di solidarietà per i lavoratori vittime di esuberi di massa generati dai cambiamenti strutturali del commercio mondiale, attraverso attività di assistenza, riqualificazione e reinserimento, nonché di promozione dell'attività di impresa.

Inoltre, la relazione mette nero su bianco la necessità di prestare attenzione agli impatti delle politiche e degli accordi commerciali sul mercato del lavoro europeo, oltre a ribadire l'importanza del dialogo sociale e a spronare la Commissione affinché si assicuri che la perdita del lavoro avvenga solamente come ultima istanza. La risposta alla globalizzazione non può né deve declinarsi in un atteggiamento di diffidenza e di chiusura, bensì va vista come una grande opportunità che necessita un adattamento attivo per coglierne i benefici, mantenendo come saldi punti di riferimento le conquiste del modello sociale europeo e la tutela dei lavoratori.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In 2002 the European Union Solidarity Fund was set up as a response to major natural disasters and to express the EU's solidarity towards disaster struck regions within Europe. Since then it has been used for 72 disasters by 24 different countries. I have voted for this report that examined how well this solidarity instrument works and what areas need improvement, including improving the management of the impact of a disaster.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Фондът „Солидарност“ на ЕС представлява солиден и гъвкав инструмент, осигуряващ действителна помощ на европейските граждани, засегнати от големи природни бедствия. Доказателство за това е фактът, че фондът, от създаването си през 2002 г., е мобилизирал общо 3,8 млрд. евро във връзка с над 70 бедствия в 24 държави членки и кандидат членки, включително и моята страна България.

За да продължава да бъде конкретно и осезаемо средство за солидарност на ЕС към общности, пострадали от природни бедствия, фондът трябва да продължи да се развива. През 2014 г., когато многогодишната финансова рамка за периода 2014-2020 г. влезе в сила, фонд „Солидарност“ беше обновен значително. Процедурите за кандидатстване за финансова помощ от фонда бяха подобрени и опростени, така че региони, жертви на природни бедствия, да могат да получат отговор в срок от шест седмици от датата на подаване на заявление за помощ.

В тази резолюция, от своя страна, отново намира място едно друго интересно предложение – при определянето на финансовата помощ, получавана от пострадалите региони, да се разглежда индексът на човешкото развитие и регионалният индекс на социален прогрес.

Мисля, че гореспоменатите успехи на фонд „Солидарност“, както и продължаващото му развитие, трябва да бъдат стимулирани и именно поради тази причина давам подкрепата си за тази резолюция.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. — Podpořil jsem zprávu, která mimo jiné poukazuje na nutnost zajistit, aby členské státy optimalizovaly využívání stávajícího financování EU, zejména všech pěti evropských strukturálních a investičních fondů, pro účely investic do předcházení vzniku přírodních katastrof. V tomto ohledu je důležité rozvíjet součinnost mezi jednotlivými fondy a politikami Unie s cílem co nejvíce předcházet důsledkům přírodních katastrof a v případech, kdy je využit Fond solidarity EU, také s cílem zajistit konsolidaci a dlouhodobý udržitelný rozvoj projektů rekonstrukce. Je vhodné doplnit, že Fond solidarity EU poskytuje pomoc u nepojistitelných škod a nekompenzuje soukromé ztráty, přičemž dlouhodobá opatření, jako je např. udržitelná rekonstrukce nebo činnost na podporu hospodářského rozvoje nebo prevence, jsou způsobilá pro financování z jiných nástrojů Unie, zejména z evropských strukturálních a investičních fondů.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this report which assessed the successes and failures of the most recent changes to the European Union's Solidarity Fund. While the 2014 reforms did go a long way towards simplifying procedures for disaster stricken areas, there were some areas where it could go further. During the bad flooding last winter in Ireland, I consistently argued that applications should be possible jointly by regions divided by a border and to classify regions in terms of the NUTS III category. I am glad that an amendment to this aim was included in the final text as well as proposed changes regarding advanced payments and lowering the threshold for applications by peripheral areas with low socio-economic conditions.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da der Solidaritätsfonds der Europäischen Union mit der Verordnung 2012/2002 infolge der schweren Überschwemmungen in Mitteleuropa im Sommer 2012 eingerichtet wurde, um die EU in die Lage zu versetzen, auf Naturkatastrophen zu reagieren. Ich befürworte daher die effizienzfördernden Maßnahmen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. ELSF on üks Euroopa parimaid solidaarsust väljendavaid rahastusvahendeid, mis toob leevendust looduskatastroofide järgsetele regioonidele ning aitab neil taastada kriisijärgseid olukordi.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Pritariu pateiktam pranešimui.

Pažymėtina, kad ES solidarumo fondas yra labai svarbi priemonė veiksmingai reaguoti į dideles gaivalines nelaimes, nuo kurių nukenčia valstybės narės. Tai viena iš konkrečiausių ir pastebimiausių paramos, kurią ES gali teikti vietos bendruomenėms, formų. Įvykus nelaimei, reikia kuo skubiau suteikti pagalbą ir padėti nelaimės ištiktiems žmonėms. Todėl labai svarbu užtikrinti, kad fondas veiktų efektyviai, lanksčiai ir būtų naudojamas pagal paskirtį.

Būtina sukurti teisinę sistemą, kuria remiantis būtų apibrėžta vertinimo laikotarpio trukmė. Be to, reikia nustatyti aiškius su stebėsenos vizitais pagalbą gaunančiose valstybėse susijusius kriterijus siekiant įvertinti taikomą įgyvendinimo sistemą ir tikrinti tinkamą išteklių naudojimą.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Το Ταμείο Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης (ΤΑΕΕ) δημιουργήθηκε για την αντιμετώπιση μεγάλων φυσικών καταστροφών και την εκδήλωση της ευρωπαϊκής αλληλεγγύης στις πλησιέστερες περιοχές της Ευρώπης. Το Ταμείο ιδρύθηκε μετά τις σοβαρές πλημμύρες που έπληξαν την Κεντρική Ευρώπη το καλοκαίρι του 2002. Έκτοτε, έχει χρησιμοποιηθεί σε 72 περιπτώσεις για την αντιμετώπιση καταστροφών, όπως πλημμύρες, δασικές πυρκαγιές, σεισμοί, κατολισθήσεις και ξηρασίες. Μέχρι σήμερα έχει παρασχεθεί βοήθεια πάνω από 3.8 δισ. ευρώ σε 24 διαφορετικές ευρωπαϊκές χώρες. Υπερψήφισα την έκθεση, η οποία δίνει έμφαση σε ορισμένες συστάσεις για την ενδεχόμενη βελτίωση της διαχείρισης του Ταμείου σε τομείς όπως η ταχύτητα ανταπόκρισης, πρόληψη και συμπληρωματικότητα, διαφάνεια και συνεργασία μεταξύ των διαφόρων επιπέδων λήψης αποφάσεων.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che la gestione del Fondo di solidarietà dell'UE può beneficiare, ancora, di alcune migliorie; per esempio potrebbe essere introdotta una maggiore trasparenza, in particolare per quanto riguarda i fondi attribuiti per il risarcimento dei danni causati da una catastrofe. Infatti, bisognerebbe migliorare il livello di cooperazione tra fra le varie autorità locali, regionali e i servizi centrali a livello di ciascuno Stato membro.

Inoltre ritengo, come politico, la necessita di migliorare e velocizzare l'erogazione dei fondi messi a disposizione dell'UE, per evitare che le popolazioni colpite dalle catastrofi ambientali si sentano abbandonate.

Pertanto ho espresso voto positivo

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report as it formulates some recommendations for a future possible reform, which should take into consideration the possibility of redefining regional natural disasters, allowing for a single application to be submitted jointly by several eligible states at cross-border level, as well as examining the indirect damage when assessing the application. It also focuses on the effects of the 2014 EUSF reform on the process of the mobilisation of assistance. The Fund is the EU's way to respond to major and extraordinary natural disasters inside the Union and in countries involved in accession negotiations and demonstrates solidarity with the eligible regions or States.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Od svog osnutka 2002. godine Fond solidarnosti Europske unije (EUSF) pokazao se kao vrlo koristan i važan instrument za ublažavanje posljedica nastalih elementarnim nepogodama pružajući financijsku pomoć nacionalnim vladama te regionalnim i lokalnim vlastima pogođenih područja. U četrnaest godina države članice pokazale su solidarnost putem ovoga Fonda pomažući pri 69 elementarnih nepogoda različitih vrsta i razmjera u cijeloj Europi, pri čemu su 24 zemlje bile potpomognute primajući pomoć u ukupnom iznosu od 3,7 milijardi eura. Tijekom vremena ukazala se potreba za nekim adaptacijama i promjenama. Rok zahtjeva za pomoć je produžen ostavljajući državama članicama 18 mjeseci za korištenje sredstava od datuma isplate, uveden je predujam od 10 %, a neke nejasne odredbe puno su jasnije određene, a sve u skladu s brojnim zahtjevima koje su tijekom godina dali Europski parlament i lokalne vlasti. Kako je ovaj Fond prilikom katastrofa najbrža pomoć pogođenim državama, smatram važnim da se u svjetlu budućih reformi u obzir uzme mogućnost povećanja praga predujma s 10 % na 15 %, kao i skraćivanja rokova za obradu zahtjeva sa šest na četiri tjedna - kako bi potrebna pomoć mogla što prije doći do pogođenih područja.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. — Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea rappresenta uno dei più significativi strumenti di solidarietà dell'Unione nei confronti dei cittadini e dei paesi colpiti da gravi catastrofi naturali. È importante quindi che il suo funzionamento sia il più possibile veloce, trasparente ed efficace. Il regolamento iniziale del 2002 è stato modificato, in questo senso, nel 2014. Questa relazione prova a fornire alcuni suggerimenti per ulteriori miglioramenti.

Innanzitutto è necessario che l'intervento del FSUE sia rapido, che tutti i livelli decisionali dalla Commissione agli Stati membri e alle autorità locali reagiscano prontamente, per evitare che le vittime di catastrofi naturali si sentano abbandonate.

È poi importante condizionare gli interventi di ricostruzione a una politica di prevenzione e sostenibilità che riduca i rischi e i danni collegati a futuri disastri. In tal senso la politica di coesione può svolgere un ruolo complementare a quello del FSUE.

Infine, anche se passi avanti sono stati fatti con la revisione del 2014, si potrebbe fare di più riguardo alla trasparenza nella gestione dei fondi stanziati e alla comunicazione al pubblico per consentire ai beneficiari e alle persone interessate di seguire al meglio tutta la procedura.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Fond solidarnosti Europske unije je instrument kojim se financiraju hitne operacije nakon velikih elementarnih nepogoda i izvanrednih regionalnih nepogoda u EU-u, ali i zemljama koje vode pregovore o pristupanju. Upotrebljava se za razne prirodne katastrofe kao što su potresi, poplave, šumski požari, oluje te najnovije suša. Do sada je u okviru tog fonda mobilizirano ukupno 3,8 milijardi EUR za više od 70 nepogoda u 24 države članice i države pristupnice. Zbog klimatskih promjena broj elementarnih nepogoda u EU-u je znatno porastao te postaje sve ozbiljniji problem, stoga treba inzistirati na fleksibilnom instrumentu kojim će se omogućiti odgovarajuća i brza pomoć građanima pogođenima velikim elementarnim nepogodama.

U svjetlu budućih reformi poziva se Komisiju da uzme u obzir mogućnost povećanja praga predujma s 10 % na 15 %, kao i skraćivanja rokova za obradu zahtjeva sa šest na četiri tjedna. Također treba razmotriti mogućnost određivanja praga prihvatljivosti za regionalne prirodne katastrofe od 1 % regionalnog BDP-a. Trebamo raditi na prevenciji mogućih katastrofa, stvaranju mogućnosti za brže reakcije nakon nepogoda te na većoj transparentnosti i boljoj suradnja među različitim razinama odlučivanja. Važno je da EP radi na sprječavanju situacija poput one u Hrvatskoj 2013. kada je prošlo 18 mjeseci prije no što su sredstva došla u ruke korisnika.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – O relatório, fazendo uma avaliação positiva da aplicação deste fundo e da acuidade da reforma, sugere que os Estados-Membros otimizem as sinergias com os Fundos de Investimentos Estratégicos - no que toca ao desenvolvimento de instrumentos de prevenção, adaptação e mitigação das catástrofes naturais - e que a reconstrução e esses instrumentos de prevenção, adaptação e mitigação tenham sempre em consideração a sustentabilidade da reconstrução e dos recursos, aumentando a capacidade de resistência à aleatoriedade das catástrofes.

O relatório faz, ainda, um conjunto de sugestões à Comissão, que são positivas, nomeadamente: aumentar o limiar de adiantamentos de 10% para 15%; diminuir os prazos para o tratamento dos pedidos de seis para quatro semanas; fixar o limiar de elegibilidade dos prejuízos causados por catástrofes naturais regionais em 1% do PIB regional e ter em conta, na avaliação dos pedidos, o nível de desenvolvimento socioeconómico das regiões afetadas; a ponderação de outros indicadores além do PIB, como o IDH ou o IPS, para a avaliação da elegibilidade.

Considera-se o relatório positivo, votamos a favor.

Miroslav Poche (S&D), *písemně.* – Podle mého názoru je Fond solidarity Evropské unie (FSEU) jeden z nejvýraznějších symbolů evropské solidarity v době nouze. Jakožto sociální demokrat jsem velmi rád, že zde taková instituce existuje již od roku 2002. Je zároveň nutné, aby tento institut byl co nejefektivnější, resp. aby byl schopen co nejrychleji vyřizovat žádosti subjektů čelících různým typům přírodních katastrof. Tato výzva je ještě naléhavější tím, že k mnoha přírodním katastrofám docházelo v oblastech nejvíce postižených hospodářskou krizí. Také bych rád připomenul, že je samozřejmě potřeba zachovat maximální transparentnost v rozdělování přidělených finančních prostředků. Zároveň je třeba dlouhodobě investovat do projektů, které povedou k prevenci případných příštích katastrof na stejném území, což lze podporovat např. zavedením ex ante podmínek při nastavování mechanismů financování politiky soudržnosti.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Po tragicznych powodziach w 2002 r. Unia Europejska wprowadziła Fundusz Solidarności Unii Europejskiej (rozporządzenie (WE) nr 2012/2002). Stanowi on bezpośredni wyraz solidarności unijnej z krajami dotkniętymi poważnymi klęskami żywiołowymi. Przeznaczony jest nie tylko dla państw członkowskich, ale także dla krajów kandydujących do przystąpienia do UE. W 2014 r. do rozporządzenia pierwotnego wprowadzono zmiany, aby skuteczniej odpowiadać na obawy beneficjentów i szybciej rozpatrywać wnioski krajów dotkniętych klęskami oraz by włączyć suszę do wykazu klęsk objętych przepisami (rozporządzenie (UE) nr 661/2014). W październiku 2015 r. Komisja Europejska przedstawiła sprawozdanie w sprawie wykorzystania Funduszu Solidarności Unii Europejskiej (FSUE) za rok 2014. W „rozporządzeniu zbiorczym" zaproponowanym przez Komisję 14 września przewiduje się nowy przegląd funduszu w celu poprawienia szybkości i skuteczności systemu finansowania działań prowadzonych w trybie pilnym. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – L'UE a mis en place le Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) en 2002, pour faire face aux situations d'urgence comme les catastrophes naturelles et particulièrement dans les États membres.

J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte sur l'évaluation du FSUE et qui envisage diverses solutions pour améliorer son efficacité. Nous prévoyons d'accroitre la rapidité d'intervention du FSUE, d'accentuer la collaboration entre les acteurs nationaux et locaux et d'améliorer la stratégie de prévention et de gestion des risques. Enfin, nous souhaitons également envisager la possibilité d'autoriser le dépôt de demandes uniques et conjointes par plusieurs États éligibles touchés par une catastrophe naturelle transfrontalière.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this vote. This vote concerned emergency disaster relief management, and we did not wish to stand in the way of such a scheme, even if it is under the control of the EU.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — El Fondo de Solidaridad de la Unión Europea (FSUE) se creó para intervenir en caso de catástrofes naturales graves y aportar la solidaridad europea a las regiones siniestradas de Europa. Se estableció como respuesta a las grandes inundaciones del verano de 2002 en Europa Central. Desde entonces, se ha utilizado en 72 catástrofes de muy diversos tipos, como inundaciones, incendios forestales, terremotos, tormentas y sequías. Se ha ayudado a 24 países europeos con más de 3 800 millones de euros.

A la vista de la utilización del FSUE durante sus primeros años de existencia y el informe de situación específica del FSUE elaborado por la Comisión, he apoyado este informe de iniciativa que aborda los tres aspectos específicos donde mejorar la gestión del fondo: reacción rápida; prevención y complementariedad con los fondos de cohesión; y, transparencia y cooperación entre los distintos niveles de toma de decisiones.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la position du Parlement européen qui vise à modifier le fonctionnement du Fonds de solidarité de l'Union européenne. Parmi les recommandations faites par le Parlement européen, je retiens la possibilité pour les États membres d'adresser une demande commune d'aide en cas de catastrophe transfrontalière. Il s'agit selon moi d'une modification relevant du bon sens.

Le Parlement européen s'est également prononcé en faveur d'une réduction des délais de traitements des demandes de six à quatre semaines ainsi que de l'augmentation du seuil des paiements anticipés de 10 % à 15 %. Il s'agit de demandes importantes que j'espère voir mises en place le plus rapidement possible dans la législation européenne.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Šiandien svarstome klausimą dėl Europos Sąjungos valstybių narių draudimo nuo stichinių nelaimių poliso – Europos solidarumo fondo. Jis užtikrina Sąjungos galimybę pagelbėti stichinių nelaimių atveju. Ne mažiau svarbu, kad siūlyme yra numatomos ir veiklos efektyvumą didinančios priemonės.

Todėl nemanau, kad siūlymas kitų metų ES biudžete šiam fondui rezervuoti kasmet skiriamą sumą sulauks didelio pasipriešinimo.

Kartu noriu atkreipti kolegų dėmesį į žalingas tendencijas, pradėjusias ryškėti po neseniai įvykusių stichinių nelaimių. Kaip žinia, šiuo metu Parlamente yra svarstomas rezoliucijos projektas, kuriuo raginama iš valstybės deficito skaičiavimo išimti išlaidas, susijusias su atsparumo didinimu nuo vienos stichinių nelaimių rūšies – žemės drebėjimų. Ir tik geografiškai ribotoje teritorijoje. O kodėl tokiu atveju ignoruojamos kitos stichinių nelaimių rūšys, pavyzdžiui, potvyniai? Ir kiti regionai?

Tai yra pavojinga. Pavojinga dėl to, kad greta pagalbos, kurią gali suteikti Europos solidarumo fondas, valstybės narės gaus galimybę vykdyti netvarią finansinę politiką, iškreipti Augimo ir stabilumo pakto nuostatas.

Noriu pabrėžti, jog Europos solidarumo fondas yra efektyvi pagalbos priemonė, tačiau pagalbos priemonė turi turėti apibrėžtą biudžetą ir konkrečius tikslus. Ir, kas svarbiausia, negalime leisti, kad pasinaudodamos stichinių nelaimių pretekstu kai kurios valstybės narės pateisintų gero ekonomikos valdymo taisyklių pažeidinėjimus.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O relatório de iniciativa em apreço refere-se ao processo de avaliação do Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) criado em 2002, para fazer face a situações de graves catástrofes naturais que afetem os Estados-Membros da União, extensível aos países candidatos à adesão.

O presente relatório de iniciativa, que votei favoravelmente, surge na sequência do relatório apresentado pela Comissão Europeia em Outubro de 2015 sobre a utilização do FSUE no ano precedente.

Da análise efetuada, é possível concluir que, pese embora seja impossível prever situações de catástrofe e de emergência, é desejável melhorar a gestão das consequências por elas causadas, nas suas diferentes fases, sobretudo em matéria de reparação sustentável de danos e gestão de riscos.

Subscrevo a ideia do relator quanto à necessidade de conferir maior rapidez na ativação do FSUE, maior transparência na sua utilização e maior cooperação entre os diferentes níveis de tomada de decisão.

Apoio igualmente a adoção de uma política de prevenção que promova a complementaridade entre a utilização do FSUE e outros instrumentos europeus, com particular ênfase nos Fundos de Coesão, particularmente quando estivermos perante projetos infraestruturais (que devem ter em linha de conta os aspetos ligados à prevenção de riscos e potencialmente reduzir os custos decorrentes de catástrofes naturais).

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui dresse un bilan de l'action du Fonds de solidarité de l'Union européenne.

Le Fonds de solidarité de l'Union européenne a joué un rôle essentiel dans la réponse apportée par l'Union aux catastrophes naturelles survenues dans des États membres telles que des tremblements de terre, des inondations, des incendies de forêt ou encore des tempêtes. Depuis sa création, 3,8 milliards d'euros ont pu être mobilisés pour plus de 70 catastrophes survenues dans 24 États membres.

Ce rapport appelle à l'amélioration de la rapidité de réaction et donc à la réduction des longueurs de l'ensemble du processus en renforçant, notamment, le mécanisme de paiements anticipés.

Le rapport demande aux États membres et à la Commission de renforcer la transparence des procédures ainsi qu'une meilleure coopération au sein des États européens avec les autorités locales.

Enfin, j'ai soutenu ce texte parce qu'il souligne le caractère essentiel du développement de synergies entre les différents fonds et les politiques de l'Union dans le cadre de la prévention des effets des catastrophes naturelles.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque en general estoy a favor del mismo, ya que se proponen cambios y mejoras de funcionamiento relacionadas con la simplificación, la rapidez en la asignación de los fondos, la reducción de tiempos de tramitación, la implementación de una mayor transparencia, el incremento de la cantidad de anticipos y la reducción de los umbrales. Sin embargo considero que se pierde una oportunidad importante de proponer mejoras de verdadero calado para las poblaciones afectadas por desastres.

Hubiera sido el momento de ampliar los objetivos del Fondo de Solidaridad para incluir catástrofes humanitarias y no solo catástrofes naturales. Una oportunidad excelente de usar fondos comunitarios para paliar los efectos de la crisis migratoria que está causando tantas muertes en nuestras fronteras.

Por último, se debería haber considerado la introducción de políticas de igualdad de Género y derechos de la mujer como criterios de elegibilidad de las propuestas, ya que las mujeres son uno de los colectivos que sufre con mayor virulencia las consecuencias de los desastres naturales. He votado a favor, si bien soy consciente de las limitaciones en la evaluación del fondo.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. — Ho deciso di votare a favore della risoluzione sul Fondo di solidarietà dell'Unione europea, rivelatosi uno strumento valido ed efficace per garantire il sostegno da parte dell'UE ai paesi colpiti da gravi calamità naturali.

A partire dalla sua istituzione, il Fondo ha mobilitato 3,8 miliardi di euro per riparare i danni causati da oltre 70 catastrofi naturali in 24 paesi beneficiari. Il regolamento viene ora revisionato al fine di rispondere più rapidamente alle richieste dei paesi colpiti e di velocizzare l'allocazione delle risorse, che ora passa da 6 a 4 settimane, e soprattutto incrementare la soglia di anticipo dei fondi dal 10% al 15%.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za toto uznesenie. Fond solidarity (zriadený v roku 2002 po tragických záplavách v EÚ) slúži na vyjadrenie solidarity EÚ s krajinami postihnutými vážnymi prírodnými katastrofami. Prijímajúcimi krajinami môžu byť krajiny EÚ alebo kandidátske krajiny na vstup. Dôležitou súčasťou obdobia obnovy po katastrofe je aj prevencia, a to z pohľadu vyhnutiu sa škodám pri budúcich katastrofách. Tu je dôležitá spolupráca s Kohéznym fondom, kde by sa pri projektoch v oblasti infraštruktúry mal zohľadňovať aj aspekt prevencie rizík.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Fond solidarity EÚ od svojho zriadenia v roku 2002 bol veľmi užitočný, lebo mobilizoval celkovo 3,8 miliardy EUR v súvislosti s viac ako 70 katastrofami týkajúcimi sa 24 prijímajúcich štátov a prístupových krajín a bol využitý ako reakcia na rôzne prírodné javy vrátane zemetrasení, záplav, lesných požiarov, búrok a v poslednom období aj sucha. Aj naďalej zostáva jedným z najsilnejších symbolov solidarity v čase núdze. Štáty, ktoré postihne akákoľvek katastrofa, nevedia zmobilizovať dostatočné finančné nároky na odstránenie škôd a odškodnenie obyvateľstva, preto je dôležité, aby Fond solidarity bol flexibilný, aby štáty mohli požiadať o vyplatenie preddavku. V novom nariadení sa zavádza možnosť poskytovať zálohové platby až do výšky 10 % pravdepodobnej sumy pomoci, ktorej maximálna výška predstavuje 30 miliónov EUR. Fond solidarity by mal vždy, pokiaľ je to možné, fungovať v súčinnosti s ďalšími zdrojmi finančnej pomoci, najmä s európskymi štrukturálnymi a investičnými fondmi. Mnohé prírodné katastrofy sú spôsobené v dôsledku zmenu klímy, preto je potrebné investovať aj do prevencie a zmiernenia zmeny klímy.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Po tragičnih poplavah leta 2002 je EU ustanovila instrument za takojšnjo finančno pomoč državam, ki so jih prizadele hude naravne nesreče.

Vse države članice in države kandidatke lahko zaprosijo za pomoč iz sklada, če njihova skupna škoda presega 3 milijarde EUR ali 0,6 % bruto nacionalnega dohodka. Poročevalec v tej oceni Solidarnostnega sklada poudarja, da ni mogoče predvideti vseh izrednih razmer, mogoče pa je izboljšati obvladovanje njihovih posledic.

S tem namenom poročevalec v svojem poročilu, ki ga je pripravil na lastno pobudo, obravnava več vidikov upravljanja sklada, še posebej njegov odzivni čas in nujnost preventivnih ukrepov, kar je močno povezano s potrebo po usklajevanju Solidarnostnega sklada z ostalimi finančnimi instrumenti.

Ker poročilo močno izpostavlja ključni pomen hitrega odzivanja držav članic, ki morajo vloge obravnavati čim prej, da se žrtve nesreč v času med nesrečo in pridobitvijo sredstev ne bi počutile zapuščene, sem ga pri glasovanju podprl.

Pomembno pa se mi zdi tudi to, da poročevalec posebej poudarja pozitivne učinke preprečevalnih ukrepov, ki morajo biti obvezen sestavni del faze po naravni nesreči, in opominja države članice, naj vnaprej predložijo svoje strategije preprečevanja in obvladovanja tveganj.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – V Európskej únii sa v dôsledku klimatických zmien výrazne zvýšil počet prírodných katastrof a vzrástla aj ich závažnosť a intenzita. Fond solidarity EÚ bol zriadený v reakcii na ničivé záplavy, ktoré postihli strednú Európu v lete 2012, a od svojho založenia bol veľmi užitočný, pretože mobilizoval celkovo 3,8 miliardy EUR v súvislosti s viac ako 70 katastrofami týkajúcimi sa 24 prijímajúcich štátov a prístupových krajín.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. – I voted against this resolution as rather than expressly using the funds for disaster relief, it seeks to expand the list of eligible expenses to include investments to prevent natural disasters from occurring. The whole purpose of having a Solidarity Fund is to provide rapid and effective support to Member States dealing with the impact of a major disaster. The costs of preparation for such disasters should be conducted and funded by each individual Member State.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Fond solidarnosti Europske unije (EUSF) osnovan je kao odgovor na katastrofalne poplave koje su pogodile srednju Europu tijekom ljeta 2012.

U svjetlu budućih reformi poziva se Komisija da u obzir uzme mogućnost povećanja praga predujma s 10 % na 15 %, kao i skraćivanja rokova za obradu zahtjeva sa šest tjedana na četiri tjedna.

Komisiju se također poziva da razmotri mogućnost određivanja praga prihvatljivosti za regionalne prirodne katastrofe od 1 % regionalnog BDP-a i da pri ocjeni zahtjeva uzme u obzir razine društveno-gospodarskog razvoja pogođenih regija.

Prihvaćam ovo Izvješće jer je jako važno da stradalnici u prirodnim katastrofama odmah prime pomoć na što brži i učinkovitiji način jer su za njih prvi trenutci nakon katastrofe egzistencijalno najteži.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o Solidarnostnem skladu Evropske unije: ocena. V preteklih letih se je velikokrat izkazalo, da še kako potrebujemo Solidarnostni sklad Evropske unije, ko pride do naravnih nesreč v državah članicah in je na prvem mestu čim hitrejša pomoč ljudem, ki so se znašli v stiski.

Je pa še veliko prostora za izboljšave. Na mestu je predvsem razmislek o večji prožnosti, s katero se bomo lahko hitreje in učinkoviteje odzvali na nesreče.

Smo pa lahko z vidika nadzora proračuna ter preglednega upravljanja z davkoplačevalskim denarjem zadovoljni, saj so bile v preteklih letih narejene pomembne izboljšave v smeri boljšega finančnega poslovodenja.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα εθνικά κράτη γνωρίζουν πολύ καλύτερα τις ανάγκες τους σε σχέση με την Ένωση.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – A jelentést szavazatommal támogattam. A dokumentum emlékeztet arra, hogy az Európai Unió Szolidaritási Alapját (EUSZA) azért hozták létre, hogy jelentős természeti katasztrófák esetén lehetővé tegye az Európai Unió számára a reagálást és kifejezésre juttassa az Európa katasztrófa sújtotta régióival való európai szolidaritást. Rendelet szabályozza, hogy minden olyan esetben, amikor az a költségvetési források időben történő rendelkezésre állásának biztosításához szükséges, az alapot legfeljebb 50 000 000 EUR összegig igénybe lehet venni előlegfizetés céljára, a kapcsolódó előirányzatoknak az Unió általános költségvetésébe való felvételével.

Az Európai Parlament és a Tanács jelenlegi határozatra irányuló javaslata – amire ez a jelentés reagál–, nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja ehelyett 50 millió euró elkülönítése az Unió 2017-es költségvetésében kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén. Fontosnak tartom, hogy ezen uniós pénzügyi támogatás amellett, hogy erősíti a szolidaritás egyértelmű politikai üzenetét, egyúttal biztosítja az érintett polgárok által sürgősen igényelt segítségnyújtást is.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Fundusz Solidarności Unii Europejskiej został ustanowiony w odpowiedzi na katastrofalne powodzie, do których doszło w Europie Środkowej latem 2012 roku. Instrument ten umożliwia Unii reakcję na poważne katastrofy naturalne i wyjątkowe katastrofy regionalne wewnątrz Wspólnoty i w krajach negocjujących przystąpienie do niej.

W 2014 roku Fundusz przeszedł poważną reformę, służącą usprawnieniu i uproszczeniu procedur oraz zapewnieniu szybszej reakcji na katastrofę, nawet w ciągu 6 tygodni po złożeniu wniosku. Niestety od powstania Funduszu częstotliwość klęsk żywiołowych znacząco wzrosła, niosąc poważne skutki dla społeczeństw. Uważam zatem, że w najbliższych latach ten instrument powinien zostać znacznie wzmocniony. Konieczne jest również dalsze uproszczenie procedury otrzymywania przedpłat i wypłacania kwoty końcowej, jak również zapewnienie jak największej przejrzystości w zakresie przyznawania Funduszu, zarządzania nim i jego wdrażania.

Dyskusja o Funduszu Solidarności UE to również doskonała okazja, aby przypomnieć o spoczywającym na państwach członkowskich obowiązku realizowaniu inwestycji służących zapobieganiu klęskom żywiołowym. Takie działania mogą zostać sfinansowane między innymi w ramach funduszy strukturalnych.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Après les inondations tragiques de 2002, l'Union européenne a mis en place le Fonds de solidarité de l'Union européenne (règlement (CE) nº 2012/2002). Il constitue une traduction immédiate de la solidarité de l'Union avec les pays touchés par des catastrophes naturelles majeures. Il s'adresse non seulement aux États membres mais aussi aux pays candidats à l'adhésion.

Je suis d'avis qu'il faut une meilleure communication au public tout au long du processus, pour permettre aux bénéficiaires ou aux personnes intéressées de mieux suivre la procédure pour chaque demande particulière. Cela pourrait être organisé au niveau de la Commission européenne, à condition qu'il y ait un bon flux d'informations entre les différents niveaux opérationnels.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE), da quando è stato istituito, ha consentito di mobilitare circa 3,8 miliardi di euro, destinati a 24 Stati beneficiari e paesi candidati per far fronte a oltre 70 fenomeni naturali quali terremoti, inondazioni, incendi boschivi, tempeste e, più di recente, la siccità.

La relazione, che condivido, afferma che, dopo un disastro, si rende necessario prevedere un meccanismo semplificato per la presentazione delle richieste oltre che il miglioramento delle procedure di valutazione al fine di facilitare l'esecuzione dei pagamenti. Questo obiettivo si è in parte realizzato quando lo strumento è stato ampiamente rivisto nel 2014, per garantire una risposta più rapida, in linea con le numerose richieste fatte nel corso degli anni da parte del Parlamento.

Chiediamo che il processo sia efficiente e rapido, anche per rispondere con efficacia alle richieste dei nostri cittadini.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o fondu solidarnosti Europske unije. Fond solidarnosti Europske unije jedna je od najkonkretnijih i najopipljivijih instrumenata potpore koju Europska unija daje državama članicama. Od njegovog osnivanja 2002. godine, Fond je važan instrument financiranja lokalnih uprava te pruža znatnu potporu pri ublažavanju posljedica elementarnih nepogoda diljem Europe. Prijedlogom rezolucije se očekuje da države članice optimiziraju uporabu postojećih financijskih sredstava EU-a, prije svega europskih strukturnih i investicijskih fondova za ulaganja u svrhu prevencije nastanka prirodnih nepogoda te se podsjeća na važnost razvijanja sinergija između različitih fondova i politika Unije. Posebno podržavam zahtjev koji se upućuje predmetnim državama, odnosno državama korisnicima fonda da poduzmu sve mjere namijenjene prevenciji katastrofa i održivoj obnovi pogođenih područja.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Fond solidarnosti Europske unije omogućuje EU-u da odgovori na velike prirodne katastrofe, da pokaže solidarnost s pogođenim područjima i državama, a on je i značajan izvor financiranja lokalnim i regionalnim samoupravama za ublažavanje posljedica elementarnih nepogoda.

Glasovala sam pozitivno za ovo izvješće jer smatram da je takav fond itekako potreban, posebno u vrijeme velikih klimatskih promjena, zbog kojih je broj elementarnih nepogoda znatno porastao. Kao zastupnica iz Hrvatske, zemlje kojoj je četiri puta dodijeljena financijska pomoć u saniranju posljedica prirodnih katastrofa, a posljednji puta 2014. godine nakon katastrofalnih poplava koje su pogodile istočni dio Slavonije, pozdravljam svako poboljšanje u funkcioniranju EUSF-a koje će ubrzati proces dobivanja pomoći i poboljšati sredstva komunikacije i suradnje s lokalnim te regionalnim vlastima.

Hrvatska je nekoliko puta, a posebice 2014. godine, na vlastitom primjeru uvidjela važnost i dobrobit postojanja takvog fonda, ali se i suočila s nekim nedostacima EUSF-a 2013. godine, kada je odobrenje dobiveno tek sedam mjeseci nakon predaje zahtjeva, a 18 mjeseci prošlo je prije nego što su sredstva došla u ruke korisnika. Takve situacije, u kojima se između hitne intervencije i pristizanja sredstava iz Fonda žrtve osjećaju zaboravljeno, u budućnosti se trebaju spriječiti pod svaku cijenu.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o Solidarnostnem skladu Evropske unije: ocena sem podprla. Po tragičnih nesrečah 2002 je Evropska unija ustanovila Solidarnostni sklad Evropske unije (za države članice kakor tudi države kandidatke).

Države članice lahko zaprosijo za pomoč iz sklada, če skupna škoda, nastala neposredno zaradi naravne nesreče, presega 3 milijarde EUR ali 0,6% BND (obstajajo določbe tudi za manjše nesreče).

Naravne nesreče je težko preprečiti, zato je pomembno kako hitro in kako odreagiramo po nesreči. Izredne razmere zahtevajo izredne postopke. Hitra odzivnost na dogodke je pomembna pri lajšanju zadev (Hrvaški upravičenci so v primeru poplav 2013 čakali leto in pol na odobritev sredstev).

Obvladanje situacije in obnova po nesreči sta nekaj, na kar lahko vplivamo in Solidarnostni sklad Evropske unije je eno izmed pomembnih vzvodov pomoči.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – El Fondo de Solidaridad de la Unión Europea es una herramienta para responder a catástrofes naturales con repercusión directa en la vida de las personas, el medio natural o la economía de una región determinada y, concretamente, apoyar a las autoridades públicas en sus operaciones emergencia y recuperación. Desde su creación ha movilizado un total de 3 800 millones de euros en más de 70 catástrofes en 24 Estados miembros y países en vías de adhesión. He votado a favor del informe porque responde a la constatación de que las catástrofes naturales han aumentado en número, gravedad e intensidad y apoya medidas destinadas, por una parte, a mejorar los mecanismos de funcionamiento del instrumento (simplificando procedimientos, ganando agilidad, elevando el umbral de pagos anticipados e incrementando la transparencia) y, por otra parte, mejorar las capacidades de los Estados miembros en relación con la prevención y gestión de desastres y emergencias.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Créé en 2002 à la suite de graves inondations, le Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) vise à aider financièrement les États membres et les pays candidats à l'adhésion qui ont subi des catastrophes naturelles extraordinaires dont les dommages matériels directs s'élèvent à plus de 3 milliards d'euros ou représentent plus de 0,6 % du revenu national brut.

Ce rapport vise à simplifier les procédures relatives à la mobilisation du FSUE afin de faciliter l'exécution des paiements en faveur des États touchés par des catastrophes naturelles. Pour y parvenir, il préconise notamment de relever le seuil des paiements anticipés de 10 % à 15 % et d'abaisser le seuil d'admissibilité des catastrophes naturelles à 1 % du PIB régional.

Nous considérons que le FSUE incarne l'expression de la solidarité européenne et constitue un soutien financier non négligeable en faveur des autorités nationales et locales des régions sinistrées. Dans ce contexte, il nous apparaît tout à fait opportun de simplifier le fonctionnement du FSUE et de faciliter l'exécution des paiements.

J'ai voté pour.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Co do zasady państwa członkowskie powinny solidarnie podchodzić do walki z klęskami żywiołowymi na całym świecie. Ważne, by pomoc była kierowana efektywnie, zarówno do państw członkowskich, jak i do państw, które budzą zaufanie w zakresie właściwego spożytkowania środków. Kolejną ważną kwestią jest wysokość pomocy. Aby polityka unijna była skuteczna, należy zwiększyć kwoty pomocy dla państw, które potrzebują jej najbardziej i są do niej uprawnione. Sprawozdanie przyjęte w tej wersji rodzi obawy, że te kwestie nie zostaną należycie zorganizowane, dlatego zagłosowałem przeciwko sprawozdaniu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A 2002-es tragikus árvizek után az Európai Unió felállította az Európai Unió Szolidaritási Alapját. Ez az Alap a nagy természeti katasztrófák által sújtott országok felé irányuló uniós szolidaritás azonnali kinyilvánítását teszi lehetővé. Az Alapból a tagállamokon kívül a tagjelölt országok is támogathatók. A mostani javaslatot támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – El Fondo de Solidaridad de la Unión Europea es una herramienta para responder a catástrofes naturales con repercusión directa en la vida de las personas, el medio natural o la economía de una región determinada y, concretamente, apoyar a las autoridades públicas en sus operaciones emergencia y recuperación. Desde su creación ha movilizado un total de 3 800 millones de euros en más de 70 catástrofes en 24 Estados miembros y países en vías de adhesión. He votado a favor del informe porque responde a la constatación de que las catástrofes naturales han aumentado en número, gravedad e intensidad y apoya medidas destinadas, por una parte, a mejorar los mecanismos de funcionamiento del instrumento (simplificando procedimientos, ganando agilidad, elevando el umbral de pagos anticipados e incrementando la transparencia) y, por otra parte, mejorar las capacidades de los Estados miembros en relación con la prevención y gestión de desastres y emergencias.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Palankiai vertinu neseniai pateiktą vadinamąjį bendrąjį pasiūlymą, į kurį įtrauktos ir naujos nuostatos, susijusios su supaprastinimu ir lengvesniu lėšų mobilizavimu.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the European Union Solidarity Fund: an assessment. Following the tragic flooding of 2002, the European Union introduced the European Union Solidarity Fund. It was an immediate demonstration of the Union's solidarity with countries affected by major natural disasters. Due to their unpredictable nature, natural disasters not only cause distress to the people affected but also raise the issue of response times from governments that have to meet unforeseen costs. When a disaster occurs, it is often too late for prevention but it should be an integral part of the next stage. I voted in favour because I believe it is important to seize the opportunity to comply with standards when rebuilding structures that have been destroyed or carrying out repairs on infrastructure.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante este informe, el ponente analiza el informe anual de 2014, así como, las conclusiones del informe del año 2015, realizando algunas recomendaciones para futuras reformas de dicho fondo, referentes a la posibilidad de poder remitir una solicitud única entre varios Estados, cuando éstos sean víctima de una tragedia transnacional. Asimismo, la propuesta solicita que la Comisión Europea incremente del 10 al 15 % los pagos por adelantado y que reduzca el tiempo de procesar las solicitudes de 6 a 4 semanas. Hablamos por lo tanto de un informe muy equilibrado y de gran consenso en el comité de Desarrollo Regional, por lo que considero necesario votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque en general estoy a favor del mismo, ya que se proponen cambios y mejoras de funcionamiento relacionadas con la simplificación, la rapidez en la asignación de los fondos, la reducción de tiempos de tramitación, la implementación de una mayor transparencia, el incremento de la cantidad de anticipos y la reducción de los umbrales. Sin embargo considero que se pierde una oportunidad importante de proponer mejoras de verdadero calado para las poblaciones afectadas por desastres.

Hubiera sido el momento de ampliar los objetivos del Fondo de Solidaridad para incluir catástrofes humanitarias y no solo catástrofes naturales. Una oportunidad excelente de usar fondos comunitarios para paliar los efectos de la crisis migratoria que está causando tantas muertes en nuestras fronteras.

Por último, se debería haber considerado la introducción de políticas de igualdad de Género y derechos de la mujer como criterios de elegibilidad de las propuestas, ya que las mujeres son uno de los colectivos que sufre con mayor virulencia las consecuencias de los desastres naturales.

He votado a favor, si bien soy consciente de las limitaciones en la evaluación del fondo.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório, fazendo uma avaliação positiva da aplicação deste fundo e da acuidade da reforma, sugere que os Estados-Membros otimizem as sinergias com os Fundos de Investimentos Estratégicos - no que toca ao desenvolvimento de instrumentos de prevenção, adaptação e mitigação das catástrofes naturais - e que a reconstrução e esses instrumentos de prevenção, adaptação e mitigação tenham sempre em consideração a sustentabilidade da reconstrução e dos recursos, aumentando a capacidade de resistência à aleatoriedade das catástrofes.

O relatório faz, ainda, um conjunto de sugestões à Comissão, que são positivas, nomeadamente: aumentar o limiar de adiantamentos de 10% para 15%; diminuir os prazos para o tratamento dos pedidos de seis para quatro semanas; fixar o limiar de elegibilidade dos prejuízos causados por catástrofes naturais regionais em 1% do PIB regional e ter em conta, na avaliação dos pedidos, o nível de desenvolvimento socioeconómico das regiões afetadas; a ponderação de outros indicadores além do PIB, como o IDH ou o IPS, para a avaliação da elegibilidade. Consideramos o relatório positivo e votamos a favor.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) wurde mit der Verordnung 2012/2002 infolge der schweren Überschwemmungen in Mitteleuropa im Sommer 2012 eingerichtet, um die EU in die Lage zu versetzen, auf Naturkatastrophen zu reagieren. Nachdem es in diesem Bericht hauptsächlich um effizienzfördernde Maßnahmen geht, habe ich zu diesem Bericht meine Zustimmung gegeben.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. – The European Union Solidary Fund (EUSF) has mobilised in total EUR 3.8 billion in connection with more than 70 disasters. Against this background, disasters in Romania and France, which caused serious damages in 2014, were considered to be illegible for EUSF funding. This why the new regulation from 2014 made some clarification of the rules on the eligibility of regional natural disasters setting a threshold at 1.5% of regional GDP together with the possibility of making advance payments of up to 10% of the likely amount of aid. In addition, a six-week deadline by which the Commission must respond to applications has been introduced. Nevertheless, I agree with rapporteur that if we really want to stop victims feeling abandoned between emergency intervention and the arrival of EUSF funds, further reforms are needed. Therefore, we should increase the advance payments threshold from 10 to 15%, shorten the deadlines for processing the applications from six weeks to four weeks and allow for a single application to be submitted jointly by several eligible states at cross-border level. Taking the above into account, I voted in favour of this report.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I continue to deplore the UK Government's refusal to complete its application for the EU Solidarity Fund for the floods that hit the north of the UK last winter, with serious long term consequences for my constituents in North West England.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul din proprie inițiativă referitor la Fondul de solidaritate al Uniunii Europene. Acest fond a fost creat după inundațiile din 2002, reprezentând manifestarea concretă a solidarității în cadrul UE cu țările afectate de dezastre naturale majore. Raportorul consideră că termenul de 12 săptămâni pentru depunerea dosarelor în vederea obținerii de despăgubiri este rezonabil, fiind de părere că prelucrarea rapidă a acestora este importantă. În opinia sa, trebuie evitate situațiile în care victimele se simt abandonate între intervențiile în caz de urgență și sosirea fondurilor provenite din FSUE.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji tuto zprávu, která hodnotí využití Fondu solidarity Evropské unie. Fond funguje již bezmála 15 let a je podle mě skvělým příkladem toho, jak peníze z rozpočtu EU mohou přímo pomáhat evropským občanům. Z fondu je možné podpořit přímo členské státy v případě obrovských přírodních katastrof, ale také reagovat na regionální katastrofy menšího rozsahu. Do budoucna vidím prostor ke zlepšení především v lepším sladění funkcí Fondu solidarity a fondů soudržnosti. Právě fondy soudržnosti by měly v případě projektů infrastruktury zohledňovat aspekty související s prevencí rizik, což může pomoci snížit náklady související s nezbytnými opravami po katastrofě.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Poparłem w głosowaniu sprawozdanie dotyczące Funduszu Solidarności Unii Europejskiej, ponieważ zgadzam się z pozytywną oceną jego funkcjonowania. Fundusz ten jest jednym z najbardziej konkretnych i wymiernych przejawów wsparcia, jakiego Unia Europejska może udzielić społecznościom lokalnym w przypadku wystąpienia katastrof i klęsk żywiołowych. Poza likwidowaniem skutków tych zjawisk, fundusz powinien być także wykorzystywany w celach prewencyjnych, co pozwoli na zminimalizowanie poniesionych strat.

Niezbędna jest także pełna kontrola i poprawa przejrzystości wykorzystania środków pochodzących z funduszu. Istotną rolę ma tu do odegrania nie tylko Trybunał Obrachunkowy, którego wyniki dotychczasowych kontroli wskazywały na pewne nieprawidłowości, lecz również państwa członkowskie, których sprawozdania końcowe z wykorzystania otrzymanej pomocy powinny być upublicznione i powszechnie dostępne.

Głosowałem za przyjęciem rezolucji, gdyż potwierdza ona nie tylko liczne walory funkcjonowania funduszu, lecz wskazuje także kwestie, których rozwiązanie poprawi jego skuteczność.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu hodnotiacu Fond solidarity Európskej únie som podporila. Tento fond bol založený v roku 2002 ako odpoveď Európskej únie na rozsiahle záplavy v strednej Európe. Od tohto roku bol právny základ fondu niekoľkokrát pozmenený a v roku 2014 prešiel komplexnou reformou. Správa nám preto poskytla štatistiky využívania fondu, ako aj presné informácie o jeho fungovaní. V neposlednom rade správa priniesla aj prehľad problematických oblastí, ako je príliš dlhý proces schvaľovania žiadostí, či fakt, že fond nie je možné využiť na kompenzáciu súkromných strát. Myslím si, že vznik a fungovanie tohto fondu ukazuje silný pocit solidarity členských štátov Európskej únie, ako aj záruku, že v prípade prírodných katastrof členský štát nebude musieť bojovať proti následkom osamotene. Verím preto, že fond zostane cenným nástrojom finančnej pomoci v prípade prírodných katastrof a že jeho pripravovaná revízia prinesie zlepšenie v problematických oblastiach jeho uplatňovania.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o Solidarnostnem skladu Evropske unije: ocena.

Solidarnostni sklad Evropske unije je instrument, ki je bil vzpostavljen, da bi se lahko EU odzvala na velike naravne in izredne regionalne nesreče v Uniji in državah, ki se pogajajo o pristopu.

Solidarnostni sklad je od svoje ustanovitve zelo koristen, sredstva iz njega pa so se uporabila v skupni višini 3,8 milijarde EU za 70 naravnih nesreč v 24 upravičenih državah članicah in državah pristopnicah.

Od ustanovitve sklada v Evropski uniji se je močno povečalo število naravnih nesreč, ki so postale tudi hujše in intenzivnejše, kar je posledica podnebnih sprememb.

Zato je pomembno, da se v prihodnje pri dodeljevanju, upravljanju in izvajanju Solidarnostnega sklada zagotovi čim večjo preglednost in pregled nad uporabo subvencij Solidarnostnega sklada z namenom, da bo pomoč učinkovita in namenjena v prave roke.

7.9. Gutachten des Gerichtshofs über die Vereinbarkeit des Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union über den Schutz personenbezogener Daten bei der Verhütung, Untersuchung, Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten mit den Verträgen (B8-1304/2016, B8-1305/2016)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'accordo ombrello tra Stati Uniti e Unione europea opera in un campo molto delicato e il quale aspetto giuridico non è sicuramente dei più semplici. Inoltre si tratta di un accordo internazionale e in quanto tale esso avrebbe precedenza sul diritto interno dell'Unione europea.

Poiché il tema trattato è molto importante, reputo giusto l'intervento della Corte di giustizia europea, in modo che essa possa esprimersi in merito alla compatibilità dell'accordo previsto con i trattati. Per questo motivo ho deciso di votare a favore.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution du groupe GUE et pour celle du groupe ALDE, car elles demandent la saisine de la Cour de justice pour vérifier la compatibilité de l'accord entre l'UE et les États-Unis sur la protection des données à caractère personnel avec les traités.

Ces textes soulignent que le Contrôleur européen de la protection des données a soulevé des questions sur la compatibilité de l'accord-cadre avec la charte et le droit dérivé européen en matière de protection des données, et plus particulièrement sur le droit à un recours juridictionnel, l'accès des forces de l'ordre aux données à caractère personnel, la limitation du droit d'accès aux données des personnes concernées et les périodes de conservation des données.

Le Contrôleur européen de la protection des données craint en outre que les autorités compétentes des États-Unis chargées de la protection des données ne remplissent pas les exigences de la Cour de justice pour être considérées comme totalement indépendantes et dotées de pouvoirs effectifs d'intervention, et s'inquiète de savoir si les autorités chargées de la protection des données seront à même de bloquer les transferts de données à caractère personnel si ces dernières ne respectent pas la législation de l'Union.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I abstained on these two resolutions. Whilst I support better protection of personal data, I do not believe that the ECJ is the best institution to make that determination.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Pasiūlyme pažymima, kad esama teisinio netikrumo, ar susitarimo projektas yra suderinamas su Sutarčių (SESV 16 straipsnio) ir Europos Sąjungos pagrindinių teisių chartijos (7 ir 8 straipsnių ir 52 straipsnio 1 dalies) nuostatomis dėl teisės į asmens duomenų apsaugą ir 47 straipsnio nuostatomis dėl teisės į veiksmingą teisinę gynybą. Pritariu, kad tai nėra pats geriausias siūlomas susitarimas, tačiau jis tikrai geriausias esant dabartinei padėčiai. Be to, susitarimu neribojamos ir nepažeidžiamos fizinių asmenų teisės, nes jis nėra teisinis duomenų perdavimo pagrindas. Todėl balsavau prieš šį pasiūlymą dėl rezoliucijos.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Az EP napirendjén szerepel Albrecht, zöldpárti előadó javaslata, aki az EP egyetértését kéri az Amerikai Egyesült Államok és az Európai Unió közötti, a bűncselekmények megelőzésével, nyomozásával, felderítésével és a vádeljárás lefolytatásával kapcsolatos személyes adatok védelméről szóló megállapodásnak az Európai Unió nevében történő megkötéséhez, az erről szóló tanácsi határozattervezet jóváhagyását indítványozza jelentése.

Albrecht javaslata végigtekinti a szóba jövő szempontokat és azok egyensúlyba hozhatóságát és arra a következtetésre jut, hogy a bűnüldözés, igazságügyi együttműködés szempontjai és az európai polgárok személyhez fűződő jogainak és személyes adatainak védelme egyszerre érvényesül, egyensúlyban van. Albrecht javaslata nem szól azonban azokról a keretmegállapodásokkal kapcsolatos aggályokról, amelyeket többek között az európai adatvédelmi biztos is támasztott. A fentiekre tekintettel a GUE és ALDE – alapvetően hasonló indokkal – külön határozati javaslatokban azt vetik fel, hogy jóváhagyás helyett most kerüljön a keretmegállapodás az Európai Bíróság elé, amely véleményezze a megállapodás Szerződésekkel való összeegyeztethetőségét.

A javaslatra igennel szavaztam.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une proposition de résolution demandant l'avis de la Cour de justice sur la compatibilité avec les traités de la proposition d'accord entre les États-Unis d'Amérique et l'Union européenne sur la protection des informations à caractère personnel traitées à des fins de prévention et de détection des infractions pénales, d'enquêtes et de poursuites en la matière.

Ces textes soulignent que le Contrôleur européen de la protection des données a soulevé un certain nombre de questions sur la compatibilité de l'accord-cadre avec la charte et le droit dérivé européen en matière de protection des données, et plus particulièrement sur le droit à un recours juridictionnel, l'accès des forces de l'ordre aux données à caractère personnel, la limitation du droit d'accès aux données des personnes concernées et les périodes de conservation des données.

Ces questions sont pertinentes et légitimes, j'ai donc soutenu cette résolution et voté contre le rapport Albrecht à propos de l'accord entre les États-Unis d'Amérique et l'Union européenne sur la protection des informations à caractère personnel traitées en matière d'infractions pénales.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Étant donné que le Service juridique du Parlement européen a émis des réserves sur la compatibilité de cet accord avec les traités européens, j'ai voté en faveur de la demande de l'avis de la Cour de justice.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho espresso il mio voto contrario alle due proposte di risoluzione, presentate rispettivamente dai gruppi ALDE e GUE, per richiedere un parere della Corte di giustizia sulla compatibilità con i trattati dell'accordo tra gli Stati Uniti d'America e l'Unione europea sulla protezione dei dati personali a fini di prevenzione, indagine, accertamento e perseguimento di reati.

La linea del Gruppo SD definisce l'accordo non in contrasto con il diritto primario dell'Unione e con la carta fondamentale dei diritti. L'accordo viene invece ritenuto come uno strumento ulteriore per salvaguardare i principi di protezione dei dati e gli stessi dati personali che, già oggi, sono trasferiti tra UE e USA per le attività di contrasto a reati penali.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de solicitar al Tribunal de Justicia que se pronuncie en un dictamen sobre la cuestión. Me parece que es una cuestión que va más allá de estar a favor o en contra del Tratado, es una cuestión de sentido común: otorgar al Tribunal de Justicia el rol que le corresponde y no correr el riesgo de que entre en vigor un Tratado que contiene un instrumento que podría ser incompatible con nuestro ordenamiento jurídico.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado en contra de la resolución alternativa presentada por la GUE y a favor de la de ALDE en el Dictamen del Tribunal de Justicia sobre la compatibilidad con los Tratados del Acuerdo entre los Estados Unidos de América y la Unión Europea sobre la protección de los datos personales en relación con la prevención, la investigación, la detección y el enjuiciamiento de infracciones penales. Nuestro grupo ha presentado una resolución alternativa donde se considera que existe incertidumbre jurídica en cuanto a la compatibilidad del Acuerdo previsto con los Tratados y se pide que se solicite al Tribunal de Justicia un dictamen sobre la compatibilidad del mismo con los Tratados.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Sur ces résolutions concernant l'avis de la Cour de justice sur la compatibilité avec les traités de l'accord entre les États-Unis d'Amérique et l'Union européenne sur la protection des informations à caractère personnel traitées à des fins de prévention et de détection des infractions pénales, d'enquêtes et de poursuites en la matière, j'ai soutenu la résolution ALDE et voté contre celle de la GUE.

La résolution centriste demande que la Cour de justice soit saisie pour vérifier la compatibilité de l'accord entre l'UE et les États-Unis sur la protection des données à caractère personnel et les traités.

Le Contrôleur européen de la protection des données craint également que les autorités compétentes des États-Unis chargées de la protection des données ne remplissent pas les exigences de la Cour de justice pour être considérées comme totalement indépendantes et dotées de pouvoirs effectifs d'intervention, et s'inquiète de savoir si les autorités chargées de la protection des données seront à même de bloquer les transferts de données à caractère personnel si ces dernières ne respectent pas la législation de l'Union relative à la protection des données.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Ho inteso sostenere col mio voto questo testo e con esso la richiesta di un parere di conformità ai trattati da parte della Corte di giustizia, dell'accordo tra gli Stati Uniti d'America e l'Unione europea sulla protezione delle informazioni personali a fini di prevenzione, indagine, accertamento e perseguimento di reati.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Ne strinjam se s predlogi resolucij, saj menim, da ne obstaja pravna negotovost glede združljivosti sporazuma s Pogodbama ter z Listino Evropske unije o temeljnih pravicah. Prav tako menim, da je potrebno nadaljnje sodelovanje pri preprečevanju, preiskovanju, odkrivanju in pregonu kaznivih dejanj.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o Sporazumu čiji je cilj uspostaviti okvir načela i mjere zaštite podataka kada se osobni podaci prenose u svrhu provedbe kaznenog zakona između država članica EU-a i SAD-a. Trajanje ugovora je neodređeno.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution du groupe GUE et pour celle du groupe ALDE, qui demandent que la Cour de justice de l'Union européenne soit saisie pour vérifier la compatibilité de l'accord entre l'UE et les États Unis sur la protection des données à caractère personnel avec les traités.

Le Contrôleur européen de la protection des données craint que les autorités compétentes des États-Unis chargées de la protection des données ne remplissent pas les exigences de la Cour de justice pour être considérées comme totalement indépendantes et dotées de pouvoirs effectifs d'intervention, et s'inquiète de savoir si les autorités chargées de la protection des données seront à même de bloquer les transferts de données à caractère personnel si ces dernières ne respectent pas la législation de l'Union relative à la protection des données.

J'ai en revanche voté contre le rapport Albrecht.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution demande la consultation de la Cour de justice quant à la compatibilité des traités européens avec la proposition d'accord entre les États-Unis et l'Union européenne sur la protection des informations à caractère personnel traitées à des fins de prévention, d'enquêtes et de poursuites pénales.

Le Contrôleur européen avait soulevé un certain nombre d'interrogations quant à l'insuffisance des garanties en matière de protection des données notamment concernant le droit au recours juridictionnel, à la limitation du droit d'accès aux données des personnes concernées et à la période de conservation des données.

Le Contrôleur européen doute également de la totale indépendance des autorités américaines chargées de la protection des données, prérequis par ailleurs indispensable pour conclure un tel accord. C'est la raison pour laquelle j'ai voté en faveur de cette proposition de résolution.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore dell'accordo in questione che garantirà standard alti e vincolanti per la protezione dei dati personali scambiati tra l'Unione europea e gli Stati Uniti a scopi di prevenzione, individuazione, indagine e perseguimento di reati, compreso il terrorismo.

In futuro ci saranno finalmente norme vincolanti di qualità e diritti chiari per i cittadini di entrambe le sponde dell'Atlantico nello scambio di dati tra la polizia e le autorità preposte all'applicazione della legge.

L'accordo farà in modo che i cittadini di entrambe le sponde dell'Atlantico avranno diritto ad essere informati in caso di violazioni della sicurezza dei dati, a correggere le informazioni inesatte e a chiedere il risarcimento dei danni.

Dopo sei anni di negoziati, l'UE aumenta la protezione dei dati con gli Stati Uniti a un nuovo livello. I diritti fondamentali dei cittadini saranno meglio protetti rispetto al basso standard attuale di mero reciproco riconoscimento delle norme.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of a motion to have this file referred to the European Court of Justice to assess compatibility with existing EU data protection legislation. However, as the majority of MEPs did not support this referral, I voted against the report as a whole.

The file itself provides for some additional protections on the protection of personal data but by no means goes far enough. It differentiates between EU and non-EU citizens, it would also mean that it would become more difficult to challenge the legality of data exchange in court. It may contradict existing EU data protection legislation. It doesn't cover the protection of information exchanged between national security agencies or private entities either.

For those reasons I voted in favour of referral but against the report.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted to abstain on this non-legislative resolution. UKIP do not respect decisions that derive from the European Court of Justice so we could not support this resolution. Voting against this resolution would lead to the agreement being voted on today. UKIP do not support accelerating EU-third country agreements, so an abstention was deemed the most appropriate vote.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted against both proposals which would subject the entry into force of the 'umbrella' agreement on the protection of personal information relating to criminal offences between the EU and the US, because I do not see any added value in postponing and obstructing the overall process. I believe that the agreement has its merits, it corresponds to what the EP asked for several years ago and it should now be implemented.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την αίτηση γνώμης του Δικαστηρίου ως προς τη συμβατότητα με τις Συνθήκες της συμφωνίας μεταξύ των Ηνωμένων Πολιτειών της Αμερικής και της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την προστασία έναντι της επεξεργασίας δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα για τους σκοπούς της πρόληψης, διερεύνησης, ανίχνευσης ή δίωξης ποινικών αδικημάτων είναι μια λογική και ορθή πρόταση. Είναι ιδιαίτερα σημαντικό να εξετάσουμε όλες τις πτυχές των συμφωνιών αυτών, ώστε να προστατέψουμε τα συμφέροντα και κυρίως δικαιώματα των πολιτών. Ως εκ τούτου ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Con sfavore manifesto il mio voto alle risoluzioni presentate in merito alla richiesta di un parere alla Corte di giustizia europea, inneggiata dai gruppi Alleanza dei Democratici e Liberali e Sinistra Nordica dal momento che l'accordo con gli USA relativo alla protezione dei dati personali legati ai reati penali ha già subito un'analisi completa. Esso è stato, infatti, oramai approvato dal Parlamento e concluso dalla Commissione con la controparte ed è funzionale alla protezione delle informazioni personali a fini di prevenzione, indagine, accertamento e perseguimento di reati che possono nuocere gravemente.

Per di più, vi è il parere favorevole della commissione giuridica del Parlamento, la quale attesta non solo come l'accordo verta su una corretta base giuridica, bensì garantisca un elevato livello di tutela dei diritti fondamentali alla protezione dei dati personali e contribuisca alla certezza del diritto stesso oltre che ad una cooperazione più efficace con gli USA nelle attività di contrasto.

In questi momenti di incresciosa incertezza recata dal terrorismo internazionale, per permettere alle autorità di agire prontamente, prima si deve garantire loro di poter collaborare scambiandosi dati sensibili. Pertanto, la proposta presentata rischierebbe di rallentare missioni destinate alla sicurezza intercontinentale.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the opinion from the Court of Justice on the compatibility with the Treaties on the Agreement between the United States of America and the European Union on the protection of personal information relating to the prevention, investigation, detection, and prosecution of criminal offences.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przyjęciem umowy między Stanami Zjednoczonymi Ameryki a UE w sprawie ochrony informacji osobowych powiązanych z zapobieganiem przestępstwom, ich śledzeniem, wykrywaniem i ściganiem. Uważam, że postanowienia zawarte w umowie przyczyniają się do budowania systemu bezpieczeństwa, wzmacniają wykrywanie oraz ściągnie przestępstw oraz ułatwiają prowadzenie dochodzenia. Umowa ułatwia odpowiednim organom zapobieganie działaniom terrorystycznym. Ważnym aspektem w tej kwestii jest fakt, iż sama umowa nie stanowi podstawy prawnej dla przekazywania danych osobowych, a jedynie dodaje warstwę ochrony prywatności do danych osobowych przekazywanych na podstawie innych umów. Umowa zawiera również przepisy określające procedury postepowania w razie ingerencji w dane podstawowe. Uważam, że umowa ta przyczyni się do wzrostu bezpieczeństwa.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted against asking the European Court of Justice for an opinion on compatibilities with the Treaties with regards to the EU-US Umbrella agreement as it is essential that the EU and US implement this decision as soon as possible in order to ensure and safeguard the digital rights and data protection of European citizens. Currently, bilateral agreements with inadequate data protection standards exist, and thus the implementation of the Umbrella agreement will help to protect citizens further.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted to abstain on this non-legislative resolution. UKIP do not respect decisions that derive from the European Court of Justice so we could not support this resolution. Voting against this resolution would lead to the agreement being voted on today. UKIP do not support accelerating EU-third country agreements, so an abstention was deemed the most appropriate vote.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai rejeté les résolutions, déposées par les groupes politiques du centre et d'extrême gauche, demandant l'avis de la Cour de justice sur la compatibilité avec les traités de l'accord entre les États-Unis d'Amérique et l'Union européenne sur la protection des informations à caractère personnel traitées à des fins de prévention et de détection des infractions pénales, d'enquêtes et de poursuites en la matière.

Ces propositions de résolutions ne sont qu'une nouvelle manœuvre politique de la part de ceux qui demeureront opposés à la conclusion de cet accord pour retarder sa mise en application. C'est un comportement irresponsable, alors que cet accord permettra indéniablement de renforcer notre coopération avec les États-Unis en matière de lutte contre le terrorisme, tout en assurant un cadre élevé de protection des données personnelles.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – Bien qu'elle ait été déposée par mon groupe, c'est sans aucune hésitation que j'ai voté contre cette résolution demandant l'avis de la Cour de justice européenne sur la compatibilité de l'accord-cadre avec les traités européens.

Sous une apparence de rigueur, il ne s'agissait en réalité de rien d'autre que d'une ultime manœuvre dilatoire pour empêcher l'approbation de l'accord-cadre. Je me réjouis qu'une majorité de notre Assemblée ait rejeté ce texte.

À l'évidence, certains sont davantage préoccupés par une hypothétique non-conformité, plutôt que par l'augmentation des droits des citoyens et le renforcement de leur sécurité.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Európa polgárai biztonságának garantálása érdekében elengedhetetlen a más államokkal megvalósuló bűnmegelőzési és bűnüldözési tárgyú adatcsere. Viszont az adatcsere csak az uniós állampolgárok személyes adatainak megfelelő védelmével valósulhat meg.

Ezért is bír nagy jelentőséggel az Amerikai Egyesült Államok kormányával a bűncselekmények megelőzésével, kivizsgálásával, felderítésével és büntetőeljárás alá vonásával kapcsolatos személyes adatok védelméről szóló megállapodás elfogadása, amely keretjelleggel rögzíti azon előírásokat és követelményeket, amelyek az uniós tagállamok és az Egyesült Államok között cserélt adatok kezelésének feltételeire vonatkoznak.

A megállapodásról elmondható, hogy megfelelő adatvédelmi garanciákat nyújt, ezáltal az adatalanyok jogainak magas szintű védelmét célozva meg. Fontos még kihangsúlyozni, hogy a megállapodás önmagában nem képez jogalapot a személyes adatok továbbítására az Egyesült Államokba, ezért szavazatommal támogatni tudom a megállapodás létrejöttét.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ces textes.

Il s'agit d'une proposition de résolution demandant l'avis de la Cour de justice sur la compatibilité avec les traités de la proposition d'accord entre les États-Unis d'Amérique et l'Union européenne sur la protection des informations à caractère personnel traitées à des fins de prévention et de détection des infractions pénales, d'enquêtes et de poursuites en la matière.

Le Contrôleur européen de la protection des données a émis de sérieuses réserves, tenant notamment à l'indépendance des autorités compétentes américaines et à leur capacité à s'opposer à un transfert illégal de données personnelles.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Κάθε συνεργασία μεταξύ διωκτικών αρχών πρέπει να βασίζεται στις αρχές της διαφάνειας και λογοδοσίας.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω τη γνώμη του Δικαστηρίου σχετικά με τη συμβατότητα με τις Συνθήκες της συμφωνίας μεταξύ των Ηνωμένων Πολιτειών της Αμερικής και της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την προστασία έναντι της επεξεργασίας δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα για τους σκοπούς της πρόληψης, διερεύνησης, ανίχνευσης ή δίωξης ποινικών αδικημάτων, καθώς κάθε συνεργασία μεταξύ διωκτικών αρχών πρέπει να βασίζεται στις αρχές της διαφάνειας και λογοδοσίας.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome this agreement, which aims to establish a framework of data protection principles and safeguards for when personal data is transferred for criminal law enforcement purposes between the EU or the Member States and the US and supplements, where necessary, data protection safeguards in existing and future data transfer agreements or national provisions authorising such transfers. Therefore, it will bring a significant improvement to the current situation.

However, I believe that there is a need to solve its main problem, the absence of sufficient rights to judicial redress for permanent residents who are non-EU citizens, as they are excluded from the protections of the Judicial Redress Act.

Moreover, we must ensure that the European Data Protection Authorities keep their rights to independently assess the data protection environment, as the current wording would solidify the status for the US, regardless of what changes they would make to their internal legislation on data protection.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado en contra de la propuesta de resolución considerando que dicho Tratado dispone de todos los mecanismos de garantías necesarios, así como controles democráticos para garantizar la protección de los datos de los ciudadanos de la Unión.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I did not support this resolution given the fact that I have reservations regarding the compatibility of the Umbrella agreement with the Charter and secondary EU data protection legislation, especially concerning the right to judicial redress, the access of law enforcement agencies, limitation of data subject access rights and data retention periods.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – J'ai voté pour les deux propositions de résolutions présentées aujourd'hui, qui demandent l'avis de la Cour de Luxembourg sur la compatibilité d'un accord international avec les traités.

Celui-ci vise, prétendument, à assurer la protection des droits des citoyens de l'UE lorsque leurs données personnelles sont transférées aux États-Unis dans le cadre d'autres accords, européens ou bilatéraux.

On sait que les définitions mêmes de «données à caractère personnel» et de «traitement des données» diffèrent d'un côté et de l'autre de l'Atlantique, ce qui pose en soi un problème. On sait également que les droits d'accès, de rectification et de recours sont limités aux États-Unis pour des ressortissants étrangers, malgré le «Judicial Redress Act» de février 2016.

Même le Contrôleur européen de la protection des données estime que cet accord n'apporte pas suffisamment de garanties quant à l'effectivité des possibilités de recours. Le «Privacy Act» de 1974, par exemple, n'a pas été modifié. Ni l'UE ni ses États membres ne sont considérés comme des entités dont les citoyens peuvent intenter des actions civiles contre certaines agences américaines.

Tout cela devrait inciter à la plus grande prudence.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de solicitar al Tribunal de Justicia que se pronuncie en un dictamen sobre la cuestión. Me parece que es una cuestión que va más allá de estar a favor o en contra del Tratado, es una cuestión de sentido común: otorgar al Tribunal de Justicia el rol que le corresponde y no correr el riesgo de que entre en vigor un Tratado que contiene un instrumento que podría ser incompatible con nuestro ordenamiento jurídico.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted against seeking an opinion from the Court of Justice on the compatibility with the Treaties of the Agreement between the United States of America and the European Union on the protection of personal information relating to the prevention, investigation, detection, and prosecution of criminal offenses. The US-EU Agreement on the protection of personal information relating to criminal offenses establishes a framework of data protection principles and safeguarding measures.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of seeking an opinion from the European Court of Justice on the compatibility with the Treaties of the proposed agreement between the United States of America and the European Union on the protection of personal information relating to the prevention, investigation, detection, and prosecution of criminal offences. There is legal uncertainty as to whether the draft agreement is compatible with the provisions of the Treaties (Article 16 of the TFEU) and the Charter of Fundamental Rights of the European Union (Articles 7, 8 and 52(1) as regards the right of individuals to protection of personal data and Article 47 as regards the availability of an effective judicial remedy) therefore in my opinion, we need an opinion from the Court of Justice on the compatibility of the proposed agreement with the Treaties.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za rezoluciju Europskog parlamenta o traženju mišljenja Suda o usklađenosti Sporazuma između Sjedinjenih Američkih Država i Europske unije o zaštiti osobnih informacija u vezi sa sprečavanjem, istragom, otkrivanjem i progonom kaznenih djela s Ugovorima jer je to stav ALDE grupe koji sam odlučio slijediti prilikom ovog glasovanja.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je considère, comme le Contrôleur européen de la protection des données, qu'il y a des carences dans l'accord entre l'Union européenne et les États-Unis relatif à la protection des données à caractère personnel, à tel point que je requiers de saisir la Cour de justice pour un avis sur la compatibilité de l'accord avec les traités.

J'ai voté pour.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre les résolutions qui visaient à retarder l'accord entre les États-Unis et l'Union européenne sur la protection des informations à caractère personnel traitées à des fins de prévention et de détection des infractions pénales, d'enquêtes et de poursuites en la matière.

La protection des données personnelles est assurée par ce nouveau texte. En cette période de menace terroriste importante, il est important de mieux coopérer avec nos partenaires dans le domaine pénal.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für die vorliegenden Entschließungsanträge. Es soll ein Gutachten es EUGH eingeholt werden, um festzustellen, ob das Abkommen mit den EU-Verträgen und mit der EU-Grundrechtecharta zu vereinbaren ist. Insbesondere hinsichtlich des Rechts für jeden Einzelnen auf Schutz seiner personenbezogenen Daten, des Grundsatzes des Diskriminierungsverbots und des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein gerechteres Verfahren.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Európa polgárai biztonságának garantálása érdekében elengedhetetlen a más államokkal megvalósuló bűnmegelőzési és bűnüldözési tárgyú adatcsere. Viszont az adatcsere csak az uniós állampolgárok személyes adatainak megfelelő védelmével valósulhat meg.

Ezért is bír nagy jelentőséggel az Amerikai Egyesült Államok kormányával a bűncselekmények megelőzésével, kivizsgálásával, felderítésével és büntetőeljárás alá vonásával kapcsolatos személyes adatok védelméről szóló megállapodás elfogadása, amely keretjelleggel rögzíti azon előírásokat és követelményeket, amelyek az uniós tagállamok és az Egyesült Államok között cserélt adatok kezelésének feltételeire vonatkoznak.

A megállapodásról elmondható, hogy megfelelő adatvédelmi garanciákat nyújt, ezáltal az adatalanyok jogainak magas szintű védelmét célozva meg. Fontos még kihangsúlyozni, hogy a megállapodás önmagában nem képez jogalapot a személyes adatok továbbítására az Egyesült Államokba, ezért szavazatommal támogatni tudom a megállapodás létrejöttét.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution car je considère, comme le Contrôleur européen de la protection des données, qu'il y a des lacunes dans l'accord UE-Etats-Unis relatif à la protection des données à caractère personnel. J'approuve donc sa demande de saisir la Cour de justice pour avis sur la compatibilité de cet accord avec les traités européens.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Zaključak završnog izvješća iz 2009. je da bi međunarodni sporazum koji bi obvezivao EU i SAD na primjenu usuglašenih zajedničkih načela zaštite podataka za transatlantske prijenose podataka u području kaznenog progona bio najbolje rješenje. Svrha Sporazuma je osigurati visoku razinu zaštite osobnih informacija i ojačati suradnju između SAD-a i Europske unije u vezi sa sprečavanjem, istragom, otkrivanjem ili progonom kaznenih djela, uključujući terorizam.

Radna skupina za zaštitu podataka u svojoj je izjavi od 26. listopada 2016. istaknula da će možda biti potrebna izvjesna pojašnjenja kako bi se zajamčilo da razina zaštite osobnih podataka koju pruža Krovni sporazum bude u potpunosti usklađena s pravom EU-a. U tu svrhu posebnu pozornost treba posvetiti definiciji pojmova „osobni podaci" i „obrada podataka", razdoblju zadržavanja podataka, a pristup bi se mogao poboljšati uspostavom mehanizma za pravo na neizravan pristup.

Podržala sam prijedlog ove rezolucije jer smatram da postoji pravna nesigurnost u vezi s usklađenosti Sporazuma s odredbama Ugovora i Poveljom Europske unije o temeljnim pravima i da je potrebno zatražiti mišljenje Suda o usklađenosti Sporazuma s Ugovorima.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με την αίτηση για έκδοση γνώμης του Ευρωπαϊκού Δικαστηρίου όσον αφορά τη συμβατότητα με τις Συνθήκες της συμφωνίας μεταξύ των Ηνωμένων Πολιτειών της Αμερικής και της Ευρωπαϊκής Ένωσης σχετικά με την προστασία των πληροφοριών προσωπικού χαρακτήρα για την πρόληψη, τη διερεύνηση, την ανίχνευση και τη δίωξη ποινικών αδικημάτων, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ces deux propositions.

Les deux textes demandent à la Cour européenne de justice (CEJ) de se prononcer sur la compatibilité d'un tel accord entre les États-Unis et l'UE au regard des traités européens. Les réserves de la CEJ portent sur la question de l'indépendance des autorités américaines compétentes et les possibilités réelles de bloquer les transferts de données en cas de litige, ce qui me parait cohérent.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau prieš. Šiuo pasiūlymu raginama kreiptis į Teisingumo Teismą su prašymu išaiškinti, ar JAV ir ES susitarimas dėl asmens duomenų, susijusių su nusikalstamų veikų prevencija, apsaugos atitinka ES teisės nuostatas. Remdamasis Europos Parlamento teisės ekspertų nuomone, darau išvadą, kad susitarimas neprieštarauja ES teisei, o kreipimasis į Teismą tik bereikalingai užvilkintų bendradarbiavimo procesus.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de deux propositions de résolution présentées par le groupe GUE et par le groupe ALDE souhaitant que la Cour de justice émette un avis sur la compatibilité avec les traités de la proposition d'accord entre les États-Unis d'Amérique et l'Union européenne sur la protection des informations à caractère personnel traitées à des fins de prévention et de détection des infractions pénales, d'enquêtes et de poursuites en la matière.

Ces deux résolutions soulèvent des questions pertinentes puisque que le Contrôleur européen de la protection des données craint que les autorités compétentes des États-Unis ne satisfassent pas les exigences de la Cour de justice et ne soient donc pas totalement indépendantes.

J'ai donc soutenu ces deux résolutions de bon sens en votant pour celles-ci.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted against this resolution because the Agreement is sufficiently clear and correct in its legal basis and does not require further confirmation of this from the Court of Justice, which will merely delay its implementation.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté contre cette résolution visant à demander l'avis de la Cour de Justice de l'Union européenne quant à la compatibilité de l'accord-cadre avec les traités.

Une telle demande aurait eu pour effet de suspendre la mise en œuvre de l'accord et, in fine, aurait risqué de compromettre sa conclusion. Cet accord apporte aux données personnelles des citoyens européens un niveau de protection pour lequel l'Union européenne se bat depuis des années. Il me semble donc inacceptable d'empêcher la mise en œuvre immédiate d'un accord qui représente une avancée indéniable pour les Européens.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A tárgyban a GUE/NGL és az ALDE képviselőcsoport nyújtott be állásfoglalási indítványt. A két indítvány eltérő érveléssel, de egyaránt aggályosnak tartja, hogy a megjelölt megállapodás tervezete összhangban áll-e a Szerződésekkel, illetve az Alapjogi Chartával, és azt indítványozza, hogy a Parlament kérje ki az Európai Bíróság állásfoglalását a tervezett megállapodás Szerződésekkel való összeegyeztethetőségéről. Minthogy megítélésem szerint a tervezett megállapodás kielégítően garantálja az egyének személyes adatainak védelmét, a megkülönböztetésmentességet, valamint a hatékony jogorvoslathoz és a tisztességes eljáráshoz való jogot, a két képviselőcsoport aggályát megalapozatlannak tartottam. Így mindkét tervezetet elutasítottam.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Je vote pour la saisine de la Cour de Justice sur l'accord UE-USA relatif à la protection des données personnelles, accord qui souffre de nombreuses lacunes.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution qui visait à demander à la CJUE son avis sur la compatibilité avec les traités de l'accord entre les États-Unis et l'Union européenne sur la protection des informations à caractère personnel traitées à des fins de prévention et de détection des infractions pénales, d'enquêtes et de poursuites en la matière.

Saisir la CJUE ne relève en réalité que d'un artifice mis en place par les groupes opposés à cet accord dans le seul but d'en repousser l'exécution provisoire.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted against this motion for a resolution seeking an opinion from the Court of Justice on the compatibility with the Treaties of the Agreement between the United States of America and the European Union on the protection of personal information relating to the prevention, investigation, detection and prosecution of criminal offenses following the Parliament's Legal Service opinion.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Hier geht es darum, ein Gutachten des Europäischen Gerichtshofes einzuholen, ob das Abkommen mit den Verträgen und mit der Charta der Grundrechte der EU vereinbart ist, insbesondere hinsichtlich des Rechts des Einzelnen auf Schutz seiner personenbezogenen Daten, des Grundsatzes des Diskriminierungsverbots und des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein gerechtes Verfahren.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Tuleb saada õiguskindlus, kas kokkulepe on kooskõlas aluslepingutega ja Euroopa Liidu põhiõiguste hartaga seoses üksikisikute õigusega isikuandmete kaitsele, mittediskrimineerimise põhimõttega ning õigusega tõhusale õiguskaitsevahendile ja õiglasele kohtulikule arutamisele.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Atsižvelgiant į esamus teisinius netikrumus, yra tikslinga kreiptis į Teisingumo Teismą, kad jis pateiktų nuomonę dėl to, ar numatytas sudaryti Jungtinių Amerikos Valstijų ir Europos Sąjungos susitarimas dėl su nusikalstamų veikų prevencija, tyrimu, atskleidimu ir baudžiamuoju persekiojimu susijusios asmeninio pobūdžio informacijos apsaugos yra suderinamas su Sutarčių nuostatomis.

Labai svarbu, kad susitarimu būtų užtikrinta pagrindinė teisė į asmens duomenų aukšto lygio apsaugą ir tinkamas jos įgyvendinimas. Jungtinių Amerikos Valstijų ir Europos Sąjungos bei jos valstybių narių bendradarbiavimas, susijęs su nusikalstamų veikų, įskaitant terorizmą, prevencija, tyrimu, atskleidimu ar baudžiamuoju persekiojimu, turi būti stiprinamas remiantis Sutarčių nuostatomis bei laikantis visapusiškų duomenų apsaugos principų ir garantijų. Be to, būtina užtikrinti, kad susitarimo nuostatos būtų suderinamos su nediskriminavimo principu ir teise į veiksmingą teisinę gynybą ir teisingą bylos nagrinėjimą.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro la proposta dei miei colleghi poiché, al contrario, io ritengo che sia idoneo per gli Stati Uniti e l'UE collaborare tra di loro al fine di proseguire lo scambio di informazioni reciproche in merito ai dati personali dei cittadini.

Non considero che vi sia della incompatibilità tra l'accordo, le disposizioni dei trattati (articolo 16) e la Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea (articoli 7, 8, 21, 47 e articolo 52, paragrafo 1) per quanto riguarda il diritto degli individui alla protezione dei dati di carattere personale, al principio di non discriminazione e al diritto a un ricorso effettivo e a un giudice imparziale.

Pertanto ho espresso negativo

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Smatram važnim istaknuti da „krovni sporazum" ne pruža pravni temelj za prijenose osobnih podataka. Pravni temelj za prijenose podataka nalazi se u postojećim sporazumima EU-a i SAD-a, bilateralnim sporazumima država članica i SAD-a ili u nacionalnim zakonima kojima se propisuje razmjena osobnih podataka (npr. u međunarodnim sporazumima o evidenciji podataka o putnicima, o programu za praćenje financiranja terorističkih aktivnosti ili o uzajamnoj pravnoj pomoći). Krovni sporazum nadopunjuje zaštitu i zaštitne mjere utvrđene tim sporazumima te povećava i usklađuje prava osoba čiji se podaci obrađuju. Sporazum se ne odnosi na razmjene podataka između nacionalnih tijela za sigurnost, s obzirom na to da ne spadaju u nadležnost Unije. Ne odnosi se ni na transatlantske prijenose između privatnih subjekata (npr. uređene ugovornim odredbama ili sustavom zaštite privatnosti između EU-a i SAD-a), kao ni na naknadni pristup tijela kaznenog progona SAD-a ili nacionalnih tijela SAD-a za sigurnost tih podataka u SAD-u. Zbog svega navedenoga smatram kako nije potrebno zatražiti od Suda mišljenje o usklađenosti predviđenog sporazuma s Ugovorima, te zbog toga nisam podržala ovaj prijedlog rezolucije.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur de la conclusion de cet accord avec les États-Unis afin de renforcer notre coopération en matière de lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée, tout en assurant un cadre de protection des données élevé. Je suis donc fermement opposé à toute manœuvre politique visant à reporter la mise en application de cet accord, c'est pourquoi j'ai décidé de voter contre la résolution demandant un avis juridique à la CJUE pour vérifier la compatibilité de cet accord avec les traités. Je rappelle que la Commission, gardienne des traités, négocie cet accord, il n'y a donc pas de raison de remettre en cause sa comptabilité.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted to abstain on this non-legislative resolution. UKIP do not respect decisions that derive from the European Court of Justice so we could not support this resolution. Voting against this resolution would lead to the agreement being voted on today. UKIP do not support accelerating EU-third country agreements, so an abstention was deemed the most appropriate vote.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Be jokios abejonės, toks svarbus ir daug diskusijų sukėlęs klausimas, kaip Jungtinių Amerikos Valstijų ir Europos Sąjungos susitarimas dėl su nusikalstamų veikų prevencija, tyrimu, atskleidimu ir baudžiamuoju persekiojimu susijusios asmeninio pobūdžio informacijos apsaugos yra suderinamas su ES Sutarčių nuostatomis, turi būti įvertintas ir Europos Teisingumo Teismo. Asmens duomenų apsaugos standartai Europos sąjungoje yra labai aukšti, ką ne visuomet galima pasakyti apie JAV taikomą praktiką. Todėl turime išvengti galimybės atsirasti dviprasmybėms.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta proposta de resolução pretende solicitar ao Tribunal de Justiça que se pronuncie sobre a compatibilidade do acordo entre os EUA e a UE em matéria de proteção dos dados pessoais no âmbito da prevenção, investigação, deteção e repressão de infrações, por considerar que existem dúvidas de conformidade deste acordo com a Carta e a legislação secundária da UE em matéria de dados.

Não partilho da visão de que é necessário um parecer do Tribunal de Justiça sobre esta matéria, na medida em que a própria Comissão de Assuntos Jurídicos considera que o acordo assenta na base jurídica correta, assegura um grau elevado de proteção do direito fundamental aos dados pessoais, promove a segurança jurídica e irá desencadear melhorias na cooperação em matéria de aplicação da lei com os Estados Unidos.

Nessa medida, considero que esta proposta de resolução constitui um expediente meramente dilatório que poderá atrasar a aplicação do acordo por mais dois anos, injustificadamente.

Atento o supra exposto, votei desfavoravelmente esta proposta de resolução, porque considero que o Parlamento Europeu deverá dar um sinal de apoio e não de fragilidade à celebração deste acordo, para que não se adie *sine die* as negociações tendentes à sua concretização.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este acuerdo tiene por objeto la protección del derecho a privacidad en el marco de la cooperación entre los Estados Unidos y la Unión Europea en materia de lucha antiterrorista. Sin embargo, los estándares de protección no se adecúan a los requerimientos establecidos en la legislación europea, y se mantienen una serie de cláusulas de excepcionalidad para los Estados Unidos, lo que perpetúa una relación asimétrica entre la Unión y los EE.UU. Por otro lado, regula los derechos en base a la ciudadanía, porque garantiza a los ciudadanos y ciudadanas de Estados miembros de la Unión más derechos que a las personas que residan u operen en ellos sin ser ciudadanos o ciudadanas. Por último, al elevar este tipo de regulación a la categoría de Acuerdo internacional, lo que se está haciendo es poner trabas a las investigaciones judiciales (muchas de ellas desarrollándose actualmente) sobre esta materia, al tener este texto un carácter superior al de los Tratados en los que se basan las demandas. Por todo ello, he votado en contra de este acuerdo.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted to abstain from this non-legislative resolution. UKIP do not respect decisions that derive from the European Court of Justice so we could not support this resolution. Voting against this resolution would lead to the agreement being voted on today. UKIP do not support accelerating EU-third country agreements so an abstention is the most appropriate vote.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted against seeking an opinion from the Court of Justice on the compatibility with the Treaties of the Agreement between the United States of America and the European Union on the protection of personal information relating to the prevention, investigation, detection, and prosecution of criminal offenses. The US-EU Agreement on the protection of personal information relating to criminal offences establishes a framework of data protection principles and safeguarding measures.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – S vysokou pravdepodobnosťou sa možno domnievať, berúc do úvahy obavy a upozornenia z príslušných subjektov EÚ o potenciálnom porušení práva EÚ, že existuje právna neistota, pokiaľ ide o súlad dohody s ustanoveniami zmlúv (čl. 16 ZFEÚ) a Chartou základných práv EÚ (čl. 7, 8, 21, 47 a 52 ods. 1), pokiaľ ide o práva fyzických osôb na ochranu osobných údajov, článok 47, pokiaľ ide o právo na účinnú nápravu, a takisto pokiaľ ide o zásadu nediskriminácie a právo na spravodlivý súdny proces. Preto sa javí byť potrebné požiadať Súdny dvor EÚ o stanovisko k súladu pripravovanej dohody so zmluvami.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des EU-Parlaments zur Einholung eines Gutachtens des Gerichtshofs über die Vereinbarkeit des geplanten Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union über den Schutz personenbezogener Daten bei der Verhütung, Untersuchung, Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten mit den Verträgen habe ich mich enthalten.

Ich bin nicht der Auffassung, dass große Rechtsunsicherheit dahingehend herrscht, ob der Entwurf des Abkommens mit den Verträgen (Artikel 16 AEUV) und mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vereinbar ist. Ein belastbares Gutachten kann jedoch nicht schaden.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem proti resoluciji o pridobitvi mnenja Sodišča o združljivosti predlaganega Sporazuma med Združenimi državami Amerike in Evropsko unijo o varstvu osebnih podatkov pri preprečevanju, preiskovanju, odkrivanju in pregonu kaznivih dejanj s Pogodbama.

Menim, da so bile vse pravne dileme glede sporazuma TTIP že odpravljene in ima ta zahteva po mnenju Sodišča Evropske unije namen zavlačevanja postopka ter končno razveljavitev sporazuma, ki bo Evropski uniji prinesel številna nova delovna mesta, povečal naložbe ter dvignil gospodarsko rast, kar se bo najbolj poznalo pri blaginji državljank in državljanov.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Κάθε συνεργασία μεταξύ διωκτικών αρχών πρέπει να βασίζεται στις αρχές της διαφάνειας και λογοδοσίας.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Európa polgárai biztonságának garantálása érdekében elengedhetetlen a más államokkal megvalósuló bűnmegelőzési és bűnüldözési tárgyú adatcsere. Viszont az adatcsere csak az uniós állampolgárok személyes adatainak megfelelő védelmével valósulhat meg.

Ezért is bír nagy jelentőséggel az Amerikai Egyesült Államok kormányával a bűncselekmények megelőzésével, kivizsgálásával, felderítésével és büntetőeljárás alá vonásával kapcsolatos személyes adatok védelméről szóló megállapodás elfogadása, amely keretjelleggel rögzíti azon előírásokat és követelményeket, amelyek az uniós tagállamok és az Egyesült Államok között cserélt adatok kezelésének feltételeire vonatkoznak.

A megállapodásról elmondható, hogy megfelelő adatvédelmi garanciákat nyújt, ezáltal az adatalanyok jogainak magas szintű védelmét célozva meg. Fontos még kihangsúlyozni, hogy a megállapodás önmagában nem képez jogalapot a személyes adatok továbbítására az Egyesült Államokba, ezért szavazatommal támogattam a megállapodás létrejöttét.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris.* — Semnarea Acordului privind protecția datelor personale care sunt transferate și prelucrate în legătură cu prevenirea, depistarea, investigarea și urmărirea penală a infracțiunilor între Statele Unite și Uniunea Europeană constituie un progres important în direcția consolidării cooperării în vederea combaterii terorismului și crimei organizate la nivel internațional. El va permite protecția informațiilor personale în contextul schimburilor de informații dintre cele două părți, reglementată de alte acorduri bilaterale specifice. În acest context, există temerea că acordul se va substitui prevederilor tratatelor europene în vigoare, instituind norme incompatibile cu acquis-ul comunitar. Consider că aceste temeri nu sunt întemeiate, din moment ce acordul de față nu instituie noi temeiuri juridice, ci doar completează acordurile deja existente (PNR, TFTP sau MLA). De aceea, resping rezoluțiile de față, pornind de la ideea că avem nevoie de acest gen de acorduri strategice pentru a putea continua să susținem proiectul european. Parlamentul European este instituția care poate conferi legitimitatea necesară acestui tip de abordare.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* – Je partage l'avis du rapporteur selon lequel il existe une incertitude juridique quant à la compatibilité de l'accord envisagé avec les dispositions des traités, en particulier l'article 16 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne, et la charte des droits fondamentaux de l'Union européenne, en particulier ses articles 7 et 8, son article 52, paragraphe 1, en ce qui concerne le droit des personnes physiques à la protection des données à caractère personnel, ainsi que son article 47 concernant l'accès à un recours judiciaire effectif.

Ivica Tolić (PPE), *in writing.* – Ne podržavam Prijedlog rezolucije o traženju mišljenja Suda o usklađenosti Sporazuma između Sjedinjenih Američkih Država i Europske unije o zaštiti osobnih informacija u vezi sa sprečavanjem, istragom, otkrivanjem i progonom kaznenih djela s Ugovorima, niti Prijedlog rezolucije o traženju mišljenja Suda o usklađenosti predloženog Sporazuma između Sjedinjenih Američkih Država i Europske unije o zaštiti osobnih informacija u vezi sa sprečavanjem, istragom, otkrivanjem i progonom kaznenih djela s Ugovorima. Smatram da bi traženje mišljenja suda nepotrebno produžilo postupak sklapanja sporazuma te da je ocjena pravnih službi Europskog parlamenta ispravno ocijenila kada je utvrdila da članak 16. u kombinaciji s člankom 218. stavkom 6. točkom (a) Ugovora o funkcioniranju Europske unije (UFEU) predstavlja pravilnu pravnu osnovu prijedloga.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Ovaj sporazum garantira dodatnu zaštitu osobnih podataka u slučaju kada su isti preneseni i obrađeni u svrhu prevencije, istrage, detektiranja te pokretanja kriminalnih aktivnosti, kao što je terorizam. Također, sporazum sam po sebi ne pruža pravnu osnovu za prijenos osobnih podataka - on naprosto dodaje sloj privatnosti osobnih podataka prenesenih unutar drugih sporazuma. Glasovala sam za, jer smatram da ovaj sporazum omogućuje veliki napredak u očuvanju privatnih podataka, u slučaju kada se oni prijenose između Europske unije i SAD-a, i to bez ometanja rada pravnih i policijskih organa. Navedeno će biti podložno redovnim kontrolama čiji će rezultati biti vidljivi javno.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Predloga resolucije Evropskega parlamenta o pridobitvi mnenja Sodišča o združljivosti predlaganega sporazuma med Združenimi državami Amerike in Evropsko unijo o varstvu osebnih podatkov pri preprečevanju, preiskovanju, odkrivanju in pregonu kaznivih dejanj s Pogodbama nisem podprla.

Moja politična skupina ELS je ocenila, da obstaja pravna negotovost glede združljivosti predloga sporazuma s Pogodbama ter z Listino Evropske unije o temeljnih pravicah, zato je bila želja zaprositi sodišče za mnenje o skladnosti predlaganega sporazuma s Pogodbama.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – He votado a favor de solicitar al Tribunal de Justicia que se pronuncie en un dictamen sobre la cuestión. Me parece que es una cuestión que va más allá de estar a favor o en contra del Tratado, es una cuestión de sentido común: otorgar al Tribunal de Justicia el rol que le corresponde y no correr el riesgo de que entre en vigor un Tratado que contiene un instrumento que podría ser incompatible con nuestro ordenamiento jurídico.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing.* – I have voted in favour of this resolution, as it is my belief that at this moment is fundamental to prioritise the improvement of our security procedures. In particular, I believe it is very important to achieve a high level of coordination with the USA.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal az S&D-álláspontját követtem, nem támogattam a másik frakciók módosító javaslatait.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de solicitar al Tribunal de Justicia que se pronuncie en un dictamen sobre la cuestión. Nos parece que es una cuestión que va más allá de estar a favor o en contra del Tratado, es una cuestión de sentido común: otorgar al Tribunal de Justicia el rol que le corresponde y no correr el riesgo de que entre en vigor un Tratado que contiene un instrumento que podría ser incompatible con nuestro ordenamiento jurídico.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Manau, kad esama teisinio netikrumo, ar susitarimo projektas yra suderinamas su Sutarčių (SESV 16 straipsnio) ir Europos Sąjungos pagrindinių teisių chartijos (7 ir 8 straipsnių ir 52 straipsnio 1 dalies) nuostatomis dėl teisės į asmens duomenų apsaugą ir 47 straipsnio nuostatomis dėl teisės į veiksmingą teisinę gynybą.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Em 3 de dezembro de 2010, o Conselho adotou uma decisão a autorizar a Comissão a encetar negociações para um acordo entre a União Europeia e os Estados Unidos da América sobre a proteção de dados pessoais transferidos e tratados para efeitos de prevenção, investigação, deteção e repressão de crimes, incluindo o terrorismo, no contexto da cooperação policial e judiciária em matéria penal (adiante designado «acordo-quadro»).

Este acordo tem suscitado dúvidas em torno da sua compatibilidade com a Carta e a legislação secundária da UE em matéria de proteção de dados, especialmente no que se refere ao direito a recurso judicial, ao acesso das agências de aplicação da lei, à limitação do acesso de acesso do sujeito dos dados e aos períodos de conservação dos dados.

Esta resolução pretende solicitar ao Tribunal de Justiça um parecer sobre a compatibilidade do acordo proposto com os Tratados. Não reconhecemos a legitimidade deste tribunal, moldado aos interesses deste processo de integração capitalista da UE.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Bei diesem Entschließungsantrag geht es darum, ein Gutachten des Europäischen Gerichtshofes einzuholen, ob das Abkommen mit den Verträgen und mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vereinbar ist, insbesondere hinsichtlich des Rechts des Einzelnen auf Schutz seiner personenbezogenen Daten, des Grundsatzes des Diskriminierungsverbots und des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein gerechtes Verfahren. Ich habe diesem Antrag zugestimmt, da meiner Meinung nach jede kritische Überprüfung dieses Abkommens genutzt werden soll.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Predlogov Resolucij Evropskega parlamenta B8-1304/2016 in B8-1305/2016, ki zahtevata pridobitev mnenja Sodišča o združljivosti predlaganega sporazuma med Združenimi državami Amerike in Evropsko unijo o varstvu osebnih podatkov pri preprečevanju, preiskovanju, odkrivanju in pregonu kaznivih dejanj s Pogodbama nisem podprl.

Sklenitev mednarodnega sporazuma omogoča učinkovitejše in tesnejše sodelovanje EU in ZDA pri izmenjavi podatkov v zvezi s kazenskim pregonom.

Menim, da sporazum hkrati zagotavlja varstvo osebnih podatkov in zasebnosti in ne posega nesorazmerno v temeljne pravice, ki so zagotovljene s Pogodbama in z Listino Evropske unije o temeljnih pravicah, kot je zlasti pravica do varstva osebnih podatkov, zasebnosti ter pravica do učinkovitega pravnega sredstva in nepristranskega sodišča

7.10. Abkommen zwischen den USA und der EU über den Schutz personenbezogener Daten bei Straftaten (A8-0354/2016 - Jan Philipp Albrecht)

Dichiarazioni di voto orali

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La seguente raccomandazione ha come oggetto il progetto di accordo ombrello tra Stati Uniti e Unione europea in materia di protezione dei dati per quanto riguarda i reati penali. Tale accordo presenta una serie di obblighi e diritti in capo a Stati Uniti e UE per la protezione dei dati personali quando vengono trasferiti oltreoceano. L'obbiettivo dell'accordo è quello di mettere i cittadini europei sullo stesso piano dei cittadini statunitensi i cui dati personali possono già godere della protezione derivante dalla legislazione europea vigente.

Nonostante il seguente accordo rappresenti un passo avanti in materia di protezione dei dati, soprattutto perché i dati personali vengono comunque trasmessi tra UE e USA, ci sono alcuni punti che rimangono non molto chiari. Per questo motivo ho deciso di astenermi.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – El acuerdo adoptado con mi voto favorable abarca la transferencia de todos los datos personales, tales como nombres, direcciones o antecedentes penales, intercambiados entre la Unión Europea y los Estados Unidos de América para la prevención, detección, investigación y enjuiciamiento de delitos, incluido el terrorismo.

He votado a favor porque supone un paso adelante para la protección transatlántica de datos. En lo sucesivo habrá estándares más altos de protección de derechos fundamentales vinculantes y se aplicarán fuertes controles cuando se intercambien datos entre la policía y las autoridades judiciales. El acuerdo representa el inicio de una nueva forma de negociar estándares transatlánticos sobre la protección de los derechos fundamentales que sustituyan los estándares fragmentados y poco garantistas vistos hasta ahora. El acuerdo garantiza que los ciudadanos de ambos lados del Atlántico tendrán derecho a ser informados en caso que se haya violentado la seguridad de los datos, de que se trate de información correcta y que pueda corregirse y, fija límites a las transferencias de datos y a los períodos de retención.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — On Albrecht we voted against the report. We supported the referral of the file to the European Court of Justice to assess compatibility with existing EU data protection legislation.

The file itself provides for some additional protections but by no means goes far enough. It differentiates between EU and non-EU citizens, it would also mean that it would become more difficult to challenge the legality of data exchange in court. It may contradict existing EU data protection legislation. It doesn't cover the protection of information exchanged between national security agencies or private entities either.

For those reasons we voted against.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. — L'accord dont il s'agit ici vise à établir un cadre de principes et de garanties en matière de protection des données lors du transfert d'informations à caractère personnel à des fins d'application du droit pénal entre les États-Unis, d'une part, et l'Union européenne ou ses États membres, d'autre part. Son objectif est de garantir un niveau élevé de protection des données à caractère personnel des personnes concernées de l'Union lors de leur échange avec les États-Unis.

Avec le Front national, je m'oppose au principe même de l'échange systématique de données à caractère personnel. Cet accord prévoit certains droits et garanties en matière de protection des données, mais ceux-ci sont insuffisants. Le Contrôleur européen de la protection des données recommande des améliorations essentielles pour garantir que les dispositions en matière de recours juridictionnel sont effectives. Il précise d'ailleurs que les transferts massifs de données sensibles ne sont pas autorisés.

En outre, jusqu'à présent, l'Union européenne ou ses États membres n'ont pas été déclarés par le ministère de la justice des États-Unis comme faisant partie des pays dont les citoyens peuvent intenter des actions civiles contre certaines agences gouvernementales américaines au titre du «Privacy Act» de 1974. J'ai donc voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Supporting better protection of personal information, yet believing that such matters should be determined between the UK and the USA, and noting that this will not impact on the UK anyway as the government is expected to opt out of this, I felt it appropriate to abstain.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už rekomendaciją dėl Jungtinių Amerikos Valstijų ir Europos Sąjungos susitarimo dėl asmens duomenų, susijusių su nusikalstamų veikų prevencija, tyrimu, nustatymu ar traukimu baudžiamojon atsakomybėn už jas, apsaugos sudarymo Europos Sąjungos vardu projekto. Pritariu šiam susitarimui, kuris leis nustatyti visų asmens duomenų, pavyzdžiui, vardo ir pavardės, adreso ar teistumo, apsaugos standartus ES ir JAV teisėsaugos institucijoms bendradarbiaujant baudžiamosiose bylose.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – L'accord vise à établir un cadre de principes et de garanties en matière de protection des données lors du transfert d'informations à caractère personnel à des fins d'application du droit pénal entre les États-Unis, d'une part, et l'Union européenne ou ses États membres, d'autre part. Son objectif est d'essayer de garantir une protection suffisante des données à caractère personnel des personnes concernées de l'Union lors de leur échange avec les États-Unis.

Je me suis toujours opposé au principe même de l'échange systématique de données à caractère personnel, surtout avec nos partenaires américains depuis que leurs pratiques hautement contestables ont été révélées par Edward Snowden et Julian Assange. Cet accord prévoit certains droits et garanties en matière de protection des données, mais ceux-ci sont largement insuffisants. J'ai voté contre.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte. En effet, il offre une protection (droit d'accès et de correction sous certaines conditions notamment) aux citoyens européens dont les données sont échangées avec les États-Unis dans le cadre de la lutte contre la criminalité et le terrorisme. C'est une avancée car, dans certains cas, cette protection était faible.

Toutefois, le Service juridique du Parlement européen estime que l'accord ne respecte ni les traités ni la charte des droits fondamentaux, notamment parce qu'il n'offre pas suffisamment de recours juridictionnel devant les instances américaines et qu'il met hors-jeu les garanties additionnelles que pourrait apporter la directive sur la protection des données à partir de son entrée en vigueur en 2018.

J'ai par ailleurs soutenu les résolutions qui demandaient l'avis de la Cour de justice à ce propos.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'accordo approvato oggi tra Unione europea e Stati Uniti costituisce il punto d'approdo di un percorso iniziato nel 2010 dal Parlamento, per chiedere misure più forti in materia di protezione dei dati personali scambiati a fini di contrasto alla criminalità. La relazione Albrecht, da me sostenuta, conclude un percorso di sei anni di negoziati definendo alcuni punti centrali che non costituiscono la base giuridica per il trasferimento dei dati, ma stabiliscono un supplemento di misure di sicurezza volte alla protezione di quelli che sono già oggi scambiati legalmente tra le due sponde dell'Atlantico.

Il testo consente alle autorità per la protezione dei dati di verificare il rispetto delle nuove misure in qualsiasi momento e garantisce ai cittadini il diritto ad essere informati in caso di violazioni della sicurezza, di chiedere il risarcimento dei danni e di poter correggere le informazioni inesatte. A queste disposizioni si aggiungono poi quelle che stabiliscono limiti per i trasferimenti di dati successivi e sul periodo di conservazione degli stessi. Sono convinto che l'accordo costituisca un netto miglioramento del quadro normativo.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El «Acuerdo Marco» pretende garantizar la protección de los derechos y libertades fundamentales de las personas, en particular la protección de los datos personales cuando se transmitan y traten con fines de prevención, investigación, detección o enjuiciamiento de delitos, incluido el terrorismo, en el marco de la cooperación policial y judicial en materia penal, entre las autoridades competentes de la Unión Europea y los EE. UU. Sin embargo, hay serias dudas, incluso del Supervisor Europeo de Protección de Datos, sobre la compatibilidad del Acuerdo Marco con la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión y con el Derecho derivado en materia de protección de datos de la Unión, en particular en lo relativo al derecho al recurso judicial, el acceso por parte de las autoridades policiales y judiciales, la limitación de los derechos de acceso del interesado y los periodos de conservación de los datos; entre otras. Dudas que requerían la intervención del Tribunal de Justicia de la Unión Europea. Como se rechazaron las Propuestas de Resolución de GUE/NGL y ALDE por las que se solicitaba el dictamen del TJUE sobre la compatibilidad del Acuerdo Marco con los Tratados de la Unión, he votado en contra.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Me he abstenido en el voto de esta recomendación sobre el proyecto de Decisión del Consejo, sobre la celebración, en nombre de la Unión del Acuerdo entre los Estados Unidos de América y la Unión Europea sobre la protección de los datos personales en relación con la prevención, la investigación, la detección y el enjuiciamiento de infracciones penales. Nuestro grupo ha presentado una resolución alternativa donde se considera que existe incertidumbre jurídica en cuanto a la compatibilidad del Acuerdo previsto con los Tratados y se pide que se solicite al Tribunal de Justicia un dictamen sobre la compatibilidad del mismo con los Tratados. Por ello me he abstenido en este voto.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – L'accord vise à établir un cadre de principes et de garanties en matière de protection des données lors du transfert d'informations à caractère personnel à des fins d'application du droit pénal entre les États-Unis, d'une part, et l'Union européenne ou ses États membres, d'autre part afin de garantir un niveau élevé de protection des données. Le traitement ne pourrait que concerner des fins de prévention et de détection des infractions pénales, dont le terrorisme.

Je me suis toujours opposée au principe même de l'échange systématique de données à caractère personnel, d'autant que les droits et garanties de l'accord sont insuffisants. Le Contrôleur européen de la protection des données recommande même des améliorations essentielles pour garantir que les dispositions en matière de recours juridictionnel sont effectives.

Enfin, l'UE ou ses États membres n'ont pas été déclarés par le ministère de la justice des États-Unis comme faisant partie des pays dont les citoyens peuvent intenter des actions civiles contre certaines agences gouvernementales américaines au titre du «Privacy Act» de 1974. J'ai donc voté contre ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Questa relazione rappresenta una prima proposta di Accordo tra gli Stati Uniti d'America e l'Unione europea sulla protezione delle informazioni personali, che lo sviluppo recente delle tecnologie ha messo al centro dell'attenzione, soprattutto attraverso la rete di Internet e i social media. Ritengo importante promuovere questo tipo di Accordi bilaterali per arrivare a garantire una protezione di dati elevata nell'interesse dei cittadini. Per questi motivi ho sostenuto il testo con il mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El acuerdo adoptado con mi voto favorable abarca la transferencia de todos los datos personales, tales como nombres, direcciones o antecedentes penales, intercambiados entre la Unión Europea y los Estados Unidos de América para la prevención, detección, investigación y enjuiciamiento de delitos, incluido el terrorismo.

He votado a favor porque supone un paso adelante para la protección transatlántica de datos. En lo sucesivo habrá estándares más altos de protección de derechos fundamentales vinculantes y se aplicarán fuertes controles cuando se intercambien datos entre la policía y las autoridades judiciales. El acuerdo representa el inicio de una nueva forma de negociar estándares transatlánticos sobre la protección de los derechos fundamentales que sustituyan los estándares fragmentados y poco garantistas vistos hasta ahora. El acuerdo garantiza que los ciudadanos de ambos lados del Atlántico tendrán derecho a ser informados en caso que se haya violentado la seguridad de los datos, de que se trate de información correcta y que pueda corregirse y, fija límites a las transferencias de datos y a los períodos de retención.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes juo Parlamentas pritarė Jungtinių Amerikos Valstijų ir Europos Sąjungos susitarimo dėl asmens duomenų, susijusių su nusikalstamų veikų prevencija, tyrimu, nustatymu ar traukimu baudžiamojon atsakomybėn už jas, apsaugos Europos Sąjungos vardu sudarymui. Susitarimo tikslas – užtikrinti fizinių asmenų pagrindinių teisių ir laisvių aukšto lygio apsaugą, visų pirma teisę į privatumą kalbant apie asmens duomenų tvarkymą, kai jie šiuo tikslu perduodami Europos Sąjungos, jos valstybių narių ir JAV kompetentingoms institucijoms.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Európa polgárai biztonságának garantálása érdekében elengedhetetlen a más államokkal megvalósuló bűnmegelőzési és bűnüldözési tárgyú adatcsere. Viszont az adatcsere csak az uniós állampolgárok személyes adatainak megfelelő védelmével valósulhat meg.

Ezért is bír nagy jelentőséggel az Amerikai Egyesült Államok kormányával a bűncselekmények megelőzésével, kivizsgálásával, felderítésével és büntetőeljárás alá vonásával kapcsolatos személyes adatok védelméről szóló megállapodás elfogadása, amely keretjelleggel rögzíti azon előírásokat és követelményeket, amelyek az uniós tagállamok és az Egyesült Államok között cserélt adatok kezelésének feltételeire vonatkoznak.

A megállapodásról elmondható, hogy megfelelő adatvédelmi garanciákat nyújt, ezáltal az adatalanyok jogainak magas szintű védelmét célozva meg. Fontos még kihangsúlyozni, hogy a megállapodás önmagában nem képez jogalapot a személyes adatok továbbítására az Egyesült Államokba, ezért szavazatommal támogattam a megállapodás létrejöttét.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se s sklenitvijo omenjenega sporazuma, saj bo ta sporazum med Evropsko unijo in Združenimi državami Amerike znatno pripomogel k povečanju varnosti državljanov.

Tako se v njem govori o varstvu osebnih podatkov pri prenosu in obdelavi, namenjeni preprečevanju, preiskovanju, odkrivanju ali pregonu kaznivih dejanj, vključno s terorizmom, ki je trenutno v porastu.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o Sporazumu čiji je cilj uspostaviti okvir načela i mjere zaštite podataka kada se osobni podaci prenose u svrhu provedbe kaznenog zakona između država članica EU-a i SAD-a. Trajanje ugovora je neodređeno.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Je me suis toujours opposée au principe même de l'échange systématique de données à caractère personnel. Cet accord prévoit certains droits et garanties en matière de protection des données, mais ceux-ci sont insuffisants. Des améliorations essentielles pour garantir l'effectivité des dispositions en matière de recours juridictionnel ont été recommandées par le Contrôleur européen de la protection des données.

J'ai donc voté contre cet accord.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'accordo tra UE e USA in materia di protezione dei dati personali durante il loro trasferimento e/o trattamento, mira a garantire un elevato livello di protezione dei diritti fondamentali e delle libertà personali, in particolare il diritto alla privacy. Tale accordo non rappresenterà una base giuridica per il trasferimento dei dati. Esso ha l'obiettivo di migliorare, armonizzare e fornire garanzie ai diritti delle persone interessate.

L'accordo si applica ai trasferimenti di dati personali tra le autorità incaricate dell'applicazione della legge nell'Unione o negli Stati membri e le autorità corrispondenti negli Stati Uniti al fine di rilevare e prevenire reati; e copre tutti i trasferimenti di dati tra le suddette autorità, indipendentemente dalla nazionalità o dal luogo di residenza della persona interessata. L'accordo prevede inoltre che ciascuna parte attui le disposizioni senza discriminazione arbitraria o ingiustificata tra i propri cittadini e quelli dell'altra parte contraente.

In esso si ritrovano anche disposizioni che stabiliscono i principi fondamentali per la protezione dei dati; quali limitazioni dell'utilizzo, conservazione dell'integrità e norme per trasferimenti successivi. L'accordo definisce anche i diritti degli individui e i diritti di ricorso amministrativo e giudiziario.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cet accord vise à établir des garanties en matière de protection des données lors du transfert d'informations à caractère personnel à des fins d'application du droit pénal entre les États-Unis, d'une part, et l'Union européenne et ses États membres, d'autre part.

Pour y parvenir, cet accord fixera la durée de conservation des données. Les individus concernés seraient en mesure de se prévaloir de droits au regard de tout transfert transatlantique de données à caractère personnel dans le domaine répressif, à savoir le droit d'accès aux données, le droit de rectification des données les concernant et le droit de déposer un recours administratif ou juridictionnel si la personne compétente n'accepte pas le résultat de sa demande.

Nous nous sommes toujours opposés au principe même de l'échange systématique de données à caractère personnel. Bien que cet accord aille dans le bon sens, les garanties qu'il prévoit, en matière de protection des données, sont insuffisantes. En atteste le rapport du Contrôleur européen de la protection des données qui recommande de sérieuses améliorations pour garantir que les dispositions en matière de recours juridictionnel sont effectives. C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato contro le risoluzioni in questione perché ritengo che non ci sia incertezza giuridica quanto alla compatibilità dell'accordo in questione con le disposizioni del Trattato sul funzionamento dell'Unione europea e della Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea relativamente al diritto degli individui alla protezione dei dati di carattere personale.

Grazie all'accordo approvato oggi, per la prima volta, si avrà uno strumento di protezione dei dati applicabile in modo completo e coerente agli scambi transatlantici di dati nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale.

Inoltre, l'accordo in questione confermerà nel contesto transatlantico i requisiti generali sui trasferimenti internazionali di dati previsti dalla direttiva europea adottata lo scorso aprile concernente la tutela delle persone fisiche con riguardo al trattamento dei dati personali da parte delle autorità competenti a fini di prevenzione, indagine, accertamento e perseguimento di reati o esecuzione di sanzioni penali.

Questo accordo rappresenta quindi un passo nella giusta direzione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of a motion to have this file referred to the European Court of Justice to assess compatibility with existing EU data protection legislation. However, as the majority of MEPs did not support this referral, I voted against the report as a whole. The file itself provides for some additional protections on the protection of personal data but by no means goes far enough. It differentiates between EU and non-EU citizens, it would also mean that it would become more difficult to challenge the legality of data exchange in court. It may contradict existing EU data protection legislation. It doesn't cover the protection of information exchanged between national security agencies or private entities either. For those reasons I voted in favour of referral but against the report.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted to abstain on this legislative consent procedure vote. UKIP principally do not support the EU concluding agreements with third countries. However, as this agreement is largely seeking to improve data protection safeguards and is not directly applicable to the UK, unless our sovereign government wishes to participate, it was more appropriate to abstain on this agreement.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Dal punto di vista del contenuto, l'accordo, seppur non perfetto, rappresenta un passo avanti rispetto allo status quo soprattutto alla luce del fatto che i dati personali vengono trasferiti comunque tra l'UE e gli USA.

Tuttavia, alcune questioni importanti rimangono aperte; in particolare, il ricorso giurisdizionale è escluso per alcuni tipi di dati come i PNR; essendo un accordo internazionale ha precedenza sul diritto interno dell'UE e sarà l'accordo ombrello e non la rilevante normativa europea in materia il quadro di riferimento per i diritti di cui possono godere i cittadini europei.

Inoltre, il fatto che si tratti di un accordo con gli USA potrebbe rappresentare un problema politico alla luce di una possibile ostilità ideologica a concludere accordi con gli USA.

Jean-Marie Cavada (ALDE), *par écrit*. – J'ai soutenu cet accord qui garantira des normes de protection des données élevées et contraignantes pour les échanges de données transatlantiques entre les autorités policières.

Cet accord couvre le transfert de toutes les données à caractère personnel à des fins de prévention et il permettra des poursuites en matière pénale, surtout en matière de terrorisme.

Nous obtiendrons ainsi des droits solides pour les citoyens des deux côtés de l'Atlantique.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I fully support the report on the protection of personal information relating to criminal offences between the EU and the US because I am convinced there is need to have a sort of 'umbrella' over all the data protection clauses included in all the EU-US agreements to date. Also, and I find personally very important, the agreement brings the possibility for the citizens to seek judicial redress in case there is a breach in data protection by one of the parties concerned. Finally, I welcome that public independent oversight bodies which will ensure the data protection rules are respected are part of the agreement.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς τη σύσταση σχετικά με τη σύναψη συμφωνίας μεταξύ των Ηνωμένων Πολιτειών της Αμερικής και της Ευρωπαϊκής Ένωσης σχετικά με την προστασία των πληροφοριών προσωπικού χαρακτήρα για την πρόληψη, τη διερεύνηση, την ανίχνευση και τη δίωξη ποινικών αδικημάτων. Παρότι η αποτελεσματική αντιμετώπιση ποινικών αδικημάτων πρέπει να αποτελεί προτεραιότητα για εμάς, θεωρώ πως η έκθεση αυτή δεν καλύπτει επαρκώς την ανάγκη προστασίας προσωπικών δεδομένων των πολιτών και ως εκ τούτου ψήφισα αρνητικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Parere favorevole per il report in oggetto che prevede l'avvio di negoziati tra UE e Stati Uniti con riferimento alla protezione dei dati personali a fini di prevenzione, indagine, accertamento e perseguimento dei reati, compreso il terrorismo, nel quadro della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Senza dubbio alcuno, quando nel 2010 sono stati intavolati i negoziati per la conclusione del presente accordo nessuno avrebbe potuto immaginare un vero e proprio scardinamento degli assetti allora esistenti: la Primavera Araba e l'insediamento dello Stato Islamico, la guerra in Crimea e le relazioni con la Russia, per non affrontare poi l'insorgenza del terrorismo in Europa.

Con l'auspicio che una tale lungimiranza strategica possa emergere più di frequente, voto a favore del provvedimento. Il contenuto dell'accordo si prefigge di garantire un elevato livello di protezione dei diritti e delle libertà fondamentali delle persone fisiche, in particolar modo del diritto alla vita privata per il trattamento dei dati personali quando vi è un trasferimento alle autorità in merito a prevenzione, indagine, accertamento e perseguimento di reati penali, terrorismo compreso.

L'accordo non costituisce di per sé la base giuridica funzionale allo scambio di dati dal momento che essa esso è previsto in altri, bensì integra le tutele e le garanzie previste da essi e rafforza e armonizza i diritti degli interessati. Le parti sono tenute ad istituire autorità di supervisione per il controllo dell'attuazione dell'accordo, delle denunce dei cittadini e per segnalare eventuali violazioni dell'accordo.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the recommendation on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the European Union, of the agreement between the United States of America and the European Union on the protection of personal information relating to the prevention, investigation, detection, and prosecution of criminal offences

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O chamado «Acordo-Quadro sobre a Proteção dos Dados Pessoais» com os Estados Unidos tem vindo a ser debatido ao longo dos últimos 5 anos. A posição do Parlamento Europeu foi sempre a de assegurar que os cidadãos europeus viam os seus direitos respeitados.

Não ignoro que a colaboração e a troca de informação com os Estados Unidos no âmbito do combate ao crime são fundamentais para a União Europeia. No entanto, como aliás tenho defendido em vários outros domínios, não podemos sacrificar tudo em nome da segurança. É por isso que vejo com agrado que foram determinados limites claros sobre a utilização dos dados transmitidos, bem como sobre o período de retenção. Por outro lado, a administração norte-americana aceitou criar um provedor e reconhecer aos cidadãos europeus o direito fundamental à tutela jurisdicional.

Ora, é reconhecendo este novo quadro, e sublinhando que este acordo não autoriza a transferência de dados, mas apenas cria o enquadramento jurídico, que sou favorável à sua aprovação.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto il testo rappresenta un importante passo avanti per la protezione dei dati personali trasferiti tra l'Unione europea e gli Stati Uniti nel contesto delle attività di contrasto.

Inoltre, l'accordo non limita né viola alcun diritto degli interessati, in quanto non costituisce la base giuridica di nessun trasferimento di dati, ma integra semplicemente i quadri esistenti relativi ai trasferimenti di dati con nuovi diritti e tutele nel contesto della cooperazione tra l'Unione europea e gli Stati Uniti.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this agreement as it aims to establish a framework of data protection principles and safeguards for when personal data is transferred for criminal law enforcement purposes between the EU or the Member States and the US and thus the agreement constitutes major progress for the protection of personal data when transferred between the EU and the US in the context of law enforcement activities. The current bilateral agreements in place do not have the same level of data protection safeguards as this agreement, therefore it is necessary to ensure citizen's digital rights are secured.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome the adoption of this EU-US Data Protection Agreement after many years of difficult negotiation. This Agreement will provide EU and UK citizens with greater rights of redress and higher levels of protection for their personal data and I am very supportive of the creation of a clear legal transatlantic legal framework for data protection.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative porte sur l'approbation de l'accord entre l'Union européenne et les États-Unis d'Amérique. Cet accord vise à garantir des normes de protection des données personnelles élevées et contraignantes pour les échanges de données transatlantiques entre les autorités policières et répressives.

Considérant que dans un contexte de tension sécuritaire, il est nécessaire de développer une lutte commune entre l'Union européenne et les États-Unis, contre les crimes et le terrorisme, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted to abstain on this legislative consent procedure vote. UKIP principally do not support the EU concluding agreements with third countries. However, as this agreement is largely seeking to improve data protection safeguards and is not directly applicable to the UK, unless our sovereign government wishes to participate, it was more appropriate to abstain on this agreement.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai bien évidemment soutenu la conclusion de l'accord entre les États-Unis et l'Union européenne sur la protection des informations à caractère personnel traitées en matière d'infractions pénales, dit «Umbrella Agreement». Après plusieurs années de négociations, cet accord est une avancée importante pour renforcer notre coopération avec les États-Unis, partenaire indispensable dans la lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée, tout en assurant un cadre élevé de protection des données personnelles qui sont transférées pour prévenir ou détecter des infractions pénales, mener des enquêtes et des poursuites.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Európa polgárai biztonságának garantálása érdekében elengedhetetlen a más államokkal megvalósuló bűnmegelőzési és bűnüldözési tárgyú adatcsere. Viszont az adatcsere csak az uniós állampolgárok személyes adatainak megfelelő védelmével valósulhat meg.

Ezért is bír nagy jelentőséggel az Amerikai Egyesült Államok kormányával a bűncselekmények megelőzésével, kivizsgálásával, felderítésével és büntetőeljárás alá vonásával kapcsolatos személyes adatok védelméről szóló megállapodás elfogadása, amely keretjelleggel rögzíti azon előírásokat és követelményeket, amelyek az uniós tagállamok és az Egyesült Államok között cserélt adatok kezelésének feltételeire vonatkoznak.

A megállapodásról elmondható, hogy megfelelő adatvédelmi garanciákat nyújt, ezáltal az adatalanyok jogainak magas szintű védelmét célozva meg. Fontos még kihangsúlyozni, hogy a megállapodás önmagában nem képez jogalapot a személyes adatok továbbítására az Egyesült Államokba, ezért szavazatommal támogatni tudom a megállapodás létrejöttét.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'accord Umbrella relatif à la protection des données à caractère personnel transférées et traitées dans le cadre de la prévention et de la détection des infractions pénales, dont les actes terroristes. C'était une demande de longue date du Parlement européen. Cet accord historique négocié depuis plusieurs années entre la Commission européenne et les États-Unis vise à garantir un niveau élevé de protection des informations à caractère personnel et à renforcer la coopération entre les États-Unis et l'Union européenne au niveau de la prévention et de la détection des infractions pénales.

L'accord n'autorise aucun transfert de données. Une fois en vigueur, il renforcera les garanties de protection de toutes les données personnelles transmises par les autorités judiciaires de part et d'autre de l'Atlantique sur la base d'autres accords, tels que l'accord UE/États-Unis sur les données des passagers aériens (PNR). De plus, il mettra enfin les citoyens européens et américains sur un pied d'égalité face tribunaux américains, puisqu'il permettra aux citoyens européens de former un recours juridictionnel en cas d'usage abusif de ses données personnelles ou si celles-ci sont par la suite rendues publiques, droit jusqu'alors réservé aux seuls citoyens américains.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. L'accord vise à établir un cadre de principes et de garanties en matière de protection des données lors du transfert d'informations à caractère personnel à des fins d'application du droit pénal entre les États-Unis, d'une part, et l'Union européenne ou ses États membres, d'autre part. Nous nous sommes toujours opposés au principe même de l'échange systématique de données à caractère personnel. Or, les garanties prévues par cet accord sont insuffisantes.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада на колегата Албрехт относно сключването на споразумение между Съединените американски щати и Европейския съюз относно защитата на личната информация във връзка с предотвратяването, разследването, разкриването и наказателното преследване на престъпления, тъй като смятам, че по този начин ще се гарантира допълнителна защита на личните данни.

Целта на споразумението е преди всичко създаването на широк набор от защитни мерки и гаранции, които ще се прилагат за предаването на лични данни за целите на наказателното правоприлагане между САЩ и ЕС и неговите страни членки.

Смятам, че то гарантира високо ниво на защита на личните данни и допринася за правната сигурност. Освен това то ще допринесе за подобряване на сътрудничеството в областта на правоприлагането със Съединените американски щати. Важно е да се отбележи, че извън обхвата на споразумението остава обменът на данни между националните служби за сигурност, тъй като те не попадат в правомощията на Съюза.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η πρακτική έχει αποδείξει ότι οι πολυάριθμες διασφαλίσεις και εγγυήσεις δεν αποτελούν εγγύηση υψηλού επιπέδου προστασίας του θεμελιώδους δικαιώματος της προστασίας δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα ούτε συμβάλλουν στην ασφάλεια δικαίου.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Európa polgárai biztonságának garantálása érdekében elengedhetetlen a más államokkal megvalósuló bűnmegelőzési és bűnüldözési tárgyú adatcsere. Viszont az adatcsere csak az uniós állampolgárok személyes adatainak megfelelő védelmével valósulhat meg.

Ezért is bír nagy jelentőséggel az Amerikai Egyesült Államok kormányával a bűncselekmények megelőzésével, kivizsgálásával, felderítésével és büntetőeljárás alá vonásával kapcsolatos személyes adatok védelméről szóló megállapodás elfogadása, amely keretjelleggel rögzíti azon előírásokat és követelményeket, amelyek az uniós tagállamok és az Egyesült Államok között cserélt adatok kezelésének feltételeire vonatkoznak.

A megállapodásról elmondható, hogy megfelelő adatvédelmi garanciákat nyújt, ezáltal az adatalanyok jogainak magas szintű védelmét célozva meg. Fontos még kihangsúlyozni, hogy a megállapodás önmagában nem képez jogalapot a személyes adatok továbbítására az Egyesült Államokba, ezért szavazatommal támogatni tudom a megállapodás létrejöttét.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this historic agreement on data sharing between the EU and the US for criminal law enforcement. It gives judicial redress to EU citizens, like my constituents in Wales, when their rights are infringed. Some are concerned about the legal clarification and I was also happy for this to be sent to the European Court of Justice to be examined.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: nous sommes opposés au principe même de l'échange systématique de données à caractère personnel.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente raccomandazione in quanto ritengo che l'accordo rappresenti un importante passo avanti per la protezione dei dati personali trasferiti tra l'Unione europea e gli Stati Uniti. In particolare, tale accordo mira a creare un quadro per la protezione dei dati personali contribuendo ad assicurare la certezza del diritto.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európska únia si zakladá na ochrane základných práv a fyzických slobôd osôb, a to najmä práva na súkromie v súvislosti so spracovaním osobných údajov. Aj to je jeden z dôvodov, prečo sa predmetná dohoda o ochrane osobných informácií v súvislosti s trestnými činmi medzi Európskou úniou a USA tak dlho rodila. Je dôležité pripomenúť, že predmetná dohoda nepredstavuje právny základ pre prenosy osobných údajov. Tento právny základ pre prenosy údajov možno nájsť v platných dohodách medzi EÚ a USA alebo v dvojstranných dohodách medzi členskými štátmi a USA, alebo vo vnútroštátnych právnych predpisoch upravujúcich výmenu osobných údajov.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore del provvedimento per una maggiore protezione dei dati personali a fini di prevenzione, indagine, accertamento e perseguimento di reati.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η πρακτική έχει αποδείξει ότι οι πολυάριθμες διασφαλίσεις και εγγυήσεις δεν αποτελούν εγγύηση υψηλού επιπέδου προστασίας του θεμελιώδους δικαιώματος της προστασίας δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα ούτε συμβάλλουν στην ασφάλεια δικαίου, γι' αυτό καταψηφίζω τη συμφωνία ΗΠΑ-ΕΕ σχετικά με την προστασία των πληροφοριών προσωπικού χαρακτήρα για τα ποινικά αδικήματα.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome this agreement which aims to establish a framework of data protection principles and safeguards for when personal data is transferred for criminal law enforcement purposes between the EU or the Member States and the US and supplements, where necessary, data protection safeguards in existing and future data transfer agreements or national provisions authorising such transfers. Therefore, it will bring a significant improvement to the current situation.

However, I believe that there is a need to solve its main problem, the absence of sufficient rights to judicial redress for permanent residents who are non-EU citizens, as they are excluded from the protections of the Judicial Redress Act.

Moreover, we must ensure that the European Data Protection Authorities keep their rights to independently assess the data protection environment, as the current wording would solidify the status for the US, regardless of what changes they would make to their internal legislation on data protection.

Мария Габриел (PPE), *в писмена форма*. — Гласувах в подкрепа на този доклад, тъй като споразумението представлява значителен напредък относно защитата на лични данни при предаването им между ЕС и САЩ за целите на предотвратяването, разследването, разкриването или наказателното преследване на престъпления, включително тероризъм.

Следва да бъде подчертано, че то не ограничава или нарушава по никакъв начин правата на субектите на данни, тъй като не представлява правно основание за предаването на данни. Предвиденото споразумение допринася за правната сигурност, тъй като създава правна рамка за защита на личните данни. Освен това то представлява солидна база, която може да бъде използвана при договарянето на бъдещи споразумения между ЕС и неговите държави членки, от една страна, и Съединените щати, от друга страна, които предвиждат предаването на лични данни в областта на наказателното правоприлагане.

Дефинирането на общи стандарти в тази област на сътрудничество допринася за възстановяване на доверието при обмена на данни между Европа и САЩ и отправя положително послание за стратегическата значимост на укрепването и понататъшното задълбочаване на трансатлантическото партньорство в различни области.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Szavazatmagyarázat: USA–EU-megállapodás a bűncselekményekkel kapcsolatban a személyes adatok védelméről:

Európa polgárai biztonságának garantálása érdekében elengedhetetlen a más államokkal megvalósuló bűnmegelőzési és bűnüldözési tárgyú adatcsere. Viszont az adatcsere csak az uniós állampolgárok személyes adatainak megfelelő védelmével valósulhat meg.

Ezért is bír nagy jelentőséggel az Amerikai Egyesült Államok kormányával a bűncselekmények megelőzésével, kivizsgálásával, felderítésével és büntetőeljárás alá vonásával kapcsolatos személyes adatok védelméről szóló megállapodás elfogadása, amely keretjelleggel rögzíti azon előírásokat és követelményeket, amelyek az uniós tagállamok és az Egyesült Államok között cserélt adatok kezelésének feltételeire vonatkoznak.

A megállapodásról elmondható, hogy megfelelő adatvédelmi garanciákat nyújt, ezáltal az adatalanyok jogainak magas szintű védelmét célozva meg. Fontos még kihangsúlyozni, hogy a megállapodás önmagában nem képez jogalapot a személyes adatok továbbítására az Egyesült Államokba, ezért szavazatommal támogatni tudom a megállapodás létrejöttét.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor considerando que el Acuerdo marco complementa las protecciones y garantías de estos acuerdos, y refuerza y armoniza los derechos de los interesados, a la vez que ayuda a la prevención, detección, investigación y enjuiciamiento de delitos penales, incluido el terrorismo. Del mismo modo, la Comisión aclaró que la presunción de conformidad con las normas internacionales aplicables en materia de trasferencias no es automática sino cualificada, es decir refutable, y no afecta a las competencias de las autoridades de protección de datos. Debemos tener presente que los datos personales se tratarán para fines específicos autorizados, preservando siempre los derechos de los ciudadanos europeos.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – El acuerdo adoptado con mi voto favorable abarca la transferencia de todos los datos personales, -nombres, direcciones o antecedentes penales-, intercambiados entre la Unión Europea y los Estados Unidos de América para la prevención, detección, investigación y enjuiciamiento de delitos, incluido el terrorismo.

He votado a favor porque supone un paso adelante para la protección transatlántica de datos. En lo sucesivo habrá estándares más altos de protección de derechos fundamentales vinculantes y se aplicarán fuertes controles cuando se intercambien datos entre la policía y las autoridades judiciales. El acuerdo representa el inicio de una nueva forma de negociar estándares transatlánticos sobre la protección de los derechos fundamentales que sustituyan los estándares fragmentados y poco garantistas vistos hasta ahora. El acuerdo garantiza que los ciudadanos de ambos lados del Atlántico tendrán derecho a ser informados en caso que se haya violentado la seguridad de los datos, de que se trate de información correcta y que pueda corregirse y, fija límites a las transferencias de datos y a los períodos de retención.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – El acuerdo adoptado con mi voto favorable abarca la transferencia de todos los datos personales, tales como nombres, direcciones o antecedentes penales, intercambiados entre la Unión Europea y los Estados Unidos de América para la prevención, detección, investigación y enjuiciamiento de delitos, incluido el terrorismo.

He votado a favor porque supone un paso adelante para la protección transatlántica de datos. En lo sucesivo habrá estándares más altos de protección de derechos fundamentales vinculantes y se aplicarán fuertes controles cuando se intercambien datos entre la policía y las autoridades judiciales. El acuerdo representa el inicio de una nueva forma de negociar estándares transatlánticos sobre la protección de los derechos fundamentales que sustituyan los estándares fragmentados y poco garantistas vistos hasta ahora. El acuerdo garantiza que los ciudadanos de ambos lados del Atlántico tendrán derecho a ser informados en caso que se haya violentado la seguridad de los datos, de que se trate de información correcta y que pueda corregirse y, fija límites a las transferencias de datos y a los períodos de retención.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Mit dem geplanten Abkommen sollen umfassende Schutzvorkehrungen und Garantien für die Übermittlung personenbezogener Daten zum Zwecke der Strafverfolgung zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union oder ihren Mitgliedstaaten festgelegt werden. Es muss sichergestellt sein, dass personenbezogene Daten wirkungsvoll geschützt sind und zugleich die Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung mit den Vereinigten Staaten verbessert wird.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of EU-US agreement on protection of personal information relating to crime and offences given the Umbrella Agreement constitutes an important step forward compared to the existing system of data protection in the current bilateral agreements between the US and EU. The Umbrella Agreement also foresees law enforcement cooperation. In circumstances of terrorism and specifically cyber-crime for example, cooperation with the US is of the essence.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Compatibilité de cet accord avec les traités européens: il est logique que je refuse l'accord lui-même.

Le rapporteur, M. Albrecht, considère que bien qu'imparfait, c'est le meilleur accord possible dans le contexte actuel. Il se félicite en outre qu'il ne constitue pas en lui-même une base juridique pour les transferts de données et qu'il ajoute au contraire de nouveaux droits et de nouvelles protections aux cadres de transfert de données existant dans le contexte de la coopération entre l'Union et les États-Unis en matière répressive. J'ai connu le rapporteur moins confiant et plus combattif sur ces sujets.

Les États-Unis, avec le scandale de la collecte massive de données de toutes natures par la NSA, ont largement prouvé qu'ils faisaient passer leur sécurité nationale avant toute autre considération. Je ne fais pas confiance à un accord de ce type pour protéger les droits des Européens et je ne souhaite pas qu'il devienne un alibi pour multiplier des accords ultérieurs impliquant des transferts de données personnelles. La coopération dans la lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée peut se faire sans impliquer la surveillance systématique de tous les citoyens.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El «Acuerdo Marco» pretende garantizar la protección de los derechos y libertades fundamentales de las personas, en particular la protección de los datos personales cuando se transmitan y traten con fines de prevención, investigación, detección o enjuiciamiento de delitos, incluido el terrorismo, en el marco de la cooperación policial y judicial en materia penal, entre las autoridades competentes de la Unión Europea y los EE. UU. Sin embargo, hay serias dudas, incluso del Supervisor Europeo de Protección de Datos, sobre la compatibilidad del Acuerdo Marco con la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión y con el Derecho derivado en materia de protección de datos de la Unión, en particular en lo relativo al derecho al recurso judicial, el acceso por parte de las autoridades policiales y judiciales, la limitación de los derechos de acceso del interesado y los periodos de conservación de los datos; entre otras. Dudas que requerían la intervención del Tribunal de Justicia de la Unión Europea. Como se rechazaron las Propuestas de Resolución de GUE/NGL y ALDE por las que se solicitaba el dictamen del TJUE sobre la compatibilidad del Acuerdo Marco con los Tratados de la Unión, he votado en contra.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of adopting this agreement on the grounds that it establishes a framework of data protection principles and safeguards for when personal data is transferred for criminal law enforcement purposes between the EU or the Member States and the US.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – El acuerdo adoptado con mi voto favorable abarca la transferencia de todos los datos personales, tales como nombres, direcciones o antecedentes penales, intercambiados entre la Unión y los Estados Unidos de América para la prevención, detección, investigación y enjuiciamiento de delitos, incluido el terrorismo.

He votado a favor porque supone un paso adelante para la protección transatlántica de datos. En lo sucesivo habrá estándares más altos de protección de derechos fundamentales vinculantes y se aplicarán fuertes controles cuando se intercambien datos entre la policía y las autoridades judiciales.

El acuerdo representa el inicio de una nueva forma de negociar estándares transatlánticos sobre la protección de los derechos fundamentales que sustituyan los estándares fragmentados y poco garantistas vistos hasta ahora. El acuerdo garantiza que los ciudadanos de ambos lados del Atlántico tendrán derecho a ser informados en caso que se haya violentado la seguridad de los datos, de que se trate de información correcta y que pueda corregirse y, fija límites a las transferencias de datos y a los períodos de retención.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Európa polgárai biztonságának garantálása érdekében elengedhetetlen a más államokkal megvalósuló bűnmegelőzési és bűnüldözési tárgyú adatcsere. Ugyanakkor az adatcsere csak az uniós állampolgárok személyes adatainak megfelelő védelmével valósulhat meg.

Ezért is bír nagy jelentőséggel az Amerikai Egyesült Államok kormányával a bűncselekmények megelőzésével, kivizsgálásával, felderítésével és büntetőeljárás alá vonásával kapcsolatos személyes adatok védelméről szóló megállapodás elfogadása, amely keretjelleggel rögzíti azon előírásokat és követelményeket, amelyek az uniós tagállamok és az Egyesült Államok között cserélt adatok kezelésének feltételeire vonatkoznak.

A megállapodásról elmondható, hogy megfelelő adatvédelmi garanciákat nyújt, ezáltal az adatalanyok jogainak magas szintű védelmét biztosítva. Fontos még hangsúlyozni, hogy a megállapodás önmagában nem képez jogalapot a személyes adatok továbbítására az Egyesült Államokba.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I abstained from voting on this 'Umbrella Agreement'. ALDE tabled a resolution pursuant to rule 108(6), referring the agreement to the European Court of Justice for an opinion on the EU-Canada PNR agreement before launching the consent procedure as it would relate to some similar provisions (in particular in relation to the 'adequacy effect'). However this referral was not adopted, so I abstained on this agreement.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objection.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Je me réjouis que le Parlement ait consenti à la mise en œuvre de l'accord-cadre entre l'Union européenne et les États-Unis, qui permettra de garantir un haut niveau de protection des données personnelles dans le cadre des transferts entre les autorités répressives des deux continents.

Nous avons encore échappé à une manœuvre dilatoire de l'extrême-gauche et de certains libéraux qui voulaient renvoyer l'accord devant la Cour de justice afin de retarder sa mise en œuvre.

Il faut bien comprendre que cet accord ne constitue pas une base juridique, puisque l'échange de données entre autorités en matière d'enquête pénale et de lutte contre le terrorisme est déjà réglementé par des accords bilatéraux.

Cet accord, en réalité, complète les accords existants en venant ajouter des garanties de protection pour les données des citoyens européens, notamment la possibilité de recours devant un tribunal aux États-Unis ou une durée de sauvegarde limitée des données.

Alors que cet accord a été négocié pendant cinq ans avec des services juridiques largement mobilisés, que la majorité des députés, y compris les Verts, ont reconnu l'intérêt de cet accord pour les citoyens et pour la lutte contre le terrorisme, je trouve les pratiques de ces députés réellement malhonnêtes.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Bio sam suzdržan pri glasovanju o nacrtu zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Europske unije, Sporazuma između Sjedinjenih Američkih Država i Europske unije o zaštiti osobnih informacija u vezi sa sprečavanjem, istragom, otkrivanjem i progonom kaznenih djela zbog toga što postoje pojedini pravni aspekti koji nisu jasni, te razina zaštite predviđena Sporazumom nije navodno u potpunosti u skladu s EU-ovim propisima. Stoga, slijedio sam stav ALDE grupe koji je temeljen na oprezu pri davanju suglasnosti za sklapanje dotičnog Sporazuma.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je déplore que les garanties offertes en matière de protection des données à caractère personnel ne soient pas suffisantes, en témoigne la possibilité de transférer des données d'individus non soupçonnés, par exemple les passagers d'un vol. Du reste, je m'oppose au principe même de l'échange systématisé de ce type de données.

J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – The Umbrella Agreement establishes a framework of data protection principles and safeguards in case of transfers of personal information for criminal law purposes between the US and the EU and its Member States. It would supplement the data protection provisions in existing instruments such as bilateral Agreements as Mutual Legal Assistance in Criminal Matters Treaty, Agreement on Enhancing Cooperation in Preventing and Combating Serious Crime and Terrorist Screening Information Agreement/Arrangement as well as the EU-US PNR Agreement and EU-US TFTP Agreement. The Umbrella Agreement provides a high level of personal data protection and that is why I voted in favour of it. I see it as an absolute necessity to consent to this Umbrella Agreement now. If we have agreements such as PNR where the transfer of data forms an integral part, we must have sufficient provisions to underpin how and when that data is transferred between the US and the EU.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur l'accord entre les États-Unis et l'Union européenne sur la protection des informations à caractère personnel traitées en matière d'infractions pénales, car il va accroître la sécurité des citoyens européens. L'accord est exigeant concernant la protection des données lorsqu'il s'agit du transfert de données personnelles de citoyens. Les Européens auront par ailleurs les mêmes droits que les citoyens des États-Unis lorsqu'ils chercheront à obtenir réparation devant les tribunaux américains.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Obwohl einige Neuerungen hinsichtlich eines besseren und ausgewogeneren Datenschutzes gegenüber der *Umbrella*-Vereinbarung vorkommen – so können EU-Bürger beispielsweise einen gerichtlichen Einspruch einbringen, falls der Zugang zu ihren Daten und die Berichtigung ihrer Daten verweigert werden oder Daten von den Behörden der anderen Vertragspartei unrechtmäßig offengelegt wurden –, ist das Abkommen abzulehnen. Der Berichterstatter zeigt sich außerdem selbst skeptisch gegenüber dem Vorschlag, wie Kontrollmechanismen funktionieren können und gleichzeitig die Einhaltung der Bestimmungen nicht garantiert werden kann. Er schlussfolgert, dass man das Abkommen an sich aufkündigen sollte. Ich enthalte mich zu dem Vorschlag, da eine Aufkündigung nicht zielführend ist in einer immer digitalisierteren Welt und das bestehende Abkommen einen praktikablen Rahmen darstellt.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report since I believe that the agreement does not meet the requirements of the EU Charter and EU law and fails to provide the required level of protections. Moreover, the wording within the report is ambiguous regarding core provisions (purpose limitation, onward transfer) and does not provide effective judicial redress to all individuals of the EU as the Charter requires.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I supported this agreement because it will have a significant impact on police and law enforcement cooperation between the European Union (EU) and the United States (US). By establishing a common and comprehensive framework of data protection rules and guarantees, this EU-US data-protection umbrella agreement will safeguard citizens' personal information during law enforcement investigations on both sides. Thus, in a long-term perspective, this agreement will contribute significantly to restoring trust in transatlantic data flows as well as increasing anti-terrorism cooperation between the EU and the US. In general, this agreement will protect both EU and US citizens from common security challenges.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, car il propose d'accepter l'accord UE-États-Unis sur la protection des données personnelles. Or, j'estime que les garanties offertes par cet accord ne sont pas suffisantes, notamment parce que la protection du Judicial Review n'a pas encore été accordée par les États-Unis aux ressortissants de l'UE.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport autorisant la conclusion de l'«Umbrella Agreement», un accord entre les États-Unis d'Amérique et l'Union européenne sur la protection des informations à caractère personnel traitées à des fins de prévention et de détection des infractions pénales, d'enquêtes et de poursuites en la matière.

Cet accord instaure un cadre de coopération renforcé avec les États-Unis en matière de lutte contre le terrorisme et de criminalité organisée, tout en assurant une protection des données élevée. Il constitue un progrès significatif, qui doit désormais être rapidement mis en œuvre.

Javi López (S&D), *por escrito*. — El acuerdo adoptado con mi voto favorable abarca la transferencia de todos los datos personales, tales como nombres, direcciones o antecedentes penales, intercambiados entre la Unión Europea y los Estados Unidos de América para la prevención, detección, investigación y enjuiciamiento de delitos, incluido el terrorismo.

He votado a favor porque supone un paso adelante para la protección transatlántica de datos. En lo sucesivo habrá estándares más altos de protección de derechos fundamentales vinculantes y se aplicarán fuertes controles cuando se intercambien datos entre la policía y las autoridades judiciales. El acuerdo representa el inicio de una nueva forma de negociar estándares transatlánticos sobre la protección de los derechos fundamentales que sustituyan los estándares fragmentados y poco garantistas vistos hasta ahora. El acuerdo garantiza que los ciudadanos de ambos lados del Atlántico tendrán derecho a ser informados en caso que se haya violentado la seguridad de los datos, de que se trate de información correcta y que pueda corregirse y, fija límites a las transferencias de datos y a los períodos de retención.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that covers the protection of personal information between the police and criminal justice authorities of the EU and the US.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – U okviru Krovnog sporazuma Komisija je 2011. otvorila pregovore sa SAD-om o zaštiti osobnih informacija u vezi kaznenih djela. Svrha ovog sporazuma je osigurati visoku razinu zaštite temeljnih prava i sloboda pojedinca, posebno prava na privatnost pri obradi osobnih podataka. Sporazum ne pruža pravni temelj za prijenos osobnih podataka, koji se nalazi u postojećim bilateralnim sporazumima između država članica i SAD-a, već se njime nadopunjuje zaštita tih ugovora i usklađuju prava subjekta razmjene podataka. Također, on predstavlja i veliki napredak u zaštiti osobnih podataka koji se prenose između EU-a i SAD-a u okviru radnji kaznenog progona. Osim toga, njime se ne ograničava niti krši nijedno pravo osoba čiji se podaci obrađuju, s obzirom na to da ne čini pravni temelj za prijenose podataka.

Ovaj Sporazum će se primjenjivati na transfere osobnih podataka između policijskih tijela u svrhu prevencije, otkrivanja, istrage i procesuiranja kaznenih djela, uključujući terorizam. On pokriva sve prijenose podataka između tih tijela, bez obzira na nacionalnost ili mjesto prebivališta nositelja podataka. Sporazumom se ne ograničavaju prava, već se dodaje nova pravna zaštita postojećih okvira za prijenos podataka u kontekstu policijske suradnje između EU-a i SAD-a, stoga sam podržala ovo izvješće.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма*. – На 1 декември Европейският парламент одобри Споразумението между САЩ и Европейския съюз относно защитата на личната информация във връзка с предотвратяването, разкриването и наказателното преследване на престъпления.

Споразумението постигна един много добър баланс между защитата на личните данни и опазването на обществения ред и сигурност в случаите на съвместни действия от страна на ЕС и САЩ. Засилването на механизмите за обмен на информация са важна стъпка към по-доброто сътрудничество между САЩ, ЕС и държавите членки. Клаузите на споразумението осигуряват запазване на високата степен на защита на личните данни на европейските граждани чрез механизми за отчетност, постоянен диалог между отговорните органи, пропорционално използване на предоставените данни и ефективни правни средства за защита.

Вярвам, че това споразумение ще бъде основата, върху която САЩ и ЕС ще продължат да градят отношенията си във времена, в които диалогът и сътрудничеството на международно ниво са ключови за разкриването и наказателното преследване на престъпления.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Viens no galvenajiem jumta nolīguma jauninājumiem ir tāds, ka saskaņā ar to katras līgumslēdzējas puses pilsoņiem ir iespēja pārsūdzēt tiesā gan piekļuves atteikumu, gan labošanas atteikumu vai prettiesisku izpaušanu, ko ir izdarījusi otras līgumslēdzējas puses iestāde. Šīs tiesības izmanto saskaņā ar tās valsts tiesībām, kurās uz šīm tiesībām atsaucas. Tomēr šīs tiesības netiek atzītas personām, kuras nav ES pilsoņi, bet kuru dati ir nosūtīti uz ASV. Tās attiecas arī uz Latvijas nepilsoņiem. Šis ASV Tiesiskās aizsardzības līdzekļu likumā noteiktais nošķirums starp ES pilsoņiem un personām, kas nav ES pilsoņi, rada neizpratni, kāpēc Latvijas un Igaunijas nepilsoņiem nav tiesību uz pilntiesīgu savu datu aizsardzību ASV.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Táto dohoda dopĺňa už existujúce dohody medzi USA a Eú v oblasti ochrany osobných údajov. Stanovuje práva a povinnosti orgánov pri spracúvaní a nakladaní s osobnými údajmi pri prenose osobných údajov medzi orgánmi presadzovania práva EÚ alebo jej členských štátov a orgánmi presadzovania práva USA. Je vymedzená na účely predchádzania trestným činom vrátane terorizmu, ich odhaľovania, vyšetrovania a stíhania. Upravuje aj práva jednotlivcov na informácie, prístup, opravu, výmaz údajov a zavádza právo na správne a súdne prostriedky nápravy.

Pokladám za zásadné, aby v tejto oblasti bola zabezpečená vysoká ochrana osobných údajov tak, aby sa zamedzilo ich zneužitiu.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη, εξ ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, συμφωνίας μεταξύ των Ηνωμένων Πολιτειών της Αμερικής και της Ευρωπαϊκής Ένωσης σχετικά με την προστασία των πληροφοριών προσωπικού χαρακτήρα για την πρόληψη, τη διερεύνηση, την ανίχνευση και τη δίωξη ποινικών αδικημάτων, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην Ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις Βρυξέλλες στις 30/11/2016, καθώς και διότι η εν λόγω σύσταση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. J'ai voté contre ce texte au nom de la défense des libertés individuelles et sachant que les échanges de données pourraient devenir systématiques, alors que leur efficacité dans la lutte contre les infractions pénales n'est pas prouvée. L'accord entre l'UE et les États-Unis prévoit le transfert d'informations à caractère personnel dans le cadre de certaines procédures particulières. Pour éviter des dérives, quelques garanties de confidentialité lui sont assorties. Pourtant, les garde-fous restent insuffisants car la lutte contre le terrorisme pourrait cautionner des pratiques liberticides. L'exercice d'un droit de regard des personnes concernées paraît difficile à appliquer et la possibilité d'un recours n'est pas garantie.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta recomendação tem por base um projeto de acordo entre a UE e os EUA, em matéria de proteção de dados pessoais.

Com efeito, o projeto de acordo propõe uma base jurídica que garanta um elevado nível de proteção de dados pessoais, com vista à prevenção, à investigação, à deteção e à repressão de infrações penais, no âmbito da cooperação policial e judiciária entre as partes.

No entanto, suscitam-se imensas dúvidas relativamente à sua compatibilidade com a legislação comunitária, não oferecendo a certeza e a segurança jurídicas necessárias para salvaguardar o direito fundamental aos dados pessoais. Votei contra.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Susitarimo tikslas – užtikrinti fizinių asmenų pagrindinių teisių ir laisvių aukšto lygio apsaugą, visų pirma teisę į privatumą kalbant apie asmens duomenų tvarkymą, kai jie šiuo tikslu perduodami Europos Sąjungos, jos valstybių narių ir JAV kompetentingoms institucijoms. Šis susitarimas papildo asmens duomenų apsaugą ir garantijas ir išplečia bei suderina duomenų subjektų teises. Šis susitarimas taikomas ES ir jos valstybių narių ir JAV teisėsaugos institucijų asmens duomenų perdavimui nusikalstamų veikų, įskaitant terorizmą, prevencijos, nustatymo, tyrimo ar baudžiamojo persekiojimo tikslais.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'accord vise initialement à établir un cadre de principes et de garanties en matière de protection des données lors du transfert d'informations à caractère personnel à des fins d'application du droit pénal entre les États-Unis, d'une part, et l'UE ou ses États membres, d'autre part. Son objectif est censé être la garantie d'un niveau élevé de protection des données à caractère personnel des personnes concernées de l'UE lors de leur échange avec les États-Unis. Celles-ci seraient en mesure de se prévaloir de droits au regard de tout transfert transatlantique de données à caractère personnel dans le domaine répressif, à savoir le droit d'accès aux données et le droit de rectification des données les concernant, le droit d'introduire un recours administratif ou juridictionnel si une personne n'accepte pas le résultat de sa demande d'accès ou de rectification. Pour rappel, nous sommes opposés au principe même de l'échange systématique de données à caractère personnel, et les garanties offertes par l'accord ne sont pas suffisantes. Aussi me suis-je opposée à ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O Acordo-Quadro estabelece (pela primeira vez) um acordo global de princípios e garantias em matéria de proteção de dados quando os dados pessoais são transferidos para efeitos da aplicação do direito penal entre os EUA, por um lado, e a União Europeia e os seus Estados-Membros, por outro.

O duplo objetivo é garantir um elevado nível de proteção de dados e, deste modo, reforçar a cooperação entre as Partes. Embora não constituindo a base jurídica para a transferência de dados pessoais para os EUA, o Acordo-Quadro completa, quando necessário, as garantias em matéria de proteção de dados previstas nos acordos em matéria de transferência de dados existentes ou futuros, ou as disposições nacionais que autorizam tais transferências. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this agreement because it guarantees a high level of protection of the fundamental right to personal data and improves the EU's cooperation with the United States in the field of law enforcement.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de l'accord Umbrella, un accord entre l'Union européenne et les États-Unis visant à renforcer la protection des données personnelles des citoyens européens lorsqu'elles sont transférées aux États-Unis par les autorités judiciaires et policières dans le cadre de la coopération pénale. Cet accord ne constitue pas une base pour les transferts de données, mais ajoute des garanties supplémentaires à la protection des données personnelles déjà transférées sur la base d'autres accords. Entre autres, les citoyens européens pourront désormais bénéficier de voies de recours en cas d'usage abusif de leurs données aux États-Unis. Il s'agit là d'une victoire historique obtenue de la part des Européens. C'était d'ailleurs une demande de longue date du Parlement européen.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the agreement, which aims to establish a framework of data protection principles and safeguards for when personal data is transferred for criminal law enforcement purposes between the EU or the Member States and the US. The agreement does not itself provide a legal basis for such transfers, but supplements, where necessary, data protection safeguards in existing and future data transfer agreements or national provisions authorising such transfers. This agreement will be in force for an indefinite period.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Tanács 2010. december 3-i határozatával hatalmazta föl a Bizottságot az Európai Unió és az Amerikai Egyesült Államok között kötendő, a büntetőügyekben folytatott rendőrségi együttműködés és igazságügyi együttműködés keretében a bűncselekmények – ezen belül a terrorcselekmények – megelőzése, kivizsgálása, felderítése vagy büntetőeljárás alá vonása céljából továbbított és feldolgozott személyes adatok védelméről szóló megállapodásra. A megállapodás szövegét ötévi tárgyalást követően, 2015. szeptember 8-án parafálták. A megállapodás célja az egyének alapvető jogai és szabadságai magas szintű védelmének biztosítása, különös tekintettel a magánélethez való jogra a személyes adatok feldolgozása tekintetében, amennyiben a személyes adatokat továbbítják az Európai Unió és tagállamai, valamint az Egyesült Államok illetékes hatóságainak az említett célokból. A Tanács határozattervezetet fogadott el a megállapodás ratifikálásáról, amelyhez a Parlament egyetértését kérte.

A Jogi Bizottság véleményében megállapította, hogy a tervezett megállapodás a megfelelő jogalapon alapszik, garantálja a személyes adatokhoz fűződő alapvető jog magas szintű védelmét és javítani fogja az Egyesült Államokkal folytatott bűnüldözési együttműködést. A Külügyi Bizottság levélben biztosította támogatásáról, hogy a Parlament egyetértését adja a tervezett megállapodáshoz. Mindezek alapján az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament értsen egyet a megállapodás megkötésével.

Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – L'accord vise à établir un cadre de principes et de garanties en matière de protection des données lors du transfert d'informations à caractère personnel à des fins d'application du droit pénal entre les États-Unis, d'une part, et l'Union européenne ou ses États membres, d'autre part. Son objectif est de garantir un niveau élevé de protection des données à caractère personnel des personnes concernées de l'Union lors de leur échange avec les États-Unis. Nous sommes opposés au principe même de l'échange systématique de données à caractère personnel, mais l'accord prévoit certains droits et garanties en matière de protection des données. Abstention.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Les garanties offertes par cet accord en matière de protection des données personnelles sont largement insuffisantes. Je m'oppose donc à ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'accord entre les États-Unis et l'Union européenne concernant la protection des informations à caractère personnel traitées à des fins de prévention et de détection des infractions pénales, d'enquêtes et de poursuites en la matière. Cela permettra de renforcer la coopération entre les États-Unis et l'Europe pour lutter contre la délinquance, tout en offrant aux citoyens une protection des données personnelles.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report on the protection of personal information which will exchange personal with the scope of investigating, detecting or prosecuting criminal offences and acts of terrorism in the framework of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters.

Any citizen from the two parts that considers that his data has been misused will have the access to several accessible and affordable dispute resolution mechanisms.

This is the first time that personal data information is exchanged in a secured way with strong obligations on companies handling the data, clear safeguards and transparency obligations on US Government access and an effective protection of individual rights.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestei recomandări deoarece consider că drepturile și libertățile omului trebuie să stea la baza oricăror acorduri și înțelegeri pe care Uniunea Europeană le semnează cu partenerii săi în vederea combaterii infracțiunilor de orice tip. Cred cu tărie, la fel cum propune și acest document, că putem găsi un echilibru între protecția dreptului la viață privată a cetățenilor noștri și procesul de prelucrare și transferare a datelor cu caracter personal între autoritățile competente ale Uniunii Europene și Statelor Unite. Parlamentul European reiterează prin recomandarea sa faptul că transferul de date ale cetățenilor și prelucrarea lor trebuie să se facă doar cu scopul cu care aceste date au fost colectate și nu pot fi folosite în orice altă acțiune care nu are legătură cu acest scop. Deci,

schimbul de date conform prezentului acord trebuie făcut doar pentru prevenirea, depistarea, investigarea și urmărirea penală a infracțiunilor, iar această enumerare este extrem de importantă. O noutate a acordului o reprezintă faptul că el va permite cetățenilor să aibă posibilitatea legală de a solicita o cale de atac judiciară dacă consideră că drepturile acestora în ceea ce privește accesul la informațiile personale au fost încălcate, atât de autoritățile europene, cât și de cele americane.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — On Albrecht I voted against the report. I supported the referral of the file to the European Court of Justice to assess compatibility with existing EU data protection legislation.

The file itself provides for some additional protections but by no means goes far enough. It differentiates between EU and non-EU citizens, it would also mean that it would become more difficult to challenge the legality of data exchange in court. It may contradict existing EU data protection legislation. It doesn't cover the protection of information exchanged between national security agencies or private entities either.

For those reasons I voted against.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Bei diesem Bericht habe ich mich meiner Stimme enthalten, da es leider noch keine komplette Kontrolle bei der Einhaltung der Bestimmungen über Datensicherung gibt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Kokkuleppe eesmärk on tagada inimeste põhiõiguste ja vabaduste kõrgetasemeline kaitse, eriti mis puudutab eraelu puutumastust isikuandmete töötlemisel, kui isikuandmed edastatakse selleks Euroopa Liidu ja selle liikmesriikide ning USA pädevatele asutustele. Arvestades praegust seisu terrorismivastases võitluses on selline kokkulepe vajalik.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση για τη συμφωνία μεταξύ ΕΕ-ΗΠΑ για την προστασία των προσωπικών δεδομένων που ανταλλάσσονται από τις δικαστικές και αστυνομικές αρχές. Στόχος της συμφωνίας είναι να διασφαλίσει υψηλά και δεσμευτικά πρότυπα προστασίας των δεδομένων που ανταλλάσσονται από την αστυνομία και τις αρχές επιβολής του νόμου. Η συμφωνία καλύπτει όλα τα προσωπικά δεδομένα, όπως ονόματα, διευθύνσεις ή ποινικά μητρώα, που ανταλλάσσονται μεταξύ της ΕΕ και των ΗΠΑ με σκοπό την πρόληψη, ανίχνευση, διερεύνηση και δίωξη ποινικών αδικημάτων, συμπεριλαμβανομένης της τρομοκρατίας. Η συμφωνία κατοχυρώνει για τους πολίτες της ΕΕ και των ΗΠΑ: το δικαίωμα διοικητικής και δικαστικής προσφυγής, το δικαίωμα να ενημερώνονται σε περίπτωση παραβίασης της ασφάλειας των δεδομένων τους και το δικαίωμα να ζητούν διόρθωση των προσωπικών τους δεδομένων σε περίπτωση ανακριβών πληροφοριών. Έτσι, θα υπάρχουν υψηλά, δεσμευτικά πρότυπα και κατοχυρωμένα δικαιώματα για τους πολίτες και στην ΕΕ και στις ΗΠΑ κατά την ανταλλαγή δεδομένων μεταξύ της αστυνομίας και των υπηρεσιών επιβολής του νόμου.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che «l'*umbrella agreement*» (detto anche accordo quadro), sia idoneo in quanto, da un lato, permette agli Stati membri e agli Stati Uniti di collaborare tra di loro nell'ambito dell'applicazione della giustizia e, dall'altro lato, di tutelare i dati personali dei cittadini qualora vengano processati per atti criminali di varia natura.

Inoltre, questo scambio di informazioni non si estenderà a quelle informazioni personali estranee alla competenza dell'Ue poiché implicherebbe un suo eventuale abuso di potere. Tale accordo, semplicemente, andrà ad integrare i quadri esistenti relativi ai trasferimenti di dati con nuovi diritti e tutele nel contesto della cooperazione tra l'Unione e gli Stati Uniti in materia di attività di contrasto.

Ma, come politico, in merito a questa proposta di risoluzione, ritengo che l'esercizio di tale potere deve avvenire impedendo discriminazioni di nazionalità a danno delle persone coinvolte. Pertanto ho espresso voto a favore.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Podržavam prijedlog Sporazuma između Sjedinjenih Američkih Država i Europske unije o zaštiti osobnih informacija u vezi s kaznenim djelima. Cilj ovog sporazuma je uspostaviti okvir mjera i načela zaštite podataka kada se osobne informacije prenose u svrhe kaznenog progona između Sjedinjenih Američkih Država, s jedne strane, i Europske unije ili država članica, s druge strane. Privatnost informacija, čak i pri slučajevima provedbe kaznenog progona mora biti apsolutni prioritet svih europskih i agencija Sjedinjenih Američkih Država. Ovim krovnim sporazumom utvrđuje se procedura obavješćivanja druge stranke o svim aktima koji bitno utječu na provedbu Sporazuma, savjetovanje u slučaju sporova u vezi s tumačenjem ili primjenom, mogućnost suspenzije, teritorijalna primjena i neograničeno trajanje samog sporazuma.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – EP je suglasan sa sklapanjem sporazuma između Europske unije i Sjedinjenih Američkih Država o zaštiti osobnih podataka koji se prenose i obrađuju radi sprečavanja, istraživanja, otkrivanja i progona kaznenih djela, uključujući terorizam, u okviru policijske i pravosudne suradnje u kaznenim pitanjima („Krovni sporazum"). Sporazum sadrži odredbe kojima se utvrđuje ograničavanje svrhe i korištenja osobnih podataka, odredbe o kvaliteti i cjelovitosti podataka i razdoblju čuvanja, pravila o daljnjim prijenosima podataka trećim stranama, prava pojedinaca na pravnu zaštitu itd. Jedna od glavnih novosti krovnog sporazuma je to što će omogućiti građanima svake stranke da zatraže pravosudnu zaštitu u slučaju odbijanja pristupa, odbijanja ispravka ili nezakonitog otkrivanja od strane tijela druge stranke.

Sporazum ne ograničava niti krši nijedno pravo osoba čiji se podaci obrađuju, s obzirom na to da ne čini pravni temelj za prijenose podataka. Pravni temelj za prijenose podataka nalazi se u postojećim sporazumima EU-a i SAD-a, bilateralnim sporazumima država članica i SAD-a ili u nacionalnim zakonima kojima se propisuje razmjena osobnih podataka. Ovaj sporazum dodaje nova prava i zaštitne mjere tim postojećim okvirima za prijenose podataka. Iako postoje nedostatci, ovaj sporazum predstavlja velik napredak u zaštiti osobnih podataka koji se prenose između EU-a i SAD-a u okviru radnji kaznenog progona.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – Esta recomendação aprova a celebração do acordo entre a UE e os EUA sobre a proteção dos dados pessoais no âmbito da prevenção, investigação, deteção e repressão de infrações penais, incluindo o terrorismo.

O acordo prevê uma suposta garantia de elevada proteção de dados e o reforço da cooperação policial e judiciária entre os dois lados do Atlântico, e anuncia que os «cidadãos europeus» vão ter os mesmos direitos que os seus homólogos norte-americanos, nomeadamente na interposição de recurso perante os tribunais dos EUA.

Contudo, a ambiguidade dos termos em que se estabelece o acordo, e a premissa de que este é um acordo internacional que se sobrepõe às normas nacionais e europeias de proteção de dados e delas faz tábua rasa, faz-nos crer que estamos perante um acordo que, em verdade, põe em causa e compromete direitos, liberdades e garantias. Por outro lado, trata-se de um acordo que aprofunda ainda mais o ataque à soberania dos Estados-Membros, em claro confronto com os direitos e interesses dos povos. Votámos contra.

Miroslav Poche (S&D), *písemně.* – Předávání a odebírání osobních údajů považuji za velice složité téma, u kterého je nutné najít správnou míru mezi bezpečností a právy jednotlivce. Domnívám se, že dohoda mezi EU a USA o ochraně osobních informací týkajících se trestných činů je příkladem toho, jak co nejvíce zachovávat práva jednotlivce, aniž by byla ohrožena bezpečnost. Rád bych zdůraznil, že dohoda pouze upravuje nakládání s osobními údaji, které státy již získávají na základě stávajících dohod, nerozšiřuje tedy okruh sdílených informací. Tato dohoda zaručuje vysokou úroveň svobod jednotlivců, aniž by byla na úkor bezpečnosti. Jasně deklaruje, jakým způsobem je nutno zacházet s osobními údaji, aby se zamezilo jejich zneužití. Také přináší možnost občanům domáhat se soudní nápravy v případě pochybení, což osobně považuji za velmi důležité. Tato dohoda nijak neupravuje výměnu údajů mezi vnitrostátními orgány, protože ty nespadají do oblasti působení EU.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie.* – Umowa ta zapewnia dodatkową ochronę danych osobowych przekazywanych i przetwarzanych na potrzeby zapobiegania, dochodzenia, wykrywania lub ścigania przestępstw, w tym terroryzmu. Sama umowa nie stanowi podstawy prawnej do przekazywania danych osobowych, a jedynie zwiększa stopień ochrony prywatności danych osobowych przekazywanych na mocy innych umów. Umowa ta zawiera postanowienia określające kilka podstawowych zasad ochrony danych, a mianowicie cel i ograniczenia użytkowania, jakość i integralność danych, przepisy dotyczące dalszego przekazywania danych, przepisy dotyczące zbiorowego przekazywania danych i prawa do dochodzenia roszczeń na drodze sądowej. W celu spełnienia wymogów dotyczących tej ostatniej kwestii (dochodzenie roszczeń na drodze sądowej), Kongres Stanów Zjednoczonych przyjął ustawę o sądowych środkach odwoławczych w lutym 2016 r. Umowa ta stanowi znaczny postęp w zakresie ochrony danych osobowych przekazywanych między UE i USA, bez utrudniania pracy organów ścigania i służb wywiadowczych. Będzie ona przedmiotem regularnego monitorowania i przeglądu, a ich wyniki będą podane do wiadomości publicznej. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport concernant l'accord conclu entre l'Union européenne et les États-Unis. Celui-ci assurera une meilleure protection de la vie privée lors du transfert de données personnelles entre les autorités policières européennes et américaines, afin de lutter contre le terrorisme et la criminalité organisée. Il est primordial de mettre en place des normes élevées pour protéger la vie privée des citoyens européens.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted to abstain on this legislative consent procedure vote. UKIP principally do not support the EU concluding agreements with third countries. However, as this agreement is largely seeking to improve data protection safeguards and is not directly applicable to the UK, unless our sovereign government wishes to participate, it was more appropriate to abstain on this agreement.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — El acuerdo adoptado con mi voto favorable abarca la transferencia de todos los datos personales, tales como nombres, direcciones o antecedentes penales, intercambiados entre la Unión Europea y los Estados Unidos de América para la prevención, detección, investigación y enjuiciamiento de delitos, incluido el terrorismo.

He votado a favor porque supone un paso adelante para la protección transatlántica de datos. En lo sucesivo habrá estándares más altos de protección de derechos fundamentales vinculantes y se aplicarán fuertes controles cuando se intercambien datos entre la policía y las autoridades judiciales. El acuerdo representa el inicio de una nueva forma de negociar estándares transatlánticos sobre la protección de los derechos fundamentales que sustituyan los estándares fragmentados y poco garantistas vistos hasta ahora. El acuerdo garantiza que los ciudadanos de ambos lados del Atlántico tendrán derecho a ser informados en caso que se haya violentado la seguridad de los datos, de que se trate de información correcta y que pueda corregirse y, fija límites a las transferencias de datos y a los períodos de retención.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu l'accord entre les États-Unis et l'Union européenne sur la protection des informations à caractère personnel traitées en matière d'infractions pénales, car il est essentiel que l'Union européenne et les États-Unis soient sur la même longueur d'ondes en ce qui concerne la protection des données des citoyens européens aux États-Unis et fonctionnent main dans la main, comme l'UE en fait le vœu depuis des années. Les principes et garde-fous établis lorsque des données personnelles doivent être transférées à des fins pénales s'appliqueront également à des entités privées, telles que les services d'aviation européens, dans le cadre du PNR. Une autre avancée importante de cet accord est qu'il comprend également des accords bilatéraux entre les États membres et les États-Unis.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Be jokios abejonės, toks svarbus ir daug diskusijų sukėlęs klausimas, kaip JAV ir ES susitarimas dėl asmeninio pobūdžio informacijos apsaugos tiriant nusikalstamas veikas yra suderinamas su ES Sutarčių nuostatomis, turi būti įvertintas visų pirma asmens duomenų apsaugos standartų aspektu. Šie standartai Europos Sąjungoje yra labai aukšti, ką ne visuomet galima pasakyti apie JAV taikomą praktiką. Todėl turime išvengti galimybės atsirasti dviprasmybėms.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta proposta de recomendação versa sobre o projeto de decisão do Conselho relativo à celebração, em nome da União Europeia, de um acordo com os EUA sobre a proteção dos dados pessoais transferidos e tratados para efeitos da prevenção, investigação, deteção e repressão de infrações penais, incluindo terrorismo, no âmbito da cooperação policial e judiciária em matéria penal.

O principal objetivo, é, portanto, garantir um nível elevado de proteção dos direitos fundamentais e das liberdades individuais, sobretudo no que respeita à vida privada, aquando da transferência de dados pessoais entre as autoridades com poderes coercivos da UE e respetivos Estados-Membros e das autoridades homólogas norte-americanas.

As disposições constantes do acordo enunciam os princípios fundamentais de proteção de dados e estabelecem os direitos das pessoas singulares e os direitos de recurso administrativo e judicial.

Considero que, globalmente, estamos perante um acordo que constituirá um progresso para a proteção dos dados pessoais transferidos entre a UE e os EUA, sem restringir nem violar qualquer direito dos titulares de dados e, por essa razão, o meu voto foi favorável à aprovação deste relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui donne l'approbation du Parlement à l'accord entre l'Union et les États-Unis sur la protection des données à caractère personnel.

Cet accord-cadre garantira des normes de protection des données élevées et contraignantes pour les échanges de données transatlantiques entre les autorités policières. Le transfert de ces données à caractère personnel s'effectuera dans le cadre de la prévention et de la détection des infractions pénales, d'enquêtes et de poursuites en la matière, notamment le terrorisme.

D'autre part, l'accord garantira aux citoyens européens et américains le droit d'être informés en cas de violation en matière de sécurité de leurs données, de demander la modification d'informations incorrectes ou encore le droit d'introduire un recours en justice.

J'ai donc soutenu cet accord, qui permettra à la fois l'échange d'informations à caractère personnel avec les États-Unis, tout en garantissant aux citoyens européens la protection de leurs droits.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. — Ho deciso di esprimermi a favore dell'accordo tra gli Stati Uniti d'America e l'Unione europea sulla protezione delle informazioni personali in campo penale.

Tale accordo costituisce infatti un importante passo avanti per la protezione dei dati personali, quali nomi, indirizzi e precedenti penali che sono scambiati dalle autorità giudiziarie e di polizia dei due Stati a scopi di prevenzione, individuazione, indagine e perseguimento di reati, quali il terrorismo.

Grazie a questo accordo i cittadini delle due parti contraenti avranno diritto, ad esempio, ad essere informati in caso di violazione della riservatezza dei propri dati e a chiedere un eventuale risarcimento per i danni subiti.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on the legislative consent procedure vote. UKIP principally do not support the EU concluding agreements with third countries. However, as this agreement is largely seeking to improve data protection safeguards and is not directly applicable to the UK, unless our sovereign government wishes to participate, it is appropriate to abstain on this agreement.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of adopting this agreement on the grounds that it establishes a framework of data protection principles and safeguards for when personal data is transferred for criminal law enforcement purposes between the EU or the Member States and the US.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – Sharing of personal data has never been so widespread as nowadays. With the enormous development of information technologies also significantly rise risks of misuses of personal information. Agreement between the USA and the EU on the protection of personal information will just secure personal data. Agreement does not cause sharing any more personal data neither set any new legal base for personal data sharing. Therefore, I fully supported that agreement.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Cieľom dohody je vytvorenie právneho rámca zaoberajúceho sa princípom ochrany osobných údajov pri presune údajov medzi EÚ a USA pre účely predchádzania trestným činom, potreby vyšetrovacích orgánov či v rámci justičnej spolupráce. Túto zastrešujúcu dohodu som podporila, keďže nevytvára právny základ pre prenos osobných údajov, ale dopĺňa právne záruky pre ochranu osobných údajov v zmluvách, kde je to potrebné. Právny základ pre prenos údajov môžeme nájsť v platných dohodách medzi USA a EÚ alebo v dvojstranných dohodách medzi USA a členskými štátmi. Dohoda obsahuje základné zásady ochrany údajov ako obmedzenie a využitie prenesených údajov, či stanovenie doby uchovávania údajov. Zmluvné strany sa zaväzujú k zabezpečeniu orgánov verejného dozoru, ktorých úlohou bude skúmanie a vyšetrovanie sťažností občanov týkajúce sa porušenia právnych postupov v oblasti ochrany osobných údajov. Dohodu medzi USA a EÚ o ochrane osobných informácií v súvislosti s trestnými činmi považujem za dohodu založenú na správnom právnom základe. Verím, že prehĺbi spoluprácu v oblasti presadzovania ochrany osobných informácií.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Dohoda predstavuje významný pokrok v oblasti ochrany osobných údajov, ktoré sa prenášajú medzi EÚ a USA v rámci činností v oblasti presadzovania práva. Účelom je zabezpečiť vysokú úroveň ochrany základných práv a slobôd fyzických osôb, najmä práva na súkromie, v súvislosti so spracúvaním osobných údajov pri prenose osobných údajov príslušným orgánom Európskej únie, jej členským štátom a USA na účely predchádzania trestným činom, ich vyšetrovania, odhaľovania a stíhania.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union über den Schutz personenbezogener Daten bei der Verhütung, Untersuchung, Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten habe ich zugestimmt.

Es geht hier nicht um die Begründung neuer Regeln für den Datenaustausch, sondern um den Schutz von Daten, die wegen und auf Grund bereits bestehender anderer Rechtsgrundlagen ausgetauscht werden. Diese Daten werden nun besser geschützt als zuvor, denn zuvor unterlagen diese Daten überhaupt keinem besonderen Schutz. Im Verhältnis zum Status quo wird daher eine Verbesserung erreicht und dieser ist daher auch zuzustimmen. Man muss natürlich zusätzlich verlangen, dass die anderswo getroffenen Regelungen, die als Grund und Anlass für den Datenaustausch dienen, gründlich überarbeitet werden müssen. Das darf jedoch nicht zu einer Ablehnung dieser ersten Datenschutzregeln führen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Vijeće je zatražilo suglasnost Parlamenta o Sporazumu između SAD-a i EU-a o zaštiti osobnih informacija u vezi s kaznenim djelima. Sporazum govori o zaštiti osobnih podataka koji se prenose i obrađuju radi sprječavanja, istraživanja, otkrivanja i progona kaznenih djela, uključujući terorizam, u okviru policijske i pravosudne suradnje u kaznenim pitanjima. Svrha je Sporazuma postići visoku razinu zaštite temeljnih prava i sloboda pojedinaca, a posebno prava na privatnost pri obradi osobnih podataka kada se u tu svrhu prenose nadležnim tijelima Europske unije i njezinih država članica te SAD-a.

Dajem suglasnost ovom Sporazumu jer je cilj osigurati visoku razinu zaštite osobnih informacija i ojačati suradnju između Sjedinjenih Američkih Država i Europske unije i njezinih država članica u vezi sa sprječavanjem, istragom, otkrivanjem ili progonom kaznenih djela, uključujući terorizam.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Sporazuma med Združenimi državami Amerike in Evropsko unijo o varstvu osebnih podatkov pri preprečevanju, preiskovanju, odkrivanju in pregonu kaznivih dejanj, v imenu Evropske unije.

Potrebujemo širok nabor varstva ter zaščitnih ukrepov, ki se bodo uporabljali, ko se bodo med Združenimi državami Amerike in Evropsko unijo izmenjevali osebni podatki za namene kazenskega pregona.

Podpisani sporazum ravno to prinaša in v zadostni meri prispeva k pravni varnosti ter tako dopolnjuje zaščitne ukrepe za varstvo podatkov v okviru obstoječih in prihodnjih sporazumov.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η πρακτική έχει αποδείξει ότι οι πολυάριθμες διασφαλίσεις και εγγυήσεις δεν αποτελούν εγγύηση υψηλού επιπέδου προστασίας του θεμελιώδους δικαιώματος της προστασίας δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα ούτε συμβάλλουν στην ασφάλεια δικαίου.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Decyzja o podpisaniu przez USA i Unię Europejską porozumienia o ochronie danych to niezwykle ważny krok na drodze do zapewnienia całościowej ochrony naszych danych, przy poszanowaniu wysokich standardów ochrony prywatności.

Umowa ze Stanami Zjednoczonymi obejmuje wszystkie transfery danych takich jak nazwiska, adresy lub informacje o karalności. Przekazywanie tych informacji ma na celu wsparcie walki z międzynarodową przestępczością, w tym zapobieganie, śledzenie, wykrywanie i ściganie przestępstw transgranicznych, także terroryzmu.

Dotychczas dane tego typu przekazywane były amerykańskim organom ścigania na podstawie umów dwustronnych państw członkowskich Unii z USA. Nie podlegały jednak żadnej ochronie. Dzięki porozumieniu sytuacja ta ulegnie całkowitej zmianie. Dane przekazywane do USA w celu walki z przestępczością będą chronione w taki sam sposób jak w Europie. Obowiązywać będą też takie same jak w Unii środki odwoławcze oraz procedury kontrolne.

Co ważne, umowa nie obejmuje wymiany danych między krajowymi organami bezpieczeństwa, ponieważ taka wymiana nie wchodzi w zakres kompetencji Unii. Nie są nią również objęte przypadki transatlantyckiego przekazywania danych między podmiotami prywatnymi.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin sopimuksen osalta tyhjää, sillä oikeudellinen tulkinta tämän sopimuksen osalta on epäselvä. Tarvitaan lopullinen oikeudellinen vahvistus ennen kuin tämä sopimus voidaan hyväksyä.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Faisant suite aux appels lancés par le Parlement européen le Conseil a adopté, le 3 décembre 2010, une décision autorisant la Commission à entamer des négociations en vue de la conclusion d'un accord entre l'Union européenne et les États-Unis d'Amérique relatif à la protection des données à caractère personnel lors de leur transfert et de leur traitement à des fins de prévention et de détection des infractions pénales, dont le terrorisme, d'enquêtes et de poursuites en la matière, dans le cadre de la coopération policière et de la coopération judiciaire en matière pénale (ci-après l'«accord-cadre»). Le 28 mars 2011, la Commission a entamé les négociations avec le ministère de la justice des États-Unis. Le Parlement a été régulièrement tenu informé de l'évolution des négociations, conformément à l'article 108, paragraphe 10, du traité FUE, et votre rapporteur a établi une série de documents de travail afin de faciliter les discussions au sein de la commission LIBE.

Je me suis finalement abstenu sur le texte final, car je n'ai pas reçu de garanties suffisantes quant à l'efficacité de la manœuvre.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Europske unije, Sporazuma između Sjedinjenih Američkih Država i Europske unije o zaštiti osobnih informacija u vezi sa sprečavanjem, istragom, otkrivanjem i progonom kaznenih djela iz više razloga. Prvenstveno smatram da članak 16. u kombinaciji s člankom 218. stavkom 6. točkom (a) Ugovora o funkcioniranju Europske unije (UFEU) predstavlja pravilnu pravnu osnovu prijedloga. Potom, predviđenim sporazumom jamči se visoka razina prava na zaštitu osobnih podataka i doprinosi se pravnoj sigurnosti, a također se postavlja temelj za visoku operativnu suradnju Sjedinjenih Američkih Država i Europske unije u području kaznenog progona. Pored toga, smatram da je bitna i iskazana briga za prava pojedinaca u vertikalnom odnosu budući da prijedlog rezolucije utvrđuje pristup informaciji, njen ispravak te brisanje, kao i ustavnopravnu te pravosudnu zaštitu.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Ovaj sporazum garantira dodatnu zaštitu osobnih podataka u slučaju kada su isti preneseni i obrađeni u svrhu prevencije, istrage, detektiranja te pokretanja kriminalnih aktivnosti, kao što je terorizam. Također, sporazum sam po sebi ne pruža pravnu osnovu za prijenos osobnih podataka - on naprosto dodaje sloj privatnosti osobnih podataka prenesenih unutar drugih sporazuma.

Glasovala sam za, jer smatram da ovaj sporazum omogućuje veliki napredak u očuvanju privatnih podataka, u slučaju kada se oni prenose između Europske unije i SAD-a, i to bez ometanja rada pravnih i policijskih organa. Navedeno će biti podložno redovnim kontrolama čiji će rezultati biti vidljivi javno.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Sporazuma med Združenimi državami Amerike in Evropsko unijo o varstvu osebnih podatkov pri preprečevanju, preiskovanju, odkrivanju in pregonu kaznivih dejanj, v imenu Evropske unije sem podprla.

Namen sporazuma je zagotoviti visoko raven varstva temeljnih pravic in svoboščin posameznikov, zlasti pravice do zasebnosti v zvezi z obdelavo osebnih podatkov pri prenosu osebnih podatkov pristojnim organom Evropske unije in njenih držav članic ter ZDA za te namene (imenovan tudi krovni sporazum).

Krovni sporazum ne zagotavlja pravne podlage za prenose osebnih podatkov – podlagga za to je v nekaterih prejšnjih sporazumih (ki jih zgolj dopolnjuje, usklajuje). Sporazum vsebuje omejitve namena in uporabe prenosa osebnih podatkov, da ne bi prišlo do zlorab izdaje osebnih podatkov.

Sporazum pomeni velik napredek na področju varstva osebnih podatkov pri njihovem prenosu med EU in ZDA v okviru dejavnosti kazenskega pregona. Morda to ni najboljši sporazum, ki ga je mogoče predvideti, vendar je nedvomno najboljši možni v sedanjih razmerah.

Odbor za pravne zadeve je podal svoje mnenje glede osnutka in ugotovil, da predvideni sporazum temelji na ustrezni pravni podlagi, zagotavlja visoko raven varstva temeljnih pravic do osebnih podatkov in prispeva k pravni varnosti in da bo izboljšal sodelovanje na področju kazenskega pregona z Združenimi državami.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – El «Acuerdo Marco» pretende garantizar la protección de los derechos y libertades fundamentales de las personas, en particular la protección de los datos personales cuando se transmitan y traten con fines de prevención, investigación, detección o enjuiciamiento de delitos, incluido el terrorismo, en el marco de la cooperación policial y judicial en materia penal, entre las autoridades competentes de la Unión Europea y los EE.UU. Sin embargo, hay serias dudas, incluso del Supervisor Europeo de Protección de Datos, sobre la compatibilidad del Acuerdo Marco con la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión y con el Derecho derivado en materia de protección de datos de la Unión, en particular en lo relativo al derecho al recurso judicial, el acceso por parte de las autoridades policiales y judiciales, la limitación de los derechos de acceso del interesado y los periodos de conservación de los datos; entre otras. Dudas que requerían la intervención del Tribunal de Justicia de la Unión Europea. Como se rechazaron las Propuestas de Resolución de GUE/NGL y ALDE por las que se solicitaba el dictamen del TJUE sobre la compatibilidad del Acuerdo Marco con los Tratados de la Unión, he votado en contra.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I support the agreement. I think it is a step forward to make our society safer.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Umowa ta zapewnia dodatkową ochronę danych osobowych przekazywanych i przetwarzanych na potrzeby zapobiegania, dochodzenia, wykrywania lub ścigania przestępstw, w tym terroryzmu. Zawiera postanowienia określające kilka podstawowych zasad ochrony danych, m.in. zasady przekazywania danych, reguły dotyczące transferów i prawa jednostki do zadośćuczynienia sądowego. Umowa ta stanowi znaczny postęp w zakresie ochrony danych osobowych przekazywanych między UE i USA, bez utrudniania pracy organów ścigania i służb wywiadowczych. Dlatego zagłosowałem za powyższą umową.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Tanács 2010. december 3-án határozatot fogadott el arról, hogy felhatalmazza a Bizottságot az Európai Unió és az Amerikai Egyesült Államok között kötendő, a büntetőügyekben folytatott rendőrségi együttműködés és igazságügyi együttműködés keretében a bűncselekmények – ezen belül a terrorcselekmények – megelőzése, kivizsgálása, felderítése vagy üldözése céljából továbbított és feldolgozott személyes adatok védelméről szóló megállapodásra irányuló tárgyalások megkezdésére. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – El «Acuerdo Marco» pretende garantizar la protección de los derechos y libertades fundamentales de las personas, en particular la protección de los datos personales cuando se transmitan y traten con fines de prevención, investigación, detección o enjuiciamiento de delitos, incluido el terrorismo, en el marco de la cooperación policial y judicial en materia penal, entre las autoridades competentes de la Unión Europea y los EE. UU. Sin embargo, hay serias dudas, incluso del Supervisor Europeo de Protección de Datos, sobre la compatibilidad del Acuerdo Marco con la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión y con el Derecho derivado en materia de protección de datos de la Unión, en particular en lo relativo al derecho al recurso judicial, el acceso por parte de las autoridades policiales y judiciales, la limitación de los derechos de acceso del interesado y los periodos de conservación de los datos; entre otras. Dudas que requerían la intervención del Tribunal de Justicia de la Unión Europea. Como se rechazaron las Propuestas de Resolución de GUE/NGL y ALDE por las que se solicitaba el dictamen del TJUE sobre la compatibilidad del Acuerdo Marco con los Tratados de la Unión, he votado en contra.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the European Union, of the agreement between the United States of America and the European Union on the protection of personal information relating to the prevention, investigation, detection, and prosecution of criminal offenses. The purpose of the agreement is to ensure a high level of protection of personal information and enhance cooperation between the United States and the European Union and its Member States, in relation to the prevention, investigation, detection or prosecution of criminal offences, including terrorism. The envisaged agreement is mainly devoted to establishing a wide set of protections and safeguards, which will apply to the transfers of personal data for criminal law enforcement purposes between the United States, on the one hand, and the European Union or its Member States, on the other. I voted in favour because I believe that the envisaged agreement creates a framework for the protection of personal data that contributes to legal certainty. The agreement will supplement, where necessary, data protection safeguards in existing and future data transfer agreements or national provisions authorising such transfers.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Este acuerdo marco establece salvaguardas y garantías de legalidad para las transferencias de datos, a fin de otorgar protección a los derechos fundamentales y a reforzar la cooperación en materia penal entre la Unión Europea y los Estados Unidos de América. Hablamos, en definitiva, de un acuerdo que viene a mejorar el régimen actual existente, por lo que creo conveniente votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Este acuerdo tiene por objeto la protección del derecho a privacidad en el marco de la cooperación entre los Estados Unidos de América y la Unión Europea en materia de lucha antiterrorista. Sin embargo, los estándares de protección no se adecúan a los requerimientos establecidos en la legislación europea, y se mantienen una serie de cláusulas de excepcionalidad para los Estados Unidos, lo que perpetúa una relación asimétrica entre la Unión y los EE.UU. Por otro lado, regula los derechos en base a la ciudadanía, porque garantiza a los ciudadanos y ciudadanas de Estados miembros de la Unión más derechos que a las personas que residan u operen en ellos sin ser ciudadanos o ciudadanas. Por último, al elevar este tipo de regulación a la categoría de Acuerdo internacional, lo que se está haciendo es poner trabas a las investigaciones judiciales (muchas de ellas desarrollándose actualmente) sobre esta materia, al tener este texto un carácter superior al de los tratados en los que se basan las demandas. Por todo ello, he votado en contra de este acuerdo.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este acordo entre a União Europeia e os Estados Unidos da América incide sobre a proteção de dados pessoais transferidos e tratados para efeitos de prevenção, investigação, deteção e repressão de crimes, incluindo o terrorismo, no contexto da cooperação policial e judiciária em matéria penal.

Os dados pessoais compreendem quaisquer informações respeitantes a uma pessoa, quer digam respeito à sua vida privada, profissional ou pública. Pode tratar-se de um nome, uma fotografia, um endereço de correio eletrónico, informações bancárias, mensagens publicadas em redes sociais, informações médicas ou o endereço IP do seu computador.

Como é evidente, este acordo representa um perigoso atentado às liberdades e garantias e abre porta a todo o tipo de abuso no que diz respeito à invasão da esfera privada pessoal dos cidadãos. A ideia é, ao abrigo do combate ao terrorismo, legitimar um quadro securitário com todo o tipo de abuso, abrindo caminho à perseguição de toda e qualquer personalidade incómoda que ponha em causa as instituições e os valores estabelecidos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Trotz einiger Neuerungen hinsichtlich eines besseren und ausgewogeneren Datenschutzes gegenüber der *Umbrella*—Vereinbarung (z.B. können Bürger aus EU-Staaten einen gerichtlichen Rechtsbefehl einlegen, falls der Zugang und die Berichtigung verweigert werden und Daten von den Behörden der anderen Vertragspartei unrechtmäßig offengelegt wurden), musste ich mich bei dieser Abstimmung meiner Stimme enthalten. Zum einen, das sich das Abkommen auf andere, sehr fragwürdige, Abkommen wie das PNR- und das Swift-Abkommen stützt, welches der Berichterstatter selbst als kritisch ansieht und zugegeben hat, dass die Einhaltung der Bestimmungen aus diesen Abkommen offensichtlich nicht zu gewährleisten und daher zu verabschieden sind. Zum anderen, weil der Berichterstatter gesteht, dass das Abkommen zwischen den USA und der EU über den Schutz personenbezogener Daten bei Straftaten zurzeit nicht das beste ist.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Given the current political climate, the protection of citizens' personal information and data, either between states or in general on the internet, is a key issue that policy-makers must tackle.

The EU is an instrumental platform for guaranteeing civil rights online, such as the right to privacy. As a member of the European Internet Forum I will continue to advocate for and defend these rights.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat recomandarea PE cu privire la Acordul UE-SUA privind protecția informațiilor cu caracter personal în legătură cu prevenirea, depistarea, investigarea și urmărirea penală a infracțiunilor. Ca urmare a apelurilor lansate de PE, la 3 decembrie 2010, Consiliul a adoptat o decizie prin care autoriza Comisia să deschidă negocierile pentru un acord între UE și SUA privind protecția datelor cu caracter personal atunci când acestea sunt transferate și prelucrate în scopul prevenirii, investigării, depistării și urmăririi penale a infracțiunilor, inclusiv a terorismului.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Takzvanú „zastrešujúcu dohodu“ medzi Európskou úniou a USA som podporila. V tomto prípade Európsky parlament dával iba súhlas s jej uzavretím. Dohodu som podporila najmä preto, že ide o akúsi dodatočnú vrstvu ochrany pre údaje, ktoré sú prenášané z EÚ do USA na účel prevencie, vyšetrovania a stíhania trestných činov vrátane terorizmu. Je potrebné si uvedomiť, že Parlament tu nedával súhlas s prenášaním údajov samotných, ktoré už podľa platných dohôd existuje, ale dával iba súhlas s dodatočnou ochranou, ako napríklad zavádzal zásadu nediskriminácie, prísnejšie pravidlá pre súhlas s takýmto prenosom, či spôsob a dĺžku uchovávania týchto údajov. A hoci dohoda nepatrí medzi bezchybné a má množstvo odporcov, myslím si, že v situácii, keď sa údaje už reálne prenášajú a na stanovené účely využívajú, je viac než vítané zabezpečenie ich maximálnej ochrany.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam ovaj prijedlog Sporazuma između Sjedinjenih Američkih Dražava i Europske unije o zaštiti osobnih podataka u kontekstu progona počinitelja kaznenih djela. Uspostavljanje kvalitetnog okvira suradnje sa strogo definiranim procedurama obavještavanja druge strane o svim aktima, savjetovanja u slučaju sporova, suspenzije, teritorijalne primjene nužno je kako bi se definirale mjere i načela zaštite podataka kada se informacije prenose u svrhe kaznenog progona između Sjedinjenih Američkih Država, s jedne strane, i Europske unije ili država članica, s druge strane. Zaštita privatnosti informacija mora biti prioritet u radu svih europskih agencija i agencija država članica, ali i prilikom uspostave suradnje u području progona osumnjičenika za kaznena djela.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za odobritev Sporazuma med Združenimi državami Amerike in Evropsko unijo o varstvu osebnih podatkov pri preprečevanju, preiskovanju, odkrivanju in pregonu kaznivih dejanj, v imenu Evropske unije.

Sporazum podpiram, saj si prizadeva zagotoviti visoko raven varstva temeljnih pravic in svoboščin posameznikov, zlasti pravice do zasebnosti v zvezi z obdelavo osebnih podatkov pri prenosu osebnih podatkov pristojnim organom Evropske unije in njenih držav članic ter ZDA za namene preprečevanja, preiskovanju, odkrivanja in pregona kaznivih dejanj.

7.11. Interim-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EG/Ghana (A8-0328/2016 - Christofer Fjellner)

Dichiarazioni di voto orali

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – In attesa della firma dell'accordo di partenariato economico (APE) UE-Africa occidentale, nel mese di agosto 2016 il Ghana ha ratificato l'accordo di partenariato economico interinale con l'Unione europea, siglato nel 2007. Attraverso tale strumento pattizio, si assicura un accesso – provvisorio – al mercato dell'UE, esente da dazi, fino alla sua sostituzione da parte di un APE globale concluso a livello regionale.

Ritengo che un accordo ad interim possa agevolare l'integrazione regionale solo qualora si giungesse in tempio rapidi alla firma dell'accordo di partenariato economico regionale. In questo caso la mancata ratifica metterebbe a rischio più di 1500 lavori diretti nei settori che esportano in Europa. Per questo mi sono astenuta.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He apoyado el Acuerdo de Asociación Económica interino con Ghana (AAEI) porque:

— Mejora la seguridad jurídica del comercio ghanés con Europa (evitando una posible pérdida de las exenciones arancelarias que actualmente le concede temporal y unilateralmente la Unión), mejora la regulación de nuestro comercio (contiene disposiciones sobre comercio de mercancías, aduanas, facilitación del comercio, barreras técnicas, medidas sanitarias y fitosanitarias, mientras mantiene la excepción de libre acceso para los plátanos destinados a las regiones ultra periféricas).

— Incorpora compromisos de obligado cumplimiento en materia de sostenibilidad y derechos humanos, como la lucha contra el comercio ilegal de madera, la corrupción y el trabajo infantil.

— El Gobierno ghanés ha solicitado este acuerdo tras consultar a los agentes interesados y su Parlamento ha apoyado firmemente su ratificación.

— Una posible subida de aranceles, a falta de AAEI, sería muy perjudicial para un país que destina más de un 20 % de su comercio exterior a la Unión.

— Los socialistas vigilaremos el adecuado control del cumplimiento de los compromisos asumidos por Ghana, mientras continuamos trabajando en favor de un buen AAE regional con toda el África Occidental y exigimos a Ghana mayores progresos democráticos y diálogo con la sociedad civil.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — We voted against this report as we believe it will disadvantage Ghana. The report was on establishing a transitional trade deal between the EU and Ghana while the EU-West Africa Economic Partnership Agreement negotiations are still underway. The trade deal voted on is an Economic Partnership Agreement. The EU has been using these EPAs with African, Caribbean and Pacific (ACP) countries in order to force the liberalisation of their economies without providing any new benefit to them.

The ACP countries already have access to the EU market but in recent years the EPA deals struck by Europe open access to the poorer countries to the EU without factoring in the massive inequality between the partners. This agreement will be detrimental to the majority of people of Ghana and it does not contain a sustainable development chapter.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. — Le Ghana a décidé de signer l'accord de partenariat économique de 2007: cet accord permet un accès en franchise de droits au marché de l'UE (en attendant un accord régional qui tarde à être signé). Le Ghana est un des principaux exportateurs agroalimentaires d'Afrique de l'Ouest. Il exporte aussi du bois, de l'or, du pétrole, du cacao. L'accord fera passer les exportations du Ghana vers l'UE, qui sont «libéralisées», de 35 à 80% du total. Le Ghana protège ses productions agricoles et alimentaires sensibles. Cet accord avec le Ghana apparaît être un cheval de Troie pour imposer aux autres États d'Afrique de l'Ouest l'ouverture de leur marché avec la signature d'un accord de partenariat régional qu'ils se refusent à signer pour l'instant. Aussi ai-je voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I found myself torn on this resolution: I recognise that Ghana is supportive of this Agreement, yet note the negative consequences that similar Agreements have caused for other countries around the world and the negative impacts that they have often had on poverty in certain sectors of the economy in other countries (for example EU overfishing in the Gulf of Guinea has caused a spike in onshore poverty).

I therefore abstained on this resolution.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl rekomendacijos dėl tarpinio Ganos ir Europos bendrijos bei jos valstybių narių ekonominės partnerystės susitarimo sudarymo projekto. Kadangi siekiant pasirašyti ES ir Vakarų Afrikos ekonominės partnerystės susitarimą (EPS) reikia daugiau laiko, todėl Gana nusprendė ratifikuoti savo tarpinį ekonominės partnerystės susitarimą su Europos Sąjunga, kuris sudarytas 2007 m. Tačiau Gana vis dar turi didelių neišspręstų problemų dėl plataus masto korupcijos bei vaikų išnaudojimo žemės ūkio, miškininkystės, žvejybos ir aukso sektoriuose. Atsižvelgiant į tai, balsavau prieš šį ekonominės partnerystės susitarimo sudarymo projektą.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le Ghana a décidé de signer l'accord de partenariat économique de 2007: cet accord permet un accès en franchise de droits au marché de l'UE. Cet accord avec le Ghana semble être un cheval de Troie visant à imposer aux autres États d'Afrique de l'Ouest l'ouverture de leur marché avec la signature d'un accord de partenariat régional qu'ils se refusent à signer pour l'instant. J'ai donc voté contre ce rapport, dont l'objectif ne me paraît profitable qu'à quelques multinationales.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté contre la conclusion de cet accord bilatéral intérimaire. Il a en effet été conclu en 2007 et, entre-temps, des négociations pour un accord régional ont été ouvertes. Je pense donc préférable de concentrer nos efforts sur la conclusion d'un accord régional, plutôt que sur cet accord bilatéral obsolète.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea e il Ghana sono da anni partner in diversi ambiti, con un commercio bilaterale totale che nel 2015 si attestava a 5,4 miliardi di euro, comprendendo oltre il 20 % del commercio estero del paese africano. La repubblica è tra i principali esportatori di prodotti agroalimentari della regione dell'ECOWAS, esportando cacao, frutta, noci e pesce, e importando riso, zucchero e carne.

Lo scorso agosto, il paese africano ha deciso di procedere alla ratifica dell'accordo di partenariato economico interinale con l'Unione europea, siglato nel 2007, per garantirsi una rete di sicurezza contrattuale in attesa dell'entrata in vigore del più ampio accordo di partenariato economico tra l'UE e l'Africa occidentale.

Ho espresso il mio voto contrario alla relazione Fjellner perché ritengo che l'APEI appena ratificato sia incompleto e superato. Esso prevede infatti scadenze diverse per lo smantellamento tariffario rispetto al programma regionale, la sua applicazione provvisoria potrebbe creare differenze significative sulle tariffe esterne all'interno di ECOWAS, minando quel principio dell'integrazione regionale che sottende il nuovo APE.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe de consentimiento sobre el Acuerdo de Asociación Económica Interino entre la UE y Ghana, pues refuerza una lógica asimétrica y de subordinación periferia-centro de las relaciones comerciales, condenado, en el largo plazo, a Ghana al subdesarrollo.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Con l'approvazione di questo provvedimento si aprirebbero ulteriormente le porte a prodotti agricoli e della pesca esenti dazio, non ho quindi intero votare in suo favore.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta recomendación sobre el Acuerdo de Asociación Económica interino entre Ghana y la Comunidad Europea y sus Estados miembros por otra parte. Este acuerdo interino abrirá las puertas a su aplicación provisional. Debido al retraso en la firma del Acuerdo de Asociación Económica (AAE) UE-África Occidental en 2016 Ghana y Costa de Marfil decidieron proceder a la ratificación de su AAE interino con la Unión Europea celebrado en 2007. El acuerdo asegura una red de seguridad contractual ya que garantiza acceso libre de impuestos al Mercado de la UE hasta que el acuerdo regional llegue a buen término. El acuerdo interino será sustituido en su momento por una AAE a nivel regional una vez entre el vigor.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cette recommandation concerne l'accord d'étape vers un accord de partenariat économique UE-Ghana. Cet accord a été signé en 2007 et permet un accès en franchise de droits au marché de l'UE (en attendant un accord régional qui tarde à être signé). Le Ghana exporte des denrées agroalimentaires, mais aussi du bois, de l'or, du pétrole et du cacao. Cet accord fera passer les exportations du Ghana vers l'UE, qui sont «libéralisées», de 35 à 80% du total. Enfin, je pense que cet accord vise à imposer aux autres États d'Afrique de l'Ouest l'ouverture de leur marché, avec la signature d'un accord de partenariat régional qu'ils se refusent à signer pour l'instant. J'ai donc voté contre.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He apoyado el Acuerdo de Asociación Económica interino con Ghana (AAEI) porque:

— Mejora la seguridad jurídica del comercio ghanés con Europa (evitando una posible pérdida de las exenciones arancelarias que actualmente le concede temporal y unilateralmente la Unión), mejora la regulación de nuestro comercio (contiene disposiciones sobre comercio de mercancías, aduanas, facilitación del comercio, barreras técnicas, medidas sanitarias y fitosanitarias, mientras mantiene la excepción de libre acceso para los plátanos destinados a las regiones ultra periféricas).

— Incorpora compromisos de obligado cumplimiento en materia de sostenibilidad y derechos humanos, como la lucha contra el comercio ilegal de madera, la corrupción y el trabajo infantil.

— El Gobierno ghanés ha solicitado este acuerdo tras consultar a los agentes interesados y su Parlamento ha apoyado firmemente su ratificación.

— Una posible subida de aranceles, a falta de AAEI, sería muy perjudicial para un país que destina más de un 20 % de su comercio exterior a la Unión.

— Los socialistas vigilaremos el adecuado control del cumplimiento de los compromisos asumidos por Ghana, mientras continuamos trabajando en favor de un buen AAE regional con toda el África Occidental y exigimos a Ghana mayores progresos democráticos y diálogo con la sociedad civil.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes juo Parlamentas pritarė tarpinio Ganos ir Europos bendrijos bei jos valstybių narių ekonominės partnerystės susitarimo sudarymui. Kadangi siekiant pasirašyti ES ir Vakarų Afrikos ekonominės partnerystės susitarimą (EPS) reikia daugiau laiko, 2016 m. rugpjūčio mėn. Gana (o vėliau ir Dramblio Kaulo Krantas) nusprendė ratifikuoti savo tarpinį ekonominės partnerystės susitarimą su Europos Sąjunga, kuris sudarytas 2007 m. Šiuo susitarimu užtikrinama sutartinė apsaugos sistema, kuri sudaro sąlygas patekti į ES rinką be muitų tol, kol bus įgyvendintas regioninis susitarimas. Laikinajame susitarime numatomas laikinas taikymas ir šį susitarimą pakeis visapusiškas regioniniu lygmeniu sudarytas EPS tą dieną, kai įsigalios.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Mivel az EU–Nyugat-Afrika gazdasági partnerségi megállapodás aláírása elhúzódik, 2016 augusztusában Ghána (majd később Elefántcsontpart is) úgy határozott, hogy ratifikálja az Európai Unióval 2007-ben kötött átmeneti gazdasági partnerségi megállapodást. A megállapodás a regionális megállapodás létrejöttéig szerződéses biztonsági hálót biztosít, és vámmentes hozzáférést garantál az uniós piachoz. Az átmeneti megállapodás ideiglenes alkalmazást irányoz elő, és a regionális szintű, teljes körű gazdasági partnerségi megállapodás a hatálybalépésének napján felváltja azt.

Noha Ghána exportbevételeit az arany, a kakaó és a nyersolaj uralja, az Unió Ghána „nem hagyományos” exportjának elsődleges célpontjává vált, ami az országon belüli fokozódó diverzifikációt és hozzáadottérték-teremtést mutatja. Ghána behozatalát a hajók, a járművek és a finomított kőolaj dominálja. Az ország megpróbálja stabilizálni helyzetét a tengerparttal nem rendelkező országok tranzit- és tengeri központjaként.

Míg Ghána egyes érzékeny mezőgazdasági és feldolgozott termékeket kizár a liberalizációból, az átmeneti gazdasági partnerségi megállapodás olyan biztosítékokat is bevezet, amelyek lehetővé teszik a vámok újbóli bevezetését, amennyiben az import hirtelen növekedése a gazdaság torzulásával, az élelmezésbiztonság veszélyeztetésével fenyeget.

A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se z vmesnim sporazumu med EU in Gano, saj sta Gana in EU partnerici na različnih področjih. Sporazum je pomemben tudi pri spodbujanju regionalnega gospodarskega povezovanja in naložb.

Gana je ena glavnih izvoznic kmetijsko-živilskih proizvodov regije Gospodarske skupnosti zahodnoafriških držav, ki izvaža kakav, sadje, oreščke in ribe, uvaža pa riž, sladkor in meso. Vse te surovine so pomembne za evropske državljane.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o prijelaznom Sporazumu o gospodarskom partnerstvu između EU-a i Gane, koji je dogovoren kako bi se izbjeglo ometanje trgovine s EU-om nakon isteka trgovinske odredbe prema Ugovoru iz Cotonoua.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport, qui vise à accélérer la possibilité pour le Ghana d'accéder au marché européen pour ses productions agroalimentaires, son bois, son pétrole et son cacao, n'est en fait qu'un cheval de Troie pour forcer d'autres États à créer un espace régional de libre-échange. Par conséquent je vote contre.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Ghana ha effettuato la ratifica dell'accordo di partenariato economico interinale con l'Unione europea, che assicura un accesso esente da dazi al mercato dell'UE fino alla realizzazione di un'APE globale concluso a livello regionale. Ghana e UE sono partner in diversi ambiti, compresa la promozione dell'integrazione economica regionale e degli investimenti.

L'UE è diventata una meta privilegiata delle esportazioni del Ghana, dimostrando una crescente diversificazione e creazione di valore aggiunto nel paese. Da un lato si cerca di attuare l'APE regionale globale, dall'altro l'APE interinale Ghana-UE rimane una soluzione temporanea conforme alle norme dell'OMC. Non appena l'APE regionale globale entrerà in vigore, sostituirà l'APE interinale.

Anche se tale accordo, risalente al 2007, non rispecchia pienamente la realtà del 2016; garantisce al Ghana, un paese a reddito medio-basso, un'offerta di accesso totale al mercato basata su un rapporto contrattuale a lungo termine, che garantirà la stabilità necessaria per i nuovi investimenti e per la creazione di occupazione. La necessità di dare nuovo slancio all'APEI è derivata dal rallentamento delle fasi finali dell'APE regionale. L'APEI consentirà agli esportatori ghanesi di preservare le preferenze di esenzione dai dazi sul mercato europeo.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le Ghana a décidé de signer l'accord de partenariat économique de 2007, qui prévoit un accès en franchise de droits et sans contingent au marché de l'Union européenne. Concrètement, cet accord vise à exonérer de droits de douane 80% des produits exportés par le Ghana, contre 35% actuellement. À l'heure où nos agriculteurs subissent de plein fouet la baisse du cours des matières premières ainsi que l'embargo russe, il est scandaleux que l'Union européenne continue d'accorder des concessions tarifaires et de ratifier des accords de libre-échange, accords commerciaux qui renforceront l'exposition de nos agriculteurs à la concurrence internationale déloyale et à la mondialisation sauvage. Par ailleurs, cet accord semble être un prétexte pour imposer aux autres États d'Afrique de l'Ouest l'ouverture de leur marché. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — În condițiile în care semnarea acordului de parteneriat economic UE-Africa de Vest încă nu s-a finalizat, Ghana a decis să înceapă procedurile de ratificare ale acordului său de parteneriat economic preliminar cu Uniunea Europeană încheiat în 2007. Astfel, având în vedere că atât Uniunea, cât și Ghana depun eforturi semnificative în vederea instituirii unui acord de parteneriat economic regional complet, acest acord interimar rămâne o soluție temporară oportună.

Ghana și Uniunea Europeană sunt parteneri importanți în domeniul promovării integrării economice și stimulării investițiilor, Ghana fiind unul dintre principalii exportatori de produse agroalimentare din Comunitatea Economică a Statelor din Africa de Vest. Totodată, acordul de parteneriat economic va favoriza crearea de locuri de muncă prin investiții sustenabile pentru cetățenii din Ghana.

M-am exprimat în favoarea acestui acord deoarece consider că este un instrument eficient de pregătire a acordului economic regional, dar are și o contribuție importantă în ceea ce privește relațiile economice dintre UE-Ghana.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato contro la decisione del Consiglio relativa alla conclusione dell'accordo di partenariato economico interinale tra la Comunità europea e il Ghana.

Concordo pienamente con la strategia commerciale dell'Unione europea volta ad aiutare i paesi in difficoltà economiche, ma tale accordo, concluso nel 2007 e tenuto congelato fino ad ora, è sostanzialmente inadeguato rispetto alle mutate condizioni attuali: l'assenza di una dimensione regionale e di norme in materia di origine, nonché un quadro istituzionale incompleto fanno di questa intesa una soluzione di ripiego in attesa di definire il partenariato con l'intera regione dell'Africa occidentale.

Inoltre, ritengo che gli accordi conclusi con i paesi africani tendano a sacrificare eccessivamente gli interessi del settore agricolo dei paesi UE del Mediterraneo e che le misure di salvaguardia adottate siano troppo spesso inefficaci.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report as I believe it will disadvantage Ghana. The report was on establishing a transitional trade deal between the EU and Ghana while the EU-West Africa Economic Partnership Agreement negotiations are still underway. The trade deal voted on is an Economic Partnership Agreement. The EU has been using these EPAs with African, Caribbean and Pacific (ACP) countries in order to force the liberalisation of their economies without providing any new benefit to them.

The ACP countries already have access to the EU market but in recent years the EPA deals struck by Europe open access to the poorer countries to the EU without factoring in the massive inequality between the partners. This agreement will be detrimental to the majority of people of Ghana and it does not contain a sustainable development chapter.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this vote. Whilst we concede that EU deals with poor countries often exacerbate poverty, we note the desire of the Ghanaian Government to sign this deal so as to secure market access. For this reason, despite our reservations about this deal, we abstained.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – In attesa della firma dell'accordo di partenariato economico (APE) UE-Africa occidentale, nel mese di agosto 2016 il Ghana (e successivamente la Costa d'Avorio) ha deciso di procedere alla ratifica dell'accordo di partenariato economico interinale con l'Unione europea, siglato nel 2007. L'accordo garantisce una rete di sicurezza contrattuale, in quanto assicura un accesso esente da dazi al mercato dell'UE fino alla realizzazione dell'accordo regionale.

L'accordo interinale prevede un'applicazione provvisoria e sarà sostituito da un APE globale concluso a livello regionale. Sebbene l'oro, il cacao e il petrolio greggio continuino a essere fonte dei principali proventi da esportazione del Ghana, l'UE è diventata una meta privilegiata delle esportazioni «non tradizionali», dimostrando una crescente diversificazione e creazione di valore aggiunto nel paese. Tra i settori sensibili fuori dall'accordo vi è quello lattiero caseario, caratterizzato principalmente dal latte in polvere come base di prodotto che in Ghana è completamente prodotto ed importato dalla Nestle.

La non ratifica del Trattato, nel caso del Ghana, potrebbe compromettere più di 1500 lavori diretti nel settori che esportano in Europa. Per questo motivo ho preferito astenermi.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η σύσταση σχετικά με τη σύναψη της ενδιάμεσης Συμφωνίας Οικονομικής Εταιρικής Σχέσης μεταξύ της Γκάνας και της Ευρωπαϊκής Κοινότητας και των κρατών μελών της δεν εστιάζει σε ζητήματα ανάπτυξης μεγαλύτερης συνεργασίας προς όφελος των πολιτών και γι' αυτό τον λόγο θεωρώ πως δεν μπορεί να έχει θετικά αποτελέσματα. Ως εκ τούτου αποφάσισα να ψηφίσω αρνητικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario in quanto con l'approvazione di questo provvedimento si aprirebbero ulteriormente le porte a prodotti agricoli ed ittici esenti dazio.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Acconsento alla definitiva conclusione dell'accordo di partenariato economico interinale tra Unione europea e Ghana in attesa della firma dell'APE con l'Africa Occidentale. Si tratta, tecnicamente, della ratifica di un accordo già siglato nel 2007, la cui opera di continuità è resa necessaria dalla riluttanza dei partner africani alla firma dell'APE, già approvato nel 2014.

Il commercio bilaterale totale tra Ghana e UE ammonta a 5,4 miliardi e comprende oltre il 20% dell'export ghanese, il quale introduce nel mercato unionale principalmente cacao, frutta, noci e legname. Dal momento che si tratta di prodotti che esulano dalle principali esportazioni, ossia oro e petrolio greggio, emerge lodevolmente il tentativo di diversificare la propria economia e creare valore aggiunto al fine di affermarsi come nazione a medio reddito.

Tali orientamenti paiono quanto più in linea con la precisa volontà da parte del Ghana di consolidare la propria posizione come hub di transito e marittimo per i Paesi senza sbocco. Tuttavia, il Paese deve assolutamente aumentare i propri sforzi contro la corruzione e lo sfruttamento del lavoro minorile.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the recommendation on the draft Council decision on the conclusion of the stepping stone Economic Partnership Agreement between Ghana, of the one part, and the European Community and its Member States, of the other part.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich unterstütze den Vorschlag des Berichterstatters auf Zustimmung zu diesem Interimsabkommen. Es ist nicht absehbar, wie lange es dauern wird, bis die Voraussetzungen für die künftigen Beziehungen im Rahmen des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens EU-Westafrika erfüllt sind und Ghana uneingeschränkten Marktzugang in die EU auf der Grundlage eines langfristigen Vertragsverhältnisses erhalten wird. In der Zwischenzeit müssen wir dafür sorgen, dass der zollfreie Zugang in die EU weiterhin gewahrt bleibt.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo accordo in quanto l'Africa occidentale è il nostro più grande partner commerciale in Africa sub-sahariana. Allo stesso tempo, l'Unione europea contribuisce alla crescita economica e allo sviluppo della regione ed è il principale mercato di esportazione per dell'Africa occidentale agricoli e della pesca.

L'accordo sull'accordo di partenariato economico interinale con il Ghana e la Costa d'Avorio garantisce una rete di sicurezza contrattuale garantendo una quota duty-free oltre ad un libero accesso al mercato dell'UE. Inoltre, l'accordo interinale contiene disposizioni in materia di misure di cooperazione allo sviluppo, di difesa commerciale e di facilitazione degli scambi tra le misure sanitarie e fitosanitarie.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I agree to the consent for this interim agreement which would open the door to its provisional application.

The deal ensures a contractual safety net, warranting duty-free access to the EU market until the regional agreement comes into fruition

We should seek fostering regional economic integration and investment, whereby in 2015, the total two-way trade between Ghana and the EU was worth 5.4 billion euros, comprising over 20% of Ghana's external trade with the EU becoming a prime destination for Ghana's 'non-traditional' exports, demonstrating an increasing diversification and value-addition in the country.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Con il mio voto a favore, ho inteso sostenere questa risoluzione relativa al progetto di decisione del Consiglio sulla conclusione dell'accordo di partenariato economico interinale tra il Ghana, l'UE e i suoi Stati membri. L'accordo, ratificato lo scorso agosto, assicura una rete di sicurezza contrattuale a favore di un accesso esente da dazi al mercato dell'UE, in modo temporaneo, fino all'entrata in vigore di un accordo di partenariato economico regionale tra UE ed Africa occidentale.

Infatti, il Ghana e l'UE sono già partner in diversi ambiti, tra cui la promozione dell'integrazione economica regionale e degli investimenti. Inoltre, un terzo delle esportazioni di legname proveniente dal Ghana è diretto verso gli Stati dell'UE. Sono convinto che la conclusione di questo accordo, da una parte, possa incoraggiare il Ghana a proseguire il suo processo di riforma in corso che deve precedere l'autorizzazione per l'applicazione delle normative e il commercio nel settore forestale.

Dall'altra parte, potrà accelerare le fasi finali di un accordo commerciale a più ampio respiro nella regione dell'Africa occidentale. Un accordo orientato allo sviluppo, dando al Ghana la possibilità di clausole di ripristino dei dazi qualora un aumento delle importazioni metta in pericolo l'economia del paese a reddito medio-basso e l'industria nascente.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przyjęciem wstępnej umowy o partnerstwie gospodarczym pomiędzy Unią Europejską a Ghaną. Uważam, iż ważnym aspektem jest współpraca pomiędzy partnerami gospodarczymi w celu zapewnienia jak najlepszego wzrostu gospodarczego. Podjęta współpraca w ramach tego partnerstwa gwarantuje bezpieczeństwo w zakresie utrzymania bezcłowego dostępu do rynku UE. Wspieranie partnerstwa o charakterze regionalnym może ostatecznie skutkować podpisaniem umowy przez inne kraje w regionie Afryki Zachodniej. Ważne jest dążenie do tego, by przepisy o charakterze przejściowym zostały zastąpione przepisami ostatecznymi, co w sposób szczególny przyczyni się do umocnienia partnerstwa.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the EU-Ghana agreement following recommendations from the European Parliament's INTA Committee and a unanimous vote in the Parliament of the Republic of Ghana.

I believe that this signal from Ghana's elected representatives shows that the agreement is welcomed by the Republic of Ghana and therefore believe that this decision should be respected.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I support this report which provides an important safety net to the Ghanaian economy. Given the delays and difficulties in signing the EU-West Africa Economic Partnership Agreement following the conclusion of negotiations, it is essential that Ghana continue to benefit from a WTO-compatible agreement for full duty and free quota free access to the European market. Any loss of market access could result in serious disruption to the Ghanaian economy and as a consequence this interim EPA is required as a temporary measure to ensure legal and economic stability. We should continue to work towards a full regional EPA as the best solution for all participants.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Sostengo con forza la conclusione dell'accordo di partenariato economico interinale UE-Ghana (IEPA). Questo strumento permetterà al Ghana di continuare a beneficiare di un accesso preferenziale e asimmetrico al mercato europeo, in vista del termine dell'applicazione unilaterale da parte dell'UE del regolamento sull'accesso al mercato (MAR) al Ghana, in ottemperanza alle norme dell'Organizzazione mondiale del commercio (OMC).

Oltre al *volet* commerciale, che prevede la liberalizzazione della totalità delle linee tariffarie a dazio e quote zero per le importazioni dal Ghana, l'accordo include un capitolo molto importante di cooperazione allo sviluppo che fa riferimento esplicito alle disposizioni della convenzione di Cotonou. Nonostante si tratti di una accordo asimmetrico, inoltre, contiene clausole di salvaguardia bilaterali che consentiranno a ciascuna parte di reagire ad eventuali distorsioni del mercato tutelando i rispettivi mercati.

Infine, mi preme ricordare che questo accordo ha una natura prettamente transitoria in vista dell'entrata in vigore del più ampio accordo di partenariato economico tra l'UE e tutta la regione dell'Africa occidentale (ECOWAS), di cui il Ghana fa parte. Per questo ho votato convintamente a favore della raccomandazione concernente il progetto di decisione del Consiglio sulla conclusione dell'accordo.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport porte sur l'accord de partenariat économique entre l'Union européenne et l'Afrique de l'Ouest, en particulier avec le Ghana. Du fait du retard de la signature de l'accord avec l'Afrique de l'Ouest, le Ghana a procédé à la ratification de son accord de partenariat économique, qui a pour objectif de libéraliser 80% des échanges commerciaux avec l'Union européenne. Cet accord intérimaire prévoit une application provisoire qui sera remplacée par l'accord de partenariat économique global avec l'Afrique de l'Ouest une fois ratifié. Considérant la volonté et la motivation du Ghana d'accélérer le processus de mise en œuvre de l'accord de partenariat économique et considérant les intérêts de l'Union européenne à ratifier l'accord global avec l'Afrique de l'Ouest d'un point de vue économique et diplomatique, j'ai soutenu ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this vote. Whilst we concede that EU deals with poor countries often exacerbate poverty, we note the desire of the Ghanaian Government to sign this deal so as to secure market access. For this reason, despite our reservations about this deal, we abstained.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Étant donné le retard dans la signature de l'accord de partenariat économique (APE), j'ai voté en faveur de la conclusion de l'accord de partenariat économique d'étape entre l'Union européenne et le Ghana, ce qui permettra son application provisoire jusqu'à ce que l'accord régional se concrétise. L'accord intérimaire permet ainsi aux exportateurs ghanéens de conserver les préférences en franchise de droits sur le marché européen. De son côté, le Ghana libéralisera progressivement 80% des importations en provenance de l'Union européenne sur une période de quinze ans.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Mivel az EU–Nyugat-Afrika gazdasági partnerségi megállapodás aláírása elhúzódik, 2016 augusztusában Ghána (majd később Elefántcsontpart is) úgy határozott, hogy ratifikálja az Európai Unióval 2007-ben kötött átmeneti gazdasági partnerségi megállapodást. A megállapodás a regionális megállapodás létrejöttéig szerződéses biztonsági hálót biztosít, és vámmentes hozzáférést garantál az uniós piachoz. Az átmeneti megállapodás ideiglenes alkalmazást irányoz elő, és a regionális szintű, teljes körű gazdasági partnerségi megállapodás a hatálybalépésének napján felváltja.

Noha Ghána exportbevételeit az arany, a kakaó és a nyersolaj uralja, az Unió Ghána „nem hagyományos” exportjának elsődleges célpontjává vált, ami az országon belüli fokozódó diverzifikációt és hozzáadottérték-teremtést mutatja. Ghána behozatalát a hajók, a járművek és a finomított kőolaj dominálja. Az ország megpróbálja stabilizálni helyzetét a tengerparttal nem rendelkező országok tranzit- és tengeri központjaként.

Míg Ghána egyes érzékeny mezőgazdasági és feldolgozott termékeket kizár a liberalizációból, az átmeneti gazdasági partnerségi megállapodás olyan biztosítékokat is bevezet, amelyek lehetővé teszik a vámok újbóli bevezetését, amennyiben az import hirtelen növekedése a gazdaság torzulásával, az élelmezésbiztonság veszélyeztetésével fenyeget.

A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Mivel az EU–Nyugat-Afrika gazdasági partnerségi megállapodás aláírása elhúzódik, 2016 augusztusában Ghána (majd később Elefántcsontpart is) úgy határozott, hogy ratifikálja az Európai Unióval 2007-ben kötött átmeneti gazdasági partnerségi megállapodást. A megállapodás a regionális megállapodás létrejöttéig szerződéses biztonsági hálót biztosít, és vámmentes hozzáférést garantál az uniós piachoz. Az átmeneti megállapodás ideiglenes alkalmazást irányoz elő, és a regionális szintű, teljes körű gazdasági partnerségi megállapodás a hatálybalépésének napján felváltja.

Noha Ghána exportbevételeit az arany, a kakaó és a nyersolaj uralja, az Unió Ghána „nem hagyományos” exportjának elsődleges célpontjává vált, ami az országon belüli fokozódó diverzifikációt és hozzáadottérték-teremtést mutatja. Ghána behozatalát a hajók, a járművek és a finomított kőolaj dominálja. Az ország megpróbálja stabilizálni helyzetét a tengerparttal nem rendelkező országok tranzit- és tengeri központjaként.

Míg Ghána egyes érzékeny mezőgazdasági és feldolgozott termékeket kizár a liberalizációból, az átmeneti gazdasági partnerségi megállapodás olyan biztosítékokat is bevezet, amelyek lehetővé teszik a vámok újbóli bevezetését, amennyiben az import hirtelen növekedése a gazdaság torzulásával, az élelmezésbiztonság veszélyeztetésével fenyeget.

A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Mireille D’Ornano (ENF), *par écrit*. – J’ai voté contre ce rapport.

Principal exportateur de produits agroalimentaires, le Ghana a décidé de signer l’accord de partenariat économique de 2007, qui permet un accès en franchise de droits au marché de l’UE. Ce nouvel accord libéralisera la production du Ghana à hauteur de 35 à 80% du total.

À noter que d’autres États africains ont refusé la signature d’accords similaires. Cet accord semble donc être un cheval de Troie.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно Етапното споразумение за икономическо партньорство между ЕС и Гана, сключено още през 2007 г., тъй като то ще осигури предпазни мерки и ще продължи безмитните квоти за достъп на определени стоки до пазара на ЕС. В момента приключва сключването на споразумение между ЕС и Западна Африка, т.нар. Споразумение за икономическо партньорство (СИП), което при влизането си в сила ще замени всички етапни споразумения, сключени между ЕС и отделните държави от Западна Африка.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Προτείνεται η αναβίωση μίας ξεπερασμένης συμφωνίας του 2007 η οποία, αναμφίβολα, δεν μπορεί να ανταποκρίνεται πλήρως στις συνθήκες του 2016, προκειμένου να αποφευχθεί η διατάραξη του εμπορίου για την Γκάνα, ενώ θα προλειάνει το έδαφος για μια μελλοντική ΣΟΕΣ. Η ευρωπαϊκή πολιτική που ακολουθείται κατά τη σύναψη διμερών προτιμησιακών εμπορικών συμφωνιών θα πρέπει να προκρίνει την εφαρμογή ενημερωμένων και ολοκληρωμένων λύσεων και όχι προσωρινών ελλιπών συμφωνιών.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Mivel az EU–Nyugat-Afrika gazdasági partnerségi megállapodás aláírása elhúzódik, 2016 augusztusában Ghána (majd később Elefántcsontpart is) úgy határozott, hogy ratifikálja az Európai Unióval 2007-ben kötött átmeneti gazdasági partnerségi megállapodást. A megállapodás a regionális megállapodás létrejöttéig szerződéses biztonsági hálót biztosít, és vámmentes hozzáférést garantál az uniós piachoz. Az átmeneti megállapodás ideiglenes alkalmazást irányoz elő, és a regionális szintű, teljes körű gazdasági partnerségi megállapodás a hatálybalépésének napján felváltja.

Noha Ghána exportbevételeit az arany, a kakaó és a nyersolaj uralja, az Unió Ghána „nem hagyományos" exportjának elsődleges célpontjává vált, ami az országon belüli fokozódó diverzifikációt és hozzáadottérték-teremtést mutatja. Ghána behozatalát a hajók, a járművek és a finomított kőolaj dominálja. Az ország megpróbálja stabilizálni helyzetét a tengerparttal nem rendelkező országok tranzit- és tengeri központjaként.

Míg Ghána egyes érzékeny mezőgazdasági és feldolgozott termékeket kizár a liberalizációból, az átmeneti gazdasági partnerségi megállapodás olyan biztosítékokat is bevezet, amelyek lehetővé teszik a vámok újbóli bevezetését, amennyiben az import hirtelen növekedése a gazdaság torzulásával, az élelmezésbiztonság veszélyeztetésével fenyeget.

A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: cet accord vise à imposer aux autres États d'Afrique de l'Ouest l'ouverture de leur marché, avec la signature d'un accord de partenariat régional qu'ils se refusent à signer pour l'instant.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente raccomandazione poiché l'accordo di partenariato economico interinale Ghana-UE garantisce una rete di sicurezza contrattuale, assicurando ai prodotti ghanesi, un accesso esente da dazi al mercato dell'UE fino alla realizzazione dell'accordo regionale.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Ghana sa v dôsledku meškania Dohody o hospodárskom partnerstve medzi Európskou úniou a Západnou Afrikou rozhodla pristúpiť k ratifikácii svojej vlastnej Dohody o hospodárskom partnerstve s Európskou úniou, ktorá jej zabezpečí okrem iného napríklad bezcolný prístup na trh Európskej únie. Uzatvorenie predmetnej dohody bude iba dočasným opatrením, ktoré bude aktuálne iba do vstupu regionálnej DHP do účinnosti.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η ψήφος μου είναι αρνητική, καθώς προτείνεται η αναβίωση μίας ξεπερασμένης συμφωνίας του 2007 η οποία, αναμφίβολα, δεν μπορεί να ανταποκρίνεται πλήρως στις συνθήκες του 2016, προκειμένου να αποφευχθεί η διατάραξη του εμπορίου για την Γκάνα, ενώ θα προλειάνει το έδαφος για μια μελλοντική ΣΟΕΣ. Η ευρωπαϊκή πολιτική που ακολουθείται κατά τη σύναψη διμερών προτιμησιακών εμπορικών συμφωνιών θα πρέπει να προκρίνει την εφαρμογή ενημερωμένων και ολοκληρωμένων λύσεων και όχι προσωρινών ελλιπών συμφωνιών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I strongly welcome the fact that in August 2016 Ghana (and subsequently Côte d'Ivoire) has decided to proceed with ratification of its Stepping Stone Economic Partnership Agreement (EPA) with the European Union, concluded back in 2007.

The EU has become a prime destination for Ghana's 'non-traditional' exports, demonstrating an increasing diversification and value-addition in the country.

The IEPA is fundamental as it will allow Ghanaian exporters to preserve the duty-free preferences on the European market as Ghana moves up and consolidates its status as a middle-income country. Furthermore, if the regional EPA comes into place without excessive delays, any discrepancies in the IEPA tariff liberalisation schedules and tariff lines will be solved without a need for additional adaptation to the regional processes.

I think this EPA will be a big step forward for the development of both regions, and will provide an added value for both economies.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Mivel az EU–Nyugat-Afrika gazdasági partnerségi megállapodás aláírása elhúzódik, 2016 augusztusában Ghána (majd később Elefántcsontpart is) úgy határozott, hogy ratifikálja az Európai Unióval 2007-ben kötött átmeneti gazdasági partnerségi megállapodást. A megállapodás a regionális megállapodás létrejöttéig szerződéses biztonsági hálót biztosít, és vámmentes hozzáférést garantál az uniós piachoz. Az átmeneti megállapodás ideiglenes alkalmazást irányoz elő, és a regionális szintű, teljes körű gazdasági partnerségi megállapodás a hatálybalépésének napján felváltja azt.

Noha Ghána exportbevételeit az arany, a kakaó és a nyersolaj uralja, az Unió Ghána „nem hagyományos” exportjának elsődleges célpontjává vált, ami az országon belüli fokozódó diverzifikációt és hozzáadottérték-teremtést mutatja. Ghána behozatalát a hajók, a járművek és a finomított kőolaj dominálja. Az ország megpróbálja stabilizálni helyzetét a tengerparttal nem rendelkező országok tranzit- és tengeri központjaként.

Míg Ghána egyes érzékeny mezőgazdasági és feldolgozott termékeket kizár a liberalizációból, az átmeneti gazdasági partnerségi megállapodás olyan biztosítékokat is bevezet, amelyek lehetővé teszik a vámok újbóli bevezetését, amennyiben az import hirtelen növekedése a gazdaság torzulásával, az élelmezésbiztonság veszélyeztetésével fenyeget.

A fentiekre való tekintettel, szavazatommal támogattam a jelentést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Mivel az EU–Nyugat-Afrika gazdasági partnerségi megállapodás aláírása elhúzódik, 2016 augusztusában Ghána (majd később Elefántcsontpart is) úgy határozott, hogy ratifikálja az Európai Unióval 2007-ben kötött átmeneti gazdasági partnerségi megállapodást. A megállapodás a regionális megállapodás létrejöttéig szerződéses biztonsági hálót biztosít, és vámmentes hozzáférést garantál az uniós piachoz. Az átmeneti megállapodás ideiglenes alkalmazást irányoz elő, és a regionális szintű, teljes körű gazdasági partnerségi megállapodás a hatálybalépésének napján felváltja.

Noha Ghána exportbevételeit az arany, a kakaó és a nyersolaj uralja, az Unió Ghána „nem hagyományos” exportjának elsődleges célpontjává vált, ami az országon belüli fokozódó diverzifikációt és hozzáadottérték-teremtést mutatja. Ghána behozatalát a hajók, a járművek és a finomított kőolaj dominálja. Az ország megpróbálja stabilizálni helyzetét a tengerparttal nem rendelkező országok tranzit- és tengeri központjaként.

Míg Ghána egyes érzékeny mezőgazdasági és feldolgozott termékeket kizár a liberalizációból, az átmeneti gazdasági partnerségi megállapodás olyan biztosítékokat is bevezet, amelyek lehetővé teszik a vámok újbóli bevezetését, amennyiben az import hirtelen növekedése a gazdaság torzulásával, az élelmezésbiztonság veszélyeztetésével fenyeget.

A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la recomendación teniendo presente que Ghana y la Unión son socios en diferentes ámbitos, incluida la promoción de la integración económica regional y la inversión. En el 2015, el flujo comercial total en ambos sentidos entre Ghana y la Unión representó 5 400 millones de euros. Este acuerdo garantiza a Ghana, un país de renta media baja, una oferta de acceso al mercado del 100 %, basada en una relación contractual a largo plazo, que proporcionará la estabilidad necesaria para nuevas inversiones y la creación de empleo.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He apoyado el Acuerdo de Asociación Económica interino con Ghana (AAEI) porque: - Mejora la seguridad jurídica del comercio ghanés con Europa (evitando una posible pérdida de las exenciones arancelarias que actualmente le concede temporal y unilateralmente la Unión). - Mejora la regulación de nuestro comercio (contiene disposiciones sobre comercio de mercancías, aduanas, facilitación del comercio, barreras técnicas, medidas sanitarias y fitosanitarias, mientras mantiene la excepción de libre acceso para los plátanos destinados a las regiones ultra periféricas). - Incorpora compromisos de obligado cumplimiento en materia de sostenibilidad y derechos humanos, como la lucha contra el comercio ilegal de madera, la corrupción y el trabajo infantil. - El Gobierno ghanés ha solicitado este acuerdo tras consultar a los agentes interesados y su Parlamento ha apoyado firmemente su ratificación. - Una posible subida de aranceles, a falta de AAEI, sería muy perjudicial para un país que destina más de un 20 % de su comercio exterior a la Unión. - Los socialistas vigilaremos el adecuado control del cumplimiento de los compromisos asumidos por Ghana, mientras continuamos trabajando en favor de un buen AAE regional con toda el África occidental y exigimos a Ghana mayores progresos democráticos y diálogo con la sociedad civil.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He apoyado el Acuerdo de Asociación Económica interino con Ghana (AAEI) porque:

— Mejora la seguridad jurídica del comercio ghanés con Europa (evitando una posible pérdida de las exenciones arancelarias que actualmente le concede temporal y unilateralmente la Unión), mejora la regulación de nuestro comercio (contiene disposiciones sobre comercio de mercancías, aduanas, facilitación del comercio, barreras técnicas, medidas sanitarias y fitosanitarias, mientras mantiene la excepción de libre acceso para los plátanos destinados a las regiones ultra periféricas).

— Incorpora compromisos de obligado cumplimiento en materia de sostenibilidad y derechos humanos, como la lucha contra el comercio ilegal de madera, la corrupción y el trabajo infantil.

— El Gobierno ghanés ha solicitado este acuerdo tras consultar a los agentes interesados y su Parlamento ha apoyado firmemente su ratificación.

— Una posible subida de aranceles, a falta de AAEI, sería muy perjudicial para un país que destina más de un 20 % de su comercio exterior a la Unión.

— Los socialistas vigilaremos el adecuado control del cumplimiento de los compromisos asumidos por Ghana, mientras continuamos trabajando en favor de un buen AAE regional con toda el África Occidental y exigimos a Ghana mayores progresos democráticos y diálogo con la sociedad civil.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Um die Zeit bis zur möglichen Unterzeichnung des regionalen Wirtschaftspartnerabkommens EU-Westafrika zu überbrücken, stellt das Interim-Abkommen eine gute Übergangslösung dar. Es wird ein vertragliches Sicherheitsnetz bereitgestellt, das zoll- und kontingentfreien Zugang zum EU-Markt und die asymmetrische, schrittweise Öffnung des Marktes Ghana bis zur Verwirklichung des regionalen Abkommens garantiert. Die beidseitige Reduzierung tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse fördert den bilateralen Handel und stärkt auf diese Weise auch den EU-Export.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe de consentimiento sobre el Acuerdo de Asociación Económica Interino entre la UE y Ghana, pues refuerza una lógica asimétrica y de subordinación periferia-centro de las relaciones comerciales, condenado, en el largo plazo, a Ghana al subdesarrollo.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of Ghana's Interim Economic Partnership Agreement in order to ensure Ghana's duty-free and quota-free access to the EU market until the Regional EPA is achieved which would see an integrated West African Economic Community.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He apoyado el Acuerdo de Asociación Económica interino con Ghana (AAEI) porque:

— Mejora la seguridad jurídica del comercio ghanés con Europa (evitando una posible pérdida de las exenciones arancelarias que actualmente le concede temporal y unilateralmente la Unión), mejora la regulación de nuestro comercio (contiene disposiciones sobre comercio de mercancías, aduanas, facilitación del comercio, barreras técnicas, medidas sanitarias y fitosanitarias, mientras mantiene la excepción de libre acceso para los plátanos destinados a las regiones ultra periféricas).

— Incorpora compromisos de obligado cumplimiento en materia de sostenibilidad y derechos humanos, como la lucha contra el comercio ilegal de madera, la corrupción y el trabajo infantil.

— El Gobierno ghanés ha solicitado este acuerdo tras consultar a los agentes interesados y su Parlamento ha apoyado firmemente su ratificación.

— Una posible subida de aranceles, a falta de AAEI, sería muy perjudicial para un país que destina más de un 20 % de su comercio exterior a la Unión.

— Los socialistas vigilaremos el adecuado control del cumplimiento de los compromisos asumidos por Ghana, mientras continuamos trabajando en favor de un buen AAE regional con toda el África Occidental y exigimos a Ghana mayores progresos democráticos y diálogo con la sociedad civil.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Mivel az EU–Nyugat-Afrika gazdasági partnerségi megállapodás aláírása elhúzódik, 2016 augusztusában Ghána (majd később Elefántcsontpart is) úgy határozott, hogy ratifikálja az Európai Unióval 2007-ben kötött átmeneti gazdasági partnerségi megállapodást. A megállapodás a regionális megállapodás létrejöttéig szerződéses biztonsági hálót biztosít, és vámmentes hozzáférést garantál az uniós piachoz. Az átmeneti megállapodás ideiglenes alkalmazást irányoz elő. A teljes körű gazdasági partnerségi megállapodás hatálybalépésének napján felváltja a regionális szintűt.

Noha Ghána exportbevételeit az arany, a kakaó és a nyersolaj uralja, az Unió Ghána „nem hagyományos” exportjának elsődleges célpontjává vált, ami az országon belüli fokozódó diverzifikációt és hozzáadottérték-teremtést ösztönöz. Ghána behozatalát a hajók, a járművek és a finomított kőolaj dominálja. Az ország megpróbálja stabilizálni helyzetét a tengerparttal nem rendelkező országok tranzit- és tengeri központjaként.

Míg Ghána egyes érzékeny mezőgazdasági és feldolgozott termékeket kizár a liberalizációból, az átmeneti gazdasági partnerségi megállapodás olyan biztosítékokat is bevezet, amelyek lehetővé teszik a vámok újbóli bevezetését, amennyiben az import hirtelen növekedése a gazdaság torzulásával, az élelmezésbiztonság veszélyeztetésével fenyeget.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – With the signature of the EU-West Africa Economic Partnership Agreement (EPA) taking additional time, in August 2016 Ghana (and subsequently Côte d'Ivoire) has decided to proceed with ratification of its Stepping Stone Economic Partnership Agreement with the European Union. I voted in favour of this interim agreement, which will open doors to its provisional application. Although neither Ghana nor the EU expected that the IEPA would need to be resuscitated, a slow pace of the final steps towards a regional EPA forced us do it. The IEPA will allow Ghanaian exporters to preserve the duty-free preferences on the European market as Ghana moves up and consolidates its status as a middle-income country. Furthermore, if the regional EPA comes into place without excessive delays, any discrepancies in the IEPA tariff liberalisation schedules and tariff lines would be solved without a need for additional adaptation to the regional processes.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Preporuku o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju prijelaznog Sporazuma o gospodarskom partnerstvu između Gane, s jedne strane, i Europske zajednice i njezinih država članica, s druge strane jer spomenuti Sporazum donosi beneficije za jednu i drugu stranu. Kako su Gana i EU partneri u različitim područjima, među kojima je i poticanje regionalne gospodarske integracije i ulaganja, prijelazni SGP omogućit će ganskim izvoznicima da zadrže bescarinske povlastice za europsko tržište dok Gana napreduje i učvršćuje svoj položaj zemlje srednjeg dohotka. Osim toga, ako regionalni SGP stupi na snagu bez pretjerane odgode, bilo kakve razlike u rasporedu tarifne liberalizacije i tarifnim stavcima prijelaznog SGP-a riješit će se bez potrebe za dodatnim prilagodbama regionalnih procesa. Prijelaznim SGP-om uvode se i zaštitne mjere kojima se omogućava ponovno uvođenje carine u slučajevima u kojima nagli rast uvoza prijeti narušavanju gospodarske situacije, nanosi štetu sigurnosti opskrbe hranom ili ugrožava industrije u povojima.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – En 2007, l'Union européenne a signé un accord de partenariat économique avec le Ghana, permettant à ce pays un accès en franchise de droits à notre marché. Ce nouvel accord, que je considère comme un cheval de Troie, augmentera sensiblement les exportations ghanéennes et prendra tôt ou tard la forme d'un accord de libre-échange régional plus vaste.

J'ai voté contre.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la conclusion d'un accord de partenariat entre l'Union européenne et le Ghana en attendant que l'accord de partenariat économique avec toute l'Afrique de l'Ouest soit mis en œuvre. Cet accord d'application provisoire offre un filet de sécurité contractuel en garantissant un accès libre au marché de l'Union. Il met en adéquation des perspectives d'accès au marché, avec des dispositions visant à éliminer les obstacles techniques au commerce et à aider les exportateurs ghanéens à respecter les mesures sanitaires et phytosanitaires. Il prévoit une coopération destinée à renforcer les capacités en matière de réformes fiscales et à améliorer le climat des affaires, la compétitivité, la facilitation des échanges ainsi que la coopération douanière. Il est donc favorable au développement et aux échanges.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieses Abkommen ist aus mehreren Gründen abzulehnen. Es drohen zum einen erhebliche negative Effekte für die Wirtschaft des Landes bei einer Steigerung der zollfreien Einfuhren nach Ghana aus der EU, zum anderen droht der zollfreie Export bestimmter landwirtschaftlicher Produkte in die EU europäische Produzenten unter Druck zu setzen und zudem den Export rentabler als den Konsum vor Ort zu machen. Nicht zuletzt besteht keine Verbindung zu Rücknahmevereinbarungen. Auf Basis dieser Überlegungen lehne ich den Bericht ab.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Mivel az EU–Nyugat-Afrika gazdasági partnerségi megállapodás aláírása elhúzódik, 2016 augusztusában Ghána (majd később Elefántcsontpart is) úgy határozott, hogy ratifikálja az Európai Unióval 2007-ben kötött átmeneti gazdasági partnerségi megállapodást. A megállapodás a regionális megállapodás létrejöttéig szerződéses biztonsági hálót biztosít, és vámmentes hozzáférést garantál az uniós piachoz. Az átmeneti megállapodás ideiglenes alkalmazást irányoz elő, és a regionális szintű, teljes körű gazdasági partnerségi megállapodás a hatálybalépésének napján felváltja.

Noha Ghána exportbevételeit az arany, a kakaó és a nyersolaj uralja, az Unió Ghána „nem hagyományos" exportjának elsődleges célpontjává vált, ami az országon belüli fokozódó diverzifikációt és hozzáadottérték-teremtést mutatja. Ghána behozatalát a hajók, a járművek és a finomított kőolaj dominálja. Az ország megpróbálja stabilizálni helyzetét a tengerparttal nem rendelkező országok tranzit- és tengeri központjaként.

Míg Ghána egyes érzékeny mezőgazdasági és feldolgozott termékeket kizár a liberalizációból, az átmeneti gazdasági partnerségi megállapodás olyan biztosítékokat is bevezet, amelyek lehetővé teszik a vámok újbóli bevezetését, amennyiben az import hirtelen növekedése a gazdaság torzulásával, az élelmezésbiztonság veszélyeztetésével fenyeget.

A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The Cotonou Agreement had foreseen that the EU and the ACP countries would conclude the negotiations by the end of 2007. I voted against, since there are some contentious issues: in particular concerning the liberalisation schedule and it is also outdated. International competition with EU products on manufactured goods will also greatly affect regional integration of Ghana.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Ghana-EU Interim Economic Partnership Agreement (IEPA) because it will give both partners practical tools to strengthen capacity in fiscal reforms, improving business climate, competitiveness, trade facilitation and customs co-operation. In particular, IEPA ensures to Ghana, a lower middle-income country, a 100% market access offer based on a long-term contractual relationship, which will ensure new investments and job creation. On the other hand, IEPA will fully or nearly fully liberalize 80% of European exports into Ghana. Looking from this perspective, we should consider IEPA as a solid legal foundation, which opens new business opportunities for both partners. Last but not least, IEPA is another step forward for an upcoming regional Economic Partnership Agreement (EPA) with 16 West African states.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, parce qu'il approuve un nouvel accord de libre-échange avec le Ghana. Or, je suis hostile à tout accord de libre-échange du type CETA ou TAFTA. En outre, j'accuse cet accord d'apparence anodine d'être une sorte de cheval de Troie ouvrant la voie à un accord de libre-échange de plus grande ampleur avec l'Afrique.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that is an interim agreement between the EU and Ghana.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Gana i EU partneri su u različitim područjima, među kojima je i poticanje regionalne gospodarske integracije i ulaganja. Godine 2015. ukupna trgovina u oba smjera između Gane i EU-a iznosila je 5,4 milijarde EUR, što čini više od 20 % vanjske trgovine Gane. Premda zlato, kakao i sirova nafta Gani i dalje donose većinu prihoda od izvoza, EU je postao njezina vodeća destinacija za netradicionalni izvoz, što je znak sve većeg dodavanja vrijednost proizvodima. Gana je prva partnerska zemlja koja je u kolovozu 2016. odlučila ratificirati prijelazni Sporazum o gospodarskom partnerstvu s EU-om, koji joj pruža ugovornu sigurnosnu mrežu i omogućava bescarinski pristup tržištu. Ganski izvoznici će moći zadržati bescarinske povlastice za europsko tržište, a Gana učvrstiti svoj položaj zemlje srednjeg dohotka.

Također, Gana je prva partnerska zemlja koja je zaključila pregovore i ratificirala Dobrovoljni partnerski sporazum s EU-om, kojim se promiče zakonita trgovina drvnom sirovinom. Bez obzira što ovaj ugovor nije najbolje rješenje jer nedostaju pravila o podrijetlu te regionalne dimenzije, sigurno će pridonijeti sprečavanju trgovinskih poremećaja u Gani i na taj način pripremiti sve za regionalni Sporazum o gospodarskom partnerstvu koji tek slijedi. Budući da se slažem sa svime što je napisano u izvješću, glasujem za ovu preporuku.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Objem obojstrannej obchodnej výmeny medzi Ghanou a EÚ predstavoval v roku 2015 sumu 5,4 miliardy EUR, čo predstavuje viac ako 20 % zahraničného obchodu Ghany. Dohoda otvára priestor na posilnenie hospodárskej spolupráce, obchodu a investícií a zároveň na politickú spoluprácu.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη της ενδιάμεσης Συμφωνίας Οικονομικής Εταιρικής Σχέσης μεταξύ της Γκάνας, αφενός, και της Ευρωπαϊκής Κοινότητας και των κρατών μελών της, αφετέρου, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην Ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις Βρυξέλλες στις 30/11/2016, καθώς και διότι η εν λόγω σύσταση δες είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. En votant en faveur de ce texte, le Parlement européen donne son accord à l'augmentation des exportations du Ghana vers l'UE de 35 à 80%. Il s'agit d'un accord de partenariat économique qui permet un accès en franchise de droits au marché de l'UE.

Nous craignons que le Ghana, qui est un des principaux exportateurs agroalimentaires d'Afrique de l'Ouest, aille noyer le marché européen avec ses produits agricoles tout en protégeant son marché national avec des clauses d'exceptions pour des productions agricoles et alimentaires sensibles.

Par ailleurs, nous croyons que cet accord est une première étape pour la libéralisation du commerce entre l'UE et les pays africains. Cette libéralisation est envisagée par la Commission dans un accord de partenariat régional qui attend actuellement d'être signé et contre lequel nous nous opposons.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted positively on the report of EU-Ghana Stepping Stone Economic Partnership Agreement. The ratification of SSEPA proves beneficial by granting a provisional duty-free access to the EU market. On the other hand, the agreement will pave the way to prevent trade disruption for Ghana, boosting the country's GDP, by ensuring the stability needed for new investments and creating employment opportunities. Supporting the agreement represents a great opportunity for the country of Ghana to move up the economic ladder and strengthen 'its status as a middle-income country'.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Wegen der drohenden zollfreien Exporte bestimmter landwirtschaftlicher Produkte in Richtung der EU werden europäische Produzenten wirtschaftlich unter Druck gesetzt; weiters wird der Export der Güter rentabler als der Konsum von selbigen vor Ort. Deshalb stimme ich diesem Abkommen nicht zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Gana ir ES – partnerės įvairiose srityse. Nors didžiausią dalį eksporto pajamų Gana gauna parduodama auksą, kakavą ir žalią naftą, ES tapo svarbiausiu Ganos netradicinio eksporto tikslu, o tai parodo didesnį šalies įvairinimą ir pridėtinę vertę. 2015 m. bendra abipusė Ganos ir ES prekyba siekė 5,4 mlrd. EUR, o tai sudaro daugiau nei 20 proc. Ganos išorės prekybos. Šis laikinas susitarimas Ganai užtikrins 100 proc. pateikimą į rinką, kuris užtikrins ilgalaikius sutartinius santykius bei ekonominį stabilumą, kurio reikia siekiant naujų investicijų ir darbo vietų kūrimo.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le Ghana a décidé de signer l'accord de partenariat économique de 2007: cet accord permet un accès en franchise de droits au marché de l'UE. Le Ghana est un des principaux exportateurs agroalimentaires d'Afrique de l'Ouest. L'accord fera passer les exportations «libéralisées» du Ghana vers l'UE de 35 à 80% du total. Cet accord avec le Ghana semble être la première étape visant à imposer aux autres États d'Afrique de l'Ouest l'ouverture de leur marché, avec à terme la signature d'un accord de partenariat régional de libre-échange. J'ai par conséquent voté contre ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — A presente proposta constitui o instrumento jurídico necessário à conclusão de um Acordo de Parceria Económica (APE) de etapa entre a Comunidade Europeia e os seus Estados-Membros, por um lado, e o Gana, por outro.

O acordo proporciona uma rede de segurança contratual, garantindo um acesso isento de direitos aduaneiros ao mercado da União até à entrada em vigor do acordo regional. O acordo de etapa será aplicado provisoriamente e será substituído pelo APE concluído a nível regional no dia em que este entrar em vigor. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this Agreement because it provides a stable framework to help increase the two-way flow of trade and investment between the EU and Ghana.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Ghana en de EU onderhouden belangrijke handelsrelaties. Vorig jaar was het handelsverkeer tussen Ghana en de EU goed voor 20 procent van de buitenlandse handel van Ghana. Omdat de economische partnerschapsovereenkomst tussen de EU en West-Afrika vertraging heeft opgelopen en om de continuïteit van de handelsbetrekkingen tussen de EU en Ghana te verzekeren, is het wenselijk om een tijdelijke economische partnerovereenkomst aan te nemen. Op die manier blijft het handelsverkeer tussen Ghana en de EU gegarandeerd, blijft het kader waarin economische investeringen in Ghana worden bevorderd stabiel en blijft de fytosanitaire bijstand aan Ghanese exporteurs behouden.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the EU-Ghana Stepping Stone Economic Partnership Agreement because I agree that we must have guarantees in place to ensure that working conditions and sustainable development practices in such sectors complement our long standing calls for policy coherence for development. Therefore, it is important to push for strong and effective sustainable development chapters, which we want to see included in any type of EPA.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – 2007-ben átmeneti gazdasági partnerségi megállapodás jött létre az Európai Unió és Ghana között, ami vámmentes hozzáférést garantál Ghana számára az uniós piachoz. Minthogy Ghana tagja a Nyugat-afrikai Államok Gazdasági Közösségének (ECOWAS), az EU és az ECOWAS között pedig átfogó regionális gazdasági partnerségi megállapodásra irányuló tárgyalások kezdődtek, az átmeneti megállapodás ratifikálására mindeddig nem került sor. Tekintettel azonban arra, hogy a 2014 június 30-án parafált egyezményt az ECOWAS néhány tagállamának habozása miatt még nem sikerült ratifikálni, Ghana 2016. augusztus 3-án úgy határozott, hogy annak hatályba lépéséig is ratifikálja az EU-val kötött átmeneti gazdasági partnerségi megállapodást, amely ideiglenes alkalmazást irányoz elő, és a regionális szintű, teljes körű gazdasági partnerségi megállapodás a hatálybalépésének napján felváltja.

A Tanács határozattervezetet dolgozott ki az átmeneti gazdasági partnerségi megállapodás EU részéről történő ratifikálására, ehhez azonban meg kell szereznie a Parlament egyetértését is. A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a parlament értsen egyet a megállapodás ilyen feltételek mellett történő megkötésével. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le Ghana a décidé de signer l'accord de partenariat économique de 2007: cet accord permet un accès en franchise de droits au marché de l'UE (en attendant un accord régional qui tarde à être signé). Le Ghana est un des principaux exportateurs agroalimentaires d'Afrique de l'Ouest. Il exporte aussi du bois, de l'or, du pétrole, du cacao. L'accord fera passer les exportations libéralisées du Ghana vers l'UE de 35 à 80% du total. Le Ghana protège ses productions agricoles et alimentaires sensibles. Cet accord avec le Ghana semble être un cheval de Troie visant à imposer aux autres États d'Afrique de l'Ouest l'ouverture de leur marché, avec la signature d'un accord de partenariat régional qu'ils se refusent à signer pour l'instant. Vote défavorable.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cet accord avec le Ghana semble être un cheval de Troie visant à imposer aux autres États d'Afrique de l'Ouest l'ouverture de leur marché, avec la signature d'un accord de partenariat régional qu'ils se refusent à signer pour l'instant. Je m'oppose donc à ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'accord d'étape vers un accord de partenariat économique UE-Ghana. Ce partenariat offrira au Ghana un accès préférentiel au marché européen. Je soutiens de manière constante tous les textes qui ont pour objectif le développement de l'Afrique, car c'est en aidant au développement de ce continent que l'on permettra à ses habitants d'y avoir des perspectives d'avenir.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Convinti delle grandi potenzialità offerte dagli accordi di partenariato economico negoziati fra l'UE e i paesi ACP; apprendendo con rammarico delle difficoltà incontrate nella ratifica di un accordo regionale con i Paesi della comunità ECOWAS; valutata l'incompatibilità dell'attuale regime di preferenze tariffarie, il MAR, con il principio di reciprocità previsto dalle norme dell'Organizzazione internazionale del commercio; considerata la ratifica bilaterale dell'accordo di partenariato economico ad interim fra l'UE e la Costa d'Avorio; riconoscendo il carattere asimmetrico dell'intesa che prevede un'apertura limitata e graduale del mercato ghanese a fronte di un accesso illimitato e immediato al mercato unico; riconoscendo la natura democratica e sovrana del Parlamento ghanese e del suo Governo, esprimiamo un voto favorevole sulla ratifica dell'accordo ad interim.

La natura asimmetrica dell'accordo tutela, infatti, gli interessi ghanesi, garantendo al Paese un accesso privilegiato al mercato comunitario e, allo stesso tempo, proteggendo il nascente sistema industriale locale e la diversificazione economica impedendo l'accesso di merci sensibili. Il sistema europeo beneficerà, invece, di importazioni, soprattutto agricole, di prodotti non sovrapponibili al mercato e alla filiera produttiva comunitaria e di un migliore accesso al mercato ghanese per i propri macchinari e equipaggiamenti, prodotti necessari all'industria ghanese e non reperibili a livello locale.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The EU negotiated an Economic Partnership Agreement with 16 West African states making West Africa EU's largest trading partner in sub-Saharan Africa. I have voted for this agreement between the EU and Ghana that covers goods and development cooperation. Ivory Coast, Ghana and Nigeria account for 80%of West Africa's exports to the EU.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against this report as I believe it will disadvantage Ghana. The report was on establishing a transitional trade deal between the EU and Ghana while the EU-West Africa Economic Partnership Agreement negotiations are still underway. The trade deal voted on is an Economic Partnership Agreement. The EU has been using these EPAs with African, Caribbean and Pacific (ACP) countries in order to force the liberalisation of their economies without providing any new benefit to them.

The ACP countries already have access to the EU market but in recent years the EPA deals struck by Europe open access to the poorer countries to the EU without factoring in the massive inequality between the partners. This agreement will be detrimental to the majority of people of Ghana and it does not contain a sustainable development chapter.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen dieses Abkommen ausgesprochen, da erstens erhebliche negative Effekte für die Wirtschaft des Landes bei Steigerung der zollfreien Einfuhren in das Land drohen und zweitens mit einem zollfreien Export für bestimmte landwirtschaftliche Produkte europäische Produzenten unter Druck gesetzt werden und der Export somit rentabler wird als der Konsum vor Ort.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Vahepealne majanduspartnerlusleping võimaldab Ghanal säilitada tollimaksuvabad soodustused Euroopa turul olukorras, kus Ghana areneb ja kindlustab oma positsiooni keskmise sissetulekuga riigina. Lisaks sellele oleks juhul, kui piirkondlik majanduspartnerlusleping saab ilma pikema viivituseta teoks, võimalik mis tahes vastuolud tollitariifide liberaliseerimise ajakavades ja tollitariifistikes lahendada ilma nende täiendava kohandamise vajaduseta piirkondlike protsessidega.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Labai svarbu užtikrinti, kad tarpinis Ganos ir Europos bendrijos bei jos valstybių narių ekonominės partnerystės susitarimas tinkamai užtikrintų abiejų šalių teisinius interesus.

Siekiant stiprinti prekybos ir vystymosi politikos priemones svarbu gerbti pagrindines ES vertybes, užtikrinti stabilumą, kurio reikia siekiant naujų investicijų ir darbo vietų kūrimo. Be to, reikia išvengti Ganos prekybos sutrikdymo, todėl būtina taikyti apsaugos priemones.

Atsižvelgiant į itin sudėtingą Ganos ekonominę padėtį bei į tai, kad ji yra mažesnes nei vidutines pajamas gaunanti šalis, labai svarbu apsaugoti jos ekonomiką, užtikrinti tinkamą apsirūpinimo maistu saugumą ir sudaryti sąlygas pramonės vystymuisi.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che la ratifica dell'accordo (APEI), siglato nel 2007, tra Ghana e UE garantisce una rete di sicurezza contrattuale, in quanto assicura un accesso esente da dazi al mercato dell'UE fino alla realizzazione dell'accordo regionale. Inoltre, tale accordo rappresenta una semplice soluzione provvisoria per impedire il turbamento degli scambi commerciali tra l'UE e il Ghana, in quanto quest'ultimo è uno dei maggiori esportatori di cacao, frutta, noci e pesce. Pertanto ho espresso voto favorevole.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I supported this agreement as it ensures a contractual safety net, warranting a duty-free quota free access to the EU market and asymmetric, gradual opening of Ghana's market to EU goods until the regional agreement comes into a fruition. The IEPA will allow Ghanaian exporters to preserve the duty-free preferences on the European market as Ghana moves up and consolidates its status as a middle-income country. Furthermore, if the regional EPA comes into place without excessive delays, any discrepancies in the IEPA tariff liberalisation schedules and tariff lines would be solved without a need for additional adaptation to the regional processes.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* — Podržavam prijedlog rezolucije o prijelaznom Sporazumu o gospodarskom partnerstvu između Europske unije i Gane. Prijelazni sporazum u obzir uzima dvije ključne promjene, a jedna od njih je ulazak Republike Hrvatske u Europsku uniju 2013. godine te uvođenje zajedničke vanjske tarife. Ovaj sporazum koristan je jer stvara tržište za europske proizvode i izvan Europske unije, ali i omogućuje veći razvojni poticaj Gani. Svrha ovog sporazuma je sprječavanje stvaranja trgovinskih poremećaja. Neograničen pristup europskom tržištu omogućit će Gani stabilnost i predvidivost budućih trgovinskih odnosa te otvoriti put novim ulaganjima i otvaranju novih radnih mjesta. Prednost ovog ugovora je u tome što garantira aktivaciju mehanizama kao što je carina u slučajevima kada nagli rast uvoza može rezultirati narušavanjem gospodarske situacije ili nanošenjem štete sigurnosti opskrbe hranom ili kada se ugrožava početni razvoj industrijskih grana. Europska unija mora biti dosljedna u provođenju mehanizama i instrumenata razvojne politike prema zemljama srednjeg i nižeg dohotka jer je njihov ekonomski razvoj preduvjet stvaranja stabilnijeg političkog sustava i uspostave mira diljem Afrike.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Gana je važan europski partner u Africi, posebno pri poticanju regionalnih gospodarskih integracija i ulaganja, te čak više od 20 % vanjske trgovine Gane otpada na trgovinu s EU-om. Gana nastoji učvrstiti status tranzitnog središta u regiji te diversificirati svoje gospodarstvo - pritom je EU postao njezina vodeća destinacija za nove izvozne sektore u zemlji. Zbog neodlučnosti partnerskih zemlja, Gana je odlučila oživjeti prijelazni Sporazum o gospodarskom partnerstvu, dok zajedno s EU-om nastoji potaknuti ostale zemlje na zaključenje sveobuhvatnog regionalnog razvojnog sporazuma. Prijelazni sporazum neće biti u stanju u potpunosti odgovoriti na zahtjeve današnjeg doba, no daje nužnu stabilnost dok se ne uspostavi međuregionalno rješenje. Sporazum će priječiti nastajanje trgovinskih poremećaja i adekvatno pripremiti Ganu za budući regionalni Sporazum o gospodarskom partnerstvu. Omogućit će ganskim izvoznicima da zadrže bescarinske povlastice za europsko tržište dok Gana napreduje i učvršćuje svoj položaj zemlje srednjeg dohotka. No, napominjem - Gana treba i dalje ulagati napore u borbu protiv korupcije te iskorijeniti dječji rad u svim sektorima gdje je on prisutan. EU je spreman pomoći i pri ostvarivanju smislenih fiskalnih reformi, poboljšavanju poslovne klime i konkurentnosti te olakšavanju trgovine i carinske suradnje.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – Este relatório referente ao projeto de decisão do Conselho relativa à celebração do Acordo de Parceria Económica de etapa entre a Comunidade Europeia e os seus Estados-Membros, por um lado, e o Gana, recomenda ao Parlamento Europeu que aprove a celebração deste acordo, abrindo caminho à respetiva aplicação provisória.

O Gana e a UE são parceiros em diferentes domínios, nomeadamente em matéria de fomento da integração económica regional e do investimento. Em 2015, o valor total do comércio bilateral entre o Gana e a União ascendeu a 5,4 mil milhões de euros, o que representa mais de 20 % do comércio externo do Gana. O país é um dos principais exportadores agroalimentares da região da Comunidade Económica dos Estados da África Ocidental (CEDEAO), exportando cacau, frutos, frutos de casca rija e peixe, e importando arroz, açúcar e carne.

Nada é dito quanto aos efeitos perniciosos do livre comércio, à apropriação por parte de multinacionais de recursos naturais e da biodiversidade, ao aumento do desemprego e à ameaça à soberania. Ao mesmo tempo que rejeitamos esta recomendação, expressamos toda a nossa solidariedade com o povo do Gana, bem como com os demais povos da África Ocidental, pelo seu direito ao desenvolvimento, à soberania e independência. Votámos contra.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie.* – W związku z faktem, że podpisanie umowy o partnerstwie gospodarczym między UE a Afryką Zachodnią (EPA) wymaga dodatkowego okresu czasu, Ghana (a następnie Wybrzeże Kości Słoniowej) w sierpniu 2016 roku zdecydowała się kontynuować ratyfikację wstępnej umowy o partnerstwie gospodarczym z Unią Europejską, zawartej w 2007 roku. Umowa gwarantuje umowny system zabezpieczeń, zapewniając w dalszym ciągu pełen dostęp bez ceł i kwot do rynku UE, dopóki umowa regionalna EPA nie zostanie ostatecznie podpisane przez wszystkie kraje w tym regionie Afryki Zachodniej. Umowa przejściowa przewiduje tymczasowe stosowanie i zostanie zastąpiona w pełni przez umowę EPA zawartą na poziomie regionalnym, w dniu wejścia w życie tej umowy. Niniejszym poparłem wstępna umowę o partnerstwie gospodarczym z UE.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte sur l'accord de partenariat économique UE-Ghana. Au vu du retard de la signature de l'accord de partenariat économique entre l'Union européenne et l'Afrique de l'Ouest, le Ghana a décidé de procéder à la ratification de son accord de partenariat économique d'étape avec l'Union européenne, conclu en 2007. J'encourage la conclusion de cet accord et rappelle que nos relations commerciales avec l'Afrique sont essentielles et dans l'intérêt de tous.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this vote. Whilst we concede that EU deals with poor countries often exacerbate poverty, we note the desire of the Ghanaian Government to sign this deal so as to secure market access. For this reason, despite our reservations about this deal, we abstained.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Ce jeudi, les députés européens ont approuvé l'accord économique intermédiaire conclu en 2007 avec le Ghana, par 375 voix contre 220 et 46 abstentions.

Depuis juin 2014, l'UE et l'Afrique de l'Ouest (regroupant 16 pays) tentent de ratifier un accord de partenariat économique régional (APE) pour la croissance économique et le libre-échange. Toutefois, ce partenariat nécessite encore l'approbation du Nigeria, de la Gambie et de la Mauritanie avant d'être ratifié, rendant les 13 autres pays signataires tributaires de leur bon vouloir. Une situation qui aurait pu avoir des conséquences dommageables pour le Ghana si l'actuel accord économique Ghana-EU, qui arrive à terme en fin d'année, était resté sans suite. Le Parlement européen a donc pris la bonne décision en soutenant la position de son rapporteur, M. Fjellner, en faveur d'un accès libre en franchise douanière au marché européen pour les produits ghanéens. Avec plus de 20% des échanges commerciaux extérieurs destinés à l'Union européenne pour un montant s'élevant en 2015 à 5,4 milliards d'euros, cette solution temporaire était indispensable pour la stabilité, le développement et la croissance économique du Ghana.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He apoyado el Acuerdo de Asociación Económica interino con Ghana (AAEI) porque:

— Mejora la seguridad jurídica del comercio ghanés con Europa (evitando una posible pérdida de las exenciones arancelarias que actualmente le concede temporal y unilateralmente la Unión), mejora la regulación de nuestro comercio (contiene disposiciones sobre comercio de mercancías, aduanas, facilitación del comercio, barreras técnicas, medidas sanitarias y fitosanitarias, mientras mantiene la excepción de libre acceso para los plátanos destinados a las regiones ultra periféricas).

— Incorpora compromisos de obligado cumplimiento en materia de sostenibilidad y derechos humanos, como la lucha contra el comercio ilegal de madera, la corrupción y el trabajo infantil.

— El Gobierno ghanés ha solicitado este acuerdo tras consultar a los agentes interesados y su Parlamento ha apoyado firmemente su ratificación.

— Una posible subida de aranceles, a falta de AAEI, sería muy perjudicial para un país que destina más de un 20 % de su comercio exterior a la Unión.

— Los socialistas vigilaremos el adecuado control del cumplimiento de los compromisos asumidos por Ghana, mientras continuamos trabajando en favor de un buen AAE regional con toda el África Occidental y exigimos a Ghana mayores progresos democráticos y diálogo con la sociedad civil.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Prekyba – geriausias ekonominės plėtros variklių. Efektyvūs prekybiniai ryšiai sudaro galimybes darniai šalies plėtrai ir todėl yra efektyvesnė pagalbos vystymuisi priemonė nei vystomasis bendradarbiavimas. Todėl visokeriopai sveikinu ir palaikau šiandien svarstytą rekomendaciją dėl Tarybos sprendimo dėl tarpinio Europos bendrijos bei jos valstybių narių ir Ganos ekonominės partnerystės susitarimo sudarymo projekto. Plėtodami prekybinius ryšius, kartais naudodami asimetrines preferencines priemones, mes padėsime kurti darnią Afrikos ekonomiką, taip stiprindami ir savo gerovę bei saugumą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A presente proposta de recomendação diz respeito ao projeto de decisão do Conselho relativa à celebração do Acordo de Parceria Económica entre a União Europeia e os seus Estados-Membros, por um lado, e o Gana, por outro, tendo em conta o atraso que se verifica na assinatura do Acordo de Parceria Económica UE-África Ocidental.

A ratificação deste acordo irá fornecer ao Gana uma garantia contratual de acesso, sem quaisquer direitos aduaneiros, ao mercado da União, até à entrada em vigor do acordo de âmbito regional. Constitui, portanto, um acordo de etapa, que será aplicado provisoriamente até à entrada em vigor do acordo regional, no escrupuloso cumprimento das regras da OMC.

Apesar de não ser a solução ideal, atenta a ausência de uma dimensão regional, de regras de origem e de um quadro institucional completo, o Gana está a realizar um conjunto de reformas e a envidar esforços para combater a corrupção e eliminar o trabalho infantil, pelo que este acordo de etapa proporciona uma base jurídica mais sólida do que o regulamento relativo ao Acesso ao Mercado e configura a antecâmara daquele que será o acordo de âmbito regional. Votei favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui constitue l'approbation, par le Parlement européen, de l'accord intérimaire avec le Ghana. Cet accord veille aux sensibilités de certains secteurs et garantit un accès en franchise de droits et sans contingent au marché de l'Union européenne. En parallèle, il ouvre de manière asymétrique et progressive le marché du Ghana aux produits européens. Il est à noter qu'en cas de perturbations des marchés, l'accord prévoit également des clauses de sauvegarde. Il s'agit donc d'un accord développant une libéralisation progressive et asymétrique des échanges entre l'UE et le Ghana.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, porque estoy totalmente en contra de este tipo de acuerdos económicos y los impactos que de ellos se derivan, tanto para la Unión, como, muy especialmente para terceros países, en este caso Ghana. Por ejemplo, se le pide a Ghana que renuncie a todas las herramientas de protección de su industria y agricultura, haciendo así imposible que protejan su propio mercado. Mi voto por tanto ha sido negativo.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. — Tra gli ambiti del partenariato tra il Ghana e l'UE risulta di particolare importanza la promozione dell'integrazione economica regionale e degli investimenti. Nel 2015, il commercio bilaterale totale tra il Ghana e l'UE si attestava intorno ai 5,4 miliardi di euro e comprendeva oltre il 20% del commercio estero del Ghana, esportatore di cacao, frutta, noci e pesce. Inoltre, circa un terzo delle esportazioni di legname del paese è diretto verso l'UE.

Il Ghana importa riso, zucchero e carne, nonché navi, veicoli e petrolio raffinato. Tale paese sta inoltre cercando di consolidare la sua posizione quale centro di transito marittimo per i paesi dell'Africa occidentale senza sbocco sul mare. L'accordo di partenariato economico interinale garantisce dunque la sicura continuazione del partenariato tra i due paesi fino a quando l'accordo regionale potrà essere finalmente firmato da tutti i paesi della regione dell'Africa occidentale.

Ho deciso pertanto di esprimermi a favore.

Pedro Silva Pereira (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do Acordo de Parceria Económica UE-Gana porque é um acordo que garante a continuação do acesso «livre de direitos e de quotas» ao mercado interno da União, protegendo, assim, milhares de empregos e fortalecendo as exportações do Gana.

Este acordo, negociado há já alguns anos, é provisório e só estará em vigor enquanto não for ratificado o acordo regional (já concluído) entre a UE e os Estados da África Ocidental (CEDEAO). Destaco que o Parlamento do Gana, a quem compete decidir sobre o interesse nacional, aprovou o acordo por unanimidade.

Este não é um acordo perfeito, mas é compatível com as regras da OMC e oferece estabilidade. Nem o regulamento de acesso ao mercado para os países ACP (MAR) nem o regime de incentivo do Sistema de Preferências Generalizadas da UE (SPG+) são alternativas satisfatórias. Por fim, o acordo bilateral contém medidas de salvaguarda da indústria local e exclui da liberalização os produtos mais sensíveis para a economia ganesa. O meu voto respeita a escolha nacional do Gana.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of Ghana's Interim Economic Partnership Agreement in order to ensure Ghana's duty-free and quota-free access to the EU market until the Regional EPA is achieved which would see an integrated West African Economic Community.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan.* – Nisam podržao ovo izvješće, ali ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne.* – Pri hlasovaní o dohode medzi Európskym spoločenstvom a Ghanou som sa zdržala, pretože existujú určité pochybnosti o tomto návrhu. Dohoda, ktorej korene siahajú do roku 2007, má provizórny charakter kvôli dlho očakávanému podpisu Dohody o hospodárskom partnerstve medzi EÚ a Západnou Afrikou. Podpis regionálnej západoafrickej dohody brzdí chýbajúci podpis Nigérie. Cieľom Dohody o hospodárskom partnerstve medzi Ghanou a EÚ je zabezpečenie bezcolného prístupu na trh EÚ do momentu, kým regionálna dohoda nevstúpi do platnosti. Uznávam, že EÚ je významný obchodný partner Ghany, pričom celkový objem obojstrannej obchodnej výmeny za rok 2015 sa rovnal sume 5,4 miliardy EUR, čo tvorí viac ako 20 % zahraničného obchodu Ghany. Oceňujem aj fakt, že Ghana diverzifikuje svoj priemysel a podstupuje reformy v oblasti lesného hospodárstva, ktoré má pre krajinu signifikantný význam. Musím však podotknúť že krajina by mala pokračovať v boji s korupciou a odstraňovaním detskej práce v odvetviach poľnohospodárstva, lesného hospodárstva či rybolovu. Je tiež treba podotknúť, že dohoda z roku 2007 nezodpovedá situácii v roku 2016. Dohoda by mala byť nastavená tak, aby zabezpečila krajine prístup na európsky trh, čo by akcelerovalo ekonomický rozvoj vytvorením nových podnikateľských príležitostí.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk.* – Door de tijdelijke economische partnerschapsovereenkomst (iEPA) met de EU te ondertekenen, vermijdt Ghana misschien problemen met tarieven, maar het offert tegelijk de regionale integratie van Ecowas op.

Om goedkope EU-producten buiten te houden, zouden de leden van Ecowas hun tarieven wel eens kunnen verhogen ten aanzien van Ghana. Na een moratorium van vijf jaar moet Ghana de EU-import vrijgeven, wat de concurrentie alleen maar zal opdrijven. Er zit bovendien een clausule in die een snelle opening maakt naar de vrijmaking van diensten en andere vrijhandelsdisciplines. Wetende dat Ghana een bevoorrechte partner is van het Verenigd Koninkrijk is het raden naar de gevolgen van de Brexit.

Hierdoor kun je het iEPA geen opstap noemen, maar eerder een put waar het hele EPA EU-Ecowas proces in valt. Dat DG Handel van de Commissie hierachter zit, is verontrustend. Het veelbelovende integratieproces komt op de helling en het akkoord mikt vooral op de economische belangen van de grote Europese actoren. Het druist bovendien in tegen Europese principes zoals beleidscoherentie in ontwikkelingssamenwerking en de afgesproken ontwikkelingsdoelen. Ghana kon ook voor het GSP+-regime kiezen, met speciale voorkeurstarieven voor kwetsbare landen. Dit akkoord heeft zulke verstrekkende gevolgen dat ik het onmogelijk kan goedkeuren.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne.* – Podpis Dohody o hospodárskom partnerstve (DHP) medzi EÚ a Západnou Afrikou trvá dlhšie, ako sa predpokladalo. Dohodou sa má zabezpečiť zmluvná záchranná sieť, ktorá zaručuje bezcolný prístup na trh EÚ, kým regionálna dohoda nevstúpi do platnosti, a predpokladá sa, že dočasná dohoda bude platiť provizórne, kým ju nenahradí úplná DHP uzatvorená na regionálnej úrovni v deň jej vstupu do platnosti. Okrem toho, ak regionálna DHP vstúpi do platnosti bez zbytočných odkladov, predpokladá sa, že prípadné rozdiely medzi harmonogramami liberalizácie ciel a colnými položkami v rámci DHP by sa vyriešili bez toho, aby bolo potrebné ďalšie prispôsobenie sa postupom na regionálnej úrovni.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich.* – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des Interim-Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen Ghana einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits habe ich zugestimmt.

Während die Unterzeichnung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens EU-Westafrika länger dauert, hat Ghana im August 2016 (gefolgt von Côte d'Ivoire) beschlossen, sein bereits 2007 mit der Europäischen Union geschlossenes Interim-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu ratifizieren. Mit dem Abkommen wird ein vertragliches Sicherheitsnetz bereitgestellt, das zollfreien Zugang zum EU-Markt bis zur Verwirklichung des regionalen Abkommens garantiert. In dem Interimsabkommen ist vorgesehen, dass es vorläufig angewandt wird und das Abkommen nach Inkrafttreten des umfassenden regionalen WPA durch dieses ersetzt wird.

Das Abkommen fördert den Handel zwischen den Staaten und sieht für Ghana – ein Land im unteren Bereich des mittleren Einkommensniveaus – uneingeschränkten Marktzugang auf der Grundlage eines langfristigen Vertragsverhältnisses vor. Störende Investitionsschutzregeln, derentwegen eine Ablehnung folgen müsste, sind nicht enthalten.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – S obzirom na odgodu potpisivanja Sporazuma o gospodarskom partnerstvu između EU-a i zapadne Afrike, Gana je, a potom i Obala Bjelokosti, u kolovozu 2016. odlučila ratificirati prijelazni Sporazum o gospodarskom partnerstvu s Europskom unijom, zaključen još 2007.

Taj sporazum pruža ugovornu sigurnosnu mrežu i omogućava Gani bescarinski pristup tržištu EU-a. Gana je među vodećim poljoprivredno-prehrambenim izvoznicima Gospodarske zajednice zapadnoafričkih zemalja te izvozi kakao, voće, orašaste plodove i ribu.

Prihvaćam Preporuku o Nacrtu odluke Vijeća o sklapanju Prijelaznog Sporazuma o gospodarskom partnerstvu između EU-a i Gane jer će Sporazum omogućiti ganskim izvoznicima da zadrže bescarinske povlastice za europsko tržište dok Gana napreduje i učvršćuje svoj položaj zemlje srednjeg dohotka, a to sve dovodi do veće stabilnosti tog dijela Afrike.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o predlogu sklepa Sveta o sklenitvi vmesnega Sporazuma o gospodarskem partnerstvu med Evropsko skupnostjo in njenimi državami članicami na eni strani ter Gano na drugi strani.

Preden bo med Evropsko unijo in Gano nastopil celovit sporazum o gospodarskem partnerstvu, bo vmesni sporazum začasno veljal do uveljavitve celovitega sporazuma.

V tem času ima Gana omogočen brezcarinski dostop na trg EU. Ker so zaključna pogajanja o regionalnem sporazumu o gospodarskem partnerstvu počasna, potrebujemo obnovitev vmesnega sporazuma.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Προτείνεται η αναβίωση μίας ξεπερασμένης συμφωνίας του 2007 η οποία, αναμφίβολα, δεν μπορεί να ανταποκρίνεται πλήρως στις συνθήκες του 2016, προκειμένου να αποφευχθεί η διατάραξη του εμπορίου για την Γκάνα, ενώ θα προλειάνει το έδαφος για μια μελλοντική ΣΟΕΣ. Η ευρωπαϊκή πολιτική που ακολουθείται κατά τη σύναψη διμερών προτιμησιακών εμπορικών συμφωνιών θα πρέπει να προκρίνει την εφαρμογή ενημερωμένων και ολοκληρωμένων λύσεων και όχι προσωρινών ελλιπών συμφωνιών.

József Szájer (PPE), *írásban.* – Mivel az EU–Nyugat-Afrika gazdasági partnerségi megállapodás aláírása elhúzódik, 2016 augusztusában Ghána (majd később Elefántcsontpart is) úgy határozott, hogy ratifikálja az Európai Unióval 2007-ben kötött átmeneti gazdasági partnerségi megállapodást. A megállapodás a regionális megállapodás létrejöttéig szerződéses biztonsági hálót biztosít, és vámmentes hozzáférést garantál az uniós piachoz. Az átmeneti megállapodás ideiglenes alkalmazást irányoz elő, és a regionális szintű, teljes körű gazdasági partnerségi megállapodás a hatálybalépésének napján felváltja.

Noha Ghána exportbevételeit az arany, a kakaó és a nyersolaj uralja, az Unió Ghána „nem hagyományos" exportjának elsődleges célpontjává vált, ami az országon belüli fokozódó diverzifikációt és hozzáadottérték-teremtést mutatja. Ghána behozatalát a hajók, a járművek és a finomított kőolaj dominálja. Az ország megpróbálja stabilizálni helyzetét a tengerparttal nem rendelkező országok tranzit- és tengeri központjaként.

Míg Ghána egyes érzékeny mezőgazdasági és feldolgozott termékeket kizár a liberalizációból, az átmeneti gazdasági partnerségi megállapodás olyan biztosítékokat is bevezet, amelyek lehetővé teszik a vámok újbóli bevezetését, amennyiben az import hirtelen növekedése a gazdaság torzulásával, az élelmezésbiztonság veszélyeztetésével fenyeget.

A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Tartózkodással szavaztam az EU és Ghána között már korábban kidolgozott gazdasági partnerségi megállapodás életbe léptetését előirányzó határozati javaslatról, ezzel egyrészt méltányolva a megállapodás fontosságát, másrészt mérlegelve az annak konkrét gazdasági tartalmával kapcsolatban felmerült kételyeket. Tudatában vagyok annak, hogy bizonyos termékek európai piacra jutása szempontjából a ghánai gazdaságnak fontos a vámmentesség további biztosítása az EU-val az idén októberben lejárt interim megállapodás után is, amire e partnerség keretet biztosíthatna. Mérlegeltem azt is, hogy Ghana demokratikus állam, ahol a kormány és a törvényhozás egyöntetűen a megállapodás aláírása mellett szállt síkra. Mindemellett nem tekinthettem el azoktól a – főleg saját frakcióm részéről megfogalmazott – súlyos aggályoktól, amelyek arra utalnak, hogy a megállapodás tárgyalása során a Bizottság érvényesítette fölényét és ezáltal a szöveg több ponton Ghána számára előnytelen, gazdasági kockázatot rejt. Nyilvánvalóan

Ghánának is kedvezőbb lenne, ha az EU-val az ECOWAS égisze alatt tervezett egyezmény alapján fejlesztené európai kereskedelmi kapcsolatait, ugyanakkor tény, hogy ez a többoldalú megállapodás még kidolgozás alatt áll, nem élvezi minden részes fél támogatását, s így nem nyújt rövid távú megoldást a ghánai export-pozíciók szempontjából. Tekintettel az ügy komplex és ellentmondásos helyzetére, a konkrét határozati javaslat esetében a szavazástól való tartózkodás mellett döntöttem.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport Fjellner.

En effet, je pense qu'il est largement temps de revoir notre manière de faire des accords et de considérer l'Afrique comme notre débarras, avec le risque important de paupériser la population locale et régionale en déséquilibrant le flux commercial et économique des pays visés!

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju prijelaznog Sporazuma o gospodarskom partnerstvu između Gane, s jedne strane, i Europske zajednice i njezinih država članica, s druge strane. Gana i EU-ovi partneri su u različitim područjima, među kojima je i poticanje regionalne gospodarske integracije i ulaganja. Godine 2015. ukupna trgovina u oba smjera između Gane i EU-a iznosila je 5,4 milijarde EUR, što čini više od 20 % vanjske trgovine Gane. Gana je među vodećim poljoprivredno-prehrambenim izvoznicima Gospodarske zajednice zapadnoafričkih zemalja te izvozi kakao, voće, orašaste plodove i ribu, a uvozi rižu, šećer i meso. Gana je odlučila oživjeti devetogodišnji sporazum i ne čekati preostale neodlučne partnerske zemlje Sporazuma o gospodarskom partnerstvu sa zapadnom Afrikom da donesu odluku o potpisivanju regionalnog trgovinskog sporazuma usmjerenog na razvoj, koji je parafiran 30. lipnja 2014. i koji su predvodnici Gospodarske zajednice zapadnoafričkih zemalja službeno podržali 10. srpnja 2014. Dok i Gana i EU i dalje ulažu vrijeme i trud u zaključenje sveobuhvatnog regionalnog Sporazuma o gospodarskom partnerstvu, prijelazni Sporazum o gospodarskom partnerstvu između Gane i EU-a, u nedostatku sveobuhvatnog sporazuma, ostaje provizorno rješenje u skladu s odredbama WTO-a.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Prijelazni Sporazum o gospodarskom partnerstvu između Europske unije i Gane potreban je dok se ne zaključi regionalni sporazum o partnerstvu sa zapadnom Afrikom, a njegova svrha je da ta država ima bescarinski pristup tržištu Europske unije. Ukupna trgovina između EU-a i Gane iznosila je 5,4 milijarde eura 2015. godine, a otprilike trećina ganskog izvoza drvne sirovine otpada na EU.

Smatram da je Prijelaznim sporazumom jasno određeno da Gana za nastavak suradnje treba nastaviti reforme, ponajprije u područjima borbe protiv korupcije i uklanjanju svih oblika dječjeg rada u sektorima poljoprivrede, šumarstva, ribarstva i zlata. Budući da je Prijelazni sporazum označava ratifikaciju sporazuma potpisanog 2007. godine, podržala sam ovo izvješće.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi vmesnega Sporazuma o gospodarskem partnerstvu med Gano na eni strani ter Evropsko skupnostjo in njenimi državami članicami na drugi strani sem podprla.

Za podpis gospodarskega partnerstva med EU in zahodno Afriko je potrebno še veliko časa, zato se je Gana odločila nadaljevati z ratifikacijo vmesnega sporazuma o gospodarskem sodelovanje z EU.

Leta 2015 je vrednost skupne dvostranske trgovine med Gano in EU znašala 5,4 milijarde EUR in obsegala več kot 20 % ganske zunanje trgovine. Približno tretjino lesa, ki ga Gana izvozi je namenjena na evropske trge (podpisan sporazum, ki omogoča zakonito trgovino z lesom z EU).

Sporazum iz leta 2007 nedvomno ne ustreza v celoti stvarnosti v letu 2016, zato je treba obnoviti vmesni sporazum. Vmesni sporazum Gani, državi z nižjim srednjim dohodkom, zagotavlja 100-odstotni dostop do trga na podlagi dolgoročnega pogodbenega razmerja, s tem pa stabilnost, potrebno za nove naložbe in ustvarjanje delovnih mest.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe de consentimiento sobre el Acuerdo de Asociación Económica Interino entre la UE y Ghana, pues refuerza una lógica asimétrica y de subordinación periferia-centro de las relaciones comerciales, condenado, en el largo plazo, a Ghana al subdesarrollo.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le Ghana a décidé de signer l'accord de partenariat économique de 2007: cet accord permet un accès en franchise de droits au marché de l'UE. Le Ghana est un des principaux exportateurs agroalimentaires d'Afrique de l'Ouest. Il exporte aussi du bois, de l'or, du pétrole, du cacao. L'accord fera passer les exportations du Ghana vers l'UE, qui sont «libéralisées», de 35 à 80% du total.

Le Ghana protège ses productions agricoles et alimentaires sensibles.

Cet accord avec le Ghana semble être déséquilibré et vise à imposer aux autres États d'Afrique de l'Ouest l'ouverture de leur marché, avec la signature d'un accord de partenariat régional qu'ils se refusent à signer pour l'instant.

J'ai voté contre ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Umowa gwarantuje roboczy system zabezpieczeń, zapewniając w dalszym ciągu pełen dostęp partnerów bez ceł i kwot do rynku UE, dopóki umowa regionalna nie zostanie ostatecznie podpisana przez wszystkie kraje w tym regionie Afryki Zachodniej. Umowa przejściowa przewiduje tymczasowe stosowanie i zostanie zastąpiona w pełni przez umowę zawartą na poziomie regionalnym, w dniu wejścia w życie tej umowy. Dlatego poparłem wstępną umowę.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Mivel az EU–Nyugat-Afrika gazdasági partnerségi megállapodás aláírása elhúzódik, 2016 augusztusában Ghána (majd később Elefántcsontpart is) úgy határozott, hogy ratifikálja az Európai Unióval 2007-ben kötött átmeneti gazdasági partnerségi megállapodást. Voksommal a frakció álláspontját követtem.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe de consentimiento sobre el Acuerdo de Asociación Económica Interino entre la UE y Ghana, pues refuerza una lógica asimétrica y de subordinación periferia-centro de las relaciones comerciales, condenado, en el largo plazo, a Ghana al subdesarrollo.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation on the draft Council decision on the conclusion of the stepping stone Economic Partnership Agreement between Ghana, of the one part, and the European Community and its Member States, of the other part. Ghana and the EU are partners across different areas, including that of fostering regional economic integration and investment. In 2015, the total two-way trade between Ghana and the EU was worth 5.4 billion euros, comprising over 20% of Ghana's external trade. As soon as the regional EPA enters into force, it will replace the two existing interim EPAs within the region. I voted in favour because I believe that the IEPA ensures to Ghana, a lower middle-income country, a 100% market access offer based on a long-term contractual relationship, which will ensure stability needed for new investments and job creation.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, porque estoy totalmente en contra de este tipo de acuerdos económicos y los impactos que de ellos se derivan, tanto para la Unión, como, muy especialmente para terceros países, en este caso Ghana. Por ejemplo, se le pide a Ghana que renuncie a todas las herramientas de protección de su industria y agricultura, haciendo así imposible que protejan su propio mercado. Mi voto por tanto ha sido negativo.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este APE garante ao Gana, país de rendimento médio/baixo, um acesso total ao mercado, que, alegadamente, assegurará a estabilidade necessária para a realização de novos investimentos e a criação de emprego. Cerca de 35 % das exportações da União para o Gana já foram totalmente ou quase totalmente liberalizadas e a redução adicional de direitos aduaneiros permitirá aumentar progressivamente esta proporção para 80 %.

O PCP mantém fortes dúvidas sobre estes acordos de parceria cuja base é o livre comércio e o princípio do livre funcionamento dos mercados. O tempo encargar-se-á de responder se este acordo foi benéfico para o povo do Gana ou se contribuiu para perturbar a economia, prejudicar a segurança alimentar ou comprometer a sua indústria emergente.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Dem Bericht über ein Interim-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EG/Ghana konnte ich nicht zustimmen, da zum einen erhebliche negative Effekte für die Wirtschaft des Landes bei Steigerung der zollfreien Einfuhren in das Land drohen. Zum anderen würde der zollfreie Export bestimmter landwirtschaftlicher Produkte in Richtung der EU europäische Produzenten unter Druck setzen und somit den Export rentabler als den Konsum vor Ort machen.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I joined many colleagues in my Socialist and Democratic Group, including the shadow rapporteur, in voting against the EU-Ghana EPA. The agreement falls short on sustainable development and labour rights criteria, and risks to interfere with regional integration under ECOWAS. We object to the Commission's conduct in rushing the agreement through, while we express support to our progressive colleagues in Ghana.

As an advocate of the Alternative Trade Mandate (ATM) I support trade that puts people and planet ahead of profit. This is a complex and multifaceted issue, but upon listening and weighing both sides of the argument, I have concluded that a vote against would reflect these ATM principles.

Jan Zahradil (ECR), *písemně*. – Plně podporuji stejně jako naše skupina ECR uzavření této prozatímní obchodní dohody mezi EU a Ghanou. Ačkoli Ghana ani EU nepředpokládaly, že bude třeba bilaterální dohodu uzavírat, přimělo je k tomu vleklé tempo uzavírání dohody na regionální úrovni západní Afriky (ECOWAS). Prozatímní dohoda umožní ghanským vývozcům zachovat si výsadu bezcelního přístupu na evropský trh po období, během kterého bude Ghana ekonomicky růst a konsolidovat svoji hospodářskou situaci.

Rád bych v této souvislosti zdůraznil rozvojový aspekt této obchodní dohody: EU je důležitým místem pro vývoz ghanských produktů, což je důležité pro vytváření přidané hodnoty v zemi. Tedy nejde jen o přínos pro Evropské vývozce (80 % EU vývozu by mělo být postupně liberalizováno), ale i pro Ghanu, kde vývoz do EU představuje zhruba 20 % objemu celkového zahraničního obchodu. Nejlepší rozvojovou politikou je volný obchod.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji předloženou prozatímní dohodu o hospodářském partnerství mezi EU a Ghanou. Přijetí tohoto dokumentu vidím jako logický krok, jelikož plánovaná regionální dohoda mezi EU a západní Afrikou musí být pozdržena, a proto prozatímní dohoda umožní Ghaně mít i nadále výsadu bezcelního přístupu na evropský trh. Ghana je v rámci regionu západní Afriky přední vývozce zemědělských produktů i dalších komodit a EU je pro ni důležitým exportním trhem. Je v zájmu Evropské unie, aby státy v regionu západní Afriky posílily svoji konkurenceschopnost, zdokonalily podnikatelské prostředí a posílily celní spolupráci. Jsem přesvědčen, že tato dohoda tomu jednoznačně pomůže.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Súhlas s uzavretím dočasnej dohody o hospodárskom partnerstve medzi Európskou úniou a Ghanou som podporila. Ghana sa rozhodla pre takýto krok najmä z dôvodu, že proces podpisu Dohody o ekonomickom partnerstve medzi Európskou úniou a Západnou Afrikou trvá už pridlho a neustále sa odďaľuje. Dočasná dohoda tak až do podpisu Dohody o ekonomickom partnerstve zabezpečí Ghane bezcolný prístup na trh Európskej únie a automaticky stratí účinnosť vstupom novej dohody o ekonomickom partnerstve do platnosti. Vítam, že Ghana a neskôr aj Pobrežie slonoviny pristúpili k tomuto kroku. Je viditeľné, že im záleží na obchodných vzťahoch s Európskou úniou, a na druhej strane si tiež myslím, že táto dočasná dohoda pomôže ekonomickej situácií oboch krajín a pomôže posilniť vzťahy medzi nimi a Európskou úniou.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Fjellner porque, apesar de considerar que o Acordo de Parceria Económica de etapa CE-Gana está incompleto e desatualizado, acredito que um Acordo de etapa cumprirá o seu objetivo de contribuir para evitar perturbações do comércio no Gana e, em simultâneo, preparará o terreno para uma futura relação assente num acordo de parceria regional.

Destaco ainda que este Acordo de Parceria Económica de etapa oferece oportunidades em matéria de fomento da integração económica regional e do investimento. A título de exemplo, em 2015, o valor total do comércio bilateral entre o Gana e a União ascendeu a 5,4 mil milhões de euros, o que representa mais de 20 % do comércio externo do Gana.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog rezolucije o prijelaznom Sporazumu o gospodarskom partnerstvu između Europske unije i Gane koji u obzir uzima dvije važne činjenice - jedna je ulazak Republike Hrvatske u Europsku uniju, a druga je uvođenje zajedničke vanjske tarife. Pored jačanja integracija na europskom tržištu, nužno je širiti perspektive europskih gospodarstvenika prema trećim zemljama na način da se otvaraju nova tržišta. U okviru europske razvojne politike i pomoći, ovaj prijelazni sporazum može stvoriti sigurnost ganskim gospodarstvenicima koji će moći svoje proizvode plasirati na tržište Europske unije. S druge strane, pored otvaranja novog tržišta, dogovoreni mehanizmi

između Europske unije i Gane štite ganske proizvođače u slučaju rasta uvoza koji može izazvati narušavanje gospodarske situacije ili nanijeti štete kanalima opskrbe hranom. Mehanizmi također štite i razvoj industrija u povoju na području Gane. Instrumenti razvojne politike prema zemljama srednjeg i nižeg dohotka moraju biti ciljano korišteni i prilagođeni svakoj pojedinačnoj državi kako bi njihov ekonomski rast stvorio i stabilan politički sustav.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval se za odobritev sklenitve Sporazuma o gospodarskem partnerstvu med Gano na eni strani ter Evropsko skupnostjo in njenimi državami članicami na drugi strani.

Podpiram sklenitev vmesnega sporazuma, saj bo pomagal preprečiti motnje v trgovini za Gano, hkrati pa bo služil kot podlaga za prihodnji regionalni sporazum o gospodarskem partnerstvu.

Vmesni sporazum Gani, državi z nižjim srednjim dohodkom, tako zagotavlja 100-odstotni dostop do trga na podlagi dolgoročnega pogodbenega razmerja, s tem pa stabilnost, potrebno za nove naložbe in ustvarjanje delovnih mest.

7.12. Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben im Jahr 2016 (A8-0347/2016 - José Manuel Fernandes)

Dichiarazioni di voto orali

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il regolamento del quadro finanziario pluriennale per l'anno 201-2020 ha stabilito la possibilità di usare il margine per imprevisti, fino ad uno 0,03% del PIL nazionale. L'utilizzo di strumento del bilancio è sempre un tema abbastanza delicato e controverso, tuttavia il questo caso il margine per imprevisti potrebbe essere usato per fronteggiare la crisi migratoria. Infatti risulta molto evidente che per gestire le enormi ondate di migranti provenienti da territori in difficoltà servono al più presto ingenti quantità di fondi, e questo strumento potrebbe essere il giusto mezzo. Per questo motivo ho votato a favore.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — The contingency margins may have a positive element with regards to allocating aid which would assist migrants and refugees, however one must also take into account this also includes the Facility for Refugees in Turkey, and support for the likes of Frontex. This is because these margins are for Heading 3 'Security and citizenship'. For 2017 this also includes Heading 4 'Global Europe' which covers programmes such as: the Common Security and Defence Policy, Guarantee Fund for external Actions, and 'Macro-financial assistance'.

It was proposed originally by the European Parliament to also use the Contingency margins for 2016 and 2017 for sustaining certain programmes which would fall under Heading 1 of the multi-financial framework for programmes that are progressive and socially orientated.

However the Council did not budge and dictated that under that Heading, funds would have to be redeployed instead, which would mean cutting such programmes to fund another similar programme under that heading, as opposed to using the contingency margin which would entail not having to resort to sacrificing one programme over another.

As a result we abstained on the final vote.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser la marge pour imprévus pour 2017 à hauteur de 2,150 milliards d'euros, afin de compléter les crédits d'engagement relatifs aux dépenses de la rubrique 3, «Sécurité et citoyenneté», à hauteur de 2,578 milliards, et de la rubrique 4, «L'Europe dans le monde», à hauteur de 9,432 milliards. Il s'agit donc de mobiliser cet instrument de dernier recours face à des «circonstances imprévues», en l'occurrence la crise des migrants.

Ces sommes devront être compensées par une baisse des crédits affectés à l'administration. Les sommes mobilisées iront cependant financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés, ce qui est inacceptable. Toute somme mobilisée devrait l'être exclusivement pour le retour des clandestins dans leurs pays d'origine.

C'est pourquoi j'ai voté contre cette résolution.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl nenumatytų atvejų rezervo lėšų mobilizavimo 2016 m. Komisija pasiūlė 2016 m. mobilizuoti 240,1 mln. EUR nenumatytų atvejų rezervo lėšų, kad būtų papildyti su 2016 finansinių metų Europos Sąjungos bendrojo biudžeto 3 išlaidų kategorijos išlaidomis susiję įsipareigojimų asignavimai.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser la marge pour imprévus pour 2017 à hauteur de 2,150 milliards d'euros, afin de compléter les crédits d'engagement relatifs aux dépenses de la rubrique 3, «Sécurité et citoyenneté», à hauteur de 2,578 milliards, et de la rubrique 4, «L'Europe dans le monde», à hauteur de 9,432 milliards. Ces sommes colossales devraient à mon avis être compensées par une baisse des crédits affectés à l'administration.

Pire, les sommes mobilisées sont censées financer la politique de l'asile et de l'intégration des migrants clandestins, ce qui est inacceptable. J'ai donc résolument voté contre cette proposition de mobilisation: tout argent mobilisé par rapport à la crise des migrants devrait l'être pour les renvoyer dans leurs pays et les empêcher de (re)venir.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport, qui propose de mobiliser la marge pour imprévus de 2016 à concurrence de 240 millions d'euros, afin de répondre à la situation migratoire, aux besoins des migrants et à la situation en matière de sécurité.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe. Se trata de la movilización de uno de los resquicios del presupuesto para poder hacer frente a los Fondos de integración de personas en situación de asilo y migración. Un ajuste técnico para hacer, junto a otros instrumentos de flexibilidad que se modifican, frente a los retos de seguridad y de movilidad de las personas. Esta financiación, que en parte se empleará como un instrumento financiero, al estilo Plan Juncker, servirá para financiar la permanencia y taponamiento de las migraciones de personas en situación de movilidad forzada en países limítrofes a la Unión. Tendrán un componente de inversión en aquellas zonas (con lo que podrán hacer negocio los poderes locales y transnacionales), también humanitario, pero a su vez de retención de dicha población. Consistirá en movilizar este margen hasta 2 150,6 millones de euros, compensado con recortes en agricultura y administración. Disfrazando de ayuda humanitaria una mala gestión de los recursos.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente su labor en este informe sobre la movilización del Margen para imprevistos en 2016 donde se movilizará un importe de 240,1 millones de euros en créditos de compromiso por encima del techo de compromiso de la rúbrica 3 del Marco Financiero Plurianual.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concernant la mobilisation de la marge pour imprévus pour 2016 propose de mobiliser en réalité en 2017 la somme de 2,150 milliards d'euros, afin de compléter les crédits d'engagement relatifs aux dépenses de la rubrique 3, «Sécurité et citoyenneté», à hauteur de 2,578 milliards et, de la rubrique 4, «L'Europe dans le monde», à hauteur de 9,432 milliards. Il s'agit donc ici du problème des migrants, avec des politiques qui doivent donc financer la politique de l'asile et l'intégration des réfugiés. J'ai donc naturellement voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Tecnicamente il margine per imprevisti è uno strumento di ultima istanza, cui si ricorre per reperire fondi, qualora l'Europa debba fronteggiare situazioni gravi e inaspettate, se e solo se sono state esaurite tutte le altre fonti di finanziamento disponibili all'interno del QFP. La soluzione della crisi migratoria e il problema della sicurezza dei cittadini sono priorità che condivido.

Il mio sostegno alla richiesta di un aumento dei fondi per queste Rubriche, sarebbe dunque scontato se però si accompagnasse ad un reale e radicale cambiamento delle politiche nelle quali questi contributi sono investiti. Finché FRONTEX, EASO, FAMI verranno finanziati per favorire l'invasione dei migranti e non per bloccarne i flussi, non ho intenzione di avvallare col mio voto provvedimenti come questo.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ner rösten avseende dessa tre betänkanden. Å ena sidan stöder jag att resurser omdisponeras och läggs på att understödja flyktingar som anländ till EU. Å andra sidan används en stor del av dessa resurser på Frontex och det fortsatta byggandet av Fästning Europa, liksom det skamliga flyktingavtalet med Turkiet, vilket jag starkt motsätter mig. Som budgeten är gjord separeras de olika delarna inte från varandra. Därför har jag valt att lägga ner rösten i dessa omröstningar.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Tras haber examinado todas las demás posibilidades de financiación para responder a las circunstancias imprevistas dentro del techo de compromisos para 2016 de la rúbrica 3 (Seguridad y ciudadanía) del marco financiero plurianual, y tras haber movilizado el Instrumento de Flexibilidad por el importe total de 1 530 millones de euros disponible en 2016, mediante esta Decisión, que he votado favorablemente, se moviliza el Margen para Imprevistos por un importe de 240,1 millones de euros para hacer frente a las necesidades derivadas de la crisis de la migración, los refugiados y la seguridad, mediante el aumento de los créditos de compromiso del presupuesto general de la Unión para el ejercicio 2016 por encima del techo de compromisos de la rúbrica 3.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes juo Parlamentas pritarė Europos Parlamento ir Tarybos sprendimui dėl nenumatytų atvejų rezervo lėšų mobilizavimo 2016 m. Kartu su Taisomojo biudžeto Nr. 4/2016 projektu Komisija pasiūlė 2016 m. mobilizuoti 240,1 mln. EUR nenumatytų atvejų rezervo lėšų, kad būtų papildyti su 2016 finansinių metų Europos Sąjungos bendrojo biudžeto 3 išlaidų kategorijos (Saugumas ir pilietybė) išlaidomis susiję įsipareigojimų asignavimai.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2016. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság javaslata szerint az Unió 2016. pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésében igénybe vételre kerül a rendkívüli tartalék annak érdekében, hogy biztosítható legyen a többéves pénzügyi keret 3. fejezetének kötelezettségvállalási plafonja felett 240,1 millió EUR összegű kötelezettségvállalási előirányzat.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se s sprostitvijo varnostne rezerve za odzivanje na potrebe, ki izhajajo iz migracijske, begunske in varnostne krize. Na te potrebe pa bomo lahko odgovorili s povečanjem obveznosti nad zgornjo mejo razdelka 3 splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2016.

S temi dodatnimi 240,1 milijona evrov bomo lahko ustrezno poskrbeli za primerno obravnavo pomoči potrebnih.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o mobilizaciji pričuve za nepredviđene izdatke u 2016. godini koje je na Odboru usvojeno s velikom većinom glasova.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Une nouvelle fois, la Commission propose d'affecter 240 millions pour répondre aux besoins de la crise migratoire, au détriment des crédits alloués à l'administration. Cette mesure est inacceptable, étant donné que ces sommes devraient, selon moi, être exclusivement consacrées à l'organisation du retour de ces migrants dans leur pays d'origine.

Pour toutes ces raisons, je vote contre.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Per quanto la programmazione e la gestione anticipata dei fondi sia un elemento importante ed efficiente della strategia finanziaria dell'Unione europea, è necessario anche considerare che non tutti gli eventi possono essere previsti con precisione, né nel loro verificarsi né nelle risorse che saranno necessarie per affrontarli.

È pertanto necessario dotarsi di un margine flessibile, che consenta di mobilitare risorse straordinarie in grado di per far fronte a criticità impreviste per l'anno 2017, in modo da rendere prontamente efficace l'azione amministrativa dell'Unione europea e da supportare rapidamente le aree di crisi.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à mobiliser la marge pour imprévus pour 2016 afin d'abonder de 240,1 millions d'euros les crédits d'engagement et de paiement dans le but de répondre à la crise migratoire actuelle. La Commission européenne recommande d'ailleurs d'activer cet instrument en vue de financer les politiques d'accueil des migrants clandestins. Ces sommes devront, par ailleurs, être compensées par une baisse des crédits affectés à l'administration. Il est proprement inacceptable que l'Union européenne utilise nos impôts pour financer la submersion migratoire à laquelle une immense majorité de nos concitoyens s'oppose fermement. Toute somme mobilisée dans le cadre de la crise migratoire devrait l'être pour financer le retour des migrants clandestins dans leur pays d'origine. À l'heure où nos concitoyens, en particulier les jeunes, sont confrontés au chômage de masse, à l'explosion de la pauvreté et à l'accroissement des inégalités sociales, il est indispensable de leur consacrer l'intégralité des fonds européens! J'ai bien

évidemment voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — În urma examinării tuturor variantelor posibile pentru finanțarea nevoilor suplimentare și neprevăzute de credite de angajament, Comisia a propus în proiectul său de buget mobilizarea, din marja pentru situații neprevăzute, a sumei de 1 164,4 milioane EUR pentru completarea creditelor de angajament aferente cheltuielilor de la rubrica 3, în cadrul bugetului general al Uniunii Europene pentru exercițiul financiar 2017, peste plafonul de angajamente de 2 578 de milioane EUR în prețuri curente.

În anul 2017 au fost preconizate nevoi financiare suplimentare pentru a putea răspunde eficient la problemele umanitare, la crizele de securitate sau la criza refugiaților. Drept urmare, salut propunerea privind mobilizarea marjei pentru situații neprevăzute în 2017, astfel încât să poată fi asigurate fondurile necesare aferente problemelor din anul următor.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece consider esențială mobilizarea acestei sume în vederea acoperirii nevoilor financiare stringente aferente provocărilor din anul 2017.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della decisione in questione perché risulta indispensabile la mobilizzazione del margine per imprevisti per far fronte al fabbisogno derivante dalla crisi migratoria, dei rifugiati e della sicurezza aumentando gli stanziamenti d'impegno nel bilancio generale dell'Unione per l'esercizio 2016 oltre i limiti dei massimali fissati dal quadro finanziario pluriennale.

Dopo avere esaminato tutte le altre possibilità finanziarie per reagire alle circostanze impreviste entro il massimale d'impegno del 2016 del quadro finanziario pluriennale e dopo aver mobilizzato lo strumento di flessibilità per l'intero importo di 1 530 milioni di EUR disponibile nel 2016, la misura adottata appare l'unica possibile.

Nel quadro del bilancio generale dell'Unione per l'esercizio 2016, il margine per imprevisti verrà mobilizzato per fornire l'importo di 240,1 milioni di EUR in stanziamenti d'impegno oltre il massimale d'impegno della rubrica 3 (Sicurezza e cittadinanza) del quadro finanziario pluriennale.

L'importo di 240,1 milioni di EUR in stanziamenti d'impegno di cui all'articolo 1 è detratto integralmente dal margine entro il massimale d'impegno della rubrica 5 (Amministrazione) del quadro finanziario pluriennale per l'esercizio 2016.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – Contingency margins were one of the few new measures that were introduced in the multi-financial framework from 2014-20, it is essentially a last resort instrument, or to simplify; a 'reserve fund', to use in the event of unforeseen circumstances. The Commission must make the proposal in light of such events and the Council must adopt it.

While I fully support the increase in expenditure related to the ongoing humanitarian crisis with thousands of people fleeing conflicts in Syria and Iraq, I do not support neither the proposed increase in expenditure for security measures, nor the expenses related to the EU-Turkey declaration on refugees. Therefore I abstained.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. The Contingency Margin is an EU financial instrument which is meant to be used as a last resort for unforeseen circumstances and amounts to 0.03% of EU GNI. This specific proposal is to mobilise EUR 240.1 million for 2016 to use on the migration, refugee and security crisis. UKIP voted against as we oppose the EU spending British taxpayer's money.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την κινητοποίηση του μηχανισμού επιπλέον δυνατοτήτων για απρόβλεπτες ανάγκες για το 2016. Η ύπαρξη ανάλογων μηχανισμών μόνο θετικές συνέπειες μπορεί να έχει για τα κράτη μέλη και τους πολίτες, γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Il margine per imprevisti è uno strumento utilizzato per reperire fondi dal reddito nazionale lordo dell'UE e fronteggiare situazioni gravi ed impreviste in caso di esaurimento di tutte le altre fonti di finanziamento disponibili nel Quadro finanziario pluriennale dell'UE (periodo 2014-2020). Nella relazione vengono stanzianti per il 2016 240 milioni di euro per crisi migratoria e sicurezza dei cittadini. Il sostegno a queste misure sarebbe scontato, ma nella realtà tali risorse vengono utilizzate per favorire l'invasione dei migranti e non per bloccarne i flussi. Per queste motivazioni ho espresso il mio voto contrario.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – In qualità di uomo al servizio dei cittadini, ma soprattutto da italiano non posso che partecipare favorevolmente alla decisione di mobilitare il margine per imprevisti per il 2016. Infatti, ben EUR 240,1 milioni verranno destinati alle spese per «Sicurezza e cittadinanza» del bilancio dell'UE per il 2016. Tale scelta è resa prioritaria dalla prepotente crisi migratoria che sta attraversando l'Europa, cui si accompagna quella dei rifugiati. Un marasma di proporzioni ardue da affrontare e, ancor più, prevedere porta all'incombenza di adoperare quello 0,03% del reddito nazionale lordo dell'UE destinato dal Consiglio al margine in esame. Auspico, pertanto, che esso veda un proprio utilizzo efficiente ed efficace, unitamente al consolidamento della sicurezza europea, al momento sotto attacco. Non bisogna mai dimenticare come le tragedie umane da cui fuggono centinaia di migliaia di persone non devono rappresentare né una giustificazione a casi di degrado quali quelli di Calais, ma neppure una fonte di sgomento per i cittadini. Troppo sovente, invero, assistiamo a periferie congestionate e in balia di chi non ha altri luoghi dove andare a scapito, però, degli abitanti; una tale dinamica non fa altro che alimentare il clima di xenofobia e rabbia ormai tristemente sparso nell'intera Unione.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on the mobilisation of the Contingency Margin in 2016.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O artigo 13.º do Regulamento n.º 1311/2013 do Conselho definiu uma margem para imprevistos até 0,03% do rendimento nacional bruto da União. Nos termos do artigo 6.º do referido Regulamento, a Comissão calculou o montante absoluto da margem para imprevistos para 2016.

Após ter mobilizado o Instrumento de Flexibilidade no montante de 1 530 milhões de euros disponível para 2016, afigura-se necessário mobilizar a margem para imprevistos a fim de dar resposta às necessidades resultantes da crise dos refugiados, migração e segurança, aumentando as dotações de autorização do orçamento geral da União para o exercício de 2016 acima do limite máximo das autorizações da categoria 3 (Segurança e cidadania).

No quadro do orçamento geral da União para 2016, o presente relatório mobiliza a margem para imprevistos, com o objetivo de disponibilizar um montante de 240,1 milhões de EUR em dotações de autorização para além do limite máximo das autorizações da categoria 3 do quadro financeiro plurianual. Pelo exposto, apoio o presente relatório.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento conformemente al parere della commissione per i bilanci.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I agree to mobilise the Contingency Margin to address the needs stemming from the migration, refugee and security crisis, by increasing the commitment appropriations in the general budget for the financial year 2016, above the commitment ceiling in question.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Rozwiązanie problemu migracji, uchodźców oraz zwiększenie bezpieczeństwa wewnętrznego Unii jest niezwykle ważną kwestią, która pochłania nie tylko znaczące środki, ale również zasoby ludzkie. Niemniej jednak uważam, iż w każdym obszarze funkcjonowania Unii Europejskiej należy racjonalnie i efektywnie gospodarować środkami, jak również poszukiwać rozwiązań, które nie będą zwiększały wydatków, ale dawały szansę na osiągnięcie postawionych celów. Tym samym, po przeanalizowaniu wszystkich aspektów dokumentu, zagłosowałem przeciwko z uwagi na własne przeświadczenie, iż w obrębie dotychczasowych środków można osiągnąć jeszcze większą skuteczność na rzecz rozwiązania czy też zniwelowania kosztów migracji, uchodźców i bezpieczeństwa.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report as it considers that additional financial needs are likely to arise in 2017 in relation to the internal security crises and the current humanitarian, migratory and refugee challenges and thus acknowledges that these needs could significantly exceed the funding available.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport constitue un des rapports budgétaires rectificatifs pour l'année 2016. Il propose dans ce cadre une diminution de 7 284 millions d'euros (en excédent) sur le volet de la cohésion économique, sociale et territoriale, réduisant donc les contributions nationales en conséquence, et propose une augmentation de 50 millions d'euros pour l'instrument destiné à fournir une aide d'urgence au sein de l'Union, de 130 millions d'euros pour le Fonds «Asile, migration et intégration» (AMIF) et de 70 millions d'euros pour le Fonds pour la sécurité intérieure (FSI). Enfin, ce projet de budget rectificatif concentre de manière anticipée le provisionnement du Fonds européen pour les investissements stratégiques (EFSI) par l'intermédiaire d'un redéploiement de 73,9 millions d'euros en crédits d'engagement à partir du volet «énergie» du mécanisme pour l'interconnexion en Europe (MIE-Énergie). Considérant qu'il est nécessaire de réattribuer les crédits excédentaires sur les urgences du moment, à savoir l'investissement, la croissance, la sécurité et les migrations, je tiens à pointer du doigt le risque de non-paiements à la fin de l'exercice sur le volet «cohésion économique, sociale et territoriale», qu'il conviendra de traiter dans le cadre des prochains exercices budgétaires. J'ai voté pour ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. The Contingency Margin is an EU financial instrument which is meant to be used as a last resort for unforeseen circumstances and amounts to 0.03% of EU GNI. This specific proposal is to mobilise EUR 240.1 million for 2016 to use on the migration, refugee and security crisis. UKIP voted against as we oppose the EU spending British taxpayer's money.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la mobilisation de la marge pour imprévus pour 2016. Pendant l'année 2016, nous avons dû faire face à des défis importants pour gérer les flux migratoires et l'accueil de réfugiés. Cela s'est traduit par la création de nouveaux instruments, tel que l'aide d'urgence, et des dépenses plus élevées que ce qui avait été prévu. Par conséquent, afin de financer ces actions, tout en préservant les autres programmes du budget européen, il est nécessaire de mobiliser la marge pour imprévus en 2016.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2016. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság javaslata szerint az Unió 2016. pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésében igénybe vételre kerül a rendkívüli tartalék annak érdekében, hogy biztosítható legyen a többéves pénzügyi keret 3. fejezetének kötelezettségvállalási plafonja felett 240,1 millió EUR összegű kötelezettségvállalási előirányzat.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2016. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság javaslata szerint az Unió 2016. pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésében igénybe vételre kerül a rendkívüli tartalék annak érdekében, hogy biztosítható legyen a többéves pénzügyi keret 3. fejezetének kötelezettségvállalási plafonja felett 240,1 millió EUR összegű kötelezettségvállalási előirányzat.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. La Commission propose de mobiliser la marge pour imprévus pour 2017 à hauteur de 2 150 milliards d'euros, afin de compléter les crédits d'engagement relatifs aux dépenses de la rubrique 3, «Sécurité et citoyenneté», à hauteur de 2 578 milliards, et de la rubrique 4 «L'Europe dans le monde», à hauteur de 9 432 milliards. Ces propositions visent à permettre de faire face à la crise des migrants, alors que tout financement devrait prioriser le retour des clandestins dans leurs pays d'origine.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Аз гласувах в подкрепа на резолюцията. Регламентът от 2013 г. относно многогодишната финансова рамка (МФР) дава възможност за мобилизиране на средства от непредвиден марж до 0,03% от брутния национален доход на ЕС-28. Тъй като непредвиденият марж е инструмент от „последна инстанция“ за справянето с непредвидени обстоятелства и се използва само когато всички други възможности за финансиране са били изчерпани, смятам предложението за добро.

Идеята е през 2017 г. непредвиденият марж да се мобилизира за сумата от 1,9 милиарда евро, които касаят разходите, считани като необходими за справяне с имигрантската и бежанската криза, включително и новата рамка за партньорство, обявена през юни. За да се компенсират тези суми, ще бъдат използвани неразпределени печалби. Освен това общите тавани на МФР няма да бъдат надвишавани с използването на непредвидения марж. Като цяло, мерките са разумни и отново подчертавам – механизмът е единствено „последна инстанция“.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Οι λανθασμένοι χειρισμοί της ΕΕ στην αντιμετώπιση της λαθρομετανάστευσης, σε συνάρτηση με την εφαρμογή ενός αποτυχημένου Πολυετούς Δημοσιονομικού Πλαισίου, οδήγησαν στην κατασπατάληση των πόρων της Ένωσης. Η χρηματοδότηση της Τουρκίας στο πλαίσιο του υποτιθέμενου ελέγχου των μεταναστευτικών ροών οδηγεί σε πλήρη απορρόφηση των εν λόγω διαθέσιμων κονδυλίων, με αποτέλεσμα, στην περίπτωση εμφάνισης απρόβλεπτων δυσμενών καταστάσεων στο μέλλον, να μην υπάρχει η απαραίτητη ευελιξία.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2016. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság javaslata szerint az Unió 2016. pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésében igénybe vételre kerül a rendkívüli tartalék annak érdekében, hogy biztosítható legyen a többéves pénzügyi keret 3. fejezetének kötelezettségvállalási plafonja felett 240,1 millió EUR összegű kötelezettségvállalási előirányzat.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted for this report on the Solidarity Fund which enables EU financial assistance to be provided in the event of natural disasters. Despite my many calls, the UK Government refuses to take advantage of the Solidarity Fund to help overcome disasters in Wales.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: la Commission propose de mobiliser la marge pour imprévus de 2016 afin de fournir 240,1 millions d'euros en crédits d'engagement afin de répondre aux besoins découlant de la crise des migrants.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della seguente proposta in quanto garantisce un più agevole recupero delle somme di denaro nell'ambito dei procedimenti transfrontalieri. L'applicazione del procedimento europeo d'ingiunzione di pagamento costituisce una modalità più economica e veloce per procedere al recupero di crediti civili e commerciali non contestati.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro la relazione fintantoché FRONTEX, EASO, FAMI verranno finanziati per favorire l'invasione dei migranti e non per bloccarne i flussi.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την κινητοποίηση του περιθωρίου για απρόβλεπτες ανάγκες το 2016, καθώς οι λανθασμένοι χειρισμοί της ΕΕ στην αντιμετώπιση της λαθρομετανάστευσης, σε συνάρτηση με την εφαρμογή ενός αποτυχημένου Πολυετούς Δημοσιονομικού Πλαισίου, οδήγησαν στην κατασπατάληση των πόρων της Ένωσης. Η χρηματοδότηση της Τουρκίας στο πλαίσιο του υποτιθέμενου ελέγχου των μεταναστευτικών ροών οδηγεί σε πλήρη απορρόφηση των εν λόγω διαθέσιμων κονδυλίων, με αποτέλεσμα, στην περίπτωση εμφάνισης απρόβλεπτων δυσμενών καταστάσεων στο μέλλον, να μην υπάρχει η απαραίτητη ευελιξία.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Given the absence of any margin in commitments under Security and Citizenship (heading 3) in 2016, Draft Amending Budget (DAB) 4/2016 requires the mobilisation of the Contingency Margin for + EUR 240,1 million with a full offsetting in 2016 against the unallocated margin of Administration (heading 5).

An agreement on the contingency margin was reached in the framework of the 2017 EU Budget conciliation.

I voted in favour of the report.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2016. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság javaslata szerint az Unió 2016. pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésében igénybe vételre kerül a rendkívüli tartalék annak érdekében, hogy biztosítható legyen a többéves pénzügyi keret 3. fejezetének kötelezettségvállalási plafonja felett 240,1 millió EUR összegű kötelezettségvállalási előirányzat.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2016. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság javaslata szerint az Unió 2016. pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésében igénybe vételre kerül a rendkívüli tartalék annak érdekében, hogy biztosítható legyen a többéves pénzügyi keret 3. fejezetének kötelezettségvállalási plafonja felett 240,1 millió EUR összegű kötelezettségvállalási előirányzat.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich befürworte den Vorschlag der Kommission, Mittel für Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Ausgaben in der Rubrik „Sicherheit und Unionsbürgerschaft" des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 zu ergänzen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour for the mobilisation of the contingency Margin in 2016, given its mobilisation is necessary to address the needs stemming from the migration, refugee and security crisis.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, given the absence of any margin in commitments under Security and Citizenship (heading 3) in 2016, Draft Amending Budget (DAB) 4/2016 requires the mobilisation of the Contingency Margin for + EUR 240.1 million.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2016. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság javaslata szerint az Unió 2016. pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésében igénybe vételre kerül a rendkívüli tartalék annak érdekében, hogy biztosítható legyen a többéves pénzügyi keret 3. fejezetének kötelezettségvállalási plafonja felett 240,1 millió euró kötelezettségvállalási előirányzat.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of mobilising the Contingency Margin for 2016 for an amount of EUR 240 million so as to complement the commitment appropriations related to expenditure in 'Security and citizenship' in the general budget of the European Union for the financial year 2016.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu odluke Parlamenta i Vijeća o mobilizaciji pričuve za nepredviđene izdatke za 2016. jer se time omogućuje mobilizacija 240,1 milijuna eura u okviru naslova 3. Sigurnost i građanstvo. Smatram da je potrebno implementirati konkretne mjere i imati potrebna financijska sredstva kako bi se adekvatno odgovorilo na izazove i očite probleme koji proizlaze iz migracijske, izbjegličke i sigurnosne krize. Stoga, držim da navedena sredstva mogu pozitivno doprinijeti ublažavanju negativnih posljedica spomenutih kriza, te nastavno tome podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je n'entends pas soutenir un projet dont l'ambition est de financer les politiques d'asile et d'intégration des prétendus réfugiés, alors que la seule décision évidente serait de mobiliser ces moyens pour le retour de ces populations dans leurs pays d'origine.

J'ai voté contre.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, car il s'avère nécessaire de mobiliser la marge pour imprévus afin de répondre aux besoins découlant de la crise migratoire et sécuritaire que nous connaissons, en augmentant les crédits d'engagement dans le budget général de l'UE pour l'exercice 2016 au-delà du plafond des engagements initiaux de la rubrique sécurité.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich lehne diesen Budgetvorschlag ab. Es sollen die vorgesehenen Spielräume für unvorhergesehene Ausgaben im Bereich „Sicherheit und Unionsbürgerschaft" in Bezug auf die Migrations-, Flüchtlings- und Sicherheitskrise aktiviert werden. Diese Gelder wären besser in anderen Bereichen aufgehoben.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2016. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság javaslata szerint az Unió 2016. pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésében igénybe vételre kerül a rendkívüli tartalék annak érdekében, hogy biztosítható legyen a többéves pénzügyi keret 3. fejezetének kötelezettségvállalási plafonja felett 240,1 millió EUR összegű kötelezettségvállalási előirányzat.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Javi López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor del informe habida cuenta de la ausencia de margen en la rúbrica 3 en el año 2016, el Presupuesto Rectificativo n.º 4/2016, moviliza el margen de imprevistos por más de 240,1 millones de euros con una compensación total en 2016 del margen no asignado de la rúbrica 5, relativa a la Administración.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Kako bi se dopunila odobrena sredstva za preuzimanje obveza u vezi s rashodima u naslovu 3. „Sigurnost i građanstvo" u općem proračunu Unije za financijsku godinu 2016., Komisija je predložila mobilizaciju pričuve za nepredviđene izdatke za 2016. u iznosu od 240,1 milijun EUR.

Nakon što je mobiliziran instrument fleksibilnosti za cijeli iznos od 1530 milijuna EUR dostupnih u 2016., potrebna je mobilizacija pričuve za nepredviđene izdatke, kako bi se odgovorilo na potrebe koje proizlaze iz migracijske, izbjegličke i sigurnosne krize. Odobrena sredstva u iznosu od 240,1 milijuna EUR u potpunosti će se prebiti s razlikom do gornje granice za preuzete obveze u naslovu 5. (Administracija) VFO-a za financijsku godinu 2016., stoga sam podržala ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Podporujem návrh na mobilizáciu rezervy na nepredvídané udalosti na rok 2016 vo výške 240,1 milióna EUR. Prostriedky sú určené na riešenie potrieb migračnej, utečeneckej a bezpečnostnej krízy v tomto kalendárnom roku.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απείχα κατά την έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την κινητοποίηση του περιθωρίου για απρόβλεπτες ανάγκες το 2016, διότι δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte a pour objectif de mobiliser la marge pour imprévus de 2016. Cette marge, d'un montant de 240,1 millions d'euros en crédit d'engagement, permettra de financer les besoins découlant de la crise des migrants. Or, cette décision entraînera une baisse des montants affectés à l'administration, ce que nous trouvons regrettable. Par ailleurs, il y a derrière cet objectif une volonté intégrationniste à laquelle nous nous opposons.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I expressed a favourable vote for the report on a decision of the EU Parliament and of the Council on the mobilisation of the Contingency Margin in 2016. The mobilisation of the Contingency Margin for the full amount of EUR 240.1 million is vital to tackle the issues that arise from migration as well as the refugee and security crisis. At the same time, the mobilisation will also 'complement the commitment appropriations related to expenditure in heading 3 Security and Citizenship'.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Šiuo pasiūlymu numatoma mobilizuoti nenumatytų atvejų rezervo lėšas tam, kad būtų patenkinti dėl migracijos, pabėgėlių ir saugumo krizės kylantys poreikiai.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser la marge pour imprévus de 2016 afin de dégager 240,1 millions d'euros en crédits d'engagement pour de répondre aux besoins découlant de la crise des migrants. Ces sommes devront être compensées par une baisse des crédits affectés à l'administration. Ces sommes mobilisées iront cependant financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés, ce qui n'est pas concevable pour nous. Toute somme mobilisée devrait l'être exclusivement pour le retour des clandestins dans leurs pays d'origine. En conséquence, j'ai voté contre cette résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O artigo 13.º, n.º 1, do Regulamento QFP define a margem para imprevistos como um instrumento de último recurso para reagir a circunstâncias imprevistas.

Após ter examinado todas as outras possibilidades financeiras para reagir a circunstâncias imprevistas, dentro do limite máximo das despesas da categoria 3 (Segurança e Cidadania) para 2016, e após ter proposto a mobilização do Instrumento de Flexibilidade para as categorias 3 e 4 no montante total de 1 530 milhões de EUR disponível em 2016, a mobilização da margem para imprevistos é necessária para dar resposta às necessidades resultantes da crise dos refugiados, migração e segurança, a fim de aumentar as dotações de autorização da categoria 3 no orçamento geral da União Europeia para o exercício de 2016, acima do limite máximo desta categoria. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report. The Contingency Margin for 2016 shall be tapped into to provide some EUR 240 million in commitment appropriations beyond the commitment limit stipulated in the Multiannual Financial Framework.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Il est nécessaire de mobiliser la marge pour imprévus, conformément à l'article 13 du règlement (UE, Euratom) nº 1311/2013 relatif au cadre financier pluriannuel pour la période 2014-2020 fixant une marge pour imprévus pouvant atteindre 0,03% du revenu national brut de l'Union. Ceci permettra d'engager des actions nécessaires et adéquates pour répondre aux besoins découlant de la crise des migrants, des réfugiés et de la sécurité, en augmentant les crédits d'engagement de la rubrique 3 dans le budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2016 relatif à la «sécurité et citoyenneté», s'élevant à un montant de 240,1 millions d'euros au-delà du plafond des engagements de cette rubrique.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, because I agree that given the absence of any margin in commitments under Security and Citizenship (heading 3) in 2016, Draft Amending Budget (DAB) 4/2016 requires the mobilisation of the Contingency Margin for + EUR 240,1 million with a full offsetting in 2016 against the unallocated margin of Administration (heading 5). An agreement on the contingency margin was reached in the framework of the 2017 EU Budget conciliation.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A 2014-2020-as időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keretről szóló 2013. december 2-i 1311/2013/EU, Euratom tanácsi rendelet 13. cikke az Unió bruttó nemzeti jövedelmének legfeljebb 0,03%-át kitevő rendkívüli tartalékot hozott létre. A Bizottság javaslatot tett a Parlamentnek és a Tanácsnak a rendkívüli tartalék igénybe vételére az Unió 2016. pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésében. A javaslat célja, hogy biztosítható legyen a többéves pénzügyi keret 3. fejezetének kötelezettségvállalási plafonja felett 240,1 millió EUR összegű kötelezettségvállalási előirányzat a migrációs, menekültügyi és biztonsági válságból származó szükségletek kielégítése érdekében. A Költségvetési Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament hagyja jóvá a Bizottság rendkívüli tartalék igénybevételére irányuló javaslatát. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser la marge pour imprévus pour 2017 à hauteur de 2,15 milliards d'euros, afin de compléter les crédits d'engagement relatifs aux dépenses de la rubrique Sécurité et citoyenneté à hauteur de 2,578 milliards, et de la rubrique L'Europe dans le monde à hauteur de 9,432 milliards. Il s'agit donc de mobiliser cet instrument de dernier recours pour face à des circonstances imprévues, en l'occurrence la crise des migrants. Ces sommes devront être compensées par une baisse des crédits affectés à l'administration. Ces sommes mobilisées iront cependant financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés, ce qui est inacceptable. Toute somme mobilisée devrait l'être exclusivement pour le retour des clandestins dans leurs pays d'origine. Votre défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Comissão propôs, simultaneamente com o projeto de orçamento retificativo n.º 4/2016, mobilizar a margem para imprevistos num montante de 240,1 milhões de EUR em 2016, com o objetivo de complementar as dotações de autorização relativas às despesas de segurança e cidadania (categoria 3) do orçamento geral da UE para o exercício de 2016.

Dada a necessidade de dar resposta aos desafios resultantes da crise dos refugiados, migração e segurança, afigura-se imprescindível mobilizar a margem para imprevistos aumentando as dotações de autorização do orçamento geral da União Europeia para o exercício de 2016 acima do limite máximo das autorizações da categoria 3. Pelo exposto no presente relatório, o mesmo merece o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser la marge pour imprévus de 2016 afin de dégager 240,1 millions d'euros en crédits d'engagement pour de répondre aux besoins découlant de la crise des migrants. Ces sommes devront être compensées par une baisse des crédits affectés à l'administration. Les sommes mobilisées iront cependant financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés, ce qui est inacceptable. Toute somme mobilisée devrait l'être exclusivement pour le retour des clandestins dans leurs pays d'origine.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la mobilisation de la marge pour imprévus en 2016. Ce rapport proposait de mobiliser cette marge afin de compléter les crédits d'engagement pour les dépenses de la rubrique du budget relative à la sécurité et à la citoyenneté pour l'exercice 2016. La mobilisation de cette marge se fera à hauteur de 240,1 millions d'euros.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Contingency Margin is a last resort instrument to react to unforeseen circumstances. I have voted for this report on the mobilisation of the Contingency Margin in 2016 to a maximum of 0.03% of the Gross National Income of the Union.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat acest raport deoarece Uniunea Europeană a făcut față în ultimii ani unei serii de crize, situații conflictuale, atât în plan economic cât și politic, iar bugetul UE nu a fost proiectat inițial pentru a susține toate aceste evoluții. Evaluările Comisiei Europene au arătat că este nevoie ca în acest an să se acceseze marja bugetară pentru situații neprevăzute, ceea ce consider că este un lucru corect. Susțin acest raport care aprobă folosirea acestui fond și cred că este o soluție benefică pentru a răspunde, ca o Uniune responsabilă, nevoilor generate de criza privind migrația, refugiații și securitatea, prin majorarea creditelor de angajament din cadrul bugetului general al Uniunii Europene pentru exercițiul financiar 2016.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da ein Spielraum für unvorhersehbare Ausgaben im Bereich „Sicherheit und Unionsbürgerschaft" in Bezug auf die Migrations-, Flüchtlings- und Sicherheitskrise aktiviert werden sollte.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Resolutsiooniga antakse nõusolek kiita heaks ELi julgeoleku ja kodakondsusega seotud teemade eelarve suurendamine. Sinna alla kuulub ka põgenike kriisi rahastamine.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Αφού εξετάστηκαν όλες οι άλλες δημοσιονομικές δυνατότητες αντιμετώπισης απρόβλεπτων συνθηκών εντός των ανώτατων ορίων ανάληψης υποχρεώσεων του 2016 για τον τομέα 3 του πολυετούς δημοσιονομικού πλαισίου και αφού κινητοποιήθηκε ο μηχανισμός ευελιξίας για ολόκληρο το διαθέσιμο για το 2016 ποσό των 1530 εκατομμυρίων ευρώ, κρίνεται αναγκαία η κινητοποίηση του περιθωρίου για απρόβλεπτες ανάγκες για την κάλυψη των αναγκών που προκύπτουν από την κρίση στον τομέα της μετανάστευσης, των προσφύγων και της ασφάλειας, με την αύξηση των πιστώσεων ανάληψης υποχρεώσεων του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2016, πάνω από το ανώτατο όριο ανάληψης υποχρεώσεων του τομέα 3.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo necessario mobilizzare il margine sancito perché rappresenta il miglior strumento per far fronte alla crisi migratoria e dei rifugiati. Inoltre, tale risoluzione viene presentata nella piena conformità con le condizioni stabilite nell'articolo 13 paragrafo 1 del regolamento n. 1311/2013 (Euratom). Pertanto ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Podržala sam Rezoluciju o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji pričuve za nepredviđene izdatke za 2016. godinu. Uredbom Vijeća 1311/2013 uspostavljena je pričuva za nepredviđene izdatke od maksimalno 0,03 % bruto nacionalnog dohotka Unije. Ona se utvrđuje izvan gornje granice financijskog okvira za razdoblje od 2014. do 2020. kao instrument za slučaj krajnje nužde koji omogućava reakciju na nepredviđene okolnosti. Pričuva se može aktivirati samo u vezi izmjene proračuna ili godišnjeg proračuna. Upravo je to Europska komisija učinila kad je zajedno s nacrtom izmjene proračuna br. 4/2016, predložila mobilizaciju pričuve za nepredviđene izdatke za 2016. u iznosu od 240,1 milijun EUR kako bi se dopunila odobrena sredstva za preuzimanje obveza u vezi s rashodima u naslovu 3. „Sigurnost i građanstvo" u općem proračunu Europske unije za financijsku godinu 2016. Nakon što je mobiliziran Fleksibilni instrument u punom iznosu od 1 530 milijuna EUR koji je bio na raspolaganju u 2016. godini, pokazalo se potrebnim mobilizirati i ovu pričuvu za rješavanje potreba koje proizlaze iz rješavanja migrantske krize, zbrinjavanja izbjeglica te sigurnosne krize, povećanjem financijskih obveza u općem proračunu Europske unije za financijsku godinu 2016., a iznad razine obveza dostignutih u spomenutom poglavlju 3.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Komisija je zajedno s nacrtom izmjene proračuna br. 4/2016, predložila mobilizaciju pričuve za nepredviđene izdatke za 2016. u iznosu od 240,1 milijun EUR kako bi se dopunila odobrena sredstva za preuzimanje obveza u vezi s rashodima u naslovu 3. „Sigurnost i građanstvo" u općem proračunu Europske unije za financijsku godinu 2016. EP odobrava predloženu mobilizaciju.

Odobrena sredstva za preuzimanje obveza u iznosu od 240,1 milijuna EUR u potpunosti se prebijaju razlikom do gornje granice za preuzete obveze u naslovu 5. (Administracija) višegodišnjeg financijskog okvira za financijsku godinu 2016.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A mobilização do instrumento de flexibilidade está relacionada com a necessidade de complementar o financiamento do orçamento geral da União Europeia para o exercício de 2016, tendo em vista o financiamento das dotações para autorizações no âmbito da categoria 3 (segurança e cidadania), para que permita ir além do limite máximo desta rubrica para o ano 2016 de acordo com o corrente Quadro Financeiro Plurianual.

Além de não se tratar de dinheiro «novo», é adicionado um valor insuficiente para fazer face e ajudar à tomada de medidas contra continuada crise dos migrantes e refugiados. Fica mais uma vez evidenciado o facto de os montantes previstos no QFP (nos seus limites) ficarem mais uma vez aquém dos necessários para fazer face às repetidas crises na UE, para não falar do que é necessário para uma efetiva política redistributiva que permita aos países e às regiões desfavorecidas aproximarem-se das regiões mais ricas.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Podpořil jsem návrh navýšit evropský rozpočet pro rok 2016 v oblasti bezpečnosti a občanství, neboť EU musí být schopna adekvátně reagovat při nepředvídatelných událostech. Události tohoto i loňského roku nám ukázaly, jak byly tato rozpočtové kapitoly podceněné. Současná částka určená na výdaje v oblasti bezpečnosti a občanství byla již z rozpočtu vyčerpána důsledkem potřeb vyplývajících z migrační, uprchlické a bezpečnostní krize. Je nutné zdůraznit, že se nejedná o navýšení rozpočtu na letošní rok, ale pouze o přesun nevyčerpané částky 240,1 milionu EUR z položky na administrativní rezervy.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – L'UE doit adapter son budget en fonction de ses priorités politiques. Actuellement, des moyens supplémentaires sont nécessaires pour répondre aux besoins découlant de la crise des migrants et des réfugiés. J'ai donc voté pour ce rapport, qui porte sur la mobilisation de la marge pour imprévus à hauteur de 240,1 millions d'euros, afin de compléter les crédits d'engagement relatifs aux dépenses de la rubrique «sécurité et citoyenneté» du budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2016.

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris*. – Finanțarea politicii de azil și migrație a Uniunii Europene a cheltuit deja o sumă prea mare din bugetul european, fondurile prevăzute inițial pentru această componentă fiind deja depășite. Uniunea a creat prea multe fonduri, agenții specializate și instrumente pentru sprijinirea afluxului de refugiați și de migranți.

Este inacceptabil să realocăm sume imense din buget pentru finanțarea politicii de azil și integrarea refugiaților, în condițiile în care în Europa, în anul 2015, 119 milioane de persoane (23,7% din populație) se aflau în risc de sărăcie. Acești bani ar trebui să fie folosiți în interesul statelor membre, pentru a crește nivelul de trai al persoanelor sărace.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. The Contingency Margin is an EU financial instrument which is meant to be used as a last resort for unforeseen circumstances and amounts to 0.03% of EU GNI. This specific proposal is to mobilise EUR 240.1 million for 2016 to use on the migration, refugee and security crisis. UKIP voted against as we oppose the EU spending British taxpayer's money.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Tras haber examinado todas las demás posibilidades de financiación para responder a las circunstancias imprevistas dentro del techo de compromisos para 2016 de la rúbrica 3 (Seguridad y ciudadanía) del marco financiero plurianual, y tras haber movilizado el Instrumento de Flexibilidad por el importe total de 1 530 millones de euros disponible en 2016, mediante esta Decisión, que he votado favorablemente, se moviliza el Margen para Imprevistos por un importe de 240,1 millones de euros para hacer frente a las necesidades derivadas de la crisis de la migración, los refugiados y la seguridad, mediante el aumento de los créditos de compromiso del presupuesto general de la Unión para el ejercicio 2016 por encima del techo de compromisos de la rúbrica 3.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la mobilisation de la marge pour imprévus en 2016. En effet, toutes les autres possibilités financières de faire face aux circonstances imprévues dans les limites du plafond des engagements de la rubrique 3 (Sécurité et citoyenneté) du cadre financier pluriannuel pour 2016 ayant été examinées, il était nécessaire de mobiliser cette marge pour imprévus afin de répondre aux besoins découlant de la crise des migrants, des réfugiés et de la sécurité.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pritariu šiam techniniam biudžeto pakeitimui, susijusiam su nenumatytoms išlaidoms skirtų lėšų perskirstymu tokiems aktualiems tikslams kaip sienų apsauga.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O artigo 13.º do Regulamento (UE, Euratom) n.º 1311/2013 do Conselho definiu uma margem para imprevistos até 0,03 % do Rendimento Nacional Bruto da União.

A Comissão Europeia calculou o montante absoluto desta margem correspondente ao período em questão após ter examinado todas as outras possibilidades financeiras para reagir a circunstâncias imprevistas, dentro do limite máximo das autorizações da categoria 3 (Segurança e Cidadania) e após ter mobilizado o Instrumento de Flexibilidade. No total, 240,1 milhões de euros foram afetados para fazer face a imprevistos ocorridos durante o ano de 2016.

A necessidade de mobilizar esta margem para imprevistos surgiu da emergência de dar resposta às necessidades resultantes da crise dos refugiados, migração e segurança.

Tendo em conta que se trata de uma situação muito específica, votei favoravelmente este relatório, uma vez do que a Comissão propôs com este financiamento extra complementar as dotações de autorização relativas às despesas da categoria 3 (Segurança e Cidadania) do orçamento geral da União Europeia para o exercício de 2016.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a incrementar las partidas en favor de la crisis migratoria, incluye fondos que se ejecutarán en Turquía. Pese a considerar absolutamente necesario que la Unión destine fondos a solucionar la crisis de los migrantes no podemos consentir el criminal acuerdo con Turquía bajo esta justificación. La Unión debe hacerse cargo de la situación, pero no a través del empleo de gobiernos mercenarios para realizar «el trabajo sucio» a cambio de financiación. Es por esto, por lo que, pese a destinar fondos en ayuda de los migrantes, no he podido votar a favor del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report, given the absence of any margin in commitments under Security and Citizenship (heading 3) in 2016, Draft Amending Budget (DAB) 4/2016 requires the mobilisation of the Contingency Margin for + EUR 240.1 million.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Mobilizáciu rezervy na nepredvídané udalosti na rok 2016 som podporila. Komisia prišla s týmto návrhom, aby doplnila viazané rozpočtové prostriedky o 240,1 milióna EUR. Tieto prostriedky sa týkajú výdavkov v rámci okruhu 3 rozpočtu – Bezpečnosť a občianstvo. Vzhľadom k tomu, že aj tento rok bol poznačený dôsledkami migračnej, utečeneckej a bezpečnostnej krízy, úplne súhlasím s tým, aby sme využili všetky naše rozpočtové možnosti na ich riešenie. Rozpočtová rezerva pre nepredvídané udalosti, ktorú týmto uvádzame do života, bude kompenzovaná z rozpočtového okruhu určeného pre administratívu. V otázkach bezpečnosti nemôžeme byť v súčasnej dobe ľahkovážni, čoho sú ostatné udalosti v rôznych krajinách Únie dôkazom. Preto sa prikláňam k úprave rozpočtu a schvaľujem jeho prerozdelenie na výzvy, ktorým je dnes Únia vystavená.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Komisija je poleg spremembe proračuna št. 4/2014, v katerem je med drugim predlagala zmanjšanje ravni odobritev plačil za približno 7 milijard EUR na področju ekonomske, socialne in teritorialne kohezije ter povečanje ravni odobritev za prevzem obveznosti v višini 50 milijonov EUR za instrument za zagotavljanje nujne pomoči v Uniji, 130 milijonov EUR za Sklad za azil, migracije in vključevanje in 70 milijonov EUR za Sklad za notranjo varnost, predlagala tudi mobilizacijo varnostne rezerve za leto 2016 v višini 240 milijonov EUR za povečanje sredstev za prevzem obveznosti, povezanih z odhodki na področju Varnosti in državljanstva za leto 2016.

To poročilo obravnava predlog sklepa Parlamenta in Sveta, ki sta preučila možnosti financiranja posledic nepredvidenih okoliščin v okviru zgornjih meja razdelka Varnost in državljanstvo in obenem ugotovila, da je bil že porabljen celotni znesek instrumenta prilagodljivosti za leto 2016, zato mora Evropska unija za uspešno odzivanje na izzive migracijske, begunske in varnostne krize mobilizirati varnostno rezervo s povečanjem zgornje meje razdelka Varnost in državljanstvo za leto 2016.

Ker poročilo pozdravlja navedeni sklep in ker menim, da je za ublažitev omenjene krize treba uporabiti vsa orodja, ki so nam na voljo, sem poročilo pri glasovanju podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Mobilizácia rezervy na nepredvídané udalosti v záujme riešenia potrieb vyplývajúcich z migračnej, utečeneckej a bezpečnostnej krízy sa ukazuje ako nevyhnutná. S cieľom minimalizovať čas potrebný na mobilizáciu rezervy by sa toto rozhodnutie malo uplatňovať od začiatku rozpočtového roku 2017.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. – I voted against the mobilisation of the Contingency Margin in 2016. The EU Commission proposed to mobilise the Contingency Margin for 2016 for an amount of EUR 240.1 million to cover expenses related to heading 3 'Security and Citizenship'. A cursory glance of heading 3 will reveal that many of the expenditures have little or nothing to do with the issue which requires the most attention, i.e. border control. Therefore, the funds will hardly do much to assist with the migration crisis, which should be dealt with by a non-EU ad hoc temporary agreement through financial and border security support.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Komisija predlaže, zajedno s nacrtom izmjene proračuna br. 4/2016, mobilizaciju pričuve za nepredviđene izdatke za 2016. u iznosu od 240,1 milijuna eura kako bi se dopunila odobrena sredstva za preuzimanje obaveza u vezi s rashodima u naslovu 3 (Sigurnost i građanstvo) u općem proračunu Europske unije za financijsku godinu 2016.

Prihvaćam ovaj Nacrt izvješća jer ćemo ovom preraspodjelom resursa unutar proračuna osigurati dodatna potrebna sredstva za nepredviđene troškove izazvane kriznim situacijama.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o sprostitvi varnostne rezerve v letu 2016. V zadnjih dveh letih smo bili v Evropski uniji priča migracijski in begunski krizi ter tudi varnostni krizi, ki se je reflektirala skozi teroristične napade v EU.

Po tem, ko smo preučili vse druge finančne možnosti za odzivanje na nepredvidene okoliščine v okviru zgornjih meja za obveznosti v letu 2016, smo primorani sprostiti varnostno rezervo za odzivanje na zgoraj opisane potrebe.

S tem bomo povečali obveznosti nad zgornjo mejo razdelka 3 splošnega proračuna EU za leto 2016.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Οι λανθασμένοι χειρισμοί της ΕΕ στην αντιμετώπιση της λαθρομετανάστευσης, σε συνάρτηση με την εφαρμογή ενός αποτυχημένου Πολυετούς Δημοσιονομικού Πλαισίου, οδήγησαν στην κατασπατάληση των πόρων της Ένωσης. Η χρηματοδότηση της Τουρκίας στο πλαίσιο του υποτιθέμενου ελέγχου των μεταναστευτικών ροών οδηγεί σε πλήρη απορρόφηση των εν λόγω διαθέσιμων κονδυλίων, με αποτέλεσμα, στην περίπτωση εμφάνισης απρόβλεπτων δυσμενών καταστάσεων στο μέλλον, να μην υπάρχει η απαραίτητη ευελιξία.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2016. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság javaslata szerint az Unió 2016. pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésében igénybe vételre kerül a rendkívüli tartalék annak érdekében, hogy biztosítható legyen a többéves pénzügyi keret 3. fejezetének kötelezettségvállalási plafonja felett 240,1 millió EUR összegű kötelezettségvállalási előirányzat.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentést.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. — Având în vedere absența oricărei marje de angajament vizând cadrul de securitate și cetățenie în anul 2016, Proiectul de buget rectificativ (PBR) nr. 4/2016 necesită mobilizarea marjei de rezervă în valoare de aproximativ 240,1 milioane de euro.

Îmi exprim susținerea pentru adoptarea acestui document.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Il s'agissait juste d'une validation d'annexe pour laquelle notre bureau d'experts politiques en la matière a donné son feu vert.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Glasovao sam za Prijedlog rezolucije o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji pričuve za nepredviđene izdatke za 2016. Podržavam prijedlog Komisije kojim se predložila mobilizacija pričuve za nepredviđene izdatke za 2016. godinu u iznosu od 240,1 milijun EUR kako bi se dopunila odobrena sredstva za preuzimanje obveza za rashode u poglavlju 3 „Sigurnost i građanstvo" u općem proračunu Europske unije za financijsku godinu 2016.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Nekontrolirani priljev migranata posljednjih nekoliko godina stvorio je migracijsku, izbjegličku i sigurnosnu krizu u Europskoj uniji. Uzroci migrantske krize su različiti, od bijega od ratnih stradanja, potrage za boljim životom, odlaska iz nefunkcionalnih država te bijeg od terorizma, a zbog svoje lake dostupnosti Europska unija je jedna od najpoželjnijih destinacija.

Europski parlament i Vijeće su na prijedlog Komisije donijeli odluku da se mobilizira pričuva za nepredviđene izdatke u iznosu od 240,1 milijun eura za 2016. godinu kako bi se odgovorilo na potrebe koje proizlaze iz ove krize. S obzirom na ozbiljnost situacije koju uzrokuje migracijska kriza, smatram da je odluka o mobilizaciji pričuve za nepredviđene izdatke ispravna te sam podržala ovo izvješće.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o sprostitvi varnostne rezerve v letu 2016 sem podprla.

Sklep evropskega parlamenta in Sveta je bil, da se v okviru splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2016 se sprosti varnostna rezerva, da se zagotovi 240,1 milijona EUR v odobritvah za prevzem obveznosti nad zgornjo mejo obveznosti v razdelku 3 večletnega finančnega okvira in da se znesek 240,1 milijona EUR v obveznostih iz člena 1 v celoti izravna z razliko do zgornje meje za obveznosti v razdelku 5 (Uprava) večletnega finančnega okvira za proračunsko leto 2016.

Sklep se je objavil v uradnem listu Evropske unije.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe. Se trata de la movilización de uno de los resquicios del presupuesto para poder hacer frente a los Fondos de integración de personas en situación de asilo y migración. Un ajuste técnico para hacer, junto a otros instrumentos de flexibilidad que se modifican, frente a los retos de seguridad y de movilidad de las personas. Esta financiación, que en parte se empleará como un instrumento financiero, al estilo Plan Juncker, servirá para financiar la permanencia y taponamiento de las migraciones de personas en situación de movilidad forzada en países limítrofes a la Unión. Tendrán un componente de inversión en aquellas zonas (con lo que podrán hacer negocio los poderes locales y transnacionales), también humanitario, pero a su vez de retención de dicha población. Consistirá en movilizar este margen hasta 2 150,6 millones de euros, compensado con recortes en agricultura y administración. Disfrazando de ayuda humanitaria una mala gestión de los recursos.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser la marge pour imprévus pour 2017 à hauteur de 2,150 milliards d'euros, afin de compléter les crédits d'engagement relatifs aux dépenses de la rubrique 3, «Sécurité et citoyenneté», à hauteur de 2,578 milliards, et de la rubrique 4, «L'Europe dans le monde», à hauteur de 9,432 milliards. Il s'agit donc de mobiliser cet instrument de dernier recours face à des «circonstances imprévues», en l'occurrence la crise des migrants.

Ces sommes devront être compensées par une baisse des crédits affectés à l'administration. Ces sommes mobilisées iront cependant financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés, ce qui est inacceptable. Toute somme mobilisée devrait l'être exclusivement pour le retour des clandestins dans leurs pays d'origine.

J'ai donc voté contre.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Unió 2016. pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésében igénybe vételre kerül a rendkívüli tartalék annak érdekében, hogy biztosítható legyen a többéves pénzügyi keret 3. fejezetének kötelezettségvállalási plafonja felett 240,1 millió EUR összegű kötelezettségvállalási előirányzat. Támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra. Para hacer frente a las necesidades humanitarias y dado que los recortes del presupuesto se han hecho más severos, se recurre, una vez más, a los márgenes de flexibilidad de recursos no empleados en 2016, para poder usarlos en materia migratoria una vez más se ven mezclados refugiados, la seguridad de las fronteras y los acuerdos con Turquía para que actúe como guardián externo de fronteras; con una, cuando menos, dudosa protección de los derechos humanos. Un total de 240,1 millones de euros para 2017 en pagos, que superará los techos de la rúbrica 3 del Presupuesto de la Unión, dedicada a Seguridad y Ciudadanía.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on the mobilisation of the Contingency Margin in 2016. The Commission proposed, together with Draft amending budget No 4/2016, to mobilise the Contingency Margin for 2016 for an amount of EUR 240,1 million so as to complement the commitment appropriations related to expenditure in heading 3 'Security and citizenship' in the general budget of the European Union for the financial year 2016. For the general budget of the Union for the financial year 2016, the Contingency Margin shall be mobilised to provide the amount of EUR 240.1 million in commitment appropriations over and above the commitment ceiling of heading 3 of the multiannual financial framework. I voted in favour because I believe that having regard to this very particular situation, the last-resort condition in Article 13(1) of Regulation (EU, Euratom) No 1311/2013 is fulfilled.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta decisión se ratifica el acuerdo alcanzado que contempla 1 900 millones destinados al margen para imprevistos y un paquete adicional de 500 millones para los agricultores. Hemos de ser conscientes de la importancia de dicho margen, sobre todo teniendo en cuenta la crisis agroalimentaria derivada del veto ruso que tantos efectos ha tenido en el ámbito agrario, con especial hincapié en el sector lácteo. Por ello es necesario votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El objetivo de esta decisión es dotar con 1 906,2 millones de euros adicionales las partidas: «Seguridad y Ciudadanía» y «Europa Global», que deberá compensarse con los fondos dedicados al «Crecimiento Sostenible» y en menor medida, «Administración».

Me opongo a la orientación global de los fondos dedicados a la crisis migratoria y de refugiados, la llamada «Europa Fortaleza», por haber convertido las fronteras europeas en cárceles al aire libre y tumbas para miles de migrantes. Reclamo que se respete el derecho a asilo y que se ponga en marcha una auténtica estrategia de desarrollo y de paz para los países de origen de los flujos migratorios, lo que requiere un aumento específico del presupuesto europeo en lugar de los parches propuestos. Por ello he votado en contra.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A mobilização do instrumento de flexibilidade está relacionada com a necessidade de complementar o financiamento do orçamento geral da União Europeia para o exercício de 2016, tendo em vista o financiamento das dotações para autorizações no âmbito da categoria 3 (Segurança e cidadania), para que permita ir além do limite máximo desta rubrica para o ano 2016 de acordo com o corrente quadro Financeiro Plurianual.

Além de não se tratar de dinheiro «novo», é adicionado um valor insuficiente para fazer face e ajudar à tomada de medidas contra a continuada crise dos migrantes e refugiados. Fica mais uma vez evidenciado o facto de os montantes previstos no QFP (nos seus limites) ficarem mais uma vez aquém dos necessários para fazer face às repetidas crises na UE, para não falar do que é necessário para uma efetiva política redistributiva que permita aos países e às regiões desfavorecidas aproximarem-se das regiões mais ricas.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Diesem Bericht konnte ich nicht zustimmen, da wiederum neue Spielräume für unvorhergesehene Ausgaben im Bereich „Sicherheit und Unionsbürgerschaft" aktiviert werden sollen.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Il regolamento che ha stabilito il quadro finanziario pluriennale per il periodo 2014-20201 (QFP), consente di utilizzare lo strumento del margine per imprevisti, che può arrivare fino allo 0,03% del reddito nazionale lordo dell'UE-28, come ultima istanza per rispondere a circostanze impreviste, qualora siano state esaurite tutte le altre opzioni disponibili all'interno del QFP. Per far fronte al fabbisogno derivante dalla crisi migratoria, dei rifugiati e della sicurezza, si è quindi deciso di aumentare gli stanziamenti di impegno per il 2016 per la rubrica 3 di 240,1 milioni di euro attraverso il margine per imprevisti, dopo aver già fatto ricorso allo strumento di flessibilità per 1 530 milioni di euro per le rubriche 3 e 4, ed avendo così esaurito tutti i margini di manovra all'interno del QFP. È innegabile come la rubrica 3 sia sotto particolare pressione, in ragione principalmente della crisi migratoria e dei rifugiati. Risulta pertanto difficile opporsi alla richiesta di mobilizzare queste risorse supplementari per l'anno in corso, anche se sono ormai alcuni anni che la questione migratoria è preponderante, e andrebbe valutata adeguatamente in sede di stesura degli annuali esercizi di bilancio. Trattandosi comunque del bilancio corrente, ho espresso parere favorevole a questa richiesta.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de gemeenschappelijke tekst over de gebruikmaking van de marge voor onvoorziene uitgaven 2016. De PVV beschouwt marges bij begrotingsposten als instrumenten om onverwachte overschrijdingen op die posten op te vangen. Een marge is geen algemene begrotingsbuffer. Geld uit de marge dat niet hoeft te worden aangewend voor de betreffende begrotingspost dient terug te vloeien naar de lidstaten.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće mobilizacije pričuve za nepredviđene izdatke za 2016. s obzirom na potpunu mobilizaciju fleksibilnog instrumenta u budžetu za 2016. (1 530 milijuna eura). Mobilizacija 240,1 milijuna eura putem doplatka za nepredviđene izdatke za 2016. je jedini dostupan instrument za rješavanje jaza između razine rashodnog stropa poglavlja 3 i dodatnih nepredviđenih potreba procijenjenih za 2016. Doplatak za nepredviđene izdatke je posljednje sredstvo reakcije na nepredviđene okolnosti te moramo osigurati dovoljnu količinu sredstava kako bi se mogli adekvatno nositi s novonastalim situacijama. Iako je migracijska kriza počela još 2015. godine, njezin utjecaj i posljedice osjećamo svakodnevno. Mobilizacija doplatka za nepredviđene izdatke je jedino moguće rješenje za zadovoljavanje proračunskih potreba pri obveznim izdavanjima. Dostupnost doplatka za nepredviđene izdatke u drugim poglavljima omogućava da se ova mobilizacija u potpunosti neutralizira u 2016.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o sprostitvi varnostne rezerve v letu 2016.

Podpiram sprostitev uporabe varnostne rezerve za leto 2016 v višini 240,1 milijona EUR za povečanje sredstev za prevzem obveznosti, nastalih zaradi potreb, ki izhajajo iz migracijske, begunske in varnostne krize.

7.13. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4/2016: Anpassung der Mittel aufgrund der jüngsten Entwicklungen im Bereich Migration und Sicherheit, Senkung der Mittel für Zahlungen und der Mittel für Verpflichtungen (A8-0350/2016 - José Manuel Fernandes)

Dichiarazioni di voto orali

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Con il seguente progetto vengono proposte delle modifiche alle spese sia sulle entrate che sulle spese del bilancio dell'esercizio 2017. Di particolare interesse sono i tagli dei fondi stanziati per la politica di coesione. Le motivazioni apportate dalla Commissione europea richiamano soltanto a un ritardo nell'implementazione di questi fondi nei paesi dell'Est. Questo aspetto mi lascia molto perplessa perché se fosse vero che le cause dei tagli alle spese sono i ritardi nell'implementazione, negli anni che seguono l'Europa si potrebbe ritrovare a dover far fronte a spese derivanti da impegni già assunti, senza avere le risorse necessarie. Per questo motivo ho deciso di astenermi.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — This file sought increased appropriations for Security and Citizenship, of which we are of the opinion, given the past performance of the EU in this regard, that the money will be spent furthering the EU's imperial adventures and also into Frontex which is not fit for purpose.

Thereafter, the file ties itself somewhat to migration but the reality is that the increased appropriations will be used in a nefarious way for security purposes, as well as the file reinforcing own resources to which we are opposed.

Therefore, I had to abstain.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser l'instrument de flexibilité en 2017, à hauteur de 530 millions d'euros, soit le plafond maximal autorisé. Cette somme servira à financer le soutien à des mesures destinées à gérer la crise des migrants. Ces sommes mobilisées iront ainsi financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés, ce qui est inacceptable. Toute somme mobilisée devrait l'être exclusivement pour le retour des clandestins dans leurs pays d'origine. Aussi ai-je voté contre cette résolution.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I abstained on this resolution. Whilst it will return some money to the UK (which was owed to the UK anyway), it simultaneously increases certain EU budget lines by a total of EUR 225 and creates 5 extra posts for Frontex.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą „2016 m. bendrojo biudžeto Taisomojo biudžeto Nr. 4 projektas. Asignavimų atnaujinimas siekiant atsižvelgti į naujausius pokyčius, susijusius su migracijos ir saugumo klausimais, mokėjimų ir įsipareigojimų asignavimų sumažinimą dėl bendrojo perkėlimo, ESIF veiklos pratęsimą, FRONTEX etatų plano pakeitimą ir įplaukų asignavimų (nuosavų išteklių) atnaujinimą“. Pritariu tam, kad būtų padidinti asignavimai pagal 3 išlaidų kategoriją mobilizuojant nenumatytų atvejų rezervo lėšas, taip pat paankstintas padidintos lėšų sumos skyrimas FRONTEX etatų planui. Be to, palankiai vertinu iš dalies papildytą Prieglobsčio, migracijos ir integracijos fondą (PMIF), tačiau vis dar susirūpinimą kelia tai, kad, nepaisant didelio biudžeto įvykdymo lygio, iki šiol faktiškai perkelta labai nedaug pabėgėlių.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser l'instrument de flexibilité en 2017 à hauteur de 530 millions d'euros, soit le plafond maximal autorisé. Les sommes mobilisées iront financer la politique de l'asile et de l'intégration des migrants clandestins, ce qui est inacceptable. J'ai résolument voté contre cette proposition de mobilisation: tout argent mobilisé par rapport à la crise des migrants devrait l'être pour les renvoyer dans leurs pays et les empêcher de (re)venir.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui soutient un ajustement budgétaire qui vise notamment à faire face aux besoins dans le domaine de la migration au vu de la situation migratoire à laquelle l'Union européenne a dû faire face. Il vise dès lors à pouvoir augmenter le niveau des crédits d'engagement, afin de pouvoir notamment fournir une aide d'urgence de 130 millions d'euros pour le Fonds «Asile, migration et intégration». Un montant de 70 millions d'euros est également prévu pour le Fonds pour la sécurité intérieure.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Fernandes sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio relativa alla mobilizzazione del margine per imprevisti nel 2016. Il Parlamento ha ritenuto necessario mobilizzare il margine per imprevisti per far fronte alle nuove esigenze derivanti dalla scoppio crisi migratoria e dei rifugiati e dal nuovo quadro della sicurezza. L'aumento degli stanziamenti per l'esercizio 2016 sforerà quindi il massimale dello 0,03 % del reddito nazionale lordo dell'UE, fissato dall'articolo 13 del regolamento (UE, Euratom) n. 1311/2013. Grazie a questa misura eccezionale saranno disponibili 240,1 milioni di euro in più, che dovranno essere impiegati per far fronte alle nuove sfide.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra. Modifica el presupuesto europeo con una actualización al alza de los niveles de recursos para seguridad y migraciones, que al ser insuficiente causa la necesidad de movilizar otros instrumentos, como los fondos para imprevistos, y reduciendo gastos, por ejemplo, en la Agencia de Medicinas Europea (radicada en Londres). Adelanta aprovisionamientos para dar continuidad al Plan Juncker; reduce créditos para las partidas dedicadas a Agricultura y Cohesión Territorial; y realiza adelantos para poder financiar al personal de Frontex. En total implica un aumento de 225,4 millones en crédito y, lo que es más importante, un descenso de 7 284,3 millones en pagos. También conduce a una disminución de las aportaciones de los Estados miembros al presupuesto.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente su labor en este informe sobre la actualización de los créditos, a fin de reflejar los últimos acontecimientos en material de migración y seguridad y la reducción de los créditos de pago y compromiso. Estoy de acuerdo con la consignación anticipada del FEIE, siempre que la reasignación a partir del MCE se compense debidamente en 2018. Esa consignación anticipada no prejuzga el plan de financiación final de la nueva propuesta de prórroga del FEIE, que debe decidirse de conformidad con el procedimiento legislativo ordinario.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne le projet de budget rectificatif nº 4/2016 sur l'actualisation des crédits visant à prendre en considération l'évolution récente de la situation dans le domaine de la migration et de la sécurité et la réduction des crédits de paiement et d'engagement. La Commission propose une mobilisation de l'instrument de flexibilité en 2017, à hauteur de 530 millions d'euros, soit le plafond maximal autorisé. Cette somme servira à financer le soutien à des mesures destinées à gérer la crise des migrants. Totalement opposée aux politiques d'asile et d'intégration des réfugiés et persuadée que l'arrivée massive en Europe de migrants est plutôt un risque pour notre sécurité, j'ai naturellement voté contre ce texte.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Anche se il provvedimento riunisce operazioni eterogenee con valenza politica e implicazioni differenti, risultando in ultima istanza un groviglio di interventi poco coerenti in termini di senso, non si posso ignorare che esso riduce la nostra contribuzione nazionale al bilancio UE 2016 di 500 milioni di euro, ho quindi inteso esprimermi con un voto di astensione.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat nej till budgetbetänkandet.

Budgeten är alltför stor och omfattande. Till exempel inom jordbrukspolitiken som kostar för mycket och har negativ inverkan på miljön, klimatet och djurhållningen. De oöverskådliga regional- och strukturfonderna, som också är utsatta för omfattande bedrägerier, borde också skäras ner.

Jag motsätter mig satsningarna på Frontex, som innebär fortsatt byggande av Fästning Europa, vilket tvingar människor på flykt från krig och förtryck och att riskera sina liv för att ta sig till en fristad. Detta, och initiativ för ökad militarisering av EU, är helt fel väg för en union som hävdar att den försvarar mänskliga rättigheter och är ett fredsprojekt.

Det krävs åtgärder inom EU-institutionerna som innefattar sänkning av överdrivet höga löner, ersättningar och andra typer av privilegier. Detta är några av de skäl som gör att jag väljer att rösta nej till budgeten.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El proyecto de presupuesto rectificativo n.º 4/2016 reduce el nivel de los créditos de pago en 7 284,3 millones de euros, principalmente en líneas presupuestarias de la subrúbrica 1b (Cohesión económica, social y territorial), y disminuye, por tanto, las contribuciones nacionales de manera acorde, todo ello derivado de la acumulación de importantes retrasos en la ejecución de los programas de la Unión.

Asimismo, este rectificativo, que ha contado con mi voto favorable, incrementa el nivel de los créditos de compromiso de la rúbrica 3 (Seguridad y ciudadanía) en 50 millones de euros para el instrumento de ayuda de emergencia en la Unión, 130 millones para el Fondo de Asilo, Migración e Integración y 70 millones para el Fondo de Seguridad Interior, lo que exige la movilización del Margen para Imprevistos por un importe total de 240,1 millones de euros. Además, adelanta la dotación del Fondo Europeo de Inversiones Estratégicas mediante una reasignación de 73,9 millones de euros en créditos de compromiso del componente energético del Mecanismo Conectar Europa, que se compensará en 2018.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes juo Parlamentas patvirtino Tarybos poziciją dėl Taisomojo biudžeto Nr. 4/2016. Juo daromi asignavimų atnaujinimai siekiant atsižvelgti į naujausius pokyčius, susijusius su migracijos ir saugumo klausimais, į mokėjimų ir įsipareigojimų asignavimų sumažinimą dėl bendrojo perkėlimo, ESIF veiklos pratęsimą, FRONTEX etatų plano pakeitimą ir įplaukų asignavimų (nuosavų išteklių) atnaujinimą.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi álláspontho kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

A 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet 7 284,3 millió EUR összeggel csökkenti a kifizetési előirányzatok szintjét és ezért ennek megfelelően csökkenti a nemzeti hozzájárulásokat.

Az Európai Parlament szerint a jelenlegi pénzügyi keret vége felé jelentősen fel fognak halmozódni a kifizetési kérelmek ezért fontos, hogy elkerüljük a korábbi hétéves keretterv alatt kialakult likviditási válságot, amikor a Bizottság nem tudta kifizetni a tagállamoknak a megvalósított projektek után benyújtott számlákat. A többéves pénzügyi keret felülvizsgálata kapcsán minden javaslatot csak akkor tudunk támogatni, ha megfelelő garanciát kapunk: a már futó felzárkóztatási programok és az agrártámogatások kifizetéseire lesz elegendő forrás az éves költségvetésekben.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se s predlogom spremembe proračuna št. 4/2016, saj so potrebne spremembe zaradi najnovejših dogajanj na področju migracij in varnosti.

Prav tako se pozna padec funta proti evru, kar je pripeljalo do pričakovanega primanjkljaja prihodkov. Komisija je zagotovila, da bo ta primanjkljaj pokrila s prihodki od glob.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o Nacrtu izmjena proračuna, čiji je glavni učinak smanjenje razine plaćanja sredstava u visini od 7,2 milijarde EUR. Taj novac će se vratiti državama članicama.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce texte, qui vise à ajuster le budget à hauteur de 250 millions d'euros à travers une mobilisation de la marge pour imprévus destinée à faire face aux besoins de la politique d'asile et d'intégration des migrants, est par nature inacceptable, ces sommes devant être exclusivement réservées, selon moi, au financement du retour de ces migrants dans leurs pays d'origine.

Je vote donc contre.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il progetto di bilancio rettificativo (PBR) n 4/2016 diminuisce il livello degli stanziamenti di pagamento di 284,3 milioni di euro. Da tenere presente è che aumenta il livello degli stanziamenti d'impegno nella sezione 3 Sicurezza e cittadinanza, di 50 milioni di euro per fornire aiuti di emergenza nell'Unione; oltre ai 130 milioni di euro per il Fondo asilo, migrazione e integrazione (AMIF) e i 70 milioni di euro per il Fondo di sicurezza interna (ISF). Tenendo anche conto che il PBR n 4/2016 si concentra sulla dotazione del Fondo europeo per gli investimenti strategici (EFSI) attraverso la ridistribuzione di 73,9 milioni di euro in stanziamenti d'impegno; e che

modifica l'array di Frontex. Destano preoccupazione i pagamenti in eccesso di 284,3 milioni di euro, con conseguenti ritardi nell'attuazione dei programmi UE nell'ambito della gestione concorrente. È necessaria la mobilitazione del margine di contingenza e il rafforzamento della tavola di Frontex. Inoltre è fondamentale la ricostruzione parziale dell'AMIF, poiché solo poche delocalizzazioni di rifugiati sono state effettivamente eseguite. Infine è positiva la fornitura proattiva di EFSI, a condizione che il ridispiegamento dalla CEF sia debitamente compensato nel 2018. Pertanto il bilancio rettificativo n 4/2016 è stato definitivamente adottato.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione che apporta un aggiornamento degli stanziamenti in relazione ai recenti sviluppi delle questioni migratorie e di sicurezza. La relazione approva gli aumenti proposti attraverso la mobilizzazione del margine per gli imprevisti, che rappresenta allo stato attuale l'unico strumento disponibile in dotazione. Richiede, inoltre, l'anticipo nel 2016 dell'aumento dell'organico di Frontex al fine di rafforzare le operazioni di rimpatrio, assistenza pre-rimpatrio, le operazioni congiunte, le analisi dei rischi e le risorse comuni. Infine, sollecita ad anticipare la dotazione del Fondo europeo per gli interventi strategici (FEIS), attraverso un rafforzamento di 73.9 milioni di EUR e la riassegnazione del CEF. Tale anticipo sarà debitamente compensato nel 2018 e non danneggerà il piano di finanziamento finale della nuova proposta di proroga del FEIS.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – While I fully support the increase in expenditure related to the ongoing humanitarian crisis with thousands of people fleeing conflicts in Syria and Iraq, I do not support either the proposed increase in expenditure for security measures, or the expenses related to the EU-Turkey declaration on refugees.

The increased security measures and the EU-Turkey declaration aim to bolster 'Fortress Europe' thereby preventing refugees from exercising their right to seek asylum as laid down in Article 18 of the Charter of Human Rights.

Therefore, I voted abstention

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this binding budgetary report. This amending budget would increase EU budget ceilings by a net total of EUR 255 million and also create 50 new posts for Frontex (the EU border force). However it also cuts the amount of payment appropriations from the EU budget by over EUR 7 billion and gives this money back to Member States. Our calculation shows that the UK would get an estimated EUR 1.6 billion back. While UKIP cannot vote in favour of increasing EU budgets, we can't oppose getting money back for the UK – which is the reason why UKIP abstained.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά με το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 4/2016 της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2016 και συγκεκριμένα για την επικαιροποίηση των πιστώσεων προκειμένου να αντικατοπτρίζονται οι πλέον πρόσφατες εξελίξεις σε θέματα μετανάστευσης και ασφάλειας, τη μείωση των πιστώσεων πληρωμών και αναλήψεων υποχρεώσεων, την τροποποίηση του πίνακα προσωπικού του Frontex και την επικαιροποίηση των πιστώσεων εσόδων. Θεωρώ πως, παρότι η έκθεση αυτή μπορούσε να συμβάλει στην ορθότερη κατανομή των πόρων της Ευρώπης, δεν επιτυγχάνει τους στόχους της, γι' αυτό και αποφάσισα να απέχω.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – In Italia al momento sta prevalendo una sensazione di profonda solitudine: i cittadini si sentono abbandonati dall'Europa alla volubilità dei flussi migratori e alle conseguenze degli stessi. Pertanto, il mio voto propizio quest'oggi mira ad una reazione europea, in aiuto dei paesi in balia della crisi migratoria, atta a trasformare la situazione attualmente drammatica in un sistema efficiente ed innovativo fatto di accoglienza, ma anche di regole ben precise da rispettare. Solo tramite risposte concrete e congiunte si potrà evitare la disaffezione e l'antieuropeismo che ormai regnano sovrani. Plaudo, coerentemente con quanto affermato, con la decisione di innalzare i livelli di stanziamento di impegno previsti nella rubrica «sicurezza e cittadinanza» grazie ai EUR 250 milioni in parte forniti dal margine per gli imprevisti del 2016. Del pari, l'anticipo della dotazione del Fondo europeo per gli investimenti strategici mediante una riassegnazione di EUR 73,9 milioni non fa che accrescere le aspettative verso un miglioramento. Tuttavia, nonostante i programmi nazionali di esecuzione degli stanziamenti messi a disposizione dall'UE, finora sono avvenute soltanto alcune delle ricollocazioni di rifugiati inizialmente previste. Gli Stati non devono permettersi di accettare solo i benefici senza assumersi gli oneri ad essi connessi.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the Council position on Draft amending budget No 4/2016 of the European Union for the financial year 2016: Update of appropriations to reflect the latest developments on migration and security issues, reduction of payment and commitment appropriations as a result of the Global Transfer, extension of EFSI, modification of the staff establishment plan of Frontex and update of revenue appropriations.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Este orçamento retificativo reflete dois objetivos distintos. Por um lado, permite uma reafectação de fundos atendendo à execução orçamental verificada até aqui. Por outro lado, permite reajustar o orçamento aos novos instrumentos legislativos entretanto aprovados, bem como fazer face a imprevistos.

Assim, apesar de necessário, apoio o relator na sua preocupação pelo atraso na execução dos programas de financiamento da União, evidente pela redução de pagamentos em cerca de sete mil milhões de euros. Diversamente, verifico com agrado a elevada execução dos programas no âmbito da Segurança e Justiça, pese embora este nível de solidariedade da União não encontre correspondência no número de refugiados recolocados pelos Estados-Membros.

Finalmente, vejo com agrado a antecipação de fundos para a nova Guarda Europeia de Fronteiras e Costeira, permitindo a sua plena entrada em funcionamento.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del progetto di bilancio rettificativo (PBR) n 4 per l'anno 2016 in quanto in termini di stanziamenti d'impegno di sono resi necessari incrementi significativi in tema di sicurezza e cittadinanza, migrazione e integrazione, e sicurezza interna.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Z powodu konieczności uwzględnienia zmieniającej się sytuacji wymagającej aktualizacji środków zagłosowałem za przyjęciem projektu budżetu korygującego nr 4 do budżetu ogólnego na rok 2016. W związku z kryzysem migracyjnym i uchodźczym, zmniejszeniem środków na płatności w wyniku powolnego wdrażania programów związanych z polityką regionalną istnieje potrzeba wprowadzenia aktualizacji i przesunięć korygujących. Proponowana aktualizacja zawiera dokładny opis mechanizmów związanych z przesunięciami oraz proponuje konkretne skompensowanie strat.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this resolution as it grants the Union additional funds in order to adequately tackle the latest developments on migration and security within the European Union. The increase of the Instrument for emergency support can help Member States dealing with the increased inflows of arrivals in the Union, and thus acts as a support measure to Member States which are most effected by the humanitarian crisis.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport constitue un des rapports budgétaires rectificatifs pour l'année 2016. Il propose dans ce cadre une diminution de 7 284 millions d'euros (en excédent) sur le volet de la cohésion économique, sociale et territoriale, réduisant donc les contributions nationales en conséquence, et propose une augmentation de 50 millions d'euros pour l'instrument destiné à fournir une aide d'urgence au sein de l'Union, de 130 millions d'euros pour le Fonds «Asile, migration et intégration» (AMIF) et de 70 millions d'euros pour le Fonds pour la sécurité intérieure (FSI). Enfin, ce projet de budget rectificatif concentre de manière anticipée le provisionnement du Fonds européen pour les investissements stratégiques (EFSI) par l'intermédiaire d'un redéploiement de 73,9 millions d'euros en crédits d'engagement à partir du volet «énergie» du mécanisme pour l'interconnexion en Europe (MIE-Énergie). Considérant qu'il est nécessaire de réattribuer les crédits excédentaires sur les urgences du moment, à savoir l'investissement, la croissance, la sécurité et les migrations, je tiens à pointer du doigt le risque de non-paiements à la fin de l'exercice sur le volet «cohésion économique, sociale et territoriale», qu'il conviendra de traiter dans le cadre des prochains exercices budgétaires. J'ai voté pour ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this binding budgetary report. This amending budget would increase EU budget ceilings by a net total of EUR 255 million and also create 50 new posts for Frontex (the EU border force). However it also cuts the amount of payment appropriations from the EU budget by over EUR 7 billion and gives this money back to Member States. Our calculation shows that the UK would get an estimated EUR 1.6 billion back. While UKIP cannot vote in favour of increasing EU budgets, we can't oppose getting money back for the UK – which is the reason why UKIP abstained.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du projet de budget rectificatif (PBR) nº 4/2016. Celui-ci actualise les crédits déployés au cours de l'année 2016, pour rendre compte des augmentations de dépenses effectuées pour la sécurité des citoyens européens et les excédents de paiements liés à des retards importants dans la mise en œuvre des programmes de l'Union dont la gestion est partagée avec les États membres. Plus particulièrement, le projet de budget rectificatif retranscrit dans le budget européen les dépenses liées au renforcement des effectifs et moyens de Frontex, qui ont permis la constitution du corps européen de garde-frontières et de garde-côtes.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi álláspontho kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

A 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet 7 284,3 millió EUR összeggel csökkenti a kifizetési előirányzatok szintjét és ezért ennek megfelelően csökkenti a nemzeti hozzájárulásokat.

A költségvetés bevételi oldalát illetően a 4/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezet tartalmazza a tradicionális saját forrásokra (vagyis a vámokra és a cukorilletékre), valamint a hozzáadottérték-adón (héa) és a bruttó nemzeti jövedelmen (GNI) alapuló forrásokra vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatát, valamint az érintett brit korrekciók elszámolását és azok finanszírozását is.

Az Európai Parlament szerint a jelenlegi pénzügyi keret vége felé jelentősen fel fognak halmozódni a kifizetési kérelmek ezért fontos, hogy elkerüljük a korábbi hétéves keretterv alatt kialakult likviditási válságot, amikor a Bizottság nem tudta kifizetni a tagállamoknak a megvalósított projektek után benyújtott számlákat. A többéves pénzügyi keret felülvizsgálata kapcsán minden javaslatot csak akkor tudunk támogatni, ha megfelelő garanciát kapunk: a már futó felzárkóztatási programok és az agrártámogatások kifizetéseire lesz elegendő forrás az éves költségvetésekben.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai bien évidemment voté en faveur du rapport de José Manuel Fernandes relatif au projet de budget rectificatif nº 4/2016 qui, au même titre d'ailleurs que les budgets rectificatifs nº 5 et nº 6, fait partie de l'accord global intervenu entre le Parlement européen et le Conseil sur le budget 2017.

Ce projet de budget rectificatif augmente en particulier de plus de 240 millions d'euros les crédits d'engagement inscrits à la rubrique 3, «sécurité et citoyenneté», ce que je considère à la fois nécessaire et urgent. Je serais totalement satisfait si, par ailleurs, 7,284 millions d'euros n'étaient pas ristournés aux États membres suite aux retards dans la mise en œuvre des fonds de cohésion. La crise des paiements n'en sera que plus rude à partir de l'année 2019.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi álláspontho kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

A 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet 7 284,3 millió EUR összeggel csökkenti a kifizetési előirányzatok szintjét és ezért ennek megfelelően csökkenti a nemzeti hozzájárulásokat.

A költségvetés bevételi oldalát illetően a 4/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezet tartalmazza a tradicionális saját forrásokra (vagyis a vámokra és a cukorilletékre), valamint a hozzáadottérték-adón (héa) és a bruttó nemzeti jövedelmen (GNI) alapuló forrásokra vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatát, valamint az érintett brit korrekciók elszámolását és azok finanszírozását is.

Az Európai Parlament szerint a jelenlegi pénzügyi keret vége felé jelentősen fel fognak halmozódni a kifizetési kérelmek ezért fontos, hogy elkerüljük a korábbi hétéves keretterv alatt kialakult likviditási válságot, amikor a Bizottság nem tudta kifizetni a tagállamoknak a megvalósított projektek után benyújtott számlákat. A többéves pénzügyi keret felülvizsgálata kapcsán minden javaslatot csak akkor tudunk támogatni, ha megfelelő garanciát kapunk: a már futó felzárkóztatási programok és az agrártámogatások kifizetéseire lesz elegendő forrás az éves költségvetésekben.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport.

La Commission propose de mobiliser l'instrument de flexibilité en 2017, à hauteur de 530 millions d'euros, soit le plafond maximal autorisé. Il s'agit de nouveaux financements des politiques d'asile, ce à quoi nous nous opposons fermement. Au contraire, il faut favoriser le retour des clandestins dans leurs pays.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Οι λανθασμένοι χειρισμοί της ΕΕ στην αντιμετώπιση της λαθρομετανάστευσης, η ακατάλληλη χρήση του προσωπικού της Frontex και η στήριξη του αποτυχημένου σχεδίου Junker, σε συνάρτηση με την εφαρμογή ενός λανθασμένου Πολυετούς Δημοσιονομικού Πλαισίου, οδηγούν στην κακή χρήση των πόρων της Ένωσης.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi álláspontho z kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

A 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet 7 284,3 millió EUR összeggel csökkenti a kifizetési előirányzatok szintjét és ezért ennek megfelelően csökkenti a nemzeti hozzájárulásokat.

A költségvetés bevételi oldalát illetően a 4/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezet tartalmazza a tradicionális saját forrásokra (vagyis a vámokra és a cukorilletékre), valamint a hozzáadottérték-adón (héa) és a bruttó nemzeti jövedelmen (GNI) alapuló forrásokra vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatát, valamint az érintett brit korrekciók elszámolását és azok finanszírozását is.

Az Európai Parlament szerint a jelenlegi pénzügyi keret vége felé jelentősen fel fognak halmozódni a kifizetési kérelmek ezért fontos, hogy elkerüljük a korábbi hétéves keretterv alatt kialakult likviditási válságot, amikor a Bizottság nem tudta kifizetni a tagállamoknak a megvalósított projektek után benyújtott számlákat. A többéves pénzügyi keret felülvizsgálata kapcsán minden javaslatot csak akkor tudunk támogatni, ha megfelelő garanciát kapunk: a már futó felzárkóztatási programok és az agrártámogatások kifizetéseire lesz elegendő forrás az éves költségvetésekben.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: ce texte vise à ajuster le budget 2016 de l'UE pour faire face à la crise des réfugiés à hauteur de 250 millions d'euros, à travers une mobilisation de la marge pour imprévus de 2016.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente relazione avente ad oggetto il progetto di bilancio rettificativo (PBR) n. 4/2016 poiché contiene una serie di elementi che portano a un rafforzamento di 225,4 milioni di EUR in stanziamenti di impegno. Inoltre, il progetto propone l'aggiornamento degli stanziamenti in relazione alla crisi dei migranti e dei rifugiati.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo, nonostante alcuni punti positivi, non posso che rimarcare le inefficienze di gestione del bilancio europeo.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Οι λανθασμένοι χειρισμοί της ΕΕ στην αντιμετώπιση της λαθρομετανάστευσης, η ακατάλληλη χρήση του προσωπικού της Frontex και η στήριξη του αποτυχημένου σχεδίου Junker, σε συνάρτηση με την εφαρμογή ενός λανθασμένου Πολυετούς Δημοσιονομικού Πλαισίου, οδηγούν στην κακή χρήση των πόρων της Ένωσης, γι' αυτό καταψηφίζω το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 4/2016: Επικαιροποίηση των πιστώσεων προκειμένου να ληφθούν υπόψη οι πρόσφατες εξελίξεις σε θέματα μετανάστευσης και ασφάλειας, μείωση των πιστώσεων πληρωμών και ανάληψης υποχρεώσεων.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The main effect of Draft Amending Budget (DAB) 4/2016 is a decrease in the level of payment appropriations by EUR 7.3 billion due to under implementation. This money will go back to Member States.

DAB 4/2016 also includes among others a reinforcement by +EUR 240.1 million in commitment appropriations for security and citizenship (heading 3) and a frontloading of the staffing for the new European Border and Coast Guard Regulation.

An agreement on this amending budget was reached in the framework of the budget conciliation on 2017 EU Budget.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi álláspontho kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

A 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet 7 284,3 millió EUR összeggel csökkenti a kifizetési előirányzatok szintjét és ezért ennek megfelelően csökkenti a nemzeti hozzájárulásokat.

A költségvetés bevételi oldalát illetően a 4/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezet tartalmazza a tradicionális saját forrásokra (vagyis a vámokra és a cukorilletékre), valamint a hozzáadottérték-adón és a bruttó nemzeti jövedelmen alapuló forrásokra vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatát, valamint az érintett brit korrekciók elszámolását és azok finanszírozását is.

Az Európai Parlament szerint a jelenlegi pénzügyi keret vége felé jelentősen fel fognak halmozódni a kifizetési kérelmek ezért fontos, hogy elkerüljük a korábbi hétéves keretterv alatt kialakult likviditási válságot, amikor a Bizottság nem tudta kifizetni a tagállamoknak a megvalósított projektek után benyújtott számlákat. A többéves pénzügyi keret felülvizsgálata kapcsán minden javaslatot csak akkor tudunk támogatni, ha megfelelő garanciát kapunk: a már futó felzárkóztatási programok és az agrártámogatások kifizetéseire lesz elegendő forrás az éves költségvetésekben.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi álláspontho kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

A 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet 7 284,3 millió EUR összeggel csökkenti a kifizetési előirányzatok szintjét és ezért ennek megfelelően csökkenti a nemzeti hozzájárulásokat.

A költségvetés bevételi oldalát illetően a 4/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezet tartalmazza a tradicionális saját forrásokra (vagyis a vámokra és a cukorilletékre), valamint a hozzáadottérték-adón (héa) és a bruttó nemzeti jövedelmen (GNI) alapuló forrásokra vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatát, valamint az érintett brit korrekciók elszámolását és azok finanszírozását is.

Az Európai Parlament szerint a jelenlegi pénzügyi keret vége felé jelentősen fel fognak halmozódni a kifizetési kérelmek ezért fontos, hogy elkerüljük a korábbi hétéves keretterv alatt kialakult likviditási válságot, amikor a Bizottság nem tudta kifizetni a tagállamoknak a megvalósított projektek után benyújtott számlákat. A többéves pénzügyi keret felülvizsgálata kapcsán minden javaslatot csak akkor tudunk támogatni, ha megfelelő garanciát kapunk: a már futó felzárkóztatási programok és az agrártámogatások kifizetéseire lesz elegendő forrás az éves költségvetésekben.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe considerando que el proyecto de presupuesto rectificativo reduce el nivel de los créditos de pago en 7 284,3 millones de euros. Es preocupante este excedente de 7 284,3 millones, que es el resultado de retrasos importantes en la ejecución de los programas de la Unión en gestión compartida y, sienta las bases para una importante acumulación de solicitudes de pago al final del marco financiero plurianual vigente.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich habe dem Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans zugestimmt. Es handelt sich hierbei um eine haushaltstechnische Ausführung finanzieller Mittel wie z.B. die Umverteilung von 240,1 Mio. EUR aus der Reserve für unvorhergesehene Ausgaben in die Rubrik „Sicherheit und Unionsbürgerschaft".

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the Draft Amending Budget No 4/2016 which reflects the latest developments on migration, security, reduction of payments and commitment appropriation.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Al igual que en la Movilización del Margen para Imprevistos en 2017, voto en contra. En esta ocasión se moviliza otro instrumento financiero, un total de 530 millones durante cuatro años a precios actuales. Estos instrumentos utilizan la ingeniería económica y para no proceder a un cambio sustancial en el Presupuesto de la Unión, que es escaso, y ha demostrado no estar a la altura de las circunstancias en la crisis de migración. Y mezclan términos securitarios con la ayuda humanitaria. Desde mi punto de vista no debería militarizarse este tipo de crisis, ni usarse este tipo de instrumentos para aparentar una supuesta ayuda que no se está dando, sino avalando.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which has been adopted in BUDG by a broad majority.

The main effect of Draft Amending Budget (DAB) 4/2016 is a decrease in the level of payment appropriations by EUR 7.3 billion due to under implementation. This money will go back to Member States.

DAB 4/2016 also includes among others a reinforcement by +EUR 240.1 million in commitment appropriations for security and citizenship (heading 3) and a frontloading of the staffing for the new European Border and Coast Guard Regulation.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi álláspontho kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

A 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet 7 284,3 millió euróval csökkenti a kifizetési előirányzatok szintjét és ezért ennek megfelelően csökkenti a nemzeti hozzájárulásokat.

A költségvetés bevételi oldalát illetően a 4/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezet tartalmazza a tradicionális saját forrásokra (vagyis a vámokra és a cukorilletékre), valamint a hozzáadottérték-adón (HÉA) és a bruttó nemzeti jövedelmen (GNI) alapuló forrásokra vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatát, valamint az érintett brit korrekciók elszámolását és azok finanszírozását is.

Az Európai Parlament szerint a jelenlegi pénzügyi keret vége felé jelentősen fel fognak halmozódni a kifizetési kérelmek ezért fontos, hogy elkerüljük a korábbi hétéves keretterv alatt kialakult likviditási válságot, amikor a Bizottság nem tudta kifizetni a tagállamoknak a megvalósított projektek után benyújtott számlákat. A többéves pénzügyi keret felülvizsgálata kapcsán minden javaslatot csak akkor tudunk támogatni, ha megfelelő garanciát kapunk: a már futó felzárkóztatási programok és az agrártámogatások kifizetéseire lesz elegendő forrás az éves költségvetésekben.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Beim vierten Berichtigungshaushalt zum laufenden Haushaltsjahr wird eine Aufstockung von 225,4 Mio. EUR bezüglich der Verpflichtungen beantragt. Begründet wird dieser Antrag mit zusätzlichen Aufgaben zur Bewältigung der Migrationskrise einerseits sowie mit Mehrausgaben beim so genannten Juncker-Plan, also dem Finanzierungsinstrument EFSI; gleichzeitig wird eine Reduktion der Zahlungen um 7,27 Milliarden EUR wegen der langsamen Umsetzung von Kohäsionsprogrammen beantragt. Während die Aufstockung im Zusammenhang mit der Migrationskrise und die Reduktion der Zahlungen zu begrüßen sind, kann ich zusätzlichen Ausgaben für EFSI, welches ein Programm ohne zusätzliche positive Effekte ist, nicht zustimmen. Daher habe ich mich der Stimme enthalten.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 4/2016 Europske unije za financijsku godinu 2016.: Ažuriranje odobrenih sredstava kako bi se u obzir uzela najnovija kretanja u domeni migracija i sigurnosti, smanjenje odobrenih sredstava za plaćanja i preuzimanje obveza kao rezultat globalnog prijenosa, produljenje trajanja EFSU-a, izmjena plana radnih mjesta u Frontexu i ažuriranje odobrenih sredstava prihoda jer smatram da je predložena preraspodjela korektna i da će doprinijeti sveukupnoj učinkovitosti proračuna Unije. Smatram da je pozitivno to što su se povećala sredstva za Fond za azil, migracije i integracije, mobilizirala pričuva za nepredviđene izdatke, te pojačalo financiranje EFSU-a. Međutim, potrebno je također naglasiti da postoje kašnjenja u provedbi programa EU-a, te da je premješten samo mali broj izbjeglica.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je n'entends pas soutenir un projet dont l'ambition est de financer les politiques d'asile et d'intégration des prétendus réfugiés, alors que la seule décision évidente serait de mobiliser ces moyens pour le retour de ces populations dans leurs pays d'origine.

J'ai voté contre.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte, qui augmente notamment les fonds pour la sécurité (70 millions d'euros pour le Fonds de sécurité intérieure) ou les migrations (130 millions d'euros pour le Fonds pour l'asile, la migration et l'intégration), car il permet de faire face à l'aggravation actuelle de la situation dans ces domaines. Ce projet de budget rectificatif comprend aussi la création de 50 postes supplémentaires pour Frontex ou encore une prolongation de l'existence du Fonds européen pour les investissements stratégiques, deux mesures souhaitables.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich lehne den vorgelegten Bericht ab. Er spricht sich dafür aus, dass der Zahlungsrückstand bis 2020 nur gedeckt werden kann, wenn alle Spielräume vollständig ausgeschöpft und als Sicherheitsmaßnahme die jährlichen Obergrenzen aufgehoben werden. Dies läuft auf eine massive Erhöhung des EU-Budgets hinaus, und das, obwohl Migrations- und Flüchtlingsfragen gar nicht in die Kompetenzen der Union fallen.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Beim vierten Berichtigungshaushalt zum laufenden Haushaltsjahr wird eine Aufstockung von 225,4 Mio. EUR bezüglich der Verpflichtungen beantragt. Begründet wird dieser Antrag mit zusätzlichen Aufgaben zur Bewältigung der Migrationskrise einerseits sowie mit Mehrausgaben beim so genannten Juncker-Plan, also dem Finanzierungsinstrument EFSI; gleichzeitig wird eine Reduktion der Zahlungen um 7,27 Milliarden EUR wegen der langsamen Umsetzung von Kohäsionsprogrammen beantragt. Während die Aufstockung im Zusammenhang mit der Migrationskrise und die Reduktion der Zahlungen zu begrüßen sind, kann ich zusätzlichen Ausgaben für EFSI, welches ein Programm ohne zusätzliche positive Effekte ist, nicht zustimmen. Daher habe ich mich der Stimme enthalten.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi álláspontho kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

A 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet 7 284,3 millió EUR összeggel csökkenti a kifizetési előirányzatok szintjét és ezért ennek megfelelően csökkenti a nemzeti hozzájárulásokat.

A költségvetés bevételi oldalát illetően a 4/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezet tartalmazza a tradicionális saját forrásokra (vagyis a vámokra és a cukorilletékre), valamint a hozzáadottérték-adón (héa) és a bruttó nemzeti jövedelmen (GNI) alapuló forrásokra vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatát, valamint az érintett brit korrekciók elszámolását és azok finanszírozását is.

Az Európai Parlament szerint a jelenlegi pénzügyi keret vége felé jelentősen fel fognak halmozódni a kifizetési kérelmek ezért fontos, hogy elkerüljük a korábbi hétéves keretterv alatt kialakult likviditási válságot, amikor a Bizottság nem tudta kifizetni a tagállamoknak a megvalósított projektek után benyújtott számlákat. A többéves pénzügyi keret felülvizsgálata kapcsán minden javaslatot csak akkor tudunk támogatni, ha megfelelő garanciát kapunk: a már futó felzárkóztatási programok és az agrártámogatások kifizetéseire lesz elegendő forrás az éves költségvetésekben.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – There is no doubt that the humanitarian and migratory challenges that we face today were not accounted for when the current MFF was adopted back in 2013. Therefore, even with the systemic mobilisation of the totality of the Flexibility Instrument under heading 3 (Security and citizenship) in the coming years, the financial resources available will not be sufficient to tackle the increased needs. We need a fair distribution of funding according to priorities, in full transparency and accountability. For that reason, I welcome the proposal of the Commission in the context of the MFF mid-term revision which aims to increase the capability of the budget to react quickly and adequately to unforeseen events. In light of this, I strongly support the mobilisation of the Flexibility Instrument to supplement the financing available in the general budget of the Union for the financial year 2017, beyond the ceilings of heading 3 (Security and citizenship) by the amount of EUR 530 million to finance measures in the field of migration, refugees and security.

Javi López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor del informe sobre el presupuesto rectificativo n.º 4/2016, porque el principal efecto es una disminución del importe de los créditos de pago en 7 300 millones por la baja ejecución. También incluye un refuerzo de más de 240,1 millones de euros en créditos de compromiso para la rúbrica 3 y una distribución anticipada de la dotación de personal para el nuevo reglamento de la Guardia Costera.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – U nacrtu izmjene proračuna br. 4/2016 iznos odobrenih sredstava za plaćanja smanjuje se za 7 284,3 milijuna EUR, ponajviše u proračunskim linijama u podnaslovu 1.b Ekonomska, socijalna i teritorijalna kohezija, te se stoga u skladu s time smanjuju nacionalni doprinosi. Istodobno se povećava financiranje za sigurnost i Fonda za azil, migracije i integraciju. Izvješće naglašava zabrinutost u vezi s viškom sredstava za plaćanja u iznosu od 7 284,3 milijuna EUR, što je rezultat velikih kašnjenja u provedbi programa EU-a u okviru podijeljenog upravljanja.

Ističe se nužnost pojačanog financiranja EFSU-a na početku njegova razdoblja provedbe, pod uvjetom da se preraspodjela iz Instrumenta za povezivanje Europe nadoknadi u 2018. Ovo izvješće prihvaća stajalište Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 4/2016, stoga sam ga podržala.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απείχα κάτα την ψηφοφορία της έκθεσης σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου όσον αφορά το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 4/2016 της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2016: Επικαιροποίηση των πιστώσεων προκειμένου να αντικατοπτρίζονται οι πλέον πρόσφατες εξελίξεις σε θέματα μετανάστευσης και ασφάλειας, μείωση των πιστώσεων πληρωμών και αναλήψεων υποχρεώσεων ως αποτέλεσμα της συνολικής μεταφοράς, παράταση λειτουργίας του ΕΤΣΕ, τροποποίηση του πίνακα προσωπικού του Frontex και επικαιροποίηση των πιστώσεων εσόδων, διότι δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce rapport porte sur le changement du budget de l'Union européenne pour 2016. Cette modification a pour objectif d'utiliser la marge budgétaire à hauteur de 250 millions d'euros pour financer la politique européenne immigrationniste. Nous nous opposons à cette proposition scandaleuse.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – Regarding the report on Draft amending budget No 4/2016, I voted in favour. Supporting this report means looking forward to a more in-depth update of appropriations that can better reflect the latest developments in terms of migratory and security issues. Amending the budget represents the increase and mobilisation of funds that will be assigned to the Asylum, Migration, and Integration Fund as well as the Internal Security Fund and assist with their efforts to handle the migratory situation affecting the Member States.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Šiuo pasiūlymu numatoma skirti papildomų lėšų priemonėms, kuriomis sprendžiami migracijos, pabėgėlių ir saugumo krizės klausimai.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce texte vise à ajuster le budget 2016 de l'UE pour faire face à la crise des réfugiés à hauteur de 250 millions d'euros, à travers une mobilisation de la marge pour imprévus de 2016. Ces sommes devront être compensées par une baisse des crédits affectés à l'administration. Ces sommes mobilisées iront cependant financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés, ce qui n'est pas concevable selon nous. Toute somme mobilisée devrait l'être exclusivement pour le retour des clandestins dans leurs pays d'origine. En conséquence, j'ai voté contre cette résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O presente projeto de orçamento retificativo n.º 4/2016 (POR n.º 4/2016) diminui o nível das dotações de pagamento em 7 284,3 milhões de EUR, principalmente nas rubricas orçamentais da categoria 1B Coesão económica, social e territorial, e, por conseguinte, reduz as contribuições nacionais em conformidade.

De um modo geral, o impacto líquido do POR n.º 4/2014 no lado da despesa do orçamento de 2016 representa um aumento de 225,4 milhões de euros das dotações de autorização e uma diminuição de 7 274,3 milhões de euros das dotações de pagamento. Do lado da receita, o presente POR inclui também a revisão da previsão dos recursos próprios tradicionais (ou seja, direitos aduaneiros e quotizações sobre o açúcar) e das bases do imposto sobre o valor acrescentado (IVA) e do rendimento nacional bruto (RNB), bem como a orçamentação das correções pertinentes do Reino Unido e o respetivo financiamento, que afeta a distribuição das contribuições de recursos próprios dos Estados-Membros para o orçamento da UE. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which is necessary to update EU commitment appropriations on migration and security.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — La conjoncture amène sans cesse l'Union européenne à veiller sur les budgets qu'elle octroie. C'est exactement ce dont traite le projet de budget rectificatif nº 4/2016 de l'Union pour l'exercice 2016. Celui-ci concerne une actualisation des crédits en vue de prendre en considération l'évolution récente de la situation dans le domaine de la migration et de la sécurité, la réduction des crédits de paiement et d'engagement résultant du virement global, la prolongation de la durée d'existence du Fonds européen pour les investissements stratégiques, la modification du tableau des effectifs de Frontex et l'actualisation des ressources propres. Le projet rectificatif entend notamment diminuer le niveau des crédits de paiement sur des lignes budgétaires relatives à la cohésion économique, sociale et territoriale, réduisant ainsi les contributions nationales. Il diminue également plusieurs lignes budgétaires relevant de la croissance durable. A contrario, ce projet de budget rectificatif augmente les crédits d'engagement concernant la sécurité et la citoyenneté ainsi que les crédits de l'instrument d'aide d'urgence au sein de l'Union. Le tableau des effectifs de Frontex y est également renforcé. De tels ajustements sont nécessaires afin que l'Union européenne puisse agir de manière juste et adéquate. J'accueille donc favorablement le rapport sur le projet de budget rectificatif nº 4/2016.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this Draft Amending Budget (DAB) 4/2016, which will decrease in the level of payment appropriations by EUR 7.3 billion due to under implementation. This money will go back to Member States. DAB 4/2016 also includes among others a reinforcement by +EUR 240.1 million in commitment appropriations for security and citizenship (heading 3) and a frontloading of the staffing for the new European Border and Coast Guard Regulation.

An agreement on this amending budget was reached in the framework of the budget conciliation on 2017 EU Budget.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság által 2016. szeptember 30-án fogadta el 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetét. A tervezet javasolja előirányzatok aktualizálását a migrációs és a biztonsági kérdésekkel kapcsolatos legutóbbi fejlemények figyelembevétele céljából, kifizetési és kötelezettségvállalási előirányzatok csökkentését a globális átcsoportosítás eredményeként, az Európai Stratégiai Beruházási Alap meghosszabbítását, a Frontex létszámtervének módosítását és a bevételi előirányzatok aktualizálását. A Tanács 2016. november 24-én fogadta el álláspontját a tervezetről, és azt továbbította a Parlamentnek.

A Költségvetési Bizottság jelentésében a Regionális Fejlesztési Bizottság valamint az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság levélben kifejtett álláspontjára is támaszkodva súlyos aggodalmának ad hangot a tervezett intézkedések némelyikével kapcsolatban, mindazonáltal azt indítványozza, hogy a Parlament hagyja jóvá a 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot, és ezzel a módosítást véglegesen fogadja el.

Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce texte vise à ajuster le budget 2016 de l'UE pour faire face à la crise des réfugiés à hauteur de 250 millions d'euros, à travers une mobilisation de la marge pour imprévus de 2016. Ces sommes devront être compensées par une baisse des crédits affectés à l'administration. Ces sommes mobilisées iront cependant financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés, ce qui est inacceptable. Toute somme mobilisée devrait l'être exclusivement pour le retour des clandestins dans leurs pays d'origine. Vote défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Subscrevo a preocupação do relator perante o pagamento em excesso de 7 284,3 milhões de EUR, que é o resultado de atrasos importantes na execução dos programas da UE no âmbito da gestão partilhada e prepara o terreno para uma importante acumulação de pedidos de pagamento no final do atual QFP.

Subscrevo também a posição do relator na preocupação com a diminuição prevista das receitas, avaliada em 1,8 mil milhões de EUR, como consequência da desvalorização da libra esterlina face ao euro.

Dada a necessidade de dar resposta aos desafios resultantes da crise dos refugiados, migração e segurança, defendo o reforço na categoria 3 através da mobilização da Margem para Imprevistos.

Pelo exposto no presente relatório, o mesmo merece o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte vise à ajuster le budget 2016 de l'UE pour faire face à la crise des réfugiés à hauteur de 250 millions d'euros, à travers une mobilisation de la marge pour imprévus de 2016.

Ces sommes devront être compensées par une baisse des crédits affectés à l'administration. Ces sommes mobilisées iront cependant financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés, ce qui est inacceptable. Toute somme mobilisée devrait l'être exclusivement pour le retour des clandestins dans leurs pays d'origine.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif au budget rectificatif 4/2016. Ce budget rectificatif prévoit notamment de diminuer le niveau des crédits de paiement de 7284,3 millions d'euros en raison du retard pris par certains États membres dans la mise en œuvre de certains programmes opérationnels. Il prévoit également une modification à la hausse des effectifs de Frontex, avec la création de 50 postes.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report on Draft amending budget No 4/2016 of the EU for the financial year 2016 that will update appropriations taking into consideration the latest developments on reduction of payment, commitment appropriations, migration and security issues.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This file sought increased appropriations for Security and Citizenship, of which we are of the opinion, given the past performance of the EU in this regard, that the money will be spent furthering the EU's imperial adventures and also into Frontex which is not fit for purpose.

Thereafter, the file ties itself somewhat to migration but the reality is that the increased appropriations will be used in a nefarious way for security purposes, as well as the file reinforcing own resources to which we are opposed.

Therefore, I had to abstain.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da eine massive Anpassung des EU-Budgets nach oben hin gefordert wird.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Hiljuti toimunud arengud välisküsimustes, sealhulgas ränne ja julgeolek, Frontexi mandaadi laiendamine, ja siseküsimustes, nagu ühetekuuluvuspoliitika ning selle elluviimise juures tekkinud viivitused, nõuavad eelarveridades ümberpaigutusi.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η κύρια επικαιροποίηση του σχεδίου διορθωτικού προϋπολογισμού (ΣΔΠ) 4/2016 είναι η μείωση του ύψους των πιστώσεων πληρωμών κατά 7,3 δισεκατομμύρια ευρώ. Αυτά τα χρήματα επιστρέφονται στα κράτη μέλη. Το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού 4/2016 περιλαμβάνει επίσης, μεταξύ άλλων, την ενίσχυση κατά 240,1 εκατομμύρια ευρώ σε πιστώσεις ανάληψης υποχρεώσεων για την ασφάλεια και την ιθαγένεια και επίσπευση της στελέχωσης για τα νέα ευρωπαϊκά σύνορα και την Ακτή του κανονισμού Φρουράς.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché il PRB n. 4/2016 anticipando la erogazione del Fondo europeo per gli investimento strategici (FEIS) tramite lo stanziamento di 73,9 milioni di euro per impegnarsi a favore della componente Energia del meccanismo per collegare l'Europa (CEF-Europa), necessita l'approvazione degli aumenti proposti per la rubrica n. 3 mediante la mobilizzazione del margine per gli imprevisti. Inoltre, l'anticipo al FEIS tramite il versamento al CEF verrà compensato nel 2018. Pertanto ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Iznos odobrenih sredstava u naslovu 3. Sigurnost i građanstvo povećava se za 50 milijuna EUR za instrument za hitnu potporu unutar Unije, za 130 milijuna EUR za Fond za azil, migracije i integraciju te za 70 milijuna EUR za Fond za unutarnju sigurnost, što zahtijeva mobilizaciju pričuve za nepredviđene izdatke u ukupnom iznosu od 240,1 milijuna EUR. Povećanje sredstava u naslovu 3. mobilizacijom pričuve za nepredviđene izdatke, kao i s dodatnim sredstvima na početku razdoblja s obzirom na povećanje broja osoblja u planu radnih mjesta Frontexa, osigurava provedbu ključnih mjera usmjerenih na olakšavanje položaja izbjeglica i migranata, ali i na sigurnost vanjskih granica Unije. Također, u tom smislu pozdravljam i djelomično povećanje sredstava za Fond za azil, migracije i integraciju. Usprkos ovog nadasve potrebnog osiguranja dostatnih sredstava za politike Unije uz naslov 3., zabrinuta sam zbog kašnjenja u provedbi programa EU-a u okviru podijeljenog upravljanja čime se utire put prema znatnom nakupljanju zahtjeva za plaćanja pri kraju trenutačnog Višegodišnjeg financijskog okvira. Ovo pitanje je problematično već neko vrijeme te smatram kako je nužno konačno pronaći rješenje u okviru revizije Višegodišnjeg financijskog okvira.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce texte vise à ajuster le budget 2016 de l'UE pour faire face à la crise des réfugiés à hauteur de 250 millions d'euros, à travers une mobilisation de la marge pour imprévus de 2016.

Ces sommes devront être compensées par une baisse des crédits affectés à l'administration. Ces sommes mobilisées iront cependant financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés, ce qui est inacceptable. Toute somme mobilisée devrait l'être exclusivement pour le retour des clandestins dans leurs pays d'origine. Je vote contre ce projet.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Stajalište Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 4/2016 se prihvaća. U navedenom nacrtu iznos odobrenih sredstava za plaćanja se smanjuje za 7 284,3 milijuna EUR, te se stoga u skladu s time smanjuju nacionalni doprinosi.

Postoji opravdana zabrinutost u vezi s viškom sredstava za plaćanja u iznosu od 7 284,3 milijuna EUR, što je rezultat velikih kašnjenja u provedbi programa EU-a u okviru podijeljenog upravljanja i čime se utire put prema znatnom nakupljanju zahtjeva za plaćanja pri kraju trenutačnog VFO-a.

Nacrt izmjene proračuna br. 4/2016 uključuje i mobilizaciju pričuve za nepredviđene izdatke u ukupnom iznosu od 240,1 milijuna EUR.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este projeto de orçamento retificativo diminui o nível das dotações de pagamento em 7 284,3 milhões de EUR, principalmente nas rubricas orçamentais da categoria 1B Coesão económica, social e territorial, e, por conseguinte, reduz as contribuições nacionais em conformidade.

Este POR aumenta o nível de dotações de autorização no âmbito da categoria 3 Segurança e cidadania em 50 milhões de EUR para o instrumento de ajuda de emergência na União, 130 milhões de EUR para o Fundo para o Asilo, a Migração e a Integração (FAMI) e 70 milhões de EUR para o Fundo para a Segurança Interna (FSI), o que requer a mobilização da Margem para Imprevistos num montante total de 240,1 milhões de EUR. Antecipa ainda o provisionamento do Fundo Europeu para Investimentos Estratégicos (FEIE).

Temos muitas reservas quanto à mobilização destas verbas. Em nome da resposta à crise humanitária, a fatia de leão tem sido mobilizada para as políticas securitárias, xenófobas e racistas da UE.

É deplorável a situação que os refugiados continuam a viver no terreno, sujeitos a práticas que violam amplamente os seus direitos humanos, num contexto de violação do direito internacional pela UE e Estados-Membros. Não se estranha assim que o relatório se vanglorie com o reforço de verbas para a FRONTEX.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui porte sur le budget rectificatif nº 4 au budget général 2016 et qui prévoit une augmentation des crédits d'engagement pour la rubrique «sécurité et citoyenneté», afin de faire face à cette crise migratoire sans précédent. Je salue la proposition de la Commission qui vise à utiliser les recettes issues d'amendes supplémentaires pour compenser la baisse des recettes attendue, estimée à 1,8 milliard d'euros, en raison de la dépréciation de la livre sterling vis-à-vis de l'euro. Je tiens à souligner ici un des effets négatifs immédiats découlant du Brexit.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this binding budgetary report. This amending budget would increase EU budget ceilings by a net total of EUR 255 million and also create 50 new posts for Frontex (the EU border force). However it also cuts the amount of payment appropriations from the EU budget by over EUR 7 billion and gives this money back to Member States. Our calculation shows that the UK would get an estimated EUR 1.6 billion back. While UKIP cannot vote in favour of increasing EU budgets, we can't oppose getting money back for the UK – which is the reason why UKIP abstained.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — El proyecto de presupuesto rectificativo n.º 4/2016 reduce el nivel de los créditos de pago en 7 284,3 millones de euros, principalmente en líneas presupuestarias de la subrúbrica 1b (Cohesión económica, social y territorial), y disminuye, por tanto, las contribuciones nacionales de manera acorde, todo ello derivado de la acumulación de importantes retrasos en la ejecución de los programas de la Unión.

Asimismo, este rectificativo, que ha contado con mi voto favorable, incrementa el nivel de los créditos de compromiso de la rúbrica 3 (Seguridad y ciudadanía) en 50 millones de euros para el instrumento de ayuda de emergencia en la Unión, 130 millones para el Fondo de Asilo, Migración e Integración y 70 millones para el Fondo de Seguridad Interior, lo que exige la movilización del Margen para Imprevistos por un importe total de 240,1 millones de euros. Además, adelanta la dotación del Fondo Europeo de Inversiones Estratégicas mediante una reasignación de 73,9 millones de euros en créditos de compromiso del componente energético del Mecanismo Conectar Europa, que se compensará en 2018.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur des projets de budget rectificatif nº 4, 5 et 6 de l'Union européenne pour l'exercice 2016.

Le budget rectificatif nº 4 concerne l'actualisation des crédits visant à prendre en considération l'évolution récente de la situation dans le domaine de la migration et de la sécurité, la réduction des crédits de paiement et d'engagement résultant du virement global, la prolongation de la durée d'existence du Fonds européen pour les investissements stratégiques, la modification du tableau des effectifs de Frontex et l'actualisation des crédits de recette.

Le budget rectificatif nº 5 concerne quant à lui la mise en œuvre de la décision 2014/335/UE relative au système des ressources propres à la suite de la clôture du processus de ratification et de l'entrée en vigueur de la décision le 1er octobre 2016.

Enfin, le budget rectificatif nº 6 concerne la proposition de mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne pour venir en aide à l'Allemagne.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pritariu šiam techniniam biudžeto pakeitimui, susijusiam su migrantų ir pabėgėlių krizei suvaldyti numatytų lėšų perskirstymu, kurio reikia dėl mažėjančių prieglobsčio prašytojų srautų.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Apoiei a proposta de resolução do Parlamento Europeu referente ao projeto de orçamento retificativo n.º 4/2016 da UE para o exercício de 2016.

Esta retificação diz respeito à atualização das dotações, de modo a refletir, sobretudo, a evolução respeitante à resposta aos novos desafios decorrentes das migração e das novas necessidades de segurança, que assumem um carácter excecional e prioritário.

Nesse sentido, subscrevi a necessidade de reforçar a categoria 3 através da mobilização da Margem para Imprevistos, assim como a antecipação do reforço do quadro de pessoal da Frontex.

Concordei também com a antecipação do FEIE (Fundo Europeu para Investimentos Estratégicos), desde que a reafetação a partir do Mecanismo Interligar Europa seja devidamente compensada em 2018 e não prejudique o plano de financiamento final da nova proposta de prorrogação deste Fundo.

Por esse motivo, é importante frisar a necessidade de envidar todos os esforços para evitar uma acumulação de faturas não pagas e um novo atraso nos pagamentos, pelo que um novo plano de pagamento vinculativo para o período de 2016-2020 a desenvolver pelas três instituições poderá constituir uma boa sugestão a ter em conta.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe por que aprueba la sustitución de los fondos del Mecanismo «Conectar Europa» y el Horizonte 2020. La Unión con este movimiento de fondos reduce la capacidad de actuación en el ámbito de la investigación y de las infraestructuras del transporte. Para dotar al EFSI, un mecanismo de financiarización de proyectos de interés público, que en último lugar beneficia al sector privado a través de las garantías que ofrece. El EFSI ha demostrado ser una herramienta inútil e inapropiada para el fomento de las inversiones en la Unión, mientras ha supuesto el sacrificio de los citados proyectos. Pese a que el informe especifica que su contenido no debe influir en la aprobación de la extensión de este mecanismo, ratifica su financiación, a lo que me opongo. Es por esto por lo que he votado en contra del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report which has been adopted in the Committee on Budgets by a broad majority. The main effect of Draft Amending Budget (DAB) No 4/2016 is a decrease in the level of payment appropriations by EUR 7.3 billion due to under implementation. This money will go back to Member States.

DAB 4/2016 also includes among others a reinforcement by +EUR 240.1 million in commitment appropriations for security and citizenship (heading 3) and a frontloading of the staffing for the new European Border and Coast Guard Regulation.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Návrh opravného rozpočtu č. 4/2016 znižuje úroveň platobných rozpočtových prostriedkov o 7 284,3 milióna EUR, predovšetkým v rozpočtových riadkoch v podokruhu 1b hospodárska, sociálna a územná súdržnosť, a preto zodpovedajúcim spôsobom znižuje príspevky členských štátov. Súčasne návrh opravného rozpočtu č. 4/2016 zvyšuje úroveň viazaných rozpočtových prostriedkov v okruhu 3 Bezpečnosť a občianstvo o 50 miliónov EUR pre nástroj núdzovej podpory v rámci Únie o 130 miliónov EUR pre Fond pre azyl, migráciu a integráciu a o 70 miliónov EUR pre Fond pre vnútornú bezpečnosť, a preto si vyžaduje mobilizáciu rezervy na nepredvídané udalosti v celkovej sume 240,1 milióna EUR po zohľadnení presunu vo výške 9,9 milióna EUR. Návrh rozpočtu č. 4/2016 zohľadňuje najnovší vývoj v oblasti migrácie a bezpečnosti v Európskej únii.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Predlog spremembe proračuna št. 4/2016 zmanjšuje raven odobritev plačil za približno 7 milijard EUR predvsem na področju ekonomske, socialne in teritorialne kohezije, zaradi česar se ustrezno zmanjšajo prispevki držav članic.

Obenem povečuje raven odobritev za prevzem obveznosti v višini 50 milijonov EUR za instrument za zagotavljanje nujne pomoči v Uniji, 130 milijonov EUR za Sklad za azil, migracije in vključevanje in 70 milijonov EUR za Sklad za notranjo varnost, za kar bo potrebna mobilizacija varnostne rezerve.

Predlog predvideva tudi prerazporeditev sredstev v EFSI iz naslova Instrumenta za povezovanje Evrope, na strani prihodkov pa vsebuje tudi prilagoditve na podlagi popravka napovedi tradicionalnih lastnih sredstev, DDV in osnov za BND ter vključitev popravkov za financiranje proračuna s strani Združenega kraljestva.

Ker poročilo izpostavlja nekatera pomembna vprašanja in opozorila, kot so problematika visokega presežka plačil, ki bi lahko povzročil prekomerno kopičenje zahtevkov za izplačilo proti koncu večletnega finančnega okvira, nujnost čimprejšnje nadomestitve prerazporejenih sredstev iz Instrumenta za povezovanje Evrope ter primanjkljaj prihodkov EU zaradi zmanjšanja vrednosti britanskega funta, ocenjen na 1,8 milijarde EUR, sem ga pri glasovanju podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Beim vierten Berichtigungshaushalt zum laufenden Haushaltsjahr wird eine Aufstockung von 225,4 Mio. EUR bezüglich der Verpflichtungen beantragt. Begründet wird dieser Antrag mit zusätzlichen Aufgaben zur Bewältigung der Migrationskrise einerseits sowie mit Mehrausgaben beim so genannten Juncker-Plan, also dem Finanzierungsinstrument EFSI; gleichzeitig wird eine Reduktion der Zahlungen um 7,27 Milliarden EUR wegen der langsamen Umsetzung von Kohäsionsprogrammen beantragt. Während die Aufstockung im Zusammenhang mit der Migrationskrise und die Reduktion der Zahlungen zu begrüßen sind, kann ich zusätzlichen Ausgaben für EFSI, welches ein Programm ohne zusätzliche positive Effekte ist, nicht zustimmen. Daher habe ich mich der Stimme enthalten.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Súčasná situácia v Európe si vyžaduje dôraznú a rýchlu reakciu Európy, ktorá bude kombináciou nových legislatívnych, operačných a finančných prostriedkov. EÚ musí i napríklad v nadväznosti na výpadok príjmov v dôsledku zníženia hodnoty britskej libry voči euru prostredníctvom mobilizácie rezerv presunúť ťažisko financovania, pričom takýto presun má byť v roku 2018 náležite vykompenzovaný.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. — I voted against this resolution, as I cannot condone raising budget ceilings nor additional expenditure on EFSI, a highly risky EU investment plan, which subsidises private companies with public money, which leads to malinvestment.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – U Nacrtu izvješća izražava se zabrinutost vezano uz višak sredstava za plaćanja u iznosu od 7 284,3 milijuna EUR, što je rezultat velikih kašnjenja u provedbi programa EU-a u okviru podijeljenog upravljanja i čime se utire put prema znatnom nakupljanju zahtjeva za plaćanja pri kraju trenutačnog VFO-a. Posebno se pozdravlja djelomično povećanje sredstava za Fond za azil, migracije i integraciju. Prihvaća se pojačano financiranje EFSU-a na početku njegova razdoblja provedbe pod uvjetom da se preraspodjela iz Instrumenta za povezivanje Europe na odgovarajući način nadoknadi u 2018. Izvjestitelj se slaže s povećanjem sredstava u naslovu mobilizacijom pričuve za nepredviđene izdatke, kao i s dodatnim sredstvima na početku razdoblja s obzirom na povećanje broja osoblja u planu radnih mjesta Frontexa.

Podupirem izvješće o stajalištu Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 4/2016 Europske unije za financijsku godinu 2016.: Ažuriranje odobrenih sredstava kako bi se u obzir uzeli najnovija kretanja u domeni migracija i sigurnosti, smanjenje odobrenih sredstava za plaćanja i preuzimanje obveza kao rezultat globalnog prijenosa, produljenje trajanja EFSU-a, izmjena plana radnih mjesta u Frontexu i ažuriranje odobrenih sredstava prihoda (vlastita sredstva). Smatram da se izmjene proračuna koje su navedene u Nacrtu izvješća izrazito važne iz razloga što se odnose na aktuelne događaje koji predstavljaju izazove za cijelu Europsku uniju.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o stališču Sveta o predlogu spremembe proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2016.

Podpiram dodatna sredstva v razdelku 3 s sprostitvijo varnostne rezerve, pa tudi z izplačilom dodatnih sredstev za kadrovski načrt agencije Frontex v začetku obdobja ter delno povečanje Sklada za azil, migracije in vključevanje.

Smo pa vsi lahko zaskrbljeni nad tem, da je bilo, kljub visoki stopnji izvrševanja proračuna na podlagi nacionalnih programov držav članic, do danes premeščenih le nekaj beguncev.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Οι λανθασμένοι χειρισμοί της ΕΕ στην αντιμετώπιση της λαθρομετανάστευσης, η ακατάλληλη χρήση του προσωπικού της Frontex και η στήριξη του αποτυχημένου σχεδίου Junker, σε συνάρτηση με την εφαρμογή ενός λανθασμένου Πολυετούς Δημοσιονομικού Πλαισίου, οδηγούν στην κακή χρήση των πόρων της Ένωσης.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi álláspontho kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

A 4/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet 7 284,3 millió EUR összeggel csökkenti a kifizetési előirányzatok szintjét és ezért ennek megfelelően csökkenti a nemzeti hozzájárulásokat.

A költségvetés bevételi oldalát illetően a 4/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezet tartalmazza a tradicionális saját forrásokra (vagyis a vámokra és a cukorilletékre), valamint a hozzáadottérték-adón (héa) és a bruttó nemzeti jövedelmen (GNI) alapuló forrásokra vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatát, valamint az érintett brit korrekciók elszámolását és azok finanszírozását is.

Az Európai Parlament szerint a jelenlegi pénzügyi keret vége felé jelentősen fel fognak halmozódni a kifizetési kérelmek ezért fontos, hogy elkerüljük a korábbi hétéves keretterv alatt kialakult likviditási válságot, amikor a Bizottság nem tudta kifizetni a tagállamoknak a megvalósított projektek után benyújtott számlákat. A többéves pénzügyi keret felülvizsgálata kapcsán minden javaslatot csak akkor tudunk támogatni, ha megfelelő garanciát kapunk: a már futó felzárkóztatási programok és az agrártámogatások kifizetéseire lesz elegendő forrás az éves költségvetésekben.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal hozzájárultam a 2016/4 sz. költségvetési kiigazítást előirányzó javaslat hatályba lépéshez, tekintettel arra is, hogy az előterjesztés nyomatékkal felhívja a figyelmet a költségvetési tervezés szokásos menetrendje keretében tapasztalt aránytalanságokra, egyrészt a támogatások lehívásában tapasztalható elmaradás, az ebben a fejezetben felmerülő tartalékhiány, másrészt a migrációs válság kezelése, a menekültek elhelyezése céljára átcsoportosított források felhasználása terén kialakult anomáliák, illetve lemaradások tekintetében. Tudomásul vettem, hogy az előterjesztés szerinti korrekciók elvégzése szükséges a jogszabály szerinti uniós működés folyamatosságához, ugyanakkor abban bízom, hogy e jelentés megállapításai is hozzájárulnak a jövőben a hasonló hiányosságok kialakulásának elkerüléséhez.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. — Efectul principal al Proiectului de buget rectificativ (PBR) nr. 4/2016 vizează o scădere a nivelului creditelor de plată cu 7,3 miliarde de euro, din cauza unei implementări reduse. Acești bani vor merge înapoi la statele membre. Documentul include, de asemenea, o consolidare cu aproximativ 240,1 milioane de euro în credite de angajament pentru cadrul de securitate și cetățenie. Luând în considerare importanța acestor măsuri pentru statele membre, votez pentru adoptarea acestui proiect.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Nacrt izmjene proračuna br. 4/2016: Ažuriranje odobrenih sredstava kako bi se u obzir uzela najnovija kretanja u domeni migracija i sigurnosti, smanjenje odobrenih sredstava za plaćanja i preuzimanje obveza. Budući da se radi o već odobrenim sredstvima, a da je potrebno konstantno i sustavno pratiti financijske potrebe Europske unije, pogotovo kada se u prizmu gledanja uzmu pitanja migracija i sigurnosti, odlučio sam podržati predloženo ažuriranje proračuna.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Trenutačna migracijska kriza dovela je do potrebe za izmjenom proračuna za financijsku godinu 2016. godinu, odnosno do potrebe za mobilizacijom pričuve za nepredviđene izdatke te dodatna sredstva s obzirom na povećanje broja osoblja u planu radnih mjesta Frontexa i djelomično povećanje sredstava za Fond za azil, migracije i integraciju.

Osim toga, predloženo je pojačano financiranje Europskog fonda za strukturna ulaganja na početku njegova razdoblja provedbe, naravno uz najveću transparentnost i pomno praćenje rashoda. Ipak, dijelim zabrinutost izvjestitelja zbog očekivanog manjka prihoda koji je procijenjen na 1,8 milijardi eura, no nadam se da će Komisija ostvariti svoju namjeru da taj manjak pokrije prihodima od dodatnih novčanih kazni.

S obzirom na stalni pritisak na granicama Europske unije i nestabilnu situaciju uzrokovanu migracijskim tokovima, smatram da je nacrt izmjene proračuna opravdan te sam podržala ovu rezoluciju.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o stališču Sveta o predlogu spremembe proračuna Evropske unije št. 4/2016 za proračunsko leto 2016: posodobitev odobritev, da se odrazijo najnovejše dogajanje na področjih migracij in varnosti, zmanjšanje odobritev plačil in odobritev za prevzem obveznosti zaradi globalne prerazporeditve, podaljšanje EFSI, sprememba kadrovskega načrta agencije Frontex in posodobitev odobritev iz prihodkov (lastna sredstva) sem podprla.

Izjemna skrb se je pojavila zaradi presežka plačil v višini 7.284,3 milijona EUR, ki je posledica večjih zamud pri izvajanju programov EU v okviru deljenega upravljanja in bi lahko vodil h kopičenju zahtevkov za izplačilo proti koncu sedanjega večletnega finančnega okvira.

Skrb se je pojavila tudi zaradi zmanjšanja vrednosti britanskega funta v razmerju do evra prišlo do pričakovanega primanjkljaja prihodkov, ocenjenega na 1,8 milijarde EUR.

Dodatnih sredstev za kadrovski načrt agencije Frontex bodo izplačana v začetku obdobja. Povečal se je tudi Sklada za azil, migracije in vključevanje, toda zaskrbljujoče je, da je je bilo izredno malo storjenega v premeščanju migrantov.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Al igual que en la Movilización del Margen para Imprevistos en 2017, voto en contra. En esta ocasión se moviliza otro instrumento financiero, un total de 530 millones durante cuatro años a precios actuales. Estos instrumentos utilizan la ingeniería económica y para no proceder a un cambio sustancial en el Presupuesto de la Unión, que es escaso, y ha demostrado no estar a la altura de las circunstancias en la crisis de migración. Y mezclan términos securitarios con la ayuda humanitaria. Desde mi punto de vista no debería militarizarse este tipo de crisis, ni usarse este tipo de instrumentos para aparentar una supuesta ayuda que no se está dando, sino avalando.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Projekt budżetu korygującego obejmuje szereg spraw, w tym aktualizację środków w związku z kryzysem migracyjnym i uchodźczym, a także coroczną aktualizację środków z dochodów. Poparłem powyższą rezolucję.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A jelentéstevő egyetért az ESBA előreütemezésével, amennyiben a CEF-től történő átcsoportosítást 2018-ban megfelelően ellentételezik. Támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra. Modifica el presupuesto europeo con una actualización al alza de los niveles de recursos para seguridad y migraciones, que al ser insuficiente causa la necesidad de movilizar otros instrumentos, como los fondos para imprevistos, y reduciendo gastos, por ejemplo, en la Agencia de Medicinas Europea (radicada en Londres). Adelanta aprovisionamientos para dar continuidad al Plan Juncker; reduce créditos para las partidas dedicadas a Agricultura y Cohesión Territorial; y realiza adelantos para poder financiar al personal de Frontex. En total implica un aumento de 225,4 millones en crédito y, lo que es más importante, un descenso de 7 284,3 millones en pagos. También conduce a una disminución de las aportaciones de los Estados miembros al presupuesto.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the Council position on Draft Amending Budget No 4/2016 of the European Union for the financial year 2016: Update of appropriations to reflect the latest developments on migration and security issues, reduction of payment and commitment appropriations as a result of the Global Transfer, extension of EFSI, modification of the staff establishment plan of Frontex and update of revenue appropriations (Own resources). The report expresses serious concerns over the payment surplus of EUR 7 284.3 million, which is the result of major delays in the implementation of EU programmes under shared management and paves the way for an important accumulation of payment requests towards the end of the current MFF. It agrees with the frontloading of EFSI provided the redeployment from CEF is duly compensated in 2018. I voted in favour because I am concerned by the fact that, despite a high rate of budgetary execution based on Member States' national programmes, only a few relocations of refugees have actually taken place to date.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe por que aprueba la sustitución de los fondos del Mecanismo «Conectar Europa» y el Horizonte 2020. La Unión con este movimiento de fondos reduce la capacidad de actuación en el ámbito de la investigación y de las infraestructuras del transporte. Para dotar al EFSI, un mecanismo de financiarización de proyectos de interés público, que en último lugar beneficia al sector privado a través de las garantías que ofrece. El EFSI ha demostrado ser una herramienta inútil e inapropiada para el fomento de las inversiones en la Unión, mientras ha supuesto el sacrificio de los citados proyectos. Pese a que el informe especifica que su contenido no debe influir en la aprobación de la extensión de este mecanismo, ratifica su financiación, a lo que me opongo. Es por esto por lo que he votado en contra del presente informe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Com mais este orçamento retificativo, fica mais uma vez evidenciado o facto de os montantes previstos no QFP (nos seus limites) ficarem mais uma vez aquém dos necessários para fazer face às repetidas crises na UE, para não falar do que é necessário para uma efetiva política redistributiva que permita aos países e às regiões desfavorecidas aproximarem-se das regiões mais ricas.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Laut dem Berichterstatter kann der Zahlungsrückstand bis 2020 nur gedeckt werden, wenn alle Spielräume vollständig ausgeschöpft und als Sicherheitsmaßnahme die jährlichen Obergrenzen aufgehoben werden würden. Da es aber im Ganzen eine massive Anpassung des EU-Budgets nach oben bedeutet, konnte ich diesem Bericht nicht zustimmen.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla la posizione del Consiglio sul progetto di bilancio rettificativo n. 4/2016 dell'UE per l'esercizio 2016 concernente l'aggiornamento degli stanziamenti per tener conto degli ultimi sviluppi in relazione alle questioni migratorie e di sicurezza e della riduzione degli stanziamenti di pagamento. La relazione esprime profonda preoccupazione per l'eccedenza di pagamenti di 7.284,3 milioni di euro, che è dovuta ai forti ritardi nell'attuazione dei programmi dell'UE in regime di gestione concorrente; approva gli aumenti proposti attraverso la mobilizzazione del margine per imprevisti, come pure l'anticipo dell'aumento dell'organico di Frontex e accoglie con favore il parziale rafforzamento dell'AMIF, ma è preoccupato per il fatto che, nonostante un elevato tasso di esecuzione basato sui programmi nazionali degli Stati membri, finora si sia proceduto solamente ad alcune ricollocazioni di rifugiati.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Questo rettificativo è il simbolo della schizofrenia del bilancio dell'UE: da un lato si riducono i pagamenti per politica di coesione, dall'altro si incrementano alcune voci in impegni e si ricalcolano i contributi nazionali con tutte le correzioni e modifiche del caso. Per quanto riguarda la questione relativa alla Rubrica 1 b, se veramente si tratta solo di ritardi, e di impegni già assunti, così facendo ci ritroveremo nei prossimi anni a dover far fronte ad una mole imprevedibili di pagamenti da effettuare, con conseguenze difficili da analizzare. Se veramente gli Stati credessero nel bilancio europeo avrebbero potuto utilizzare queste risorse «inaspettate» per colmare alcune linee di bilancio prioritarie con carenza di fondi, mentre invece non ci e stato alcun interesse in questo senso. Si è solo proposto invece di incrementare alcuni stanziamenti in impegni (non in pagamenti), per alcune voci condivisibili come la Rubrica

3, per altre invece meno sostenibili come l'EFSI. Al di là quindi del merito tecnico del rettificativo, mi è sembrato doveroso sottolineare queste incongruenze, motivo per cui alla fine ho optato per un voto di astensione in commissione per i bilanci il 24 novembre, che ho mantenuto anche per la Plenaria.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen het ontwerpverslag.

De PVV beschouwt marges bij begrotingsposten als instrumenten om onverwachte overschrijdingen op die posten op te vangen. Aangezien er een betalingsoverschot is van ruim 7 miljard euro in 2016 ziet de PVV geen aanleiding om de marges te vergroten.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh opravného rozpočtu Európskej únie č. 4/2016 na rozpočtový rok 2016 som podporila. Tento návrh smeroval k aktualizácii rozpočtových prostriedkov s cieľom zohľadniť najnovší vývoj v oblasti migrácie a bezpečnosti, zníženie platobných a viazaných rozpočtových prostriedkov ako výsledok globálneho presunu, predĺženie trvania EFSI, úpravu plánu pracovných miest agentúry Frontex a aktualizáciu prostriedkov na strane príjmov. Ide o jeden zo série návrhov, ktoré sa snažia prispôsobiť rozpočet Európskej únie tak, aby bolo možné financovať opatrenia súvisiace s migračnou a utečeneckou krízou. Myslím si, že v tomto prípade sa aplikuje správny rozpočtový postup reagovania na veľké krízy, akou súčasná situácia v oblasti utečeneckej politiky nepochybne je, a to primárne presúvaním prostriedkov z iných, nevyužitých položiek. Zároveň tento návrh vyjadroval vážne znepokojenie nad prebytkom platieb, ktoré sú dôsledkom oneskorení v realizácii programov EÚ. Toto považujem za oblasť, v ktorej má aj Slovensko veľké nedostatky, a myslím si, že EÚ by mala na riadne plnenie programov ešte viac apelovať.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o stališču Sveta o predlogu spremembe proračuna Evropske unije št. 4/2016 za proračunsko leto 2016: posodobitev odobritev, da se odrazijo najnovejše dogajanje na področjih migracij in varnosti, zmanjšanje odobritev plačil in odobritev za prevzem obveznosti zaradi globalne prerazporeditve, podaljšanje EFSI, sprememba kadrovskega načrta agencije Frontex in posodobitev odobritev iz prihodkov (lastna sredstva).

Podpiram predlog spremembe proračuna št. 4/2016, ki predvideva sprostitev varnostne rezerve v skupnem znesku 240,1 milijona EUR. Menim, da so dodatna sredstva upravičena, saj se bodo porabila za reševanje finančnih potreb migracijske, varnostne in azilne problematike.

7.14. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5/2016: Umsetzung des Eigenmittelbeschlusses (A8-0348/2016 - José Manuel Fernandes)

Dichiarazioni di voto orali

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il progetto n. 5 rettificativo del bilancio generale contiene molte misure tecniche, che riguardano vari aspetti: gli adeguamenti degli importi messi a disposizione degli Stati membri, ma anche le percentuali di alcune aliquote e così via. Tuttavia quello che colpisce di più, oltre all'aspetto puramente tecnico, sono le conseguenze che il seguente progetto ha, dal punto di vista politico, all'interno degli Stati membri. Infatti ne uscirebbero nettamente favoriti i paesi che più di tutti sono stati i promotori dell'austerità, che ha causato così grandi danni all'Europa. Per quanto affermato in precedenza ho deciso di votare contro.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — Five countries, the largest net contributors and recipients of rebates, are looking to receive an exemption from paying VAT towards the own resources for three years. While we have a nuanced position against own resources, we could not support this position. Therefore, I voted against.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce projet de budget rectificatif porte sur la mise en œuvre de la nouvelle décision 2014/335/UE, Euratom sur la réforme du système des ressources propres de l'UE, à la suite de l'achèvement du processus de ratification et de l'entrée en vigueur de cette décision, le 1er octobre 2016. Ce texte est essentiellement technique et ne fait qu'entériner des décisions prises par les États membres. Par ailleurs, son impact budgétaire est nul. Il faut cependant noter que cet impact neutre n'est dû qu'au fait que les corrections accordées à certains États membres sont compensées par les autres États, ce qui inclut la France, mais, dans la mesure où il est la simple conséquence de négociations entre États, j'ai choisi l'abstention.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I opposed this resolution, which will require the United Kingdom to hand over a further EUR 700 million to Brussels. I note that there is a suggestion that this is somehow offset by Draft Amending Budget No 4, which is in fact a completely separate matter.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą „2016 m. finansinių metų taisomojo biudžeto Nr. 5 projektas. Nuosavų išteklių įgyvendinimas pasibaigus ratifikavimo procesui ir 2016 m. spalio 1 d. įsigaliojus sprendimui“. Taisomojo biudžeto Nr. 5 projekto tikslas – į 2016 m. Sąjungos biudžeto pajamas įtraukti poveikį nuosavų išteklių koregavimo, susijusio su Sprendimo Nr. 2014/335/ES, Euratomas, kuris atgaline data taikomas 2014, 2015 ir 2016 finansiniams metams, įgyvendinimu.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce texte est surtout technique et n'entraîne aucun impact budgétaire, mais c'est parce que les corrections accordées à certains États seraient compensées par les autres, dont la France. Il me semble toutefois déraisonnable de voter contre, car il ratifie simplement des décisions prises par les États membres au cours de négociations. Je me suis donc abstenu.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette résolution sur le budget rectificatif nº 5/2016, qui met en œuvre des modifications techniques mineures dans le système des ressources propres, qui n'ont aucun effet sur le volet global des recettes ou celui des dépenses de l'Union.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Fernandes sul progetto di bilancio rettificativo n. 5 al bilancio generale 2016. Si tratta di un provvedimento di natura tecnica che mira a iscrivere nelle entrate del bilancio dell'Unione, per l'esercizio 2016, l'impatto delle rettifiche delle risorse proprie che derivano dall'attuazione della decisione 2014/335/UE, Euratom. Questa decisione ha infatti introdotto alcune limitate modifiche alla normativa vigente come la riduzione dei costi di riscossione delle risorse proprie tradizionali, una nuova aliquota ridotta basata sull'IVA e delle riduzioni lorde dei contributi basati sul RNL per alcuni Stati membri.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra. Este proyecto de presupuesto rectificativo supone una corrección del sistema de contribuciones de los Estados miembros al presupuesto que afecta al tratamiento del porcentaje que se paga del IVA y del porcentaje de la Renta Nacional Bruta. Se trata básicamente de una aplicación retrospectiva de descuentos de los que ya disfrutan una serie de países. Reduce los ingresos de la Unión, lo que reduce su capacidad fiscal y presupuestaria.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado el proyecto de presupuesto rectificativo n.º 5/2016 sobre la aplicación de la Decisión 2014/335/UE, sobre el sistema de recursos propios, que contiene cambios limitados como la reducción de los gastos de recaudación de los recursos propios tradicionales, un nuevo tipo de referencia reducido de los recursos IVA para algunos Estados miembros y reducciones brutas de las contribuciones RNB anuales para los Estados miembros.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur ce rapport relatif à la mise en œuvre de la décision relative au système de ressources propres, discutée dans le cadre du projet de budget rectificatif. La décision 2014/335/UE porte sur la réforme du système des ressources propres de l'UE dans le cadre d'Euratom, suite à la ratification et à l'entrée en vigueur de cette décision, le 1er octobre. Certes, je reconnais que ce texte ne fait qu'entériner des décisions prises par les États membres eux-mêmes, avec par ailleurs un impact budgétaire nul. Cependant, je note tout de même que cette absence d'impact budgétaire n'est due qu'aux corrections accordées à certains États membres grâce à la compensation apportée par d'autres, notamment la France.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Non posso che votare contro questo provvedimento che permetterà l'entrata in vigore di nuove regole sul calcolo delle risorse proprie che costeranno all'Italia 900 milioni di euro aggiuntivi a quanto già versa.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La adopción del presupuesto rectificativo n.º 5/2016 viene determinada por la finalización del proceso de ratificación y la entrada en vigor de la Decisión 2014/335/UE, Euratom, que introduce cambios como la reducción de los gastos de recaudación de los recursos propios tradicionales, un nuevo tipo de referencia reducido de los recursos IVA para algunos Estados miembros y reducciones brutas de las contribuciones RNB anuales para algunos Estados miembros. Por tanto, el rectificativo, que he votado favorablemente, incorpora en la parte de los ingresos del presupuesto de la Unión para 2016 el impacto de los ajustes a los recursos propios a raíz de la aplicación de la Decisión 2014/335/UE, con efectos retroactivos para los ejercicios 2014, 2015 y 2016, implicando la modificación de las contribuciones individuales de todos los Estados miembros, sin afectar a los ingresos totales ni a la parte de los gastos del presupuesto de la Unión.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes juo Parlamentas patvirtino Tarybos poziciją dėl Taisomojo biudžeto Nr. 5/2016. Taisomojo biudžeto Nr. 5/2016 projekto tikslas – į 2016 m. Sąjungos biudžeto pajamas įtraukti poveikį nuosavų išteklių koregavimo, susijusio su Sprendimo Nr. 2014/335/ES, Euratomas, kuris atgaline data taikomas 2014, 2015 ir 2016 finansiniams metams, įgyvendinimu. Dėl Taisomojo biudžeto Nr. 5/2016 projekto reikia pakoreguoti individualius visų valstybių narių įnašus, tačiau jis nedaro poveikio bendroms Sąjungos biudžeto įplaukoms ir išlaidoms.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi álláspontho z kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet a 2014/335/EU, Euratom határozat megerősítési folyamatának lezárásából és hatálybalépéséből következik, mely határozat korlátozott mértékű változtatásokat tartalmaz, úgymint a tradicionális saját források beszedési költségeinek csökkentése, az ÁFA alapú költségvetési forrás lehívási mértékének csökkentése egyes tagállamok esetében és a GNI-alapú hozzájárulás bruttó csökkentése néhány tagállam esetében.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet célja a 2014-es, 2015-ös és 2016-os pénzügyi évekre visszamenőleges hatályú sajátforrás-kiigazítások hatásának 2016-os uniós költségvetés bevételi oldalába való beépítése.

Az Európai Parlament plenáris ülése jóváhagyta az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se s predlogom spremembe proračuna. Pomembno je, da začnemo izvajati sklep o lastnih sredstvih.

Na to prav tako vpliva zaključitev postopka ratifikacije in začetek veljavnosti sklepa Euratom, ki vsebuje zmanjšanje stroškov zbiranja tradicionalnih lastnih sredstev in novo, nižjo vpoklicno stopnjo sredstev iz naslova DDV za nekatere države članice ter bruto znižanje prispevkov na podlagi BDP za nekatere države članice.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rectificatif n'est que le résultat d'une négociation entre États membres et, à cet égard, je pourrais y être favorable. Je constate toutefois que l'absence d'impact sur le budget global découle en fait de faveurs accordées à certains États et compensées par d'autres.

Je m'abstiens donc sur ce budget rectificatif

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Tenendo presente che il bilancio rettificativo n 5/2016 segue il completamento del processo di ratifica e l'entrata in vigore della decisione n 2014/335/UE, Euratom, che include modifiche minori, come spese di riscossione più basse per le risorse proprie tradizionali, la riduzione dei tassi di chiamata IVA per alcuni Stati membri e delle riduzioni lorde dei contributi annuali basati sull'RNL. Considerando, inoltre, che il bilancio rettificativo n 5/2016 mira a integrare le entrate del bilancio 2016 dell'Unione e che porta a un cambiamento nei contributi dei singoli Stati membri, senza che abbia alcun effetto sul lato delle entrate complessive e delle spese dell'Unione. È stata approvata la posizione del Consiglio sul PBR n 5/2016 ed esso è stato definitivamente adottato.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della rettifica n.5 al bilancio 2016 che mira a iscrivere nelle entrate del bilancio dell'Unione per l'esercizio 2016 l'impatto delle rettifiche delle risorse proprie, con effetto retroattivo per gli esercizi 2014, 2015 e 2016. Tale rettifica è il risultato del completamento del processo di ratifica e dell'entrata in vigore della decisione 2014/335/UE, che introduce modifiche limitate quali la riduzione dei costi di riscossione delle risorse proprie tradizionali, una nuova aliquota ridotta di prelievo della risorsa basata sull'IVA per alcuni Stati membri, nonché riduzioni lorde dei contributi basati sull'RNL per alcuni Stati membri. La rettifica comporta la modifica dei singoli contributi di tutti gli Stati membri ma non incide in alcun modo sulle entrate e sulle spese complessive iscritte nel bilancio dell'Unione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – Five countries, the largest net contributors and recipients of rebates, are looking to receive an exemption from paying VAT towards the own resources for three years. While Sinn Féin has a nuanced position against own resources, I could not support this position. Therefore, I voted against.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. This amending budget would require the UK to pay just over EUR 700 million back to the EU, retrospectively, for the years 2014 and 2015. UKIP opposes giving any taxpayer's money to the EU as it should be used to help jobs and public services back in the UK. Asking the UK for a fresh backdated bill is doubly outrageous after the country just voted to leave the EU.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά με το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 5/2016 της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2016, την εκτέλεση της απόφασης 2014/335/ΕΕ για τους ίδιους πόρους μετά την περάτωση της διαδικασίας κύρωσης και τη θέση της σε ισχύ την 1η Οκτωβρίου 2016. Η έκθεση σχετίζεται με την ανακατανομή υποχρεώσεων των κρατών μελών και την αναδιάρθρωση των πόρων της ΕΕ. Καθώς θεωρώ πως οι προτεινόμενες αλλαγές όχι μόνο δεν αντιμετωπίζουν τα ήδη υπάρχοντα προβλήματα της ευρωπαϊκής οικονομίας, αλλά αντιθέτως δημιουργούν επιπλέον ανισότητες και στρεβλώσεις, αποφάσισα να ψηφίσω αρνητικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto negativo. Il provvedimento permetterà l'entrata in vigore di nuove regole sul calcolo delle risorse proprie messe a disposizione dagli Stati membri che costeranno all'Italia 900 milioni di euro.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Partecipo con il mio voto favorevole ad un provvedimento che mira a completare il processo di ratifica sulle risorse proprie. In relazione a queste ultime si intendono: i prelievi riscossi sulle importazioni di prodotti agricoli, i dazi doganali, ossia quelli della tariffa doganale comune e gli altri diritti fissati dalle Comunità sugli scambi con i paesi non membri, i proventi dell'IVA, ottenuti mediante applicazione di un tasso inizialmente pari all'1% e, infine, contributi versati dagli Stati membri nell'ipotesi in cui le precedenti risorse non risultassero sufficienti a garantire la copertura del bilancio comunitario. Tali contributi vengono calcolati in percentuale sul prodotto nazionale lordo dei singoli Stati membri (si parla, infatti, a questo proposito di «risorsa PNL»). Il provvedimento in esame, pertanto, introduce la riduzione dei costi di riscossione delle risorse proprie tradizionali, una nuova aliquota ridotta di prelievo della risorsa basata sull'IVA per alcuni Stati membri congiunta alle riduzioni lorde dei contributi basati sul reddito nazionale lordo per alcuni paesi. Si verificherà certamente una modifica dei singoli contributi apportati da tutti gli Stati membri senza incidere su entrate e spese complessive iscritte nel bilancio comunitario.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the Council position on Draft Amending Budget No 5/2016 of the European Union for the financial year 2016: Implementation of the Own Resources Decision No 2014/335/EU further to the closing of the ratification process and its entry into force on 1 October 2016.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento conformemente al parere della Commissione per i bilanci.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem projektu budżetu korygującego (PBK) nr 5 do budżetu ogólnego na rok 2016 — wykonania decyzji w sprawie zasobów własnych nr 2014/335/UE. Projekt został pozytywnie zaopiniowany przez Komisję Budżetową. Zawiera on dokładne dane dotyczące lat budżetowych 2014, 2015 i 2016. PBK w przeważającej mierze jest dokumentem bardzo złożonym o charakterze technicznym. Należy zaznaczyć, że decyzją z 2014 roku przyznano Danii, Holandii, Szwecji i Austrii obniżkę brutto składek rocznych opartych na DNB w latach 2014-2020.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as I believe that the own resources system of the Union must ensure adequate resources for the orderly development of the policies of the Union, subject to the need for strict budgetary discipline. Furthermore, the development of the own resources system is also important and this should also contribute to wider budgetary consolidation efforts undertaken in Member States.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport constitue un des rapports budgétaires rectificatifs pour l'année 2016. Il vise à intégrer dans le volet recettes du budget 2016 de l'Union l'effet des ajustements apportés aux ressources propres liés à la mise en œuvre de la décision 2014/335/UE, Euratom, avec effet rétroactif sur les exercices 2014, 2015 et 2016. J'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. This amending budget would require the UK to pay just over EUR 700 million back to the EU, retrospectively, for the years 2014 and 2015. UKIP opposes giving any taxpayer's money to the EU as it should be used to help jobs and public services back in the UK. Asking the UK for a fresh backdated bill is doubly outrageous after the country just voted to leave the EU.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du projet de budget rectificatif nº 5/2016. En 2014, les institutions européennes ont décidé de modifier le système de revenus de l'Union européenne à travers une série de mesures, telle que la réduction des contributions annuelles fondées sur le revenu national brut de certains États membres. Cette décision a été ratifiée et entre désormais en vigueur et, bien qu'elle modifie les contributions individuelles des États membres, elle n'a pas d'effets sur les montants des recettes et des dépenses globales de l'Union. Il n'en reste pas moins impératif de modifier le budget pour qu'il prenne en compte les évolutions des contributions de chaque État membre au budget européen.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi álláspontho kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet a 2014/335/EU, Euratom határozat megerősítési folyamatának lezárásából és hatálybalépéséből következik, mely határozat korlátozott mértékű változtatásokat tartalmaz, úgymint a tradicionális saját források beszedési költségeinek csökkentése, az ÁFA alapú költségvetési forrás lehívási mértékének csökkentése egyes tagállamok esetében és a GNI-alapú hozzájárulás bruttó csökkentése néhány tagállam esetében.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet célja a 2014-es, 2015-ös és 2016-os pénzügyi évekre visszamenőleges hatályú sajátforrás-kiigazítások hatásának 2016-os uniós költségvetés bevételi oldalába való beépítése.

Az Európai Parlament plenáris ülése jóváhagyta az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi álláspontho kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet a 2014/335/EU, Euratom határozat megerősítési folyamatának lezárásából és hatálybalépéséből következik, mely határozat korlátozott mértékű változtatásokat tartalmaz, úgymint a tradicionális saját források beszedési költségeinek csökkentése, az ÁFA alapú költségvetési forrás lehívási mértékének csökkentése egyes tagállamok esetében és a GNI-alapú hozzájárulás bruttó csökkentése néhány tagállam esetében.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet célja a 2014-es, 2015-ös és 2016-os pénzügyi évekre visszamenőleges hatályú sajátforrás-kiigazítások hatásának 2016-os uniós költségvetés bevételi oldalába való beépítése.

Az Európai Parlament plenáris ülése jóváhagyta az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce rapport.

Il s'agit de la mise en œuvre de la décision 2014/335/UE, Euratom sur la réforme du système des ressources propres de l'UE, entrée en vigueur le 1er octobre 2016. L'impact budgétaire de ce texte est nul. Pour autant, la France se situe toujours dans la catégorie des contributeurs nets. Dans la mesure où cette situation découle de négociations entre États, nous nous sommes abstenus.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада на колегата Фернандес относно проекта на коригиращ бюджет № 5/2016: прилагане на решението за собствените ресурси, тъй като той е резултат от приключването на процеса на ратифициране и влизане в сила на Решение 2014/335/ЕС, Евратом, което съдържа ограничени промени, като например намаляване на разходите за събиране на традиционните собствени ресурси, нова, намалена изискуема ставка за собствен ресурс на база ДДС за някои държави членки и брутни намаления на годишните вноски на база БНД за някои държави членки. Целта му е включване в приходната част на бюджета на Съюза за 2016 г. на въздействието на корекциите на собствените ресурси, произтичащи от изпълнението на Решение 2014/335/ЕС, Евратом, с ретроактивно действие за финансовите 2014, 2015 и 2016 години.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Το σύστημα ιδίων πόρων της ΕΕ πρέπει να εξασφαλίζει τη δίκαιη επιβάρυνση των κρατών μελών ανάλογα με την οικονομική τους δυνατότητα και τις εκάστοτε δημοσιονομικές ιδιαιτερότητές τους.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi álláspontho kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet a 2014/335/EU, Euratom határozat megerősítési folyamatának lezárásából és hatálybalépéséből következik, mely határozat korlátozott mértékű változtatásokat tartalmaz, úgymint a tradicionális saját források beszedési költségeinek csökkentése, az ÁFA alapú költségvetési forrás lehívási mértékének csökkentése egyes tagállamok esetében és a GNI-alapú hozzájárulás bruttó csökkentése néhány tagállam esetében.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet célja a 2014-es, 2015-ös és 2016-os pénzügyi évekre visszamenőleges hatályú sajátforrás-kiigazítások hatásának 2016-os uniós költségvetés bevételi oldalába való beépítése.

Az Európai Parlament plenáris ülése jóváhagyta az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: texte essentiellement technique qui ne fait qu'entériner des décisions prises par les États membres. Par ailleurs, son impact budgétaire est nul.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente relazione avente ad oggetto il progetto di bilancio rettificativo (PBR) n. 5/2016 poiché ha consentito, ad alcuni Stati membri, di beneficiare di una riduzione lorda sui contributi basati sul reddito nazionale lordo nel periodo 2014-2020.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla relazione che permetterà l'entrata in vigore di nuove regole sul calcolo delle risorse proprie che costeranno all'Italia 900 milioni di euro aggiuntivi.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Draft Amending Budget (DAB) 5/2016 on the implementation of the new Own Resources Decision No. 2014/335/EU, Euratom (ORD 2014), following the completion of the ratification process and its entry into force on 1 October 2016. This DAB has no effect on the overall revenue nor expenditure side of the EU Budget.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi álláspontho kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet a 2014/335/EU, Euratom határozat megerősítési folyamatának lezárásából és hatálybalépéséből következik, mely határozat korlátozott mértékű változtatásokat tartalmaz, úgymint a tradicionális saját források beszedési költségeinek csökkentése, az ÁFA alapú költségvetési forrás lehívási mértékének csökkentése egyes tagállamok esetében és a GNI-alapú hozzájárulás bruttó csökkentése néhány tagállam esetében.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet célja a 2014-es, 2015-ös és 2016-os pénzügyi évekre visszamenőleges hatályú sajátforrás-kiigazítások hatásának 2016-os uniós költségvetés bevételi oldalába való beépítése.

Az Európai Parlament plenáris ülése jóváhagyta az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi állásponthoz kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet a 2014/335/EU, Euratom határozat megerősítési folyamatának lezárásából és hatálybalépéséből következik, mely határozat korlátozott mértékű változtatásokat tartalmaz, úgymint a tradicionális saját források beszedési költségeinek csökkentése, az ÁFA alapú költségvetési forrás lehívási mértékének csökkentése egyes tagállamok esetében és a GNI-alapú hozzájárulás bruttó csökkentése néhány tagállam esetében.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet célja a 2014-es, 2015-ös és 2016-os pénzügyi évekre visszamenőleges hatályú sajátforrás-kiigazítások hatásának 2016-os uniós költségvetés bevételi oldalába való beépítése.

Az Európai Parlament plenáris ülése jóváhagyta az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich habe auch diesem Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans zugestimmt. Es handelt sich um Umverteilungen finanzieller Mittel.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the Draft Amending Budget No 5/2016 given that I support the implementation of the decision on own resources.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra. Este proyecto de presupuesto rectificativo supone una corrección del sistema de contribuciones de los Estados miembros al presupuesto que afecta al tratamiento del porcentaje que se paga del IVA y del porcentaje de la Renta Nacional Bruta. Se trata básicamente de una aplicación retrospectiva de descuentos de los que ya disfrutan una serie de países. Reduce los ingresos de la Unión, lo que reduce su capacidad fiscal y presupuestaria.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of Draft Amending Budget No 5/2016 on the implementation of the new Own Resources Decision No 2014/335/EU, Euratom (ORD 2014), following the completion of the ratification process and its entry into force on 1 October 2016. This DAB has no effect on the overall revenue nor expenditure side of the EU Budget.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi állásponthoz kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet a 2014/335/EU, Euratom határozat megerősítési folyamatának lezárásából és hatálybalépéséből következik, mely határozat korlátozott mértékű változtatásokat tartalmaz, úgymint a tradicionális saját források beszedési költségeinek csökkentése, az ÁFA alapú költségvetési forrás lehívási mértékének csökkentése egyes tagállamok esetében és a GNI-alapú hozzájárulás bruttó csökkentése néhány tagállam esetében.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet célja a 2014-es, 2015-ös és 2016-os pénzügyi évekre visszamenőleges hatályú sajátforrás-kiigazítások hatásának 2016-os uniós költségvetés bevételi oldalába való beépítése.

Az Európai Parlament plenáris ülése jóváhagyta az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this Draft Amending Budget No 5/2016 that results from the completion of the ratification process and the entry into force of Decision No 2014/335/EU, Euratom, which contains limited changes such as the reduction of the collection costs of traditional Own Resources, a new reduced rate of call of the VAT-based resource for some Member States, and gross reductions in GNI-based contributions for some Member States.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 5/2016 Europske unije za financijsku godinu 2016.: Provedba Odluke o vlastitim sredstvima br. 2014/335/EU nakon zaključenja postupka ratifikacije i njezina stupanja na snagu 1. listopada 2016. zbog toga što se time smanjuju troškovi prikupljanja tradicionalnih vlastitih sredstava, udjela sredstava na osnovi PDV-a za neke države članice, te smanjuju doprinosi na temelju BND-a za druge. Time se ne utječe na ukupnu prihodovnu ili rashodovnu stranu proračuna EU-a, te stoga podržavam ovo Izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport ne présente pas un grand intérêt, étant donné son caractère essentiellement technique et son faible impact budgétaire, en plus de ne faire que reprendre des décisions prises par les États membres après négociations. Ces dernières, menées souverainement, doivent toutefois être respectées.

J'ai donc choisi de m'abstenir.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui met en œuvre une décision nécessaire sur les ressources propres. Il implique des modifications dans les contributions des États, mais n'affecte ni les recettes ni les dépenses de l'UE.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich lehne den vorliegenden Vorschlag ab. Die Auswirkungen der Anpassungen der Eigenmittel sollen laut dem Vorschlag nach der neuen Grundlagenbemessung bei BNE und Mehrwertsteuer berücksichtigt und rückwirkend auf die Jahre 2014-2016 angewandt werden. Insgesamt ändert sich zwar im Budget nichts, aber manche Länder würden auf einmal aufgefordert werden, rückwirkend mehr in den Haushalt einzubezahlen. Genau das war einer der Gründe, weshalb Großbritannien die EU verlassen hat.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi állásponthoz kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet a 2014/335/EU, Euratom határozat megerősítési folyamatának lezárásából és hatálybalépéséből következik, mely határozat korlátozott mértékű változtatásokat tartalmaz, úgymint a tradicionális saját források beszedési költségeinek csökkentése, az ÁFA alapú költségvetési forrás lehívási mértékének csökkentése egyes tagállamok esetében és a GNI-alapú hozzájárulás bruttó csökkentése néhány tagállam esetében.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet célja a 2014-es, 2015-ös és 2016-os pénzügyi évekre visszamenőleges hatályú sajátforrás-kiigazítások hatásának 2016-os uniós költségvetés bevételi oldalába való beépítése.

Az Európai Parlament plenáris ülése jóváhagyta az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Javi López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor del Presupuesto Rectificativo n.º 5/2016 porque abarca la aplicación de la nueva Decisión de recursos propios nº 2014/335 / UE, Euratom (ORD 2014), tras la finalización del proceso de ratificación y su entrada en vigor el 1 de octubre de 2016.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Nacrt o izmjenama i dopunama proračuna br. 5/2016 proistječe iz dovršetka postupka ratifikacije i stupanja na snagu Odluke br. 2014/335/EU, Euratom. Njome se uvode izmjene poput smanjenja troškova prikupljanja tradicionalnih vlastitih sredstava, novih smanjenih udjela sredstava na osnovi PDV-a za jedne države članice i velika smanjenja doprinosa na temelju BND-a za druge. Nakon završetka procesa ratifikacije i stupanja na snagu 1. listopada 2016., ovaj nacrt izmjene proračuna će uzeti u obzir retroaktivno učinak nove odluke od 1. siječnja 2014. i uključuje podešavanja za financijske godine 2014., 2015. i 2016. u vezi s novim odredbama.

On dovodi do modifikacije pojedinih doprinosa svih država članica, ali ne utječe na ukupni prihod, niti na rashodnoj strani proračuna Unije, stoga sam podržala ovo izvješće.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου όσον αφορά το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 5/2016 της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2016: Εκτέλεση της απόφασης 2014/335/ΕΕ για τους ίδιους πόρους μετά την περάτωση της διαδικασίας κύρωσης και τη θέση της σε ισχύ την 1η Οκτωβρίου 2016, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport.

Ce changement du budget n'entraîne pas de coûts supplémentaires pour les États membres et son impact budgétaire est nul. Le texte est essentiellement technique et ne fait qu'entériner des décisions prises par les États membres, suite aux négociations intergouvernementales.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on Draft Amending Budget No 5/2016: Implementation of the Own Resources Decision. Draft Amending Budget No 5 will bring about the modification of individual contributions of Member States. However, it is important to stress that neither the overall revenue nor the expenditure side of the Union budget will be significantly affected. On the other hand, amending of the budget presents itself as beneficial in terms of further aiming to incorporate in the revenue side of the 2016 Union budget, the impact of adjustments to the resources stemming from implementation of Euratom.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Šiuo pasiūlymu koreguojami individualūs valstybių narių įnašai atsižvelgiant į Taisomojo biudžeto paketimus, tačiau iš esmės šis pasiūlymas nedaro poveikio bendroms Sąjungos biudžeto įplaukoms ir išlaidoms.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce projet de budget rectificatif porte sur la mise en œuvre de la nouvelle décision 2014/335/UE, Euratom sur la réforme du système des ressources propres de l'UE, à la suite de l'achèvement du processus de ratification et de l'entrée en vigueur de cette décision, le 1er octobre 2016. Ce texte est essentiellement technique et ne fait qu'entériner des décisions prises par les États membres. Par ailleurs, son impact budgétaire est nul. Il faut cependant noter que si cet impact est neutre, ce n'est dû qu'au fait que les corrections accordées à certains États membres sont compensées par les autres États, y compris, bien évidemment, la France. Dans la mesure où il est la simple conséquence de négociations entre États, je me suis abstenue sur ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O presente projeto de orçamento retificativo n.º 5 ao orçamento de 2016 (POR n.º 5/2016) abrange a execução da nova Decisão Recursos Próprios (Decisão n.º 2014/335/UE, Euratom, a seguir designada «DRP 2014»), na sequência da conclusão do processo de ratificação e da entrada em vigor da DRP 2014, em 1 de outubro de 2016.

O POR n.º 5/2016 toma em consideração o efeito retroativo da DRP 2014 a partir de 1 de janeiro de 2014 e inclui, consequentemente, para os exercícios de 2014, 2015 e 2016, os ajustamentos relativos às novas disposições introduzidas pela DRP 2014. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report. This Decision specifies the rules on the EU's allocation of its own resources to guarantee the financing of the EU's annual budget.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — La décision du Conseil 2014/335/UE, Euratom, relative au système des ressources propres de l'Union européenne a donné lieu à la diminution des frais de perception des ressources propres traditionnelles de l'Union, la réduction des taux d'appel de la TVA pour certains États membres ainsi que des réductions brutes des contributions annuelles fondées sur le revenu national brut pour d'autres. Le budget rectificatif nº 5/2016 vise à intégrer, dans le volet «Recettes» du budget 2016 de l'Union, l'effet des ajustements apportés aux ressources propres liés à la mise en œuvre de la décision 2014/335/UE avec effet rétroactif sur les exercices 2014, 2015 et 2016. Le projet de budget rectificatif nº 5/2016 aboutit dès lors à une modification des contributions des différents États membres, mais n'a aucun effet sur le volet global des recettes ni sur celui des dépenses de l'Union. Ces raisons m'ont ainsi amené à voter en faveur du projet de budget rectificatif nº 5/2016.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the Draft Amending Budget (DAB) No 5/2016 on the implementation of the new Own Resources Decision No 2014/335/EU, Euratom (ORD 2014), following the completion of the ratification process and its entry into force on 1 October 2016. This DAB has no effect on the overall revenue nor expenditure side of the EU Budget.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság 2016. október 7-én fogadta el 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetét. A tervezet célja a 2014-es, 2015-ös és 2016-os pénzügyi évekre visszamenőleges hatályú 2014/335/EU határozat végrehajtásából eredő sajátforrás-kiigazítások hatásának a 2016-os uniós költségvetés bevételi oldalába történő beépítése. A Tanács 2016. november 8-án fogadta el álláspontját a tervezetről, és azt továbbította az Európai Parlamenthez. A Költségvetési Bizottság jelentésében megállapítja, hogy a tervezet valamennyi tagállam egyéni hozzájárulásának módosulását eredményezi, ugyanakkor nem változtat az uniós költségvetés teljes bevételi vagy kiadási oldalán, ezért azt javasolja, hogy a Parlament hagyja jóvá az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot és ezzel a módosítást véglegesen fogadja el.

Ennek megfelelően szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O projeto de orçamento retificativo n.º 5/2016 resulta da ratificação e da vigência da Decisão n.º 2014/335/UE, Euratom, que faz alterações limitadas, como a diminuição das despesas de cobrança dos recursos próprios tradicionais, uma nova taxa reduzida de mobilização dos recursos baseados no IVA para alguns Estados-Membros e reduções brutas das contribuições anuais baseadas no RNB para alguns Estados-Membros.

O projeto de orçamento retificativo destina-se a incorporar nas receitas do orçamento da União de 2016 o impacto de ajustamentos dos recursos próprios, consequência da aplicação da Decisão n.º 2014/335/UE, Euratom, com efeito retroativo aos exercícios de 2014, 2015 e 2016.

Atendendo a que o projeto de orçamento retificativo n.º 5/2016 implica, deste modo, a alteração das contribuições individuais dos Estados-Membros, não afeta o montante global das receitas ou das despesas do orçamento da União.

Pelo exposto no presente relatório, o mesmo merece o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce projet de budget rectificatif porte sur la mise en œuvre de la nouvelle décision 2014/335/UE, Euratom, sur la réforme du système des ressources propres de l'UE, à la suite de l'achèvement du processus de ratification et de l'entrée en vigueur de cette décision, le 1er octobre 2016.

Ce texte est essentiellement technique et ne fait qu'entériner des décisions prises par les États membres. Par ailleurs, son impact budgétaire est nul.

Il faut cependant noter que cet impact neutre n'est dû qu'au fait que les corrections accordées à certains États membres sont compensées par les autres États, dont la France. Il pourrait être tentant de voter contre ce texte, mais dans la mesure où il est la simple conséquence de négociations entre États, une abstention semble plus recommandée.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce budget rectificatif 5/2016. Ce rapport vise à adapter les contributions des différents États membres au regard des ajustements pour les exercices 2014, 2015 et 2016. Ce budget rectificatif n'a aucun impact sur les volets globaux des recettes et dépenses de l'Union européenne.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — Five countries, the largest net contributors and recipients of rebates, are looking to receive an exemption from paying VAT towards the own resources for three years. While we have a nuanced position against own resources, we could not support this position. Therefore, I voted against.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da sich insgesamt nichts ändert, außer manche Länder, vor allem die wirtschaftlich stärkeren Länder, sollten auf einmal mehr bezahlen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. ELi omavahendid tulevad liikmesriikidelt enamasti maksude pealt ning neid on vaja vastavalt liidu majanduslikule arengule kohaldada.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che il bilancio rettificativo n. 5/2016 non solo è stato adottato in via definitiva, ma è anche il prodotto di un processo di ratifica conclusosi con l'entrata in vigore della decisione 2014/335/UE. Quindi, dato che il bilancio n. 5/2016 deriva da un complesso processo di ratifica deve essere adottato e pubblicato.

Pertanto ho espresso voto favorevole.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Sustav vlastitih sredstava Unije mora osigurati adekvatna sredstva za uredan razvoj politika Unije uz uvjet stroge proračunske discipline. Razvoj sustava vlastitih sredstava može i trebao bi također pridonijeti širim naporima konsolidiranja proračuna poduzetima u državama članicama te sudjelovati, u najvećoj mogućoj mjeri, u razvoju politika Unije. Gornja granica vlastitih sredstava trebala bi biti jednaka 1,23 % ukupnog BND-a država članica po tržišnoj cijeni za odobrena sredstva za plaćanja, a gornja granica od 1,29 % zbroja BND-a država članica trebala bi biti postavljena za odobrena sredstva za preuzimanje obveza. Kako bi iznos financijskih sredstava stavljenih na raspolaganje Uniji ostao nepromijenjen, prikladno je prilagoditi te gornje granice izražene u postocima BND-a. Te gornje granice trebalo bi prilagoditi čim sve države članice dostave svoje podatke na temelju Europskog sustava nacionalnih i regionalnih računa (ESA 2010). U slučaju bilo kakvih izmjena ESA 2010 koje podrazumijevaju značajnu promjenu razine BND-a, trebalo bi ponovno prilagoditi gornje granice vlastitih sredstava i odobrenih sredstava za preuzimanje obveza. Ova bi Odluka trebala stupiti na snagu tek nakon što je odobre sve države članice u skladu sa svojim odgovarajućim ustavnim odredbama, čime se potpuno poštuje državni suverenitet.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce projet de budget rectificatif porte sur la mise en œuvre de la nouvelle décision 2014/335/UE, Euratom, sur la réforme du système des ressources propres de l'UE, à la suite de l'achèvement du processus de ratification et de l'entrée en vigueur de cette décision, le 1er octobre 2016. Ce texte est essentiellement technique et ne fait qu'entériner des décisions prises par les États membres. Par ailleurs, son impact budgétaire est nul. Il faut cependant noter que cet impact neutre n'est dû qu'au fait que les corrections accordées à certains États membre sont compensées par les autres États, dont la France. Il pourrait être tentant de voter contre ce texte mais, dans la mesure où il est la simple conséquence de négociations entre États, je préfère m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Stajalište Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 5/2016 se prihvaća. Navedeni nacrt proistječe iz dovršetka postupka ratifikacije i stupanja na snagu Odluke br. 2014/335/EU, Euratom, kojom se uvode neznatne izmjene poput smanjenja troškova prikupljanja tradicionalnih vlastitih sredstava, novih smanjenih udjela sredstava na osnovi PDV-a za jedne države članice i velika smanjenja doprinosa na temelju BND-a za druge. Ovim nacrtom se u prihodovnu stranu proračuna Unije za 2016. nastoji integrirati učinak prilagodbi sustava vlastitih sredstava koje proistječu iz provedbe Odluke br. 2014/335/EU, Euratom, s retroaktivnim učinkom za financijske godine 2014., 2015. i 2016. Samim nacrtom proračuna se izmjenjuju individualni doprinosi svih država članica, no time se ne utječe ni na ukupnu prihodovnu ni na ukupnu rashodovnu stranu proračuna Unije.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O cálculo das contribuições dos Estados-Membros da UE continua obscuro e incompreensível para a generalidade dos cidadãos. Sendo certo que a contribuição de cada Estado deve representar cerca de 1% do seu rendimento bruto, o problema é que são realizados acertos sucessivos nas contribuições de países como o RU, a Dinamarca, os Países Baixos, a Suécia ou a Áustria, sendo estes acertos repartidos pelos restantes Estados-Membros, perpassando a ideia de que este orçamento não será tão solidário como se apregoa.

A devolução de parte das contribuições com base na execução de receita (recursos próprios tradicionais e multas) acima do previsto é outro paradoxo que acontece ao mesmo tempo que se mobilizam todas as margens para imprevistos.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Projekt budżetu korygującego (PBK) nr 5/2016 dotyczy wykonania nowej decyzji w sprawie zasobów własnych (2014/335/UE) po zakończeniu procesu ratyfikacji w dniu 1 października 2016 r. PBK 5/2016 przewiduje obowiązywanie tej decyzji z mocą wsteczną od dnia 1 stycznia 2014 r., a w konsekwencji ujmuje się w nim dostosowania odnoszące się do lat budżetowych 2014, 2015 i 2016. Ten PBK jest w przeważającej mierze dokumentem bardzo złożonym o charakterze technicznym, należy jednak zauważyć, że decyzją z 2014 r. przyznano Danii, Holandii, Szwecji i Austrii obniżkę brutto składek rocznych opartych na DNB w latach 2014-2020. Oznacza to odpowiednio kwotę 130 mln EUR, 695 mln EUR, 185 mln EUR i 30 mln EUR (w cenach z 2011 r.). PBK obejmuje również zmiany w brytyjskim rabacie za lata 2014 i 2015. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'adoption définitive du budget rectificatif de l'UE pour 2016, qui intègre dans le volet des recettes l'effet des ajustements apportés aux ressources propres.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. This amending budget would require the UK to pay just over EUR 700 million back to the EU, retrospectively, for the years 2014 and 2015. UKIP opposes giving any taxpayer's money to the EU as it should be used to help jobs and public services back in the UK. Asking the UK for a fresh backdated bill is doubly outrageous after the country just voted to leave the EU.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — La adopción del presupuesto rectificativo n.º 5/2016 viene determinada por la finalización del proceso de ratificación y la entrada en vigor de la Decisión 2014/335/UE, Euratom, que introduce cambios como la reducción de los gastos de recaudación de los recursos propios tradicionales, un nuevo tipo de referencia reducido de los recursos IVA para algunos Estados miembros y reducciones brutas de las contribuciones RNB anuales para algunos Estados miembros. Por tanto, el rectificativo, que he votado favorablemente, incorpora en la parte de los ingresos del presupuesto de la Unión para 2016 el impacto de los ajustes a los recursos propios a raíz de la aplicación de la Decisión 2014/335/UE, con efectos retroactivos para los ejercicios 2014, 2015 y 2016, implicando la modificación de las contribuciones individuales de todos los Estados miembros, sin afectar a los ingresos totales ni a la parte de los gastos del presupuesto de la Unión.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur des projets de budget rectificatif nº 4, 5 et 6 de l'Union européenne pour l'exercice 2016.

Le budget rectificatif nº 4 concerne l'actualisation des crédits visant à prendre en considération l'évolution récente de la situation dans le domaine de la migration et de la sécurité, la réduction des crédits de paiement et d'engagement résultant du virement global, la prolongation de la durée d'existence du Fonds européen pour les investissements stratégiques, la modification du tableau des effectifs de Frontex et l'actualisation des crédits de recette.

Le budget rectificatif nº 5 concerne quant à lui la mise en œuvre de la décision 2014/335/UE relative au système des ressources propres à la suite de la clôture du processus de ratification et de l'entrée en vigueur de la décision le 1er octobre 2016.

Enfin, le budget rectificatif nº 6 concerne la proposition de mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne pour venir en aide à l'Allemagne.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pritariau šiems techniniams ES biudžeto pakeitimams. Įsigaliojus Sprendimui Nr. 2014/335/ES, sumažėjo tam tikros ES nuosavų išteklių surinkimo sąnaudos ir netgi kai kurių valstybių narių mokamoms įmokoms į Sąjungos biudžetą. Tai turėjo poveikio ir atskiroms biudžeto eilutėms, tačiau ne pačiam biudžeto dydžiui.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta proposta de orçamento retificativo n.º 5/2016 resulta da conclusão do processo de ratificação e da entrada em vigor da Decisão 2014/335/UE do Conselho, de 26/05/14, relativa aos recursos próprios da União Europeia.

Desta Decisão do Conselho resulta a introdução de algumas alterações limitadas, de que são exemplo a diminuição de despesas de cobrança de recursos próprios tradicionais, uma nova taxa reduzida de mobilização dos recursos baseados no IVA para alguns Estados-Membros e reduções brutas das contribuições anuais baseadas no RNB também para alguns Estados-Membros.

Este projeto de orçamento retificativo o que pretende é incorporar nas receitas do orçamento da União de 2016 o impacto de ajustamentos dos recursos próprios resultantes da aplicação da Decisão do Conselho, com efeito retroativo aos exercícios de 2014, 2015 e 2016.

Ora, atendendo a que esta proposta de retificação ao orçamento implica uma modificação das contribuições individuais de todos os Estados-Membros, pese embora não afete o montante global das receitas ou das despesas do Orçamento da União, considero não existir qualquer óbice à aprovação deste relatório, pelo que votei em sentido favorável.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of Draft Amending Budget No 5/2016 on the implementation of the new Own Resources Decision No 2014/335/EU, Euratom (ORD 2014), following the completion of the ratification process and its entry into force on 1 October 2016. This DAB has no effect on the overall revenue nor expenditure side of the EU Budget.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za. Už v roku 2014 prijala Rada rozhodnutie o systéme vlastných zdrojov Európskej únie týkajúce sa financovania Európskeho spoločenstva pre atómovú energiu (Euratom). Toto rozhodnutie obsahuje zmeny, ako napríklad zníženie nákladov na výber tradičných vlastných zdrojov, novú zníženú sadzbu uplatňovanú na zdroje založené na DPH pre niektoré členské štáty a hrubé zníženie príspevkov založených na HND pre niektoré členské štáty. Zároveň sa upraví rozpočet Únie pri vlastných príjmoch so spätnou účinnosťou pre roky 2014, 2015 a 2016.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh opravného rozpočtu č. 5/2016, ktorý vyplýva z ukončenia procesu ratifikácie a nadobudnutia účinnosti rozhodnutia 2014/335/EÚ, Euratom, ktoré obsahuje malé zmeny, ako napríklad zníženie nákladov na výber tradičných vlastných zdrojov, novú zníženú sadzbu uplatňovanú na zdroje založené na DPH pre niektoré členské štáty a hrubé zníženie príspevkov založených na hrubom domácom produkte pre niektoré členské štáty. Cieľom návrhu opravného rozpočtu č. 5/2016 je začleniť do príjmovej strany rozpočtu Únie na rok 2016 vplyv úprav vlastných zdrojov vyplývajúcich z vykonávania rozhodnutia 2014/335/EÚ, Euratom so spätnou účinnosťou pre rozpočtové roky 2014, 2015 a 2016. Návrh opravného rozpočtu preto vedie k úprave jednotlivých príspevkov všetkých členských štátov, ale neovplyvňuje celkovú príjmovú ani výdavkovú stranu rozpočtu Únie.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Predlog spremembe proračuna št. 5/2016 je posledica začetka veljavnosti sklepa št. 2014/335/EU, Euratom, po katerem se bodo zmanjšali stroški zbiranja tradicionalnih lastnih sredstev ter za nekatere države članice znižali vpoklicna stopnja sredstev iz naslova DDV in prispevki na podlagi BND.

Na strani prihodkov proračuna EU za leto 2016 naj bi ta predlog vključil vse prilagoditve lastnih sredstev na podlagi izvajanja zgoraj navedenega sklepa Euratom, ki imajo retroaktivni učinek za proračunska leta 2014, 2015 in 2016.

Predlog spremembe proračuna št. 5/2016 sicer spreminja prispevke vseh držav članic, ampak nima vpliva niti na skupno prihodkovno niti odhodkovno stran proračuna Evropske unije.

Ker poročilo Parlamenta pozdravlja ta predlog in še posebej zaradi dejstva, da se zaradi te spremembe proračuna ne bodo spremenili prihodki ali odhodki evropskega proračuna, sem poročilo pri glasovanju podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Návrh opravného rozpočtu č. 5/2016 vedie k úprave jednotlivých príspevkov všetkých členských štátov, ale neovplyvňuje celkovú príjmovú ani výdavkovú stranu rozpočtu Únie. Berúc do úvahy aj ten fakt, že návrh začleňuje do príjmovej strany rozpočtu Únie na rok 2016 vplyv úprav vlastných zdrojov vyplývajúcich z vykonávania rozhodnutia 2014/335/EÚ, Euratom so spätnou účinnosťou pre rozpočtové roky 2014, 2015 a 2016, javí sa byť tento právny nástroj potrebný.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. — I voted against this amending budget as I oppose the concept of the EU having access to 'own resources'. The EU's budget should come entirely from Member States' contributions as own resources weaken incentives for oversight.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Nacrt proračuna br. 5/2016 proizlazi iz dovršetka postupka ratifikacije i stupanja na snagu Odluke br. 2014/335/EU, Euratom, kojom se uvode neznatne izmjene poput smanjenja troškova prikupljanja tradicionalnih vlastitih sredstava, novih smanjenih udjela sredstava na osnovi PDV-a za jedne države članice i velika smanjenja doprinosa na temelju BND-a za druge. Ovim nacrtom se izmjenjuju individualni doprinosi svih država članica, ali to nema utjecaj na ukupnu prihodovnu i rashodovnu stranu proračuna Unije. Nacrtom se u prihodovnu stranu proračuna Unije za 2016. nastoji integrirati učinak prilagodbi sustava vlastitih sredstava koje proistječu iz provedbe Odluke br. 2014/335/EU, Euratom, s retroaktivnim učinkom za financijske godine 2014., 2015. i 2016.

Podržavam izvješće o stajalištu Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 5/2016 Europske unije za financijsku godinu 2016.: Provedba Odluke o vlastitim sredstvima br. 2014/335/EU nakon zaključenja postupka ratifikacije i njegovog stupanja na snagu 1. listopada 2016.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o stališču Sveta o predlogu spremembe proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2016: Izvajanje sklepa o lastnih sredstvih po zaključku postopka njegove ratifikacije in začetku veljavnosti 1. oktobra 2016.

S to spremembo proračuna bomo na prihodkovno stran proračuna Evropske unije za leto 2016 vključili posledice prilagoditev lastnih sredstev, ki so bile sprejete na podlagi izvajanja sklepa Euratom in imajo retroaktivni učinek za proračunska leta od 2014 naprej.

Ta predlog spremembe spreminja posamezne prispevke vseh držav članic, vendar ne vpliva na skupno prihodkovno niti na odhodkovno stran proračuna EU.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Το σύστημα ιδίων πόρων της ΕΕ πρέπει να εξασφαλίζει τη δίκαιη επιβάρυνση των κρατών μελών ανάλογα με την οικονομική τους δυνατότητα και τις εκάστοτε δημοσιονομικές ιδιαιτερότητές τους.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó, 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetéről szóló tanácsi álláspontho z kapcsolódó jelentés része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet a 2014/335/EU, Euratom határozat megerősítési folyamatának lezárásából és hatálybalépéséből következik, mely határozat korlátozott mértékű változtatásokat tartalmaz, úgymint a tradicionális saját források beszedési költségeinek csökkentése, az ÁFA alapú költségvetési forrás lehívási mértékének csökkentése egyes tagállamok esetében és a GNI-alapú hozzájárulás bruttó csökkentése néhány tagállam esetében.

Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet célja a 2014-es, 2015-ös és 2016-os pénzügyi évekre visszamenőleges hatályú sajátforrás-kiigazítások hatásának 2016-os uniós költségvetés bevételi oldalába való beépítése.

Az Európai Parlament plenáris ülése jóváhagyta az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal hozzájárultam a 2016/5 sz. költségvetési kiigazítást előirányzó javaslat hatályba lépéshez, tekintettel arra, hogy a költségvetési tervezés szokásos menetrendje keretében egyrészt az adó (HÉA) alapú közvetlen források tekintetében előállt egyes adóváltozások, másrészt a nemzeti jövedelem (GNI) alapú nemzeti hozzájárulások esetében egyes tagállamok relatív pozíciójának módosulásából adódó csökkenés adatainak érvényesítése valójában nem jelent elmozdulást az uniós költségvetés összesített bevétel-kiadási mérlege tekintetében, ugyanakkor ezen korrekciók elvégzése szükséges a jogszabály szerinti működés folyamatosságához.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – I welcome Draft Amending Budget No 5/2016 which results from the completion of the ratification process and the entry into force of Decision No 2014/335/EU, Euratom, which contains limited changes such as the reduction of the collection costs of traditional Own Resources, a new reduced rate of call of the VAT-based resource for some Member States, and gross reductions in GNI-based contributions for some Member States. The said Draft Amending Budget aims at incorporating in the revenue side of the 2016 Union budget the impact of adjustments to the own resources stemming from the implementation of Decision No 2014/335/EU.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur de la position du Conseil sur le projet de budget rectificatif n° 5/2016 de l'Union européenne pour l'exercice 2016: mise en œuvre de la décision 2014/335/UE relative au système des ressources propres à la suite de la clôture du processus de ratification et de l'entrée en vigueur de la décision le 1er octobre 2016.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o Nacrtu izmjene proračuna br.5/2016 za provedbu odluke o vlastitim sredstvima budući da se radi o implementaciji već postojeće odluke, a vodi do modifikacije prijedloga svih država članica. Uzimajući u obzir da nacrt proračuna br. 5/2016 proistječe iz dovršetka postupka ratifikacije i stupanja na snagu Odluke br. 2014/335/EU, Euratom, te da se njime uvode neznatne izmjene poput smanjenja troškova prikupljanja tradicionalnih vlastitih sredstava, novih smanjenih udjela sredstava na osnovi PDV-a za jedne države članice i velika smanjenja doprinosa na temelju BND-a za druge, odlučio sam podržati prijedlog ove rezolucije.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Prema Međuinstitucionalnom sporazumu od 2. prosinca 2013. godine o proračunskoj disciplini, Europski parlament, Vijeće i Komisija moraju surađivati u vezi s proračunskim pitanjima i dobrom financijskom upravljanju. Komisija je na temelju Odluke Vijeća o sustavu vlastitih sredstava Europske unije usvojila nacrt izmjene proračuna br. 5/2016, kojim se u prihodovnu stranu proračuna Unije za 2016. godinu integrira učinak prilagodbi sustava vlastitih sredstava s retroaktivnim učinkom za 2014., 2015. i 2016. godinu te se izmjenjuju doprinosi država članica.

Budući da se slažem sa stajalištem Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 5/2016, podržala sam ovu rezoluciju.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o stališču Sveta o predlogu spremembe proračuna Evropske unije št. 5/2016 za proračunsko leto 2016: Izvajanje sklepa o lastnih sredstvih št. 2014/335/EU po zaključku postopka njegove ratifikacije in začetku veljavnosti 1. oktobra 2016 sem podprla.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra. Este proyecto de presupuesto rectificativo supone una corrección del sistema de contribuciones de los Estados miembros al presupuesto que afecta al tratamiento del porcentaje que se paga del IVA y del porcentaje de la Renta Nacional Bruta. Se trata básicamente de una aplicación retrospectiva de descuentos de los que ya disfrutan una serie de países. Reduce los ingresos de la Unión, lo que reduce su capacidad fiscal y presupuestaria.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I have voted in favour of this decision as an act of pragmatism. The EU's own resources are insufficient for its needs.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Projekt budżetu korygującego (PBK) nr 5/2016 dotyczy wykonania nowej decyzji w sprawie zasobów własnych po zakończeniu procesu ratyfikacji dokumentu w dniu 1 października 2016 r. PBK 5/2016 przewiduje obowiązywanie tej decyzji z mocą wsteczną od dnia 1 stycznia 2014 r., a w konsekwencji ujmuje się w nim dostosowania odnoszące się do lat budżetowych 2014, 2015 i 2016. Ten PBK jest w przeważającej mierze dokumentem złożonym i technicznym, jednak warto zauważyć, że decyzją z 2014 r. przyznano Danii, Holandii, Szwecji i Austrii obniżkę brutto składek rocznych opartych na danych holenderskich w latach 2014-2020. Oznacza to odpowiednio kwotę 130 mln EUR, 695 mln EUR, 185 mln EUR i 30 mln EUR (w cenach z 2011 r.). PBK obejmuje również zmiany w brytyjskim rabacie za lata 2014 i 2015, dlatego zagłosowałem za projektem.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az 5/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet a 2014/335/EU, Euratom határozat megerősítési folyamatának lezárásából és hatálybalépéséből következik, mely határozat korlátozott mértékű változtatásokat tartalmaz, úgymint a tradicionális saját források beszedési költségeinek csökkentése, a héaalapú forrás lehívási mértékének csökkentése egyes tagállamok esetében és a GNI-alapú hozzájárulás bruttó csökkentése néhány tagállam esetében. Megszavaztam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra. Este proyecto de presupuesto rectificativo supone una corrección del sistema de contribuciones de los Estados miembros al presupuesto que afecta al tratamiento del porcentaje que se paga del IVA y del porcentaje de la Renta Nacional Bruta. Se trata básicamente de una aplicación retrospectiva de descuentos de los que ya disfrutan una serie de países. Reduce los ingresos de la Unión, lo que reduce su capacidad fiscal y presupuestaria.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the Council position on Draft Amending Budget No 5/2016 of the European Union for the financial year 2016: Implementation of the Own Resources Decision No 2014/335/EU further to the closing of the ratification process and its entry into force on 1 October 2016. Draft amending budget No 5/2016 results from the completion of the ratification process and the entry into force of Decision No 2014/335/EU, Euratom, which contains limited changes such as the reduction of the collection costs of traditional Own Resources, a new reduced rate of call of the VAT-based resource for some Member States, and gross reductions in GNI-based contributions for some Member States. The draft aims at incorporating in the revenue side of the 2016 Union budget the impact of adjustments to the own resources stemming from the implementation of Decision No 2014/335/EU, Euratom, with retroactive effect for the financial years 2014, 2015 and 2016. I voted in favour because I believe that the draft leads to the modification of the individual contributions of all Member States, but affects neither the overall revenue nor expenditure side of the Union budget.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe supone la aprobación de un mecanismo que reduce la solidaridad en el reparto de las contribuciones al presupuesto de la Unión Europea. El informe desarrolla «rebajas» en las contribuciones de los Estados miembros que se considera que aportan más de lo debido. Esto supone un ataque en contra del principio de solidaridad y de redistribución territorial que el presupuesto de la Unión debe tener. El mecanismo aprueba estas rebajas con carácter retroactivo, con lo cual los países considerados, entre ellos Reino Unido, Suecia, Alemania, Austria, etc… recuperarán parte de su contribución al presupuesto europeo en los ejercicios donde la crisis económica ha sido más dura. Necesitamos un presupuesto europeo que fomente la solidaridad entre los países y es precisamente por esto por lo que he votado en contra del presente informe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O cálculo das contribuições dos Estados-Membros da UE continua obscuro e incompreensível para a generalidade dos cidadãos. Sendo certo que a contribuição de cada Estado deve representar cerca de 1% do seu rendimento bruto, o problema é que são realizados acertos sucessivos nas contribuições de países como o R.U., a Dinamarca, os Países Baixos, a Suécia ou a Áustria, sendo estes acertos repartidos pelos restantes Estados-Membros, perpassando a ideia de que este orçamento não será tão solidário como se apregoa.

A devolução de parte das contribuições com base na execução de receita (recursos próprios tradicionais e multas) acima do previsto é outro paradoxo que acontece ao mesmo tempo que se mobilizam todas as margens para imprevistos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Nach der neuen Grundlagenbemessung sollen rückwirkend für die Jahre 2014-2016 die Auswirkungen der Anpassungen der Eigenmittel berücksichtigt werden. Das bedeutet, dass wirtschaftlich stärkere Länder mehr zahlen müssen. Deswegen habe ich gegen den Bericht gestimmt.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Il testo votato oggi è sostanzialmente un bilancio rettificativo tecnico, ma che ha anche implicazioni politiche. Da un lato si tratta infatti di applicare delle regole già decise e approvate, ma dall'altro risulta particolarmente difficile accettare queste regole fatte di eccezioni e vantaggi solamente per alcuni Paesi, che poi sono tra i meno colpiti dalle difficoltà economiche europee.

Questo rettificativo sancisce nei fatti condizioni di favore per Paesi come Germania, Paesi Bassi, Svezia, Danimarca, Austria e Regno Unito, che non sono sicuramente da considerare come gli Stati più sofferenti all'interno dell'UE. Il calcolo di questi contributi è l'ennesima dimostrazione che nell'UE alcuni Paesi contino più di altri e per giunta si tratta di campioni del rigore e dell'austerità che hanno messo in ginocchio l'Europa. In commissione bilanci il 24 Novembre ho espresso quindi il mio voto contrario così come in Aula.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen het ontwerpverslag.

De PVV acht het onwenselijk dat het Europees Parlement zeggenschap heeft over de hoogte van de individuele bijdragen van de lidstaten aan de eigen middelen van de EU.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh opravného rozpočtu Európskej únie č. 5/2016 na rozpočtový rok 2016 som podporila. Tento návrh smeroval k vykonávaniu rozhodnutia o vlastných zdrojoch po ukončení procesu ratifikácie. Podľa môjho názoru návrh neobsahoval žiadne výrazné zmeny, skôr to boli malé zmeny, ako napríklad zníženie nákladov na výber tradičných vlastných zdrojov, novú zníženú sadzbu uplatňovanú na zdroje založené na DPH pre niektoré členské štáty a hrubé zníženie príspevkov založených na HND pre niektoré členské štáty a cieľom celého návrhu bolo začleniť tieto zmeny so spätnou účinnosťou. Práve preto som nemala voči tomuto návrhu žiadne výhrady.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam provedbu odluke o vlastitim sredstvima. Sustav vlastitih sredstava Unije mora osigurati adekvatna sredstva za uredan razvoj politika Unije uz uvjet stroge proračunske discipline. Razvoj sustava vlastitih sredstava može i trebao bi također pridonijeti širim naporima konsolidiranja proračuna poduzetima u državama članicama te sudjelovati, u najvećoj mogućoj mjeri, u razvoju politika Unije. Gornja granica vlastitih sredstava trebala bi biti jednaka 1,23 % ukupnog BND-a država članica po tržišnoj cijeni za odobrena sredstva za plaćanja, a gornja granica od 1,29 % zbroja BND-a država članica trebala bi biti postavljena za odobrena sredstva za preuzimanje obveza. Kako bi iznos financijskih sredstava stavljenih na raspolaganje Uniji ostao nepromijenjen, prikladno je prilagoditi te gornje granice izražene u postocima BND-a. Te gornje granice trebalo bi prilagoditi čim sve države članice dostave svoje podatke na temelju ESA-e 2010. U slučaju bilo kakvih izmjena ESA-e 2010 koje podrazumijevaju značajnu promjenu razine BND-a, trebalo bi ponovno prilagoditi gornje granice vlastitih sredstava i odobrenih sredstava za preuzimanje obveza.

Ova bi Odluka trebala stupiti na snagu tek nakon što je odobre sve države članice u skladu sa svojim odgovarajućim ustavnim odredbama, čime se potpuno poštuje državni suverenitet.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o stališču Sveta o predlogu spremembe proračuna Evropske unije št. 5/2016 za proračunsko leto 2016: Izvajanje sklepa o lastnih sredstvih št. 2014/335/EU po zaključku postopka njegove ratifikacije in začetku veljavnosti 1. oktobra 2016.

Predlog spremembe proračuna št. 5/2016 predvideva vključitev posledic prilagoditev lastnih sredstev, ki so bile sprejete na podlagi izvajanja Sklepa 2014/335/EU, Euratom, in ki imajo retroaktivni učinek za proračunska leta 2014, 2015 in 2016, na prihodkovno stran proračuna Unije za leto 2016.

Predlog spremembe proračuna št. 5/2016 tako sicer spreminja posamezne prispevke vseh držav članic, ne vpliva pa niti na skupno prihodkovno niti na odhodkovno stran proračuna Unije.

7.15. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Deutschland (A8-0352/2016 - Monika Hohlmeier)

Dichiarazioni di voto orali

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione propone di mobilitare il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) per fornire assistenza finanziaria in seguito a una catastrofe avvenuta in Germania – inondazioni che hanno danneggiato il distretto della Bassa Baviera – nei mesi di maggio e giugno 2016. Le autorità tedesche hanno stimato a 1 259,005 milioni di EUR il totale dei danni causati dalla catastrofe. La cifra ottenibile attraverso il FSUE è pari a 31 475 125 EUR, per mezzo dell'approvazione di un Bilancio rettificativo. Per aiutare le popolazioni colpite e favorire le operazioni di ricostruzione, ho votato a favore.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — This file was to mobilise funding from the European Solidarity Fund to Germany after the catastrophic flooding in May and June 2016. Therefore, I supported sending solidarity funding to the affected people of the affected areas.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce texte porte sur l'intervention du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE), pour un montant de 31.475.125 euros en crédits d'engagement et de paiement. Cette intervention porte sur des inondations survenues en Allemagne. Bien qu'habituellement ce genre de mobilisation de fonds ne pose aucun problème, il faut noter qu'en l'espèce c'est l'Allemagne qui est ici concernée, pays qui prospère sur le dos de ses voisins du sud grâce à la monnaie unique et aspire ainsi toute leur industrie. L'Allemagne pourrait peut-être user de ses excédents budgétaires et de ses taux d'emprunts exceptionnellement bas pour répondre à ce genre de problèmes, plutôt que d'en appeler à une solidarité européenne dont elle n'a pas franchement besoin. Je me suis abstenue sur ce dossier.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I do not believe that this fund is necessary. EU Member States contribute to a fund from which they can then reclaim money in the event of a natural disaster. However, ultimately there will be no real net benefit in terms of the levels of administration involved.

Given that the fund exists, however, I see no reason to doubt that the situation in Germany is a worthwhile cause and I have no objection to the proposal. I therefore felt, overall, that it was appropriate to abstain.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Europos Sąjungos solidarumo fondo lėšų panaudojimo siekiant suteikti pagalbą Vokietijai. Pranešimo tikslas – panaudoti Europos Sąjungos solidarumo fondo (ESSF) lėšas, siekiant suteikti finansinę paramą 2016 m. gegužės ir birželio mėn. nelaimę patyrusiai Vokietijai (potvyniai Žemutinėje Bavarijoje, ypač Roto prie Ino apskrityje). Pritariu Komisijos pasiūlymui, kuriame siūloma taikyti 2,5 % visos tiesioginės žalos koeficiento visai žalai iki didelei žalai taikomos ribos. Visa siūlomos pagalbos suma siekia 31 475 125 EUR.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette proposition qui vise à mobiliser une somme de 31.475.125 euros en crédits d'engagement et de paiement en faveur de l'Allemagne au titre du Fonds de solidarité de l'Union européenne dans le cadre du budget 2016, à la suite d'inondations en Basse-Bavière en mai et en juin 2016.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. — Nei mesi di maggio e giugno del 2016, la Germania è stata colpita da una serie di alluvioni improvvise e inondazioni estremamente intense che hanno causato la distruzione di abitazioni, di impianti agricoli, imprese e provocato danni considerevoli a diverse infrastrutture pubbliche. Le autorità hanno stimato il danno in un importo di circa 1,2 miliardi di euro. 47 000 persone nella Bassa Baviera sono state colpite da questo evento drammatico, sette hanno perso la vita mentre oltre 2000 si sono trovate nell'impossibilità di tornare nelle proprie case dopo più di due mesi dalle inondazioni. La città di Simbach am Inn è stata quasi interamente distrutta ed è rimasta per ben tre settimane senza l'accesso alla fornitura di acqua. La relazione Hohlmeier, che oggi ho sostenuto con il mio voto, consente la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea per fornire assistenza alle zone colpite da questa catastrofe naturale. Grazie a questo provvedimento saranno erogati circa 31 milioni di euro sotto forma di stanziamenti di impegno e di pagamento. Si tratta di una misura doverosa per sostenere la popolazione tedesca in un momento di difficoltà.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor. Se trata de movilizar 500 millones para hacer frente a las inundaciones ocurridas en 2016 en la región de Niederbayern en Alemania.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre la movilización del Fondo de Solidaridad de la Unión para prestar asistencia a Alemania, en relación a la catástrofe ocurrida en inundaciones que afectaron la Región de Baja Baviera en mayo y junio de 2016. Las mismas dejaron rastro de destrucción en la infraestructura pública y privada, en viviendas y en la agricultura. Los daños se estimaron en 1 259,005 millones de euros y la región afectada pertenece a la categoría de región más desarrollada, contemplada en los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos (2014-2020). Estoy de acuerdo, aún y todo con la ayuda pedida por Alemania, de unos 31 400 000 euros.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir concernant la mobilisation du Fonds de solidarité de l'UE en faveur de l'Allemagne. Si je suis habituellement favorable à l'intervention de ce mécanisme et que je compatis à la détresse des nombreux Allemands touchés par les inondations, je crois que l'Allemagne a largement les moyens de faire face à cette situation sans recevoir les 31.475.125 euros du FSUE. Rappelons qu'avec 12 milliards d'euros environ d'excédents budgétaires et des comptes publics affichant un surplus d'à peu près 16,4 milliards, je suis convaincue que les autorités allemandes seront en mesure de faire face aux défis posés par ces inondations survenues en Bavière notamment.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Fra maggio e giugno le regioni della Bassa Baviera sono state colpite da violente inondazioni. Con questo voto sostengo la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'UE per 31 475 125 EUR da destinarsi alla ricostruzione e al sostegno delle popolazioni colpite.

Ritengo che il Fondo di solidarietà continui a rappresentare un importante strumento di sostegno che l'Europa mette a disposizione degli Stati membri colpiti da gravi catastrofi naturali, anche se auspico che si riesca a rendere la sua attivazione sempre più rapida, perché questo incrementerà fortemente la sua efficacia.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He apoyado con mi voto la movilización 31 475 125 euros con cargo al Fondo de Solidaridad de la Unión, para ayudar a la región alemana de Baja Baviera, afectada por inundaciones en mayo y junio de 2016. Las autoridades alemanas estimaron los daños directos totales causados por el desastre en 1 26 mil millones de euros

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame Komisija siūlo panaudoti Europos Sąjungos solidarumo fondo (ESSF) lėšas, siekiant suteikti finansinę paramą 2016 m. gegužės ir birželio mėn. nelaimę patyrusiai Vokietijai (potvyniai Žemutinėje Bavarijoje, ypač Roto prie Ino apskrityje).

Įvyko keli labai dideli trumpalaikiai bei staigūs potvyniai, per kuriuos suniokota viešoji ir privačioji infrastruktūra, taip pat privatūs namai ir padaryta žalos žemės ūkio sektoriui. Žemutinėje Bavarijoje žuvo septyni žmonės, daugiau kaip 47 000 žmonių nukentėjo, o praėjus dviem mėnesiams po potvynių 2 000 žmonių dar negalėjo grįžti į savo namus. Zimbacho prie Ino miestas buvo beveik visiškai sugriautas ir jame komunalinės vandentiekos paslaugos buvo neteikiamos tris savaites. Be to, pranešta apie labai didelę žalą įmonėms ir žemės ūkiui, pagrindinei infrastruktūrai, vandentiekos, kanalizacijos ir elektros tinklams.

Nukentėjęs regionas pagal Europos struktūrinių ir investicijų fondų (2014-2020 m.) nuostatas priskiriamas labiau išsivyščiusių regionų kategorijai.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával. Németország a 2016 májusában és júniusában a Niederbayern (Alsó-Bajorország) régiót ért számos, rövid ideig tartó, de rendkívül heves árvíz miatt 2016. augusztus 19-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére. Németország kérelme eleget tesz az Alapból származó pénzügyi hozzájárulás meghatározására vonatkozóan megállapított követelményeknek. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se z uporabo Solidarnostnega sklada EU za zagotovitev pomoči Nemčiji. Namen je, da se hitro, učinkovito in prožno odzivamo na izredne razmere. S tem tudi izkazujemo svojo solidarnost s prebivalstvom prizadetih območij.

Tako je 19. avgusta 2016 Nemčija predložila vlogo za uporabo sklada, in sicer po številnih kratkotrajnih, izjemno intenzivnih poplavah, ki so maja in junija 2016 prizadele regijo Spodnja Bavarska. Ker pa obseg naravne nesreče izpolnjuje vse predpostavke za uporabo sklada, menim, da ni zadržkov pri njegovi uporabi.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Anche i Paesi più grandi possono essere colpiti da catastrofi naturali, per loro natura impreviste ed imprevedibili. È questo il caso della Germania che quest'anno, in primavera, stata bersaglio di piogge straordinarie che hanno causato numerose inondazioni e frane. I danni alle infrastrutture pubbliche (scuole, dighe, reti di telecomunicazione e strade), alle abitazioni e alle attività private (centinaia di edifici sono stati allagati) sono stati ingenti. Si sono registrati anche danni al settore agricolo e alle foreste derivanti dai depositi di fango, dagli smottamenti e dalle frane.

L'eccezionalità e la gravità della situazione hanno reso necessario l'impiego del Fondo di solidarietà dell'Unione europea. Il Parlamento deve approvare la mobilitazione del Fondo per l'assegnazione degli importi previsti dalla Commissione come contribuzione emergenziale alle regioni colpite, nel minor tempo possibile, poiché la celerità della risposta istituzionale ad un intervento alluvionale è fondamentale per la ripresa delle attività economiche e del normale svolgimento delle attività quotidiane dei cittadini.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione al fine di mobilitare il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) per fornire assistenza finanziaria alla Germania in seguito alle inondazioni che hanno colpito la Bassa Baviera, in particolare il distretto di Rottal-Inn, nei mesi di maggio e giugno 2016.

La serie di inondazioni estremamente intense ha provocato la distruzione di infrastrutture pubbliche e private, di abitazioni private e di impianti agricoli. Sette persone hanno perso la vita e sono state colpite oltre 47000 persone nella Bassa Baviera, delle quali oltre 2000 non erano potute ancora rientrare nelle loro case a due mesi dalle inondazioni. Sono stati segnalati notevoli danni alle imprese e all'agricoltura, nonché danni pesanti alle infrastrutture di base, all'approvvigionamento idrico, ai servizi di smaltimento delle acque reflue e alla rete elettrica. La mobilizzazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea è quindi essenziale.

Penso tuttavia che sia importante rivedere il regolamento del Fondo al fine di semplificare le regole esistenti, consentendo di versare i contributi con maggiore celerità.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This file sought for an increase in the social fund in instances where a natural disaster has taken place and has adversely affected the economy. Given that natural disasters can adversely affect the economies of any Member state, it is important that the EU shows solidarity to those people affected and helps them to stabilise in the aftermath of tragic circumstances. Therefore, I supported it.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this binding budgetary report. The EU Solidarity Fund is an EU fund used when there has been a natural disaster in an area of Europe. This specific proposal is to give Germany EUR 31 457 125 for floods in lower Bavaria where there was material destruction and loss of life. Although UKIP opposes the EU spending any British taxpayer's money, as this is to do with a natural disaster we decided to abstain.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την παροχή βοήθειας προς τη Γερμανία επιβεβαιώνει τον ρόλο του Ταμείου, αφού στοχεύει στην παροχή βοήθειας μετά τις πλημμύρες που σημειώθηκαν στη Γερμανία τον Μάιο και τον Ιούνιο 2016. Ως εκ τούτου ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – In virtù di quanto si è tragicamente verificato nei miei territori di origine, ossia in Piemonte e Liguria, non posso che esternare tutta la mia costernazione per quanto si è analogamente verificato tra il maggio e il giugno scorso nella regione della Bassa Baviera. Perciò, esprimo voto favorevole all'erogazione di EUR 31 475 125 in stanziamenti di impegno e di pagamenti alla Germania dal Fondo di Solidarietà dell'Unione europea.

Purtroppo Le piogge erano risultate torrenziali generando, così, l'esondazione di diversi fiumi, i quali si erano inevitabilmente riversati in molti centri abitati scatenando alluvioni devastanti. È degna di nota la celerità con cui la Germania si è resa capace di presentare la domanda di mobilizzazione del Fondo dal momento che, ai fini della compilazione, essa necessita della completezza e dell'accuratezza di dati non facili da tradurre in numeri.

Auspico che con la stessa celerità e puntualità lo Stato Italiano riesca a fare altrettanto in modo da poter far vivere un 2017 più sereno a chi si è trovato, in un baleno, spodestato dalla natura del lavoro di una vita.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on the mobilisation of the European Union Solidarity Fund to provide assistance to Germany.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Fundo de Solidariedade da União Europeia permite à União responder de forma rápida, eficiente e flexível a situações de emergência, a fim de demonstrar a sua solidariedade às populações das regiões atingidas por catástrofes naturais.

A 19 de agosto de 2016, a Alemanha fez um pedido de mobilização do Fundo, na sequência de uma série de casos de inundações extremamente intensas e de curta duração, que afetaram a região da baixa Baviera em maio e junho de 2016 e que deixaram um rasto de destruição nas infraestruturas públicas e privadas, nas habitações e na agricultura, tendo 7 pessoas perdido a vida e mais de 47000 sido afetadas.

Apoio o presente relatório que mobiliza a quantia de 31 475 125 EUR em dotações de autorização e de pagamentos a conceder à Alemanha, a título do Fundo de Solidariedade da União Europeia.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento conformemente al parere della commissione per i bilanci.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W związku z zasadnością wniosku zagłosowałem za przyjęciem projektu budżetu korygującego nr 6 do budżetu ogólnego na rok 2016, któremu towarzyszy wniosek dotyczący uruchomienia Funduszu Solidarności UE w celu udzielenia pomocy Niemcom, zgodnie z gwarancjami pomocy finansowej dla państw dotkniętych poważnymi katastrofami naturalnymi lub nadzwyczajnymi katastrofami w poszczególnych regionach. Niemcy spełniają wszelkie przesłanki formalne do tego, aby taką pomoc otrzymać. Pomoc w zakresie FSUE w 2016 r. odnosi się do powodzi w Dolnej Bawarii. Kataklizm spowodował zniszczenia infrastruktury publicznej i prywatnej, domów i zniszczenia w sektorze rolnym. W uzasadnieniu wniosku, procentowe określenie szkód przekracza próg wymagany do kwalifikacji skutków jako „katastrofy regionalnej".

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report as it grants financial assistance to Germany following the series of extremely intense, short-lived cases of flooding/flash floods that caused destruction to public and private infrastructure, private homes and agriculture in Lower Bavaria.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport vise à autoriser la mobilisation du le Fonds de solidarité de l'Union européenne en faveur de l'Allemagne, qui a subi des inondations touchant la Basse-Bavière, en particulier le district de Rottal-Inn en mai et juin 2016. Cette catastrophe naturelle a touché plus de 47 000 personnes. Dans ce cadre, la mobilisation du FSUE pour l'Allemagne s'élève à 34 millions d'euros. Considérant la gravité de la situation allemande suite à ces inondations et considérant le devoir de l'Union européenne de porter secours aux territoires européens en détresse suite à des catastrophes naturelles, j'ai bien sûr voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this binding budgetary report. The EU Solidarity Fund is an EU fund used when there has been a natural disaster in an area of Europe. This specific proposal is to give Germany EUR 31 457 125 for floods in lower Bavaria where there was material destruction and loss of life. Although UKIP opposes the EU spending any British taxpayer's money, as this is to do with a natural disaster we decided to abstain.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté pour la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne pour venir en aide à l'Allemagne. La région de Niederbayern, en Basse-Bavière, a été frappée par de multiples inondations intenses aux mois de mai et juin 2016. Puisque la demande d'intervention du Fonds de solidarité de l'Union, déposée le 19 août 2016, remplit les conditions d'octroi, l'Union européenne doit mobiliser rapidement les crédits d'engagement et de paiement nécessaires pour venir en aide aux victimes de ces inondations.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Németország a 2016 májusában és júniusában a Niederbayern (Alsó-Bajorország) régiót ért számos, rövid ideig tartó, de rendkívül heves árvíz miatt 2016. augusztus 19-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére.

Németország kérelme eleget tesz az Alapból származó pénzügyi hozzájárulás meghatározására vonatkozóan megállapított követelményeknek.

Az Európai Unió 2016. pénzügyi évi általános költségvetésének keretein belül az Európai Unió Szolidaritási Alapjából 31 475 125 EUR összeg kerül kifizetésre Németország részére kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition visant à mobiliser le Fonds de solidarité de l'Union européenne pour l'octroi d'une aide financière de 31 475 125 euros liée à des inondations en Basse-Bavière, en particulier l'arrondissement de Rottal-Inn, survenues en Allemagne en mai et en juin 2016. Il est indispensable, selon moi, de montrer notre solidarité avec la région sinistrée. En effet, ces inondations ont malheureusement coûté la vie à sept personnes, plus de 47 000 personnes vivant en Basse-Bavière ont par ailleurs été touchées, et plus de 2 000 personnes ont été incapables de réintégrer leurs logements deux mois après les événements. Elles ont également entraîné la destruction d'infrastructures publiques, d'infrastructures privées, d'habitations individuelles et d'installations agricoles.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával. Németország a 2016 májusában és júniusában a Niederbayern (Alsó-Bajorország) régiót ért számos, rövid ideig tartó, de rendkívül heves árvíz miatt 2016. augusztus 19-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére. Németország kérelme eleget tesz az Alapból származó pénzügyi hozzájárulás meghatározására vonatkozóan megállapított követelményeknek. Az Európai Unió 2016. pénzügyi évi általános költségvetésének keretein belül az Európai Unió Szolidaritási Alapjából 31 475 125 EUR összeg kerül kifizetésre Németország részére kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce texte. Cette intervention porte sur des inondations survenues en Allemagne et vise à apporter un financement d'un montant de 31 475 125 euros au titre du Fonds de solidarité de l'Union européenne. Nous sommes habituellement en faveur de l'octroi de ce type d'aide exceptionnelle. Néanmoins, s'agissant de l'Allemagne, pays qui prospère grâce à l'euro au détriment des autres États européens, nous ne saurions cautionner une aide supplémentaire.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ οφείλει να επιδεικνύει ευελιξία όταν συντρέχουν λόγοι αποζημίωσης χωρών που επλήγησαν από φυσικές καταστροφές.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Szavazatmagyarázat – a Németországnak szóló segítségnyújtás céljából az Európai Unió Szolidaritási Alapjának igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslatról szóló jelentés

A8-0352/2016

Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Németország a 2016 májusában és júniusában a Niederbayern (Alsó-Bajorország) régiót ért számos, rövid ideig tartó, de rendkívül heves árvíz miatt 2016. augusztus 19-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére.

Németország kérelme eleget tesz az Alapból származó pénzügyi hozzájárulás meghatározására vonatkozóan megállapított követelményeknek.

Az Európai Unió 2016. pénzügyi évi általános költségvetésének keretein belül az Európai Unió Szolidaritási Alapjából 31 475 125 EUR összeg kerül kifizetésre Németország részére kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted for this report on the Solidarity Fund which enables EU financial assistance to be provided in the event of natural disasters. Despite my many calls, the UK Government refuses to take advantage of the Solidarity Fund to help overcome disasters in Wales.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: le texte porte sur l'intervention du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE), pour un montant de 31.475.125 euros en crédits d'engagement et de paiement. Cette intervention porte sur des inondations survenues en Allemagne.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – V tomto konkrétnom prípade Nemecko žiada Európsku komisiu o uvoľnenie celkovej sumy vo výške 31 475 125 EUR, ktorá by mala pomôcť regiónu Bavorska efektívnejšie sa vyrovnať s následkami intenzívnych krátkodobých povodní, ktoré spôsobili celkovú odhadovanú škodu, ktorá presahuje sumu 90 miliónov EUR, a rozsiahle škody na verejnej a súkromnej infraštruktúre, súkromných obydliach a v poľnohospodárstve.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione per un concreto aiuto economico agli oltre 1470mila cittadini tedeschi colpiti dall'alluvione del maggio/giugno 2016.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την Κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της ΕΕ για την παροχή βοήθειας στη Γερμανία, καθώς η ΕΕ οφείλει να επιδεικνύει ευελιξία όταν συντρέχουν λόγοι αποζημίωσης χωρών που επλήγησαν από φυσικές καταστροφές.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The Commission proposes to mobilise EUR 31 475 125 to help the German region of Lower Bavaria, affected by floods in May and June 2016. The total direct damage caused by the disaster was estimated at EUR 1.26 billion by the German authorities.

The Committee on Budgets recommends swift approval of the proposal in sign of solidarity with the affected German regions. The proposal is linked with Draft Amending Budget No 6/2016.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Németország a 2016 májusában és júniusában a Niederbayern (Alsó-Bajorország) régiót ért számos, rövid ideig tartó, de rendkívül heves árvíz miatt 2016. augusztus 19-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére.

Németország kérelme eleget tesz az Alapból származó pénzügyi hozzájárulás meghatározására vonatkozóan megállapított követelményeknek.

Az Európai Unió 2016. pénzügyi évi általános költségvetésének keretein belül az Európai Unió Szolidaritási Alapjából 31.475.000 EUR összeg kerül kifizetésre Németország részére kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Németország a 2016 májusában és júniusában a Niederbayern (Alsó-Bajorország) régiót ért számos, rövid ideig tartó, de rendkívül heves árvíz miatt 2016. augusztus 19-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére.

Németország kérelme eleget tesz az Alapból származó pénzügyi hozzájárulás meghatározására vonatkozóan megállapított követelményeknek.

Az Európai Unió 2016. pénzügyi évi általános költségvetésének keretein belül az Európai Unió Szolidaritási Alapjából 31 475 125 EUR összeg kerül kifizetésre Németország részére kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe considerando que el proyecto de presupuesto rectificativo contempla la movilización propuesta del Fondo de Solidaridad de la Unión Europea en relación con las inundaciones ocurridas en Alemania en mayo y junio de 2016.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich begrüße den Vorschlag der Kommission, den Solidaritätsfonds der Europäischen Union zu nutzen, um im Zusammenhang mit den Überschwemmungen in Niederbayern, die sich im Mai und Juni 2016 ereignet haben, Finanzhilfen zu gewähren.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the mobilisation of the EU Solidarity fund to provide assistance to Germany. Germany faced treacherous flooding in May and June of 2016, as significant damage was caused to businesses and agriculture, as well as heavy damage to the basic infrastructure, water supply, sewage services and electricity network. Therefore, it is vital to support and provide assistance to our neighbouring Member States.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of mobilising the EU solidarity fund to provide assistance to Germany. The total direct damage caused by the disaster was estimated at EUR 1.26 billion by the German authorities. Cases of flooding/flash floods caused destruction to public and private infrastructure, private homes, and agriculture.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakossága felé.

Németország a 2016 májusában és júniusában a Niederbayern (Alsó-Bajorország) régiót ért számos, rövid ideig tartó, de rendkívül heves árvíz miatt 2016. augusztus 19-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére.

Németország kérelme eleget tesz az Alapból származó pénzügyi hozzájárulás meghatározására vonatkozóan megállapított követelményeknek.

Az Európai Unió 2016. pénzügyi évi általános költségvetésének keretein belül az Európai Unió Szolidaritási Alapjából 31 475 125 euró kerül kifizetésre Németország részére kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Fonda solidarnosti Europske unije radi pružanja pomoći Njemačkoj, koja je doživjela katastrofu u svibnju i lipnju 2016. kad su velike poplave u Donjoj Bavarskoj, posebno u okrugu Rottal-Inn, pogodile stanovništvo, uništile osnovnu infrastrukturu, opskrbu vodom, kanalizaciju i distribucijsku mrežu električne energije. Sedam je osoba izgubilo živote, a više od 47 000 ljudi u Donjoj Bavarskoj pogođeno je tom katastrofom, dok se dva mjeseca nakon poplava više od 2 000 osoba i dalje nije moglo vratiti svojim domovima. Velika je šteta nanesena, a ukupan je predloženi iznos pomoći 31 475 125 EUR. Komisija predlaže mobilizaciju Fonda solidarnosti Europske unije (EUSF) za dodjelu financijske pomoći u vezi s navedenim, s čime se u potpunosti slažem.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il est assez inhabituel de voir l'Allemagne concernée par une mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne. En effet, cet État maintient la tête de ses voisins sous les flots de la monnaie unique et tire seul parti de sa position avantageuse à la surface. Il serait alors juste qu'elle puise dans ses ressources nourries par des excédents budgétaires et des taux d'emprunt bas pour répondre à des besoins qu'elle peut assumer sans l'aide superflue de la solidarité européenne.

Je me suis donc abstenu.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, afin de mobiliser le Fonds de solidarité de l'Union européenne à hauteur de 31,5 millions d'euros pour accorder une aide financière à l'Allemagne en raison des inondations qui ont touché la Basse-Bavière en mai et juin 2016. Ces dernières ont provoqué la destruction d'infrastructures publiques et privées, d'habitations privées et de l'agriculture. Sept personnes ont perdu la vie et plus de 47 000 personnes en Basse-Bavière ont été touchées.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den Vorschlag. Niederbayern ist im Sommer 2016 von einer Flutkatastrophe heimgesucht worden und der eingerichtete Fonds kann die Schadenskosten von insgesamt 2,5% der Gesamtschadenssumme bei „Katastrophen größeren Ausmaßes" übernehmen. Da für 2015 veranschlagte Mittel in Höhe von EUR 541,22 Mio. nicht ausgegeben und auf das Folgejahr übertragen wurden, belaufen sich die noch übrigen Mittel auf EUR 1,09 Mrd., sodass ausreichend Mittel verfügbar sind.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Németország a 2016 májusában és júniusában a Niederbayern (Alsó-Bajorország) régiót ért számos, rövid ideig tartó, de rendkívül heves árvíz miatt 2016. augusztus 19-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére.

Németország kérelme eleget tesz az Alapból származó pénzügyi hozzájárulás meghatározására vonatkozóan megállapított követelményeknek.

Az Európai Unió 2016. pénzügyi évi általános költségvetésének keretein belül az Európai Unió Szolidaritási Alapjából 31 475 125 EUR összeg kerül kifizetésre Németország részére kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I voted in favour in order to approve the mobilisation of the European Union Solidarity Fund (EUSF) to provide EUR 31 475 125 assistance to Germany, following the floods that affected Lower Bavaria, especially the district of Rottal/Inn, in May and June 2016. The proposed aid from the EUSF of EUR 31 475 125 is intended to help restore essential infrastructure, reimburse the cost of emergency measures and cover the costs of some of the clean-up operations. In justification of this decision, it is important to note that more EU solidarity means more EU, therefore we should approve the mobilisation of the EUSF for Germany.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Bien qu'habituellement, ce genre de mobilisation du fonds de solidarité pour des chômeurs ne pose aucun problème, je me suis cette fois abstenu car, en l'espèce, c'est l'Allemagne qui est concernée. Or, c'est un pays qui prospère sur le dos de ses voisins du sud grâce à la monnaie unique et qui ruine ainsi toute leur industrie. L'Allemagne devrait utiliser ses excédents budgétaires pour répondre à ce genre de problèmes, plutôt que d'en appeler à une solidarité européenne dont elle n'a pas franchement besoin et à laquelle elle participe elle-même de façon très parcimonieuse. Néanmoins, je ne vais pas jusqu'à voter contre ce rapport par respect pour nos alliés allemands de l'AfD.

Javi López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe sobre la propuesta de la Comisión para movilizar el Fondo Europeo de Solidaridad para ayudar a la región alemana de Baja Baviera, afectada por inundaciones en mayo y junio de 2016. Las autoridades alemanas estimaron los daños directos totales causados por el desastre en 1 26 mil millones de euros.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report to assist the region of Lower Bavaria affected by flooding in 2016.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Komisija je predložila mobilizaciju Fonda solidarnosti Europske unije za dodjelu financijske pomoći u vezi s katastrofom koja je u svibnju i lipnju 2016. pogodila Njemačku. Brojne izrazito jake i kratkotrajne poplave prouzročile su uništenje javne i privatne infrastrukture, domova i poljoprivrednoga zemljišta. Velika je šteta nanesena osnovnoj infrastrukturi, opskrbi vodom, kanalizaciji i distribucijskoj mreži električne energije.

Njemačka nadležna tijela procijenila su ukupnu izravnu štetu na 1 259 005 milijuna EUR. S obzirom na to da taj iznos predstavlja 3,03 % regionalnog BDP-a predmetne regije NUTS 2 Donja Bavarska, i prelazi prag od 1,5 % regionalnog BDP-a, ova prirodna katastrofa kvalificira se kao „regionalna katastrofa". Komisija je predložila primjenu stope od 2,5 % ukupne izravne štete za svu štetu do praga za katastrofe velikih razmjera. Ukupan predloženi iznos pomoći stoga iznosi 31 475 125 EUR. Ovo je druga odluka o mobilizaciji za 2016., a ukupan predloženi iznos pomoći u skladu je s odredbama o gornjoj granici Fonda solidarnosti EU-a. U znak solidarnosti s pogođenom regijom potrebno je žurno odobriti ovu pomoć, stoga sam podržala ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – V súlade s pravidlami Fondu solidarity EP schválil poskytnutie finančnej pomoci Nemecku, ktoré bolo postihnuté koncom jari 2016 povodňami. Záplavy v Dolnom Bavorsku spôsobili obete na životoch a došlo k rozsiahlym poškodeniam verejnej aj súkromnej infraštruktúry, budov a obydlí. Vyčlenená suma 31 475 125 EUR bude slúžiť na odstránenie škôd a na obnovu.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την παροχή βοήθειας προς τη Γερμανία, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport. Le Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) est un outil d'aide financière aux pays européens touchés par de graves catastrophes naturelles. Nous avons pour habitude de soutenir les demandes de mobilisation de ce Fonds afin de venir en aide aux citoyens des États membres qui se trouvent en situation difficile.

Cependant, cette demande provoque nos réserves. En effet, il s'agit en l'espèce de la mobilisation de 31,5 millions d'euros en faveur de l'Allemagne, seul pays de l'Union européenne qui profite de la monnaie unique et du marché unique européen. L'Allemagne pourrait utiliser ses excédents budgétaires pour répondre à ce genre de problèmes au lieu de demander un financement de la part d'États membres en situation de crise!

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on mobilisation of the EU Solidarity Fund to provide assistance to Germany. Such a report would represent the Member States' aim to assist fellow EU members in the event of emergencies, to show solidarity to those affected by natural disasters. The financial contribution from the Fund will enable Germany to repair the damage caused by the floods in Lower Bavaria, which included, but was not limited to, the destruction of public and private infrastructure, private homes and agriculture. Supporting the report symbolises solidarity with the affected region, shown previously towards the earthquakes in the Greek islands and Italy.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die hier besprochene zusätzliche finanzielle Hilfe für die Flutopfer in Deutschland ist zu befürworten. Deshalb stimme ich dem Antrag zu, da die Erhöhung in diesem Fall angebracht ist.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. ES solidarumo fondo tikslas – užtikrinti Sąjungai galimybę greitai, veiksmingai ir lanksčiai reaguoti nelaimės atvejais, parodant solidarumą su gaivalinių nelaimių ištiktų regionų gyventojais. Siūloma panaudoti Europos Sąjungos solidarumo fondo (ESSF) lėšas, siekiant suteikti finansinę paramą Vokietijai, kuri būtų skirta atstatyti žalą dėl 2016 m. gegužės ir birželio mėn. įvykusių labai didelių trumpalaikių potvynių.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce texte porte sur l'intervention du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE), pour un montant de 31.475.125 euros en crédits d'engagement et de paiement. Cette intervention porte sur des inondations survenues en Allemagne.

Bien qu'habituellement, ce genre de mobilisation de fonds ne pose aucun problème, il faut noter qu'en l'espèce, aussi surprenant que cela puisse paraître, c'est l'Allemagne qui est ici concernée, alors que chacun sait que c'est le pays qui bénéficie en quasi-exclusivité de la monnaie unique. L'Allemagne pourrait, à l'évidence, éviter de faire appel à la solidarité européenne. Je me suis par conséquent abstenue.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — A presente proposta aborda a mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) a fim de prestar assistência financeira relativa a uma catástrofe ocorrida na Alemanha (inundações que afetaram a Baixa Baviera, em especial o distrito de Rottal-Inn), ocorrida em maio e junho de 2016.

A série de inundações de curta duração muito intensas / inundações repentinas deixou um rasto de destruição nas infraestruturas públicas e privadas, nas habitações e na agricultura. Sete pessoas perderam a vida e mais de 47 000 foram afetadas na Baixa Baviera, 2 000 delas não puderam regressar às suas casas dois meses após as inundações. A cidade de Simbach am Inn ficou quase totalmente destruída e, durante três semanas, sem abastecimento municipal de água. Foram também assinalados importantes danos em empresas e na agricultura, bem como graves danos nas infraestruturas básicas, no abastecimento de água, nos serviços de esgotos e na rede elétrica. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report. In May and June 2016, parts of Lower Bavaria were severely affected by floods and the EU Solidarity Fund is indispensable for Member States to be able to finance repair works in such situations.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Suite à des inondations particulièrement importantes dans la région de Niederbayern (Basse-Bavière) en mai et juin 2016, l'Allemagne a introduit, le 19 août 2016, une demande d'intervention auprès du fonds de solidarité. Les inondations ont provoqués des dégâts considérables aux infrastructures publiques et privées, aux habitations individuelles et aux installations agricoles. De plus, plus de 47 000 personnes ont été touchées, et deux mois après la catastrophe, plus de 2 000 personnes étaient toujours dans l'incapacité de regagner leur logement. Vu l'étendue de cette catastrophe, j'ai décidé de voter en faveur d'un montant de 31 475 125 euros, en crédits d'engagement et de paiement, du fonds de solidarité, car non seulement la demande remplit les conditions d'octroi d'une aide financière,

mais aussi parce que je suis convaincu que les dommages ne peuvent rester sans écho. L'UE conjugue les valeurs de solidarité et de responsabilité: il était donc normal qu'elle agisse de la façon la plus efficace possible face à une telle situation.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this report because it is essential to have a swift approval of the proposal in sign of solidarity with the affected German regions. The mobilisation of EUR 31 475 125 will help the German region of Lower Bavaria, affected by floods in May and June 2016. The total direct damage caused by the disaster was estimated at EUR 1.26 billion by the German authorities.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság az Alsó-Bajorországot sújtó 2016. májusi és júniusi árvíz-katasztrófa nyomán javaslatot tett a Parlamentnek és a Tanácsnak az Európai Unió Szolidaritási Alapjának igénybevételére. A katasztrófában hét ember veszítette életét, két hónappal később több mint 2000 személy nem tudott visszatérni otthonába. Simbach am Inn városa szinte teljesen lerombolódott, és súlyos károk keletkeztek az alapvető infrastruktúrában: a vízellátásban, a szennyvízkezelésben és a villamosenergia-hálózatban. A német hatóságok kérelmükben a közvetlenül a katasztrófa által okozott károk teljes összegét 1 259,005 millió euróra becsülték, ami az Alsó-Bajorország régió GDP-jének 3,03%-át teszi ki, vagyis a regionális GDP 1,5%-át meghaladja, és így „regionális katasztrófának" minősül.

A német hatóságok a szükséges vészhelyzeti műveletek elszámolható költségeit 94,196 millió euróra becsülték. A Bizottság a korábbi gyakorlatnak megfelelően a teljes közvetlen kár 2,5%-ának figyelembevételét javasolja a „jelentős katasztrófára" vonatkozó küszöbértékig, a javasolt támogatás teljes összege így 31 475 125 euró. A Költségvetési Bizottság jelentésében megállapítja, hogy Németország kérelme eleget tesz az Alapból származó pénzügyi hozzájárulás meghatározására vonatkozóan megállapított követelményeknek, ezért azt javasolja, hogy a Parlament hagyja jóvá az Alapnak a Németországnak nyújtandó pénzügyi hozzájárulás érdekében történő igénybevételét.

A javaslatot megszavaztam

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O FSUE visa dar uma resposta rápida, eficiente e flexível a situações de emergência e manifestar a sua solidariedade para com a população das regiões afetadas por catástrofes.

Foi solicitada a mobilização do FSUE para conceder assistência financeira na sequência da catástrofe ocorrida na Alemanha (inundações que afetaram a Baixa Baviera, em especial o distrito de Rottal-Inn), em maio e junho de 2016.

A série de inundações de curta duração muito intensas / inundações repentinas deixou um rasto de destruição nas infraestruturas públicas e privadas, nas habitações e na agricultura. Sete pessoas perderam, a vida e mais de 47 000 foram afetadas na Baixa Baviera; 2 000 delas não puderam regressar às suas casas dois meses após as inundações. Foram também assinalados importantes danos em empresas e na agricultura, bem como graves danos nas infraestruturas básicas, no abastecimento de água, nos serviços de esgotos e na rede elétrica.

Defendo a mobilização do FSUE neste caso, por cumprir os requisitos, pelo impacto na comunidade e economia local e pelos prejuízos avultados que provocou na região, não apenas em relação a infraestruturas públicas, mas também a propriedades privadas e empresas, bem como ao setor agrícola.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte porte sur l'intervention du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE), pour un montant de 31.475.125 euros en crédits d'engagement et de paiement. Cette intervention porte sur des inondations survenues en Allemagne.

Bien qu'habituellement, ce genre de mobilisation de fonds ne pose aucun problème, il faut noter qu'en l'espèce, c'est l'Allemagne qui est ici concernée, pays qui prospère sur le dos de ses voisins du sud grâce à la monnaie unique et aspire ainsi toute leur industrie. L'Allemagne pourrait peut-être user de ses excédents budgétaires et de ses taux d'emprunts exceptionnellement bas pour répondre à ce genre de problèmes, plutôt que d'en appeler à une solidarité européenne dont elle n'a pas franchement besoin.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore la risoluzione in favore di un maggiore coinvolgimento e supporto delle autorità regionali e locali. Esse infatti rappresentano le istituzioni più prossime ai cittadini nonché quelle in grado di comprendere e definire al meglio i loro bisogni. La loro centralità è definita anche a livello europeo, grazie all'affermazione del principio di sussidiarietà, che sancisce l'obbligo delle istituzioni a prendere le decisioni il più vicino possibile al cittadino.

Anche nel caso dei Fondi strutturali e di investimento europei la dimensione locale deve essere centrale: la Commissione europea deve considerare ulteriori misure per supportare la loro azione e per poter migliorare la gestione dei fondi strutturali.

Se la Commissione dovesse intervenire con dispositivi aggiuntivi, ci potrebbero essere ricadute positive sulla crescita economica e l'occupazione degli stati membri. Infine, è possibile ed auspicabile che la Commissione consideri il lancio di una consultazione pubblica sul tema, al fine di dare voce ai cittadini ed alle loro istanze.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that will mobilise the European Union Solidarity Fund for Germany following the floods in lower Bavaria that occurred in May and June 2016. The German authorities estimated that the disaster caused damage of approximately EUR 1 259 million.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – През май и юни 2016 г. южната част на Германия, както и части от Франция и Австрия пострадаха от наводнения след обилни валежи, развили се в кратък период от време. За огромно съжаление тези валежи, освен разрушаването на държавна и частна собственост, доведоха и до смъртни случаи.

Подобни последствия сполетяха неотдавна и региона на Балканите, където за период от по-малко от две години в някои региони от Румъния, Сърбия, Хърватия, Гърция, както и в моята страна България наводнения станаха причина за множество човешки трагедии. При всички тези случаи фонд „Солидарност“ беше мобилизиран, за да помогне финансово на пострадалото население на тези държави.

Смятам, че подобно на гражданите на Балканите, немските граждани от пострадалите градове имат нужда от финансовата подкрепа на фонда, която макар и да не може да покрие пораженията от наводнението, ще им помогне поне частично. Поради тази причина, аз дадох подкрепата си за мобилизирането на средства от фонд „Солидарност“ на ЕС за оказване на финансова помощ на Германия.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This file was to mobilise European Solidarity Fund to Germany after the catastrophic flooding in May and June 2016. Therefore, I supported sending solidarity funding to the affected people of the affected areas.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da es hier um die Flutkatastrophe im Sommer 2016 in Niederbayern geht, und bei einer Katastrophe im höheren Ausmaß sollte der Solidaritätsfonds in Anspruch genommen werden dürfen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Saksamaa Alam-Baieri piirkonda on tabanud väga tugevad üleujutused, solidaarsusfondist eraldatud raha aitab regioonil tagajärgedega toime tulla.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η Επιτροπή προτείνει την κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης (ΤΑΕΕ) για τη χορήγηση οικονομικής βοήθειας σε σχέση με την καταστροφή που συνέβη στη Γερμανία (πλημμύρες που έπληξαν την περιφέρεια της Κάτω Βαυαρίας, και ειδικότερα την επαρχία Rottal-Inn) τον Μάιο και τον Ιούνιο 2016.

Η σειρά εξαιρετικά έντονων και σύντομης διάρκειας /στιγμιαίων πλημμυρών προκάλεσε καταστροφές σε δημόσιες και ιδιωτικές υποδομές, ιδιωτικές κατοικίες και στον τομέα της γεωργίας. Επτά άτομα έχασαν τη ζωή τους και περισσότερα από 47.000 άτομα στην Κάτω Βαυαρία επλήγησαν, ενώ περισσότερα από 2.000 άτομα δεν ήταν σε θέση να επιστρέψουν στα σπίτια τους δύο μήνες μετά τις πλημμύρες. Η πόλη Simbach am Inn καταστράφηκε σχεδόν ολοσχερώς και έμεινε επί τρεις εβδομάδες χωρίς ύδρευση. Αναφέρθηκαν επίσης σημαντικές ζημιές σε επιχειρήσεις και γεωργικές εκμεταλλεύσεις, καθώς και σοβαρές ζημιές σε βασικές υποδομές, στο δίκτυο ύδρευσης, στις υπηρεσίες αποχέτευσης και στο δίκτυο ηλεκτρικής ενέργειας.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della decisione, nel quadro del bilancio generale dell'Unione per l'esercizio 2016, di mobilizzare il fondo di solidarietà dell'Unione europea in favore della Germania per l'importo di 31 475 125 EUR in stanziamenti di impegno e di pagamento perché sostengo che la Germania debba avere un'assistenza finanziaria adeguata in relazione alla catastrofe che ha investito il territorio tedesco nei mesi di maggio e di giugno 2016. Tali calamità sono consistite in inondazioni intense e di breve durata o di alluvioni intensive che hanno danneggiato infrastrutture pubbliche e private, abitazioni e impianti agricoli, soprattutto in Bassa Baviera. Sostengo fermamente che le imprese e il comparto agricolo e la rete infrastrutturale di quelle aree seriamente danneggiate debbano essere riabilitate con il sostegno e la solidarietà dei paesi membri dell'UE.

Pertanto, ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — The European Union Solidarity Fund aims to enable the Union to respond in rapid, efficient and flexible manner to emergencies and to show solidarity with the population of regions struck by disasters. I voted in favour of this decision, as it will grant financial assistance relating to a disaster in Germany – floods affecting Lower Bavaria, especially the district of Rottal-Inn – that occurred in May and June 2016. The series of extremely intense, short-lived cases of flooding/flash floods caused destruction of public and private infrastructure, of private homes, and in agriculture.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Nakon brojnih slučajeva vrlo jakih kratkotrajnih poplava koje su u svibnju i lipnju 2016. pogodile Donju Bavarsku, posebice okrug Rottal-Inn, i kojima je pogođeno više od 47 tisuća ljudi, Njemačka je 19. kolovoza 2016. podnijela zahtjev za mobilizaciju Fonda solidarnosti EU-a. Uzimajući u obzir Ugovor o funkcioniranju Europske unije i Uredbu Vijeća o osnivanju Fonda solidarnosti Europske unije kojim se želi omogućiti da EU brzo, učinkovito i fleksibilno reagira na hitne situacije kako bi pokazala solidarnost sa stanovništvom regija pogođenih prirodnim katastrofama, te činjenicu da zahtjev Njemačke ispunjava uvjete za pružanje financijskog doprinosa iz Fonda, podržavam mobilizaciju Fonda solidarnosti kako bi se Njemačkoj pružila financijska pomoć. Predložena pomoć u iznosu od 31 475 125 EUR od presudne je važnosti kako bi se posljedice ove regionalne katastrofe ublažile. Dvije tisuće ljudi izgubilo je krov nad glavom. Grad Simbach am Inn gotovo je u potpunosti razoren. Poplave su prouzročile golemu materijalnu štetu, uništena je infrastruktura, golema je šteta i na poljoprivrednim zemljištima. Stoga je potrebna mobilizacija Fonda solidarnosti kako bi se pripomoglo sanaciji šteta i krenulo u obnovu i ponovnu izgradnju te kako bi se stanovništvo u pogođenim regijama čim prije vratilo svom svakodnevnom životu.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce texte porte sur l'intervention du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE), pour un montant de 31.475.125 euros en crédits d'engagement et de paiement. Cette intervention porte sur des inondations survenues en Allemagne.

Bien qu'habituellement, ce genre de mobilisation de fonds ne pose aucun problème, il faut noter qu'en l'espèce, c'est l'Allemagne qui est ici concernée, pays qui prospère sur le dos de ses voisins du sud grâce à la monnaie unique et aspire ainsi toute leur industrie. L'Allemagne pourrait peut-être user de ses excédents budgétaires et de ses taux d'emprunts exceptionnellement bas pour répondre à ce genre de problèmes, plutôt que d'en appeler à une solidarité européenne dont elle n'a pas franchement besoin. Je préfère donc m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Fondom solidarnosti Europske unije Uniji se želi omogućiti da brzo, učinkovito i fleksibilno reagira na hitne situacije kako bi pokazala solidarnost sa stanovništvom regija pogođenih prirodnim katastrofama. Nakon brojnih slučajeva vrlo jakih kratkotrajnih poplava koje su u svibnju i lipnju 2016. pogodile Donju Bavarsku, Njemačka je u kolovozu 2016. podnijela zahtjev za mobilizaciju Fonda. Brojne poplave i bujice prouzročile su uništenje javne i privatne infrastrukture, domova i poljoprivrednoga zemljišta te ljudske žrtve. Zahtjev Njemačke ispunjava uvjete za pružanje financijskog doprinosa iz Fonda. U skladu s dosadašnjom praksom Komisija predlaže primjenu stope od 2,5 % ukupne izravne štete za svu štetu do praga za „katastrofe velikih razmjera". Ukupan predloženi iznos pomoći stoga iznosi 31 475 125 EUR. Sredstva iz Fonda treba mobilizirati kako bi se Njemačkoj pružio financijski doprinos.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A Comissão propõe a mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) a fim de prestar assistência financeira relativa a uma catástrofe ocorrida na Alemanha (inundações que afetaram a Baixa Baviera, em especial o distrito de Rottal-Inn), ocorrida em maio e junho de 2016.

A série de inundações de curta duração muito intensas / inundações repentinas deixou um rasto de destruição nas infraestruturas públicas e privadas, nas habitações e na agricultura. Sete pessoas perderam, a vida e mais de 47 000 foram afetadas na Baixa Baviera; 2 000 delas não puderam regressar às suas casas dois meses após as inundações.

Independentemente da solidariedade devida às populações afetadas, não deixa de ser surpreendente que esta solidariedade seja dirigida à Alemanha, país que acumulou um enorme excedente na sua balança de pagamentos à custa dos outros países da UE e a quem se pede para aproveitar esta folga para uma maior contribuição do consumo da zona euro.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – V květnu a červnu letošního roku byla oblast dolního Bavorska zasažena sérií bleskových povodní, jednalo se o velkou přírodní katastrofu, která zasáhla desítky tisíc obyvatel, a sedm lidí při ní dokonce přišlo o život. Povodně také způsobily velké škody na majetku, především velmi poškodily místní zemědělské firmy, poškodily místní infrastrukturu, včetně dodávek vody a proudu a dokonce téměř zničily město Simbach. Jsem velmi zarmoucen osudem zasažených lidí a jsem rád, že Evropský parlament schválil značnou finanční pomoc tomuto zasaženému regionu, jejíž celková výše přesahuje 30 milionů EUR, přičemž bavorské autority vyčíslily celkovou škodu na cca 1,26 miliardy EUR. Na druhou stranu jsem rád, že má EU k dispozici tak účinný nástroj, jakým je právě Fond solidarity a že i v tomto konkrétním případě mělo uvolnění prostředků širokou podporu ze strany všech politických frakcí.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport qui prévoit d'utiliser le FSUE pour venir en aide à l'Allemagne après les inondations qui ont touché la Basse-Bavière en mai et juin 2016. Cette catastrophe a causé la mort de nombreuses personnes et la destruction des infrastructures, des habitations et des exploitations agricoles. Il est primordial que cette aide soit disponible au plus vite pour aider la population allemande à faire face aux difficultés.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this binding budgetary report. The EU Solidarity Fund is an EU fund used when there has been a natural disaster in an area of Europe. This specific proposal is to give Germany EUR 31 457 125 for floods in lower Bavaria where there was material destruction and loss of life. Although UKIP opposes the EU spending any British taxpayer's money, as this is to do with a natural disaster we decided to abstain.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He apoyado con mi voto la movilización 31 475 125 euros con cargo al Fondo de Solidaridad de la UE para ayudar a la región alemana de Baja Baviera, afectada por inundaciones en mayo y junio de 2016. Las autoridades alemanas estimaron los daños directos totales causados por el desastre en 1 26 mil millones de euros.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne au profit de l'Allemagne, et plus précisément de la Basse-Bavière, compte tenu des inondations soudaines et brutales survenues en mai et en juin 2016. Cette catastrophe naturelle a touché plus de 47 000 personnes, dont de nombreuses familles qui n'ont pu réintégrer leur domicile. En effet, la ville de Simbach am Inn a été quasiment entièrement détruite et est restée privée d'alimentation en eau communale pendant trois semaines. Le coût des actions urgentes de première nécessité est estimé par les autorités allemandes à 94,196 millions d'euros, et le montant total de l'aide proposée s'élève à 31 475 125 euros. Puissent les citoyens allemands tourner la page de ces tragiques événements au plus vite.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Visiškai palaikau siūlymą panaudoti Solidarumo fondo paramą Vokietijai. Solidarumo principas reikalauja, kad šis instrumentas būtų atviras visiems, kuriems reikalinga ES parama kritiniu atveju, nepriklausomai nuo to, ar šalis yra donorė ar gavėja.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei a favor desta proposta de relatório para a mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia, a favor da Alemanha, na sequência das inundações sofridas na região da Baixa Baviera, em maio e junho deste ano.

Trata-se de uma mobilização num montante total de 31,475 milhões de euros para fazer face aos prejuízos diretos totais causados pela catástrofe, considerada «catástrofe regional», de acordo com o estipulado no artigo 2.º n.º 3 do FSUE, numa região também ela classificada como «região mais desenvolvida» para efeitos dos Fundos Europeus Estruturais e de Investimento.

Atendendo ao facto de que esta mobilização cumpre com os critérios legais constantes do Regulamento e se encontra em conformidade com o limite máximo anual aplicável ao FSUE, o meu voto foi favorável à aprovação deste relatório.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe, debido a que supone la movilización de fondos de la Unión para ayudar a la reparación de los daños causados por las inundaciones en Alemania. Durante los meses de mayo y junio de este año, la región alemana de Niederbayern sufrió lluvias intensas que produjeron numerosos daños. El Gobierno alemán ha decidido solicitar la ayuda de este fondo de solidaridad de la Unión para la reparación de los daños causados. Este fondo de solidaridad está diseñado para la rápida movilización de recursos, en favor de las zonas dañadas por cualquier tipo de catástrofe. Esta movilización pretende ayudar a los habitantes de la región en reparar los daños causados y es por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of mobilising the EU solidarity fund to provide assistance to Germany. The total direct damage caused by the disaster was estimated at EUR 1.26 billion by the German authorities. Cases of flooding/flash floods caused destruction of public and private infrastructure, of private homes, and in agriculture.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Fond solidarity zriadený v roku 2002 (po tragických záplavách v EÚ) slúži na vyjadrenie solidarity EÚ s krajinami postihnutými vážnymi prírodnými katastrofami. V máji a júni 2016 postihli Nemecko povodne. Táto prírodná katastrofa si vyžiadala sedem ľudských životov a postihnutých bolo viac ako 47 000 osôb z Dolného Bavorska, z ktorých 2 000 sa nemohlo vrátiť do svojich domov ani dva mesiace po jej odznení. EÚ pomôže sumou 31 475 125 EUR, čo si vyžaduje aj urobiť zmenu v rozpočte na rok 2016. Hlasoval som za.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh uznesenia EP o návrhu rozhodnutia EP a Rady o mobilizácii Fondu solidarity Európskej únie na účely poskytnutia pomoci Nemecku. V mesiacoch máj a jún tohto roku postihla región Dolné Bavorsko séria mimoriadne intenzívnych krátkodobých povodní. Na základe žiadostí Nemecka sa poskytuje suma 31 475 125 EUR vo viazaných a platobných rozpočtových prostriedkoch na elimináciu dôsledkov povodní. Séria mimoriadne intenzívnych krátkodobých povodní a prívalových záplav spôsobila škody na verejnej a súkromnej infraštruktúre, súkromných obydliach a v poľnohospodárstve. Prírodná katastrofa si vyžiadala sedem ľudských životov a postihnutých bolo viac ako 47 tisíc osôb z Dolného Bavorska, z ktorých 2000 sa nemohlo vrátiť do svojich domovov ani dva mesiace po záplavách. Mesto Simbach am Inn bolo takmer úplne zničené a tri týždne zostalo bez pitnej vody. Boli skutočne závažné škody, preto žiadosť Nemecka bola opodstatnená a pomoc z Fondu solidarity bola odsúhlasená.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – To poročilo obravnava sklep Parlamenta in Sveta o uporabi Solidarnostnega sklada Evropske unije za zagotovitev pomoči Nemčiji po poplavah, ki so prizadele Spodnjo Bavarsko maja in junija 2016.

Poplave so porušile javno in zasebno infrastrukturo ter kmetijske površine, pri čemer je umrlo 7 oseb, prizadetih je bilo skupno 47 000 oseb. Nekatere občine več tednov niso imele oskrbe z vodo, morale pa so se soočiti tudi z nedelovanjem kanalizacije in motnjami v električnem omrežju.

Nemški organi so celotno neposredno škodo ocenili na približno 1,2 milijardi EUR, kar močno presega prag 1,5 % regionalnega BDP, zato se nesreča lahko šteje za regionalno nesrečo v skladu z določili uredbe o Solidarnostnem skladu EU.

Komisija v zvezi s tem predlaga skupni znesek pomoči v višini približno 31,5 milijonov EUR ter s tem povezano spremembo proračuna št. 6/2016.

To poročilo pozdravlja sklep Parlamenta in Sveta, ki potrjuje uporabo sredstev Solidarnostnega sklada za pomoč Nemčiji. In ker je Solidarnostni sklad v svojem bistvu instrument za hitro in učinkovito pomoč v izrednih razmerah, s katerim Evropska unija izkazuje solidarnost s prebivalstvom prizadetih območij, sem ga pri glasovanju podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Séria mimoriadne intenzívnych krátkodobých povodní a prívalových záplav spôsobila v tomto roku v Nemecku škody na verejnej a súkromnej infraštruktúre, súkromných obydliach a v poľnohospodárstve. S cieľom vyjadriť solidaritu s postihnutým regiónom je na mieste sa zaoberať mobilizáciou Fondu solidarity Európskej únie s cieľom poskytnúť Nemecku pomoc vo forme viazaných a platobných rozpočtových prostriedkov.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Deutschland habe ich zugestimmt. Wenn es eine sinnvolle Funktion der EU geben könnte, dann würde ich mich für eine supranationale Versicherung gegen Naturkatastrophen entscheiden. Ich unterstütze daher, dass im Rahmen des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 der Solidaritätsfonds der Europäischen Union in Anspruch genommen wird. Damit wird ein Betrag von 31 475 125 EUR an Mitteln für Zahlungen für Deutschland bereitgestellt, um so Hilfe wegen außergewöhnlich starker Überschwemmungen/Sturzfluten in Niederbayern innerhalb kurzer Zeit im Mai und Juni 2016 zu leisten.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Područje Njemačke ove je godine zahvaćeno prirodnim nepogodama koje su ostavile katastrofalne posljedice. Uslijed poplava uništena je javna i privatna infrastruktura, poljoprivredne površine te je izgubljeno 7 ljudskih života. Nakon brojnih slučajeva vrlo jakih kratkotrajnih poplava koje su u svibnju i lipnju 2016. pogodile Niederbayern, Njemačka je 19. kolovoza 2016. podnijela zahtjev za mobilizaciju Fonda solidarnosti Europske unije.

U ovakvim okolnostima važno je pokazati podršku Europske unije i omogućiti da se brzo, učinkovito i fleksibilno reagira na hitne situacije kako bi se pokazala solidarnost sa stanovništvom regija pogođenih prirodnim katastrofama. Podržavam Nacrt izvješća jer zahtjev Njemačke ispunjava uvjete za dodjelu financijskog doprinosa iz Fonda, u skladu s člankom 4. Uredbe (EZ) br. 2012/2002.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi Solidarnostnega sklada Evropske unije za zagotovitev pomoči Nemčiji.

Maja in junija letos so Nemčijo prizadele številne kratkotrajne intenzivne poplave, zato je Nemčija vložila vlogo za uporabo solidarnostnega sklada. Nemčija bo tako prejela dobrih 31 milijonov eurov, in sicer v odobritvah za prevzem obveznosti in odobritvah plačil.

Glasovala sem za poročilo, saj je vloga Nemčije bila popolna ter je v celoti ustrezala merilom za uporabo Solidarnostnega sklada Evropske unije.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ οφείλει να επιδεικνύει ευελιξία όταν συντρέχουν λόγοι αποζημίωσης χωρών που επλήγησαν από φυσικές καταστροφές.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Németország a 2016 májusában és júniusában a Niederbayern (Alsó-Bajorország) régiót ért számos, rövid ideig tartó, de rendkívül heves árvíz miatt 2016. augusztus 19-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére.

Németország kérelme eleget tesz az Alapból származó pénzügyi hozzájárulás meghatározására vonatkozóan megállapított követelményeknek.

Az Európai Unió 2016. pénzügyi évi általános költségvetésének keretein belül az Európai Unió Szolidaritási Alapjából 31 475 125 EUR összeg kerül kifizetésre Németország részére kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser le Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) pour l'octroi d'une aide financière liée à une catastrophe naturelle (des inondations en Basse-Bavière, en particulier l'arrondissement de Rottal-Inn) survenue en Allemagne en mai et en juin 2016.

Ces inondations et crues brutales ont entraîné la destruction d'infrastructures publiques, d'infrastructures privées, d'habitations individuelles et d'installations agricoles. Sept personnes ont perdu la vie, plus de 47 000 personnes vivant en Basse-Bavière ont été touchées et plus de 2 000 sont incapables de réintégrer leurs logements deux mois après les événements. La ville de Simbach am Inn a été presque entièrement détruite et est restée privée d'alimentation en eau communale pendant trois semaines. On a également signalé des dégâts importants dans des entreprises et des installations agricoles, ainsi que de lourds dégâts aux infrastructures de base, à l'alimentation en eau, aux services d'assainissement et au réseau électrique.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Fonda solidarnosti Europske unije radi pružanja pomoći Njemačkoj. Smatram da je mobilizacija Fonda solidarnosti EU-a potrebna budući da je 47 000 ljudi posredno i/ili neposredno pogođeno te im je na posredan ili neposredan način učinjena materijalna šteta, a 2000 ljudi se 2 mjeseca nakon poplava nisu mogli vratiti svojim domovima. 7 je osoba poginulo. Njemačke vlasti moraju sanirati uništenu javnu i privatnu infrastrukturu, a Europska unija je poštujući vlastita esencijalna i meritorna načela dužna pružiti financijsku pomoć Njemačkoj.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Njemačka je podnijela zahtjev za mobilizaciju Fonda solidarnosti Europske unije u kolovozu 2016. godine kako bi sanirala štete nastale prouzrokovane poplavama koje su u svibnju i lipnju pogodile regiju Niederbayern. Ukupnim predloženim iznosom pomoći u iznosu od 31 375 125 EUR sanirat će se izravna šteta nastala poplavama, a to uključuje obnovu domova, javne i privatne infrastrukture te poljoprivrednog sektora.

Europska unija je aktiviranjem Fonda solidarnosti Europske unije više puta pokazala svoju solidarnost sa stanovništvom pogođenim prirodnim katastrofama. Smatram da i u ovom slučaju, označenim kao regionalna katastrofa, Europska unija treba reagirati brzo, učinkovito i fleksibilno. Zato sam podržala Izvješće o pružanju financijske pomoći Njemačkoj u saniranju nastale štete.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi Solidarnostnega sklada Evropske unije za zagotovitev pomoči Nemčiji sem podprla.

Namen Solidarnostnega sklada Evropske unije (v nadaljevanju: sklad) je omogočiti Uniji, da se hitro, učinkovito in prožno odziva na izredne razmere in tako izkaže svojo solidarnost s prebivalstvom območij, ki so jih prizadele naravne nesreče.

Nemčijo so maja in junija 2016 doletele intenzivne kratkotrajne poplave, zato je avgusta podala vlogo za uporabo sklada. Poplave so porušile javno in zasebno infrastrukturo, zasebne domove in kmetijske površine. Umrlo je sedem oseb, na Spodnjem Bavarskem je bilo prizadetih več kot 47 000 oseb, pri čemer se jih več kot 2000 ni moglo vrniti v domove še dva meseca po poplavah.

Potrebno je čim hitrejše sprejetje sklepa, da se lahko pomaga ljudem.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor. Se trata de movilizar 500 millones para hacer frente a las inundaciones ocurridas en 2016 en la región de Niederbayern en Alemania.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I agree on mobilising the European Union Solidarity Fund to grant financial assistance relating to a flood disaster in Germany. The European project is based also in solidarity in difficult moments and therefore I support this economic help to Lower Bavaria.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Fundusz Solidarności został założony w 2002 roku, by zapewnić wsparcie finansowe dla państw dotkniętych poważnymi katastrofami naturalnymi lub nadzwyczajnymi katastrofami w poszczególnych regionach. Propozycja gwarantuje 31 475 125 EUR w zobowiązaniach i wyasygnowanie płatności na pokrycie skutków poważnych powodzi, które spowodowały zniszczenia infrastruktury publicznej i prywatnej, domów i zniszczenia w sektorze rolnym. Szkody stanowią 3,03 % regionalnego PKB, co przekracza próg wymagany, by wnioskować o pomoc w ramach „katastrofy regionalnej". Poparłem tę rezolucję.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Bizottság az Európai Unió Szolidaritási Alapjának (EUSZA) igénybevételét javasolja, hogy pénzügyi segítséget nyújtson a 2016. májusi és júniusi németországi katasztrófa (az Alsó-Bajorországot, különösen Rottal-Inn térségét érintő áradások) nyomán. Támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor. Se trata de movilizar 500 millones para hacer frente a las inundaciones ocurridas en 2016 en la región de Niederbayern en Alemania.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Įvyko keli labai dideli trumpalaikiai ir staigūs potvyniai, per kuriuos suniokota viešoji ir privačioji infrastruktūra, taip pat privatūs namai ir padaryta žalos žemės ūkio sektoriui. Žemutinėje Bavarijoje žuvo septyni žmonės, daugiau kaip 47 000 žmonių nukentėjo, o praėjus dviem mėnesiams po potvynių 2 000 žmonių dar negalėjo grįžti į savo namus. Zimbacho prie Ino miestas buvo beveik visiškai sugriautas ir jame komunalinės vandentiekos paslaugos buvo neteikiamos tris savaites. Be to, pranešta apie labai didelę žalą įmonėms ir žemės ūkiui, pagrindinei infrastruktūrai, vandentiekos, kanalizacijos ir elektros tinklams.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on the mobilisation of the European Union Solidarity Fund to provide assistance to Germany. The Commission proposes to mobilise the European Union Solidarity Fund (EUSF) to grant financial assistance relating to a disaster in Germany (floods affecting Lower Bavaria, especially the district of Rottal-Inn) that occurred in May and June 2016. The series of extremely intense, short-lived cases of flooding/flash floods caused destruction of public and private infrastructure, of private homes, and in agriculture. Seven people lost their lives and more than 47 000 people in Lower Bavaria were affected. In their application, received by the Commission on 19 August 2016, the German authorities estimated total direct damage caused by the disaster at EUR 1 259.005 million. The total amount of aid proposed is therefore EUR 31 475 125 EUR. I voted in favour because I believe that the application by Germany meets the conditions for providing a financial contribution from the Fund, as laid down in Article 4 of Regulation (EC) No 2012/2002.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta acción, el Fondo de Solidaridad de la Unión se moviliza para ayudar a la zona de Baja Baviera, especialmente el distrito de Rottal-Inn, ante las inundaciones que sufrieron en mayo y junio de 2016. Es importante que la Unión sepa responder ante los desastres medioambientales mediante este tipo de acciones, por lo que creo necesario votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe, debido a que supone la movilización de fondos de la Unión para ayudar a la reparación de los daños causados por las inundaciones en Alemania. Durante los meses de mayo y junio de este año, la región alemana de Niederbayern sufrió lluvias intensas que produjeron numerosos daños. El Gobierno alemán ha decidido solicitar la ayuda de este fondo de solidaridad de la Unión para la reparación de los daños causados. Este fondo de solidaridad está diseñado para la rápida movilización de recursos, en favor de las zonas dañadas por cualquier tipo de catástrofe. Esta movilización pretende ayudar a los habitantes de la región en reparar los daños causados y es por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A Comissão propõe a mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) a fim de prestar assistência financeira relativa a uma catástrofe ocorrida na Alemanha (inundações que afetaram a Baixa Baviera, em especial o distrito de Rottal-Inn), ocorrida em maio e junho de 2016.

A série de inundações de curta duração muito intensas / inundações repentinas deixou um rasto de destruição nas infraestruturas públicas e privadas, nas habitações e na agricultura. Sete pessoas perderam a vida e mais de 47 000 foram afetadas na Baixa Baviera; 2 000 delas não puderam regressar às suas casas dois meses após as inundações.

Independentemente da solidariedade devida às populações afetadas, não deixa de ser surpreendente que esta solidariedade seja dirigida à Alemanha, país que acumulou um enorme excedente na sua balança de pagamentos à custa dos outros países da UE e a quem se pede para aproveitar esta folga para uma maior contribuição do consumo da zona euro.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Diesem Bericht habe ich zugestimmt, da es um die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds zwecks Hilfeleistung für Deutschland wegen der Flutkatastrophe im Sommer in Niederbayern im Sommer 2016 geht.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Communities in my own constituency of the North-West of England are still recovering from the floods which hit them last winter, and still need support for reconstruction. EU Solidarity Funds would have provided welcome relief.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione ha proposto di mobilitare il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) per fornire assistenza finanziaria in relazione a una catastrofe naturale avvenuta in Germania nei mesi di maggio e giugno 2016. Questi fenomeni hanno causato la morte di sette persone e il coinvolgimento di quasi 50 000 persone che hanno subito danni più o meno diretti. Le autorità tedesche hanno stimato a 1 259,005 milioni di EUR il totale dei danni causati dalla catastrofe. Il costo delle operazioni essenziali di emergenza ammissibili a norma del FSUE è stato quindi stimato a 94,196 milioni di EUR, di cui più di 52,227 milioni di EUR per operazioni di ricostruzione nel settore dei trasporti e oltre 21 milioni di EUR misure di ripulitura. La cifra che si può ottenere a norma di aiuto del FSUE è pari a 31 475 125 EUR, da ottenere attraverso l'approvazione di un bilancio rettificativo che si è votato contestualmente (relazione Fernandes, DAB 6).

Il FSUE è per noi italiani di particolare importanza in questo momento con riferimento alla questione dei terremoti nel Centro Italia. È sicuramente uno strumento perfettibile, ma al momento è l'unico che si ha a disposizione.

Per questo motivo ho espresso il mio voto favorevole.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de beschikbaarstelling van deze middelen omdat een compensatie vanuit de EU van de financiële gevolgen van de overstromingen in 2016 in Niederbayern geen verantwoordelijkheid is van de EU.

Nationale staten kunnen heel goed zelf uitmaken wanneer en voor welk bedrag zij zich solidair willen verklaren met een andere staat die door een natuurramp is getroffen.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Rozhodnutie Európskeho parlamentu a Rady o mobilizácii Fondu solidarity Európskej únie na účely poskytnutia pomoci Nemecku som podporila. Nemecko požiadalo v auguste tohto roku o mobilizáciu Fondu solidarity na účel pomoci s odstraňovaním škôd spôsobených rozsiahlymi záplavami v Dolnom Bavorsku, ktoré tento región postihli v máji a júni tohto roku. Povodne napáchali škody najmä na infraštruktúre, domoch, ale významne zasiahli aj poľnohospodárske odvetvie. Keďže výška spôsobených škôd naplnila podmienky mobilizácie Fondu solidarity, je správne, že sme túto mobilizáciu v pléne odsúhlasili. Fond solidarity považujem za vhodný nástroj, ktorý na jednej strane pomôže členským štátom postihnutým prírodnou katastrofou a na druhej strane demonštruje jednu z hlavných myšlienok členstva, že členské štáty nie sú samé, ale ostatní im v prípade potreby poskytnú nevyhnutnú podporu.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam poticaj na mobilizaciju Fonda solidarnosti radi pružanja pomoći Njemačkoj. Izrazito je važno u situacijama kada se dogode prirodne katastrofe, kao što je slučaj poplava u Njemačkoj, da se lokalnom stanovništvu što prije pomogne kako bi se na što lakši način sanirala šteta nastala na domovima te javnim i privatnim dobrima. Veliki broj ljudi na području Donje Bavarske pogođen je poplavama, a određeni broj njih ni nakon tri tjedna nije se vratio svojim domovima što je zabrinjavajuća činjenica. Potrebna je solidarnost Europske unije te pružanje pomoći pogođenim dijelovima Njemačke jer je to preduvjet i osiguranja da će se sanirati štete nastale prirodnom katastrofom. Pored važnosti što hitnije obnove domova lokalnog stanovništva, posebna pozornost treba se posvetiti i obnavljanju infrastrukture te poljoprivrednog zemljišta i svih resursa koji su potrebni za normalan život ljudi na tom području.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi Solidarnostnega sklada Evropske unije za zagotovitev pomoči Nemčiji.

Podpiram, da Solidarnostni sklad Evropske unije nameni znesek v višini 31 475 125 EUR Nemčiji za pomoč po številnih primerih kratkotrajnih, izjemno intenzivnih poplav, ki so maja in junija 2016 prizadele regijo Niederbayern.

7.16. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6/2016 für den Vorschlag zur Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Deutschland (A8-0349/2016 - José Manuel Fernandes)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il fascicolo riguarda la mobilitazione del Fondo di solidarietà in favore di una regione della Germania colpita da delle fortissime inondazioni che hanno causato disastrosi danni, soprattutto all'agricoltura. Questa è la motivazione che mi ha spinto a esprimere un voto positivo.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — This file sought for an increase in the social fund in instances where a natural disaster has taken place and has adversely affected the economy. Given that natural disasters can adversely affect the economies of any Member State, it is important that the EU shows solidarity to those people affected and helps them to stabilise in the aftermath of tragic circumstances. Therefore, I supported it.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce projet de budget rectificatif (PBR) nº 6 pour l'exercice 2016 couvre l'intervention du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE), pour un montant de 31.475.125 euros en crédits d'engagement et de paiement. Cette intervention porte sur des inondations survenues en Allemagne.

Bien qu'habituellement, ce genre de mobilisation de fonds ne pose aucun problème, il faut noter qu'en l'espèce, c'est l'Allemagne qui est ici concernée, pays qui prospère sur le dos de ses voisins du sud grâce à la monnaie unique et aspire ainsi toute leur industrie. L'Allemagne pourrait peut-être user de ses excédents budgétaires et de ses taux d'emprunts exceptionnellement bas pour répondre à ce genre de problèmes, plutôt que d'en appeler à une solidarité européenne dont elle n'a pas franchement besoin. Je me suis abstenue sur ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Whilst I abstained upon the principle of the Solidarity Fund being used to the benefit of Germany, I cannot do the same on the proposed increase to the budget ceiling for the Solidarity Fund, which would increase the ceiling by over EUR 31 million.

Consequently, whilst I might well abstain on the mobilisation of existing and available finance, it is consistent for me to vote against a proposed increase to it.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Europos Sąjungos 2016 finansinių metų Taisomojo biudžeto Nr. 6 projekto, pridedamo prie pasiūlymo panaudoti Europos Sąjungos solidarumo fondo lėšas siekiant suteikti pagalbą Vokietijai. Taisomojo biudžeto Nr. 6 projektas apima siūlomą Europos Sąjungos solidarumo fondo lėšų panaudojimą, susijusį su 2016 m. gegužės ir birželio mėn. įvykusiais potvyniais Vokietijoje, todėl Komisija siūlo iš dalies pakeisti 2016 m. biudžetą ir padidinti biudžeto straipsnio Nr. 13 06 01 „Pagalba valstybėms narėms didelės gaivalinės nelaimės atveju, kai itin nukenčia gyvenimo sąlygos, gamtinė aplinka ar ekonomika“ lėšas 31 475 125 EUR suma – tiek įsipareigojimų, tiek mokėjimų asignavimų.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. — Je me suis abstenu sur ce texte, car je crois que l'Allemagne pourrait peut-être recourir davantage à ses excédents budgétaires et à ses taux d'emprunt exceptionnellement bas pour répondre à ce genre de problèmes, plutôt que d'en appeler à une solidarité européenne dont elle n'a pas franchement besoin.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Ce projet de budget rectificatif nº 6/2016 porte sur la proposition de mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne liée aux inondations qui ont eu lieu en Allemagne en mai et en juin 2016. J'ai approuvé ce point.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Enmienda rectificativa que moviliza el Fondo de Solidaridad de la Unión Europea para asistir a Alemania, por las inundaciones de 2016 en la región de Baja Baviera, que perjudicaron a su población por un total de 31 475 125 euros.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre el proyecto de presupuesto rectificativo n.º 6/2016 sobre el anexo a la propuesta de movilizar el Fondo de Solidaridad de la Unión para prestar asistencia a Alemania. El Fondo de Solidaridad es un instrumento especial tal y como se define en el Reglamento del MFP y que los créditos de compromiso y de pago correspondientes se consignan en el presupuesto al margen de los límites máximos establecido en el MFP.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Dans la lignée du rapport sur la mobilisation du fonds de solidarité de l'Union européenne pour venir en aide à l'Allemagne, ce rapport concerne un projet de budget rectificatif pour l'exercice 2016 pour couvrir le déblocage de ces 31.475.125 euros en crédits d'engagement et de paiement.

J'apporte évidemment tout mon soutien aux Allemands touchés par les inondations en Basse-Bavière, (en particulier l'arrondissement de Rottal-Inn) survenues en mai et en juin 2016.

Cependant, comme je l'ai souligné précédemment, il me semble que l'Allemagne ne devrait pas être prioritaire pour l'obtention de cette aide. Notre voisin a, à sa disposition, 12 milliards d'euros environ d'excédents budgétaires et des comptes publics affichant un surplus d'à peu près 16,4 milliards. Compte tenu du formidable dynamisme économique allemand, il ne fait aucun doute que ce pays saura faire face aux conséquences des catastrophes naturelles de cet été.

J'ai donc préféré m'abstenir sur ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Fra maggio e giugno le regioni della Bassa Baviera sono state colpite da violente inondazioni. Con questo voto sostengo la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'UE per 31.475.125 EUR da destinarsi alla ricostruzione e al sostegno delle popolazioni colpite. Ritengo che il Fondo di solidarietà continui a rappresentare un importante strumento di sostegno che l'Europa mette a disposizione degli Stati membri colpiti da gravi catastrofi naturali, anche se auspico che si riesca a rendere la sua attivazione sempre più rapida, perché questo incrementerà fortemente la sua efficacia.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He apoyado con mi voto este presupuesto rectificativo n.º 6/20016, para permitir la movilización 31 475 125 euros con cargo al Fondo de Solidaridad de la Unión, para ayudar a la región alemana de Baja Baviera, afectada por inundaciones en mayo y junio de 2016. Las autoridades alemanas estimaron los daños directos totales causados por el desastre en 1 26 mil millones de euros

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame nagrinėjamas taisomojo biudžeto Nr. 6/2016 projektas, apimantis siūlomą Europos Sąjungos solidarumo fondo lėšų panaudojimą, susijusį su 2016 m. gegužės ir birželio mėn. įvykusiais potvyniais Vokietijoje. Todėl Komisija siūlo iš dalies pakeisti 2016 m. biudžetą ir padidinti biudžeto „Pagalba valstybėms narėms didelės gaivalinės nelaimės atveju, kai itin nukenčia gyvenimo sąlygos, gamtinė aplinka ar ekonomika“ lėšas. Kaip apibrėžta 2014-2020 m. daugiametės finansinės programos (DFP) reglamente, Europos Sąjungos solidarumo fondas yra speciali priemonė ir atitinkami įsipareigojimų ir mokėjimų asignavimai turi būti įtraukti į biudžetą viršijant DFP viršutines ribas.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Németország a 2016 májusában és júniusában a Niederbayern (Alsó-Bajorország) régiót ért számos, rövid ideig tartó, de rendkívül heves árvíz miatt 2016. augusztus 19-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére.

Németország kérelme eleget tesz az Alapból származó pénzügyi hozzájárulás meghatározására vonatkozóan megállapított követelményeknek.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se z omenjenim predlogom spremembe proračuna, saj je rezultat predlagane uporabe Solidarnostnega sklada Evropske unije v zvezi s poplavami v Nemčiji maja in junija 2016.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće. Komisija predlaže da se mobilizira 31 475 125 EUR za pomoć njemačkoj pokrajini Donja Bavarska, zbog poplava u svibnju i lipnju 2016.

Ukupna izravna šteta procijenjena od strane njemačkih vlasti iznosi 1,26 milijardi EUR.

Prijedlog je povezan s prijedlogom izmjena i dopuna proračuna 6/2016.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Je suis bien sûr favorable au déblocage de ces fonds de solidarité destinés à compenser les dommages causés par des inondations en Allemagne, mais je ne peux pas m'empêcher de penser que le gouvernement allemand aurait pu utiliser ses propres excédents budgétaires pour faire face à cette crise, plutôt que de faire appel à la solidarité européenne, d'autant que la santé économique de l'Allemagne découle largement de la monnaie unique au détriment des autres pays de la zone euro.

Par conséquent, je me suis abstenue.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Tra maggio e giugno 2016 alcune regioni della Germania – in particolare la Baviera – sono state colpite da forti piogge, inondazioni e frane. Questi eventi hanno causato ingenti danni alle infrastrutture pubbliche (scuole, dighe, reti di telecomunicazione e strade), alle abitazioni e alle attività private (centinaia di edifici sono stati allagati), oltre ai danni al settore agricolo e alle foreste derivanti dai depositi di fango, dagli smottamenti e dalle frane. L'eccezionalità e la gravità della situazione hanno reso necessario l"impiego del Fondo di solidarietà dell'Unione europea. Il Parlamento deve approvare la mobilitazione del Fondo per l'assegnazione degli importi previsti dalla Commissione come contribuzione emergenziale alle regioni colpite, nel minor tempo possibile, poiché la celerità della risposta istituzionale a un intervento alluvionale è fondamentale per la ripresa delle attività economiche e del normale svolgimento delle attività quotidiane dei cittadini.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione concernente l'invito a procedere alla mobilitazione del fondo di solidarietà dell'Unione europea per fornire un contributo finanziario alla Germania. In seguito alle inondazioni intense avvenute nei mesi di maggio e giugno del 2016, che hanno distrutto infrastrutture e abitazioni, provocando danni all'agricoltura, la Germania aveva fatto richiesta per l'erogazione di un contributo finanziario del fondo. Ritengo opportuna la proposta della Commissione al fine di fornire aiuti agli Stati membri colpiti da catastrofi aventi ripercussioni su condizioni sociali, ambientali ed economiche. Essendo il fondo di solidarietà uno strumento speciale, secondo la definizione del regolamento quadro finanziario pluriennale (QFP), gli stanziamenti corrispondenti dovrebbero essere iscritti in bilancio al di fuori dei massimali del QFP.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. This amending budget is taken in conjunction with a separate vote regarding Germany's application for the EU Solidarity Fund. The EU Solidarity Fund is an EU fund used when there has been a natural disaster in an area of Europe. In order to give the money to Germany it is required to increase the budget ceiling for the Solidarity Fund. As this will increase EU budgets (as opposed to just authorising money that is already available) UKIP voted against.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου όσον αφορά το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 6/2016 της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2016 που συνοδεύει την πρόταση κινητοποίησης του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την παροχή βοήθειας προς τη Γερμανία επιβεβαιώνει τον ρόλο του Ταμείου, αφού στοχεύει στην παροχή βοήθειας μετά τις πλημμύρες που σημειώθηκαν στη Γερμανία τον Μάιο και τον Ιούνιο 2016. Ως εκ τούτου ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – In linea con il consenso alla mobilitazione del fondo di solidarietà alla Germania per le inondazioni da essa subite in Bassa Baviera negli scorsi mesi di maggio e giugno, esterno il mio favore al progetto di bilancio rettificativo n. 6/2016. In tal modo, di conseguenza, sarà possibile rafforzare il bilancio comunitario presso l'articolo 13 06 01 «Assistere gli Stati membri colpiti da catastrofi naturali gravi aventi serie ripercussioni sulle condizioni di vita, sull'ambiente o sull'economia» di un importo pari a 31 475 125 EUR in stanziamenti sia di impegno che di pagamento. L'ammontare in oggetto rappresenta la cifra mobilitata dal Fondo di solidarietà dell'Unione, il cui massimale annuo si aggira sui EUR 500 milioni.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the Council position on Draft Amending Budget No 6/2016 of the European Union for the financial year 2016 accompanying the proposal to mobilise the European Union Solidarity Fund to provide assistance to Germany.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Alemanha solicitou, em 19 de agosto de 2016, a mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia, na sequência de uma série de casos de inundações extremamente intensas e de curta duração, que afetaram a região da Baixa Baviera em maio e junho de 2016 e que deixaram um rasto de destruição nas infraestruturas públicas e privadas, nas habitações e na agricultura, tendo 7 pessoas perdido a vida e mais de 47000 sido afetadas.

A mobilização proposta requer a modificação do Orçamento de 2016, destinado a aumentar o artigo 13 06 01 do Orçamento «assistência aos Estados-Membros em caso de catástrofes naturais de grandes proporções com repercussões graves nas condições de vida, no ambiente e na economia».

A Comissão propõe a alteração do orçamento de 2016 através do reforço do artigo orçamental 13 06 01 no montante de 31 475 125 Euros, tanto em dotações de autorização, como em dotações de pagamento, para acorrer aos prejuízos sofridos pela Alemanha.

O presente relatório, que apoio, aprova a posição do Conselho sobre o orçamento retificativo nº 6/2016.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea ha lo scopo di consentire all'Unione di rispondere in maniera rapida, efficace e flessibile alle situazioni di emergenza e per testimoniare solidarietà alla popolazione delle regioni colpite da catastrofi. Ho votato a favore di questo provvedimento che concede assistenza finanziaria alla Germania per le inondazioni che hanno colpito la Bassa Baviera nei mesi di maggio e giugno 2016.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I support the proposed mobilisation of the European Union Solidarity Fund in relation to floods that occurred in Germany in May and June 2016. These had serious repercussions for the living conditions of those concerned and we are duty bound to give the devoted attention and quickly.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of the Draft Amending Budget No 6 to the General Budget 2016 accompanying the proposal to mobilise the European Union Solidarity Fund to provide assistance to Germany as it seeks to amend the 2016 budget and increase the assistance to Member States in the event of a major natural disaster with serious repercussions.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport constitue un des rapports budgétaires rectificatifs pour l'année 2016. Il accompagne la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne en faveur de l'Allemagne, qui a subi des inondations touchant la Basse-Bavière, en particulier le district de Rottal-Inn, en mai et juin 2016. Cette catastrophe naturelle a touché plus de 47 000 personnes. Dans ce cadre, la mobilisation du FSUE pour l'Allemagne s'élève à 34 millions d'euros. Considérant la gravité de la situation allemande suite à ces inondations et considérant le devoir de l'Union européenne de porter secours aux territoires européens en détresse suite à des catastrophes naturelles, j'ai bien sûr voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. This amending budget is taken in conjunction with a separate vote regarding Germany's application for the EU Solidarity Fund. The EU Solidarity Fund is an EU fund used when there has been a natural disaster in an area of Europe. In order to give the money to Germany it is required to increase the budget ceiling for the Solidarity Fund. As this will increase EU budgets (as opposed to just authorising money that is already available) UKIP voted against.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Ayant voté en faveur de la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) pour venir en aide aux territoires allemands victimes d'inondations au mois de mai et juin 2016, j'ai également soutenu le projet de budget rectificatif (PBR) nº 6/2016, qui vise à inscrire ces dépenses dans le budget de l'Union. Les règles sur l'utilisation du FSUE imposent que sa mobilisation transparaisse dans le budget annuel de l'Union. L'assistance aux régions sinistrées est une priorité, son inscription au budget l'est donc aussi.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Németország a 2016 májusában és júniusában a Niederbayern (Alsó-Bajorország) régiót ért számos, rövid ideig tartó, de rendkívül heves árvíz miatt 2016. augusztus 19-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére.

Németország kérelme eleget tesz az Alapból származó pénzügyi hozzájárulás meghatározására vonatkozóan megállapított követelményeknek.

Az Európai Unió 2016. pénzügyi évi általános költségvetésének keretein belül az Európai Unió Szolidaritási Alapjából 31 475 125 EUR összeg kerül kifizetésre Németország részére kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában.

A 6/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet az Európai Unió Szolidaritási Alapjának a 2016. májusi és júniusi németországi árvizekkel kapcsolatban javasolt igénybevételét fedezi. Ennek keretében az Európai Bizottság javasolja a 2016. évi költségvetés módosítását és kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatainak egyaránt 31 475 125 euróval történő megemelését.

Az Európai Parlament jóváhagyta a 6/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce texte.

Comme évoqué précédemment, nous sommes en général favorables à la solidarité intra-européenne. S'agissant de l'Allemagne, cependant, nous estimons que celle-ci doit être en mesure de faire face seule aux dépenses afférentes aux inondations, eu égard aux bénéfices qu'elle tire de sa participation à l'Union européenne et, en particulier, à l'euro.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Аз гласувах за този доклад. Фонд „Солидарност“ на Европейския съюз (ЕФС) е създаден през 2002 г. за предоставяне на финансова помощ за допустими държави, засегнати от големи природни бедствия или изключителни регионални бедствия. Това второ предложение за мобилизиране на ЕФС през 2016 г. се отнася до наводнения в региона Нидербайерн в Германия.

Предложението е да се предостави помощ за региона, който беше тежко засегнат. Ангажиментите са за покриване на последиците от тежки внезапни наводнения, довели до унищожаване на публична и частна инфраструктура, домовете на хората и потушения в селскостопанския сектор. Щетите представиха 3,03% от БВП на региона, което надвишава прага, необходим за обявяване на „регионално бедствие“.

Унищожителното въздействие върху региона отговаря на всички критерии на ЕФС, и следователно единственото възможно решение е да се подкрепят усилията.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ οφείλει να επιδεικνύει ευελιξία όταν συντρέχουν λόγοι αποζημίωσης χωρών που επλήγησαν από φυσικές καταστροφές.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Németország a 2016 májusában és júniusában a Niederbayern (Alsó-Bajorország) régiót ért számos, rövid ideig tartó, de rendkívül heves árvíz miatt 2016. augusztus 19-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére.

Németország kérelme eleget tesz az Alapból származó pénzügyi hozzájárulás meghatározására vonatkozóan megállapított követelményeknek.

Az Európai Unió 2016. pénzügyi évi általános költségvetésének keretein belül az Európai Unió Szolidaritási Alapjából 31 475 125 EUR összeg kerül kifizetésre Németország részére kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában.

A 6/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet az Európai Unió Szolidaritási Alapjának a 2016. májusi és júniusi németországi árvizekkel kapcsolatban javasolt igénybevételét fedezi. Ennek keretében az Európai Bizottság javasolja a 2016. évi költségvetés módosítását és kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatainak egyaránt 31 475 125 euróval történő megemelését.

Az Európai Parlament jóváhagyta a 6/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: le projet de budget rectificatif (PBR) n° 6 pour l'exercice 2016 couvre l'intervention du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE), pour un montant de 31.475.125 euros en crédits d'engagement et de paiement. Cette intervention porte sur des inondations survenues en Allemagne.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente relazione avente ad oggetto il progetto di bilancio rettificativo (PBR) n. 6/2016 poiché consente la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea preposto all'assistenza finanziaria di paesi colpiti da gravi calamità naturali. In particolare, il progetto costituisce una risposta alle problematiche sorte a seguito alle inondazioni nella regione della Bassa Baviera in Germania.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – V tomto prípade ide o technickú zmenu založenú na poskytnutí pomoci Nemecku, ktoré sa vyrovnáva s následkami série povodní v Bavorsku. Európska komisia navrhla pozmeniť rozpočet a zvýšiť prostriedky na pomoc členským štátom v prípade veľkej prírodnej katastrofy so závažnými dôsledkami na životné podmienky, prírodné prostredie alebo hospodárstvo.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione perchè sostengo la necessità di destinare una quota del fondo di solidarietà dell'Unione europea, FSUE, a favore dei cittadini tedeschi della Bassa Baviera colpiti nel maggio/giugno di quest'anno da violente inondazioni.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 6/2016 που συνοδεύει την πρόταση κινητοποίησης του Ταμείου Αλληλεγγύης της ΕΕ για την παροχή βοήθειας στη Γερμανία, καθώς η ΕΕ οφείλει να επιδεικνύει ευελιξία όταν συντρέχουν λόγοι αποζημίωσης χωρών που επλήγησαν από φυσικές καταστροφές.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Draft Amending Budget (DAB) No 6/2016 is linked to the mobilisation of the European Union Solidarity Fund (EUSF) to provide assistance to Germany. The EUSF mobilisation relates to floods in Germany (Lower Bavaria) and would amount to EUR 31 475 125 in commitment and payment appropriations. I supported the mobilisation of the European Solidarity Fund for Germany.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Németország a 2016 májusában és júniusában a Niederbayern (Alsó-Bajorország) régiót ért számos, rövid ideig tartó, de rendkívül heves árvíz miatt 2016. augusztus 19-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére.

Az Európai Unió 2016. pénzügyi évi általános költségvetésének keretein belül az Európai Unió Szolidaritási Alapjából 31.475.000 EUR összeg kerül kifizetésre Németország részére kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában.

A 6/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet az Európai Unió Szolidaritási Alapjának a 2016. májusi és júniusi németországi árvizekkel kapcsolatban javasolt igénybevételét fedezi. Ennek keretében az Európai Bizottság javasolja a 2016. évi költségvetés módosítását és kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatainak egyaránt 31.475.000 euróval történő megemelését.

Az Európai Parlament jóváhagyta a 6/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Németország a 2016 májusában és júniusában a Niederbayern (Alsó-Bajorország) régiót ért számos, rövid ideig tartó, de rendkívül heves árvíz miatt 2016. augusztus 19-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére.

Németország kérelme eleget tesz az Alapból származó pénzügyi hozzájárulás meghatározására vonatkozóan megállapított követelményeknek.

Az Európai Unió 2016. pénzügyi évi általános költségvetésének keretein belül az Európai Unió Szolidaritási Alapjából 31 475 125 EUR összeg kerül kifizetésre Németország részére kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában.

A 6/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet az Európai Unió Szolidaritási Alapjának a 2016. májusi és júniusi németországi árvizekkel kapcsolatban javasolt igénybevételét fedezi. Ennek keretében az Európai Bizottság javasolja a 2016. évi költségvetés módosítását és kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatainak egyaránt 31 475 125 euróval történő megemelését.

Az Európai Parlament jóváhagyta a 6/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich begrüße die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union, um im Zusammenhang mit den Überschwemmungen in Niederbayern, die sich im Mai und Juni 2016 ereignet haben, Finanzhilfen zu gewähren.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of Draft Amending Budget No 6/2016 accompanying the proposal for mobilisation of the European Union Solidarity Fund to provide assistance to Germany. I am supporting the aid proposal which favours budgeting outside the corresponding multiannual financial framework (MFF) ceiling regulation of expenditure (0.6% of GNI or EUR 3 billion). I also support the notion in the 2016 budget of increasing assistance to Member States in the event of a major natural disaster with serious repercussions on living conditions, the natural environment or the economy, both in commitment and in payment appropriations.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor. Se trata de movilizar 500 millones para hacer frente a las inundaciones ocurridas en 2016 en la región de Niederbayern en Alemania.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of Draft Amending Budget No 6/2016 linked to the mobilisation of the European Union Solidarity Fund (EUSF) to provide assistance to Germany.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes reagálni a vészhelyzetekre és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakossága felé.

Németország a 2016 májusában és júniusában a Niederbayern (Alsó-Bajorország) régiót ért számos, rövid ideig tartó, de rendkívül heves árvíz miatt 2016. augusztus 19-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére.

Németország kérelme eleget tesz az Alapból származó pénzügyi hozzájárulás meghatározására vonatkozóan megállapított követelményeknek.

Az Európai Unió 2016. pénzügyi évi általános költségvetésének keretein belül az Európai Unió Szolidaritási Alapjából 31 475 125 euró kerül kifizetésre Németország részére kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában.

A 6/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet az Európai Unió Szolidaritási Alapjának a 2016. májusi és júniusi németországi árvizekkel kapcsolatban javasolt igénybevételét fedezi. Ennek keretében az Európai Bizottság javasolja a 2016. évi költségvetés módosítását és kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatainak egyaránt 31 475 125 euróval történő megemelését.

Az Európai Parlament jóváhagyta a 6/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Commission's proposal to mobilise the European Union Solidarity Fund (EUSF) to grant financial assistance relating to a disaster in Germany (floods affecting Lower Bavaria, especially the district of Rottal-Inn) that occurred in May and June 2016. The series of extremely intense, short-lived cases of flooding/flash floods caused destruction of public and private infrastructure, of private homes, and in agriculture. Seven people lost their lives and more than 47 000 people in Lower Bavaria were affected, with over 2 000 unable to return to their houses two months after the floods. The town of Simbach am Inn was almost entirely destroyed and was left with no municipal water supply for three weeks. Significant damage to businesses and agriculture was also reported, as well as heavy damage to the basic infrastructure, water supply, sewage services and electricity network. In their application, received by the Commission on 19 August 2016, the German authorities estimated total direct damage caused by the disaster at EUR 1 259.005 million.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der sechste Berichtigungshaushalt zum laufenden Haushaltsjahr beantragt zusätzliche 31,5 Millionen Euro für die Bewältigung der Überschwemmungskosten in Niederbayern vom Frühling 2016, finanziert aus dem so genannten Europäischen Solidaritätsfonds. Die Gesamtkosten dieser Überschwemmungskatastrophe werden von der Bundesregierung auf 1,26 Milliarden Euro beziffert. Es ist aus meiner Sicht selbstverständlich, dass die EU-Mitgliedstaaten sich wie in ähnlich gelagerten Fällen solidarisch zeigen. Daher habe ich dem Bericht zugestimmt.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 6/2016 Europske unije za financijsku godinu 2016. uz prijedlog za mobilizaciju Fonda solidarnosti Europske unije radi pružanja pomoći Njemačkoj. Time bi se pomoglo Njemačkoj nakon poplava koje su ovu zemlju pogodile u svibnju i lipnju 2016. godine. Kad su u pitanju prirodne ili druge katastrofe koje prouzrokuju ozbiljne štete i iznimne poteškoće, smatram da je potrebno reagirati što je brže i efikasnije moguće kako bi se ublažile negativne posljedice. Podržavam podizanje proračunske stavke za 31 475 125 EUR, te ovaj nacrt izmjene proračuna.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il est assez inhabituel de voir l'Allemagne concernée par une mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne. En effet, cet État maintient la tête de ses voisins sous les flots de la monnaie unique et tire seul parti de sa position avantageuse à la surface. Il serait alors juste qu'elle puise dans ses ressources nourries par des excédents budgétaires et des taux d'emprunt bas pour répondre à des besoins qu'elle peut assumer sans l'aide superflue de la solidarité européenne.

Je me suis abstenu.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce budget rectificatif, qui accompagne la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne à hauteur de 31 millions d'euros pour accorder une aide financière à l'Allemagne en raison des inondations qui ont touché la Basse-Bavière en mai et juin 2016. Ces dernières ont provoqué la destruction d'infrastructures publiques et privées, d'habitations privées et de l'agriculture. Sept personnes ont perdu la vie et plus de 47 000 personnes en Basse-Bavière ont été touchées.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der sechste Berichtigungshaushalt zum laufenden Haushaltsjahr beantragt zusätzliche 31,5 Millionen Euro für die Bewältigung der Überschwemmungskosten in Niederbayern vom Frühling 2016, finanziert aus dem so genannten Europäischen Solidaritätsfonds. Die Gesamtkosten dieser Überschwemmungskatastrophe werden von der Bundesregierung auf 1,26 Milliarden Euro beziffert. Es ist aus meiner Sicht selbstverständlich, dass die EU-Mitgliedstaaten sich wie in ähnlich gelagerten Fällen solidarisch zeigen. Daher habe ich dem Bericht zugestimmt.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Németország a 2016 májusában és júniusában a Niederbayern (Alsó-Bajorország) régiót ért számos, rövid ideig tartó, de rendkívül heves árvíz miatt 2016. augusztus 19-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére.

Németország kérelme eleget tesz az Alapból származó pénzügyi hozzájárulás meghatározására vonatkozóan megállapított követelményeknek.

Az Európai Unió 2016. pénzügyi évi általános költségvetésének keretein belül az Európai Unió Szolidaritási Alapjából 31 475 125 EUR összeg kerül kifizetésre Németország részére kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában.

A 6/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet az Európai Unió Szolidaritási Alapjának a 2016. májusi és júniusi németországi árvizekkel kapcsolatban javasolt igénybevételét fedezi. Ennek keretében az Európai Bizottság javasolja a 2016. évi költségvetés módosítását és kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatainak egyaránt 31 475 125 euróval történő megemelését.

Az Európai Parlament jóváhagyta a 6/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Bien qu'habituellement, ce genre de mobilisation du fonds de solidarité pour des chômeurs ne pose aucun problème, je me suis cette fois abstenu car, en l'espèce, c'est l'Allemagne qui est concernée. Or, c'est un pays qui prospère sur le dos de ses voisins du sud grâce à la monnaie unique et qui ruine ainsi toute leur industrie. L'Allemagne devrait utiliser ses excédents budgétaires pour répondre à ce genre de problèmes, plutôt que d'en appeler à une solidarité européenne dont elle n'a pas franchement besoin et à laquelle elle participe elle-même de façon très parcimonieuse. Néanmoins, je ne vais pas jusqu'à voter contre ce rapport, par respect pour nos alliés allemands de l'AfD.

Javi López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor del Presupuesto Rectificativo n.º 6/2016, porque está vinculado a la movilización del Fondo de Solidaridad de la Unión para prestar asistencia a Alemania, en concreto la región alemana de Baja Baviera, afectada por inundaciones en mayo y junio de 2016.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report to assist the region of Lower Bavaria affected by flooding in 2016.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Nacrtom proračuna br. 6/2016 obuhvaća se predložena mobilizacija Fonda solidarnosti Europske unije za poplave koje su u svibnju i lipnju 2016. pogodile Njemačku. Komisija stoga predlaže izmjenu proračuna za 2016. i povećanje proračunske stavke 13 06 01 Pomoć državama članicama u slučaju prirodnih katastrofa velikih razmjera s teškim posljedicama za životne uvjete, prirodni okoliš ili gospodarstvo za 31 475 125 EUR u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza i odobrenim sredstvima za plaćanje.

Budući da je Fond solidarnosti Europske unije poseban instrument i da bi odgovarajuća odobrena sredstva za obveze i plaćanja u proračun trebalo unijeti iznad gornjih granica VFO-a, podržala sam ovo izvješće o nacrtu izmjene proračuna br. 6/2016.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου όσον αφορά το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 6/2016 της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2016 που συνοδεύει την πρόταση κινητοποίησης του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την παροχή βοήθειας προς τη Γερμανία, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport.

Ce texte prévoit un changement du budget et vise à couvrir l'intervention du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) pour un montant de presque 31,5 millions d'euros. Cette demande provoque nos réserves, étant donné qu'elle concerne l'Allemagne, un pays qui prospère sur le dos de ses voisins du sud.

Même si nous avons des sentiments de sympathie envers les citoyens allemands qui ont subi la conséquence des inondations, nous croyons que le gouvernement allemand pourrait trouver des ressources dans son propre budget pour répondre à ce genre de problèmes, au lieu de les chercher au détriment du budget commun.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted positively on Draft Amending Budget No 6/2016 accompanying the proposal to mobilise the EU Solidarity Fund to provide assistance to Germany. Back in May and June of the present year, floods impacted Lower Bavaria and, more specifically, the district of Rottal-Inn, affecting more than 47 000 people. Therefore, amending the aforementioned budget represents an increase in the total amount in order to be able to assist fellow Member States.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce texte porte sur l'intervention du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE), elle-même portant sur des inondations survenues en Allemagne.

Bien qu'habituellement, ce genre de mobilisation de fonds ne pose aucun problème, il faut noter qu'en l'espèce, aussi surprenant que cela puisse paraître, c'est l'Allemagne qui est ici concernée, alors que chacun sait que c'est le pays qui bénéficie, en quasi-exclusivité, de la monnaie unique. L'Allemagne pourrait, à l'évidence, éviter de faire appel à la solidarité européenne. Je me suis par conséquent abstenue.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O presente projeto de orçamento retificativo n.º 6/2016 cobre a proposta de mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia relativamente às inundações ocorridas na Alemanha em maio e junho de 2016.

A Comissão propõe, por conseguinte, a alteração do orçamento de 2016 através do reforço do artigo orçamental 13 06 01 «Assistência aos Estados-Membros em caso de catástrofes naturais de grandes proporções com repercussões graves nas condições de vida, no meio ambiente ou na economia» num montante de 31 475 125 EUR, tanto em dotações de autorização, como em dotações de pagamento. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because it ensures the disbursement of funds to Germany to deal with the ramifications of severe flooding that affected Lower Bavaria last spring.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le projet de budget rectificatif nº 6/2016 porte sur la proposition de mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne liée aux inondations qui ont eu lieu en Allemagne en mai et en juin 2016. En réponse à cette série de catastrophes naturelles majeures, la Commission a proposé de modifier le budget 2016 en matière d'assistance aux États membres en cas de catastrophe naturelle ayant de graves répercussions sur les conditions de vie, l'environnement naturel et l'économie. Le montant s'élève désormais à 31.475.125 euros, à la fois en crédits d'engagement et en crédits de paiement. Le Parlement européen a, à cette occasion, décidé d'avaliser telle quelle la position du Conseil sur le projet de budget rectificatif nº 6/2016.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – The European Union Solidarity Fund aims to enable the Union to respond in a rapid, efficient and flexible manner to emergency situations in order to show solidarity with the population of regions struck by natural disasters. The proposed mobilisation requires an amendment to the 2016 budget and a draft amending budget (No 6/2016), aiming at increasing budget article 13 06 01 'Assistance to Member States in the event of a major natural disaster with serious repercussions on living conditions, the natural environment or the economy' by EUR 31 475 125 both in commitment and in payment appropriations. Therefore, I have voted in favour of the report, which proposes to mobilise the European Union Solidarity Fund (EUSF) to grant financial assistance relating to a disaster in Germany (floods affecting Lower Bavaria, especially the district of Rottal-Inn) which occurred in May and June 2016.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság 2016. október 19-én az Európai Unió Szolidaritási Alapjának a Németországnak szóló támogatás céljából történő igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslatot fogadott el. Ennek fedezésére egyidejűleg elfogadta a 6/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetet, amely a 2016. évi költségvetés módosításáról és a 13 06 01. költségvetési jogcím kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatainak egyaránt 31 475 125 euróval történő megemeléséről szól. A tervezetről a Tanács 2016. november 21-én fogadta el álláspontját, amit továbbított az Európai Parlamentnek.

A Költségvetési Bizottság jelentésében megállapítja, hogy a 6/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet az Európai Unió Szolidaritási Alapjának a 2016. májusi és júniusi németországi árvizekkel kapcsolatban javasolt igénybevételét fedezi, ezért az indítványozza, hogy a Parlament hagyja jóvá a 6/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot és ezzel a módosítást véglegesen fogadja el.

Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce texte porte sur l'intervention du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE), pour un montant de 31.475.125 euros en crédits d'engagement et de paiement. Cette intervention porte sur des inondations survenues en Allemagne. Bien qu'habituellement, ce genre de mobilisation de fonds ne pose aucun problème, il faut noter qu'en l'espèce, c'est l'Allemagne qui est ici concernée, pays qui prospère sur le dos de ses voisins du sud grâce à la monnaie unique et aspire ainsi toute leur industrie. L'Allemagne pourrait peut-être user de ses excédents budgétaires et de ses taux d'emprunts exceptionnellement bas pour répondre à ce genre de problèmes, plutôt que d'en appeler à une solidarité européenne dont elle n'a pas franchement besoin.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O projeto de orçamento retificativo n.º 6/2016 cobre a proposta de mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia relativamente às inundações ocorridas na Alemanha em maio e junho de 2016.

A Comissão propõe, por conseguinte, a alteração do orçamento de 2016 através do reforço do artigo orçamental 13 06 01 «Assistência aos Estados-Membros em caso de catástrofes naturais de grandes proporções com repercussões graves nas condições de vida, no meio ambiente ou na economia» num montante de 31 475 125 EUR, tanto em dotações de autorização, como em dotações de pagamento.

O FSUE visa dar uma resposta rápida, eficiente e flexível a situações de emergência e manifestar a sua solidariedade para com a população das regiões afetadas por catástrofes, sendo um instrumento especial, tal como definido no Regulamento QFP, e as dotações correspondentes devem ser orçamentadas para além dos limites máximos do QFP.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce projet de budget rectificatif (PBR) nº 6 pour l'exercice 2016 couvre l'intervention du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE), pour un montant de 31.475.125 euros en crédits d'engagement et de paiement. Cette intervention porte sur des inondations survenues en Allemagne.

Bien qu'habituellement, ce genre de mobilisation de fonds ne pose aucun problème, il faut noter qu'en l'espèce, c'est l'Allemagne qui est ici concernée, pays qui prospère sur le dos de ses voisins du sud grâce à la monnaie unique et aspire ainsi toute leur industrie. L'Allemagne pourrait peut-être user de ses excédents budgétaires et de ses taux d'emprunts exceptionnellement bas pour répondre à ce genre de problèmes, plutôt que d'en appeler à une solidarité européenne dont elle n'a pas franchement besoin.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce budget rectificatif 6/2016 sur la mobilisation du fonds de solidarité de l'Union européenne pour venir en aide à l'Allemagne. Il est en effet proposé de mobiliser la somme de 31,475 millions d'euros afin d'aider la Bavière, qui a été confrontée à d'importantes inondations en mai et juin 2016.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report amending Draft Budget No 6/2016 that will increase the budget of the European Union Solidarity Fund by EUR 31 475 125 following the floods in lower Bavaria that occurred in Germany between May and June 2016.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This file sought for an increase in the social fund in instances where a natural disaster has taken place and has adversely affected the economy. Given that natural disasters can adversely affect the economies of any Member State, it is important that the EU shows solidarity to those people affected and helps them to stabilise in the aftermath of tragic circumstances. Therefore, I supported it.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Hier geht es um die Erhöhung der zugelassenen Mittel für die Flutopfer in Deutschland. Ich habe mich für eine Erhöhung der Mittel in diesem Fall ausgesprochen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Saksamaa Alam-Baieri piirkonda on tabanud väga tugevad üleujutused, solidaarsusfondist eraldatud raha aitab regioonil tagajärgedega toime tulla.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Λαμβάνοντας υπόψη ότι το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 6/2016 καλύπτει την πρόταση για κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης, σε σχέση με τις πλημμύρες που σημειώθηκαν στη Γερμανία τον Μάιο και τον Ιούνιο 2016.

Λαμβάνοντας υπόψη ότι η Επιτροπή προτείνει συνεπώς την τροποποίηση του προϋπολογισμού του 2016 και την αύξηση των πιστώσεων του άρθρου 13 06 01 του προϋπολογισμού «Παροχή βοήθειας στα κράτη μέλη σε περίπτωση μείζονος φυσικής καταστροφής με σοβαρές επιπτώσεις στις συνθήκες διαβίωσης, στο φυσικό περιβάλλον ή στην οικονομία» κατά 31 475 125 ευρώ, τόσο σε πιστώσεις ανάληψης υποχρεώσεων όσο και σε πιστώσεις πληρωμών, όπως επίσης ότι το Ταμείο Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης αποτελεί ειδικό μέσο, όπως καθορίζεται στον κανονισμό για το ΠΔΠ και ότι οι αντίστοιχες πιστώσεις θα πρέπει να εγγραφούν στον προϋπολογισμό πάνω και πέρα από τα ανώτατα όρια, υπερψήφισα την εν λόγω πρόταση.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'approvazione, dell'adozione e della pubblicazione nella Gazzetta ufficiale dell'Unione europea del progetto di bilancio rettificativo n. 6/2016 collegato alla posizione del Consiglio che accompagna la mobilizzazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea per fornire assistenza alla Germania, in quanto condivido la necessità di rafforzare l'articolo 13 06 01 «Assistere gli Stati membri colpiti da catastrofi naturali gravi (…)» di un importo pari a 31 475 125 EUR in stanziamenti sia di impegno che di pagamento. Pertanto, ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Nacrtom proračuna br. 6/2016 obuhvaćena je predložena mobilizacija Fonda solidarnosti Europske unije za poplave koje su u svibnju i lipnju 2016. pogodile Njemačku, stoga se predlaže povećanje proračunske stavke 13 06 01 Pomoć državama članicama u slučaju prirodnih katastrofa velikih razmjera s teškim posljedicama za životne uvjete, prirodni okoliš ili gospodarstvo za 31 475 125 EUR u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza i odobrenim sredstvima za plaćanje, a što je iznos pomoći odobren mobilizacijom Fonda solidarnosti za Njemačku. Fond solidarnosti Europske unije poseban je instrument kao što je to utvrđeno Uredbom o višegodišnjem financijskom okviru (VFO) za koji je utvrđena gornja granica od 500 milijuna EUR na godišnjoj bazi. Također je pravilima predviđeno financiranje razlike ukoliko se za time pokaže potreba. Kako je odobrena mobilizacija Fonda solidarnosti radi pružanja pomoći Njemačkoj u kojoj je utvrđena regionalna katastrofa, podržavam da se za iznos odobrene pomoći poveća proračunska stavka.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce projet de budget rectificatif (PBR) nº 6 pour l'exercice 2016 couvre l'intervention du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE), pour un montant de 31.475.125 euros en crédits d'engagement et de paiement. Cette intervention porte sur des inondations survenues en Allemagne.

Bien qu'habituellement, ce genre de mobilisation de fonds ne pose aucun problème, il faut noter qu'en l'espèce, c'est l'Allemagne qui est ici concernée, pays qui prospère sur le dos de ses voisins du sud grâce à la monnaie unique et aspire ainsi toute leur industrie. L'Allemagne pourrait peut-être user de ses excédents budgétaires et de ses taux d'emprunts exceptionnellement bas pour répondre à ce genre de problèmes, plutôt que d'en appeler à une solidarité européenne dont elle n'a pas franchement besoin. Je préfère donc m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Komisija je predložila izmjenu proračuna za 2016. i povećanje proračunske stavke 13 06 01 Pomoć državama članicama u slučaju prirodnih katastrofa velikih razmjera s teškim posljedicama za životne uvjete, prirodni okoliš ili gospodarstvo za 31 475 125 EUR u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza i odobrenim sredstvima za plaćanje. Nacrt izmjene proračuna br. 6/2016 vezan je uz mobilizaciju Fonda solidarnosti Europske unije za pružanje pomoći Njemačkoj. Stajalište Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 6/2016 se stoga prihvaća.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O projeto de orçamento retificativo n.º 6/2016 cobre a proposta de mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia relativamente às inundações ocorridas na Alemanha em maio e junho de 2016.

A Comissão propõe, por conseguinte, a alteração do orçamento de 2016 através do reforço do artigo orçamental 13 06 01 «Assistência aos Estados-Membros em caso de catástrofes naturais de grandes proporções com repercussões graves nas condições de vida, no meio ambiente ou na economia» num montante de 31 475 125 EUR, tanto em dotações de autorização, como em dotações de pagamento.

O Fundo de Solidariedade da União Europeia é um instrumento especial, tal como definido no Regulamento QFP, e as dotações correspondentes devem ser orçamentadas para além dos limites máximos do QFP.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Fundusz Solidarności (FSUE) został założony w 2002 roku, by zapewnić wsparcie finansowe dla państw dotkniętych poważnymi katastrofami naturalnymi lub nadzwyczajnymi katastrofami w poszczególnych regionach. To druga propozycja w zakresie FSUE w 2016 roku i odnosi się ona do powodzi w Dolnej Bawarii w Niemczech. Propozycja gwarantuje 31 475 125 EUR w zobowiązaniach i wyasygnowanie płatności na pokrycie skutków poważnych powodzi, które spowodowały zniszczenia infrastruktury publicznej i prywatnej, domów i zniszczenia w sektorze rolnym. Szkody stanowią 3,03 % regionalnego PKB, przekraczając próg wymagany do wnioskowania w ramach „katastrofy regionalnej". Wstępny projekt budżetu korygującego nr 6 zapewnia finansowanie tej propozycji. Biorąc pod uwagę poważny wpływ na sytuację w regionie, poparłem propozycję.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Dans le prolongement du rapport sur la mobilisation du FSUE pour venir en aide à l'Allemagne, que j'ai soutenu, j'ai voté en faveur de ce texte qui vise à modifier le budget de 2016 en incluant la proposition de mobilisation du FSUE. Je rappelle que cette aide est indispensable à l'Allemagne pour faire face aux dégâts causés par les inondations dévastatrices de mai et juin 2016.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. This amending budget is taken in conjunction with a separate vote regarding Germany's application for the EU Solidarity Fund. The EU Solidarity Fund is an EU fund used when there has been a natural disaster in an area of Europe. In order to give the money to Germany it is required to increase the budget ceiling for the Solidarity Fund. As this will increase EU budgets (as opposed to just authorising money that is already available) UKIP voted against.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He apoyado con mi voto este presupuesto rectificativo n.º para permitir la movilización 31 475 125 euros con cargo al Fondo de Solidaridad de la UE para ayudar a la región alemana de Baja Baviera, afectada por inundaciones en mayo y junio de 2016. Las autoridades alemanas estimaron los daños directos totales causados por el desastre en 1 26 mil millones de euros.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur des projets de budget rectificatif nº 4, 5 et 6 de l'Union européenne pour l'exercice 2016.

Le budget rectificatif nº 4 concerne l'actualisation des crédits visant à prendre en considération l'évolution récente de la situation dans le domaine de la migration et de la sécurité, la réduction des crédits de paiement et d'engagement résultant du virement global, la prolongation de la durée d'existence du Fonds européen pour les investissements stratégiques, la modification du tableau des effectifs de Frontex et l'actualisation des crédits de recette.

Le budget rectificatif nº 5 concerne quant à lui la mise en œuvre de la décision 2014/335/UE relative au système des ressources propres à la suite de la clôture du processus de ratification et de l'entrée en vigueur de la décision le 1er octobre 2016.

Enfin, le budget rectificatif nº 6 concerne la proposition de mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne pour venir en aide à l'Allemagne.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Visiškai palaikau siūlymą panaudoti Solidarumo fondo paramą Vokietijai. Solidarumo principas reikalauja, kad šis instrumentas būtų atviras visiems, kam reikalinga ES parama kritiniu atveju, nepriklausomai nuo to, ar šalis yra donorė ar gavėja.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta proposta de orçamento retificativo acompanha a proposta de mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) para prestar assistência à Alemanha e, tendo em conta o montante que foi canalizado para o efeito, foi necessário também aprovar a proposta de orçamento retificativo que cobre a mobilização do fundo, num montante de € 31,475 milhões de euros, tanto em dotações de autorização, como em dotações de pagamento.

Esta proposta carece de uma alteração ao orçamento de 2016, por meio do reforço relativo ao artigo orçamental destinado à assistência dos Estados-Membros em caso de catástrofes naturais de grandes proporções, com repercussões graves nas condições de vida, no meio ambiente ou na economia, como foi o caso das graves inundações ocorridas na Alemanha em maio e junho deste ano.

Tendo em conta que esta alteração orçamental cumpre os critérios legais, o meu voto foi favorável à aprovação deste relatório.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que rectifica el presupuesto de la Unión para permitir la movilización de fondos de la Unión para ayudar a la reparación de los daños causados por las inundaciones en Alemania. Durante los meses de mayo y junio de este año la región alemana de Niederbayern sufrió de lluvias intensas que produjeron numerosos daños. El Gobierno alemán ha decidido solicitar la ayuda de este fondo de solidaridad de la Unión para la reparación de los daños causados. Este fondo de solidaridad está diseñado para la rápida movilización de recursos en favor de las zonas dañadas por cualquier tipo de catástrofe. Es por que esta movilización pretende ayudar a los habitantes de la región en reparar los daños causados por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of Draft amending budget No 6/2016 linked to the Mobilisation of the European Union Solidarity Fund (EUSF) to provide assistance to Germany.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Na to, aby sme mohli na základe žiadosti Nemecka poskytnúť finančné zdroje z Fondu solidarity pre región Dolné Bavorsko, ktoré postihli ničivé povodne v mesiacoch máj a jún tohto roka, bolo potrebné schváliť uznesenie EP o pozícii Rady k návrhu opravného rozpočtu č. 6/2016 EÚ na rozpočtový rok 2016. Po oboznámení sa so skutočnosťou, aké škody spôsobili povodne, sme návrh uznesenia podporili. Návrh opravného rozpočtu zahŕňa navrhnutú mobilizáciu Fondu solidarity Európskej únie. Komisia navrhla pozmeniť rozpočet na rok 2016 a zvýšiť prostriedky na pomoc členským štátom v prípade veľkej prírodnej katastrofy so závažnými dôsledkami na životné podmienky, prírodné prostredie alebo hospodárstvo o 31 475 125 EUR vo viazaných aj platobných rozpočtových prostriedkoch.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Predlog spremembe proračuna št. 6/2016 daje podlago za izvajanje predlagane uporabe Solidarnostnega sklada Evropske unije v zvezi s poplavami v Nemčiji maja in junija 2016. V tem predlogu Komisija predlaga, da se proračun za leto 2016 spremeni tako, da se sredstva za prevzem obveznosti in sredstva za plačila na področju pomoči državam članicam v primeru večje naravne nesreče, ki ima resne posledice za življenjske razmere, naravno okolje ali gospodarstvo, povečajo za dobrih 31 milijonov EUR.

Poročilo Parlamenta v zvezi s tem poudarja, da je Solidarnostni sklad Evropske unije poseben instrument, zato bi bilo treba ustrezna sredstva za prevzem obveznosti in plačila v proračun vključiti brez upoštevanja ustreznih zgornjih mej večletnega finančnega okvira.

Ker poročilo pozdravlja predlog Komisije za spremembo proračuna za leto 2016, sem ga pri glasovanju podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der sechste Berichtigungshaushalt zum laufenden Haushaltsjahr beantragt zusätzliche 31,5 Millionen Euro für die Bewältigung der Überschwemmungskosten in Niederbayern vom Frühling 2016, finanziert aus dem so genannten Europäischen Solidaritätsfonds. Die Gesamtkosten dieser Überschwemmungskatastrophe werden von der Bundesregierung auf 1,26 Milliarden Euro beziffert. Es ist aus meiner Sicht selbstverständlich, dass die EU-Mitgliedstaaten sich wie in ähnlich gelagerten Fällen solidarisch zeigen. Daher habe ich dem Bericht zugestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Návrh opravného rozpočtu č. 6/2016 zahŕňa navrhnutú mobilizáciu Fondu solidarity Európskej únie v súvislosti s povodňami, ku ktorým došlo v Nemecku v máji a v júni 2016, a je preto potrebné sa touto záležitosťou zaoberať na pôde Európskeho parlamentu.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Standpunkt des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6/2016 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 für den Vorschlag zur Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Deutschland habe ich nicht zugestimmt.

Der Solidaritätsfonds wirkt wie eine supranationale Versicherung gegen Naturkatastrophen und ich begrüße ihn und Auszahlungen daraus grundsätzlich. Es tut aber nicht Not, den Fonds über Plan aufzustocken. Wenn der Fonds aufgebraucht ist, kann er eben keine Auszahlungen mehr leisten.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Nacrt proračuna br. 6/2016 obuhvaća aktiviranje Fonda solidarnosti Europske unije za poplave koje su u svibnju i lipnju 2016. pogodile Njemačku. Komisija predlaže izmjenu proračuna za 2016. i povećanje proračunske stavke 13 06 01 Pomoć državama članicama u slučaju prirodnih katastrofa velikih razmjera s teškim posljedicama za životne uvjete, prirodni okoliš ili gospodarstvo za 31.475.125,00 EUR u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza i odobrenim sredstvima za plaćanje. Fond solidarnosti Europske unije predstavlja poseban instrument kao što je to utvrđeno Uredbom o VFO-u i da bi odgovarajuća odobrena sredstva za obveze i plaćanja u proračun trebalo unijeti iznad gornjih granica VFO-a.

Podržavam izvješće o stajalištu Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 6/2016 Europske unije za financijsku godinu 2016., uz prijedlog za mobilizacijom Fonda solidarnosti Europske unije radi pružanja pomoći Njemačkoj. Smatram da je solidarnost jedna od temeljnih vrijednosti Europske unije, te se iz tog razloga trebaju pronaći način i sredstvo kako bi se pružila maksimalna pomoć svakoj državi članici koja se nađe u nevolji.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o stališču Sveta o predlogu spremembe proračuna Evropske unije št. 6/2016 za proračunsko leto 2016, ki spremlja predlog za uporabo sredstev Solidarnostnega sklada Evropske unije za zagotovitev pomoči Nemčiji.

Ker so Nemčijo letošnjega maja in junija prizadele številne kratkotrajne intenzivne poplave, je le ta vložila vlogo za prejem sredstev iz Solidarnostnega sklada Evropske unije ter tako postala upravičena za dobrih 31 milijonov eurov.

Podpiram predlog Komisije, da se proračun za leto 2016 spremeni, sredstva za prevzem obveznosti in sredstva za plačila v proračunskem členu pa se povečajo.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ οφείλει να επιδεικνύει ευελιξία όταν συντρέχουν λόγοι αποζημίωσης χωρών που επλήγησαν από φυσικές καταστροφές.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Németország a 2016 májusában és júniusában a Niederbayern (Alsó-Bajorország) régiót ért számos, rövid ideig tartó, de rendkívül heves árvíz miatt 2016. augusztus 19-én kérelmet nyújtott be az alap igénybevételére.

Németország kérelme eleget tesz az Alapból származó pénzügyi hozzájárulás meghatározására vonatkozóan megállapított követelményeknek.

Az Európai Unió 2016. pénzügyi évi általános költségvetésének keretein belül az Európai Unió Szolidaritási Alapjából 31 475 125 EUR összeg kerül kifizetésre Németország részére kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában.

A 6/2016. számú költségvetés-módosítási tervezet az Európai Unió Szolidaritási Alapjának a 2016. májusi és júniusi németországi árvizekkel kapcsolatban javasolt igénybevételét fedezi. Ennek keretében az Európai Bizottság javasolja a 2016. évi költségvetés módosítását és kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatainak egyaránt 31 475 125 euróval történő megemelését.

Az Európai Parlament jóváhagyta a 6/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetről szóló tanácsi álláspontot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – The proposed Draft Amending Budget No 6/2016 covers the proposed mobilisation of the European Union Solidarity Fund in relation to floods that occurred in Germany in May and June 2016. This is under the European Union Solidarity Fund which is a special instrument as defined in the MFF Regulation, and the corresponding commitment and payments appropriations are to be budgeted over and above the MFF ceilings. I therefore support the decision of the Commission to amend the 2016 budget and increase the budget article 13 06 01 'Assistance to Member States in the event of a major natural disaster with serious repercussions on living conditions, the natural environment or the economy.'

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – La Commission propose de modifier le budget 2016 en renforçant l'article 13 06 01 «Assistance aux États membres en cas de catastrophe naturelle majeure ayant de graves répercussions sur les conditions de vie, l'environnement naturel et l'économie» d'un montant de 31 475 125 euros, à la fois en crédits d'engagement et en crédits de paiement. Le Fonds de solidarité de l'Union européenne est un instrument spécial défini dans le règlement CFP, et les crédits d'engagement et de paiement en question doivent être inscrits au budget au-delà des plafonds du CFP. Nous avons dès lors voté positivement.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o stajalištu Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 6/2016 Europske unije za financijsku godinu 2016. uz prijedlog za mobilizaciju Fonda solidarnosti Europske unije radi pružanja pomoći Njemačkoj. Budući da je Europska unija dužna izvršiti mobilizaciju Fonda solidarnosti Europske unije u slučaju katastrofa, te budući da je katastrofa Europske unije pogodila Bavarsku, smatram da je potrebno izraditi izmjenu proračuna kako bi se proveo postupak mobilizacije Fonda solidarnosti koji je predviđen Prijedlogom rezolucije o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Fonda solidarnosti Europske unije radi pružanja pomoći Njemačkoj.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Nacrt izmjene proračuna br. 6/2016 obuhvaća predloženu mobilizaciju Fonda solidarnosti Europske unije za poplave koje su u svibnju i lipnju 2016. godine pogodile Njemačku. Fond solidarnosti Europske unije osnovan je 2002. godine kako bi pružio financijsku pomoć državama koje su pogođene prirodnim katastrofama velikih razmjera ili izvanrednim regionalnim katastrofama.

Posljednjih godina nekoliko je država članica Europske unije pogođeno prirodnim katastrofama - od Hrvatske koja se 2014. godine suočila s poplavama, ovogodišnjih potresa u Italiji te sada i Njemačke, koju su pogodile poplave. Iz tih iskustava vidljivo je da je veoma bitna brza i prikladna reakcija kako bi se pokazala solidarnost s građanima.

Smatram da je izmjena proračuna za 2016. godinu za pomoć državama članicama u slučaju velikih prirodnih katastrofa u ovoj situaciji prijeko potrebna kako bi se toj državi članici pomoglo u obnavljanju domova, javne i privatne infrastrukture te pogođenog poljoprivrednog sektora. Zbog toga sam podržala ovu rezoluciju.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o stališču Sveta o predlogu spremembe proračuna Evropske unije št. 6/2016 za proračunsko leto 2016, ki spremlja predlog za uporabo sredstev Solidarnostnega sklada Evropske unije za zagotovitev pomoči Nemčiji sem podprla.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor. Se trata de movilizar 500 millones para hacer frente a las inundaciones ocurridas en 2016 en la región de Niederbayern en Alemania.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I agree on mobilising the European Union Solidarity Fund to grant financial assistance relating to a flood disaster in Germany. The European project is based also in solidarity in difficult moments and therefore I support to this draft amendment of the 2016 budget.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Fundusz Solidarności został założony w 2002 roku, by zapewnić wsparcie finansowe dla państw dotkniętych poważnymi katastrofami naturalnymi lub nadzwyczajnymi katastrofami w poszczególnych regionach. Propozycja gwarantuje 31 475 125 EUR w zobowiązaniach i wyasygnowanie płatności na pokrycie skutków poważnych powodzi, które spowodowały zniszczenia infrastruktury publicznej i prywatnej, domów i zniszczenia w sektorze rolnym. Szkody stanowią 3,03 % regionalnego PKB, przekraczając próg wymagany do wnioskowania w ramach „katastrofy regionalnej". Poparłem w całości rezolucję.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapja a többéves pénzügyi keretről szóló rendeletben meghatározott speciális eszköz, és a megfelelő kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatokat a többéves pénzügyi keret felső határai felett kell szerepeltetni a költségvetésben. Az S&D álláspontját követtem.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Enmienda rectificativa que moviliza el Fondo de Solidaridad de la Unión Europea para asistir a Alemania, por las inundaciones de 2016 en la región de Baja Baviera, que perjudicaron a su población por un total de 31 475 125 euros.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the Council position on Draft Amending Budget No 6/2016 of the European Union for the financial year 2016 accompanying the proposal to mobilise the European Union Solidarity Fund to provide assistance to Germany. Draft amending budget No 6/2016 covers the proposed mobilisation of the European Union Solidarity Fund in relation to floods that occurred in Germany in May and June 2016. The Commission consequently proposes to amend the 2016 budget and increase the budget article 13 06 01 'Assistance to Member States in the event of a major natural disaster with serious repercussions on living conditions, the natural environment or the economy' by EUR 31 475 125 both in commitment and in payment appropriations. The European Union Solidarity Fund is a special instrument as defined in the MFF Regulation, and the corresponding commitment and payments appropriations are to be budgeted over and above the MFF ceilings. I voted in favour because I believe that the application by Germany meets the conditions for providing a financial contribution from the Fund, as laid down in Article 4 of Regulation (EC) No 2012/2002.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta acción, el Fondo de Solidaridad de la Unión se moviliza para ayudar a la zona de Baja Baviera, especialmente el distrito de Rottal-Inn, ante las inundaciones que sufrieron en mayo y junio de 2016. Es importante que la Unión sepa responder ante los desastres medioambientales mediante este tipo de acciones, por lo que creo necesario votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que rectifica el presupuesto de la Unión para permitir la movilización de fondos de la Unión para ayudar a la reparación de los daños causados por las inundaciones en Alemania. Durante los meses de mayo y junio de este año la región alemana de Niederbayern sufrió de lluvias intensas que produjeron numerosos daños. El Gobierno alemán ha decidido solicitar la ayuda de este fondo de solidaridad de la Unión para la reparación de los daños causados. Este fondo de solidaridad está diseñado para la rápida movilización de recursos en favor de las zonas dañadas por cualquier tipo de catástrofe. Es por que esta movilización pretende ayudar a los habitantes de la región en reparar los daños causados por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A Comissão propõe a mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) a fim de prestar assistência financeira relativa a uma catástrofe ocorrida na Alemanha (inundações que afetaram a Baixa Baviera, em especial o distrito de Rottal-Inn), ocorrida em maio e junho de 2016.

A série de inundações de curta duração muito intensas / inundações repentinas deixou um rasto de destruição nas infraestruturas públicas e privadas, nas habitações e na agricultura. Sete pessoas perderam a vida e mais de 47 000 foram afetadas na Baixa Baviera; 2 000 delas não puderam regressar às suas casas dois meses após as inundações.

Independentemente da solidariedade devida às populações afetadas, não deixa de ser surpreendente que esta solidariedade seja dirigida à Alemanha, país que acumulou um enorme excedente na sua balança de pagamentos à custa dos outros países da UE e a quem se pede para aproveitar esta folga para uma maior contribuição do consumo da zona euro.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Da es sich bei diesem Bericht um die Erhöhung der zugelassenen Mittel zwecks Hilfeleistung für die Flutopfer in Deutschland aufgrund der Flutkatastrophe im Sommer 2016 in Niederbayern handelt, habe ich diesem Bericht zugetstimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio relativa alla mobilizzazione del Fondo di solidarietà per fornire assistenza alla Germania. La Commissione propone di mobilitare il Fondo di solidarietà dell'UE per fornire assistenza finanziaria in relazione alle inondazioni che hanno colpito la Bassa Baviera nei mesi di maggio e giugno 2016 causando un totale di danni stimato a 1,26 miliardi di euro. Come già avvenuto in passato, la Commissione propone di applicare il tasso del 2,5% dell'importo del danno diretto totale per tutti i danni fino alla soglia per «catastrofe grave». L'importo totale dell'aiuto proposto è quindi di 31.475.125 euro. La mobilitazione proposta richiede una modifica del bilancio 2016 e un progetto di bilancio rettificativo.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Il progetto di bilancio rettificativo (PBR) n. 6 per l'esercizio 2016 riguarda la mobilizzazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) per un importo di 31.475.125 di euro in stanziamenti di impegno e di pagamento a favore della Germania. Nei mesi di maggio e giugno 2016 infatti il distretto amministrativo di Rottal-Inn, nella Bassa Baviera, è stato colpito da una serie di inondazioni improvvise, estremamente intense e di breve durata, che hanno distrutto infrastrutture pubbliche e private, nonché molte abitazioni, provocando danni ingenti anche all'agricoltura. Poiché i danni diretti complessivi sono inferiori alla soglia «catastrofe grave» per l'attivazione del Fondo di solidarietà, la domanda è stata presentata ed esaminata in base al criterio della cosiddetta «catastrofe regionale». Questo rettificativo è necessario alla mobilizzazione del Fondo di solidarietà dell'UE, che è uno strumento all'infuori dal quadro ordinario di bilancio. Pur con diverse riserve, sostengo sempre l'approvazione per la richiesta di questi fondi, anche in ragione del fatto che, purtroppo, a causa delle numerose catastrofi, l'Italia sia uno dei maggiori beneficiari dall'istituzione di questo Fondo.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de beschikbaarstelling van deze middelen omdat een compensatie vanuit de EU van de financiële gevolgen van de overstromingen in 2016 in Niederbayern geen verantwoordelijkheid is van de EU.

Nationale staten kunnen heel goed zelf uitmaken wanneer en voor welk bedrag zij zich solidair willen verklaren met een andere staat die door een natuurramp is getroffen.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh opravného rozpočtu č. 6/2016 na rozpočtový rok 2016, predložený spolu s návrhom na mobilizáciu Fondu solidarity Európskej únie na účely poskytnutia pomoci Nemecku som podporila. Tento návrh bol predložený v súvislosti s povodňami, ktoré zasiahli Nemecko v máji a júni tohto roku. Keďže tieto povodne spôsobili veľké škody, Nemecko požiadalo o mobilizáciu Fondu solidarity. Myslím si, že Fond solidarity a jeho účel treba rozhodne podporovať. Nesmieme pripustiť, aby štát, ktorý bol postihnutý prírodnými katastrofami takéhoto rozsahu, musel s následkami bojovať sám. Práve preto Fond solidarity považujem za veľmi dobrý spôsob, ako ukázať, že členské štáty držia v takýchto prípadoch spolu.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – U skladu s prijedlozima Komisije za izmjenu proračuna i povećanje proračunske stavke Pomoć državama članicama u slučaju prirodnih katastrofa velikih razmjera s teškim posljedicama za životne uvjete, prirodni okoliš ili gospodarstvo, podržavam ovo izvješće. Budući da se navedenim nacrtom proračuna br. 6/2016. obuhvaća predložena mobilizacija Fonda solidarnosti Europske unije, koji je poseban instrument Europske unije, smatram kako je od iznimne važnosti da se usvoji ovo izvješće.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za poročilo o stališču Sveta o predlogu spremembe proračuna Evropske unije št. 6/2016 za proračunsko leto 2016, ki spremlja predlog za uporabo sredstev Solidarnostnega sklada Evropske unije za zagotovitev pomoči Nemčiji.

Predlog spremembe proračuna št. 6/2016 zajema uporabo Solidarnostnega sklada Evropske unije v zvezi s poplavami v Nemčiji maja in junija 2016.

Uporabo sredstev iz Solidarnostnega sklada podpiram, saj je namenjena v pomoč Nemčiji zaradi kratkotrajnih, izjemno intenzivnih poplav, ki so maja in junija 2016 prizadele regijo Niederbayern in so povzročile resne posledice za življenjske razmere, naravno okolje in gospodarstvo.

7.17. Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben im Jahr 2017 (A8-0346/2016 - Jens Geier)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il regolamento che ha stabilito il quadro finanziario pluriennale per il periodo 2014-2020 (QFP), prevede uno strumento di natura residuale - il margine per imprevisti, che può arrivare fino allo 0,03% del reddito nazionale lordo dell'UE-28 - come extrema ratio per far fronte a circostanze impreviste, qualora siano state esaurite tutte le altre opzioni disponibili all'interno del QFP. Per rispondere all'incremento del fabbisogno resosi necessario in seguito alla crisi migratoria, dei rifugiati e della sicurezza, si è stabilito di incrementare gli stanziamenti di impegno delle rubriche 3 e 4 del QFP nel bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2017 oltre i limiti dei massimali fissati per tali rubriche. Pur consapevole della necessità di tali incrementi in settori che al momento sono sotto particolare pressione, bisogna tuttavia ricordarsi che l'utilizzo del margine per imprevisti rappresenta solamente una soluzione tampone, che non risolve i problemi alla radice, né affronta la vera necessità di razionalizzare il bilancio dell'UE ponendo l'accento su priorità reali come queste. Per tali motivi mi sono astenuta.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — The contingency margins may have a positive element with regard to allocating aid which would assist migrants and refugees; however, one must also take into account that this also includes the Facility for Refugees in Turkey, and support for the likes of Frontex. This is because these margins are for Heading 3 'Security and citizenship'. For 2017 this also includes Heading 4 'Global Europe' which covers programmes such as the Common Security and Defence Policy, the Guarantee Fund for external Actions, and 'Macro-financial assistance'.

It was proposed originally by the European Parliament to also use the Contingency margins for 2016 and 2017 for sustaining certain programmes which would fall under Heading 1 of the multi-annual financial framework for programmes that are progressive and socially orientated.

However the Council did not budge and dictated that, under that Heading, funds would have to be redeployed instead, which would mean cutting such programmes to fund another similar programme under that heading, as opposed to using the Contingency Margin which would entail not having to resort to sacrificing one programme over another.

As a result I abstained on the final vote.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser la marge pour imprévus pour 2017 à hauteur de 2,150 milliards d'euros, afin de compléter les crédits d'engagement relatifs aux dépenses de la rubrique 3 «Sécurité et citoyenneté», à hauteur de 2,578 milliards et de la rubrique 4 «L'Europe dans le monde» à hauteur de 9,432 milliards. Il s'agit donc de mobiliser cet instrument de dernier recours face à des «circonstances imprévues», en l'occurrence la crise des migrants.

Ces sommes devront être compensées par une baisse des crédits affectés à l'administration. Ces sommes mobilisées iront cependant financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés, ce qui est inacceptable. Toute somme mobilisée devrait l'être exclusivement pour le retour des clandestins dans leurs pays d'origine. J'ai voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This budgetary instrument lies outside the normal ceilings for EU spending, and therefore I voted against its proposed mobilisation. The suggestion of applying a 'contingency' for 2017 before 2016 has even finished rather stretches the principle of a contingency.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl nenumatytų atvejų rezervo lėšų mobilizavimo 2017 m. 2017 m. turbūt atsiras papildomų finansinių poreikių, susijusių su vidaus saugumo krizėmis ir dabartinėmis humanitarinėmis, migracijos ir pabėgėlių problemomis. Todėl Komisija savo biudžeto projekte pasiūlė mobilizuoti 1 164,4 mln. EUR nenumatytų atvejų rezervo lėšų, kad su 2017 finansinių metų Europos Sąjungos bendrojo biudžeto 3 išlaidų kategorijos išlaidomis susiję įsipareigojimų asignavimai būtų papildyti viršijant įsipareigojimų asignavimų viršutinę ribą 2 578 mln. EUR dabartinėmis kainomis.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés a rendkívüli tartalékok 2017. évi igénybevételéről szól. A rendkívüli esetek kezelésére az 1311/2013/EU rendelet az Unió bruttó nemzeti jövedelmének legfeljebb 0,03%-át kitevő rendkívüli tartalékot hozott létre. Ezzel összhangban a Bizottság kiszámította a rendkívüli tartalék 2017-re vonatkozó maximális összegét. Ugyanakkor előre látható, hogy az így meghatározott kiadási felső határok 2017-ben nem lesznek tarthatók, ezért a Bizottság javaslatot tett a rendkívüli tartalékok felső határ feletti 1164 millió euró összegű igénybevételére, annak érdekében, hogy a migrációs és humanitárius kihívások miatt felmerülő további kiadásokat finanszírozni lehessen. Mivel itt kényszerpályán vagyunk, támogattam a felső határ felemelését.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – L'objectif de ce texte est de mobiliser un instrument permettant de faire face à des «circonstances imprévues», en l'occurrence la crise des migrants. Les sommes, prises sur le budget initialement affecté à l'administration, serviraient à financer la politique d'asile et d'intégration des «réfugiés», en réalité des clandestins, des migrants économiques qui ont vocation à retourner au plus vite dans leur pays d'origine. J'ai voté contre.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce point qui propose d'allouer la marge pour imprévus 2017 pour répondre à la situation migratoire, aux besoins des réfugiés et à la situation en matière de sécurité intérieure.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Geier sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio relativa alla mobilizzazione del margine per imprevisti nel 2017. Il Parlamento ha ritenuto necessario mobilizzare il margine per imprevisti per far fronte alle possibili nuove esigenze finanziarie che potrebbero scaturire dalle crisi in materia di sicurezza interna e dalle sfide sul fronte umanitario, migratorio e dei rifugiati. Il comitato di conciliazione, convocato per il bilancio 2017, ha quindi convenuto di mobilizzare il margine per imprevisti per un importo pari a 1,9 miliardi di euro per la rubrica 3 e la rubrica 4, superando i limiti stabiliti dal massimale previsto nel QFP.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe. Se trata de la movilización de uno de los resquicios del presupuesto para poder hacer frente a los Fondos de integración de personas en situación de asilo y migración. Un ajuste técnico para hacer, junto a otros instrumentos de flexibilidad que se modifican, frente a los retos de seguridad y de movilidad de las personas. Esta financiación, que en parte se empleará como un instrumento financiero al estilo Plan Juncker, servirá para financiar la permanencia y taponamiento de las migraciones de personas en situación de movilidad forzada en países limítrofes a la Unión. Tendrán un componente de inversión en aquellas zonas (con lo que podrán hacer negocio los poderes locales y transnacionales), también humanitario, pero a su vez de retención de dicha población. Consistirá en movilizar este margen hasta 2 150,6 millones de euros, compensado con recortes en agricultura y administración. Disfrazando de ayuda humanitaria una mala gestión de los recursos.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre la movilización del margen para imprevistos en 2017, ya que es posible que surjan necesidades financieras adicionales en ese año, en relación con la crisis de la seguridad interna y los actuales desafíos humanitarios, migratorios y relativos a los refugiados. Esas necesidades además podrían superar la financiación disponible en la rúbrica 3.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis farouchement opposée à ce rapport qui concerne la mobilisation de la marge pour imprévus pour 2017. Les «imprévus» en question ne sont que la façon pudique pour la Commission de débloquer toujours plus d'argent en faveur de la gestion de la crise des migrants. Étant donné que, dans cette affaire, l'UE est plus que complice dans l'organisation de cette submersion, il est assez cocasse de parler «d'imprévus».

La Commission propose ainsi d'utiliser 2,150 milliards d'euros afin de compléter les crédits d'engagement relatifs aux dépenses de la rubrique 3 «Sécurité et citoyenneté». Il s'agit également de compléter les crédits d'engagement relatifs aux dépenses de la rubrique 4 «L'Europe dans le monde» à hauteur de 9,432 milliards d'euros.

Quand on voit les sommes qui ont d'ores et déjà été mobilisées pour gérer ce marasme, et, parallèlement, la situation de grande précarité dans laquelle se trouvent des millions d'Européens, on se rend compte du sens des priorités de la Commission.

La seule gestion responsable serait de mobiliser des fonds pour assurer le retour des clandestins dans leur pays d'origine.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Tecnicamente il margine per imprevisti è uno strumento di ultima istanza, cui si ricorre per reperire fondi, qualora l'Europa debba fronteggiare situazioni gravi e inaspettate, se e solo se sono state esaurite tutte le altre fonti di finanziamento disponibili all'interno del QFP. La soluzione della crisi migratoria e il problema della sicurezza dei cittadini sono priorità che condivido. Il mio sostegno alla richiesta di un aumento dei fondi per queste rubriche, sarebbe dunque scontato se però si accompagnasse a un reale e radicale cambiamento delle politiche nelle quali questi contributi sono investiti. Finché FRONTEX, EASO, FAMI verranno finanziati per favorire l'invasione dei migranti e non per bloccarne i flussi, non ho intenzione di avvallare col mio voto provvedimenti come questo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Tras haber examinado todas las demás posibilidades financieras para responder a las circunstancias imprevistas dentro de los techos de gasto para 2017 de las rúbricas 3 (Seguridad y ciudadanía) y 4 (Una Europa global) establecidos en el marco financiero plurianual, y tras haber movilizado el Instrumento de Flexibilidad por el importe total de 530 millones de euros disponible en 2017, resulta necesario movilizar el Margen para Imprevistos para hacer frente a las necesidades derivadas de la crisis de la migración, los refugiados y la seguridad, mediante el aumento de los créditos de compromiso en el presupuesto general de la Unión para el ejercicio 2017 por encima de los techos de las rúbricas 3 y 4.

Por tanto, mediante esta decisión, que he votado favorablemente, se movilizan 1 906,2 millones de euros para las rúbricas 3 y 4. Esta cantidad se compensa en 575 millones de euros del margen no asignado de la rúbrica 2 (Crecimiento sostenible) en 2017 y 507,3 millones de euros en 2017, 70,0 millones de euros en 2018 y 253,9 millones de euros en 2019 de los márgenes no asignados de la rúbrica 5 (Administración).

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame nagrinėjamas sprendimas dėl nenumatytų atvejų rezervo lėšų mobilizavimo. Europos Parlamentas palankiai vertina Komisijos pasiūlymus, atliekant daugiametės finansinės programos (DFP) laikotarpio vidurio tikslinimą, papildyti išlaidų kategoriją, susijusią su vidaus saugumo krizėmis ir dabartinėmis humanitarinėmis, migracijos ir pabėgėlių problemomis, 2018-2020 m. laikotarpiu. Tuo siekiama suteikti pakankamai išteklių teisingumo ir vidaus reikalų srities agentūroms, taip pat atsižvelgti į neseniai parengtus Komisijos pasiūlymus saugumo ir migracijos srityje. Be to, Parlamentas primena, kad nedelsiant reikia reaguoti į saugumo krizes, migracijos ir pabėgėlių problemas, ir mano, jog svarbu, kad visi susiję subjektai užtikrintų visapusišką mokėjimų skaidrumą ir reguliarią išlaidų stebėseną bei ataskaitų teikimą. Jis apgailestauja dėl to, kad Komisija nepasinaudojo DFP laikotarpio vidurio tikslinimo galimybe tam, kad atitinkamai pakoreguotų viršutinę ribą.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság a további és előre nem látott kötelezettségvállalási igények összes finanszírozási lehetőségének megvizsgálását követően az általa készített költségvetési tervezetben javasolta a rendkívüli tartalék 1164,4 millió EUR összegű igénybevételét, az Európai Unió 2017. évi pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetése 3. fejezetének kiadásaihoz kapcsolódó kötelezettségvállalási előirányzatoknak a folyó árakon 2578 millió eurós kifizetési felső határ feletti kiegészítése céljából.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno.* – Strinjam se s sprostitvijo varnostne rezerve v letu 2017 ob upoštevanju uporabe instrumenta prilagodljivosti v celotnem znesku 530 milijonov EUR.

Ta bo na voljo leta 2017, ko bo treba uporabiti varnostno rezervo za odzivanje na potrebe, ki izhajajo iz migracijske, begunske in varnostne krize, za katero vemo, da se še ni končala, temveč je pričakovati, da se bo okrepila. Prav tako bodo za to odobritev potreben prevzem obveznosti v splošnem proračunu Unije za proračunsko leto 2017.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit.* – Cette marge pour imprévus destinée à faire face à des circonstances graves et imprévues va donc être utilisée pour faciliter la politique immigrationniste de l'UE.

Il est évident que cette affectation, qui se fera aussi au détriment des crédits affectés à l'administration, est inacceptable.

Je vote donc contre cette proposition de la Commission.

Renata Briano (S&D), *per iscritto.* – È responsabilità del Parlamento europeo e di ciascuno di noi mobilitare tutte le risorse necessarie per far fronte a criticità impreviste per l'anno 2017, in modo da rendere prontamente efficace l'azione amministrativa dell'Unione Europea e da supportare rapidamente le aree di crisi.

Steeve Briois (ENF), *par écrit.* – Ce rapport vise à mobiliser la marge pour imprévus pour 2017 à hauteur de 2,15 milliards d'euros afin de compléter les crédits d'engagement relatifs aux dépenses de la rubrique 3 «Sécurité et citoyenneté» et de la rubrique 4 «L'Europe dans le monde». La Commission européenne recommande d'activer cet instrument en vue de financer les politiques d'accueil des migrants clandestins. Ces sommes devront, par ailleurs, être compensées par une baisse des crédits affectés à l'administration.

Il est proprement inacceptable que l'Union européenne utilise nos impôts pour financer la submersion migratoire à laquelle une immense majorité de nos concitoyens s'oppose fermement. Toute somme mobilisée dans le cadre de la crise migratoire devrait l'être pour financer le retour des migrants clandestins dans leur pays d'origine.

À l'heure où nos concitoyens, en particulier les jeunes, sont confrontés au chômage de masse, à l'explosion de la pauvreté et à l'accroissement des inégalités sociales, il est indispensable de leur consacrer l'intégralité des fonds européens! J'ai bien évidemment voté contre ce texte.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto.* – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché risulta necessario mobilizzare il margine per imprevisti per far fronte al fabbisogno derivante dalla crisi migratoria, dei rifugiati e della sicurezza aumentando gli stanziamenti d'impegno nel bilancio generale dell'Unione per l'esercizio 2017 oltre i limiti dei massimali fissati dal quadro finanziario pluriennale. Sebbene la crisi migratoria, dei rifugiati e della sicurezza sia iniziata nel 2015, il suo impatto e le sue conseguenze evolvono quotidianamente. Le decisioni politiche nei paesi terzi sull'accettazione dei rifugiati nel loro territorio e l'apertura e la chiusura delle frontiere fanno sì che sia molto difficile prevedere come evolverà la situazione a lungo termine. Il carattere mutevole e imprevedibile della crisi giustifica il ricorso al margine per imprevisti come strumento di ultima istanza per far fronte alle conseguenze impreviste della crisi migratoria, dei rifugiati e della sicurezza sul fabbisogno di spesa.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing.* – While I fully support the increase in expenditure related to the ongoing humanitarian crisis with thousands of people fleeing conflicts in Syria and Iraq, I do not support either the proposed increase in expenditure for security measures, or the expenses related to the EU-Turkey declaration on refugees.

The increased security measures and the EU-Turkey declaration aim to bolster 'Fortress Europe' thereby preventing refugees from exercising their right to seek asylum as laid down in Article 18 of the Charter of Human Rights. Therefore, I voted abstention.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. The Contingency Margin is an EU financial instrument which is meant to be used as a last resort for unforeseen circumstances and amounts to 0.03% of EU GNI. This specific proposal is to mobilise EUR 1.9 billion for the EU to spend on the migration, refugee and security crisis. UKIP opposes the EU spending any British taxpayer's money.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά την κινητοποίηση του περιθωρίου για απρόβλεπτες ανάγκες το 2017. Πρόκειται για μια θετική έκθεση που στόχο έχει να συμπληρωθούν οι πιστώσεις αναλήψεων υποχρεώσεων που αφορούν δαπάνες του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2017 και ειδικά αφού είναι πιθανό να προκύψουν πρόσθετες χρηματοδοτικές ανάγκες σε σχέση με τις κρίσεις εσωτερικής ασφάλειας και τις τρέχουσες προκλήσεις όσον αφορά τον ανθρωπιστικό τομέα, τη μετανάστευση και τους πρόσφυγες, γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Di fronte ad un 2016 volgente ormai al termine, il prospetto del bilancio per l'anno nuovo non si presenta certo ottimista e, tantomeno, puntuale. Indubbiamente, ci troveremo a dover affrontare sfide vecchie e nuove alla luce di un quanto più tumultuoso scenario globale. Tale consapevolezza mi spinge ad acconsentire alla decisione della Commissione di mobilitare il margine per imprevisti di EUR 1 164,4 milioni, da ripartire tra la rubrica «Sicurezza e cittadinanza» e quella «Ruolo mondiale dell'Europa». In entrambi i casi, i contributi vengono intesi come ulteriori rispetto ai livelli dei rispettivi massimali, proprio a denotare come le esigenze future dell'UE potrebbero rivelarsi nettamente superiori data la crisi migratoria, dei rifugiati e del terrorismo. Del resto, sarebbe futile millantare panorami geopolitici meno agitati e, dunque, una sicurezza interna più tersa e, coerentemente con tali consapevolezze, le risposte potranno essere efficaci non solo a livello locale, bensì anche nel quadro mediterraneo attraverso il coinvolgimento dei paesi del Maghreb.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on the mobilisation of the Contingency Margin in 2017

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Examinadas todas as possibilidades de financiamento das necessidades adicionais e imprevistas em matéria de dotações de autorização, a Comissão propôs, no seu projeto de orçamento, mobilizar a margem para imprevistos, num montante de 1.164,4 milhões de euros, com o objetivo de complementar as dotações de autorização relativas às despesas da Rubrica 3 (segurança e cidadania) do Orçamento Geral da União Europeia para o exercício de 2017.

Durante a discussão da proposta de orçamento apresentada pela Comissão, o Parlamento Europeu alertou para a forte probabilidade de surgirem necessidades financeiras adicionais em 2017 ligadas à crise de segurança interna e aos atuais desafios no plano humanitário, migratório e de refugidos, solicitando o aumento das dotações de autorização do orçamento geral da União para o exercício de 2017 acima do limite máximo das rubricas 3 (segurança e cidadania) e 4 (europa global) do Quadro Financeiro plurianual.

No âmbito da carta retificativa n.º 1/2017, a Comissão reviu a proposta de mobilização, de forma a abranger também despesas da rubrica 4.

O comité de conciliação convocado concordou em mobilizar a Margem para imprevistos num montante de 1.906,2 milhões de euros para a rubrica 3 e 4.

Pelo exposto apoio o presente relatório.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento conformemente al parere della commissione per i bilanci.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I agree we should mobilise the Contingency Margin for an amount of EUR 1 164.4 million so as to complement the commitment appropriations related to the expenditure in question pertaining to the financial year 2017, over and above the commitment ceiling of EUR 2 578 million in current prices.

Additional financial needs are likely to arise in 2017, in relation to internal security crises and the current humanitarian, migratory and refugee challenges. We need to respond to the additional funding needs arising from the security crisis and the migratory and humanitarian challenges in the Union in a human way.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Mam świadomość, że w roku 2017 prawdopodobnie pojawią się dodatkowe potrzeby finansowe wynikające z kryzysu bezpieczeństwa wewnętrznego oraz wyzwań związanych z obecną sytuacją humanitarną, migracją i uchodźcami. Niemniej jednak uważam, że w każdym obszarze funkcjonowania Unii Europejskiej należy racjonalnie i efektywnie gospodarować środkami, jak również poszukiwać rozwiązań, które nie zwiększając wydatków, będą dawały szansę na osiągnięcie postawionych celów. W związku z powyższym, po przeanalizowaniu wszystkich aspektów dokumentu zagłosowałem przeciw, gdyż jestem przeświadczony, że w obrębie dotychczasowych środków można uzyskać jeszcze większą efektywność na rzecz rozwiązania czy też zniwelowania kosztów migracji, uchodźców i bezpieczeństwa.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this amendment which mobilises the Contingency Margin for 2016 for an amount of EUR 240.1 million in order to complement the commitment appropriations related to expenditure under Security and Citizenship in the General Budget of the European Union for the financial year 2016.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Le présent rapport propose, en vue de financer des besoins supplémentaires et imprévus en crédits d'engagement pour l'exercice budgétaire 2017, de mobiliser la marge pour imprévus à hauteur de 1 164,4 millions d'euros, afin de compléter les crédits d'engagement relatifs aux dépenses concernant la sécurité intérieure et les défis actuels sur le plan humanitaire, migratoire et des réfugiés. Suite à un accord en comité de conciliation, le Parlement a obtenu que la marge pour imprévus soit portée à 1 906,2 millions d'euros pour couvrir également des dépenses de défense.

Considérant que, face aux défis actuels, il est essentiel de mobiliser ces marges, et étant rassuré que ledit rapport compense les marges non allouées du budget de la PAC sur l'exercice 2016 et 2017 à hauteur de 500 millions chaque année, j'ai voté en faveur du rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. The Contingency Margin is an EU financial instrument which is meant to be used as a last resort for unforeseen circumstances and amounts to 0.03% of EU GNI. This specific proposal is to mobilise EUR 1.9 billion for the EU to spend on the migration, refugee and security crisis. UKIP opposes the EU spending any British taxpayer's money.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la mobilisation de la marge pour imprévus en 2017. L'Union européenne et ses États membres restent confrontés à des problématiques graves en termes de sécurité, de migration et d'accueil. La mobilisation de la marge pour imprévus, en 2017, pour la sécurité et la citoyenneté ainsi que pour l'action de l'Europe dans le monde est donc essentielle pour que l'Union soit en mesure de répondre à toute crise ou à tout défi pendant l'année à venir.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság a további és előre nem látott kötelezettségvállalási igények összes finanszírozási lehetőségének megvizsgálását követően az általa készített költségvetési tervezetben javasolta a rendkívüli tartalék 1164,4 millió EUR összegű igénybevételét, az Európai Unió 2017. évi pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetése 3. fejezetének kiadásaihoz kapcsolódó kötelezettségvállalási előirányzatoknak a folyó árakon 2578 millió eurós kifizetési felső határ feletti kiegészítése céljából.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság a további és előre nem látott kötelezettségvállalási igények összes finanszírozási lehetőségének megvizsgálását követően az általa készített költségvetési tervezetben javasolta a rendkívüli tartalék 1164,4 millió EUR összegű igénybevételét, az Európai Unió 2017. évi pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetése 3. fejezetének kiadásaihoz kapcsolódó kötelezettségvállalási előirányzatoknak a folyó árakon 2578 millió eurós kifizetési felső határ feletti kiegészítése céljából.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport.

La Commission propose 240 millions d'euros en crédits d'engagement afin de répondre aux besoins découlant de la crise des migrants. Nous considérons que les sommes dégagées à cet effet doivent l'être uniquement aux fins du retour des clandestins dans leur pays d'origine.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Οι λανθασμένοι χειρισμοί της ΕΕ στην αντιμετώπιση της λαθρομετανάστευσης, σε συνάρτηση με την εφαρμογή ενός αποτυχημένου Πολυετούς Δημοσιονομικού Πλαισίου, οδήγησαν στην κατασπατάληση των πόρων της Ένωσης. Η συνέχιση της χρηματοδότησης της Τουρκίας, στο πλαίσιο του υποτιθέμενου ελέγχου των μεταναστευτικών ροών, οδηγεί σε αναγκαστική εξεύρεση διάφορων μηχανισμών για την κινητοποίηση του περιθωρίου για απρόβλεπτες ανάγκες. Τα συγκεκριμένα κονδύλια όμως, στο εγγύς μέλλον, θα είναι απαραίτητα για την αντιμετώπιση άλλων έκτακτων καταστάσεων, αλλά δε θα είναι πλέον διαθέσιμα.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság a további és előre nem látott kötelezettségvállalási igények összes finanszírozási lehetőségének megvizsgálását követően az általa készített költségvetési tervezetben javasolta a rendkívüli tartalék 1164,4 millió EUR összegű igénybevételét, az Európai Unió 2017. évi pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetése 3. fejezetének kiadásaihoz kapcsolódó kötelezettségvállalási előirányzatoknak a folyó árakon 2578 millió eurós kifizetési felső határ feletti kiegészítése céljából.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: il s'agit de mobiliser cet instrument de dernier recours face à des «circonstances imprévues», en l'occurrence la crise des migrants.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla mobilitazione del margine per imprevisti nel 2017 poiché prevede misure e finanziamenti specifici volti ad affrontare, in modo adeguato, le crisi dei rifugiati e dei migranti a livello di Unione europea.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európska komisia predstavila mobilizáciu na nepredvídané udalosti v roku 2017 spolu s návrhom rozpočtu na rok 2017. Podľa návrhu Európskej komisie pôjde o sumu v celkovej výške 1,9 miliardy EUR.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro alla relazione in quanto c'è la necessità di cambiare totalmente le politiche sulla questione migranti.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την κινητοποίηση του περιθωρίου για απρόβλεπτες ανάγκες το 2017, καθώς οι λανθασμένοι χειρισμοί της ΕΕ στην αντιμετώπιση της λαθρομετανάστευσης, σε συνάρτηση με την εφαρμογή ενός αποτυχημένου Πολυετούς Δημοσιονομικού Πλαισίου, οδήγησαν στην κατασπατάληση των πόρων της Ένωσης. Η συνέχιση της χρηματοδότησης της Τουρκίας στο πλαίσιο του υποτιθέμενου ελέγχου των μεταναστευτικών ροών οδηγεί σε αναγκαστική εξεύρεση διάφορων μηχανισμών για την κινητοποίηση του περιθωρίου για απρόβλεπτες ανάγκες. Τα συγκεκριμένα κονδύλια όμως, στο εγγύς μέλλον, θα είναι απαραίτητα για την αντιμετώπιση άλλων έκτακτων καταστάσεων, αλλά δε θα είναι πλέον διαθέσιμα.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The decision on the mobilisation of the Contingency Margin presented by the Commission together with the 2017 EU draft budget, and updated by Amending Letter No 1/2016, has to be aligned with the agreement reached in conciliation on the 2017 EU Budget.

The Contingency Margin is mobilised at a level of EUR 1 906.2 million for security and Citizenship (heading 3) and global Europe (heading 4). It is offset for EUR 575.0 million against the unallocated margin under Sustainable Growth: Natural Resources (heading 2) in 2017 and for EUR 507.3 million in 2017, EUR 570.0 million in 2018 and EUR 253.9 million in 2019 against the unallocated margins under Administration (heading 5).

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság a további és előre nem látott kötelezettségvállalási igények összes finanszírozási lehetőségének megvizsgálását követően az általa készített költségvetési tervezetben javasolta a rendkívüli tartalék 1164,4 millió EUR összegű igénybevételét, az Európai Unió 2017. évi pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetése 3. fejezetének kiadásaihoz kapcsolódó kötelezettségvállalási előirányzatoknak a folyó árakon 2578 millió eurós kifizetési felső határ feletti kiegészítése céljából.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság a további és előre nem látott kötelezettségvállalási igények összes finanszírozási lehetőségének megvizsgálását követően az általa készített költségvetési tervezetben javasolta a rendkívüli tartalék 1164,4 millió EUR összegű igénybevételét, az Európai Unió 2017. évi pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetése 3. fejezetének kiadásaihoz kapcsolódó kötelezettségvállalási előirányzatoknak a folyó árakon 2578 millió eurós kifizetési felső határ feletti kiegészítése céljából.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – Additional financing needs are likely in 2017 due to an in increased need of funds to handle the migration crisis and the internal security struggle to combat terrorism; given this, it is important that the Commission proposed to mobilise EUR 1 164.4 million of heading 3 through the Contingency Margin in 2017. However, as there is no more margin available under the ceiling of heading 3, flexibility has been needed to solve this issue.

I support the result of the Conciliation Committee as they have managed to agree to the mobilisation of the Contingency Margin at a level of EUR 1 906.2 million for heading 3 and heading 4 with relocation of unallocated funds from heading 2 and 5 in the coming years. This agreement is very important, as it will allow the EU to mobilise clearly needed funds for instruments and mechanisms needed to stabilise and combat problems that will just get more difficult and expensive to manage if left unchecked.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Sostengo la decisione della Commissione, come riflettuto dal giudizio positivo del collega Geier e dall'esito positivo della conciliazione sul bilancio, sulla mobilitazione del margine per gli imprevisti per l'anno 2017. Voglio sottolineare l'importante allocazione attribuita alle urgenze per le politiche di sicurezza e per sostenere il ruolo dell'UE nel mondo: sono misure essenziali per venire incontro in modo concreto e incisivo, pur in un quadro di grande emergenza, alla difficile crisi migratoria.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Aufgrund der Sicherheitskrise in Europa und der derzeitigen humanitären Herausforderungen durch Migration und Flüchtlingsbewegungen ist anzunehmen, dass auch im kommenden Jahr ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf besteht. Daher befürworte ich die Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben im Jahr 2017.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the mobilisation of the Contingency Margin in 2017. I am supporting the mobilisation of the Flexibility Instrument for the full amount of EUR 530 million available in 2017. It is necessary to mobilise the Contingency Margin to address the needs stemming from the migration, refugee and security crisis, by expanding the commitment appropriations in the general budget of the Union for the financial year 2017 above the ceiling of the Contingency Margin in the Gross National Income of the Union.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra. El presupuesto propuesto por el Parlamento ya aceptaba recortes, sólo compensando parcialmente las posiciones de Comisión y Consejo, finalmente tras la negociación tenemos uno de los presupuestos más austeros que se conocía en mucho tiempo, tras la intransigencia del Consejo y de los países más ricos. El presupuesto se quedará con 157 857,8 millones de euros en Autorizaciones de pago (CA) y 134 490,4 millones en Pagos, lo que supone un recorte real de más del 6,4 % y un 1,7 % más en crédito. Se dota de mayor flexibilidad al presupuesto para dar espacio y recurso a más medidas sobre seguridad y migraciones. Los principales damnificados serán la agricultura, la administración de las instituciones y las agencias descentralizadas.

Básicamente implica la reducción de las aportaciones de los Estados miembros a un ya exiguo presupuesto, la movilización de márgenes de contingencia y de flexibilidad para poder abordar gastos adicionales para el tratamiento de los procesos migratorios, reforzar el Fondo Europeo de Desarrollo Sostenible (una especie de Plan Juncker para la contención de la migración en los países limítrofes) y el Fondo fiduciario para Turquía (refugiados).

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the mobilisation of the Contingency Margin in 2017. The decision on the mobilisation of the Contingency Margin presented by the Commission together with the 2017 EU draft budget, and updated by Amending Letter No 1/2016, has to be aligned with the agreement reached in conciliation on the 2017 EU Budget.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság a további és előre nem látott kötelezettségvállalási igények összes finanszírozási lehetőségének vizsgálatát követően az általa készített költségvetési tervezetben javasolta a rendkívüli tartalék 1164,4 millió euró igénybevételét, az Európai Unió 2017. évi pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetése 3. fejezetének kiadásaihoz kapcsolódó kötelezettségvállalási előirányzatoknak a folyó árakon 2578 millió eurós kifizetési felső határ feletti kiegészítése céljából.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu odluke Parlamenta i Vijeća o mobilizaciji pričuve za nepredviđene izdatke 2017. jer se time mobilizira iznos od 1 164,4 milijuna EUR za navedenu godinu. Jasno je da će se Europska unija i u narednoj godini suočavati s krizom unutarnje sigurnosti, te s migracijskim, humanitarnim i izbjegličkim izazovima, a u tom kontekstu smatram da su ova dodatna sredstva više nego nužna. Držim da financijska sredstva Unija moraju biti korištena na transparentan i učinkovit način, te da izdavanja moraju biti u skladu s političkim prioritetima Unije. U tom kontekstu, mislim da je ova mobilizacija sredstava realna što podržavam.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je n'entends pas soutenir un projet dont l'ambition est de financer les politiques d'asile et d'intégration des prétendus réfugiés, alors que la seule décision évidente serait de mobiliser ces moyens pour le retour de ces populations dans leurs pays d'origine.

J'ai voté contre.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui propose de mobiliser la marge pour imprévus à hauteur de 1,2 milliard d'euros environ afin de compléter les crédits d'engagement relatifs aux dépenses de sécurité du budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2017 au-delà du plafond des engagements. J'ai voté pour cette mobilisation car j'ai conscience, tout comme mes collègues, que les besoins dans ces domaines vont augmenter en raison des crises actuelles de sécurité intérieure et des défis migratoires actuels et à venir.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe dem vorliegenden Bericht nicht zugestimmt, da die EU versucht, hier den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2017 so anzupassen, dass für unvorhergesehene Ausgaben zusätzliche Mittel verfügbar gemacht werden, was in Anbetracht der Budgetentwicklung nicht notwendig ist. Gleichzeitig bin ich für eine Verbesserung der Mittelverwendung und die Einhaltung der Budgetvorgaben.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság a további és előre nem látott kötelezettségvállalási igények összes finanszírozási lehetőségének megvizsgálását követően az általa készített költségvetési tervezetben javasolta a rendkívüli tartalék 1164,4 millió EUR összegű igénybevételét, az Európai Unió 2017. évi pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetése 3. fejezetének kiadásaihoz kapcsolódó kötelezettségvállalási előirányzatoknak a folyó árakon 2578 millió eurós kifizetési felső határ feletti kiegészítése céljából.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I supported the mobilisation of the Contingency Margin in order to provide EUR 240.1 million in commitment appropriations over and above the commitment ceiling of heading 3 (Security and citizenship) of the multiannual financial framework. The main reason why we should mobilise the Contingency Margin in 2016 is related to the fact that the EU should address the unforeseen consequences of the migration crisis. For one reason or another, the mobilisation of the Contingency Margin is the only possible recourse to meet the budgetary needs under commitment appropriations. In this context, it is important to note that the availability of margins in other headings allows this mobilisation to be completely offset in 2016.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, car il propose de mobiliser la «marge pour imprévus» du budget 2016 pour affecter 240 millions d'euros à l'accueil des migrants!

Il est à noter que les eurodéputés LR qui soutiennent François Fillon ont voté pour.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Kako bi se odobrena sredstva za preuzimanje obveza namijenjena za rashode u okviru naslova 3. općeg proračuna Europske unije za financijsku godinu 2017. dopunila iznad gornje granice za preuzete obveze u visini od 2 578 milijuna EUR, Komisija je u svom nacrtu proračuna predložila da se pričuva za nepredviđene izdatke mobilizira u iznosu od 1 164,4 milijuna EUR. Tijekom 2017. vjerojatno će doći do dodatnih financijskih potreba u odnosu na krizu unutarnje sigurnosti i humanitarne, migracijske i izbjegličke izazove, koji bi mogli premašiti dostupna sredstva.

Nakon razmatranja svih ostalih financijskih mogućnosti za reagiranje na nepredviđene okolnosti u okviru gornjih granica rashoda za 2017. za naslov 3. (Sigurnost i građanstvo) i naslov 4. (Globalna Europa) utvrđenih VFO-om i uzimajući u obzir mobilizaciju instrumenta fleksibilnosti u visini ukupnog dostupnog iznosa za 2017. od 530 milijuna EUR, mobilizacija pričuve za nepredviđene izdatke nužna je kako bi se povećanjem odobrenih sredstava za preuzimanje obveza u općem proračunu Unije za financijsku godinu 2017. odgovorilo na sve potrebe.

Kako bi se vrijeme potrebno za mobilizaciju pričuve za nepredviđene izdatke svelo na najmanju moguću mjeru, ova bi se Odluka trebala primjenjivati od početka financijske godine 2017., stoga sam podržala ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Európsky parlament vyčlenil z rezervy na rok 2017 sumu 1 906 150 960 EUR, a to na nepredvídané situácie súvisiace s krízami vnútornej bezpečnosti a s otázkami humanitárnej pomoci, migrácie

a utečencov. Včasným vyčlenením umožňujeme Komisii pružnejšie reagovať a riešiť tieto problémy.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απείχα κατά την ψηφοφορία της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά την κινητοποίηση του περιθωρίου για απρόβλεπτες ανάγκες το 2017, διότι δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. — J'ai voté contre ce rapport. Divers fonds européens doivent percevoir des sommes supplémentaires issues de la marge pour imprévus du budget 2017. Or, tous ces transferts bénéficieront à des programmes d'urgence destinés à financer les actions en faveur de l'intégration des réfugiés sur le sol européen. En revanche, aucun dispositif d'aide au retour n'est à ce jour financé par l'UE, ce qui est inadmissible.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I expressed a favourable vote for the report on Mobilisation of the Contingency Margin in 2017. Taking such a step will complement the appropriations related to expenditure highlighted in the general budget of the EU for the financial year 2017. According to the report, not much margin is left to effectively handle security crises, humanitarian, migratory and refugee challenges. Therefore it is necessary to address, with the Commission, in what way additional funds could be possibly mobilised using the Contingency Margin.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Gesamthaushaltsplan der EU würde keine zusätzlichen Mittel benötigen, wenn man die Mittelverwendung optimierte. Hier wird aber versucht, den Gesamthaushaltsplan der EU für 2017 zu ergänzen. Dies lehne ich ab.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser la marge pour imprévus pour 2017 à hauteur de 2,150 milliards d'euros, afin de compléter les crédits d'engagement relatifs aux dépenses de la rubrique 3 «Sécurité et citoyenneté» à hauteur de 2,578 milliards et de la rubrique 4 «L'Europe dans le monde» à hauteur de 9,432 milliards. Il s'agit donc de mobiliser cet instrument de dernier recours face à des «circonstances imprévues», en l'occurrence la crise des migrants.

Ces sommes devront être compensées par une baisse des crédits affectés à l'administration. Ces sommes mobilisées iront cependant financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés, ce qui n'est pas souhaitable. J'ai donc voté en défaveur de ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — A presente proposta inclui um montante de 1164,4 milhões de EUR, para o qual a Comissão já tinha feito uma proposta de mobilização da Margem para Imprevistos para a rubrica 3, que acompanha o projeto de orçamento inicial para 2017, e que agora é revogada e substituída pela presente proposta.

A presente proposta foi precedida por outra proposta da Comissão que visa mobilizar na íntegra o montante do Instrumento de Flexibilidade disponível para 2017 (530 milhões de EUR), igualmente para a rubrica 3.

Embora a crise dos refugiados, da migração e da segurança tenha começado em 2015, os seus efeitos continuam a evoluir dia a dia. As decisões políticas de países terceiros quanto à aceitação de refugiados no seu território, bem como a abertura e o encerramento das fronteiras, tornam muito difícil prever a evolução a longo prazo neste domínio.

A volatilidade e a imprevisibilidade da crise justificam a utilização da Margem para Imprevistos enquanto instrumento de último recurso para obviar às consequências imprevistas desta crise no que respeita às necessidades em termos de despesas das rubricas 3 e 4.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report. Mobilising the Contingency Margin for 2017 is important to react to unforeseen circumstances as a tool of last resort.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Afin de répondre aux circonstances imprévues telles que les défis relatifs à la crise des migrants, des réfugiés, et de la sécurité, il est important de mobiliser la marge pour imprévus s'élevant à un montant de 1 176 030 960 EUR en crédits d'engagement allant au-delà du plafond des engagements de la rubrique 3 «sécurité et citoyenneté» et de 730 120 000 EUR en crédits d'engagement allant au-delà du plafond des engagements de la rubrique 4 «l'Europe dans le monde» du cadre financier pluriannuel. Ceci est nécessaire afin de combler la différence entre le niveau du plafond des dépenses des rubriques 3 et 4 et les besoins imprévus supplémentaires estimés pour 2017.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which acknowledges the mobilisation of the Contingency Margin, which is mobilised at a level of EUR 1 906.2 million for security and Citizenship and global Europe. The decision on the mobilisation of the Contingency Margin presented by the Commission together with the 2017 EU draft budget, and updated by Amending Letter No 1/2016, has to be aligned with the agreement reached in conciliation on the 2017 EU Budget.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az 1311/2013/EU, Euratom tanácsi rendelet 13. cikke az Unió bruttó nemzeti jövedelmének legfeljebb 0,03 %-át kitevő rendkívüli tartalékot hozott létre. Minthogy 2017-ben valószínűleg föl fognak merülni további finanszírozási szükségletek a belső biztonsági válságokkal és a jelenlegi humanitárius, migrációs és menekültügyi kihívásokkal kapcsolatban, a Bizottság e rendkívüli tartalék 2017. évi igénybevételéről határozati javaslatot terjesztett az Európai Parlament és a Tanács elé. Erre annak érdekében van szükség, hogy az Európai Unió 2017-es pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetése kötelezettségvállalási előirányzatainak a többéves pénzügyi keret 3. és 4. fejezete felső határait meghaladó emelésével kezelni lehessen a migrációs, menekültügyi és biztonsági válságból származó szükségleteket.

A Költségvetési Bizottság jelentésében – figyelembe véve az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság véleményét is – azt javasolja, hogy a Parlament ezt a határozati javaslatot hagyja jóvá. Ennek megfelelően szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Atendendo à probabilidade de surgirem necessidades financeiras adicionais em 2017 relacionadas com a crise de segurança interna e aos atuais desafios no plano humanitário, migratório e dos refugiados, é provável que estas necessidades excedam significativamente o financiamento disponível da categoria 3.

Defendo que a Comissão deverá informar explicitamente em que termos é feita a mobilização de fundos adicionais utilizando a margem para imprevistos para responder a eventuais necessidades financeiras suplementares da categoria 3 ao longo de 2017.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser la marge pour imprévus pour 2017 à hauteur de 2,150 milliards d'euros, afin de compléter les crédits d'engagement relatifs aux dépenses de la rubrique 3 «Sécurité et citoyenneté» à hauteur de 2,578 milliards et de la rubrique 4 «L'Europe dans le monde» à hauteur de 9,432 milliards. Il s'agit donc de mobiliser cet instrument de dernier recours face à des «circonstances imprévues», en l'occurrence la crise des migrants.

Ces sommes devront être compensées par une baisse des crédits affectés à l'administration. Ces sommes mobilisées iront cependant financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés, ce qui est inacceptable. Toute somme mobilisée devrait l'être exclusivement pour le retour des clandestins dans leur pays d'origine.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la mobilisation de la marge pour imprévus pour l'exercice 2017. Cette mobilisation se fera à hauteur de 1 906,2 millions d'euros au profit des rubriques du budget consacrées à la citoyenneté, à la liberté, à la sécurité, à la justice et à l'Union européenne en tant qu'acteur mondial.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Contingency Margin is a last resort instrument to react to unforeseen circumstances. I have voted for this report on the mobilisation of the Contingency Margin in 2017 to a maximum of 0.03% of the Gross National Income of the Union.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – През 2016 г. бюджетът на ЕС беше извънредно натоварен в резултат на кризата с миграцията, бежанците и сигурността. В резултат на тези непредвидени обстоятелства трябва да се осигури сума в размер на 240,1 млн. евро, за да се обезпечат бюджетни кредити за поети задължения по функция 3 „Сигурност и гражданство“ от общия бюджет на ЕС за финансовата 2016 година.

Маржът за непредвидени обстоятелства е инструмент, заложен в многогодишната финансова рамка, който позволява на ЕС да мобилизира допълнителни средства при непредвидени обстоятелства. Той бе създаден с член 13 от Регламент (ЕС, Евратом) № 1311/2013 на Съвета и чрез него може да се събере сума, съответстваща на 0,03% от брутния национален доход на Съюза, която в случая може да покрие все още непоетите задължения на ЕС.

Дадох подкрепата си за мобилизирането на маржа за непредвидени обстоятелства през 2016 г., защото смятам, че допълнителните разходи, формирали се покрай кризата с миграцията, бежанците и сигурността, бяха и са необходими на ЕС, за да се справи с нелеката ситуация, в която се намира.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da der Finanzbedarf durch die Migrations- und Flüchtlingsbewegungen durch eine Aufstockung der Rubrik 3 des Gesamthaushaltsplans der EU gedeckt werden sollte.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Resolutsioon annab nõusoleku kiita heaks ELi julgeoleku ja kodakondsusega ning globaalse Euroopa alla kuuluvate teemadega seotud eelarvevahendite suurendamise.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro la proposta dei miei colleghi poiché ritengo che la mobilizzazione dello strumento di flessibilità debba avvenire in modo mirato, per esempio per crisi derivanti dalla migrazione e dalla sicurezza. Inoltre, come politico credo sia errato detrarre 575,0 milioni di euro dal margine non assegnato della rubrica 2 (Crescita sostenibile: risorse naturali), in quanto le risorse ambientali devono evolversi costantemente e non possono essere abbandonate. Pertanto ho espresso voto negativo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Uredbom Vijeća 1311/2013 uspostavljena je pričuva za nepredviđene izdatke od maksimalno 0,03 % bruto nacionalnog dohotka Unije. Ona se utvrđuje izvan gornje granice financijskog okvira za razdoblje od 2014. do 2020. kao instrument za slučaj krajnje nužde koji omogućava reakciju na nepredviđene okolnosti. Nažalost, Komisija predviđa da će u 2017. godini vjerojatno doći do nastajanja dodatnih financijskih potreba u odnosu na krizu unutarnje sigurnosti zbog humanitarnih, migracijskih i izbjegličkih izazova. Smatram kako je takva dodatna financijska pomoć potrebna. Nepredvidivost krize opravdava upotrebu mobilizacije pričuve za nepredviđene izdatke. Novo sredstvo pružanja hitne podrške unutar Unije koje je Vijeće usvojilo 2016. godine i koje će se nastaviti koristiti i u 2017. godini za potpore humanitarne prirode smatram adekvatnim odgovorom na trenutačni priljev izbjeglica i migranata u Uniju. Zbog navedenog sam podržala Rezoluciju o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji pričuve za nepredviđene izdatke za 2017. godinu.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser la marge pour imprévus pour 2017 à hauteur de 2,150 milliards d'euros, afin de compléter les crédits d'engagement relatifs aux dépenses de la rubrique 3 «Sécurité et citoyenneté» à hauteur de 2,578 milliards et de la rubrique 4 «L'Europe dans le monde» à hauteur de 9,432 milliards. Il s'agit donc de mobiliser cet instrument de dernier recours face à des «circonstances imprévues», en l'occurrence la crise des migrants.

Ces sommes devront être compensées par une baisse des crédits affectés à l'administration. Ces sommes mobilisées iront cependant financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés, ce qui est inacceptable. Toute somme mobilisée devrait l'être exclusivement pour le retour des clandestins dans leur pays d'origine. Je vote donc contre ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Za opći proračun Unije za financijsku godinu 2017. mobilizira se pričuva za nepredviđene izdatke u iznosu od 1 176 030 960 EUR u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza iznad gornje granice odobrenih sredstava za preuzimanje obveza u naslovu 3. višegodišnjeg financijskog okvira (Sigurnost i građanstvo) te u iznosu od 730 120 000 EUR u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza iznad gornje granice odobrenih sredstava za preuzimanje obveza u naslovu 4. višegodišnjeg financijskog okvira (Globalna Europa). Nakon razmatranja svih ostalih financijskih mogućnosti za reagiranje na nepredviđene okolnosti u okviru gornjih granica rashoda za 2017. za naslov 3. (Sigurnost i građanstvo) i naslov 4. (Globalna Europa) utvrđenih višegodišnjim financijskim okvirom i uzimajući u obzir mobilizaciju instrumenta fleksibilnosti u visini ukupnog dostupnog iznosa za 2017. od 530 milijuna EUR, mobilizacija pričuve za nepredviđene izdatke čini se nužnom kako bi se odgovorilo na potrebe koje proizlaze iz migracijske, izbjegličke i sigurnosne krize. Uvjet krajnje nužde iz članka 13. Uredbe (EU, Euratom) br. 1311/2013 je ispunjen.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O Regulamento n.º 1311/2013 do Conselho, de 2 de dezembro, que estabelece o quadro financeiro plurianual para o período 2014-2020 prevê a mobilização da Margem para Imprevistos no valor máximo de 0,03 % do rendimento nacional bruto da UE-28, como instrumento de último recurso para reagir a circunstâncias imprevistas.

No ajustamento técnico do QFP para 2017, com base no artigo 6.º do Regulamento QFP, o valor absoluto da Margem para Imprevistos para o ano de 2017 é fixado em 4 496,8 milhões de EUR.

Desta forma, e alegadamente de molde a responder à crise de segurança e aos desafios migratórios e humanitários da União, e uma vez examinadas todas as possibilidades de financiamento das necessidades adicionais e imprevistas em matéria de dotações de autorização, a Comissão propõe mobilizar a Margem para Imprevistos para 2017, num montante de 1 164,4 milhões de EUR, a fim de complementar a rubrica 3 do orçamento geral da União Europeia.

Acompanhamos a necessidade de mobilizar mais fundos para a crise dos refugiados. No entanto, tendo em conta a atual política da UE para as migrações, tememos que estes fundos irão apenas reforçar os instrumentos repressivos da política externa, acentuando o seu caráter profundamente desumano.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Rozporządzenie w sprawie wieloletnich ram finansowych (WRF) z 2013 r. pozwala na uruchomienie marginesu na nieprzewidziane wydatki w wysokości do 0,03 % dochodu narodowego brutto w UE-28. Margines na nieprzewidziane wydatki uznaje się za instrument, który należy stosować w ostateczności, w reakcji na nieprzewidziane sytuacje, tylko wtedy gdy wszystkie inne drogi finansowania zostały wyczerpane. Niniejszym nie mogłem poprzeć sprawozdania.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de rapport qui prévoit de mobiliser, dans le cadre du budget général de l'Union pour l'exercice 2017, la marge pour imprévus à hauteur de plus d'1 milliard d'euros en crédits d'engagement au-delà du plafond des engagements de la rubrique «Sécurité et citoyenneté» et de plus de 700 millions d'euros en crédits d'engagement au-delà du plafond des engagements de la rubrique «L'Europe dans le monde». Nous devons anticiper le fait de voir apparaître de nouveaux besoins financiers en 2017 liés à la crise des migrants et des réfugiés.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. The Contingency Margin is an EU financial instrument which is meant to be used as a last resort for unforeseen circumstances and amounts to 0.03% of EU GNI. This specific proposal is to mobilise EUR 1.9 billion for the EU to spend on the migration, refugee and security crisis. UKIP opposes the EU spending any British taxpayer's money.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Tras haber examinado todas las demás posibilidades financieras para responder a las circunstancias imprevistas dentro de los techos de gasto para 2017 de las rúbricas 3 (Seguridad y ciudadanía) y 4 (Una Europa global) establecidos en el marco financiero plurianual, y tras haber movilizado el Instrumento de Flexibilidad por el importe total de 530 millones de euros disponible en 2017, resulta necesario movilizar el Margen para Imprevistos para hacer frente a las necesidades derivadas de la crisis de la migración, los refugiados y la seguridad, mediante el aumento de los créditos de compromiso en el presupuesto general de la Unión para el ejercicio 2017 por encima de los techos de las rúbricas 3 y 4.

Por tanto, mediante esta decisión, que he votado favorablemente, se movilizan 1 906,2 millones de euros para las rúbricas 3 y 4. Esta cantidad se compensa en 575 millones de euros del margen no asignado de la rúbrica 2 (Crecimiento sostenible) en 2017 y 507,3 millones de euros en 2017, 70,0 millones de euros en 2018 y 253,9 millones de euros en 2019 de los márgenes no asignados de la rúbrica 5 (Administración).

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la mobilisation de la marge pour imprévus 2017 à hauteur de 1 164,4 millions EUR, afin de compléter les crédits d'engagement relatifs aux dépenses de la rubrique 3 du budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2017 et au-delà du plafond des engagements, qui se chiffre à 2 578 millions EUR en prix courants. Je précise que de nouveaux besoins financiers, liés aux crises en matière de sécurité intérieure et aux défis actuels sur le plan humanitaire, migratoire et des réfugiés, pourraient se faire jour en 2017.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pritariu šiam techniniam biudžeto pakeitimui, susijusiam su nenumatytoms išlaidoms skirtų lėšų perskirstymu pagal laukiamus 2017 m. iššūkius.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O artigo 13.º do Regulamento (UE, Euratom) n.º 1311/2013 do Conselho definiu uma Margem para Imprevistos no valor máximo de 0,03 % do Rendimento Nacional Bruto da União.

A Comissão Europeia calculou o montante bruto desta Margem para Imprevistos para 2017 e decidiu proceder a um aumento das dotações de autorização do orçamento geral da União para o exercício de 2017.

Devido à crescente urgência de respostas face às necessidades resultantes da crise dos refugiados, da migração e da segurança, haverá um aumento acima do limite máximo das Rubricas 3 (Segurança e Cidadania) e da Rubrica 4 (Europa Global) do Quadro Financeiro Plurianual, sendo este compensado através da redução gradual nos 3 anos seguintes (2017, 2018 e 2019) dos montantes aplicados a áreas não afetas às urgências reais da UE, como são o caso da Rubrica 2 «Crescimento Sustentável - Recursos Naturais» e da Rubrica 5 «Administração».

Uma vez que é provável o surgimento de necessidades financeiras adicionais ligadas à crise de segurança interna e aos atuais desafios no plano humanitário, migratório e dos refugiados, votei a favor deste relatório, por me parecer lógica a mobilização de mecanismos financeiros de ação para medidas imprevistas e urgentes no decorrer do ano de 2017.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El objetivo de esta decisión es dotar con 1 906,2 millones de euros adicionales las partidas «Seguridad y Ciudadanía» y «Europa Global», que deberá compensarse con los fondos dedicados al «Crecimiento Sostenible» y en menor medida, «Administración».

Me opongo a la orientación global de los fondos dedicados a la crisis migratoria y de refugiados, la llamada «Europa Fortaleza», por haber convertido las fronteras europeas en cárceles al aire libre y tumbas para miles de migrantes. Reclamo que se respete el derecho a asilo y que se ponga en marcha una auténtica estrategia de desarrollo y de paz para los países de origen de los flujos migratorios, lo que requiere un aumento específico del presupuesto europeo en lugar de los parches propuestos. Por ello he votado en contra.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of the report on the mobilisation of the Contingency Margin in 2017. The decision on the mobilisation of the Contingency Margin presented by the Commission together with the 2017 EU draft budget, and updated by Amending Letter No 1/2016, has to be aligned with the agreement reached in conciliation on the 2017 EU Budget.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh uznesenia Európskeho parlamentu o návrhu rozhodnutia EP a Rady o mobilizácii rezervy na nepredvídané udalosti v roku 2016. V rámci všeobecného rozpočtu Únie na rozpočtový rok 2016 sa nad rámce stropu viazaných rozpočtových prostriedkov v okruhu 3 viacročného finančného rámca mobilizuje rezerva na nepredvídané udalosti vo výške 240,1 milióna EUR vo viazaných rozpočtových prostriedkoch. Suma 240,1 milióna EUR vo viazaných rozpočtových prostriedkoch uvedená v článku 1 sa v plnej miere vykompenzuje rezervou v rámci stropu viazaných rozpočtových prostriedkov v okruhu 55 (Administratíva) viacročného finančného rámca na rozpočtový rok 2016.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Komisija je kot odziv na prihodnje nepredvidene okoliščine preučila finančne možnosti v okviru zgornjih meja odhodkov na področjih varnosti in državljanstva ter Evrope v svetu za leto 2017, pri čemer je v celoti upoštevala tudi uporabo instrumenta prilagodljivosti v višini 530 milijonov EUR in ugotovila, da bi bilo za odzivanje na področju migracijske, begunske in varnostne krize treba uporabiti varnostno rezervo s povečanjem odobritev za prevzem obveznosti nad zgornjima mejama zgoraj navedenih dveh področij proračuna za leto 2017.

Poročilo Parlamenta, ki obravnava predlog sklepa Parlamenta in Sveta o sprostitvi varnostne rezerve v letu 2017, se strinja, da bodo v letu 2017 najverjetneje potrebni novi odzivi, povezani z notranjimi varnostnimi krizami, humanitarnimi vprašanji ter migracijsko in begunsko krizo. Vendar pa opozarja, da bi ti izzivi lahko občutno presegli finančna sredstva iz naslova varnosti in državljanstva, saj tam ni več na voljo razpoložljive rezerve do zgornje meje, in poziva Komisijo, naj pojasni, kako bi bilo mogoče uporabiti dodatna sredstva iz varnostne rezerve za odziv na prihajajoče izzive.

Poročilo kljub nekaterim opozorilom pozdravlja namero Komisije, zato sem ga pri glasovanju podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – S cieľom reagovať na nepredvídané okolnosti v rámci konkrétnych stropov výdavkov na rok 2017 stanovených vo viacročnom finančnom rámci a so zreteľom na mobilizáciu nástroja flexibility na rok 2017, mobilizácia rezervy na nepredvídané udalosti sa môže javiť ako nevyhnutná. Je potrebné si uvedomiť, že v roku 2017 pravdepodobne vzniknú nové finančné potreby v súvislosti s krízami vnútornej bezpečnosti a so súčasnými výzvami týkajúcimi sa humanitárnej oblasti, migrácie a utečencov.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. — I voted against the mobilisation of the Contingency Margin in 2017. I highly doubt that the EU Commission has access to a crystal ball through which it can peer into the future and determine with absolute certainty tFhe need to mobilise 2017's contingency margin when we are still in 2016. Furthermore, even if additional costs are likely, funds should be made available by making the necessary budgetary cuts now.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Mobilizacija pričuve za nepredviđene izdatke proračuna za 2017. u iznosu od 1,9 milijardi EUR za naslov 3. (Sigurnost i građanstvo) i naslov 4. (Globalna Europa) koristit će se za potrebe koje proizlaze iz migracijske, izbjegličke i sigurnosne krize.

Spomenuti dodatni izdatak pokrit će se smanjenjem pričuve za naslov 2. (Održivi rast – prirodni resursi) od 575 milijuna EUR u 2017. te smanjenjem pričuve za naslov 5. (Administracija) od 507 milijuna EUR u 2017., 570 milijuna EUR u 2018. i 254 milijuna EUR u 2019. godini.

Prihvaćam ovaj Nacrt izvješća jer ćemo ovom preraspodjelom resursa unutar proračuna osigurati dodatna potrebna sredstva za nepredviđene troškove izazvane kriznim situacijama.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o sprostitvi varnostne rezerve v letu 2017.

V Evropski uniji smo zadnji dve leti priča migrantski in varnostni krizi. Ker lahko z veliko verjetnostjo domnevamo, da se bomo v letu 2017 soočali s podobnimi izzivi ter da se bodo tako pojavile nove finančne potrebe, ki bodo občutno presegle finančna sredstva, ki so na voljo v razdelku 3, mora Evropska komisija pojasniti, kako in ali bi bilo možno uporabiti dodatna sredstva iz razdelka 3 v letu 2017.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Οι λανθασμένοι χειρισμοί της ΕΕ στην αντιμετώπιση της λαθρομετανάστευσης, σε συνάρτηση με την εφαρμογή ενός αποτυχημένου Πολυετούς Δημοσιονομικού Πλαισίου, οδήγησαν στην κατασπατάληση των πόρων της Ένωσης. Η συνέχιση της χρηματοδότησης της Τουρκίας, στο πλαίσιο του υποτιθέμενου ελέγχου των μεταναστευτικών ροών, οδηγεί σε αναγκαστική εξεύρεση διάφορων μηχανισμών για την κινητοποίηση του περιθωρίου για απρόβλεπτες ανάγκες. Τα συγκεκριμένα κονδύλια όμως, στο εγγύς μέλλον, θα είναι απαραίτητα για την αντιμετώπιση άλλων έκτακτων καταστάσεων, αλλά δε θα είναι πλέον διαθέσιμα.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A rendkívüli tartalék 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Bizottság a további és előre nem látott kötelezettségvállalási igények összes finanszírozási lehetőségének megvizsgálását követően az általa készített költségvetési tervezetben javasolta a rendkívüli tartalék 1164,4 millió EUR összegű igénybevételét, az Európai Unió 2017. évi pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetése 3. fejezetének kiadásaihoz kapcsolódó kötelezettségvállalási előirányzatoknak a folyó árakon 2578 millió eurós kifizetési felső határ feletti kiegészítése céljából.

Az Európai Parlament jelentése elfogadta a bizottsági javaslatot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Il s'agissait d'une simple validation d'annexe pour laquelle nos experts politiques ont donné leur feu vert.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Glasovao sam za Prijedlog rezolucije o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji pričuve za nepredviđene izdatke za 2017. U skladu s brojnim izvanrednim situacijama koje su se dogodile tijekom 2016. godine, smatram da je potrebno mobilizirati sredstva iz proračuna za 2017. godinu kako bi se moglo što spremnije odgovoriti na humanitarne, migracijske i izbjegličke izazove.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Direktiva Europske unije o Višegodišnjem proračunskom okviru iz 2013. dopušta mobilizaciju za nepredviđene izdatke u iznosu od 0,03 % BDP-a, što vrijedi za sve države članice Unije. Navedena margina smatra se krajnjim sredstvom borbe protiv nepredviđenih situacija, koje se koristi samo u slučaju kada se sva druga sredstva iscrpe.

Prijedlog Komisije je da se margina mobilizira za 1,9 bilijuna EUR, a povezan je s potrošnjom potrebnom za suočavanje s migrantskom krizom, što sam podržala.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o predlogu Sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o sprostitvi varnostne rezerve v letu 2017 sem podprla.

Komisija je po preučitvi vseh možnosti za financiranje dodatnih in nepredvidenih potreb po sredstvih predlagala uporabo varnostne rezerve za leto 2017 v višini 1 164,4 milijona EUR, da bi dopolnili odobritve za prevzem obveznosti.

V letu 2017 se bodo verjetno pojavile nove finančne potrebe v zvezi z notranjimi varnostnimi krizami in sedanjimi humanitarnimi izzivi ter izzivi na področju migracij in beguncev. Zato je potrebno vedeti, kako bi bilo mogoče uporabiti dodatna sredstva iz varnostne rezerve za odziv na morebitne dodatne finančne potrebe.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe. Se trata de la movilización de uno de los resquicios del presupuesto para poder hacer frente a los Fondos de integración de personas en situación de asilo y migración. Un ajuste técnico para hacer, junto a otros instrumentos de flexibilidad que se modifican, frente a los retos de seguridad y de movilidad de las personas. Esta financiación, que en parte se empleará como un instrumento financiero al estilo Plan Juncker, servirá para financiar la permanencia y taponamiento de las migraciones de personas en situación de movilidad forzada en países limítrofes a la Unión. Tendrán un componente de inversión en aquellas zonas (con lo que podrán hacer negocio los poderes locales y transnacionales), también humanitario, pero a su vez de retención de dicha población. Consistirá en movilizar este margen hasta 2 150,6 millones de euros, compensado con recortes en agricultura y administración. Disfrazando de ayuda humanitaria una mala gestión de los recursos.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – W całej procedurze pomocowej istnieje szereg instrumentów, które mają za zadanie pomóc państwu członkowskiemu w razie nieprzewidzianych wydarzeń. Niepotrzebne jest więc tworzenie kolejnej drogi, która może rodzić ryzyko nieuzasadnionych wydatków, dlatego głosowałem przeciw sprawozdaniu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Bizottság a további és előre nem látott kötelezettségvállalási igények összes finanszírozási lehetőségének megvizsgálását követően az általa készített költségvetési tervezetben javasolta a rendkívüli tartalék 1164,4 millió EUR összegű igénybevételét. Támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe. Se trata de la movilización de uno de los resquicios del presupuesto para poder hacer frente a los Fondos de integración de personas en situación de asilo y migración. Un ajuste técnico para hacer, junto a otros instrumentos de flexibilidad que se modifican, frente a los retos de seguridad y de movilidad de las personas. Esta financiación, que en parte se empleará como un instrumento financiero al estilo Plan Juncker, servirá para financiar la permanencia y taponamiento de las migraciones de personas en situación de movilidad forzada en países limítrofes a la Unión. Tendrán un componente de inversión en aquellas zonas (con lo que podrán hacer negocio los poderes locales y transnacionales), también humanitario, pero a su vez de retención de dicha población. Consistirá en movilizar este margen hasta 2 150,6 millones de euros, compensado con recortes en agricultura y administración. Disfrazando de ayuda humanitaria una mala gestión de los recursos.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on the mobilisation of the Contingency Margin in 2017. The Commission proposed in the draft General Budget of the European Union for the financial year 2017 to mobilise the Contingency Margin for an amount of EUR 1 164.4 million in commitment appropriations over and above the commitment ceiling of heading 3 to respond to the additional funding needs arising from the security crisis and the migratory and humanitarian challenges in the Union. Additional financial needs are likely to arise in 2017 in relation to the internal security crises and the current humanitarian, migratory and refugee challenges. The fair and transparent distribution of funding between the different objectives of the Asylum, Migration and Integration Fund was a priority for Parliament during the negotiations leading to the adoption of Regulation (EU) No 516/2014 of the European Parliament and of the Council, which established the Fund. I voted in favour because I believe that response to the security crises, migratory and refugee challenges has to be immediate.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta decisión se ratifica el acuerdo alcanzado que contempla 1 900 millones destinados al margen para imprevistos y un paquete adicional de 500 millones para los agricultores. Hemos de ser conscientes de la importancia de dicho margen, sobre todo teniendo en cuenta la crisis agroalimentaria derivada del veto ruso que tantos efectos ha tenido en el ámbito agrario, con especial hincapié en el sector lácteo. Por ello es necesario votar a su favor.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Regulamento n.º 1311/2013 do Conselho, de 2 de dezembro, que estabelece o quadro financeiro plurianual para o período 2014-2020 prevê a mobilização da Margem para Imprevistos no valor máximo de 0,03 % do rendimento nacional bruto da UE-28, como instrumento de último recurso para reagir a circunstâncias imprevistas.

No ajustamento técnico do QFP para 2017, com base no artigo 6.º do Regulamento QFP, o valor absoluto da Margem para Imprevistos para o ano de 2017 é fixado em 4 496,8 milhões de EUR.

Desta forma, e alegadamente de molde a responder à crise de segurança e dos desafios migratórios e humanitários da União, e uma vez examinadas todas as possibilidades de financiamento das necessidades adicionais e imprevistas em matéria de dotações de autorização, a Comissão propõe mobilizar a Margem para Imprevistos para 2017, num montante de 1 164,4 milhões de EUR, a fim de complementar a rubrica 3 do orçamento geral da União Europeia.

Acompanhamos a necessidade de mobilizar mais fundos para a crise dos refugiados. No entanto, tendo em conta a atual política da UE para as migrações, tememos que estes fundos irão apenas reforçar os instrumentos repressivos da política externa, acentuando o seu caráter profundamente desumano.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Es sollen zur Bewältigung der derzeitigen Migrations-, Flüchtlings- und Sicherheitskrise 530 Millionen Euro beansprucht werden. Deswegen konnte ich den Bericht nicht mittragen.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio relativa alla mobilizzazione del margine per gli imprevisti nel 2016. Ritengo che la Commissione abbia fatto una scelta meritevole di approvazione nel proporre, insieme al progetto di bilancio rettificativo n. 4/2016, di mobilizzare il margine per gli imprevisti per il 2016 per un importo di 240,1 milioni di euro, in modo da integrare gli stanziamenti d'impegno connessi alle spese della rubrica «sicurezza e cittadinanza» del bilancio generale dell'UE. Ritenendo opportuno il contenuto della decisione, voto favorevolmente a tale proposta.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Il regolamento che ha stabilito il quadro finanziario pluriennale per il periodo 2014-2020 (QFP) consente di utilizzare lo strumento del margine per imprevisti, che può arrivare fino allo 0,03% del reddito nazionale lordo dell'UE-28, come ultima istanza per rispondere a circostanze impreviste, qualora siano state esaurite tutte le altre opzioni disponibili all'interno del QFP. Per far fronte al fabbisogno derivante dalla crisi migratoria, dei rifugiati e della sicurezza, si è deciso di aumentare gli stanziamenti di impegno delle rubriche 3 e 4 del QFP nel bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2017 oltre i limiti dei massimali fissati per tali rubriche: si è quindi ricorso sia alla mobilizzazione delle strumento di flessibilità, sia appunto al margine per imprevisti. È innegabile come la rubrica 3 (Sicurezza e cittadinanza) e la Rubrica 4 (Ruolo dell'Europa del mondo) siano in questo momento sotto particolare pressione, in ragione principalmente della crisi migratoria e dei rifugiati. Risulta pertanto difficile opporsi alla richiesta di mobilizzare queste risorse supplementari, ma l'utilizzo del margine per imprevisti è solamente una soluzione tampone, che non risolve i problemi alla radice, e che non affronta neanche la vera necessità di razionalizzare il bilancio dell'UE focalizzandolo su priorità reali come queste.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de mobilisering van de marge voor onvoorziene uitgaven.

Het besluit heeft tot doel de marge voor onvoorziene uitgaven te bestemmen voor de financiering van vastleggingskredieten met betrekking tot de uitgaven van voor migratie, vluchtelingen en veiligheid. Dit bedrag van ruim € 1,16 miljard komt boven op het flexibiliseringsinstrument van € 350 miljoen.

Als nu al kan worden besloten over dit bedrag betreft het duidelijk geen "onvoorzien". Het Europees Parlement blijkt niet in staat duidelijke keuzes te maken uit beleidsprioriteiten. Het nu al toekennen van de volledige marge leidt onherroepelijk tot tekorten en naheffingen voor de lidstaten in 2017.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh rozhodnutia o mobilizácii rezervy na nepredvídané udalosti na rok 2017 som podporila. Nariadenie z roku 2014 o viacročnom finančnom rámci dovoľuje mobilizáciu rezervy až do výšky 0,03 % hrubého národného dôchodku Únie ako poslednú možnosť, ako sa vysporiadať s nepredvídateľnými okolnosťami, a mala by byť využitá iba vtedy, keď ostatné možnosť financovania sú vyčerpané. Presne takáto situácia nastala v súvislosti s migračnou, utečeneckou a bezpečnostnou krízou. Keďže potrebné opatrenia nie je možné financovať presunutím financií z iných rozpočtových položiek, je potrebné siahnuť po výnimočných nástrojoch, akým je práve rezerva na nepredvídateľné udalosti. Keďže si uvedomujem rozsah a závažnosť migračnej a utečeneckej krízy, považujem za správne v záujme jej zmiernenia túto rezervu mobilizovať.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Svjesni smo da se suočavamo sa sve većim i ozbiljnijim humanitarnim, migracijskim i izbjegličkim izazovima te da će doći do nastajanja dodatnih financijskih potreba za rješavanje sigurnosnih problema. Za pretpostaviti je da bi potrebe tijekom 2017. godine mogle znatno premašiti sredstva koja su trenutačno dostupna za podmirivanje troškova izazvanih migracijskim i humanitarnim izazovima u Uniji. Slažem se da je nužno da se pričuva za nepredviđene izdatke mobilizira kako bi mogli adekvatno odgovoriti na buduće potencijalne probleme koji se nameću kao prijetnja sigurnosti Unije. Podržavam prijedlog nacrta proračuna kojim bi se mobilizirao iznos od oko 1 milijarde EUR tijekom 2017. godine za konkretnu svrhu financiranja mjera koje predlaže Komisija.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o sprostitvi varnostne rezerve v letu 2017.

Sprostitev varnostne rezerve v letu 2017 podpiram, saj se bodo glede na trenutne varnostne in politične razmere v letu 2017 pojavile nove finančne potrebe v zvezi z notranjimi varnostnimi krizami in sedanjimi humanitarnimi izzivi ter izzivi na področju migracij in beguncev.

7.18. Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments zur Finanzierung haushaltspolitischer Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der derzeitigen Migrations-, Flüchtlings- und Sicherheitskrise (A8-0351/2016 - Jens Geier)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il regolamento che ha stabilito il quadro finanziario pluriennale per il periodo 2014-2020 (QFP) autorizza il ricorso allo strumento di flessibilità per permettere il finanziamento di spese chiaramente identificate che non potrebbero essere altrimenti finanziate nella cornice dei massimali disponibili di una o più rubriche del QFP. La Commissione europea, dopo aver considerato tutte le possibilità di riassegnazione degli stanziamenti, propone di mobilizzare lo strumento di flessibilità nel 2017, per un importo pari a 530 milioni di euro oltre il massimale, per finanziare misure di gestione della crisi migratoria, dei rifugiati e della sicurezza. Pur favorevole alla massima flessibilità all'interno del QFP e conscia dell'importanza di fronteggiare la crisi migratoria, rimango contraria al fatto che, invece di cercare riassegnazioni da linee di bilancio meno prioritarie, si faccia ricorso a questi strumenti «speciali» previsti dal QFP. Ritenendo che in tal modo non sia possibile affrontare in maniera strutturale il problema del bilancio e delle attuali crisi, mi sono astenuta.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — The file sought for flexibility instruments to allow the financing of clearly identified expenditure. However, it sought to use this flexibility to increase security spending under the guise of helping with migration and the refugee crisis.

While I fully support the increase in expenditure related to the ongoing humanitarian crisis with thousands of people fleeing conflicts in Syria and Iraq, I do not support either the proposed increase in expenditure for security measures, or the expenses related to the EU-Turkey declaration on refugees.

The increased security measures and the EU-Turkey declaration aim to bolster 'Fortress Europe' thereby preventing refugees from excising their right to seek asylum as laid down in Article 18 of the Charter of Human Rights. Therefore, I voted abstention.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser l'instrument de flexibilité en 2017 à hauteur de 530 millions d'euros, soit le plafond maximal autorisé. Cette somme servira à financer le soutien à des mesures destinées à gérer la crise des migrants.

Ces sommes mobilisées iront ainsi financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés, ce qui est inacceptable. Toute somme mobilisée devrait l'être exclusivement pour le retour des clandestins dans leurs pays d'origine. J'ai évidemment voté contre ce rapport inacceptable.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I oppose further spending of UK taxpayers' money on additional EU projects, and therefore voted against.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl lankstumo priemonės lėšų mobilizavimo skubioms biudžeto priemonėms, skirtoms dabartinei migracijos, pabėgėlių ir saugumo krizei spręsti, finansuoti. Išnagrinėjus visas galimybes perskirstyti įsipareigojimų asignavimus pagal 3 išlaidų kategoriją, paaiškėjo, kad įsipareigojimų asignavimams yra būtinas mobilizuoti lankstumo priemonės lėšas. Kadangi 2017 m. 3 išlaidų kategorijos viršutinės ribos neleidžia tinkamai finansuoti neatidėliotinų priemonių migracijos, pabėgėlių ir saugumo srityse, todėl sutinku, kad būtų mobilizuota 530 mln. EUR. įsipareigojimų asignavimų suma pagal lankstumo priemonę.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés a Rugalmassági Eszköznek a jelenlegi migrációs, menekültügyi és biztonsági válság kezelésére szolgáló azonnali költségvetési intézkedések finanszírozására történő igénybevételéről szól.

Mint ismeretes, a rugalmassági eszközt 1999-ben hozták létre azzal a céllal, hogy ha valamelyik költségvetési cél (költségvetési sor) felső határát elérték és még szükség lenne további kifizetésekre, ezt a rugalmassági eszköz segítségével megtehessék, anélkül, hogy a költségvetés egészét újra kellene tárgyalni. A rugalmassági eszköz kezdetben évi 200 millió euró volt, jelenleg 471 millió euró, de ha nem használták fel átvihető volt a következő évekre.

A jelen esetben a Bizottság annak érdekében javasolja a Rugalmassági Eszköz igénybevételét, hogy a 3. fejezet (Biztonság és uniós polgárság) felső határértékén felül 530 millió euróval ki lehessen egészíteni az Unió 2017. évi általános költségvetésében szereplő forrásokat a migráció, a menekültügy és a biztonság területén hozott intézkedések finanszírozására. A jelentés azt is felveti, hogy a rugalmassági eszköz éves összegét 2 milliárd euróra kell növelni.

Támogassuk a rugalmassági eszköz felhasználását és összegének növelését is, mert a migránshelyzet kezelése ezt megkívánja.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser l'instrument de flexibilité en 2017 à son niveau maximal, c'est à dire 530 millions d'euros. Cette somme servirait à financer la politique d'asile et d'intégration des «réfugiés», en réalité des clandestins, des migrants économiques qui ont vocation à retourner au plus vite dans leurs pays d'origine. Tout argent dépensé par rapport à la crise des migrants devrait l'être pour les renvoyer chez eux et les empêcher de (re)venir. J'ai voté contre ce texte.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui soutient la mobilisation de l'instrument de flexibilité pour un montant de 530 millions d'EUR en crédits d'engagement afin de financer des mesures en faveur des migrants et des réfugiés.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Geier sulla mobilizzazione dello strumento di flessibilità per finanziare misure di bilancio immediate per far fronte all'attuale crisi migratoria, dei rifugiati e della sicurezza. Si tratta di un provvedimento di natura tecnica che ha come scopo quello di approvare la mobilizzazione dello strumento di flessibilità per un importo pari a 530 milioni di euro in stanziamenti d'impegno in vista delle sfide che l'Unione si trova ad affrontare. Il testo sottolinea inoltre la necessità di una riflessione per quanto riguarda il futuro del bilancio dell'UE che dovrebbe prevedere, in futuro, una maggiore flessibilità, prevedendo anche un incremento di due miliardi di euro su base annua per lo strumento di flessibilità.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Al igual que en la Movilización del Margen para Imprevistos en 2017, voto en contra. En esta ocasión se moviliza otro instrumento financiero, un total de 530 millones durante cuatro años a precios actuales. Estos instrumentos utilizan la ingeniería económica y para no proceder a un cambio sustancial en el Presupuesto de la Unión, que es escaso, y ha demostrado no estar a la altura de las circunstancias en la crisis de migración. Y mezclan términos securitarios con la ayuda humanitaria. Desde mi punto de vista no debería militarizarse este tipo de crisis, ni usarse este tipo de instrumentos para aparentar una supuesta ayuda que no se está dando, sino avalando.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre la Movilización del Instrumento de Flexibilidad para financiar medidas presupuestarias inmediatas para hacer frente a la actual crisis de la migración, los refugiados y la seguridad. La cantidad movilizará será de 530 millones de euros en créditos compromiso y, reiteramos la opinión de que sin perjuicio de la posibilidad de movilizar los créditos de pago para líneas presupuestarias específicas, por medio del Instrumento de Flexibilidad sin una movilización anterior de los compromisos, los pagos derivados de compromisos movilizados previamente mediante el Instrumento de Flexibilidad solo pueden contabilizarse por encima de los límites máximos.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai évidemment voté contre ce rapport relatif à la proposition de la Commission de mobiliser l'instrument de flexibilité aux fins du financement de mesures budgétaires immédiates pour faire face à la crise actuelle des migrants, des réfugiés et de la sécurité.

Cet outil serait employé à hauteur de 530 millions d'euros, soit le plafond maximal autorisé. La Commission fait penser à un adolescent en crise qui, après avoir dépensé tout son argent de poche pour des dépenses superfétatoires, viendrait quémander un renouvellement auprès de ses parents.

Quand on est conscient que, selon le rapport 2014 de l'Observatoire européen du sans-abrisme, en France, le nombre de sans domicile fixe a augmenté de 44 % en 11 ans, passant de 80 000 à 150 000 personnes et que ces chiffres ne sont pas plus glorieux dans le reste de l'Union européenne (44 % en République tchèque, 29 % en Suède, 21 % en Allemagne, 17 % aux Pays-Bas et 16 % au Danemark) – en un mot, quand on voit l'état de paupérisation de nos populations européennes –, on ne peut qu'être scandalisé par la soi-disant politique migratoire de l'UE.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Lo strumento di Flessibilità fornisce fondi per affrontare spese chiaramente identificate, che non potrebbero essere finanziate dal bilancio dell'UE senza oltrepassare il tetto massimo annuale di spese di una o più rubriche del quadro finanziario pluriennale. Prima di tutto ritengo che la Commissione dovrebbe dimostrare inequivocabilmente di avere vagliato con la massima meticolosità la possibilità di reperire fondi riassegnandoli da linee di bilancio non prioritarie prima di rimettere le mani nelle tasche degli Stati membri. Pur essendo la crisi migratoria una priorità che condivido, il mio sostegno per questa rubrica sarebbe scontato se si accompagnasse a un reale e radicale cambiamento delle politiche nelle quali questi contributi sono investiti. Finché FRONTEX, EASO, FAMI verranno finanziati per favorire l'invasione dei migranti e non per bloccarne i flussi, non ho intenzione di avvallare col mio voto provvedimenti come questo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El Instrumento de Flexibilidad está destinado a permitir la financiación de gastos claramente identificados que no pueden financiarse dentro de los límites máximos disponibles en una o más rúbricas. Tras examinar todas las posibilidades de reasignación de créditos dentro del límite máximo de gastos de la rúbrica 3 (Seguridad y ciudadanía), resulta necesario movilizar el Instrumento de Flexibilidad con objeto de complementar con un importe de 530 millones de euros la financiación disponible en el presupuesto general de la Unión para el ejercicio 2017 superando los límites máximos de la rúbrica 3 a fin de sufragar medidas en el ámbito de la migración, los refugiados y la seguridad. Mediante esta decisión, que he votado favorablemente, los créditos de pago correspondientes a la movilización del Instrumento de Flexibilidad deben distribuirse a lo largo de varios ejercicios presupuestarios, estimándose en 238,3 millones de euros en 2017, 91,0 millones de euros en 2018, 141,9 millones de euros en 2019 y 58,8 millones de euros en 2020.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame narinėjamos lankstumo priemonės lėšų mobilizavimas skubioms biudžeto priemonėms, skirtoms dabartinei migracijos, pabėgėlių ir saugumo krizei spręsti, finansuoti. Europos Parlamentas pripažįsta, kad 2013 m. priimant dabar galiojančią daugiametę finansinę programą (DFP) į dabartinių saugumo krizių ir humanitarinių bei migracijos problemų finansinį poveikį nebuvo atsižvelgta. Be to, jis primena, kad lankstumo priemonė turi būti naudojama aiškiai nustatytoms išlaidoms, kurių negalima padengti neviršijant nustatytų vienos ar kelių išlaidų kategorijų viršutinių ribų, finansuoti. Parlamentas apgailestauja dėl to, kad Komisija nepasinaudojo DFP laikotarpio vidurio tikslinimo galimybe tam, kad atitinkamai pakoreguotų išlaidų, susijusių su migracijos, pabėgėlių ir saugumo krizės problemomis, kategorijos viršutinę ribą. Todėl Parlamentas pritaria Komisijos pasiūlymui,

pateiktam atliekant DFP laikotarpio vidurio tikslinimą, kuriuo siekiama padidinti biudžeto pajėgumą reaguoti greitai ir tinkamai į nenumatytus įvykius.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A rugalmassági eszköz 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Parlament megállapítja, hogy a 3. fejezet 2017-es felső határértékei nem biztosítanak elegendő forrást a migrációval, a menekültekkel és biztonsággal kapcsolatos sürgős intézkedések finanszírozására. Ezért egyetért a rugalmassági eszköz 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevételével.

Ezzel sikerül elérni, hogy a migrációs válság kezelésére mozgósított forrásokat ne más, már működő EU-s programok rovására vonják el. A kohéziós és agrárpénzeket nem lehet csökkenteni a migrációs krízis kezelésére szolgáló források meghatározásakor.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se z uporabo instrumenta prilagodljivosti za financiranje takojšnih proračunskih ukrepov.

To financiranje je potrebno zaradi nujnih potreb in je treba uporabiti znatne dodatne zneske za ukrepe, namenjene ublažitvi trenutne migracijske, begunske in varnostne krize.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o mobilizaciji instrumenta fleksibilnosti u iznosu od 530 milijuna eura.

Uz ovu mobilizaciju instrumenta fleksibilnosti, ukupni iznos na raspolaganju u 2017. je u potpunosti iscrpljen, a Odbor je usvojio Izvješće s velikom većinom glasova.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Je suis très défavorable au fait que des sommes allouées à d'autres objets finissent par financer la politique immigrationniste de l'Union européenne.

Je vote donc contre cette proposition de la Commission.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Riteniamo un atto dovuto, coerentemente ai principi di sussidiarietà e di solidarietà sui cui si fonda l'Unione europea, la mobilitazione dello strumento di flessibilità per reperire le risorse necessarie al pronto finanziamento delle operazioni di assistenza e di soccorso legate al fenomeno migratorio e alla gestione delle persone rifugiate. È un tema umanitario, sociale e di sicurezza centrale la cui responsabilità ricade collettivamente sull'intero Parlamento europeo e individualmente su ciascuno di noi: dobbiamo supportare rapidamente le aree in cui l'emergenza è più forte e offrire una valida risposta collettiva per il 2017.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à activer l'instrument de flexibilité en 2017 à hauteur de 530 millions d'euros, soit le plafond maximal autorisé, dans le seul but de financer l'accueil des migrants clandestins. Ces fonds financeront notamment la politique de l'asile et l'intégration des migrants clandestins dans les États membres.

Il est proprement inacceptable que l'Union européenne utilise nos impôts pour financer la submersion migratoire à laquelle une immense majorité de nos concitoyens s'oppose fermement. Toute somme mobilisée dans le cadre de la crise migratoire devrait l'être pour financer le retour des migrants clandestins dans leur pays d'origine.

À l'heure où nos concitoyens, en particulier les jeunes, sont confrontés au chômage de masse, à l'explosion de la pauvreté et à l'accroissement des inégalités sociales, il est indispensable de leur consacrer l'intégralité des fonds européens! J'ai bien évidemment voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — În urma examinării tuturor variantelor posibile pentru finanțarea nevoilor suplimentare și neprevăzute de credite de angajament, Comisia a propus în proiectul său de buget mobilizarea instrumentului de flexibilitate pentru a pune la dispoziție suma de 530 de milioane EUR sub formă de credite de angajament.

În anul 2017 au fost preconizate nevoi financiare suplimentare pentru a putea răspunde eficient la criza actuală privind migrația, refugiații și securitatea, fiind nevoie așadar ca bugetul Uniunii să fie mai flexibil pentru a putea face față acestor provocări.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece consider esențială mobilizarea acestei sume în vederea acoperirii nevoilor financiare stringente aferente crizei actuale privind migrația, refugiații și securitatea.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione che riguarda l'introduzione di misure di finanziamento volte a contrastare e gestire l'attuale crisi migratoria, dei rifugiati e della sicurezza. La relazione approva la mobilizzazione dello strumento della flessibilità, che in questo caso corrisponde a un importo pari a 530 milioni di EURO, e il suo frazionamento sui vari esercizi di bilancio. Le urgenti esigenze richiamano la necessità di mobilizzare importi supplementari per attenuare la crisi. Ritengo essenziale che si proceda a una giusta ripartizione dei finanziamenti tenendo conto delle assolute priorità, assicurando la necessaria trasparenza. La relazione apprezza la proposta formulata dalla Commissione nell'ambito della revisione pluriennale che propone una maggiore capacità del bilancio per reagire più rapidamente agli imprevisti. La decisione verrà adottata a partire dal 1º gennaio 2017 al fine di minimizzare i termini di mobilitazione dello strumento di flessibilità.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – The file sought for flexibility instruments to allow the financing of clearly identified expenditure. However, it sought to use this flexibility to increase security spending under the guise of helping with migration and the refugee crisis.

While I fully support the increase in expenditure related to the ongoing humanitarian crisis with thousands of people fleeing conflicts in Syria and Iraq, I do not support either the proposed increase in expenditure for security measures, or the expenses related to the EU-Turkey declaration on refugees.

The increased security measures and the EU-Turkey declaration aim to bolster 'Fortress Europe' thereby preventing refugees from excising their right to seek asylum as laid down in Article 18 of the Charter of Human Rights. Therefore, I voted abstention.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. The Flexibility Instrument provides funding for clearly identified expenses which cannot be covered by the normal EU budget ceilings. It has a maximum of EUR 471 million per year. This specific proposal is to mobilise EUR 530 million over a four-year period to be spend on the ongoing migration, refugee and security crisis. UKIP opposes the EU spending any British taxpayer's money.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά με την κινητοποίηση του μηχανισμού ευελιξίας για τη χρηματοδότηση άμεσων δημοσιονομικών μέτρων για την αντιμετώπιση της τρέχουσας κρίσης στον τομέα της μετανάστευσης, των προσφύγων και της ασφάλειας. Είναι προφανές πως η έκθεση αυτή στοχεύει στη βελτίωση των δυνατοτήτων αντιμετώπισης ζητημάτων που ταλαιπώρησαν την Ευρώπη το τελευταίο διάστημα, ενώ συνδέεται άμεσα με το προσφυγικό ζήτημα. Θεωρώ πως μόνο θετικά αποτελέσματα μπορεί να έχει, γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto negativo per la risoluzione in oggetto. Per finanziare la gestione attuale della crisi migratoria, dei rifugiati e della sicurezza, la Commissione propone di ricorrere allo strumento di flessibilità per un importo pari a 530 milioni di euro. Finché finanzieremo con questi importi programmi come Frontex, Easo e Fami, che vengono utilizzati per favorire l'invasione dei migranti, il problema potrà solo peggiorare.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Come era facilmente prevedibile, le spese di cui l'Unione dovrà farsi carico nel 2016 per affrontare le crisi migratoria, dei rifugiati e della sicurezza superano di grado quanto era stato predisposto per la rubrica del bilancio relativa a «Sicurezza e cittadinanza». Conseguentemente, si impone la mobilitazione dello strumento di flessibilità per un importo pari a EUR 530 milioni in stanziamenti di impegno. Tale ammontare riflette i costi elefantiaci rappresentati per lo più dall'accoglienza di migranti e rifugiati, essi spesso sono stati pagati direttamente dagli Stati interessati e non solo in termini monetari, pertanto non posso che riporre fiducia in un'implementazione della flessibilità. Conformemente a quanto previsto dal quadro dei finanziamenti pluriennali la mobilizzazione espleta la priorità corrente di garantire più ampi margini di manovra sul bilancio comunitario. Di fatto, l'aumento della flessibilità impone che l'importo annuale dello strumento venga innalzato di almeno EUR 2 miliardi.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on the mobilisation of the Flexibility Instrument to finance immediate budgetary measures to address the on-going migration, refugee and security crisis.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Ao longo do ano de 2016, a União tem-se confrontado com inúmeros desafios, dos quais se podem destacar a chamada crise dos refugiados e o terrorismo, com a consequente maior necessidade de recursos para estas áreas, obrigando ao reforço orçamental ao longo de 2016.

Estas necessidades manter-se-ão elevadas em 2017, pelo que, para lá do reforço das respetivas linhas orçamentais no âmbito do orçamento anual da União, o Parlamento – e bem – mobiliza desde já o instrumento de flexibilidade, num total de 530 milhões de euros. Provendo realisticamente com os meios necessários para uma efetiva solidariedade Europeia! A título de exemplo, este reforço contribuirá para melhor capacitar o Gabinete Europeu de Apoio em matéria de Asilo.

No entanto, cumpre sublinhar também que fica desde já sem qualquer margem de reforço para o próximo ano. O que coloca em evidência a necessidade de maior flexibilidade do quadro financeiro plurianual.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento conformemente al parere della commissione per i bilanci.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Finanziare misure di bilancio immediate per far fronte all'attuale crisi migratoria e della sicurezza è una priorità che l'UE non può più rinviare. Pertanto, ho votato a favore di questa risoluzione che pone rimedio alle attuali mancanze. Infatti, lo strumento di flessibilità messo a disposizione dalla Commissione non ha consentito, sinora, di finanziare misure urgenti in materia di migrazione, rifugiati e sicurezza. Le istituzioni dell'UE hanno approvato la mobilitazione dello strumento di flessibilità per un importo totale pari a 530 milioni di euro in stanziamento di impegno. A mio avviso, questo rappresenta un importante passo in avanti in direzione di una gestione del bilancio europeo più flessibile per affrontare le emergenze non contemplate al momento dell'approvazione del quadro finanziario pluriennale.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Mając na uwadze sytuację, w jakiej znajduje się obecnie Unia Europejska w obszarze zniwelowania kryzysu migracyjnego, wydaje się zasadną propozycja uruchomienia m.in. instrumentu elastyczności w ramach działu 3. w projekcie budżetu ogólnego Unii Europejskiej na rok 2017 w kwocie 530 mln EUR. Niemniej jednak należy w tym miejscu wyraźnie zaznaczyć, iż elastyczność budżetowa ma swoje granice i może być jedynie rozwiązaniem krótkoterminowym stosowanym w przypadku nieprzewidzianych wydarzeń.

Głównym argumentem za przyjęciem tego rozwiązania jest fakt, że skutki finansowe obecnych kryzysów wewnętrznych związanych z bezpieczeństwem, jak również wyzwań humanitarnych i migracyjnych nie zostały uwzględnione w momencie przyjmowania w 2013 r. bieżących WRF.

Z aprobatą przyjąłem propozycję Komisji w kontekście rewizji śródokresowej WRF, której celem jest zwiększenie możliwości budżetowych, tak aby szybko i właściwie reagować na nieprzewidziane wydarzenia. Równocześnie należy przypomnieć, że sprawiedliwy i przejrzysty podział środków finansowych na poszczególne cele Funduszu Azylu, Migracji i Integracji (Funduszu) był priorytetem Parlamentu podczas negocjacji prowadzących do przyjęcia rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady (UE) nr 516/2014(1) ustanawiającego Fundusz. Mając powyższe na uwadze, zagłosowałem za przyjęciem projektu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of adequate financing of urgent measures in the field of migration, refugees and security. Current events have proven that the European Union needs to be flexible in order to address imminent issues and circumstances which require urgent action. It is crucially important for the Union budget to be more flexible.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Le présent rapport propose de mobiliser l'instrument de flexibilité pour compléter le financement du budget général de l'Union pour l'exercice 2017, au-delà du plafond de la rubrique 3 (Sécurité et citoyenneté), par un montant de 530 millions d'euros, afin de financer des mesures dans le domaine de la migration, des réfugiés et de la sécurité. Étant donné les défis actuels, j'ai voté en faveur du rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. The Flexibility Instrument provides funding for clearly identified expenses which cannot be covered by the normal EU budget ceilings. It has a maximum of EUR 471 million per year. This specific proposal is to mobilise EUR 530 million over a four-year period to be spend on the ongoing migration, refugee and security crisis. UKIP opposes the EU spending any British taxpayer's money.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Les dépenses de l'Union européenne sont fixées par un cadre financier pluriannuel. Le dernier a été adopté en 2013 et prévoit les dépenses pour la période 2014-2020. Quand une dépense surpasse les prévisions et les marges d'imprévus, le seul moyen de la financer est de recourir à l'instrument de flexibilité. Afin de pérenniser le financement des actions de l'UE concernant la gestion de la crise migratoire et les défis sécuritaires auxquels elle fait face, j'ai soutenu la mobilisation de fonds de l'instrument de flexibilité, à hauteur de 530 millions d'euros, de 2017 jusqu'en 2020.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A Rugalmassági Eszköz 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Parlament megállapítja, hogy a 3. fejezet 2017-es felső határértékei nem biztosítanak elegendő forrást a migrációval, a menekültekkel és biztonsággal kapcsolatos sürgős intézkedések finanszírozására. Ezért egyetért a Rugalmassági Eszköz 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevételével.

Ezzel sikerül elérni, hogy a migrációs válság kezelésére mozgósított forrásokat ne más, már működő EU-s programok rovására vonják el. A kohéziós és agrárpénzeket nem lehet csökkenteni a migrációs krízis kezelésére szolgáló források meghatározásakor.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A rugalmassági eszköz 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Parlament megállapítja, hogy a 3. fejezet 2017-es felső határértékei nem biztosítanak elegendő forrást a migrációval, a menekültekkel és biztonsággal kapcsolatos sürgős intézkedések finanszírozására. Ezért egyetért a rugalmassági eszköz 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevételével.

Ezzel sikerül elérni, hogy a migrációs válság kezelésére mozgósított forrásokat ne más, már működő EU-s programok rovására vonják el. A kohéziós és agrárpénzeket nem lehet csökkenteni a migrációs krízis kezelésére szolgáló források meghatározásakor.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport.

La Commission propose de mobiliser l'instrument de flexibilité en 2017 à hauteur de 530 millions d'euros, soit le plafond maximal autorisé. Il s'agit de nouveaux financements des politiques d'asile, ce à quoi nous nous opposons fermement. Au contraire, il faut favoriser le retour des clandestins dans leur pays.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Οι λανθασμένοι χειρισμοί της ΕΕ στην αντιμετώπιση της λαθρομετανάστευσης, σε συνάρτηση με την εφαρμογή ενός αποτυχημένου Πολυετούς Δημοσιονομικού Πλαισίου, οδήγησαν στην κατασπατάληση των πόρων της Ένωσης. Η χρηματοδότηση της Τουρκίας, στο πλαίσιο του υποτιθέμενου ελέγχου των μεταναστευτικών ροών, οδηγεί σε πλήρη απορρόφηση των εν λόγω διαθέσιμων κονδυλίων με αποτέλεσμα, στην περίπτωση εμφάνισης απρόβλεπτων δυσμενών καταστάσεων στο μέλλον, να μην υπάρχει η απαραίτητη ευελιξία.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A Rugalmassági Eszköz 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Parlament megállapítja, hogy a 3. fejezet 2017-es felső határértékei nem biztosítanak elegendő forrást a migrációval, a menekültekkel és biztonsággal kapcsolatos sürgős intézkedések finanszírozására. Ezért egyetért a Rugalmassági Eszköz 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevételével.

Ezzel sikerül elérni, hogy a migrációs válság kezelésére mozgósított forrásokat ne más, már működő EU-s programok rovására vonják el. A kohéziós és agrárpénzeket nem lehet csökkenteni a migrációs krízis kezelésére szolgáló források meghatározásakor.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente relazione poiché ritengo necessaria la mobilitazione del fondo di flessibilità per il 2017 al fine di sostenere le misure connesse alla crisi migratoria data la sua natura eccezionale che, pertanto, giustifica l'uso dello strumento di flessibilità.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro alla relazione in quanto c'è la necessità di cambiare totalmente le politiche sui migranti.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την κινητοποίηση του μηχανισμού ευελιξίας για τη χρηματοδότηση άμεσων δημοσιονομικών μέτρων για την αντιμετώπιση της τρέχουσας κρίσης στον τομέα της μετανάστευσης, των προσφύγων και της ασφάλειας, καθώς οι λανθασμένοι χειρισμοί της ΕΕ στην αντιμετώπιση της λαθρομετανάστευσης, σε συνάρτηση με την εφαρμογή ενός αποτυχημένου Πολυετούς Δημοσιονομικού Πλαισίου, οδήγησαν στην κατασπατάληση των πόρων της Ένωσης. Η χρηματοδότηση της Τουρκίας στο πλαίσιο του υποτιθέμενου ελέγχου των μεταναστευτικών ροών, οδηγεί σε πλήρη απορρόφηση των εν λόγω διαθέσιμων κονδυλίων με αποτέλεσμα, στην περίπτωση εμφάνισης απρόβλεπτων δυσμενών καταστάσεων στο μέλλον, να μην υπάρχει η απαραίτητη ευελιξία.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The decision on the mobilisation of the Flexibility Instrument presented by the Commission together with the 2017 EU draft budget has to be aligned with the agreement reached in conciliation on the 2017 EU Budget.

The Flexibility Instrument for 2017 is mobilised in commitment appropriations for an amount of EUR 530 million for Security and Citizenship (heading 3). With this mobilisation of the flexibility instrument the total amount available in 2017 is fully exhausted.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A Rugalmassági Eszköz 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Parlament megállapítja, hogy a 3. fejezet 2017-es felső határértékei nem biztosítanak elegendő forrást a migrációval, a menekültekkel és biztonsággal kapcsolatos sürgős intézkedések finanszírozására. Ezért egyetért a Rugalmassági Eszköz 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevételével.

Ezzel sikerül elérni, hogy a migrációs válság kezelésére mozgósított forrásokat ne más, már működő EU-s programok rovására vonják el. A kohéziós és agrárpénzeket nem lehet csökkenteni a migrációs krízis kezelésére szolgáló források meghatározásakor.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A Rugalmassági Eszköz 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Parlament megállapítja, hogy a 3. fejezet 2017-es felső határértékei nem biztosítanak elegendő forrást a migrációval, a menekültekkel és biztonsággal kapcsolatos sürgős intézkedések finanszírozására. Ezért egyetért a Rugalmassági Eszköz 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevételével.

Ezzel sikerül elérni, hogy a migrációs válság kezelésére mozgósított forrásokat ne más, már működő EU-s programok rovására vonják el. A kohéziós és agrárpénzeket nem lehet csökkenteni a migrációs krízis kezelésére szolgáló források meghatározásakor.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe para la movilización del Instrumento de Flexibilidad para financiar medidas presupuestarias inmediatas para hacer frente a la actual crisis de la migración, los refugiados y la seguridad. No obstante cabe destacar que los recursos que se ponen a disposición para este fin pueden no ser suficientes dados los retos que la Unión afronta en este campo, por lo que debemos estar preparados en caso de necesitarse fondos adicionales.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Durch die derzeitigen humanitären Herausforderungen durch Migration und Flüchtlingsbewegungen besteht ein erhöhter Finanzierungsbedarf. Mit der Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments sollte die im Gesamthaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 vorgesehene Mittelausstattung über die Obergrenze hinaus um 530 Mio. EUR aufgestockt werden.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of mobilising the flexibility instrument to finance immediate budgetary measures to address the ongoing migration, refugee and security crises. I support the mobilisation of the Flexibility Instrument to complement the financing in the general budget of the Union for the financial year 2017 beyond the ceiling of heading 3 by the amount of EUR 530 million to finance measures in the field of migration, refugees and security.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra. Para hacer frente a las necesidades humanitarias y dado que los recortes del presupuesto se han hecho más severos, se recurre, una vez más, a los márgenes de flexibilidad de recursos no empleados en 2016, para poder usarlos en materia migratoria; una vez más se ven mezclados refugiados, la seguridad de las fronteras y los acuerdos con Turquía para que actúe como guardián externo de fronteras; con una, cuando menos, dudosa protección de los derechos humanos. Un total de 240,1 millones de euros para 2017 en pagos, que superará los techos de la rúbrica 3 del Presupuesto de la Unión, dedicada a Seguridad y Ciudadanía.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report adopted in the Committee on Budgets by a large majority. The Flexibility Instrument for 2017 is mobilised in commitment appropriations for an amount of EUR 530 million for Security and Citizenship (heading 3).

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A Rugalmassági Eszköz 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Parlament megállapítja, hogy a 3. fejezet 2017-es felső határértékei nem biztosítanak elegendő forrást a migrációval, a menekültekkel és biztonsággal kapcsolatos sürgős intézkedések finanszírozására. Ezért egyetért a Rugalmassági Eszköz 530 millió euró, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevételével.

Ezzel sikerül elérni, hogy a migrációs válság kezelésére mozgósított forrásokat ne más, már működő EU-s programok rovására vonják el. A kohéziós és agrárpénzeket nem lehet csökkenteni a migrációs krízis kezelésére szolgáló források meghatározásakor.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution that expresses serious concerns over the payment surplus of EUR 7 284.3 million, which is the result of major delays in the implementation of EU programmes under shared management. This paves the way for a significant accumulation of payment requests towards the end of the current MFF. It also reiterates the Commission's conclusion that, according to the present forecasts, updated payment needs until 2020 can only be accommodated with the current ceilings if the Global Margin for Payments is fully used and if payments for special instruments are counted over and above the ceilings. It therefore asks the Commission for a definitive and unequivocal settlement of the latter issue as part of the MFF revision.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Das so genannte Flexibilitätsinstrument ist in der Verordnung von 2013 zum Mehrjährigen Finanzrahmen berücksichtigt. Es kommt zur Anwendung, wenn Ausgaben in einzelnen Haushaltsbereichen anfallen, welche die im Mehrjährigen Finanzrahmen festgelegten Obergrenzen übersteigen. Die Kommission hat entsprechend die Aktivierung dieses Flexibilitätsinstruments für 2017 in der Höhe von 530 Millionen Euro beantragt, um zusätzliche Maßnahmen zur Bewältigung der Migrationskrise finanzieren zu können. Im kommenden Jahr muss genau verfolgt werden, welche Ausgaben konkret mit diesen zusätzlichen Geldern getätigt werden und welche Wirkung diese zusätzlichen Aktivitäten zur Eindämmung der Migrationsströme nach Europa zeigen. Diesbezüglich bestehen noch offene Fragen. Nichtsdestotrotz habe ich mich für die Aktivierung des Flexibilitätsinstruments entschieden und dem Bericht entsprechend zugestimmt.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji instrumenta fleksibilnosti za financiranje hitnih proračunskih mjera za rješavanje migracijske, izbjegličke i sigurnosne krize koja je u tijeku jer je ta pomoć, a ujedno i fleksibilnost proračuna Unije itekako potrebna u trenutačnoj situaciji. Ovo Izvješće podržava prijedlog Komisije, odnosno mobilizaciju instrumenta fleksibilnosti kako bi se sredstva u općem proračunu Unije za financijsku godinu 2017. povećala za 530 milijuna EUR iznad gornje granice naslova 3. radi financiranja mjera u području migracija, izbjeglica i sigurnosti.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je n'entends pas soutenir un projet dont l'ambition est de financer les politiques d'asile et d'intégration des prétendus réfugiés, alors que la seule décision évidente serait de mobiliser ces moyens pour le retour de ces populations dans leur pays d'origine.

J'ai voté contre.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui approuve la mobilisation de l'instrument de flexibilité afin de financer des mesures budgétaires pour faire face à la crise migratoire et sécuritaire que connaît l'Europe pour un montant de 530 millions d'euros en crédits d'engagement. Résoudre la crise migratoire et assurer la sécurité des Européens doit être la priorité de l'Europe.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe dem vorliegenden Bericht nicht zugestimmt, da nicht glaubhaft dargestellt wurde, dass die finanziellen Mittel für die Bewältigung der Migration- und Sicherheitskrise nicht ausreichen würden. Die EU versucht hier, die Zustimmung zur Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments in Höhe von EUR 530 Mio. zu erreichen, was ich ablehne.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Das so genannte Flexibilitätsinstrument ist in der Verordnung von 2013 zum Mehrjährigen Finanzrahmen berücksichtigt. Es kommt zur Anwendung, wenn Ausgaben in einzelnen Haushaltsbereichen anfallen, welche die im Mehrjährigen Finanzrahmen festgelegten Obergrenzen übersteigen. Die Kommission hat entsprechend die Aktivierung dieses Flexibilitätsinstruments für 2017 in der Höhe von 530 Millionen Euro beantragt, um zusätzliche Maßnahmen zur Bewältigung der Migrationskrise finanzieren zu können. Im kommenden Jahr muss genau verfolgt werden, welche Ausgaben konkret mit diesen zusätzlichen Geldern getätigt werden und welche Wirkung diese zusätzlichen Aktivitäten zur Eindämmung der Migrationsströme nach Europa zeigen. Diesbezüglich bestehen noch offene Fragen. Nichtsdestotrotz habe ich mich für die Aktivierung des Flexibilitätsinstruments entschieden und dem Bericht entsprechend zugestimmt.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A Rugalmassági Eszköz 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Parlament megállapítja, hogy a 3. fejezet 2017-es felső határértékei nem biztosítanak elegendő forrást a migrációval, a menekültekkel és biztonsággal kapcsolatos sürgős intézkedések finanszírozására. Ezért egyetért a Rugalmassági Eszköz 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevételével.

Ezzel sikerül elérni, hogy a migrációs válság kezelésére mozgósított forrásokat ne más, már működő EU-s programok rovására vonják el. A kohéziós és agrárpénzeket nem lehet csökkenteni a migrációs krízis kezelésére szolgáló források meghatározásakor.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, car il propose de mobiliser la «marge pour imprévus» du budget 2016 pour affecter 250 millions d'euros à l'accueil des migrants.

Il est à noter que les eurodéputés LR qui soutiennent François Fillon ont voté pour.

Javi López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor del informe sobre la movilización del Instrumento de Flexibilidad para 2017 porqué supone la movilización de créditos de compromiso por un importe de 530 millones de euros para la rúbrica 3 (Seguridad y Ciudadanía).

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Komisija je predložila mobilizaciju instrumenta fleksibilnosti kako bi se sredstva u općem proračunu Unije za financijsku godinu 2017. povećala za 530 milijuna EUR iznad gornje granice naslova 3. radi financiranja mjera u području migracija, izbjeglica i sigurnosti. Zbog toga je za financijsku godinu 2017. u potpunosti iskorišten ukupni iznos dostupan za instrument fleksibilnosti.

Budući da u okviru gornjih granica naslova 3. u 2017. nije moguće na odgovarajući način financirati hitne mjere u području migracija, izbjeglica i sigurnosti, instrument fleksibilnosti mora se mobilizira u iznosu od 530 milijuna EUR u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza. Mobilizacija toga instrumenta u skladu s člankom 11. Uredbe o VFO-u još jednom upućuje na to da je prijeko potrebna veća fleksibilnost proračuna Unije, stoga sam podržala ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – V záujme účinnejšieho riešenia nepredvídaných okolností spojených s pretrvávajúcou migračnou, utečeneckou a bezpečnostnou krízou je potrebné, aby bola Únia vopred pripravená náležite reagovať na vzniknuté situácie. Preto podporujem návrh na uvoľnenie prostriedkov na tento účel z nástroja flexibility vo výške 530 miliónov EUR vo viazaných rozpočtových prostriedkoch z rozpočtu Únie na rok 2017. Umožní sa tak včas reagovať a poskytnúť pomoc dotknutým členským krajinám.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την κινητοποίηση του μηχανισμού ευελιξίας για τη χρηματοδότηση άμεσων δημοσιονομικών μέτρων για την αντιμετώπιση της τρέχουσας κρίσης στον τομέα της μετανάστευσης, των προσφύγων και της ασφάλειας, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte a pour objectif de mobiliser 530 millions d'euros afin de financer des mesures destinées à gérer la crise des migrants et notamment l'intégration des réfugiés, ce à quoi nous nous opposons.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on mobilisation of the Flexibility Instrument to finance immediate budgetary measures to address the ongoing migration, refugee and security crisis. Supporting the report means strengthening the Flexibility Instrument, which was implemented in order to 'allow the financing of clearly identified expenditure that cannot be financed within the limits of the ceilings'. Furthermore, the mobilisation of an amount of EUR 530 million in commitment appropriations will prove crucial in financing the measures to tackle the fields of migration, refugees and security.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Einer Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments in Höhe von 530 Mio €, um die nicht ausreichenden finanziellen Mittel zur Bewältigung der Migrations- und Sicherheitskrise zu schaffen, stimme ich nicht zu.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser l'instrument de flexibilité en 2017 à hauteur de 530 millions d'euros, soit le plafond maximal autorisé. Cette somme servira à financer le soutien à des mesures destinées à gérer la crise des migrants. Ces sommes mobilisées iront ainsi financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés. Nous nous y opposons fermement. Ainsi, j'ai voté contre.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because the extent of the ongoing migration, refugee and security crises is unprecedented. The EU's measures to resolve them must be backed by adequate financing.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — L'instrument de flexibilité a pour objectif de permettre la gestion de dépenses qui ne pourraient être financées dans les limites des plafonds disponibles pour une ou plusieurs rubriques. L'objectif ici est de mobiliser l'instrument de flexibilité pour compléter le financement du budget général de l'Union pour l'exercice 2017 par un montant de 530 millions d'EUR afin de financer des mesures dans le domaine de la migration, des réfugiés et de la sécurité.

J'ai décidé de voter en faveur de la mobilisation de l'instrument de flexibilité pour les crédits d'engagement, car, dans l'état actuel des choses, il me semble que l'Union doit avoir les moyens d'agir pour faire face à ses responsabilités. Au nom du principe de solidarité et du respect des droits de l'homme, il est humainement impératif d'avancer dans la gestion de cette crise humanitaire.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on the Mobilisation of the Flexibility Instrument to finance immediate budgetary measures to address the ongoing migration, refugee and security crisis, since I am in agreement.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A 2014-2020-as időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keretről szóló, 2013. december 2-i 1311/2013/EU, Euratom tanácsi rendelet értelmében a Rugalmassági Eszköz azon egyértelműen meghatározott kiadások finanszírozásának lehetővé tételére szolgál, amelyeket más fejezethez vagy fejezetekhez tartozó felső határok korlátai között nem lehetett finanszírozni.

A Bizottság határozati javaslatot terjesztett az Európai Parlament és a Tanács elé, amelynek értelmében a Rugalmassági Eszközt igénybe kell venni vételét annak érdekében, hogy a 3. fejezet felső határértékén felül 530 millió euróval egészítsék ki az Európai Unió 2017. évi általános költségvetésében szereplő forrásokat a migráció, a menekültügy és a biztonság területén hozott intézkedések finanszírozására. A Költségvetési Bizottság jelentésében – figyelembe véve az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság véleményét is – megállapítja, hogy a migráció, a menekültügy és a biztonság terén szükséges intézkedések finanszírozásához az Európai Unió 2017. évi általános költségvetésében rendelkezésre álló forrásoknak a 3. fejezet felső határain felüli kiegészítése szükséges. Azt indítványozza ezért, hogy a Parlament értsen egyet a Rugalmassági Eszköz 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevételével, és a Bizottság erről szóló határozati javaslatát hagyja jóvá.

Ennek megfelelően szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Atendendo à probabilidade de surgirem necessidades financeiras adicionais em 2017 relacionadas com a crise de segurança interna e aos atuais desafios no plano humanitário, migratório e dos refugiados, é provável que estas necessidades excedam significativamente o financiamento disponível da categoria 3.

A Comissão propôs a mobilização do Instrumento de Flexibilidade para complementar o financiamento do orçamento geral da União para o exercício de 2017, para além do limite máximo da rubrica 3, no montante de 530 milhões de EUR, para financiar medidas no domínio da migração, dos refugiados e da segurança.

Subscrevo a posição do relator, segundo a qual a mobilização deste instrumento põe uma vez mais em evidência a necessidade crucial de uma maior flexibilidade do orçamento da União.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser l'instrument de flexibilité en 2017 à hauteur de 530 millions d'euros, soit le plafond maximal autorisé. Cette somme servira à financer le soutien à des mesures destinées à gérer la crise des migrants.

Ces sommes mobilisées iront ainsi financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés, ce qui est inacceptable. Toute somme mobilisée devrait l'être exclusivement pour le retour des clandestins dans leur pays d'origine.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report on the mobilisation of a Flexibility Instrument that will finance immediate budgetary measures to deal with the on-going migration, refugee and security crisis. The report will mobilise EUR 530 million in commitment appropriations for the Flexibility Instrument, to be used until 2020.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — The file sought for flexibility instruments to allow the financing of clearly identified expenditure. However, it sought to use this flexibility to increase security spending under the guise of helping with migration and the refugee crisis.

While I fully support the increase in expenditure related to the ongoing humanitarian crisis with thousands of people fleeing conflicts in Syria and Iraq, I do not support either the proposed increase in expenditure for security measures, or the expenses related to the EU-Turkey declaration on refugees.

The increased security measures and the EU-Turkey declaration aim to bolster 'Fortress Europe' thereby preventing refugees from excising their right to seek asylum as laid down in Article 18 of the Charter of Human Rights. Therefore, I voted abstention.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da das Geld zur Bewältigung der Migration und der Sicherheit nicht ausreicht, und eine Zustimmung würde für die Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments mit einem Betrag von 530 Millionen Euro sprechen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Pagulaskriisiga paremaks toimetulemiseks on oluline tagada rahalised meetmed, mis leevendavad liikmesriikide finantskoormust kiireloomulise kriisiga toimetulemiseks. Eelnevalt kehtestatud rahaline piir on saavutatud ning nüüd on vaja võtta kasutusele lisarahastus.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta poiché ritengo che a causa del crescente flusso migratorio è necessaria la mobilizzazione dello strumento di flessibilità per un importo pari a 530 milioni di euro. Inoltre, tale mobilizzazione avverrebbe nella piena conformità con l'articolo 11 del regolamento sul QFP, il quale sancisce la necessità di garantire una maggiore flessibilità del bilancio dell'UE. Come politico ritengo che l'applicazione di tale decisione debba avvenire dal 1º gennaio a causa del costante aumento della percentuale di migrazione. Pertanto ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Podržavam mobilizaciju instrumenta fleksibilnosti za financiranje hitnih proračunskih mjera za rješavanje migracijske, izbjegličke i sigurnosne krize koja je u tijeku. Instrument fleksibilnosti namijenjen je financiranju jasno određenog rashoda koji nije moguće financirati u okviru raspoloživih gornjih granica, kao što je to trenutačno slučaj. U skladu s hitnim potrebama neophodno je mobilizirati dodatna novčana sredstva kako bi se ublažila migracijska, izbjeglička i sigurnosna kriza. Nakon što su provjerene sve mogućnosti prenamjene sredstava iz poglavlja 3. (sigurnost i državljanstvo), ustanovljeno je kako su svi potrebni uvjeti zadovoljeni te je neophodno mobilizirati instrument fleksibilnosti u iznosu od 530 milijuna EUR kako bi se dovršilo financiranje općeg proračuna Europske unije za 2017. godinu te tako osigurala sredstva za mjere u području migracija, izbjeglica i sigurnosti. Na temelju očekivanog profita za plaćanje, sredstva za plaćanje odgovaraju mobilizaciji fleksibilnog instrumenta i trebaju se preraspodijeliti na nekoliko financijskih godina te se procjenjuju na iznose od 238,3 milijuna eura u 2017., 91 milijun eura u 2018., 141,9 milijuna eura u 2019. i 58,8 milijuna eura u 2020. godini.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La Commission propose de mobiliser l'instrument de flexibilité en 2017 à hauteur de 530 millions d'euros, soit le plafond maximal autorisé. Cette somme servira à financer le soutien à des mesures destinées à gérer la crise des migrants.

Ces sommes mobilisées iront ainsi financer la politique de l'asile et de l'intégration des réfugiés, ce qui est inacceptable. Toute somme mobilisée devrait l'être exclusivement pour le retour des clandestins dans leur pays d'origine. Je vote donc contre.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Obzirom da u okviru gornjih granica naslova 3. u 2017. nije moguće na odgovarajući način financirati hitne mjere u području migracija, izbjeglica i sigurnosti slažem se da se instrument fleksibilnosti mobilizira u iznosu od 530 milijuna EUR u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza. Međutim, ovdje je važno ponovno istaknuti stav Parlamenta da je prijeko potrebna veća fleksibilnost proračuna Unije i da je godišnji iznos dostupan za instrument fleksibilnosti potrebno povećati na dvije milijarde EUR.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O Instrumento de Flexibilidade tem por objetivo permitir o financiamento de despesas identificadas quer não podem ser financiadas dentro dos limites máximos de uma ou mais rubricas do orçamento da UE.

A mobilização do instrumento de flexibilidade está relacionada com a necessidade de complementar o financiamento do orçamento geral da União Europeia para o exercício de 2017, tendo em vista o financiamento das dotações para autorizações no âmbito da rubrica 3 – segurança e cidadania –, para permitir ir além do limite máximo desta rubrica para o ano 2017, de acordo com o corrente quadro Financeiro Plurianual. Autoriza-se, então, a mobilização do total deste instrumento para 2017 no valor de 530 milhões de euros.

Além de não se tratar de dinheiro «novo», é adicionado um valor insuficiente para fazer face e ajudar à tomada de medidas contra a continuada crise humanitária dos refugiados. Fica mais uma vez evidenciado o facto de os montantes previstos no QFP (nos seus limites) ficarem mais uma vez aquém dos necessários para fazer face às repetidas crises na UE, para não falar do que é necessário para uma efetiva política redistributiva que permita aos países e às regiões desfavorecidas aproximarem-se das regiões mais ricas.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Rozporządzenie z 2013 r. określające wieloletnie ramy finansowe (WRF) przewiduje możliwość uruchomienia instrumentu elastyczności na potrzeby sfinansowania wydatków powyżej pułapów dostępnych w jednym lub kilku działach WRF. Komisja Europejska proponuje, aby w 2017 r. uruchomić w ramach tego instrumentu elastyczności kwotę 530 mln EUR celem wsparcia środków związanych z kryzysem migracyjnym i uchodźczym.

Jest to maksymalna kwota, jaką można uruchomić w ramach tego instrumentu w 2017 r., co częściowo wyjaśnia, dlaczego Komisja w oddzielnym wniosku pragnie ustanowić margines na nieprzewidziane wydatki. Zdaje ona sobie sprawę z wyjątkowego charakteru kryzysu migracyjnego i uchodźczego i do tej pory popierała wykorzystanie instrumentu elastyczności na ten cel. Jednakże niepokoi mnie fakt, że pełna kwota ma zostać uruchomiona już na początku 2017 r., gdyż pozostawia to niewielkie pole manewru w dalszej części roku.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – La protection de nos frontières et la gestion de la crise migratoire sont des enjeux prioritaires pour l'Union européenne. J'ai voté pour ce rapport qui prévoit de mobiliser l'instrument de flexibilité pour financer des mesures budgétaires immédiates afin de parvenir à ces objectifs.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. The Flexibility Instrument provides funding for clearly identified expenses which cannot be covered by the normal EU budget ceilings. It has a maximum of EUR 471 million per year. This specific proposal is to mobilise EUR 530 million over a four-year period to be spend on the ongoing migration, refugee and security crisis. UKIP opposes the EU spending any British taxpayer's money.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — El Instrumento de Flexibilidad está destinado a permitir la financiación de gastos claramente identificados que no pueden financiarse dentro de los límites máximos disponibles en una o más rúbricas. Tras examinar todas las posibilidades de reasignación de créditos dentro del límite máximo de gastos de la rúbrica 3 (Seguridad y ciudadanía), resulta necesario movilizar el Instrumento de Flexibilidad con objeto de complementar con un importe de 530 millones de euros la financiación disponible en el presupuesto general de la Unión para el ejercicio 2017 superando los límites máximos de la rúbrica 3 a fin de sufragar medidas en el ámbito de la migración, los refugiados y la seguridad. Mediante esta decisión, que he votado favorablemente, los créditos de pago correspondientes a la movilización del Instrumento de Flexibilidad deben distribuirse a lo largo de varios ejercicios presupuestarios, estimándose en 238,3 millones EUR en 2017, 91,0 millones EUR en 2018, 141,9 millones EUR en 2019 y 58,8 millones EUR en 2020.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de décision du Parlement européen et du Conseil relative à la mobilisation de l'instrument de flexibilité aux fins du financement de mesures budgétaires immédiates pour faire face à la crise actuelle des migrants, des réfugiés et de la sécurité. Ainsi, 530,0 millions d'EUR seront alloués au financement des mesures destinées à gérer la crise actuelle des migrants, des réfugiés et de la sécurité. La répartition se fera comme suit: 238,3 millions d'EUR dès 2017, 91,0 millions d'EUR en 2018, 141,9 millions d'EUR en 2019 et 58,8 millions d'EUR en 2020.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pritariu šiam į ateitį orientuotam biudžeto pakeitimui, susijusiam su migrantų ir pabėgėlių krizei suvaldyti numatytų lėšų perskirstymu, reikalingu dėl galimų prieglobsčio prašytojų srautų pokyčių kitais metais.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Instrumento de Flexibilidade tem por objetivo permitir o financiamento de despesas claramente identificadas que não poderiam ser financiadas dentro dos limites máximos de outras rubricas, estando atualmente definido como limite máximo anual para este Instrumento 471 milhões de euros.

Devido às necessidades urgentes e emergentes na União Europeia, é necessário mobilizar montantes adicionais aos orçamentados para o ano de 2017 que ajudem a financiar medidas destinadas a atenuar as atuais crises migratórias e dos refugiados e o reforço da segurança.

Após a análise de todas as possibilidades de reafetação das dotações no âmbito do limite máximo das despesas da rubrica 3 (Segurança e cidadania), é pois necessário mobilizar este Instrumento de forma a possibilitar o financiamento de medidas no domínio da migração, dos refugiados e da segurança.

Em dotações para autorizações está previsto um montante de 530 milhões. Para 2017 e em termos de dotações para pagamentos, estão previstos 238,3 milhões de euros (que esgotará o montante anual máximo para o referido ano); para 2018, 91 milhões; em 2019, 141,9 milhões e 58,8 milhões para 2020.

Por concordar com esta proposta e com a necessidade de atuar de forma e rápida eficaz, votei a favor deste relatório.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El objetivo de esta decisión es dotar con 530 millones adicionales a los instrumentos de la Unión para migración, refugiados/as y seguridad.

Me opongo a la orientación global de los fondos dedicados a la crisis migratoria y de refugiados/as, la llamada «Europa Fortaleza», por haber convertido las fronteras europeas en cárceles al aire libre y tumbas para miles de migrantes. Reclamo que se respete el derecho a asilo y que se ponga en marcha una auténtica estrategia de desarrollo y de paz para los países de origen de los flujos migratorios, lo que requiere un aumento específico del presupuesto europeo en lugar de los parches propuestos. Por ello he votado en contra.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report adopted in the Committee on Budgets by a large majority. The Flexibility Instrument for 2017 is mobilised in commitment appropriations for an amount of EUR 530 million for Security and Citizenship (heading 3).

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Mobilizáciu finančných nástrojov na riešenie migračnej, utečeneckej a bezpečnostnej krízy som schválila, pretože stále ide o naliehavú otázku. Nástroj flexibility používame práve na financovanie výdavkov, ktoré nemohli byť pokryté v rámci limitov stropov dostupných pre jednotlivé výdavkové kapitoly. Tento nástroj je mobilizovaný s cieľom doplniť prostriedky vo všeobecnom rozpočte Únie na rozpočtový rok 2017 nad rámec rozpočtových stropov okruhu 3 sumou 530 miliónov EUR na financovanie opatrení v oblasti migrácie, utečencov a bezpečnosti. Príkladom je využitie zdrojov na financovanie cieľov Fondu pre azyl, migráciu a integráciu, medzi ktoré patrí posilnenie stratégií spravodlivého návratu, ako aj účinnejšia podpora integrácie občanov tretích krajín. Návrh predpokladá prerozdelenie finančných zdrojov nástroja flexibility v horizonte rokov 2017-2020 nasledovne: 238,3 milióna EUR v roku 2017, 91 milióna EUR v roku 2018, 141,9 milióna EUR v roku 2019 a 58,8 milióna EUR v roku 2020. V rozpočtovom roku 2017 sa vyčerpá celková suma nástroja flexibility. Považujem však za dôležité dodať, že aj napriek systematickému využívaniu nástroja flexibility nebude schopný pokryť v najbližších rokoch zvýšené potreby, a preto je z

dlhodobého hľadiska potrebné spravodlivé prerozdelenie finančných prostriedkov na tieto priority.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo Parlamenta obravnava sklep Parlamenta in Sveta o uporabi instrumenta prilagodljivosti za financiranje takojšnjih proračunskih ukrepov za obravnavo trenutne migracijske, begunske in varnostne krize, ki ugotavlja, da je za ublažitev te krize treba uporabiti dodatna sredstva za financiranje ukrepov iz naslova instrumenta prilagodljivosti v višini 530 milijonov EUR.

S pomočjo instrumenta prilagodljivosti se sicer financirajo tisti odhodki, ki jih ni mogoče financirati v okviru zgornjih mej posameznih vrstic proračuna. V tem primeru zgornje meje razdelka „Varnost in državljanstvo“ za leto 2017 ne dopuščajo ustreznega financiranja nujnih ukrepov na področju migracij, beguncev in varnosti.

Poročilo na podlagi tega soglaša z uporabo instrumenta prilagodljivosti v višini 530 milijonov EUR, zato sem ga pri glasovanju podprl. Kljub temu pa bi rad opozoril na dejstvo, ki ga ugotavlja tudi Odbor za državljanske svoboščine, pravosodje in notranje zadeve, da je 530 milijonov EUR celoten znesek, ki je za ta instrument na voljo v letu 2017, in da je to zgolj kratkoročna rešitev vprašanj, ki jih je treba obravnavati v okviru rednega proračunskega postopka, poleg tega pa ta znesek najverjetneje ne bo zadostoval za reševanje vse večjih izzivov na tem področju.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Das so genannte Flexibilitätsinstrument ist in der Verordnung von 2013 zum Mehrjährigen Finanzrahmen berücksichtigt. Es kommt zur Anwendung, wenn Ausgaben in einzelnen Haushaltsbereichen anfallen, welche die im Mehrjährigen Finanzrahmen festgelegten Obergrenzen übersteigen. Die Kommission hat entsprechend die Aktivierung dieses Flexibilitätsinstruments für 2017 in der Höhe von 530 Millionen Euro beantragt, um zusätzliche Maßnahmen zur Bewältigung der Migrationskrise finanzieren zu können. Im kommenden Jahr muss genau verfolgt werden, welche Ausgaben konkret mit diesen zusätzlichen Geldern getätigt werden und welche Wirkung diese zusätzlichen Aktivitäten zur Eindämmung der Migrationsströme nach Europa zeigen. Diesbezüglich bestehen noch offene Fragen. Nichtsdestotrotz habe ich mich für die Aktivierung des Flexibilitätsinstruments entschieden und dem Bericht entsprechend zugestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Stropy konkrétnych rozpočtov na rok 2017 neumožňujú primerané financovanie naliehavých opatrení v oblasti migrácie, utečencov a bezpečnosti. Po preskúmaní všetkých možností prerozdelenia konkrétnych viazaných rozpočtových prostriedkov sa ukazuje ako potrebné uvoľniť z nástroja flexibility viazané rozpočtové prostriedky na riešenie pretrvávajúcej migračnej, utečeneckej a bezpečnostnej krízy.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. — I voted against the mobilisation of the Flexibility Instrument to finance immediate budgetary measures to address the ongoing migration, refugee and security crisis. I am opposed to increasing the funding of the EU's failed policies in this area.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Razmotrivši sve mogućnosti preraspodjele odobrenih sredstava u okviru gornje granice rashoda iz naslova 3. (Sigurnost i građanstvo), potrebno je mobilizirati instrument fleksibilnosti kako bi se dopunilo financiranje u općem proračunu Europske unije za financijsku godinu 2017. iznad gornje granice iz naslova 3. za 530 milijuna eura te financirale mjere u području migracija, izbjeglica i sigurnosti.

Odobrena sredstva za plaćanja u okviru mobilizacije instrumenta fleksibilnosti trebala bi biti raspodijeljena kako slijedi: 238,3 milijuna eura u 2017., 91 milijun eura u 2018., 141,9 milijuna eura u 2019. i 58,8 milijuna eura u 2020. godini.

Prihvaćam ovaj Nacrt izmjene proračuna jer ćemo ovom preraspodjelom resursa unutar proračuna za ovu i sljedeće godine, osigurati dodatna potrebna sredstva za nepredviđene troškove izazvane kriznim situacijama.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi instrumenta prilagodljivosti za financiranje takojšnjih proračunskih ukrepov za obravnavo trenutne migracijske, begunske in varnostne krize. Podobno kot zadnja leta, bomo tudi v letu 2017 priča izzivom na področju migrantske, begunske in varnostne krize.

Podpiram, da se iz instrumenta prilagodljivost uporabijo sredstva za prevzem obveznosti v višini 530 milijonov eurov, saj zgornje meje razdelka 3 za leto 2017 ne dopuščajo ustreznega financiranja nujnih ukrepov na področju migracij, beguncev in varnosti.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Οι λανθασμένοι χειρισμοί της ΕΕ στην αντιμετώπιση της λαθρομετανάστευσης, σε συνάρτηση με την εφαρμογή ενός αποτυχημένου Πολυετούς Δημοσιονομικού Πλαισίου, οδήγησαν στην κατασπατάληση των πόρων της Ένωσης. Η χρηματοδότηση της Τουρκίας, στο πλαίσιο του υποτιθέμενου ελέγχου των μεταναστευτικών ροών, οδηγεί σε πλήρη απορρόφηση των εν λόγω διαθέσιμων κονδυλίων με αποτέλεσμα, στην περίπτωση εμφάνισης απρόβλεπτων δυσμενών καταστάσεων στο μέλλον, να μην υπάρχει η απαραίτητη ευελιξία.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A Rugalmassági Eszköz 2017. évi igénybevételéről szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslat része a 2017. évi uniós költségvetés kapcsán az Európai Parlament és a Tanács tárgyaló delegációi által létrehozott megállapodásnak.

Az Európai Parlament megállapítja, hogy a 3. fejezet 2017-es felső határértékei nem biztosítanak elegendő forrást a migrációval, a menekültekkel és biztonsággal kapcsolatos sürgős intézkedések finanszírozására. Ezért egyetért a Rugalmassági Eszköz 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevételével.

Ezzel sikerül elérni, hogy a migrációs válság kezelésére mozgósított forrásokat ne más, már működő EU-s programok rovására vonják el. A kohéziós és agrárpénzeket nem lehet csökkenteni a migrációs krízis kezelésére szolgáló források meghatározásakor.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – O analiză a situației finanțării măsurilor bugetare imediate destinate crizei actuale privind migrația, refugiații și securitatea relevă faptul că este nevoie de o suplimentare peste plafoanele de finanțare alocată în cadrul bugetului general al Uniunii pentru exercițiul financiar 2017. Aceasta deoarece suma totală aferentă instrumentului de flexibilitate pentru exercițiul financiar 2017 s-a epuizat, iar nevoile financiare doar pentru gestionarea crizei refugiaților sunt din ce în ce mai mari, la care se adaugă necesitățile financiare pentru celelalte două probleme ale comunității europene: migrația și securitatea. Cum mobilizarea instrumentului de flexibilitate, prevăzută la articolul 11 din Regulamentul privind CFM, este posibilă și necesară, am votat pentru că nu există altă posibilitate de finanțare a măsurilor bugetare imediate destinate celor trei fenomene ce afectează viața socio-economică a cetățenilor UE.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé dès lors la mobilisation de l'instrument de flexibilité pour un montant de 530 millions d'EUR en crédits d'engagement. Nous avons approuvé également l'affectation proposée des crédits de paiement correspondants d'un montant de 238,3 millions d'EUR pour l'exercice 2017, de 91 millions d'EUR pour l'exercice 2018, de 141,9 millions d'EUR pour l'exercice 2019 et de 58,8 millions d'EUR pour l'exercice 2020.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji instrumenta fleksibilnosti za financiranje hitnih proračunskih mjera za rješavanje migracijske, izbjegličke i sigurnosne krize koja je u tijeku. Budući da u proračunskim okvirima Europske unije nije moguće adekvatno odgovoriti na hitne mjere potrebne u području migracija, izbjeglica i sigurnosti, smatram da je potrebno izvršiti mobilizaciju instrumenata fleksibilnosti kako bi se financirale hitne proračunske mjere. Slažem se s predloženom raspodjelom odgovarajućih odobrenih sredstava za plaćanje u iznosima od 238,3 milijuna EUR u 2017., 91 milijuna EUR u 2018., 141,9 milijuna EUR u 2019. i 58,8 milijuna EUR u 2020. godini.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Direktiva o Višegodišnjem proračunskom okviru (VFO) iz 2013. dopušta mobilizaciju instrumenta fleksibilnosti u svrhu financiranja potrošnje iznad postavljenog limita.

Slijedom navedenoga, Komisija predlaže mobiliziranje instrumenta fleksibilnosti u iznosu od 530 milijuna EUR za 2017. godinu, a s ciljem suočavanja s migrantskom i izbjegličkom krizom.

Budući da razumijem i priznajem težinu i kompliciranost izvanredne situacije s kojom je EU suočena tijekom navedene krize, podržala sam ovaj prijedlog Komisije.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi instrumenta prilagodljivosti za financiranje takojšnjih proračunskih ukrepov za obravnavo trenutne migracijske, begunske in varnostne krize sem podprla.

Zgornje meje razdelka 3 splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2017 ne dopuščajo ustreznega financiranja nujnih ukrepov na področju migracij, beguncev in varnosti. Zato Evropski parlament soglaša s tem, da se iz instrumenta prilagodljivosti uporabijo sredstva za prevzem obveznosti v višini 530 milijonov EUR.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Al igual que en la Movilización del Margen para Imprevistos en 2017, voto en contra. En esta ocasión se moviliza otro instrumento financiero, un total de 530 millones durante cuatro años a precios actuales. Estos instrumentos utilizan la ingeniería económica y para no proceder a un cambio sustancial en el Presupuesto de la Unión, que es escaso, y ha demostrado no estar a la altura de las circunstancias en la crisis de migración. Y mezclan términos securitarios con la ayuda humanitaria. Desde mi punto de vista no debería militarizarse este tipo de crisis, ni usarse este tipo de instrumentos para aparentar una supuesta ayuda que no se está dando, sino avalando.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Rozporządzenie z 2013 r. określające wieloletnie ramy finansowe przewiduje możliwość uruchomienia instrumentu elastyczności na potrzeby sfinansowania wydatków powyżej pułapów dostępnych w jednym lub kilku działach wieloletnich ram finansowych. Jednak w mojej ocenie uruchomienie pełnej kwoty już na samym początku 2017 roku jest bardzo niepokojące. Taka decyzja pozostawi niewielkie pole manewru w dalszej części roku i dlatego głosowałem przeciw sprawozdaniu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Bizottság javasolta a Rugalmassági Eszköz igénybevételét annak érdekében, hogy a 3. fejezet felső határértékén felül 530 millió euróval egészítsék ki az Európai Unió 2017. évi általános költségvetésében szereplő forrásokat a migráció, a menekültügy és a biztonság területén hozott intézkedések finanszírozására. Megszavaztam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Al igual que en la Movilización del Margen para Imprevistos en 2017, voto en contra. En esta ocasión se moviliza otro instrumento financiero, un total de 530 millones durante cuatro años a precios actuales. Estos instrumentos utilizan la ingeniería económica y para no proceder a un cambio sustancial en el Presupuesto de la UE, que es escaso, y ha demostrado no estar a la altura de las circunstancias en la crisis de migración. Y mezclan términos securitarios con la ayuda humanitaria. Desde nuestro punto de vista no debería militarizarse este tipo de crisis, ni usarse este tipo de instrumentos para aparentar una supuesta ayuda que no estamos dando, sino avalando.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted for the report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on the mobilisation of the Flexibility Instrument to finance immediate budgetary measures to address the on-going migration, refugee and security crisis. The proposed mobilisation of the Flexibility Instrument under Heading 3 in the draft General Budget of the European Union for the financial year 2017 for an amount of EUR 530 million translates to the full amount available for this instrument in 2017 under the current MFF rules. However, that budgetary flexibility has its limits and can only be a short-term solution for unexpected events that then need to be addressed with ordinary budget lines. Even with the systematic mobilisation of the totality of the Flexibility Instrument under Heading 3 in the coming years, the financial resources available will not be sufficient to tackle the increased needs. I voted in favour because I believe that the fair and transparent distribution of funding between the different objectives of the Asylum, Migration and Integration Fund is one of Parliament's priorities.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El objetivo de esta decisión es dotar con 530 millones adicionales a los instrumentos de la Unión para migración, refugiados y seguridad.

Me opongo a la orientación global de los fondos dedicados a la crisis migratoria y de refugiados, la llamada «Europa Fortaleza», por haber convertido las fronteras europeas en cárceles al aire libre y tumbas para miles de migrantes. Reclamo que se respete el derecho a asilo y que se ponga en marcha una auténtica estrategia de desarrollo y de paz para los países de origen de los flujos migratorios, lo que requiere un aumento específico del presupuesto europeo en lugar de los parches propuestos. Por ello he votado en contra.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O instrumento de flexibilidade tem por objetivo permitir o financiamento de despesas identificadas quer não podem ser financiadas dentro dos limites máximos de uma ou mais rúbricas do orçamento da UE.

A mobilização do instrumento de flexibilidade está relacionada com a necessidade de complementar o financiamento do orçamento geral da União Europeia para o exercício de 2017, tendo em vista o financiamento das dotações para autorizações no âmbito da rubrica 3- segurança e cidadania, para que permitirá ir alem do limite máximo desta rubrica para o ano 2017 de acordo com o corrente quadro Financeiro Plurianual. Autoriza-se então a mobilização do total desde instrumento para 2017 no valor de 530 milhões de euros.

Além de não se tratar de dinheiro «novo», é adicionado um valor insuficiente para fazer face e ajudar à tomada de medidas contra continuada crise dos Migrantes e refugiados. Fica mais uma vez evidenciado o facto de os montantes previstos no QFP (nos seus limites) ficarem mais uma vez aquém dos necessários para fazer face às repetidas crises na UE, para não falar do que é necessário para uma efetiva política redistributiva que permita aos países e às regiões desfavorecidas aproximarem-se das regiões mais ricas.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Es sollen zur Bewältigung der derzeitigen Migrations-, Flüchtlings- und Sicherheitskrise 530 Millionen Euro beansprucht werden. Deswegen konnte ich den Bericht nicht mittragen.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I reiterate the call for Member States to do much more to tackle the ongoing refugee crisis. While I welcome EU plans and financing of measures, it is clear that much more needs to be done, and in the most part this depends on Member State governments.

Specific measures should be taken to alleviate the plight of unaccompanied minors, as well as gender-sensitive policies to address the needs of refugee women and girls. There is an urgent humanitarian need for a common European response, and I regret the fact that the UK Government has been unwilling to cooperate.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la propunerea de decizie a PE și a Consiliului privind mobilizarea instrumentului de flexibilitate pentru finanțarea măsurilor bugetare imediate destinate crizei actuale privind migrația, refugiații și securitatea. Astfel, în cadrul bugetului general al Uniunii pentru exercițiul financiar 2017 se mobilizează instrumentul de flexibilitate pentru a se aloca 530,0 milioane EUR cu titlul de credite de angajament, suma fiind utilizată pentru finanțarea măsurilor de gestionare a crizei actuale privind migrația, refugiații și securitatea.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Il regolamento che ha stabilito il quadro finanziario pluriennale per il periodo 2014-2020 (QFP) autorizza il ricorso allo strumento di flessibilità per permettere il finanziamento di spese chiaramente identificate che non potrebbero essere finanziate all'interno dei massimali disponibili di una o più rubriche del quadro finanziario pluriennale. La Commissione europea, dopo aver vagliato tutte le possibilità di riassegnazione degli stanziamenti ed esaurito ogni margine non assegnato nell'ambito della rubrica di spesa Sicurezza e cittadinanza, propone di mobilizzare lo strumento di flessibilità nel 2017, per un importo pari a 530 milioni di euro oltre il massimale della stessa rubrica 3, per finanziare misure di gestione della crisi migratoria, dei rifugiati e della sicurezza. Di base sono a favore della massima flessibilità all'interno del QFP e la questione relativa alla crisi migratoria è di sicura importanza. Mi lascia tuttavia perplesso il fatto che non si voglia realmente cercare riassegnazioni da linee di bilancio meno prioritarie, e che quindi si faccia ricorso a questi strumenti «speciali» previsti dal QFP per non affrontare in maniera strutturale il problema. Per questi motivi mi sono astenuto.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de beschikbaarstelling van middelen uit het flexibiliseringsinstrument.

Het besluit heeft tot doel € 350 miljoen uit het flexibiliseringsinstrument te bestemmen voor de financiering van vastleggingskredieten met betrekking tot de uitgaven van voor migratie, vluchtelingen en veiligheid. Dit bedrag komt boven op het bedrag van ruim € 1,16 miljard dat wordt gehaald uit de marge voor onvoorziene uitgaven.

Door dit geld nu al besteden is er geen sprake meer van “flexibiliteit”. Het Europees Parlement blijkt niet in staat duidelijke keuzes te maken uit beleidsprioriteiten. Het nu al toekennen van € 350 miljoen uit het flexibiliteitsfonds leidt vrijwel onherroepelijk tot tekorten op andere beleidsterreinen in 2017 en naheffingen voor de lidstaten.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh rozhodnutia o mobilizácii nástroja flexibility na financovanie okamžitých rozpočtových opatrení na riešenie pretrvávajúcej migračnej, utečeneckej a bezpečnostnej krízy som podporila. Takéto opatrenie je v súlade s viacročným finančným rámcom a umožňuje mobilizáciu nástroja flexibility na financovanie výdavkov, ktoré idú nad rámec schválených finančných stropov. Myslím si, že toto opatrenie je vo svetle súčasnej migračnej a utečeneckej krízy nevyhnutné. Všetci sa zhodneme na tom, že ide o výnimočnú situáciu, ktorú by sme sa mali snažiť preklenúť najmä v rámci stanoveného rozpočtu. Ale v momente, keď nie je možné primerane financovať naliehavé opatrenia v rámci schválených stropov, je potrebné siahnuť po týchto mimoriadnych nástrojoch. A hoci zdieľam obavy súvisiace s tým, že rozhodnutím sa nástroj flexibility na celý budúci rok úplne vyčerpá a nebude ním tak možné pokryť ďalšie nepredvídateľné udalosti, rozsah a závažnosť utečeneckej krízy mi dal dostatočný dôvod na podporu tohto rozhodnutia.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório por entender que a mobilização de recursos do instrumento de flexibilidade é necessária para responder às atuais crises migratória, dos refugiados e da segurança.

Destaco que com esta mobilização dos seus fundos, o instrumento de flexibilidade esgota o montante total disponível para 2017 o que demonstra o compromisso de solidariedade da UE para com os refugiados, mas também a carência de recursos próprios da União.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Predložena mobilizacija instrumenata fleksibilnosti u okviru Općeg nacrta proračuna Europske unije kojom bi se za 530 milijuna EUR dopunila raspoloživa sredstva u proračunu je prijeko potrebna. Budući da se pokazalo da u okviru sadašnjih mjera nije moguće na odgovarajući način financirati hitne mjere koje se tiču migracija, izbjeglica i sigurnosti, podržavam ovaj prijedlog jer smatram da je nužno svesti na minimum vrijeme potrebno za mobilizaciju instrumenata fleksibilnosti te pozdravljam prijedloge Komisije u kontekstu revizije VFO-a na sredini razdoblja kojima se želi povećati proračunska sposobnost za brzo i prikladno reagiranje na nepredviđene događaje.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi instrumenta prilagodljivosti za financiranje takojšnjih proračunskih ukrepov za obravnavo trenutne migracijske, begunske in varnostne krize.

Predlog Komisije za uporabo instrumenta prilagodljivosti, da bi dopolnila financiranje iz splošnega proračuna Unije za proračunsko leto 2017, ki presega zgornjo mejo razdelka 3 v znesku 530 milijonov EUR za financiranje ukrepov na področju migracij, beguncev in varnosti, podpiram, saj trenutne razmere kažejo, da bo potrebno za reševanje te problematike dodatno financiranje nujnih ukrepov.

7.19. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der EU für Vorauszahlungen im Rahmen des Haushaltsplans 2017 (A8-0323/2016 - Patricija Šulin)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Questa relazione intende iscrivere nel bilancio generale dell'Unione per il 2017 un importo di 50 milioni di euro sotto forma di stanziamenti di impegno e di pagamento per il versamento di anticipi a titolo del Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE), allo scopo di garantire una risposta più rapida in caso di future catastrofi naturali. Tale anticipo - che non può superare il 10% del contributo finanziario previsto e in ogni caso i 30 milioni di euro - è concesso su richiesta di uno Stato membro, in seguito a una valutazione preliminare da parte della Commissione. La possibilità di prevedere degli anticipi è una positiva modifica rispetto alla versione iniziale del regolamento del FSUE. Per questi motivi ho votato favorevolmente.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — This file sought for the possibility of advanced payments from the EU solidarity fund of up to EUR 50 000 000 to be made available for payments in advance, but the overall maximum amount of the fund, EUR 500 000 000 could not be exceeded. As it only sought advance payments and no increase in funds I supported it.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce texte vise à mobiliser 50 millions d'euros du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) auquel peuvent avoir recours les États membres ou en voie d'adhésion victimes d'une catastrophe naturelle. Cette mobilisation n'est pas liée à une catastrophe particulière mais permettra d'inscrire ces 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement au budget général de l'Union pour l'année 2017. Cela permettra, si besoin en était, de mobiliser des fonds de façon plus rapide et efficace. J'ai voté favorablement à ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Whilst agreeing with the principle that money should be mobilised more rapidly, I likewise had certain concerns about the application of the fund and whether appropriate safeguards would be in place to ensure democratic accountability to the spending of the money. I therefore, with some reluctance, followed my Party's position on this vote.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Europos Sąjungos solidarumo fondo lėšų mobilizavimo siekiant iš 2017 m. Sąjungos bendrojo biudžeto skirti lėšų avansams mokėti. Reglamento (EB) Nr. 2012/2002 4a straipsnio 4 dalyje numatyta, jog siekiant užtikrinti, kad biudžeto ištekliai būtų gauti laiku, fondo lėšos gali būti mobilizuotos avansams mokėti, neviršijant 50 000 000 EUR sumos, o atitinkami asignavimai įtraukti į Sąjungos bendrąjį biudžetą. Todėl siekiant užtikrinti, kad 2017 m. Sąjungos bendrajame biudžete laiku būtų numatyta pakankamai biudžeto išteklių, avansams mokėti turėtų būti mobilizuota 50 000 000 EUR fondo lėšų suma.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés az Európai Unió Szolidaritási Alapjának az Unió 2017. évi általános költségvetéséből folyósítandó előlegfizetések biztosítása céljára történő igénybevételéről szól.

Mint ismeretes az Európai Unió Szolidaritási Alapját EUSZA) azért hozták létre, hogy kifejezésre juttassa az Európa katasztrófa sújtotta régióival való európai szolidaritást. Az alap pénzügyi támogatást nyújt a tagállamok számára „jelentős természeti katasztrófák esetén, vagyis akkor, ha a katasztrófa által okozott kár meghaladja a 3 milliárd eurót, vagy az ország bruttó nemzeti jövedelmének 0,6%-át, attól függően, hogy melyik az alacsonyabb. Az Európai Parlament és a Tanács jelenlegi határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja ehelyett 50 millió euró elkülönítése az Unió 2017-es költségvetésében kötelezFettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén."

A jelentés elfogadását támogattam.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte qui permettrait de mobiliser 50 millions d'euros du Fonds de solidarité de l'Union européenne, mis à disposition des États membres ou en voie d'adhésion qui subiraient des catastrophes naturelles. Il s'agit seulement de les inscrire en crédits d'engagement et de paiement au budget général de l'Union en 2017, ce qui les rendrait beaucoup plus vite mobilisables.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette proposition qui n'est pas liée à une catastrophe particulière. Elle vise plutôt à inscrire au budget général de l'Union pour l'année 2017 le montant de 50 millions d'EUR en crédits d'engagement et de paiement aux fins du versement rapide et efficace d'avances au cas où une catastrophe surviendrait l'année prochaine.

Elle s'inscrit dans le prolongement direct d'une nouvelle disposition du règlement rectificatif qui vise à accélérer le versement de l'aide aux pays touchés en octroyant une avance avant que la décision finale d'attribution ne soit prise, de manière à renforcer l'efficacité du Fonds.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea è stato istituito per permettere all'Unione di rispondere alle situazioni di emergenza provocate da catastrofi naturali gravi e per dimostrare solidarietà con le regioni colpite da tali eventi. La relazione Šulin, che oggi ho sostenuto con il mio voto, chiede la mobilitazione del FSUE per il versamento degli anticipi sul bilancio generale dell'Unione per il 2017. Si tratta di un provvedimento di natura tecnica che ha come scopo quello di approvare la mobilizzazione dello strumento di flessibilità per un importo pari a 50 milioni di euro in stanziamenti di impegno e di pagamento per garantire più rapido ed efficiente versamento di anticipi nel caso in cui dovessero verificarsi catastrofi il prossimo anno. Questa misura rappresenta una grande vittoria del Parlamento che può in questo modo rafforzare l'efficacia delle erogazioni e rafforzare quel messaggio di solidarietà che sottende l'impiego del FSUE nel momento in cui uno Stato membro si trova a subire gravi danni a causa di catastrofi naturali.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe de Patricija Šulin. Es un fondo dedicado a potenciales emergencias causadas por desastres naturales de envergadura, que se refuerza. Se aplica en los casos en los que el desastre cause daños superiores a 3 000 millones de euros, o supera el 0,6 % de la Renta Nacional Bruta del país afectado. Supone un refuerzo de 50 millones de euros en autorizaciones y pagos para poder avanzar gastos a tiempo, en caso de que suceda un evento de estas características en 2017.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre la Movilización del Fondo de Solidaridad de la Unión, para el pago de anticipos en el marco del presupuesto general de la Unión para 2017, por la que se movilizará un importe de 50 000 000 euros de créditos de compromiso, y de pago con cargo al Fondo de Solidaridad de la Unión para el pago de anticipos.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport concernant la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne aux fins du paiement d'avance dans le cadre du budget général de l'Union pour 2017.

Le texte prévoit en effet 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement au budget général de l'UE, notamment en cas de catastrophe naturelle imprévisible dans un État membre.

C'est pour ce minimum de solidarité et pour faire face à ce type de situation en urgence, de façon rapide et efficace, que la coopération entre les nations européennes s'avère nécessaire. Les récents séismes qui ont touché l'Italie, par exemple, appellent une gestion efficace et concertée des conséquences économiques, sociales et humanitaires.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea è uno strumento importante che permette lo stanziamento di fondi europei per rispondere alle situazioni di emergenza causate da catastrofi naturali gravi, per aiutare le popolazioni e i territori colpiti. La proposta di decisione in oggetto ha l'obiettivo di destinare 50 milioni di stanziamenti di impegni e pagamenti per poter agire tempestivamente attraverso il versamento di anticipi nel caso in cui si dovessero verificare catastrofi il prossimo anno. Ritengo questo provvedimento condivisibile e per questo ho voluto sostenerlo con il mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El Fondo de Solidaridad tiene como objetivo que la Unión pueda responder de manera rápida, eficiente y flexible a las situaciones de emergencia, con el fin de solidarizarse con la población de las regiones afectadas por catástrofes.

Mediante esta Decisión, que he votado favorablemente, se consigna en el presupuesto general de la Unión para 2017 el importe de 50 millones de euros en créditos de compromiso y de pago, para el pago puntual y eficaz de anticipos, en el caso de que sobrevenga alguna catástrofe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame Europos Sąjungos solidarumo fondo (ESSF) tikslas – užtikrinti Sąjungai galimybę reaguoti į ekstremalias situacijas, kurias lėmė didelės gaivalinės nelaimės, ir išreikšti europietišką solidarumą su nelaimės ištiktais regionais Europoje. Iš šio fondo galima teikti finansinę pagalbą valstybėms narėms ir šalims, kurios derasi dėl narystės Europos Sąjungoje, didelio masto gaivalinės nelaimės atveju, t. y. kai bendra tiesioginė šios nelaimės padaryta žala viršija 3 mlrd. EUR 2011 m. kainomis arba 0,6 % šalies bendrųjų nacionalinių pajamų, atsižvelgiant į tai, kuris dydis mažesnis. Jo lėšos taip pat gali būti mobilizuojamos regioninės nelaimės atveju. Reikėtų pažymėti, kad avansas gali būti suteiktas valstybės narės prašymu ir Komisijai atlikus preliminarų atitinkamos ESSF paraiškos vertinimą. Avanso suma neturėtų viršyti 10 proc. numatytos finansinės paramos sumos ir neturėtų viršyti 30 mln. EUR. Avansas išmokamas nedarant poveikio galutiniam sprendimui dėl ESSF lėšų mobilizavimo ir Europos Komisija susigrąžina valstybėms narėms neteisingai išmokėtas avanso sumas.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának (a továbbiakban: az alap) célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Minden olyan esetben, amikor az a költségvetési források időben történő rendelkezésre állásának biztosításához szükséges, az alapot legfeljebb 50 000 000 EUR összegig igénybe lehet venni előlegfizetés céljára, a kapcsolódó előirányzatoknak az Unió általános költségvetésébe való felvételével.

Az Európai Parlament és a Tanács jelenlegi határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2017-es költségvetésében, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén.

Az előleget valamely tagállam kérésére lehet kifizetni azt követően, hogy a Bizottság előzetesen értékelte a Szolidaritási Alap igénybevételére vonatkozó kérelmet. Az előleg összege nem haladhatja meg a várható pénzügyi hozzájárulás 10%-át, illetve 30 millió eurót.

A Szolidaritási Alap erősíti a szolidaritás egyértelmű politikai üzenetét, miközben biztosítja az érintett polgárok által sürgősen igényelt segítségnyújtást. A gyors reagálás kerete, beleértve az előleg kifizetését is, lehetővé teszi az Unió számára, hogy elérje ezeket a célkitűzéseket.

Az EP ezért támogatta, hogy a fenti összegeket vegyék fel a 2017-es költségvetésbe.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o mobilizaciji Fonda solidarnosti EU-a, koje nije povezano s nekom određenom katastrofom, već se 50 milijuna EUR izdvaja za slučaj neke katastrofe koja bi se eventualno mogla dogoditi u 2017. godini.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Dans la mesure où cette disposition permettra de disposer des fonds européens plus facilement, je vote pour cette proposition.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Come è noto il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) è stato istituito per permettere all'Unione di rispondere alle situazioni di emergenza provocate da catastrofi naturali di riconosciuta gravità, oltre a dimostrare concretamente la solidarietà delle istituzioni europee con le regioni colpite da tali eventi. Il Fondo può fornire sostegno finanziario agli Stati membri e ai paesi impegnati nei negoziati di adesione che siano stati colpiti da catastrofi naturali di grave entità, ossia qualora il totale dei danni diretti causati dalla catastrofe superi 3 miliardi di euro. La mobilitazione del fondo può essere deliberata anche in caso di catastrofe su scala regionale. Permettere una rapida mobilitazione del FSUE significa abbattere i tempi di intervento economico in caso di emergenze naturali rilevanti e portare un aiuto concreto alle realtà colpite. È un atto di responsabilità che ci deve vedere tutti concordi.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à faciliter l'exécution des paiements anticipés dans le cadre de la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE). Concrètement, ce texte préconise d'inscrire la somme de 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement au budget général de l'Union permettant, si besoin en était, de débloquer plus rapidement les fonds lors d'une catastrophe naturelle exceptionnelle.

Nous considérons que le FSUE incarne l'expression de la solidarité européenne et constitue un soutien financier non négligeable en faveur des autorités nationales et locales des régions touchées par ce type de catastrophe. Dans ce contexte, il nous apparaît tout à fait opportun de simplifier le fonctionnement du FSUE et d'en faciliter l'exécution des paiements. J'ai donc voté en faveur de ce texte.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della decisione in questione che acconsente alla mobilitazione del fondo di solidarietà dell'Unione europea per il versamento degli anticipi sul bilancio generale 2017. La proposta, infatti, mira a iscrivere nel bilancio dell'Unione un importo pari a 50 milioni in stanziamenti per un tempestivo versamento degli anticipi in caso di catastrofi. Tale decisione è il risultato di una nuova disposizione che velocizza l'erogazione degli aiuti a favore dei paesi che possono essere colpiti. La relazione sottolinea che l'anticipo non deve superare il 10% del contributo finanziario previsto e deve essere consentito sempre solo su richiesta da parte di uno Stato membro e dopo la valutazione preliminare della Commissione sulla relativa domanda al FSUE. La decisione del Consiglio è pienamente in linea con il significato del Fondo di solidarietà dell'Unione europea: rappresenta non solo un valido metodo di sostegno finanziario, ma anche un chiaro messaggio comunitario di solidarietà. Al fine di minimizzare i tempi di mobilizzazione del fondo, è necessario che tale decisione sia adottata a partire dal 1 gennaio 2017.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) è stato istituito per permettere all'Unione di assistere finanziariamente gli Stati membri colpiti da gravi catastrofi naturali e per dimostrare solidarietà alle popolazioni colpite da tragici e inaspettati eventi. Occorre però assicurare la tempestività dei finanziamenti accelerando le procedure per l'erogazione. Ho votato a favore della relazione in quanto ritengo che l'erogazione di un anticipo, prima che sia presa la decisione finale sulla concessione del finanziamento, possa migliorare l'efficacia del Fondo e dimostrare che l'Europa può passare prontamente dalle parole ai fatti, dando concretezza al messaggio politico di solidarietà nei confronti delle comunità colpite da gravi catastrofi naturali. Il mio pensiero e la mia preoccupazione sono rivolti in questo momento alle popolazioni colpite dai drammatici eventi sismici in Italia, paese al quale occorre assicurare un tempestivo accesso al Fondo di solidarietà dell'UE.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την πληρωμή προκαταβολών στον γενικό προϋπολογισμό της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το 2017 στοχεύει στην ταχύτερη επίτευξη αποτελεσμάτων, στην ορθότερη λειτουργία της Ευρωπαϊκής Ένωσης καθώς και στη συνεργασία μεταξύ των κρατών μελών. Θεωρώ πως πρόκειται για μια θετική πρόταση και γι' αυτό ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. Questa proposta di decisione relativa alla mobilitazione del Fondo di solidarietà non si riferisce a nessun caso specifico di catastrofe naturale ma ha lo scopo di iscrivere nel bilancio generale 2017, 50 milioni di stanziamenti, permettendo in questo modo di poter agire tempestivamente in caso di catastrofi tramite anticipi.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – La nostra Europa è sempre più avvezza a dover fronteggiare le calamità naturali, come tristemente noto soprattutto a noi italiani, indi voto convintamente a favore della mobilitazione del fondo di solidarietà. Si tratta di garantire la tempestiva disponibilità di risorse per EUR 50 milioni per il versamento di anticipi e l'iscrizione degli stanziamenti corrispondenti nel bilancio generale dell'Unione. L'adozione della presente misura mira a raggiungere con maggiore celerità i cittadini colpiti da disastri naturali e le devastazioni che si aprono agli occhi degli stessi in maniera subitanea e imprevedibile. Proprio grazie a questo strumento, se lo Stato italiano riuscisse a presentare una domanda di ammissione al fondo conforme a quanto richiesto, le nostre popolazioni colpite dalle recenti devastazioni potrebbero apprestarsi ad un 2017 più sereno. Tuttavia, bisogna riconoscere come attraverso l'utilizzo delle risorse del fondo si debba implementare la prevenzione affinché questa mobilitazione non vada perduta, ma possa creare strutture ad hoc per non dover assistere al ripetersi di cataclismi. Si ritiene, in tal senso, che si tratti di un investimento per un futuro più sicuro e non solo di un aiuto sporadico.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on the mobilisation of the European Union Solidarity Fund to provide for the payment of advances in the general budget of the Union for 2017.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) foi criado para permitir à União responder a situações de emergência provocadas por catástrofes naturais de grandes proporções e manifestar solidariedade europeia às regiões sinistradas da Europa. O Fundo pode prestar ajuda financeira aos Estados-Membros e aos países que negoceiem a sua adesão, em caso de catástrofe naturais de grandes proporções.

Apoio o relatório Šulin que tem como objetivo inscrever no orçamento geral da União para 2017 o montante de 50 milhões de para o pagamento de adiantamentos, de forma eficiente e atempada, caso ocorra uma catástrofe no próximo ano.

Isto é o resultado direto da nova disposição no regulamento modificativo de 2014 (artigo 4.-A), defendida insistentemente pelo Parlamento Europeu e que visa acelerar o desembolso da ajuda aos países afetados, através do pagamento de um adiantamento antes de ser tomada a decisão final de atribuição de ajuda, reforçando, assim, a eficácia do fundo.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) è stato istituito per consentire all'Unione di rispondere alle situazioni di emergenza causate da gravi calamità naturali ed esprimere la solidarietà europea alle regioni colpite dalla catastrofe in Europa. Ho votato a favore di questo provvedimento che mira ad accelerare l'erogazione degli aiuti ai paesi colpiti attraverso il pagamento di un anticipo economico.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – We want a Union which would be able to respond to emergency situations caused by major natural disasters and not just to express European solidarity to disaster-stricken regions within Europe. The Fund can provide financial aid to Member States and countries involved in accession negotiations in the event of a 'major natural disaster', however, we need to speed up the disbursement of aid to affected countries through the payment of an advance before the final award decision has been taken. This should enhance the Fund's effectiveness, keeping of course the amount of the advance reasonable, meaning it would not exceed 10% of the financial contribution in our budget.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za uruchomieniem Funduszu Solidarności Unii Europejskiej w celu zapewnienia środków na wypłatę zaliczek w budżecie ogólnym Unii na 2017 rok. Rozporządzenie w sprawie FSUE pozwala Komisji na mobilizację 50 mln EUR w projekcie budżetu ogólnego na wypłatę zaliczek w następnym roku. Mobilizacja tych środków zapewnia szybkie udostępnienie funduszy w przypadku katastrof naturalnych. Pomoc polega na dostarczeniu natychmiastowego wsparcia budżetowego w celu reagowania na klęski żywiołowe. Beneficjenci są w stanie jednocześnie zapewnić efektywniejszą pomoc poszkodowanym obywatelom.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – EUSF has been a significant source of funding for local and regional governments in alleviating the consequences of natural disasters occurring across Europe from floods to earthquakes and forest fires. I agree that the EU Solidarity Fund needs to provide for payment of advances in the 2017 budget. Efforts to invest in climate change mitigation and adaptation must be stepped up. However, I call for the maximum transparency in the awarding, management and implementation of the EUSF.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Le présent rapport vise à inscrire dans le budget général de l'Union pour 2017 le montant de 50 millions d'euros pour le paiement d'avances au moyen de crédits inscrits au budget général de l'Union, notamment en lien avec la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne. J'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la mise à disposition de 50 millions d'euros supplémentaires pour le Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE). Le FSUE est utilisé pour porter assistance aux victimes d'une catastrophe naturelle, mais sa mobilisation est un processus qui peut prendre du temps face à l'urgence de la situation. Par précaution, il est donc essentiel que cet outil financier européen puisse disposer de fonds suffisants pour octroyer une avance aux territoires touchés, avant même que la décision de mobilisation du FSUE soit prise.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának (a továbbiakban: az alap) célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Minden olyan esetben, amikor az a költségvetési források időben történő rendelkezésre állásának biztosításához szükséges, az alapot legfeljebb 50 000 000 EUR összegig igénybe lehet venni előlegfizetés céljára, a kapcsolódó előirányzatoknak az Unió általános költségvetésébe való felvételével.

Az Európai Parlament és a Tanács jelenlegi határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2017-es költségvetésében, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén.

Az előleget valamely tagállam kérésére lehet kifizetni azt követően, hogy a Bizottság előzetesen értékelte a Szolidaritási Alap igénybevételére vonatkozó kérelmet. Az előleg összege nem haladhatja meg a várható pénzügyi hozzájárulás 10%-át, illetve 30 millió eurót.

A Szolidaritási Alap erősíti a szolidaritás egyértelmű politikai üzenetét, miközben biztosítja az érintett polgárok által sürgősen igényelt segítségnyújtást. A gyors reagálás kerete, beleértve az előleg kifizetését is, lehetővé teszi az Unió számára, hogy elérje ezeket a célkitűzéseket.

Az EP ezért támogatta, hogy a fenti összegeket vegyék fel a 2017-es költségvetésbe.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának (a továbbiakban: az alap) célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Minden olyan esetben, amikor az a költségvetési források időben történő rendelkezésre állásának biztosításához szükséges, az alapot legfeljebb 50 000 000 EUR összegig igénybe lehet venni előlegfizetés céljára, a kapcsolódó előirányzatoknak az Unió általános költségvetésébe való felvételével.

Az Európai Parlament és a Tanács jelenlegi határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2017-es költségvetésében, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén.

Az előleget valamely tagállam kérésére lehet kifizetni azt követően, hogy a Bizottság előzetesen értékelte a Szolidaritási Alap igénybevételére vonatkozó kérelmet. Az előleg összege nem haladhatja meg a várható pénzügyi hozzájárulás 10%-át, illetve 30 millió eurót.

A Szolidaritási Alap erősíti a szolidaritás egyértelmű politikai üzenetét, miközben biztosítja az érintett polgárok által sürgősen igényelt segítségnyújtást. A gyors reagálás kerete, beleértve az előleg kifizetését is, lehetővé teszi az Unió számára, hogy elérje ezeket a célkitűzéseket.

Az EP ezért támogatta, hogy a fenti összegeket vegyék fel a 2017-es költségvetésbe.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport.

Ce texte vise à mobiliser 50 millions d'euros du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) auquel peuvent avoir recours les États membres ou en voie d'adhésion victimes d'une catastrophe naturelle. Ces fonds n'ont aucune destination précise, mais visent à faire face à un cas de force majeure, ce qui nous paraît utile.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – За съжаление природните бедствия са едно от нещата, които никога няма да се научим да възпираме и да предсказваме. Поради тази причина трябва да се научим да ги преодоляваме възможно най-бързо и безболезнено. Тези 50 милиона евро авансови средства ще ни помогнат да сме по-бързи в нашите действия за възстановяване на засегнатите райони.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ οφείλει να χρησιμοποιεί όλα τα διαθέσιμα εργαλεία και με προνοητικότητα να προβαίνει στις απαραίτητες ενέργειες, ώστε να αντιδρά έγκαιρα και αποτελεσματικά στις περιπτώσεις απρόβλεπτων καταστροφών στο έδαφός της.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának (a továbbiakban: az alap) célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Minden olyan esetben, amikor az a költségvetési források időben történő rendelkezésre állásának biztosításához szükséges, az alapot legfeljebb 50 000 000 EUR összegig igénybe lehet venni előlegfizetés céljára, a kapcsolódó előirányzatoknak az Unió általános költségvetésébe való felvételével.

Az Európai Parlament és a Tanács jelenlegi határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2017-es költségvetésében, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén.

Az előleget valamely tagállam kérésére lehet kifizetni azt követően, hogy a Bizottság előzetesen értékelte a Szolidaritási Alap igénybevételére vonatkozó kérelmet. Az előleg összege nem haladhatja meg a várható pénzügyi hozzájárulás 10%-át, illetve 30 millió eurót.

A Szolidaritási Alap erősíti a szolidaritás egyértelmű politikai üzenetét, miközben biztosítja az érintett polgárok által sürgősen igényelt segítségnyújtást. A gyors reagálás kerete, beleértve az előleg kifizetését is, lehetővé teszi az Unió számára, hogy elérje ezeket a célkitűzéseket.

Az EP ezért támogatta, hogy a fenti összegeket vegyék fel a 2017-es költségvetésbe.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted for an improvement in the operation of the Solidarity Fund which enables financial assistance to be provided quickly in the event of natural disasters, including paying an advance. Despite my many calls, the UK Government refuses to take advantage of the Solidarity Fund to help overcome disasters in Wales.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla seguente proposta in quanto considero positivamente la possibilità di sveltire l'erogazione degli aiuti a favore dei paesi colpiti da catastrofi naturali, anche a livello regionale. A tal fine ritengo necessario procedere all'iscrizione nel bilancio generale dell'Unione per il 2017 l'importo di 50 milioni di euro in stanziamenti di impegno e di pagamento per un tempestivo ed efficiente versamento di anticipi, nel caso in cui dovessero verificarsi catastrofi il prossimo anno.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Od roku 2002 funguje v Európskej únii Fond solidarity, ktorého hlavným cieľom je reagovať na prírodné katastrofy v Európe a poskytnúť finančnú pomoc štátom, ktoré sú takto postihnuté, aby sa mohli flexibilnejšie a rýchlejšie vyrovnať s následkami takýchto udalostí. Cieľom súčasného návrhu je začleniť do všeobecného rozpočtu Únie na rok 2017 sumu 50 miliónov EUR vo viazaných a v platobných rozpočtových prostriedkoch, aby bolo možné včas a účinne vyplácať zálohy v prípade katastrofy počas budúceho roka. Veľmi dôležitá je informácia, že výška zálohy by nemala presiahnuť 10 % predpokladaného príspevku alebo sumu v maximálnej výške 30 miliónov EUR. Ak by Európska komisia neskôr v procese posudzovania vyplatenia plnej sumy rozhodla o neoprávnenosti nároku, bude mať možnosť od členského štátu vymáhať vrátanie neoprávnene poskytnutej zálohy.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione per sveltire l'erogazione degli aiuti a favore dei paesi colpiti da catastrofi naturali.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την πληρωμή προκαταβολών στον γενικό προϋπολογισμό της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το 2017, καθώς η ΕΕ οφείλει να χρησιμοποιεί όλα τα διαθέσιμα εργαλεία και με προνοητικότητα να προβαίνει στις απαραίτητες ενέργειες, ώστε να αντιδρά έγκαιρα και αποτελεσματικά στις περιπτώσεις απρόβλεπτων καταστροφών στο έδαφός της.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – On 30 June 2016 the Commission put forward a proposal to mobilise the EU Solidarity Fund for a total amount of EUR 50 million (in both commitment and payment appropriations).

The proposal is not linked to a specific disaster. Instead, it aims at entering into the general budget of the Union for 2017 the amount of EUR 50 million (in commitment and payment appropriations) to enable a timely and efficient reaction in the event of a disaster occurring next year. The Budget Committee recommends that these amounts be included in the 2017 EU Budget. Therefore this report is directly linked to the agreement on the 2017 EU Budget as a whole.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Minden olyan esetben, amikor az a költségvetési források időben történő rendelkezésre állásának biztosításához szükséges, az alapot legfeljebb 50 millió EUR összegig igénybe lehet venni előlegfizetés céljára, a kapcsolódó előirányzatoknak az Unió általános költségvetésébe való felvételével.

Az Európai Parlament és a Tanács jelenlegi határozatra irányuló javaslatának célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2017-es költségvetésében, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén.

Az előleget valamely tagállam kérésére lehet kifizetni azt követően, hogy a Bizottság előzetesen értékelte a Szolidaritási Alap igénybevételére vonatkozó kérelmet.

A Szolidaritási Alap erősíti a szolidaritás egyértelmű politikai üzenetét, miközben biztosítja az érintett polgárok által sürgősen igényelt segítségnyújtást. A gyors reagálás kerete, beleértve az előleg kifizetését is, lehetővé teszi az Unió számára, hogy elérje ezeket a célkitűzéseket.

Az EP ezért támogatta, hogy a fenti összegeket vegyék fel a 2017-es költségvetésbe.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának (a továbbiakban: az alap) célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Minden olyan esetben, amikor az a költségvetési források időben történő rendelkezésre állásának biztosításához szükséges, az alapot legfeljebb 50 000 000 EUR összegig igénybe lehet venni előlegfizetés céljára, a kapcsolódó előirányzatoknak az Unió általános költségvetésébe való felvételével.

Az Európai Parlament és a Tanács jelenlegi határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2017-es költségvetésében, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén.

Az előleget valamely tagállam kérésére lehet kifizetni azt követően, hogy a Bizottság előzetesen értékelte a Szolidaritási Alap igénybevételére vonatkozó kérelmet. Az előleg összege nem haladhatja meg a várható pénzügyi hozzájárulás 10%-át, illetve 30 millió eurót.

A Szolidaritási Alap erősíti a szolidaritás egyértelmű politikai üzenetét, miközben biztosítja az érintett polgárok által sürgősen igényelt segítségnyújtást. A gyors reagálás kerete, beleértve az előleg kifizetését is, lehetővé teszi az Unió számára, hogy elérje ezeket a célkitűzéseket.

Az EP ezért támogatta, hogy a fenti összegeket vegyék fel a 2017-es költségvetésbe.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Abbiamo giustamente voluto assegnare grande importanza in questa sessione plenaria alla difficile emergenza terremoto che ha colpito l'Italia centrale nelle ultime settimane. Trovo pertanto davvero appropriata la coincidenza dell'approvazione della proposta di mobilitare fin da subito 50 milioni di euro destinandoli al Fondo di solidarietà per il 2017. Queste cifre costituiranno una copertura decisiva per rispondere alle prossime emergenze.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the mobilisation of the EU solidarity fund to provide for the payment of advances in the 2017 budget. I support the Union on responding in an efficient manner to emergency situations due to natural causes.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – L'attuale proposta, svincolata dalle specifiche caratteristiche di un caso nazionale o di un evento determinato, consente di rispondere efficacemente e tempestivamente a eventuali catastrofi nel corso del prossimo anno. Ho votato convintamente a favore di questa risoluzione perché rafforza il legame di solidarietà tra i popoli europei, proprio nel momento della necessità. E ritengo che di questo abbiamo bisogno più di ogni altra cosa. In circostanze catastrofiche l'Unione europea potrà intervenire, sia prevedendo di fatto maggiore flessibilità a livello di bilancio sia trovando preventivamente soluzioni più concrete e condivise tra i partner europei per rispondere alle future emergenze. Il Fondo di solidarietà è uno degli strumenti più efficaci per recuperare la credibilità e la fiducia dei cittadini nelle istituzioni europee. Non da ultimo, questa previsione rafforza la cooperazione tra Commissione e Stati membri in materia di gestione del bilancio e di eventuali situazioni di crisi e va certamente sostenuta.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe de Patricija Šulin. Es un fondo dedicado a potenciales emergencias causadas por desastres naturales de envergadura, que se refuerza. Se aplica en los casos en los que el desastre cause daños superiores a 3 000 millones de euros, o supera el 0,6 % de la Renta Nacional Bruta del país afectado. Supone un refuerzo de 50 millones de euros, en autorizaciones y pagos, para poder avanzar gastos a tiempo, en caso de que suceda un evento de estas características en 2017.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of mobilising the EU Solidarity Fund to provide for payment of advances in the 2017 budget. On 30 June 2016 the Commission put forward a proposal to mobilise the EU Solidarity Fund for a total amount of EUR 50 million (in both commitment and payment appropriations).

The proposal is not linked to a specific disaster. Instead, it aims at entering [this amount] into the general budget of the Union for 2017 in order to enable a timely and efficient reaction in the event of a disaster occurring next year. This report is therefore directly linked to the agreement on the 2017 EU Budget as a whole.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának (a továbbiakban: az alap) célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Minden olyan esetben, amikor az a költségvetési források időben történő rendelkezésre állásának biztosításához szükséges, az alapot legfeljebb 50 000 000 EUR összegig igénybe lehet venni előlegfizetés céljára, a kapcsolódó előirányzatoknak az Unió általános költségvetésébe való felvételével.

Az Európai Parlament és a Tanács jelenlegi határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2017-es költségvetésében, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén.

Az előleget valamely tagállam kérésére lehet kifizetni azt követően, hogy a Bizottság előzetesen értékelte a Szolidaritási Alap igénybevételére vonatkozó kérelmet. Az előleg összege nem haladhatja meg a várható pénzügyi hozzájárulás 10%-át, illetve 30 millió eurót.

A Szolidaritási Alap erősíti a szolidaritás egyértelmű politikai üzenetét, miközben biztosítja az érintett polgárok által sürgősen igényelt segítségnyújtást. A gyors reagálás kerete, beleértve az előleg kifizetését is, lehetővé teszi az Unió számára, hogy elérje ezeket a célkitűzéseket.

Az EP ezért támogatta, hogy a fenti összegeket vegyék fel a 2017-es költségvetésbe.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this motion. In total, the European Union Solidarity Fund has raised more than EUR 3.8 billion in connection with more than 70 disasters within 24 beneficiary states and accession countries, and has been used in response to a wide range of natural phenomena, such as earthquakes, flooding, forest fires, storms and, more recently, drought.

I think it is important to develop synergies between the various Union funds and policies with a view to preventing the impact of natural disasters and, in cases where the EUSF is activated, to guaranteeing the consolidation and long-term sustainable development of reconstruction projects. This EUSF is vital in showing the EU's commitment to helping our fellow humans, not only worldwide but also in the Member States.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Fonda solidarnosti Europske unije kako bi se omogućila isplata predujmova u opći proračun Unije za 2017. jer bi se na taj način zajamčila pravodobna dostupnost proračunskih sredstava ukoliko dođe do katastrofe. U opći proračun Unije za 2017. nastoji se unijeti iznos od 50 milijuna EUR u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza i plaćanja. Unija će sposobnošću brzoga reagiranja, pa i isplaćivanjem predujmova pomoći pogođenim građanima što učinkovitije i brže.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je crois naturel de soutenir un rapport qui permettra de mobiliser de manière plus rapide et efficace des fonds du FSUE en cas de catastrophe naturelle frappant un État membre.

J'ai voté pour.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui inscrit dans le budget de l'Union le montant de 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement pour le paiement des avances en temps utile et en cas de catastrophe l'année prochaine, cela afin d'accélérer le versement de l'aide aux pays touchés en versant une avance avant la décision finale d'attribution.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe dem vorliegenden Bericht zugestimmt. Hier sollen 50 Mio EUR. für etwaige Katastrophenfällen im Budget eingeplant werden, um bei etwaigen Katastrophenfällen Vorauszahlungen gewährleisten und somit schneller reagieren zu können.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának (a továbbiakban: az alap) célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Minden olyan esetben, amikor az a költségvetési források időben történő rendelkezésre állásának biztosításához szükséges, az alapot legfeljebb 50 000 000 EUR összegig igénybe lehet venni előlegfizetés céljára, a kapcsolódó előirányzatoknak az Unió általános költségvetésébe való felvételével.

Az Európai Parlament és a Tanács jelenlegi határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2017-es költségvetésében, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén.

Az előleget valamely tagállam kérésére lehet kifizetni azt követően, hogy a Bizottság előzetesen értékelte a Szolidaritási Alap igénybevételére vonatkozó kérelmet. Az előleg összege nem haladhatja meg a várható pénzügyi hozzájárulás 10%-át, illetve 30 millió eurót.

A Szolidaritási Alap erősíti a szolidaritás egyértelmű politikai üzenetét, miközben biztosítja az érintett polgárok által sürgősen igényelt segítségnyújtást. A gyors reagálás kerete, beleértve az előleg kifizetését is, lehetővé teszi az Unió számára, hogy elérje ezeket a célkitűzéseket.

Az EP ezért támogatta, hogy a fenti összegeket vegyék fel a 2017-es költségvetésbe.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I supported the current proposal for adding EUR 50 million to the annual EU budget for 2017 in commitment and payment appropriations for the payment of advances from the European Union Solidarity Fund (EUSF). The EUSF was set up to enable the Union to respond to emergency situations caused by major natural disasters and to express European solidarity to disaster-stricken regions within Europe. In this context, the amount of EUR 50 million will definitely enhance the EUSF's effectiveness and response capacity by speeding up the disbursement of aid to affected regions through the payment of an advance before the final award decision has been taken. In general, however, enhanced effectiveness and response capacity of the EUSF means more solidarity, and more solidarity means more EU. Therefore, we should support it.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu, car ce texte est essentiellement technique et ne fait qu'entériner des décisions prises par les États membres. Par ailleurs, son impact budgétaire est nul.

Javi López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor del informe, porque tiene por objeto incluir en el presupuesto general de la Unión para 2017 el importe de 50 millones de euros para el pago de anticipos en caso de que el año que viene ocurriera algún desastre. Así como, se recomienda que estos importes se incluyan en el Presupuesto para 2017.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Uredbom o VFO-u za razdoblje 2014. – 2020. (članak 10.) omogućuje se mobilizacija Fonda u okviru godišnje granice od 500 milijuna EUR iznad granica relevantnih naslova financijskog okvira. Ovaj prijedlog odluke Europskog parlamenta i Vijeća nije povezan s određenom katastrofom, već se njime u opći proračun Unije za 2017. nastoji unijeti iznos od 50 milijuna EUR u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza i plaćanja, radi pravodobnoga i učinkovitoga plaćanja predujmova ako tijekom sljedeće godine dođe do katastrofe.

To je izravni rezultat nove odredbe u Uredbi o izmjeni iz 2014.(2) (članak 4.a), kojom se nastoji ubrzati isplaćivanje pomoći pogođenim zemljama plaćanjem predujma prije donošenja konačne odluke o dodjeli, čime bi se povećala djelotvornost Fonda. Iznos predujma ne bi trebao premašivati 10 % predviđenoga financijskoga doprinosa i 30 milijuna EUR. Predujam se isplaćuje ne dovodeći u pitanje konačnu odluku o mobilizaciji Fonda, a Europska komisija osigurat će povrat nepropisno isplaćenih predujmova od države članice. Ovo izvješće preporučuje da se ti iznosi uvrste u proračun za 2017. godinu.

Budući da EUSF nije samo još jedan oblik financijske potpore EU-a nego se njime doprinosi slanju jasne političke poruke solidarnosti te se istodobno pruža silno potrebna pomoć pogođenim građanima, podržala sam ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Podporujem návrh, aby Európsky parlament zahrnul do všeobecného rozpočtu Únie na rok 2017 sumu 50 miliónov EUR vo viazaných a v platobných rozpočtových prostriedkoch s cieľom umožniť účinnejšie poskytovanie včasných záloh v prípade katastrof počas budúceho roka.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την πληρωμή προκαταβολών στον γενικό προϋπολογισμό της Ένωσης για το 2017, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte, qui a pour objectif de mobiliser 50 millions d'euros du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE). Ce fond permet aux États membres victimes d'une catastrophe particulière d'avoir recours à une aide temporaire. En l'espèce, cette mobilisation n'est pas liée à une catastrophe mais permet d'inscrire ce montant en crédits d'engagement et de paiement et, par conséquent, de pouvoir y avoir accès plus rapidement et de manière plus efficace en cas de besoin.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on mobilisation of the EU Solidarity Fund to provide for payment of advances in the 2017 budget. Increasing the general budget by the amount of EUR 50 million symbolises solidarity for any Member State that falls victim to the damage caused by a natural disaster. Furthermore, mobilising the budget will contribute to the European Union Solidarity Fund's aim to enable the Union 'to respond in a rapid, efficient and flexible manner to emergency situations'. Lastly, mobilising the budget will also ensure the timely availability of budgetary resources as well as enhancing the Fund's effectiveness.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Um in Katastrophenfällen Vorauszahlungen leisten und schneller reagieren zu können, sollen zusätzliche 50 Mio € in das Budget eingeplant werden. Dem stimme ich zu.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce texte vise à mobiliser 50 millions d'euros du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) auxquels peuvent avoir recours les États membres ou en voie d'adhésion victimes d'une catastrophe naturelle. Cette mobilisation n'est pas liée à une catastrophe particulière mais permettra d'inscrire ces 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement au budget général de l'UE pour l'année 2017. Cela permettra, si besoin est, de mobiliser des fonds de façon plus rapide et efficace. J'ai alors voté en faveur de ce dossier.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because the EU Solidarity Fund is in place to assist Member States in responding to emergency situations related to natural disasters, and advance payments enable the Fund to be mobilised rapidly and, crucially, when it is needed.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le Fonds de solidarité a pour objectif de permettre à l'Union européenne de répondre à des situations d'urgence afin d'exprimer sa solidarité à l'égard des populations touchées par des catastrophes naturelles. La proposition de décision vise à ajouter au budget général de l'Union pour l'année 2017 un montant maximal de 50 millions d'EUR en crédits d'engagement et de paiement afin de pouvoir verser rapidement et efficacement des avances d'aide en cas de catastrophe naturelle en 2017, en amont de la décision finale d'attribution. Le montant de cette avance ne doit pas dépasser 10 % du montant de la contribution financière prévue et ne peut pas être supérieur à 30 millions d'EUR, d'une part, et le montant maximal accordé au Fonds ne peut pas dépasser 500 000 000 EUR, d'autre part.

Je soutiens cette proposition de décision qui permet à l'UE de faire face à ses responsabilités et d'afficher sa solidarité avec les pays frappés par des catastrophes naturelles. Il me semble important qu'elle puisse agir le plus vite possible afin de limiter les dégâts et d'améliorer la sécurité et les conditions de la population touchée.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which highlights that an advance can be granted at the request of a Member State and following a preliminary assessment of the relevant EUSF application by the Commission. The proposal is not linked to a specific disaster. Instead, it aims at entering into the general budget of the Union for 2017 the amount of EUR 50 million (in commitment and payment appropriations) to enable a timely and efficient reaction in the event of a disaster occurring next year.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapját a 2002-es árvízkatasztrófák után hozták létre. Az Alap célja a nagy természeti katasztrófák által sújtott országok iránti uniós szolidaritás azonnali kinyilvánítása. A 2014-2020-as időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keretről szóló rendelet 10. cikke 2011-es árakon 500 millió euró 2011-es árakon éves plafonig teszi lehetővé az alap igénybevételét, a pénzügyi keret vonatkozó fejezeteinek felső korlátain felül.

A Bizottság ezzel kapcsolatban határozati javaslatot terjesztett az Európai Parlament és a Tanács elé, amelynek célja nem egy konkrét katasztrófa okozta károk enyhítése, hanem 50 millió euró elkülönítése az Unió 2017-es költségvetésében kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában, annak érdekében, hogy egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén az előlegeket időben és hatékonyan lehessen kifizetni.

A Költségvetési Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a parlament a határozati javaslatot hagyja jóvá. Ennek megfelelően szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) foi criado com o objetivo de permitir à União responder a situações de emergência provocadas por catástrofes naturais de grandes proporções e manifestar solidariedade europeia às regiões sinistradas da Europa.

O artigo 10.º do Regulamento QFP para o período 2014-2020 permite a mobilização do Fundo dentro do limite máximo anual de 500 milhões de EUR (a preços de 2011), para além das rubricas correspondentes do quadro financeiro.

A atual proposta de decisão do PE e do Conselho tem como fim inscrever no orçamento geral da União para 2017 o montante de 50 milhões de EUR em dotações de autorização e de pagamento para o pagamento de adiantamentos, de forma eficiente e atempada, caso ocorra uma eventual catástrofe no próximo ano.

Subscrevo a posição da relatora, que o FSUE não é apenas um mecanismo de apoio financeiro da UE, mas é também uma mensagem política clara de solidariedade, ao mesmo tempo que presta a assistência necessária aos cidadãos afetados.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte vise à mobiliser 50 millions d'euros du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) auquel peuvent avoir recours les États membres ou en voie d'adhésion victimes d'une catastrophe naturelle. Cette mobilisation n'est pas liée à une catastrophe particulière mais permettra d'inscrire ces 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement au budget général de l'Union pour l'année 2017. Cela permettra, si besoin en était, de mobiliser des fonds de façon plus rapide et efficace.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la mobilisation de 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement au titre du Fonds de solidarité de l'Union européenne aux fins de paiement d'avances. Ce Fonds de solidarité permet à l'Union européenne de répondre de façon rapide et efficace à une situation d'urgence liée à la survenance d'une catastrophe naturelle.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In 2002 the European Union Solidarity Fund was set up as a response to major natural disasters and to express the EU's solidarity towards disaster-struck regions within Europe. Since then it has been used for 72 disasters by 24 different countries. I have voted for this report that will provide payment of advances in the 2017 budget for the EUSF. The advance payment should not exceed EUR 30 million or 10% of the anticipated financial contribution.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This file sought for the possibility of advanced payments from the EU solidarity fund of up to EUR 50 000 000 to be made available for payments in advance, but the overall maximum amount of the fund, EUR 500 000 000 could not be exceeded. As it only sought advance payments and no increase in funds I supported it.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da 50 Millionen Euro für etwaige Katastrophenfälle miteingeplant werden sollen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Solidaarsusfond on mõeldud looduskatastroofidega toimetulemiseks ning selle tõhusamaks rakendamiseks on vaja kiiremat ettemaksete tegemise süsteemi.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Το Ταμείο Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης (ΤΑΕΕ) συστάθηκε με σκοπό να επιτρέψει στην Ένωση να αντιδρά σε καταστάσεις έκτακτης ανάγκης που προκαλούνται από μείζονες φυσικές καταστροφές.

Η παρούσα πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου αποσκοπεί στο να εγγραφεί στον γενικό προϋπολογισμό της Ένωσης για το 2017 το ποσό των 50 εκατομμυρίων ευρώ, σε πιστώσεις αναλήψεων υποχρεώσεων και πληρωμών, για τη χορήγηση προκαταβολών κατά τρόπο έγκαιρο και αποτελεσματικό σε περίπτωση καταστροφής το προσεχές έτος.

Πρόκειται για άμεσο αποτέλεσμα της νέας διάταξης του τροποποιητικού κανονισμού του 2014, η οποία αποσκοπεί στην επιτάχυνση της εκταμίευσης της βοήθειας προς τις πληγείσες χώρες, με τη χορήγηση προκαταβολής πριν ληφθεί οριστική απόφαση σχετικά με τη χορήγηση βοήθειας, ώστε να ενισχυθεί με τον τρόπο αυτό η αποτελεσματικότητα του Ταμείου.

Το ΤΑΕΕ δεν αποτελεί απλώς μία ακόμη μορφή χρηματοδοτικής στήριξης από την ΕΕ, αλλά συμβάλλει επίσης στο να δίνεται ένα σαφές πολιτικό μήνυμα αλληλεγγύης και παράλληλα να χορηγείται η αναγκαία βοήθεια στους πολίτες που έχουν πληγεί. Η δυνατότητα ταχείας αντίδρασης, μεταξύ άλλων με τη χορήγηση προκαταβολής, θα βοηθήσει την Ένωση να επιτύχει τους στόχους αυτούς.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che il Fondo Solidarietà dell'Ue (FSUE) è stato istituito proprio dall'Unione europea per far fronte alle catastrofi gravi ed offrire solidarietà alle Nazioni colpite. Sussiste un'ulteriore buona motivazione per votare a favore di tale proposta ed è la conformità con il regolamento QFP per il periodo 2014-2020; infatti l'articolo 10 sancisce la possibilità della mobilizzazione del fondo entro un massimale annuo di 500 milioni di euro. Inoltre ci permetterebbe di intervenire in modo tempestivo al verificarsi di catastrofi per aiutare la popolazione colpita. Tale fondo consente anche di inviare alle popolazioni danneggiate un messaggio di solidarietà, cosicché non si sentano abbandonate al loro destino. Pertanto ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Podržavam izvješće o mobilizaciji Fonda solidarnosti Europske unije kako bi se omogućila isplata predujmova za štete nastale uslijed katastrofa na području Europske unije. Budući da je izgledno kako će se u narednom razdoblju događati sve više katastrofa, uzrokovanih tehničko-tehnološkim pogreškama, ali i djelovanjem prirode (primjerice suše, poplave, ledene kiše, mraz, olujni vjetrovi), za očekivati je da će biti potrebno pripremiti sredstva kojima će se pogođenim područjima omogućiti brz oporavak i nastavak normalnog života. Izgledno je i da će većina budućih katastrofa imati širi regionalni kontekst te da će biti teško lokalizirati obujam i pogođeno područje. U tu svrhu, važno je poticati prekograničnu suradnju te u postojeće kapacitete fondova ugraditi i kategoriju ovakvih katastrofa. Šteta na infrastrukturi, posebice stambenim objektima, prometnicama i komunalnim kapacitetima mora biti u kratkom vremenu uklonjena kako bi se omogućio normalan život nakon katastrofe. Predujmovi u tom smislu igraju važnu ulogu jer omogućuju instant djelovanje, bez čekanja da se ispune svi proceduralni zahtjevi kako bi se državi omogućio pristup sredstvima za obnavljanje štete nastale uslijed katastrofe užih ili širih razmjera.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce texte vise à mobiliser 50 millions d'euros du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) auquel peuvent avoir recours les États membres ou en voie d'adhésion victimes d'une catastrophe naturelle. Cette mobilisation n'est pas liée à une catastrophe particulière mais permettra d'inscrire ces 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement au budget général de l'Union pour l'année 2017. Cela permettra, si besoin en était, de mobiliser des fonds de façon plus rapide et efficace. Je vote donc pour.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – U okviru općeg proračuna Unije za financijsku godinu 2017. mobilizira se Fond solidarnosti Europske unije kako bi se osigurao iznos od 50 000 000 EUR u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza i odobrenim sredstvima za plaćanja radi plaćanja predujmova.

Ovo je izravni rezultat nove odredbe koju je Europski parlament branio i kojoj je cilj ubrzati isplaćivanje pomoći pogođenim zemljama preko plaćanja predujma prije donošenja konačne odluke o dodjeli, čime bi se povećala djelotvornost Fonda. Na insistiranje Parlamenta u Uredbu (EU) br. 661/2014 uvrštena je odredba kojom se predlaže da se u proračunu svake godine predvidi iznos do 50 milijuna EUR u obvezama i plaćanjima kako bi se zajamčila pravodobna dostupnost proračunskih sredstava.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta mobilização não se trata par responder a uma situação específica de emergência, ou a qualquer catástrofe em particular, trata-se de mobilizar à partida 50 milhões de euros em dotações de autorização e de pagamento para que caso ocorra alguma catástrofe no ano de 2017, se possa proceder ao pagamento de adiantamentos, de forma mais eficiente e atempada. Esta medida vem responder às justas críticas a este fundo quanto à morosidade da sua mobilização para ajuda solidária aos Estados Membros em situações de emergência.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Fundusz Solidarności Unii Europejskiej (FSUE) został ustanowiony w 2002 roku, aby świadczyć pomoc finansową dla państw dotkniętych poważnymi klęskami żywiołowymi oraz nadzwyczajnymi katastrofami o zasięgu regionalnym. Art. 4a przepisów towarzyszących powstaniu tego instrumentu zezwala Komisji na zaproponowanie Funduszu Solidarności Unii Europejskiej w wysokości 50 mln EUR w projekcie budżetu ogólnego na wypłatę zaliczek w roku następnym.

Komisja przedstawiła propozycję uruchomienia FSUE w łącznej wysokości 50 mln EUR na zobowiązania i płatności w maju 2016 roku, w celu wypłaty państwom członkowskim zaliczek, które będzie można szybko i efektywnie wykorzystać w sytuacji katastrof i klęsk żywiołowych mogących mieć miejsce w 2017 roku. Poparłem propozycję, gdyż zapewnia ona wsparcie budżetowe na natychmiastową reakcję na katastrofy naturalne.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Dans le cadre du FSUE, je me suis prononcé en faveur du rapport visant à inscrire au budget général de l'Union pour l'année 2017, et pour les années suivantes, le montant de 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement aux fins du versement rapide et efficace d'avances au cas où une catastrophe surviendrait l'année suivante. Cela accélérera le versement de l'aide aux pays touchés en octroyant une avance avant que la décision finale d'attribution ne soit prise, et renforcera ainsi l'efficacité du FSUE.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — El Fondo de Solidaridad tiene como objetivo que la Unión pueda responder de manera rápida, eficiente y flexible a las situaciones de emergencia con el fin de solidarizarse con la población de las regiones afectadas por catástrofes.

Mediante esta Decisión, que he votado favorablemente, se consigna en el presupuesto general de la Unión para 2017 el importe de 50 millones de euros en créditos de compromiso y de pago, para el pago puntual y eficaz de anticipos, en el caso de que sobrevenga alguna catástrofe.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne aux fins du paiement d'avances dans le cadre du budget général de l'Union pour 2017. Ce fonds est destiné à faire face aux urgences conséquentes aux catastrophes naturelles. Il s'agit de l'un des importants outils de solidarité de l'Union européenne, sans lequel des régions sinistrées n'auraient pu se relever. Il faut pour cela que les pays meurtris reçoivent une avance avant décision finale d'attribution, ceci afin de pouvoir apporter une aide efficace aux citoyens touchés et de pouvoir le faire rapidement. Chaque année, un montant maximal de 50 millions d'euros sera inscrit au budget en crédits d'engagement et de paiement pour garantir la disponibilité en temps utile des ressources budgétaires. Il s'agit là d'une décision tant positive que nécessaire.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pritariu siūlymui panaudoti Europos Sąjungos solidarumo fondo lėšas tam, kad būtų galima laiku sumokėti iš 2017 m. Sąjungos bendrojo biudžeto skirtus avansinius mokėjimus. Negalime leisti, kad paramos gavėjai (daugelis iš jų yra savivaldybės, kitos viešosios valdžios institucijos) lįstų į skolas tam, kad galėtų įgyvendinti ES finansuojamus projektus.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) foi criado para dar resposta a situações de emergência provocadas por grandes catástrofes naturais e manifestar solidariedade europeia às regiões sinistradas da restante Europa.

O FSUE visa ajudar financeiramente os Estados-Membros e os países que negoceiam a sua adesão, quando o total dos danos diretos causados pela catástrofe exceder 3 mil milhões de euros ou 0,6 % do RNB do país, consoante o que for menor.

O Regulamento para o período 2014-2020 permite a mobilização do FSUE dentro do limite máximo de 500 milhões de euros por ano. A atual proposta de decisão do Parlamento Europeu (PE) e do Conselho pretende inscrever no orçamento geral da União para 2017 o montante de 50 milhões de euros em dotações de autorização e de pagamento, para o pagamento de adiantamentos.

Esta nova disposição visa acelerar o desembolso do FSUE aos países afetados, através do pagamento de um adiantamento antes de ser tomada a decisão final da sua atribuição, reforçando assim a eficácia do Fundo, (sendo que o mesmo só será concedido depois de uma avaliação preliminar da Comissão).

Por concordar com o teor deste relatório, votei-o favoravelmente.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El Fondo de Solidaridad de la Unión proporciona ayuda financiera a los Estados miembros y candidatos que hayan sufrido una catástrofe natural grave (superior a 3 000 millones de euros o el 0,6 % del PIB); una ayuda que también pueden recibir las regiones. En el pasado, he criticado las dificultades administrativas para acceder al fondo y la rigidez en su implementación, ya que dificultan que las cantidades disponibles lleguen a gastarse, a pesar de que cada vez es mayor la frecuencia de catástrofes naturales.

El objeto de la presente decisión es asegurar que 50 millones del total del fondo están disponibles inmediatamente para cualquier emergencia. Considero que éste es un paso positivo, por lo que he votado a favor.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of mobilising the EU Solidarity Fund to provide for payment of advances in the 2017 budget. On 30 June 2016 the Commission put forward a proposal to mobilise the EU Solidarity Fund for a total amount of EUR 50 million (in both commitment and payment appropriations).

The proposal is not linked to a specific disaster. Instead, it aims at entering [this amount] into the general budget of the Union for 2017 in order to enable a timely and efficient reaction in the event of a disaster occurring next year. This report is therefore directly linked to the agreement on the 2017 EU Budget as a whole.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za. Považujem za potrebné zabezpečiť včasnú dostupnosť rozpočtových zdrojov Fondu solidarity. Fond solidarity bol zriadený v roku 2002 po tragických záplavách v EÚ a slúži na vyjadrenie solidarity EÚ s krajinami postihnutými vážnymi prírodnými katastrofami. Pri odstraňovaní následkov prírodnej katastrofy treba jednať rýchlo, a teda aj uvoľniť čo najskôr finančné prostriedky, ktoré pri tom pomôžu.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Presunutie 50 miliónov EUR z Fondu solidarity do rozpočtu roku 2017 som schválila. Súhlasím s tým, aby sa týmto spôsobom zabezpečila dostupnosť finančných zdrojov na nepredvídateľné udalosti, ku ktorým môže aj v roku 2017 dôjsť. Tieto prostriedky budú presunuté z Fondu solidarity, ktorého cieľom je reagovať pružným spôsobom na núdzové situácie. Aby však boli určité prostriedky dostupné aj priamo v rozpočte, časť z alokácie pre Fond solidarity je možné presunúť. Nedávne zemetrasenia, ktoré postihli Taliansko, sú príkladom tragických udalostí, na ktoré je tieto zdroje možné využiť. Presunuté prostriedky však nie sú určené na nejakú konkrétnu katastrofu, ale budú predstavovať rezervu na akékoľvek pohromy. Takýmto spôsobom bude možné včas a účinne vyplácať zálohy na katastrofy počas budúceho roka. Postup, ktorý tu Parlament zvolil, sa začal uplatňovať už v roku 2014 a odvtedy sa každoročne v rámci súčasného viacročného finančného rámca presúvajú tieto prostriedky do rozpočtu. Zálohu na nepredvídateľné udalosti bude možné poskytnúť len vtedy, keď žiadosť predloží členský štát pre prípady priamej pomoci občanom. Tým, že budú peniaze dostupné v rozpočte, bude možné zálohy vyplatiť rýchlejšie, ešte pred konečným rozhodnutím o poskytnutí pomoci.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Solidarnostni sklad Evropski uniji omogoča, da se hitro, učinkovito in prožno odziva na izredne razmere in s tem izkaže svojo solidarnost s prebivalstvom tistih regij, ki so jih prizadele naravne nesreče.

Poročilo o uporabi Solidarnostnega sklada za plačilo predplačil v okviru splošnega proračuna za leto 2017 pozdravlja sklep Parlamenta in Sveta, ki ugotavlja, da bi bilo za izplačilo predplačil treba uporabiti sredstva sklada v višini 50 milijonov EUR, da se pravočasno zagotovi dovolj sredstev v splošnem proračunu Evropske unije za leto 2017.

To je sicer najvišji možni znesek uporabe tega sklada, ki se lahko odobri v primerih, ko je potrebno hitro ukrepanje in morajo biti proračunska sredstva na voljo pravočasno. Ta predlog ni vezan na specifično nesrečo, pač pa zagotavlja vnos nujnih sredstev v splošni proračun Unije, da bo v primeru prihodnjih nesreč s sredstvi možno takoj razpolagati.

Poročilo Parlamenta sem pri glasovanju podprl, saj poleg podpore sklepu Parlamenta in Sveta vsebuje pomembno sporočilo, da Solidarnostni sklad ni le ena od oblik finančne podpore EU, ampak predvsem jasen politični izraz solidarnosti do državljanov v stiski.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Z Fondu solidarity EÚ môže byť poskytnutá pomoc členským štátom a krajinám, ktoré sa zúčastňujú na prístupových rokovaniach, v prípade „veľkej prírodnej katastrofy“. Cieľom súčasného návrhu je zabezpečiť, aby bolo možné včas a účinne vyplácať zálohy v prípade katastrofy počas budúceho roka. FSEÚ okrem iného aj prispieva k vyslaniu jasného politického signálu solidarity a zároveň poskytuje postihnutým občanom tak veľmi potrebnú pomoc. Únii pomôže pri dosahovaní týchto cieľov schopnosť rýchlo reagovať, a to aj prostredníctvom vyplatenia zálohy.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union für Vorauszahlungen im Rahmen des Gesamthaushaltsplans der Union für das Haushaltsjahr 2017 habe ich nicht zugestimmt.

Damit werden im Rahmen des Gesamthaushaltsplans der Union für das Haushaltsjahr 2017 aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union Mittel für Verpflichtungen und Mittel für Zahlungen in Höhe von 50 000 000 EUR für Vorauszahlungen bereitgestellt.

Der Solidaritätsfonds wirkt wie eine supranationale Versicherung gegen Naturkatastrophen und ich begrüße ihn und Auszahlungen daraus grundsätzlich. Es gibt jedoch keinerlei Grund, Vorauszahlungen aus diesem Fonds zu leisten. Jeder Staat ist liquide genug, um aus seinen eigenen Haushaltslinien entsprechende Zahlungen vorzustrecken, insbesondere im Hinblick auf die üblicherweise maximal zweistelligen Millionenbeträge, die ausgeschüttet werden.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Fond solidarnosti Europske unije osnovan je kako bi se njime odgovorilo na hitna stanja prouzročena prirodnim katastrofama velikih razmjera te izrazila solidarnost s regijama pogođenima katastrofom.

Mobilizacija Fonda solidarnosti Europske unije u iznosu od 50 milijuna eura nije povezana s određenom katastrofom, nego je cilj omogućiti isplate predujmova u opći proračun Unije za 2017. Time bi se omogućila brza i efikasna distribucija sredstava u slučaju da dođe do katastrofe tijekom sljedeće godine.

Ovaj je prijedlog moguć jer je Parlament ustrajao tijekom 2014. na promjeni potrebnih propisa, a s ciljem ubrzanja isplate ugroženima.

Podržavam mobilizaciju Fonda solidarnosti Europske unije jer je jako važno da stradalnici u prirodnim katastrofama odmah prime pomoć u prvim trenucima nakon katastrofe koji su egzistencijalno najteži.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi Solidarnostnega sklada Evropske unije za plačilo predplačil v okviru splošnega proračuna Unije za leto 2017.

Sestavni del proračunskega paketa je tudi predlog sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi Solidarnostnega sklada Evropske unije, s katerim se zagotavlja 50 milijonov eurov za ta sklad za predplačila v primeru nesreč.

Solidarnostni sklad Evropske unije je več kot le finančna podpora. Je tudi politično sporočilo o solidarnosti, prizadetim državljanom pa ponuja potrebno pomoč. Hitro odzivanje, tudi z vnaprejšnjimi izplačili, bo Uniji pomagalo pri uresničevanju teh ciljev.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ οφείλει να χρησιμοποιεί όλα τα διαθέσιμα εργαλεία και με προνοητικότητα να προβαίνει στις απαραίτητες ενέργειες, ώστε να αντιδρά έγκαιρα και αποτελεσματικά στις περιπτώσεις απρόβλεπτων καταστροφών στο έδαφός της.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapjának (a továbbiakban: az alap) célja, hogy az Unió gyors, hatékony és rugalmas módon legyen képes a vészhelyzetekre reagálni és kifejezni szolidaritását a katasztrófa sújtotta régiók lakosságával.

Minden olyan esetben, amikor az a költségvetési források időben történő rendelkezésre állásának biztosításához szükséges, az alapot legfeljebb 50 000 000 EUR összegig igénybe lehet venni előlegfizetés céljára, a kapcsolódó előirányzatoknak az Unió általános költségvetésébe való felvételével.

Az Európai Parlament és a Tanács jelenlegi határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2017-es költségvetésében, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén.

Az előleget valamely tagállam kérésére lehet kifizetni azt követően, hogy a Bizottság előzetesen értékelte a Szolidaritási Alap igénybevételére vonatkozó kérelmet. Az előleg összege nem haladhatja meg a várható pénzügyi hozzájárulás 10%-át, illetve 30 millió eurót.

A Szolidaritási Alap erősíti a szolidaritás egyértelmű politikai üzenetét, miközben biztosítja az érintett polgárok által sürgősen igényelt segítségnyújtást. A gyors reagálás kerete, beleértve az előleg kifizetését is, lehetővé teszi az Unió számára, hogy elérje ezeket a célkitűzéseket.

Az EP ezért támogatta, hogy a fenti összegeket vegyék fel a 2017-es költségvetésbe.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – This report aims at entering into the general budget of the Union for 2017 the amount of EUR 50 million (in commitment and payment appropriations) to enable a timely and efficient reaction in the event of a disaster occurring next year. The proposal is not linked to a specific disaster. As proposed by the Budget Committee, I support these amounts being included in the 2017 EU budget, as it is directly linked to the agreement on the 2017 EU budget as a whole, and in the light of the European Commission's proposal from 30 June 2016 to mobilise the EU Solidarity Fund for this amount.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte. La présente proposition de décision du Parlement européen et du Conseil n'est pas liée à une catastrophe particulière. Elle vise plutôt à inscrire au budget général de l'Union pour l'année 2017 le montant de 50 millions d'EUR en crédits d'engagement et de paiement aux fins du versement rapide et efficace d'avances au cas où une catastrophe surviendrait l'année prochaine.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o mobilizaciji Fonda solidarnosti Europske unije kako bi se omogućila isplata predujmova u opći proračun Unije za 2017. Fond solidarnosti Europske unije osnovan s ciljem da pruži financijsku pomoć državama članicama Europske unije pogođenim prirodnim katastrofama, a u svrhu slijeđenja načela solidarnosti Europske unije. Ovaj prijedlog, međutim, nije povezan s nekom već nastalom katastrofom koju je potrebno sanirati. Njim se nastoji u opći proračun Europske unije za 2017. godinu unijeti iznos od 50 milijuna eura s odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza radi pravodobnog plaćanja predujmova ako u sljedećoj godini dođe do katastrofe. Takve mjere predostrožnosti, koja će olakšati i ubrzati eventualan proces pružanja pomoći u potpunosti podržavam te smatram da njim Europska unija postavlja kvalitetan sustav prevencije te iskazuje visoku razinu spremnosti na moguće katastrofe.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Izvješćem o mobilizaciji Fonda solidarnosti Europske unije kako bi se omogućila isplata predujmova u opći proračun 2017. godine mobilizira se 50 milijuna eura u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza i odobrenim sredstvima za plaćanja radi predujmova za 2017. godinu.

Državama koje se suočavaju s većim prirodnim katastrofama ili izvanrednim regionalnim katastrofama uvelike znači pravodobna dostupnost financijske potpore, stoga mobilizacija 50 milijuna eura za isplatu predujmova osigurava prijeko potrebnu brzu pomoć građanima. Naime, iz iskustva s poplavama u Hrvatskoj mogu zaključiti kako je izuzetno bitno osigurati pravovremenu potporu građanima koji su izgubili krov nad glavom te na taj način pokazati svoju solidarnost. Budući da smatram da ljudima koji su pogođeni takvim katastrofama treba osigurati pravodobnu potporu, glasovala sam za usvajanje ovog izvješća.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi Solidarnostnega sklada Evropske unije za plačilo predplačil v okviru splošnega proračuna Unije za leto 2017 sem potrdila.

Solidarnostni sklad Evropske unije je bil ustanovljen, da se Uniji omogoči hitro odzivanje na izredne razmere, ki jih povzročijo hujše naravne nesreče, in kot izraz evropske solidarnosti s prizadetimi evropskimi regijami.

Ta predlog ni vezan na specifično nesrečo, temveč je namenjen vnosu 50 milijonov EUR v obveznostih in plačilih v splošni proračun Unije za leto 2017, da bo mogoče v primeru nesreče, ki bi se pripetila prihodnje leto, pravočasno in učinkovito izplačati predplačila.

Hitro odzivanje, tudi z vnaprejšnjimi izplačili, bo Uniji pomagalo pri izražanju solidarnosti in nudenju pomoči prizadetim državljanom.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe de Patricija Šulin. Es un fondo dedicado a potenciales emergencias causadas por desastres naturales de envergadura, que se refuerza. Se aplica en los casos en los que el desastre cause daños superiores a 3 000 millones de euros, o supera el 0,6 % de la Renta Nacional Bruta del país afectado. Supone un refuerzo de 50 millones de euros en autorizaciones y pagos para poder avanzar gastos a tiempo, en caso de que suceda un evento de estas características en 2017.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Fundusz Solidarności Unii Europejskiej został ustanowiony, aby świadczyć pomoc finansową dla państw dotkniętych poważnymi klęskami żywiołowymi oraz nadzwyczajnymi katastrofami o zasięgu regionalnym. Komisja przedstawiła propozycję uruchomienia funduszy strukturalnych UE w łącznej wysokości 50 mln EUR na zobowiązania i płatności w maju 2016 roku, w celu wypłaty państwom członkowskim zaliczek, które można będzie szybko i efektywnie wykorzystać w wypadku katastrof i klęsk żywiołowych, jakie mogą mieć miejsce w 2017 roku. Głosowałem więc za powyższą rezolucją.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapját (EUSZA) azért hozták létre, hogy lehetővé tegye az Európai Unió számára a reagálást a jelentős természeti katasztrófákra és kifejezésre juttassa az Európa katasztrófa sújtotta régióival való európai szolidaritást. A mostani javaslatot támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe de Patricija Šulin. Es un fondo dedicado a potenciales emergencias causadas por desastres naturales de envergadura, que se refuerza. Se aplica en los casos en los que el desastre cause daños superiores a 3 000 millones de euros, o supera el 0,6 % de la Renta Nacional Bruta del país afectado. Supone un refuerzo de 50 millones de euros en autorizaciones y pagos para poder avanzar gastos a tiempo, en caso de que suceda un evento de estas características en 2017.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on the mobilisation of the European Union Solidarity Fund to provide for the payment of advances in the general budget of the Union for 2017.

The European Union Solidarity Fund (EUSF) was set up to enable the Union to respond to emergency situations caused by major natural disasters and to express European solidarity to disaster-stricken regions within Europe. The Fund can provide financial aid to Member States and countries involved in accession negotiations in the event of a 'major natural disaster'. The MFF Regulation for the period 2014-2020 allows the mobilisation of the Fund within the annual ceiling of EUR 500 million (2011 prices), over and above the relevant headings of the financial framework. The current proposal for a decision of the European Parliament and of the Council is not linked to a specific disaster. I voted in favour because I believe that the EUSF is not simply another form of EU financial support, but that it also contributes to sending a clear political message of solidarity, while providing much-needed assistance to affected citizens.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El objetivo de este fondo es capacitar a la Unión para responder a las situaciones de emergencia ante desastres naturales. Mediante esta propuesta se pide la inserción de 50 millones de euros en el presupuesto general de la Unión para 2017, destinada a los adelantos de pago ante cualquier catástrofe para poder actuar de un modo más eficiente. Hablamos de una medida sujeta a una evaluación previa y que, en todo caso, no puede exceder el 10 % de la contribución financiera ni del monto máximo de 30 millones de euros. Esta iniciativa va a facilitar que se pueda actuar de un modo rápido, y siempre, sujeto a un control proporcional ante desastres naturales, por lo que creo conveniente votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El Fondo de Solidaridad de la Unión proporciona ayuda financiera a los Estados miembros y candidatos que hayan sufrido una catástrofe natural grave (superior a 3 000 millones de euros o el 0,6 % del PIB); una ayuda que también pueden recibir las regiones. En el pasado, he criticado las dificultades administrativas para acceder al fondo y la rigidez en su implementación, ya que dificultan que las cantidades disponibles lleguen a gastarse, a pesar de que cada vez es mayor la frecuencia de catástrofes naturales.

El objeto de la presente decisión es asegurar que 50 millones del total del fondo están disponibles inmediatamente para cualquier emergencia. Considero que éste es un paso positivo, por lo que he votado a favor.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos a falar de um mobilização de 50 milhões de euros em dotações de autorização e de pagamento para que caso ocorra alguma catástrofe no ano de 2017, se possa proceder ao pagamento de adiantamentos, de forma mais eficiente e atempada. Esta medida vem responder às justas críticas a este fundo quanto à morosidade da sua mobilização para ajuda solidária aos Estados Membros em situações de emergência.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Da es bei diesem Bericht über Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der EU für Vorauszahlungen im Rahmen des Haushaltsplans 2017 darum geht, dass 50 Millionen Euro für etwaige Katastrophenfälle im Budget eingeplant werden sollen, um bei etwaigen Katastrophenfällen Vorauszahlungen gewährleisten und somit auch schneller reagieren zu können, habe ich den Bericht mitgetragen.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Solidarity Funding is an aspect of cross-border support which demonstrates the EU's core values. This is the kind of solidarity that the UK has benefited from in its more than 40 years of EU membership.

Labour MEPs will continue to stand up for our common European values of solidarity across borders, tolerance, openness and dialogue.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la mobilizarea Fondului de solidaritate al Uniunii Europene pentru efectuarea unor plăți în avans în cadrul bugetului pentru 2017, care prevede înscrierea în bugetul general al Uniunii pentru 2017 suma de 50 de milioane EUR sub formă de credite de angajament și de plată. Această sumă este necesară pentru a plăti într-un mod mai rapid și mai eficient avansurile în cazul unei catastrofe care ar putea surveni în exercițiul următor. FSUE nu este doar o altă formă de asistență financiară acordată de UE, ci acest fond contribuie, de asemenea, la transmiterea unui mesaj politic clar de solidaritate, oferind un sprijin foarte necesar cetățenilor afectați. O capacitate de reacție promptă, inclusiv prin plata unui avans, va ajuta Uniunea să își îndeplinească aceste obiective.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – L'obiettivo di questa proposta è quello di iscrivere nel bilancio generale dell'Unione per il 2017 un importo di 50 milioni di euro in stanziamenti di impegno e di pagamento per il versamento di anticipi a titolo del Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE), per cercare di garantire una risposta più rapida nel caso si dovessero verificare catastrofi naturali il prossimo anno. Bisogna sottolineare che l'anticipo è concesso su richiesta di uno Stato membro e previa valutazione preliminare della relativa domanda al FSUE da parte della Commissione, e che tale somma non può superare il 10% del contributo finanziario previsto e non può inoltre essere superiore ai 30 milioni di euro. Va ricordato che il regolamento sul QFP per il periodo 2014-2020 consente la mobilitazione del FSUE entro un massimale annuo di 500 milioni di euro, al di sopra dei limiti delle pertinenti rubriche del QFP. Sicuramente questo strumento ha delle evidenti lacune, ma al momento è quanto si ha a disposizione, e inoltre la possibilità di prevedere degli anticipi è una positiva modifica aggiunta successivamente rispetto alla versione iniziale del regolamento del FSUE.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de beschikbaarstelling van voorschotten uit het solidariteitsfonds.

Het Solidariteitsfonds is bedoeld om onder voorwaarden te bijstand te verlenen aan landen die zijn getroffen door natuurrampen. Voorgesteld wordt € 50 miljoen te bestemmen om voorschotten uit het fonds te betalen.

De PVV vindt het onnodig dat de EU fondsen beschikbaar stelt voor noodhulp. Nationale staten kunnen zelf bepalen hoeveel en aan welke andere landen zij hulp wensen te bieden. Ook het betalen door de EU van voorschotten op dergelijke hulp acht de PVV onnodig.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh rozhodnutia o mobilizácii Fondu solidarity EÚ s cieľom zabezpečiť vyplácanie záloh v rámci všeobecného rozpočtu Únie na rok 2017 som podporila. Fond solidarity je už od svojho založenia v roku 2002 významným prostriedkom finančnej pomoci členským štátom, ktoré postihli prírodné katastrofy. Je to zároveň spôsob, ako členským štátom ukázať, že v prípade prírodných katastrof nezostanú na obnovu zničených regiónov samy, ale dočkajú sa pomoci a vyjadrenia solidarity od ostatných členov EÚ. Počet žiadostí o mobilizáciu tohto fondu, ktoré od jeho založenia boli zaznamenané, zároveň ukazuje, ako veľmi je tento fond potrebný a cenený. Práve preto som uvítala tento návrh, ktorý mobilizuje 50 000 000 EUR z rozpočtu na budúci rok, ktoré budú využité na vyplácanie záloh. V prípade prírodných katastrof je totiž neoceniteľná najmä rýchlosť, s akou je finančná pomoc poskytnutá. A práve toto rozhodnutie zabezpečí, že zálohy na obnovu budú poskytnuté v čo najkratšom čase.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi Solidarnostnega sklada Evropske unije za plačilo predplačil v okviru splošnega proračuna Unije za leto 2017.

Namen Solidarnostnega sklada Evropske unije je omogočiti Uniji, da se hitro, učinkovito in prožno odziva na izredne razmere in tako izkaže svojo solidarnost s prebivalstvom območij, ki so jih prizadele naravne nesreče.

Zato menim, da je upravičeno, da se za plačilo predplačil zagotovi znesek v višini 50 000 000 EUR v odobritvah za prevzem obveznosti in odobritvah plačil in tako omogoči učinkovito izvajanje sklada.

7.20. Haushaltsverfahren 2017: gemeinsamer Entwurf (A8-0353/2016 - Jens Geier, Indrek Tarand)

Dichiarazioni di voto scritte

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Idag röstade Europaparlamentet om den slutgiltiga uppgörelsen mellan rådet och parlamentet avseende EU-budgeten för 2017. EU behöver en budget för att fungera, och för att visa respekt för den överenskommelse som medlemsländerna ställt sig bakom valde jag att rösta ja. Jag och Kristdemokraterna markerade partiets hållning i budgetfrågan i samband med första behandlingen av budgeten i oktober. Kristdemokraterna är tydliga med att vi måste reformera EU och fokusera på kärnuppgifterna. Det innebär en ambition att stegvis minska utgifterna för jordbruksstöd, industrisubventioner och regionalpolitik.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Questa relazione ha ad oggetto l'accordo finale per il bilancio 2017, ottenuto al termine della procedura di conciliazione lo scorso 17 novembre. Il Parlamento europeo ha ottenuto l'inserimento in bilancio di alcuni incrementi, in particolare, tra gli altri, quelli per la Rubrica 1 a, per l'Iniziativa per l'occupazione giovanile, per la Rubrica 4 (Palestina) e per l'organico di alcune agenzie legate alla Rubrica 3 (Europol, Eurojust, EASO). Occorre segnalare anche la previsione di 76 nuovi impieghi per i gruppi politici, su forte pressione di PPE e S&D. Sono tuttavia presenti varie criticità, tra cui una mancanza di priorità politiche ben definite e di necessari tagli al fine di rendere questo bilancio sostenibile e credibile anche nei confronti dei cittadini europei. I continui incrementi dei costi amministrativi e burocratici (basti pensare a un adeguamento retroattivo dei salari del personale UE del 3,3%), pertanto, mi hanno portata a votare negativamente.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Si queremos abordar con seriedad la crisis de los refugiados, fomentar el crecimiento y hacer frente a los niveles todavía inaceptables de desempleo juvenil, necesitamos un presupuesto comunitario bien financiado y flexible.

El presupuesto que aprobamos hoy es un paso en la buena dirección. Hemos logrado obtener 500 millones de euros adicionales para la Iniciativa de Empleo Juvenil, una prioridad para nuestro grupo. Esto garantizará que millones de jóvenes europeos tengan la oportunidad de seguir estudiando, formándose o encontrar su primer empleo.

Además hemos logrado incrementar la financiación para programas que impulsan el desarrollo y abordan las causas de la crisis de refugiados: se ha acordado añadir 700 millones de euros para aumentar la ayuda a los países vecinos y en desarrollo y hemos conseguido un aumento de los fondos para apoyar a los refugiados palestinos.

Por todos estos motivos la delegación socialista española en el Parlamento Europeo ha votado a favor del Presupuesto de la Unión para 2017.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — For this file, I voted against. Despite the extra financing for the EU Youth Unemployment Initiative, this remains the most draconian budget in decades and this is reflected on the basis on the volume of cuts to funding to a number of progressive and social programmes that the Council have pushed through.

Despite the all efforts and requests from the European Parliament, Member States within the Council, in particular from the right-wing governments of the wealthier Member States, were lacking in solidarity towards the rest, [and this] was apparently a recurring feature of the negotiations.

The hallmark of this budget is that it indicates that austerity politics and policies driven by the Council will continue for the foreseeable future. Fundamentally there will also be cuts to tackling climate change, cuts to the European Institute for Gender Equality, social and cohesion funding which was forecast to be a 23.5 % reduction compared to 2016. All this whilst Trust funds for Turkey, Africa, etc. are to be reinforced.

.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce texte est un texte de compromis entre le budget 2017 tel que voté par les députés le 26 octobre dernier et les propositions initiales du Conseil.

La plupart des lignes budgétaires sont ainsi conservées. L'ambition initiale du Parlement est revue à la baisse.

Dans le détail, les moyens consacrés à la migration et à la sécurité augmentent de 11,3 % et de 12 % pour la croissance et l'emploi (incluant Erasmus+), qui sont les priorités affichées de ce budget. À noter que 500 millions d'euros sont mobilisés pour venir en aide aux secteurs agricoles touchés par des crises, notamment le secteur laitier.

Ce budget avalise et se félicite par ailleurs des fonds fiduciaires et de la facilité mis en place en faveur des réfugiés en Turquie, ce qui n'est pas acceptable.

En conclusion, si ce budget est bel et bien meilleur que celui adopté par le Parlement européen le 26 octobre dernier, il n'en reste pas moins excessif (l'objectif des 5 % de réduction des personnels dans les administrations décidé en 2013 et dont l'échéance arrive en 2017 ne fait l'objet d'aucun suivi sérieux, par exemple) et particulièrement immigrationniste. J'ai donc voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I oppose the increased spending on the European Union budget. British taxpayers, having voted to leave the European Union, would be shocked to find that we are being expected to send more money to the European Union next year.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the agreement on the allocation of the budget for 2017. In total they allocated EUR 157.86 billion for commitments. This sum has increased by almost EUR 3 billion from the 2016 commitments. The budget also leaves EUR 1.1 billion in order to be able to react to unforeseen events. The passage of this budget is extremely vital for the upcoming year. There is about 11.3% more money since 2016 dedicated to dealing with the migration and refugee crisis. The new budget also focuses on growth of the economy and youth prosperity. The Erasmus+ has been increased by 19%, [and this,] paralleled with an increase in funds to create new jobs, will boost economic growth. Youth is also aided in the employment sector by an additional EUR 500 million to help find jobs for young people. The budget also opens the doors for the Commission to be able to start their initiative that would let young people travel around Europe with ease. All in all the budget not only faces the current issues such as the refugee crisis, but it also looks into the future, both economically, socially, and culturally.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Europos Sąjungos 2017 finansinių metų bendrojo biudžeto bendro projekto, kurį Taikinimo komitetas patvirtino vykdant biudžeto procedūrą. Šiuo projektu buvo užtikrinta daugiau lėšų jaunimo užimtumui, smulkiam ir vidutiniam verslui, transporto infrastruktūrai, moksliniams tyrimams, o taip pat studentų mainų programai Erasmus+.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés a költségvetési eljárás keretében az egyeztetőbizottság által jóváhagyott, az Európai Unió 2017-es pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésének közös szövegtervezetéről szól. A jelentés végig megy azokon a tételeken, amelyekben a Tanács, a Bizottság és a Parlament az egyeztetőbizottság keretében megegyezett. Ezek szerint a 2017. évi költségvetés legfontosabb számai a következők: kötelezettségvállalási előirányzatok: 157,9 milliárd euró, kifizetési előirányzatok: 134,5 milliárd euró. Talán a legvitatottabb kérdés az egyeztetés során az 5%-os létszámcsökkentés volt.

Véleményem szerint a költségvetés jelképe az EU neoliberális gazdaságpolitikájának, ez mindenekelőtt a folyamatos korlátozásokban, például a javasolt 5%-os létszámleépítésben jelentkezik, aminek egyébként semmi értelme azon kívül, hogy kielégíti a teljesen elhibázott német neoliberális gazdaságpolitikai felfogást. Bár költségvetésre nyilvánvalóan szükség van az Unió működéséhez, de a neoliberális uniós gazdaságpolitika miatt elutasítottam ezt a költségvetést, ezzel kifejezve az Unió tragikus eredménnyel járó gazdaságpolitikájával való egyet nem értésünket.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce budget, quoique meilleur que celui adopté le 26 octobre 2016, est toujours excessif et particulièrement immigrationniste. J'ai voté contre ce texte qui ne prend pas au sérieux certains domaines pouvant faire l'objet de réelles économies, parfois déjà clairement identifiés, comme par exemple l'objectif des 5 % de réduction des personnels dans les administrations, décidé en 2013 et toujours très peu suivi alors que l'échéance arrivera courant 2017.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport sur le projet commun de budget général de l'UE pour 2017 tel qu'approuvé par le comité de conciliation, qui contient notamment l'appel à l'instrument de flexibilité pour 2017 pour fournir la somme de 530 millions d'euros en crédits d'engagement pour faire face à la situation migratoire et à la situation de la sécurité.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea ha dovuto affrontare, negli ultimi anni, sfide cruciali che hanno messo in discussione le sue capacità di intervenire efficacemente in un contesto sempre più mutevole. Migrazioni, catastrofi naturali, esigenze di rafforzamento degli investimenti per lo crescita, l'occupazione e la sicurezza sono alcune delle questioni chiave che richiedono una forte capacità di azione. La relazione Geier-Tarand, che ho sostenuto, approva il progetto di bilancio 2017 frutto della conciliazione con il Consiglio. Il testo si concentra su alcune priorità: un maggiore sostegno per i giovani disoccupati, fondi per incrementare le iniziative più importanti in favore delle PMI, i progetti per le infrastrutture di trasporto, la ricerca e la mobilità degli studenti con Erasmus+. Gli stanziamenti d'impegno nel bilancio 2017 ammontano a 157,86 miliardi di euro e 134,49 miliardi in stanziamenti di pagamento. Particolarmente importanti sono i 500 milioni di euro destinati alla YEI, l'iniziativa per l'occupazione giovanile, un segnale concreto dell'UE che va nella giusta direzione e che si affianca ai 728 milioni di euro diretti ad incrementare i fondi per la migrazione. L'obiettivo a medio termine rimane quello di avere un bilancio più flessibile, capace di mobilitare fondi per rispondere alle priorità più importanti.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra. El presupuesto propuesto por el Parlamento ya aceptaba recortes, sólo compensando parcialmente las posiciones de Comisión y Consejo, finalmente tras la negociación tenemos uno de los presupuestos más austeros que se conocía en mucho tiempo, tras la intransigencia del Consejo y de los países más ricos. El presupuesto se quedará con 157 857,8 millones de euros en Autorizaciones de pago (CA) y 134 490,4 millones en Pagos, lo que supone un recorte real de más del 6,4 % y un 1,7 % más en crédito. Se dota de mayor flexibilidad al presupuesto para dar espacio y recurso a más medidas sobre seguridad y migraciones. Los principales damnificados serán la agricultura, la administración de las instituciones y las agencias descentralizadas.

Básicamente implica la reducción de las aportaciones de los Estados miembros a un ya exiguo presupuesto, la movilización de márgenes de contingencia y de flexibilidad para poder abordar gastos adicionales para el tratamiento de los procesos migratorios, reforzar el Fondo Europeo de Desarrollo Sostenible (una especie de Plan Juncker para la contención de la migración en los países limítrofes) y el Fondo fiduciario para Turquía (refugiados).

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado con mi voto positivo el acuerdo sobre el procedimiento presupuestario para el 2017, tras pasar por el proceso de conciliación con el Consejo. El conjunto de los documentos aprobados son: la lista de las líneas presupuestarias no modificadas con respecto al proyecto de presupuesto o posición del Consejo, el resumen de las cifras por rúbricas del marco financiero, un documento consolidado con indicación de las cifras y el texto final de todas las líneas que han sido modificadas en el marco de la conciliación.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport relatif au budget 2017 et issu du compromis trouvé entre les positions du Parlement européen et du Conseil.

Certes, les ambitions démesurées du Parlement sont revues à la baisse puisqu'on en est arrivé à 157,857 milliards d'euros de crédits d'engagements et à un montant global des crédits de paiement de 134,490 milliards, contre une position initiale du Parlement qui s'élevait à 161,8 milliards de crédits d'engagement et 136,8 milliards de crédits de paiement.

On assiste quand même à une hausse de 1,9 % des crédits d'engagement par rapport à l'exercice 2016. D'ailleurs, les moyens mobilisés n'ont pour seul but que de financer le marasme migratoire causé par l'irresponsabilité de la politique de la Commission européenne en la matière.

En effet, les moyens consacrés à la migration et à la sécurité augmentent de 11,3 %. La priorité des décideurs européens se situent plus dans l'intégration des migrants que dans la lutte contre le chômage des Européens.

Enfin, où est passé l'objectif de 5 % de réduction du personnel des administrations européennes? Censé être atteint en 2017, il paraît être passé sous le tapis des folles ambitions européistes.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ner rösten avseende dessa tre betänkanden.

Å ena sidan stöder jag att resurser omdisponeras och läggs på att understödja flyktingar som anländ till EU.

Å andra sidan används en stor del av dessa resurser på Frontex och det fortsatta byggandet av Fästning Europa, liksom det skamliga flyktingavtalet med Turkiet, vilket jag starkt motsätter mig.

Som budgeten är gjord separeras de olika delarna inte från varandra.

Därför har jag valt att lägga ner rösten i dessa omröstningar.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Si queremos abordar con seriedad la crisis de los refugiados, fomentar el crecimiento y hacer frente a los niveles todavía inaceptables de desempleo juvenil, necesitamos un presupuesto comunitario bien financiado y flexible.

El presupuesto que aprobamos hoy es un paso en la buena dirección. Hemos logrado obtener 500 millones de euros adicionales para la Iniciativa de Empleo Juvenil, una prioridad para nuestro grupo. Esto garantizará que millones de jóvenes europeos tengan la oportunidad de seguir estudiando, formándose o encontrar su primer empleo.

También hemos obtenido 200 millones de euros adicionales para programas destinados a impulsar la investigación y la innovación, apoyar a las pequeñas y medianas empresas, ayudar a impulsar proyectos de infraestructura transfronterizos y para fomentar la ayuda a los estudiantes a estudiar en diferentes Estados miembros de la Unión.

Además, hemos logrado incrementar la financiación para programas que impulsan el desarrollo y abordan las causas de la crisis de refugiados: se ha acordado añadir 700 millones de euros para aumentar la ayuda a los países vecinos, y en desarrollo, hemos conseguido un aumento de los fondos para apoyar a los refugiados palestinos.

Por todos estos motivos la delegación socialista española en el Parlamento Europeo ha votado a favor del Presupuesto de la Unión para 2017.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame aptariama 2017 m. biudžeto procedūra (bendrasis projektas). Susitarta dėl išsamaus 78 bandomųjų projektų / parengiamųjų veiksmų rinkinio, t. y. kaip ir siūlė Europos Parlamentas, papildant Komisijos 2017 m. biudžeto projekte pasiūlytus parengiamuosius veiksmus. Kai bandomajam projektui ar parengiamajam veiksmui taikomas egzistuojantis teisinis pagrindas, Komisija gali pasiūlyti asignavimus perkelti atitinkamam teisiniam pagrindui, kad būtų palengvintas to veiksmo įgyvendinimas. Pagal šį rinkinį visapusiškai atsižvelgiama į Finansiniame reglamente bandomiesiems projektams ir parengiamiesiems veiksmams nustatytas viršutines ribas.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Kiemelt fontosságú, hogy a 2017-ben felgyorsuló regionális fejlesztési programok tagállami végrehajtásával lépést tudjon tartani az uniós költségvetés és megfelelő nagyságrendben rendelkezésre álljanak a kohéziós források. Az uniós költségvetésben megvannak a források arra, hogy az Európai Bizottság maradéktalanul kifizesse majd azokat a számlákat, amelyek a megvalósult tagállami projektek végrehajtása során keletkeznek.

Sikerült azt is elérni, hogy a migrációs válság kezelésére mozgósított forrásokat ne más, már működő EU-s programok rovására vonják el. A kohéziós és agrárpénzeket nem lehet csökkenteni a migrációs krízis kezelésére szolgáló források meghatározásakor.

A 2017. évi uniós költségvetés végül nem tartalmazza a kötelező befogadási kvótákat elutasító tagállamok megbüntetésére vonatkozó rendelkezéseket.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o proračunskom postupku za 2017. godinu.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce projet de budget commun entre le Parlement et le Conseil est certes en diminution par rapport au budget initial, ce qui est une bonne chose, mais la partie consacrée à la migration est en hausse de 11,3 %, le total des dépenses reste excessif et aucun suivi de l'objectif de réduction des effectifs de l'administration n'est précisé.

Par conséquent, je vote contre ce projet commun qui fait d'ailleurs l'apologie des facilités mises en place en faveur des réfugiés de Turquie, ce qui est totalement inacceptable.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il bilancio dell'Unione europea rappresenta circa l'1% del reddito nazionale lordo dell'UE, pertanto esso è complementare ai bilanci nazionali. Il progetto di bilancio 2017 deve tener conto della volontà espressa dal popolo della Gran Bretagna di lasciare l'Unione europea. Il progetto di bilancio rispecchia e sostiene le priorità politiche stabilite del presidente della Commissione Juncker; inoltre cerca di fornire una risposta europea alle sfide di gestione della migrazione, di lotta contro il terrorismo e la criminalità organizzata, di protezione delle frontiere esterne dell'Unione e di collaborazione con le regioni confinanti dell'UE. Alcune delle principali priorità del bilancio riguardano l'occupazione, la crescita e gli investimenti poiché, anche se l'economia europea continua il suo recupero, le previsioni di crescita rimangono modeste. Ci sono altre priorità settoriali di cui tener conto in bilancio, quali la sicurezza dell'approvvigionamento energetico, la ricerca e l'innovazione e l'azione per il clima (COP21). Infine, sono fondamentali anche la lotta contro la criminalità informatica, la gestione efficace delle frontiere e la sconfitta del terrorismo.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici d'un texte de compromis issu du comité de conciliation entre le Parlement et le Conseil. Ce rapport fixe à 157,857 milliards d'euros le montant des crédits d'engagement pour 2017, soit une augmentation de 1,9 % par rapport à 2016. Quant aux crédits de paiement, ils baissent de 6,5 % pour atteindre 134,49 milliards d'euros: c'est la conséquence de la finalisation des programmes du cadre financier pluriannuel (CFP) 2007/2013 tandis que les programmes du CFP 2014/2020 n'ont pas encore été bouclés.

Bien que ce projet commun consacre 500 millions d'euros supplémentaires au secteur agricole, il ne s'attaque pas aux racines des problèmes rencontrés par les producteurs, à savoir la baisse du cours des matières premières, l'embargo russe et la concurrence internationale déloyale exacerbée par la multiplication des accords de libre-échange.

Par ailleurs, ce texte prévoit une augmentation de 11,3 % du budget dédié à l'accueil des migrants clandestins. C'est un véritable scandale au regard de la hausse spectaculaire du taux de chômage et du taux de pauvreté, en particulier chez les jeunes, dans les États membres de l'Union européenne. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — În realizarea bugetului pentru 2017 trebuie să se țină cont de principala prioritate politică comună de reducere a șomajului în rândul tinerilor prin utilizarea resurselor bugetare disponibile, utilizând la potențial maxim Inițiativa privind ocuparea forței de muncă în rândul tinerilor, în cel mai bun mod posibil.

În același timp trebuie asigurată o evoluție ordinară a plăților în legătură cu creditele pentru angajamente, în contextual execuției, pentru evitarea unui eveniment anormal de factori restanți la final de an.

Am votat în favoarea Procedurii bugetare 2017: proiectul comun de buget deoarece este necesar un buget cât mai bogat și împărțit pe principalele artere de dezvoltare, cum ar fi reducerea șomajului în rândul tinerilor, dar și pentru acoperirea nevoilor fiecărui stat membru, buget necesar pentru dezvoltarea locală, dar în același timp și europeană.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen et le Conseil ont formellement adopté le budget de l'Union européenne pour l'année 2017. Le budget s'élève à 157 857,8 millions d'euros en engagements et 134 490,4 millions d'euros en paiements. Les financements de nombreux programmes très importants pour les citoyens européens ont été augmentés. 200 millions d'euros supplémentaires ont été ajoutés aux programmes Horizon 2020, pour le mécanisme pour l'interconnexion en Europe, Erasmus+ et COSME. 500 millions d'euros ont été ajoutés à l'initiative pour l'emploi des jeunes. De plus, les agriculteurs touchés par l'embargo russe recevront une aide de 500 millions d'euros. Les moyens de la nouvelle agence européenne de garde-frontières et de garde-côtes ont été considérablement augmentés. Ce budget répond aux besoins de l'Union européenne en matière de croissance, d'emploi et de gestion des crises agricole et migratoire. J'ai voté en faveur du budget de l'Union européenne pour l'année 2017.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore delle relazione in questione. Dal bilancio 2017 si evincono timidi segnali per stimolare la crescita, la creazione di posti di lavoro - soprattutto per i giovani - e per affrontare la crisi migratoria. In questa direzione vanno, per esempio, gli ulteriori 500 milioni di euro che il Parlamento europeo è riuscito ad ottenere per l'iniziativa per occupazione giovanile (YEI) e gli ulteriori 200 milioni di euro che incrementeranno i progetti per la crescita e l'occupazione (COSME, CEF, Orizzonte 2020 ed Erasmus+). Mi rammarico tuttavia per la riduzione degli impegni a favore dei paesi mediterranei passati a 332 milioni di euro dai 340 inizialmente previsti e, per il rinvio, per mancanza di base giuridica, del finanziamento del Fondo europeo per lo sviluppo sostenibile (EFSD) di 250 milioni al fine di affrontare le cause profonde delle migrazioni.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – For this file, I voted against. Despite the extra financing for the EU Youth Unemployment Initiative, this remains the most draconian budget in decades and this is reflected on the basis on the volume of cuts to funding to a number of progressive and social programmes that the Council have pushed through.

Despite the all efforts and requests from the European Parliament, Member States within the Council, in particular from the right-wing governments of the wealthier Member States, were lacking in solidarity towards the rest, and this was apparently a recurring feature of the negotiations.

The hallmark of this budget is that it indicates that austerity politics and policies driven by the Council will continue for the foreseeable future. Fundamentally there will also be cuts to tackling climate change, cuts to the European Institute for Gender Equality, social and cohesion funding which was forecast to be a 23.5 % reduction compared to 2016. All this whilst Trust funds for Turkey, Africa, etc. are to be reinforced.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. This was the final agreement on the EU budget for 2017 which would increase by 1.7% from 2016 (a EUR 2.5 billion increase) – meaning the final EU budget for 2017 would be set at just over EUR 157 billion. The UK is forecast to contribute over EUR 17.3 billion gross (after taking in to account the UK rebate). UKIP opposes this increase in the EU budget.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Si tratta dell'accordo finale per il bilancio 2017. Presenta grandissime criticità, tra cui una mancanza chiara di priorità politiche e le necessarie economie per rendere questo bilancio europeo sostenibile e credibile anche nei confronti dei cittadini: i continui incrementi dei costi amministrativi e burocratici (da ultimo un adeguamento retroattivo dei salari del personale UE del 3,3%) ci fanno capire come la realtà che si vive a Bruxelles sia scollegata dalla vita quotidiana nei diversi paesi europei.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε σχετικά με την έκθεση για το κοινό σχέδιο γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2017. Καθώς η έκθεση αυτή δεν αντιμετωπίζει επαρκώς ζητήματα που αφορούν άμεσα τους πολίτες και τα δικαιώματά τους, θεωρώ πως δεν θα έχει τα επιθυμητά αποτελέσματα και γι' αυτό ψήφισα αρνητικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto assolutamente negativo. Non possiamo sostenere un bilancio che sperpera i soldi dei cittadini per finanziare politiche fallimentari.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Approvo convintamente il progetto comune di bilancio in quanto ritengo esso abbia, finalmente, assunto una direzione più vicina alle emergenze che gli Stati membri si sono dovuti trovare ad affrontare con molte difficoltà, anni or sono magari nemmeno lontanamente immaginabili. Esso, infatti, prevede maggiori stanziamenti e ampliamento dei margini in merito ai fondi resi necessari non solo dalla crisi migratoria, bensì anche dalle catastrofi naturali che, nell'anno che si appresta a terminare, hanno fiaccato l'Europa nella sua essenza. È, perciò, lodevole che il progetto contenga: un livello complessivo degli stanziamenti di impegno pari a EUR 158 miliardi e di pagamento a EUR 134 miliardi, il livello dello strumento di flessibilità ammonterà a EUR 530 milioni così come quello del margine globale per gli impegni e per gli imprevisti verranno mobilitati rispettivamente per EUR 1,4 e 1,9 miliardi. Tuttavia, mi preme richiedere una maggiore attenzione al debellamento della disoccupazione giovanile attraverso un aumento di EUR 500 milioni al *Youth Employment Initiative*. Parimenti, nei confronti della nostra agricoltura, flagellata recentemente da difficili situazioni di mercato, vanno trattate pertinenti proposte di bilancio.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the joint text on the draft general budget of the European Union for the financial year 2017 approved by the Conciliation Committee under the budgetary procedure.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Parlamento Europeu sempre defendeu que o Orçamento da União para 2017 tinha de responder às necessidades ligadas aos desafios das migrações e ao abrandamento do crescimento na sequência da crise económica. Nesse sentido, após a apresentação do Orçamento pela Comissão o Parlamento Europeu apresentou um conjunto de alterações com o objetivo de responder aos desafios das migrações e ao abrandamento do crescimento económico.

O presente relatório, que apoio, expressa o acordo conseguido pelo comité de conciliação relativo ao Orçamento da União, no qual o Parlamento Europeu vê aprovadas as suas sugestões de alteração ao orçamento da União, nomeadamente 200 milhões de novas dotações para os programas Horizonte 2020, Erasmus+, Cosme e o Mecanismo Interligar a Europa; 500 Milhões em novas dotações para a iniciativa Emprego Jovem, um importante reforço de 530 milhões para as questões da migração, bem como o reforço das dotações para os agricultores no valor de 500 milhões.

Por outro lado, o Parlamento vê igualmente ser aprovado o reforço de recursos humanos e orçamental de diversas agências da União, nomeadamente a EUROJUST, EUROPOL e EASO.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto conforme a quanto già stabilito nel bilancio pluriennale e ha come priorità la crescita e l'occupazione. Il provvedimento inoltre fornisce un importante supporto agli studenti attraverso un incremento dei fondi per il programma Erasmus e alle PMI. Da ultimo è previsto anche un rafforzamento delle strutture Europol ed Eurojust per arginare l'immigrazione clandestina verso l'Europa e gestire la crisi dei rifugiati.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I agree with the overall level of commitment appropriations in the 2017 budget as well as the overall level of payment appropriations.

Reducing youth unemployment remains a high and shared political priority, and to this end I reaffirm that we should be determined to make the best possible use of budgetary resources available to tackle it, in particular through the Youth Employment Initiative. I expect an orderly progression of payments in relation to the appropriations for commitments so as to avoid any abnormal level of unpaid invoices at year-end. In this sense, I agree that the Commission should continue monitoring closely and actively the implementation of the 2014-2020 programmes, inviting the Commission to present in a timely manner updated figures concerning the state of implementation and estimates regarding payment appropriations requirements in 2017.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przyjęciem wspólnego tekstu dotyczącego procedury budżetowej na rok 2017, ponieważ gwarantuje on zachowanie równowagi pomiędzy realizacją bieżących programów UE a zapewnieniem środków na nowe wyzwania. W budżecie została zabezpieczona dotychczasowa kwota dla Polski, przeznaczona na płatności w ramach Funduszu Spójności, co oznacza sukces negocjacyjny Polski. W budżecie zapewniono środki na finansowanie ochrony granic zewnętrznych i bezpieczeństwa w UE zgodnie z postulatami Polski. Budżet na 2017 r. wzmacnia działania realizowane przez UE poza jej granicami w celu eliminowania przyczyn migracji w krajach pochodzenia i tranzytu przy jednoczesnym silniejszym wsparciu działań wobec państw Partnerstwa Wschodniego.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report as it recognises the need for a higher budget allocation to be able to tackle new realities. Thus the 3.8% addition to the budget when compared with the 2016 allocation is a positive step in order for the European Parliament to have the financial tools needed to keep working effectively.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport porte sur le budget général de l'Union pour l'exercice budgétaire 2017. Le montant global des crédits d'engagement a été fixé à 157,86 milliards d'euros. Le Parlement a plaidé en faveur d'un meilleur soutien aux jeunes, en matière d'emploi, tout en ajoutant des fonds supplémentaires visant à renforcer des initiatives clés en faveur des PME et en matière de sécurité et de migration. Il a également obtenu une augmentation des fonds dédiés à la gestion des crises agricoles. Considérant que le budget est le bras armé de l'Union pour répondre aux défis actuels et aux attentes des citoyens européens, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. This was the final agreement on the EU budget for 2017 which would increase by 1.7% from 2016 (a EUR 2.5 billion increase) – meaning the final EU budget for 2017 would be set at just over EUR 157 billion. The UK is forecast to contribute over EUR 17.3 billion gross (after taking in to account the UK rebate). UKIP opposes this increase in the EU budget.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu le rapport sur le projet commun de budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2017, approuvé par le comité de conciliation dans le cadre de la procédure budgétaire. Le budget de l'Union européenne pour 2017 comprend notamment une allocation supplémentaire conséquente pour les aspects internes et externes de la migration, des postes supplémentaires pour l'Office européen de police (Europol) et l'unité de coopération judiciaire de l'Union européenne (Eurojust) et l'augmentation des crédits d'engagement et de paiement pour le Bureau européen d'appui en matière d'asile (EASO). Outre les aspects sécuritaires et migratoires, il est primordial que les ressources budgétaires disponibles soient utilisées au mieux pour résoudre le problème du chômage des jeunes et en particulier l'initiative pour l'emploi des jeunes.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté globalement en faveur de ce budget 2017, même si j'ai été et je reste radicalement opposé à la création de 76 postes supplémentaires pour les groupes politiques du Parlement européen; cette augmentation inconsidérée des collaborateurs des groupes politiques entraîne la suppression d'un nombre équivalent de postes au sein de l'administration du Parlement européen, ce qui est pour moi injustifiable.

En dehors de cela, je me réjouis de retrouver dans ce budget les priorités que mon groupe politique a toujours défendues, et en particulier celle en faveur de la jeunesse grâce à l'augmentation des fonds pour lutter contre le chômage des jeunes mais également des fonds en faveur de la mobilité des étudiants et apprentis. Sont aussi satisfaites nos priorités visant à encourager des initiatives en faveur des petites et moyennes entreprises, à soutenir les projets liés à la recherche et aux infrastructures, et celles qui visent à gérer la crise migratoire et à renforcer la sécurité à l'intérieur des frontières de l'UE.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Kiemelt fontosságú, hogy a 2017-ben felgyorsuló regionális fejlesztési programok tagállami végrehajtásával lépést tudjon tartani az uniós költségvetés és megfelelő nagyságrendben rendelkezésre álljanak a kohéziós források. Az uniós költségvetésben megvannak a források arra, hogy az Európai Bizottság maradéktalanul kifizesse majd azokat a számlákat, amelyek a megvalósult tagállami projektek végrehajtása során keletkeznek.

Sikerült azt is elérnünk, hogy a migrációs válság kezelésére mozgósított forrásokat ne más, már működő EU-s programok rovására vonják el. A kohéziós és agrárpénzeket nem lehet csökkenteni a migrációs krízis kezelésére szolgáló források meghatározásakor.

A 2017. évi uniós költségvetés végül nem tartalmazza a kötelező befogadási kvótákat elutasító tagállamok megbüntetésére vonatkozó rendelkezéseket. A szocialisták és liberálisok egy olyan költségvetési mechanizmust javasoltak bevezetni, amely pénzbüntetéssel sújtaná azokat a tagállamokat, amelyek a kötelező betelepítési kvótarendszer ellenére nem fogadnak be illegális bevándorlókat az országukba. Ezt a támadást a 2017-es költségvetés elfogadása során sikerült elhárítani.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport.

Il s'agit d'un texte de compromis entre le Conseil et le Parlement européen relatif au budget 2017.

La plupart des lignes budgétaires sont conservées, avec une hausse des crédits d'engagements de 1,9 % et une baisse des crédits de paiement de 6,5 %. On note une hausse des moyens accordés aux migrations. On ne note, en outre, aucun changement significatif pour ce budget, qui reste en hausse. En particulier, l'objectif de réduction de 5 % des dépenses de personnel n'a fait l'objet d'aucun suivi sérieux.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Аз гласувах против този доклад. В резултат на гласуването, позицията на Парламента ще доведе до нетно увеличение от 4,07 милиарда евро за бюджетните кредити за поети задължения и 2 450 000 000 евро за бюджетните кредити за плащания, над предложението на Комисията. Това представлява почти 160 700 000 000 евро за поети задължения и 136 700 000 000 евро за плащанията.

С размера, определен след преговори на 157 860 000 000 евро за поети задължения (увеличение с 1,7% в сравнение с 2016 г.) и 134,5 милиарда евро за плащания (намаление с 1,6%), Съветът се съгласи да допринесе допълнително с 200 милиона евро за „Хоризонт 2020“, COSME, Механизма за свързване на Европа и „Еразъм +“. Други 500 милиона евро са предназначени за Инициативата за младежката заетост.

Реших да не подкрепя предложението, защото нямаше налични резерви по редица статути, нито преразпределение от разточителните бюджетни редове към приоритетните сфери, и защото този бюджет може да задълбочи пропастта между поетите задължения и плащанията. Допълнително и много важно: докладът не предвижда финансирането на мерки против тероризма, които в светлината на сегашната политическа обстановка трябва да бъдат наша грижа и приоритет.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Ο προϋπολογισμός της Ένωσης οφείλει να λάβει υπόψη του τις τρέχουσες δυσμενείς καταστάσεις και να επιδιώξει την αντιμετώπισή τους, έχοντας ταυτόχρονα ως κύριο μέλημά του την ευμάρεια των πολιτών όλων των κρατών μελών. Το επίπεδο ευελιξίας του απαιτείται να είναι αρκετά υψηλό, ώστε να είναι σε θέση να αντιμετωπίσει νέες προκλήσεις και τις ήδη διαφαινόμενες απειλές.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Kiemelt fontosságú, hogy a 2017-ben felgyorsuló regionális fejlesztési programok tagállami végrehajtásával lépést tudjon tartani az uniós költségvetés és megfelelő nagyságrendben rendelkezésre álljanak a kohéziós források. Az uniós költségvetésben megvannak a források arra, hogy az Európai Bizottság maradéktalanul kifizesse majd azokat a számlákat, amelyek a megvalósult tagállami projektek végrehajtása során keletkeznek.

Sikerült azt is elérnünk, hogy a migrációs válság kezelésére mozgósított forrásokat ne más, már működő EU-s programok rovására vonják el. A kohéziós és agrárpénzeket nem lehet csökkenteni a migrációs krízis kezelésére szolgáló források meghatározásakor.

A 2017. évi uniós költségvetés végül nem tartalmazza a kötelező befogadási kvótákat elutasító tagállamok megbüntetésére vonatkozó rendelkezéseket. A szocialisták és liberálisok egy olyan költségvetési mechanizmust javasoltak bevezetni, amely pénzbüntetéssel sújtaná azokat a tagállamokat, amelyek a kötelező betelepítési kvótarendszer ellenére nem fogadnak be illegális bevándorlókat az országukba. Ezt a támadást a 2017-es költségvetés elfogadása során sikerült elhárítani.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against this report. I have supported an increase in the EU budget to enable us to act on climate change, build a truly sustainable economy and deal with the crises that face us. This is a missed opportunity. The final deal is very different from the original position of Parliament and I do not believe it is a good agreement for my constituents in Wales. If we say we are going to tackle climate change we must have the resources to do so.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato contro la presente risoluzione relativa al bilancio in quanto dal testo si evince l'intero utilizzo di margini disponibili riguardanti un certo numero di rubriche e poiché, inoltre, il bilancio acuisce il divario tra impegni e pagamenti.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro al bilancio generale dell'Unione europea: al netto di alcuni interventi utili, ci sono ancora molti sperperi in politiche risultate fallimentari.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome the fact that the European Parliament managed to restore the Commission's initial proposal on all lines cut by the Council. Furthermore, the Parliament delegation managed to ensure a large amount of fresh reinforcements for the key programmes such as growth and jobs and the Youth Employment Initiative.

I also find fundamental the allocation of an additional EUR 500 million to tackle the crisis in the agriculture sector and to support milk and livestock farmers and the additional EUR 5,91 billion to tackle the migration and refugee crisis and reinforce security.

Finally, I support the decision taken, in order to accommodate a large part of these reinforcements, to mobilise the special instruments available under the current multiannual financial framework (MFF) 2014-2020 Regulation.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Kiemelt fontosságú, hogy a 2017-ben felgyorsuló regionális fejlesztési programok tagállami végrehajtásával lépést tudjon tartani az uniós költségvetés és megfelelő nagyságrendben rendelkezésre álljanak a kohéziós források. Az uniós költségvetésben megvannak a források arra, hogy az Európai Bizottság maradéktalanul kifizesse majd azokat a számlákat, amelyek a megvalósult tagállami projektek végrehajtása során keletkeznek.

Sikerült azt is elérnünk, hogy a migrációs válság kezelésére mozgósított forrásokat ne más, már működő EU-s programok rovására vonják el. A kohéziós és agrárpénzeket nem lehet csökkenteni a migrációs válság kezelésére szolgáló források meghatározásakor.

A 2017. évi uniós költségvetés végül nem tartalmazza a kötelező befogadási kvótákat elutasító tagállamok megbüntetésére vonatkozó rendelkezéseket. A szocialisták és liberálisok egy olyan költségvetési mechanizmust javasoltak bevezetni, amely pénzbüntetéssel sújtotta volna azon tagállamokat, amelyek a kötelező betelepítési kvótarendszer ellenére sem fogadtak be illegális bevándorlókat az országukba. Ezt a támadást a 2017-es költségvetés elfogadása során sikerült elhárítani.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del presupuesto para 2017, considerando que refuerza el apoyo a los jóvenes desempleados e incluye fondos adicionales para iniciativas en favor de las pymes, las infraestructuras de transporte, la investigación y el programa Erasmus+. Debemos tener presente que el Parlamento ha logrado ampliar en 500 millones la dotación para la Iniciativa de empleo juvenil, para ayudar a los jóvenes que buscan un puesto de trabajo, 200 millones adicionales a impulsar la iniciativas clave para el crecimiento y el empleo, como COSME, la facilidad Conectando Europa, Horizonte 2020 y Erasmus+.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Si queremos abordar con seriedad la crisis de los refugiados, fomentar el crecimiento y hacer frente a los niveles todavía inaceptables de desempleo juvenil, necesitamos un presupuesto comunitario bien financiado y flexible.

El presupuesto que aprobamos hoy es un paso en la buena dirección. Hemos logrado obtener 500 millones de euros adicionales para la Iniciativa de Empleo Juvenil, una prioridad para nuestro grupo. Esto garantizará que millones de jóvenes europeos tengan la oportunidad de seguir estudiando, formándose o encontrar su primer empleo.

También hemos obtenido 200 millones de euros adicionales para programas destinados a impulsar la investigación y la innovación, apoyar a las pequeñas y medianas empresas, ayudar a impulsar proyectos de infraestructura transfronterizos y para fomentar la ayuda a los estudiantes a estudiar en diferentes Estados miembros de la Unión.

Además, hemos logrado incrementar la financiación para programas que impulsan el desarrollo y abordan las causas de la crisis de refugiados: se ha acordado añadir 700 millones de euros para aumentar la ayuda a los países vecinos, y en desarrollo, hemos conseguido un aumento de los fondos para apoyar a los refugiados palestinos.

Por todos estos motivos la delegación socialista española en el Parlamento Europeo ha votado a favor del Presupuesto de la Unión para 2017.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Si queremos abordar con seriedad la crisis de los refugiados, fomentar el crecimiento y hacer frente a los niveles todavía inaceptables de desempleo juvenil, necesitamos un presupuesto comunitario bien financiado y flexible.

El presupuesto que aprobamos hoy es un paso en la buena dirección. Hemos logrado obtener 500 millones de euros adicionales para la Iniciativa de Empleo Juvenil, una prioridad para nuestro grupo. Esto garantizará que millones de jóvenes europeos tengan la oportunidad de seguir estudiando, formándose o encontrar su primer empleo.

También hemos obtenido 200 millones de euros adicionales para programas destinados a impulsar la investigación y la innovación, apoyar a las pequeñas y medianas empresas, ayudar a impulsar proyectos de infraestructura transfronterizos y para fomentar la ayuda a los estudiantes a estudiar en diferentes Estados miembros de la Unión.

Además, hemos logrado incrementar la financiación para programas que impulsan el desarrollo y abordan las causas de la crisis de refugiados: se ha acordado añadir 700 millones de euros para aumentar la ayuda a los países vecinos, y en desarrollo, hemos conseguido un aumento de los fondos para apoyar a los refugiados palestinos.

Por todos estos motivos la delegación socialista española en el Parlamento Europeo ha votado a favor del Presupuesto de la Unión para 2017.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Mi congratulo con la delegazione del Parlamento che ha negoziato il bilancio 2017 per aver saputo portare a compimento un risultato di grande soddisfazione: per la prima volta dopo molti anni infatti, oltre a un ripristino delle cifre stanziate dalla Commissione, si ottiene un incremento importante, che sarà tutto dedicato a misure per contrastare la disoccupazione. È il segno di un cambio di passo in Europa, che è solo all'inizio e che dovrà continuare con il dossier più delicato in materia di bilancio, ovvero il quadro finanziario pluriannuale, su cui Commissione e governi dovranno mostrare presto la volontà politica di incidere una vera svolta per la crescita e la solidarietà in Europa.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the 2017 budgetary procedure. I support the 2017 budget with the consideration of the mid-term revision of the multiannual financial framework (MFF), ensuring a balance between long-term priorities and new challenges.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Il bilancio del 2017 è un bilancio molto delicato, lo definirei un «bilancio di mezzo», intrappolato nella logica del passato, ma con degli elementi positivi, che guardano alle esigenze dell'Unione europea di oggi. Ed è per questi elementi che ho votato a favore. Per l'incremento di programmi fondamentali per la crescita economica come Horizon e Cosme, per l'aumento della dotazione di Erasmus. Ma soprattutto ho votato favore per i nuovi stanziamenti a favore dell'iniziativa per l'occupazione giovanile. Nella mia regione, la Sicilia, la disoccupazione giovanile è superiore al 50%, un numero che fa perdere la fiducia nel futuro. È fondamentale quindi insistere sulle misure per i giovani e per l'occupazione, vincolare l'uso di queste risorse ad azioni concrete che creino opportunità occupazioni reali, in modo che non vengano disperse in stage e lavori occasionali senza prospettiva. Certo però dobbiamo sottolineare che non è un bilancio completo. Il grande assente è di nuovo il sostegno per la crisi migratoria, l'incremento di risorse per i paesi mediterranei e il fondo per l'Africa. Il bilancio del 2017 è il primo passo dell'Unione europea in una nuova direzione, che sarà definitivamente percorsa con il Quadro finanziario pluriennale, dove non ci accontenteremo.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the joint text on the draft general budget of the European Union for the financial year 2017 which was approved by the Conciliation Committee.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – Si queremos abordar con seriedad la crisis de los refugiados, fomentar el crecimiento y hacer frente a los niveles todavía inaceptables de desempleo juvenil, necesitamos un presupuesto comunitario bien financiado y flexible.

El presupuesto que aprobamos hoy es un paso en la buena dirección. Hemos logrado obtener 500 millones de euros adicionales para la Iniciativa de Empleo Juvenil, una prioridad para nuestro grupo. Esto garantizará que millones de jóvenes europeos tengan la oportunidad de seguir estudiando, formándose o encontrar su primer empleo.

También hemos obtenido 200 millones de euros adicionales para programas destinados a impulsar la investigación y la innovación, apoyar a las pequeñas y medianas empresas, ayudar a impulsar proyectos de infraestructura transfronterizos y para fomentar la ayuda a los estudiantes a estudiar en diferentes Estados miembros de la Unión.

Además, hemos logrado incrementar la financiación para programas que impulsan el desarrollo y abordan las causas de la crisis de refugiados: se ha acordado añadir 700 millones de euros para aumentar la ayuda a los países vecinos, y en desarrollo, hemos conseguido un aumento de los fondos para apoyar a los refugiados palestinos.

Por todos estos motivos la delegación socialista española en el Parlamento Europeo ha votado a favor del Presupuesto de la Unión para 2017.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Si queremos abordar con seriedad la crisis de los refugiados, fomentar el crecimiento y hacer frente a los niveles todavía inaceptables de desempleo juvenil, necesitamos un presupuesto comunitario bien financiado y flexible.

El presupuesto que aprobamos hoy es un paso en la buena dirección. Hemos logrado obtener 500 millones de euros adicionales para la Iniciativa de Empleo Juvenil, una prioridad para nuestro grupo. Esto garantizará que millones de jóvenes europeos tengan la oportunidad de seguir estudiando, formándose o encontrar su primer empleo.

También hemos obtenido 200 millones de euros adicionales para programas destinados a impulsar la investigación y la innovación, apoyar a las pequeñas y medianas empresas, ayudar a impulsar proyectos de infraestructura transfronterizos y para fomentar la ayuda a los estudiantes a estudiar en diferentes Estados miembros de la Unión.

Además, hemos logrado incrementar la financiación para programas que impulsan el desarrollo y abordan las causas de la crisis de refugiados: se ha acordado añadir 700 millones de euros para aumentar la ayuda a los países vecinos, y en desarrollo, hemos conseguido un aumento de los fondos para apoyar a los refugiados palestinos.

Por todos estos motivos la delegación socialista española en el Parlamento Europeo ha votado a favor del Presupuesto de la Unión para 2017.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Kiemelt fontosságú, hogy a 2017-ben felgyorsuló regionális fejlesztési programok tagállami végrehajtásával lépést tudjon tartani az uniós költségvetés és megfelelő nagyságrendben rendelkezésre álljanak a kohéziós források. Az uniós költségvetésben megvannak a források arra, hogy az Európai Bizottság maradéktalanul kifizesse majd azokat a számlákat, amelyek a megvalósult tagállami projektek végrehajtása során keletkeznek.

Sikerült azt is elérnünk, hogy a migrációs válság kezelésére mozgósított forrásokat ne más, már működő EU-s programok rovására vonják el. A kohéziós és agrárpénzeket nem lehet csökkenteni a migrációs krízis kezelésére szolgáló források meghatározásakor.

A 2017. évi uniós költségvetés végül nem tartalmazza a kötelező befogadási kvótákat elutasító tagállamok megbüntetésére vonatkozó rendelkezéseket. A szocialisták és liberálisok egy olyan költségvetési mechanizmust javasoltak bevezetni, amely pénzbüntetéssel sújtaná azokat a tagállamokat, amelyek a kötelező betelepítési kvótarendszer ellenére nem fogadnak be illegális bevándorlókat az országukba. Ezt a támadást a 2017-es költségvetés elfogadása során sikerült elhárítani.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this text that approves the joint text on budgetary procedure as agreed by the Conciliation Committee. It consists of the unmodified budget in comparison to the draft budget or the Council's position, the summary figures by financial framework headings, line-by-line figures on all budget items, and a consolidated document showing the figures and final text of all lines modified during the conciliation.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Nach 17-stündigen Verhandlungen wurde am 16. November 2016 im so genannten Trilogverfahren ein Kompromiss zwischen Parlament, Kommission und Rat zur Festlegung des EU-Haushalts 2017 gefunden. Dieser Haushalt sieht Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 157,86 Milliarden Euro sowie Zahlungen von 134,5 Milliarden Euro vor. Wie schon in den vergangenen Jahren werden dabei drei Viertel für Agrar- und Kohäsionsaufgaben verwendet, was in Teilen nicht effektiv ist. So zahlen insbesondere Nettogeberländer Milliardenbeträge zuerst nach Brüssel, um einen Teil dieser Beträge anschließend wieder zurückzubekommen. Stattdessen sollten die Nettogeberländer nur den Teil nach Brüssel zahlen, welcher an die Nettoempfängerstaaten geht, der Rest sollte im jeweiligen nationalen Haushalt verbleiben. Auf EU-Ebene sollten überdies nur Aktivitäten finanziert werden, welche einen entsprechenden Mehrwert liefern und besser im europäischen als im nationalen oder regionalen Kontext umgesetzt werden können. Dies würde das Subsidiaritätsprinzip stärken und den EU-Haushalt entlasten. Im Weiteren ist die Lücke zwischen Verpflichtungen und Zahlungen wieder sehr hoch, was auf Dauer zu unbezahlten Rechnungen führt. Aus diesen Gründen lehne ich den EU-Haushalt 2017 in der beschlossenen Form ab.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o zajedničkom nacrtu općeg proračuna Europske unije za financijsku godinu 2017. koji je prihvatio Odbor za mirenje u okviru proračunskog postupka zbog toga što smatram da je prijedlog uravnotežen i dosljedan trenutačnim izazovima s kojima se Unija suočava. Također, u ovom prijedlogu uključeno je financiranje privremenih izvanrednih mjera potpore za proizvođače mlijeka koje su nadopunjene zajedničkom izjavom za eventualne buduće potrebe tijekom 2017. Povrh toga, Europska komisija obvezuje se osigurati transparentnost, te poboljšati informacije koje se dostavljaju proračunskim vlastima u okviru trenutačnih i planiranih financiranja, te stoga podržavam ovo Izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – On peut constater une amélioration de ce budget par rapport au précédent, consécutif à une révision à la baisse de l'ambition du Parlement. Toutefois, il n'est pas acceptable de voter en faveur d'un projet de budget à forte dimension immigrationniste et encore trop excessif.

J'ai donc voté contre.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du budget de l'Union européenne pour l'année 2017. Après une première proposition en octobre où nous étions revenus sur les coupes injustifiées du Conseil, le projet définitif qui respecte les priorités que nous avions avancées en allouant davantage d'argent pour la jeunesse, l'emploi, la sécurité ou l'agriculture. Nous avons fait de ce budget 2017 un outil politique, en phase avec les enjeux et les crises actuels.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesen Bericht habe ich abgelehnt. Hier sollen Mittel für die Förderung verschiedener Programme (wie z. B. Förderung der türkischen Gemeinschaft Zyperns) bereitgestellt werden, und anderseits müssen sinnvolle Positionen, wie der Sozialfonds ESF oder der Fonds für regionale Entwicklung, reduziert werden.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Nach 17-stündigen Verhandlungen wurde am 16. November 2016 im so genannten Trilogverfahren ein Kompromiss zwischen Parlament, Kommission und Rat zur Festlegung des EU-Haushalts 2017 gefunden. Dieser Haushalt sieht Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 157,86 Milliarden Euro sowie Zahlungen von 134,5 Milliarden Euro vor. Wie schon in den vergangenen Jahren werden dabei drei Viertel für Agrar- und Kohäsionsaufgaben verwendet, was in Teilen nicht effektiv ist. So zahlen insbesondere Nettogeberländer Milliardenbeträge zuerst nach Brüssel, um einen Teil dieser Beträge anschließend wieder zurückzubekommen. Stattdessen sollten die Nettogeberländer nur den Teil nach Brüssel zahlen, welcher an die Nettoempfängerstaaten geht, der Rest sollte im jeweiligen nationalen Haushalt verbleiben. Auf EU-Ebene sollten überdies nur Aktivitäten finanziert werden, welche einen entsprechenden Mehrwert liefern und besser im europäischen als im nationalen oder regionalen Kontext umgesetzt werden können. Dies würde das Subsidiaritätsprinzip stärken und den EU-Haushalt entlasten. Im Weiteren ist die Lücke zwischen Verpflichtungen und Zahlungen wieder sehr hoch, was auf Dauer zu unbezahlten Rechnungen führt. Aus diesen Gründen lehne ich den EU-Haushalt 2017 in der beschlossenen Form ab.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Kiemelt fontosságú, hogy a 2017-ben felgyorsuló regionális fejlesztési programok tagállami végrehajtásával lépést tudjon tartani az uniós költségvetés és megfelelő nagyságrendben rendelkezésre álljanak a kohéziós források. Az uniós költségvetésben megvannak a források arra, hogy az Európai Bizottság maradéktalanul kifizesse majd azokat a számlákat, amelyek a megvalósult tagállami projektek végrehajtása során keletkeznek.

Sikerült azt is elérnünk, hogy a migrációs válság kezelésére mozgósított forrásokat ne más, már működő EU-s programok rovására vonják el. A kohéziós és agrárpénzeket nem lehet csökkenteni a migrációs krízis kezelésére szolgáló források meghatározásakor.

A 2017. évi uniós költségvetés végül nem tartalmazza a kötelező befogadási kvótákat elutasító tagállamok megbüntetésére vonatkozó rendelkezéseket. A szocialisták és liberálisok egy olyan költségvetési mechanizmust javasoltak bevezetni, amely pénzbüntetéssel sújtaná azokat a tagállamokat, amelyek a kötelező betelepítési kvótarendszer ellenére nem fogadnak be illegális bevándorlókat az országukba. Ezt a támadást a 2017-es költségvetés elfogadása során sikerült elhárítani.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre l'adoption du budget 2017 du Parlement européen car il est immigrationniste. D'autre part, il ne parvient pas à réduire réellement les dépenses de personnel, dont le caractère excessif avait pourtant été constaté en 2013.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – Lors de la seconde session plénière d'octobre, nous avions adopté, au sein du Parlement européen, une vision plus ambitieuse et volontaire du projet de budget de l'Union pour 2017, par rapport à celle présentée initialement par la Commission.

Les négociations budgétaires entre le Parlement et le Conseil européen ont permis de préserver les trois priorités définies par mon groupe politique, le PPE: emploi, jeunesse et crise migratoire. À titre d'exemple, 15 millions d'euros supplémentaires ont été alloués à Erasmus +, programme qui soutient la mobilité des jeunes européens dans le cadre scolaire ou pour les formations. Les budgets des agences qui jouent un rôle majeur pour notre sécurité, comme Eurojust, Europol et le Bureau européen d'appui en matière d'asile, ont également été renforcés. Il en va de même pour le nouveau corps européen de garde-côtes et garde-frontières, puisque les crédits précédemment alloués à Frontex ont été doublés. 600 millions d'euros supplémentaires pour le secteur du lait ont été prévus pour apporter une réponse efficace à la crise qui touche nos producteurs.

J'ai donc voté en faveur de l'accord budgétaire intervenu entre le Parlement européen et le Conseil des ministres, qui fixe le budget de l'UE pour l'année 2017.

Bogusław Liberadzki (S&D), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem budżetu na rok 2017, ponieważ w obecnych czasach przed Europą stoi wiele wyzwań, którym nie można stawić czoła bez odpowiednich środków finansowych. Jeśli poważnie myślimy o walce z kryzysem migracyjnym, pobudzaniu wzrostu gospodarczego i eliminacji wysokiego poziomu bezrobocia wśród ludzi młodych, to potrzebujemy elastycznego budżetu UE.

Budżet, który poparliśmy dzisiaj nie jest idealny, ale jest to krok we właściwym kierunku. Udało nam się asygnować dodatkowe 500 mln EUR na inicjatywę na rzecz zatrudnienia ludzi młodych, która jest priorytetem dla grupy S&D. Zapewni to milionom młodych Europejczyków szansę na kontynuowanie nauki, szkolenie lub zdobycie pierwszej pracy.

Dodatkowo 150 mln EUR zostanie przeznaczone na programy mające na celu pobudzenie badań i innowacji („Horyzont 2020") oraz wsparcie małych i średnich przedsiębiorstw (COSME), a także pomagające finansować transgraniczne projekty infrastrukturalne (instrument „Łącząc Europę").

Udało się również zwiększyć o 50 mln EUR finansowanie dla programu Erasmus+, który pomaga młodym ludziom uczyć się i pracować w różnych państwach członkowskich.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – De Europarlementsleden van de N-VA zijn grote voorstanders van uitgaven die een antwoord bieden op de migratie- en veiligheidscrisis maar stellen vast dat de begroting voor 2017 hier onvoldoende nadruk op legt. Nog geen 10% van het EU-budget zal in 2017 uiteindelijk besteed worden aan maatregelen om het veiligheids- en asielbeleid te versterken. Daarom heeft de N-VA-delegatie ook voorstellen gedaan om de middelen voor Europol en Frontex, de Europese grens- en kustwacht, uit te breiden.

Verder hebben de Europarlementsleden van de N-VA heel wat bedenkingen bij de onnodige en kostenverslindende zaken waar Europa wél op inzet, zoals het nieuwe Huis van de Europese geschiedenis, een eigen limousinedienst en gratis Interrail-passen voor jongeren. Even onbegrijpelijk is de toetredingssteun aan Turkije waar we de afgelopen jaren een duidelijk democratische achteruitgang zagen in plaats van vooruitgang. Dat geld zal opnieuw verdwijnen in de Turkse autocratische vergeetput. Het is hoog tijd dat de EU zich concentreert op de beleidsvlakken waar ze een duidelijke meerwaarde heeft.

Javi López (S&D), *por escrito*. — Si queremos abordar con seriedad la crisis de los refugiados, fomentar el crecimiento y hacer frente a los niveles todavía inaceptables de desempleo juvenil, necesitamos un presupuesto comunitario bien financiado y flexible.

El presupuesto que aprobamos hoy es un paso en la buena dirección. Hemos logrado obtener 500 millones de euros adicionales para la Iniciativa de Empleo Juvenil, una prioridad para nuestro grupo. Esto garantizará que millones de jóvenes europeos tengan la oportunidad de seguir estudiando, formándose o encontrar su primer empleo.

También hemos obtenido 200 millones de euros adicionales para programas destinados a impulsar la investigación y la innovación, apoyar a las pequeñas y medianas empresas, ayudar a impulsar proyectos de infraestructura transfronterizos y para fomentar la ayuda a los estudiantes a estudiar en diferentes Estados miembros de la Unión.

Además hemos logrado incrementar la financiación para programas que impulsan el desarrollo y abordan las causas de la crisis de refugiados: se ha acordado añadir 700 millones de euros para aumentar la ayuda a los países vecinos y en desarrollo y hemos conseguido un aumento de los fondos para apoyar a los refugiados palestinos.

Por todos estos motivos la delegación socialista española en el Parlamento Europeo ha votado a favor del Presupuesto de la Unión para 2017.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which is the agreement reached in conciliation with the Council on the 2017 budget.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Ovim izvješćem odobrava se zajednički tekst koji je usuglašen u Odboru za mirenje, a sastoji se od popisa linija koje nisu izmijenjene u odnosu na nacrt proračuna, ukupnih iznosa po naslovima financijskog okvira, iznosa za sve proračunske stavke, pročišćenog dokumenta koji navodi iznose i konačnog teksta svih linija izmijenjenih tijekom mirenja.

U izvješću se podsjeća da je smanjenje nezaposlenosti mladih i dalje važan zajednički politički prioritet i potvrđuje se odlučnost da na najbolji način iskoriste dostupna proračunska sredstva za rješavanje tog pitanja, posebice putem Inicijative za zapošljavanje mladih. Vijeće i Europski parlament pozivaju Komisiju da predloži izmjenu proračuna za 2017. kako bi se Inicijativi za zapošljavanje mladih u 2017. osiguralo 500 milijuna EUR koji se financiraju iz ukupnih razlika za obveze. Potrebno je i osigurati uredno kretanje plaćanja u odnosu na odobrena sredstva za preuzimanje obveza, kako bi se izbjegla svaka neuobičajena razina neplaćenih računa na kraju godine. S ciljem suzbijanja glavnih uzroka migracija, Komisija predlaže da se Jamstvenom fondu EFOR-a dodijeli 750 milijuna EUR tijekom razdoblja od 2017. do 2020. Proračun za 2017. sadrži i niz hitnih mjera za pomoć poljoprivrednicima u suočavanju s nedavnim poteškoćama na tržištu. Podržala sam ovo izvješće.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма*. – С мнозинство от 438 гласа „за“ днес в пленарна зала одобрихме бюджета на Европейския съюз за следващата година. Гласуването на годишния бюджет на Европейския съюз е едно от най-важните гласувания в Европейския парламент. Парламентът споделя наравно със Съвета бюджетните правомощия. Това означава, че евродепутатите могат да изменят проекта на Комисията и дори имат последната дума по процедурата.

Размерът на бюджета на Европейския съюз за 2017 г. възлиза на 157,86 млрд. евро. Зад конкретните цифри стоят ясни политически приоритети: мерки в подкрепа на младите хора, създаване на повече работни места и справяне с миграционната криза. Проектобюджетът беше коригиран с 500 милиона евро повече за подпомагане на младите хора при намиране на работа. Радвам се, че със съвместни усилия осигурихме и допълнително финансиране за програмите „Хоризонт 2020“ и „Еразъм +“.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. — Po náročných rokovaniach sa nám do rozpočtu EÚ na rok 2017 podarilo presadiť naše priority a nájsť konsenzus s Radou. Hlavne sa podarilo nájsť 500 miliónov EUR na podporu zamestnanosti mladých ľudí. Tento projekt priniesol aj na Slovensku zníženie nezamestnanosti mladých ľudí o jednu tretinu. Hodnotenie celého projektu v rámci EÚ je vysoko pozitívne a preto je v projekte nevyhnutné pokračovať. Podarilo sa nám podporiť aktivity a financovanie malých a stredných podnikateľov, ktorí sú najväčším zamestnávateľom v Európe, pre ktorých je kľúčové, aby mali prístup k financovaniu svojich aktivít. Našli sme aj podporu pre výskum a Erasmus+, ale aj pre infraštruktúrne projekty pre dopravu a pre riešenie migračnej krízy. Preto som rozpočet podporil.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με το κοινό σχέδιο γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2017, που ενέκρινε η επιτροπή συνδιαλλαγής στο πλαίσιο της διαδικασίας του προϋπολογισμού, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην Ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις Βρυξέλλες στις 30/11/2016, καθώς και διότι η εν έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte est un texte de compromis entre le budget 2017 tel que voté par les députés et les propositions initiales du Conseil. Par rapport à l'exercice 2016, les crédits d'engagement sont en hausse de 1,9% et les crédits de paiement en baisse de 6,5%.

Ce texte se félicite des fonds fiduciaires mis en place en faveur des réfugiés en Turquie, ce à quoi nous nous opposons. Par ailleurs, ce budget, bien qu'il soit meilleur que celui adopté par le Parlement le 26 octobre, est excessif et ne met pas en œuvre des suivis structurés dans certains domaines, ce que nous regrettons.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on 2017 budgetary procedure: joint text. Just as the report stresses, supporting the procedure will result in 'ensuring an orderly progression of payments in relation to the appropriations for commitments so as to avoid any abnormal level of unpaid invoices at year-end'. Furthermore, this expresses that the Council and Parliament will take the necessary steps to prevent the accumulation of excessive amount of unpaid bills.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Šiuo pasiūlymu pritariama Europos Sąjungos 2017 finansinių metų bendrojo biudžeto projektui.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce texte est issu du comité de conciliation entre le Parlement européen et le Conseil, c'est donc un texte de compromis entre le budget 2017 tel que voté par les députés et les propositions initiales du Conseil. La plupart des lignes budgétaires sont ainsi conservées. L'ambition initiale du Parlement est donc revue à la baisse, et le Parlement ne parvient à accroître ces crédits «que» de 1,4 et 0,7 milliard d'euros par rapport aux propositions initiales du Conseil.

Dans le détail, les moyens consacrés à la migration et à la sécurité augmentent de 11,3 % et de 12 % pour la croissance et l'emploi qui sont pourtant les priorités affichées de ce budget. Ce budget se félicite par ailleurs des fonds fiduciaires et de la facilité mis en place en faveur des réfugiés en Turquie. En conclusion, si ce budget est bel et bien meilleur que celui adopté par le Parlement européen le 26 octobre dernier, il n'en reste pas moins excessif (l'objectif des 5 % de réduction de personnel dans les administrations décidé en 2013 et dont l'échéance arrive en 2017 ne fait l'objet d'aucun suivi sérieux, par exemple). Dès lors, je me suis montrée défavorable à ce texte.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because it concludes the budgetary procedure for 2017 and confirms that the commitment will stand at EUR 157.8 billion.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — De la même manière que pour le rapport sur le budget général de l'Union pour 2017, j'ai voté en faveur du projet commun de budget général de l'UE pour l'exercice 2017 parce qu'il englobe parfaitement ce dont l'Union a besoin pour faire face à ses défis et à ses responsabilités de manière efficace.

D'une part, ce projet permettra à l'Union d'apporter une réponse adéquate aux défis posés, tels que la gestion de la migration (pour laquelle un montant de 5,3 milliards d'euros sont prévus), la lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée, la protection des frontières extérieures de l'Union, et le partenariat avec les régions voisines de l'Union et d'autres pays tiers. D'autre part, nous devrons être en mesure d'assumer les priorités politiques de l'Union, comme pour le domaine de l'emploi, la croissance, et l'investissement.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the 2017 budgetary procedure since I am in agreement with the joint text.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság 2016. július 18-án fogadta el az Európai Unió 2017-es pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésének tervezetét. A Tanács 2016. szeptember 12-én fogadta el erre vonatkozó álláspontját, amit eljuttatott a Parlamenthez. A Parlament erről szóló állásfoglalását 2016. október 26-án fogadta el, számos költségvetési módosítást fűzve a tervezethez. A Parlament, a Tanács és a Bizottság delegáltjaiból álló egyeztetőbizottság elfogadta a közös szöveget.

Az egyeztetőbizottsághoz delegált európai parlamenti küldöttség jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament ezt a közös szöveget hagyja jóvá, és ezzel az Európai Unió 2017-es pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetését véglegesen fogadja el. Ennek megfelelően szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O presente relatório sobre o projeto comum de orçamento geral da União Europeia para o exercício de 2017, aprovado pelo Comité de Conciliação no quadro do processo orçamental, merece o meu voto favorável pelo exposto no mesmo.

Importa sublinhar que o PE, o Conselho e a Comissão mantêm a redução do desemprego dos jovens como uma prioridade política importante e, tendo isso em conta, reafirmam a sua determinação em utilizar da melhor forma possível os recursos orçamentais disponíveis para fazer face a esse problema, em particular através da Iniciativa para o Emprego dos Jovens (IEJ).

Defendo que as margens que tenham ficado disponíveis abaixo dos limites máximos do QFP para as dotações de autorização relativas aos exercícios de 2014-2017 constituem uma Margem Global do QFP relativa às autorizações, a disponibilizar para além dos limites máximos estabelecidos no QFP para os anos de 2016 a 2020, tendo em vista objetivos de políticas relacionadas com o crescimento e o emprego, em especial o emprego dos jovens, tal como prevê o artigo 14.º, n.º 1, do Regulamento (UE, EURATOM) n.º 1311/2013 do Conselho, de 2 de dezembro de 2013.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Si ce budget est bel et bien meilleur que celui adopté par le Parlement européen le 26 octobre dernier, il n'en reste pas moins excessif (l'objectif des 5 % de réduction de personnel dans les administrations décidé en 2013 et dont l'échéance arrive en 2017 ne fait l'objet d'aucun suivi sérieux, par exemple) et particulièrement immigrationniste.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte relatif à la procédure budgétaire 2017. Il s'agit ici d'exposer l'accord politique entre le Parlement, le Conseil et la Commission conclu le 17 novembre dernier et relatif au budget. Ce budget s'élève à 157 857,8 millions d'euros en crédits d'engagement et 134 490,4 millions d'euros en crédits de paiement. Ce budget permettra notamment, au moment où l'Union européenne est confrontée à une crise migratoire sans précédent, de renforcer les effectifs ainsi que les moyens de Frontex.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report regarding the draft general budget of the EU for 2017 that was approved by the Conciliation Committee following the budgetary procedure. The 2017 budget sets, amongst other things, commitment appropriations at EU 157 857.8 million, payment appropriations at EUR 134 490.4 million, commitment appropriations for the Flexibility Instrument at EUR 530 million, commitments to the global margin for competitiveness for growth and jobs at EUR 1 439.1 million and the contingency margin at EUR 1 906.2 million.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea raportului privind bugetul pentru anul 2017, deoarece consider că acesta este echilibrat și punctează corect principalele direcții de finanțare pentru anul viitor. Așa cum subliniază și documentul supus votului, este extrem de important ca fondurile YEI pentru ocuparea forței de muncă în rândul tinerilor să fie majorate, în limita fondurilor disponibile. De asemenea, asigurarea plății la timp a facturilor și evitarea unui număr mare de restanțe la finalul anului este un aspect foarte important pentru evitarea blocajelor financiare la nivel european.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. — Podpořil jsem dohodu EP a Rady o rozpočtu na rok 2017 s vědomím, že byla obhájena většina priorit EP, jako jsou dodatečné prostředky na podporu malých a středních podniků, vědu a výzkum, dopravní infrastrukturu a program záruky pro mladé. Vedle tohoto nesporného úspěchu však nelze pominout, že dochází k určitým škrtům v kapitole Globální Evropa, konkrétně v rozpočtové položce mimořádná opatření, azyl a migrace a Evropský fond pro udržitelný rozvoj, u kterého to lze vysvětlit tím, že ještě nebyl oficiálně zřízen. Omezení prostředků na azyl a migraci však vysílá neblahý politický signál. Osobně tyto oblasti považuji za prioritu a v souladu s ujištěními, která zazněla, předpokládám, že dojde k obnovení těchto prostředků v příštím roce formou opravného rozpočtu.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da ich es nicht einsehen kann, dass Mittel beispielsweise für die Förderung der Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa angegeben werden. Der Bericht hat weder eine sachliche Schwerpunktsetzung noch eine Aufgabendisziplin.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Läbirääkimiste tulemusel on kokku lepitud ühine ELi eelarve, selle hulka kuuluvad pagulaskriisi ja Euroopa lähiümbruses rahuprotsesside rahastamine, Eurpoli suurem toetamine ja ka idapartnerlusriikides vaesuse vähendamine.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Pritariu pateiktam Europos Sąjungos 2017 finansinių metų bendrajam biudžetui, kuris orientuotas į ekonominį augimą, darbo vietų, ypač jaunimui, kūrimą ir migracijos krizės valdymą. Sveikintina, jog derybose su ES Taryba pavyko užtikrinti, kad daugiau lėšų būtų skirta itin svarbioms sritims, visų pirma, jaunimo užimtumui, smulkiam ir vidutiniam verslui, transporto infrastruktūrai, moksliniams tyrimams, o taip pat studentų mainų programai Erasmus+. Atsižvelgiant į Jaunimo užimtumo iniciatyvos svarbą ir teikiamą naudą, labai svarbu jai skirti tinkamą ir pakankamą finansavimą. Todėl manau, kad papildomai skirti 500 mln. eurų padės efektyviai ją įgyvendinti visose valstybėse narėse. Ypatingas dėmesys turi būti skiriamas moksliniams tyrimams, kurie yra labai svarbūs inovacijų vystymui, bei Europos infrastruktūros tinklų priemonei, nes tai įrankis investicijoms pritraukti. Skirtos papildomos lėšos padės atkurti šių priemonių apkarpytus biudžetus ir padidins investavimo galimybes mažosioms įmonėms, užtikrins didesnę paramą vietos bendruomenėms, mokslininkams ir studentams.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – Grâce à la mobilisation des eurodéputés socialistes, nous avons obtenu 500 millions d'euros supplémentaires pour l'initiative pour l'emploi des jeunes qui doit être une priorité politique de l'Union européenne. Je suis également très satisfait que nous soyons parvenus à garantir 50 millions d'euros pour le programme ERASMUS+ en vue d'aider les étudiants à étudier et travailler dans un autre État membre. J'ai donc voté en faveur de ce projet commun de budget pour l'année 2017.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché mi sento di condividere la proposta del bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2017. Pertanto ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this decision as I believe it provides better support for unemployed youth. It provides additional funds to boost key initiatives supporting SMEs, transport infrastructure projects, research and Erasmus+ student mobility. Youth, investments, SMEs and entrepreneurship are my core priorities in the European Parliament.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Pozdravljam postignuti sporazum u vezi s Proračunom EU-a za 2017. godinu te ponovno želim istaknuti nekoliko prioriteta na kojima smatram da treba inzistirati kako bi se život građana Unije učinio što boljim. U prvom redu upozoravam na teško stanje u poljoprivredi te neprestane krize koje uništavaju ruralne populacije diljem Europe. Europski poljoprivrednici pritisnuti stanjem na globalnom tržištu, krizom u sektoru mlijeka, krizom u sektoru voća i povrća, suočeni sa sve učestalijim i sve težim posljedicama globalnog zatopljenja, izloženi nepoštenoj trgovačkoj praksi i drugim problemima uzrokovanima političkim odlukama poput ruskog embarga jednostavno se ne mogu više nositi s teškom situacijom. Ako želimo popraviti to stanje potrebno je poduzeti aktivne zakonodavne mjere poput pojednostavljenja ZPP-a, ali i konkretne ciljane proračunske mjere. Jedna od takvih mjera mora biti ona koja će osigurati kompenzaciju poljoprivrednicima za gubitke nastale zbog ruskog embarga, a koja se treba i nadalje

nastaviti provoditi i to sredstvima izvan onih namijenjenih poljoprivredi. Drugo, potrebno je također osigurati dostatna sredstva za kompenzaciju šteta uzrokovanih klimatskim promjenama. Promptna pomoć u slučajevima katastrofa nužno je potrebna. Također, mjerama poput Inicijative za mlade nužno je pomoći pomlađivanju poljoprivrednog sektora. Bez mladih poljoprivrednika uskoro neće biti ni održive poljoprivrede.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Si ce budget est bel et bien meilleur que celui adopté par le Parlement européen le 26 octobre dernier, il n'en reste pas moins excessif (l'objectif des 5 % de réduction de personnel dans les administrations décidé en 2013 et dont l'échéance arrive en 2017 ne fait l'objet d'aucun suivi sérieux, par exemple) et particulièrement immigrationniste. Je vote donc contre.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. — L'Europa si trova di fronte a innumerevoli sfide e se le si vogliono affrontare seriamente, a partire dall'inaccettabile livello di disoccupazione giovanile, passando per la gestione dei flussi migratori, è necessario investire. Questi investimenti sono possibili solo se si ha un bilancio adeguato. Quest'anno i negoziati per il bilancio dell'UE per il prossimo anno sono riusciti a portare finalmente qualcosa di buono e grazie alla posizione ferma del Parlamento e, all'interno del Consiglio, del governo italiano, abbiamo fatto un passo nella giusta direzione. Un aumento di 500 milioni è previsto per la *Youth Employment Initiative*, altri 150 milioni arriveranno sui programmi per la ricerca, le PMI e per le infrastrutture transfrontaliere, mentre altri 700 milioni in più verranno stanziati nella rubrica per lo sviluppo, in particolare per quanto riguarda la gestione delle rotte migratorie. Questi stanziamenti non saranno di per sé stessi risolutivi, ma sono un primo importantissimo passo e dimostrano che un'Europa che cambia e più vicina ai cittadini è ancora possibile.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Proračun za sljedeću godinu nije savršen, ali je definitivno korak u pravom smjeru. Ujedinjena Europa je složen i ponosan projekt našeg kontinenta, i kao svaki projekt, zahtijeva hrabre investicije i rezolutnu podršku kada okolina posumnja u njegovu uspješnost. Taj uspjeh nije moguć bez podrške budućih generacija te je dodatnih 500 milijuna eura predviđenih za već postojeća sredstva smanjenja nezaposlenosti mladih jedina ispravna poruka koju možemo, čak moramo, poslati mladim ljudima diljem naše Unije. EU je suočen i s brojnim drugim izazovima poput migrantske krize i malaksalog gospodarskog rasta – svi oni traže donošenje respektabilnog i fleksibilnog proračuna te sam ponosan što je S&D pokazao veliku snagu vjere u svoje ideale kada je to bilo ključno. Kako bi se mogli nositi s izazovima što ih budućnost nosi, nužno je postaviti čvrste temelje inovaciji u EU-u. Zato je od velike važnosti dodatnih 150 milijuna eura što je namijenjeno podržavanju još agilnijeg djelovanja malih i srednjih poduzeća, prekograničnih infrastrukturnih projekata i programa istraživanja i razvoja. Dakako, EU kao odgovoran globalan akter ne može misliti samo na sebe i stoga pozdravljam odluku naših institucija da osiguraju dodatna sredstva kako bi se potaknuo razvoj u našem susjedstvu te aktivno djelovalo protiv glavnih uzroka migrantske krize.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos em presença de um orçamento que não consegue, por mais pó de arroz que lhe queiram por, disfarçar a profunda crise em que se encontra a União Europeia. A partir de um quadro plurianual curto, a proposta do Parlamento e da Comissão Europeia não correspondia logo à partida às reais necessidades de uma União Europeia fortemente deprimida e cada vez mais assimétrica do ponto de vista social e económico. Ainda assim o conselho logo deixou bem claro que esta proposta minimalista não iria merecer o seu acordo.

Desta forma, este acordo anunciado, com um pequeno reforço das verbas para fazer face à crise dos refugiados e um ligeiro aumento das verbas destinada a apoiar a mobilidade dos jovens no quadro do programa Erasmus mais, fica muito aquém das possibilidades e das necessidades e vai inclusivamente na direção errada, diminuindo o peso da coesão e do apoio às atividades produtivas e aumentando a vertente da política externa e de segurança, acentuando o caráter repressivo da UE, designadamente em relação aos refugiados.

Trata-se igualmente de um orçamento cada vez menos transparente, com os fundos fiduciários e outros instrumentos financeiros, a ocupar uma preponderância crescente, dificultando ainda mais a função fiscalizadora deste parlamento. Razões de sobra para o nosso voto contra.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W dniu 26 października Parlament głosował nad swoim stanowiskiem w sprawie budżetu unijnego na rok 2017. Po uwzględnieniu przez Parlament poprawek do stanowiska Rady powstał komitet pojednawczy złożony z przedstawicieli trzech instytucji, który otrzymał 21 dni na przyjęcie wspólnego tekstu. Ten 21-dniowy okres rozpoczął się dzień po głosowaniu na sesji plenarnej i dobiegł końca 17 listopada. Parlament postulował zwiększenie o 4,07 mld EUR środków netto na zobowiązania i o 2,45 mld EUR na płatności w stosunku do propozycji Komisji. Oznacza to, że kwota na zobowiązania wyniesie blisko 160,7 mld EUR, a na płatności 136,7 mld EUR. Poprawki Rady do propozycji Komisji opiewały na 155,8 mld EUR na zobowiązania i 133,4 mld EUR na płatności. W dniu 16 listopada komitet pojednawczy ustalił wysokość budżetu 2017 r. na 157,86 mld EUR w zobow-

iązaniach (wzrost o 1,7 % w porównaniu z 2016 r.) i 134,5 mld EUR w płatnościach (spadek o 1,6 %). Rada zgodziła się na dodatkowe 200 mln EUR na „Horyzont 2020", COSME, „Łącząc Europę" i Erasmus+. Dodatkowe 500 mln EUR zostało także przyznane na Inicjatywę na rzecz zatrudnienia ludzi młodych. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport portant sur la procédure budgétaire pour 2017. Le montant global du budget 2017 est fixé à 157857,8 millions d'euros pour les crédits d'engagement et 134490,4 millions d'euros pour les crédits de paiement. Je soutiens pleinement la mobilisation de ressources supplémentaires pour stimuler la croissance et créer des emplois, en particulier pour les jeunes, grâce à l'augmentation des fonds pour des dispositifs clés tels qu'Horizon 2020, Erasmus+ ou COSME. Des créations de postes supplémentaires sont également prévues au sein d'Europol, d'Eurojust et de l'EASO (Bureau européen d'appui en matière d'asile), ainsi qu'un renforcement budgétaire pour les fonds liés aux migrations. Cela nous permettra de mieux contrôler la crise migratoire que nous subissons actuellement.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. This was the final agreement on the EU budget for 2017 which would increase by 1.7% from 2016 (a EUR 2.5 billion increase) – meaning the final EU budget for 2017 would be set at just over EUR 157 billion. The UK is forecast to contribute over EUR 17.3 billion gross (after taking in to account the UK rebate). UKIP opposes this increase in the EU budget.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Si queremos abordar con seriedad la crisis de los refugiados, fomentar el crecimiento y hacer frente a los niveles todavía inaceptables de desempleo juvenil, necesitamos un presupuesto comunitario bien financiado y flexible.

El presupuesto que aprobamos hoy es un paso en la buena dirección. Hemos logrado obtener 500 millones de euros adicionales para la Iniciativa de Empleo Juvenil, una prioridad para nuestro grupo. Esto garantizará que millones de jóvenes europeos tengan la oportunidad de seguir estudiando, formándose o encontrar su primer empleo.

También hemos obtenido 200 millones de euros adicionales para programas destinados a impulsar la investigación y la innovación, apoyar a las pequeñas y medianas empresas, ayudar a impulsar proyectos de infraestructura transfronterizos y para fomentar la ayuda a los estudiantes a estudiar en diferentes Estados miembros de la Unión.

Además hemos logrado incrementar la financiación para programas que impulsan el desarrollo y abordan las causas de la crisis de refugiados: se ha acordado añadir 700 millones de euros para aumentar la ayuda a los países vecinos y en desarrollo y hemos conseguido un aumento de los fondos para apoyar a los refugiados palestinos.

Por todos estos motivos la delegación socialista española ha votado a favor del Presupuesto de la Unión para 2017.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'approbation du budget de l'Union européenne pour 2017 malgré le fait que l'accord trouvé avec le Conseil est nettement en deçà de la position validée et défendue pas notre Parlement. Parmi les satisfactions, citons l'enveloppe supplémentaire de 200 millions d'euros obtenue pour les programmes COSME, le Mécanisme pour l'interconnexion en Europe, Horizon 2020 et Erasmus+. Néanmoins, je regrette que le Conseil ne se soit pas montré plus ambitieux, notamment en ce qui concerne la gestion des flux migratoires. Il est en effet primordial que l'Union européenne prenne ses responsabilités afin d'accueillir dignement les nouveaux arrivants.

De manière générale, je maintiens qu'il est nécessaire d'augmenter la part des ressources budgétaires véritablement propres de l'Union européenne et d'arriver à un maximum de 40 % du budget européen dépendant des contributions nationales.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Kitų metų ES biudžetas ne visai atitinka mūsų lūkesčius ir pageidavimus. Kita vertus, suprantu, jog svarstomas jo projektas yra daugelio kompromisų rezultatas, todėl balsuoju už ir tikiuosi, kad ir kitos ES institucijos padarys viską, kad šio biudžeto parama kuo greičiau pasiektų jos adresatus.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a proposta relativa ao projeto comum de orçamento geral da União Europeia para o exercício de 2017, no valor total de 157, 86 mil milhões de euros em dotações de autorização e 134,49 mil milhões de euros em dotações de pagamento.

Este orçamento vem confirmar, no quadro das negociações levadas a cabo, que as áreas prioritárias para o próximo ano deverão ser o emprego dos jovens, o crescimento económico, o apoio às pequenas e médias empresas, a investigação e a inovação, a mobilidade estudantil, a migração e a segurança.

Foram ainda contemplados com mais 200 milhões de euros os programas relativos ao crescimento e ao emprego, de que é exemplo o COSME- na área da competitividade empresarial, o Mecanismo Interligar a Europa- no domínio da mobilidade e energia transfronteiriça, o Horizonte 2020- no sector da investigação e inovação e «o Erasmus +»- relativo à mobilidade estudantil.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du budget 2017, issu de l'accord de conciliation entre le Conseil et le Parlement qui fixe trois priorités: stimuler la croissance, créer de l'emploi, notamment pour les jeunes, et mieux gérer la crise des réfugiés.

J'ai soutenu ce texte parce que le Parlement a obtenu 500 millions d'euros supplémentaires par rapport au projet initial en faveur de l'initiative pour l'emploi des jeunes. Ce budget permet également à l'Union de renforcer ses efforts pour favoriser l'emploi et la compétitivité en prévoyant 200 millions d'euros additionnels pour le programme COSME pour les PME, pour Horizon 2020 ainsi que pour Erasmus+ afin d'encourager la mobilité des étudiants.

D'autre part, ce budget permet à l'Union de se doter d'un niveau de financement adéquat pour répondre de manière efficace à la crise des réfugiés, tant dans sa dimension externe afin de lutter contre les causes profondes de ces migrations que dans sa dimension interne.

Enfin, ce budget donne également la priorité à la sécurité de l'Union avec l'augmentation des montants alloués à Europol et Eurojust.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta decisión concierne a la aprobación definitiva del presupuesto europeo. Un voto a favor significaría, entre otras muchas cosas, avalar la financiarización de las inversiones, la condicionalidad austeritaria de los fondos de cohesión y desarrollo, la privatización de la investigación, la mercantilización de las políticas agrarias y el uso de los fondos externos para reforzar la Europa fortaleza y el militarismo del gran capital europeo.

Por tanto, he votado en contra para expresar mi crítica al actual uso de los fondos europeos, convertidos en un instrumento más de las políticas neoliberales.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of the report on the joint text on the draft general budget of the European Union for the financial year 2017 which was approved by the Conciliation Committee.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Mám radosť z toho, že sa slovenskému predsedníctvu Rady podarilo dosiahnuť tak kvalitný kompromis, a preto som podporila návrh budúcoročného rozpočtu. V celkový záväzkoch na budúci rok bude mať rozpočet EÚ k dispozícii 157,9 miliardy EUR, čo je nárast o 1,7 percenta v porovnaní s minulým rokom. Na strane platieb sa počíta so 134,5 miliardami EUR, čo je zase v porovnaní s rokom 2016 pokles o 1,6 percenta. Za najväčšie úspechy nášho slovenského tímu, ktorý pôsobil ako mediátor medzi jednotlivými inštitúciami, považujem navýšenie rozpočtu v oblastiach zužujúcich našich občanov. Aj vďaka tlaku, ktorý vytvorili vyjednávači Európskeho parlamentu, sa podarilo do rozpočtu zaradiť 200 miliónov EUR na rast a zamestnanosť a až 500 miliónov EUR na Iniciatívu zamestnanosti mládeže. Keď to rozmeníme na drobné, v budúcom roku pošleme o 50 mil. EUR viac na Horizont 2020, z čoho bude profitovať európsky výskum a vývoj, o 50 mil. EUR viac pôjde na nástroj Spájame Európu, ktorým financujeme infraštruktúru, a v neposlednom rade o 50 mil. EUR dostane viac program Erasmus+, vďaka ktorému študujú milióny európskych občanov v iných krajinách. Toto je len niekoľko ukážok, ktoré dosvedčujú, že Európa vynakladá všetko úsilie, aby investovala do svojho rozvoja čo najviac prostriedkov.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Nach 17-stündigen Verhandlungen wurde am 16. November 2016 im so genannten Trilogverfahren ein Kompromiss zwischen Parlament, Kommission und Rat zur Festlegung des EU-Haushalts 2017 gefunden. Dieser Haushalt sieht Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 157,86 Milliarden Euro sowie Zahlungen von 134,5 Milliarden Euro vor. Wie schon in den vergangenen Jahren werden dabei drei Viertel für Agrar- und Kohäsionsaufgaben verwendet, was in Teilen nicht effektiv ist. So zahlen insbesondere Nettogeberländer Milliardenbeträge zuerst nach Brüssel, um einen Teil dieser Beträge anschließend wieder zurückzubekommen. Stattdessen sollten die Nettogeberländer nur den Teil nach Brüssel zahlen, welcher an die Nettoempfängerstaaten geht, der Rest sollte im jeweiligen nationalen Haushalt verbleiben. Auf EU-Ebene sollten überdies nur Aktivitäten finanziert werden, welche einen entsprechenden Mehrwert liefern und besser im europäischen als im nationalen oder regionalen Kontext umgesetzt werden können. Dies würde das Subsidiaritätsprinzip stärken und den EU-Haushalt entlasten. Im Weiteren ist die Lücke zwischen Verpflichtungen und Zahlungen wieder sehr hoch, was auf Dauer zu unbezahlten Rechnungen führt. Aus diesen Gründen lehne ich den EU-Haushalt 2017 in der beschlossenen Form ab.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Je potrebné zabezpečiť plynulý priebeh platieb vo vzťahu k rozpočtovým prostriedkom na záväzky, aby sa zabránilo akejkoľvek abnormálnej úrovni nezaplatených faktúr na konci roka. Číselné údaje o stave vykonávania a odhadoch týkajúcich sa požiadaviek na platobné rozpočtové prostriedky v roku 2017 musia byť príslušnými orgánmi predložené včas a rovnako všetky potrebné rozhodnutia musia byť prijaté včas pre riadne oprávnené potreby, aby sa zabránilo nahromadeniu nadmerného objemu nezaplatených účtov a zabezpečilo sa riadne uhradenie žiadostí o platbu.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. – I voted against the 2017 budget draft general budget of the European Union for the financial year 2017. Not only will the budget increase by 1.7% from 2016, but also it continues to waste billions of euros on failed wealth redistribution such as on agricultural and cohesion.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Proračun EU-a za 2017. sastoji se od 159,7 milijardi eura financijskih obaveza za isplatu po ispunjenju traženih uvjeta i od 134,5 milijardi eura obaveza novčanih gotovinskih ili bankovnih transakcija korisnicima proračuna.

Podržavam Proračun EU-a za sljedeću godinu jer sadrži dodatna sredstva za migrantsku krizu te pomoć poljoprivrednicima.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o skupnem predlogu splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2017, ki ga je odobril spravni odbor v proračunskem postopku.

V proračunu 2017 je po zaslugi Evropskega parlamenta na voljo več sredstev za strateške postavke: za zaposlovanje, majhna in srednja podjetja, prometno infrastrukturo, raziskave in inovacije, Erasmus in našo varnost.

Pred nami imamo ambiciozen proračun EU za leto 2017, proračun za izzive sedanjosti in prihodnosti, ki kljub omejenim sredstvom uravnoteženo pokriva vse politične prioritete in zagotavlja sinergije med različnimi področji.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Ο προϋπολογισμός της Ένωσης οφείλει να λάβει υπόψη του τις τρέχουσες δυσμενείς καταστάσεις και να επιδιώξει την αντιμετώπισή τους, έχοντας ταυτόχρονα ως κύριο μέλημά του την ευμάρεια των πολιτών όλων των κρατών μελών. Το επίπεδο ευελιξίας του απαιτείται να είναι αρκετά υψηλό, ώστε να είναι σε θέση να αντιμετωπίσει νέες προκλήσεις και τις ήδη διαφαινόμενες απειλές.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Kiemelt fontosságú, hogy a 2017-ben felgyorsuló regionális fejlesztési programok tagállami végrehajtásával lépést tudjon tartani az uniós költségvetés és megfelelő nagyságrendben rendelkezésre álljanak a kohéziós források. Az uniós költségvetésben megvannak a források arra, hogy az Európai Bizottság maradéktalanul kifizesse majd azokat a számlákat, amelyek a megvalósult tagállami projektek végrehajtása során keletkeznek.

Sikerült azt is elérnünk, hogy a migrációs válság kezelésére mozgósított forrásokat ne más, már működő EU-s programok rovására vonják el. A kohéziós és agrárpénzeket nem lehet csökkenteni a migrációs krízis kezelésére szolgáló források meghatározásakor.

A 2017. évi uniós költségvetés végül nem tartalmazza a kötelező befogadási kvótákat elutasító tagállamok megbüntetésére vonatkozó rendelkezéseket. A szocialisták és liberálisok egy olyan költségvetési mechanizmust javasoltak bevezetni, amely pénzbüntetéssel sújtaná azokat a tagállamokat, amelyek a kötelező betelepítési kvótarendszer ellenére nem fogadnak be illegális bevándorlókat az országukba. Ezt a támadást a 2017-es költségvetés elfogadása során sikerült elhárítani.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, amely módosításokkal hagyja jóvá a 2017-es költségvetés számait. Fontosnak tartom megjegyezni, hogy a végső költségvetés erre az évre 157 851,8 millió euró kötelezettségvállalási előirányzatot-, és 134 430,4 millió eurót kifizetési előirányzatot határoz meg. Ez sorrendben 1,7% növekedést és 1,6% csökkenést jelent a 2016-os évhez képest. A tárgyalások során az Európai Parlamentnek több helyen sikerült visszaállítania az Európai Bizottság által javasolt és az Európai Tanács által lecsökkentett számokat. Ennek megfelelően két fontos témát, a „növekedés és munkahelyteremtést" és a „fiatalok foglalkoztatását célzó kezdeményezést" sikerült 200-, illetve 500 millió euróval megerősíteni. Mindezek mellett, plusz forrást kap például a krízis által sújtott tej- és állattenyésztési ágazat (500 millió euró), illetve a „Global Europe", növekedést és munkahelyeket segítő kezdeményezése – ami a migrációs- és menekültválság és annak gyökere kezelésére is hivatott–, további 730 millió eurót kap. A javasolt számokat elfogadhatónak tartom azzal a megjegyzéssel, hogy természetesen a fenntartható munkahelyteremtésre (köztük a fiatalokra) fordított összeg sosem elég.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. — Bugetul 2017 include o serie de măsuri de urgență pentru a ajuta fermierii să facă față dificultăților întâmpinate de piață în prezent. Prin acest document, Comisia se obligă să monitorizeze situația pieței în mod regulat și să prezinte, dacă este necesar, măsurile adecvate pentru a aborda nevoile neacoperite de creditele autorizate în buget. Susțin această propunere și votez pentru adoptarea ei.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé le texte de mon collègue Indrek Tarand, approuvant le projet commun dont est convenu le comité de conciliation, qui se compose de l'ensemble des documents suivants: la liste des lignes budgétaires n'ayant pas été modifiées par rapport au projet de budget ou à la position du Conseil; les montants récapitulatifs par rubrique du cadre financier; les montants «ligne par ligne» de tous les postes budgétaires; un document consolidé indiquant les montants et le texte final de toutes les lignes modifiées au cours de la conciliation.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – J'ai participé aux négociations sur le budget 2017, et malgré un cadre budgétaire sous-dimensionné depuis 2014, notre objectif a été, avant tout, de répondre aux urgences: l'emploi, la croissance et la jeunesse. Le Parlement est parvenu à débloquer des ressources nouvelles, c'est-à-dire de l'argent frais au lieu des habituelles coupes et réaffectations budgétaires. +500 millions d'euros pour l'initiative pour l'emploi des jeunes, +200 millions d'euros pour les programmes de soutien à la croissance et des moyens supplémentaires pour les migrations et pour la sécurité. Il faut noter que les plafonds de dépenses sont atteints dans la plupart des rubriques, alors même que les besoins à couvrir restent immenses. Preuve que le cadre budgétaire de l'Union européenne est inadapté aux enjeux d'aujourd'hui et qu'il doit être profondément revu.

Car si ce budget est une première manche remportée par le Parlement, il reste à gagner la partie sur la révision du cadre financier pluriannuel 2014-2020. Il doit être assoupli et flexibilisé pour permettre la mobilisation de toutes les marges inutilisées afin de faire face aux grands défis, notamment celui des emplois dans une croissance durable. La bataille budgétaire est une des clés de l'avenir de l'Union.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o proračunskom postupku 2017. godinu. Smatram da dodatne točke koje je proračun donio, poput dodatnog novca za Europol, Istočno partnerstvo, Makro-financijsku pomoć predstavljaju izuzetan napredak u financijskom segmentu za EU. Posebno podržavam Zajedničku izjavu o Inicijativi za zapošljavanje mladih kojom se podsjeća da je smanjenje nezaposlenosti mladih i dalje važan zajednički politički prioritet te smatram da je potrebno potvrditi odlučnost Unije da se financijska sredstva iskoriste na najbolji način kako bi se što kvalitetnije riješilo pitanje nezaposlenosti mladih.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – U listopadu ove godine Parlament je glasovao o svojoj poziciji o proračunu Unije. Budući da je Parlament značajno modificirao poziciju Vijeća, sazvan je Odbor za mirenje s rokom od 21 dan za dogovaranje konačnog teksta.

Pozicija Parlamenta je povećanje proračuna u odnosu na početni prijedlog Komisije, za koji je Vijeće tražilo smanjenje s argumentom da se Parlament mora fokusirati na razinu implementacije svake proračunske stavke, dok je Komisija kritizirala prijedlog Vijeća argumentirajući da će isti ugroziti implementaciju niza EU-ovih projekata.

Kompromis koji je utvrđen otprilike između pozicije Komisije i Vijeća neću podržati zato jer mnogim stavkama u proračunu nedostaje margina, a određenim prioritetnim stavkama nedostaju sredstva jer pregrupirana iz onih nepotrebnih.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o skupnem predlogu splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2017, ki ga je odobril spravni odbor v proračunskem postopku, sem podprla.

Dogovor je bil dosežen po proračunski spravi, potem ko je Svet priznal in sprejel točke, ki jih je predstavila evropska delegacija, kot je recimo 200 milijonov za nekatere prioritetne programe (Obzorje 2020, CEF-Transport, Erasmus + in COSME) ter 500 milijonov za zaposlovanje mladih.

Proračun 2017 tudi vključuje dodaten denar za migracije in dodatno pomoč za kmete. Končni dogovor vsebuje tudi nekaj pomembnih točk za EPP (denarni vložki za: Europol, paraolimpijske igre v Avstriji, vzhodno partnerstvo, makro finančna pomoč). Razdeljen je po razdelkih.

V prvem je denar, namenjen za konkurenčnost, za gospodarsko rast in delovna mesta ter ekonomsko, socialno in teritorialno kohezijo.

Drugi se nanaša na trajnostni razvoj, naravne vire - kmetijstvo.

Tretji razdelek je varnost in državljanstvo.

Četrti se dotika globalne Evrope (Palestina, vzhodno evropsko partnerstvo, makro finančna asistenca, turško-ciprska skupnost).

Peti razdelek je administracija (plače in drugi elementi).

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra. El presupuesto propuesto por el Parlamento ya aceptaba recortes, sólo compensando parcialmente las posiciones de Comisión y Consejo, finalmente tras la negociación, tenemos uno de los presupuestos más austeros que se conocía en mucho tiempo, tras la intransigencia del Consejo y de los países más ricos. El presupuesto se quedará con 157 857,8 millones de euros en Autorizaciones de pago (CA) y 134 490,4 millones en Pagos, lo que supone un recorte real de más del 6,4 % y un 1,7 % más en crédito. Se dota de mayor flexibilidad al presupuesto para dar espacio y recurso a más medidas sobre seguridad y migraciones. Los principales damnificados serán la agricultura, la administración de las instituciones y las agencias descentralizadas.

Básicamente implica la reducción de las aportaciones de los Estados miembros a un ya exiguo presupuesto, la movilización de márgenes de contingencia y de flexibilidad para poder abordar gastos adicionales para el tratamiento de los procesos migratorios, reforzar el Fondo Europeo de Desarrollo Sostenible (una especie de Plan Juncker para la contención de la migración en los países limítrofes) y el Fondo fiduciario para Turquía (refugiados).

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Stanowisko Parlamentu wiąże się ze wzrostem środków netto na zobowiązania o 4,07 mld EUR, a na płatności o 2,45 mld EUR w stosunku do propozycji Komisji. Oznacza to, że kwota na zobowiązania wyniesie blisko 160,7 mld EUR, a na płatności 136,7 mld EUR. Poprawki Rady do propozycji Komisji opiewały na 155,8 mld EUR na zobowiązania i 133,4 mld EUR na płatności. Komisja przekonywała, że cięcia Rady zagrożą realizacji szeregu unijnych programów. Sama procedura została dobrze przygotowana, dlatego zagłosowałem za przyjęciem sprawozdania.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A kötelezettségvállalási előirányzatok teljes összege a 2017. évi költségvetésben 157 857,8 millió EUR. A többéves pénzügyi keret 2017-re vonatkozó felső határai alatt így összesen 1100,1 millió EUR mozgástér marad a kötelezettségvállalási előirányzatok tekintetében. A dokumentumot támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra. El presupuesto propuesto por el Parlamento ya aceptaba recortes, sólo compensando parcialmente las posiciones de Comisión y Consejo, finalmente tras la negociación, tenemos uno de los presupuestos más austeros que se conocía en mucho tiempo, tras la intransigencia del Consejo y de los países más ricos. El presupuesto se quedará con 157 857,8 millones de euros en Autorizaciones de pago (CA) y 134 490,4 millones en Pagos, lo que supone un recorte real de más del 6,4 % y un 1,7 % más en crédito. Se dota de mayor flexibilidad al presupuesto para dar espacio y recurso a más medidas sobre seguridad y migraciones. Los principales damnificados serán la agricultura, la administración de las instituciones y las agencias descentralizadas.

Básicamente implica la reducción de las aportaciones de los Estados miembros a un ya exiguo presupuesto, la movilización de márgenes de contingencia y de flexibilidad para poder abordar gastos adicionales para el tratamiento de los procesos migratorios, reforzar el Fondo Europeo de Desarrollo Sostenible (una especie de Plan Juncker para la contención de la migración en los países limítrofes) y el Fondo fiduciario para Turquía (refugiados).

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the joint text on the draft general budget of the European Union for the financial year 2017 approved by the Conciliation Committee under the budgetary procedure. The report recalls that reducing youth unemployment remains a high and shared political priority, and to this end [the European Parliament, the Council and the Commission] reaffirm their determination to make the best possible use of budgetary resources available to tackle it. In order to address the root causes of migration, the Commission launched the European Fund for Sustainable Development (EFSD) based on the establishment of an EFSD Guarantee and an EFSD Guarantee Fund. The Commission proposes to endow the EFSD Guarantee Fund with EUR 750 million over the period 2017-2020, of which EUR 400 million from the European Development Fund (EDF) over the four years. Parliament, the Council and the Commission agree that the establishment of Trust Funds and of the Facility for Refugees in Turkey should be transparent and clear. I voted in favour because I believe that those issues have to be addressed as part of the revision of the Financial Regulation in order to strike the right balance between flexibility and accountability.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta decisión se ratifica el acuerdo alcanzado que permite movilizar 200 millones para programas clave como Horizon 2020, CEF, Erasmus + o Cosme. Además se conceden otros 500 millones para la iniciativa de empleo juvenil. Este nuevo acuerdo va en la buena dirección, apostando por la innovación y por la lucha contra el desempleo juvenil, prioridades básicas de la Unión. Por ello creo necesario votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta decisión concierne a la aprobación definitiva del presupuesto europeo. Un voto a favor significaría avalar la financiarización de las inversiones, la condicionalidad austeritaria de los fondos de cohesión y desarrollo, la privatización de la investigación, la mercantilización de las políticas agrarias y el uso de los fondos externos para reforzar la Europa fortaleza y el militarismo del gran capital europeo.

Por tanto, he votado en contra para expresar mi crítica al actual uso de los fondos europeos, convertidos en un instrumento más de las políticas neoliberales.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos em presença de um orçamento que não consegue, por mais pó de arroz que lhe queiram por, disfarçar a profunda crise em que se encontra a União Europeia. A partir de um quadro plurianual curto, a proposta do Parlamento e da Comissão Europeia não correspondia logo à partida às reais necessidades de uma União Europeia fortemente deprimida e cada vez mais assimétrica do ponto de vista social e económico. Ainda assim o conselho logo deixou bem claro que esta proposta minimalista não iria merecer o seu acordo.

Desta forma, este acordo anunciado, com um pequeno reforço das verbas para fazer face à crise dos refugiados e um ligeiro aumento das verbas destinada a apoiar a mobilidade dos jovens no quadro do programa Erasmus mais, fica muito aquém das possibilidades e das necessidades e vai inclusivamente na direção errada, diminuindo o peso da coesão e do apoio às atividades produtivas e aumentando a vertente da política externa e de segurança, acentuando o caráter repressivo da UE, designadamente em relação aos refugiados.

Trata-se igualmente de um orçamento cada vez menos transparente, com os fundos fiduciários e outros instrumentos financeiros, a ocupar uma preponderância crescente, dificultando ainda mais a função fiscalizadora deste parlamento. Razões de sobra para o nosso voto contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – In diesem Bericht wird zum Beispiel die Erhöhung der Dienstbezüge und der Finanzhilfe zur Förderung der türkischen Gemeinschaft Zyperns gefordert, wobei man für diese Erhöhungen auf den Spielraum für unvorhergesehene Ausgaben zurückgreifen muss. Da aber gleichzeitig sinnvolle Positionen wie der Sozialfonds oder der Fonds für regionale Entwicklung reduziert werden sollen, habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Per ottenere l'accordo finale per il bilancio 2017 si è partiti dalla proposta di fine giugno della Commissione, per arrivare ad avere una posizione del Consiglio che prevedeva molte riduzioni, e infine la lettura del Parlamento di fine ottobre, che invece proponeva ingenti aumenti; come prevedibile la soluzione si è trovata nel mezzo. Il Parlamento è riuscito ad imporre la propria visione per alcuni incrementi, in particolare per la Rubrica 1a e per un nuovo sostegno all'Iniziativa per l'occupazione giovanile; vi sono stati anche incrementi per la Rubrica 4 e per l'organico di alcune agenzie legate alla Rubrica 3. Il Consiglio si è ritenuto soddisfatto per aver slegato questa procedura annuale dalla revisione di metà mandato del QFP: in ogni caso, eventuali nuovi impegni, come quelli per l'Iniziativa per l'occupazione giovanile, saranno poi da scalare per il computo totale. A mio avviso permangono tutte le criticità già espresse a fine ottobre, tra cui una mancanza chiara di priorità politiche e le necessarie economie per rendere questo bilancio sostenibile e credibile anche nei confronti dei cittadini: i continui incrementi dei costi amministrativi e burocratici ci fanno capire come la realtà che si vive a Bruxelles sia scollegata dalla vita quotidiana nei diversi paesi europei.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de gemeenschappelijke tekst over de ontwerpbegroting 2017.

De ontwerpbegroting herbergt tal van posten waar de PVV grote problemen mee heeft. De PVV vindt het onnodig dat de EU de fondsen vergroot voor bijvoorbeeld Palestijnse terroristen, Turks-Cypriotische bezetters, migratie en reisjes van de jeugd door Europa.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Text rozpočtu, ktorý bol dohodnutý zmierovacím výborom, som nepodporila. Pri rozpočtovej procedúre sa už tradične objavil konflikt medzi Európskou komisiou, Parlamentom a Radou. Zatiaľ čo Komisia sa snažila rozpočet nezvyšovať a skôr znižovať nepotrebné výdavky, Európsky parlament prostredníctvom svojich pozmeňujúcich návrhov rozpočet ešte zvýšil nad úroveň toho minuloročného. V zmierovacom výbore sa síce podarilo niektoré navýšenia zmierniť, ale výsledok je predsa len vyšší ako bol rozpočet za rok 2016. Samozrejme si musíme uvedomiť, že bezprecedentné výzvy, ako je napríklad migračná a utečenecká kríza, prípadne prírodné katastrofy, ktoré Európu opakovane postihujú, si vyžadujú vyššie financie, na druhej strane si však myslím, že každoročné zvyšovanie rozpočtu nie je správna cesta. V prvom rade by sme sa totiž mali spýtať, či sa chýbajúce financie na určitú oblasť nedajú získať presunutím z inej, nevyužívanej rozpočtovej položky. Mali by sme sa naučiť, ako pracovať s rozpočtom efektívne namiesto jeho neustáleho navyšovania, ktoré skutočne nie je dlhodobo udržateľných riešením. Napriek týmto výhradám však oceňujem prácu zmierovacieho výboru v tom, že sa snažil zredukovať výdavky napríklad na administratívu, a naopak prideliť viac financií na dôležité projekty, akými sú Erasmus, Horizont 2020 alebo EURES.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Zajednički nacrt proračuna Europske unije za financijsku godinu 2017. kojim je utvrđena razina rashoda 157 857,8 milijuna EUR odražava pravednu i ravnomjernu preraspodjelu sredstava za podmirivanje svih predviđenih obaveza u sljedećoj godini. Mobiliziranjem instrumenata fleksibilnosti za Sigurnost i građanstvo u iznosu od 530 milijuna EUR osiguravaju se dovoljna sredstva za pravovremeno reagiranje i rješavanje problema uzrokovanih aktualnim migracijskim i humanitarnim krizama. Temeljitost i sistematičnost nacrta ovog proračuna odražava se i u osiguravanju dovoljnih sredstava za nepredviđene izdatke, održivom rastu te mobilizaciji instrumenata fleksibilnosti. Slažem se i podržavam nacrt ovog proračuna jer smatram da će osigurati nesmetano funkcioniranje institucija i podmirivanje svih nastalih obveza.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za poročilo o skupnem predlogu splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2017, ki ga je odobril spravni odbor v proračunskem postopku.

Predlog splošnega proračuna Evropske unije podpiram, ker menim, da je razvojno zasnovan, saj med drugim spodbuja investicije in regionalni razvoj ter namenja dodatna sredstva za izvajanje programa Erasmus+.

7.21. Lage in Italien nach den Erdbeben (B8-1284/2016, B8-1285/2016, B8-1285/2016, B8-1286/2016, B8-1288/2016, B8-1289/2016, B8-1291/2016, B8-1294/2016, B8-1296/2016)

Dichiarazioni di voto orali

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, το Ευρωπαϊκό Ταμείο Αλληλεγγύης είναι πάντα παρόν, όταν πρόκειται να θεραπεύσει τις ζημιές που υφίστανται οι πολίτες μας και οι υποδομές στις χώρες μέλη από φυσικές καταστροφές. Έχω μια σειρά παραδείγματα για τον τρόπο με τον οποίο ενίσχυσε την Ελλάδα. Θα αναφερθώ μόνο σε ένα: Μας δόθηκε βοήθεια ύψους 16,3 εκατομμυρίων ευρώ για φυσικές καταστροφές στην Ελλάδα και τη Βουλγαρία μόλις τον περασμένο Οκτώβριο, και αυτό έχει τη σημασία του. Όμως πιστεύω πως από την εποχή της κάλυψης των ζημιών και της επούλωσης των τραυμάτων πρέπει να περάσουμε άμεσα στην εποχή της πρόληψης και για τον λόγο αυτό προτείνω να υπάρχουν έργα πρόληψης των φυσικών καταστροφών, χρηματοδοτούμενα εξ ολοκλήρου από τα διαρθρωτικά ταμεία και χωρίς εθνική συμμετοχή, ειδικά σε χώρες που πλήττονται διαρκώς, και σχετικά είναι τα παραδείγματα της Ελλάδας της Βουλγαρίας αλλά και της Ιταλίας.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione invita la Commissione, alla luce della situazione grave in cui si trovano le aree colpite dal terremoto, a prendere in considerazione la possibilità di escludere, dal calcolo dei disavanzi pubblici nazionali nel quadro del patto di stabilità e crescita, gli investimenti a favore della ricostruzione sostenibile e della prevenzione antisismica e altresì a considerare l'eventualità di estendere il calcolo esistente del Fondo di solidarietà, che è attualmente basato sugli effetti dei danni causati da un singolo evento catastrofico, a un calcolo cumulativo dei danni causati da diverse catastrofi naturali nella stessa regione in un anno. Viene inoltre ricordata l'importanza di rispettare i requisiti relativi alla costruzione di infrastrutture ed edifici antisismici. Preso atto della domanda di intervento a titolo del Fondo di solidarietà dell'Unione europea presentata dal governo italiano, si invita infine la Commissione a prendere tutti i provvedimenti necessari per esaminare tempestivamente le richieste di assistenza a titolo del Fondo al fine di garantirne la rapida mobilitazione. Per questi motivi ho votato a favore.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this resolution accompanying an oral question. The resolution urges the Commission to take all the necessary measures to provide support and help to the Italian national and regional authorities involved in relief efforts following the recent earthquakes by simplifying procedures and shortening the time for approval and disbursement of financing from the European Solidarity Fund.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Entre août et octobre 2016, 3 tremblements de terre ont frappé l'Apennin central, faisant 290 morts et plus de 400 blessés. Cette catastrophe a entraîné des destructions d'habitations et de bâtiments historiques, ce qui a très fortement impacté l'économie touristique locale. En tout ce sont 130 km² qui ont été touchés par ce terrible séisme.

J'ai voté pour la proposition de résolution de la ligue du Nord qui s'articule autour de trois points: flexibiliser l'usage du FSUE pour qu'il intervienne de manière plus efficace et moins bureaucratique; modifier les programmes opérationnels régionaux pour autoriser les régions à utiliser le FEDER et le FSE pour prendre en charge les dépenses de reconstruction et de prévention face au risque sismique; exclure du calcul du déficit public et du champ d'application de la réglementation relative aux aides d'État toutes les dépenses ou les avantages fiscaux engagés pour la reconstruction des régions sinistrées.

J'ai également voté pour la proposition de résolution de l'EFDD qui, bien que moins complète, va dans le bon sens notamment sur la possibilité de reprogrammer l'utilisation des Fonds européens, ainsi que pour la proposition de résolution de l'ALDE/ECR/S&D/PPE/Verts/GUE/NGL.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The final resolution in this matter was not the subject of a roll-call vote. Therefore, in the interests of transparency and democracy, I would like to confirm that I abstained on it.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl rezoliucijos dėl padėties Italijoje įvykus žemės drebėjimams. 2016 m. itin didelis žemės drebėjimas sukrėtė centrinę Italiją ir dar trys nemaži tos pačios bangos žemės drebėjimai sukrėtė centrinės Italijos regionus. Daugiau kaip 400 žmonių sužeista ir 290 žuvo ir dėl galimų netiesioginių pasekmių 100 000 žmonių gali tekti palikti gyvenamąją vietą. Atsižvelgdamas į susidariusią situaciją, pritariu Europos Parlamento nuomonei, kad šiai problemai reikia duoti greitą ir veiksmingą atkirtį siekiant namų netekusiems žmonėms užtikrinti tinkamas gyvenimo sąlygas bei kitą būtiną pagalbą.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte car il correspond davantage à l'Europe que nous souhaitons au sein du Front National et de notre groupe au Parlement, Europe des Nations et Libertés: celle de la coopération et de l'entraide de nations souveraines. Le Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) prend en charge l'indemnisation des dommages matériels ou des pertes de revenus suite à une catastrophe naturelle. La proposition de résolution va dans le bon sens puisqu'elle propose d'en flexibiliser l'usage, ce qui correspond aux intérêts de la France: par exemple, les inondations subies dans le sud de notre pays correspondent typiquement aux évènements qui pourraient mobiliser le FSUE.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui appelle aux efforts pour venir en aide aux nombreuses victimes des séismes en Italie et, d'une manière plus générale, souligne la nécessité de nouvelles mesures afin de mieux préparer les institutions pour faire face à ce genre de catastrophes à l'avenir.

Elle demande à la Commission d'envisager de remplacer la méthode actuelle de calcul sur laquelle s'appuie le Fonds de solidarité par une autre basée sur un calcul cumulatif des dégâts causés par plusieurs catastrophes naturelles se produisant dans la même région au cours de la même année. Elle souligne également l'importance de la recherche et du développement dans la prévention et gestion des catastrophes et invite les États membres à coopérer davantage avec ses institutions. Elle encourage enfin ses États membres à optimiser l'utilisation des fonds européens en investissant notamment dans la consolidation et le développement durable pour les activités de reconstruction.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'Italia centrale è stata colpita, a partire dall'agosto del 2016, da una serie di sismi di notevole intensità che hanno devastato città, danneggiato gravemente le infrastrutture locali e regionali, compromesso le attività economiche e soprattutto distrutto una parte del grande patrimonio storico e culturale che era conservato nel territorio. Il picco degli eventi sismici si è verificato con il terremoto del 30 ottobre, con magnitudo 6,5 della scala Richter. Sono circa 400 le persone rimaste ferite, 290 hanno perso la vita mentre oltre 100 000 residenti sono stati costretti ad abbandonare le proprie abitazioni. La risoluzione comune approvata oggi dal Parlamento, e da me fortemente sostenuta, rappresenta un importante segnale di attenzione dell'Unione nei confronti del nostro paese e delle aree tragicamente colpite dai recenti terremoti. Il testo chiede di escludere gli investimenti per la ricostruzione post terremoto dal calcolo del deficit previsto dal patto di stabilità, e di utilizzare tutti i fondi UE a disposizione per aiutare le zone colpite dai sismi. La Commissione europea ha già annunciato una prima erogazione di aiuti del valore di 30 milioni di euro dal Fondo di solidarietà che sarà votata a breve dal Parlamento.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución, que aborda la situación en Italia después de los seísmos sufridos en agosto de 2016, a los que siguieron varias réplicas y un fuerte terremoto en octubre, el más intenso de las últimas décadas, que arrasó localidades enteras y causó múltiples daños. Solicita a la Comisión, dada la excepcionalidad y gravedad de esta situación, que estudie la posibilidad de excluir del cálculo de los déficits nacionales en el marco del Pacto de Estabilidad y Crecimiento, las inversiones relacionadas con la reconstrucción sostenible y la prevención de seísmos, y que adopte todas las medidas necesarias para analizar prontamente las solicitudes de asistencia con cargo al Fondo de Solidaridad de la Unión Europea (FSUE), con vistas a garantizar su rápida movilización.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai prioritairement soutenu la résolution déposée par le groupe ENF sur la situation en Italie, plus complète, mais ai également voté en faveur de la résolution commune des autres groupes politiques.

La résolution ENF va, à mon sens, plus loin, dans les propositions de bon sens relatives à la gestion par les autorités nationales et locales des catastrophes naturelles. Nous avons ainsi demandé à flexibiliser l'usage du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) pour qu'il puisse intervenir de manière plus rapide et de façon plus efficace. Rappelons que, jusqu'à présent, il ne peut jouer que dans les six mois suivant la catastrophe naturelle; au-delà, toute subvention provenant du FSUE peut être considéré comme une aide d'État.

Par ailleurs, nous souhaiterions que les régions soient autorisées à faire appel au FEDER et au FSE pour prendre en charge les dépenses liées à la reconstruction et à la prévention des risques sismiques.

Enfin, il nous semble indispensable que soient exclus du déficit public et du champ d'application du règlement relatif aux aides d'État toutes les dépenses ou avantages fiscaux liés à la reconstruction des régions sinistrées. L'humain ne peut être toujours considéré comme une simple variable d'ajustement économique!

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Se trata de una propuesta de Resolución que se aprueba, en el marco del debate sobre el Fondo de Solidaridad de la Unión (creado para intervenir en caso de catástrofes naturales graves y aportar la solidaridad europea a las regiones siniestradas de Europa), tras los devastadores terremotos que azotaron el centro de Italia en agosto y octubre de 2016 y por los que cerca de 300 personas perdieron la vida y otras más de 400 resultaron heridas, con el posible desplazamiento de otras 100 000.

Se pretende dar respuesta a las preguntas de si la Comisión ha recibido una solicitud del Gobierno italiano para recibir financiación del Fondo y ha adoptado todas las medidas necesarias para evaluar la solicitud y movilizar rápidamente esta financiación, y de si la Comisión considerará las solicitudes de modificación de los programas operativos nacionales y regionales italianos, con el fin de abordar mejor las cuestiones del objetivo temático 5 («promover la adaptación al cambio climático y la prevención y gestión de riesgos»), y estudiará los procedimientos existentes de evaluación de las solicitudes de financiación con vistas a simplificarlos y acortar los plazos necesarios.

He votado a favor de la Resolución finalmente aprobada.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje Europos Parlamentas išreiškia didžiausią solidarumą su visais nuo žemės drebėjimų nukentėjusiais asmenimis ir jų šeimomis, taip pat Italijos nacionalinės, regionų ir vietos valdžios institucijomis, kurios stengiasi suteikti paramą po įvykusios nelaimės, ir reiškia savo giliausią užuojautą. Parlamentas išreiškia savo nerimą dėl didelio perkeltųjų asmenų, artėjant žiemos sezonui gyvenančių itin atšiauriomis oro sąlygomis, skaičiaus, todėl ragina Komisiją išsiaiškinti visus įmanomus būdus, kaip teikti pagalbą Italijos valdžios institucijoms, siekiant visiems savo namų netekusiems žmonėms užtikrinti tinkamas gyvenimo sąlygas. Parlamentas pabrėžia, kaip svarbu sukurti visų turimų priemonių, įskaitant Europos struktūrinių ir investicijų (ESI) fondus, sąveiką, ir užtikrinti, kad ištekliai būtų veiksmingai panaudojami atstatymo veiklai ir visiems kitiems būtiniems veiksmams vykdyti, visapusiškai bendradarbiaujant su Italijos nacionalinės ir regioninės valdžios institucijomis. Be to, jis ragina Komisiją šiuo tikslu būti pasirengusiai kuo greičiau, gavus valstybės narės prašymą dėl pakeitimų, priimti atitinkamus programų ir veiksmų programų pakeitimus. Parlamentas taip pat pabrėžia galimybę Europos žemės ūkio fondą kaimo plėtrai (EŽŪFKP) naudoti kaimo vietovėms ir žemės ūkio veiklai, kurioms turėjo poveikį žemės drebėjimai, paremti.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az indítvány hangsúlyozza, hogy a legutóbbi olasz földrengések egész falvakat tüntettek el a Föld színéről, súlyosan károsították a helyi és regionális infrastruktúrát, a gazdasági tevékenységet, sok esetben a történelmi és kulturális örökséget is, és mindezek következtében jelentős újjáépítési erőfeszítésekre van szükség az elszenvedett károk helyreállítása érdekében.

Az állásfoglalási indítvány fontos kérdésekre hívja fel a figyelmet, például arra, hogy az otthontalanná vált személyek számára a tél közeledtével egyre fontosabb a megfelelő szálláshely biztosítása, a megelőzés érdekében fel kell gyorsítani a kapcsolódó kutatásokat, az előlegfizetést a lehető leghamarabb biztosítani kell az érintett területek számra, valamint a hatékony válasz érdekében minél teljesebben ki kell használni a meglevő eszközök közötti szinergiákat.

Szavazatommal támogattam az állásfoglalási indítvány elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se z resolucijo, katera ugotavlja resnost potresov v osrednji Italiji.

Osrednjo Italijo je 24. avgusta 2016 prizadel uničujoč potres, ki je povzročil znatno gmotno škodo in uničil mesta, močno poškodoval lokalno in regionalno infrastrukturo, uničil zgodovinsko in kulturno dediščino ter škodoval gospodarstvu. V tem potresu in popotresnih sunkih je bilo ranjenih več kot 400 ljudi, 290 pa jih je umrlo, povzročilo pa razselitev do 100 000 ljudi.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Pitanje Komisiji o stanju u Italiji nakon potresa, a pogotovo s obzirom da dolazi razdoblje otežanih vremenskih uvjeta zbog predstojeće zimske sezone. Zimsko razdoblje predstavlja jednu od glavnih briga za veliki broj raseljenih osoba i to treba riješiti brzo i učinkovito kako bi se zajamčili pristojni životni uvjeti za ljude bez krova nad glavom.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ces 3 propositions de résolutions vont dans le bon sens en facilitant l'utilisation de ces fonds européens de solidarité. Néanmoins je resterai vigilante sur la dérive qui consisterait à utiliser ces fonds pour financer la politique migratoire notamment en Italie en Grèce et à Chypre.

Je vote donc pour la résolution ENF.

Je vote pour la résolution EFDD.

Je vote pour la résolution de l'ALDE/ECR/S&D/PPE/Verts/GUENGL.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Negli ultimi mesi l'Italia centrale è stata colpita da diversi terremoti, il più grave dei quali è avvenuto il 30 ottobre: è stato il sisma più forte mai registrato nel territorio dell'Unione europea dal 1980. È importante che si continui ad agire con la celerità e la professionalità che abbiamo visto in questi mesi anche nel futuro: i territori colpiti devono continuare a ricevere tutta la solidarietà, morale e materiale, dell'intera Unione europea. L'iscrizione in bilancio della dotazione finanziaria annuale del Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) va sicuramente nella direzione corretta, ma la Commissione deve accelerare le procedure il più possibile e anticipare l'erogazione dei fondi di sostegno. Il Fondo europeo agricolo per lo sviluppo rurale (FEASR) sarà sicuramente utile per sostenere le attività agricole che sono state danneggiate dai terremoti ma è centrale creare sinergie fra tutti gli strumenti disponibili, compresi i fondi strutturali e d'investimento europeo (fondi SIE) e di garantire che le risorse siano utilizzate efficacemente per le attività di ricostruzione e tutte le altre azioni necessarie, in piena cooperazione con le autorità nazionali e regionali italiane. Un'Europa più umana, più solidale e più vicina dai cittadini passa anche da come reagisce a situazioni come questa.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – L'Italie a été victime ces derniers temps de violents séismes qui ont ravagé principalement le centre du territoire et fait plus de 400 blessés et 290 morts. Ces secousses ont gravement endommagé des villes, des infrastructures régionales et locales et ont détruit des biens du patrimoine historique. L'Union européenne doit venir en aide à l'Italie dans la mesure de ses capacités. Nous devons utiliser les instruments européens tels que le Fonds de solidarité de l'Union européenne pour soutenir l'Italie. J'apporte tout mon soutien aux victimes de ces tremblements de terre. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione che chiede alla Commissione di favorire un uso ottimale di tutte le risorse disponibili per aiutare l'Italia nella ricostruzione dopo le recenti catastrofi sismiche. I terremoti che hanno raso al suolo interi paesi e sconvolto la vita di decine di migliaia di persone non sono eventi sporadici, ma fenomeni naturali destinati a ripetersi periodicamente. Occorre fare prevenzione, utilizzando al meglio i vari fondi esistenti, compresi i fondi strutturali e il fondo europeo d'investimento, per dotare le zone maggiormente soggette a rischio terremoto di adeguate misure antisismiche, evitando che i futuri eventi sismici abbiano con lo stesso tragico impatto. La relazione contiene la stessa richiesta che tempo fa rivolsi al Presidente della Commissione Juncker e al Commissario Moscovici di escludere dal calcolo dei deficit nazionali nel quadro del patto di stabilità e crescita gli investimenti per la ricostruzione sostenibile e le operazioni antisismiche. Ritengo, infatti, paradossale che la clausola di flessibilità scatti nei casi di gravi calamità e non sia usufruibile per prevenire catastrofi, ovvero per scongiurare che eventi del genere siano causa di morte e devastazione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution accompanying an oral question. The resolution urges the Commission to take all the necessary measures to provide support and help to the Italian national and regional authorities involved in relief efforts following the recent earthquakes by simplifying procedures and shortening the time for approval and disbursement of financing from the European Solidarity Fund.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution in response to the devastating earthquakes that hit central Italy between August and October 2016. This resulted in flattening of entire villages, seriously damaged local and regional infrastructure, ruined historical and cultural heritage, damaged economic activities, especially those of SMEs, agriculture, the landscape and the potential of the tourism and hospitality industries, a large number of displaced persons, and various indirect forms of damage in the surrounding areas. I believe that in light of this exceptional and very serious situation, the Commission should consider having sustainable reconstruction and any anti-seismic investments excluded from the calculation of national deficits in the framework of the Stability and Growth Pact.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione presentata sui recenti terremoti che hanno messo in ginocchio il centro Italia è molto completa, richiede interventi sul territorio ad ampio raggio e di non tenere in considerazione le spese per la ricostruzione ai fini del rispetto del patto di stabilità. Ho votato senza dubbio a favore.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση στην Ιταλία μετά τους σεισμούς που έγιναν το προηγούμενο διάστημα επιβεβαιώνει τη διάθεσή μας να στηρίξουμε τους πολίτες και το ιταλικό κράτος που δέχθηκαν ισχυρό πλήγμα και καλούνται να αντιμετωπίσουν σημαντικές καταστροφές. Θεωρώ πως είναι υποχρέωσή μας να παρέχουμε οποιαδήποτε δυνατή βοήθεια και γι' αυτό τον λόγο ψήφισα θετικά στις προτάσεις του ψηφίσματος.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – «Sono solo parole» è il mantra che spesso si ripete di fronte a provvedimenti recanti effetti manifestatamente benefici somiglianti a promesse elettorali. Tuttavia, dalla risoluzione emerge prepotentemente che questa volta l'UE ha intenzione di intervenire quanto prima a favore dell'Italia e delle popolazioni delle zone colpite dal sisma non solo del 26 agosto scorso, bensì anche di quelli del 26 e del 30 ottobre. Non si è trattato di meri eventi tellurici, ma di vere e proprie coltellate inflitte ad una terra che oggi piange più di 290 morti e deve trovare, nel rigido inverno, una sistemazione dignitosa per oltre cento mila sfollati. No, non sarà un Natale facile, ma certamente rallegrerà, qualora venisse accolto, sapere che l'invito rivolto alla Commissione di escludere dal calcolo dei disavanzi pubblici nazionali nel quadro del patto di stabilità e crescita gli investimenti a favore della ricostruzione sostenibile e della prevenzione antisismica. Così come l'eventualità di estendere il Fondo europeo di solidarietà al calcolo cumulativo dei danni causati da differenti catastrofi nella medesima regione in un anno non potrebbe che giovare a zone che devono fronteggiare molteplici difficoltà naturali. Possiamo, per ora, compiacerci della maggior flessibilità concessa all'Italia nel calcolo del deficit.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motions for resolutions on the situation in Italy after the earthquakes.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Itália tem sofrido no último ano de 2016 um conjunto de sismos e réplicas de elevada magnitude que terão causado mais de 290 mortos e 400 feridos, arrasado aldeias inteiras e transformado em ruínas património histórico e cultural, causando perturbações nas atividades económicas, em especial PME e sector turístico.

Expresso a minha solidariedade com as vítimas dos sismos e suas famílias e com o trabalho das autoridades e voluntários que prestaram ajuda de emergência após a catástrofe.

Partilho da preocupação que alguns territórios europeus estão mais vulneráveis à atividade sísmica, devendo-se acelerar a investigação, de modo a evitar danos, gerir crises e reduzir a dimensão do impacto das catástrofes, em articulação com iniciativas levadas a cabo ao abrigo do programa Horizonte 2020, e devendo também ser respeitados os requisitos aplicáveis à construção de infraestruturas resistentes a sismos.

Por outro lado, considero que se deve simplificar ainda mais os procedimentos de ativação do Mecanismo de Proteção Civil da UE e a Comissão deve colaborar para que se agilize a reconstrução sustentável e os investimentos em infraestruturas antissísmicas e otimizar o financiamento da UE existente na prevenção de catástrofes naturais.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa proposta in quanto invita la Commissione, alla luce del carattere gravissimo ed eccezionale della situazione in Italia dopo i recenti terremoti, a prendere in considerazione la possibilità di escludere, dal calcolo dei disavanzi pubblici nazionali nel quadro del patto di stabilità e crescita, gli investimenti a favore della ricostruzione sostenibile e della prevenzione antisismica, compresi quelli cofinanziati con i fondi SIE e assegnati all'obiettivo tematico 5 (prevenzione, promozione dell'adattamento ai cambiamenti climatici, prevenzione e gestione dei rischi). Giudico inoltre positivo, anche se non ancora del tutto sufficiente, l'anticipo di risorse che il Commissario in Aula ha garantito per attuare le misure più urgenti.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – In the recent Italian earthquake disaster more than 400 people were reported to have been injured and 290 to have died. Devastating earthquakes could accumulate in a 'domino effect' and lead to 100 000 displaced residents. This requires us to create synergies between all available instruments, in order to ensure that resources are used effectively for reconstruction activities and all other necessary interventions, in full cooperation with the Italian national and regional authorities.

I agree on the importance of the European Union Civil Protection Mechanism in fostering cooperation among national civil protection authorities across Europe in adverse situations and in minimising the effects of exceptional occurrences. We should keep up our efforts to further simplify the procedures for the activation of the mechanism to make it available rapidly and effectively in the immediate aftermath of a disaster. I express my deepest solidarity and empathy with all the individuals affected by the earthquakes and their families, and with the Italian national, regional and local authorities involved in relief efforts following the disaster.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – In plenaria a Bruxelles abbiamo approvato la risoluzione del Parlamento sulla situazione in Italia a seguito dei terremoti. Si tratta di una risoluzione assolutamente positiva, che riconosce - a partire dalla straordinaria eccezionalità del caso italiano - sia gli sforzi che il governo sta compiendo, che il bisogno di trovarci meglio preparati di fronte ai rischi di eventi straordinari. Sicuramente è un passo in avanti la proposta di modifica del regolamento del fondo di solidarietà, che accelera le procedure, le snellisce e rende più immediata l'erogazione delle risorse, rispetto alla decisione assunta. Ho votato a favore di questa risoluzione, perché non risponde solo ai bisogni dei cittadini italiani, ma rappresenta anche una risposta all'esigenza europea di consentire un piano strategico di messa in sicurezza, agevolando e derogando alle norme del patto di stabilità e crescita. Pertanto, ritengo fondamentale l'approvazione dei paragrafi 6 e 7 che chiedono il massimo della flessibilità possibile e ribadiscono l'urgenza dell'esclusione dal patto di stabilità e crescita degli investimenti realizzati attraverso i fondi strutturali per mettere in sicurezza i territori e le aree più a rischio.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W ciągu ostatnich kilku miesięcy Włochy nawiedziła seria bardzo niszczących trzęsień ziemi, podczas których 400 osób zostało rannych, a 290 straciło życie. W krótkim czasie po tych wydarzeniach ponad 100 000 osób zostało wysiedlonych ze swoich domów. W wyniku tych nieszczęśliwych wydarzeń bardzo wiele miasteczek uległo zniszczeniu, a infrastruktura lokalna i regionalna została poważnie uszkodzona.

Bardzo ucierpiały również ośrodki dziedzictwa historycznego i kulturowego. Trzęsienia ziemi miały znaczący wpływ także na funkcjonowanie małych i średnich przedsiębiorstw, rolnictwo oraz branżę turystyczną i hotelarską. Projekt wzywa Komisję do podjęcia wszelkich niezbędnych środków w celu zapewnienia szybkiego i skutecznego finansowania w ramach Funduszu Solidarności Unii Europejskiej oraz do rozważenia możliwości korzystania z Europejskiego Funduszu na rzecz Rozwoju Obszarów Wiejskich w celu wsparcia obszarów wiejskich i rolnictwa, które ucierpiały wskutek trzęsienia ziemi.

Ponadto zwraca się do Komisji, aby upewniła się, że wszystkie środki przewidziane w celu poprawy sytuacji lub na nią ukierunkowane były rzeczywiście używane przez rząd włoski na ten konkretny cel. Mając na uwadze powyższy stan rzeczy, zagłosowałem za przyjęciem dokumentu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this resolution which looks upon the devastating earthquakes that hit central Italy in 2016 and concludes that more efforts are needed in order to tackle the EU law restrictions on budgets and state aids in situations like these. The report also highlights how it is practically impossible for earthquake-prone Member States to pursue proper programmes of investment in reconstruction work and earthquake prevention and to provide support for the economic activities affected unless they cut services or resources already earmarked for existing structural investment plans, and this must be tackled.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Le drammatiche scosse di terremoto che hanno recentemente colpito le regioni centrali della penisola italiana rappresentano una ferita profonda non solo per l'Italia, bensì per tutta l'Europa. La simbolica promessa della Commissione europea di ricostruire la cattedrale di Norcia assieme all'annuncio dello stanziamento della prima tranche di fondi per far fronte all'emergenza sono i primi segnali concreti che apprezziamo; ora chiediamo l'esclusione dal patto di stabilità degli investimenti strutturali per la messa in sicurezza e la ricostruzione degli edifici secondo le più recenti norme antisismiche. Spero fortemente che questi tragici eventi costituiscano l'occasione per dimostrare che l'Unione europea è, prima di ogni cosa, una comunità di valori attenta ai bisogni dei cittadini.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution du Parlement européen porte sur la situation italienne suite aux séismes qui l'ont frappée. La résolution prend bien sûr acte de la demande d'aide du gouvernement italien au titre de Fonds de solidarité de l'Union européenne et demande à la Commission européenne de traiter rapidement cette demande en vue d'agir encore plus efficacement auprès des territoires touchés. Considérant la gravité de la situation italienne, et considérant le devoir de l'Union européenne de porter secours aux territoires européens en détresse suite à des catastrophes naturelles, j'ai bien sûr voté en faveur de cette résolution.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding resolution. We first of all offer our condolences to all those affected by the earthquakes in Italy. UKIP is usually opposed to the spending of any EU money. However in light of the tragic human suffering in cases of environmental disaster we have chosen to abstain.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la résolution du Parlement sur la situation en Italie après les séismes. Depuis le 14 août 2016, l'Italie a été victime de quatre puissants séismes qui ont causé la mort de 290 personnes, blessé 400 autres et provoqué le déplacement de 100 000 résidents.

Il est nécessaire que l'Union européenne tire toutes les leçons de cette situation pour améliorer à la fois la rapidité et le contenu de l'assistance qu'elle apporte, ainsi que pour optimiser la coordination entre les différends fonds européens, afin de gagner en efficacité. De façon plus pressante, alors que l'hiver s'installe, je me joins à l'appel auprès de la Commission pour que cette dernière utilise tous les moyens à sa disposition pour aider les autorités italiennes à garantir des hébergements à ceux dépourvus de foyer.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az Európai Parlament olaszországi földrengésekhez kapcsolódó állásfoglalási indítványát.

Az indítvány hangsúlyozza, hogy a legutóbbi olasz földrengések egész falvakat tüntettek el a Föld színéről, súlyosan károsították a helyi és regionális infrastruktúrát, a gazdasági tevékenységet, sok esetben a történelmi és kulturális örökséget is, és mindezek következtében jelentős újjáépítési erőfeszítésekre van szükség az elszenvedett károk helyreállítása érdekében.

Az állásfoglalási indítvány fontos kérdésekre hívja fel a figyelmet, például arra, hogy az otthontalanná vált személyek számára a tél közeledtével egyre fontosabb a megfelelő szálláshely biztosítása, a megelőzés érdekében fel kell gyorsítani a kapcsolódó kutatásokat, az előlegfizetést a lehető leghamarabb biztosítani kell az érintett területek számra, valamint a hatékony válasz érdekében minél teljesebben ki kell használni a meglevő eszközök közötti szinergiákat.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour l'ensemble de ces textes.

Entre août et octobre 2016, trois tremblements de terre ont frappé l'Apennin central, faisant 290 morts et plus de 400 blessés.

Le FSUE prend en charge l'indemnisation des dommages matériels causés aux actifs ou des pertes de revenus dues à la suspension totale ou partielle de l'activité pendant une période n'excédant pas six mois à compter de la survenance de la catastrophe naturelle.

Ces trois propositions, dont une déposée par la Ligue du Nord, visent à flexibiliser ce fonds et à permettre l'utilisation, en cas de catastrophe naturelle, du FSE et du FEDER, ce qui nous paraît utile et approprié.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Първо искам да изкажа моите най-искрени съболезнования за загиналите от последните земетресения в Италия. След това искам да поздравя всички онези смели италианци, които помагаха за изваждането на живите от руините и за възстановяването на градовете след тези редица ужасни земетресения. И макар и трудно, след такава трагедия ние трябва да вземем поуки от тези бедствия и да направим така, че да можем по-бързо и заедно да преодоляваме тези бедствия.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε, διότι η πρόταση ψηφίσματος δεν αντιμετωπίζει πραγματικά τα προβλήματα των περιοχών που έχουν πληγεί, αντίθετα δείχνει πως η προσέγγιση είναι αποσπασματική και πάντα υπό την δαμόκλειο σπάθη των μέτρων λιτότητας.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - Szavazatommal támogattam az Európai Parlament olaszországi földrengésekhez kapcsolódó állásfoglalási indítványát.

Az indítvány hangsúlyozza, hogy a legutóbbi olasz földrengések egész falvakat tüntettek el a Föld színéről, súlyosan károsították a helyi és regionális infrastruktúrát, a gazdasági tevékenységet, sok esetben a történelmi és kulturális örökséget is, és mindezek következtében jelentős újjáépítési erőfeszítésekre van szükség az elszenvedett károk helyreállítása érdekében.

Az állásfoglalási indítvány fontos kérdésekre hívja fel a figyelmet, például arra, hogy az otthontalanná vált személyek számára a tél közeledtével egyre fontosabb a megfelelő szálláshely biztosítása, a megelőzés érdekében fel kell gyorsítani a kapcsolódó kutatásokat, az előlegfizetést a lehető leghamarabb biztosítani kell az érintett területek számra, valamint a hatékony válasz érdekében minél teljesebben ki kell használni a meglevő eszközök közötti szinergiákat.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente relazione poiché, a seguito degli eventi sismici che hanno colpito l'Italia, il testo chiede alla Commissione di mettere in campo tutte le misure necessarie per fornire all'Italia un supporto, rapido ed efficace, attraverso il Fondo di solidarietà dell'Unione europea, prendendo in considerazione anche la possibilità di utilizzare il Fondo europeo per lo sviluppo rurale al fine di sostenere le aree rurali e le attività agricole colpite dai terremoti. Ritengo altresì opportuna la richiesta, avanzata alla Commissione, di garantire che tutte le risorse in oggetto siano effettivamente impiegate dal governo italiano con questo scopo specifico.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – V auguste 2016 zasiahli Taliansko tri obrovské zemetrasenia, ktoré spôsobili zranenia 400 ľudom a 290 ľudí usmrtili. Je možné, že v dôsledku ničivých dôsledkov príde až 100 000 ľudí o strechu nad hlavou. Nadchádzajúca zima preto predstavuje veľký problém pre ľudí, ktorí museli byť premiestnení. Zemetrasenia zničili mestá, vážne poškodili regionálnu infraštruktúru a na viacerých miestach zničili aj kultúrne a historické pamiatky. Európska komisia musí promptne reagovať na vzniknutú situáciu a Európska únia musí byť pripravená pomôcť Taliansku prostredníctvom Fondu solidarity, ktorý je určený práve na pomoc pri podobných tragických nešťastiach.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τις εκθέσεις στο σύνολό τους για την κατάσταση στην Ιταλία μετά τους σεισμούς, καθώς η πρόταση ψηφίσματος δεν αντιμετωπίζει πραγματικά τα προβλήματα των περιοχών που έχουν πληγεί. Αντίθετα δείχνει πως η προσέγγιση είναι αποσπασματική και πάντα υπό την δαμόκλειο σπάθη των μέτρων λιτότητας.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The situation is extremely hard for these citizens as the quakes have destroyed towns, seriously damaged local and regional infrastructure, ruined historic and cultural heritage, damaged economic activities especially SMEs, agriculture, as well as tourist and gastronomic potentials. The harsh weather conditions of the forthcoming winter season represent a major concern for the big number of displaced persons and it need to be addressed quickly and effectively in order to guarantee decent living conditions for the people deprived of their dwelling.

I believe we have to make everything possible in order to show to the citizens that Europe stands united and backs them and that solidarity cannot remain on paper. The Commission must help the Italian authorities without hesitation.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az Európai Parlament olaszországi földrengésekhez kapcsolódó állásfoglalási indítványát.

Az indítvány hangsúlyozza, hogy a legutóbbi olasz földrengések egész falvakat tüntettek el a Föld színéről, súlyosan károsították a helyi és regionális infrastruktúrát, a gazdasági tevékenységet, sok esetben a történelmi és kulturális örökséget is, és mindezek következtében jelentős újjáépítési erőfeszítésekre van szükség az elszenvedett károk helyreállítása érdekében.

Az állásfoglalási indítvány fontos kérdésekre hívja fel a figyelmet, például arra, hogy az otthontalanná vált személyek számára a tél közeledtével egyre fontosabb a megfelelő szálláshely biztosítása, a megelőzés érdekében fel kell gyorsítani a kapcsolódó kutatásokat, az előlegfizetést a lehető leghamarabb biztosítani kell az érintett területek számra, valamint a hatékony válasz érdekében minél teljesebben ki kell használni a meglevő eszközök közötti szinergiákat.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de resolución, considerando los devastadores seísmos que han azotado el centro de Italia en 2016 y, que han causado, según diversas informaciones, más de 400 heridos y 290 víctimas mortales. Del mismo modo, los últimos seísmos han devastado pueblos, dañado gravemente infraestructuras locales y regionales, destruido patrimonio histórico y cultural y afectado a actividades económicas, especialmente las de las pymes, la agricultura, los paisajes naturales y el potencial del turismo y la hostelería. Por lo tanto, la Unión debe estar lista para ayudar, mediante el Fondo de Solidaridad europeo, teniendo en cuenta que es muy importante que las autoridades nacionales puedan contar con estos fondos lo antes posible.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – Despite the heroic efforts made by civil protection forces the earthquakes in Italy have led to the tragic loss of 290 lives and an urgent need to provide relief and reconstruction to the affected areas and to the 100 000 people displaced by the disaster. Due to the costs of this disaster, it is very important that Italy receive increased flexibility in its deficit calculations – this important issue is included in paragraph 6 of the resolution. This paragraph also rightly calls on the Italian Government to ensure that extra resources provided are used to the benefit of those affected and displaced by this tragic disaster.

Another key paragraph in the resolution is paragraph 7, as it calls on the Commission to evaluate investing in sustainable reconstruction and other forms of important anti-seismic projects. These investments should be co-financed with ESI funds and excluded from the deficit calculations in regard to the Stability and Growth Pact. This is very important, as it would be wrong to restrict necessary short-term and emergency expenditure on behalf of the affected citizens and their communities.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – L'Europa ha la responsabilità, di fronte a una tragedia dolorosa come il terremoto che più di una volta ha segnato dolorosamente l'estate di tanti cittadini e comuni del Centro Italia, di intervenire concretamente e urgentemente affinché la ricostruzione di vite, del patrimonio storico e delle relazioni commerciali rinasca in tempi brevi e certi. Per rispondere efficacemente a tale drammatica emergenza, ritengo urgente l'appello alla Commissione affinché si stabiliscano tempi di intervento brevi, si attivino misure volte a semplificare e abbreviare l'iter burocratico di attivazione dei fondi e si vagli la possibilità di ricorrere a nuovi meccanismi di prestito. L'Italia ha bisogno di risposte, tempestive, adeguate e capaci di ricostruire soprattutto la speranza nelle popolazioni colpite.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the situation in Italy after the earthquakes. I support the measures to simplify procedures and shorten the time of approval for funds.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione perchè in particolare contiene un importate principio: le spese per la ricostruzione devono essere escluse dai vincoli di bilancio, così come le spese per la prevenzione. Perché se è vero che purtroppo i terremoti, come altre catastrofi, non sono prevedibili, è invece dimostrata l'inadeguatezza delle strutture pubbliche e delle case nelle maggiori aree sismiche italiane. Non sappiamo dove e quando sarà il prossimo terremoto, ma tristemente sappiamo che sarebbe, per l'ennesima volta, una terribile tragedia. Non chiediamo all'Europa di sostituirsi alle nostre amministrazioni locali o di assumersi la responsabilità, chiediamo all'Europa di mettere il nostro governo e le nostre regioni nelle condizioni di fare degli investimenti, di ricostruire, di ammodernare, di mettere in sicurezza, senza che questo pesi su quei vincoli di bilancio, che non sono più vincoli, ma ostacoli.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución, que aborda la situación en Italia después de los seísmos sufridos en agosto de 2016, a los que siguieron varias réplicas y un fuerte terremoto en octubre, el más intenso de las últimas décadas, que arrasó localidades enteras y causó múltiples daños. Solicita a la Comisión, dada la excepcionalidad y gravedad de esta situación, que estudie la posibilidad de excluir del cálculo de los déficits nacionales en el marco del Pacto de Estabilidad y Crecimiento, las inversiones relacionadas con la reconstrucción sostenible y la prevención de seísmos, y que adopte todas las medidas necesarias para analizar prontamente las solicitudes de asistencia con cargo al Fondo de Solidaridad de la Unión Europea (FSUE), con vistas a garantizar su rápida movilización.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution. On 24 August 2016 a devastating earthquake hit central Italy, while three other major quakes, within a flurry of tremors, struck central Italian regions. The territories concerned suffer from a deformation that extends over an area of about 130 square km with a maximum displacement of at least 70 cm. Consequently, the quakes have destroyed towns, seriously damaged local and regional infrastructure, ruined historic and cultural heritage, damaged economic activities especially SMEs, agriculture, as well as touristic and gastronomic potentials.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az indítvány hangsúlyozza, hogy a legutóbbi olasz földrengések egész falvakat tüntettek el a Föld színéről, súlyosan károsították a helyi és regionális infrastruktúrát, a gazdasági tevékenységet, sok esetben a történelmi és kulturális örökséget is. Mindezek következtében jelentős újjáépítési erőfeszítésekre van szükség a károk helyreállítása érdekében.

Az állásfoglalási indítvány fontos kérdésekre hívja fel a figyelmet, például arra, hogy az otthontalanná vált személyek számára a tél közeledtével egyre fontosabb a megfelelő szálláshely biztosítása, a megelőzés érdekében fel kell gyorsítani a kapcsolódó kutatásokat, az előlegfizetést a lehető leghamarabb biztosítani kell az érintett területek számra, valamint a hatékony válasz érdekében minél teljesebben ki kell használni a meglevő eszközök közötti szinergiákat.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – After the devastating earthquake that hit central Italy on 24 August 2016, I feel that it is necessary to support the above motion. I believe that the reconstruction and any anti-seismic investments should be excluded from the calculation of national deficits in the framework of the Stability and Growth Pact in order to take into account the extent of the devastation.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour, since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za zajednički prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o stanju u Italiji nakon potresa jer je rasprava o navedenoj situaciji pokrenuta na moju inicijativu. Smatram da je izrazito važno da su se na jednoj tako bitnoj temi uspjeli ujediniti skoro pa svi klubovi zastupnika Parlamenta. U tom kontekstu, od velike je važnosti da se pojednostavi procedura i skrati vrijeme koje je potrebno za odobravanje i isplaćivanje sredstava iz Fonda solidarnosti EU-a, te da se preispitaju mogućnosti uspostavljanja okvirnog mehanizma Europske investicijske banke za zajmove, koji bi se uspostavio u svrhu pružanja sredstava državama članicama prije nego ih se isplati iz Fonda solidarnosti. Rezolucija između ostalog apelira na Europsku komisiju da svojim programima ubrza razvoj preventivnih mjera za obranu od potresa, kriznog upravljanja i općenito minimaliziranja negativnih posljedica uzrokovanih prirodnim katastrofama. Također poziva na veću sinergiju svih dostupnih instrumenata, zajedno s EFSI fondom, te efektivno korištenje svih resursa za rekonstrukciju i ostale potrebne intervencije u suradnji s talijanskim nacionalnim i regionalnim vlastima.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution équilibrée, qui exprime la solidarité de l'Union avec l'Italie et les victimes, après les séismes successifs que ce pays a connus. Ce texte met en avant la prévention et appelle à utiliser au mieux le fonds de solidarité de l'Union européenne.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den ENF- Entschließungsantrag. Hier wird die Solidarität mit den Opfern der drei schweren Erdbeben in Italien bekundet. Weiter sollen die EU-Mitgliedstaaten die Forschung zur Verringerung der Auswirkungen von Erdbeben vorantreiben.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Na plenárním zasedání 1. prosince jsem hlasovala pro návrh usnesení o situaci v Itálii po zemětřeseních. V období mezi srpnem a říjnem 2016 postihla střední Apeniny tři ničivá zemětřesení, která za sebou zanechala 290 obětí na životech, více než 400 zraněných a desítky tisíc vysídlených osob. Poslední z těchto otřesů půdy, k němuž došlo dne 30. října, byl nejsilnějším zemětřesením zaznamenaným v Itálii od roku 1980. Série zemětřesení a zkáza, kterou za sebou zanechala, mají závažné hospodářské dopady. Je proto nezbytné řádně koordinovat udržitelnou obnovu oblastí, aby bylo možné napravit způsobené hospodářské a sociální ztráty. Tento návrh umožní urychlené financování na co nejvyšší úrovni z fondů Evropské unie a potřebnou pomoc italským orgánům, která pomůže zajistit důstojné životní podmínky osobám, které přišly o domov. Prevence by měla představovat stále důležitější fázi řízení katastrof a její společenský význam by měl vzrůstat.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. - Szavazatommal támogattam az Európai Parlament olaszországi földrengésekhez kapcsolódó állásfoglalási indítványát.

Az indítvány hangsúlyozza, hogy a legutóbbi olasz földrengések egész falvakat tüntettek el a Föld színéről, súlyosan károsították a helyi és regionális infrastruktúrát, a gazdasági tevékenységet, sok esetben a történelmi és kulturális örökséget is, és mindezek következtében jelentős újjáépítési erőfeszítésekre van szükség az elszenvedett károk helyreállítása érdekében.

Az állásfoglalási indítvány fontos kérdésekre hívja fel a figyelmet, például arra, hogy az otthontalanná vált személyek számára a tél közeledtével egyre fontosabb a megfelelő szálláshely biztosítása, a megelőzés érdekében fel kell gyorsítani a kapcsolódó kutatásokat, az előlegfizetést a lehető leghamarabb biztosítani kell az érintett területek számra, valamint a hatékony válasz érdekében minél teljesebben ki kell használni a meglevő eszközök közötti szinergiákat.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. – Con il voto di oggi abbiamo manifestato tutta la nostra solidarietà nei confronti delle migliaia di persone colpite dai terremoti nel centro Italia. La macchina della solidarietà ha funzionato alla perfezione grazie alla tempestiva mobilitazione delle unità di volontari della protezione civile e al coordinamento delle autorità locali, regionali e nazionali. La ricostruzione prenderà del tempo ed avrà un'incidenza significativa sulle finanze nazionali. L'Italia, così come nessun altro paese che si trovasse ad affrontare una catastrofe simile in futuro, può essere lasciato solo in questo sforzo di ricostruzione. Per tale ragione chiediamo alla Commissione di prendere in considerazione la possibilità di escludere, dal calcolo dei disavanzi pubblici nazionali nel quadro del patto di stabilità e crescita, gli investimenti a favore della ricostruzione sostenibile e della prevenzione antisismica. I finanziamenti europei già esistenti che consentono di investire nella prevenzione delle catastrofi naturali, nonché di garantire il consolidamento dei progetti di ricostruzione saranno, da parte nostra, utilizzati al meglio al fine di conseguire lo sviluppo sostenibile a lungo termine delle zone terremotate. Chiediamo tuttavia alla Commissione di prendere tutti i provvedimenti necessari per esaminare al più presto le richieste di assistenza a titolo di Fondo di solidarietà dell'Unione.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Unfortunately, the latest earthquakes in Italy have led to death of 290 people; 400 people were injured, 150 000 Italians have become homeless. Furthermore, the latest earthquakes have destroyed towns, seriously damaged local and regional infrastructure, ruined historical and cultural heritage, and done serious harm to economic activities, especially those of SMEs which are in agricultural, tourist and gastronomic sectors. Thereby, I call on the European Commission to ensure that all the available instruments within the cohesion and regional funds are effectively used for reconstruction activities in full cooperation with the Italian national and regional authorities. In addition to this, I urge the Commission to undertake all the necessary measures to allow and provide a rapid financing for Italian national and regional authorities from the European Union Solidarity Fund. Last but not least, I would like to remind the Commission and Italian national and regional authorities that sustainable reconstruction efforts need to be properly coordinated in order to fully overcome the economic and social losses from the earthquakes.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution car elle va dans le bon sens en proposant de flexibiliser l'usage du FSUE. Cela répond en effet aux intérêts français car notre pays pourra en bénéficier pour faire face aux inondations qui ont frappé le sud de la France.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution in solidarity with the people affected by the recent earthquakes in Italy.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Potresi koju su pogodili Italiju u drugoj polovici ove godine u potpunosti su uništili sela na tom području te su nakon toga stanovnici tog područja dovedeni na rub očaja. Uništeni su i gradovi te lokalna i regionalna infrastruktura, povijesna i kulturna baština, gospodarstvo, okoliš, poljoprivreda te potencijal turističkih i ugostiteljskih industrija. Institucije Europske unije i države članice pokazale su izuzetnu solidarnost te uzajamnu pomoć u izvanrednim situacijama. Europska unija je na zahtjev talijanske vlade aktivirala službu za upravljanje hitnim situacijama Copernicus, kako bi se dobila procjena štete u pogođenim područjima na temelju satelitskih snimaka. Europski parlament ističe koliko je važno javno istraživanje i razvoj u sprečavanju katastrofa i upravljanju njima te poziva na još bolju koordinaciju i suradnju među ustanovama za istraživanje i razvoj u državama članicama, posebno u onima koje se suočavaju sa sličnim rizicima.

Bitno je dodatno napomenuti važnost poštivanja pravila o protupotresnoj gradnji kada je riječ o zgradama i infrastrukturi. Građevine trebaju biti u skladu s postojećim standardima u vezi s potresima, stoga treba biti oprezan prilikom izdavanja građevinskih dozvola. Smatram kako je u prevenciji važno stvaranje sinergije među svim postojećim instrumentima, uključujući europske strukturne i investicijske fondove, stoga sam podržala ovu rezoluciju.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Pēdējo zemestrīču rezultātā Itālijā ir izpostītas pilsētas, ir nopietni bojāta vietējā un reģionālā infrastruktūra, izpostīts vēsturiskais un kultūras mantojums, traucēta saimnieciskā darbība. Ir ziņots par vairāk nekā 400 cietušām un 290 bojā gājušām personām. Uzskatu, ka Komisijai jāveic visi nepieciešamie pasākumi, lai nekavējoties sniegtu palīdzību Itālijai no Eiropas Savienības Solidaritātes fonda.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Obyvatelia Talianska sú od augusta tohto roku traumatizovaní zemetraseniami s ničivými následkami. Táto situácia si vyžaduje, aby všetky programy finančnej podpory a pomoci dokázali reagovať pružnejšie a rýchlejšie. Preto žiadame Komisiu, aby bezodkladne vypracovala návrh na zmenu príslušných noriem Únie, ktoré posilnia spolupatričnosť Únie s členskými štátmi.

Je potrebné dosiahnuť, aby rekonštrukčné práce členských štátov v takýchto prípadoch boli vyčlenené z obmedzujúcich rozpočtových predpisov a aby bolo možné poskytnúť v takýchto prípadoch aj štátnu pomoc.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της κοινής πρότασης ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση στην Ιταλία μετά τους σεισμούς, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην Ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις Βρυξέλλες στις 30/11/2016, καθώς και διότι η εν λόγω κοινή πρόταση ψηφίσματος είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette proposition de résolution.

La proposition de résolution vise à simplifier l'usage du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE), afin de le rendre plus efficace et moins bureaucratique. Ce texte a été soumis au vote du Parlement européen suite aux tremblements de terre qui ont frappé l'Italie entre août et octobre 2016, faisant 290 morts et plus de 400 blessés. Cette catastrophe a également causé des destructions d'habitations et de bâtiments historiques, ce qui a très fortement impacté le secteur touristique locale.

Les rapporteurs souhaitent que l'usage du FSUE soit plus flexible et que l'UE accepte la modification des programmes opérationnels régionaux pour autoriser les régions à utiliser le Fonds européen de développement régional (FEDER) afin de prendre en charge les dépenses de reconstruction et de prévention face au risque sismique. Nous soutenons cette initiative.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Rezoliucijoje išreiškiamas solidarumas su visais nuo žemės drebėjimų Italijoje nukentėjusiais asmenimis ir jų šeimomis. Taip pat pabrėžiama, kaip svarbu sukurti visų turimų priemonių, įskaitant Europos struktūrinių ir investicijų (ESI) fondus, sąveiką, ir užtikrinti, kad suteikta finansinė parama būtų veiksmingai panaudojama atstatymo veiklai ir visiems kitiems būtiniems veiksmams vykdyti.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le FSUE prend en charge l'indemnisation des dommages matériels causés aux actifs ou des pertes de revenus dues à la suspension totale ou partielle de l'activité pendant une période n'excédant pas six mois à compter de la survenance de la catastrophe naturelle. Au-delà de ce délai, toute subvention provenant du FSUE peut être assimilée à une aide d'État.

C'est le seul Fonds européen qui traduit une véritable solidarité européenne face aux catastrophes naturelles, d'où sa légitimité. Cependant, sa raison d'être est menacée car la Commission européenne cherche à tout prix à utiliser le FSUE pour aider des États membres à financer des politiques d'accueil de migrants notamment en Italie, en Grèce et à Chypre. Défendant plus de flexibilité, nécessaire pour les drames liés aux inondations dans nos régions du sud de la France, j'ai voté en faveur de la résolution commune, malgré un vocabulaire européiste, et de celle de nos alliés de la Lega, très équilibrée.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I support this resolution. It is an important show of solidarity with our neighbours in Italy after the series of earthquakes that struck the country. The EU Solidarity Fund further affirms the EU's commitment to support citizens in difficult situations.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Centraal-Italië bevindt zich sinds vele maanden in het midden van een aardbevingsstorm. Na de alles verwoestende aardbeving van vorig zomer werd Midden-Italië ook nadien nog getroffen door een reeks van ernstige aardschokken. Het gevolg hiervan is dat de totale infrastructuur in het gebied zware averij heeft opgelopen. Woonkernen en dorpen zijn gesloopt, het rijke culturele en historische erfgoed is vernield, het economisch leven is ontwricht en vele duizenden mensen zijn dakloos geworden.

De wederopbouw zal vele miljarden euro's kosten en veel tijd in beslag nemen. Daarom, en gelet op de enorme noden in het gebied, onderschrijf ik in deze resolutie de vraag aan de Commissie om snel middelen uit de Europese solidariteitsfondsen ter beschikking stellen om de kost van de wederopbouw in het gebied te ondersteunen. Met de middelen uit de Europese fondsen kunnen we ertoe bijdragen dat woningen sneller worden hersteld en de woonwijken en de infrastructuur beter bestand worden gemaakt tegen natuurrampen.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which highlights the prediction problems associated with earthquake systems and the high seismicity of the Mediterranean area and South East Europe. The report calls on Member States to speed up research with a view to preventing damage, managing crises and minimising the scale of the impact of disasters in conjunction with actions under Horizon 2020, and notes with concern that thousands of people have died and hundreds of thousands have been left homeless in the past 15 years as a result of destructive earthquakes affecting Europe. The report stresses the importance of the European Union Civil Protection Mechanism in fostering cooperation among national civil protection authorities across Europe in adverse situations and in minimising the effects of exceptional occurrences.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A tárgyban mind a nyolc képviselőcsoport nyújtott be állásfoglalásra irányuló indítványt. A képviselőcsoportok az EFN frakció kivételével megállapodásra jutottak és közös kompromisszumos indítványt terjesztettek elő. Ezt az indítványt szavaztam meg.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Entre août et octobre 2016, 3 tremblements de terre ont frappé l'Apennin central, faisant 290 morts et plus de 400 blessés. Cette catastrophe a entraîné des destructions d'habitations et de bâtiments historiques, ce qui a très fortement impacté l'économie touristique locale. En tout ce sont 130 km² qui ont été touchés par ce terrible séisme. Le FSUE prend en charge l'indemnisation des dommages matériels causés aux actifs ou des pertes de revenus dues à la suspension totale ou partielle de l'activité pendant une période n'excédant pas six mois à compter de la survenance de la catastrophe naturelle. Au-delà de ce délai, toute subvention provenant du FSUE peut être assimilée à une aide d'État.

C'est le seul Fonds européen qui traduit une véritable solidarité européenne face aux catastrophes naturelles, et c'est pourquoi il est légitime. Cependant, sa raison d'être est menacée car la Commission européenne cherche à tout prix à utiliser le FSUE pour aider des États membres à financer des politiques d'accueil de migrants notamment en Italie, en Grèce et à Chypre. Vote favorable.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ces propositions sont des propositions de bon sens et s'articulent autour de trois points:

— flexibiliser l'usage du FSUE pour qu'il intervienne de manière plus efficace et moins bureaucratique;

— modifier les programmes opérationnels régionaux pour autoriser les régions à utiliser le FEDER et le FSE pour prendre en charge les dépenses de reconstruction et de prévention face au risque sismique;

— exclure du calcul du déficit public et du champ d'application de la réglementation relative aux aides d'État, tous les dépenses ou avantages fiscaux engagés pour la reconstruction des régions sinistrées.

Je vote pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte relatif à la situation en Italie après les séismes. Ce texte, en plus d'exprimer la solidarité de l'Union européenne avec l'Italie, insiste sur le rôle de prévention des États afin de limiter les conséquences de telles catastrophes naturelles. Il demande également à ce que le fonds de solidarité de l'Union européenne ainsi que les fonds structurels soient utilisés de manière plus efficace pour venir en aide aux populations sinistrées.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this motion for a resolution regarding the three devastating earthquakes in Italy between August and October 2016, killing 290 people, injuring more than 400 and displacing tens of thousands.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris.* – Am susținut prin votul de astăzi această rezoluție deoarece consider că Italia are nevoie de sprijinul nostru, al deputaților europeni, reprezentanți ai tuturor statelor membre, pentru a reconstrui zonele devastate și pentru a ajuta persoanele afectate de aceste cutremure. Numărul cetățenilor care au fost nevoiți să-și părăsească casele și au fost strămutați este îngrijorător de mare, iar impactul economic al acestei stări de fapt este devastator pentru economia Italiei. În acest sens, consider că este foarte important ca Fondul de solidaritate al Uniunii Europene să fie utilizat în cel mai scurt timp pentru a le da o mână de ajutor în depășirea acestor tragedii. De asemenea, susțin această rezoluție deoarece se subliniază importanța prevenirii impactului calamităților naturale prin construirea de clădiri și infrastructuri rezistente la cutremure și prin cercetarea și implementarea de sisteme de predicție a seismelor.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich.* – Ich habe mich für diesen Entschließungsantrag ausgesprochen, da er seine Solidarität gegenüber den Opfern bekundet und Fördermittel für den Wiederaufbau eingesetzt werden.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult.* – Toetasin. Arvestades Itaalias toimunud maavärinatest tulenevat kahju, on oluline igakülgne abi ja toetus Itaaliale. Resolutsioonis nähakse ette valmisolek suuremaks paindlikkuseks puudujäägi arvutamisel seoses kulutustega, palutakse komisjonil kaaluda investeeringute tegemist ülesehitustöödeks ning palub komisjonil kiirelt menetleda Euroopa Solidaarsusfondist abi saamist.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu.* — Pritariu pateiktai rezoliucijai.

Dėl pastarųjų žemės drebėjimų Italijoje susidarė išskirtinė ir labai rimta padėtis, kurią būtina nedelsiant ir veiksmingai spręsti.

Visų pirma, prevencija turėtų būti vis svarbesnis etapas valdant nelaimes ir jai turėtų būti suteikiama didesnė socialinė svarba. Būtina sustiprinti nelaimių prevencijos priemones ir atlikti būtinus mokslinius tyrimus siekiant užkirsti kelią neigiamiems padariniams, suvaldyti krizes ir kuo labiau sumažinti nelaimių poveikio mastą.

Komisiją turėtų apsvarstyti galimybę pasiūlyti Italijos valdžios institucijoms visokeriopą pagalbą, kurios joms reikia siekiant užtikrinti būsto netekusiems asmenis tinkamas gyvenimo sąlygas. Šiuo atveju ypatingas vaidmuo tenka ES solidarumo fondui, kuris turi būti patikima ir lanksti priemonė solidarumui parodyti ir tinkamai bei greitai pagalbai nuo didelių gaivalinių nelaimių nukentėjusiems asmenims teikti. Atsižvelgiant į tai, manau reikėtų apsvarstyti galimybę praplėsti esamus solidarumo fondo skaičiavimo metodus. Be to, Komisija, skaičiuojant nacionalinį deficitą pagal Stabilumo ir augimo paktą, turėtų neįtraukti investicijų į tvarų atkūrimą ir antiseisminę statybą.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς.* – Ο απολογισμός του καταστροφικού σεισμού που σημειώθηκε στην κεντρική Ιταλία τον φετινό Αύγουστο είναι τραγικός: ανθρώπινες απώλειες, χιλιάδες εκτοπισμένοι, σοβαρές ζημιές σε τοπικές και περιφερειακές υποδομές. Όλα αυτά επιφέρουν ισχυρό πλήγμα στην ιστορική και πολιτιστική κληρονομιά και στις οικονομικές δραστηριότητες. Επιπλέον, οι ιταλικές εθνικές, περιφερειακές και τοπικές δημόσιες αρχές υφίστανται μεγάλη και έντονη χρηματοπιστωτική πίεση. Είναι προφανές ότι σε τέτοιες έκτακτες καταστάσεις η έκφραση αλληλεγγύης είναι πολύτιμη. Υπερψήφισα το ψήφισμα με το οποίο καλούνται η Επιτροπή και τα κράτη μέλη να απλουστεύσουν ακόμη περισσότερο τις διαδικασίες ενεργοποίησης του Ευρωπαϊκού Μηχανισμού Πολιτικής Προστασίας της Ένωσης, ούτως ώστε να είναι γρήγορα και αποτελεσματικά διαθέσιμος αμέσως μετά από μια καταστροφή. Αυτό πρέπει να αποτελεί προτεραιότητα, δεδομένης της υψηλής σεισμικότητας της Νοτιοανατολικής Ευρώπης. Επίσης τονίζεται η σημασία της δημιουργίας συνεργιών μεταξύ όλων των διαθέσιμων μέσων, περιλαμβανομένων των Ευρωπαϊκών Διαρθρωτικών και Επενδυτικών Ταμείων, ώστε να διασφαλίζεται ότι οι πόροι χρησιμοποιούνται πραγματικά για τις δραστηριότητες ανασυγκρότησης και όλες τις άλλες αναγκαίες παρεμβάσεις, σε πλήρη συνεργασία με τις ιταλικές ή, στο μέλλον, με τις εκάστοτε εθνικές και περιφερειακές αρχές.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto.* – Ho votato a favore della proposta di risoluzione RC-B8-1285/2016, presentata sulla situazione in Italia a seguito dei terremoti poiché, in qualità di cittadino italiano, prima che in veste di rappresentante del popolo italiano al Parlamento europeo, sono stato profondamente e direttamente colpito dal dramma umano che ha investito il mio paese. La fragilità del territorio italiano si è sostanziata a seguito degli ultimi eventi sismici, nelle morti, nei ferimenti di un numero elevato di persone e continua a insistere sulle vite di 100 000 residenti che sono stati costretti ad abbandonare le proprie abitazioni; agli inaccettabili costi sociali vanno poi aggiunti i rilevanti costi economici che pregiudicano la stabilità delle aree colpite; conosco la potenza della solidarietà che si accende nel consesso dei paesi membri qualora uno di essi venga colpito e la conseguente messa in atto di meccanismi di assistenza reciproca nelle situazioni di emergenza; confortato da questa consapevolezza e spinto dal dovere morale che mi impone di stare accanto ai miei connazionali accolgo e ratifico il contenuto della risoluzione per una mobilitazione nei confronti dell'Ita-

lia, in special modo con l'intervento tempestivo del Fondo di solidarietà dell'Unione europea. Pertanto, ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Od kolovoza do listopada 2016. godine tri razorna potresa pogodila su središnje Apenine i prouzročila 290 mrtvih, više od 400 ozlijeđenih te dovela do evakuacije desetaka tisuća osoba. U pogođenim područjima prisutna deformacija je zahvatila površinu od oko 130 četvornih kilometara, uz maksimalni pomak od najmanje 70 centimetara, a dovela je i do znatnog uništenja naseljenih mjesta, infrastrukture te povijesne, umjetničke i kulturne baštine, čak i svjetske važnosti, kao i do potpunoga zaustavljanja proizvodnih i turističkih djelatnosti. Žalim zbog činjenice da ograničenja koja nameću propisi Unije o proračunu koji su na snazi i državna pomoć čine u praksi nemogućim da države članice koje su u opasnosti od potresa ostvare usklađene planove ulaganja u obnovu i sprečavanje potresa, kao i planove potpore pogođenim ekonomskim djelatnostima, a da te države članice pritom ne moraju uskratiti usluge ili sredstva namijenjena za druga, već planirana strukturna ulaganja. Iznimno žalim zbog žrtava i suosjećam sa svim građanima koji su pogođeni potresima te iskazujem divljenje i čestitam na hrabrosti u organiziranju i pružanju pomoći, posebno djelatnicima civilne zaštite, dobrovoljcima, policiji, vatrogascima i načelnicima općina. Zbog navedenoga sam podržala rezoluciju Europskog parlamenta o stanju u Italiju nakon potresa.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Entre août et octobre 2016, trois tremblements de terre ont frappé l'Apennin central, faisant 290 morts et plus de 400 blessés. Cette catastrophe a entraîné des destructions d'habitations et de bâtiments historiques, ce qui a très fortement impacté l'économie touristique locale. En tout ce sont 130 km² qui ont été touchés par ce terrible séisme. Le Fonds de solidarité est une des rares manifestations de solidarité véritable entre les États de l'Union européenne, je vote donc en faveur de cette aide légitime.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Il forte sciame sismico che ha colpito l'Italia centrale, a partire dal devastante terremoto del 24 agosto 2016, fino a quelli del 26 e 30 ottobre, ha causato la morte di 290 persone e oltre 400 feriti. Intere città e piccoli paesi sono stati rasi al suolo, costringendo circa 100 000 persone ad abbandonare le proprie case. Il governo italiano si è impegnato e sta lavorando alacremente per garantire condizioni di vita dignitose a tutte le persone che hanno perso la loro abitazione, prima dell'arrivo della stagione invernale. È importante che l'UE faccia del suo meglio per sostenere le autorità italiane in questo sforzo, esaminando nel più breve tempo possibile la richiesta di assistenza a titolo del Fondo di solidarietà e garantendone una rapida mobilitazione, a cominciare dagli anticipi previsti dalla riforma del 2014. Una volta passata l'emergenza ci sarà da affrontare la ricostruzione, per riparare gli enormi danni economici e sociali causati dai terremoti, senza dimenticare il restauro del patrimonio culturale. Anche in questo caso il sostegno europeo sarà indispensabile per favorire una ricostruzione sostenibile e antisismica, attraverso l'uso sinergico dei suoi strumenti finanziari e di una maggiore flessibilità sul calcolo del deficit.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Razorni potres pogodio je Italiju u kolovozu 2016., nakon čega su uslijedila još tri velika potresa te niz manjih potresa u listopadu iste godine. U tim potresima su uništeni gradovi, oštećena je lokalna i regionalna infrastruktura, uništena je povijesna i kulturna baština. Štetu su pretrpjele i gospodarske aktivnosti, okoliš, poljoprivreda i potencijal turističkih i ugostiteljskih industrija. Prema izvješćima ozlijeđeno je više od 400 osoba, a 290 ih je poginulo te je došlo do raseljavanja 100 000 stanovnika. Postoji opravdana zabrinutost zbog velikog broja raseljenih osoba koje će tijekom predstojeće zime biti izložene teškim vremenskim uvjetima. S&D izražava svoju solidarnost i suosjećanje sa svim pojedincima i obiteljima u područjima pogođenima potresima, kao i s talijanskim tijelima uključenima u pružanje pomoći. Pozdravljam odobravanje veće razine fleksibilnosti Italiji u izračunu deficita na troškove nastale zbog potresa, kako bi joj se omogućilo da učinkovito i brzo reagira na izvanrednu situaciju. Talijanska vlada je podnijela zahtjev za dodjelu sredstava iz Europskog fonda solidarnosti i smatram da je sada važno da Komisija poduzme sve potrebne mjere kako bi analizirala taj zahtjev i omogućila brzu mobilizaciju. Važno je da predujmovi čim prije budu raspoloživi nacionalnim vlastima kako bi mogle odgovoriti na hitne potrebe povezane s nastalom situacijom.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Tendo em conta a gravidade do sismo ocorrido em Itália, a resolução insta a Comissão a tomar todas as medidas necessárias para permitir e facultar um financiamento rápido e ao mais elevado nível possível através do Fundo de Solidariedade da União Europeia, realça o papel e a responsabilidade acrescida das autoridades regionais e locais na gestão e na distribuição de fundos nos seus territórios.

É importante mobilizar todos os instrumentos disponíveis no âmbito dos fundos regionais e de coesão para que sejam utilizados de forma eficaz para atividades de reconstrução e todas as restantes intervenções necessárias, em plena cooperação com as autoridades nacionais e regionais italianas.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. — Během krátkého časového úseku necelých tří měsíců zasáhla Itálii hned tři ničivá zemětřesení, která si vyžádala stovky mrtvých a zraněných a zanechala po sobě desetitisíce vysídlených lidí a obrovské materiální škody. Musíme si uvědomit, že Fond solidarity Evropské unie přispívá pouze na výdaje související s následnou pomocí a stavem nouze a že členské státy s rizikem přírodní katastrofy musejí vedle toho vydávat vysoké částky na preventivní opatření. Proto jsem podpořil požadavek, aby Komise vypracovala návrh na změnu příslušných předpisů tak, aby výdaje členských států na investice do rekonstrukčních prací a opatření pro předcházení zemětřesením nepodléhaly unijním omezením, např. aby daňová zvýhodnění udělovaná členskými státy občanům zasaženým katastrofou nebyla považována za veřejnou podporu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur de cette résolution qui porte sur la mobilisation du FSUE pour venir en aide à l'Italie après le séisme dévastateur qui a ravagé le centre de l'Italie le 24 août 2016, et les trois autres violents tremblements de terre qui ont frappé plusieurs régions italiennes, les 26 et 30 octobre derniers. Nous devons nous mobiliser pour que les citoyens italiens puissent faire face aux difficultés, le plus rapidement possible et dans la dignité, après cette série de catastrophes sans précédent.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding resolution. We first of all offer our condolences to all those affected by the earthquakes in Italy. UKIP is usually opposed to the spending of any EU money. However in light of the tragic human suffering in cases of environmental disaster we have chosen to abstain.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Propuesta de resolución que se adopta, en el marco del debate sobre el Fondo de Solidaridad de la Unión (creado para intervenir en caso de catástrofes naturales graves y aportar la solidaridad europea a las regiones siniestradas de Europa), tras los devastadores terremotos que azotaron el centro de Italia en agosto y octubre de 2016, y por los que cerca de 300 personas perdieron la vida y otras más de 400 resultaron heridas, con el posible desplazamiento de otras 100 000.

Se pretende dar respuesta a las preguntas de si la Comisión ha recibido una solicitud del Gobierno italiano para recibir financiación del Fondo y ha adoptado todas las medidas necesarias para evaluar la solicitud y movilizar rápidamente esta financiación. Y de si la Comisión considerará las solicitudes de modificación de los programas operativos nacionales y regionales italianos con el fin de abordar mejor las cuestiones del objetivo temático 5 («promover la adaptación al cambio climático y la prevención y gestión de riesgos») y estudiará los procedimientos existentes de evaluación de las solicitudes de financiación con vistas a simplificarlos y acortar los plazos necesarios.

He votado a favor de la resolución finalmente adoptada.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen sur la situation en Italie après les séismes qui ont secoué ce pays. Les récents séismes en Italie ont provoqué plus de 400 blessés et 290 morts. J'insisterai sur le paragraphe 7 de cette résolution qui demande à la Commission d'envisager d'exclure tout investissement antisismique et de reconstruction durable du calcul des déficits nationaux dans le cadre du pacte de stabilité et de croissance. Une preuve que le pacte de stabilité et de croissance, dans sa forme actuelle, peut entraîner des difficultés en matière de dépenses en investissements dans certains États membres.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Džiugu stebėti, jog padėtis Italijoje gerėja. Šiandien svarstomoje rezoliucijoje yra daug svarbių nuostatų, tarp kurių siūlymas daugiau dėmesio skirti ir pastatų seisminio atsparumo didinimui, ir statybos priežiūrai. Tuo tikslu ir ES įnešė savo indėlį, užtikrindama tam tikras laikinas išimtis iš biudžeto deficito skaičiavimo metodikos. Kartu noriu pastebėti, kad kai kurių Italijos politikų mėginimas įtvirtinti nuostatas, jog šios išimtys turi likti pastovaus pobūdžio, o valstybių narių išlaidos pastatų seisminio atsparumo didinimui turi būti išimamos iš biudžeto deficito skaičiavimo, greičiausiai duos tik priešingus rezultatus – dauguma tokių išlaidų nepasieks savo adresatų, o štai pasitikėjimas ES finansų drausmės politika bus sugadintas visiškai.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Em Agosto e Outubro de 2016, uma série de fortes sismos assolaram o centro de Itália, tendo causado ferimentos a mais de 400 pessoas, lamentavelmente ceifado a vida a 290,e forçado a deslocação de 100.000 habitantes em resultado da destruição causada.

O impacto destes sismos destruiu cidades, provocou danos nas infraestruturas locais e regionais, fez ruir património histórico e cultural e causou fortes perturbações nas atividades económicas, agrícolas e turísticas.

O Mecanismo de Proteção Civil da União Europeia é absolutamente essencial na promoção da cooperação entre as autoridades nacionais de proteção civil em toda a Europa, pelo que os procedimentos de ativação necessitam de ser simplificados para uma pronta, rápida e eficaz disponibilização de ajuda, em caso de catástrofes como esta.

Existe também a necessidade de criar sinergias entre todos os instrumentos disponíveis, incluindo os Fundos Europeus Estruturais e de Investimento, de forma a assegurar que os recursos sejam utilizados de forma rápida e eficaz nas intervenções necessárias.

Considerando que alguns territórios da UE são mais vulneráveis e apresentam maior propensão a catástrofes naturais recorrentes, votei favoravelmente este relatório por concordar com a necessidade de apoiar, em particular, estas regiões de forma mais célere e eficaz.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui témoigne de la solidarité du Parlement européen avec l'Italie, qui ne cesse de subir des tremblements de terre.

Ces séismes ont non seulement endommagé les infrastructures locales et régionales, et détruit un patrimoine culturel et historique d'une grande richesse; mais ils ont également coûté la vie à des Italiennes et Italiens.

Ce texte tient tout d'abord à rappeler que l'Union européenne est aux côtés de l'Italie et des familles touchées par ces catastrophes naturelles. Il est crucial de souligner et de saluer les efforts déployés sans relâche par les unités de secours, la protection civile ou encore les nombreux volontaires dans les villes italiennes, telles que l'Amatrice, afin de venir en aide aux familles touchées.

Il est à noter que l'Italie a introduit une demande auprès du Fonds de solidarité de l'Union européenne afin que celui-ci débloque des fonds pour la prise en charge des victimes et la reconstruction des villes et sites détruits.

Enfin, j'ai soutenu cette résolution qui appelle à une meilleure coopération avec les autorités locales et une optimisation des fonds européens pour la prévention des catastrophes naturelles ou encore l'investissement dans des constructions antisismiques.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución que manifiesta su más profunda solidaridad y empatía con todas las personas afectadas por los seísmos en Italia, puesto que solicita a la Comisión medidas excepcionales, como la posibilidad de ampliar el vigente método de cálculo del Fondo de Solidaridad. Además, hace hincapié en la importancia de los sistemas de prevención y del cumplimiento de los requisitos en materia de construcción de edificios e infraestructuras resistentes a los seísmos.

La experiencia trágica de la población del centro de Italia, que ahora comienza la reconstrucción, nos muestra como el terremoto acabó con todas las obras de restauración de terremotos anteriores, generando una gran desesperación en la población. Necesitamos por tanto más solidaridad efectiva, y eso pasa por el aumento y la puesta a disposición de forma rápida y flexible del Fondo de Solidaridad. Al ir la resolución en esta línea, he decidido apoyarla.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. — Nei terremoti che hanno colpito l'Italia tra il 24 agosto e il 30 ottobre più di 400 persone sono rimaste ferite, 290 hanno perso la vita e, a seguito di questi eventi, 100.000 persone sono state sfollate dalle loro residenze. Questi eventi sismici hanno danneggiato le infrastrutture locali, rovinato il patrimonio storico e culturale e danneggiato le attività economiche, in particolare le PMI, l'agricoltura e il potenziale delle industrie del turismo e dell'ospitalità. Deve essere quindi riconosciuto lo stato di emergenza e devono essere adottate tutte le misure necessarie per fornire un finanziamento rapido ed efficace attraverso il Fondo di solidarietà dell'Unione europea. Va inoltre presa in considerazione la possibilità di utilizzare il Fondo europeo per lo sviluppo rurale per sostenere le aree rurali e le attività agricole che sono state colpite dai terremoti. Con la risoluzione di oggi confermiamo il nostro appello affinché gli aiuti siano immediati e le spese per la ricostruzione siano fuori dai vincoli del patto di stabilità. Il nostro appello va ora allo Stato italiano: dobbiamo lavorare per dare un futuro ai borghi distrutti, con serietà, sicurezza e la massima trasparenza!

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this motion for a resolution. On 24 August 2016 a devastating earthquake hit central Italy, while three other major quakes, within a flurry of tremors, struck central Italian regions. The territories concerned suffer from a deformation that extends over an area of about 130 square km with a maximum displacement of at least 70 cm. Consequently, the quakes have destroyed towns, seriously damaged local and regional infrastructure, ruined historic and cultural heritage, damaged economic activities especially SMEs, agriculture, as well as touristic and gastronomic potentials.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Situácia v Taliansku po ničivom zemetrasení je veľmi zlá. Zemetrasenia zrovnali so zemou celé dediny, priviedli mnoho obyvateľov zasiahnutých oblastí na pokraj beznádeje a spôsobili veľa škôd. Počas nedávnych zemetrasení v Taliansku prišlo o život 290 osôb a zranených bolo viac ako 400 ľudí. Dominový efekt následných otrasov spôsobil, že až 100 tisíc obyvateľov stratilo svoje domovy. Veľmi vážne boli poškodené cesty, dopravná infraštruktúra, historické a kultúrne dedičstvo, bola narušená hospodárska činnosť, poľnohospodárstvo, menil sa vzhľad krajiny a úplne sa paralyzoval cestovný trh v danej oblasti. Postihnutá oblasť predstavuje približne 130 km² územia Talianska. To všetko spôsobuje, že veľký počet osôb bude vysídlených a v nastávajúcom zimnom období je potrebné nájsť pre nich dočasné, ale prijateľné formy ubytovania pre dôstojný život. Pri tejto prírodnej katastrofe je potrebné zdôrazniť význam mechanizmu civilnej ochrany EÚ, pokiaľ ide o spoluprácu medzi vnútroštátnymi orgánmi civilnej ochrany v celej Európe. Po podaní žiadosti talianskej vlády o podporu z Európskeho fondu solidarity je teraz na Komisii, aby urýchlene prijala všetky možné opatrenia na analýzu žiadosti o podporu a uvoľnila z rozpočtu fondu potrebné finančné prostriedky na eliminovanie následkov ničivého zemetrasenia.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Potres, ki se je zgodil 30. oktobra v Italiji z magnitudo 6,5, šteje med enega najmočnejših potresov na Apeninskem polotoku od 80. let prejšnjega stoletja.

Zaradi treh zaporednih potresov je več kot 100 000 prebivalcev na potresnem območju ostalo brez domov. Uničena so mesta, vasi, poškodovana je lokalna in regionalna infrastruktura, uničene so zgodovinske in kulturne stavbe, vse omenjeno pa ima negativen vpliv na turizem in gospodarstvo.

V trenutni situaciji je najbolj pomembno, da se prizadetim območjem ponudi pomoč v finančni obliki kot tudi v obliki humanitarne pomoči. V najkrajšem možnem času je potrebno začeti obnovo prizadetih območij in stavb, da se domačini lahko vrnejo v svoje domove in nadaljujejo normalno življenje.

Ker je situacija zelo resna in glede na veliko število prizadetih oseb je potrebno, da Evropska komisija sprejme vse potrebne ukrepe za čim hitrejšo analizo prošnje Italije za finančno pomoč iz Evropskega solidarnostnega sklada.

Italiji je potrebno odobriti zaprošeno finančno pomoč, obenem pa je smotrno, da se za namene hitre obnove vzpostavijo potrebne sinergije med različnimi finančnimi instrumenti in tudi poskrbi, da so sredstva porabljena učinkovito ter transparentno.

Zaradi vsega navedenega sem glasoval za sprejetje resolucije.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Obmedzenia stanovené platnými normami Únie v súvislosti s rozpočtom a štátnou pomocou členským štátom ohrozeným zemetrasením v praxi znemožňujú účinnú a potrebnú pomoc. Celý systém opatrení, ktorý s touto pomocou súvisí, treba čo najrýchlejšie zefektívniť. Preto je nevyhnutné, aby sa na tento účel bezodkladne vypracoval návrh na zmenu príslušných právnych predpisov Únie.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Posljednjih 15 godina posljedica razornih potresa koji su pogodili Europu su tisuće smrtno stradalih osoba, a stotine tisuća ostale su bez domova. Jugoistočna Europa je područje snažne seizmičke aktivnosti što smo i vidjeli na primjeru središnje Italije. Prema izvješćima ozlijeđeno je više od 400 osoba, a 290 ih je poginulo. Potresi i naknadna podrhtavanja tla u središnjoj Italiji nastavili su se tijekom proteklih mjeseci, a potres koji je 30. listopada pogodio Italiju bio je najjači zabilježen u toj zemlji od 1980 g. Članice Europske unije se moraju solidarizirati i međusobno pomagati u izvanrednim situacijama ovakve prirode.

Uništeni su domovi, gradovi, povijesna i kulturna baština, te upravo zato podržavam ovu Rezoluciju jer smatram da moramo omogućiti dostojne životne uvjete osobama koje su ostale bez domova, te ovim novčanim poticajima pomoći da se poduzetništvo, turizam i gastronomija oštećenih područja ponovno osnaže kao gospodarske grane.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za skupni predlog resolucije o razmerah v Italiji po potresih.

V letošnjem letu so Italijo prizadeli potresi, ki so jim sledili še popotresni sunki, ki so opustošili celotne vasi, številne prebivalce omenjenih in okoliških območij je spravilo na rob obupa. Več kot 400 ljudi je bilo ranjenih, 290 pa jih je umrlo.

Zato podpiram poziv Komisiji, da glede na izredne in zelo resne razmere preuči možnost, da bi trajnostno obnovo in vse protipotresne naložbe, vključno z naložbami, ki se sofinancirajo iz evropskih strukturnih in investicijskih skladov, izključili iz izračuna nacionalnih primanjkljajev v okviru pakta za stabilnost in rast.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος δεν αντιμετωπίζει πραγματικά τα προβλήματα των περιοχών που έχουν πληγεί, αντίθετα δείχνει πως η προσέγγιση είναι αποσπασματική και πάντα υπό την δαμόκλειο σπάθη των μέτρων λιτότητας.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – I drammatici eventi che hanno recentemente colpito il Centro Italia impongono alle istituzioni europee e nazionali una riflessione sulla sicurezza e la prevenzione. Condivido l'invito agli Stati membri a sostenere la ricerca al fine di prevenire i danni, gestire con tempestività le crisi, riducendo al minimo la portata dell'impatto delle catastrofi. Di fronte alle tragedie che, negli ultimi 15 anni, ha portato alla morte di migliaia di persone e ridotto alla condizione di sfollati altre centinaia di migliaia a seguito di terremoti distruttivi, ricordiamo l'importanza di rispettare i requisiti per la costruzione di edifici e infrastrutture antisismiche. Il Parlamento continuerà a sollecitare le autorità nazionali, regionali e locali affinché intensifichino gli sforzi per rendere le strutture conformi alle norme antisismiche in vigore, prestando la dovuta attenzione al momento del rilascio dei permessi di costruzione. Considero estremamente positivo l'impegno della Commissione di concedere maggiore flessibilità nel calcolo del disavanzo sulla spesa relativa ai terremoti, ciò consentirà di fronteggiare l'attuale emergenza in modo efficiente e rapido.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Zajednički prijedlog rezolucije podnesen u skladu s člankom 128. stavkom 5. i člankom 123. stavkom 4. Poslovnika, koji zamjenjuje prijedloge rezolucija sljedećih klubova: PPE (B8-1285/2016), Verts/ALE (B8-1286/2016), S&D (B8-1288/2016), EFDD (B8-1289/2016), ECR (B8-1291/2016), ALDE (B8-1294/2016), GUE/NGL (B8-1296/2016) o stanju u Italiji nakon potresa. Smatram da je bitno isticanje važnosti koju mehanizam Europske unije za civilnu zaštitu ima u poticanju suradnje u kriznim situacijama među nacionalnim tijelima civilne zaštite diljem Europe te u minimiziranju posljedica izvanrednih događaja. Također, podržavam i pozivanje Komisije i država članica da dodatno pojednostave postupke za aktivaciju tog mehanizma kako bi ga se brzo i učinkovito moglo staviti na raspolaganje odmah nakon što dođe do katastrofe. Posebno smatram da je potrebno uspostaviti poboljšane sustave za rano upozoravanje u državama članicama te stvaranje i jačanje veza među raznim sustavima za rano upozoravanje čime bi se na što kvalitetniji način spriječile ili barem smanjile štete u slučaju budućih potresa.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Italiju, jednu od seizmički najaktivnijih zemalja u svijetu, između 24. kolovoza i 20. listopada 2016. godine pogodilo je nekoliko razornih potresa. U tim potresima poginulo je 290 ljudi, više od 400 osoba je ozlijeđeno, a 100 tisuća građana bilo je prisiljeno napustiti svoje domove. Osim toga, potresi su uništili gradove, oštetili lokalnu i regionalnu infrastrukturu, povijesnu i kulturnu baštinu te imaju negativan utjecaj na poljoprivredu, gospodarstvo i turizam toga područja.

Ovom rezolucijom zajedno s ostalim potpisnicima pozvala sam Komisiju da poduzme potrebne mjere za pružanje učinkovite i brze podrške kroz Fond solidarnosti Europske unije te da razmotri mogućnost aktiviranja Europskog fonda za ruralni razvoj, a talijansku vladu da dobivena sredstva koristi u svrhu za koju su predviđena. Smatram da se na taj način može uvelike olakšati situacija ljudima koji su pogođeni potresima te krenuti u nužni oporavak gospodarskih i poljoprivrednih aktivnosti.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Resolucijo Evropskega parlamenta o razmerah v Italiji po potresih sem podprla.

Italijo je avgusta 2016 prizadel uničujoč potres, kateremu so sledili še trije močnejši potresi konec oktobra. Popolnoma porušene so bile celotne vasi, kar je številne prebivalce prizadetih območij pripeljalo na rob obupa in povzročilo veliko posredno škodo v okoliških območjih.

Prišlo je do razseljenosti 100 000 prebivalcev. Sunki zadnjih potresov so uničili mesta, močno poškodovali lokalno in regionalno infrastrukturo, uničili zgodovinsko in kulturno dediščino ter škodovali gospodarskim dejavnostim, zlasti malim in srednjim podjetjem, kmetijstvu, pokrajini, pa tudi zmogljivostim turističnih in gostinskih dejavnosti.

Potrebno je ponuditi takojšno pomoč in sprejeti ukrepe, ki bodo zagotovili lajšanje težav pred prihajajočo zimo.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución, que aborda la situación en Italia después de los seísmos sufridos en agosto de 2016, a los que siguieron varias réplicas y un fuerte terremoto en octubre, el más intenso de las últimas décadas, que arrasó localidades enteras y causó múltiples daños. Solicita a la Comisión, dada la excepcionalidad y gravedad de esta situación, que estudie la posibilidad de excluir del cálculo de los déficits nacionales en el marco del Pacto de Estabilidad y Crecimiento, las inversiones relacionadas con la reconstrucción sostenible y la prevención de seísmos, y que adopte todas las medidas necesarias para analizar prontamente las solicitudes de asistencia con cargo al Fondo de Solidaridad de la Unión Europea (FSUE), con vistas a garantizar su rápida movilización.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I support this resolution and vote in favour, in solidarity with the populations in Italy after the terrible earthquakes. It is not the first time the centre of Italy has been affected by tragic events in the last two years.

The Solidarity Fund is there for this, and Europe has to support countries and populations which face tragic events. Only like this will Europe gain more support from EU people.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Entre août et octobre 2016, 3 tremblements de terre ont frappé l'Apennin central, faisant 290 morts et plus de 400 blessés. Cette catastrophe a entraîné des destructions d'habitations et de bâtiments historiques, ce qui a très fortement impacté l'économie touristique locale. En tout, ce sont 130 Km^2 qui ont été touchés par ce terrible séisme.

Le Fonds de Solidarité de l'UE prend en charge l'indemnisation des dommages matériels causés aux actifs ou des pertes de revenus dues à la suspension totale ou partielle de l'activité pendant une période n'excédant pas six mois à compter de la survenance de la catastrophe naturelle. Au-delà de ce délai, toute subvention provenant du FSUE peut être assimilée à une aide d'État.

C'est le seul Fonds européen qui traduise une véritable solidarité européenne face aux catastrophes naturelles et c'est pourquoi il est légitime quel que soit notre positionnement politique à l'endroit des institutions européennes.

Attention cependant à l'avenir, car sa raison d'être est menacée par la Commission européenne, qui cherche à tout prix à utiliser le FSUE pour aider des États membres à financer des politiques d'accueil de migrants, notamment en Italie, en Grèce et à Chypre.

J'ai voté pour ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Ta rezolucja skupia się na sytuacji we Włoszech po kilku niszczących trzęsieniach ziemi. Ponad 400 osób zostało rannych, a 290 straciło życie. Po tych wydarzeniach 100 000 osób zostało wysiedlonych ze swoich domów. Ponadto trzęsienia ziemi zniszczyły miasteczka, poważnie uszkodziły infrastrukturę lokalną i regionalną, zrujnowały obiekty dziedzictwa historycznego i kulturowego. Ucierpiała działalność gospodarcza, zwłaszcza rolnictwo oraz branża turystyczna i hotelarska. Głosowałem za przyjęciem projektu rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – 2016. augusztus 24-én Olaszország középső részét érő pusztító földrengést még számos rengés követte a közép-olaszországi régiókban. A beszámolók szerint a legutóbbi rengések következtében több mint 400 ember megsérült és 290-en életüket vesztették. Szavazatommal az S&D-állásfoglalását támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución, que aborda la situación en Italia después de los seísmos sufridos en agosto de 2016, a los que siguieron varias réplicas y un fuerte terremoto en octubre, el más intenso de las últimas décadas, que arrasó localidades enteras y causó múltiples daños. Solicita a la Comisión, dada la excepcionalidad y gravedad de esta situación, que estudie la posibilidad de excluir del cálculo de los déficits nacionales en el marco del Pacto de Estabilidad y Crecimiento, las inversiones relacionadas con la reconstrucción sostenible y la prevención de seísmos, y que adopte todas las medidas necesarias para analizar prontamente las solicitudes de asistencia con cargo al Fondo de Solidaridad de la Unión Europea (FSUE), con vistas a garantizar su rápida movilización.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Atkreipiu dėmesį į su žemės drebėjimų sistemomis susijusias nuspėjamumo problemas ir į didelį seisminį aktyvumą.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motion for a resolution on the situation in Italy after the earthquakes. Between August and October 2016 three devastating earthquakes hit the Central Apennines region of Italy, killing 290 people, injuring more than 400 and displacing tens of thousands. The most recent quake, which occurred on 30 October, is the strongest to have been recorded in Italy since the 1980 Irpinia earthquake. The territories concerned suffer from a deformation that extends over an area of about 130 square km, with a maximum displacement of at least 70 cm. The earthquakes caused serious damage to towns, infrastructure and historic, artistic and cultural heritage assets. In order to cover reconstruction costs, Italy may be obliged to submit a request for the amendment of its national and regional operational programmes under Article 30 of Regulation (EU) No 1303/2013 in order to be able to allocate more resources to Thematic Objective 5. The resolution underlines the serious economic effects of the successive earthquakes and the destruction left in their wake. I voted in favour because I believe that we have to show our deepest solidarity and empathy with all the individuals affected by the earthquakes and their families.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta resolución el Parlamento Europeo muestra su compromiso con el Estado italiano tras los terribles seísmos que ha sufrido. Es en estos momentos tan difíciles en los que la Unión ha de estar cerca de sus ciudadanos y, mostrar mediante la solidaridad, su apoyo para con los afectados por este terrible evento. Por ello, creo conveniente votar a favor de esta resolución.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución que manifiesta su más profunda solidaridad y empatía con todas las personas afectadas por los seísmos en Italia, puesto que solicita a la Comisión medidas excepcionales, como la posibilidad de ampliar el vigente método de cálculo del Fondo de Solidaridad. Además, hace hincapié en la importancia de los sistemas de prevención y del cumplimiento de los requisitos en materia de construcción de edificios e infraestructuras resistentes a los seísmos.

La experiencia trágica de la población del centro de Italia, que ahora comienza la reconstrucción, nos muestra como el terremoto acabó con todas las obras de restauración de terremotos anteriores, generando una gran desesperación en la población. Necesitamos por tanto más solidaridad efectiva, y eso pasa por el aumento y la puesta a disposición de forma rápida y flexible del Fondo de Solidaridad. Al ir la resolución en esta línea, he decidido apoyarla.

Anneleen Van Bossuyt (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA erkent de noodsituatie waarin Italië zich bevond na de opeenvolgende aardbevingen van 24 augustus en 30 oktober 2016 en betreurt de slachtoffers die de natuurramp geëist heeft en de schade die werd toegebracht aan infrastructuur, erfgoed, economische activiteiten, landbouw, toerisme en industrieën ten zeerste.

Wij vragen de Europese Commissie onder andere om noodzakelijke maatregelen te nemen voor snelle en effectieve financieringsmaatregelen door het Europees Solidariteitsfonds en te verzekeren dat alle middelen die voorzien worden om de situatie te verlichten daadwerkelijk gebruikt worden door de Italiaanse regering voor die doeleinden.

De oproep om de uitgaven voor heropbouw uit te zonderen van de budgettaire verplichtingen onder het stabiliteits- en groeipact, is voor de delegatie echter een rode lijn. Om een nieuwe schuldencrisis in de eurozone te vermijden, pleit N-VA voor duidelijke en eenvoudige begrotingsregels die ondubbelzinnig worden toegepast. Daarom besliste de N-VA-delegatie tegen de resolutie te stemmen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Tendo em conta a gravidade do sismo ocorrido em Itália, a resolução insta a Comissão a tomar todas as medidas necessárias para permitir e facultar um financiamento rápido e ao mais elevado nível possível através do Fundo de Solidariedade da União Europeia, realça o papel e a responsabilidade acrescida das autoridades regionais e locais na gestão e na distribuição de fundos nos seus territórios.

É importante mobilizar todos os instrumentos disponíveis no âmbito dos fundos regionais e de coesão para que sejam utilizados de forma eficaz para atividades de reconstrução e todas as restantes intervenções necessárias, em plena cooperação com as autoridades nacionais e regionais italianas.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Im gemeinsamen Entschließungsantrag wird die Solidarität mit den Opfern der drei schweren Erdbeben in Italien am 24.8., 26.10. und 30.10.2016 bekundet, eine Prüfung der Ausnahme von Finanzmittel für Wiederaufbau und Schutzmaßnahmen bei der Berechnung der nationalen Defizite im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gefordert und der Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass die Mitgliedstaaten die Forschung zur Verringerung der Auswirkungen von Erdbeben vorantreiben. Daher habe ich diesen Entschließungsantrag unterstützt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione comune sulla situazione in Italia a seguito dei terremoti. Considerando che, dopo il devastante terremoto che ha colpito l'Italia centrale il 24 agosto scorso, altri gravi eventi tellurici collegati allo stesso sciame sismico hanno colpito le medesime zone nei mesi scorsi e considerato che 100.000 persone sono state costrette ad abbandonare le loro abitazioni perché inagibili, la risoluzione invita la Commissione, alla luce del carattere gravissimo ed eccezionale della situazione, a prendere in considerazione la possibilità di escludere dal calcolo dei disavanzi pubblici nazionali nel quadro del patto di stabilità e crescita gli investimenti a favore della ricostruzione sostenibile e della prevenzione antisismica. Con essa si prende atto della domanda di intervento a titolo del Fondo di solidarietà dell'Unione europea presentata dal governo italiano e si invita la Commissione a prendere tutti i provvedimenti necessari per esaminare tempestivamente le richieste di assistenza a titolo del Fondo, al fine di garantirne la rapida mobilitazione. La risoluzione sottolinea inoltre l'importanza che gli anticipi siano messi a disposizione delle autorità nazionali il prima possibile, così da consentire alle stesse di far fronte alle pressanti necessità imposte dalla situazione.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I would like to join my colleagues in extending condolences and support for all victims and communities affected by the recent earthquakes in Italy. I hope European assistance will be able to aid in reconstruction and recovery efforts.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Uznesenie o situácii v Taliansku som podporila. Taliansko zasiahla v druhej polovici tohto roka séria ničivých zemetrasení, ktoré po sebe zanechali niekoľko stoviek zranených a mŕtvych, ale aj zničené obydlia, infraštruktúru a kultúrne a historické pamiatky. V neposlednom rade mali tieto zemetrasenia negatívny dosah na obchod a turizmus. V uznesení sme sa preto zaoberali tým, akým spôsobom by mali byť koordinované práce zamerané na obnovenie zničených miest a obcí, aké preventívne opatrenia zvoliť a akým spôsobom by rekonštrukčné práce mali byť financované. V tomto poslednom bode sme vyzdvihli najmä Fond solidarity Európskej únie, ktorý finančne pomáha práve v prípade prírodných katastrof, ale aj ďalšie európske fondy. Myslím si, že v takýchto prípadoch je nesmierne dôležité vyjadriť solidaritu s krajinou postihnutou prírodnou katastrofou a taktiež ukázať, že Európska únia je schopná rýchlo a efektívne členským štátom pomôcť.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog rezolucije o stanju u Italiji nakon potresa. Vrlo je važno solidarizirati se sa stanovnicima Italije koji su pretrpjeli ogromne gubitke, kako ljudske, tako i materijalne. U ovom trenutku potrebno je što prije izraziti zabrinutost zbog velikog broja ljudi koji su ostali bez svojih domova uslijed razornih potresa. Pred nama je hladno zimsko razdoblje i važno je što hitnije osigurati smještaj za ljude čiji su domovi uništeni u potresima. Iz Fonda solidarnosti nužno je što prije uputiti financijsku pomoć ugroženima kako se ne bi dogodila situacija da uslijed spore reakcije imamo još žrtava ove prirodne katastrofe. Osim jasnim djelovanjem i reakcijom na postojeće stanje u Italiji, važno je planirati preventivne radnje koje bi što je više moguće smanjile ili barem ublažile ovakve katastrofe u budućnosti. Važnost i hitnost ovakve situacije pokazala je i veliku hrabrost spasilačkih jedinica, volontera te vlasti na svim razinama u Italiji.

7.22. Leitlinien für die Interessenerklärungen der Mitglieder der Kommission (A8-0315/2016 - Pascal Durand)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Lo scopo della dichiarazione di interesse dei Commissari è quello di assicurare la massima trasparenza e responsabilità. Negli ultimi anni però la necessità di valutare più volte questo genere di dichiarazioni, una su tutte quella di Arias Cañete, commissario per l'azione per il clima e l'energia, ha evidenziato varie lacune del regolamento. Ho molto apprezzato alcune delle soluzioni fornite nella proposta come l'introduzione dell'obbligo della presentazione della dichiarazione anche in relazione ai familiari e la proroga di tre anni per le restrizioni riguardanti l'impiego di ex commissari. Per quanto detto in precedenza ho deciso di votare a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque, tras el proceso de nombramiento del Colegio comisarial en 2014 y las noticias aparecidas posteriormente en relación con varios comisarios, se evidencia la necesidad de que la Comisión Europea revise su Código de Conducta, para garantizar que las declaraciones de intereses de los comisarios reflejan fielmente su situación financiera y la de sus familiares.

La declaración de intereses financieros deberá incluir las actividades e intereses actuales y de los dos años anteriores, los comisarios tendrán que declarar todos sus intereses como «accionistas, miembros de consejos de administración, asesores y consultores, miembros de fundaciones», así como los intereses de familiares cercanos.

En caso de conflicto de intereses identificado durante el mandato, el Presidente de la Comisión deberá seguir las recomendaciones del Parlamento para resolverlo, o la Cámara podrá retirar la confianza en ese comisario y, en caso apropiado, privarle de sus derechos de pensión y otros beneficios.

La resolución contempla también la ampliación de 18 a 36 meses del plazo en el que los comisarios, una vez fuera de su cargo, deberán abstenerse de trabajar para el sector privado en el ámbito del que fueron responsables.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this report and in favour of the one amendment to this report, which called to extend Commissioners' post-office employment restrictions to a period of at least 3 years without making any changes to the transitional rules. I am happy that this amendment was passed so that unethical appointments, such as that of Former President of the Commission José Manuel Barroso to Goldman Sachs, do not happen in the future without a proper cooling-off period.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le Parlement européen souhaite durcir le code de conduite des commissaires adopté en 2001, en raison des graves conflits d'intérêts les concernant qui ont été récemment dévoilés.

La proposition veut notamment obliger les commissaires à déclarer tous les intérêts qu'ils possèdent dans des entreprises, y compris leurs intérêts familiaux, ainsi que leur appartenance à des ONG ou associations jouant un rôle de lobby. J'ai voté favorablement à ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – As this resolution would increase transparency, and place greater accountability upon the unelected Commission, I felt it was important to vote in favour. However, as it is an own-initiative report I note that the passing of this resolution is not in any way binding.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Komisijos narių interesų deklaracijų gairių. Europos Parlamento darbo tvarkos taisyklių XVI priede „Komisijos tvirtinimo gairės“ nustatyta, kad „Parlamentas gali paprašyti bet kokios informacijos, kurios reikia siekiant priimti sprendimą dėl paskirtųjų Komisijos narių tinkamumo. Jis tikisi, kad bus atskleista visa su jų finansiniais interesais susijusi informacija. Paskirtųjų Komisijos narių interesų deklaracijos teikiamos nagrinėti už teisės reikalus atsakingam komitetui“. Deja, šioje nuostatoje tiksliai neapibrėžta Teisės reikalų komiteto tyrimo aprėptis, ypač susijusi su klausimu, ar atliekant šį tyrimą reikia tik formaliai išnagrinėti suteiktą informaciją, ar, priešingai, atlikti nuodugnų tyrimą. Todėl pritariu pranešėjui, kuris siūlo apibrėžti interesų deklaracijų nagrinėjimo Teisės reikalų komitete aprėptį.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés az Európai Parlament állásfoglalása a biztosok pénzügyi érdekeltségeivel kapcsolatban, amelyben az EP összegzi véleményét és igényeit a biztosok összeférhetetlensége kérdésében. A felvetett javaslatok támogathatóak, irányuk egyértelműen az átláthatóságot és gazdasági szférával való összefonódás kizárását célozzák, kérdés ennek a gyakorlatban sikerül-e érvényt szerezni. Az 1. sz. módosító javaslatot is támogattam, amelyik a biztosok hivatali ideje utáni munkavállalási korlátozások időtartamát legalább három évre, illetve legalább annyi időre meghosszabbítva, mint ameddig a volt biztos a vonatkozó rendelet szerinti átmeneti támogatásra jogosult.

Az apropót nyilván az hír is adja, hogy Jean-Claude Juncker vizsgálatot rendelt el elődje, José Manuel Barroso ügyében, aki sokak rosszallását kiváltva nemrégiben munkába állt a Goldman Sachs amerikai befektetési banknál. A javaslat úgy véli emellett, hogy a pénzügyi érdekeltségekre vonatkozó nyilatkozat, valamint tágabb értelemben a Bizottság tagjait érintő esetleges összeférhetetlenségek ellenőrzésének túl kell terjednie a Bizottság kinevezéséhez kapcsolódó egyetlen eljáráson. E tekintetben úgy véli, hogy a hivatali idő alatt valamely biztos pénzügyi érdekeltségeinek bármely érdemi módosítása vagy a feladatoknak a Bizottság tagjai közötti újrafelosztása új helyzetet teremt az összeférhetetlenség esetleges fennállása szempontjából, ezért új parlamenti vizsgálati eljárás tárgyát kellene képeznie.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le Parlement européen envisage de durcir le code de conduite des commissaires adopté en 2001, suite aux graves conflits d'intérêts récemment dévoilés. J'ai voté en faveur de cette proposition qui veut forcer les commissaires à déclarer tous les intérêts qu'ils possèdent dans des entreprises ainsi que leurs liens avec des ONG ou des lobbies.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — Barroso, Kroes, l'affaire cette semaine des perturbateurs endocriniens, les multiples scandales centrés sur la Commission entretiennent une image désastreuse des institutions européennes et d'une éthique défaillante! Il faut aborder à la fois les procédures internes au Parlement européen, lors de la nomination de la nouvelle Commission et pendant toute la durée de son mandat, et les obligations de transparence incombant aux membres de la Commission.

La vérification de l'absence de conflit d'intérêts ne saurait être mise au même niveau que l'évaluation des compétences du candidat. Elle doit donc constituer un préalable indispensable à l'audition. Le contrôle des déclarations d'intérêts financiers et, plus largement, des conflits d'intérêts potentiels concernant les membres de la Commission doit s'étendre au-delà de la seule procédure de nomination de la Commission. J'attends également de la Commission une série de modifications de son code de conduite et des déclarations d'intérêts visant à assurer que ces dernières comprennent les informations suffisantes à l'évaluation des intérêts financiers des commissaires et que le Parlement soit informé de toute modification.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Le recenti vicende che hanno coinvolto l'ex presidente della Commissione europea, José Manuel Barroso, e il commissario all'energia Miguel Arias Cañete hanno aperto una nuova riflessione a livello comunitario in merito ai possibili conflitti di interesse che possono coinvolgere figure apicali dell'UE. La relazione Durand, che ho sostenuto con il mio voto, affronta questa tema chiedendo alla Commissione di revisionare il codice di condotta per i commissari. Occorre assicurare che le dichiarazioni di interessi forniscano un quadro completo della loro situazione finanziaria, delle loro attività e di quelle dei loro familiari. In caso di un conflitto accertato il Presidente dovrebbe seguire le raccomandazioni del Parlamento o consentire a quest'ultimo di raccomandare il ritiro fiducia o di privare il commissario dei benefici e dei diritti alla pensione. Per quanto concerne gli ex commissari, il testo richiede che sia prolungato, da 18 ad almeno 36 mesi, il periodo di «riflessione», quel lasso di tempo che deve intercorrere prima che essi possano ricoprire ruoli del settore privato nelle loro aree di competenza. Si tratta di misure coerenti che possano ampliare il ruolo del Parlamento, garantendo una maggiore trasparenza delle istituzioni e aumentando la fiducia dei cittadini.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, ya que su objetivo es el control de las declaraciones de intereses financieros de los comisarios, para garantizar que puedan cumplir sus mandatos de forma totalmente independiente y garantizar la máxima transparencia de la Comisión. Cualquier cambio en los intereses financieros de un comisario durante su mandato, o cualquier reorganización de la distribución de responsabilidades entre los miembros de la Comisión, constituye una nueva situación en cuanto a la posible existencia de conflicto de intereses. También se pide a la Comisión que revise urgentemente el Código de Conducta 2011 de los comisarios, para que tenga en cuenta las recomendaciones formuladas por el Parlamento en sus recientes resoluciones. Nos parece imprescindible que una institución como la Comisión aumente la transparencia y se vele por la independencia de los comisarios. Por ello nuestro voto ha sido favorable.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – Il est rare que je sois aussi enthousiaste pour un rapport parlementaire mais ici, mon collègue Pascal Durand a accompli un travail remarquable. Un travail remarquable quant à son objectivité, sa neutralité, sa rationalité et son caractère constructif.

On peut certes critiquer le code de conduite actuel applicable aux commissaires, il n'est certainement pas parfait mais il a au moins le mérite d'exister. Régulièrement depuis 2004, en 2011 et maintenant en 2016, il n'a de cesse de s'améliorer et de coller au plus près des réalités.

Les propositions de Pascal Durand approuvées par la commission juridique vont en effet dans ce sens et je pense qu'inclure les intérêts familiaux visés au point 1.6 du code de conduite des commissaires dans les déclarations d'intérêts financiers eu égard à la situation passée et ambigüe du commissaire Canete est une excellente initiative.

Ne nous trompons pas, ce dossier est important. Il en va de la crédibilité de l'Union européenne dans son ensemble.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre las declaraciones de intereses de los comisarios europeos, en el que se pide que los comisarios europeos presenten declaraciones de intereses más exhaustivas, y reclama mayores poderes de control para la Eurocámara. La transparencia de esta información además tiene que ser fundamental.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui préconise notamment un durcissement du code de conduite encadrant l'activité des commissaires européens. En effet, les tristement célèbres «affaires» de conflits d'intérêts ayant touché à d'anciens ou d'actuels commissaires dénotent l'urgence d'instaurer un minimum de transparence et d'éthique au sein de la toute puissante Commission.

Le pantouflage chez Goldman Sachs de José Manuel Barroso, ancien président de la Commission européenne, n'est que l'arbre qui cache la forêt. En 2006, une motion de censure avait été déposée par 77 députés européens, qui interrogeait les liens entre José Manuel Barroso et le groupe Latsis (banque, pétrole, immobilier, construction navale) appartenant au milliardaire grec Spiros Latsis. Dusan Sidjanski, président du Centre européen de la culture (ayant pour mission la promotion du fédéralisme européen) financé par le groupe Latsis, avait été nommé «conseiller spécial à Commission» par José Manuel Barroso pour promouvoir «l'Europe des régions».

Il est donc plus que tant que, comme le préconise ce rapport, les commissaires soient contraints de déclarer tous les intérêts qu'ils possèdent dans des entreprises mais aussi leur appartenance potentielle à des ONG ou associations effectuant un travail de lobbying auprès des pouvoirs publics.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — La relazione Durand è equilibrata e condivisibile. Ritengo che il controllo delle dichiarazioni d'interessi finanziari, e più in generale dei potenziali conflitti d'interesse concernenti i membri della Commissione, deve andare al di là della sola procedura di nomina della Commissione. Intendo supportare col mio voto questo testo e chiedere una serie di modifiche al codice di condotta della Commissione e alle sue dichiarazioni di interessi, allo scopo di garantire che queste ultime includano le informazioni sufficienti alla valutazione degli interessi finanziari dei Commissari e che il Parlamento sia al corrente di tutte le modifiche.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque, tras el proceso de nombramiento del Colegio comisarial en 2014 y las noticias aparecidas posteriormente en relación con varios comisarios, se evidencia la necesidad de que la Comisión Europea revise su Código de Conducta, para garantizar que las declaraciones de intereses de los comisarios reflejan fielmente su situación financiera y la de sus familiares.

La declaración de intereses financieros deberá incluir las actividades e intereses actuales y de los dos años anteriores, los comisarios tendrán que declarar todos sus intereses como «accionistas, miembros de consejos de administración, asesores y consultores, miembros de fundaciones», así como los intereses de familiares cercanos.

En caso de conflicto de intereses identificado durante el mandato, el Presidente de la Comisión deberá seguir las recomendaciones del Parlamento para resolverlo, o la Cámara podrá retirar la confianza en ese comisario y, en caso apropiado, privarle de sus derechos de pensión y otros beneficios.

La resolución contempla también la ampliación de 18 a 36 meses del plazo en el que los comisarios, una vez fuera de su cargo, deberán abstenerse de trabajar para el sector privado en el ámbito del que fueron responsables.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame aptariamos Komisijos narių interesų deklaracijų gairės. Europos Parlamentas siūlo apibrėžti interesų deklaracijų nagrinėjimo Teisės reikalų komitete aprėptį. Tai visų pirma turėtų apimti Europos Parlamento vidines procedūras, taikomas skiriant naująją Komisiją ir jos kadencijos metu, ir Komisijos nariams taikomus skaidrumo reikalavimus. Parlamentas mano, kad patikrinimo, ar nėra interesų konflikto, negalima prilyginti kandidato kompetencijos įvertinimui, todėl šis patikrinimas turi būti būtina išankstinė klausymo sąlyga. Be to, jis mano, kad interesų konflikto sąvoka turi apimti tik objektyvius ir patikrinamus veiksnius, kurie gali būti vertinami tik atsižvelgiant į konkrečią atsakomybės sritį. Dėl to Parlamentas daro išvadą, kad Teisės reikalų komitetas turi tiek įvertinti interesų konflikto galimybę, tiek, esant reikalui, rekomenduoti, kaip jį panaikinti. Gali būti rekomenduojama atsisakyti tam tikrų finansinių interesų arba pakeisti Komisijos nario atsakomybės sritį. Kad tyrimas būtų veiksmingas, pranešėjas mano, kad Teisės reikalų komitetas turi paprašyti papildomos informacijos, jeigu deklaracija kelia abejonių, yra neišsami ar prieštaringa.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se, da bi se morale zaostriti zahteve o izjavah o interesih komisarjev. Tako bi morale z razširitvijo in izboljšanjem pravil o navzkrižju interesov te izjave vključevati tudi podrobne podatke o morebitnih pogodbenih odnosih kandidata za komisarja, ki bi lahko povzročili navzkrižje interesov pri opravljanju njegovih nalog.

V interesu vseh, predvsem pa prebivalcev Unije, je, da se s čim večjo transparentnostjo preprečijo morebitna navzkrižja interesov.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće. Trebamo veću parlamentarnu kontrolu nad sukobima interesa u Europskoj komisiji.

Slučaj Povjerenika za energetiku Miguela Ariasa Cañetea pokazuje da sadašnji sustav nije dovoljan. Europski parlament mora imati sposobnost ispravno razmatrati kandidate jer i političari trebaju vratiti povjerenje građana. Kao izvjestiteljica za mišljenje Odbora ENVI za postupak izbora povjerenika predlagala sam slične mjere.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Le Parlement européen souhaite durcir le code de conduite des commissaires adopté en 2001, en raison des graves conflits d'intérêts les concernant qui ont été récemment dévoilés.

J'ai donc voté pour.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Giustamente il regolamento del Parlamento europeo, all'allegato XVI che riguarda gli orientamenti per l'approvazione della Commissione, prevede che «il Parlamento ha facoltà di chiedere qualsiasi informazione pertinente ai fini dell'adozione di una decisione sulle attitudini dei commissari designati e si attende un'informazione esaustiva per quanto concerne i loro interessi finanziari. Le dichiarazioni d'interesse dei commissari designati sono trasmesse per esame alla commissione competente per gli affari giuridici». Tuttavia tale allegato non esplicita la portata esatta dell'esame a cura della commissione giuridica: non è chiaro se l'esame debba limitarsi a un'analisi formale delle informazioni fornite o se invece debba costituire un'analisi approfondita. Da questa mancanza di chiarezza sono emerse grandi difficoltà (rilevanti anche nel percorso di nomina dell'attuale Commissione europea). Sono pertanto necessari chiarimenti da parte della commissione per gli affari costituzionali del Parlamento europeo che è competente,

tra l'altro, per l'interpretazione del regolamento del Parlamento stesso. Lo scopo di questo lavoro deve essere garantire una procedura trasparente e la massima informazione possibile per i cittadini, che hanno diritto di conoscere e valutare chi è chiamato a guidarli.

Daniel Buda (PPE), *în scris.* — Luând în considerare anexa XVI la Regulamentul de procedură a Parlamentului cu privire la orientările pentru aprobarea Comisiei, se prevede că instituția Parlamentului are posibilitatea de a solicita orice informație relevantă pentru luarea unor decizii cu privire la comisarii desemnați, în special în ceea ce privește declarația de interese care se trimite comisiei competente pentru chestiuni juridice spre examinare.

Din păcate, în această anexă, nu este specificată amploarea exactă a examinării de către Comisia pentru afaceri juridice, și anume dacă trebuie să se limiteze la o analiză formală a informațiilor sau dimpotrivă, trebuie să fie o analiză aprofundată. Ca urmare a dificultăților pe care le implică o dispoziție atât de puțin detaliată, dificultăți dovedite foarte importante în procedura de numire a ultimei Comisii Europene, este necesară o clasificare din partea Comisiei pentru afaceri constituționale, care are competența necesară pentru interpretarea Regulamentului de procedură a Parlamentului European.

Am votat în favoarea raportului privind Declarațiile de interese ale comisarilor – Orientări deoarece consider că este nevoie de o specificare clară asupra modului de examinare a Declarațiilor de interese a fiecărui Comisar European.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Je salue la volonté politique de Jean-Claude Juncker de renforcer le code de conduite pour le Président de la Commission européenne et les commissaires. Nous devons prouver aux citoyens européens que nos institutions répondent à des principes éthiques pointus. Il est important que nos concitoyens fassent confiance aux institutions européennes. Ce rapport rappelle l'importance de la déclaration des intérêts financiers des commissaires qui a pour objectif d'assurer l'indépendance de ces derniers. Le texte met en avant la nécessité d'améliorer le code de conduite pour assurer la confiance des citoyens européens. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which aims to amend the procedures on Commissioners' declarations of interests which will necessitate a reform of the Commissioners' Code of Conduct. Proposals include: an obligation to disclose all financial interests and not just those 'likely to constitute a conflict of interest'; details of contractual relations, divestment requirements; disclosure of donations to any NGOs; regular reporting on the implementation of this code including any changes to declarations; rules in the case that Commissioners are 'relocated'; and time frames for submission of declarations.

I also co-signed and voted in favour of the one amendment to this report, which called to extend Commissioners' post-office employment restrictions to a period of at least three years without making any changes to the transitional rules. I am happy that this amendment was passed so that unethical appointments, such as that of Former President of the Commission José Manuel Barroso to Goldman Sachs, do not happen in the future without a proper cooling off period.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La commissione giuridica ha voluto proporre al Parlamento le linee guida in oggetto in seguito a numerosi casi problematici (da ultimo quello del Commissario Arias Cañete, recentemente esaminato) in cui si è trovata valutare le dichiarazione di interessi presentate dai Commissari. Per risolvere questa situazione vengono proposte due soluzioni: 1) una modifica dell'allegato XVI delle RoP, inserendo un preciso riferimento al fatto che l'analisi della commissione JURI deve essere fatta a livello sostanziale e di merito e 2) una modifica al codice di condotta dei Commissari del 2011, introducendo una serie di precisazioni tra cui l'obbligo di presentazione della dichiarazione di interessi anche in relazione ai familiari e la proroga di 3 anni per le restrizioni all'impiego post-mandato dei commissari. L'impostazione della relazione è decisamente buona.

Jean-Marie Cavada (ALDE), *par écrit*. – L'objet de ce texte est la révision approfondie du code de conduite des commissaires afin de vérifier l'absence totale de conflit d'intérêts chez les commissaires, non seulement quand ils prennent leur fonction et durant tout leur mandat, mais aussi après ce dernier, avec une période de transition pour les anciens commissaires qui est passée de 18 mois à 3 ans.

Il est essentiel pour moi que les citoyens puissent faire confiance aux institutions de l'UE. Il est tout simplement inacceptable que les commissaires cachent leurs intérêts personnels ou ceux des membres de leur famille. Les récents scandales, comme les révélations dans l'affaire des «Panama papers» ou l'affaire «Barroso», ont montré une fois de plus la nécessité de réagir et de regagner la confiance des citoyens européens.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as I believe there is a case for a more transparent, more efficient and better way to ensure independence of Commissioners and limit their potential conflicts of interests. As some recent cases show, there are occasions where former Commissioners can switch careers respecting fully the current code of conduct, raising at the same time some serious ethical concerns. That worries me, as it also undermines the EU's credibility in the eyes of its citizens. We need to see this problem not only from a purely legal point of view, but to take into account a broader perspective, and that is why I think that the Code of Conduct as it stands now should be revised.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με τις δηλώσεις οικονομικών συμφερόντων των Επιτρόπων αποτελεί ένα σημαντικό βήμα για την αντιμετώπιση φαινομένων αδιαφάνειας και έχει ως κεντρική ιδέα ότι ο έλεγχος των δηλώσεων οικονομικών συμφερόντων των μελών της Ευρωπαϊκής Επιτροπής πρέπει να γίνει πιο ενδελεχής και αυστηρός. Τούτο είναι απολύτως αναγκαίο για την προστασία της αξιοπιστίας της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ένωσης και γι' αυτό τον λόγο ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. Sono favorevole a qualsiasi misura volta a una verifica più dettagliata dell'assenza di conflitti di interesse dei commissari.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Gli eventi hanno portato, ormai troppo di sovente, agli albori delle cronache casi di conflitti di interessi all'interno delle istituzioni, certamente quelli più incresciosi sono appartenuti alla Commissione e ciò mi spinge a votare favorevolmente alla relazione. A partire da ciò, si garantirà la totale indipendenza del lavoro dei Commissari oltre ad assicurarne la massima trasparenza e responsabilità, infatti in base alle dichiarazioni d'interesse finanziario si procederà a valutare i potenziali conflitti fondati su elementi determinanti, oggettivi e pertinenti in relazione al portafoglio del Commissario in questione. Spetterà, in seguito, alla commissione giuridica svolgere un'analisi sostanziale delle dichiarazioni attraverso un esame per appurarne in toto l'autenticità e la conformità del contenuto. Qualora venissero riscontrate anomalie o conflitti, la commissione giuridica formulerà le opportune raccomandazioni atte a risolvere tale situazione. Si rende essenziale, all'interno di tale processo, che il Commissario informi dell'aggiornamento dei suoi interessi finanziari di natura patrimoniale, professionale, personale o famigliare. Auspico che venga adottata quanto prima un'analoga forma di regolamentazione in Italia per quanto concerne, soprattutto, i componenti del CDM dati gli scandali, non certo risolti, emersi recentemente.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on Commissioners' declarations of interests – guidelines.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Parlamento Europeu tem o dever de avaliar a capacidade e a idoneidade dos Comissários Europeus em todo o momento, mas sobretudo no momento da sua indigitação. Entendo que essa avaliação é, acima de tudo, política e, em alguma medida técnica, mas que deve comportar, também, uma dimensão de controlo de eventuais conflitos de interesses. Assim, entendo que o conceito de conflito de interesses não deve ser indeterminado e a sua verificação deve obedecer a critérios objetivos e verificáveis.

Acompanho, genericamente, as recomendações relativas ao Código de Conduta dos Membros da Comissão, uma vez que imprimem, uma vez aplicadas, maior transparência nas declarações de interesses financeiros. Alerto para a necessidade de equilibrar estes requisitos de transparência com a reserva da vida privada, em especial dos familiares dos Comissários.

Recordo que ao Parlamento deve ser reservado um papel estruturante na análise das declarações financeiras no início do mandato dos Comissários e sempre que haja uma alteração substancial de circunstâncias, seja a mudança de pasta ou mudanças nos interesses financeiros de cada um. Contudo, esta avaliação deve ser substantiva e não investigativa, resultando em recomendações que promovam e defendam a transparência.

Pelo exposto, apoio o presente relatório.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto vengono proposte linee guida importanti sull'identificazione dei conflitti di interesse da parte della commissione giuridica, una riforma del codice di comportamento dei Commissari. In generale, si propone di coinvolgere maggiormente il Parlamento europeo e i suoi poteri per quanto riguarda la verifica delle dichiarazioni finanziarie, oltre a ulteriori audizioni dei Commissari in caso di cambiamento di portafoglio. Il relatore ha inoltre proposto che, in caso di un conflitto di interessi, la commissione giuridica possa formulare una raccomandazione volta a chiedere al Presidente della Commissione di ritirare la fiducia il Commissario in questione.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Good governance entails the strengthening of ethics and transparency within the EU institutions in order to improve European citizens' trust in our institutions, particularly in the light of the ampler political mandate entrusted to the Commission since the Lisbon Treaty.

Unfortunately, the 2011 Code of Conduct failed to address all the recommendations that Commissioners should be required to declare all their financial interests or assets and not only those interests or assets 'which might create a conflict of interest in the performance of their duties'. As such there is no requirement to declare debts and liabilities, and dependent children are not required to produce the same information as spouses. This requires us to modify the Code of Conduct for Commissioners and look into other sensitive situations such as for example the post-office employment restriction and eligibility for a transitional allowance.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W związku z przekonaniem o konieczności zachowania przejrzystości i jasnych procedur w zakresie pełnienia określonych stanowisk zagłosowałem za przyjęciem sprawozdania dotyczącego deklaracji komisarzy o braku konfliktu interesów. Wprowadzenie jasnych kryteriów weryfikacyjnych jest podstawowym elementem pozwalającym wyeliminować konflikt interesów. Konflikt ten powstaje na skutek zatarcia granicy pomiędzy interesem publicznym a prywatnym. Wynika to z braku profesjonalizmu kadry urzędniczej. Zaproponowane wytyczne precyzyjnie określają kompetencje Komisji przy dokonywaniu oceny możliwego konfliktu interesów komisarzy. Ponadto rezolucja wzywa do ustanowienia uczciwych środków identyfikacji interesów i relacji rodzinnych. Postulując obiektywną administrację oraz przejrzystość procesów decyzyjnych, zagłosowałem za przyjęciem rezolucji.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – We need greater parliamentary control over conflicts of interests in the European Commission. This is why I am in favour of this report as various recent cases have shown that the current system does not suffice and that greater safeguards are required. The European Parliament needs the ability to scrutinise candidates properly and politicians need to regain the trust of citizens.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – Il principio delle porte girevoli coinvolge anche la Commissione europea, come ha dimostrato il caso dell'ex Presidente José Manuel Barroso, passato al colosso *Goldman Sachs* a breve distanza dalla fine del suo mandato nell'istituzione europea. Il problema del conflitto di interessi è molto vasto. Senza tornare alle dimissioni in blocco della Commissione Santer per le accuse di corruzione che riguardarono alcuni suoi componenti, basta ricordare Neelie Kroes, vicepresidente della Commissione fra il 2004 e il 2010, che durante il suo mandato fu amministratrice di una società offshore alle Bahamas. Il diniego di Juncker di pubblicare su richiesta del Mediatore le decisioni sulle attività post mandato degli ex commissari non è certo di aiuto. Il Parlamento europeo chiede che i Commissari dichiarino gli interessi finanziari presenti o passati che riguardano loro o i familiari, il proprio patrimonio, le passività e le eventuali affiliazioni a organizzazioni non governative e società segrete, elementi che possano interferire sull'esercizio delle loro funzioni pubbliche. Questa richiesta viene fatta per il rafforzamento dell'etica e della trasparenza delle istituzioni, ed è volta a garantire l'imparzialità, l'integrità, la diligenza, l'onestà, la responsabilità e la discrezione dell'organo di governo dell'Unione europea. Per questi motivi il mio voto è positivo.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative vise à présenter des lignes directrices permettant de déterminer les potentiels conflits d'intérêts ainsi qu'une réforme du code de conduite des commissaires. Le rapport propose aussi une plus grande participation du Parlement européen, lui adressant une réelle compétence en matière de contrôle des déclarations financières, et propose que la commission JURI puisse demander au président de la Commission européenne de retirer sa confiance au commissaire concerné dès lors qu'elle considère qu'il y a conflit d'intérêts. Considérant qu'il est essentiel de garantir l'exemplarité des commissaires européens en matière de conflits d'intérêts durant leur mandat, et de renforcer les contrôles et la période de transition suite à la fin de leur mandat, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted for this non-legislative report on Commissioners' Declarations of Interest. We in UKIP believe that every Commissioner must face scrutiny when they are appointed to their post, whether this be at the beginning of their term or should they be replacing a Commissioner.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Le rapport sur les déclarations d'intérêts des membres de la Commission établit des lignes directrices permettant de faciliter les procédures de vérification de ces déclarations faites par les commissaires. Afin de déceler tout potentiel conflit d'intérêts, le rapport prévoit notamment que l'analyse des déclarations doit être substantielle et en lien avec le portefeuille du commissaire désigné. Le Parlement européen sera plus impliqué dans le processus, notamment en cas de changement de portefeuille d'un commissaire.

Compte tenu des récentes affaires concernant certains commissaires, notamment M. Barroso, et afin d'élever le niveau d'éthique et de transparence, j'ai voté en faveur de ce rapport, bien que certaines propositions soient un peu excessives.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – Ayant été profondément choqué par le «reclassement» de Barroso chez le banquier Goldman Sachs, c'est avec conviction que j'ai voté en faveur de la résolution non législative demandant de prolonger de 18 à 36 mois minimum la période de transition avant laquelle les anciens commissaires ne peuvent occuper un poste dans le secteur privé dans leur domaine d'expertise.

Je considère également qu'il est opportun de renforcer les conditions encadrant la déclaration d'intérêts financiers des commissaires de manière à ce qu'elle inclue tous les intérêts ou activités des deux dernières années susceptibles d'engendrer des conflits d'intérêts ou de nuire à leur impartialité. Enfin, je considère que la commission des affaires juridiques devrait jouer un rôle accru et disposer de suffisamment de temps pour analyser les déclarations d'intérêts financiers, vérifier qu'elles ont été correctement complétées avec le contenu adéquat et évaluer si un conflit d'intérêts en découle. Elle devrait également publier ses conclusions finales et présenter des recommandations, le cas échéant.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az Európai Parlament olaszországi földrengésekhez kapcsolódó állásfoglalási indítványát.

Az indítvány hangsúlyozza, hogy a legutóbbi olasz földrengések egész falvakat tüntettek el a Föld színéről, súlyosan károsították a helyi és regionális infrastruktúrát, a gazdasági tevékenységet, sok esetben a történelmi és kulturális örökséget is, és mindezek következtében jelentős újjáépítési erőfeszítésekre van szükség az elszenvedett károk helyreállítása érdekében.

Az állásfoglalási indítvány fontos kérdésekre hívja fel a figyelmet, például arra, hogy az otthontalanná vált személyek számára a tél közeledtével egyre fontosabb a megfelelő szálláshely biztosítása, a megelőzés érdekében fel kell gyorsítani a kapcsolódó kutatásokat, az előlegfizetést a lehető leghamarabb biztosítani kell az érintett területek számra, valamint a hatékony válasz érdekében minél teljesebben ki kell használni a meglevő eszközök közötti szinergiákat.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ces textes.

Il s'agit d'un durcissement du code de conduite des commissaires adopté en 2001. Les commissaires devraient, notamment, déclarer tous les intérêts qu'ils possèdent dans des entreprises, y compris leurs intérêts familiaux, ainsi que leur appartenance à des ONG ou associations jouant un rôle de lobbies.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Неотдавна правната комисия на Европейския парламент трябваше да анализира предполагаемия конфликт на интереси на Европейския комисар за климата и енергетиката Мигел Ариас Канете. Правомощията на нашата комисия не бяха много ясни и заключение по темата беше почти невъзможно да се направи. Много депутати, измежду които и аз, смятаха, че ние не сме съд и не можем да определим дали комисарят е виновен или не.

Тези насоки, които аз подкрепих в този доклад, имат за цел да се изяснят компетенциите и правомощията на правната комисия при оценката на възможните конфликти на интереси на комисарите. Аз все още мисля, че не сме постигнали финален текст, който да изяснява всичко, но подкрепих доклада, защото смятам, че е добра стъпка и дава малко повече яснота и води до по-прозрачна процедура.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Ο προσδιορισμός του πεδίου του ελέγχου των δηλώσεων οικονομικών συμφερόντων των Επιτρόπων, όπως προτείνεται διά της παρούσης, παρουσιάζει σοβαρά νομοθετικά κενά ως προς την εξασφάλιση διαφάνειας καθώς και ως προς το πλήθος των προβλεπόμενων (προς δήλωση) οικονομικών στοιχείων.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Con la aprobación de este informe se pretende ayudar a clarificar el papel que debe jugar la comisión de Asuntos Jurídicos (JURI) en el examen de las declaraciones de intereses. Además, este informe propone a la Comisión una serie de modificaciones de su Código de Conducta y de las declaraciones de intereses, para garantizar que estas últimas incluyan información suficiente para evaluar los intereses financieros de los comisarios. El ponente propone asimismo que, en caso de conflicto de intereses identificado con base en la declaración o en la información complementaria facilitada por el Comisario durante su mandato, la Comisión de Asuntos Jurídicos pueda formular una recomendación encaminada a pedir al Presidente de la Comisión que retire la confianza en el comisario interesado.

En general propone una mayor participación y potestades del Parlamento Europeo en relación con el control de las declaraciones financieras, además de las audiencias adicionales de los comisarios en caso de cambios de cartera.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of these guidelines which set out clear protocols for avoiding conflicts of interests of Commissioners, not only before they take office, but also during their term of office. These proposals would strengthen the power of Parliament to prevent scandals such as those we have seen recently. Parliament also wanted the cooling-off period for all former Commissioners to be at least three years. I have always promised my constituents in Wales that I would work for greater transparency and accountability.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – La relazione sulle dichiarazioni d'interessi dei commissari – Linee guida ha, a mio avviso, una buona impostazione e formula raccomandazioni condivisibili, soprattutto laddove evidenzia l'opportunità che l'esame effettuato dalla commissione JURI non sia di carattere meramente formale. Altrettanto condivisibili sono le proposte volte a scongiurare eventuali conflitti di interessi dei commissari sia in costanza di mandato, sia al termine dello stesso. Per questi motivi il mio voto è stato positivo.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente relazione poiché definisce con maggior chiarezza la nozione di conflitto di interessi e la procedura di controllo delle dichiarazioni degli interessi finanziari, sia prima delle audizioni dei Commissari, sia durante il loro mandato. In particolare, ritengo opportuno che la relazioni inviti la Commissione a rivedere il codice di condotta dei Commissari, al fine di ampliare la portata delle dichiarazioni di interessi e di individuare un modo più equo per definire gli interessi familiari.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Pripravenosť a samotná spôsobilosť riadiť pridelený rezort v rámci Európskej komisie musia byť rozhodujúce. Predovšetkým na ich posúdenie sa doposiaľ zameriavali aj verejné vypočutia kandidátov na eurokomisárov. Rovnako dôležitou by sa však mala stať aj schopnosť účinného vylúčenia potenciálneho konfliktu záujmov uchádzačov o exekutívnu funkciu v rámci budúcej Európskej komisie. Musí ísť o kontrolnú úlohu Európskeho parlamentu a jeho výborov. Je to príspevok k transparentnosti, ktorý môže pomôcť zvýšiť dôveru ľudí v prácu Európskej komisie. Týkať by sa to malo najmä kompetencií v rámci konkrétneho zvereného portfólia budúceho komisára. Vďaka dôkladnej analýze predošlého pôsobenia jednotlivých kandidátov sa môžeme vyhnúť nepríjemným škandálom. Tým je napríklad aj doteraz nevyjasnená kauza predsedu Európskej komisie Junckera, známa pod označením Lux Leaks, týkajúca sa daňových únikov v Luxembursku.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione per una verifica più puntuale dell'assenza di conflitti d'interesse dei commissari.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Ο προσδιορισμός του πεδίου του ελέγχου των δηλώσεων οικονομικών συμφερόντων των Επιτρόπων, όπως προτείνεται διά της παρούσης, παρουσιάζει σοβαρά νομοθετικά κενά ως προς την εξασφάλιση διαφάνειας καθώς και ως προς το πλήθος των προβλεπόμενων (προς δήλωση) οικονομικών στοιχείων και για αυτό το λόγο καταψηφίζω την έκθεση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The report underlines the need for transparency and accountability. In the absence of confirmation of the absence of a conflict of interest the procedure for appointing the Commissioner-designate shall be suspended. If the Committee on Legal Affairs identifies a conflict of interests it shall draw up recommendations aimed at resolving the conflict, including renouncing the financial interests in question, changes being made to the portfolio of the Commissioner-designate by the President of the Commission; in more serious cases and as the last resort the Committee on Legal Affairs can conclude on the inability of the Commissioner-designate to exercise his/her function according to the Treaty and to the Code of Conduct.

We pushed to extend the obligation to declare financial interests of family members and any contractual relation of the Commissioners-designate, which might create a conflict of interests in the performance of their duties as much as possible in order not to leave any legal loopholes. We need greater parliamentary control over conflicts of interests in the European Commission. The case of Energy Commissioner Miguel Arias Cañete shows that the current system does not suffice. The European Parliament needs the ability to scrutinise candidates properly and politicians need to regain the trust of citizens.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe teniendo presente que es importante contar con la máxima transparencia en referencia a los posibles conflictos de intereses de los miembros de la Comisión Europea. No podemos permitir que los máximos representantes de la Comisión Europea puedan verse influenciados por intereses privados, que puedan ir en contra del interés general de los ciudadanos de la Unión, por lo que desde las instituciones debemos de estar siempre vigilantes, así como establecer los máximos controles y transparencia posibles para evitar posibles conflictos de intereses.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque, tras el proceso de nombramiento del Colegio comisarial en 2014 y las noticias aparecidas posteriormente en relación con varios comisarios, se evidencia la necesidad de que la Comisión Europea revise su Código de Conducta, para garantizar que las declaraciones de intereses de los comisarios reflejan fielmente su situación financiera y la de sus familiares.

La declaración de intereses financieros deberá incluir las actividades e intereses actuales y de los dos años anteriores, los comisarios tendrán que declarar todos sus intereses como «accionistas, miembros de consejos de administración, asesores y consultores, miembros de fundaciones», así como los intereses de familiares cercanos.

En caso de conflicto de intereses identificado durante el mandato, el Presidente de la Comisión deberá seguir las recomendaciones del Parlamento para resolverlo, o la Cámara podrá retirar la confianza en ese comisario y, en caso apropiado, privarle de sus derechos de pensión y otros beneficios.

La resolución contempla también la ampliación de 18 a 36 meses del plazo en el que los comisarios, una vez fuera de su cargo, deberán abstenerse de trabajar para el sector privado en el ámbito del que fueron responsables.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque, tras el proceso de nombramiento del Colegio comisarial en 2014 y las noticias aparecidas posteriormente en relación con varios comisarios, se evidencia la necesidad de que la Comisión Europea revise su Código de Conducta, para garantizar que las declaraciones de intereses de los comisarios reflejan fielmente su situación financiera y la de sus familiares.

La declaración de intereses financieros deberá incluir las actividades e intereses actuales y de los dos años anteriores, los comisarios tendrán que declarar todos sus intereses como «accionistas, miembros de consejos de administración, asesores y consultores, miembros de fundaciones», así como los intereses de familiares cercanos.

En caso de conflicto de intereses identificado durante el mandato, el Presidente de la Comisión deberá seguir las recomendaciones del Parlamento para resolverlo, o la Cámara podrá retirar la confianza en ese comisario y, en caso apropiado, privarle de sus derechos de pensión y otros beneficios.

La resolución contempla también la ampliación de 18 a 36 meses del plazo en el que los comisarios, una vez fuera de su cargo, deberán abstenerse de trabajar para el sector privado en el ámbito del que fueron responsables.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – La ricostruzione di un rapporto di fiducia nei confronti dell'Europa passa in primo luogo dal miglioramento dell'efficienza e della trasparenza delle istituzioni comunitarie. Mi compiaccio pertanto dell'approvazione di questo testo, che ho a lungo seguito presso la commissione affari giuridici, e che ribadisce una forte posizione del Parlamento a favore di misure più incisive per assicurare la responsabilità politica dei commissari europei, in particolare in merito a eventuali conflitti di interesse.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Leitlinien für die Interessenerklärung der Mitglieder der Kommission sollten verbessert werden. Dazu sollten auch die internen Verfahren des Parlaments bei der Ernennung der neuen Kommission überprüft werden. Auch gilt es Transparenzpflichten während der Amtszeit für Kommissionsmitglieder zu gewährleisten.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I support the process on the Commissioners' declarations of interest in order to fulfil their mandates independently and to ensure full transparency and accountability on the part of the Commission with the Code of Conduct.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Proprio pochi giorni fa in sede Plenaria ci siamo trovati a discutere la relazione del Mediatore europeo sulle sue fondamentali attività a beneficio della trasparenza delle procedure europee e dell'accessibilità dei cittadini alle istituzioni europee. Non da ultimo, in quel caso i cittadini possono chiedere spiegazioni, come nel caso del conflitto di interessi per gli ex Commissari europei (e funzionari) che assumono incarichi nel settore privato. Con lo stesso intento, ho votato oggi a favore di questa relazione perché credo, come correttamente esposto anche dal relatore, che la verifica dell'assenza di conflitti d'interessi non possa essere posta sullo stesso piano della valutazione delle competenze del candidato, ma anzi costituisca un presupposto indispensabile per l'audizione. L'introduzione di queste linee guida possono rappresentare un ulteriore passo per ridare fiducia ai cittadini nelle istituzioni europee.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport de Pascal Durand, qui vise à renforcer les contraintes du code de conduite des commissaires, malgré ses lacunes.

Par exemple, l'analyse de l'absence de conflit repose sur une déclaration d'intérêts financiers par le commissaire. Elle dépend donc de la bonne foi et de la sincérité du déclarant. Or, on a pu mesurer l'importance des amnésies sélectives dont certains candidats pouvaient être frappés à l'occasion de cet exercice. Et le Parlement n'a aucun moyen d'investigation. Les petits secrets de M^{me} Neelie Kroes n'ont ainsi été révélés qu'incidemment, à l'occasion du «Bahamas Leaks».

L'extension de l'obligation de déclaration aux conjoints et enfants à charge, comme à des intérêts non financiers – par exemple l'appartenance à une organisation secrète faisant «profession» de s'immiscer dans l'exercice des fonctions des organes publics – ne changera pas ce vice de construction.

Ensuite, il n'y a pas de réelle sanction prévue ou demandée en cas de mensonge, pas même une exigence «éthique» de démission, et la seule conséquence d'un conflit d'intérêts est un changement de portefeuille.

Enfin, le code de bonne conduite des commissaires reste défini et adopté par les commissaires eux-mêmes. Un peu comme si les criminels rédigeaient le code pénal.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, ya que su objetivo es el control de las declaraciones de intereses financieros de los comisarios, para garantizar que puedan cumplir sus mandatos de forma totalmente independiente y garantizar la máxima transparencia de la Comisión. Cualquier cambio en los intereses financieros de un comisario durante su mandato, o cualquier reorganización de la distribución de responsabilidades entre los miembros de la Comisión, constituye una nueva situación en cuanto a la posible existencia de conflicto de intereses. También se pide a la Comisión que revise urgentemente el Código de Conducta 2011 de los comisarios, para que tenga en cuenta las recomendaciones formuladas por el Parlamento en sus recientes resoluciones. Nos parece imprescindible que una institución como la Comisión aumente la transparencia y se vele por la independencia de los comisarios. Por ello nuestro voto ha sido favorable.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it highlights the need for transparency and accountability. We need greater parliamentary control over conflicts of interests in the European Commission. The case of Energy Commissioner Miguel Arias Cañete shows that the current system does not suffice. The European Parliament needs the ability to scrutinise candidates properly and politicians need to regain the trust of citizens.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque, tras el proceso de nombramiento del Colegio comisarial en 2014 y las noticias aparecidas posteriormente en relación con varios comisarios, se evidencia la necesidad de que la Comisión Europea revise su Código de Conducta, para garantizar que las declaraciones de intereses de los comisarios reflejan fielmente su situación financiera y la de sus familiares.

La declaración de intereses financieros deberá incluir las actividades e intereses actuales y de los dos años anteriores, los comisarios tendrán que declarar todos sus intereses como «accionistas, miembros de consejos de administración, asesores y consultores, miembros de fundaciones», así como los intereses de familiares cercanos.

En caso de conflicto de intereses identificado durante el mandato, el Presidente de la Comisión deberá seguir las recomendaciones del Parlamento para resolverlo, o la Cámara podrá retirar la confianza en ese comisario y, en caso apropiado, privarle de sus derechos de pensión y otros beneficios.

La resolución contempla también la ampliación de 18 a 36 meses del plazo en el que los comisarios, una vez fuera de su cargo, deberán abstenerse de trabajar para el sector privado en el ámbito del que fueron responsables.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque, tras el proceso de nombramiento del Colegio comisarial en 2014 y las noticias aparecidas posteriormente en relación con varios comisarios, se evidencia la necesidad de que la Comisión Europea revise su Código de Conducta, para garantizar que las declaraciones de intereses de los comisarios reflejan fielmente su situación financiera y la de sus familiares.

La declaración de intereses financieros deberá incluir las actividades e intereses actuales y de los dos años anteriores, los comisarios tendrán que declarar todos sus intereses como «accionistas, miembros de consejos de administración, asesores y consultores, miembros de fundaciones», así como los intereses de familiares cercanos.

En caso de conflicto de intereses identificado durante el mandato, el Presidente de la Comisión deberá seguir las recomendaciones del Parlamento para resolverlo, o la Cámara podrá retirar la confianza en ese comisario y, en caso apropiado, privarle de sus derechos de pensión y otros beneficios.

La resolución contempla también la ampliación de 18 a 36 meses del plazo en el que los comisarios, una vez fuera de su cargo, deberán abstenerse de trabajar para el sector privado en el ámbito del que fueron responsables.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I support the rapporteur in his endeavour to raise accountability and transparency as regards Commissioners' activities and potential conflicts of interests. To regain the trust of European citizens, notably in the EU institutions, it is essential to increase transparency and accountability in particular of public figures such as Commissioners. It is not acceptable if Commissioners are hiding personal or family members' interests in taking specific decisions at EU executive level. Therefore, a thorough analysis on the basis of sufficient data to be requested from the Commissioner in question need to be undertaken on a case-by-case basis, not only before a Commissioner takes up his duties but also during and to a certain extent also after his mandate.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za izvješće o izjavama o financijskim interesima povjerenika – smjernice (2016/2080(INI)), s obzirom da je praksa pokazala da to pitanje treba kvalitetnije regulirati. Ovime se sukob interesa definira kao svaka situacija u kojoj su privatni interesi suprotstavljeni javnom interesu i javnim interesima koji utječu ili bi mogli utjecati na neovisnost, nepristranost i objektivnost izvršavanja dužnosti. Nepostojanje bilo kakvog sukoba interesa nužan je preduvjet koji se mora ispuniti prije saslušanja povjerenika. Predlaže se postupak pregleda izjava o financijskim interesima prije saslušanja kandidata za povjerenika, zatim postupak pregleda izjava o financijskim interesima tijekom povjerenikova mandata, te predlaže Komisiji revidiranje i način revidiranja kodeksa ponašanja povjerenika iz 2011. Nadalje, potrebno je jasno i jednoznačno odrediti nadležnosti, način rada, potrebnu dokumentaciju i način prikupljanja nadležnog Odbora za pravna pitanja kako bi se postigla potrebna transparentnost i učinkovitost po tom pitanju.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Après la découverte de conflits d'intérêts impliquant des commissaires, j'accueille favorablement cette initiative de durcir leur code de conduite en les obligeant à déclarer tous les intérêts les concernant.

J'ai voté pour.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report because I strongly support transparency in the European Union institutions and I believe that the European Commission and its Commissioners should lead by example. The report aims to facilitate a reform of the procedures relating to Commissioners' declaration of interest to assure the maximum accountability and transparency of a Commissioner's fully independent performance of his/her mandate. It defines conflict of interest and promotes reform of the Code of Conduct for Commissioners from 2011 to extend the post-office employment restriction to two years.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui propose des lignes directrices pour la détermination des conflits d'intérêts et une réforme du code de conduite des membres de la Commission. Dans le contexte de défiance actuel, il est important de modifier certaines pratiques afin de prévenir les éventuels conflits d'intérêts.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Bericht habe ich zugestimmt. Der Berichterstatter appelliert an die Kommission, ihren Verhaltenskodex zu ändern und die Interessenerklärungen ihrer Mitglieder inhaltlich zu erweitern, damit diese genügend Informationen für die Beurteilung der finanziellen Interessen beinhalten.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – It is more than clear that the European Commission should revise its code of conduct for Commissioners, to ensure that their declarations of interests give a complete picture of the financial situation and activities of a Commissioner and his or her family. In fact, I fully support the proposition that the absence of any conflict of interest must be an essential precondition to be met before the Commissioner's hearings, and that the financial interest declaration forms must therefore be completed and made available before a Commissioner is heard by the relevant European Parliament committee, and that they should be reviewed at least once a year and each time there is a change to the information concerned. Thus, in this manner, we will ensure the degree of transparency which is needed for the proper functioning of the Commissioner's appointment procedure and Parliament's accurate assessment on it.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il souhaite durcir le code de conduite des commissaires adopté en 2011. Or, on en a bien besoin, compte tenu des nombreux scandales financiers dans lesquels des commissaires ou anciens commissaires sont impliqués.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – Les citoyens aspirent, légitimement, à une plus grande transparence au sein des institutions. Alors que de récentes affaires ont mis au jour les activités de certains commissaires, parfois non-conformes à leur fonction, nous nous sommes saisis de cette question, avec pour objectif de faciliter les procédures de vérification de leurs déclarations d'intérêts.

Le présent rapport d'initiative rappelle que l'analyse des déclarations doit être substantielle et en lien avec le portefeuille du commissaire désigné, afin de déceler tout potentiel conflit d'intérêts. Cela signifie concrètement une plus grande implication du Parlement dans le processus, notamment en cas de changement de portefeuille. Il est également suggéré que le Président du Parlement saisisse la Commission européenne du cas d'un commissaire pour lequel un conflit d'intérêt potentiel aurait été identifié. Enfin, le rapport demande à la Commission de procéder à une réforme du code de conduite des commissaires dans le but d'élever le niveau d'éthique et de transparence, tel que réclamé par le Parlement dans diverses résolutions.

J'ai voté en faveur de ce rapport, en rappelant néanmoins que nous ne devons pas non plus tomber dans l'excès inverse, la suspicion permanente, souvent créée par une politique de transparence trop agressive.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – Dit voorstel bevat een aantal richtsnoeren voor de toetsing van de belangenverklaringen van commissarissen wanneer ze voorgedragen worden én wanneer ze in functie zijn. Daarnaast dringt het voorstel ook aan op een herziening van de gedragscode voor de leden van de Commissie. De Europarlementsleden van de N-VA juichen dit voorstel dan ook toe. In het licht van de onthullingen over het gedrag van gewezen Commissarissen zowel tijdens de uitoefening van hun functie als nadien, is het duidelijk dat er maar één weg is: die van duidelijk omschreven vereisten en fikse consequenties.

Zo is het onbegrijpelijk dat er nog steeds geen duidelijke omschrijving is van wat een belangenconflict uitmaakt en er geen criteria verbonden zijn aan de plechtige belofte van iedere Commissaris om "in het bijzonder eerlijkheid en kiesheid te betrachten in het aanvaarden van bepaalde functies of voordelen na afloop van die ambtsperiode". Om maar te zwijgen over de samenstelling en weinig transparante werking van het ethische ad-hoc-comité dat moet toezien op de gemaakte afspraken. De Europarlementsleden van de N-VA dringen aan op een snelle herziening van de gedragscode en benadrukken dat het aanpassen van een enkele regel hier of daar geen oplossing is. Er moet een alomvattend integriteitsbeleid gevoerd worden.

Javi López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de esta resolución porque, tras el proceso de nombramiento del Colegio comisarial en 2014 y las noticias aparecidas posteriormente en relación con varios comisarios, se evidencia la necesidad de que la Comisión Europea revise su Código de Conducta, para garantizar que las declaraciones de intereses de los comisarios reflejan fielmente su situación financiera y la de sus familiares.

La declaración de intereses financieros deberá incluir las actividades e intereses actuales y de los dos años anteriores, los comisarios tendrán que declarar todos sus intereses como «accionistas, miembros de consejos de administración, asesores y consultores, miembros de fundaciones», así como los intereses de familiares cercanos.

En caso de conflicto de intereses identificado durante el mandato, el Presidente de la Comisión deberá seguir las recomendaciones del Parlamento para resolverlo, o la Cámara podrá retirar la confianza en ese comisario y, en caso apropiado, privarle de sus derechos de pensión y otros beneficios.

La resolución contempla también la ampliación de 18 a 36 meses del plazo en el que los comisarios, una vez fuera de su cargo, deberán abstenerse de trabajar para el sector privado en el ámbito del que fueron responsables.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Cilj pregleda izjava o financijskim interesima povjerenika je ispitati jesu li kandidati za povjerenike sposobni potpuno neovisno izvršavati svoje dužnosti i zajamčiti najveću transparentnost i odgovornost Komisije, u skladu s člankom 17. stavkom 3. Ugovora o Europskoj uniji, člankom 245. UFEU-a i Kodeksom ponašanja povjerenika. Odbor za pravna pitanja je nadležan za provedbu opsežne analize izjava o financijskim interesima, i to temeljitim pregledom čija je svrha utvrditi vjerodostojnost i točnost sadržaja izjava o financijskim interesima kandidata za povjerenike. Problem je u slabo definiranoj odredbi kojom se ne obuhvaća točan opseg pregleda koji vrši ovaj Odbor. Parlament je inzistirao na tome da Odbor izda smjernice u obliku preporuka ili izvješća o inicijativi s ciljem pomoći u reformi postupaka u vezi s izjavama povjerenika. Izvjestitelj predlaže da Odbor definira okvir za pregled izjava o financijskim interesima, što bi uključivalo imenovanje nove Komisije i tijek njezina mandata te obveze transparentnosti kojima podliježu njezini članovi.

Svaka veća promjena u financijskim interesima povjerenika tijekom njegova mandata te svaka preraspodjela u pogledu podjele odgovornosti među članovima Komisije predstavlja novu situaciju u odnosu na moguće postojanje sukoba interesa te bi je Parlament trebao razmotriti u okviru postupka ispitivanja. Podržala sam ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – EP vyzýva Výbor pre právne veci, aby preveril a navrhol úpravu vnútorných postupov pri vymenovaní novej Komisie a počas trvania jej funkčného obdobia vrátane požiadaviek na transparentnosť kladených na členov Komisie. Na ten účel Komisia zreviduje Kódex správania členov Komisie z roku 2011 a pripraví zmeny kódexu správania a vyhlásení o záujmoch s cieľom zabezpečiť, aby obsahovali dostatočné informácie na vyhodnotenie finančných záujmov členov. Zvýšenie transparentnosti zabráni možnému vzniku konfliktu záujmov členov Komisie. O každej zmene musí byť EP informovaný.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με τις δηλώσεις οικονομικών συμφερόντων των Επιτρόπων – κατευθυντήριες γραμμές, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην Ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις Βρυξέλλες στις 30/11/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Ce texte a pour objectif de modifier le code de conduite des commissaires afin d'empêcher qu'ils soient en situation de conflits d'intérêts, comme c'est le cas aujourd'hui. Ainsi, ce texte souhaite notamment une nouvelle mesure obligeant les commissaires à déclarer tous les intérêts qu'ils possèdent (entreprises, intérêts familiaux, appartenance à des ONG ou lobby), ce que nous approuvons.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Europos Parlamento rekomendacija dėl Komisijos narių interesų deklaracijų gairių siekiama užtikrinti atvirą, sąžiningą ir nuoseklų visų paskirtųjų Komisijos narių įvertinimą ir užkirsti kelią galimiems interesų konfliktams.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le Parlement européen souhaite durcir le code de conduite des commissaires adopté en 2001, en raison des graves conflits d'intérêts les concernant qui ont été récemment dévoilés. La proposition veut notamment obliger les commissaires à déclarer tous les intérêts qu'ils possèdent dans des entreprises, y compris leurs intérêts familiaux, ainsi que leur appartenance à des ONG ou associations jouant un rôle de lobby. Ainsi, j'ai voté pour ce dossier.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because it clarifies the scope of the Parliament's scrutiny over European Commissioners' interests and helps avoid conflicts of interest by rendering the process more transparent.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport portant sur les lignes directives des déclarations d'intérêts financiers des membres de la Commission. Il s'agit, en apportant des améliorations au code de conduite des commissaires adopté en 2011 (C(2011)2904) relatif au désintéressement, à l'intégrité, à la transparence, à la diligence, à l'honnêteté, à la responsabilité et au respect, d'envoyer un message politique fort.

Dans un souci constant de renforcement du niveau de transparence et d'éthique au sein de l'Union, nécessaire pour raffermir la confiance des citoyens européens, il est important que la Commission, garante de cette valeur, puisse améliorer de manière consistante les formulaires de déclarations d'intérêts financiers des commissaires.

Je suis d'ailleurs tout à fait favorable à ce que la commission des affaires juridiques du PE puisse élaborer des recommandations pour mettre fin à un conflit d'intérêts ou pour conclure à l'incapacité d'un commissaire désigné à exercer ses fonctions. Il est important que le Parlement européen puisse évaluer de manière correcte l'existence ou l'absence de conflits d'intérêts concernant les commissaires, aussi bien que leur capacité à exercer leur mandat.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report because I agree that we need greater parliamentary control over conflicts of interests in the European Commission. The case of Energy Commissioner Miguel Arias Cañete shows that the current system does not suffice. The European Parliament needs the ability to scrutinise candidates properly and politicians need to regain the trust of citizens.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Parlament eljárási szabályzata a Bizottság jóváhagyásával kapcsolatban kimondja, hogy a Parlament elvárja a biztosjelöltek pénzügyi érdekeltségeivel kapcsolatos információk teljes körű feltárását, erről szóló nyilatkozataikat pedig ellenőrzés céljából meg kell küldeni a jogi ügyekért felelős bizottságnak.

A Jogi Bizottság jelentésében e vizsgálat hatókörét vázolja föl. Leszögezi, hogy az összeférhetetlenség hiányának ellenőrzését nem lehet azonos szintre helyezni a jelölt alkalmasságának értékelésével, ezen ellenőrzésnek a meghallgatás előfeltételének kell lennie. Megállapítja, hogy a Jogi Bizottság szerepe egyrészt az esetleges összeférhetetlenség értékelése, és adott esetben az annak megszüntetését célzó ajánlások megfogalmazása. Ezek magukban foglalhatják bizonyos pénzügyi érdekeltségekről való lemondást vagy a tárca módosítását.

Kimondja végül, hogy a biztosok esetleges összeférhetetlenségének ellenőrzése nem korlátozódhat a Bizottság kinevezéséhez kapcsolódó eljárásra; a hivatali idő alatt valamely biztos pénzügyi érdekeltségeinek bármely érdemi módosítása vagy a feladatoknak a Bizottság tagjai közötti újrafelosztása új helyzetet teremt az összeférhetetlenség esetleges fennállása szempontjából, ezért új parlamenti vizsgálati eljárás tárgyát kellene képeznie.

A jelentés elfogadását támogattam.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le Parlement européen souhaite durcir le code de conduite des commissaires adopté en 2001, en raison des graves conflits d'intérêts les concernant qui ont été récemment dévoilés.

La proposition veut notamment obliger les commissaires à déclarer tous les intérêts qu'ils possèdent dans des entreprises, y compris leurs intérêts familiaux, ainsi que leur appartenance à des ONG ou associations jouant un rôle de lobby. J'y suis favorable.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui rappelle que l'analyse des déclarations d'intérêts des membres de la Commission doit être mise en perspective avec le portefeuille du commissaire. Cela permettra notamment d'éviter les conflits d'intérêts et d'écarter les suspicions qui pourraient peser sur un membre de la Commission européenne. Le rapport demande également à ce que le rôle du Parlement soit renforcé dans ce processus de transparence.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report regarding the initiative to change the legal framework for the Commissioners' declarations of interests, representing a step forwards in fighting abuse, upholding transparency and increasing trust in the European institutions.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. — Podpořil jsem zprávu, která mimo jiné reaguje na zjištění, že stávající kodex chování pro členy Komise odpovídajícím způsobem nekodifikuje požadavek podle článku 245 SFEU, který stanoví, že členové Komise dodržují „během výkonu své funkce i po jeho ukončení povinnosti, zejména povinnost čestného a zdrženlivého jednání při přijímání některých funkcí nebo některých výhod po uplynutí funkčního období." Je nepřijatelné, že Komise nepodává pravidelně zprávy o provádění kodexu chování pro členy Komise, zejména pokud jde o jejich prohlášení o zájmech. Je namístě zvážit přepracování kodexu chování tak, aby v něm byly upraveny možnosti stížností nebo sankcí v případě vážného pochybení ve smyslu článků 245 a 247 SFEU.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of the one amendment to this report, which called to extend Commissioners' post-office employment restrictions to a period of at least three years without making any changes to the transitional rules. I am happy that this amendment was passed so that unethical appointments, such as that of Former President of the Commission José Manuel Barroso to Goldman Sachs, do not happen in the future without a proper cooling-off period.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da die Beschränkung der Beschäftigung für ehemalige COM-Mitglieder von 2 auf 3 Jahr verlängert wird.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Parlament saab küsida ametisse astuvatelt volinikelt asjakohast teavet nende majandus- ja muude tegevuste üle, et volinikud saaksid oma ülesandeid täita täiesti sõltumatult. Huvide deklaratsioon vajab aga täpsustust ning paremaid eeskirju, mida ja mis ulatuses volinikekandidaatide tegemistesse sekkuda võib.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Balsavau už šį pranešimą.

Siekiant užtikrinti Komisijos narių nepriklausomumą ir sąžiningumą, būtina padidinti interesų deklaracijų taikymo veiksmingumą. Komisija turėtų iš dalies pakeisti savo narių elgesio kodeksą ir interesų deklaracijas ir užtikrinti, kad į jas būtų įtraukta pakankamai informacijos.

Siekiant didinti visuomenės pasitikėjimą ES institucijomis, interesų deklaracijų patikrinimas turi būti būtina išankstinė klausymo sąlyga. Būtina sustiprinti Europos Parlamento teisės reikalų komiteto vaidmenį ir apibrėžti interesų deklaracijų nagrinėjimo aprėptį. Be to, interesų konflikto sąvoka turėtų apimti tik objektyvius ir patikrinamus veiksnius, kurie gali būti vertinami atsižvelgiant į konkrečią atsakomybės sritį.

Pažymėtina, kad itin svarbu pratęsti Komisijos narių įsidarbinimo pasibaigus kadencijai apribojimus iki mažiausiai trejų metų laikotarpio, kuris būtų ne trumpesnis už laikotarpį, kuriuo buvę Komisijos nariai turi teisę į pereinamojo laikotarpio išmoką.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η έκθεση υπογραμμίζει την ανάγκη για διαφάνεια και λογοδοσία. Οι κατευθυντήριες γραμμές είναι ένα μέτρο προς την ορθή κατεύθυνση αφού υπάρχει πλέον διαδικασία ελέγχου των δηλώσεων οικονομικών συμφερόντων πριν από την ακρόαση των οριοθέντων Επιτρόπων, διαδικασία ελέγχου των δηλώσεων οικονομικών συμφερόντων κατά τη διάρκεια της θητείας των Επιτρόπων και, τέλος, θεσπίζεται ένας κώδικας δεοντολογίας των Επιτρόπων.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de mesures renforcées de contrôle des declarations d'intérêts des commissaires européens. Ces mesures doivent contribuer à renforcer la transparence des institutions européennes. Grâce à l'action du groupe socialiste, nous avons obtenu que les commissaires européens soient notamment obligés de déclarer les intérêts financiers des membres de leurs familles.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta del collega poiché accolgo pienamente il principio di integrità e il principio di indipendenza imposto ai membri della Commissione così come formulati dai trattati, all'interno dei quali i due principi citati rivestono un ruolo centrale. È necessario che l'investitura in ruoli istituzionali dell'UE sia sempre coerente con l'interesse pubblico, marginalizzando, sino ad eliminare definitivamente, la sussistenza di interessi che potrebbero essere incompatibili con l'ufficio ricoperto. Fugare ogni dubbio su un conflitto di interessi non fa altro che riaffermare l'indipendenza della Commissione stessa e darle nuova forza e credibilità di fronte ai cittadini europei oltre che di fronte alle altre istituzioni dell'Unione. È quindi importante che la verifica dell'assenza dei conflitti di interesse in seno alla Commissione venga posta su un piano diverso dalla valutazione delle competenze dei Commissari e che tale valutazione non venga effettuata solo in sede di nomina ma investa anche quei casi in cui la modifica sostanziale degli interessi finanziari del Commissario sopraggiunga in corso di mandato. Pertanto, ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Podržavam prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o izjavama o financijskim interesima povjerenika. Podsjećam na to da je cilj pregleda izjava o financijskim interesima povjerenika ispitati jesu li kandidati za povjerenike sposobni potpuno neovisno izvršavati svoje dužnosti i zajamčiti najveću transparentnost i odgovornost Komisije, u skladu s člankom 17. stavkom 3. Ugovora o Europskoj uniji, člankom 245. UFEU-a i Kodeksom ponašanja povjerenika. U skladu s time napominjem da se to ne bi trebalo ograničiti na imenovanje nove Komisije već bi se trebalo primjenjivati i prilikom popunjavanja praznog mjesta zbog ostavke povjerenika, obveznog umirovljenja ili smrti povjerenika, pristupanja nove države članice ili bitne izmjene povjerenikova portfelja ili njegovih financijskih interesa. Smatram kako bi se time dobio cjelovitiji uvid u financijsku situaciju povjerenika, kao i dostatno uvjerenje da će osoba o kojoj je riječ tu odgovornu dužnost obavljati maksimalno čestito. Kodeks ponašanja povjerenika trebao bi uključiti sve financijske interese i aktivnosti kandidata za povjerenika i njegova/e supružnika/ce, te se nipošto ne bi smjele ograničavati isključivo na one zbog kojih bi moglo doći do sukoba interesa.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le Parlement européen souhaite durcir le code de conduite des commissaires adopté en 2001, en raison des graves conflits d'intérêts les concernant qui ont été récemment dévoilés.

La proposition veut notamment obliger les commissaires à déclarer tous les intérêts qu'ils possèdent dans des entreprises, y compris leurs intérêts familiaux, ainsi que leur appartenance à des ONG ou associations jouant un rôle de lobby. Je vote bien évidemment en faveur de ce texte.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. — Con questa risoluzione il Parlamento europeo chiede con forza regole di controllo più stringenti sulle dichiarazioni di interessi dei Commissari. Le misure proposte hanno lo scopo di aumentare il livello di trasparenza e di responsabilità delle istituzioni europee, requisiti indispensabili per mantenere e rafforzare il legame di fiducia con i cittadini. I Commissari designati dovrebbero essere obbligati a dichiarare anche ogni rapporto contrattuale e gli interessi finanziari dei familiari.

Nel caso in cui non ci sia la certezza dell'assenza di conflitti di interesse, la nomina del Commissario in questione dovrebbe essere sospesa. Nel caso in cui, invece, si verifichi l'esistenza di un conflitto di interessi, la commissione JURI potrà indicare le misure necessarie per risolverlo, come la rinuncia agli interessi finanziari in questione e, nei casi più gravi, potrà decidere per l'incapacità del Commissario designato a esercitare la sua funzione.

Dall'apparizione del Commissario Cañete nei *Panama papers* alla scoperta che l'ex Commissaria Kroes dirigeva una società offshore alle Bahamas, sono troppi gli scandali che hanno coinvolto figure di alto livello della Commissione europea. Quando parliamo di lotta alla corruzione e all'evasione fiscale dobbiamo essere sicuri che casi del genere non possano ripetersi e con queste nuove regole sarebbe possibile impedirli.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Jačanje etičnosti u institucijama EU-a jedan je od stupova europskog upravljanja koje treba uživati povjerenje naših građana. Proširenjem političkog mandata Komisije Ugovorom iz Lisabona, postalo je još važnije imati jasne kriterije i poštovati načelo transparentnosti pri odabiru povjerenika. Potvrda Odbora za pravna pitanja o nepostojanju sukoba interesa postala je nezaobilazan preduvjet pri saslušanju kandidata. Povjerenici moraju prijaviti svaki financijski interes i imovinu koji bi mogli dovesti do sukoba interesa tijekom izvršavanja njihovih dužnosti, uključujući sve udjele koje drži supružnik/partner člana Komisije te profesionalne aktivnosti istih. Parlamentu je nužno dostaviti sve zatražene informacije pri donašanju odluke o sposobnosti kandidata i time jamčiti otvorene i dosljedne ocjene cijele Komisije koja se imenuje. Žalim što su informacije sadašnjih obrazaca ograničene i neadekvatne, bez detaljne definicije sukoba interesa te ne omogućuju Parlamentu pravedno i dosljedno ocjenjivanje sposobnosti kandidata da potpuno neovisno izvršavaju svoje dužnosti i zajamče odgovornost Komisije. Odboru stoga valja dati dovoljno vremena za iscrpnu i time djelotvornu analizu, uz pravo na dodatna saslušanja i nužna pojašnjenja gdje je potrebno. Pritom se pojam „sukoba interesa" mora odnositi na objektivne i provjerljive faktore. Pozivam da se kontrole provode i u okviru drugih postupaka, ne samo postupka imenovanja Komisije.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Acompanhamos muitas das considerações e propostas que o relatório avança, sobre a promiscuidade entre os comissários e o poder económico e seus representantes, sobre as deficiências do Código de Conduta e da necessidade de maior transparência nas relações entre as partes envolvidas. Registamos que esta iniciativa é uma reação aos «escândalos» das chamadas «portas giratórias», em que numerosos ex-membros da Comissão estão envolvidos.

Mas reconhecemos, igualmente, as limitações deste relatório porquanto muito mais abrangente e incisiva deveria ser a resposta necessária aos problemas que o próprio relatório aponta. É pernicioso, que seja ao próprio órgão, a Comissão, um órgão de nomeação política não eleito, que se deixe a revisão do seu próprio Código de Conduta. Por outro lado, são os próprios Tratados um espartilho que impõe, define e cria condições de promiscuidade com o poder político, pelos intermediários dos «lobbies» e representantes do capital monopolista, que condicionam e ditam os sentidos legislativos da UE.

Ou seja, é a própria matriz da UE e o processo de integração que representa que determina esta realidade, que não será alterada por qualquer Código de Conduta.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Několik aktuálních případů, jako např. kauza bývalého předsedy Evropské komise Barrosa, nám ukázaly, jak je důležité, aby se významní evropští funkcionáři nedostávali do střetu zájmů. Proto jsem rád, že Výbor pro právní záležitosti je nyní pověřen důkladnou kontrolou majetkových vztahů kandidátů na evropské komisaře a doporučením, aby komisaři sjednali nápravu tím, že navrhnou ukončení problematických majetkových vztahů. Také je dobře, že majetkové vztahy budou kontrolovány i v průběhu vykonávání mandátu, čímž se zamezí dalším potencionálním střetům zájmů. Odpovědné výbory by měly rovněž daleko důsledněji projednávat majetkové otázky v rámci slyšení kandidátů na komisaře. Zároveň jsem rád, že parlamentní výbor JURI bude mít nově pravomoc rozhodnout ve vážných případech o nemožnosti kandidáta vykonávat funkci evropského komisaře, pokud takový kandidát nebude moci dostát požadavkům kodexu chování.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie definiuje pojęcie konfliktu interesów oraz wyjaśnia procedurę kontroli oświadczeń majątkowych przed przesłuchaniami kandydatów na komisarzy, jak również podczas sprawowania urzędu komisarza. Wzywa się Komisję do jak najszybszego przeprowadzenia przeglądu kodeksu postępowania komisarzy w celu poszerzenia zakresu deklaracji o braku konfliktu interesów, czego wynikiem mogłaby być ich bardziej jednoznaczna treść oraz ułatwienie zadania PE. Ponadto apeluje się o ustanowienie uczciwych metod określania interesów rodzinnych. Według wniosków zawartych w ostatecznym sprawozdaniu potwierdzenia braku konfliktu interesów nie można zrównywać z oceną umiejętności kandydata, a w związku z tym musi ono stanowić niezbędny warunek wstępny przesłuchania. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Suite aux difficultés pratiques particulièrement importantes lors de la procédure de nomination de la dernière Commission européenne, j'ai voté pour ce rapport qui vise à faciliter les procédures de vérification des déclarations d'intérêts des commissaires. Celui-ci rappelle que l'analyse des déclarations, par la commission parlementaire compétente, doit être substantielle et en lien avec le portefeuille du commissaire désigné afin de déceler tout potentiel conflit d'intérêts. Nous demandons également de procéder à une réforme du code de conduite des commissaires dans le but d'élever le niveau d'éthique et de transparence. Enfin, nous nous sommes prononcés en faveur d'une prolongation de 18 à 36 mois de la période de «transition» pendant laquelle les anciens commissaires ne peuvent occuper un poste dans le secteur privé dans leur domaine d'expertise.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted for this non-legislative report on Commissioners' Declarations of Interest. We in UKIP believe that every Commissioner must face scrutiny when they are appointed to their post, whether this be at the beginning of their term or should they be replacing a Commissioner.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Après les affaires de Barroso, ancien Président de la Commission qui a rejoint la banque d'affaire Goldman Sachs, et Neelie Kroes, administratrice d'une société offshore aux Bahamas alors qu'elle était commissaire européenne, le Parlement européen envoie un message fort pour réformer le code de conduite des commissaires afin d'empêcher les conflits d'intérêts, de prévenir les comportements indécents et de renforcer la transparence, l'éthique et l'intégrité des commissaires.

À travers ce rapport, les députés appellent à renforcer le contrôle des déclarations d'intérêts financiers des commissaires via un examen approfondi. Les députés souhaitent renforcer le rôle de la commission des affaires juridiques dans le contrôle de ces déclarations, notamment en lui donnant la possibilité d'élaborer des recommandations pour mettre fin à un conflit d'intérêts ou conclure à l'incapacité du commissaire désigné à exercer ses fonctions.

Enfin, pour prévenir les comportements indécents, les députés appellent à un allongement à 3 ans de la période dite «d'attente» avant laquelle les anciens commissaires ayant quitté leur fonction ne peuvent rejoindre le secteur privé.

C'est pourquoi j'ai voté pour le rapport d'initiative du Parlement européen sur les déclarations d'intérêts des membres de la Commission.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de esta resolución porque, tras el proceso de nombramiento del Colegio comisarial en 2014 y las noticias aparecidas posteriormente en relación con varios comisarios, se evidencia la necesidad de que la Comisión Europea revise su Código de Conducta, para garantizar que las declaraciones de intereses de los comisarios reflejan fielmente su situación financiera y la de sus familiares.

La declaración de intereses financieros deberá incluir las actividades e intereses actuales y de los dos años anteriores, los comisarios tendrán que declarar todos sus intereses como «accionistas, miembros de consejos de administración, asesores y consultores, miembros de fundaciones», así como los intereses de familiares cercanos.

En caso de conflicto de intereses identificado durante el mandato, el Presidente de la Comisión deberá seguir las recomendaciones del Parlamento para resolverlo, o la Cámara podrá retirar la confianza en ese comisario y, en caso apropiado, privarle de sus derechos de pensión y otros beneficios.

La resolución contempla también la ampliación de 18 a 36 meses del plazo en el que los comisarios, una vez fuera de su cargo, deberán abstenerse de trabajar para el sector privado en el ámbito del que fueron responsables.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen sur les déclarations d'intérêts des membres de la Commission européenne. Face à la récente polémique née de la décision de l'ancien Président de la Commission européenne, José Manuel Barroso, de rejoindre la très contestée banque d'affaires américaine Goldman Sachs, nous ne pouvons rester inactif. C'est pourquoi je me réjouis du large soutien apporté par le Parlement européen à l'amendement demandant la modification du code de conduite afin de porter la durée des limitations relatives aux activités professionnelles post-mandat des commissaires à une période d'au moins trois ans. Il s'agit là d'un pas dans la bonne direction mais qui doit s'accompagner d'autres engagements en la matière.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Kaip rodo buvusio Komisijos pirmininko pavyzdys, ne visi Komisijos nariai yra linkę sąžiningai deklaruoti savo interesus ar laikytis sąžiningos veiklos reikalavimų. Liūdna, bet atrodo, kad šį abejotinos reputacijos klubą neseniai papildė ir dar viena jau buvusi Komisijos narė, perėjusi dirbti į Pasaulio banką – instituciją, kuriai, anot žiniasklaidos, ji pati neseniai užtikrino gerokai didesnius ES lėšų srautus.

Todėl turime siekti efektyvesnio brangiausiai apmokamų ES pareigūnų – Komisijos narių – veiklos reglamentavimo. Ir, žinoma, aukštesnių moralinių standartų taikymas taip pat būtų sveikintina rekomendacija Komisijos narių kandidatūras teikiančioms valstybėms narėms.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Regimento do Parlamento Europeu (PE), nomeadamente o seu Anexo 16, prevê a solicitação de informações sobre os Comissários indigitados, nomeadamente a respetiva declaração dos interesses financeiros que deverá ser parte da avaliação feita pela Comissão dos Assuntos Jurídicos.

Porém, a interpretação destas declarações causou algumas dúvidas pelo que foi solicitado um parecer à Comissão dos Assuntos Constitucionais (CAC) no que respeita à necessidade deste exame se limitar a uma análise formal ou substancial das informações aí constantes.

A CAC considerou que a análise deve ser substantiva, pelo que o PE julgou importante rever estas regras de verificação, sugerindo que a confirmação de inexistência de conflitos financeiros seja um pré-requisito para a audição do Comissário indigitado.

Este relatório pretende ver clarificado no Regulamento o alcance do exame das declarações de interesses, a verificação da ausência de conflito de interesses enquanto pré-requisito indispensável para audição do candidato e, em caso de verificação de incompatibilidade, a formulação de recomendações destinadas a pôr-lhe termo.

Por concordar com as propostas do relator e com a necessidade de também a Comissão alterar o seu código de conduta relativo às declarações de interesses para uma maior transparência, votei favoravelmente este relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui appelle la Commission européenne à revoir son code de conduite pour les commissaires afin de garantir que les déclarations d'intérêts établissent un aperçu global de la situation financière et des activités du commissaire et de son entourage.

Ce texte demande aussi de prolonger de 1 an et demi à 3 ans minimum la période de «transition» avant laquelle les anciens commissaires ne peuvent occuper un poste dans le secteur privé dans un domaine lié à leur ancien portefeuille.

Il est important que les déclarations d'intérêts financiers des commissaires incluent tous les intérêts des commissaires, sur les deux dernières années, en tant qu'actionnaires, membres de conseils d'administration, conseillers, consultants ou encore membres de fondations associées.

Enfin, ce texte prévoit un rôle accru de la commission des affaires juridiques du Parlement européen, notamment pour analyser les déclarations d'intérêts financiers et les potentiels cas de conflits d'intérêts.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución, porque exige una mayor clarificación en las relaciones familiares de los comisarios y comisarias, sus propiedades y sus contratos y que se respeten las resoluciones de la Defensora del Pueblo Europeo y del Comité Ad Hoc de Ética sobre las autorizaciones de empleo para ex-comisarios/as.

Por desgracia, los conflictos de interés son una constante en la carrera profesional de los comisarios europeos, claro ejemplo de la connivencia personal entre sus políticos y los intereses del gran capital transnacional. Kroes y Uber, Cañete y las propiedades de su familia, Barroso y Goldman Sachs etc. evidencian los nexos estructurales entre la alta burocracia europea y el poder corporativo.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report as it highlights the need for transparency and accountability. We need greater parliamentary control over conflicts of interests in the European Commission. The case of Energy Commissioner Miguel Arias Cañete shows that the current system does not suffice. The European Parliament needs the ability to scrutinise candidates properly and politicians need to regain the trust of citizens.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – Conflict of interest is one of the most essential limitations for civil servants, who should focus on the public interest. Despite the existence of the Code of Conduct for Commissioners, there is still space to avoid some of its provisions. I supported this report because it contains and points out lots of recommendations and calls on the Commission to adopt them into its Code of Conduct for Commissioners.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh uznesenia o vyhláseniach o záujmoch členov Komisie, pretože pre členov Komisie platí Kódex správania členov Komisie, na základe ktorého musia deklarovať okrem svojich pracovných činnosti aj pracovné činnosti svojho manžela/manželky, alebo partnera/partnerky s cieľom zabrániť akémukoľvek riziku konfliktu záujmov. Člen Komisie svoje vyhlásenie uskutočňuje prostredníctvom formulára, ktorý musí byť vyplnený ešte pred vypočutím v príslušnom výbore EP. Výbor pre právne veci má právomoc a zodpovednosť za vykonávanie dokladanej analýzy vyhlásení o finančných záujmoch prostredníctvom hĺbkového preskúmania zameraného na posúdenie, či jeho obsah pravdivý a či je v súlade s kritériami a zásadami stanovenými v zmluvách a kódexe správania, alebo toho, či by mohol vyvolať konflikt záujmov. Kódex správania členov Komisie je z roku 2011 a prax ukázala, že je potrebné ho revidovať. Preto sme v návrhu uznesenia vyzvali Komisiu, aby kódex revidovala a aby zohľadnila odporúčania Parlamentu na rozvoj všeobecných noriem v oblasti etiky a transparentnosti, ktoré platia pre všetky inštitúcie EÚ.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Cieľom skúmaných vyhlásení o finančných záujmoch členov Komisie je zabezpečiť, aby poverení komisári boli schopní vykonávať svoju funkciu nezávisle, transparentne a zodpovedne. Posúdenie potenciálneho konfliktu záujmov sa musí zakladať na presvedčivých, objektívnych a relevantných faktoroch a musí prihliadať na oblasť pôsobnosti komisára. Podrobné posúdenie takejto veci si zasluhuje primeraný dostatok času. Kódex správania členov Komisie musí predstavovať záruku nestrannosti, čestnosti, transparentnosti, svedomitosti, bezúhonnosti, zodpovednosti a zdržanlivosti, ako aj pravdivosti, pokiaľ ide o vyhlásenie o finančných záujmoch.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europski parlament očekuje da mu se dostave sve informacije o financijskim interesima kandidata za povjerenike i da se njihove izjave o interesima proslijede nadležnom Odboru za pravna pitanja na pregled. Osim toga Europski parlament se zalaže da istoimeni odbor treba izdati smjernice u obliku preporuke ili samoinicijativno izvješće. Kodeks ponašanja povjerenika nalaže da oni moraju prijaviti svaki financijski interes i imovinu koji bi mogli dovesti do sukoba interesa tijekom izvršavanja njihovih dužnosti te da su tom izjavom obuhvaćeni i udjeli koje drži partner člana Komisije, a koji mogu dovesti do sukoba interesa.

Podržavam prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o izjavama o financijskim interesima povjerenika jer je potvrda od nadležnog odbora neophodna za pravna pitanja o nepostojanju sukoba interesa kao preduvjet za saslušanje kandidata za povjerenike. Također smatram da se u obzir nisu uzele brojne preporuke Parlamenta za poboljšanje, posebno u pogledu izjava o financijskim interesima članova Komisije, ograničenja povezanih sa zapošljavanjem nakon isteka mandata u Komisiji i jačanja *ad hoc* etičkog odbora nadležnog za utvrđivanje sukoba interesa, te u tom kontekstu treba imati u vidu i stajališta Parlamenta o promjenama i poboljšanjima postupka saslušanja kandidata za povjerenike.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o izjavah o interesih komisarjev – smernice.

Podpiram poročilo, ki med drugim opozarja, da je cilj pregleda izjav o finančnih interesih komisarjev zagotoviti sposobnost kandidatov za komisarje, da svojo funkcijo opravljajo popolnoma neodvisno, ter zagotoviti čim večjo preglednost in odgovornost Komisije. Prav tako mora ocena možnega navzkrižja interesov temeljiti na prepričljivih, objektivnih in ustreznih dejstvih ter se navezovati na delovno področje kandidata za komisarja.

Zato moramo Odboru za pravne zadeve dati dovolj časa, da temeljito preuči celotno področje in pripravi ustrezno oceno.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Ο προσδιορισμός του πεδίου του ελέγχου των δηλώσεων οικονομικών συμφερόντων των Επιτρόπων, όπως προτείνεται διά της παρούσης, παρουσιάζει σοβαρά νομοθετικά κενά ως προς την εξασφάλιση διαφάνειας καθώς και ως προς το πλήθος των προβλεπόμενων (προς δήλωση) οικονομικών στοιχείων.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést és a határozati javaslatot, mert az súlyos hivatali visszaélések lehetőségét tárja fel és javaslatot is kínál a megoldásra. Meggyőződésem, hogy az EU biztosok érdekeltségi nyilatkozatainak, a rájuk vonatkozó összeférhetetlenségi szabályok és magatartási kódex felülvizsgálatára és betartatására nem csak a jelölt és a már távozott, hanem – legalább akkora szigorral – a hivatalban lévő európai biztosok esetében is szükség van.

A kérdés megítélése során magyar képviselőként szem előtt tartottam a hazám kormányával kapcsolatos legutóbbi esetet, amikor egy külső féllel kötött, uniós szempontból megkérdőjelezhető szerződés elfogadtatását az Európai Bizottságban egy lobbista közbeiktatásával, egy hivatalban lévő biztos segítségére, befolyására, tanácsaira támaszkodva mozdítaná elő. (Egy olyan biztoséval, aki a jelenlegi összeférhetetlenségi szabályok alapján még azt sem ítélte aggályosnak, hogy nagy értékű szívességet fogadjon el e lobbistától).

Számomra a Bizottság korábbi, a magánszférában elhelyezkedett elnökének esetével együtt ez is azt bizonyítja, hogy indokolt az Európai Bizottság összeférhetetlenséggel, transzparenciával és közszolgálati etikával kapcsolatos szabályainak alapos felülvizsgálata, amire ez az EP határozat fontos ösztönzést adhat.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – This report seeks to increase transparency and accountability regarding the Rules of Procedure of the European Parliament, the implications of the Committee on Legal Affairs and the Committee on Constitutional Affairs and different conflicts of interest in the European Commission. As a member of the S&D group, I support this report, as we need greater parliamentary control over conflicts of interests in the European Commission. The case of Energy Commissioner Miguel Arias Cañete shows that the current system does not suffice. The European Parliament needs the ability to scrutinise candidates properly and politicians need to regain the trust of citizens.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – La vérification de l'absence de conflit d'intérêts ne saurait être mise au même niveau que l'évaluation des compétences du candidat. Elle doit donc constituer un préalable indispensable à l'audition. Le contrôle des déclarations d'intérêts financiers et plus largement des conflits d'intérêts potentiels concernant les membres de la Commission doit s'étendre au-delà de la seule procédure de nomination de la Commission. J'attends également de la Commission une série de modifications de son code de conduite et des déclarations d'intérêts visant à assurer que ces dernières comprennent les informations suffisantes à l'évaluation des intérêts financiers des commissaires et que le Parlement soit informé de toute modification.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o izjavi o financijskim interesima povjerenika - smjernice. Smatram da se Odboru za pravna pitanja, odboru koji je nadležan za provedbu podrobne analize izjava o financijskim interesima, moraju dati svi adekvatni činjenični i pravni mehanizmi na temelju kojih će se provesti analiza. Pritom, smatram da u prvom planu mora biti davanje adekvatnog vremenskog prostora na raspolaganje kako bi analiza bila učinkovita. Naglasak svakako mora biti temeljen na načelu povjerljivosti u tijeku ispitivanja financijskog izvješća, a da se po njegovoj objavi, u skladu s načelom transparentnosti rezultati ispitivanja objave. Također, smatram da je potrebno pravnoj službi staviti na raspolaganje mehanizme temeljem kojih bi mogli, u slučaju uočavanja eventualnih nepravilnosti, provesti dodatna saslušanja i dobiti dodatna pojašnjenja.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Odbor za pravna pitanja donio je izvješće koje sadrži smjernice za uspostavu jasnih pravila pri utvrđivanju mogućeg sukoba interesa povjerenika te se razjašnjava nadležnost odbora.

Izvješćem se definira značenje pojma „sukob interesa" kao svaka situacija u kojoj su privatni interesi suprotstavljeni javnom interesu i javnim interesima koja utječe ili bi mogla utjecati na neovisnost, nepristranost i objektivnost izvršavanja dužnosti, te se objašnjava postupak pregleda izjava o financijskim interesima prije saslušanja kandidata za povjerenike i tijekom povjerenikova mandata.

Budući da smatram da se predloženim postupcima povećava transparentnost i jasnoća postupaka, čime će se smanjiti dvosmislene situacije i olakšati zadatak članovima Odbora za pravna pitanja, glasovala sam za usvajanje ovog izvješća.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o izjavah o interesih komisarjev - smernice sem podprla.

Priloga XVI Poslovnika Evropskega parlamenta o smernicah za potrditev Komisije določa, da lahko Parlament „poišče vse informacije, pomembne za sprejetje odločitve glede sposobnosti kandidata za komisarja. Pričakuje popolno razkritje podatkov, ki se nanašajo na njihove finančne interese. Izjave o interesih kandidatov za komisarje se pošljejo v pregled odboru, pristojnemu za pravne zadeve".

V tej določbi pa žal ni natančno opredeljen obseg pregleda s strani Odbora za pravne zadeve. Zato je potreben dodaten vsebinski pregled. Določiti je potrebno obseg pregleda izjav o finančnih interesih, ki ga opravlja Odbor za pravne zadeve. Naloga Odbora za pravne zadeve je oceniti obstoj možnih navzkrižij interesov in po potrebi oblikovati priporočila za njihovo odpravo.

Nadzor nad izjavami o finančnih interesih in širše o možnih navzkrižjih interesov, povezanih s člani Komisije, ne sme biti omejen samo na postopek imenovanja Komisije.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, ya que su objetivo es el control de las declaraciones de intereses financieros de los comisarios, para garantizar que puedan cumplir sus mandatos de forma totalmente independiente y garantizar la máxima transparencia de la Comisión. Cualquier cambio en los intereses financieros de un comisario durante su mandato, o cualquier reorganización de la distribución de responsabilidades entre los miembros de la Comisión, constituye una nueva situación en cuanto a la posible existencia de conflicto de intereses. También se pide a la Comisión que revise urgentemente el Código de Conducta 2011 de los comisarios, para que tenga en cuenta las recomendaciones formuladas por el Parlamento en sus recientes resoluciones. Nos parece imprescindible que una institución como la Comisión aumente la transparencia y se vele por la independencia de los comisarios. Por ello nuestro voto ha sido favorable.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – After the recent scandals of former Commission President Barroso and other former and present Commissioners regarding conflicts of interests and moving to the private sector after leaving the job, these guidelines for the declarations of interest of commissioners is very welcome and much needed.

I note in particular that: the Code of Conduct for Commissioners adopted on 20 April 2011 regarding impartiality, integrity, transparency, diligence, probity, responsibility and discretion presents improvements over the preceding code adopted in 2004 as regards the declaration of financial interests in that disclosure requirements are extended to Commissioners' partners and the declaration of interests has to be revised when information changes or, at the least, every year. The credibility of the declaration of financial interests depends on the accuracy of the form presented to the Commissioner-designate; considers that the current scope of Commissioners' declarations of interests is too limited and their explanatory content ambiguous; calls, therefore, on the Commission to revise the code of conduct as soon as possible in order to ensure that the declarations of interests provide the Committee on Legal Affairs with accurate information with which it can substantiate its decision unequivocally. The credibility of the European Commission depends on the strict applications and respect of these basic ethic rules and code of conduct.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le Parlement européen souhaite durcir le code de conduite des commissaires adopté en 2001, en raison des graves conflits d'intérêts les concernant qui ont été récemment dévoilés.

La proposition veut notamment obliger les commissaires à déclarer tous les intérêts qu'ils possèdent dans des entreprises, y compris leurs intérêts familiaux, ainsi que leur appartenance à des ONG ou associations jouant un rôle de lobby.

J'ai voté pour ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – W rezolucji definiuje się pojęcie konfliktu interesów oraz wyjaśnia procedurę kontroli oświadczeń majątkowych przed przesłuchaniami kandydatów na komisarzy, jak również podczas sprawowania urzędu komisarza. Wzywa się Komisję do jak najszybszego przeprowadzenia przeglądu kodeksu postępowania komisarzy w celu poszerzenia zakresu deklaracji o braku konfliktu interesów. Ponadto w rezolucji apeluje się o ustanowienie uczciwych metod określania interesów rodzinnych. Od początku działalności w PE prowadzę kampanię na rzecz przejrzystości i jasności procedur unijnych i cieszę się, że Parlament podjął tę ważną kwestię. Zagłosowałem za przyjęciem rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az előadó szándéka a pénzügyi érdekeltségeknek a jogi ügyekért felelős bizottság általi vizsgálat hatókörének felvázolása. E célból egyrészt ismertetni kívánja az Európai Parlament belső eljárásait az új Bizottság kinevezésekor és annak hivatali ideje során, valamint a Bizottság tagjaival szemben támasztott átláthatósági követelményeket. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, ya que su objetivo es el control de las declaraciones de intereses financieros de los comisarios, para garantizar que puedan cumplir sus mandatos de forma totalmente independiente y garantizar la máxima transparencia de la Comisión. Cualquier cambio en los intereses financieros de un comisario durante su mandato, o cualquier reorganización de la distribución de responsabilidades entre los miembros de la Comisión, constituye una nueva situación en cuanto a la posible existencia de conflicto de intereses. También se pide a la Comisión que revise urgentemente el Código de Conducta 2011 de los comisarios, para que tenga en cuenta las recomendaciones formuladas por el Parlamento en sus recientes resoluciones. Nos parece imprescindible que una institución como la Comisión aumente la transparencia y se vele por la independencia de los comisarios. Por ello nuestro voto ha sido favorable.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on Commissioners' declarations of interests – guidelines. The aim of scrutinising Commissioners' declarations of financial interests is to ensure that the Commissioners-designate are able to fulfil their mandates completely independently and to ensure maximum transparency and accountability on the part of the Commission. The report points out that a conflict of interests is defined as 'any interference situation between a public interest and public and private interests that is likely to affect or that appears likely to affect the independent, impartial and objective exercise of a duty'. It equally underlines that the Committee on Legal Affairs observes the strictest confidentiality when examining questions relating to the declarations of interests of the Commissioners-designate, but also ensures, in accordance with the principle of transparency, that its conclusions are published as soon as they are available.

I voted in favour because I believe that beyond the time allocated for questions that the Committee on Legal Affairs wishes to put to the Commissioner-designate, should it note a possible conflict of interests, it should be granted the right to continue with the hearing and obtain the required clarifications.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque exige una mayor clarificación en las relaciones familiares de los comisarios, sus propiedades y sus contratos y que se respeten las resoluciones de la Defensora del Pueblo Europeo y del Comité Ad Hoc de Ética sobre las autorizaciones de empleo para ex-comisarios.

Por desgracia, los conflictos de interés son una constante en la carrera profesional de los comisarios europeos, claro ejemplo de la connivencia personal entre sus políticos y los intereses del gran capital transnacional. Kroes y Uber, Cañete y las propiedades de su familia, Barroso y Goldman Sachs etc. evidencian los nexos estructurales entre la alta burocracia europea y el poder corporativo.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Apoiamos mais transparência em matéria de promiscuidade entre poder económico e político e naturalmente, apoiamos tudo o que possa travar a atual subalternização das instituições europeias em geral e da Comissão Europeia em particular perante os grandes lóbis do grande capital.

Contudo é necessário sublinhar que o problema central está na natureza da União Europeia, sendo a sua natureza capitalista, que não se resolve com uma revisão do Código de Conduta ou não. A criação de um estado residual, completamente ausente da econ0omia e sem meios materiais para poder tornar efetiva a sua soberania e o seu poder legítimo que lhe foi transmitido pelo povo, será sempre a melhor forma de tudo ficar na mesma, com as instituições europeias ao serviço dos interesses das grandes corporações transnacionais.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Berichterstatter fordert die genauere Absteckung des Umfangs der Prüfung der Erklärung über finanzielle Interessen. Er stellt richtig, dass die Prüfung eines Interessenkonflikts, nicht mit der Bewertung der Kompetenz des Bewerbers gleichgesetzt werden darf, und daher eine obligatorische Voraussetzung für die Anhörung darstellen muss. Zudem fordert der Berichterstatter, dass die Prüfung der Erklärungen über die finanziellen Interessen sowie Interessenskonflikte über das Verfahren der Ernennung hinausreichen muss, sodass jede wesentliche Änderung der finanziellen Interessen eines Kommissionsmitglieds im Laufe der Amtszeit eine neu zu bewertende Situation darstellt, die Gegenstand eines parlamentarischen Prüfverfahrens sein muss. Der Berichterstatter appelliert an die Kommission, ihren Verhaltenskodex zu ändern und die Interessenerklärungen ihrer Mitglieder inhaltlich zu erweitern, damit diese genügend Informationen für die Beurteilung der finanziellen Interessen beinhalten. Zudem soll das Parlament über jegliche Änderung informiert werden.

Daher habe ich dem Bericht zugestimmt.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. – In my view, the European Parliament, as an institution with a strong democratic mandate, should address recent public opinion concerns over potential conflicts of interest regarding some former Commissioners by reassuring citizens that such situations will not happen again. This the reason why I welcome this report introducing stricter guidelines on the identification of conflicts of interest going hand in hand with a substantial reform of the Commissioners' Code of Conduct.

Therefore, those reforms mean basically more European Parliament involvement and powers regarding the financial declarations and also some additional Commissioner hearings in case of portfolio changes. Furthermore, once a conflict is identified by the Committee on Legal Affairs, the President of the European Parliament shall formally ask the President of the European Commission what further steps are envisaged in this situation. This procedure in turn can lead even to a resignation from office of a Commissioner whose integrity is being questioned. Consequently, I think that this report is a further step towards making EU institutions more transparent and at the same time bringing them closer to the citizens, hence I voted in favour.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I have been an active supporter and advocate of stricter rules on conflicts of interests of Commissioners, including a longer cooling-off period for all Commissioners, and more binding power for the Commissioners' Ethics Committee. This is in line with the proposals made by key stakeholders like Transparency International.

The recent actions by former Commission President Barroso and other similar case are a disgrace, and do not meet the standards we expect from democratic leaders. I will continue to pursue transparency, integrity, and openness in decision-making, and bringing in higher binding standards for officials and elected representatives.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Pro tuto zprávu jako celek hlasuji, ale i přesto mám jisté pochybnosti. Naprosto souhlasím s tím, že Výbor pro právní záležitosti je orgánem, který by měl posuzovat přítomnost potenciálního střetu zájmu a následně i formulovat doporučení pro jeho odstranění. Nemyslím si však, že tento výbor je způsobilý k tomu, aby posuzoval, zda jsou informace předložené kandidáty na komisaře pravdivé nebo nikoliv. Diskutabilní je i to, do jaké míry by měl být střet zájmů omezen a jak by měl být chápán ve vztahu ke svěřenému portfoliu. Problémy s výkladem málo podrobného ustanovení ohledně posuzování finančních zájmů eurokomisařů se ukázaly problematické již například během posledního jmenování Evropské komise, a proto věřím, že toto prohlášení pomůže celou situace zpřehlednit a umožnit tak lepší posuzování kandidátů na komisaře.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh Európskeho parlamentu o vyhláseniach o záujmoch členov Komisie som podporila. Tento návrh obsahoval mimo iného usmernenia, ako by mali vyhlásenia o záujmoch členov Komisie vyzerať, aby sa zaistila ich úplná nezávislosť. Usmernenia boli navrhnuté na základe skúsenosti Výboru pre právne veci (JURI), ktorý momentálne nemá dostatočné právomoci a informácie na to, aby túto nezávislosť mohol riadne posúdiť. Myslím si, že pri funkciách, ako je člen Európskej komisie alebo jej bývalý člen, je kľúčové, aby bola zaručená absolútna nezávislosť a zároveň aby boli právne spôsoby, ako túto nezávislosť preskúmať a v prípade pochybností zasiahnuť. Rovnako je potrebné, aby boli tieto informácie vždy aktuálne. A v neposlednom rade oceňujem, že správa sa zaoberala aj revíziou Kódexu správania pre komisárov a prijatím pravidiel na posúdenie finančných záujmov ich rodinných príslušníkov.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće jer poziva na punu neovisnost povjerenika tijekom izvršavanja njihovih dužnosti koja je važna za povećanje transparentnosti i odgovornosti Komisije. Smatram da je pregled izjava o financijskim interesima povjerenika nužno provjeravati u svakoj fazi popunjavanja Komisije i novim članovima koji na dužnost stupaju kao zamjena uslijed ostavke ili smrti povjerenika ili u slučaju pristupanja novih država članica. Sukob interesa u obavljanju dužnosti može utjecati na neovisnost, nepristranost i objektivnost tijekom izvršavanja dužnosti. Smjernice preporučene u ovom izvješću predstavljaju dobar temelj budućeg okvira djelovanja Odbora za pravna pitanja koji ima važnu ulogu u procesu provjere izjava o interesima kandidata za povjerenike.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za poročilo o izjavah o interesih komisarjev – smernice.

Podpiram pozive Komisiji, naj nujno revidira Kodeks ravnanja komisarjev iz leta 2011, da bi se upoštevala priporočila, ki jih je podal Evropski parlament v svojih nedavnih resolucijah, ter splošni razvoj standardov etike in preglednosti, ki se uporabljajo za vse institucije EU.

Menim, da popolno razkritje podatkov, ki se nanašajo na finančne interese kandidatov za komisarje, prispeva tako k osebni integriteti kandidatov kot krepi zaupanje državljanov EU v neodvisno delovanje institucij EU.

7.23. Haftung, Schadenersatz und Deckungsvorsorge für Offshore-Erdöl- und -Erdgasaktivitäten (A8-0308/2016 - Kostas Chrysogonos)

Dichiarazioni di voto orali

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, arís vótáil mé le mo ghrúpa sa tuarascáil seo agus i ndáiríre vótáil mé agus mo chomhleachtaithe leis an ngrúpa sna vótaí seo go léir inniu. Is ábhar tábhachtach é seo agus, go háirithe, caithfimid a bheith lánchinnte faoi cad a tharlóidh sna grúpaí seo amach anseo, go háirithe maidir lena mbaineann le cúrsaí airgeadais. Tar éis an cúlú eacnamaíochta ní raibh mórán tuisceana ag daoine faoi cad a bhí ag tárlu agus tháinig siad anuas go dian ar na hoibrithe go háirithe a bhí ag obair i dtionscail an airgeadais. Dar ndóigh tá sé sin ag athrú anois agus is maith sin mar ní raibh mórán baint ag na hoibrithe de ghnáth sna cinntí a bhí déanta, a tháinig agus bhí mar chúis leis an gcúlú eacnamaíochta. Ach anois tá rudaí ag feabhsú agus cabhraíonn seo leis an bhfeabhsú sin.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La seguente relazione analizza la direttiva del 2013 sulla sicurezza delle operazioni in mare. L'analisi contenuta è abbastanza critica. Nello specifico condivido che un aspetto sicuramente negativo è rappresentato dalla mancanza di riferimenti chiari alla responsabilità civile delle persone fisiche e giuridiche e alla responsabilità penale per gli incidenti in mare. Inoltre un altro aspetto abbastanza controverso della direttiva è la mancanza di un'adeguata garanzia finanziaria per le catastrofi ambientali. Poiché tengo molto alla protezione dell'ambiente e soprattutto dei nostri mari, ho votato a favore.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — This file seeks to harmonise on rules for liability, compensation and financial security with a view to preventing further accidents with cross border implications while making sure that those liable can be held financially and legally accountable to persons and states, particularly if the damage fishing, tourism or wildlife.

It introduces the idea of a horizontal European framework for collective redress for sectors hardest hit by oil and gas spills such as fisheries and coastal tourist sectors. Although the idea of protecting both the environment by raising security standards and the idea of compensating inhabitants and workers of hard-hit areas is one I completely agree on, the usurpation of powers from Member States to the EU in this creates a subsidiarity issue.

In spite of this, it also sought the harmonisation of national legislation and areas of competence for member states, therefore I abstained.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le rapporteur souhaite que la Commission travaille en étroite collaboration avec les États membres pour moderniser les systèmes d'indemnisation et de garantie financière visant les opérations pétrolières et gazières en mer au sein de l'Union. En clair, la Commission souhaite étendre l'étendue de son champ de compétence en la matière alors même que la France estime qu'elle ne veut pas d'une telle extension. J'ai voté contre car ce rapport attente à la souveraineté des États.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This report seeks EU-wide harmonisation, and I was elected with a mandate to oppose that. I therefore voted against.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl atsakomybės ir kompensacijų už naftos ir dujų operacijas jūroje bei jų finansinio užtikrinimo. 2010 m. balandžio mėn. įvykus sprogimui naftos platformoje „Deepwater Horizon" ir išsiliejus naftai, buvo priimta Saugos jūroje direktyva, kad būtų nustatyti minimalūs didelių avarijų, kylančių vykdant naftos ir dujų operacijas ES, prevencijos reikalavimai ir apriboti tokių avarijų padariniai. Todėl pritariu pranešėjui, kuris teigia, jog Komisija turi glaudžiau bendradarbiauti su valstybėmis narėmis ir užtikrinti, kad tinkamas teisinis pagrindas, kuriuo vadovaujantis būtų reglamentuojama bet kokia veikla jūroje, būtų pradėtas taikyti anksčiau, negu įvyks rimta avarija.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte qui porterait atteinte à la souveraineté des États en voulant étendre les pouvoirs de la Commission, lui permettant de travailler en étroite collaboration avec les États membres pour moderniser les systèmes d'indemnisation et de garantie financière visant les opérations pétrolières et gazières en mer au sein de l'Union.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Les opérations pétrolières et gazières en mer sont susceptibles d'avoir des conséquences majeures et dévastatrices pour l'environnement et l'économie de la mer et des zones côtières. J'ai dès lors soutenu ce rapport qui insiste notamment sur l'indemnisation des tiers.

Soulignant que le traitement de la responsabilité civile varie considérablement d'un État à l'autre, le rapport estime nécessaire de disposer d'un cadre européen qui soit fondé sur les législations des États membres les plus en pointe qui couvre non seulement les blessures corporelles et les dégâts matériels mais également le préjudice économique et assure des mécanismes d'indemnisation efficaces aux victimes et aux secteurs susceptibles d'être gravement touchés (pêche et tourisme côtier par exemple).

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il 90 % del petrolio e il 60 % del gas prodotti in Europa provengono dalle operazioni in mare. Si tratta di attività che oggi hanno luogo in ambienti sempre più estremi, a una distanza maggiore dalla costa e in acque sempre più profonde. Le maggiori difficoltà comportano anche un possibile aumento dei rischi, che devono quindi essere opportunamente valutati e scongiurati per evitare conseguenze devastanti per l'ambiente, l'economia del mare e delle zone costiere. La relazione Chrysogonos, che oggi ho sostenuto, affronta il tema delle responsabilità, del risarcimento e delle garanzie finanziarie in caso di danni verificatisi a seguito di operazioni in mare nel settore degli idrocarburi. Il testo chiede alla Commissione di collaborare strettamente con gli Stati membri per garantire l'aggiornamento generale dei regimi di risarcimento e di garanzia finanziaria. In particolare, esso chiede che

sia prevista la copertura delle richieste di risarcimento per i danni tradizionali causati da incidenti, che sia istituito un regime efficace di per la gestione dei pagamenti e che si assicuri che gli operatori e le altre parti responsabili dispongano delle risorse finanziarie adeguate per poter far fronte alle richieste che possono essere loro mosse a seguito dei danni.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – En este informe se pide a la Comisión que evalúe la conveniencia de introducir nuevas normas armonizadas en materia de responsabilidad, compensación y seguridad financiera con el fin de evitar nuevos accidentes con repercusiones transfronterizas y considerar el establecimiento de un mecanismo legislativo de indemnización de los accidentes marítimos. Además, se pide que se establezcan regímenes compensatorios capaces de abordar con eficacia y rapidez las reclamaciones transfronterizas y que cubran los daños tanto primarios como secundarios causados en todas las zonas afectadas. Se insta a los Estados miembros a que desarrollen instrumentos de garantía financiera, relativos a indemnizaciones por daños y perjuicios, tradicionales derivados de incidentes relacionados con actividades generales de petróleo y gas en alta mar o con el transporte marítimo de hidrocarburos y gas, incluso en caso de insolvencia. He votado a favor, porque entiendo que deben establecerse normas estrictas de responsabilidad civil para este tipo de accidentes, a fin de facilitar el acceso a la justicia de las víctimas.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre la responsabilidad, indemnizaciones y garantía financiera en el ámbito de las operaciones relativas al petróleo y el gas mar adentro. Se apoya la adopción de las Directiva sobre la seguridad de las operaciones relativas al petróleo y al gas mar adentro. Se pide además a los Estados miembros que no hayan traspuesto aún la misma, que lo hagan a sus legislaciones nacionales lo antes posible. Además, se considera que debería establecerse una normativa más estricta en material de responsabilidad civil para los accidentes mar adentro, con el fin de facilitar el acceso a la justicia para las víctimas afectadas por este tipo de accidentes.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport relatif aux systèmes d'indemnisation et de garantie financière visant les opérations pétrolières et gazières en mer au sein de l'Union. Cette affaire est liée aux enjeux de sécurité énergétique, pour laquelle il est nécessaire de préserver les intérêts de la France et donc de s'opposer à l'accroissement du champ de compétences de la Commission. C'est pourquoi, au regard des régimes de responsabilité, qui constituent le principal moyen d'application du principe du «pollueur-payeur» et offrent ainsi la garantie que les entreprises sont tenues pour responsables des dommages causés dans l'exercice de leurs activités, la France doit pouvoir garder toutes ses prérogatives, en dehors d'un cadre européen global.

Enfin, l'échec de la directive sur la sécurité des opérations en mer est patent en la matière, ce qui prouve qu'une action au niveau des États membres permettra d'être plus efficient.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — La relazione Chrysogonos su responsabilità, risarcimento e garanzie finanziarie per le operazioni in mare nel settore degli idrocarburi è equilibrata, affronta con concretezza la questione e propone che il riconoscimento del danno venga esteso anche all'impatto ambientale oltre che agli ambiti strettamente più economico-patrimoniali. Per questi motivi ho votato in suo favore.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe sobre responsabilidad, indemnización y garantía financiera en las operaciones relativas al petróleo y al gas mar adentro, con el que se clarifica la Directiva sobre seguridad mar adentro, en lo referente a los tipos de daño que deben recibir indemnización, los regímenes de responsabilidad de cada una de las partes y la capacidad financiera necesaria para hacer frente a esta indemnización, en el caso de que sean responsables. Con ello se pretende armonizar y actualizar los sistemas de responsabilidad de los Estados miembros, asegurando el principio «quien contamina, paga». De este modo se evitaría que un posible accidente en aguas europeas pueda afectar negativamente a operaciones de gas y petróleo futuras, tanto en un Estado miembro como en el conjunto de la Unión.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame aptariama atsakomybė ir kompensacijos už naftos ir dujų operacijas jūroje bei jų finansinis užtikrinimas. Europos Parlamentas pabrėžia, kad veiksmingas principo „teršėjas moka“ taikymas naftos ir dujų operacijoms jūroje turėtų apimti ne tik žalos aplinkai prevenciją ir atitaisymą, kaip šiuo metu tam tikru mastu daroma vadovaujantis Saugos jūroje ir Atsakomybės už aplinkos apsaugą direktyvomis, bet ir išlaidas, susijusias su reikalavimų atlyginti tradicinę žalą patenkinimu, kaip numatyta pagal atsargumo ir tvaraus vystymosi principus. Todėl Parlamentas ragina Komisiją apsvarstyti galimybę sukurti teisėkūros procedūra priimamą avarijų jūroje sukeltos žalos atlyginimo mechanizmą, panašų į numatytą Norvegijos akte dėl su nafta susijusios veiklos ir taikomą bent jau tiems sektoriams, kurie gali patirti didelį neigiamą poveikį, pavyzdžiui, žuvininkystei, pakrančių

turizmui ir kitiems mėlynosios ekonomikos sektoriams. Atsižvelgdamas į tai, jis rekomenduoja kiekybiniu ir kokybiniu požiūriu įvertinti bendrovėms vykdant veiklą iškylančias problemas ar sukeliamas avarijas ir nustatyti visokį susijusių subjektų dėl to patiriamą antrinį poveikį. Taip pat pabrėžia Atsakomybės už aplinkos apsaugą direktyvos nuostatų dėl atsakomybės už aplinkai padarytą žalą perkėlimo į nacionalinę teisę ir taikymo skirtumus ir trūkumus, kaip nurodė ir Komisija savo antroje įgyvendinimo ataskaitoje.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se, da so potrebne dodatne izboljšave direktive o varnosti na morju, ki dopolnjuje Direktivo 2004/35/ES o okoljski odgovornosti in Direktivo 2011/92/EU o presoji vplivov na okolje, ter ratifikacija Protokola o dejavnostih na morju k Barcelonski konvenciji v Svetu.

Gre za prave korake v smeri varstva okolja, urejanja človekovih dejavnosti in varnosti delavcev. Pomembno je, da se zavedamo obsega črpanja nafte in zemeljskega plina v Severnem morju, ki se bo v prihodnosti razširilo tudi v južni del Sredozemskega morja. Ob povečanem obsegu pa se vsekakor povečajo možnosti za morebitne nesreče, zato pa je treba zagotoviti ustrezno varnost.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće, koje se bavi vrstama šteta koje se isplaćuju, financijskom sposobnošću odgovornih osoba, isplatama naknade i odgovornosti režima.

Izvješće je usmjereno na važnost ažuriranja postojećeg sustava odgovornosti u državama članicama, kako bi se osigurala primjena „onečišćivač plaća” i kod tradicionalnog, a ne samo ekološkog onečišćenja.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – La Commission souhaite étendre l'étendue de son champ de compétence en la matière alors même que la France estime qu'elle ne veut pas d'une telle extension. Cela constitue une violation de la souveraineté des États membres. Je vote donc contre.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Le operazioni in mare nel settore degli idrocarburi sono realizzate in acque profonde e alcune in ambienti difficili e in zone la cui principale fonte di reddito è il turismo. La direttiva sulla sicurezza delle operazioni in mare è stata approvata in seguito all'esplosione della *Deepwater Horizon*, con lo scopo di fissare requisiti minimi per evitare il verificarsi di gravi incidenti e limitarne le conseguenze. Tuttavia, la direttiva non entra nel merito della responsabilità per i danni civili causati a persone fisiche o giuridiche e non affronta la questione della responsabilità penale. All'interno dell'UE non sono armonizzati né la definizione dei reati, né il tipo e il livello minimo delle sanzioni. Si dovrebbe quindi introdurre la responsabilità penale a livello UE, portando così a un miglioramento della tutela dell'ambiente e del rispetto delle misure di sicurezza. Solitamente le richieste di risarcimento danni a seguito di un incidente in mare nel settore degli idrocarburi riguardano perdite puramente economiche. È necessaria una stretta correlazione tra regimi di responsabilità per i danni tradizionali, i regimi di gestione delle richieste di risarcimento e le disponibilità di strumenti di garanzia finanziaria; e quindi, Commissione e Stati membri devono collaborare per l'aggiornamento di tali regimi.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — Directiva privind siguranța operațiunilor offshore are în vedere stabilirea cerințelor pentru prevenirea accidentelor majore în cadrul operațiunilor petroliere și gaziere offshore în cadrul UE și pentru limitarea consecințelor acestor accidente.

Cu toate că prevederile acestei directive stabilesc faptul că titularii de autorizații de desfășurare a operațiunilor offshore sunt strict răspunzători pentru prevenirea și repararea tuturor daunelor aduse mediului cauzate de operațiunile petroliere și gaziere desfășurate de aceștia, directiva nu reglementează răspunderea pentru daune civile aduse persoanelor fizice sau persoanelor juridice și nici aspecte referitoare la răspunderea penală pentru accidentele offshore. Astfel, această inițiativă propune instituirea unor mecanisme de despăgubire a terților pentru daunele tradiționale cauzate de operațiunile petroliere și gaziere offshore și crearea unui sistem de despăgubiri eficace pentru gestionarea plăților relevante.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece consider esențială asigurarea unor sisteme de compensare și de garantare financiară pentru operațiunile petroliere și gaziere offshore din UE.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché ritengo che l'assenza di un sistema efficace di responsabilità e garanzia finanziaria per coprire i risarcimenti dei danni causati dalle operazioni in mare nel settore degli idrocarburi rappresenta un grave rischio per gli Stati membri. Penso che un aggiornamento dei regimi di responsabilità vigenti negli Stati membri potrebbe limitare l'esternalizzazione della responsabilità dell'operatore per l'inquinamento accidentale a discapito alle finanze pubbliche. Esorto quindi la Commissione a incoraggiare gli Stati membri a sviluppare strumenti di garanzia finanziaria in materia di risarcimento per le richieste di danni derivanti da incidenti nell'ambito delle attività in mare nel settore degli idrocarburi o del trasporto degli stessi, anche nel caso di

insolvenza.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report. It seeks to harmonise rules for liability, compensation and financial security for offshore oil and gas operations with a view to preventing further accidents with cross border implications while making sure that those liable can be held financially and legally accountable to persons and states, particularly if the damage fishing, tourism or wildlife.

It introduces the idea of a horizontal European framework for collective redress for sectors hardest hit by oil and gas spills such as fisheries and coastal tourist sectors. Although the idea of protecting both the environment by raising security standards and the idea of compensating inhabitants and workers of hard-hit areas is one I completely agree on, the usurpation of powers from Member States to the EU in this creates a subsidiarity issue.

In spite of this, it also sought the harmonisation of national legislation and areas of competence for member states, therefore I abstained.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against this non-legislative report on compensation for offshore oil and gas operations. This report is trying to harmonise the civil claims process for offshore accidents, however the report does not even consider the fact that the international framework for each Member State differs and it cannot be harmonised on matters of this issue.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione di iniziativa del Parlamento che propone un'analisi della direttiva sulla sicurezza delle operazioni in mare 2013/30/UE approvata in seguito all'esplosione della *Deepwater Horizon* del 20 aprile 2010 e alla conseguente fuoriuscita di petrolio e che si poneva come obiettivo fissare requisiti minimi volti ad evitare il verificarsi di gravi incidenti nell'ambito delle operazioni in mare nel settore degli idrocarburi.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La relazione, per la quale ho espresso voto favorevole, valuta gli effetti della direttiva sulla sicurezza delle operazioni in mare che fissa requisiti minimi volti ad evitare il verificarsi di gravi incidenti nell'ambito delle operazioni in mare nel settore degli idrocarburi nell'Unione europea e a limitare le conseguenze di tali incidenti. Ritengo che la direttiva andrebbe aggiornata prendendo in considerazione anche la responsabilità per i danni civili quali le lesioni personali, i danni materiali e le perdite economiche. Apprezzo che la relazione osservi come i regimi di responsabilità disponibili negli Stati membri incontrino difficoltà nel far fronte alla maggioranza delle richieste di risarcimento relative a incidenti da cui derivano danni da inquinamento diffusi. A tal proposito, mi sembra necessario che l'Unione europea si doti di un quadro giuridico che permetta a ricorrenti, quali ad esempio le società di traghetti o le imprese di trasformazione dei prodotti della pesca, di ottenere una riparazione in caso di fuoriuscita di idrocarburi da impianti in mare. Credo inoltre che l'Unione europea debba alzare gli attuali importi minimi di garanzia e superare la limitazione della garanzia obbligatoria ai soli prodotti assicurativi, comprendendo anche garanzie bancarie, garanzie di buon fine, e se necessarie, garanzie della controllante.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε σχετικά με την έκθεση για την ευθύνη, την αποζημίωση και τη χρηματοοικονομική ασφάλεια των υπεράκτιων εργασιών πετρελαίου και φυσικού αερίου. Οι προτάσεις της έκθεσης αυτής δεν επηρεάζουν μόνο οικονομικές δραστηριότητες, αλλά έχουν επίσης ως στόχο να υποστηρίξουν τις περιβαλλοντικές ανάγκες της ευρωπαϊκής περιφέρειας. Οι εργασίες που σχετίζονται με την παραγωγή πετρελαίου και φυσικού αερίου έχουν σημαντικό οικονομικό αντίκρισμα αλλά και υψηλή περιβαλλοντική επικινδυνότητα. Είναι προφανές ότι πρέπει να θέσουμε ορισμένους κανόνες, για την προστασία του περιβάλλοντος, των πολιτών αλλά και των επιχειρήσεων που είναι τοποθετημένες κοντά σε υπεράκτιες δραστηριότητες εκμετάλλευσης κοιτασμάτων πετρελαίου και φυσικού αερίου. Καθώς η έκθεση αυτή περιέχει θετικές προτάσεις, ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo per questo report finalizzato a garantire l'aggiornamento dei regimi di risarcimento e garanzie finanziarie per le operazioni in mare nel settore degli idrocarburi.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Dal momento che le operazioni in mare relative al settore degli idrocarburi sono costrette a riposizionarsi in aree sempre più estreme e impervie, ritengo sia prioritario fornire regole precise in merito alla responsabilità degli operatori, ai risarcimenti e alle garanzie finanziarie connesse. Pertanto, esterno il mio accordo a quanto predisposto dalla relazione, in cui si ricorda come le fonti di idrocarburi siano sempre più lontane dalle coste e a maggiori profondità marine, dunque incidenti in tali ambienti provocherebbero conseguenze transfrontaliere devastanti. In virtù di quanto esposto, plaudo all'approvazione della direttiva 2013/30/UE sulla sicurezza in mare, ma ritengo che essa vada completata con norme precise sul tema della responsabilità civile dei danni alle persone fisiche e giuridiche.

Tali norme devono essere armonizzate perché, ad oggi, vengono ad essere applicate legislazioni nazionali pur trattandosi di eventi solitamente transnazionali. Parimenti, esorto la Commissione ad incoraggiare gli Stati membri nello sviluppo di strumenti di garanzie finanziarie nell'ambito delle attività in mare e del trasporto degli idrocarburi anche in caso di insolvenza.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on liability, compensation and financial security for offshore oil and gas operations.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo provvedimento in quanto ritengo anche io necessario ridurre al minimo i danni da un possibile incidente nelle operazioni di petrolio e gas in mare aperto. In particolare, condivido la necessità di stabilire un meccanismo di compensazione per proteggere i settori potenzialmente interessati, come la pesca e il turismo, garantendo misure risarcitorie appropriate.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Offshore oil and gas operations are progressively taking place in increasingly extreme environments and could potentially have major and devastating consequences for the environment and economy of the sea and coastal areas. To address this, Member States had until 19 July to update their national legislative frameworks for offshore oil and gas operations to be in line with the Offshore Safety Directive but regrettably the deadline has long passed and the basic elements of a comprehensive EU-wide framework for preventing major accidents and limiting their consequences are not in place.

We should do more to consider the special situation of workers and employees in the offshore oil and gas industry since such incidents may have particularly serious implications on their health, families and the fisheries and tourism industries. There is no liability in many of the Member States with offshore and gas activities for most third-party claims for compensation for traditional damage caused by an accident. There is no regime in the vast majority of Member States for compensation payments, and no assurance in many Member States that operators or liable persons would have adequate financial assets to meet claims.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W związku z licznymi wątpliwościami zagłosowałem przeciwko sprawozdaniu dotyczącemu odpowiedzialności, odszkodowania i zabezpieczenia finansowego w odniesieniu do działalności związanej ze złożami ropy naftowej i gazu ziemnego na obszarach morskich.

Uważam, że proponowane rozszerzenie zakresu przepisów nie jest konieczne. Obowiązujące przepisy dotyczące poruszanego zagadnienia nie wymagają proponowanych zmian. Uregulowania w tych kwestiach są wystarczające dla zabezpieczenia spraw związanych z bezpieczeństwem działalności w zakresie wydobycia paliw na obszarach morskich.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report as offshore oil and gas operations could have major devastating consequences for the environment and economy of our seas with these offshore facilities likely to increase in Europe over the next few years. Firms must be held accountable for any damage caused and therefore preventive measures should be put in place.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – Il tentativo di introdurre strumenti giuridici utili per prevenire e riparare i danni ambientali causati dalle operazioni in mare nel settore degli idrocarburi può essere d'aiuto per una corretta applicazione del principio «chi inquina paga». Infatti sia l'attività di introspezione, sia l'insediamento che il funzionamento delle piattaforme possono avere un impatto grave e devastante per la fauna e la flora marina, per la pesca, per il turismo costiero e più in generale per tutte le attività della blue economy. È quindi doveroso individuare regimi di compensazione e di riparazione, oltre a strumenti di garanzia finanziaria in grado di rispondere anche nei casi più costosi, assicurando adeguati interventi di ripristino ambientale e di monetizzazione del danno per le attività colpite. Questo vale per le aree già interessate da attività di estrazione, poiché non avrebbe senso ampliare attività così dannose, partendo dal presupposto che basta un risarcimento a «compensarne» l'impatto. È necessario evitare nuove trivellazioni, abbandonando ogni sforzo destinato alle fonti fossili e incentivando invece le energie da fonti rinnovabili, meglio ancora se nell'ottica dell'autoproduzione. Tutto ciò espresso, il mio voto è comunque positivo.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative fait suite à la directive sur la sécurité en mer, adoptée dans le but d'établir des prescriptions minimales pour la prévention des accidents majeurs dans les opérations pétrolières et gazières dans l'UE. Ce rapport présente ainsi une liste de recommandation relative au principe de précaution et au principe de pollueur-payeur, c'est à dire le principe selon lequel l'activité qui pollue un territoire doit indemniser ce territoire. Considérant que les activités pétrolières et gazières doivent faire preuve de précautions particulières, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against this non-legislative report on compensation for offshore oil and gas operations. This report is trying to harmonise the civil claims process for offshore accidents, however the report does not even consider the fact that the international framework for each Member State differs and it cannot be harmonised on matters of this issue.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur la responsabilité, l'indemnisation et les garanties financières pour les opérations pétrolières et gazières en mer. Les accidents pétroliers ou gaziers en mer sont de graves catastrophes écologiques sur lesquelles l'Union européenne doit se montrer particulièrement stricte. Si l'Union a déjà légiféré sur la sécurité des opérations pétrolières et gazières en mer, plusieurs éléments de la législation européenne, comme le traitement de la responsabilité civile lors de ces accidents, restent à harmoniser. Ce rapport présente plusieurs pistes, que devrait évaluer la Commission, pour garantir un meilleur traitement juridique des conséquences des accidents pétroliers ou gaziers en mer.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A Deepwater Horizon olajfúró platform 2010. április 20-én történt felrobbanása és az amiatt keletkezett olajszennyezés nyomán került elfogadásra a tengeri olaj- és gázipari tevékenységek biztonságáról szóló irányelv azzal a céllal, hogy minimumkövetelményeket állapítson meg az uniós tengeri olaj- és gázipari tevékenységekkel kapcsolatos súlyos balesetek megakadályozása és az ilyen balesetek következményeinek korlátozása érdekében. Mivel a jogharmonizációra rendelkezésre álló határidő már régen lejárt, az EU egészére kiterjedő szabályozási keret alapjainak már rendelkezésre kell állniuk.

A tagállamok felelősségi rendszereire eltérőek, a kiterjedt szennyezéssel járó balesetekből eredő polgári jogi kártérítési igények többsége tagállamonként eltérő eljárásokban kerülhet érvényesítésre.

Pár kivételtől eltekintve (Franciaország, Hollandia, Dánia) a jelenlegi felelősségi szabályok kizárólag a hajónak minősülő károkozókra terjed ki és közvetlen ok-okozati összefüggés esetén az elmaradt haszon érvényesítésére is alkalmasak.

Nincs azonban ilyen egyezmény a tengeri olaj- és gázipari tevékenységekből származó kár megtérítésére vonatkozóan, és az említett egyezmények minden valószínűség szerint nem terjednének ki az ilyen balesetekre, mivel a tengeri olaj- és gázipari létesítmények az egyezmény értelmében valószínűleg nem minősülnének „hajónak".

A Bizottságnak szorosan együtt kell működnie a tagállamokkal annak biztosítása érdekében, hogy a tengeri olaj- és gázipari tevékenységekre vonatkozó uniós kártérítési és pénzügyi biztosítéki rendszereket korszerűsítsék.

Szavazatommal ezért támogattam a jelentést.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A Deepwater Horizon olajfúró platform 2010. április 20-én történt felrobbanása és az amiatt keletkezett olajszennyezés nyomán került elfogadásra a tengeri olaj- és gázipari tevékenységek biztonságáról szóló irányelv azzal a céllal, hogy minimumkövetelményeket állapítson meg az uniós tengeri olaj- és gázipari tevékenységekkel kapcsolatos súlyos balesetek megakadályozása és az ilyen balesetek következményeinek korlátozása érdekében. Mivel a jogharmonizációra rendelkezésre álló határidő már régen lejárt, az EU egészére kiterjedő szabályozási keret alapjainak már rendelkezésre kell állniuk.

A tagállamok felelősségi rendszereire eltérőek, a kiterjedt szennyezéssel járó balesetekből eredő polgári jogi kártérítési igények többsége tagállamonként eltérő eljárásokban kerülhet érvényesítésre.

Pár kivételtől eltekintve (Franciaország, Hollandia, Dánia) a jelenlegi felelősségi szabályok kizárólag a hajónak minősülő károkozókra terjed ki és közvetlen ok-okozati összefüggés esetén az elmaradt haszon érvényesítésére is alkalmasak.

Nincs azonban ilyen egyezmény a tengeri olaj- és gázipari tevékenységekből származó kár megtérítésére vonatkozóan, és az említett egyezmények minden valószínűség szerint nem terjednének ki az ilyen balesetekre, mivel a tengeri olaj- és gázipari létesítmények az egyezmény értelmében valószínűleg nem minősülnének „hajónak".

A Bizottságnak szorosan együtt kell működnie a tagállamokkal annak biztosítása érdekében, hogy a tengeri olaj- és gázipari tevékenységekre vonatkozó uniós kártérítési és pénzügyi biztosítéki rendszereket korszerűsítsék.

Szavazatommal ezért támogattam a jelentést.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. L'objectif de ce rapport est de moderniser les systèmes d'indemnisation et de garantie financière visant les opérations pétrolières et gazières en mer au sein de l'Union. Or, cette extension de compétences est rejetée par la France.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Този доклад до голяма степен търси увеличаване на обхвата на отговорността за провеждането на нефтени и газови операции в открито море. Той призовава за рамка на отговорност на ЕС в тази област, с молба за хармонизация на минималната отговорност за граждански щети, и препоръчва общ механизъм на равнище ЕС за справянето с инциденти (т.е. друга агенция).

Също така докладът призовава Комисията да обмисли създаването на законодателен механизъм за компенсации и предлага обхватът да бъде разширен, така че да включва и вторичните щети. Допълнително призовава Комисията да добави големите петролни аварии в Директивата за екологичната престъпност (OSD). Предлага и създаването на фонд на базата на такси, плащани от офшорната индустрия, с молба за възможна оценка от страна на Комисията.

Аз не подкрепям много от тези предложения и най-вече смятам, че за момента установените законодателни актове са напълно достатъчни в тази сфера и че това, което се изисква в този доклад, не отговаря на реалните нужди. В такива случаи европейското законодателство не трябва да бъде използвано.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η οδηγία δεν ρυθμίζει την αστική ευθύνη για ζημία σε όλο της το εύρος, είτε αφορά φυσικά είτε νομικά πρόσωπα, είτε πρόκειται για σωματική βλάβη, είτε για υλικές ζημίες, είτε για οικονομική απώλεια, καθαρή ή παρεπόμενη. Επίσης, δεν ρυθμίζονται η ποινική ευθύνη για υπεράκτια ατυχήματα, τα πιθανά πρόστιμα ή άλλες μη στερητικές της ελευθερίας ποινές.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A Deepwater Horizon olajfúró platform 2010. április 20-én történt felrobbanása és az amiatt keletkezett olajszennyezés nyomán került elfogadásra a tengeri olaj- és gázipari tevékenységek biztonságáról szóló irányelv azzal a céllal, hogy minimumkövetelményeket állapítson meg az uniós tengeri olaj- és gázipari tevékenységekkel kapcsolatos súlyos balesetek megakadályozása és az ilyen balesetek következményeinek korlátozása érdekében. Mivel a jogharmonizációra rendelkezésre álló határidő már régen lejárt, az EU egészére kiterjedő szabályozási keret alapjainak már rendelkezésre kell állniuk.

A tagállamok felelősségi rendszereire eltérőek, a kiterjedt szennyezéssel járó balesetekből eredő polgári jogi kártérítési igények többsége tagállamonként eltérő eljárásokban kerülhet érvényesítésre.

Pár kivételtől eltekintve (Franciaország, Hollandia, Dánia) a jelenlegi felelősségi szabályok kizárólag a hajónak minősülő károkozókra terjed ki és közvetlen ok-okozati összefüggés esetén az elmaradt haszon érvényesítésére is alkalmasak.

Nincs azonban ilyen egyezmény a tengeri olaj- és gázipari tevékenységekből származó kár megtérítésére vonatkozóan, és az említett egyezmények minden valószínűség szerint nem terjednének ki az ilyen balesetekre, mivel a tengeri olaj- és gázipari létesítmények az egyezmény értelmében valószínűleg nem minősülnének „hajónak".

A Bizottságnak szorosan együtt kell működnie a tagállamokkal annak biztosítása érdekében, hogy a tengeri olaj- és gázipari tevékenységekre vonatkozó uniós kártérítési és pénzügyi biztosítéki rendszereket korszerűsítsék.

Szavazatommal ezért támogattam a jelentést.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the report on liability, compensation and financial security for offshore oil and gas operations. It calls for the full implementation of the Offshore Safety Directive, which is crucial in the event of serious accidents. Like other countries, Wales has in the past suffered from the impact of oil disasters which devastated our shores. We must do all we can to avoid this in future.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – L'estensione dell'area della responsabilità per danni causati da operazioni in mare nel settore degli idrocarburi costituisce un obiettivo meritevole di essere perseguito, unitamente al rafforzamento degli strumenti di garanzia finanziaria in materia di risarcimento dei relativi danni. La relazione in oggetto fa suoi i citati obiettivi, proponendo altresì una maggiore armonizzazione del quadro legislativo che preveda anche un ricorso collettivo. Condividendone i contenuti, dichiaro di votare a favore della relazione.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato contro la presente relazione in quanto non ritengo necessario un aggiornamento dei regimi di risarcimento e di garanzia finanziaria negli Stati membri nell'ambito delle operazioni in mare nel settore degli idrocarburi.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Predmetná správa sa zameriava na dôležitosť dôkladnej revízie existujúcich systémov náhrad v jednotlivých členských štátoch, ktoré zaistia, že znečisťovatelia ovzdušia budú postihnuteľní nielen za environmentálne poškodenia, ale aj za iné ujmy, ako napríklad telesné zranenia alebo poškodenia majetku.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione per un maggior coordinamento tra UE e Stati membri in materia di risarcimento dovuto alle operazioni in mare nel settore degli idrocarburi.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. — Καταψηφίζω την έκθεση, καθώς η οδηγία δεν ρυθμίζει την αστική ευθύνη για ζημία σε όλο της το εύρος, είτε αφορά φυσικά είτε νομικά πρόσωπα, είτε πρόκειται για σωματική βλάβη, είτε για υλικές ζημίες, είτε για οικονομική απώλεια, καθαρή ή παρεπόμενη. Επίσης, δεν ρυθμίζεται η ποινική ευθύνη για υπεράκτια ατυχήματα, τα πιθανά πρόστιμα ή άλλες μη στερητικές της ελευθερίας ποινές.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – In September 2015 the Commission presented a report to the EP and the Council on liability, compensation and financial security for offshore oil and gas operations pursuant to Article 39 of Directive 2013/30/EU (the Offshore Safety Directive or OSD). The OSD defines the elements of such a comprehensive EU-wide framework for preventing major accidents and limiting their consequences. The report deals with what kinds of damage are being paid, financial capacity of liable parties, disbursement of compensation and liability regimes.

In his report the rapporteur has focused on the importance of updating existing liability systems in the Member States to ensure the application of the polluter-pays principle not only to environmental but also to traditional damages (bodily injuries/ property damages/ pure and consequential economic losses). Incidents in European waters should not adversely affect the future of the offshore oil and gas operations of the state in question, nor that of the entire EU, were the incident to occur in an area that was largely dependent on tourism for revenue. As a result, compensation and financial security systems for offshore oil and gas operations in the EU should be brought up to speed. I supported the report in the Plenary.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A Deepwater Horizon olajfúró platform 2010. április 20-én történt felrobbanása és az amiatt keletkezett olajszennyezés nyomán került elfogadásra a tengeri olaj- és gázipari tevékenységek biztonságáról szóló irányelv azzal a céllal, hogy minimumkövetelményeket állapítson meg az uniós tengeri olaj- és gázipari tevékenységekkel kapcsolatos súlyos balesetek megakadályozása és az ilyen balesetek következményeinek korlátozása érdekében. Mivel a jogharmonizációra rendelkezésre álló határidő már régen lejárt, az EU egészére kiterjedő szabályozási keret alapjainak már rendelkezésre kell állniuk.

A tagállamok felelősségi rendszerei eltérőek, a kiterjedt szennyezéssel járó balesetekből eredő polgári jogi kártérítési igények többsége tagállamonként eltérő eljárásokban kerülhet érvényesítésre.

Pár kivételtől eltekintve (Franciaország, Hollandia, Dánia) a jelenlegi felelősségi szabályok kizárólag a hajónak minősülő károkozókra terjednek ki és közvetlen ok-okozati összefüggés esetén az elmaradt haszon érvényesítésére is alkalmasak.

Nincs azonban ilyen egyezmény a tengeri olaj- és gázipari tevékenységekből származó kár megtérítésére vonatkozóan, és az említett egyezmények minden valószínűség szerint nem terjednének ki az ilyen balesetekre, mivel a tengeri olaj- és gázipari létesítmények az egyezmény értelmében valószínűleg nem minősülnének „hajónak".

A Bizottságnak szorosan együtt kell működnie a tagállamokkal annak biztosítása érdekében, hogy a tengeri olaj- és gázipari tevékenységekre vonatkozó uniós kártérítési és pénzügyi biztosítéki rendszereket korszerűsítsék.

Szavazatommal ezért támogattam a jelentést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A Deepwater Horizon olajfúró platform 2010. április 20-én történt felrobbanása és az amiatt keletkezett olajszennyezés nyomán került elfogadásra a tengeri olaj- és gázipari tevékenységek biztonságáról szóló irányelv azzal a céllal, hogy minimumkövetelményeket állapítson meg az uniós tengeri olaj- és gázipari tevékenységekkel kapcsolatos súlyos balesetek megakadályozása és az ilyen balesetek következményeinek korlátozása érdekében. Mivel a jogharmonizációra rendelkezésre álló határidő már régen lejárt, az EU egészére kiterjedő szabályozási keret alapjainak már rendelkezésre kell állniuk.

A tagállamok felelősségi rendszereire eltérőek, a kiterjedt szennyezéssel járó balesetekből eredő polgári jogi kártérítési igények többsége tagállamonként eltérő eljárásokban kerülhet érvényesítésre.

Pár kivételtől eltekintve (Franciaország, Hollandia, Dánia) a jelenlegi felelősségi szabályok kizárólag a hajónak minősülő károkozókra terjed ki és közvetlen ok-okozati összefüggés esetén az elmaradt haszon érvényesítésére is alkalmasak.

Nincs azonban ilyen egyezmény a tengeri olaj- és gázipari tevékenységekből származó kár megtérítésére vonatkozóan, és az említett egyezmények minden valószínűség szerint nem terjednének ki az ilyen balesetekre, mivel a tengeri olaj- és gázipari létesítmények az egyezmény értelmében valószínűleg nem minősülnének „hajónak".

A Bizottságnak szorosan együtt kell működnie a tagállamokkal annak biztosítása érdekében, hogy a tengeri olaj- és gázipari tevékenységekre vonatkozó uniós kártérítési és pénzügyi biztosítéki rendszereket korszerűsítsék.

Szavazatommal ezért támogattam a jelentést.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe, teniendo presente los afectados por desastres en operaciones relativas al petróleo y al gas mar adentro, como los que provocó la plataforma «Castor» frente a las costas de las Terres de l'Ebre y norte de Castellón. El informe sienta las bases para que los afectados por desastres debido a operaciones relativas al petróleo y al gas mar adentro, ya sean por causas directas, indirectas o colaterales, puedan reclamar en el futuro responsabilidades e indemnizaciones (hasta ahora, sólo era posible si eran por causas directas, como por ejemplo una marea negra). Asimismo, si hubiera existido esta armonización de la legislación europea que reclamamos desde el Parlamento Europeo en el momento en que sucedieron los hechos, ahora los vecinos podrían reclamar indemnizaciones por los daños que sufrieron.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Ponad 90 % ropy naftowej i 60 % gazu wydobywanego w Europie pochodzi z działalności prowadzonej na obszarach morskich. Taka działalność poszukiwawcza i wydobywcza jest już prowadzona lub planowana na morzach terytorialnych 18 państw członkowskich UE. W konsekwencji niezbędne było wprowadzenie przepisów chroniących przed stratami spowodowanymi tego typu działalnością na morzu. Nowe zasady zostały przyjęte przez Parlament Europejski podczas listopadowej sesji plenarnej w Brukseli.

Skuteczność państwowych systemów w odniesieniu do szkód wynikających z zanieczyszczeń powodowanych przez taką działalność jest oparta o systemy rozpatrywania roszczeń o odszkodowanie oraz dostępność instrumentów zabezpieczenia finansowego.

Na chwile obecną, z wyjątkiem Francji, Niderlandów i Danii, w wielu państwach członkowskich istnieje małe prawdopodobieństwo, by skarżący uzyskali odszkodowania, zwłaszcza gdy są to przedsiębiorstwa ponoszące szkody pośrednie, takie jak przetwórnie rybne.

W tym kontekście Komisja Europejska powinna ściśle współpracować z państwami członkowskimi w celu dopilnowania, by systemy odszkodowań i zabezpieczeń finansowych w odniesieniu do działalności związanej ze złożami ropy naftowej i gazu ziemnego na obszarach morskich UE zostały dostosowane do aktualnych wymogów. Muszą one zapewnić odszkodowania z tytułu roszczeń składanych przez osoby trzecie i dotyczących tradycyjnych szkód wywołanych przez awarie w ramach takiej działalności na obszarach morskich.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Es gilt die Entschädigungs- und Deckungsvorsorgeregelungen für Offshore-Erdöl- und Erdgasaktivitäten in der EU auf den neuesten Stand zu bringen. Das beinhaltet zum ersten, eine Entschädigung für Forderungen Dritter bei Schäden infolge von Offshore-Erdöl- und Erdgasunfällen vorzusehen. Zweitens muss eine wirksame Entschädigungsregelung mit Blick auf die Bearbeitung der einschlägigen Zahlungen eingeführt werden. Drittens gilt es sicherzustellen, dass Betreiber und andere haftende Parteien über ausreichende Vermögenswerte verfügen, um den Schadenersatzforderungen entsprechen zu können.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the EU framework of liability, compensation and financial security for offshore oil and gas operations. Effective and adequate measures need to be taken in order to compensate adequately claims on damage to victims, animals and the environment.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché gli Stati membri hanno avuto tempo fino al 19 luglio 2015 per aggiornare i propri quadri normativi nazionali relativi alle operazioni nel settore degli idrocarburi adeguandoli alla direttiva sulla sicurezza delle operazioni in mare. Ora, a tutela delle nostre coste e dei nostri territori, dobbiamo migliorare il regime di responsabilità nelle acque territoriali dei 18 Stati membri che sono interessati da operazioni in mare di esplorazione e sfruttamento attualmente in corso o previste. Pertanto, garantire l'aggiornamento dei regimi di risarcimento e garanzia finanziaria per le operazioni in mare nel settore gli idrocarburi nell'UE è ormai una necessità non più rinviabile. Gli elementi fondamentali di un quadro completo a livello dell'UE per la prevenzione degli incidenti gravi e la limitazione delle loro conseguenze devono essere predisposti e applicati.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – En este informe se pide a la Comisión que evalúe la conveniencia de introducir nuevas normas armonizadas en materia de responsabilidad, compensación y seguridad financiera con el fin de evitar nuevos accidentes con repercusiones transfronterizas y considerar el establecimiento de un mecanismo legislativo de indemnización de los accidentes marítimos. Además, se pide que se establezcan regímenes compensatorios capaces de abordar con eficacia y rapidez las reclamaciones transfronterizas y que cubran los daños tanto primarios como secundarios causados en todas las zonas afectadas. Se insta a los Estados miembros a que desarrollen instrumentos de garantía financiera, relativos a indemnizaciones por daños y perjuicios, tradicionales derivados de incidentes relacionados con actividades generales de petróleo y gas en alta mar o con el transporte marítimo de hidrocarburos y gas, incluso en caso de insolvencia. He votado a favor, porque entiendo que deben establecerse normas estrictas de responsabilidad civil para este tipo de accidentes, a fin de facilitar el acceso a la justicia de las víctimas.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted to keep the report as adopted in committee. The report focuses on the importance of updating existing liability systems in the Member States to ensure the application of the polluter-pays principle not only to environmental but also to traditional damages (bodily injuries/ property damages/ pure and consequential economic losses).

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A Deepwater Horizon olajfúró platform 2010. április 20-án történt felrobbanása és az amiatt keletkezett olajszennyezés nyomán került elfogadásra a tengeri olaj- és gázipari tevékenységek biztonságáról szóló irányelv azzal a céllal, hogy minimum követelményeket állapítson meg az uniós tengeri olaj- és gázipari tevékenységekkel kapcsolatos súlyos balesetek megakadályozása és az ilyen balesetek következményeinek korlátozása érdekében. Mivel a jogharmonizációra rendelkezésre álló határidő már régen lejárt, az EU egészére kiterjedő szabályozási keret alapjainak már rendelkezésre kell állniuk.

A tagállamok felelősségi rendszerei eltérőek, a kiterjedt szennyezéssel járó balesetekből eredő polgári jogi kártérítési igények többsége tagállamonként eltérő eljárásokban kerülhet érvényesítésre.

A Bizottságnak szorosan együtt kell működnie a tagállamokkal annak biztosítása érdekében, hogy a tengeri olaj- és gázipari tevékenységekre vonatkozó uniós kártérítési és pénzügyi biztosítéki rendszereket korszerűsítsék.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – Given that offshore oil and gas operations are progressively taking place in increasingly extreme environments and could potentially have major and devastating consequences for the environment and economy of the sea and coastal areas, I believe that it is necessary that the providers of these operations be liable for any damage that they may cause. Therefore I supported the resolution.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour, since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o odgovornosti, naknadi štete i financijskom jamstvu za odobalne naftne i plinske djelatnosti jer se spomenute djelatnosti odvijaju u sve ekstremnijem okružju, stoga bi potencijalno mogle imati velike i razorne posljedice za okoliš i gospodarstvo morskih i obalnih područja. Ovo Izvješće pozdravlja donošenje Direktive o odobalnoj sigurnosti 2013/30/EU, kojom se dopunjuje Direktiva o odgovornosti za okoliš 2004/35/EZ i Direktiva o procjeni učinka na okoliš 2011/92/EU, te ratifikaciju Protokola o odobalnim aktivnostima uz Barcelonsku konvenciju koju je obavilo Vijeće kao prve korake za zaštitu okoliša, ljudskih aktivnosti i sigurnosti radnika. Također, Izvješće poziva Komisiju i države članice da razmotre mogućnost uvođenja dodatnih mjera kojima bi se učinkovito zaštitile odobalne naftne i plinske djelatnosti prije no što dođe do teške nesreće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je m'oppose à ce rapport dont le but est d'étendre le champ de compétence de la Commission, comme cela est souvent le cas, au détriment du pouvoir souverain des États, la France elle-même ayant fait savoir son refus d'un tel acte. J'ai voté contre.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui recommande de mettre à jour les systèmes de responsabilité existants dans les États membres afin de garantir que, si un incident se produit dans les eaux de ces États, cela n'affecterait pas l'avenir des opérations pétrolières et gazières offshore ni de l'ensemble de l'écosystème de l'Union européenne et des acteurs locaux.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Bericht habe ich zugestimmt. Der Berichterstatter fordert eine Überarbeitung der Richtlinie über die Offshore-Sicherheiten in Bezug auf die Förderung von Erdöl und Erdgas. Offshore-Sicherheit gewinnt zunehmend an Bedeutung, da oft schwierige geografische und geologische Bedingungen wie z. B. Tiefseeumgebungen zu bewältigen sind. Angesichts des Ausmaßes und der Charakteristiken der in jüngster Zeit weltweit und in der EU gemeldeten Offshore-Öl- und Gasunfälle und „Beinahe-Unfälle" ist es unumgänglich, Maßnahmen zu treffen, welche die Wahrscheinlichkeit eines schweren Unfalls in EU-Gewässern verringern könnten.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *písemně*. – Moře a oceány jsou považovány za důležitý prvek ekologické stability země. Bohužel se v posledních letech stávají na řadě míst i skládkami odpadků. Desítky tun plastů přinášejí ročně řeky po celém světě a mořské proudy koncentrují tyto „poklady" do velkých plovoucích ostrovů. Zprávy hovoří o ploše ostrova odpadků v Atlantickém oceánu přibližně o velikosti Francie. Tím, jak se přesouvají zájmy těžařů plynů a ropy z pevniny na moře, zvyšuje se pravděpodobnost havárií jejich zařízení. Zvláště na dalekém severu bývají následky takové havárie v přírodě velmi dlouho citelné. Na jihu sice příroda „pomáhá" při likvidaci havárie daleko rychleji, ale o to horší jsou pro okolní státy ztráty z cestovního ruchu. Rybolov bývá zasažen v obou případech velmi výrazně. Je dobře, že Evropská komise se snaží sjednotit přístup k odpovědnosti za náhradu vzniklých škod. Jedině maximální koordinací zákonodárství v dané oblasti, ideálně cestou zavedení celosvětově platného standardu, lze dosáhnout výrazného pokroku. Zpráva oprávněně vyzývá Komisi k vypracování potřebných studií a sběru dat a vyzývá k součinnosti jednotlivé členské státy. Z výše uvedených důvodů zprávu vítám a podporuji.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Na plenárním zasedání 1. prosince jsem hlasovala pro zprávu o odpovědnosti, náhradě a finančním zajištění v oblasti činností v odvětví ropy a zemního plynu v moři. Více než 90 % ropy a 60 % zemního plynu těžených v Evropě pochází z činností prováděných v moři. V současnosti probíhají či jsou plánovány v teritoriálních vodách 18 členských států. Činnosti v oblasti těžby ropy a zemního plynu v moři se uskutečňují ve stále extrémnějších podmínkách, proto je třeba zavést další opatření, která by účinně zaručovala bezpečnost dříve, než dojde k nehodě, která by měla závažné a ničivé důsledky pro životní prostředí a hospodářství mořských a pobřežních oblastí. Zavedením dalších harmonizovaných pravidel na úrovni EU pro odpovědnost, kompenzaci a finanční zabezpečení bylo možné předcházet budoucím nehodám na základě zásad předběžné opatrnosti a prevence, jakož i na principu „znečišťovatel platí" a na zásadách udržitelnosti.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A Deepwater Horizon olajfúró platform 2010. április 20-én történt felrobbanása és az amiatt keletkezett olajszennyezés nyomán került elfogadásra a tengeri olaj- és gázipari tevékenységek biztonságáról szóló irányelv azzal a céllal, hogy minimumkövetelményeket állapítson meg az uniós tengeri olaj- és gázipari tevékenységekkel kapcsolatos súlyos balesetek megakadályozása és az ilyen balesetek következményeinek korlátozása érdekében. Mivel a jogharmonizációra rendelkezésre álló határidő már régen lejárt, az EU egészére kiterjedő szabályozási keret alapjainak már rendelkezésre kell állniuk.

A tagállamok felelősségi rendszereire eltérőek, a kiterjedt szennyezéssel járó balesetekből eredő polgári jogi kártérítési igények többsége tagállamonként eltérő eljárásokban kerülhet érvényesítésre.

Pár kivételtől eltekintve (Franciaország, Hollandia, Dánia) a jelenlegi felelősségi szabályok kizárólag a hajónak minősülő károkozókra terjed ki és közvetlen ok-okozati összefüggés esetén az elmaradt haszon érvényesítésére is alkalmasak.

Nincs azonban ilyen egyezmény a tengeri olaj- és gázipari tevékenységekből származó kár megtérítésére vonatkozóan, és az említett egyezmények minden valószínűség szerint nem terjednének ki az ilyen balesetekre, mivel a tengeri olaj- és gázipari létesítmények az egyezmény értelmében valószínűleg nem minősülnének „hajónak".

A Bizottságnak szorosan együtt kell működnie a tagállamokkal annak biztosítása érdekében, hogy a tengeri olaj- és gázipari tevékenységekre vonatkozó uniós kártérítési és pénzügyi biztosítéki rendszereket korszerűsítsék.

Szavazatommal ezért támogattam a jelentést.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – In fact, over 90% of oil and 60% of gas produced in Europe (EU and Norway/Iceland) comes from offshore operations. Offshore operations (exploration and exploitation) are ongoing or planned to take place in the territorial waters of 18 Member States. In view of the liability systems available in Member States, it appears there is a crucial issue as to whether the majority of civil claims from accidents resulting in widespread pollution damage will be met by the current legislative or non-legislative and ad hoc or judicial regimes in place in these States. In this context, I fully support the rapporteur's opinion that the Commission should work closely with the Member States and ensure that the compensation and financial security systems for offshore oil and gas operations in the EU are available. Thus, in this manner, the EU will assure its citizens that there is an effective compensation regime for offshore oil and gas operations accidents and that operators or other liable parties would have adequate financial assets to meet compensation claims.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'application fait suite à une communication de la Commission européenne relative à la responsabilité civile et pénale d'opérateurs couverts par la directive 2013/30/UE sur la sécurité des opérations en mer. Celle-ci étudie plus particulièrement les modalités d'indemnisation et de garanties applicables en cas d'accidents en mer. J'ai ainsi soutenu ce rapport qui propose de clarifier les systèmes de responsabilité existants dans les États membres.

Javi López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe, porque trata de clarificar los tipos de daño que deben recibir indemnización en las operaciones de gas y petróleo en alta mar, los regímenes de responsabilidad de las partes y su capacidad financiera para hacer frente a dicha indemnización en caso de ser responsables. El informe se centra en la importancia de armonizar y poner al día los sistemas de responsabilidad en los Estados miembros, para asegurar la aplicación del principio «quien contamina, paga» no sólo en el caso de daño medioambiental, sino también en caso de daños personales, a la propiedad o de pérdidas económicas netas.

El informe es relevante para España porque menciona específicamente el caso de la plataforma «Castor», siendo aplicable a las operaciones de *fracking* en alta mar. También es aplicable a casos como el del «Prestige», ya que no habla sólo de daños procedentes de infraestructuras fijas, sino también de posibles accidentes durante el proceso de transporte y la distribución del gas o petróleo.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Odobalne naftne i plinske djelatnosti izvode se sve dalje od obale i u sve dubljim vodama. Neke od njih odvijaju se i na lokacijama čiji prihodi uvelike ovise o turizmu, poput Sredozemlja. Više od 90 % nafte i 60 % plina proizvedenog u Europi dolazi s odobalnih postrojenja, a trenutačno se istraživanja i iskorištavanja odobalne djelatnosti odvijaju ili planiraju u teritorijalnim vodama 18 država članica. Uslijed izlijevanja nafte čistom ekonomskom gubitku mogu biti izloženi gospodarski ribolov i osobe uključene u akvakulturu, subjekti u sektoru turizma i druge obalne industrije.

Iako je narušavanje odobalne sigurnosti u mnogim državama obuhvaćeno kaznenim zakonom, niti definicija kaznenog djela niti vrsta i stupanj minimalnih sankcija nisu usklađeni na razini EU-a. Izvješće naglašava važnost ažuriranja postojećih sustava odgovornosti u državama članicama kako bi se osiguralo da moguća nesreća u njihovim teritorijalnim vodama ne utječe negativno na budućnost odobalnih naftnih i plinskih djelatnosti ili cijelog EU-a. Potrebno je promicati usklađeno rješenje u pogledu uvjeta za obavezno financijsko jamstvo. To bi trebalo učiniti tako da se učinkovitost načela „onečišćivač plaća" ne ugrozi određivanjem preniskog minimalnog iznosa jamstva ili ograničavanjem obaveznog osiguranja samo na osiguravateljske proizvode, stoga sam podržala ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Zmluva o fungovaní EÚ deklaruje právo členských štátov určiť podmienky využívania svojich zdrojov energie, pričom sa rešpektuje solidarita a ochrana životného prostredia. Využitie vlastných zdrojov je dôležité pre energetickú bezpečnosť aj rozmanitosť, pričom zásadná je aj otázka predchádzania nehodám pri takejto činnosti. Zo smernice o bezpečnosti na mori, prijatej v roku 2010, vyplýva objektívna zodpovednosť držiteľov povolenia na operácie na mori za prevenciu a odstraňovanie akýchkoľvek environmentálnych škôd spôsobených ich operáciami. Neobsahuje však ustanovenia o občianskoprávnej ani trestnoprávnej zodpovednosti za škody voči fyzickým alebo právnickým osobám, či už ide o ublíženie na zdraví, majetkové škody, alebo hospodársku stratu. Preto podporujem aktualizáciu systému zodpovednosti a harmonizáciu práva v tejto oblasti.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την ευθύνη, την αποζημίωση και τη χρηματοοικονομική ασφάλεια των υπεράκτιων εργασιών πετρελαίου και φυσικού αερίου, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην Ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις Βρυξέλλες στις 30/11/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Ce texte a pour objectif la modernisation des systèmes d'indemnisation et de garantie financière s'agissant des opérations pétrolières et gazières, en mer, au sein de l'Union. Ce texte se prononce en faveur de la modification et de l'élargissement du champ des compétences de la Commission alors même que la France s'est prononcée contre un tel élargissement. Nous nous opposons donc à ce texte.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Europos Parlamentas rezoliucijoje dėl atsakomybės ir kompensacijų už naftos ir dujų operacijas jūroje bei jų finansinio užtikrinimo ragina Komisiją ir valstybes nares parengti papildomas priemones, pagal kurias naftos ir dujų operacijų jūroje sauga būtų veiksmingiau užtikrinama prieš įvykstant didelei nelaimei.

Pavyzdžiui, pagal dabar galiojančią direktyvą nenumatyta civilinė atsakomybė už žalą nei fizinių, nei juridinių asmenų atžvilgiu nei baudžiamoji atsakomybė už avarijas jūroje, galimos baudos ir kitos su laisvės atėmimu nesusijusios bausmės. Nors saugos jūroje pažeidimai įtraukti į daugelio valstybių baudžiamąjį kodeksą, ES lygmeniu nesuderinta nei nusikalstamos veikos apibrėžtis, nei minimalus sankcijų pobūdis ir lygis.

Baudžiamosios atsakomybės nustatymas ES lygmeniu galėtų tapti dar viena atgrasomąja priemone, kurios neapima civilinė atsakomybė, taigi būtų galima užtikrinti geresnę aplinkos apsaugą bei saugos priemonių laikymąsi.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le rapporteur souhaite que la Commission travaille en étroite collaboration avec les États membres pour moderniser les systèmes d'indemnisation et de garantie financière visant les opérations pétrolières et gazières en mer au sein de l'UE. La Commission souhaite ainsi étendre l'étendue de son champ de compétence en la matière. Aussi me suis-je exprimée contre cette résolution.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because offshore oil and gas operations are delicate and can pose risks to citizens, the natural environment and to the economy if conducted poorly. Adequate compensation and financial security are indispensable tools to prepare ourselves to deal with potential accidents.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — J'ai décidé de voter en faveur de la proposition de résolution concernant la responsabilité, l'indemnisation et les garanties financières en ce qui concerne les opérations pétrolières et gazières en mer. Plus de 90 % du pétrole et 60 % du gaz produit en Europe proviennent d'activités en mer et 18 États membres voient dans leurs eaux des opérations en cours ou programmées. Des accidents survenant lors de ces opérations pétrolières et gazières en mer peuvent non seulement avoir de graves répercussions sur l'environnement, sur l'économie touchant le secteur de la pêche commerciale, les entreprises de l'industrie du tourisme, les entreprises touristiques ainsi que des secteurs côtiers, mais aussi, compromettre l'avenir des opérations pétrolières et gazières en mer de toute l'UE. Il est essentiel de prévenir ces accidents mais aussi d'en atténuer leurs conséquences. Pour ce faire, la modernisation des régimes de responsabilité pénale, civile et financière ainsi que des systèmes d'indemnisation et de garantie financière

comme le propose cette résolution semble tout à fait adéquate. Cela nous permettra d'aller vers plus de responsabilité non seulement envers notre environnement mais aussi envers notre économie.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on the liability, compensation and financial security for offshore oil and gas operations, which defines the elements of such a comprehensive EU-wide framework for preventing major accidents and limiting their consequences. The report deals with what kinds of damage are being paid, financial capacity of liable parties, disbursement of compensation and liability regimes.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Jogi Bizottság jelentése az tengeri olaj- és gázipari tevékenység által okozott hagyományos károkra vonatkozó felelősség, kártérítés és pénzügyi biztosítékok kérdéskörét taglalja. Következtetéseiben leszögezi, hogy a Bizottságnak szorosan együtt kell működnie a tagállamokkal annak biztosítása érdekében, hogy a tengeri olaj- és gázipari tevékenységekre vonatkozó uniós kártérítési és pénzügyi biztosítéki rendszerek

i. rendelkezzenek a harmadik felek tengeri olaj- és gázipari tevékenységek körében bekövetkező balesetek által okozott hagyományos kárainak megtérítéséről;

ii. hozzanak létre hatékony kártérítési rendszert a vonatkozó kifizetések kezelésére, valamint

iii. biztosítsák, hogy a gazdasági szereplők és az egyéb felelősséggel tartozó felek rendelkezzenek a kártérítési igények teljesítéséhez szükséges megfelelő pénzügyi eszközökkel.

A jelentés elfogadását támogattam.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le rapporteur souhaite que la Commission travaille en étroite collaboration avec les États membres pour moderniser les systèmes d'indemnisation et de garantie financière visant les opérations pétrolières et gazières en mer au sein de l'Union.

En clair, la Commission souhaite étendre l'étendue de son champ de compétence en la matière alors même que la France estime qu'elle ne veut pas d'une telle extension.

Je vote contre ce texte.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Over 90% of oil and 60% of gas produced in Europe comes from offshore operations with ongoing operations planned to take place in the territorial waters of 18 Member States. I have voted for this report that will bring together EU Member States and the Commission to work and ensure that compensation and financial security systems for offshore oil and gas operations in the EU are up to date, providing for compensation of third party claims amongst others.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This file seeks to harmonise on rules for liability, compensation and financial security with a view to preventing further accidents with cross-border implications while making sure that those liable can be held financially and legally accountable to persons and states, particularly if they damage fishing, tourism or wildlife.

It introduces the idea of a horizontal European framework for collective redress for sectors hardest hit by oil and gas spills such as fisheries and coastal tourist sectors. Although the idea of protecting both the environment by raising security standards and the idea of compensating inhabitants and workers of hard-hit areas is one I completely agree on, the usurpation of powers from Member States to the EU in this creates a subsidiarity issue.

In spite of this, it also sought the harmonisation of national legislation and areas of competence for Member States, therefore I abstained.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da durch eine strafrechtliche Haftung auf EU-Ebene eine zusätzliche abschreckende Wirkung erzielt werden kann. Somit könnte die Einhaltung der Sicherheitsmaßnahmen erhöht werden.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Komisjon peaks tegema liikmesriikidega tihedat koostööd ning tagama, et avamere nafta- ja gaasiammutamisprotsesside kompensatsioonide ja finantstagatiste süsteemid muudetaks ELis ajakohasteks ning et nendega pakutaks kolmandate isikute nõuete kompenseerimist avamere nafta- ja gaasiammutamisprotsessidest tulenevale traditsioonilisele kahjule, loodaks seotud maksete käitlemiseks tõhus kompenseerimissüsteem ning tagataks, et operaatoritel ja teistel vastutavatel osapooltel oleks piisavalt rahalisi vahendeid kompensatsiooninõuete täitmiseks.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Visų pirma, ES mastu turi būti nustatoma civilinė ir baudžiamoji atsakomybė už žalą, padarytą per avarijas, kilusias jūroje žvalgant, tiriant ir išgaunant naftą ir dujas. Be to, turi būti priimtas subalansuotas sprendimas dėl privalomo finansinio užtikrinimo ir taikomas vienodas ir visapusiškas kompensacinis mechanizmas. Reikia numatyti kompensacijas pagal trečiųjų šalių ieškinius už tradicinę žalą, taip pat veiksmingą kompensavimo tvarką atitinkamiems mokėjimams administruoti. Atsakingos šalys turi būti įpareigotos tinkamai ir laiku sumokėti teisėtai priklausančią kompensaciją tiek už žalą ir nuostolius fiziniams arba juridiniams asmenims, tiek už žalą, padarytą aplinkai. Svarbu užtikrinti, kad operatoriai ar kitos atsakingos šalys disponuotų pakankamais finansiniais ištekliais ieškiniams dėl kompensavimo patenkinti. Siekiant įgyvendinti numatytas priemones, Komisija turėtų glaudžiau bendradarbiauti su valstybėmis narėmis ir užtikrinti, kad kompensavimo ir finansinio užtikrinimo sistemos, taikomos naftos ir dujų operacijoms jūroje ES, būtų parengtos ir įgyvendintos kuo skubiau.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η έκθεση επικεντρώνεται στη σημασία της επικαιροποίησης των υφιστάμενων συστημάτων αστικής ευθύνης στα κράτη μέλη, για να εξασφαλίσουν την εφαρμογή της αρχής «ο ρυπαίνων πληρώνει», όχι μόνο για περιβαλλοντικές αλλά και για τις παραδοσιακές ζημιές (σωματικές βλάβες/υλικές ζημιές και επακόλουθες οικονομικές απώλειες). Τα επεισόδια στα ευρωπαϊκά ύδατα δεν πρέπει να επηρεάζουν αρνητικά το μέλλον των υπεράκτιων δραστηριοτήτων εκμετάλλευσης κοιτασμάτων πετρελαίου και φυσικού αερίου του εν λόγω κράτους ούτε και ολόκληρης της ΕΕ.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che, per una maggior tutela dell'ambiente marittimo, sia necessario un aggiornamento dei regimi di responsabilità vigenti negli Stati membri, in modo tale da garantire che, al verificarsi di un incidente nelle acque di tali Stati, esso non si ripercuota negativamente né sul futuro delle operazioni marittime nel settore degli idrocarburi né su quello dell'intera UE, soprattutto quando a essere danneggiati sono quei paesi che vivono di turismo marittimo. Inoltre, appare idoneo promuovere una soluzione equilibrata in merito ai requisiti di garanzia finanziaria obbligatoria perché, da un lato è necessario non allontanare le società petrolifere dalle attività in mare nel settore degli idrocarburi, dall'altro bisogna preservare l'efficacia del principio «chi inquina paga». Pertanto ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — The Offshore Safety Directive was adopted with the aim of establishing minimum requirements for preventing major accidents in offshore oil and gas operations in the EU and to limit the consequences of such accidents. I voted in favour as the report calls on the Commission to consider the establishment of a legislative compensation mechanism for offshore accidents at least for sectors that may be severely affected. Such sectors include fisheries and coastal tourism and other sectors of the blue economy.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Danas se odobalne djelatnosti odvijaju ili planiraju u teritorijalnim vodama 18 država članica, a više od 90 % nafte i 60 % plina proizvedenog u EU-u dolazi s odobalnih objekata. Smatram da Komisija treba blisko surađivati s državama članicama i osigurati da se sustavi naknade štete i financijskog jamstva za istraživanja i iskorištavanja nafte i plina u EU-u dovedu do zadovoljavajuće razine. Ističem da je važno ažurirati postojeće sustave odgovornosti u državama članicama kako bi se osiguralo da moguća nesreća u njihovim teritorijalnim vodama ne utječe negativno na budućnost odobalnih djelatnosti tih država niti na budućnost cijelog EU-a ako bi se nesreća dogodila u području čiji prihodi uvelike ovise o turizmu. Stoga pozivam Komisiju da ponovno razmotri potrebu za uvođenjem zajedničkih normi EU-a u pogledu sustava za podnošenje zahtjeva za naknadu i otklanjanje štete. Broj odobalnih objekata će u budućnosti vjerojatno porasti, osobito u Sredozemlju i na Crnom moru, zbog čega je hitno potrebno u cijelosti provesti Direktivu 2013/30/EU i osigurati odgovarajući pravni okvir za upravljanje svim odobalnim djelatnostima. Ističem da se u skladu s člankom 191. UFEU-a politika Unije u području okoliša mora temeljiti na načelima opreza te preventivnog djelovanja.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le rapporteur souhaite que la Commission travaille en étroite collaboration avec les États membres pour moderniser les systèmes d'indemnisation et de garantie financière visant les opérations pétrolières et gazières en mer au sein de l'Union. En clair, la Commission souhaite étendre l'étendue de son champ de compétence en la matière alors même que la France estime qu'elle ne veut pas d'une telle extension. Je vote donc contre ce texte qui porte atteinte à la souveraineté des États.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Djelovanje EU-a u morskim i obalnim područjima mora biti usmjereno na postizanje visokog stupnja zaštite budući da se odobalne naftne i plinske djelatnosti odvijaju u sve ekstremnijem okružju i mogu potencijalno imati velike i razorne posljedice za okoliš i gospodarstvo tih područja - a čak i prekogranični štetni utjecaj. Ribarstvo i turizam, te drugi sektori što se oslanjaju na dobre uvjete u zajedničkom morskom okolišu moraju se zaštititi donošenjem preventivnih mjera i osmišljavanjem djelotvornih praksi. Donošenje Direktive o odobalnoj sigurnosti 2013/30/EU važan je korak u tom smjeru te apeliram na države članice koje još nisu - da što prije prenesu navedenu i sve prethodne direktive u svoje nacionalno zakonodavstvo. Želim također istaknuti da bi se zloupotreba ili nesreće povezane s aktivnostima trgovačkih društava kvantitativno i kvalitativno trebale ocjenjivati, uz obuhvaćanje svih sekundarnih učinaka. Potreban je europski okvir temeljen na zakonodavstvu najnaprednijih država članica, koji će osigurati učinkovite odštetne mehanizme za pogođene žrtve i sektore. Komisija bi trebala procijeniti bi li horizontalni europski okvir za kolektivnu pravnu zaštitu bio moguće rješenje za to. Sustavima za naknadu štete, što počivaju na zajedničkim normama, može se omogućiti rješavanje prekograničnih zahtjeva učinkovito i u razumnom roku, bez diskriminiranja podnositelja zahtjeva iz različitih država Europskog gospodarskog prostora.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Fomos contra a aprovação da Diretiva de Segurança Offshore, pelo enfraquecimento dos seus requisitos no processo negocial e a ausência de uma moratória sobre exploração de recursos fósseis no Ártico. A presente resolução avança diversas críticas em relação a esta e outras Diretivas que existem sobre a matéria, que acompanhamos, mas nada avança em relação à moratória, limitando-se a sugerir uma avaliação de impacto ambiental. Pede a imediata ratificação dos Acordos da COP21 de Paris, ignorando as suas profundas limitações. Defende a comunitarização do direito penal, que, quer pela indicação de objetivos e metas políticas, quer pela imposição concreta de regimes jurídicos, soluções processuais ou de organização da estrutura judiciária, que em Portugal tem constituído incentivo e cobertura às políticas nacionais contrárias aos interesses dos trabalhadores e do povo e que contribuem para a descaracterização do regime democrático também no plano judiciário. Carece de maior clareza na procura de soluções do ponto de vista internacional com a mediação da ONU sobre esta matéria, procurando uma maior responsabilização das multinacionais pelos danos causados, ideias que poderiam ser expostas de forma mais incisiva.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. — Výzkum a těžba ropy a plynu v pobřežních vodách se stále častěji odehrává v extrémních podmínkách a lokalitách a mohou mít zásadní až devastující dopady na mořské ekosystémy, životní prostředí i ekonomiku přímořských oblastí. Je to velmi citlivé téma v závislosti na obrovské moci těžařského průmyslu. S radostí jsem tedy podpořil zprávu, která požaduje garanci nezávislosti příslušných úřadů v členských státech a která vyzývá Komisi k vytvoření jednotných pravidel určování odpovědnosti, finančního zabezpečení a případného odškodnění. Zatím se tato pravidla v rámci jednotlivých členských států dost zásadně liší a myslím proto, že je nutné vytvořit jednotný evropský rámec založený na modelech nejvyspělejších zemí. Harmonizovaná by pak měla být samozřejmě definice trestných činů a sankcí při porušení pravidel bezpečnosti v pobřežních vodách.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie wzywa w dużej mierze do zwiększenia zakresu odpowiedzialności związanej ze złożami ropy naftowej i gazu ziemnego na obszarach morskich. Apeluje o unijne ramy odpowiedzialności w tej dziedzinie, występując o harmonizację minimalnej odpowiedzialności za szkody cywilne i zalecając wspólny mechanizm na szczeblu UE w celu postępowania z incydentami (inna agencja).

Wzywa się także Komisję, by rozważyła utworzenie prawnego mechanizmu rekompensaty, i proponuje się rozszerzenie jego zakresu na szkody wtórne (ust. 3). Wnosi się również do Komisji o dodanie poważnych awarii w sektorze wydobycia ropy naftowej do dyrektywy o przestępstwach przeciwko środowisku, wyrażając ubolewanie, że definicje przestępstw w tym zakresie nie zostały zharmonizowane.

Co równie istotne, apeluje się do Komisji o rozważenie propozycji dotyczącej ustanowienia funduszu tworzonego z opłat wnoszonych przez sektor morskiej działalności wydobywczej. Niemniej jednak poprawki w sprawie minimalnej ingerencji w politykę krajową zostały zignorowane.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte sur la responsabilité, l'indemnisation et les garanties financières pour les opérations pétrolières et gazières en mer. En effet, la directive fixant les exigences minimales pour empêcher les accidents graves lors des opérations pétrolières et gazières en mer ne traite pas de ces questions. Il est indispensable d'établir un régime de responsabilité et d'indemnisation harmonisé à l'échelle de l'Union, qui permette à la fois de protéger les secteurs touchés par ces accidents mais aussi de faire en sorte que les exploitants ou toute autre partie responsable disposent des finances nécessaires pour faire face aux demandes d'indemnisation.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against this non-legislative report on compensation for offshore oil and gas operations. This report is trying to harmonise the civil claims process for offshore accidents, however the report does not even consider the fact that the international framework for each Member State differs and it cannot be harmonised on matters of this issue.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He votado a favor del informe sobre responsabilidad, indemnización y seguridad financiera en las operaciones de gas y petróleo en alta mar, con el que se clarifica la OSD en lo referente a los tipos de daño que deben recibir indemnización, los regímenes de responsabilidad de cada una de las partes y la capacidad financiera necesaria para hacer frente a esta indemnización, en el caso de que sean responsables. Con ello se pretende armonizar y actualizar los sistemas de responsabilidad de los Estados miembros, asegurando el principio «quien contamina, paga». De este modo se evitaría que un posible accidente en aguas europeas pueda afectar negativamente a operaciones de gas y petróleo futuras, tanto en el Estado miembro, como en el conjunto de la Unión.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen du 1er décembre 2016 sur la responsabilité, l'indemnisation et les garanties financières pour les opérations pétrolières et gazières en mer. À cet égard, je me félicite de l'adoption de plusieurs directives relatives notamment à la sécurité des opérations pétrolières et gazières en mer et à la responsabilité environnementale. En outre, cette résolution est importante car elle précise davantage la responsabilité environnementale ou civile en cas d'incident, ainsi que les indemnisations et les garanties financières résultant des accidents liés à des opérations pétrolières et gazières en mer.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Atsakomybės už jūroje įvykstančias su angliavandenilių išgavimu susijusias avarijas klausimas yra ganėtinai sudėtingas ir, mano manymu, nepakankamai reglamentuotas. Todėl sveikinu šią iniciatyvą praplėsti esamą teisinę bazę, kartu ją padarant aiškesnę.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este relatório de iniciativa baseia-se na Diretiva n.º 2013/30/UE relativa à segurança das operações *offshore*, complementada pelas Diretivas respeitantes à responsabilidade ambiental e à avaliação de impacto ambiental.

Nela se preconiza o estabelecimento de requisitos mínimos para a prevenção dos acidentes graves nas operações *offshore* de petróleo e gás na UE e a minoração das suas consequências.

Na verdade, os Estados-Membros encontram-se em incumprimento quanto à atualização dos respetivos quadros legislativos nacionais em relação às operações de petróleo e gás para poder harmonizá-los de acordo com a chamada «Diretiva Segurança *Offshore*». Por essa razão torna-se extremamente importante estabelecer os elementos de base de um quadro global da UE.

Concordo com as propostas apresentadas pelo relator no que respeita à necessidade da Diretiva contemplar um capítulo sobre a responsabilidade por danos civis causados a pessoas singulares e coletivas, bem como um capítulo em matéria de responsabilidade penal por acidentes *offshore*.

Também ao nível dos requisitos de garantia financeira obrigatório, é necessário chegar a uma solução equilibrada, que não comprometa a eficácia do princípio do poluidor-pagador.

Por ser necessária uma modernização dos regimes de indemnização e de garantia financeira para as operações *offshore* nos moldes propostos, votei-o favoravelmente.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, porque considero fundamental introducir nueva regulación para minimizar los daños de un posible accidente en las operaciones de gas y petróleo *offshore*: más aún cuando la Unión está impulsando su desarrollo sin tomar en cuenta sus riesgos e impacto. Comparto la necesidad de establecer un mecanismo de compensación para proteger a sectores potencialmente afectados, como el pesquero y el turístico; de facilitar que las víctimas puedan recurrir a la justicia y de asegurarse, mediante contribuciones específicas, que la industria *offshore* realmente paga, y pido a la Comisión que actúe de acorde a la petición del Parlamento. Por estos motivos mi voto ha sido favorable.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted to keep the report as adopted in committee. The report focuses on the importance of updating existing liability systems in the Member States to ensure the application of the polluter-pays principle not only to environmental but also to traditional damages (bodily injuries/property damages/pure and consequential economic losses).

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Aj keď od roku 1988 nedošlo k rozsiahlej havárii v EÚ, nehody spôsobené ropnými plošinami na ťažbu zemného plynu na mori majú čoraz vážnejší dosah na fyzické alebo právnické osoby, či už ide o ublíženie na zdraví, majetkovú škodu, alebo hospodársku stratu. Keďže operácie prieskumu ložísk a ťažby ropy a zemného plynu na mori prebiehajú v čoraz extrémnejších prostrediach a potenciálne môžu mať závažné a ničivé dôsledky na životné prostredie a hospodárstvo v morských a pobrežných oblastiach, súhlasím s tým, aby sa z úrovne EÚ a členských štátov stanovili prísnejšie pravidlá občianskoprávnej zodpovednosti pri nehodách na mori. Podporila som aktuálne uznesenie, pretože som presvedčená, že je dôležité mať k dispozícii účinné a primerané mechanizmy náhrad a rýchle a primerané mechanizmy vybavovania nárokov pre ľudí, zvieratá a životné prostredie ako obete škôd spôsobených operáciami prieskumu ložísk a ťažby ropy a zemného plynu na mori, ako aj dostatočné zdroje na obnovu hlavných ekosystémov. Mrzí má, že mnoho členských štátov ešte stále nevykonáva príslušné ustanovenia smernice o bezpečnosti na mori; preto očakávam, že Komisia v ďalšom období zabezpečí jej dôkladné monitorovanie a vykonávanie.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Da bi vzpostavila minimalne zahteve za preprečevanje in omejila posledice večjih nesreč pri naftnih in plinskih dejavnostih na morju, je Evropska unija sprejela direktivo o varnosti na morju kot odgovor na hudo eksplozijo na ploščadi Deepwater Horizon.

Poročilo Parlamenta poziva k polnemu izvajanju in uveljavljanju te direktive in poudarja, da je nujna vzpostavitev ustreznega pravnega okvira za urejanje vseh pomorskih dejavnosti, preden pride do naslednje hude nesreče na morju. Poročilo sem pri glasovanju podprl, saj izpostavlja dva zelo pomembna vidika.

Prvič, poročilo izraža zaskrbljenost, da je v direktivi o varnosti na morju nesreča opredeljena kot „večja“ le, če pride do smrtnih žrtev ali hudih telesnih poškodb, ne vključuje pa morebitnih hudih posledic za okolje, ko nesreča na primer močno prizadene zaščitena območja ali zaščitene vrste.

In drugič, poročilo pravilno poudarja, da učinkovita uporaba načela „onesnaževalec plača“ za naftne in plinske dejavnosti na morju v skladu z načelom trajnostnega razvoja ne bi smela zajemati le stroškov sanacije okoljske škode, ampak tudi poravnavo odškodninskih zahtevkov.

Poleg tega poročilo še izpostavlja, da bi bilo treba uvesti stroge predpise o odgovornosti pri nesrečah na morju, ki bi žrtvam olajšali dostop do pravnega varstva.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Na het Deepwater Horizon-incident in 2010, dat een regelrecht drama voor het milieu betekende, stelt het Europees Parlement terecht voor om exploitanten van offshore gas- en olieactiviteiten aansprakelijk te stellen voor het voorkomen en het herstellen van de milieuschade die zou ontstaan door hun activiteiten. Daarnaast moeten ze garanderen dat ze over voldoende financiële middelen beschikken om de schade te vergoeden.

Ik stem voor het verslag omdat het aangeeft dat het hoog tijd is deze aanbevelingen in wetgeving om te zetten en daadwerkelijk uit te voeren. Dit is een wake-upcall!

De erkenning dat een ongeval door dergelijke activiteiten zowel ernstige gevolgen kan hebben voor de mens als voor het milieu en het proces waarbij burgers gemakkelijker schadeclaims kunnen inroepen, zijn enkele belangrijke groene punten die opgenomen zijn in het verslag. Verder benadrukken we het principe “de vervuiler betaalt”. Er is absoluut een fonds nodig, gesponsord en gefinancierd door de offshore-industrie, dat kan inspringen als een exploitant financieel niet in staat is de schadelijke gevolgen voor mens en planeet bij een accident ten gevolge van de offshore-activiteiten te kunnen dragen en te vergoeden.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Prieskum ložísk a ťažba ropy a zemného plynu na mori sa vďaka technologickým možnostiam čoraz viac presúva do extrémnejších podmienok, hĺbky či vzdialenosti od pobrežia. Nehody na takýchto zariadenia môžu mať vážne následky pre životné prostredie, ale aj napríklad pre turizmus. Preto treba zabezpečiť európsky právny rámec, ktorý zabezpečí efektívny kompenzačný mechanizmus pre postihnuté subjekty.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie onthield zich bij stemming over dit verslag betreffende de aansprakelijkheid, compensatie en financiële zekerheid voor offshoreolie- en -gasactiviteiten. Hoewel de bescherming van het milieu en de volksgezondheid absolute topprioriteiten zijn voor N-VA, kiest het verslag helaas voor een verkeerde aanpak. Het bevat talrijke oproepen tot harmonisatie zowel op het vlak van civielrechtelijke als strafrechtelijke aansprakelijkheid.

Daarmee miskent het niet alleen de bevoegdheden van de lidstaten, het gaat ook voorbij aan de bestaande – Europese en nationale – regelgeving. Door deze laatste wordt reeds een erg hoog beschermingsniveau verzekerd. Overigens moet bestaande wetgeving ook de tijd krijgen zijn effectiviteit te bewijzen alvorens dadelijk door nieuwe voorstellen te worden vervangen. Wijzen we hiertoe bijvoorbeeld op de Richtlijn offshoreveiligheid waarvoor pas halverwege 2015 de omzettingstermijn verstreek. Een tegenstem was voor N-VA echter niet aan de orde. Een onthouding is aldus haar signaal dat milieubelangen een centrale plaats opeisen in de Europese en nationale beleidsvoering.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu Haftung, Schadenersatz und Deckungsvorsorge für Offshore-Erdöl- und -Erdgasaktivitäten habe ich nicht zugestimmt.

Mit diesem Bericht mischt sich das EU-Parlament tief in nationale Angelegenheiten ein. Die Mitgliedstaaten haben das Recht, die Bedingungen für die Nutzung ihrer Energieressourcen selbst zu bestimmen. Gleichwohl berührt die Entschließung in mehreren Punkten dieses nationale Recht. Zudem bedauert die Entschließung, dass die zivilrechtliche Haftung in den Mitgliedstaaten höchst unterschiedlich geregelt ist. Das ist im Gegenteil nicht bedauerlich, sondern zu begrüßen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Izvješće se bazira na principu preventivnog djelovanja i održivosti te načelu „onečišćivač plaća".

Poziva se Komisija da ponovno razmotri potrebu za uvođenjem zajedničkih normi EU-a u pogledu sustava za podnošenje zahtjeva za naknadu i otklanjanje štete.

Uvođenjem kaznene odgovornosti na razini EU-a mogao bi se pojačati učinak odvraćanja izvan granica građanskopravnih sankcija, čime bi se mogla poboljšati zaštita okoliša i usklađenost sa sigurnosnim mjerama.

Potiču se Komisija i države članice da razmotre uspostavu zakonodavnog mehanizma naknade štete za priobalne nesreće za sektore koji bi mogli pretrpjeti teške posljedice, kao što su ribarstvo i obalni turizam te drugi sektori plavog gospodarstva.

Prihvaćam ovo Izvješće jer je potrebno izgraditi učinkovit sistem naplate štete prouzročene naftnim i plinskim postrojenjima u priobalju. To bi potaknulo tvrtke na veća ulaganja u sigurnost pri radu te u slučaju nesreće ubrzalo isplate odštete najpogođenijim sektorima.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o odgovornosti, odškodninah in finančnem jamstvu za naftne in plinske dejavnosti na morju.

Podpiram poročilo, ki poziva države članice, ki še niso prenesle direktiv o okoljski odgovornosti ter o presoji vplivov na okolje, da to nemudoma storijo, hkrati pa zagotovijo neodvisnost pristojnih organov, Komisija pa mora oceniti, ali je primerno uvesti dodatna harmonizirana pravila o odgovornosti, odškodnini in finančni varnosti. Le tako bomo preprečili morebitne nadaljnje nesreče s čezmejnimi posledicami.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η οδηγία δεν ρυθμίζει την αστική ευθύνη για ζημία σε όλο της το εύρος, είτε αφορά φυσικά είτε νομικά πρόσωπα, είτε πρόκειται για σωματική βλάβη, είτε για υλικές ζημίες, είτε για οικονομική απώλεια, καθαρή ή παρεπόμενη. Επίσης, δεν ρυθμίζονται η ποινική ευθύνη για υπεράκτια ατυχήματα, τα πιθανά πρόστιμα ή άλλες μη στερητικές της ελευθερίας ποινές.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A Deepwater Horizon olajfúró platform 2010. április 20-án történt felrobbanása és az amiatt keletkezett olajszennyezés nyomán került elfogadásra a tengeri olaj- és gázipari tevékenységek biztonságáról szóló irányelv azzal a céllal, hogy minimumkövetelményeket állapítson meg az uniós tengeri olaj- és gázipari tevékenységekkel kapcsolatos súlyos balesetek megakadályozása és az ilyen balesetek következményeinek korlátozása érdekében. Mivel a jogharmonizációra rendelkezésre álló határidő már régen lejárt, az EU egészére kiterjedő szabályozási keret alapjainak már rendelkezésre kell állniuk.

A tagállamok felelősségi rendszerei eltérőek, a kiterjedt szennyezéssel járó balesetekből eredő polgári jogi kártérítési igények többsége tagállamonként eltérő eljárásokban kerülhet érvényesítésre.

Pár kivételtől eltekintve (Franciaország, Hollandia, Dánia) a jelenlegi felelősségi szabályok kizárólag a hajónak minősülő károkozókra terjed ki és közvetlen ok-okozati összefüggés esetén az elmaradt haszon érvényesítésére is alkalmasak.

Nincs azonban ilyen egyezmény a tengeri olaj- és gázipari tevékenységekből származó kár megtérítésére vonatkozóan, és az említett egyezmények minden valószínűség szerint nem terjednének ki az ilyen balesetekre, mivel a tengeri olaj- és gázipari létesítmények az egyezmény értelmében valószínűleg nem minősülnének „hajónak”.

A Bizottságnak szorosan együtt kell működnie a tagállamokkal annak biztosítása érdekében, hogy a tengeri olaj- és gázipari tevékenységekre vonatkozó uniós kártérítési és pénzügyi biztosítéki rendszereket korszerűsítsék.

Szavazatommal ezért támogattam a jelentést.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – A tengeri olaj- és gázipari tevékenységnek többféle negatív hatása is van. A nyilvánvaló katasztrófáknak is megvan ugyan az esélye, de e kitermelési formák és termékek emellett állandó károkat is okoznak, amit csak közös fellépéssel lehet orvosolni. Ebben természetesen a tagállamoknak is van felelősségük. A visszatérően megjelenő problémák körében említhetjük a késztermék elégetésekor keletkező káros anyag kibocsátást vagy az egyszer használatos műanyag eszközök környezetterhelő jelenségét is.

A jelentést támogattam, amely megfogalmazza, hogy a környezetet- és az emberi életet károsító tevékenységeket komoly szankciókkal kell büntetni, az elővigyázatosság elvét alkalmazni és a kármentesítést kollektív jogorvoslattal összekötni szükséges. A fosszilis, tengeri kitermeléssel kapcsolatban már 2013-ban irányelv született, tagállami átültetésével azonban sajnos több ország késlekedik. A károk elhárításának egyik igen fontos eszköze a „szennyező fizet elv”, amelyet más területeken is bevezették már az európai jogszabályok.

Magyarországot illetően ez a megközelítés markánsan jelent meg például a vörösiszap- katasztrófa 5 éves évfordulója alkalmából készített európai parlamenti állásfoglalásban is. Átlátható és gyors kártalanítási folyamatra és szigorú monitoring rendszerre van szükség. Fokozatosan, de minél gyorsabban meg kell szüntetni a fosszilis és nukleáris energia használatát.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Po wybuchu i wycieku ropy naftowej z platformy Deepwater Horizon przyjęta została dyrektywa w sprawie bezpieczeństwa działalności związanej ze złożami ropy naftowej i gazu ziemnego na obszarach morskich. Jej celem jest ustanowienie minimalnych wymogów w zakresie zapobiegania poważnym awariom w ramach tego rodzaju działalności oraz w celu ograniczenia skutków takich awarii.

Dyrektywa przewiduje, iż koncesjobiorcy ponoszą bezwzględną odpowiedzialność za zapobieganie szkodom w środowisku spowodowanym ich działalnością oraz za usuwanie tych szkód. Dyrektywa nie reguluje jednak odpowiedzialności cywilnej za szkody wyrządzone osobom fizycznym lub prawnym. Nie ustanawia także odpowiedzialności karnej za awarie na obszarach morskich.

W związku z tym Komisja Europejska powinna podjąć ściślejszą współpracę z państwami członkowskimi w celu dopilnowania, aby systemy odszkodowań i zabezpieczeń finansowych w odniesieniu do działalności związanej ze złożami ropy naftowej i gazu ziemnego na obszarach morskich w UE umożliwiały szybkie i właściwe rozpatrywanie roszczeń o odszkodowania. Równie ważne jest zapewnienie ram prawnych dla działań służących naprawianiu szkód w środowisku powstałych w wyniku awarii na obszarach morskich, zgodnie z zasadą „zanieczyszczający płaci”.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Este cunoscut faptul că activitățile petroliere și gaziere offshore de prospectare, explorare și producție necesită un nivel ridicat de protecție, datorită impactului major asupra tuturor celor interesați și, mai cu seamă, asupra mediului. Măsurile UE privind acest domeniu trebuie, în mod imperios necesar, să fie fundamentate pe principiile precauției, prevenției și sustenabilității și armonizate la nivel internațional. Evident, poluatorul plătește pentru daunele sociale și economice, deoarece incidentele din sectorul petrolului și gazelor din UE au repercusiuni grave și durabile, directe și indirecte nu doar asupra mediului, ci și asupra diferitelor sectoare de activitate, mai ales sectoarele „economiei albastre" (turismul de litoral, pescuitul etc.) și comunității. Ca atare, devine indispensabilă implementarea unui mecanism legislativ, pe baza evaluării transpunerii și aplicării DRM și a DSO, necesar nu doar compensării/despăgubirii adecvate și eficiente, dar și remedierii daunelor tradiționale, aplicabil pe întreg teritoriul UE, pentru toate categoriile de daune aduse mediului, persoanelor (fizice și juridice), comunității, economiei, societății, în general. În cadrul respectivului mecanism, statele membre trebuie să includă garanția existentei și/sau susținerii, facilitării mijloacelor financiare adecvate (inclusiv instrumente de garanție financiară) la nivelul operatorilor din domeniu sau persoanelor responsabile, necesare acoperirii daunelor și refacerii ecosistemelor.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – The scope of this report is to underline the importance of updating existing liability systems in the European Union, such as the Offshore Safety Directive, to ensure the application of the polluter-pays principle not only to environmental but also to traditional damages (bodily injuries/property damage/pure and consequential economic losses). It is crucial to have effective and adequate compensation mechanisms and claims handling mechanisms for such damage, especially in areas largely dependent on tourism for revenue. Such damage would limit the arrival of tourists and reduce the total revenue in those particular areas of the European Union. Therefore, there is an urgent need for compensation and financial security systems to be brought to speed and to make up for the lost money. As an advocate of the tourism industry in the European Parliament, I support this report.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – L'efficacité des régimes nationaux de responsabilité pour les dommages traditionnels résultant d'une pollution causée par des opérations pétrolières et gazières en mer, les régimes de traitement des demandes d'indemnisation, la disponibilité des instruments de garantie financière et les exigences relatives aux garanties financières sont étroitement liés.

Il faut moderniser les systèmes d'indemnisation et de garantie financière visant les opérations pétrolières et gazières en mer au sein de l'Union, et notamment pour:

— prévoir l'indemnisation des tiers ayant subi des dommages traditionnels résultant d'accidents survenus dans le cadre d'opérations pétrolières et gazières en mer;

— mettre en place un régime d'indemnisation efficace aux fins du traitement des paiements correspondants;

— faire en sorte que les exploitants ou toute autre partie responsable disposent des finances nécessaires pour faire face aux demandes d'indemnisation.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – In un momento in cui gli Stati membri stabiliscono le condizioni per lo sfruttamento delle risorse energetiche del settore degli idrocarburi, è importante ricordare il tributo di molti lavoratori, che nel corso degli anni hanno perso la vita. Considerando che le fonti interne di petrolio e gas possono contribuire in modo significativo al fabbisogno energetico esistente in Europa, si deve tener presente che le operazioni di petrolio e gas offshore si stanno verificando in ambienti sempre più estremi e potrebbero avere conseguenze importanti per l'ambiente e devastanti per l'economia del mare e delle zone costiere. Nonostante la produzione di petrolio e gas nel Mare del Nord sia in declino negli ultimi anni, il numero di impianti offshore è destinato ad aumentare, in particolare nel Mediterraneo e nel Mar Nero. Per prevenire che gli incidenti causati da piattaforme petrolifere e di gas offshore portino con loro dannose conseguenze transfrontaliere, l'azione dell'UE deve essere finalizzata alla prevenzione e alla mitigazione delle conseguenze di tali incidenti, nell'interesse massimo del lavoratore. La politica ambientale dell'Unione deve inoltre essere basata sul principio di precauzione.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o odgovornosti, naknadi štete i financijskom jamstvu za odobalne naftne i plinske djelatnosti. Smatram da je od velike važnosti ažurirati postojeće sustave odgovornosti u svim državama članicama Europske unije s ciljem da se osigura da eventualne nesreće unutar 12 nautičkih milja država članica ne utječu negativno na naftne i plinske djelatnosti cijele Europske unije. Pogotovo ako bi se nesreća dogodila u državi članici čiji prihodi ovise o turizmu. Također, smatram da je ispravno pozivanje Europske komisije da razmotri potrebu za uvođenjem zajedničkih normi Unije u vidu sustava za podnošenje zahtjeva za naknadu i otklanjanje štete. Podržavam inicijativu da se u sustav uključe žrtve kolateralne štete povezane s radom odobalnih objekata te osobe koje zadovoljavaju generalne uvjete za dobivanje odštete.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Ovo izvješće na vlastitu inicijativu prvenstveno traži proširenje odgovornosti *offshore* operacija vezanih uz naftu i plin. Konkretno, traži se donošenje okvira Unije o odgovornosti u navedenom segmentu, tražeći harmonizaciju pravila koja se tiču minimalne odgovornosti za štete koje nastaju u civilnom sektoru, te preporuke za zajedničke mehanizme u odnosu na potencijalne incidente.

Mnogi amandmani koji su pozivali na razumnije, odnosno minimalno miješanje Komisije u nacionalnu politiku u navedenom segmentu, ignorirani su ili odbačeni.

Stoga sam glasovala protiv.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o odgovornosti, odškodninah in finančnem jamstvu za naftne in plinske dejavnosti na morju sem podprla.

Naftne in plinske dejavnosti na morju se izvajajo vse dlje od kopnega in pogosto v veliko globlji vodi kot prej. Nekatere dejavnosti potekajo v zelo neusmiljenih okoljih, kot je Arktika.

Aprila 2010 se je zgodila eksplozija na ploščadi Deep Water in povzročila razlitje. Po tej je bilo jasno, da je potrebno vzpostaviti minimalne zahteve za preprečevanje večjih nesreč pri naftnih in plinskih dejavnostih na morju v EU in omejiti posledice takšnih nesreč (po nesreči je bila sprejeta direktiva o varnosti na morju).

Potrebno je posodobiti veljavne sisteme odgovornosti v državah članicah, če želimo, da incidenti v vodah držav članic ne bi negativno vplivali na naftno in plinsko dejavnost na morju.

Komisija mora tesno sodelovati z državami članicami in zagotoviti, da bo sistem odškodnin in finančnih jamstev za naftne in plinske dejavnosti na morju v EU posodobljen, natančneje, da se omogočijo odškodninski zahtevki tretjih oseb za tradicionalno škodo, ki je posledica naftnih in plinskih dejavnosti na morju. Zato pa je potrebno tudi vzpostaviti učinkovit odškodninski sistem.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – En este informe se pide a la Comisión que evalúe la conveniencia de introducir nuevas normas armonizadas en materia de responsabilidad, compensación y seguridad financiera con el fin de evitar nuevos accidentes con repercusiones transfronterizas y considerar el establecimiento de un mecanismo legislativo de indemnización de los accidentes marítimos. Además, se pide que se establezcan regímenes compensatorios capaces de abordar con eficacia y rapidez las reclamaciones transfronterizas y que cubran los daños tanto primarios como secundarios causados en todas las zonas afectadas. Se insta a los Estados miembros a que desarrollen instrumentos de garantía financiera, relativos a indemnizaciones por daños y perjuicios, tradicionales derivados de incidentes relacionados con actividades generales de petróleo y gas en alta mar o con el transporte marítimo de hidrocarburos y gas, incluso en caso de insolvencia. He votado a favor, porque entiendo que deben establecerse normas estrictas de responsabilidad civil para este tipo de accidentes, a fin de facilitar el acceso a la justicia de las víctimas.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le rapporteur souhaite que la Commission travaille en étroite collaboration avec les États membres pour moderniser les systèmes d'indemnisation et de garantie financière visant les opérations pétrolières et gazières en mer au sein de l'Union.

En clair, la Commission souhaite étendre l'étendue de son champ de compétence en la matière alors même que la France estime qu'elle ne veut pas d'une telle extension.

J'ai voté contre ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Obecny stan prawny nie wymaga większych zmian. Dyrektywa w sprawie bezpieczeństwa jest pozytywnie odbierana przez opinie publiczną, więc nie należy jej w większym stopniu zmieniać. Niestety zaproponowane przepisy idą o wiele dalej, niż początkowo przypuszczano. W dłuższej perspektywie przepisy te mogą być postrzegane negatywnie, dlatego głosowałem przeciw sprawozdaniu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A tengeri olaj- és gázipari tevékenységek a szárazföldtől egyre messzebb folynak, és gyakran sokkal mélyebb vizeken, mint a korábbiakban. Egyes tevékenységeket rendkívül nehéz körülmények között végeznek – például az északi sarkvidéken –, illetve olyan helyeken, amelyek bevételének nagy része a turizmustól függ – például a Földközi-tengeren vagy az Égei-tengeren. Támogattam a dokumentumot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – En este informe se pide a la Comisión que evalúe la conveniencia de introducir nuevas normas armonizadas en materia de responsabilidad, compensación y seguridad financiera con el fin de evitar nuevos accidentes con repercusiones transfronterizas y considerar el establecimiento de un mecanismo legislativo de indemnización de los accidentes marítimos. Además, se pide que se establezcan regímenes compensatorios capaces de abordar con eficacia y rapidez las reclamaciones transfronterizas y que cubran los daños tanto primarios como secundarios causados en todas las zonas afectadas. Se insta a los Estados miembros a que desarrollen instrumentos de garantía financiera, relativos a indemnizaciones por daños y perjuicios, tradicionales derivados de incidentes relacionados con actividades generales de petróleo y gas en alta mar o con el transporte marítimo de hidrocarburos y gas, incluso en caso de insolvencia. He votado a favor, porque entiendo que deben establecerse normas estrictas de responsabilidad civil para este tipo de accidentes, a fin de facilitar el acceso a la justicia de las víctimas.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted on the report on liability, compensation and financial security for offshore oil and gas operations. Offshore oil and gas operations are being carried out further from land and often in much deeper waters than has previously been the case. Some operations are taking place in harsh environments and in locations that depend on tourism for a large part of their income. Following the explosion and oil spill from Deepwater Horizon on 20 April 2010, the Offshore Safety Directive was adopted with the aim of establishing minimum requirements for preventing major accidents in offshore oil and gas operations in the EU and to limit the consequences of such accidents. Member States had until 19 July to update their national legislative frameworks for offshore oil and gas operations to be in line with the Offshore Safety Directive. I voted in favour because I believe that it is of utmost importance to update the existing liability systems in the Member States to ensure that if an incident occurs in the waters of these states, it would not adversely affect the future of offshore oil and gas operations nor that of the entire EU.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, porque considero fundamental introducir nueva regulación para minimizar los daños de un posible accidente en las operaciones de gas y petróleo *offshore*: más aún cuando la Unión está impulsando su desarrollo sin tomar en cuenta sus riesgos e impacto. Comparto la necesidad de establecer un mecanismo de compensación para proteger a sectores potencialmente afectados, como el pesquero y el turístico; de facilitar que las víctimas puedan recurrir a la justicia y de asegurarse, mediante contribuciones específicas, que la industria *offshore* realmente paga, y pido a la Comisión que actúe de acorde a la petición del Parlamento. Por estos motivos mi voto ha sido favorable.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório parte de um problema que é o aumento das explorações *offshore* de gás e petróleo em Alto Mar, principalmente no Mar do Norte, mas também no Mar Negro e no Mar Mediterrâneo. 90% do petróleo produzido na Europa e 60% do gás vêm de produções de *offshore*. 73% do petróleo da Europa vem do Mar do Norte. O aumento de explorações devido a necessidade energéticas, poderá levar a acidentes cujos danos nas pessoas, na economia, no meio ambiente, que devem ser prevenidos e reparados. Isto apesar de não se registar um grande acidente desde 1988 na Escócia. Contudo registaram-se milhares de acidentes mais pequenos com danos. É no sentido de procurar um regime uniforme nesta matéria, que surge este relatório.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Berichterstatter behandelt die verschuldensunabhängige Haftung für Umweltschäden aus Offshore-Tätigkeiten. Mehr als 90% des in Europa geförderten Erdöls sowie 60% des geförderten Erdgases stammen aus Offshore-Aktivitäten. Diesbezüglich wurde 2014 die Richtlinie über die Offshore-Sicherheit erlassen, wodurch Lizenzinhaber verschuldensunabhängig für die Vermeidung und Sanierung sämtlicher aus ihrer Tätigkeit resultierender Umweltschäden haftbar gemacht werden können.

Der Berichterstatter fordert nun aber eine Überarbeitung der Richtlinie bzw. zählt die Unzulänglichkeiten der bestehenden Richtlinie auf. So befasst sich die Richtlinie nicht mit der zivilrechtlichen Haftung für Forderungen von Dritten (Personen- und Sachschäden, rein wirtschaftliche Verluste). Außerdem wird durch die bestehende Richtlinie die strafrechtliche Haftung ungenügend geregelt (fehlende Definitionen der Straftatbestände, keine Mindestsanktionen für Verstöße gegen die Offshore-Sicherheitsbestimmungen). Der Berichterstatter fordert deswegen eine umfassende Harmonisierung im Bereich der Offshore Tätigkeit, wie dies bereits in der Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt der Fall ist.

Zudem vertritt der Berichterstatter die Auffassung, dass eine ausgewogene Lösung für die Anforderungen an eine obligatorische Deckungsvorsorge gefunden werden muss, um die Wirksamkeit des Verursacherprinzips nicht zu untergraben.

Daher habe ich für diesen Bericht gestimmt.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Uznesenie o zodpovednosti, náhradách a finančnom zabezpečení operácií prieskumu ložísk a ťažby ropy a zemného plynu na mori sa výrazne zasadzuje za posilnenie zodpovednosti pri týchto činnostiach. Vyzýva na vytvorenie európskeho právneho rámca zodpovednosti, pravidiel zodpovednosti za civilné škody a takisto navrhuje spoločný európsky mechanizmus riešenia incidentov. Hoci od roku 1988 v Európskej únii nedošlo k rozsiahlej havárii, došlo k tisícom menších nehôd, ktoré rovnako zanechávajú škody za životnom prostredí. Takisto je nutné počítať s tým, že ťažba ropy a zemného plynu sa bude postupne presúvať do oblasti Stredozemného a Čierneho mora. Práve preto si myslím, že o zodpovednosti, náhrade škôd a mechanizmoch vymáhania kompenzácií je potrebné hovoriť. Je potrebné si stanoviť právny rámec ešte predtým, ako k skutočnej havárii dôjde, a netreba sa spoliehať na to, že sa ani v budúcnosti nič vážne nestane. Do tejto miery som správu podporovala. Na druhej strane však obsahovala aj niekoľko prvkov, ktoré som podporiť nemohla, a to napríklad niekoľko výziev na harmonizáciu, a preto som sa v záverečnom hlasovaní rozhodla zdržať.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Chrysogonos por concordar com as propostas apresentadas no que toca à responsabilidade, indemnização e garantia financeira para as operações de petróleo e gás no mar.

Destaco a importância de atualizar os sistemas de responsabilidade existentes nos Estados-Membros para garantir a aplicação do princípio do poluidor-pagador não apenas no que toca aos danos ambientais mas para cobrir também os custos dos pedidos de indemnização tradicionais, como lesões corporais e danos materiais.

Recordo que apresentei no quadro da Comissão do Ambiente algumas propostas de alteração do relatório nomeadamente instando a Comissão Europeia a basear-se nos princípios da precaução e da ação preventiva nesta matéria que tem pela sua natureza muitas vezes um impacto de dimensão transfronteiriça.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog izvjestitelja i smatram kako je nužno osigurati da sustav naknade štete funkcionira na što je moguće bolji način kako bi se svim oštećenim stranama u slučaju nastanka štete moglo osigurati financijsko jamstvo za pučinske naftne i plinske djelatnosti. Nužno je sadašnje sustave odgovornosti u državama članicama podignuti na višu razinu kako bi se zajamčilo da neke buduće štete ostave što je moguće manje posljedice na primjer turizam, koji je jako važna gospodarska grana Europske unije, ali i na samu budućnost naftnih i plinskih djelatnosti. Uspostavom jasnijeg rješenja odgovornosti te postavljanjem odgovarajućeg financijskog jamstva u vidu imovine kako bi se oštećene strane mogle namiriti iz te imovine stvorila bi se znatno veća sigurnost za ispunjenje zahtjeva za naknadu pretrpljene štete.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za poročilo o odgovornosti, odškodninah in finančnem jamstvu za naftne in plinske dejavnosti na morju.

Po ocenah različnih študij je v sektorju nafte in plina v Evropski uniji prišlo do več tisoč nesreč, ki imajo hude trajne posledice za morsko okolje.

Zato menim, da je pomembno, da so na razpolago učinkoviti in ustrezni mehanizmi odškodnin in ustrezni mehanizmi hitrega obravnavanja zahtevkov v primeru škode, ki jo naftne in plinske dejavnosti povzročijo ljudem, živalim in okolju. Mehanizmi obveznega finančnega jamstva za plačilo odškodnin v primeru nesreč pa hkrati ne smejo povzročiti nesorazmernega finančnega bremena gospodarskim družbam v plinski in naftni industriji in jih s tem spraviti v nekonkurenčen položaj.

7.24. Lage in der Demokratischen Republik Kongo (RC-B8-1310/2016, B8-1310/2016, B8-1313/2016, B8-1315/2016, B8-1316/2016, B8-1319/2016, B8-1320/2016, B8-1324/2016)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Questa risoluzione analizza la situazione di crescente instabilità nella RDC, rammaricandosi che il governo e la commissione elettorale nazionale indipendente non siano riusciti a organizzare le elezioni presidenziali entro i termini stabiliti dalla Costituzione. Si esorta l'UE ad adottare azioni più concrete e ad avviare immediatamente la procedura ai sensi dell'articolo 96 dell'accordo di Cotonou e ad adottare sanzioni mirate, che includano il divieto di rilascio del visto e il congelamento dei beni nei confronti dei funzionari di alto livello e degli agenti delle forze armate responsabili della violenta repressione contro i manifestanti e dello stallo politico, che impedisce un passaggio di poteri pacifico e conforme alla Costituzione. Si chiede infine un'indagine completa, approfondita e trasparente in merito alle presunte violazioni dei diritti umani verificatesi durante le proteste, al fine di individuare i responsabili e far sì che rispondano delle loro azioni. Ho votato a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – La RDC se encuentra inmersa en una grave crisis política generada por la intención del actual Presidente Kabila de permanecer en el poder, presentándose a un tercer mandato que la Constitución prohíbe expresamente. En los últimos meses se han producido decenas de muertos, en la represión violenta de manifestaciones organizadas por la oposición y por grupos pro democráticos.

He votado a favor de esta resolución, porque creo que ha llegado el momento de que la Unión reaccione y tome medidas concretas de presión sobre los responsables de la violencia y el bloqueo político —por medio de sanciones nominales— y para tratar de impulsar un verdadero diálogo político en el país, que incluya a todas las fuerzas y que evite que la situación degenere peligrosamente hacia un conflicto abierto.

A esta inestable situación política se añade una grave situación humanitaria, sobre todo en el este del país. Con este texto pedimos a la Unión y a sus Estados que redoblen sus esfuerzos de ayuda para mejorar las condiciones de vida de más de 1 500 000 de desplazados internos y de cientos de miles de refugiados de países vecinos como la RCA, Burundi o Ruanda.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — I abstained on this resolution. There were some very good aspects in the report on the protection and promotion of human rights, improving the legitimacy of elections, and improving the humanitarian situation in the DRC. However the resolution also included calls endorsing and promoting the Cotonou Agreement. The Cotonou Agreement includes the promotion of Economic Partnership Agreements between the EU and African, Caribbean and Pacific states. It forces the ACP countries to open their economies to the EU without receiving new benefits in return, to the detriment of the majority of the population.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This matter was not the subject of a roll-call vote. In the interests of transparency and democracy I would therefore like to confirm that I abstained on the final text.

Whilst the report had much to commend it with regard to the situation in the Democratic Republic of Congo, it also promoted an EU foreign policy and I could not therefore vote in favour.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – The DRC is a country that has one of the biggest potentials in Africa, it has potential for a strong economy and it has the potential for nurturing democracy. But the country has been torn apart by conflict throughout the years, many ethnic minorities, homosexuals, and women are being mistreated and even persecuted. The current President Joseph Kabila's term in office is coming to an end and this can mark a turning point in the DCR's future. The European Union is encouraging Joseph Kabila to step down as President at the end of his second term and ensure a peaceful transition of power to the next presidency. This whole process has to take place in line with Congo's constitution. Kabila has been in power ever since in 2001 his father was assassinated, he then was elected President in 2006 and is now reaching the end of his second term in office. If the DRC wants to prove that it is embracing democracy and that it is ready to become a full and valuable partner to Europe, it has to ensure a peaceful transition of power, but this lies in the hands of a single person – Kabila.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl rezoliucijos dėl padėties Kongo Demokratinėje Respublikoje. Europos Parlamentas labai susirūpinęs, kad Kongo demokratinėje Respublikoje dėl įtemptos priešrinkiminės padėties vis didėja nestabilumas. Vis didėjantis smurtas ir daugėjantys žmogaus teisių ir tarptautinės teisės pažeidimai, ypač tikslinės akcijos ir savavališki suėmimai, daro neigiamą poveikį pastangoms reguliuoti ir stabilizuoti padėtį KDR. Atsižvelgdamas į tai, pritariu Europos Parlamento raginimui, kad ES delegacija ir toliau atidžiai stebėtų įvykius KDR ir imtųsi visų tinkamų veiksmų ir priemonių, siekiant paremti žmogaus teisių gynėjus ir demokratinius judėjimus.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Nouvelle tentative d'ingérence dans un contexte régional complexe et déjà fragilisé par de nombreuses autres ingérences extérieures. J'ai voté contre.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui appelle l'UE à œuvrer à mettre fin à la violation des droits de l'homme ainsi que du droit international en RDC. En effet, le nombre de victimes à la suite des tensions politiques, violences et arrestations arbitraires dans le pays ne cesse d'augmenter tandis que des agences humanitaires estiment que plus de 5 millions de personnes ont besoin d'une aide alimentaire. Vu la détérioration actuelle de la situation, le rapport demande que l'UE adopte des sanctions en vertu de l'article 96 de l'accord de Cotonou à la suite du non-respect de l'engagement du pays à respecter les principes de la démocratie et à organiser les élections afin d'élire un successeur au président actuel. Ensuite, la résolution demande à l'Union de coopérer avec l'Union africaine afin de venir en aide aux citoyens et mettre fin à la propagation de la violence. Enfin, elle invite l'ensemble des acteurs politiques à prendre part à un dialogue pacifique et constructif pour ramener de la stabilité dans la situation du pays.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La Repubblica democratica del Congo si trova ad affrontare un momento particolarmente delicato. I tentativi di conservazione del potere da parte del presidente Joseph Kabila hanno generato crescenti tensioni politiche, disordini e violenze in tutto il paese, causando una situazione di stallo elettorale. Dal gennaio 2015 l'azione repressiva degli agenti dei servizi di sicurezza ha colpito attivisti, pacifici e esponenti dell'opposizione e della società civile che si sono opposti ai numerosi tentativi messo in atto per consentire al presidente di conservare il potere al di là del limite costituzionale di due mandati. La proposta di risoluzione comune, che oggi ho sostenuto, esprime una profonda preoccupazione per la situazione di crescente instabilità nella RDC e chiede che le elezioni si svolgano tempestivamente e in modo regolare, nel pieno rispetto della Costituzione della Carta africana sulla democrazia. L'Unione deve adottare azioni concrete per favorire il dialogo e avviare immediatamente la procedura prevista dall'articolo 96 dell'accordo di Cotonou, prevedendo sanzioni mirate nei confronti dei funzionari di alto livello e degli agenti delle forze armate che si siano macchiati di violenze e violazioni dei diritti umani.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en esta resolución sobre la situación en la República Democrática del Congo pues, a pesar de estar de acuerdo con ciertos elementos de la resolución, como su preocupación por la situación de los derechos humanos y sobre el creciente deterioro en la República Democrática del Congo, considero que falta abordar la responsabilidad de la Unión en la crisis. Además, estimo que la resolución ingiere de manera notable en el venidero proceso electoral del país.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta resolución sobre la situación en la República Democrática del Congo en la que se lamenta la pérdida de vidas humanas y expresa su solidaridad con las familias de las víctimas y el pueblo RDC. La situación es muy preocupante y cada vez más inestable en un contexto preelectoral. El presidente del país tiene la responsabilidad de proteger a los ciudadanos, y en particular, frente a los abusos y los delitos. Tiene que ejercer labores de gobierno respetando el Estado de Derecho estrictamente.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis opposée à cette résolution commune concernant la situation en République démocratique du Congo, car elle fait montre d'une totale irresponsabilité diplomatique, mais surtout d'une grande hypocrisie teintée d'Alzheimer.

Non contents de prendre le risque de déstabiliser encore un peu plus un pays dans une situation d'ores et déjà fragile, les députés européens tentent en effet d'oublier que le régime de Kabila a été mis en place grâce au soutien des puissances occidentales.

Par ailleurs, dans cette résolution n'est faite aucune mention du rôle perturbateur du Rwanda, à l'est de la RDC, qui tente de s'emparer des richesses minières avec la complicité coupable de nos chères puissantes européennes, qui, pour l'occasion, oublient leurs mantras droits-de-l'hommistes.

Enfin, la diplomatie est un des pouvoirs régaliens des États souverains et doit le rester, avec, par ailleurs pour principe, la non-ingérence et le droit des peuples à l'autodétermination.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Nella risoluzione oggetto di voto vi sono passaggi che reputo poco chiari e che mi hanno spinta a esprimermi con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La RDC se encuentra inmersa en una grave crisis política generada por la intención del actual Presidente Kabila de permanecer en el poder, presentándose a un tercer mandato que la Constitución prohíbe expresamente. En los últimos meses se han producido decenas de muertos en la represión violenta de manifestaciones organizadas por la oposición y por grupos pro democráticos.

He votado a favor de esta resolución porque creo que ha llegado el momento de que la Unión reaccione y tome medidas concretas de presión sobre los responsables de la violencia y el bloqueo político —por medio de sanciones nominales— y para tratar de impulsar un verdadero diálogo político en el país, que incluya a todas las fuerzas y que evite que la situación degenere peligrosamente hacia un conflicto abierto.

A esta inestable situación política se añade una grave situación humanitaria, sobre todo en el este del país. Con este texto pedimos a la Unión y a sus Estados miembros que redoblen sus esfuerzos de ayuda para mejorar las condiciones de vida de más de 1 500 000 de desplazados internos y de cientos de miles de refugiados de países vecinos como la RCA, Burundi o Ruanda.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje nagrinėjama padėtis Kongo Demokratinėje Respublikoje. Europos Parlamentas apgailestauja dėl to, kad vyriausybei ir Nepriklausomai nacionalinei rinkimų komisijai (NNRK) nepavyko surengti prezidento rinkimų per Konstitucijoje nustatytą terminą. Todėl jis dar kartą ragina sėkmingai ir laiku surengti rinkimus, visapusiškai laikantis Kongo Konstitucijos ir Afrikos demokratijos, rinkimų ir valdymo chartijos, ir primygtinai primena Kongo vyriausybės atsakomybę kiek įmanoma greičiau užtikrinti skaidriems, patikimiems ir įtraukiems rinkimams palankią aplinką. Parlamentas taip pat ragina visus politinius veikėjus pradėti taikų ir konstruktyvų dialogą, kad būtų užkirstas kelias dabartinei politinei krizei gilėti, ir ragina susilaikyti nuo tolesnio smurto ir provokacijų. Jis palankiai vertina Kongo nacionalinės vyskupų konferencijos (CENCO) pastangas parengti platesnio masto bendrą sutarimą dėl politinio pereinamojo proceso. Parlamentas ragina valdžios institucijas ir opoziciją susilaikyti nuo bet kokių veiksmų ar pareiškimų, kurie galėtų dar labiau prisidėti prie neramumų plitimo ir tuo pat metu pripažįsta, kad reikalingas pereinamasis laikotarpis, per kurį prezidento pareigos gali būti vykdomos tik prižiūrint pereinamojo laikotarpio tarybai, kurioje opozicija vaidins svarbų vaidmenį. Parlamentas taip pat ragina ES ir jos valstybes nares toliau padėti Kongo gyventojams, kad būtų pagerintos labiausiai pažeidžiamų asmenų grupių gyvenimo sąlygos ir būtų sprendžiamos problemos, susijusios su perkėlimo, aprūpinimo maistu problemų ir gaivalinių nelaimių padariniais.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se z zaskrbljujočimi razmerami v Demokratični republiki Kongo, kjer se predsednik republike Joseph Kabila oklepa predsedniškega mandata in zavlačuje z izpeljavo volitev.

Prav tako je predsednik Kabila v zadnjih dveh letih poskušal z upravnimi in tehničnimi sredstvi odložiti volitve ter tako ostati na oblasti po izteku svojega, z ustavo omejenega mandata, kar bi se lahko sprevrglo v diktaturo.

Njegovi poskusi, da bi spremenili ustavo Demokratične republike Kongo in s tem dovolili, da bi se potegoval za tretji mandat, leta 2015 niso uspeli prav zaradi močnega nasprotovanja in mobilizacije civilne družbe, kar jasno kaže na neodobravanje takšnih sprememb.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Nella Repubblica democratica del Congo c'è il rischio di un nuovo genocidio. Le popolazioni della provincia di Beni, nel Congo orientale, sono vittime di stragi e di gravi persecuzioni su cui vi è ancora una cappa di silenzio che noi europei abbiamo il dovere, politico e morale, di sollevare. Chiediamo che l'Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza, Federica Mogherini, lanci a livello internazionale un'inchiesta su questi massacri coinvolgendo le Nazioni Unite e la Corte penale internazionale; che l'UE invii un rappresentante speciale nella zona di Kivu per redigere un rapporto urgente da presentare al Parlamento europeo e alle più alte istituzioni europee; alla Francia e al Regno Unito di attivarsi nel Consiglio di sicurezza dell'ONU perché si approvi una risoluzione vincolante per arrestare prima possibile questi massacri. Oltre duemila famiglie sono state uccise e di almeno altrettante si sono perse le tracce: la comunità internazionale, presente con la missione dell'ONU Monusco, non può assistere inerte. Se non interverremo la regione verrà destabilizzata con nuove vittime innocenti e nuove ondate di migranti che fuggiranno verso paesi più benestanti e sicuri.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La situation d'instabilité politique en République démocratique du Congo devient alarmante. Le deuxième mandat du président Joseph Kabila arrive à terme le 20 décembre 2016. La Constitution de la République démocratique du Congo limite le nombre de mandats présidentiels à deux. Le président Kabila ne veut pas quitter le pouvoir et utilise tous les moyens pour retarder son départ. Il n'a par exemple pas convoqué d'élections. Cette incertitude sur l'avenir politique du pays entraîne des manifestations et faits de violence. Ces troubles ont fait de nombreuses victimes. Cette situation doit cesser. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione sulla situazione nella Repubblica democratica del Congo perché, vista la difficile situazione di instabilità politica e di insicurezza sociale che vive il paese, è assolutamente necessario che l'Europa e la comunità internazionale attivino tutti i processi necessari per favorire la pacificazione nazionale della Repubblica democratica del Congo. È necessario favorire un sistema politico democratico che consenta l'alternanza al potere, nel rispetto del dettato costituzionale. Questa rappresenta la condizione base ed essenziale per tirare fuori il paese dalla difficile e pericolosa situazione in cui si trova e scongiurare ulteriori sofferenze alla popolazione civile.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this resolution. There were some very good aspects in the report on the protection and promotion of human rights, improving the legitimacy of elections, and improving the humanitarian situation in the DRC. However the resolution also included calls endorsing and promoting the Cotonou Agreement. The Cotonou Agreement includes the promotion of Economic Partnership Agreements between the EU and African, Caribbean and Pacific states. It forces the ACP countries to open their economies to the EU without receiving new benefits in return, to the detriment of the majority of the population.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa interrogazione orale in cui si denuncia la grave situazione vigente nella Repubblica democratica del Congo. Come UE dobbiamo arrivare ad intraprendere azioni incisive e applicare sanzioni forti e individuali nei confronti dei responsabili governativi delle atrocità compiute in Congo e soprattutto dobbiamo riportare questo paese a libere elezioni.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La relazione, per la quale ho ritenuto di esprimere parere favorevole, manifesta preoccupazione per la situazione di crescente instabilità nella Repubblica democratica del Congo nel contesto pre-elettorale. In particolare, deploro la perdita di vite umane avvenuta durante le manifestazioni delle ultime settimane. A tal proposito mi sembra necessario che le organizzazioni internazionali avviino un'indagine completa, approfondita e trasparente in merito alle numerose intimidazioni documentate a danno dei difensori dei diritti umani, degli oppositori politici e dei giornalisti. Alla luce di tale escalation di violenza reputo opportuno che l'Unione europea adotti sanzioni concrete quali il divieto di rilascio del visto e il congelamento dei beni nei confronti degli alti funzionari e vertici militari responsabili delle violente repressioni contro i manifestanti. Ritengo altresì preoccupante che l'attuale governo non sia riuscito a organizzare le elezioni presidenziali entro i termini stabiliti dalla Costituzione congolese e mi auguro che la consultazione elettorale possa svolgersi in tempi brevi in un contesto regolare e pacifico.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση στη Λαϊκή Δημοκρατία του Κονγκό προωθεί μια σειρά ενεργειών από την πλευρά της Ευρωπαϊκής Ένωσης με στόχο την άσκηση πίεσης στην ηγεσία του κράτους αυτού. Παρότι δεν συμφωνώ με αρκετές από τις προτάσεις του ψηφίσματος, θεωρώ πως η Ευρώπη οφείλει να αντιδράσει προς αντιμετώπιση ανισορροπιών που λειτουργούν εις βάρος των πολιτών. Ως εκ τούτου αποφάσισα να απέχω.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Approvo convintamente la risoluzione alla luce delle gravi violazioni dei diritti umani che si stanno verificando nella Repubblica democratica del Congo, di fronte ai quali sarebbe vile rimanere inerti. La situazione è quanto più magmatica dal momento che Joseph Kabila, Presidente dal 2001, non avrebbe alcuna intenzione di terminare il suo status presidenziale, nonostante la costituzione congolese preveda un massimo di due mandati presidenziali. Perciò ha adottato ripetutamente strumenti amministrativi e tecnici per ritardare le elezioni previste per la fine del 2016 come emerso dalla firma, il 18 ottobre scorso, con le opposizioni per posporre le elezioni presidenziali al 2018. Un gesto di tale calibro ha scatenato un'ondata di sdegno e sgomento in tutto il paese traducendosi in manifestazioni che hanno portato ad una violenta repressione da parte delle autorità. Oltre ad esprimere tutto il mio cordoglio per le cinquanta vittime prodotte dagli scontri tra manifestanti e polizia, intendo esternare la preoccupazione per l'instabilità che sta portando la popolazione, già stremata dalle ripetute crisi, a condizioni di povertà più profonda.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motions for resolutions on the situation in the Democratic Republic of the Congo.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione in quanto prevede misure sanzionatorie contro i responsabili della repressione violenta in Congo. Condivido inoltre il tentativo di dialogo politico per risolvere i problemi attraverso una mediazione dell'Unione africana e gli sforzi della CENCO per ampliare il consenso attorno a una transizione politica. Non devono inoltre cessare le misure volte a sostenere la sicurezza del paese e occorre aumentare la capacità dell'UE di mediazione a livello locale.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The motion provides for the constitution of a new census and electoral register by July 2017 and the creation of a 'Comité de suivi' in charge of monitoring the electoral process and reporting on its effective implementation on a monthly basis. I agree to this towards ensuring the peaceful, transparent and timely conduct of the presidential and legislative elections to consolidate the progress that has been made in the DRC over more than a decade.

We need to advocate and assist towards a peaceful and constructive dialogue, to prevent any deepening of the current political crisis and to refrain from further violence and provocations. I also agree to a transparent investigation into the alleged human rights violations that took place during the protests to identify those responsible and hold them accountable.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La situazione di crescente instabilità nella RDC, in un contesto pre-elettorale caratterizzato da tensioni, non può che destare profonda preoccupazione. Ricordo che la RDC si è impegnata nel quadro dell'accordo di Cotonou a rispettare la democrazia, lo Stato di diritto e i principi in materia di diritti umani, che includono la libertà di espressione e dei mezzi di comunicazione, la buona governance e la trasparenza nelle cariche politiche. Ad oggi, il dialogo instaurato con le autorità della RDC, in conformità dell'articolo 8 dell'accordo di Cotonou, con l'obiettivo di ottenere chiarimenti definitivi sul processo elettorale, non sta andando a buon fine. Pertanto, credo sia importante che l'Unione europea si impegni in un dialogo pacifico e costruttivo con tutti gli attori politici onde impedire l'acuirsi della crisi politica attuale e delle violenze.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przyjęciem rezolucji w sprawie zainicjowania działań mających na celu zaprzestanie niedemokratycznych poczynań władz w Demokratycznej Republice Konga. Nieustanne dążenie do utrzymania władzy przez stosowanie nielegalnych praktyk prowadzi do zakwestionowania podstawowych wartości demokratycznych.

Władze zmierzają do nieuzasadnianego podważenia konstytucji, aby zapewnić sobie sprawowanie władzy w kolejnej kadencji. Działania te przyjmują cechy charakterystyczne dla praktyk władz w państwach totalitarnych, gdzie niszczone są prawa opozycji, a wszelki sprzeciw wobec rządzących jest agresywnie tłumiony. Uważam, że należy stanowczo zaprotestować wobec takich rządów oraz zagwarantować poszanowanie praw wyborczych, jak i praw opozycji.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The delays in the organisation of the next presidential and legislative elections in the Democratic Republic of Congo constitutes a severe violation of the Congolese Constitution. This is why I am in favour of this resolution as the EU needs to assist the people of Congo by communicating clearly and unambiguously that it would consider President Kabila staying in power beyond 2016 to be a severe violation and a threat to relations between the EU and DRC.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution du Parlement européen porte sur la situation de la République démocratique du Congo. La République démocratique du Congo (RDC) connaît une profonde crise politique depuis la réélection de Joseph Kabila en 2011. Cette crise a été aggravée par l'incapacité à tenir de nouvelles élections présidentielles en temps voulu, c'est-à-dire avant l'expiration du second mandat du président Kabila, le 19 décembre 2016. Cette résolution du Parlement européen dénonce cette situation. J'ai voté en faveur de cette résolution.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding resolution. Whilst we remain concerned at the potential further erosion of the security situation in DRC we cannot support the development of EU foreign policy or the potential use of foreign policy tools. We remain fully supportive of regional and international efforts to resolve the political situation in DRC.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai apporté mon soutien à la résolution sur la situation en République démocratique du Congo. Depuis quelques mois, nous assistons à une aggravation de la situation en ce qui concerne la liberté d'expression et les droits de l'homme. Des sanctions concrètes doivent être prises à l'encontre des responsables des violences. L'Union européenne doit ouvrir le dialogue sur le terrain en coopérant avec l'Union africaine. Afin d'éviter que la crise politique actuelle ne se détériore encore plus, j'appelle également à une transition démocratique et pacifique pour réinstaurer une stabilité dans le pays.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Il s'agit de la réaction du Parlement européen à l'actuelle situation en République démocratique du Congo marquée par l'arrivée à terme du second mandat du président Kabila. C'est à la suite de l'assassinat de son père, Laurent-Désiré Kabila, que le président Kabila a accédé au pouvoir. Malgré le caractère non démocratique du régime, plusieurs éléments ne sont pas traités dans ce rapport, qui élude l'ingérence du Rwanda dans les affaires intérieures de la RDC.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията относно положението в Демократична република Конго, тъй като случващото се в страната е силно обезпокоително. Съвсем наскоро, през октомври, властите в Конго оповестиха, че поради неточности в изборните списъци изборите за президент, насрочени за 19 декември 2016 г., се отлагат за декември 2018 г.

Настоящият президент Йозеф Кабила поема длъжността през 2001 г. след убийството на баща му и е бил преизбиран два пъти - през 2006 г. и 2011 г. След опита на президента да промени конституцията, за да може да се кандидатира за трети мандат, той бива възпрян от парламента и в страната започват размирици. Смята се, че решението на властите да отложат изборите е дело именно на президента Кабила, който все още желае да промени конституцията и да кара трети мандат.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε, διότι δεν αποδεχόμαστε τις παρεμβάσεις της Ένωσης στα εσωτερικά τρίτων κρατών. Ειδικά στην περίπτωση του Κονγκό, με τις δυτικές εταιρείες να αποκομίζουν εκατομμύρια από την απαράδεκτη όντως κατάσταση που επικρατεί εκεί, δεν μπορούμε παρά να θυμηθούμε πως η έναρξη αυτών των προβλημάτων στην χώρα έχει τις ρίζες της στη βελγική «ανθρωπιστική παρέμβαση» πριν από δεκαετίες.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report which expresses concern about the delay in calling presidential elections in the Democratic Republic of the Congo and at the worsening situation there in terms of freedom of expression and freedom of the media. It calls for free association and assembly to be restored and for the release of political prisoners. My constituents in Wales want to see the EU playing a more prominent role in achieving peace and development.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente proposta di risoluzione inerente la situazione nella Repubblica democratica del Congo. La risoluzione richiede le dimissioni del presidente Kabila al termine del suo secondo mandato, in conformità alla costituzione congolese che prevede l'ineleggibilità a seguito dell'espletamento di due mandati governativi, assicurando altresì lo svolgimento delle elezioni nei tempi regolarmente prestabiliti dalle autorità competenti.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Situácia v Konžskej demokratickej republike je veľmi vážna. Neustále dochádza k porušovaniu základných ľudských práv zo strany prezidenta republiky a vládnucej strany, ktorá odmieta odstúpiť po 19. decembri 2016, a tým porušuje platnú ústavu. V poslednom období výrazne stúplo závažné porušovanie ľudských práv a medzinárodného humanitárneho práva členmi ozbrojených síl Konžskej demokratickej republiky, národnou spravodajskou agentúrou, republikánskou gardou a konžskou národnou políciou, najmä pokiaľ ide o členov opozície a zástupcov občianskej spoločnosti v rámci volebného procesu, čo vedie k zužovaniu demokratického priestoru a politického spektra v krajine. Vysielanie zahraničných médií podlieha v krajine kontrole zo strany vládnych orgánov. Je nevyhnutné, aby všetky strany konfliktu nadviazali spoločný mierový dialóg a usilovali sa vyriešiť napätú situáciu v krajine v prospech občanov a zastavili všetky formy násilia a diskriminácie.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση στη Λαϊκή Δημοκρατία του Κονγκό, καθώς δεν αποδέχομαι τις παρεμβάσεις της Ένωσης στα εσωτερικά τρίτων κρατών. Ειδικά στην περίπτωση του Κονγκό, με τις δυτικές εταιρείες να αποκομίζουν εκατομμύρια από την απαράδεκτη όντως κατάσταση που επικρατεί εκεί, δεν μπορώ παρά να θυμηθώ πως η έναρξη αυτών των προβλημάτων στη χώρα έχει τις ρίζες της στη βελγική «ανθρωπιστική παρέμβαση» πριν από δεκαετίες.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – In the current pre-electoral deadlock, political and security tensions are on the rise in the Democratic Republic of the Congo. Worrying attempts to undermine democratic change, shrinking democratic space and a dramatic increase in human rights violations pose an acute threat to a credible and peaceful transfer of power in Congo's young democracy.

I strongly support the call for a successful and timely holding of elections, in full accordance with the Congolese Constitution and the African Charter on Democracy, Elections and Governance and insist on the Congolese government's responsibility to guarantee an environment conducive to transparent, credible and inclusive elections as soon as possible. It is our duty to encourage strongly a credible democratic process and help prevent an escalation of violence and abuse in the DRC.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de resolución, teniendo presente que en los últimos dos años, el presidente Kabila ha utilizado medios administrativos y técnicos para tratar de retrasar las elecciones y permanecer en el poder después de concluir su mandato constitucional, así como, el creciente nivel de violencia, violaciones de los derechos humanos e infracciones del Derecho internacional en la RDC. Desde las instituciones debemos, en virtud del Acuerdo de Cotonú, el respeto por parte de la RDC de los principios de la democracia, el Estado de Derecho y los derechos humanos, que comprenden la libertad de expresión y de los medios de comunicación, la buena gobernanza y la transparencia de los cargos políticos.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – La RDC se encuentra inmersa en una grave crisis política generada por la intención del actual Presidente Kabila de permanecer en el poder, presentándose a un tercer mandato que la Constitución prohíbe expresamente. En los últimos meses se han producido decenas de muertos en la represión violenta de manifestaciones organizadas por la oposición y por grupos pro democráticos.

He votado a favor de esta resolución porque creo que ha llegado el momento de que la Unión reaccione y tome medidas concretas de presión sobre los responsables de la violencia y el bloqueo político —por medio de sanciones nominales— y para tratar de impulsar un verdadero diálogo político en el país, que incluya a todas las fuerzas y que evite que la situación degenere peligrosamente hacia un conflicto abierto.

A esta inestable situación política se añade una grave situación humanitaria, sobre todo en el este del país. Con este texto pedimos a la Unión y a sus Estados miembros que redoblen sus esfuerzos de ayuda para mejorar las condiciones de vida de más de 1 500 000 de desplazados internos y de cientos de miles de refugiados de países vecinos como la RCA, Burundi o Ruanda.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – La RDC se encuentra inmersa en una grave crisis política generada por la intención del actual Presidente Kabila de permanecer en el poder, presentándose a un tercer mandato que la Constitución prohíbe expresamente. En los últimos meses se han producido decenas de muertos en la represión violenta de manifestaciones organizadas por la oposición y por grupos pro democráticos.

He votado a favor de esta resolución porque creo que ha llegado el momento de que la Unión reaccione y tome medidas concretas de presión sobre los responsables de la violencia y el bloqueo político —por medio de sanciones nominales— y para tratar de impulsar un verdadero diálogo político en el país, que incluya a todas las fuerzas y que evite que la situación degenere peligrosamente hacia un conflicto abierto.

A esta inestable situación política se añade una grave situación humanitaria, sobre todo en el este del país. Con este texto pedimos a la Unión y a sus Estados miembros que redoblen sus esfuerzos de ayuda para mejorar las condiciones de vida de más de 1 500 000 de desplazados internos y de cientos de miles de refugiados de países vecinos como la RCA, Burundi o Ruanda.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution for the situation in Democratic Republic of Congo. DRC is a vast country with immense challenges in terms of poverty and security and gender based violence. Human rights groups continually report on the downward spiralling situation of human rights and freedom of expression and the use of excessive force against peaceful demonstrators, journalists, political leaders and others. A political consensus is essential to provide comprehensive and transparent elections in order to protect citizens living anywhere in the national territory, and in particular to protect them against abuse and crimes, and to exercise the task of governing with respect for the rule of law.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – La situazione politica della Repubblica democratica del Congo è particolarmente delicata in questo momento. Il presidente Joseph Kabila ha fatto trasparire la volontà di ricandidarsi o comunque di rimanere al potere e l'opposizione reagisce duramente. A questo si aggiunge l'instabilità delle regioni orientali, le più ricche di miniere d'oro e risorse, che confinano con il Ruanda, con il Kivu, il Beni, che non sono mai state pacificate negli ultimi anni. Il paese africano affronta una situazione di insicurezza sociale, oltre che politica, di cui ne fa drammaticamente le spese la popolazione civile che continua a morire sotto i colpi di milizie che si ispirano ai principi del jihadismo islamico. Le prossime settimane potranno essere decisive. Serve una pacificazione nazionale politica con un sistema politico democratico che consenta l'alternanza al potere. Questa è la condizione base per la ripresa della Repubblica democratica del Congo e per questo deve impegnarsi la Comunità internazionale, Unione europea compresa.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en esta resolución sobre la situación en la República Democrática del Congo pues, a pesar de estar de acuerdo con ciertos elementos de la resolución, como su preocupación por la situación de los derechos humanos y sobre el creciente deterioro en la República Democrática del Congo, considero que falta abordar la responsabilidad de la Unión en la crisis. Además, estimo que la resolución ingiere de manera notable en el venidero proceso electoral del país.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of a motion for a resolution on the situation in the Democratic Republic of the Congo. The deteriorating human rights situation is of great concern, particularly the violence and intimidation faced by human rights defenders, political opponents and journalists in this pre-electoral context.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – La RDC se encuentra inmersa en una grave crisis política generada por la intención del actual Presidente Kabila de permanecer en el poder, presentándose a un tercer mandato que la Constitución prohíbe expresamente. En los últimos meses se han producido decenas de muertos en la represión violenta de manifestaciones organizadas por la oposición y por grupos pro democráticos.

He votado a favor de esta resolución porque creo que ha llegado el momento de que la Unión reaccione y tome medidas concretas de presión sobre los responsables de la violencia y el bloqueo político —por medio de sanciones nominales— y para tratar de impulsar un verdadero diálogo político en el país, que incluya a todas las fuerzas y que evite que la situación degenere peligrosamente hacia un conflicto abierto.

A esta inestable situación política se añade una grave situación humanitaria, sobre todo en el este del país. Con este texto pedimos a la Unión y a sus Estados miembros que redoblen sus esfuerzos de ayuda para mejorar las condiciones de vida de más de 1 500 000 de desplazados internos y de cientos de miles de refugiados de países vecinos como la RCA, Burundi o Ruanda.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I am concerned about the reports on the worsening situation of human rights and freedom of expression, assembly and demonstration in the country in the run-up to elections, including the use of excessive force against peaceful demonstrators, journalists, political leaders and others in the Democratic Republic of the Congo. The extent of the loss of lives during the demonstrations over the last few weeks is particularly concerning. I support the call for transparent, credible and inclusive elections as soon as possible and therefore voted in favour of the report.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Rezoluciju o stanju u Demokratskoj Republici Kongu, s obzirom da je situacija u toj zemlji izuzetno ozbiljna te prijeti rast političke nestabilnosti zbog odgađanja izbora od strane sadašnjeg predsjednika Kabile. Posebno je važno naglasiti urušavanje demokratskih standarda i zaštite ljudskih prava u toj zemlji i upotrebu represije prema političkim neistomišljenicima. Potrebno je razviti dijalog i pronaći miroljubivo zajedničko rješenje vlasti i opozicije kako bi se održala stabilnost, suzbilo nasilje i nastavila demokratska praksa te održali demokratski izbori. U tom smislu EU treba surađivati s Afričkom unijom.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui condamne les violations des droits de l'homme et les atteintes à la démocratie en République démocratique du Congo. Le texte met en garde contre le président Kabila limité théoriquement à deux mandats par la Constitution et qui a usé de moyens pour retarder l'élection et rester au pouvoir au-delà de ce qui lui est permis. Les retards persistants dans les préparatifs électoraux ont provoqué des tensions politiques, des troubles et des violences sans précédent dans l'ensemble du pays. Même si un accord a été trouvé pour reporter l'élection présidentielle à 2018, toute l'opposition n'y a pas pris part et les droits de l'homme continuent d'être menacés.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem gemeinsamen Entschließungsantrag habe ich zugestimmt. Es wird die instabile Lage vor den Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo angesprochen. Weiter sollen sich die EU-Mitgliedstaaten dafür einsetzen, dass transparente und glaubwürdige Wahlen abgehalten werden können.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle opère une nouvelle ingérence dans un contexte régional complexe et déjà fragilisé par de multiples ingérences extérieures (États-Unis, Rwanda, Ouganda, Belgique…).

Javi López (S&D), *por escrito*. — La RDC se encuentra inmersa en una grave crisis política generada por la intención del actual Presidente Kabila de permanecer en el poder, presentándose a un tercer mandato que la Constitución prohíbe expresamente. En los últimos meses se han producido decenas de muertos en la represión violenta de manifestaciones organizadas por la oposición y por grupos pro democráticos.

He votado a favor de esta resolución porque creo que ha llegado el momento de que la Unión reaccione y tome medidas concretas de presión sobre los responsables de la violencia y el bloqueo político —por medio de sanciones nominales— y para tratar de impulsar un verdadero diálogo político en el país, que incluya a todas las fuerzas y que evite que la situación degenere peligrosamente hacia un conflicto abierto.

A esta inestable situación política se añade una grave situación humanitaria, sobre todo en el este del país. Con este texto pedimos a la Unión y a sus Estados miembros que redoblen sus esfuerzos de ayuda para mejorar las condiciones de vida de más de 1 500 000 de desplazados internos y de cientos de miles de refugiados de países vecinos como la RCA, Burundi o Ruanda.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which expresses Parliament's concern for the humanitarian situation in the Democratic Republic of the Congo.

Monica Macovei (ECR), *în scris*. — Alegerile din Congo au fost amânate spre beneficiul președintelui deja ales de două ori Joseph Kabila. Constituția limitează președintele la două mandate; Kabila a încercat deja să schimbe constituția pentru a-și prelungi mandatul. Aceste întârzieri ale alegerilor au provocat agitație în întreaga țară. Kabila a numit un lider al opoziției în funcția de prim-ministru, dar acest lucru n-a avut cine știe ce impact pentru a elimina tensiunile.

Alegerile amânate au declanșat demonstrații care s-au soldat cu o represiune brutală. Operațiunea de menținere a păcii a ONU în RDC se pregătește pentru o criză. Grupurile pentru drepturile omului critică înrăutățirea situației în ceea ce privește libertatea de exprimare și de asociere. Într-adevăr, instabilitatea politică provoacă haos în țară și agravează sărăcia și continuă starea de nesiguranță.

Fac apel ca președintele Kabila să respecte constituția RDC și să demisioneze la sfârșitul mandatului său. Alegerile ar trebui să aibă loc la data de 19 decembrie, așa cum au fost planificate inițial. Cei închiși pe nedrept în timpul demonstrațiilor ar trebui să fie eliberați, iar guvernul trebuie să oprească utilizarea forței împotriva manifestanților. Alegerile pașnice și transparente vor contribui la progresul și dezvoltarea RDC.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – U skladu s Ustavom Demokratske Republike Kongo predsjednički izbori će se održati 2016. godine, iako je trenutačni predsjednik, Joseph Kabila, pokušavao odugovlačiti te izbore raznim taktikama. Budući da Ustav propisuje kako je dozvoljeno biti na toj funkciji dva mandata, to automatski znači da se on više neće moći kandidirati. Vijeće sigurnosti UN-a pozvalo je Državno izborno povjerenstvo Republike Kongo da objavi kalendar koji pokriva cijeli izborni ciklus, i zatražio Vladu Republike Kongo da što prije postavi proračun i kodeks ponašanja za izbore i ažuriranje izborne liste. U veljači 2016. godine došlo je do nacionalnog štrajka zbog kašnjenja prilikom organizacije izbora. Tijekom prosvjeda došlo je do brutalnog obračuna između prosvjednika i obrambenih snaga.

UN je zajedno s brojnim drugim organizacijama naveo kako su se tijekom prosvjeda kršila ljudska prava koja su počinjena od strane državnih dužnosnika. Europski parlament u potpunosti krivi sadašnjeg predsjednika Kabila i Vladu zbog pokušaja odgode izbora jer time direktno stvaraju prijetnju miru i sigurnosti Republike Kongo te poziva tamošnje vlasti na obnavljanje slobode izražavanja, udruživanja i okupljanja te slobodu tiska. Budući da se slažem sa svime što je napisano u izvješću, glasovala sam za ovu rezoluciju.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Predpokladom zavádzania zásad právneho štátu a rešpektovania ľudských práv v Konžskej demokratickej republike je urýchlená realizácia demokratických volieb. Únia a jej členské štáty musia využiť politický a diplomatický dialog na riešenie situácie v tejto stredoafrickej krajine tak, aby sa zastavil rast ďalšieho veľkého konfliktu v Afrike.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Στηρίζω την κοινή πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση στη Λαϊκή Δημοκρατία του Κονγκό, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην Ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις Βρυξέλλες την 1/12/2016, καθώς και διότι η εν λόγω κοινή πρόταση ψηφίσματος είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de résolution. Ce texte a pour objectif de donner l'avis du Parlement européen sur la situation actuelle en République démocratique du Congo (RDC). Nous considérons que la situation en RDC est extrêmement délicate et nous trouvons que l'intervention du Parlement européen pourrait être contre-productive avec les efforts des diplomaties nationales. Par ailleurs, elle pourrait mettre en danger la sécurité des ressortissants des États membres.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht zeigt die instabile Lage vor den Wahlen im Kongo auf und fordert die Mitgliedstaaten der EU dazu auf, Rahmenbedingungen für transparente und glaubwürdige Wahlen in der DRK zu schaffen. Dem stimme ich zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Europos Parlamentas rezoliucijoje dėl padėties Kongo Demokratinėje Respublikoje reiškia susirūpinimą dėl žmogaus teisių, žodžio, susirinkimų ir demonstracijų laisvės varžymų, neproporcingo jėgos naudojimo prieš taikius protestuotojus, žurnalistus, politinius lyderius ir kitus asmenis. Situacija ypač pablogėjo pastaruoju metu artėjant naujiems prezidento rinkimams bei ryškėjant esamo prezidento pastangoms atidėti rinkimus ir likti valdžioje pasibaigus Konstitucijoje nustatytam įgaliojimų laikotarpiui.

Rezoliucijoje Europos Parlamentas ragina ES skubiau reaguoti į kylančius neramumus, imtis konkrečių veiksmų ir nedelsiant pradėti procedūrą pagal Kotonu susitarimo 96 straipsnį, patvirtinti tikslines sankcijas, įskaitant draudimą išduoti vizas ir turto įšaldymą, kurios būtų taikomos vyresniesiems pareigūnams ir ginkluotųjų pajėgų atstovams, atsakingiems už smurtinį demonstracijų malšinimą ir politinę aklavietę, kuri trukdo taikiam ir konstituciniam valdžios perdavimui.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La situation en RDC est extrêmement fragile. Il faut rappeler que Joseph Kabila a été placé à la présidence à la suite de l'assassinat de Laurent-Désiré Kabila avec le soutien des puissances occidentales (USA, Belgique) qui avaient soutenu avant ce même Laurent-Désiré Kabila contre le maréchal Mobutu. Le régime de Kabila est critiquable, c'est certain, mais la diplomatie française reconnaît avant tout des États et non des gouvernements. Parallèlement, plusieurs éléments sont passés sous silence par les instances de l'UE, comme le rôle du Rwanda qui déstabilise tout l'Est de la RDC pour s'emparer des richesses minières avec la complicité active de puissances occidentales. De plus, il faut prendre en compte les besoins de stabilité et d'autodétermination. Ainsi, le Parlement européen n'a pas à s'ingérer dans cette affaire et à mettre en danger la diplomatie des États membres, voire la sécurité de leurs ressortissants. Dès lors, j'ai voté contre la résolution commune et celles des Verts, d'EUL/NGL et d'ECR. Je me suis abstenue sur les autres.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution. The human rights situation in the DRC is of concern. Political actors in the DRC must engage together in meaningful dialogue to begin to resolve the protracted political crisis there.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – Since the dialogue with the DRC authorities, in the framework of Article 8 of the Cotonou Agreement with the objective of obtaining definitive clarifications on the electoral process, is failing, the current political crisis is deepening and the human rights situation is deteriorating. The Cotonou Agreement obliges respect for democracy, the rule of law and human rights principles, which include freedom of expression and of the media, good governance and transparency in political office. Therefore, it is important to remain consistent in our full commitment towards the people of the DRC by requesting the EU Council put the adoption of targeted sanctions on the agenda for the next meeting on 12 December. These sanctions should include visa bans and asset freezes against the high level officials and armed forces agents responsible for the violent repression of the demonstrations, and the political impasse that prevents a peaceful and constitutional transition of power. That is why I have voted in favour

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A tárgyban a Verts/ALE, az EFDD, a GUE/NGL, az ECR, a PPE, az ALDE és az S&D képviselőcsoportok nyújtottak be állásfoglalásra irányuló indítványt. A GUE/NGL kivételével a frakciók megegyezésre jutottak és közös kompromisszumos állásfoglalás-tervezetet dolgoztak ki. Ezt szavaztam meg.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La situation en RDC est extrêmement fragile. Il faut rappeler que Joseph Kabila a été placé à la présidence à la suite de l'assassinat de Laurent-Désiré Kabila avec le soutien des puissances occidentales (USA, Belgique) qui avaient avant soutenu le même Laurent-Désiré Kabila contre le maréchal Mobutu. Le régime de Kabila est critiquable, c'est certain, mais la diplomatie française reconnaît avant tout des États et non des gouvernements. Parallèlement plusieurs éléments sont passés sous silence par les autorités communautaires comme le rôle du Rwanda qui déstabilise tout l'est de la RDC pour s'emparer des richesses minières avec la complicité active de puissances occidentales au prix d'une guerre qui a déjà fait selon les estimations entre 4,5 et 7 millions de victimes. Enfin, il faut prendre en compte les besoins de stabilité et d'autodétermination, le Parlement européen n'a pas à s'ingérer dans cette affaire et à mettre au passage gravement en danger la diplomatie des États membres et même la sécurité de leurs ressortissants.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Tenendo in considerazione il grave deterioramento della situazione dei diritti umani in Congo e l'accentuazione del fenomeno in vista delle elezioni; i gravi abusi subiti da attivisti pacifici, giornalisti, esponenti dell'opposizione e dalla società civile; esprimiamo una fortissima preoccupazione per la popolazione congolese e il paese. Le azioni, miranti a sopprimere i più basilari diritti civili e umani, hanno, infatti, colpito la libertà di espressione, riunione e manifestazione. Le numerose e gravi violazioni dei diritti umani hanno incluso l'oscuramento di canali radio indipendenti, arresti arbitrari e violenza fisica. Considerando le sofferenze inflitte a una popolazione già provata da anni di crisi economiche, sociali e politiche, comprovate dall'allarmante bisogno di assistenza alimentare di circa cinque milioni di persone, e il catastrofico effetto di elezioni posticipate, frutto di scelte non trasparenti e mera strumentalizzazione governativa, condividiamo l'auspicio per l'imposizione di sanzioni mirate sugli alti funzionari governativi responsabili delle attuali circostanze. Invitiamo, poi, le parti coinvolte all'apertura di un dialogo, alla facilitazione degli aiuti umanitari e delle operazioni delle organizzazioni non governative. Siamo, inoltre, convinti che l'Unione europea e gli Stati membri persistano nel fornire la propria assistenza umanitaria, guidati dal principio di massima solidarietà e cercando di alleviare le sofferenze dei cittadini.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted against this motion for a resolution regarding the situation in the Democratic Republic of Congo.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für den vorliegenden Antrag ausgesprochen, da sich die EU für den Schutz der Menschenrechte einsetzen soll.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Kongo DVs on olukord aina pingelisem seoses president Kabila soovimatusega võimult lahkuda vastavalt ettenähtud korrale, viimastel nädalatel toimunud rahutused on toonud inimohvreid, suletud on meediakanaleid, inimesi peetakse ebaseaduslikult kinni ning vaesuses elavate ja toiduabi vajavate inimeste hulk aina kasvab. Aafrika Liit ja ka EL peavad enda kasutuses olevate vahenditega tagama selle, et valimised toimuksid siiski õigeaegselt kooskõlas Kongo põhiseaduse ja demokraatia, valimiste ja valitsemise Aafrika hartaga. Oluline on, et kõik poliitilised osalised astuksid võimalikult kiiresti rahumeelsesse ja konstruktiivsesse dialoogi. ELil on võimalik võtta vastu sanktsioonid nende kõrgemate ametnike vastu, kes vastutavad meeleavalduste vägivaldse mahasurumise ja poliitilise ummikseisu eest ning peaks seda tegema. Ka ELi arengufondist rahastamist Kongos tuleb tähelepanelikult jälgida ning vajadusel võtta meetmeid.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Pritariu pateiktai rezoliucijai.

Pažymėtina, kad padėtis Kongo Demokratinėje Respublikoje nuolat blogėja, didėja smurtas, daugėja žmogaus teisių ir tarptautinės teisės pažeidimų. Todėl būtina nedelsiant imtis veiksmų siekiant nutraukti nebaudžiamumą, prievartą, seksualinį smurtą ir naudingųjų išteklių grobstymą.

Pažymėtina, kad dėl įtemptos priešrinkiminės padėties vis didėja nestabilumas. Todėl KDR valdžios institucijos privalo nedelsiant ir tinkamai įgyvendinti savo pareigą remiantis teisinės valstybės, demokratijos ir žmogaus teisių principais, sėkmingai ir laiku surengti skaidrius, patikimus ir įtraukius rinkimus. Be to, turi būti užkirstas kelias pasinaudoti administracinėmis ir techninėmis priemonėmis, siekiant atidėti rinkimus ir išlaikyti valdžią pasibaigus Konstitucijoje nustatytam įgaliojimų terminui.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η πολιτική κατάσταση στη Λαϊκή Δημοκρατία του Κονγκό (ΛΔΚ) είναι ιδιαίτερα ανησυχητική. Υπάρχει βαθιά ανησυχία για την επιδεινούμενη κατάσταση στον τομέα της ασφάλειας και των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στη ΛΔΚ, και ιδίως για τις συνεχείς αναφορές περί αυξανόμενης πολιτικής βίας. Η πολιτική κρίση της ΛΔΚ μπορεί να επιλυθεί μόνον εφόσον όλα τα μέρη δεσμευθούν από κοινού και κατηγορηματικά να σεβαστούν το Σύνταγμα καθώς και με ουσιαστικό, ανοικτό σε όλους, αμερόληπτο και διαφανή πολιτικό διάλογο. Υπερψήφισα το ψήφισμα με το οποίο παροτρύνεται η ΕΕ να εγκρίνει στοχευμένες κυρώσεις, περιλαμβανομένης της απαγόρευσης θεώρησης και της δέσμευσης περιουσιακών στοιχείων, σε βάρος των ανώτερων υπαλλήλων και των στελεχών των ενόπλων δυνάμεων που ευθύνονται για τη βίαιη καταστολή των διαδηλώσεων και το πολιτικό αδιέξοδο που εμποδίζει μια ειρηνική και σύμφωνη με το Σύνταγμα μεταβίβαση της εξουσίας στη ΛΔΚ. Η επιτυχής και έγκαιρη διεξαγωγή των εκλογών πριν από το 2018 θα έχει καθοριστική σημασία για τη μακροπρόθεσμη σταθερότητα και ανάπτυξη της χώρας και ολόκληρης της περιοχής. Ενώπιον του κινδύνου αστάθειας στη χώρα και της απειλής που συνιστά αυτό για την περιοχή, η ΕΕ παραμένει πλήρως κινητοποιημένη.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione presentata sulla situazione nella Repubblica democratica del Congo in quanto trovo il contenuto della stessa in linea con le mie valutazioni e preoccupazioni circa la situazione politica delineatasi in quello Stato; la mancata organizzazione di elezioni presidenziali nel rispetto dei termini costituzionali, la marginalizzazione delle opposizioni politiche, il deterioramento inequivocabile della situazione dei diritti umani, le violenze e le distorsioni del sistema giudiziario sono perpetuate a detrimento della instaurazione della democrazia e dello Stato di diritto, obiettivo fissato nell'intervento di un finanziamento del Fondo europeo di sviluppo (programma indicativo nazionale 2014-2020 per la RDC); pertanto appoggio la richiesta di un'indagine sui soprusi perpetrati ai danni dei civili congolesi, esorto l'UE ad adottare tutti gli strumenti politici e all'occorrenza sanzioni contro i trasgressori del diritto e i detrattori del processo democratico in RDC per far rientrare l'emergenza umanitaria e provvedere a gettare delle basi feconde per la definitiva instaurazione dello Stato di diritto nel Paese. In conformità a tali assunti, ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Izražavam duboku zabrinutost zbog sve lošijeg stanja ljudskih prava i sve većeg ograničavanja političkog prostora u DR Kongu, a posebno zbog instrumentalizacije pravosuđa te nasilja i zastrašivanja s kojima se suočavaju borci za ljudska prava, a koji su se dogodili tijekom nedavnih prosvjeda. Nužno je krivce pronaći, procesuirati i pozvati na odgovornost. Pozivam delegaciju EU-a da nastavi pomno pratiti zbivanja u DR Kongu te da upotrijebi sve prikladne alate i instrumente kako bi pružila podršku borcima za ljudska prava i prodemokratskim pokretima. Pozivam i potpredsjednicu Komisije/Visoku predstavnicu Unije za vanjske poslove i sigurnosnu politiku da razmotri mogućnost jačanja posredničkih ovlasti izaslanstva EU-a kako bi surađivalo s Afričkom unijom i podržalo politički dijalog te spriječilo produbljivanje daljnje političke krize i širenje nasilja. Smatram kako se Afrička unija mora više angažirati čime bi se osiguralo da se kongoanski Ustav u cijelosti poštuje, te da se osigura trajni politički dijalog među zemljama regije Velikih jezera u svrhu sprječavanja svake daljnje destabilizacije. Podsjećam da su mir i sigurnost građana preduvjeti za stabilnost države.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le Parlement européen n'a aucune légitimité pour s'occuper des affaires étrangères. Son ingérence dans des situations aussi complexes que celle que connaît la République démocratique du Congo ne peut rien donner de bon et ne peut rien apporter de positif. Je vote donc contre ce texte.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. — Con questa risoluzione il Parlamento europeo ribadisce la sua vicinanza alla popolazione della Repubblica democratica del Congo e il suo impegno a favore del rispetto dei valori democratici, dello Stato di diritto e dei diritti umani. Il governo della RDC continua purtroppo a violare la Costituzione, la Carta africana sulla democrazia, le elezioni e il buon governo e gli impegni assunti nel quadro dell'accordo di Cotonou. In particolare, sottoscrivo la condanna della violenta repressione contro le manifestazioni pacifiche dell'opposizione, del rifiuto di procedere a libere elezioni e a un passaggio di poteri pacifico, delle severe limitazioni alla libertà di espressione e ai mezzi di comunicazione. È chiaro che l'Unione europea non può restare in silenzio di fronte a tutto ciò. Per questo condivido la richiesta di sanzioni mirate, ai sensi dell'articolo 96 dell'accordo di Cotonou, nei confronti dei funzionari di alto livello e degli agenti delle forze armate responsabili della violenta repressione e dello stallo istituzionale che viola la Costituzione. L'auspicio è che una ferma presa di posizione dell'UE possa spingere tutti gli attori politici a impegnarsi in un dialogo costruttivo che risolva l'attuale crisi e faciliti un ritorno rapido e pacifico alla normale vita democratica.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Demokratska Republika Kongo, kao potpisnica Sporazuma iz Cotonoua, preuzela je određene obveze u vezi s poštovanjem demokracije, vladavine prava i načela ljudskih prava – stoga izražavam zabrinutost zbog poteza predsjednika Kabile, koji posljednje dvije godine pokušava odgoditi izbore predviđene za kraj 2016. te ostati na vlasti i nakon završetka mandata određenog Ustavom. Takvo ophođenje s Ustavom intenziviralo je političku napetost, nemire i nasilje. U zemlji se pogoršalo stanje ljudskih prava i slobode izražavanja i okupljanja te se vrši pritisak, među ostalim nezakonitim pritvaranjem, na nenasilne aktiviste, članove oporbe i civilnog društva. Pozivam EU da poduzme konkretne mjere predviđene Sporazumom iz Cotonoua te uvede sankcije što će se odnositi na visoke dužnosnike i pripadnike oružanih snaga odgovorne za nasilno gušenje prosvjeda i paralizu političkog dijaloga u zemlji. Delegacija EU-a treba nastaviti pratiti zbivanja i pružati svu prikladnu podršku borcima za ljudska prava i prodemokratskim pokretima. Pozivam na razmatranje mogućnosti jačanja posredničkih ovlasti izaslanstva EU-a. Svi politički akteri trebaju započeti miroljubiv i konstruktivan dijalog i spriječiti produbljivanje trenutačne političke krize suzdržavanjem od daljnjeg nasilja i provokacija te se usuglasiti oko prijelaznog razdoblje tijekom kojega bi se predsjednička funkcija izvršavala u nadležnosti prijelaznog vijeća u kojemu bi oporba imala ključnu ulogu.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – É a terceira resolução do Parlamento Europeu num ano, sobre a situação na República Democrática do Congo. Levantam-se um conjunto de preocupações, motivadas pelos interesses da UE, e em particular da Bélgica, ex-colonizador daquele país, e que pretendem justificar ações de interferência e ingerência sobre um país soberano. Nada de novo, é a prática habitual da maioria do Parlamento Europeu, que legitima ações de ingerência, desestabilização e intervenção externas com vista ao controlo de recursos e regiões.

Defende-se a prática de sanções. Criticam-se órgãos de soberania, ao mesmo tempo que apoia o patrocínio de organizações e movimentos que supostamente pugnam pela democracia. Sabemos bem os fins e as práticas por detrás destas a organizações pretensamente independentes, financiadas para promover a desestabilização interna. Valoriza a renovação da polémica missão MONUSCO, uma presença da ONU que deve ser valorizada, mas sem impunidade, sendo necessário garantir os devidos escrutínios. Condenável, pelo contrário o papel militarista e intervencionista da NATO e do reforço da sua presença militar através do comando militar dos EUA AFRICOM. Sobre o papel das multinacionais e o seu papel no financiamento de grupos armados, nem uma palavra de condenação.

Um ataque desmesurado a um país soberano, a cujo povo, e só a ele, compete decidir dos seus destinos.

Votámos contra.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur de cette résolution qui condamne les violations des droits de l'homme et les atteintes aux principes démocratiques en République démocratique du Congo. Il est inadmissible que la population congolaise subisse le poids de cette impasse électorale qui a plongé le pays dans le chaos depuis plus d'un an et qui a affaibli gravement la population déjà en proie à une pauvreté et une insécurité extrêmes. Nous réclamons l'arrêt des violences et des arrestations arbitraires. Nous rappelons que la paix, la sécurité et la stabilité sont des conditions essentielles à la bonne tenue de nouvelles élections.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding resolution. Whilst we remain concerned at the potential further erosion of the security situation in DRC we cannot support the development of EU foreign policy or the potential use of foreign policy tools. We remain fully supportive of regional and international efforts to resolve the political situation in DRC.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — La RDC se encuentra inmersa en una grave crisis política generada por la intención del actual Presidente Kabila de permanecer en el poder, presentándose a un tercer mandato que la Constitución prohíbe expresamente. En los últimos meses se han producido decenas de muertos en la represión violenta de manifestaciones organizadas por la oposición y por grupos pro democráticos.

He votado a favor de esta resolución porque creo que ha llegado el momento de que la Unión reaccione y tome medidas concretas de presión sobre los responsables de la violencia y el bloqueo político —por medio de sanciones nominales— y para tratar de impulsar un verdadero diálogo político en el país, que incluya a todas las fuerzas y que evite que la situación degenere peligrosamente hacia un conflicto abierto.

A esta inestable situación política se añade una grave situación humanitaria, sobre todo en el este del país. Con este texto pedimos a la Unión y a sus Estados miembros que redoblen sus esfuerzos de ayuda para mejorar las condiciones de vida de más de 1 500 000 de desplazados internos y de cientos de miles de refugiados de países vecinos como la RCA, Burundi o Ruanda.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen du 1er décembre 2016 sur la situation en République démocratique du Congo car elle souligne la situation de plus en plus préoccupante dans le pays en raison du climat préélectoral extrêmement tendu. Je déplore la répression violente des manifestants et la perte de vies humaines ces dernières semaines et rappelle aux autorités de la RDC qu'il leur incombe de protéger leurs citoyens. De plus, avec le Parlement européen, je demande que soient garantis le bon déroulement des élections et leur tenue dans les délais prévus. Je plaide en faveur d'une solution pacifique à cette impasse politique qui empêche une transition de pouvoir calme et respectueuse de la Constitution. Dans ce contexte, il est aussi instamment demandé à l'Union européenne de prendre des mesures plus concrètes et d'infliger des sanctions ciblées (notamment en matière d'interdictions de visa et de gel des avoirs), mais aussi de maintenir son assistance au peuple de la RDC.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Padėtis Konge negali nekelti laisvojo pasaulio susirūpinimo. Tebesitęsiantis konfliktas, žmogaus teisių pažeidinėjimai, migrantų bangos – visa tai ne tik kuria humanitarinę katastrofą, bet grasina ir Europos saugumui. Turime nedelsiant veikti. Svarbiausios veiklos kryptys bei tikslai labai išsamiai išdėstyti šioje mūsų kolegų parengtoje rezoliucijoje.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Joseph Kabila é Presidente da República Democrática do Congo (RDC) desde 2001, estando previsto o fim do seu mandato para este Dezembro. Na RDC o cargo de Presidente está constitucionalmente limitado a dois mandatos. As próximas eleições presidenciais estavam previstas para o final deste ano. Porém, nos últimos dois anos, o atual Presidente tem vindo a utilizar meios administrativos e técnicos para tentar adiar a sua realização, de forma a permanecer no poder para além do termo do seu mandato constitucional.

Nas últimas semanas, a população têm-se manifestado contra esta possibilidade e, em consequência, tendo-se registado episódios de violência e perdas humanas. Esta situação de forte instabilidade social, e mesmo de repressão, preocupa profundamente a União Europeia.

Enquanto país integrante do Acordo de Cotonu, a RDC tem a obrigatoriedade de respeitar a Democracia, o Estado de Direito e os Direitos Humanos, particularmente a liberdade de expressão, boa governação e a transparência. A UE enquanto parte contratante deste Acordo deve assumir medidas concretas que visem responsabilizar e parar as infrações e violações cometidas.

Por concordar com a urgência em realizar um diálogo pacífico e construtivo que trave o agravar da crise política e novos atos de violência, votei favoravelmente esta Resolução.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he opuesto a la resolución mayoritaria del Parlamento sobre la situación en la República Democrática del Congo, porque creo que traspasa varias líneas rojas que, a mi juicio, un texto de esta condición nunca debería traspasar. Aunque, obviamente, me opongo a la violación de los derechos humanos y a la represión de las manifestaciones pacíficas y de las personas por su militancia política o por luchar en la defensa de los derechos humanos, la resolución es claramente injerencista.

Además, elude abordar la raíz de muchos de los conflictos que afectan a este Estado, y también a la región, donde se ven involucrados instituciones y poderes económicos europeos. La pretensión de las instituciones europeas de dar lecciones de democracia y pedir sanciones arbitrariamente es claramente hipócrita e interesada por lo que he rechazado este texto.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of a motion for a resolution on the situation in the Democratic Republic of the Congo. The deteriorating human rights situation is of great concern, particularly the violence and intimidation faced by human rights defenders, political opponents and journalists in this pre-electoral context.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Aj keď od ukončenia občianskej vojny došlo v Konžskej demokratickej republike (KDR) k istému makroekonomickému oživeniu, KDR patrí napriek svojmu bohatstvu prírodných zdrojov v súčasnosti medzi najmenej rozvinuté krajiny. Musím vyjadriť svoje hlboké znepokojenie nad politickou situáciou v KDR, a obzvlášť nad nedôstojným zaobchádzaním a násilím páchanom na deťoch a ženách. Som sklamaná z toho, že napriek značnému úsiliu EÚ, ktoré v posledných rokoch vynaložila na podporu krajiny, nedošlo u KDR k výraznejšiemu pokroku. Situáciu v KDR považujem za nešťastnú aj preto, že zo strany vládnej väčšiny a opozície zatiaľ nedošlo k dosiahnutiu potrebných kompromisov, ktoré by vychádzali zo širokého konsenzu obyvateľstva. Žiaľ, nerešpektujú sa základné prvky dobrej správy veci verejných, akými sú ľudské práva a demokracia. Čo považujem za mimoriadne znepokojujúce, je to, že ukazovatele chudoby a zraniteľnosti nevykazujú temer žiadne známky zlepšenia. Zhruba 70 % obyvateľstva žije pod hranicou chudoby a priemerná dĺžka života je 48 rokov. Očakávam preto, že KDR urobí všetko preto, aby boli splnené všetky podmienky v súlade s ústavou a rezolúciou Bezpečnostnej rady OSN.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. — Pri organizaciji prihodnjih predsedniških in parlamentarnih volitev v Demokratični republiki Kongo prihaja do zamud, kar pomeni hudo kršitev kongovske ustave.

Za omenjeno stanje in zakasnitev sta odgovorna predsednik Kabila in kongovska vlada. Omenjeno delovanje resno ogroža mir in varnost v Demokratični republiki Kongo. Poleg tega so se v zadnjih dveh letih razmere na področju svobode izražanja in medijev ter pravice združevanja v državi zelo poslabšale.

Menim, da je ta trend jasno povezan s poskusi vlade, da odloži volitve in podaljša mandat predsednika, kljub temu da je na oblasti že dva mandata, kar je maksimalno dovoljeno v kongovski ustavi.

Volitve so ključnega pomena, da se v državi ponovno vzpostavi ugodno okolje za svobodno in mirno uveljavljanje svobode izražanja, združevanja in zbiranja ter svobode tiska. Pomembno je tudi, da se zagotovijo volitve in da bodo le-te potekale svobodno ter pošteno.

Poleg tega bi morale kongovske oblasti raziskati, pregnati in ustrezno sankcionirati pripadnike varnostnih sil in obveščevalce in ostale odgovorne osebe za nasilno in nelegalno zatiranje aktivistov, voditeljev opozicije in drugih, ki nasprotujejo poskusom predsednika Kabile, da bi še naprej ostal na oblasti.

Ker omenjena resolucija naslavlja vse pomembne elemente problematike, s katero se sooča Demokratiča republika Kongo, sem glasoval za sprejetje le-te.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Prezident KDR Joseph Kabila je vo funkcii od roku 2001. Keďže ústavný zákon mu ďalej nepovoľuje zotrvať vo funkcii, využíva administratívne a technické prostriedky na zdržanie volieb a zotrvanie pri moci aj po skončení ústavného mandátu. EÚ je vážne znepokojená vzniknutou politickou nestabilitou, ktorá uvrhuje krajinu do chaosu, a mala by podniknúť ďalšie kroky, ktoré prispejú k riešeniu ústavnej a humanitárnej krízy a zabezpečia dialóg a hľadanie dohody medzi politickými aktérmi, ktoré by rešpektovali zásady demokracie a právneho štátu.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europska unija izrazito je zabrinuta zbog političke situacije u Demokratskoj Republici Kongu. Kad uzmemo u obzir rizike od nestabilnosti u zemlji i prijetnju koju to predstavlja za regiju, EU će i dalje ostati uključen u situaciju. Države članice slažu se da je sada potrebno usuglasiti svoj pristup u pogledu izdavanja viza za nositelje diplomatskih i službenih putovnica. DR Kongo nije unutar ustavnih rokova sazvao biračko tijelo radi organizacije predsjedničkih izbora. U tom pogledu EU podsjeća na svoje zaključke od 23. svibnja 2016. i ponavlja da je organizacija izbora primarna odgovornost tijelâ vlasti DR Konga. EU će se koristiti svim dostupnim sredstvima, među ostalim pojedinačnim mjerama ograničavanja onih koji su odgovorni za teške povrede ljudskih prava, onih koji potiču na nasilje ili koji otežavaju okončanje krize na sporazuman i miran način kojim se poštuju težnje kongoanskog naroda da odaberu svoje predstavnike.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za skupni predlog resolucije o razmerah v Demokratični republiki Kongo.

Predsednik Demokratične republike Konga je kljub ustavi, ki mu prepoveduje kandidirati še za tretji mandat, v zadnjih dveh letih poskušal z različnimi sredstvi odložiti volitve ter tako zaobiti ustavo, ki je zelo jasna.

Pridružujem se zaskrbljenosti zaradi vse bolj nestabilnih razmer v državi ter opozorilu oblastem in predsedniku države, da je njihova dolžnost ščititi državljane na vsem nacionalnem ozemlju, zlasti pred zlorabami in kaznivimi dejanji.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Δεν αποδεχόμαστε τις παρεμβάσεις της Ένωσης στα εσωτερικά τρίτων κρατών. Ειδικά στην περίπτωση του Κονγκό, με τις δυτικές εταιρείες να αποκομίζουν εκατομμύρια από την απαράδεκτη όντως κατάσταση που επικρατεί εκεί, δεν μπορούμε παρά να θυμηθούμε πως η έναρξη αυτών των προβλημάτων στη χώρα έχει τις ρίζες της στη βελγική «ανθρωπιστική παρέμβαση» πριν από δεκαετίες.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Támogattam a határozat elfogadását, amelyben az Európai Parlament súlyos aggodalmának ad hangot e Kongói Demokratikus Köztársaság belső helyzetének romlása miatt. Megítélésem szerint az EU nem fogadhatja el, hogy a kongói kormány nemzetközi kötelezettségvállalásait, köztük a cotonou-i egyezményt megszegve nem biztosítja az ellenzék demokratikus jogait, erőszakosan lép fel az ellene demonstrálókkal szemben és teret ad az utcai erőszak terjedésének. Egyetértek azzal, hogy az EU az EKSZ, illetve a Főképviselő útján határozottan lépjen fel a közép-afrikai térség e kulcsfontosságú országának gazdasági és társadalmi fejlődéséhez elengedhetetlen demokratizálódás előmozdításáért.

Az Európai Parlament mostani határozatától is azt várom, hogy támogatva a Főképviselő munkáját hozzájárul a politikai folyamatok kedvezőbbre fordulásához a Kongói Demokratikus Köztársaságban, s ezzel az egész térségben.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Mandat prezydenta Demokratycznej Republiki Kongo jest konstytucyjnie ograniczony do dwóch kadencji, a kolejne wybory prezydenckie i parlamentarne miały się pierwotnie odbyć pod koniec 2016 roku. Niestety jednak przez ostatnie dwa lata prezydent Joseph Kabila, sprawujący władzę od 2001 r., wykorzystuje środki administracyjne i techniczne, aby opóźnić wybory i pozostać przy władzy po wygaśnięciu mandatu.

Sytuacja ta doprowadziła do bezprecedensowych napięć politycznych, zamieszek i eskalacji przemocy w całym kraju. Grupy działające na rzecz praw człowieka stale informują o pogarszaniu się sytuacji w zakresie praw człowieka oraz wolności słowa i zgromadzeń w DRK, w tym o nadużywaniu siły wobec pokojowych demonstrantów, niesłusznych aresztowaniach i zatrzymaniach oraz motywowanych politycznie procesach.

W tej sytuacji niezwykle ważne jest, aby wszystkie siły polityczne zaangażowały się w pokojowy i konstruktywny dialog. W przeciwnym razie nie uda się zapobiec pogłębieniu obecnego kryzysu politycznego, co sprzyjać będzie dalszej przemocy. Kolejnym istotnym elementem normalizacji sytuacji w kraju jest natychmiastowe uwolnienie wszystkich więźniów politycznych i zniesienie wszelkich restrykcji wobec mediów.

Unia Europejska nie powinna również w żadnym wypadku wykluczać nałożenia ukierunkowanych sankcji na osoby odpowiedzialne za brutalne represje i podważanie procesu demokratycznego w DRK. Brak stanowczej reakcji z naszej strony to zachęta do dalszej destabilizacji sytuacji w tym kraju.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Ce texte dénonce vivement les atermoiements dans l'organisation des prochaines élections présidentielles et législatives en RDC, lesquels constituent une violation grave de la constitution congolaise.

Le Parlement désigne le président Kabila et le gouvernement congolais pour entièrement responsables de cette situation eu égard à leurs tentatives de retarder ces élections et estime que les agissements du président Kabila et de son gouvernement constituent une menace grave pour la paix et la sécurité en RDC.

Nous pressons le gouvernement congolais d'apporter immédiatement une réponse aux questions encore en suspens concernant le déroulement du calendrier électoral et le budget y afférent ainsi que la mise à jour du registre électoral afin de permettre la tenue d'élections libres, justes et transparentes dans les mois à venir.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Voglio innanzi tutto esprimere il mio più sentito cordoglio alle famiglie delle vittime e alla popolazione della Repubblica democratica del Congo, tragicamente colpite durante le manifestazioni delle ultime settimane. Manifesto la più profonda preoccupazione per la situazione di crescente instabilità nella RDC, in un contesto pre-elettorale caratterizzato da tensioni, ma voglio ricordare alle autorità, e in primo luogo al suo Presidente, che è loro responsabilità primaria tutelare i cittadini che vivono sul territorio della nazione, agendo in protezione della popolazione dagli abusi e dai crimini e adempiendo al loro compito di governare nel più rigoroso rispetto dello Stato di diritto. Ha rappresentato un pericoloso precedente l'incapacità del governo e della commissione elettorale nazionale indipendente di non essere riusciti a organizzare le elezioni presidenziali entro i termini stabiliti dalla Costituzione. Il Parlamento ribadisce il suo appello affinché le elezioni si svolgano in modo regolare e tempestivo, nel pieno rispetto della Costituzione della Repubblica e della Carta africana sulla democrazia e richiama la responsabilità del governo di garantire un ambiente favorevole allo svolgimento di elezioni trasparenti, credibili e inclusive.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Zajednički prijedlog rezolucije podnesen u skladu s člankom 123. stavcima 2. i 4. Poslovnika, koji zamjenjuje prijedloge rezolucija sljedećih klubova: Verts/ALE (B8-1310/2016), EFDD (B8-1313/2016), ECR (B8-1316/2016), PPE (B8-1319/2016), ALDE (B8-1320/2016), S&D (B8-1324/2016) o stanju u Demokratskoj Republici Kongu (2016/3001(RSP)). Podržavam zahtjev usmjeren ka glavnim političkim akterima kojim se traži da započnu miroljubiv i konstruktivan dijalog, da spriječe produbljivanje trenutačne političke krize i da se suzdrže od daljnjeg nasilja i provokacija. Jednako tako, podržavam i poziv Europskoj uniji i njenim državama članicama da nastave pružati pomoć narodu DR Konga kako bi se poboljšali životni uvjeti najugroženijih skupina stanovništva i riješile posljedice raseljavanja, nesigurnosti opskrbe hranom, epidemija i elementarnih nepogoda.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Vlasti u Kongu u listopadu su objavile kako će se odgoditi predsjednički izbori koji su se u toj državi trebali održati 19. prosinca ove godine, što je dovelo do brojnih prosvjeda nezadovoljnih građana, uhićenja, prisilnih zatvaranja, nasilja i smrti desetaka ljudi.

Aktualni predsjednik DR Kongo, Joseph Kabila, dva je puta izabran na predsjedničkim izborima, 2006. i 2011. godine. Iako su po zakonu dozvoljena samo dva mandata, Kabila je već pokušavao promijeniti ustav kako bi dobio i treći mandat. Vjeruje se kako trenutačna situacija oko odgode izbora ima veze upravo s time te da aktualni predsjednik opet pokušava utjecati na izmjene ustava, što je nedopustivo.

Ne smijemo dozvoliti da Kongo bude taoc jednog čovjeka te svi zajedno trebamo utjecati da Joseph Kabila počne poštovati ustav svoje zemlje, a ne da ga mijenja prema osobnim interesima, te da odstupi nakon isteka drugog mandata kako je i predviđeno zakonom, a sve u svrhu nesmetanog održavanja izbora 19. prosinca. Glasovala sam pozitivno o ovom prijedlogu rezolucije te ujedno pozivam vlasti DR Kongo da prestanu koristiti silu kako bi kaznili građane koji su legitimno prosvjedovali tražeći svoja osnovna prava koja su im zajamčena ustavom, dok oni na najvišim državnim dužnostima taj isti ustav ne poštuju.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Resolucijo Evropskega parlamenta o razmerah v Demokratični republiki Kongo sem podprla.

Predsednik Kabila je v zadnjih dveh letih poskušal z upravnimi in tehničnimi sredstvi odložiti volitve ter tako ostati na oblasti po izteku svojega, z ustavo omejenega mandata. Predsednik Kabila in del opozicije sta podpisala sporazum, s katerim sta preložila volitve z leta 2016 na 2018.

Skupine za človekove pravice redno poročajo o slabšanju razmer na področju človekovih pravic, svobode izražanja in združevanja ter svobode do protestiranja v državi v obdobju pred volitvami. Veča se tudi stopnja nasilja in kršitve. V Kinšasi naj bi bilo septembra 2016 ubitih 50 ljudi, še več jih pogrešajo.

Lahko izrazimo zaskrbljenost zaradi nestabilnih zadev v Kongu. Demokratična republika Kongo in Evropska unija sta podpisnici Sporazuma iz Cotonouja, kjer se je Demokratična republika Kongo zavezala k spoštovanju načel demokracije.

Vse slabše razmere na področju varovanja človekovih pravic in omejevanje političnega prostora je zaskrbljujoče. Še naprej je potrebno spremljati razvoj dogodkov in uporabiti ustrezna sredstva za podporo človekovih pravic in demokracije.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en esta resolución sobre la situación en la República Democrática del Congo pues, a pesar de estar de acuerdo con ciertos elementos de la resolución, como su preocupación por la situación de los derechos humanos y sobre el creciente deterioro en la República Democrática del Congo, considero que falta abordar la responsabilidad de la Unión en la crisis. Además, estimo que la resolución ingiere de manera notable en el venidero proceso electoral del país.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I support this resolution. I deplore the loss of lives during the demonstrations over the last few weeks and I express my deepest sympathy to the families of the victims and the people of the DRC.

This House is deeply concerned at the increasingly unstable situation in the DRC in a tense pre-electoral context; reminds the authorities of the DRC, and primarily its President, that it is their responsibility to protect citizens living anywhere in the national territory, and in particular to protect them against abuse and crimes, and to exercise the task of governing with the strictest respect for the rule of law. The EP deplores the failure of the government and the CENI (Independent National Electoral Commission) to hold the presidential election within the constitutional deadline; reiterates its call for a successful and timely holding of elections, in full accordance with the Congolese Constitution and the African Charter on Democracy, Elections and Governance, and insists on the Congolese Government's responsibility to guarantee an environment conducive to transparent, credible and inclusive elections as soon as possible.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Należy wspierać dążenia narodu kongijskiego do przeprowadzenia demokratycznych wyborów prezydenckich. Narastający sprzeciw społeczny wymierzony w dygnitarzy przejawia się w masowych demonstracjach i strajkach. Niestety sygnały docierające z DRK są niepokojące: obecny prezydent i jego urzędnicy dopuszczają się aresztowań, nielegalnego przetrzymywania więźniów i różnych form przemocy.

Opinia międzynarodowa – w tym ONZ i USA – potępiła wspomniane zachowania, nakładając dotkliwe sankcje. Rezolucja wzywa prezydenta Kabilę do respektowania zapisów konstytucji i ustąpienia z urzędu po upływie drugiej kadencji, a także do przeprowadzenia wyborów. Apeluje również o uwolnienie osób bezpodstawnie przetrzymywanych i o zaprzestanie stosowania siły wobec legalnych demonstracji, dlatego zagłosowałem za przyjęciem rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Kongóval kapcsolatban emberi jogi csoportok újra és újra beszámolnak arról, hogy a választásokat megelőző időszakban romlik az országban az emberi jogi helyzet, gyengül a véleménynyilvánítás, a gyülekezés és a tüntetés szabadsága többek között azáltal, hogy túlzott erőt alkalmaznak a békés tüntetők, újságírók, politikai vezetők és mások ellen. Voksommal az S&D-állásfoglalását támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en esta resolución sobre la situación en la República Democrática del Congo pues, a pesar de estar de acuerdo con ciertos elementos de la resolución, como su preocupación por la situación de los derechos humanos y sobre el creciente deterioro en la República Democrática del Congo, considero que falta abordar la responsabilidad de la Unión en la crisis. Además, estimo que la resolución ingiere de manera notable en el venidero proceso electoral del país.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the joint motion for a resolution on the situation in the Democratic Republic of the Congo. In November 2015 President Kabila announced the launch of a national dialogue. The African Union appointed former Togolese Prime Minister Edem Kodjo as national political dialogue facilitator. The African Union, the United Nations, the European Union and the International Organisation of La Francophonie have jointly underscored the importance of dialogue and the search for an agreement between political actors. Humanitarian agencies believe that political instability is plunging the country into chaos and causing its population, already weakened by the various past and present crises, to sink into extreme poverty and insecurity, with more than 5 million people currently in need of food assistance.

I voted in favour because I believe that the EU has to take more concrete actions and to immediately launch the procedure under Article 96 of the Cotonou Agreement, and to adopt targeted sanctions, including a visa ban and asset freeze, against the senior officials and armed forces agents responsible for the violent repression of demonstrations and the political impasse which is preventing a peaceful and constitutional transition of power.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he opuesto a la resolución mayoritaria del Parlamento sobre la situación en la República Democrática del Congo, porque creo que traspasa varias líneas rojas que, a mi juicio, un texto de esta condición nunca debería traspasar. Aunque, obviamente, me opongo a la violación de los derechos humanos y a la represión de las manifestaciones pacíficas y de las personas por su militancia política o por luchar en la defensa de los derechos humanos, la resolución es claramente injerencista.

Además, elude abordar la raíz de muchos de los conflictos que afectan a este Estado, y también a la región, donde se ven involucrados instituciones y poderes económicos europeos. La pretensión de las instituciones europeas de dar lecciones de democracia y pedir sanciones arbitrariamente es claramente hipócrita e interesada por lo que he rechazado este texto.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta Resolução encontra-se inserida num continuado processo de ingerência e desestabilização na região que visa restaurar o poder e o controlo das antigas potências coloniais europeias sobre as imensas riquezas naturais que os países africanos têm, explorando dessa forma os conflitos que aí existem, usando-os a seu favor. A maioria dos grupos políticos do Parlamento Europeu que subscrevem este documento ocultam o papel desestabilizador de países europeus no país, por exemplo a Bélgica. Não se chama à responsabilidade, nem se atacam as multinacionais e o seu papel no financiamento de grupos armados. Não tem uma única palavra para condenar o papel militarista e intervencionista da NATO e do reforço da presença militar deste bloco político-militar através do comando militar dos EUA AFRICOM.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Da sich der Entschließungsantrag für den Schutz der Menschenrechte in der Demokratischen Republik Kongo ausspricht, habe ich zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I join my colleagues in expressing alarm at the deteriorating political and humanitarian situation in the Congo. We call on the Commission and EEAS to do all they can to provide aid to those affected, monitor the situation, sanction those responsible, and ensure that perpetrators of war crimes are brought to justice.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Uznesenie o situácii v Kongu som podporila. Týkalo sa najmä prezidentských volieb, keď súčasný prezident už niekoľko rokov vyvíja aktivity na zmenu ústavného poriadku, ktorý mu v platnej podobe dovoľuje iba dve volebné obdobia. Predchádzajúce snahy o zmenu boli našťastie blokované parlamentom, avšak prezidentské voľby, ktoré sa mali odohrať v decembri tohto roku, boli posunuté na neskôr. V reakcii na toto rozhodnutie sa objavili demonštrácie, ktoré boli potlačené, demonštranti boli zatýkaní a médiá rušené. Situácia v oblasti ľudských práv sa veľmi zhoršila. Uznesením sme preto vyzvali predstaviteľov Konga na vyšetrenie porušenia ľudských práv, na včasné a demokratické voľby a na sankcie voči tým predstaviteľom, ktorí sa zúčastňovali porušovania ľudských práv. Myslím si, že je veľmi dôležité na takéto situácie upozorňovať a dôrazne ich odsudzovať, pretože snahy o predlžovanie obdobia pri moci a ustanovovania doživotných prezidentov sú v 21. storočí nemysliteľné a mali by sa stať minulosťou.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre a situação na República Democrática do Congo (RDC) por considerar que o crescente nível de violência e de violações e infrações dos direitos humanos e do direito internacional na RDC merecem uma tomada de posição forte por parte do Parlamento Europeu.

Gostaria de realçar o apelo da resolução às autoridades da RDC e, em primeiro lugar, ao seu Presidente, que é da sua responsabilidade proteger os cidadãos que vivem em todo o território nacional, nomeadamente protegê-los contra abusos e crimes, e exercer a função de governar no mais estrito respeito do Estado de direito.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam izjavu potpredsjednice Komisije i visoke predstavnice unije za vanjske poslove i sigurnosnu politiku Mogherini o stanju u Demokratskoj Republici Kongo. Ustavni okviri i odredbe najviši su izvor zakona i temelj normalnog funkcioniranja društva i države u cijelosti. Aktualni predsjednik Kabila prema ustavnim odredbama nema pravo na treći mandat i nužno je da Europska unija inzistira na održavanju izbora tijekom 2016. godine, ili što ranije u 2017. godini. Represija uspostavljena nakon političkih prosvjeda u rujnu nedopustiv je primjer korištenja prekomjerne političke sile i moći kako bi se suzbilo djelovanje i sloboda izražavanja naroda. Budući da su sve nadležne agencije UN-a i drugih organizacija prethodno utvrdile da postoji veliki broj slučajeva kršenja ljudskih prava od strane države, Europska unija mora inzistirati na dosljednom poštovanju međunarodnog i nacionalnog pravnog sustava te primjereno reagirati prema idejnim voditeljima i realizatorima ovakvog represivnog pristupa.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za resolucijo Evropskega parlamenta o razmerah v Demokratični republiki Kongo.

Skupine za človekove pravice redno poročajo o slabšanju razmer na področju človekovih pravic, svobode izražanja in združevanja ter svobode do protestiranja v državi v obdobju pred volitvami, vključno z uporabo prekomerne sile proti miroljubnim demonstrantom, novinarjem, političnim voditeljem in drugim. Posledično se zaradi politične nestabilnosti v državi širi kaos, prebivalstvo pa se pogreza v skrajno revščino in negotovost, pri čemer več kot 5 milijonov ljudi trenutno potrebuje pomoč v hrani.

Pridružujem se pozivu, naj vsi politični akterji sodelujejo v mirnem in konstruktivnem dialogu, da bi preprečili poslabšanje te politične krize.

EU mora še naprej spremljati razvoj dogodkov v Demokratični republiki Kongo ter uporabiti vsa ustrezna sredstva in instrumente, da bi podprla zagovornike človekovih pravic in gibanja za demokracijo.

7.25. Zugang zu Energie in Entwicklungsländern (B8-1227/2016)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Questa risoluzione, evidenziato l'elevato potenziale delle fonti di energia rinnovabili nei paesi in via di sviluppo - in particolare in Africa - ne incoraggia il finanziamento e l'utilizzo, richiamando l'attenzione sulla portata e le implicazioni della povertà energetica nei paesi in via di sviluppo e sul forte coinvolgimento dell'UE negli sforzi intesi a ridurre tale povertà. Per tali motivi si chiede anche l'eliminazione graduale dei sussidi ai combustibili fossili, assegnando i fondi così liberati a favore di politiche e azioni sociali efficaci volte a eliminare la povertà energetica nei paesi in via di sviluppo. Ho votato a favore.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Encore une preuve que des bonnes intentions peuvent mener à une résolution indigeste. On y mélange accès à l'énergie et à l'eau potable, insistance sur la spécificité du genre féminin, cuisine traditionnelle au feu de bois versus fourneaux modernes et améliorés, pauvreté énergétique, énergies renouvelables et fossiles, subventions à ces dernières, construction de barrages, partenariats privés-publics, droits de l'homme, justice climatique, etc. De nombreux thèmes abordés sont importants, mais figurent dans un désordre peu compréhensible, comme si le rapporteur avait voulu injecter le maximum de bonnes intentions dans ce texte, sans toutefois réussir à trouver un axe fort et logique. On y constante que la démographie est galopante en Afrique, sans dire que là est le premier des problèmes du continent.

Au final, il y a quelque chose d'indécent à demander à limiter l'accès des énergies fossiles à ces populations, à leur demander de changer leurs modes de vie quand ceux des Occidentaux sont bien plus dispendieux en énergie.

Néanmoins, au vu des thèmes abordés, je me suis abstenue, espérant un meilleur texte à venir sur ce thème.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I opposed this resolution, which contained such politically-correct suggestions as calling on the European Union to include a 'gender dimension on all its energy policies'. There are further calls for EU action on a matter which should not be the business of the EU: energy policy should be decided by national governments.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl rezoliucijos dėl prieigos prie energijos išteklių besivystančiose šalyse. 1,2 mlrd. žmonių neturi prieigos prie elektros, o dar didesniam skaičiui žmonių ši prieiga yra nepatikima. Taip pat pusė žmonių, neturinčių prieigos prie elektros, gyvena Afrikoje ir šis skaičius auga, nes šiame žemyne gyventojų skaičius didėja greičiau nei plečiama prieiga prie energijos išteklių. Todėl pritariu tam, kad būtų siekiama gerinti prieigą prie energijos išteklių, kurie spartina vystymąsi. Taip pat būtina atkreipti dėmesį į energijos nepritekliaus besivystančiose šalyse mastą ir padarinius ir į ES aktyvų dalyvavimą dedant pastangas sumažinti šį nepriteklių.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution aborde de nombreux points dignes d'intérêts mais en les empilant tous (accès à l'énergie et l'eau potable, droits des femmes, justice climatique, pauvreté énergétique…) pour finalement arriver à un résultat brouillon, à peine compréhensible, sans vraie structure ou logique. En espérant un meilleur texte à l'avenir, je me suis abstenu sur celui-ci.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition de résolution qui encourage l'Union européenne à entreprendre des initiatives afin de permettre aux populations des pays en voie de développement d'avoir accès à l'énergie, facteur accélérateur de développement humain et économique. En effet, il est de la responsabilité de l'Union d'apporter une contribution majeure afin de réduire la pauvreté énergétique dans ces pays et d'atteindre l'objectif n° 7 des Objectifs de développement durable des Nations unies. En effet, plus d'1,2 milliard de personnes n'ont pas accès à l'électricité dans le monde et la moitié d'entre elles vivent en Afrique. Dès lors, cette proposition appuie les dispositions du règlement sur l'instrument de financement de la coopération au développement en tant que base solide pour l'aide au développement de l'Union dans le domaine de l'énergie. Elle appelle également à une meilleure coordination des actions internationales pour améliorer cet accès à l'énergie pour la mise en œuvre du plan d'action «Couloir africain de l'énergie propre» afin de répondre à la moitié de la demande totale en électricité d'ici 2030.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Uno degli obiettivi di sviluppo sostenibile è quello di garantire l'accesso per tutti a forme di energia economicamente accessibili, affidabili, moderne e sostenibili entro il 2030. Oggi nel mondo sono 1,2 miliardi le persone che non hanno accesso all'elettricità, la metà di esse vive in Africa. Un numero in perenne aumento a causa della crescita demografica che è più rapida del ritmo con cui viene esteso l'accesso all'energia. La risoluzione comune approvata oggi dal Parlamento. e da me sostenuta, valuta positivamente l'iniziativa della Commissione «-*Energising Development*», volta a offrire accesso all'energia sostenibile a oltre 500 milioni di persone nei paesi in via di sviluppo entro il 2030. La creazione di strumenti di assistenza tecnica, il ricorso a esperti dell'Unione per sviluppare le competenze tecniche nei paesi, la promozione delle capacità e il trasferimento di tecnologie sono mezzi cruciali per ottenere risultati importanti; che devono essere affiancati da investimenti e da un rafforzamento della cooperazione. Puntare l'accesso all'energia per tutti, soprattutto nelle zone rurali, significa accelerare lo sviluppo del continente, rendendo possibile la creazione di un sistema sempre di più fondato su quelle fonti di energia rinnovabile, come il solare e l'eolico, che in Africa abbondano.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en esta resolución sobre el acceso a la energía en los países en desarrollo, pues, pese a que considero fundamental el acceso a una energía sostenible para la realización de diversos derechos básicos, estimo que hay una clara orientación hacia el sector privado. Entiendo que el rol que el sector privado puede jugar en un sector estratégico como la energía, debe de estar muy acotado y regulado por el Estado y éste es un elemento que echamos en falta en la resolución.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta resolución sobre el acceso a la energía en los países en desarrollo donde se pide además que se incluya la dimensión de género en todas sus políticas energéticas. Se pide, además, que se eliminen progresivamente los subsidios a los combustibles fósiles y anima a que estos fondos liberados se destinen a políticas y acciones sociales eficaces, destinadas a erradicar la pobreza energética en los países en desarrollo.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur cette résolution pleine de bonnes intentions mais qui s'éparpillent dans tous les sens quant aux enjeux et solutions envisageables pour l'accès à l'énergie dans les pays en développement. Le texte est ainsi un fourre-tout des défis auxquels font face ces pays: accès à l'eau potable, justice climatique, droits de l'homme, spécificité du genre féminin ou encore cuisine traditionnelle au feu de bois versus fourneaux modernes. Par ailleurs, certains constats sont posés sans que les conséquences afférentes en soient tirées comme dans le cas de la démographie galopante.

Enfin, je suis dubitative quant à la capacité des institutions européennes à donner des leçons de morales sur l'accès des énergies fossiles quand par ailleurs les modes de vie des Occidentaux ne sont pas des plus écoresponsables: multiples voyages en avion via les compagnies low cost ou éclairages publics à forte consommation énergétique, notamment en période de fêtes.

Cependant, étant donné que les thèmes abordés sont d'une importance capitale, j'ose espérer qu'un autre texte, plus construit et raisonnable, viendra prendre à bras le corps ces enjeux.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — Pur essendo questa risoluzione in parte condivisibile, ravviso alcuni passaggi che tolgono al testo concretezza solo per apportare concetti del tutto ideologici e faziosi, per questo motivo ho deciso di esprimermi con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Propuesta de Resolución por la que se garantiza el acceso a una energía moderna, sostenible, asequible y fiable para todos los países en desarrollo, con lo que se satisfarían las necesidades humanas y, además, se favorecería el desarrollo humano y el progreso económico. El objetivo principal de estos programas de acceso a la energía en los países en desarrollo, regidos por el Instrumento de Cooperación para el Desarrollo (ICD) y el Fondo Europeo de Desarrollo (FED), debe centrarse en el acceso a la energía y en la garantía del mismo acceso a aquellas personas pobres de regiones remotas, en la eliminación de la pobreza energética y en la necesidad de aumentar la transparencia y la rendición de cuentas.

Es necesario, además, eliminar progresivamente los subsidios a los combustibles fósiles, y debe pasarse a aplicar estos fondos a políticas y acciones sociales que vayan destinadas a erradicar la pobreza energética en los países en desarrollo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją dėl prieigos prie energijos išteklių besivystančiose šalyse. Europos Parlamentas pabrėžia, kad energetika ir galimos saugumo problemos yra labai susijusios, ir mano, kad energetikos valdymas, nors jį ir sunku įgyvendinti, yra itin svarbus ekonominiam ir žmogiškajam besivystančių šalių vystymuisi. Parlamentas remia Komisijos iniciatyvą „Energetinis vystymasis“, kuria siekiama iki 2030 m. suteikti prieigą prie tvarios energijos išteklių dar 500 mln. žmonių besivystančiose šalyse pasitelkiant tokius programų elementus, kaip techninės pagalbos priemonės sukūrimas, ES ekspertų subūrimas siekiant plėsti technines žinias besivystančiose šalyse ir skatinti gebėjimų stiprinimą ir technologijų perdavimą. Be to, jis pabrėžia energijos kaip daugelio kitų sričių, tokių kaip sveikatos, švietimo, švaraus vandens, žemės ūkio, taip pat telekomunikacijų ir interneto ryšio, varomosios jėgos vaidmenį. Parlamentas ragina Komisiją savo interneto svetainėje reguliariai pranešti, kokia pažanga padaryta siekiant jos iniciatyvos „Energetinis vystymasis“ tikslo, ir patikslinti, kokia viso energijos finansavimo besivystančiose šalyse dalis skirta atsinaujinančiajai energijai, atokiems regionams, darbuotojų mokymui, vietos praktinei patirčiai ir įgūdžiams įgyti, vietos ir nuo tinklų nepriklausantiems sprendimams.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Véleményem szerint a szakképzett és magasan képzett helyi személyzet képzését prioritásként kell kezelni a fejlődő országok energiához való hozzáférésének biztosítása érdekében, és erre a célra kell fordítani a finanszírozási források jelentős részét. Szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se z resolucijo, saj se zavedam pomena dostopa do energije. Ta dostop do energije pospešuje razvoj ter zmanjšuje obseg in posledice energetske revščine v državah v razvoju. Zato so potrebna odločna in usklajena prizadevanja vlad, civilne družbe in drugih deležnikov v ustreznih državah, pa tudi mednarodnih partnerjev, da bi zmanjšali energetsko revščino in uresničili cilj trajnostnega razvoja v omenjenih državah.

Takšna je Afrika, celina z največjim potencialom, ko gre za energijo iz obnovljivih virov, a tudi celina, ki najbolj zaostaja za drugimi v smislu elektrifikacije, kar vpliva na njen trajnostni razvoj in spodbuja migracije revnega prebivalstva v EU.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo pitanje. Održiv pristup cjenovno povoljnoj energiji od velike je važnosti za zadovoljavanje osnovnih ljudskih potreba i gotovo svih vrsta gospodarskih djelatnosti, a način na koji se energija proizvodi i koristi može uvelike utjecati na napredak u razvoju.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Oltre il 70 % del consumo energetico complessivo dell'Africa proviene da fonti rinnovabili, ma la loro quasi totalità proviene dagli usi tradizionali della biomassa; vi sono ancora enormi opportunità per includere altre fonti, in particolare l'energia solare ed eolica. Considerando che l'andamento demografico in Africa avrà un forte impatto sulle esigenze di utilizzo del suolo per la produzione vegetale, nonché sul fabbisogno di legna da ardere, è necessario attuare una nuova politica di sostegno allo sviluppo, che sia sostenibile e solidale. Dobbiamo procedere con l'eliminazione graduale dei sussidi ai combustibili fossili e incoraggiare l'assegnazione dei fondi così liberati a favore di politiche e azioni sociali efficaci volte a eliminare la povertà energetica nei paesi in via di sviluppo; l'unica misura definitiva del successo dell'azione dell'UE è l'entità del contributo che fornisce al conseguimento dell'accesso universale all'energia, riducendo al minimo le emissioni di gas a effetto serra, tenendo conto del principio della responsabilità comune. Sostenere lo sviluppo dell'Africa significa creare condizioni di vita migliori per le persone, ridurre le aree di crisi, stabilizzare i paesi dell'area e – conseguentemente – allentare la pressione dei flussi migratori sull'Europa.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car je considère que l'accès à l'énergie est un accélérateur de développement. En effet, l'accès à une énergie propre abordable et fiable est l'un des prérequis pour la réduction de la pauvreté et le développement économique. L'amélioration de la santé, des modes de cuisson, la sécurité alimentaire, l'accès à l'eau propre ne sont possibles que grâce au développement pérenne de sources d'énergie dans les pays en développement. L'objectif 7 des «Objectifs de développement durable» adoptés par l'Organisation des Nations unies vise à garantir d'ici 2030 l'accès à tous les services énergétiques, fiables et modernes à un coût abordable. En termes de financement, ce rapport propose de supprimer progressivement les financements européens de développement soutenant les combustibles fossiles et souligne que les opérations de financement mixte doivent respecter les principes de l'efficacité du développement. Dans le cadre de l'amélioration de l'accès à l'énergie, les acteurs concernés doivent participer aux décisions et à l'élaboration des projets afin de disposer de sources facilement utilisables, durables et culturellement acceptables.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della risoluzione in questione per richiamare l'attenzione sulla portata e le implicazioni della povertà energetica nei paesi in via di sviluppo. Penso che il potenziale delle fonti di energia rinnovabili in Africa sia molto elevato, in particolare con riferimento alla produzione di energia solare ed eolica che potrebbe garantire l'accesso all'energia per tutti, soprattutto nelle aree rurali. Esorto pertanto l'UE e i suoi Stati membri a mettere in campo azioni che facilitino il trasferimento di tecnologie affinché possano essere effettivamente impiegate nei paesi in via di sviluppo. Mi congratulo per le varie iniziative a livello internazionale tese a promuovere l'accesso all'energia sostenibile nei paesi in via di sviluppo, in particolare in Africa, ma insisto sulla necessità di rafforzarne il coordinamento per assicurare una maggiore efficienza. In tale ottica, gli enti finanziatori (agenzie di aiuti bilaterali, banche di sviluppo multilaterali, agenzie di credito all'esportazione e la BEI) possono giocare un ruolo chiave per combattere la povertà energetica nei paesi in via di sviluppo. Il mancato accesso all'energia in modo affidabile è un problema che affligge 2 miliardi di persone in tutto il mondo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution. The Oral Question focused on whether the Commission is planning a strong European policy towards Africa, namely through the establishment of a Europe-Africa partnership for the electrification of the continent as well as on the state of progress and the main challenges encountered in the implementation of programmed development assistance in the energy area. It also focuses on the outlook for the Commission's continued implementation and on the proportion of the funds engaged that goes to local renewable energy projects.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this non-legislative resolution. In principle, UKIP does not support EU interference in developing countries. Moreover, UKIP does not agree with calls in this resolution to include a gender dimension in all energy policies. UKIP believe the best way to assist developing countries is via increased trade.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'accordo di cooperazione strategica e operativa in esame tra Europol e Ucraina prevede lo scambio di informazioni, incluse quelle sui dati personali. Entro il maggio 2018, entreranno in vigore tanto il nuovo regolamento Europol quanto quello sulla protezione dei dati personali e la direttiva per lo scambio di dati nel corso di indagini su reati gravi o di terrorismo. Ancora, il nuovo regolamento dell'Agenzia per la conclusione di accordi internazionali di cooperazione strategica tra Europol e paesi terzi assicura un maggiore coinvolgimento del Parlamento che sarà chiamato a esprimere un parere invece che dare unicamente il proprio consenso o meno. In attesa di tale possibilità, ho deciso di astenermi.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as I believe that access to energy is one of the key drivers for development in all regions. It is necessary not only for securing a decent level of life for citizens, but also for businesses to thrive and grow. In regions where there is lack of energy infrastructure, there is a way to develop renewable sources of energy and help to shift to sustainable ways of energy production. The EU has to be able to give more financial support to those countries where access to energy is critical.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Qualora il 20% dei cittadini europei dovesse svegliarsi un giorno, privato dell'energia elettrica ad interim, probabilmente dovrebbe mutare in toto il suo modo di vivere. Quello che per noi si prospetta come un incubo inverosimile, è valido ogni giorno per 1,2 miliardo di persone, delle quali la metà risiedono nel continente africano e la situazione peggiore è riscontrabile nella zona subsahariana. Sappiamo che entro il 2040 le esigenze in termini di energia elettrica dell'Africa eguaglieranno quelle che nel 2010 avevano India e America Latina, ad oggi è altresì noto come il 70% dell'energia del Continente Nero provenga da fonti rinnovabili e vi siano ingenti opportunità di sviluppo per il settore solare ed eolico. Che l'accesso all'energia elettrica acceleri lo sviluppo è una certezza, esso però dipende dalla governance energetica conseguibile solo attraverso una sana gestione dei servizi e della capacità statale. Pertanto, sono favorevole all'iniziativa della Commissione *Energising Development* diretta ad offrire l'accesso all'energia sostenibile per altri 500 milioni di persone nei paesi in via di sviluppo entro 2030.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motions for resolutions on access to energy in developing countries.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo provvedimento che ha quale obiettivo principale quello di fare il punto della situazione sulla povertà energetica nei paesi in via di sviluppo, sottolineando l'elevato numero di persone che non hanno ancora accesso all'elettricità. La risoluzione presta attenzione anche al rispetto sui cambiamenti climatici nel raggiungimento di un accesso globale.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – There is a strong relationship between energy and potential security issues and consider that energy governance, while also difficult to implement, is essential to economic and human development in developing countries. I welcome ElectriFI which provides a flexible and inclusive structure, allowing different partners such as the private sector, public institutions and local authorities, to participate and benefit in equal measure under the same market-based conditions.

I appeal for due account to be taken of the needs and opportunities in each targeted country/region, recalling that the involvement of partners from the local private sector and civil society organisations will be instrumental in enhancing effectiveness and ownership of the actions deployed.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'accesso all'elettricità nell'Africa subsahariana è il peggiore al mondo, con 1,2 miliardi di persone che non hanno accesso all'elettricità e un numero ancora maggiore che non può accedere in modo affidabile. D'altra parte, l'Africa è il continente con il più grande potenziale al mondo in termini di energie rinnovabili. Al netto di ciò, ho votato a favore di questa risoluzione, perché ritengo che l'UE debba sostenere gli sforzi dei paesi in via di sviluppo per liberarsi dalla povertà energetica e incoraggiare il conseguimento degli obiettivi di sviluppo sostenibile, in primis l'eliminazione della povertà. Inoltre, l'UE può avere un ruolo cruciale nel trasferimento di tecnologie ai paesi in via di sviluppo, al fine di garantire l'accesso all'energia rinnovabile per tutti abbattendo i costi elevati degli impianti fotovoltaici. Infatti, credo che l'energia sia un elemento fondamentale per creare crescita sostenibile in molti altri settori, tra cui la sanità, l'acqua potabile, l'agricoltura e le telecomunicazioni.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Osiągnięcie zrównoważonego dostępu do energii ma kluczowe znaczenie dla zaspokojenia potrzeb człowieka oraz jest kluczowym czynnikiem rozwoju. Uważam, że konieczne jest wzmocnienie europejskiej polityki wobec Afryki, a mianowicie ustanowienie partnerstwa Europa-Afryka w zakresie elektryfikacji kontynentu.

Rezolucja zwraca uwagę na silne zaangażowanie UE w wysiłki zmierzające do zmniejszenia ubóstwa energetycznego, podkreślając potrzebę zdecydowanych i skoordynowanych działań rządów i zainteresowanych stron w krajach dotkniętych jego skutkami w dążeniu do zmniejszenia ubóstwa i realizacji celu zrównoważonego rozwoju.

W pełni popieram wszelkie starania na rzecz zapewnienia dostępu do energii w krajach rozwijających się. Dla skuteczności działań w zakresie walki z ubóstwem energetycznym ważna jest systematyczna analiza sytuacji i kontrola wdrażanych rozwiązań. Niestety zapisy, które zawiera rezolucja nie są tak jednoznaczne, jak oczekiwałem. W związku z powyższym podjąłem decyzję o wstrzymaniu się od głosu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this resolution as it identifies the strong relationship between energy and potential security issues while it considers that energy governance is essential to economic and human development in developing countries. Africa has a high potential of renewable energy sources in terms of solar and wind production which is crucial in order to ensure access to energy for all, and more must be done to assist the development of the African community in this regard.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution vise à faire le point sur la pauvreté énergétique dans les pays en développement en mettant l'accent sur le nombre important de personnes qui n'ont pas encore accès à l'électricité. Le Parlement européen s'engage ainsi à soutenir l'initiative de la Commission intitulée «De l'énergie pour doper le développement», destinée à permettre l'accès de 500 millions de personnes supplémentaires dans les pays en développement à une énergie durable d'ici 2030. Considérant la nécessité de fournir un accès équitable aux premières nécessités, parmi lesquelles l'accès à l'énergie, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this non-legislative resolution. In principle, UKIP does not support EU interference in developing countries. Moreover, UKIP does not agree with calls in this resolution to include a gender dimension in all energy policies. UKIP believe the best way to assist developing countries is via increased trade.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution sur l'accès à l'énergie dans les pays en développement. Aujourd'hui, encore 1,2 milliard de personnes n'ont pas accès à l'électricité. L'accès à l'énergie est un accélérateur de développement économique et humain et réduit les problèmes potentiels de sécurité. L'aide au développement de l'Union européenne dans le secteur de l'énergie a nettement augmenté pour la période 2014-2020, ce qui permettra, notamment à l'Afrique, d'exploiter son potentiel élevé de ressources d'énergies renouvelables. La participation du secteur privé et d'organisations locales de la société civile est également un atout indéniable sur lequel nous devons nous appuyer.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce texte. Ce rapport traite, pêle-mêle, des points suivants: accès à l'énergie et à l'eau potable, insistance sur la spécificité du genre féminin, cuisine traditionnelle au feu de bois, pauvreté énergétique, énergies renouvelables, etc. D'autres problèmes, à l'inverse, sont passés sous silence: la démographie africaine et la difficulté de se passer des énergies fossiles, alors même que les Occidentaux sont les premiers responsables du gaspillage des ressources.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах „за“ резолюцията относно достъпа до енергия в развиващите се държави, тъй като тя обръща внимание на растящата енергийна бедност в тези региони и подчертава водещата роля на ЕС в усилията за справяне с този проблем. Тя подчертава големия потенциал на възобновяемите енергийни източници в Африка по отношение на производството на вятърна и слънчева енергия за осигуряване на достъп до енергия за всички, особено в селските райони, като призовава ЕС и неговите държави членки да предоставят подкрепа и техническа помощ при изпълнението на плана за действие на инициативата за африкански коридор за чиста енергия, която цели задоволяването до 2030 г. на половината от общото потребление на електроенергия от чисти, местни, икономически ефективни възобновяеми източници, за да се постигне намаляване на емисиите на въглероден диоксид.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε, διότι η Ένωση θα πρέπει πρώτα να ασχοληθεί με τη συνεχώς αυξανόμενη ανεπάρκεια ενέργειας εντός των κρατών μελών και να μην παρεμβαίνει άμεσα στους σχεδιασμούς τρίτων χωρών, ειδικά δε όταν οι παρεμβάσεις αυτές υποκρύπτουν νεοαποικιακές λογικές και πολιτικές. Η μόνη αποδεκτή από εμάς πρόταση θα ήταν η απαγόρευση εμπορικών συναλλαγών με όσα κράτη δεν πληρούν τα κριτήρια προστασίας του περιβάλλοντος.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla presente proposta di risoluzione in quanto essa sottolinea la necessità di sforzi concertati da parte dell'UE e dei governi nazionali in merito alla politiche energetiche in paesi in via di sviluppo. Ritengo essenziale impegnare l'UE in tale direzione non solo perché l'accesso all'energia determina il soddisfacimento di diritti umani di base, ma anche perché esso rappresenta un elemento cruciale per lo sviluppo economico.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Africký kontinent má najväčší potenciál v oblasti obnoviteľných zdrojov, avšak stále zaostáva s elektrifikáciou najmä vidieckych oblastí, čo súvisí aj s nedobudovanou infraštruktúrou, do ktorej budú v budúcnosti africké krajiny investovať miliardy. Existuje množstvo dôkazov a široký konsenzus v súvislosti s tým, že decentralizovaná výroba energie z obnoviteľných zdrojov v malom rozsahu a miestne siete a mimosieťové riešenia sú často najúčinnejšie, že takéto riešenia najviac prispievajú k všeobecnému pokroku v oblasti rozvoja a najviac minimalizujú nepriaznivý vplyv na životné prostredie alebo mu zabraňujú.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την πρόσβαση στην ενέργεια στις αναπτυσσόμενες χώρες, διότι η Ένωση θα πρέπει πρώτα να ασχοληθεί με τη συνεχώς αυξανόμενη ανεπάρκεια ενέργειας εντός των κρατών μελών και να μην παρεμβαίνει άμεσα στους σχεδιασμούς τρίτων χωρών, ειδικά δε όταν οι παρεμβάσεις αυτές υποκρύπτουν νεοαποικιακές λογικές και πολιτικές. Η μόνη αποδεκτή από εμάς πρόταση θα ήταν η απαγόρευση εμπορικών συναλλαγών με όσα κράτη δεν πληρούν τα κριτήρια προστασίας του περιβάλλοντος.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de resolución considerando que el acceso sostenible a una energía asequible, fiable y segura es fundamental para satisfacer de las necesidades y los derechos humanos básicos. Debemos tener presente la magnitud y las consecuencias de la pobreza energética en los países en desarrollo, por lo que es necesario que los gobiernos, la sociedad civil y otras partes interesadas en los países afectados, así como, los socios internacionales realicen esfuerzos vigorosos y concertados a fin de reducir la pobreza energética para alcanzar el desarrollo sostenible y la erradicación de la pobreza de conformidad con la Agenda 2030 y el Acuerdo de París.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – La collega Mc Avan ha portato avanti con risolutezza questo testo che approfondisce un aspetto importante degli impegni che l'UE ha assunto nel quadro della lotta al cambiamento climatico. Un punto trascurato degli accordi assunti nelle COP21 e COP22 riguarda infatti lo sforzo per sostenere i paesi in via di sviluppo a modificare i propri piani e consumi energetici, proprio che sono queste le aree del globo a essere maggiormente a rischio nell'accesso alle forniture energetiche e in generale all'energia pulita.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I vote in favour of access to energy in developing countries. I support this resolution due to the sheer number of over a billion people living without electricity as this can have an effect on health, safety and education. I support this notion because access to energy can be seen as a key feature for development as well as having sustainable modern energy contributing to the present environmental issues, as firewood and charcoal currently dominate Africa's energy consumption.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Affrontiamo con questa discussione un problema di sostenibilità del modello di sviluppo fondamentale per l'avvenire dei rapporti tra l'Unione europea e i paesi invia di sviluppo, in particolare quelli africani. Parliamo del continente che possiede il più grande potenziale al mondo in termini di energie rinnovabili e accusa i maggiori ritardi sotto il profilo dell'elettrificazione. Ho votato a favore della relazione perché considero indispensabile il richiamo alla promozione di un accesso sostenibile all'energia a prezzi accessibili per quei paesi. Nella programmazione 2014-2020 l'assistenza allo sviluppo dell'UE nel settore dell'energia è aumentata in maniera considerevole così come il coordinamento a livello internazionale per queste iniziative, che devono però essere incrementate. Infine, come giustamente richiesto, ritengo altresì fondamentale, ai fini del monitoraggio e della costante necessità di controllare i progressi nel settore, che la Commissione verifichi le percentuali di fondi per l'energia nei paesi in via di sviluppo sia destinato ai diversi capitoli di spesa che sfruttino in particolare le risorse rinnovabili e arrivino alle regioni più periferiche.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en esta resolución sobre el acceso a la energía en los países en desarrollo, pues, pese a que considero fundamental el acceso a una energía sostenible para la realización de diversos derechos básicos, estimo que hay una clara orientación hacia el sector privado. Entiendo que el rol que el sector privado puede jugar en un sector estratégico como la energía, debe de estar muy acotado y regulado por el Estado y éste es un elemento que echamos en falta en la resolución.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the European Parliament resolution on access to energy in developing countries. Providing access to sustainable, reliable and modern energy in poor countries is a key driver of development and a goal that the EU and its Member States have committed to in signing the Sustainable Development Goals last year.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I believe that access to energy accelerates development and that energy governance, while also difficult to implement, is essential. I am of the opinion that the EU and its Member States should provide support and technical assistance in the implementation of the Action Plan of the Africa Clean Energy Corridor initiative, which seeks to meet half of total electricity demand from clean, indigenous, cost-effective renewable resources by 2030, thereby reducing carbon dioxide emissions. Further subsidies for fossil fuels should be phased out and these freed-up funds should be allocated to efficient social policies and to actions for eradicating energy poverty in developing countries.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za rezoluciju Europskog parlamenta o pristupu energiji u zemljama u razvoju jer smatram da je gospodarenje energijom ključno za ekonomski i ljudski razvoj u dotičnim zemljama. Jasno je da pristup energiji ubrzava razvoj, te je stoga nužno da Europska unija sudjeluje u naporima kako bi se siromaštvo u trećim zemljama smanjilo, što naravno zahtjeva aktivan i koordiniran doprinos vlada i civilnog društva. Obnovljivi izvori energija u Africi predstavljaju ogromni potencijal koji se mora iskoristiti na pametan, uravnotežen i odgovoran način. Svakako je potrebna i sinergija međunarodne zajednice kako bi se osigurao univerzalan pristup energiji, te nastavno tome podržavam ovu rezoluciju.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui vise à faire le point sur la pauvreté énergétique dans les pays en développement en mettant l'accent sur le nombre important de personnes qui n'ont pas accès à l'électricité. Elle propose des solutions pour arriver à un accès énergétique plus effectif et durable.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich lehne die vorliegende Entschließung ab. Der Bericht schießt über das Ziel hinaus: Anstatt es Entwicklungsländern zu ermöglichen, selbst dafür zu sorgen, wie sie den Zugang zu Energie bewerkstelligen wollen, hält der Bericht an einer präskriptiven Haltung fest und fordert die Abschaffung von Subventionen, die gewisse Sektoren in Entwicklungsländern überhaupt erst ermöglichen, besteht auf erneuerbaren Energien, auch wenn viele Länder dafür gar nicht gerüstet sind, und schließt andere nützliche Aspekte wie *Off-Grid*-Elektrizität gänzlich aus.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – Sustainable access to affordable, reliable and safe energy is crucial for the satisfaction of basic human needs and rights, including access to clean water, sanitation, safe and secure environment. The resolution, calls on the EU to include a gender dimension on all its energy policies focusing on women particular needs. It also calls for the phasing out of fossil fuel subsidies. However, even if the resolution includes very positive language on sustainability and on gender issue I voted abstention since I do not believe that the access to energy in developing countries could be resolved through an EU-Africa partnership.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. — Access to reliable and safe energy is crucial for the satisfaction of basic human needs and rights, a key driver of development and a must for modernity. Unfortunately, nowadays 1.2 billion people lack access to electricity, half of those without access to electricity live in Africa; this number is growing, since the population on this continent is increasing at a faster pace than that at which access to energy is being extended. I supported the Commission's 'Energising Development' initiative, which aims to provide access to sustainable energy for an additional 500 million people in developing countries by 2030 through programme elements such as the creation of a Technical Assistance Facility, drawing upon EU experts to develop technical expertise in developing countries, and to promote capacity building and technology transfer. In my opinion, the 'Energising Development' initiative must be fully aligned with the EU development policy and it should urge the EU and its Member States to facilitate technology transfer (renewable energy resources) in developing states, in Africa particularly.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu car il s'agit d'une résolution brouillonne mais pleine de bons sentiments. Elle veut supprimer les financements des énergies fossiles au bénéfice d'énergies modernes, ce qui n'a pas de sens dans les pays en voie de développement.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution that highlights the important role that access to energy plays in accelerating development.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Stanovništvo afričkog kontinenta konstantno raste, a na njemu polovica osoba nema pristup električnoj energiji. Dodatan problem je i što je pristup većine ljudi električnoj energiji nepouzdan. Afrika ima oko 10 % svjetskog hidroenergetskog potencijala, a Europski parlament podsjeća i na globalno zatopljenje koje će predstavljati sve veći problem pristupa vodi i sigurnosti opskrbe hranom. Mnogi dijelovi Afrike već sada su suočeni s nestašicom vode, pri čemu je oko jedna trećina obradivih površina u Africi već kvalificirana kao suho tlo. Pariškim sporazumom naglašava se nužnost promicanja univerzalnog pristupa održivoj energiji u zemljama u razvoju, a posebno u Africi, i to jačanjem razvoja obnovljivih izvora energije.

Afrički kontinent ima najveći potencijal na svijetu kada je riječ o obnovljivim izvorima energije, ali zato i najviše zaostaje kada je u pitanju elektrifikacija. Europski parlament također napominje kako se u Africi nalazi veliki potencijal obnovljivih izvora energije kada je riječ o solarnoj energiji i energiji vjetra te da bi se na taj način svima omogućio pristup energiji, posebno u ruralnim sredinama. Podržala sam ovu rezoluciju.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Viens no ilgtspējīgas attīstības mērķiem ir nodrošināt visiem cilvēkiem piekļuvi cenas ziņā pieejamiem, uzticamiem, ilgtspējīgiem un moderniem energopakalpojumiem. ES iniciatīva "Enerģija attīstībai" līdz 2030. gadam paredz nodrošināt piekļuvi ilgtspējīgai enerģijai vēl 500 miljoniem cilvēku un piešķirt EUR 3,5 miljardus attīstības palīdzībai enerģētikas jomā 2014. –2020. gada periodā. Mums ir mērķi un nauda – tagad ir svarīgi, lai paredzētās 30 programmas strādātu precīzi un efektīvi. Šeit Parlamentam ar Komisiju ir jāstrādā kopīgi, lai novērstu problēmas un koordinētu mūsu pūles mērķu sasniegšanai. Tāpēc deputātiem ir svarīgi saņemt Komisijas redzējumu un laicīgi uzzināt par programmu realizēšanas sarežģījumiem.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Zabezpečením prístupu k cenovo dostupnej energii je možné súbežne riešiť zásadné problémy pri ochrane životného prostredia, ovzdušia a ekosystémov. Prechod na moderné a ekologické palivá zabráni nežiaducemu výrubu drevín a možnému vyčerpaniu zdrojov dreva. Africké rozvojové krajiny majú vysoký potenciál obnoviteľných zdrojov. Vhodnou a efektívnou rozvojovou a sociálnou politikou je možné africkému obyvateľstvu zabezpečiť cenovo dostupnú energiu bez páchania ďalších škôd na životnom prostredí.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Αναφερόμενος στην Ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 24/11/2016, απείχα κατά την ψηφοφορία της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με την πρόσβαση στην ενέργεια στις αναπτυσσόμενες χώρες, διότι δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. — Am votat pentru rezoluția referitoare la accesul la energie în țările în curs de dezvoltare întrucât accesul sustenabil la o energie accesibilă și fiabilă este un drept fundamental atât pentru cetățenii Uniunii Europene cât și pentru cetățenii din state terțe.

În primul rând, UE trebuie să dezvolte un cadru de combatere a sărăciei energetice în cadrul guvernanței uniunii energetice. Comisia Europeană trebuie să stabilească obiective pentru statele membre și statele terțe cu care UE are acorduri interguvernamentale cu privire la sărăcia energetică și trebuie să stabilească indicatori-cheie pentru sărăcia energetică.

Consider că, pentru cetățenii europeni, UE trebuie să focalizeze fondurile pentru eficiența energetică și ajutor pentru producția din surse proprii pentru a viza consumatorii care se confruntă cu sărăcie energetică și cu venituri reduse.

Referitor la situația energetică din țările terțe, UE trebuie să urmeze obiectivele politicii de dezvoltare ale UE din Tratatul de la Lisabona și să urmărească în țările terțe potențialele probleme de securitate și guvernanța energetică.

Inițiativa Comisiei „Energizarea dezvoltării" este bună. Este nevoie de specialiști UE în țările în curs de dezvoltare, care să contribuie la dezvoltarea expertizei tehnice, la consolidarea capacităților și la transferul de tehnologie. Dezvoltarea energiei în aceste țări va contribui și în domeniul sănătății, educației, precum și al telecomunicațiilor și conectivității la internet.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur cette proposition de résolution. Ce texte aborde beaucoup de thèmes très divers sur la question du développement des pays tiers, notamment l'accès à l'énergie. Si l'intention est bonne, la proposition manque de cohérence, prétendant notamment encourager ces pays à adopter un mode de vie moins polluant que les Occidentaux…

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Europos Parlamento rezoliucijoje dėl prieigos prie energijos išteklių besivystančiose šalyse atkreipiamas dėmesys į daugelį problemų, dėl kurių 1,2 mlrd. žmonių vis dar neturi prieigos prie elektros. Nepaisant to, kad Afrika yra didžiausią atsinaujinančiosios energijos potencialą planetoje turintis žemynas, jis yra ir labiausiai atsiliekantis žemynas elektrifikavimo požiūriu.

Atsižvelgdamas į tai, Europos Parlamentas ragina ES ir jos valstybes nares teikti paramą ir techninę pagalbą įgyvendinant tokius projektus kaip Afrikos švarios energijos koridoriaus iniciatyvos veiksmų planas, kuriuo siekiama iki 2030 m. pusę viso elektros energijos poreikio patenkinti naudojant švarius vietinius ekonomiškai efektyvius atsinaujinančiuosius energijos išteklius ir taip sumažinti išmetamą anglies dioksido kiekį. Europos Parlamentas taip pat ragina finansavimo organus, privatųjį sektorių ir besivystančių šalių vyriausybes glaudžiai bendradarbiauti, kad šie tikslai būtų greičiau pasiekti.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La résolution mélange accès à l'énergie et à l'eau potable, insistance sur la spécificité du genre féminin, cuisine traditionnelle, pauvreté énergétique, énergies renouvelables et fossiles, subventions à ces dernières, construction de barrages, partenariats privés-publics, droits de l'homme, justice climatique, etc. Il y a de nombreux thèmes importants abordés mais dans un désordre qui rend le texte peu compréhensible. Celui-ci va alors jusqu'à perdre tout intérêt.

Par ailleurs, il apparaît parfaitement paradoxal de demander à limiter l'accès des énergies fossiles à ces populations, leur demander de changer certains modes de vie alors que dans d'autres régions, on n'a jamais autant gaspillé et consommé de manière quasiment indécente et alors que l'essor démographique n'a jamais été aussi problématique.

Je me suis, par conséquent, abstenue.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution since access to energy is key to increasing development and can complement the EU's other efforts to reduce energy poverty.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — L'accès à l'électricité est universel sauf en Afrique. De la stabilité de l'Afrique dépend la stabilité de l'Europe et du monde. Bien que le continent africain possède le plus grand potentiel d'énergie renouvelable de la planète, il connaît le plus grand retard d'électrification. L'accès à l'énergie est un accélérateur de développement. Il ouvre des perspectives aux entreprises, développant l'emploi, améliorant la croissance économique. Il est donc essentiel que l'UE, au travers de l'aide publique au développement, et le continent africain concentrent leurs efforts vers l'énergie, préalable à la santé, à l'éducation, à l'accès à l'eau, à l'autonomisation des femmes, à l'industrie agroalimentaire… L'accès à l'énergie pour tous est un gage de paix sociale, de solidarité et de développement durable. Continent frère de l'Afrique, l'UE a un rôle à jouer dans le cadre du partenariat UE-Afrique pour l'énergie. Notre inaction aurait un coût cent fois supérieur à celui de l'action en termes de radicalisation, de chaos, d'immigration, de déstabilisation politique et sociale. Mais les impulsions qui ne viennent pas du continent africain ont peu de chance d'aboutir. Dès lors, s'il est certain que

l'avenir de l'Afrique est largement lié à celui de l'Europe et inversement, rien ne peut remplacer la volonté des Africains.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Fejlesztési Bizottság jelentése a fejlődő országok lakóinak energiához való hozzáférési lehetőségeit taglalja. Kitér

i. az energiaszegénység mérséklésére

ii. a villamosítással kapcsolatos állami, hatósági feladatokra

iii. a Bizottság kezdeményezésére, amelynek célja, hogy 2030-ra további 500 millió embernek biztosítson hozzáférést fenntartható energiaforrásokhoz a fejlődő országokban

iv. a megújuló energiaforrásokban rejlő hatalmas afrikai potenciálra

v. a vízhez való hozzáférés és az élelmezésbiztonság problémájára

vi. az energiához való hozzáférés elősegítését célzó különféle nemzetközi kezdeményezések koordinációjának javítására

vii. a fosszilis tüzelőanyagokra nyújtott támogatások fokozatos megszüntetésére és

viii. az energiához való egyetemes hozzáférés üvegház hatású gázok minimális kibocsátása melletti megvalósítására.

A jelentést megszavaztam.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Il y a quelque chose d'indécent à demander à limiter l'accès des énergies fossiles aux populations des pays en voie de développement, à leur demander de changer certains modes de vie au moment où les Occidentaux passent plus de temps à voyager en low cost à travers la planète et à gaspiller l'énergie de façon éhontée au moment de Noël, ces éclairages en décembre représentant en moyenne 10 % de la dépense énergétique annuelle de l'éclairage public d'une grande ville française. Je m'abstiens sur ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte sur l'accès à l'énergie dans les pays en développement. La résolution fait le point sur les situations de pauvreté énergétique dans les pays en développement et formule des propositions pour améliorer l'accès à l'énergie telles que le transfert de technologies solaires et éoliennes de l'Union vers les pays en développement.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Considerando il ruolo chiave dell'energia nell'assicurare il soddisfacimento di alcuni diritti umani, come l'accesso all'acqua potabile; riconoscendo l'energia come uno strumento indispensabile per lo sviluppo economico; e soppesata l'importanza delle forme pulite di energia nel determinarne un carattere sostenibile; sosteniamo la relazione McAvan. Tali considerazioni assumono una rilevanza eccezionale per l'Africa e, in particolare, per quella subsahariana. In questa regione, infatti, l'accesso all'energia è particolarmente scarso, il più basso al mondo, ma, al contrario, le fonti di energia rinnovabile abbondano. Condividiamo, poi, l'accento posto sull'importanza della dimensione sostenibile e ambientale dell'energia. L'aumento delle emissioni di CO_2, delle cui emanazioni è responsabile, per il 20%, la deforestazione, e più generalmente gli effetti del cambiamento climatico aumentano la povertà delle regioni più vulnerabili che, per altro, non hanno responsabilità nell'aver determinato il fenomeno. L'aumento di siccità e povertà energetica, inoltre, aggrava e, sempre più spesso, causa direttamente guerre e migrazioni. In questo contesto, ricordiamo che le fasce più colpite sono quelle socialmente più fragili. A tal scopo, condividiamo l'auspicio per l'inserimento di una prospettiva di genere nelle politiche energetiche europee. Auspichiamo, quindi, che la Commissione, adottando un approccio sempre più olistico, persegua con i partner regionali una maggiore cooperazione in materia.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this motion for a resolution regarding access to energy in developing countries. Access to affordable, reliable and safe energy is crucial for the satisfaction of basic human needs and rights, and accelerates development.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestei propuneri de rezoluție deoarece susțin poziția raportorului cu privire la necesitatea dezvoltării de energii regenerabile și asigurarea accesului la energie curată al țărilor în curs de dezvoltare. Producerea de energie sustenabilă și sigură are implicații în toate domeniile de dezvoltare ale unui stat și este extrem de importantă pentru nivelul de trai al tuturor cetățenilor, în special al celor cu venituri mici. În acest context, susțin demersurile Comisiei Europene de a impulsiona dezvoltarea de tehnologie pentru energie regenerabilă în Africa.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. — Jsem přesvědčen, že je třeba plně podporovat iniciativu Komise „Energie pro rozvoj" týkající se poskytování přístupu k udržitelné energii pro dalších 500 milionů lidí v rozvojových zemích do roku 2030, a to prostřednictvím vytváření technických odborných znalostí v rozvojových zemích a podporování budování kapacit a přenosu technologií při vědomí, že energie plní úlohu nezbytného prostředku pro řadu jiných oblastí, jako je zdravotnictví, vzdělávání, čistá voda, zemědělství či telekomunikační a internetové propojení. Zároveň je třeba lépe koordinovat různé mezinárodní iniciativy zaměřené na podporu přístupu k energii z udržitelných zdrojů v rozvojových zemích, zejména v Africe.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Energia kättesaadavus on äärmiselt oluline kogu inimtegevusele, mh selliste põhivajaduste rahuldamiseks nagu puhas vesi, kanalisatsioon, tervishoid, küte jne. Siiski ei ole energia tänapäeval mitte kõigile kättesaadav ning pooled neist, kellele elektrienergia ei ole kättesaadav, elavad Aafrikas. Seega on oluline, et EL aitaks omalt poolt kaasa energiale juurdepääsule ka arengumaades. Resolutsioon toetab komisjoni algatust „Energia arengu soodustamiseks", ELi elektriga varustamise rahastamise algatust ning juhib tähelepanu ka taastuvenergia potentsiaalile Aafrikas.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Pritariu pateiktai rezoliucijai.

Visų pirma, būtina užtikrinti geresnę prieigą prie energijos išteklių. Tik bendromis pastangomis galima efektyviai kovoti su energijos nepritekliumi ir užtikrinti, kad būtų tenkinami pagrindiniai žmonių poreikiai ir paisoma žmogaus teisių.

Pažymėtina, kad energijos nepriteklius yra visuotinė problema, kuri kyla ir 11 proc. ES gyventojų. Todėl prieiga prie energijos išteklių turėtų būti pagrindinė ir strateginė kiekvienos valstybės narės ir visos ES politikos sritis.

Būtina kuo skubiau pašalinti visas energetikos plėtojimo kliūtis. Labai svarbu užtikrinti, kad visi susiję projektai būtų vykdomi skaidriai, tinkamai atsižvelgiant į jų galimą poveikį vietos gyventojams, čiabuviams ir gentims.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution. Sur 1,1 milliard d'africains, 700 millions n'ont pas accès à l'électricité. D'ici à 2030, si rien n'est fait, ce chiffre pourrait passer à 1,3 milliard. Autrement dit, c'est le futur continent le plus peuplé de la planète qui aura le moins accès à l'électricité et à la lumière. Il est grand temps d'accompagner les pays en développement, et en particulier l'Afrique, pour accroître leur accès à l'énergie. Les enjeux sont gigantesques: éducation, migration, stabilité et sécurité. Voilà ce qui se cache derrière l'accès à l'énergie dans les pays en développement.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — The main objective of this resolution is to take stock of the energy poverty in developing countries by emphasising the large number of people who lack access to electricity. I voted in favour as I support the main objectives of the resolution. I also believe this resolution also pays attention to respect on climate change in achieving global access.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Podržala sam rezoluciju Europskog parlamenta o pristupu energiji u zemljama u razvoju koja uzima u obzir ciljeve održivog razvoja, a posebno cilj br. 7 o pristupu energiji, cilj br. 12 o održivoj potrošnji i proizvodnji te cilj br. 13 o klimatskim promjenama. Ova rezolucija uzima u obzir i inicijativu „Održiva energija za sve" koju je UN pokrenuo 2011. Rezolucija uključuje i inicijativu „Pružanje energije razvoju", koju je Europska komisija pokrenula 2012. kako bi do 2030. dodatnih 500 milijuna ljudi u zemljama u razvoju imalo pristup održivoj energiji. Energija zasnovana na održivom pristupu, a koja je cjenovno pristupačna, pouzdana i sigurna, ključna je za ispunjavanje osnovnih ljudskih potreba i prava te je ujedno glavni pokretač razvoja. Pristup energiji povezan je sa sigurnosnim i geopolitičkim aspektima, a energetska pitanja mogu postati uzroci sukoba. Rezolucija poziva na postupno ukidanje subvencija za fosilna goriva i potiče da se ta oslobođena sredstva dodjele učinkovitim socijalnim politikama i mjerama za iskorjenjivanje energetskog siromaštva u zemljama u razvoju.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Encore une preuve que des bonnes intentions peuvent mener à une résolution indigeste. On y mélange accès à l'énergie et à l'eau potable, insistance sur la spécificité du genre féminin, cuisine traditionnelle au feu de bois versus fourneaux modernes et améliorés, pauvreté énergétique, énergies renouvelables et fossiles, subventions à ces dernières, construction de barrages, partenariats privés-publics, droits de l'homme, justice climatique, etc. De nombreux thèmes abordés sont importants, mais figurent dans un désordre peu compréhensible, comme si le rapporteur avait voulu injecter le maximum de bonnes intentions dans ce texte, sans toutefois réussir à trouver un axe fort et logique. Dans ces conditions, je préfère m'abstenir.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – L'accesso sostenibile all'energia, a prezzi accessibili, è la precondizione indispensabile per il soddisfacimento di bisogni e diritti umani di base e per lo sviluppo di qualsiasi attività economica. In Africa, seicento milioni di persone non hanno ancora accesso all'elettricità e questo numero è in aumento, dato che il ritmo della crescita demografica è più alto di quello con cui viene esteso l'accesso all'energia stesso. La stragrande maggioranza del consumo energetico del continente, inoltre, proviene dall'uso di biomassa, che produce un impatto estremamente negativo sull'ambiente, in termini di deforestazione, erosione del suolo e desertificazione, e sulla vita delle donne, costrette a enormi sacrifici per la raccolta della legna e la preparazione dei pasti con metodi antiquati e inefficienti. Eppure l'Africa è il continente che possiede il più grande potenziale al mondo per la produzione di energia da fonti rinnovabili, solare eolico e idroelettrico. L'Europa, attraverso i suoi strumenti e programmi di cooperazione allo sviluppo e conformemente ai principi di giustizia climatica, cioè condividendo in maniera equa e giusta gli oneri delle politiche ambientali, deve sostenere gli sforzi dei governi locali, promuovere gli investimenti e fornire assistenza tecnica per garantire a tutti l'accesso all'energia.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Održivi je pristup pouzdanoj i sigurnoj energiji ključan za ispunjavanje osnovnih ljudskih potreba i glavni je pokretač razvoja, temelj većine gospodarskih aktivnosti. U pogledu tog pristupa, najgore je stanje u Africi, posebno supsaharskoj regiji, gdje stanovništvo raste brže nego pristup energiji. Demografski će trendovi u Africi imati golem utjecaj na načine korištenja tla za proizvodnju usjeva te na potrebu za ogrjevnim drvom. Velikim oslanjanjem na tradicionalnu biomasu dovode se u opasnost šume i grmoviti predjeli diljem afričkog kontinenta – kontinenta koji ima najveći potencijal na svijetu kada je riječ o obnovljivim izvorima energije. Pozivam EU da podrži prijenos tehnologija i time pridonese financijskoj pristupačnosti tih izvora. Vlade, civilna društva i drugi dionici trebaju koordinirano nastojati smanjiti energetsko siromaštvo, prvenstveno razvijanjem mladih ruralnih tržišta električne energije sve dok se ne etabliraju i ne postanu samoodrživa. EU također pozivam da rodnu dimenziju uključi u sve svoje energetske politike. Na primjeru korištenja ugljena za tradicionalno kuhanje jasno se može prepoznati štetnost po zdravlje i okoliš, pri čemu žene snose nerazmjeran dio tereta korištenja takvih materijala. Pozdravljam „Pružanje energije razvoju", inicijativu Komisije kojom se do 2030. planira omogućiti pristup održivoj energiji za dodatnih 500 milijuna ljudi u zemljama u razvoju, kao i inicijativu ElectriFI.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A resolução desenvolve-se sem qualquer referência à importância e imperativa necessidade do respeito pela soberania política dos países beneficiários no que toca aos assuntos energéticos e que as iniciativas nesta área devem ter em consideração o contexto nacional, responder aos anseios da população e às necessidades do país.

Por outro lado, aponta como caminho para alcançar o sétimo objetivo de desenvolvimento sustentável - Assegurar o acesso confiável, sustentável, moderno e a preço acessível à energia para todos, um maior envolvimento do sector privado nos programas de ajuda ao desenvolvimento no domínio da energia. Sabemos que a lógica de mercado e de maximização do lucro tem tido consequências nefastas no acesso e aumento de custos no acesso à energia, contribuindo para fenómenos de pobreza energética de substantiva dimensão no território da UE. Segue, promovendo as parcerias público-privadas, via de financiamento do sector privado que garante os lucros, enquanto os trabalhadores, o povo e os Estados assumem os prejuízos da exploração.

Votámos contra.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. — Jsem přesvědčen, že přístup k dostupné, udržitelné a bezpečné energii má zásadní význam pro uspokojení základních lidských potřeb a práv jako přístup k pitné vodě, zdravotní péči, vzdělání nebo teplu. Energie je klíčovou hybnou silou rozvoje a je to tedy zároveň zásadní bezpečnostní a geopolitické téma, přístup k energii se může velice lehce stát důvodem vážných konfliktů. Mezi bezpečnostními problémy a energetikou existuje jasná a velmi silná vazba. Zpráva vyzývá Komisi ke konkrétním krokům v oblasti zlepšování přístupu k energii a zároveň monitorování a uveřejňování jejich výsledků. Dále se musíme zabývat konkrétními procedurálními inovacemi. Pro příklad bych uvedl potenciální výstavbu přehrady. Každá taková stavba, na niž jsou schvalovány finanční prostředky, musí být v souladu s pokyny Světové komise pro přehrady a pěti základními kritérii: spravedlnost, účinnost, rozhodování za účasti různých stran, udržitelnost a odpovědnost. Jsem dlouhodobým propagátorem zavádění vysoce účinných, udržitelných a energeticky efektivních technologií, které mohou být právě v rozvojových zemích klíčovým nástrojem pro dlouhodobé řešení problému s přístupem k energetickým zdrojům.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – L'accès durable à une énergie fiable, sûre et abordable, ainsi que l'accès à l'eau potable, à la santé et à l'éducation, est fondamental pour tous les êtres humains, mais aussi pour garantir le développement économique des pays. Plus d'un milliard de personnes n'ont toujours pas accès à l'électricité dans le monde. Nous devons redoubler d'efforts dans le domaine de l'énergie pour contribuer à protéger l'environnement mais aussi à améliorer le développement. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de cette résolution qui évoque la gravité de la situation énergétique dans les pays en voie de développement. Il est important de souligner que nous ne viendrons à bout de ce problème qu'en encourageant la production locale des énergies renouvelables. Toutes les parties prenantes, les gouvernements et les investisseurs internationaux doivent s'engager dans la réalisation de ces objectifs.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this non-legislative resolution. In principle, UKIP does not support EU interference in developing countries. Moreover, UKIP does not agree with calls in this resolution to include a gender dimension in all energy policies. UKIP believe the best way to assist developing countries is via increased trade.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de esta Propuesta de Resolución por el que se garantiza el acceso a una energía moderna, sostenible, asequible y fiable para todos los países en desarrollo, con lo que se satisfarían las necesidades humanas y, además, se favorecería el desarrollo humano y el progreso económico. El objetivo principal de estos programas de acceso a la energía en los países en desarrollo, regidos por el Instrumento de Cooperación para el Desarrollo (ICD) y el Fondo Europeo de Desarrollo (FED), debe centrarse en el acceso a la energía y en la garantía del mismo acceso a aquellas personas pobres de regiones remotas, en la eliminación de la pobreza energética y en la necesidad de aumentar la transparencia y la rendición de cuentas.

Es necesario, además, eliminar progresivamente los subsidios a los combustibles fósiles, y debe pasarse a aplicar estos fondos a políticas y acciones sociales que vayan destinadas a erradicar la pobreza energética en los países en desarrollo.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Elektros energija – šiuolaikinio pasaulio variklis. Todėl prieigos prie energijos užtikrinimas turėtų tapti vienu svarbiausių vystomojo bendradarbiavimo ir, apskritai, bet kokios plėtros tikslų. Ir būtent čia slypi didžiulis atsinaujinančios energetikos plėtros potencialas.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta proposta de resolução vem chamar a atenção para a importância do acesso à energia nos países em desenvolvimento, já que este acesso constitui um poderoso instrumento para a redução da pobreza nestes países e consequentemente para alcançar os Objetivos de Desenvolvimento Sustentável, em consonância com a Agenda 2030 e o Acordo de Paris.

Nessa medida, são apresentadas um conjunto de propostas para que a UE apoie a melhoria do acesso à energia nestes países, em conjunto com os seus governos, autoridades locais e regionais, sociedade civil e demais partes interessadas, designadamente, através do apoio à iniciativa da Comissão Europeia «Energia para o Desenvolvimento», da aplicação do Regulamento ICD e do fomento à utilização de energias renováveis em África, sobretudo ao nível da produção solar e eólica nas zonas rurais.

Por oposição, é necessário proceder a uma eliminação gradual dos subsídios aos combustíveis fósseis.

Por concordar com o teor da proposta de Resolução apresentada, votei-a favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui porte sur l'accès à l'énergie dans les pays en développement.

La résolution met notamment un accent spécifique sur le continent africain étant donné qu'actuellement, près de 1,2 milliard de personnes n'ont pas accès à l'électricité et que la moitié des personnes privées de cet accès vivent en Afrique. En parallèle, plus de 70 % de la consommation énergétique totale de l'Afrique provient de sources renouvelables, mais il existe de nombreuses possibilités pour diversifier ces sources et en inclure de nouvelles.

Il est important que l'Union européenne, à travers ses programmes et initiatives, puisse mettre à disposition son expertise afin de permettre le renfort des capacités et le transfert des technologies.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución contiene referencias y propuestas positivas como el reconocimiento de la necesidad de tener especialmente en cuenta la dimensión de género en el acceso a la energía, la importancia de las energías renovables y de los circuitos cortos de producción. Pero esta promoción de políticas de desarrollo de la Unión para hacer frente a la pobreza energética en los países empobrecidos, se quedan en nada, mientras se defiendan las actuales políticas comerciales y económicas.

Además, se obvia un elemento esencial a la hora de garantizar el acceso a la energía: el papel central del Estado y los gobiernos en un sector estratégico. El acceso a la energía es fundamental para satisfacer las necesidades básicas y los derechos humanos, pero este acceso nunca estará garantizado promoviendo la lógica del mercado y dejándolo en manos privadas.

Por tanto, no he podido votar a favor de esta resolución ya que promueve el actual modelo europeo de privatización del sector de la energía, integra o parcialmente, para los países en desarrollo, para dejar el acceso a la energía en manos privadas al enfatizar la importancia del sector privado y de las condiciones de mercado para garantizar el acceso a la energía.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. — L'accesso all'energia è indispensabile per soddisfare alcuni bisogni primari che sono alla base di uno sviluppo economico sostenibile, quali, ad esempio, l'accesso ai servizi igienico-sanitari, al riscaldamento e all'istruzione. Nel mondo sono 1,2 miliardi le persone che non hanno accesso all'elettricità, metà delle quali vivono in Africa, specialmente nell'area subsahariana dove la situazione è gravissima. Tale numero è destinato a crescere in quanto la crescita demografica in tale area non corrisponde a un miglioramento dell'accesso all'energia. Ho deciso di votare a favore di tale risoluzione condividendo la necessità che i governi e le parti interessate partecipino in modo incisivo e concentrato nella lotta alla riduzione di tale povertà energetica, anche grazie al contributo dell'UE.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of the European Parliament resolution on access to energy in developing countries. Providing access to sustainable, reliable and modern energy in poor countries is a key driver of development and a goal that the EU and its Member States have committed to in signing the Sustainable Development Goals last year.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – As access to energy without any doubt accelerates development, I was happy to support this motion for a resolution. It is step forward in continuing efforts for development African countries. With its focus on sustainable energy it also takes into account the environmental point of view as well as the potential of renewable sources of energy in Africa.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Oblasť prístupu k energii považujem za nevyhnutnú podmienku hospodárskeho a ľudského rozvoja vo všetkých rozvojových krajinách. Z hľadiska prístupu k elektrickej energii je situácia v subsaharskej Afrike najhoršia na celom svete. Afriku vnímam ako kontinent s najväčším potenciálom v oblasti energie z obnoviteľných zdrojov na planéte, no na druhej strane však najviac zaostáva s elektrifikáciou. Štatistické ukazovatele nám hovoria, že 1,2 miliardy ľudí nemá prístup k elektrickej energii a pre ešte vyšší počet ľudí tento prístup nespoľahlivý. Takmer 2,3 miliardy ľudí využíva na varenie tradičnú biomasu, ako napríklad drevené uhlie, čo má vážne dôsledky pre zdravie a životné prostredie. Myslím si, že by sme mohli hovoriť aj o ďalších nelichotivých číslach, ktoré hovoria o nedostatočnom prístupe k energii v rozvojových krajinách, ale z môjho pohľadu je dôležité to, aby sa v záujme dosahovania cieľov zlepšila spolupráca medzi financujúcimi orgánmi, súkromným sektorom a vládami rozvojových krajín. Podporujem preto všetky iniciatívy na medzinárodnej úrovni na podporu prístupu k energii z udržateľných zdrojov v rozvojových krajinách, najmä v Afrike, no zároveň očakávam, že v záujme väčšej účinnosti zlepšíme z úrovne EÚ ich koordináciu.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. — Trajnostni dostop do cenovno dostopne, zanesljive in varne energije je izjemno pomemben za oskrbo osnovnih človekovih potreb in pravic. Poleg tega je dostop do energije ključnega pomena za gospodarski razvoj.

Žal pa na svetu kar 1,2 milijarde ljudi nima dostopa do električne energije, še več pa se jih spopada z nezanesljivim dostopom. Zaskrbljujoče je dejstvo, da polovica ljudi brez dostopa do električne energije živi v Afriki. 2,3 milijarde ljudi za kuhanje uporablja tradicionalno biomaso, na primer oglje, to pa ima pogosto resnično škodljive posledice za zdravje in okolje.

Ravno zato je potrebno spodbujati programe, ki se osredotočajo na obnovljive, energetsko učinkovite, majhne in decentralizirane energetske rešitve. Energetska revščina je najbolj razširjena na podeželju, a glede na zemljepisno lego, povezljivost in pomanjkanje infrastrukture velik izziv predstavlja tudi zagotavljanje dostopa do energije v čedalje večjih območjih hitro rastočih mest.

Obnovljivi viri energije v Afriki imajo izjemen potencial, predvsem ko gre za proizvodnjo sončne in vetrne energije in zagotavljanje dostopa vsem, zlasti na podeželju. Zato je pomembna postopna odprava subvencij za fosilna goriva in spodbujanje socialnih politik in ukrepov za izkoreninjenje energetske revščine v državah v razvoju.

Ker so vsa napisana dejstva v resoluciji pomembna, sem glasoval za sprejetje le-te.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Jedným z kľúčových faktorov pre rozvoj je prístup k energii. Na to je ale potrebná odhodlanosť a spoločné úsilie vlád, občianskej spoločnosti a ďalších zainteresovaných strán v rozvojových krajinách, ako aj medzinárodných partnerov. Odstraňovanie energetickej chudoby však musí byť v súlade s politikami v oblasti zmeny klímy a obchodu.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Zugang zu Energie in Entwicklungsländern habe ich nicht zugestimmt.

Bei der Entschließung handelt es sich um ein eigentümliches Sammelsurium von Ideen, das gestrickt ist aus dem Glauben an einen menschengemachten Klimawandel und dem Bestreben, die aus diesem Glauben resultierenden regulativen Strangulierungen auf Entwicklungsländer zu übertragen und diesen auch noch die letzte Chance zu nehmen, sich zu industrialisieren.

Die Entschließung fordert die EU auch auf, bei sämtlichen energiepolitischen Maßnahmen geschlechterspezifische Aspekte und vor allem Frauen mit ihren besonderen Bedürfnissen zu berücksichtigen.

All das lehne ich ab.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Energetsko siromaštvo globalni je izazov, a tiče se i Europe. S obzirom na podatak da polovica osoba koje nemaju pristup električnoj energiji žive u Africi, a broj stanovništva na tom kontinentu raste brže nego što se širi pristup energiji podrška zemljama trećeg svijeta je neizostavna jer održivi pristup cjenovno pristupačnoj, pouzdanoj i sigurnoj energiji ključan za ispunjavanje osnovnih ljudskih potreba i prava, uključujući pristup čistoj vodi, sanitarijama, sigurnoj sredini, zdravstvenoj skrbi, grijanju i obrazovanju. Pariškim sporazumom naglašava se nužnost promicanja univerzalnog pristupa održivoj energiji u zemljama u razvoju, a posebno u Africi, i to jačanjem razvoja obnovljivih izvora energije

Podržavam ovaj Nacrt izvješća jer je dostupnost energenata od važnosti za sve vrste gospodarskih aktivnosti te je glavni pokretač razvoja. Osim toga pristup energiji povezan je sa sigurnosnim i geopolitičkim aspektima te budući da energetska pitanja mogu postati uzroci sukoba, važno je utjecati na ovaj problem.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za resolucijo o dostopu do energije v državah v razvoju.

Podpiram prizadevanja za zmanjšanje energetske revščine v državah v razvoju. Potrebujemo odločne in usklajene korake vseh deležnikov: oblasti, civilne družbe ter mednarodnih partnerjev. Ne smemo pozabiti, da dostop do energije pospešuje razvoj.

Strinjam se, da določbe v uredbi o vzpostavitvi instrumenta za razvojno sodelovanje pomenijo trdno podlago za razvojno pomoč Evropske unije na področju energije, hkrati pa poudarjajo pomen lokalnih in regionalnih virov obnovljive energije.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η Ένωση θα πρέπει πρώτα να ασχοληθεί με τη συνεχώς αυξανόμενη ανεπάρκεια ενέργειας εντός των κρατών μελών και να μην παρεμβαίνει άμεσα στους σχεδιασμούς τρίτων χωρών, ειδικά δε όταν οι παρεμβάσεις αυτές υποκρύπτουν νεοαποικιακές λογικές και πολιτικές. Η μόνη αποδεκτή από εμάς πρόταση θα ήταν η απαγόρευση εμπορικών συναλλαγών με όσα κράτη δεν πληρούν τα κριτήρια προστασίας του περιβάλλοντος.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Az állásfoglalási indítvány szerint tiszta energiát kell biztosítanunk a fejlődő országoknak. Figyelembe véve a Marrakes-i klímacsúcs céljait, és azt, hogy a klímaváltozás pont ezeket az országokat sújtja leginkább, szavazatommal támogattam az indítványt. Egyetértek azzal, hogy a megfizethető, megbízható és biztonságos energiához való fenntartható hozzáférés elengedhetetlen az alapvető emberi szükségletek és jogok kielégítéséhez, és hogy ez a fejlődés egyik alapja. Természetesen mindennek biztonsági és geopolitikai aspektusai is vannak, hiszen az energetikai kérdések konfliktusokat idézhetnek elő. Egyetértek tehát azzal, hogy a fejlődő országok energiaszegénységi helyzetét figyelembe kell venni, és hogy az EU erőteljes szerepet kell, hogy vállaljon ennek csökkentésében.

Minden országban az adott lehetőségeknek megfelelő tiszta energiát kell előtérbe helyezni, például az afrikai országokban a diverzifikált, megújuló nap-, víz- és szélenergia-termelés jelentené a megfelelő megoldást, különösen a vidéki térségekben. Mindezekkel tudjuk csak azt elkerülni, hogy az energiaszegénység felszámolása ne jelentsen károsanyag kibocsátás-növekedést.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Trwały dostęp do przystępnej cenowo, niezawodnej i bezpiecznej energii ma zasadnicze znaczenie dla zaspokojenia elementarnych potrzeb ludzkich i przestrzegania podstawowych praw, w tym dostępu do czystej wody, kanalizacji, bezpiecznego środowiska, opieki zdrowotnej, ogrzewania i edukacji, jak również odgrywa kluczową rolę w praktycznie wszystkich rodzajach działalności gospodarczej i stanowi niezwykle istotny czynnik rozwoju.

Niestety obecnie 1,2 mld osób nie ma dostępu do energii elektrycznej, a w przypadku jeszcze większej liczby ludzi dostęp ten jest niepewny. Najpoważniejsza jest sytuacja w Afryce Subsaharyjskiej, a wraz z przyrostem demograficznym może się ona jeszcze pogorszyć. Jednocześnie jednak kontynent afrykański posiada największy na całej planecie niewykorzystany potencjał w zakresie energii odnawialnej. Porozumienie paryskie, które zakłada wspieranie krajów rozwijających się, zwłaszcza Afryki, w rozwoju zrównoważonej energii, może pozwolić na znaczną poprawę w tym obszarze.

Niewątpliwie konieczna jest znacznie lepsza koordynacja wielu unijnych i międzynarodowych inicjatyw w zakresie zwiększania dostępu do energii w krajach rozwijających się. W przeciwnym razie trudno będzie osiągnąć założone cele.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Accesul la energie, mai ales în țările în curs de dezvoltare, este esențial nu doar pentru activitățile economice, energia fiind un motor cheie al dezvoltării, ci pentru satisfacerea necesităților de bază ale oamenilor. De altfel, accesul sustenabil la o energie accesibilă, fiabilă și sigură reprezintă un drept fundamental al omului și un obiectiv universal de dezvoltare durabilă. Mai mult decât atât, sărăcia energetică reprezintă o provocare globală care afectează și Europa, iar securitatea energetică este un obiectiv constant, deoarece accesul la resurse energetice poate da naștere la conflicte, revolte, insurecții armate și poate deveni rapid o problemă de securitate internațională, economică sau națională. Ca atare, accesul la energie din surse regenerabile (energie solară și eoliană) reprezintă o necesitate și un deziderat nu doar pentru Europa. Deși sărăcia energetică se manifestă cu precădere în zonele rurale și semirurale, cea mai mare provocare este asigurarea accesului la energie în zonele urbane, intens industrializate.

Facilitarea accesului la energie în țările în curs de dezvoltare este posibilă prin manifestarea viabilă a parteneriatului public-privat, mai ales că la nivelul anului 2015 investițiile în surse regenerabile au fost mai mari în țările în curs de dezvoltare decât în statele dezvoltate.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – L'accès à l'énergie est un accélérateur de développement. Attirons l'attention sur l'ampleur et la gravité de la pauvreté énergétique dans les pays en développement et sur la contribution majeure que l'Union européenne apporte aux efforts visant à endiguer ce phénomène et soulignons la nécessité, pour les gouvernements, la société civile et les autres parties prenantes dans les pays concernés, ainsi que pour leurs partenaires internationaux, d'engager des efforts soutenus et concertés pour réduire la pauvreté énergétique et atteindre l'ODD nº 7, ce qui demande des efforts particuliers dans les régions rurales reculées, notamment les régions énergétiques hors réseau. Rappelons que les stratégies en matière de changement climatique et les politiques commerciales doivent se renforcer mutuellement afin de parvenir au développement durable et à l'éradication de la pauvreté conformément à l'Agenda 2030 et à l'accord de Paris.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – L'accesso all'energia è fondamentale per lo sviluppo economico di uno Stato. Prestare attenzione alle implicazioni della povertà energetica nei paesi in via di sviluppo e puntare a un maggiore coinvolgimento dell'UE negli sforzi per combatterla deve essere un obiettivo a breve termine perseguito dalle istituzioni unionali. Questi programmi devono inoltre coniugare la lotta ai cambiamenti climatici e le politiche commerciali per raggiungere gli obiettivi di sviluppo sostenibile e dello sradicamento della povertà, in linea con l'agenda 2030 e con l'accordo di Parigi. La governance dell'energia, anche se di difficile attuazione, è essenziale per lo sviluppo economico e umano nei paesi in via di sviluppo.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o pristupu energiji u zemljama u razvoju. Smatram da je potrebno skrenuti pozornost na raspon i implikacije energetskog siromaštva u zemljama u razvoju i na snažno sudjelovanje Europske unije u naporima da se to siromaštvo smanji. Uzimajući u obzir da pristup energiji ubrzava razvoj, potrebni su snažni i usklađeni napori vlada, civilnog društva i drugih dionika u pogođenim zemljama te međunarodnih partnera kako bi se smanjilo energetsko siromaštvo i postigao cilj održivog razvoja. Posebno smatram da je bitno imati u vidu veliki potencijal obnovljivih izvora energiji, ponajviše kada je riječ o solarnoj energiji i energiji vjetra u Africi čijim bi se kvalitetnim i sustavnim korištenjem omogućio pristup energiji u brojnim ruralnim sredinama. Potrebno je potaknuti razvijene zemlje da prenesu svoje tehnologije u ta nerazvijena područja kako bi se uspostavila adekvatna infrastruktura za olakšan pristup izvorima energije.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Vlade, civilno društvo i ostali dionici zemalja u razvoju, uz pomoć međunarodnih partnera, trebaju snažno i usklađeno djelovati kako bi smanjile energetsko siromaštvo. Naime, ključni pokretač razvoja je postizanje održivog pristupa energiji, a time se ujedno ostvaruje i iskorjenjivanje siromaštva.

Na međunarodnoj razini postoje razne inicijative za promicanje pristupa održivoj energiji u zemljama u razvoju, posebno u Africi, no učinkovitost još nije zadovoljavajuća. Europska unija trebala bi pružiti potporu i tehničku pomoć na području energije kako bi se što više energije koristilo iz čistih, lokalnih i ekonomičnih obnovljivih izvora energije i smanjila emisija ugljičnog dioksida.

Smatram da Europska unija treba dati svoj doprinos osiguranju pristupa pristupačnoj, pouzdanoj, održivoj i modernoj energiji za sve, pa i za najsiromašnije osobe u udaljenim regijama te smanjenju energetskog siromaštva. Budući da je postizanje održivog pristupa energiji ključno za ispunjavanje osnovnih ljudskih prava i potreba, podržala sam ovu rezoluciju.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o dostopu do energije v državah v razvoju sem podprla.

Trajnostni dostop do cenovno dostopne, zanesljive in varne energije je izjemno pomemben za potešitev osnovnih človekovih potreb in pravic, vključno z dostopom do čiste vode, komunalne infrastrukture, varnega in zaščitenega okolja, zdravstvene nege, ogrevanja in izobraževanja, bistven tako rekoč za vse gospodarske dejavnosti in osrednje gonilo razvoja, ker ima dostop do energije tudi varnostne in geopolitične vidike in ker utegnejo energetska vprašanja spodbujati nastanek konfliktov.

1,2 milijarde ljudi nima dostopa do električne energije, največji odstotek ljudi brez elektrike so afriške države (kar polovica ljudi nima elektrike). Dostop do energije pospešuje razvoj in zato se pozdravlja želje Evrope po pomoči državam v razvoju za čim hitrejšo elektrifikacijo.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en esta resolución sobre el acceso a la energía en los países en desarrollo, pues, pese a que considero fundamental el acceso a una energía sostenible para la realización de diversos derechos básicos, estimo que hay una clara orientación hacia el sector privado. Entiendo que el rol que el sector privado puede jugar en un sector estratégico como la energía, debe de estar muy acotado y regulado por el Estado y éste es un elemento que echamos en falta en la resolución.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Encore une preuve que des bonnes intentions peuvent mener à une résolution indigeste. On y mélange accès à l'énergie et à l'eau potable, insistance sur la spécificité du genre féminin, cuisine traditionnelle au feu de bois versus fourneaux modernes et améliorés, pauvreté énergétique, énergies renouvelables et fossiles, subventions à ces dernières, construction de barrages, partenariats privés-publics, droits de l'homme, justice climatique, etc. De nombreux thèmes abordés sont importants, mais figurent dans un désordre peu compréhensible, comme si le rapporteur avait voulu injecter le maximum de bonnes intentions dans ce texte, sans toutefois réussir à trouver un axe fort et logique.

Il y a quelque chose d'indécent à demander à limiter l'accès des énergies fossiles à ces populations, à leur demander de changer certains modes de vie au moment où les Occidentaux passent plus de temps à voyager en low cost à travers la planète et à gaspiller l'énergie de façon éhontée au moment de Noël, ces éclairages en décembre représentant en moyenne 10 % de la dépense énergétique annuelle de l'éclairage public d'une grande ville française.

Néanmoins, au vu des thèmes abordés, je choisis l'abstention.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Zapewnienie zrównoważonego dostępu do energii ma zasadnicze znaczenie dla zaspokojenia podstawowych potrzeb człowieka oraz stanowi kluczowy czynnik rozwoju. Rosnący wkład inwestycji prywatnych w ten sektor jest wymieniany jako konieczny dla osiągnięcia przystępnej i bezpiecznej energii dla wszystkich. Takie inwestycje mogą być stymulowane przez działania rządów. Należy wspierać każdą działalność mającą bezpośredni wpływ na dostępność energii w krajach rozwijających się. Zagłosowałem za projektem rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az energiához való egyetemes hozzáférés elérésének célkitűzése szorosan összefügg az éghajlati igazságosság megvalósításának célkitűzésével. A szociáldemokrata álláspontot támogattam az ügyben.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en esta resolución sobre el acceso a la energía en los países en desarrollo, pues, pese a que considero fundamental el acceso a una energía sostenible para la realización de diversos derechos básicos, estimo que hay una clara orientación hacia el sector privado. Entiendo que el rol que el sector privado puede jugar en un sector estratégico como la energía, debe de estar muy acotado y regulado por el Estado y éste es un elemento que echamos en falta en la resolución.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motion for a resolution on access to energy in developing countries. Sustainable access to affordable, reliable and safe energy is crucial for the satisfaction of basic human needs and rights, including access to clean water, sanitation, a safe and secure environment, health care, heating and education, is essential for virtually all kinds of economic activity, and is a key driver of development. Africa is both the continent with the greatest potential for renewable energy on the planet and the one lagging furthest behind in terms of electrification. Energy poverty is most widespread in rural areas, but provision of access to energy in the expanding areas of rapidly growing cities is also a massive challenge, given the realities of geography, connectivity and lack of infrastructure. Moreover, energy poverty also has a gender dimension. The resolution stresses the strong relationship between energy and potential security issues. I voted in favour because I believe that energy governance, while also difficult to implement, is essential to economic and human development in developing countries.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución contiene referencias y propuestas positivas como el reconocimiento de la necesidad de tener especialmente en cuenta la dimensión de género en el acceso a la energía, la importancia de las energías renovables y de los circuitos cortos de producción. Pero esta promoción de políticas de desarrollo de la Unión para hacer frente a la pobreza energética en los países empobrecidos, se quedan en nada, mientras se defiendan las actuales políticas comerciales y económicas.

Además, se obvia un elemento esencial a la hora de garantizar el acceso a la energía: el papel central del Estado y los gobiernos en un sector estratégico. El acceso a la energía es fundamental para satisfacer las necesidades básicas y los derechos humanos, pero este acceso nunca estará garantizado promoviendo la lógica del mercado y dejándolo en manos privadas.

Por tanto, no he podido votar a favor de esta resolución ya que promueve el actual modelo europeo de privatización del sector de la energía, integra o parcialmente, para los países en desarrollo, para dejar el acceso a la energía en manos privadas al enfatizar la importancia del sector privado y de las condiciones de mercado para garantizar el acceso a la energía.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução debruça-se sobre qual a situação e os principais desafios enfrentados na execução da assistência ao desenvolvimento programada no domínio da energia e as perspetivas para a sua execução continuada. Contudo, nesta resolução, está ausente a ideia de que é importante respeitar a soberania política dos países beneficiários no que toca aos assuntos energéticos e que as iniciativas nesta área devem ter em consideração o contexto nacional, responder aos anseios da população e às necessidades do país.

No geral, a resolução vê com bons olhos a participação do setor privado nos programas de ajuda ao desenvolvimento no domínio da energia. É, inclusive, referido que é necessária uma contribuição cada vez maior do investimento privado para a consecução do sétimo objetivo de desenvolvimento sustentável - Assegurar o acesso confiável, sustentável, moderno e a preço acessível à energia para todos. Ou seja, nada se aprendeu com o passado. O direito e acesso universal à energia nunca será obra de qualquer interesse privado. Só um setor energético público e forte estar em condições de garantir este direito.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Anstatt es Entwicklungsländern zu ermöglichen, selbst dafür zu sorgen, wie sie den Zugang zu Energie bewerkstelligen wollen, bleibt der Berichterstatter bei einer präskriptiven Fingerzeig-Haltung, fordert die Abschaffung von Subventionen, die gewisse Sektoren in Entwicklungsländern überhaupt erst ermöglichten, besteht auf erneuerbaren Energien, auch wenn viele Länder dafür gar nicht gerüstet sind und spart andere nützliche Aspekte wie *off grid solutions* gänzlich aus. Daher habe ich gegen diesen Bericht gestimmmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I reiterate that the EU must continue to play a leading global role in pushing for sustainable energy and the fight against climate change, particularly given the worrying political developments in the US. This must be reflected in all aspects of development, trade, and economic policy.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Uznesenie, ktoré sa zaoberalo prístupom k energii so zameraním na rozvojové krajiny, som podporila. V uznesení sme podčiarkli potrebu intenzívnejšieho úsilia vlád, ako aj ostatných zainteresovaných strán na zmierňovaní energetickej chudoby. V rozvojových krajinách totiž ešte stále nie je zabezpečený prístup k energii, vode či sanitácii a až 1,2 miliardy ľudí nemá prístup k elektrine. Najmä v Afrike sa využíva tradičná biomasa, ktorá má nepriaznivé dosahy na ľudské zdravie, ale aj na životné prostredie. Práve preto je veľmi dôležité zameriavať sa na odstránenie energetickej chudoby a zabezpečiť prístup k energii, ktorá urýchľuje rozvoj v týchto oblastiach. Zároveň je dôležité vziať do úvahy aj potenciál rozvojových krajín v oblasti obnoviteľných zdrojov energie.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre o acesso à energia nos países em desenvolvimento por concordar com a necessidade de reforçar a forte relação entre o acesso à energia e o desenvolvimento humano e económico. Recordo que 1,2 mil milhões de pessoas não têm acesso à eletricidade e que, para um número ainda mais elevado de pessoas, esse acesso é instável.

Destaco por isso o apoio à iniciativa da Comissão «Energia para o Desenvolvimento», que visa conceder, até 2030, acesso a energia sustentável a mais 500 milhões de pessoas nos países em desenvolvimento.

Saliento ainda o papel da energia enquanto catalisador para muitos outros domínios, tais como a saúde, a educação, mas também as telecomunicações e a ligação à Internet que considero que devem ser direitos de acesso universal.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog rezolucije o pristupu energiji u zemljama u razvoju jer ispravno uočava važnost energije u ubrzanju razvoja i skreće pozornost na raspon i implikacije energetskog siromaštva u zemljama u razvoju. Europska unija mora uložiti velike napore u mehanizme i instrumente razvojne politike prema trećim državama kako bi pomogla u smanjenju siromaštva i kako bi se stvorio okvir održivog razvoja. Posljednje se posebice odnosi na ruralne dijelove zemalja u razvoju koje nemaju pristup energetskim mrežama niti koridorima. Sigurnost i energija su snažno povezani. Razne sigurnosne implikacije mogu se pojaviti ukoliko se uspostavi jednolik gospodarski i ljudski razvoj u zemljama u razvoju. U tu svrhu Europska unija mora poticati lokalne vlasti na razvoj potencijala obnovljivih izvora energije na području Afrike.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za resolucijo Evropskega parlamenta o dostopu do energije v državah v razvoju.

Trajnostni dostop do cenovno dostopne, zanesljive in varne energije je izjemno pomemben za potešitev osnovnih človekovih potreb in pravic, vključno z dostopom do čiste vode, komunalne infrastrukture, zdravstvene nege, ogrevanja in izobraževanja.

Dostop do energije pospešuje razvoj in preprečuje nastanek konfliktov zaradi energetskih vprašanj in revščine. Zato podpiram tesno vključenost EU pri prizadevanjih za zmanjšanje energetske revščine in uresničevanje trajnostnega razvoja.

Seán Kelly (PPE). – I supported this motion for a resolution in light of its evaluation of the extent of energy poverty prevalent in developing countries. The provision of access to electricity and energy sources for developing countries should be a priority for our political agenda. Thus, I support the Commission's energising development initiative as a means to advance progress in this field, and as one who had the privilege of representing Parliament in Marrakesh, and indeed in Paris last year, it was interesting to meet representatives from various third countries. One thing that was very notable is that the energy demands in Africa will treble over the next number of years, and in Asia it will double. So having targets to reduce emissions, and rightly so, means an awful lot of support will have to be given to them, especially through the Climate Fund of EUR 100 billion plus, and this will help towards giving them their energy requirements, but also reduce emissions.

7.26. Anwendung des Europäischen Mahnverfahrens (A8-0299/2016 - Kostas Chrysogonos)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione si propone di modificare e migliorare il sistema europeo di ingiunzione di pagamento. Queste modifiche risultano necessarie soprattutto perché alcuni Stati membri non hanno ancora applicato il regolamento, causando conseguenze molto negative per coloro che vogliono recuperare un credito transazionale. Risulta strettamente necessario uniformare alcuni aspetti riguardanti l'ingiunzione del credito, come ad esempio i tempi con cui viene concessa nei vari Stati membri, per poter snellire e velocizzare i processi. Per questo motivo ho votato a favore.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le règlement CE nº 1896/2006 du 12 décembre 2006 a institué la procédure européenne d'injonction de payer. Le champ d'application de cette procédure, entrée en vigueur en décembre 2008 dans tous les États membres (sauf le Danemark), se restreint aux créances non contestées uniquement. En cas de contestations, les juridictions nationales sont compétentes et la procédure ordinaire est reprise.

Le rapport souligne le nombre de retours insuffisant pour mesurer pertinemment l'efficacité de la procédure européenne d'injonction de payer. Le rapport soulève les lenteurs de traitement des demandes malgré la déjudiciarisation de la procédure. Il propose donc de revitaliser cette procédure.

J'ai voté contre ce projet qui fera peser de nouvelles charges et contraintes dictées par la Commission sur les États, leur faisant perdre encore un peu plus leur souveraineté. De plus, la simplicité et la rapidité ne doivent pas être des raisons suffisantes pour sacrifier la sécurité juridique offerte par le juge.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I opposed this report. This would require Member States to do additional work to satisfy the Commission, and there would be a potential cost implication for the United Kingdom.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Europos mokėjimo įsakymo procedūros taikymo. Dėl šios procedūros kreditoriai galės lengvai siekti, kad būtų išduotas įsakymas išieškoti neginčytinus civilinius ir komercinius ieškinius. Be to, dėl šios procedūros galima kreiptis raštu arba neretai elektroniniu būdu, todėl nereikia teisinės advokato pagalbos, be to, ją privaloma vykdyti kitoje valstybėje narėje ir jokie papildomi formalumai yra nebūtini.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce projet qui porterait atteinte à la souveraineté des États: cette procédure facultative viendrait en effet se substituer aux procédures nationales en droit civil et commercial dans le cadre de litiges transfrontaliers. Pratiquement, elle ne nécessiterait pas de recourir à un juge, ni à un avocat, et le demandeur ne devrait pas non plus apporter de pièce justificative. La recherche d'efficience, la simplicité et la rapidité ne sont pas des justifications suffisantes pour sacrifier la sécurité juridique offerte par le juge.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur d'une application plus adéquate de la procédure européenne d'injonction de payer ayant pour objet de faciliter le recouvrement de sommes dues dans les affaires transfrontalières. En bref, cette procédure permet aux créanciers d'obtenir plus facilement une injonction pour recouvrer les créances incontestées en matière civile et commerciale. La procédure européenne d'injonction de payer est automatiquement émise, sur le seul fondement de la demande, mais le débiteur peut former opposition dans un délai de trente jours. En cas d'opposition, l'injonction prend fin et les procédures juridictionnelles contradictoires peuvent débuter.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Chrysogonos sull'applicazione del procedimento europeo d'ingiunzione di pagamento. Si tratta di un testo importante che ha come scopo quello di fornire un riscontro, a distanza di dieci anni, sull'applicazione del regolamento (CE) n 1896/2006 che ha stabilito un procedimento europeo in questa materia. La relazione presenta un quadro complessivamente positivo per quanto riguarda l'applicazione della normativa nei diversi Stati membri, ma sottolinea anche la necessità di rendere il regolamento maggiormente utilizzato e conosciuto da parte dei cittadini dell'Unione. Il testo chiede alla Commissione di presentare una valutazione d'impatto e soprattutto di predisporre una futura revisione del testo che punti a garantire una maggiore armonizzazione nell'applicazione della procedura e rimuova alcune delle eccezioni oggi considerate.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El propósito de este informe es hacer una evaluación de la aplicación del Procedimiento de Orden de Pago Europeo. La finalidad del Procedimiento Europeo de Orden de Pago es permitir una recuperación más fácil de las sumas en los procedimientos transfronterizos. El procedimiento permite a los acreedores obtener fácilmente una orden para recuperar reclamaciones civiles y comerciales no impugnadas. He votado a favor de este informe, ya que invita a los Estados miembros a aplicar mejor la Orden de pago europea y a sensibilizar a los ciudadanos, las empresas, los profesionales del Derecho y todas las demás partes interesadas sobre la disponibilidad, el funcionamiento, la aplicación y las ventajas de esta herramienta en casos transfronterizos.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – En ma qualité de commissaire-priseur, je sais combien il est important d'unifier certaines règles de procédures juridiques et pénales dans les cas notamment de commerce, de ventes ou de successions transfrontalières. Il en est de même bien évidemment pour le suivi des injonctions de payer d'un pays à l'autre.

Il est des domaines où l'Europe doit se mettre en place et vite. Tel est le cas pour les procédures de recouvrements transfrontaliers. Mon collègue Chrystogonos l'a parfaitement compris et il nous livre dans son rapport une très bonne analyse de la situation ubuesque que subissent aujourd'hui nombre d'entreprises ou de particuliers qui ne peuvent, faute de procédure européenne existante, faire valoir leur droit à leur créance dans un autre pays européen que le leur.

Je soutiens par ailleurs totalement la possibilité de permettre à l'avenir l'envoi de demandes d'injonction de payer européennes sous forme électronique, ainsi que la constitution de formulaires types. L'Europe ne peut exister et réellement fonctionner sans des initiatives empreintes d'un grand pragmatisme. Tel est le cas avec le rapport de mon collègue et je l'en félicite.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente su labor en este informe sobre la aplicación del proceso de monitoreo europeo que he apoyado. Nos congratula el funcionamiento satisfactorio en los Estados miembros de este proceso aplicable en asuntos civiles y mercantiles relacionados con créditos no impugnados y cuyo objetivo principal es simplificar y agilizar el procedimiento para el reconocimiento y la ejecución transfronteriza de los derechos de los acreedores de la Unión.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concernant l'application de la procédure européenne d'injonction de payer appelait à un vote négatif de ma part.

Issue du règlement CE nº 1896/2006 du 12 décembre 2006, cette procédure tente de se substituer aux procédures nationales en droit civil et commercial dans le cadre de litiges transfrontaliers. L'idée est de pouvoir se passer de juge et d'avocat dans le cas des créances non contestées, puisqu'en cas de contestation, les juridictions nationales prennent le relais.

Tout d'abord, je ne suis pas certaine que se passer de juge puisse garantir une totale sécurité juridique. Par ailleurs, et comme le démontre le rapport, l'efficacité de cette procédure est loin d'être avérée, avec une proportion importante de demandes renvoyées.

Mais à la différence du rapporteur, je ne souhaite pas que soit redynamisée cette procédure. Au contraire, je refuse que de nouvelles contraintes et charges soient imposées aux États qui devraient refuser de perdre toujours plus de souveraineté, ici en matière juridique.

Enfin, je ne suis pas convaincue par la pertinence d'une déjudiciarisation des procédures de litiges.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. — La relazione sull'applicazione del procedimento europeo d'ingiunzione di pagamento è ben strutturato e non presenta criticità. Per questo ho votato a favore del testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este Informe por el que se valora la aplicación del proceso monitorio europeo.

El proceso monitorio europeo fue creado en el 2006 para el pago de deudas no rechazadas por un deudor, con lo que se simplifican, agilizan y reducen las costas judiciales en aquellos casos en que se ven implicados más de un país europeo, además de permitir la libre circulación, el reconocimiento y la aplicación de procesos monitorios en todos los Estados miembros. El mismo es aplicable a todas las materias civiles y mercantiles en los que una de las partes viva en un país europeo diferente del país en el que se cursa la orden de monitorio.

El informe otorga una valoración positiva al proceso monitorio europeo, aunque insiste en la necesidad de mejorar la armonización en cuanto a la aplicación, así como la necesidad de proporcionar.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame nagrinėjamas Europos mokėjimo įsakymo procedūros taikymas. Europos mokėjimo įsakymo procedūros tikslas – palengvinti sumų susigrąžinimą tarpvalstybiniuose teismo procesuose. Ši procedūra nėra privaloma: tai reiškia, kad tarpvalstybinių bylų atvejais ją galima taikyti kaip alternatyvą įvairioms atitinkamoms nacionalinėms procedūroms. Paprasčiau tariant, dėl šios procedūros kreditoriai galės lengvai siekti, kad būtų išduotas įsakymas išieškoti neginčytinus civilinius ir komercinius ieškinius. Dėl šios procedūros galima kreiptis raštu arba neretai elektroniniu būdu, todėl nereikia teisinės advokato pagalbos, be to, ją privaloma vykdyti kitoje valstybėje narėje ir jokie papildomi formalumai yra nebūtini. Europos mokėjimo įsakymas išduodamas automatiškai, remiantis vien prašymu, bet skolininkas per 30 dienų gali pateikti prieštaravimo pareiškimą. Tokio prieštaravimo atveju įsakymo procedūra nutraukiama ir galima pradėti rungimosi principu grindžiamą teismo procesą.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se z izvajanjem postopka za evropski plačilni nalog in pozdravljam uspešno delovanje v vseh državah članicah kot postopka, ki se uporablja v civilnih in gospodarskih zadevah v zvezi z izvršbo nespornih zahtevkov.

Njegov glavni cilj pa je poenostaviti in pospešiti postopek čezmejnega priznavanja in izvrševanja pravic upnikov v Evropski uniji ter s tem omogočiti nemoteno delovanje gospodarstva.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o primjeni postupka za europski platni nalog, koje će pojednostavniti, ubrzati i smanjiti troškove parnice u slučajevima koji uključuju više od jedne države članice EU-a.

Isto tako, omogućuje se slobodna cirkulacija europskih naloga za plaćanje koji se priznaju i provode u svim državama Europske unije.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Je ne peux me montrer favorable à ce projet qui fera peser de nouvelles charges et contraintes dictées par la Commission sur les États, leur faisant perdre encore un peu plus leur souveraineté. De plus, la simplicité et la rapidité ne doivent pas être des raisons suffisantes pour sacrifier la sécurité juridique offerte par le juge. Je vote donc contre.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Lo scopo del procedimento europeo d'ingiunzione di pagamento è quello di consentire il recupero più agevole delle somme nell'ambito dei procedimenti transfrontalieri. È un procedimento opzionale, cioè disponibile in alternativa alle procedure nazionali equivalenti. Può essere applicato per corrispondenza o per via elettronica ed è esecutivo negli altri Stati membri. Tale procedimento viene emesso automaticamente, sulla base della domanda, ma il debitore può presentare opposizione entro 30 giorni. Nel caso di opposizione, si pone termine all'ingiunzione, e i procedimenti giudiziari in contraddittorio possono iniziare. Gli elementi essenziali per il ricorso a questo procedimento sono la rapidità con la quale deve essere concessa l'ingiunzione, infatti il regolamento prevede che le ingiunzioni siano emesse entro 30 giorni; e in secondo luogo, deve essere possibile presentare i relativi moduli online. Il procedimento europeo d'ingiunzione di pagamento può essere utilizzato per gli interessi da versare in futuro, fino alla data del pagamento effettivo. Se il convenuto si oppone alla domanda, il procedimento non può continuare e può essere abbandonato, proseguire in un procedimento giudiziario ordinario o continuare nell'ambito del procedimento europeo per le controversie di modesta entità. Non sono necessarie imminenti modifiche, ma si devono esplicare maggiori sforzi per le domande di riesame.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione relativa all'applicazione del procedimento europeo d'ingiunzione di pagamento. Come dimostrano le statistiche, il funzionamento del procedimento europeo di ingiunzione è soddisfacente, ma appare limitato in Stati membri che già dispongono di un simile strumento a livello nazionale. La relazione indica come necessario l'utilizzo di misure concrete e l'impegno in campagne di sensibilizzazione al fine di rendere partecipi i cittadini, le imprese e le parti interessate sui vantaggi che può apportare un chiaro funzionamento del procedimento. Considerando che allo stato attuale in molti Stato membri il procedimento non è applicato conformemente al regolamento in atto, la relazione insiste sulla necessità di emettere le ingiunzioni di pagamento con maggiore rapidità. Il regolamento infatti prevede che le ingiunzioni siano emesse entro 30 giorni, ma in molti stati spesso si superano i 6 mesi. La relazione propone la revisione delle disposizioni concernenti l'applicazione del procedimento e il riesame eccezionale delle ingiunzioni.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report on a European Payment Order which will make it easier to claim payments due across borders. The report on the European Payment Order basically describes the results of an impact assessment done by the Commission and suggests some improvements. The EPO is an optional procedure, complementing (not replacing) similar national procedures.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against this non-legislative report on the application of the European Order for Payment Procedure. This report is calling for Member States to provide to the Commission accurate and up-to-date data for effective monitoring and evaluation purposes.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione di implementazione sullo stato di applicazione del regolamento 1896/2006 che istituisce un procedimento europeo di ingiunzione di pagamento. Il relatore ha giustamente sottolineato che in molti Stati membri ancora il regolamento trova scarsissima applicazione, con conseguenze negative per coloro che vogliono recuperare un credito transfrontaliero (soprattutto le piccole e medie imprese). Tra i problemi individuati vi sono la mancata possibilità di presentare la richiesta di ingiunzione in lingue diverse (negli Stati in cui è permesso il numero di richieste aumenta sensibilmente) e la mancata implementazione del sistema e-CODEX che permette di presentare le domande di ingiunzione online.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Poiché i ritardi di pagamento costituiscono una delle principali cause d'insolvenza, mettendo a rischio la sopravvivenza delle piccole e medie imprese, il procedimento europeo d'ingiunzione di pagamento rappresenta un importante strumento di cooperazione giudiziaria in materia civile, necessario al funzionamento del mercato interno. Tuttavia, in alcuni Stati membri è stato registrato un tasso di utilizzo estremamente basso. Ritengo pertanto che si possa fare di più, puntando su una maggiore informazione attraverso campagne di sensibilizzazione che mettano in evidenza i vantaggi del procedimento, quali la rapidità, la semplificazione e la riduzione dei costi, rispetto ad analoghi strumenti nazionali. Credo sia inoltre necessario incoraggiare lo sviluppo del sistema e-CODEX per consentire la presentazione di domande online, così come autorizzare la presentazione di domande in altre lingue. Ho votato pertanto a favore della relazione perché riconosco i risultati positivi derivanti dall'uso di tale procedura in tutti gli Stati membri, ma sono convinta allo stesso tempo che sia possibile fare molto di più promuovendo una maggiore armonizzazione e rimuovendo alcune eccezioni.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με τη χρήση της διαδικασίας ευρωπαϊκής διαταγής πληρωμής εντάσσεται στην ευρύτερη προσπάθεια εξορθολογισμού και εντατικοποίησης της συνεργασίας των κρατών μελών στο πλαίσιο της απονομής δικαιοσύνης και προστασίας των πολιτών. Καθώς η έκθεση τονίζει πλεονεκτήματα αλλά και μειονεκτήματα που καταγράφονται στη διαδικασία χρήσης της ευρωπαϊκής διαταγής πληρωμής, θεωρώ πως συμβάλλει στην ελαχιστοποίηση των προβλημάτων και ως εκ τούτου ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo per questa relazione finalizzata ad agevolare la procedura di recupero dei crediti pecuniari non contestati in caso di controversie transfrontaliere di natura civile e commerciale.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Non posso che dirmi favorevole all'applicazione di un meccanismo atto a consentire il rapido, agevolato ed economico recupero di somme derivanti da debiti che godono di certezza, sono definite nell'importo oltre che dovute e non contestate dal convenuto.

Reputo che il procedimento europeo d'ingiunzione di pagamento, tuttavia, necessiti di una maggiore informazione nei confronti di cittadini e professionisti degli Stati membri poiché si tratta di un sistema volto a semplificare, accelerare e ridurre i costi dei procedimenti per le controversie transfrontaliere in materia di crediti pecuniari. Esso gode di un carattere facoltativo, che lo rende utile in alternativa alle ingiunzioni di pagamento nazionali.

Va comunque segnalato come la presente relazione non prenda in considerazioni le molteplici e quanto più diverse disposizioni nazionali e la loro interoperabilità, perciò incoraggio la Commissione ad agire di conseguenza. Parimenti, incoraggio gli Stati membri ad emettere le ingiunzioni entro 30 giorni e ad accettare domande in lingue straniere.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the application of the European Order for Payment procedure

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto il regolamento in vigore in materia sta operando in modo soddisfacente ed è riuscito a semplificare, accelerare e migliorare il recupero dei crediti transfrontalieri contestati. Sono d'accordo anche con le raccomandazioni presenti nel testo che mirano a ridurre la durata del procedimento per l'emissione degli ordini di pagamento europei, in particolare, a favore delle piccole e medie imprese.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Late payments are often a key cause of insolvency, which threatens the survival of businesses, in particular small and medium-sized enterprises, resulting in numerous job losses. We need to keep pushing to solve bureaucratic cobwebs which are derailing the progress of our small enterprises through the development of the e-Codex system to allow the online submission of applications and encourage further measures targeting the more efficient use of the procedure. Our aim should be to simplify and speed up the procedure for the cross-border recognition and enforcement of creditors' rights in the EU. This requires Member States to provide the Commission with accurate, comprehensive and up-to-date data for effective monitoring and evaluation purposes. In this sense this report is a step in the right direction.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przyjęciem sprawozdania dotyczącego stosowania postępowania w sprawie europejskiego nakazu zapłaty. Uważam, że zakres regulacji w tym zakresie ułatwi odzyskiwanie kwot w postępowaniach dotyczących spraw transgranicznych. Postępowanie ma charakter dobrowolny, co oznacza, że jest dostępne w przypadkach transgranicznych jako rozwiązanie alternatywne względem różnych równoważnych procedur krajowych.

W uproszczeniu, postępowanie to umożliwia wierzycielom łatwe uzyskanie nakazu dotyczącego zwrotu bezspornych roszczeń cywilnych i handlowych. O wydanie takiego nakazu można wystąpić drogą listowną lub, często, drogą elektroniczną, nie wymaga to pomocy prawnika, a nakaz jest wykonalny w innych państwach członkowskich bez potrzeby dodatkowych formalności. Należy zaznaczyć, że obecne regulacje w tym zakresie obowiązujące w państwach członkowskich działają bardzo skutecznie.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report as it simplifies and speeds up while reducing the costs of litigation in cases involving more than one EU country. This European order for payment procedure applies to all civil and commercial matters in cases where at least of the parties lives in an EU country different from the one where the application for an order is made while permitting the free circulation of European orders for payment. I agree with the rapporteur that it should be made sure that it is more known and widely used, by informing and assisting citizens.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce vote porte sur l'application de la procédure européenne d'injonction de payer. Ce règlement vise à simplifier, accélérer et réduire les coûts de règlement dans les litiges impliquant plus d'un pays de l'UE, et d'assurer la libre circulation des injonctions de payer reconnues et appliquées dans l'ensemble des pays de l'UE. Considérant la nécessité de rapprocher, voire d'harmoniser les pratiques juridiques et administratives, dans le cadre de la coopération judiciaire dans les matières civiles, au sein du territoire européen, j'ai voté en faveur de cette application.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against this non-legislative report on the application of the European Order for Payment Procedure. This report is calling for Member States to provide to the Commission accurate and up-to-date data for effective monitoring and evaluation purposes.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — La procédure européenne d'injonction de payer facilite le recouvrement de sommes dues dans les affaires transfrontalières. J'ai voté en faveur de ce rapport qui souligne le nombre croissant de demandes d'injonction de payer européennes. Je regrette toutefois que cette procédure ne soit que très peu appliquée dans un certain nombre d'États membres. Les États membres devraient également permettre aux demandeurs d'introduire leurs requêtes dans d'autres langues, comme cela est le cas notamment en France où les demandes sont acceptées en cinq langues différentes.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament e saját kezdeményezésű jelentése az európai fizetési meghagyásos eljárásról (EUFMH) szóló irányelv végrehajtásának értékelésére vonatkozik.

Az EUFMH célja az összegek könnyebb behajtásának lehetővé tétele a határokon átnyúló eljárások során. Az eljárás választható, ami azt jelenti, hogy a számos, egyenértékű nemzeti eljárások alternatívájaként áll rendelkezésre a határokon átnyúló ügyekben. Az eljárás lehetővé teszi, hogy a hitelezők könnyen fizetési meghagyást kapjanak nem vitatott polgári és kereskedelmi követelések behajtásához. A meghagyás iránti kérelem benyújtható levélben vagy elektronikus úton, nem igényel ügyvédi segítségnyújtást és további formalitások nélkül végrehajtható egy másik tagállamban.

Számos jogi kérdés felmerült az irányelv átültetésével kapcsolatban. Első sorban a kamatra, az eljárás automatizmusára, a formanyomtatványokra és a nyelvhasználatra vonatkozóan.

Összességében elmondható, hogy az irányelv a megfelelő eljárásjogi alapokat lefektette, a végrehajtása során szerzett tapasztalatok annak sürgős módosítását nem indokolják. A Bizottságnak azonban megfelelő figyelmet kell szentelnie a jövőben az irányelv alkalmazásának.

A fentiekkel egyetértve, szavazatommal támogattam a jelentést.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament e saját kezdeményezésű jelentése az európai fizetési meghagyásos eljárásról (EUFMH) szóló irányelv végrehajtásának értékelésére vonatkozik.

Az EUFMH célja az összegek könnyebb behajtásának lehetővé tétele a határokon átnyúló eljárások során. Az eljárás választható, ami azt jelenti, hogy a számos, egyenértékű nemzeti eljárások alternatívájaként áll rendelkezésre a határokon átnyúló ügyekben. Az eljárás lehetővé teszi, hogy a hitelezők könnyen fizetési meghagyást kapjanak nem vitatott polgári és kereskedelmi követelések behajtásához. A meghagyás iránti kérelem benyújtható levélben vagy elektronikus úton, nem igényel ügyvédi segítségnyújtást és további formalitások nélkül végrehajtható egy másik tagállamban.

Számos jogi kérdés felmerült az irányelv átültetésével kapcsolatban. Első sorban a kamatra, az eljárás automatizmusára, a formanyomtatványokra és a nyelvhasználatra vonatkozóan.

Összességében elmondható, hogy az irányelv a megfelelő eljárásjogi alapokat lefektette, a végrehajtása során szerzett tapasztalatok annak sürgős módosítását nem indokolják. A Bizottságnak azonban megfelelő figyelmet kell szentelnie a jövőben az irányelv alkalmazásának.

A fentiekkel egyetértve, szavazatommal támogattam a jelentést.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Le règlement CE nº 1896/2006 du 12 décembre 2006 a institué la procédure européenne d'injonction de payer. La procédure ne nécessite pas de recourir à un juge ou à un avocat, ou pas d'exequatur, et est efficace pour un faible coût, même si son champ d'application se réduit aux créances non contestées. Le rapport souligne néanmoins de nombreuses lacunes, qui entravent l'efficacité du dispositif: il s'agit, notamment, du manque de notoriété et des lenteurs de traitement.

On ne peut se montrer favorable à ce projet qui fera peser de nouvelles charges et contraintes dictées par la Commission sur les États, au détriment de leur souveraineté.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Процедурата за европейска заповед за плащане попада в категорията на мерките в областта на съдебното сътрудничество по граждански дела, които имат трансгранични последици и които са необходими за функционирането на вътрешния пазар.

Процедурата е приложима за граждански и търговски дела, свързани с безспорни вземания, чиято основна цел е да се опрости и ускори процедурата за трансгранично признаване и изпълнение на правата на кредиторите в ЕС. В доклада се подчертава, че не е необходима промяна на съществуващата законодателна рамка.

Имайки предвид различните по вид и дължина процедури в страните членки, смятам, че европейската заповед за плащане ще бъде много по-бърза и евтина и ще улесни европейците. Именно поради тези причини гласувах в подкрепа на доклада.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η ευρωπαϊκή διαταγή πληρωμής έχει προαιρετικό χαρακτήρα, πράγμα που σημαίνει ότι διατίθεται σε διασυνοριακές υποθέσεις εναλλακτικά σε σχέση με τις διάφορες ισοδύναμες εθνικές διαδικασίες. Η έκδοση διαταγής πληρωμής μπορεί να ζητηθεί δι'αλληλογραφίας ή, συχνά, και ηλεκτρονικά, δεν προϋποθέτει τη συνδρομή δικηγόρου και είναι εκτελεστή, χωρίς πρόσθετες διατυπώσεις, σε άλλα κράτη μέλη. Η ύπαρξη δύο διαφορετικών νομοθετικών ρυθμίσεων προς αντιμετώπιση μίας έκνομης ενέργειας θα δημιουργήσει ανασφάλεια δικαίου, ενώ δι'αυτής επιχειρείται η αποψίλωση του δικανικού συστήματος των κρατών μελών από θέματα που άπτονται της αποκλειστικής των αρμοδιότητας.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament e saját kezdeményezésű jelentése az európai fizetési meghagyásos eljárásról (EUFMH) szóló irányelv végrehajtásának értékelésére vonatkozik.

Az EUFMH célja az összegek könnyebb behajtásának lehetővé tétele a határokon átnyúló eljárások során. Az eljárás választható, ami azt jelenti, hogy a számos, egyenértékű nemzeti eljárások alternatívájaként áll rendelkezésre a határokon átnyúló ügyekben. Az eljárás lehetővé teszi, hogy a hitelezők könnyen fizetési meghagyást kapjanak nem vitatott polgári és kereskedelmi követelések behajtásához. A meghagyás iránti kérelem benyújtható levélben vagy elektronikus úton, nem igényel ügyvédi segítségnyújtást és további formalitások nélkül végrehajtható egy másik tagállamban.

Számos jogi kérdés felmerült az irányelv átültetésével kapcsolatban. Első sorban a kamatra, az eljárás automatizmusára, a formanyomtatványokra és a nyelvhasználatra vonatkozóan.

Összességében elmondható, hogy az irányelv a megfelelő eljárásjogi alapokat lefektette, a végrehajtása során szerzett tapasztalatok annak sürgős módosítását nem indokolják. A Bizottságnak azonban megfelelő figyelmet kell szentelnie a jövőben az irányelv alkalmazásának.

A fentiekkel egyetértve, szavazatommal támogattam a jelentést.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – El proceso monitorio europeo tiene por objeto permitir la recuperación más sencilla de sumas en los procesos transfronterizos. El proceso es facultativo, lo que significa que está disponible en los asuntos transfronterizos como alternativa a los distintos procedimientos nacionales equivalentes.

Lo que se propone en este informe, es que la Comisión adopte nuevas versiones de algunos de los formularios normalizados, a fin de tener en cuenta los diversos cambios que se han producido a lo largo de los años, así como para mejorar la claridad de las secciones sobre el pago de intereses. Por lo que se refiere al reglamento propiamente dicho, se considera que cabría la posibilidad de levantar algunas de las restricciones al ámbito de aplicación del proceso a la vista de los progresos logrados por el Derecho de familia de la Unión. Se resalta también en el informe que se requieren esfuerzos adicionales en lo que respecta a las solicitudes de revisión de los requerimientos europeos de pago.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della seguente proposta in quanto garantisce un più agevole recupero delle somme di denaro nell'ambito dei procedimenti transfrontalieri. L'applicazione del procedimento europeo d'ingiunzione di pagamento costituisce una modalità più economica e veloce per procedere al recupero di crediti civili e commerciali non contestati.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Predmetná právna úprava je platná od roku 2006 a jej hlavným cieľom bolo urýchliť, zjednodušiť a znížiť náklady spojené s procesmi, ktoré zahŕňali viac ako 1 krajinu Európskej únie, a okrem iného takisto povolila voľný obeh európskych platobných rozkazov, ktoré sú uznávané a vymáhané v celej Európskej únii. Po 10 rokoch prišiel čas na rekapituláciu a zhodnotenie výsledkov predmetnej legislatívy. Môžeme teda spoločne zhodnotiť, že legislatíva v oblasti európskych platobných rozkazov priniesla so sebou pozitíva v podobe jednotného fungovania a uplatňovania vo všetkých členských štátoch, avšak Európska komisia má v budúcnosti na čom pracovať v oblasti harmonizácie a odstraňovania rôznych výnimiek.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione in quanto ritengo il procedimento uno strumento utile per il mondo dell'impresa.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η ευρωπαϊκή διαταγή πληρωμής έχει προαιρετικό χαρακτήρα, πράγμα που σημαίνει ότι διατίθεται σε διασυνοριακές υποθέσεις εναλλακτικά σε σχέση με τις διάφορες ισοδύναμες εθνικές διαδικασίες. Η έκδοση διαταγής πληρωμής μπορεί να ζητηθεί δι' αλληλογραφίας ή, συχνά, και ηλεκτρονικά, δεν προϋποθέτει τη συνδρομή δικηγόρου και είναι εκτελεστή, χωρίς πρόσθετες διατυπώσεις, σε άλλα κράτη μέλη. Η ύπαρξη δύο διαφορετικών νομοθετικών ρυθμίσεων προς αντιμετώπιση μίας έκνομης ενέργειας θα δημιουργήσει ανασφάλεια δικαίου, ενώ δι' αυτής επιχειρείται η αποψίλωση του δικανικού συστήματος των κρατών μελών από θέματα που άπτονται της αποκλειστικής των αρμοδιότητας, γι' αυτό καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη χρήση της διαδικασίας ευρωπαϊκής διαταγής πληρωμής.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Regulation (EC) No 1896/2006 of 12 December 2006 creates a European order for payment procedure for claims not contested by the defendant. This simplifies, speeds up and reduces the costs of litigation in cases involving more than one EU country. It also permits the free circulation of European orders for payment which are recognised and enforced in all EU countries. It applies to all civil and commercial matters in cases where at least one of the parties lives in an EU country different from the one where the application for an order is made. It applies to all EU countries except Denmark.

The report on the application of the European Order for Payment procedure is meant to give feedback on the almost 10 years of experience in applying this procedure throughout Europe. The main conclusions of the report were positive towards the successful operation of the procedure in all the Member States, but making the point that it should be made sure that it is more known and widely used, by informing and assisting citizens. The report also asks the Commission to produce an impact assessment and a future revision should focus on ensuring more harmonisation in the application of the procedure and on removing certain exceptions.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament e saját kezdeményezésű jelentése az európai fizetési meghagyásos eljárásról (EUFMH) szóló irányelv végrehajtásának értékelésére vonatkozik.

Az EUFMH célja az összegek könnyebb behajtásának lehetővé tétele a határokon átnyúló eljárások során. Az eljárás választható, ami azt jelenti, hogy a számos, egyenértékű nemzeti eljárások alternatívájaként áll rendelkezésre a határokon átnyúló ügyekben. Az eljárás lehetővé teszi, hogy a hitelezők könnyen fizetési meghagyást kapjanak nem vitatott polgári és kereskedelmi követelések behajtásához. A meghagyás iránti kérelem benyújtható levélben vagy elektronikus úton, nem igényel ügyvédi segítségnyújtást és további formalitások nélkül végrehajtható egy másik tagállamban.

Számos jogi kérdés felmerült az irányelv átültetésével kapcsolatban. Első sorban a kamatra, az eljárás automatizmusára, a formanyomtatványokra és a nyelvhasználatra vonatkozóan.

Összességében elmondható, hogy az irányelv a megfelelő eljárásjogi alapokat lefektette, a végrehajtása során szerzett tapasztalatok annak sürgős módosítását nem indokolják. A Bizottságnak azonban megfelelő figyelmet kell szentelnie a jövőben az irányelv alkalmazásának.

A fentiekkel egyetértve, szavazatommal támogattam a jelentést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament e saját kezdeményezésű jelentése az európai fizetési meghagyásos eljárásról (EUFMH) szóló irányelv végrehajtásának értékelésére vonatkozik.

Az EUFMH célja az összegek könnyebb behajtásának lehetővé tétele a határokon átnyúló eljárások során. Az eljárás választható, ami azt jelenti, hogy a számos, egyenértékű nemzeti eljárások alternatívájaként áll rendelkezésre a határokon átnyúló ügyekben. Az eljárás lehetővé teszi, hogy a hitelezők könnyen fizetési meghagyást kapjanak nem vitatott polgári és kereskedelmi követelések behajtásához. A meghagyás iránti kérelem benyújtható levélben vagy elektronikus úton, nem igényel ügyvédi segítségnyújtást és további formalitások nélkül végrehajtható egy másik tagállamban.

Számos jogi kérdés felmerült az irányelv átültetésével kapcsolatban. Első sorban a kamatra, az eljárás automatizmusára, a formanyomtatványokra és a nyelvhasználatra vonatkozóan.

Összességében elmondható, hogy az irányelv a megfelelő eljárásjogi alapokat lefektette, a végrehajtása során szerzett tapasztalatok annak sürgős módosítását nem indokolják. A Bizottságnak azonban megfelelő figyelmet kell szentelnie a jövőben az irányelv alkalmazásának.

A fentiekkel egyetértve, szavazatommal támogattam a jelentést.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe teniendo presente que el proceso monitorio europeo tiene por objeto permitir la recuperación más sencilla de sumas en los procesos transfronterizos. El proceso permite a los acreedores obtener fácilmente una orden para satisfacer demandas pecuniarias civiles y mercantiles no impugnadas. Según la Comisión, cada año se presentan unas 12 000 solicitudes de aplicación del proceso monitorio europeo. La CE debe adoptar nuevas versiones de algunos de los formularios normalizados, a fin de tener en cuenta los diversos cambios que se han producido a lo largo de los años, así como para mejorar la claridad de las secciones sobre el pago de intereses.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I vote in favour of the application of the European Order for Payments procedure. I welcome a procedure applicable in civil and commercial matters relating to the main objective of simplifying and speeding up the procedure for the cross-border recognition and enforcement of creditors' rights in the EU.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché favorisce, senza però cancellare le procedure esistenti negli Stati membri e quindi senza creare contrasti legislativi poiché la procedura è opzionale, il recupero più agevole delle somme nell'ambito dei procedimenti transfrontalieri. Questi ultimi sono sempre più importanti nella promozione delle politiche di ripresa economica per poter sfruttare appieno le possibilità economiche del mercato interno dell'Unione. Le richieste di ingiunzione di pagamento di questa tipologia sono molte, circa 12.000 e più diffuse dove questo tipo di domande già vengono fatto seguendo le procedure nazionali. Questo conferma la bontà dei principi di fondo della relazione, ma anche una direzione da seguire per informare le imprese e i professionisti del diritto sull'esistenza e i vantaggi della nuova procedura.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El propósito de este informe es hacer una evaluación de la aplicación del Procedimiento de Orden de Pago Europeo. La finalidad del Procedimiento Europeo de Orden de Pago es permitir una recuperación más fácil de las sumas en los procedimientos transfronterizos. El procedimiento permite a los acreedores obtener fácilmente una orden para recuperar reclamaciones civiles y comerciales no impugnadas. He votado a favor de este informe, ya que invita a los Estados miembros a aplicar mejor la Orden de pago europea y a sensibilizar a los ciudadanos, las empresas, los profesionales del Derecho y todas las demás partes interesadas sobre la disponibilidad, el funcionamiento, la aplicación y las ventajas de esta herramienta en casos transfronterizos.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the application of the European Order for Payment Procedure. Regulation (EC) No 1896/2006 of 12 December 2006 creates a European order for payment procedure for claims not contested by the defendant. This simplifies, speeds up and reduces the costs of litigation in cases involving more than one EU country. It also permits the free circulation of European orders for payment which are recognised and enforced in all EU countries.

The report is meant to give feedback on the almost 10 years of experience in applying this procedure throughout Europe. The main conclusions of the report were positive towards the successful operation of the procedure in all the Member States, but making the point that it should be made sure that it is more known and widely used, by informing and assisting citizens.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament e saját kezdeményezésű jelentése az európai fizetési meghagyásos eljárásról (EUFMH) szóló irányelv végrehajtásának értékelésére vonatkozik.

Az EUFMH célja az összegek könnyebb behajtásának lehetővé tétele a határokon átnyúló eljárások során. Az eljárás választható, ami azt jelenti, hogy a számos, egyenértékű nemzeti eljárás alternatívájaként áll rendelkezésre a határokon átnyúló ügyekben. Az eljárás lehetővé teszi, hogy a hitelezők könnyen fizetési meghagyást kapjanak nem vitatott polgári és kereskedelmi követelések behajtásához. A meghagyás iránti kérelem benyújtható levélben vagy elektronikus úton, nem igényel ügyvédi segítségnyújtást és további formalitások nélkül végrehajtható egy másik tagállamban.

Számos jogi kérdés felmerült az irányelv átültetésével kapcsolatban. Első sorban a kamatra, az eljárás automatizmusára, a formanyomtatványokra és a nyelvhasználatra vonatkozóan.

Összességében elmondható, hogy az irányelv a megfelelő eljárásjogi alapokat lefektette, a végrehajtása során szerzett tapasztalatok annak sürgős módosítását nem indokolják. A Bizottságnak azonban megfelelő figyelmet kell szentelnie a jövőben az irányelv alkalmazására.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the European Order for Payment Procedure. This procedure was created to enable the rapid, facilitated and inexpensive recovery of sums arising from debts that are certain, of a fixed amount and due, and uncontested by the defendant. Although the operation of this procedure seems largely satisfactory according to statistics, the procedure is working greatly below its full potential, as it is mainly used in Member States whose legislation includes a similar national procedure. The resolution stressed that late payments are a key cause of insolvency, which threatens the survival of businesses – and in particular of small and medium-sized enterprises. This, particularly, is of importance to me and therefore I voted in favour of the resolution.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o primjeni postupka za europski platni nalog jer smatram da se tim postupkom omogućava vjerovnicima da na jednostavan način dobiju nalog za naplatu neosporenih građanskih i trgovačkih tražbina. Zahtjev za postupak može se poslati poštom, a često i elektroničkim putem, bez pomoći odvjetnika, a nalog je izvršiv u drugim državama članicama bez potrebe za dodatnim formalnostima. Smatram da je potrebno ubrzati trenutačna kašnjenja u plaćanju, jer su ona ključni uzrok nelikvidnosti, koja je prijetnja za opstanak poslovnih subjekata, a posebno malih i srednjih poduzeća, te dovodi do gubitka brojnih radnih mjesta.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Bien que doté d'avantages pratiques, ce projet menace la souveraineté des États membres en augmentant l'emprise de la Commission sur ces derniers, en plus d'amputer la sécurité juridique sous couvert de simplification et de facilitation de la procédure. J'ai voté contre.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur l'application de la procédure européenne d'injonction de payer. Tout en saluant le bon fonctionnement de cette procédure dans l'ensemble des États, le rapport déplore le retard significatif de près de deux ans accumulé dans l'envoi du rapport de la Commission ainsi que l'absence de données actualisées sur la situation des États relative au fonctionnement et à l'application de la procédure. Nous demandons donc de réaliser une étude d'impact élargie, actualisée et détaillée. Le premier de tous les objectifs est de mieux informer les entreprises et les professionnels sur l'existence, le fonctionnement, l'application et les avantages de la procédure européenne d'injonction de payer dans les affaires transfrontalières.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Bericht habe ich zugestimmt. Der Berichterstatter setzt sich für eine Verbesserung des europäischen Mahnverfahrens ein. Zudem rügt er die zweijährige Verspätung hinsichtlich eines Überprüfungsberichts der Kommission, den er zudem inhaltlich als ungenügend betrachtet. Die Kommission wird aufgefordert, eine erweiterte, aktualisierte und detailliertere Folgenabschätzung auszuarbeiten.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament e saját kezdeményezésű jelentése az európai fizetési meghagyásos eljárásról (EUFMH) szóló irányelv végrehajtásának értékelésére vonatkozik.

Az EUFMH célja az összegek könnyebb behajtásának lehetővé tétele a határokon átnyúló eljárások során. Az eljárás választható, ami azt jelenti, hogy a számos, egyenértékű nemzeti eljárások alternatívájaként áll rendelkezésre a határokon átnyúló ügyekben. Az eljárás lehetővé teszi, hogy a hitelezők könnyen fizetési meghagyást kapjanak nem vitatott polgári és kereskedelmi követelések behajtásához. A meghagyás iránti kérelem benyújtható levélben vagy elektronikus úton, nem igényel ügyvédi segítségnyújtást és további formalitások nélkül végrehajtható egy másik tagállamban.

Számos jogi kérdés felmerült az irányelv átültetésével kapcsolatban. Első sorban a kamatra, az eljárás automatizmusára, a formanyomtatványokra és a nyelvhasználatra vonatkozóan.

Összességében elmondható, hogy az irányelv a megfelelő eljárásjogi alapokat lefektette, a végrehajtása során szerzett tapasztalatok annak sürgős módosítását nem indokolják. A Bizottságnak azonban megfelelő figyelmet kell szentelnie a jövőben az irányelv alkalmazásának.

A fentiekkel egyetértve, szavazatommal támogattam a jelentést.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – The European Order for Payment procedure is a procedure applicable in civil and commercial matters relating to uncontested claims whose main objective is to simplify and speed up the procedure for the cross-border recognition and enforcement of creditors' rights in the EU. In this regard, there are several elements that should be taken into account in order for the European Order for Payment procedure to be more effective. First and foremost, Member States should accept applications in languages other than their own where possible. In most Member States, however, applications in foreign languages are not accepted. Second, digitalisation of the procedure is necessary, which means that forms should be submitted online. This will reduce the number of errors and omissions on forms and will speed up the whole procedure. Last but not least, Member States should issue the orders within 30 days, the maximum term according to the regulation, no longer because the procedure becomes very slow and ineffective.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il souhaite étendre le champ de compétence de la Commission en la matière, et favoriser l'immixtion de l'UE dans le champ de la responsabilité pénale.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport d'application, qui fait suite à une communication de la Commission européenne évaluant l'application du règlement (CE) nº 1896/2006 instituant une procédure européenne d'injonction de payer. Celui-ci rejoint les conclusions de la Commission européenne qui estime que même si la procédure, outil de simplification judiciaire dans des cas transfrontaliers, pourrait être davantage utilisée dans certains pays, elle fonctionne parfaitement partout où elle est plus largement pratiquée.

Javi López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor del Informe sobre la Aplicación del proceso monitorio europeo porque tiene la finalidad de dar seguimiento a estos casi diez años de experiencia en la aplicación de este procedimiento en Europa. Las principales conclusiones del informe son positivas con respecto al éxito en la utilización de este instrumento en todos los Estados miembros, pero señala que debería impulsarse una campaña informativa entre la ciudadanía para aumentar su uso.

El informe insiste también sobre la necesidad de mejorar la armonización en la aplicación del monitorio, por ejemplo instando a los Estados miembros a que acepten órdenes en distintos idiomas. En general, se observa que el uso del monitorio europeo es mayor en aquellos Estados que, como España, cuentan con un instrumento parecido a nivel nacional.

Monica Macovei (ECR), *în scris*. — Procedura ordinul european de plată permite recuperarea mai ușoară a sumelor în cadrul procedurilor transfrontaliere. Este o procedură opțională, care poate fi o alternativă la ordinele de plată interne. Statisticile arată că ordinul european de plată este mai ieftin și mai rapid decât procedurile naționale. Cu toate acestea, acest instrument este folosit sub potențialul său deoarece este utilizat în principal în statele membre cu o legislație națională similară.

Sunt în favoarea acestei proceduri, deoarece are un mare potențial pentru mediul economic. Întârzierea efectuării plăților reprezintă este una dintre principalele cauze de insolvență, care amenință supraviețuirea întreprinderilor, în special a celor mici și mijlocii. Cetățenii de rând, întreprinderile, dar și profesioniștii din domeniul juridic, ar trebui să fie mai informați cu privire la avantajele procedurii. Procedura poate deveni mai eficientă dacă va putea fi operată on-line.

Este nevoie să se efectueze studii de impact actualizate. Consumul diferă în mare măsură de la un stat membru la altul. Cetățenii sunt neinformați, iar acest lucru prezintă un risc de scădere a încrederii în legislația UE.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europski platni nalog neobavezan je postupak koji se kao alternativa domaćim platnim nalozima može primjenjivati u prekograničnim sudskim slučajevima, a uveden je kako bi se omogućila brza i jeftina naplata iznosa koji proizlaze iz sigurnih i dospjelih dugova utvrđenog iznosa koje tuženik nije osporio. Europski platni nalog potreban je kako bi unutarnje tržište funkcioniralo. Nelikvidnost je prouzrokovana zbog kašnjenja plaćanja, a to predstavlja ozbiljnu prijetnju malim i srednjim poduzećima, posebno zato što dolazi do gubitka velikog broja radnih mjesta. Tim se postupkom omogućava vjerovnicima da na jednostavan način dobiju nalog za naplatu neosporenih građanskih i trgovačkih tražbina.

Važno je provesti kampanju kako bi se probudila svijest te kako bi građani, poslovni subjekti i pravni stručnjaci bili informirani o funkcionalnosti, dostupnosti, primjeni i prednosti tog postupka. Europski parlament je pohvalio dosadašnje uspješno funkcioniranje postupka za europski platni nalog u svim državama članicama, kako bi se pojednostavio i ubrzao postupak prekograničnog priznavanja i ostvarivanja vjerovničkih prava u Europskoj uniji. Budući da se slažem sa svime što je napisano u izvješću, podržala sam ga.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Správa o fungovaní európskeho platobného rozkazu preukazuje potrebu zvýšiť informovanosť o tomto inštitúte a jeho výhodách. Zároveň poukazuje aj na potrebu prijať aktualizované vzorové tlačivá, čo bude mať praktické dopady na jeho zvýšené využívanie. Členské štáty musia poskytovať Komisii včasné, pravdivé a úplné údaje o fungovaní tohto inštitútu vo svojich krajinách tak, aby tieto údaje mohli byť podkladom na prijímanie efektívnejších opatrení pri uplatňovaní európskeho platobného rozkazu.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με τη χρήση της διαδικασίας ευρωπαϊκής διαταγής πληρωμής, διότι είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte a pour objectif de modifier la procédure européenne d'injonction de payer permettant de se substituer aux procédures nationales, en droit civil et commercial, dans le cadre de litiges transfrontaliers de créances non contestées. Cette procédure, qui se passe de juge et d'avocat, présente plusieurs avantages (célérité, efficacité et coût). Sa notoriété limitée et quelques lenteurs persistantes sont les causes principales qui poussent le rapporteur à vouloir l'améliorer.

Cette procédure, plutôt positive en apparence, fait peser de nouvelles contraintes sur la France et permet à la Commission de s'immiscer une fois de plus dans notre souveraineté, ce à quoi nous nous opposons. Par ailleurs, nous émettons de forts doutes sur la sécurité juridique de cette procédure, simple, rapide, mais qu'aucun juge ne vient contrôler.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le rapport souligne le nombre de retours insuffisant pour mesurer pertinemment l'efficacité de la procédure européenne d'injonction de payer. Par ailleurs, cette procédure souffre d'une notoriété limitée qui l'empêche d'atteindre son plein potentiel. Cette méconnaissance a pour conséquence une proportion importante de demandes renvoyées malgré la simplicité de la procédure. Le rapport soulève également les lenteurs de traitement des demandes malgré la déjudiciarisation de la procédure.

On ne peut se montrer favorable à ce projet qui fera peser de nouvelles charges et contraintes dictées par la Commission sur les États, leur faisant perdre encore un peu plus leur souveraineté. De plus, la simplicité et la rapidité ne doivent pas être des raisons suffisantes pour sacrifier la sécurité juridique offerte par le juge. Ainsi, j'ai voté contre ce rapport.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because the European Order for Payment Procedure will allow for more efficient recovery of monetary assets in cross-border proceedings.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — La procédure européenne d'injonction de payer pour les créances transfrontalières incontestées par le défendeur permet de simplifier, d'accélérer et de réduire les coûts de règlement dans les litiges impliquant plus d'un pays de l'UE. Ce règlement a le mérite d'établir une procédure uniforme aboutissant à une décision judiciaire exécutoire dans l'ensemble des États membres sans reconnaissance préalable. Toutefois, le règlement méritait d'être révisé afin d'améliorer son efficacité, de mettre à jour certaines données, d'adopter les nouvelles versions de certains formulaires, d'en améliorer la clarté.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which simplifies, speeds up and reduces the costs of litigation in cases involving more than one EU country. It also permits the free circulation of European orders for payment, which are recognised and enforced in all EU countries. It applies to all civil and commercial matters in cases where at least one of the parties lives in an EU country different from the one where the application for an order is made. It applies to all EU countries except Denmark. The report on the application of the European Order for Payment Procedure is meant to give feedback on the almost 10 years of experience in applying this procedure throughout Europe.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az európai fizetési meghagyásos eljárás létrehozásáról az Európai Parlament és Tanács 2006. december 12-án elfogadott 1896/2006/EK rendelete intézkedik. Célja az összegek könnyebb behajtásának lehetővé tétele a határokon átnyúló eljárások során. Lehetővé teszi, hogy a hitelezők könnyen fizetési meghagyást kapjanak nem vitatott polgári és kereskedelmi követelések behajtásához. A meghagyás iránti kérelem benyújtható levélben vagy elektronikus úton, nem igényel ügyvédi segítségnyújtást és további formalitások nélkül végrehajtható egy másik tagállamban.

A Jogi Bizottság jelentése kitér arra, hogy míg az eljárás fő előnye elvileg az egyszerűség és a gyorsaság, egyes tagállamokban a meghagyás kibocsátása akár fél évet is igénybe vehet. Számba veszi a vonatkozó formanyomtatványok online kitöltésével és benyújtásával kapcsolatos problémákat, valamint azt a helyzetet, hogy számos tagállamban nem lehet idegen nyelven benyújtani a kérelmet. Utal az Európai Bíróság azon döntésére, miszerint a fogyasztóvédelmi jog hatékonysága megköveteli, hogy a bíróság legalább azt vizsgálja meg, hogy az a szerződési feltétel, amely alapján a vállalkozás fizetést követel, tisztességes-e a fogyasztó szempontjából.

A jelentés szorgalmazza, hogy az európai fizetési meghagyásról szóló rendelet kezelje ezeket a fülmerült problémákat. Elfogadását támogattam szavazatommal.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Je suis défavorable à ce projet qui fera peser de nouvelles charges et contraintes dictées par la Commission sur les États, leur faisant perdre encore un peu plus leur souveraineté. De plus, la simplicité et la rapidité ne doivent pas être des raisons suffisantes pour sacrifier la sécurité juridique offerte par le juge.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Payment Order is a procedure that can be used in cross-border cases as an alternative to domestic payment orders. I have voted for this report that will provide easier recovery of sums in cross-border proceedings.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. — Podpořil jsem zprávu, která ze zjištění, že využívání řízení o evropském platebním rozkazu se mezi jednotlivými členskými státy výrazně liší, vyvozuje nutnost přijmout praktické kroky zaměřené na další informování občanů, podniků, právníků a dalších příslušných stran o dostupnosti řízení o evropském platebním rozkazu v přeshraničních případech a o jeho uplatňování a výhodách. Kromě toho by bylo žádoucí poskytnout občanům a zejména malým a středním podnikům pomoc při využívání stávajících právních nástrojů prosazování přeshraničních nároků v rámci příslušných právních předpisů EU. Do budoucna by bylo vhodné zvážit možnost elektronického podávání žádostí o evropský platební rozkaz. Oceňují pozitivní zmínku o ČR v souvislosti s umožněním žadatelům, aby své žádosti podávali i v dalších jazycích než jenom v domácím úředním jazyce daného státu.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this report on a European Payment Order which will make it easier to claim payments due across borders. The report on the European Payment Order basically describes the results of an impact assessment done by the Commission and suggests some improvements. The EPO is an optional procedure, complementing (not replacing) similar national procedures.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Käesolev raport kohaldab Euroopa maksekäsumenetluse eesmärki, milleks on piiriüleste menetluste sissenõudmise lihtsustamine. Seega võlausaldajatele võimaldatakse viisi nõuda sisse maksmata tootevõlgu.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. — Pritariu pateiktam pranešimui.

Visų pirma, Europos mokėjimo įsakymo procedūra turi būti plačiau taikoma ES mastu, kadangi ji sudaro sąlygas pigiai ir operatyviai prisiteisti skolas iš Europos Sąjungos valstybėse narėse įsikūrusių asmenų. Pažymėtina, kad šiuo metu skirtingose valstybėse narėse Europos mokėjimo įsakymo procedūra taikoma skirtingai. Dėl to yra apsunkinamas ir prailginamas tarptautinio pobūdžio bylų dėl piniginių reikalavimų procesas bei sukuriama papildoma finansinė ir administracinė našta. Siekiant užtikrinti efektyvų šios procedūros įgyvendinimą ES, ypatingas vaidmuo tenka Komisijai. Ji privalo laiku teikti išsamias įgyvendinimo ataskaitas bei imtis konkrečių veiksmų siekiant toliau informuoti visus suinteresuotus subjektus. Be to, Europos mokėjimo įsakymo procedūra turėtų būti greitesnė ir lankstesnė, tam kad ji būtų taikoma veiksmingai.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την εφαρμογή της διαδικασίας ευρωπαϊκής διαταγής πληρωμής έχει ως στόχο να δώσει ανατροφοδότηση σχετικά με τα σχεδόν 10 χρόνια εμπειρίας στην εφαρμογή της διαδικασίας αυτής σε όλη την Ευρώπη. Τα κύρια συμπεράσματα της έκθεσης ήταν θετικά για την επιτυχή λειτουργία της διαδικασίας σε όλα τα κράτη μέλη. Η έκθεση καλεί επίσης την Επιτροπή να εκπονήσει μια εκτίμηση επιπτώσεων και μια μελλοντική αναθεώρηση που πρέπει να επικεντρωθεί στην εξασφάλιση μεγαλύτερης εναρμόνισης όσον αφορά την εφαρμογή της διαδικασίας.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta poiché ritengo che l'applicazione del procedimento europeo di ingiunzione del pagamento debba avere piena attuazione. Tale procedimento mira infatti a consentire un recupero ottimale di debiti che sono certi e definiti nell'importo, dovuti e non contestati dal convenuto; questa tipologia di debiti, qualora non recuperati, mettono a repentaglio la sopravvivenza delle piccole e medie imprese arrecando seri danni al tessuto economico; è dunque necessario che il procedimento di ingiunzione venga applicato conformemente al regolamento attuale, evitando che se ne faccia un cattivo uso e puntando alla massimizzazione del suo funzionamento come in Francia, Repubblica ceca, Estonia, Cipro e Svezia, che si adoperano a emettere ingiunzioni in un termine di trenta giorni e accettano domande in lingue straniere. Ritengo che si debba puntare alla semplificazione e all'accelerazione del procedimento per il riconoscimento e l'applicazione transfrontalieri dei diritti dei creditori nell'UE. Pertanto, ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — Regulation (EC) No 1896/2006 creating a European Order for Payment Procedure is intended to simplify, speed up and reduce costs of the litigation in cases involving more than one EU country. I supported this report as it supports the work being done to allow the electronic submission of applications. Furthermore, it calls on the Commission to adopt updated standard forms and encourages the Member States to strive to issue orders within the 30-day period provided by the regulation and to accept applications in certain foreign languages.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Podržavam procjenu primjene Uredbe (EZ) 1896/2006 Europskog parlamenta i Vijeća za kreiranje europskog platnog naloga. Svrha postupka za europski platni nalog omogućavanje je jednostavnija naplata iznosa u prekograničnim postupcima. Postupak je neobavezan, što znači da je dostupan u prekograničnim predmetima kao alternativa raznim ekvivalentnim nacionalnim postupcima. Drugim riječima, tim se postupkom omogućava vjerovnicima da na jednostavan način dobiju nalog za naplatu neosporenih građanskih i trgovačkih tražbina. Zahtjev za postupak može se poslati poštom, a često i elektroničkim putem, bez pomoći odvjetnika, a nalog je izvršiv u drugim državama članicama bez potrebe za dodatnim formalnostima. Također dozvoljava slobodnu cirkulaciju europskih platnih naloga koji su prepoznati i izvršavaju se u svim zemljama EU-a. Europski platni nalog se primjenjuje na sve zemlje EU-a, osim Danske. Postupak za europski platni nalog primjenjuje se na sve građanske i trgovačke stvari u slučajevima gdje najmanje jedna od strana živi u zemlji EU-a različitoj od one u kojoj je podnesen zahtjev za nalog.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce projet fera peser de nouvelles charges et contraintes dictées par la Commission sur les États, leur faisant perdre encore un peu plus leur souveraineté. De plus, la simplicité et la rapidité ne doivent pas être des raisons suffisantes pour sacrifier la sécurité juridique offerte par le juge. Je vote donc contre ce projet.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Postojeći postupak omogućuje brzu i jeftinu naplatu iznosa, no i dalje funkcionira ispod granica svojeg punog potencijala, što je potrebno za još uspješnije funkcioniranje unutarnjeg tržišta. Prvenstveno je nužno poduzeti konkretne mjere kako bi se sve relevantne strane informiralo o prednostima tog postupka. Naš je glavni cilj pojednostavljivanje i ubrzavanje postupka prekograničnog priznavanja i ostvarivanja vjerovničkih prava u EU-u. U dugo očekivanom izvješću Komisije nema proširene procjene učinka za svaku državu članicu te izvješće ne sadrži ažurirane podatke o funkcioniranju i primjeni postupka za europski platni nalog. Pozivam na izradu proširene i ažurirane procjene učinka te pritom države članice trebaju Komisiji pružati točne i sveobuhvatne podatke. Moramo odstraniti razlike u primjeni postupka među državama članicama, jer inače europski građani ne mogu u potpunosti ostvarivati svoja prava na prekograničnoj razini, što slabi povjerenje u zakonodavstvo EU-a. Treba omogućiti podnositeljima zahtjeva da zahtjeve podnose na dodatnim jezicima, bez čega često dolazi do kašnjenja u plaćanju – što je ključni uzrok nelikvidnosti te prijeti opstanku poslovnih subjekata i gubitku brojnih radnih mjesta. U svakom bi slučaju trebalo poštovati rok od 30 dana utvrđen propisima. Našim građanima također moramo ubuduće omogućiti elektroničko podnošenje zahtjeva, stoga pozdravljam rad na razvoju sustava e-Codex.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório trata o acompanhamento da aplicação do procedimento europeu de injunção de pagamento e que permite que os credores obtenham mais facilmente uma injunção de pagamento com vista à recuperação de créditos não contestados em matéria civil e comercial. Este é um procedimento facultativo que pode ser usado em casos transfronteiriços como alternativa aos procedimentos nacionais equivalentes.

Os atrasos nos pagamentos são uma das principais causas de insolvência, o que ameaça especialmente as pequenas e médias empresas, traduzindo-se muitas vezes na perda de locais de trabalho.

O procedimento foi criado para possibilitar a cobrança rápida de montantes decorrentes de dívidas certas, líquidas e exigíveis e não contestadas pelo requerido. Apesar de operar de forma amplamente satisfatória, este procedimento está muito longe de esgotar todo o seu potencial, visto que é sobretudo utilizado nos Estados-Membros cuja legislação prevê um processo semelhante.

Não obstante considerações expostas no relatório de elogio e melhoria do funcionamento do mercado único, que é também ele responsável pelas dificuldades com que muitas micro, pequenas e médias empresas se deparam, trata-se de um procedimento técnico de cooperação judiciária a nível europeu e civil, que pretende combater uma das suas principais causas de insolvência.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Cel postępowania w sprawie europejskiego nakazu zapłaty to ułatwienie odzyskiwania kwot w postępowaniach dotyczących spraw transgranicznych. Postępowanie umożliwia wierzycielom łatwe uzyskanie nakazu dotyczącego zwrotu bezspornych roszczeń cywilnych i handlowych. O wydanie takiego nakazu można wystąpić drogą listowną lub, często, drogą elektroniczną, nie wymaga to pomocy prawnika, a nakaz jest wykonalny w innych państwach członkowskich bez potrzeby dodatkowych formalności. Europejski nakaz zapłaty jest wydawany automatycznie, wyłącznie na podstawie pozwu, jednak dłużnik może wnieść sprzeciw w ciągu 30 dni. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte sur l'évaluation de la procédure européenne d'injonction de payer. Celle-ci a pour objet de faciliter le recouvrement de créances dans les affaires transfrontalières. Elle peut être appliquée par courrier ou par voie électronique, elle ne nécessite pas l'assistance d'un avocat et peut être utilisée dans les autres États membres sans formalités supplémentaires. La Commission avance que les études et les consultations effectuées n'ont pas révélé de difficultés d'application de la procédure. Néanmoins il serait opportun d'actualiser les formulaires de demandes et de faciliter le dépôt de procédure en ligne et dans une langue étrangère. L'Europe doit continuer d'agir pour simplifier les démarches administratives des citoyens.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against this non-legislative report on the application of the European Order for Payment Procedure. This report is calling for Member States to provide to the Commission accurate and up-to-date data for effective monitoring and evaluation purposes.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este Informe por el que se valora la aplicación del proceso monitorio europeo.

El proceso monitorio europeo fue creado en el 2006 para el pago de deudas no rechazadas por un deudor, con lo que se simplifican, agilizan y reducen las costas judiciales en aquellos casos en que se ven implicados más de un país europeo, además de permitir la libre circulación, el reconocimiento y la aplicación de procesos monitorios en todos los Estados miembros. El mismo es aplicable a todas las materias civiles y mercantiles en los que una de las partes viva en un país europeo diferente del país en el que se cursa la orden de monitorio.

El informe otorga una valoración positiva al proceso monitorio europeo, aunque insiste en la necesidad de mejorar la armonización en cuanto a la aplicación, así como la necesidad de proporcionar.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen du 1er décembre 2016 sur l'application de la procédure européenne d'injonction de payer. Le Parlement européen «salue le bon fonctionnement de la procédure européenne d'injonction de payer dans l'ensemble des États membres, procédure concernant les créances incontestées, applicable en matière civile et commerciale et visant principalement à simplifier et à accélérer la procédure transfrontalière de reconnaissance et d'application des droits des créanciers dans l'Union européenne».

Cependant, je déplore divers éléments, notamment le retard significatif de près de deux ans accumulé dans l'envoi du rapport de la Commission réexaminant l'application du règlement (CE) nº 1896/2006, le fait que le rapport de la Commission ne comprenne pas d'étude d'impact élargie pour chaque État membre et que l'utilisation de la procédure européenne d'injonction de payer varie fortement entre les États membres.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Europos mokėjimo orderis – svarbi finansinė priemonė, vieningos ES finansinės erdvės atributas. Todėl jo veikimo užtikrinimas yra būtina vieningos rinkos veikimo sąlyga.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório de iniciativa que votei favoravelmente, diz respeito ao procedimento europeu de injunção de pagamento, que se caracteriza por facultar aos credores a recuperação de forma mais fácil, célere e eficaz dos seus créditos não contestados em matéria civil e comercial em casos transfronteiriços. Trata-se de um procedimento facultativo, que não requer a intervenção de um advogado e pode ser efetuado por via eletrónica, em qualquer Estado-Membro, sem formalidades adicionais.

Pese embora haja maior recurso a este procedimento por parte dos países que dispõem de sistemas análogos, é importante realizar esforços no sentido de divulgar este instrumento junto das empresas e dos profissionais competentes na área, sensibilizando-os para as vantagens e benefícios inerentes à sua aplicação.

Subscrevo as sugestões apresentadas pelo relator quanto aos elementos necessários a uma utilização eficiente do procedimento europeu de injunção, nomeadamente, no que respeita ao prazo de emissão das mesmas, à apresentação dos formulários *online* e à aceitação de requerimentos noutras línguas oficiais dos Estados-Membros.

Saúdo as clarificações jurídicas que foram realizadas ao regulamento, sobretudo as que respeitam à defesa e proteção do consumidor, pese embora seja necessário proceder a uma maior harmonização de alguns aspetos ao nível das legislações de cada Estado-Membro.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El objetivo de este informe es mejorar la implementación y el conocimiento sobre el proceso monitorio europeo, que simplifica la recuperación de deudas transfronterizas. Dado que este proceso complementa y agiliza los procesos nacionales, sin sustituirlos, he votado favorablemente.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of the report on the application of the European Order for Payment Procedure. Regulation (EC) No 1896/2006 of 12 December 2006 creates a European order for payment procedure for claims not contested by the defendant. This simplifies, speeds up and reduces the costs of litigation in cases involving more than one EU country. It also permits the free circulation of European orders for payment which are recognised and enforced in all EU countries.

The report is meant to give feedback on the almost 10 years of experience in applying this procedure throughout Europe. The main conclusions of the report were positive towards the successful operation of the procedure in all the Member States, but making the point that it should be made sure that it is more known and widely used, by informing and assisting citizens.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Aj keď došlo k zjednodušeniu a modernejšiemu uplatňovaniu európskeho konania o platobnom rozkaze, musím poukázať na to, že pri vykonávaní nariadenia (ES) č. 1896/2006 sa nedosahujú najlepšie možné výsledky. Mrzí ma, že využívanie európskeho konania o platobnom rozkaze sa medzi jednotlivými členskými štátmi značne líši, čo spôsobuje to, že európski občania si často nemôžu uplatniť svoje práva na cezhraničnej úrovni. Je pochopiteľné, že v tejto súvislosti vzniká neustále riziko znižovania dôvery v právne predpisy EÚ. Aj preto očakávam, že vďaka prijatým opatreniam sa nám podarí lepšie informovať občanov, podniky, odborníkov v oblasti práva, ako aj všetky ostatné príslušné strany o dostupnosti, fungovaní, uplatňovaní a výhodách európskeho konania o platobnom rozkaze v cezhraničných prípadoch. Navrhované opatrenia podporujem aj preto, že na ich základe môžeme vytvoriť možnosti elektronického podávania návrhov na vydanie európskeho platobného rozkazu. Verím, že v ďalšom období v záujme lepšieho a efektívnejšieho vymáhania cezhraničných pohľadávok podľa príslušných právnych predpisov EÚ poskytneme väčšiu pomoc nielen európskym občanom, ale najmä malým a stredným podnikom.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Postopek za evropski plačilni nalog je ukrep na področju pravosodnega sodelovanja v civilnih zadevah s čezmejnimi elementi. Njegov namen je upnikom olajšati izterjavo zneskov v čezmejnih sodnih postopkih tako, da jim omogoča enostavno pridobitev naloga za izterjavo nespornih civilnih in gospodarskih zahtevkov.

Mala in srednja podjetja se v zadnjem času soočajo s povečanimi zamudami pri plačilih, kar močno ogroža njihovo preživetje in izgubo številnih delovnih mest. Po navedbah Komisije naj bi bilo vsako leto vloženih približno 12 000 vlog za evropske plačilne naloge, pri čemer se uporaba med državami članicami zelo razlikuje. To kaže, da obstaja potreba po okrepljenem obveščanju državljanov, podjetij in pravnih strokovnjakov o obstoju, delovanju in prednostih tega postopka.

Poročilo Parlamenta pozdravlja dosedanje uspešno delovanje postopka in podpira prihodnja prizadevanja Komisije za njegovo optimizacijo. Ker poročilo med drugim opozarja na nekatera bistvena dejstva, kot je na primer praksa držav članic, da namesto postopka za evropski plačilni nalog raje uporabijo nacionalno zakonodajo, zaradi česar državljani ne morejo uveljavljati svoje pravice na čezmejni ravni in se s tem zmanjšuje zaupanje v zakonodajo EU, sem ga pri glasovanju podprl. Polega tega gre za dobro poročilo, ki poziva k poenostavitvi in pospešitvi tega postopka ter k zmanjšanju stroškov čezmejnih zadev.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Európske konanie o platobnom rozkaze uľahčuje vymáhanie súm v cezhraničných konaniach. Pre optimalizáciu tohoto procesu treba vylepšiť niektoré aspekty, ako sú informovanosť subjektov, rýchlosť vydania, podávanie online či prijímanie formuláru v cudzom jazyku.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Die Entschließung des EU-Parlaments zu der Anwendung des Europäischen Mahnverfahrens habe ich abgelehnt.

Ein einheitliches europäisches Mahnverfahren lehne ich ab. Wir brauchen Wettbewerb zwischen den europäischen Rechtsordnungen und es spricht nichts dagegen, die jeweiligen nationalen Mahnverfahren auch als Ausländer in Anspruch zu nehmen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o primjeni postupka za europski platni nalog omogućuje jednostavnije naplate iznosa u prekograničnim postupcima. Postupak je neobavezan, što znači da je dostupan u prekograničnim predmetima kao alternativa raznim ekvivalentnim nacionalnim postupcima. Drugim riječima, tim se postupkom omogućava vjerovnicima da na jednostavan način dobiju nalog za naplatu neosporenih građanskih i trgovačkih tražbina. Zahtjev za postupak može se poslati poštom, a često i elektroničkim putem, bez pomoći odvjetnika, a nalog je izvršiv u drugim državama članicama bez potrebe za dodatnim formalnostima. Europski platni nalog izdaje se automatski na temelju zahtjeva, ali dužnik može uložiti prigovor u roku od 30 dana. U slučaju prigovora izvršenje naloga se obustavlja i može početi sudski postupak.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o izvajanju postopka za evropski plačilni nalog. Glavni cilj evropskega plačilnega naloga, ki se uporablja v civilnih in gospodarskih zadevah v zvezi z izvršbo nespornih zahtevkov, je poenostaviti in pospešiti postopek čezmejnega priznavanja in izvrševanja pravic upnikov v Evropski uniji.

Podpiram poročilo, ki meni, da je treba sprejeti praktične ukrepe za dodatno obveščanje državljanov, podjetij, pravnih strokovnjakov in vseh drugih ustreznih strani o obstoju, delovanju, uporabi in prednostih postopka za evropski plačilni nalog v čezmejnih primerih;

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ευρωπαϊκή διαταγή πληρωμής έχει προαιρετικό χαρακτήρα, πράγμα που σημαίνει ότι διατίθεται σε διασυνοριακές υποθέσεις εναλλακτικά σε σχέση με τις διάφορες ισοδύναμες εθνικές διαδικασίες. Η έκδοση διαταγής πληρωμής μπορεί να ζητηθεί δι'αλληλογραφίας ή, συχνά, και ηλεκτρονικά, δεν προϋποθέτει τη συνδρομή δικηγόρου και είναι εκτελεστή, χωρίς πρόσθετες διατυπώσεις, σε άλλα κράτη μέλη. Η ύπαρξη δύο διαφορετικών νομοθετικών ρυθμίσεων προς αντιμετώπιση μίας έκνομης ενέργειας θα δημιουργήσει ανασφάλεια δικαίου, ενώ δι'αυτής επιχειρείται η αποψίλωση του δικανικού συστήματος των κρατών μελών από θέματα που άπτονται της αποκλειστικής των αρμοδιότητας.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament e saját kezdeményezésű jelentése az európai fizetési meghagyásos eljárásról (EUFMH) szóló irányelv végrehajtásának értékelésére vonatkozik.

Az EUFMH célja az összegek könnyebb behajtásának lehetővé tétele a határokon átnyúló eljárások során. Az eljárás választható, ami azt jelenti, hogy a számos, egyenértékű nemzeti eljárások alternatívájaként áll rendelkezésre a határokon átnyúló ügyekben. Az eljárás lehetővé teszi, hogy a hitelezők könnyen fizetési meghagyást kapjanak nem vitatott polgári és kereskedelmi követelések behajtásához. A meghagyás iránti kérelem benyújtható levélben vagy elektronikus úton, nem igényel ügyvédi segítségnyújtást és további formalitások nélkül végrehajtható egy másik tagállamban.

Számos jogi kérdés felmerült az irányelv átültetésével kapcsolatban. Első sorban a kamatra, az eljárás automatizmusára, a formanyomtatványokra és a nyelvhasználatra vonatkozóan.

Összességében elmondható, hogy az irányelv a megfelelő eljárásjogi alapokat lefektette, a végrehajtása során szerzett tapasztalatok annak sürgős módosítását nem indokolják. A Bizottságnak azonban megfelelő figyelmet kell szentelnie a jövőben az irányelv alkalmazásának.

A fentiekkel egyetértve, szavazatommal támogattam a jelentést.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az európai fizetési meghagyásos eljárás alkalmazásáról szóló jelentést, amely üdvözli az eljárás sikeres működését. Az eljárás lehetővé teszi az összegek könnyebb behajtását a határokon átnyúló eljárások során, ezért is tartom sajnálatosnak, hogy annak használata jelentősen eltér az egyes tagállamokban, valamint, hogy az uniós jogszabályok által kínált egyszerűsített korszerű eljárás ellenére sok helyen a nemzeti jogszabályokat részesítik előnyben.

Egyetértek a jelentéssel abban, hogy szükség van az uniós polgárok, vállalkozások, valamint jogi szakemberek tájékoztatására az európai fizetési meghagyásos eljárás rendelkezésre állásáról, működéséről, alkalmazásáról és előnyeiről a határokon átnyúló esetekben. Egyetértek azzal a megállapítással is, hogy az ismeretek javulásával a vállalatok, különösen a kkv-k hatékonyabban tudnák érvényre juttatni határokon átnyúló követeléseiket a vonatkozó uniós jogszabályok értelmében.

Szintén támogatom az európai fizetési meghagyásra irányuló kérelmek elektronikus benyújtásának lehetővé tételét, mellyel összefüggésben hasznos lenne az e-Codex kísérleti projekt alkalmazásának ösztönzése.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Procedura w sprawie europejskiego nakazu zapłaty została stworzona z myślą o umożliwieniu szybkiego, ułatwionego i niedrogiego odzyskiwania długów, które są pewne, których kwota jest określona i które są wymagalne i niezaskarżone przez pozwanego. Należy bowiem pamiętać, że spóźnione płatności to główna przyczyna upadłości. Zagraża to istnieniu przedsiębiorstw, w szczególności małych i średnich, oraz prowadzi do utraty wielu miejsc pracy.

Moje zaniepokojenie budzi jednak fakt, iż między poszczególnymi państwami członkowskimi istnieją znaczne różnice pod względem stosowania postępowania w sprawie europejskiego nakazu zapłaty. Trudności dotyczą także przyjmowania pozwów w innych językach europejskich, co negatywnie wpływa na koszty i czas rozpatrywania sprawy w ramach postępowania.

W tym kontekście niezwykle ważne jest zatem podjęcie praktycznych działań w celu dalszego uproszczenia obowiązujących procedur, jak również informowanie obywateli i przedsiębiorstw o dostępności, funkcjonowaniu, stosowaniu i zaletach postępowania w sprawie europejskiego nakazu zapłaty w sprawach transgranicznych.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – The European Order for Payment procedure allows creditors to easily obtain an order to recover uncontested civil and commercial claims. It can be applied for by correspondence or electronically, does not require the assistance of a lawyer, and is enforceable in other Member States without any need for additional formalities. This system simplifies, speeds up and reduces the costs of litigation in cases involving more than one EU country. It also permits the free circulation of European orders for payment that are recognised and enforced in all EU countries. This report gives feedback on the almost 10 years of experience in applying this procedure throughout Europe and provides some recommendations for the future. I support this report.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la procédure européenne d'injonction de payer qui a pour objet de faciliter le recouvrement de sommes dues dans les affaires transfrontalières. La procédure est facultative, ce qui signifie qu'elle peut remplacer de nombreuses procédures nationales équivalentes dans les affaires transfrontalières. En bref, cette procédure permet aux créanciers d'obtenir plus facilement une injonction pour recouvrer les créances incontestées en matière civile et commerciale. Cette procédure peut être appliquée par courrier ou par voie électronique (ce qui est plus souvent le cas), ne nécessite pas l'assistance d'un avocat et peut être utilisée dans les autres États membres sans formalités supplémentaires.

Ivica Tolić (PPE), *in writing*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o primjeni postupka za europski platni nalog. Dogmatska podloga uvođenja instituta platnog naloga je omogućavanje jednostavnije i efikasnije naplate dospjelih tražbina. Budući da je Europska unija jedinstveno tržište, potrebno je efikasno kodificirati, a potom i primijeniti adekvatne pravne mehanizme koji će olakšati funkcioniranje sustava Unije. Budući da u određenoj mjeri, još uvijek postoje birokratske zapreke naplaćivanja potraživanja, potrebno je osigurati i regulirati postupak koji će pojednostaviti naplatu neosporenih građanskopravnih i trgovačkopravnih tražbina.

Svakako podržavam inicijativu izvršivosti naloga u državi članici kojoj ne pripada po teritorijalnoj jurisdikciji, pogotovo što u tom slučaju neće biti potrebno aktivirati odvjetničke usluge koje proizvode dodatne troškove građanima.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Svrha europskog platnog naloga je omogućavanje lakšeg oporavka novca u prekograničnim sporovima. Procedura omogućuje davateljima kredita lakši povratak neospornih civilnih i komercijalnih potraživanja.

Prijedlog značajno smanjuje birokratsko opterećenje, budući da također omogućuje da navedeno bude primjenjivano pismenim putem, odnosno elektroničkom poštom i ne zahtjeva angažman odvjetnika niti ispunjavanje ostalih formalnosti.

Nalog se izdaje automatski, i samo na osnovu prethodnog apliciranja, a dužnik ima pravo očitovati se u roku od 30 dana.

Kada se u obzir uzme trošak prekograničnih postupaka, te iznimno dugo trajanje postupaka u određenim državama članicama Unije, rješavanje postupaka putem europskog platnog naloga očito je puno jeftinije i brže rješenje.

Stoga sam glasovala za.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o izvajanju postopka za evropski plačilni nalog sem podprla.

Namen postopka za evropski plačilni nalog je olajšati izterjavo zneskov v čezmejnih sodnih postopkih. Postopek upnikom omogoča, da zlahka pridobijo nalog za izterjavo nespornih civilnih in gospodarskih zahtevkov. Zanj je mogoče zaprositi po pošti, pogosto pa tudi po elektronski poti - ni potreben odvetnik.

Nekatere države imajo nizko stopnjo uporabe, zato je potrebno več narediti pri obveščanju podjetij in pravnih strokovnjakov o obstoju postopka in njegovih prednostih. Za uspešno uporabo postopka so potrebni hitra izdaja (30dni), omogočiti predložitev ustreznih obrazcev na spletu in sprejemati vloge tudi v tujih jezikih.

Komisija mora sprejeti nove različice nekaterih standardnih obrazcev, da bi tako upoštevala različne spremembe, ki so nastale v zadnjih letih, ter izboljšala jasnost tistih delov besedila, v katerih je obravnavano plačilo obresti.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. — El propósito de este informe es hacer una evaluación de la aplicación del Procedimiento de Orden de Pago Europeo. La finalidad del Procedimiento Europeo de Orden de Pago es permitir una recuperación más fácil de las sumas en los procedimientos transfronterizos. El procedimiento permite a los acreedores obtener fácilmente una orden para recuperar reclamaciones civiles y comerciales no impugnadas. He votado a favor de este informe, ya que invita a los Estados miembros a aplicar mejor la Orden de pago europea y a sensibilizar a los ciudadanos, las empresas, los profesionales del Derecho y todas las demás partes interesadas sobre la disponibilidad, el funcionamiento, la aplicación y las ventajas de esta herramienta en casos transfronterizos.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le règlement du 12 décembre 2006 a institué la procédure européenne d'injonction de payer. Cette procédure est une première en la matière. Elle est facultative et vient se substituer aux procédures nationales en droit civil et commercial dans le cadre de litiges transfrontaliers. Pratiquement, cette procédure européenne ne nécessite pas de recourir à un juge, ni à un avocat; le demandeur ne devra pas non plus apporter de pièce justificative. Elle présente certains avantages.

Je ne peux me montrer favorable à ce projet qui ferait peser de nouvelles charges et contraintes dictées par la Commission sur les États, leur faisant perdre encore un peu plus leur souveraineté. De plus, la simplicité et la rapidité ne doivent pas être des raisons suffisantes pour sacrifier la sécurité juridique offerte par le juge. J'ai voté contre ce texte.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az európai fizetési meghagyásos eljárás célja az összegek könnyebb behajtásának lehetővé tétele a határokon átnyúló eljárások során. Az eljárás választható, ami azt jelenti, hogy a számos, egyenértékű nemzeti eljárások alternatívájaként áll rendelkezésre a határokon átnyúló ügyekben. Támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – El propósito de este informe es hacer una evaluación de la aplicación del Procedimiento de Orden de Pago Europeo. La finalidad del Procedimiento Europeo de Orden de Pago es permitir una recuperación más fácil de las sumas en los procedimientos transfronterizos. El procedimiento permite a los acreedores obtener fácilmente una orden para recuperar reclamaciones civiles y comerciales no impugnadas. He votado a favor de este informe, ya que invita a los Estados miembros a aplicar mejor la Orden de pago europea y a sensibilizar a los ciudadanos, las empresas, los profesionales del Derecho y todas las demás partes interesadas sobre la disponibilidad, el funcionamiento, la aplicación y las ventajas de esta herramienta en casos transfronterizos.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Palankiai vertinu tai, kad Europos mokėjimo įsakymo procedūra – procedūra, taikoma civilinėse ir komercinėse bylose, susijusiose su neginčytinais reikalavimais, kurios pagrindinis tikslas yra supaprastinti ir paspartinti kreditorių teisių ES tarpvalstybinio pripažinimo ir taikymo procedūrą – veikia sėkmingai visose valstybėse narėse.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the application of the European Order for Payment procedure. The purpose of the European Order for Payment procedure is to allow for the easier recovery of sums in cross-border proceedings. The procedure is optional, meaning that it is available in cross-border cases as an alternative to the various equivalent national procedures. The procedure allows creditors to easily obtain an order to recover uncontested civil and commercial claims. It can be applied for by correspondence or, often, electronically, does not require the assistance of a lawyer, and is enforceable in other Member States without any need for additional formalities. The Commission states that some 12 000 applications for European Orders for Payment are made each year. Where the defendant opposes the application, the procedure cannot continue. I voted in favour because I believe that the Commission should adopt new versions of the standard forms in order to take into account various changes that have occurred over the years.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta regulación pretende simplificar, agilizar y reducir los costes de litigio en los supuestos transnacionales en los que más de un Estado miembro se vea implicado. Hablamos por tanto de un procedimiento voluntario, mediante el cual se espera poder dotar a empresas y ciudadanos europeos de una herramienta eficaz para poder ser utilizada. Habida cuenta de los beneficios que esta nueva herramienta puede aportar, especialmente a ciudadanos y pequeñas y medianas empresas, creo conveniente votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El objetivo de este informe es mejorar la implementación y el conocimiento sobre el proceso monitorio europeo, que simplifica la recuperación de deudas transfronterizas. Dado que este proceso complementa y agiliza los procesos nacionales, sin sustituirlos, he votado favorablemente.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório aborda o acompanhamento da aplicação do procedimento europeu de injunção de pagamento, que resulta do Regulamento (CE) n.º 1896/2006. O procedimento permite que os credores obtenham facilmente uma injunção de pagamento com vista à recuperação de créditos não contestados em matéria civil e comercial. O requerimento pode ser apresentado por correspondência ou, frequentemente, por via eletrónica, não requer a intervenção de um advogado e é aplicável noutros Estados-Membros, sem necessidade de proceder a mais formalidades.

A injunção de pagamento europeia é emitida de forma automática, exclusivamente com base no requerimento, podendo, no entanto, o devedor apresentar uma declaração de oposição no prazo de 30 dias. Em caso de oposição, é posto termo ao procedimento de injunção de pagamento e pode ser iniciado um processo judicial contraditório.

Este é um procedimento facultativo que pode ser usado em casos transfronteiriços como alternativa aos procedimentos nacionais equivalentes.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das europäische Mahnverfahren ist ein optionales Verfahren, das in grenzüberschreitenden Rechtssachen alternativ zu inländischen Verfahren eingesetzt werden kann. Der vorliegende Bericht behandelt nicht das Einführen des europäischen Mahnverfahrens – dies geschah bereits 2006 — sondern versucht, die Anwendung des europäischen Mahnverfahrens zu steigern. Erstens soll die unterschiedlich lange Bearbeitungsdauer der Mitgliedstaaten beim Ausstellen von Zahlungsbefehlen verkürzt werden (derzeit brauchen die Mitgliedstaaten 30 Tage bis zu 6 Monate), und zweitens sollen die betreffenden Formulare auch online ausgefüllt und eingereicht werden können.

Der Berichterstatter widmet sich möglichen Verbesserungen bei der Anwendung des europäischen Mahnverfahrens (Aktualisierung der Formblätter, anfallende Zinsen der Hauptforderung, Verwendung von Fremdsprachen, Streichung von Ausnahmen des Geltungsbereichs, Digitalisierung). Zudem rügt der Berichterstatter die zweijährige Verspätung hinsichtlich eines Überprüfungsberichts der Kommission, den er zudem inhaltlich als ungenügend betrachtet. Die Kommission wird aufgefordert, eine erweiterte, aktualisierte und detaillierte Folgenabschätzung auszuarbeiten.

Daher habe ich diesem Bericht zugestimmt.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh uznesenia o uplatňovaní európskeho konania o platobnom rozkaze som podporila. Uznesenie konštatovalo, že konanie o európskom platobnom rozkaze je v podstate úspešné a momentálne nie sú potrebné žiadne zásadné zmeny. Súhlasím však s tým, že najproblematickejšou je v prípade jeho uplatňovania práve nevedomosť občanov EÚ o jeho existencii a o tom, akým spôsobom môže uľahčiť a urýchliť cezhraničné uplatňovanie pohľadávok. Práve preto si myslím, že je skutočne potrebné zvyšovať povedomie o tomto nástroji, a to nielen medzi občanmi, ale aj medzi inštitúciami členských štátov a zabezpečiť riadne informovaných úradníkov súdov tak, aby vedeli s európskym platobným rozkazom pracovať. Takisto je potrebné zabezpečiť, aby všetky štandardizované formuláre boli pravidelne aktualizované a aby nebol problém s prijímaním formulárov v inom jazyku ako je jazyk tej ktorej krajiny. A v neposlednom rade je potrebné systematicky vyžadovať, aby informácie a správy Komisie v tejto oblasti boli predkladané Európskemu parlamentu včas, na rozdiel od poslednej správy, ktorú Komisia predložila až s dvojročným oneskorením.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam procjenu primjene Uredbe (EZ) 1896/2006 Europskog parlamenta i Vijeća za kreiranje europskog platnog naloga. Svrha postupka za europski platni nalog omogućavanje je jednostavnije naplate iznosa u prekograničnim postupcima. Postupak je neobavezan, što znači da je dostupan u prekograničnim predmetima kao alternativa raznim ekvivalentnim nacionalnim postupcima. Drugim riječima, tim se postupkom omogućava vjerovnicima da na jednostavan način dobiju nalog za naplatu neosporenih građanskih i trgovačkih tražbina. Zahtjev za postupak može se poslati poštom, a često i elektroničkim putem, bez pomoći odvjetnika, a nalog je izvršiv u drugim državama članicama bez potrebe za dodatnim formalnostima. Također dozvoljava slobodnu cirkulaciju europskih platnih naloga koji su prepoznati i izvršavaju se u svim zemljama EU-a. Europski platni nalog se primjenjuje na sve zemlje EU-a, osim Danske. Postupak za europski platni nalog primjenjuje se na sve građanske i trgovačke stvari u slučajevima gdje najmanje jedna od strana živi u zemlji EU-a različitoj od one u kojoj je podnesen zahtjev za nalog.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za poročilo o izvajanju postopka za evropski plačilni nalog.

Postopek je bil uveden, da bi omogočili hitro, preprosto in poceni izterjavo zneskov, ki izhajajo iz dolgov, ki so določeni v fiksnem znesku in zapadli, tožena stran pa jih ne izpodbija.

Podatki kažejo, da se postopek večinoma izvaja zadovoljivo, vendar pa deluje znatno pod svojimi polnimi zmožnostmi.

Ker menim, da poročilo dobro predstavlja izvajanje postopka za evropski plačilni nalog, opozarja na ključne pomanjkljivosti pri izvajanju ter podaja utemeljene predloge za izboljšanje postopka, sem ga podprl.

Presidente. – Con questo si concludono le dichiarazioni di voto.

8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

9. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

10. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

11. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

12. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

13. Unterbrechung der Sitzungsperiode

(La seduta è tolta alle 12.20)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2249

22.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 12. DEZEMBER 2016

(C/2024/2249)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 12. bis 15. Dezember 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode . . . 3
2. Erklärung des Präsidenten . . . 3
3. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll . . . 4
4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll . . . 4
5. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll . . . 4
6. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll . . . 4
7. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll . . . 4
8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll . . . 5
9. Arbeitsplan . . . 5
10. Normalisierung der Konten der Eisenbahnunternehmen - Inländische Schienenpersonenverkehrsdienste - Einheitlicher europäischer Eisenbahnraum (Aussprache) . . . 9
11. Zugang zum Markt für Hafendienste und finanzielle Transparenz der Häfen (Aussprache) . . . 26
12. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll . . . 37

Inhalt Seite

13. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll 37

14. Nordostatlantik: Tiefseebestände und Fischfang in internationalen Gewässern (Aussprache) 37

15. Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2015 (Aussprache) 45

16. Eine kohärente Politik der EU für die Kultur- und Kreativwirtschaft (kurze Darstellung) (Aussprache) 59

17. Rechte der Frau in den Staaten der Östlichen Partnerschaft (kurze Darstellung) (Aussprache) 66

18. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung (Aussprache) 70

19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll 76

20. Schluss der Sitzung 76

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 12. DEZEMBER 2016

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Die Sitzung wird um 17.00 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, dem 1. Dezember 2016, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

Meinen Damen und Herren, durch irgendeinen Fehler in unserer Software haben Sie auf Ihren Plätzen nicht die üblichen Namen. Es kann also sein, dass auf dem Platz, wo Sie normalerweise sitzen, ein anderer Name angezeigt wird. Sie können sich aber trotzdem dahin setzen. Wir versuchen, die Fehler so schnell wie möglich zu beheben.

Da aber noch jede Menge Plätze zur Verfügung stehen: Wenn Sie sich nicht auf den Platz setzen wollen, auf dem Ihr Name nicht steht, sondern Sie Ihren Platz suchen, auf dem dann Ihr Name steht, machen Sie das bitte später.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το πρόβλημα δεν είναι μόνο πού αναγράφονται οι θέσεις. Εγώ έχω βάλει την κάρτα μου αυτή τη στιγμή και παραταύτα αναγράφεται το όνομα ενός άλλου συναδέλφου, άρα είναι θέμα ότι ακόμη και την κάρτα να βάλουμε, που μπορούμε να τη βάλουμε σε οποιαδήποτε θέση, δεν φαίνεται το όνομά μας, αλλά υπάρχει κι εκεί πρόβλημα όσον αφορά την ψηφοφορία.

Der Präsident. – Wir versuchen im Moment, diesen technischen Fehler, dessen Ursache ich nichtkenne, zu beheben und hoffen, dass wir das in den Griff bekommen.

Geanuso hoffe ich, dass ich ihre Aufmerksamkeit jetzt langsam auf die Sitzung ziehen kann.

2. Erklärung des Präsidenten

Der Präsident. – Meine Damen und Herren! Wir haben an diesem Wochenende weltweit düstere Nachrichten zur Kenntis nehmen müssen.

In der Türkei starben bei einem Bombenanschlag vor dem Stadion von Beşiktas Istanbul 44 Menschen.

In Somalia, im Hafen von Mogadischu, wurden bei einem Bombenanschlag 30 Menschen getötet.

In Ägypten wurde eine Bombe in die koptische Kirche von Kairo geworfen – dort starben 25 Menschen.

Das sind drei weitere Anschläge in unserem Jahr 2016, in dem die gesamte Welt praktisch täglich von der Geißl des Terrorismus heimgesucht wird. Dieser Terrorismus kennt keine Unterschiede. Er trifft uns in Europa genauso wie in Afrika, in Asien ebenso wie in Amerika. Er trifft uns alle! Er trifft in der Regel unschudlige Menschen, und er trifft Christen genauso wie Muslime. Männer, Frauen und in besonders abscheulicher Form werden Kinder Opfer dieser terroristischen Anschläge.

Ich glaube, ich spreche in Ihrer aller Namen, wenn ich hier sage: Es gibt für nichts, was diesen Terrorimus darstellt, auch nur die geringste Rechtfertigung. Ob sie sich Da'esch, Al-Qaida, Al-Shabaab oder Freiheitsfalken nennen, oder all die anderen Terrororganisationen, wie ihre Namen auch sein mögen, sie führen auf der Welt einen Kampf gegen die Toleranz, gegen die Solidarität, gegen die Freundschaft und gegen die Menschlichkeit. Sie wollen Angst verbreiten und uns einschüchtern. Deshalb kann die Antwort auf diesen Terror nur sein, dass wir weiterhin zu unseren Werten der Toleranz, der Solidarität, der Freundschaft und der Menschlichkeit stehen.

Das wird zwar mit jedem Bombenanschlag und jedem Opfer schwieriger, aber wenn wir es aufgäben, meine Damen und Herren, zu diesen Werten zu stehen, dann hätten die Terroristen gewonnen. Und genau deshalb bitte ich Sie darum, dass das Europäische Parlament seinen Beitrag leistet, diesen Kampf für Toleranz und Respekt und gegen diesen menschenverachtenden Terror auch weiter fortzusetzen.

Wir sollten auch nicht unerwähnt lassen, dass zum Beispiel im nigerianischen Uyo durch ein eingestürztes Kirchendach 160 Menschen während eines Gottesdienstes gestorben sind.

Das sind alles Nachrichten, die uns zutiefst erschüttern, und im Namen aller Mitglieder dieses Hauses möchte ich den Opfern und ihren Angehörigen unser tiefstes Mitgefühl zum Ausdruck bringen.

Meine Damen und Herren! Ich will Sie außerdem darüber informieren, dass ich heute zwei Briefe – einen an den ägyptischen Präsidenten und einen an den Miniterpräsidenten von Äthiopien – geschickt habe.

Sie werden sich erinnern, dass wir vor einem Jahr den Fall des irischen Staatsbürgers Ibrahim Halawa, eines 17jährigen jungen Mannes, hier diskutiert haben, der in Kairo an einer Demonstration teilgenommen hat, anschließend verhaftet wurde, als Minderjähriger angeklagt wird und jetzt 21 Jahre alt ist. Jetzt beginnt der Prozess, und dem jungen Mann droht die Todesstrafe, weil er an einer Demonstration teilgenommen hat.

Ich fordere die ägyptische Regierung auf, der menschlichen Verpflichtung nachzukommen und diesen jungen Mann so zu behandeln, wie er zum Zeitpunkt seiner Verhaftung zu behandeln war, als Minderjähriger.

In der vergangenen Woche hat ein Oppositionspolitiker aus Äthiopien, Herr Dr. Merera Gudina, eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses getroffen und über die schwerwiegende und dramatische Lage in Äthiopien berichtet. Er ist nach seiner Rückkehr verhaftet worden und wird an einem unbekannten Ort festgehalten. Ich habe die Regierung von Äthiopien aufgefordert, Herrn Dr. Gudina unmittelbar freizulassen.

3. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

5. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

6. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll

7. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

9. Arbeitsplan

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 8. Dezember 2016, gemäß Artikel 149 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden. Zu diesem Entwurf wurden folgende Änderungen beantragt:

Montag: keine Änderungsanträge.

Dienstag: Die Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken beantragt, eine Aussprache zu dem Bericht von Herrn Corbett über die „Allgemeine Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments" am Vormittag als zweiten Punkt nach der Erklärung der Kommission über das Paket „Saubere Energie für alle" auf die Tagesordnung zu setzen.

Helmut Scholz, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, we want to raise this question to have a full debate on the AFCO Corbett report on the General Revision of the Rules of Procedure. We think that it is a very important document for the further work of our Parliament, as it is about how we work together and the rights and duties of all of us here in the House. Therefore, we would like to have this debate as a full plenary debate and we request, on behalf of our Group, to have it as a roll call vote.

Philippe Lamberts (Verts/ALE). – Monsieur le Président, chers collègues, nous soutenons la proposition de notre collègue Scholz.

En effet, ce Parlement a une manie assez courante d'insister sur la transparence des autres institutions de l'Union européenne. Cela ne nous arrive pas tous les jours de revoir, fondamentalement, les règles de procédure de ce Parlement. Je pense qu'il n'est que normal que nous débattions au moins une fois en plénière de la manière dont ce Parlement, qui est le Parlement des citoyens européens, fonctionne. Je pense qu'il est tout à fait indiqué que nous ayons ce débat publiquement.

Der Präsident. –*(Das Parlament nimmt den Antrag an.)*

Die ENF-Fraktion beantragt, eine Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin für Außen-undSicherheitspolitik zur Lage in Aleppo als ersten Punkt am Nachmittag auf die Tagesordnung zu setzen.

Edouard Ferrand, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, je propose un débat sur Alep mercredi, premier débat de l'après-midi. Il y a une situation humanitaire dramatique à Alep, et je pense qu'il faut rétablir la vérité. Aujourd'hui, les rebelles d'al Nosra empêchent la Syrie d'établir des corridors humanitaires, et il est donc important, aujourd'hui, de faire en sorte que la situation soit bien comprise à Alep.

Il faut mener un débat de fond sur ce sujet. Je propose que nous puissions justement en discuter, parce que Alep, c'est le début de la libération de la Syrie, c'est un point très important, et je pense que le Parlement doit justement pouvoir s'exprimer sur ce sujet.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, je voulais souligner ce grand jour de libération pour la Syrie. Qu'on dise une fois pour toute la vérité sur Alep-Est, sur la manipulation, la propagande contre l'état de droit, la démocratie, la morale, mais surtout, contre la vérité. Il est donc très important que ce débat ait lieu.

Der Präsident. – Da niemand gegen den Antrag sprechen will, lasse ich jetzt über den Antrag der ENF-Fraktion abstimmen.

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

Die EFDD-Fraktion beantragt, die Erklärung der Kommission zur Lage der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in Polen von der Tagesordnung abzusetzen.

James Carver, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, my understanding is that there is an ongoing constructive dialogue between the Polish Government and the European Commission.

In relation to the Constitutional Tribunal, there is no new information. Hence no steps have been taken against the Polish Government by the Commission. It sounds to me that the political rumour mill has gone into overdrive here. Let us just clarify four points: there has been no law change in relation to either women's rights or abortion in Poland; the right to public demonstration remains as it was; there has been no law change in relation to Natura 2000; and Poland remains a member of the Istanbul Convention.

This issue plainly boils down to matters of national sovereignty and I therefore request that this matter is dealt with accordingly.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Chcę tylko poinformować Izbę, że w Polsce duża część naszej opinii publicznej z ogromnym bólem przyjmuje pomysł, żeby w dniu 13 grudnia i w dniach, kiedy my przede wszystkim pamiętamy czasy, kiedy wielu z nas – ja w tej chwili nie mówię w przenośni, ja mówię dosłownie o wielu z naszych posłów – kiedy wielu z nas zamykano, kiedy wielu z nas ukrywało się 35 lat temu, żeby w tym dniu w sposób przedmiotowy rozmawiać o Polsce. Ten wniosek uważam za… nie, zresztą kolega powiedział, dlaczego ten wniosek jest niezasadny politycznie. Ale na dodatek on jest jeszcze wyjątkowo niestosowny w stosunku do polskiej opinii publicznej. Dlatego apeluję o skreślenie tego punktu z porządku obrad.

Janusz Lewandowski (PPE). – Mr President, in reaction to the proposal regarding the developments in Poland, I have an oral compromise. There are new, serious reasons to debate the situation in Poland, but the timing is not good. This week we are coming up to the anniversary of the imposition of martial law on Polish society; it is a time to commemorate the victims and a time for reflection. Therefore, my proposal is to postpone the debate, not to Wednesday of this week, but rather to have First Vice-President Timmermans appear with his arguments in the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE), and to hold the debate later on the basis of this fact-finding mission.

Terry Reintke (Verts/ALE). – Mr President, I must unfortunately correct the colleagues that have spoken before because there have been new developments in this very matter. After the rule of law communication that was sent by the Commission on 27 July the Polish Government handed in a response to this communication at the end of October. The Parliament has always played a very important role in this process and I do not see why we should stop now. I think that we should still be a part of this debate, have the Commission come here, give an assessment of the situation. They have not yet reacted to the letter from the Polish Government, or taken our views as parliamentarians into this whole process. I think it is our right and also our duty to be part of this process and this is why we should have the debate on the situation of rule of law and democracy in Poland this week here in Strasbourg.

Bogusław Liberadzki (S&D). – Panie Przewodniczący! W imieniu polskiej delegacji popieram stanowisko o niepodejmowaniu tej debaty w dniu 13 grudnia, czyli jutro, ponieważ 13 grudnia mija 35 lat od wprowadzenia stanu wojennego w Polsce. Nasza debata w tym dniu spowodowałaby dyskusje o tej dacie, odwracając uwagę od istoty państwa i demokracji.

Niech ten dzień będzie czasem spokojnej refleksji, do czego mogą doprowadzić za daleko napięte konflikty, brak ustępstw. Niech to będzie także okazja do tego, żeśmy ominęli – nie podejmując debaty – kolejne napięcia. Są powody do tego, żeby zawsze debatować na temat stanu państwa prawa, na temat demokracji, bo to jest istota naszej Unii. Znam stanowisko Konferencji Przewodniczących; wiem, że Konferencja Przewodniczących chce tę debatę zaproponować na wtorek.

Zatem formalnie wnoszę, po pierwsze, o niewprowadzenie tej debaty jutro, w dniu 13 grudnia. Po drugie, jeżeli to jest możliwe, przesunięcie na kolejną sesję, jeżeli nie – to jako rozwiązanie dające satysfakcję Konferencji Przewodniczących – proponuję pojutrze, w środę 14 grudnia.

Der Präsident. – Wir gehen jetzt der Reihenfolge nach vor.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte schon vor Beginn dieser Plenarsitzung beantragt, dass die gerade von Herrn Liberadzki vorgetragene Vorgehensweise, nämlich nicht morgen, sondern am Mittwoch zu beraten, hier auf die Tagesordnung gestetzt werden sollte.

Ich habe jetzt drei verschiedene Anträge zu diesem Vorgang. Ich lasse dazu keine weiteren Wortmeldungen zur Geschäftsordnung mehr zu, sondern wir bringen jetzt erst einmal Ordnung in dieses Durcheinander.

Der Antrag von Herrn Liberadzki sieht vor, dass wir das um einen Tag verschieben.

Der Antrag von Herrn Carver lautet, es ganz von der Tagesordnung zu nehmen.

Der Antrag von Herrn Lewandowski lautet, es jetzt von der Tagesordnung zu nehmen, Verweisung in den Ausschuss und zurück auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung.

Herr Lewandowski, ich habe zwar eben gesagt, dass Ihr Antrag der weitestgehende ist, am weitesten geht jedoch der Antrag Carver, es ganz von der Tagesordnung zu nehmen. Das ist eindeutig. Deshalb lasse ich über diesen Antrag jetzt zuerst abstimmen. Das war der Antrag, bei dem Herr Jurek dafür und Frau Reintke dagegen gesprochen hat.

Ich wiederhole den Antrag noch einmal, damit jeder weiß, worüber wir abstimmen: Die Lage der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in Polen vollständig von der Tagesordnung herunterzunehmen.

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

Der nächste Antrag war der Antrag des Kollegen Liberadzki, es um einen Tag zu verschieben. Der war vor der Sitzung eingereicht worden. Jetzt hat in der Sitzung der Kollege Lewandowski beantragt, die Angelegenheit in den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten zu verweisen, und dann ins Plenum zurückzukommen. Der Antrag des Kollegen Lewandowski ist eindeutig weitergehend. Deshalb rufe ich jetzt als erstes den Antrag Lewandowski auf. Der Antrag Lewandowski lautet: LIBE-Ausschuss, Timmermans dort, und dann zurück ins Plenum.

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

Jetzt kommen wir zum Antrag Liberadzki. Der Antrag Liberadzki ist: Verschiebung um einen Tag.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Mittwoch:

Die Fraktion der Vereinigten Linken beantragt, eine Erklärung der Kommission zu den Empfehlungen der Europäischen Kommission zur Umsetzung der Erklärung EU-Türkei und der Wiederaufnahme der Dublin-Überstellungen als zweiten Punkt am Nachmittag nach den Erklärungen von Kommission und Rat zur Arbeitsmarktreform in Griechenland auf die Tagesordnung zu setzen.

Barbara Spinelli, *a nome del gruppo GUE/NGL.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, chiediamo per mercoledì una dichiarazione della Commissione e un roll-call vote su due stupefacenti raccomandazioni: il ripristino dei trasferimenti Dublino e l'implementazione dell'accordo UE-Erdogan. Anche i profughi più vulnerabili vanno deportati in Turchia e Atene è pregata di riscrivere le leggi che lo vietano.

Sono raccomandazioni disattente al diritto, i ritrasferimenti in Grecia sono vietati fin dal 2011 dalla Corte europea dei diritti dell'uomo, poi dalla Corte di giustizia e da Corti nazionali. Mi domando quale sia il metodo in tanta follia.

Una Commissione incapace di ricollocare i profughi, indifferente alla miseria economica in Grecia, si finge una potenza che non ha, sradicando i diritti dell'uomo. Dice che i rifugiati in Grecia stanno oggi meglio: non c'è una sola testimonianza che confermi questa realtà totalmente inventata.

Ska Keller (Verts/ALE). – Mr President, we support this demand because we are actually dealing with recommendations that are, first of all, outrageous: to send refugees back to Greece via the Dublin procedure, which really should not happen looking at the situation and at the fact that we had delegations from the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) and other people going there to see the situation in the camps.

Secondly, also because it is indeed a recommendation. So it is not like we can say okay, we can have a look at the legislative process and debate it later; this is actually our only chance to really bring it to the table and debate it. That is why I would ask you to support this.

Der Präsident. – Da niemand gegen den Antrag von Frau Spinelli im Namen der GUE-Fraktion sprechen möchte, lasse ich jetzt darüber abstimmen.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Die EFDD-Fraktion beantragt eine Erklärung von Frau Mogherini zu dem Anschlag auf die koptische Kathedrale in Kairo.

James Carver, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, yesterday as you so rightly said, the Coptic Christian minority in Cairo were victims of a wicked attack on their Cathedral, their main place of worship. My colleague from the German delegation proposes that this House condemn the persecution of Christians and I am most happy to present this request on behalf of the EFDD Group. The European Union makes a habit of claiming to be defenders of human rights and that is why we have a duty also to defend Christian minorities and their right to worship and express their freedom of belief in areas where they are a minority. We have a moral obligation to speak up for all persecuted minorities and to condemn violence by adopting a resolution accordingly, and I urge colleagues to support me.

Philippe Lamberts (Verts/ALE). – Monsieur le Président, chers collègues, nous savons que nous vivons ici, comme d'autres ailleurs, dans des sociétés multiculturelles, mais aussi multiconfessionnelles. Nous savons qu'il est, dans nos sociétés comme ailleurs, des personnes qui essayent de monter les communautés, en particulier les communautés religieuses, les unes contre les autres et nous avons vu, d'ailleurs pas très loin d'ici, dans les années 1990, ce que cette notion de nettoyage ethnique pouvait produire comme horreur. Je pense donc qu'il est indiqué que nous ayons ce débat.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, francamente pensavo che questo tema si fosse esaurito con la Sua dichiarazione iniziale, tant'è che, per quanto mi riguarda, potremmo prendere le parole che Lei ha detto all'inizio, trascriverle e farle diventare un comunicato dell'intero Parlamento europeo, che condanna tutti gli attentati, ivi compreso quello alla cattedrale copta cristiana in Egitto.

Tuttavia, se rimane questa richiesta, allora la mia proposta è semplicemente quella di chiedere a tutti i gruppi di portare questa richiesta nell'ambito delle urgenze, togliere una delle tre urgenze che abbiamo già deciso – tra l'altro una delle proposte fatte dai socialisti e democratici riguarda le fosse comuni in Iraq – inserirla nel quadro di quelle urgenze in modo che si possa tranquillamente discutere giovedì mattina e poi votare.

Der Präsident. – Wir kommen zur Abstimmung.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Donnerstag: keine Änderungen.

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, έχουμε κάποιες πληροφορίες, που υποθέτω ότι έχουν έρθει και σε άλλους συναδέλφους, ότι ο πρόεδρος του Κόμματος της Δημοκρατίας των Λαών, στην Τουρκία, ο κύριος Selahattin Demirtaş, έχει προβλήματα υγείας, πιο συγκεκριμένα, προβλήματα καρδιακής διαταραχής. Θεωρούμε σωστό το Κοινοβούλιο ή εσείς να ζητήσετε από την τουρκική κυβέρνηση να τον επισκεφθούν ιατροί, διότι μέχρι στιγμής το απαγορεύει. Αυτό σε καμιά περίπτωση δεν υποβαθμίζει την καταγγελία που κάνατε και εσείς για τις βομβιστικές επιθέσεις στην Κωνσταντινούπολη. Δεν συνδέονται, εν πάση περιπτώσει, αυτά τα δύο ζητήματα, αλλά θα ήταν αναγκαία μια παρέμβασή σας για να του επιτραπεί η ιατρική βοήθεια.

Der Präsident. – Herr Hadjigeorgiou! Ich gehe dieser Information selbstverständlich nach. Und wenn es stimmt, dass Herr Demirtaş medizinische Probleme hat, werde ich selbstverständlich darauf drängen, dass er unmittelbar und sofort medizinal betreut und versorgt wird.

10. Normalisierung der Konten der Eisenbahnunternehmen - Inländische Schienenpersonenverkehrsdienste - Einheitlicher europäischer Eisenbahnraum (Aussprache)

Der Präsident. – Als erster Punkt der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über

— die Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1192/69 des Rates über gemeinsame Regeln für die Normalisierung der Konten der Eisenbahnunternehmen von Merja Kyllönen im Namen des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr über die Normalisierung der Konten der Eisenbahnunternehmen (11197/1/2016 - C8-0424/2016 - 2013/0013(COD)) (A8-0368/2016),

— die Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 hinsichtlich der Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste von Wim van de Camp im Namen des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr über die inländischen Schienenpersonenverkehrsdienste (11198/1/2016 - C8-0425/2016 - 2013/0028(COD)) (A8-0373/2016) und

— die Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2012/34/EU bezüglich der Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste und der Verwaltung der Eisenbahninfrastruktur von Davia-Maria Sassoli im Namen des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr über einen einheitlichen europäischen Eisenbahnraum (11199/1/2016 - C8-0426/2016 - 2013/0029(COD)) (A8-0371/2016).

Merja Kyllönen, *esittelijä*. – Arvoisa puhemies, rakkaat kollegat, komissio on ehdottanut kumottavaksi rautatieyritysten kirjanpidon säännönmukaistamiseksi annetun asetuksen, jonka nojalla jäsenvaltiot saavat korvata rautatieyrityksille sellaisten velvoitteiden aiheuttamat maksut, joita muiden liikennemuotojen yrityksillä ei ole. Nämä velvoitteet saattavat koskea esimerkiksi työtapaturmiin liittyviä erityismaksuja, tietyistä raskaista töistä aiemmin eläkkeelle jäävien rautatieläisten eläkkeitä tai tasoristeyksien kustannuksiin liittyviä maksuja. Kyseisistä velvoitteista aiheutuvat korvaukset on jaettu viiteentoista eri luokkaan, joiden erityinen soveltamisala ja laskentaperiaatteet määritellään asetuksen liitteissä.

Asetus on laadittu aikana, jolloin rautatieyritykset vastasivat sekä rautatieliikenteen harjoittamisesta että rautatieinfran hallinnasta. Siihen aikaan asetuksen tavoitteena oli asettaa rautatieyritykset samalle viivalle muiden liikennemuotojen parissa toimivien yritysten kanssa, kun otettiin huomioon sosiaaliset kustannukset ja ulkoisten kustannusten sisällyttäminen hintoihin. Komission mukaan vuoden 2007 jälkeen tätä asetusta on käyttänyt kompensaatioiden maksamiseen säännöllisesti neljä jäsenvaltiota: Belgia, Saksa, Italia ja Puola. Viidentoista asetuksessa mainitun luokan joukosta maksuja on tosiasiallisesti suoritettu vain kolmessa. Parlamentin ensimmäisen käsittelyn kanta hyväksyttiin 26. helmikuuta 2014. Tuolloin parlamentti kannatti asetuksen kumoamista mutta edellytti, että kumoamisen voimaantuloa lykätään kahdella vuodella. Parlamentin hyväksyttyä ensimmäisen käsittelyn kantansa asiaa koskevia toimielinten neuvotteluja jatkettiin lokakuusta 2015 huhtikuuhun 2016 neuvoston puheenjohtajien Luxemburgin ja Alankomaiden kanssa.

Toisen käsittelyn alkuvaiheen neuvotteluissa ja sidosryhmien kuulemisissa huomasimme, että tasoristeyskustannuksista maksettaviin korvauksiin – luokka neljä – tarvitaan edelleen siirtymäaikaa, koska eräät jäsenvaltiot käyttävät edelleen asetusta perusteena tasoristeyksiä koskeville korvauksille. Jäsenvaltiot voivat jatkossa jatkaa risteyslaitekustannusten korvaamista direktiivin 2012/34 8 artiklan pohjalta, mutta ne saattavat kuitenkin tarvita edelleen aikaa kansallisen lainsäädäntönsä ja hallinnollisten määräystensä muuttamiseksi. Siksi esittelijänä kantani on, että asetuksen kumoamisessa noudatetaan komission ehdotusta lukuun ottamatta säännöksiä, jotka koskevat liitteessä neljä olevaa luokkaa neljä koskevan kirjanpidon säännönmukaistamista. Luokan neljä osalta näitä säännöksiä sovelletaan edelleen 31. päivään joulukuuta 2017 saakka. Tämä antaa jäsenvaltioille mahdollisuuden mukauttaa lainsäädäntöään, joka koskee tiettyjen tasoristeyskustannusten korvaamista. Haluan kuitenkin tässä yhteydessä korostaa, että kaikkien jäsenvaltioiden olisi noudatettava aiempia säädöksiä ja edistyttävä viivytyksittä direktiivin 2012/34 saattamisessa osaksi kansallista lainsäädäntöä.

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO

Vicepresidente

Wim van de Camp, *Rapporteur.* – Voorzitter, wij bespreken hier vandaag een pakket van drie voorstellen die nauw met elkaar samenhangen. Het is mij een eer om de schaduwrapporteurs van het middenstuk, dat ik mag behandelen, vandaag te bedanken voor hun coöperatieve arbeid. Maar ook wil ik wijzen op de samenwerking met mijn collega's Kyllönen en Sassoli om dit pakket tot een goed einde te brengen. Het was geen eenvoudig pakket.

Wij praten vandaag over een verdere marktopening op het gebied van het Europese spoor. Het is een verlengstuk van het eerste, het tweede en het derde spoorwegpakket en het is een volgende stap, want er zal ook met dit spoorwegpakket geen volledige marktopening komen. Inmiddels denkt de Europese bevolking ook enigszins anders over deze marktopening dan op het ogenblik dat deze voorstellen werden geschreven en dat is toch wel iets waar wij goed naar moeten kijken. Er is een spanning tussen enerzijds de marktopening en anderzijds de publieke dienstverlening. Vele mensen denken dat de publieke dienstverlening zal toenemen door de marktopening. Die garantie hebben we echter zeker niet, temeer daar er veel uitzonderingen op de marktopening zijn. De lidstaten of in ieder geval de bevoegde autoriteiten kunnen kiezen uit een reeks van uitzonderingen om de publieke aanbesteding te omzeilen, respectievelijk te vermijden. We hebben dit allemaal in technisch overleg uitgebreid bediscussieerd en ik ben tevreden dat de nationale toezichthouders in dit vierde spoorwegpakket een grotere rol krijgen. Dat geldt met name voor die uitzondering op de directe gunning, maar ook als het gaat over de beschikbaarheid van rollend materieel voor de nieuwe ondernemer die tot de markt toetreedt.

Het sociale hoofdstuk was een moeilijk hoofdstuk. We hebben daar lang over onderhandeld en met name met mijn collega Liberadzki van de sociaal-democraten hebben we intensief gesproken. Ik ga er van uit dat wij nu een evenwicht hebben gevonden tussen de dynamiek van de marktopening en de bescherming van de werknemers. Wat mij wel is opgevallen in dit dossier is dat richtlijn 2001/23, die gaat over de bescherming van de werknemers, door de lidstaten maar heel matig wordt toegepast en dat is voor de sociale bescherming van de werknemers toch wel een essentieel punt. Marktopening is ok, maar zeker niet tegen elke prijs.

Afrondend wil ik nog het voorzitterschap van de Luxemburgers en van mijn eigen land, de Nederlanders, complimenteren omdat zij dit moeilijke dossier na drie jaar hebben vlot getrokken. Dat was niet eenvoudig. Ik heb u geschetst wat wij hebben gedaan: verdere marktopening, met name ook om staatsmonopolies te doorbreken, bescherming van de werknemers, maar niet de zaak dood marketeren in de zin van absolute liberalisering. Dat was mijn inbreng.

David-Maria Sassoli, *relatore.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, volevo ringraziare subito il Consiglio e il Commissario Bulc, in particolare per la fattiva collaborazione, e anche gli *shadow* di tutti i gruppi politici che hanno dato il loro contributo in lunghi mesi di trattativa, perché, dopo tre anni e due mesi di lavoro, è arrivata a compimento questa trattativa sul quarto pacchetto ferroviario, probabilmente la più importante riforma ferroviaria dell'Unione europea.

C'è stata una stretta collaborazione tra il Parlamento, la Commissione e la Presidenza, in particolare la Presidenza olandese e la Presidenza lussemburghese, che ha aperto il trilogo, e tutti hanno permesso di portare a termine un percorso complesso, ma che è andato nella direzione auspicata dal Parlamento.

Sappiamo benissimo che i sistemi ferroviari sono molto complessi e lo dimostra, lo sapete, il numero dei dipendenti delle compagnie europee: in Italia sono circa 70 000, in Francia si stimano circa 150 000 dipendenti, in Germania 170 000, in Belgio sono circa 30 000. Stiamo parlando quindi di grandi aziende nazionali che, naturalmente, offrono la possibilità di un *know-how* europeo di particolare stima. Considerando i numeri, è evidente che la riforma, così come è stata concepita, avrebbe suscitato anche un grande dibattito, ma questo è naturale, soprattutto in quei paesi che preferivano consolidare la propria posizione, evitando l'apertura del mercato e le conseguenze della concorrenza.

Come dicevo, la portata della riforma è davvero storica, visto che tocca tutti gli aspetti che restavano scoperti per arrivare a una vera liberalizzazione del mercato. Uno dei punti più controversi in Parlamento è stato quello sulla separazione tra il gestore dell'infrastruttura e impresa ferroviaria. Alla fine, dopo molteplici interventi sul testo, Parlamento e Consiglio hanno condiviso la posizione che non debba esserci completa separazione e che i modelli esistenti possono continuare a coesistere, ma che è importante mettere in atto misure di salvaguardia al fine di garantire che i gestori dell'infrastruttura siano imparziali e che possano operare in maniera indipendente.

Ricordo anche, per chiarire la filosofia della riforma su un punto su cui si stanno facendo anche delle incomprensibili polemiche, che la rete resta pubblica; rete e manutenzione restano pubbliche e non solo per i costi impossibili da sostenere per qualsiasi privato, ma come riconoscimento di un bene pubblico che ci impegniamo a tutelare. È il servizio invece ad andare a gara.

E legato alla struttura dell'impresa ferroviaria c'è un tema delicato come la trasparenza finanziaria, questione ineludibile per il Parlamento europeo. Abbiamo sempre ragionato a livello europeo su tutto il testo e abbiamo stabilito che la distribuzione dei dividendi realizzati con soldi pubblici non vadano alle *holding* per evitare un uso privato di finanziamenti pubblici, ma vadano direttamente allo Stato. La ricaduta sociale della liberalizzazione, come capirete, è notevole; sulle questioni sociali, dopo un attento dibattito, sono state accettate le proposte sulla certificazione del personale di bordo e il rispetto dei requisiti in materia di onorabilità per il mantenimento della licenza ferroviaria.

Voglio sottolineare, e mi scuso se prendo qualche secondo in più, che il testo del Parlamento europeo ha per la prima volta proposto una formulazione volta a tutelare i lavoratori del settore ferroviario. Naturalmente ringrazio il Parlamento per il sostegno che darà al pacchetto ferroviario e voglio ringraziare tutti coloro che in tanti mesi hanno collaborato a questa riforma.

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, today's debate marks the culmination of the really hard work and engagement of our three institutions over the course of the last five years to modernise and revitalise the rail sector. This is essential to meet our objective of smart and low-carbon transport mobility in Europe and to make rail competitive again. I would like to thank the Parliament for the support and contribution it has given on this important and highly complex legislative file. Special thanks go to the three rapporteurs, Ms Kyllönen, the Vice-President Sassoli and Mr van de Camp. Without your determination we would not be here today. Deep thanks go also to all the shadow rapporteurs and the Council presidencies of the last few years.

The fourth Railway Package will complete the internal market for rail services with the opening of domestic passenger service markets. Already by 2020, all European railway undertakings will have the possibility to offer open access services throughout Europe. The principle of the competitive tendering of public service contracts in rail will also become applicable in 2023. With the new governance rules, we will provide fair rules of the game for all rail operators. Market opening is not an end but a means to boost the attractiveness of the rail sector. On the one hand, established railway companies will shape up and become more consumer-oriented in order to withstand competition from new entrants. On the other hand, a better offer of services will help the rail sector become more competitive vis-à-vis other modes of transport.

The fourth Railway Package will encourage railway companies to embrace innovation. It will not only stimulate a better use of new technologies and digitalisation, but also develop innovative business models. As a consequence, existing and new railway companies can become more successful European, as well as global, players.

The fourth Railway Package also means new opportunities for investment and growth of the railway sector. This will be good for EU citizens who will reap the benefits of more efficient passenger-friendly and cost-effective railways. They will have access to more and better mobility options, such as new types of multi-modality services and customer segment-specific services. More efficient railway companies can be expected to lead to lower fares for travellers, in particular on commercial lines.

The Commission is aware that some of you are concerned about the possible impact of market opening on jobs and working conditions in the rail sector. Experience gained in Member States which decided to open their markets before the legal EU deadline shows that working conditions have not deteriorated. On the contrary, the wages of skilled workers, such as train drivers or traffic controllers, have increased. The fourth Railway Package will actually be good for jobs. By providing favourable conditions for the rail sector's growth, we will secure more high-quality employment and new jobs.

Because of the expected traffic growth and the current demographic trends, there is a risk of a shortage of staff in the rail sector. In this context, railway undertakings, as well as infrastructure managers and operators of rail-related services, will actually have to propose attractive working conditions to be able to recruit the necessary staff. I look forward to the forthcoming debate and thank you for your attention.

Markus Ferber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich hoffe, dass ich meine Redezeit stimmlich durchstehe.

Zunächst einmal verabschieden wir diese Woche das vierte Eisenbahnpaket. Das heißt, es gab schon drei, und es gab ja, was das erste Eisenbahnpaket betraf, auch einen *recast,* also eine Überarbeitung. Das heißt, wir haben den fünften Anlauf, um endlich das hinzubekommen, was dringend notwendig ist, nämlich, dass die knappe Ressource Schieneninfrastruktur optimal grenzüberschreitend genutzt werden kann.

Ich wünsche mir, dass wir das jetzt mit dem vierten Paket hinbekommen. Ich möchte schon in Erinnerung rufen – und der Kollege van de Camp hat es ja auch schon angesprochen –, dass wir mit der technischen Säule auch die technischen Voraussetzungen geschaffen haben, dass rollendes Material auch grenzüberschreitend anerkannt wird. Jetzt geht es also darum, den organisatorischen Rahmen zu setzen. Ich kann nur alle ermuntern, die Einigung, die wir mit dem Rat erzielt haben, auch am Mittwoch in der Abstimmung zu bestätigen.

Es wäre eine wichtige Botschaft zum Ende dieses Jahres, dass es uns nach langen Verhandlungen, und Frau Kommissarin hat ja darauf aufmerksam gemacht – nach fünf Jahren – endlich gelingt, eine weitere kleine schrittweise Marktöffnung in diesem Bereich zu erzielen. Wir müssen uns über eines im Klaren sein: Wenn wir auf der einen Seite Geld für Infrastruktur über die *Connecting Europe Facility* und über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen ausgeben und einen besonderen Schwerpunkt als Europäisches Parlament im Schienenbereich legen, dann müssen wir auch die Eisenbahnunternehmen in die Lage versetzen, diese Infrastruktur optimal im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu nutzen.

Bogusław Liberadzki, *w imieniu grupy S&D*. – Panie Przewodniczący! Oczywiście czwarty pakiet kolejowy stanowi jak dotychczas pewną syntezę programu przemian w transporcie kolejowym i próbę zbudowania jednolitej europejskiej przestrzeni kolejowej. I co do założeń w tym zakresie nie mamy już chyba wszyscy żadnych wątpliwości – wszak chcemy zwiększyć znaczenie kolei na rynku transportowym i w przewozie osób, i w przewozie ładunków. Kolej jest praktycznie w tej chwili jedyną gałęzią transportu, która wykazuje tak mały poziom spójności wewnętrznej w Unii Europejskiej.

Ten pakiet składa się z dwóch części: technicznej i politycznej. Część techniczna zdecydowanie przynosi ułatwienia, uproszczenia, sprawia, że kolejnictwo staje się powoli podobne do lotnictwa, do przemysłu produkcji samochodów, a jednocześnie część ta uznaje normy, standardy. Drugi aspekt to część polityczna, o której wspominał pan przewodniczący Sassoli, zawierająca element, który nazywa się usługi użyteczności publicznej – *public service obligations*.

I do tej części moja grupa ma pewne zastrzeżenia. Czego te zastrzeżenia dotyczą? Otóż dotyczą one tak zwanej swobody transferu załóg między jednym operatorem, któremu kończy się koncesja, a nowym operatorem. Nalegamy na to, żeby zapewnić obowiązek przejęcia załogi. Dlaczego? Chodzi o jakość usług, bezpieczeństwo. Nie każde najtańsze rozwiązanie jest najlepsze. I tego się będziemy domagać.

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – In naam van de ECR wil ik zeggen dat onze fractie het vierde spoorwegpakket steunt. Het is een werk van lange adem geweest. We zijn blij dat het pakket eindelijk rond is, gezien de voordelen die het inhoudt voor de reiziger.

Voor mijn eigen land wil ik in het bijzonder wijzen op de kansen die dit biedt voor het verbeteren van de stiptheid van de dienstverlening. De voorstellen voeren meetbare, transparante en toetsbare performantievereisten in bij toekomstige toekenning van de dienstverlening aan de NMBS, de huidige uitbater van de treindienst. Het behalen van stiptheidsnormen zal dus belangrijker worden. Hopelijk zal dit de NMBS ertoe aanzetten om zich verder om te vormen tot een slagvaardige en klantvriendelijke onderneming.

Een rondvraag bij de lidstaten heeft me geleerd dat de manier waarop stiptheid wordt gemeten in de EU nogal veel verschilt. In het belang van de reiziger lijkt het me goed dat de performantievereisten ook gemakkelijker vergelijkbaar worden binnen de EU.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente. Señora Comisaria, nuestra Unión necesita aprovechar al máximo las potencialidades del ferrocarril si de verdad quiere acabar con la congestión, descarbonizar el sector del transporte y añadir competitividad a la economía europea reduciendo los costes logísticos de las empresas y mejorando la movilidad de mercancías y viajeros. La aprobación en este Pleno de la parte política del cuarto paquete ferroviario no ha llegado hasta donde debía por culpa de los monopolios históricos. Por ello, votaremos contra el informe Sassoli, apoyando las enmiendas contra el acuerdo del Consejo. El proceso va lento. Los Estados ralentizan. Y ello pese al enorme esfuerzo, que saludo, felicito y reconozco, que ha realizado en estos años la Comisaria Bulc para intentar que este paquete se aprobase de una vez y acabase con más determinación con las barreras de todo tipo que encuentra el emprendimiento en este sector.

El informe en el que me ha tocado trabajar en este paquete, el relativo a las normas comunes para la normalización de las cuentas de las empresas ferroviarias, es un símbolo de cómo ha funcionado este modo de transporte en la Unión y lo anclados que seguimos en estas lógicas. La derogación de las compensaciones por la construcción de pasos a nivel se retrasa dos años. Una nueva muestra de la timidez con que se acometen reformas que deberíamos emprender con mucha más decisión y la certificación sobre a quiénes miramos de reojo cuando legislamos en este campo. Lo peor es que nos jugamos algo tan importante como perder el tren. Y eso, en este caso, es mucho más que una expresión retórica. Es decir, que por llegar tarde, por no decidir a tiempo, podemos dejar pasar una gran oportunidad para mejorar nuestra calidad de vida y potenciar una cantera de empleos de calidad.

Curzio Maltese, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono vent'anni che in Europa si liberalizzano i servizi con le promesse di creare più posti di lavoro, migliorare la qualità dei servizi stessi e risanare i debiti pubblici. Purtroppo i dati dicono che è accaduto esattamente il contrario: le liberalizzazioni hanno prodotto milioni di disoccupati, soprattutto giovani, peggiorato i conti pubblici, dal momento che i profitti sono privatizzati alle perdite socializzate, e infine la qualità si è abbassata ovunque, perché il tipo di concorrenza che è stato incoraggiato è soprattutto il *dumping* sociale.

Con il quarto pacchetto ferroviario si prosegue su questa strada, che è sbagliata e per questo noi voteremo contro. È vero, come dice l'onorevole van de Camp, che c'è stata una bella discussione nelle commissioni, ma alla fine si sono accettati dei compromessi al ribasso e le clausole sociali sono sparite ovunque, per esempio quella sul trasferimento dei lavoratori, il mantenimento dei livelli occupazionali.

Noi voteremo contro questo quarto pacchetto ferroviario che sotto la retorica della modernizzazione, la liberalizzazione, in realtà nasconde un salto indietro di decenni in materia di diritti dei lavoratori, di qualità dei servizi, di sicurezza dei cittadini, che è un dato molto importante, e anche di tutela dei disabili. Per questo diciamo no.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – You mentioned the need to create jobs, which is very important. Concerning the Regulation on domestic passenger transport services by rail, do you not think that there is a need to strengthen the social protection in the new regulation, and that we must keep fighting for transport workers' rights and job protection?

Curzio Maltese (GUE/NGL), *risposta a una domanda «cartellino blu»*. – È esattamente quello che intendiamo fare, anche in contatto con i sindacati della categoria.

Si sono cancellati dei diritti acquisiti e il Parlamento in prima lettura, questo Parlamento, aveva tutelato maggiormente i diritti dei lavoratori. Tutto questo si è perso alla ricerca di un compromesso purché sia, ed è un compromesso, a nostro parere, sbagliato.

Karima Delli, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Commissaire, chers collègues, nous avions une occasion historique d'améliorer le transport ferroviaire et nous l'avons manquée. Ce quatrième paquet ferroviaire, c'est la fin d'un long processus entamé il y a 25 ans par la Commission européenne. On aurait aimé avoir un vrai rail européen, un rail compétitif par rapport aux routiers et aux autres transports polluants car, je le rappelle, le transport ferroviaire est le mode de transport le plus écologique, le moins émetteur de CO_2 et de particules fines. On n'a pas fait d'autre choix que de faire progresser la part du train en Europe, et si on veut atteindre des objectifs de réduction de gaz à effet de serre, eh bien on ne s'est pas donné assez de moyens, alors qu'on a les accords de Paris. Ce volet, que nous allons

voter mercredi, sur le transport passagers est le plus important, parce qu'il va être vécu directement par les citoyens européens, dans leur expérience en tant que passagers, et par les travailleurs du secteur ferroviaire, qui font un saut dans l'inconnu. Sur ce dossier, on va être jugé sur pièces, et c'est faux de dire qu'on va pouvoir réviser ce paquet législatif s'il tourne mal. C'est faux! On est engagé pour au moins vingt ans, le temps que toutes les étapes de l'ouverture à la concurrence prévues par ce paquet se déploient. Tout cela, les salariés européens du rail l'ont bien compris. Ils attirent notre attention parce que le législateur a mal fait son boulot, et ils ont peur pour leur avenir.

Qu'est-ce qui a été mal fait? La première chose, c'est que l'Union européenne a confondu «libérer» et «libéraliser» le rail. Un exemple très facile: en 2006, on a libéralisé le fret en Europe. Dix ans plus tard, le trafic a baissé de 30 %. On a libéralisé sans libérer et on a obtenu l'effet inverse de celui recherché. Il faut donc avoir cet exemple en tête quand on ouvre à la concurrence le transport passagers.

Les risques qui vont peser sur le transport passagers sont de deux natures: tout d'abord, le risque d'une dégradation des transports publics. Les réseaux de services publics vont être ouverts à partir de 2023 et la sélection de l'exploitant va se faire par marchés publics. Il n'y a pas de doute que la concurrence va se faire par les prix et non sur la qualité ou le haut niveau de service. Il va falloir s'attendre à moins de sécurité à bord, moins de dessertes sur les segments moins rentables, car le texte ne donne aucune garantie sur ces aspects.

La solution est pourtant simple: il fallait imposer des cahiers des charges avec des critères européens de service public obligatoires les plus complets possible, et ça a été retiré du texte. Nous ne pouvons pas voter ce texte dans ces conditions.

Autre exemple inquiétant: la tarification sociale. Les autres opérateurs ne seront pas obligés de proposer une tarification sociale. Qu'est-ce que cela veut dire? Plus de prix bas pour les étudiants, les chômeurs, les personnes en situation de handicap ou les personnes âgées. On touche au cœur même du service public et de notre système de solidarité européen.

Enfin, pour les travailleurs, c'est grave ce qui est en train de se passer: un agent ferroviaire n'a pas de garantie qu'en cas de changement d'opérateur, son emploi sur le réseau, qu'il a l'habitude de servir, sera préservé. On est en train de créer une profession précaire délocalisable avec une précarité qui reviendra à chaque passation de marché. Que veut-on montrer aux citoyens? Que l'Union européenne les protège ou qu'elle les précarise?

Alors je vous le dis, le groupe des écologistes, ici, mercredi, votera contre ce texte parce qu'il porte des principes de casse sociale et de casse du service public. Nous serons aux côtés des salariés demain qui seront devant notre Parlement européen, avec l'espoir que les autres groupes politiques, qui font la majorité ici, reviennent à la raison et rouvrent les discussions.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Köszönöm szépen a lehetőséget, Elnök Úr, meg Képviselő Asszonynak is, hogy hajlandó válaszolni. Ön említette a fenntarthatósági aggodalmakat ennek a csomagnak a kapcsán, illetve szólt a szociális dimenzióról is. Nagyon átfogó képet adott, viszont én egy dologra rákérdeznék: hogy vajon az eddigi privatizációk vagy nyitás hozott-e változást az oktatás, képzés tekintetében, már ami a vasúti szakmákat illeti?

Karima Delli (Verts/ALE), *réponse «carton bleu».* – Les exemples très concrets, on les a eus; en Allemagne, aux Pays-Bas, on voit un petit peu ce qui s'est passé.

Aujourd'hui, dans ce quatrième paquet ferroviaire, mes chers collègues, nous avons l'occasion de faire en sorte que, justement, l'Union européenne soit fière de ce que le législateur crée. C'est-à-dire, oui, de la durabilité, parce qu'il faut enfin prendre en considération le rail, et le train notamment, partout en Europe et investir.

Mais la deuxième chose, c'est que nous ne pourrons pas le faire sans les salariés. Il faut un nouveau pacte avec les salariés, mais aussi avec des objectifs climatiques qui doivent être remplis. Sans les deux volets, nous n'y arriverons pas, et malheureusement, aujourd'hui, ni l'un, ni l'autre, ne sont à la hauteur.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru".*

Domnule președinte, stimată colegă, ați spus că nu veți vota acest raport - și pe noi ne interesează dimensiunea socială, pe grupul social democrat - dar pentru mine este surprinzător, pentru că s-a lucrat la acest pachet feroviar de foarte mult timp și aș vrea să înțeleg: dacă nu votați - considerați că este mai bine în situația actuală decât dacă am vota acest raport?

Și n-am înțeles de ce contestați licitația publică, pentru că eu cred că atribuirea trebuie făcută prin licitație publică.

Karima Delli (Verts/ALE), *réponse «carton bleu»*. – Madame Grapini, chers collègues, nous avons l'habitude de travailler ensemble sur la question des bons compromis, d'accord? Sur ce texte vous me dites: «Mais vous ne voulez pas avancer.» La question est aujourd'hui: voulons-nous casser encore plus les salariés ou les protéger? Je n'ai pas la protection des salariés dans ce texte. Il faut le dire, nous n'avons pas la protection des salariés. Pourtant, j'ai porté des amendements – ils n'ont pas été retenus. Aujourd'hui, dans les cahiers des charges, justement, ces critères ne sont même pas une obligation. Chacun fera comme il veut.

Madame Grapini, pourquoi je vote contre? Tout simplement parce que j'appelle votre vigilance, j'appelle à un réveil des consciences dans ce Parlement, pour dire: «Nous ne pouvons pas prendre ce risque, alors rouvrons les discussions pour que le mieux-disant social et le mieux-disant environnemental l'emportent avant tout.»

Rosa D'Amato, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io parlo oggi a nome della collega Daniela Aiuto, impossibilitata ad essere qui, ma che ci teneva a prendere parte al dibattito, e quindi vi leggo il suo messaggio.

Abbiamo sostenuto le tre relazioni del pilastro tecnico, tuttavia non potremmo fare altrettanto per la parte *governance* del pacchetto, questo perché siamo delusi dal risultato raggiunto che espone i servizi europei a rischi di cui abbiamo già avuto evidenza in altri settori, e penso al settore aereo e al caso Alitalia.

Pur essendo favorevoli alla creazione di un mercato unico e all'armonizzazione delle regole, non possiamo dimenticare che le liberalizzazioni eccessive e senza le dovute tutele possono avere un impatto negativo sul mercato europeo.

Ci siamo spesi per l'inclusione di clausole di reciprocità interna ed esterna che, tuttavia, si è preferito non includere. Corriamo in questo modo il rischio che, pur di demolire monopoli statali consolidati, si apra a nuovi fondi pubblici e privati sui quali, tuttavia, le nostre possibilità di controllo sono notevolmente inferiori. Stesso dicasi per la tutela dei lavoratori, sempre più esposti a rischi occupazionali legati ai nuovi cambi di operatore e per i quali non si è pensato di prevedere delle tutele aggiuntive.

Per questi e altri motivi non potremo dunque sostenere le relazioni in votazione questa settimana.

Mylène Troszczynski, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, la répartition des trois rapports du volet «marché» du 4e paquet ferroviaire est très éloquente: un rapport pour la gauche moralisatrice, un rapport pour la droite de l'argent et un rapport pour l'extrême gauche idéologue.

Et tous, alors que vous faites mine de vous opposer politiquement, vous encensez d'une même voix ces directives qui ne devraient pas s'appeler «paquet ferroviaire» mais «démantèlement ferroviaire». Car c'est bien de cela dont il s'agit: un démantèlement toujours plus avancé du secteur ferroviaire pour l'offrir aux puissances financières, au prétexte de la libre concurrence.

Élites européistes assumées ou naïfs utiles du système mondialiste, vous faites mine de lutter contre le réchauffement climatique mais encouragez les trajets internationaux, alors qu'il serait peut-être plus profitable de promouvoir la proximité ou encore le local. Quand il est avancé que la concurrence a permis au fret ferroviaire de progresser, moi, ce que je constate dans mon pays, la France, c'est un effondrement du fret ferroviaire de 20 pour cent en cinq ans.

D'aucuns se satisferont de l'insertion dans le règlement «concurrence» de l'obligation faite aux entreprises de se conformer aux législations sociales et aux conventions collectives. Mais encore heureux que les entreprises doivent respecter la loi! Coucher sur le papier une telle ineptie est la preuve qu'elle a pour seul but l'affichage politique qui permettra à certains d'entre vous de dire à leurs électeurs: «mais nous avons érigé des protections sociales», quand vous savez d'expérience que ces pseudo-protections resteront purement théoriques. La multiplication des prestataires sera en elle-même source de multiplication des fraudes et du dumping social, surtout en ce qui concerne les trajets internationaux.

Ne vous étonnez pas que, année après année, trahison après renoncement, ceux que vous qualifiez de populistes se fassent de plus en plus nombreux. Ce sont les politiques que vous menez aveuglément, en suivant le dogme de la concurrence appliqué au service public, qui dégoûtent les citoyens, qui, eux, en paient le prix fort. Vous n'écoutez pas les peuples qui n'en peuvent plus de vos politiques ploutocratiques.

Vous l'aurez compris, les députés de la délégation française du groupe ENL voteront contre cette réforme politiquement hypocrite et socialement désastreuse, qui aboutira à l'abandon de régions entières déjà déclassées, au seul profit des métropoles mondialisées. Marie-Christine Arnautu, membre de la commission des transports, a déposé des amendements de rejet pour ces trois rapports, assortis d'un appel au vote nominal. Nous verrons et ferons savoir ce que voteront ceux qui se prétendent encore attachés au bien-être social de nos concitoyens et au développement de nos régions.

Andor Deli (PPE). – Mr President, as an EPP shadow on governance, first and foremost I would like to thank the rapporteur, Mr Sassoli, for his work and his openness to cooperation during the difficult negotiations. I would also like to thank the Commission and the Dutch Presidency for their commitment and efforts in finding consensual solutions, which are sometimes very hard.

I am very happy that we have finally managed at this stage to round off the fourth railway package. I would like to welcome the fact that, despite some pressure, we have managed to deal with the political and the technical parts of the package together and that the technical documents did not become the victim of some political gains.

I think that the agreed text is a further positive step in creating a single European railway area. It will improve the quality of railway services by making them more dynamic and customer oriented. That is why the EPP Group supported all reasonable and constructive initiatives during the whole negotiation process. We have achieved a balanced text that strengthens the governance of railway infrastructure managers, prevents conflict of interests and increases the financial transparency between infrastructure managers and rail operators.

It also preserves the equal position of vertically integrated and separated company structures, and exemptions are guaranteed for special separate lines. It is time now to move forward with the implementation.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, l'ouverture des marchés nationaux, si elle n'est pas régulée, n'est pas la solution.

Premièrement, la concurrence n'est pas une fin en soi et n'est pas le postulat à la qualité du service, qui doit rester le but principal des politiques publiques.

Deuxièmement, l'ouverture des marchés ne saurait remettre en cause la capacité des autorités locales à organiser et à protéger les services publics.

Si ces deux principes fondamentaux se retrouvent dans le texte, avec la possibilité d'attribuer des contrats de services publics directement, sans appel d'offres, et la possibilité de limiter l'arrivée d'opérateurs privés pour protéger un opérateur de services publics, en revanche, sur le volet social, le compte n'y est pas.

L'ouverture des marchés ne peut faire l'économie de garanties sociales fortes. Or, le texte n'intègre pas le principe du transfert obligatoire de personnel en cas de changement d'opérateur, alors même que c'était la position du Parlement européen en première lecture.

Je vous appelle donc à voter pour notre amendement en faveur du transfert obligatoire de personnel pour garantir que la concurrence ne se fait pas au détriment des conditions de travail. Démontrons que l'Europe protège les droits sociaux et ses travailleurs.

Pavel Telička (ALDE). – Mr President, I would like first of all to apologise to the Commissioner as I had to leave the moment she was about to speak since I was chairing our ALDE internal working structures meeting. I am back now to make a few remarks.

We most often speak across the political spectrum, across the Member States, about the need to complete the internal market. We nearly all agree on that. The moment we can complete the internal market, really integrate the markets, that's the time we suddenly forget this political rhetoric and we find all the excuses and we really think that the national interests are those of the historic national railway companies. Well I must say one thing: if these companies are not able to compete between themselves then we can hardly expect that the railway can compete vis-à-vis other modes of transport. And I think we would all agree that the most sustainable mode of transport is the railway.

We are making certain progress. I mean if I look at the PSOs I would have expected a bigger step, but it is a step and I think that we should all support it in order to comply with what are our interests, but also our responsibility vis-à-vis the focal point, and that is the consumer. One remark concerned the social standards. First of all, some of what is being said here today I have not heard in the trilogue itself nor in the shadows' negotiations – at least from some colleagues – but I need to say that the social standards are respected. Look at the text and what it says. We fully respect the social standards and the national legislation, and in fact nobody should have any obstacle in securing, through the social standards on a national level, the quality that we want the workers to have and what we expect.

A very final remark. We have a little hypocrisy when we say that it is only the national historic companies which can secure the social standards. This is not absolutely true, and we will definitely support the PSO.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor Presidente, entre los objetivos del Libro Blanco del Transporte está lograr un sistema de transporte eficiente, sostenible y menos contaminante. El tren es una buena manera para lograrlo. Y es, por tanto, imprescindible que apostemos por este medio de transporte haciéndolo accesible y útil para todos y todas.

El cuarto paquete ferroviario propone reformas necesarias para alcanzar una mejor red de ferrocarril pero, qué casualidad, se cuela también la liberalización del sector ferroviario. Y lo hace con el pretexto de que la libre competencia va a suponer la mejora de la calidad del servicio y precios competitivos. Pero la experiencia de la privatización de los servicios públicos es clara y lo demuestra. Cuando Reino Unido privatizó su ferrocarril se deterioraron los servicios, afectando a la seguridad; se multiplicaron los precios y los salarios de los ejecutivos de las compañías privatizadas, algunas de las cuales después quebraron. Total, acabó costando al Estado dos veces más que cuando era público. Al final el Gobierno laborista, ante tal desastre, decidió renacionalizarlo de nuevo.

Un servicio público no es para sacarle negocio; es para satisfacer una necesidad común, que en este caso es el transporte. Si al ferrocarril le añadimos el lucro empresarial, el resultado será que las empresas adjudicatarias obtendrán sus beneficios subiendo precios y recortando calidad del servicio y despidiendo trabajadores. Y además de eso, Gobiernos como el de Euskadi dejarán morir las líneas menos transitadas para impulsar el tren de alta velocidad. Resultado final: más coche y menos tren. Ineficiente, sostenible y contaminante.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

José Blanco López (S&D), *pregunta de «tarjeta azul»*. – El señor Ziluaga debería saber —y no distorsionar este debate— que Renfe, en España, sigue siendo una empresa pública. Usted acaba de manifestar que se había privatizado. Entérese, por favor, antes de hacer esas afirmaciones en esta Cámara.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Yo creo que no ha escuchado bien mi intervención. Yo en ningún momento he dicho que Renfe se ha privatizado. Yo lo que quiero decir es que este cuarto paquete ferroviario apunta hacia la privatización del sector, como ya se está haciendo con otros servicios públicos, como es la sanidad y parece que ahora va a ser el transporte.

Jill Seymour (EFDD). – Mr President, in one of these packages the Commission proposes to intensify competitive pressure on domestic railway markets, then in the others it calls for more subsidisation of rail services. How can you have fair competition with more and more subsidisation? This report is full of contradictions and, as per usual, it thinks it can solve all of the EU's rail problems with a one-size-fits-all approach which has never worked before. It concerns me that the Commission and the Chamber do not seem to learn from their mistakes.

But on a positive note, being able to buy a rail ticket from my home town in Telford to Paris without having to find my way through multiple different websites and companies is fundamentally a good idea. However, this should be done on a company-to-company basis, or bilaterally for those countries with a nationalised rail service. This Chamber should be deregulating the market and enabling private enterprise to do this themselves.

Dieter-Lebrecht Koch (PPE). – Herr Präsident, verehrte Frau Kommissarin Bulc! Nun endlich können wir das vierte Eisenbahnpaket abschließen. Nachdem die Vorschläge der Kommission vor fünf Jahren veröffentlicht wurden, wird es ja jetzt auch endlich Zeit.

Seit Jahrzehnten reden wir von der Verlagerung zumindest von dem Verkehrszuwachs auf die Schiene – bisher ziemlich vergebens. Die Bahn muss unbedingt effizienter werden, nicht nur kosteneffizienter, sondern einfach besser und verlässlicher. Vor allem durch die Annahme des technischen Pfeilers ist uns schon ein großer Schritt in die richtige Richtung gelungen. Der politische Pfeiler wird dies noch ergänzen.

Natürlich bin ich mit dem Ergebnis der Verhandlungen mit dem Rat nicht völlig zufrieden. Bezüglich des Rollmaterials, der weiterhin bestehenden Möglichkeit der Direktvergabe und der langen Fristen ist es einfach nicht ambitioniert genug. Aber es ist anscheinend das Maximum, das wir momentan erreichen können.

Was die Übernahme des Personals im Falle eines Betreiberwechsels angeht, begrüße ich das Verhandlungsergebnis. Im Sinne der Subsidiarität sollen die Mitgliedstaaten selbst darüber entscheiden dürfen. In Deutschland wird es die Übernahmepflicht geben.

Besonders freue ich mich aber über unsere Forderung bezüglich der Einführung von gemeinsamen Informations- und Durchgangsfahrscheinsystemen. Dies ist ein wichtiger Schritt in die Richtung eines integrierten Fahrscheins, der multimodale und grenzüberschreitende Reisen zulässt.

Inés Ayala Sender (S&D). – Señor Presidente. Sí, por fin tenemos el pilar político que tenía que haber sido el marco precisamente para establecer las condiciones del pilar técnico, porque ni la interoperabilidad, ni la seguridad, ni siquiera el mandato de la Agencia Ferroviaria podrán superar nunca los obstáculos y trabas fronterizos y nacionalizadores.

La verdad es que el mandato -y no es usted, señora Bulc, sino que era su predecesor- por parte de la Comisión debía haber sido más innovador en lo empresarial y más europeísta y más generoso en lo social, en vez de intentar limitarse a imponer una mera liberalización del transporte ferroviario con un enfoque restrictivo de las obligaciones de servicio público. Y ahí está el resultado: renacionalizador y a la defensiva por parte del Consejo, y este Parlamento intentando mejorarlo. De ahí que la gobernanza avanza, aunque nos hubiera gustado ir más allá. Más allá en la transparencia; pero, al menos, avanza en dar la posibilidad de introducir una visión en la financiación cruzada entre operadores históricos y sus operadores de infraestructuras. Y, también, avanza en las obligaciones de servicios públicos, aunque con las contradicciones, volviendo a los miedos nacionales, y mucho nos tememos que sirvan más para asegurar la financiación a las operadoras de países ricos y sin deudas, exponiendo más a las de los países endeudados.

Sin embargo, hemos de reconocer que se ha avanzado y que, por lo tanto, hemos ganado algún tiempo, aunque sea un paso más pequeño de lo que hubiéramos querido. Pero se clarifican muchas cosas necesarias para las tareas pendientes, que son afrontar definitivamente la deuda social, que había que haber tenido en cuenta desde el principio y haberlo preparado desde el primer paquete, para evitar precisamente el repliegue renacionalizador que hemos tenido.

El pilar social nuevo que se prepara es la oportunidad, señora Bulc, y yo espero. Porque la subrogación que pedimos en este cuarto paquete la vamos a votar para los puertos y nadie va a decir nada; pero para el ferrocarril se levantan los escudos.

Menos mal que desde ayer pasan los trenes por el San Gotardo. Los suizos sí que lo han entendido. A ver si aprendemos algo los europeos.

Dominique Riquet (ALDE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, les amis du ferroviaire, les amis de l'Europe, les amis de l'Europe ferroviaire avaient accueilli et soutenu avec beaucoup d'ardeur le pilier technique du paquet ferroviaire. Ils avaient vu aussi, avec beaucoup d'intérêt, la proposition de la Commission sur le pilier politique. Le paquet ressemblait à un paquet de Noël. Hélas, après le premier passage au Parlement, mais après, surtout, que tous les États membres sont venus faire leurs commissions au Conseil, obtenant tous des altérations du texte primitif, jusqu'à le dénaturer complètement, on peut dire que l'accord obtenu avec le Parlement n'est pas un compromis, c'est une compromission. D'ailleurs, dans la directive gouvernance, les choses sont telles que, dès aujourd'hui, on voit les États membres, comprenant qu'il n'y a plus, effectivement, de pilier gouvernance, revenir en arrière. La SNCF emploie maintenant 10 000 personnes dans sa holding de tête, qui est censée être une structure administrative légère de gouvernance de deux structures indépendantes, et la Renfe nous a annoncé, il y a deux jours, qu'elle allait réunifier son gestionnaire d'infrastructures avec son opérateur de transports.

Voilà le résultat! C'est absolument désastreux. Je pense que cette directive gouvernance nous fait reculer et non progresser, et c'est un grand drame pour l'Europe ferroviaire, d'autant que, non seulement, il n'y a pas d'ouverture de marchés, il y a une grande instabilité judiciaire et juridique à prévoir et, comme vous avez pu le constater, les questions sociales ne semblent pas, pour autant, résolues. Bref, nous n'attendons pas de cinquième paquet ferroviaire, puisque le quatrième paquet pourrait fermer la liste.

Ce que je veux dire, c'est que, peut-être, il eut mieux valu renoncer, réfléchir un peu, et revenir un peu plus tard plutôt que d'arriver à une solution qui, finalement, ne contentera personne et ne va pas ouvrir davantage la capacité ferroviaire de l'Europe.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a fé no mercado é cada vez mais cega. Já nem são capazes de justificar, apenas insistem: mais liberalização que deverá depois acontecer isto; mais liberalização que depois deve acontecer aquilo. Parece magia. Só a realidade é que é teimosa.

O processo a que chamam de liberalizador é, na verdade, um processo de concentração monopolista, de ataque às soberanias nacionais, de degradação do serviço público e de intensificação da exploração dos trabalhadores ferroviários. É curioso que venham agora defender para a exploração privada garantias que destruíram ou enfraqueceram no processo de liquidação da propriedade pública do sector ferroviário, como o maior financiamento público do sistema, ou o investimento público em material circulante e infraestruturas, necessários que são para garantir o lucro dos privados que exploram o sistema. As ditas salvaguardas sociais podem servir para facilitar a colaboração da social-democracia neste processo, mas na prática de nada servem como ficou, aliás, bem claro noutros sectores, por exemplo o da assistência em escala.

Por fim é óbvio que este pacote, como disseram vários parlamentos nacionais, põe em causa o princípio da subsidiariedade e, também por isto, ele deve ser rejeitado.

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, thank you to all the rapporteurs and shadow rapporteurs who have been involved in getting us to this position, and to the Commissioner too for her input. We are at a point now where the fourth Railway Package is to be implemented, and I welcome that because it will be good for consumers. That is why we are all here ultimately: to ensure that services provided are safe, that there is a good service, punctuality, cost and a choice of routes. I am certain that the competition that will be introduced by the opening up of the market will ensure that we do have a more dynamic rail system.

Much has been said about living in a free and open market with no checks and balances in place for the private sector, and I do not believe that is the case. The strong performance criteria are going to be implemented and supervision measures – which are absolutely necessary – are going to be put in place. Ireland, along with a number of small countries, has a temporary exemption in this because the market share in Ireland is less than 0.5%, and it was perceived that there would not be any interest in opening up that market. However, performance criteria will be put in place, supervised by the National Transport Authority, and I would like to point out that the National Transport Authority is already doing that through its existing direct award contract, and that their publication of quarterly performance already covers similar indicators. We look forward to their supervision again in this area as we move forward implementing the fourth Railway Package.

Claudia Țapardel (S&D). – Doamnă comisar, dragi colegi, cel de-al patrulea pachet feroviar reprezintă un set de măsuri care trebuie să aibă ca scop finalizarea dar și îmbunătățirea pieței unice a transporturilor din Europa, pornind de la eliminarea barierelor administrative pentru operatori și terminând cu stimularea competiției pentru acest sector.

Consider că acordul obținut reprezintă totuși un pas înainte, în contextul în care realitățile din fiecare stat membru au dictat viziuni diferite cu privire la cum ar trebui să arate sistemul feroviar european. Per ansamblu, pilonul politic pe care îl vom vota miercuri are datoria să pună bazele unui sistem feroviar dinamic și eficient, care, pe termen lung, să poată asigura competitivitatea acestui mod de transport în raport cu cel rutier. Transpunerea acestui pachet feroviar va contribui la crearea unui cadru legislativ stabil și mai atrăgător pentru investitori.

Prin introducerea unui sistem de licitații care au la bază criterii de eficiență și de transparență, avem șansa să asigurăm un mediu deschis competiției, ceea ce, în final, sper că se va traduce în servicii mai bune pentru pasageri. În concluzie, aș dori să spun însă că munca la acest raport va trebui să continue inclusiv după votul de miercuri, pasul următor fiind întărirea componentei sociale prin asigurarea protecției sociale și garantarea drepturilor angajaților din acest sector. Poate că ar fi necesară luarea în considerare a unui pilon social.

Michaela Šojdrová (PPE). – Vážená paní komisařko, kolegyně a kolegové, je vidět, že i po třech letech projednávání tohoto železničního balíčku jsou zde ještě rozporuplná stanoviska. My očekáváme, že tato opatření by měla být základem pro liberalizaci železničních trhů a zajištění přístupu nových železničních dopravců na infrastrukturu ve všech členských státech. Otevřením železničního trhu soutěži by mělo dojít ke zvýšení tlaku na železniční společnosti obstát v konkurenčním prostředí, a tedy také k přilákání nových investic. Cílem těchto opatření by mělo být zvýšení kvality poskytovaných služeb pro spotřebitele, snížení cen železničních služeb a také zlepšení efektivnosti veřejného financování tohoto sektoru.

Oddělení provozovatelů železniční infrastruktury od železničních dopravců provedla Česká republika již před několika lety. Znamenalo to opravdu přístup nových společností a také zlepšení kvality služeb, ale musím upozornit, za předpokladu, že zde jsou také veřejné a státní služby v železniční dopravě, zejména na spojích, které jsou méně lukrativní. Všechna tato opatření by měla vést ke snižování cen, k úsporám a také, pokud jde o tendry, na dotované spoje. Konkurenční prostředí v železniční dopravě se nám však podaří vytvořit pouze tehdy, pokud železničnímu podnikání v Evropě nastavíme rovné podmínky.

Karoline Graswander-Hainz (S&D). – Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Kommissarin, werte Kolleginnen und Kollegen. Im vorliegenden Kompromiss finden sich die zentralen Forderungen des Europäischen Parlaments aus erster Lesung leider nicht wieder.

Tatsache ist, dass nun nach der Überarbeitung der PSO-Verordnung die Ausschreibung bis auf wenige Ausnahmen Pflicht ist. Die Möglichkeiten der Direktvergabe im Nahverkehr werden eingeschränkt, und es wird häufiger zu Betreiberwechseln kommen. Die verpflichtende Übernahme von Personal beim Betreiberwechsel konnte nicht durchgesetzt werden, auch soziale Mindestanforderungen müssen bei Ausschreibungen nicht gewährleistet werden.

Ich möchte betonen, dass dies Kernforderungen der Fraktion der Sozialdemokratinnen und der Sozialdemokraten waren. Was jetzt vorgelegt wird, ist kein ausgewogener Kompromiss zwischen Marktöffnung und sozialer Absicherung. Die Interessen und der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden nicht berücksichtigt. Im Gegenteil: Aufgrund von Personalkosten werden sich Unternehmen, die an Ausschreibungen teilnehmen, einen Preiskampf nach unten liefern.

Wir, die SPÖ, wollen einen Schienenpersonenverkehr als öffentliche Dienstleistung im Dienste der Allgemeinheit. Qualität und Effizienz werden aber nicht durch Liberalisierung erreicht. Marktöffnung kann nur zusammen mit einer Stärkung der sozialen Standards und der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer funktionieren.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Przyjęcie czwartego pakietu kolejowego rozpoczyna tworzenie jednolitego europejskiego obszaru kolejowego. Z pewnością zawarte w tym pakiecie rozwiązania są korzystne dla konsumentów, gdyż liberalizacja i otwarcie rynków kolejowych, pojawienie się konkurencyjnych podmiotów zawsze zapewniają poprawę jakości usług, lepszą cenę przewozu, większy wybór połączeń, a także zwiększają planowość dostaw i częstotliwość usług transportowych. Mam nadzieję także, że wzrośnie ilość towarów przewożonych koleją, co pozwoli odciążyć transport drogowy.

Ponadto wraz z wdrożeniem pakietu możliwe stanie się szersze wspieranie inwestycji kolejowych, co pozwoli na tworzenie nowych miejsc pracy tak bardzo dzisiaj Europie potrzebnych. Na pewno czwarty pakiet kolejowy stanowi ogromną szansę dla rodzimych kolei w każdym kraju członkowskim, gdyż uzyskają one prawo do świadczenia usług na liniach wewnętrznych innych krajów europejskich. Dzięki wprowadzeniu zasady otwartego przetargu wszyscy przewoźnicy w Europie będą mieli dostęp do zaprezentowania swojej oferty i ja wiem, że żadne rozwiązanie, żadne prawa nie zadowolą wszystkich w stu procentach. Zresztą te głosy, obawy o pracowników były słyszalne na tej sali. Niemniej mam nadzieję, że wszyscy rozumieją, że bardzo ważny jest właśnie konsument, że ważny jest dla konkurencyjności wspólny rynek kolejowy.

Chciałabym podziękować wszystkim, którzy brali udział w tworzeniu tego trudnego prawa, bo na pewno trudno było znaleźć konsensus między oczekiwaniami a możliwościami.

Ismail Ertug (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin, Kolleginnen und Kollegen! Nach über drei Jahren sind wir so langsam am Ende angelangt. Ich hoffe, dass darüber dann auch erfolgreich abgestimmt werden kann. Unser Dank geht in erster Linie an die Europäische Kommission für die technischen Dossiers, die Sie eingereicht haben, die tatsächlich in die richtige Richtung gegangen sind. So gut die technischen Dossiers waren, so fehlgeleitet war auch Ihr ursprünglicher Vorschlag zu der Governance, die wir dank dem Berichterstatter David-Maria Sassoli dann zu einem so guten Kompromiss führen konnten.

Ich bin schon sehr verwundert, dass es insbesondere von Seiten der EPP soviel Zustimmung gibt, wenn es um die europäische Öffnung der Märkte geht. Gleichwohl kann es dort nicht europäischer sein. Auf dem anderen Blatt steht dann letztendlich, wenn es um die Arbeitnehmerrechte geht, dann soll es wieder national geregelt sein. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir bei der PSO tatsächlich das einfordern sollten, was wir am Ende der ersten Lesung im Europäischen Parlament gefordert haben: nämlich den verbindlichen Übergang der Arbeitnehmer bei einem Betreiberwechsel. Wenn das fehlt, wird die sozialistische Fraktion sich hier nochmal Gedanken machen müssen. Insofern bitte ich, das auch zur Kenntnis zu nehmen. Ich bedanke mich nochmals bei allen Berichterstattern und bei der Kommission für die bisherige Arbeit.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, čestitam izvjestiteljima i povjerenici na velikom radu i dobrim izvješćima. Želimo modernizirati željeznički sektor, učiniti ga inovativnim, potaknuti na korištenje novih tehnologija i novih poslovnih modela. Cilj je, naravno, svim našim građanima osigurati što sigurnije, kvalitetnije i jeftinije željezničke usluge, a sve to donose otvaranje tržišta i veća konkurencija.

Međutim, moramo uzeti u obzir velike razlike u razvijenosti željezničke infrastrukture koja je temelj za razvoj usluga prijevoza i upravljanja. Tako, na primjer, u Hrvatskoj nas čekaju velika ulaganja u željezničku infrastrukturu, a tržište usluga nije se ni moglo razvijati bez toga. Hrvatska poduzeća u području željeznica nemaju istu polazišnu osnovu kao poduzeća u drugim državama članicama u kojima su se ulaganja u željeznice događala puno prije.

Zato pozivam Europsku komisiju i očekujem da će se Hrvatskoj omogućiti posebni poslovni modeli kojima će se ubrzati ulaganja u željezničku infrastrukturu, a isto tako i razvoj uslužnih društava kako bi ojačani mogli ravnopravno sudjelovati u ovom novom modelu i paketu za željezničke usluge.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto voglio ringraziare il relatore Sassoli e tutti gli altri relatori per l'ottimo lavoro svolto.

L'adozione del quarto pacchetto ferroviario permetterà di completare lo spazio ferroviario unico europeo, portando a compimento un processo iniziato dieci anni fa, ma che arriva con vent'anni di ritardo rispetto alla liberalizzazione del mercato europeo dell'aviazione.

Finora il settore ferroviario non è mai stato davvero capace di rispondere alle domande dei consumatori, perdendo consequenzialmente sempre più quote di mercato. L'apertura progressiva del mercato, tramite l'introduzione di regole di trasparenza europea e il limite posto all'utilizzo di finanziamenti pubblici per attività di natura commerciale migliorerà le prestazioni dei servizi ferroviari e offrirà nuove possibilità di investimento, favorendo la creazione di posti di lavoro.

L'apertura del mercato dell'alta velocità rappresentava un passaggio indispensabile per rendere competitivo un settore che stenta a reggere la concorrenza delle altre modalità di trasporto. Il maggior ricorso dei cittadini europei al trasporto su ferrovia contribuirà infine alla realizzazione degli obiettivi europei sulla decarbonizzazione.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η απελευθέρωση των σιδηροδρομικών μεταφορών διαλύει τις ίδιες τις σιδηροδρομικές μεταφορές. Από τη συζήτηση αποδεικνύεται ότι καταργούνται τα κοινωνικά τιμολόγια, η στήριξη στους περιφερειακούς σιδηροδρόμους. Δεν υπάρχει πλήρης υποχρέωση παροχής δημόσιας υπηρεσίας. Υπάρχει αμφισβήτηση της στήριξης των εργασιακών δικαιωμάτων των εργαζομένων. Δημιουργούνται τεράστιες ανησυχίες για την ασφάλεια των ίδιων των σιδηροδρόμων. Επίσης, τίθενται σε κίνδυνο επιτυχημένες κρατικές σιδηροδρομικές επιχειρήσεις, ενώ υπάρχει κίνδυνος να περάσει ο έλεγχος των επιχειρήσεων ουσιαστικά σε μια-δυο επιχειρήσεις, γαλλικές ή γερμανικές.

Στην Ελλάδα το Μνημόνιο έχει διαλύσει τον Οργανισμό Σιδηροδρόμων Ελλάδος. Έχουμε ελλείψεις προσωπικού, τεράστια προβλήματα στο τροχαίο υλικό, ξεπούλημα της ΤΡΕΝΟΣΕ αντί πινακίου φακής: σαράντα πέντε εκατομμύρια ευρώ στην κρατική εταιρεία σιδηροδρόμων της Ιταλίας. Δεν πρόκειται λοιπόν εν προκειμένω για ιδιωτικοποίηση αλλά για ανακρατικοποίηση. Αυτή είναι η κατάσταση που επικρατεί δυστυχώς στους ευρωπαϊκούς σιδηροδρόμους και στην Ελλάδα.

Gesine Meissner (ALDE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Ich möchte mich zunächst bei allen Berichterstattern und Schattenberichterstattern bedanken – das war ein hartes Stück Arbeit, das wissen wir alle.

Der Punkt ist nur der: Ich glaube, wenn man auf der Straße die Bürger fragen würde, ob wir einen Binnenmarkt in der Eisenbahn haben – der Binnenmarkt ist etwas, was uns zusammenhält – würden alle sagen: Klar haben wir das. Bis jetzt fehlten einige Stücke, das versuchen wir gerade zu ändern, und bis jetzt war es auch üblich, dass man sich gegenseitig beim Zugang zum eigenen nationalen Markt behindert hat.

Das versuchen wir jetzt mit dem technischen Paket zu lösen. Da ist auch vieles gut, das wurde auch hier schon von anderen gesagt. In diesem Fall geht es heute vor allen Dingen um den politischen Teil. Dort hat man, was die Dienstleistungen angeht, den PSO-Teil, meiner Meinung nach einen ganz guten Kompromiss zwischen Direktvergabe und Ausschreibungen hinbekomme. Was aber den anderen Teil angeht, die *Governance,* da war viel mehr drin. Da war der Ursprungsvorschlag der Kommission wesentlich ambitionierter.

Ich finde es sehr schade, dass es jetzt tatsächlich nicht zu einer richtigen Trennung von Netz und Betreibern gekommen ist und nicht zu mehr Wettbewerb kommen wird. Davon würden die Menschen profitieren, die Bahn selber auch. Da haben sich tatsächlich mehr die Interessen der nationalen großen Bahnen durchgesetzt. Wir haben Wettbewerb – aber wir haben viel zu wenig. Bei dem integrierten Ticketsystem hätte man auch viel mehr erreichen können. Ich finde es darum schade, dass wir nicht noch mehr geschafft haben.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το πρόβλημα με τον κανονισμό 1192 αλλά και γενικά με τους κανονισμούς για τις σιδηροδρομικές μεταφορές δεν είναι εάν τα κράτη μέλη δύνανται να καταβάλουν τις όποιες αντισταθμιστικές πληρωμές σε σιδηροδρομικές επιχειρήσεις. Κυριότερο αντικειμενικό σκοπό του κανονισμού θα πρέπει να αποτελεί η εξασφάλιση ίσων όρων ανταγωνισμού και η προστασία των επιχειρήσεων, που συμβάλλουν στις εθνικές οικονομίες των κρατών. Για παράδειγμα δεν υπήρξε καμία μέριμνα για τις σιδηροδρομικές επιχειρήσεις, όταν οι λαθρομετανάστες αποφάσισαν να διακόψουν τις σιδηροδρομικές μεταφορές στα ελληνοσκοπιανά και ελληνοβουλγαρικά σύνορα, επιφέροντας τεράστιες ζημιές στις σιδηροδρομικές και μεταφορικές εταιρείες.

Χρειάζεται λοιπόν ισχυρή εθνική κρατική συμμετοχή σε συνδυασμό με τον ιδιωτικό τομέα και εφαρμογή κοινωνικής πολιτικής για τους εργαζόμενους, με ιδιαίτερη έμφαση στη χορήγηση ικανοποιητικών μισθών και ανταποδοτικών συντάξεων. Αυτό πρέπει να αποτελέσει δέσμευση τόσο για τις εσωτερικές όσο και για τις διασυνοριακές και διεθνικές σιδηροδρομικές μεταφορές, σε πνεύμα διακρατικής συνεργασίας και βάσει της αρχής της ελεύθερης μετακίνησης προσώπων και εμπορευμάτων.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, thank you very much for a very frank and dynamic debate. It clearly shows the importance you attach to the railway sector. Allow me now to reply to some of your comments and hopefully provide some clarification on what this package delivers.

First, let me clarify some of the comments that were made by Mr Liberadzki and some other Members of Parliament. On PSO, the text clarifies that all existing binding provisions at EU and Member State level remain applicable after market opening, as does their scope of application. The provisions on staff transfer of the Directive on transfer of enterprises apply to the situation of a change of freight public service contracts if the conditions of the Directive are complied with. This would essentially have to be a transfer of assets and rolling stock to the new public service operator. It is also stated that Member States can go beyond the level of staff protection, defined at EU level by Directive 2001/23/EC, for instance by requiring a transfer of staff and social rights even if Directive 2001/23/EC would not apply. Moreover, Member States are encouraged to assess the need for additional social safeguards in the case of market opening – of course in a reasonable manner. Experience shows that they do take action with mandatory measures.

The new PSO Regulation also spells out more clearly the transparency requirements on social rights and obligations, where a change of public service operator contributed to better staff protection. In no way does the Fourth Railway Package lead to less social rights and protection for workers. On the contrary.

The original Commission proposals were even more ambitious, that is for sure, than what you have on your table today. I know that some of you, including all my Liberal colleagues, would have liked to go further in reforming the regulatory framework for rail, but there were also many who were not ready to take bolder steps immediately. In the negotiations, we took into account the diversity of railway systems and structures across the EU, as well as the calls for flexibility and gradual change for the benefit of a single market. The text ready for the vote is what I believe EU stakeholders can absorb and implement at this stage. However, I am also confident that we very largely shared the same ambition for the future of rail and I am convinced that when the package is implemented, it will bring the railway sector into a brighter 21st century.

Let me now make a few other comments. Rail will only be able to contribute decisively to the decarbonisation of transport – and I wish Ms Deli were still here – if it becomes more attractive, also from a service-offering point of view. This requires new investments, more efficiency and more innovation, and this is what the Fourth Railway Package is about. Other transport modes don't sleep. They are picking up on decarbonisation and I believe in the long run, the differences will be in the amount of investments and in the amount of attractive services offered, so I hope railway will pick up on that and use this advantage, which it still has.

Let me also be very clear. The package does not address the issue of railway ownership. This is a very important message. There is absolutely no obligation to privatise railway operators. What we are establishing is an equal level playing field and competitive market conditions for the benefit of our citizens and businesses. This is what the fourth railway package is about.

In the same manner, national and local authorities will still have the possibility to determine what are the needs for public service. With this package we ensure that the public services are improved and that value for taxpayers' money is increased.

This is why I would really like to encourage you to adopt the three texts by a very large majority being approved in the Committee on Transport and Tourism, and I am really looking forward to your support and positive vote and to really together make this important step forward to finally give the railways a push to be back as a full player in the single transport area arena.

Merja Kyllönen, *esittelijä*. – Arvoisa puhemies, haluan vielä lämpimästi kiittää esittelijäkollegoitani ja varjo-esittelijänä toimineita kollegoita, valiokunnan sihteeristöä sekä komissiota ja neuvoston neuvotteluosapuolia erittäin asiallisesta yhteistyöstä. Vaikka tämä neljäs rautatiepaketti kokonaisuutena on varmasti poliittisesti monelle hyvin periaatteellinen, näen että, yhteinen kompromissi antaa jäsenmaille riittävän liikkumavaran, mahdollistaa myös julkisen palvelun paremman toimivuuden ja on myös pidemmällä tähtäimellä meidän kaikkien yhteinen etu ja ennen kaikkia asiakkaiden paras.

Euroopan on viimeisen 150 vuoden aikana kiittäminen rautateitä paljosta. Ala on ollut tukemassa Euroopan teollistumista ja tasa-arvoistumista, eräiden arvioiden mukaan jopa lukutaidon yleistymistä, ja se on toiminut alueiden ja maiden todellisena yhdentäjänä ja pienentänyt henkistä, fyysistä ja kulttuurista etäisyyttä niin maiden sisällä kuin niiden keskenkin.

Hyvällä syyllä voi sanoa, että rautatieliikenne on Euroopassa tänä päivänä aliarvostettua. Toivommekin, että saamme tämän paketin myötä eteenpäin liikkeen, joka tuo Euroopan rautatie-alalle pitkävaikutteisen ja vakaan sääntelykehikon, jonka varassa alaa on mahdollista kehittää aidosti asiakkaiden ehdoilla ja luoda todellinen eurooppalainen raiderenessanssi. Alan saattaminen uuteen kukoistukseen sopii tässä ajassa integroituneen vihreän ja vastuullisen Euroopan yhteiseksi ilmastoprojektiksi.

Wim van de Camp, *Rapporteur*. – Ik wil graag ingaan op twee elementen. Allereerst de opmerking van mijn liberale collega's mevrouw Meissner en meneer Riquet. Ik had zelf ook wel wat meer ambitie gewild in het vierde spoorwegpakket en de commissaris zei al dat de voorstellen van de Commissie ambitieuzer waren. Ik denk ook dat de eerste lezing van het Europees Parlement diezelfde ambitie toonde. Vervolgens kregen we de trilogen en in die jaren is er toch wel wat veranderd. De lidstaten die aanvankelijk zeer grote voorstanders van de marktopening waren, krabbelden een beetje terug. Ik verwijt dat die lidstaten niet omdat het debat over marktopening tegenover dienstverlening in Europa de laatste jaren een andere wending krijgt. Dan kan je daar wel over doordrammen, maar het is goed om wat we nu hebben te implementeren en dan verder te kijken.

Het tweede punt betreft de sociale component. Ik begrijp heel goed de zorgen van de collega's van de S&D-Fractie maar aan de andere kant moeten we ook eerlijk zijn. Er zijn nationale regelingen, er is subsidiariteit en er zijn de garanties die de Europese Commissie heeft gegeven. Bovendien - en dat blijkt ook uit onderzoek - hebben de bedrijven die zijn geprivatiseerd over het algemeen zeker geen slechtere arbeidsvoorwaarden gekregen na de privatisering. Ik heb het in mijn eerste spreektijd gezegd: wij moeten een evenwicht vinden tussen sociale bescherming, beweging en innovatie. Ik vind dat we dat evenwicht gevonden hebben.

David-Maria Sassoli, *relatore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie a tutti i colleghi che sono intervenuti, anche a coloro che hanno criticato alcuni aspetti della riforma.

Devo però dire che è veramente un po'incredibile, lo dico con simpatia, che dopo tre anni e due mesi di lavoro e sette mesi di trilogo, si venga in quest'Aula a sostenere che il quarto pacchetto inciti alla privatizzazione: questo devo dire che è un po' insopportabile. Mi dispiace che non ci siano i colleghi che sono intervenuti su questo aspetto, perché, lo dico anche al pubblico, nessuna sigla sindacale nazionale o europea ha mai sostenuto che il quarto pacchetto conduca alla privatizzazione.

Ci sono delle osservazioni, per esempio sul trasferimento, come sa benissimo il relatore onorevole van de Camp, ma non stiamo parlando di processi che portano a privatizzare alcunché. Parliamo di aprire il mercato, di liberalizzare i servizi e, ditelo anche a casa, qui rete e manutenzione resteranno pubbliche. Questa è la filosofia e il contorno di questo quarto pacchetto.

Apriremo il mercato dal 2019, ecco perché alcune osservazioni, ad esempio come quella fatta dall'onorevole D'Amato, si rivela, diciamo, fuori luogo, perché la reciprocità ci sarebbe stata in un periodo transitorio, ma siccome noi abbiamo deciso di aprire dal 2019, fino al 2019 ognuno si comporti come ha deciso di comportarsi.

Poi per quanto riguarda l'onorevole Bilbao, che gentilmente e diligentemente ha seguito tutto il dibattito, noi la questione dell'*unbundling* – perché la vostra critica, la critica dei liberaldemocratici è su questo aspetto – noi l'abbiamo discussa, però effettivamente l'incompatibilità economica era veramente grande. E allora cosa abbiamo fatto, abbiamo dato poteri ai regolatori nazionali e l'aspetto di novità del quarto pacchetto rispetto ai precedenti è proprio il potere dei regolatori nazionali, la loro centralità nel sistema e questo dovrebbe farvi dire che è un passo in avanti, certamente non è un passo indietro o rimanere fermi, come sa benissimo l'onorevole Riquet che ha seguito tutto il nostro lavoro anche con grande competenza, disponibilità e con grande esperienza.

Vorrei dire, Presidente, e vorrei ringraziare tutti coloro che sono intervenuti, davvero, perché abbiamo una grande possibilità, e mi scuso del tempo preso. Noi abbiamo la possibilità che le nostre compagnie in un mercato europeo diano lavoro, diano lavoro, non tolgano lavoro, perché abbiamo bisogno di fare in modo che le nostre compagnie partecipino a un mercato più grande, perché le nostre compagnie, anche quelle più forti, nel loro mercato domestico e nazionale non ce la fanno più. Ecco perché è importante questa riforma e perché apre grandi possibilità per il settore ferroviario europeo.

El Presidente. – Se cierra el debate conjunto.

La votación tendrá lugar el miércoles.

Declaraciones por escrito (articulo 162 del Reglamento)

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Uplatňovanie dvoch zo štyroch európskych slobôd, slobodného pohybu osôb a tovarov, nie je možné bez funkčnej infraštruktúry a odstránenia existujúcich bariér. Železnice zohrali svoju historickú úlohu v spájaní Európy, no ich význam nebude v budúcnosti klesať, ale narastať. Keďže ide o najekologickejší a najefektívnejší spôsob prepravy na dlhé vzdialenosti po súši, chce Európska únia koľajovú dopravu posilniť a pripraviť ju na éru automatizácie a digitalizácie. Zosúladenie rôznych technických predpisov, osvedčení pre vlakový personál a zvýšenie transparentnosti vo výberových procesoch sú prvými krokmi k vytvoreniu jednotného systému železničnej dopravy v celej Európe, ktorý bude postavený na vzájomnej konkurencii rôznych prepravcov, čo zvýši tlak na kvalitu a zníži ceny pre ľudí aj pre firmy.

11. Zugang zum Markt für Hafendienste und finanzielle Transparenz der Häfen (Aussprache)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate sobre el informe de Knut Fleckenstein, en nombre de la Comisión de Transportes y Turismo, sobre la propuesta de Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo por el que se crea un marco sobre el acceso al mercado de los servicios portuarios y la transparencia financiera de los puertos

(COM(2013)0296 - C7-0144/2013 - 2013/0157(COD) (A8-0023/2016).

Knut Fleckenstein, *Berichterstatter.* – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! *Never ending stories* enden eben manchmal doch.

Nach 15 Jahren – und die letzten dreieinhalb Jahre mit mir als Berichterstatter – legen wir heute ein akzeptables Ergebnis für die *Port Regulation* vor. Der Widerstand von Häfen, Terminalbetreibern, Lotsen, Hafenarbeitern und ihren Gewerkschaften hat sich gelohnt. Wir konnten verhindern: die Zwangsliberalisierung der Hafendienste, die Einführung von Selbstabfertigung von Schiffen, die Ausweitung der Konzessionsrichtlinie durch die Hintertür und eine Menge unnötiger Bürokratie.

Dafür haben wir gemeinsam ein flexibles Rahmenwerk für die Häfen erarbeitet, das auch ihre Unterschiedlichkeiten berücksichtigt. Mehr finanzielle Transparenz haben wir geschaffen, wenn es um öffentliche finanzielle Unterstützung geht. Und einen unbürokratischen Ansatz gefunden, der die Position der Hafennutzer gegenüber den Hafenbetreibern und den dort Beteiligten verbessert, mit einer Aufsichtsstelle, die Beschwerden adäquat und ernsthaft behandelt. Wir haben die Arbeitnehmerrechte stärken können, das Streikrecht eingearbeitet und die Wichtigkeit von Aus- und Weiterbildung betont. Denn die Wettbewerbsfähigkeit von Häfen hängt auch von guten Arbeitsplätzen und von gut ausgebildeten Hafenarbeitern ab.

Nicht alles hat sich nach unseren Vorstellungen verwirklichen lassen. Gern hätten wir den Hilfen eine größere Selbständigkeit eingeräumt. Aber der Europäische Rat war über das jetzt vorliegende Ergebnis hinaus nicht dazu bereit. Schade, wir hätten die Chance nutzen können.

Lassen Sie mich noch zu drei Punkten etwas sagen, die mir im Zusammenhang mit der Hafenverordnung wichtig sind. Ich habe erstens das Thema Ausbildung und Training in der Verordnung verankert, weil ich bei meinen Besuchen in europäischen Häfen aus erster Hand erfahren habe, dass es zum Teil Subunternehmer gibt, die keinerlei Ausbildungs- und Trainingsvorschriften anwenden müssen. Es ist gut, dass das auch in unserem Text berücksichtigt ist. Deshalb sind wir auch der Meinung, dass eine Liberalisierung der Ausbildung nicht der richtige Weg ist und ernsthaft Sicherheit im Hafen gefährden würde.

In der Verordnung fordern wir zweitens die Kommission zu einer Klarstellung auf, wann eine öffentliche Infrastruktur – vor allem in den Zugangsinfrastrukturen – den Tatbestand der staatlichen Beihilfe von vornherein nicht erfüllt. Die Kommission insgesamt scheint die Wichtigkeit der Zugangsinfrastrukturen auch erkannt zu haben, sonst hätte sie sie beispielsweise in den Analyserastern nicht aufgenommen. Aber dann doch bitte auch in der Kommunikation, wo es laut Kommission selbst hingehört!

Daher fordern wir die Überarbeitung der Bekanntmachung zum Beihilfebegriff, wie es offiziell heißt. Wenn die Kommission schon den Erwägungsgrund zur AGVO – also den *block exemptions* – verweigert.

Und drittens: Wir konnten die Erweiterung der Konzessionsrichtlinie durch die Hintertür in der Hafenordnung verhindern. Es kann nicht sein, dass die Kommission – nicht Sie bitte, Frau Kommissarin, aber Ihre Kollegen – jetzt anscheinend im Wettbewerbsbereich versucht, über die AGVO das ganze Spiel zu betreiben. Deshalb werden wir Ihnen heute schon sagen, mit der Verabschiedung der Hafenregulierung ist das Thema für uns nicht erledigt.

Letzter Punkt: Wir haben alle das gleiche Ziel. Die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen zu stärken, und dazu brauchen wir gute Arbeitsbedingungen und einen stabilen und kohärenten Rechtsrahmen und Planungssicherheit, sowohl für die öffentlichen als auch für die privaten Investoren. Mein Dank gilt allen Beteiligten, insbesondere der ESPO und den Terminalbetreibern, auch den Gewerkschaften. Ohne ihre Unterstützung und ohne den guten Willen zum Erfolg, wären wir nicht so weit gekommen. Vielen Dank an alle.

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, first of all I really wish to thank the Parliament and its rapporteur, Mr Fleckenstein, as well as the shadow rapporteurs in the Committee on Transport and Tourism for the important work they have accomplished.

The Commission welcomes the agreement reached in the trilogue – 15 years is a really long time. Maritime ports are vital for the European economy, for an efficient internal market, and to connect Europe to the world. With their logistic and industrial activities, maritime ports provide employment to three million Europeans. They are also critical for developing short-sea shipping as an alternative to road transport as part of our strategy to decarbonise transport. This is why maritime ports are extremely valuable assets to be preserved and strengthened. That is what we will achieve with the regulation discussed today, and that is why the Commission considers this file a priority under the work programme for 2016.

First, the regulation will ensure greater transparency for the use of public funds in ports. Many receive considerable financial support from both national and EU budgets. Transparency will contribute to a genuine level playing field between European ports. It will also help to make public funding more efficient. The Court of Auditors stressed the need to address this issue in a recent report.

Second, the regulation creates a common framework for the provision of port services. This framework brings legal stability for the tendering of port services. It will end today's unclear situation where port policy is not decided by you, the legislators, but rather by judgments of the European Court of Justice on a case-by-case basis.

Third, it will ensure better training of port workers in line with the work undertaken by the social partners.

Finally, the regulation will contribute to our decarbonisation strategy. We need to green the shipping industry and promote short-sea shipping. This requires investment and the right type of investment in ports, and investments need transparency.

Many of you attach great importance to clear and simple state aid rules. The Commission shares this attachment. We have been working a lot on the issue of state aid in ports over the last months. My colleague, Commissioner Vestager, and I are making sure that the views of European ports are adequately taken into account. Replying last week to a parliamentary question from Mr Fleckenstein the Commission clarified the framework for state aid in ports, including the general block exemption regulation. The situation is as follows. A new set of infrastructure analytical grids was published on 2 December 2016. With this document, the Commission explains which infrastructures are considered to be non-economic and which should therefore not fall under the state aid rules. This infrastructure includes defence infrastructure, such as dykes, and access infrastructure to ports, such as a river flowing through the port that can be used by anyone.

Last week, the Commission also completed its second public consultation on the General Block Exemption Regulation. Its objective is to identify which public investments in port infrastructure are considered state aid, but which are unproblematic and therefore do not need to be notified. We are now analysing the replies to improve the text further and adopt the regulation in 2017. The result of the analytical grid and a revised General Block Exemption Regulation will be more legal certainty and more clarity. But there will be no change in the decision-making practice of the Commission. With this work we are doing exactly what you have been calling for under recital 45 of the port services regulation. However, for institutional reasons and to recall the better law-making principles agreed between the Commission and the co-legislators, we will record a statement from the Commission regarding this recital.

The text is balanced. It is the result of three years of discussion with all the stakeholders. All major organisations representing the European port sector stand behind it; the trade unions, port authorities, port terminal operators and port service providers. It received a strong support in the Transport Committee and was accepted unanimously by Member States. So now it is time to conclude the legislative procedure in first reading. All the circumstances allow it.

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη, *εξ ονόματος της ομάδας PPE*. – Κύριε Πρόεδρε, κύριοι συνάδελφοι, κυρία Επίτροπε, αναφερθήκατε στα δεκαπέντε χρόνια σκληρής προσπάθειας γι' αυτό το νομοθέτημα, θα αναφερθώ κι εγώ στα τελευταία δυόμισι, που ως σκιώδης εισηγήτρια προσπάθησα να συμβάλω στη δημιουργία αυτού του νομοθετήματος για την ελεύθερη οργάνωση των λιμενικών υπηρεσιών, που αναμφίβολα ενισχύουν τη διαφάνεια στη χρηματοδότηση των λιμένων και τις υπηρεσίες υψηλής ποιότητας. Έχει σημασία ότι με εντατική προσπάθεια καταλήξαμε σε μια ουσιαστική συμφωνία με το Συμβούλιο. Πρέπει να διευκρινίσουμε ότι με το νομοθέτημα αυτό δεν επιβάλλεται ένα συγκεκριμένο μοντέλο διαχείρισης των υπηρεσιών, διότι οι αρχές λιμένων παραμένουν ανεξάρτητες, και έτσι ενισχύεται ο ανταγωνισμός. Οι ρυθμίσεις προβλέπουν τον περιορισμό του αριθμού

των παρόχων υπηρεσιών, τη δυνατότητα δημόσιας υπηρεσίας και διατάξεις που προβλέπουν για τα μικρά λιμάνια τον έλεγχο της αποφυγής των δυσανάλογων διοικητικών επιβαρύνσεων και τα πρόσθετα κόστη.

Επίσης, ο νέος κανονισμός πρέπει να πούμε ότι παρέχει δίκαιους όρους ανταγωνισμού, συγκεκριμένους κανόνες διαφάνειας και ασφάλειας δικαίου και ένα σταθερό νομικό πλαίσιο, το οποίο δεν έχει δυσανάλογες αντιφατικές ερμηνείες, και έτσι ενισχύονται οι επενδύσεις. Θα μου επιτρέψετε να κάνω μια ιδιαίτερη μνεία για την πατρίδα μου την Ελλάδα, η οποία αποτελεί μια μακρά ναυτική παράδοση. Η χώρα μου μπορεί να ευνοηθεί από αυτό το πλαίσιο, διότι το νέο αυτό σύστημα κανόνων, στο οποίο εντάσσονται είκοσι πέντε λιμάνια, ενισχύει την απόδοση των λιμενικών υπηρεσιών, δημιουργεί ένα ελκυστικό περιβάλλον για επενδύσεις και κυρίως συμβάλλει στην οικονομική ανάπτυξη, που έχει τόσο πολύ ανάγκη η πατρίδα μου σήμερα.

(Η ομιλήτρια δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Képviselő Asszony! Ön, mint ennek a jelentésnek egyik árnyék jelentéstevője, nyilván elfogult a jelentéssel kapcsolatban, de ahogy az előbbi témánál is, a vasúti csomagnál is tárgyaltuk, ezeknek a keretmegállapodásoknak az egyik sajnálatos tulajdonsága, hogy a képzés, oktatás az mindig valahol a háttérbe szorul. Kérdezem: Ön elégedett azzal, amennyit a képzésről és oktatásról ez a mostani tervezet gondoskodik?

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE), *απάντηση σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα*. – Κύριε συνάδελφε, θα σας πω ότι στο κείμενο έχει καταβληθεί η μέγιστη προσπάθεια και για το συγκεκριμένο ζήτημα στο οποίο αναφέρεστε, διότι η διασφάλιση ενός νομοθετικού πλαισίου, το οποίο δεν επιδέχεται διαφορετικές ερμηνείες, διασφαλίζει και την εκπαίδευση, έτσι ώστε εκείνοι οι οποίοι εντάσσονται στην παροχή των υπηρεσιών να μπορούν πραγματικά να εξασφαλίσουν ένα περιβάλλον που οι επενδυτές θα βρούνε ελκυστικό, ούτως ώστε να συμβάλουν στην οικονομία όπου αναφέρεται ακριβώς αυτό το νομοθετικό πλαίσιο.

Bogusław Liberadzki, *w imieniu grupy S&D*. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Szanowny Kolego Sprawozdawco! Na tej sali już zabrzmiał dwugłos: takie wyważone podejście pana sprawozdawcy, które pokazywał na słabe punkty, który pokazywał na sprawy, które wydają się wciąż co najmniej warte podjęcia i entuzjazm przed chwilą pani poseł kontrsprawozdawczyni, jak i pani komisarz, czyli taki liberalno-chadecki entuzjazm, że jest wszystko wspaniale.

Otóż Pani Komisarz, w moim okręgu wyborczym są porty Szczecin i Świnoujście, tuż obok Gdańsk i Gdynia, i one tego nie popierają, związkowcy z tych portów też nie. Bo oto mamy podział – to, co proponujecie jest na pewno dobre dla wielkich silnych portów, a niekoniecznie jest dobre dla portów, które wciąż są w fazie rosnącej. Chcielibyśmy, żeby infrastruktura portowa była traktowana tak jak kolejowa lub drogowa, czyli musi być pomoc państwa, musimy tworzyć łańcuchy transportowe morze-ląd, to musi służyć podniesieniu poziomu spójności naszego kontynentu. Dlatego też transparentność jako taka jest oczywiście potrzebna, ale pamiętajmy: liberalizacja nie jest celem, liberalizacja może być środkiem po to, żeby te porty dobrze funkcjonowały, bo one działają zupełnie dobrze. Natomiast Trybunał Obrachunkowy wskazuje na marnowanie pieniędzy przeznaczonych na inwestycje. Dlaczego? Bo brak harmonizacji, a ten pakiet nie do końca ją gwarantuje.

Peter van Dalen, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, allereerst hartelijke complimenten aan collega Fleckenstein voor al zijn werk. 2001, 2004: tot nu toe sneuvelde het voorstel voor een nieuwe Europese havenverordening. Dat kwam volgens mij vooral door de "one size fits all"-benadering die de Europese Commissie steeds heeft bepleit. Maar Europa en de havens zijn erg divers en daarmee hebben we goed rekening gehouden in het hier nu liggende voorstel. Want ook het voorstel waar de Commissie de derde keer mee kwam kwam nog steeds in grote mate neer op die "one size fits all"-benadering. We hebben echter voldoende aanpassingen kunnen maken, waardoor dit voorstel goed is voor Europa, goed voor Nederland en goed voor havens zoals Rotterdam.

Wat hebben we verbeterd? In het oorspronkelijke Commissievoorstel moesten havens worden geopend voor een hele reeks dienstenaanbieders: roeiers, baggeraars, loodsen. Dat is wel aardig bedacht maar het moet in de praktijk ook kunnen werken. Sommige havens zijn bijvoorbeeld te klein om dat allemaal te kunnen toelaten. Ook de veiligheid mag niet in het geding komen, dus meerdere loodsendiensten in één haven is niet altijd verstandig. Door onze aanpassingen zijn er nu allerlei mogelijkheden voor uitzonderingen aangebracht en bijvoorbeeld een haven als Rotterdam kan nu prima voort met één loodsendienst en houdt ook nog eens zeggenschap over wie er wel en niet in de haven mogen werken.

Tegelijkertijd hebben we ervoor gezorgd dat er niet te veel administratieve lasten komen. De Commissie bijvoorbeeld stelde voor dat de arbeiders in de havens door het havenbedrijf moesten worden voorzien van relevante training en opleiding. Ja, dat is ook wel een aardig idee maar heel veel havens in mijn land bijvoorbeeld gaan daar helemaal niet over. Dus dat hebben we eruit gehaald en een omvangrijk eisenpakket voor onafhankelijk toezicht is teruggebracht tot realistische een redelijke proporties.

Een laatste, zeer belangrijk punt is dat de bepalingen over financiële transparantie zijn verbeterd en overeind zijn gebleven. Havens moeten openheid blijven geven over hun financiën, dat is cruciaal voor een gelijk speelveld. We willen niet dat lidstaten onder de tafel door hun eigen havens financieel bevoordelen. Dus ik steun dit gewijzigde voorstel.

Gesine Meissner, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Ich möchte mich zuerst ganz herzlich bei Knut Fleckenstein bedanken. Ich muss sagen, wir haben mit dem Hafenpaket – ähnlich wie bei dem Eisenbahnpaket – eine ganz langjährige Geschichte zu Ende bekommen oder können sie heute zu Ende bekommen.

Beim Hafenpaket ist es aber anders gewesen als bei der Eisenbahn. Wir waren uns von vornherein ziemlich einig im Parlament. Wir waren uns zunächst einig, dass wir gar keinen Hafenpaket brauchen, weil bei den Häfen eigentlich alles gut funktioniert. Ein paar Sachen konnte man verbessern, aber wir haben uns zunächst alle gewehrt. Jetzt haben wir das Paket von der Kommission bekommen. Unserer Meinung nach waren teilweise zu viele Vorschriften drin, die eben mehr in die Richtung *one size fites all* gingen. Peter van Dalen hat es gerade gesagt, das passt aber nicht ganz. Die Häfen sind sehr unterschiedlich, haben sehr unterschiedliche Gegebenheiten, was die natürlichen Verhältnisse angeht und genauso auch, was die wirtschaftliche Aufstellung angeht.

Ich denke mal – da waren wir uns auch ziemlich einig – was funktioniert, das sollte man nicht komplett verändern. Wichtig ist natürlich, dass man einiges dann schon verbessert und generell die Regeln europäisch anders aufstellt und besser harmonisiert aufstellt. Das war zum Beispiel so: Wir haben jetzt halt mehr Transparenz bei den Finanzen – das ist gut. Wir haben mehr Rechtssicherheit für die Investoren, das ist auch gut. Dann kommen die Investoren und tun auch was in den Häfen. Wir haben mehr Klarheit bei den Ausschreibungen, auch das ist sehr vernünftig. Wir haben damit bessere Voraussetzungen für den Wettbewerb.

Es ist so, dass das Hafenpaket 3 tatsächlich fertig geworden ist, die Vorgänger haben es nicht bis zur Abstimmung geschafft – dass sie also wirklich unterschrieben werden konnten und im Trilog fertig waren. Die Häfen brauchen Planungssicherheit und brauchen ein paar Spielregeln, die überall ähnlich eingehalten werden, und das haben Sie jetzt. Aber es ist so flexibel gemacht worden, Knut Fleckenstein hat es gesagt, dass tatsächlich Rahmenbedingungen gegeben sind, in denen alle in ihrer Unterschiedlichkeit gut existieren können. Ich denke, das ist eine ganz wichtige Sache.

Wir Liberalen hätten uns teilweise noch mehr Wettbewerb gewünscht und weniger Ausnahmen. Es gibt ja einiges, was rausgenommen worden ist. Eine Ausnahme, die ich gut finde ist, dass ein Kapitän durchaus, wenn er sehr erfahren ist, auch ohne Lotsen an bestimmten Häfen agieren kann. Das ist eine Sache, die man einfach braucht, denn wer lange schon bestimmte Strecken gefahren hat, der kann das auch alleine. Natürlich nicht in großen Häfen wie Rotterdam, aber viele andere Häfen geben das her.

Als Letztes noch: Es ist gesagt worden, das Thema Gruppenfreistellungsverordnung sei noch nicht ganz durch. Knut Fleckenstein hat es gesagt, da müssen wir darauf achten, dass zum Beispiel ein Hafen, der wegen natürlicher Gegebenheiten mehr ausbaggern muss als ein anderer, dadurch keinen Wettbewerbsnachteil bekommt.

Merja Kyllönen, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, hyvät kollegat, tervehdin ilolla esittelijä Fleckensteinin esitystä ja toivon, että asetus saa keskiviikon äänestyksessä parlamentin tuen. Neuvottelut tämän asetuksen osalta ovat olleet todella pitkät ja karikkoiset ja olen tyytyväinen, että parlamentti ja neuvosto saavuttivat asiassa vihdoin sovun. Tämä asetus toivottavasti selkeyttää satamien rahoituksen läpinäkyvyyteen, hallintomalleihin sekä muun muassa työntekijöiden asemaan ja koulutusmahdollisuuksiin liittyneitä avoimia kysymyksiä.

Asetus jättää jäsenmaille riittävästi pelivaraa kansallisten piirteiden huomioimiseksi, ja on aika saada tämä asia eteenpäin, jotta voimme keskittyä kestävän ja tehokkaan meriliikenteen edistämiseen. Meillä on edessä merenkulun hiilidioksidipäästöjen vähentämistalkoot sekä päätöksiä myös merenkulun käyttövoimista. EU on asiassa ilahduttavan yksimielinen, mutta liikkeen toivoisi olevan vireämpää kansainvälisellä tasolla. Siksi toivon, että hyvä ja tiivis yhteistyö sekä parlamentin sisällä että EU:n instituutioiden välillä jatkuu näiden teemojen parissa.

Molly Scott Cato, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the regulation on port services shows how difficult it is to develop a policy that works well for the many and varied ports we have across our continent. From the perspective of the UK, where ports have been run as private businesses for many years, many of the concerns of the Committee on Transport and Tourism are simply not relevant, and the need for greater financial transparency for the smaller ports in southern Member States has much less salience in the case of the larger ports of northern Europe. We have sought greater clarity over state aid regulations so that public money given to European ports does not distort competition between them. As for the liberalisation of port services, perhaps we should apply the principle of subsidiarity, leaving countries free to choose whether or not they run ports as part of the public infrastructure.

As Greens, we also sought to have environmental criteria when setting charges for port services and were sorry to see this removed. Worse still, the references we had added to the need to ensure strict adherence to EU law to protect the environment were also removed. A glimmer of hope can be found in the support for the use of short-sea shipping and inland waterways and railways for the delivery of goods, reducing the need for long distance road freight and the traffic congestion and unnecessary emissions it causes. But overall I have to say that we are disappointed in this proposal and consider that an opportunity to reduce the negative environmental impact of Europe's ports has been missed.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Jill Seymour, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, this proposal for market access, support services and financial transparency does nothing for ports in the United Kingdom. The port sector in the UK is the second largest in the European Union and all the ports represented by the UKMPG and BPA already operate within a competitive independent market-driven sector, providing wide choice to users.

This regulation will have a significant impact on privately-financed ports by preventing them from operating as fully commercial businesses. This will threaten essential future investment and put people's jobs at risk. It is not clear how this legislation will add any value. The United Kingdom is leaving the EU and regulation like this is typical of the reasons why. We do not need this speculation. We do not want this regulation; yet it will become a requirement in the UK if passed by the EU.

Diane Dodds (NI). – Mr President, although there are minor changes to the text, I deeply regret that this proposal has returned to this Chamber. Having been in contact with local ports recently – as recently as last week – I am in no doubt that this regulation would be bad for jobs and bad for Northern Ireland. Yet again, the EU wants to take what is good and successful about an industry and enforce a 'one size fits all' approach.

Ports in Northern Ireland are already part of a private, thriving and independent UK sector. Belfast Harbour handles goods valued at 30 billion annually, with 700 companies based in the harbour estate, employing over 22 000 people. The new changes will create barriers through excessive regulation, oversight and administration. This proposal simply means more of the same, so I am thankful that the British people have voted to break free of this type of bureaucracy and would call upon UK ministers to respect their wishes and make opting out of the regulation a key priority in exit negotiations.

Wim van de Camp (PPE). – Voor we het weten wordt 12 december 2016 nog een historische dag omdat wij zowel het vierde spoorwegpakket als de havenverordening afronden! Ik dank de rapporteur, meneer Fleckenstein, voor al het werk dat hij verricht heeft want het was geen eenvoudige klus. Mijn collega Peter van Dalen heeft al behoorlijk goed aangegeven welke elementen we hebben geschrapt en hebben veranderd en ook mevrouw Vozemberg heeft haar taak als Grieks EP-lid naar behoren vervuld.

Wij moeten bijzondere aandacht verlenen aan het punt van de staatsteun. De heer Fleckenstein heeft voortdurend geprobeerd om de collega's van mevrouw Bulc duidelijk te maken van wat we nu moeten verstaan onder die staatssteun. Het is nog niet helemaal helder maar ik begrijp dat we nog een nadere uiteenzetting krijgen van de collega's van mevrouw Bulc.

Ondertussen gaat het eigenlijk best goed met die havens en ik vraag ook aandacht voor het element van de opleidingen. We zien in de maritieme sector, zowel in de binnenvaart als op zee, een tekort aan personeel en goed opleiden is wel een vereiste. Ik denk dat we een goede zet doen vandaag en ik dank u zeer.

Isabella De Monte (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, l'approvazione in plenaria del presente regolamento rappresenta un traguardo niente affatto scontato.

Come ben sappiamo, i precedenti tentativi di approvazione sono andati falliti, segno che questa materia è davvero complessa e delicata e richiede grande attenzione e prudenza. 1 200 porti marittimi europei fanno transitare più del 70 per cento delle merci importate ed esportate e rappresentano quasi il 40 per cento degli scambi all'interno dell'Unione europea. È per questo che il voto favorevole all'accordo raggiunto, frutto del nostro lavoro parlamentare con il contributo di tutti i portatori di interesse, è ancora più importante.

Ringrazio il relatore, oltre che per la determinazione, per aver accolto la mia richiesta di maggiore trasparenza anche sui servizi doganali: una piena concorrenza e competitività tra porti non può prescindere anche da questo fattore. Ritengo inoltre che la scelta legislativa del regolamento sia stata determinante, perché per avere una reale incisività è necessario avere regole uguali per tutti gli Stati membri, che siano immediatamente applicabili, ed è necessario godere di una certa flessibilità per raggiungere il fine commisurato alle esigenze del singolo porto.

Grazie a questi fattori di trasparenza finanziaria, liberalizzazione di servizi e di incentivo alla competitività il trasporto via mare potrà crescere a vantaggio non solo degli scambi commerciali, ma anche della sua sostenibilità.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, iz ovoga je doma poteklo previše inicijativa koje su za cilj imale uspostavljanje skupih univerzalnih modela upravljanja koji su bespotrebno udarali na europsku raznolikost i težili zamijeniti postojeće nacionalne modele. Ovo izvješće čini upravo suprotno i to moram pozdraviti.

Izvjestitelj uvažava različitost modela upravljanja lukama i lučkim uslugama unutar Europske unije i odbija uspostavu jedinstvenog sustava. Ako nešto dobro radi, to se ne treba popravljati. Pozdravljam i inzistiranje na tržišnom natjecanju, ali moram iskazati zabrinutost ovakvim propisivanjem minimalnih zahtjeva za pružanje lučkih usluga.

Naravno da nam je cilj da usluge pružaju kompetentne i pouzdane tvrtke, ali moramo paziti da traženi minimalni uvjeti ne budu previše strogi, jer ćemo tako ostaviti prostor samo za najveće kompanije. Na taj bismo način stvorili oligopol i postigli učinke suprotne onima koje izvjestitelj i svi mi skupa želimo.

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, con più di 1 200 porti in Europa, le attività portuali rappresentano 3 milioni di posti di lavoro. Il 96 per cento delle merci e il 93 per cento dei passeggeri transitano attraverso 319 porti nella rete TEN-T. In questo contesto si inserisce la proposta di regolamento dell'onorevole Fleckenstein, anche se piuttosto alleggerita rispetto agli obiettivi iniziali della Commissione.

Non condividiamo la piena liberalizzazione dei servizi portuali, viste le inevitabili conseguenze negative su un settore così disomogeneo in Europa, ma il regolamento rappresenta comunque un passo in avanti. Le azioni collettive non sono ritenute interruzioni dei servizi che giustificano misure di emergenza; è tutelato sia il diritto allo sciopero sia i servizi minimi.

Il riferimento alla direttiva del 2001 ribadisce i diritti dei lavoratori in caso di trasferimento di impresa, nonché gli obblighi di cedenti e cessionari. I diritti alla formazione e la previsione di requisiti minimi professionali garantiscono la sicurezza e la buona esecuzione dei servizi.

Infine, la trasparenza sull'uso dei fondi pubblici, ottenuta con una netta separazione nei bilanci tra fondi pubblici e privati, permetterà di tracciare l'uso dei soldi dei contribuenti e capire le attività a cui vengono destinati.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση βρίσκει πάντα τρόπους, χρησιμοποιώντας ωραία λόγια και εκφράσεις, να αποκρύψει τον πραγματικό σκοπό των ενεργειών της. Η συγκεκριμένη έκθεση δεν θα μπορούσε να αποτελεί εξαίρεση. Προσπαθείτε για μια ακόμη φορά να ελέγξετε τις οικονομικές και εμπορικές δραστηριότητες των κρατών μελών, με απώτερο στόχο την εξυπηρέτηση συγκεκριμένων οικονομικών συμφερόντων με τα οποία ίσως κάποιοι να διατηρούν άψογες σχέσεις. Όσον αφορά τους εργαζόμενους, έχει αποδειχθεί πως στην πρόσφατη ιστορία της η Ένωση με λάθος ενέργειες και αποφάσεις υπονομεύει συστηματικά τα δικαιώματα και τις κατακτήσεις τους. Τα λιμάνια της Ευρώπης ανήκουν στα κράτη της Ευρώπης, και μόνον αυτά θα έπρεπε να ελέγχουν την αξιοποίησή τους. Οι λόγοι είναι πολλοί και δεν είναι μόνο οικονομικοί, ειδικά όσον αφορά την Ελλάδα. Δεν πρέπει να ξεχνάμε πως η διαχείριση των λιμένων αποτελεί πρωτίστως και θέμα εθνικής ασφαλείας, πολύ περισσότερο μάλιστα όταν γείτονάς σου είναι ο παράφρων Ερντογάν. Τέλος, διαπιστώσαμε από την ιδιωτικοποίηση του λιμένος του Πειραιά πού οδηγούν οι νεοφιλελεύθερες πρακτικές και τι μέλλον επιφυλάσσουν στους εργαζόμενους: μόνο αβεβαιότητα φτώχεια και απόγνωση.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Porty są jednym z najważniejszych elementów światowego łańcucha dostaw oraz mają kluczowe znaczenie dla europejskiego sektora transportu oraz konkurencyjności naszego kontynentu. Dlatego tak ważne jest przyjęcie rozwiązań, które usprawniają, a nie ograniczają funkcjonowanie portów, jednocześnie biorą pod uwagę specyfikę zarządzania portami w poszczególnych krajach członkowskich, specyficzne warunki hydrologiczne i ekologiczne obszarów morskich.

Cieszę się, że udało się przekonać pana sprawozdawcę, że często podejście i działanie na poziomie krajowym jest lepsze niż działania na poziomie europejskim. Cieszę się, że ze sprawozdania wyłączono prace pogłębiarskie, pilotażowe, dając możliwość ich oferowania w oparciu o prawo krajowe. Ważne jest, że ostateczna wersja rozporządzenia, jak i kompromis wynegocjowany w Radzie, przewiduje istnienie różnych modeli organizacyjnych, a także zachowanie autonomii zarządów portów w obszarach ustalania opłat portowych, ale jednocześnie zwraca uwagę na większą przejrzystość finansową.

Proszę Państwa! Piętnaście lat pracy nad tym, nad tą materią, nad tym dossier, pokazuje, jak trudna i jak bardzo delikatna jest to tkanka. Ja się bardzo cieszę, że Pan Przewodniczący i wszyscy, którzy pracowali nad tym sprawozdaniem, wzięli pod uwagę wiele uwag, które płynęły z krajów członkowskich, i również wiele poprawek, które w toku całości prac składaliśmy.

Inés Ayala Sender (S&D). – Señor Presidente, señor Czarnecki, cada día tiene mejor acento, lo reconozco. Estamos aquí, ante este paquete portuario que, de nuevo, ha llegado con una propuesta meramente liberalizadora sin ningún tipo de contrapartida social seria. Y eso tiene un precio, puesto que apenas hemos conseguido avanzar en una armonización europea.

Yo estaba satisfecha hasta este debate porque, por primera, vez habíamos logrado —gracias al ponente, el señor Fleckenstein— una mayor transparencia en los flujos financieros entre las autoridades públicas y los puertos para evitar, precisamente, la competencia desleal, precisamente, las ayudas de Estado encubiertas. Pero, por las noticias que usted acaba de darnos —a lo mejor he entendido mal— tengo que protestar enérgicamente, porque veo claramente que se ha intentado utilizar este Reglamento —que se ha convertido en otra cosa— para negociar en paralelo. Negociación legítima del ponente, pero que realmente es desleal con los puertos de países en dificultades y que favorece, desde luego, a los dos grandes puertos, que ya son tan megapuertos que en algún momento va a haber que dividirlos.

Y por lo tanto, exigimos a la Comisión que no ceda a esos cantos de sirena. Señora Bulc, ¿qué va a pasar con su puerto de Koper, por no decir con los míos de Valencia, de Málaga o de Barcelona? Es decir, que no se puede discriminar mediante el Reglamento de ayudas de Estado a los puertos del sur con relación a los puertos del norte.

Por otro lado, sin embargo, he de reconocer nuestra satisfacción, porque hemos podido excluir del *totum revolutum* a los prácticos de puerto, que siguen prestando un servicio público esencial en materia de seguridad —*safety and security*—, protección medioambiental e incluso de alerta temprana en barcos en los que se producen ilegalidades en materia social y se explota a la tripulación. Hemos conseguido, también, una cláusula de subrogación bastante presentable y mejoras en materia de formación.

Y finalmente, los socialistas españoles hemos visto reconocida nuestra peculiaridad para la red solidaria de puertos españoles.

Amjad Bashir (ECR). – Mr President, as MEP of a region with four very successful privatised ports – Hull, Immingham, Goole and Grimsby – I am very disappointed with this regulation. It will impose costly administration on private ports without bringing any added value to them. Its failure to tackle the problem of state aid, as well as all the loopholes inside it, means that it simply will not open up port services to competition.

As has been shown in the Member States which have privatised port sectors, it is competition between ports rather than prescriptive regulation that delivers greater efficiency. As a spokesman on SMEs, I am particularly disappointed that exemptions for smaller ports were removed. It does seem that the Commission has succeeded with its 'third-time-lucky' approach here. What a shame it comes at the expense of the port industries of Europe.

Bendt Bendtsen (PPE). – Hr. formand! Europæisk shipping er et af vores store eksporterhverv, som skaber vækst og beskæftigelse, og det gør det også i vores havne. De europæiske havne er vigtige i en sammenhængende transport- og logistikkæde, men også her er der behov for administrative forenklinger. Vi har også behov for gennemsigtighed i den offentlige finansiering, så vi kan få en lige og fair konkurrence havnene imellem. Så får vi mere sikkerhed for, at konkurrencereglerne bliver overholdt. Jeg kunne godt tænke mig, at vi havde været lidt mere konkrete på dette område, men nu må vi se tiden an for at se, hvordan dette kommer til at ende. Det varer ikke ret lang tid, før vi her på plenarmødet skal til at stemme om ETS (emissions trading scheme) for shippingvirksomheder. Det får altså også indflydelse for vores havne, og jeg håber, vi finder IMO-sporet, frem for at vi ønsker at lovgive selv her i Europa-Parlamentet, hvor vi også vil få en påvirkning af europæiske havne. Hvis det er sådan, at transporten fra tredjelande i fremtiden vil gå til UK og Nordafrika for at undgå ETS'en, den dyre regning, så er der ingen tvivl om, at det også får effekt på vores havne. Jeg håber derfor på, at vi kan få en løsning, så vi ikke skævvrider aktiviteterne i de europæiske havne frem for havnene lige uden for Europa, men det er så en afgørelse, vi tager næste gang.

Janusz Zemke (S&D). – Panie Przewodniczący! Pakiet portowy ma założenia teoretycznie słuszne, gdyż przewiduje wzrost konkurencji na rynku usług. Najważniejsza jednak nie jest konkurencja dotycząca portów państw europejskich, tylko konkurencja między nimi a innymi portami, w tym także na innych kontynentach. Transport morski ma bowiem charakter ogólnoświatowy i nie można nakładać na porty w Europie zbyt dużych obciążeń finansowych ani administracyjnych. Jeżeli to zrobimy, to europejskie porty w konkurencji na całym świecie mogą przegrać, a razem z portami przegrają armatorzy i przemysł stoczniowy. Namawiam zatem, żebyśmy patrzyli na europejskie porty w taki sposób, a nie tylko na to, co dzieje się wewnątrz Unii.

Maria Grapini (S&D). Domnule președinte, doamnă comisar, în primul rând doresc să felicit raportorul și pe toți colegii care au adus îmbunătățiri acestui regulament.

Așa cum se prezintă și în expunerea de motive, Europa este regiunea cu cea mai mare densitate de porturi din lume. Schimburile comerciale eficiente depind și de rețeaua portuară, de aceea consider important acest regulament, și-l susțin. Sigur, nu este perfect. Și țara mea are un număr mare de porturi la Dunăre și la Marea Neagră, mai mici, mai mari, și, cred că este nevoie de optimizarea activității portuare pentru că, din păcate, nu toate porturile maritime - cele peste doisprezece mii din Europa - oferă servicii la nivel înalt. De multe ori, actualul cadru al guvernanței portuare nu este întotdeauna suficient de atractiv pentru investitori.

De aceea sunt de acord cu amendamentele făcute de raportor și de colegi și consider că sunt respectate principiul subsidiarității și al proporționalității, și mai apreciez în raport faptul că este prevăzut ca procedura de selecție a furnizorilor de servicii să fie deschisă tuturor părților interesate, nediscriminatoriu și transparent.

Este foarte bine că s-a clarificat și sistemul de taxe de utilizare a infrastructurii portuare, definit de organismul de administrare a portului și, bineînțeles, formarea profesională despre care s-a vorbit. Așadar susțin acest raport și felicit și Comisia și pe colegii care au adus amendamente la regulament.

Pytania z sali

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já na tom novém návrhu nařízení oceňuji rovněž posílení právní transparentnosti, samozřejmě snahu o lepší harmonizaci, je tam celá řada drobných zlepšení, která lze přivítat. Také vítám, že shoda nad tímto přístavním balíčkem je větší než v tom předchozím případě, v případě železničního balíčku.

Nicméně jsou tam jistá rizika. Já si nejsem zcela jistý, jestli byla dodržena zásada subsidiarity. Skutečně je faktem, že dnes již je velká konkurence mezi přístavy. Nebude tato konkurenceschopnost ohrožena tímto balíčkem? Je to pouze otázka a myslím si, že by na to měla paní komisařka reagovat, protože se takováto připomínka v diskusi opakovala.

Pro mě je důležité, že se budeme snažit podporovat investice do přístavů, nepochybně jsou naše námořní přístavy přístupem na naše vnitřní trhy, ale neměli bychom je omezit nepřipravenou legislativou.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'approvazione del nuovo regolamento per l'accesso al mercato dei servizi portuali renderà i porti europei più efficienti e fornirà un'equa concorrenza in un settore che in Europa dà lavoro a tre milioni di persone. Il rafforzamento della competitività dei porti creerà le condizioni per promuovere il trasporto marittimo a corto raggio come alternativa a quello su strada, con una conseguente riduzione dei costi per l'utenza.

Importante è l'introduzione di regole generali per una maggiore trasparenza finanziaria dei porti, legislazione finora demandata ai singoli Stati membri. La riforma renderà gli oneri per i servizi e per le infrastrutture portuali più trasparenti, soprattutto nei rapporti finanziari tra Stato, porti e operatori.

Va sottolineata la presenza di alcune deroghe importanti, come nel caso dei servizi di drenaggio, e di alcune flessibilità, come nel caso dei servizi di pilotaggio, ma l'introduzione di una maggiore trasparenza, la semplificazione normativa, l'apertura dei mercati e l'internazionalizzazione in un quadro europeo intermodale nella cornice delle TEN-T possono davvero rappresentare un volano per la ripresa e la crescita economica dell'Unione europea.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι λιμενικές δραστηριότητες συμβάλλουν άμεσα στην απασχόληση, στην προσέλκυση επενδύσεων, στην αύξηση του ΑΕΠ, γι' αυτό είναι σημαντικό να υπάρχει διαφάνεια στις χρηματοοικονομικές σχέσεις των δημοσίων αρχών, των λιμενικών αρχών και των παρόχων λιμενικών υπηρεσιών, ώστε έτσι να δημιουργούνται ισότιμοι όροι ανταγωνισμού και να προσελκύονται βεβαίως επενδύσεις. Ωστόσο η διαφάνεια στις λιμενικές δραστηριότητες δεν θα πρέπει να είναι μοναδικός σκοπός της Ένωσης. Θα πρέπει να υπάρξει αύξηση των δαπανών χρηματοδότησης της Ευρωπαϊκής Ένωσης για τη στήριξη των λιμένων και των θαλάσσιων μεταφορών. Ταυτόχρονα δε, ιδίως στην Ελλάδα, να μπει φραγμός στο ξεπούλημα στρατηγικών υποδομών αντί πινακίου φακής, όπως είναι εν προκειμένω το ξεπούλημα του λιμανιού του Πειραιά στην COSCO, η δρομολόγηση του ξεπουλήματος του Οργανισμού Λιμένος Θεσσαλονίκης αλλά και άλλων λιμανιών. Αυτή τη στιγμή όλες οι υποδομές στην Ελλάδα εκποιούνται αντί πινακίου φακής. Ισχύει για τα αεροδρόμια, ισχύει για τα λιμάνια, ισχύει για τους σιδηροδρόμους. Δεν μπορεί να συνεχιστεί αυτή η απαράδεκτη κατάσταση στην πατρίδα μου.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a conversa não é nova nem os argumentos originais. Sob a capa de uma mirifica modernização de serviços e de operações leva-se por diante a liberalização e privatização de mais um setor estratégico da economia: o setor portuário.

As promessas já as vimos em relação a outros sectores: captar investimentos, maior eficiência, melhor qualidade, sabemos bem o que tudo isto significa. É verdade que esta proposta fica muito aquém daquilo que eram as ambições liberalizadoras iniciais da Comissão Europeia. Diminui o grau de liberalização, um recuo certamente forçado pela luta, pela resistência dos trabalhadores em primeiro lugar e que aqui valorizamos. Mas a verdade é que, apesar disso, a proposta não deixa de apontar um caminho, um caminho negativo e que urge combater.

É engraçada a preocupação expressa relativamente aos utentes dos portos. Engraçado que, enquanto noutros sectores os utentes passam a ser clientes, por exemplo no caso dos transportes públicos, aqui onde os clientes são grandes empresas, então já falamos de utentes. Muito elucidativo e muito claro sob o ponto de vista que aqui se expressa, o do grande capital, o dos grandes grupos económicos, o das grandes multinacionais.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señor Presidente, yo quisiera decir que, sin duda, es innegable que hay mejoras en este Reglamento. Eliminar las restricciones sobre la prestación de servicios portuarios y aumentar la transparencia en la financiación de los puertos es algo loable.

Señora Comisaria, yo no estoy de acuerdo con la mayor liberalización del sistema portuario europeo, creo que está funcionando razonablemente bien. Por tanto, me alegro de los cambios en esta negociación. Pero sí quiero decirle, igual que ha dicho mi colega, la señora Ayala, que me preocupa que en su intervención ha anunciado un posible Reglamento sobre la exención de las ayudas de Estado en los puertos. Creo que, si eso es así, crea una gran discriminación a favor de países con muchos recursos, como sucede en el norte; que favorece principalmente a dos puertos del norte europeo y perjudica al resto. Creo que esto debería aclararlo ahora, en su segunda intervención.

Lucy Anderson (S&D). – Mr President, I am speaking tonight in support of this report. I very much want to thank our rapporteur, Knut Fleckenstein, for the amazing work he has done on the report; it really has not been easy. The reason that we have had a good result is because we had a very detailed debate on this back in March, at first reading, and I do think that there is a balanced result.

I know that UK ports still have some concerns, but, with proper implementation and good interpretation, the rules on transparency can work to the benefit of everyone. Also, I particularly welcome the specific reinforcement in the text of training rights for workers, and also the social dialogue: the importance of dialogue between trade unions and workers at European level and other levels.

Finally, to the Commission: please, as other speakers have also said, take this regulation and do not seek to come back in a couple of years time to mandate more market access. This is not what we need in this sector; it is vital for our economy across Europe and it is vital for the many, many thousands of workers who work in this sector.

(Koniec pytań z sali)

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you very much for the debate. I have listened very carefully to what you have said, so allow me now to address a couple of your concerns and comments.

First, the regulation does not impose a one-size-fits-all approach. We know that every port in Europe is different. The regulation respects this, including the public or private ownership of ports. It is really important to know that this regulation applies only to the ports of European interest, which were identified as such in the trans-European network by the European Parliament and the Council in 2013. This refers to 329 ports out of 1200 ports in Europe. This is a very important message that needs to be taken on board. The regulation also includes tailor-made provisions to avoid putting unnecessary burdens on the smaller ports in the trans-European network with a more local dimension.

Second, on the point of private ports which do not receive public funds, let me stress that they do not have to apply the rules on financial transparency, and this has to be very clear. I would greatly appreciate if you can pass this message on clearly. However, private ports as private undertakings should apply the same rules on the provision of port services, including ensuring adequate training. On the other hand, we see no good reason to allow a private undertaking to potentially abuse its dominant position vis-à-vis others on the mere grounds that it is private.

So let me add to this two more comments on social aspects: firstly, the regulation will improve the training of the employees of the port service providers; secondly, it respects the tradition and ongoing social dialogue in each Member State. It allows – but does not impose – the transfer of the rights of workers from one undertaking to the new one in case of change of contracts.

The discussion shows that the agreement of the trilogue between Council and the Transport Committee strikes the right balance. As regards state aid the process is ongoing. I can reassure you that the Commission will do as much as it can within its remit to integrate the latest comments made by the Parliament and the interested parties, notably in the final version of the General Block Exemption Regulation.

Maritime ports are vital for the competitiveness of the Union and sustainable multi-modal transport. So that is why the EU is providing a substantial part of its Connecting Europe Facility budget to support infrastructure investments in ports belonging to our TEN-T corridors – EUR 760 million since 2014 — or in infrastructure connecting those ports, railways, for example. The Port Services Regulation will ensure that investors are adequately consulted. The momentum is there to create a European framework which provides a level playing field and creates legal stability for investors, port workers and users.

So at the end, let me just wrap up. The Port Services Regulation creates a stable framework in which ports will be able to: first, develop; second, attract private investors; third, improve their public spending; fourth, improve the quality of port services; and finally, contribute to more efficient logistic chains and sustainable transport.

Commission statement on recital 45 of the Proposal for a Regulation establishing a framework on market access to port services and financial transparency of ports

The Commission considers that recital 45 should not have been included for the following reasons.

First, the recital does not relate to any of the enacting terms of the regulation and hence does not comply with the principles of the Interinstitutional Agreement on Better Law-Making. In that agreement, the European Parliament, the Council of the European Union and the European Commission confirmed that they remain fully committed to the Interinstitutional agreement on common guidelines for the quality of drafting of Community legislation, which provides that the purpose of recitals is to set out concise reasons for the chief provisions of the enacting terms, without reproducing or paraphrasing them, and that recitals should not contain normative provisions or political exhortations.

Second, the Commission recalls that the notion of State aid within the meaning of Article 107(1) TFEU is an objective one, enshrined in the Treaty and not at the disposal of the Union legislator. It can only be applied as such by the Commission or national courts in specific cases, subject to the control of the Union courts.

Third, the wording of the recital may create confusion. Having regard to the Treaty notion of State aid, it cannot be claimed that public funding of all access and defence infrastructure accessible to all users on equal and non-discriminatory terms always falls outside the scope of the State aid rules. The Commission's decisional practice shows, for instance, that public funding of certain access infrastructure located within the area of a port may constitute State aid.

Knut Fleckenstein, *Berichterstatter.* – Herr Präsident! Ich will gar nicht auf alle Dinge eingehen, die hier gesagt worden sind. Vieles hat die Frau Kommissarin eben auch schon sehr klar und deutlich erklärt. Herr Marias! Die Privatisierung der griechischen Infrastruktur ist meiner Meinung nach ein Verbrechen an Griechenland, da haben Sie völlig Recht. Ich weiß, dass auch Regierungschefs meiner eigenen Partei sich an diesem Unding beteiligten. Leider ist es nicht die richtige Verordnung, um dieses Thema anzusprechen, aber in der Sache gebe ich Ihnen völlig Recht. Wenn der Hamburger Hafen verkauft werden sollte, würden wir denjenigen zur Psychiatrie schicken.

Zweitens: Die Kritik bezüglich der Arbeitnehmerrechte, überwiegend von meinen eigenen Freunden, verstehe ich. Ich hätte auch gerne mehr reingeschrieben. Aber auch hier gilt natürlich: Das ist keine Verordnung gewesen für diesen Bereich, sondern wir haben gemeinsam mit Gewerkschaften in Italien, Kroatien, Slowenien und Deutschland geschaut, dass wir wenigstens die Dinge nennen und diejenigen, die zuständig sind, bitten, sich darum zu kümmern, dass auch Arbeitnehmer und Arbeitsplätze wichtig sind für Wettbewerbsfähigkeit.

Eines allerdings verstehe ich nicht, was mein polnischer Kollege vorhin gesagt hat: Warum unsere Häfen jetzt schlechter dastehen sollen im internationalen Wettbewerb, weil es mehr Transparenz für die Kunden gibt. Warum unsere Häfen jetzt schlechter dastehen sollen, weil es eine Beschwerdestelle gibt, weil es viel mehr *User*-Rechte gibt. Das glaube ich einfach nicht.

Lassen Sie mich zum Schluss herzlich bedanken bei meinen Schattenberichterstattern, die mit mir sehr, sehr konstruktiv zusammengearbeitet haben. Ausdrücklich mit einbeziehen will ich – weil er nicht mehr da ist – den griechischen EVP-Kollegen Koumoutsakos und auch – weil sie nicht mehr im Parlament sind – Georg Jarzembowski und Willi Piecyk. Und ich möchte mich herzlich bedanken bei den *Stakeholdern* und bei der Kommissarin. Frau Kommissarin Bulc, wenn Sie nicht plötzlich und unerwartet – nach unserer Erfahrung mit der Kommission – einen sehr pragmatischen Weg gewählt hätten, wären wir heute nicht hier und würden nicht sozusagen das Ende der Diskussion zunächst einmal „feiern". Denjenigen aus Großbritannien, die nie zuhören wollten, die nie mitmachen wollten, die alles am Anfang schlecht fanden, im Gegensatz zu anderen Kollegen aus dem gleichen Land, die etwas verbessern wollten, sage

ich: Seien Sie froh, bis das in Kraft tritt, sind Sie draußen.

President. – Thank you very much Mr Fleckenstein, especially your greetings for Georg Jarzembowski, from Hamburg, by the way.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w środę 14 grudnia 2016 r.

12. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

13. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll

14. Nordostatlantik: Tiefseebestände und Fischfang in internationalen Gewässern (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad zaleceniem do drugiego czytania stanowiska Rady przyjętego w pierwszym czytaniu sporządzonym w imieniu Komisji Rybołówstwa w sprawie przyjęcia rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady ustanawiającego szczegółowe warunki dotyczące połowów stad głębinowych na północno-wschodnim Atlantyku oraz przepisy dotyczące połowów na wodach międzynarodowych północno-wschodniego Atlantyku i uchylającego rozporządzenie (WE) nr 2347/2002 (11625/1/2016 - C8-0427/2016 - 2012/0179(COD)) (sprawozdawczyni: Isabelle Thomas) (A8-0369/2016).

Isabelle Thomas, *rapporteur.* – Monsieur le Président, ce règlement de pêche de grands fonds est un règlement hautement symbolique, qui a fait couler beaucoup d'encre. On pourrait parfois se demander pourquoi, et pourtant les réponses existent.

D'abord, parce que nous sommes au cœur de la question du développement durable, c'est-à-dire au cœur du fameux triangle qui devrait être équilatéral, défini à Rio, entre environnement, économie et social. La pêche de grands fonds, c'est une activité économique qui comporte, outre la fonction sociale de ses emplois, également une fonction sociale alimentaire, et qui a, bien sûr, un fort impact environnemental. Mais au-delà, il y a, chez nos concitoyens, une grande inquiétude quant à ce que nous ferons de nos océans.

Depuis 2012, lorsque la proposition d'interdiction de la pêche de grands fonds est arrivée de la Commission Barroso, on a pu dire – en tout cas moi j'en avais la certitude – que l'on pouvait faire vivre ce développement durable, qui n'est souvent qu'un slogan, la certitude qu'un compromis était possible – pas forcément un compromis entre les groupes politiques, ça, c'est toujours possible, ou presque – mais un compromis sur les grands enjeux, à savoir, justement, les fonds marins vulnérables à protéger, les espèces à protéger, mais aussi l'activité économique et ses emplois et la fonction alimentaire.

Il faut le dire, il y a eu beaucoup de bruit, beaucoup de fureur, des torrents d'injures, des menaces de mort dont j'ai été victime, des pressions incroyables, mais, pourtant, nous avons travaillé, au Parlement européen et au Conseil, et nous avons obtenu un accord qui – je le crois en tout cas – répond à nos priorités et à tous ces objectifs.

Les résultats, quels sont-ils? Tout d'abord, le maintien de l'activité. Ce n'est pas rien, il s'agissait quand même de 760 navires. Deuxièmement, le gel de l'empreinte, c'est-à-dire la définition d'une zone où nous pourrons continuer à pêcher en grands fonds, mais qui est limitée à celle qui a été en vigueur entre 2009 et 2011. Une limite bathymétrique qui interdira d'aller pêcher au-dessous de 800 mètres de profondeur. Le contrôle renforcé et des sanctions renforcées pour cette pêcherie spécifique. Une vigilance scientifique tout à fait exceptionnelle dans l'activité de pêche, avec 20 pour cent de cette activité qui sera couverte par des observateurs scientifiques. Des études d'impact nombreuses et les enregistrements des captures, y compris des espèces non ciblées.

Certes, nous n'avons pas choisi la facilité. Il aurait été beaucoup plus simple sans doute de faire ce qu'avait proposé la Commission Barroso, à savoir de tout interdire, ou encore plus simple, tout aussi simple en tout cas, de tout autoriser. Sur le plan juridique, cela aurait était tout à fait facile.

C'est ce qui explique la difficulté et la technicité de ce règlement, c'est que justement nous avons voulu essayer de faire converger toutes ces exigences et tous ces enjeux. Cela explique aussi que le Conseil ait mis deux ans à s'accorder, traversé par de nombreuses contradictions. Cela explique également que nous ayons usé deux présidences du Conseil et, à cet égard, je voudrais remercier la présidence luxembourgeoise, qui a initié ce travail, et la présidence néerlandaise, qui l'a conclu, et qui nous ont accompagnés pendant neuf mois – le temps d'une gestation – et cinq trilogues.

Mais, bien sûr, c'est avant tout mes collègues et leurs équipes et les équipes du Parlement que je voudrais remercier ce soir. Nous avons travaillé à un haut niveau de technicité, tous ensemble. Nous avons travaillé neuf mois, plus de dix réunions de rapporteurs fictifs, nous avons fait bloc vis-à-vis du Conseil, même si nos positions n'étaient pas toujours éloignées.

Pour conclure, je voudrais vous dire que, si je suis heureuse, c'est qu'il n'y a que deux perdants. Il n'y aura que deux perdants lors du vote, je l'espère: ceux qui voulaient tout interdire et ceux qui voulaient tout autoriser pour que le profit soit la seule règle. Ceux qui ont gagné, ce sont ceux qui refusent que les trois angles du triangle du développement durable définis à Rio sombrent dans le triangle des Bermudes et croient que l'intelligence humaine peut triompher.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, on behalf of the Commission and my colleague, Karmenu Vella, I would like to thank Parliament for its role in reaching the successful and balanced conclusion of the deep-sea access file. The Commission fully endorses the compromise found between the co-legislators.

Deep-sea fisheries account for only one percent of landings from the North-East Atlantic, but I know that the economy of a number of fishing communities depends to a certain extent on these fisheries. The compromise therefore reflects both the need to protect the marine environment and the interest of the fishing industry in continuing deep-sea fishing. The agreed measures, such as fishing within the footprint and the 800m depth limit for bottom trawls, the observer scheme and the control measures will make deep-sea fishing more sustainable and more environment friendly.

Deep-sea fisheries have only been regulated since 2003. Before this, the fisheries were largely unregulated and partly showed typical symptoms of the 'race to fish' problem, resulting in the depletion of stocks. Ensuring sustainable fishing is increasingly important for society at large, but it is fundamental for the fishermen that depend on these fisheries. We all have an interest in ensuring sustainable fisheries, and with the deep-sea regulation we have taken an important step to ensure a sustainable framework for deep-sea habitats and fisheries.

In this context, I would like to give you an example of the roundnose grenadier in the Celtic Sea and the English Channel. This is the only stock for which we have full scientific advice. As a consequence, in November this year the Commission proposed to the European Council to set the fishing opportunities for this stock at maximum sustainable yield levels. In the New Year, the Commission will start preparing proposals for the next steps of the implementation of the Regulation, establishing the footprint for deep-sea fishing and identifying vulnerable marine ecosystems to be closed for fisheries.

I started by thanking you all for making this agreement possible because such important steps are only possible through common effort. Let me, however, end by giving special thanks to Mrs Thomas, as rapporteur, and her team and the shadow rapporteurs for their outstanding work on this file.

Gabriel Mato, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, señora Comisaria, el acuerdo político que hoy debatimos cierra un ciclo de cuatro años de intensas negociaciones políticas y técnicas. Siempre he dicho que para que un acuerdo pueda ser considerado satisfactorio todo el mundo tiene que estar parcialmente insatisfecho, y este no es una excepción. No estamos plenamente satisfechos.

Por encima de todo, damos la bienvenida a un conjunto de medidas ambiciosas que se esfuerzan para mejorar la explotación sostenible de estas especies vulnerables, así como la protección de los ecosistemas marinos vulnerables de las aguas profundas.

Sin embargo, hay aspectos de los que no podemos estar satisfechos. Es el caso de la arbitraria prohibición de cualquier actividad de arrastre de fondo —incluso el exploratorio— por debajo de ochocientos metros. Una prohibición demasiado drástica, sin base alguna y, desde luego, sin ningún tipo de soporte científico sólido, lo cual constituye un mal precedente.

¿Cómo explicar a un operador de buena fe que está llevando a cabo una pesca perfectamente legal y bien regulada que a partir de mañana no va a poder operar en determinadas zonas de pesca? ¿A que no es fácil? Pues no. Pero tampoco lo es explicar a la comunidad internacional que la Unión Europea impone reglas no respaldadas suficientemente por la ciencia.

Si esto es difícil de explicar, más lo era la pretensión de la Comisión anterior, felizmente modificada por el Comisario Vella, de prohibir totalmente una actividad pesquera plenamente legal invocando razones de protección de medio ambiente.

De mis palabras no tiene que inferirse que estoy en desacuerdo. No. Me alegro mucho de haber llegado a este acuerdo. Ha sido un acuerdo muy difícil. Felicito a la ponente y a todos los ponentes alternativos. Hemos hecho un gran esfuerzo todos; en el punto crítico hicimos concesiones valientes, y yo lo que espero y confío es que con este trabajo podamos seguir adelante.

Ricardo Serrão Santos, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, a distribuição das espécies marinhas não conhece fronteiras. No caso das espécies de profundidade, o problema é ainda mais complexo. Há muito que a pesquisa científica mostrou que os *habitats* e as espécies de profundidade são intrinsecamente mais vulneráveis porque têm em geral grande longevidade, maturação tardia, baixa reprodução e poucos inimigos naturais.

Nalgumas pescarias de profundidade, como as que se praticam no Nordeste Atlântico, nos arquipélagos dos Açores e da Madeira, há muitos anos que se implementaram restrições às pescarias industriais de arrasto e de redes de emalhar. Os *habitats* e os ecossistemas desta região são da mesma natureza dos das águas internacionais do Nordeste Atlântico.

Este regulamento, que hoje aqui se debate, estende algumas das normas que estavam implementadas para a Macaronésia há já 11 anos através do Regulamento da Comissão Europeia n.º 1568 de 2005, mas fica muito aquém deste. Foi talvez o documento de consenso possível e, como tal, saúdo a relatora pelo esforço. Já é algum avanço impedirem-se as pescarias abaixo dos 800 metros e nos ecossistemas marinhos vulneráveis abaixo dos 400 metros.

Ao reduzir o dano que o arrasto provoca nos recifes de corais frios e esponjas de profundidade estamos a conservar um legado milenar e, simultaneamente, a contribuir para proteger a reprodução e a sustentabilidade dos mananciais da pesca. Mas podíamos ter ido mais longe e temo que, não o tendo feito, se continue a afetar, por exemplo, a pesca artesanal das regiões arquipelágicas dada a conetividade dos oceanos.

Czesław Hoc, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Ekosystem głębin mórz i oceanów, czyli świat zimnowodnych koralowców, gąbek i ryb głębinowych, tworzył się przez tysiące lat z uwagi na ekstremalne warunki: brak światła i tlenu, niską temperaturę wody. Połowy głębinowe niestety powoli niszczą ten wrażliwy ekosystem. Należy pamiętać, że ryby głębinowe wzrastają bardzo powoli, późno dojrzewają, mają niską reprodukcyjność i są długowieczne, na przykład *gardłosz atlantycki* (orange roughy) żyje do 150 lat, a zdolność rozmnażania nabywa dopiero w wieku od 25 do 30 lat.

Obecne rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady jest jednak wielką szansą i nadzieją na ochronę morskich i oceanicznych głębin, a jednocześnie tworzy roztropne i oszczędne zarządzanie flotą rybacką. Zarządzanie głębinowymi zasobami musi być zrównoważone i uspójnione, zgodne z naukowymi wytycznymi, i powinno skutecznie ochraniać ten unikatowy ekosystem.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, quiero agradecer a todos quienes nos hemos implicado en la consecución de este Acuerdo el esfuerzo realizado para aprobar este Reglamento sobre pesca en aguas profundas, y especialmente a la ponente, a la señora Thomas. Se trata de una norma equilibrada, que aúna la evidente necesidad de proteger un ecosistema vulnerable y crítico para la vida en la mar con un ejercicio racional de la pesca de arrastre en aguas europeas. Todos los informes científicos disponibles indican que la desregulación existente hasta el año 2002 llevó a la sobrepesca, y que el Reglamento aprobado entonces no consiguió acabar con ella.

Este Acuerdo es fruto de una negociación que se inició en el año 2012. Tras un proceso laborioso y complejo, nos acerca a los más exigentes estándares internacionales de protección. El Reglamento se ciñe a las actividades de nuestra flota en aguas europeas. Las actividades en aguas internacionales quedan igualmente cubiertas por la Comisión de pesquería del Atlántico nordeste.

La prohibición de la actividad por debajo de los ochocientos metros para la flota de arrastre configura, junto con medidas como la determinación de zonas de pesca, la obligatoriedad de las evaluaciones de impacto o la prohibición total en determinados ecosistemas marinos vulnerables, un marco que tiene como principal objetivo garantizar la protección del medio, el pilar básico para que cualquier actividad pesquera sea sostenible. Igualmente se han reforzado las medidas de control obligando a declarar todas las capturas y estableciendo un programa de observadores para garantizar que la recopilación de datos sea homogénea y precisa. Esperamos así que definitivamente pasemos de las palabras, de las buenas palabras, a los hechos.

João Ferreira, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, Senhora Comissária, esta discussão sobre a regulamentação das pescas de profundidade no Atlântico Nordeste arrasta-se há mais de três anos.

O compromisso a que agora, finalmente, se chegou é razoável do ponto de vista dos objetivos preconizados e das soluções apontadas, o que, do nosso ponto de vista, não acontecia com a proposta inicial da Comissão Europeia.

Congelar a pegada da pesca, restringindo a ação de artes consideravelmente impactantes às áreas nas quais esse impacto já não pode ser evitado, ao mesmo tempo que se adotam medidas específicas de proteção de ecossistemas vulneráveis dos fundos marinhos, afigura-se-nos, desde o início, como sensato e adequado.

Valorizamos igualmente a adoção de medidas tendentes a melhorar o conhecimento científico, robustecendo-o para melhor suporte à decisão política e aos processos de avaliação de impacto.

Gostaríamos, todavia, que tivesse sido possível ir mais longe no domínio das águas internacionais, onde hoje se desenvolvem atividades de pesca que importava submeter a uma regulamentação mais estrita, com isso beneficiando, por exemplo, os recursos que evoluem nas águas das regiões autónomas dos Açores e da Madeira.

Linnéa Engström, *för Verts/ALE-gruppen*. – Herr ordförande! Fru kommissionär! Först vill jag gratulera föredraganden fru Thomas för att hon lyckats slutföra denna viktiga lagstiftning som påbörjades redan förra mandatperioden.

I och med att fiskefartygen har blivit allt fler, större och mer effektiva så har tillgången på vildfångad fisk blivit allt sämre. Vi fiskar upp allt mindre fiskar, fiskar allt längre ut till havs och allt djupare ner. För att vi ska kunna äta fisk i framtiden måste förvaltningen av våra hav och våra gemensamma fiskeresurser radikalt förändras och förbättras. Det gäller att få stopp på tjuvfisket och överfiske som leder till utarmning av våra hav.

Miljön i de djupa delarna av våra hav är ekologiskt sårbara. Eftersom miljön så djupt är kall och utan ljus så händer allting där väldigt, väldigt långsamt. Arterna som lever djupt nere i haven växer långsamt och når sin reproduktionsålder flera decennier senare. Därför är de mycket sårbara för överfiske, då det kan ta också flera decennier, till och med århundraden, innan det fiskebeståndet når sin ursprungliga storlek efter att ha drabbats av överfiske. Därför kan djuphavsfiske mer liknas vid gruvdrift än fiske av en förnybar resurs.

Det finns en stor rikedom av koraller och andra sårbara arter som måste skyddas.

Det mesta av djuphavsfisket utförs med mycket destruktiva redskap – som bottentrålning. Därför är jag mycket glad att konstatera att den här lagen inte tillåter bottentrålning under ett djup av 800 meter. Det är ett viktigt steg för att skydda den viktiga havsmiljön. Tack!

Marco Affronte, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, siamo finalmente arrivati al voto finale di questo fascicolo dopo anni di trattative.

Il percorso travagliato di questa proposta nasce dal conflitto fra due interessi molto ampi: da un lato l'interesse economico di una pesca che, per sua natura, è quasi esclusivamente industriale e, dall'altro, la necessità di proteggere degli ambienti che oggi rischiano di diventare la nuova terra di frontiera. La strenua lotta che si è condotta nelle negoziazioni mirava, per quello che mi riguarda, proprio a questo.

Per questo salutiamo con grande soddisfazione il limite degli 800 metri sotto ai quali non si potrà svolgere alcuna pesca a strascico, limite che passa a 400 metri nel caso di aree con ecosistemi particolarmente sensibili. Questi sono ambienti in gran parte inesplorati e poco conosciuti, ecosistemi ancora da comprendere che sappiamo essere molto delicati e fragili: soprattutto per questo motivo dobbiamo essere assolutamente cauti quando li consideriamo come una risorsa da sfruttare.

Mai come in questo caso dovremmo far valere il principio di precauzione e non parlo soltanto della pesca. Pensiamo che in questo caso sia stato raggiunto, grazie al lavoro della relatrice e degli *shadow rapporteur*, un buon compromesso e quindi sosterremo questa relazione.

Sylvie Goddyn, *au nom du groupe ENF.* – Monsieur le Président, la pêche en eau profonde a donné lieu, en effet, à des débats passionnés, en raison de son impact sur les écosystèmes marins.

La réglementation actuelle prévoyait, notamment, des mesures techniques restrictives, mais aussi l'interdiction de pêcher dans certaines zones. Malgré ces efforts, les niveaux de capture ont été constamment revus à la baisse. En effet, la grande vulnérabilité de ces stocks particuliers entraîne une reconstitution longue, voire impossible. Les chaluts de fond entraînent également des niveaux élevés de captures accidentelles. À cela s'ajoute, enfin, la difficulté pour les scientifiques de déterminer avec certitude un niveau de pêche durable.

Il a donc été décidé d'ajuster à nouveau la réglementation pour limiter les effets néfastes de cette pêche. Celle-ci prévoit désormais l'interdiction du chalutage sous 800 mètres de profondeur, le gel de l'empreinte, c'est-à-dire l'obligation de pêcher uniquement dans les zones déjà exploitées, le renforcement des contrôles à bord et des sanctions et, enfin, la présence d'observateurs scientifiques embarqués sur 20 % des navires.

Bien qu'elles soient strictes, ces mesures devraient mieux protéger les écosystèmes marins et préserver une pêche durable, je voterai donc en leur faveur.

Alain Cadec (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, je me félicite de l'adoption de ce rapport, qui est l'aboutissement de quatre années de négociations acharnées sur l'activité de pêche en eau profonde dans l'Union européenne. Bravo à la rapporteure.

Partant d'une proposition radicale, le Parlement européen et le Conseil ont réussi à définir une ligne claire et équilibrée pour la pêche des espèces d'eau profonde. Nous avons eu la lourde tâche de trouver un compromis entre, d'une part, nos ambitions environnementales pour la sauvegarde d'espèces à maturation très lente, ainsi que la préservation d'écosystèmes vulnérables, et, d'autre part, la sauvegarde d'une pêche ciblée réglementée et d'une pêche accessoire nécessaire à certaines de nos régions européennes.

Cet accord permettra de collecter les données essentielles à la connaissance des fonds marins et des espèces encore trop méconnues, grâce à la présence d'observateurs à bord des navires.

Par ailleurs, les navires de pêche sont uniquement autorisés à pêcher dans l'empreinte de pêche historique. Lorsqu'ils rencontrent des écosystèmes marins vulnérables entre 0 et 400 mètres de profondeur, ils doivent désormais s'en éloigner, d'un minimum de 5 milles marins, et les signaler aux autorités nationales. Ces zones seront alors fermées à la pêche.

Je me réjouis que la pêche accessoire soit autorisée jusqu'à 11,5 tonnes par an tout en étant encadrée et contrôlée.

Nous avons obtenu un accord équilibré dans le respect de l'environnement marin qui permet de renforcer la durabilité de la pêche, partant d'une prise de conscience sur la vulnérabilité des fonds marins européens et mondiaux.

Nous avons recherché et obtenu un accord économiquement et écologiquement durable et profondément européen.

Merci Émilie pour tout ce que vous m'avez aidé à faire dans cette maison depuis 2009.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señor Presidente, señora Comisaria, en nombre hoy aquí del Comisario señor Vella. Yo quiero, en primer lugar, como han hecho los colegas que me han antecedido, felicitar especialmente a la ponente, a Isabelle Thomas, a mi colega, pero a todos los ponentes alternativos igualmente por haber llegado a este importante y gran acuerdo.

Como ha dicho alguien que me ha antecedido, yo creo que es un gran acuerdo porque todos estamos parcialmente satisfechos. Por lo tanto, yo quisiera destacar alguno de los aspectos.

Las pesquerías de aguas profundas del Atlántico nordeste están dominadas en parte por la flota costera tradicional de Portugal y por la flota itinerante de Francia y España. Un buen número de esa flota está afectado y deberíamos tenerlo en cuenta, junto con la importante sostenibilidad que se ha añadido.

Entre los principales puntos acordados está la prohibición del arrastre más allá de los ochocientos metros en aguas comunitarias, dejando fuera las aguas internacionales, que creaban una importante discriminación para la flota pesquera europea.

Además, la cobertura de observadores a bordo en torno al 20 %. Creo que es un gran acuerdo. Felicitar de nuevo a todos los que han intervenido en él. Y, desde luego, creo que podemos estar satisfechos porque aquella decisión equivocada de la Comisión, cuatro años después se ha cambiado.

David Coburn (EFDD). – Mr President, Mario Draghi said 'whatever it takes'. I believe him. The EU will do anything to preserve its pet projects, whether the euro or the common fisheries policy. This means they will play any trick, no matter how underhand, sly or destructive of democracy. They know there is a great repeal bill planned by the UK's Tory government. They therefore know that all the new rules and regulations they can get through over the next couple of years will be imposed on the British people, in some cases for decades.

The greatest EU con for my country, Scotland, and our neighbours, England, is the infamous common fisheries policy. The EU plans to use May's misguided bill to give it an afterlife in the North Sea and the North East Atlantic. Well, we have spotted your cunning plan and that is why we will oppose all those apparently obscure measures. It also tells us why the British Government is foolish and idiotic if it accedes to Labour, Lib Dem and 'remoaner' demands to reveal its hand in advance of the negotiations. Shame on you. Shame on them. Let us get out of the European Union now.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Mr President, first of all I would like to congratulate the rapporteur on her great work. Finally, after four years of intense political and technical work, a balanced compromise agreement has been achieved. The cornerstone of this agreement between the Council and Parliament is banning bottom-trawling, which targets deep-water species at depths of more than 800 m. This new provision will protect delicate marine ecosystems of the deep sea and I fully support it.

The principle of 'footprint freeze', restricting activities to the areas where fishing took place between 2009 and 2011 was also agreed. The non-application of the regulation to NEAFC, a red line for EPP, was also agreed; provisions were approved including the recording of all catches to improve monitoring of these fishing activities. Member States will also be required to provide information on the location of vulnerable ecosystems, and the Commission will assess this data annually and adapt the allowed fishing area accordingly. With all these objectives reached, I can fully support this deal.

Renata Briano (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei innanzitutto congratularmi con la collega Isabelle Thomas per essere riuscita a condurre in porto un dossier tutt'altro che semplice.

L'obiettivo principale era quello di proteggere, attraverso però una pesca sostenibile, un habitat particolarmente fragile, dove gli stock ittici sono depauperati e dove sono presenti specie che si riproducono molto lentamente. Tra le novità il divieto delle reti a strascico al di sotto degli 800 metri e anche il limite che si sposta a 400 metri di profondità negli ambienti marini più vulnerabili. I pescatori dovranno inoltre comunicare il numero di spugne e di coralli catturati in quanto, raggiunto un determinato quantitativo, saranno tenuti a spostarsi in altre zone di pesca.

Sono infine state inserite nuove regole di trasparenza, tra cui l'obbligo di rendere pubbliche le informazioni raccolte e non solo: al 20 per cento delle imbarcazioni sarà richiesto di avere un osservatore a bordo per consentire di raccogliere dati scientifici. Le nuove norme si applicheranno soprattutto ai pescherecci che operano nell'Atlantico del Nordest.

È vero, si può sempre fare di meglio, ma dopo più di quattro anni di lavoro alla fine è stato trovato un giusto equilibrio tra le esigenze dei pescatori e la necessità di salvaguardare gli habitat marini.

Pytania z sali

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor Presidente, en la propuesta inicial presentada por la Comisión en 2012 se pedía la erradicación de la pesca de arrastre para las especies profundas. Era una propuesta muy radical, no basada en informes científicos, y tampoco tenía en cuenta el enorme impacto social y económico de una prohibición de este tipo. Finalmente, se ha conseguido mejorar la propuesta inicial y reducir su alcance. Por ello, quiero felicitar a la ponente, a la señora Thomas, por el compromiso alcanzado.

Pero sigue habiendo determinados puntos con los que no puedo estar plenamente de acuerdo. Ya antes fueron evocados, en especial por el coordinador de mi Grupo, señor Mato. Quisiera destacar dos de ellos. En primer lugar, la prohibición de utilizar redes de arrastre de fondo por debajo de los ochocientos metros. Si bien es mejor que la prohibición total de su uso, esta decisión no está basada en estudios científicos sólidos. Y, en segundo lugar, la obligación de contar con observadores a bordo del 20 % de los buques de la Unión que utilicen redes de arrastre de fondo. Esta medida es excesiva y supondrá para el sector una fuerte carga.

Termino. Demonizar las artes de pesca es un error. Para alcanzar la sostenibilidad, la solución no es prohibir sino regular bien, y tener también en cuenta los intereses socioeconómicos del sector.

José Blanco López (S&D). – Señor Presidente, se trata de un buen acuerdo que garantiza una actividad sostenible en el Atlántico Nororiental y es el resultado de una intensa negociación con el Consejo, que viene de la legislatura anterior, y por eso felicito a la señora Thomas.

La Unión congelará la huella pesquera en la zona conforme a un límite general establecido en los ochocientos metros, que es bastante satisfactorio para la industria y que a su vez garantiza la protección de los ecosistemas marinos vulnerables.

Se establecen normas más rigurosas en materia de transparencia, un sistema de sanciones justo para los casos de incumplimiento y se asegura la presencia de observadores científicos en el 20 % de las embarcaciones. En definitiva, se trata de un acuerdo importante, de un acuerdo generalmente satisfactorio para la sostenibilidad pesquera en las aguas profundas del Atlántico Nororiental.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, καθώς τα ιχθυοαποθέματα μειώνονται και η τεχνολογία προοδεύει, η αλιεία επεκτάθηκε γρήγορα και ανεξέλεγκτα σε μεγαλύτερα βάθη. Τα οικοσυστήματα και τα είδη των βαθέων υδάτων επηρεάζονται αρνητικά, καθώς τα περισσότερα εξ αυτών χαρακτηρίζονται ως ιδιαίτερα ευάλωτα στις επιπτώσεις της αλιείας. Τα είδη των βαθέων υδάτων αναπτύσσονται με βραδείς ρυθμούς, ζουν πολλά χρόνια, έχουν χαμηλό δείκτη γονιμότητας και αναπαράγονται σχετικά αργά κατά τον κύκλο της ζωής τους. Η πρακτική της αλίευσης με τράτες βυθού, που χρησιμοποιούνται για την αλίευση αυτών των ειδών ιδίως στον βορειοανατολικό Ατλαντικό, χαρακτηρίζεται πλέον από την επιστημονική κοινότητα ως ιδιαίτερα βλαπτική για αυτά τα είδη. Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει λοιπόν να μειώσει στο μέγιστο δυνατό τον περιβαλλοντικό αντίκτυπο της αλιείας, εξασφαλίζοντας παράλληλα τη βιώσιμη εκμετάλλευση των βαθέων υδάτων. Σε παγκόσμιο επίπεδο υπολογίζεται ότι το 31% των ιχθυοαποθεμάτων υπεραλιεύεται και ότι η παράνομη και άναρχη αλιεία φτάνει πλέον ετησίως στους είκοσι έξι εκατομμύρια τόνους, συνολικής αξίας είκοσι τριών δισεκατομμυρίων ευρώ. Η κατάσταση αυτή πρέπει να σταματήσει.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, penso sia essenziale garantire, per quanto possibile, lo sfruttamento sostenibile degli stock di acque profonde, riducendo l'impatto ambientale e implementando la base informativa necessaria per la valutazione scientifica. È essenziale fissare un limite batimetrico, al fine di proteggere meglio gli ecosistemi marini vulnerabili dei fondali marini, così come penso sia necessaria l'introduzione di norme rigorose in materia di trasparenza, norme, per esempio, che possano comprendere l'obbligo di imbarcare osservatori scientifici e di registrazione delle catture.

Un'altra misura chiave riguarda la raccolta dei dati e, in particolare, l'obbligo per gli Stati membri di fornire informazioni sulla localizzazione degli ecosistemi vulnerabili e sulle navi europee che pescano in acque profonde, informazioni che devono consentire alla Commissione europea di valutare e, di conseguenza, adeguare le zone di pesca autorizzata: meglio se è fatta annualmente questa valutazione.

L'accordo raggiunto può garantire quindi condizioni atte a evitare impatti negativi sugli ecosistemi marini vulnerabili e per stabilire migliori condizioni per una più efficace raccolta dei dati. Mi complimento con la relatrice Thomas per l'ottimo lavoro svolto.

(Koniec pytań z sali)

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank Honourable Members for their interventions, which show that there is huge support for the agreement reached between the co-legislators.

Let me briefly respond to some of the comments. Mr Mato, there is no ban on fishing below 200 m. Fishing will be restricted within the footprint where historical fishing has taken place. Exploratory fishing is possible within strict conditions. Mr Serrão Santos, the specificities of the outermost regions were taken into account. For these regions the threshold to define a target is much higher than in mainland Europe.

Of course I understand that some Members would have liked to be more ambitious, for example concerning more observers on board. At the same time, I also understand that some Members find that this is an extensive framework for a limited fishery, however socio-economically important it may be. Here I would like to remind you once again that we need sustainable fisheries, both to secure a future for our fishermen and to protect our deep-sea environment. On this basis, the Commission believes that the outcome is balanced and a big step forward, and therefore fully endorses the agreement reached between the co-legislators.

Isabelle Thomas, *rapporteure*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, même si je regrette un peu que M. Vella ne soit pas parmi nous, pardonnez-moi. Je voudrais, bien sûr, répondre sur le fait que tout compromis génère des frustrations. De M. Ferreira à M. Mato ou de M[me] Engström à M. Millán Mon, en tout cas, à eux, je voudrais dire deux choses: la première, c'est que l'accord est évolutif et les études d'impact prévues, les évaluations, permettront de le faire évoluer dans le bon sens, d'autant plus – et c'est la seconde chose que je voulais dire – que la dimension scientifique est probablement une des plus importantes afférentes à un règlement de la pêche. Que ce soit le *reporting* de toutes les prises, mais aussi les études d'impact, les observateurs scientifiques – nous en avons parlé –, tous ces éléments nous permettront d'améliorer notre connaissance sur les systèmes marins vulnérables, mais aussi sur les espèces non ciblées.

Je fais donc le vœu que toutes ces données scientifiques, avec toutes ces évaluations et ces études d'impact, nous permettront de faire encore mieux la prochaine fois et de générer moins de frustrations que celles générées aujourd'hui. En tout cas, je voudrais remercier une fois de plus tous les rapporteurs fictifs, M[me] Barandica, M. Jadot, M. Ferreira, M. Mato, bien sûr, je vais en oublier – voilà, il ne fallait pas faire ça –M. Affronte, je vous remercie vraiment chaleureusement pour tout le travail accompli, avec vos équipes bien sûr, et vous remercie de ce que, à la fin, ce soit la raison et la rationalité qui l'aient emporté.

Przewodniczący – Zamykam debatę.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – This debate takes place just as the annual quota talks in Brussels are commencing. Whilst I campaigned for Scotland to remain in the EU, I'd be the first to acknowledge that European fisheries policy has failed – and that's why I campaigned for the reformed CFP to have strong regional decision-making at its heart. Whilst Brexit campaigners have highlighted that leaving the EU will bring fisheries powers back to the UK, nothing has been said as to where those powers will lie. It is essential in my view that powers over Scotland's fishing resources be held by the Scottish Parliament. Fishing contributes proportionately far more to the Scottish economy than it does to the UK as a whole – and for that reason the Scottish Parliament is more responsive to the industry's needs than Westminster. The Scottish Parliament will never allow our fishing industry to be used as a bargaining chip in wider negotiations. All too often in the past, December quota talks have failed because the UK Government has given away too much. UK Government documents from the 1970s stated that Scotland's fishing industry was 'expendable' in negotiations to join the then EEC.

15. Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2015 (Aussprache)

Przewodniczący. — Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad sprawozdaniem sporządzonym przez Józsefa Nagy'ego w imieniu Komisji Wolności Obywatelskich, Sprawiedliwości i Spraw Wewnętrznych w sprawie sytuacji w zakresie praw podstawowych w Unii Europejskiej w 2015 r. (A8-0345/2016) (2016/2009(INI)).

József Nagy, *előadó*. – Elnök Úr, tisztelt Képviselő Hölgyek és Urak, rendkívüli kihívás volt számomra az alapjogi jelentés elkészítése, és itt szeretném megköszönni az árnyékelőadóknak, valamint a közreműködő kollégáknak az együttműködést. A tavalyi év két nagy problémája a migráció kezelésének a válsága és a terrorizmus példátlan terjedése voltak. A migráció kezelésénél rámutattunk a tagállamok felelősségére, de arra is, hogy a migránsoknak nemcsak jogaik, de kötelezettségeik is vannak. A terrorcselekmények megelőzésénél a biztonsági unió kialakítására helyezzük a hangsúlyt. Emellett nem feledkezünk meg az áldozatok és a hozzátartozóik jogairól sem. Hadd mondjak néhány fontos megoldandó társadalmi problémát, ami megjelenik a jelentésben.

Kiemelten foglalkozunk a gyermekek jogaival, a legégetőbb még mindig a nagyfokú gyermekszegénység és az eltűnt gyermekek magas száma. Emellett fontos rámutatni a gyermekek szülőktől való indokolatlan elszakítására. Erre csak a végső esetben kerülhet sor, és az államoknak több esélyt kell adniuk a szülőknek, hogy javítsanak, javíthassanak a gyermekek helyzetén. Nyomatékosan foglalkozunk a fogyatékkal élők jogaival is, hiszen az Unió területén még mindig nagy mértékben szenvednek a hátrányos megkülönböztetés miatt. Konstruktív módon tárgyaljuk a kisebbségek jogait, akik az európai sokszínűséget gazdagítják. Tudatosítjuk-e, hogy a mellőzött jogaik a többségi nemzetek számára csupán jelentéktelen engedmények, de a megtagadásuk politikai uszításra, a nacionalizmus gerjesztésére alkalmas veszélyes eszközzé válhat külső és belső ellenségeink kezében? Egy közös minimumstandard nagyban segítené a jogok kialakítását, s azok betartatását ott, ahol ezt politikai meggondolásból hanyagolják, vagy mint kényelmetlen kérdést inkább elkerülik.

Emellett részletesen foglalkoztunk a nők jogaival, mert olyan társadalmi feltételeket kell a nőknek teremteni, hogy az önmegvalósítás és a karrierépítés összhangba kerülhessen a gyermekvállalásban betöltött egyedi küldetésükkel. Emellett nem feledkeztünk meg a nemek közti esélyegyenlőségről sem, hiszen a társadalmi berögződöttség sok embertársunk mélységes frusztrációjához is vezet. Külön fejezetben részletezzük a megkülönböztetés elleni küzdelmet és a romák jogait. Egyre fontosabb az is, hogy az új technológiák ne veszélyeztessék a jogainkat. A gyermekek digitális biztonsága és a személyes adatok védelme mellett a drónokkal való zaklatás vagy az elfelejtéshez való jog is nagyon időszerű. A jelentésben kérjük a tagállamokat, hogy szorgalmazzák az emberi és az alapjogok oktatását, az e-kormányzást, és a részvételi demokrácia előmozdítását, egyszerűsítését. Nem kerültük el a jogállamiság kérdését sem, hiszen csakis ez lehet a garanciája az összes említett jogkör érvényesítésének.

Tisztel Biztos Asszony! Nagyon pozitív, hogy az Európai Unió jogi személyként egyre több nemzetközi egyezményhez csatlakozik, a polgárjogi egyezményeket sem kivéve. Így az Isztanbuli Egyezményhez való csatlakozásunk is példa értékű lehet a tétovázó tagországok számára. Ezért azt indítványozom, hogy hasonló szellemben járjunk el a gyermekek és a kisebbségek jogvédelmét tartalmazó nemzetközi egyezmények esetében is. Az Európai Uniónak élen kell járnia nemcsak a gazdasági és a környezetvédelmi politikákban, de a polgári és az alapjogok tekintetében is, irányt mutatva a tagországok számára. Befejezésül kérem a tisztelt Képviselőtársakat, hogy mondják el észrevételeiket a jelentéssel kapcsolatban!

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, we are all aware that these are challenging times for free societies, for Europe and for fundamental rights. Almost daily, we see challenges to our values and our way of life on things that we hold dear, that are fundamental, that enable us to live freely and in harmony with our fellow human beings. The way some people, some politicians included, talk about the terrorist threat, the refugee crisis and the economic situation, all tends to feed these worrying developments. Such discourse polarises societies and fuels division, hatred and intolerance. It also nourishes fake news, a reality seen through the spectacles of emotions and not facts. This only leads to a constant erosion of the values and principles that are at the foundation of the democratic societies and the European Union.

Allow me to congratulate the rapporteur on wide support for this resolution and to comment on some key aspects. Let me start with accession to the European Convention on Human Rights. As you know, the Commission remains fully committed to EU accession to the European Convention on Human Rights. The Commission, in its capacity as EU negotiator, is currently consulting with the relevant Council working party on solutions for addressing the various objections raised by the Court. This work is making good progress.

On the rule of law, the Commission fully agrees that our common values as enshrined in Article 2 of the Treaty on European Union must be respected and enforced. As First Vice-President Timmermans underlined at the plenary session in October, the key issue is to identify the best means to achieve this objective. In that respect, the Commission is examining the European Parliament's resolution on a Union pact on democracy, the rule of law and fundamental rights very carefully, in line with Article 225 of the Treaty and will give this resolution the serious response it deserves.

On mainstreaming the EU Charter of Fundamental Rights, systematic fundamental rights checks during the legislative process are carried out to ensure compliance of draft EU legislation with the EU Charter of Fundamental Rights. The Commission's Better Regulation Agenda includes a fundamental rights checklist that the Commission is to use when conducting assessments. The Commission also trains specific departments to ensure application of a fundamental rights-based approach to policy and law-making. In accordance with the interinstitutional agreement, the Commission also committed to systematically introducing a summary of its fundamental rights assessment in explanatory memoranda. Furthermore, when mainstreaming the rights in the Charter in relation to disabled persons, the obligations enshrined in the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities should be observed.

Now let me say a few words on the topic of migration and refugees. Full respect of the Charter and the safeguarding of individuals' fundamental rights and freedoms have also been a stated priority for the Commission in the design of EU policies and measures in the areas of migration, asylum and integration. In particular, the further harmonisation of the Common European Asylum system will contribute to swifter access to international protection for those in need of it, safeguarding protection against refoulement and the right to an effective remedy. It will reinforce the guarantees for vulnerable asylum applicants such as unaccompanied minors and women, in terms of their reception conditions and procedural rights. At the same time, it will counter the misuse and abuse of the fundamental right to asylum, including by reducing secondary movements.

In parallel to reforming the Common European Asylum System to adapt it to changing circumstances and better ensure the principle of solidarity between Member States, the Commission is closely monitoring the transposition and implementation of existing legislation by Member States.

The Action Plan on the integration of third country nationals recalls the importance of fundamental values for a successful two-way integration process. Understanding and subscribing to the fundamental values on which the European Union is built is an essential element of living and participating in the host society. At the same time, these rights also protect the third country national and foster his or her inclusion into our society.

The EU Agency for Fundamental Rights is currently working on monitoring the social inclusion and participation of migrants and their descendants in society from a fundamental rights perspective. It will publish in 2017 the results of the second wave of the largest EU-wide survey on experiences of discrimination, hate crime, victimisation and societal participation of migrants and minorities.

The UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities stipulates the obligation of states parties to ensure the protection and safety of persons with disabilities. It requires protecting their integrity and ensuring that they are free from exploitation, violence and abuse. The European Commission implements the Convention through the European Disability Strategy for the years 2010-2020 and will soon adopt a progress report. The report also takes into account the UN Committee's concluding observations for the EU.

Trafficking in human beings is prohibited in the EU Charter of Fundamental Rights and constitutes a serious form of organised crime. As required by the 2011 Directive in this field, on 2 December, the Commission published two reports, one assessing the transposition of the Directive by Member States, and one assessing the impact of existing national law establishing as a criminal offence the use of services which are the objects of exploitation of trafficking in human beings. The recommendations in your report are very timely since the Commission is working now on the post-2016 policy framework and therefore will assess them carefully.

On freedom and security, as regards surveillance measures by the state it needs to be kept in mind that such activities by police and intelligence agencies of Member States may be based on national legislation pertaining to the protection of national security, an area within the sole competence of the Member States. Where measures of surveillance are applied by the Member States in the context of implementing EU law these States are, however, bound by the Charter. On the European arrest warrant, it should be noted that it is operating correctly and successfully in general. Every year it helps in bringing thousands of suspects and convicts of dangerous offences to justice.

Let me inform you shortly about what the Commission does against radicalisation, discrimination, xenophobia, hate speech and hate crime. Following the approach elaborated in the Commission communication on radicalisation, the Commission, together with the Radicalisation Awareness Network, supports Member States' efforts in countering radicalisation, in full compliance with fundamental rights, promoting social inclusion and avoiding stigmatisation of any group.

The Network Centre of Excellence pools relevant expertise. It identifies best practices and issues policy recommendations and practical guidance that provide Member States and stakeholders with the skills and tools to implement more effective preventive measures at national, regional and also local level. The Commission's contribution is focused on the internet, research, inclusive education, common values, rehabilitation and reintegration, and prisons, where it can provide a real added value, mainly by enabling first line practitioners to exchange practices and develop counter-narratives.

The prevention of and fight against racism, xenophobia and all other forms of intolerance are a clear priority for the Commission. The Commission therefore assists Member State authorities to improve their responses to hate speech and hate crime. An important area of focus is countering illegal hate speech on the internet. The Commission agreed with Facebook, Twitter, Microsoft and YouTube in May 2016 a code of conduct on countering illegal hate speech online, including clear commitments by the companies to review and, if necessary, take down illegal hate speech more speedily and efficiently. We have just finalised a first monitoring of the code of conduct, which I discussed last week with IT providers and Ministers of Justice. The monitoring showed progress, but also confirmed the need to continue improving the timing of the takedowns of illegal hate speech and also transparency towards the notifying persons. Also geographic coverage in the EU is not yet balanced. I got strong support from Justice Ministers at the Council last week to continue on this path and to come back with a further assessment in spring 2017.

The fight against discrimination remains a high priority for the Commission, notably through awareness-raising activities and the monitoring of the various directives in place in this area. Let me say a few words about women's rights and children and Roma rights and citizenship - just to reassure you that I plan to conclude soon. On women's rights the Commission is committed to priorities of its strategic engagement for gender equality for the years 2016 to 2019, which includes actions in response to challenges highlighted by the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE). Substantial progress in implementation of the strategic engagement can already be reported.

The Commission has also made many efforts towards increasing female labour market participation and the equal economic independence of women and men. The Commission monitored and assessed the progress of Member States in achieving equality between women and men, and provided input to the June 2016 country-specific recommendations on female labour market participation addressed to 10 Member States.

The Commission will continue to promote child-friendly justice and the Council of Europe guidelines on child-friendly justice, including through its Rights of the Child funding. Detention conditions are so far, however, primarily a responsibility of Member States, which agreed to respect the existing Council of Europe standards on the matter, such as the European Prison Rules adopted in 2006.

Children growing up in poverty or social exclusion are less likely than their better-off peers to do well in school, enjoy good health and realise their full potential later in life. The efforts to implement the recommendations should be stepped up in particular for children with special needs, children in street situations, children in alternative care and so on. In the context of the refugee crisis, unaccompanied minors face particular integration challenges. Tailored education and training programmes, together with substantial long-term commitment from local hosting and integration systems, are needed to overcome the extremely vulnerable situation of these children.

Under EU law, all asylum-seeking children should have access to education within three months of filing for asylum. The EU Action Plan on the integration of third country nationals refers to the importance of early childhood education and care for the integration of migrant children. Having an inclusive setting so that children with disabilities have equal access to training, care and facilities, remains also a challenge. The recent Forum of the Child identified concrete actions such as the situation in the reception facilities, effective guardianship, which we will pursue further and I will discuss this with Ministers at the informal Justice Ministers meeting at the end of January in Malta.

The Commission has no plans to present a specific European strategy on the rights of the child, since we believe that rather than new announcements, it is more useful to continue to focus on mainstreaming these issues right across all our policy work.

On Roma rights, the Commission in its 2016 report on the implementation of the EU framework and the Council recommendation on effective Roma integration measures in the Member States identified a number of most burning challenges. To address them and bring positive changes in the lives of Roma, the Commission called on Member States to address urgently the enforcement of anti-discrimination legislation, eliminate segregation in education and housing and so on. The Commission is strongly committed to support Member States, ensure the necessary commitment to Roma inclusion at the European level, and use all available means to promote dialogue and cooperation.

Let me conclude with several words on citizenship. The EU Charter of Fundamental Rights has become a powerful safeguard, as demonstrated by its prominence in the rulings of the Court of Justice, as well as national courts. That being said, general awareness of the Charter can still be improved among national judges, as well as citizens in general. To this effect, the Commission is funding several projects accessible through the e-Justice Portal, enabling individuals to know who to turn to in case of breach of a fundamental right. In particular, in October 2016 the e-Justice Portal integrated the Clarity online tool developed by the Fundamental Rights Agency, which helps individuals to identify the competent national non-judicial bodies with a human rights remit. The scope of the tool will be further extended in the upcoming months.

We are now more than ever called upon to defend fundamental rights, democracy and the rule of law with strong determination. The draft resolution of the European Parliament is an important contribution.

(Applause)

Cristian Dan Preda, *Raportor pentru aviz Comisia pentru afaceri constituționale*. –

Domnul președinte, pentru că am de șaptesprezece ori mai puțin timp decât doamna comisar voi fi telegrafic. Din perspectiva AFCO, aș vrea întâi de toate să salut faptul că a fost activat pentru prima dată de către Comisia Europeană noul cadru pentru protejarea statului de drept, cu ideea asigurării protecției domniei legii.

În al doilea rând, aș vrea să salut faptul că au fost organizate în cadrul Consiliul Uniunii Europene două dialoguri despre statul de drept. Reamintesc, în acest context, rezoluția cu privire la crearea unui mecanism pentru democrație, stat de drept și drepturi fundamentale pe care am votat-o aici, în Parlament, acum câteva luni.

Nu în ultimul rând, reiterez apelul Parlamentului European către Comisie de a identifica pașii necesari pentru o aderare cât mai rapidă a Uniunii Europene la Convenția pentru protecția drepturilor omului și a libertăților fundamentale. Doamna comisar ne-a asigurat că au fost făcute progrese bune în această privință, dar nu înțeleg de ani buni ce înseamnă aceste progrese, fiindcă nu le vedem.

Florent Marcellesi, *Ponente de opinión de la Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género*. – Señor Presidente, hay un punto que nos preocupa bastante en este informe sobre los derechos fundamentales en la Unión Europea. Es decir, ¿cómo podemos hablar de derechos fundamentales sin hablar de derechos sexuales y reproductivos de la mujer? Son derechos humanos básicos: derecho a la vida, derecho a la salud, derecho a la privacidad. Y también hay que hablar del derecho al aborto legal y seguro para toda mujer en la Unión Europea.

Además, también nos preocupa porque ahora estamos viviendo un auge cada vez más importante de gobiernos que luchan contra los derechos de la mujer, como puede ser el caso, por ejemplo, de Polonia, que amenaza con retirarse del Convenio de Estambul.

Por eso, pedimos más ambición en este informe para los derechos de la mujer. Son derechos fundamentales en la Unión Europea y son derechos humanos básicos.

Președintă: ADINA-IOANA VĂLEAN

Vicepreședintă

Edouard Martin, *rapporteur pour avis de la commission des pétitions*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, nous sommes ici à Strasbourg et, tout près de là, il y a la Cour européenne des droits de l'homme, où les juges se prononcent et sanctionnent les 47 États partenaires en cas de violation des droits de l'homme. Pour nous, la charte des droits fondamentaux s'applique avec la même force et importance que les traités.

Or, bien que nous soyons, en tant qu'Union européenne, plus politisés et plus intégrés, nous avons beaucoup plus de difficultés à sanctionner les États coupables de non-respect des droits fondamentaux, comme si ces droits faisaient peur, comme si l'Europe pouvait se faire à la carte, avec plus ou moins de droits fondamentaux.

Du côté des États membres, regardez les reculs sur le plan des violations des droits des femmes, des droits des LGBTI, des droits des réfugiés. Du côté de la Commission et du Conseil, constatons l'absence de directive «congé de maternité» ou le blocage du paquet anti-discrimination. En 2015, plus de 150 pétitions concernaient des violations directes des droits de l'homme et ce chiffre ne fait qu'augmenter. Qu'en sera-t-il en 2016? Nous savons trop bien – l'histoire nous l'a démontré – qu'en temps de crise, en matière de droits fondamentaux, chaque fois que nous cessons d'avancer, nous reculons. Alors ne soyons ni complices ni responsables de ces reculs, mais à l'offensive sur les droits fondamentaux.

Pavel Svoboda, *za skupinu PPE*. – Paní předsedající, paní komisařko, návrh předložené zprávy podporuji. V současné době čelíme velkým bezpečnostním výzvám, ale domnívám se, že o to více je třeba sledovat dodržování základních lidských práv právě dnes. Zajištění bezpečnosti bývá totiž často spojováno s omezováním lidských práv. Jsem však toho názoru, že k zajištění bezpečnosti není nutné výrazně omezit lidská práva. Evropská unie musí být schopna zajistit bezpečí i dodržování základních práv společně.

Myslím, že je k tomu dobře vybavena a nemá důvod od tohoto cíle odstupovat.

Zločiny z nenávisti, které se bohužel v poslední době množí i na území Evropské unie, jsou porušením jak základních lidských práv, tak i práva na bezpečí. Konečně se domnívám, že je třeba se nejvíce zaměřit na kvalitu dodržování první a druhé generace lidských práv, protože tato základní lidská práva jsou předpokladem všech ostatních lidských práv.

Očekával bych také, že ve zprávě bude věnováno více prostoru otázce svobody vyznání, a to i v souvislosti s projevy christianofobie, kterých jsme bohužel v poslední řadě let v Evropě také svědky.

Péter Niedermüller, *a S&D képviselőcsoport nevében*. – Elnök Asszony, mindenekelőtt köszönöm a jelentéstevő kollégának, Nagy Józsefnek a megegyezésre való törekvését és a kompromisszumos javaslatok előkészítését. Mint ismeretes, az éves jelentés célja vizsgálni az alapjogok helyzetét az Európai Unióban. Az Európai Unió ma rengeteg kihívással áll szemben, és ezeket a kihívásokat tartósan és morálisan csak az EU közös értékeinek, így a demokrácia, az alapvető jogok, a jogállamiság fenntartásával, védelmével lehet megválaszolni. Ezért ezeket az értékeket önmagukban, valamint a tagállamok és az Európai Unió egyéb kezdeményezései kapcsán is védeni kell. 2015-ben egy sor tagországban merültek fel problémák az emberi jogokat, annak különböző területeit illetően. A gyűlölet-bűncselekmények és a gyűlöletbeszéd rémisztő méreteket öltött, ez utóbbi itt, az Európai Parlamentben is. Több tagállamban sérült a gyülekezési jog, a civil szervezetek szabad működése, a média szabadsága, folyamatos az intézményes diszkrimináció, a xenofóbia, amelynek céltáblái elsősorban a kisebbségek, a roma kisebbség vagy az LGBTI emberek, vagy éppen a menekültek.

Különösen visszataszító a menekültekkel szembeni kirekesztés és aljas gyűlöletkeltés. A szélsőjobboldal menekültellenes retorikája számos európai országban felkorbácsolta az idegengyűlöletet, az iszlámellenességet. Több európai országban felerősödött a homofóbia, a melegekkel szembeni kirekesztő beszédmód, az őket érő hátrányos megkülönböztetés. Rendkívül aggasztó a roma közösségek helyzete Európában, akiket számos országban másodrendű állampolgárként kezelnek a mai napig. Több európai ország még mindig nem ratifikálta az Isztanbuli Egyezményt, ami a nőkkel szembeni erőszak, a párkapcsolati bántalmazás visszaszorításának egyik legfontosabb eszköze lehetne. Ez a néhány példa is mutatja, Elnök Asszony, hogy milyen nagy szükség van erre a jelentésre, és azt is, hogy milyen nagy szükség lenne határozott politikai cselekvésre.

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – Het respect voor grondrechten is absoluut fundamenteel. Hierover kan en mag geen discussie bestaan. We moeten onze Europese waarden beschermen en uitdragen. Deze boodschap van het verslag steun ik ten volle. Anderzijds durft het verslag ook buiten de lijnen van de EU-grondrechten te kleuren en het toepassingsgebied als veel te ruim te zien. Wil de fundamentele aard van grondrechten worden behouden, dan kan niet alles als grondrecht worden aangemerkt. Dit mogen we echt niet uit het oog verliezen. Een ander punt van kritiek is dat het verslag de bevoegdheidsverdeling tussen de EU en haar lidstaten onvoldoende respecteert. Een Europa dat dicht bij de burger wil staan moet deze bevoegdheidsverdeling ernstig nemen.

Ik wil echter eindigen met een positief punt. Ik ben in het bijzonder tevreden dat het verslag herinnert aan het belang van het Verdrag van Istanbul voor het voorkomen en bestrijden van geweld tegen vrouwen. Het is nu aan de lidstaten om hun job te doen. Geweld tegen vrouwen is onaanvaardbaar en vormt een extreme vorm van discriminatie die zowel oorzaak als gevolg van genderongelijkheid is. Ik voeg daar nog wel aan toe dat ook geweld tegen mannen en kinderen met alle middelen moet worden bestreden.

Angelika Mlinar, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Dieser Bericht ist ein bedeutender Erfolg, und ich möchte dem Berichterstatter, Herrn Nagy, und meinen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fraktionen für die hervorragende Zusammenarbeit danken.

Unsere Arbeit in den letzten Wochen und Monaten hat gezeigt, dass Grundrechte keine politische Zugehörigkeit haben, sondern uns alle betreffen und auch von uns allen gewahrt und geschützt werden müssen. Ich muss sagen, dass der Text leider nicht so ehrgeizig ist, wie ich es mir vielleicht gewünscht hätte. Aber die Tatsache, dass er im Ausschuss mit großer Mehrheit und mit fraktionsübergreifender Unterstützung angenommen wurde, ist ein wichtiger Schritt. Damit haben wir ein gemeinsames Fundament für die Achtung der Grundrechte in Europa geschaffen.

Die jüngsten Entwicklungen in einigen Mitgliedstaaten sollten uns daran erinnern, dass wir Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit niemals als selbstverständlich ansehen können – vor allem nicht in den Zeiten, in denen wir leben. Wir leben in unruhigen Zeiten, Zeiten mit zunehmender Intoleranz und Respektlosigkeit gegenüber unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern und gegenüber denjenigen, die oft auf der Suche sind nach Schutz und Sicherheit in Europa, Zeiten der geopolitischen Notlagen, des politischen Populismus, auch der vermehrten Gewaltbereitschaft und der moralischen Unsicherheit.

Wenn wir jetzt nicht aufpassen und wirklich achtgeben, dann kann es sein, dass die Rechtsstaatlichkeit in Europa ernsthaft in Gefahr gerät. Deshalb muss das Europäische Parlament jetzt mehr denn je handeln und die Achtung und die Förderung von Menschenrechten und Grundrechten in der gesamten Union sicherstellen. Eine funktionierende Demokratie ist dafür eine *conditio sine qua non,* um die Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten. Es ist unsere moralische Pflicht, alles zu tun, was notwendig ist, um die Errungenschaften für die wir gekämpft haben – für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte –zu erhalten und diese auch auszubauen.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, je voudrais tout d'abord remercier notre rapporteur.

C'est de plus en plus une vraie gageure de faire le bilan des droits fondamentaux dans l'Union européenne et hors Union européenne, tant le décalage entre textes et réalité des pratiques semble s'accroître.

Cela est vrai bien sûr pour les droits des migrants, tant sur le territoire de l'Union qu'à ses frontières, et je pense tout particulièrement aux droits des mineurs et notamment des mineurs isolés et à ce que j'appellerai le déni du droit d'asile et plus largement de la protection internationale.

Je pense aussi aux mises en cause de l'état de droit et de la démocratie, à celle de la liberté de la presse, au droit de manifester, à l'indépendance des magistrats, aux droits des femmes, aux droits des LGBT et aux droits des minorités.

Viktor Orbán et sa «démocratie illibérale» semblent faire de plus en plus d'adeptes.

Nombre de ceux qui vivent sur nos territoires sont stigmatisés et voient leur droits fondamentaux déniés au nom d'identités nationales ou religieuses qui seraient propres à des Européens fantasmés, et je ne parle même pas de ceux qui remettent en cause la convention européenne des droits de l'homme.

Alors oui, mes chers collègues, je suis inquiète et je me demande quelle est la valeur de la charte des droits fondamentaux pour ceux qui nous gouvernent.

Josep-Maria Terricabras, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, first I would like to thank my colleague, the rapporteur, Mr Nagy, because he showed honesty and understanding during our negotiations, which brought us all forward.

We know that there are still very critical assaults on the freedoms, rights and values on which Europe is based. Our goal in the report has been to point out the breach of human rights in asylum and migration, economic and social rights, minority and linguistic rights, LGBTI and women's rights, among many others. Since 2007 the social and economic crisis has been devastating. With 60 million people forcibly displaced worldwide, the migration situation is set to remain at the top of the EU agenda. In addition, we are we witnessing a remarkable growth in racist and xenophobic incidents, which once again highlight on our part the difficulty of finding the right relationship between security and freedom.

When we speak about the rule of law, we often forget the situation in some Member States which enjoy a reputation they do not always deserve. I am now referring to Spain, where next Friday the President of the Catalan Parliament will have to go to court because she allowed a discussion among Deputies on the independence of Catalonia. This is a very severe breach of the right to freedom of expression, which is universally accorded to the democratically elected representatives in our country.

I will conclude by saying that this report is not our report, but since it is in line with our concerns we will vote in favour of it.

David Coburn, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, the problem with this report is that you believe in certain universal rights. So do I, and so do most people in Europe. Unfortunately, most of the world does not. Many of the people now coming into Europe are showing by their behaviour – whether in Cologne, Malmö or Brussels – the contempt with which they regard both the rights of women and the rights of homosexuals and transgender people. You see, being homosexual myself I care that our streets are safe for all, regardless of gender or gender preference. When will the EU learn that freedom, including freedom of speech, is non-negotiable? Migrants must fit in with our values, not vice versa. And that, ladies and gentlemen, is non-negotiable too.

Vicky Maeijer, *namens de ENF-Fractie*. – Vrijheid, veiligheid, gelijkheid en vrijheid van meningsuiting, het zijn allemaal grondrechten waarop de Europese Unie zegt zo trots te zijn. Maar ironisch genoeg heeft diezelfde Brusselse elite een hekel aan de mensen die ze willen verdedigen, aan de mensen die opkomen voor hun eigen cultuur, die opkomen voor hun eigen land, de mensen die willen dat hun land de grenzen bewaakt om de Nederlanders te beschermen tegen profiteurs, tegen verkrachters, tegen criminelen en tegen terroristen, aan de mensen die hun land willen beschermen tegen anti-vrouwengeweld, anti-homogeweld, eerwraak en antisemitisme, kortom, aan de mensen die hun land willen beschermen tegen de haatdragende ideologie die de islam heet. Die mensen die worden hier weggezet als racisten, als xenofoben of islamofoben en de politici die zich voor hen inzetten, worden beschuldigd van - en ik citeer uit het verslag van vandaag - "haatpropaganda en het hebben van gewelddadige politieke gezichtspunten" terwijl het juist de Europese Unie is die met haar verschrikkelijke opengrenzenbeleid haat en geweld Europa heeft binnengehaald. En u probeert bezorgde burgers en politici met beleidsstukken als dat van vandaag weg te zetten als paria's en hun fundamentele recht op vrije mening en vrije gedachten af te nemen.

Maar ik kan u vertellen dat het u nooit zal lukken want wij zullen doorgaan met het verdedigen van vrijheid, van veiligheid en van de vrijheid van meningsuiting, al die grondrechten die door de Brusselse elite bij het grofvuil zijn gezet en alleen lijken te gelden voor een door u geselecteerde groep mensen. En dat doen we simpelweg omdat wij het beste met ons land voorhebben, omdat Nederland óns land is en dat ook zo moet blijven.

Bruno Gollnisch (NI). – Madame la Présidente, on voit bien quel est l'état d'esprit général de ce rapport. Il consiste à traiter tout discours mondialiste de discours d'amour, de justice et de tolérance, et tout discours national de discours de haine et de xénophobie devant être réprimé à ce titre.

En Europe, d'ailleurs, ce qui a échappé à la nomenclature de ce rapport, qui nous parle de tout – des immigrés, des Roms, des handicapés, des lesbiennes, des gays, des transsexuels, des nouvelles technologies, des enfants, des vieillards, des femmes, etc. –, ce qui a échappé, c'est précisément les restrictions à la liberté d'expression. Elles sont pourtant nombreuses, elles sont en politique, contre tous ceux qui émettent des réserves à l'égard de la politique d'immigration, elles sont en morale, elles sont aussi même dans le domaine de l'histoire, où des dizaines, des centaines d'Européens sont condamnés, ruinés, souvent emprisonnés parce qu'ils contestent les dogmes qui ont été fixés par les vainqueurs, au nombre desquels figurait Joseph Staline. C'est ainsi que l'on emprisonne aujourd'hui, comme on emprisonnait hier les Polonais qui considéraient que le massacre de Katyn était imputable aux Russes et non pas aux Allemands, à qui on avait voulu en faire porter la responsabilité.

Carlos Coelho (PPE). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, Caros Colegas, quero começar por felicitar o colega Nagy pelo relatório que nos apresenta. Concordo com ele em que o ano de 2015 foi particularmente difícil para os direitos fundamentais na União. Apesar de se registarem algumas evoluções, permanecem problemas estruturais, encabeçados pelo famoso dilema de Copenhaga.

Com efeito, a União não pode permitir que qualquer um dos seus Estados-Membros desrespeite os critérios fundamentais para a sua adesão. Se é certo que cada novo Governo pode alterar legitimamente as suas políticas, também é claro que novas maiorias não podem alterar a natureza do Estado, colocando em causa valores tão fundamentais como Estado de Direito.

Também por isso, este Parlamento aprovou recentemente a necessidade de estabelecermos um mecanismo para avaliar permanentemente o respeito pelos critérios de Copenhaga.

Mas o ano de 2015 assistiu ainda a ataques violentos a outros direitos fundamentais, como a segurança e a liberdade de expressão. Fomos assolados por atentados terroristas, que nos devem fazer refletir sobre a promoção dos valores universais que nos unem. Em particular, permitam-me que saliente o fenómeno da radicalização, cujos efeitos podem ser avassaladores e prolongados no tempo.

Não menos importante, fomos confrontados com um grande número de pessoas nas nossas fronteiras – também aqui está a nossa matriz: o direito ao asilo e o direito à vida. Também aqui o Parlamento deu passos determinados já em 2016, mas ainda muito continua por fazer, tanto no que respeita às nossas responsabilidades humanitárias, como no sistema europeu comum de asilo.

Sylvia-Yvonne Kaufmann (S&D). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Die Kolleginnen und Kollegen haben im Laufe dieser Debatte viele wichtige Punkte angesprochen. Ich möchte meine kurze Redezeit dazu nutzen, um auf ein weniger im Fokus stehendes Thema aufmerksam zu machen.

Die Europäerinnen und Europäer reisen gern und viel. Das ist gut so. Doch was, wenn plötzlich Lebensbedrohliches geschieht? Alle unterschiedlichen nationalen Notrufnummern im Kopf zu haben, kann von niemandem erwartet werden. Bereits seit 1991 existiert daher eine einheitliche europaweite Notrufnummer, und zwar die 112. Allerdings ist sie gerade einmal 27 % der Menschen in Europa bekannt. Gleichzeitig bestehen noch immer Hürden, sodass nicht alle Menschen mit Behinderung die Nummer problemlos nutzen können.

Hier schlummert also noch viel Potenzial. Es muss viel unternommen werden, denn im Ernstfall kann jede Minute zählen. Eine Erhöhung des Bekanntheitsgrads und ein vereinfachter Zugang zur 112 können Leben retten. Es ist gut, dass sich der Bericht auch dieser Frage widmet.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, teroriștii atentează la dreptul la viață, la valorile europene pe care toți le-am construit de-a lungul timpului, uneori foarte greu și mă refer, de exemplu, la libertatea de a vorbi liber, fără teamă, sau la libera circulație.

Revizuirea regulamentului Schengen tocmai pentru întărirea granițelor Uniunii Europene și întărirea securității cetățenilor europeni, al cărui raportor sunt, este o contribuție la asigurarea dreptului la viață. Însă întărirea securității și teama nu trebuie să ne ducă în extrema cealaltă, nu trebuie să ne ducă la ură. Trăim într-o lume în care ura și neîncrederea cresc în fiecare zi. Trebuie să învingem ura și teama, trebuie să credem, să îndrăznim și să acționăm fără teamă. În ură și frică nu putem trăi liberi și fericiți niciodată.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señora Presidenta. Ya sabemos cómo ha decidido la Comisión Europea afrontar el peligro de que los Estados miembros se contagien del *brexit*.

¿Que el *brexit* ganó, entre otras cosas, porque caló el discurso xenófobo de que hay demasiados polacos o españoles cobrando prestaciones sociales en el Reino Unido? Estupendo. Pues la Comisión se pone a preparar un plan para limitar el acceso a las prestaciones sociales de los desempleados, de los jubilados, de los estudiantes europeos en países europeos. Dicen que es para mitigar la sensación de que la inmigración desde otros países europeos erosiona la sostenibilidad del Estado del bienestar. Claro que sí. Para combatirlo, les dan la razón a los xenófobos.

Parece que la Comisión se ha sumado a la máxima de «si no puedes derrotar a tu enemigo, únete a él». Yo creo que es muy lamentable, la verdad, y aquí tenemos una nueva vulneración de los derechos fundamentales. Imagino que para el próximo informe.

Mylène Troszczynski (ENF). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, voici un énième rapport fourre-tout prônant la bien-pensance, le politiquement correct, rapport rempli de bonnes intentions, parfois à la limite de l'incantation. Tout y passe: immigration terrorisme, criminalité, valeurs, éducation, enfants, seniors, handicapés, traite des êtres humains ou, encore, intégration des Roms.

Vous considérez la crise migratoire comme un défi historique pour notre époque, un facteur démographique positif et, surtout, comme l'avenir de l'Europe. Nous, nous y voyons plutôt une grave menace, notamment pour la sécurité de nos concitoyens, et ce ne sont pas les drames vécus en Europe et en France ces derniers mois qui me feront démentir.

Vous, au Parlement européen, vous souhaitez mettre en place le PNR et restreindre l'acquisition et la détention d'armes à feu pour, soi-disant, lutter contre le terrorisme. Nous considérons qu'il s'agit là d'une nouvelle et brutale atteinte aux libertés des honnêtes gens, pour les désarmer face à une menace terroriste, que vous n'avez jamais été – et ne serez jamais – en mesure de combattre.

Vous dénoncez arbitrairement un discours de haine, de plus en plus présent sur la scène politique, un euroscepticisme grandissant et des positions politiques qualifiées de violentes et de dangereuses pour la civilisation européenne. Nous, nous y voyons plutôt un espoir.

Vous assistez à un puissant réveil des peuples européens, qui rejettent vos solutions obsolètes et inefficaces. À l'instar du président non élu de la Commission européenne, M. Juncker, suppliant les gouvernements européens de ne plus organiser de référendums, vous méprisez l'expression souveraine des peuples pour leur imposer une idéologie moribonde.

Mesdames et Messieurs, ouvrez grand vos yeux, les Européens ne veulent plus de vos solutions et de vos éternelles leçons de morale!

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Asszony, üdvözlöm a jelentés kisebbségekre vonatkozó megállapításait és örömmel állapítom meg, hogy a szöveg számos olyan tényt rögzít, amelyek kimondásával az Európai Unió régóta a területén élő nemzeti kisebbségi közösségek adósa. Ilyen megállapítás, hogy a kisebbségek problémáinak megoldása során szükség van a kisebbségek jogainak védelmére vonatkozó minimumnormák megállapítására. Hasonlóképpen fontos, hogy a szövegben tételesen szerepel: elő kell mozdítani e közösségek teljes mértékű egyenlőségét a gazdasági, társadalmi, politikai és kulturális élet minden területén. A jelentés felszólítja a Bizottságot, hogy állapítson meg szakpolitikai normát a kisebbségek védelmére, mivel e csoportok védelme része a koppenhágai kritériumoknak, amelyek a tagállamokra is vonatkoznak. A tagállamokat a szöveg a jó gyakorlatok cseréjére sürgeti, külön kiemelve, hogy a közigazgatási átszervezéseknek nem szabad negatív hatást gyakorolniuk a kisebbségekre.

Őszintén remélem, hogy e jelentés elfogadásával ösztönözni lehet a Bizottságot a nemzeti kisebbségek problémáira való odafigyelésre, a proaktív magatartásra, a rendelkezések figyelmen kívül hagyásával ugyanis a teljes Parlament tekintélye szenved csorbát. Itt az ideje, hogy az Európai Unió válaszoljon 50 millió nemzeti kisebbséghez tartozó polgárának és győzze meg őket, hogy odafigyel a helyzetükre és tettekkel, jogszabály-kezdeményezésekkel is kész ezt demonstrálni.

Soraya Post (S&D). – Fru ordförande! Fru kommissionär!

I will speak in English. We Europeans often take pride in being one of the most developed communities in the world, a community which is actively fighting for the protection of fundamental rights and for safeguarding non-discrimination for everybody. Where children have the same life chances, regardless of the family they are born into, and their parents have equal opportunities in the public spheres of life.

However, what we see through the latest EU Minorities and Discrimination Survey (EU-MIDIS) of the fundamental rights agency is that 80% of Roma parents and their children surveyed live in poverty compared to 17% of the general population. That every third Roma child goes to sleep hungry at least once a month. That every third Roma lives in a house without tap water. Every second Roma family lives without a toilet, a shower or a bathroom. That 63% of young Roma are not in work, education or training, compared to the European average of 12%. It is high time we became suspicious about how well designed our policies really are, how much we have achieved in the field of non-discrimination, and then we can really talk about fundamental rights for everybody in Europe. We have to tackle the anti-Gypsies.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, mietintöluonnos perusoikeuksien tilanteesta EU:ssa 2015 sisältää paljon tärkeitä näkökulmia erilaisten väestöryhmien ja vähemmistöjen ongelmista. Yllättävää on kuitenkin se, että ikääntyvien ihmisten asioita on käsitelty vain muutamalla rivillä. Eikö ikääntyvien ihmisten hätää haluta nähdä?

Väki vanhenee Euroopassa ja syntyvyys on hyvin alhaisella tasolla. Pienet ikäluokat joutuvat huolehtimaan kasvavasta määrästä ikääntyviä. Talousvaikeuksista kärsivissä jäsenmaissa on jouduttu säästämään peruspalveluista, ja tämä koskee myös ikääntyviä. Erityisesti yksinäiset vanhukset tulevat helposti laiminlyödyiksi monilla tavoilla. Kaikilla ikääntyvillä kansalaisilla on oikeus arvokkaaseen vanhuuteen, mutta tämä ei toteudu. Siksi olisin toivonut, että vanhusten hyvinvointiin jo tänä päivänä liittyviä ongelmia olisi nostettu mietinnössä enemmän esille.

Pál Csáky (PPE). – Elnök Asszony, üdvözlöm a jelentést, amely – mint az utóbbi években – az idén is rámutat az alapvető jogok terén felmerülő uniós hiányosságra. Az egyik ilyen évről-évre felmerülő megoldatlan uniós probléma az őshonos kisebbségek helyzete. Már hosszú évek óta a nemzeti kisebbséghez tartozó kollégáimmal együtt kérjük a Bizottságot, hogy hozzon létre a kisebbségek jogainak védelmére vonatkozó európai minimumokat. Mindhiába. A Bizottság azzal hárítja el a felelősséget, hogy ez nemzeti hatáskör és nem tehet semmit. Ám míg a koppenhágai kritériumok elvárják a csatlakozásra váró országoktól, hogy biztosítsák a kisebbségek védelmét, addig a nemzeti kisebbség ellen elkövetett diszkrimináció felett gyakran már szemet hunyunk, ha azt egy EU-s tagállam követi el. Gondoljanak csak bele kedves Kollégák: hogy várhat jogorvoslást egy kisebbség az olyan nemzeti többségtől, amely épp diszkriminálni szeretné őt. Naivitás ilyet elvárni, itt európai szinten kell megoldást találni, és nyomást kell gyakorolni a tagállamokra. A kisebbségi jogok ugyanis alapvető jogok és szerves részei azoknak, egyszerűen nem lehet megkerülni őket. A Lisszaboni Szerződés 2. cikke is kitér erre.

Félő ugyanis, hogy a migrációs válság okozta kihívások negatívan érintik az őshonos kisebbségek helyzetét. A migránskérdés nem vonhatja el a figyelmet a már meglevő problémáktól. Elnök Asszony, a nemzeti kisebbségek az európai kultúrát és értékeket képviselik és ápolják. Uniós polgárok, akik szervesen hozzájárulnak az Unió sokszínűségéhez, csak sajnos némely esetben másodrangú uniós polgárokként szeretnék őket kezelni. Ezt nem szabad tolerálni.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio l'onorevole Nagy per il lavoro svolto e per lo spazio dedicato ai diritti dei minori nella sua relazione. Nel 2015, infatti, nell'Unione europea numerosi eventi hanno scosso le nostre coscienze, mostrando diritti fondamentali calpestati e dignità umana mortificata e questo anche con riferimento ai minori, i cui diritti dovrebbero, al contrario, essere sempre tutelati.

Più volte in quest'Aula abbiamo sottolineato come nell'ambito della migrazione le politiche di accoglienza debbano sempre tenere conto del principio del superiore interesse del minore e abbiamo ribadito, in particolare, che i minori stranieri non possono essere soggetti a nessuna forma di detenzione collegata al loro status di migranti, come purtroppo è accaduto in alcuni paesi membri.

È necessario tutelare i minori che si trovano da soli sul territorio dell'Unione: infatti l'assenza di tutele adeguate nelle strutture di accoglienza spesso spinge un numero elevato di minori, oltre diecimila secondo i dati Europol, ad allontanarsi, esponendosi così a gravi rischi, quali il reclutamento in gruppi criminali, lo sfruttamento sessuale e lo sfruttamento da parte dei trafficanti di esseri umani.

Ma più in generale, povertà, mancato accesso all'istruzione, emarginazione, esposizione dei figli alla violenza nei confronti delle donne in ambito familiare, cosa, questa, per i bambini estremamente traumatica, sono soltanto alcune delle gravi violazioni dei diritti dei bambini purtroppo ancora oggi perpetrate in Europa. Su tutto questo l'Unione deve intervenire.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Koleżanki i Koledzy! Życzyłbym sobie tego, by sprawozdanie było skoncentrowane na stosowaniu praw podstawowych przez same instytucje unijne, na szanowaniu własności, wolności gospodarczej, na dobrej administracji, która jest także jednym z praw podstawowych. Tymczasem sprawozdanie nie koncentruje się na tym, co należy do Unii Europejskiej, lecz na państwach członkowskich, i popełnia kilka błędów.

Po pierwsze, nieuprawniona jest interwencja w sprawy ustawodawstwa rodzinnego, w prawo do życia, które należą do państw członkowskich. Po drugie, mamy tutaj do czynienia z wątpliwą interpretacją, która tak interpretuje szeroko wolność, że uniemożliwia aktywną walkę o bezpieczeństwo Europejczyków. Wreszcie jeśli chodzi o mniejszości narodowe, Polska jest krajem, który daje przykład szerokiej ochrony praw mniejszości narodowych, i bardzo bym sobie życzył tego, by inne kraje stosowały tego typu standardy. Warto zatem wymieniać się doświadczeniami w tym zakresie.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora Presidenta, Comisaria Jourová, populismo, xenofobia, racismo, discurso del odio, ultranacionalismo y negación del diferente son los elementos, señalados en este informe, que componen un paisaje muy oscuro para los derechos fundamentales en la Unión Europea. Y me gustaría hacer hincapié en tres desafíos inminentes.

El primero, el de la inclusión social y la lucha por la integración de los migrantes y los refugiados, que es un proceso dinámico y multidimensional, pero que obliga a plantar cara a los Estados miembros que niegan la solidaridad y pretenden levantar muros para quienes huyen de la guerra y la violencia. El segundo, el desafío de la igualdad, particularmente de las mujeres; los derechos de la salud sexual y reproductiva, que incluyen también el derecho a la interrupción voluntaria del embarazo, alguna de cuyas negaciones puede suponer graves violaciones de los derechos humanos. Y el tercer punto, la lucha contra toda forma de discriminación: contra el colectivo LGTBI; contra el colectivo romaní, contra la población romaní, amenazada por la actitud contra los gitanos; contra la población musulmana, amenazada por la islamofobia.

Y, como presidente del Intergrupo contra el Antisemitismo, quiero señalar la importancia de los apartados 53 y 54 de la Resolución, el auge del discurso del odio.

¡Atención Comisión! No solamente hay que promover los valores fundadores de la Unión Europea. Hay que trabajar activamente y comprometerse para que la Unión Europea siga promoviendo una sociedad abierta, pluralista e inclusiva.

Catch-the-eye procedure

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nel corso del 2015 abbiamo assistito a una crescita dell'incitamento all'odio e a un aumento della xenofobia e di altre forme di pregiudizio in importanti settori della società. L'emergenza migratoria, l'arrivo di un gran numero di richiedenti asilo e di immigrati, ma anche gli attentati terroristici, hanno accentuato le manifestazioni di odio a sfondo razzista e xenofobo e le discriminazioni. Alla richiesta di aiuto si è risposto, in taluni casi, erigendo muri di filo spinato, ma l'Europa ha saputo anche dare dimostrazione di grande solidarietà e capacità di accoglienza.

La situazione resta però difficile e richiede uno sforzo da parte dell'Unione europea per ribadire che siamo una comunità basata sui valori della dignità umana, della libertà, della democrazia, dell'uguaglianza, dello Stato di diritto e del rispetto dei diritti umani. Gli Stati membri dell'Unione europea dovrebbero integrare i loro sforzi con iniziative politiche proattive, elaborando piani volti in modo specifico alla promozione e alla consapevolezza dei diritti.

Branislav Škripek (ECR). – Jeden z histórie veľmi známy blízkovýchodný učiteľ raz kritizoval právnych expertov svojej doby za to, že preciedzali v pohári komára alebo komárov, ale kľudne prehĺtali ťavu. Nezmyselne sa zaoberali drobnosťami, ale trestuhodne im unikal celkový obraz.

Aj táto správa má viacero takých „komárov", napr. snaha o pretlačenie pochybnej antidiskriminačnej smernice či Istanbulského dohovoru, násilné akceptovanie tzv. „manželstiev rovnakého pohlavia", robenie z potratu základné právo a či migračné opatrenia, ktoré len zhoršujú situáciu. Autori správy trestuhodne zahodili príležitosť posilniť právo na život, upozorniť na zlo obchodu s ľuďmi, mrzačenie ženských pohlavných orgánov či diskrimináciu ľudí s postihnutím a či etnických skupín.

Ako tieňový spravodajca oceňujem ťažkú prácu spravodajcu, ktorý sa snažil udržať našu jednotu v rozmanitosti. Ale, žiaľ, ťava v tomto nápoji odovzdáva stále viac národnej suverenity inštitúciám EÚ a Rade Európy. Je čas rozlúčiť sa s takouto správou a zamerať sa na skutočné základné práva v našich národoch. Pozor na ťavu v pohári, lebo sa ňou zadusíme.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora Presidenta. Quiero agradecer al señor Nagy la amplitud de miras con que ha trabajado en este informe sobre la situación de los derechos fundamentales en Europa, que es, en mi opinión, el documento más inclusivo y abierto que ha dedicado el Parlamento a la materia en los últimos años.

Creo que contiene una crítica constructiva y una descripción certera de nuestras oportunidades de mejora, que se centran casi siempre en eliminar la distancia entre lo que los Estados proclaman y lo que hacen. Esa diferencia alimenta el drama de los refugiados, de la desigualdad, del progresivo desarme del modelo social europeo o la quiebra de principios que están en nuestra Carta de los Derechos Fundamentales.

Agradezco muy profundamente alusiones como las que se hacen a la memoria histórica, al respeto a la diversidad cultural o al incumplimiento de decisiones marco que son claves para las víctimas o la política penal en la Unión. Espero ahora que los aludidos se apliquen a aparecer con mejores calificaciones en el próximo informe.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – «Προστασία των θεμελιωδών δικαιωμάτων στην Ευρώπη». Μάλιστα! Για όλους τους ευρωπαίους πολίτες; Όχι, φυσικά!

Απάντηση Επιτρόπου Katainen σε ερώτηση που του απηύθυνα: «Τα μνημόνια δεν υπόκεινται στο ενωσιακό δίκαιο και υπό την έννοια αυτή δεν μπορεί να γίνει επίκληση του Ευρωπαϊκού Χάρτη Θεμελιωδών Δικαιωμάτων στην Ελλάδα.»

Κατά τ' άλλα το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο παρακολουθεί την εφαρμογή του προγράμματος.

Λαμπρά! Είναι προσβολή, κυρία Επίτροπε, για το απαραβίαστο της ανθρώπινης αξιοπρέπειας οι κατάφωρες και προκλητικές παραβιάσεις που συντελούνται με την ανοχή μας στην Ελλάδα.

Αλλά αγνοήστε για μια στιγμή ότι είμαι Ελληνίδα και μιλώ για την πατρίδα μου! Πέστε μου ποιο, έστω ένα από τα βασικότερα των θεμελιωδών δικαιωμάτων, έχουμε πετύχει σαν Ευρώπη να είναι οικουμενικό, απαραβίαστο και αδιαπραγμάτευτο; Το δικαίωμα στην εργασία; Μετρήστε ανέργους! Η προστασία των παιδιών; Μετρήστε υποσιτιζόμενα και αποκλεισμένα από τη βασική μόρφωση! Η προστασία της υγείας; Μετρήστε αποκλεισμένους από τα φάρμακα και την περίθαλψη!

Παράπλευρες απώλειες στο όνομα ποιου οράματος, ποιων στόχων και ποιας Ευρώπης τελικά, κυρία Επίτροπε;

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση, αντί να προσπαθήσει να εξαλείψει την παραβίαση των θεμελιωδών δικαιωμάτων σε χώρες της Ευρώπης, όπως είναι η πατρίδα μου η Ελλάδα, και έχει ως θύματα ευρωπαίους πολίτες, προσπαθεί να εντάξει στις ευρωπαϊκές κοινωνίες παράνομους μετανάστες και πρόσφυγες, οι οποίοι δεν έχουν κανένα σεβασμό για τα θεμελιώδη αυτά δικαιώματα και, για να το επιτύχει αυτό, εκβιάζει, διώκει και θεωρεί τους ευρωπαίους πολίτες οι οποίοι αντιδρούν σε αυτή την εξέλιξη ως ξενοφοβικούς, ως ρατσιστές, ως φορείς μίσους. Πώς όμως είναι δυνατόν να ενταχθούν στις ευρωπαϊκές κοινωνίες όλοι αυτοί που προανέφερα, οι παράνομοι μετανάστες, οι οποίοι δεν θέλουν να ενταχθούν, οι οποίοι προέρχονται από άλλες θρησκευτικές, πολιτισμικές και εθνολογικές και θρησκευτικές οντότητες; Οι άνθρωποι αυτοί συμπεριφέρονται ως επικυρίαρχοι και θέλουν να επιβάλουν τον ισλαμικό νόμο στην Ελλάδα και σε όλη την Ευρώπη.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). – Madam President, today we are debating fundamental rights in the EU. I take the opportunity to remember that last September, with a 77% participation rate, Catalan pro-independence parties achieved an absolute majority in the Catalan Parliament. Two million people voted for independence. Carme Forcadell was elected President of the Catalan Parliament, and she allowed a debate on Catalan independence. On Friday, Carme Forcadell has to appear in front of a Spanish Court to declare, following orders from the Spanish Government. She could be banned from public office because she allowed Catalan MPs to debate on independence. Commissioner Jourová, dear colleagues, do not be indifferent to the actions of the Spanish State against Catalan democratic politicians. Do not let Spain undermine, with total impunity, our democratic and fundamental European rights. Finally, we do not want an EU of double standards. Every day we are talking about possible violations in Hungary and Poland, while saying nothing about what is happening in Spain.

(End of catch-the-eye procedure)

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, I have been tempted to react to many of the comments but, due to the fact that I had a very long speech at the beginning when I tried to explain everything we do in the Commission in the field of fundamental rights, I would like only to thank you for the discussion and reassure you that the Commission remains fully committed to protect the fundamental rights of EU citizens.

József Nagy, *előadó*. – Köszönöm szépen Elnök Asszony, Biztos Asszony, kedves Képviselőtársaim, köszönöm az értékes hozzászólásokat, és természetesen szeretnék reagálni minden kedves felszólalónak, de talán jó lenne inkább ismét elmondanom azt, hogy ami köztudott, hogy az éves alapjogi jelentés az Európai Unió és annak a tagországainak a területén hivatott kiértékelni az alapjogok állapotát. A hozzászólásokból is ugye egyértelmű, hogy nagyon sok problémával találkozunk, és hát nagyon nehéz megtalálni a szólásszabadság és a gyűlöletbeszéd határát, a biztonság és a szabadság közti egyensúlyt. Talán egyszerűbbnek tűnik az egyes diszkriminált csoportoknak a [jogainak, a segítség] jogait bebiztosítani, mint például a fogyatékkal élők, az idősek, a migránsok, a nemzeti kisebbségek, de akár a nők vagy a gyermekek jogait. Sajnos mégsincsen ez így. A mi dolgunk az, hogy általánosan érvényes alapjogok mentén olyan keretrendszereket, olyan jogrendszereket alakítsunk ki, amelyek mentén ez kivitelezhető. És ugyanúgy a Parlament feladata az is, hogy utánajárjunk annak, hogy ezeket a jogokat az állami és az európai uniós szervezetek mennyire és hogyan tudják bebiztosítani, és számon kérjük.

Engedjék meg, hogy külön reagáljak a biztos asszony felszólalására nagyon röviden. Nagy örömmel hallottam, hogy a Bizottság már készíti az Európai Unió emberi jogi egyezményhez való csatlakozását. Azt is hallottuk, hogy az Európai Bizottság komoly célja egy átfogó gyermekjogi európai uniós stratégia kialakítása olyan témákban mint például a gyermekbarát igazságszolgáltatás, az oktatáshoz való jog, a fogyatékossággal élő gyermekeknek a jogai, vagy éppen az online gyermekvédelem, gyermekjogvédelem. Én csak még egyszer el szeretném mondani azt a felhívást, hogy szeretném indítványozni, hogy hasonló szellemben járjunk el a kisebbségek jogvédelmét tartalmazó nemzetközi egyezmények esetében is. Úgy gondolom, hogy az Európai Uniónak élen kell járnia nemcsak a gazdasági és a környezetvédelmi, de a polgári és az alapjogok tekintetében is, irányt mutatva a tagországoknak.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 13 December 2016.

Written statements (Rule 162)

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az alapvető jogok helyzete az Európai Unióban 2015-ben nem mutatott lényeges előrehaladást, főként a kisebbségi jogok tekintetében. Szeretném felhívni a figyelmet arra, hogy a kisebbségi közösségek továbbra is akadályokkal szembesülnek nyelvi jogaik érvényesítésében, az igazságszolgáltatás és más közszolgáltatás, így az oktatás, az egészségügy és a szociális szolgáltatások elérése során.

A tagállamoknak további erőfeszítéseket kell tenniük az olyan aránytalan közigazgatási és jogalkotási akadályok felszámolására, amelyek európai vagy nemzeti szinten hátráltathatják a nyelvi sokszínűséget. Ösztönözni szeretném a Bizottságot, hogy állapítson meg szakpolitikai normát a kisebbségek védelmére a koppenhágai kritériumoknak megfelelően, amelyek a tagjelölt államokra és a tagállamokra egyaránt vonatkoznak.

Szükség van a kisebbségek problémáinak rendezésére alkalmazott jó gyakorlatok cseréjére és a bevált megoldások alkalmazására az Európai Unió egész területén. Ösztönözni szeretném azokat a tagállamokat, amelyek eddig nem tették meg, hogy mielőbb ratifikálják a nemzeti kisebbségek védelméről szóló keretegyezményt és a Regionális vagy Kisebbségi Nyelvek Európai Chartáját, akik ratifikálták, azok pedig tartsák be. Ez vonatkozik a tagjelölt és a társulási szerződéssel rendelkező országokra is. A tagállamoknak biztosítaniuk kell a kisebbségi nyelvek használatához való jogot, meg kell védeni az Unión belüli nyelvi sokféleséget. Javaslom megerősíteni a regionális nyelvek oktatására és használatára vonatkozó bizottsági tervet, mivel ezzel kezelhető a nyelvi megkülönböztetés az EU-ban.

Andor Deli (PPE), *írásban*. –Elégedettséggel állapítottam meg, hogy az idei jelentés is külön részben tárgyalja a kisebbségek jogait és védelmét az Európai Unióban, köszönve ezt néppárti képviselők módosító indítványainak, melyek jelentősen javítottak az elsődleges tervezeten. A jelentés több fontos pontot is tartalmaz az európai kisebbségvédelem jövőjének szempontjából. Ezek közül elsőként a nemzetközi és regionális emberi jogi szerződések ratifikálásnak fontosságát szeretném kiemelni, amely lehetővé tenné az egységes kisebbségvédelmi rendszerek kialakítását Európa szerte. Szeretném felkérni a tagállamokat, amelyek még ezt nem tették meg, hogy mielőbb ratifikálják ezeket. Felhívnám a Bizottság figyelmét az egységes kisebbségvédelmi politikai standardok kidolgozásnak és elfogadásának szükségességére uniós szintén a Koppenhágai kritériumok egyértelműsítése céljából, és ezek alkalmazására mind a tagállamokban és a tagjelölt országokban. Ezek nélkül elképzelhetetlen az uniós szintű kisebbségvédelmi rendszer kialakítása. A jelentés kitér a

kisebbségi és regionális nyelvek fontosságára is. Itt szeretném megemlíteni a nyelvi megkülönböztetés egyik különleges aspektusát, az ún. „geo-blocking"-ot. A digitális tartalmak területalapú korlátozása megakadályozza például a kisebbségeket, hogy anyanyelvükön jussanak közhasznú tartalmakhoz. Őszintén remélem, hogy a jövőben az említett területeken tényleges előrehaladásról számolhatunk majd be.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az alapvető jogok helyzetéről szóló jelentés nemzeti kisebbségekről szóló része jó. Kimondottan örülök, hogy beemelésre került az ET 1985(2014) jelentése, az ún. Kalmár-jelentés, valamint az arra való felhívás, hogy ez az uniós jog része legyen. Továbbá üdvözlendő, hogy a jelentés sürgeti a kisebbségi nyelvek használatát az Unió nyelvi sokszínűségének megőrzése érdekében. Hasonló felhívásokra nagy szükség van a jelenleg Európában uralkodó kisebbségellenes tendenciák megfékezése érdekében, amikor is EU-s tagállamokban az ott honos hagyományos nemzeti kisebbségek anyanyelvének használatát korlátozzák, valamint nemzeti szimbólumaik használatát tiltják és szankcionálják. A Bizottságtól elvárható lenne, hogy lépjen is a kisebbségvédelem terén és ne csak azzal indokolja tétlenségét, hogy ez nem tartozik uniós hatáskörbe. És joggal várható el az európai döntéshozóktól, hogy – amennyiben az alapjogok részeként tekintenek a hagyományos nemzeti kisebbségek jogaira – úgy hasonló figyelmet szenteljenek e jogsértéseknek is, valamint ugyanolyan módon ítéljék el ezeket is.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Karta Praw Podstawowych, która jest zbiorem fundamentalnych praw człowieka i obowiązków obywatelskich, jest gwarantem sprawiedliwego społeczeństwa. Dlatego martwi mnie fakt, że obywatele Polski i Wielkiej Brytanii nadal nie są objęci tymi podstawowymi prawami, gdyż oba kraje nie uznają KPP. Niepokojące jest nasilenie się rasizmu i ksenofobii w wielu postaciach: afrofobii, antyromskości, antysemityzmu oraz islamofobii. Nie ma odstępstwa od ochrony wolności myśli, wyznania i przekonań. Wszystkie państwa członkowskie Unii Europejskiej muszą respektować prawa podstawowe. Podstawowe prawa kobiet i dziewcząt są nadal łamane, nawet nie przysługuje im taka sama ochrona przed przemocą we wszystkich państwach członkowskich. Konieczne są dalsze działania w walce z tym zjawiskiem. W tym kontekście należy przypomnieć państwom członkowskim, że samo przystąpienie UE do konwencji stambulskiej o zapobieganiu i zwalczaniu przemocy wobec kobiet i przemocy domowej nie zwalnia ich z obowiązku podpisania, ratyfikowania i stosowania zawartych w niej zasad. Z zaskoczeniem i niedowierzaniem przyjęłam informację, iż Polska, która niedawno ratyfikowała konwencję stambulską, teraz chce się z niej wycofać.

Sirpa Pietikäinen (PPE), *kirjallinen*. – Arvoisa puhemies, arvoisat kollegat, vuonna 1948 hyväksyttiin ihmisoikeuksien yleismaailmallinen julistus. On hälyttävää, että ihmiskunnan historian tähän asti varakkaimpana aikakautena pohditaan sitä, onko meillä varaa taata kaikkien ihmisoikeudet. Ihmisoikeuksien mielivaltaiselle rikkomiselle pitää olla nollatoleranssi sivistyneen yhteiselon takaamiseksi. Ihmisoikeudet ja perusoikeudet koskevat kaikkia ihmisiä, joka puolella ja aina. Ihmisoikeudet ovat luovuttamattomia – edes ihminen itse ei voi luopua oikeuksistaan. Varmistaaksemme, että Euroopan unionin jäsenmaissa perusoikeudet toteutuvat oikeusvaltioperiaatteiden mukaisesti syrjinnänkielto tulee ulottaa kaikille elämän osa-alueille hyväksymällä yhdenvertaisuusdirektiivi. Samoin silloin, kun työelämässä sovelletaan sääntöjä syrjinnän estämiseksi, tulee varmistaa muun muassa kaupunkiympäristöjen, terveydenhuollon tai koulutuksen esteettömyys.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Ne samo, da korupcija slabi evropsko gospodarstvo in tako znižuje blaginjo državljank in državljanov – po ocenah Evropske komisije izpred dveh let korupcija na leto povzroči za približno 120 milijard evrov škode v evropskem gospodarstvu – temveč s kršenjem zakonov in zlorabe oblasti prihaja tudi do kršitve človekovih pravic.

Glede na to, da se zaradi same narave korupcijskih dejanj, ki so praviloma prikrite in dobro načrtovane, ljudje velikokrat ne zavedajo, da so jim kršene človekove pravice, je potrebno zato še toliko večjo skrb nameniti ozaveščanju ljudi, v katerih primerih so jim kršene temeljne pravice. Kot družba moramo imeti ničelno toleranco do korupcije.

16. Eine kohärente Politik der EU für die Kultur- und Kreativwirtschaft (kurze Darstellung) (Aussprache)

President. – The next item is the report by Christian Ehler and Luigi Morgano, on behalf of the Committee on Industry, Research and Energy, and the Committee on Culture and Education, on a coherent EU policy for cultural and creative industries (2016/2072(INI)) (A8-0357/2016).

Christian Ehler, *Berichterstatter.* – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine lieben Kollegen! Dieses Parlament, insbesondere in einer einmaligen Zusammenarbeit des Kultur- und des Industrieausschusses, hat im letzten Jahr etwas getan, was uns vielleicht viele zu Unrecht nicht mehr zugetraut haben.

Wir haben in Europa zugehört, wir haben die Arme ausgebreitet, wir haben mit diesem wundersamen Amalgam aus berühmten Verlagen wie Gallimard, Penguin Books, dem Suhrkamp Verlag, wir haben mit Designern, Tänzern, Autoren, Musikern, den unabhängigen Musikproduzenten von Impala, die uns normalerweise für merkwürdige Anzugträger mit einer merkwürdigen Sprache halten, wir haben individuell mit Autoren im Parlament wie Nina George, dem Engländer Nick Yapp wir haben mit Journalisten, Zeitungsverlegern, Spitzenforschern in der Industrie, die an neuen Materialen und Textilien forschen, wir haben mit dem German Fashion Council, *High-End*-Industrieikonen wie Hermès oder LVHM aber auch den Vertretern Hunderttausender kleiner Firmen und Handwerksbetrieben in Italien, Spanien und vielen anderen Ländern Europas gesprochen, die Ausbildung schaffen, Arbeitsplätze schaffen und das kulturelle und handwerkliche Erbe Europas nicht nur halten, sondern weltweit global erfolgreich agieren.

Die Antworten und die Ergebnisse des Berichts sind eindeutig. Die drei Millionen Unternehmen in der Kreativindustrie sorgen in Europa für mehr als zwölf Millionen Vollarbeitsstellen. Dies bedeutet, dass nicht weniger als 7,5 % der EU-Beschäftigten in diesem Sektor tätig sind. Der Umsatz beläuft sich auf über 1 500 Mrd. EUR, während der Mehrwert sich auf ungefähr 500 Mrd. EUR beläuft. Es ist eine Tatsache, dass dieser Sektor größer ist als die Automobilproduktion oder die chemische Produktion in Europa.

Zudem wirkt die Kultur- und Kreativwirtschaft durch ihre sogenannten *spillover effects* in andere Branchen wie den Tourismus, den Einzelhandel oder die Digitaltechnik hinein. Damit leistet dieser Sektor einen wichtigen Beitrag für die Reindustrialisierung und die Wettbewerbsfähigkeit Europas. Dennoch gab es auf der europäischen Ebene bislang keine einheitliche Definition des Marktes, geschweige denn eine einheitliche Politik für diesen Sektor.

Dieser Bericht soll das ändern. Wir brauchen eine umfassende wirtschafts- und industriepolitische Strategie auf EU-Ebene, in deren Rahmen alle besonderen Merkmale der Kultur- und Kreativwirtschaft berücksichtigt werden und ein ausgewogener Rechtsrahmen geschaffen wird, der die Herausforderungen, wie die Digitalisierung oder die Überarbeitung der Urheberrechtsvorschriften, in neues Wachstum und neue Beschäftigungsmöglichkeiten verwandelt.

Gerade in Bezug auf das Urheberrecht bezieht der Bericht klar Stellung. Eine Modernisierung des Urheberrechts für das digitale Zeitalter ist vermutlich die wichtigste Reform, die wir uns vorstellen können, um das Leben für Künstler, Urheber und Designer im Kultur- im Kreativsektor wieder lukrativ zu machen. Der Wert der kulturellen und kreativen Arbeit wurde von den Nutzern, Rechteinhabern, Künstlern und Produzenten weitgehend zum Vorteil der Plattformbetreiber abgezweigt. Das muss sich ändern. Das *value gap* hat einen ineffizienten und unfairen Markt geschafft und droht die langfristigen Chancen der Kultur- und Kreativwirtschaft in Europa abzuschnüren.

Die YouTubes, Googles und Ebays dieser Welt müssen aufhören, sich hinter der *save harbour*-Bestimmung der *e-commerce*-Richtlinie zu verstecken. Der Sektor ist viel mehr als Copyright, aber Copyright ist einer der entscheidenden Kämpfe, die wir für diese Menschen führen müssen. Die Richtung ist klar: Wir müssen die Kreativindustrie zu einer politischen Priorität machen, und zwar in allen Politikbereichen. Wir müssen den Zugang zu Finanzmitteln verbessern, wir müssen die Kultur- und Kreativindustrie besser als zuvor in die Förder- und Finanzierungsprogramme der EU hineinnehmen.

Mit unserem Bericht haben wir die Blaupause und eine Vision für die Zukunft dieses Sektors entworfen. Eine Vision, die dazu beiträgt, das Wachstum zu fördern, das innovative Potenzial des Sektors zu erschließen. Präsident Juncker hat nicht zu Unrecht die Kreativen, die Kreativwirtschaft, die Künstler, die Kreativen Europas, als die Kronjuwelen Europas bezeichnet. Wir fordern die Kommission auf, die entscheidenden Schritte zu tun, um diesen wichtigsten europäischen Sektor zu fördern.

Luigi Morgano, *relatore*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, grazie innanzitutto all'onorevole Ehler per l'ottima collaborazione, grazie ai relatori ombra e grazie ai componenti delle due commissioni. La relazione che viene presentata al voto del Parlamento non è una semplice INI, ma è la proposta di un programma di lavoro per un settore industriale che deve diventare strategico. Non a caso ha suscitato davvero attese e vivo interesse.

Siamo giunti ad una svolta. L'epoca delle politiche a silos è finita: cultura, industria e creatività possono e devono essere i pilastri su cui pianificare una nuova politica industriale per le industrie culturali e creative coerente e a lungo termine, in quanto creano un ponte tra arte, cultura, creatività, produzione di qualità e sviluppo economico e sociale. E non solo: operando a livello locale favoriscono lo sviluppo di altri settori sul territorio come il turismo, il commercio al dettaglio, i servizi e le tecnologie digitali.

I dati sono noti, li ha appena ricordati l'onorevole Ehler, ma mi permetto di aggiungere che occupano i ragazzi e i giovani tra i 15 e i 29 anni più di tutti gli altri settori, che queste realtà hanno resistito meglio alla crisi economica e, ovviamente, hanno anche l'elemento di essere per il 95 per cento costituite da piccole e medie imprese e da microimprese. I numeri sono importanti e gli studi lo confermano, ma se si vuole una conferma anche empirica è sufficiente guardarsi attorno: cultura, arte, creatività e bellezza sono il volto dell'Europa nel mondo, la loro specificità nasce dalle radici dell'Europa, unicità della cultura e delle arti europee, tremila anni di storia e di patrimonio culturale condiviso.

Premesso che saranno ancora più cruciali nel ventunesimo secolo, va sottolineato che esse si caratterizzano per il loro valore duale intrinseco: da un lato svolgono un ruolo essenziale per preservare la diversità culturale e linguistica europea e per rafforzare il senso di appartenenza alla comune identità europea, sono i veicoli attraverso i quali contribuire a trasmettere conoscenze e valori e, allo stesso tempo, salvaguardare il patrimonio materiale e immateriale per le generazioni presenti e future.

Ancora, rappresentano uno strumento concreto, d'altro canto, per la coesione sociale grazie all'importante contributo che rendono all'economia dell'Unione europea in termini di occupazione, investimenti, crescita, innovazione, competitività sulla scena mondiale. Se vogliamo dare una risposta positiva alla drammatica piaga della disoccupazione, soprattutto giovanile, sviluppo, promozione, finanziamento e tutela di queste industrie devono entrare davvero concretamente tra gli obiettivi strategici dell'Unione, a cominciare dall'istruzione e dalla formazione. Vanno rafforzate nei programmi scolastici e nei curricula di studio discipline come arte, musica, teatro, cinema, la conoscenza del patrimonio culturale, delle pratiche dell'espressione artistica, lo sviluppo dei percorsi scuola-lavoro, una maggiore mobilità per studenti intra-UE, i centri di eccellenza.

Servono poi politiche che, garantendo la salvaguardia e la promozione del *know-how* europeo tradizionale e dell'artigianato artistico, rafforzino la formazione professionale di manodopera altamente qualificata attraverso campagne di sensibilizzazione sulle opportunità professionali e occupazionali in quest'industria e l'esigenza di avere un incontro tra domanda e offerta di lavoro.

Non è possibile ovviamente immaginare che tutto questo avvenga senza finanziamenti adeguati: nell'immediato vanno sviluppate le sinergie tra programmi e finanziamenti europei, come per esempio l'utilizzo pieno del meccanismo di garanzia di «Europa creativa», anche in combinazione con il Fondo europeo per gli investimenti strategici. Per il futuro invece bisognerà considerare le industrie culturali e creative come priorità strategica orizzontale nel nuovo quadro finanziario e nell'architettura dei nuovi programmi dopo il 2020.

Un rafforzamento del sostegno pubblico alle industrie europee o nazionali non deve disdegnare forme tipo il *crowdfunding* o il partenariato pubblico-privato, ma la sfida più grande resta quella dell'accesso al credito. La maggior parte di queste industrie sono piccole e medie industrie e micromprese, la loro ricchezza risiede nelle loro creazioni: qui si innesta la cosiddetta «bancabilità» dei diritti di proprietà intellettuale, ossia la possibilità di usarli come garanzia a fronte di prestiti per investimenti, che va assicurata sia attraverso protocolli per la valutazione del reale valore di questi diritti, sia attraverso una più approfondita conoscenza del settore da parte del sistema bancario, ad oggi insufficiente.

Concludo: è necessario fare un salto di qualità e prendere coscienza del ruolo fondamentale delle industrie culturali e creative nella reindustrializzazione dell'Europa e incentivare le politiche a sostegno del nostro bene più prezioso, che è la nostra cultura europea.

Catch-the-eye procedure

Michaela Šojdrová (PPE). – Kolegyně a kolegové, kulturní a kreativní odvětví nabývají v rámci dnešního společného trhu na významu. Zvláště v dnešní době se tento sektor stal dveřmi do budoucna. Jeho důležitost se bude podle mého názoru dále zvyšovat.

Kulturní a kreativní odvětví nejen že přispívají k tvorbě nových pracovních míst pro mladé, ke vzniku nových mikro podniků, jak už o tom hovořili předřečníci, ale mohou také nastartovat nové investice, například stavět mosty mezi digitálními technologiemi, vědou, lidskou tvořivostí a uměním. Tato odvětí mají velký potenciál dále rozvíjet naše společné evropské kulturní dědictví.

Evropská komise by měla tedy hledat zůsoby, jak tato odvětví dále rozvíjet, jak z nich udělat strategické cíle a priority a jak zajistit jejich dostatečné financování. Apel této zprávy v tomto ohledu tedy podporuji a oceňuji.

Silvia Costa (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, sono molto felice di questa relazione che abbiamo fortemente voluto in commissione cultura e in commissione industria, ringrazio molto gli onorevoli Morgano ed Ehler per l'ottimo lavoro fatto.

Cosa sarebbe l'Europa senza l'arte, la musica, l'editoria, i musei, l'architettura, il design, l'artigianato artistico, il cinema e la moda? Semplicemente, non sarebbe l'Europa. Ecco, penso che questo sia il senso più profondo di questa iniziativa, di questa importante relazione, che, dopo i programmi come Europa creativa e dopo le politiche che sono state fatte in alcuni campi, chiediamo davvero che ci sia finalmente una strategia coerente ed efficace europea per le industrie culturali e creative, che valorizzano insieme il patrimonio culturale, rappresentano l'identità e la diversità europea e sono anche la ricchezza più riconoscibile del nostro continente, creando un ponte tra arte, cultura, attività economica, talenti e tecnologia.

Questo settore, come si è detto, genera valore sociale e valore economico, è fondato sulla conoscenza e sulla creatività, due beni immateriali che vanno tutelati e valorizzati a partire dal diritto d'autore, dalla proprietà intellettuale, ma vanno anche tutelati attraverso la formazione, l'innovazione di competenze e *cluster* creativi.

E chiudo dicendo che è molto importante che ci sia in questo una strategia integrata delle risorse e che, finalmente, anche il FEIS, cioè il Fondo europeo per gli investimenti strategici, si accorga di questo settore.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι κλάδοι του πολιτισμού και της δημιουργίας σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης προσφέρουν πάνω από δώδεκα εκατομμύρια θέσεις εργασίας πλήρους απασχόλησης, γεγονός που ισοδυναμεί περίπου με το 7,5% του εργατικού δυναμικού της Ένωσης. Ωστόσο υπάρχουν ακόμη μεγαλύτερες ευκαιρίες, περισσότερες δυνατότητες στον τομέα του πολιτισμού, για να δημιουργηθούν και νέες θέσεις εργασίας, ιδίως στις χώρες του ευρωπαϊκού Νότου. Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να δώσει λοιπόν έμφαση σε χώρες όπως η Ελλάδα, όπου ο τομέας του πολιτισμού, της καινοτομίας και της έρευνας πλήττεται λόγω των πολιτικών των μνημονίων, λόγω της λιτότητας, καθώς περιορίζονται πλέον τα κονδύλια γι' αυτούς τους τομείς. Επιπλέον καλούμε την Επιτροπή να αυξήσει τη χρηματοδότηση προγραμμάτων της Ένωσης όπως το Erasmus+, το COSME, ώστε να υποστηρίξει ακόμη περισσότερο σχέδια για την ανάπτυξη του πολιτισμού, της δημιουργίας, να ενισχύσει την καινοτομία και την ανάπτυξη.

Constance Le Grip (PPE). – Madame la Présidente, je tiens tout d'abord à remercier nos collègues, M. Ehler et M. - Morgano, pour cet excellent travail.

Il y a enfin sur la table une feuille de route, un certain nombre de préconisations, de pistes d'actions réelles, concrètes, qui portent une vision ambitieuse et volontariste pour avoir une vraie stratégie européenne en matière de promotion et de développement des industries créatives et culturelles.

On l'a déjà dit: le poids économique, ainsi qu'en termes d'emploi, de ce vaste secteur des industries créatives et culturelles est considérable. Il s'agit d'emplois en très grande partie non délocalisables qui ont une force d'attraction pour nos jeunes générations tout à fait importante.

Tout doit être fait pour promouvoir et développer ce secteur, pour protéger ces industries créatives et culturelles contre les menaces de contrefaçon, de contrebande, de piraterie, pour mettre en place, consolider les mécanismes de financement pérennes à travers la consolidation des droits de propriété intellectuelle, du droit d'auteur, par exemple en ce qui concerne le secteur culturel, et il est temps que nous nous dotions d'un véritable arsenal et d'une véritable feuille de route.

José Blanco López (S&D). – Señora Presidenta, las industrias culturales y creativas tienen una importancia económica clave, al generar más de doce millones de puestos de trabajo y más del 5 % del producto interior bruto europeo. Pero su valor va más allá de las cifras: cuidan de nuestro legado cultural, son nuestra carta de presentación ante el mundo. Por ello, es necesario dotarlas de un entorno adecuado para su desarrollo. Por ello, urge reforzar su capacidad financiera, mejorando su percepción como un sector atractivo para la inversión. Urge luchar contra la piratería y la falsificación, y garantizar una remuneración justa, atajando la transferencia de valor. Y, por supuesto, urge garantizar los más altos estándares sociales y laborales de sus trabajadores. «Digitalización» no puede convertirse en sinónimo de «precarización», sino de desarrollo, oportunidades e inclusión.

Por eso, felicito a los ponentes por este informe.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, aquilo que conhecemos sobre o desenvolvimento das indústrias culturais e criativas, não apenas na Europa, mas nos Estados Unidos e em outras regiões, aponta no sentido de estas constituírem não um fator de promoção da diversidade cultural e linguística, mas, pelo contrário, um fator de homogeneização cultural e de menorização e diluição de particularidades e especificidades culturais e linguísticas. Esta é uma tendência de evolução não despicienda e que aqui não é devidamente considerada.

Aquilo que aqui se diz ser a identidade europeia será, quando muito, a identidade de uma certa conceção de Europa, que nada tem a ver com a diversidade e o amplo diálogo que a melhor tradição cultural europeia estabeleceu com outras culturas. É significativo que aqui se fale de identidade europeia e regional, mas não das identidades nacionais, incontornável fator da identidade europeia.

É nítida a intenção de se ir mais e mais longe num processo de mercantilização de toda a produção cultural, coerente com uma visão da sociedade que rejeitamos, em que tudo é reduzido a mercadoria.

São conceções que aqui estão plasmadas sobre o lugar da cultura na sociedade e das indústrias culturais na cultura, que são redutoras e, do nosso ponto de vista, inaceitáveis.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Pani Przewodnicząca! Opracowanie kompleksowych i długoterminowych ram polityki przemysłowej dla sektora kreatywnego i kulturalnego jest niezbędne. Musimy zapewnić odpowiednie finansowanie w celu zwiększenia konkurencyjności oraz tworzenia wysokiej jakości miejsc pracy i wzrostu gospodarczego. Aby osiągnąć ten cel raport sprawozdawców proponuje zharmonizowaną definicję sektora kreatywnego i kulturalnego, która powinna być poparta danymi statystycznymi. Wzywamy również Komisję do ustanowienia zrównoważonych ram prawnych, w tym w dziedzinie prawa autorskiego dopasowanego do specyfiki danego sektora. Ważne jest, by współpraca międzysektorowa wspierała interakcje między małymi i średnimi przedsiębiorstwami a ośrodkami badawczymi i uniwersytetami, aby zintegrować kreatywność z nauczaniem przedsiębiorczości oraz wzmacnianiem umiejętności biznesowych. Konieczna jest poprawa otoczenia inwestycyjnego i poszerzenie zakresu instrumentów finansowych dostępnych dla mikroprzedsiębiorstw przy jednoczesnym wspieraniu mieszanych sposobów finansowania, zwłaszcza w formie partnerstwa publiczno-prywatnego. Ważne będą także starania w celu poprawy udziału sektora kreatywnego i kultury w Europejskim Funduszu Inwestycji Strategicznych.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Fru talman! Kulturella och kreativa näringar i Europa utgör 7,5 procent, och dessa tolv miljoner anställda i dessa sektorer bidrar inte endast till Europas ekonomiska utveckling, utan de bidrar främst till att stärka den europeiska identiteten som står inför allt svårare utmaningar.

Jag tror starkt att i dessa splittringstider måste vi söka oss till någonting som vi har gemensamt, nämligen *go back to basics*: börja från det som kan utgöra en integrationsmöjlighet, nämligen kulturen. Därför tror jag också att vi måste bygga en gemensam europeisk offentlighet. Vi har lokal offentlighet, vi har nationell offentlighet, men vi saknar en europeisk sådan. Ett rum tillgängligt för alla medborgare i unionen där vi kan dela våra erfarenheter.

Min framtid är väldigt mycket beroende av er, kära kollegor, men jag kan väldigt lite om era riktiga liv. Jag vill veta vilka filmer ni tittar på, jag vill titta på era underhållningsprogram, jag vill veta vilka debatter det finns i era länder, och därmed kunna få en känsla av att era problem berör mig. På så sätt kan kulturen utgöra en del av framtiden. Tack!

(End of catch-the-eye procedure)

Elżbieta Bieńkowska, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, on behalf of the Commission I would like very much to thank the Committee on Culture and Education and the Committee on Industry, Research and Energy for this joint report. In particular I want to thank Mr Ehler and Mr Morgano, the shadow rapporteurs, and Ms Comodini Cachia, the rapporteur of the Committee on Legal Affairs, for their work and for their cross-committee cooperation.

At the very beginning I fully share your views on the importance of the CCIs. They are one of the most dynamic branches of our economy. They are sources of growth, sources of jobs, and as many of you said before, key contributors also to social cohesion. I think, as you do, that the EU needs a coherent policy to support these industries, and we are currently looking into how to give a new impulse to our work on the challenges identified by the 2012 Communication on CCIs.

Let me say at this time just a few words on the four challenges identified, because many of you referred to this, and of course they still need to be addressed.

First, better access to finance. For me this is a key issue not only for CCIs. They cannot grow if, at the same time, they do not have access to finance; so of course we have EFSI and we need to really make a lot of effort to focus our CCI efforts on these programmes. There are also many opportunities with our different EU programmes, including the Structural Funds, Creative Europe, Erasmus+, COSME, Horizon 2020 but, unfortunately, and I am aware of this this, this funding remains fragmented. Creative Europe offers a mix of financial support. In the framework we launched in June last year, the cultural creative sector's Guarantee Facility Fund; it provides guarantees and counter-guarantees and I have to say that it is expected to create up to EUR 1 billion worth of bank loans over the next six years. We see a very significant interest of banks and many other financial institutions in this new instrument; the first agreements will be signed in the coming days. In June also we launched, and I think it is worth mentioning here, a smart specialisation platform for industrial modernisation to support interregional cooperation between the regional authorities and the industry, and especially for CCIs this is an opportunity for those regions which are interested in those sectors to join forces.

The second challenge is an adequate regulatory environment. I agree that protection of copyright and related rights are at the core of the CCIs' revenue. I have said it repeatedly: even in the digital age copyright should continue to reward creativity and provide incentives to innovate. The recent copyright reforms aim at making the marketplace for copyright fairer and more transparent. That is why we are also firmly committed to fight against commercial-scale infringements of IPRs. The evolution and review of the IPR Enforcement Directive is in the pipeline and we have established, it has to be said, EU-level dialogues between the rightholders, intermediaries, brands, civil society, consumer groups and other interested parties. We are also in intense dialogue with the audiovisual industry.

The third challenge, from my perspective, is better cross-sectoral cooperation. The Commission calls for reinforced cross-sectoral cooperation around CCIs because culture and creativity cannot be seen in isolation from other sectors of the economy and public life, such as regional development, education, industry, tourism, health and environment. Next year we will launch a dedicated call for proposals to co-fund public-private partnerships which should boost innovation in the tourist sector using the potential of cultural and creative industries. Some of you also mentioned this link between tourism and the CCIs.

The fourth challenge, and many of you referred to this, is of course skills. The new Skills Agenda adopted in June aims at equipping people with new skills that industry will need in the future, and our main new idea, the blueprint for sectoral cooperation, will support skills development in the fashion industry among others - because we chose six sectors, but the fashion and textile industry is in this framework. We should however also improve creative thinking, for this is one of the top three skills that workers will need in the near future. As from next year a dedicated expert group will look at specific skills, training, knowledge transfer from traditional and emerging heritage professions. On the one hand, we have to make sure that our renowned cultural heritage skills are transmitted to the new generations, but on the other hand, the digital revolution has had a major impact on heritage. New professions are emerging requiring new skills and of course, new accompanying measures. As you know, 2018 will be the European Year of Cultural Heritage. In line with what the report suggests our intention is to use this year, 2018, to give a boost to CCIs.

To conclude, again I very much welcome the joint report. Building on its suggestions, as well as on the actions we have put in place since the 2012 communication, we will reflect on a more coordinated approach to strengthen the competitiveness of CCIs. For this we need a series of clear and comprehensive actions focusing on key challenges and also on synergies with other sectors. I will discuss these actions with my fellow Commissioners. In this framework, it will be important to improve the use of and access to EU funding, maybe also through a dedicated guide and a one-stop-shop website especially created for the CCIs.

Of course we need to work together across policies, between different levels of governance, and, it has to be underlined, with all of the industrial stakeholders. I am looking forward to this cooperation.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 13 December 2016.

Written statements (Rule 162)

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Concernant le rapport Ehler/Morgano, je suis favorable à la valorisation de l'artisanat et du savoir-faire des peuples européens: pour rappel, en France, l'artisanat représente plus de 3 millions d'actifs, rassemblant plus de 510 activités différentes et permettant 100 000 embauches chaque année; ces emplois sont difficilement délocalisables et sont porteurs de compétences traditionnelles et transgénérationnelles. C'est pourquoi je lutte également pour l'apprentissage et sa diffusion, en faveur d'une revalorisation des secteurs manufacturiers. Par ailleurs, je soutiens la lutte contre le piratage et la contrefaçon, lesquels précarisent une industrie culturelle qui représente pourtant 3,3 % du PIB européen.

Cependant, le rapport évoque les possibilités offertes par le mécanisme de garantie et le programme Europe créative, pourtant, selon les premières estimations, les résultats en faveur des PME se feraient attendre. Enfin, je m'oppose à une politique européenne sur le sujet: les États membres doivent pouvoir continuer à défendre chacun leurs industries pour que vivent les savoir-faire des peuples européens et rayonne notre exception culturelle.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Ho più volte avuto modo di dire che l'Unione europea deve mettere la cultura al centro della sua politica estera. Puntare sulla collaborazione culturale con i suoi partner interni ed esterni concorre a rilanciare l'immagine dell'Unione ed a promuovere un ordine mondiale basato su pace, rispetto dei diritti umani e comprensione reciproca.

In quest'ottica, le ICC rappresentano un utile tassello di collegamento nella strategia per le relazioni culturali internazionali, tra l'ambiente delle ICT in costante evoluzione e quello della valorizzazione di una più forte coscienza europea, creando un senso di appartenenza e di comprensione reciproca tra i cittadini dei vari Stati membri.

Va rimarcato che le ICC hanno il potenziale per creare ricchezza e posti di lavoro con un fatturato di oltre 500 miliardi e con oltre 7 milioni di occupati. Questo potenziale va sviluppato e non svilito. esse creano stabilità e sviluppo. All'uopo, va reso coerente ed armonizzato il quadro normativo di riferimento del diritto d'autore e della proprietà intellettuale, con modalità capaci di stimolare l'utilizzo delle nuove tecnologie, obiettivi strategici per promuovere i valori fondamentali europei.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D), *kirjallinen*. – Taide on kymmenien tuhansien vuosien ajan yhdistänyt ihmisiä, jotka asuvat eri puolilla maailmaa ja puhuvat eri kieliä. Nyt, kiitos teknologian, taide ylittää maa- ja kielirajoja paremmin kuin koskaan ennen. Kulttuurialojen kansainvälisyyttä ja monikansallisuutta tulee tukea entistä enemmän. Meidän on varmistettava, että taiteilijat ja heidän teoksensa liikkuvat sulavasti yli rajojen – olivatpa rajat sitten valtioiden, kielten tai teknologioiden välillä. 2010-luvulla taiteen liikkuvuus ja saatavuus vaativat myös kattavia verkkoja, halpaa ja nopeaa dataa sekä hyvää digitaalisen markkinan sääntelyä. Yhtenäisempi kulttuuripolitiikka varmistaa, että kulttuurialan työntekijät saavat reilun korvauksen työstään koko Euroopassa. Rahoituspohjan vahvistamisella, uusien liiketoimintamallien edistämisellä ja innovaatioiden tukemisella pidämme huolta siitä, että siirrämme seuraavalle sukupolvelle velkojen ja työttömyyden lisäksi sivistystä, koulutusta ja kulttuuria. Nyt jos koskaan tarvitsemme asioita, jotka yhdistävät meitä ja muistuttavat, että rahan ja uhkien maailmassa on jotain tärkeämpää: sivistys ja ihmisyys.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Industriile culturale și creative trebuie să devină un element central în politica de dezvoltare și economică a Uniunii Europene. Potențialul acestor sectoare, atractivitatea pentru tineri și valoarea lor adăugată sunt argumente pentru a se investi mai mult la nivel european. De aceea consider că acest raport poate să constituie un prim pas într-o politică comună, coerentă și constructivă. Pentru a face acest lucru, trebuie să pornim de la o legislație unitară care să definească oportunitățile, dar care să nu fie restrictivă, pentru a putea menține caracterul inovativ al acestor industrii. Avem nevoie să creăm un ecosistem propice pentru creație și inovare, iar acest lucru implică investiții în educație și formare, în dezvoltare locală și sprijinirea antreprenoriatului sau susținerea comercializării produselor și serviciilor oferite de aceste sectoare. Vin dintr-o țară, România, în care aceste industrii sunt în plină dezvoltare și mi-aș dori să pot spune că în viitor tinerii creativi din țara mea vor putea să își transforme ideile în realitate, grație Uniunii Europene. De fapt, avem nevoie să ne asumăm cu ambiție faptul că suntem dispuși să ne asumăm un rol constructiv în sprijinirea acestor industrii acum, când încă Uniunea Europeană este competitivă, iar resursa noastră umană nu a plecat încă.

17. Rechte der Frau in den Staaten der Östlichen Partnerschaft (kurze Darstellung) (Aussprache)

President. – The next item is the report by Mariya Gabriel, on behalf of the Committee on Women's Rights and Gender Equality, on rights of women in the Eastern Partnership States (2016/2060(INI)) (A8-0365/2016).

Constance Le Grip, *rapporteure suppléante*. – Madame la Présidente, je dois en effet commencer cette présentation en excusant notre rapporteure, Mariya Gabriel, qui est actuellement au Gabon, où, en sa qualité d'observatrice en chef, elle achève le rapport final de la mission d'observation électorale envoyée par l'Union européenne dans ce pays. M[me] Gabriel tient tout d'abord à remercier tous les rapporteurs fictifs pour la très bonne coopération qui s'est instaurée entre elle et eux, qui a permis de soumettre demain au vote de notre plénière un rapport très positif, très constructif, cohérent, dédié à la question des droits des femmes dans les pays du partenariat oriental.

Le rapport présenté par Mariya Gabriel s'inscrit dans une véritable logique de partenariat et de coopération toujours plus étroite entre, d'une part, l'Union européenne et ses États membres et, d'autre part, les pays du partenariat oriental – l'Arménie, l'Azerbaïdjan, la Biélorussie, la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine.

Quelle est l'approche et quels sont les messages clés du rapport Gabriel? La stabilisation de son voisinage est l'un des principaux objectifs de la politique étrangère de l'Union européenne. En vue d'assurer la sécurité, la paix, la stabilité et la prospérité, la politique européenne de voisinage joue un rôle clé, dans le respect, bien sûr, des principes du droit international et des valeurs fondamentales que sont la démocratie, l'état de droit, les droits de l'homme.

Compte tenu des fondements et des objectifs de ce partenariat oriental, la question des droits des femmes et de l'égalité entre hommes et femmes ne saurait être traitée de manière secondaire. Les droits des femmes et l'égalité hommes-femmes constituent, au contraire, une priorité transversale de la politique européenne de voisinage et ont été désignés comme un domaine de coopération majeur, prometteur, lors de la déclaration de Riga de mai 2015.

Pour la définition d'objectifs spécifiques en matière d'égalité hommes-femmes et de respect des droits des femmes, le rapport propose d'avoir une approche quantifiée des incidences de la politique européenne de voisinage et de l'instrument européen de voisinage. Des objectifs chiffrés pourraient être définis, par exemple, par pays et selon les priorités choisies, en s'appuyant, notamment, sur l'indice d'égalité de genre développé par l'Institut européen pour l'égalité entre hommes et femmes.

Dans le cadre d'objectifs spécifiques définis avec les pays du partenariat oriental, nous pourrions mettre en avant des *success stories*, des réussites, qui permettent d'enclencher des changements plus profonds, afin que les dispositions constitutionnelles législatives existant dans ces pays continuent de porter leurs fruits et portent même des fruits de plus en plus nombreux. Enfin, il est crucial que la coopération en matière des droits des femmes soit traitée à un niveau politique élevé et soit considérée comme une priorité politique.

Plusieurs sujets thématiques – si vous m'y autorisez, Madame la Présidente –: premièrement, le domaine de la lutte contre les violences faites aux femmes. C'est une section importante dans le rapport Gabriel. Nous encourageons notamment les États du partenariat oriental à signer et à ratifier également la convention du Conseil de l'Europe dédiée à la lutte contre les violences faites aux femmes et à la prévention des violences faites aux femmes – la convention dite d'Istanbul –, pour mettre en place des mesures pratiques réelles, concrètes, visant à avancer dans la lutte contre les violences faites aux femmes. Le rapport consacre également une attention particulière à la question des réseaux de traite d'êtres humains.

Deuxième dimension, la participation économique des femmes. L'entreprenariat dans les pays du partenariat oriental se présente souvent comme un choix par défaut, par dépit, faute de pouvoir trouver, en situation de salariat, des modes de garde et de prise en charge des enfants ou des personnes dépendantes, faute également de pouvoir surmonter les écarts de rémunération, souvent extrêmement décourageants. Il faut donc renforcer l'appui aux femmes entrepreneurs de façon positive par des instruments précis: le microcrédit, la formation, les conseils financiers. Une attention particulière doit être portée à l'entreprenariat féminin dans les zones rurales.

Troisième domaine, la participation des femmes dans la vie politique. Là aussi, cela doit être un axe prioritaire. Il y a encore d'énormes marges de progrès; 14 % des ministres et 16 % des parlementaires sont des femmes dans les différents pays du partenariat oriental. Il est important à cet égard de souligner le rôle de la coopération parlementaire, et notamment de l'assemblée EURONEST, entre notre assemblée et les parlements de ces pays, avec la création, cette année, du Forum des femmes, qui a contribué et devra continuer à contribuer à une plus grande participation des femmes dans la vie politique, dans la vie électorale. Par ailleurs, les partis politiques européens, qui ont très souvent parmi leurs membres des partis émanant des pays du partenariat oriental, devraient être incités à faire de la question des droits des femmes et de la plus grande participation des femmes aux processus de décision politique une priorité.

En conclusion, les défis auxquels les pays du partenariat oriental sont confrontés en matière de droits des femmes sont communs, en réalité, avec ceux que nous avons nous-mêmes à affronter en tant qu'Union européenne et en tant qu'États membres. Il faut donc se doter d'une vision stratégique et d'avoir un engagement plus clair, horizontal, transversal, qui traverse tous les aspects, toutes les politiques du partenariat oriental, mais qui définisse également des objectifs spécifiques. Encore une fois, l'objectif est d'arriver à la stabilité, la prospérité, la paix partagée.

Catch-the-eye procedure

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, zpráva Evopského parlamentu o právech žen v zemích Východního partnerství se zabývá těmi problémy, které řešíme také v Evropské unii, ale na úplně jiné úrovni. Ženy v těchto zemích Východního partnerství čelí mnohem větším problémům v oblasti ekonomické závislosti, nezaměstnanosti, diskriminačního jednání, nedostatečného vzdělání, případně problémům se slaďováním rodinného a profesního života.

Především jde o to, aby se v těchto zemích zlepšila politická a ekonomická situace. Jsou to právě ženy, které se v mnoha případech zapojují do občanské společnosti a účinně pomáhají s nezbytnými reformami. Sama jsem měla možnost setkat se se ženami z Ukrajiny a mohla jsem vidět činnost práce jejich neziskových organizací. Zpráva správně zdůrazňuje nutnost většího zapojení žen do transformačních procesů. Tam, kde k tomuto zapojení došlo, byly výsledky velmi pozitivní, jako například v Moldavsku project UNDP „Ženy v politice", který zpráva zmiňuje.

Julie Ward (S&D). – Madam President, I am very glad that this report highlights the need to increase the participation of women in decision-making. I would also like to emphasize the importance of empowering women in conflict resolution and peace building in Ukraine.

Women must take the lead in any post-conflict reconciliation mechanism that is set up. We need women and girls to be involved in building vibrant democratic civil societies across Eastern Partnership countries – women who are leaders and role models in the social, cultural and political spheres. So programmes like Erasmus+ and creative Europe can be key cultural diplomacy tools, fostering inter-cultural dialogue and civic engagement, bringing women and girls together for the benefit of their societies. When women are included and empowered, everyone benefits.

I would particularly like to applaud the excellent work that has been done over the past five years through the tandem project, which serves as a best practice example for progressing democracy and building capacity through cultural exchange, led primarily by women.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Asszony, ebben a témában a raportőrök is és más felszólalók is nyilván sok mindent el fognak mondani a keleti partnerség országaiban lévő tevékenységekről, a nők esélyegyenlőségeinek, és egyáltalán helyzetének javítása szempontjából, de talán ugyanezeket a szavakat érdemes rendről-rendre, időről-időre elmondani saját magunknak is. Azért nem véletlen az, hogy az Isztanbuli Egyezmény a mai napig nincs teljes körűen ratifikálva még az Európai Unió tagországai részéről sem, így például konkrét esetként a saját országom szomorú példáját kell mondjam. Magyarország is a mai napig nem volt hajlandó ratifikálni az Isztanbuli Egyezményt. Hogyha van olyan számszerűsített rendszer, amivel a keleti partnerség során tudjuk mérni az ottani intézkedéseknek a szerepét és a súlyát, én azt gondolom, hogy ugyanezeket a mérőszámokat jó lenne, hogyha alkalmaznánk az Európai Unió tagországaira is, és akkor el tudnánk kerülni azt, hogy kétféle mércével mérjünk másokat, illetve magunkat. Én ezt nagyon európai gondolatnak tartanám.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, χιλιάδες γυναίκες πέφτουν θύματα σωματικής και ψυχολογικής βίας στα κράτη της Ανατολικής Εταιρικής Σχέσης έχοντας ελάχιστη προστασία από τον νόμο και σχεδόν καθόλου υπηρεσίες υποστήριξης. Παρατηρούνται σημαντική έλλειψη ποινικοποίησης όλων των μορφών βίας κατά των γυναικών, εξαιρετικά χαμηλό επίπεδο καταγγελιών των εν λόγω εγκλημάτων, ελάχιστες καταδίκες για βιασμό και μηδαμινή ή καθόλου χρηματοδότηση υπηρεσιών στήριξης. Υπολογίζεται ότι στην Ευρωπαϊκή Ένωση εκδίδονται διακόσιες εβδομήντα χιλιάδες γυναίκες, θύματα των δικτύων διακίνησης ανθρώπων, με τις περισσότερες να προέρχονται από τα κράτη της Ανατολικής Εταιρικής Σχέσης.

Συγκεκριμένα για τη Μολδαβία, δύο στις τρεις γυναίκες είναι άνεργες και διακόσιες χιλιάδες έως τετρακόσιες χιλιάδες έχουν πουληθεί σε οίκους ανοχής στο εξωτερικό. Πρόκειται δηλαδή για το 10% του γυναικείου πληθυσμού της χώρας σύμφωνα με δημοσιεύματα. Η καταπολέμηση λοιπόν της βίας κατά των γυναικών πρέπει να αποτελέσει μείζον ζήτημα της Ευρωπαϊκής Ένωσης, για να αντιμετωπιστεί το πρόβλημα αυτό στις χώρες της Ανατολικής Εταιρικής Σχέσης.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Madam President, the EU Eastern Partnership has been created in order to deepen political and economic integration within Ukraine, Belarus, Moldova, Armenia, Azerbaijan and Georgia. It is, at its very core, a shared commitment to democracy, the rule of law and respect for human rights. Therefore, improving women's rights in the Eastern Partnership countries should be the utmost priority for the EU and, indeed, progress has been made. Gender equality is now enshrined in the constitutions and legal systems of these countries. However, as underlined by the Council of Europe, legal obstacles to women's access to the labour market persist. Barriers restrict women's access to certain professions and gaps exist in anti-discrimination legislation. I therefore call on the Commission to undertake immediate action in order to help and significantly improve women's participation in the labour market throughout the Eastern Partnership.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nonostante i progressi compiuti dai paesi del partenariato orientale, permangono profonde criticità nel campo della parità dei diritti tra uomini e donne. Conflitti prolungati ostacolano lo sviluppo della regione, incidendo profondamente sulla vita e sui diritti umani delle persone.

Una delle questioni più spinose è rappresentata dalla piaga della tratta, che coinvolge migliaia di donne dell'Europa orientale, attratte con l'inganno dal miraggio di un lavoro remunerativo e avviate alla prostituzione da organizzazioni criminali. Vi è poi la difficile situazione delle donne rom, che difficilmente riescono a reagire alle violenze, alle discriminazioni e alle costrizioni. Debole è la partecipazione delle donne alla vita politica.

È necessario che i paesi del partenariato orientale facciano di più per arginare tutte le forme di violenza contro le donne, sono necessari profondi cambiamenti istituzionali. A tale proposito, sono positivi gli sforzi dell'Assemblea parlamentare Euronest nella promozione della partecipazione politica e della visibilità delle donne nei paesi del partenariato orientale.

(End of catch-the-eye procedure)

Elżbieta Bieńkowska, *Member of the Commission*. – Madam President, Honourable Members, of course, first I want to thank the rapporteur Ms Gabriel but also Ms Le Grip for presenting the report. I think this is important because it sheds a light on the many challenges that women have to face in the Eastern Partnership, but I also want to thank all of you for this exchange of views.

We are all aware that although women's situation differs among the countries in the Eastern Partnership and the Eastern Neighbourhood, there are some common problems such as the high level of violence against women, the significant gender pay gaps and the very low representation of women in political and economic life. The Commission is strongly committed to move ahead on gender equality and women's empowerment together with our partner countries and neighbours.

The joint declaration of the Eastern Partnership summit in Riga last May clearly mentions gender equality as a key area of cooperation. The European Neighbourhood Policy review which was adopted in November last year puts a focus on gender equality and gives particular attention to enhancing women's participation in the economy, their access to justice and social services, and to strengthening support for women's rights. Fighting gender inequality is also acknowledged as vital to prevent radicalisation and terrorism.

The Eastern Partnership Foreign Affairs Ministerial meeting of May 2016 confirmed the commitment to the priorities agreed in Riga and the new approach introduced by the European Neighbourhood Policy Review. In addition, it called for a clear focus on delivering tangible results for citizens. In this framework, work has been ongoing to identify 20 key deliverables by 2020. Gender is a key cross-cutting deliverable to be addressed. The implementation of the commitments taken in the European Neighbourhood policy review, together with the EU Gender Action Plan for 2016-2020, provide the Commission with the framework through which we can ensure that all words are translated into real actions.

Let me just give you a few examples of this. The Commission, during the last five years, provided more than EUR 100 million that financed more than 100 projects and programmes to directly promote gender equality and improve the situation of women and girls within the Neighbourhood. In addition to this, the EU contributed EUR 5 million to the Women in Business programme. The overall objective is to promote and support women's entrepreneurship, and more broadly women's participation in business, by facilitating access to finance, as well as non-financial business development services in the Eastern Partnership countries. We have a very good example here in Azerbaijan and in Ukraine.

Let me also say that today's discussions come at a very important moment for a number of reasons. First, because gender equality is one of the topics being discussed in both the current revision of the association agendas for three DCFTA countries, namely Georgia, Moldova and Ukraine, and also in the development of the partnership priorities with our key partner countries. Secondly gender features as a key topic of today's discussion in the Foreign Affairs Council, where ministers will adopt Council conclusions on the Eastern Partnership. And thirdly discussions are still ongoing on the key priorities in the European Neighbourhood Instrument multiannual programming for our next four years for the Eastern Partnership, and gender will be mainstreamed throughout support actions according to the Gender Action Plan 2016-20.

The new European Neighbourhood Policy will play its part in helping to create the right conditions for positive development, lead to further strengthening the relations with the countries of the Eastern Partnership, and bring tangible benefit for all citizens, including of course women.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 13 December 2016.

Written statements (Rule 162)

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Unul dintre obiectivele majore ale politicii externe a Uniunii Europene, dar și al politicii europene de vecinătate, este stabilizarea vecinătății sale, securitatea, pacea, stabilitatea și prosperitatea tuturor statelor care fac parte din Parteneriatul estic. Femeile joacă un rol esențial în această privință, egalitatea de gen rămânând o prioritate orizontală în cadrul politicii europene de vecinătate. În acest context, consider că țările care fac parte din Parteneriatul estic trebuie să elaboreze măsuri concrete, prin care să se asigure că procesul de aplicare a politicilor economice specifice are în vedere dimensiunea de gen și tratează nevoile grupurilor celor mai defavorizate: persoanele sărace, analfabete, femeile din zonele rurale, minoritățile și persoanele cu dizabilități. De asemenea, consider că statele din Parteneriatul estic trebuie să promoveze și să susțină participarea politică a femeilor și reprezentarea lor la toate nivelurile de guvernare, implicarea femeilor în procesul decizional și în procesul de aplicare a politicilor economice, promovarea programelor de afaceri pentru oportunități egale pentru bărbați și femei în firme și întreprinderi, precum și implementarea unor proiecte de dezvoltare locală destinate emancipării economice a femeilor din țările Parteneriatului estic.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Pani Przewodnicząca! Z dużym zadowoleniem przyjmuję dyskusję nad tym sprawozdaniem, które przypomina nam wszystkim, że kamieniem węgielnym idei Partnerstwa Wschodniego jest respektowanie podstawowych wartości takich jak demokracja, praworządność i właśnie prawa kobiet. W związku z tym bardzo ważne jest, iż równość płci została zagwarantowana w konstytucjach i przepisach prawa wszystkich krajów Partnerstwa Wschodniego. Niemniej jednak w sprawozdaniu słusznie podkreśla się fakt, iż kobiety nadal pozostają ofiarami dyskryminacji społecznej. Przejawia się ona chociażby tym, że w 2015 r. zajmowały one jedynie 17 spośród 136 wyższych stanowisk ministerialnych, a zróżnicowanie wynagrodzenia ze względu na płeć jest nadal wysokie i sięga nawet 50% mimo faktu, że średnio kobiety mają wyższe wykształcenie od mężczyzn. Z tego właśnie powodu UE musi kontynuować wymianę swoich najlepszych praktyk poprzez Zgromadzenie Parlamentarne Euronest, a także przede wszystkim wspierać organizacje pozarządowe reprezentujące społeczeństwo obywatelskie. Tym bardziej iż to właśnie te organizacje wraz z rządami państw Partnerstwa są współodpowiedzialne za prowadzenie kampanii informacyjnych mających na celu wykorzenienie utrwalonych stereotypów o roli kobiet w społeczeństwie. Musimy bowiem wszyscy pamiętać o tym, iż nawet najlepsze normy prawne gwarantujące równość płci będą tylko martwym zapisem, jeśli równolegle z ich wprowadzaniem nie dojdzie do zmiany postrzegania społecznej roli kobiet przez obywateli państw Partnerstwa Wschodniego.

18. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung (Aussprache)

President. – The next item is the one-minute speeches on matters of political importance (Rule 163).

Ivan Štefanec (PPE). – V Európskej únii sme svedkami čoraz viac daňových podvodov, ktoré majú, žiaľ sofistikovanejšiu podobu a niekedy ich nitky vedú až na najvyššie miesta, ako napríklad v prípade Slovenska, dokonca do úrovne ministra vnútra či premiéra. Preto je dôležité, aby sme našli na túto chorobu liek, a za ten liek považujem jednoduchý, prehľadný daňový systém.

Som rád, že Európsky parlament robí v tomto ohľade veľa krokov – zabezpečil už výmenu informácií medzi daňovými úradmi členských krajín, ale aj medzi daňovými úradmi s problémovými krajinami. Je dôležité, aby sme zjednodušili systém a zabezpečili jednotnú registráciu dane z pridanej hodnoty vo všetkých krajinách, aby sme ale naozaj aj zabezpečili zdaňovanie zisku tam, kde sa tvorí.

Myslím, že je dôležité takisto hovoriť o dani z pridanej hodnoty, pretože tento systém neprináša to, čo od neho očakávame a má veľké daňové úniky. Preto je dôležité prehodnotiť celý systém DPH tak, aby sme našli spôsob, kedy ľuďom a firmám sa zoberie čo najmenej, a aby sme podporovali aktivitu tak, aby ľuďom zostalo nakoniec viac.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D). – Doamnă președintă, stimați colegi, pentru că suntem în luna sărbătorilor de iarnă și este momentul în care încheiem un an dificil pentru Uniunea Europeană, dar privim cu speranță la anul ce vine, îmi voi pune o dorință. Pentru 2017, ca politician cu viziune social-democrată, ce pune omul în centrul acțiunii politice, îmi doresc ca noi toți să încercăm să facem mult mai mult în domeniul incluziunii sociale. Îmi doresc ca Uniunea Europeană să acorde anul viitor o atenție sporită politicilor de protecție a grupurilor sociale vulnerabile, cu risc sporit de pierdere a capacității de muncă din cauza bolilor, a dizabilităților, a dependenței de droguri sau alcool.

Rezumând, îmi doresc ca 2017 să fie anul investițiilor, în special pe direcția programelor menite să simplifice accesul la un pachet de sănătate minim garantat pentru categoriile defavorizate. Îmi doresc ca acel minim 20 % din Fondul Social European garantat ca fiind alocat incluziunii sociale să fie cheltuit în special în asigurarea și garantarea accesului la diagnostic și tratament al bolilor cronice de care suferă cetățenii europeni.

Sărbători fericite!

Urszula Krupa (ECR). – Pani Przewodnicząca! Mimo wprowadzenia zakazu profilaktycznego podawania antybiotyków zwierzętom hodowlanym zarówno WHO, jak i Światowa Agencja Leków informują, że poziom antybiotyków w mięsie wzrósł trzykrotnie w stosunku do dopuszczalnej normy. 2/3 światowej produkcji antybiotyków podawane jest zwierzętom. Produkowanie żywności z antybiotykami, z pestycydami, dodatkami do żywności, hormonami i produktami modyfikowanymi genetycznie jest powodem epidemii już w tej chwili, alergii, nowotworów, cukrzycy, otyłości, a przede wszystkim spadku odporności.

Jak widać, zakazy niewiele dają z jednoczesnym propagowaniem przemysłowej produkcji żywności nastawionej na zysk. Jedynym wyjściem jest wspieranie żywności ekologicznej wymagającej więcej wysiłku, jednak znacznie korzystniejszej dla obywateli Unii Europejskiej. W myśl maksymy: „Jesteś tym, co jesz", są zatruwani chemicznymi koktajlami, nafaszerowani produktami modyfikacji genetycznej.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora Presidenta. Este sábado, en el marco del programa de la Capitalidad Cultural Europea, se va a presentar en Donostia / San Sebastián un manifiesto en defensa de los derechos de hablantes de lenguas minorizadas.

Más de cuatrocientas aportaciones procedentes de toda Europa han dado forma a un documento que propone medidas para poder incorporar el acervo que aportan estas culturas al concepto de diversidad de nuestra Unión. Con todas las consecuencias. Porque hoy, por ejemplo, solo las lenguas de los Estados miembros suenan aquí, y no las de todos los pueblos de Europa. Aunque sean lenguas maternas de ciudadanos europeos. Aunque mantenerlas vivas haya costado sangre, sudor y lágrimas. El poeta vasco Esteban Urkiaga, Lauaxeta, asesinado por las tropas franquistas en 1937 en Vitoria, recordaba en su poema «Itxasora» que defender esta idea de diversidad es *(lee en euskera)*.

Continuando esa cadena, decimos que ofrecer respeto y reconocimiento a esas culturas es para nosotros compromiso y futuro. Por eso vamos a esforzarnos en traer aquí este manifiesto.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señora Presidenta, este próximo sábado será presentado en Euskal Herria, concretamente en Donostia, el Protocolo para la Garantía de los Derechos Lingüísticos. Se trata de un protocolo elaborado tras un ejercicio ejemplar de democracia y de participación de expertos, y muy especialmente de agentes sociales de toda Europa. Gracias a sus aportaciones, el protocolo recoge 185 medidas para garantizar los derechos lingüísticos de todos los europeos y europeas, derechos no garantizados en el caso de las lenguas minorizadas.

Este protocolo es un instrumento concreto e integral, que engloba todas las facetas de la sociedad para garantizar en la práctica los derechos lingüísticos, pero también para consolidar la paz y la convivencia en Europa, porque respetar los derechos lingüísticos significa también respetar los derechos humanos.

Ernest Maragall (Verts/ALE). – Señora Presidenta. Este es mi último minuto en este Parlamento. Minuto cargado de inquietud por el presente que nos produce indignación y tantas veces tentación de revuelta, pero también lleno de pasión positiva porque hoy, dos años y medio después, sé que el sueño europeo es aún posible.

Por eso me permito formular cinco estrategias para Europa que este Parlamento conoce bien y en buena medida comparte. Una, hay que salir de la recesión autoimpuesta para volver a un crecimiento sostenido y sostenible. Dos, es urgente recuperar la eurozona como espacio económico, monetario, fiscal y social. Tres, debemos liderar desde Europa el cambio de modelo productivo que necesitamos para afrontar el cambio climático. Cuatro, vamos a completar, pues, la Europa que asume plena responsabilidad en cuestiones centrales, que lo exigen: economía, seguridad, defensa, etc. Pero saber también devolver la máxima capacidad de decisión, de poder real, a la diversidad interna de naciones y pueblos.

Construyamos el espacio político que haga de Europa el motor del nuevo equilibrio mundial entre poder democrático y poder económico. Pasemos de la desigualdad extrema a la máxima equidad; del Estado-autoridad a la sociedad apoderada. *(Habla en catalán).*

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Pani Przewodnicząca! Unia Europejska posiada Agencję Kosmiczną ESA. Wysłała ona Rosettę na kometę, gdzie miał wylądować lądownik Philae, niestety lądownik nie wylądował – półtora miliarda euro poleciało w błoto. W dniu 19 października br. o powierzchnię Marsa rozbił się lądownik Schiaparelli – poleciało chyba dwa miliardy. Przyjrzałem się w związku z tym akcji Cassini, którą się Agencja Europejska chwaliła. Okazuje się, że Europa odpowiadała wyłącznie za lądownik Huygens, który wylądował na Tytanie, niestety z powodu wady transmisji połowa danych została utracona. Proponuję zostawić tę agencję, Chińczycy robią to lepiej, niedługo Nigeria rozwija własny program kosmiczny. Co prawda, udało się wysłać w kosmos piętnaście lat temu tekst konstytucji europejskiej i nie jest winą Agencji Kosmicznej, że konstytucja ta została odrzucona i istoty z innych gwiazd mają nieaktualny i fałszywy obraz Europy. A poza tym sądzę, że Unia Europejska musi być zniszczona.

Pál Csáky (PPE). – Elnök Asszony, pár nappal ezelőtt elhunyt Fidel Castro. Az európai demokratikus értékek védelme jegyében tiltakozom az ellen az elnéző és az igazságot eltorzító hangnem ellen, amellyel a világsajtó egy része és néhány európai politikus, többek közt Juncker úr is nyilatkozott Castro halála kapcsán. Itt az Európai Parlamentben is ki kell mondanunk, hogy egy véres kezű diktátor fejezte be földi pályafutását, és ezen a politikai értékelésen a minden elhunytat megillető tisztelet sem változtathat. Ha ugyanis nem tudunk vagy nem akarunk világosan különbséget tenni az embertelen diktatúra és a demokrácia között, akkor a rossznak és az antidemokratikus igyekezeteknek nyitunk teret. S az sem világos, hogy az ilyen kijelentések után milyen súlya lehet a szavunknak akkor, amikor azt mondjuk, hogy támogatjuk Kuba demokratizálódását. Idén májusban személyesen is látogatást tettem Kubában, s azt tapasztaltam, hogy egy jobb sorsra érdemes, szimpatikus társadalmat szorítottak az elmúlt évtizedekben embertelen, kiszolgáltatott helyzetbe. Ez a kubai diktatúra igazi öröksége, s ezt nem kimondani bűn és hiba.

Jonás Fernández (S&D). – Señora Presidenta, hace unas semanas me reunía en Asturias con José Antonio Cuesta, un ciudadano que había sufrido poliomielitis en su infancia y que había logrado vencer la enfermedad y desarrollar una vida plena, como mucho de los enfermos que hace ya algunos años la sufrimos en toda Europa. Sin embargo, recientemente, nuevos efectos, nuevos síntomas de esa enfermedad parecen complicar la vida de José Antonio Cuesta y de muchos ciudadanos en toda Europa: dolores musculares, problemas respiratorios, grandes dificultades para desarrollar una vida plena como la que habían desarrollado hasta ahora. El trato que están recibiendo de las distintas legislaciones nacionales es muy diferente, con apoyos y reconocimiento de la enfermedad en algunos países y con distancia y alejamiento en otros, como en el caso del mío, España.

Por lo tanto, quiero, desde este Parlamento, ser la voz de esos cientos de miles de enfermos, de esos cientos de miles de personas que han sufrido poliomielitis y que han conseguido sobrevivir a una enfermedad muy complicada y que necesitan el apoyo y el respaldo de todos los europeos en estos momentos.

Michaela Šojdrová (PPE). – Vážená paní předsedající, ráda bych se vrátila k velmi důležitému tématu, a tím je Turecko a otázka Kurdů. Jsme si vědomi velmi složité vnější i vnitřní bezpečnostní situace, kterou Turecko musí řešit. Přesto nemůžeme souhlasit s represivními kroky turecké vlády, kterými pronásleduje opoziční představitele a inteligenci zejména kolem kurdské strany HDP. Právě otázka Kurdů se stala v kontextu událostí po nezdařeném červencovém puči velmi palčivou, protože Turecko zostřuje represe vůči Kurdům. Momentálně Turecko zadržuje dva Čechy, které obviňuje z terorismu jenom proto, že pomáhali syrským Kurdům bojovat proti ISIS. Dnes jsme se setkali v Evropském parlamentu s laureátkami Sacharovovy ceny. Jsou to dvě Jezídky kurdského původu. I je by Turecko poslalo za mříže za vazby na PKK? Doufám, že ne. Turecká logika v této otázce je tedy neakceptovatelná. Jsem pro spolupráci a dialog s Tureckem, ale nesmí to být dialog s hluchým.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ επί μήνες πιπίλιζε την καραμέλα της δήθεν απομείωσης του χρέους. Ο κύριος Τσίπρας, κάθε φορά που προετοίμαζε την εφαρμογή αντιλαϊκών μέτρων έβαζε το κερασάκι της δήθεν απομείωσης του χρέους. Μισθοί και συντάξεις πετσοκόπηκαν, η δημόσια περιουσία υποθηκεύτηκε υπέρ των δανειστών για 100 χρόνια κι όλα αυτά στον βωμό της δήθεν μείωσης του χρέους. Όμως το Eurogroup της 5ης Δεκεμβρίου δεν προχώρησε τελικά στην απομείωση του χρέους και τα ημίμετρα για τη δήθεν βραχυχρόνια ρύθμιση του χρέους είναι στάχτη στα μάτια, μιας και το χρέος όχι μόνο δεν μειώνεται αλλά οι ρυθμίσεις συνοδεύονται από νέα σκληρά μέτρα. Κυρία Πρόεδρε, το δημόσιο χρέος της Ελλάδας είναι ένα καραμπινάτο επονείδιστο χρέος, odious debt, που δημιουργήθηκε από δάνεια που δεν πήγαν υπέρ του λαού και της Ελλάδας αλλά πήγαν για να εξυπηρετήσουν τα συμφέροντα των δανειστών, για να πληρωθούν παλιά χρέη, για να χρηματοδοτηθεί από τους δανειστές η αγορά βιομηχανικού εξοπλισμού και όπλων και, τέλος, να χρηματοδοτηθεί η αγορά βιομηχανικών προϊόντων των δανειστών. Για τον λόγο αυτό, το επονείδιστο χρέος της Ελλάδας πρέπει να διαγραφεί εδώ και τώρα.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Madam President, Commissioner, there are no more words to describe the suffering of children in Syria. Aleppo is hell on earth. All of Syria is a humanitarian catastrophe. We are talking about thousands of kids that are being slaughtered and denied help. Via Skype a few days ago in the European Parliament, some boys and girls shared with us: 'we are left alone; all our friends died'. Their voices cannot go unheard. For many of them, life has been nothing but war and siege. What if they were our children?

When a Permanent Member of the United Nations Security Council, Russia, blocks even a humanitarian ceasefire, what is left of humanity? We call on the upcoming European Council to act firmly for an immediate ceasefire, unconditional access to humanitarian aid, and to protect children. At least UNICEF should have access to conduct vaccinations in all of Syria. An entire generation is at risk of dying from curable diseases. Are we going to allow Sarajevo to pale in front of Aleppo? So together, tonight, we should join forces for the children of Syria to end violence. Tonight we say to the children: 'you are not forgotten'.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Asszony, a magyar kormány egy múlt heti határozat értelmében kilépett az átlátható kormányzás megteremtéséért és a korrupció visszaszorításáért küzdő nemzetközi szervezetből, a Nyílt Kormányzati Együttműködésből. Ezzel Oroszország után Magyarország a második olyan állam, amely önként lépett ki ebből a szervezetből, a hivatalos indoklás szerint azért, mivel az igazságtalanul kritizálta Budapestet. Ugyanakkor valószínűsíthető, hogy a folyamatos jogsértések miatt a szervezeti tagság felfüggesztését kívánta ily módon megelőzni az Orbán-kormány. Felkérem az EP képviselőit, hogy egységesen ítéljék el Magyarország kormányának az orosz normákhoz való igazodását, és határozottan szólítsák fel a magyar kormányt az európai értékekhez való visszatérésre. Itt az ideje, hogy az Európai Unió egyértelmű és kemény választ adjon a putyini politika európai térnyerésére.

Jozo Radoš (ALDE). – Gospođo predsjednice, gospođo povjerenice, sve zemlje jugoistočne Europe, a pogotovo zemlje zapadnog Balkana koje su na putu prema Europskoj uniji, imaju visoku opću stopu nezaposlenosti. Nezaposlenost mladih u tim zemljama je i dvostruko veća i nekada prelazi čak 60 %. Nezaposleni mladi bez životne perspektive napuštaju svoje zemlje i tako ih ostavljaju bez šanse za razvoj. S druge strane, nezaposleni mladi su laka meta i cilj raznih vrsta radikalizacije, od nacionalne, socijalne, vjerske i svake druge vrste radikalizacije.

Stoga pozivam Europsku komisiju da pomogne u nalaženju mehanizma za zapošljavanje mladih na prostoru jugoistočne Europe, nešto slično kao što je jamstvo za mlade koje postoji unutar Europske unije.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL). – A Uachtaráin, tá seoladh Phrótacal Donostia le bheith ann ar an Satharn. Is uirlis nua é seo ó eagraíochtaí na sochaí sibhialta agus an aidhm atá aige ná cosaint a thabhairt do chainteoirí teangacha neamhfhorleathana.

Is buncheist bheo í an teanga san Eoraip, mar atá sa bhaile. Cheana féin tá an iomarca modhanna leithcheala á ndéanamh, agus níl aon amhras ach go bhfuil cearta teanga daoine á sárú i dtaca le gach teanga réigiúnach, dhúchasach nó mhionlaigh san Eoraip.

In Éirinn, mar shampla, tá ár rialtas féin mar aon le rialtas na Breataine ag déanamh neamhaird de chothromaíocht na Gaeilge ó Thuaidh de dheasca a neamhthoilteanas Comhaontú Chill Rìmhinn a chur i ngníomh agus Acht na Gaeilge a reáchtáil.

Anois, tá sé tábhachtach go seasaimisne, mar Fheisirí, go láidir ar son cearta daonna agus ar son cearta teanga. Tá ar dteangacha tábhachtach, ní hamháin dár bhféiniúlacht, ach dár bhféinmhuinín, dár n-éiceolaíocht, dár gcultúr agus níos mó.

Nuair a thagann sé go dtí ár gcearta teanga nó aon chearta eile atáimid i dteideal, nílimid ag stopadh go mbeidh siad againn; agus bí cinnte go dtiocfaidh ár gcearta leo, agus leis seo go dtiocfaidh ár lá.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Señora Presidenta. Hoy quiero denunciar un hecho gravísimo que se producirá en España el próximo viernes. Por primera vez en un Estado europeo supuestamente democrático un tribunal de justicia instigado por el Gobierno de España llamará a declarar a la presidenta del Parlamento de Cataluña, la *molt honorable* señora Carme Forcadell.

Se le acusa, contra toda razón y sentido jurídico, de haber permitido debatir y votar el resultado de una comisión de estudio, ¡de una comisión de estudio!, sobre la independencia de Cataluña. La extrema gravedad de este ataque a la soberanía de nuestro Parlamento en ejercicio de su libertad de expresión, de este ataque al pueblo de Cataluña que eligió ese Parlamento, exige no solo mi denuncia y mi repulsa sino también la del Parlamento Europeo, donde se respeta siempre la libertad de expresión.

No tengo ninguna duda de que a este atropello democrático le seguirán otros. Si España está abandonando los principios que conforman la Unión Europea, los catalanes deberemos abandonar España, no la Unión Europea, porque nosotros defendemos la libertad y la democracia.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych se chtěl ve své minutě vyjádřit k politice šetrnosti. To je politika, která by se měla dotýkat krajiny, vody a půdy. U té poslední hodnoty bych se rád zastavil. Já bych chtěl ve své minutě podpořit vlastnictví půdy těmi nejmenšími podnikateli v zemědělství. Myslím si, že by mělo dojít k rozptýlení vlastnictví půdy právě ve prospěch menších zemědělců. Nemělo by docházet ke scelování vlastnictví půdy ve prospěch těch největších agronomických a jiných podniků. Podle mého soudu bychom měli přistupovat k vlastnictví půdy i z hlediska jejího nabývání velmi restriktivně. Nechci volat po tom, aby Evropská unie vymyslela novou legislativu pro nabývání půdy, ale aby nepochybně vedla členské státy k tomu, jaká opatření regulace trhu s půdou jsou v rámci těch čtyř základních svobod v Evropské unii přípustná. To bychom skutečně měli říci.

Julie Ward (S&D). – Madam President, just over a year ago, on 5 December 2016, storm Desmond broke the UK's rainfall record, with more than 350 millimetres of rain falling on the county of Cumbria in a 24-hour period in my northwest of England constituency. A subtropical atmospheric river unleashed devastation on large parts of northern England, Scotland, Wales and Ireland, the like of which had not been seen before. While some constituents had, sadly, experienced flooding several times in recent years, Desmond was unprecedented and, to make matters worse, was followed by storm Eva on Christmas Eve and storm Frank on 29 December. I pressed David Cameron relentlessly regarding an application for EU solidarity funds, and I am disappointed that the government's progress on completing the paperwork has been so slow. In the immediate aftermath of the storm, volunteer groups such as aid organisations Ahmadiyya Youth and Al-Imdaad and Khalsa Aid joined the emergency services in the clean-up. But the greatest credit must go to Eden Flood Volunteers who over the past year have clocked up a total of 97 943 hours, worth more than GBP 783 542, supporting 20 000 flood affected families and businesses across nine counties, distributing an estimated 1.8 million worth of donated goods. Well done, you.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhora Presidente, saudamos e apoiamos o Protocolo de Donostia de Garantia dos Direitos Linguísticos. As nações sem Estado, como a Galiza, precisam de instrumentos para que os nossos governos cumpram os compromissos e também os acordos internacionais para garantir os nossos direitos linguísticos, que são também direitos humanos.

No nosso caso, é o próprio Governo galego quem ataca a nossa língua, quando aprova decretos como o que reduz a sua presença no ensino e que proíbe expressamente que sejam dadas em galego matérias como a matemática, a tecnologia ou a física e química. A nova lei da educação do Estado espanhol agrava ainda mais esta situação.

Ambas as instituições infringem claramente, entre outros, o estipulado no artigo 8.º da Carta Europeia das Línguas. É preciso atuar, e já, para garantir os direitos linguísticos.

Queremos o reconhecimento da nossa língua e poder expressar-nos nela também neste Parlamento. Necessitamos também de compromissos para incrementar os orçamentos das políticas linguísticas, assim como o apoio à produção cultural na nossa língua, a sua promoção e a sua distribuição, que assegurem, em definitivo, políticas linguísticas que garantam a recuperação e a normalização do galego em todos os âmbitos.

Emilian Pavel (S&D). – Doamnă președintă, salut victoria categorică a Partidului Social Democrat din România cu ocazia alegerilor parlamentare din 11 decembrie. Într-un context regional complicat, această veste este una bună atât pentru stânga europeană, cât și pentru Europa, în general.

La 1 ianuarie 2017, România va sărbători zece ani de la aderarea la Uniunea Europeană, zece ani în care românii s-au afirmat ca fiind printre cei mai proeuropeni cetățeni ai Uniunii noastre, iar România a beneficiat, deși nu pe deplin, de statutul său de țară membră. Programul Schengen, menținerea MCV sau neridicarea vizelor pentru românii care călătoresc în Statele Unite sau Canada sunt doar câteva aspecte pe care Uniunea Europeană va trebui să le rezolve în mod prioritar. În același timp, țara mea a oferit Uniunii Europene stabilitate, o continuă creștere economică și o atitudine proeuropeană de necontestat.

Gândurile mele însă, acum, merg mai departe. La 1 ianuarie 2019, România va prelua președinția Consiliului Uniunii Europene, având în fruntea ei un guvern social-democrat. Acest guvern reprezintă garanția că România va promova valorile și principiile europene comune.

Vă mulțumesc și sărbători fericite tuturor.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, un recente studio dell'OCSE retrocede impietosamente l'Italia al 34º e penultimo posto nella speciale classifica per le competenze formative.

Il dato preoccupante per l'Italia è il *gap* incolmabile tra il Nord e il Sud. Gli studenti di Bolzano, Trento e Lombardia segnano in scienze punteggi fino a 35 punti superiori alla media; in Campania, purtroppo, i 35 punti sono di segno negativo, sotto la media. Ciò dipinge un ritardo scolastico effettivo di quasi due anni.

Benché gli Stati membri siano responsabili dei propri sistemi educativi e formativi, l'Unione europea ha una funzione di supporto, fissa obiettivi comuni e favorisce lo scambio di buone pratiche. Chiedo quindi alla Commissione di non lasciare nessuno studente per strada, chiedo che vengano considerate le evidenze della relazione monitoraggio nel settore istruzione e formazione e di presentare misure per rendere i sistemi d'istruzione più pertinenti, in particolare negli Stati membri sotto la media. Dobbiamo garantire un'istruzione che consenta ai giovani di trovare un lavoro soddisfacente e sviluppare la loro carriera professionale: l'istruzione è forse l'unica risorsa di riscatto rispetto a un contesto degradato.

Deirdre Clune (PPE). – Madam President, at this time of the year many traffic accidents will be occurring and national authorities are making a concerted effort to reduce the number of accidents on our roads. Significant progress has been made at EU level in tackling road deaths in recent years; we seem to have had a regression in those figures.

We need to have further innovative measures to address this fact: it is notable, when you look at the number of serious injuries, that the reduction in those is lagging behind road deaths. We are not being as successful in that area: if you look since 2010, the number of people seriously injured in the EU was reduced by just 1.6% compared to an 18% decrease in the number of road deaths. So there has been a lot done in reducing our road deaths but still more needs to be done. We need now to look at serious road injuries and ascertain why we are not making progress in that area.

The Commission needs to introduce a target for the reduction of serious road injuries, and to bring forward measures in the road package next year to ensure that meaningful data are collected as to why we have this level of serious road injuries and to ensure that we are as effective in this area of serious injuries on our roads as we have been in road deaths.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Madam President, in December 2015 the Commission concluded that Georgia and Ukraine have met all criteria for visa liberalisation. This was a victory especially for the citizens, who will be able to travel to the EU without a visa. It also sends a signal to the rest of the world that a path of credible reforms is the one to be rewarded. But since then the European Parliament and the Council have been delaying this decision for months. It is only last week that they managed to strike a deal on a visa suspension mechanism. One entire year has now passed since the publication of the reports from the Commission. I believe that the EU cannot afford to wait any longer. Ukraine and Georgia are two countries whose territorial integrity is threatened by Russia; they are desperately knocking on the EU's door, and the answer from the EU cannot be: 'Sorry, you will have to wait longer'.

President. – That concludes the item.

19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

20. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 23.25)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2250

22.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. DEZEMBER 2016

(C/2024/2250)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 12. bis 15. Dezember 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung . . . 3
2. Paket „Saubere Energie für alle“ (Aussprache) . . . 3
3. Allgemeine Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments (Aussprache) . . . 28
4. Verleihung des Sacharow-Preises (feierliche Sitzung) . . . 39
5. Abstimmungsstunde . . . 44
   - 5.1. Rahmenabkommen EU/Algerien über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme Algeriens an den Programmen der Union (A8-0367/2016 - Pier Antonio Panzeri) (Abstimmung) . . . 44
   - 5.2. Nordostatlantik: Tiefseebestände und Fischfang in internationalen Gewässern (A8-0369/2016 - Isabelle Thomas) (Abstimmung) . . . 44
   - 5.3. Allgemeine Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments (A8-0344/2016 - Richard Corbett) (Abstimmung) . . . 44
   - 5.4. Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2015 (A8-0345/2016 - József Nagy) (Abstimmung) . . . 45
   - 5.5. Eine kohärente Politik der EU für die Kultur- und Kreativwirtschaft (A8-0357/2016 - Christian Ehler, Luigi Morgano) (Abstimmung) . . . 46
   - 5.6. Rechte der Frau in den Staaten der Östlichen Partnerschaft (A8-0365/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung) . . . 46
6. Stimmerklärungen . . . 46

Inhalt Seite

6.1. Rahmenabkommen EU/Algerien über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme Algeriens an den Programmen der Union (A8-0367/2016 - Pier Antonio Panzeri) . . . 46

6.2. Nordostatlantik: Tiefseebestände und Fischfang in internationalen Gewässern (A8-0369/2016 - Isabelle Thomas) . . . 68

6.3. Allgemeine Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments (A8-0344/2016 - Richard Corbett) . . . 95

6.4. Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2015 (A8-0345/2016 - József Nagy) . . . 126

6.5. Eine kohärente Politik der EU für die Kultur- und Kreativwirtschaft (A8-0357/2016 - Christian Ehler, Luigi Morgano) . . . 164

6.6. Rechte der Frau in den Staaten der Östlichen Partnerschaft (A8-0365/2016 - Mariya Gabriel) . . . 205

7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll . . . 240

8. Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung zu den Rechtsetzungsprioritäten der EU für 2017 durch den Präsidenten . . . 240

9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll . . . 242

10. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll . . . 242

11. Bilanz des slowakischen Ratsvorsitzes (Aussprache) . . . 242

12. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll . . . 252

13. Jahresbericht 2015 über die Menschenrechte und die Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich (Aussprache) . . . 252

14. Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (Artikel 36 EUV) (Aussprache) . . . 277

15. Abkommen EG/Usbekistan über Partnerschaft und Zusammenarbeit und bilateraler Handel mit Textilien - Abkommen EG/Usbekistan über Partnerschaft und Zusammenarbeit und bilateraler Handel mit Textilien (Entschließung) (Aussprache) . . . 300

16. Handelsübereinkommen EU/Kolumbien und Peru (Beitritt Ecuadors) (Aussprache) . . . 308

17. GAP-Instrumente zur Verringerung der Preisschwankungen auf den Agrarmärkten (Aussprache) . . . 316

18. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll . . . 330

19. Schluss der Sitzung . . . 330

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. DEZEMBER 2016

IN THE CHAIR: ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

Vice-President

1. Eröffnung der Sitzung

(The sitting opened at 9.00)

2. Paket „Saubere Energie für alle“ (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the ‘Clean Energy for All’ package.

Maroš Šefčovič, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, distinguished Members, as you will remember, on the previous occasions when we have met over the past two years I was always telling you about our plans, objectives and our future path for creating the Energy Union, one which serves Europe’s citizens, boosts our industries and preserves our environment. But at this point in time as we are meeting in December 2016, I would like to say to you that our internal work in the Commission is now almost entirely complete. We have presented to you over the past two years the strategy, the legislation and the enabling environment for turning the Energy Union from a catchy buzzword to the reality we live in.

With last week’s package we are 90% done with what we have promised, and now we very much need the European Parliament to make sure that the Energy Union also becomes a legal reality. We need to work together to make sure that we start the co-legislative process as early as possible. Of course, last week’s package was rather a big one. It has eight legislative proposals and some important political communications and reports, so I shall just focus on the three main goals: how to put energy efficiency first; how to achieve global leadership in renewables; and what we can do to provide a really fair deal for our consumers.

As you will have already noticed, this package is bound to have a huge impact on jobs and growth. It could generate around a 1% increase in GDP in the next 10 years. It could spur investment of EUR 177 billion and it would directly improve the life and quality of our citizens. On this last aspect it was very important for us to have a particular social component in the package, particularly for those who have difficulties in paying their energy bills, and to make sure that the transition we are starting will be a transition which we can call socially fair.

As you can imagine, because of the time constraints I will not be able to go into the details of the overall package, so I will just focus on some elements of the new governance systems we are proposing. When we discussed it the last time, in December 2015, you were very much inviting the Commission to present a legislative proposal on the governance. We listened very carefully to you and we proposed such a proposal. It serves three objectives.

First, it streamlines the different planning and reporting obligations, and we are making sure that we will really get rid of overlapping reporting obligations, we will align the reporting in terms of frequency and timing, and I believe that what we are putting on the table is in full accordance with the reporting and planning of the Paris Agreement. So it will allow us to continue to play a leading role in the Paris Agreement implementation.

Secondly, you have been very much calling for increased transparency and more predictability, which we introduced into the system as well because we see them as two essential conditions to attract investments and indeed to fundamentally transform and modernise our economies.

Thirdly, we are proposing a mechanism that is solid and robust so we can collectively reach all the Energy Union's objectives, in particular the 2030 targets, and to put Europe firmly on the road to a low-carbon economy and society. How do we want to achieve it? The key instrument will be the national energy and climate plans, plans that have a long-term perspective of 2030 or even 2050. The plans will cover all five dimensions of the Energy Union and will be the result of consultations with other neighbouring Member States because we know how important regional cooperation in this aspect is.

We would like to make sure that the work on these plans will start swiftly because we would like to see the final form by the beginning of 2019, and this will be an important goal of my second Energy Union which I would like to start in February next year and where I hope some of you, as we did the last time, could join me.

Then we will have a system of biannual reports and every year we will also issue a report on the Energy Union, where we will analyse the overall situation in Europe and where we will also if needed issue the necessary recommendations. I see that time is flying by. Therefore, Madam President, I would like to pass the floor, if you will allow, also to Commissioner Arias Cañete so that he can go into more detail on the concrete legislative proposals.

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Madam President, as explained by Vice-President Šefčovič, the main building blocks of the legislative proposals cover energy efficiency, renewable energy, the design of the electricity market and governance rules for the Energy Union.

Let me start with energy efficiency first. We are proposing, as we promised, a European Union binding target of 30% for 2030, up from the current target of at least 27%. A 30% target is the most cost-effective option by 2030. It will create about 400 000 more new jobs, reduce gas imports by 12% and save EUR 70 billion in fossil fuel import bills. For buildings, a sector which accounts for 40% of Europe's energy consumption, we are proposing to speed up the renovation rate and promote the use of innovative and smart technologies. This will boost activity and revive employment in the construction and engineering sectors. As examples of concrete measures we propose prolonging the savings obligations in order to contribute to the energy efficiency target, deploying about five million electric vehicle recharging points, and encouraging greater use of renewable energy in buildings, which is currently just 16%. With this set of measures, our proposal will speed up investment in the renovation of buildings, create a building renovation market with a value between EUR 80 and 120 billion in 2030, lower energy bills for consumers, and take up to 3.2 million households out of energy poverty. Last, but not least: for products, the Commission has adopted a new Ecodesign Working Plan.

On renewable energy, our aim is to be world leaders, maximising the use of renewable energy in buildings, transport and industry. Our new rules will ensure that the renewable energy target of at least 27% by 2030 is reached. First, we are putting the investment framework right by consolidating several core principles for support for renewable energy in European Union legislation. We move away from national schemes and propose a progressive Europeanisation through cross-border opening of support. We want to put an end to retroactive changes in support, and we call for simplified administrative procedures to get the projects up and running.

Second, we propose measures for the sectors which have the highest potential for the deployment of renewable energy: transport, heating and cooling, and electricity. In transport the proposed measures will boost the use of advanced biofuels, electricity and renewable synthetic fuels. We have proposed an ambitious mandate of 6.8% by 2030, with a strong component of 3.6% of advanced biofuels. On bioenergy in particular, after many years of uncertainty, we are introducing strengthened sustainability criteria for biomass. Also, in line with our earlier position, we propose to progressively reduce the contribution of food-based biofuels to meet the European Union's renewable target: from 7% in 2021 to 3.8% by 2030. This is both realistic and proportionate. The Renewables Directive also includes a number of options for Member States to increase their share of renewable energy in heating and cooling supply by one percentage point per year until 2030.

Furthermore, our proposal opens access rights to local district heating and cooling systems for producers of renewable heating and cooling and waste from industry, and third parties acting on their behalf.

This takes me to the third area: renewable electricity. Our target of at least 27% also means a 50% share of renewables in our electricity mix. Here the proposed Renewables Directive and the new market design proposals work hand in hand. We are overhauling the electricity market, and we do so mainly in two ways. First, by changing the rules of the market. The new market rules will promote a more flexible market. Sharper price signals will prompt investment in demand response, storage and quickly reacting generation. Our proposals will make trading easier by better integrating short-term markets. Second, by fostering regional cooperation. We will create Regional Operational Centres where transmission system operators will cooperate to ensure optimal use of the European electricity grid and better security of supply. And we will set up a Europe-wide DSO entity to coordinate the operation and planning of the transmission and distribution networks.

Third, by giving a European dimension to security of supply. We will develop common rules on crisis prevention and tools to ensure cross-border cooperation to confront new threats to security of supply, such as cyber-attacks. And we will establish a common framework for capacity remuneration mechanisms. This framework will build on a wider European adequacy assessment. All available capacities, including in neighbouring States, will be taken into account and this will make sure that the right amount of capacity is identified. We provide rules the rules to ensure cross-border participation. This is a big change compared with today, and it will keep costs to consumers to a minimum and preserve the functioning of the internal market.

But I want to be very clear on one more point. Capacity mechanisms will not be used as a backdoor subsidy for high-polluting fossil fuels. That would go against our climate objectives. That is why we have set a limit of 550 grams of carbon dioxide per kilowatt-hour for new plants, and existing capacity mechanisms also have to adapt to the new rules in due time. In all of this, our European Union Agency for the Cooperation of Energy Regulators (ACER) will ensure the proper regulatory oversight. We propose therefore to reinforce ACER's powers to meet these tasks.

Finally, allow me to underline one of the essential elements of the package, namely putting consumers at the centre. The new rules will enable them not only to be more informed or to change their provider more easily, but to be able, if they want, to produce their own renewable electricity and be paid for electricity they feed into the grid. In that case, their contribution to the grid costs should be fair and cost-reflective while they continue to benefit from facilitated access to the market – the so-called priority dispatch.

I expect this complete set of proposals will be adopted by the co-legislators as quickly as possible.

Krišjānis Kariņš, *PPE grupas vārdā.* – Priekšsēdētāj! Komisāri! Šī iniciatīva, ar ko Eiropas Komisija nāk, ir, iespējams, lielākā politikas iniciatīva pēdējos desmit gados. Tās nozīmi nevar novērtēt pārāk zemu.

Konkrēti kas ir dzinis mūsu enerģētikas politiku līdz šim — pēdējos piecpadsmit, varbūt pat divdesmit gadus? Tā ir bijusi klimata politika. Virsmērķis samazināt kaitīgos izmešus — CO_2 gāzes — vai samazināt klimata pārmaiņu — to, ko mēs kā cilvēce darām. Un, pateicoties šai politikai, mēs esam subsidējuši atjaunojamos energoresursus un šīs tehnoloģijas ir attīstījušās tā, ka mums šodien ir vēja ģeneratori, saules ģeneratori un tā tālāk, ka mums ir reāla alternatīva fosilajām degvielām.

Ar šo iniciatīvu faktiski mēs papildināsim savu politikas arsenālu, ieviešot vēl vienu principu, ko varētu mierīgi tulkot kā cenas konkurenci. Tagad mēs arī domāsim par to, kā nodrošināt, lai patērētājam un industrijai cenas būtu pēc iespējas zemas, un tā atbilde un tas veids, kā mēs to darīsim, ir ieviešot vairāk konkurences, ļaujot tirgum noteikt to, kādām kapacitātēm kurā vietā ir jābūt.

Mēs zinām, ka līdz šim subsīdijas ir bijušas nepieciešamas, bet tagad uz priekšdienām mums ir jāskatās, kur un kā mēs varam varbūt atkāpties no tā un ļaut tirgum pārņemt to, ko subsīdijas ir uzsākušas, jo tirgus ir tam nobriedis.

Kathleen Van Brempt, *namens de S&D-Fractie*. – Dank u wel, commissaris, niet alleen omdat u hier bent, maar ook omdat u tijdig op de afspraak uw winterpakket hebt goedgekeurd en naar het Parlement gestuurd. Er is een gigantisch pakket aan dossiers, wetgevend en niet-wetgevend, en ik kan u verzekeren dat onze fractie klaar is om eraan te beginnen en er samen met andere fracties voor te zorgen dat dit pakket snel en goed door het Parlement geraakt. Het is een goede basis om van te vertrekken.

Maar - en er is altijd wel een maar - het ambitieniveau mag volgens onze fractie nog een beetje hoger. We zijn op een dag na één jaar na de Overeenkomst van Parijs en voor ons is deze overeenkomst, de COP 21, de overeenkomst waar alle andere initiatieven moeten onder vallen In dat opzicht is het belangrijk om het ambitieniveau nog wat te versterken. We zijn ontzettend blij met de bindende energie-efficiëntie-doelstellingen. We vinden dat fantastisch, maar u weet, dit Parlement heeft al gestemd voor een bindende doelstelling van 40 procent. Dat is haalbaar, dat is goed voor het klimaatbeleid, maar ook voor de werkgelegenheid en ook voor de energiearmoede in Europa. Ik kom daar straks nog even op terug.

Twee, hernieuwbare energie. Goed, maar niet goed genoeg. Daar hebt u eigenlijk de ambitie laten varen om bindende doelstellingen op lidstaatniveau op te leggen, terwijl die in het verleden toch zo fantastisch goed gewerkt hebben. Er moeten dus betere doelstellingen komen inzake hernieuwbare energie. Ik koppel daar ook de prioritaire dispatching aan. Het heeft geen zin om in te zetten op hernieuwbare energie en dan toch terug prioriteit te geven aan fossiele brandstoffen, die gemakkelijker zijn of duurder om los te koppelen.

Tot slot houdt onze fractie enorm aan de initiatieven die worden voorgelegd betreft de energiearmoede. We willen die ondersteunen en versterken. Het is, naast het klimaatbeleid, een ontzettend belangrijke uitdaging. In ieder geval, beste commissarissen, we zijn er klaar voor en we hopen op een heel goede en constructieve samenwerking om dit pakket door het Parlement te krijgen en ambitieus naar voor te schuiven.

Zdzisław Krasnodębski, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Rzeczywiście przedstawiony przez Komisję pakiet jest bardzo obszerny, liczy kilkanaście projektów legislacyjnych i setki stron, więc czeka nas bardzo dużo pracy. Ale w związku z tym nie powinien być rozpatrywany w pośpiechu ani pod naciskiem i należy przy tym zachować traktatowy podział kompetencji między państwa członkowskie Wspólnoty, pamiętając o prawie państw do stanowienia o własnym koszyku energetycznym, o prawie wyboru sposobów na osiąganie wspólnotowych celów, np. w zakresie dekarbonizacji.

Ponadto należy pamiętać o równowadze między dwoma celami polityki energetycznej Unii, o ochronie klimatu oraz zapewnieniu bezpieczeństwa energetycznego. Niektóre propozycje pod tym względem budzą wątpliwości, np. w sprzeczności z dążeniem do coraz większej niezależności energetycznej Unii jest propozycja Komisji dotycząca powstawania rynków mocy w krajach członkowskich, przede wszystkim proponowany limit emisyjności. W praktyce oznacza on dopuszczenie jedynie jednostek gazowych do tworzenia rynków mocy. Podobnie wykluczenie biomasy jako źródła OZE jest w sprzeczności z gwarantowaną do tej pory neutralnością technologiczną w zwiększaniu produkcji energii ze źródeł odnawialnych.

Obawy wzbudza również koncepcja platformy finansowej, centralnie zarządzanej przez Komisję Europejską. Można mieć też wątpliwości co do propozycji ustanowienia prawnie wiążącego celu w zakresie efektywności energetycznej na poziomie 30 procent. Pozostaje to w sprzeczności z ustaleniami szczytu klimatycznego z grudnia 2014 roku. Ale nad tym wszystkim będziemy pracować i mam nadzieję, że osiągniemy kompromis w tych sprawach.

Fredrick Federley, *för ALDE-gruppen*. – Fru talman! Tack så mycket kommissionärerna också för att ni är här och föredrar de lagförslag vi har för handen.

Detta utgör kanske det största energipolitiska lagförslag vi haft i Europas historia och är viktigt ur väldigt många perspektiv. Dels för att se till att vi klarar av de geopolitiska utmaningarna och de säkerhetshot som energipolitiken faktiskt utgör när vi inte klarar av att se till att vår industri och våra konsumenter kan försörjas med egen energi, utan vi är beroende av en tredje makt för att se till att vi klarar värmen på vintern, industriproduktionen och låga energipriser för våra medborgare.

Samtidigt platsar detta energipaket också i en större klimatpolitisk utmaning. Och det är viktigt att komma ihåg att också sommarpaketet utgör en del av helheten i detta, och också ETS:en som vi just nu är inne i ett skede av att försöka slutförhandla.

Det ger också vid handen att vi måste ha en diskussion om vad som är subventioner och vad som inte är subventioner. Det slår mig alltid i debatten, som en av dem som förespråkar förnyelsebart, att så fort det sker en satsning på förnyelsebar energi, då får vi en debatt om att det är massiva subventioner.

Men alla de miljarder euro som plöjs ner i kol, i gasprojekt, de ses hela tiden som satsningar och som någonting som är viktigt för industrin. Jag tror att båda under överskådlig tid kommer att fylla sin funktion på den europeiska energimarknaden.

Men det gäller att se till att vi klarar de klimatmål vi har satt upp, låga priser för energin så att vi klarar elintensiv industriproduktion i Europa, att vi klarar låga priser för konsumenterna och att vi gör det på ett miljöriktigt sätt.

Vi kan se i flera delar i Europa att det går att göra, och tillsammans med en väl fungerande marknad kommer vi också att lösa detta. Tack!

Νεοκλής Συλικιώτης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία Πρόεδρε, κύριοι Επίτροποι, εμείς ως GUE/NGL δεν θα στηρίξουμε ένα ενεργειακό πακέτο που υποτάσσει πλήρως την ενέργεια στις ανάγκες της αγοράς, καθιστώντας την εργαλείο προς όφελος των πολυεθνικών και των μονοπωλίων. Δυστυχώς, η Επιτροπή προωθεί την πλήρη φιλελευθεροποίηση της αγοράς ηλεκτρικής ενέργειας, κάτι που θα δώσει στους προμηθευτές το δικαίωμα να θησαυρίζουν επιβάλλοντας έτσι όσο υψηλές τιμές θέλουν. Ζητούν από το 2012 να εποπτεύουν τους ενεργειακούς σχεδιασμούς των κρατών και να έχουν υπερεξουσίες, καταστρατηγώντας έτσι τα κυριαρχικά δικαιώματα των κρατών.

Παρ' όλο που σημειώνεται κάποια πρόοδος όσον αφορά την προώθηση της ενεργειακής απόδοσης, εντούτοις ο στόχος που τίθεται για αύξηση κατά 30% μέχρι το 2030 αποτελεί σοβαρή υποχώρηση σε σχέση με το 40% που έθεσε το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο. Το ίδιο και ο στόχος για 27% κατανάλωση από τις ανανεώσιμες πηγές ενέργειας, αντί του 30% και άνω που ζητά το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο. Επίσης, είναι αρνητικό το ότι τίθεται τέρμα στην προτεραιότητα εισόδου στα δίκτυα που είχαν οι ανανεώσιμες πηγές ενέργειας.

Για ακόμα μια φορά η Επιτροπή αναγνωρίζει το πρόβλημα της ενεργειακής φτώχειας, αποτυγχάνει όμως να προτείνει ένα ολοκληρωμένο σχέδιο δράσης για την καταπολέμησή της. Απέτυχε επίσης να δώσει λύσεις σε σοβαρά ενεργειακά προβλήματα, όπως αυτό της άρσης της ενεργειακής απομόνωσης κρατών και περιοχών της Ευρώπης. Απέτυχε επίσης να δώσει ένα ολοκληρωμένο και σωστό πλαίσιο για αντιμετώπιση των κλιματικών αλλαγών. Για μας προκύπτει ότι για ακόμα μια φορά θυσιάστηκαν το περιβάλλον και οι ενεργειακές ανάγκες των λαών, για να ικανοποιηθούν τα συμφέροντα των πολυεθνικών και οι ανάγκες της αγοράς.

Claude Turmes, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, allow me to thank Mr Juncker for having stuck to the 30% energy efficiency he promised us, Mr Šefčovič for promoting energy for citizens, Mr Arias Cañete for banning new coal, Mr Timmermans for recognising that eco-design is a big measure for Europe, Mr Katainen for all the work he does on improving financing around energy efficiency, and Mr Moedas for preparing the energy business in Europe for disruptive change.

But - and of course there are good elements in this package - there is a lack of vision. Why do you call this package 'clean energy'? Why do you not call it green energy? Because the future can only be renewables. Look at the costs. 50% renewable electricity in 2030, with full electrification of transport, bringing more heat and electricity: that is too low, sorry; get up your numbers.

If there is one thing which is unacceptable in this package it is your costs on renewables. How is it possible that the Commission suggests that an offshore wind park costs EUR 90 [per MWh] in 2050 when we have seen one last week which cost EUR 49 in 2016? You need a reality check when it comes to the cost reductions of renewables, and you need a reality check when it comes to ETS and how well or badly it functions. This is not building trust.

The second thing is that this package is not building trust for the market. Yes, Krišjānis, let the market take over, but not only for renewables. What is a market where coal pollution costs EUR 4 per tonne? What is a market where German power companies have to pay for the decommissioning, while France is organising a EUR 100-billion-plus tax subsidy for decommissioning? I want the market to take over, but it must be a market which is fair not only for renewables but also has to address coal and nuclear costs.

And it is not building trust with governments. Governments are not happy. Why? Because you cannot coerce governments by forcing them to open their support schemes. That is not building trust: forcing them to split, or suggesting that they split countries up into two or more zones, forcing them to open cross-border lines without any security margins. That is not building trust. We need to go beyond borders, but therefore we need concrete plans. For the Baltic Sea, how do we link desynchronisation, which is a political must, with offshore wind farms? For south-east Europe, how do we reduce capital costs in non-euro countries like Bulgaria and Romania, and help Greece? How do we get 100% renewable fast-charging stations between Germany, France, Italy, Benelux? Concrete projects: why do we not have a financing scheme to help citizens' cooperatives. Let us make concrete projects to bring this Energy Union closer to citizens and closer also to the governments.

Dario Tamburrano, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, cento, duecento, trecento, quattrocento, cinquecento, seicento… Questi seicento euro, colleghi, si trovano efficacemente sepolti a pagina dodici del secondo allegato della comunicazione «Energia pulita per tutti».

Vero è che i sussidi inefficienti al fossile, cito, sono nel testo principale, ma come penultimo argomento del penultimo paragrafo, *en passant*, e senza quantificare. Quasi quasi ci erano sfuggiti. Mi riferisco ai dati del Fondo monetario internazionale e ai sussidi diretti e indiretti nella UE alle fonti fossili, nell'anno del Signore 2015 pari a trecento miliardi di euro annui, quantificazione riportata da voi stessi, son certo, quindi, col vostro autorevole avallo.

Quantificazione? Sì, siamo 500 milioni di cittadini, a onor del vero non so per quanto tempo, il sussidio anno pro capite a neonati e anziani compresi è quindi pari a questi seicento euro. Di fronte a questo scandalo tutto il resto impallidisce, è una vergogna, cinquecento milioni di volte vergogna.

Apprezzo genuinamente il lavoro di coloro che hanno redatto quattromila e oltre pagine di documenti professionali, precisi e intercollegati, ma manca in essi una cosa maiuscola: l'energia fossile sporca e letale, climaticamente, sanitariamente e geopoliticamente non deve essere sovvenzionata più di quella che definite pulita voi stessi: lo trovo immorale, osceno e anacronistico, di fatto suicida.

Stabilità, pareggio di bilancio, negazionismo delle condizioni e leggi reali che governano pianeta, vita, universo. La stabilità del clima, la circolarità, il bilancio termodinamico, le sole regole certe ed eterne come la morte, alle quali dobbiamo rispondere. Quindi per amor della giustizia e della scienza, se non si vogliono eliminare le sovvenzioni fossili, che si mettano almeno sul piatto, si stampino almeno trecento miliardi annui di denaro verde, di denaro vero all'energia verde.

Basta con le prese in giro del liberismo straccione, mettiamo ordine nella casa comune. Oikonomia!

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar Šefčovič, Herr Kommissar Cañete! Nach dem Pariser Übereinkommen und dem EU-Emissionshandelsschema hat die Kommission im Sommer ihren Vorschlag für den beschleunigten Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft vorgelegt, und nun das Winterpaket, ein Paket für saubere Energie für alle. Herr Kommissar Šefčovič, Sie haben es gesagt: 90 % der Arbeit sind damit erledigt. Und sicherlich kann damit auch festgestellt und sichergestellt werden, dass die EU eine Vorreiterrolle im Bereich der umweltfreundlichen Energiesysteme global einnehmen kann.

Das derzeit vorliegende Paket hat drei Hauptschwerpunkte, nämlich die Erhöhung der Energieeffizienz, die Weltmarktführerschaft der EU im Bereich der erneuerbaren Energien, und es soll ein besonderer Fokus auf die Verbraucher gelegt werden. Es eröffnen sich für die Verbraucher insofern Chancen, als ihnen eine viel aktivere und vitalere Teilnahme an den Energiemärkten gesichert wurde. Sie haben eine größere Auswahl von Anbietern, Zugang zu verlässlicheren Preisvergleichsinstrumenten und die Möglichkeit, ihren eigenen Strom zu erzeugen und zu verkaufen, was zu einer wesentlichen Preisreduktion im Bereich des Stroms führen wird. Allein durch die Ökodesign-Maßnahmen werden die jährlichen Energieeinsparungen bis 2020 dem Energieverbrauch Italiens entsprechen, und die Haushalte können bis zu 500 Euro pro Jahr einsparen. Ebenso eröffnen sich allein durch das Ökodesign große Möglichkeiten für die Unternehmen, und ein zusätzliches Einnahmepotenzial von 55 Mrd. EUR. Für die Industrie eröffnen sich ebenfalls große Chancen, weil durch die sauberen Energien allein im letzten Jahr globale Investitionen im Ausmaß von 300 Mrd. EUR angezogen wurden. Um die 2030-Ziele zu erreichen, werden es noch einmal 379 000 sein, insbesondere für die Bauindustrie durch eine Änderung der Richtlinie für die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, und insbesondere für KMU ein Markt von 120 Mrd. EUR.

Lassen Sie mich aber noch kurz Kritikpunkte anführen: Ich finde, dass es besser ist, die nationalen Regulatoren zu stärken und besser zu vernetzen anstelle eines gesamteuropäischen Regulators. Ebenso bin ich gegen die Einhebung europäischer Gebühren, und ebenso sind die Kapazitätsmechanismen noch einmal genau zu definieren.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Asszony, „Tiszta energia mindenkinek", a cím hangzatos, a célja szép. De néhány kérdésre válaszolni kell. Vajon reálisan az előállítandó energia hány százalékát képzeljük el tiszta energiából megoldani? Amikor zöld energiáról beszélünk, akkor figyelembe vesszük-e a korlátokat? A korlátok természeti eredetűek, rendszertechnikai eredetűek, és támogatási korlátok is vannak. És vajon minden tagországtól ugyanazt várjuk-e el? Magyarországon a beépített villamosenergia-teljesítmény 9 ezer megawatt. 2030-ra ez 13 ezer lesz. Az erőműpark elöregedett, 8 ezer megawatt új kapacitás kell. Elképzelhetetlen, hogy ennek jelentős része zöld energiából legyen. És még egy kérdés: a cím nem a megújuló energia mindenkinek, tiszta energia. Vegyük tudomásul, hogy a nukleáris energia a klímaváltozás szempontjából igenis tiszta energiának minősül. És eddig erről tíz felszólalótól egyetlen pozitív utalást sem hallottam.

Françoise Grossetête (PPE). – Madame la Présidente, Messieurs les Commissaires, il est vrai que politique énergétique et politique économique sont les deux faces d'une même pièce qui doivent être traitées ensemble.

Le paquet de l'Union pour l'énergie que vous nous proposez apporte des solutions aux défis immenses que l'Union européenne doit relever.

Cela doit nous permettre effectivement le développement des technologies les plus propres. Je suis très intéressée par les annonces que vous nous avez faites, d'une part sur l'efficacité énergétique, d'autre part sur l'écoconception; cela va entraîner beaucoup d'investissements, donc beaucoup d'emplois et, dès lors, de la croissance.

Néanmoins, en ce qui concerne l'efficacité énergétique, il est important aussi de savoir quel type de financement on pourra proposer.

Les renouvelables sont un facteur important, mais il faut une complémentarité avec les autres sources d'énergie actuelles, qu'il s'agisse du nucléaire, des installations géothermiques, des centrales hydrauliques ou du biogaz produit par la méthanisation. Bien sûr, le charbon n'est pas la panacée, bien au contraire, et il va falloir progressivement le remplacer, peut-être par le gaz, avant d'aboutir à un développement plus important des renouvelables. Cependant, dans ce domaine, on a besoin de recherche – on l'a dit – et je m'interroge, parce que nous avions des projets pilotes pour capter et stocker le carbone. Aujourd'hui, sur quatre projets pilotes en Europe, un seul a été mis en œuvre en Norvège.

Enfin, l'Union pour l'énergie se fera progressivement, d'abord au niveau local dans les collectivités, par de meilleurs réseaux plus connectés par des interconnexions qui créeront un maillage beaucoup plus dense du territoire européen.

Je suis persuadée que cette Union pour l'énergie est un vecteur stratégique clé dans la réussite de l'Union européenne et nous vous soutiendrons à cette fin.

Flavio Zanonato (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, volevo, prima di entrare nel merito, ringraziare la Commissione e i commissari per questo grande sforzo di proposta legislativa. È un impegno che viene da lontano, annunciato alcuni mesi fa e che da allora seguiamo con grande attenzione come gruppo e che oggi, puntuale, diventa un'articolata proposta per il governo delle sfide energetiche.

Con questo spirito, e quindi con un occhio positivo, ho esaminato il pacchetto, colgo appieno il senso dell'orientamento generale proposto: aprire i mercati energetici alle sfide della modernità, intercettare e governare i mutamenti profondi già in atto, puntare a un'energia pulita e a costi competitivi.

È ancora presto, credo, per cogliere tutte le implicazioni del presente pacchetto e condivido su questo quanto ha detto l'onorevole Van Brempt e, tuttavia, alcuni aspetti mi sembrano già evidenti: da una parte gli impegni di Parigi sul contenimento delle temperature globali inducono tutti noi a fare di più di quanto viene ora proposto, penso in particolare ai *target* sulla generazione da fonti rinnovabili, alla piena integrazione delle fonti rinnovabili nei mercati anche attraverso una ponderata disciplina degli accessi prioritari.

Dall'altra, il pacchetto ci dà anche un altro messaggio, che non possiamo sottovalutare: la Commissione propone un percorso di decarbonizzazione troppo graduale, dobbiamo inventarci nuovi sistemi per accelerare questo processo. Da qui si parte, il lavoro di questi mesi e di questi anni è stato quello della relazione Gróbarczyk, Griffin, Langen e altri ancora, e ci dicono che equilibri più avanzati possono essere ottenuti.

Julie Girling (ECR). – Madam President, I would like to thank the Commissioners for being with us here today. I welcome this 'Clean Energy for All' package, and I am glad it is called clean rather than green because I want to concentrate on the word clean. I am not talking about clean in terms of radical reductions in carbon, although I know that is the main focus for most people today, and that is very important. I am talking as the recent rapporteur for the National Emission Ceilings Directive about being clean of pollutants other than carbon – that is NO_x, PM, etc.

I particularly welcome the focus of this package on consumers, which is important as it is ultimately by adapting consumption patterns in energy and much more generally in the way we live that we can truly transition to a clean, low-carbon economy rather than a low-energy one. I would like to see very specific measures to tackle the problems associated with outdated carbon-heavy district heating schemes in some parts of the EU. On the theme of changing consumption patterns, we must look at ways of dealing with the issue of individual household log-burning – currently being overlooked as a major health issue because of our focus on diesel transport. I know these are fairly minor issues this morning, but I think that they should be considered.

Morten Helveg Petersen (ALDE). – Fru Formand! Jeg vil gerne starte med at takke Kommissionen for denne tsunami af lovgivning, der måske er den vigtigste i årtier. Vi har nu en enestående chance for at skubbe på Europas omstilling fra sort til grøn energi og samtidig skabe hundredtusindvis af jobs, investere massivt i forskning og innovation og gøre noget enestående for klimaet. Det er mange ting på en gang, og vinterpakken fylder også flere tusind sider. Nu har Kommissionen spillet ud, og nu er det op til os i Europa-Parlamentet og i medlemslandene at sørge for så ambitiøs en reform som overhovedet muligt. Vi har en enestående mulighed for at sætte et aftryk i historiens muld. Et aftryk som også vil gøre Europa tryggere og mere uafhængigt af Putins gas og sheikernes olie. Vi skal have grøn strøm i stikkontakterne over hele Europa. Så længe vi ikke er på 100 %, skal det være vores målsætning at nå helt derop. Jeg ser gerne, at Europa-Parlamentets tilgang bliver endnu mere progressiv og endnu mere ambitiøs end Kommissionens. Vi skal flytte noget, dermed også sagt, at udspillet, set med radikale briller, ikke er ambitiøst nok. Vi både kan og skal gå længere endnu! Vi skal tage det globale lederskab inden for vedvarende energi og inden for energieffektivisering og sikre, at lovgivningen her optimeres og gennemføres til gavn for alle borgere i Europa og ikke mindst klimaet.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Paní předsedající, tento balíček je jedním z řady legislativních opatření, kterých jsme se v posledním roce a půl dočkali a jež zásadním způsobem mění tvář současné energetiky Evropské unie.

Je však kriticky důležité, abychom tento megabalík úspěšně provázali zejména s již probíhajícími legislativními texty týkajícími se ETS, *Effort Sharing* a *land use, land-use change and forestry (LULUCF)*. Změny se zde dočkal pouze cíl týkající se energetických úspor, který byl lehce navýšen. Zde však nelze příliš mluvit o nějaké velké ambici, neboť tento rok v létě jsme od Komise požadovali my v Evropském parlamentu více. Na tomto budeme muset ještě zapracovat, neboť platí staré známé klišé, že nejlepší je ta energie, kterou nemusíme vyrobit.

Zvýšené energetické úspory mohou zachránit tisíce lidských životů a přinést miliardy EUR navíc, pokud se správně uchopí. Zde se však dostávám k největší slabině textu, který má zajistit čistou energii pro všechny Evropany. Zvýšená ambice totiž zatím nejde ruku v ruce s ochranou těch nejslabších. Komise slibuje, že spotřebitel má být v centru její nové koncepce, přitom v balíku chybí konkrétní kroky pro boj s energetickou chudobou. U zvýšené energetické účinnosti hrozí, že enormní náklady, které budou na dodavatele energií uvaleny, zaplatí spotřebitel, a to pak nejcitelněji postihne právě sociálně nejslabší. Čeká nás ještě obrovské množství práce a měli bychom se vrátit k tomu základnímu, že dostupná energie musí být právem každého občana Evropské unie, a na tom bychom to prostě měli postavit.

Roger Helmer (EFDD). – Madam President, a recent study from the Westminster Parliament indicates that current green policies will cost UK energy users as much as GBP 300 billion by 2030. This will do huge economic damage, yet both the National Grid and our energy regulator Ofgem are warning that over-reliance on intermittent renewables, coupled with the closure of baseload capacity forced by the Large Combustion Plant Directive, threaten power outages this winter. The National Grid has responded by doing deals with the owners of diesel generators. Madam President, you could not make it up. We are going to save the planet and cut CO_2 emissions by relying on diesel generators for backup. They are also looking at what they call 'demand management'. I call it supply failure. It is getting factories to agree to close at peak demand times.

In medieval times, folk who could not afford candles went to bed at sunset. They ground their corn in windmills which stood idle on calm days. By contrast, we are accustomed to secure supplies of energy available at the flick of a switch, but now these green policies threaten to send us back to the dark ages where our own power supplies are vulnerable to the vagaries of wind and weather, with dire social and economic consequences. In my party we demand secure and affordable energy for homes, for pensioners, for industry. We want an end to fuel poverty. For these reasons, we oppose the Commission's energy package and we oppose its obsession with renewable energy.

Angelo Ciocca (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, per fare qualcosa di buono in questi palazzi lussuosi che, ricordo, costano 166 miliardi di euro all'anno, serve fare una cosa semplice, che è quella di ascoltare e fare quello che ci chiedono i nostri popoli.

E con questa logica dell'ascolto per agire ho sottoposto in questi giorni il pacchetto energia a famiglie, a imprese, a giovani, ad anziani e, durante questa fase di ascolto, cosa emerge? La necessità di ridurre il costo dell'energia. Il grido di dolore di molte famiglie che non possono permettersi un bene di prima necessità che è appunto l'utilizzo dell'energia, il grido di dolore che arriva anche da cittadini che mi presentano bollette da cento euro al mese solo per permettersi la luce, quindi l'energia elettrica.

È pazzesco che, appunto, ci sia un costo di cento euro al mese per le nostre famiglie, composto da venticinque euro per produrre energia elettrica, da venticinque euro per trasportarla e cinquanta euro invece sono costi e oneri aggiuntivi. Se poi pensiamo che in Italia si è arrivati alla pazzia di inserire il canone RAI, aggiungiamo questo.

Concludo dicendo che dobbiamo assolutamente lottare perché non si acconsenta ad inserire ulteriori costi nelle bollette elettriche.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, σφοδροί ανταγωνισμοί για την ενέργεια αναγεννούν πολέμους, προσφυγιά και δυστυχία, και από την άλλη οι ένοχοι (Ευρωπαϊκή Ένωση, Ηνωμένες Πολιτείες και κυβερνήσεις) να προσποιούνται δήθεν ανησυχία για την όντως επικίνδυνη κλιματική αλλαγή! Εξαπατούν. Καθαρή ενέργεια και πράσινη ανάπτυξη είναι ο μανδύας αξιοποίησης συσσωρευμένων κεφαλαίων σε επενδύσεις εγγυημένων υψηλότατων κερδών, επιδοτημένων με δισεκατομμύρια από την Ευρωπαϊκή Ένωση και τις κυβερνήσεις που πληρώνουν οι λαοί με ακριβότερο ρεύμα. Σε ενεργειακή ένωση της ιδιωτικοποιημένης ενέργειας-εμπορεύματος, όπου διακρίνεται και η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ στην Ελλάδα, η ενεργειακή φτώχεια του λαού αυξάνεται, ενώ οι τιμές για τους βιομήχανους μειώνονται.

Αποφάσεις διασκέψεων όπως του Παρισιού δεν εμπόδισαν τη δίψα, την πείνα, επιδημίες, φυσικές καταστροφές, επιπτώσεις ιμπεριαλιστικών πολέμων. Οξύνεται η αντίθεση των λαϊκών συμφερόντων με ένα σύστημα που για τα κέρδη σκοτώνει ανθρώπους και περιβάλλον. Μόνο κοινωνικοποίηση του πλούτου και των φυσικών πόρων, ο κεντρικός σχεδιασμός για την ικανοποίηση των λαϊκών αναγκών μπορούν να εξασφαλίσουν φθηνή ενέργεια για όλους, ισόρροπη ανάπτυξη ανθρώπου και περιβάλλοντος.

Jerzy Buzek (PPE). – Pani Przewodnicząca! Gratuluję Komisji Europejskiej, panom komisarzom odpowiedzialnym za energię, za ten pakiet. Właśnie takie podejście jest nam potrzebne – w postaci pakietu, bo te wszystkie elementy związane z unią energetyczną są powiązane i już w tej chwili mamy niemal dziewięćdziesiąt procent legislacji niezbędnej w naszej Unii. Pięć krótkich uwag: system zarządzania unią energetyczną zawiera wskaźnik zależności od importu energii – to dobrze. Myśmy tego chcieli w naszym sprawozdaniu o unii energetycznej. Punkt drugi: cieszy wspólny cel na poziomie Unii odnośnie OZE – 27 % do 2030 r. Ale trzeba by przy tej okazji zagwarantować neutralność energetyczną, o której wiele razy mówiliśmy i którą podkreślaliśmy. Po trzecie: jeśli stoimy na straży tej neutralności, to niewątpliwie ustalenie emisyjności na rynku mocy na poziomie 550 kilogramów na megawatogodzinę jest pewnym zaprzeczeniem punktu 194 naszego traktatu, gdzie jest zagwarantowany dobór przez państwa członkowskie miksu energetycznego. Punkt czwarty: platforma finansowa wspierania OZE. Przecież chcemy handlować energią odnawialną, ta platforma powinna być w akcie głównym, a nie w aktach delegowanych. I punkt piąty: cieszy ambitny unijny cel efektywności energetycznej na poziomie 30 %, bo komisja ITRE zawsze opowiadała się za wysokim celem efektywności energetycznej.

Martina Werner (S&D). – Frau Präsidentin, werte Kommissare! Mit dem Bündel *Clean Energy for all* setzt die Kommission zum wirklich großen Sprung an, und das ist auch gut so.

Ich möchte aber trotzdem gerne einige Stellen erwähnen, an denen die Kommission meines Erachtens ein bisschen zu kurz springt. Ein verbindliches Effizienzziel – wie vom Parlament ja auch gefordert – von 40 % bis zum Jahr 2030 ist erreichbar. Es muss aber auch auf die Mitgliedstaaten heruntergebrochen werden. Ähnliches gilt auch für die Erneuerbaren. Schon ohne irgendeine zusätzliche Maßnahme würde bis 2030 ein Anteil von 24 % erreicht werden. Deswegen ist meines Erachtens das Kommissionsziel von 27 % einfach zu niedrig gesteckt.

Ambitionierte Vorgaben regen Innovationen an und setzten Impulse für Wachstum und Beschäftigung. Sie helfen den Handwerk-Startups und sie schaffen Industriearbeitsplätze. Und es ist längst überfällig, den Strommarkt europaweit fit für die Erneuerbaren zu machen. Dazu gehört natürlich auch der Vorrang für Erneuerbare. Ich wünsche mir konkrete europäische Rahmenvorgaben für nationale Fördersysteme, um halt keinen Flickenteppich in Europa zu erzeugen. Kapazitätsmechanismen – wenn überhaupt – dürfen nicht dazu dienen, zum Beispiel alte Atommeiler durch die Hintertür künstlich am Leben zu erhalten.

Ein letzter Punkt: Ich halte den Ansatz der Kommission für richtig, die Verbraucherinnen und Verbraucher in den Mittelpunkt der Energiewende zu stellen. In Zukunft werden aus Konsumenten immer mehr Prosumenten. Dabei müssen wir ein besonderes Augenmerk auf ärmere Menschen legen. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, sich ebenso aktiv an der Energiewende zu beteiligen.

Wenn wir die Energieunion jetzt richtig ausgestalten, spüren die Bürgerinnen und Bürger den Nutzen sofort. Also: Lassen Sie uns gemeinsam an einer erfolgreichen Umsetzung arbeiten!

Anneleen Van Bossuyt (ECR). – Beste commissaris, ik ben blij dat ik u vandaag kan feliciteren met de voorstellen die u hebt gedaan. De Commissie toont met de voorstellen aan dat ze ziet waar de uitdagingen op vlak van energie en klimaat vandaag liggen. We moeten inderdaad ambitieuze doelstellingen vooropstellen, maar ze moeten wel realistisch blijven. Onrealistisch hoge doelstellingen schieten hun doel voorbij.

Ik zou graag drie zaken toelichten. Ten eerste, de nadruk op efficiëntie staat terecht centraal in de voorstellen van de Commissie. Waar de Commissie inzake energie-efficiëntie echter mikt op 30 procent, stel ik voor dat we ons houden aan de 27 procent zoals ook afgesproken binnen de Raad. Eeventueel kunnen we dan opnieuw evalueren in 2023. Dan het tweede element, hernieuwbare energie. De Commissie stelt terecht een bindende Europese doelstelling voor van 27 procent. De Commissie toont hiermee aan dat het binnen een eengemaakte energiemarkt geen zin heeft om nationaal bindende doelstellingen vast te leggen voor hernieuwbare energie. En dan ten slotte, wat de plannen betreft voor een nieuw marktmodel voor energie, zal ik erop toezien dat de marktbelemmeringen die nog bestaan zoveel mogelijk worden weggehaald. Ik denk dat de Commissie op dit vlak nog net iets tekort schiet.

Kaja Kallas (ALDE). – Madam President, this winter package is about shaping European energy policy for a decade to come, and even longer, so this requires some forward-thinking.

The Commission got it right in clearly stating in its proposals that we are moving away from centralised generation towards decentralised production, with renewables and technology at the core, but all of this package needs to deliver on the statement and provide the right initiatives for the energy sector and consumers to move forward with this change.

One key element is connectivity – connectivity between countries, connectivity between smart buildings, appliances inside homes and the grids, connectivity between car and home, connectivity to integrate more renewables to the grid. To deliver on connectivity, grids need to get smarter and we do need smart meters which are, as one expert says, the brain of the grids. So before we talk about more ambition in our renewables policy, we need to make sure that we get these key principles right.

Rolandas Paksas (EFDD). – Manau, kad švariosios energetikos priemonių rinkinys yra geras dokumentas. Tikiuosi, kad jis bus tinkamai įgyvendintas. Pastatų renovacijos skatinimo priemonės gali iš tiesų stipriai mažinti energijos vartojimą, todėl būtent renovacija turėtų būti vienas iš svarbiausių šių priemonių stulpų.

Antra, Europos Sąjunga privalo vienu balsu kalbėti dėl kiekvienos konkrečios Bendrijos narės energetinio saugumo. Taip pat ir dėl atominės energijos gamybos saugumo. Šiame rinkinyje aš pasigedau tinkamo dėmesio greta išorinės Europos Sąjungos sienos Baltarusijoje statomos atominės elektrinės klausimams. Matyt, nereikėtų pamiršti elementarios tiesos, kad vienas radioaktyvus debesis gali palaidoti visus švarios energetikos priemonių rinkinius ir visą Europos Sąjungos energetikos strategiją. Atsižvelgiant į nerimą keliančius pranešimus dėl statybos aikštelės Astrave, būtent tarptautinis dėmesys dėl šios elektrinės saugumo turėtų būti gerokai didesnis.

Trečia, energijos kainos namų vartotojams. Bendrijoje yra tokių šalių, kuriose gyventojai už energetinius išteklius yra priversti atiduoti beveik trečdalį savo pajamų. Energetikoje įsigalėjo monopolistai. Jų diktuojamos kainos skurdina Bendrijos šalių vartotojus. Būtent iš jų ne visuomet teisingo apmokestinimo energetikos kompanijos kraunasi didžiulius pelnus.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Madame la Présidente, Messieurs les Commissaires, qu'est-ce, une politique? Une politique, c'est ce qui, effectivement, demande une action volontaire et qui ne s'appuie pas uniquement sur des instruments de marché. Vous le savez!

Si nous avions voulu faire une politique ambitieuse en matière d'efficacité énergétique et d'énergies nouvelles, la seule possibilité, vu les montants qu'il faudrait investir pour aller au-delà du marché, avoir une politique volontariste, c'eût été d'utiliser la création monétaire – ce qu'on appelle le *quantitative easing* – en accord avec la Banque centrale, pour faire un programme de 500 milliards de nouveaux investissements dans les économies d'énergie et les énergies nouvelles. Si vous avez une ambition, c'est ce qu'il faut faire, vous le savez.

Deuxièmement, il faut vous appuyer sur les États, sur les agences d'investissement des États et sur les entreprises publiques nationales. Ce n'est pas ce que vous avez fait et vous avez détruit les instruments, en grande partie, dont nous nous sommes dotés, après la Deuxième Guerre mondiale, pour construire effectivement une politique énergétique. Nous risquons donc l'insécurité et nous sommes confrontés à la précarité énergétique.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Pani Przewodnicząca! Gdy słuchałem pana Cañety, to odnosiłem wrażenie – przepraszam bardzo – że słucham bredzenia szaleńca. Nie mówi się w ogóle o zysku, co jest w każdej działalności gospodarczej, tylko tu dwadzieścia procent, tu wydumane z palca trzydzieści procent, tu czterdzieści siedem, tam pięćdziesiąt dwa. Chciałem uświadomić pana Cañetę, który na pewno w szkole spał, że dwutlenek węgla to nie jest odpad, to nie jest trucizna – to jest bezcenny budulec, z którego rośliny budują swoją materię. Dwutlenek węgla jest bezcenny. Dzięki niemu ziemia się zieleni w tej chwili – to mówię do Zielonych. Proszę Państwa, w tej chwili już większość uczonych mówi, że globalne ocieplenie, jeśli w ogóle istnieje, nie ma nic wspólnego z działalnością człowieka. I przysięgam na Boga, przysięgam na głowę moich dzieci, że nie spocznę, dopóki ludzie, którzy wywalili ogromne pieniądze na walkę z tym globalnym ociepleniem, nie wylądują więzieniach. Bo Pańskie miejsce, Panie Cañete, jest w więzieniu, a nie na tej ławce. A poza tym sądzę, że Unia Europejska musi być zniszczona.

Markus Pieper (PPE). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Vorschläge der Kommission zur zukünftigen Energiepolitik sind anspruchsvoll, aber sie sind zu schaffen. Gut gefallen mir die offensichtlichen Bezüge der einzelnen Vorschläge auf die jeweils andere Gesetzgebung. Es geht größtenteils Hand in Hand, was auch in dem künftig integrierten Berichtswesen der Mitgliedstaaten zum Ausdruck kommt.

Dennoch zwei Kritikpunkte: Erstens bin ich nach wie vor der Auffassung, dass die Auswirkungen dieses Pakets auf den Emissionshandel unzureichend berücksichtigt sind. Wie wirken denn die Vorgaben für Erneuerbare? Wie wirkt der Zwang zur Energieeinsparung? Wie wirken aber auch Ökodesign-Labelling, bauliche Auflagen? Wie wirkt sich all das konkret auf den CO_2-Ausstoß und damit auf die Zertifikatspreise aus?

Wir dürfen nicht wieder in eine Situation kommen, in der wir mit irgendwelchen Korrekturmechanismen die Märkte aushebeln und die Wirtschaft verunsichern. Wir brauchen eine Abschätzung der Gesamtfolgen der energierelevanten europäischen und nationalen Gesetzgebung auf den Emissionshandel.

Zweitens glaube ich, dass ein Zwang zur Energieeinsparung nicht mehr zeitgemäß ist. Es wird alles viel schneller gehen, als wir heute denken – grüne Energien auch im Wärmemarkt. Zweitens der Strukturwandel zur Elektromobilität: Wir werden künftig mehr Strom brauchen und nicht weniger. Ja, lieber Claude Turmes, dieser Strom ist dann grün, und den Weg in das grüne Stromzeitalter sollten wir nicht mit einem Einsparzwang blockieren.

Zusammengefasst: Das Paket ist okay. Wir brauchen aber eine Abschätzung der Folgen unseres Tuns auch auf den Emissionshandel, und wir sollten im Bereich der Energieeinsparung mit indikativen Zielen anstelle von Zwang arbeiten.

Miroslav Poche (S&D). – Pane komisaři, paní předsedající, „zimní energetický balíček" měl být zásadním přelomem v energetické politice a já stále věřím, že by jím být mohl. Zůstává však otázkou, jestli naplní očekávání, která do něj jsou vkládána. Výsledek bude záležet také na tom, jak se nám v Evropském parlamentu podaří prosadit soubor opatření, která jsme navrhovali ve zprávě o implementaci směrnice o energetické účinnosti a v mnohých dalších zprávách, které jsme v uplynulých dvou letech přijali. Já jsem rád, že jsou návrhy na stole, ať už se někomu zdají méně ambiciózní či více ambiciózní, ale dle mého názoru jsou realistické.

Rád bych se zaměřil konkrétně na oblast energetické účinnosti, kterou považuji za jeden z naprosto zásadních aspektů budoucího nastavení celého energetického trhu. Nepředpokládám, že by se našel někdo, kdy by zpochybňoval význam energetických úspor. Snižování spotřeby může snížit naši závislost na dovozech, posílit naši energetickou bezpečnost i pomoci domácnostem ohroženým energetickou chudobou.

Evžen Tošenovský (ECR). – Paní předsedající, páni komisaři, „zimní energetický balíček" považuji za jeden z nejzásadnějších, ale i velmi rizikových materiálů pro budoucí desetiletí. Energetika se stala nezbytnou součástí života lidí, všichni potřebují svítit a topit za únosné tržní ceny, nedeformované, neprodražované různými politickými zájmy.

Jakkoliv s mnohým v textu souhlasím, za velmi problematické považuji stanovení závazných cílů pro energetickou účinnost na 30 % jako administrativní rozhodnutí. Pokud cíle přeženeme, může být dopad na bezpečnost, investiční náklady i ekologii zcela opačný a destruktivní. Jakýkoliv nárůst nad 27 % musí být podložen komplexní dopadovou studií, která objektivně zdůvodní navrhovanou úroveň zvýšení. Energetická unie musí být motivačním impulsem pro otevřený trh s energiemi, který napomůže konkurenceschopnosti členských států a průmyslu.

Pavel Telička (ALDE). – Madam President, Commissioners, such a proposal will always provoke reactions – it is too ambitious, lacking ambition, and so on. What I am looking forward to seeing is whether this is complex proposal which will do away with distortions of the market and we will have an Energy Union and a functioning internal market.

We always speak in favour of completion of the internal market, but then with the proposals and the deliberations in Parliament we gradually dilute it. For me, the absolutely key issue is whether a company will find it viable to invest in the energy market. That is key. Once that happens, we will have the functionality of the internal market, so issues like the design of the energy market, issues of price zones, issues of capacity mechanisms and so on, these have to be assessed in a complex way and then we might find out whether the target XY is ambitious or realistic or not, but as I say, the functionality is the absolute key issue and we will assess it on the basis of the impact assessments, for sure.

Paul Rübig (PPE). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar Cañete. Ich gratuliere zu dem Paket *Clean Energy*.

Es zeigt, dass die Europäische Union auf dem Weg ist, wieder mehr in Produktion zu investieren. Letztlich sollte auch ein verbindliches Ziel entstehen, dass wir bis 2030 wieder 30 % vom Bruttosozialprodukt in der Produktion haben wollen. Wenn wir sehen, dass derzeit Frankreich bei 11 % ist, dann ist das eine Riesenchance, dass mit diesem *Clean Energy*-Paket hier neue Beschäftigung entsteht, und natürlich auch Investitionen.

Ich glaube, dass allerdings die Frage beim Verkehr effizienter gelöst werden könnte, durch Sensortechnologie und durch das neue 5G-System, wenn wir nämlich 5G für *continuous driving* benützen. Ich bin heute ins Parlament gefahren, man steht manchen roten Ampeln drei Minuten. Da stehen schwere LKW, die wieder auf 50 Stundenkilometer beschleunigen, und das ist eine Riesenherausforderung, weil natürlich dadurch extrem viel Feinstaub entsteht, durch das Bremsen. Der Abrieb der Reifen, der Bremsbeläge, die Motoren sind im schlechtesten Zustand. Also: kümmern Sie sich bitte um *continuous driving*, damit in den Städten mit kontinuierlicher Geschwindigkeit gefahren werden kann. Das erhöht auch die Lebensdauer der Batterien in der *E-Mobility*.

Letztlich gilt es auch 140 Millionen Häuser in Europa thermisch zu sanieren. Hier könnte man mit *vocational training,* also mit dementsprechender Aus- und Weiterbildung, viele neue Jobs schaffen, die die Geldbörse der Bürgerinnen und Bürger entlasten und zusätzlich neue Jobs mit guten Einkommen gewährleisten könnten.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – Mr Rübig, you are a specialist on energy: would you not consider that we must raise the level of ambition for renewables and energy efficiency and develop further provisions on energy poverty, whilst avoiding hidden subsidies for mature technologies?

Paul Rübig (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Recht herzlichen Dank für diese Frage. Ich glaube, wir könnten das Problem insofern leicht lösen, indem wir das Investieren erleichtern. Nämlich insbesondere Investitionen für Konsumenten, in den entsprechenden thermischen Schutz der Häuser vor Kälte oder Wärme.

Mein Vorschlag wäre, dass man das *emission trading system,* die Erlöse, die die nationalen Finanzminister erzielen, der Europäischen Investitionsbank zur Verfügung stellt und damit ein Investitionsprogramm startet, das diese Energieeffizienzmaßnahmen erlaubt, um den Bürgerinnen und Bürgern das Geld in der Tasche zu lassen. Danke für diese Frage.

President. – I would like to inform you that I will not be taking any more blue cards, because we still have many speakers on the list.

Theresa Griffin (S&D). – Madam President, Commissioners, just like the customs union and the single market, the UK Government is being incredibly silent on the issue of the internal energy market. Today's Clean Energy Package highlights that the EU is leading the way when it comes to promoting renewable energy, making our buildings more energy efficient, decarbonising our economy and fighting energy poverty. However, I believe that we can be more ambitious, especially in terms of energy efficiency.

It is paramount that the UK remains within the internal energy market, and that we don't listen to the usual climate change denial claptrap of UKIP. Outside the internal energy market, the UK will lag behind its 27 neighbours. Not only is that bad for the environment, but it is bad for our industries and the sustainable green jobs of the future. Energy is not a commodity. It is a basic social right. So what is your vision, Theresa May? Is it a United Kingdom that turns its back on the climate, or a leader promoting jobs alongside our neighbours?

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panowie Komisarze! Zabierając głos w tej debacie, chcę zwrócić uwagę na bardzo ważną kwestię z punktu widzenia mojego kraju, Polski. Według kryteriów zaproponowanych przez Komisję kraje korzystające z węgla jako nośnika energii nie będą mogły uruchomić tak zwanych rynków mocy, a przecież unijne traktaty stanowią, że poszczególne kraje członkowskie same określają swój koszyk energetyczny.

Niestety takie skutki powoduje dopisanie w ostatniej chwili do projektu rozporządzenia rozwiązania, że tylko elektrownie emitujące mniej niż 550 kilogramów CO_2 na megawatogodzinę będą mogły uczestniczyć w rynku mocy. W sytuacji, kiedy najnowocześniejsze jednostki emitują obecnie około 700 kilogramów CO_2, taki zapis w zasadzie eliminuje elektrownie węglowe i zaproponowany tutaj 5-letni okres przejściowy dla starszych elektrowni niespełniających tej normy niewiele zmienia. Dopisanie takiego rozwiązania do rozporządzenia w ostatniej chwili (bo we wcześniejszych wersjach tego nie było) bez oceny skutków takiej regulacji pokazuje, że była to decyzja polityczna komisarzy bez oglądania się, jakie pociągnie to ekonomiczne skutki dla krajów członkowskich, w tym takiego kraju jak Polska, który ma energetykę opartą na węglu.

Herbert Reul (PPE). – Frau Präsidentin, meine Herren Kommissare, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das ist ein ganz interessanter Vorschlag, den die Kommission vorlegt. Ein Riesenpaket, bei dem man wahrscheinlich jetzt auch noch nicht alle Details genau beurteilen kann. Aber es ist der Versuch, ein bisschen pragmatischer an die Frage heranzugehen. Wenn wir günstige Preise haben wollen, weil wir Energiearmut als ein Problem sehen, dann darf man nicht einfach weiter Gas geben. Wenn wir dafür sorgen wollen, dass die Versorgungssicherheit erhöht wird und dass sich die Auswirkungen auf das Klima vernünftig gestalten, dann braucht man ein Gesamtkonzept und muss beachten – und das finde ich interessant in dem Konzept –, dass die unterschiedlichen Maßnahmen zueinander auch in Beziehung stehen. Wenn der Emissionshandel ein solches zentrales Element sein soll, dann müsste – wie der Kollege Pieper eben zu Recht gesagt hat – auch hier stärker darauf geachtet werden, was für Auswirkungen wir eigentlich mit den anderen Maßnahmen haben.

Es gibt interessante Hinweise, zum Beispiel auch die Frage, wie wir mit dem Einspeisevorrang für Erneuerbare umgehen, dass es das in Zukunft so nicht mehr geben soll. Aber auch da steckt der Teufel im Detail.

Es gibt Punkte, über die man noch intensiver reden muss. Ich verstehe nicht, warum ACER so aufgebaut und ausgebaut werden muss. Warum brauchen wir so eine zentralistische europäische Einheit mit zusätzlichen Kompetenzen? Es reicht doch vollkommen aus, dass die Zusammenarbeit der bestehenden nationalen Institutionen, die wir haben, ein Stück verbessert wird. Es geht vielmehr um praktische Fragen, wie der Netzausbau beschleunigt werden soll. Darauf sehe ich hier keine klare Antwort. Und *last but not least*, das, was hier im Parlament immer passiert und was ich jetzt schon wieder befürchte: immer mehr, immer höhere, immer schnellere Ziele – dieser Wettbewerb bringt uns nicht weiter. Wir brauchen praktische Lösungen, um voranzukommen.

Adam Gierek (S&D). – Pani Przewodnicząca! Priorytetem w dynamicznym, optymalnym realizowaniu paradygmatu optymalnej unii energetycznej jest bezpieczeństwo energetyczne, walka z ubóstwem energetycznym, modernizacja infrastruktury produkcyjnej i przesyłowej i ekologiczne wykorzystanie dostępnych źródeł energii. Energii, w tym także czystego węgla, gdy nie dysponuje się dostateczną ilością innych źródeł. Jest to niezbędne, by zmniejszyć wskaźnik zależności energetycznej od importu.

Nie należy przy tym zapominać, że ważnym elementem unii energetycznej jest pełna termomodernizacja budynków mieszkalnych, komercyjnych i publicznych. Wsparcia wymaga także rozwój efektywnej produkcji ciepła sieciowego w elektrociepłowniach, także i w tych ekologicznych opalanych węglem.

Dekarbonizacja nie może być osiągana metodą sztucznych ograniczeń administracyjnych i narzucanych nierealnych limitów, lecz poprzez realny wzrost efektywności.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Pakiet na rzecz czystej energii budzi zastrzeżenia. Pierwsza uwaga dotyczy kryteriów, które będą musiały spełnić państwa członkowskie, aby uruchomić rynek mocy. Zgodnie z postanowieniami traktatowymi, Panie Komisarzu, każde państwo ma prawo decydowania o własnym kształcie koszyka energetycznego. Niestety propozycja Komisji wyłącza możliwość stosowania węgla przy budowie rynku mocy, a to osłabi bezpieczeństwo energetyczne Polski. Po drugie, Komisja, wchodząc w rolę kreatora polityki energetycznej, przypisuje sobie kompetencje przynależne Radzie. W październiku 2014 roku szefowie rządów uzgodnili, że Unia będzie dążyć do zredukowania konsumpcji energii o 27 % do 2030 roku. Bez jakiejkolwiek podstawy prawnej Komisja zmienia cele ambicjonalne na cel prawnie wiążący, a do tego podnosi go do poziomu 30 %. Mam nadzieję, że dalsze prace nad pakietem na rzecz czystej energii usuną te zastrzeżenia.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, having had the privilege of representing Parliament in Paris and in Marrakech at the two COPs, I welcome the introductory remarks by the Commissioners and look forward to working with them as we move towards our ambition of a low-carbon economy. I want to use my time to focus on the proposal on the energy performance of buildings, which is an area which I have a keen interest in and in which I see significant potential.

Big improvements are needed in numerous buildings, 75% of which are currently considered to be inefficient. Buildings account for 40% of final energy consumption in Europe. An enormous amount of this is wasted due to buildings not performing efficiently. Our work in the coming months needs to ensure that we set the right framework to make investment into energy-efficient projects in buildings happen; I look forward to that challenge. I welcome the mandatory minimum requirements for renewable energy in new buildings, and in buildings undergoing major renovations. This, along with a more ambitious energy efficient target of 30%, will help to ensure real improvements in terms of energy use in our buildings. Efficient homes mean less energy consumption, lower bills and a lower carbon footprint. It is a true no-brainer, and I look forward to work in the proposal in the coming months.

I feel that the key challenge in making the required improvements is mobilising the investment to bring about the required changes. The new initiative to unlock EUR 10 billion in public and private funding for energy efficiency and renewable energy in buildings, as announced in this package, is welcome and will be a crucial part of this. I also welcome the EUR 400 million under the EIB FC fund for France, that could be emulated elsewhere.

Zigmantas Balčytis (S&D). – Prisijungiu prie sveikinimų Komisijai pateikus ambicingą dokumentą, pirmą kartą turime visapusiškai susietą planą, kuris pasitelkė skaitmenines technologijas ir inovacijas tam, kad būtų sukurta moderni, efektyvi ir šiandieninio gyvenimo realijas atitinkanti energetikos rinka. Paryžiuje buvo pasiektas istorinis susitarimas dėl klimato kaitos, todėl turime būti šios srities lyderiai ir toliau išlaikyti iniciatyvą. Atsinaujinanti ir švari energetika yra vienas iš labiausiai efektyvių būdų ilgalaikėje perspektyvoje. Pernelyg daug neišnaudotų galimybių turime pastatų renovacijos srityje, todėl Komisijos pateikti pasiūlymai leis paspartinti šį procesą ir užtikrinti daug efektyvesnį energijos

taupymą bei perėjimą prie mažai taršios ekonomikos. Tai leis sumažinti ir energetikos sąskaitas, kas yra labai aktualu labiausiai socialiai pažeidžiamiems vartotojams. Svarbu, jog energetikos sąjungos kūrimas prisidėtų prie energetinio skurdo mažinimo, kas ilgajam laikotarpiui atneštų realią naudą mūsų vartotojams ir įmonėms.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! W polityce energetycznej zawsze należy brać pod uwagę kontekst danego kraju, źródła, surowce, z których korzysta i poziom życia. Tylko taka polityka jest wyrazem solidarności, a nie socjalizmu, który chce wykorzystywać władzę publiczną do tego, żeby eliminować konkurencję albo ograniczać możliwości jej działania. Eliminacja węgla jako źródła energii prowadzić będzie jedynie do zwiększenia uzależnienia nie tylko Polski, ale całej Unii Europejskiej od Rosji. Kto tego nie rozumie w ogóle nie powinien sprawować żadnej władzy publicznej.

Proszę Państwa, chcę przypomnieć jeszcze obecny artykuł 98 Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej. W tym artykule w Maastricht zapisaliście szczególne prawo Niemiec do pomocy publicznej dla tej części Niemiec, która znajdowała się pod dominacją sowiecką, która doświadczyła nieszczęść komunizmu, a dzisiaj wykorzystuje się rzekomy pretekst pomocy publicznej nawet tam, gdzie jej w ogóle nie ma, żeby ograniczyć rozwój większości krajów, które doświadczyły tego samego.

Werner Langen (PPE). – Frau Präsidentin! Ich glaube, das Gesamtpaket ist ehrgeizig genug, es ist ausgewogen und fair, und überzogene Forderungen, wie sie hier teilweise erhoben wurden, haben keinen realistischen Hintergrund, denn am Ende müssen wir uns auch mit der Verantwortung der Mitgliedstaaten über den Energiemix auseinandersetzen.

Deshalb nutzt es nichts, wenn wir das Kind mit dem Bade ausschütten. Die positiven und die negativen Punkte sind genannt worden. Ich will einige wenige nennen. Mit dem Vorschlag für ein neues Strommarktdesign, stellt die Kommission die richtigen Weichen für einen gestärkten flexiblen Strominnenmarkt. Allerdings fehlt der dafür notwendige Netzausbau, darauf ist bereits hingewiesen worden. Die Kommission schlägt einen Strommarkt mit klaren Preissignalen vor. Das sieht allerdings ebenfalls die Verschiebung zu supranationalen Behörden und Institutionen vor, und da ist die Frage der Verantwortung und Haftung möglicherweise sehr kompliziert.

Das Thema Kapazitätsmärkte: Hier sollen die Kapazitätsmärkte nur noch als Übergangslösung erlaubt sein. Da werden wir mal sehen, was die Mitgliedstaaten daraus machen. Was die Kohle angeht, so ist der Benchmark 550 mg CO_2 für neue Kraftwerke. Herr Kommissar Cañete, dies ist ein so hoher Benchmark, dass er nicht erfüllt werden kann und praktisch das wirtschaftliche Aus für alle diese Kraftwerke bedeutet.

Letztendlich: Die Kommission zieht eine erhebliche Kompetenzerweiterung von ACER vor. Auch dort ist die Frage, ob das Problem der Überkapazitäten im Strommarkt an dieser Stelle richtig angepackt werden kann.

José Blanco López (S&D). – Señora Presidenta, estamos ante una gran oportunidad. La transición a las energías limpias es una necesidad ambiental y una oportunidad para el crecimiento económico y la creación de empleo. Necesitamos un mercado único energético, un mercado más integrado, más transparente, capaz de aportar precios asequibles y que cumpla nuestros objetivos climáticos. Además, que supere el aislamiento como el que sufre la Península Ibérica.

Necesitamos impulsar la transición hacia un modelo que pivote sobre las energías renovables, que impulse el autoconsumo y que apueste de forma indiscutible por la mejora de la eficiencia energética. Y como socialistas, pero también como personas, exigimos una acción definitiva contra la pobreza energética. Cincuenta millones de europeos y cinco millones de españoles aguardan una respuesta a la altura del desafío.

Los ciudadanos, señores Comisarios, deben ser el centro y la razón de la nueva política energética de la Unión Europea.

Bendt Bendtsen (PPE). – Fru Formand! Tak til Kommissionen for at fremlægge vinterpakken nu. Det er en kæmpe lovgivning, og det er nok den vigtigste lovgivning i dette Parlament i indeværende periode. Energipolitikken har direkte indflydelse på vores sikkerhedspolitik og vores forsyningssikkerhed, idet vi i øjeblikket desværre bliver mere og mere afhængige af gas fra Putins Rusland og olie fra Mellemøsten. Hertil kommer, at vores beslutninger påvirker både vores miljø og vores klima. Ved at udnytte europæisk energi bedre mindsker vi afhængigheden af importeret energi og bliver mindre påvirket af geopolitiske uroligheder. Lad os nu leve op til overskriften »Clean Energy for All«! Det er godt at se, at energieffektiviteten bliver sat i højsædet. De 30 % burde ikke være noget problem overhovedet! Der er masser af job og beskæftigelse i denne politik, specielt i forbindelse med energieffektivitet og energirenovering. Det er inden for forskellige job – der er også job til folk i de blå kedeldragter inden for energirenovering! Men set i et bredere perspektiv omkring

digitalisering, uddannelse mv. holder vi også en masse penge hjemme i Europa og bruger pengene i Europa frem for at sende pengene til Rusland og til Mellemøsten.

Miriam Dalli (S&D). – Madam President, let me start by thanking Vice-President Šefčovič and Commissioner Arias Cañete for delivering this winter package as promised. As representatives of our citizens across the EU, we need to answer our constituents' calls when they ask us for policies that will deliver better air quality and cleaner energy. I believe that this package introduces significant improvements in energy efficiency, which, if properly carried out, can lift people out of energy poverty, cut greenhouse gas emissions and create jobs. Energy efficiency comes first, and rightly so. On the other hand, we need to make sure that renewable targets can actually deliver the results we want and do not slow down the momentum reached during COP21. The shift away from coal power plants needs to be concretely encouraged, and no loopholes should remain open to subsidise the use of coal for power generation or high-polluting fossil fuels. The technology and the solutions are there, and we need to make sure that we deliver a package that will seriously tackle climate change in the decades to come. This is once again our opportunity to rise to the occasion and move away from fancy words to concrete action which continues to build on the Paris Agreement.

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin! Ich möchte der Kommission Glückwünsche aussprechen für das Winterpaket und vor allen Dingen für den Teil Energieeffizienz. Die Kommission hat wirklich die Energieeffizienz an die erste Stelle gestellt. Das steht jetzt nicht nur in irgendeinem theoretischen Papier, sondern das ist in dem Gesetzgebungsvorschlag vereinbart, und das begrüße ich sehr.

Energieeffizienz ist der preiswerte Teil der Klimaschutzpolitik. Ich möchte das aufgreifen, was Bendt Bendtsen gesagt hat: Wenn wir in Energieeffizienz investieren, dann können wir sehr viel Geld für fossile Brennstoffe sparen. Wir haben in den letzten Jahren täglich eine Milliarde Euro überwiesen an Russland, an die arabischen Staaten. Wenn wir dieses Geld wenigstens zum Teil in die europäische Industrie und in das Handwerk investieren können, die uns helfen, Energieeffizienz nach vorne zu bringen, ist es dort sicher besser angelegt.

Bei dem Vorschlag zu Erneuerbaren habe ich eine Frage, und ich möchte gerne, dass wir gemeinsam an der Lösung dieser Frage arbeiten: Und zwar haben wir ein verbindliches Ziel von 27 %. Mir ist der Weg nicht so klar, wie wir dieses Ziel erreichen. Bei der Energieeffizienz ist der Weg relativ klar beschrieben, bei den Erneuerbaren nicht so. Und ich würde mir vor allen Dingen wünschen, dass Staaten, die in erneuerbare Energien investieren, dies in dem Fall, dass wir das verbindliche Ziel verfehlen, auch anerkannt bekommen. Also Vorreiter belohnen, Vorreiter nicht bestrafen. Und ich würde mich freuen, wenn wir auf diesem Weg gemeinsam mit der Kommission über die Fraktionsgrenzen hinweg arbeiten könnten.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Madam President, this proposal will limit the overall cost of our decarbonisation challenge, which is very important. We can read this in particular in energy efficiency. It is the best example of how actions will soon be paid back. The Commission also aims to eliminate artificial bottlenecks, which will facilitate investments and lead to the better functioning of the regional and European electricity markets. Decarbonisation of the transport sector is strongly prescient.

In the long run, electric vehicles will be in the mainstream of personal transport, so it is important to lay down the foundations of this transition today. But we will need to deliver right away too. I thank the Commission for coming forward with the proposal to substitute fossil fuels with sustainable biofuels. Many Europeans will drive using liquid fuels for decades, but this proposal is not coherent and we will need to look at the coherence of the policies on biofuels in the future months.

Janusz Lewandowski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Panowie Komisarze! Rozumiem intencje Komisji Europejskiej – jest to próba znalezienia rozwiązania, aby gospodarka Unii Europejskiej była konkurencyjna w sytuacji nieuchronnych przeobrażeń technologicznych w energetyce, a te przeobrażenia muszą iść w kierunku czystej energii. I rzeczywiście mocnym punktem tej propozycji jest próba urynkowienia zielonej energii. Odnawialne źródła energii tracą pierwszeństwo w dostępie do sieci, ale wstępne założenie, które temu przyświeca, jest nadmiernie optymistyczne, mianowicie założenie, że poprzez ten pakiet możliwe będzie osiągnięcie jednoprocentowego wzrostu PKB w skali Unii Europejskiej. Dlatego, że rzeczywiście abstrahuje od różnic pomiędzy krajami, doskonale znanych uwarunkowań poszczególnych krajów obu komisarzy. Nie jest to propozycja neutralna technologicznie, o czym Panowie wiecie. W ten sposób ingeruje się w koszyk energetyczny, który powinien być suwerenną decyzją państw członkowskich.

Z punktu widzenia kraju takiego jak Polska oczywiście najbardziej niepokojąco wyglądają limity, które praktycznie wykluczają węgiel z rynku mocy. Ten limit, który proponuje Komisja w wysokości 550 gramów CO_2 na jedną kilowatogodzinę uniemożliwia wsparcie publiczne, ale co gorsza uniemożliwia wsparcie publiczne w energetyce, która idzie w kierunku czystego węgla, a to jest dla takich krajów jak Polska jedyna możliwość osiągnięcia celów klimatycznych i nie powinna być za to karana.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, come dice la vostra comunicazione, l'energia meno costosa è quella che non consumiamo. La chiave di questo apparente paradosso è proprio l'efficienza energetica, che io considero un'assoluta priorità assieme alle rinnovabili.

È un'opportunità per i cittadini, per la bolletta energetica, per il miglioramento ambientale, per la salute dei cittadini, sì dico aria pulita come dite voi, se penso a quello che accade in alcune città d'Europa, dove oggi l'aria è irrespirabile.

Ed è una grande opportunità, formidabile anche per l'industria, ma occorre agire in modo collegiale e integrato. Io invito perciò la Commissione, formalmente, a operare in modo più coordinato con i Commissari all'industria, all'innovazione, al budget, perché fare efficienza energetica significa, per primo, sostegno alla ricerca in campo tecnologico-ambientale, per le abitazioni, i trasporti e le industrie stesse; sostenere le nuove imprese, le *startup* che nascono con questi progetti innovativi; avere una finanza più flessibile e più intelligente proprio per questi prodotti, per la loro creazione e la distribuzione nel mercato; preparare le competenze e le professioni necessarie.

Siamo tutti consapevoli che in Europa, in questo settore, l'Europa potrebbe avere forte capacità competitiva e *leadership* industriale.

Gunnar Hökmark (PPE). – Fru talman! En europeisk energimarknad måste bygga på en sund och fri, öppen konkurrens. Den måste bygga på bra villkor för förnyelsebara energiformer, den måste genom prismekanismen se till att olika energiformer och nya energislag kan konkurrera fullt ut och växa fram och spela den roll som de i framtiden måste kunna spela.

En europeisk energimarknad måste också bygga på ett tätt samband länderna emellan, med utvecklingen av överföringsförbindelser mellan länder, över Östersjön, i Europa, på kontinenten, för att på det viset skapa en marknad. Och här måste kommissionen gå i täten när det gäller förslag som innebär att man öppnar upp för det som är en marknad.

Men samtidigt vill jag också säga att detta inte är möjligt att uppnå om man samtidigt tillåter Nord Stream 2.

Nord Stream 2 är ett projekt som i sitt politiska syfte har att underminera europeiskt oberoende och europeisk försörjningstrygghet. Det har inga kommersiella fungerande syften, utan det politiska syftet att splittra Europa.

Kommissionen har ett ansvar för att upprätthålla europeisk säkerhet och europeisk försörjningstrygghet, och ni har ett ansvar för att se till att ingen uppnår dominans på den europeiska energimarknaden, som strider mot konkurrensen och möjligheten till att göra denna marknad stark. Tack!

Csaba Molnár (S&D). – Elnök Asszony, az elmúlt években 40%-kal csökkent a gáz világpiaci ára, de a magyar kormány a lakossági gáz árát csak 10%-kal mérsékelte. A különbséget vagy elnyelte az állam, vagy pedig a kormányközeli vállalkozások zsebébe került ez az extraprofit. A magyar hatósági gázár, amelynek kapcsán egyébként a magyar miniszterelnök egy újabb Magyarországgal szembeni brüsszeli támadásról képzeleg, ez Magyarországon éppen a hatósági árak útján, a gázárak magasan tartását szolgálja. Magyarországon a hatósági gázár nem csökkenti, hanem éppen ellenkezőleg, növeli a lakossági gázárat. Ezért tisztelt Biztos Urak, Magyarországon nem a hatósági ár intézményével van a probléma. Azt mi még támogatjuk is. Az igazi probléma azzal van, hogy kifejezett korrupciós célzattal a magyar kormány a hatósági ár eszközével jóval drágábban adja a lakosságnak a gázt, mint amennyibe az a világpiacon kerül. Ezzel szemben viszont

közösen fel kell lépnünk.

Edouard Martin (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, mes collègues ont déjà eu l'occasion de vous appeler à davantage d'ambition, avec des objectifs contraignants plus élevés sur les trois paramètres essentiels de votre paquet: émissions de gaz à effet de serre, efficacité énergétique et renouvelables, et j'y souscris.

Mais qui dit ambition dit aussi cohérence et exhaustivité. Certains craignent que les mécanismes de capacité subventionnent les énergies fossiles. Comment, dès lors, réconcilier l'indispensable sécurité énergétique avec nos engagements visant à émettre moins de CO_2?

Que proposez-vous pour relancer les investissements en matière d'efficacité énergétique dans les industries électro-intensives dont vos propres services ont récemment noté qu'ils étaient au point mort?

Vous avez fait un pas sur la précarité énergétique en reconnaissant qu'il s'agissait là d'un sujet véritablement européen. Mais cette évolution ne fait pas disparaître d'un coup de baguette magique les millions d'Européens qui en sont victimes. Il reste beaucoup à faire.

Enfin, puisque vous semblez vous inspirer du Semestre européen pour votre volet gouvernance, comment comptez-vous transformer ce qui est aujourd'hui une procédure technocratique quelque peu subie en un véritable exercice démocratique de débat positif sur les options énergétiques communes?

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, o passo em frente na concretização da União da Energia tem de dar também um impulso para salvar o projeto europeu.

É de agendas como esta que a União precisa – agendas que permitem liderar o desenho do futuro e apagar os fantasmas do passado.

As metas são ambiciosas: 50 % de eletricidade limpa em 2030, produção de eletricidade livre de emissões em 2050, investimento líquido suplementar de 177 mil milhões de euros por ano, entre 2021 e 2030, e 900 mil novos postos de trabalho.

Importa, no entanto, que estes números se concretizem, mas não nos podemos deslumbrar por eles. Temos de aproveitar esta oportunidade para modernizar o mercado, torná-lo mais transparente, eficiente e justo, melhorar as interconexões e a regulação, desenvolver processos de produção e criar redes ainda mais inteligentes, combater as assimetrias regionais, assegurar a competitividade da indústria e dos serviços, garantir o acesso universal à eletricidade e reduzir a pobreza energética.

A energia limpa é uma boa escolha para o planeta e para as pessoas. Hoje é também parte da energia necessária para que o projeto europeu sobreviva.

Por isso, esta é uma agenda em que a União Europeia não pode falhar, em que não podemos falhar.

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

Jeppe Kofod (S&D). – Mr President, Commissioners, let me start by congratulating you, and indeed the whole Commission, on this very impressive winter package with real European value. It is a good starting point, but I also think that we need to raise our ambitions. Let me give a few brief examples. When I read the Commission proposal on ACER, I see words such as 'may' and 'recommend', but if we want a truly interconnected and sustainable European energy market that effectively does away with transmission bottlenecks, those words must be changed to 'shall' and 'decide' in a number of places. Europe needs an energy regulator. We need a much stronger ACER with real powers. On renewables, we remain embarrassingly close to the Commission's own 'doing nothing' scenario. I will once again quote Commission President Juncker, who said that Europe should be number one in renewables, so let us beef up our ambitions as well on that point. We are ready to work with you, we have a good starting point, but we need more ambition.

Simona Bonafè (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le proposte presentate rispondono nel complesso alla volontà di realizzare la transizione a un sistema sostenibile che tenga insieme basse emissioni di carbonio, sicurezza degli approvvigionamenti, ruolo attivo dei consumatori, benefici per l'ambiente, salute dei cittadini e anche, è bene dirlo, competitività del nostro sistema. Un dato: nel solo 2015 le energie rinnovabili hanno attratto più di 300 miliardi di euro di investimenti a livello mondiale e stimolano nuove tecnologie in cui l'Europa gode di vantaggi competitivi.

Se saluto positivamente le priorità assegnate all'efficienza energetica voglio sottolineare, però, la preoccupazione rispetto alle misure previste per le rinnovabili. Il target è rimasto al 27 per cento e vengono eliminate una serie di misure pro-rinnovabili, mentre abbiamo ancora in piedi i sussidi alle fonti fossili, e in particolare al carbone. Ecco, cerchiamo di capire dove vogliamo andare e dove mettiamo le risorse è un indicatore essenziale della strada da percorrere.

Lo dico con chiarezza: non possiamo permetterci timidezze adesso, evitiamo non solo di non procedere in avanti, ma addirittura di rallentare rispetto a quello che abbiamo fatto fino adesso.

Nicolas Bay (ENF). – Monsieur le Président, je comprends que les éoliennes suscitent un tel engouement chez nos élites dirigeantes, qui aiment tant à la fois brasser de l'air et distribuer des subventions. Mais il faut se rendre compte de l'impact désastreux de ces moulins à vent du XXIe siècle sur notre écosystème. Je pense notamment à l'utilisation croissante de terres rares, dont l'extraction et la transformation sont particulièrement polluantes. Et allez donc demander à nos pêcheurs ce qu'ils pensent de l'éolien *offshore*, dont les coûts de maintenance sont, par ailleurs, terriblement élevés. Or, tout cela n'est même pas véritablement profitable à nos économies, puisque le marché de la construction d'éoliennes est de plus en plus capté par des entreprises chinoises.

Mais il y a pire! Les éoliennes défigurent nos paysages façonnés pendant des siècles par les générations qui nous ont précédés. C'est cette même écologie mal pensée qui veut systématiser l'isolation par l'extérieur, mettant gravement en péril notre patrimoine bâti. Or, à partir de janvier 2017, en France, l'obtention d'un permis de construire ne sera même plus nécessaire à l'édification d'éoliennes. Elles devraient donc logiquement se multiplier un peu partout de façon anarchique, au gré des subventions.

Voilà pourquoi je crois qu'il est temps de réinvestir dans d'autres énergies renouvelables, l'hydrolien maritime, par exemple, comme Normandie Hydro, négligé ces dernières années. L'hydroélectricité reste de loin la première source d'électricité renouvelable. Il faut également encourager le solaire.

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Catch-the-eye-Verfahren

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, gospodo povjerenici, Komisijini prijedlozi o čistoj energiji za sve Europljane odraz su činjenice da je prelazak na čistu energiju sektor rasta budućnosti i prilika za pametne ulagače. U okviru ovog paketa kojim će se do 2021. godine mobilizirati javna i privatna ulaganja u iznosu od 177 milijardi EUR godišnje, u sljedećih se deset godina bruto nacionalni dohodak može povećati do 1 % te stvoriti 900 000 novih radnih mjesta.

Europa dnevno uvozi energiju u vrijednosti 1 milijarde EUR. Ulaganje u energetsku učinkovitost smanjuje potrebu za proizvodnjom energije. Ulažući u nju, ulažemo u europsko gospodarstvo, ulažemo u naše domove, ulažemo u našu proizvodnju, u naše male poduzetnike koji obnavljaju naše domove. Bolje je milijardu eura dnevno uložiti u naše gospodarstvo nego plaćati energiju iz uvoza.

Potrebno je također bolje iskoristiti potencijal biomase i biogoriva koji se temelji na održivom upravljanju tim resursima. U tome i Europa i Hrvatska dobro stoje.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr, a csomagnak a bioüzemanyagokra vonatkozó részében én természetesen értem, hogy a korszerűsített technológiák előállítását ösztönözzük, de az első generációs bioüzemanyagoknak is van értelme. Ez utóbbinak a 7%-ról a 3,8%-ra való csökkentési célszámát én bizony túlzónak tartom a gabona-, vagy még konkrétabban kukoricaövezetben Európában. Ne feledjük, hogy a gabona, illetve a kukorica szállítása szárazföldi úton durván 500 km felett már jelentős energiaköltséget jelent, és jelentős környezeti károkat okoz. Ezért ezeket helyben érdemes feldolgozni. Továbbá azt is vegyük figyelembe, hogy a bioüzemanyag előállításakor jelentős mennyiségű takarmány és más hasznos termékek is keletkeznek. Javaslom tehát egy speciális célszám beiktatását a gabona- vagy kukoricaövezet országaira.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor Presidente, señor Arias Cañete, señor Šefčovič. Está bien que ustedes vengan a este Pleno a debatir sobre este paquete de invierno, porque ustedes hablan de poner a los ciudadanos en el centro de la energía pero lo que están poniendo en el centro son los combustibles fósiles. Por sus hechos les conocemos y no por sus palabras bonitas.

Estaría bien que expliquen por qué proponen medidas contradictorias en este paquete. Los mecanismos de capacidad, en primer lugar. Subvenciones encubiertas a los combustibles fósiles. Según los cálculos, el 95 % de las plantas de carbón de la Unión recibirá dinero; recibirá millonadas por seguir contaminando hasta 2026.

En segundo lugar, un objetivo de eficiencia y ahorro de energía claramente insuficiente. Deberíamos llegar al 40 % vinculante y sin resquicios legales, facilitando la inversión pública para reducir el consumo y erradicar la pobreza energética. Objetivos insuficientes para cumplir con el Acuerdo de París y medidas contradictorias: es lo que vemos en este paquete diseñado para seguir frenando la democratización del sector y mantener el poder de los *lobbies* favorables a los combustibles fósiles.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, haluan onnitella komissiota tästä energiapaketista, joka on pääpiirteissään varsin hyvä ja tasapainoinen kokonaisuus. Olemme sitoutuneet Euroopassa vähentämään päästöjä, ja on tärkeää, että se tehdään mahdollisimman kustannustehokkaasti ja myös markkinaehtoisesti. Tässä energiatehokkuudella on iso rooli. Tiedämme, että monissa jäsenmaissa voidaan merkittävästi ja hyvin kustannustehokkaasti lisätä energiatehokkuutta.

Mutta kaksi asiaa haluan nostaa tästä paketista erityisesti esiin. Toinen liittyy uusiutuvaan energiaan ja sen tukemiseen. On luonnollista, että alkuvaiheessa uusiutuvaa energia on täytynyt tukea voimakkaasti, mutta nyt vähitellen myös sen osalta on päästävä markkinaehtoiseen tilanteeseen. Sellainen energiamuoto, joka perustuu pysyvälle tuotantotuelle, ei voi olla taloudellisesti kestävällä pohjalla. Toinen kysymys liittyy liikenteen päästöjen leikkaamiseen. On hyvä, että komissio on ottanut askelia tähän suuntaan, mutta meillä on vielä paljon mahdollisuuksia leikata kunnianhimoisemmin liikenteen päästöjä, ja tässä Eurooppa voi olla maailmassa myös edelläkävijänä.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η απελευθέρωση της αγοράς ενέργειας στην Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να συνδυαστεί με τη θέσπιση αυστηρότερων όρων ασφαλείας, ειδικότερα λόγω των συχνών ατυχημάτων που συμβαίνουν με την παροχή φυσικού αερίου. Κύριε αντιπρόεδρε, κύριε Šefčovič, η Επιτροπή θα πρέπει να ελέγξει τους κανονισμούς ασφαλείας των εγκαταστάσεων της παροχής φυσικού αερίου από το δίκτυο των παρόχων στα νοικοκυριά, στις πολυκατοικίες και στα διαμερίσματα στα διάφορα κράτη μέλη της Ένωσης. Επιπλέον, η Ένωση πρέπει να αναπτύξει ανανεώσιμες πηγές ενέργειας, ενισχύοντας την ενεργειακή πολιτική των κρατών μελών, παίρνοντας μέτρα ταυτόχρονα για το χτύπημα της ενεργειακής φτώχειας.

Στην Ελλάδα εξαιτίας της μερκελικής λιτότητας και των μνημονίων, το 70% των νοικοκυριών αδυνατούν να διατηρήσουν την κατοικία τους ζεστή, εξαιτίας της υπερβολικής φορολόγησης στο πετρέλαιο θέρμανσης. Αναγνώρισε όμως η Επιτροπή ότι η Ελλάδα μπορεί να μειώσει τους φορολογικούς συντελεστές στο πετρέλαιο θέρμανσης. Γιατί λοιπόν δεν το πράττει η ελληνική κυβέρνηση; Γιατί αφήνει τον ελληνικό λαό να παγώσει;

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, let me thank all of you for your thoughts and comments on the Clean Energy for All European package. The Commission has been very attentive to the proposals made by this House when preparing the legislative measures included in the package. Many of the views suggested over the months by this House have been incorporated in the package and are reflected in the pages of the legislative proposal. I am aware that on some issues this House has advocated slightly different positions from the ones put forward by the Commission in its proposal, so allow me to emphasise this: the Commission proposals are in themselves no easy targets. They will require considerable efforts by Member States to meet their international and domestic obligations, and to get them right we have assessed our proposals along several dimensions, including energy

system impacts, macroeconomic impacts, environmental effects, social impacts, including affordability issues, energy-related investments, and, finally, energy system costs. And of course our proposal fully respects the right of Member States to choose their energy means as stated in Article 194 of the Treaties.

Many of you have referred to renewable energy. The proposal revising the Renewable Energy Directive is ambitious and improves upon the previous directive, in particular by putting an end to retroactive measures and launching a Europeanisation process. But the measures favouring renewables go beyond this text: the market design, energy efficiency, the energy performance of buildings and the governance of the Union all contribute to reaching our policy goals and targets in a cost-effective way, paving the way for further deployment of renewables in buildings, transport and industry.

The revised proposal also goes beyond reaching the 27% target. It is about bringing sustainable jobs to the market, creating local added value, locking in investment potential, and fostering innovation. The target – at least 27% –represents the cost-optimal contribution of renewables in 2030 towards meeting the European Union's long-term decarbonisation objectives, and it reflects the European Union's fair and ambitious contribution to the Paris Agreement.

For the first time; the package is proposing a clear framework on cell consumption and production, energy communities and demand response, and this will help drive the energy transition by unlocking private capital for investment in renewables and make the electricity system more flexible in order to help renewable integration. The European Union's binding 30% energy efficiency target for 2030 is ambitious but balanced and consistent with other targets of the 2030 framework for energy and climate. It is also the target which Vice-President Šefčovič and myself promised the European Parliament at our hearings two years ago: this is what we have delivered.

We are going beyond what strictly speaking would be necessary to ensure that the target of at least 40% for production is met, and any claim that our targets and proposal are insufficient to honour our commitment under the Paris Agreement is simply wrong. With this package we will take the decisive step forward to ensure that the energy transition will continue and that the targets agreed upon will be met. For sure, a lot of real political engagement will be needed in both Parliament and the Council to reach a compromise, and I am counting on you to improve them and make them a reality soon for the benefit of all our citizens.

Maroš Šefčovič, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would like to thank Members for what I feel was general support for the package. I would like to assure you that we listened carefully to the critical remarks and the calls to be more ambitious and are ready to work very closely with you on this package.

Just to complement Miguel's remark about energy poverty, I think it is very important that we clearly recognise energy poverty as an important challenge in our package. We recognise it as a very important challenge which we have to tackle together with the Member States but we want to do our utmost at European level. We are addressing the energy poverty issue in our governance system. We want to make sure that renovations, issues of social housing, and long-term innovation plans clearly factor in the issue of energy poverty. Miguel elaborated on the importance of energy efficiency and we see it as a very strong instrument in tackling energy poverty as well. In electricity market design we are proposing a clear procedure which would prevent people from being unfairly disconnected, not to mention eco-design and energy labelling where already today our citizens are saving hundreds of euros thanks to our efficient electric appliances.

I would also like to respond to one remark and express the support of the Commission for all those who are pushing for the completion of the internal energy market in a prompt and smart way. I think a lot of positive things are happening in the Baltic and Nordic countries. We are seeing positive developments in South-East Europe through our CESEC initiative, and I would like to assure you that we are bringing new dynamism to managing our projects of common interest. We are also encouraging the Member States to present more projects in the area of smart grids.

To conclude, I would like to thank all Members who recognised the high level of ambition in this proposal. Its truly transformational nature should deliver the most significant modernisation of our energy systems since they were built in Europe. So I welcome your readiness to work hard on this package. It is on the priority action list for next year so I believe that we can move from the year of delivery to the year of implementation.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk*. – Dit breed en vergaand pakket aan maatregelen is een cruciale stap om de doelstellingen die we in Parijs hebben afgesproken, te realiseren. De Commissie zet in op veel fronten tegelijk om de transitie naar een schone en energiezuinige economie mogelijk te maken. Dat is de juiste aanpak. We moeten de kracht van de Unie gebruiken en onze energiemarkten beter met elkaar verbinden zodat we vlotter hernieuwbare energie uitwisselen. Het verhogen van de energie-efficiëntiedoelstelling van 27% naar 30% van het finale energieverbruik is cruciaal. We kunnen dit realiseren via de nieuwe financieringsmogelijkheden voor beter geïsoleerde gebouwen, betere energielabels en efficiëntere toestellen via de ecodesign-verordening. We moeten met zijn allen een tandje bijsteken. Lidstaten moeten snel de verplichtingen rond hernieuwbare energie voor verwarming introduceren en stimulansen inbouwen om energiecoöperaties op te richten. Consumenten moeten via hun elektriciteitsfactuur ook duidelijkere informatie krijgen over het aandeel hernieuwbare energie in hun totale energieverbruik. Tegelijkertijd moeten ze beter beschermd worden tegen afkoppeling van het net. De cruciale vereenvoudiging dat lidstaten jaarlijks één nationaal klimaat- en energieplan indienen en één voortgangsverslag, in plaats van de meer dan honderden rapporten nu, moet de doorslag geven.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – La transición a las energías limpias es una necesidad ambiental y una oportunidad para el crecimiento económico y la creación de empleo. Necesitamos un mercado energético único, más integrado, más transparente, que cumpla con nuestros objetivos climáticos y que sea capaz de ofrecer energía a precios asequibles. Debemos transitar hacia un modelo que pivote sobre las energías renovables y que apueste por la mejora de la eficiencia energética. Los socialistas exigimos además una acción definitiva contra la pobreza energética. Cincuenta millones de europeos y cinco millones de españoles aguardan una respuesta a la altura. Además de reducir las emisiones de CO_2 en al menos un 40 % de aquí a 2030, apostamos por un objetivo vinculante de al menos un 30 % en renovables, lo mismo que en materia de eficiencia energética, disminuyendo así nuestra dependencia de las importaciones de energía. La Unión está bien situada para convertir esta transición en una oportunidad y generar en la próxima década un aumento de hasta un 1 % del PIB y 900 000 nuevos empleos. Además, los consumidores europeos deberán de contar con mayor oferta de suministro, con herramientas de comparación de precios y con la posibilidad de producir y vender su propia energía.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – La proposta della Commissione sembra collocare l'Europa alla guida di un processo di transizione che possa portare a un rapido abbandono della dipendenza da fonti fossili. Questo avviene puntando sull'efficienza energetica, sulle rinnovabili, sulla ricerca e l'innovazione, sulla mobilità connessa e automatizzata, a basso impatto, ma anche – e finalmente dichiarato a chiare lettere – sul nuovo ruolo attribuito al cittadino per l'autoproduzione e l'autoconsumo.

Permangono alcune perplessità sull'impiego di strumenti finanziari che potrebbero rivelarsi a troppo elevato rischio e ammetto un forte disappunto per il malcelato sostegno alle fonti fossili. Rimangono inoltre enormi dubbi sul valore aggiunto dell'EFSI, ma l'ottica di sostegno alle rinnovabili e all'efficientamento energetico è positiva. Tuttavia lo diverrà ancora di più quando non un centesimo del denaro europeo andrà a sostenere petrolio, carbone e carburanti di origine fossile, o ancora a finanziare la combustione dei rifiuti (o il nucleare). Quando invece il denaro europeo sarà destinato a garantire la produzione diffusa fra i cittadini, la sostenibilità, le fonti realmente rinnovabili e rientranti pienamente nell'ottica di un'economia circolare a impatto prossimo a zero sull'ambiente, solo allora potremo vedere realizzata la rivoluzione energetica in grado di garantire il nostro futuro.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Domnilor comisari, și eu susțin nevoia unui pachet legislativ privind energia curată. Nu obiectivul mă îngrijorează, ci modul în care doriți să-l implementați. Vorbesc din perspectiva țării mele, care, deși are venituri mici pe cap de locuitor, se află pe primul loc la procentul de energie regenerabilă folosit! Ați declarat că vreți să puneți în centru consumatorul și mă bucur, dar știți că prețul certificatelor verzi a fost inclus în factura consumatorilor? Mixul energetic ține de subsidiaritate conform tratatului, iar țările au resurse energetice diferite și trebuie să țineți cont de acest lucru! De ce nu este atașat Fondul strategic de investiții acestui obiectiv important? De ce să folosiți criteriul „primul venit, primul servit" și nu criteriul obiectivelor? Ca fost industriaș știu că atunci când am dorit să economisesc energie a trebuit să investesc. Țara mea produce încă energie din combustibil solid! Știți ce înseamnă să închideți zeci de mii de locuri de muncă fără să puneți nimic în loc? De ce nu sunt alocați bani pentru trecerea de la un sistem de producere de energie la altul? Nu putem să ne propunem obiective bune, dar să nu alocăm și bani pentru investiții ca să le putem atinge fără a aduce efecte sociale negative.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Egy újabb fontos lépéshez érkeztünk el az energiaunió felé vezető úton. Kezdetben megalkottuk a keretrendszert, amely az energiaunió alapjául szolgálhat. Ezt követően eggyel tovább léptünk és a tavalyi téli csomag keretein belül kidolgoztunk több földgázzal kapcsolatos részstratégiát és szabályozást is. Most pedig elénk került az idei téli csomag is, amely az elektromos áram piacát hivatott mélyebben integrálni. Rengeteg integrációs törekvést láthattunk az árampiacon a piacok összekapcsolásától kezdve a harmadik energiacsomag intézkedésein keresztül, mégsem sikerült egy olyan rendszert kialakítani még, amely igazán a fogyasztók érdekeit szolgálná. A problémák egy része mondhatni természetes, hiszen a technológiai fejlődés folyamatosan új kihívások elé állít bennünket.

Úgy gondolom, hogy ideje újragondolni az árampiaci szabályozás egészét és kialakítani egy olyan rendszert, amely megfelel a kor kihívásainak. Rendkívül fontos, hogy az újratervezés szakaszában, a részletekben való elmélyedés során se veszítsük szem elől céljainkat. Ahogy a Bizottság is megfogalmazta, a mostani és mindenkori reformcsomag legfontosabb célja a fogyasztók támogatása. Minden más szempont és elvárás csak másodlagos lehet. Kívánom, hogy a most kezdődő munkánkkal képesek legyünk egy olyan rendszert létrehozni, amely elérhetőbb, megbízhatóbb és megfizethetőbb energiát biztosít a fogyasztók számára, ezáltal is javítva az Unió versenyképességét.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *písemně*. – Evropská komise se hlásí k ambicióznímu cíli, snížit emise CO_2 do roku 2030 o přinejmenším 40 %. Předpokládá, že toho lze dosáhnout zapojením tří programů. Za prvé se jedná o zvýšení energetické účinnosti, za druhé o vedoucí postavení v rozvoji obnovitelných zdrojů energie a za třetí pak jde o nový vztah k zákazníkovi. Cíle jsou to velmi ambiciózní. V oblasti vědy a výzkumu – zejména u fotovoltaiky a vodíkového hospodářství – nás čeká v nejbližším období rychlý základní přelom. Ve fotovoltaice základní výzkum ukazuje možnost nalézt nové chromofory. Jejich účinnost by mohla skokově zvýšit energii vyrobenou fotovoltaickými panely ze současných cca 11 % na cca 22 %. Pokud bude splněn cíl Evropské komise potvrzený EP v roce 2020 — 1 % energie mít ve vodíku, můžeme očekávat rychlou expanzi vodíkového hospodářství. V současné době jsou ve zkušebním provozu několika velkých měst EU autobusy s elektrickým pohonem a vodíkovými články. Na řadě míst se pracuje na zlepšení možnosti skladování vodíku. Velmi náročným úkolem též bude dosáhnout připojení malých výrobců k síti, nejen jako spotřebitelů, ale i jako dodavatelů elektrické energie. Další z efektivních kroků pak může představovat i zvýšení výroby elektrické energie z jádra. Držme si palce, aby tyto ambiciózní cíle byly urychleně podpořeny konkrétními kroky na všech úrovních.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Energetska učinkovitost, korištenje obnovljivih izvora energije i uključivanje potrošača u proizvodnju temelj su novog energetskog paketa. Ovaj novi paket potiče na inovativna rješenja, nove tehnologije i bolje povezivanje između različitih sektora.

Prvi smo u svijetu u cirkularnoj ekonomiji, a novi energetski paket dodatni je poticaj da to i ostanemo. Međutim, ove naše ciljeve ne prati dovoljna fleksibilnost regulative niti brzina ulaganja u inovativna rješenja. Još uvijek u cijeloj Europi imamo velike probleme sa zagađivačima koji ugrožavaju zdravlje ljudi i te primjere ne bismo smjeli pasivno promatrati. Govoriti o novom paketu, a pritom ne rješavati slučajeve zagađenja poput onog u Slavonskom Brodu nastalog zbog proizvodnje u Bosanskom Brodu znači biti nedosljedan.

Prema podacima Europskog ureda za okoliš neki zagađivači transformiraju se u zraku i postaju čestice koje mogu utjecati na države koje se nalaze daleko od izvora zagađenja. Objavljeni grafovi pokazuju kako 63% cjelokupnog zagađenja zraka u Nizozemskoj dolazi izvan njenih granica. U slučaju Češke taj se postotak kreće oko 70 %, a zagađenje koje Češka emitira je čak 80 %.

S obzirom na to da zagađenje ne poznaje granice nužno je razvijati svijest o potrebi prekogranične suradnje i provedbe zajedničkih projekata s državama izvan EU-a.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – Propunerea privind energia curată promite o creștere de 1 % a PIB-ului în următorii zece ani și crearea a 900 000 de locuri de muncă. Comisia trebuie însă să pună pe masă legislația necesară care să asigure tranziția necesară către o energie sustenabilă.

Această tranziție trebuie să se focalizeze pe eficiența energetică, energia din surse regenerabile, infrastructura inteligentă și pe găsirea de soluții la nivel european pentru interconexiuni, terminale GNL și capacități de stocare a energiei.

Nu trebuie însă ignorat faptul că producția de energie din surse regenerabile necesită continuitatea producției convenționale de energie. Exploatarea energiei hidraulice în cazul României, a centralelor electrice pe gaz și pe bază de cărbune cu randament ridicat, beneficiind de cele mai recente tehnologii, poate aduce o contribuție esențială la deblocarea pieței energetice europene. Dezvoltarea energiei din surse regenerabile implică crearea unui nou design al pieței energiei, care să asigure condiții de concurență echitabile pentru toți participanții la piață. Propunerile legislative trebuie să permită consumatorilor să dețină controlul asupra costurilor la energie și să aibă acces la costurile reale complete ale energiei electrice livrate, inclusiv la cele asociate transportului și distribuției.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – Solidarity and fairness are at the core of European values. Europe must deliver to business and to citizens clean energy at a fair price. I welcome the proposed 'Clean Energy for All' package and I believe we must be even more ambitious if we are to be at the forefront of the low-carbon economy. We must also abide by the historic COP21 agreement. I call on the two co-legislators to ensure the swift negotiation and implementation of the proposals; only in this way will we deliver security of the energy supply. By making the energy market more flexible, I believe it will bring about more resilience and adaptability of the energy sector.

Working together is crucial. We must provide and strengthen the rules to ensure cross-border participation and that no country is left behind. Europe must work towards greater fairness of the cost of energy in order to increase consumers' trust. I look forward to working on this package here in the European Parliament.

Algirdas Saudargas (PPE), *raštu*. – Sveikinu Komisiją pristačius išsamų energetikos dokumentų rinkinį, kuriuo siekiama įgyvendinti konkurencingą, tvarią, į pilietį orientuotą ES energetikos politiką. Tai vienas iš svarbiausių teisėkūros pasiūlymų šioje kadencijoje, kuris turės įtakos ne tik energetikos sektoriui, bet ir visai Europos pramonei bei jos konkurencingumui. Pagrindiniai Komisijos akcentai įvardinti teisingai: energijos vartojimo efektyvumas, lyderystė plėtojant atsinaujinančius energijos šaltinius, vartotojo, kaip aktyvaus ir pagrindinio energijos rinkos dalyvio, skatinimas. Tačiau, kaip ne kartą jau minėjau, tinkamai sujungtas tinklas ir efektyviai veikianti energijos vidaus rinka yra eneregtikos sąjungos pagrindas, be kurio negalėsime optimaliai pasinaudoti atsinaujinačių energijos šaltinių teikiamais privalumais bei užtikrinti vartotojui prieinamų kainų. Taip pat džiaugiuosi, kad Komisja atkreipė dėmesį ir į kibernetinį saugumą elektros rinkoje. Manau, vis daugiau plėtojant išmaniuosius tinklus užtikrinti jų saugumą yra ypatingai svarbu.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La producción de energía renovable no puede entrar en contradicción con otras actividades fundamentales para la vida de los pueblos como es la producción de alimentos. En este contexto, es necesario exigir la preservación y prioridad del uso la tierra agraria para producir alimentos. En Galiza corremos el riesgo con la ley de medidas fiscales y administrativas, anexa al proyectos de presupuestos para 2017 (que abre las puertas a la creación de megaplantas de biomasa) de aumentar la presión para la producción de cultivos energéticos, entre ellos la forestación de tierras agrícolas; acabando por convertirnos en un auténtico desierto verde e hipotecando el futuro de nuestras pequeñas y medianas explotaciones agrarias, del medio rural y nuestra soberanía y seguridad alimentaria por generaciones. Instamos a la Comisión a evitar estas situaciones y a poner medidas eficaces para preservar el uso de la tierra para la producción de alimentos.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen, das hier als großer Wurf gefeierte Paket geht an der Sache vorbei. Es bekämpft ein Phantom. Der menschengemachte Klimawandel ist nicht gesicherte Kenntnis, sondern wissenschaftliche Hypothese. Viel spricht dafür, dass er eine Erfindung von Lobbyinteressen und an Forschungsgeldern interessierten Wissenschaftlern ist. Meine Partei lehnt daher sämtliche Vorhaben, die auf eine Reduzierung so genannter Klimagase abzielen, rundheraus ab. Wir brauchen keine Energiewende, keine grüne Energie, sondern vielmehr eine rationale Energiepolitik, die sich an Konsumenten ausrichtet und marktwirtschaftlich gegründet ist. Wer von einem Marktdesign redet, wer glaubt, die besten Energien von morgen und für morgen zu kennen, der unterliegt einem eklatanten Irrtum. Das können wir uns als Gesetzgeber nicht erlauben. Angezeigt ist eine Demut vor der Zukunft und der individuellen Rationalität der handelnden Nachfrager. Maßen wir uns nicht an, über ein Wissen zu verfügen, das uns über diese erhebt. Deshalb sollten wir diese Vorhaben unmittelbar wieder einmotten. Das Winterpaket der Kommission gehört auf Eis gelegt. Sofort.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Energetika i energetska unija jedan su od 10 političkih prioriteta Junckerove Komisije s vrlo ambicioznim ciljevima: preuzimanjem globalnog vodstva u korištenju energijom iz obnovljivih izvora, pružanjem poštenih uvjeta potrošačima te omogućavanjem energetske učinkovitosti.

Europska unija trenutno je najveći uvoznik energije u svijetu jer po procjenama uveze 53% cjelokupne energije koju potroši uz godišnji trošak od oko 400 milijardi eura. Iz tog bi razloga poboljšanje međusobne povezanosti energetskih mreža između država članica i osuvremenjivanje infrastrukture pomoglo u smanjenju poremećaja i energetske ovisnosti na najmanju moguću razinu.

Efikasno upravljanje potrošnjom energije kao i čista energija sektori su rasta budućnosti i prilika za pametne ulagače. Dokaz tome je i Pariški sporazum kojim se Europska unija obvezala na smanjenje emisija CO_2 za najmanje 40 % do 2030. godine, omogućavajući istovremeno modernizaciju gospodarstva, osiguravanje novih radnih mjesta u zelenom sektoru zahvaljujući povećanoj uporabi obnovljivih izvora energije te rast za sve europske građane.

Prema objavi Komisije, ovaj set zakona trebao bi od 2021. dovesti do investiranja do 177 milijardi eura javnog i privatnog novca godišnje čime bi BDP u narednom desetljeću porastao za 1 %, a stvorilo bi se 900 000 novih radnih mjesta.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropska komisija je konec novembra letos predstavila nov sveženj ukrepov pod naslovom „Čista energija za vse Evropejce“. Komisija želi, da se Evropa ne bi samo prilagodila prehodu na čisto energijo, temveč da bi na tem področju prevzela vodilno vlogo, a se žal glede na vsebino paketa to zdi vse prej kot uresničljivo. Kar nas lahko zelo skrbi je dejstvo, da je paket žal zelo daleč od zavez, sprejetih v okviru pariškega podnebnega sporazuma, na kar opozarjajo tudi številne nevladne organizacije in okoljevarstveniki.

Zvišanje cilja za izboljšanje energetske učinkovitosti s 27 na 30 % je mnogo premalo in tudi precej pod zahtevo Evropskega parlamenta, ki je že pozval k zavezujočemu cilju 40 % do leta 2030. Paket je šibak tudi na področju obnovljivih virov energije, saj je ohranitev cilja 27 % energetske porabe obnovljivih virov energije premalo ambiciozno zastavljen, prav tako pa ne vključuje niti zavezujočih nacionalnih ciljev. Zaskrbljujoče je tudi podaljšanje subvencij za fosilna goriva.

Sveženj tako še zdaleč ne dosega obljub Komisije, prav nasprotno, lahko bi celo ogrozil ukrepe EU za boj proti podnebnim spremembam. Upam, da to ne bo še ena izgubljena priložnost za korak k bolj zeleni, trajnostni in okoljsko prijazni prihodnosti, ki jo dolgujemo našemu planetu in prihodnjim generacijam.

Владимир Уручев (PPE), *в писмена форма*. – Уважаеми колеги, поздравявам Комисията, която само за две години представи цялостен законодателен пакет за Европейския енергиен съюз. Настоящия пакет за „Чиста енергия за всички европейци“ очертава бъдещето на европейската енергетика до 2030г. по един както амбициозен, така и реалистичен за постижение начин. Енергийната ефективност е поставена на първо място, като универсално средство за намаляване на консумацията на енергия, на енергийната зависимост, на енергийната бедност и вредните парникови изхвърляния в атмосферата. Предложената цел от 30% енергоспестяване до 2030г. ще позволи да се съхранят настоящите темпове за подобряване на енергийната ефективност. Пакетът възприема принципа за технологична неутралност в политиките за подкрепа в енергетиката, което предоставя нужната гъвкавост на държавите членки да търсят икономически най-ефективните решения за постигане на целите за намаляване на парниковите емисии и осигуряване на надеждно снабдяване на чиста и достъпна енергия, включително от ядрен произход. Приветствам ограничаването на свръхпривилегиите за възобновяемата енергия. След тяхното технологично развитие и навлизане в енергетиката е време за преход към пазарните механизми на тяхното участие в енергоснабдяването. Ясна е и перспективата за намаляващата роля на фосилните горива в енергетиката, но поставянето на непосилната цел 550 гCO_2/кВтч емисии от нови въглищни централи представлява на практика прекратяване на инвестициите в нови мощности по съществуващите въглищни технологии.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Estas são das tais palavras sonantes que ficam bem em qualquer sala. O problema está na estratégia escolhida para conseguir tal objetivo. A via escolhida pela União Europeia foi a via do mercado, ou melhor dizendo a ilusão do mercado.

Ao longo das últimas décadas privatizaram-se todos os sistemas públicos de produção e distribuição de energia. Geraram-se enormes grupos energéticos privados que mandam no poder político e contam com esta supremacia para garantir mais poderes e mais lucros para as suas empresas.

Não há cimeira por mais festiva que seja, ou por mais ambiciosas que sejam as suas metas, que esconda esta realidade. A única forma de termos um mundo sustentável, com uma política energética limpa e acessível a todos só poder ser conseguido com políticas públicas e com o controlo público sobre a produção e distribuição de energia. Tudo o resto são puras ilusões.

3. Allgemeine Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächser Punkt der Tagesordnung – der auf Wunsch des Plenums am Montag noch auf die Tagesordnung gesetzt wurde – folgt die Aussprache über den Bericht von Richard Corbett im Namen des Ausschusses für konstitutionelle Fragen über die allgemeine Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments (2016/2114(REG) (A8-0344/2016).

Richard Corbett, *rapporteur*. – Mr President, this overhaul of our Rules of Procedure is intended to make them better in terms of efficiency, transparency and clarity. It is the result of a year-and-a-half's work by a working group with a representative of every political group, helped by a task force at secretariat level that involved every parliamentary committee secretariat and the Legal Service of Parliament. It is therefore very much a consensual report and I pay tribute to the role played by Mr Rainer Wieland who chaired the working group, and indeed all the members of the working group. The bulk of what I propose to you today is very much consensual. It is an evolution, not a revolution. Nonetheless, although many of the rule changes are technical, there are quite a few that are of political significance. Let me list just a few very quickly.

We have rewritten the procedure for first reading agreements with the other institutions, to make them more transparent and to introduce safeguards. We have put into our rules the consequences of the Interinstitutional Agreement with the other institutions on Better Law-Making. We have put into our rules the changes to the procedure for hearings with Commissioners that we agreed in the context of my own report of last year. We have put together a considerable package on transparency, building on the work that Mr Giegold had done in preparation of a different report, and steering a course between what is desirable and what is legally possible to do through changes to the Rules of Procedure, rather than through legislation and, of course, bearing in mind that we have to get an absolute majority in this House to approve any such changes.

We have looked at the rules concerning the conduct of Members; we are prohibiting racist and xenophobic language in this Parliament. We have increased the penalties that can be imposed on Members who transgress our rules in this Parliament. We have rationalised the numerous thresholds in our Rules of Procedure for triggering different procedures, rationalising them to just three different thresholds. We have not raised the thresholds, by the way, and the most common threshold is the lower threshold. Nonetheless, we have brought greater clarity here. We have also made provision concerning membership of parliamentary committees such that when a Member leaves a political group and joins another one, which happens occasionally, the Group that he or she belongs to can replace that Member on the parliamentary committee that they left. This is particularly important, I think, for smaller groups who may only have one member of a committee and if that member leaves they are bereft of representation on that committee. So, overall, it is a wide package which I have the great honour to commend to the House.

Maroš Šefčovič, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, this debate concerns largely matters which are the internal business of the Parliament. While we have been following the full work of Mr Corbett's report with interest, I will comment only on those aspects which would affect the cooperation between our two institutions as defined by the Treaties and the Framework Agreement between us.

Allow me to highlight Article 21 of the Framework Agreement, which states: Parliament will seek the opinion of the Commission when it comes forward with its revision of its Rules of Procedure concerning relations with the Commission. I regret that Parliament did not respect this commitment in a meaningful way and requested the Commission's view only at the very last moment, leaving less than 48 working hours before the vote. This does not allow the Commission to provide a considered response or even discuss the matter in the College, which will meet only later today. I will make some preliminary comments nevertheless.

At first glance there are a number of proposed changes which the Commission can warmly welcome. The incorporation of elements from the inter-institutional agreement on better law-making is a positive step. The changes to your approach to the recast procedure should make it more effective and reliable. The Commission looks forward to having a regular opportunity to present the key political decisions taken in the College directly to the Parliament. And we hope that the idea of topical debates will add liveliness and diversity to the European Parliament sessions, while remaining focused on the areas of EU competence and of general interest.

However, some other proposed changes, in particular those relating to a proposed hearing in the case of the appointment of a new commissioner during the Commission's mandate or modifications in a portfolio of serving commissioners, as well as those relating to possible conflict of interest of the Commission, represent a modification to the current legal framework that cannot be introduced unilaterally by the European Parliament. It must be borne in mind that those changes, if introduced unilaterally by the European Parliament in its Rules of Procedure, cannot create a role for the European Parliament which is neither provided for in the Treaties nor in the Framework Agreement and which would affect the institutional position and functioning of the Commission.

I would also like to recall that President Juncker has himself proposed changes to the obligations for the commissioners to avoid any conflict of interest, and, in line with our commitment taken in the Framework Agreement, he has, by letter to President Schulz on 23 November 2016, asked Parliament's opinion on these changes. It is for this reason that the first Vice-President Timmermans yesterday wrote to President Schulz to ask, on the basis of the principle of loyal and sincere cooperation between our institutions, to ensure the Commission is given enough time to express its opinion and for the Parliament to take it duly into account before voting on the proposed changes to the Rules of Procedure.

The Commission underlines in this regard that you apply the Treaties and continue to respect the terms of the Framework Agreement, and the Commission expects that the European Parliament will do the same.

Ingeborg Gräßle, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Haushaltskontrollausschusses*. – Herr Präsident! Ich möchte Herrn Corbett und allen danken. Es war eine Riesenarbeit, und wir haben gelegentlich miteinander gerungen.

Ich möchte mich bedanken, dass Sie die Anregung des Haushaltskontrollausschusses – die eine, die wir hatten – aufgenommen haben. Es stehen viele gute Sachen drin, nämlich unter anderem auch die Veröffentlichung der Anlagen mit den Antworten der Kommission. Das ist wirklich ein Meilenstein. Da hat man jetzt viele Jahre dran geschoben.

Ich möchte Ihnen sagen, dass manche Dinge drinstehen, die wirklich noch eine vertiefte Beobachtung gebraucht hätten. Der Punkt, den der Kommissionsvertreter, Vizepräsident Šefčovič, gerade angesprochen hat, ist ein ganz wichtiger, nämlich die Frage bei Portfoliowechseln. Ich glaube, dass wir mit der Geschäftsordnung nicht den Vertrag überholen können und auch nicht die IIV ignorieren können. Ich finde es ausgesprochen bedauerlich, dass künftig jeder Portfoliowechsel hier im Haus einem Kräftespiel unterfallen wird. Damit tun wir uns und Europa keinen Gefallen.

Ich möchte dringend darum bitten, dass wir unsere Regeln mit denen, die wir im IIV und im Vertrag haben, einigermaßen zumindest in Übereinstimmung bringen. Ich möchte Ihnen, Herr Corbett, noch einmal danken und meinen Respekt für die große Arbeit zollen!

Giovanni La Via, *relatore per parere della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il voto di oggi è importante sotto molti aspetti, visto che la relazione Corbett disciplina la vita democratica di questa Istituzione, che è la casa dei cittadini europei.

Parlo in qualità di presidente della commissione ENVI in merito al contributo dato dalla commissione ambiente a questo dossier: come sapete, in ENVI abbiamo una lunga e ampia esperienza legislativa, abbiamo svolto centinaia di triloghi e quindi siamo intervenuti, sulla base di questa esperienza, per quanto riguarda gli aspetti relativi alla seconda lettura del Parlamento, trovando un'ottima relazione con la commissione AFCO, con il relatore Corbett, che ringrazio per il lungo lavoro effettuato in questi mesi.

Il nostro intervento, contenuto nell'emendamento 88 all'articolo 73 quater, riguarda il caso in cui la posizione del Consiglio contempli elementi che non sono contemplati dalla posizione del Parlamento in prima lettura: abbiamo previsto con questo testo che la commissione competente possa adottare degli orientamenti per la squadra negoziale. Ringrazio ovviamente i colleghi che vorranno sostenere questo emendamento e invito ad approvare la relazione nel suo complesso.

Pavel Svoboda, *navrhovatel Výboru pro právní záležitosti*. – Pane předsedající, pane komisaři, předložený návrh na revizi jednacího řádu podporuji, protože se domnívám, že se jedná o dobrý výsledek práce zejména kolegů z Výboru pro ústavní záležitosti, kterým bych chtěl tímto poděkovat za spolupráci s Výborem pro právní záležitosti. Náš výbor poskytl k revizi jednacího řádu své stanovisko, ve kterém se dotkl především těch institutů, které v rámci svých kompetencí využívá, tedy například projednávání imunit nebo uplatňování principu subsidiarity. Mohu konstatovat, že v zásadních věcech se v těchto oblastech podařilo navrhnout smysluplné a efektivní změny. Myslím si však, že v konečném důsledku zájmem nás všech je, abychom institutů i jednacího řádu využívali na věcné bázi. Proto bych zde rád vyzval, abychom posuzování dodržování principu subsidiarity ponechali pouze na Výboru pro právní záležitosti.

Rainer Wieland, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Wir haben heute Mittag die Abstimmung über diesen Bericht, und wir werden feststellen, dass wir uns noch über einige kleinere Dinge unterhalten, obwohl einige Kollegen sich heute Mittag beklagen werden, dass die Abstimmung so lange geht. Wir haben viele hundert Änderungsanträge, weil wir mit dieser Neuordnung viele technische Dinge regeln. Und, wie gesagt, wir haben noch einige wenige Dinge, über die wir uns uneinig sind. Das liegt daran, dass der Prozess an sich sehr breit aufgesetzt worden ist. Es war eine technische Arbeitsgruppe mit an Bord, es waren alle Fraktionen mit entsprechender Rückbindung mit an Bord. Und, Herr Kommissar Šefčovič, auch Ihre Kommission war als Beobachter im AFCO dabei. Es kann also nicht die Rede davon sein, dass Sie erst 48 Stunden vorher informiert worden sind. Sie haben 48 Stunden vorher sozusagen das gesamte Bouquet aller vorliegenden Anträge nochmals übersandt bekommen – zu einem Zeitpunkt, wo ihn die Abgeordneten sie auch bekommen haben. Das war dann, als sie aus der Übersetzung gekommen sind.

Wir sind uns über viele Fortschritte einig. Wir haben, glaube ich, ein klares Abkommen zum Thema erste Lesung gefunden. Wir haben zweitens das Thema *Handling* in den Ausschüssen, wie ich glaube, mit einem überzeugenden Vorschlag beantwortet. Wir haben drittens eine *topical debate* eingeführt. Wir haben einige gravierende Unterschiede, die sind aber weniger parteipolitischer Natur. Also die Frage, wie der Kommissionspräsident künftig gewählt werden soll – in geheimer Abstimmung oder möglicherweise mit namentlicher Abstimmung –, das hat mit politischer Kultur zu tun. In Deutschland kann man es sich nicht vorstellen, dass man den Kanzler in einer offenen Wahl wählt, weil dies viel mit freiem Mandat zu tun hat. Also, es werden sich auch Abstimmungen heute abspielen, die jenseits der Parteipolitik sind.

Lassen Sie mich am Schluss noch auf einen Punkt eingehen, der insbesondere auch Herrn Kommissar Šefčovič betrifft. Das Haus steht unter unheimlichem Druck, weil draußen Bewertungen über Abgeordnete stattfinden, die mit Menge zu tun haben – Zahl der Reden, Zahl der Anträge, Zahl der Anfragen und anderes mehr. Und ich weiß, dass das Haus leidet, dass wir Zehntausende von Anfragen an die Kommission richten. Ich weiß, dass auch die Kommission darunter leidet. Wir wollen, wir müssen die Möglichkeiten der einzelnen Abgeordneten ein Stück weit einschränken. Aber wenn uns das über die Geschäftsordnung oder anderswie gelingt, Herr Kommissar, dann erwarten wir andererseits auch von Ihnen, dass die Antworten auf die Anfragen etwas aussagekräftiger sind.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

João Ferreira (GUE/NGL), *Pergunta segundo o procedimento «cartão azul»*. – Senhor Presidente, Senhor Wieland, tanto o senhor, como o Senhor Corbett, tiveram a preocupação de vir aqui dizer que este é um processo transparente e consensual.

De facto, não é. Não é, e a melhor demonstração disso é que há dois anos que se anda a discutir e esta é a primeira vez que o assunto é discutido em plenário. E, pelos senhores, nem sequer seria, porque só ontem é que, por proposta nossa, foi feita uma alteração à ordem de trabalhos que permite a discussão deste assunto.

Acham que é sinal de transparência não discutir em plenário um assunto desta magnitude?

Segunda questão: se é um assunto tão consensual, porque é que chegámos a votação em plenário com mais de quatrocentas e sessenta propostas de alteração? É habitual que temas tão consensuais cheguem com quatrocentas e sessenta propostas de alteração ao plenário?

Rainer Wieland (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Herr Kollege! Es gibt natürlich zu allen parlamentarischen Dingen, die hier laufen, eigene Vorstellungen, und wir haben alle Fraktionsvertreter an Bord gehabt, auch Ihren Fraktionsvertreter. Er hat, wie ich weiß, mehrfach in Ihrer Fraktion Rückmeldung gegeben. Die Dinge, die Ihnen am Herzen liegen, haben Sie jetzt explizit gar nicht angesprochen. Aber auch darauf hätte es frühzeitig Antworten gegeben. Mangelnde Transparenz ist es nicht. Die allermeisten Dinge, die in den Ausschüssen laufen, kommen erst am Schluss der Ausschussarbeiten ins Plenum, und so war das hier auch.

Mercedes Bresso, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i cambiamenti veri sono fatti in genere di piccoli passi e le proposte di revisione del regolamento di Richard Corbett e di tutto il gruppo di lavoro che ha lavorato con lui e con l'onorevole Wieland in questo lungo periodo sono di questo tipo, propongono una serie di modifiche ambiziose necessarie per la nostra democrazia: più trasparenza, più responsabilità, un funzionamento migliore di questo Parlamento a favore dei nostri cittadini.

Queste sono le parole d'ordine che compongono il lavoro prodotto da Richard Corbett e, in qualità di coordinatrice AFCO del nostro gruppo S&D, sono d'accordo con l'obiettivo di razionalizzare le attività della camera e una regolamentazione delle dichiarazioni scritte, delle interrogazioni alla Commissione, ad esempio, sono dei provvedimenti necessari.

Credo sia davvero arrivato il momento di chiudere una competizione assurda fra deputati per scriverne più degli altri e questa è la direzione verso cui si muove questa relazione e queste modifiche. Vi chiedo di votare a favore.

Der Präsident. – Ich will mal als Vizepräsident eine Absurdität benennen.

Jedes Mal, wenn ich hier einem Kollegen das Wort erteile, dann wird dies statistisch als eine Wortmeldung im Plenum erfasst. Von der gleichen Bedeutung, wie die Reden, die die Kollegen Wieland, Bresso und andere hier gehalten haben. Das zeigt schon, dass an der Statistik dringend etwas geändert werden muss.

Kazimierz Michał Ujazdowski, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Koleżanki i Koledzy! Serdecznie chcę podziękować też panu posłowi Corbettowi i innym kolegom sprawozdawcom-cieniom za wspólną pracę. To jest bardzo dobry efekt. Sprawozdanie oznacza syntezę. Parlament Europejski będzie mógł działać efektywnie, a grupy polityczne zachowują prawa polityczne i wolność ekspresji swoich przekonań.

Chcę położyć nacisk na potrzebę przejrzystości, która jest czymś niezwykle istotnym z punktu widzenia rozliczalności polityki, z punktu widzenia zaufania obywateli do instytucji Unii Europejskiej. Jestem autorem tej poprawki, która zakłada wybór szefa Komisji Europejskiej w głosowaniu jawnym. Przemawia za tym właśnie rozliczalność polityki, przemawiają za tym tradycje ponad 20 państw członkowskich Unii Europejskiej. Rozumiem, że Niemcy mają inne tradycje, ale to jest reakcja na doświadczenie dyktatury nazistowskiej; Parlament Europejski nie musi ich koniecznie brać pod uwagę. I wreszcie chodzi o spójność tego procesu, skoro europejskie rodziny polityczne są namawiane do tego, by w trakcie wyborów do Parlamentu Europejskiego zgłaszać kandydatów na szefa Komisji Europejskiej, to wybór szefa Komisji Europejskiej przez Parlament Europejski powinien być jawny, tak jak jawny jest proces polityczny w wyborach. Dlatego też przekonuję do głosowania za jawnym wyborem szefa Komisji Europejskiej.

Charles Goerens, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, à première vue, on a tendance à accorder peu d'attention au règlement interne du Parlement européen. Cependant, à y regarder de plus près, on se rend très vite à l'évidence que nombre de ces dispositions ont une importance politique. Les règles de procédure font partie de la boîte à outils du parlementaire. Les simplifier, c'est rendre son activité parlementaire plus expéditive.

Notre collègue Richard Corbett a synthétisé les réflexions que lui ont soumises les représentants des groupes politiques au cours des trente derniers mois. Le nombre de députés requis pour enclencher une décision parlementaire variait en fonction des requêtes émanant de nos collègues. C'était devenu un véritable labyrinthe. Nous avons réussi à mettre de l'ordre là-dedans, même si nous n'avons pas réussi à revaloriser davantage la fonction des groupes politiques, ce que je regrette.

Mettons à l'actif de notre travail le renforcement des sanctions à l'endroit de nos collègues tentés par des propos particulièrement blessants et irresponsables. Les candidats à la présidence de la Commission déclarent, en principe, avant leur approbation au Parlement européen, qu'ils ne veulent pas être élus par des députés venant des partis extrémistes. Avec l'élection du président de la Commission à bulletin ouvert – ce que propose notre rapport –, nous aurons désormais la possibilité de le vérifier. Si la proposition est acceptée, le Parlement sera, à l'avenir, informé des décisions prises par le collège des commissaires avant la presse et ce, le jour même, en séance plénière.

Finalement, les nouvelles propositions de règlement permettront au Parlement européen, à condition de le vouloir, bien sûr, de mettre fin au *ranking* des performances des députés et, par là même, à l'une des plus grandes absurdités – comme l'a déjà dit ma collègue, Mercedes Bresso – du monde parlementaire. En effet, la qualité de l'activité parlementaire ne se mesure pas en nombre d'interventions ou de rapports. Accorder à un rapport qui entérine tout simplement une proposition de la Commission et ne nécessite pas de recherche approfondie la même importance qu'au rapport sur le budget de l'Union européenne, par exemple, revient tout simplement à déconsidérer le travail du rapporteur budgétaire.

Ce *ranking*, qui est supposé inciter les membres du Parlement européen à intensifier leur travail, ne fait qu'enregistrer le nombre d'actes parlementaires sans être en mesure de donner la moindre indication sur la qualité de leur action. Cette forme de stakhanovisme a pour effet de produire des amendements à tire-larigot, ce qui entraîne une inflation de votes de délibération. Les moyens et les coûts engendrés par l'activisme de certains de nos collègues sont inversement proportionnels aux résultats obtenus. Certes, statistique rime avec politique, mais pour faire avancer l'Europe, il y a des logiques plus judicieuses que celle de l'enregistrement du simple bruit.

C'est pourquoi je vous invite à faire preuve de responsabilité lors du vote sur notre proposition de révision du règlement. Deux ans et demi de réflexion, de travail assidu, d'un engagement exemplaire de notre rapporteur, Richard Corbett, et de notre président, Rainer Wieland, méritent bien l'appui de notre assemblée.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Maria Grapini (S&D), *întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonașului albastru"*. – Domnule președinte, și eu apreciez volumul de muncă și necesitatea acestui raport și îl felicit pe colegul meu, dar am o întrebare concretă: vi se pare normal să existe la articolul 11 un amendament în care deputatul este sancționat dacă o persoană care este angajată de el și care are acces la echipament încalcă conduita parlamentară? Pentru că deputatul nu are la îndemână posibilitatea să îl sancționeze pe angajat, în schimb, deputatul este sancționat. Sunteți de acord cu acest amendament?

Charles Goerens (ALDE), *réponse «carton bleu»*. – Une instance au Parlement européen habilitée à trancher ce genre de question.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen Kollegen! Ich hatte diese Debatte beantragt, da ich politisch nicht nachvollziehen kann, dass das Ergebnis von reichlich zwei Jahren Arbeit in der Arbeitsgruppe – ich bedanke mich bei allen Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe dafür – und am Ende von mehr als 1 400 Änderungsanträgen ohne Diskussion hier im Plenum durchgewunken wird.

Die Anzahl der Änderungsanträge im Ausschuss und letztlich auch wieder hier im Plenum zeigen doch, dass ein solcher Prozess dann am besten gelingt, wenn er inklusiv in der Entwicklung und offen im Ergebnis ist. Das vorliegende Ergebnis wird von weiten Teilen des Parlaments aber deutlich kontrovers gesehen. Trotz der großen Offenheit, mit der die Arbeitsgruppe – mit ihrer recht frühzeitigen Rückbindung in die Fraktionen an die Arbeit gegangen ist, bin ich am Ende unzufrieden. Nicht, weil ich mich mit eigenen Ansichten und Vorschlägen nicht durchsetzen konnte, sondern weil die Arbeit in wichtigen Fragen am Ende leider wieder zu einer Frage der Macht zwischen großen und kleinen Fraktionen wurde.

Die Geschäftsordnung soll unsere Hausverfassung sein, die unsere innere Demokratie regelt, im Rahmen derer wir unseren Pflichten als Parlament, als Kontrollorgan der Kommission und als Ko-Gesetzgeber neben dem Rat, nachkommen. Die Väter der großen Verfassungen in unseren Mitgliedstaaten haben sich nicht so kleinlich gegeben, sondern haben sich davon treiben lassen, Räume zu schaffen und sie nicht einzuengen. Denn Demokratie lebt vom Atmen, und wir alle lernen jeden Tag: Nichts ist von Dauer und kann auf ewig abgesichert werden.

Natürlich sind Effizienz und Beschleunigung etwas, womit wir uns jeden Tag – auch im Parlament – konfrontiert sehen. Macht man sie aber für unsere internen Regeln zu den primären Zielen, so läuft dieses letztlich dem Atmen und der Veränderung entgegen. Deshalb lehnen wir es zum Beispiel ab, Rechte der einzelnen Abgeordneten zu beschneiden, und dass kleinere Fraktionen in stärkere Regeln gepresst werden sollen.

Ich hätte mir zum Beispiel gewünscht, dass man die Anzahl der Anfragen an die Kommission oder den Rat nicht nur versucht arithmetisch zu reduzieren, sondern vielmehr darüber gemeinsam nachdenkt, wie die Kompetenz des Parlaments in diesem Bereich gestärkt werden kann und wie man dies natürlich im Nachgang mit den Institutionen aushandelt. So stärken wir das Parlament, die Arbeit unseres Plenums, der Fraktionen und in den Ausschüssen sowie die Rolle und Verantwortung jedes Abgeordneten für die EU und nicht umgekehrt.

Max Andersson, *för Verts/ALE-gruppen*. – Herr talman! *(inledningsorden gick inte att uppfatta)* … om parlamentets arbetsordning. Det här är avslutningen på en tvåårig process av hårt arbete där vi gått igenom arbetsordningen paragraf för paragraf.

Parlamentets arbetsordning är ett mycket viktigt dokument för den reglerar maktbalansen i det här huset mellan stora grupper, mellan små grupper, mellan gruppledningar, mellan enskilda ledamöter. Det är ett komplicerat dokument och den som läser arbetsordningen noga får ett viktigt verktyg för att driva sin politik.

Det är därför bra att vi gör arbetsordningen enklare, och något enklare att förstå. Det finns också saker som är bra förbättringar. Parlamentets styrelse kommer inte längre kunna stoppa förslag om att vi ska ha en omröstning om att tillsätta en undersökningskommitté för att undersöka missförhållanden. Parlamentets talman kommer inte längre kunna hindra den rådgivande grupp som undersöker om en ledamot har begått brott mot de etiska reglerna från att undersöka detta. Den vetorätten har parlamentets talman i dag och det är bra att den tas bort, utom i fall som är helt uppenbara.

Det finns en del andra saker som faktiskt är bra för de små grupperna. På det stora hela, även om betänkandet inte är så som vi gröna skulle velat att det är, så är det ett bra betänkande.

Men det finns några saker som jag vill tala om, som vi kämpar för att förbättra. Det ena gäller yrkande 222 om *composition of committees,* utskottens sammansättning, som går ut på att vi byter princip för vem som ska sitta i vilket utskott.

I dag är ledamoten den som äger sin utskottsplats. Med det förslag som gruppen tagit fram är det partigrupperna som äger utskottsplatsen, och som därmed kommer att kunna ha möjlighet att straffa en ledamot som röstar emot gruppledningens vilja genom att ta ifrån ledamoten dess utskottsplats.

Vill man ha ett parlament med starka ledamöter som kan representera sina väljare så vore det väldigt bra om vi behåller principen att ledamoten äger sin egen plats.

Jag märker att min talartid redan är slut, jag vill bara säga det: bifall de gröna yrkandena om bättre kontroll av lobbyism också. Tack!

Isabella Adinolfi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto vorrei ringraziare il relatore Corbett e tutti quanti i colleghi per il lavoro svolto. Abbiamo infatti speso circa due anni nella revisione di quello che costituisce l'atto fondamentale della democrazia di questa Istituzione.

Mi sarei aspettata che la riforma del regolamento parlamentare avvenisse con il più ampio dibattito possibile e non con il solito accordo delle larghe intese, che mortifica la vita democratica di questo Parlamento. Troppi punti sono rimasti irrisolti: è una riforma che tradisce il rispetto dei diritti delle minoranze e che tradisce la richiesta dei cittadini europei di una maggiore trasparenza e una maggiore etica in politica.

È surreale poi che il Parlamento chieda alla Commissione nuove regole per limitare i conflitti di interessi dei Commissari e rifiuti di cambiare le proprie. Chi vota positivamente questa riforma si assumerà tutte le responsabilità del caso, anche di fronte ai cittadini, spiegando il perché si è deciso di difendere i privilegi della casta.

Noi del Movimento 5 Stelle saremo sempre qui a ricordarvi che per riavvicinare i cittadini europei alle Istituzioni serve un radicale cambiamento di rotta a partire dall'etica.

Gerolf Annemans, *namens de ENF-Fractie*. – Aan de opschoning en de actualisering van ons Reglement hebben wij als fractie meer dan een jaar lang op een positieve, hoopvolle manier meegewerkt. In het algemeen blijf ik als jurist van mening dat een dergelijk document korter en minder complex moet zijn. Wij blijven bovendien meer specifiek bezwaar maken tegen een aantal bepalingen en aanpassingen die ons inziens kleine fracties of ongebonden leden discrimineren en ze afhankelijk maken of houden van de willekeur van de grote zogeheten meerderheidsfracties in dit Parlement. Ook de verdere inperking van het parlementair controlerecht, het aantal ontwerpresoluties en dies meer zijn voor ons moeilijke punten.

Tot slot tillen we erg zwaar aan de introductie van een nieuw bestraffingsregime. Zonder overigens racistische of xenofobe taaluitingen of gedragingen in verdediging te willen nemen, is onze fractie bezorgd over het misbruik dat van deze bepalingen kan worden gemaakt door meerderheden die zich in dit Parlement doorgaans op een hysterische manier van deze begrippen bedienen, gewoon om mensen met een afwijkende, niet-politiek correcte mening bijkomend te discrimineren.

György Schöpflin (PPE). – Mr President, let us go back to the beginning: why reform the Rules of Procedure at all? If we ask this question, the answer is, or should be, clear: to make the work of Parliament more effective; to improve it. If nothing else we owe this to the citizens whom we represent, and it follows. This is very much in the interest of Parliament itself. Does anyone actually want to be a Member of a badly-functioning Parliament?

A great deal of work has gone into the preparation of the new Rules of Procedure. Some of it is technical – necessarily so; the outcome is that they are a more coherent, more cogent set of rules by which Parliament operates. But this reform also means innovation, meaning that some of the rules to which we had become accustomed will change. While we all subscribe to change in theory, there are those who dislike it in practice.

Restructuring the Rules of Procedure was a complex and lengthy task involving high levels of experience. In other words, we are looking at expertise in action. To reject this expertise would be tantamount to the worst kind of populism, the kind that in other contexts we denounce every day of the week. With the new Rules of Procedure, the work of Parliament will become more accountable and more focused. It will undergo a modernisation to bring it into line as co-legislator under the Lisbon Treaty. One particular innovation should be universally welcome. MEP ranking has been generally deleterious to the work of Parliament, and other colleagues have said the same thing. Under the new rules, these excesses that MEP ranking has induced should be curbed.

So, as EPP coordinator, my congratulations to Mr Corbett and the other members of the working group. This reform should be supported unreservedly.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor Presidente, yo creo que no hay un Parlamento fuerte si no hay un Reglamento eficiente. Creo que este es un Reglamento eficiente. Yo quiero agradecer a los ponentes, especialmente al señor Wieland y al señor Corbett, que han hecho un trabajo extraordinario, dos palabras que son importantes en este asunto: lo que significan la transparencia y la ejemplaridad.

Transparencia, porque creo que tenemos que ser mucho más transparentes de lo que somos. Por eso, nuestro grupo va a apoyar muchas de las enmiendas que, en materia de mejora de la transparencia, de información a los ciudadanos, tenemos que hacer. Yo estoy en contra de una enmienda que presenta la posibilidad de que los diputados puedan defender también *lobbies*. No es posible defender a todos los ciudadanos y defender *lobbies*. Defendemos ciudadanos, no defendemos intereses particulares. Y yo estoy también a favor de una reforma del Estatuto que permita establecer el criterio de que nuestra actividad es exclusiva. No podemos trabajar aquí y en otro sitio. Yo creo que ese cambio también hay que hacerlo.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo che dobbiamo avere consapevolezza dell'importanza della relazione che votiamo qui oggi, perché a seconda delle regole che ci daremo emergerà un'idea di democrazia.

In nome dell'efficienza e della velocità, con queste nuove regole si restringono i diritti individuali dei deputati, la loro possibilità di controllo, intervento e scrutinio sull'attività legislativa, così come si limitano i poteri dei gruppi minori, innalzando e creando nuovi sbarramenti.

Io credo che la libertà da tutelare sia in primo luogo la libertà di chi la pensa diversamente e credo che questo Parlamento non abbia imparato la lezione del referendum italiano. I popoli d'Europa dicono no a chi intende le Istituzioni parlamentari soltanto come un luogo di ratifica degli esecutivi o delle grandi coalizioni, ossia della maggioranza di questo Parlamento che ha scritto le politiche di austerità.

Abbiamo bisogno di più democrazia, non di meno democrazia, di aprire le finestre del nostro Parlamento, di saper ascoltare le domande dei cittadini e della società. Negare tempo per i dibattiti, limitare i tempi significa fare esattamente il contrario.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Miapetra Kumpula-Natri (S&D), *sinisen kortin kysymys*. – Arvoisa puhemies, täällä on nostettu esiin monta kysymystä siitä, että tämä esitys olisi epädemokraattinen, vaikka itse näen tämän demokratiaa pienin askelin vahvistavana esityksenä, kuten esittelijä Richard Corbett asian esitti. Omassa parlamentissani, Suomen eduskunnassa, katsoimme pitkään tätä taloa ulkopuolelta ja halusimme, että monet asiat tuotaisiin enemmän päivänvaloon jo neuvotteluvaiheessa, komiteoista täysistuntoon, ja näen, että täysistunnon kautta asioiden vieminen edelleen neuvotteluun lisää valtavasti demokratiaa. Täällä täysistunnossa kaikki ryhmät ovat täysivaltaisesti mukana. Annatteko te arvon tälle demokratian lisäämisesitykselle, joka sisältyy tähän esitykseen? Toisin sanoen täysistunto käsittelee asioita aikaisemmassa vaiheessa sen sijaan, että niitä käsittelevät vain komiteat pienemmässä kokoonpanossa.

Eleonora Forenza (GUE/NGL), *risposta a una domanda «cartellino blu»*. – In primo luogo voglio ricordare che se stiamo avendo un dibattito qui in plenaria è merito di un gruppo di minoranza che ha chiesto un dibattito in plenaria, è merito del mio gruppo parlamentare, il gruppo GUE/NGL, che ha chiesto un dibattito in plenaria perché, diciamo, la maggioranza del Parlamento europeo non prevedeva che su un elemento così importante, cioè quali regole condivise ci diamo per decidere, ci fosse un dibattito parlamentare. Io ricordo che qui abbiamo avuto difficoltà ad avere dibattiti parlamentari: ancora qualche settimana fa è stata negata la possibilità di un ricorso alla Corte europea di giustizia sul CETA.

Qual è il punto? Che sulle regole del funzionamento del Parlamento europeo non può decidere la maggioranza, le regole del Parlamento europeo sono democratiche se tutelano in primo luogo i diritti individuali dei deputati e i diritti delle minoranze, cosa che questa relazione assolutamente non fa.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Herr Präsident, lieber Herr Corbett, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal enthält dieser Bericht aus unserer Sicht viele Verbesserungen und Modernisierungen.

Es wurden leider auch einige Dinge nicht erreicht. Wir haben keinen relevanten Fortschritt bei der Transparenz des Lobbyismus hier im Haus erzielt. Wir haben leider keinen legislativen Fußabdruck verbindlich machen können. Der Präsident kann weiter Sanktionen, die bei Verletzung unseres Verhaltenskodex, bei Interessenskonflikten vorgeschlagen werden ohne öffentliche Begründung in den Papierkorb werfen, und leider bleiben auch die Triloge intransparent. Hier sind weitere Fortschritte für mehr Integrität und Transparenz notwendig.

Allerdings möchte ich auch eines deutlich sagen: Was hier zur Einschränkung von Minderheitenrechten gesagt worden ist, wird hier wie ein Popanz aufgebauscht. Das Parlament schützt sich gegen Obstruktion. Es geht nicht um die Einschränkung von wirklichen Rechten von Abgeordneten oder Fraktionen, auch hier muss man die Arbeit von Herrn Corbett loben und sagen, dass das eine Verbesserung darstellt

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, aquilo que se vem preparando nos últimos dois anos relativamente ao funcionamento deste Parlamento assume contornos de um golpe. Um golpe que pretende limitar gravemente a iniciativa individual dos deputados, a iniciativa dos grupos políticos mais pequenos e concentrar ainda mais poder nos grandes grupos políticos.

Não se trata apenas de limitar o número de perguntas que os deputados podem apresentar, diminuindo assim o poder de escrutínio sobre outras instituições, de diminuir o número de resoluções, de diminuir a possibilidade de apresentar alterações em comissão ou de eliminar as declarações escritas.

Só isto já seria grave, mas há mais: pretende-se limitar e instituir processos legislativos rápidos, ditos *fast track*, que limitam a intervenção dos deputados e tornam mais difícil o seu escrutínio público; pretende-se criar condições para a inexistência generalizada de registo do sentido individual de voto dos deputados, dificultando pedidos de votos nominais, algo imprescindível a um efetivo escrutínio do trabalho dos eleitos.

É caso para dizer: sabem bem o que aqui fazem e querem escondê-lo. Menos democracia, menos pelo pluralismo, menos transparência – é isto aquilo que querem impor.

(O orador aceita responder a duas perguntas «cartão azul», apresentadas nos termos do artigo 162.º, n.º 8, do Regimento.)

Max Andersson (Verts/ALE), *blue-card question*. – Mr President, I notice that Mr Ferreira has quite an impressive MEP ranking score with 322 questions to the Commission and an impressive 882 plenary speeches, but I would like to ask him: how many of those speeches are real speeches? Are you aware of that?

João Ferreira (GUE/NGL), *Resposta segundo o procedimento «cartão azul»*. – Senhor Max, cada um julgará do seu trabalho, aquilo que lhe posso assegurar é que, se for ver as perguntas que apresentámos e as intervenções que aqui são feitas…

(O Presidente retira a palavra ao orador)

Rainer Wieland (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Herr Kollege Ferreira, ich habe zwei Fragen. Die erste Frage ist, ob Sie als Nummer drei des quantitativen Abgeordnetenrankings nicht Lobbyist in eigener Sache sind mit den Sachen, die Sie hier vortragen? Zweitens: Können Sie mir irgendeine Maßnahme im spanischen, im portugiesischen oder im italienischen Parlament nennen, wo ein einzelner Abgeordneter mehr Rechte hat als hier im Haus?

João Ferreira (GUE/NGL), *Resposta segundo o procedimento «cartão azul»*. – Como dizia há pouco, cada um saberá do seu trabalho.

As perguntas que fazemos e as intervenções que aqui fazemos revelam uma profunda ligação àqueles que, nos nossos países, acompanham o trabalho que aqui fazemos – uma profunda ligação aos seus problemas, às suas aspirações e às suas inquietações relativamente àquilo que aqui é decidido.

Aquilo que os senhores estão a fazer é impedir essa possibilidade de intervenção, seja através das perguntas escritas, seja através das declarações escritas, seja através das intervenções.

Se não o querem fazer, são livres de não o fazerem. Mas não impeçam aqueles que o querem fazer de o fazerem.

Reparem bem, não sou membro da Comissão dos Assuntos Constitucionais, mas este é um assunto que nos diz respeito a todos e que nos preocupa a todos.

Pude intervir durante o debate em comissão, apresentando mais de cinquenta propostas de alteração àquilo que os senhores andaram a discutir. Se estivessem em vigor as regras que aqui querem aprovar, seria impossível que um deputado que não é membro dessa comissão pudesse participar neste debate. Acham isso bem? Sentem-se confortáveis com esta imposição? Pois, do nosso ponto de vista aqui, neste grupo, ninguém se sente confortável, e é por isso que apelamos, ainda é tempo, ainda vão a tempo, parem para refletir e suspendam este processo.

Catch-the-eye-Verfahren

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto complimenti all'onorevole Corbett per l'ottimo lavoro svolto.

La revisione generale del regolamento del Parlamento europeo nasce dall'esigenza di garantire un migliore funzionamento del Parlamento e di chiarire l'interpretazione di alcune regole, facendo particolare attenzione a non restringere il campo d'azione dei deputati. Condivido pienamente il rigore e la trasparenza introdotti che impone, per esempio, l'obbligo per gli ex deputati di informare il Parlamento se intraprendono una nuova attività di lobbismo e la previsione del ritiro dei titoli di accesso dei lobbisti registrati che non rispettano il regolamento.

Ritengo che apporteranno una maggiore efficienza all'attività legislativa l'introduzione della facoltà concessa ad una commissione di accelerare una procedura legislativa e l'obbligo di risposta della commissione stessa entro tre mesi a richieste di iniziative presentate dal Parlamento e, in caso di mancata risposta, l'obbligo della stessa di comparire dinanzi alla commissione competente.

Bene, infine, anche la disposizione che prevede, in caso di ritiro delle proposte legislative, l'obbligo per la Commissione di discutere prima con la commissione competente del Parlamento europeo e poi, in mancanza, di un accordo in plenaria.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η αναθεώρηση του Κανονισμού είναι μία πολύ σημαντική ενέργεια, διότι έχει ως αποτέλεσμα την ομαλή λειτουργία του Κοινοβουλίου. Όμως κάποιες από τις προτεινόμενες αλλαγές επηρεάζουν σημαντικά και περιορίζουν σε βαθμό ο οποίος δεν είναι αποδεκτός την ελευθερία σκέψεως καθώς επίσης και τη δραστηριότητα των ευρωβουλευτών. Παραδείγματος χάριν, επιβάλλεται η μείωση του αριθμού των ερωτήσεων που θα κάνουμε προς την Επιτροπή. Πώς όμως θα μπορέσει ένας ευρωβουλευτής να προβάλλει θέματα και να πάρει απαντήσεις για σοβαρά θέματα τα οποία αφορούν την πατρίδα του, ακόμη και τους ψηφοφόρους του; Άλλη μία απαράδεκτη για μένα πρόταση είναι να διώκεται ένας ευρωβουλευτής, επειδή εκφράζει, λένε, ξενοφοβικό λόγο. Ποιος και με ποια κριτήρια θα το κρίνει αυτό το πράγμα; Στην πραγματικότητα αυτή είναι μία προσπάθεια να φιμωθούν οι αντίθετες φωνές, διότι δυστυχώς πολλές και πολλοί από εσάς δεν έχουν συνηθίσει να ακούνε αυτές τις αντίθετες φωνές.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κατ' αρχάς θετικό είναι το ότι κάνουμε συζήτηση για τον Κανονισμό, ένα θέμα το οποίο μας απασχολεί και πρέπει να εκφράσουμε τις απόψεις μας. Δεύτερον, θα διαμαρτυρηθώ κι εγώ μαζί με άλλους συναδέλφους, ότι είναι απαράδεκτο να περιορίζεται η κοινοβουλευτική δραστηριότητα των βουλευτών, βασική πλευρά της οποίας είναι η υποβολή ερωτήσεων. Τις ερωτήσεις τις κάνουμε για να αναδείξουμε θέματα, για να ελέγξουμε την Επιτροπή, για να πούμε τι συμβαίνει στις χώρες μας, για να εκφράσουμε τις ανησυχίες των πολιτών. Επομένως το να μας περιορίζετε τον αριθμό των ερωτήσεων είναι απαράδεκτο.

Δεύτερον, υπάρχει και ένα σύστημα μέσα στο Κοινοβούλιο που ελέγχει τη δήθεν ορθότητα των ερωτήσεών μας και μας απαγορεύει να τις υποβάλλουμε. Πριν λίγο οι υπηρεσίες μού έστειλαν μήνυμα και μου λένε «we would suggest that you redraft your actual question», δηλαδή δεν τους αρέσουν οι ερωτήσεις που κάνουμε. Εμείς θα κάνουμε τις ερωτήσεις και αν δεν υπάρχει αρμοδιότητα για τις ερωτήσεις αυτό θα το πει η Επιτροπή, δεν θα το πουν οι υπηρεσίες του Κοινοβουλίου. Δεν μπορούμε να είμαστε υπό τον έλεγχο των υπηρεσιών του Κοινοβουλίου. Πρέπει να ασκήσουμε τα δικαιώματά μας.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Maroš Šefčovič, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members, I would also like to thank Mr Corbett and the Committee on Constitutional Affairs for their enormous work on this file. From my previous work, I fully understand its complexity, and I would therefore highlight the need for practical solutions. Just to give you an example from my own experience, some of you will probably remember that I had to take over, rather abruptly, the health portfolio. A few months later, the former President of the Commission had to take over mine because I was on electoral leave. After I came back from the elections, I assumed the portfolio of Viviane Reding, who became a Member of the European Parliament. These were very real situations which occur in political life and which we have to be able to resolve promptly.

In response to the remarks made by Mr Wieland: the Commission was indeed participating in the work of the AFCO Committee as observers, and we have signalled the Commission's interest in being properly consulted in accordance with the framework agreement. Nevertheless, the Commission stands ready to work with the European Parliament on practical ways to implement the provisions of this important reform in respect of our respective institutional prerogatives. The Commission will issue a written statement in the minutes of their votes in the event that the European Parliament decides to proceed with its vote on the Corbett report.

Richard Corbett, *rapporteur*. – Mr President, I am delighted that there is, in general, a very broad level of support for what we propose to review our Rules of Procedure, even if there are still some misgivings on one point or another. Let me just respond to four or five of the key issues that have been raised.

First, the complaint from my good friend Mr Šefčovič on behalf of the Commission. Indeed, the Commission was present at all our committee meetings discussing this. I did not once hear the Commission ask for any extra consultation beyond that, though of course, nonetheless, our President has written to you to inform you of all the amendments tabled at plenary stage after we had finished our work in the Committee. But what we are doing in relation to the Commission is largely about how we organise what we already do as a Parliament, notably in terms of the Commission hearings. Some of them, other ones, actually respond to concerns of the Commission, such as on the volume of parliamentary questions tabled in writing to the Commission. But I am sure that after the vote we can explore any issues that you may feel perhaps are still there and we can look at practical solutions to that.

Second, on the question of thresholds. I repeat, we have rationalised not raised the thresholds. The lower threshold is actually lower than it is in our present Rules because it means 38 Members instead of 40 Members can trigger a whole range of parliamentary procedures. The medium and the higher thresholds are rarely used, but they are used in cases which already now have a threshold that is as high, if not actually higher. So I do not think we have made any of these procedures more difficult for smaller groups or small numbers of Members.

Third, on the issue of transparency. We have introduced legislative footprints. We have toughened up the declaration of Members' financial interests. We are proposing to ban second jobs and lobbying of Parliament or the institutions. We are tightening up on the use of badges by outside people. We are bringing more transparency to first reading agreements and to trialogues. What we have not done on transparency are either things that are illegal, that we cannot do via the Rules of Procedure but where we need to change the primary legislation such as the Members' Statute; or things where we need to reach agreement with the other institutions. That is true, but those issues are still open. We can revisit them and I am sure we will.

And finally, may I address Mr Ferreira's notion that this is a coup. A coup. If you really think that a working group composed of representatives from every single political group in the European Parliament reporting back to public meetings of the Committee on Constitutional Affairs is a coup, then I really am astonished. As I said, this also lowers many of the thresholds. It introduces a new procedure for topical debates where every Group in turn can choose a debate on a subject of its choice. It introduces a number of other safeguards for individual Members. This is not a coup. And if you were implying that as an individual Member you find it difficult to make your political points within the wide, very wide, range of possibilities that this Parliament offers to individual Members, then I suggest that you may have some difficulty actually doing your job as an MEP.

Let me finish, however, by commending this package to the House. It is reasonable, it is balanced. Even on the points that are still subject to some contention I am confident that a large majority will back what the working group and I, as rapporteur, have put before this House today.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute, Dienstag, 13. Dezember 2016, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Durante i lavori che hanno portato al testo presentato in plenaria, che introduce emendamenti al regolamento interno del Parlamento, non sono stati messi in atto da parte dei gradi gruppi atteggiamenti collaborativi nei confronti dei piccoli gruppi. Le richieste di questi ultimi circa la salvaguardia dei propri diritti nei diversi organi ed organismi non sono state accolte e, al contrario, sono state inserite norme che limitano l'autonomia dei singoli deputati e dei gruppi.

Inoltre, durante il processo di riforma è stato completamente ignorato il tema della trasparenza, che avrebbe dovuto essere trattato in un rapporto ad hoc che è stato bloccato in commissione, in modo che le modifiche da esso introdotte non potessero incidere sulla revisione del regolamento in corso. Qualche minimo accenno in questo senso è stato inserito all'ultimo momento, ma sicuramente non in misura sufficiente.

(Die Sitzung wird für einige Minuten unterbrochen.)

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

4. Verleihung des Sacharow-Preises (feierliche Sitzung)

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir eine besondere Ehre, Frau Nadija Murad und Frau Lamija Adschi Baschar, die Preisträgerinnen des diesjährigen Sacharow-Preises, im Europäischen Parlament willkommen zu heißen, zwei außergewöhnliche, zwei bemerkenswerte junge Frauen, die für ihre Gemeinschaft, die Jesiden, aufopferungsvoll kämpfen und dafür heute mit dem Sacharow-Preis ausgezeichnet werden.

(Beifall)

Ich darf Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitten, Ihre Plätze einzunehmen und Sie zunächst einladen, sich ein kurzes Video anzuschauen.

(Das Video wird abgespielt.)

Sehr geehrte Frau Nadija Murad und liebe Frau Lamija Adschi Baschar! Wir sind sehr stolz, Sie heute bei uns begrüßen zu dürfen, und wir verneigen uns vor dem Volk der Jesiden, einer der ältesten religiösen Gemeinschaften in der Geschichte der Menschheit.

Aber wir heißen nicht nur Sie willkommen. Wir heißen auch Ihre Familien und Ihre Freunde herzlich willkommen, die auf der Tribüne Platz genommen haben. Herzlich willkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Es ist uns auch eine Ehre, bei der heutigen Preisverleihung die beiden anderen diesjährigen Finalisten des Sacharow-Preises, Herrn Can Dündar und Herrn Mustafa Cemilev, bei uns begrüßen zu dürfen.

(Beifall)

Can Dündar war der Chefredakteur der türkischen Zeitung Cumhuriyet, eine führende und unabhängige Zeitung, die dieses Jahr mit dem alternativen Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Herr Dündar wurde der Spionage beschuldigt und inhaftiert, nur weil er seiner freien journalistischen Arbeit nachging.

Mustafa Cemilev, der jetzt gewähltes Mitglied des ukrainischen Parlaments ist, hat sein Leben dem gewaltlosen Kampf zum Schutz von Minderheiten und insbesondere der Tataren in der Ukraine verschrieben. Er ist der ehemalige Präsident des Parlaments der Krimtataren und hat das Privileg, ein Freund von Andrej Sacharow gewesen zu sein, der für seinen Glauben an die Freiheit der Meinungsäußerung mit seinem Leben bezahlte und der dem heute verliehenen Preis seinen Namen gegeben hat.

Die heutige Preisverleihung ist nicht nur ein Grund, unsere beiden Finalisten willkommen zu heißen. Die heutige Preisverleihung ist für uns auch ein Anlass, an die Situation des Preisträgers des letzten Jahres, Raif Badawi, zu erinnern, der nach wie vor im Gefängnis sitzt, und ich nutze diese Gelegenheit, erneut an die Regierung und an den König von Saudi-Arabien zu appellieren, Raif Badawi unverzüglich freizulassen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die beiden Frauen, die hier oben sitzen – Nadija Murad und Lamija Adschi Baschar –, sind Heldinnen.

Sie haben unbeschreibliche Gräueltaten erlitten, die Gefangenschaft überlebt, und sie sind geflohen und haben Exil gefunden. Sie haben Furcht und Leiden überwunden und endlich Zuflucht und Schutz bei uns in Europa gefunden.

Beide, Nadija Murad und Lamija Adschi Baschar, kämpfen heute engagiert für diejenigen, die zurückgeblieben sind, sie kämpfen gegen Straffreiheit und für Gerechtigkeit.

Nadija, Sie haben einmal gesagt: „Meine Geschichte zu erzählen und den Schrecken erneut zu durchleben, ist keine einfache Aufgabe, aber die Welt muss es wissen."

Was für mutige Worte, was für ein Mut spricht nach allem, was Sie erlitten haben, aus diesem Satz.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Nadija und Lamija wohnten in dem ruhigen ländlichen Dorf Kotscho im Irak, in dem Christen, Muslime und Jesiden friedlich als Nachbarn zusammenlebten. Am 15. August 2014 tötete der Daesch, der sogenannte „Islamische Staat", alle Männer in ihrem Dorf und versklavte alle Frauen und Kinder.

Im November 2014 gelang es Nadija Murad, nach Deutschland zu entkommen. Lamija Adschi Baschar hat ihr Leben riskiert. Sie entkam dem Kriegsgeschehen und wurde durch die Explosion einer Landmine schwer verletzt.

Heute machen Nadija und Lamija uns auf das Leiden der Jesiden aufmerksam, treten für die Rechte von Frauen und Minderheiten ein und führen eine Kampagne an gegen den Menschenhandel und für die Anerkennung des Genozids an ihrem Volk.

Und das, meine Damen und Herren, geht uns in Europa direkt etwas an. Wir haben nach dem Holocaust in Europa den „Nie wieder"-Schwur getätigt. „Nie wieder" bedeutet nicht nur das Gedenken an Vergangenes, sondern bedeutet auch die Pflicht für Gegenwart und Zukunft, Menschen vor der Verfolgung und der Peinigung zu schützen.

Wir sehen Städte, die in Schutt und Asche liegen, und Kinder, die unter dem Geröll des Krieges begraben sind. Wir sehen ganze Völker, wir sehen ganze Regionen, wir sehen ganze Städte und Dörfer, die von der Landkarte verschwinden. Wir sehen, wie Männer getötet, Kinder verschleppt und Frauen versklavt und entführt werden. Wir, die demokratischen Gemeinschaften, in den wohlhabenderen Teilen dieser Welt, weigern uns allerdings manchmal, diesen Menschen Schutz zu geben.

Das, meine Damen und Herren, ist beschämend und unerträglich.

(Beifall)

Die beiden Frauen Nadija und Lamija erinnern uns an unsere Pflicht, indem sie uns ihre Geschichte erzählen.

Nadija, Sie haben einmal gesagt: „Die Welt muss es wissen." Ja, das finde ich auch. Die Welt muss es wissen. Und lassen Sie mich hinzufügen: Die Welt muss auch handeln.

Das Europäische Parlament unterstützt ihre Forderung an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Kein Täter wurde bislang für die Verbrechen an den Jesiden vor Gericht gestellt. Der Internationale Strafgerichtshof muss die durch den sogenannten „Islamischen Staat" begangenen Verbrechen untersuchen. Durch diese Terrororganisation begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen vor dem Internationalen Strafgerichtshof verfolgt werden.

(Beifall)

Nadija und Lamija, Ihr Kampf ist auch unser Kampf, und es erfüllt uns mit Stolz, Sie im Namen aller Kolleginnen und Kollegen, im Namen des Europäischen Parlaments, und ich glaube stellvertretend für die gesamte Europäische Union, heute mit dem Sacharow-Preis 2016 zu ehren.

Herzlichen Glückwunsch!

(Lebhafter und anhaltender Beifall)

Lamiya Haji Bajar, *Winner of the Sakharov Prize (The following is a transcription of the interpretation of the original speech from Kurdish into English).* – Mr President, President of the European Parliament, distinguished guests, Members of the European Parliament, I would like to thank all of you for this very valuable prize and I feel that this prize is a prize for every woman and girl that has been sexually enslaved by Daesh and for every Yazidi woman that has been a victim of Daesh and for everybody around the world that has been a victim of terrorism, everybody, all and every one of them, each and every one of them deserves this prize.

I am a Yazidi girl. My real age is 18 years old. I loved school very, very much when I was little and my father decided to increase my age by a year so that I would be able to go to school. And when Daesh attacked my village I was 15 years old. They killed all the men in the village, including my brother, my father, relatives, young and old. And then they took us to another place and they separated us between older and younger women. They killed the older women and then they divided the younger girls up and we were then traded on the slave trade market. I myself was sold four times by Daesh and every single time I was sold I tried to escape. They tortured me, they beat me and they insulted me and captured me again.

And one of the individuals made explosive devices and bombs and forced me to help him, forced me to make these bombs. The last person who bought me was an Iraqi doctor called Doctor Eslam. He was the director of the Houwaja Hospital. He used to torture me. He used to torture all the Yazidi women and he would even rape girls who were only nine or ten years old. Together with a friend of mine called Kathrin and a nine year old girl, all of us were raped by Dr Eslam. The three of us did actually manage to escape but before we actually managed to arrive to safety Kathrin accidentally walked over a landmine and it exploded and the last thing I heard was her death screams and this was awful, absolutely awful and it was the worst thing that I have ever heard.

When I managed to pick myself up I knew that I would not be able to ever see again because the whole of my body was burnt, my body was burning and I did not think that I would actually be able to open my eyes ever again. And then I was taken to Germany and I was helped to travel from Iraq to Germany and I was helped, I was treated and I am now able to see through one eye. I can see now again and I would like to thank God for the possibility that I can see now, that I can be a voice to the victims. And the Sakharov prize gives me great strength.

And this is why I have taken a decision to become a voice for the voiceless. The Yazidis have been victims of extremism, of violence and terrorism, they have lost their lives but I very much ask you and urge you to promise me, to promise us, that never again, never again will you allow these kinds of things to happen. That you will listen to us and see that justice will be done so that the criminals can be brought to justice and held accountable.

It has been two-and-a half-years now since the tragedy that affected the Yazidi people and there are still more than 3 500 children and women held by Daesh as slaves and every day they die a thousand times over again. The bones in the Yazidi mass graves that remain untouched in the area of Singhar, and the Yazidi people, have no value in Iraq, whether dead or alive.

Our village, ladies and gentlemen, has been a neighbour to Arab cities for hundreds of years and when people visited us, when an Arab or a Muslim visited us, they would not eat meat in our homes because this was prohibited under their religion. They were not allowed to eat this meat. And my father would tell our Muslim guests that they should slaughter the animal themselves so that they would then be able to eat halal meat when they visited us.

When Islamic State arrived and attacked us then it was our neighbours who actually attacked us first of all, before them. And they killed our men and they enslaved our women. As a result of this we have lost the social order in our own society and we have lost trust with these countries because they do not treat us as Yazidis as equal to other citizens. So today we need Europe so that we can go back to our country, so that we can build up our country again and so that we can experience peace again in our society.

These criminals must be brought to justice, they must be held to account. The Yazidis and the Christians need international protection and they, both children and women that have been victims of Daesh, need some kind of psychological rehabilitation. We need programmes for that and they need to be resettled.

And ladies and gentlemen I would like to thank you very much for this prize. I stand here before you and I would like to accept this prize on behalf of all the women and all the girls who are still in the camps in Kurdistan, who are living in those camps where the conditions are absolutely appalling and I very much hope that you will all help us. Thank you very much.

(The House accorded the speaker a heartfelt standing ovation)

Nadia Murad Basee Taha, *Winner of the Sakharov Prize (The following is a transcription of the interpretation of the original speech from Arabic into English).* – Mr President, esteemed Members of Parliament, as I stand before you today, my heart is full of happiness, because you decided to stand by a Yazidi woman and the Yazidi community in the midst of a genocide. I am happy because not only did you stand by us as a community but you stood by millions of women and children in Iraq, Syria and in conflict zones where they face blind terrorism. Receiving the Sakharov Prize today is a great honour for us. Daesh wanted, by enslaving us, to take our honour, but they lost their honour, and here you have given us this honour.

Daesh and the extremists came on 3 August to erase the Yazidis from existence and they gave us one option: death or Islam. There is no doubt Daesh committed mass genocide. This genocide did not only consist of killings, but it also sought to enslave women in a systematic manner and to take the children away. Daesh wanted to break our will to live. They started by killing the disabled and the elders and the women that they did not desire for themselves. Then they destroyed places of worship and infrastructure so that we wouldn't return.

Daesh and other global radical groups do not want anyone to have a life. They target all those who stand against their ideology, including millions of Muslims. Terrorism and radicalism are the enemies of mankind.

I was a girl in a big family. I was the closest to my mother among my sisters. I learned from my mother the meaning of goodness and mercy, and what it means to challenge poverty. I learned from my small community that when we pray every evening we pray for all the peoples of the world before we pray for ourselves. I learned from my religion that God is tolerant and noble and that the difference between religions and cultures is a difference chosen by the creation, and it ought to be respected as such.

Daesh took my mother, who believed in the essence of humanity, along with 86 Yazidi women in Soulagh. They killed them all because they did not hold any value in the human sex trade. Today, my community has disintegrated under the weight of genocide. Half a million people do not know where their future is leading them. Will we return to our lands? How will we return to our lands under the same conditions that led to the genocide? Should we emigrate? This is what some 75 000 Yazidis did. They mostly emigrated to Germany, and I thank Germany with all my heart for taking in my community, and I also thank Germany also for taking in 1 000 Yazidi women to provide them with medical and psychological care.

Half a million Yazidis remain in Iraq and they are the last members of this community present in the Middle East. They are the few who remain after thousands, or perhaps millions, of Yazidis were exterminated throughout history. The harsh conditions forced them to emigrate from Turkey and Syria, especially under the Ottoman Empire.

We look up to Europe as a symbol of humanity, and Europe is indeed confirming today that it is such a symbol. Europe should remain a model for the world and a model for the coexistence of peoples and cultures. The world today faces two of its biggest threats – the danger of terrorism as well as the dangers of reactions to terrorism. We must fight terrorism and we must dry its source. We must also work with the Islamic community around the world so that they can change the teachings of Islam and make the mosques a place for mercy, love and peace, free of extremism. We must prevent radicalism and racism everywhere.

Radicalism and extremism have become such dangers today. We must respect the individual, regardless of religion, creed, colour, sex or place of residence.

The religious communities in Iraq must be protected, and amongst them my community after this genocide. They can be protected through the establishment of a protected zone or zones under the aegis and protection of the international community in coordination with the Iraqi Government and the regional government of Kurdistan. If the world is unable to protect us in our lands, I invite Europe to open its doors to us to provide refuge to half a million Yazidis from Iraq, through an organised mass migration similar to what happened following the Holocaust. For we cannot afford to remain the fuel of genocide and slavery.

There must also be an accountability system to hold those who committed these crimes accountable both at [local] level and in the international community. There are still thousands of terrorists in Iraq and Syria and they must be brought to justice.

Thank you again for giving us this great award. From here, I would like to say to Daesh, and all terrorists in the world, if you have chosen for yourself the path of no dignity, then Europe has chosen for itself the path of humanity and honour.

(The House accorded the speaker a loud and sustained standing ovation)

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der kleine junge Mann, den Sie hier vorne sehen, ist ein weiterer Ehrengast unseres heutigen Tages.

Ich ergreife die Gelegenheit, das kurz von hieraus zu erklären. Das ist der kleine Wad. Wad ist der Bruder von Lamija. Er hat die letzten 18 Monate in einem Lager verbracht. Seine Mutter, sein Vater und alle Geschwister sind tot – ermordet.

Er hat gestern, auch anlässlich unserer Preisverleihung, seine Schwester bei uns wiedergefunden. Ich glaube, dass ist ein schöner Tag für das Europäische Parlament und für Wad und seine Schwester. Herzlich willkommen.

(Lebhafter und anhaltender Beifall)

(Die feierliche Sitzung wird um 12.35 Uhr geschlossen.)

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

5. Abstimmungsstunde

Presidente. – L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

(Per i risultati delle votazioni e altri dettagli che le riguardano: vedasi processo verbale)

5.1. Rahmenabkommen EU/Algerien über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme Algeriens an den Programmen der Union (A8-0367/2016 - Pier Antonio Panzeri) (Abstimmung)

5.2. Nordostatlantik: Tiefseebestände und Fischfang in internationalen Gewässern (A8-0369/2016 - Isabelle Thomas) (Abstimmung)

5.3. Allgemeine Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments (A8-0344/2016 - Richard Corbett) (Abstimmung)

— *Prima della votazione:*

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, o facto de estarmos perante um relatório que tem, neste momento, mais de quatrocentas propostas de alteração mostra que está longe de ser consensual e que este processo está longe de estar suficientemente amadurecido. É um processo que terá repercussões políticas muito profundas – está longe de ser um dossiê meramente técnico – e isto aconselhava a um outro processo de maturação e de reflexão.

Se a isto juntarmos o facto de, nos últimos dias, em poucos dias, um apelo público que está disponível na Internet ter sido já subscrito por largas centenas de cidadãos, tudo isto aconselhava a que este processo pudesse ser suspenso por aqui e pudesse haver uma reflexão mais profunda sobre este relatório, que essa reflexão pudesse prosseguir na comissão especializada.

Fazíamos, por isso, apelo à sua prerrogativa, Senhor Presidente, de poder devolver o relatório à comissão, que fizesse uso dela e que pudéssemos não votar aqui, hoje, este relatório, não forçar a aprovação de um relatório que está longe de ser consensual e que terá profundas repercussões políticas no funcionamento deste Parlamento.

Quanto às considerações políticas, já as fizemos durante o debate, mas seria sensato fazer este adiamento.

Presidente. – Onorevole Ferreira, Lei sta richiedendo all'Aula di esprimersi a favore o contro la sua proposta o è soltanto un invito? Chiede un voto?

Va bene allora, ci pronunciamo sull'Aula, prego.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, é uma prerrogativa do Presidente poder enviar este relatório para a comissão. Se entender não fazer uso dela, nesse caso, pedíamos que o plenário se pudesse pronunciar.

Max Andersson (Verts/ALE). – Mr President, I wish to raise a point about Rule 170 of the Rules of Procedure. We have an amendment supported by more than 100 MEPs from five different groups, Amendment 320, which proposes that former MEPs who have a transitional allowance should not be engaged in lobbying. It was declared inadmissible on the fifth version of the voting list last night. We have not received a formal explanation why this pretty good amendment was declared inadmissible, and this we find strange and unacceptable. If possible, we would like the vote on Amendment 320 to go forward.

Presidente. – Grazie onorevole Andersson, rispondo subito alla sua domanda e poi passiamo alla votazione sulla proposta dell'onorevole Ferreira.

Per quanto riguarda la decisione del Presidente di dichiarare irricevibile l'emendamento a cui Lei fa riferimento, si tratta di una decisione definitiva perché, ai sensi dell'articolo 232 del trattato sul funzionamento dell'Unione europea, il Parlamento ha il potere di stabilire il proprio regolamento interno in base alla giurisprudenza; ciò significa che esso può decidere della propria organizzazione interna e adottare le misure adeguate al fine di garantire il corretto funzionamento e svolgimento delle sue procedure.

In tale contesto il Parlamento può disciplinare, nel proprio regolamento interno, talune questioni riguardanti i propri deputati, ove ciò sia necessario a garantire il corretto funzionamento e svolgimento delle sue procedure. Tuttavia il regolamento interno non può essere utilizzato per regolamentare le attività degli ex deputati. Da qui la decisione del Presidente. Per quanto riguarda la proposta dell'onorevole Ferreira, vorrei sapere se c'è qualche parlamentare che vuole intervenire a favore, qualcuno che vuole intervenire contro.

(Il Parlamento respinge la richiesta di aggiornamento)

— *Dopo la votazione :*

Maroš Šefčovič, *Vice-President of the Commission, in writing.* – The Commission takes note of the fact that the European Parliament has adopted today a revision of its Rules of Procedure which includes some changes concerning the relations with the Commission. Pursuant to point 21 of the Framework Agreement between the European Parliament and the Commission, the European Parliament has taken the commitment to seek the opinion of the Commission when it comes forward with such changes to its Rules of Procedure.

By letter from President Schulz of 9 December 2016, the European Parliament transmitted for the Commission's opinion, where relevant, the envisaged amendments to its Rules of Procedure brought forward for consideration of the plenary on 13 December 2016.

The Commission regrets that Parliament did not respect its commitment for consulting the Commission in a meaningful way, as the time left before the vote by the European Parliament has not allowed the Commission to provide a considered response or even discuss the matter in the College, and the Parliament to take a Commission opinion duly into account before voting on the proposed changes.

The Commission regrets that the Parliament did not act in accordance with the principle of loyal and sincere cooperation and, despite its request, did not allow the Commission enough time to express its opinion before adopting the revision.

The Commission wishes to highlight some of Parliament's changes to its Rules of Procedure, in particular those relating to the proposed hearings in case of the appointment of a new Commissioner during the Commission's mandate or modifications in the portfolio of serving Commissioners, as well as those relating to a possible conflict of interest of a Commissioner. It must be borne in mind that those changes, if introduced unilaterally by the European Parliament in its Rules of Procedure, cannot create a role for the European Parliament which is neither provided for in the Treaties nor in the Framework Agreement and which would affect the institutional position and functioning of the Commission.

The Commission underlines in this regard that it will apply the Treaties and continue to respect the terms of the Framework Agreement. The Commission expects that the Parliament will do the same.

5.4. Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2015 (A8-0345/2016 - József Nagy) (Abstimmung)

5.5. Eine kohärente Politik der EU für die Kultur- und Kreativwirtschaft (A8-0357/2016 - Christian Ehler, Luigi Morgano) (Abstimmung)

5.6. Rechte der Frau in den Staaten der Östlichen Partnerschaft (A8-0365/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung)

Presidente. – Con questo si conclude il turno di votazioni.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

6. Stimmerklärungen

6.1. Rahmenabkommen EU/Algerien über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme Algeriens an den Programmen der Union (A8-0367/2016 - Pier Antonio Panzeri)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La seguente relazione si propone di fissare alcune regole tecniche e finanziarie che permettano all'Algeria di partecipare ad alcuni programmi dell'Unione. Anche se la relazione resta comunque molto generale, non indicando quali sono i programmi specifici a cui l'Algeria potrà partecipare, ritengo sia importante coinvolgere i paesi geograficamente vicini per cooperare con il fine di incentivare lo sviluppo e la crescita. Per le ragioni esposte in precedenza ho deciso di votare a favore.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Argelia y la Unión participan de un Acuerdo Euromediterráneo desde el año 2005. En 2013, Argelia expresó su interés en ampliar su participación en los programas a los que tendría consecuentemente acceso, dentro del marco de la política europea de vecindad.

El informe de hoy abre la puerta a que esa participación se haga efectiva, en los términos negociados libremente por Argelia y la Comisión Europea. Es por ello que he votado a favor.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento teisėkūros rezoliucijos projektą dėl ES ir Alžyro Respublikos bendrojo susitarimo, kuriuo nustatomi Alžyro Respublikos dalyvavimo Europos Sąjungos programose bendrieji principai. Balsavau už projektą, pritardama pagrindinei jo nuostatai dėl protokolo sudarymo. Šios pozicijos laikausi vadovaudamasi Tarybos prašymu dėl pritarimo, Užsienio reikalų komiteto rekomendacija, o taip pat, atsižvelgiant į Europos ir Vidužemio jūros regiono šalių susitarimo, steigiančio Europos bendrijos bei jos valstybių narių ir Alžyro Liaudies Demokratinės Respublikos asociaciją, protokolo dėl ES ir Alžyro Respublikos bendrojo susitarimo, kuriuo nustatomi Alžyro Liaudies Demokratinės Respublikos dalyvavimo Sąjungos programose bendrieji principai, projektą.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της σύστασης σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου που αφορά τη σύναψη του πρωτοκόλλου της ευρωμεσογειακής συμφωνίας σύνδεσης μεταξύ της Ευρωπαϊκής Κοινότητας και των κρατών μελών της, αφενός, και της Λαϊκής Δημοκρατίας της Αλγερίας, αφετέρου, για συμφωνία-πλαίσιο μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Λαϊκής Δημοκρατίας της Αλγερίας σχετικά με τις γενικές αρχές που διέπουν τη συμμετοχή της Λαϊκής Δημοκρατίας της Αλγερίας σε προγράμματα της Ένωσης, διότι στα πλαίσια της Ευρωπαϊκής Πολιτικής Γειτονίας το σταδιακό άνοιγμα προγραμμάτων τις Ένωσης σε γειτονικές χώρες, όπως η Αλγερία, αποσκοπεί στην μεταρρύθμιση και τον εκσυγχρονισμό της.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport porte sur la participation de l'Algérie aux programmes de l'UE.

Considérant que Bruxelles n'a pas à se substituer aux États dans les relations étrangères, de surcroît avec leur argent, je m'y suis opposée.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I do not support this Agreement. As I do not believe that the United Kingdom should be a part of the European Union, I cannot support the participation of Algeria in European Union programmes whilst the UK remains a member.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui approuve la conclusion du protocole à l'accord entre l'UE et l'Algérie. Cette dernière est voisine de l'Union Européenne et sa participation aux programmes de celle-ci est une condition essentielle de la coopération entre les deux entités dans de nombreux domaines.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Europos Sąjungos ir Alžyro Liaudies Demokratinės Respublikos bendrojo susitarimo, kuriuo nustatomi Alžyro Liaudies Demokratinės Respublikos dalyvavimo Sąjungos programose bendrieji principai. Atsižvelgiant į prašymą dėl pritarimo, kurį pateikė Taryba, pritariu protokolo sudarymui.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cet accord-cadre car l'Union européenne n'a pas à avoir de politique extérieure propre ; il ne devrait pas être en son pouvoir d'intégrer un pays tiers à ses programmes internes. De plus, s'associer avec l'Algérie me paraît hasardeux au vu de l'instabilité du pays, qui est économiquement fragile et sujet à la santé chancelante du Président Bouteflika.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui recommande l'approbation du protocole dont l'objectif est de fixer des règles techniques et financières permettant à l'Algérie de participer à certains programmes de l'Union dans le cadre de l'accord euro-méditerranéen établissant une association entre l'Union et l'Algérie.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque estoy de acuerdo con la posibilidad de que Argelia pueda acceder a los programas de la Unión.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución por la que se establece la posible participación de Argelia en programas de colaboración entre la Unión y países vecinos. Los programas en cuestión habrán de acordarse caso por caso. He considerado que debía aceptar la resolución, por tratarse de una solicitud del Gobierno argelino y no determinar en principio la naturaleza de los programas.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente, Sr. Panzeri por su trabajo en este informe sobre el Acuerdo marco UE-Argelia sobre los principios generales de la participación de Argelia en los programas de la Unión. Argelia es un país estratégico con el que la Unión tiene relación desde hace tiempo y su participación en los programas de la Unión espero que sirva para el desarrollo del país y de la región.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport relatif à l'accord-cadre entre l'Union européenne et l'Algérie concernant les principes généraux de la participation de l'Algérie aux programmes de l'Union.

L'Union européenne n'a pas à se substituer aux États souverains pour établir des relations diplomatiques ou commerciales avec des pays tiers. Particulièrement dans ce cas précis qui concerne l'Algérie, pays avec lequel la France a une longue histoire et des relations privilégiées.

Par ailleurs, il est quand même comique que l'UE finance sa diplomatie par l'argent des États-membres qu'elle dépouille de leurs compétences.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Trovo la relazione Panzeri che analizza l'accordo quadro tra l'Unione europea e l'Algeria sui principi generali della partecipazione della Repubblica algerina democratica e popolare ai programmi dell'Unione poco equilibrata e non condivisibile, non ho quindi inteso supportarla col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La apertura gradual de determinados programas y agencias de la Unión a la participación de los países socios de la Política Europea de Vecindad, representa una de las muchas medidas para promover la reforma, la modernización y la transición de los países vecinos de la Unión Europea.

El protocolo contiene un Acuerdo marco sobre los principios generales de la participación de Argelia en los programas. Argelia ha expresado ya su interés en participar en los programas abiertos a los países socios. Además, Argelia es un socio fundamental y muy importante de la Unión.

Por ello he votado a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rekomendacijos dėl Europos Sąjungos ir Alžyro Respublikos bendrojo susitarimo, kuriuo nustatomi Alžyro Respublikos dalyvavimo Sąjungos programose bendrieji principai. Vykdant Europos kaimynystės politiką (toliau – EKP) šalims partnerėms palaipsniui atveriama galimybė dalyvauti tam tikrose Sąjungos programose ir agentūrų veikloje – tai viena iš daugelio priemonių, skirtų reformoms, modernizavimui ir perėjimui Europos Sąjungos kaimynystėje skatinti. Šį politikos aspektą Komisija plačiau apibrėžė 2006 m. gruodžio mėn. komunikate dėl bendro nusistatymo sudaryti galimybes EKP šalims partnerėms dalyvauti Bendrijos agentūrų veikloje ir Bendrijos programose.

Taryba šiam požiūriui pritarė 2007 m. kovo 5 d. išvadose. Remdamasi šiuo komunikatu ir išvadomis, Taryba 2007 m. birželio 18 d. davė nurodymus Komisijai pradėti derybas su Alžyru, Armėnija, Azerbaidžanu, Egiptu, Gruzija, Izraeliu, Jordanija, Libanu, Moldova, Maroku, Palestinos Administracija, Tunisu ir Ukraina dėl bendrųjų susitarimų, kuriais nustatomi dalyvavimo Bendrijos programose bendrieji principai. 2013 m. vasario mėn. Alžyras pareiškė norintis dalyvauti įvairiose programose, kuriose gali dalyvauti Europos kaimynystės politikos šalys partnerės. Kartu Komisija teikia Tarybos sprendimo dėl protokolo sudarymo pasiūlymą. Šį protokolą sudaro bendrasis susitarimas, kuriuo nustatomi Alžyro dalyvavimo Sąjungos programose bendrieji principai. Bendrajame susitarime nurodytos tipinės sąlygos, kurios turėtų būti taikomos visoms Europos kaimynystės politikos šalims partnerėms, su kuriomis bus sudaryti tokie protokolai.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće. U sklopu Europske susjedske politike (ENP) postupno otvaranje određenih programa Unije i agencije za sudjelovanje sa zemljama partnerima predstavlja jednu od mnogih mjera za promicanje reforme, modernizacije i tranzicije u Alžiru.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Je suis opposée au fait que l'Union européenne s'immisce dans les questions de relations étrangères. Par conséquent, j'ai voté contre.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I abstained on this report. Whilst these frameworks for participation in EU programmes allow third countries to access EU funds, remove travel or visa restrictions and promote cultural awareness, they are for the most part neoliberal financial arrangements aimed at trade liberalisation. Furthermore, Algeria's human rights record is poor. For these reasons, I abstained.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Aiuti economici in cambio di riforme democratiche e progresso civile sono uno degli strumenti maggiormente utilizzati dall'UE nei suoi rapporti di vicinato e di partenariato con i paesi terzi. Un modo di rapportarsi che ha spesso prodotto risultati positivi per i cittadini di entrambe le parti e ha aumentato il *range* di influenza del *soft power* dell'Unione europea.

La Repubblica di Algeria, in particolare, è uno dei pochi paesi del nord Africa in cui il sistema sociale e politico regge nonostante gli enormi problemi a cui è esposto: un caso eccezionale di accoglienza e tenacia che guarda all'Occidente e allo sviluppo dello Stato di diritto nonostante le ancora gravi carenze strutturali, i propri problemi sociali interni, il rapporto difficoltoso con le minoranze e le milizie jihadiste ancora attive in molte aree del paese. Complessivamente l'Europa può guardare all'Algeria come ad una realtà amica, presente in un'area chiave, che dobbiamo sostenere, assicurandone l'integrità territoriale e la sopravvivenza politica, e consentendole di stabilizzarsi in condizioni adeguate, e di inserirsi progressivamente nell'area di collaborazione comune e di cogestione della crisi mediorientale.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un rapport de codification sur la participation de l'Algérie aux programmes de l'Union européenne. D'une part, nous considérons que l'Union européenne n'a pas à se substituer aux États membres dans les relations étrangères qu'elle entretient avec les pays tiers. L'Union ne devrait pas avoir de politique extérieure dans la mesure où la politique diplomatique relève exclusivement des compétences des États membres. D'autre part, il n'est pas du tout opportun d'intégrer l'Algérie aux programmes communautaires au vue de son état de fragilité extrême notamment du fait de la succession très incertaine du Président Bouteflika. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Uniunea Europeană este unul dintre principalii promotori ai măsurilor de reformă, de modernizare a țărilor vecine Uniunii. Astfel, în cadrul politicii europene de vecinătate (PEV), Uniunea Europeană urmărește deschiderea progresivă a unor programe și agenții pentru statele partenere la PEV.

Algeria este unul dintre statele care și-a manifestat intenția de a se implica într-o serie de programe dedicate țărilor partenere la politica europeană de vecinătate. Drept urmare, a fost încheiat un proiect de Protocol la Acordul euro-mediteraneean de instituire a unei asocieri între Uniunea Europeană și statele membre ale acesteia, pe de o parte, și Republica Algeriană Democratică și Populară, pe de altă parte. Prin intermediul acestui protocol au fost stabilite normele financiare și tehnice care să permită participarea Algeriei la anumite programe ale Uniunii.

M-am exprimat în favoarea acordului-cadru UE-Algeria privind principiile generale de participare ale Algeriei la programele Uniunii, deoarece consider că politica europeană de vecinătate trebuie să fie în permanență consolidată, iar acest acord-cadru reprezintă un instrument puternic de cooperare economică, financiară, dar și tehnică, ce se dovedește a fi oportun.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della raccomandazione in questione per stabilire le condizioni della cooperazione in ambito politico, economico, sociale e culturale tra l'Unione europea e l'Algeria.

Penso che il rispetto dei principi democratici e dei diritti fondamentali costituisca un elemento essenziale dell'accordo in questione.

Inoltre, penso che l'accordo UE-Algeria debba promuovere: un dialogo periodico in materia politica e di sicurezza; la cooperazione economica, commerciale e finanziaria, volta soprattutto alla progressiva liberalizzazione degli scambi, allo sviluppo sostenibile della regione mediterranea e agli investimenti; la cooperazione sociale, culturale e in materia di istruzione, soprattutto attraverso il dialogo interculturale, il controllo delle migrazioni, lo sviluppo delle qualifiche, la promozione del diritto del lavoro e della parità fra donne e uomini.

Ritengo infine che questo accordo possa consentire la partecipazione dell'Algeria, paese partner della politica europea di vicinato, ai programmi comunitari, fungendo da base alla progressiva liberalizzazione degli scambi nello spazio mediterraneo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report. The good elements of the report include allowing Algeria to access EU programmes, access funding, remove travel and visa restrictions and promote cultural awareness. However the main part of the agreement is about promoting neo-liberal financial arrangements aimed at trade liberalisation. This, on top of the fact that Algeria currently has a poor human rights record, meant that I abstained on the final vote.

James Carver (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this consent procedure. So long as the UK continues to contribute to the EU central budget we will continue to oppose any legislation that would waste the money of the EU taxpayer. We do not support the transfer of EU money overseas or the continued development of an EU foreign policy through the European Neighbourhood. As this only sets out general principles the budgetary impact and value for money of British contributions is unknown.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of giving consent on the conclusion of the Protocol to the Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the EU and Algeria on a Framework Agreement on the general principles for the participation of Algeria in Union programmes as part of the European Neighbourhood Policy (ENP), which allows for the gradual opening-up of certain Union programmes and agencies to the participation of ENP partner countries. This helps to promote reform, modernisation and transition in the European Union's neighbourhood

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Nel rapporto dell'onorevole Panzeri sono stabilite alcune regole tecniche e finanziarie che permettono all'Algeria di partecipare ad alcuni programmi dell'Unione europea. Il mio voto è stato positivo.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La politica europea di vicinato (PEV) è stata elaborata nel 2004 per evitare l'emergere di fratture economiche e culturali tra l'Unione europea e gli Stati suoi vicini con l'obiettivo di promuovere la stabilità e la sicurezza di tutta la regione.

La risoluzione, per la quale ho espresso voto favorevole, dà l'approvazione ad un accordo quadro euro-mediterraneo che stabilisce i principi generali della partecipazione dell'Algeria ai programmi dell'Unione europea previsti dalla politica europea di vicinato (PEV).

Ritengo opportuno dare accesso all'Algeria ai programmi di assistenza finanziaria ma non solo, al fine di ribadire il sostegno dell'Unione europea alla delicata transizione politica e democratica del paese. Sono fermamente convinta che una Algeria stabile e democratica possa rappresentare un alleato fondamentale nel contrasto al terrorismo in Nord Africa oltre ad essere un importante partner commerciale per l'Unione europea nel suo complesso.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση που αφορά τη σύναψη του πρωτοκόλλου της ευρωμεσογειακής συμφωνίας σύνδεσης μεταξύ της Ευρωπαϊκής Κοινότητας και των κρατών μελών της, αφενός, και της Λαϊκής Δημοκρατίας της Αλγερίας, αφετέρου, για συμφωνία-πλαίσιο μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Λαϊκής Δημοκρατίας της Αλγερίας σχετικά με τις γενικές αρχές που διέπουν τη συμμετοχή της Λαϊκής Δημοκρατίας της Αλγερίας σε προγράμματα της Ένωσης, καθώς το θεωρούμε εξαιρετικά σημαντικό.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς τη σύσταση σχετικά με τη συμφωνία-πλαίσιο μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Λαϊκής Δημοκρατίας της Αλγερίας και ως προς με τις γενικές αρχές που διέπουν τη συμμετοχή της Λαϊκής Δημοκρατίας της Αλγερίας σε προγράμματα της Ένωσης. Πρόκειται για μια χρήσιμη προσπάθεια εμβάθυνσης και περαιτέρω ανάπτυξης των σχέσεων των δυο μερών. Ως εκ τούτου ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto negativo, l'accordo riguarda la partecipazione dell'Algeria ad alcuni programmi europei come la cooperazione economica, finanziaria e tecnica. Manca, nella relazione, un approfondimento dei contenuti dei programmi menzionati.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Nell'attuale polveriera dei paesi del Nord Africa, non posso che garantire la mia approvazione alla conclusione del protocollo, dal momento che l'Algeria rappresenta l'unico caso di successo della Primavera araba.

È indubbio come l'ex colonia francese stia intraprendendo un cammino di riforme in tutti gli ambiti statali, tuttavia nel perseguire tali obiettivi riscontra ostilità, in primis da parte dei paesi limitrofi e dalle cellule estremiste. Alle pressioni esterne, vanno ad aggiungersi le difficoltà riscontrabili da un paese che si avvia ad adottare sistemi occidentali di democrazia e Stato di diritto, pertanto attraverso l'associazione tra l'Unione europea e la Repubblica algerina si mira ad agevolazioni in termini di cooperazione economica, finanziaria e tecnica.

Si conseguirà, dunque, un'apertura all'assistenza finanziaria nel perseguimento dei programmi unionali, volta soprattutto alla progressiva liberalizzazione degli scambi, allo sviluppo sostenibile della regione e agli investimenti. Inoltre, si prevede un dialogo periodico in materia politica e di sicurezza, per favorire la reciproca comprensione, la cooperazione e le iniziative comuni, oltre che la cooperazione sociale, culturale e in materia di istruzione, soprattutto attraverso il dialogo interculturale, il controllo delle migrazioni, lo sviluppo delle qualifiche, la promozione del diritto del lavoro o della parità fra donne e uomini.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the vote on the EU-Algeria Framework Agreement on the general principles for the participation of Algeria in Union programmes.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O projeto de acordo euro-mediterrânico pretende criar uma associação entre a Comunidade Europeia e os seus Estados-Membros, por um lado, e Argélia por outro.

Os objetivos do presente acordo quadro são: Proporcionar um enquadramento adequado para o diálogo político entre as Partes, a fim de permitir o reforço das suas relações e da cooperação em todos os domínios que considerem pertinentes; Desenvolver as trocas comerciais e assegurar o desenvolvimento de relações económicas e sociais equilibradas entre as Partes e definir as condições para uma liberalização progressiva do comércio de bens, serviços e capitais; Favorecer os contactos humanos, nomeadamente no âmbito dos procedimentos administrativos; Incentivar a integração magrebina, promovendo os intercâmbios e a cooperação na região e entre esta última e as Comunidades Europeias e os seus Estados-Membros; Promover a cooperação nos domínios económico, social, cultural e financeiro.

O respeito pelos princípios democráticos e pelos direitos humanos fundamentais, tal como consagrados na Declaração Universal dos Direitos do Homem, constitui um elemento essencial do presente Acordo. Pelo exposto, apoio a presente recomendação relativa à celebração de um Protocolo ao Acordo Euro-Mediterrânico.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this consent procedure. So long as the UK continues to contribute to the EU central budget we will continue to oppose any legislation that would waste the money of the EU taxpayer. We do not support the transfer of EU money overseas or the continued development of an EU foreign policy through the European Neighbourhood. As this only sets out general principles the budgetary impact and value for money of British contributions is unknown.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto ritengo che la partecipazione dell'Algeria ai programmi dell'Unione rappresenti una misura importante per promuovere le riforme e la modernizzazione di questo paese nell'ambito del programma politico europeo di vicinato.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Argelia y la Unión participan de un Acuerdo Euromediterráneo desde el año 2005. En 2013, Argelia expresó su interés en ampliar su participación en los programas a los que tendría consecuentemente acceso, dentro del marco de la política europea de vecindad.

El informe de hoy abre la puerta a que esa participación se haga efectiva, en los términos negociados libremente por Argelia y la Comisión Europea. Es por ello que he votado a favor.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione, che approva la conclusione del protocollo di accordo tra UE ed Algeria. per consentire all'Algeria la partecipazione ai programmi comunitari previsti dalla politica europea di vicinato.

Infatti, ritengo che la conclusione di questo protocollo rappresenti non solo un'opportunità importante di cooperazione economica, finanziaria e tecnica tra UE e Algeria, ma anche un rafforzamento del quadro di partenariato euromediterraneo.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za wyrażeniem przez Parlament zgody na zawarcie porozumienia ramowego dotyczącego stosunków między UE a Algierią oraz na jej udział w programach unijnych. Uważam, że należy wspierać programy mające na celu wspieranie wysiłków Algierii na rzecz rozwoju wszelkich dziedzin gospodarki. Stosunki między Algierią i Unią Europejską oparte są na układzie o stowarzyszeniu podpisanym w ramach partnerstwa eurośródziemnomorskiego w roku 2005. Obejmują one politykę, gospodarkę, handel, współpracę techniczną i finansową oraz pomoc humanitarną. Szczególnym argumentem przemawiającym za zasadnością poparcia umowy jest współpraca gospodarcza z udziałem obu stron. Należy dążyć do zapewnienia jak najszerszego porozumienia w Parlamencie Europejskim co do wyrażenia zgody na zawarcie umowy.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this recommendation as it provides for the gradual opening-up of certain union programmes and agencies to the participation of ENP partner countries. Such protocols include standard clauses which are intended to be applied to all European Neighbourhood policy countries, promote reform, modernisation and transition in Algeria. This also strengthens the EU-Algeria relationship.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I was pleased to support the strengthening of relations with the countries of North Africa, including Algeria, in order to foster economic growth, reform, and cultural ties. This is of vital importance for future growth, opportunity and security.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport non législatif propose l'avis positif du Parlement européen concernant l'ouverture progressive de certains programmes et agences de l'Union à la participation des pays partenaires de la Politique européenne de voisinage. Cet accord cadre représente une des nombreuses mesures visant à promouvoir la réforme, la modernisation et la transition des pays tiers du voisinage de l'Union européenne. Considérant d'une part les liens historique de l'Union et de la France avec l'Algérie, et d'autre part que le soutien à la stabilisation et au développement des pays tiers du voisinage revêt une importance toute particulière, notamment en termes de stabilisation des frontières extérieures européenne, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Le protocole à l'accord euro-méditerranéen instituant une association entre la Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et l'Algérie, d'autre part, concerne un accord-cadre entre l'Union européenne et l'Algérie relatif aux principes généraux de la participation de ce pays aux programmes de l'Union. L'objectif de ce protocole est de fixer un cadre général de participation de l'Algérie aux programmes européens. Ce protocole permet également d'approfondir nos relations avec notre voisinage proche. Alors que des protocoles similaires ont d'ores et déjà été signés avec l'Arménie, la Géorgie, Israël, la Jordanie, la Moldavie, le Maroc et l'Ukraine et que l'Algérie a indiqué, en février 2013, son souhait de participer à ces programmes, j'ai donc voté en faveur de la conclusion de ce protocole.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this consent procedure. So long as the UK continues to contribute to the EU central budget we will continue to oppose any legislation that would waste the money of the EU taxpayer. We do not support the transfer of EU money overseas or the continued development of an EU foreign policy through the European Neighbourhood. As this only sets out general principles the budgetary impact and value for money of British contributions is unknown.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport.

Il s'agit d'un programme de codification qui n'appelle aucun commentaire. Néanmoins, la question de principe concerne la participation de l'Algérie aux programmes communautaires. Nous y sommes défavorables, tant sur le principe qu'eu égard à la situation instable du pays, causée notamment par la succession incertaine du Président Bouteflika.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Отношенията между Алжир и ЕС се основават на споразумение за асоцииране, подписано като част от Евро-средиземноморското партньорство през 2005 г. Те обхващат политиката, икономиката, търговията, техническото и финансово сътрудничество и хуманитарна помощ. Икономическото сътрудничество по споразумението за асоцииране се осъществява чрез няколко механизма, включващи и двете страни.

ЕС също така финансира редица програми, насочени към подкрепа на усилията на Алжир в различни области на икономиката. Първата оценка на ползите от споразумението за асоцииране е проведена през 2009 г. Втората оценка в момента е в ход. През 2014 г. бе подписано споразумение, което установи общите принципи за участие на Алжир в програмите на ЕС.

Подкрепих този доклад, защото той е технически и смятам, че Алжир като страна, запазила стабилността си и показваща добри резултати, може да се възползва от програмите на ЕС.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Διά της παρούσας, δίδεται η έγκριση για σύναψη συμφωνίας-πλαισίου μεταξύ της ΕΕ και της Λαϊκής Δημοκρατίας της Αλγερίας σχετικά με τις γενικές αρχές που διέπουν τη συμμετοχή της Αλγερίας σε προγράμματα της Ένωσης. Επιχειρείται, δηλαδή, για άλλη μία φορά, η επέμβαση της ΕΕ στα εσωτερικά τρίτης χώρας με αντάλλαγμα/υπόσχεση τη σύναψη εμπορικής συμφωνίας.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of giving consent to the EU-Algeria Framework Agreement on the general principles for the participation of Algeria in Union programmes, as agreed by the Foreign Affairs Committee of the European Parliament. Ensuring good relations around the globe and making agreements for co-operation is very important for the EU and for Wales.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: rapport de codification sur la participation de l'Algérie aux programmes de l'UE.

L'UE n'a pas à se substituer aux États dans les relations étrangères avec leur argent de surcroît.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A presente recomendação visa aprovar a celebração de um protocolo ao Acordo Euro-Mediterrânico, estabelecendo um conjunto de princípios gerais que estabelecem a participação da Argélia em programas da UE.

A Argélia já faz parte do Acordo Euro-Mediterrânico desde 2005 e veio agora pedir para fazer parte de programas da UE. Os programas que constam do protocolo dizem respeito a cooperação económica, financeira e técnica, que permitirá à Argélia aceder a assistência, em particular assistência financeira.

A Argélia poderá participar nos programas abertos à sua participação e deverá contribuir para o orçamento da UE nesses programas específicos. Os termos específicos do protocolo serão determinados num Memorando de Entendimento entre a Comissão Europeia e as autoridades argelinas.

Temos conhecidas reservas relativamente a conteúdos do Acordo Euro-Mediterrânico, que abre portas para acordos de livre comércio. Mas não é sobre isso que tomamos posição neste relatório, que com ele está, todavia, relacionado.

Não bloqueamos o pedido feito pela Argélia, expressão da sua vontade soberana, de aderir a programas da UE. Reafirmamos, todavia, algumas dúvidas e reservas relativamente às questões da assistência financeira nos moldes referidos na decisão do Conselho.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted yes because I agree

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európska únia sa usiluje prostredníctvom programu európskej susedskej politiky posilňovať reformy a modernizáciu partnerských krajín, ktoré sa do predmetného programu zapojili. Jednou z týchto krajín je Alžírsko, ktoré prejavilo záujem o zapojenie do mnohých programov v rámci európskej susedskej politiky. Predmetný protokol obsahuje rámcovú dohodu, ktorá zastrešuje všeobecné zásady účasti Alžírska na programoch Európskej únie. Ide o štandardné ustanovenia, ktoré sú určené pre všetky partnerské krajiny európskej susedskej politiky, s ktorými sa protokoly uzatvárajú.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro la relazione in quanto rappresenta un potenziale pericolo per l'economia italiana.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη συμφωνία-πλαίσιο ΕΕ-Αλγερίας σχετικά με τις γενικές αρχές για τη συμμετοχή της Αλγερίας σε προγράμματα της Ένωσης, καθώς επιχειρείται για άλλη μία φορά η επέμβαση της ΕΕ στα εσωτερικά τρίτης χώρας με αντάλλαγμα/υπόσχεση τη σύναψη εμπορικής συμφωνίας.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The Council issued directives to the Commission to negotiate Framework Agreements, among others, with Algeria on the general principles for their participation in Union programmes. Algeria expressed its interest in participating in the broad range of programmes open to partner countries of the European Neighbourhood Policy.

This protocol contains a Framework Agreement on the general principles for the participation of Algeria in Union programmes. It contains standard clauses that are intended to be applied to all European Neighbourhood Policy partner countries with which such protocols are concluded. As part of the European Neighbourhood Policy (ENP), the gradual opening-up of certain Union programmes and agencies to the participation of ENP partner countries represents one of many measures to promote reform, modernisation and transition in Algeria.

Mariya Gabriel (PPE), *par écrit*. — L'ouverture progressive de certains programmes et agences de l'Union à la participation des pays partenaires de la Politique européenne de voisinage représente une possibilité concrète pour rapprocher les deux rives de la Méditerranée. C'est un moyen indirect mais efficace de promouvoir des réformes, la modernisation et la transition dans le voisinage de l'Union européenne.

La participation de l'Algérie aux programmes de l'Union permettra également de promouvoir la croissance économique ainsi que la coopération en matière de sécurité. De plus l'accord ouvre la possibilité pour les Algériens, en particulier les jeunes, de participer un jour à des programmes comme Erasmus +, Horizon 2020 ou encore Creative Europe. Au-delà des bénéfices économiques et politiques, c'est un pas vers une nouvelle histoire des relations entre l'Algérie et le continent européen, un pas qui rapproche les peuples par la construction de nouveaux liens, qui ne sont pas ceux de la colonisation, ni ceux de la guerre.

L'Algérie a exprimé son vif intérêt à participer aux programmes de l'Union européenne il y a longtemps déjà, et je me réjouis que le Parlement européen ait donné un accord quasi unanime à ce protocole d'accord comme un élément concret du partenariat euro-méditerranéen.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione legislativa del Parlamento europeo concernente il progetto di decisione del Consiglio relativa alla conclusione del protocollo dell'accordo euromediterraneo che istituisce un'associazione tra la Comunità europea e i suoi Stati membri, da una parte, e la Repubblica algerina democratica e popolare dall'altra, riguardante un accordo quadro tra l'Unione europea e l'Algeria sui principi generali della partecipazione della Repubblica algerina ai programmi dell'Unione, perché ritengo che l'Algeria sia un paese chiave per la tenuta della pace e negli equilibri dell'area nordafricana.

Si tratta di un'importante decisione e invito la Commissione e le autorità algerine a definire insieme le modalità e le condizioni specifiche relative alla partecipazione dell'Algeria a ciascun programma dell'Unione, sulla base dei criteri stabiliti nei programmi in questione e di condizioni paritarie agli Stati membri.

La partecipazione ai programmi comunitari rappresenta un ponte con l'Europa, che permette alla società civile, ai giovani studenti, ricercatori e lavoratori, al sistema d'impresa e alle organizzazioni umanitarie di fare un salto in avanti verso uno sviluppo democratico e liberale, che considero l'arma principale contro il fondamentalismo e gli estremismi religiosi. Un'azione doverosa da parte dell'UE, a sostegno della democrazia e dello Stato di diritto in Algeria.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und der Demokratischen Volksrepublik Algerien stärkt die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen und dient der Intensivierung des politischen Dialogs.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this consent procedure. So long as the UK continues to contribute to the EU central budget, I will continue to oppose any legislation that would waste the money of the EU taxpayer. I do not support the transfer of EU money overseas or the continued development of an EU foreign policy through the European Neighbourhood, as this only sets out general principles the budgetary impact and value for money of British contributions is unknown.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – As part of the European Neighbourhood Policy (ENP), the gradual opening-up of certain Union programmes and agencies to the participation of ENP partner countries represents one of many measures to promote reform, modernisation and transition in the European Union's neighbourhood. On 18 June 2007, the Council issued directives to the Commission to negotiate Framework Agreements, among others, with Algeria, on the general principles for their participation in Community programmes.

The objective of the Protocol is to lay down the financial and technical rules enabling Algeria to participate in certain Union programmes. I voted in favour of this technical report, which contains standard clauses that are intended to be applied to all European Neighbourhood Policy partner countries with which such protocols are concluded.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – La conclusione di questo protocollo è la conclusione positiva di un processo di dialogo continuo, sostenuto anche con il contributo fondamentale dei membri dei due Parlamenti, e per la cui adozione ho votato a favore. Il dialogo politico è aperto a più spunti e l'accordo quadro di oggi ne è l'ennesima conferma. Lo Stato di diritto e il ruolo della società civile non potranno che migliorare e favorire relazioni euromediterranee e regionali migliori, senza considerare le buone pratiche di governance che reciprocamente potranno beneficiare degli scambi nei programmi settoriali.

È una cooperazione strategica che ha basi economiche e politiche, ma che è volta a promuovere la stabilità e la sicurezza regionali, spianando la strada e ponendo le basi per un incremento della sintonia anche a tematiche più complesse come la migrazione e la mobilità o le politiche di sicurezza e la lotta al terrorismo, con uno sguardo sempre rivolto allo sviluppo.

Infine, la diplomazia pubblica e la diplomazia culturale sono settori fertili in cui molto può essere ancora fatto, tra le numerose misure della politica europea di vicinato con l'Algeria così come con gli altri partner euromediterranei.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución por la que se establece la posible participación de Argelia en programas de colaboración entre la Unión y países vecinos. Los programas en cuestión habrán de acordarse caso por caso. He considerado que debía aceptar la resolución, por tratarse de una solicitud del Gobierno argelino y no determinar en principio la naturaleza de los programas.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this protocol. The objective is to lay down the financial and technical rules enabling Algeria to participate in certain Union programmes. This is a technical report, which contains standard clauses that are intended to be applied to all European Neighbourhood Policy partner countries with which such protocols are concluded.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η συμφωνία αφορά τη συμμετοχή της Αλγερίας σε προγράμματα της Ένωσης. Σε αυτό το σκέλος δεν διαφωνούμε, πολύ περισσότερο αφού αυτό είναι η θέληση της κυβέρνησης της Αλγερίας. Ωστόσο διαφωνούμε γιατί αυτό προϋποθέτει οικονομικές υποχρεώσεις και γιατί αυτές οι συμφωνίες σε πολλές περιπτώσεις οδηγούν σε συμφωνίες ελευθέρου εμπορίου για τις οποίες η θέση μας είναι αρνητική. Για αυτούς τους λόγους θεωρούμε ενδεδειγμένη στάση αυτή της αποχής.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I believe that the opening-up of certain European Union programmes and agencies to the participation of ENP partner countries represents one of many measures to promote reform and modernisation in Algeria. I voted in favour.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za preporuku o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju Protokola uz Euro-mediteranski sporazum o pridruživanju između Europske zajednice i njezinih država članica, s jedne strane, i Alžirske Narodne Demokratske Republike, s druge strane, o okvirnom sporazumu između Europske unije i Alžirske Narodne Demokratske Republike o općim načelima sudjelovanja Alžirske Narodne Demokratske Republike u programima Unije (16152/2014 — C8-0152/2015 – 2014/0195(NLE)) s obzirom na stanje u Alžiru gdje je potrebna pomoć kako bi se održala stabilnost, izbjegla radikalizacija, pokrenulo gospodarstvo, smanjila nezaposlenost i nastavila izgradnja demokratskih institucija.

Između ostalog Alžir treba europsku pomoć u restrukturiranju bankarskog sektora i financijskih institucija, pripremama razvojnih programa za mala i srednja poduzeća, razvoju ribarstva i poljoprivrede i razvoju telekomunikacija i novih tehnoloških mreža. Takav sporazum povezuje gospodarsku suradnju s demokratskim procesima i ljudskim pravima te predstavlja novu fazu u odnosima s Alžirom gdje EU mora biti učinkovita u pomoći koju pruža kako bi se stalo na kraj terorizmu i nasilju i poduprle težnje alžirskih građana da žive u miru i stabilnosti.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Chaque fois que l'Union européenne tente de s'attribuer la gestion des relations extérieures de l'Europe, je rappelle que la politique extérieure doit demeurer la prérogative des seuls États.

J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this recommendation because I support a closer partnership between Algeria and the European Union. This agreement will help to deepen the cooperation built on the bases of the Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the European Community and its Member States from 2002 with common objectives of setting the appropriate framework for political dialogue and encouraging integration of the Maghreb countries by promoting trade and cooperation within the Maghreb group and between it and the EU. I believe that Algeria's participation in Union programmes will lead to the expansion of harmonious economic and social relations and promote its trade in terms of establishing the conditions for the gradual liberalisation of trade in goods, services and capital and facilitate human exchanges.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Pier Antonio Panzeri relatif à l'accord entre l'Union européenne et l'Algérie. Dans le cadre de la politique de voisinage européenne, l'Algérie fait partie des dix voisins riverains de la Méditerranée avec lesquels l'UE se doit d'entretenir une relation politique et stratégique. Cette procédure permet à l'UE d'approuver le protocole d'accord entre les deux pays qui porte sur les règles financières autorisant l'Algérie à participer à certains programmes de l'UE.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui permet à l'Algérie de participer et de bénéficier de certains programmes européens et de l'activité de certaines agences de l'Union dans le cadre de la politique européenne de voisinage. Cet accord-cadre fait partie des négociations demandées à la Commission par le Conseil depuis 2007. L'Algérie avait exprimé son intérêt en 2013. Ce texte permet donc de renforcer nos liens avec ce pays essentiel pour la stabilité de l'Afrique du Nord.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe diesen Bericht abgelehnt. Hier geht es um den Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über die allgemeinen Grundsätze für die Beteiligung der Demokratischen Volksrepublik Algerien an den Programmen der Union. Algerien soll durch dieses Abkommen Zugriff auf europäische Programme bekommen und finanziert werden. Die adäquaten Gegenleistungen bleiben jedoch aus.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The premise of the European Neighbourhood Policy is that the EU has a vital interest in building a much stronger and deeper relationship to its neighbours. This is why I voted in favour of this report as I believe that Algeria should be allowed to participate in the programmes of the Union, as well as contribute financially to the general budget, corresponding to the specific programmes in which Algeria participates.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям препоръката за сключване на Протокола към Евро-средиземноморското споразумение за асоцииране между Европейските общности и техните държави членки, от една страна, и Алжирската демократична народна република, от друга страна, относно Рамково споразумение между Европейския съюз и Алжирската демократична народна република за общите принципи на участие на републиката в програми на Съюза.

Този протокол съдържа рамково споразумение за общите принципи на участие на Алжир в програми на Съюза. Той съдържа стандартни клаузи, които се предвижда да бъдат прилагани за всички държави – партньори по европейската политика за съседство, с които предстои сключване на такива протоколи.

Смятам, че като част от европейската политика за съседство, постепенното отваряне на определени програми и агенции на Съюза за участие на държави – партньори по европейската политика за съседство представлява една от множеството мерки, целящи да осигурят подкрепа за процеса на реформи, модернизация и преход в съседните на Европейския съюз държави. На мнение съм, че е необходимо по-задълбочено партньорство между Европейския съюз и Алжирската демократична народна република, за да може да се подобри положението по отношение на стабилност, демокрация, добро управление, борба с корупцията, икономическо развитие и заетост в региона.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I voted in favour on the Protocol to the Euro-Mediterranean Agreement establishing an association between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Republic of Algeria on the general principles for the participation of the Republic of Algeria in Union programmes (hereinafter referred to as 'the Protocol'). The signing and provisional application of the Protocol will lay down the financial and technical rules enabling Algeria to participate in certain Union programmes which in a long term perspective will foster bilateral relations between Algeria and the EU.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, la proposta in esame riguarda l'accordo quadro UE-Algeria sui principi generali della partecipazione dell'Algeria ai programmi dell'Unione. L'apertura ad alcuni programmi o ad agenzie dell'UE alla partecipazione dei paesi partner della politica di vicinato rappresenta un passo ulteriore per promuovere la riforma, la modernizzazione e la transizione nell'area circostante l'UE.

Nel 2007 sono state impartite direttive volte a negoziare accordi quadro con diversi paesi, tra cui l'Algeria. Quest'ultima nel 2013 ha espresso il suo interesse a partecipare a diversi programmi che sono stati aperti ai paesi partner della politica europea di vicinato. Alla luce di queste motivazioni, il Parlamento propone l'approvazione dell'accordo da parte del Consiglio, il quale autorizza la partecipazione dell'Algeria ai programmi dell'Unione europea.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre l'accord-cadre entre l'Union européenne et l'Algérie relatif aux principes généraux de la participation de l'Algérie aux programmes de l'Union européenne. Même s'il ne s'agit que d'un rapport de codification, la question est de savoir s'il faut accepter ou non que l'Algérie participe aux programmes communautaires. La réponse doit être non, pour de multiples raisons dont la première et la plus importante est que l'Union européenne n'a pas à avoir de politique extérieure et la seconde que l'Algérie est un pays dans un état de fragilité extrême du fait de la succession incertaine du Président Bouteflika.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport permet de codifier la participation de l'Algérie aux programmes de l'Union européenne, par le biais d'un accord-cadre. Je ne peux accepter cette idée, pour deux raisons: tout d'abord, nous sommes opposés à ce que l'UE ait une politique étrangère en tant que telle, puisque cette prérogative doit revenir de droit aux États. Par ailleurs, l'Algérie est dans un État d'extrême fragilité du fait de la succession incertaine du Président Bouteflika, ainsi que du «syndrome hollandais» qui touche le modèle économique du pays.

J'ai ainsi voté contre ce rapport.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Argelia y la Unión participan de un Acuerdo Euromediterráneo desde el año 2005. En 2013, Argelia expresó su interés en ampliar su participación en los programas a los que tendría consecuentemente acceso, dentro del marco de la política europea de vecindad. El informe de hoy abre la puerta a que esa participación se haga efectiva, en los términos negociados libremente por Argelia y la Comisión Europea. Es por ello que he votado a favor.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La presente propuesta permite que el Consejo, en nombre de la Unión Europea, añada un Protocolo al Acuerdo Euromediterráneo que prevea los principios generales de participación de Argelia en los programas de la Unión. En especial, el Acuerdo busca definir las reglas técnicas y financieras que permitan a Argelia participar en estos programas.

Así, el protocolo instituye un dispositivo de cooperación económica, financiera y técnica que permitirá a Argelia acceder a asistencia, particularmente financiera, que será transmitida por la Unión a título de programas europeos.

Doy mi apoyo al protocolo porque se incluye dentro del objetivo de la Política Europea de Vecindad de propiciar una inclusión de los países que participan en la misma en programas de la Unión como medida de promoción de reformas, modernización y transición para los países vecinos de la Unión.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Hlasoval jsem proti. Nechci, aby se Alžírsko podílelo na dotačních programech Evropské unie na úkor našich daňových poplatníků.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – U sklopu Europske politike susjedstva, postupno otvaranje određenih programa Unije za sudjelovanje za partnerske zemlje predstavlja jednu od mnogih mjera za promicanje reformi i modernizacije u susjednim zemljama EU-a. Vijeće je 2007. izdalo smjernice za rad Komisije na pregovorima kod sklapanja okvirnih sporazuma s nizom zemalja, među kojima i s Alžirom.

Alžir je 2013. godine izrazio interes za sudjelovanje u većini programa koji su bili otvoreni za partnerske zemlje u okviru Europske politike susjedstva. Budući da je tekst pregovaračkog protokola s Alžirom u skladu s člankom 218. Ugovora o funkcioniranju Europske unije, podržala sam ovu preporuku.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The objective of the Protocol is to lay down the financial and technical rules enabling Algeria to participate in certain Union programmes. The horizontal framework established by the Protocol constitutes an economic, financial and technical cooperation measure, which gives access to Union financial assistance, pursuant to the Union programmes. I support this agreement.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου που αφορά τη σύναψη του πρωτοκόλλου της ευρωμεσογειακής συμφωνίας σύνδεσης μεταξύ της Ευρωπαϊκής Κοινότητας και των κρατών μελών της, αφενός, και της Λαϊκής Δημοκρατίας της Αλγερίας, αφετέρου, για συμφωνία-πλαίσιο μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Λαϊκής Δημοκρατίας της Αλγερίας σχετικά με τις γενικές αρχές που διέπουν τη συμμετοχή της Λαϊκής Δημοκρατίας της Αλγερίας σε προγράμματα της Ένωσης, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Ce texte est un rapport de codification qui a pour objectif de faire participer l'Algérie aux programmes communautaires de l'UE, ce que nous désapprouvons. Par ailleurs, l'UE n'a pas à se substituer aux États dans leurs relations extérieures.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – L'accordo quadro tra l'Unione europea e la Repubblica algerina sui principi generali della partecipazione della Repubblica algerina ai programmi dell'Unione è teso a portare avanti obiettivi stabiliti precedentemente sia dal Consiglio sia dal progetto di protocollo dell'accordo euromediterraneo.

Ho votato quindi a favore di tale accordo, che istituisce un'associazione tra gli Stati facenti parte dell'Unione europea e la Repubblica algerina democratica e popolare, favorendo lo sviluppo di una benefica e crescente cooperazione tra i paesi che ne fanno parte.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o návrhu udělit souhlas s rámcovou dohodou mezi EU a Alžírskou demokratickou a lidovou republikou o obecných zásadách účasti Alžíru na programech Unie. Cílem protokolu je stanovit finanční a technická pravidla, která by Alžíru umožnila účast na některých programech Unie. Jde zejména o horizontální rámec pro opatření hospodářské, finanční a technické spolupráce, která by Alžíru umožnila přístup k pomoci, a to zejména finanční, poskytované Unií v rámci programů Unie. Tento rámec by se samozřejmě vztahoval pouze na ty programy Unie, u nichž je taková účast Alžíru umožněna. Souhlasím s takovou možností pro Alžír, proto jsem v konečném hlasování zprávu podpořil.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Τάσσομαι υπέρ του σχεδίου πρωτοκόλλου της ευρωμεσογειακής συμφωνίας σύνδεσης μεταξύ της Ευρωπαϊκής Κοινότητας και των κρατών μελών της και της Λαϊκής Δημοκρατίας της Αλγερίας για τη συμφωνία-πλαίσιο μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Λαϊκής Δημοκρατίας της Αλγερίας σχετικά με τις γενικές αρχές που διέπουν τη συμμετοχή της Λαϊκής Δημοκρατίας της Αλγερίας σε προγράμματα της Ένωσης.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Es handelt sich hierbei um einen Beschluss des Rates über den Abschluss eines Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation bezüglich eines Rahmenabkommens zwischen der Europäischen Union und Algerien. Durch die Abkommen soll ein freier Handelsverkehr gemäß den WTO-Regeln hergestellt werden, wobei für den Zollabbau der Partner für gewerbliche Waren eine Übergangsfrist von bis zu 12 Jahren vorgesehen ist. Diese Abkommen, welche bereits Bestimmungen zur Liberalisierung des Handels mit Waren beinhalten, werden ergänzt durch eine Reihe von zusätzlichen Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des Handels mit Agrarwaren, Dienstleistungen und Investitionen und zur Etablierung eines Streitbelegungsverfahrens für Handelsfragen. Da dieses Rahmenabkommen, welches durch EU-Direktinvestitionen finanziert wird, zu einer weitgehenden Marktöffnung zwischen Algerien und den Mitgliedstaaten der EU und der Öffnung Algeriens zu EU-Programmen führt, ist meiner Meinung nach dieser Bericht abzulehnen.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau Europos Parlamento rezoliucijai dėl ES ir Alžyro Respublikos bendrojo susitarimo, kuriuo nustatomi Alžyro Respublikos dalyvavimo Europos Sąjungos programose bendrieji principai.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which gives consent to the conclusion of the Protocol to the Euro-Mediterranean Agreement and a Framework agreement between the EU and Algeria.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – L'Algérie a exprimé sa volonté de participer à certains programmes de l'Union européenne ouverts aux pays tiers, comme Erasmus Monde mais aussi Horizon 2020. Même si je m'oppose aux modalités de cet accord qui donne à la Commission le pouvoir d'en négocier les conditions, je respecte le choix souverain de ce pays, en espérant que la jeunesse algérienne pourra en bénéficier. Je vote pour.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un rapport codifiant la participation de l'Algérie aux programmes de l'Union Européenne.

Je me suis opposée à ce rapport considérant que l'Union européenne n'a pas vocation à gérer les affaires de politique étrangère, celles-ci relevant uniquement des États.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — L'Algérie est non seulement un des plus grands voisins de l'Union européenne mais aussi un des plus importants. La recommandation qui nous a été soumise portant sur l'accord-cadre entre l'UE et l'Algérie est un pas supplémentaire vers le renforcement de nos relations globales et multidimensionnelles. Notre objectif est de fixer un cadre horizontal de coopération économique, financier et technique qui permettra à l'Algérie de participer à certains programmes de l'Union européenne et à l'UE d'apporter son aide financière visant in fine à soutenir les efforts de réformes et d'ajustements économiques et sociaux du gouvernement algérien. En ce sens, cet accord, basé sur un véritable dialogue, aidera au développement et à la modernisation de l'Algérie, pays avec lequel l'UE souhaite construire un voisinage de prospérité et de stabilité, aidant au rapprochement des politiques des deux rives de la Méditerranée.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this agreement, which contains a Framework Agreement on the general principles for the participation of Algeria in Union programmes. It contains standard clauses that are intended to be applied to all European Neighbourhood Policy partner countries with which such protocols are concluded. As part of the European Neighbourhood Policy (ENP), the gradual opening-up of certain Union programmes and agencies to the participation of ENP partner countries represents one of many measures to promote reform, modernisation and transition in Algeria.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Tanács határozattervezetet dolgozott ki az egyrészről az Európai Közösségek és tagállamaik, másrészről az Algériai Demokratikus és Népi Köztársaság közötti társulás létrehozásáról szóló euromediterrán megállapodáshoz csatolt, az Algériai Demokratikus és Népi Köztársaság uniós programokban való részvételét szabályozó általános elvekre vonatkozó, az Európai Unió és az Algériai Demokratikus és Népi Köztársaság közötti keretmegállapodásról szóló jegyzőkönyv megkötésére. A tervezet elfogadásához a Tanácsnak meg kell szereznie a Parlament egyetértését. A Külügyi Bizottság jelentésében azt indítványozta, hogy a Parlament értsen egyet a jegyzőkönyv megkötésével. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le rapport Panzeri est un rapport de codification. C'est un rapport en deux points (acceptation et transmission aux autorités de l'Union). Il n'y a donc rien à commenter. La seule problématique est accepter ou non que l'Algérie participe aux programmes communautaires. La réponse doit être non pour de multiples raisons dont la première est que l'UE n'a pas à avoir de politique extérieure et la seconde que l'Algérie est un pays dans un état de fragilité extrême du fait de la succession incertaine du Président Bouteflika. La décolonisation ayant été achevée, il n'y a pas lieu de revenir en sens inverse. Vote défavorable.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Rapport de codification sur la participation de l'Algérie aux programmes de l'UE.

L'UE n'a pas à se substituer aux États dans les relations étrangères, avec leur argent de surcroît. Je vote contre ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted for this technical report to lay down the financial and technical rules enabling Algeria to participate in certain Union programmes.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution législative sur la conclusion du protocole à l'accord euro-méditerranéen établissant une association entre la Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et la République algérienne démocratique et populaire, d'autre part. L'Algérie a conclu un accord euro-méditerranéen avec l'Union européenne, entré en vigueur en septembre 2005. Le protocole additionnel que le Parlement européen a approuvé permet d'organiser la participation de l'Algérie à certains programmes de l'UE. Il précise que l'Algérie contribue financièrement au budget général de l'Union pour tous les programmes auxquels elle participe.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this recommendation on establishing an Association between the European Community and its Member States on one side and the People's Democratic Republic of Algeria on the other, regarding a framework agreement on the general principles for the participation of Algeria in EU programmes.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da das Abkommen durch EU-Direktinvestitionen finanziert wird und eine weitgehende Marktöffnung zwischen Algerien und den Europäischen Mitgliedsstaaten zu europäischen Programmen fordert.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Raamlepingu sõlmimisega saab Alžeeria võimaluse osaleda Euroopa naabruspoliitika raames teatavates ELi programmides ja agentuurides, mis võiks aidata kaasa reformidele ja uuendustele ELi lähinaabruses.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Στο πλαίσιο της Ευρωπαϊκής Πολιτικής Γειτονίας (ΕΠΓ), το σταδιακό άνοιγμα ορισμένων προγραμμάτων και οργανισμών της Ένωσης στη συμμετοχή των χωρών εταίρων της ΕΠΓ αποτελεί ένα από τα πολυάριθμα μέτρα για την προώθηση της μεταρρύθμισης, του εκσυγχρονισμού και της μετάβασης στις γειτονικές χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Σύμφωνα με απόφαση του Συμβουλίου, επιτρέπεται στις χώρες εταίρους της Ευρωπαϊκής Πολιτικής Γειτονίας να συμμετέχουν στους κοινοτικούς οργανισμούς και στα κοινοτικά προγράμματα με βάση τις επιδόσεις τους και εφόσον το επιτρέπουν οι νομικές βάσεις. Η Αλγερία εξέφρασε την επιθυμία να συμμετάσχει σε πολυάριθμα προγράμματα της Ένωσης. Επομένως, υπερψήφισα την έκθεση αναφορικά με τη συμφωνία-πλαίσιο σχετικά με τις γενικές αρχές για τη συμμετοχή της Αλγερίας στα προγράμματα της Ένωσης και η οποία περιλαμβάνει ειδικούς όρους και προϋποθέσεις, ειδικότερα τη χρηματοδοτική συνεισφορά και τις διαδικασίες υποβολής εκθέσεων και αξιολόγησης, όσον αφορά τη συμμετοχή της Αλγερίας σε κάθε συγκεκριμένο πρόγραμμα.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di tale raccomandazione poiché ritengo che debba essere concluso il protocollo dell'accordo euromediterraneo tra Comunità e Stati membri, da una parte, e la Repubblica algerina dall'altro. Il fine del protocollo è stabilire norme finanziarie e tecniche che consentano all'Algeria di partecipare a taluni programmi dell'Unione e si colloca all'interno del più ambizioso obiettivo di costruire saldi rapporti con una serie di paesi del mediterraneo a livello economico, politico, strategico e culturale secondo la logica della politica europea di vicinato. Pertanto, ho espresso voto favorevole.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I believe that European security is not a zero-sum game and we need stability in our neighbouring countries. For this reason I supported this report, because it will promote reform, modernisation and transition in the European Union's neighbourhood. In February 2013, Algeria expressed its interest in participating in the broad range of programmes open to partner countries of the European Neighbourhood Policy. As part of the European Neighbourhood Policy (ENP), the gradual opening-up of certain Union programmes and agencies to the participation of ENP partner countries represents one of many measures to promote reform, modernisation and transition in the European Union's neighbourhood.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Dobri odnosi Europske unije sa svojim susjedima, uz istovremenu brigu za interese Unije i njezinih građana najbolja su motivacija za plodonosnu zajedničku suradnju. Europska unija i njene članice zato sklapaju partnerstva sa svojim susjedima kako bi potaknule bolje razumijevanje i unaprijedile međusobne odnose.

U tom duhu promatram i odobrenje ovog Protokola uz Euro-mediteranski sporazum koji uspostavlja veze između Europskih zajednica i njihovih država članica, s jedne strane, te Alžira, s druge strane, o okvirnom sporazumu između Europske unije i Alžira o općim načelima sudjelovanja Alžira u programima Unije. Predmetni protokol utvrđuje financijska i tehnička pravila koja omogućuju Alžiru sudjelovati u nekim programima Unije. Ti programi imaju za cilj pomoći javnom sektoru i upravljanju, razmjeni tehničke pomoći i znanja kako bi se unaprijedili svekoliki odnosi, smanjile administrativne barijere, te kako bi se olakšao promet roba i usluga boljim poznavanjem međusobnih procedura. Ne manje važno, sudjelovanje Alžira u programima Unije pridonosi i provedbi projekata pomoći naporima koji podržavaju poštivanje prava djece, žena i zaštitu okoliša te veću ulogu civilnog društva, kao i bolju kulturnu suradnju i promicanje mladih talenata.

Zbog svega navedenoga podržala sam ovu Preporuku Europskog parlamenta.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Na istoku i jugu Europske Unije nalazi se šesnaest zemalja čija nadanja i budućnost imaju izravan utjecaj i na nas. U okviru Europske susjedske politike (ESP) postupno otvaranje određenih programa i agencija Europske unije za sudjelovanje partnerskih zemalja ESP-a jedna je od brojnih mjera za promicanje reformi, modernizacije i tranzicije u susjednim zemljama Europske unije. Potrebno je s Alžirom, površinski najvećom zemljom u Africi, bogatom resursima i stanovništvom, koje broji 40 milijuna, kontinuirano razvijati odnose na svim poljima, od energije i obrazovanja, do transporta i sigurnosti.

Od svojeg začetka 2004. godine naša je susjedska politika promovirala veći broj važnih inicijativa, posebno po pitanju trgovine i gospodarstva te time potaknula stvaranje još čvršćih odnosa EU-a i njenih susjeda. Partnerstvo s našim susjedstvom donosi dakle velike koristi za obje strane, to je neosporivo. Održiv gospodarski razvoj i stvaranje radnih mjesta, uz sveopći rast u poštivanju vladavine prava i ljudskih prava u partnerskim zemljama nužno je poticati.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A presente recomendação visa aprovar a celebração de um protocolo ao Acordo Euro-Mediterrânico, estabelecendo um conjunto de princípios gerais que estabelecem a participação da Argélia em programas da União.

Os programas que constam do protocolo dizem respeito a cooperação económica, financeira e técnica, que permitirá à Argélia aceder a assistência fornecida pela União através dos seus programas.

A Argélia poderá participar nos programas da União abertos à sua participação e deverá contribuir para o orçamento da União nos programas específicos em que participará.

Apesar de integrado no Acordo Euro-Mediterrânico que abre portas para acordos de livre comércio, não é um acordo desta natureza que está implicado na celebração deste Acordo-Quadro, antes um instrumento de que a Argélia poderá beneficiar no seu desenvolvimento.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Hlasoval jsem pro rámcovou dohodu mezi EU a Alžírskem o obecných zásadách účasti Alžírska na programech Unie. Rámcová dohoda stanovuje finanční a technická pravidla, která Alžírsku umožní účastnit se některých programů Unie. Alžírsko je důležitý partner EU v oblasti severní Afriky, který hraje důležitou roli při stabilizaci situace severní Afriky a boje proti terorismu. Tato rámcová dohoda představuje další krok v prohlubování vztahů mezi EU a Alžírskem. Je v nejvyšším zájmu Evropy a její bezpečnosti a stability s touto zemí i nadále úzce spolupracovat.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Stosunki między Algierią i UE oparte są na układzie o stowarzyszeniu podpisanym w ramach partnerstwa euro-śródziemnomorskiego w roku 2005. Obejmują one politykę, gospodarkę, handel, współpracę techniczną i finansową oraz pomoc humanitarną. W ramach umowy stowarzyszeniowej ma miejsce współpraca gospodarcza, za pomocą kilku mechanizmów, z udziałem obu stron.

UE finansuje również szereg programów mających na celu wspieranie wysiłków Algierii w różnych dziedzinach gospodarki. Pierwsza ocena tego, jak działa układ stowarzyszeniowy, została przeprowadzona w roku 2009. Procedura drugiej oceny jest obecnie w toku. W 2014 roku w formie odrębnej umowy ustalono również ogólne zasady udziału Algierii w programach unijnych. Niniejszym poparłem porozumienie ramowe dotyczące stosunków między UE a Algierią oraz jej udział w programach unijnych.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Depuis 2013, l'Algérie participe à la politique européenne de voisinage de l'UE. Dans ce cadre, ce partenaire d'Afrique du Nord peut accéder à certains programmes européens. J'ai voté en faveur de l'accès du pays à ces programmes qui permettent de dynamiser nos relations politiques et économiques.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A política europeia de vizinhança tem como objetivo partilhar os benefícios da União Europeia com os países vizinhos, contribuindo assim para o reforço da estabilidade, da segurança e do bem-estar dentro e fora da União.

Neste âmbito, o presente texto refere-se ao protocolo negociado entre a Argélia e a UE, que visa a participação deste país em certos programas comunitários.

Porque a União Europeia não se pode fechar ao mundo que a rodeia, e porque a proximidade geográfica da Argélia com o espaço europeu justifica a criação de sinergias com este Estado, aprovo o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this consent procedure. So long as the UK continues to contribute to the EU central budget we will continue to oppose any legislation that would waste the money of the EU taxpayer. We do not support the transfer of EU money overseas or the continued development of an EU foreign policy through the European Neighbourhood. As this only sets out general principles the budgetary impact and value for money of British contributions is unknown.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Como parte da Política Europeia de Vizinhança (PEV), a abertura progressiva de certos programas e agências da União à participação de países parceiros da PEV representa uma das muitas medidas para promover a reforma, a modernização e a transição democrática nos países vizinhos da União Europeia. Este acordo com a Argélia é um exemplo disso mesmo.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La apertura gradual de determinados programas y agencias de la Unión a la participación de los países socios de la Política Europea de Vecindad (PEV), representa una de las muchas medidas para promover la reforma, la modernización y la transición de los países vecinos de la Unión Europea.

El protocolo que se va a negociar contiene un Acuerdo marco sobre los principios generales de la participación de Argelia en los programas. Argelia ha expresado ya su interés en participar en los programas abiertos a los países socios. Además, Argelia es un socio fundamental y muy importante de la Unión.

Por ello he votado a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Hier, le Parlement européen a approuvé l'accord-cadre UE/Algérie qui autorise la participation de l'Algérie aux programmes de l'Union et en détermine les conditions. Cet accord, signé conjointement à Bruxelles le 4 juin 2015, prend la forme d'un protocole annexé à l'accord euro-méditerranéen d'association CE/Algérie (en vigueur depuis 2005). Le feu vert du Parlement permettra ainsi à l'Algérie de prendre part à vingt programmes de l'UE comme COSME (PME), Horizon 2020 (recherche) ou Europe créative (culture et médias).

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį susitarimą, kuriuo nustatomi Alžyro Respublikos dalyvavimo Sąjungos programose bendrieji principai. Šis susitarimas yra tęstinė Europos kaimynystės politikos dalis, kuri pagrįsta abipusės naudos principu. Viena vertus, Europos Sąjunga atveria galimybes Alžyrui palaipsniui dalyvauti ES programose, kita vertus – tai daroma tik įgyvendinant reformas šalies viduje ir tokiu būdu užtikrinant saugią kaimynystę.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A abertura gradual de alguns programas e agências da União Europeia (UE) à participação de países integrantes na Política Europeia de Vizinhança (PEV) constitui uma das muitas medidas de promoção da UE no apoio às reformas, modernização e processos de transição democrática nas suas regiões vizinhas.

Em 2007, o Conselho Europeu deu instruções à Comissão Europeia para negociar Acordos com países vizinhos da UE, dos quais a Argélia fazia parte.

O Protocolo do Acordo Euro-Mediterrânico estabelecido entre a UE e os seus Estados-Membros, por um lado, e a República Argelina Democrática e Popular, por outro, contém princípios gerais da participação da Argélia nos programas da UE, que requerem a adoção de regras financeiras e técnicas para a sua integração.

Estes programas estabelecerão medidas económicas, financeiras e técnicas de cooperação, com vista a facilitar a assistência, sobretudo financeira, à Argélia.

Votei a favor deste relatório de aprovação do protocolo celebrado entre a UE e a Argélia, tendo em conta que se encontram cumpridos todos os critérios legais e regulamentares inerentes a esta decisão.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport pour lequel je suis rapporteur fictif pour le PPE et qui donne l'approbation du Parlement européen et invite le Conseil à approuver le protocole à l'accord euro-méditerranéen établissant une association entre la Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et l'Algérie, d'autre part, concernant un accord-cadre entre l'UE et l'Algérie relatif aux principes généraux de la participation de ce pays aux programmes européens, au nom de l'Union.

Dans le cadre de la politique européenne de voisinage (PEV), l'ouverture progressive de certains programmes et agences de l'Union aux pays partenaires de la PEV constitue l'une des nombreuses mesures destinées à promouvoir la réforme, la modernisation et la transition dans les pays voisins de l'Union.

L'objectif du protocole est de définir les règles financières et techniques permettant à l'Algérie de participer à certains programmes de l'Union. Il s'agit ainsi de renforcer la coopération économique, financière et technique qui permet l'accès à l'assistance, notamment financière, devant être apportée par l'Union au titre des programmes européens.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as I do not wish for the EU to get involved in foreign affairs.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this protocol, the objective is to lay down the financial and technical rules enabling Algeria to participate in certain Union programmes. This is a technical report, which contains standard clauses that are intended to be applied to all European Neighbourhood Policy partner countries with which such protocols are concluded.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za toto uznesenie. Alžírsko je dôležitou krajinou pre dosiahnutie cieľa obmedziť migráciu cez centrálne Stredozemie, ktoré je teraz hlavnou migračnou trasou. V rámcovej zmluve o partnerstve s tretími krajinami prijatej v júni tohto roku bolo Alžírsko identifikované ako jedna zo 16 „prioritných" krajín, s ktorými chce Európska komisia uzatvoriť zmluvy. EÚ chce spolupracovať s Alžírskom pri prevencii migrácie a prijímaní deportovaných. Zároveň chce EÚ poskytnúť Alžírsku rôznu pomoc, ako rozvojovú pomoc a obchod s ňou, a podieľanie sa na jej programoch. Už v roku 2013 Alžírsko prejavilo záujem podieľať sa na širokej škále programov otvorených pre partnerské krajiny EÚ.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Uzatvorenie rámcovej dohody medzi EÚ a Alžírskom som podporila, keďže ma teší záujem Alžírska zúčastňovať sa na programoch Únie. Podobné rámcové dohody má EÚ uzatvorené s viacerými susediacimi krajinami. Alžírsko sa touto rámcovou dohodou pridáva k tzv. európskej susedskej politike. Postupne sa mu tak bude otvárať priestor na spoluprácu s členskými krajinami Únie prostredníctvom európskych programov a agentúr. Pre krajiny európskeho susedstva táto politika predstavuje jeden z nástrojov, ktorý im umožňuje zavádzať do svojej spoločnosti reformy a modernizovať krajinu. Protokol, ktorý sme s Alžírskom schválili, obsahuje všeobecné princípy, na základe ktorých sa bude riadiť zúčastňovanie sa Alžírska na úniových programoch. Keďže ide o protokol obsahujúci štandardné klauzuly, ktoré sú už používané aj v ostatných podobných rámcových dohodách, jeho implementácia by mala mať hladký priebeh. Táto horizontálna dohoda, ktorá prináša ekonomickú, finančnú a technickú spoluprácu, by mala Alžírsko postupne sprístupniť európskych občanom. Vzájomná výmena, ktorá má takto potenciál vzniknúť, bude určite prospešná pre obe strany.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Pre bezpečnosť Európy je kľúčové, aby bol región severnej Afriky ekonomicky a politicky stabilizovaný. Vďaka pomoci Európskej únie sa po nepokojoch podarilo stabilizovať Maroko. Teraz ponúkame rovnakú pomoc Alžírsku, ktoré je pre nás tiež významným partnerom pri diverzifikácii zdrojov energií.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Die Entschließung des EU-Parlaments zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss eines Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits über ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme der Demokratischen Volksrepublik Algerien an den Programmen der Union habe ich abgelehnt.

Die EU sollte in ihrem derzeitigen Zustand keine Außenpolitik betreiben, sich nicht mit nordafrikanischen Staaten assoziieren und auch nicht die Grundlage dafür legen, dass andere Staaten an ihren Programmen teilnehmen können.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Odbor za vanjske poslove usvojio je prijedlog odluke Vijeća o sklapanju Protokola uz Euro-mediteranski sporazum o pridruživanju između Europskih zajednica i njihovih država članica, s jedne strane, i Alžirske Republike, s druge strane, o okvirnom sporazumu između Europske unije i Alžirske Republike o općim načelima sudjelovanja Alžirske Republike u programima Unije. Cilj je utvrditi financijska i tehnička pravila koja Alžiru omogućuju sudjelovanje u određenim programima Unije.

Horizontalni okvir uspostavljen Protokolom predstavlja mjeru gospodarske, financijske i tehničke suradnje te omogućuje primanje pomoći, osobito financijske pomoći, koju će Europska unija pružiti u skladu s programima. Ovaj se okvir primjenjuje samo na one programe Unije za koje je u relevantnim osnivačkim pravnim aktima predviđena mogućnost sudjelovanja Alžira.

Potpisivanje i privremena primjena Protokola, stoga, ne podrazumijevaju izvršavanje ovlasti na temelju raznih sektorskih politika koje se programima ostvaruju, a koje se izvršavaju pri uspostavi programa. Podržavam ovo Izvješće jer smatram da je ovo jedna od brojnih mjera za promicanje reformi, modernizacije i tranzicije u susjednim zemljama Europske unije.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Protokola k Evro-mediteranskemu sporazumu o pridružitvi med EU ter Ljudsko demokratično republiko Alžirijo na drugi strani o okvirnem sporazumu med Evropsko unijo in Ljudsko demokratično republiko Alžirijo o splošnih načelih za sodelovanje Ljudske demokratične republike Alžirije v programih Unije.

Podpiram sodelovanje med Evropsko unijo in državami v soseščini EU, ki bo po mojem mnenju prispevalo k spodbujanju reform, modernizacije in tranzicije v državah. Sodelovanje Alžirije v nekaterih programih Unije bo tako pripomoglo k modernizaciji same države na vseh področjih. Še posebej, ko govorimo o programih, ki omogočajo dostop do finančne pomoči.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Τον Φεβρουάριο του 2013 η Αλγερία επέδειξε ενδιαφέρον να συμμετάσχει στα γενικά προγράμματα της ΕΕ τα οποία είναι ανοικτά στις χώρες εταίρους της πολιτικής της Ευρωπαϊκής Γειτονίας. Ως ΑΚΕΛ έχουμε έντονους προβληματισμούς για τις εν λόγω συμφωνίες, καθώς μέσω αυτών η ΕΕ επιβάλλει οικονομικές υποχρεώσεις στα κράτη επιβάλλοντας σχέσεις εξάρτησης στο πλαίσιο πάντοτε των νεοφιλελεύθερων πολιτικών. Για αυτούς τους λόγους τηρήσαμε αποχή.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Πρέπει να επιδιώκονται συμφωνίες μεταξύ της ΕΕ και τρίτων χωρών οι οποίες να προωθούν την ανάπτυξη των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, χωρίς όμως να θίγονται τα εθνικά και οικονομικά τους συμφέροντα.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam, hogy a Tanács előterjesztése alapján az Európai Parlament adja meg hozzájárulását az Európai Közösség és tagállamai, valamint az Algériai Köztársaság között az Euromediterrán Együttműködés keretében fennálló egyezményhez fűzött jegyzőkönyvvel létrejövő keretmegállapodáshoz, amely lehetővé teszi, illetve az alapelvek szintjén szabályozza Algéria részvételét az Európai Unió által működtetett különböző programokban. Figyelembe vettem, hogy ezzel nemcsak a Lisszaboni Szerződés létrejötte nyomán szükséges jogi adaptációnak teszünk eleget, hanem elősegíthetjük, hogy az algériai gazdaság és társadalom az ország fejlődése és demokratizálódása érdekében jobban hasznosítsa az EuroMed keretében kínálkozó együttműködési lehetőségeket az Unióval és tagállamaival. A Maghreb-országok és az EU egész földközi-tengeri szomszédságának jelenlegi bizonytalan politikai helyzetében az ilyen jellegű kapcsolatok szorosabbra fűzését hasznosnak tartom a térség stabilitása és az EU biztonsága szempontjából is.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris.* – Uniunea Europeană susține cooperarea cu țările din nordul Africii, o zonă foarte importantă din vecinătatea sa sudică. Algeria este una dintre țările acestei regiuni, care poate juca un rol semnificativ în actualele condiții, atât în zona Mediteranei cât și în Orientul Mijlociu extins. Prin intermediul Politicii de Vecinătate, UE a sprijinit o relație apropiată cu această țară, care a înregistrat progrese importante în domeniul respectării standardelor democratice și a drepturilor omului, deși mai are destule probleme de rezolvat la nivel intern. Totuși, în contextul situației volatile din Libia și al crizei migranților la nivelul UE, realizarea unui parteneriat extins cu Algeria, care este deja un partener economic important al Uniunii, în special în domeniul energetic, ar constitui un avantaj important. Un prim pas în această direcție este semnarea acordului cadru pentru a permite statului algerian accesul la programele Uniunii. Acest lucru ar încuraja progresul reformelor democratice în Algeria, ar fi benefic pentru cetățenii algerieni și ar determina inclusiv o reducere a imigrației ilegale către statele membre UE pe ruta algeriană. În aceste condiții, con-

sider că este vorba despre un pas înainte important, care ține seama de interesele imediate ale Uniunii. Din aceste motive susțin adoptarea acestei recomandări.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du projet de décision du Conseil relative à la conclusion du protocole à l'accord euro-méditerranéen établissant une association entre la Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et la République algérienne démocratique et populaire, d'autre part, en ce qui concerne un accord-cadre entre l'Union européenne et la République algérienne démocratique et populaire relatif aux principes généraux de la participation de la République algérienne démocratique et populaire aux programmes de l'Union. La proposition de monsieur Panzeri est de qualité.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The EU-Algeria Framework Agreement on the general principles for the participation of Algeria in Union programmes is a tool to strengthen the relationship between the EU and Algeria in areas including politics, the economy, trade, cooperation and humanitarian aid. I voted in favour of the report on the Association between the EU and Algeria, as Algeria represents a key strategic and economic partner for the EU and both parties will stand to largely benefit from closer and more comprehensive ties.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Okvirni sporazum između EU-a i Alžira o općim načelima sudjelovanja Alžira u programima Unije

Pier Antonio Panzeri (A8-0367/2016)

Podržavam Prijedlog rezolucije o okvirnom sporazumu između EU-a i Alžira o općim načelima sudjelovanja Alžira u programima Unije. Navedeni prijedlog je u skladu s člankom 218. (6) Ugovora o funkcioniranju Europske unije gdje je dana suglasnost za sklapanje protokola. Još je 2007. godine Vijeće izdalo smjernice za sporazume s nizom ENP zemalja, a Alžir je u veljači 2013. godine izrazio svoju otvorenost prema Europskoj politici susjedstva. Mišljenja sam da postizanje okvirnog sporazuma predstavlja strateški interes Europske unije te da je potrebno utvrditi opća načela kojima će se Unija rukovoditi pri uključivanju Alžira u programe Unije.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam sklapanje Protokola uz Euro-mediteranski sporazum o pridruživanju između Europske unije i Alžira o okvirnom sporazumu između Europske unije i Alžira kojim se utvrđuju financijska i tehnička pravila koja Alžiru omogućuju sudjelovanje u određenim programima Europske unije. Na taj će se način definirat mjere gospodarske, financijske i tehničke suradnje te će se omogućiti pružanje humanitarne pomoći Europske unije Alžiru u skladu s predviđenim programima.

Držim da je sklapanje ovog protokola dobar korak prema poboljšavanju odnosa Europske unije i Alžira te da će ta suradnja utjecati na daljnji napredak Alžira i provođenje prijeko potrebnih reformi. Sklapanje sporazuma s Alžirom također je jedna od brojnih mjera za promicanje modernizacije i tranzicije u susjednim zemljama Europske unije u okviru Europske politike susjedstva.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o sklenitvi Protokola k Evro-mediteranskemu sporazumu o pridružitvi med Evropsko skupnostjo in njenimi državami članicami na eni strani ter Ljudsko demokratično republiko Alžirijo na drugi strani o okvirnem sporazumu med Evropsko unijo in Ljudsko demokratično republiko Alžirijo o splošnih načelih za sodelovanje Ljudske demokratične republike Alžirije v programih Unije sem podprla.

V sklopu evropske sosedske politike *(ENP-european neighbourhood policy)* je postopno odpiranje nekaterih programov in agencij Unije za sodelovanje partnerskih držav eno izmed orodij za spodbujanje reform, modernizacijo in tranzicijo. Alžirija je leta 2013 pokazala interes za sodelovanje v širokem spektru programov, odpreti se partnerskim državam evropske sosedske politike.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Dans ce rapport le Parlement européen se permet de statuer sur la manière dont l'Algérie doit participer financièrement aux programmes de l'Union européenne. L'ingérence est totale, c'est à l'Algérie et à elle seule de décider si oui ou non elle souhaite participer aux programmes de l'Union européenne, et de décider de la manière dont-elle souhaite intervenir avec son argent et celui de ses citoyens. L'Union européenne ne peut pas se substituer aux États dans les relations internationales avec leur argent de surcroît. J'ai voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – W mojej ocenie dotychczasowe stosunki są wystarczające i dają Algierii możliwość korzystania z dogodnej współpracy gospodarczej z UE. Byłem więc przeciwny wyrażeniu zgody na nową umowę.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A javaslat szerint az Európai Parlament egyetért a jegyzőkönyv megkötésével és utasítja elnökét, hogy továbbítsa a Parlament álláspontját a Tanácsnak, a Bizottságnak, valamint a tagállamok, illetve az Algériai Demokratikus és Népi Köztársaság kormányainak és parlamentjeinek. Voksommal az S&D álláspontját követtem.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución por la que se establece la posible participación de Argelia en programas de colaboración entre la Unión y países vecinos. Los programas en cuestión habrán de acordarse caso por caso. He considerado que debía aceptar la resolución, por tratarse de una solicitud del Gobierno argelino y no determinar en principio la naturaleza de los programas.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of giving my consent for the EU-Algeria Framework Agreement to allow Algeria to participate in the Union programmes.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation on the draft Council decision on the conclusion of the Protocol to the Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the European Community and its Member States, of the one part, and the People's Democratic Republic of Algeria, of the other part, on a Framework Agreement between the European Union and the People's Democratic Republic of Algeria on the general principles for the participation of the People's Democratic Republic of Algeria in Union programmes. As part of the European Neighbourhood Policy (ENP), the gradual opening-up of certain Union programmes and agencies to the participation of ENP partner countries represents one of many measures to promote reform, modernisation and transition in the European Union's neighbourhood. The objective of the Protocol is to lay down the financial and technical rules enabling Algeria to participate in certain Union programmes. I voted in favour because I believe that the horizontal framework established by the Protocol constitutes an economic, financial and technical cooperation measure which gives Algeria access to assistance, in particular financial assistance, to be provided by the Union pursuant to the Union programmes.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Como parte de la Política Europea de Vecindad (ENP, por sus siglas en inglés), la apertura gradual de ciertos programas europeos a la participación de países que entran en el área de influencia de la Unión, representa una de las muchas medidas empleadas eficazmente para promover reformas, modernización y transición en nuestro entorno inmediato. En 2007 se comenzaron a negociar acuerdos marco con un buen número de países vecinos, entre ellos Argelia. Más tarde, en 2013, Argelia expresó interés en participar de una amplia serie de programas de la ENP. Queriendo contribuir a que las herramientas comunitarias posibiliten el avance y desarrollo de sociedades terceras en regiones tan importantes para la estabilidad y la seguridad europea como el norte de África, he votado a favor de este texto.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Argelia y la Unión participan de un Acuerdo Euromediterráneo desde el año 2005. En 2013, Argelia expresó su interés en ampliar su participación en los programas a los que tendría consecuentemente acceso, dentro del marco de la política europea de vecindad. El informe de hoy abre la puerta a que esa participación se haga efectiva, en los términos negociados libremente por Argelia y la Comisión Europea. Es por ello que he votado a favor.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – La nouvelle Politique européenne de voisinage (PEV) à l'égard «d'un voisinage en mutation» a théoriquement été conçue pour apporter une aide accrue aux partenaires qui s'emploient à approfondir et mieux garantir démocratie, État de droit et droits de l'Homme.

Le niveau d'aide de l'UE aux partenaires doit évoluer en fonction des progrès accomplis en matière de «réformes politiques et d'approfondissement de la démocratie».

L'Algérie a fait le choix de rejoindre la PEV et ce protocole en découle tant pour l'accord euro-méditerranéen que pour l'accès aux programmes européens stricto sensu.

Il est donc difficile de juger de sa pertinence tant du point de vue de l'UE que de celui de l'Algérie.

J'ai néanmoins voté pour en considérant qu'il s'agissait d'un accord strictement technique.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A presente recomendação estabelece um conjunto de princípios gerais visando a participação da Argélia em programas da União. A Argélia já faz parte do Acordo UE Mediterrânico desde 2005 e veio agora pedir à União Europeia para fazer parte de programas da União.

Os programas que constam do protocolo dizem respeito a cooperação económica, financeira e técnica, que permitirá à Argélia aceder a assistência e em particular assistência financeira que será fornecida pela União através dos seus programas. A Argélia poderá participar nos programas da União abertos à sua participação e deverá contribuir para o orçamento da União nos programas específicos em que a Argélia participará. Os termos específicos do protocolo serão determinados num Memorando de Entendimento entre a Comissão Europeia e as autoridades argelinas.

Trata-se de um pedido da Argélia. Mantendo dúvidas sobre a natureza e implicações destes acordos, prevalece acima de tudo a vontade soberana da Argélia e do seu governo.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Es handelt sich hierbei um einen Beschluss des Rates über den Abschluss eines Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation bezüglich eines Rahmenabkommens zwischen der Europäischen Union und Algerien. Durch die Abkommen soll ein freier Handelsverkehr gemäß den WTO-Regeln hergestellt werden, wobei für den Zollabbau der Partner für gewerbliche Waren eine Übergangsfrist von bis zu 12 Jahren vorgesehen ist. Diese Abkommen, welche bereits Bestimmungen zur Liberalisierung des Handels mit Waren beinhalten, werden ergänzt durch eine Reihe von zusätzlichen Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des Handels mit Agrarwaren, Dienstleistungen und Investitionen und zur Etablierung eines Streitbelegungsverfahrens für Handelsfragen. Da dieses Rahmenabkommen, welches durch EU-Direktinvestitionen finanziert wird, zu einer weitgehenden Marktöffnung zwischen Algerien und den Mitgliedstaaten der EU und der Öffnung Algeriens zu EU-Programmen führt, ist meiner Meinung nach dieser Bericht abzulehnen.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Umowa stowarzyszeniowa pomiędzy UE a Algierią została zawarta w 2005 r. jako element partnerstwa eurośródziemnomorskiego będącego południowym wymiarem europejskiej polityki sąsiedztwa. Dzięki tej właśnie umowie szacowana unijna pomoc dla Algierii w ramach Europejskiego Instrumentu Sąsiedztwa w latach 2014-2020 wyniesie pomiędzy 221, a 270 milionów euro. Środki te kierowane są na programy unijne opierające się na następujących filarach: reformie systemu sprawiedliwości i zwiększaniu udziału obywateli w sprawy publiczne, ekonomicznym oraz reformie rynku pracy.

Przede wszystkim jednak pierwszy filar Unia powinna potraktować jako priorytet mając na uwadze to, iż już tzw. arabska wiosna świadczyła o jednoznacznym sprzeciwie obywateli wobec autorytarnych przywódców sprawujących władzę w państwach regionu. W związku z tym kluczowe jest, aby w ramach aktualnej umowy UE skupiła się na wspieraniu demokracji w Algierii, ponieważ w długiej perspektywie czasu kraje demokratyczne okazują się po prostu krajami stabilniejszymi. Należy bowiem pamiętać, że pokłosiem właśnie protestów społecznych z arabskiej wiosny są obecne wojny domowe w Libii i Syrii. Biorąc pod uwagę owe konflikty mające miejsce w naszym bliskim sąsiedztwie, kluczowe dla bezpieczeństwa Unii jest, aby Algieria stopniowo się demokratyzowała i pozostała stabilna. W związku z powyższym w tym głosowaniu wyraziłem swoje poparcie dla niniejszego zalecenia.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Podporila som daný legislatívny návrh na uzavretie Euro-stredomorskej dohody medzi EÚ a Alžírskom. Alžírsko je významným regionálnym aktérom, obzvlášť vo výrobe energií. I preto je v záujme Únie a jej členských štátov podporovať hlbšiu vzájomnú spoluprácu prostredníctvom rôznych programov, sústreďujúcich sa na politické a sociálno-ekonomické reformy a boj proti korupcii. Táto dohoda je súčasťou širšej európskej susedskej politiky (ESP). Už v roku 2007 Rada vydala nariadenie Komisii vyjednať právny rámec dohôd s krajinami ESP vrátane Alžírska. Následne vo februári 2013 Alžírsko vyjadrilo záujem aktívne sa podieľať na širokej škále programov určených pre tieto krajiny. Alžírsko sa teraz pripojí k väčšine južných partnerov, ktorí obdobné dohody s EÚ už podpísali. Tým dôjde k posilneniu spolupráce a rozvoju demokratickej spoločnosti, ako i k podpore hospodárskej integrácie a vzdelávania.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji předloženou rámcovou dohodu o účasti Alžírska na programech EU. Je potřeba, aby africké země posílily svoji konkurenceschopnost, zdokonalily podnikatelské prostředí, ale i politickou kulturu v zemi. Evropská unie je navíc hlavním obchodním partnerem Alžírska, a proto by mělo Alžírsko mít možnost participovat na programech EU. Jsem přesvědčen, že tato dohoda pomůže zlepšit jednak ekonomickou, ale i politickou situaci v Alžírsku.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Odporúčanie k návrhu na uzavretie protokolu k Euro-stredomorskej dohode o pridružení medzi Európskym spoločenstvom na jednej strane a Alžírskou demokratickou ľudovou republikou na strane druhej som podporila. Tento protokol sa týka všeobecných zásad účasti Alžírska na programoch Únie, pričom zásady sa týkali najmä technických a finančných podmienok účasti Alžírska na týchto programoch. Myslím si, že účasť Alžírska na programoch Európskej únie pomôže tejto krajine v realizácii demokratických reforiem a celkovej modernizácii. A keďže toto všetko je cieľom Európskej susedskej politiky, nemala som voči uzavretiu protokolu žiadne výhrady.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam nastojanje, s jedne strane Alžirske Demokratske Republike da se priključi programima Europske unije, a s druge strane svakako i same Europske unije koja joj je to i omogućila. Radi se, dakle, o preporuci Piera Antonia Panzerija. Razumljivo je da je dio Europske politike susjedstva postepeno otvaranje programa EU-a i agencija mogućim sudjelovanjem ENP-zemljama partnerima s ciljem da se promovira i osigura reforma, modernizacija i tranzicija u susjedstvu Europske unije.

Budući da je Alžir odavno pokazao, već 2013. godine, interes sudjelovanja u programima Europske unije, počeli su dogovori.

Nakon odobrenja samog protokola Europske unije, daljnji ciljevi su bili osigurati financijsku pomoć, ali i postaviti tehnička i financijska pravila.

Alžir se odlučio na važan potez. Mogli bismo zaključiti kako je ovo jedan mali, ali važni korak u odnosu kako sa samom Europskom unijom, tako i njezinim državama članicama.

Pristupanjem programima Unije, Alžir će napredovati, kako financijski, tako i politički i diplomatski. Na ovaj način mu se lagano otvaraju mnoga vrata.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Protokola k Evro-mediteranskemu sporazumu o pridružitvi med Evropsko skupnostjo in njenimi državami članicami na eni strani ter Ljudsko demokratično republiko Alžirijo na drugi strani o okvirnem sporazumu med Evropsko unijo in Ljudsko demokratično republiko Alžirijo o splošnih načelih za sodelovanje Ljudske demokratične republike Alžirije v programih Unije.

Odobritev sklenitve protokola podpiram, saj gre za nadaljevanje izvajanja evropske sosedske politike. Ta politika obsega politično usklajevanje in tesnejše gospodarsko povezovanje, večjo mobilnost in medosebne stike. Spodbujanje trajnostne demokracije in vključujoč gospodarski razvoj preprečuje nastanek ločnic med EU in njenimi sosedami ter krepi blaginjo, stabilnost in varnost za vse.

6.2. Nordostatlantik: Tiefseebestände und Fischfang in internationalen Gewässern (A8-0369/2016 - Isabelle Thomas)

Dichiarazioni di voto orali

Anja Hazekamp (GUE/NGL). – De zeeën zijn groot en de oceanen zijn diep. Maar de bodem is bereikt. Er leven naar schatting tien miljoen soorten planten en dieren in onze oceanen en veel van deze soorten zijn nog niet eens ontdekt. Ze leven vlak op of vlak boven de zeebodem, in de diepzee. Deze diepzee begint al bij 200 meter en bevat prachtige koraalriffen. Sommige zijn meer dan 35 meter hoog. De oudste zijn zo'n 8500 jaar oud en er leven vissen die zonder menselijk ingrijpen wel 150 jaar oud kunnen worden. En deze prachtige vissen worden vermalen tot goedkoop veevoer en visolie.

Waar halen wij het recht vandaan om deze unieke soorten in één klap weg te vagen uit dit unieke ecosysteem met monsterlijk grote sleepnetten? Dat is geen visserij, dat is oceaanvandalisme! En internationale wateren kennen nauwelijks regels. De vissen zijn er vogelvrij verklaard en met moeite ligt er nu, na jarenlange discussies, een halfslachtig plan om deze ecocide tegen te gaan. Maar opnieuw weegt het recht van de sterkste zwaarder dan het belang van de zwakste. Europa vindt haar zwaar gesubsidieerde vissersschepen belangrijker dan de bescherming van kwetsbare ecosystemen en tegen alle wetenschappelijke adviezen in worden met dit voorstel sleepnetten ook lager of tot 800 meter diepte toegestaan. Alleen de allerdiepste zeebodems worden ietsje beter beschermd en dat is een doekje voor het bloeden.

Het is met pijn in mijn hart dat ik voor dit voorstel zal stemmen omdat zonder dit plan de zeebodem helemaal aan de vandalen van de diepzeevisserij is overgeleverd. Voorts ben ik van mening dat de Europese landbouw- en visserijsubsidies moeten worden afgeschaft.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr President, there is a multiple award-winning documentary by Richard O'Donnell called *Atlantic* that has been described as a wake-up call, as chilling as a bucket of ice-cold sea water over the head. Filmed through the eyes of small fishing communities in three countries, Ireland, Norway and Canada, it addresses exactly this issue, deep-sea stocks and fishing in international waters.

Every Member of this House should make it their business to learn of the situation with regard to Irish fishing waters from which much of that stock has been taken. Would the French government gift 75% of its wine production to the EU? Would the Netherlands gift 75% of its agricultural production? I doubt it. In 1973, when Ireland joined the EU, that is exactly what the Irish Government did. It gifted 75% of our stocks to the EU. And here is the rub. Ireland has never been credited for this value, estimated by Dr Karen Devine to be worth in excess of 200 billion from 1973 to 2012. As one of the fishermen said in the film, there is something wrong here. He could have said more. There is something really wrong here and it has got to change: otherwise we have got to get out of this rotten Union.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, of course comrade Flanagan is exactly right, both about the problem and the possible solution – as the United Kingdom is about to demonstrate – which makes me wonder why we are pushing through plans for the revision of the CFP in the North Sea when the area covered by it territorially is about to shrink by around half. Of course, when the United Kingdom resumes control of its maritime resources out to 200 miles of the median line, we will want in a phased way –with the agreement of our European partners – to move to a system of national control. We should not behave precipitately, but we can at least take back control in the way that Norway, Iceland and other countries that have pursued successful conservation take for granted. You will find that, instead of being constantly bickering tenants, we will become good and responsible neighbours.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, I seem to be following three in agreement, as Mr Flanagan, Mr Hannan and I all agree that it is best for the people of Britain and our fishing industries to leave the European Union, which has just taken our stocks, taken our jobs and in effect taken our income. And as Mr Hannan has said, and Mr Flanagan has repeated, one of the important parts of leaving the European Union in our referendum was that we could take control of our laws, take control of our borders, take control of our trade, but more importantly take control of our fishing industries. Go back to our 200-mile limit. Create jobs once more on the coastlines that desperately need it. Create income for our nation once more and ensure that in our new Brexit future at this Christmas we have a star above our people who have a fishing industry that becomes alive. And that is why we should continue to champion taking control of all our fisheries from this Union.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I welcome this report in light of the specific and crucial regulation and that it clarifies in the sphere of fishing international waters. From an Irish perspective, I can appreciate that the advancement of the economic viability of the fishing sector has a profound effect on the livelihoods of fishing communities across the EU. Moreover, it is increasingly important that we identify species and ecosystems that are vulnerable to over-exploitation, thus establishing and clarifying a sustainable level of fishing for all Member States.

Regular assessment, reinforcement of current and future sanctions, and promotion of greater transparency do prove vital to safeguarding of deep-sea stocks and regulation of fishing activities in the EU. I also urge colleagues, like my colleague Mr Flanagan, to look at the film *The Atlantic*, a wonderful production, but I would not draw the same conclusions. I do not think that we should be leaving the European Union, but I will let Members look at it and then come to their own conclusions because there are very important messages in it.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Nonostante sia molto tempo che si discute di acque profonde *(deep sea)*, si è arrivati al voto soltanto ora. Il dossier propone di abbassare il limite entro il quale si può praticare la pesca a strascico, intensificare i controlli a bordo delle navi e aumentare la regolamentazione in materia di trasparenza. È molto importante che le istituzioni si impegnino per proteggere e preservare i nostri mari, ho quindi votato negativamente all'emendamento di rigetto.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Recomendación para la segunda lectura ya que garantiza, en la mayor medida posible, la explotación sostenible de las poblaciones de aguas profundas, reduciendo al mismo tiempo el impacto medioambiental de estas pesquerías. El acuerdo alcanzado mantiene la prohibición del arrastre más allá de los 800 metros sólo para aguas comunitarias, aspecto importante para garantizar una igualdad de oportunidades para los pescadores comunitarios en aguas exteriores.

Por otro lado, uno de los aspectos más polémicos de este dossier, la cobertura de observadores a bordo, se ha resuelto gracias a que el Parlamento Europeo ha rebajado su petición del 100 % al 20 % para buques que se dirijan a especies profundas, tanto en aguas comunitarias como en aguas de NEAFC (Comisión de pesca del Noreste Atlántico), incluyendo flexibilidades a la hora de gestionar esta cobertura.

Las pesquerías de aguas profundas en el Atlántico Nororiental están dominadas, en parte, por las flotas costeras tradicionales (Portugal) y, en parte, por grandes arrastreros itinerantes (Francia, España). Aunque en su conjunto representan aproximadamente el 1 % de los desembarques procedentes del Atlántico Nororiental, la viabilidad económica de determinadas comunidades pesqueras depende en cierta medida de estas pesquerías.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — Voto en contra de la enmienda de rechazo a la posición del Consejo en primera lectura, porque considero positivo que se congele la huella de pesca en aguas profundas y se estipulen sanciones específicas para los buques que incumplan la normativa. Los equipos negociadores del Parlamento y del Consejo llegaron a un acuerdo sobre la propuesta de la Comisión el 30 de junio de 2016, estableciendo un límite de profundidad de 800 metros para la pesca de arrastre, con la que se pretende garantizar la protección de los ecosistemas marinos vulnerables. También es una buena noticia la obligación de los buques de salir de las zonas de pesca de más de 400 metros de profundidad cuando se encuentren en ecosistemas vulnerables. Las nuevas normas de transparencia sobre la actividad pesquera en aguas profundas y su impacto, así como la introducción de observadores científicos a bordo de un 20 % de los barcos deberían también servir para avanzar en esta misma dirección. Por esta razón no apoyo la enmienda que pretendía rechazar la posición del Consejo en primera lectura.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau prieš Laisvės ir tiesioginės demokratijos Europos frakcijos pakeitimą siūlant atmesti Parlamentui pateiktą Tarybos poziciją. Pakeitimas buvo atmestas balsų dauguma, Tarybos pozicijai pritarta be atskiro balsavimo. Europos Parlamento teisėkūros rezoliucijos projektą dėl Giliavandenių žuvų išteklių ir jų žvejybos šiaurės rytų Atlanto tarptautiniuose vandenyse palaikau atkreipdama dėmesį į šiuos teigiamus jo aspektus: Europos Sąjunga įšaldys žvejybos poveikio rodiklį nustatydama zonas, kuriose bus leidžiama vykdyti gelminę žvejybą. Šis geografinis apribojimas bus taikomas giliavandenes žuvis žvejojantiems laivams; laivams, kurie pažeidžia reglamentą dėl giliavandenės žvejybos, bus pradėtos taikyti konkrečios sankcijos. Be kita ko, pranešime numatomos naujos griežtesnės skaidrumo taisyklės, apimančios įpareigojimą viešai pateikti informaciją apie Europos laivus, žvejojančius giliavandenes žuvis, ir užregistruoti visą laimikį, t. y. žuvis ir pažeidžiamas ekosistemas. Valstybės narės taip pat turės pateikti informaciją apie pažeidžiamų ekosistemų vietą (poveikio vertinimas), o Europos Komisija kiekvienais metais įvertins šiuos duomenis ir paskui atitinkamai pakoreguos rajoną, kuriame leidžiama žvejoti. Balsavau už pritardama nuostatoms, kuriomis siekiama geresnės pažeidžiamų jūros dugno jūrinių ekosistemų apsaugos.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – L'objet de ce rapport est la pêche en eau profonde dans l'Atlantique du Nord-Est, pêche qui est pratiquée principalement par des flottes côtières traditionnelles (Portugal) et des grands chalutiers nomades (France, Espagne). Elle est pratiquée dans les eaux de l'Union et dans les eaux internationales régies par des accords au sein de la Commission des pêches de l'Atlantique du Nord-Est (CPANE).

Les mesures prises jusqu'à présent n'ont pas résolu la surpêche, en raison de la grande vulnérabilité de ces stocks. Certains d'entre eux ne peuvent plus supporter la pression de pêche et leur reconstitution peut se révéler très longue, voire impossible. Les chaluts de fond endommagent des écosystèmes marins vulnérables et irremplaçables et la pêche au chalut des espèces d'eau profonde entraîne des niveaux élevés de captures accidentelles.

Le nouveau règlement prévoit une réglementation plus rigoureuse: interdiction du chalutage sous 800 mètres de profondeur, gel de l'empreinte (obligation pour les navires de pêcher uniquement dans les zones déjà exploitées entre 2009 et 2011), renforcement des contrôles à bord et des sanctions et plus grande transparence de l'activité.

Favorable à ce règlement, j'ai voté contre l'amendement le rejetant.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of this proposal to reject the Council position on North East Atlantic arrangements because I believe the UK should have the sovereign right to govern its territorial waters without further EU interference.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už rekomendaciją antrajam svarstymui dėl giliavandenių žuvų išteklių ir jų žvejybos šiaurės rytų Atlanto tarptautiniuose vandenyse. Turime siekti žuvininkystės sektoriaus sėkmingos veiklos. Pritariu, kad būtina vykdyti nuolatinį vertinimą, numatyti tinkamas sankcijas ir būtina užtikrinti skaidrumą, siekiant apsaugoti žuvininkystės veiklą Europos Sąjungoje.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de règlement vise à durcir les conditions de la pêche en eau profonde et dans les eaux internationales, car la règlementation en vigueur ne permet pas de garantir une pêche durable et raisonnable, à même de protéger des écosystèmes extrêmement fragiles. Les emplois français ne seront pas touchés car il s'agit d'un secteur dont nos entreprises sont absentes. J'ai voté contre le rejet de la proposition.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui, en deuxième lecture, recommande d'approuver la position du Conseil en première lecture sans amendement.

Conformément à ce texte, l'Union va geler l'empreinte de pêche en définissant la zone dans laquelle les activités de pêche en eau profonde seront autorisées. Cette zone recouvre celle où la pêche a eu lieu entre 2009 et 2011 dans les eaux européennes de l'Atlantique Nord-Est.

Le Parlement a par ailleurs obtenu que des sanctions spécifiques soient introduites pour les navires contrevenant au règlement sur la pêche en eau profonde.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – La pesca en aguas profundas es un gran problema para la sostenibilidad de nuestros mares. Estoy totalmente a favor de esta Recomendación.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Lo sviluppo tecnologico ha cambiato fortemente i metodi e le forme della pesca, un'attività che oggi può coinvolgere zone fino a pochi anni fa impensabili ed avere un forte impatto sull'ambiente e sulla biodiversità.

La relazione Thomas, che oggi ho sostenuto, definisce alcune condizioni specifiche per la pesca degli stock di acque profonde dell'Atlantico nordorientale volte a tutelare ecosistemi marini particolarmente vulnerabili, caratterizzati dalla presenza di specie longeve, con una crescita lenta e con periodi di riproduzione molto avanzati nel tempo.

Con questa prospettiva gli Stati membri saranno chiamati a fornire dati sulla localizzazione degli ecosistemi vulnerabili che la Commissione dovrà poi valutare per definire le zone di pesca autorizzate. Punti centrali della relazione sono la trasparenza e la raccolta dei dati, l'obbligo della presenza di osservatori scientifici sulle navi e la registrazione delle catture. Sono stabilite diverse sanzioni ed è fissato un nuovo limite batimetrico di 800 metri. La pesca in profondità viene autorizzata solo nell'area sfruttata dai pescherecci nel periodo 2009-2011.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor porque entiendo la Recomendación como positiva, ya sea por el aumento de los niveles de transparencia, como el control de las pesquerías con alto impacto, o porque se asegure el límite de profundidad por encima de los 800 metros, excepto para los ecosistemas marinos vulnerables, donde se debería colocar un límite de 400 metros.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport et donc contre l'amendement de rejet concernant la réglementation de la pêche en eau profonde, notamment en Atlantique Nord-Est.

Cette pêche en effet réglementée depuis 2003 mais la réglementation en vigueur ne permet pas de résoudre les problèmes de surpêche en raison notamment de la grande vulnérabilité des stocks. Par ailleurs, les chaluts de fond endommagent des écosystèmes marins vulnérables et irremplaçables et la pêche au chalut des espèces d'eau profonde entraîne des niveaux élevés de captures accidentelles.

Enfin, si précédemment nous pouvions nous inquiéter des effets sur l'emploi en France de l'interdiction de la pêche en eau profonde, le problème ne se pose plus de la même façon puisque la Scapêche, seul opérateur français dans ce secteur, se retire progressivement de la pêche en eau profonde sous la pression des organisations de défense de l'environnement.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il provvedimento è molto tecnico e nonostante possa essere condivisibile in linea generale, contiene alcune prescrizioni che potrebbero aprire a criticità future in fase di applicazione. Per questo motivo ho preferito esprimermi con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Esta propuesta de Reglamento tiene como objetivo general garantizar la explotación sostenible de las poblaciones de aguas profundas, reduciendo el impacto medioambiental de estas pesquerías, y mejorando la base de información para las evaluaciones científicas. Es el resultado de una intensa negociación con el Consejo, que viene de la legislatura anterior.

La Unión Europea congelará la «huella pesquera» en la zona conforme a un límite batimétrico general establecido en los 800 metros, satisfactorio para la industria y que, a su vez, garantiza la protección de los ecosistemas marinos vulnerables. Además, se establecen normas más rigurosas en materia de transparencia, un sistema de sanciones justo para los casos de incumplimiento y se asegura la presencia de observadores científicos en el 20 % de las embarcaciones.

En definitiva, se trata de un buen Reglamento para la sostenibilidad pesquera en las aguas profundas del Atlántico Nororiental, por lo que he votado a favor de su adopción.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rekomendacijos dėl giliavandenių žuvų išteklių ir jų žvejybos šiaurės rytų Atlanto tarptautiniuose vandenyse. Susitarimo tekstas 2016 m. liepos 12 d. buvo pateiktas balsavimui Žuvininkystės komitete ir patvirtintas didele balsų dauguma. Kadangi Tarybos pozicija per pirmąjį svarstymą atitinka susitarimą, pasiektą per trišalio dialogo susitikimus, Europos Parlamento pranešėja siūlo komitetui jai pritarti be tolesnių pakeitimų. Pagrindiniai šio kompromiso aspektai būtų tokie, kad Europos Sąjunga įšaldys žvejybos poveikio rodiklį, nustatydama zonas, kuriose bus leidžiama vykdyti gelminę žvejybą. Ši zona apima teritoriją, kurioje 2009-2011 m. vyko tikslinė žvejyba Europai priklausančiuose šiaurės rytų Atlanto vandenyse. Šis geografinis apribojimas bus taikomas giliavandenes žuvis žvejojantiems laivams, t. y. tiems laivams, kurių sugaunamas giliavandenių žuvų kiekis sudaro daugiau kaip 8 proc. viso jų laimikio per bent vieną žvejybos reisą per metus. Be to, Europos Parlamentas pasiekė, kad laivams, kurie pažeidžia reglamentą dėl giliavandenės žvejybos, būtų pradėtos taikyti konkrečios sankcijos, ir kad tam tikram skaičiui kontrolės taisyklių nebūtų taikoma jokia išimtis. Parlamento ir Tarybos derybininkai susitarė nustatyti 800 m batimetrinę ribą. Šios naujos nuostatos tikslas – geresnė pažeidžiamų jūros dugno jūrinių ekosistemų apsauga.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće koje je kompromisni tekst o ribolovu u otvorenom moru u sjeveroistočnom Atlantiku.

Ovim se Izvješćem osiguravaju uvjeti za sprječavanje značajnih negativnih utjecaja na osjetljive morske ekosustave: ribarstvo u dubokom moru bit će ograničeno na područje iz razdoblja 2009. - 2011.; plovila bit će dužna prijaviti susrete s osjetljivim morskim ekosustavima ispod dubine od 400 metara. Nadalje, povećava se pokrivenost znanstvenog promatranja za 20 %, uspostavljaju se specifične sankcije, bolji uvjeti za poboljšanje prikupljanja podataka i jača se transparentnost.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – La protection des écosystèmes de profondeur et la sauvegarde des stocks de poissons nous imposent de prendre des mesures de plus en plus strictes et de pratiquer un contrôle de plus en plus efficace. Comme ce rapport va dans ce sens, et comme les mesures préconisées ne nuiront pas à l'emploi en France, j'ai voté pour ce rapport et contre l'amendement de rejet.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against the proposal to reject the Council's position. I supported this report because the European Parliament has secured a commitment to implement sanctions for vessels violating the regulation on deep-sea fishing and a stipulation that no exemptions will be granted to certain rules.

There is agreement that there will be no bottom trawling below the depth of 800m. This new measure is intended to protect vulnerable deep-sea marine ecosystems more effectively. This is a positive step as bottom trawlers drag huge, weighted nets along the deep seafloor, devastating ecosystems, including corals and sponges that have flourished for thousands of years. Vessels found to be fishing in vulnerable marine ecosystems (VMEs) at a depth in excess of 400 metres will have to stop their operations and move. New, stricter transparency rules have also been introduced that include requirements to make information available to the public on European vessels targeting deep-sea species and to report all catches (fish and vulnerable ecosystems).

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – La réglementation en vigueur prévoit des mesures techniques restrictives contre certains engins de pêche et interdit la pêche en eaux profondes dans certaines zones. Or, ces restrictions sont insuffisantes pour garantir une pêche durable et protectrice de ces écosystèmes particulièrement fragiles. Cette proposition de règlement vise à durcir la législation actuelle notamment en interdisant le chalutage sous 800 mètres de profondeur ainsi qu'en renforçant les contrôles et les sanctions. Nous considérons que ce rapport contribuera à protéger les ressources marines et à limiter les dégâts environnementaux sans menacer l'emploi en France dans la mesure où la Scapêche, seul opérateur dans ce secteur, se retire progressivement de la pêche en eaux profondes. C'est la raison pour laquelle j'ai voté en faveur de ce texte et que je me suis opposé à l'amendement de rejet.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Pescuitul de adâncime din Atlanticul de Nord-Est s-a dezvoltat într-un ritm accelerat, pe fondul practicilor nesustenabile și al pescuitului excesiv de pe platforma continentală.

Această dezvoltare rapidă s-a produs fără a se baza pe informații cuprinzătoare referitoare la starea stocurilor de pește de adâncime, nivelul capturilor aruncate înapoi în mare sau pe efectele asupra ecosistemelor marine provocate de această activitate de pescuit.

Drept urmare, prezenta propunere urmărește să soluționeze principalele două probleme ale acestui tip de pescuit, și anume: vulnerabilitatea ridicată a stocurilor de pești de adâncime și lipsa datelor privind stocurile de pești de adâncime. Astfel, se are în vedere colectarea unor date complete referitoare la starea stocurilor de pește și protejarea ecosistemelor marine vulnerabile de pe fundul mării.

M-am exprimat în favoarea acestei propuneri deoarece consider esențială promovarea unei dezvoltări sustenabile în ceea ce privește ecosistemele marine, tocmai pentru a proteja diversitatea marină și speciile de adâncime.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Recomendación para la segunda lectura ya que garantiza, en la mayor medida posible, la explotación sostenible de las poblaciones de aguas profundas, reduciendo al mismo tiempo el impacto medioambiental de estas pesquerías. El acuerdo alcanzado mantiene la prohibición del arrastre más allá de los 800 metros sólo para aguas comunitarias, aspecto importante para garantizar una igualdad de oportunidades para los pescadores comunitarios en aguas exteriores.

Por otro lado, uno de los aspectos más polémicos de este dossier, la cobertura de observadores a bordo, se ha resuelto gracias a que el Parlamento Europeo ha rebajado su petición del 100 % al 20 % para buques que se dirijan a especies profundas, tanto en aguas comunitarias como en aguas de NEAFC (Comisión de pesca del Noreste Atlántico), incluyendo flexibilidades a la hora de gestionar esta cobertura.

Las pesquerías de aguas profundas en el Atlántico Nororiental están dominadas, en parte, por las flotas costeras tradicionales (Portugal) y, en parte, por grandes arrastreros itinerantes (Francia, España). Aunque en su conjunto representan aproximadamente el 1 % de los desembarques procedentes del Atlántico Nororiental, la viabilidad económica de determinadas comunidades pesqueras depende en cierta medida de estas pesquerías.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport équilibré qui préserve à la fois l'environnement marin et les espèces d'eau profondes, mais qui permet aussi de renforcer la durabilité de la pêche. Nous avons recherché et obtenu un accord économiquement et écologiquement durable et profondément européen. Je me réjouis ainsi que la pêche accessoire soit autorisée jusqu'à 11,5 tonnes par an tout en étant encadrée et contrôlée. Désormais, la pêche d'espèces d'eau profonde est interdite au-delà de 800 mètres de profondeur et les navires doivent éviter tout écosystème marin vulnérable entre 0 et 400 mètres de profondeur. La présence d'observateurs à bord des navires permet la collecte de données utiles à la connaissance des espèces à maturation très lente. La mise en œuvre de ce texte permet de réduire l'impact de cette pêche sur les fonds marins tout en préservant une activité de pêche durable nécessaire à notre marché européen et à l'emploi dans les zones côtières.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – La relazione in questione istituisce condizioni specifiche per la pesca degli stock di acque profonde nell'Atlantico nord–orientale e disposizioni relative alla pesca nelle acque internazionali dell'Atlantico nord-orientale.

È essenziale garantire lo sfruttamento sostenibile degli stock di acque profonde, riducendo l'impatto ambientale di questo tipo di pesca nonché migliorare la base di informazioni necessaria per la valutazione scientifica. Il regolamento approvato va proprio in questa direzione.

L'Unione europea congelerà l'impronta di pesca definendo la zona in cui saranno autorizzate le attività di pesca in acque profonde. Tale zona comprende quella in cui la pesca mirata è stata effettuata tra il 2009 e il 2011 nelle acque europee dell'Atlantico nord-occidentale. Inoltre, sono state introdotte sanzioni specifiche per le navi che violano il regolamento sulla pesca in acque profonde ed escluse deroghe per le norme di controllo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I supported the agreement reached over this file and therefore voted against an EFDD amendment to reject the text. My rationale for supporting this file was that the negotiations secured sanctions for vessels violating the Regulation on Deep-Sea Fishing and a stipulation that no exemptions would be granted to certain rules. Inter-institutional negotiations agreed that there should be no bottom trawling below the depth of 800m, which should ensure protection for vulnerable deep-sea marine ecosystems more effectively.

New transparency rules will also be introduced that include requirements to make information available to the public on European vessels targeting deep-sea species and to report all catches. This will result in enabling allowed fishing areas to be adapted.

James Carver (EFDD), *in writing*. — We supported rejection as these plans attempt to tie up arrangements in the North-East Atlantic in a manner which is damaging to the interests of the UK after we leave the European Union.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it bans bottom trawling targeting deep-water species at depths of more than 800 metres. This new provision will protect the vulnerable marine ecosystems of the deep sea bed. Provisions such as recording all catches are also included. This will improve monitoring of these fishing activities. Member States will also be required to provide information on the location of vulnerable ecosystems and the Commission will assess this data annually and adapt the allowed fishing area accordingly.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il testo, che giunge all'approvazione in seconda lettura dopo tre anni di negoziazioni, presenta elementi importanti e positivi. Tra questi: il divieto della pesca a strascico sotto gli 800 metri (limite che passa a 400 metri nel caso di aree con ecosistemi particolarmente sensibili), un aumento dei controlli e della tutela ambientale, più stringenti regole di trasparenza. Ho votato senza dubbio a favore.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Gli ecosistemi e le specie di acque profonde sono molto vulnerabili alla pesca e sempre più a rischio: le specie di acque profonde infatti sono caratterizzate da una debole produttività biologica, il che implica che possono sostenere solo livelli bassi di sfruttamento. Ci sono obblighi europei chiari per la protezione di tali specie e per la difesa dei fondali marini, obblighi che i paesi membri sono chiamati a rispettare rigorosamente.

La relazione, per la quale ho ritenuto di esprimere voto favorevole, ha il merito di introdurre sanzioni specifiche per le navi che violano il regolamento sulla pesca in acque profonde e il merito di aver dettato nuove disposizioni allo scopo di proteggere meglio i fondali marini.

Ritengo in proposito che le nuove norme per la registrazione di tutte le catture in acque profonde possano rappresentare una garanzia di trasparenza dell'operato sulle navi da pesca e che il coinvolgimento degli osservatori scientifici sulle navi possa non solo assicurare una proficua raccolta di dati scientifici, ma anche rafforzare il legame tra ricerca e imprese ittiche.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε την έκθεση, καθώς αυτή εμπεριέχει αρκετά σημεία με τα οποία διαφωνούμε.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε σχετικά με την πρόταση απόρριψης της σύστασης για τη θέσπιση ειδικών όρων όσον αφορά την αλιεία αποθεμάτων βαθέων υδάτων στον Βορειοανατολικό Ατλαντικό και διατάξεων όσον αφορά την αλιεία σε διεθνή ύδατα του Βορειοανατολικού Ατλαντικού. Καθώς θεωρώ πως η σύσταση εμπεριέχει θετικά στοιχεία που δρουν σε όφελος του περιβάλλοντος αλλά και των οικονομικών δραστηριοτήτων που σχετίζονται με την αλιεία, καταψήφισα την πρόταση απόρριψης.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Plaudo all'adozione di un nuovo regolamento dal momento che si rende quanto più necessario istituire misure efficaci per risolvere la vulnerabilità degli stock e stabilire un livello di pesca sostenibile atto alla protezione degli habitat e alla riduzione delle catture accessorie indesiderate in tutto l'Atlantico nord-orientale.

In particolare, condivido pienamente l'introduzione del divieto assoluto di pesca oltre il limite batimetrico di 800 metri in virtù del fatto che la pesca in acque profonde prevede il raschiamento dei fondali. Per di più, essa ha come obiettivo principale specie ittiche dotate di crescita lenta e ad alta vulnerabilità, perciò auspico che una tale disposizione possa essere decisiva. Parimenti, approvo sia stabilito l'obbligo di pubblicità per le navi operanti la pesca profonda, ossia per le quali tale attività rappresenta più dell'8 per cento delle catture totali in almeno un'uscita nel corso dell'anno.

Si rende dunque indispensabile non solo l'istituzione di un registro delle catture, ma anche l'impegno degli Stati membri a delimitare geograficamente le aree in cui è consentita la pesca profonda e di fornire dati e studi di impatto relativi alla vulnerabilità dell'ecosistema.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the vote on North-East Atlantic: deep-sea stocks and fishing in international waters. I support establishing specific conditions for fishing for deep-sea stocks in the North-East Atlantic and provisions for fishing in international waters of the North-East Atlantic. I support banning bottom trawling targeting deep-water species which are mainly slow-growing and at risk of over-exploitation. I rejected the proposal to reject the Council position.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — We supported rejection as these plans attempt to tie up arrangements in the north east Atlantic in a manner which is damaging to the interests of the UK after we leave the European Union.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento, in quanto lo scopo principale della proposta è di stabilire condizioni specifiche per la pesca di stock nelle acque profonde dell'Atlantico nord-orientale e regolamentare attraverso disposizioni specifiche la pesca nelle acque internazionali dell'Atlantico nord-orientale. Questa nuova disposizione sarà in grado di proteggere gli ecosistemi marini vulnerabili presenti in mare in profondità, garantendo una pesca più sostenibile e diminuendo la cattura di pesci indesiderati.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra de la enmienda de rechazo a la posición del Consejo en primera lectura, porque considero positivo que se congele la huella de pesca en aguas profundas y se estipulen sanciones específicas para los buques que incumplan la normativa. Los equipos negociadores del Parlamento y del Consejo llegaron a un acuerdo sobre la propuesta de la Comisión el 30 de junio de 2016, estableciendo un límite de profundidad de 800 metros para la pesca de arrastre, con la que se pretende garantizar la protección de los ecosistemas marinos vulnerables. También es una buena noticia la obligación de los buques de salir de las zonas de pesca de más de 400 metros de profundidad cuando se encuentren en ecosistemas vulnerables. Las nuevas normas de transparencia sobre la actividad pesquera en aguas profundas y su impacto, así como la introducción de observadores científicos a bordo de un 20 % de los barcos deberían también servir para avanzar en esta misma dirección. Por esta razón no apoyo la enmienda que pretendía rechazar la posición del Consejo en primera lectura.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Troska o ochronę i zachowanie nienaruszalności bogactwa wód Atlantyku jest mi niezmiernie bliska. UE ma znacznej wielkości dalekomorską flotę rybacką dokonującą połowów w strefie głębinowej mórz. W toku badań wykazano, że rybołówstwo dalekomorskie (w szczególności wykorzystujące trawlery denne) nieodwracalnie niszczy dno morskie i organizmy, które tam się znajdują m.in. koralowce, kolonie gąbek i ekosystemy podwodnych gór. Osiągnięte porozumienie pomiędzy UE a głównymi uczestnikami rynku rybołówstwa dalekomorskiego pozwala na wprowadzenie do rozporządzenia rozwiązań przyczyniających się do ochrony bogactwa oceanu. Rozporządzenie wprowadza między innymi zakaz połowów z użyciem włoków dennych oraz ustanowienie geograficznego obszaru oddziaływania dla statków, tak aby mogły dokonywać połowów jedynie na obszarach, na których wcześniej poławiano. Wdrożenie zasady oddalenia się statku – w przypadku odkrycia wrażliwych ekosystemów morskich statki nie mogą korzystać ze sprzętu połowowego. Uważam, że należy dążyć do wzmocnienie środków kontrolnych w celu zagwarantowania przestrzegania zasad przez wszystkie strony. Niemniej jednak nie mogę zgodzić się ze stawianym wnioskiem przez EFFD za odrzuceniem stanowiska Rady. Zagłosowałem przeciwko wnioskowi mając na uwadze ochronę wód Atlantyku.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Fishing stocks need to be conserved, and thus I am in favour of this recommendation as it enables the Union to freeze its fishing footprint by specifying areas that allow deep-sea fishing. This compromise is also in line with the CFP reform and thus ensures conditions for preventing significant adverse impacts on vulnerable marine ecosystems.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I was pleased to support this report ending deep sea trawling, which strikes the right balance between measures to conserve and protect the seabed whilst not imposing overly complex and expensive burdens on the fishing industry.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif propose d'établir des conditions spécifiques à la pêche des stocks d'eau profonde dans les eaux internationales de l'Atlantique du Nord-Est. L'objectif de ce texte est d'assurer une meilleure gestion des stocks de poisson dans cette région, dont le taux de renouvellement est particulièrement vulnérable à la surexploitation. À ce titre, il interdit le chalutage de fond à plus de 800 mètres de profondeur. Dans le même temps, bien que les pêcheries en eau profonde ne représentent environ qu'1% des débarquements en provenance de l'Atlantique, de nombreux professionnels dépendent de ce type de pêche pour maintenir leur activité. Considérant qu'un équilibré favorable aux positions défendues par mon groupe a été trouvé, j'ai soutenu ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – We supported rejection as these plans attempt to tie up arrangements in the north east Atlantic in a manner which is damaging to the interests of the UK after we leave the European Union.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai approuvé le règlement établissant des conditions spécifiques pour la pêche des stocks d'eau profonde dans l'Atlantique du Nord-Est ainsi que des dispositions relatives à la pêche dans les eaux internationales de l'Atlantique du Nord-Est. La pêche en eau profonde, si elle n'est pas encadrée, représente un risque considérable pour la gestion durable des stocks de poissons. C'est pourquoi nous avons adopté ce règlement qui vient contrôler la pêche en eau profonde en la soumettant à des autorisations, en interdisant la pêche à plus de 800 mètres de profondeur, en délimitant les zones dans lesquelles elle peut être pratiquée et en imposant une présence accrue d'observateurs scientifiques à bord des navires.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Les eaux profondes constituent le plus grand écosystème de la planète, mais aussi l'un des plus sensibles. Le chalutage profond est une méthode de pêche qui détruit les grands fonds. Équipés de plaques métalliques, les filets labourent les fonds de mer, écrasant et détériorant des écosystèmes qui mettent plusieurs milliers d'années à se reconstruire.

Pour lutter contre ce fléau, l'Union vient d'approuver une interdiction totale de la pêche en dessous de 800 mètres dans les eaux européennes. Cette décision est une première au niveau mondial.

Il est vital, pour l'équilibre des mers et pour l'équilibre même de la pêche – en particulier pour la pêche à petite échelle, artisanale et côtière – de permettre le renouvellement de ces ressources. Celles-ci sont un bien commun, que l'on se doit de préserver. Cette décision est donc une excellente nouvelle.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport et contre l'amendement proposant de le rejeter.

La pêche en eaux profondes est pratiquée dans les eaux de l'Union européenne et dans les eaux internationales régies par des accords au sein de la Commission des pêches de l'Atlantique du Nord-Est (CPANE). Dans l'Union européenne, cette pêche est réglementée depuis 2003.

Ces réglementations, qui prévoient souvent des mesures techniques comme l'interdiction des filets maillants, n'ont pas résolu la question de la surpêche. En outre, les chaluts de fond endommagent les écosystèmes, avec 20 à 40% des captures accidentelles.

La nouvelle proposition de réglementation est donc plus rigoureuse. Elle prévoit, notamment, l'interdiction du chalutage sous 800 mètres de profondeur et le renforcement des contrôles à bord et des sanctions.

Initialement favorable à la pêche en eaux profondes du fait des emplois concernés, le Front National prend acte du retrait progressif de la seule société française active dans ce secteur d'activité. Nous n'avons plus aucune raison de soutenir cette pratique, qui cause des problèmes environnementaux certains.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Το κείμενο που προτείνει η Κομισιόν αποτελεί τη σύσταση για 2η ανάγνωση και αφορά στην πρόθεση της Ευρωπαϊκής Ένωσης να διευκρινίσει σε ποια περιοχή του Βορειοανατολικού Ατλαντικού θα επιτρέπεται η αλιεία βαθέων υδάτων. Το γεωγραφικό αυτό όριο θα ισχύει για τα σκάφη των οποίων πάνω από το 8% του συνολικού αλιεύματος σε ένα τουλάχιστον αλιευτικό ταξίδι ετησίως αποτελείται από είδη βαθέων υδάτων.

Τα κράτη μέλη θα κληθούν να παρέχουν πληροφορίες για τη γεωγραφική θέση των ευπαθών οικοσυστημάτων (εκτιμήσεις επιπτώσεων), η δε Επιτροπή θα αξιολογεί τα στοιχεία αυτά κατ' έτος και θα αναπροσαρμόζει την επιτρεπόμενη αλιευτική περιοχή αναλόγως.

Η τροπολογία του EFDD απορρίπτει την εν λόγω πρόταση. Εκτιμάται όμως ότι υποβλήθηκε καθαρά με γνώμονα τα συμφέροντα του Ηνωμένου Βασιλείου και όχι της προστασίας των αλιευμάτων.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report on deep sea stocks and fishing in international waters in the North-East Atlantic to protect vulnerable ecosystems from destructive fishing practices and overfishing. Wales has a unique and treasured coastline and protecting our natural assets is essential to our economy as well as our environment.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. — Ho votato a favore di questa relazione che mette dei paletti chiari e stringenti per limitare i danni della pesca a strascico vietandola al di sotto degli 800 metri di profondità, limite che sale a 400 metri nel caso di aree con ecosistemi particolarmente sensibili. La tutela degli ambienti marini, per la loro fragilità e delicatezza, è di particolare importanza soprattutto per quel che riguarda ambienti ancora poco conosciuti come i fondali marini e le acque profonde.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A proposta prevê novas regras para a pesca de espécies de profundidade no Atlântico Nordeste, que incluem uma proibição geral da pesca com redes de arrasto abaixo dos 800 metros de profundidade e um sistema de proteção dos ecossistemas marinhos vulneráveis em zonas em que a pesca em certas condições ainda é permitida.

O regulamento prevê, ainda, medidas de proteção especiais para ecossistemas marinhos vulneráveis aplicáveis às operações com artes de pesca de fundo abaixo dos 400 metros de profundidade; a limitação da pesca dirigida a espécies de profundidade à zona em que essa atividade teve lugar em 2009-2011 (a chamada «pegada da pesca»); a introdução de dois tipos de autorização de pesca, umas para os navios que desembarcam mais de 8 % de espécies de profundidade em cada saída de pesca e, pelo menos, 10 toneladas no ano civil em causa, e outras para os navios que capturam estas espécies enquanto capturas acessórias.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Pour le rapport et contre l'amendement de rejet: la réglementation en vigueur prévoit des mesures techniques restrictives contre certains engins de pêche (interdiction des filets maillants) et interdisent la pêche en eaux profondes dans certaines zones. Mais ces restrictions ne suffisent pas à garantir une pêche durable et protectrice de ces écosystèmes particulièrement fragiles.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este é um dossiê complexo, cuja discussão se desenrola há mais de três anos.

O compromisso a que finalmente se chegou é razoável do ponto de vista dos objetivos preconizados e das soluções apontadas – o que não acontecia com a proposta inicial da Comissão Europeia.

O Regulamento prevê que a UE congele a sua «pegada de pesca». O limite de profundidade de pesca é de 800 metros, tendo em vista a salvaguarda dos ecossistemas marinhos de profundidade.

Os navios que pesquem em ecossistemas marinhos vulneráveis a uma profundidade superior a 400 metros terão de parar as suas operações e deslocar-se, pelo menos, cinco milhas náuticas da zona de pesca em causa.

O Regulamento prevê melhorias ao nível da transparência, da disponibilização de informação e da recolha de dados científicos – aspetos que valorizamos.

Defendemos que se devia ter ido mais longe no domínio das águas internacionais (zonas ICES), onde se desenvolvem atividades de pesca que importava submeter a uma regulamentação mais estrita, com isso beneficiando os recursos que evoluem nas águas dos Açores e da Madeira – regiões onde há muito se adotaram medidas específicas de proteção de ecossistemas marinhos vulneráveis, mas que acabam por ser afetadas por atividades de pesca desenvolvidas por frotas europeias em áreas mais setentrionais.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Predmetný kompromisný text predstavuje vyváženú legislatívu v oblasti hlbinného rybolovu v severovýchodnom Atlantiku. Text je v súlade so zásadami nového základného nariadenia a reformy, ktorá zabezpečuje podmienky pre prevenciu nepriaznivého vplyvu na citlivé morské ekosystémy. Plavidlá budú povinné hlásiť stretnutie s citlivými morskými ekosystémami v hĺbke 400 metrov a okamžite zastaviť prevádzku a presunúť sa do oblasti najmenej 5 námorných míľ od miesta stretnutia. Predmetnou reformou by sa mala zvýšiť aj účasť vedeckých pozorovateľov o 20 %.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη σύσταση για τη δεύτερη ανάγνωση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έκδοσης κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τη θέσπιση ειδικών όρων όσον αφορά την αλιεία αποθεμάτων βαθέων υδάτων στον Βορειοανατολικό Ατλαντικό και διατάξεων όσον αφορά την αλιεία σε διεθνή ύδατα του Βορειοανατολικού Ατλαντικού καθώς και για την κατάργηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 2347/2002, καθώς δεν με ικανοποιεί με όσα αναφέρει. Τα κράτη μέλη θα κληθούν να παρέχουν πληροφορίες για τη γεωγραφική θέση των ευπαθών οικοσυστημάτων (εκτιμήσεις επιπτώσεων), η δε Επιτροπή θα αξιολογεί τα στοιχεία αυτά κατ' έτος και θα αναπροσαρμόζει την επιτρεπόμενη αλιευτική περιοχή αναλόγως.

Η τροπολογία του EFDD απορρίπτει την εν λόγω πρόταση. Εκτιμάται όμως ότι υποβλήθηκε καθαρά με γνώμονα τα συμφέροντα του Ηνωμένου Βασιλείου και όχι της προστασίας των αλιευμάτων.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is an improvement in fishing policy which seeks to help preserve fish stocks and mitigate the damage being done by deep sea trawlers. I am especially pleased to see a tightening of control measures which will hopefully ensure that all fishermen, from all Member States, are following the same rules.

These new rules strike the right balance between protection methods, without adding an extra level of complexity and burdens on the industry.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I strongly support this compromise text on deep-sea fishing in the North-East Atlantic. It is in line with the principles of the new Basic Regulation/CFP Reform and it ensures conditions for preventing significant adverse impacts on vulnerable marine ecosystems. Targeted deep-sea fishing will be limited to the area where it occurred in 2009-2011 (freezing the 'footprint area'); fishing with bottom trawls below 800 metres will be prohibited; vessels will be obliged to report encounters with vulnerable marine ecosystems below a depth of 400 metres and to immediately stop operations and move to an area at least five nautical miles away from the area of encounter. Furthermore, it includes an increased scientific observer coverage of 20%, establishes specific sanctions, better conditions for improving data collection and stronger transparency rules. Member States will finally be required to provide information on the location of vulnerable ecosystems and the Commission will assess this data annually and adapt the allowed fishing area accordingly.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I supported a rejection of this recommendation as these plans attempt to tie up arrangements in the north east Atlantic in a manner which is damaging to the interests of the UK after we leave the European Union.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report given it simplifies the system currently in place for managing deep-sea stocks and fishing in international waters and allows us to take action to stop destructive impact of bottom trawls.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa soluzione di compromesso perché mi preme che l'intervento del Parlamento europeo non vada a discapito di chi opera in questo settore e di chi beneficia e vive dell'indotto della pesca, soprattutto della pesca artigianale.

Come tante volte sottolineato al fianco delle associazioni di categoria, dobbiamo cercare di scegliere al termine dei nostri dibattiti le soluzioni meno penalizzanti per gli operatori, come la rimodulazione degli attrezzi da pesca, le chiusure spazio-temporali e i sistemi di tracciabilità. Applicare i principi della *blue economy* nei nostri interventi va di pari passi con il contrasto alle pratiche illegali attuate da chi sottrae risorse vitali ai nostri mari.

Il depauperamento della ricchezza dei nostri mari e la limitazione delle risorse marine non devono tradursi sempre e per forza in limitazioni senza considerare la natura economica del settore, da cui dipendono molte famiglie. La tutela delle risorse marine non è in contrasto con queste priorità.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor porque entiendo la Recomendación como positiva, ya sea por el aumento de los niveles de transparencia, como el control de las pesquerías con alto impacto, o porque se asegure el límite de profundidad por encima de los 800 metros, excepto para los ecosistemas marinos vulnerables, donde se debería colocar un límite de 400 metros.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I voted to support this compromise text on deep-sea fishing in the North-East Atlantic which is in line with the principles of the new Basic Regulation/CFP Reform. It also ensures conditions for preventing significant adverse impacts on vulnerable marine ecosystems, establishes specific sanctions, better conditions for improving data collection and stronger transparency rules.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Recomendación para la segunda lectura ya que garantiza, en la mayor medida posible, la explotación sostenible de las poblaciones de aguas profundas, reduciendo al mismo tiempo el impacto medioambiental de estas pesquerías. El acuerdo alcanzado mantiene la prohibición del arrastre más allá de los 800 metros sólo para aguas comunitarias, aspecto importante para garantizar una igualdad de oportunidades para los pescadores comunitarios en aguas exteriores.

Por otro lado, uno de los aspectos más polémicos de este dossier, la cobertura de observadores a bordo, se ha resuelto gracias a que el Parlamento Europeo ha rebajado su petición del 100 % al 20 % para buques que se dirijan a especies profundas, tanto en aguas comunitarias como en aguas de NEAFC (Comisión de pesca del Noreste Atlántico), incluyendo flexibilidades a la hora de gestionar esta cobertura.

Las pesquerías de aguas profundas en el Atlántico Nororiental están dominadas, en parte, por las flotas costeras tradicionales (Portugal) y, en parte, por grandes arrastreros itinerantes (Francia, España). Aunque en su conjunto representan aproximadamente el 1 % de los desembarques procedentes del Atlántico Nororiental, la viabilidad económica de determinadas comunidades pesqueras depende en cierta medida de estas pesquerías.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this regulation on establishing new rules for fishing in the North-East Atlantic. When fish stocks on the continental shelf started declining at the end of the 1980s due to overfishing and unsustainable practices, the fishing industry started targeting deep-sea species. The development of industrial fisheries in the EU over the last four decades led to a critical stock depletion and destruction of marine habitat.

The new regulation strengthens the protection of deep-sea habitats by setting stricter conditions on deep-sea fisheries. The cornerstone measure is the ban on bottom trawling fisheries below 800 metres in EU waters, which entails an important precedent worldwide. I was also particularly happy to support a new effort to ensure the collection of scientific data; 20% of vessels will now be required to have a scientific observer on board.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. It ensures conditions for preventing significant adverse impacts on vulnerable marine ecosystems and establishes better conditions for improving data collection and stronger transparency rules.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Preporuku za drugo čitanje o stajalištu Vijeća u prvom čitanju s ciljem donošenja uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o utvrđivanju posebnih uvjeta za ribolov dubokomorskih stokova u sjeveroistočnom Atlantiku i odredaba za ribolov u međunarodnim vodama sjeveroistočnog Atlantika te o stavljanju izvan snage Uredbe Vijeća (EZ) br. 2347/2002.

Ova Preporuka, za koju sam glasao, skreće pozornost na utvrđivanje područja u kojem su dozvoljene aktivnosti dubokomorskog ribolova u vodama EU-a i sjeveroistočnog Atlantika i to za plovila u čijem je ukupnom ulovu udio navedene ribe veći od 8 posto u barem jednom ribolovnom izlasku tijekom godine. Za brodove koji krše propise uvest će se posebne sankcije, a ujedno su u ovoj Preporuci dogovorena i ograničenja dubine na kojoj plovila mogu obavljati ribolovne aktivnosti.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je soutiens ce rapport qui est un compromis satisfaisant entre l'interdiction totale de la pêche en eaux profondes et la protection des écosystèmes marins. Les dommages causés par les chalutiers peuvent en effet s'avérer irremplaçables aussi bien pour l'environnement que pour les stocks en raison du taux important de captures accidentelles. Néanmoins, les restrictions prescrites par la règlementation en vigueur semblent parvenir à garantir une protection efficace. L'expertise d'observateurs scientifiques permettra de déterminer avec certitude la potentielle un niveau de pêche viable.

J'ai voté contre la position du Conseil.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I supported this recommendation because I am in favour of higher standards of protection of the marine environment. I consider the total ban on bottom trawling below 800 metres a necessary measure in order to preserve the marine ecosystem in EU waters. I am glad that the European Parliament took a common step towards proper regulation and the development of industrial fisheries. I hope that this ban, together with the identification of fishing zones and mandatory impact assessments, will help to avoid further destruction of deep-sea marine life. The European Union should maintain its position of the key player leading by example in the area of environmental protection.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Isabelle Thomas relatif à la pêche en eau profonde. Ce rapport vise à assurer l'exploitation durable des stocks d'eau profonde tout en réduisant au maximum l'impact environnemental de cette pêche. L'un des objectifs principaux du texte est ainsi d'améliorer les connaissances scientifiques sur les espèces d'eau profonde et leurs habitats. J'ai soutenu cet accord que je juge équilibré car il permet une pêche durable des espèces d'eau profondes tout en veillant à la préservation des écosystèmes vulnérables ainsi qu'à la préservation des stocks d'espèces d'eau profonde, caractérisés par leur croissance très lente.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai approuvé en deuxième lecture ce rapport qui établit des conditions spécifiques à la pêche des stocks d'eau profonde dans l'Atlantique du Nord-Est et des dispositions relatives à la pêche dans les eaux internationales de ce même océan qui visent à protéger l'écosystème. La pêche en haute mer de l'Atlantique du Nord-Est cible en effet des espèces qui sont en croissance lente et particulièrement vulnérables en raison d'une surexploitation. Ce rapport interdit le chalutage de fond visant les espèces d'eau profonde ce qui protégera les écosystèmes marins vulnérables.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, as it is in line with the principles of the new Basic Regulation / CFP Reform and ensures conditions for preventing significant adverse impacts on vulnerable marine ecosystems.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report since we need to protect vulnerable deep-sea species and ecosystems from the harmful impact of bottom-fishing. As the current management regime of deep-sea fishing has led to the depletion of many deep-sea ecosystems, I consider reforming the regime and setting more specific conditions to be a necessary action.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I voted in favour because it is our moral duty to reduce the destructive impact on the marine ecosystem that has been caused by the use of bottom trawls in international waters. As a matter of fact, deep sea stocks are very vulnerable to fishing, stock depletion can occur within a short period of time, and recovery might take very long or even fail. Therefore, I urge the EU to impose a ban on fishing below a depth of 800 metres in the North-East Atlantic in order to protect vulnerable deep-sea marine ecosystems more effectively. I encourage the EU to insert stronger transparency safeguards, by including obligations to provide public information on EU vessels targeting deep-sea species and to report all catches (fish and vulnerable ecosystems). In general, I believe that the EU should lead global and regional efforts to promote more responsible deep-sea exploitation and to boost protection of deep-sea ecosystems.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Con il presente accordo, l'UE definisce quale sarà la zona in cui verranno autorizzate le attività di pesca in acque profonde. La zona delimitata prevede l'applicazione di un limite batimetrico, quale quello di 800 metri, alle navi che pescano in modo diretto alle specie profonde, ovvero almeno un'uscita di pesca nel corso dell'anno, con lo scopo di proteggere meglio gli ecosistemi marini vulnerabili dei fondali marini.

Per le navi che violano le normative vigenti sulla pesca in acque profonde, il PE ha previsto l'introduzione di sanzioni specifiche. È stato previsto che oltre i 400 metri e in caso di catture in ecosistemi vulnerabili, i pescherecci che praticano l'attività di pesca profonda dovranno cessare le attività e allontanarsi di almeno 5 miglia dalla zona di cattura dell'ecosistema. Per queste ragioni il PE ha previsto l'introduzione di norme rigorose in materia di trasparenza, compreso l'obbligo di fornire i dati delle navi che pescano nelle acque profonde e l'obbligo degli Stati membri di fornire tutti i dati idonei alla localizzazione di detti ecosistemi vulnerabili.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Par le vote du rapport de la socialiste Isabelle Thomas, le Parlement retourne un vote de décembre 2013 qui autorisait le chalutage en eau profonde, mais qui peut avoir des effets catastrophique sur les fonds marins et leur écosystème.

Cette pêche sera dès lors limitée au-delà des 800 mètres de profondeur, et encadrée par des observations scientifiques ainsi que l'enregistrement des captures réalisées. Il ne s'agit donc pas d'interdire les navires avec ce type d'équipements, ils sont 760, mais d'interdire l'utilisation de ces équipements lourds dans des espaces fragiles -les grands fonds- qui nous sont encore très peu connus.

J'ai donc soutenu ce rapport.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je suis plutôt favorable au rapport intitulé «Atlantique du Nord-Est: stocks d'eau profonde et pêche dans les eaux internationales» et j'ai donc voté contre l'amendement de rejet. Je considère que le rapport est un bon compromis. Il oeuvre pour la protection des écosystèmes marins, sans pour autant plaider pour l'interdiction totale de la pêche en eaux profondes.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Un amendement proposait ici de rejeter le texte élaboré en commission Pêche. Ce texte propose une réglementation plus restrictive de la pêche en eaux profondes, afin de résoudre plusieurs problèmes: en premier lieu, la vulnérabilité des stocks de ces poissons; deuxièmement, l'endommagement des écosystèmes marins que génèrent ces grands chaluts de profondeur; enfin, l'incertitude quant à la durabilité de ces niveaux de pêche. Pour pallier ces problèmes et préserver l'avenir, je soutiens la mise en place de mesures plus restrictives et soutiens ce rapport. J'ai donc voté contre l'amendement qui souhaitait rejeter ce texte.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra de la enmienda de rechazo a la posición del Consejo en primera lectura, porque considero positivo que se congele la huella de pesca en aguas profundas y se estipulen sanciones específicas para los buques que incumplan la normativa. Los equipos negociadores del Parlamento y del Consejo llegaron a un acuerdo sobre la propuesta de la Comisión el 30 de junio de 2016, estableciendo un límite de profundidad de 800 metros para la pesca de arrastre, con la que se pretende garantizar la protección de los ecosistemas marinos vulnerables. También es una buena noticia la obligación de los buques de salir de las zonas de pesca de más de 400 metros de profundidad cuando se encuentren en ecosistemas vulnerables. Las nuevas normas de transparencia sobre

la actividad pesquera en aguas profundas y su impacto, así como la introducción de observadores científicos a bordo de un 20 % de los barcos deberían también servir para avanzar en esta misma dirección. Por esta razón no apoyo la enmienda que pretendía rechazar la posición del Consejo en primera lectura.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Por el presente texto, el Parlamento aprueba la posición del Consejo en primera lectura von vistas a la adopción del Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo por el que se establecen condiciones específicas aplicables a la pesca de poblaciones de aguas profundas en el Atlántico Nororiental y disposiciones relativas a la pesca en aguas internacionales del Atlántico Nororiental, y se deroga el Reglamento (CE) n.º 2347/2002 del Consejo.

Esta propuesta, aprobada en la Comisión de Pesca con una muy considerable mayoría, ha transigido en una serie de puntos importantes, como lo son la acogida de nuevas normas de transparencia más exigentes a través, por ejemplo, del registro de todas las capturas, la fijación de un límite batimétrico de 800 metros para proteger mejor los ecosistemas más vulnerables de los fondos marinos o el establecimiento de sanciones a los buques que infrinjan estas normas, sin que nadie quede impune en el caso de varias normas de control.

Éstas sólo son algunas de las nuevas medidas que, en mi opinión, van a contribuir significativamente al objetivo de una pesca sostenible.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Zdržel jsem se. Vzhledem k tomu, že Česká republika nemá moře, nechávám rozhodnutí týkající se regulace rybolovu na členských státech, kterých se to týká.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europska unija zamrznut će ribolovni otisak utvrđivanjem područja u kojem su dozvoljene aktivnosti dubokomorskog ribolova, što uključuje zonu ciljanih ribolovnih aktivnosti poduzetih u razdoblju od 2009. do 2011. u vodama EU-a i sjeveroistočnog Atlantika. To geografsko ograničenje primjenjivat će se na plovila koja obavljaju ribolov dubokomorskih vrsta, a za brodove koji krše propise o dubokomorskom ribolovu uvode se posebne sankcije. Dogovoreno je ograničenje dubine ribolova od 800 metara, a cilj te nove mjere je učinkovitija zaštita osjetljivih morskih ekosustava.

Parlament je uveo i nova pravila o transparentnosti koja uključuju obaveze informiranja javnosti o europskim plovilima koja obavljaju ribolov dubokomorskih vrsta i obavještavanja o svim ulovima. Države članice također će biti obvezne pružati informacije o položaju osjetljivih ekosustava, a Komisija će svake godine ocjenjivati te podatke i prilagođavati područje dozvoljenog ribolova.

S obzirom na to da je stajalište Vijeća u prvom čitanju u skladu sa sporazumom postignutim u okviru trijalogâ, nisam podržala prijedlog da se odbaci stajalište Vijeća.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The regulation must have the following aims: to prevent significant adverse impacts on vulnerable marine ecosystems and ensure the long-term conservation of deep sea fish stocks; to minimise and where possible prevent by-catches; to apply the precautionary and ecosystem approaches to fisheries management; and to ensure that the Union measures aimed at the sustainable management of deep-sea fish stocks are consistent with resolutions adopted by the General Assembly of the United Nations.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απείχα κατά την ψηφοφορία της τροπολογίας σχετικά με τη σύσταση για τη δεύτερη ανάγνωση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έκδοσης κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τη θέσπιση ειδικών όρων όσον αφορά την αλιεία αποθεμάτων βαθέων υδάτων στον Βορειοανατολικό Ατλαντικό και διατάξεων όσον αφορά την αλιεία σε διεθνή ύδατα του Βορειοανατολικού Ατλαντικού καθώς και για την κατάργηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 2347/2002, διότι η εν λόγω σύσταση για τη δεύτερη ανάγνωση δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la proposition du Conseil.

La proposition du Conseil vise à renforcer des mesures techniques restrictives contre certains engins de pêche en eaux profondes de l'Atlantique du Nord-Est. La réglementation actuellement en vigueur envisage déjà certaines restrictions mais elles ne sont pas suffisantes pour protéger les écosystèmes, pourtant très fragiles, et pour garantir une pêche durable dans ces eaux. Nous soutenons donc cette règlementation en la considérant favorable à la protection des ressources marines.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta Recomendação para segunda leitura visa a aprovação de um relatório de regulamentação das pescas nas águas da UE no Atlântico Nordeste.

Uma das medidas previstas é a definição da zona onde as atividades de pesca de profundidade serão autorizadas, propondo-se sanções concretas para os navios que violem o disposto no regulamento.

Com efeito, as medidas propostas revelam uma forte preocupação na salvaguarda dos ecossistemas marinhos vulneráveis e das zonas biologicamente sensíveis, sendo assegurada a sustentabilidade do ecossistema. Votei a favor.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. — Τάσσομαι υπέρ της έκδοσης κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τη θέσπιση ειδικών όρων όσον αφορά την αλιεία αποθεμάτων βαθέων υδάτων στον Βορειοανατολικό Ατλαντικό και διατάξεων όσον αφορά την αλιεία σε διεθνή ύδατα του Βορειοανατολικού Ατλαντικού καθώς και για την κατάργηση του κανονισμού. Επιβάλλεται το Κοινοβούλιο να εισαγάγει καινούργιους και αυστηρότερους κανόνες διαφάνειας οι οποίοι θα περιλαμβάνουν και υποχρεώσεις δημοσιοποίησης πληροφοριών σχετικά με τα ευρωπαϊκά σκάφη που στοχεύουν είδη βαθέων υδάτων και υποβολής αναφορών για όλα τα αλιεύματα του οικοσυστήματος.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu Parlamentui pateiktai Tarybos pozicijai dėl giliavandenių žuvų išteklių ir jų žvejybos šiaurės rytų Atlanto tarptautiniuose vandenyse. Tarybos pasiūlyme nustatomos zonos, kuriose bus leidžiama vykdyti gelminę žvejybą. Šis geografinis apribojimas bus taikomas giliavandenes žuvis žvejojantiems laivams. Laivams, kurie pažeidžia reglamentą dėl giliavandenės žvejybos, bus pradėtos taikyti konkrečios sankcijos. Tikiuosi, jog dėl šių pakeitimų bus užtikrinta geresnė pažeidžiamų jūros dugno jūrinių ekosistemų apsauga.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Après l'adoption de la position du Parlement en première lecture en séance plénière le 10 décembre 2013, les négociations en trilogue ont commencée pour parvenir à un accord en juillet 2016. La pêche au chalut en eau profonde est interdite à partir de 800 m et à partir de 400m pour les zones dites «d'environnement marin vulnérable».

De plus l'empreinte de pêche sera gelée et limitée aux zones dans laquelle la pêche ciblée a eu lieu entre 2009 et 2011. Enfin Le Parlement a introduit de nouvelles règles en matière de transparence en incluant l'obligation d'informer le public sur les navires européens ciblant les espèces d'eau profonde et de déclarer toutes les captures (poissons et écosystèmes vulnérables). J'aurai voulu plus et mieux. Le résultat négocié limite la prédation sur l'écosystème marin tout en contribuant à la durabilité du secteur de la pêche. Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à renforcer la protection des stocks et la règlementation de la pêche en eau profonde dans l'atlantique du Nord-Est. Ce type de pêche n'étant plus rentable, le dernier opérateur français concerné dans ce secteur, se retire progressivement. Les dégâts occasionnés sur l'environnement et l'écosystème marin, sans compter la quasi-impossibilité de reconstitution des stocks m'ont poussé à voter pour ce rapport qui n'aura pas d'incidence sur le tissu économique français et à voter contre l'amendement de rejet.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je salue la position prise par le Parlement européen concernant le règlement relatif à la pêche dans l'Atlantique du Nord-Est. Concernant la pêche dans les eaux européennes, ce Règlement comprend notamment l'interdiction du chalutage de fond en dessous de 800 mètres et vise à protéger les écosystèmes des fonds marins. Je me réjouis que la politique européenne en matière de pêche accomplisse un pas supplémentaire en direction d'une gestion responsable des ressources et d'une protection accrue des environnements marins ; et en particulier ici les écosystèmes les plus vulnérables.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Parlament 2013. december 10-én fogadta el első olvasatban álláspontját a Bizottságnak a mélytengeri állományoknak az Atlanti-óceán északkeleti részén történő halászatára vonatkozó egyedi feltételek és az Atlanti-óceán északkeleti részének nemzetközi vizein folytatott halászatra vonatkozó rendelkezések megállapításáról, valamint a 2347/2002/EK tanácsi rendelet hatályon kívül helyezéséről szóló európai parlamenti és tanácsi rendeletre vonatkozó javaslatáról. A Tanács ezt követően 2014 januárja és 2015 novembere között részletesen megvitatta a javaslatot. A 2015. november 17-e és 2016. június 30-a közötti időszakban tartott ötfordulós háromoldalú egyeztetés eredményeként a Parlament és a Tanács tárgyalócsoportjai megállapodásra jutottak a javaslatról. A megállapodás szövegét 2016. július 12-én elfogadta a Halászati Bizottság Ezt követően a Tanács elfogadta a megállapodást megerősítő első olvasatbeli álláspontját.

A Halászati Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament értsen egyet a Tanács első olvasatban elfogadott álláspontjával, tekintettel arra, hogy az összhangban van a háromoldalú egyeztetés során elért megállapodással. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La réglementation en vigueur prévoit des mesures techniques restrictives contre certains engins de pêche (interdiction des filets maillants) et interdisent la pêche en eaux profondes dans certaines zones. Mais ces restrictions ne suffisent pas à garantir une pêche durable C'est pourquoi les possibilités de pêche ont été constamment revues à la baisse depuis que l'on a commencé à les réglementer. Le texte prévoit une réglementation plus rigoureuse: interdiction du chalutage sous 800 mètres de profondeur, gel de l'empreinte (obligation pour les navires de pêcher uniquement dans les zones déjà exploitées entre 2009 et 2011), renforcement des contrôles à bord et des sanctions, plus grande transparence de l'activité. En outre, la collecte de données scientifiques sera assurée par des observateurs scientifiques qui devront embarquer sur 20 % des navires. Position favorable au rapport, et contre l'amendement de rejet.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La réglementation en vigueur prévoit des mesures techniques restrictives contre certains engins de pêche (interdiction des filets maillants) et interdisent la pêche en eaux profondes dans certaines zones. Mais ces restrictions ne suffisent pas à garantir une pêche durable et protectrice de ces écosystèmes particulièrement fragiles. C'est pourquoi les possibilités de pêche ont été constamment revues à la baisse depuis que l'on a commencé à les réglementer.

En commission pêche, le 12 juillet, la proposition de règlement a été adoptée. Il prévoit une réglementation plus rigoureuse: interdiction du chalutage sous 800 mètres de profondeur, gel de l'empreinte (obligation pour les navires de pêcher uniquement dans les zones déjà exploitées entre 2009 et 2011), renforcement des contrôles à bord et des sanctions et plus grande transparence de l'activité. En outre, la collecte de données scientifiques sera assurée par des observateurs scientifiques qui devront embarquer sur 20 % des navires.

Globalement, ce texte est un bon compromis et je rejette donc cet amendement de rejet du texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I supported this report as it simplifies the current management system, currently subject to a double instrument, and it is important we take action now to stop the destructive impact of bottom trawls.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte en deuxième lecture au sujet des conditions spécifiques pour la pêche des stocks d'eau profonde dans l'Atlantique du Nord-Est ainsi que des dispositions relatives à la pêche dans les eaux internationales de l'Atlantique du Nord-Est. La résolution législative approuve la position du Conseil et bannit la pêche en eaux profondes au-delà de 800 m (400 m dans les zones vulnérables). Le chalutage en eaux profondes représente seulement 1% de la pêche européenne mais cause de graves dommages à l'environnement. C'est pourquoi il était indispensable d'y apporter des restrictions. Le texte adopté renforce les contrôles et les sanctions applicables aux contrevenants.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted against this report on deep-sea stocks and fishing in international waters.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut prin votul meu această recomandare deoarece consider că acordul final negociat cu reprezentanții Consiliului este unul bun, care aduce îmbunătățiri legislației privind protecția mediului marin de adâncime. Având în vedere fragilitatea acestui tip de mediu marin și faptul că diversitatea și cantitatea stocurilor de pește de adâncime sunt în pericol, cauzat de regenerarea lentă a acestora, consider că era extrem de important ca UE să adopte un regulament complet și ferm în acest sens. Apreciez că prezentul acord impune standarde ridicate de protecție a mediului, protejează biodiversitatea din apele adânci, respectând politica comună în domeniul pescuitului și obiectivele acesteia.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ei toetanud, kuna leian, et saavutatud kompromiss peab jõustuma. Süvamere kalavarud on ohus ning nende säilitamiseks on vaja võtta täiendavaid meetmeid, nagu näiteks määrates kindlaks ala, kus on süvamerepüük lubatud, karistused laevadele, mis rikuvad süvamerepüügi eeskirju ning läbipaistvamad eeskirjad kalapüügilaevadele.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η αλιεία βαθέων υδάτων στον Βορειοανατολικό Ατλαντικό αντιστοιχεί σε ποσοστό περίπου 1% των εκφορτώσεων από τον Βορειοανατολικό Ατλαντικό. Η οικονομία πολλών αλιευτικών κοινοτήτων εξαρτάται, έως έναν βαθμό, από την αλιεία ειδών βαθέων υδάτων. Τα αποθέματα βαθέων υδάτων είναι ιχθυαποθέματα που αλιεύονται σε ύδατα πέραν των κύριων ιχθυότοπων της υφαλοκρηπίδας. Υπερψήφισα την έκθεση, η οποία θέτει, μεταξύ άλλων, το θέμα της βιώσιμης διαχείρισης των αποθεμάτων και το ζήτημα της πρόληψης σημαντικών δυσμενών επιπτώσεων στα ευπαθή θαλάσσια οικοσυστήματα. Η Ευρωπαϊκή Ένωση θα παγώσει το αλιευτικό της αποτύπωμα διευκρινίζοντας σε ποια περιοχή θα επιτρέπεται η αλιεία βαθέων υδάτων. Η περιοχή περιλαμβάνει την περιοχή όπου ασκήθηκε στοχευμένη αλίευση μεταξύ 2009 και 2011 στα ύδατα της ΕΕ στον Βορειοανατολικό Ατλαντικό. Επιπλέον, συμφωνήθηκε η αλιεία για ένα όριο βάθους 800 μέτρων. Το νέο αυτό μέτρο επιδιώκει να προστατεύσει αποτελεσματικότερα τα ευπαθή θαλάσσια οικοσυστήματα βαθέων υδάτων. Ομοίως, συμφωνήθηκε ότι τα σκάφη που συλλαμβάνονται να αλιεύουν σε ευπαθή θαλάσσια οικοσυστήματα σε βάθος μεγαλύτερο των 400 μέτρων θα πρέπει να σταματούν τις επιχειρήσεις τους και να μετακινούνται σε απόσταση πέντε τουλάχιστον ναυτικών μιλίων από τη συγκεκριμένη αλιευτική περιοχή.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui valide l'accord obtenu en trilogue sur la pêche en eau profonde. Cet accord permettra de protéger les écosystèmes vulnérables marins tout en protégeant l'emploi et les pêcheurs. Le Parlement européen a ainsi obtenu que des sanctions spécifiques soient introduites pour les navires contrevenant au règlement sur la pêche en eau profonde et qu'un certain nombre de règles de contrôle ne fassent l'objet d'aucune exemption. Les négociateurs du Parlement et du Conseil ont convenu de fixer une limite bathymétrique de 800 mètres. Cette nouvelle disposition que je soutiens a pour objectif de mieux protéger les écosystèmes marins vulnérables des fonds marins.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso voto contrario alla raccomandazione della collega, relativa all'adozione del regolamento che istituisce condizioni specifiche pe la pesca e gli stock di acque profonde e la pesca nelle acque internazionali nell'area dell'Atlantico nord-orientale poiché, pur condividendo il principio della salvaguardia dell'ecosistema marino, con particolare riferimento alle specie più vulnerabili, ritengo che l'introduzione nel regolamento medesimo di norme più stringenti possa avere un impatto socioeconomico negativo.

Penso al divieto di qualsiasi attività di strascico del fondo anche esplorativo oltre gli 800 metri, che non ha alcun fondamento scientifico, e alla difficoltà di spiegare ad un operatore del settore in buona fede che questa attività, prima legale, ora è impraticabile; così come alla norma che sancisce la presenza di osservatori sul 20 per cento delle imbarcazioni, che comporta oneri notevoli. Apprezzo i passi in avanti compiuti nella stesura del nuovo regolamento, ma ritengo che occorra una maggiore flessibilità. Pertanto, ho espresso voto negativo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog Uredbe o utvrđivanju posebnih uvjeta za ribolov dubokomorskih stokova u sjeveroistočnom Atlantiku i odredaba za ribolov u međunarodnim vodama sjeveroistočnog Atlantika. Ovom Uredbom zamrznut će se ribolovni otisak utvrđivanjem područja u kojem su dozvoljene aktivnosti dubokomorskog ribolova. To geografsko ograničenje primjenjivat će se na plovila koja obavljaju ribolov dubokomorskih vrsta, a posebno će se sankcionirati brodove koji krše propise o dubokomorskom ribolovu. U cilju učinkovitije zaštite osjetljivih morskih ekosustava na morskom dnu Uredba nudi ograničenje dubine od 800 metara, a plovila zatečena u ribolovu u osjetljivim morskim ekosustavima na dubini većoj od 400 metara morat će prekinuti svoje ribolovne aktivnosti i udaljiti se najmanje 5 nautičkih milja od spomenutog područja.

Pozdravljam nova i stroža pravila o transparentnosti koja uključuju obavezu informiranja javnosti o europskim plovilima koja obavljaju takav ribolov kao i obavještavanje o svim ulovima. U svrhu osiguranja prikupljanja znanstvenih podataka znanstveni promatrači moraju biti prisutni na 20 % plovila. Države članice također će biti obvezne pružati informacije o položaju osjetljivih ekosustava, a Europska komisija svake će godine ocjenjivati te podatke i s obzirom na njih prilagođavati područje dozvoljenog ribolova.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Nužno je osigurati sve uvjete za uspješnu prevenciju negativnih posljedica na ranjive morske ekosustave te zato podržavam usvajanje teksta bez dodatnih izmjena. U srpnju je Odbor za ribarstvo glasao o tekstu sporazuma Parlamenta i Vijeća iz lipnja 2016. te ga je odobrio velikom većinom glasova. Vijeće je 18. listopada 2016. usvojilo svoje stajalište u prvom čitanju kojim je potvrdilo sporazum.

Drago mi je što je Parlament postigao da se brodovima koji krše propise o dubokomorskom ribolovu uvedu posebne sankcije. U svrhu učinkovitije zaštite osjetljivih morskih ekosustava dogovorena su i ograničenja dubine od 800 metara s ciljem zaštite ekosustava na morskom dnu te će općenito plovila koja budu zatečena u ribolovu u osjetljivim ekosustavima, na dubini većoj od 400 metara, morati prekinuti svoje ribolovne aktivnosti i udaljiti se najmanje 5 nautičkih milja. Države članice također će biti obvezne pružati informacije o položaju osjetljivih ekosustava, a Europska komisija svake će godine ocjenjivati te podatke i prilagođavati područje dozvoljenog ribolova.

Transparentnost je načelo koje potičemo na svim razinama naše Unije, građani su dobrodošli aktivni sudionici u svim našim politikama – stoga pozdravljam uvođenje novih i strožih pravila o transparentnosti uključivanjem obaveze informiranja javnosti o europskim plovilima koja obavljaju ribolov dubokomorskih vrsta.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — Este é um dossiê complexo, cuja discussão se desenrola há mais de três anos.

O compromisso a que finalmente se chegou é razoável do ponto de vista dos objetivos preconizados e das soluções apontadas – o que não acontecia com a proposta inicial da Comissão Europeia.

O Regulamento prevê que a UE congele a sua «pegada de pesca». O limite de profundidade de pesca é de 800 metros, tendo em vista a salvaguarda dos ecossistemas marinhos de profundidade.

Os navios que pesquem em ecossistemas marinhos vulneráveis a uma profundidade superior a 400 metros terão de parar as suas operações e deslocar-se, pelo menos, cinco milhas náuticas da zona de pesca em causa.

O Regulamento prevê melhorias ao nível da transparência, da disponibilização de informação e da recolha de dados científicos – aspetos que valorizamos.

Defendemos que se devia ter ido mais longe no domínio das águas internacionais (zonas ICES), onde se desenvolvem atividades de pesca que importava submeter a uma regulamentação mais estrita, com isso beneficiando os recursos que evoluem nas águas dos Açores e da Madeira – regiões onde há muito se adotaram medidas específicas de proteção de ecossistemas marinhos vulneráveis, mas que acabam por ser afetadas por atividades de pesca desenvolvidas por frotas europeias em áreas mais setentrionais.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Hlubinný rybolov je dalším v řadě obrovských environmentálních problémů spojených s tempem, jakým lidstvo vyčerpává přírodní zdroje. Narušování ekosystémů člověkem má za následek bezprecedentní ztrátu biodiverzity a ztrátu ekosystémových služeb, které jsou pro nás jako pro lidstvo životně důležité. Během posledních několika dekád vzrostla intenzita hlubinného rybolovu exponenciálně, technika takzvaného *bottom trawling*, kdy za sebou rybářské lodě po dně táhnou sítě často o velikosti fotbalového hřiště, dělá z mořského dna v podstatě poušť. Hlubokomořské ekosystémy mají přitom zásadní vliv na život v moři a tedy i na planetě a jejich nekontrolované plundrování bude mít možná velmi brzy velice neblahé následky. Jsem proto rád, že se po dlouhých jednáních podařilo Parlamentu a Radě dosáhnout dohody ohledně tohoto návrhu, který počítá s redukcí ničivých dopadů rybolovu v mezinárodních vodách severovýchodního Atlantiku, a to pomocí vymezení konkrétní oblasti, ve které bude hlubinný rybolov probíhat. Dále dohoda stanoví hranici hloubky, ve které je možné lovit, na 800 metrů a předkládá návrh sankcí pro lodě, které nařízení o hlubinném rybolovu poruší. Některá plavidla budou také povinna brát na palubu vědecké pozorovatele, aby mohl dále probíhat sběr dat a výzkum efektivity nařízení, což osobně považuji za velmi důležité.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport permettant de limiter le chalutage de fond dans l'Atlantique du Nord-Est qui détruit les habitats des fonds marins. Une limite de profondeur de 800 mètres au-delà de laquelle la pêche est interdite a donc été établie ce qui contribuera à protéger les écosystèmes marins vulnérables et fragiles. De plus, les États auront désormais l'obligation de fournir des informations sur l'emplacement des écosystèmes vulnérables, sur les navires européens ciblant des espèces d'eau profonde et de faire un rapport sur toutes les prises. Enfin, l'UE a défini la zone dans laquelle les activités de pêche en eau profonde seront autorisées, ainsi que des sanctions spécifiques pour les navires qui ne respecteront pas les règles en la matière.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We supported rejection as these plans attempt to tie up arrangements in the North-East Atlantic in a manner which is damaging to the interests of the UK after we leave the European Union.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Vote fortement chargé en symbole ce midi avec l'adoption par le Parlement européen d'un nouveau règlement qui interdit la pêche au-delà d'une profondeur de 800 mètres dans l'Atlantique Nord-Est.

Il s'agit de la principale zone de pêche pour les États membres de l'Union Européenne, environ 70% des captures globales de poissons. Cette interdiction de la pêche en haute profondeur s'appliquera au chalutage de fond, qui détruit souvent les habitats des fonds marins, et limitera la pêche en eaux profondes à la zone où elle avait lieu entre 2009 et 2011.

Parmi les autres mesures importantes figurent l'obligation pour les États membres de fournir des informations sur l'emplacement des écosystèmes vulnérables et des contrôles plus stricts en mer: 20% des navires européens devront avoir à leur bord un observateur (scientifique) pour assurer la collecte de données opportunes et précises.

Ce texte répond donc à certains problèmes soulevés par les ONG. Mais à terme l'UE devra s'engager à faire plus si elle souhaite vraiment protéger ses ressources halieutiques, par exemple via une élimination programmée des chaluts de fond et des filets maillants de fond dans les pêcheries d'eau profonde. C'est ce qu'avait justement proposé la Commission européenne dès 2012.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Com este relatório pretende-se que a União Europeia congele a pegada da pesca, definindo a zona onde as atividades de pesca de profundidade serão autorizadas.

O Parlamento conseguiu ainda que fossem aplicadas sanções específicas aos navios que infringem o regulamento relativo à pesca de profundidade, introduzindo novas regras de transparência mais rigorosas, incluindo a obrigação de fornecer informações ao público sobre os navios europeus que exercem a pesca dirigida às espécies de profundidade e de registar todas as capturas (peixes e ecossistemas vulneráveis).

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette recommandation qui vise à interdire la pêche au-delà d'une profondeur de 800 mètres dans l'Atlantique Nord-Est. Cette interdiction s'appliquera au chalutage de fond, qui détruit souvent les habitats des fonds marins, et viendra limiter la pêche en eaux profondes à la zone où elle avait lieu entre 2009 et 2011.

En outre, des contrôles plus stricts en mer ainsi que des règles sur la transparence de la collecte de données seront également appliqués.

Dorénavant, il y aura davantage de garanties de transparence, incluant par exemple des obligations de fournir des informations publiques sur les navires européens ciblant des espèces d'eau profonde et de faire rapport sur toutes les prises (poissons et écosystèmes vulnérables).

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau dėl šios rekomendacijos. Susitarimo tekstas 2016 m. liepos 12 d. buvo pateiktas balsavimui Žuvininkystės komitete ir patvirtintas didele balsų dauguma. Susitarime atspindėti keli svarbūs aspektai. Sutarta, kad bus nustatyta 800 m batimetrinė riba. Šios naujos nuostatos tikslas – geresnė pažeidžiamų jūros dugno jūrinių ekosistemų apsauga. Taip pat susitarta, kad pasiekę daugiau kaip 400 m. gylį ir palietę pažeidžiamas jūrų ekosistemas, gelminę žvejybą vykdantys laivai turės nutraukti veiklą ir bent 5 jūrmyles nutolti nuo tos ekosistemos žvejybos zonos.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Na sequência dos diversos trílogos que tiveram lugar para chegar a um acordo negocial relativamente à adoção de um regulamento tendente ao estabelecimento de condições específicas para a pesca de espécies de profundidade no Atlântico Nordeste e ainda de disposições aplicáveis à pesca em águas internacionais nesta região, foi possível adotar a sua posição em primeira leitura.

Assim, o compromisso alcançado nesta matéria tem como principais medidas o congelamento da «pegada da pesca», através da definição da zona onde serão autorizadas as atividades de pesca de profundidade, a aplicação de sanções específicas aos navios que violem o regulamento e a fixação de um limite batimétrico de 800m, com vista à proteção dos ecossistemas vulneráveis dos fundos marinhos.

Através da adoção destas e de outras medidas constantes do regulamento, será possível melhorar os conhecimentos científicos sobre as espécies de profundidade e os seus habitats, aplicar medidas técnicas de gestão das pescas e, por essa via, garantir uma exploração mais sustentável das espécies de profundidade, minimizando simultaneamente o impacto das atividades de pesca de alto mar no meio marinho. Em face do exposto, o meu voto foi favorável à aprovação deste relatório.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für das Abkommen gestimmt, das besondere Bedingungen für die Fischerei in Tiefseebeständen und in internationalen Gewässern des Nordostatlantiks festlegt.

Grund für das Abkommen ist, dass durch bereits bestehende Regelungen die Anfälligkeit der Fischbestände und die Schwierigkeit der Festlegung eines nachhaltigen Fischereisektors noch nicht verbessert wurden. Das Abkommen soll nun an dieser Stelle Abhilfe schaffen und dabei helfen, eine Überfischung in den internationalen Gewässern des Nordatlantiks zu verhindern.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra de la enmienda de rechazo a la posición del Consejo en primera lectura, porque considero positivo que se congele la huella de pesca en aguas profundas y se estipulen sanciones específicas para los buques que incumplan la normativa. Los equipos negociadores del Parlamento y del Consejo llegaron a un acuerdo sobre la propuesta de la Comisión el 30 de junio de 2016, estableciendo un límite de profundidad de 800 metros para la pesca de arrastre, con la que se pretende garantizar la protección de los ecosistemas marinos vulnerables. También es una buena noticia la obligación de los buques de salir de las zonas de pesca de más de 400 metros de profundidad cuando se encuentren en ecosistemas vulnerables. Las nuevas normas de transparencia sobre la actividad pesquera en aguas profundas y su impacto, así como la introducción de observadores científicos a bordo de un 20 % de los barcos deberían también servir para avanzar en esta misma dirección. Por esta razón no apoyo la enmienda que pretendía rechazar la posición del Consejo en primera lectura.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Gli stock di acque profonde e gli ecosistemi marini presentano caratteristiche peculiari che li rendono particolarmente sensibili alle attività umane.

Numerose specie hanno una crescita lenta, vivono a lungo e si riproducono tardi. Grazie al nuovo regolamento saranno adottate una serie di misure specifiche al fine di garantire una pesca d'altura sostenibile e prevenire i danni ai fondali marini e alle loro forme di vita, quali, ad esempio, le barriere coralline di acqua fredda, i giardini di spugne e gli ecosistemi delle montagne sottomarine.

Sarà introdotto il divieto di pesca con reti a strascico a profondità superiori a 800 metri, o superiore a 400 metri in presenza di un ecosistema marino vulnerabile, e sarà definita una «impronta geografica» in modo che i pescherecci possano pescare solo in aree già interessate da attività di pesca. Alcune misure di controllo come la presenza di osservatori a bordo contribuiranno infine a garantire il rispetto delle norme. Ho deciso di votare a favore di tale regolamento in quanto la nuova proposta rappresenta un giusto equilibrio tra la salvaguardia dell'ambiente e una gestione responsabile di questo tipo di pesca.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of the rejection amendment. We tabled this rejection amendment as the EU should not be involved in the North Sea. Without our amendment this would have passed without a vote.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted to support this compromise text on deep-sea fishing in the North-East Atlantic which is in line with the principles of the new Basic Regulation/CFP Reform. It also ensures conditions for preventing significant adverse impacts on vulnerable marine ecosystems, establishes specific sanctions, better conditions for improving data collection and stronger transparency rules.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som proti zamietnutiu tohto uznesenia. Rybolov je potrebné regulovať a chrániť, aby dochádzalo k dlhodobo udržateľnému hospodáreniu. V rámci tejto regulácie a ochrany bolo potrebné prehodnotiť a stanoviť osobitné podmienky lovu hlbokomorských populácií rýb v severovýchodnom Atlantiku. Výsledkom dohody je napríklad to, že Európska únia zmrazí svoju rybolovnú stopu špecifikovaním oblasti, v ktorej bude hlbokomorský rybolov povolený. Zavedú sa osobitné sankcie pre plavidlá, ktoré porušia nariadenie o hlbokomorskom rybolove, a v prípade určitých ustanovení nebudú platiť žiadne výnimky. Taktiež sa dohodol hĺbkový limit 800 metrov.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som uznesenie, pretože považujem za správne, aby sa v súlade s rezolúciou Valného zhromaždenia Organizácie Spojených národov, najmä rezolúciou č. 61/105 a 64/72 zabezpečila ochrana citlivých hlbokomorských ekosystémov pred vplyvom rybárskeho výstroja na lov pri dne, ako aj udržateľného využívania hlbokomorských populácií rýb. Aj keď rybolov hlbokomorských druhov sa v EÚ reguluje od roku 2003 prostredníctvom celkového povoleného výlovu (TAC), myslím si, že iba vďaka ďalším účinným opatreniam môžeme zabrániť ďalším nepriaznivým dôsledkom neregulovaného rybolovu a ničenia hlbokomorských populácií rýb. Mrzí ma, že populácie niektorých hlbokomorských rýb sú ohrozované rybolovnou činnosťou mimo hlavných rybárskych lovísk. K tomu, aby sa zabezpečilo, že populácie hlbokomorských rýb sa dokážu obnoviť a bude možné ich využívať udržateľným spôsobom aj v dlhodobom horizonte, je nevyhnutné znížiť niektoré úlovky. Som presvedčená o tom, že je v našom záujme, aby sme dosiahli v tejto oblasti ďalší pokrok, pretože je to dobrá investícia nielen do zdravia našich morí, ale aj do budúcnosti našich rybárov.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Podpiram zakonodajno resolucijo Evropskega parlamenta, ki potrjuje stališče Sveta v prvi obravnavi.

Z dogovorom je namreč dosežen ključni namen, ki je zagotoviti trajnostno upravljanje in izkoriščanje globokomorskih vrst in hkrati čim bolj zmanjšati vpliv globokomorskih ribolovnih dejavnosti na morsko okolje, ki je zelo občutljivo.

Ključno je poudariti, da bo Evropska unija zamrznila svoj odtis ribolovnih dejavnosti tako, da bo opredelila območje, kjer bo globokomorski ribolov dovoljen. To območje vsebuje tudi območje v vodah EU v severovzhodnem Atlantiku, kjer je usmerjen ribolov potekal med leti 2009 in 2011. Ta ozemeljska zamejitev bo veljala za plovila, ki lovijo globokomorske vrste, tj. tista, pri katerih ulov globokomorskih vrst predstavlja več kot 8 % vsega ulova na vsaj enem ribolovnem potovanju na leto. Določena je tudi globinska meja 800 metrov, kar je pomembno za učinkovito zaščito občutljivih globokomorskih ekosistemov.

Pomemben pa je tudi dogovor, da bodo morala plovila, ki jih zalotijo pri ribolovu v občutljivih morskih ekosistemih v globini več kot 400 metrov, prenehati s svojimi dejavnostmi in odpluti vsaj pet navtičnih milj stran od zadevnega ribolovnega območja. Da bi zagotovili zbiranje znanstvenih podatkov, bo moralo imeti 20 % plovil na krovu znanstvenega opazovalca.

Upam, da bo vsebini sedaj sledila še učinkovita implementacija v praksi.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Die Entschließung des EU-Parlaments zum Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit besonderen Auflagen für die Befischung von Tiefseebeständen im Nordostatlantik und Vorschriften für den Fischfang in internationalen Gewässern des Nordostatlantiks und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2347/2002 des Rates lehne ich ab. Ich habe für den Antrag auf Ablehnung gestimmt.

Umweltschutz liegt mir am Herzen, wird in diesem Bericht aber zu weit getrieben. Die Europäische Union friert den Fußabdruck der Fischerei ein, indem festgelegt wird, in welchem Gebiet Tiefseefischerei zulässig ist. Fischerei wird nur in oder oberhalb einer Tiefe von 800 Metern zugelassen. Darüber hinaus haben die Mitgesetzgeber vereinbart, dass in Tiefen von mehr als 400 Metern Tiefseefischereifahrzeuge, deren Fang aus empfindlichen Meeresökosystemen stammt, die Fangtätigkeit einstellen und sich mindestens fünf Seemeilen von dem betreffenden Fanggebiet entfernen müssen.

Absurd ist, dass 20 % der Schiffe wissenschaftliche Beobachter mit an Bord nehmen müssen, um die Erhebung wissenschaftlicher Daten sicherzustellen.

Zweifel an der Kompetenz der EU zu diesem Vorhaben bestehen ohnehin.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem proti predlogu skupine EFDD, da Evropski parlament zavrne stališče Sveta iz prve obravnave glede določitve posebnih pogojev za ribolov globokomorskih staležev v severovzhodnem Atlantiku in določb o ribolovu v mednarodnih vodah severovzhodnega Atlantika ter razveljavitvi Uredbe Sveta.

Podpiram kompromise, ki so bili doseženi v trialogu, kot je ta, da bo Evropska unija zamrznila svoj odtis ribolovnih dejavnosti tako, da bo opredelila območje, kjer bo globokomorski ribolov dovoljen.

Prav tako podpiram kompromis, da se vpeljejo posebne kazni za plovila, ki bodo kršila predpise o globokomorskem ribolovu, ter da pri nekaterih predpisih ne bo možnih nobenih izjem.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η ΕΕ οφείλει να επιδιώκει την αποτελεσματική προστασία των ευπαθών θαλάσσιων οικοσυστημάτων βαθέων υδάτων.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a mélytengeri állományok és halászattal kapcsolatos ajánlást, amely anyag már második olvasatban került az Európai Parlament elé. Az első, három évvel ezelőtti állapotokhoz képest jelentős kompromisszumokat sikerült elérni, amelyek fenntarthatóvá teszik a halászatot a nemzetközi vizeken. Az ajánlás utal rá, hogy az EU első lépésként meghatározza azt a területet, amelyen a mélytengeri halászat megengedett, ezáltal befagyasztja a halászati lábnyomát. Ez a földrajzi határ a mélytengeri fajokra halászó hajókra vonatkozik majd, vagyis azokra, amelyek mélytengeri fajokból álló fogásai a teljes fogás több mint 8%-át teszi ki. Kiemeli továbbá, hogy a Parlament konkrét szankciókat helyezett kilátásba a rendeletet megsértőkkel szemben. A kompromisszum során a felek 800 méteres mélységi korlátban állapodtak meg, amely hatékonyabban védi majd a veszélyeztetett mélytengeri ökoszisztémát.

Fontosnak tartom megemlíteni, hogy új, szigorúbb átláthatósági szabályok kerülnek bevezetésre olyan kötelezettségek beiktatásával, melyek értelmében az európai mélytengeri fajokra halászó hajókra vonatkozó információkat a nyilvánosság számára elérhetővé kell tenni, és valamennyi fogást be kell jelenteni. Fontos elemként jelenik meg, hogy a tagállamoknak tájékoztatást kell adniuk a sérülékeny ökoszisztémák elhelyezkedéséről (hatásvizsgálat), illetve a Bizottság évente értékelni fogja ezeket az adatokat, és ennek megfelelően (végrehajtási jogi aktusok által) kiigazítja az engedélyezett halászati területet.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris.* – În general, promovarea dezvoltării durabile presupune includerea cerințelor de protecție a mediului în definirea și aplicarea politicilor și acțiunilor UE. În ceea ce privește pescuitul de adâncime, necesitatea reglementării (în conformitate cu principiul precauției și prevenției) derivă din faptul că se impune o exploatare sustenabilă pe termen lung a acestor stocuri, nu doar în scopul prevenirii efectelor nocive semnificative asupra ecosistemelor marine vulnerabile, ci și în vederea asigurării conservării resurselor piscicole respective. În acest sens, avizele științifice sunt indispensabile. Astfel, activitățile de pescuit trebuie să fie condiționate de o evaluare prealabilă a impactului asupra mediului, adoptându-se, dacă este cazul, măsuri de închidere a zonelor cu sisteme vulnerabile, măsuri specifice de prevenire a efectelor semnificative asupra ecosistemelor marine vulnerabile, măsuri de conservare destinate protejării ecosistemelor marine vulnerabile. Evaluările de impact ale aplicării dispozițiilor trebuie să fie fundamentate pe colectări reale și pertinente de date și informații. În sensul protecției mediului, este salutară eliminarea treptată a metodelor de pescuit care sunt extrem de dăunătoare pentru ecosistemele marine vulnerabile, prezentând, în același timp, niveluri ridicate de capturi nedorite de specii de adâncime.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris.* – Activitatea de pescuit este una dintre activitățile economice esențiale pentru o parte însemnată a statelor membre ale Uniunii Europene. O pondere semnificativă a acestei activități este acoperită de pescuitul stocurilor de specii de adâncime în zona Atlanticului de Nord-Est. În vederea protejării ecosistemului marin vulnerabil de pe fundul mării, instituțiile europene au demarat un proces de reglementare mai strict încă din ianuarie 2014. Acordul la care s-a ajuns în prezent prevede o înghețare a amprentei pescuitului, definind zona în care activitățile de pescuit sunt permise. Zona respectivă include o regiune din apele europene ale Atlanticului de Nord-Est în care s-a practicat pescuitul direcționat în perioada 2009-2011 și unde capturile care vizează speciile de adâncime nu mai au voie să reprezinte mai mult de 8% din capturile anuale totale. Limita de adâncime sub care se aplică această prevedere este de 400 m, iar navele care nu vor respecta o distanță de cel puțin 5 mile față de zona respectivă vor suferi sancțiuni specifice. De asemenea, sunt prevăzute reglementări stricte privind raportarea tuturor capturilor, dar și furnizarea de informații de către statele membre și prezența unor observatori științifici pe 20% din navele care intră în zonă. Susțin adoptarea acestei recomandări.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je suis totalement en faveur de ce texte. Le Parlement a introduit de nouvelles règles de transparence plus exigeantes en incluant des obligations de fournir des informations publiques sur les navires européens ciblant les espèces d'eau profonde et d'enregistrer toutes les prises (poissons et écosystèmes vulnérables). Les États membres seront également tenus de fournir des informations sur l'emplacement des écosystèmes vulnérables (études d'impact) et la Commission européenne évaluera ces données chaque année et adaptera la zone de pêche autorisée en conséquence (en utilisant des actes d'exécution).

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The deep sea is the largest habitat on Earth, which hosts biologically significant ecosystems, playing an important role in the ocean ecosystem. Deep-sea species have become vulnerable as a result of overfishing and unsustainable practices, in conjunction with the development of industrial fisheries in the EU, which have led to the depletion and destruction of marine habitat.

I voted in favour of the report on the regulation establishing specific conditions for deep-sea fishing because it will strengthen the protection of deep-sea habitats through the imposition of stricter conditions for said fishing, protecting one of the EU's most important natural resources.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – En tant que rapporteure, j'ai eu la responsabilité de négocier avec le Conseil le rapport soumis au Parlement sur la pêche de grands fonds, et je me réjouis qu'il ait recueilli à très large majorité avec 634 voix en faveur et 38 voix contre. Ce vote récompense un travail en profondeur et 8 mois de négociation avec le conseil.

L'accord prévoit un «gel de l'empreinte» , c'est-à-dire l'obligation pour cette pêcherie de se limiter géographiquement aux zones déjà exploitées entre 2009 et 2011. Il prévoit également l'interdiction du chalutage sous 800 mètres de profondeur. Il renforce les contrôles et les sanctions pour les contrevenants ; Il favorise une meilleure connaissance des milieux grâce à la collecte des données sur les navires ainsi que la publication des études d'impact sur la ressource et les écosystèmes. Ce suivi doit permettre d'ajuster le règlement aux réalités environnementales.

En 2012, une majorité de parlementaires avait refusé la proposition de la Commission d'interdire la pêche profonde. Avec le Conseil, nous avons construit une règlementation qui tient compte à la fois des impératifs environnementaux et des enjeux socio-économiques. Cet équilibre est la clef du développement durable.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Palaikiau balsavime rekomendaciją antram skaitymui, nes tai liečia rimtus reguliavimus giliavandenių žuvų žuvininkystėje; be šių reguliavimų išnykimo grėsme apimtų rūšių apsauga būtų ribota. Parlamentas įvedė naujas, griežtesnes skaidrumo taisykles, apimančias būtinumą teikti visuomenei informaciją apie Europos laivus, nukreiptus į giliavandenių žuvų žvejybą, bei būtinumą registruoti visus žuvininkystės atvejus (pažeidžiami žuvų ištekliai ir ekosistemos). Valstybės narės tai pat privalės pristatyti informaciją apie pažeidžiamų ekosistemų padėtį (poveikio vertinimas), o Komisija turės kasmet įvertinti šiuos duomenis. Tai teisingas sprendimas, vertas pritarimo.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Dubokomorski ribolov čini oko 1 % iskrcavanja iz sjeveroistočnog Atlantika, a dio ribarskih zajednica u određenoj mjeri ekonomski ovisi o dubokomorskom ribarstvu. S vremenom se pokazalo da prvotna pravila za ribolov dubokomorskih stokova nemaju dovoljno ograničenja i da se njima više ne može osigurati održivo upravljanje stokovima. Osim toga, njima nije riješen problem značajnih štetnih utjecaja na osjetljive morske ekosustave. Stoga sam glasovala pozitivno za ovo izvješće koje donosi značajna poboljšanja pravila u dubokomorskom ribolovu sjeveroistočnog Atlantika.

Ova uredba donesena je nakon četverogodišnjih političkih pregovora, a nova pravila trebala bi se početi primjenjivati do kraja 2016. godine. Neka od njih uključuju zabranu ribolova s povlačnih mreža koča ispod dubine od 800 metara, pravilo da brodovi mogu loviti ribe samo u područjima u kojima su prethodno lovili kako bi se spriječila nova oštećenja, obvezu za plovila da prijave susrete s osjetljivim morskim ekosustavima na dubini većoj od 400 m i da se potom pomaknu na drugo ribolovno područje, rigoroznije mjere kontrole kako bi bili sigurni da se svi drže istih pravila, a da bi se zajamčilo prikupljanje podataka, znanstveni promatrači morat će se ukrcati na 20 % brodova koji love u vodama EU-a i onima koje graniče s EU-om.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutka zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o določitvi posebnih pogojev za ribolov globokomorskih staležev v severovzhodnem Atlantiku in določb o ribolovu v mednarodnih vodah severovzhodnega Atlantika ter razveljavitvi Uredbe Sveta (ES) št. 2347/2002 nisem podprla.

Predlog želi določiti posebne pogoje ribolova globokomorskih staležev v severovzhodnem Atlantiku in določbe za lovljenje v mednarodnih vodah severovzhodnega Atlantika. V globokomorskem lovu prevladujejo tradicionalne priobalne države, kot je Portugalska, in velika plovila z mrežami Francije ter Španije. Skupaj predstavljajo 1 % iztovarjanja iz severovzhodnega Atlantika. Največ lovijo vrste, ki počasi naraščajo in so občutljive na preveliko izkoriščanje (morski meč, lenga …).

Evropska unija bo zamrznila svoj odtis ribolovnih dejavnosti tako, da bo opredelila območje, kjer bo globokomorski ribolov dovoljen. Namen tega novega ukrepa je učinkovitejša zaščita občutljivih globokomorskih ekosistemov.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is a clear effort to improve long-term sustainability of fishing.

It is an acceptable compromise because:

— The European Union is going to freeze its fishing footprint by specifying the area in which deep-sea fishing will be allowed. That area includes the area in which targeted fishing took place between 2009 and 2011 in EU waters in the North-East Atlantic. This geographical boundary will apply to vessels targeting deep-sea species, i.e. those whose deep-sea species catch makes up more than 8% of the total on at least one fishing trip during the year.

— Parliament has secured specific penalties for vessels breaching the regulation on deep-sea fishing and a stipulation that no exemptions will be granted to certain rules.

— The Parliament and Council negotiators have agreed on a depth limit of 800 metres. This new measure is intended to protect vulnerable deep-sea marine ecosystems more effectively.

— In an effort to ensure that scientific data is collected, 20% of vessels will be required to have a scientific observer on board.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport propose de mieux réglementer la pêche et notamment la pêche en eaux profondes. Cette méthode est destructrice pour l'environnement pour plusieurs raisons, les chaluts de fond endommagent des écosystèmes marins vulnérables et irremplaçables, la pêche au chalut des espèces d'eau profonde entraîne des niveaux élevés de captures accidentelles, et rend ainsi impossible leur reconstitution.

Ce texte, s'il limite la pêche, n'aura pas d'impact sur l'emploi en France, et permet une meilleure protection des fonds marins. J'ai donc soutenu l'adoption de ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Wprowadzone ograniczenia mogłoby doprowadzić do zasadniczego zmniejszenia połowu ryb a co za tym idzie upadek wielu przedsiębiorstw zajmujących się połowem ryb. Należy wspierać walkę o powstrzymanie degradacji podwodnej flory, ale ważne by nie kosztem pracy i ludzi, zagłosowałem więc przeciwko sprawozdaniu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Parlamentnek a 2013. december 10-i plenáris ülésen első olvasatban elfogadott álláspontját követően a Tanács 2014 januárja és 2015 novembere között részletesen megvitatta a javaslatot, amely időszak egybeesett a második olvasatbeli megállapodás elérését célzó, a luxemburgi elnökség idején megkezdett tárgyalásokkal. Voksommal az S&D gyakorlatának megfelelően nemmel szavaztam az EFDD-s javaslatra.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor porque entiendo la Recomendación como positiva, ya sea por el aumento de los niveles de transparencia, como el control de las pesquerías con alto impacto, o porque se asegure el límite de profundidad por encima de los 800 metros, excepto para los ecosistemas marinos vulnerables, donde se debería colocar un límite de 400 metros.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the recommendation for a second reading on the Council position regarding the North-East Atlantic: deep-sea stocks and fishing in international waters regulation. I believe it is of extreme importance to protect deep sea species and environments, which are ecologically fragile. In addition we consider that the trilogue results were acceptable, although due to delicate and complex political agreements, the actual impact of this regulation may be less than we would expect.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Parlamentas įtraukė naujas griežtesnes skaidrumo taisykles, apimančias įpareigojimą viešai pateikti informaciją apie Europos laivus, žvejojančius giliavandenes žuvis, ir užregistruoti visą laimikį (žuvis ir pažeidžiamas ekosistemas). Valstybės narės taip pat turės pateikti informaciją apie pažeidžiamų ekosistemų vietą (poveikio vertinimas), o Europos Komisija kiekvienais metais įvertins šiuos duomenis ir paskui atitinkamai pakoreguos rajoną, kuriame leidžiama žvejoti (taikydama įgyvendinimo aktus).

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation for second reading on the Council position at first reading in view of the adoption of a regulation of the European Parliament and of the Council establishing specific conditions for fishing for deep-sea stocks in the North-East Atlantic and provisions for fishing in international waters of the North-East Atlantic and repealing Council Regulation (EC) No 2347/2002.

According to the regulation, the European Union is going to freeze its fishing footprint by specifying the area in which deep-sea fishing will be allowed. That area includes the area in which targeted fishing took place between 2009 and 2011 in EU waters in the North-East Atlantic. Parliament has secured specific penalties for vessels breaching the regulation on deep-sea fishing and a stipulation that no exemptions will be granted to certain rules. I voted in favour because I believe that, through this regulation, Parliament has introduced new, stricter transparency rules by including obligations to make information available to the public on European vessels targeting deep-sea species and to report all catches.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra de la enmienda de rechazo a la posición del Consejo en primera lectura, porque considero positivo que se congele la huella de pesca en aguas profundas y se estipulen sanciones específicas para los buques que incumplan la normativa. Los equipos negociadores del Parlamento y del Consejo llegaron a un acuerdo sobre la propuesta de la Comisión el 30 de junio de 2016, estableciendo un límite de profundidad de 800 metros para la pesca de arrastre, con la que se pretende garantizar la protección de los ecosistemas marinos vulnerables. También es una buena noticia la obligación de los buques de salir de las zonas de pesca de más de 400 metros de profundidad cuando se encuentren en ecosistemas vulnerables. Las nuevas normas de transparencia sobre la actividad pesquera en aguas profundas y su impacto, así como la introducción de observadores científicos a bordo de un 20 % de los barcos deberían también servir para avanzar en esta misma dirección. Por esta razón no apoyo la enmienda que pretendía rechazar la posición del Consejo en primera lectura.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik heb tegen gestemd omdat het Parlement nieuwe, verder gaande transparantievoorschriften opgenomen heeft alsook de verplichting om informatie openbaar te maken over de Europese vaartuigen die diepzeevisserijactiviteiten bedrijven en alle vangsten registreren.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – La protection des écosystèmes marins vulnérables est fondamentale pour l'avenir de notre planète. Les espèces vivant en eau profonde sont particulièrement menacées par les activités de pêche intensive.

L'Union européenne s'est entendue sur de nouvelles délimitations des zones de pêches dans l'Atlantique du Nord-Est dont la profondeur est fixée à 800 mètres.

Les restrictions s'appliquent sous la barre des 400 mètres de profondeur là où vivent les espèces à risque.

Les navires qui enfreindront la législation devront suspendre leurs activités et s'éloigner d'au moins cinq mille marins de la zone en question.

Cette limite s'applique à tous les navires dont le stock de pêche en eau profonde représente au moins 8%.

Le Parlement européen a introduit de nouvelles règles de transparence, incluant l'obligation de rendre public les noms des vaisseaux pratiquant la pêche en eaux profondes et l'obligation de déclarer toutes les prises. Les États membres devront informer sur les emplacements contenant des espèces à risque.

Enfin, la Commission évaluera les données chaque année et adaptera les zones de pêches autorisée en conséquence.

L'Union européenne règlemente enfin la pêche en eaux profondes et y interdit le chalutage.

J'ai bien évidemment voté pour.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Regulamento prevê melhorias ao nível da transparência, da disponibilização de informação e da recolha de dados científicos - aspetos que valorizamos. O Regulamento prevê que a UE congele a sua «pegada de pesca». O limite de profundidade de pesca é de 800 metros, tendo em vista a salvaguarda dos ecossistemas marinhos de profundidade. Os navios que pesquem em ecossistemas marinhos vulneráveis a uma profundidade superior a 400 metros terão de parar as suas operações e deslocar-se, pelo menos, cinco milhas náuticas da zona de pesca em causa.

Defendemos que se devia ter ido mais longe no domínio das águas internacionais (zonas ICES), onde se desenvolvem atividades de pesca que importava submeter a uma regulamentação mais estrita, com isso beneficiando os recursos que evoluem nas águas dos Açores e da Madeira - regiões onde há muito se adotaram medidas específicas de proteção de ecossistemas marinhos vulneráveis, mas que acabam por ser afetadas por atividades de pesca desenvolvidas por frotas europeias em áreas mais setentrionais.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution which represents a fair and balanced compromise. It promotes the preservation of vulnerable seabeds, the protection of deep-sea species and the safeguarding of jobs that depend on this economic activity. With the introduction of the concept of footprint, deep-sea fisheries will now be restricted to areas already exploited in the past and prohibited under 800 metres of depth.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Pozmeňujúci návrh politickej frakcie EFDD, ktorým sa zamietala pozícia Rady, som nepodporila. Nesúhlasím s týmto zamietnutím, keďže návrh Rady na prijatie nariadenia stanovujúceho osobitné podmienky lovu hlbokomorských populácií rýb v severovýchodnom Atlantiku a ustanovenia týkajúce sa rybolovu v medzinárodných vodách severovýchodného Atlantiku naopak podporujem. Návrh sa zaoberá tzv. širym morom, kde sa rybolov uskutočňuje v hĺbke 600 - 800 m. Takýto rybolov však, najmä pri použití niektorých druhov nástrojov, spôsobuje nezvratné škody na životnom prostredí a poškodzuje hlbokomorské ekosystémy. Práve preto nariadenie zavádza prísnejšie opatrenia proti takému poškodzovaniu morského dna. Medziiným bude rybolov povolený iba tam, kde už je tzv. rybolovná stopa, nebude možné loviť v oblastiach, ktorých ekosystémy sú označené za zraniteľné a budú zavedené prísnejšie kontroly. Myslím si, že životné prostredie je potrebné čo najviac ochraňovať a naopak je nutné kontrolovať činnosti, ktoré vedú k jeho, v tomto prípade nezvratným, poškodeniam. Pravidlá, ktoré zavádza návrh nariadenia považujem za primerané a dúfam, že preukážu svoju efektívnosť.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće Isabelle Thomas vezano za slučaj sjeveroistočnog Atlantika: dubokomorske stokove i ribolov u međunarodnim vodama.

EU je dobila zadaću da utvrdi posebne uvjete ribolova kako dubokomorskih zaliha u sjeveroistočnom Atlantiku, tako i ribolova u međunarodnim vodama sjeveroistočnog Atlantika. Smatram da je prvotno važna sama zaštita morskih ekosustava, naročito onih koji su jako ugroženi. Nadalje, budući da se ovdje radi o ribolovu dubokomorskih zaliha, nužno je stvoriti popis dubokomorskih vrsta jer je cilj da se radi na očuvanju i daljnjim istraživanjima vezanima za ovaj slučaj. Stoga je potrebno istraživati ga.

Nužno je osvijestiti o potrebi sprječavanja ulova ugroženih dubokomorskih zaliha. Oni brodovi, odnosno osobe koje krše ova pravila će se sankcionirati. Europska komisija je donijela odluku da će se kazniti brodovi koji krše pravila te da se dubokomorski ribolov treba zabraniti.

Europski parlament je otišao korak dalje u ovom slučaju, što smatram pozitivnim, na način da je uveo stroža pravila i obvezu europskim brodovima da daju informacije o tome što love i da bilježe svaki ulov. Na taj način se može smanjiti i lagano reducirati ulov dubokomorskih vrsta i očuvati riblji fond.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Zakonodajno resolucijo Evropskega parlamenta o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o določitvi posebnih pogojev za ribolov globokomorskih staležev v severovzhodnem Atlantiku in določb o ribolovu v mednarodnih vodah severovzhodnega Atlantika ter razveljavitvi Uredbe Sveta (ES) št. 2347/2002.

Sprejetje stališča Sveta v prvi obravnavi brez dodatnih predlogov sprememb podpiram, saj je v skladu z dogovorom, doseženim v trialogih. Namen predloga je določitev posebnih pogojev za ribolov globokomorskih staležev v severovzhodnem Atlantiku in določb za ribolov v mednarodnih vodah severovzhodnega Atlantika, da se omogoči trajnostni ribolov.

6.3. Allgemeine Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments (A8-0344/2016 - Richard Corbett)

Dichiarazioni di voto orali

Frédérique Ries (ALDE). – Monsieur le Président, nous avions ici deux objectifs: améliorer l'efficacité de nos travaux et renforcer nos règles de transparence.

J'aimerais aborder les questions écrites. Ces questions, que nous posons à la Commission, qui se doit de nous répondre dans les quatre semaines. Un exercice sain et démocratique en principe, qui est aujourd'hui usé, détourné, dévoyé par certains, à tel point d'ailleurs que la Commission ne prend en général même plus le temps de répondre sur le fond.

Il fallait resserrer, limiter, autoriser une ou deux questions par mois, seulement, imposer en réalité un cercle vertueux de vraies questions, pour obtenir de vraies réponses, et au lieu de cela, que faisons-nous? On crève le plafond, sept questions au lieu de cinq, c'est incompréhensible, et je n'ai même pas parlé du coût de cette inflation: à 490 euros la question, cela fait 30 millions par an pour un exercice qui est à l'expression parlementaire ce que le Coca-Cola est au Brunello. C'est indéfendable, et je ne vote pas ce compromis.

Un mot, en revanche, sur notre code de conduite, que nous renforçons. Il sera désormais interdit d'être député et consultant rémunéré; pas de place ici pour le trafic d'influence, c'est essentiel.

Ángela Vallina (GUE/NGL). – Señor Presidente, yo he votado en contra de estos cambios de nuestro Reglamento porque, si ya teníamos escasas competencias, ahora vamos a reducir nuestro poder de decisión, limitando el número de preguntas que podemos hacer a la Comisión, limitando la posibilidad de enmendar textos con los que no estamos de acuerdo y limitando la posición del Parlamento frente al Consejo en las negociaciones.

Al mismo tiempo, esta es la reforma de la gran coalición. Una reforma para que solo se traten los temas que les interesen, y como les interesen, a los grandes grupos políticos: el Partido Popular Europeo y la socialdemocracia, lo que significa el bloqueo del trabajo de los grupos que estamos contra el austericidio, contra la pérdida de derechos laborales y contra las políticas en materia de refugiados.

Hoy, en definitiva, es un día negro para la democracia en la Unión y una mala noticia para la ciudadanía. Es su concepto de democracia y de respeto a las minorías lo que queda claro hoy.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor Presidente, he dicho «no» porque el informe Corbett es un ataque al pluralismo, a la transparencia y a la democracia que aleja a este Parlamento del pueblo europeo. Los grandes grupos han pactado censurar las voces de los críticos, limitándonos el derecho a enmiendas, preguntas y participación parlamentaria. Para no dejar huella, reducen también los debates y la transparencia de los votos.

El nuevo Reglamento formaliza lo que muchos venimos denunciando desde hace tiempo: que este Parlamento no es más que un teatro donde se representan los acuerdos entre los socialistas y la derecha ante un público amordazado que asiste atónito a la destrucción de sus derechos sociales y libertades en nombre del mercado.

Por este camino, la Unión Europea no sobrevivirá a esta involución democrática.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, în raport se menționează că imunitatea parlamentară nu este un privilegiu personal al deputaților, ci o garanție pentru Parlament, în ansamblul său, și de asemenea o garanție pentru membrii Parlamentului. Sunt de acord cu acest lucru și cu aceea că imunitatea nu trebuie să fie un scut în fața faptelor imorale, în fața celor care nu sunt etice sau chiar în fața faptelor penale.

De multe ori însă Parlamentul sau parlamentele naționale sunt un scut în fața faptelor penale. Garanția independenței noastre nu înseamnă că ne putem permite orice, oricând, oricum. Suntem independenți în luarea deciziilor, în voturi, în exprimarea opiniilor, dar nu suntem independenți să încălcăm legea și apoi să invocăm imunitatea.

Nu facem destul, în opinia mea, pentru transparența activității noastre. De asemenea nu facem destul pentru protecția „whistleblowers", a acelor persoane care din interiorul instituției spun în afară, spun presei, spun societății ceea ce nu merge bine în instituție și dau la iveală ilegalitățile care se comit.

Toate acestea sper să le rezolvăm într-un raport ulterior.

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhor Presidente, um dos princípios fundadores da União Europeia é a igualdade entre todos os cidadãos e cidadãs. Isso significa que todos os votos de todos os cidadãos e cidadãs são iguais, valem exatamente o mesmo e, consequentemente, os deputados e as deputadas eleitas por eles têm os mesmos direitos e são também iguais dentro desta casa. Repito, deveriam ter todos os mesmos direitos. Isso sim, Senhor Presidente, é democracia.

No entanto, este relatório é o desrespeito total pela democracia no sentido que eu acabei de descrever: é a legalização sem pudor da política de bastidores no pior sentido, em tudo o que esta política de bastidores tem de pior.

Nunca pensei que fosse o Parlamento Europeu a única instituição europeia eleita diretamente pelos cidadãos europeus a contribuir para reforçar o défice democrático. Não falem em défice democrático, acabaram de legitimá-lo.

Votei contra, porque não sou cúmplice.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem nepodpořil tuto zprávu, nepodpořil jsem změny jednacího řádu. Zaprvé si myslím, že pravidla hry se nemají měnit uprostřed volebního období, to znamená, pokud se má jednací řád měnit, pak pro další volební období, aby bylo jasné pro budoucí poslance, za jakých podmínek Evropský parlament funguje, a za druhé, nesouhlasím s tím, jak se omezila individuální práva poslanců.

Zkrátka a dobře, neznám racionální důvody pro to, proč má být omezen například institut ústního vysvětlování hlasování poslance, když je to jedna z možností, jak poslanec může svému voliči sdělit, jaké zastává stanovisko a proč určitým způsobem v Evropském parlamentu hlasuje. Podle mého názoru to povede k tomu, že se poslancům bude dařit hůře v budoucnu vysvětlovat svá politická stanoviska a Evropský parlament tento jednací řád může vzdálit od jeho voličů a dále komplikovat vztah mezi bruselskými institucemi a občany Evropské unie. Takže si myslím, že některé změny nejsou dobré.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já byť z podstatné části souhlasím s tím, co řekl pan kolega Pospíšil, zejména pokud se týká ústního vysvětlování, tak jsem se nakonec rozhodl tuto zprávu podpořit. Je nepochybné, že dochází k porušování individuálních práv poslanců, prostě dochází k úbytku těchto práv. Pro mě je tato okolnost do jisté míry vyvážena pouze tím, že tato zpráva zavádí zcela nové, transparentní instituty do rozhodování a jednání Evropského parlamentu. Ostatně řada těch individuálních práv je do jisté míry velmi iluzorní. Dnes má v Evropském parlamentu nezařazený poslanec, myslím si, velmi málo práv, je pro něj daleko výhodnější a lepší být členem určité frakce.

Z různých důvodů, jako je posilnění transparentnosti, tak nepochybně i omezení továrny na otázky, které opravdu někteří poslanci nadužívali, jsem se rozhodl nakonec tuto zprávu podpořit.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, students of liberty will tell you that, throughout our history, there has been the ebb and flow and battle between the people trying to regain power from those who wish to control the people. They will tell you that, where the power is concentrated too much in the hands of those who lead us, then there will be problems with the people and often abuse of their lives. We can see what happened in Cuba. We can see what happened in Cambodia or China or the Soviet Union.

Mr Corbyn's party has a member here, from the Labour Party, who wants to institute his own constitutional manipulation of this House. Now he is not a communist and he does not come from those countries, but he comes from a party that supports Cuban leaders, supports people who were in the Soviet Union, and supported those who believed that the power of the people should be suppressed by the power of organisations. These changes to this House will ensure that this continues, but I believe that many more people will want to leave the European Union on the basis of it.

Diane James (NI). – Mr President, now in the past few months I have sat on the Committee that produced this report and I have witnessed the final stages of the work which has been done and which we voted on this morning, supposedly to make the Parliament function better for the States that wish to remain members of the European Union and be governed by the body in the years to come.

Now if the people of the United Kingdom had not voted to leave the European Union on 23 June there would have been a number of clauses that I would have voted against or wanted amended today. However, I chose to abstain almost constantly throughout and only voted against at the very end since I do not believe in more Europe, I do not believe in more EU control, and I felt the report was fundamentally flawed. There was a request right at the beginning to defer this report and to send it back to committee, and it is a very great shame that that request was ignored.

Seán Kelly (PPE). – Go raibh maith agat, a Uachtaráin. Vótáil mé ar son na tuarascála seo cosúil le mo ghrúpa agus is dóigh liom ar dtús: tá moladh mór tuillte ag an Uasal Corbett agus na feisirí eile a d'oibrigh ar an tuarascáil iontach fhada seo. I ndáiríre tá gaisce déanta acu agus dá bhrí sin ba chóir go mbeimid buíoch dóibh. Tá sé ceart go ndéanaimid athbhreithniú ar na rialacha atá againn sa Pharlaimint anois is arís, agus dar ndóigh tá sé tábhachtach go dtuigfeadh na saoránaigh cad atá ar siúl againn, go dtuigfidh siad go bhfuilimid chomh hoscailte agus is féidir linn chun an trédhearcacht a chur chun cinn; agus sa tslí sin beidh muinín ag na saoránaigh as Parlaimint na hEorpa. Tá sé sin thar a bheith tábhachtach. Caithfimid a mhíniú dóibh cad atá ar siúl againn, cé hiad na grúpaí a bhfuilimid ag bualadh leo, cad atá á rá acu agus ansin cén fáth go dtagaimid ar chinneadh éigin ag deireadh na dála. Is dóigh liom go bhfuil sin an-tábhachtach agus cabhródh an tuarascáil sin chun é sin a dhéanamh.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Mr President, I have voted against because I do not agree with the method by which changes are introduced. Especially I agree absolutely with you, Mr President, that the Rules cannot determine what the ex-deputies are doing after they stop being deputies. But they can lobby. But why can I not speak against the European Union and try to destroy the European Union and I am losing my benefits? It is incoherent. Moreover I think the European Union must be destroyed.

Richard Corbett (S&D). – Mr President, may I start by thanking all colleagues for those comments. But let me also reiterate that this report was two years in preparation through a working group in which every single political group was present and participated constructively in this, before it even went for public discussion in the committee and public discussion and vote in this House.

Very high majorities – extremely high majorities – backed the key changes proposed in this report. So I sometimes wonder whether those who now claim that this is a great conspiracy, some sort of coup d'état – as one of our colleagues from over there claimed – or that this is some great manipulation, have actually read what is in the report or whether they are just posturing for some segment of public opinion back in their home country. Those who really do care, Mr Woolfe, about concentrations of power should stand up for an effective, efficient and transparent parliament, a pluralistic parliament that is able to stand up for pluralism in the European Union, for scrutiny of the executive, and for holding the other European institutions to account. That is what this report is about. It is about making our Parliament clearer, more transparent and more effective in doing its work.

Let me finish with one thing, Mr President. If Britain does indeed go ahead and leave the European Union, then let it not be said that British Members have not contributed to making this Parliament an effective, vibrant Parliament able to act on behalf of the citizens that send us here.

Presidente. – Grazie onorevole Corbett e complimenti per il suo successo.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione di Richard Corbett si occupa di riformare il regolamento del Parlamento europeo. Tutta la procedura è stata più lunga e complicata del solito, basti pensare che il gruppo di lavoro incaricato è da ben un anno e mezzo che lavora su questo dossier.

Ho sempre ritenuto necessario cambiare il regolamento del Parlamento europeo, soprattutto per quanto riguarda le norme in materia di trasparenza. Io in prima persona mi sono sempre battuta per rendere le istituzioni dei palazzi di vetro tali da permettere ai cittadini di seguire con completa fiducia ciò che avviene all'interno. Dovremmo essere noi membri del Parlamento europeo ad impegnarci perché questo accada. Purtroppo la realtà è ben diversa e questa relazione ne è una testimonianza. Per questo motivo ho deciso di votare contro.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Creo que no hay un Parlamento fuerte si no hay un Reglamento eficiente. Por eso, he votado a favor de esta revisión del Reglamento que persigue mejorar su funcionamiento, aumentar la transparencia y adaptar su contenido al Acuerdo interinstitucional de 2016 sobre la mejora de la legislación.

Celebro que la reforma aprobada incluya propuestas para mejorar la eficiencia en cuestiones prácticas como el turno de preguntas, la votación de actos legislativos y las votaciones nominales, así como, para integrar la perspectiva de género e incluir debates de actualidad en cada período parcial de sesiones a propuesta de los grupos políticos.

Además el nuevo Reglamento introduce mejoras en el ámbito de la transparencia introduciendo la huella legislativa en los informes, limitando las reuniones a los grupos de interés que estén inscritos en el registro de transparencia y prohibiendo el desarrollo de actividades retribuidas de representación de intereses directamente relacionadas con el proceso de decisión de la Unión.

No obstante, lamento que otras reformas que perseguían que los diputados publiquen en línea las reuniones con los grupos de interés o la prohibición de que mantengan durante su mandato trabajos remunerados han sido rechazadas por la mayoría conservadora de la Eurocámara.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra de esta revisión del reglamento del Parlamento, porque reducirá la capacidad de influir en el trabajo parlamentario de los pequeños grupos, dejando ésta Cámara al servicio de populares y socialistas, quienes ven reforzada su capacidad para definir los tiempos de trabajo y acelerar la legislación que les interese, bloqueando enmiendas y debates que consideren hostiles. Y lo mismo sucederá con otras formas de iniciativa, como las preguntas y las declaraciones, que los pequeños grupos venían utilizando para influenciar la agenda política más allá de los acuerdos entre los grupos mayoritarios.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl Europos Parlamento sprendimo dėl bendros Parlamento darbo tvarkos taisyklių peržiūros. Europos Parlamentas reguliariai peržiūrėdavo savo Darbo tvarkos taisykles, dažnai po to, kai būdavo priimamos naujos sutartys, kuriomis padidinamos Parlamento galios. Dabartiniu atveju taisyklės pertvarkomos daugiausia dėl vidinių priežasčių: padaryti Parlamentą geriau veikiantį, išaiškinti taisykles, pagerinti skaidrumą, apsaugoti Parlamentą nuo politinių jėgų, siekiančių sabotuoti jo darbą bei galimų darbo trikdžių. Tik keli pakeitimai padaryti dėl platesnių pasikeitimų, pvz., dėl 2006 m. Tarpinstitucinio susitarimo dėl geresnės teisėkūros ar dėl naujų organų sukūrimo bankų sąjungos kontekste. Taip pat padaryta keletas pakeitimų, paremtų 2015 m. R. Corbetto pranešimu dėl Komisijos klausymų procedūrų ir praktikos. Pritariu šiai išsamiai taisyklių peržiūrai, kartu pabrėždama, jog pasirengimas jai vyko visas suinteresuotas puses į diskusiją įtraukusioje darbo grupėje, kuri 1,5 metų reguliariai rengė posėdžius ir pasiekė sutarimą daugeliu punktų.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με τη γενική αναθεώρηση του Κανονισμού του Κοινοβουλίου, διότι θεωρώ πως με τους καινούργιους κανονισμούς το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο θα μετεξελιχθεί σε έναν πιο διαφανή, αποτελεσματικό, ανοιχτό και έτοιμο να ακούσει τους ευρωπαίους πολίτες οργανισμό.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In a democratic Parliament, the Rules of Procedure should play a vital role in ensuring transparency and fairness. It is important that these principles should exist across the European Parliament, and I therefore voted for any amendment that brought about more transparency and voted against any amendment that looked to remove it. Those amendments which would have provided greater fairness and balance between the political groups were also worthy of support.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai approuvé cette révision générale du règlement du Parlement. Il était, selon moi important de préciser certaines règles afin de faire mieux fonctionner le Parlement en le protégeant contre certains éléments politiques perturbateurs. Cet accord résultant en partie de l'accord interinstitutionnel «Mieux légiférer» devrait permettre d'améliorer l'efficacité et la transparence du travail des parlementaires.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl bendros Europos Parlamento darbo tvarkos taisyklių peržiūros. Europos Parlamentas reguliariai peržiūrėdavo savo Darbo tvarkos taisykles, dažnai po to, kai būdavo priimamos naujos sutartys, kuriomis būdavo padidinamos Europos Parlamento galios. Tačiau dabartiniu atveju taisyklės pertvarkomos daugiausia dėl vidinių priežasčių: padaryti Parlamentą geriau veikiantį, išaiškinti taisykles, pagerinti skaidrumą, apsaugoti Parlamentą nuo politinių jėgų, siekiančių sabotuoti jo darbą, daromų trikdžių. Didžiausia atlikta darbo dalis yra techninė, teisinė ir lingvistinė, ja pagerinamos taisyklių smulkmenos. Tačiau yra keletas pakeitimų, kurių svarba yra platesnė.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette révision du règlement en raison des nouvelles restrictions que celui-ci imposerait aux députés: ces limites entraveraient notamment la fonction de contrôle que les élus du peuple ont le droit et le devoir d'exercer.

En outre, le nouveau règlement ne garantirait pas assez les droits des députés en position de minorité. Tous les groupes politiques auraient par exemple le droit de proposer au moins un sujet pour un débat d'actualité par an… sauf que si 80% des groupes à la conférence des présidents s'opposent à un sujet proposé, celui-ci ne sera pas retenu. Cette règle servirait à empêcher les partis et groupes patriotes, malheureusement minoritaires pour l'instant, de s'exprimer.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette révision du règlement d'ordre intérieur du Parlement qui en renforcera notamment la transparence.

Ainsi, durant leur mandat, il sera interdit aux députés d'accepter un travail de lobbying rémunéré. Une fois leur mandat terminé, ils perdront leurs privilèges d'anciens eurodéputés -entre autre le libre accès au Parlement européen- dans le cas où ils deviendraient lobbyistes.

Par ailleurs, un accord a été trouvé pour renforcer les sanctions à l'encontre des auteurs de déclarations diffamatoires ou xénophobes en séance plénière.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Nel corso della sua storia, il Parlamento europeo ha eseguito diverse revisioni periodiche del suo regolamento, per adattare al meglio i propri meccanismi di funzionamento interno ai cambiamenti del sistema istituzionale e politico.

La relazione Corbett, che oggi ho sostenuto con il mio voto, è il frutto di un lavoro collegiale durato 18 mesi e che ha avuto come obiettivo quello di definire una revisione generale del regolamento per rispondere alle nuove esigenze dell'istituzione e per ottimizzare l'uso delle risorse interne. Il testo, fortemente articolato e dal carattere tecnico, introduce importanti innovazioni che mirano a rendere il Parlamento ancora più trasparente ed efficiente, rafforzando la sua immagine istituzionale e la sua capacità di ascolto nei confronti dei cittadini.

Tra le misure previste spiccano: un aumento delle sanzioni per i deputati che fanno uso di un linguaggio diffamatorio, xenofobo e razzista; la definizione di dichiarazioni di interessi finanziari dei deputati più dettagliate e regolari; un rafforzamento del Codice di condotta e il divieto esplicito per i deputati di lavorare come lobbisti stipendiati. Sono maggiormente limitate anche le interrogazioni scritte, le proposte di risoluzione e le richieste di votazione per appello nominale. Il regolamento entrerà in vigore il 16 gennaio 2017.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la revisión general del Reglamento del Parlamento Europeo, ya que considero que es un texto de suma importancia que supone una mayor centralización del poder en los grupos políticos grandes en detrimento de los pequeños. El Grupo de Trabajo sobre el Reglamento de la Comisión AFCO dedicó más de dos años a la revisión del Reglamento. El mandato del grupo de trabajo era «identificar posibles incongruencias, redundancias, superposición de normas y, en la medida de lo posible, simplificar las normas». Gran parte de los cambios propuestos por el Grupo de Trabajo fueron técnicos (simplificación del texto, incorporación de interpretaciones, adaptación de la base jurídica, reagrupamiento de disposiciones en nuevos capítulos, etc.). Estos cambios son positivos ya que mejoran la legibilidad del Reglamento. Sin embargo, una serie de propuestas sustanciales podrían dificultar la expresión de los grupos más pequeños, en particular a nivel de la Plenaria, mientras que los grupos más grandes tendrán más posibilidades de actuar tanto en el Comité como en el Plenario. En general, esto significa una mayor centralización del poder en el Parlamento en beneficio de los grupos más grandes.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de la revisión general del Reglamento del Parlamento Europeo. Tras muchas negociaciones hoy hemos votado un texto que quiere simplificar algunas reglas, pero yo he votado también a favor de las enmiendas donde se pedía transparencia a la hora de enumerar los grupos con los que nos reunimos durante nuestro trabajo parlamentario.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport de Mr Corbett relatif au règlement du Parlement, car je considère qu'il met à mal la démocratie en réduisant notamment grandement les prérogatives des groupes dits minoritaires au détriment des deux grands partis de l'establishment, «Républicains» et socialistes. La constitution de nouveau groupe au sein du Parlement est rendue beaucoup plus difficile, de même que la représentation des non-inscrits qui se voient imposer un coordinateur officiel sans pouvoir avoir leur mot à dire.

Outre la négation de ce nécessaire pluralisme des partis politiques qui est oblitéré, la liberté d'expression elle-même semble en danger au sein de ce Parlement avec des sanctions avec tous propos jugés hors la norme: si je condamne évidemment la violence, le but même des mandats politiques et de la protection de l'immunité des députés est de pouvoir faire entendre leur voix, même dissonante.

Enfin, le travail parlementaire lui-même tend à être contrôlé, avec des possibilités restreintes en termes de procédures législatives comme la réduction du nombre de résolution à une par mois.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non posso assolutamente condividere le modifiche apportate al regolamento del Parlamento europeo, perché queste limitano molto il lavoro di noi parlamentari dei gruppi meno numerosi. Come temevo, la forte pressione esercitata dei grandi gruppi ha avuto la meglio e questo testo rappresenta un'occasione mancata: invece di migliorare il sistema dei lavori parlamentari per permettere a tutti i rappresentanti dei cittadini di far sentire la propria voce, questo testo penalizza il nostro lavoro di opposizione alle folli politiche di Bruxelles. Per questi motivi mi sono espressa con un voto negativo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Creo que no hay un Parlamento fuerte si no hay un Reglamento eficiente. Por eso, he votado a favor de esta revisión del Reglamento que persigue mejorar su funcionamiento, aumentar la transparencia y adaptar su contenido al Acuerdo interinstitucional de 2016 sobre la mejora de la legislación.

Celebro que la reforma aprobada incluya propuestas para mejorar la eficiencia en cuestiones prácticas como el turno de preguntas, la votación de actos legislativos y las votaciones nominales, así como, para integrar la perspectiva de género e incluir debates de actualidad en cada período parcial de sesiones a propuesta de los grupos políticos.

Además el nuevo Reglamento introduce mejoras en el ámbito de la transparencia introduciendo la huella legislativa en los informes, limitando las reuniones a los grupos de interés que estén inscritos en el registro de transparencia y prohibiendo el desarrollo de actividades retribuidas de representación de intereses directamente relacionadas con el proceso de decisión de la Unión.

No obstante, lamento que otras reformas que perseguían que los diputados publiquen en línea las reuniones con los grupos de interés o la prohibición de que mantengan durante su mandato trabajos remunerados han sido rechazadas por la mayoría conservadora de la Eurocámara.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo dėl bendros Parlamento darbo tvarkos taisyklių peržiūros. Europos Parlamentas reguliariai peržiūrėdavo savo Darbo tvarkos taisykles, dažnai po to, kai būdavo priimamos naujos sutartys, kuriomis būdavo padidinamos Europos Parlamento galios. Dabartiniu atveju taisyklės pertvarkomos daugiausia dėl vidinių priežasčių, kaip antai, padaryti Parlamentą geriau veikiantį, išaiškinti taisykles, pagerinti skaidrumą, apsaugoti Parlamentą nuo politinių jėgų, siekiančių sabotuoti jo darbą, daromų trikdžių. Tik keli pakeitimai padaryti dėl platesnių pasikeitimų, pavyzdžiui, dėl 2006 m. Tarpinstitucinio susitarimo dėl geresnės teisėkūros ar dėl naujų organų sukūrimo bankų sąjungos kontekste. Didžiausia darbo dalis yra techninė, teisinė ir lingvistinė, ja pagerinamos taisyklių smulkmenos.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az eljárási szabályok felülvizsgálatával még hatékonyabb, átláthatóbb és elszámoltathatóbb lehet az Európai Parlament az állampolgárok felé, továbbá ezzel a modernizálással a Lisszaboni Szerződésnek megfelelően valódi társjogalkotóvá válhat az EP. Szavazatommal ezért támogattam a jelentés elfogadását.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette révision du règlement en raison des limites que celui-ci imposera aux députés individuels. Ces limites entraveront la fonction de contrôle que les élus du peuple ont le droit et le devoir d'exercer. En outre, le nouveau règlement ne garantit pas suffisamment les droits des députés en position de minorité.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against this report, which is extremely alarming and represents a major step backwards for democracy in Europe. This vote has been described as representing merely technical changes that will improve efficiency in the European Parliament. But the truth is these changes will have a dramatic political impact, by undermining democratic oversight, transparency and political pluralism.

My top concern is the empowerment in the legislative process of the so-called trilogue. Trilogues are an undemocratic and illegitimate means of forming legislation that give undue power to the unelected officials of the Commission. This vote not only attempts to legitimise them but also means that once an agreement has been reached in trilogue, MEPs will no longer be able to amend the proposal in the plenary of Parliament.

The ability of MEPs to question the Commission, to propose motions for resolutions, and to table amendments to legislative proposals will all be restricted. This will harm both our ability to effectively represent our constituents and to hold the Commission accountable. The power of the two major political groups, the conservative Christian Democrats (EPP) and the social democrats (S&D), will be further entrenched by the raising of procedural 'thresholds'.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ha eseguito revisioni periodiche del suo regolamento, spesso in seguito all'adozione di nuovi trattati che hanno rafforzato i suoi poteri.

Migliorare l'efficienza del funzionamento dei lavori parlamentari, dedicare periodicamente alcune sedute a dibattiti di attualità di grande interesse per la politica dell'Unione europea e permettere a ciascun gruppo politico di chiedere almeno un dibattito all'anno, oltre a coinvolgere maggiormente la commissione FEMM per le tematiche relative alla parità di genere sono elementi utili a rendere la nostra istituzione più attiva, più vicina ai cittadini e più utile all'Europa.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette révision générale du règlement du Parlement européen est censée accroitre la transparence quant aux activités annexes des députés et améliorer l'efficacité du fonctionnement du Parlement. Pour y parvenir, ce texte préconise d'interdire formellement aux députés d'occuper des emplois de lobbyistes rémunérés et de rendre la déclaration des intérêts financiers des députés plus exhaustive. Néanmoins, d'autres éléments présents dans cette modification du règlement entraveront l'activité parlementaire des députés. À commencer par la proposition visant à limiter le nombre de questions écrites à vingt par trimestre tandis que seule une proposition de résolution par mois pourra être déposée par député. Par ailleurs, ce rapport contribuera à restreindre la liberté d'expression des députés pourtant élus par les peuples européens au suffrage universel direct. Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Regulamentul de procedură al Parlamentului European a fost revizuit în mod constant, de cele mai multe ori pe fondul adoptării unor noi tratate care au consolidat competențele Parlamentului European. Prezenta revizuire generală a Regulamentului de procedură al Parlamentului European are la bază raționamente de ordin intern, și anume: de a îmbunătăți funcționarea Parlamentului, de a clarifica normele, de a îmbunătăți transparența, de a asigura protecția Parlamentului împotriva elementelor politice perturbatoare care au drept scop sabotarea activității sale.

Au fost propuse o serie de măsuri ce vizează modificări de natură tehnică, juridică și lingvistică, având drept scop îmbunătățirea nivelului de detaliu al Regulamentului. Totodată, există noi norme care urmăresc să eficientizeze activitatea Parlamentului European, fiind modificate prevederi cu referire la ordinea de votare a actelor legislative, pentru a deveni mai clară, dar și anumite limitări în ceea ce privește numărul propunerilor de rezoluții, al declarațiilor scrise și al întrebărilor cu solicitare de răspuns scris.

M-am exprimat în favoarea acestei propuneri de revizuire generală a Regulamentului de procedură al Parlamentului European deoarece devine esențial ca activitatea din Parlamentul European să fie în permanență eficientizată, pentru a putea răspunde tuturor provocărilor europene.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Creo que no hay un Parlamento fuerte si no hay un Reglamento eficiente. Por eso, he votado a favor de esta revisión del Reglamento que persigue mejorar su funcionamiento, aumentar la transparencia y adaptar su contenido al Acuerdo interinstitucional de 2016 sobre la mejora de la legislación.

Celebro que la reforma aprobada incluya propuestas para mejorar la eficiencia en cuestiones prácticas como el turno de preguntas, la votación de actos legislativos y las votaciones nominales, así como, para integrar la perspectiva de género e incluir debates de actualidad en cada período parcial de sesiones a propuesta de los grupos políticos.

Además el nuevo Reglamento introduce mejoras en el ámbito de la transparencia introduciendo la huella legislativa en los informes, limitando las reuniones a los grupos de interés que estén inscritos en el registro de transparencia y prohibiendo el desarrollo de actividades retribuidas de representación de intereses directamente relacionadas con el proceso de decisión de la Unión.

No obstante, lamento que otras reformas que perseguían que los diputados publiquen en línea las reuniones con los grupos de interés o la prohibición de que mantengan durante su mandato trabajos remunerados han sido rechazadas por la mayoría conservadora de la Eurocámara.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho espresso voto favorevole sulla relazione concernente la revisione generale del regolamento del Parlamento europeo perché introduce norme che renderanno più democratica, più trasparente e più efficiente l'istituzione parlamentare.

In materia di trasparenza, importante è l'introduzione dell'obbligo per gli ex deputati di comunicare al Parlamento la propria attività di lobby e la previsione del ritiro del loro badge d'accesso in caso di violazione di tale norma. La relazione offre importanti miglioramenti anche in termini di efficienza e partecipazione. Per esempio, la plenaria avrà voce in capitolo sempre per autorizzare o negare l'apertura di negoziati con le altre istituzioni al fine di raggiungere accordi in prima lettura.

Sono state poi introdotte norme per rafforzare le sanzioni contro i deputati che fanno dichiarazioni inappropriate o che tentano di interrompere l'attività parlamentare. In caso di cattiva condotta grave, a un deputato potrà essere vietato di rappresentare il Parlamento all'esterno (in delegazioni esterne o incontri interistituzionali, per esempio) per un massimo di un anno.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report which will be a major step backwards in democracy in Europe. The new Rules of Procedure adopted will restrict the rights of individual members and smaller political groups, further centralising parliamentary power in the hands of the 'grand coalition', the conservative EPP and Social Democrats.

This vote has been described as representing merely technical changes that will improve efficiency in the European Parliament. But the truth is these changes will have a dramatic political impact, by undermining democratic oversight, transparency and political pluralism. My top concern is the empowerment in the legislative process of the so-called trilogue, described by a journalist recently as being the place 'where European democracy goes to die'. Trilogues are an undemocratic and illegitimate means of forming legislation that give undue power to the unelected officials of the Commission. This vote not only attempts to legitimise them but also means that once an agreement has been reached in trilogue, MEPs will no longer be able to amend the proposal in the plenary of Parliament.

For these reasons I voted against.

James Carver (EFDD), *in writing*. — UKIP could not vote for this report. There were elements of the report that did not allow for representation by all the groups of Parliament. Furthermore, we could not vote for a report that would allow legislation to be fast-tracked without following the due procedure for scrutiny.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report which reviewed the European Parliament Rules of Procedure in order to make Parliament work better, clarify certain rules, improve transparency, and efficiency in our daily work. Following inappropriate incidents in plenary, several rules have been redrafted in order to improve the conduct of the plenary sittings and avoid abuses. The changes propose enhanced powers for the President to intervene and increase potential sanctions against individual Members.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Le modifiche apportate non tengono conto della necessità di dare adeguata rappresentanza ed autonomia ai piccoli gruppi ed il testo è inoltre decisamente carente sul profilo della trasparenza. Ho quindi espresso voto sicuramente negativo.

Jean-Marie Cavada (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce règlement du Parlement européen visant à améliorer la transparence en son sein, même si de mon point de vue, nous ne sommes pas allés assez loin. Cette révision prévoit le rendu des déclarations financières plus détaillées des députés et le renforcement de leur code de conduite, ceci est donc un bon début pour atteindre une meilleure transparence. Je trouve intéressant que désormais, un mandat du Parlement dans son ensemble soit nécessaire afin de pouvoir mener une négociation entre les députés et le Conseil en vue de conclure un accord en première lecture. Notre travail législatif sera ainsi mieux appréhendé. Enfin et c'est une excellente chose, dès la prochaine législature, les groupes pourront eux-mêmes désigner leurs membres aux postes de Présidents et Vice-Présidents de commissions.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – I supported the outcome reached today after a year and a half's worth of hard work, but critical progress remains blocked by the usual conservative suspects. Candidates to the posts of EU Commissioners will in the future be much more tightly scrutinised for conflicts of interest, made all the more necessary by recent revolving door scandals.

As far as our own House is concerned, we have enhanced the disclosure and updating requirements of MEPs' parallel sources of income, banned Members from the outrageous practice of engaging in lobbying activities aimed at their own colleagues, and explicitly asked that MEPs refuse to meet unregistered lobbyists.

I and other colleagues, and the staff in our offices, have personally abided by such practices for a long time, and have gone even beyond them in terms of the information we publish. I personally think that most second jobs are outright incompatible with the responsibilities of a parliamentarian and would like to see the legislation laying out our statute revisited to that end.

Unfortunately, many colleagues held us hostage to what is literally business as usual to some of them, on pain of blocking any progress at all, but we must keep up the pressure.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε την έκθεση. Η αναθεώρηση του Κανονισμού οφείλεται κυρίως σε εσωτερικούς λόγους, όπως π.χ. να βελτιωθεί η λειτουργία του Κοινοβουλίου, να αποσαφηνιστούν οι κανόνες και να ενισχυθεί η διαφάνεια.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά με τη γενική αναθεώρηση του Κανονισμού του Κοινοβουλίου. Παρότι είναι κοινώς αποδεκτό πως οφείλουμε να αναθεωρήσουμε και να βελτιώσουμε τον Κανονισμό του Κοινοβουλίου, θεωρώ πως η έκθεση αυτή αποτελεί μια προσπάθεια υιοθέτησης συντηρητικών και περιοριστικών κανόνων, οι οποίες θα λειτουργήσουν εις βάρος της ελευθερίας λόγου και της δυνατότητας δραστηριοποίησης των βουλευτών και γι' αυτό τον λόγο την καταψήφισα.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario. La proposta di revisione del regolamento in oggetto penalizza ulteriormente i piccoli gruppi politici e limita ogni tipo di attività di opposizione.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Pochi totem sono paragonabili alla revisione del regolamento in termini di complessità e acume normativo, oltre che di abilità diplomatica nel trattare con i colleghi, tuttavia esterno il mio sostegno e pieno affidamento al risultato ottenuto.

In primo luogo, vengono ribadite la libertà e l'indipendenza dei deputati. Tra le modifiche apportate, ne ho condivise in particolar modo alcune e fra queste ricade la semplificazione della procedura legislativa ordinaria dal momento che il Parlamento voterà innanzitutto sull'eventuale proposta di relazione immediata del progetto di atto legislativo presentata per iscritto. Laddove questa dovesse venire accolta, allora il progetto decadrebbe, altrimenti se ne dichiarerà la conclusione della procedura.

Relativamente agli alleggerimenti burocratici apportati, apprezzo la facilitazione nella redazione del programma di lavoro della Commissione. Quest'ultimo, frutto della cooperazione fra Parlamento e Commissione come previsto dall'accordo interistituzionale «Legiferare meglio», viene poi analizzato dal Consiglio e fissa obiettivi e priorità di massima degli organi. Per di più, verranno rese pubbliche le documentazioni che riflettono l'esito dei triloghi. Congiuntamente a tali facilitazioni dirette a velocizzare l'intero iter decisionale dell'UE, si assiste a limitazioni inerenti la presentazione di interrogazioni scritte, strumento di cui alcuni colleghi tendono ad abusare per meri fini statistici. Auspico che una tale revisione fornirà risposte più pronte ed efficaci ai cittadini.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the general revision of Parliament's Rules of Procedure. However, I opposed abolishing written declarations as they allow MEPs to voice issues of concern to their constituents.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP could not vote for this report. There were elements of the report that did not allow for representation by all the groups of Parliament. Furthermore, we could not vote for a report that would allow legislation to be fast-tracked without following the due procedure for scrutiny.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della decisione di revisione generale del regolamento del Parlamento europeo in quanto condivido le modifiche proposte dalla commissione AFCO, tra le quali si evidenziano la semplificazione delle soglie di votazione in plenaria e in commissione, la composizione delle commissioni e delle delegazioni, lo snellimento della procedura di elezione dell'Ufficio di presidenza, oltre ad una serie di altre misure concernenti il funzionamento del Parlamento.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta revisión del reglamento del Parlamento, porque reducirá la capacidad de influir en el trabajo parlamentario de los pequeños grupos, dejando ésta Cámara al servicio de populares y socialistas, quienes ven reforzada su capacidad para definir los tiempos de trabajo y acelerar la legislación que les interese, bloqueando enmiendas y debates que consideren hostiles. Y lo mismo sucederá con otras formas de iniciativa, como las preguntas y las declaraciones, que los pequeños grupos venían utilizando para influenciar la agenda política más allá de los acuerdos entre los grupos mayoritarios.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Regulamentul de procedură al Parlamentului European a suferit mai multe modificări în ultimii ani, pentru a genera o mai bună legiferare. Uniunea Europeană încearcă mereu să devină mai transparentă în luarea deciziilor, dar și mai aproape de fiecare cetățean al ei. Am votat pentru revizuirea Regulamentului de procedură al Parlamentului, astfel încât acele lacune procedurale să fie depășite, iar rezultatele să fie văzute în cel mai scurt timp, în viața fiecărui cetățean din blocul comunitar.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - Több éves egyeztető munka eredményeként került sor a Parlament eljárási szabályzatának módosítására, amely a jövő évtől lép hatályba. A Parlament munkamenetét reformálják meg a felülvizsgálat következményeként született változtatások, amelyek – többek között – a Petíciós Bizottság jogkörébe tartozó petíciók kezelésével kapcsolatos részt is pontosítják (216. cikk). Ide tartozik a tagállamokban tett tényfeltáró látogatásokról szóló új szakasz, pontos leírást adva a tényfeltáró látogatások lényegéről és az azt követően elvégzendő bizottsági munkáról, továbbá módosítások és kiegészítések kerültek az elfogadott petíciókra vonatkozó petíciós portálon megjelenő tájékoztatásokhoz is.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przyjęciem proponowanych zmian w Regulaminie Parlamentu, które w moim przekonaniu przyczynią się do poprawy oraz usprawnienia istniejących reguł określających tryb pracy Parlamentu i parlamentarzystów. Przedstawione sprawozdanie dotyczące proponowanych zmian oraz nowych rozwiązań jest wynikiem 18-miesięcznej pracy Grupy Roboczej ds. Regulaminu Parlamentu Europejskiego, w skład której wchodzili posłowie komisji AFCO oraz przedstawiciele wszystkich grup reprezentowanych w Parlamencie. Celem prac było przede wszystkim uproszczenie Regulaminu. Finalnie w sprawozdaniu znalazły się propozycje zmian Regulaminu, co do których posłowie uzyskali szeroki konsensus. Większość przedstawionych propozycji zmian ma charakter techniczny, prawny lub lingwistyczny mający na celu poprawę przejrzystości przepisów Regulaminu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report as this new set of Rules aims at making the European Union more transparent, efficient and ready to listen to European citizens. I agree with the rapporteur that the overhaul of the [text] can help Parliament operate better, clarify rules, and improve transparency.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I was unable to vote in favour of a report that was seeking to abolish written declarations and limit the number of oral explanations of vote Members can make. These are both tools which offer a voice to backbenchers in the parliament and are an important part of the legitimate democracy of the European Parliament.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Con il voto di oggi è stata approvata la riforma del regolamento interno del Parlamento europeo, che si pone come obiettivo di migliorare il funzionamento e garantire una maggiore razionalizzazione dei lavori dell'unica istituzione europea eletta direttamente dai suoi cittadini.

I cambiamenti che sono stati apportati e che ho fortemente sostenuto sono ragionevoli ed equilibrati. Sono convinto che queste modifiche contribuiranno a rendere i lavori parlamentari non soltanto più efficienti e trasparenti, ma anche in grado di resistere meglio alle possibili interferenze dei gruppi politici anti-europei, che spesso cercano di impedire il regolare svolgimento dei lavori.

Nel nuovo regolamento, che entrerà in vigore già nel gennaio del 2017, non saranno più tollerati in alcun modo linguaggi discriminatori o razzisti, né condotte che ledano la credibilità delle Istituzioni europee. Inoltre saranno previste disposizioni specifiche per evitare conflitti di interessi o relazioni poco trasparenti e chiare tra i deputati e le lobby.

Un risultato che è stato ottenuto grazie all'impegno politico e alla volontà del gruppo dei Socialisti e Democratici.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif porte sur la révision générale du règlement du Parlement européen, qui régit l'organisation interne et le travail au sein de l'institution. Parmi les mesures phares, le rapport propose un train de mesures permettant d'améliorer la transparence du travail législatif et d'éviter les conflits d'intérêts des députés, grâce à une révision du code de conduite. Ce rapport vise également à renforcer le contrôle démocratique, dans le cadre des négociations avec le Conseil des ministres, grâce à un vote du mandat du négociateur du Parlement en session plénière et non en commission parlementaire. Les groupes politiques pourront par ailleurs demander plus facilement la tenue de débats thématiques en session plénière. Considérant que cette réforme vise à améliorer la légitimité démocratique et l'intégrité du travail législatif au sein du Parlement européen, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP could not vote for this report. There were elements of the report that did not allow for representation by all the groups of Parliament. Furthermore, we could not vote for a report that would allow legislation to be fast-tracked without following the due procedure for scrutiny.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur une révision générale qui vise à améliorer le fonctionnement du Parlement, et à clarifier certains de ses règlements. Je soutiens particulièrement les mesures qui permettront une meilleure transparence. J'ai par exemple voté en faveur du paragraphe qui propose l'interdiction, pour les Députés européens qui sont en relation directe avec le processus décisionnel de l'Union, de s'engager dans des activités rémunérées de lobbying. J'ai de même voté en faveur du paragraphe qui demande la suppression des déclarations écrites, dans le souci d'une plus grande efficacité du travail parlementaire.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az eljárási szabályok felülvizsgálatával még hatékonyabb, átláthatóbb és elszámoltathatóbb lehet az Európai Parlament az állampolgárok felé, továbbá ezzel a modernizálással a Lisszaboni Szerződésnek megfelelően valódi társjogalkotóvá válhat az EP. Szavazatommal ezért támogattam a Corbett-jelentést.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette révision. Cette révision générale du règlement comporte quelques points positifs: l'interdiction formelle pour les députés d'occuper des emplois de lobbyistes rémunérés, des déclarations d'intérêts financiers des députés plus complètes, l'interdiction pour les députés d'échanger avec des lobbyistes enregistrés dans le registre de transparence.

Par ailleurs, le texte renforce les sanctions contre les propos «diffamatoire(s), raciste(s) ou xénophobe(s)» : le député qui en serait l'auteur encourrait une suspension de 2 à 30 jours de l'indemnité journalière et/ou de la participation aux activités du Parlement, notamment.

Néanmoins, cette révision aboutit à restreindre encore davantage les droits de l'opposition. Les principaux leviers d'actions des députés sont étroitement limités: un député ne pourra poser qu'un maximum de 20 questions écrites sur une durée de 3 mois consécutifs et émettre une proposition de résolution par mois. Les déclarations écrites sont supprimées. Les sujets de débat d'actualité peuvent être rejetés par au moins 80% des groupes à la conférence des présidents.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Този доклад е свързан с дейността на работна група, чиято задача бе да промени и измени Правилника за дейността на ЕП. В тази работна група имаше по един член от всяка политическа група.

Подкрепих доклада, тъй като смятам, че промените, предложени от работната група, ще допринесат за прозрачността и повишаването на демократичността в Европейския парламент.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Ο αναθεωρημένος κανονισμός, όπως προτείνεται στην προς ψήφιση έκθεση, θα επιφέρει καίριο πλήγμα τόσο στην ανεξαρτησία των βουλευτών κατά την ενάσκηση των καθηκόντων τους, όσο και στον υπέρμετρο περιορισμό της εθνικής (κατά περίπτωση) αρμοδιότητας των δικαστικών/φορολογικών αρχών κατά τη διαδικασία ελέγχου των οικονομικών στοιχείων αυτών. Η υπερψήφιση του εν λόγω κειμένου θα οδηγήσει στον ανεξέλεγκτο περιορισμό των δυνατοτήτων δράσης των βουλευτών καθιστώντας τον ρόλο τους ηχηρά διακοσμητικό.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report because I believe it will give my constituents in Wales more information on how Parliament works and will also make it more effective. I supported amendments by my Group to strengthen the transparency and gender mainstreaming proposals.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. — La revisione del regolamento del Parlamento europeo, tanto auspicata quanto deludente nel suo risultato finale, è l'ennesima testimonianza della concentrazione della gestione del potere e delle regole in mano ai grandi gruppi politici con il solito accordo delle larghe intese a scapito delle minoranze.

Vengono ridotte le possibilità di espressione ed intervento da parte dei gruppi politici più piccoli e dei singoli deputati, nessun aggiornamento del Codice di condotta e delle norme sul conflitto di interesse, nessun riconoscimento formale del metodo d'Hondt che continuerà ad essere usato in modo strumentale ad uso e consumo dei grandi gruppi politici, come puntualmente è avvenuto durante questi due anni e mezzo di legislatura.

Infine, la richiesta di maggiore trasparenza da parte dei cittadini viene completamente ignorata, alimentando ancora di più quell'enorme distanza che li separa dalle istituzioni e alimenta il senso di sfiducia. Per questi motivi ho votato contro la relazione.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Jag har röstat för regler som gör vårt arbete ännu mer transparent, samtidigt som vi också kan säkerställa att alla, även små och inte lika organiserade organisationer, ska ha möjlighet att ta kontakt med oss. Jag har också röstat för att avskaffa proceduren med skriftliga förklaringar då dess politiska betydelse är ytterst liten. Min förhoppning är att de nya reglerna kommer bidra till ett effektivare och öppnare arbete i parlamentet.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Parlamento Europeu tem vindo a proceder com regularidade à revisão do seu Regimento, muitas vezes na sequência da aprovação de novos tratados que vieram reforçar os poderes da instituição.

A proposta permite dotar o Parlamento de um melhor «modus operandi», clarificar o Regimento, aumentar a transparência e defender o PE de perturbações induzidas por elementos políticos apostados em sabotar o seu trabalho.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre à cause des limites que celui-ci imposera aux députés individuels. En outre, le nouveau règlement ne garantit pas assez les droits des députés en position de minorité.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Face à crise profunda e persistente em que a UE se encontra mergulhada, a reação das principais forças que têm determinado o seu rumo - direita e social-democracia - é a de reforçar instrumentos de carácter antidemocrático. Este é mais um exemplo.

Estas alterações, no seu conjunto, limitam gravemente o poder de intervenção dos deputados e dos grupos políticos mais pequenos, aumentando ainda mais o poder dos grandes grupos.

A apresentação de alterações a relatórios e pareceres, as perguntas escritas apresentadas a outras instituições, as resoluções, as declarações de voto, a participação nas comissões especializadas - tudo isto é severamente limitado. As declarações escritas - instrumento que tem permitido dar expressão a importantes lutas (dois exemplos recentes: a renegociação das dívidas ou a reposição das quotas leiteiras) - são abolidas.

São enfraquecidos ou eliminados instrumentos de controlo democrático do trabalho desenvolvido pelo parlamento e pelos deputados, nomeadamente através da imposição de procedimentos acelerados e da redução das possibilidades de solicitar «votações nominais». É caso para dizer que alguns têm medo ou vergonha de assumir as posições que aqui tomam.

PS, PSD e CDS votaram a favor. O PCP votou contra e apresentou muitas dezenas de propostas que reforçariam a democracia, o pluralismo e a transparência no funcionamento do Parlamento Europeu.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente proposta di decisione sulla revisione generale del regolamento del Parlamento europeo, poiché questa chiarisce e semplifica in modo adeguato un certo numero di regole, in particolare per quanto riguarda la clausola di sussidiarietà e l'elezione del Presidente della Commissione.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro la relazione perché penalizza i piccoli gruppi e limita molto ogni tipo di attività di opposizione.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Ο αναθεωρημένος κανονισμός θα επιφέρει καίριο πλήγμα τόσο στην ανεξαρτησία των βουλευτών κατά την ενάσκηση των καθηκόντων τους, όσο και στον υπέρμετρο περιορισμό της εθνικής (κατά περίπτωση) αρμοδιότητας των δικαστικών/φορολογικών αρχών κατά τη διαδικασία ελέγχου των οικονομικών στοιχείων αυτών. Η υπερψήφιση του εν λόγω κειμένου θα οδηγήσει στον ανεξέλεγκτο περιορισμό των δυνατοτήτων δράσης των βουλευτών καθιστώντας τον ρόλο τους ηχηρά διακοσμητικό, γι' αυτό και τον καταψηφίζω.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The European Parliament has regularly reviewed its Rules of Procedure, often following the adoption of new treaties that enhanced the powers of the European Parliament. On this occasion, the overhaul of the rules is largely due to internal reasons: to make Parliament operate better, to clarify the rules, to improve transparency, to protect Parliament from disruption by political elements intent on sabotaging its work.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az eljárási szabályok felülvizsgálatával még hatékonyabb, átláthatóbb és elszámoltathatóbb lehet az Európai Parlament az állampolgárok felé, továbbá ezzel a modernizálással a Lisszaboni Szerződésnek megfelelően valódi társjogalkotóvá válhat az EP. Szavazatommal ezért támogattam a Corbett-jelentést.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Ringrazio i colleghi della commissione affari costituzionali per l'imponente lavoro di redazione e negoziato che ha portato all'approvazione del nuovo regolamento interno del Parlamento. Ci dotiamo di uno strumento che permetterà di rispondere meglio alle sfide politiche dell'Unione e di rendere il nostro processo legislativo più efficace e democratico.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Überarbeitung der Geschäftsordnung hat hauptsächlich interne und technische Gründe, die dazu dienen sollen, dass das Parlament effizienter handeln kann. Die Artikel der Geschäftsordnung sollen klargestellt und die Transparenz verbessert werden.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I could not vote for this report. There were elements of the report that did not allow for representation by all the groups of Parliament. Furthermore, I could not vote for a report that would allow legislation to be fast-tracked without following the due procedure for scrutiny.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which includes important reforms to make the European Parliament more transparent, efficient and ready to listen to European citizens. This report crucially allows us to take significant steps forward on transparency: MEPs will be banned from taking a paid lobbying job during their mandate, and after they step down, their privileges as ex-MEPs – such as having free access to Parliament – will be denied if they become lobbyists after their mandate.

Another key measure is the imposition of stronger sanctions against anyone making defamatory or xenophobic statements in plenary.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre la révision du règlement intérieur du Parlement européen.

Sous couvert d'efficacité, ou d'adaptation, beaucoup des dispositions qu'elle contient réduisent les droits individuels des députés, renforcent les prérogatives des groupes sur leurs membres (en contradiction avec l'indépendance nécessaire des députés) et celles des grands groupes sur les petits. Je mentionne en passant les nouvelles petites mesures vexatoires contre les députés non-inscrits, à la légalité douteuse.

Mais il y a pire: la possibilité et même la liberté d'expression des élus et des groupes d'opposition s'en trouvent limitées.

Je pense bien sûr à la mirobolante possibilité de censure des propos au sein même de l'hémicycle, qui permettra de sanctionner tout député qui ne se conformera pas à la doxa multiculturaliste.

Je pense aussi à l'organisation du processus législatif, qui vise à ce que les lois européennes ne fasse l'objet que d'un vote unique, sans débat, sur le consensus obtenu en commission par une poignée de rapporteurs et rapporteurs fictifs: restrictions au dépôt d'amendements, de votes séparés ou par division, etc… Paradoxalement, alors que ces lois régissent la vie de 500 millions de citoyens, l'organisation du lobbying favorise les grands groupes de pression.

Vous faites très fort: vous avez inventé le Parlement où il est chaque jour plus difficile de parler.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la revisión general del Reglamento del Parlamento Europeo, ya que considero que es un texto de suma importancia que supone una mayor centralización del poder en los grupos políticos grandes en detrimento de los pequeños. El Grupo de Trabajo sobre el Reglamento de la Comisión AFCO dedicó más de dos años a la revisión del Reglamento. El mandato del grupo de trabajo era «identificar posibles incongruencias, redundancias, superposición de normas y, en la medida de lo posible, simplificar las normas». Gran parte de los cambios propuestos por el Grupo de Trabajo fueron técnicos (simplificación del texto, incorporación de interpretaciones, adaptación de la base jurídica, reagrupamiento de disposiciones en nuevos capítulos, etc.). Estos cambios son positivos ya que mejoran la legibilidad del Reglamento. Sin embargo, una serie de propuestas sustanciales podrían dificultar la expresión de los grupos más pequeños, en particular a nivel de la Plenaria, mientras que los grupos más grandes tendrán más posibilidades de actuar tanto en el Comité como en el Plenario. En general, esto significa una mayor centralización del poder en el Parlamento en beneficio de los grupos más grandes.

Sylvie Goulard (ALDE), *par écrit*. – Dans le cadre de la révision générale du règlement du Parlement européen, j'ai souhaité défendre une logique globale c'est-à-dire assurer une cohérence entre les élections aux postes de Président, Vice-Présidents et Questeurs au Parlement européen et les postes de Président et de Commissaires pour la Commission européenne. Il faut prévoir un système identique pour tout le monde, pas des votes à bulletin secret pour une institution et des votes par appel nominal pour l'autre.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat raportul privind revizuirea generală a Regulamentului de procedură al Parlamentului European deoarece îmbunătățirea funcționării Parlamentului este esențială. Este important să avem norme clare, care să îmbunătățească transparența și să asigure protecția Parlamentului împotriva elementelor politice perturbatoare care au drept scop sabotarea activității sale. Având în vedere faptul că Parlamentul European reprezintă interesele cetățenilor, este important ca această instituție să fie una eficientă, transparentă și în care aceștia să aibă încredere.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of the General Revision of Parliament's Rules of Procedure as this is a reform which makes the European Parliament more transparent, efficient and ready to listen to European citizens.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – En soutenant le rapport de mon collègue Richard Corbett, je me suis prononcée pour une amélioration du fonctionnement et de la transparence du Parlement européen, tout en prévenant les tentatives destinées à saboter l'activité parlementaire.

Cette modification est aussi un moyen de mettre un terme aux astuces pour «améliorer» les statistiques des députés, qui ne sont en rien du véritable travail législatif.

Plusieurs dispositions ont également été adoptées sur le code de conduite des députés pour renforcer l'éthique et la transparence. Ainsi, les députés seront automatiquement sanctionnés en cas de propos diffamatoires, racistes, xénophobes ou d'actions perturbant l'activité parlementaire. Les nouvelles règles confirment la mise en place d'une «empreinte législative» qui consiste, pour les rapporteurs, à consigner les contacts avec des représentants d'intérêts dans le cadre de l'élaboration de leur travail. Surtout, il ne sera plus possible d'avoir un emploi de lobbyiste rétribué.

Ces nouvelles règles vont véritablement dans le bon sens, pour faire évoluer notre Assemblée vers davantage d'éthique et d'efficacité.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Creo que no hay un Parlamento fuerte si no hay un Reglamento eficiente. Por eso, he votado a favor de esta revisión del Reglamento que persigue mejorar su funcionamiento, aumentar la transparencia y adaptar su contenido al Acuerdo interinstitucional de 2016 sobre la mejora de la legislación.

Celebro que la reforma aprobada incluya propuestas para mejorar la eficiencia en cuestiones prácticas como el turno de preguntas, la votación de actos legislativos y las votaciones nominales, así como, para integrar la perspectiva de género e incluir debates de actualidad en cada período parcial de sesiones a propuesta de los grupos políticos.

Además el nuevo Reglamento introduce mejoras en el ámbito de la transparencia introduciendo la huella legislativa en los informes, limitando las reuniones a los grupos de interés que estén inscritos en el registro de transparencia y prohibiendo el desarrollo de actividades retribuidas de representación de intereses directamente relacionadas con el proceso de decisión de la Unión.

No obstante, lamento que otras reformas que perseguían que los diputados publiquen en línea las reuniones con los grupos de interés o la prohibición de que mantengan durante su mandato trabajos remunerados han sido rechazadas por la mayoría conservadora de la Eurocámara.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az eljárási szabályok felülvizsgálatával még hatékonyabb, átláthatóbb és elszámoltathatóbb lehet az Európai Parlament az állampolgárok felé, továbbá ezzel a modernizálással a Lisszaboni Szerződésnek megfelelően valódi társjogalkotóvá válhat az Parlament.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Καταψηφίσαμε τη γενική αναθεώρηση του Κανονισμού του Κοινοβουλίου, αφού αυτή αποτέλεσε μια προσπάθεια των μεγάλων πολιτικών ομάδων να περιορίσουν τα δικαιώματα των μικρών ομάδων, όπως επίσης και τα δικαιώματα των ευρωβουλευτών. Αντί να διευρυνθεί η δημοκρατία και η δυνατότητα ανάδειξης ζητημάτων και μεγαλύτερης παρέμβασης, στην ουσία με τις αλλαγές που έγιναν αυτή η δυνατότητα έχει περιοριστεί, πράγμα το οποίο μας βρίσκει κάθετα αντίθετους. Επίσης, ζητήματα διαφάνειας τα οποία είχαμε προτείνει δυστυχώς δεν έγιναν αποδεκτά από την πλειοψηφία της Ολομέλειας.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report that amends the European Parliament's Rules of Procedure. This revision will make the overall operation of Parliament more transparent and counter disruptive parliamentary practices. For example, this new procedure now prohibits any paid lobbyist work for Members of Parliament, while former Members of Parliament must register for such activity. It also proposes a strengthening of sanctions that can be imposed on a Member of Parliament in the event of non-compliance with the rules of conduct.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az eljárási szabályok felülvizsgálatával még hatékonyabb, átláthatóbb és elszámoltathatóbb lehet az Európai Parlament az állampolgárok felé, továbbá ezzel a modernizálással a Lisszaboni Szerződésnek megfelelően valódi társjogalkotóvá válhat az EP. Szavazatommal ezért támogattam a Corbett-jelentést.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. This new set of rules will make the European Parliament more transparent, efficient, open and ready to listen to European citizens.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog odluke Europskog parlamenta o općoj reviziji Poslovnika Europskog parlamenta jer smatram da je potrebno osigurati veću transparentnost te poboljšati funkcioniranje Parlamenta. Veliki dio izmjena koje se ovim prijedlogom donose tiču se tehničke i pravne prirode, međutim, postoje i veće izmjene koje izravno utječu na rad ove institucije.

Držim ključnim da se pojedine procedure pojednostave kako bi poslovanje Parlamenta bilo učinkovitije, brže i dosljedno te podržavam potenciranje rodno osviještene politike i jednakost spolova. Efikasnije provođenje aktivnosti Europskog parlamenta dovodi do većeg povjerenja građana te do unaprjeđenja međuinstitucionalnih dogovora.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte à la composition très technique est une menace par les limites diverses qu'il impose aux députés, au premier ordre desquelles l'obstacle que rencontreront les députés dans leur fonction de contrôle. De même, le nouveau règlement bride davantage les droits des députés minoritaires et empêche par sa configuration les élus patriotes de proposer des sujets pour un débat d'actualité. J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I supported the amendments to Parliament's Rules of Procedure in order to have a more streamlined and efficient working environment in which MEPs can represent their citizens in an even more transparent manner. In addition, we have strengthened the sanctions provisions in order to ensure Members cannot abuse their positions. For example if the Member is not complying with the rules of conduct the President can go so far as to withdraw one or more posts held by the Member concerned. I am of the view that these arrangements will lead to the European Parliament working in a more transparent manner.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Richard Corbett relatif à la révision du règlement intérieur du Parlement européen. Cette procédure a pour objectif de rendre l'activité du Parlement plus efficace et transparente en précisant certaines règles de fonctionnement. Le nouveau règlement du Parlement européen renforcera par exemple les sanctions contre les députés tenant des propos racistes ou diffamatoires et perturbant l'activité parlementaire, ce dont je me réjouis. J'ai par ailleurs soutenu plusieurs dispositions relatives à la transparence en cohérence avec ma démarche personnelle sur le sujet. En effet, je m'attache à publier tous les mois sur mon site internet la liste des représentants d'intérêts que mon équipe et moi-même rencontrons dans le cadre de mon mandat européen.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte sur la révision générale du règlement du Parlement car il permettra de faire mieux fonctionner ce dernier en précisant certaines règles.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe gegen diesen Bericht gestimmt. Neben einigen notwendigen Überarbeitungen von Paragraphen und technischen Änderungen gibt es allerdings durchaus gelungene und positive Änderungen. So soll die Transparenz mittels eines „legislativen Fußabdrucks" erhöht werden. Negativ fällt die Beurteilung aus politisch-strategischer Sicht aus. Kleinere Fraktionen und fraktionslose Abgeordnete werden durch Obergrenzen für schriftliche Anfragen, Entschließungsanträge, Änderungsanträge etc. eingeschränkt. Die Einschränkungen der freien Rede in Plenum und Ausschüssen betrachte ich ebenfalls als fragwürdig. Ebenso kritikwürdig kann auch die Bestimmung gewertet werden, die vorsieht, dass bei der Wahl der 14 Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments zumindest sieben Namen auf dem Stimmzettel stehen müssen, damit dieser auch gültig ist. Das kommt einem Zwang gleich, auch politisch missliebige Kandidaten wählen zu müssen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which makes the European Parliament more transparent, efficient and ready to listen to European citizens.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Jakožto zástupce jediného přímo voleného orgánu EU jsem nemohla v hlasování podpořit zprávu o celkové revizi jednacího řádu Evropského parlamentu, jelikož zavádí tzv. rychlozákony. Jsem přesvědčena, že otázky jako společná azylová politika, systém povinné registrace při vstupu do Schengenu, reforma Junckerova investičního balíčku, společný základ pro výpočet firemní daně nebo sporná směrnice o držení střelných zbraní by se neměly řešit za zavřenými dveřmi. Takto pouze posílíme vliv evropské lobby a omezíme transparentnost, čímž se pouze vzdálíme občanům EU.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az eljárási szabályok felülvizsgálatával még hatékonyabb, átláthatóbb és elszámoltathatóbb lehet az Európai Parlament az állampolgárok felé, továbbá ezzel a modernizálással a Lisszaboni Szerződésnek megfelelően valódi társjogalkotóvá válhat az EP. Szavazatommal ezért támogattam a Corbett-jelentést.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих приемането на доклада за цялостно преразглеждане на Правилника за дейността на Европейския парламент, тъй като считам, че по този начин институцията ще работи по-добре, ще се повиши прозрачността, ЕП ще бъде защитен от политическите опити за блокиране на неговата работа. По-съществените промени в правилника са продиктувани от приетото през 2016 г. Междуинституционално споразумение за по-добро законотворчество, както и от създаването на нови органи в контекста на банковия съюз. Съображенията от доклада „Корбът“ от 2015 г. относно процедури и практики във връзка с изслушванията на членовете на Комисията също са залегнали при формирането на новите правила.

Предмет на измененията с цел подобряване на ефективността на работа са редът на гласуване на законодателните актове, времето за въпроси, въпросите с искане за писмен отговор от ЕК, предложенията за резолюции, поименните гласувания и писмените декларации. Членовете на ЕП отсега нататък ще бъдат санкционирани от председателя, ако използват клеветнически, расистки или ксенофобски език или ако предприемат действия, които смущават парламентарната дейност. В останалата си част, измененията преобладаващо са продиктувани от технически, правни и езикови съображения.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. – Dopo due anni di intenso lavoro, il Parlamento è riuscito a grande maggioranza a riformare il proprio regolamento. La riforma fa un grande passo in avanti verso un chiarimento delle norme esistenti e consente una maggiore trasparenza in seno al Parlamento.

Ho sostenuto questa relazione non solo perché credo che essa vada positivamente nella direzione di una maggiore efficacia del lavoro parlamentare, ma anche perché mostra un chiaro segnale del Parlamento nei confronti di quei membri che usano un linguaggio diffamatorio, razzista e xenofobo.

Le sanzioni contro i membri che usano questo linguaggio, compromettendo il regolare svolgimento dei lavori parlamentari, sono state rafforzate nei casi più gravi e raddoppiate in caso di recidività con la perdita del diritto di rappresentare il Parlamento esternamente.

Il Parlamento oggi ha fatto un passo in avanti chiarendo come l'uso di questo linguaggio sia incompatibile con l'esercizio della funzione pubblica.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La relazione al voto riguarda il regolamento del Parlamento europeo. Essa raggiunge diversi obiettivi, quali la semplificazione delle soglie attuali in seduta plenaria e in commissione, la composizione delle commissioni i cui membri sono nominati dai gruppi politici, la composizione dei membri delle delegazioni interparlamentari, lo snellimento dell'elezione dell'ufficio di presidenza del PE, i negoziati interistituzionali, le procedure di voto e la verifica del rispetto dei principi di sussidiarietà, proporzionalità e della parità dei sessi, tra gli altri punti. Ritengo che la proposta abbia un chiaro intento semplificatorio e di trasparenza, garantendo un migliore funzionamento del PE.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – Afin de permettre un meilleur fonctionnement du Parlement européen, de préciser les règles en vigueur et d'améliorer la transparence au sein de notre assemblée, nous avons engagé une révision en profondeur de notre règlement intérieur.

Vote éminemment technique, et sans incidence directe sur le sort de nos concitoyens, il revêt pourtant une importance réelle puisque nous avons décidé de modifier les règles du jeu entre les groupes politiques de notre assemblée et de préciser certaines règles dans le sens d'une plus grande transparence. La grande nouveauté de cette révision est la création d'une session de débats d'actualité organisés à l'initiative des groupes politiques.

J'ai néanmoins tenu à marquer mon opposition concernant plusieurs changements que j'estime inutiles. Ainsi, j'ai notamment voté contre la suppression des déclarations écrites, outil de mobilisation qui permettait parfois aux membres de porter à la connaissance de leurs collègues une thématique chère à nos concitoyens.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la révision générale du règlement du Parlement européen à cause des limites que celui-ci imposera aux députés individuels. Ces limites entraveront la fonction de contrôle que les élus du peuple ont le droit et le devoir d'exercer. En outre, le nouveau règlement ne garantit pas assez les droits des députés en position de minorité. Tous les groupes politiques auront par exemple le droit de proposer au moins un sujet pour un débat d'actualité par an. Or, si 80% des groupes à la conférence des Présidents s'opposent à un sujet proposé, celui-ci ne sera pas retenu. Cette règle servira à bâillonner les forces souverainistes et patriotiques. En matière de censure, il faut également dénoncer la règle sanctionnant les propos «racistes et xénophobes» . Ceci ne devrait pas me concerner, sauf que ces accusations sont utilisées à tort et à travers au PE.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Je me suis opposé à cette révision du règlement. En effet, elle restreint la liberté d'action et d'expression des députés, pourtant représentants de la voix du peuple au sein du Parlement européen. De plus, ce nouveau règlement ne protège pas assez le droit des députés en position de minorité (non-inscrits, petits groupes…). Par exemple, tous les groupes politiques auront le droit de proposer au moins un sujet de débat d'actualité par an. Or, si 80 % des groupes, lors de la conférence des présidents de groupes, s'opposent à un sujet proposé, celui-ci sera alors écarté. Cette règle est donc un moyen rapide de bâillonner les groupes de petite taille, et donc les plus patriotes.Ces modifications abusives sont donc inadmissibles.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Como ha pasado con regularidad, el Parlamento revisa y reforma su Reglamento con la intención de mejorarlo y adaptarlo a las nuevas potestades que se le van atribuyendo. En este caso concreto, algunas modificaciones resultan del Acuerdo interinstitucional 2016 sobre la mejora de la legislación o la creación de nuevos organismos por la unión bancaria.

El nuevo Reglamento incluye modificaciones en los acuerdos en primera lectura, en virtud de las cuales la aprobación por mayoría absoluta en las comisiones de la apertura de negociaciones con otras instituciones habrá de ser anunciada en el Pleno, que la votará en caso de que una décima parte de los diputados del Parlamento se opongan. Asimismo, y, entre otros, se organizarán debates de actualidad en cada período parcial de sesiones, se realizará un control más exhaustivo de las declaraciones de intereses económicos de los diputados y para pulir la actividad parlamentaria, se modifican los umbrales para los diversos procedimientos del Parlamento.

Doy mi voto favorable porque estas medidas aumentarán la transparencia a la par que el funcionamiento del Parlamento. Y no hay duda que un tal objetivo contribuye a una Unión Europea más fuerte y mejor.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that updates Parliament's Rules of Procedure.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Hlasoval jsem proti. Jednací řád EP určuje pravidla hlasování, tvorby výborů, interpelací apod. Jednací řády mají mít stabilitu a mají se měnit jen zvolna. Aby fungovaly, musí být zažité. Toto je velký soubor změn, které neznamenají jednoznačný posun k lepšímu, proto ze zásady opatrnosti upřednostňuji stávající jednací řád. Nesouhlasím ani s novým článkem 47a, podle kterého se budou moci výbory domluvit „v koordinaci s Radou a Komisí na urychlení legislativního procesu". To je podle mě nepřípustné míchání moci zákonodárné a výkonné.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Cilj opće revizije Poslovnika je poboljšati funkcioniranje Parlamenta, pojasniti propise, povećati transparentnost i zaštititi Parlament od političkih elemenata kojima se namjerava sabotirati njegov rad. Veći dio izmjena tehničke je, pravne i jezične prirode i njima se pojašnjavaju odredbe Poslovnika.

Novim pravilima povećava se transparentnost, jasnije je utvrđen redoslijed glasovanja o zakonodavstvu, ukida se dvostruko glasovanje i postrožene su sankcije za ozbiljne slučajeve nedoličnog ponašanja. Stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – Parliament is taking several steps forward on transparency. MEPs will be banned from taking a paid lobbying job during their mandate. After they step down, their privileges as ex-MEPs – such as having free access to the Parliament – will be denied if they become lobbyists after their mandate. Rapporteurs will be able to list the people they have met while writing their report. I think the formula is simple: more transparency – more trust.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Podporujem zmeny rokovacieho poriadku EP, ktoré by mali prispieť k efektívnejšiemu a pružnejšiemu fungovaniu Parlamentu a lepšej tvorbe práva. Zníženie maximálneho počtu písomných otázok na zodovedanie pre jedného poslanca zvýši zodpovednosť poslancov za zadávanie skutočne relevantných otázok, zároveň zníži byrokraciu a náklady na spracovanie odpovedí. Rovnako zvýšenie transparentnosti a ďalšie procesné úpravy pomôžu k zrozumiteľnejšiemu pochopeniu procesov v EP aj pre verejnosť.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη γενική αναθεώρηση του Κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 13/12/2016, καθώς και διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Ce texte a pour objectif de réviser le règlement du Parlement et comporte de nombreux éléments positifs visant par exemple à une meilleure transparence ou encore à l'interdiction du cumul des fonctions de députés et de lobbyistes rémunérés. En revanche, certaines limites sont imposées aux députés individuels. La fonction de contrôle des députés se verra amoindrie et les nouvelles règles ne garantissent pas assez les droits des députés en position de minorité.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Il mio voto positivo è andato alla relazione sulla revisione generale del regolamento del Parlamento europeo. I cambiamenti previsti da questa proposta, che tengono conto delle disposizioni dell'accordo interistituzionale «Legiferare meglio» del 2016, mirano ad un miglioramento di apparati importanti per le procedure parlamentari, come quello informatico.

Questa proposta di decisione può inoltre rivelare la sua utilità nel perseguimento di una sempre maggiore chiarezza e trasparenza nel regolamento del Parlamento europeo e dei suoi deputati.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o zprávě, kterou se navrhuje celková revize jednacího řádu Evropského parlamentu. Ve zprávě se navrhuje celá řada ustanovení, která ještě sníží už tak limitované pravomoci menších politických frakcí a jednotlivých poslanců. Kladou se větší nároky na hlasování za pomoci kvalifikované většiny, což nebude nijak přínosné pro malé politické frakce. Tím se dle mého názoru ještě více snižuje demokratičnost této instituce. Například se navrhuje zrušení písemných deklarací, omezení rozsahu a možností podávat písemné otázky na Komisi a jiné instituce stejně jako limitovat možnost podávat návrhy rezolucí. To povede ke zúžení možností jednotlivých poslanců vykonávat parlamentní činnosti. S drtivou většinou navrhovaných změn jsem nemohl souhlasit, proto jsem v konečném hlasování hlasoval proti zprávě.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Am Dienstag wurde über die Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments abgestimmt, bei der auch die Transparenz mittels eines „legislativen Fußabdrucks" erhöht werden soll. Damit kann man die Tätigkeiten und den Einfluss von EU-Lobbyisten sowie Interessenvertretern und ihre Beziehungen zu den Abgeordneten besser nachvollziehen.

Zu den geplanten Änderungen gehören auch ein strengerer Verhaltenskodex für Mitglieder und schärfere Sanktionen bei Störungen der Arbeit des Parlaments. Außerdem müssen ab 2017 Verhandlungsmandate für Kompromissgespräche mit dem Rat in erster Lesung vom Plenum verabschiedet werden. Auch die Erklärungen der finanziellen Interessen der Abgeordneten müssten unter den neuen Regeln ausführlicher gestaltet und geprüft werden.

Negativ fällt die Beurteilung aus politischer Sicht aus. EPP und S&D haben in einigen Bereichen durch Obergrenzen für schriftliche Fragen, Entschließungsanträge und Änderungsanträge, geschickt die Rechte kleinerer Fraktionen, der fraktionslosen und einzelner Abgeordneter eingeschränkt. Besonders drastisch ist die Einschränkung der freien Rede im Plenum und in den Ausschüssen, wo man künftig wohl pointierte Reden als „fremdenfeindlich" oder „xenophob" einstufen und damit verbieten will.

Als absurd kann auch die Bestimmung gewertet werden, die vorsieht, dass bei der Wahl der 14 Vizepräsidenten des EPs zumindest sieben Namen auf dem Stimmzettel stehen müssen, damit dieser auch gültig ist. Das kommt einem Zwang gleich, auch politisch missliebige Kandidaten wählen zu müssen.

Daher habe ich diesen Bericht nicht mitgetragen.

Alex Mayer (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the changes to the European Parliament's rules of procedure, which was led by my Labour colleague Richard Corbett MEP, as it will make the European Parliament more transparent and clamps down on MEPs having second jobs as lobbyists.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Ties Parlamento darbo tvarkos taisyklių peržiūra daugiau nei metus dirbo įvairias frakcijas atstovaujanti darbo grupė. Pateikta virš 700 pasiūlymų keisti ir tobulinti Parlamento darbo tvarką. Didžiausia darbo dalis yra techninė, teisinė ir lingvistinė, ja pagerinamos taisyklių smulkmenos. Tačiau yra keletas pakeitimų, kurių svarba yra platesnė ir dėl kurių ne visoms politinėms grupėms pavyko susitarti. Esminiai pakeitimai susiję su procedūriniais klausimais, Parlamento, Komisijos pirmininko rinkimais, EP narių skyrimu dirbti komitetuose, balsavimo „slenksčių" nustatymu ir panašiai. Tikėtina, kad net ir priėmus pakeitimus nebus išspęsti absoliučiai visi biurokratiniai, administraciniai nesklandumai, politiniai nesutarimai dėl EP procedūrinių klausimų, tačiau reikia tikėtis, jog šis žingsnis visgi padės Parlamentui dirbti skaidriau ir sklandžiau nei iki šiol.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La révision du règlement du Parlement européen vise sous couvert de «simplification» à réduire les pouvoirs des parlementaires. Il s'agit notamment de restreindre les possibilités d'expression des «petits» groupes politiques pour accroitre celles des «grands». Ainsi les seuils nécessaires aux dépôts d'amendement, aux demandes de votes nominatifs (RCV), aux propositions de résolution ont été ramenés à trois seuils principaux (5%, 10%, 20%) qui permettent aux grands groupes (PPE et S&D) d'agir seuls quand les petits en sont empêchés. De plus, la révision du règlement augmente le pouvoir politique des groupes au détriment des députés. Ainsi les sièges des comités et des délégations appartiendront aux groupes politiques qui auront loisir de les répartir entre leurs membres. Dans un objectif général de limiter les expressions des députés, les membres ne seront plus autorisés à déposer des déclarations écrites et ne pourront faire qu'une seule explication de vote orale par jour. Les pseudos agences d'évaluation des élus vont mieux cirer les pompes de ceux qui les paient. A tant vouloir réduire le pouvoir, déjà faible, des députés, autant supprimer le Parlement européen tout de suite. Je vote contre ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cette révision du règlement du Parlement entraine un durcissement des règles permettant l'exercice du député et amputera les députés minoritaires ou individuels de certains contrôles dont ils ont le droit et le devoir d'exercer.

A l'inverse, cette révision n'assure pas suffisamment les droits des députés minoritaires renforçant ainsi la limitation du fonctionnement démocratique de l'institution européenne. C'est donc pour ces raisons que j'ai voté contre cette révision.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport portant sur la révision générale du règlement du Parlement européen qui présente de manière générale les mesures nécessaires pour renforcer les pouvoirs du Parlement. Cette démarche s'inscrit aussi dans un effort visant à mieux le faire fonctionner, en améliorant notamment un certain nombre de règles en matière de transparence et de responsabilité. De cette façon, par exemple, il sera dorénavant interdit d'être à la fois député et d'occuper des fonctions de consultants rémunérées. En outre, le code de conduite des députés sera également renforcé, sanctionnant avec dureté ceux qui s'engagent dans des actions visant à perturber l'activité parlementaire, ceci dans le but de raffermir le sens des responsabilités des membres de notre institution. En ces périodes de replis nationalistes, et de la montée du racisme et de la xénophobie, il était nécessaire de sanctionner les députés qui prennent des postures extrêmes, en totale contradiction avec les valeurs européennes.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which calls on the European Parliament to adopt a new set of Rules that will make it more transparent, efficient, open and ready to listen to European citizens

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Parlament rendszeresen felülvizsgálja eljárási szabályzatát. A mostani módosításra egy nyolcpárti munkacsoport 18 hónapos egyeztetés után tett javaslatot. A javasolt átdolgozás célja a Parlament működőképesebbé tétele, a szabályok egyértelműbbé tétele, az átláthatóság fokozása, valamint a Parlament működésének védelme volt a munkáját szabotálni kívánó politikai elemektől. Az Alkotmányügyi Bizottság jelentésében azt indítványozta, hogy a Parlament a munkacsoport javaslata alapján 284 ponton módosítsa eljárási szabályzatát.

Azokat a módosításokat azonban, amelyek biztosították volna a Parlament működésének nagyobb átláthatóságát, nyilvánosságát, szigorították volna a vagyonnyilatkozat-tételi eljárást, a többség, velem ellentétben, nem szavazta meg. Meglátásom szerint ezzel a felülvizsgálat legfontosabb célja vált semmivé, ezért az eljárási szabályzat ilyenképpen történő módosítása ellen szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Nous avons voté contre cette révision du règlement à cause des limites que celui-ci imposera aux députés individuels. Ces limites entraveront la fonction de contrôle que les élus du peuple ont le droit et le devoir d'exercer. En outre, le nouveau règlement ne garantit pas assez les droits des députés en position de minorité. Tous les groupes politiques auront par exemple le droit de proposer au moins un sujet pour un débat d'actualité par an. Or, si 80% des groupes à la conférence des présidents s'opposent à un sujet proposé, celui-ci ne sera pas retenu. Cette règle servira à bâillonner les forces patriotiques. En matière de censure, il faut également dénoncer la règle sanctionnant les propos «racistes et xénophobes» ou encore diffamatoires. Elle laisse en effet à l'administration et aux autres élus le droit de censurer, sous couvert de cette règle, tout propos qui critiquerait, par exemple, la politique d'accueil des migrants. Bien entendu, tout cela est fait dans le but politique de faire taire les eurosceptiques.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La possibilité est désormais offerte au Président du Parlement d'effacer des passages entiers de certains discours qui lui déplaisent des archives audiovisuelles. On croirait l'idée venue de Staline!

Par ailleurs, les pouvoirs d'interpellation des eurodéputés est considérablement réduit, ce qui diminue encore un peu plus l'intérêt déjà limité de cette institution a-démocratique.

Je vote évidemment contre ce rapport aberrant qui prouve encore une fois que l'UERSS mérite bien ce surnom.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I welcome these reforms, which make the European Parliament more transparent, efficient and ready to listen to European citizens.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la révision générale du règlement du Parlement européen, qui régit la procédure législative et plus globalement le fonctionnement de notre institution. Cette révision rend l'organisation du Parlement plus transparente et plus efficace. Elle permet de supprimer certaines dispositions devenues obsolètes, et pose l'interdiction de tout travail rémunéré de lobbyiste pour les députés européens afin d'éviter les conflits d'intérêts.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Rules of Procedure of the European Parliament are regularly reviewed in order to be up to date following adoptions of new treaties that enhance the power of the European Parliament. I have voted for this report on the general revision of the European Parliament's Rules of Procedure.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport de revizuire generală a Regulamentului de procedură deoarece nivelul dezbaterilor din ultimii ani din Parlamentul European a ajuns la un nivel care impune ca anumite sancțiuni să fie înăsprite. Mă refer la membrii acestui forum respectabil care au un comportament jignitor și folosesc în discursurile publice mesaje rasiste sau xenofobe. Susțin și am susținut mereu dezbaterile, am încurajat în activitatea politică exprimarea diferențelor de opinii, întrucât fiecare dintre colegi reprezintă opiniile și viziunile unui anumit grup de cetățeni ai Uniunii Europene și trebuie să îi reprezinte pe aceștia. În același timp, resping în orice condiții mesajele extremiste, defăimătoare, rasiste sau xenofobe care, în opinia mea, nu își au locul într-o instituție democratică.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem revizi jednacího řádu EP, která by měla vést k racionalizaci a vyšší efektivitě práce EP ve všech fázích rozhodovacího procesu. A to bez toho, aby bránila poslanci projevit své názory a postoje. Souhlasím také s omezením některých statisticky zaznamenávaných aktivit poslanců, které buď ztratily své opodstatnění v souvislosti s posílením pravomocí EP jako celku, nebo bývají nadužívané a vyvolávají zvýšené administrativní náklady.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen die allgemeine Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments ausgesprochen, da ich diverse Punkte im Bericht nicht befürworten kann. Ein Beispiel dafür wäre die Einschränkung der freien Rede im Plenum und in den Ausschüssen, wo man künftig pointierte Reden als fremdenfeindlich einstufen möchte und verbieten will.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Kodukorra läbivaatamine toimub regulaarselt. Seekordne eesmärk on taas kord tõhustada parlamendi tööd, täpsustada eeskirju, suurendada läbipaistvust ning takistada parlamendi saboteerimist. Muu hulgas vähendatakse eri meetmeid tõhususe suurendamiseks, näiteks piiratakse resolutsiooni ettepanekute arvu, kirjalikult vastatavate küsimuste arvu ja tehakse ka ettepanek kaotada kirjalikud deklaratsioonid. Veel on toodud sisse võimalus karistada parlamendiliiget laimava, rassistliku või ksenofoobse käitumise eest, mis häirib parlamendi tegevust.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – El Parlamento Europeo está dotado de su propio Reglamento de funcionamiento interno. Esta reforma ha tenido por objeto la actualización de la normativa interna, con dos objetivos fundamentales: la mejora de la operatividad y transparencia, la clarificación de determinadas normas.

Estos cambios han sido el fruto de un trabajo técnico muy extenso, y de una negociación que ha durado prácticamente dos años. Se ha buscado reducir trabas y simplificar los procesos de toma de decisiones internas, además de adaptar la normativa al nuevo Acuerdo Interinstitucional sobre Legislar Mejor que quiere otorgar, y veremos si es así, más peso al Parlamento. Finalmente, entre alguna de las medidas novedosas se encuentra los nuevos debates sobre temas de especial relevancia y actualidad en la Unión, que permitirá al Parlamento evaluar lo que resulta urgente. Somos lentos. Me avergüenza la impotencia ante la crisis política y humanitaria y este Reglamento no es una solución milagrosa, pero es un poco mejor.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Ο ήδη βαθιά αντιδραστικός κανονισμός γίνεται αντιδραστικότερος με την αναθεώρησή του, που ενισχύει τη δομή και τον μηχανισμό για την προώθηση της αντιλαϊκής πολιτικής της ΕΕ. Στοχεύει στο να διευκολύνει τις πολιτικές δυνάμεις του κεφαλαίου στις αντιλαϊκές κινήσεις και συμβιβασμούς τους «πίσω από κλειστές πόρτες» για να αποφεύγουν λαϊκές αντιδράσεις, σε συνθήκες όξυνσης των μονοπωλιακών ανταγωνισμών.

Έχει στόχο τον ακόμα μεγαλύτερο έλεγχο της σύνθεσης των κοινοβουλευτικών επιτροπών, τον περιορισμό στο δικαίωμα λόγου και στη δυνατότητα παρέμβασης των ευρωβουλευτών (π.χ. περιορισμός ερωτήσεων, προφορικών αιτιολογήσεων ψήφου, κατάργηση δυνατότητας συζήτησης αναπάντητης ερώτησης στην Ολομέλεια).

Ο νέος κανονισμός, σε ακόμη μεγαλύτερη έκταση από τον προηγούμενο, εξυπηρετεί τις επιδιώξεις των πολιτικών δυνάμεων που υπερασπίζονται το καπιταλιστικό σύστημα και όσων μέσα στα πλαίσιά του εξαπατούν τους λαούς με ψευδαισθήσεις φιλολαϊκής δήθεν διαχείρισης του, επιχειρώντας να φιμώσουν σε κάθε περίπτωση τη φωνή των κομμουνιστών, που αποκαλύπτουν την καπιταλιστική βαρβαρότητα και καλούν στην ανατροπή της.

Αυτή είναι η «κοινοβουλευτική δημοκρατία» του κεφαλαίου που διαφημίζει η αστική τάξη και οι πολιτικοί εκπρόσωποί της. Ο λαός μπορεί με την πάλη του να βάλει τη σφραγίδα του στις εξελίξεις, αμφισβητώντας την κυριαρχία των μονοπωλίων και διεκδικώντας την οικονομική και πολιτική εξουσία που θα υπηρετεί συμφέροντά του.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ces nouvelles règles: elles doivent permettre au Parlement européen de fonctionner mieux et d'améliorer la transparence .

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta del collega perché con il nuovo regolamento il lavoro del Parlamento sarà più coerente e responsabile, grazie alla statuizione di un corpus organico e innovativo di norme. Si tratta di adempiere al dovere di responsabilità nei confronti dei cittadini dell'Unione europea, appoggiando una riforma che rappresenta il felice epilogo di un lavoro lungo e meticoloso.

Pertanto, ho espresso voto favorevole.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — Given the changing political landscape in the European Union and globally, I believe that it is necessary to adapt the Rules of Procedure of our House accordingly in order to be able to deliver quicker and better. For this reason I voted in favour of streamlining the current thresholds at plenary and committee level, also supporting the clarifications of some aspects of the legislative procedure and the inter-institutional negotiations and other provisions. The European Parliament must lead by example.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam odluku o općoj reviziji Poslovnika Europskog parlamenta. Kao i u svim državama članicama, tako građani i od Europskog parlamenta traže učinkovit i transparentan rad svojih predstavničkih tijela. Predložene izmjene Poslovnika upravo nastoje omogućiti učinkovito obavljanje posla kroz suvislu i obostranu komunikaciju s drugim tijelima Europske unije.

Pozdravljam ograničenje kojim će svaki zastupnik moći postaviti najviše 20 pitanja u razdoblju od tri mjeseca. Zastupnička pitanja važan su alat zastupnika i zastupanja interesa građana. Ovom mjerom nastoji se probleme fokusirati na one najvažnije, ali i dati dovoljno prostora nadležnim agencijama službama i tijelima da na pitanja odgovore kompetentno, stručno, i cjelovito.

Pozdravljam i pojednostavljenje procedura donošenja zakonodavnih akata, ali najviše od svega podržavam izmjene kojima se dodatno naglašava uloga i važnost nacionalnih parlamenta putem provjere poštovanja načela supsidijarnosti i proporcionalnosti. Nažalost, ovaj se članak isključivo odnosi na zakonodavne akte te sam mišljenja kako bi ga trebalo proširiti i na nezakonodavne akte. Države članice morale bi biti u mogućnosti ako ništa drugo, prigovoriti na učestale slučajeve uplitanja Europskog parlamenta na predmete koji su u isključivoj nadležnosti država članica.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Europski parlament ovom revizijom Poslovnika dobio je novi set pravila koja će Parlament učiniti transparentnijim, učinkovitijim, otvorenijim i spremnijim slušati europske građane. Posebno su važne izmjene koje se tiču transparentnosti od kojih treba istaknuti odredbu da europski parlamentarci više neće obavljati plaćene poslove profesionalnog lobiranja izravno povezane s procesom donošenja odluka u EU-u. Ostale odredbe o većoj transparentnosti odnose se na: detaljniji prikaz izjava o financijskim interesima zastupnika u Parlamentu; provjeru ažuriranosti i točnosti izjava o financijskim interesima; oduzimanje iskaznice za pristup registriranim lobistima koji ne poštuju propise; oduzimanje iskaznice za pristup osobama koje se ne odazovu na poziv u istražni odbor; zabranu korištenja iskaznica osoba u pratnji u svrhu lobiranja; dopuštenje izvjestiteljima da svojim izvješćima prilože „zakonodavni otisak" (u skladu s odlukom Predsjedništva o zakonodavnom otisku).

Upravo je S&D inzistirao na boljim pravilima o transparentnosti i zadovoljan sam rezultatima glasovanja jer je većina kolega prepoznala važnost ovih izmjena i podržala naš prijedlog.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — Face à crise profunda e persistente em que a UE se encontra mergulhada, a reação das principais forças que têm determinado o seu rumo – direita e social-democracia – é a de reforçar instrumentos de carácter antidemocrático. Este é mais um exemplo.

Estas alterações, no seu conjunto, limitam gravemente o poder de intervenção dos deputados e dos grupos políticos mais pequenos, aumentando ainda mais o poder dos grandes grupos.

A apresentação de alterações a relatórios e pareceres, as perguntas escritas apresentadas a outras instituições, as resoluções, as declarações de voto e a participação nas comissões especializadas – tudo isto é severamente limitado.

As declarações escritas – instrumento que tem permitido dar expressão a importantes lutas (dois exemplos recentes: a renegociação das dívidas ou a reposição das quotas leiteiras) – são abolidas.

São enfraquecidos ou eliminados instrumentos de controlo democrático do trabalho desenvolvido pelo parlamento e pelos deputados, nomeadamente através da imposição de procedimentos acelerados e da redução das possibilidades de solicitar «votações nominais». É caso para dizer que alguns têm medo ou vergonha de assumir as posições que aqui tomam.

PS, PSD e CDS votaram a favor. O PCP votou contra e apresentou muitas dezenas de propostas que reforçariam a democracia, o pluralismo e a transparência no funcionamento do Parlamento Europeu.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu, jejíž schválení bude mít citelný dopad na vlastní fungování Evropského parlamentu. Zpráva v průběhu přípravy procházela velmi složitým procesem, do kterého byli zapojeni nejen členové odpovědného výboru, ale i všichni ostatní, neboť se týká faktické organizace naší každodenní práce, resp. způsobu fungování Evropského parlamentu po příštích evropských volbách. Zpráva je zásadní nejen z technického, ale především z politického úhlu pohledu. Jsem přesvědčen, že ve své konečné podobě povede nový jednací řád Evropského parlamentu rovněž k daleko větší transparentnosti a efektivnosti činnosti Evropského parlamentu, přičemž občané budou moci sledovat celý legislativní průběh při přijímání konkrétních legislativních aktů.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Raport Corbetta jest wynikiem 18-miesięcznej pracy Grupy Roboczej ds. Regulaminu PE. Celem prac było przede wszystkim uproszczenie Regulaminu. Finalnie w raporcie Corbetta znalazły się propozycje zmian Regulaminu, co do których posłowie uzyskali szeroki konsensus. Większość przedstawionych propozycji zmian, ma charakter techniczny, prawny lub lingwistyczny mający na celu poprawę przejrzystości przepisów Regulaminu. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à modifier le règlement du Parlement européen afin d'améliorer son fonctionnement, d'accroitre la transparence financière et de renforcer le code de conduite des députés notamment vis à vis des représentants d'intérêts. Par ailleurs, ces nouvelles règles permettront d'accroitre la protection des députés et du travail législatif contre les attitudes et les propos diffamatoires. Il est important qu'aucun propos raciste ne soit toléré au sein de notre institution sous peine de sanctions. Ces dispositions permettront aussi de renforcer la transparence du travail législatif, notamment lors du processus de négociation mais aussi d'améliorer l'efficacité du travail parlementaire en limitant le nombre de questions écrites, de propositions de résolution et de demandes de votes par appel nominal en plénière.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP could not vote for this report. There were elements of the report that did not allow for representation by all the groups of Parliament. Furthermore, we could not vote for a report that would allow legislation to be fast-tracked without following the due procedure for scrutiny.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A revisão do regimento do parlamento Europeu é um trabalho contínuo. O grupo dos socialistas europeus está globalmente satisfeito com as medidas propostas neste acordo, que vão no sentido de uma maior eficácia e transparência.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de nombreux changements de procédures proposés dans cette révision générale du règlement du Parlement, tels que la mesure qui interdit à un député d'être payé pour faire du lobbying vis-à-vis des institutions européennes ; ce qui me parait une évidence en matière d'éthique. Dans ce même esprit de respect de la fonction qui nous est confiée, je trouve salutaire de renforcer les sanctions des députés qui utiliseraient un langage diffamatoire, raciste ou xénophobe, qui n'a lieu d'être nulle part, et encore moins au sein d'un Parlement. Une autre avancée que je souhaite épingler parmi d'autres, concerne la mise en place de commissions d'enquête qui ne devra plus recueillir nécessairement la validation préalable de la Conférence des présidents des groupes politiques. Cela octroie davantage de pouvoir aux députés et ouvre le champ à un contrôle plus rigoureux de la part du Parlement européen.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą. Akivaizdu, kad Europos Parlamento vidaus taisykles reikėjo keisti. Pataisymais įnešta daugiau skaidrumo, pavyzdžiui, įvesta prievolė Parlamento nariams detaliau deklaruoti kitas pajamas. Taip pat pakeista parlamentinių klausimų uždavimo tvarka. Šiuo metu kiekvienas Parlamento narys jų gali užduoti penkis per mėnesį. Pagal naują tvarką jų bus galima užduoti 20 per 3 mėnesių laikotarpį. Daugiau atvirumo įvesta balsavimo dėl Komisijos pirmininko metu – jis bus atviras, o ne slaptas.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport modifiant le règlement intérieur du Parlement. Il contient tout d'abord une série de mesures permettant d'améliorer l'efficacité du travail parlementaire. Afin que ce dernier ne soit pas inutilement ralenti et que les statistiques des députés ne soient plus artificiellement gonflées en fin de mandat, le nombre de questions écrites par parlementaire, de propositions de résolution et d'explications orales des votes en assemblée plénière a été encadré. Le rapport suggère également l'abolition des déclarations écrites, ou, à tout le moins, une limitation du nombre de ces dernières. Par ailleurs, ce rapport modifie le code de conduite des députés afin de renforcer les obligations d'éthique et de transparence auxquelles les parlementaires sont tenus. Notamment, les députés feront désormais l'objet d'une sanction automatique en cas de propos diffamatoires, racistes et xénophobes qu'ils pourraient avoir tenus. Une «empreinte législative» , contraignant les rapporteurs à consigner tout rendez-vous avec des lobbyistes

au cours de la rédaction de leurs rapports, a été instituée. Enfin, une incompatibilité absolue entre mandat de député et emploi de lobbyiste rémunéré a été créée, et le fonctionnement des Intergroupes sera désormais plus transparent.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Ao longo do tempo, têm ocorrido diversas revisões do Regimento relacionadas, frequentemente, com a aprovação de novos Tratados.

Esta revisão prende-se, sobretudo, com razões de índole interna, no sentido de conferir uma maior operacionalidade, clareza e transparência às regras internas de funcionamento, exceção feita aos casos das alterações decorrentes do Acordo Interinstitucional de 2016 sobre o programa «Legislar Melhor» e a criação de novos órgãos no domínio da «União Bancária».

O grupo de trabalho criado neste âmbito conseguiu chegar a acordo relativamente a uma multiplicidade de aspetos, sobretudo de carácter técnico, jurídico e linguístico.

Quanto às alterações de fundo, saliento as novas regras para a manutenção dos acordos em primeira e segunda leitura, a introdução de debates de atualidade sobre assuntos de grande relevância e a introdução de novas regras/procedimentos em matéria de transparência.

Relativamente à questão da eficiência e eficácia do trabalho parlamentar, destaco como positivas as medidas respeitantes às votações, as propostas de resolução e as alterações que subscrevi para a introdução de dois novos tipos de perguntas escritas à Comissão/Conselho, no sentido de lhes conferir um maior peso político e, por essa via, obter respostas mais bem fundamentadas e consequentemente uma melhoria da qualidade do trabalho e do debate parlamentar.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui modifie le règlement intérieur du Parlement. Cette révision a pour objectif de renforcer la transparence au sein du Parlement européen ainsi que le code de conduite des députés.

Je tiens à souligner également que le texte demande à ce que les députés en exercice ne s'engagent pas à titre professionnel dans des activités de lobbying rémunérées qui sont en relation directe avec le processus décisionnel de l'Union. Enfin, notons que les groupes politiques pourront demander la tenue de débats d'actualité en session plénière.

J'ai donc voté en faveur de ce texte qui vise à renforcer la transparence, l'efficacité et le caractère démocratique du Parlement européen.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die überarbeitete Fassung der Geschäftsordnung des Parlaments gestimmt, da ich die Änderungen für richtig und sinnvoll erachte, denn sie machen das Arbeiten im Parlament effizienter und transparenter.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Větší transparentnost evropských institucí znamená jejich větší důvěryhodnost v očích veřejnosti. To platí i pro Evropský parlament, a proto jsem podpořila řadu změn jednacího řádu, aby Evropský parlament ještě více zprůhlednil svoji roli v legislativním procesu. Práce europoslanců musí být pod neustálým drobnohledem veřejnosti. To se bohužel nedá říct o Komisi a Radě EU, jejichž rozhodování probíhá za zavřenými dveřmi. Za krok správným směrem považuji například povinné zveřejňování schůzek zpravodajů s lobbisty, sama tak činím dobrovolně již nyní. O to více zarážející byla nevůle některých kolegů zejména z pravicových frakcí podpořit návrh, aby poslanec nemohl být současně placen jako lobbista. Poslanec lobbista je výsměchem a popřením smyslu celé zprávy. Podpořila jsem také omezení některých činností poslanců, které nemají na rozhodování žádný vliv, a vedou pouze k mediálně vděčnému zvyšování statistik činnosti.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta revisión del reglamento del Parlamento porque reducirá la capacidad de influir en el trabajo parlamentario de los pequeños grupos, dejando ésta Cámara al servicio de populares y socialistas, quienes ven reforzada su capacidad para definir los tiempos de trabajo y acelerar la legislación que les interese, bloqueando enmiendas y debates que consideren hostiles. Y lo mismo sucederá con otras formas de iniciativa, como las preguntas y las declaraciones, que los pequeños grupos venían utilizando para influenciar la agenda política más allá de los acuerdos entre los grupos mayoritarios.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – This was a long report with lots of votes on individual amendments. I voted in favour of anything that increased transparency. However I voted against the report as a whole as I do not see most of this report as necessary.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of the General Revision of Parliament's Rules of Procedure as this is a reform which makes the European Parliament more transparent, efficient and ready to listen to European citizens.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som revíziu rokovacieho poriadku EP, pretože pozmeňujúce návrhy sa týkali lepšieho fungovania Európskeho parlamentu, objasnenia pravidiel, zlepšenia transparentnosti a ochrany Parlamentu pred narušením úmyselnými prvkami sabotáže našej práce. Revízia vznikala počas stretávania pracovnej skupiny 18 mesiacov a pritom sa dosiahol vysoký stupeň konsenzu v mnohých bodoch. Rokovací poriadok zvyšuje transparentnosť pri práci poslancov, pretože zakazuje poslancom platené lobistické zamestnanie či ukladá predkladanie podrobnejšieho vyhlásenia o svojich finančných záujmoch. Prijali sme aj viacero návrhov, ktoré sa týkali opatrení na zlepšenie efektívnosti práce v EP. Upravili sme poradie hlasovania o právnych predpisoch, zmenili sa pravidlá pre hodinu otázok a s cieľom znížiť nadmerný počet otázok pre Komisiu sme ustanovili, že každý poslanec bude môcť predložiť maximálne 20 otázok za nepretržité obdobie troch mesiacov. Podporila som aj návrh, aby boli poslanci sankcionovaní za používanie hanlivých, rasistických a xenofóbnych vyjadrení alebo ak narúšajú parlamentnú činnosť.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Vítam revíziu rokovacieho poriadku Európskeho parlamentu, ktorým reagujeme aj na vzrastajúci počet prípadov, kedy do rozhodovania EP neprimerane zasahovali lobisti, ktorí odmietali dodržiavať dohodnuté pravidlá. Zefektívňujeme tiež tvorbu legislatívy a vyjasňujeme niektoré sporné body technického charakteru.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Die Entschließung des EU-Parlaments über die allgemeine Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments habe ich abgelehnt.

Wesentliche Teile der Geschäftsordnung dienen dazu, die Rechte der kleineren Fraktionen und individueller Abgeordneter zu beschneiden. So wird zukünftig die jeweilige Fraktion nach Gutsherrenart die Ausschussmitgliedschaften zuweisen und bei einem Fraktionswechsel kann ein Abgeordneter seine Ausschussmitgliedschaften nicht mitnehmen. Damit werden Abgeordnete diszipliniert und entrechtet.

Der Umstand, dass die unsägliche schriftliche Erklärung abgeschafft wird, kann dies bei weitem nicht wettmachen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – U ožujku smo izglasali Međuinstitucijski sporazum o boljoj izradi zakonodavstva što je važan iskorak za učinkovitije zakonodavstvo. Postavili smo temelje za bolju suradnju između institucija EU-a i naglasili važnost otvorenosti i transparentnosti u smislu unaprjeđenja zakona EU-a u korist građana EU-a.

Revizijom poslovnika Europskog parlamenta vjerodostojno idemo korak dalje ka transparentnosti. Podržavam ovaj prijedlog, jer se predloženim izmjenama poslovnika Europskog parlamenta vjerodostojno uvodi veća transparentnost kao i veća vidljivost zastupnika i njihovih aktivnosti.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o splošni reviziji Poslovnika Parlamenta, s katerim bomo dosegli boljše delovanje Parlamenta, jasnejša pravila, večjo preglednost in zaščito Parlamenta pred motečimi političnimi elementi, ki želijo sabotirati njegovo delo.

Prav tako podpiram spremembo Pravilnika v smeri strožjih kazni za poslance zaradi žaljivega, rasističnega ali ksenofobičnega govorjenja ali dejanj, ki motijo parlamentarne dejavnosti. Prav tako so v nekaterih primerih lahko odgovorni tudi za tovrstno ravnanje svojega osebja.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η εν λόγω έκθεση προωθεί διάφορες αλλαγές που οδηγούν στην ενδυνάμωση της δράσης των μεγάλων πολιτικών ομάδων και στον περιορισμό των δυνατοτήτων δράσης για τις μικρές σε μέγεθος πολιτικές ομάδες, τόσο στις επιτροπές όσο και στην Ολομέλεια. Μερικές από τις βασικότερες αλλαγές, όπως είναι ο περιορισμός των εξουσιών των ευρωβουλευτών, η μείωση του αριθμού των ψηφισμάτων που δικαιούνται να καταθέσουν αλλά και ο τρόπος που θα ασκείται ο έλεγχος στη νομοθετική διαδικασία δημιουργούν σαφώς σοβαρά προβλήματα. Η προσπάθεια για μια ταχύρρυθμη νομοθετική διαδικασία περιορίζει κατά πολύ τις δυνατότητες των ευρωβουλευτών για να παρέμβουν και για να ασκήσουν αποτελεσματικό έλεγχο στις διαδικασίες. Για αυτούς τους λόγους καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Ο αναθεωρημένος κανονισμός, όπως προτείνεται στην προς ψήφιση έκθεση, θα επιφέρει καίριο πλήγμα τόσο στην ανεξαρτησία των βουλευτών κατά την ενάσκηση των καθηκόντων τους, όσο και στον υπέρμετρο περιορισμό της εθνικής (κατά περίπτωση) αρμοδιότητας των δικαστικών/φορολογικών αρχών κατά τη διαδικασία ελέγχου των οικονομικών στοιχείων αυτών. Η υπερψήφιση του εν λόγω κειμένου θα οδηγήσει σε υπέρμετρο περιορισμό των δυνατοτήτων δράσης των βουλευτών καθιστώντας τον ρόλο τους ηχηρά διακοσμητικό.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az eljárási szabályok felülvizsgálatával még hatékonyabb, átláthatóbb és elszámoltathatóbb lehet az Európai Parlament az állampolgárok felé, továbbá ezzel a modernizálással a Lisszaboni Szerződésnek megfelelően valódi társjogalkotóvá válhat az EP. Szavazatommal ezért támogattam a Corbett-jelentést.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Támogattam az Európai Parlament eljárási szabályainak felülvizsgálatáról szóló jelentést, illetve a részletes javaslatcsomagot, mert úgy ítélem meg, hogy az előirányzott számos módosítás túlnyomórészt a parlamenti munka jobb átláthatóságát, nagyobb hatékonyságát, felgyorsítását, valamint politikai és gyakorlati eredményességét szolgálják. A változtatások többségének indokoltságát magam is tapasztaltam napi parlamenti munkámban, azok a gyakorlati tapasztalatokat – illetve az elkerülhetetlen politikai kompromisszumokat – tükrözik, miközben eleget tesznek a jobb jogalkotásról szóló Intézményközi Megállapodás keretében elfogadott követelményeknek is.

Hasonlóan fontosnak és szükségesnek gondolom azokat a korrekciókat is, amelyek a képviselőkre vonatkozó választási, összeférhetetlenségi és magatartási szabályokat, a demokratikus normák betartását érintik és ezzel hozzájárulnak az Európai Parlament hitelességének megőrzéséhez, erősítéséhez az európai polgárok előtt. Mindazonáltal több módosító indítványt elutasítani kényszerültem, hiszen nem értek egyet azzal, hogy az írásbeli nyilatkozatok körét eltöröljék, a szóbeli szavazatmagyarázatok körét indokolatlanul korlátozzák vagy például a képviselők módosító indítvány benyújtására vonatkozó jogát korlátozzák a bizottsági tagságra tekintettel.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Parlamentul European este instituția care asigură reprezentarea directă a intereselor cetățenilor la nivelul Uniunii.

Funcționarea sa este reglementată de Regulamentul de procedură, care conține prevederi legate de fiecare aspect al activităților curente și periodice. La anumite intervale de timp, Regulamentul este supus unei revizuri generale, menită să corecteze micile disfuncții observate sau să aducă la zi prevederi a căror aplicare ridică probleme.

Actuala modificare aduce în prim plan modificări legate de acordurile după prima și a doua lectură – unde rolul comisiilor devine mai important, dezbaterile tematice din sesiunea plenară, simplificarea pragurilor necesare pentru diverse inițiative legislative, schimbarea componenței comisiilor – unde grupurile politice capătă mai multe prerogative, ordinea votării legislației – prin simplificarea votării rezoluțiilor, limitarea întrebărilor scrise, a propunerilor de rezoluție, a întrebărilor scrise și a explicațiilor orale de vot.

De asemenea, conduita necorespunzătoare va fi sancționată, problemele de gen vor fi analizate de comisia pentru drepturile femeii și egalitate de gen; sunt reglementate audierile comisarilor europeni, componența delegațiilor interparlamentare (în vederea diversității naționale) și creșterea transparenței activității europarlamentarilor. Este vorba despre modificări care contribuie la eficientizarea activității Parlamentului și la o mai mare deschidere față de cetățenii europeni. De aceea susțin adoptarea acestui raport necesar.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Le but du texte, et en particulier de sa révision, est d'obtenir un code de conduite plus efficace et de jouer nettement plus la carte de la transparence. C'est à présent fait!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The report on the general revision of the Parliament's Rules of Procedure outlines several changes to be made regarding the Rules, which include a revision of rules on, inter alia, thresholds for votes, the election of officers of Parliament, the ordinary legislative procedure, questions for written answers, and composition of committees. I voted in favour of the report, which presents the proposed overhauling of the Rules of Procedure, ensuring greater transparency, efficiency and clarity in Parliament's proceedings.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – La revisione generale del regolamento del Parlamento permetterà nel breve periodo di riscontrare effettivi miglioramenti nella gestione dei lavori quotidiani della nostra istituzione. Cambiamenti significativi saranno apportati per favorire maggiore chiarezza delle competenze, una migliore definizione dei limiti e degli ambiti di azione delle commissioni e dei singoli deputati e per aumentare la trasparenza delle attività parlamentari. In secondo luogo, i lavori del Parlamento potranno proseguire più rapidamente, grazie ad un regolamento più snello e puntuale. Queste modifiche consentiranno di rispondere tempestivamente alle sfide poste alla società europea, con un'attenzione rinnovata alla Carta dei diritti fondamentali. Tra i punti da affrontare più urgentemente figurano l'immigrazione attraverso la partnership con l'Africa per la gestione del fenomeno, il rilancio dell'economia e la lotta alla disoccupazione attraverso ad esempio la nuova agenda digitale, il fondo europeo per gli investimenti strategici, la politica energetica.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – Az eljárási szabályok felülvizsgálatával még hatékonyabb, átláthatóbb és elszámoltathatóbb lehet az Európai Parlament az állampolgárok felé, továbbá ezzel a modernizálással a Lisszaboni Szerződésnek megfelelően valódi társjogalkotóvá válhat az EP. Szavazatommal ezért támogattam a Corbett-jelentést.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o općoj reviziji Poslovnika Europskog parlamenta" s obzirom na članke 226. i 227. Poslovnika. Potrebno je pojednostaviti trenutno glasovanje na Plenarnoj sjednici, poštivati načela razmjernosti i ravnopravnosti spolova te smanjiti obrazloženje glasova. Zastupnici bi trebali obnašati dužnost neovisno od potencijalnih uputa stranaka, poštivati pravila o sukobu interesa i kodeks ponašanja od početka do kraja svog mandata.

Kako bi se Poslovnik mogao poštivati te se članci iz istoga provoditi, potrebno je da bude u skladu s vremenom i trenutnom situacijom u kojoj se Europska unija i Parlament nalaze.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Poduprla sam kompromis oko novog Poslovnika koji je radna grupa sastavljena od po jednoga predstavnika iz svih političkih grupacija u Europskom parlamentu iznijela nakon 18 mjeseci pregovora iz razloga što mu je cilj bio objašnjenje i pojednostavljenje dosadašnjih pravila.

Kompromis koji je meni osobno najprihvatljivija točka navedenog dogovora je onaj koji sadrži klauzulu o supsidijarnosti jer isti princip držim temeljnim kamenom na kojemu Europska unije nužno mora graditi zdravu budućnost. Pravilo da se problemi rješavaju na najnižoj razini, odnosno tamo gdje oni nastaju, ukoliko je to moguće, te da se zakonodavni akti na razini Unije donose samo ako se isti cilj ne može na učinkovitiji način ostvariti donošenjem akata na nacionalnoj ili lokalnoj razini, *conditio* je *sine qua non* opstanka Europske unije.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa Evropskega parlamenta o splošni reviziji Poslovnika Parlamenta sem podprla.

Odbor za ustavne zadeve (AFCO) je ustanovil delovno skupina, da je nadaljevala s pregledom Poslovnika. V skupini je bilo 8 oseb iz različnih političnih skupin. Večina predlaganih sprememb je bila sprejetih soglasno. Predlogi se razlikujejo od tehničnih prilagoditev in poenostavitev do morebitne politične spremembe sedanjega Poslovnika. Pri spremembah Poslovnika so bile dosledno upoštevane določbe Medinstitucionalnega sporazuma o boljši pripravi zakonodaje.

Sprejeti je treba vse potrebne ukrepe, da se bodo informacijski sistemi Parlamenta nemudoma prilagodili revidiranemu Poslovniku in da se bodo oblikovala ustrezna elektronska orodja, med drugim za spremljanje pisnih vprašanj drugim institucijam Unije.

Spremembe tega Poslovnika bodo začele veljati prvi dan delnega zasedanja po njihovem sprejetju (razen člena o sestavi delegacije).

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – It is true that the Rules of Procedure needed to be updated on certain points. There were certain gaps and grey areas which had to be addressed and have been addressed in an appropriate way.

Some of the proposed changes, however, went against democratic principles. The proposal, for instance, to limit the submission of amendments to only full members and substitute members of committees is unacceptable. This puts Members from small countries like Estonia at a disadvantage, as they are not represented in every committee.

We should be working on strengthening the democratic practice in the European Parliament, not limiting the powers of single Members who have been elected and represent a part of the population.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I voted against this report because it undermines the rights and activity of directly elected representatives of the people. This report does not improve but decreases transparency of the work of this House. The Conference of Presidents will continue to be the decisive non-transparent place for all important decisions in this House. It decides the agenda and topics to be discussed.

Members should not be limited in the parliamentary questions, which are an essential element to raise issues important to their constituency. The actual system is over-bureaucratic and the parliamentary questions are filtered by non-elected bureaucrats.

I am in favour of the publication of the minutes of the trilogues and Conference of Presidents minutes; all citizens should have access to it.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cette révision du règlement vise à bâillonner subtilement les élus qui ont le malheur d'être minoritaires au Parlement européen. Pour cela il propose entre autres choses des sanctions contre les «propos xénophobes, racistes, et diffamatoire» , moyens que le Parlement européen employait officieusement jusqu'ici pour blâmer les positions de notre groupe ENL, ou encore un quorum de 80% pour mettre ou non à l'ordre du jour un débat d'actualité proposé par un groupe politique (chiffre habilement choisit pour interdire toute proposition des groupes d'opposition). Je me suis fermement opposée à ce rapport en votant contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Pracy nad tym raportem poświęciłem osiemnaście miesięcy. Raport pana posła Corbetta jest wynikiem konsensusu wypracowanego podczas spotkań grupy roboczej komisji ds. konstytucyjnych PE, której byłem członkiem. Poddaliśmy analizie i dyskusji w zasadzie cały aktualny Regulamin Parlamentu Europejskiego porządkując i reformując jego kształt. Spośród zaproponowanych przez grupę roboczą zmian, była także wniesiona przeze mnie poprawka ws. wyboru szefa Komisji Europejskiej w głosowaniu jawnym (art.117). Zabrakło tylko kilku głosów by ta poprawka została przyjęta przez całą izbę. Mimo odrzucenia mojej poprawki zagłosowałem w głosowaniu końcowym za przyjęciem raportu, ponieważ pozostałe propozycje zmian także są ważne i potrzebne.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Parlament működését, általános eljárási szabályainak bizonyos korrekcióit a szavazás során támogattam az átláthatóság, a hatékonyság és a hiteles állampolgári képviselet érdekében.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la revisión general del Reglamento del Parlamento Europeo, ya que considero que es un texto de suma importancia que supone una mayor centralización del poder en los grupos políticos grandes en detrimento de los pequeños. El Grupo de Trabajo sobre el Reglamento de la Comisión AFCO dedicó más de dos años a la revisión del Reglamento. El mandato del grupo de trabajo era «identificar posibles incongruencias, redundancias, superposición de normas y, en la medida de lo posible, simplificar las normas». Gran parte de los cambios propuestos por el Grupo de Trabajo fueron técnicos (simplificación del texto, incorporación de interpretaciones, adaptación de la base jurídica, reagrupamiento de disposiciones en nuevos capítulos, etc.). Estos cambios son positivos ya que mejoran la legibilidad del Reglamento. Sin embargo, una serie de propuestas sustanciales podrían dificultar la expresión de los grupos más pequeños, en particular a nivel de la Plenaria, mientras que los grupos más grandes tendrán más posibilidades de actuar tanto en el Comité como en el Plenario. En general, esto significa una mayor centralización del poder en el Parlamento en beneficio de los grupos más grandes.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Dabartiniu atveju taisyklės pertvarkomos daugiausia dėl vidinių priežasčių: padaryti Parlamentą geriau veikiantį, išaiškinti taisykles, pagerinti skaidrumą, apsaugoti Parlamentą nuo politinių jėgų, siekiančių sabotuoti jo darbą, daromų trikdžių. Tik keli pakeitimai padaryti dėl platesnių pasikeitimų, pvz., dėl 2006 m. Tarpinstitucinio susitarimo dėl geresnės teisėkūros ar dėl naujų organų sukūrimo bankų sąjungos kontekste.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the general revision of Parliament's Rules of Procedure. The report underlines that those amendments to the Rules have taken due account of the provisions of the Interinstitutional Agreement of 13 April 2016 on Better Law-Making. Moreover, it draws attention to the need to reorganise the Annexes to the Rules of Procedure so that they contain only texts that have the same legal value and are subject to the same procedural majority as the Rules themselves, and Annex VI which, although it requires a different procedure and a different majority for its adoption, consists of implementing measures of the Rules. I voted in favour because the report requests that the other existing annexes and any additional texts which could be relevant for the work of the Members, be re-grouped into a compendium which will accompany the Rules.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of these reforms, which make the European Parliament more transparent, efficient and ready to listen to European citizens. The proposals, which were drawn up by a working group including all political Groups, will increase public visibility of important legislative votes, as they will ban committees from embarking on negotiations with other institutions without this being accepted by Parliament as a whole. The report also includes measures to enable Groups to propose current affairs debates, tougher penalties for racist and defamatory language or behaviour, and provisions for implementing the 13 April 2016 Interinstitutional Agreement on Better Law-Making.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik heb voor gestemd omdat deze wijzigingen op het Reglement naar behoren rekening houden met het Interinstitutioneel Akkoord van 13 april 2016 over beter wetgeven.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – L'amélioration du fonctionnement et de l'efficacité du Parlement européen est une préoccupation partagée par tous.

Ce rapport propose une série de mesures visant à éliminer les inconsistances et redondances dans le règlement du Parlement et certains changements d'ordre technique vont effectivement dans ce sens comme la meilleure répartition et prise en compte du genre ou des États membres ou l'accès des commissions parlementaires aux informations confidentielles, l'initiative citoyenne européenne ou encore l'encadrement des activités de lobbying.

Mais ces réformes techniques cachent mal le but principal: celui de la prééminence des grands groupes politiques et la limitation des droits individuels des parlementaires — une façon pour les groupes de mieux tenir leur majorité interne. Les pouvoirs du Président du Parlement sont aussi renforcés.

L'expression de la diversité d'opinion est le socle de toute démocratie qui se respecte. Ce n'est pas un luxe dont on se prive pour mieux asseoir une majorité et des choix institutionnels de plus en plus contestés. Les citoyens européens méritent mieux. J'ai voté contre ce rapport.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Estas alterações, no seu conjunto, limitam gravemente o poder de intervenção dos deputados e dos grupos políticos mais pequenos, aumentando ainda mais o poder dos grandes grupos.

A apresentação de alterações a relatórios e pareceres, as perguntas escritas apresentadas a outras instituições, as resoluções, as declarações de voto, a participação nas comissões especializadas - tudo isto é severamente limitado. As declarações escritas - instrumento que tem permitido dar expressão a importantes lutas (dois exemplos recentes: a renegociação das dívidas ou a reposição das quotas leiteiras) - são abolidas.

São enfraquecidos ou eliminados instrumentos de controlo democrático do trabalho desenvolvido pelo parlamento e pelos deputados, nomeadamente através da imposição de procedimentos acelerados e da redução das possibilidades de solicitar «votações nominais». É caso para dizer que alguns têm medo ou vergonha de assumir as posições que aqui tomam.

PCP votou contra ao contrário de PSD, PS e CDS, e apresentou muitas dezenas de propostas que reforçariam a democracia, o pluralismo e a transparência no funcionamento do Parlamento Europeu.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Am Dienstag wurde über die Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments abgestimmt, bei der auch die Transparenz mittels eines „legislativen Fußabdrucks" erhöht werden soll. Damit kann man die Tätigkeiten und den Einfluss von EU-Lobbyisten sowie Interessenvertretern und ihre Beziehungen zu den Abgeordneten besser nachvollziehen.

Zu den geplanten Änderungen gehören auch ein strengerer Verhaltenskodex für Mitglieder und schärfere Sanktionen bei Störungen der Arbeit des Parlaments. Außerdem müssen ab 2017 Verhandlungsmandate für Kompromissgespräche mit dem Rat in erster Lesung vom Plenum verabschiedet werden. Auch die Erklärungen der finanziellen Interessen der Abgeordneten müssten unter den neuen Regeln ausführlicher gestaltet und geprüft werden.

Negativ fällt die Beurteilung aus politischer Sicht aus. EPP und S&D haben in einigen Bereichen durch Obergrenzen für schriftliche Fragen, Entschließungsanträge und Änderungsanträge geschickt die Rechte kleinerer Fraktionen, der fraktionslosen und einzelner Abgeordneter eingeschränkt. Besonders drastisch ist die Einschränkung der freien Rede im Plenum und in den Ausschüssen, wo man künftig wohl pointierte Reden als „fremdenfeindlich" oder „xenophob" einstufen und damit verbieten will.

Als absurd kann auch die Bestimmung gewertet werden, die vorsieht, dass bei der Wahl der 14 Vizepräsidenten des EPs zumindest sieben Namen auf dem Stimmzettel stehen müssen, damit dieser auch gültig ist. Das kommt einem Zwang gleich, auch politisch missliebige Kandidaten wählen zu müssen.

Daher habe ich diesen Bericht nicht mitgetragen.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report by my Labour colleague Richard Corbett as it promotes a set of key reforms to improve democracy, transparency and efficiency in the work of the European Parliament. The revision of the European Parliament's Rules of Procedure includes among other things more transparency and greater safeguards in first-reading agreements, a ban on MEPs having second paid jobs as lobbyists, and strengthened sanctions for anyone making defamatory or xenophobic statements in plenary.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution since I believe that the points touched are in line with my liberal view. I support the importance given to transparency and all the rules that have to be followed in case an individual has been signed in the transparency register. Transparency of the European Parliament's activities is fundamental for the credibility of the institution. I believe that Members should enjoy the privileges and immunities only laid down in the Protocol on the Privileges and Immunities of the European Union. In order to make the process more efficient, I support the idea of limiting the questions submitted by each Member State to a maximum of twenty questions over a period of three months. Finally, I think that there should not be split votes on compromise amendments.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. — Správu pána poslanca Corbett o celkovej revízii rokovacieho poriadku Európskeho parlamentu som podporila. Rokovací poriadok obsahuje najdetailnejšie pravidlá pre hlasovanie, vedenie diskusií či predkladanie návrhov v Európskom parlamente. Množstvo pozmeňujúcich návrhov k tomuto rokovaciemu poriadku, ktoré boli na plenárnom zasadnutí predložené, prinášalo na niektorých miestach iba štylistické úpravy článkov, niekde však šlo o veľmi významné zmeny. Súhlasím s tým, že predpisy typu rokovacieho poriadku je potrebné pravidelne preskúmavať a zisťovať, či ich ustanovenia nie sú obsolentné, resp. či sa články rokovacieho poriadku zhodujú s inými, nadradenými predpismi. A hoci som s mnohými pozmeňujúcimi návrhmi nesúhlasila, myslím si, že pozitívne zmeny prevážili, a preto som sa v záverečnom hlasovaní rozhodla zmenenému zneniu dať svoj hlas.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Corbett por concordar com as propostas apresentadas para melhorar as regras de funcionamento do Parlamento Europeu. Destaco que o relatório procura alinhar o Regimento do PE com o programa de trabalho «Legislar Melhor» e reforçar os laços de cooperação institucional entre as três instituições da União: o Parlamento, o Conselho e a Comissão. Considero que o pacote de regras apresentadas servirá para tornar o Parlamento Europeu uma instituição ainda mais transparente, eficiente, aberta e pronta para reagir aos seus cidadãos.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Zbog nužnosti da se poboljša funkcioniranje Poslovnika, pojednostave i pojasne svi propisi te da se Parlament zaštiti od politikantstva koje sabotira njegov rad i utjecaj kao važne europske institucije potrebno je učiniti reviziju Poslovnika. Održavanje tematskih sjednica o temama od velikog interesa za funkcioniranje Europske unije pomoći će da se češće razgovara o temama koje nas najviše zanimaju. Najmanje jednu takvu raspravu imat će pravo prijaviti svaki klub zastupnika unutar Parlamenta.

Revizija Poslovnika isključuje bilo kakve financijske interese zastupnika po pitanju lobiranja u Europskom parlamentu te ističe nužnost detaljnog prikaza izjave o financijskim interesima zastupnika. Parlament mora biti upoznat s budućim zapošljavanjem i angažmanom pojedinih zastupnika. Promjenama koje su potrebne za pitanja i uvođenjem metode „ping-pong" omogućit će se lakša komunikacija između zastupnika i povjerenika, a pismenim odgovorima smanjit će se prekomjeran broj postavljenih pitanja koja pojedinim zastupnicima služe samo kao statistika.

Ograničenje postavljanja pitanja na 20 u tri mjeseca omogućit će jasniju i konstruktivniju raspravu, a izbjeći će se nepotrebna pitanja i komentiranja.

Ponašanje zastupnika u Parlamentu ostavlja dojam na građane. Stoga je potrebno učiniti korak u tom smjeru i sankcionirati svaki oblik govora mržnje, rasističkog ili ksenofobnog govora.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — Il nuovo regolamento del Parlamento europeo così come è stato pensato riduce le libertà degli eurodeputati. Mi sarei aspettato che la riforma di un documento tanto importante per la vita del Parlamento avvenisse con il più ampio dibattito possibile e non con il solito accordo delle larghe intese. Invece, ci troviamo di fronte ad un testo che concentra il potere nelle mani dei grandi gruppi politici e addirittura limita il potere di intervento dei singoli deputati. Vengono infatti imposte soglie restrittive per la presentazione di emendamenti, dichiarazioni scritte, risoluzioni e mozioni. Viene ridotta la possibilità di richiedere i cosiddetti «roll call vote» ovvero la pubblicazione di come hanno votato i singoli deputati in Parlamento.

Noi del M5S ci battiamo affinché le istituzioni rispondano alla richiesta dei cittadini di ottenere maggiore trasparenza. Per riavvicinare i cittadini europei alle istituzioni serve un radicale cambiamento di rotta. Cambiamento di rotta che deve prevedere nuove regole per limitare i conflitti di interesse dei parlamentari stessi e non consentire di nascondere la propria votazione. Mi sono quindi espresso contro questo regolamento.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o splošni reviziji Poslovnika Parlamenta.

Delovanje Evropskega Parlamenta mora postati bolj pregledno, demokratično in interaktivno. Zato podpiram reformo Poslovnika, da se racionalizira in poenostavi notranje delo poslancev in parlamenta ter tako omogoči, da bo Evropski Parlament še uspešneje in učinkoviteje opravljal zakonodajno, proračunsko funkcijo ter funkcijo političnega nadzora in posvetovanja.

6.4. Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2015 (A8-0345/2016 - József Nagy)

Dichiarazioni di voto orali

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Unione europea, che per migliaia di persone che scappano dalla guerra e dalla fame rappresenta una terra promessa di prosperità e civiltà, nasconde purtroppo ancora molti scheletri nell'armadio.

Non possiamo negare che alcuni Stati membri non siano proprio dei campioni nel rispetto dei diritti umani. Quest'Aula molte volte si è trovata a confrontarsi su situazioni di violenza all'interno dell'Unione stessa e proprio qui abbiamo accolto il grido di allarme di cittadini vessati dai loro governi. Finché dovremo ancora convincere alcuni Stati che chiudere televisioni e giornali, che alzare muri e sparare ai confini non ha niente a che fare con i principi su cui si fonda l'Unione europea, finché tutto questo sarà ancora all'ordine del giorno della plenaria, sarà necessario monitorare la situazione dei diritti umani e fare ammenda.

Non è la violenza, la repressione e la negazione dei diritti il sostegno, il pilastro di un progetto che ci ha dato e ci garantisce ancora, per fortuna, più di sessant'anni di pace. E questo dovremmo ricordarlo ai tanti, troppi movimenti politici che incitano all'odio e alla violenza. Per questo ho votato a favore di questa relazione.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, nu înțeleg ce caută într-un raport pentru drepturile omului o referire la anularea mecanismului de cooperare și verificare din România și Bulgaria.

Mecanismul de cooperare și verificare pentru România și Bulgaria a fost și este un succes, cel puțin pentru România. Instituțiile anticorupție și instituțiile judiciare au fost protejate tot timpul de acest mecanism, pentru că există mulți politicieni care atacă justiția, atacă procurorii anticorupție, atacă inclusivă individual procurorii și judecătorii și, încă o dată, tot ceea ce înseamnă anticorupție. De ce? Pentru că vor să nu fie anchetați, să nu fie condamnați, vor să scape.

De aceea este foarte util acest mecanism și el trebuie să înceteze numai atunci când își îndeplinește sarcina. Este un mecanism specific prin care România și Bulgaria, atunci când au intrat în Uniunea Europeană, au făcut niște promisiuni - să continue lupta anticorupție. Prin urmare, atunci când aceste promisiuni sunt respectate, mecanismul poate să înceteze. Până atunci nu. El poate merge în paralel cu orice alt pact sau mecanism privind statul de drept despre care se vorbește în Parlamentul European.

Dacă îmi permiteți o ultimă propoziție, tocmai s-a încheiat o campanie electorală în România și foarte mulți sau destul de mulți parlamentari care au atacat pe tot timpul campaniei organismele anticorupție au intrat în Parlamentul României.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem velmi váhal, jestli danou zprávu podpořit nebo se zdržet. Nakonec jsem se zdržel, a proto využívám možnosti vysvětlit, proč jsem se takto rozhodl. Považuji osobně agendu lidských práv za mimořádně důležitou agendu a celé části té zprávy jsou v duchu, jak bych s nimi souhlasil. Je to například otázka ochrany lidských práv ve světě, boj proti trestu smrti a tak dále.

Na druhou stranu jsou v té zprávě ovšem určité pasáže, které mě nakonec vedly k tomu, že jsem se zdržel. To jsou pasáže, které se týkají lidských práv uvnitř Evropské unie. Kdy zkrátka mám za to, že v některých případech je ta zpráva příliš invazivní ve vztahu k suverenitě jednotlivých členských států. S některými body já zkrátka nesouhlasím, jako je například to, aby Evropská komise prosazovala jednotnou úpravu otcovské, rodičovské a mateřské dovolené. Myslím si, že to jsou věci, které si mají upravovat jednotlivé státy samy. A takto bych našel další věci, kde bychom měli respektovat suverenitu jednotlivých členských států a nezasahovat do jejich právního prostředí.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señor Presidente, en primer lugar quiero saludar el trabajo del ponente en este informe, que recoge muchas de las enmiendas presentadas por mi Grupo en cuestiones tan relevantes como migración y asilo o el espionaje masivo a la ciudadanía. Pero también es cierto que echamos en falta más rotundidad en algunos ámbitos, o, por ejemplo, referencias al impacto de las medidas de austeridad.

Quería detenerme ahora en un aspecto concreto de la situación de los derechos humanos en la Unión, concretamente en un Estado miembro. El Estado español. El informe pide que todos los derechos fundamentales de los presos y de las presas sean garantizados. Sin embargo, el Estado español está muy por debajo de los estándares europeos debido, entre otras cosas, a que incumple el Derecho de la Unión.

La Decisión marco 2008/675 obliga a reconocer las condenas cumplidas en otros Estados miembros. Una norma que el Gobierno español tardó más de seis años en transponer, y cuya transposición intentó ocultar a la Comisión Europea durante año y medio. Pretendía así ganar tiempo y seguir consolidando en los tribunales españoles una situación contraria a la norma europea y a los derechos humanos.

Si se cumpliera la norma europea, siete presos vascos deberían ser puestos en libertad inmediatamente, tal y como afirma el informe elaborado por siete diputadas y diputados europeos de tres Grupos distintos en abril de este año.

El artículo 6 de la Carta de Derechos Fundamentales recoge el derecho a la libertad. Es hora de que la Unión active todos sus mecanismos para garantizar este y otros derechos fundamentales y que no tenga que venir luego, como siempre, el Tribunal de Estrasburgo a reñir a los Estados miembros.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, je skutečností, že lidská práva, tak jak je zakládají předpisy a právo Evropské unie, by měla podléhat diskusi, která bude probíhat na půdě Evropského parlamentu. Neměli bychom se stát vývozcem základních lidských práv do všech okolních států, okolních zemí mimo Evropskou unii. Tuto diskusi bychom si měli vést skutečně na naší půdě. Já jsem dospěl k závěru, že zpráva jako celek je dostatečná, je dobře napsaná, byť se skutečně v některých otázkách rozkračuje.

Pro mě je důležité, aby byla rovněž provázána agenda těch základních lidských práv na naši mezinárodní politiku. Abychom nepodporovali režimy, které nepochybně základní lidská práva, tak jak my je uznáváme, ať je to právo na život, právo na respektování rodinného soukromého života nebo právo na důstojnost, nedodržují. To se bohužel velmi často neděje. Neměli bychom poučovat svět, ale na základních lidských právech bychom měli trvat.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Choć artykuł drugi Karty praw podstawowych mówi jasno o prawie do życia, w tym sprawozdaniu nie tylko nie mamy ani słowa o prawie każdego człowieka do urodzenia, ale – co więcej – tu nie ma ani słowa o prawie jakiegokolwiek człowieka do urodzenia. Za to oczywiście mamy dość efektowną żonglerkę słowną na temat nieokreślonych praw seksualnych. To sprawozdanie jest dokumentem upadku Europy, dlatego że ci, którzy ze śmierci czynią prawo, nie mają żadnej przyszłości.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I welcome this evaluation of the status of fundamental rights in the European Union. Based on the principles of compromise and subsidiarity and identifying the protection of fundamental rights and dignity as a priority, I am pleased to support the rapporteur's findings. In establishing a more definitive framework in this sphere, we may hope that the vast range of rights which were identified will continue to be advanced. I also greatly appreciate Mr Nagy's renewed efforts to recognise the promotion of rights for minorities as a keystone for future policy in this area.

I would also like to thank our President, Mr Schulz, for referring to the fundamental rights of a European and Irish citizen in Parliament yesterday evening when he called on the Egyptian authorities to release Ibrahim Halawa, who is celebrating his 21st birthday today in an Egyptian prison, without trial for four years for an offence he allegedly committed when he was a minor. So hopefully the Egyptian authorities will listen more to the Irish authorities, to the Department of Foreign Affairs, and to Mr Schulz, our President.

Dichiarazioni di voto scritte

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Idag röstade Europaparlamentet om ett betänkande som berör situationen för grundläggande rättigheter i unionens medlemsländer. Det är i stora delar ett bra betänkande som understryker vikten av att skydda yttrande- och rättsstatsprinciper. När det gäller skrivningarna om abort så anser jag att ansvaret för hälso- och sjukvårdspolitik hör hemma på nationell nivå. I separata omröstningar markerade jag denna uppfattning. Utifrån en helhetsbedömning valde jag att rösta ja i slutvoteringen.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Contrariamente all'opinione comune in materia di diritti fondamentali, le istituzioni e alcune organizzazioni non governative riportano che all'interno dell'UE hanno luogo numerosissime violazioni dei diritti fondamentali. Sostengo con forza che ogni cittadino dell'Unione europea dovrebbe veder rispettati i propri diritti a prescindere dal sesso, dalla religione, tendenze sessuali e razza.

La tutela dei diritti comprende anche un tema di estrema attualità come i migranti, verso i quali serve più impegno da parte dell'Unione europea al fine di garantire loro una protezione adeguata.

Per l'importanza del tema e per il modo in cui la relazione si preoccupa di trattare alcuni punti di estrema attualità e delicatezza, ho deciso di votare a favore.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de este informe porque considero que hace un buen retrato del grave deterioro de los derechos fundamentales, tanto individuales como sociales (si bien el ponente intentó censurar las referencias a estos últimos antes de votar en plenario). Considero, sin embargo, que no basta con un buen diagnóstico: la Unión deberá revertir sus políticas migratorias, económicas y sociales si quiere poner freno a esta difícil situación.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavime dėl Pasiūlymo dėl Europos Parlamento rezoliucijos dėl pagrindinių teisių padėties Europos Sąjungoje 2015 m. susilaikiau.

Europos Sąjunga yra bendrija, grindžiama pagarbos žmogaus orumui, laisvei, demokratijai principais, o teisinės valstybės principas yra Europos liberalios demokratijos ramstis ir vienas pagrindinių ES principų, kylančių iš visų ES valstybių narių bendrų konstitucinių tradicijų. Dokumente pabrėžiama, kad žmogaus orumas yra neliečiamas visų pagrindinių teisių pagrindas ir kad juo neturėtų būti niekaip manipuliuojama. Atvirkščiai, jis turi būti gerbiamas ir saugomas visose ES iniciatyvose. Aptariamos ir socialinės įtraukties, migrantų ir pabėgėlių padėties, prekybos žmonėmis, moterų teisių ir smurto prieš moteris temos. Ir nors sveikintinas bandymas spręsti iššūkius, su kuriais ES susiduria išvardintose srityse, negaliu sutikti su kai kuriais mano įsitikinimams priešingais rezoliucijos teiginiais, todėl balsuodama susilaikiau.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την κατάσταση των θεμελιωδών δικαιωμάτων στην Ευρωπαϊκή Ένωση το 2015, διότι πιστεύω πως πρέπει να αγωνιζόμαστε συνεχώς ενάντια σε κάθε μορφή διακρίσεων που δέχονται οι ευρωπαίοι πολίτες.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport annuel ne contient pas moins de 138 paragraphes. Comme chaque année, il y a plusieurs passages qui témoignent d'un immigrationnisme poussé à l'extrême. Il encourage notamment les États membres «à allouer les ressources suffisantes à la création de voies d'entrée légales et sûres» pour les migrants.

Le texte s'attaque aussi à la liberté d'expression. Il s'inquiète de «la présence de plus en plus importante de discours haineux sur l'internet; recommande que les États membres mettent en place une procédure simple permettant aux citoyens de signaler la présence de contenus à caractère haineux en ligne; salue la présentation par la Commission d'un code de conduite sur la lutte contre les discours haineux illégaux en ligne et invite à adhérer aux efforts actuels et continus visant à renforcer la coopération avec le secteur privé et la société civile».

Évidemment, le rapport fait également une large place à la propagande LGBTIQ et à la promotion de l'avortement. J'ai bien entendu voté contre ce rapport très politiquement correct, révélateur de l'idéologie qui anime les pseudo-élites européennes.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Whilst I am a strong advocate for ensuring fundamental rights for all, I do not believe further EU interference on this issue is the best way forward. National governments within Europe will always be the best way to enhance and protect rights without additional EU bureaucracy and unnecessary legislation. I therefore voted against this report.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai adhéré aux conclusions de ce rapport sur la situation des droits fondamentaux dans l'Union européenne en 2015. En effet, certains évènements ont eu un impact négatif sur la protection des droits fondamentaux, en particulier pour certaines catégories de la population comme les réfugiés, les enfants ou encore les femmes. Il est donc important de rappeler ici que ces droits n'ont aucune affiliation politique et qu'ils doivent être protégés universellement. Or ils ne peuvent être tenus pour acquis au regard des agissements de certains. Il faut donc continuer à promouvoir le respect de ces droits dans l'Union.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl pagrindinių teisių padėties Europos Sąjungoje 2015 m. Nepakankamas piliečių apsaugojimas ir informavimas apie jų teises pagal Pagrindinių teisių chartiją gali padidinti nusivylimą Europos projektu. Be to, terorizmas, migrantų krizė bei ekonominė krizė yra būtent tie veiksniai, kurie poliarizuoja mūsų visuomenę. Todėl pritariu, kad Sąjungos institucijos, įstaigos ir agentūros ir valstybės narės, įgyvendindamos Sąjungos teisę, privalo užtikrinti piliečių pagrindinių teisių apsaugą pagal Pagrindinių teisių chartiją. ES privalo ir toliau aktyviai spręsti ne tik teisinius ir ekonominius klausimus, bet ir žmonių teisių klausimus.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport annuel, long et fastidieux, contient comme chaque année, plusieurs passages qui témoignent d'un immigrationnisme délirant. Il pousse notamment les États membres «à allouer les ressources suffisantes à la création de voies d'entrée légales et sûres» pour les migrants (§25).

Le texte s'en prend également à la liberté d'expression: il s'inquiète de «la présence de plus en plus importante de discours haineux sur l'internet; recommande que le États membres mettent en place une procédure simple permettant aux citoyens de signaler la présence de contenus à caractère haineux en ligne; salue la présentation par la Commission d'un code de conduite sur la lutte contre les discours haineux illégaux en ligne et invite à adhérer aux efforts actuels et continus visant à renforcer la coopération avec le secteur privé et la société civile» (§57).

Il s'agit là d'une tentative flagrante de censurer le discours public, en s'arrogeant le droit de définir ce qui serait un «contenu à caractère haineux» , c'est-à-dire, bien sûr, ce qui irait contre l'idéologie dominante. J'ai naturellement voté contre ce texte.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport notamment parce qu'il représente le fruit d'un travail de négociation que le groupe S&D a fourni au sein du Parlement afin de défendre des amendements qui mettent l'accent sur des domaines très importants. Il s'agit notamment du respect de l'État de droit qui est un principe fondamental pour toute démocratie où du dossier lié à la migration et l'appel aux États membres de mettre en place des politiques afin de faciliter l'intégration des migrants au sein de notre société. Il faut aussi souligner la question de la communauté LGBTI, qui rappelle que tous les citoyens sont égaux et ne peuvent faire objet de discriminations.

D'autres priorités importantes sont également soulevées par le rapport tel qu'amendé, dont la nécessité de renforcer les efforts pour mettre fin aux réseaux de trafiquants d'êtres humains et lutter contre le racisme et la violence à l'égard des femmes.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La tutela dei diritti umani costituisce uno dei principi alla base dell'Unione europea, un obiettivo costante che guida l'azione delle istituzioni impegnate ogni anno a monitorare il livello di rispetto dei diritti fondamentali e la solidità dei principi dello Stato di diritto nel continente. La relazione Nagy, che oggi ho sostenuto con il mio voto, fornisce un quadro completo della situazione all'interno dell'Unione europea per il 2015, evidenziando le problematicità emerse nei diversi paesi in questi settori. Il testo si focalizza, tra le tante questioni toccate, su due temi particolarmente delicati, quelli dell'integrazione e dell'immigrazione. Si assiste ad una crescita dei fenomeni di istigazione all'odio nei confronti di migranti e rifugiati, una realtà allarmante che si sviluppa in un contesto di partiti e movimenti politici inclini a sfruttare pulsioni xenofobe per accrescere il proprio consenso elettorale. La relazione si sofferma anche su un dato estremamente preoccupante: almeno 10 000 profughi non accompagnati e migranti bambini sono scomparsi nell'UE nel 2015. L'Unione e gli Stati membri devono agire al più presto con gli strumenti esistenti per rintracciare i bambini scomparsi. Tenere unite le famiglie dei migranti e registrare e identificare i bambini può aiutare a prevenire la loro scomparsa.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe, que se realiza anualmente, pretende presentar la situación de los derechos fundamentales en la Unión Europea, y proponer recomendaciones. En su paso por el comité de Libertades Civiles se han conseguido modificaciones importantes, como eliminar los aspectos más problemáticos e incluir muchas de las enmiendas de nuestro grupo, como las relativas a la migración y el asilo, la protección de denunciantes, la evaluación de medidas antiterroristas, la condena a la vigilancia de masas indiscriminada, etc. Es importante destacar que el informe menciona aspectos relacionados con la corrupción, el racismo y la xenofobia, la igualdad de género y la violencia contra las mujeres, los derechos de la comunidad romaní, los derechos LGTB, así como derechos de los niños, otras minorías, personas con discapacidad, ancianos y derechos digitales. Sin embargo, tratándose de un ponente del EPP, no hemos conseguido que se haga referencia a cómo la política económica, especialmente las medidas de austeridad, han afectado a los derechos fundamentales de la ciudadanía europea. Por ello se hizo un nuevo intento presentando enmiendas en esta sesión plenaria. Puesto que la mayoría fueron rechazadas, he votado abstención.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis évidemment opposée à ce rapport sur la situation des droits fondamentaux dans l'Union européenne en 2015, puisqu'il est un concentré de propagande immigrationniste et d'atteintes réglementées à la liberté d'expression.

Les États-membres sont ainsi exhortés à mettre en place de voies légales et sûres d'immigration, alors même que la submersion migratoire a d'ores et déjà lourdement pesé sur les populations européennes qui se précarisent de plus en plus à mesure que les pouvoirs publics donnent la priorité à l'accueil des populations étrangères sur les autochtones.

Par ailleurs, ce rapport fait peser un véritable danger sur le principe de liberté d'expression, pourtant consacré par les traités européens, en voulant obliger les États-membres à mettre en place une procédure que je qualifierais de véritable délation, puisque chaque citoyen devrait pouvoir signaler la présence de contenus dits «à caractère haineux» , alors-même que ce critère est des plus subjectifs.

La Commission, enfin, au détriment de tout respect de la prérogative nationale, est nommée organe de censure en chef avec la présentation de ce «code de conduite sur la lutte contre les discours haineux illégaux en ligne» .

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho votato contro questo testo che ritengo fazioso. La relazione si occupa principalmente dei diritti di clandestini falsi profughi e delle persone LGBTI, senza far nulla in favore della disastrosa situazione dei diritti dei cittadini europei, sempre più ignorati e calpestati. Io continuerò a lottare contro questa Unione europea sbagliata, che si nasconde dietro il politicamente corretto per non affrontare la realtà. Quella realtà che mostra come questa Unione sia la vera causa del peggioramento delle condizioni di vita della nostra gente.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de iniciativa que se basa en la necesidad de promover por parte de la Unión los valores de dignidad e igualdad, que suponen su fundamento, y que no admiten ninguna forma de discriminación contra ninguno de sus ciudadanos.

Este informe abarca 40 compromisos que tratan cuestiones clave en materia de derechos fundamentales en las que se incluyen el Estado de Derecho, los derechos de las mujeres y la violencia contra ellas, los derechos de los niños, la migración, la integración y la inclusión social, la trata de seres humanos, la xenofobia, la libertad y la seguridad, los derechos de las personas con discapacidad, los derechos LGTBI, los crímenes de odio, los derechos de los romaníes y los derechos digitales, entre otros.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjama pagrindinių teisių padėtis Europos Sąjungoje 2015 metais. Europos Parlamentas pakartoja, kad žmogaus orumas yra neliečiamas visų pagrindinių teisių pagrindas ir jam neturėtų būti taikomas joks manipuliavimas, jis turi būti gerbiamas ir saugomas visose ES iniciatyvose, todėl ragina didinti ES piliečių informuotumą apie prigimtinį visų asmenų orumą siekiant humaniškesnės ir teisingesnės visuomenės. Antra, Parlamentas smerkia visų formų diskriminaciją ir smurtą prieš visus žmones ES, nes tuo yra tiesiogiai pažeidžiamas žmogaus orumas. Europos Parlamentas ragina Komisiją patvirtinti kovos su korupcija strategiją, į kurią būtų įtrauktos veiksmingos priemonės. EP taip pat ragina valstybes nares laikytis rekomendacijų, pateiktų Komisijos kovos su korupcija ataskaitoje, dar ragina jas stiprinti policijos ir teismų bendradarbiavimą kovojant su korupcija. Šiuo tikslu ragina valstybes nares ir ES institucijas padėti greitai įsteigti Europos prokuratūrą, jai suteikiant tinkamas nepriklausomumo ir veiksmingumo garantijas. Parlamentas palankiai vertina Komisijos iniciatyvas ir svarbiausius veiksmus, siekiant stiprinti valstybių narių bendradarbiavimą saugumo srityje, ir veiksmingą ES reagavimą į terorizmo ir saugumo grėsmes Europos Sąjungoje bei visapusiškai pritaria priemonėms, skirtoms sudaryti sąlygas veiksmingai saugumo sąjungai. Parlamentas ragina valstybes nares visapusiškai bendradarbiauti tarpusavyje ir pagerinti tarpusavio keitimąsi informacija ir keitimąsi informacija su Europolu bei kitomis susijusiomis ES agentūromis.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az alapvető jogok helyzete az Európai Unióban 2015-ben nem mutatott lényeges előrehaladást, főként a kisebbségi jogok tekintetében. Szeretném felhívni a figyelmet arra, hogy a kisebbségi közösségek továbbra is akadályokkal szembesülnek nyelvi jogaik érvényesítésében, az igazságszolgáltatás és más közszolgáltatás, így az oktatás, az egészségügy és a szociális szolgáltatások elérése során. A tagállamoknak további erőfeszítéseket kell tenniük az olyan aránytalan közigazgatási és jogalkotási akadályok felszámolására, amelyek európai vagy nemzeti szinten hátráltathatják a nyelvi sokszínűséget.

Ösztönözni szeretném a Bizottságot, hogy állapítson meg szakpolitikai normát a kisebbségek védelmére a koppenhágai kritériumoknak megfelelően, amelyek a tagjelölt államokra és a tagállamokra egyaránt vonatkoznak. Szükség van a kisebbségek problémáinak rendezésére alkalmazott jó gyakorlatok cseréjére és a bevált megoldások alkalmazására az Európai Unió egész területén.

Ösztönözni szeretném azokat a tagállamokat, amelyek eddig nem tették meg, hogy mielőbb ratifikálják a nemzeti kisebbségek védelméről szóló keretegyezményt és a Regionális vagy Kisebbségi Nyelvek Európai Chartáját, akik ratifikálták, azok pedig tartsák be. Ez vonatkozik a tagjelölt és a társulási szerződéssel rendelkező országokra is.

A tagállamoknak biztosítaniuk kell a kisebbségi nyelvek használatához való jogot, meg kell védeni az Unión belüli nyelvi sokféleséget. Javaslom megerősíteni a regionális nyelvek oktatására és használatára vonatkozó bizottsági tervet, mivel ezzel kezelhető a nyelvi megkülönböztetés az EU-ban.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Confrontata alle sfide odierne, l'Unione europea deve garantire la tutela dei diritti fondamentali in tutte le sue azioni, come previsto dalla Carta dei diritti fondamentali. È per questo che accolgo positivamente una relazione che porta all'attenzione i diversi casi in cui, nel corso del 2015, i diritti umani sono passati in secondo piano, lasciando spazio a discriminazioni e xenofobia. La crisi migratoria, così come gli atti di terrorismo in alcuni Stati membri, hanno accentuato le manifestazioni di questi fenomeni, mettendo a rischio i più vulnerabili. È così che, alle richieste d'aiuto, molti Stati membri hanno risposto erigendo muri. Con questa relazione, che sostengo, si richiama l'irrinunciabilità dei principi fondamentali, come i diritti umani, lo Stato di diritto e l'uguaglianza di genere, sui quali l'UE è fondata.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Temeljna prava žena se i dalje krše. Osuđujem sve oblike nasilja nad ženama i djevojčicama kao što su obiteljsko nasilje, ubojstvo iz časti, prisilan brak, trgovanje ljudima i genitalno sakaćenje žena. Prekršitelje je potrebno kazneno goniti i sankcionirati, a tijela EU-a i nacionalna tijela trebaju ojačati suradnju, osobito razmjenom dobrih praksi i poboljšanim prikupljanjem usporedivih podataka o svim oblicima nasilja nad ženama.

Pozivam EU da potpiše i ratificira Konvenciju iz Istanbula.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea è leader nel mondo per rispetto, promozione e tutela dei diritti umani e civili. Pilastro della cultura europea, non solo giuridica, essi sono l'elemento fondamentale dell'architettura dell'UE e il principio ispiratore della sua azione nel mondo. Le vaste ricadute socioeconomiche e politiche che derivano da questa visione si possono riscontrare nell'intera legislazione comunitaria che tutela i diritti individuali, promuove il valore del singolo e fa della pluralità di lingue, idee, fedi, opinioni e abitudini un punto di forza anziché una debolezza della grande casa comune europea. L'Europa è una delle poche realtà nel mondo che ha saputo salvaguardare le minoranze ed evitare omologazioni forzate, mantenendo pace e varietà al suo interno. Tuttavia siamo chiamati a vigilare e fare sempre del nostro meglio perché non ci siano eccezioni o mancanze alla messa in pratica dei nostri valori. Alcuni Stati che hanno percorso più recentemente la strada dell'integrazione hanno al loro interno formazioni politiche di rilievo che sono indifferenti, se non apertamente ostili, alla promozione e applicazione dei diritti fondamentali a tutte le persone. Il ritorno dei nazionalismi minaccia molte delle conquiste civili e sociali ottenute in settant'anni di cammino insieme: lavoriamo per non cadere nelle ombre del passato.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport demande aux États membres d'allouer les ressources suffisantes à la création de voies d'entrée légales en faveur des migrants clandestins. À l'heure où les peuples européens subissent de plein fouet le chômage de masse, l'accroissement de la pauvreté et des inégalités sociales, il est proprement scandaleux de voir l'Union européenne se soucier en priorité de l'intérêt des migrants clandestins plutôt que de celui de nos concitoyens. Par ailleurs, ce texte porte atteinte à la liberté d'expression en demandant de renforcer les contrôles et les sanctions des contenus sur Internet. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur la situation des droits fondamentaux dans l'Union européenne en 2015. Il est très important que les droits de l'homme soient respectés au sein de l'Union européenne. Ceci est particulièrement vrai à un moment où l'Union est confrontée à des défis sans précédent. Nous ne pouvons décemment pas parler de respect des droits de l'homme dans les pays-tiers si de notre côté nous ne faisons pas de même. L'Union européenne a été bâtie sur des valeurs communes de démocratie, d'État de droit et de respect des droits de l'homme. Nous devons mettre tout en œuvre pour que ces valeurs soient respectées au sein de l'Union. Le vote de ce rapport m'a permis de réitérer ma position en faveur de la ratification de la Charte européenne des langues régionales ou minoritaires du Conseil de l'Europe. Nous devons défendre le droit à utiliser une langue minoritaire afin de protéger nos diversités linguistiques.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla situazione dei diritti fondamentali nell'Unione europea nel 2015 perché cresce l'incitamento all'odio da parte di alcune forze politiche e aumentano sentimenti come la xenofobia e altre forme di pregiudizio in importanti settori della popolazione. Una situazione accentuata dall'emergenza migratoria, ma anche dagli attentati terroristici. La situazione resta difficile e richiede uno sforzo da parte dell'Unione europea per ribadire che siamo una comunità fondata sui valori della dignità umana, della libertà, della democrazia, dell'uguaglianza, dello Stato di diritto e del rispetto dei diritti umani, compresi i diritti delle persone appartenenti a minoranze. È necessario che l'Unione europea metta in campo politiche più proattive, elaborando piani volti in modo specifico alla promozione e alla consapevolezza dei diritti.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This was a positive report. It includes strong references to whistleblower protection, condemns mass surveillance of the CIA, tackles corruption, contains progressive assessments of the refugee crisis and is strong on countering discrimination and protecting gender equality.

For these reasons I voted in favour.

James Carver (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs have voted against this non-legislative report. UKIP strongly supports equal rights for all genders, races and sexualities. We also support the condemnation of crimes such as violence, child abuse and human trafficking. That being said, however, we reject the attempts to politicise this report in favour of EU charters, bodies and institutions. In particular, we reject the concerns in this report of the rise of Euroscepticism across Europe.

David Casa (PPE), *in writing*. – I believe that human dignity is the inviolable foundation of all fundamental rights and should be respected and protected in all EU initiatives. I condemn all forms of discrimination and violence in the EU against all human beings, as it constitutes a direct violation of human dignity. Despite these inherent values enshrined in our Treaties and Charter of Fundamental Rights, violations still occur in the EU. I believe that in facing today's challenges, the EU and Member States should uphold and enforce these values in every action they take, as the European Union is a community founded on the values of respect for human dignity, freedom, democracy, equality, the rule of law and respect for human rights, including the rights of persons belonging to minorities. I believe that it is essential to protect all fundamental rights and uphold the principles of the rule of law, but I could not vote in favour of this report as it contained references to abortion to which I cannot agree to.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Nella relazione di quest'anno si richiama l'INI legislativo del Parlamento in cui si chiede l'istituzione di una strategia e un meccanismo di tutela dei diritti fondamentali dell'UE senza pertanto addentrarsi, come è stato il caso negli anni, nelle questioni istituzionali. Accogliamo con favore l'introduzione di un paragrafo sulla corruzione, sulla tutela dei migranti e la necessità di prevenire gli abusi sui fondi destinati all'accoglienza e sui loro diritti fondamentali nonché la parte relativa ai diritti dei minori.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution. It gives us a clear picture on the situation regarding the EU's fundamental values – rule of law, human rights and democracy. I am personally glad that the resolution pays special attention to such key issues as violence against women, protection of children and rights for people with disabilities. We definitely should not lose these from our radar. Finally, I would like to highlight one part which is gaining in importance: it is on digital rights. Access to digital services together with privacy has become a challenge in recent years and we should reflect it properly.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε την έκθεση και τονίζουμε ότι τα θεμελιώδη δικαιώματα είναι οικουμενικά, αδιαίρετα και πάντοτε συμπληρωματικά και ότι, ως εκ τούτου, πρέπει να επιτυγχάνεται η σωστή ισορροπία ανάμεσα στα δικαιώματα όλων των μελών μιας πλούσιας και πολύμορφης κοινωνίας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε σχετικά με την έκθεση ως προς την κατάσταση των θεμελιωδών δικαιωμάτων στην Ευρωπαϊκή Ένωση το 2015. Η ετήσια αυτή έκθεση αποτελεί θετική προσπάθεια ανάδειξης ζητημάτων που επηρεάζουν εκατομμύρια ευρωπαίους πολίτες, με στόχο την ευαισθητοποίηση των αρμόδιων φορέων και την εξεύρεση λύσεων. Θεωρώ πως περιέχει θετικά στοιχεία ειδικά μετά την υπερψήφιση στην τελική διαδικασία στην Ολομέλεια του ΕΚ της τροπολογίας μας για τα κοινωνικά δικαιώματα και γι' αυτό τον λόγο ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – La relazione di iniziativa annuale sullo stato dei diritti fondamentali nell'Unione europea non coglie in alcun modo le criticità del modello socioeconomico che questa Unione europea sostiene e rappresenta. Nella relazione è altresì esplicito l'attacco a chi non condivide il pensiero «politicamente corretto» sulle tematiche riguardanti migranti e rifugiati. Per questi motivi il mio voto è negativo.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – In qualità primaria di cittadino europeo plaudo alla relazione, confermando la piena consapevolezza che l'Unione non solo verte, bensì tutela e garantisce in nuce dignità umana, libertà, democrazia, uguaglianza, Stato di diritto e rispetto dei diritti umani. Tale essenza, tuttavia, necessita di una preponderante presa di coscienza da parte degli europei, la quale si rende possibile, a mio avviso, soltanto attraverso la sensibilizzazione sul senso profondo di dignità dall'inizio alla fine della vita. Si rende altresì necessario trovare un giusto equilibrio fra i diritti di ciascuno con interessi e doveri della comunità. Dunque, potenziare i meccanismi di inclusione sociale ed integrazione costituisce una sfida dinamica e pluridimensionale realizzabile con un migliore accesso all'istruzione fondamentale, al fine di consentire lo svezzamento di una società più umana e aperta, seppur ferma nei suoi valori. Tramite la maturazione di una cittadinanza consapevole si potrà assistere al librarsi dei valori fondamentali e, conseguentemente, alla risoluzione delle relative lacune in merito a libertà e sicurezza. Le carenze ad oggi più presenti si riscontrano nella situazione delle carceri, nella tratta degli esseri umani, ma in modo più preoccupante nella povertà minorile che accresce il circolo vizioso dello svantaggio sociale.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the situation of fundamental rights in the European Union in 2015.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Este relatório anual é um exercício crucial para o Parlamento Europeu, em especial num momento - que diria - crítico. O ano de 2015 foi particularmente difícil no que respeita aos direitos fundamentais: ameaças ao estado de direito, ataques terroristas à segurança e liberdade de expressão, bem como dificuldades no respeito pelo direito ao asilo.

Este relatório permite, por um lado, um diagnóstico de conjunto sobre a situação dos direitos humanos na União, e, por outro lado, identificar o impacto das medidas adotadas.

Ora, contrariamente a anos anteriores, o diagnóstico tem adesão à realidade, as propostas apresentadas são coerentes com a posição deste Parlamento e os Direitos Fundamentais não foram instrumentalizados para fins políticos.

O retrato apresentado não é novo, mas reforça o sentimento de apreensão. Mas deve, sobretudo, reforçar a urgência na ação da União.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs have voted against this non-legislative report. UKIP strongly supports equal rights for all genders, races and sexualities. We also support the condemnation of crimes such as violence, child abuse and human trafficking. That being said, however, we reject the attempts to politicise this report in favour of EU charters, bodies and institutions. In particular, we reject the concerns in this report of the rise of Euroscepticism across Europe.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione che affronta tematiche importanti sui diritti fondamentali dell'Unione europea, tra cui la protezione dei diritti umani, l'integrazione e inclusione sociale, il traffico di esseri umani, la violenza contro le donne e i diritti dei bambini.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *in writing*. – Respect for fundamental rights and freedoms is at the core of EU values and integration. We need to do more to fight discrimination and violence based on gender, ethnic origin, sexual orientation or religion across Europe. We need to protect in particular the most vulnerable, such as children. I fully supported the report as it takes into account the rights of women victims of violence, the situation of refugees, in particular refugee women and unaccompanied minors, LGTBI people, minorities and people with disabilities. I also support more cooperation with industry to prevent and fight abuse, hate speech and radicalisation online, in respect of freedom of expression. These new challenges require the Member States to work together with mutual trust for a more efficient cross-border cooperation. We have the responsibility to stay vigilant and fight against any form of racism and xenopho-

bia, to combat the rise of nationalism and populism and protect peace in Europe.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque considero que hace un buen retrato del grave deterioro de los derechos fundamentales, tanto individuales como sociales (si bien el ponente intentó censurar las referencias a estos últimos antes de votar en plenario). Considero, sin embargo, que no basta con un buen diagnóstico: la Unión deberá revertir sus políticas migratorias, económicas y sociales si quiere poner freno a esta difícil situación.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Nell'affrontare le sfide attuali, l'UE e gli Stati membri dovrebbero agire pienamente in linea con i principi e i valori fondamentali sanciti dai trattati. Infatti, l'Unione europea è una comunità fondata sui valori della dignità umana, della libertà, della democrazia, dell'uguaglianza, dello Stato di diritto e del rispetto dei diritti umani, compresi i diritti delle persone appartenenti a minoranze. Il rispetto di tali valori deve andare di pari passo con l'azione esterna e non dell'UE. Pertanto, ho votato a favore di questa risoluzione, perché ricorda che, tanto nella gestione delle crisi interne quanto nelle relazioni con il resto del mondo, l'Unione deve contribuire alla tutela dei diritti fondamentali. In particolare, penso a questioni essenziali per la vita dei cittadini, quali la libertà di informazione, le strategia anti-corruzione e anti-terrorismo, il dialogo interreligioso e interculturale e la parità di genere.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament által elfogadott, alapvető jogok helyzetéről szóló éves jelentés szavazásánál tartózkodtam. Üdvözlöm és kiemelt fontosságúnak tartom a jelentés nemzeti és nyelvi kisebbségeket érintő részét. Külön örülök, hogy a jelentés végső verziójába az általam benyújtott, az őshonos kisebbségekre vonatkozó módosító javaslatok számos része bekerült, ezáltal erősítve az eredeti szövegtervezetet. Viszont a jelentés végső szavazásánál tartózkodtam, mert e jogi relevanciával nem bíró politikai határozatba bekerült egy sor olyan téma, amely tagállami hatáskörbe tartozik.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciwko głosowaniu nad sprawozdaniem w sprawie sytuacji praw podstawowych w Unii Europejskiej w 2015 r. Pomimo że w dokumencie pojawiają się pozytywne elementy, takie jak wezwanie do działań w sprawie handlu ludźmi, wsparcie dla prawa mniejszości, osób niepełnosprawnych, prawa kobiet czy zwalczanie ubóstwa wśród osób starszych, z bardzo dużym niepokojem zapoznałem się z ideologicznymi aspektami zawartymi w sprawozdaniu. Sprawozdanie zbyt daleko ingeruje w sprawy, których uregulowanie leży w kompetencjach państw członkowskich. Uważam, że wprowadzanie ideologicznych kwestii w system ochrony praw podstawowych UE jest rzeczą kontrowersyjną. Skuteczna ochrona praw obywateli musi się opierać na rozwiązaniach i działaniach o charakterze prawnym oraz pozbawionych elementów ideologicznych i światopoglądowych.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Fundamental rights in the European Union need to be always strengthened and safeguarded. Each and every Member State needs to implement policies and introduce new laws which ensure dignity for all. Malta has come a long way during the last three years, especially when it comes to LGBTI rights, with the introduction of civil union law, banning conversion therapy and the introduction of the gender identity bill. We need to continue fighting for the principles of equality while condemning all forms of discrimination. I am in favour of this report as we need to work towards a more socially inclusive Union which condemns any form of discrimination. As with all other votes, I voted against references to abortion.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I and my Conservative colleagues fully support fundamental rights and equality. However, a number of suggestions contained within this report go very far beyond the competences of the EU. For this reason I choose to abstain on this.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Violența împotriva femeilor este o încălcare a drepturilor fundamentale care afectează toate nivelurile societății, indiferent de vârstă, educație, venit, poziție socială și țară de origine sau de reședință, iar inegalitatea de gen și stereotipurile bazate pe gen măresc riscul de violență și alte forme de exploatare și împiedică participarea deplină a femeilor în toate domeniile. Având în vedere că egalitatea dintre femei și bărbați este un principiu fundamental al UE și orice discriminare bazată pe gen este interzisă, consider că, pentru a combate cu eficacitate violența pe criterii de gen, este necesară o schimbare a atitudinii față de femei și fete. În acest context, cred că Comisia ar trebui să distribuie cele mai bune practici ale statelor membre pentru abordarea stereotipurilor de gen, iar statele membre ar trebui să depună mai multe eforturi pentru a combate stereotipurile bazate pe gen care reproduc și întăresc rolurile de gen în domeniile cheie în care se perpetuează astfel de stereotipuri.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative porte sur la situation des droits fondamentaux dans l'Union en 2015, en particulier la protection des droits fondamentaux et de la dignité, la gestion des migrations, l'intégration et l'inclusion sociale, la liberté et la sécurité, le trafic d'êtres humains, ou encore les violences contre les femmes. Considérant que, face aux défis auxquels l'Union est confrontée tels que le terrorisme ou les flux de migration, le respect des droits fondamentaux mérite une attention toute particulière, j'ai soutenu ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this non-legislative report. UKIP strongly supports equal rights for all genders, races and sexualities. We also support the condemnation of crimes such as violence, child abuse and human trafficking. That being said, however, we reject the attempts to politicise this report in favour of EU charters, bodies and institutions. In particular, we reject the concerns in this report of the rise of Euroscepticism across Europe.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport qui présente un tableau complet et équilibré de la situation des droits fondamentaux dans l'Union européenne en 2015. L'Union européenne est bâtie sur un socle de valeurs communes que nous nous devons de défendre. En tant que rapporteur pour mon groupe politique sur l'état des prisons en Europe, il m'a paru particulièrement important de dénoncer les conditions de détention carcérale inhumaines et dégradantes dans certains États membres où les prisons sont trop souvent en surpopulation et connaissent une situation explosive.

Il était également indispensable de souligner dans ce rapport la nécessité d'une meilleure coopération et d'un meilleur échange d'informations entre les États membres face à la radicalisation et au terrorisme pour une véritable Union de la sécurité, ceci bien évidemment dans le respect plein et entier des droits et des libertés fondamentales.

De même, je soutiens la proposition faire aux États membres de mettre en place une procédure simple permettant aux citoyens de signaler la présence de contenus à caractère haineux en ligne.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament által elfogadott alapvető jogok helyzetéről szóló éves jelentés nemzeti és nyelvi kisebbségeket érintő része, eltérően az előző évektől, kifejezetten erős lett. A Fidesz–KDNP delegációja ezért, a néppárti ajánlást követve, támogatta e jogi relevanciával nem bíró politikai határozatot. Ugyanakkor számos ponton, így a tagállami hatáskörbe tartozó kérdésekben, a szöveg ellen szavazott. Kiemelt fontosságú, hogy a szövegbe bekerült az utóbbi évek legjobb kisebbségvédelmi jelentésére, az Európa Tanács Kalmár-jelentésére való utalás, valamint a felhívás, hogy ez az uniós jog részévé váljon.

A nemzeti kisebbségekhez tartózó személyek jogai emberi és alapvető jogoknak minősülnek, melyeket az Uniónak az Európai Unióról Szóló Szerződés értelmében tiszteletben kell tartania. Ezért joggal várható el az európai döntéshozóktól, elsősorban az Európai Bizottságtól, hogy amennyiben az alapjogok részeként tekintenek a hagyományos nemzeti kisebbségek jogaira, úgy hasonló figyelmet szenteljenek ezen jogsértéseknek is, s ugyanolyan módon ítéljék el ezeket.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto ritengo che i diritti fondamentali e le libertà civili siano importanti per il benessere sociale e il progresso politico ed economico. Sono infatti contraria a qualsiasi forma di discriminazione sessuale, religiosa, di genere e contro i disabili, e credo in una società tollerante e libera.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur les droits fondamentaux dans l'UE en 2015. Ce texte qui aborde les principaux défis liés aux droits fondamentaux dans l'UE en 2015, notamment en matière de migration, de protection de l'enfance et d'environnement en ligne est la réponse du Parlement au rapport annuel de la Commission sur les droits fondamentaux dans l'UE.

Tout récemment, le Parlement a appelé à un mécanisme européen sur la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux afin de contrôler chaque année la situation de ces principes dans les États membres, en se fondant sur des éléments probants, de manière objective et non-discriminatoire.

Les États membres devraient aussi intensifier leurs efforts pour promouvoir «les valeurs européennes, la tolérance et le sens de la communauté, en évitant la stigmatisation», afin de prévenir la radicalisation et l'extrémisme violent, tout en menant des campagnes d'information positives en vue d'aider les citoyens à voir l'intégration d'une meilleure manière, affirme le texte.

La résolution déplore «le niveau croissant de discours haineux au sein de certaines institutions, partis politiques et médias.» Ils appellent l'UE à donner l'exemple «en s'opposant aux discours haineux au sein de ses institutions».

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – L'Union européenne veille au respect des principes inhérents à la démocratie, à l'état de droit et aux droits fondamentaux, en son sein comme sur la scène internationale. Ces valeurs sont consacrées dans le Traité et dans la Charte des droits fondamentaux de l'UE.

Des violations de ces droits se sont pourtant produites en Europe au cours de l'année 2015, en premier lieu à l'encontre des migrants et des réfugiés. Ceux-ci doivent pouvoir être accueillis dans des conditions dignes et jouir des droits dont ils disposent en vertu des conventions internationales. Il est essentiel que l'Union et ses États membres concourent à la promotion des valeurs européennes de solidarité et d'intégration.

C'est tout le sens du Pacte européen en matière de droits fondamentaux que le Parlement européen appelait de ses vœux en octobre dernier. La Commission doit pouvoir interpeller plus systématiquement un État membre qui ne respecterait pas nos valeurs européennes.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport.

Ce rapport de 138 paragraphes, plein de bons sentiments, s'en prend notamment aux «discours haineux» sur Internet, qu'il faudrait contrôler davantage ainsi qu'à la politique d'immigration des États membres: il conviendrait, en particulier, d' «allouer les ressources suffisantes à la création de voies d'entrées légales et sûres» pour les migrants.

Nous ne saurions soutenir ce texte liberticide sous couvert de défense des droits fondamentaux.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Годишният доклад за основните права през 2015 г. обобщава състоянието по наболели проблеми през цялата изминала година. В доклада се съдържат широк кръг теми като миграцията, правата (на децата, на жените, на ромите, на хората с увреждания, във връзка с гражданството), сексуалното здраве, трафика на хора, равенството, възрастните хора, насилието срещу жените, правата на ЛГБТИ и др.

Положителните елементи са призивите за действие във връзка с трафика на хора (в подкрепа на жертвите, хората с увреждания, правата на жените, осъждат се изнасилванията, генитално осакатяване на жените и бедността сред възрастните хора). Въпреки това в доклада остават някои проблематични точки като правата на ЛГБТИ, призива за включване към Истамбулската конвенция и прочее. По тази причина гласувах „въздържал се“.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τα θεμελιώδη δικαιώματα, η ανθρώπινη αξιοπρέπεια, το κράτος δικαίου, η ελευθερία και η ασφάλεια δεν πρέπει να αποτελούν πεδίο εφαρμογής πολιτικού καθωσπρεπισμού, πλειστηριασμού κοινωνικότητας και ανθρώπινης ευαισθησίας.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the situation of fundamental rights in the EU 2015. This report is an annual exercise covering developments in the field of fundamental rights in EU Member States and contains suggestions for improvements. The EU should deal with all violations of fundamental rights, and it is important to my constituents in Wales that we do all we can to improve things both at home within the EU, and further afield.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. — Ho votato a favore di questa relazione che riprende in parte alcuni punti dell'opinione della commissione per le petizioni, alla quale ho contribuito in qualità di relatore ombra.

La cinica e continuativa applicazione a livello UE e nazionale delle misure di austerità, adottate ancora come approccio economico di riferimento, impedisce di fornire risposte istituzionali efficaci.

A 8 anni dall'inizio della crisi economica continuiamo ad assistere all'accentuarsi dei livelli di povertà, alla presenza di percentuali esponenziali di tassi di disoccupazione e precarietà, con punte elevatissime tra i giovani dei paesi più colpiti. Questo si traduce nell'impossibilità di godere di un'esistenza davvero libera e dignitosa e nella violazione dei diritti fondamentali, come ad esempio l'accesso alle cure sanitarie, alla tutela dei diritti dei minori, dei disabili, dei migranti e dei richiedenti asilo.

Nel testo si fa riferimento in maniera chiara alla responsabilità delle politiche di austerità. Mi auguro che tale presa di consapevolezza si traduca al più presto in una decisa inversione di rotta.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A União Europeia é uma comunidade assente nos valores do respeito pela dignidade humana, pela liberdade, pela democracia e pela igualdade, no Estado de Direito e no respeito pelos direitos humanos, incluindo os direitos das pessoas pertencentes a minorias. Estado de Direito esse que constitui a espinha dorsal da democracia liberal europeia e um dos princípios fundadores da UE decorrentes das tradições constitucionais comuns dos Estados-Membros.

Pelo menos 3771 pessoas morreram ou foram dadas como desaparecidas em 2015 ao tentarem chegar a um lugar seguro na Europa, elevando o total de mortos e desaparecidos para mais de 30 000 nas últimas duas décadas, e os atos terroristas representam uma das mais graves violações dos direitos e liberdades fundamentais.

Recordo que a dignidade humana é a base inviolável de todos os direitos fundamentais, que não deve ser sujeita a qualquer tipo de instrumentalização e que tem de ser respeitada e protegida em todas as iniciativas da UE condenando todas as formas de discriminação e violência na UE contra todos os seres humanos, uma vez que constituem uma violação direta da dignidade humana.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: comme chaque année, il y a plusieurs passages qui témoignent d'un immigrationnisme poussé à l'extrême. Le texte s'attaque aussi à la liberté d'expression.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. — Esprimo apprezzamento per la relazione sulla situazione dei diritti fondamentali per il 2015, in particolare per l'introduzione di un paragrafo sulla corruzione, sulla tutela dei migranti, sulla necessità di prevenire gli abusi sui fondi destinati all'accoglienza. Altrettanto condivisibile è la parte della relazione relativa ai diritti dei minori.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Assinala-se positivamente as recomendações no campo das liberdades, dos direitos dos refugiados e migrantes, da liberdade de circulação, do direito à privacidade, do direito à informação, da não discriminação, da igualdade entre homens e mulheres, dos direitos da criança, dos direitos das pessoas com deficiência e da defesa dos direitos sociais, entre outros, que subscrevemos e reivindicamos.

Mas recomendações bem-intencionadas não chegam. Há que tomar medidas políticas concretas que criem as condições reais e materiais ao seu efetivo cumprimento. O reforço e alargamento de serviços públicos; o direito à saúde, ao ensino e à cultura; o direito ao emprego e o emprego com direitos; o respeito pela soberania dos povos, pela não ingerência, pelo direito internacional e pela Carta da ONU, são algumas da medidas urgentes e necessárias que não têm lugar neste relatório.

Pelo contrário, para além da evocação oca dos famigerados «direitos fundamentais na União Europeia», o caminho apontado, explícita ou implicitamente, é o do reforço de medidas restritivas e limitadoras das liberdades, é a visão estreita, repressiva e tutelar do ideal de democracia.

O que prevalece é a habitual conceção restritiva e instrumental dos direitos humanos.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted no because I disagree.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Predmetná správa je založená na princípoch slušnosti a rovnosti, pričom nie je možné akceptovanie akejkoľvek formy diskriminácie voči občanom členských štátov. Správa sa zameriava na nedostatok humanitárnej pomoci utečencom a na správanie sa k nim na hraniciach Európskej únie. Správa sa zameriava aj na sociálne vylúčenie rómskeho obyvateľstva, ktoré musí vo viacerých členských štátoch čeliť rasizmu a takisto vylúčeniu na trhu práce.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro la relazione in quanto ancora una volta non si denuncia il modello socioeconomico di questa Unione europea che è la vera causa del deterioramento dei diritti fondamentali. Contribuisce al voto negativo la presenza esagerata di paragrafi dedicati alle persone LGBTI.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Τα θεμελιώδη δικαιώματα, η ανθρώπινη αξιοπρέπεια, το κράτος δικαίου, η ελευθερία και η ασφάλεια δεν πρέπει να αποτελούν πεδίο εφαρμογής πολιτικού καθωσπρεπισμού, πλειστηριασμού κοινωνικότητας και ανθρώπινης ευαισθησίας, γι' αυτό καταψηφίζω την έκθεση A8-0345/2016 σχετικά με την κατάσταση των θεμελιωδών δικαιωμάτων στην Ευρωπαϊκή Ένωση το 2015.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome this report, which addresses fundamental issues and strongly condemns the lack of humanity shown at European borders. Social inclusion and integration of migrants and refugees and the granting of international protection in the host society is part of a dynamic and multi-dimensional process, in which respect for European values must be a priority. I support the call on Member States to apply integration policies as swiftly as possible and with adequate dedicated resources, and to develop them in cooperation with national institutions, local governments, schools, NGOs, as well as migrants and refugee communities. It is important to consider that access to education is one of the foundations for the integration of refugees. We will continue fighting for the principles of decency and equality, and will not accept any form of discrimination in Europe.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament által elfogadott, alapvető jogok helyzetéről szóló éves jelentés nemzeti és nyelvi kisebbségeket érintő része, eltérően az előző évektől, kifejezetten erős lett. A Fidesz–KDNP delegációja ezért, a néppárti ajánlást követve, támogatta e jogi relevanciával nem bíró politikai határozatot. Ugyanakkor számos ponton, így a tagállami hatáskörbe tartozó kérdésekben, a szöveg ellen szavazott. Kiemelt fontosságú, hogy a szövegbe bekerült az utóbbi évek legjobb kisebbségvédelmi jelentésére, az Európa Tanács Kalmár-jelentésére való utalás, valamint a felhívás, hogy ez az uniós jog részévé váljon.

A nemzeti kisebbségekhez tartózó személyek jogai emberi és alapvető jogoknak minősülnek, melyeket az Uniónak az Európai Unióról szóló szerződés értelmében tiszteletben kell tartania. Ezért joggal várható el az európai döntéshozóktól, elsősorban az Európai Bizottságtól, hogy amennyiben az alapjogok részeként tekintenek a hagyományos nemzeti kisebbségek jogaira, úgy hasonló figyelmet szenteljenek e jogsértéseknek is, s ugyanolyan módon ítéljék el ezeket.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament által elfogadott alapvető jogok helyzetéről szóló éves jelentés nemzeti és nyelvi kisebbségeket érintő része, eltérően az előző évektől, kifejezetten erős lett. A Fidesz–KDNP delegációja ezért, a néppárti ajánlást követve, támogatta e jogi relevanciával nem bíró politikai határozatot. Ugyanakkor számos ponton, így a tagállami hatáskörbe tartozó kérdésekben, a szöveg ellen szavazott. Kiemelt fontosságú, hogy a szövegbe bekerült az utóbbi évek legjobb kisebbségvédelmi jelentésére, az Európa Tanács Kalmár-jelentésére való utalás, valamint a felhívás, hogy ez az uniós jog részévé váljon.

A nemzeti kisebbségekhez tartózó személyek jogai emberi és alapvető jogoknak minősülnek, melyeket az Uniónak az Európai Unióról Szóló Szerződés értelmében tiszteletben kell tartania. Ezért joggal várható el az európai döntéshozóktól, elsősorban az Európai Bizottságtól, hogy amennyiben az alapjogok részeként tekintenek a hagyományos nemzeti kisebbségek jogaira, úgy hasonló figyelmet szenteljenek ezen jogsértéseknek is, s ugyanolyan módon ítéljék el ezeket.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Proprio nell'ambito di questa sessione plenaria, il Parlamento europeo ha ufficialmente consegnato il premio Sakharov 2016 per la libertà di pensiero a Nadia Murad e Lamiya Aji Bashar, due sopravvissute yazide alla schiavitù sessuale dell'Isis. L'orrore raccontato dalle parole e dagli sguardi delle due donne ha rimarcato quanto l'impegno per la salvaguardia dei diritti umani nel mondo deve essere una priorità assoluta per l'Europa e per ognuno di noi. Con l'approvazione di questa relazione ribadiamo il rifiuto e la lotta a qualsiasi forma di discriminazione, a qualsiasi violenza contro le persone più fragili a qualsiasi mortificazione fisica, mentale e sessuale. Deploriamo le atrocità che derivano da qualunque mancanza di rispetto dei diritti e della dignità umana. Come parlamentari del gruppo S&D, in particolare, continueremo a promuovere la parità e l'inclusione sociale come diritti inalienabili di qualunque essere umano.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die nicht bindende Resolution spricht die größten Probleme im Hinblick auf die Grundrechte in der EU 2015 an. Ich befürworte die Aufforderung an die Mitgliedstaaten, gemeinschaftlich für die Aufrechterhaltung und Stärkung der Grundrechte in der EU einzustehen.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I have voted against this non-legislative report. I strongly support equal rights for all genders, races and sexualities. I also support the condemnation of crimes such as violence, child abuse and human trafficking. That being said, however, I reject the attempts to politicise this report in favour of EU charters, bodies and institutions. In particular, I reject the concerns in this report of the rise of Euroscepticism across Europe.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which identifies key areas of concern in relation to the situation of fundamental rights. Against the backdrop of significant increases in hate crime, it is essential that efforts are made at EU, national and local level to counter extremism and promote respect for diversity. It is important that Member States work together and uphold solidarity by tackling areas of common interest to strengthen democracy and fundamental rights across the EU.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Comme chaque année, le Parlement fait rapport sur la situation, forcément mauvaise ou en passe de le devenir, des droits de l'homme dans l'Union européenne.

Ce rapport est surtout l'occasion d'une intense propagande pro-immigration ou en faveur de toute minorité, surtout si elle est bruyante.

Il est des droits que ce type de rapport, summum du politiquement correct européen, n'aborde pourtant jamais: le droit à la liberté d'expression d'une opinion dissidente, notamment en matière d'immigration, ou dans le domaine moral, toute dissidence étant qualifiée par vous de «discours de haine» ; le droit de voir pris en compte, dans le respect et sans stigmatisation, les opinions des peuples exprimées par leurs votes; le droit de protéger sa culture, son mode de vie, ses coutumes et ses valeurs millénaires pour tout peuple européen sur son territoire, l'identité de l'Europe et de ses membres ne se réduisant pas à la bouillie «droit de l'hommiste» que vous affectionnez tant; le droit à la sécurité, première des libertés, constamment remis en cause par vos politiques, dont les attentats des derniers mois sont la conséquence la plus terrible.

L'aboutissement de votre logique, c'est que la majorité des Européens n'aura bientôt plus qu'un droit: subir en silence.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe, que se realiza anualmente, pretende presentar la situación de los derechos fundamentales en la Unión Europea, y proponer recomendaciones. En su paso por el comité de Libertades Civiles se han conseguido modificaciones importantes, como eliminar los aspectos más problemáticos e incluir muchas de las enmiendas de nuestro grupo, como las relativas a la migración y el asilo, la protección de denunciantes, la evaluación de medidas antiterroristas, la condena a la vigilancia de masas indiscriminada, etc. Es importante destacar que el informe menciona aspectos relacionados con la corrupción, el racismo y la xenofobia, la igualdad de género y la violencia contra las mujeres, los derechos de la comunidad romaní, los derechos LGTB, así como derechos de los niños, otras minorías, personas con discapacidad, ancianos y derechos digitales. Sin embargo, tratándose de un ponente del EPP, no hemos conseguido que se haga referencia a cómo la política económica, especialmente las medidas de austeridad, han afectado a los derechos fundamentales de la ciudadanía europea. Por ello se hizo un nuevo intento presentando enmiendas en esta sesión plenaria. Puesto que la mayoría fueron rechazadas, he votado abstención.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport deoarece este esențial să avem o situație asupra respectării drepturilor fundamentale în UE. Carta drepturilor fundamentale, document cu aceeași valoare juridică ca și tratatele, ne subliniază importanța acestora pentru UE. Uniunea Europeană este o comunitate întemeiată pe valorile respectului pentru demnitatea umană, libertate, democrație, egalitate, statul de drept și pe respectul pentru drepturile omului, inclusiv drepturile persoanelor din rândul minorităților. În actualul context mondial, UE și statele membre ar trebui să susțină și să asigure respectarea acestor valori în fiecare acțiune pe care o întreprind. În toate acțiunile întreprinse de statele membre și de UE, este esențial să se respecte drepturile fundamentale și libertățile civile, inclusiv respectul pentru viața privată și viața de familie, dreptul la libertate și la securitate, dreptul la protecția datelor cu caracter personal, prezumția de nevinovăție și dreptul la apărare, dreptul la o cale de atac eficace și la un proces echitabil, libertatea de exprimare și de informare, libertatea de gândire, de conștiință și de religie.

Nathalie Griesbeck (ALDE), *par écrit*. – Face à une Europe en proie aux doutes et aux incertitudes, l'Union européenne doit s'attacher à renforcer et garantir les droits fondamentaux sur lesquels elle s'est construite. Le rapport d'initiative de Jozsef Nagy insiste particulièrement sur les questions de liberté, de sécurité ainsi que celles des minorités et des personnes en grande difficulté. La montée des populismes ainsi que l'augmentation des violences au sein du territoire européen nous ont rappelé que les droits fondamentaux étaient en danger et qu'il était de la responsabilité du Parlement européen de les faire respecter. C'est pour cette raison que j'ai souhaité me positionner en faveur du rapport d'initiative de Jozsef Nagy, tout comme mon groupe parlementaire, afin que l'état de droit demeure la clef de voûte de la démocratie européenne.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this own-initiative report which is based on principles of decency and equality. It covers important questions such as those pertaining to: the rule of law; migration, integration and social inclusion; freedom and security; trafficking in human beings; combating discrimination, xenophobia, hate crime and hate speech; women's rights and violence against women; children; rights of minorities; rights of people with disabilities; Roma rights; LGBTI rights; and citizenship. It is vital to continue fighting for principles of decency and equality and not to accept any form of discrimination against any of our citizens.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport annuel du Parlement européen sur les droits fondamentaux car il dénonce les principales problématiques rencontrées en 2015 et propose des objectifs en matière de politiques publiques.

Le projet de rapport initial du rapporteur PPE passait sous silence certains droits fondamentaux ou suggérait des éléments problématiques, notamment à propos des migrations, des minorités et des droits sociaux.

Dans les négociations avec le rapporteur et les rapporteurs fictifs, notre groupe a réussi à inclure le fait que les droits des femmes, de la communauté LGBTI, des Roms, et des mineurs non accompagnés doivent être protégés, ce que je salue.

Enfin, je me félicite que certains amendements aient été soutenus en plénière. Ils concernent notamment les droits sexuels et génésiques, la lutte contre les violences faites aux personnes transgenres, et le droit à la protection contre l'exclusion et la pauvreté.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση αναφορικά με την κατάσταση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στην ΕΕ γίνεται κάθε χρόνο και στόχο έχει να παρουσιάσει την κατάσταση που επικρατεί στην ΕΕ στη βάση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και πρόσθετα να κάνει συστάσεις για βελτίωση της ισχύουσας κατάστασης. Πέραν από μερικά θετικά στοιχεία που περιέχονται στην έκθεση, παρουσιάζονται πολλές βασικές αδυναμίες. Στην έκθεση δεν γίνεται καμία αναφορά στις αρνητικές συνέπειες της κρίσης και των μέτρων λιτότητας που αποτρέπουν την πρόσβαση στα θεμελιώδη δικαιώματα, τα κοινωνικά δικαιώματα καθώς και την πρόσβαση στις βασικότερες ανάγκες του ανθρώπου όπως είναι η εκπαίδευση και το σύστημα υγείας. Πρόσθετα, δεν γίνεται καμία αναφορά ούτε στην ανάγκη του δικαιώματος για προστασία ενάντια στην φτώχεια και στον κοινωνικό αποκλεισμό. Η απουσία αναφοράς στα κοινωνικά δικαιώματα ως αναπόσπαστο τμήμα των θεμελιωδών δικαιωμάτων είναι σημαντική, καθώς αυτά είναι αναγνωρισμένα από διεθνείς και ευρωπαϊκές συμβάσεις, παρ' όλα αυτά κατά κανόνα εκφεύγουν από την προσέγγιση των οργάνων της ΕΕ για τα θεμελιώδη δικαιώματα. Αυτοί είναι κάποιοι από τους λόγους που μας οδήγησαν στην καταψήφιση της συγκεκριμένης έκθεσης.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I, along with a broad cross-party majority of Members in the European Parliament, approved this report regarding the situation of Fundamental Rights in the EU in 2015. Recent developments in some EU Member States have had a negative impact on the protection of fundamental rights, in particular for vulnerable groups such as migrants, refugees, children and women. I believe we must act to scrutinise respect for and promotion of Fundamental rights across the Union. Democracy is a necessary condition for the rule of law, it is not sufficient to guarantee it. It is our obligation and our moral duty to guarantee that fundamental rights in the EU are protected.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament által elfogadott, alapvető jogok helyzetéről szóló éves jelentés nemzeti és nyelvi kisebbségeket érintő része, eltérően az előző évektől, kifejezetten erős lett. A Fidesz–KDNP delegációja ezért, a néppárti ajánlást követve, támogatta e jogi relevanciával nem bíró politikai határozatot. Ugyanakkor számos ponton, így a tagállami hatáskörbe tartozó kérdésekben, a szöveg ellen szavazott. Kiemelt fontosságú, hogy a szövegbe bekerült az utóbbi évek legjobb kisebbségvédelmi jelentésére, az Európa Tanács Kalmár-jelentésére való utalás, valamint a felhívás, hogy ez az uniós jog részévé váljon.

A nemzeti kisebbségekhez tartózó személyek jogai emberi és alapvető jogoknak minősülnek, melyeket az Uniónak az Európai Unióról szóló szerződés értelmében tiszteletben kell tartania. Ezért joggal várható el az európai döntéshozóktól, elsősorban az Európai Bizottságtól, hogy amennyiben az alapjogok részeként tekintenek a hagyományos nemzeti kisebbségek jogaira, úgy hasonló figyelmet szenteljenek e jogsértéseknek is, s ugyanolyan módon ítéljék el ezeket.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur le vote du rapport relatif à la situation des droits fondamentaux dans l'Union en 2015 dans la mesure où certains amendements adoptés dénaturent le rapport pourtant mesuré dans sa rédaction initiale. Les amendements de l'extrême-gauche adoptés avec la complicité des socialistes et de l'extrême-droite ne traduisent pas la réalité des faits mais une certaine conception de la réalité qu'on nous tient pour vraie.

Cela est d'autant plus déplorable que ce rapport posait un diagnostic réaliste de la situation de catégories vulnérables comme les enfants, les femmes, les personnes handicapées et les personnes âgées. Le rapport proposait également une analyse de la migration et de l'intégration dans les États membres en respectant bien la distinction migrant, réfugié, demandeur d'asile.

Je tiens cependant à signaler que je ne partage pas les recommandations concernant la promotion des langues régionales et minoritaires qui vont à l'encontre de notre principe d'indivisibilité prônée par la Constitution française.

Enfin, je ne comprends pas cette obsession à vouloir imposer une évaluation systématique de la dimension de genre dans toutes les propositions législatives alors que cela ne fait pas sens pour les textes purement techniques comme, par exemple, l'encadrement de l'utilisation du mercure.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. Any form of discrimination against any of our citizens should not be accepted.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o stanju temeljnih prava u Europskoj uniji u 2015. godini (2016/2009(INI)) s obzirom na to da predloženi dokument sveobuhvatno obrazlaže najveće probleme i trenutnu situaciju po tom pitanju. Ljudsko dostojanstvo predstavlja nepovredivu osnovu svih temeljnih prava te ga treba poštovati i zaštititi u svim inicijativama EU-a.

Treba osuditi sve oblike diskriminacije i nasilja u EU-u. Sloboda kretanja i boravka europskih građana utvrđena ugovorima i zajamčena Direktivom o slobodnom kretanju jedno je od temeljnih prava europskih građana. Potrebno je razmotriti mogućnost uspostavljanja programa zaštite zviždača i izvora informacija za novinare.

Stanje u zatvorima u nekim državama članicama je nezadovoljavajuće. Važno je ostvariti socijalnu uključenost i integraciju migranata i izbjeglica kojima je odobrena međunarodna zaštita koja uključuje prava i obveze i čiji su sastavni dijelovi poštovanje vrijednosti na kojima je izgrađen EU. Izražava se zabrinutost zbog prijavljenih slučajeva infiltracije organiziranog kriminala u upravljanje sredstvima namijenjenima za prihvat migranata. Potrebno je podržati države članice u njihovim naporima da spriječe radikalizaciju i nasilni ekstremizam. Potrebno je obratiti pažnju zbog povećanog rasizma i ksenofobije u obliku afrofobije, netrpeljivosti prema Romima i Židovima, islamofobije i netrpeljivosti prema migrantima. Potrebno je osuditi slučajeve zločina iz mržnje i govor mržnje osobito s obzirom na sve veću prisutnost govora mržnje na internetu.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Mû par sa volonté de pousser les États membres à débloquer plus de fonds pour l'accueil des migrants, ce rapport est encore trop empreint d'idéologie favorable à l'immigration, tout comme il cherche à brider la liberté d'expression sous prétexte de la lutte contre la haine.

J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report because it takes into consideration recent developments concerning fundamental rights in several EU Member States. The current situation calls for a strong message that fundamental rights have to be protected and preserved. I am glad that it stresses the importance of full respect for the principle of subsidiarity and proportionality applying both to Member States and to the EU's institutions based on a gradual approach, including both a preventative and corrective arm. Furthermore, I welcomed the special attention paid to children's rights stressing the importance of the need for their highest protection. I find it crucial that the European Union does not forget that it has been built on respect for the rule of law and that it cannot take this cornerstone for granted.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Jozsef Nagy relatif à la situation des droits fondamentaux dans l'Union européenne au cours de l'année 2015, un texte ayant pour objectif de dresser un bilan de la situation et des défis que l'UE doit surmonter en la matière. Le rapporteur qui devait couvrir des sujets aussi divers et complexes que l'état de droit, les droits des enfants, des minorités, des femmes, des personnes âgées, des personnes handicapées ou encore la sécurité est parvenu à un résultat équilibré.

Le texte aborde par ailleurs la question, rarement mise en avant, des droits numériques, notamment la protection des données personnelles et la sensibilisation des plus jeunes aux dangers d'internet. Il est important que le législateur s'adapte aux évolutions technologiques; c'est pourquoi je suis mobilisé sur ces problématiques dans le cadre de mes travaux en commission de la culture.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui traite de la protection des droits fondamentaux dans les pays membres de l'Union européenne. Couvrant des sujets aussi divers que l'état de droit, les droits des enfants, des minorités, des femmes, des personnes âgées, des personnes handicapées ou encore la sécurité, le rapport atteint un certain équilibre. Le constat fait par ce rapport est que, si la Charte des droits fondamentaux est devenue une composante à part entière des traités, des violations des droits fondamentaux se produisent encore dans l'UE et ses États membres, démontrant bien l'exigence permanente qu'il y a à s'assurer du respect de ces droits dans nos États membres. Le texte s'arrête aussi notamment sur l'essor de l'euroscepticisme et l'expression de positions politiques violentes. Un renforcement de la participation des citoyens est demandé afin que les Européens puissent exprimer leurs préoccupations par la voie démocratique, seul antidote aux populismes.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe gegen den vorliegenden Bericht gestimmt. Im Bericht, welcher die Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2015 behandelt, wird vor allem die Migrations- und Flüchtlingskrise in einem verfälschten Licht dargestellt und undifferenziert nach mehr Rechten für Migranten und Flüchtlinge verlangt. Der Berichterstatter fordert die Schaffung von legalen Einreisemöglichkeiten.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which identifies key areas of concern in relation to the situation of fundamental rights. Against a backdrop of significant increases in hate crime, it is essential that efforts are made at EU, national and local level to counter extremism and promote respect for diversity. It is important that Member States work together and uphold solidarity by tackling areas of common interest to strengthen democracy and fundamental rights across the EU.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Nagy-Bericht zur Situation der fundamentalen Rechte in der Europäischen Union 2015 spricht eine Vielzahl von Themen an. Darunter finden wir positive Ansätze, wie beispielsweise den Einsatz gegen die Genitalverstümmelung von Frauen oder gegen Menschenschmuggel.

Leider geht der Bericht in einigen Fragen weit über das hinaus, was man als fundamentale Rechte einstufen sollte. Zu nennen sind z. B. die Forderung nach interkulturellen Lehrplänen an Schulen, die Forderung nach Einführung der Ideologie des „Gender mainstreaming" in „allen Politikbereichen" und der Kampf gegen „institutionalisierten Rassismus" in der Schulausbildung.

Der Nagy-Bericht verweigert jede Analyse kultureller und religiöser Hintergründe bei vielen Menschenrechtsverletzungen und weist die Verantwortung pauschal allein Männern bzw. dem institutionalisierten Rassismus der Gesellschaft zu. Wegen dieser eklatanten Mängel habe ich den Bericht abgelehnt.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Bylo mi líto, že jsem se musela u hlasování o stavu základních práv v EU v roce 2015 zdržet, ale nedomnívala jsem se, že tento dokument řeší otázku lidských práv komplexně. Nesouhlasím s tím, jak úzce jsou v poslední době lidská práva vykládána. Proč se o nich tolik nemluví v souvislosti s podmínkami a platy pokladních v supermarketech nebo třeba poštovních doručovatelek? Proč se tak málo používá termín lidská práva v kontextu s dětmi, jejichž rodiče si nemohou dovolit zaplatit jim obědy ve školních jídelnách? Navíc neprošel pozměnovací návrh, který uváděl, že „odsuzuje skutečnost, že hospodářská krize a úsporná opatření prováděná za účelem jejího řešení vážně poškodila základní sociální, občanská a pracovní práva, mimo jiné i právo na přístup k základním potřebám, jako jsou vzdělávání, bydlení, zdravotní péče a sociální zabezpečení, a rovněž měla v některých členských státech negativní dopad na celkový zdravotní stav obyvatelstva; vyzývá proto orgány EU a členské státy, aby prováděly ex-ante posouzení dopadu na základní lidská práva u všech politik a aby zaručily, že budou k dispozici dostatečné zdroje pro zajištění dodržování základních práv, a zajistily nezbytnou minimální úroveň občanských hospodářských, kulturních a sociálních práv, se zvláštním důrazem na nejzranitelnější a sociálně znevýhodněné skupiny".

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament által elfogadott alapvető jogok helyzetéről szóló éves jelentés nemzeti és nyelvi kisebbségeket érintő része, eltérően az előző évektől, kifejezetten erős lett. A Fidesz–KDNP delegációja ezért, a néppárti ajánlást követve, támogatta e jogi relevanciával nem bíró politikai határozatot. Ugyanakkor számos ponton, így a tagállami hatáskörbe tartozó kérdésekben, a szöveg ellen szavazott. Kiemelt fontosságú, hogy a szövegbe bekerült az utóbbi évek legjobb kisebbségvédelmi jelentésére, az Európa Tanács Kalmár-jelentésére való utalás, valamint a felhívás, hogy ez az uniós jog részévé váljon.

A nemzeti kisebbségekhez tartózó személyek jogai emberi és alapvető jogoknak minősülnek, melyeket az Uniónak az Európai Unióról Szóló Szerződés értelmében tiszteletben kell tartania. Ezért joggal várható el az európai döntéshozóktól, elsősorban az Európai Bizottságtól, hogy amennyiben az alapjogok részeként tekintenek a hagyományos nemzeti kisebbségek jogaira, úgy hasonló figyelmet szenteljenek ezen jogsértéseknek is, s ugyanolyan módon ítéljék el ezeket.

Elisabeth Köstinger (PPE), *schriftlich*. – Grundsätzlich unterstütze ich den Bericht zur Lage der Grundrechte der EU. Leider finden sich im Text Punkte, die ich so nicht mittragen kann.

Forderungen im Bereich des Familienrechts greifen in das Prinzip der Subsidiarität ein und können so von mir nicht mitunterstützt werden. Ich spreche mich auch deutlich gegen ein Menschenrecht auf Abtreibung aus. Für mich steht der Schutz des ungeborenen Lebens im Vordergrund. Aus diesem Grund habe ich mich bei der Schlussabstimmung enthalten.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as many of the amendments of the GUE/NGL group have been included in this report on the situation of fundamental rights in the European Union and it includes many positive elements, which I strongly support, such as the possibility of setting up a whistleblower protection scheme or the urgent call for an effective anti-corruption strategy.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. – La relazione annuale del Parlamento sui diritti fondamentali nell'UE 2015 affronta le sfide chiave nel settore dei diritti umani e quest'anno in particolare nei settori della migrazione, della protezione dei minori e dell'incitamento all'odio.

Con questa relazione abbiamo affermato la necessità per gli Stati membri di intensificare gli sforzi per promuovere i valori europei, la tolleranza e il senso della comunità senza alcuna stigmatizzazione delle minoranze. Abbiamo invitato gli Stati membri ad astenersi dall'istigare tra i loro cittadini paura e odio nei confronti dei migranti e dei richiedenti asilo per ottenere vantaggi politici, e a realizzare invece campagne positive volte a favorire un migliore approccio dei cittadini all'integrazione.

Preoccupati per i crescenti livelli di incitamento all'odio da parte di alcuni partiti politici, media e istituzioni, abbiamo inoltre invitato l'Unione europea a fungere da esempio nella lotta contro l'incitamento all'odio all'interno delle sue istituzioni. Mi felicito che il Parlamento abbia già integrato questa raccomandazione riformando le sue regole di procedura.

Questi sono temi che mi stanno molto a cuore e per cui mi sono battuta a lungo ed è per questo che ho accolto favorevolmente questa relazione e l'ho sostenuta in Aula.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – The Charter of Fundamental Rights of the EU contains fundamental rights and freedoms that are protected in the EU such as dignity, freedom, democracy, equality, rule of law, human rights and minority rights. Despite the fact that the Charter of Fundamental Rights has become a fully-fledged component of the EU treaties and the national legislation of the Member States, fundamental rights violations do occur in the EU and its Member States. Unfortunately, nowadays in the EU there is increasing racism, homophobia and xenophobia in the forms of Afrophobia, anti-Gypsyism, anti-Semitism, Islamophobia and anti-migrant sentiment. Furthermore, there is a growing presence of hate speech on the internet, from within certain institutions, political parties and media. Last but not least, in some Member States EU citizens have been disfranchised of their citizen/national voting rights in EU and national elections when they exercise their fundamental right to use a minority language in an election campaign. Therefore, I take the view that further efforts should be made towards a consistent and uniform implementation of the Charter of Fundamental Rights, including through awareness-raising measures among practitioners and the general public, in order to guarantee that the rule of law and fundamental rights of European citizens are respected and promoted.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — L'Unione europea è stata fondata su principi di libertà, uguaglianza e democrazia, sullo Stato diritto e la protezione dei diritti umani. Nonostante la Carta dei diritti fondamentali sia stata integrata nei trattati dell'UE, vi sono tuttora alcune situazioni di violazione di diritti in alcuni Stati membri. Il Parlamento urge che vegano presi provvedimenti a tutela dei diritti fondamentali e della dignità umana, dello Stato di diritto, dell'integrazione e dell'inclusione sociale, della libertà e sicurezza, dei diritti dei minori, delle minoranze, delle persone con disabilità e degli anziani, e che ci si concentri sulla lotta alla discriminazione, alla xenofobia, ai reati generati dall'odio e all'incitamento all'odio e alla violenza contro le donne. Con in mente l'obiettivo dell'UE nel formare una società più inclusa e coesa, voto a favore della relazione riguardante le situazione dei diritti fondamentali nell'Unione europea nel 2015.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur la situation des droits fondamentaux dans l'Union européenne en 2015. Comme chaque année, il y a plusieurs passages qui témoignent d'un immigrationnisme poussé à l'extrême. Il encourage notamment les États membres «à allouer les ressources suffisantes à la création de voies d'entrée légales et sûres» pour les migrants. Le texte s'attaque aussi à la liberté d'expression. Il s'inquiète de «la présence de plus en plus importante de discours haineux sur l'internet; recommande que États membres mettent en place une procédure simple permettant aux citoyens de signaler la présence de contenus à caractère haineux en ligne; salue la présentation par la Commission d'un code de conduite sur la lutte contre les discours haineux illégaux en ligne et invite à adhérer aux efforts actuels et continus visant à renforcer la coopération avec le secteur privé et la société civile». Je n'ai aucune affinité pour les discours de haine, mais je dénonce l'utilisation de cette expression pour criminaliser tout propos critique sur l'immigration de masse.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Comme chaque année, ce texte est truffé de passages immigrationnistes à l'extrême. Il encourage notamment les États à «allouer les ressources suffisantes à la création de voies d'entrées légales et sûres». Il pousse également les États membres à mettre en place «une procédure simple permettant aux citoyens de signaler la présence de contenus à caractère haineux en ligne». Soit un encouragement direct à la délation, ce que je condamne évidemment.

Je ne pouvais que voter contre ce rapport annuel.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque considero que hace un buen retrato del grave deterioro de los derechos fundamentales, tanto individuales como sociales (si bien el ponente intentó censurar las referencias a estos últimos antes de votar en plenario). Considero, sin embargo, que no basta con un buen diagnóstico: la Unión deberá revertir sus políticas migratorias, económicas y sociales si quiere poner freno a esta difícil situación.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La Unión tiene un compromiso determinante con el respeto y promoción de los derechos fundamentales. Así, entre otras, el respeto de éstos es una de las condiciones para adherirse a la Unión. Además, la Unión, en su acción exterior, ha de basarse en la promoción de la dignidad y el resto de derechos fundamentales.

Este informe aborda una serie de cuestiones actuales relacionadas con los derechos fundamentales en el seno de la Unión. Por ejemplo, presta atención a los refugiados con necesidades especiales y con niños, e incluye una serie de medidas que persiguen proteger a los niños del tráfico de personas y otras clases de abusos. El informe no obvia el aumento de los discursos de incitación al odio en los últimos tiempos y frente a los cuales la Unión debería dar un ejemplo al resto del mundo combatiéndolos de manera real y eficaz.

Mi voto es favorable porque el texto contribuirá, sin duda, a la protección de los derechos de los más desfavorecidos.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Nagy-Bericht zur Situation der fundamentalen Rechte in der Europäischen Union 2015 spricht eine Vielzahl von Themen an. Darunter finden wir positive Ansätze, wie beispielsweise den Einsatz gegen die Genitalverstümmelung von Frauen oder gegen Menschenschmuggel.

Leider geht der Bericht in einigen Fragen weit über das hinaus, was man als fundamentale Rechte einstufen sollte. Er legt ein unverhältnismäßig großes Gewicht auf sexuelle Rechte und deren behauptete Verletzung und zeichnet ein nach meinem Dafürhalten zu negatives Bild von der Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Europäischen Union.

Aus diesem Grund habe ich mich bei der Abstimmung über den Bericht der Stimme enthalten.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s výzvou, aby členské státy uzákonily registrovaná partnerství nebo manželství pro osoby skupiny „LGBTI“. Legislativa manželství je věcí jednotlivých členských států a EU by neměla členské státy tlačit do tohoto druhu legislativy.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europska je unija danas suočena s brojnim izazovima po pitanju zaštite temeljnih prava, a najviše u područjima migracija, integracije i socijalne uključenosti, trgovine ljudima, borbe s diskriminacijama, zločinima i govorima mržnje, nasilja nad ženama, zaštite djece, prava manjina i slično.

Iako smatram da je nasilje nad ženama kršenje njihovih temeljnih prava i da se trebamo svi zajedno boriti protiv toga, glasala sam suzdržano s obzirom na rodnu ideologiju koja je navedena u ovom izvješću. Potpuno je neprimjereno u izvješću o jačanju ravnopravnosti i promociji prava žena uvoditi i pitanja rodne ideologije.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Eiropas Savienība redz tālu aiz savām robežām, bet bieži vien neredz to, kas notiek mājās. Kādi iemesli ir šai tuvredzībai? Manuprāt, tādi ir divi: nespēja redzēt un nevēlēšanas redzēt. Ar nespēju redzēt ES sastapās šogad, kad izradījās, ka nav ES institūcijas, kas varētu neatkarīgi un profesionāli konstatēt problēmas Ungārijā un Polijā. Pirms kandidātvalstu iestāšanās ES tām bija jāatbilst Kopenhāgenas kritērijiem. Kad valsts jau ir iestājusies ES, tad izradās, ka neviens vairs neskatās, vai šī valsts turpina atbilst šiem kritērijiem.

ES līgumos ir rakstīts, ka dalībvalstis apvieno kopīgas vērtības, tai skaitā cilvēktiesības. Ja mēs pat neinteresējāmies, kas notiek ES, tas nozīmē, ka mēs liekuļojam un cilvēktiesības nav mūsu kopīgās vērtības. Latvijā liela daļa iedzīvotāju dzīvo ar savādu statusu — bijušie PSRS pilsoņi, un viņi jau gadsimta ceturtdaļu nevar balsot ne parlamenta, ne Eiropas Parlamenta, ne vietējās vēlēšanās. Ja šāda situācija rastos valstī, kas nav ES dalībvalsts, Eiropas Parlaments noteikti pieņemtu kādu nosodošu rezolūciju. Tādēļ, ka tā ir ES dalībvalsts, iestājas klusums. Jo ES ir izveidojies nerakstīts likums: tu neredzēsi manas problēmas, bet es neredzēšu tavējās, bet savu principialitāti rādīsim ārlietās. Šis apburtais loks ir jāpārrauj. Pagaidām nerunāsim par darbībām, bet trenēsimies vismaz pamanīt problēmas.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – EÚ sa vo svojich základných dokumentoch hlási k hodnotám úcty k ľudskej dôstojnosti, slobody, demokracie, rovnosti, právneho štátu a rešpektovaniu ľudských práv vrátane práv osôb patriacich k menšinám. Podporil som predloženú správu, ktorá hodnotí vykonávanie základných práv v jednotlivých oblastiach a politikách. Správa musí byť podkladom pre ďalšiu činnosť zákonodarných a výkonných orgánov Únie a členských krajín, ako aj organizácií zaoberajúcich sa základnými právami s cieľom prijať účinné opatrenia na odstránenie zistených nedostatkov vrátane potrebnej revízie právnych noriem.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την κατάσταση των θεμελιωδών δικαιωμάτων στην Ευρωπαϊκή Ένωση το 2015, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 12/12/2016, καθώς και διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Ce texte, sur la situation des droits fondamentaux dans l'UE, s'éloigne très nettement de notre ligne politique en étant particulièrement immigrationniste. Il souhaite notamment «allouer des ressources suffisantes à la création de voies d'entrée légales et sûres» pour les migrants (§25), ce à quoi nous nous opposons.

Par ailleurs, il semble porter plusieurs atteintes à la liberté d'expression en souhaitant par exemple lutter contre «la présence de plus en plus importante de discours haineux sur l'internet» en mettant en place «une procédure simple permettant aux citoyens de signaler la présence de contenus à caractère haineux en ligne». Nous critiquons, bien entendu, le discours haineux en ligne mais ce dernier fait partie de la liberté d'expression, droit fondamental de l'homme.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – La relazione del Parlamento europeo sulla situazione dei diritti fondamentali nell'Unione europea nel 2015 rappresenta l'impegno costante del Parlamento europeo per la tutela dei diritti fondamentali e della dignità umana ma anche la ferma volontà, da parte dell'Unione europea, di tutelare questi diritti nelle proprie relazioni esterne. Infine, la proposta tocca argomenti importanti e delicati, incentivando confronto e discussione riguardo allo Stato di diritto, i processi migratori e la situazione delle donne. Al fine di portare avanti tali cause e valori fondamentali, ho accolto la proposta con voto positivo.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme se zabývali zprávou, která hodnotí stav lidských práv v EU za rok 2015. V podstatě celý její obsah nějak souvisí s tématem migrace a uprchlíků. Ve zprávě je podrobně rozebírán odsouzeníhodný fenomén obchodování s lidmi, voláme po nutnosti zajistit migrantům přístup ke kvalitní lékařské péči, jejich integraci a sociálním začleňování, zlepšení azylového řízení a zajištění ochrany zejména žen a dívek před jakoukoli formou násilí. Slučování rodin je samozřejmě další z nutností. Nicméně tam zcela postrádám úvahu nad příčinou masové migrace a návrhy na její dlouhodobé řešení, kterým zajisté není výzvy členským státům k podpoře pozitivně laděných kampaní vysvětlujících nutnost integrace příchozích uprchlíků. Proto jsem se při konečném hlasování zdržel.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório versa sobre os direitos fundamentais na UE, os quais devem ser entendidos como direitos inerentes a todos os seres humanos, válidos para todos os povos e em todos os tempos.

Sendo assim, constituem direitos invioláveis, intemporais e universais, pelo que devem ser sempre protegidos e respeitados.

Ainda que este relatório não abarque todas as situações que deveriam ser tomadas em linha de conta, propõe uma série de medidas positivas de proteção e salvaguarda dos direitos fundamentais na UE, designadamente nas situações de migração/asilo, igualdade de género e violência contra as mulheres, corrupção, discriminação com base na orientação sexual, etc.

Votei a favor.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Apoyo el informe por el que el Parlamento Europeo pedirá atajar la incitación al odio contra migrantes y refugiados. Los países de la Unión deben abstener de incitar entre sus ciudadanos el miedo y el odio contra los migrantes y los solicitantes de asilo para obtener réditos políticos.

El informe resume a la perfección las principales preocupaciones sobre los derechos fundamentales en la Unión en 2015, centradas en la migración, la protección de los niños e internet, así como el derecho a la libre circulación y el acceso al aborto en caso de riesgo vital.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Τάσσομαι υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση των θεμελιωδών δικαιωμάτων στην ΕΕ 2015, γιατί τα θεμελιώδη δικαιώματα είναι οικουμενικά και αδιαίρετα και επιβάλλεται να διασφαλιστεί η εφαρμογή των αρχών που απορρέουν από το άρθρο 2 του Χάρτη των Θεμελιωδών Δικαιωμάτων τόσο στην ευρωπαϊκή όσο και στην εθνική νομοθεσία. Τα θεσμικά όργανα της ΕΕ καλούνται να διασφαλίσουν υψηλό επίπεδο προστασίας των δικαιωμάτων αυτών στις εξωτερικές σχέσεις. Τέλος, υπερψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος, γιατί η ελευθερία έκφρασης, πληροφόρησης και μέσων ενημέρωσης είναι θεμελιώδης και απαράβατη για τη διασφάλιση της δημοκρατίας και του κράτους δικαίου.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Den Bericht über die Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2015 konnte ich nicht mittragen, da vor allem die Migrations- und Flüchtlingskrise in einem positivem Licht dargestellt wird und mehr Rechte für Migranten und Flüchtlinge verlangt werden.

Zudem fordert der Berichterstatter die Schaffung von legalen Einreisemöglichkeiten und mehr Toleranz in interkultureller und interreligiöser Hinsicht.

Weitere negative Aspekte des Berichts waren zum einen die Forderung der rechtmäßigen Anerkennung von Geschlechtsumwandlungen auf Unionsebene und das Verbot von medizinischen Untersuchungen an intersexuellen Kindern, und zum anderen, dass man in Schulen ein besonderes Augenmerk auf Homophobie im Sport und junge LGBTI-Personen legen sollte.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl pagrindinių teisių padėties Europos Sąjungoje 2015 m. Pranešime aptariamos socialinio, teisinio, politinio, ekonominio pobūdžio problemos, su kuriomis susiduria pažeidžiamiausios visuomenės grupės ES šalyse.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Chaque année, le Parlement dresse un bilan sur le respect des droits fondamentaux dans l'Union européenne. Le rapport contient des éléments positifs sur les droits des réfugiés et migrants et leur inclusion sociale, la protection des lanceurs d'alerte, l'évaluation des mesures terroristes et de l'État d'urgence. Il condamne la surveillance de masse et soutient le droit d'oubli, au contrôle et accès à ses données personnelles. Il défend même les droits LGBTI, en particulier des transgenres et le mariage pour tous. Et ce, alors même que le rapporteur est de droite. Ceci étant dit, le rapport ne parle à aucun moment de l'impact des politiques d'austérité sur ces droits fondamentaux. C'est tout juste s'il admet que la lutte de l'Union contre la pauvreté n'a pas atteint ses objectifs. Rien non plus sur les droits environnementaux, quand la Commission européenne n'a de cesse de nous polluer avec ses OGM et ses produits chimiques, aidés par les grands lobbies de Bruxelles. Ici aussi, corruption et pantouflages ne seront pas visés. Dans ces conditions, je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport annuel ne diffère pas des précédents. Il fait la part belle à la politique immigrationniste voulue par l'Europe au détriment des États membres en encourageant ces derniers à allouer des ressources suffisantes pour la création de voies d'entrées légales et sûres pour les migrants.

La régression de la liberté d'expression fait aussi partie des recommandations de ce rapport qui demande aux États membres de mettre en place un système de dénonciation par les citoyens des discours haineux sur internet et salue la présentation par la Commission européenne d'un code de conduite sur la lutte contre les discours haineux illégaux en ligne.

Considérant que seuls les États membres doivent gérer, de manière souveraine, les politiques migratoires et considérant que la lutte contre certains discours n'est qu'une énième tentative de museler ceux qui s'opposent à la folle politique immigrationniste de l'UE, je me suis opposée à ce rapport.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je salue l'adoption par le Parlement européen de ce rapport sur la situation des droits fondamentaux au sein de l'Union européenne au cours de l'année 2015. En dépit du fait que nos valeurs soient inscrites dans la Charte et à l'article 2 du Traité, le continent européen n'est pas à l'abri de violations flagrantes des droits de l'homme. Chaque année, le Parlement européen en fait le constat et le rapport de cette année ne fait pas figure d'exception. La montée des extrêmes fait peser un péril grave sur nos démocraties et les dérives observées dans certains États membres poussent l'Union à agir afin que les traités soient respectés par tous et en tout temps. Je rappelle à cet égard la nécessité de procéder à une surveillance continue et objective du respect par tous les États membres des valeurs qui fondent la construction européenne. Concernant le texte soumis aux voix, j'ai choisi de suivre mon groupe en rejetant la plupart des amendements proposés en plénière afin de ne pas risquer de perdre la majorité confortable obtenue en

commission parlementaire et de pouvoir envoyer un signal fort venant du Parlement européen.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which urges to continue fighting for the principles of decency and equality and will not accept any form of discrimination against any of our citizens. However, I have never supported any references to abortion and women's sexual and reproductive health and rights, which, in my opinion, are strictly a competence of the Member States.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság az alapvető jogok Európai Unión belüli helyzetéről szóló állásfoglalás-tervezete rendkívül alapos: számba veszi a nők, a gyermekek, a kisebbségek, a fogyatékossággal élő személyek, az időskorúak, a romák, az LMBTI-személyek jogainak érvényesülését. Kitér néhány, az emberi jogok érvényesülése szempontjából különösen jelentős és aktuális kérdésre, így a migráció, integráció és társadalmi befogadás, az emberkereskedelem, illetve a megkülönböztetés, az idegengyűlölet, a gyűlölet-bűncselekmények és a gyűlöletbeszéd problémakörére. A migrációt illetően különösen fontosnak tartom, hogy a tervezet

a) kimondja, hogy a migránsok és menekültek alapvető jogait számos esetben megsértik az Európai Unió külső határainál és felhívja a tagállamokat és az uniós intézményeket, hogy a határőrizeti fellépések és a menekültügyi eljárások során tartsák tiszteletben a nemzetközi és az uniós jogot, valamint az Európai Unió Alapjogi Chartáját;

b) fölhív olyan fogadási feltételek biztosítására, amelyek nem fosztják meg az embereket a méltó életszínvonalhoz és a fizikai és szellemi egészséghez való alapvető joguktól, illetve amelyek összhangban állnak a meglévő alapvető jogi és menekültügyi jogszabályokkal;

c) fölkéri a tagállamokat, tartózkodjanak attól, hogy politikai előnyszerzés céljából félelmet és gyűlöletet keltsenek polgáraik körében a migránsokkal és menedékkérőkkel szemben.

Az állásfoglalás-tervezet elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport annuel ne contient pas moins de 138 paragraphes. Comme chaque année, il y a plusieurs passages qui témoignent d'un immigrationnisme poussé à l'extrême. Il encourage notamment les États membres «à allouer les ressources suffisantes à la création de voies d'entrée légales et sûres» pour les migrants (§25). Le texte s'attaque aussi à la liberté d'expression. Il s'inquiète de «la présence de plus en plus importante de discours haineux sur l'internet; recommande que États membres mettent en place une procédure simple permettant aux citoyens de signaler la présence de contenus à caractère haineux en ligne; salue la présentation par la Commission d'un code de conduite sur la lutte contre les discours haineux illégaux en ligne et invite à adhérer aux efforts actuels et continus visant à renforcer la coopération avec le secteur privé et la société civile» (§57). Vote défavorable.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport annuel ne contient pas moins de 138 paragraphes. Comme chaque année, il y a plusieurs passages qui témoignent d'un immigrationnisme poussé à l'extrême. Il encourage notamment les États membres «à allouer les ressources suffisantes à la création de voies d'entrée légales et sûres» pour les migrants (§25).

Le texte s'attaque aussi à la liberté d'expression. Il s'inquiète de «la présence de plus en plus importante de discours haineux sur l'internet; recommande que les États membres mettent en place une procédure simple permettant aux citoyens de signaler la présence de contenus à caractère haineux en ligne; salue la présentation par la Commission d'un code de conduite sur la lutte contre les discours haineux illégaux en ligne et invite à adhérer aux efforts actuels et continus visant à renforcer la coopération avec le secteur privé et la société civile» (§57).

Ce texte est donc absolument inacceptable.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of the report, which identifies key areas of concern in relation to the situation of fundamental rights. Against the backdrop of significant increases in hate crime, it is essential that efforts are made at EU, national and local level to counter extremism and promote respect for diversity. It is important that Member States work together and uphold solidarity by tackling areas of common interest to strengthen democracy and fundamental rights across the EU.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution sur la situation des droits fondamentaux dans l'Union européenne en 2015. En effet, le texte entretient la confusion entre migrants et réfugiés. Il participe ainsi à l'appel d'air à l'immigration illégale déjà lancé par la Commission européenne avec sa politique irresponsable de quotas de migrants. Ce texte fortement déséquilibré considère que «l'immigration fait partie du présent et de l'avenir de l'Union européenne» ou encore «constitue une chance sur le plan démographique». Je ne peux le cautionner.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Charter of Fundamental Rights of the EU was proclaimed in 2000 and became legally binding on the EU with the entry into force of the Treaty of Lisbon in December 2009. I have voted for this report that enshrines certain political, social and economic rights for EU citizens and residents in EU law.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада на г-н Над, тъй като Европейският съюз е общност, основаваща се на ценности като зачитане на човешкото достойнство, свобода, демокрация, равенство и принципите на правовата държава. Считам, че държавите членки трябва да предприемат по-сериозни мерки относно нарушенията на основните права, констатирани от доклади на Европейската комисия, Агенцията на Европейския съюз за основните права (FRA), Съвета на Европа и неправителствените организации.

Смятам, че възпитаването на ценности като мир, равенство, справедливост и зачитане на правата на човека сред подрастващите ще засили ангажираността им към въпросите, свързани с ЕС, позволявайки им да изразяват по-често позициите си по демократичен път. Основните права са универсални, неделими и винаги се допълват. Ето защо не само европейските институции, но и всички участници на национално ниво трябва да увеличат усилията си, за да ги защитят.

Подкрепям приемането на необходимите мерки за присъединяване на Европейския съюз към Европейската конвенция за защита на правата на човека и основните свободи (ЕКПЧ) спрямо становище 2/13 на Съда на ЕС, тъй като това ще повиши защитата на правата на човека и основните свободи на гражданите на ЕС.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport, care oferă de fapt o analiză succintă a stării Uniunii în ceea ce privește situația respectării drepturilor și a libertăților fundamentale ale omului, deoarece consider că actualele dezbateri și evoluții sociale nu trebuie să ne facă să uităm faptul că suntem o comunitate întemeiată pe valorile respectului pentru demnitatea umană, libertate, democrație, egalitate, statul de drept. În acest sens, raportul de astăzi reamintește cât este de important ca statele membre să respecte aceste valori în demersurile lor pe plan intern sau extern. De asemenea, consider oportună propunerea raportului ca UE, prin statele sale membre, să ratifice Convenția Consiliului Europei privind lupta împotriva traficului de persoane, dar și cea potrivit căreia promovarea și susținerea prin educație a unor programe împotriva rasismului și a discriminării trebuie să fie una dintre prioritățile noastre.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da vor allem die Migrations- und Flüchtlingskrise in einem positiven Licht dargestellt wird und mehr Rechte für Migranten und Flüchtlinge verlangt werden.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Raport keskendub põhiõiguste olukorrale 2015. aastal, hõlmates kõikvõimalikke valdkondi, mh ränne, inimkaubandus, naiste õigused, lapsed, LGTB ja ka digitaalsed õigused.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – Los países de la Unión deben abstenerse de incitar entre sus ciudadanos el miedo y el odio contra los migrantes y los solicitantes de asilo para obtener y mantener el poder. Es horrible despojar de toda dignidad a seres humanos, con comportamientos tóxicos que recuerdan a las épocas históricas más oscuras.

La humillación aumenta a ritmo alarmante en algunas instituciones, partidos políticos y medios de comunicación, alimentan las hogueras del fanatismo y el extremismo. Asumir nuestra responsabilidad está en la negligencia de casi todos los países de Europa a la hora de actuar Europa. Cuando han dejado diluir la solidaridad entre iguales, dando la espalda a un drama humano que ha costado miles de vidas, y que la Historia con el tiempo juzgará duramente. Seres humanos, niños y adultos, mujeres y hombres, merecen nuestro firme rechazo al extremismo violento. Y esto se combate con educación y cultura.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η ανθρώπινη αξιοπρέπεια, η ελευθερία, η δημοκρατία, η ισότητα, το κράτος δικαίου, και ο σεβασμός των ανθρώπινων δικαιωμάτων, συμπεριλαμβανομένων των δικαιωμάτων των προσώπων που ανήκουν σε μειονότητες, είναι οι αξίες στις οποίες η ΕΕ είναι θεμελιωμένη. Ωστόσο, ο ρατσισμός, οι διακρίσεις, ο εξτρεμισμός και η μισαλλοδοξία αποτελούν σήμερα μεγάλη πρόκληση για την Ευρωπαϊκή Ένωση. Οι σημερινές πολύπλοκες κρίσεις και οι εκτεταμένες παραβιάσεις και καταπατήσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και των θεμελιωδών ελευθεριών επιβάλλουν ολοένα πιο αποφασιστικές προσπάθειες από την ΕΕ. Υπερψήφισα την έκθεση, η οποία θέτει τα κύρια θέματα στα οποία πρέπει να δοθεί έμφαση και τα οποία, μεταξύ άλλων, είναι: καταπολέμηση των δικτύων εμπορίας ανθρώπων και των διακινητών, καταπολέμηση των διακρίσεων και των προκαταλήψεων έναντι της θρησκείας ή των πεποιθήσεων, της ηλικίας, της αναπηρίας, του γενετήσιου προσανατολισμού ή της ταυτότητας φύλου, καταπολέμηση της βίας κατά των γυναικών, ελευθερία των μέσων ενημέρωσης, επικοινωνίας και πληροφόρησης, αντιμετώπιση των παραβιάσεων των θεμελιωδών δικαιωμάτων μεταναστών και προσφύγων στα εξωτερικά σύνορα της ΕΕ και κοινωνική ένταξη και ενσωμάτωση στην κοινωνία υποδοχής όσων εξ αυτών απολαύουν διεθνούς προστασίας, καταπολέμηση παιδικής φτώχειας.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Η έκθεση συνιστά προκλητική υποκρισία. Η ΕΕ χρησιμοποιεί επιλεκτικά την προστασία των ανθρώπινων δικαιωμάτων σαν πρόσχημα για να δικαιολογήσει την αντιλαϊκή πολιτική της και των αστικών κυβερνήσεων των κρατών μελών της και να νομιμοποιήσει τις ιμπεριαλιστικές επεμβάσεις τους σε όλο τον κόσμο, στη Συρία, στην ευρύτερη περιοχή της Ν. Μεσογείου και της Β. Αφρικής, όπου ΕΕ-ΗΠΑ-ΝΑΤΟ ανταγωνίζονται με άλλες ιμπεριαλιστικές δυνάμεις για τον έλεγχο των πλουτοπαραγωγικών πηγών, των δρόμων μεταφοράς ενέργειας, για την εκμετάλλευση των λαών. Με το βολικό πρόσχημα της «καταπολέμησης της τρομοκρατίας» χρησιμοποιούν σκόπιμα τον όρο «ριζοσπαστικοποίηση» διαστρεβλωμένα, για να δυσφημίσουν την πάλη του εργαζόμενου λαού ενάντια στο καπιταλιστικό σύστημα. Επιβάλλουν αντικομμουνιστικούς νόμους, διώξεις ΚΚ και της κομμουνιστικής ιδεολογίας σε μια σειρά χώρες της ΕΕ, την ίδια στιγμή που απονέμουν τιμές και στηρίζουν τις πιο αντιδραστικές δυνάμεις, πολιτικούς απόγονους των ναζί, ενάντια στους λαούς, όπως στην Ουκρανία. Αποσκοπούν στον περιορισμό των λαϊκών ελευθεριών, τη στοχοποίηση του εργατικού-λαϊκού κινήματος και τον εκφοβισμό. Οι πολιτικοί εκπρόσωποι των μονοπωλίων προκαλούν τους λαούς, παριστάνοντας τον «προστάτη» των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, ενώ πρωτοστατούν στο τσάκισμα των λαϊκών ελευθεριών, την κατάπνιξη των συνδικαλιστικών ελευθεριών, τη γιγάντωση των μηχανισμών καταστολής, την κατεδάφιση των εργατικών δικαιωμάτων, την εξάπλωση της φτώχειας, της ανέχειας και της εξαθλίωσης.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta del collega perché ritengo abbia egregiamente ricostruito il quadro dei diritti fondamentali dell'Unione europea nel 2015. Quest'ultimo anno è stato particolarmente difficile per quanto riguarda il rispetto dei diritti fondamentali a causa della radicalizzazione della violenza anche di stampo terroristico, della xenofobia, delle forme di discriminazione che si traducono nella retorica dell'incitamento all'odio.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — The protection of the fundamental rights of people is at the core of European values, together with solidarity and non-discrimination. I voted in favour of this report as I believe we must address the increasing challenges ahead of us with regard to tackling issues such as hate crime, hate speech, freedom and security, violence against women, minorities, or children, as well as protection against violation of digital rights. By granting the integrity of the fundamental rights of all EU citizens I believe we will be a step further and we will ease the discontent about Europe.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Ovo izvješće o stanju temeljnih prava u EU-u u 2015. me zabrinjava jer nije u skladu s Poveljom EU-a o temeljnim pravima. Izvješće u mnogočemu izlazi izvan okvira Povelje što ne mogu podržati jer se širenjem djelokruga odvraća pažnja s bitnog.

Kršenja temeljnih prava ne smijemo olako shvaćati. Ljudsko dostojanstvo i integritet su nepovredivi. Stoga u tom smislu pozdravljam osudu komercijalnog surogatstva u članku 82., no smatram kako je potrebno osuditi i zabraniti sve oblike surogat majčinstva, ne samo ono komercijalno jer je vidljivo iz praksi zemalja koje su dozvolile altruistično surogatstvo da ono otvara put komercijalizaciji, a na kraju krajeva ova praksa se nikako ne može smatrati u potpunosti altruističnom, već ju je potrebno kategorizirati kao trgovinu ljudima.

Žalosti me da je ovo izvješće veoma ideološki obojeno, a posebno u segmentima dječjih prava. Smatram kako je nedopustivo u kontekstu dječjih prava govoriti o rodnoj ideologiji i na taj način zatirati spolne razlike od najranije dobi i otvarati prostor da se djecom manipulira. Ovo se protivi i Konvenciji o pravima djeteta. Ako govorimo o temeljnim pravima, smatram da moramo slijediti smjernice Povelje EU-a o temeljnim pravima, koja bi trebala biti ishodište za ovo izvješće, međutim tome nije tako.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – EU i države članice pri suočavanju s današnjim izazovima moraju promovirati europske vrijednosti i štititi sva temeljna prava u svim svojim aktivnostima. Postoji nekoliko važnih poruka u izvješću koje je važno istaknuti.

U pogledu migranata i izbjeglica, njihova socijalna uključenost i integracija u društvu domaćinu je jako važan proces koji zahtijeva usklađene napore i izbjeglica i migranata kao i država članica. U izvješću se osuđuje nedostatak čovječnosti pokazan na europskim granicama gdje se onima koji bježe od rata i progona ne pokazuje suosjećanje već zidovi i bodljikava žica.

Nadalje, važno je naglasiti i da odbijanje pružanja usluga u vezi sa spolnim i reproduktivnim zdravljem kojima se spašava život, uključujući pobačaj kojim se spašava život majke, predstavlja ozbiljno kršenje ljudskih prava.

Vezano uz zaštitu LGBTI osoba, S&D se zalagao za snažnu osudu svih oblika diskriminacije i nasilja na temelju spolne orijentacije i rodnog identiteta.

Nažalost i u ovom izvješću moramo ponoviti da se Romi i dalje suočavaju s netrpeljivošću i institucionalnim rasizmom te podsjećamo da je diskriminacija Roma neprihvatljiva i štetna za europsko društvo. S&D će se i dalje boriti za načelo jednakosti i neće prihvatiti nikakav oblik diskriminacije bilo koje skupine naših građana.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Assinalam-se positivamente as recomendações no campo das liberdades, dos direitos dos refugiados e migrantes, da liberdade de circulação, do direito à privacidade, do direito à informação, da não discriminação, da igualdade entre homens e mulheres, dos direitos da criança, dos direitos das pessoas com deficiência e da defesa dos direitos sociais, entre outros, que subscrevemos.

Recomendações que, contudo, omitem as verdadeiras causas dos problemas assinalados, por um lado, e, por outro, como no caso da crise humanitária dos refugiados, suprimem a realidade degradante que a União Europeia impôs a dezenas de milhares de seres humanos.

O reforço e o alargamento de serviços públicos, como o acesso à saúde, o acesso ao ensino, o acesso à informação, à criação e fruição da cultura, universais e de qualidade, o direito ao emprego e ao emprego com direitos, são algumas da medidas urgentes e necessárias que não têm lugar neste relatório.

Por outro lado, prossegue a defesa do «primado do Estado de Direito», como ferramenta de ingerência sobre Estados soberanos, impondo o modelo delineado nos tratados a cada país, não deixando margem para a implementação de modelos próprios de desenvolvimento, numa demonstração de que tal não é possível no colete de forças que é a UE.

Votámos contra.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Boj proti diskriminaci a nerovnosti Evropanů by měl představovat jeden ze základních pilířů funkce každého poslance Evropského parlamentu. Podpořil jsem zprávu o stavu základních práv v roce 2015, protože tento dokument dává Evropské komisi jasně najevo, že je potřeba představit novou agendu. Agendu, na jejímž vzniku se budou podílet všichni relevantní aktéři a zástupci práv občanů a která s ohledem na kompetence členských zemí Unie bude schopna zajistit rovné příležitosti a práva pro všechny. Je těžce představitelné, že v Evropě kupříkladu stále dochází k obchodování s lidmi a k jejich vykořisťování, tedy k nezákonným aktivitám, které jsou momentálně bohužel ještě více přiživovány prostředky nových komunikačních technologií. Podpořil jsem proto výzvu, aby Evropská unie i členské země ratifikovaly Úmluvu Rady Evropy o opatřeních proti obchodování s lidmi a aby byla podpořena práce evropských agentur na tomto poli. Členské země v současnosti zaznamenávají rostoucí trend rasismu a xenofobie. Hlasoval jsem tedy i pro ustanovení, aby byla do národních politik v co největší míře začleněna opatření na podporu rovnosti občanů. Byl bych velmi rád, kdyby členské země i jejich orgány na nižší úrovni podpořily vzdělávání o lidských právech a kulturách. Školství představuje velmi účinný prostředek předcházení rasismu a nesnášenlivosti. Je třeba ho co v největší míře využít.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie w szerokim zakresie odnosi się do problemów imigracji, praw dzieci, osób niepełnosprawnych, przemytu ludzi oraz przemocy wobec kobiet. Niemniej jednak z uwagi na potraktowanie kwestii praw reprodukcyjnych, seksualnych oraz aborcji nie mogłem poprzeć sprawozdania.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution qui passe en revue la situation des droits fondamentaux dans l'UE et aborde ses principaux défis en la matière. Elle permet de mettre en exergue un certain nombre d'atteintes récurrentes aux droits humains que l'UE doit prendre en compte. Nous devons agir pour accroître la protection des citoyens, surtout celle des enfants qui sont particulièrement vulnérables aux menaces en ligne. Nous demandons dès lors un renforcement des prérogatives et des ressources d'Europol et d'Eurojust pour lutter contre les réseaux pédophiles, ainsi que des campagnes de sensibilisation et des programmes scolaires pour enseigner aux enfants les risques potentiels liés à Internet. Nous devons continuer de nous battre au quotidien pour une Europe qui protège!

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A União é uma comunidade assente no respeito pela dignidade humana, pela liberdade, pela democracia, pela igualdade, pelo Estado de Direito e pelos direitos humanos, incluindo os direitos das minorias.

Em particular, a *rule of law* constitui a espinha dorsal da democracia liberal europeia e um dos princípios fundadores da União, decorrente das tradições constitucionais dos Estados-Membros.

Concomitantemente, a dignidade humana - o homem como valor em si mesmo - é a base inviolável de todos os direitos fundamentais, que não deve ser sujeita a qualquer tipo de instrumentalização e que tem de ser respeitada e protegida em todas as iniciativas da UE.

O relatório em apreço coloca a tónica certa no grau de cumprimento dos catálogos de direitos fundamentais consagrados na União Europeia, estabelecendo um enquadramento exato e satisfatório da situação relativa ao respeito pelas prerrogativas jusfundamentais, no ano transato, e no universo europeu.

Por conseguinte, apoio o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this non-legislative report. UKIP strongly supports equal rights for all genders, races and sexualities. We also support the condemnation of crimes such as violence, child abuse and human trafficking. That being said, however, we reject the attempts to politicise this report in favour of EU charters, bodies and institutions. In particular, we reject the concerns in this report of the rise of Euroscepticism across Europe.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Senhor Presidente, temos assistido nos últimos anos a um recrudescer dos direitos fundamentais em alguns países da União. Daí que seja importante este diagnóstico, mas apenas se tal implicar medidas efetivas na tentativa de contrariar este estado de coisas, principalmente no que se relaciona com o Estado de Direito, os direitos da mulher, as pessoas LGBTI e a migração.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą. Akivaizdu, kad žmogaus teisių pažeidimų apstu. Todėl mums svarbu sukurti vieningą ir visą apimančią pažeidimų registravimo sistemą. Ne mažiau svarbu aktyviai dirbti Europos Sąjungos viduje, kad minėtų pažeidimų būtų išvengta. Akivaizdu, kad balsuodamas Europos Parlamentas parodė, kad žmogaus teisių apsauga išlieka vienu svarbiausių klausimų ES.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A Carta dos Direitos Fundamentais é parte integrante dos Tratados Europeus e da legislação dos Estados-Membros (com a exceção das derrogações concedidas à Polónia, ao Reino Unido e à República Checa). Contudo, continuam a verificar-se violações dos seus princípios em 2015, como refere o presente relatório, a favor do qual votei.

O Estado de Direito é a espinha dorsal da Democracia Europeia e um pré-requisito para a proteção dos Direitos Fundamentais, pelo que o «Pacto» da União sobre estas matérias deve integrar recomendações específicas por país, a fim de facilitar o seu processo de implementação.

A liberdade de expressão, a inclusão social dos migrantes e dos refugiados, o tráfico humano, a pobreza e a exclusão infantil, a discriminação das minorias ou as desigualdades de género são algumas das violações que o relatório identificou e para as quais a UE necessita de adotar soluções eficazes, de forma a acolher soluções conjuntas na sua prevenção e combate.

Os Estados-Membros necessitam de garantir que os seus sistemas jurídicos cumpram as normas europeias e internacionais estabelecidas, no sentido de assegurar políticas de integração e medidas eficazes contra a incitação ao medo, ao ódio, à radicalização e a extremismos. A promoção dos valores europeus e o intercâmbio de boas práticas são igualmente fundamentais.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe dem Jahresbericht über die Lage der Grundrechte der EU im Jahr 2015 zugestimmt.

Ausgangspunkt dafür ist, dass im Vorfeld alle Streitpunkte, den Jahresbericht betreffend, beseitigt wurden. Der Bericht skizziert die Lage der Grundrechte.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor de este informe porque, aunque hace un buen retrato del grave deterioro de los derechos fundamentales, tanto individuales como sociales, considero que no analiza ni explicita con la suficiente profundidad las causas de éstos (políticas de austeridad que la Unión deberá revertir, también sus políticas migratorias, económicas o sociales).

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as I do not believe the EU should be getting involved in Member States' civil liberty law.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this own-initiative report which is based on principles of decency and equality. It covers important questions such as those pertaining to the rule of law, migration, integration and social inclusion, freedom and security, trafficking in human beings, combating discrimination, xenophobia, hate crime and hate speech, women's rights and violence against women, children, rights of minorities, rights of people with disabilities, Roma rights, LGBTI rights, and citizenship. It is vital to continue fighting for principles of decency and equality and not to accept any form of discrimination against any of our citizens

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – As shadow rapporteur on this report, I was eager to highlight protection of the truly vulnerable (children, disabled people and some ethnic minorities). Unfortunately a moderate report became extreme, promoting so called 'same sex marriage' through backdoor means (recognition of civil status documents and tackling 'homophobia') and abortion (as if it were a woman's right). As every doctor will show you abortion is not childcare and we need to seriously question a society which promotes sterile relationships when the crisis of our continent is too few babies being born. No European nation has a fertility rate to support a stable population. That is alarming, and must be addressed.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Europska unija utemeljena je na vrijednostima poštovanja ljudskog dostojanstva, demokracije, vladavine prava i slobode.

Unatoč fundamentalno usađenim vrijednostima u samu srž Europske unije i dalje smo svjedoci nepoštovanja temeljnih vrijednosti i čuvanja ljudskog dostojanstva. Podaci Komisije govore kako 75 milijuna ljudi postane žrtvom nekog oblika zločina i iz tih je razloga krajnje vrijeme za adekvatno i brzo djelovanje po ovom pitanju.

Podržao sam rezoluciju Europskog parlamenta vjerujući kako ćemo doista postati tolerantno društvo omogućavajući jednaka prava za sve.

Migracije su trenutni najveći izazov stoga je potrebno promicati međukulturnu i međuvjersku toleranciju pomoću trajnih napora i pojačanog dijaloga uključivanjem svih dionika u društvu na svim razinama vlasti kako bi se premostile razlike i smanjila netrpeljivost.

Ljudsko dostojanstvo nepovrediva je osnova svih temeljnih prava, ono se mora zaštititi i poštovati.

Građanskim obrazovanjem i međukulturnim dijalogom poboljšava se razumijevanje građana o važnosti društvenog i političkog sudjelovanja, dok se obrazovanjem o ljudskim pravima podiže njihova razina osviještenosti o vlastitim pravima te ih se podučava kako poštovati prava drugih osoba.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – EÚ je spoločenstvo založené na hodnotách úcty k ľudskej dôstojnosti, slobody, demokracie, rovnosti, právneho štátu a rešpektovania ľudských práv vrátane práv osôb patriacich k menšinám. Myslím si, že uplynulý rok závažne otestoval všetky tieto hodnoty a schopnosť medzinárodného systému reagovať na situácie v oblasti dodržiavania základných ľudských práv. Aj keď EÚ a jej členské štáty v roku 2015 dosiahli v oblasti základných práv určitý pokrok, chcem poukázať na to, že v niektorých oblastiach základných práv sme ako EÚ zlyhali. Svedčí o tom nielen predložená správa, ale aj rôzne prieskumy a výsledky za rok 2015, z ktorých by som poukázala aspoň na niektoré. Je tu najmenej 3 771 ľudí, ktorí zomreli alebo zmizli pri pokuse o dosiahnutie bezpečného miesta v Európe, až 75 miliónov ľudí sa ročne stáva obeťou trestnej činnosti, teroristické útoky predstavovali jednu z najzávažnejších foriem porušovania základných práv a slobôd, medzi najrozšírenejšie formy porušovania základných práv patrilo obchodovanie s ľuďmi na účely sexuálneho vykorisťovania (70 % identifikovaných obetí obchodovania s ľuďmi v EÚ sú občania EÚ). Je to len veľmi stručné pozastavenie sa nad niektorými výsledkami, ale chcem veriť, že pri hodnotení situácie v oblasti základných práv v EÚ za rok 2016 budeme môcť vysloviť väčšiu spokojnosť.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Hlasovala jsem proti zprávě o stavu základních práv v Evropské unii v roce 2015. Souhlasím s konstatováním, že ochrana lidských práv a svobod je v EU na celosvětově nejvyšší úrovni, což nelze považovat za trvalý stav, a o ochranu lidských práv a svobod je třeba každodenně usilovat. Za důležitý krok považuji přistoupení EU k Istanbulské úmluvě o prevenci a potírání násilí vůči ženám a domácího násilí, byť si nemyslím, že by na tomto základě měla EU navrhovat nějakou novou legislativu. Pozitivně hodnotím také skutečnost, že se zpráva věnuje problému migrace a sociálnímu začleňování a integraci migrantů, včetně problému nenávistných a xenofobních výpadů vůči uprchlíkům.

Zpráva se mimo jiné věnuje také uznání souvislosti sexuálního a reprodukčního zdraví žen s řadou lidských práv; nemohu však souhlasit s textem těch ustanovení, dle nichž musíme stejným způsobem respektovat a chránit právo všech žen a dívek na sexuální a reprodukční zdraví a zařadit umělé přerušení těhotenství mezi životně důležité základní služby v oblasti sexuálního a reprodukčního zdraví. Z těchto důvodů jsem nemohla text zprávy podpořit.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropska unija je skupnost, ki temelji na vrednotah spoštovanja človekovega dostojanstva, svobode, demokracije, enakosti, pravne države in spoštovanja človekovih pravic, zato je vsakoletno poročilo o razmerah na področju temeljnih pravic v Evropski uniji izjemno pomembno.

Poročilo vsako leto kritično ovrednoti stanje človekovih pravic na različnih področjih, od pravic žensk, otrok, manjšin, invalidov, starejših, pravic LGBTI, pravic migrantov in beguncev, do diskriminacije na različnih področjih, pa tudi pravic, povezanih z delovanjem pravne države idr.

V času, ko se soočamo z naraščajočo neenakostjo, revščino, še vedno visoko brezposelnostjo, širjenjem oblik prekarnega dela, nestrpnosti do manjšin, postavljanjem žic in zidov, krčenjem socialnih in delavskih pravic, so takšna poročila še pomembnejša, saj izpostavljajo, koliko dela je še pred nami. Ključno pri tem pa je, da poročilo ne pomeni zgolj mrtve črke na papirju, ampak da se njegova vsebina in še zlasti priporočila v praksi tudi upoštevajo.

Ker sem trdno prepričan, da je dolžnost naše družbe in s tem tudi Evropske unije kot celote, da človekove pravice in dostojanstvo zagotavljamo vsem delom naše družbe, poročilo močno podpiram.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Jaarlijks spreekt het EP zich uit over de naleving van de fundamentele rechten in de EU. Dit jaar werd dat samengevat in het rapport Nagy, waar ik voor heb gestemd. Het rapport stelt dat er nog veel mogelijkheden zijn om het Europese beleid inzake fundamentele rechten te verbeteren. De rapporteur probeerde zijn rapport aanvankelijk zo beperkt mogelijk te houden, om "moeilijke" discussies rond migratie, veiligheid, vrouwenrechten en LGTB rechten én een Europese aanpak van die landen die rechten op dit terrein schenden te vermijden. Hij wilde zich beperken tot minder controversiële zaken als kinderrechten of het tegengaan van discriminatie op basis van leeftijd en handicap. De EVP stemde recentelijk ook tegen meer progressieve rapporten op het vlak van fundamentele rechten. De groenen hebben 68 amendementen ingediend met scherpere bewoordingen over tal van thema's, zoals migratie en asiel, sociale rechten, daklozen, discriminatie, de strijd tegen terrorisme, het gevangeniswezen, de Roma en andere minderheden. Ongeveer driekwart van die amendementen werd goedgekeurd. Hoewel we dus samen met andere politieke

groepen het oorspronkelijk rapport verbetereden, is de goedgekeurde tekst iets minder progressief dan in voorgaande jaren omdat de EVP en de conservatieve ECR geen aanbevelingen over vrouwenrechten, sociaal-economische rechten en LGTB-rechten wilden steunen.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Nagy-Bericht zur Situation der fundamentalen Rechte in der Europäischen Union 2015 spricht eine Vielzahl von Themen an. Darunter finden wir positive Ansätze, wie beispielsweise den Einsatz gegen die Genitalverstümmelung von Frauen oder gegen Menschenschmuggel.

Leider geht der Bericht in einigen Fragen weit über das hinaus, was man als fundamentale Rechte einstufen sollte. Zu nennen sind z. B. die Forderung nach interkulturellen Lehrplänen an Schulen, die Forderung nach Einführung der Ideologie des „Gender mainstreaming" in „allen Politikbereichen" und der Kampf gegen „institutionalisierten Rassismus" in der Schulausbildung.

Der Nagy-Bericht verweigert jede Analyse kultureller und religiöser Hintergründe bei vielen Menschenrechtsverletzungen und weist die Verantwortung pauschal allein Männern bzw. dem institutionalisierten Rassismus der Gesellschaft zu. Wegen dieser eklatanten Mängel habe ich den Bericht abgelehnt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Je pozitívne, že správa upozorňuje, že korupcia a zlé nakladanie s verejnými financiami je tiež porušením základných práv občanov Európskej únie. V budúcnosti by sme sa mali na tieto fenomény zamerať viac a pracovať na celoeurópskej stratégii boja proti korupcii, ktorá výrazne prispieva k znižovaniu dôvery občanov v štát a jeho inštitúcie.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu der Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2015 habe ich abgelehnt.

Es ist nicht Sache der EU, einen Grundrechtekatalog nach zeitgenössischem Wertverständnis zu definieren und diesen in aller Welt durchzusetzen. Menschenrechte sind auf und in Traditionen gewachsen. Sie sind nicht beliebig veränderbar und entziehen sich dem manipulativen Zugriff des Gesetzgebers. Zudem ist die Veränderung von Grundrechten, die einmal bloße Abwehrrechte waren und heute auch wieder sein sollten, hin zu einer umfassenden Berechtigung schädlich. Asfa-Wossen Asserate sagt dazu:

„Gelegentlich ist schon angesprochen worden, wie bedenklich es sich auf den Charakter auswirkt, wenn man sich zu irgend etwas und überhaupt eigentlich zu allem berechtigt fühlt. Das Recht ist eine der erhabensten Schöpfungen der Menschheit, wenn es ihr nicht offenbart worden ist, aber das Sich-berechtigt-Fühlen ist einer der niedrigsten Geisteszustände. Im Geheimen weiß jeder, dass er allenfalls das Recht auf einen Tritt in seinen Hintern besitzt. Dies Wissen zum Schweigen gebracht zu haben, ist sicheres Anzeichen von Vulgarität."

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europska komisija, the Fundamental Rights Agency (FRA), Vijeće Europe i UN-a te NVO-i u svojim izvještajima ističu da se kršenja temeljnih prava pojavljuju u Europskoj uniji i državama članicama. Povelja o temeljnim pravima je postala punopravna komponenta Ugovora, stoga ih je neophodno zaštititi.

Europska unija je zajednica utemeljena na vrijednostima poštivanja ljudskog dostojanstva, ljudskih prava, slobode, demokracije, jednakosti, vladavine prava i prava manjina. Dakle, EU i države članice trebaju podržavati i provoditi ove vrijednosti u svakoj aktivnosti s ciljem povećanja i održavanja međusobnog povjerenja i suzbijanja prijetnji.

Najvažniji sigurnosni izazovi s kojima se EU trenutno suočava su borba protiv terorizma i izbjeglički val. Kako bi EU bila spremna pružiti pomoć u borbi za ljudska prava najprije mora riješiti primarna sigurnosna pitanja građana EU-a te iz tog razloga ne podržavam ovo izvješće.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o razmerah na področju temeljnih pravic v Evropski uniji v letu 2015.

Ne samo, da korupcija slabi evropsko gospodarstvo in tako znižuje blaginjo državljank in državljanov – po ocenah Evropske komisije izpred dveh let korupcija na leto povzroči za približno 120 milijard evrov škode v evropskem gospodarstvu – temveč s kršenjem zakonov in zlorabe oblasti prihaja tudi do kršitve človekovih pravic.

Glede na to, da se zaradi same narave korupcijskih dejanj, ki so praviloma prikrite in dobro načrtovane, ljudje velikokrat ne zavedajo, da so jim kršene človekove pravice, je treba zato še toliko večjo skrb nameniti ozaveščanju ljudi, v katerih primerih so jim kršene temeljne pravice. Kot družba moramo imeti ničelno toleranco do korupcije.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση περιέχει τόσο θετικές όσο και αρνητικές αναφορές. Μερικές από τις θετικές αναφορές σχετίζονται με τους πρόσφυγες και το ισχύον πλαίσιο για το άσυλο, τη μαζική καταπάτηση των δικαιωμάτων των φυλακισμένων, τον αυξανόμενο ρατσισμό και τη ξενοφοβία. Ωστόσο στην έκθεση δεν γίνεται καμία αναφορά στις αρνητικές συνέπειες της κρίσης και των μέτρων λιτότητας που αποτρέπουν την πρόσβαση στα θεμελιώδη δικαιώματα, καθώς και την πρόσβαση στις βασικότερες ανάγκες του ανθρώπου όπως είναι η εκπαίδευση και το σύστημα υγείας. Πρόσθετα, δεν γίνεται καμία αναφορά στην ανάγκη του δικαιώματος για προστασία ενάντια στην φτώχεια και στον κοινωνικό αποκλεισμό. Στα αρνητικά της έκθεσης μπορούν να ενταχθούν επίσης οι αναφορές για άμεση ίδρυση της Ευρωπαϊκής Εισαγγελίας με ειδικές και αποκλειστικές αρμοδιότητες καθώς και η πρόταση να δοθεί εξουσία στην Κομισιόν να επιβάλλει κυρώσεις σε κράτη μέλη. Για αυτούς τους λόγους καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα θεμελιώδη δικαιώματα, η ανθρώπινη αξιοπρέπεια, το κράτος δικαίου, η ελευθερία και η ασφάλεια δεν πρέπει να αποτελούν πεδίο εφαρμογής πολιτικού καθωσπρεπισμού, πλειστηριασμού κοινωνικότητας και ανθρώπινης ευαισθησίας.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament által elfogadott, alapvető jogok helyzetéről szóló éves jelentés nemzeti és nyelvi kisebbségeket érintő része, eltérően az előző évektől, kifejezetten erős lett. A Fidesz–KDNP delegációja ezért, a néppárti ajánlást követve, támogatta e jogi relevanciával nem bíró politikai határozatot. Ugyanakkor számos ponton, így a tagállami hatáskörbe tartozó kérdésekben, a szöveg ellen szavazott. Kiemelt fontosságú, hogy a szövegbe bekerült az utóbbi évek legjobb kisebbségvédelmi jelentésére, az Európa Tanács Kalmár-jelentésére való utalás, valamint a felhívás, hogy ez az uniós jog részévé váljon.

A nemzeti kisebbségekhez tartózó személyek jogai emberi és alapvető jogoknak minősülnek, melyeket az Uniónak az Európai Unióról szóló szerződés értelmében tiszteletben kell tartania. Ezért joggal várható el az európai döntéshozóktól, elsősorban az Európai Bizottságtól, hogy amennyiben az alapjogok részeként tekintenek a hagyományos nemzeti kisebbségek jogaira, úgy hasonló figyelmet szenteljenek e jogsértéseknek is, s ugyanolyan módon ítéljék el ezeket.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását, amely átfogó és alapvetően reális képet ad az alapvető emberi jogok érvényesüléséről az Európai Unió tagállamaiban. Fontosnak tartom, hogy az összefoglalóban kellő súllyal szerepelnek a társadalom legsérülékenyebb csoportjait fenyegető jogsértések, így a nők és a gyermekek elleni erőszak, egyes kisebbségek diszkriminációja, a gyűlöletbeszéd különböző formái. A jelentés szintén jelentőségének és aktualitásának megfelelően foglalkozik az Unió és a tagállamok felelősségével a menekültválság és a migrációs hullám nyomán jelentkező új alapjogi kihívásokkal és problémákkal szemben.

Ugyanakkor, mint olyan tagállam EP-képviselője, amelyet sajnálatos módon a tagállamok közül talán a legsúlyosabban érintenek a hatósági jogsértések – így a jogállam, a demokratikus politikai jogok lebontása, a menekültekkel való jogsértő és embertelen bánásmód, a romák és más kisebbségek folytatódó hátrányos megkülönböztetése – indokoltnak láttam volna az európai normákkal ellentétes gyakorlatok keményebb elítélését a jelentés egyes pontjain, a tagállamok konkrét felelősségét elmosó általános megfogalmazásokkal szemben.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Unia Europejska opiera się na wartościach poszanowania godności osoby ludzkiej, wolności, demokracji, równości, państwa prawnego, jak również poszanowania praw człowieka, w tym praw osób należących do mniejszości. Jakikolwiek przejaw dyskryminacji czy przemocy jest bezpośrednim pogwałceniem wszystkich tych zasad. Jednakże, mimo upływu ponad 70 lat od zakończenia II wojny światowej oraz prawie 30 lat od upadku żelaznej kurtyny, podstawowe prawa Europejczyków nadal są naruszane i łamane.

Przedstawione sprawozdanie odnosi się do bardzo wielu problemów dotyczących obywateli Unii Europejskiej. Od ochrony godności, praworządności, wolności i bezpieczeństwa poprzez integrację i włączenie społeczne a na prawach mniejszości, dyskryminacji, przemocy wobec kobiet i mowie nienawiści kończąc. Szczególnie ta ostatnia kwestia powinna budzić nasze zaniepokojenie, bowiem mowa nienawiści nasila się wśród sił politycznych, także za pośrednictwem Internetu. Tymczasem walka z dyskryminacją, rasizmem i ksenofobią ma kluczowe znaczenie, jeśli chodzi o zapewnienie poszanowania europejskich wartości takich jak tolerancja, różnorodność i wzajemny szacunek.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană este o comunitate unită în diversitate, fundamentată pe valorile respectului pentru democrație și statul de drept, demnitate umană, libertate, egalitate, drepturile omului și drepturile persoanelor din rândul minorităților. Ca atare, respectarea drepturilor fundamentale reprezintă esența construcției europene, fapt pentru care devine necesară o evaluare a situației acestora la nivelul comunității, ținând cont de dovezile privind numeroasele încălcări ale drepturilor omului în UE (așa cum arată rapoartele Comisiei Europene, Agenției pentru Drepturi Fundamentale (FRA), Consiliului Europei, ONU și diverselor ONG-uri. Situația existentă în ceea ce privește respectarea drepturilor fundamentale în UE aduce în atenția tuturor celor interesați necesitatea fundamentării tuturor acțiunilor întreprinse de comunitate și statele membre pe principiile și valorile statului de drept și ale democrației, ale drepturilor fundamentale și ale libertăților civile. De asemenea, evaluările de impact ale tuturor propunerilor legislative trebuie să includă și aspectele legate de drepturile și libertățile fundamentale în UE. În acest context, fundamentarea, operaționalizarea și implementarea de politici solide și mecanisme ancorate în realitatea prezentului și ținând cont de pericolele viitorului, în ceea ce privește includerea și integrarea socială, accesul la educație și formare, la libertate de expresie, la securitate și protecție (a drepturilor și integrității), reprezintă cheia asigurării drepturilor fundamentale în UE.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană are la bază o serie de principii fundamentale, printre care se numără combaterea oricăror forme de discriminare și respectarea drepturilor și a libertăților de bază. Din păcate, în contextul amplificării fenomenului migrației persoanelor din afara UE, afectate de războaie și persecuții, au apărut și o serie de atitudini xenofobe față de aceste grupuri, dar și față de alte minorități de pe teritoriul statelor membre, de exemplu față de minoritatea romă.

Instituțiile europene trebuie să promoveze în continuare incluziunea socială și integrarea migranților și refugiaților în societățile de primire, pe baza respectului pentru statul de drept, a principiilor integrării, a libertății și a securității, susținând combaterea traficului de persoane, a discriminării, a xenofobiei, a discursului de incitare la ură, a violenței împotriva femeilor și copiilor. Statele membre trebuie să aplice principiile integrării acestor grupuri și să asigure protejarea drepturilor minorităților de orice fel, a persoanelor cu dizabilități, inclusiv a minorității rome și a minorităților sexuale, prin cooperarea strânsă între autoritățile naționale, locale, școli, ONG-uri și comunitățile de refugiați.

Documentul de față condamnă discriminările la care sunt supuse minoritățile sexuale în unele state membre și recomandă adoptarea unor măsuri adecvate protecției acestora. Susțin adoptarea acestui raport, care apară principiile decenței și ale egalității între cetățenii noștri.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – La dignité humaine est le fondement inviolable de tous les droits fondamentaux et elle ne doit faire l'objet d'aucune instrumentalisation. Elle doit être respectée et protégée dans toutes les initiatives de l'Union. Il faut sensibiliser les citoyens de l'Union à la dignité inhérente à tous les êtres humains afin de réaliser une société plus humaine et plus juste.

Nous condamnons toutes les formes de discrimination et de violence commises au sein de l'Union à l'encontre de n'importe quel être humain, puisqu'elles constituent une violation directe de la dignité humaine.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The annual report on the situation of fundamental rights in the EU in 2015 outlines the issues and progress made in the enforcement of fundamental rights within the EU for 2015. The report covers a wide range of rights-related topics, such as, inter alia, the protection of fundamental rights and dignity, rule of law, women's rights and violence against women, and LGBT rights. I voted in favour of this report because I believe it is a crucial EU priority and necessity to follow up on the state of play of fundamental rights in the EU, and this cannot be successfully achieved without an appropriate assessment of such initiatives.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Vorrei concentrare il mio intervento sulla situazione dei diritti umani del popolo saharawi. Come Unione europea dobbiamo chiedere che i diritti fondamentali del popolo del Sahara Occidentale, tra cui la libertà di associazione, libertà di espressione e il diritto di riunione siano rispettati. Dobbiamo inoltre esigere la liberazione di tutti i prigionieri politici saharawi e richiedere l'accesso ai territori del Sahara Occidentale per i membri del nostro Parlamento, per gli osservatori indipendenti, le ONG e la stampa.

La missione ONU Minurso deve essere pienamente ristabilita in conformità alle pertinenti risoluzioni delle Nazioni Unite.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Jozsef Nagy, A8-0345/2016

Podržavam Prijedlog rezolucije o stanju temeljnih prava u Europskoj uniji u 2015. godini. Slažem se s većinom predloženog sadržaja prijedloga rezolucije te pozdravljam podrobnu analizu fundamentalnih prava u Europskoj uniji. Pogotovo smatram da je potrebno provesti jačanje sigurnosne suradnje među državama članicama te pružiti djelotvoran odgovor EU-a na terorizam i sigurnosne prijetnje u Europskoj uniji.

Također smatram ispravnim napore istaknute u nedavnoj donesenoj Uredbi o europskoj graničnoj i obalnoj straži za Agenciju za europsku graničnu i obalnu stražu kojoj se predviđa mandat za pružanje potpore operacijama potrage i spašavanja uz jamčenje temeljnih prava. Pozivam i tijela kaznenog progona u Europskoj uniji da povećaju napore u pogledu borbe protiv zločinačkih mreža za trgovanje ljudima i njihovih pomagača te da intenzivnije međusobno surađuju, s posebnim naglaskom na zločine nad djecom.

Isticanje navedenih tema u okviru prikaza stanja temeljnih prava u Europskoj uniji pokazuje postojanje institucionalne svijesti o događajima koji imaju negativne implikacije na život građana Europske unije te ističe spremnost Europskog parlamenta da se za njih pronađe jedinstveno rješenje.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Europski parlament svake godine izdaje izvješće na temu ljudskih prava u Europskoj uniji. Ovo za 2015. u sebi sadrži široki spektar tema kao što su migracije, općenito ljudska prava, seksualno zdravlje, krijumčarenje ljudi, jednakost, starija populacija, nasilje nad ženama, prava LGBT osoba itd.

Izvješće usvojeno u odboru LIBE ove godine bitno je manje kontroverzno od onog prošlogodišnjeg i u sebi sadrži brojne pozitivne pozive na zaštitu ljudskih prava kao što su poziv na djelovanje Unije u slučajevima krijumčarenja ljudi te u tom smislu pružanje zaštite žrtvama, poziv na zaštitu prava manjina, osoba s invaliditetom, poziv na zaštitu ženskih prava u smislu stroge osude silovanja i sakaćenja ženskih spolnih organa te zaštitu starije populacije od siromaštva.

Međutim, nikako se ne mogu složiti s dijelovima izvješća koji pozivaju na zaštitu prava LGBT populacije kroz pravne institucije na način da im se prizna pravo na brak jer čvrsto držim da je brak isključivo zajednica žene i muškarca. Stoga sam glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o razmerah na področju temeljnih pravic v Evropski uniji v letu 2015 sem podprla.

Ker je nujno varovati vse temeljne pravice, ker je Listina Evropske unije o temeljnih pravicah v celoti vključena v Pogodbi in ker v EU in državah članicah prihaja do kršitev temeljnih pravic. Pravna država je temelj evropske liberalne demokracije in eno od temeljnih načel Evropske unije.

Migracije so del sedanjosti in prihodnosti EU in eden od največjih izzivov našega časa, saj zahtevajo, da EU in države članice prevzamejo mednarodno humanitarno odgovornost (po statistiki je umrlo najmanj 3771 migrantov zgolj v letu 2015).

Tudi terorizem je postal del vsakdanjika in sodi med najhujše kršitve temeljnih pravic in svoboščin zato mora Evropa imeti ustrezne instrumente za zaščito državljanov (napad na Charlie Hebdo, poskus napada na svobodo medijev).

Narašča tudi trgovina z ljudmi, kar je hudo kaznivo dejanje storjeno v krogih organiziranega kriminala – poseg v človekovo dostojanstvo. Obsoditi je potrebno tudi kakršno koli vrsto diskriminacije in nasilja. Treba se je boriti proti diskriminaciji, ksenofobiji, kaznivim dejanjem iz sovraštva in sovražnemu govoru, trgovanju z ljudmi, terorizmu, nasilju in zagovarjati svobodo in enakost.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – The report on the situation of fundamental rights is a good attempt to describe the current situation in the European Union.

Many of the important issues have been addressed which require immediate attention: for instance, the issues which national minorities are facing in the European Union, such as discrimination and obstacles to the enforcement of their rights.

Unfortunately, problems related to stateless persons in the EU have not been included in the main text and I see this as a big mistake. While many of the issues mentioned in the report do apply to this group, it would have been a stronger statement to mention stateless persons explicitly and their lack of rights when it comes to European and local elections.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Nagy-Bericht zur Situation der fundamentalen Rechte in der Europäischen Union 2015 spricht eine Vielzahl von Themen an. Darunter finden wir positive Ansätze, wie beispielsweise den Einsatz gegen die Genitalverstümmelung von Frauen oder gegen Menschenschmuggel.

Leider geht der Bericht in einigen Fragen weit über das hinaus, was man als fundamentale Rechte einstufen sollte. Zu nennen sind z. B. die Forderung nach interkulturellen Lehrplänen an Schulen, die Forderung nach Einführung der Ideologie des „Gender mainstreaming" in „allen Politikbereichen" und der Kampf gegen „institutionalisierten Rassismus" in der Schulausbildung.

Der Nagy-Bericht verweigert jede Analyse kultureller und religiöser Hintergründe bei vielen Menschenrechtsverletzungen und weist die Verantwortung pauschal allein Männern bzw. dem institutionalisierten Rassismus der Gesellschaft zu. Wegen dieser eklatanten Mängel habe ich den Bericht abgelehnt.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Je suis intervenue en séance pour dénoncer le contenu de ce rapport.

Premièrement, une série de paragraphes demandent aux États membres de mieux accueillir les migrants avec par exemple un appel «à allouer les ressources suffisantes à la création de voies d'entrée légales et sûres».

Deuxièmement, je m'inquiète de voir dans ce rapport des références à la présence de plus en plus importante de discours à caractère haineux sur internet. Certes, ils existent, mais l'opacité du texte et des débats m'amène à penser que le but du texte est surtout de limiter la liberté d'expression, pour empêcher toute critique politique de polluer le microcosme bruxellois de nos élites.

J'ai voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Roczne sprawozdanie posiada szereg ogólników, które na tym etapie powinny zostać wyeliminowane. Raport jest zbyt szeroki, mówi o zbyt wielu sprawach mieszając rzeczy ważne z nieistotnymi. Istnieje poważne ryzyko mylnych jego interpretacji i dlatego zagłosowałem przeciwko jego przyjęciu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A jelentés többek között arra szólítja fel a tagállamokat: „tartózkodjanak attól, hogy politikai előnyszerzés céljából félelmet és gyűlöletet keltsenek polgáraik körében a migránsokkal és menedékkérőkkel szemben". Az Orbán-rezsim elhivatott ellenzékeként – a jelentés egyéb, fontos megállapításai mellett – támogattam a dokumentumot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe, que se realiza anualmente, pretende presentar la situación de los derechos fundamentales en la Unión Europea, y proponer recomendaciones. En su paso por el comité de Libertades Civiles se han conseguido modificaciones importantes, como eliminar los aspectos más problemáticos e incluir muchas de las enmiendas de nuestro grupo, como las relativas a la migración y el asilo, la protección de denunciantes, la evaluación de medidas antiterroristas, la condena a la vigilancia de masas indiscriminada, etc. Es importante destacar que el informe menciona aspectos relacionados con la corrupción, el racismo y la xenofobia, la igualdad de género y la violencia contra las mujeres, los derechos de la comunidad romaní, los derechos LGTB, así como derechos de los niños, otras minorías, personas con discapacidad, ancianos y derechos digitales. Sin embargo, tratándose de un ponente del EPP, no hemos conseguido que se haga referencia a cómo la política económica, especialmente las medidas de austeridad, han afectado a los derechos fundamentales de la ciudadanía europea. Por ello se hizo un nuevo intento presentando enmiendas en esta sesión plenaria. Puesto que la mayoría fueron rechazadas, he votado abstención.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the report on the situation of fundamental rights in the European Union in 2015 because the report covers developments in the field of fundamental rights in the EU and Member States, suggesting improvements and recommendations. Many of our proposals were included, such as references on asylum and migration, economic and social rights, homeless people, non-discrimination, the fight against terrorism, the situation in prisons, Roma, LGTBI, stateless persons, etc.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Raginu valstybes nares patvirtinti strategijas siekiant užtikrinti veiksmingą neįgaliųjų prieigą prie darbo rinkos; apgailestauju, kad kai kurios ES lėšos, skirtos neįgaliųjų integracijai, vis dar ne visiškai naudojamos šiam tikslui; ragina Komisiją atidžiai stebėti, kaip naudojamos lėšos, ir prireikus imtis veiksmų; primygtinai raginu visas valstybes nares vykdyti visuomenės švietimo ir informuotumo didinimo kampanijas, kuriomis atkreipiamas dėmesys į vaikų teises į apsaugą ir skatinami pozityvūs, nesmurtiniai santykiai su vaikais; griežtai smerkia dažną priekabiavimą ir prievartavimą viešosiose vietose Sąjungoje ir mano, kad kiekviena moteris ir mergaitė turėtų jaustis saugiai ir nebijoti jokios formos seksualinio priekabiavimo visose viešosiose vietose.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the situation of fundamental rights in the European Union in 2015. Petitions to Parliament serve as an important instrument for citizens to report alleged breaches of fundamental rights which they may have experienced in Member States where they reside. The report considers that citizens expect the Charter to ensure the protection of their fundamental rights by the institutions, bodies and agencies of the Union and by the Member States when they are implementing EU law. It equally underlines that a lack of protection and awareness of their rights under the Charter could aggravate citizens' disenchantment with the European project. It urges the adoption of new legislation aimed at combating energy poverty and welcomes previous initiatives at any administrative level in the direction of guaranteeing universal access to energy. I voted in favour because I believe that a genuine reform of the European Citizens' Initiative and the effective operation of this instrument could do much to improve the Union's image.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – En este texto la Eurocámara valora el trabajo del Consejo en relación a la situación de los derechos fundamentales en la Unión en 2015. El documento contiene sendas referencias a la protección de los derechos fundamentales, que abarcan desde recomendaciones en el marco del Estado de Derecho hasta provisiones en torno a la migración, la integración y la inclusión social; la libertad y la seguridad; el tráfico de personas; la discriminación y la xenofobia; el crimen de odio y la incitación al odio; la violencia contra las mujeres; los derechos de los niños, los discapacitadas, los ancianos; las minorías o los derechos en el entorno digital. Especialmente relevante es la necesidad de promover la Carta y adoptar acciones para favorecer la sensibilización sobre la misma a escala nacional. Este año, el texto se centra en el análisis del crimen incitado por el odio, reiterando la tolerancia cero al tipo de lenguaje que lo propicie y reiterando la necesidad de que las legislaciones nacionales aborden esta cuestión. Para ello recomienda evitar su distribución, principalmente en internet; así como apoyar a nivel comunitario su persecución y condena. Por todo ello he votado a favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque considero que hace un buen retrato del grave deterioro de los derechos fundamentales, tanto individuales como sociales (si bien el ponente intentó censurar las referencias a estos últimos antes de votar en plenario). Considero, sin embargo, que no basta con un buen diagnóstico: la Unión deberá revertir sus políticas migratorias, económicas y sociales si quiere poner freno a esta difícil situación.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which identifies key areas of concern in relation to the situation of fundamental rights. Against the backdrop of significant increases in hate crime, it is essential that efforts are made at EU, national and local level to counter extremism and promote respect for diversity. It is important that Member States work together and uphold solidarity by tackling areas of common interest to strengthen democracy and fundamental rights across the EU.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor omdat de Europese Unie een gemeenschap is die gevestigd is op de waarden van eerbiediging van de menselijke waardigheid, vrijheid, democratie, gelijkheid, de rechtsstaat en eerbiediging van de mensenrechten, met inbegrip van de rechten van personen die tot een minderheid behoren.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório anual sobre os Direitos Humanos e a Democracia no Mundo (2015) e a política da UE nesta matéria faz um balanço do trabalho da União Europeia na defesa e promoção dos direitos humanos pela União Europeia.

A União Europeia usou neste ano em particular, como noutros, os direitos humanos para justificar interferências e ingerências externas em países soberanos que depois causaram problemas de respeito e violação de direitos humanos. Embora seja causadora de instabilidade no mundo, não procede à sua autocrítica.

Que moral tem a União Europeia quando neste relatório não procede a uma autocrítica dos direitos humanos que são constantemente violados dentro das fronteiras dos seus Estados-Membros? Fala da situação dos refugiados mas nada diz sobre as suas causas e sobre o balanço desastroso da política europeia para os refugiados.

Naturalmente que existem aspetos positivos no relatório, por exemplo a referência à exigência do encerramento de Guantanamo e algumas questões relacionadas com os direitos das mulheres, das pessoas com incapacidades, das crianças, as questões relacionadas com a pena de morte. Contudo, isto não nos pode fazer de forma alguma pactuar com a hipocrisia da UE e a forma subjetiva e sobranceira como encara os direitos humanos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Den Bericht über die Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2015 konnte ich nicht mittragen, da vor allem die Migrations- und Flüchtlingskrise in einem positivem Licht dargestellt wird und mehr Rechte für Migranten und Flüchtlinge verlangt werden.

Zudem fordert der Berichterstatter die Schaffung von legalen Einreisemöglichkeiten und mehr Toleranz in interkultureller und interreligiöser Hinsicht.

Weitere negative Aspekte des Berichts waren zum einen die Forderung der rechtmäßigen Anerkennung von Geschlechtsumwandlungen auf Unionsebene und das Verbot von medizinischen Untersuchungen an intersexuellen Kindern, und zum anderen, dass man in Schulen ein besonderes Augenmerk auf Homophobie im Sport und junge LGBTI-Personen legen sollte.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Wyrażam swoje zadowolenie z przyjęcia w 2015 r. drugiego planu działania UE dotyczącego praw człowieka i demokracji na lata 2015-2019, który kompleksowo podchodzi do zapobiegania i rozwiązywania kryzysów, a także zapewnia w większym stopniu włączanie obaw związanych z prawami człowieka do zewnętrznych aspektów polityk UE. W tym celu ów plan zwiększa spójność pomiędzy takimi działaniami UE jak migracja, handel, współpraca rozwojowa, czy też zwalczanie terroryzmu. Owo zintensyfikowanie działań przez Unię jest kluczowe w momencie, w którym przestrzeń publiczna dla społeczeństwa obywatelskiego kurczy się oraz mamy do czynienia z coraz częstszymi przypadkami ataków na obrońców praw człowieka i dziennikarzy na świecie. Ponadto, powszechność wartości demokratycznych jest poważnie kwestionowana już nie tylko przez reżimy autorytarne, ale również ugrupowania terrorystyczne, w tym takie byty parapaństwowe jak np. tak zwane Państwo Islamskie, które prześladuje nie tylko mniejszości religijne, ale także wielu muzułmanów. Ma to później natomiast swoje konsekwencje w postaci zwiększonej fali uchodźców do UE, którzy mają nadzieję na znalezienie u nas swojego drugiego, bezpieczniejszego domu. W związku z tym mając na uwadze istotę kompleksowego podejścia do promowania przestrzegania praw człowieka na świecie, a także będąc w pełni świadom wyzwań stojących przed UE w tym zakresie, poparłem niniejsze sprawozdanie.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of the report, which identifies key areas of concern in relation to the situation of fundamental rights. Against a backdrop of significant increases in hate crime (particularly in the UK before, during and after the referendum) it is essential that efforts are made at EU, national and local level to counter extremism and promote respect for diversity. It is important that Member States work together and uphold solidarity by tackling areas of common interest to strengthen democracy and fundamental rights across the EU.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution because I believe that law enforcement agencies should increase efforts in combatting human trafficking. There have already been improvements but it is still being a major problem. Moreover, I am very concerned with the growing presence of hate speech and material on the internet, so I support the idea that Member States should put in place a simple procedure enabling members of the public to report the presence of hate content online. Thus, I also support the Commission's announcement of the Code of Conduct on countering illegal hate speech online. As a liberal, I believe in the importance of safeguarding sexual and reproductive rights.

Iuliu Winkler (PPE), *írásban*. – Megszavaztam ma a saját kezdeményezésű jelentést, ami az Európai Unió alapvető jogainak helyzetét veszi figyelemben. A jelentés azt hangsúlyozza, hogy a kisebbségeknek, amelyek Európában évszázadok óta élnek a többségi kultúrákkal együtt vagy azok mellett, továbbra is megkülönböztetéssel kell szembenézniük az Unióban. A jelentés úgy véli, hogy e probléma megoldása a kisebbségek jogainak védelmére vonatkozó minimumnormák megállapításának szükségességében rejlik. A kisebbségi közösségeknek sajátos szükségleteik vannak, és elő kell mozdítani e közösségek teljes mértékű egyenlőségét a gazdasági, társadalmi, politikai és kulturális élet minden területén. A jelentés továbbá ösztönzi azokat a tagállamokat, amelyek ezt eddig nem tették meg, hogy minden további késedelem nélkül ratifikálják a nemzeti kisebbségek védelméről szóló keretegyezményt és a Regionális vagy Kisebbségi Nyelvek Európai Chartáját.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Pán spravodajca a môj slovenský kolega József Nagy vypracoval veľmi rozsiahlu správu, ktorá obsahuje mnoho dobrých návrhov. O to viac ma mrzí, že sa do nej dostala požiadavka na takzvané „bezpečné umelé prerušenie tehotenstva". Charta základných práv EÚ, ktorej dodržiavanie malo byť predmetom tejto výročnej správy, totiž právo na potrat nepozná.

Európsky parlament schválil pred časom nariadenie, ktoré prikazuje označiť každú škatuľku s cigaretami varovaním pred rizikami. Potrat je určite väčším zásahom do organizmu ženy než vyfajčenie balíčka cigariet. A navyše predstavuje smrteľné ohrozenie pre vznikajúci ľudský život. Schválený text, ktorý označuje potrat za „bezpečný", preto považujem za prejav veľkého pokrytectva, ktoré odmietam. Danú správu som musela z princípu odmietnuť.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Základní práva jsou stavebním kamenem Evropské unie. Jejich aktivní prosazování je základním prvkem toho, abychom dosáhli svobody, bezpečnosti a demokracie. Minulý rok byl z mého pohledu v této oblasti poměrně úspěšný a můžeme vidět několik konkrétního příkladů, kdy se EU snažila posílit základní práva občanů. Mám tím na mysli například nová pravidla o procesních zárukách během trestního řízení nebo dokončení reformy ochrany údajů. Je nezbytné, abychom i nadále přicházeli s novými iniciativami a pracovali na tom, aby každý evropský občan měl rovný přístup ke svým základním právům. Pro tuto zprávu jsem však nemohl hlasovat, protože je zde mnoho bodů, které jdou proti mému politickému přesvědčení. Zároveň se domnívám, že jde zpráva nad rámec kompetencí EU.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Výročnú správu k situácii v oblasti základných práv v Európskej únii v roku 2015 som nepodporila. Správa už tradične pokrývala široký súbor tém, od práv žien, detí, starších ľudí až po ochranu základných práv vo svetle technologického, a najmä digitálneho pokroku. Obsahovala mnoho pozitívnych myšlienok, ako napríklad boj proti obchodovaniu s ľuďmi, boj proti násiliu voči ženám, proti chudobe, inklúziu Rómov či ochranu práv osôb so zdravotným postihnutím. Na druhej strane však správa obsahovala množstvo tém, ktoré som podporiť nemohla, pretože zasahujú do subsidiarity členských štátov (napr. rodinná politika).

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Nagy por concordar com a avaliação da situação dos direitos fundamentais na UE e por partilhar das propostas para melhorar a situação destes no futuro. Sublinho que os direitos fundamentais são universais, indivisíveis e sempre complementares, devendo alcançar-se um equilíbrio justo entre os direitos de todos numa sociedade diversa. Neste contexto recordo que, nas suas relações com o resto do mundo, a União deve contribuir para a proteção dos direitos fundamentais. Finalmente, sublinho a condenação de todo e qualquer tipo de discriminação ou violência em razão do género, da idade, da origem étnica, da religião, da orientação sexual, da identidade de género ou de deficiência.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam godišnje izvješće o stanju temeljnih prava u Europskoj uniji u 2015. godini.

Izvješće se referira na temeljna ljudska prava i slobode, uzimajući u obzir glavne aspekte današnjeg socijalnog društva: migracije, integracije i uključenost, sigurnost i borbu protiv terorizma, trgovanje ljudima, zločine iz mržnje, nasilje nad ženama, djecu, manjine, osobe s invaliditetom, starije osobe, prava Roma i građanstvo.

Ljudsko dostojanstvo je nepovredivo i samim time potrebno ga je poštovati i štititi. Izvješće poziva na podizanje razine osviještenosti među građanima EU-a o urođenom dostojanstvu svih osoba kako bi se ostvarilo društvo s većom razinom osjetljivosti i uključenosti.

Ovo izvješće osim što promiče toleranciju, mir i sigurnost europskih građana štiti i one najugroženije skupine kao što su djeca, žene, manjine, osobe s invaliditetom, starije osobe i Rome.

Među političkim snagama sve češće se čuje govor mržnje, a u velikim dijelovima stanovništva raste broj slučajeva ksenofobije i drugih predrasuda. Ovim će se izvješćem osigurati alati i mehanizmi za prijavljivanje zločina iz mržnje što smatram da je osnova za uspostavu stabilnog i demokratskog društva Europe.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o razmerah na področju temeljnih pravic v Evropski uniji v letu 2015.

V času, ko prihaja do porasta evroskepticizma in izražanja ekstremnih političnih prepričanj, je nujno, da EU in države članice pokažejo še več razumevanja in prizadevanja za zagotavljanje temeljnih pravic državljanov EU, še posebej ranljivih skupin – otrok, žensk, starejših, manjšin.

6.5. Eine kohärente Politik der EU für die Kultur- und Kreativwirtschaft (A8-0357/2016 - Christian Ehler, Luigi Morgano)

Dichiarazioni di voto orali

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, apprezzo che di questa relazione si siano occupate due commissioni, la commissione cultura e la commissione industria. Questo testimonia, a mio parere, un giusto approccio perché all'industria culturale e ricreativa viene riconosciuto il duplice ruolo di preservare le diversità culturali e di volano per sviluppo e, soprattutto, occupazione.

Ricordiamo tutti l'infelice dichiarazione di un ex ministro, era italiano sì, secondo cui con la cultura non si mangia. Oggi è anche l'Europa, se mai ce ne fosse bisogno, a smentire quel concetto. L'arte e la creatività sono fonte di ricchezza non solo culturale, ma anche economica, profondamente radicate nel tessuto territoriale in cui operano e da cui traggono ispirazione le industrie culturali e ricreative, consentendo di mantenere vive le tradizioni attraverso l'innovazione e di creare profitto. Su tutti cito l'esempio dell'industria della moda, dove i grandi gruppi industriali cooperano con piccole e medie imprese e con l'artigianato, che rendono preziosi i loro prodotti: un mondo produttivo che da solo non riuscirebbe certo a sopravvivere.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, în 2013 comerțul internațional cu produse contrafăcute și piratate a adus pagube de 85 de miliarde de euro numai în Uniunea Europeană. Drepturile de proprietate intelectuală au fost instituite tocmai pentru a se asigura că eforturile creative și inventive sunt răsplătite, sunt respectate și pentru a se încuraja investițiile în produsele noi și eficiente.

Să nu uităm, creația este unică și copierea ei, repetarea ei în multe alte forme trebuie să fie interzisă și trebuie să fie pedepsită. Industriile creative și culturale creează o punte între artă, cultură, afaceri și industrie. Cultura și arta europeană se bazează pe 3 000 de ani de patrimoniu cultural comun. Industriile culturale și creative promovează diversitatea culturală și consolidează identitatea europeană. Tot ele asigură peste 12 milioane de locuri de muncă.

Raportul promovează inovarea, spiritul antreprenorial în aceste sectoare culturale și creative și îmbunătățește accesul la finanțare și la noile modele de creație.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych navázal na kolegyni právě i podporou ochrany autorských práv, která je obsažena v této zprávě velmi důsledně a v mnoha odstavcích. Pro mě je skutečně ochrana autorského práva zásadní politikou ochrany duševního vlastnictví, protože ona přináší investice, inovace do toho oboru, znamená i rozvoj pracovních míst, sepětí se zaměstnaností je naprosto evidentní.

Jsem velmi rád, že již směrnice z roku 2014 přinesla větší míru vyváženějšího pojetí vztahu mezi autorem a uživatelem, že přinesla více transparentnosti, ale i konkurence mezi kolektivní správce. To si myslím, že je velmi důležité. My bychom ještě potřebovali, aby kulturní politika, podpora kulturních statků byla i propojena na kohezní politiku. To se bohužel v důsledku některých nedokonalostí v obecném nařízení neděje. Myslím si, že je to velká úloha pro následující dva a půl roku, abychom dokázali změnit nastavení současného nařízení pro čerpání podpory v kohezní politice.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, the United Kingdom is a place where, thankfully, cultural and new technology businesses are able to thrive and grow. We see it all over the place, in Manchester, in London, and across our country. We have people at home with their own small businesses, and through that we have created jobs, we have created wealth, and we have created a spirit of business within those small businesses.

But here in the European Union, for the past several years, we have seen new rules being created every day. And today, another report that either picks or chooses the winners that it wants to survive, or creates problems for those that are already in business. Many of those small businesses at home suffered the inequity of having to try and find ways of paying VAT in every country that we had. All I have said simply, time and time again to this place is: stop putting your hands into the problems of business; stay away. If you do, it will grow. Remove the regulations and allow small businesses to thrive in culture and in new technology.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I have always been a great admirer of all those who contribute to our creative and cultural treasury which we are so proud of in Europe. I was pleased to vote in favour of this comprehensive, articulate and forward-thinking report in the light of the rapporteur's efforts to consolidate a long-term policy in this area. I have always advocated strongly for the creative potential of small and medium-sized enterprises, and, in reassessing the allocation of funds, for example, we may reinforce the potential which the cultural and creative industries host. Facilitating the interrelationship between SMEs and research, as well as the essential combination of creativity with entrepreneurialism, will prove truly fruitful in this domain. Measured investment and expertise in assessment will also provide the keystone for further innovation in this sphere. I think that Mr Ehler and Mr Morgano have done a very good job in this whole area and I thank them.

Dichiarazioni di voto scritte

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Idag röstade Europaparlamentet om ett betänkande rörande EU-politik för den kulturella och kreativa sektorn. Det finns anledning att ha gemensamma regler för t.ex. immaterialrätt, vilket betänkandet också underströk. Samtidigt får ”enhetlig EU-politik” inte betyda likriktad kulturpolitik. Frågor om kulturpolitik är nationell kompetens och ska inte avgöras på EU-nivå. Därför röstade jag i separata omröstningar nej till bl.a. EU-gemensamma kulturkampanjer och ett EU-pris för kultursektorn, vidare röstade jag nej till att EU:s budget för kulturpolitik ska utökas. Sammantaget är det ett betänkande som tar upp angelägna frågor, men det finns också brister och jag valde därför att lägga ned min röst i slutvoteringen.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La forte digitalizzazione che caratterizza il presente sta allargando sempre più il proprio raggio di coinvolgimento. L'arte e la cultura, infatti, sono tra i settori che più stanno vivendo questo aspetto, con tutti i vantaggi e gli aspetti negativi che ne derivano. L'obiettivo della presente relazione dovrebbe, per l'appunto, essere quello di fornire indicazioni politiche per lo sviluppo di industrie creative europee proprio alla luce del processo di digitalizzazione.

Personalmente credo che la giusta strada da seguire sia quella di sperimentare nuovi «business model» innovativi, non già esistenti, che pongano l'attenzione più sui creatori delle opere, autori ed esecutori e meno sui titolari dei diritti. Per questo motivo ho deciso di votare negativamente.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — No he podido votar a favor del presente informe porque, pese a contener numerosos puntos positivos, supone una propuesta que garantiza la participación de los grandes actores económicos. El desarrollo de unas industrias culturales y creativas depende de que los autores obtengan una justa remuneración por su trabajo, pero sin que esto suponga formas de bloqueo del desarrollo de dicha industria y de sus servicios a la ciudadanía. El informe contiene referencias positivas en el sentido de la inclusión de los derechos de los creadores, pero también garantiza la concentración de los derechos de propiedad intelectual a través de su financiarización. Es por esto por lo que no he podido votar a favor del presente informe.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl Europos Parlamento rezoliucijos dėl Nuoseklios ES kultūros ir kūrybos pramonės politikos. 21-ajame amžiuje Europoje pereinant prie skaitmeninės ekonomikos, tradicinius gamybos procesus vis labiau keičia ar išstumia kultūros ir kūrybos sektorius (toliau – KKP). Kultūros ir kūrybos pramonė yra pagrįsta kultūrinėmis vertybėmis, individualiu kūrybingumu ir įgūdžiais ir turi potencialą intelektinės nuosavybės vertės pagrindu kurti gerovę bei darbo vietas. Kultūros ir kūrybos veikla, tarpe kitų, pagrįsti šie sektoriai: architektūra, archyvai ir bibliotekos, dailieji amatai, kultūros paveldas, dizainas. Kitaip nei kitos pramonės šakos, KKP pasižymi dvejopa jai būdinga verte: ši pramonė atlieka esminį vaidmenį išsaugant ir remiant Europos kultūrų ir kalbų įvairovę, stiprina Europos ir regioninės tapatybės pojūtį, padeda perduoti žinias bei vertybes ir išsaugo materialų ir nematerialų Europos paveldą dabarties bei ateities kartoms. Todėl strategiškai svarbu teikti paramą novatoriškai ir į mokslinius tyrimus orientuotai Europos KKP, nes ji pajėgi tiek išsaugoti kalbų ir kultūrų įvairovę, pliuralizmą, tiek pasiūlyti naujoviškas ir aukštos kokybės paslaugas, ypač rinkų susiliejimo ir globalizacijos sąlygomis. Balsavau už, nes pritariu pranešėjų nuomonei, kad norint išnaudoti visą sektoriaus potencialą būtina imtis suderintų veiksmų nacionaliniu, regioniniu bei vietos lygmeniu, taip pat ES lygmeniu.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με μια συνεκτική πολιτική της ΕΕ για τους κλάδους του πολιτισμού και της δημιουργικότητας, διότι θεωρώ πως πρέπει να παρθούν μέτρα ώστε όλα τα εμπλεκόμενα μέρη να έχουν μια δίκαιη αντιμετώπιση από άποψη αμοιβών.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport dresse de bons constats mais tend malheureusement à des solutions à l'échelle européenne. Bien qu'elle veuille mettre en place des mesures pour préserver un savoir-faire européen, l'UE veut se servir du développement de ces industries culturelles et créatives en faveur de sa «diplomatie culturelle», du marché unique numérique.

Le rapport est en outre obsédé par la mobilité des artistes, prétexte à des procédures facilitées d'obtention de visas pour les pays tiers et demande toujours davantage de fonds, ce qui n'a aucun sens si l'efficacité des programmes n'a pas encore été démontrée et si les fonds déjà à disposition ne sont pas utilisés à bon escient.

Aussi, malgré des constats pertinents sur le potentiel des PME dans le secteur des industries culturelles et créatives, que ce soit en termes d'innovations, de capacité de résilience ou de protection des patrimoines culturels et du savoir-faire européen, je regrette les approches européistes qui y sont développées. C'est pourquoi je me suis abstenue.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This report tries to legislate on the culture and creative industries of every country within the EU with a 'one-size-fits-all' package. We have seen, time and time again, that this approach does not work. Member States are best placed to protect, preserve and promote their own culture; therefore, I voted against this resolution.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte car je pense qu'il est plus que nécessaire de se pencher sur la question des secteurs de la création et de la culture. Il est important de cultiver, de soutenir, de promouvoir et de défendre les contenus culturels. Cela passe par la stimulation de l'innovation dans ces secteurs, la surveillance accrue de ceux-ci afin de leur apporter des solutions adaptées ou encore l'amélioration de l'accès aux financements. Tout cela nous permettra de valoriser 3 000 ans d'héritage culturel commun qui constituent l'image de l'Union européenne aux yeux du monde.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl nuoseklios ES kultūros ir kūrybos pramonės politikos. Kultūros ir kūrybos pramonė (KKP) atlieka labai svarbų vaidmenį Europos reindustrializacijoje, skatina augimą ir jos strateginė padėtis gali lemti naujovių sklaidą kituose sektoriuose, kaip antai turizmo, mažmeninės prekybos ir skaitmeninių technologijų. Todėl pritariu, kad ES galėtų atlikti lyderės vaidmenį skatindama reikšmingą teigiamą kūrybos sektorių poveikį visoje Europoje, taip pat remti politiką, kuria puoselėjamas jos unikaliausias turtas – kultūra.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés célja, hogy felhívja a jogalkotók figyelmét a kulturális és kreatív szektor alapvető nehézségeire, forráshiányára és erre vonatkozóan javaslatokat próbál megfogalmazni. A szektor egész Európában forráshiánnyal küzd és nehéz megtérülési ráta jellemzi, ami a befektetőket sok esetben elriasztja. Súlyosan érintik az ágazatot a szabadalmi és szerzői jogok érvényesítésének nehézségei a digitális platformok és az internetes platformok széleskörű fogyasztói használata miatt. Ezekre a problémákra kíván megoldási javaslatokat, garanciaeszközöket és a Horizont 2020 program keretén belül elkülönített forrásokat biztosítani a jelentés.

A jelentéstevő nemcsak a hagyományos kézműves szakmák, hanem a képzőművészeti és előadó-művészeti, elsősorban a népművészethez kapcsolódó kulturális tevékenységek támogatását és ezáltal a kultúra megőrzését szorgalmazza. Pozitív módon felhívja a Bizottságot és a tagállamokat a jelentéstevő, hogy „gondoskodjanak a kulturális örökség, a kulturális és nyelvi sokféleség és a hagyományos tudás, valamint az európai és nemzeti, regionális és helyi szakértelem megóvásáról". Ez a határon túli magyar kisebbségek számára egy olyan új forrást és lehetőséget jelent, ami az adott tagállamokat is kötelezi, hogy a kisebbségi nyelvoktatáshoz és a kisebbségi nyelvhasználathoz tartozó jogok fokozottabb érvényesítésével a kulturális sokszínűség megőrzését is elősegíthetik.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport comporte des points intéressants, parfois même très bons, notamment au niveau des PME dans le secteur des industries culturelles et créatives, mais il est malheureusement teinté d'un européisme qui porterait atteinte à la souveraineté des États membres en souhaitant mettre en place une politique industrielle à l'échelle de l'Union et non des États. Tout comme l'euro ne bénéficie qu'à certains pays et en fait souffrir d'autres, une politique européenne au niveau des PME risquerait de desservir certains pour en favoriser d'autres. J'ai préféré m'abstenir sur ce texte.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui invite la Commission à développer un cadre de politique industrielle cohérente et à long terme pour les secteurs de la culture et de la création. En effet, étant donné notamment l'importance du volume d'emploi que représentent ces secteurs au sein de l'Union, il convient de prévoir des conditions cadres pour stimuler l'innovation et assurer le financement de différents domaines d'activité. Il s'agit, par exemple, d'achever la mise en place d'un marché unique numérique afin de pouvoir bénéficier pleinement de ce que les TIC ont à offrir, mais également d'instaurer un système permettant de favoriser la R&D, la production européenne de contenus créatifs et l'innovation technologique dans les médias. Cela permettrait de favoriser la création de services compétitifs et créatifs dans l'Union.

Dans cette optique, le rapport encourage également les États Membres à inclure ces secteurs dans l'initiative pour l'emploi des jeunes afin d'y faciliter l'évolution de carrière et la formation. Enfin, il encourage la Commission à assurer le soutien financier pour la réalisation de ces objectifs via les différents programmes européens (tels qu'Horizon 2020, Erasmus+ et Europe Créative) et les Fonds structurels et d'investissement européens mis en place à cet effet.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Nel XXI secolo l'impegno per una crescita intelligente e sostenibile non può fare a meno dell'apporto prezioso che le industrie culturali e creative possono fornire, per la realizzazione di un sistema economico più competitivo e allo stesso tempo più inclusivo. La relazione Ehler-Morgano, che ho sostenuto con il mio voto, ha come obiettivo quello di indicare la via per sbloccare definitivamente il potenziale delle industrie creative e culturali in Europa. Il testo individua alcune misure da intraprendere, come: raccogliere statistiche e dati attendibili sul settore; favorire l'innovazione e l'imprenditorialità facilitando il crossover; migliorare l'accesso ai finanziamenti; sostenere nuovi modelli commerciali e soprattutto sviluppare competenze, come quelle commerciali, che consentano di far fronte alle mutevoli necessità di un ambiente sempre più toccato dalla transizione verso l'economia digitale e dal superamento delle catene di valore tradizionali. La relazione chiede alla Commissione di presentare un pacchetto legislativo ambizioso, che si occupi delle situazioni contrattuali precarie e assicuri il rispetto degli standard sociali e lavorativi fondamentali. Servono misure adeguate per ridurre il divario di valore e assicurare che gli autori, gli artisti e i titolari dei diritti ricevano un compenso equo per le loro creazioni.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Se trata de un informe conjunto de las comisiones ITRE y CULT sobre los retos y posibilidades que enfrentan las industrias creativas y culturales en la Unión. Entre otras cuestiones pone de relieve la necesidad de políticas activas de promoción, acceso a financiación, lucha contra la piratería, mejor participación de los autores y creadores en el reparto de beneficios, promover la cooperación intersectorial y la movilidad, mejorar las condiciones laborales de los trabajadores del sector y la brecha de género, etc. He votado a favor del informe, porque creo que estos aspectos son necesarios para sentar las bases de una política específica que permita valorizar el sector y hacerlo crecer de forma sostenible el conjunto de los Estados miembros.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre una política de la Unión coherente para los sectores cultural y creativo. Es fundamental pedir a la Comisión que proponga medidas eficaces para combatir la piratería en línea, en particular para garantizar que los servicios en línea que alojen contenidos apliquen medios eficaces para eliminar los contenidos sin licencia de sus servicios y, una vez eliminados, actúen para evitar que estos contenidos vuelvan a aparecer. Además, se pide que se promuevan «protocolos sobre activos de propiedad intelectual» que faciliten la valoración de los derechos de propiedad intelectual, e invitamos a la Comisión y a los Estados miembros a adoptar los mecanismos necesarios para aumentar el atractivo financiero de los derechos de propiedad intelectual y el reconocimiento de su pleno valor como activos.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur ce rapport relatif aux industries culturelles et créatives et sur lequel j'ai été rapporteur fictif pour mon groupe. Je considère en effet que les constats sur le potentiel des PME dans le secteur des industries culturelles et créatives est le bon: que ce soit en termes d'innovation, de capacité de résilience ou de protection des patrimoines culturels et des savoir-faire européens, les industries culturelles et créatives doivent être soutenues comme il se doit.

On pourrait garder tout le texte s'il visait les politiques industrielles des États membres et non une politique industrielle à l'échelle de l'Union. Malheureusement, comme à son habitude, l'Union tend à vouloir s'accaparer les capacités des États membres. C'est également le cas dans le domaine du droit d'auteur, qui est à la base des revenus des industries créatives et culturelles et que la Commission cherche à réglementer par une réforme de la directive actuelle, réforme qui par ailleurs risque d'autoriser excessivement les exceptions au droit d'auteur.

D'autres points sont par ailleurs discutables comme cette obsession européiste de la mobilité, ou encore la volonté d'accroître toujours plus les fonds européens des programmes concernés sans même s'assurer de leur bonne gestion.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Nonostante qualche passaggio apprezzabile, non condivido la proposta di accentrare il processo decisionale sui temi culturali nelle mani della Commissione, perché significherebbe non rispettare la diversità culturale dei vari Stati membri, imponendo invece un modello calato dall'alto. Per questo motivo ho preferito esprimermi con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Las industrias culturales y creativas no son unas industrias más. Desde luego, tienen una importancia económica crucial, al generar más de doce millones de puestos de trabajo y más del 5 % del PIB de la Unión. Pero su valor trasciende las meras cifras: de ellas no solo depende nuestro legado cultural sino que constituyen nuestra carta de presentación ante el mundo.

Ante el cambio de paradigma que la digitalización trae consigo, es necesario dotarlas de las herramientas necesarias para su desarrollo.

Como reclamamos en el informe, del que he sido ponente socialista en la Comisión ITRE, urge reforzar su capacidad financiera, mejorando su percepción como un sector atractivo para la inversión, pero también habilitando fondos públicos, muy mermados en estos años de crisis.

Urge luchar contra la falsificación y la piratería y garantizar una remuneración justa, atajando la transferencia de valor entre creadores y otros actores de la cadena de valor.

Y, por supuesto, urge garantizar los más altos estándares sociales y laborales de sus trabajadores.

Digitalización no puede convertirse en sinónimo de precarización, sino de desarrollo, oportunidades e inclusión.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo dėl nuoseklios ES kultūros ir kūrybos sektorių politikos. Kultūra, menas, kūrybiškumas – tai tikrasis Europos įvaizdis ir jos turtas pasaulyje. 21-ajame amžiuje Europoje pereinant prie skaitmeninės ekonomikos, kultūros ir kūrybos pramonė vis labiau keičia tradicinius gamybos procesus ir tradicines vertės grandines. Šiandien kokybiško turinio kūrimas, galimybė kurti naujoves, pasakoti, įsivaizduoti, pažadinti emocijas, tapo mūsų brangiausiu *materia prima*. Tai būtina plėtoti, remti, puoselėti ir ginti. Kultūros ir kūrybos pramonė – tai pramonė, pagrįsta kultūrinėmis vertybėmis, individualiu kūrybingumu, įgūdžiais bei talentu, turinti potencialą intelektinės nuosavybės vertės pagrindu kurti gerovę bei darbo vietas. Kultūros ir kūrybos veikla pagrįsti šie sektoriai: architektūra, archyvai ir bibliotekos, dailieji amatai, audiovizualiniai kūriniai (įskaitant filmus, televiziją, vaizdo žaidimus ir daugialypę terpę), kultūros paveldas, dizainas, kūrybingumu pagrįsta prabangos prekių pramonė ir mada, festivaliai, muzika, scenos menas, knygos ir leidyba, radijas ir vaizduojamieji menai. Europos kultūros ir kūrybos pramonės šaknys ir gyvybingumo šaltinis – tai Europos kultūros ir meno unikalumas, atsispindintis 3 000 metų senumo bendrame kultūros pavelde.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A jelentés hangsúlyozza az innovatív és kutatásorientált európai kulturális és kreatív iparágak támogatását, amelyek biztosítani tudják a nyelvi és kulturális sokféleség megőrzését, emellett pedig innovatív és magas színvonalú szolgáltatásokat kínálnak. Ide tartoznak pl. a különböző művészeti alkotások, audiovizuális termékek (filmek, televíziós műsorok, videójátékok), zene, kulturális örökség, fesztiválok stb. A kreatív és kulturális iparágak hozzájárulnak az európai tudás és értékek megőrzéséhez, továbbadásához, ugyanakkor hozzájárulnak a foglalkoztatás, a beruházások és a versenyképesség növeléséhez. Ezért a kreatív és kulturális iparágak jövője különösen fontosak.

A kreatív iparágak különösen hangsúlyosak az európai kutatás-fejlesztési piacon. Sok esetben az alacsony belépési korlátok miatt olyanok is be tudnak kerülni egy adott terület élvonalába, akik más, tőkeintenzívebb beruházásokra képtelenek lennének. Ez a vonás a korábbinál szélesebb rétegeknek is lehetőséget teremt az európai innovációban való részvételhez. A kreativitás a kultúra és a művészet valamennyi megjelenési formájára alapul, és az oktatás szerves része kell, hogy legyen. Ezért különösen fontos emlékeztetni a tagállamokat arra, hogy iskolai tantervükben szerepeltessék a művészeti, a zenei, a színházi és a filmművészeti oktatást, mivel ezek a kulturális örökséggel, a művészeti gyakorlattal és a kreativitással kapcsolatos tudás elmélyítésének kulcsfontosságú tényezői.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – La cultura e l'arte europea rappresentano 3 000 anni di patrimonio culturale comune. In un momento di timida ripresa economica, le industrie culturali e creative sono un potenziale «da sbloccare», valorizzando il loro significativo impatto in termini di crescita sostenibile e occupazione. Si tratta di una fitta rete di PMI e start-up innovative direttamente legate ad arte, cultura e creatività, che promuovono non solo la salvaguardia del nostro patrimonio culturale, ma generano anche valore dalla proprietà intellettuale. Sostengo questa relazione, che sottolinea come per realizzare a pieno il potenziale del settore sia necessaria un'azione concertata a livello comunitario. Facilitare l'accesso al mercato nonché ai fondi europei disponibili per l'industria culturale significa infatti sostenere un settore che fornisce posti di lavoro per oltre il 7 per cento della popolazione attiva dell'Unione europea.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće u kojem se prepoznalo kulturnu i kreativnu industriju (CCIs) koja se tradicionalno temelji na kulturnim vrijednostima i kreativnosti kao strateškom sektoru za stvaranje radnih mjesta i održivog razvoja.

Izvješće podržava kulturnu baštinu i inovacije te se usredotočilo na nekoliko mjera za ostvarivanje punog potencijala ovog sektora, uz naglašavanje važnosti obrazovanja, vještina i obuke.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Les constats sur le potentiel des PME dans le secteur des industries culturelles et créatives sont les bons, que ce soit en termes d'innovations, de capacité de résilience ou de protection des patrimoines culturels et des savoir-faire européens. On pourrait garder tout le texte s'il visait les politiques industrielles des États membres, et non, une politique industrielle à l'échelle de l'Union. Je me suis donc abstenue.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against this report. The report calls on the Commission to develop a comprehensive, coherent and long-term industrial policy framework for the creative and cultural sector (cultural and creative industries – CCI), and to provide funding for CCIs, in order to boost their competitiveness and to enable them to fulfil their potential in terms of creating quality jobs and growth. To achieve this goal, the report – while recognising the diverse nature of CCIs and, accordingly, of their specific funding and innovation needs – proposes a harmonised definition of CCIs on which statistical data should be based.

The report proposes the creation of a single EU-wide definition and statistics for the CCI. It seems contradictory because on the one hand the report admits European cultural richness and diversity, but on the other hand it proposes the creation of a definition that is necessarily reductive and debatable. The report also calls for the strengthening and completion of the European Digital Single Market which has many negative aspects. Despite the positive elements, this report overall seeks to reduce cultural diversity and treat the cultural sector as a commodity.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Nell'Europa del XXI secolo, con la transizione all'economia digitale, le ICC (Industrie Culturali e Creative) stanno progressivamente soppiantando i processi tradizionali di produzione e le catene di valore tradizionali. Oggi la produzione di contenuti di qualità e la capacità di innovare, di narrare, di immaginare, di evocare emozioni sono diventate la nostra materia prima più preziosa: una materia da coltivare, supportare, promuovere e difendere. Esse preservano e promuovono la diversità culturale e linguistica europea, contribuiscono a trasmettere le conoscenze e i valori e a salvaguardare il patrimonio materiale e immateriale per le generazioni presenti e future e, al contempo, come dimostrano chiaramente i dati, sono strumento di coesione sociale, occupazione e crescita. Un approccio organico alle ICC è fondamentale per sostenere il rilancio di tante imprese europee, in Italia, Spagna, Grecia, Francia e in altri paesi che hanno subito la crisi.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à reconnaître le rôle et le potentiel des industries culturelles et créatives ainsi qu'à favoriser leur développement et leur rayonnement. Ces industries, difficilement délocalisables, sont pourvoyeuses d'emplois et contribuent à faire émerger de nombreuses innovations. C'est la raison pour laquelle il est indispensable de mettre en place des dispositifs visant à préserver un savoir-faire européen tout en luttant contre le piratage et la contrefaçon. Ce rapport demande également d'exclure les secteurs de la culture et des services audiovisuels de tout accord entre l'Union européenne et les pays tiers. Il est particulièrement regrettable que ces protections ne bénéficient pas à d'autres secteurs stratégiques comme l'agriculture, la sidérurgie ou l'automobile. Cependant, nous nous opposons à la création d'une politique industrielle commune dans ce secteur d'activité. Comme à son habitude, l'Union européenne s'octroie de nouvelles prérogatives au détriment de notre souveraineté nationale. Je me suis donc abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Industriile culturale și creative reprezintă un sector important la nivelul Uniunii Europene, care are la bază o serie de valori precum creativitatea, competențele artistice și culturale. Industriile culturale generează atât locuri de muncă, având un impact pozitiv asupra economiei, cât și plusvaloare pentru patrimoniul cultural european. Acest segment include contribuții culturale și creative precum arta spectacolului, patrimoniul cultural, artizanatul artistic, bibliotecile și, nu în ultimul rând, audiovizualul.

Având în vedere importanța industriilor culturale și creative, se impun o serie de măsuri și eforturi pentru a consolida și sprijini acest domeniu. Prezentul raport propune șapte domenii cheie de politici, printre care: monitorizarea dezvoltării sectorului în vederea creării de soluții adaptate scopului urmărit pentru ICC, abordarea evoluției nevoilor de competențe și depășirea deficitului de competențe, colectarea de statistici și date fiabile bazate pe o definiție cuprinzătoare, în vederea sensibilizării cu privire la caracteristicile și nevoile sectorului.

Industriile culturale și creative au un rol esențial în conservarea diversității culturale, a patrimoniului european, a pluralismului, motiv pentru care m-am exprimat în favoarea acestui raport și am încredere că, prin intermediul acestui instrument, industriile culturale și creative se vor bucura de un mai mare sprijin.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Les secteurs de la culture et de la création en Europe représentent un potentiel très important en termes d'innovation, de croissance et de création d'emplois. Ils fournissent plus de 12 millions d'emplois, soit 7,5 % de la main-d'œuvre de l'Union. Les secteurs de la culture et de la création sont très importants dans la mesure où ils permettent de préserver la diversité culturelle et linguistique européenne mais également parce qu'ils contribuent à la compétitivité de l'Europe dans le monde. Pour cette raison, l'Union doit se doter d'un cadre politique, stratégique et juridique de long terme pour ces secteurs. Cette stratégie doit permettre à la fois de créer des incitations à l'innovation mais doit également les protéger. L'Europe doit devenir la première puissance mondiale en matière d'innovation et de connaissance. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in oggetto, che offre validi suggerimenti alla Commissione per la costruzione di una politica dell'UE coerente per le industrie culturali e creative (ICC).

Come ho avuto modo di esprimermi più volte sul tema, l'Unione europea deve cambiare direzione, mettendo la cultura al centro della sua politica estera. Puntare sulla collaborazione culturale con i suoi partner interni ed esterni concorre a rilanciare l'immagine dell'Unione ed a promuovere un ordine mondiale basato su pace, rispetto dei diritti umani e comprensione reciproca.

In quest'ottica, le ICC rappresentano un utile tassello di collegamento nella strategia per le relazioni culturali internazionali, tra l'ambiente delle ICT in costante evoluzione e quello della valorizzazione di una più forte coscienza europea, creando un senso di appartenenza e di comprensione reciproca tra i cittadini dei vari paesi membri.

All'uopo, va reso coerente ed armonizzato il quadro normativo di riferimento del diritto d'autore e della proprietà intellettuale, con modalità capaci di stimolare l'utilizzo delle nuove tecnologie.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report on the proposed harmonisation of policies related to cultural and creative industries (CCIs). The report proposes the creation of a single EU-wide definition and statistics for CCIs. This is completely contradictory, since on the one hand the report admits European cultural richness and diversity, but on the other proposes the creation of a definition that is necessarily reductive and debatable.

The report as a whole views the cultural sector as a commodity rather than accepting its true value. For these reasons I voted against.

James Carver (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative report on a coherent EU policy for cultural and creative industries. We do not think that cultures in Europe would benefit from new EU measures and policies in this field. We believe that each Member State should have the right to decide independently on how to preserve and promote its culture.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I agree that the Commission should develop a comprehensive, coherent and long-term industrial policy framework for the creative and cultural sector, and to provide adequate funding for cultural and creative industries (CCIs), in order to boost their competitiveness and to enable them to fulfil their potential in terms of creating quality jobs and growth. To achieve this ambitious goal, the report proposes a harmonised definition of CCIs on which statistical data should be based. The report also calls on the Commission to establish a balanced legal framework, including in the field of copyright, based on the specificities of the sector. It further recommends cross-sectorial cooperation to foster interaction between SMEs and research centres and universities, in order to better integrate creative with entrepreneurial education and to strengthen the business skills of creative entrepreneurs.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione intende fornire indicazioni politiche per lo sviluppo delle industrie culturali e creative europee, particolarmente alla luce della tendenza di forte digitalizzazione, di iniziative ad essa legate (ad esempio portabilità di contenuti) e in vista dell'annunciata modernizzazione del quadro giuridico per i diritti di proprietà intellettuale (copyright). L'approccio è piuttosto convenzionale, puntando sulla preservazione dei modelli di business esistenti, fortemente orientati alla protezione dei titolari dei diritti, quando necessario attraverso misure soprattutto restrittive e sanzionatorie; punta su un modello di cultura di massa, essenzialmente consumistico, dove il trattamento del prodotto culturale richiede la sua mercificazione. Insieme alla delegazione M5S Europa, ho votato contro.

Jean-Marie Cavada (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car, si la transition numérique est aujourd'hui incontournable, elle ne peut pas pour autant aller à contre-courant de la pérennité d'une culture vivante, porteuse d'une importante croissance. En ce sens, des conditions équitables doivent continuer à être mises en place afin de protéger les créateurs face aux géants du numérique qui constituent un monopole. En effet, si les contenus créatifs sont désormais de plus en plus accessibles, les revenus des créateurs ont, eux, très largement chuté. Dans le respect de la propriété intellectuelle et afin de défendre les créateurs, il est inacceptable que les plateformes continuent à capter une grande partie de la valeur ajoutée créée par les contenus créatifs.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – Precarious working conditions and insecure forms of income are common practice in the creative industry sector, and that is why our House calls on the Commission to draw up an ambitious legislative package for artists and creative workers.

Sadly, women face the same barriers in these industries as in most others, which means a huge gender pay gap and an even bigger pension gap exist. Furthermore, there is a very high proportion of women who work in these industries, and more often than not they are declared as self-employed, facing serious challenges as mothers and working women.

Cultural and creative work requires the same commitment to fundamental social and labour standards on the part of the Commission and the Member States as in any other sectors, and this must also apply to negotiating mandates for trade agreements.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Le industrie culturali e creative (ICC) fatturano nell'Unione europea 547 miliardi di euro ogni anno, pari al 4 per cento circa del PIL nominale dell'intera Unione.

Ritengo che il quadro giuridico che regolamenta il diritto d'autore e la proprietà intellettuale vada rivisto ed adattato alle sfide dell'era digitale. In particolare, la relazione, per la quale ho espresso voto favorevole, sottolinea che le istituzioni europee dovrebbero definire norme che riconoscano un'equa retribuzione e una adeguata protezione giuridica a tutti i soggetti coinvolti nel processo creativo. Tale riforma mi sembra particolarmente urgente in alcuni settori, quali ad esempio l'alta moda poiché le contraffazioni causano notevoli riduzioni delle entrate alle imprese, con conseguenti perdite di posti di lavoro, oltre ai rischi connessi alla protezione della salute dei consumatori.

Credo inoltre che la Commissione debba sviluppare finanziamenti e fondi su misura per le industrie culturali e creative al fine di stimolare lo sviluppo e l'innovazione in tali settori.

Sono convinta, infine, che l'Unione europea debba incrementare le tutele applicabili ai lavoratori delle industrie culturali e creative in materia di contratti, strumenti di rappresentazione collettiva, previdenza sociale, assicurazione malattia e tassazione al fine di combattere le forme di precariato esistenti e facilitare la mobilità degli artisti in tutta l'Unione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και υπογραμμίζουμε ότι στην Ευρώπη του 21ου αιώνα, με τη μετάβαση στην ψηφιακή οικονομία, οι ΚΠΔ αντικαθιστούν ολοένα και περισσότερο τις παραδοσιακές διαδικασίες κατασκευής και τις παραδοσιακές αξιακές αλυσίδες. Σήμερα, η παραγωγή ποιοτικού περιεχομένου, η ικανότητα για καινοτομία, αφήγηση, φαντασία, πρόκληση συναισθημάτων, έχουν γίνει η πολυτιμότερή μας materia prima. Οφείλουμε λοιπόν να την καλλιεργήσουμε, να τη στηρίξουμε, να την προωθήσουμε, να την υπερασπιστούμε.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με μια συνεκτική πολιτική της ΕΕ για τους κλάδους του πολιτισμού και της δημιουργικότητας αποτελεί μια θετική προσπάθεια υιοθέτησης κοινής στάσης των κρατών μελών της ΕΕ ως προς πολιτιστικά ζητήματα, που στόχο έχει την προστασία αλλά και ανάδειξη δημιουργικών δυνάμεων της Ευρώπης. Ως εκ τούτου ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – La relazione vuole delineare una politica industriale per il settore delle industrie culturali e creative, accentrando però i poteri decisionali del settore culturale alla Commissione europea. La relazione contiene anche passaggi condivisibili che sono tuttavia offuscati da una centralizzazione decisionale non rispettosa delle diversità culturali. Voto di astensione.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – La nostra civiltà ha fornito un apporto non indifferente al patrimonio culturale mondiale e affinché si prosegua nel cammino intrapreso migliaia di anni or sono, voto convintamente a favore della relazione. Unitamente all'indiscutibile valore culturale, va aggiunta la forte impronta impressa nell'inclusione e nella coesione sociale e tali elementi essenziali conducono ad un'eminente considerazione delle industrie culturali e creative in virtù degli stimoli indotti sull'innovazione in altri settori. Promuovere la creatività, ad oggi, implica dunque un generale accrescimento del benessere psichico, sociale ed economico dell'essere umano e pertanto si rende prioritaria l'istituzione di un quadro di politica industriale globale, coerente e di lungo termine per le ICC al fine di collezionarne dati, accrescerne competitività e capacità di realizzare nuovi posti di lavoro di qualità. Realizzare quanto fin qui esposto si renderà possibile attraverso una cooperazione intersettoriale per integrare la creatività con un'educazione imprenditoriale efficace. Inoltre, andrebbero introdotte nuove forme di finanziamento per le ICC, che sono prevalentemente PMI, attraverso partnership pubblico-private. Ripongo estrema fiducia nel ruolo e nell'attività svolta dalle ICC e attendo trepidante l'adozione delle politiche promosse per favorirne lo sviluppo dal momento che esse sono pregne di effetti positivi in ambiti prioritari per uscire dalla crisi che affligge l'UE.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on a coherent EU policy for cultural and creative industries.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – As indústrias culturais e criativas (ICC) caracterizam-se pelo seu duplo valor intrínseco: desempenham um papel fundamental na preservação e na promoção da diversidade cultural e linguística da Europa, reforçam o sentimento de pertença à identidade europeia e regional, contribuem para a transmissão de conhecimentos e valores e preservam o património cultural e imaterial da Europa para as gerações atuais e vindouras.

Torna-se, pois, estrategicamente importante apoiar as ICC inovadoras e orientadas para a investigação.

Para concretizarmos todas as potencialidades do setor, é necessária uma ação concertada a nível nacional, regional e local, mas também à escala da UE, sendo necessário: reunir estatísticas e dados fiáveis sobre o setor; estimular a inovação e o empreendedorismo no setor cultural e criativo; melhorar o acesso ao financiamento e desenvolver competências, incluindo qualificações empresariais.

AS ICC desempenham um papel essencial na reindustrialização da Europa, são um motor de crescimento e ocupam uma posição estratégica para desencadear efeitos positivos a nível da inovação noutros setores, como o turismo, o comercio retalhista e as tecnologias digitais.

A UE deve assumir um papel de liderança na promoção do importante impacto positivo dos setores criativos em toda a Europa, promovendo a sua cultura.

Pelo exposto, apoio o presente relatório.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn wir müssen einen Rechtsrahmen gestalten, der die innovative und forschungsorientierte europäische Kultur- und Kreativwirtschaft fördert und schützt. Das wirtschaftliche Potenzial dieser Branche ist enorm und es spielt eine entscheidende Rolle bei der Reindustrialisierung der EU. Resultat der Gestaltung dieses Rechtsrahmens sollte ein fairer und effektiver Markt sein, der die Interessen der Künstler, Urheber und Designer im Kultur- und Kreativsektor, aber auch der Plattformbetreiber und der Nutzer berücksichtigt.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative report on a coherent EU policy for cultural and creative industries. We do not think that cultures in Europe would benefit from new EU measures and policies in this field. We believe that each Member State should have the right to decide independently on how to preserve and promote its culture.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del testo in quanto le industrie creative e culturali svolgono a mio avviso un ruolo fondamentale nella reindustrializzazione dell'Europa e sono un elemento trainante per la crescita collocandosi in posizione strategica per stimolare ricadute innovative in altri settori industriali, come ad esempio quelli relativi al turismo, al commercio al dettaglio e alle tecnologie digitali. Su queste tematiche l'UE potrebbe assumere un ruolo guida nel promuovere maggiormente gli importanti effetti positivi che i settori creativi sortiscono in tutta Europa, anche per incentivare sempre maggiormente politiche a sostegno della cultura europea.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe porque, pese a contener numerosos puntos positivos, supone una propuesta que garantiza la participación de los grandes actores económicos. El desarrollo de unas industrias culturales y creativas depende de que los autores obtengan una justa remuneración por su trabajo pero sin que esto suponga formas de bloqueo del desarrollo de dicha industria y de sus servicios a la ciudadanía. El informe contiene referencias positivas en el sentido de la inclusión de los derechos de los creadores, pero también garantiza la concentración de los derechos de propiedad intelectual a través de su financiarización. Es por esto por lo que no he podido votar a favor del presente informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Le industrie culturali e creative sono i settori che poggiano sui valori culturali, sulla creatività, sulle competenze e sul talento individuali, che hanno il potenziale di creare ricchezza e occupazione, generando valore dalla proprietà intellettuale. Pertanto diventa strategicamente importante sostenere le ICC europee innovative e orientate alla ricerca, in quanto esse sono in grado di preservare la diversità culturale e linguistica, il pluralismo e l'offerta di servizi innovativi e di qualità elevata, soprattutto nel contesto del mercato convergente e globalizzato. Sebbene il consumo dei contenuti creativi non sia mai stato così elevato, oggi il divario di valore a scapito dei creatori, ha creato un mercato inefficiente e ingiusto e costituisce una minaccia per la salute a lungo termine dei settori creativi e culturali dell'UE e per il successo del mercato unico digitale. Pertanto ho accolto con favore la presente risoluzione, che invita la Commissione alla identificazione di soluzioni giuridiche applicabili ai servizi online che permettano di superare la distorsione del mercato.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Atuurile care definesc Europa în lume sunt: cultură, artă și creativitate. În cei 3000 de ani de moștenire culturală, industriile culturale și creative au marcat evoluția civilizațiilor europene. Sprijinirea acestora, mai ales într-un context al tranziției la economia digitală, devine o nevoie strategică, întrucât acestea sunt menite să conserve diversitatea lingvistică și culturală, dar și pluralismul etnic. Pe lângă impactul economic generat de aceste industrii, acestea reprezintă și un pilon solid în consolidarea parteneriatelor internaționale. Am votat pentru susținerea acestor industrii care joacă un rol esențial în reindustrializarea Europei și care reprezintă un vector pentru creșterea economică. Consider că Uniunea Europeană trebuie să-și asume rolul de lider în promovarea politicilor care susțin cultura.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - A kulturális és a kreatív iparágak (kki-k) azok az iparágak, amelyek kulturális értékekre, egyéni kreativitásra, készségekre és tehetségre alapulnak, valamint a szellemi tulajdonra alapuló értékteremtés útján képesek vagyont és munkahelyeket teremteni. Összekapcsolják a művészetet, a kultúrát az üzlettel és a technológiával. A kki-k további fejlődéséhez átfogó európai szintű iparági stratégia szükséges. Az Európai Parlament jelentése felhívja a Bizottságot, hogy hozzon létre a kulturális és kreatív ágazat számára egy átfogó és hosszú távú iparági szakpolitikai keretet, továbbá, hogy az EU a kki-k fejlesztését, ösztönzését és finanszírozását szerepeltesse stratégiai célkitűzései között. A kki-iparágakban rengeteg lehetőség rejlik. Munkahelyek teremtése szempontjából is lényeges szektorról van szó, éppen ezért lenne rá kedvező hatással egy jogi keretrendszer létrehozása, amely figyelembe veszi az ágazati sajátosságokat és teret ad a további innovációknak.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przyjęciem sprawozdania, które wzywa Komisję do opracowania spójnych i długoterminowych ram polityki przemysłowej dla sektora kultury i branży twórczej oraz które wzywa UE do włączenia rozwoju, promocji i ochrony branży sektora kultury i sektora kreatywnego do swoich strategicznych celów i ogólnych priorytetów politycznych. Uważam, że sektor kultury i sektor kreatywny to branże bazujące na wartościach kulturowych i kreatywności jednostki oraz umiejętnościach i talentach, które mogą generować dochody i tworzyć miejsca pracy. Szczególnego znaczenia nabiera ochrona tradycyjnych procesów produkcyjnych i tradycyjnych łańcuchów wartości w czasach postępującego rozwoju w sektorze gospodarki cyfrowej. Należy zaznaczyć, że Komisja powinna zwrócić szczególną uwagę na kwestie dotyczące odpowiedzialności platform internetowych, warunków na rynku pracy oraz prób zwiększenia budżetu programu Kreatywna Europa.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Cultural and creative industries have the potential to help to alleviate the current economic and employment difficulties in the European Union and promote inclusive and sustainable growth as well as innovation. I am in favour of this report, which deals with the precarious contractual situation in the cultural and creative industries and ensures respect for fundamental social and labour standards. We need to reduce the value gap and ensure that authors, creators, performers and right holders receive fair remuneration for their works.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome the adoption of this report which represents a supportive policy framework that can help cultural and creative industries deliver jobs and growth. I believe an EU policy framework for the cultural and creative industries must support, not burden, small business.

Jakop Dalunde (Verts/ALE), *skriftlig*. – Den kulturella och kreativa näringen är en viktig del av Europas samhälle och ekonomi. Initiativyttrandet lyfter på flera ställen fram bra initiativ och behov som näringen skulle vara förtjänt av. Vi ser det emellertid som problematiskt att hårdare upphovsrättslagstiftning ses som ett av de viktigaste verktygen för att säkra industrins framtid. Av dessa skäl har den svenska gröna delegationen valt att lägga ned sin röst vad gäller betänkandet om en enhetlig EU-politik för den kulturella och kreativa sektorn.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Este cert faptul că femeile se confruntă și în cadrul industriilor culturale și creative cu aceleași bariere ca în alte sectoare economice, în special în ceea ce privește decalajul de remunerare și de pensii dintre femei și bărbați, accesul la finanțare, stereotipurile, formarea și învățarea pe tot parcursul vieții. Consider că potențialul imens al femeilor inovatoare și antreprenoare și rolul important pe care acestea îl joacă în industriile culturale și creative trebuie stimulat și, prin urmare, cred că toate statele membre trebuie încurajate să asigure sprijinul financiar și formarea adecvate, prin promovarea schimbului de bune practici în cadrul industriilor culturale și creative.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative recommande à la Commission européenne l'élaboration d'un cadre industriel stratégique à long terme complet et cohérent pour les secteurs de la culture et de la création, et l'octroi de fonds suffisants aux industries culturelles et créatives (ICC). Les députés européens souhaitent en effet stimuler la compétitivité de ces secteurs, afin qu'ils expriment leur potentiel en matière de création d'emplois de qualité et de croissance. À cette fin, le rapport propose notamment une définition harmonisée des ICC sur laquelle les données statistiques devront se fonder. Il appelle également à un renforcement de la coopération entre les PME et les centres de recherche et les universités, pour favoriser l'intégration des innovations dans l'économie. Enfin, le rapport propose de diversifier les outils et fonds à disposition des entreprises pour encourager l'investissement. Soutenant ces objectifs, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative report on a coherent EU policy for cultural and creative industries. We do not think that cultures in Europe would benefit from new EU measures and policies in this field. We believe that each Member State should have the right to decide independently on how to preserve and promote its culture.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport sur une politique cohérente de l'Union européenne pour le secteur créatif. Avec plus de 12 millions d'emplois à plein temps, le secteur créatif est indéniablement un pan important de l'économie européenne. Afin de développer davantage ce secteur, l'Union et ses États membres doivent assurer la cohérence de leurs politiques de soutien. Cela doit se traduire par l'adoption d'une définition harmonisée du secteur, ainsi que par l'élaboration d'un cadre législatif réglant ses défis les plus problématiques, par exemple, les questions de la numérisation et des droits d'auteur.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A jelentés hangsúlyozza az innovatív és kutatásorientált európai kulturális és kreatív iparágak támogatását, amelyek biztosítani tudják a nyelvi és kulturális sokféleség megőrzését, emellett pedig innovatív és magas színvonalú szolgáltatásokat kínálnak. Ide tartoznak pl. a különböző művészeti alkotások, audiovizuális termékek (filmek, televíziós műsorok, videójátékok), zene, kulturális örökség, fesztiválok stb.

A kreatív és kulturális iparágak hozzájárulnak az európai tudás és értékek megőrzéséhez, továbbadásához, ugyanakkor hozzájárulnak a foglalkoztatás, a beruházások és a versenyképesség növeléséhez is. Ezért a kreatív és kulturális iparágak jövője különösen fontos.

A kreatív iparágak különösen hangsúlyosak az európai kutatás-fejlesztési piacon. Sok esetben az alacsony belépési korlátok miatt olyanok is be tudnak kerülni egy adott terület élvonalába, akik más, tőkeintenzívebb beruházásokra képtelenek lennének. Ez a vonás a korábbinál szélesebb rétegeknek is lehetőséget teremt az európai innovációban való részvételhez.

A kreativitás a kultúra és a művészet valamennyi megjelenési formájára alapul, és az oktatás szerves része kell, hogy legyen. Ezért különösen fontos emlékeztetni a tagállamokat arra, hogy iskolai tantervükben szerepeltessék a művészeti, a zenei, a színházi és a filmművészeti oktatást, mivel ezek a kulturális örökséggel, a művészeti gyakorlattal és a kreativitással kapcsolatos tudás elmélyítésének kulcsfontosságú tényezői.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché ritengo che le industrie culturali e creative (ICC) europee siano innovative e orientate alla ricerca. Nel mercato globalizzato le ICC hanno la potenzialità di preservare la diversità culturale e linguistica salvaguardando così il patrimonio culturale per le generazioni future. Inoltre, le ICC sono promotrici di crescita economica e dell'occupazione con 3 milioni di imprese e 12 milioni di dipendenti nell'UE.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – L'une des forces de l'économie européenne est sa capacité à créer et à innover. Le secteur des industries culturelles et créatives contribue à hauteur de 39 % au PIB de l'Union. Il emploie davantage de personnes que le secteur automobile et est hautement compétitif à l'international.

Afin que ce secteur puisse continuer à se développer, il est essentiel qu'il bénéficie d'un soutien politique et financier adéquat. Or, en comparaison à d'autres industries européennes, il a à sa disposition assez peu d'instruments de soutien financier.

Pour remédier à ce déséquilibre, deux orientations doivent être préconisées. D'une part, la mise en place d'un véritable cadre de politique industrielle permettant un soutien de la culture sur le long terme. D'autre part, des politiques nationales qui œuvrent en soutien à ce cadre européen.

Notre législation doit aussi apporter des réponses aux problématiques soulevées par la révolution numérique. Par exemple, les droits d'auteur doivent être modernisés pour protéger les créateurs et responsabiliser les hébergeurs et les intermédiaires, et ainsi permettre à tous de profiter de l'offre culturelle de façon juste et durable.

Enfin, rappelons que préserver la vitalité de la culture européenne est essentiel au dynamisme intellectuel de nos sociétés et participe à la définition de notre identité.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce texte.

Ce rapport souligne quelques éléments intéressants sur ces industries, en particulier qu'elles sont difficilement délocalisables et peuvent jouer un rôle moteur dans la réindustrialisation et dans la relance de l'emploi par la formation aux métiers manufacturiers; qu'elles sont représentatives du savoir-faire européen à l'étranger, d'autant plus qu'elles sont généralement exclues de tout accord avec des États tiers.

Nous approuvons également l'analyse portant sur les PME dans le secteur culturel.

Néanmoins, nous ne sommes pas favorables à une mainmise toujours plus forte de la Commission sur ce secteur d'activité, notamment en ce qui concerne la réglementation des droits d'auteurs. En outre, l'insistance sur le marché unique et la mobilité des artistes semble paver la voie à des facilités d'obtention de visas en faveur de ressortissants d'États tiers.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Културните и творческите индустрии се нуждаят от подкрепа за тяхното развитие и просперитет. Политиките, които води Европейският съюз в това отношение, трябва да бъдат последователни и затова инициативата за такъв доклад беше изцяло подкрепена от мен. Доволен съм и от крайния резултат, постигнат след известни компромиси и от страна на моята политическа група. Затова и подкрепих доклада.

Културните и творческите индустрии са базирани на културните ценности, на индивидуалното творчество, умения и таланти, които имат потенциал за генериране на богатство и работни места чрез създаване на стойност от интелектуална собственост. Статистиката показва, че 7,5% от работната сила на ЕС се осигурява от тези индустрии, които са доказали своя растеж през последните години.

Докладът анализира влиянието и потенциала на културните и творческите индустрии и призовава те да бъдат включени в стратегическите цели на Европейския съюз, както и в общите политически приоритети.

Linnéa Engström (Verts/ALE), *skriftlig*. – Den kulturella och kreativa näringen är en viktig del av Europas samhälle och ekonomi. Initiativyttrandet lyfter på flera ställen fram bra initiativ och behov som näringen skulle vara förtjänta av. Vi ser det emellertid som problematiskt att hårdare upphovsrättslagstiftning ses som ett av de viktigaste verktygen för att säkra industrins framtid. Av dessa skäl har den svenska gröna delegationen valt att lägga ned sin röst vad gäller betänkandet om en enhetlig EU-politik för den kulturella och kreativa sektorn.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Είναι γεγονός πως ο πολιτιστικός φορέας έχει δημιουργήσει θέσεις εργασίας, οδηγώντας στη δημιουργία νέων επιχειρηματικών μοντέλων που έχουν ως στόχο την ψηφιοποίηση της πολιτιστικής κληρονομιάς, την ολοκλήρωση της ψηφιακής ενιαίας αγοράς, τον εκσυγχρονισμό των εκπαιδευτικών διαδικασιών, καθώς και στην καλλιέργεια ισχυρών στρατηγικών δεσμών μεταξύ της πολιτικής στον τομέα του πολιτισμού και των κοινών και παραγωγικών πόρων.

Οφείλουμε λοιπόν να καλλιεργήσουμε, να στηρίξουμε, να προωθήσουμε, να υπερασπιστούμε τον Πολιτισμό, την τέχνη και τη δημιουργικότητα.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I abstained on the vote on this report as it did not address intellectual property rights effectively. The creative industries in Wales are an important sector for both culture and the economy and I do not feel this own-initiative report does enough to protect their interests.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. — Le imprese culturali e creative hanno bisogno di un quadro politico chiaro per orientare il proprio sviluppo nel grande processo di digitalizzazione che stiamo vivendo. La relazione in questione doveva dare slancio a nuovi modelli di business e nuovi modelli di cultura e innovazione, tutelando maggiormente i creatori delle opere, autori ed esecutori e meno ai titolari dei diritti. Al contrario, l'approccio convenzionale di preservazione dei modelli di business esistenti, fortemente orientati alla protezione dei titolari dei diritti, e di modelli di cultura di massa, consumistici e mercificati, va in direzione completamente opposta. Ho votato negativamente.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – As indústrias culturais e criativas são as indústrias que têm por base os valores culturais, a criatividade individual, as competências e o talento com potencial para gerar riqueza e emprego através da criação de valor a partir da propriedade intelectual.

Por isso, para concretizar todas as potencialidades do setor, é necessária uma ação concertada a nível nacional, regional e local, mas também à escala da UE.

Reunir estatísticas e dados fiáveis com base numa definição abrangente, de modo a sensibilizar para as características e as necessidades do sector, acompanhar a evolução do setor, a fim de criar soluções para as ICC adequadas à finalidade, estimular a inovação e o empreendedorismo no setor cultural e criativo, facilitando a cooperação com outros setores e políticas (cruzamentos), e melhorar o acesso ao financiamento, apoiando novos modelos de negócio, são algumas das medidas preconizadas com as quais estou de acordo.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O essencial deste relatório assenta em conceções que não subscrevemos.

Há aspetos que não nos suscitam discordância, embora devam ser relativizados no contexto geral do relatório.

O relatório propõe uma definição das Indústrias Culturais e Criativas (ICC) segundo a qual estas «assentam em valores culturais, criativos, individuais, competências e talento, suscetíveis de criar riqueza e emprego através da valorização da propriedade intelectual. Arquitetura, arquivos e bibliotecas, artesanato, audiovisual (incluindo cinema, televisão, jogos vídeo e multimédia), património cultural, design, indústrias do luxo orientadas para a criatividade e indústria da moda, festivais, música, artes performativas, livros e edição, rádio e artes visuais».

No fundamental, todas as áreas da atividade cultural que vêm sendo objeto de mercantilização, e áreas da produção de mercadorias a que agora se pretende atribuir um estatuto «cultural».

Basta olhar para o nosso país e imaginar as consequências que teria, num quadro cultural já tão degradado, a classificação do património, dos arquivos e bibliotecas, das artes em geral no universo das indústrias culturais, ao lado da moda, da joalharia, dos festivais e dos jogos vídeo, competindo com eles na «criação de riqueza e emprego através da valorização da propriedade intelectual». Tratar-se-ia da consagração de uma conceção mercantilizadora da cultura que é, só por si, razão para rejeitar este relatório.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente relazione poiché essa esamina la definizione, le potenzialità e il valore sociale ed economico delle industrie culturali e creative. In particolare, condivido la richiesta, avanzata alla Commissione, di sviluppare un coerente quadro di politica industriale per il settore culturale e creativo, includendo lo sviluppo e la protezione delle ICC negli obiettivi strategici e prioritari dell'Unione europea.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Súdržná politika v oblasti kultúrneho a kreatívneho priemyslu predstavuje strategický krok smerom k vytvoreniu nových pracovných miest, udržateľného rastu a podpory inovácií a kultúrneho dedičstva. Legislatíva sa v tejto oblasti zameriava na opatrenia, ktoré povedú k realizácii plného potenciálu tohto odvetvia prostredníctvom jasných a presných vymedzení. Členské štáty by mali vypracovať alebo zaviesť právny a inštitucionálny rámec pre tvorivú umeleckú činnosť v prípade zmlúv, sociálneho zabezpečenia, zdravotného poistenia, priame a nepriame zdaňovanie a súlad s európskymi normami. Európska komisia musí reagovať na zníženie rozdielu hodnoty a bude musieť zabezpečiť, aby autori a tvorcovia a nositelia práv dostali primeranú kompenzáciu za svoje diela.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo dalla relazione in quanto il tema dell'accentramento decisionale dei temi culturali alla Commissione non può collimare con il rispetto della diversità culturale delle industrie.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Κλάδοι του πολιτισμού και της δημιουργικότητας είναι εκείνοι οι κλάδοι που βασίζονται στις πολιτιστικές αξίες, στην ατομική δημιουργικότητα, τις δεξιότητες και το ταλέντο, έχοντας τη δυνατότητα δημιουργίας πλούτου και θέσεων εργασίας μέσω της παραγωγής αξίας από τη διανοητική ιδιοκτησία.

Είναι γεγονός πως ο πολιτιστικός φορέας έχει δημιουργήσει θέσεις εργασίας, οδηγώντας στη δημιουργία νέων επιχειρηματικών μοντέλων που έχουν ως στόχο την ψηφιοποίηση της πολιτιστικής κληρονομιάς, την ολοκλήρωση της ψηφιακής ενιαίας αγοράς, τον εκσυγχρονισμό των εκπαιδευτικών διαδικασιών, καθώς και στην καλλιέργεια ισχυρών στρατηγικών δεσμών μεταξύ της πολιτικής στον τομέα του πολιτισμού και των κοινών και παραγωγικών πόρων.

Οφείλουμε λοιπόν να καλλιεργήσουμε, να στηρίξουμε, να προωθήσουμε, να υπερασπιστούμε τον Πολιτισμό, την τέχνη και τη δημιουργικότητα.

Επομένως, υπερψηφίζω την έκθεση καθώς και τις προτάσεις της Επιτροπής Βιομηχανίας, Έρευνας και Ενέργειας καθώς και της Επιτροπής Πολιτισμού και Παιδείας για συνεκτική πολιτική της ΕΕ για τους κλάδους του πολιτισμού και της δημιουργικότητας.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The report calls on the Commission to present an ambitious legislative package that deals with the precarious contractual situation in the cultural and creative industry and will ensure the respect for fundamental social and labour standards.

S&D had three main goals to insert in the report in order to have a coherent report: to complete the funding aspect of the cultural and creative industries; to strengthen the protection of authors and creators; and to introduce the social and labour dimension. All three goals were enhanced and included to the report by committee vote.

The Commission is called to take the appropriate measures to reduce the value gap and ensure that authors, creators, performers and right holders receive fair remuneration for their works.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A jelentés hangsúlyozza az innovatív és kutatásorientált európai kulturális és kreatív iparágak támogatását, amelyek biztosítani tudják a nyelvi és kulturális sokféleség megőrzését, emellett pedig innovatív és magas színvonalú szolgáltatásokat kínálnak, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a kezdeményezést.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – The European cultural and creative industry is a very important sector that provides more than 12 million full-time jobs EU-wide and creates approximately EUR 509 billion in value for the EU GDP. I support the report in calling on the Commission to develop and propose a comprehensive and coherent policy framework for the sector, to foster innovation and enable sufficient funding. An important part of this should be to increase the market access for SMEs and start-up businesses and to foster interaction between different market actors.

The Commission should create a legal copyright framework that works for SMEs, creators, and right holders as piracy and counterfeiting is a serious concern for the innovation sector. The European cultural and creative industry has great potential in combating youth unemployment and promoting reindustrialisation and the Commission and Member States should include the CCIs in the EU Youth Employment Initiative and provide ways to facilitate entrepreneurship and training in this sector. To this end, the completion of the Digital Single Market should be a priority in order to fully seize the potential for growth and new jobs in this sector.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Mi congratulo con il collega Morgano che bene ha tradotto, nel suo lavoro sulla relazione di iniziativa «Una politica dell'UE coerente per le industrie culturali e creative», gli obiettivi e linee del gruppo S&D in merito alla tutela e allo sviluppo di uno dei settori maggiormente strategici per la crescita, la capacità occupazionale e l'innovazione digitale delle imprese europee.

Con il nostro voto, oggi, intendiamo sostenere il nostro impegno a salvaguardare e promuovere lo sviluppo delle industrie culturali e creative, scommettendo sull'enorme ricchezza del patrimonio culturale europeo, sulle straordinarie risorse che le piccole e medie imprese rappresentano, e su una maggiore chiarezza ed equità che il quadro sociale dei lavoratori del settore richiedeva già da tempo.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE su una politica dell'UE coerente per le industrie culturali e creative (ICC) perché ritengo che le imprese in tale settore costituiscano una risorsa europea e possano favorire la crescita e l'occupazione nell'UE e pertanto possano contribuire in modo determinante allo sviluppo sociale ed economico dell'UE e degli Stati membri.

L'Europa deve poter sfruttare a fondo le nuove fonti di crescita intelligente, sostenibile e inclusiva, che sono insite nell'industria culturale e creativa. Investire in esse potrebbe consentire ad un tempo lo sfruttamento del loro potenziale – ancora largamente inesplorato – e avere un impatto formidabile in termini di creazione di crescita e di occupazione, per via del loro impatto sociale ed economico in settori quali i nuovi modelli aziendali, la creatività e l'innovazione, la digitalizzazione e la creazione di competenze.

Nell'UE le industrie culturali e creative impiegano a tempo pieno oltre 12 milioni di lavoratori, rappresentando il 5,3 per cento del VAL totale del PIL dell'UE, con punte ben più alte in talune regioni, dove le ICC contribuiscono più di altri settori all'occupazione dei giovani e si sono rivelate particolarmente resilienti all'urto della crisi economica. Per tutti questi motivi è necessario che l'ICC venga adeguatamente sostenuta.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Es ist notwendig, dass ein umfassender, kohärenter und langfristiger wirtschaftspolitischer Rahmen für die Kultur- und Kreativbranche entwickelt wird, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu fördern und ihr Beschäftigungs- und Wachstumspotenzial auszuschöpfen. Darüber hinaus ist eine branchenübergreifende Zusammenarbeit anzustreben, um die Interaktion zwischen kleinen und mittleren Unternehmen und Forschungszentren und Universitäten zu fördern.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this non-legislative report on a coherent EU policy for cultural and creative industries. I do not think that cultures in Europe would benefit from new EU measures and policies in this field. I believe that each Member State should have the right to decide independently on how to preserve and promote its culture.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – The creative economy across the UK employs nearly 3 million people and it has been one of the most resilient sectors during the economic crisis. I voted in favour of this report which calls on the Commission to present an ambitious legislative package that deals with precarious contractual situations in the cultural and creative industries and will ensure respect for fundamental social and labour standards.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Cette résolution du Parlement sollicite la mise en place d'une politique de soutien à l'industrie culturelle et créative à l'échelle de l'Union. De fait, les secteurs culturels et créatifs sont importants dans les différents États de l'Union et forment un patrimoine indéniable qu'il faut garder vivant afin d'éviter la muséification, voire la disparition, de certains métiers d'art en particulier.

Ces secteurs sont aussi de puissants vecteurs de notre culture et par-là même de notre identité et de nos valeurs. Il convient donc que chaque peuple puisse s'exprimer selon ses propres traditions. Les innovations, surtout numériques, ont quant à elles révélé de nouveaux talents, notamment en France, pays qui se distingue particulièrement dans les jeux vidéo et les films d'animation. Ce rapport suggère des pistes de travail positives.

Toutefois, le développement d'une politique cohérente de l'Union serait donc très risqué car il tendrait vers une homogénéisation des productions et des créations. Cette politique serait nécessairement soumise à l'idéologie de l'UE: immigrationniste, mondialiste, voire culpabilisatrice de nos traditions. La diplomatie culturelle, puissant outil d'influence des populations, est trop importante pour transférer cette compétence à l'Union, je me suis donc abstenue sur cette résolution du Parlement.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Se trata de un informe conjunto de las comisiones ITRE y CULT sobre los retos y posibilidades que enfrentan las industrias creativas y culturales en la Unión. Entre otras cuestiones pone de relieve la necesidad de políticas activas de promoción, acceso a financiación, lucha contra la piratería, mejor participación de los autores y creadores en el reparto de beneficios, promover la cooperación intersectorial y la movilidad, mejorar las condiciones laborales de los trabajadores del sector y la brecha de género, etc. He votado a favor del informe, porque creo que estos aspectos son necesarios para sentar las bases de una política específica que permita valorizar el sector y hacerlo crecer de forma sostenible el conjunto de los Estados miembros.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report as I believe that that the EU could take a leading role in promoting the important positive impact that the creative sectors have across Europe, and promote policies that champion Europe's most unique asset: its culture. The creative economy across the UK employs nearly three million people and it has been one of the most resilient sectors during the economic crisis. The report calls on the Commission to present an ambitious legislative package that deals with precarious contractual situations in the cultural and creative industries and will ensure respect for fundamental social and labour standards. The Commission is called on to act appropriately to reduce the value gap and ensure that authors, creators, performers and rights holders receive fair remuneration for their works.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il est nécessaire d'avoir un cadre légal pour les entreprises du secteur culturel et créatif, adapté à l'ère du numérique et qui permette d'encourager la collaboration des PME avec les centres de recherches universitaires. Le rapport prévoit par ailleurs de soutenir la compétitivité des entreprises du secteur en leur facilitant l'accès au financement, notamment dans le cadre du plan Juncker pour les investissements stratégiques.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – La culture est l'indispensable ciment de nos sociétés, mais c'est aussi une industrie dynamique, porteuse de croissance: 12 millions d'emplois et 509 milliards d'euros de valeur ajoutée dans le PIB de l'Union européenne.

C'est dans ce contexte que j'ai soutenu cette résolution, pour affirmer que la transition numérique doit être au service du maintien d'une culture vivante et d'une création de qualité où les bénéfices sont justement partagés. Les artistes, les créateurs et les entreprises culturelles européennes doivent être soutenus en cela, grâce à l'établissement de conditions équitables face aux géants du numérique.

Aujourd'hui, les contenus créatifs sont de plus en plus accessibles, les coûts de distribution ont chuté avec l'évolution technologique, pourtant les créateurs n'ont pas vu, en retour, leurs revenus augmenter. Au contraire, pour certains, ceux-ci ont dramatiquement chuté. Une grande part de la valeur ajoutée est captée par les plateformes numériques qui jouent un rôle d'intermédiaire entre les créateurs et les consommateurs de produits culturels. Ceci n'est pas acceptable.

Il nous faut une stratégie européenne ambitieuse qui allie industrie, culture et création, qui respecte, à l'ère du numérique, la diversité et la qualité et qui permette aux créateurs de vivre de leur travail.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A jelentés hangsúlyozza az innovatív és kutatásorientált európai kulturális és kreatív iparágak támogatását, amelyek biztosítani tudják a nyelvi és kulturális sokféleség megőrzését, emellett pedig innovatív és magas színvonalú szolgáltatásokat kínálnak. Ide tartoznak pl. a különböző művészeti alkotások, audiovizuális termékek (filmek, televíziós műsorok, videójátékok), zene, kulturális örökség, fesztiválok stb. A kreatív és kulturális iparágak segítik az európai tudás és értékek megőrzését, továbbadását, ugyanakkor hozzájárulnak a foglalkoztatás, a beruházások és a versenyképesség növeléséhez is. Ezért a kreatív és kulturális iparágak jövője különösen fontos.

Ezen iparágak különösen hangsúlyosak az európai kutatás-fejlesztési piacon. Sok esetben az alacsony belépési korlátok miatt olyanok is be tudnak kerülni egy adott terület élvonalába, akik más, tőkeintenzívebb beruházásokra képtelenek lennének. Ez a vonás a korábbinál szélesebb rétegeknek is lehetőséget teremt az európai innovációban való részvételhez. A kreativitás a kultúra és a művészet valamennyi megjelenési formájára alapul, és az oktatás szerves része kell, hogy legyen. Ezért különösen fontos emlékeztetni a tagállamokat arra, hogy iskolai tantervükben szerepeltessék a művészeti, a zenei, a színházi és a filmművészeti oktatást, mivel ezek a kulturális örökséggel, a művészeti gyakorlattal és a kreativitással kapcsolatos tudás elmélyítésének kulcsfontosságú elemei.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Παρ' όλο που το άρθρο 167 της ΣΛΕΕ αποκλείει ρητώς την εναρμόνιση στον τομέα του Πολιτισμού σημειώνοντας πως οι αρμοδιότητες της ΕΕ έγκειται μονάχα στο να ενθαρρύνει τη συνεργασία μεταξύ των κρατών και να συμπληρώνει τη δράση τους για την βελτίωση της γνώσης και τη διάδοση του πολιτισμού και την προστασία της πολιτιστικής κληρονομιάς, ωστόσο με την εν λόγω έκθεση επιδιώκεται να διαμορφωθεί ένα συγκεκριμένο πλαίσιο που να θέτει τους όρους για την διαχείριση του πολιτισμού ως ακόμη μιας κερδοφόρας βιομηχανίας. Ακόμη και οι μεμονωμένες θετικές αναφορές που υπάρχουν στην έκθεση όσον αφορά την ανάγκη για ενίσχυση της χρηματοδότησης στους τομείς του Πολιτισμού και της δημιουργικότητας, στήριξη των ΜΜΕ και αντιμετώπιση των διακρίσεων στην αγορά εργασίας, οι οποίες σχετίζονται με το φύλο, ακυρώνονται από τον απώτερο στόχο που τίθεται για εξυπηρέτηση των αναγκών της αγοράς και αξιοποίηση του πλήρους δυναμικού των κλάδων του Πολιτισμού και της δημιουργικότητας ως ακόμη ένα εργαλείο για ενίσχυση της ανταγωνιστικότητας. Ως εκ τούτου καταψηφίσαμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report that highlights how the EU can take a leading role in promoting the important positive impact of the cultural and creative sectors, particularly fostering policies that champion Europe's most unique asset: its culture. All around the world, the cultural and creative sector (CCIs) are considered a major and growing part of the global economy. Its importance as a generator of jobs and wealth is increasingly recognised, particularly so in the EU. We need a comprehensive industrial strategy at the European level that will take all specific characteristics of cultural and creative industries into account, and will turn challenges like digitalisation and the review of copyright rules into new growth and job opportunities by creating a balanced legal framework. CCIs have a key role in reindustrialising Europe.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem raportu w sprawie spójnej polityki UE dla sektora kultury i sektora kreatywnego.

Nie ulega wątpliwości, że branże kulturalne i kreatywne są wyjątkowo silną gałęzią europejskiej gospodarki, stanowiąc wręcz wizytówkę i znak rozpoznawalny Europy na świecie. Mają one ogromny potencjał zarówno do wspierania wzrostu gospodarczego, innowacyjności i konkurencyjności Unii Europejskiej, ale też do promowania i kultywowania naszej tradycji i różnorodności kulturowej. Nie ulega zatem wątpliwości, że wymagają one szczególnego wsparcia, aby mogły się one w sposób nieograniczony rozwijać, dlatego zgadzam się ze sprawozdawcami, że konieczne jest stworzenie na poziomie europejskim strategii przemysłowej uwzględniającej szczególne cechy tych branż, jak również odpowiadającej ich potrzebom, między innymi w zakresie prawa autorskiego czy digitalizacji.

Ponadto chciałbym zauważyć, że wiele z firm działających w tej branży to firmy rodzinne i w związku z ich szczególną sytuacją prawną wymagają one kompleksowego podejścia, zwłaszcza w odniesieniu do takich zagadnień jak na przykład prawo spadkowe.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A jelentés hangsúlyozza az innovatív és kutatásorientált európai kulturális és kreatív iparágak támogatását, amelyek biztosítani tudják a nyelvi és kulturális sokféleség megőrzését, emellett pedig innovatív és magas színvonalú szolgáltatásokat kínálnak. Ide tartoznak pl. a különböző művészeti alkotások, audiovizuális termékek (filmek, televíziós műsorok, videojátékok), zene, kulturális örökség, fesztiválok stb. A kreatív és kulturális iparágak hozzájárulnak az európai tudás és értékek megőrzéséhez, továbbadásához, ugyanakkor hozzájárulnak a foglalkoztatás, a beruházások és a versenyképesség növeléséhez. Ezért a kreatív és kulturális iparágak jövője különösen fontos.

A kreatív iparágak különösen hangsúlyosak az európai kutatás-fejlesztési piacon. Sok esetben az alacsony belépési korlátok miatt olyanok is be tudnak kerülni egy adott terület élvonalába, akik más, tőkeintenzívebb beruházásokra képtelenek lennének. Ez a vonás a korábbinál szélesebb rétegeknek is lehetőséget teremt az európai innovációban való részvételhez. A kreativitás a kultúra és a művészet valamennyi megjelenési formájára alapul, és az oktatás szerves része kell, hogy legyen. Ezért különösen fontos emlékeztetni a tagállamokat arra, hogy iskolai tantervükben szerepeltessék a művészeti, a zenei, a színházi és a filmművészeti oktatást, mivel ezek a kulturális örökséggel, a művészeti gyakorlattal és a kreativitással kapcsolatos tudás elmélyítésének kulcsfontosságú tényezői.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – In this report the Commission is called to take the appropriate measures to reduce the value gap and ensure that authors, creators, performers and right holders receive fair remuneration for their works. I voted in favour.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za izvješće Dosljedna politika EU-a za kulturne i kreativne industrije (2016/2072(INI)), s obzirom na to da se kultura i kreativni sektor smatra rastućim dijelom svjetskog gospodarstva, iznimno bitnim za otvaranje radnih mjesta.

Prema studiji Europske komisije, kulturne i kreativne industrije predstavljaju 11,2 % svih privatnih poduzeća i 7,5 % svih osoba zaposlenih u gospodarstvu. Kulturne i kreativne industrije obuhvaćaju više od tri milijuna poduzeća u kojima radi više od 12 milijuna ljudi te stvaraju 5,3 % ukupnog europskog BDP-a.

Potrebno je poboljšati ulagačko okruženje i proširiti spektar financijskih instrumenata dostupnih mikropoduzećima i MSP-ovima u kulturnom i kreativnom sektoru novim i inovativnim programima financiranja. Komisiju bi trebala uspostaviti sveobuhvatan, dosljedan i dugoročan okvir industrijske politike za kulturni i kreativni sektor te integrirati potpore EU-a za kulturne i kreativne industrije usvajanjem sveobuhvatne strategije.

Podržavam uspostavu „europske nagrade za kreativne i kulturne industrije”.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Les bonnes idées côtoient dans ce rapport les mauvaises car, si je salue l'importance accordée au potentiel des PME dans l'industrie culturelle et à leur capacité de protéger la culture et le savoir-faire, la question de la souveraineté est pour moi indiscutable. Si ce rapport visait les politiques industrielles des États membres plutôt qu'à l'échelle de l'Union, seule compétente selon lui, il gagnerait mon soutien.

Je me suis abstenu.

Danuta Jazłowiecka (PPE), *na piśmie*. – Poparłam ten raport, ponieważ sektory kultury i kreatywny są niezwykle ważne dla europejskiej gospodarki. Wystarczy wspomnieć, że tworzy je 3 mln przedsiębiorstw zatrudniających łącznie 12 mln pracowników. Znaczenie tej branży wynika również z faktu, iż trudno przenieść istniejące w jej ramach miejsca pracy do innych państw i na inne kontynenty. Przede wszystkim dlatego, że wiążą się one z określonymi kompetencjami kulturowymi i doświadczeniem społecznym.

Dodatkowo w ramach tych sektorów częściej znajdują zatrudnienie osoby młode oraz kobiety, a więc grupy społeczne dotknięte w największym stopniu bezrobociem. Jeżeli spojrzymy na strukturę wykształcenia młodych ludzi, to bardzo często podejmują oni edukację w tych właśnie obszarach, co oznacza, że mamy w ramach Unii odpowiedni potencjał kadrowy. Dlatego dziwi brak unijnej strategii dla tego obszaru gospodarki. Oznacza to bowiem nie tylko, że brak jest wizji tego jak zagospodarować istniejący potencjał, ale przede wszystkim nie myślimy o tym, jak wykorzystać unijne instrumenty i programy do wzmocnienia omawianej branży, a tym samym kreowania nowych i stabilnych miejsc pracy.

Najlepszym przykładem porażki w tym sektorze jest fakt, iż w ramach Europejskiego Funduszu Inwestycji Strategicznych – którego jednym z priorytetów jest wsparcie branży kultury i kreatywnej – nie przyznano do tej pory żadnego finansowania na projekt z omawianych sektorów.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I supported this report because it calls for further development of a comprehensive, coherent and long-term industrial policy framework for the cultural and creative sector (CCS) in terms of growth. I believe that the EU is in a strategic position to trigger innovative spillovers in other industrial sectors, such as tourism, retail, and digital technologies and that it can take a leading role in promoting the positive impact that the creative sectors have across Europe.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mes collègues Christian Ehler et Luigi Morgano relatif à la politique de l'Union pour le secteur culturel et créatif. Le rapport appelle à une véritable politique industrielle européenne en faveur des secteurs culturels et créatifs, notamment en élaborant une définition adéquate du secteur. Les industries créatives et culturelles sont majoritairement des PME et constituent des viviers d'emploi et de croissance pour l'économie européenne. Cette initiative a pour objectif de stimuler l'innovation et la compétitivité de ces industries en appelant la Commission à financer davantage ces structures. Dans le cadre de mes attributions en tant que membre de la commission de la culture, j'apporte mon soutien tout particulier à ce texte qui servira de base pour les futures législations européennes.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui demande l'élaboration d'un cadre industriel stratégique complet, cohérent et sur le long terme, concernant le secteur de la culture et de la création. Ce texte demande notamment l'octroi de fonds suffisants aux industries culturelles et créatives (ICC). Il encourage la cohérence dans les politiques des États membres et de l'Union, et recommande plus d'interactions entre PME, centres de recherche et universités. Une autre recommandation de ce rapport est de créer un environnement plus favorable à l'investissement et de soutenir des formes de financement mixtes, comme des partenariats public-privé, ce qui est favorable à l'économie et dynamisera le secteur culturel.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe diesem Bericht zugestimmt. Die Kommission soll einen umfassenden, kohärenten und langfristigen industriepolitischen Rahmen für die Kultur- und Kreativbranche entwickeln, damit die Wettbewerbsfähigkeit der Kultur- und Kreativwirtschaft gestärkt und sie in die Lage versetzt wird, ihr Potenzial zur Schaffung von Wachstum und hochwertigen Arbeitsplätzen zu entfalten. Es wird betont, dass die Kultur- und Kreativbranche, die sich überwiegend aus KMU zusammensetzt, in einem sich laufend ändernden Umfeld tätig ist und daher vor der Herausforderung steht, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, um marktgerechte Lösungen zu konzipieren und neue Zielgruppen anzusprechen. Die Recherche nach Rechteinhabern und intransparenten Urheberrechtsvorschriften ist mit beträchtlichem Verwaltungsaufwand verbunden, was vor allem KMU belastet.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – The creative economy across the UK employs nearly 3 million people and it has been one of the most resilient sectors during the economic crisis. The report calls on the Commission to present an ambitious legislative package that deals with precarious contractual situations in the cultural and creative industries and will ensure respect for fundamental social and labour standards. For these reasons, I voted in favour of this report.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A jelentés hangsúlyozza az innovatív és kutatásorientált európai kulturális és kreatív iparágak támogatását, amelyek biztosítani tudják a nyelvi és kulturális sokféleség megőrzését, emellett pedig innovatív és magas színvonalú szolgáltatásokat kínálnak. Ide tartoznak pl. a különböző művészeti alkotások, audiovizuális termékek (filmek, televíziós műsorok, videójátékok), zene, kulturális örökség, fesztiválok, stb.

A kreatív és kulturális iparágak hozzájárulnak az európai tudás és értékek megőrzéséhez, továbbadásához, ugyanakkor hozzájárulnak a foglalkoztatás, a beruházások és a versenyképesség növeléséhez is. Ezért a kreatív és kulturális iparágak jövője különösen fontos.

A kreatív iparágak különösen hangsúlyosak az európai kutatás-fejlesztési piacon. Sok esetben az alacsony belépési korlátok miatt olyanok is be tudnak kerülni egy adott terület élvonalába, akik más, tőkeintenzívebb beruházásokra képtelenek lennének. Ez a vonás a korábbinál szélesebb rétegeknek is lehetőséget teremt az európai innovációban való részvételhez.

A kreativitás a kultúra és a művészet valamennyi megjelenési formájára alapul, és az oktatás szerves része kell, hogy legyen. Ezért különösen fontos emlékeztetni a tagállamokat arra, hogy iskolai tantervükben szerepeltessék a művészeti, a zenei, a színházi és a filmművészeti oktatást, mivel ezek a kulturális örökséggel, a művészeti gyakorlattal és a kreativitással kapcsolatos tudás elmélyítésének kulcsfontosságú tényezői.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour since the report addresses the challenges that people working in the CCI (cultural and creative industries) face on a daily basis. The report will be of great help to the authors, musicians, moviemakers, designers or game-programmers to keep doing their job and encourage young and creative talents to follow their dreams in CCI by providing access to funding and social security.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно политиката на ЕС по отношение на културните и творческите индустрии, тъй като смятам, че е необходима единна стратегия, която да обхване всички компоненти на културните и творчески индустрии и да се превърне в програма за действие.

Културните и творческите индустрии са важен отрасъл за европейската икономика и вътрешния пазар на ЕС, който има голям принос за създаването на нови работни места, на които се назначават предимно млади хора. Благодарение на него съществуват и функционират множество малки и средни предприятия. Поради тази причина подкрепям идеята за създаване на стратегическа политика и дългосрочни ангажименти, които ще спомогнат за намаляване на безработицата сред младите европейци, за нови инвестиции в науката и цифровизацията, както и за увеличаване на растежа в икономиката на ЕС.

Подкрепям предложението да се отделят повече финансови средства и финансиране чрез различни европейски програми за насърчаване на отрасъла.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. – Approvando la relazione di iniziativa su una politica dell'UE coerente per le industrie culturali e creative (ICC), il Parlamento ha ribadito un principio importante: cultura, arte, creatività hanno il potenziale di creare ricchezza e occupazione e sono una parte importante e in espansione dell'economia globale, generando valore dalla proprietà intellettuale. Ritengo che sottolineare l'apporto economico che le industrie culturali e creative generano sia fondamentale, ma lo è ancor di più ricordare che le industrie culturali e creative sono le industrie che si basano su valori culturali, diversità culturale, creatività individuale e/o collettiva, competenze e talento e svolgono un ruolo essenziale anche per lo sviluppo sociale dell'UE e dei suoi Stati membri.

Con questa relazione di iniziativa, che ho sostenuto in Aula, abbiamo chiesto alla Commissione europea di sviluppare un quadro di politica industriale globale, coerente e di lungo termine per le ICC, e all'Unione europea di includere lo sviluppo, la promozione e la protezione effettive, e l'adeguato finanziamento delle ICC tra i suoi obiettivi strategici e le sue priorità generali, al fine di stimolare la competitività di dette industrie e consentire loro di realizzare il potenziale di cui dispongono in termini di creazione di impieghi di qualità e di crescita.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Indeed, the cultural and creative industries (CCIs) play an important role for the social and economic development of the EU and its Member States. CCIs on the one hand preserve and promote cultural and linguistic diversity by strengthening European, national, regional and local identities while on the other hand sustaining social cohesion and economic growth by promoting new business models, creativity and innovation, investment, digitalisation and skills building. In this context, I supported the resolution because the EU should develop a comprehensive and above all coherent long-term industrial policy framework for the CCIs. Moreover, I urge the EU to include the development, effective promotion and protection and adequate funding of CCIs in its strategic goals and overall priorities in order to boost their competitiveness and enable them to fulfil their potential in terms of creating quality jobs and growth.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Le industrie culturali e creative (ICC) che si basano su valori culturali, sulla creatività e sul talento hanno una posizione strategica ed importante per la creazione di nuova occupazione. In Europa, le ICC rappresentano l'unicità della cultura e delle arti, promuovendo la diversità culturale e linguistica, rafforzando l'identità europea, e trasmettendo i principi di salvaguardia del patrimonio. Non di meno, hanno anche la possibilità di trasformarsi in strumento per la promozione della coesione sociale. La relazione invita dunque la Commissione a creare un quadro di politica globale per il settore culturale e creativo, aumentare la competitività delle ICC, mettendo a disposizione adeguati finanziamenti, e trovando una definizione unica. Con la certezza che queste politiche contribuiranno alla promozione e alla tutela del nostro patrimonio culturale, voto a favore della relazione sulla politica dell'UE coerente per le industri culturali e creative.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – Le poids économique, ainsi qu'en termes d'emploi, du vaste secteur des industries créatives et culturelles est considérable. Il s'agit d'emplois, en très grande partie non délocalisables, qui ont une force d'attraction pour nos jeunes générations tout à fait importante.

Tout doit être fait pour promouvoir et développer ce secteur, pour protéger ces industries créatives et culturelles contre les menaces de contrefaçon, de contrebande, de piraterie, pour mettre en place des mécanismes de financement pérennes à travers la consolidation des droits de propriété intellectuelle, du droit d'auteur, par exemple en ce qui concerne le secteur culturel.

J'ai donc soutenu ce rapport, qui propose «une politique cohérente de l'Union européenne pour le secteur culturel et créatif». Avec celui-ci, nous avons enfin sur la table une feuille de route, un certain nombre de pistes d'actions concrètes, qui portent une vision ambitieuse pour une stratégie européenne volontariste en matière de promotion et de développement des industries créatives et culturelles.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai choisi l'abstention sur ce texte. Ce rapport contient nombre de points intéressants: constat du potentiel des PME dans le secteur des industries culturelles et créatives, importance du droit d'auteur et lutte contre la contrefaçon, valorisation de l'emploi manufacturier et du savoir-faire artisanal… Néanmoins, cette volonté constante de tout réguler et harmoniser à l'échelle de l'Union, alors que les États membres ont des politiques culturelles ou de «diplomatie culturelle» qui leur sont propres, est hautement préjudiciable. Il en résulte une impression mitigée de ce texte et des mesures qu'il propose.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – La revisión de las normas de propiedad intelectual es una evidencia necesaria en el nuevo entorno digital, como ha resaltado la propia Comisión, si queremos que el trabajo cultural y creativo esté decentemente remunerado y protegido. Sin embargo, es necesario asegurar que las medidas de protección de los derechos del autor no se conviertan en un impuesto gestionado en beneficio de los intermediarios y editoras o impiden la difusión de las obras creativas y culturales. El informe me parece poco claro sobre estos temas y por ello he preferido abstenerme.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – W sprawozdaniu na temat spójnej polityki UE dla sektora kultury i sektora kreatywnego słusznie podkreśla się, że kreatywność, inspiracja i wyobraźnia winny stanowić integralną część procesu kształcenia. W tym kontekście ważne jest zapewnienie większego wsparcia państw członkowskich dla nauczycieli, tak aby mogli oni skutecznie pomagać młodym ludziom w rozwijaniu zdolności kreatywnych i innowacyjnych.

Niezbędne jest przy tym unowocześnianie procesów dydaktycznych oraz zapewnienie wsparcia dla współpracy między szkołami celem wymiany najefektywniejszych metod i praktyk w zakresie stymulowania kreatywności i innowacyjności.

Sektor kultury i sektor kreatywny ma także ogromne znaczenia dla zatrudnienia, zwłaszcza ludzi młodych. W tym kontekście istotne jest uwzględnienie tego sektora w programach europejskich na rzecz zatrudnienia i wzrostu gospodarczego, ze szczególnym naciskiem na rozwój zawodowy oraz szkolenia dla pracowników w branżach kulturalnych i kreatywnych.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which highlights the importance of the cultural and creative industries and looks for ways to boost these sectors in the EU.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s výzvou, aby Komise vypracovala rámec pro kulturní politiku. Kultura má být věcí členských států a jednotlivých občanů. Nesouhlasím s nápadem zapojit do dotování kultury Evropskou investiční banku.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Kulturne i kreativne industrije temelje se na kulturnim vrijednostima, individualnoj kreativnosti, vještinama i talentu s potencijalom za stvaranje bogatstva i otvaranje radnih mjesta. One imaju ključnu ulogu u očuvanju europske kulturne i jezične raznolikosti, jačaju osjećaj pripadnosti, a doprinose prijenosu znanja i čuvaju materijalnu i nematerijalnu europsku baštinu. Prelaskom na digitalno gospodarstvo kulturne i kreativne industrije sve više zamjenjuju tradicionalne proizvodne procese i lance vrijednosti u EU-u. Također, dobar su alat socijalne kohezije gospodarstva EU-a u pogledu radnih mjesta, ulaganja, rasta i inovacija te znatno doprinose europskoj konkurentnosti na globalnoj razini. Stoga je od strateške važnosti podržati inovativne europske kulturne i kreativne industrije okrenute istraživanju jer one mogu očuvati jezičnu i kulturnu raznolikost, pluralizam te ponudu inovativnih i visokokvalitetnih usluga.

Podržala sam ovo izvješće jer smatram da kulturne i kreativne industrije imaju potencijal u pogledu zapošljavanja mladih i da bi trebale biti prioritet politike u okviru europskih strukturnih i investicijskih fondova, programa Obzor 2020. i VFO-a u cjelini.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – Cultural and creative industries in Europe provide more than 12 million full-time jobs, which amounts to 7.5 % of the EU's workforce, creating approximately EUR 509 billion in value added to GDP. Cultural and creative industries in the EU employ 2.5 times more people than automotive manufacturers and five times more than the chemical industry. The European Parliament called on the Commission to introduce an umbrella scheme that bridges the gap between R&D, European creative content production and technological innovation in the media field.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Kultúrny a kreatívny priemysel predstavujú nesporne pre našu spoločnosť okrem hospodárskeho, ekonomického a finančného benefitu aj prostriedok so zásadným vplyvom na vzdelávanie a výchovu mládeže. Popri podpore investícií, výskumu a zavádzaní nových moderných technológií a trendov preto nesmieme zabúdať ani na podporu kultúrneho dedičstva v tejto oblasti ako inšpirácie pre celý kultúrny a kreatívny priemysel. Pomôže nám to zachovať a stavať na všetkom dobrom z našej histórie a zároveň vychovávať mladých ľudí k úcte k histórii a skutočným hodnotám.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με μια συνεκτική πολιτική της ΕΕ για τους κλάδους του πολιτισμού και της δημιουργικότητας, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 12/12/2016, καθώς και διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte.

Ce rapport concerne l'importance et le potentiel des industries culturelles et créatives. Il vise également à favoriser leur développement et leur rayonnement. Les rapporteurs soulignent que ces industries ont l'avantage d'être difficilement délocalisables puisqu'elles sont souvent liées à des compétences culturelles et historiques spécifiques, et qu'elles peuvent jouer un rôle dans la réindustrialisation de l'Europe. Il s'agit donc de mettre en place des mesures adéquates pour préserver un savoir-faire européen. Le rapport reprend également l'initiative de Dominique Bilde d'exclure les secteurs de la culture et des services audiovisuels de tout accord entre l'Union et les pays tiers. En revanche, il envisage une politique industrielle à l'échelle de l'Union européenne, ce à quoi nous nous opposons. C'est la raison pour laquelle nous

ne pouvons soutenir ce texte.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo concernente una politica dell'UE coerente per le industrie culturali e creative. Questa proposta può rivelarsi determinante non solo al fine di promuovere un'identità europea ma anche il rispetto delle diversità culturali e linguistiche che contribuiscono al mantenimento di buoni rapporti con paesi terzi. Inoltre, l'industria culturale e creativa costituisce un fattore di sviluppo fondamentale per l'Unione europea e i suoi Stati membri, a livello sociale ma anche a livello economico.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o zprávě, která se zabývá soudržnou politikou EU pro kulturní a kreativní odvětví. Souhlasím s tím, že jde o významné odvětví, které vytváří téměř 39 % HDP Unie a zaměstnanost v tomto odvětví neustále stoupá, tudíž je nutné tento sektor, který vytváří pobídky k inovacím, podporovat. Domnívám se však, že zpráva nedostatečně reflektuje nutnost reformy autorského práva v tom směru, aby zajistila vyvážená řešení mezi skupinami zástupců odvětví a spotřebitelů a tvůrců, pobídky malým a středním podnikům atd. Rovněž nesouhlasím s tím, že by mělo dojít ke zvýšenému financování tohoto odvětví, a to za pomoci nástroje EFSI a jiných fondů v době, kdy jsou v EU mnohem naléhavější problémy k řešení. Proto jsem se v konečném hlasování zdržel.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω τη συνεκτική πολιτική της ΕΕ για τους κλάδους του πολιτισμού και της δημιουργικότητας, γιατί πιστεύω ότι οι Κλάδοι Πολιτισμού και Δημιουργικότητας (ΚΠΔ) έχουν διπλή αξία: πρώτον παίζουν καίριο ρόλο στη διατήρηση και την προαγωγή της ευρωπαϊκής πολιτισμικής και γλωσσικής πολυμορφίας, ενισχύουν την αίσθηση της ευρωπαϊκής και περιφερειακής ταυτότητας, συμβάλλουν στη μετάδοση γνώσης και αξιών αλλά παράλληλα διασφαλίζουν την υλική και άυλη ευρωπαϊκή κληρονομιά για τις σημερινές και τις μελλοντικές γενιές. Ταυτόχρονα, αποτελούν εργαλείο για την κοινωνική συνοχή, μέσω της σημαντικής συνεισφοράς τους στην οικονομία της ΕΕ όσον αφορά την απασχόληση, τις επενδύσεις, την οικονομική μεγέθυνση και την καινοτομία και συμβάλλουν σημαντικά στην ανταγωνιστικότητα της Ευρώπης σε παγκόσμια κλίμακα.

Τέλος, καθίσταται στρατηγικά σημαντικό να υποστηριχθούν οι καινοτόμοι και προσανατολισμένοι στην έρευνα ΚΠΔ, καθώς είναι ικανοί να διατηρήσουν τη γλωσσική και πολιτισμική πολυμορφία, τον πλουραλισμό και την προσφορά καινοτόμων και υψηλής ποιότητας υπηρεσιών, ειδικά στο πλαίσιο μιας συγκλίνουσας και παγκοσμιοποιημένης αγοράς.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Kommission soll einen umfassenden, kohärenten und langfristigen industriepolitischen Rahmen für die Kultur- und Kreativbranche entwickeln, damit die Wettbewerbsfähigkeit der Kultur- und Kreativwirtschaft gestärkt und sie in die Lage versetzt wird, ihr Potenzial zur Schaffung von Wachstum und hochwertigen Arbeitsplätzen zu entfalten. Gegen Produktpiraterie (wie z.B. bei Filmen) soll stärker vorgegangen werden.

Es wird betont, dass die Kultur- und Kreativbranche, die sich überwiegend aus KMU zusammensetzt, in einem sich laufend ändernden Umfeld tätig ist und daher vor der Herausforderung steht, sich neue Geschäftsmodelle auszudenken und zu konzipieren, um marktgerechte Lösungen zu entwickeln und neue Zielgruppen anzusprechen. Die Recherchen nach Rechteinhabern und intransparenten Urheberrechtsvorschriften sind mit beträchtlichen Verwaltungsaufwand verbunden, was vor allem die KMU belastet.

Die Partnerschaften mit dem Bildungssektor sollen verstärkt werden, um gesellschaftlichen Randgruppen in benachteiligten Wohngegenden bessere Chancen zu bieten.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft spielt eine entscheidende Rolle für die Reindustrialisierung Europa. Sie kann das Wachstum ankurbeln und Innovationen vorantreiben. Insbesondere für die Digitaltechnik ist dies interessant.

Außerdem sind die Hilfeleistungen für KMU sehr positiv anzusehen. Daher habe ich den Bericht mitgetragen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport se propose de soutenir les secteurs de la culture et de la création. Intéressant. Outre l'apport de ces secteurs à l'intelligence humaine, ils représentent cinq fois plus d'emplois que l'industrie chimique. Encore faut-il s'entendre sur les métiers couverts. Je ne crois pas qu'on puisse mettre sur le même plan les acteurs de la pub et les politiques en matière de protection du patrimoine par exemple. Ou encore moins déshabiller Paul pour habiller Jacques, quand c'est le budget européen qui abonde le fonds Juncker. Le rapport soutient également le marché unique numérique et un droit européen à la propriété intellectuelle, flou et qui sera défini par la Commission européenne dans sa prochaine directive. Enfin, je suis perplexe sur la proposition de lutte contre le piratage qui semble tourner à un Hadopi européen. Ceci étant, le rapport s'engage clairement dans la défense des savoir-faire

européens et la promotion de l'artisanat d'«excellence». Il défend les travailleurs précaires du monde culturel et est unanime sur «l'exception culturelle» dans les accords avec les pays tiers. Dans ces conditions, je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport dresse un constat assez intéressant sur le secteur culturel et créatif, rappelant la nécessaire lutte contre la contrefaçon et le piratage, la mise en place de mesures pour préserver un savoir-faire européen, l'exclusion des secteurs de la culture et des services audiovisuels de tout accord entre l'Union et les pays tiers (proposition portée par D. Bilde).

Cependant, même si le constat est bon, les solutions proposées par ce rapport le sont beaucoup moins puisqu'elles ne s'entendent qu'à l'échelle européenne dont la non-homogénéité en matière de culture rend impossible leur mise en application. Je me suis donc abstenue sur ce dossier.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Twaalf miljoen mensen in Europa werken in de culturele en creatieve sector. Dat zijn er 2,5 keer meer dan in de Europese auto-industrie. Tegelijk creëert deze werkgelegenheidspool jaarlijks 509 miljard euro. In verband met het ontwikkelen van inclusieve, duurzame en slimme groei in Europa doen we er dus goed aan het potentieel van deze volwaardige sector volledig te benutten. De vraag aan de Commissie in dit verslag om een industriebeleid te ontwikkelen dat het enorme potentieel van de culturele en creatieve sector volledig aanboort, is dus meer dan terecht. Naast het organiseren van marktgerichte opleidingen moet ook werk worden gemaakt van een aantrekkelijk investeringsklimaat en zal onderzoek en ontwikkeling en de publiek – private samenwerking financieel moeten worden gestimuleerd. De culturele rijkdom van Europa - van de middeleeuwse architectuur tot de hedendaagse film - is van onschatbare waarde. Daarom verdient het ook aanbeveling instrumenten te ontwikkelen die cultuur en onderwijs dichter bij elkaar brengen. Op die manier kunnen bij jongeren creatieve talenten tot bloei komen en kan het actief burgerschap worden bevorderd.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which calls on the Commission to present an ambitious legislative package that deals with precarious contractual situation in the cultural and creative industry and will ensure respect for fundamental social and labour standards. The report is calling on the Commission to take the appropriate measures to reduce the value gap and ensure that authors, creators, performers and right holders receive fair remuneration for their works, which is essential

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Ipari, Kutatási és Energiaügyi Bizottság, valamint a Kulturális és Oktatási Bizottság közös állásfoglalás-tervezetének konklúziója szerint a kulturális és a kreatív iparágak a növekedés mozgatórugójaként kulcsszerepet játszanak Európa újraiparosodásában, és stratégiai helyzetüknek köszönhetően tovagyűrűző hatást fejtenek ki más ipari ágazatok innovációjára, például az idegenforgalomban, a kiskereskedelemben és a digitális technológiákban. Mindezek alapján úgy látja, hogy az EU vezető szerepet kaphat a kreatív ágazatok által Európa-szerte kifejtett fontos pozitív hatás megismertetésében, és ezzel Európa legegyedibb értékét: a kultúráját zászlajukra tűző szakpolitikákat is támogathatja.

A tervezet elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport conjoint ITRE-CULT des élus PPE et socialistes dresse de bons constats mais tend malheureusement à des solutions à l'échelle européenne. Il s'agit notamment de reconnaître le rôle et le potentiel des industries culturelles et créatives, ainsi que d'agir pour favoriser leur développement et leur rayonnement. Abstention.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le constat sur le potentiel des PME dans le secteur des industries culturelles et créatives est le bon: que ce soit en termes d'innovations, de capacité de résilience ou de protection des patrimoines culturels et des savoir-faire européens. On pourrait garder tout le texte s'il visait les politiques industrielles des États membres, et non une politique industrielle à l'échelle de l'Union. C'est la raison pour laquelle je m'abstiens.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – The creative economy across the UK employs nearly 3 million people and it has been one of the most resilient sectors during the economic crisis. The report calls on the Commission to present an ambitious legislative package that deals with precarious contractual situations in the cultural and creative industries and will ensure respect for fundamental social and labour standards. The Commission is called on to act appropriately to reduce the value gap and ensure that authors, creators, performers and rights holders receive fair remuneration for their works. I therefore voted in favour of this report as I believe that that the EU could take a leading role in promoting the important positive impact that the creative sectors have across Europe, and promote policies that champion Europe's most unique asset: its culture.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur une politique communautaire cohérente pour les secteurs de la culture et de la création. Le texte rappelle que la culture et la création représentent plus de 12 millions d'emplois en Europe pour une valeur ajoutée de plus de 500 milliards d'euros. Il formule plusieurs propositions pour soutenir le secteur culturel et créatif, comme sa meilleure intégration dans les parcours de formation ou encore les aides pour sa numérisation.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Cultural and creative industries represent industries based on cultural values, creativity, skills and talent that is likely to create jobs and wealth by generating value from intellectual property. I have voted for this report that will try to realise the full potential of cultural and creative industries through combined actions at national, regional and local level as well as EU level.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Дадох подкрепата си за тази резолюция, защото споделям мнението, че ЕС не използва максимално икономическия и социален потенциал на културните и творчески индустрии (КТИ). Този сектор представлява немалка част от европейската и световна икономика и е своеобразен източник на работни места и заетост, особено в малките и отдалечени региони. Наред с това, трябва да отбележим, че КТИ осигурява най-много работни места за младите хора и е един от малкото сектори, които запазиха своята устойчивост в контекста на икономическата криза.

Да, вярно е, че политиките в областта на културата са преди всичко отговорност на националните правителства, но ЕС има за задача да допълва и подкрепя действията на държавите членки в културната сфера. За съжаление, трябва да констатираме, че грижата за нашето културно наследство остава на заден план както в национален, така и в европейски контекст.

Не на последно място, трябва да отбележим, че епохата на цифровите технологии ни дава невероятната възможност да дигитализираме нашето културно-историческо наследство и да го съхраним за идните поколения. За държави като България това ще даде повод за самочувствие, тъй като ще можем да покажем на света българския бит, култура и традиции. Поради тази причина смятам, че гарантирането на финансиране за цифровизация и онлайн достъп до европейското културно наследство трябва да бъде приоритет.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat acest raport gândindu-mă la faptul că, înainte de orice uniune vamală, bancară, de piață comună, am fost o uniune a valorilor comune, iar Europa este creată pe această cultură comună europeană, este un spațiu care nu ar fi existat fără aportul unor oameni de geniu ce au provocat, de-a lungul istoriei, revoluții culturale ce au schimbat întreaga lume. Cultura este, într-adevăr, „materia noastră primă", și o simțim de fiecare dată când ne îndepărtăm de spațiul european. Este cel mai important motiv pentru care consider acest raport, pe care s-a negociat îndelung, necesar, iar propunerile de încurajare a industriilor culturale și creative, extrem de binevenite. Susținerea de politici coerente în spațiul cultural și artistic va stimula creativitatea, va garanta mai multe locuri de muncă pentru artiști, fie că sunt consacrați sau la început de drum. În acest sens, apreciez propunerea de a promova, în toate statele membre, cooperarea între școlile de artă, instituțiile de învățământ profesional și tehnic, universitățile și întreprinderile din domeniul cultural și creativ. Nu în ultimul rând, am votat acest raport deoarece acesta abordează și aspectul îmbunătățirii rolului pe care îl joacă băncile de investiții publice în aceste sectoare, prin acordarea mai facilă de credite IMM-urilor din domeniul cultural și artistic.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu vyzdvihující důležitost kulturního a kreativního odvětví, které je posledním odvětvím s chybějící rámcovou strategií na úrovni EU. Komise a členské státy by měly zřizovat „studijní laboratoře", kreativní střediska, prostory pro spolupráci, programy pro utváření sítí a kulturní a kreativní klastry a sítě s cílem podporovat interakci mezi mikropodniky, malými, středními a velkými podniky a mezi neziskovými organizacemi a komerčními společnostmi v rámci kulturních a kreativních odvětví, tradičními řemesly, organizacemi kulturního dědictví, cestovním ruchem, výzkumnými středisky, univerzitami a investory. Současně je zásadní, aby si EU a její členské státy zachovaly možnost chránit a rozvíjet své kulturní a audiovizuální politiky v rámci svých stávajících právních přepisů, norem a dohod, včetně Úmluvy UNESCO o ochraně a podpoře rozmanitosti kulturních projevů.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da insbesondere die Hilfeleistungen für kleine Betriebe zu begrüßen sind.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Kultuuri- ja loomemajandusel on äärmiselt oluline roll ühiskonnas, olles tihti ka vahendajaks eri valdkondade ja ühiskonnagruppide vahel. Seega on oluline luua hõlmav ja pikaajaline tegevusplaan kultuuri- ja loomemajanduspoliitikale, et aidata kaasa nende konkurentsivõimele.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Κλάδοι του πολιτισμού και της δημιουργικότητας (ΚΠΔ) είναι εκείνοι οι κλάδοι που βασίζονται στις πολιτιστικές αξίες, στην ατομική δημιουργικότητα, τις δεξιότητες και το ταλέντο, έχοντας τη δυνατότητα δημιουργίας πλούτου και θέσεων εργασίας μέσω της παραγωγής αξίας από τη διανοητική ιδιοκτησία. Ο πολιτιστικός και δημιουργικός τομέας θεωρείται μείζον και αυξανόμενο τμήμα της παγκόσμιας οικονομίας. Υπερψήφισα την έκθεση, η οποία επικεντρώνεται σε διάφορα μέτρα προκειμένου να αξιοποιηθούν πλήρως οι δυνατότητες του ΚΠΔ. Για να υλοποιηθεί το πλήρες δυναμικό του τομέα, χρειάζεται συντονισμένη δράση, σε εθνικό, περιφερειακό και τοπικό επίπεδο, αλλά επίσης και σε επίπεδο ΕΕ. Όσον αφορά τη χρηματοδότηση, δίνεται έμφαση στις νέες μορφές χρηματοδότησης, όπως οι μικροπιστώσεις ή crowdfunding και τον ρόλο που θα διαδραματίσει η Επιτροπή και τα κράτη μέλη για την προώθηση και τη βελτίωση του ρυθμιστικού πλαισίου. Τέλος, όπως τονίζεται και στην έκθεση, η ΕΕ θα μπορούσε να αναλάβει ηγετικό ρόλο στην προώθηση του σημαντικού θετικού αντικτύπου που έχουν οι δημιουργικοί τομείς σε όλη την Ευρώπη και να προωθήσει επίσης πολιτικές προάσπισης του πιο μοναδικού κεφαλαίου της Ευρώπης: του πολιτισμού της.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Το ενδιαφέρον της ΕΕ για τους κλάδους του πολιτισμού και της δημιουργικότητας πέρα από την επιδίωξη αναπαραγωγής των κυρίαρχων αστικών αξιών σχετίζεται και με το ότι αποτελούν -ιδίως ενόψει της δυσκολίας ανάκαμψης από την κρίση- πεδίο κερδοφορίας για τα μονοπώλια, βασική προϋπόθεση της οποίας είναι η εκμετάλλευση των εργαζομένων του κλάδου. Γι' αυτό η έκθεση διαπιστώνει με ικανοποίηση ότι υπάρχουν αρκετοί νέοι και με υψηλή εξειδίκευση σε άτυπη απασχόληση και όχι μόνο δεν προτείνει τη βελτίωση των συνθηκών εργασίας, αλλά, αντίθετα, τονίζει την ανάγκη αύξησης της κινητικότητας τους, ώστε να μπορεί το κεφάλαιο να βρίσκει ευκολότερα την πάμφθηνη εργατική δύναμη, όπου και όταν τη χρειαστεί. Η έκθεση σημειώνει προκλητικά ότι οι δημιουργοί χρειάζονται «επιχειρηματικό πνεύμα» για να υποτάσσεται η δημιουργικότητά τους στο κέρδος, ενώ οι συχνές αναφορές της στην ανάγκη προστασίας τους αφορούν στην πραγματικότητα την προστασία της πνευματικής ιδιοκτησίας των επιχειρηματικών ομίλων που εκμεταλλεύονται το προϊόν της εργασίας τους. Το ΚΚΕ καταψήφισε, τονίζοντας ότι η μόνη λύση που ανταποκρίνεται στις ανάγκες του δημιουργού και στις σύγχρονες κοινωνικές ανάγκες για πνευματική και πολιτιστική ανάπτυξη είναι η κατάργηση της καπιταλιστικής ιδιοκτησίας στα μέσα παραγωγής και διάδοσης της τέχνης, για να μπορεί ο δημιουργός να είναι πραγματικός ιδιοκτήτης της σκέψης και της τέχνης του.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative qui appelle l'Union européenne à soutenir les artistes dans toutes les dimensions de leurs activités ainsi que les entreprises culturelles européennes. Les industries culturelles et créatives en Europe génèrent plus d'emplois et de croissance que d'autres secteurs importants tels que l'automobile ou le secteur pharmaceutique. La culture, même si elle ne doit pas seulement être appréciée sous l'angle économique, représente 12 millions d'emplois, soit 7,5 % de la main d'œuvre de l'Union, et 509 milliards d'euros de la valeur ajoutée dans le PIB, soit 5,3 % de la valeur ajoutée totale de l'Union. Il était donc important que ce secteur soit pris en compte dans les politiques de l'Union européenne.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei colleghi in quanto condivido l'assunto che le industrie culturali e creative (ICC) rappresentano una parte rilevante e in espansione dell'economia globale, coinvolgendo una vasta gamma di segmenti, dall'architettura all'artigianato artistico, dagli audiovisivi allo spettacolo, dal design all'industria di alta gamma, dalla musica e dalla radio all'editoria. In tal senso esse fungono da generatore di occupazione e ricchezza con un impatto positivo sul sistema economico in termini di crescita, occupazione, investimenti e innovazione (aspetti che rafforzano la coesione sociale). Esse garantiscono la salvaguardia e la promozione delle peculiarità culturali e linguistiche all'interno dell'UE, rinsaldando contemporaneamente il senso di appartenenza all'identità europea e regionale. Costituiscono dunque un volano di valori europei quali creatività, eccellenza, artigianato, e cultura nel mondo. Considerate queste premesse sono concorde sulla necessità di pervenire ad una definizione standardizzata delle ICC per effettuare un monitoraggio costante sugli output e sulla auspicabilità di una formazione adeguata dei lavoratori del settore, sulla doverosità della tutela del diritto d'autore affinché il mercato delle ICC non venga deteriorato e sull'abbattimento delle barriere che impediscono l'accesso al finanziamento per le industrie culturali e creative. Pertanto, ho espresso voto favorevole.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — As a member of the Committee on Internal Market and Consumer Protection I supported this report, as I am confident that it is a step towards harmonisation of the sectors. The report calls on the Commission to develop a comprehensive, coherent and long-term industrial policy framework for the creative and cultural sector, and to provide adequate funding for CCIs, in order to boost their competitiveness and to enable them to fulfil their potential in terms of creating quality jobs and growth. To achieve this ambitious goal, the report proposes a harmonised definition of CCIs on which statistical data should be based.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam Rezoluciju o dosljednoj politici EU-a za kulturne i kreativne industrije koja naglašava međusektorsku suradnju za poticanje interakcije između malih i srednjih poduzeća i istraživačkih centara i sveučilišta u svrhu bolje integracije kreativnog s poduzetničkim obrazovanjem te jačanja poslovne sposobnosti kreativnih poduzetnika.

Rezolucija potiče države članice da grade veće znanje o kulturnim i kreativnim industrijama u programima obrazovanja i osposobljavanja te da poboljšaju svoje sustave osposobljavanja, učenja i kvalifikacija. Rezolucija poziva na razmatranje mogućnosti uspostavljanja programa mobilnosti za „mlade inovatore" u svrhu promicanja razmjena i inovacija u području kulture i stvaralaštva; ističe golem potencijal žena kao inovatorica i poduzetnica i važnu ulogu koju imaju u kulturnim i kreativnim industrijama; potiče države članice da pruže odgovarajuću financijsku potporu i osposobljavanje te ističe važnost umrežavanja i razmjene najboljih praksi. Potiče i da države članice poduzmu inicijative poput „kulturnog bonusa" (npr. talijanska vlada stavila je na raspolaganje 18-godišnjacima koji žive u Italiji 500 EUR koje mogu potrošiti samo na „aktivnosti kulturnog uzdizanja" poput obilaska muzeja, arheoloških lokaliteta i sl.).

Rezolucija naglašava važnost jamčenja sredstava za digitalizaciju, očuvanje i internetsku dostupnost europske kulturne baštine i ističe da su žene u kulturnim i kreativnim industrijama suočene s istim preprekama kao i u drugim gospodarskim sektorima.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Questa relazione chiede che la Commissione elabori un ambizioso pacchetto legislativo riguardante l'industria culturale e creativa, prevedendo forme di finanziamento per promuoverne lo sviluppo e precise misure per assicurare il rispetto di standard sociali e lavorativi fondamentali.

Le industrie culturali e creative sono un settore strategico per la creazione di posti di lavoro e per uno sviluppo sostenibile. Difendono e promuovono il patrimonio culturale e incoraggiano l'innovazione. Gli Stati membri e l'Unione europea, in particolare la Commissione, devono puntare al pieno sviluppo del potenziale di queste imprese, attraverso la valorizzazione dell'educazione, della formazione e delle competenze. Altrettanto importante sarà assicurare che i creatori di valore nel settore come autori, creativi e attori ricevano una giusta remunerazione per il loro lavoro e che i loro contratti rispettino gli standard europei relativi ai contributi sociali e sanitari e alle norme fiscali. Infine, oltre ai finanziamenti diretti da parte delle istituzioni, il nuovo quadro legislativo dovrà favorire altre forme di finanziamento, come il microcredito o il *crowdfunding*. Per questi motivi ho voluto sostenere con il mio voto positivo questa relazione.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – U kulturnim i kreativnim industrijama u EU-u zaposleno je dva i pol puta više ljudi nego u proizvodnji automobila te pet puta više ljudi nego u kemijskoj industriji – one dakle imaju ključnu ulogu u socijalnom i ekonomskom razvoju EU-a i njegovih država članica te doprinose poboljšanju kvalitete života građana i važan su čimbenik unutarnjeg ulaganja. U njihovom samom središtu su autori i izvođači te je zaštita autorskog prava ključna za opstanak tih industrija. Ona je temelj prihoda ovih industrija te stoga pozivam Komisiju na pronalaženje uravnoteženih pravnih rješenja prilagođenih digitalnom dobu pri reformi autorskog prava.

Nužno je i odstraniti krivo uvjerenje o tome da je ulaganje u te industrije rizičnije u odnosu na ostale vrste poduzeća. Zato pozivam institucije na uspostavljanje sveobuhvatnog okvira industrijske politike za kulturni i kreativni sektor i poticanje jačanja njihove konkurentnosti kako bi se ostvario potencijal za otvaranje radnih mjesta i stvaranje rasta. Potreban je niz mjera u pogledu ugovora, mogućnosti kolektivnog zastupanja, socijalnog i zdravstvenog osiguranja, izravnog i neizravnog oporezivanja te usklađenosti s europskim propisima kako bi se poboljšala mobilnost umjetnika diljem EU-a te stoga pozivam države članice na razvijanje i/ili provođenje pravnih i institucijskih okvira za kreativnu umjetničku aktivnost.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — O essencial deste relatório assenta em conceções que não subscrevemos. Há aspetos que não nos suscitam discordância, embora devam ser relativizados no contexto geral do relatório.

O relatório propõe uma definição das Indústrias Culturais e Criativas (ICC) segundo a qual estas «assentam em valores culturais, criativos, individuais, competências e talento, suscetíveis de criar riqueza e emprego através da valorização da propriedade intelectual. Arquitetura, arquivos e bibliotecas, artesanato, audiovisual (incluindo cinema, televisão, jogos vídeo e multimédia), património cultural, design, indústrias do luxo orientadas para a criatividade e indústria da moda, festivais, música, artes performativas, livros e edição, rádio e artes visuais». No fundamental, todas as áreas da atividade cultural que vêm sendo objeto de mercantilização e áreas da produção de mercadorias a que agora se pretende atribuir um estatuto «cultural».

Basta olhar para o nosso país e imaginar as consequências que teria, num quadro cultural já tão degradado, a classificação do património, dos arquivos e bibliotecas, das artes em geral no universo das indústrias culturais, ao lado da moda, da joalharia, dos festivais e dos jogos vídeo, competindo com eles na «criação de riqueza e emprego através da valorização da propriedade intelectual».

Tratar-se-ia da consagração de uma conceção mercantilizadora da cultura, que é, só por si, razão para rejeitar este relatório.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Domnívám se, že kulturní a tvůrčí odvětví je v Evropě nutné podporovat, neboť se jedná o naše společné dědictví. Proto jsem rád, že jsem mohl podpořit usnesení, které je zaměřeno na několik opatření k realizaci plného potenciálu této činnosti prostřednictvím konkrétního vymezení kulturních a tvůrčích odvětví. Zdůrazňuje význam vzdělávání, dovedností a odborné přípravy, jeho schopnost vytvářet hodnoty z duševního vlastnictví a navrhuje řešení s cílem usnadnit přístup k financím EU. Jsem rád, že toto usnesení taktéž vyzývá členské státy, aby vytvořily právní a institucionální rámec pro tvůrčí uměleckou činnost v souladu s evropskými standardy.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Branże sektora kultury i sektora kreatywnego bazują na wartościach kulturowych, kreatywności jednostki oraz na umiejętnościach i talentach, które mogą generować dochody i tworzyć miejsca pracy poprzez generowanie zysków.

W branżach sektora kultury i sektora kreatywnego zatrudnionych jest ponad 12 mln osób (zapewniając pracę 7,5 % ogółu osób zatrudnionych). Ich wartość pod względem sprzedaży towarów i usług sięga 509 mld EUR (5,3 % łącznej wartości dodanej brutto w Europie).

W Europie XXI wieku, naznaczonej transformacją do gospodarki cyfrowej, branże sektora kultury i sektora kreatywnego w coraz większym stopniu zajmują miejsce tradycyjnych procesów produkcyjnych i tradycyjnych łańcuchów wartości. Sprawozdanie skupia się m.in. na definicji wartości społecznej i gospodarczej, wpływu, potencjału i na wyzwaniach stojących dziś przed branżą sektora kultury i sektora kreatywnego. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Les industries culturelles et créatives (IIC) génèrent beaucoup d'emplois mais sont largement composées de PME, particulièrement vulnérables à la violation des droits d'auteurs. Pour encourager leur développement, j'ai voté pour que la Commission mette au point une stratégie efficace pour permettre aux ICC d'accéder plus facilement aux fonds européens tels qu'Horizon 2020 ou Europe Créative. Il est également important que les ICC soient mieux définies afin de mettre en place un cadre légal qui protègerait les auteurs et la propriété intellectuelle. Il faut soutenir le secteur de la création, porteur de croissance et moteur de l'industrie culturelle européenne!

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – As indústrias culturais e criativas (ICC) encontram-se no centro de um sistema dual, formado por grandes grupos de PME inovadoras e competitivas a nível internacional e por *startups*, cujos benefícios para a economia e para o fomento do emprego são hodiernamente insofismáveis. No entanto, estas costumam, por vezes, ter mais dificuldades no que respeita ao acesso aos mercados e ao financiamento.

É importante anotar que, no espaço europeu, as ICC são responsáveis pela criação de mais de 12 milhões de empregos a tempo inteiro, representando 7,5 % da mão-de- obra da União.

Cumpre salientar, também, que quase 39 % do PIB da União é gerado pelas mesmas.

O presente relatório insta os Estados-Membros a melhorarem o ambiente de investimento e a alargarem o leque de instrumentos financeiros disponíveis para as microempresas e as PME do setor cultural e criativo, mediante regimes de financiamento novos e inovadores, como o microcrédito, as contribuições reembolsáveis, o financiamento colaborativo, o financiamento por capital de risco, o capital de arranque e o capital de risco. Pelo acima exposto, apoio o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative report on a coherent EU policy for cultural and creative industries. We do not think that cultures in Europe would benefit from new EU measures and policies in this field. We believe that each Member State should have the right to decide independently on how to preserve and promote its culture.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Este relatório reconhece as Indústrias Culturais e Criativas (ICC), tradicionalmente baseadas em valores culturais e na criatividade, como um setor estratégico para a criação de empregos e o crescimento sustentável, apoiando o património cultural e promovendo a inovação.

O relatório foca-se em várias medidas para concretizar todo o potencial do setor através de uma definição concreta das ICC. Destaca a importância da educação e da formação, a sua capacidade de gerar valor a partir de propriedade intelectual e propõe soluções para facilitar o acesso ao financiamento e aos fundos da UE.

O S&D introduziu um novo capítulo sobre a condição do trabalhador no setor cultural e criativo, apelando aos Estados-Membros para desenvolverem ou implementarem um quadro jurídico e institucional para a atividade artística e criativa em matéria de contratos, segurança social, seguros de saúde, impostos diretos e indiretos e o cumprimento europeu de normas.

No que respeita a financiamento, a ênfase é colocada sobre novas formas de financiamento: como microcréditos ou *crowdfunding* e no papel a desempenhar pela Comissão e os Estados-Membros na promoção e melhoria do quadro regulamentar.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Hier, le Parlement européen s'est positionné en grand défenseur – et c'est tant mieux – de l'industrie culturelle et créative européenne. Alors que le cadre réglementaire est en pleine mutation, nous avons adopté une résolution qui passe en revue les grands thèmes de la stratégie pour un marché unique numérique. Parce que la production de contenus de qualité, la capacité à innover, à raconter, à susciter des émotions sont une matière première inestimable en Europe, il importe de la cultiver, la soutenir, la promouvoir et… surtout, de la défendre.

Le texte de la résolution vient donc inviter l'Union européenne à inclure le développement, la promotion, la protection effective et le financement suffisant des secteurs de la culture et de la création dans ses objectifs stratégiques et dans ses priorités générales. Le texte adopté fait aussi référence à une «juste rémunération et à la protection juridique» de toutes les parties participant au processus créatif et de leurs œuvres. Mais il ne s'agit là que d'un rapport d'initiative. La prochaine étape importante sur la stratégie pour un marché unique numérique aura lieu le 15 décembre, avec la publication du rapport sur le commerce électronique.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsuodamas dėl šio pranešimo susilaikiau. Akivaizdu, kad tekstas paruoštas nenuosekliai ir nėra išbaigtas. Jame pateikiamos formuluotės gali būti interpretuojamos ir suvokiamos skirtingai. Nemanau, kad galima palaikyti tekstą, kurio netikslumai vėliau galėtų sukelti nepageidaujamų pasekmių.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – As Indústrias Culturais e Criativas (ICC) têm por alicerce os valores culturais, a criatividade individual, as competências e o talento com potencial para gerar riqueza e o emprego através da criação de valor a partir da propriedade intelectual.

O presente relatório reúne considerações sobre o potencial cultural e económico do setor, indicando os pilares que devem servir de base à Política Industrial Europeia para as ICC.

Os relatores consideraram que, para concretizar as potencialidades do setor, é necessária uma ação concertada a nível europeu, nacional, regional e local. Assim: identificar características e necessidades do setor, acompanhar a sua evolução, estimular a inovação e o empreendedorismo, facilitar a cooperação e as sinergias com outros setores e políticas, melhorar o acesso ao financiamento, apoiar novos modelos de negócio, utilizar os instrumentos financeiros existentes a nível europeu, desenvolver competências e suprimir a escassez de competências são algumas das medidas elencadas pelos relatores, com as quais concordo.

Votei a favor deste relatório, por considerar que as ICC são essenciais na «reindustrialização» da Europa, enquanto motor de crescimento estratégico para potenciar a inovação noutros setores.

A UE deve, por isso, promover o impacto deste setor através de políticas que defendam o bem mais singular da Europa: a sua cultura.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur kohärenten Politik der EU für die Kultur- und Kreativwirtschaft gestimmt.

Hintergrund dafür ist, dass durch den Bericht die Kommission dazu aufgefordert wird, einen umfassenden, kohärenten und langfristigen wirtschaftspolitischen Rahmen für die Kultur- und Kreativbranche zu entwickeln und der Branche angemessene Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Dies wird die Wettbewerbsfähigkeit der Branche fördern und ihr Beschäftigungs- und Wachstumspotenzial steigern.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe porque, pese a contener numerosos puntos positivos, supone una propuesta que garantiza la participación de los grandes actores económicos. El desarrollo de unas industrias culturales y creativas depende de que los autores obtengan una justa remuneración por su trabajo pero sin que esto suponga formas de bloqueo del desarrollo de dicha industria y de sus servicios a la ciudadanía. El informe contiene referencias positivas en el sentido de la inclusión de los derechos de los creadores, pero también garantiza la concentración de los derechos de propiedad intelectual a través de su financiarización. Es por esto por lo que no he podido votar a favor del presente informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Le industrie culturali e creative (ICC) forniscono più di 12 milioni di posti di lavoro a tempo pieno, corrispondenti al 7,5 per cento della forza lavoro dell'Unione europea. Esse rappresentano un settore in forte crescita che promuove l'innovazione e contribuisce ad alleviare l'attuale difficoltà economica e occupazionale nell'UE. Sono ancora numerose tuttavia le sfide che le industrie culturali e creative devono affrontare: la varietà di definizioni che rende difficile valutare con precisone tali attività, la contraffazione di beni protetti da copyright e la pirateria dei contenuti digitali sono solo alcuni esempi. Ho deciso di esprimermi a favore della relazione di iniziativa, che ha l'obiettivo di evidenziare non solo il grande valore e le potenzialità economiche e sociali di questo settore, ma anche la necessità di un quadro coerente europeo a lungo termine per il suo sviluppo.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as I vote against all new EU law, I do not think individual cultures would benefit from an EU Culture Directive.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report as I believe that that the EU could take a leading role in promoting the important positive impact that the creative sectors have across Europe, and promote policies that champion Europe's most unique asset: its culture. The Creative Economy across the UK employs nearly three million people and it has been one of the most resilient sectors during the economic crisis. The report calls on the Commission to present an ambitious legislative package that deals with precarious contractual situations in the cultural and creative industries and will ensure respect for fundamental social and labour standards. The Commission is called on to act appropriately to reduce the value gap and ensure that authors, creators, performers and rights holders receive fair remuneration for their works.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Kultúrny a kreatívny priemysel sa v dôsledku nárastu digitálnych technológií v posledných obdobiach výrazne mení, a aj preto sa touto problematikou čoraz viac zaoberajú mnohí výskumníci. Je príjemné konštatovať, že kultúrny a kreatívny priemysel, ktorý má obrat 535,9 miliardy EUR a vytvára 7,1 milióna pracovných miest, patrí medzi odvetvia s najväčším podnikateľským duchom a rozvíja aj ďalšie prierezové zručnosti. To, že kultúrny a kreatívny priemysel má skutočne veľký význam, svedčí aj to, že zamestnáva v EÚ dvaapolkrát viac ľudí ako výrobcovia automobilov a päťkrát viac ako chemický priemysel. Čo ma osobitne teší, je to, že kultúrny a kreatívny priemysel prispieva výraznou mierou k zamestnanosti mladých ľudí, a to viac ako akékoľvek iné odvetvie. Určite patrím medzi tých ľudí, ktorí nesúhlasia s tým, že investovanie do kultúrneho a kreatívneho priemyslu je spojené s vyšším rizikom než v prípadoch iných typov podnikov. Som zástancom toho, že kultúrny a kreatívny priemysel zohrával a aj v budúcnosti bude zohrávať kľúčovú úlohu pri reindustrializácii Európy a stane sa zásadným pre stabilitu a dlhodobú konkurencieschopnosť európskeho hospodárstva. Správu som podporila preto, že sa nesústreďuje iba na konštatovanie súčasného stavu, ale prichádza so zaujímavými návrhmi a opatreniami, ktoré môžu toto odvetvie posunúť výraznejšie do popredia.

Csaba Sógor (PPE), *írásban*. – Európa nagyhatalomnak számít a kulturális és kreatív iparban tevékenykedő vállalkozások szempontjából: 2014-ben az európai exportból több mint 27 milliárd eurót tett ki a kulturális áruk kivitele, a divathoz kötődő áruké pedig meghaladta a 200 milliárd eurót. A világ számos pontján azonosítják Európát a kultúrával, a történelmi örökséggel, ezért nagyon fontos, hogy az Európai Unió koherens szakpolitikával rendelkezzen ezen a téren. Ennek a kulturális és kreatív iparnak az alapja Európa kulturális és nyelvi sokfélesége, a regionális identitások ereje, az európai történelem velünk élő tapasztalata. Ezért a kulturális és nyelvi sokféleség támogatása egyben a kulturális és kreatív ipar legfontosabb összetevőjének fenntartását és újratermelését is jelenti, társadalmi haszna számszerűsíthető is. Fontos lenne, ha a tagállamok is hasonlóképpen értékesnek és megőrzendőnek tartanák ezt a sokszínűséget.

Μαρία Σπυράκη (PPE), *γραπτώς*. – Οι ΚΠΔ δημιουργούν πλούτο και θέσεις εργασίας μέσω της παραγωγής αξίας από τη διανοητική ιδιοκτησία. Αποτελούν το 11,2% των ιδιωτικών επιχειρήσεων, το 7,5% των απασχολούμενων και δημιουργούν το 5,3% της συνολικής ευρωπαϊκής ΑΠΑ.

Για να υλοποιηθεί όμως το πλήρες δυναμικό του τομέα, χρειάζεται συντονισμένη δράση μέσω διάφορων μέτρων και πολιτικών όπως η προώθηση της καινοτομίας, η ανάπτυξη δεξιοτήτων, η βελτίωση της πρόσβασης στη χρηματοδότηση, αλλά και η συγκέντρωση αξιόπιστων στατιστικών στοιχείων, βάσει ενός ολοκληρωμένου ορισμού. Η αξιοποίηση της υπάρχουσας «ευρωπαϊκής» εργαλειοθήκης αποτελεί το επίκεντρο της Πρότασης Ψηφίσματος και αποσκοπεί στην ανάπτυξη μιας πραγματικής και συνεκτικής βιομηχανικής πολιτικής σε επίπεδο ΕΕ.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Culturele en creatieve industrieën zijn onderhevig aan forse veranderingen als gevolg van de ontwikkeling van de digitale technologie, de economische crisis en wijzigingen van het wetgevende kader. Reden voor het EP om hierover een verslag op te stellen. Het verslag-Ehler/Morgano werd met een ruime meerderheid aangenomen. Ook ik stemde voor.

De uitdagingen voor de sectoren – van muziek en audiovisuele producties, tot videogames, architectuur, mode, moderne kunst, radio, boeken over tijdschriften en festivals worden nog versterkt door duidelijke informatieve en wetgevende blokkades op het vlak van onder andere intellectuele eigendomsrechten en verschillende belastingregimes. In lijn met de Europa 2020-strategie voor het creëren van jobs wil men ervoor zorgen dat creatieve sectoren overal in Europa kunnen bijdragen aan werkgelegenheid. De hervorming van de copyright-wetgeving was een van de andere drijvende krachten achter dit verslag, net als de toegang tot financiële fondsen. Het verslag roept de Europese Commissie op te komen tot een industriële beleidsaanpak voor de creatieve sector en deze meer te stimuleren met promotie, subsidiëring, maar ook via onderwijs en netwerken en platformen voor een culturele infrastructuur. Ook pleit het verslag voor een betere bescherming van eigendomsrechten en bestrijding van piraterij.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Oblasť kultúrnej politiky musí zostať medzi výhradnými politikami národných štátov. To však neznamená, že nemôžeme spolupracovať na témach a projektoch, ktoré prezentujú naše spoločnú európsku kultúru a kultúrne dedičstvo. Podpora kreatívneho priemyslu a duševnej práce navyše predstavuje významnú investíciu do budúcnosti, kedy tieto odvetvia získajú v súvislosti so štvrtou priemyselnou revolúciou na význame.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – De creatieve en culturele sector in Vlaanderen is erg belangrijk. Deze sector is, volgens een studie uit begin 2016 van het Flanders DC kenniscentrum, goed voor 2,7% van het BNP en telt meer dan 50.000 zelfstandigen (of bijna 13% van alle zelfstandigen in Vlaanderen) en 70.000 werknemers.

De N-VA steunde deze resolutie, waarin aanbevelingen worden gedaan over het uitbouwen van een Europees beleid rond creatieve en culturele industrieën. Enkele elementen, zoals bijvoorbeeld de creatie van (nog) een nieuwe Europese *award*, zagen we liever uit de resolutie verdwijnen. Maar de balans is toch duidelijk positief.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Die Entschließung des EU-Parlaments zu einer kohärenten Politik der EU für die Kultur- und Kreativwirtschaft habe ich abgelehnt.

Der Bericht gehört zu denen, die völlig überflüssig sind. Kultur ist nicht Sache der EU, sie ist in Deutschland nicht einmal Angelegenheit des Bundes. Der Bericht definiert wie folgt:

„Die Kultur- und Kreativwirtschaft umfasst diejenigen Branchen, die auf kulturellen Werten, kultureller Vielfalt, individueller oder kollektiver Kreativität, Fähigkeiten und Talent basieren und das Potenzial haben, Innovationen, Wohlstand und Arbeitsplätze durch die Schaffung sozialer und wirtschaftlicher Werte insbesondere aus geistigem Eigentum zu generieren. Dazu gehören die folgenden Branchen, die auf kulturelle und kreative Inputs angewiesen sind: Architektur, Archive und Bibliotheken, Kunsthandwerk, audiovisuelle Medien (darunter Film, Fernsehen, Software und Videospiele, und Multimedia und Musikaufnahmen), kulturelles Erbe, Design, durch Kreativität angetriebene Hochqualitätsgüter-Branchen und Mode, Festivals, Livemusik, darstellende Kunst, Buch- und Verlagswesen (Zeitungen und Magazine), Radio, bildende Kunst und Werbung."

Dieser griffigen Definition folgen allerlei Wünsche und Forderungen an die Kommission, insbesondere die Forderung, die Kommission möge „einen umfassenden, kohärenten und langfristigen industriepolitischen Rahmen für die Kultur- und Kreativbranche" entwickeln.

Ich kann mir kein besseres Mittel vorstellen, um den kläglichen Rest an Innovation und Kreativität in der EU abzuwürgen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europska komisija prepoznaje koliku važnost imaju kulturne i kreativne industrije (CCIs) za društveni i gospodarski razvoj Unije, kao i njezinih država članica. EU treba povećati ulaganja u nove izvore koji će garantirati pametan, održiv i uključiv razvoj. U kulturnim i kreativnim industrijama dosta potencijala u velikoj mjeri ostaje neiskorišteno.

Europska kulturna diplomacija, na temelju uzajamnog poštovanja vrijednosti i specifičnosti, jača bilateralne i multilateralne odnose između europskih i trećih zemalja, gradi mostove između društava kroz međuljudske kontakte i suradnju na svim kulturnim i kreativnim područjima te na taj način doprinosi boljem međusobnom razumijevanju, a istovremeno djeluje i kao pokretač gospodarskog i društvenog razvoja.

Kulturne i kreativne industrije (CCIs) stvaraju više od 12 milijuna radnih mjesta te u njoj leži veliki potencijal za zapošljavanje mladih. Podržavam ovaj izvještaj budući da kulturne i kreativne industrije (CCIs) predstavljaju pokretač gospodarskog i društvenog razvoja te smatram kako iste imaju veliku ulogu pri predstavljanju europskih vrijednosti na međunarodnoj političkoj sceni.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o skladni politiki EU za kulturno in kreativno industrijo.

V današnji dobi digitalizacije ima obstoječa kulturna in kreativna industrija velik izziv, da se prilagodi znatnemu razvoju, ki smo mu priča na področju digitalizacije, hkrati pa nudi nove možnosti za razvoj novih poslovnih modelov in širitev trga.

Zato podpiram poziv iz poročila Evropski komisiji, naj za kulturni in kreativni sektor razvije celovit, usklajen in dolgoročen okvir industrijske politike, hkrati pa opredeli posebne kazalnike za spremljanje in analizo kulturnega, gospodarskega in družbenega učinka.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Παρ' όλο που το άρθρο 167 της ΣΛΕΕ αποκλείει ρητώς την εναρμόνιση στον τομέα του Πολιτισμού, με την εν λόγω έκθεση επιδιώκεται να διαμορφωθεί ένα συγκεκριμένο πλαίσιο που να θέτει τους όρους για τη διαχείριση του πολιτισμού ως ακόμη μιας κερδοφόρας βιομηχανίας, η οποία, με την χρήση ειδικών δεικτών που θα μετρούν τον οικονομικό αντίκτυπο, να αξιοποιηθεί για την ενίσχυση της ανταγωνιστικότητας της Ένωσης. Ακόμη και οι μεμονωμένες θετικές αναφορές που υπάρχουν στην έκθεση όσον αφορά την ανάγκη για ενίσχυση της χρηματοδότησης στους τομείς του Πολιτισμού και της δημιουργικότητας, για στήριξη των ΜΜΕ και αντιμετώπιση των διακρίσεων στην αγορά εργασίας, ακυρώνονται από τον απώτερο στόχο που τίθεται για εξυπηρέτηση των αναγκών της αγοράς και αξιοποίηση του πλήρους

δυναμικού των κλάδων του Πολιτισμού και της δημιουργικότητας ως ακόμη ένα εργαλείο για ενίσχυση της ανταγωνιστικότητας. Μέσω της έκθεσης προωθείται ο πολιτισμός ως εργαλείο της εξωτερικής πολιτικής της Ευρωπαϊκής Υπηρεσίας Εξωτερικής Δράσης και ζητείται η συνεργασία των Πανεπιστημίων με τις επιχειρήσεις, ώστε να υπάρξει πλήρης ανταπόκριση στις ανάγκες των μεγάλων επιχειρήσεων και της αγοράς εργασίας. Για τους πιο πάνω λόγους καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ οφείλει να σέβεται και να προωθεί την πολιτιστική κληρονομιά του κάθε κράτους μέλους. Είναι υποκρισία από πλευράς της να ισχυρίζεται ότι προωθεί τον πολιτισμό και τη δημιουργικότητα, όταν επιτρέπει σε κράτη μέλη να κατέχουν παράνομα πολιτισμικά και πολιτιστικά αγαθά στα μουσεία τους από άλλα κράτη μέλη της Ένωσης και από τρίτες χώρες.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A jelentés hangsúlyozza az innovatív és kutatásorientált európai kulturális és kreatív iparágak támogatását, amelyek biztosítani tudják a nyelvi és kulturális sokféleség megőrzését, emellett pedig innovatív és magas színvonalú szolgáltatásokat kínálnak. Ide tartoznak pl. a különböző művészeti alkotások, audiovizuális termékek (filmek, televíziós műsorok, videojátékok), zene, kulturális örökség, fesztiválok stb. A kreatív és kulturális iparágak hozzájárulnak az európai tudás és értékek megőrzéséhez, továbbadásához, ugyanakkor hozzájárulnak a foglalkoztatás, a beruházások és a versenyképesség növeléséhez. Ezért a kreatív és kulturális iparágak jövője különösen fontos.

A kreatív iparágak különösen hangsúlyosak az európai kutatás-fejlesztési piacon. Sok esetben az alacsony belépési korlátok miatt olyanok is be tudnak kerülni egy adott terület élvonalába, akik más, tőkeintenzívebb beruházásokra képtelenek lennének. Ez a vonás a korábbinál szélesebb rétegeknek is lehetőséget teremt az európai innovációban való részvételhez. A kreativitás a kultúra és a művészet valamennyi megjelenési formájára alapul, és az oktatás szerves része kell, hogy legyen. Ezért különösen fontos emlékeztetni a tagállamokat arra, hogy iskolai tantervükben szerepeltessék a művészeti, a zenei, a színházi és a filmművészeti oktatást, mivel ezek a kulturális örökséggel, a művészeti gyakorlattal és a kreativitással kapcsolatos tudás elmélyítésének kulcsfontosságú tényezői.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Branże związane z kulturą i twórczością mają potencjał, aby przyczynić się do złagodzenia obecnych trudności gospodarczych i zatrudnienia w Unii Europejskiej, a także promowania zrównoważonego wzrostu sprzyjającego włączeniu społecznemu, a także innowacji.

Aby osiągnąć ten cel, konieczne jest opracowanie kompleksowych, spójnych i długoterminowych ram polityki przemysłowej dla sektora kreatywnego i kulturalnego, w celu zapewnienia im odpowiedniego finansowania, zwiększenia ich konkurencyjności oraz umożliwienia im realizacji ich potencjału w zakresie tworzenia wysokiej jakości miejsc pracy i wzrostu gospodarczego. W tym kontekście warto choćby wspomnieć o konieczności zwiększania świadomości szczególnie młodych ludzi na temat możliwości rozwoju kariery w zawodach rzemieślniczych i produkcyjnych powiązanych z sektorem kulturalnym i kreatywnym.

Wreszcie niezwykle ważna jest poprawa otoczenia inwestycyjnego i poszerzenie zakresu instrumentów finansowych dostępnych dla przedsiębiorstw, przy jednoczesnym wspieraniu mieszanych sposobów finansowania, zwłaszcza w formie partnerstwa publiczno-prywatnego. To szczególnie istotne z punktu widzenia małych i średnich przedsiębiorstw.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Necesitatea unei politici sinergice, coerente și integrate strategic la nivel european în ceea ce privește industriile culturale și creative derivă dintr-o multitudine de motive: performanța economică și socială a celor două industrii, poziția lor strategică în cadrul economiilor naționale, generând efecte pozitive în alte sectoare ale economiei naționale și europene (turism, comerț, educație, TIC, industrie etc.), precum și impactul major asupra dezvoltării umane, în general. Era digitală nu exclude dezvoltarea industriilor culturale și creative, ci, dimpotrivă, contribuie la manifestarea acestora sub diferite forme și grade de complexitate, prin generarea de condiții și ecosisteme creative.

Politica în domeniul industriilor culturale și creative trebuie să fie fundamentată pe diferitele abordări ale creativității (inclusiv cea culturală): din perspectiva produsului creat, din perspectiva procesului creator și din perspectiva persoanei creatoare. Astfel, trebuie să fie elaborate strategii privind dezvoltarea și finanțarea IMM-urilor din cadrul industriilor culturale și creative, strategii de aplicare a unui cadru juridic și instituțional privind activitatea artistică creativă (procesul creator), strategii și planuri de formare și dezvoltare a aptitudinilor creative. Toate acestea fiind posibile prin dezvoltarea de parteneriate mai puternice între industriile culturale și creative, între partenerii sociali și furnizori de educație și formare, între toți interesații din cadrul industriilor respective.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Raportul solicită Comisiei să prezinte un pachet legislativ ambițios, care ar soluționa situația contractuală precară în industria culturală și creativă și ar asigura respectarea standardelor sociale și de muncă fundamentale.

Comisia este invitată să ia măsurile corespunzătoare pentru a reduce diferența de valoare și să se asigure că autorii, creatorii, artiștii și titularii de drepturi primesc o remunerație echitabilă pentru lucrările lor. Apreciez în mod deosebit includerea în raport a dimensiunii sociale și susțin prin vot acest raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Les secteurs de la culture et de la création jouent un rôle important dans la réindustrialisation de l'Europe, font office de moteur pour la croissance et sont dans une position stratégique pour déclencher des redistributions innovantes dans d'autres secteurs, comme le tourisme, le commerce de détail et les technologies numériques. L'Union européenne pourrait jouer un rôle prépondérant en mettant en avant les effets positifs importants des secteurs de la création dans toute l'Europe, pour également promouvoir les politiques de soutien à l'atout le plus précieux de l'Europe: sa culture!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Cultural and creative industries (CCIs) are, at the dawn of the 21st century, undergoing considerable change as a result of increased digital technologies, the economic crisis of the past several years, and considerable changes in the regulatory framework. It is therefore necessary to reflect those changes in EU policy-making and legislation. I agree with the need to focus on creative industries and their position in this dynamic environment.

However, I do not agree with the extremely broad scope of the report which is in my opinion rather diluting the overall target. CCIs have different specifics than other 'traditional' industries, but the same regulatory framework has to apply in both cases. Therefore, I decided to support a number of deletions within this report and I voted in favour of the final text.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Le industrie creative mettono al centro la creatività dell'uomo e rappresentano la nuova frontiera dello sviluppo economico contemporaneo. Si tratta di una dimensione produttiva che genera innovazione e, alla stessa maniera, ne è permeata.

Stando ai più recenti dati della Commissione europea, le industrie culturali e creative rappresentano circa il 3 per cento del prodotto interno lordo dell'UE e dei posti di lavoro.

Nonostante questi numeri importanti questo genere di aziende resta ancora troppo ampiamente sottovalutato, soprattutto per quanto riguarda l'accesso ai fondi.

Ritengo sia necessario, a questo proposito, che gli Stati membri si coordino per riformare il contesto legislativo in cui operano le industrie culturali e creative e che si definiscano politiche e iniziative per promuovere l'accesso al mercato e agli investimenti. È inoltre fondamentale riconoscere l'alto valore economico delle eccellenze europee, come il design e la moda, che rendono le nostre imprese famose in tutto il mondo.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – A jelentés hangsúlyozza az innovatív és kutatásorientált európai kulturális és kreatív iparágak támogatását, amelyek biztosítani tudják a nyelvi és kulturális sokféleség megőrzését, emellett pedig innovatív és magas színvonalú szolgáltatásokat kínálnak. Ide tartoznak pl. a különböző művészeti alkotások, audiovizuális termékek (filmek, televíziós műsorok, videójátékok), zene, kulturális örökség, fesztiválok stb. A kreatív és kulturális iparágak hozzájárulnak az európai tudás és értékek megőrzéséhez, továbbadásához, ugyanakkor hozzájárulnak a foglalkoztatás, a beruházások és a versenyképesség növeléséhez is. Ezért a kreatív és kulturális iparágak jövője különösen fontos.

A kreatív iparágak különösen hangsúlyosak az európai kutatás-fejlesztési piacon. Sok esetben az alacsony belépési korlátok miatt olyanok is be tudnak kerülni egy adott terület élvonalába, akik más, tőkeintenzívebb beruházásokra képtelenek lennének. Ez a vonás a korábbinál szélesebb rétegeknek is lehetőséget teremt az európai innovációban való részvételhez. A kreativitás a kultúra és a művészet valamennyi megjelenési formájára alapul, és az oktatás szerves része kell, hogy legyen. Ezért különösen fontos emlékeztetni a tagállamokat arra, hogy iskolai tantervükben szerepeltessék a művészeti, a zenei, a színházi és a filmművészeti oktatást, mivel ezek a kulturális örökséggel, a művészeti gyakorlattal és a kreativitással kapcsolatos tudás elmélyítésének kulcsfontosságú tényezői.

Ivica Tolić (PPE), *napisan.* – Podržavam Prijedlog rezolucije o dosljednoj politici EU-a za kulturne i kreativne industrije. Potrebno je osigurati konkurentnost, omogućiti stvaranje kvalitetnih radnih mjesta i rast industrije.

S obzirom na komunikaciju Europske komisije pod nazivom „Promicanje kulturnih i kreativnih sektora za rast i radna mjesta u EU-u" vidi se ključna uloga kulturnih i kreativnih industrija u razvoju Unije jer se istom promiče kulturna i jezična raznolikost država članica te jača njezin identitet. Kulturne i kreativne industrije u Europi zapošljavaju više od 12 milijuna ljudi na puno radno vrijeme što je 7,5 % radne snage Europske unije, a industrije koje se koriste pravima intelektualnog vlasništva donose gotovo 39 % BDP-a Unije. Zbog toga je potrebno otkloniti krivo uvjerenje da je ulaganje u kulturne i kreativne industrije rizičnije u odnosu na druga poduzeća te institucionalnim naglaskom Europske unije povećati rast u tom sektoru.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu.* – Palaikiau pranešimą dėl kelių priežasčių. Visame pasaulyje kultūros ir kūrybos pramonės sektorius yra esminė ir vis auganti pasaulinės ekonomikos sritis. Vis dažniau galima pastebėti jos svarbą naujų darbo vietų formavime ir pajamų generavime, ypač ES. Bet nepaisant to, iki šiol nebuvo sukurta bendra ir reali šio sektoriaus politika. Pranešime yra konkrečių pasiūlymų. Reikalinga kompleksinė Europos lygmens strategija, kuri atsižvelgtų į visus kultūros pramonės ypatumus. Todėl labai svarbu priminti ES narėms, kad privaloma įtraukti teatrą, muziką ir filmą į mokyklinio ugdymo programą, nes tai pagrindinis veiksnys kalbant apie žinių apie kultūros paveldą plėtojimą.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Kulturne i kreativne sadržaje često se uzima zdravo za gotovo, ali iza njih stoje milijuni talentiranih ljudi koji na tržištu stvaraju vrijednost koja se mjeri u milijardama eura. Kulturna i kreativna industrija vrlo je važna za naša društva i nacionalne ekonomije i treba joj biti pružena najveća moguća podrška.

Nažalost, nacionalne vlade vrlo često, barem kad je riječ o Hrvatskoj, podrškom smatraju isključivo dotacije iz proračuna i tako jednu tržišno vrlo potentnu granu čine ovisnikom o javnim financijama. To je potpuno pogrešan pristup.

Država treba učiniti više u zaštiti pravnog statusa kulturnjaka i kreativaca te njihovih autorskih prava. Treba im maksimalno olakšati poslovanje na tržištu umjesto da snažne individualce i stvaratelje pokušava podvrgnuti kolektivnim normama i zadovoljiti sitnim isplatama iz proračuna.

Stoga sam glasovala suzdrzano.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Predlog resolucije Evropskem parlamentu o skladni politiki EU za kulturno in kreativno industrijo sem podprla.

Kultura, umetnost in ustvarjalnost ustvarjata podobo Evrope. V Evropi 21. stoletja, v času prehoda na digitalno gospodarstvo, kulturna in kreativna industrija vse bolj nadomešča tradicionalne proizvodne procese in tradicionalne vrednostne verige. Kulturna in kreativna industrija je industrija, ki temelji na kulturnih vrednotah ter na ustvarjalnosti, spretnostih in nadarjenosti posameznika ter lahko z ustvarjanjem vrednosti iz intelektualne lastnine ustvarja premoženje in delovna mesta (evropska kultura ima več 3000 letno zgodovino).

Po vsem svetu se kulturna in kreativna industrija šteje za velik, naraščajoči del svetovnega gospodarstva in ustvarja možnosti za nova delovna mesta. Kljub temu doslej še ni bila vzpostavljena resnična in usklajena industrijska politika na ravni EU in pripraviti je potrebno celovito industrijsko strategijo.

Potrebno bi bilo definirati pojem „kulturna in kreativna industrija“ za boljše delovanje. Skozi kulturo se lahko doseže tudi dobro mednarodno sodelovanje. Kulturna in kreativna industrija ima ključno vlogo pri ponovni industrializaciji Evrope, da spodbuja rast in ima strateški položaj za ustvarjanje inovativnih zunanjih učinkov na druge industrijske sektorje, kot so turizem, maloprodaja in digitalne tehnologije. Evropa bi lahko imela vodilno vlogo pri tem.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I will support any measures that will help to create a framework that fosters innovation and the development of the European cultural sector, which promotes cooperation and the exchange of good practices, with special emphasis on the correct financing that this sector needs in order to be able to develop successfully.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Les constats sur le potentiel des PME dans le secteur des industries culturelles et créatives sont les bons, que ce soit en termes d'innovations, de capacité de résilience ou de protection des patrimoines culturels et des savoir-faire européens.

On pourrait garder tout le texte s'il visait les politiques industrielles des États membres et non une politique industrielle à l'échelle de l'Union, ce qui m'empêche de le soutenir.

J'ai choisi l'abstention.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Kultúra, művészet és kreativitás: a világ tulajdonképpen ezt a képet és ezeket az értékeket kapcsolja Európához. A 21. századi Európában, a digitális gazdaságra való átállás során a kki-k egyre inkább felváltják a hagyományos gyártási eljárásokat és a hagyományos értékláncokat. A minőségi tartalom előállítása, az innovációra, elbeszélésre, elképzelésre és érzelemkeltésre való képesség mára legértékesebb nyersanyagunkká vált. Mindezt művelnünk, támogatnunk, ösztönöznünk kell, és meg kell óvnunk. Támogattam a dokumentumot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Se trata de un informe conjunto de las comisiones ITRE y CULT sobre los retos y posibilidades que enfrentan las industrias creativas y culturales en la Unión. Entre otras cuestiones pone de relieve la necesidad de políticas activas de promoción, acceso a financiación, lucha contra la piratería, mejor participación de los autores y creadores en el reparto de beneficios, promover la cooperación intersectorial y la movilidad, mejorar las condiciones laborales de los trabajadores del sector y la brecha de género, etc. He votado a favor del informe, porque creo que estos aspectos son necesarios para sentar las bases de una política específica que permita valorizar el sector y hacerlo crecer de forma sostenible el conjunto de los Estados miembros.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I decided to abstain on the report on a coherent EU policy for cultural and creative industries because the text of the report has been written in a way that allows different interpretations, the details of which may be of great importance. In general, the wording was not very precise.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Kultūros ir kūrybos pramonė – tai pramonė, pagrįsta kultūrinėmis vertybėmis, individualiu kūrybingumu, įgūdžiais bei talentu, turinti potencialą intelektinės nuosavybės vertės pagrindu kurti gerovę bei darbo vietas. Kultūros ir kūrybos veikla pagrįsti šie sektoriai: architektūra, archyvai ir bibliotekos, dailieji amatai, audiovizualiniai kūriniai (įskaitant filmus, televiziją, vaizdo žaidimus ir daugialypę terpę), kultūros paveldas, dizainas, kūrybingumu pagrįsta prabangos prekių pramonė ir mada, festivaliai, muzika, scenos menas, knygos ir leidyba, radijas ir vaizduojamieji menai. Reikia skatinti ir remti infrastruktūros, kuri yra labai svarbi kūrybos pramonės šakoms Europoje remti, kūrimo, tobulinimo ir plėtros procesus, visų pirma užtikrinant didelės spartos plačiajuosčio ryšio plėtrą kaimo vietovėse ir atokiuose regionuose.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on a coherent EU policy for cultural and creative industries. In 21st -century Europe, with the transition to the digital economy, cultural and creative industries are increasingly replacing traditional manufacturing processes and traditional value chains. All around the world, the cultural and creative sector is considered a major and growing part of the global economy. Its importance as a generator of jobs and wealth is increasingly recognised, particularly so in the EU. Moreover, culture, not only in its traditional forms, but also through cultural and creative industries, can play a crucial role in strengthening international partnerships.

I voted in favour because I believe that the support of CCIs should be made a policy priority within the ESIFs, Horizon 2020, and the MFF as a whole. In the Horizon 2020 research programme and the structural funds, potential synergies existing between EU policies should be fully exploited. This would make it possible to effectively use the funding available under EU programmes and reach the goals they were designed for.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta propuesta de resolución pide a la Comisión Europea que desarrolle un marco coherente, comprensivo y a largo plazo para los sectores cultural y creativo, así como que dote de la financiación adecuada a esta industria, con el objetivo de incrementar su competitividad para permitirle alcanzar todo su potencial a la hora de crear empleos de calidad y de apoyar el crecimiento económico. Para alcanzar esta ambiciosa meta, el informe propone adoptar una definición armonizada del concepto de industrias culturales y creativas que tome los datos como base. Además, se solicita al Ejecutivo comunitario que establezca un marco legal ponderado en materia de *copyright* que refleje con esmero las especificidades de este sector. Recomienda, también, su cooperación con otros sectores para mejorar la interacción entre las pymes y las universidades, de manera que los ramos educativos de creación y de emprendimiento se integren mejor. En particular, llama tanto a los Estados miembros como a la Comisión a abrir el abanico de instrumentos financieros disponibles para las pequeñas empresas, apoyando los consorcios público/privados. Consciente de la necesidad de impulsar este sector a nivel europeo, he apoyado con mi voto esta propuesta.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe porque, pese a contener numerosos puntos positivos, supone una propuesta que garantiza la participación de los grandes actores económicos. El desarrollo de unas industrias culturales y creativas depende de que los autores obtengan una justa remuneración por su trabajo pero sin que esto suponga formas de bloqueo del desarrollo de dicha industria y de sus servicios a la ciudadanía. El informe contiene referencias positivas en el sentido de la inclusión de los derechos de los creadores, pero también garantiza la concentración de los derechos de propiedad intelectual a través de su financiarización. Es por esto por lo que no he podido votar a favor del presente informe.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – The creative economy across the UK employs nearly three million people and it has been one of the most resilient sectors during the economic crisis. The report calls on the Commission to present an ambitious legislative package that deals with precarious contractual situations in the cultural and creative industries and will ensure respect for fundamental social and labour standards. The Commission is called to act appropriately to reduce the value gap and ensure that authors, creators, performers and rights holders receive fair remuneration for their works. I therefore voted in favour of this report as I believe that that the EU could take a leading role in promoting the important positive impact that the creative sectors have across Europe.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor omdat Europese kunst en cultuur betrekking heeft op 3 000 jaar gemeenschappelijk cultureel erfgoed, kennis en waarden overbrengt en bijdraagt tot het beschermen van tastbaar en niet-tastbaar bewijs van de kunstmatige en natuurlijke wereld voor huidige en toekomstige generaties.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative est positif par bien des aspects. Il propose de favoriser les aides publiques, en évitant leur requalification en aides d'État, pour le patrimoine culturel, de faciliter l'accès aux financements européens aux secteurs de la culture et de la création, et d'assurer des conditions de travail plus sécurisées aux travailleurs de la culture. Autant d'aspects positifs que je soutiens.

J'apprécie aussi la requête faite à la Commission d'adopter des mesures appropriées pour faciliter la disponibilité d'offres licites attrayantes aux œuvres, y compris de façon transfrontalière. L'accès facile (et donc à un prix raisonnable) aux créations est en effet le seul moyen efficace de lutter contre le piratage, le bénéfice devenant trop peu intéressant pour accepter le risque de l'illégalité. Il est dommage que ceci ne soit pas explicitement dit dans le texte. Cela aurait évité les longs laïus sur la lutte contre le piratage vue uniquement sous l'angle répressif alors que la prévention est le plus sûr moyen de se protéger.

Je regrette aussi qu'il ne soit fait mention nulle part de la possibilité de mettre en place des appellations d'origine pour valoriser notre artisanat et s'assurer que ce soient bien les artisans qui bénéficient des retombées économiques.

Je me suis donc abstenue.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O desenvolvimento das chamadas Indústrias Culturais e Criativas, com as habituais lógicas mercantis, aponta no sentido de estas constituírem, não um fator de promoção da diversidade cultural e linguística, mas, pelo contrário, um fator de homogeneização cultural, de menorização e diluição de particularidades e especificidades culturais e linguísticas.

Esta «identidade europeia» será, quando muito, a identidade de uma certa conceção de «Europa», que nada tem a ver com a diversidade e o amplo diálogo que a melhor tradição cultural europeia estabeleceu com outras culturas. É significativo que aqui se fale de identidade «europeia» e «regional», mas não das identidades nacionais, incontornável fator da identidade europeia.

No fundo isto esconde a intenção deliberada de se ir mais e mais longe num processo de mercantilização de toda a produção cultural, coerente com uma visão da sociedade, que rejeitamos, em que tudo é reduzido a mercadoria.

As conceções aqui plasmadas sobre o lugar da cultura na sociedade e das indústrias culturais na cultura são redutoras e inaceitáveis. Em certos casos, parecem feitas mesmo à medida dos interesses das grandes empresas da área do audiovisual e da moda.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Kommission soll einen umfassenden, kohärenten und langfristigen industriepolitischen Rahmen für die Kultur- und Kreativbranche entwickeln, damit die Wettbewerbsfähigkeit der Kultur- und Kreativwirtschaft gestärkt und sie in die Lage versetzt wird, ihr Potenzial zur Schaffung von Wachstum und hochwertigen Arbeitsplätzen zu entfalten. Gegen Produktpiraterie (wie z.B. bei Filmen) soll stärker vorgegangen werden.

Es wird betont, dass die Kultur- und Kreativbranche, die sich überwiegend aus KMU zusammensetzt, in einem sich laufend ändernden Umfeld tätig ist und daher vor der Herausforderung steht, sich neue Geschäftsmodelle auszudenken und zu konzipieren, um marktgerechte Lösungen zu entwickeln und neue Zielgruppen anzusprechen. Die Recherchen nach Rechteinhabern und intransparenten Urheberrechtsvorschriften sind mit beträchtlichen Verwaltungsaufwand verbunden, was vor allem die KMU belastet.

Die Partnerschaften mit dem Bildungssektor sollen verstärkt werden, um gesellschaftlichen Randgruppen in benachteiligten Wohngegenden bessere Chancen zu bieten.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft spielt eine entscheidende Rolle für die Reindustrialisierung Europa. Sie kann das Wachstum ankurbeln und Innovationen vorantreiben. Insbesondere für die Digitaltechnik ist dies interessant.

Außerdem sind die Hilfeleistungen für KMU sehr positiv anzusehen. Daher habe ich den Bericht mitgetragen.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The creative economy across the UK employs nearly 3 million people and it has been one of the most resilient sectors during the economic crisis, indeed growing whilst other sectors shrank.

The report calls on the Commission to present an ambitious legislative package that deals with precarious contractual situations in the cultural and creative industries and will ensure respect for fundamental social and labour standards. The Commission is called on to act appropriately to reduce the value gap and ensure that authors, creators, performers and rights holders receive fair remuneration for their works. I therefore voted in favour of this report as I believe that that the EU could take a leading role in promoting the important positive impact that the creative sectors have across Europe, and promote policies that champion Europe's most unique asset: its culture.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution since I believe that there is a need to work together on the creative industry and it is very important to constantly share knowledge and best practice between Member States. I believe that the Commission should strengthen measures on fighting online piracy. I believe that digital platforms are a good and efficient means to provide wider access to cultural and creative works and offer also great opportunities for the CCS to develop new business models. I support the partnership with education, because I believe that it can contribute to stimulating a stronger learning environment and better integrate the disadvantaged and marginalised communities. I agree with the adoption of policies aimed at increasing the level of cultural participation among EU citizens, because at the moment in many Member States it is still very low.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la o politică coerentă a UE pentru industriile culturale și creative, apreciind atenția constantă a raportorului pentru sectorul IMM. Raportul atrage atenția supra faptului că industriile culturale și creative se află în centrul unui ecosistem dublu și delicat între grupuri mari, competitive pe plan internațional, și IMM inovatoare și întreprinderi nou-înființate, care reînnoiesc în mod constant zona, conservă și promovează diversitatea, creează locuri de muncă, dar sunt uneori fragile, în special în ceea ce privește accesul la piețe și finanțe. Raportorul subliniază că cercetarea cu privire la titularii de drepturi și normele netransparente privind drepturile de autor reprezintă sarcini administrative care presupun costuri ridicate și eforturi considerabile, în special pentru IMM care lucrează pe bază transfrontalieră, recomandând să se stabilească o bază de date comună paneuropeană, cu toate informațiile disponibile cu privire la titularii de drepturi pentru fiecare sector cu scopul de a facilita acordarea drepturilor. Raportorul mai arată că UE nu ar trebui să considere cultura doar din perspectiva pieței interne, a concurenței sau a politicii comerciale, ci și ca un element al politicii de cooperare și dezvoltare al Europei, luând în considerare caracteristicile specifice ale spectrului cultural al UE.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Podporila som daný návrh uznesenia, pretože verím že inovatívny európsky kultúrny a kreatívny priemysel zameraný na výskum je dôležitý. Okrem iného aj preto, že prispieva k zachovaniu jazykovej a kultúrnej rozmanitosti. Využitie plného potenciálu kultúrneho a kreatívneho sektora však naďalej zostáva veľkou výzvou. Preto je potrebná koordinácia na všetkých úrovniach, teda na vnútroštátnej, regionálnej, miestnej úrovni, ale aj na úrovni EÚ. Uznesenie v tomto smere navrhuje viacero opatrení, ktoré sa zameriavajú na 7 kľúčových oblastí:

— zber spoľahlivých štatistických údajov a údajov založených na komplexnej definícii s cieľom zvyšovať povedomie o charakteristikách a potrebách sektora,

— monitorovanie vývoja v sektore s cieľom vytvárať účelné riešenia pre kultúrny a kreatívny priemysel,

— podpora inovácií a podnikania v kultúrnom a kreatívnom sektore uľahčovaním spolupráce s inými sektormi a politikami (výmeny),

— zlepšovanie prístupu k finančným prostriedkom, podpora nových podnikateľských modelov,

— využívanie súboru nástrojov existujúcich na európskej úrovni,

— rozvoj zručností vrátane podnikateľských zručností,

— riešenie meniacich sa potrieb zručností a vyriešenie nedostatku kvalifikovanej pracovnej sily.

Je dôležité si uvedomiť, že význam kultúrneho a kreatívneho sektoru rastie – už dnes tento priemysel zamestnáva 7,5 % osôb v celom európskom hospodárstve.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Vzrůstající vliv globalizace a digitalizace má čím dál větší vliv na tradiční kulturní a kreativní odvětví. Tradiční odvětví jsou založena na talentu, dovednostech a hodnotách evropských národů. Jsem přesvědčen, že je potřeba zachovat tyto dovednosti, stejně tak jako kulturní a jazykovou kulturní rozmanitost. Abychom tohoto cíle dosáhli, musíme se současným podmínkám přizpůsobit a začít propojovat kulturu a kreativní odvětví s moderními technologiemi a dalšími sektory současné ekonomiky. Hlasuji proto pro tuto zprávu, jelikož si myslím, že potřebujeme soudržnou politiku na úrovni EU, která se touto oblastí bude dlouhodobě zabývat.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Wspólne sprawozdanie komisji ITRE i CULT w sprawie spójnej polityki UE dla sektora kultury i sektora kreatywnego przyjmuję z zadowoleniem. Jest ono naszym kolejnym krokiem w uświadamianiu o kluczowej roli tych sektorów w rozwoju społecznym i gospodarczym UE. Sprawozdanie w należyty sposób definiuje potencjał w zakresie generowania wzrostu gospodarczego i zatrudnienia w branżach kulturalnych i kreatywnych, podkreślając jednocześnie ich znaczący wpływ w obszarach takich jak nowe modele biznesowe, kreatywność i innowacyjność czy cyfryzacja i rozwój umiejętności w tym zakresie.

Szczególny nacisk w sprawozdaniu położono również na budowanie wysokiej jakości zasobów danych o sektorach, które pozwolą na lepsze budowanie przyszłej polityki, wspieranie innowacji i kształcenia oraz zapewnienie odpowiednich środków finansowych w ramach unijnych programów wsparcia branż kultury i przemysłów kreatywnych.

Zgodnie z zarysowanymi w sprawozdaniu rekomendacjami, za konieczne uznaję określenie konkretnych wskaźników służących monitorowaniu i analizie wpływu kulturalnego, gospodarczego i społecznego sektora kulturalnego i kreatywnego. W tym kontekście uznaję również za pożądane badanie i wskazywanie alternatywnych źródeł pozyskiwania danych w celu uzupełniania i ulepszania oficjalnych statystyk, biorąc pod uwagę, że w branżach kulturalnych i kreatywnych często stosuje się złożone modele biznesowe, które mogą stanowić wyzwanie dla tradycyjnych form analizy i finansowania.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen het verslag.

In het verslag wordt de Europese Commissie gevraagd om langetermijnbeleid te ontwikkelen voor de culturele en creatieve industrie, onder andere door het ontwikkelen van een gezamenlijke juridische basis.

De PVV is van mening dat de Nederlandse wetgever prima in staat moet zijn om een langetermijnbeleid te ontwikkelen voor de creatieve industrie. Het ondergeschikt maken van het Nederlands parlement aan weer een nieuwe juridisch bindende overeenkomst is ongewenst en in strijd met het principe van subsidiariteit.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh správy o súdržnej politike EÚ v oblasti kultúrneho a kreatívneho priemyslu som podporila. Kultúrny a kreatívny priemysel poskytuje približne 12 miliónov pracovných miest, ako aj významnú pridanú hodnotu k HDP. Mnohé z kultúrnych podnikov patria k tzv. malým a stredným podnikom alebo sú to kreatívne start-upy. Práve preto je potrebné tento priemysel podporovať. Je potrebné zaistiť ochranu diel autorov tak, aby mali ďalšiu motiváciu na vytváranie nových hodnôt. Je potrebné zakročiť voči protiprávnemu kopírovanie kreatívnych diel a rovnako je potrebné vytvoriť jednotnú stratégiu, ktorá zabezpečí, že kultúrny a kreatívny priemysel bude naďalej prinášať inovácie. A nakoniec je taktiež nevyhnutné riadne identifikovať ďalšie prekážky, ktorým tento priemysel čelí. Je to totiž práve on, ktorý napomáha udržiavať kultúrne tradície a hodnoty. A v tomto duchu sa niesli aj výzvy, ktoré správa adresovala.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Ehler/Morgano por estar de acordo com o apelo de apresentação de um pacote legislativo ambicioso por parte da Comissão Europeia. Sublinho como ponto de partida a proposta de definição de indústria cultural e criativa apresentada pelo Parlamento Europeu que deverá servir de base às políticas futuras sobre esta matéria. Entre outros apelos, destaco o pedido à Comissão de tratar a situação contratual precária da indústria cultural e criativa assegurando o respeito pelas normas sociais e laborais fundamentais. A Comissão é ainda convidada a tomar as medidas adequadas para reduzir disparidades e garantir que os autores, criadores, artistas intérpretes ou executantes e titulares de direitos recebam uma remuneração justa pelas suas obras.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće o dosljednoj politici EU-a za kulturne i kreativne industrije. Smatram da su kulturne i kreativne industrije temelj za stvaranje bogatstva zemlje i otvaranje novih radnih mjesta. Ovim prijedlogom izvješća uspostavit će se koherentan i dugoročan okvir industrijske politike za kulturne i kreativne industrije te će se u strateške ciljeve i opće političke prioritete EU-a uključiti razvoj, promicanje i zaštita kulturnih i kreativnih industrija.

Kulturne i kreativne industrije imaju ključnu ulogu u očuvanju europske kulturne i jezične raznolikosti, jačaju osjećaj pripadnosti europskom i regionalnom identitetu, doprinose prijenosu znanja i vrijednosti te čuvaju materijalnu i nematerijalnu europsku baštinu za današnje i buduće generacije. Istovremeno su konkretan alat za socijalnu koheziju svojim doprinošenjem gospodarstvu EU-a u pogledu radnih mjesta, ulaganja, rasta i inovacija te znatno doprinose europskoj konkurentnosti na globalnoj razini.

Od strateške je važnosti podržati inovativne europske kulturne i kreativne industrije okrenute istraživanju jer one mogu očuvati jezičnu i kulturnu raznolikost, pluralizam te ponudu inovativnih i visokokvalitetnih usluga, posebno u kontekstu konvergentnog i globaliziranog tržišta.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — La relazione d'iniziativa si pone l'intento di fornire indicazioni politiche per lo sviluppo delle industrie culturali e creative europee. Questa esigenza nasce in risposta alla forte tendenza alla digitalizzazione del mercato e delle iniziative legislative ad essa legate, come esempio quello sulla portabilità di contenuti e in vista, anche, dell'annunciata modernizzazione del quadro giuridico per i diritti di proprietà intellettuale (copyright).

Il documento tuttavia si propone di preservare i modelli di business esistenti, fortemente orientati alla protezione dei titolari dei diritti, attraverso misure soprattutto restrittive e sanzionatorie.

Si punta su un modello di cultura di massa, essenzialmente consumistico. Non viene data l'attenzione dovuta ai diritti dei creatori, degli interpreti e degli esecutori come noi del M5S abbiamo proposto con i nostri emendamenti. Non vengono prese in considerazione le necessità dei piccoli e medi operatori del mercato e non viene fatto il tentativo di aprirsi ad un'evoluzione anche dei diritti di proprietà intellettuale cosicché il modello di produzione culturale non dipenda esclusivamente da tali introiti. Alla luce di tutte queste considerazioni ho votato contro questa relazione.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o skladni politiki EU za kulturno in kreativno industrijo.

Poročilo podpiram, saj poziva Komisijo, naj razvije celovit, skladen in dolgoročen pravni okvir za kulturni in ustvarjalni sektor ter zagotovi ustrezna sredstva, da bi povečala konkurenčnost in tako omogočila, da kulturna in kreativna industrija izpolni svoj potencial v smislu ustvarjanja kakovostnih delovnih mest ter nadaljnjega razvoja.

6.6. Rechte der Frau in den Staaten der Östlichen Partnerschaft (A8-0365/2016 - Mariya Gabriel)

Dichiarazioni di voto orali

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, este vorba despre drepturile femeilor în țările din Parteneriatul Estic. Acestea continuă să fie discriminate în Moldova, în Ucraina, în Georgia și în celelalte state din zona de est. Femeile sunt slab reprezentate în politică, la fel în administrația publică. Își găsesc foarte greu un loc de muncă, mai ales femeile care au copii.

De asemenea rata violenței împotriva femeilor nu descrește deloc, este relativ ridicată și aceste stereotipuri persistă: diferențele între bărbați și femei și rolul femeii în societate - în sensul că femeile sunt considerate a avea un rol subordonat bărbaților. În plus, femeile, fetele de etnie romă sunt discriminate și din acest motiv, etnic, și, de asemenea foarte important, nu ajung la școală.

Petrec mult mai puțin timp pentru propria educație și, ca atare, rămân în afara societății, în marginea societății și toate aceste lucruri vor influența viața lor, nu-și găsesc locuri de muncă. Acum, ce poate face Uniunea este să joace un rol mult mai important în rezolvarea acestor probleme prin diferite condiționalități în raport cu statele din Parteneriatul Estic.

Marek Jurek (ECR). – Niszczone przez dziesięciolecia władzy sowieckiej narody Wschodniej Europy Unia Europejska dzisiaj nakłania do zagwarantowania wszelkich usług „zdrowotno-seksualnych" z „bezpieczną i legalną aborcją oraz edukacją seksualną" na czele. Jeżeli nie chcecie, żeby Putin wykorzystywał takie dokumenty przeciwko dążeniom demokratycznym tych narodów, to wreszcie przestańcie je pisać. Chyba że po prostu redagujecie je dla Putina.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I would first like to thank Mariya Gabriel, my friend and colleague, for doing a very good job in this report. In line with the PPE Group, I voted in favour of it given its crucial consideration of the status of women's rights in the Eastern Partnership States. Encompassing security, peace, stability and prosperity as a priority, we would hope that this report's recommendations will redefine the framework surrounding the rights of women. In light of the considerable difference in the status of said rights in these states, we must continue our efforts to champion this area as a great priority. In doing so, we may continue to advance the principles of equality, development and peace as a cornerstone of all current and future policy. I suppose it was appropriate that, while we were discussing this topic and voting on it today, just prior to it we had the privilege of presenting the Sakharov Prize to two wonderful, inspirational women who have gone through an awful lot, but are still there showing the invincibility of women and the human spirit.

Dichiarazioni di voto scritte

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Idag röstade Europaparlamentet om ett betänkande som berör jämställdhet i länderna i det så kallade östliga partnerskapet. I stora delar ett bra betänkande som understryker vikten av att dessa länder fortsatt arbetar med frågan om jämställdhet mellan kvinnor och män. I separata omröstningar markerade jag emellertid Kristdemokraternas och min uppfattning att dessa länders nationella lagstiftningar vad gäller hälso- och sjukvårdspolitik inte utgör något hinder för att närma sig EU, vilket betänkandets text i vissa delar gjorde gällande.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il partenariato orientale (PO) si fonda sul rispetto del diritto internazionale, dei valori fondamentali della democrazia e dei diritti umani, non deve quindi essere dimenticata l'importanza della parità di genere e dei diritti delle donne. Ancora oggi, si avverte il peso della discriminazione sociale e degli stereotipi di genere.

L'obiettivo della relazione è di stabilizzare i rapporti tra l'Unione europea e il suo vicinato orientale e l'emancipazione delle donne e la loro partecipazione attiva alla vita sociale, politica ed economica è fondamentale per la realizzazione dei cambiamenti in corso.

Per questi motivi ho votato positivamente.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de este informe porque considero que hace un buen retrato del grave deterioro de los derechos fundamentales, tanto individuales como sociales (si bien el ponente intentó censurar las referencias a estos últimos antes de votar en plenario). Considero, sin embargo, que no basta con un buen diagnóstico: la Unión deberá revertir sus políticas migratorias, económicas y sociales si quiere poner freno a esta difícil situación.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavime dėl pasiūlymo dėl Europos Parlamento rezoliucijos dėl moterų teisių Rytų partnerystės valstybėse susilaikiau. Vienas iš svarbiausių Europos Sąjungos užsienio politikos ir Europos kaimynystės politikos tikslų, siekiant užtikrinti saugumą, taiką ir stabilumą, yra ES kaimynystės stabilizavimas. Moterys atlieka svarbų vaidmenį siekiant šio tikslo. Didžiąją dalį asmenų, nukentėjusių nuo ginkluotų konfliktų, sudaro moterys ir vaikai. Dėl šios priežasties reikia įvertinti ir pripažinti vaidmenį, kurį moterys atlieka konfliktų sprendimo ir taikos kūrimo srityse. Esu įsitikinusi, kad svarbu moteris labiau įtraukti į taikos derybas ir politinių pokyčių procesus ir suprasti, kad didesnė lyčių lygybė padėtų pasiekti Rytų partnerystės ir Europos kaimynystės politikos tikslų. Vis dėlto negaliu sutikti su kai kuriomis moterų teisių ir lyčių lygybei užtikrinti dokumente numatytomis priemonėmis, todėl balsavau prieš kai kuriuos pasiūlymus, tačiau daugumos balsais jie buvo priimti. Dėl šios priežasties balsuojant dėl viso dokumento susilaikiau.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με τα δικαιώματα των γυναικών στα κράτη της ανατολικής εταιρικής σχέσης, διότι θεωρώ πως η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να επιβάλει πιο ενεργά ζητήματα που αφορούν την ισότητα τον φύλλων μέσα από τα διάφορα εργαλεία που έχει στη διάθεσή της στα πλαίσια της Ευρωπαϊκής Πολιτικής Γειτνίασης

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La politique de «partenariat oriental» de l'Union concerne six États post-soviétiques: l'Arménie, l'Azerbaïdjan, la Biélorussie, la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine. Ce rapport, comme son titre le laisse entendre, est réducteur envers toutes les femmes et est une ingérence manifeste des institutions européennes dans les systèmes institutionnels, politiques, économiques et sociaux des pays visés: communautarisation des victimes, avec une préférence pour les femmes issues des minorités ethniques (Roms) ou LGBTI, exhortation à la mise en place d'une politique de quotas pour l'accès des femmes aux postes à responsabilités, notamment en politique, ingérence dans les choix diplomatiques des pays du partenariat, lourde insistance sur le droit au regroupement familial pour des femmes ayant de la famille dans l'Union européenne, exhortation à mettre en œuvre les recommandations de la plateforme dite de Pékin pour que chaque femme ait accès à ses «droits reproductifs» notamment la contraception et l'avortement… Fondé sur la théorie du genre, il appelle les États à sanctionner les «insultes et les stigmatisations» envers les personnes LGBTI dans l'espace public ou dans les services publics. Ces termes étant très vagues, on peut légitiment craindre une atteinte à la liberté d'expression in fine. Aussi ai-je voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Whilst I strongly support women's rights and welcome criticism of countries that are lagging behind with women's rights legislation, this report at the same time calls for yet more EU legislation and yet more powers to be taken away from Member States. I firmly believe that individual Member States are best placed to ensure that women's rights are protected and enhanced, free from the burden of EU meddling. I voted to abstain on this report.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – Je me suis exprimé en faveur de ce rapport sur les droits de la femme dans les États du partenariat oriental. J'estime, en effet, que la situation dans ce domaine doit être améliorée dans ces pays. Malgré l'inscription des droits des femmes dans les constitutions respectives de ces États, les stéréotypes liés au sexe restent importants, empêchant non seulement une plus grande participation des femmes au marché du travail et à la vie politique mais ouvrant également la porte à l'acceptation sociale des violences fondées sur le genre et les violences domestiques non déclarées. Par conséquent, il est nécessaire que ces pays prennent immédiatement des mesures pour renforcer l'égalité entre les hommes et les femmes au sein de la société.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl moterų teisių Rytų partnerystės valstybėse. Siekiant užtikrinti saugumą, taiką, stabilumą ir visų klestėjimą, vienas iš svarbiausių Europos Sąjungos užsienio politikos ir Europos kaimynystės politikos tikslų yra ES kaimynystės stabilizavimas. Pranešime pabrėžiamas itin svarbus vaidmuo, kurį atlieka moterys konfliktų sprendimo, taikos kūrimo ir dėl konflikto susidariusios ypatingos padėties sprendimo srityse. Todėl pritariu, kad būtina atkreipti dėmesį į kliūtis, trukdančias moterų įgalėjimui, ir į tai, kaip didesnė lyčių lygybė padėtų pasiekti Rytų partnerystės ir Europos kaimynystės tikslų.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est une véritable insulte faite aux femmes, les réduisant à un statut de victimes éternelles. Il s'agit par ailleurs d'une ingérence brutale dans la politique des États visés, ainsi que d'un rapport pro communautarisme et immigration. J'ai voté contre.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui invite les pays du partenariat oriental (Arménie, Azerbaïdjan, Biélorussie, Géorgie, Moldavie et Ukraine) à prendre davantage de mesures afin d'y améliorer la situation des droits de la femme. En effet, leur situation reste alarmante car, dans de nombreux cas, leurs droits ne sont pas respectés, que ce soit en matière de santé ou dans le cadre judiciaire et économique. Les efforts à fournir par ces pays doivent viser trois objectifs. Il faut tout d'abord améliorer la participation des femmes aux processus de décision via la mise en place d'un accès équitable au pouvoir et la suppression de pratiques discriminatoires sur la scène politique. Ensuite, il convient de favoriser leur participation dans le secteur économique en mettant fin aux stéréotypes et discriminations qui les empêchent de s'épanouir dans ce secteur. Enfin, il faut évidemment condamner et mettre fin à toute forme de violence faite à leur encontre, en mettant notamment en place des mécanismes de protection efficaces.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'Armenia, l'Azerbaigian, la Georgia, la Moldova, l'Ucraina e la Bielorussia sono sei Stati dell'area orientale che collaborano da anni con l'Unione europea in diversi settori all'interno della cornice della politica europea di vicinato. La relazione Mariya Gabriel, che oggi ho sostenuto, analizza lo status dei diritti della donna in questi paesi, evidenziando le discrepanze esistenti tra le dichiarazioni di principio, sancite nelle carte costituzionali, e il livello effettivo di uguaglianza che viene in essi garantito. Il testo, pur adottando un approccio di tipo generale, sottolinea con efficacia il permanere di pesanti ostacoli economici e sociali, che non solo impediscono alle donne di partecipare ai processi decisionali e politici, ma creano impedimenti consistenti per il loro libero ingresso nel mercato del lavoro. Il permanere di stereotipi, le discriminazioni e le violenze di genere si legano anche alla mancata tutela della salute e dei diritti riproduttivi delle donne. L'Unione europea ha il dovere di rafforzare la propria azione in questo settore, sfruttando al massimo gli strumenti resi disponibili dalla PEV per chiedere un cambiamento delle politiche nei paesi del partenariato orientale. Occorre puntare sullo sviluppo di una cultura più attenta nel promuovere i diritti e sfruttare le potenzialità delle donne per investire nel futuro.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor, ya que el informe se centra en medidas en los Estados de la Asociación Oriental (EAP) para promover la participación de las mujeres en los procesos de toma de decisiones, la participación económica, la lucha contra la violencia contra la mujer, el papel de la mujer en la resolución pacífica de conflictos, ejemplos de buenas prácticas y el apoyo de la Unión en el contexto de la Política Europea de Vecindad. La igualdad de género se reconoce como una cuestión transversal en las prioridades estratégicas de la PEV para 2014-2020, consideramos positivo este informe ya que es necesario transversalizar e integrar temas de género también en las relaciones con los EAP.

La EAP lanzada en 2009 está firmada por la Unión, sus Estados miembros y los EAP: Armenia, Azerbaiyán, Bielorrusia, Georgia, Moldavia y Ucrania. Con este informe, los EAP deben adoptar medidas concretas para superar las numerosas barreras a las que se enfrentan las mujeres en todos los ámbitos de la sociedad, incluidos la política, los cuidados y la educación, ya que las mujeres están ausentes de las estructuras de poder y permanecen activas predominantemente en sectores de bajos salarios debido a barreras legales y estructurales.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a la ponente su labor en este informe sobre los derechos de la mujer en los Estados de la Asociación Oriental. Estoy a favor del establecimiento de cuotas obligatorias en las listas de candidatos. Se anima además a los Estados de la Asociación Oriental a que ratifiquen lo antes posible el Convenio de Estambul sobre la prevención y la lucha contra la violencia contra las mujeres, dado que ninguno de los países en cuestión lo ha ratificado, y se pide a las autoridades que pongan en marcha estrategias nacionales para combatir la violencia contra las mujeres y que lleven un seguimiento riguroso de su ejecución efectiva.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis bien évidemment opposée à ce rapport qui est un concentré de poncifs idéologiques en réalité insultant envers toutes les femmes, mais également un exemple typique d'ingérence manifeste des institutions européennes dans les systèmes institutionnels, politiques, économiques et sociaux des pays visés.

Il est clairement fondé sur la fameuse théorie du genre selon laquelle il faudrait déconstruire les stéréotypes de genre et ce dès l'école (paragraphes 6, 22).

Les femmes sont, de façon scandaleuse, communautarisées et donc réduites à leur sexe: «femmes pauvres, migrantes, issues des minorités ethniques» (considérant I), autant de potentielles conditions de victimes égrenées tel un chapelet.

Je m'oppose par ailleurs à cette exhortation à la mise en place d'une politique de quotas pour l'accès des femmes aux postes à responsabilité, notamment en politique (les femmes n'étant apparemment pas assez capables de se hisser par elles-mêmes à ces postes via leurs compétences et leur mérite).

Enfin, ce rapport est outrageusement immigrationniste puisqu'il utilise le droit des femmes pour justifier d'une submersion migratoire supplémentaire, avec le droit au regroupement familial pour des femmes ayant de la famille en UE.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur condividendo l'importanza del tema dei diritti della donna negli Stati del partenariato orientale e la necessità di porre fine alle violenze sulle donne, la relazione in oggetto presenta oggettive criticità che mi hanno spinta a preferire un voto di astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Este Informe trata la situación de los derechos de la mujer en Armenia, Azerbaiyán, Georgia, Moldavia, Ucrania y Bielorrusia, todos ellos Estados de la Asociación Oriental. En estos países existe y se mantiene una desigualdad *de facto*, aun a pesar de que se garantiza la igualdad entre hombres y mujeres.

Los cambios económicos ocurridos en los últimos años han afectado negativamente a la situación de las mujeres, por lo que se insta a estos Estados a que mejoren la situación de los derechos de la mujer, a que adopten medidas para incrementar la igualdad entre hombres y mujeres y a que combatan la violencia doméstica y la violencia de género, incluyendo el acoso sexual y la trata de seres humanos.

Por todo ello, he votado a favor de este Informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo dėl moterų teisių Rytų partnerystės valstybėse. Siekiant užtikrinti saugumą, taiką, stabilumą ir visų klestėjimą, vienas iš svarbiausių Europos Sąjungos užsienio politikos ir Europos kaimynystės politikos tikslų yra ES kaimynystės stabilizavimas. Moterys atlieka itin svarbų vaidmenį siekiant šio tikslo. Rytų partnerystė buvo sukurta 2009 m. kaip bendra Europos Sąjungos, jos valstybių narių ir šešių šalių partnerių Rytų Europoje ir Pietų Kaukaze – Armėnijos, Azerbaidžano, Baltarusijos, Gruzijos, Moldovos Respublikos ir Ukrainos – iniciatyva. Kadangi Rytų partnerystė grindžiama įsipareigojimais laikytis tarptautinės teisės principų, pagrindinių demokratijos vertybių, teisinės valstybės ir pagarbos žmogaus teisėms principų, negalima pamiršti lyčių lygybės ir moterų teisių svarbos. Pranešant Europos kaimynystės politikos 2014-2020 m. strateginius prioritetus, lyčių lygybė buvo pabrėžiama kaip su visomis sritimis susijęs klausimas, kuris turi būti sprendžiamas vykdant visą svarbią veiklą ir į šią veiklą integruotas. Lyčių lygybė taip pat minima kaip „daug žadanti nauja bendradarbiavimo sritis“ naujausio Rytų partnerystės aukščiausiojo lygio susitikimo pareiškime, patvirtintame Rygos Rytų partnerystės aukščiausiojo lygio susitikime, įvykusiame 2015 m. Ir iš tiesų, moterų įgalėjimas ir jų aktyvus dalyvavimas socialiniame, politiniame ir ekonominiame gyvenime yra itin svarbus, kad būtų pasiekta pokyčių procese.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Ja sam kroz svoje amandmane nastojala naglasiti potrebu za boljom pozicijom žena na tržištu rada i mogućnosti usklađivanja privatnog i poslovnog. Žene su često one koje zapostavljaju svoje obrazovanje i posao radi obitelji i zato je potrebno ojačati mrežu institucija za brigu o djeci, ali i institucija za njegu starijih i nemoćnih za koje žene često preuzimaju brigu. Istaknula sam važnost sindikata i različitih programa jačanja ekonomske uloge žene.

Amandmani koji se odnose na LGBTI osobe su uglavnom prihvatljivi. Važno je osuditi napade i diskriminaciju i zahtijevati od država da razviju strateški pristup borbe protiv diskriminacije LGBTI osoba.

Puno nas je naglasilo krijumčarenje ljudi i prostituciju. To su zbilja gorući problemi. Želim podcrtati i važnost borbe protiv obiteljskog nasilja organiziranim pristupom kroz obuku policajaca, medicinskog osoblja, transparentne sudske procese i važnost sigurnih kuća. Obiteljsko nasilje nije nešto što „žena zaslužuje" ili nešto što se mora podnositi kako bi obitelj ostala na okupu. Nužno je osnažiti žene da prijave nasilje policiji.

Također, brigu za seksualno i reproduktivno zdravlje žena i dostupnost modernih sredstava za kontracepciju valja uvrstiti u izvješće.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport fait des propositions intéressantes concernant notamment le trafic des femmes, les violences faites aux femmes et le travail des enfants dans ces États.

Par contre, il s'immisce beaucoup trop dans les domaines diplomatiques de ces États, exhorte la mise en place de quotas pour les femmes aux postes de responsabilité, conceptualise la communautarisation de certains groupes comme les femmes Roms ou LGBTI, et, enfin, prône une certaine forme de migration vers l'UE à partir de ces États.

Par conséquent, j'ai voté contre ce texte.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this report because of how it highlighted many of the positive and negative aspects of the rights of women in Eastern Partnership states. It looked at the participation of women in decision-making processes, economic participation of women, combating violence against women, highlighting women's role in peaceful resolution of conflicts, etc. It also highlighted the difficulties still facing women in these countries and the work that needs to be done in order to counteract this. The report remained quite progressive despite the split votes tabled which took away from some of the more progressive elements of it.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La stabilizzazione del suo vicinato è uno dei principali obiettivi della politica estera dell'UE e della politica europea di vicinato (PEV) per garantire sicurezza, pace, stabilità e prosperità per tutti. Un ruolo cruciale per raggiungere tale obiettivo è svolto dalle donne. Il partenariato orientale si fonda sul rispetto dei principi del diritto internazionale, dei valori fondamentali della democrazia, dello Stato di diritto e dei diritti umani; per questo non va dimenticata l'importanza della parità di genere e dei diritti delle donne. Nonostante entrambi siano riconosciuti nelle Costituzioni e nei sistemi giuridici di tutti i paesi del partenariato orientale, sono ancora presenti una discriminazione sociale e stereotipi di genere che impediscono una maggiore inclusione delle donne nel mercato del lavoro e nella vita politica e favoriscono il persistere dell'accettazione sociale della violenza domestica. È quindi necessario un maggiore coinvolgimento delle donne nei negoziati di pace e nelle transizioni politiche e un miglioramento della posizione che i diritti delle donne e la parità di genere occupano nelle priorità politiche del partenariato orientale.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – La politique du partenariat oriental de l'Union concerne six États post-soviétiques: l'Arménie, l'Azerbaïdjan, la Biélorussie, la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine. Ce rapport constitue une atteinte manifeste de l'Union européenne dans les systèmes institutionnels, politiques, économiques et sociaux des pays visés. Certes, le texte dénonce l'ensemble des violences que subissent les femmes notamment le trafic d'êtres humains en vue d'une exploitation sexuelle ou encore les agressions en tout genre dont elles font l'objet. Mais ce rapport dresse une typologie des femmes à défendre en priorité notamment celles issues des minorités ethniques ou celles issues du groupe LGBTI. Par ailleurs, il est demandé de mettre en place dans les pays concernés une politique de discrimination positive en faveur des femmes par le biais d'un système de quotas et de favoriser le regroupement familial. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Parteneriatul Estic reprezintă o inițiativă comună a Uniunii Europene, a statelor sale membre și a șase țări partenere din Europa de Est și Caucazul de Sud, fiind întemeiat pe angajamentul față de drepturile fundamentale ale omului, ale democrației, ale statului de drept, o deosebită importanță fiind acordată și respectului față de egalitatea de gen și drepturilor femeilor.

Astfel, a fost semnalată participarea scăzută a femeilor în structurile politice ale puterii, fie ele executive sau parlamentare, în principal din cauza practicilor discriminatorii și a stereotipurilor de gen. Aceste tipuri de asocieri de trăsături pot limita dezvoltarea personală și profesională a femeilor, pot îngrădi potențialul femeilor și, de asemenea, pot duce la diferite forme de discriminare pe piața muncii. De asemenea, violența domestică este o problemă cu care un procent semnificativ al femeilor se confruntă. Între 7 % și 25 % dintre femei (în funcție de țară) au fost victime ale violenței domestice.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece consider că doar prin promovarea egalității de gen și prin respectarea drepturilor fundamentale ale omului putem vorbi de o democrație reală și prosperă.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sui diritti della donna negli Stati del partenariato orientale, perché permangono ancora profonde criticità nel campo della parità di diritti tra uomini e donne. Ci sono ancora questioni spinose e non risolte, come la piaga della «tratta», che coinvolge migliaia di donne o la difficile situazione delle donne rom. Risulta debole nei paesi del partenariato orientale anche la partecipazione delle donne alla vita politica. Sono necessari ancora profondi cambiamenti istituzionali per combattere discriminazioni e violenze e promuovere la partecipazione politica e la visibilità delle donne nei paesi del partenariato orientale.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which focuses on the participation of women in decision-making processes, economic participation of women, violence against women, women's role in peaceful resolution of conflicts and examples of best practices and EU support in the context of the European Neighbourhood Policy.

It considers that women still face significant barriers to participation in Eastern Partnership States (16% of elected MPs on average) and calls for them to take concrete steps to overcome the many barriers facing women in all areas of society including politics, care and education. Despite their higher levels of education in all Eastern Partnership countries, women are significantly and noticeably absent from the structures of power and remain active predominantly in low-paying sectors because of legal and structural barriers. Women also suffer from a gender pay gap that can be as wide as 50% in some sectors.

For highlighting these concerns, I voted in favour of the report.

James Carver (EFDD), *in writing*. — UKIP abstained on this non-legislative, non-binding, own-initiative report. UKIP agreed with the sentiments of the report which condemned sexual violence, rape, trafficking, child labour, the lack of rights for LGBTI and discrimination in these (non-EU) eastern European countries. However we could not support legitimising and expanding EU action on the international stage. The report called for gender quotas in politics; expansion of EU programmes and funding through Erasmus and Horizon2020 to these countries; and greater involvement of EU agencies in these countries. These issues should be addressed bilaterally between elected national governments, not unaccountable EU institutions.

David Casa (PPE), *in writing*. – The report highlights the barriers to women's empowerment and how greater gender equality would help reaching the Eastern Partnership (EaP) and European Neighbourhood (ENP) objectives. Women remain remarkably absent from the political structures of power, whilst in the economic field, despite the fact that women are generally more educated than men, the situation is also not very encouraging. The gender pay gap also remains an issue.

But the report also includes examples of good practices, relevant and successful projects to promote women's rights and gender equality in the EaP states. I believe that gender equality is an area which would greatly benefit from a reinforced cooperation between the EU and the Eastern Partnership states. It is important that women's rights and gender equality are put higher in the Eastern Partnership political priorities. I fully support these principles, but I could not vote in favour of this report as I cannot support abortion.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'emancipazione delle donne e la loro partecipazione attiva alla vita sociale, politica ed economica è fondamentale per la realizzazione dei cambiamenti in corso, ma si avverte ancora il peso della discriminazione sociale e degli stereotipi di genere. Nei paesi del PO, infatti, la presenza delle donne nelle strutture politiche di potere (sia esecutivo sia legislativo) risulta ancora scarsissima e lo steso vale nel campo degli affari. Inoltre, tali paesi risultano essere identificati come paesi di origine o di transito della tratta di esseri umani, dove la maggioranza delle vittime sono donne e bambini. Nella relazione sono inseriti esempi di buone prassi, di progetti pertinenti e di successo per la promozione dei diritti delle donne e dell'uguaglianza di genere negli Stati del PO e ho votato senza dubbio a favore.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as I believe we need to pay attention to women's rights in the countries in our neighbourhood, countries with which we cooperate quite closely. I am also worried about the concerns raised in the text and would call on the countries to focus more on women's issues. I would like to point out one issue here. Although I am convinced there is a case for having women participating more in political and economic life, it should not be pushed, as the resolution suggests, through instruments such as obligatory quotas.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La stabilizzazione dei paesi dell'Europa orientale, il loro benessere economico e sociale sono legati inderogabilmente al ruolo delle donne, al rispetto dei loro diritti e della loro dignità.

Nonostante mediamente le donne siano maggiormente istruite degli uomini, la loro presenza negli organi di rappresentanza nazionale e in ruoli di dirigenza rimane ancora estremamente limitata negli Stati del partenariato orientale. La discriminazione delle donne sul lavoro, la persistenza di stereotipi sui loro ruoli sociali e la differenza di paga tra uomo e donna continuano ad essere preoccupanti.

Inoltre, risulta particolarmente allarmante il perdurare del fenomeno del lavoro minorile segnalato dalla relazione in paesi come la Georgia, la Moldavia e l'Azerbaigian. E l'attuale crisi economica rischia di peggiorare la situazione e di perpetuare il ciclo di povertà e di sfruttamento dei minori. L'Europa può fare molto per arrestare questo tragico fenomeno, soprattutto attraverso una efficace politica di vicinato e adeguati strumenti di cooperazione.

Per questi motivi ho ritenuto di votare a favore della relazione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Απέχουμε από την έκθεση, η οποία εμπεριέχει αρκετά αμφίσημα στοιχεία.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά με τα δικαιώματα των γυναικών στα κράτη της ανατολικής εταιρικής σχέσης. Είναι προφανές πως οφείλουμε να στηρίζουμε οποιαδήποτε πρωτοβουλία στοχεύει στην προστασία δικαιωμάτων των γυναικών και στην ισότητα. Γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – In quanto membro delle delegazioni all'Assemblea parlamentare Euronest e alla commissione parlamentare di associazione UE-Moldova, tale relazione non può altro che inorgoglirmi per il lavoro svolto, oltre che spronarmi per quanto ancora necessario. Infatti, nell'anno che sta volgendo al termine si è svolto, a marzo, il primo incontro del Forum delle donne Euronest a motivo della necessaria implementazione della presenza femminile nei processi decisionali, dal momento che sappiamo come le donne spesso ne siano escluse e ostacolate. Pertanto è essenziale introdurre norme di parità di accesso al potere tramite lo scambio di *best practices* con i paesi del partenariato, alla luce non solo dei diversi sostrati culturali che li caratterizzano, bensì delle profonde trasformazioni economiche subite che rendono prioritario potenziare con piani nazionali anche la partecipazione economica.

Il ruolo delle donne è, indubbiamente, cruciale per assicurare la pace dato il coinvolgimento nell'assistenza umanitaria; inoltre va riconosciuta la decisività ricoperta nel garantire sicurezza, stabilità e prosperità. Affinché ciò possa realizzarsi è fondamentale riesaminare le legislazioni vigenti per debellare gli abusi e le violenze di cui le donne sono vittime.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on rights of women in the Eastern Partnership States.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Parceria Oriental, lançada pela Declaração de Praga (2009), é um dos principais instrumentos da Política Europeia de Vizinhança e prossegue objetivos de respeito pelo Direito Internacional e pelos valores da Democracia, Estado de Direito e Direitos Humanos. Neste contexto, o domínio da cooperação para a igualdade entre homens e mulheres e defesa dos direitos das mulheres surge como promissor, na linha da Declaração de Riga (2015).

Saúdo o facto de o princípio da igualdade de género estar consagrado nas Constituições e sistemas jurídicos dos seis países parceiros da Europa Oriental e do Sul do Cáucaso, mas recordo o caminho que ainda temos de percorrer em matéria de participação das mulheres na política (apenas 14% dos Ministros e 16% dos Deputados), nas empresas (10% nas organizações patronais e 15% nos sindicatos) e na justiça salarial (disparidades entre 24% e 50%).

Acompanho a preocupação com o lamentável fenómeno da violência contra as mulheres, nomeadamente a violência doméstica. A sua erradicação é um imperativo civilizacional.

Destaco a urgência da cooperação para o combate ao tráfico de seres humanos (na maioria mulheres), considerando o facto de estes países serem usados como origem ou trânsito para a prática deste crime.

Pelo exposto, apoio o presente relatório.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, auch wenn ich einigen einzelnen Punkten kritisch gegenüberstehe. Ich begrüße es, dass wir über die Europäische Nachbarschaftspolitik Einfluss darauf nehmen können, die Rolle der Frau und die Gleichberechtigung zu stärken und gegen die Gewalt gegen Frauen und Kinder vorzugehen. Aber Forderungen nach vollumfänglichem Zugang zur Abtreibung oder verpflichtende Quoten bei der Aufstellung von Wahllisten gehen entschieden zu weit.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP abstained on this non-legislative, non-binding, own-initiative report. UKIP agreed with the sentiments of the report which condemned sexual violence, rape, trafficking, child labour, the lack of rights for LGBTI and discrimination in these (non-EU) eastern European countries. However we could not support legitimising and expanding EU action on the international stage. The report called for gender quotas in politics; expansion of EU programmes and funding through Erasmus and Horizon2020 to these countries; and greater involvement of EU agencies in these countries. These issues should be addressed bilaterally between elected national governments, not unaccountable EU institutions.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto il suo scopo principale è di mettere in evidenza gli ostacoli all'emancipazione delle donne e di come una maggiore parità di genere potrebbe contribuire al raggiungimento degli obiettivi del partenariato orientale e della PEV. Nella relazione sono inoltre inseriti esempi di buone prassi e di progetti di successo per la promozione dei diritti delle donne e dell'uguaglianza di genere negli Stati del partenariato orientale. Oggetto di analisi è altresì il sostegno dell'UE nel contesto della politica europea di vicinato, cui sono rivolte alcune raccomandazioni in proposito. La relazione valuta inoltre la situazione delle donne in diversi settori, che sono di fondamentale importanza per il Gruppo PPE: la partecipazione delle donne ai processi decisionali, la partecipazione economica delle donne, la violenza contro le donne, il ruolo delle donne nella risoluzione pacifica dei conflitti.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe, que se refiere a la situación de los derechos de las mujeres en los seis países de la Asociación Oriental de la Unión, reconoce que a pesar de que los derechos de las mujeres están reconocidos formalmente por todas las constituciones de estos Estados y la igualdad de género es considerada como una prioridad estratégica en la Política Europea de Vecindad, las mujeres siguen sufriendo discriminación y elevadas tasas de violencia de género. Expresa su preocupación por su baja representación pública y hace un llamamiento a pasos concretos para superar las barreras a las que se enfrentan las mujeres a diario, como la brecha salarial y de pensiones que llega a ser hasta del 50 % en algunos sectores.

A pesar de sus formulaciones positivas, la ponente de la derecha no va lo suficientemente lejos en lo que se refiere al reconocimiento de los derechos sexuales y reproductivos para las mujeres. Asimismo, el texto se enmarca en la Política Europea de Vecindad y sus instrumentos financieros, injerencistas en asuntos internos de terceros países y de promoción de cambio de régimen que rechazo. Por estos motivos, a pesar de sus buenas intenciones, me he abstenido en el voto final.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Stabilitatea vecinătății reprezintă un obiectiv major al politicii externe a Uniunii Europene, cu impact direct asupra cetățenilor blocului comunitar, care trebuie să se bucure de securitate, pace, stabilitate, dar și prosperitate. Parteneriatul Estic a fost lansat în 2009, ca inițiativă a Uniunii Europene și a șase țări partenere din Europa de Est și Caucazul de Sud: Armenia, Azerbaidjan, Belarus, Georgia, Republica Moldova și Ucraina. Acest pact are la bază respectarea dreptului internațional, a valorile fundamentale ale democrației, a statului de drept și a drepturile omului, dar nu trebuie uitată importanța egalității de gen și a drepturilor femeilor. Drepturile femeilor și egalitatea de gen sunt consfințite în constituțiile și sistemele juridice ale tuturor țărilor semnatare ale Parteneriatului Estic. Cu toate acestea, ele se regăsesc mai puțin reprezentate în funcții înalte decât bărbații. Doar 14% dintre pozițiile de miniștri și 16% din locurile din Parlament sunt ocupate de către acestea. Am votat pentru promovarea drepturilor femeilor și a egalității de gen în toate statele membre ale Parteneriatul Estic, dar și pentru ascensiunea acestora pe lista priorităților politice ale Uniunii.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Stabilizacja krajów sąsiadujących z UE jest jednym z najważniejszych celów jej polityki zagranicznej oraz europejskiej polityki sąsiedztwa – jednym z narzędzi jest Partnerstwo Wschodnie ustanowione w 2009 r.

Gdy ogłaszano priorytety strategiczne europejskiej polityki sąsiedztwa na lata 2014-2020, położono nacisk na równość płci jako kwestię przekrojową. Równość płci uznano także za obiecujący nowy obszar współpracy w deklaracji z ostatniego szczytu Partnerstwa Wschodniego. Podzielam wyrażone stanowisko, że wzmocnienie pozycji kobiet i ich aktywny udział w życiu społecznym, politycznym i gospodarczym są w rzeczywistości warunkiem zachodzących zmian.

Niestety istnieją przesłanki, które wskazują, że dyskryminacja społeczna i funkcjonowanie stereotypów płci to nadal częste zjawiska w krajach będących sygnatariuszami Partnerstwa Wschodniego. Istnienie stereotypów nie tylko uniemożliwia większe włączenie kobiet w rynek pracy i udział w życiu politycznym, ale także toruje drogę do społecznej akceptacji przemocy uwarunkowanej płcią i niezgłaszania przypadków przemocy domowej.

Celem sprawozdania jest nie tylko wyliczenie niedociągnięć i błędów w ochronie praw kobiet, ale również uwydatnienie przeszkód utrudniających wzmacnianie ich pozycji, i wskazanie, że większa równość płci pomogłaby zrealizować cele Partnerstwa Wschodniego i europejskiej polityki sąsiedztwa.

W kwestiach horyzontalnych w pełni popieram postawione tezy, niemniej jednak w dokumencie pojawiają się zapisy ideologiczne i światopoglądowe, które budzą wątpliwości. W związku z powyższym wstrzymałem się w głosowaniu nad tym dokumentem.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Each and every partner state needs to safeguard women's rights and promote gender equality. The rapporteur identified that even though the countries do guarantee equality between women and men, de facto inequality still persists and thus the EU needs to impose more actively gender equality and gender mainstreaming through the many useful instruments of its Neighbourhood Policy. I voted in favour of this report as social and economic discrimination and gender stereotypes are preventing greater inclusion of women in the labour market and participation in political decision-making processes. As in all other votes, I voted against any references to abortion.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I strongly support women's rights across the European Union and I was therefore pleased to vote in favour of a report which covers a range of important issues.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Multe femei din zonele rurale, care nu au alte posibilități, au tendința de a accepta locuri de muncă slab remunerate în agricultură, de multe ori fără declarare oficială și fără niciun fel de drepturi de securitate socială. Consider că statele care fac parte din Parteneriatul Estic trebuie găsească cele mai bune soluții pentru eliminarea inegalităților dintre femei și bărbați în agricultură, ceea ce ar contribui în mod cert la asigurarea accesului egal la locuri de muncă pentru femei și bărbați, precum și a remunerării egale pentru muncă de valoare egală.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative s'intéresse au rôle des femmes dans l'objectif de stabilisation de la politique de voisinage européenne. En particulier, le rapport évalue la situation des femmes dans plusieurs domaines qui revêtent une importance capitale tels que la participation des femmes aux processus décisionnels, la participation économique des femmes, la violence contre les femmes, ou encore le rôle des femmes dans le règlement pacifique des conflits. Considérant que ce rapport est équilibré, j'ai voté en faveur.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative, non-binding, own-initiative report. UKIP agreed with the sentiments of the report which condemned sexual violence, rape, trafficking, child labour, the lack of rights for LGBTI and discrimination in these (non-EU) eastern European countries. However we could not support legitimising and expanding EU action on the international stage. The report called for gender quotas in politics; expansion of EU programmes and funding through Erasmus and Horizon2020 to these countries; and greater involvement of EU agencies in these countries. These issues should be addressed bilaterally between elected national governments, not unaccountable EU institutions.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur les droits de la femme dans les États du partenariat oriental. Le partenariat oriental, lancé en 2009, est une initiative conjointe entre l'Union, ses États membres et l'Arménie, l'Azerbaïdjan, la Biélorussie, la Géorgie, la République de Moldavie et l'Ukraine. L'égalité entre les femmes et les hommes fait partie des priorités stratégiques de la politique européenne de voisinage pour la période 2014-2020. J'appelle notamment les pays partenaires d'Europe orientale et du Caucase du Sud à ratifier la Convention d'Istanbul sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et à mettre en place des stratégies nationales. Enfin, des efforts doivent être déployés pour associer davantage les femmes dans la résolution pacifique des conflits et dans les processus de décision.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché in quanto donna ritengo che la parità di genere debba essere uno dei principali obiettivi promossi dalla politica estera dell'Unione europea nei paesi del partenariato orientale - nell'Europa orientale e nel Caucaso meridionale. È necessario promuovere il ruolo della donna nel settore privato e pubblico della società civile, con tolleranza zero nei confronti della violenza domestica e con il sostegno alle pari opportunità nella vita professionale, eliminando qualsiasi forma di discriminazione nei confronti delle donne.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Le Partenariat oriental vise à renforcer l'association politique et l'intégration économique entre l'Union et six pays d'Europe centrale: l'Arménie, l'Azerbaïdjan, la Biélorussie, le Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine. Cette coopération suppose le partage de valeurs fondamentales comme la démocratie, l'État de droit et les droits de l'Homme, mais aussi l'égalité entre les sexes.

Si les systèmes juridiques des pays du partenariat consacrent les droits des femmes, les pratiques demeurent malheureusement discriminatoires. Les femmes y sont sous-représentées dans la sphère politique, avec seulement 14% de ministres et 16% de parlementaires, et dans la sphère économique, l'écart de rémunération oscille entre 24 et 50% selon le pays considéré.

Au cours des cinq dernières années, une enveloppe de 103 millions d'euros a été consacrée à 121 projets et programmes visant à promouvoir l'égalité des sexes dans le voisinage européen, dont 5 millions d'euros pour le programme «Women in business» dans les pays du Partenariat oriental.

L'Union doit continuer à promouvoir l'égalité femmes-hommes auprès de ses partenaires. Cela implique, par exemple, une assistance technique et un partage des bonnes pratiques dans le domaine de la gouvernance et de la réforme de l'administration publique.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Ce texte concerne six États: l'Arménie, l'Azerbaïdjan, la Biélorussie, la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine. Il tire son inspiration de la théorie du genre: il appelle notamment les États à sanctionner les «insultes et les stigmatisations» envers les personnes LGBTI dans l'espace public ou dans les services publics. Il appelle également à une protection spécifique en faveur d'une certaine catégorie de femmes: femmes pauvres, migrantes, issues des minorités ethniques. Certains points, comme la dénonciation du trafic d'êtres humains, sont positifs. Néanmoins, nous ne saurions cautionner l'ingérence inacceptable opérée par ce texte dans les politiques d'États souverains.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Въздържах се при гласуването на този доклад поради няколко причини. Приканването към ратификация на който и да е международен договор не е работа на ЕС и затова принципно не смятам, че трябва да го правим и тук (относно Истанбулската конвенция). Известно ни е, че в конституциите на държавите от Източното партньорство правата на жените и равенството между половете са добре залегнали.

Допълнително докладът приканва за това повече традиционно мъжки професии да бъдат отваряни за жени, което за мен не е правилна стъпка в развитието на нашето общество и не бих приканил държавите от Източното партньорство да го прилагат, нито пък идеята за квоти в политическото управление, която се предполага, че би дала по-голяма равнопоставеност на жените – това за мен не е правилен подход.

Разбира се, докладът предлага и някои полезни препоръки, които не мога да осъдя, и търсенето на начини за премахване на половите стереотипи трябва да бъде наша цел.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η καταπολέμηση της βίας σε βάρος των γυναικών, οι κοινωνικές διακρίσεις και τα στερεότυπα των φύλων εξακολουθούν να αποτελούν σημαντικές προκλήσεις για την ΕΕ και τις ανατολικές γειτονικές της χώρες. Η παρούσα έκθεση όμως δεν έχει ως στόχο να απαριθμήσει τις ελλείψεις και τις αδυναμίες σε σχέση με την προστασία των δικαιωμάτων των γυναικών, αντίθετα περιλαμβάνει την ενεργό συμμετοχή των γυναικών σε συνδικαλιστικές οργανώσεις, την ένταξη ανήλικων Ρομά στην εκπαίδευση, εγκρίνει πολιτικές για την πάταξη κάθε μορφής διάκρισης λόγω σεξουαλικού προσανατολισμού υποστηρίζοντας τα ΛΟΑΔΜ και υποστηρίζει μια ακόμη μεγαλύτερη σύνδεση των χωρών εταίρων με φορείς και προγράμματα της ΕΕ, όπως είναι το «Ορίζοντας 2020», το «Δημιουργική Ευρώπη», το COSME και το Erasmus+. Η έκθεση ζητεί επίσης τη μεγαλύτερη συμμετοχή των γυναικών στις ειρηνευτικές διαπραγματεύσεις και στις διαδικασίες πολιτικής μετάβασης.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Betänkandet i sin helhet är ett viktigt steg för att säkerställa jämlika villkor. En stark motsättning är frågan om kvotering av kvinnliga kandidater och representanter. Jag anser att det inte är rätt väg eftersom det undergräver det långsiktiga arbetet utfört av de offentliga institutionerna. Sådana genvägar garanterar inte ett långsiktigt jämlikt samhälle utan är endast en klåfingrig överstatlig mekanism, en typ av plakat-politik som riskerar att bli kontraproduktiv.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – As mulheres continuam a estar extremamente ausentes das estruturas políticas de poder, tanto a nível executivo como parlamentar, principalmente devido a práticas discriminatórias.

As mulheres representam, em média, 14 % dos ministros e 16 % dos deputados. No domínio económico, não obstante o facto de as mulheres serem, em geral, mais qualificadas do que os homens, representam 10 % dos membros dos órgãos sociais das organizações patronais e 15 % dos membros dos sindicatos.

A disparidade salarial entre homens e mulheres é, em geral, considerável, mas existem discrepâncias significativas entre os países da Parceria Oriental (entre 24 % e 50 %), enquanto a segregação horizontal e vertical do mercado de trabalho é muito acentuada.

Combater a violência contra as mulheres é um desafio partilhado pela UE e pelos seus vizinhos de Leste. As estatísticas dos casos declarados mostram que entre 7 % e 25 % das mulheres foi vítima de violência doméstica, mas a maior parte dos casos continua por declarar.

O relatório realça os obstáculos à emancipação das mulheres e a forma como uma maior igualdade entre homens e mulheres pode contribuir para a concretização dos objetivos da Parceria Oriental e da PEV.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório refere que a igualdade entre homens e mulheres está consagrada nas Constituições dos países que integram a chamada Parceria Oriental (Estados-Membros da UE, Arménia, Azerbaijão, Bielorrússia, Geórgia e República da Moldávia) e nos seus sistemas jurídicos. Todos estes países ratificaram a maioria das convenções internacionais relevantes neste domínio.

Apesar disso, verificam-se graves atropelou aos direitos das mulheres, que o relatório enumera.

O relatório apela à intensificação da luta contra a discriminação e a aplicação da legislação existente; defende o papel da educação - creches, ensino pré-escolar, básico, secundário e universitário - acessível a todos; salienta a necessidade de estabelecer metas para a eliminação do trabalho infantil; salienta a necessidade de combater a violência doméstica com base no género - assédio sexual, maternidade de substituição forçada, tráfico de seres humanos para fins de exploração sexual, a prostituição; apela à proteção específica das mulheres e raparigas que requerem asilo. Entre outros aspetos que apoiamos e valorizamos.

Mas o relatório contém também aspetos menos positivos, algumas omissões e aspetos dos quais discordamos.

Registe-se que nada é dito relativamente à situação na Ucrânia, ao golpe que a UE apoiou e às forças de cariz assumidamente fascista que se instalaram no governo deste país e que o fizeram regredir décadas, também neste domínio.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted yes because I agree.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Táto správa sa zameriava na situáciu žien a na ich práva v krajinách Východného partnerstva, kam patrí Arménsko, Azerbajdžan, Moldavsko, Ukrajina, Bielorusko a Gruzínsko. Napriek tomu, že práva žien sú zakotvené a chránené v jednotlivých ústavách týchto krajín, realita je častokrát iná a neustále pretrváva sociálna a ekonomická diskriminácia, ktorá je založená na pohlaví. Rodová rovnosť je oblasť, pre ktorú by bolo veľmi prospešné posilnenie spolupráce medzi Európskou úniou a štátmi Východného partnerstva. Väčšina problémov je svojou podstatou spoločná pre Európsku úniu aj jej východných susedov a cieľom tejto správy je prispieť k zvýšeniu dôležitosti práv žien a rodovej rovnosti v rebríčku politických priorít Východného partnerstva.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo dalla relazione in quanto, nonostante molti punti positivi e una finalità più che condivisibile, restano ancora dei passaggi troppo schierati e la relazione cerca di inserirsi inutilmente nella vicenda russo-ucraina.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η καταπολέμηση της βίας σε βάρος των γυναικών, οι κοινωνικές διακρίσεις και τα στερεότυπα των φύλων εξακολουθούν να αποτελούν σημαντικές προκλήσεις για την ΕΕ και τις ανατολικές γειτονικές της χώρες. Η παρούσα έκθεση όμως δεν έχει ως στόχο να απαριθμήσει τις ελλείψεις και τις αδυναμίες σε σχέση με την προστασία των δικαιωμάτων των γυναικών. Αντίθετα περιλαμβάνει την ενεργό συμμετοχή των γυναικών σε συνδικαλιστικές οργανώσεις, την ένταξη ανήλικων Ρομά στην εκπαίδευση, εγκρίνει πολιτικές για την πάταξη κάθε μορφής διάκρισης λόγω σεξουαλικού προσανατολισμού υποστηρίζοντας τα ΛΟΑΔΜ και υποστηρίζει μια ακόμη μεγαλύτερη σύνδεση των χωρών εταίρων με φορείς και προγράμματα της ΕΕ, όπως είναι το «Ορίζοντας 2020», το «Δημιουργική Ευρώπη», το COSME και το Erasmus+. Η έκθεση ζητεί επίσης τη μεγαλύτερη συμμετοχή των γυναικών στις ειρηνευτικές διαπραγματεύσεις και στις διαδικασίες πολιτικής μετάβασης.

Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω την έκθεση και τις προτάσεις της Επιτροπής Δικαιωμάτων των Γυναικών και Ισότητας των Φύλων σχετικά με τα δικαιώματα των γυναικών στα κράτη της ανατολικής εταιρικής σχέσης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Even though women's rights and gender equality are enshrined in the constitutions and legal systems of all six Eastern Partnership countries (Armenia, Azerbaijan, Belarus, Georgia, Moldova and Ukraine), social and economic discrimination and gender stereotypes remain important and prevent greater inclusion of women in the labour market and participation in political decision-making processes. Also violence against women and the lack of sexual and reproductive health and rights remains a problem. The EU needs to impose more actively gender equality and gender mainstreaming through the many useful instruments of its Neighbourhood Policy.

Mariya Gabriel (PPE), *par écrit*. — Les défis auxquels font face les pays du partenariat oriental en matière de droit des femmes sont généralement communs à ceux affrontés par l'Union européenne. Dans des proportions différentes, la réalisation de l'égalité entre hommes et femmes doit faire l'objet d'efforts résolus des deux côtés, pour répondre aux fondements et aux objectifs du partenariat oriental et de la politique européenne de voisinage de la sécurité, de paix, de stabilité et de prospérité. Le rapport insiste largement sur la promotion d'une plus large participation des femmes à la vie politique, y compris dans l'objectif de favoriser les transitions démocratiques. De plus, le rapport fait un état des lieux des droits des femmes dans différents domaines et propose des axes d'une coopération plus étroite, par exemple, dans la lutte contre la traite des êtres humains y compris en associant les agences européennes comme Europol. Enfin, le rapport appelle aussi à ce qu'en plus de l'approche transversale en faveur de l'égalité hommes-femmes, des objectifs spécifiques soient fixés dans le cadre du partenariat oriental, en tenant compte du principe de différenciation et dans le cadre d'une approche quantifiée basée sur un recueil de données harmonisées et l'utilisation de l'indice d'égalité de genre développé par l'EIGE.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – In der Kooperation mit Staaten der Östlichen Partnerschaft gilt es die Gleichstellung der Geschlechter zu stärken.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I abstained on this non-legislative, non-binding, own-initiative report. I agreed with the sentiments of the report which condemned sexual violence, rape, trafficking, child labour, the lack of rights for LGBTI and discrimination in these (non-EU) eastern European countries. However, I could not support legitimising and expanding EU action on the international stage. The report called for gender quotas in politics; expansion of EU programmes and funding through Erasmus and Horizon2020 to these countries; and greater involvement of EU agencies in these countries. These issues should be addressed bilaterally between elected national governments, not unaccountable EU institutions.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is of critical importance that EU cooperation with the Eastern Partnership states dismantles damaging gender stereotypes. Greater inclusion of women in the labour market, increased participation of women in political and public spheres, and expanding access to justice for those affected by gender-based violence will contribute to stability and increased economic prosperity in the Eastern Partnership states.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Nel quadro del partenariato orientale le problematiche legate alle discriminazioni di genere entrano a pieno titolo nel patrimonio di diritto europeo sul quale tutti dobbiamo lavorare e cercare continuamente di migliorare le nostre prestazioni. Poco tempo fa mi sono occupata proprio di un aspetto particolare di questa incessante battaglia politica e sociale, ossia l'inclusione a pieno titolo e con uguali diritti della donna nel mercato del lavoro del settore agricolo.

Ho votato a favore di questa relazione perché ritengo inquadri correttamente la problematica degli stereotipi di genere, che ancora bloccano le donne impedendo loro l'accesso sia alle posizioni dirigenziali che meritano sia a una retribuzione in linea con quella degli uomini. Priviamo così tutta la società europea di un contributo fondamentale all'innovazione delle nostre imprese e dimentichiamo la promessa di eguaglianza sociale e non discriminazione alla base del partenariato orientale e della stessa Unione europea.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative aborde le sujet du droit des femmes dans six États: Arménie, Azerbaïdjan, Biélorussie, Géorgie, Moldavie et Ukraine.

Le rapport dresse un état des lieux alarmiste sur la condition féminine dans certains pays, où les femmes, mais aussi les enfants, sont fréquemment victimes de trafic piloté par les mafias locales: mères-porteuses, travail des enfants, proxénétisme…

Face à cette condition véritablement préoccupante, certains députés européens proposent des solutions qui n'en sont pas, en priorisant la protection des communautés LGBTI ou Roms, en demandant de mettre en place des quotas de femmes dans les fonctions électives ou en proposant le droit au regroupement familial pour les femmes ayant un membre de la famille dans un État de l'Union européenne.

J'ai bien entendu voté contre ce rapport qui renie toute souveraineté.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor, ya que el informe se centra en medidas en los Estados de la Asociación Oriental (EAP) para promover la participación de las mujeres en los procesos de toma de decisiones, la participación económica, la lucha contra la violencia contra la mujer, el papel de la mujer en la resolución pacífica de conflictos, ejemplos de buenas prácticas y el apoyo de la Unión en el contexto de la Política Europea de Vecindad. La igualdad de género se reconoce como una cuestión transversal en las prioridades estratégicas de la PEV para 2014-2020, consideramos positivo este informe ya que es necesario transversalizar e integrar temas de género también en las relaciones con los EAP.

La EAP lanzada en 2009 está firmada por la Unión, sus Estados miembros y los EAP: Armenia, Azerbaiyán, Bielorrusia, Georgia, Moldavia y Ucrania. Con este informe, los EAP deben adoptar medidas concretas para superar las numerosas barreras a las que se enfrentan las mujeres en todos los ámbitos de la sociedad, incluidos la política, los cuidados y la educación, ya que las mujeres están ausentes de las estructuras de poder y permanecen activas predominantemente en sectores de bajos salarios debido a barreras legales y estructurales.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – În calitate de raportor din partea Comisiei pentru afaceri sociale a Delegației la Adunarea Parlamentară Euronest pe raportul privind drepturile femeilor în statele care fac parte din Parteneriatul Estic, am votat acest raport deoarece trebuie să ne implicăm în îmbunătățirea situației pieței muncii feminine în aceste state. În primul rând, trebuie să ne concentrăm pe egalitatea de gen ca o valoare comună văzută din perspectiva UE-Parteneriatul Estic. În al doilea rând, o cooperare concretă UE-PaE în domeniu este prioritară pentru a atinge rezultatele dorite. Cele mai multe dintre provocări sunt de aceeași natură pentru UE și vecinii săi estici, dar un impuls politic poate ajuta la promovarea drepturilor femeii și egalității de gen în cadrul priorităților politice ale Parteneriatului Estic. Toate țările din cadrul PaE au dezvoltat strategii, programe sau planuri de acțiune pentru îmbunătățirea situației femeilor. UE ar trebui să ajute partenerii să pună în aplicare angajamentele în conformitate cu aceste strategii și cu obiectivele naționale, precum și să ofere expertiză pentru ajustarea legislației muncii privind egalitatea de gen și îmbunătățirea participării femeilor pe piața forței de muncă și în procesul de luare a deciziilor.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report as it is of critical importance that EU cooperation with the Eastern Partnership states dismantles damaging gender stereotypes. Greater inclusion of women in the labour market, increased participation of women in political and public spheres, and expanding access to justice for those affected by gender-based violence will contribute to stability and increased economic prosperity in the Eastern Partnership states. Stabilisation of its neighbourhood is central to the European Union's foreign policy; ensuring security, peace and prosperity and affirming women's rights and freedoms is a vital part of this.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση που αφορά τα δικαιώματα των γυναικών στα κράτη της ανατολικής γειτονίας. Υπάρχουν πολλές θετικές αναφορές όπως η διασφάλιση της συμμετοχής των γυναικών σε συνδικαλιστικές οργανώσεις, καταπολέμηση των διακρίσεων στην εργασία οι οποίες σχετίζονται με το φύλο, τονίζει την ανάγκη να υπάρχουν οικονομικά προσιτές υπηρεσίες παιδικής φροντίδας και σαφείς διατάξεις γονικής άδειας, καλούνται οι αρχές να ενισχύσουν το δίκτυο ποιοτικών υποδομών φροντίδας για τους ηλικιωμένους και τα εξαρτώμενα άτομα, ζητεί ίση πρόσβαση στην παιδεία για όλα τα παιδιά, να δοθεί ιδιαίτερα έμφαση στην εκπαίδευση των κοριτσιών της υπαίθρου, και παροτρύνει να εντατικοποιηθούν οι δράσεις ενάντια στο έγκλημα της εμπορίας ανθρώπων βάσει του σκανδιναβικού μοντέλου.

Ωστόσο το κείμενο σε κάποια σημεία διαπνέεται από υπερβολική παρέμβαση στα εσωτερικά άλλων κρατών με εντολές για συγκεκριμένες δράσεις. Π.χ. προωθεί τις ποσοστώσεις. Επίσης παραγνωρίζεται στην έκθεση πως ισοτιμία τον δύο φύλων δεν μπορεί να νοηθεί στο πλαίσιο των νεοφιλελεύθερων πολιτικών που προωθεί η ΕΕ στα κράτη της ανατολικής εταιρικής σχέσης.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this own-initiative report that assesses the situation of Women's rights in the six Eastern Partnership countries: Armenia, Azerbaijan, Georgia, Moldova, Ukraine and Belarus, which are covered by the European Neighbourhood Policy (ENP). Social and economic discrimination and gender stereotypes are still widespread across these countries, preventing greater inclusion of women in the labour market and participation in political decision-making processes. More worryingly, the high levels of violence against women and the lack of access to sexual and reproductive health remains challenging. Women's Rights and gender equality issues must be kept on the political agenda. We must do more to support grassroots women's organisations and civil society, which are best positioned to reach out to local populations as well as help to raise awareness.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I believe that the EU needs to impose gender equality and gender mainstreaming more actively through the many useful instruments of its Neighbourhood Policy. I voted in favour.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o pravima žena u državama Istočnog partnerstva jer smatram da je u dotičnim zemljama za jačanje prava žena potrebno, osim na poštivanju ljudskih prava, također raditi na općoj političkoj i ekonomskoj stabilnosti. Kao ključne točke ovog Izvješća, za koje sam glasao, navode se važnost uključivanja žena u procese donošenja odluka, uključenje žena u mirovne pregovore i političke tranzicije, također uključivanje žena u gospodarski život te svakako smanjenje nasilja nad njima.

U državama članicama Istočnog partnerstva vertikalna i horizontalna segregacija u pogledu radnih mjesta za žene na tržištu rada i dalje je duboko ukorijenjena u kulturnim i društvenim normama, na čemu treba raditi podizanjem razine javne svijesti o tom problemu.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Si le rapport dénonce avec justesse le trafic des femmes, la violence qui leur est faite ainsi que le problème du travail des enfants, il pêche par trop d'inclinations négatives. A la volonté d'ingérence des institutions européennes s'ajoutent la communautarisation des femmes et leur réduction au statut de victimes perpétuelles, ainsi que la défense de la théorie du genre, tant de facteurs pesant de tout leur poids du mauvais côté. J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Mariya Gabriel sur les droits de la femme dans les pays du partenariat oriental. Le Partenariat oriental est une politique européenne qui vise à conclure des accords avec des pays comme l'Arménie, l'Azerbaïdjan, la Biélorussie, la Géorgie, la Moldavie ou l'Ukraine. Le rapport appelle à mieux lutter contre les discriminations dans la sphère économique, puisque dans certains pays, les femmes n'ont que très peu accès à des postes de haut rang. Au niveau sociétal, le texte appelle à renforcer les efforts dans la lutte contre les violences faites aux femmes. Pour une approche plus opérante, le rapport préconise de mettre à profit l'instrument européen de voisinage afin de soutenir les initiatives de la société civile, qui sont les plus à même de sensibiliser les citoyens sur ces questions. Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à accorder au droit des femmes et à l'égalité des sexes plus d'importance dans les politiques du partenariat oriental. La politique européenne de voisinage a pour objectif d'assurer sécurité, paix, stabilité et prospérité pour tous. Les droits des femmes doivent faire pleinement partie des priorités de ce cadre. Si ces droits sont bien intégrés dans les Constitutions et les systèmes juridiques de tous les pays du partenariat, la discrimination sociale et les stéréotypes sexuels restent importants. Ce texte esquisse plusieurs recommandations pour parvenir à l'égalité des sexes et pour renforcer les droits des femmes dans divers domaines.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich bei diesem Bericht enthalten. Die Gleichbehandlung der Frau in Politik, Wirtschaft und Religion ist Basis einer aufgeklärten und humanistischen Gesellschaft und somit nicht verhandelbar. Nach Ansicht der Berichterstatterin ist in den politischen Machtstrukturen der Länder der Östlichen Partnerschaft nach wie vor eine auffällige Abwesenheit von Frauen festzustellen. Meiner Meinung nach überschreitet die EU hier ihre Kompetenzen und mischt sich in die Souveränität der Mitgliedstaaten ein.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Stabilisation of its neighbourhood and ensuring security are the key tenets of EU foreign policy instruments. Peace, prosperity and affirming women's rights and freedoms is a vital part of this. I voted in favour of this report as it is of critical importance that EU cooperation with the Eastern Partnership states dismantles damaging gender stereotypes. Greater inclusion of women in the labour market, increased participation of women in political and public spheres, and expanding access to justice for those affected by gender-based violence will contribute to stability and increased economic prosperity in the Eastern Partnership states.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Ich habe mich bei der Abstimmung zum Bericht über die Rechte der Frau in den Staaten der Östlichen Partnerschaft enthalten, da ich den ursprünglich guten und wichtigen Ansatz des Berichtsentwurfes der Kollegin Mariya Gabriel unterstütze. Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt ist ein Problem in den osteuropäischen Anrainerstaaten, das es offensiv zu bekämpfen gilt. Allerdings verlässt der endgültige Bericht dieses Kernziel an vielen Punkten und streift Bereiche, die definitiv nichts mit der Situation der Frauen zu tun haben. Diese Themaverfehlung kann und will ich nicht unterstützen.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Zprávu o právech žen ve státech Východního partnerství jsem se rozhodla podpořit. Sice se domnívám, že státy Východního partnerství mají před sebou již tak mnoho důležité práce, jsem však přesvědčena, že je nutné zlepšit situaci v oblasti práv žen v zemích Východního partnerství, a to zejména ve spojitosti s hlubokými hospodářskými změnami a ekonomickou nejistotou, které měly na ekonomickou situaci žen negativní dopad a vedly k nedostatkům v jejich faktické rovnosti. Odsuzuji přitom využívání sexuálního násilí na ženách a dívkách jako válečné zbraně, včetně masového znásilňování, sexuální otroctví, prostituci, pronásledování na základě příslušnosti k určitému pohlaví včetně obchodování s lidmi, i sexuální turistiku a zdůrazňuji nutnost bojovat proti vynuceným sňatkům, jak je definuje Organizace spojených národů, včetně dětských sňatků / sňatků v raném věku, a vyzývám východní sousedy, aby se důsledně postavili proti jakékoli formě vykořisťování a zneužívání žen prostřednictvím náhradního mateřství.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour since we share the same values with our Eastern European partners and therefore I am highly concerned when these values are not fully respected. Unreported domestic violence, under-representation of women in political life, and persistence of gender stereotypes are cross-cutting issues in all EaP states addressed in the present report.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям доклада относно правата на жените в държавите от Източното партньорство. По отношение на участието на жените в процеса на вземане на решения трябва да се отбележи, че е значителна и осезаема липсата на жени в структурите на властта в държавите от Източното партньорство. Считам, че е необходимо да се засили обменът на добри практики във връзка с насърчаването на политическото участие на жените в децентрализираните институции и местните органи. Устойчиви резултати се постигат по най-добър начин под ръководството на политически партии, и поради това трябва да се подчертае ключовата роля на европейските политически партии и на техните женски секции.

Приветствам отпускането на средства за инициативи, свързани с борбата с насилието срещу жени и момичета, което да гарантира по-дългосрочен достъп до ефективни услуги за жертвите и оцелелите. Призовавам за по-задълбочено сътрудничество между държавите от Източното партньорство, от една страна, и агенциите на ЕС и правоприлагащите органи на държавите членки, от друга, с цел борба срещу трафика на хора, който се нарежда също така сред най-печелившите дейности на организираната престъпност, и с цел разбиване на престъпните мрежи.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Popieram rezolucję przygotowana przez Mariyę Gabriel „Prawa kobiet w państwach partnerstwa wschodniego".

Jak uczy historia, transformacja krajów rozwijających się dokonuje się przy istotnym współudziale kobiet, jednak później, po osiągnięciu prosperity, ich prawa bywają lekceważone.

Prawa kobiet i równouprawnienie są istotnym zagadnieniem polityki społecznej i ekonomicznej Unii Europejskiej. Postulaty niedyskryminacji pojawiają się w związku z tym w porozumieniach krajów trzecich z UE. Istotne jest, aby także u naszych wschodnich sąsiadów prawa kobiet były odpowiednio wysoko na agendzie politycznej, a praca w tym zakresie odbywała się równolegle z realizacja polityk dotyczących gospodarki czy finansów.

Raport podkreśla, że, choć wszystkie państwa Partnerstwa Wschodniego przygotowały strategie i plany służące poprawie sytuacji kobiet, ich obecność w przestrzeni publicznej i na stanowiskach decyzyjnych jest bardzo skromna. Powszechny jest też model „podwójnego obciążenia" kobiet, które po pracy zawodowej w nieproporcjonalnie większym stopniu niż mężczyźni poświęcają się pracom domowym. Raport potępia upowszechnienie stereotypów płciowych, w których kobieta pełni rolę podległą, a które negatywnie wpływają na ścieżki edukacyjne i ścieżki kariery kobiet.

Poparłam również liczne odniesienia w raporcie dotyczące praw reprodukcyjnych kobiet i potrzeby legislacyjnych działań afirmacyjnych, które pomogłyby zmienić sytuację.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. – Dal 2009 il partenariato orientale ha come obiettivo la stabilizzazione del vicinato dell'Unione europea al fine di garantire sicurezza, pace, stabilità e prosperità per tutti. Ritengo che le la parità di genere e il riconoscimento dei diritti delle donne svolgano un ruolo cruciale per il raggiungimento di tale obiettivo ed è per questo che ho deciso di votare a favore di questa relazione.

Purtroppo abbiamo constatato che la situazione nel settore dei diritti della donna nei paesi del partenariato orientale deve essere migliorata: le donne sono significativamente assenti dalle strutture di potere e sebbene vantino livelli di istruzione superiori, sono occupate soprattutto in settori a bassa remunerazione. Abbiamo perciò sottolineato del ruolo dell'istruzione nell'eliminazione degli stereotipi intorno al ruolo delle donne e nell'eliminazione di pratiche discriminatorie, evidenziando la necessità di un sostegno mirato e di tutoraggio per le donne imprenditrici, che spesso non hanno accesso al credito o alle reti commerciali.

Inoltre, abbiamo ribadito che la lotta contro la violenza nei confronti delle donne è una sfida condivisa dall'UE e dai paesi del suo vicinato orientale, con particolare attenzione alla necessità di creare meccanismi di protezione efficaci per le donne impegnate nella difesa dei diritti umani.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Unfortunately, the countries of the Eastern Partnership (EaP states) continue to be countries of origin, and in some cases transit and destination countries, for human trafficking of women and young girls. Alas, most of these women have been sexually exploited and have become victims of mass rape, sexual slavery, enforced prostitution and sex tourism. Therefore, I voted in favour because the EU should place the fight against human trafficking and sexual exploitation of women at the core of development cooperation with EaP states. Taking a broader perspective to protect human rights, particularly women's rights, in EaP states, the EU should increase its support for female entrepreneurship, women's empowerment and education.

Last but not least, I call on EaP states to protect women from human trafficking and sexual exploitation by increasing efforts to investigate and prosecute human/sex traffickers and by actively supporting NGOs that provide rehabilitation and social reintegration to victims.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La parità di genere è una delle nostre priorità strategiche per il periodo 2014-2020. Secondo le statistiche, le donne hanno ancora una piccola percentuale di presenza nelle strutture politiche di potere; nell'ambito economico, nonostante siano più istruite rispetto agli uomini, esse rappresentano il 10 per cento dei membri degli organi direttivi delle associazioni di imprenditori e il 15 per cento dei membri dei sindacati; il divario retributivo continua ad essere molto elevato; e tra il 7 e il 25 per cento delle donne è stato almeno una volta vittima di violenza domestica.

L'Unione europea ha ora l'obiettivo di creare una situazione stabile nei paesi confinanti, promuovendo sicurezza e pace, e le donne sono una parte essenziale di questo processo, che sarà raggiunto solo rendendo possibile la loro emancipazione. I diritti delle donne e la parità di genere sono riconosciuti nel sistema politico e giuridico degli Stati del partenariato orientale, eppure sono evidenti gravi discriminazioni e stereotipi che impediscono l'inclusione della donna nella società e che incoraggiano la violenza domestica. Per tali ragioni, lo scopo della relazione è quello di elencare gli ostacoli all'emancipazione delle donne e presentare una serie di raccomandazioni e buoni esempi essenziali per raggiungere gli obiettivi del partenariato orientale.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, dédié à la question des droits des femmes dans les pays du Partenariat Oriental, qui s'inscrit dans une véritable logique de partenariat et de coopération toujours plus étroite entre, d'une part, l'Union européenne et ses États membres et, d'autre part, les pays du Partenariat Oriental – l'Arménie, l'Azerbaïdjan, la Biélorussie, la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine.

Les défis auxquels ces pays sont confrontés en matière de droits des femmes sont proches de ceux que nous avons à affronter au sein de l'Union européenne, dans chacun de nos États membres. Il s'y ajoute néanmoins le défi des réseaux de traite d'êtres humains, source d'approvisionnement des esclavagistes modernes. Il faut donc se doter d'une vision stratégique et avoir un engagement plus clair, qui traverse tous les aspects, toutes les politiques du Partenariat Oriental, et fasse des progrès des droits des femmes une priorité politique dans notre dialogue avec les pays de ce Partenariat.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Sous couvert de bonnes intentions ou d'idées universelles (dénonciation de l'exploitation sexuelle des femmes, lutte contre les violences faites aux femmes, protection des femmes et de leurs enfants nés ou à naître), ce rapport n'est qu'un cheval de Troie terrible pour l'immigration, les revendications LGBT ou la question des Roms. L'idéologie du genre s'y insinue partout et gangrène ce texte, par ailleurs profondément ingérent pour la politique des États visés. Enfin, les femmes n'y sont évoquées que sous le prisme de victimes éternelles, ce qui est réducteur, voire totalement insultant pour elles. J'ai fermement voté contre.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El objeto de este informe es evaluar los derechos de las mujeres en la Asociación Oriental Europea. Considero que el texto es muy positivo al abordar directamente temas que me parecen fundamentales, como son el derecho al aborto y la prohibición de la prostitución, así como la necesidad de introducir medidas legislativas que aseguren el acceso de las mujeres al mercado laboral en igualdad. Pese a ello, algunas referencias injerencistas y el hecho que la propia Unión dista mucho de aplicar los estándares que aquí se defienden, han hecho que me inclinara por una abstención.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El informe resalta la importancia de la igualdad de género y los derechos de las mujeres como pilares para la consecución de los objetivos de la Asociación Oriental, que fue puesta en marcha en 2009 y que comprende a la Unión Europea, Armenia, Azerbaiyán, Bielorrusia, Georgia, la República de Moldavia y Ucrania.

El texto recuerda que la discriminación por cuestión de género sigue siendo una lacra considerable en los países de la Asociación Oriental. Así, aún seguimos lamentando hoy las diferencias existentes a la hora de acceder al mercado laboral o en la participación en la vida política.

Doy mi voto favorable porque nos hallamos ante la igualdad entre hombres y mujeres, uno de los principios que inspiran la sociedad europea y que se beneficiará de una cooperación reforzada entre la Unión y los Estados de la Asociación Oriental.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe mich bei der Abstimmung zum Bericht über die Rechte der Frau in den Staaten der Östlichen Partnerschaft enthalten, da ich den ursprünglich guten und wichtigen Ansatz des Berichtsentwurfes der Kollegin Mariya Gabriel unterstütze. Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt ist (nicht nur) ein Problem in den osteuropäischen Anrainerstaaten, das es offensiv zu bekämpfen gilt. Allerdings verlässt der endgültige Bericht dieses Kernziel an vielen Punkten und streift Bereiche, die definitiv nichts mit der Situation der Frauen zu tun haben. Diese Themaverfehlung kann und will ich nicht unterstützen.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Nesouhlasím s výzvou zemím východní Evropy, aby zavedly kvóty na ženy na kandidátních listinách, ani nesouhlasím s voláním po speciálních programech podpory „političkám a aktivistkám". Nesouhlasím ani s tím, že by se z rozpočtu EU měly dotovat „ženské organizace" v zemích východní Evropy na úkor našich daňových poplatníků.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Istočno partnerstvo pokrenuto je Pariškom deklaracijom iz 2009. kao zajednička inicijativa između Europske unije, njenih država članica i još šest zemalja. Ključan cilj vanjske politike Europske unije i Europske politike susjedstva je stabilizacija za osiguranje mira, stabilnosti, sigurnosti i prosperiteta.

Iako su prava žena i ravnopravnost spolova čvrsto utvrđeni u ustavima i pravnim sustavima svih država članica tog partnerstva, socijalna diskriminacija i razni stereotipi sprečavaju bolje uključivanje žena na tržište rada i njihovo sudjelovanje u političkom životu.

U glasanju na ovo izvješće bila sam suzdržana zbog svjetonazorskih odredbi vezanih uz pravo na život s kojima se ne slažem.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – Parliament considers the situation in the area of women's rights in the Eastern Partnership countries to be in need of improvement. It points out that profound economic changes and economic uncertainty have had a negative effect on the economic situation of women, leading to shortcomings in their equality. Members called on the Eastern Partnership countries to overcome gaps in their anti-discrimination frameworks.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Štáty Východného partnerstva, Arménsko, Azerbajdžan, Bielorusko, Gruzínsko, Moldavská republika a Ukrajina, majú práva žien zakotvené vo svojich právnych systémoch. Ich dôsledné vykonávanie je však problematické, tak ako aj v mnohých krajinách Únie. Dôsledné presadzovanie práv žien a kontrola výkonu tohto práva sa preto musí stať samozrejmou každodennou súčasťou všetkých politík krajín, ktoré rešpektujú právny štát, demokraciu a ľudské práva.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Αναφερόμενος στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 12/12/2016, απείχα κατά την ψηφοφορία της έκθεσης σχετικά με τα δικαιώματα των γυναικών στα κράτη της ανατολικής εταιρικής σχέσης, διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Ce texte est un exemple de la politique européenne et plus particulièrement de l'ingérence des institutions européennes dans les systèmes institutionnels, politiques, économiques et sociaux des pays tiers. La rapporteur souhaite que les pays membres du Partenariat oriental de l'Union européenne introduisent des quotas pour l'accès des femmes aux postes à responsabilités, notamment en politique, avec une préférence pour les femmes issues des minorités ethniques (Roms) ou LGBTI. Nous considérons que ce rapport est une véritable insulte faite aux femmes, les réduisant au statut de victimes. Enfin, il s'agit clairement d'un rapport pro immigration et communautariste.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – La relazione del Parlamento europeo sui diritti della donna negli Stati del partenariato orientale mira a mettere in evidenza la necessità di consolidare la parità tra uomini e donne nella società odierna. Nell'area del partenariato orientale la situazione della popolazione femminile si rivela particolarmente delicata, principalmente a causa dei grandi cambiamenti che hanno interessato la società e della situazione economica incerta. Pertanto ho votato a favore di questa relazione, che promuove un più intenso utilizzo della legislazione nella lotta alla discriminazione e alla disparità di genere.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o zprávě, která se zabývá hodnocením práv žen v zemích Východního partnerství. Všechny členské země tohoto uskupení ratifikovaly většinu důležitých mezinárodních úmluv v této oblasti, i tak ale bohužel ženy v zemích Východního partnerství i nadále trpí sociální diskriminací. Neplatí zde ani rovný přístup k zaměstnání, ani stejná odměna za stejnou práci mezi pohlavími. Ve zprávě se výslovně zmiňuje zejména situace na Ukrajině, kde od počátku konfliktu bylo nuceně vysídleno více než 1,5 milionu lidí, z toho ovšem 2/3 představují ženy a děti, které trpí zhoršeným přístupem ke zdravotní péči, k bydlení a zaměstnanosti. Souhlasím s tím, že je nutné bojovat s fenoménem obchodování s lidmi, s násilím páchaným na ženách, podporovat zejména dostupnost vzdělání a služby v oblasti reprodukčního a sexuálního zdraví. Zprávu jsem proto podpořil.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Τάσσομαι υπέρ του ψηφίσματος για τα δικαιώματα των γυναικών στα κράτη της Ανατολικής Εταιρικής Σχέσης, γιατί η σταθεροποίηση των γειτονικών περιοχών αποτελεί έναν από τους βασικούς στόχους της ευρωπαϊκής εξωτερικής πολιτικής και της ευρωπαϊκής πολιτικής γειτονίας (ΕΠΓ) για τη διασφάλιση της ασφάλειας, της ειρήνης, της σταθερότητας και της ευημερίας και αναμφισβήτητα, για να μπορέσει αυτό να εφαρμοστεί, ο ρόλος των γυναικών είναι καθοριστικής σημασίας. Είναι γεγονός ότι οι γυναίκες παραμένουν σε μεγάλο βαθμό απούσες από τις πολιτικές δομές, είτε σε επίπεδο εκτελεστικής είτε σε επίπεδο κοινοβουλευτικής εξουσίας, κυρίως λόγω πρακτικών που εισάγουν διακρίσεις. Τέλος, η καταπολέμηση της βίας σε βάρος των γυναικών αποτελεί κοινή πρόκληση για την ΕΕ και τις ανατολικές γειτονικές της χώρες

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Nach Ansicht der Berichterstatterin ist in den politischen Machtstrukturen der Länder der Östlichen Partnerschaft nach wie vor eine auffällige Abwesenheit von Frauen festzustellen, und zwar sowohl in der Exekutive als auch im Parlament, was hauptsächlich auf diskriminierende Praktiken zurückzuführen ist. Der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern ist grundsätzlich bedeutend, auch wenn es zwischen den einzelnen Ländern der Östlichen Partnerschaft diesbezüglich große Unterschiede gibt. Die horizontale und vertikale Segregation des Arbeitsmarkts spielt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle. Insbesondere in ländlichen Gebieten sind Frauen bereit, schlecht bezahlte und behördlich nicht registrierte Beschäftigungsangebote anzunehmen, oder sie gehen selbstständigen unternehmerischen Tätigkeiten nach. Tatsächlich stellen Frauen einen großen Teil der Unternehmer und Geschäftsinhaber dar, stehen dabei jedoch, vor allem aufgrund der vorherrschenden Geschlechterstereotype und der von Männern dominierten Sektoren, denselben Hürden wie in der EU gegenüber.

Die Gleichbehandlung der Frau in Politik, Wirtschaft und Religion ist die Basis einer aufgeklärten und humanistischen Gesellschaft und nicht verhandelbar.

Da sich die Berichterstatterin unter Missachtung von selbstregulierenden Prozessen am Arbeitsmarkt in die wirtschaftliche und politische Souveränität von Staaten einmischt und Frauen in den Staaten der östlichen Partnerschaft generalisierend in die Rolle von Opfern (Geschlechterstereotype) drängt, habe ich mich der Stimme enthalten.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport se penche sur les droits des femmes dans les pays au voisinage dit «oriental» de l'Union européenne: Arménie, Azerbaïdjan, Biélorussie, Géorgie, Moldavie et Ukraine. L'UE y tient une politique à géométrie variable, selon ses possibilités d'ingérence, en soutenant ici une presse «indépendante» et là «une opposition pro-européenne» . Ceci étant dit, l'objet de ce rapport est de soutenir la participation des femmes dans la vie économique, sociale et politique de ces pays, pour soutenir plus largement l'État de droit, la démocratie et l'égalité. Il soutient la mise en place de quotas dans les élections, un statut marital autonome des femmes (droits non liés à l'autorisation du mari) ou encore les droits sexuels et génésiques. Seules 50% en moyenne des femmes y ont accès à des méthodes contraceptives dites modernes ! Il défend les services de base pour tous. Mais évidemment, selon le rapport en Ukraine, tout va bien. Je pense le contraire. Et la propagande antirusse de ce rapport est puérile. Au final, je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur le partenariat entre l'Union européenne et six États postsoviétiques (Arménie, Azerbaïdjan, Biélorussie, Géorgie, Moldavie et Ukraine) sur les droits des femmes est en réalité une stigmatisation de la femme, la réduisant au statut de victime éternelle.

Il met en valeur la communautarisation des victimes avec une préférence renforcée pour les femmes issues des minorités ethniques ou LGBTI, exhorte les États concernés à la mise en place de quotas en fonction du sexe et met en lumière les désirs immigrationnistes de l'Union en insistant sur le droit au regroupement familial.

Je me suis donc opposée à ce rapport qui est une totale insulte faite aux femmes ceci sans omettre qu'il s'agit d'une énième ingérence dans les politiques d'États souverains.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Alhoewel in de landen van het Oostelijk partnerschap de gelijkheid tussen mannen en vrouwen bij wet is vastgelegd wordt nog dagelijks het bewijs geleverd dat hardnekkige man-vrouw-stereotypen er schering en inslag zijn. De gelijkheid tussen mannen en vrouwen is er de voorbije jaren de facto zelfs op achteruit gegaan. Slecht betaalde jobs, gendergerelateerd geweld en een gebrekkige toegang tot seksuele en reproductieve rechten voor vrouwen ontsieren er nog steeds de samenleving. De EU heeft de voorbije jaren 103 miljoen euro aan steun gegeven om de gelijkheid tussen mannen en vrouwen in het Oostelijk Partnerschap te bevorderen. In dit verslag wordt de balans opgemaakt. Aan de landen wordt gevraagd duidelijke streefcijfers te hanteren inzake gendergelijkheid en inspanningen te leveren om de belemmeringen weg te nemen die een volwaardige economische en sociale participatie van vrouwen verhinderen. Wereldwijd is aangetoond dat vrouwen in transitielanden vaak stuwende krachten zijn in het verzekeren van vrede, veiligheid en welvaart en op die manier de samenleving naar een hoger niveau tillen. Daarom is het ook aangewezen om in het nabuurschap vrouwen een gelijke toegang tot hoogwaardige opleidingen en een gelijke vertegenwoordiging op alle bestuurlijke niveaus te garanderen.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Politika Východného partnerstva je jednou z hlavných priorít zahraničnej politiky Európskej únie a zasahuje tak do mnohých oblastí podpory a vzájomnej spolupráce. Úroveň dodržiavania ľudských práv je jednou z kľúčových priorít z pohľadu Únie a zvyšovanie jej úrovne predstavuje conditio sine qua non a nevyhnutnosť pre prehlbovanie vzťahov s krajinami Východného partnerstva a ich postup na ceste k európskej integrácii. Ženy a dievčatá predstavujú cenný ľudský kapitál vo všetkých z týchto krajín. Vo všeobecnosti dosahujú vyššie vzdelanie, čomu však nezodpovedá ich následné spoločenské uplatnenie. Zastúpenie žien v riadiacich pozíciách ostáva veľmi limitované (len 10 %) a ženy sú často nútené pracovať na postoch, ktoré nezodpovedajú ich odbornej kvalifikácii, či dokonca na neregistrovaných miestach. Mám za to, že Únia musí aj naďalej zachovávať rozhodný postoj, pokiaľ ide o posilňovanie postavenia žien v krajinách Východného partnerstva, ako aj odsudzovať násilie, ktoré je v spoločnosti prítomné a do určitej miery ticho tolerované. Tento fenomén nemá v modernej demokratickej spoločnosti miesto.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – Even though women's rights and gender equality are enshrined in the constitutions and legal systems of all six Eastern Partnership countries (Armenia, Azerbaijan, Belarus, Georgia, Moldova and Ukraine), social and economic discrimination and gender stereotypes remain important and prevent greater inclusion of women in the labour market and participation in political decision-making processes. Also violence against women remains a problem. However, I have never supported any references to abortion and women's sexual and reproductive health and rights, which, in my opinion, are strictly a competence of the Member States.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Unió és tagállamai, valamint Azerbajdzsán, Belarusz, Grúzia, a Moldovai Köztársaság, Örményország és Ukrajna kezdeményezésére 2009-ben megindult keleti partnerség valamennyi országának alkotmánya és jogrendszere rögzíti a nők jogait és a nemek közötti egyenlőséget. Jelentős ugyanakkor a társadalmi megkülönböztetés, a nemi sztereotípiák pedig nemcsak a nők nagyobb munkaerőpiaci bevonását és a politikai életben való részvételét akadályozzák meg, hanem fenntartják a nemi alapú és a rendőrség felé be nem jelentett családon belüli erőszak társadalmi elfogadottságát. A nők feltűnően távol maradnak a hatalmi pozícióktól, mind a végrehajtó, mind a parlamenti ágban, elsősorban a megkülönböztető gyakorlatoknak köszönhetően. A nemek közötti bérszakadék különösen jelentős: a különbségek 24% és 50% között mozognak, emellett kritikus mértékű a munkaerőpiac horizontális és vertikális szegregációja is. A nők ezért hajlamosak elfogadni az alulfizetett vagy be nem jelentett állásokat is, különösen a vidéki területeken.

A jelentés a nők társadalmi szerepvállalása útjában álló akadályokra kíván rámutatni és arra, hogy a nemek közötti nagyobb egyenlőség hogyan segítene elérni a keleti partnerség és az európai szomszédságpolitika célkitűzéseit. Példákat is felsorol a bevált gyakorlatokra, a keleti partnerség országaiban a nők jogait és a nemek közötti egyenlőséget előmozdító releváns és sikeres projekteket. A tervezet elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La politique de «partenariat oriental» de l'Union concerne six États postsoviétiques: l'Arménie, l'Azerbaïdjan, la Biélorussie, la Géorgie, la Moldavie et l'Ukraine. Le rapport est réducteur envers toutes les femmes, mais également une ingérence manifeste des institutions européennes dans les systèmes institutionnels, politiques, économiques et sociaux des pays visés. Il est fondé sur la théorie du genre (paragraphes 6, 22). Il appelle les États à sanctionner les «insultes et les stigmatisations» envers les personnes LGBTI dans l'espace public ou dans les services publics. Les mots «insultes» et «stigmatisations» étant très vagues on peut craindre une atteinte à la liberté d'expression in fine. De plus nous ne pouvons classer les gens en fonction de leurs pratiques sexuelles. Enfin les femmes sont clairement communautarisés et réduites à leur sexe: «femmes pauvres, migrantes, issues des minorités ethniques» (considérant I). En définitive, le rapport est condescendant envers les femmes, les réduisant au statut de victimes éternelles. Il s'agit clairement d'un rapport pro immigration et communautarisme (migrants, LGBT, Roms). Vote contre.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est une véritable insulte aux femmes, les réduisant au statut de victimes éternelles. Par ailleurs, j'observe une totale ingérence dans la politique des États visés. Enfin, il s'agit clairement d'un rapport pro-immigration et communautarisme (voir les passages concernant les migrants ou les Roms). Je vote donc contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is of critical importance that EU cooperation with the Eastern Partnership states dismantles damaging gender stereotypes. Greater inclusion of women in the labour market, increased participation of women in political and public spheres, and expanding access to justice for those affected by gender-based violence will contribute to stability and increased economic prosperity in the Eastern Partnership states.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur les droits de la femme dans le volet oriental de la politique européenne de voisinage. Le texte exhorte les pays du partenariat oriental à prendre des mesures pour renforcer l'égalité entre les hommes et les femmes, en particulier dans les responsabilités politiques et le secteur économique. Il condamne les violences domestiques et sexuelles ainsi que leur acceptation sociale. Enfin, il souligne certaines bonnes pratiques soutenues par les organisations internationales, telles que le projet «Women in Politics in Moldova» ou le dialogue transcaucasien des femmes sur la paix et la sécurité.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In order to open the pathway to discussions of trade, human rights, economic strategy and travel agreements, amongst other issues, with Armenia, Azerbaijan, Belarus, Georgia, Moldova and Ukraine, the EU inaugurated the European Partnership on 7 May 2009. I have voted for this report that highlights the barriers to women's empowerment.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport ambițios, care face o analiză a situației femeilor din țările Parteneriatului Estic, propunând soluții de îmbunătățire, și îl consider binevenit în condițiile în care respectarea, promovarea și garantarea egalității de gen fac parte din deziderateleUniunii Europene. Raportul constată, în mod corect, faptul că în continuare violența împotriva femeilor este semnificativă în multe dintre statele Parteneriatului Estic și ia forme multiple, precum abuzul fizic, emoțional, amenințările sau abuzul sexual. Apreciez faptul că raportul adoptat astăzi invită țările partenere să promoveze participarea politică a femeilor, să respecte principiul egalității de gen în ceea ce privește salarizarea și promovarea la muncă. De asemenea, consider benefic ca toate statele Parteneriatului Estic să ratifice cât mai curând Convenția de la Istanbul privind prevenirea și combaterea violenței împotriva femeilor și a violenței domestice, iar autoritățile naționale să creeze, în parteneriat cu UE, strategii pentru combaterea violenței împotriva femeilor și să monitorizeze cu strictețe aplicarea acestora.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich hier meiner Stimme enthalten, da die Gleichbehandlung der Frau in der Politik, Wirtschaft und Religion die Basis einer aufgeklärten und humanistischen Gesellschaft und nicht verhandelbar ist. Im Bericht mischt man sich unter Missachtung von selbstregulierenden Prozessen am Arbeitsmarkt in die wirtschaftliche und politische Souveränität des Staates ein.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Naiste õiguste olukord idapartnerluse riikides vajab järjepidevat tähelepanu ning adresseerimist poliitiliste ja inimõiguste teemalistel kohtumistel idapartnerluse riikidega. Naiste sotsiaalne ja majanduslik diskrimineerimine on neis riikides siiski küllalt levinud ning takistab naiste osalemist nii tööturul kui ka poliitilises elus. Samuti on murettekitav naistevastane vägivald ning seksuaaltervisele juurdepääsu puudumine. EL saab selle valdkonna arendamisele kaasa aidata näiteks idapartnerluse programmi instrumentide kaudu.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Όπως υπογραμμίστηκε στη Δήλωση της Ρίγας, η ισότητα των φύλων είναι ένας τομέας που θα επωφελούνταν σε μεγάλο βαθμό από την ενισχυμένη συνεργασία μεταξύ της ΕΕ και των κρατών της ανατολικής εταιρικής σχέσης. Οι περισσότερες προκλήσεις είναι κοινές για την ΕΕ και τους ανατολικούς γείτονές της. Στόχος της έκθεσης είναι να συμβάλει ώστε να αποδοθεί στα δικαιώματα των γυναικών και στην ισότητα των φύλων υψηλότερη πολιτική προτεραιότητα στις χώρες της Ανατολικής Εταιρικής Σχέσης. Υπάρχει ανάγκη να ληφθούν άμεσα δράσεις από τις χώρες της ανατολικής εταιρικής σχέσης για την αύξηση της ισότητας μεταξύ γυναικών και ανδρών στην κοινωνία, συμπεριλαμβανομένης της έγκρισης εθνικών σχεδίων δράσης και της συνεργασίας με διεθνείς οργανισμούς και φορείς της κοινωνίας των πολιτών. Υπερψήφισα την έκθεση, η οποία καλεί τις χώρες της Ανατολικής Εταιρικής Σχέσης να αντιμετωπίσουν τις ελλείψεις στα εθνικά τους πλαίσια για την καταπολέμηση των διακρίσεων και να κάνουν μεγαλύτερη χρήση της νομοθεσίας κατά των διακρίσεων λόγω φύλου, προκειμένου να αυξηθεί ο βαθμός εφαρμογής των νόμων και να σταματήσει η καταπάτηση των δικαιωμάτων των γυναικών στις χώρες αυτές. Τονίζει επίσης την ανάγκη για εκστρατείες ευαισθητοποίησης των πολιτών και για θεσμικές αλλαγές με στόχο την εξάλειψη των αρνητικών στερεοτύπων που αφορούν τις γυναίκες και επηρεάζουν δυσμενώς όλους τους τομείς της συμμετοχής τους στην κοινωνία.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Το ψήφισμα χρησιμοποιείται ως ένα ακόμα εργαλείο άσκησης πολύμορφων πιέσεων της ΕΕ στις χώρες της «ανατολικής εταιρικής σχέσης» στο πλαίσιο της λεγόμενης ΕΠΓ για την προώθηση των συμφερόντων των επιχειρηματικών ομίλων που εξυπηρετεί η ΕΕ και των αντίστοιχων μερίδων των αστικών τάξεων αυτών των χωρών. Οι όποιες αναφορές στα καταδικαστέα φαινόμενα εκμετάλλευσης και βίας κατά των γυναικών χρησιμοποιούνται ως προκάλυμμα. Η έκθεση αναθέτει προκλητικά σε ΜΚΟ και «οργανώσεις της κοινωνίας των πολιτών», ακόμη δηλαδή και στην εργοδοσία, την προστασία των δικαιωμάτων των γυναικών, ενώ στο όνομα της «οικονομικής ανεξαρτητοποίησης» προπαγανδίζει τη «γυναικεία επιχειρηματικότητα», την «κοινωνική οικονομία» και τον δανεισμό ως διέξοδο στα προβλήματα, αποσιωπώντας την ταξική εκμετάλλευσή τους. Θεωρεί …ως δήθεν «προώθηση των δικαιωμάτων» τους την αύξηση της συμμετοχή τους σε «διοικητικές δομές αρμόδιες για κεφαλαιώδεις …οικονομικές μεταρρυθμίσεις», στην προώθηση δηλαδή αντιλαϊκών αντεργατικών μέτρων και την ανάδειξή τους σε «διευθυντικές θέσεις». Όλα αυτά καμία σχέση δεν έχουν με τις ανησυχίες των γυναικών των εργατικών λαϊκών οικογενειών και όχι μόνο απέχουν πολύ από τις πραγματικές τους ανάγκες αλλά εναντιώνονται σ' αυτές. Γι' αυτό πρέπει να παλέψουν με προοπτική μια κοινωνία χωρίς καπιταλιστική εκμετάλλευση, στο πλαίσιο της οποίας θα διαμορφωθούν οι προϋποθέσεις για την αντιμετώπιση της βίας κατά των γυναικών και τη λύση της γυναικείας ανισοτιμίας.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta della collega poiché, oltre a evidenziare gli ostacoli all'emancipazione delle donne negli Stati del Partenariato orientale, fornisce esempi di buone pratiche che, in alcuni di quei paesi, hanno condotto al rafforzamento della parità di genere. Senza garanzia dei diritti delle donne vengono meno sicurezza, pace, stabilità e prosperità, pilastri fondamentali della stabilizzazione del vicinato orientale per l'UE.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — Stabilisation of its neighbourhood is one of the key objectives of the European Union's foreign policy and of the European Neighbourhood Policy (ENP) in order to ensure the security, peace, stability and prosperity of all. Women play a crucial role towards it. I voted in favour of this report as it assesses women's situation in several areas which are of utmost importance for the EPP Group: the participation of women in decision-making processes; the economic participation of women; violence against women; women's role in the peaceful resolution of conflicts. It gives examples of best practices in place in the EaP countries and outlines EU support/funding in the context of the European Neighbourhood Policy. Several recommendations are sketched in all these fields to achieve gender equality and enhance women's rights.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Ne mogu podržati prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o pravima žena u državama Istočnog partnerstva. Iako ova rezolucija temelji svoja polazišta na stabilizaciji susjedstva kao jedan od ključnih ciljeva vanjske politike EU-a i europske politike susjedstva u svrhu osiguranja sigurnosti, mira, stabilnosti i prosperiteta i u njoj naglašava ulogu žene (naglasak je na ženskim pravima i jednakosti spolova u politici Istočnog partnerstva), ipak se konkretno ne bavi stvarnim problemima žena u državama Istočnog partnerstva (Armenija, Azerbajdžan, Bjelorusija, Gruzija, Republika Moldavija i Ukrajina) te ne donosi mjere za stvarno poboljšanje njihovih prava i položaja. Zauzimam stajalište da bi ova rezolucija trebala više obratiti pozornost na žene koje imaju određene ovlasti te na njegovateljice, radnice u kućanstvu i žene s invaliditetom. D

ržave članice bi trebale razvijati još snažnije bilateralne i multilateralne veze s državama Istočnog partnerstva i aktivno sudjelovati u pomoći pri tranziciji, tehničkoj potpori i razmjeni iskustava. U tom smislu vjerujem da bi države članice u neposrednoj blizini država Istočnog partnerstva mogle imati važnu ulogu u olakšavanju stvaranja snažnijih veza te u uključivanju ostalih država članica u suradnju s državama Istočnog partnerstva.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – La stabilizzazione del suo vicinato è una delle priorità dell'Unione europea. Il partenariato orientale, avviato nel 2009, è un'iniziativa congiunta tra l'UE e sei paesi dell'Europa orientale e del Caucaso meridionale. Naturalmente anche la dimensione di genere, in quanto principio di diritto internazionale e valore fondamentale della democrazia, rientra negli impegni stabiliti da questo partenariato. Con questa risoluzione abbiamo voluto mettere in evidenza come una maggiore parità di genere e sostegno alle donne potrebbero contribuire al raggiungimento degli obiettivi del partenariato stesso. È fondamentale che i paesi del partenariato si impegnino maggiormente per rafforzare la parità tra donne e uomini attraverso, ad esempio, campagne di sensibilizzazione sugli stereotipi che ancora influenzano largamente la vita pubblica, o superando le troppe lacune nei rispettivi sistemi normativi in tema di prevenzione della violenza sulle donne o di discriminazione basata sul sesso. È necessario inoltre un aumento dell'attenzione verso le persone LGBTI che spesso vengono discriminate in ambienti pubblici e ufficiali senza nessuna conseguenza per chi commette tali azioni discriminatorie. Molto resta da fare e l'UE può migliorare la situazione delle donne in questi paesi grazie ai molti strumenti utili nella sua politica di vicinato, e per questi motivi ho sostenuto questa risoluzione.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Istočno partnerstvo uspostavljeno je 2009. u okviru Deklaracije iz Praga kao zajednička inicijativa EU-a, njegovih država članica i šest partnerskih zemalja istočne Europe i južnog Kavkaza: Armenije, Azerbajdžana, Bjelorusije, Gruzije, Republike Moldavije i Ukrajine.

Pri najavi strateških prioriteta Europske politike susjedstva za razdoblje 2014. – 2020. ravnopravnost spolova istaknuta je kao prioritetno pitanje. Iako su prava žena i ravnopravnost spolova čvrsto utvrđeni u ustavima i pravnim sustavima svih država članica tog partnerstva de facto neravnopravnost i dalje postoji. S&D se posebno fokusirao na prava LGBTI osoba, na pitanja spolnog i reproduktivnog zdravlja žena, na potrebu za snažnijom uključenosti žena u postupak donošenja odluka i postupak provedbe ekonomskih politika kao i u sindikatima, na ravnopravnu podjela neplaćenih poslova, kao što su skrb i obveze u kućanstvu te na borbu protiv prisilnih brakova.

Pozivam države Istočnog partnerstva da potpišu i ratificiraju Istanbulsku konvenciju o sprečavanju i borbi protiv nasilja nad ženama jer je nijedna od tih država nije ratificirala. EU treba aktivnije nametati ravnopravnost spolova kroz mnoge korisne instrumente Europske politike susjedstva.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Acompanhamos muitas das preocupações levantadas no relatório, nomeadamente no que à imperativa necessidade de superar as desigualdades entre homens e mulheres diz respeito.

Entendemos, contudo, que o relatório fica muito aquém na análise daquelas que são as causas dessas mesmas desigualdades e dos caminhos necessários para os superar, nomeadamente no que se refere à necessidade de uma rutura com as políticas de direita e de exploração.

Apresentam-se, entre outros, mecanismos de quotas obrigatórias para superar a diferença de participação das mulheres na política, mecanismo que rejeitamos.

Refere-se a situação na Ucrânia, sem se referir as responsabilidades da UE na instauração de um regime fascista.

O relatório não escapa à habitual abordagem de ingerência que tão bem caracteriza o Parlamento Europeu. Assim se justifica a exacerbação da Política Europeia de Vizinhança e do seu papel no apoio e financiamento a iniciativas que, naturalmente, têm como objetivo contribuir para mudanças políticas, claro, sob a matriz ideológica da UE, mas também do uso da PEV para reformas na Administração Pública e dos princípios e políticas dos Estados.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – We must recognise that the EU needs to impose gender equality and gender mainstreaming more actively through the many useful instruments of its Neighbourhood Policy. Even though women's rights and gender equality are included within the constitutions and legal systems of all six Eastern Partnership countries of Armenia, Azerbaijan, Belarus, Georgia, Moldova and Ukraine, social and economic discrimination and gender stereotypes remain prevalent, preventing greater inclusion of women in the labour market and participation in political decision-making processes.

Unfortunately, the discrimination and stereotypes also lead to violence against women and lack of sexual and reproductive health and rights. I am proud that the S&D Group worked together amongst others groups who managed to improve the very general draft by tabling amendments on: LGBTI persons' rights; need for stronger involvement of women in economic decision making; access to micro-credits; the need for a change in stereotypes; support for equal sharing of unpaid work between men and women; the fight against forced (child) marriage; and combating violence against women. Although the six Eastern Partnership countries guarantee equality between women and men, de facto inequality persists in the areas the report highlights, stressing the importance of increased pressure towards gender equality and gender mainstreaming.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Dans le cadre de la politique européenne de voisinage de l'UE, dont l'objectif est la stabilisation des relations avec ses voisins orientaux, un partenariat a été mis en place avec six pays de l'Europe de l'Est et du Caucase. Celui-ci repose notamment sur le respect des droits de la femme. Cependant, nous regrettons que la discrimination sociale et les stéréotypes sexuels restent importants dans les pays concernés par ce partenariat. J'ai donc voté en faveur de ce rapport qui fait état de cette situation dramatique pour les femmes et formule plusieurs recommandations pour améliorer leur situation et encourager leur participation au sein des secteurs économiques et politiques dans les pays du partenariat oriental.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A estabilização da vizinhança é um dos principais objetivos da política externa da União Europeia e, em particular, da Política Europeia de Vizinhança (PEV). As mulheres desempenham, neste âmbito, um papel fundamental.

Tendo em conta o princípio de diferenciação da PEV, é importante destacar que os direitos das mulheres, bem como a igualdade entre pessoas de diferentes sexos, estão consagrados nas Constituições e nos sistemas jurídicos dos diversos países da Parceria Oriental. Infelizmente, verifica-se ainda uma grande discriminação social neste aspeto.

Ora, estes estereótipos não só impedem uma maior inclusão das mulheres no mercado de trabalho e a sua participação na vida política, como também mantêm a aceitação social do fenómeno da violência doméstica não declarada. As estatísticas dos casos declarados mostram que entre 7 % e 25 % das mulheres (consoante o país) foi vítima de violência doméstica, mas a maior parte dos casos continua por declarar.

Por refletir adequadamente as questões acima referidas, não pude deixar de votar a favor do presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative, non-binding, own-initiative report. UKIP agreed with the sentiments of the report which condemned sexual violence, rape, trafficking, child labour, the lack of rights for LGBTI and discrimination in these (non-EU) eastern European countries. However we could not support legitimising and expanding EU action on the international stage. The report called for gender quotas in politics; expansion of EU programmes and funding through Erasmus and Horizon2020 to these countries; and greater involvement of EU agencies in these countries. These issues should be addressed bilaterally between elected national governments, not unaccountable EU institutions.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Senhor Presidente, embora a situação dos direitos das mulheres nos países da Parceria Oriental (Arménia, Azerbaijão, Geórgia, Moldávia, Ucrânia e Bielorrússia) tenha melhorado e os mesmos se tenham comprometido a garantir a igualdade entre homens e mulheres, a desigualdade persiste.

O grupo dos Socialistas Europeus conseguiu melhorar o relatório com a apresentação de emendas relacionadas com: os direitos das pessoas LGBTI, os direitos sexuais e reprodutivos, a necessidade de uma maior participação das mulheres na tomada de decisão económica e sindicatos, o acesso a microcréditos, a necessidade combater os estereótipos, o apoio à partilha equitativa do trabalho não remunerado entre homens e mulheres nos cuidados e trabalho doméstico, a luta contra o casamento forçado e o combate à violência doméstica, para destacar apenas algumas.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen sur les droits de la femme dans les États du partenariat oriental. Cette résolution, qui souligne les nombreux problèmes qui nécessitent encore une attention particulière afin d'améliorer la situation dans le domaine des droits de la femme, s'articule autour de plusieurs grands axes: la participation des femmes aux processus de décision, la participation économique des femmes, la violence à l'égard des femmes, les rôles joués par les femmes dans la résolution pacifique des conflits, des exemples de bonnes pratiques et finalement l'aide de l'Union dans le cadre de la politique européenne de voisinage. Dans un contexte de profondes mutations économiques et de conflits persistants dans la région, notamment en Ukraine, il est important que

l'Union européenne réitère son soutien aux principes du droit international et aux valeurs fondamentales, avec un accent particulier sur la promotion des droits de la femme dans ces pays du partenariat oriental.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą. Tai svarbus pranešimas, siunčiantis aiškią žinią Komisijai. Pirmiausia pranešimu raginama, kad Komisija užbaigtų readmisijos sutarčių su Rytų partnerystės šalimis poveikio vertinimą lyčių aspektu. Kitas svarbus raginimas – užtikrinti moterų teises, nepriklausomai nuo moterų šeimyninės ir socialinės padėties, pvz., moterų galimybę gauti vizas. Šie reikalavimai parodo, kad Europos Parlamentas įdėmiai stebi moterų padėtį Rytų partnerystės valstybėse. Kartu norima paskatinti pokyčius, kurie galėtų atverti šioms valstybėms kelius dar labiau suartėti su ES.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A estabilização da vizinhança é um dos principais objetivos da Política Externa da União Europeia e da Política Europeia de Vizinhança (PEV). A fim de garantir a segurança, a paz, a estabilidade e a prosperidade comum, a igualdade de género desempenha um papel crucial na concretização deste objetivo, devendo estar integrada em todas as políticas relevantes.

A Parceria Oriental surgiu em 2009, com a Declaração de Praga, enquanto iniciativa conjunta entre a UE e seis países parceiros da Europa Oriental e do Sul do Cáucaso, baseando-se no compromisso do respeito pelos princípios de Direito Internacional e pelos valores fundamentais da Democracia, do Estado de Direito e dos Direitos Humanos, bem como da igualdade de género. Todavia, continuam a registar-se casos de discriminação criando barreiras à emancipação das mulheres.

O relatório apela a uma maior participação das mulheres nas negociações de paz e nos processos de transição política, enquanto elo fundamental para a sua emancipação e participação social e política.

Segundo a Declaração de Riga, o reforço da cooperação entre a UE e a Parceria Oriental beneficiará os esforços de alcance da igualdade de género e dos direitos das mulheres, razões que me levaram a apoiar e votar a favor deste relatório.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe dem Bericht zu den Rechten der Frau in den Staaten der Östlichen Partnerschaft zugestimmt.

Die Stabilisierung ihrer Nachbarschaft ist eines der Hauptziele der Außenpolitik der Europäischen Union, um Sicherheit, Frieden, Stabilität und Wohlstand für alle zu gewährleisten. Frauen spielen dabei eine entscheidende Rolle. Der Bericht hat deshalb zum Ziel, den Frauenrechten und der Gleichstellung in der Politik der Östlichen Partnerschaft eine größere Bedeutung zu geben. Er weist Empfehlungen in den Bereichen auf, die für die EVP-Fraktion von besonderer Bedeutung sind. Sie sollen die Gleichstellung der Geschlechter fördern und die Rechte der Frauen stärken.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe, que se refiere a la situación de los derechos de las mujeres en los seis países de la Asociación Oriental de la Unión, reconoce que a pesar de que los derechos de las mujeres están reconocidos formalmente por todas las constituciones de estos Estados y la igualdad de género es considerada como una prioridad estratégica en la Política Europea de Vecindad, las mujeres siguen sufriendo discriminación y elevadas tasas de violencia de género. Expresa su preocupación por su baja representación pública y hace un llamamiento a pasos concretos para superar las barreras a las que se enfrentan las mujeres a diario, como la brecha salarial y de pensiones que llega a ser hasta del 50 % en algunos sectores.

A pesar de sus formulaciones positivas, la ponente de la derecha no va lo suficientemente lejos en lo que se refiere al reconocimiento de los derechos sexuales y reproductivos para las mujeres. Asimismo, el texto se enmarca en la Política Europea de Vecindad y sus instrumentos financieros, injerencistas en asuntos internos de terceros países y de promoción de cambio de régimen que rechazo. Por estos motivos, a pesar de sus buenas intenciones, me he abstenido en el voto final.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this report because I do wish to see women's rights advanced, I just do not think that the EU should be doing it.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report as it is of critical importance that EU cooperation with the Eastern Partnership states dismantles damaging gender stereotypes. Greater inclusion of women in the labour market, increased participation of women in political and public spheres, and expanding access to justice for those affected by gender-based violence will contribute to stability and increased economic prosperity in the Eastern Partnership states. Stabilisation of its Neighbourhood is central to the European Union's Foreign Policy; ensuring security, peace and prosperity and affirming women's rights and freedoms is a vital part of this.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Ženy v Arménsku, Azerbajdžane, Bielorusku, Gruzínsku, Moldavsku a na Ukrajine čelia mnohým ťažkostiam, ktoré trápia aj európske ženy, no v oveľa vyššej miere. A navyše, ich možnosti brániť sa sú oveľa obmedzenejšie. Preto im EÚ pomáha. Privítal som, ako sa prijaté uznesenie venuje boju nielen proti chudobe či násiliu na ženách, ale predovšetkým, ako jasne pomenováva zločin obchodu s ľuďmi, ktorým práve mnohé ženy ale aj deti z krajín Východného partnerstva trpia. Správa poukázala aj na neprijateľné zneužívanie žien k náhradnému materstvu, ktoré je jednou z foriem obchodovania s ľuďmi. A na túto praktiku treba nielen poukazovať, my sme povinní ju zakázať! A to nielen tú vynútenú či komerčnú, ale aj tzv. altruistickú. Lebo pošliapava dôstojnosť a základné ľudské práva oboch – náhradnej matky aj dieťaťa. No text sa tu opätovne snaží vnucovať krajinám mimo EÚ rodovú ideológiu či už pretláčaním Istanbulského dohovoru a tzv. „gender mainstreamingu", alebo bojom proti tzv. stereotypom. A taktiež v mene pomoci ženám týchto krajín presadzuje tzv. „právo na potrat" a jednoduchší prístup k antikoncepcii. Nemyslím si, že práve toto sú opatrenia, ktoré tieto ženy a ich rodiny od EÚ potrebujú. Preto som hlasoval proti.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Istočno partnerstvo uspostavljeno 2009. godine predstavlja zajedničku inicijativu država članica Europske unije te šest partnerskih zemalja istočne Europe i južnog Kavkaza, a zasniva se, u skladu s Deklaracijom iz Praga, na poštovanju načela međunarodnog prava i temeljnih vrijednosti uključujući demokraciju, vladavinu prava, poštovanje ljudskih prava i temeljnih sloboda.

Prilikom najave strateških prioriteta suradnje za razdoblje 2014. – 2020. ravnopravnost spolova istaknuta je kao prioritetno pitanje i definira se kao novo perspektivno područje suradnje.

Podržao sam rezoluciju Europskog parlamenta jer smatram kako se važnost ravnopravnosti spolova te prava žena nikako ne smiju potisnuti u neki drugi red, već obuhvatiti relevantnim aktivnostima i staviti u središte politika.

Borba protiv nasilja nad ženama također je ključan izazov s kojim smo suočeni. Istaknuo bih 5. cilj održivog razvoja kojim se poziva na iskorjenjivanje svih oblika nasilja nad ženama i djevojčicama u privatnoj i javnoj sferi.

Upravo je osnaživanje žena i njihovo aktivno sudjelovanje u društvenom, političkom i gospodarskom životu presudno za ostvarivanje promjena kojima stremimo i sukladno tome potrebno je iznova promicati i jačati sudjelovanje žena u političkom životu te na rukovodećim položajima kako bi se podigla svijest o važnoj ulozi koju imaju.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Rodová rovnosť medzi ženami a mužmi je zakotvená v ústavách a právnych systémoch všetkých krajín Východného partnerstva. Mrzí ma, že aj keď všetky krajiny Východného partnerstva bez výhrad ratifikovali väčšinu dôležitých medzinárodných dohovorov v tejto oblasti, ženy v niektorých krajinách sú stále vystavené sociálnej diskriminácii. Aj keď miera porušovania práv žien sa v jednotlivých krajinách Východného partnerstva podstatne líši, naďalej sme svedkami vážnych nedostatkov v oblasti výskytu násilia páchaného na ženách, prístupu k službám a právam v oblasti sexuálneho a reprodukčného zdravia (SRZP) ale aj ďalších porušení práv. Podporila som uznesenie, lebo ako žena považujem rodovú rovnosť bez ohľadu na krajinu pôvodu za jednu z priorít Európskej únie (EÚ). Verím, že v záujme stabilizácie susedstva zahraničnej politiky EÚ a európskej susedskej politiky (ESP) zlepšíme situáciu v oblasti práv žien a zlepšenia ich situácie v krajinách Východného partnerstva. Rovnako verím, že krajiny Východného partnerstva prijmú okamžité opatrenia na posilnenie rovnosti medzi ženami a mužmi v spoločnosti vrátane prijatia národných akčných plánov a spolupráce s medzinárodnými organizáciami a zainteresovanými subjektmi občianskej spoločnosti.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Usnesení Evropského parlamentu o právech žen v zemích Východního partnerství se zabývá těmi problémy, které řešíme také v Evropské unii, ale na úplně jiné úrovni. Ženy v těchto zemích Východního partnerství čelí mnohem větším problémům v oblasti ekonomické závislosti, nezaměstnanosti, diskriminačního jednání, nedostatečného vzdělání, případně problémům se slaďováním rodinného a profesního života.

Především jde o to, aby se v těchto zemích zlepšila politická a ekonomická situace. Jsou to právě ženy, které se v mnoha případech zapojují do občanské společnosti a účinně pomáhají s nezbytnými reformami. Zpráva správně zdůrazňuje nutnost většího zapojení žen do transformačních procesů. Tam, kde k tomuto zapojení došlo, byly výsledky velmi pozitivní, jako například v Moldavsku projekt UNDP „Ženy v politice", který zpráva zmiňuje.

Přes veškeré klady tohoto usnesení jsem jej nakonec nepodpořila, protože nesouhlasím s tím, aby EP prostřednictvím těchto parlamentních usneseních vyzýval členské země nebo třetí země k větší dostupnosti služeb pro zajištění reprodukčního a sexuálního zdraví, což znamená především liberální přístup k potratům.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno.* – Poročilo poudarja, da sta splošna politična stabilnost in spoštovanje človekovih pravic nujna pogoja za okrepitev pravic žensk in izboljšanje njihovega položaja v posameznih državah.

Države vzhodnega partnerstva morajo nemudoma ukrepati za povečanje enakosti žensk in moških v družbi, vključno s sprejetjem nacionalnih akcijskih načrtov ter sodelovanjem z mednarodnimi organizacijami in deležniki iz civilne družbe. Prav tako morajo delovati v smeri odpravljanja vrzeli v svojih okvirih za boj proti diskriminaciji in v večji meri uporabljati zakonodajo za boj proti diskriminaciji na podlagi spola, upoštevajoč mednarodne standarde.

To je zelo pomembno, saj statistika odraža zelo zaskrbljujoče stanje. V državah vzhodnega partnerstva so ženske leta 2015 zasedale le 17 od 136 višjih položajev na ministrstvih, njihov delež med izvoljenimi poslanci v parlamentu je v povprečju znašal 16 %, v javni upravi pa so zasedale le 17 % najvišjih položajev.

Pomembno je tudi, da se poročilo na več mestih nanaša tudi na boj proti trgovini z ljudmi, kjer so največkrat žrtve prav ženske. Tu je potrebno okrepiti sodelovanje med državami vzhodnega partnerstva na eni strani ter agencijami EU in organi kazenskega pregona držav članic na drugi strani.

Ker ocenjujem, da poročilo vsebuje zelo pomembne vidike, sem ga tudi podprl.

Μαρία Σπυράκη (PPE), *γραπτώς.* – Η χειραφέτηση των γυναικών και η ενεργός συμμετοχή τους στην κοινωνική, πολιτική και οικονομική ζωή είναι καίριας σημασίας για την επίτευξη των στόχων της Ανατολικής Εταιρικής Σχέσης.

Ωστόσο, στην πράξη, οι κοινωνικές διακρίσεις και τα στερεότυπα των φύλων εξακολουθούν να αποτελούν σημαντικές προκλήσεις, παρεμποδίζοντας τη μεγαλύτερη ένταξη των γυναικών στην αγορά εργασίας και τη συμμετοχή τους στον πολιτικό βίο των εν λογω χωρών. Επιπλέον, αφήνουν περιθώριο για την κοινωνική αποδοχή της βίας εναντίον γυναικών.

Η Πρόταση Ψηφίσματος δεν έχει ως στόχο να απαριθμήσει τις αδυναμίες, αλλά περιλαμβάνει παραδείγματα βέλτιστων πρακτικών που πρεπει να υιοθετηθούν καθώς και συστάσεις για την προώθηση των δικαιωμάτων των γυναικών.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich.* – Ich habe mich bei der Abstimmung zum Bericht über die Rechte der Frau in den Staaten der Östlichen Partnerschaft enthalten, da ich den ursprünglich guten und wichtigen Ansatz des Berichtsentwurfes der Kollegin Mariya Gabriel unterstütze. Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt ist ein Problem in den osteuropäischen Anrainerstaaten, das es offensiv zu bekämpfen gilt. Allerdings verlässt der endgültige Bericht dieses Kernziel an vielen Punkten und streift Bereiche, die definitiv nichts mit der Situation der Frauen zu tun haben. Diese Themaverfehlung kann und will ich nicht unterstützen.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne.* – Vysoký stupeň dodržiavania ľudských a občianskych práv vrátane práv žien je jedným z ukazovateľov vyspelosti spoločnosti. Je potešiteľné, že v tejto oblasti sme zaznamenali v krajinách Východného partnerstva pokrok.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich.* – Die Entschließung des EU-Parlaments zu den Rechten der Frau in den Staaten der Östlichen Partnerschaft habe ich abgelehnt.

Ich halte es für falsch, von speziellen Frauenrechten zu sprechen. Wie sollen sich diese von Menschenrechten unterscheiden? Gibt es Menschenrechte für Männer und solche für Frauen? Also Männerrechte und Frauenrechte? Wie funktioniert dann das Prinzip, dass alle Menschen vor dem Recht gleich sind, wenn es doch unterschiedliche Rechte gibt?

Gesetze müssen allgemein und gleich sein, damit sie gut sind. Die Anwendung solcher Gesetze allein bewirkt, dass Frauen angemessen geschützt werden.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Istočno Partnerstvo je pokrenuto 2009. godine, a temelji se na načelima međunarodnog prava, temeljnim vrijednostima demokracije, vladavine prava i ljudskim pravima. U Deklaraciji iz Rige 2015. godine spominje se ravnopravnost spolova kao obećavajuće novo područje suradnje. Važno je naglasiti da su ženska prava, kao i ravnopravnost spolova sadržana u ustavima i pravnim sustavima svih zemalja istočnog Partnerstva.

Međutim, žene još uvijek ostaju odsutne iz političkih struktura moći uglavnom zbog diskriminacije. U izvješću se naglašava ključna uloga žene u rješavanju sukoba te izgradnji mira. U izvješću se također poziva na veću uključenost žena u mirovnim pregovorima i političkim prijelazima. Ovo izvješće za cilj ima isticanje prepreka osnaživanju žena i kako bi veća ravnopravnost spolova pomogla ostvarenju ciljeva EAP-a i ENP-a (Europska politika susjedstva).

Ravnopravnost spolova je područje koje će uvelike imati koristi od pojačane suradnje između EU-a i zemalja Istočnog partnerstva. U potpunosti podržavam ovo Izvješće budući da je osnaživanje žena i njihovo aktivno sudjelovanje u društvenom, političkom i gospodarskom životu presudno kako bi se postigla promjena u procesu.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o pravicah žensk v državah vzhodnega partnerstva.

Med državami vzhodnega partnerstva obstajajo velike razlike glede pravic žensk, vendar v splošnem je stopnja nasilja nad ženskami še vedno relativno visoka.

Podpiram poročilo, ki meni, da je treba izboljšati stanje na področju pravic žensk v državah vzhodnega partnerstva, hkrati pa kot nujen pogoj za okrepitev pravic žensk vidi v splošni politični stabilnosti, spoštovanju človekovih pravic ter v gospodarski stabilnosti, ki vpliva na ekonomski položaj žensk, kar je velikokrat tudi vzrok za pomanjkanje enakosti.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Η έκθεση παρεμβαίνει υπερβολικά στα εσωτερικά άλλων κρατών με εντολές για συγκεκριμένες δράσεις, π.χ. προώθηση των υποχρεωτικών ποσοστώσεων στους εκλογικούς καταλόγους και του σκανδιναβικού μοντέλου για την πάταξη της πορνείας. Πέραν της διαφωνίας μας π.χ. για τις ποσοστώσεις, καθώς τέτοιου είδους μέτρα δεν επιλύουν πραγματικά το πρόβλημα, η ΕΕ δεν έχει δικαίωμα να επιβάλλει τις πολιτικές που θέλει σε άλλα κράτη. Εξίσου σοβαρό είναι το γεγονός πως στην έκθεση παραγνωρίζεται το ότι η ενίσχυση των δικαιωμάτων της γυναίκας και κατ' επέκταση η ισοτιμία των δύο φύλων δεν μπορεί να νοηθεί στο πλαίσιο των νεοφιλελεύθερων πολιτικών που προωθεί η ΕΕ στα κράτη της ανατολικής εταιρικής σχέσης. Παρά τις μεμονωμένες θετικές αναφορές της έκθεσης π.χ. σε διασφάλιση της συμμετοχής των γυναικών σε συνδικαλιστικές οργανώσεις, καταπολέμηση των διακρίσεων στην εργασία, και έκκληση για ενίσχυση του δίκτυο ποιοτικών υποδομών φροντίδας για τους ηλικιωμένους και τα εξαρτώμενα άτομα, οι προτάσεις αυτές δεν είναι εφικτό να συνυπάρξουν και να ενισχυθούν σε βάθος χρόνου λόγω των υπόλοιπων μέτρων που προωθούνται από την ΕΕ, όπως άλλωστε συμβαίνει και εντός της Ένωσης. Για αυτό τηρήσαμε αποχή.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a nők jogairól a keleti partnerség államaiban szóló jelentést. Ahogy azt a jelentés is kiemeli, az Európai Unió külpolitikájának és szomszédságpolitikájának is egyik legfőbb célkitűzése a biztonság, a béke, a stabilitás és a jólét mindenki számára történő biztosítása. Ebben pedig a nők valóban alapvető szerepet játszanak. Éppen ezért tartom örvendetesnek, hogy a szomszédságban zajló fejlesztéseket nyomon követő rendszeres jelentések a nemek közötti egyenlőség szempontját is magukban foglalják majd.

Helyesnek tartom továbbá, hogy a jelentéstevő megjegyzi, hogy a nők jogai és a nemek közötti egyenlőség is rögzítve van a keleti partnerség valamennyi országának alkotmányában és jogi rendszerében, bár ennek ellenére is komoly problémát jelentenek a társadalmi megkülönböztetés és a nemi sztereotípiák. Fontosnak tartom megjegyezni, hogy az Európai Unió tagállamai is küzdenek hasonló problémákkal, így a nők elleni erőszak, a nők döntéshozatali folyamatokban való alacsony részvétele, valamint a nemek közti bérszakadék terén az uniós tagállamoknak is komoly erőfeszítéseket kell tenniük a helyzet javítása érdekében.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie.* – Równość kobiet i mężczyzn została zapisana w konstytucjach i przepisach prawa wszystkich krajów Partnerstwa Wschodniego, czyli Białorusi, Ukrainy, Mołdawii, Gruzji, Azerbejdżanu i Armenii. Wszystkie te kraje ratyfikowały również najważniejsze konwencje międzynarodowe w tym obszarze. Nie ulega jednak żadnej wątpliwości, iż trudno mówić w krajach Partnerstwa o faktycznej równości kobiet i mężczyzn.

W strukturach władzy w państwach Partnerstwa kobiety są wyraźnie nieobecne. Nawet jeśli kobietom uda się objąć polityczne i decyzyjne stanowiska wysokiego szczebla, ich zdolności i kompetencje są podważane, także publicznie. Podobnie sytuacja wygląda w przypadku udziału kobiet w gospodarce. Istniejące stereotypy płci i praktyki dyskryminacyjne uniemożliwiają kobietom pełny udział w rynku pracy i leżą u podstaw zróżnicowania wynagrodzenia ze względu na płeć, które jest nadal niezwykle wysokie.

Kolejnym problemem jest przemoc wobec kobiet, w tym handel ludźmi w celu wykorzystywania seksualnego. Niestety, wiele przestępstw wobec kobiet nie jest zgłaszanych ze względu na panujące w społeczeństwie przyzwolenie na takie zachowania.

W procesie wzmacniania pozycji i ochrony podstawowych praw kobiet w krajach Partnerstwa Wschodniego ważną rolę powinna odegrać Unia Europejska oraz jej państwa członkowskie. Nie chodzi jednak o wyliczanie niedociągnięć i błędów, ale o uwydatnienie przeszkód utrudniających osiągnięcie tych celów i wymianę najlepszych praktyk, których wdrażanie musi uwzględniać specyfikę każdego państwa.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – În general, situația femeii în Europa nu este adecvată rolului și importanței acesteia în asigurarea dezvoltării sustenabile a societății. De altfel, Institutul European pentru Egalitatea de Gen atrage atenția asupra faptului că Uniunea Europeană este abia la jumătatea drumului către o societate egalitară din perspectivă de gen. În acest context, evident că nici drepturile femeilor în statele PaE nu sunt respectate, egalitatea de gen rămânând o prioritate orizontală în cadrul politicii europene de vecinătate (PEV) și al Instrumentului european de vecinătate (IEV). În vederea asigurării respectării drepturilor femeilor și a îmbunătățirii situației lor sociale și economice în țările respective, trebuie să existe o stabilitate politică generală și cadrul necesar respectării drepturilor omului, în general. Astfel, se impune adoptarea de urgență a unor măsuri specifice de îmbunătățire a situației femeilor în statele din PaE, incluse în planuri de acțiune naționale, rezultate prin cooperarea cu organizațiile internaționale și cu actorii societății civile. De altfel, statele PaE trebuie să promoveze și să susțină participarea socioeconomică și politică a femeilor și rolul lor de lider, ținând cont de faptul că ele au un nivel ridicat de integrare pe piața forței de muncă, jucând un rol important în soluționarea conflictelor și consolidarea păcii.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. — Raportul se referă la situația drepturilor femeii în șase state ale Parteneriatului Estic, care sunt acoperite de Politica Europeană de Vecinătate (PEV). Cu toate că drepturile femeii și egalitatea de gen sunt menționate în Constituțiile și sistemele juridice în toate aceste țări (Armenia, Azerbaidjan, Belarus, Georgia, Moldova și Ucraina), discriminarea socială, economică și stereotipurile de gen rămân probleme importante.

UE trebuie să impună mai activ egalitatea de gen și integrarea dimensiunii de gen prin numeroasele instrumente utile ale politicii sale de vecinătate. Din acest motiv, susțin prin vot documentul respectiv.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur de ce texte. Comme cela a été souligné dans la déclaration de Riga, l'égalité des sexes est un domaine qui pourrait tirer un grand profit d'une coopération renforcée entre l'Union et les États du partenariat oriental. La plupart des défis sont par nature communs à l'Union et à ses voisins d'Europe orientale et le présent rapport entend contribuer à donner aux droits de la femme et à l'égalité des genres un degré de priorité plus élevé dans les politiques du partenariat oriental.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The report on the rights of women in Eastern Partnership States (EaP) highlights the situation in the area of women's rights in the EaP countries and points to the necessity for improvement. Particularly, the report highlights the profound economic changes and economic uncertainty that have had a negative effect on the economic situation of women, leading to the regression of female equality in these countries. I voted in favour of the report, which calls on the EaP countries to take immediate action to increase equality between women and men in society, including the adoption of national action plans and cooperation with international organisations and civil society stakeholders. The EU has the obligation to promote and enforce gender equality norms and women's rights in its partner states, and I believe this report reinforces this objective.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – L'azione del Parlamento deve essere quella di richiamare l'attenzione sul fatto che i crimini di genere e la violenza sessuale sono classificati nello Statuto di Roma come crimini di guerra e contro l'umanità. Uno degli obiettivi delle Istituzioni europee deve essere quello di dedicare maggiori risorse alla lotta contro tutte le forme di violenza sulle donne (fisica, sessuale, psicologica, economica) e tra queste non deve mancare la modifica degli strumenti giuridici per fornire assistenza alle vittime di violenza. Si tratta di prevenire in modo efficace e, con il tempo, di eliminare la violenza contro le donne e le ragazze, comminando sanzioni adeguate per i responsabili. Il Parlamento invita, con questa relazione, a garantire la difesa effettiva delle donne anche attraverso la formazione di professionisti

legali, ufficiali di polizia e altro personale che si occupa delle notifiche e delle segnalazioni di atti di violenza. Incoraggiamo, infine, i paesi del partenariato orientale a firmare e ratificare la Convenzione di Istanbul sulla prevenzione e la lotta alla violenza contro le donne nel più breve tempo possibile, dal momento che nessuno dei paesi interessati l'ha ancora ratificata.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o pravima žena u državama istočnog partnerstva s obzirom na članke 2. i 3. Ugovora o Europskoj uniji koji utvrđuju jednakost spolova kao jedan od temelja Europske unije.

Istočno partnerstvo se temelji na načelima međunarodnog prava zbog čega je u temelje tog partnerstva potrebno integrirati jednakost spolova i prava žena kao vrhovnu vrednotu. Potrebno je povećati sudjelovanje žena u procesu donošenja odluka, neutralizirati rodne stereotipe koji sprječavaju ženama ulazak na tržište rada, poduzeti adekvatne pravne mjere koje će prevenirati i smanjiti nasilje nad ženama i u obitelji.

U skladu s oružanim sukobima koji su u tijeku treba imati na umu i da su žene i djeca većinska populacija pogođena oružanim sukobima. Iz tog je razloga potrebno istaknuti ključnu ulogu žena u rješavanju sukoba, uspostavi mira i hitnim situacijama povezanima sa sukobima. U izvješću se također poziva na aktivnije sudjelovanje žena u mirovnim pregovorima i političkoj tranziciji.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Istočno partnerstvo je pokrenuto 2009. kao zajednička inicijativa Europske unije, njenih država članica te šest istočnoeuropskih država i država južnog Kavkaza – Armenije, Azerbajdžana, Bjelorusije, Gruzije, Moldavije i Ukrajine. Navedena inicijativa sastavni je dio europske politike susjedstva.

Kao prioritetna točka strategije Europske unije u odnosu na navedenih šest država naglašena je ravnopravnost spolova za koju je istaknuto da mora biti nit vodilja svih relevantnih aktivnosti unutar sporazuma o partnerstvu.

Ovo izvješće Odbora FEMM naglašava da, iako su ženska prava u navedenim državama institucionalno i pravno priznata, razni stereotipi i dalje prevladavaju, a to vodi sprječavanju većeg sudjelovanja žena na tržištu rada te participacije u političkom životu općenito.

Iako svesrdno podupirem borbu za ženska prava, ne mogu se složiti s onim pozivima Europske unije koji od navedenih država traže da ratificiraju Istambulsku konvenciju, kažnjavaju one koji uvrijede ili stigmatiziraju osobe iz LGBT populacije te traže uvođenje obveznih ženskih kvota za političke kandidate jer isto smatram nedopustivim kršenjem suverenosti nacionalnih država.

Stoga sam glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o pravicah žensk v državah vzhodnega partnerstva sem podprla.

Stabilizacija sosednjih držav je eden od ključnih ciljev zunanje politike Evropske unije in evropske sosedske politike za zagotovitev varnosti, miru, stabilnosti in blaginje za vse in ženske imajo pomembno vlogo pri tem.

Vzhodno partnerstvo je bilo vzpostavljeno leta 2009 na pobudo EU (v njem so države: Ukrajina, Belorusija, Azerbajdžan, Moldavija, Gruzija in Armenija). Ženske so v teh državah še vedno zapostavljene. Slabo so zastopane v političnih strukturnih oblasteh, razlika v plačilu med spoloma je še vedno velika in vse preveliko krat so žrtev nasilja ali trgovine z ljudmi.

Namen tega poročila ni naštevati pomanjkljivosti in neuspehe pri varstvu pravic žensk, temveč opozoriti na ovire za krepitev vloge žensk ter na to, kako bi večja enakost spolov pripomogla k doseganju ciljev vzhodnega partnerstva in evropske sosedske politike. Enakost spolov je področje, na katerem bi lahko z okrepljenim sodelovanjem med EU in državami vzhodnega partnerstva dosegli velik napredek.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – Respect for women should exist not only at the level of values, but must also play an active role at the economic level in order to facilitate and improve their employment situation. Everyone should have access to studies and should respect the LGBT collective. I support this proposal so that the Commission also takes into account gender equality when it comes to agreements with Eastern Partnership countries.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est une véritable insulte faite aux femmes, les réduisant au statut de victimes ne pouvant pas se prendre en main. Par ailleurs, plusieurs paragraphes relèvent d'une totale ingérence dans la politique des États visés, en voulant les obliger à mettre en place telle ou telle initiative proposée par tel ou tel député européen. Enfin, il s'agit clairement d'un rapport pro immigration et communautariste visant à donner aux migrants, aux LGBT, ou aux Roms des droits spécifiques sous prétexte qu'il appartiennent à telle ou telle communauté. J'ai voté contre ce rapport avec force.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Należy działać na rzecz równouprawnienia kobiet w państwach Partnerstwa Wschodniego i powinniśmy dyskutować o tym jak najlepiej przyczynić się do tego. Niestety sprawozdanie narzuca krajom trzecim przepisy, które mogą nie zachęcać do promocji praw kobiet wg własnych wzorców. W tej sprawie należy działać ze szczególną ostrożnością, dlatego wstrzymałem się od głosu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Szomszédságának stabilizálása az Európai Unió külpolitikájának és az európai szomszédságpolitika egyik legfőbb célkitűzése a biztonság, a béke, a stabilitás és a jólét mindenki számára történő biztosítása érdekében. A nők ebben alapvető szerepet játszanak. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor, ya que el informe se centra en medidas en los Estados de la Asociación Oriental (EAP) para promover la participación de las mujeres en los procesos de toma de decisiones, la participación económica, la lucha contra la violencia contra la mujer, el papel de la mujer en la resolución pacífica de conflictos, ejemplos de buenas prácticas y el apoyo de la Unión en el contexto de la Política Europea de Vecindad. La igualdad de género se reconoce como una cuestión transversal en las prioridades estratégicas de la PEV para 2014-2020, consideramos positivo este informe ya que es necesario transversalizar e integrar temas de género también en las relaciones con los EAP.

La EAP lanzada en 2009 está firmada por la Unión, sus Estados miembros y los EAP: Armenia, Azerbaiyán, Bielorrusia, Georgia, Moldavia y Ucrania. Con este informe, los EAP deben adoptar medidas concretas para superar las numerosas barreras a las que se enfrentan las mujeres en todos los ámbitos de la sociedad, incluidos la política, los cuidados y la educación, ya que las mujeres están ausentes de las estructuras de poder y permanecen activas predominantemente en sectores de bajos salarios debido a barreras legales y estructurales.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the report on the rights of women in the Eastern Partnership (EaP) states because it clearly states that women still face significant barriers to equal participation in all areas of society. Eastern Partnership (EaP) states should take concrete steps to overcome the many barriers facing women in all areas of society, including politics, care and education. I urge the European Commission to act in several areas such as migration, anti-trafficking and family reunification procedures.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Teigiamai vertinu Europos Tarybos projektą, kurio tikslas – nustatyti, kas moterims Rytų partnerystės valstybėse trukdo vienodomis sąlygomis kreiptis į teismą, ir padėti šias kliūtis šalinti.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the rights of women in the Eastern Partnership States. Stabilisation of its neighbourhood is one of the key objectives of the European Union's foreign policy and of the European Neighbourhood Policy (ENP) in order to ensure the security, peace, stability and prosperity of all. Women play a crucial role towards it.

The Eastern Partnership was launched in 2009 with the Prague Declaration, as a joint initiative between the EU, its Member States and six Eastern European and South Caucasus partner countries: Armenia, Azerbaijan, Belarus, Georgia, the Republic of Moldova and Ukraine. Because the Eastern Partnership is based on the commitment to the principles of international law, fundamental values of democracy, the rule of law and human rights, one should not forget the importance of gender equality and women rights. However, women remain remarkably absent from the political structures of power, be it in the executive or in the parliamentary branch, mainly due to discriminatory practices. I voted in favour because the report does not aim at listing the lacks and failures in protecting women's rights but rather at highlighting the barriers to women's empowerment and how greater gender equality would help reaching the EaP and ENP objectives.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Este informe de iniciativa propia llama la atención sobre la delicada situación en que se encuentran los derechos de las mujeres en la región de la Asociación Oriental debido a las incertidumbres económicas. Destaca la urgencia de tomar medidas para reconducir dicha situación, incluyendo a través de Planes de Acción nacionales adecuados, así como mediante una mayor cooperación de los países integrados en esta Asociación, las instituciones de la Unión y sus Estados miembros en áreas como la lucha contra el tráfico de seres humanos. También pone de relieve la necesidad de compartir buenas prácticas y enfatiza la de adoptar una perspectiva de igualdad de género transversal en el marco de la Política Europea de Vecindad. En apoyo a la promoción de los derechos de las mujeres a través de todos los mecanismos de que dispone la Unión, he votado a favor de este informe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe, que se refiere a la situación de los derechos de las mujeres en los seis países de la Asociación Oriental de la Unión, reconoce que a pesar de que los derechos de las mujeres están reconocidos formalmente por todas las constituciones de estos Estados y la igualdad de género es considerada como una prioridad estratégica en la Política Europea de Vecindad, las mujeres siguen sufriendo discriminación y elevadas tasas de violencia de género. Expresa su preocupación por su baja representación pública y hace un llamamiento a pasos concretos para superar las barreras a las que se enfrentan las mujeres a diario, como la brecha salarial y de pensiones que llega a ser hasta del 50 % en algunos sectores.

A pesar de sus formulaciones positivas, la ponente de la derecha no va lo suficientemente lejos en lo que se refiere al reconocimiento de los derechos sexuales y reproductivos para las mujeres. Asimismo, el texto se enmarca en la Política Europea de Vecindad y sus instrumentos financieros, injerencistas en asuntos internos de terceros países y de promoción de cambio de régimen que rechazo. Por estos motivos, a pesar de sus buenas intenciones, me he abstenido en el voto final.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is of critical importance that EU cooperation with the Eastern Partnership states dismantles damaging gender stereotypes. Greater inclusion of women in the labour market, increased participation of women in political and public spheres, and expanding access to justice for those affected by gender-based violence will contribute to stability and increased economic prosperity in the Eastern Partnership states.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor omdat vrouwen gelijke toegang moeten hebben tot macht en dat vrouwen op alle bestuurs- en besluitvormingsniveaus vertegenwoordigd moeten zijn, teneinde leiderschap van vrouwen te bevorderen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A Parceria Oriental foi lançada em 2009, juntamente com a declaração de Praga. É uma iniciativa conjunta entre a UE, os Estados-Membros e a Arménia, o Azerbaijão, a Bielorrússia, a Geórgia, a República da Moldávia, e baseia-se em compromissos em relação aos princípios do direito internacional e à democracia.

Por outro lado, a Declaração de Riga considera a igualdade de género como um novo domínio de cooperação. O relatório refere que a igualdade entre homens e mulheres está consagrada nas Constituições destes países e nos seus sistemas jurídicos; todos estes países ratificaram a maioria das convenções internacionais.

Apesar disto, verificam-se nestes países graves atropelos no que respeita aos direitos das mulheres. Os direitos das mulheres não têm fronteiras. Contudo, estes direitos não podem ser instrumentalizados para legitimar intervenções externas de ingerência nos assuntos internos de países soberanos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Nach Ansicht der Berichterstatterin ist in den politischen Machtstrukturen der Länder der Östlichen Partnerschaft nach wie vor eine auffällige Abwesenheit von Frauen festzustellen, und zwar sowohl in der Exekutive als auch im Parlament, was hauptsächlich auf diskriminierende Praktiken zurückzuführen ist. Der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern ist grundsätzlich bedeutend, auch wenn es zwischen den einzelnen Ländern der Östlichen Partnerschaft diesbezüglich große Unterschiede gibt. Die horizontale und vertikale Segregation des Arbeitsmarkts spielt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle. Insbesondere in ländlichen Gebieten sind Frauen bereit, schlecht bezahlte und behördlich nicht registrierte Beschäftigungsangebote anzunehmen, oder sie gehen selbstständigen unternehmerischen Tätigkeiten nach. Tatsächlich stellen Frauen einen großen Teil der Unternehmer und Geschäftsinhaber dar, stehen dabei jedoch, vor allem aufgrund der vorherrschenden Geschlechterstereotype und der von Männern dominierten Sektoren, denselben Hürden wie in der EU gegenüber.

Die Gleichbehandlung der Frau in Politik, Wirtschaft und Religion ist die Basis einer aufgeklärten und humanistischen Gesellschaft und nicht verhandelbar.

Da sich die Berichterstatterin unter Missachtung von selbstregulierenden Prozessen am Arbeitsmarkt in die wirtschaftliche und politische Souveränität von Staaten einmischt und Frauen in den Staaten der östlichen Partnerschaft generalisierend in die Rolle von Opfern (Geschlechterstereotype) drängt, habe ich mich der Stimme enthalten.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sui diritti della donna negli Stati del partenariato orientale. In particolare, questa relazione vuole mettere in evidenza gli ostacoli all'emancipazione delle donne e come una maggiore parità di genere potrebbe contribuire al raggiungimento degli obiettivi del partenariato orientale e della PEV. Vengono inoltre inseriti esempi di buone prassi, di progetti pertinenti e di successo per la promozione dei diritti delle donne e dell'uguaglianza di genere negli Stati del partenariato orientale.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which highlights the need to increase the participation of women in decision-making. I believe proper consideration must be given to the importance of empowering women in conflict resolution and peace-building in Ukraine. Women must take the lead in any post-conflict reconciliation mechanism that is set up. Women and girls must be involved in building vibrant democratic civil societies across Eastern Partnership countries, especially women who are leaders and role models in the social, cultural and political spheres. Programmes like Erasmus+ and Creative Europe can be key cultural diplomacy tools fostering inter-cultural dialogue and civic engagement, bringing women and girls together for the benefit of their societies.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution because I am a liberal woman and so this topic concerns me a lot. I agree with the fact that the situation of women's rights in the Eastern Partnership states, still needs improvements. The situation of women has been negatively affected by the strong economic and changes and uncertainties, leading to a worsening of the battle for equality in particular in that area. Two fundamental preconditions to enhance women's rights in the Eastern Partnership countries are an overall political stability and the respect for human rights. The Eastern Partnership countries should take immediate action to increase equality between women and men in society. This could be done by national action plans and cooperation with international organisations or other types of stakeholders. I would also like to stress the fact that women have often to bear the responsibility of elderly and dependent people, and that women with children usually find professional reintegration very difficult. A more equal sharing of care and domestic responsibilities between men and women may be a good precondition for women's participation in the labour market.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul din proprie inițiativă referitor la drepturile femeilor în statele care fac parte din Parteneriatul Estic. Raportoarea atrage atenția asupra faptului că femeile sunt predominant active în sectoare cu salarii mici în toate țările Parteneriatului Estic, în pofida nivelului lor superior de educație. În raport se solicită implicarea femeilor în procesul decizional și în procesul de aplicare a politicilor economice, promovarea programelor de afaceri care urmăresc integrarea și promovarea femeilor în firme și întreprinderi, precum și realizarea unor proiecte de dezvoltare locală destinate capacitării economice a femeilor. De asemenea, raportul invită statele din Parteneriatul Estic să aloce mai multe resurse pentru combaterea tuturor formelor de violență împotriva femeilor, inclusiv să modifice instrumentele juridice și să ofere asistență pentru victimele violenței.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Východné partnerstvo chápem ako snahu Európskej únie rozšíriť a posilniť hodnotové prostredie, ktoré je Európe vlastné, tam, kde môžeme nadviazať na kultúrnu, ale aj geografickú blízkosť. Správa výboru FEMM by mohla dať štátom Východného partnerstva určitý kompas na ceste k zlepšovaniu postavenia žien. Žiaľ, tak ako v iných správach tohto výboru, aj tu sa do textu dostali požiadavky na legalizáciu potratov, ktoré idú nad rámec kompetencií Európskeho parlamentu. Zákonná regulácia umelého ukončenia tehotenstva je výlučnou kompetenciou členských štátov EÚ. A ak navyše vieme, že v tejto otázke dnes medzi nimi neexistuje zhoda, potom tento Parlament ani jeho výbory jednoducho nemajú mandát dávať v tejto veci odporúčania našim partnerom. Štáty Východného partnerstva majú s výnimkou Azerbajdžanu silné kresťanské korene a takáto správa môže mať za následok negatívny vplyv na vnímanie EÚ ako takej a v konečnom dôsledku zhoršenie vzájomných vzťahov.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu o právach žien v krajinách Východného partnerstva som nepodporila. Hoci všetky tieto krajiny (Arménsko, Azerbajdžan, Bielorusko, Gruzínsko, Moldavsko a Ukrajina) majú vo svojom ústavnom a zákonnom poriadku zakotvené práva žien a rovnosť žien a mužov, reálne presadenie sa žien vo verejnom a politickom živote je stále veľmi zložité. Správa vyzýva na rovný prístup k moci, účasť žien na anti-korupčných programoch, ale aj lepší prístup k mikropôžičkám. Správa však obsahuje aj niekoľko problematických oblastí, ku ktorým patrili najmä výzvy na ratifikáciu Istanbulského dohovoru zo strany všetkých týchto krajín, ako aj výzvy na zavedenie povinných kvót pre politické funkcie. Ako dlhodobý odporca týchto umelých opatrení na dosiahnutie rodovej rovnosti, ako aj odporca právnej nezlučiteľnosti a ideologizácie Istanbulského dohovoru som sa z týchto dôvodov rozhodla v záverečnom hlasovaní zdržať.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Gabriel por subscrever as propostas para melhorar a situação das mulheres nos Estados da Parceria Ocidental. É de sublinhar que os direitos das mulheres e a igualdade de género são consagrados nas Constituições e nos sistemas jurídicos dos seis países da Parceria Oriental: Arménia, Azerbaijão, Bielorrússia, Geórgia, Moldávia e Ucrânia. No entanto, e apesar disso, a discriminação social e económica e os estereótipos de género continuam a persistir e a impedir uma maior inclusão das mulheres no mercado de trabalho e nos processos de decisão política. Defendo, por conseguinte, o apelo à igualdade de acesso ao poder e à representação das mulheres a todos os níveis de governação e destaco o apelo ao intercâmbio de boas práticas entre a UE e os seus parceiros em matéria de promoção da participação política das mulheres.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće Mariye Gabriel naročito zbog same osjetljivosti ove teme. Žene su danas širom svijeta potlačene i to u mnogim stvarima. S toga je EP ove godine donio prijedlog rezolucije o pravima žena u Istočnom partnerstvu naročito uzimajući u obzir jednakost spolova kao jedno od glavnih načela na kojima se temelji Europska unija. Tu je i Konvencija o temeljnim ljudskim pravima, ali i drugi dokumenti, pravila, rezolucije, nacrti itd.

Stabilizacija susjedstva je jedna od ključnih ciljeva vanjske politike Europske unije i Europske politike susjedstva (ENP) s glavnom zadaćom da se jamči sigurnost, mir, stabilnost i prosperitet. S tim u vezi ne smijemo zaboraviti niti ulogu žena. Žene igraju značajnu ulogu u izgradnji mira diljem svijeta i dugo su je imale. Činjenica jeste da su danas često diskriminirane, marginalizirane i potlačene.

Budući da je Istočno Partnerstvo (EAP) jedna od dvije glavne grane ENP-a koji se temelji na principima i zakonima međunarodnog prava, temeljnim vrijednostima demokracije, temeljnim ljudskim pravima, a ne smijemo ni izostaviti važnost jednakosti spolova i prava žena.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o pravicah žensk v državah vzhodnega partnerstva.

Poročilo ocenjuje položaj žensk na različnih ključnih področjih in ugotavlja, da države vzhodnega partnerstva še vedno zaostajajo pri vključevanju žensk, zlasti tistih na najrevnejših in najbolj oddaljenih območjih ter pripadnic marginaliziranih skupin k enakopravnem dostopu do centrov moči in enaki zastopanosti žensk na vseh ravneh upravljanja in odločanja. Zato podpiram projekte in programe, ki se financirajo iz evropskega instrumenta sosedstva in so namenjeni ženskim organizacijam v državah vzhodnega partnerstva ter prispevajo k ozaveščanju in reševanju težav, s katerim se srečujejo ženske v teh regijah.

Presidente. – Con questo si concludono le dichiarazioni di voto.

7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(La seduta, sospesa alle 14.15, è ripresa alle 15.10)

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

8. Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung zu den Rechtsetzungsprioritäten der EU für 2017 durch den Präsidenten

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, Präsident Juncker und Premierminister Fico zur Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung über die legislativen Prioritäten der EU im Jahr 2017 begrüßen zu dürfen.

Es ist das erste Mal, dass sich unsere drei Institutionen auf eine Liste von Gesetzgebungsverfahren geeinigt haben, welche im nächsten Jahr bevorzugt behandelt werden sollen. Wir wollen gemeinsam danach streben, im nächsten Jahr Fortschritte in den in der Erklärung enthaltenen Vorhaben zu verzeichnen, und wenn es irgendwie geht, im Idealfall die Projekte abzuschließen.

Eine Übereinkunft zwischen den drei Institutionen zu finden, war keine leichte Aufgabe und erforderte von allen Seiten viel Kompromissbereitschaft. Das Europäische Parlament hat hart gekämpft, um auch die Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und die Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerflucht und Steuerhinterziehung in die Liste dieser Prioritäten aufzunehmen. Letztendlich haben wir zumindest im Text festgehalten, dass Fortschritte in diesen Fragen zwingend erforderlich sind.

Ich möchte betonen, dass diese Fortschritte konkret sein müssen und nicht nur in feierlichen Deklarationen enden dürfen. Es geht nämlich insbesondere bei der Bekämpfung der Steuerflucht und bei der Verbesserung der Entsenderichtlinie um Fragen, die die Anliegen unserer Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen.

Erlauben Sie mir, an dieser Stelle auch einige Vorbehalte gegen diese Erklärung aufzuklären. Die Verabschiedung einer solchen Erklärung bedeutet nicht, dass wir die Vorrechte des Europäischen Parlaments in Bezug auf Gesetzgebungsverfahren aufgeben oder dass wir sie hastig oder übereilt und ohne entsprechende demokratische Kontrolle durch unser Parlament durchleiten oder durchpeitschen. Es bedeutet nicht, dass die Arbeit an den anderen, nicht in dieser Erklärung enthaltenen Projekten aufhört oder nicht weitergeführt wird. Im Gegenteil: Eine Menge Arbeit an wichtigen Rechtsvorschriften ist bereits im Gange und wird fortgesetzt werden, ebenso wie logischerweise die Kontrolle der ordnungsgemäßen Umsetzung der von uns angenommenen Gesetze.

Das Ziel dieser Interinstitutionellen Vereinbarung über die bessere Rechtsetzung ist es, legislative Verfahren transparenter und effizienter zu machen. Das Ziel der gemeinsamen Erklärung, die Teil dieser Vereinbarung ist, ist es, eine Einigung darüber zu erzielen, wo wir konkrete Ergebnisse liefern müssen und was wir realistisch in der vor uns liegenden Zeit auch abliefern können. Das ist es nämlich, was die Bürgerinnen und Bürger erwarten: eine Union, die konkrete Ergebnisse liefert und sich bemüht, das Leben der Bürgerinnen und Bürger da, wo es irgendwie geht, besser zu machen. Deshalb unterzeichnen die drei Präsidenten der Institutionen – Herr Kollege Fico, Herr Kollege Juncker und ich selbst – diese gemeinsame Erklärung.

Meine Damen und Herren! Wir entscheiden uns für eine Agenda, die von allen drei Institutionen, wenn sie heute hier unterschrieben ist, auch tatsächlich prioritär zu behandeln ist. Damit machen wir einen Riesenschritt nach vorne. Ich will hier noch einmal festhalten, dass das auch durch den Rat zum ersten Mal akzeptiert worden ist. Unsere Aufgabe besteht nun darin, diese Erklärung Wirklichkeit werden zu lassen. Wir setzen als Parlament dabei auf die im Vertrag vorgesehene loyale Zusammenarbeit der drei Institutionen – Kommission, Rat und Parlament. Und wir setzen auf die konstruktive Kooperation der Präsidentschaften von Malta und Estland, die hoffentlich in gleich konstruktiver Weise mit uns zusammenarbeiten werden, wie die slowakische Präsidentschaft das während der letzten sechs Monate getan hat.

Was mich in besonderer Weise freut, ist die große Anwesenheit vor allen Dingen von den Kolleginnen und Kollegen, die über Monate hinweg diskutiert haben, wie wichtig diese gemeinsame Erklärung sei. All diesen Kolleginnen und Kollegen wünsche ich, wo auch immer sie sich zurzeit befinden, alles Gute.

Robert Fico, *Council*. – Ja som veľmi rád, že som tu pri takej významnej udalosti, pretože je to do určitej miery historický moment, pretože práve počas nášho slovenského predsedníctva v Rade Európy podpisujeme prvú dohodu troch inštitúcii Únie – Parlamentu, Rady Európskej únie a Komisie – o spoločných hlavných legislatívnych prioritách Únie na nasledujúci rok.

Prepáčte osobnú poznámku, ja nepotrebujem poslancov Európskeho parlamentu k tomu, ale zdá sa mi, že toto je tak vážna vec, že tu mali sedieť. Minimálne pri podpise takejto dohody. Opakujem, ja ich prítomnosť samozrejme nepotrebujem.

Spoločné vyhlásenie o legislatívnych prioritách na rok 2017 považujem za dôležitý nástroj pre zvýšenie efektivity a transparentnosti vnútorných procesov v Únii, obzvlášť v takej dôležitej sfére, akou je legislatíva. V súčasnej dobe plnej euroskepticizmu a kritiky je navyše nevyhnutné i mimoriadne dôležité, aby inštitúcie pracovali spoločne, konštruktívne a komplementárne.

Za najväčší prínos tohto spoločného vyhlásenia považujem jeho orientáciu na občanov Európskej únie. Iniciatívy stanovené ako kľúčové, napríklad zamestnanosť, sociálne otázky či bezpečnosť sa ich priamo dotýkajú. Našou ďalšou úlohou bude priniesť v týchto témach hmatateľné výsledky a jasne ich aj prezentovať. To ľudia očakávajú, to potrebujú. Samozrejme, základným predpokladom úspechu je dôsledné napĺňanie stanovených priorít. Verím, že pravidelné vyhodnocovanie napĺňania nášho spoločného vyhlásenia k tomu do veľkej miery prispeje. Pretože už bolo stanovených nespočetné množstvo cieľov a podpísaných veľa dokumentov, ktoré často zostali len na papieri. Pravidelným monitoringom pokroku v rámci jednotlivých stanovených iniciatív na najvyššej úrovni, priamo predsedami troch inštitúcií zabezpečíme, že sa spoločné vyhlásenie nestane len ďalším takýmto deklaratórnym dokumentom. A verím, že už v marci budete môcť spolu s mojím maltským kolegom ako predsedom Rady prezentovať prvé konkrétne výsledky našej spoločnej práce.

Dámy a páni, vyhlásenie, ktoré dnes podpisujeme, je dôkazom toho, že máme záujem o iný prístup k riešeniu problémov v rámci Únie. Počas slovenského predsedníctva v Rade Európskej únie sme úlohám vyplývajúcim z tejto funkcie pristupovali zodpovedne, s rešpektom a vyvinuli sme maximálne úsilie na preklenutie kritického obdobia, v ktorom sa Európska únia nachádza. Verím, že aj bratislavský proces významnou mierou prispel k naštartovaniu a uplatňovaniu nových postupov, ktoré Európska únia v súčasnosti potrebuje.

Touto cestou chcem poďakovať za podporu ostatným členským štátom, ako aj ďalším inštitúciám EÚ a chcem zaželať nám všetkým veľa odhodlania, vytrvalosti a pocitu spolupatričnosti v našej spoločnej práci.

Jean-Claude Juncker, *Präsident der Europäischen Kommission*. – Werter Herr Präsident, lieber Robert! Dies ist ein wichtiger Moment. Deshalb verstehe ich auch, dass das Fassungsvermögen des Plenums kaum ausreicht, um alle hier willkommen zu heißen, die ein erstes und prioritäres Interesse an diesem Abkommen haben. Ich bin froh, dass dieses Abkommen zustande gekommen ist. Das erste Mal, dass die drei Präsidenten der drei Institutionen sich zusammengerauft haben, um unsere gemeinsamen Leitlinien für das ins Haus stehende nächste parlamentarische Jahr festzulegen. Dies ist ein guter Moment für das Europäische Parlament.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Juncker. Ich bitte die beiden Kollegen, mit mir gemeinsam dieses Dokument jetzt zu unterschreiben.

(Die drei Präsidenten unterzeichnen die Gemeinsame Erklärung.)

9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

10. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll

11. Bilanz des slowakischen Ratsvorsitzes (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Bilanz des slowakischen Ratsvorsitzes (2016/2790(RSP)).

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Konferenz der Präsidenten beschlossen hat, dass es für diesen Tagesordnungspunkt kein *Catch-the-eye*-Verfahren gibt und keine blauen Karten akzeptiert werden.

Robert Fico, *úradujúci predseda Rady.* – Už v júli som na tejto pôde hovoril o tom, že Európania dnes považujú výdobytky európskej integrácie ako mier, cestovanie bez pasov, možnosť platiť jednou menou či zvoliť si krajinu, v ktorej chcú žiť a pracovať, za úplnú samozrejmosť. Čo je ale horšie, že mnohí v Európe veria, že táto úplná samozrejmosť by existovala aj bez Európskej únie. A dokonca, že bez Európskej únie by nám mohlo byť podstatne lepšie.

Povedzme si pravdu, dámy a páni, Európska únia je v najťažšej kríze od svojho vzniku. Nie je to však kríza z vonkajšieho ohrozenia, je to kríza zvnútra, vyjadrená predovšetkým nedôverou ľudí a stratou autority európskych elít. Diskusia o budúcnosti Únie sa počas tohto roka zásadne otočila. Opýtajte sa Európana, či vie, ktorá krajina by mala najbližšie vstúpiť do Európskej únie. Odpovie vám, že nevie, ale že vie veľmi dobre, ktorá krajina by mala z európskeho zväzku vystúpiť. Nikde na svete, dámy a páni, neexistuje zoskupenie krajín čo i len trochu podobné Európskej únii. My sme sa všetci vybrali tou najťažšou cestou. Na jednej strane rešpektujeme množstvo národných špecifík. Držíme si svoje vlastné národné identity, no súčasne sme množstvo zásadných právomocí odovzdali do spoločného spravovania.

Dnes pred nami stojí povinnosť vrátiť sa ku koreňu. Povedať si, ktorých právomocí a prečo sa národné štáty zriekli v prospech celku a či dnes nerobíme chybu práve v tom, že sme sa od týchto koreňov odklonili a prikladáme pozornosť témam, ktoré sú podružné, nepodstatné a namiesto spájania spoločným záujmom Európu rozdeľujú. S unikátnym projektom, dámy a páni, ktorý nikde na svete neexistuje, dnes trestuhodne hazardujeme. Aby sme tento hazard zastavili, povedzme si, v čom sú naše korene. Sú v ekonomickej spolupráci, sú v spoločnej bezpečnosti, sú v udržaní mieru. Nevnucujme, prosím, ľuďom iné ako tieto zásadné témy, pretože ak sa s nimi nestotožnia a ak im neuveria, otočia sa k Únii nadobro chrbtom.

Slovenská republika preberala v júli tohto roku predsedníctvo s ambíciou reagovať na danú situáciu. Prvým jasným krokom vpred bol bratislavský summit, pretože naštartoval dlho odkladanú, absolútne nevyhnutnú diskusiu o tom, ako urobiť Úniu lepšiu, bezpečnejšiu a efektívnejšiu. Čo sa vlastne v Únii stalo a čo sa v nej deje dnes? Čo od Únie očakávame? Ako vidíme jej budúcnosť? V čom sme zlyhali a prečo? A diskusiou o týchto otázkach sme 16. septembra odštartovali tzv. bratislavský proces, ktorý by mal vyvrcholiť budúci rok v marci pri príležitosti 60. výročia podpísania Rímskych zmlúv.

Súčasťou pravdy je však aj to, dámy a páni, že Úniu ohrozujeme sami a často ju ohrozujeme vnútropolitickými agendami členských štátov. Napríklad tak, že sa konajú referendá, ktoré sú motivované vnútropoliticky, ale je zrejmé, že ich výsledky majú celoeurópsky dosah a odrazu sa stávajú niečím, čo by som mohol pomenovať ako problém pre nás pre všetkých. Ak tento trend bude pokračovať, Únia bude zamestnaná vnútornou politikou v členských štátoch, budeme nútení hľadať krkolomné riešenia, robiť kompromisy s našimi vlastnými princípmi, a to všetko na úkor dôveryhodnosti EÚ. Ak by to malo takto pokračovať ďalej, som presvedčený, že nám bude chýbať politická energia a s ňou aj odhodlanie riešiť zásadné problémy, ktorým čelí Únia ako celok. Chcem vyzvať aj tu na pôde Európskeho parlamentu európskych lídrov, aby prestali riešiť svoju domácu agendu na úkor Európskej únie.

Všetci dobre vieme, ale nechceme si to priznať, že referendum vo Veľkej Británii bola čistá vnútropolitická agenda, ktorú politici nezvládli. Všetci vieme, že referendum v Taliansku bola čistá vnútropolitická agenda, ktorá nebola zvládnutá. Ale dôsledky takýchto rozhodnutí, napr. v prípadnom referende o tom, či Taliansko má alebo nemá zotrvať v eurozóne, by boli pre Európsku úniu a myšlienky absolútne katastrofické. Ešte raz teda vyzývam európskych lídrov, aby prestali riešiť svoju domácu agendu na úkor nás všetkých tu v Európe.

Aktuálne krízy v Únii by sme mali považovať za dobrý impulz spraviť opatrenia vedúce k transparentnejšej Únii. Súčasná kríza dôvery našich občanov zase predstavuje vhodnú príležitosť vytvoriť zrozumiteľnejší a úprimnejší komunikačný most medzi politickými elitami a európskou verejnosťou. Je alarmujúce, že podľa posledných prieskumov až 57 % mladých Európanov má pocit, že sú v dôsledku krízy vo svojej krajine marginalizovaní a vylúčení z ekonomického a sociálneho života.

My – politickí lídri – sme tu na to, aby sme dali našim ľuďom nielen nádej, ale istotu, že krízu vieme riešiť. Že napriek nepredvídateľnosti vonkajšieho prostredia máme kontrolu nad naším smerovaním. Pritom musíme stavať na silných stránkach nášho spoločenstva. Európska únia ako pokojný prístav, kde mier, demokracia, právny štát, ľudské práva, ľudská dôstojnosť, sloboda a solidarita sú základné a nadčasové piliere nášho súžitia. Ale aj Európska únia ako moderné centrum digitálneho pokroku a inovácií. Európska únia ako uvedomelý hnací motor v boji proti klimatickým zmenám. Európska únia ako najväčší poskytovateľ rozvojovej pomoci na svete.

Európska únia je silná a akcieschopná, len ak je jednotná. K tomuto záveru dospel aj bratislavský summit. Európska dvadsaťsedmička je odhodlaná spoločne prekonať a prekonávať súčasné aj budúce výzvy. Proces reflexie, nech bol akokoľvek potrebný, však sám osebe nepostačuje.

Bez činu zostáva aj tá najkrajšia myšlienka bezcenná. Preto bratislavský summit nebol len o reflexii, ale o konkrétnych krokoch smerujúcich k tomu, aby Európska únia bola jednak zrozumiteľnejšia, a jednak poskytla svojim občanom bezpečný životný priestor. A keď hovorím o bezpečnosti, nemám na mysli len vonkajšiu a vnútornú bezpečnosť, boj proti terorizmu, ale aj ekonomickú a sociálnu bezpečnosť, istotu zamestnania, príjmu či klimatickú a enviromentálnu bezpečnosť. Toto všetko sú oblasti, ktoré trápia občanov Únie najviac. Nie hra so slovíčkami, ktoré chceme zmeniť v zmluvách o Európskej únii. Nie nekonečná diskusia o tom, či chceme viac alebo menej Európy.

Občan Európskej únie chce hospodársky silnú Európsku úniu. Úniu založenú na investíciách, ktoré prispejú k hospodárskemu rastu a tvorbe nových pracovných miest. Keď som tu pred vami stál v júli, hovoril som, že ak takú Úniu chceme mať, musíme lepšie využívať dostupné finančné nástroje. Naša ambícia sa stala skutočnosťou. Dnes tu máme vďaka skvelej spolupráci Rady a Európskeho parlamentu rozpočet Európskej únie na rok 2017, ktorý je pružný, vyvážený a predovšetkým odráža naše súčasné priority. To je veľmi dobrá správa. Veď vďaka prijatému rozpočtu v budúcom roku navýšime napríklad zdroje na podporu hospodárskeho rastu a zamestnanosti o 12 %. Budeme tiež lepšie vybavení na zvládanie migrácie a jej príčin, ako aj na zvýšenie bezpečnosti a ochrany hraníc Európskej únie.

Občania tiež volajú po nových investičných príležitostiach v Únii. Preto ma veľmi teší, že predĺženie trvania a finančnej kapacity Európskeho fondu pre strategické investície sa posunulo bližšie k realite. Cez podporu využívania verejných financií tým dáme potrebný impulz súkromným investíciám, ktoré môžu priniesť nové pracovné príležitosti.

Občan Európskej únie chce mať tiež totiž prácu, aby sa mohol bez obáv postarať o seba a svojich blízkych. Už dnes jednotný trh vytvára mnoho nových pracovných miest a uľahčuje nám každodenný život. Dobudovaním jednotného digitálneho trhu môžeme otvoriť veľké množstvo ďalších príležitostí. Preto som veľmi rád, že sa nám podarilo v tejto agende dosiahnuť výrazný pokrok. Napríklad neodôvodnené geografické blokovanie sa snáď čoskoro stane minulosťou. Pomôžeme tak spotrebiteľom, ako aj predajcom. Diskriminácia na základe štátnej príslušnosti, bydliska či sídla nemá v Únii svoje miesto. Slobodný pohyb občanov Európskej únie sa v dnešnom svete musí vzťahovať aj na digitálny priestor. A platí to aj pri odstraňovaní roamingových poplatkov.

Okrem toho, na to, aby sme využili plný potenciál jednotného trhu, potrebujeme cenovo dostupné, stabilné a udržateľné dodávky čistej energie. K tomuto cieľu nás môže posunúť energetická únia. Ešte aj počas posledných dní nášho predsedníctva spoločne pracujeme na tom, aby sme Úniu posunuli ďalej aj v tejto oblasti. Neoddeliteľnou súčasťou energetickej únie je aj ambiciózna a efektívna klimatická politika. Ratifikáciou Parížskej dohody potvrdila Európska únia svetové líderstvo v boji proti klimatickým zmenám. Vyslali sme tiež dôležitý odkaz navonok, že pokiaľ ide o globálne výzvy, sme schopní prevziať zodpovednosť a úzko spolupracovať.

Jednou z takýchto výziev je samozrejme aj migrácia. Dnes už vieme, že migračná kríza nie je ani sezónnou, ani regionálnou záležitosťou, ale globálnym problémom. A hoci sa naše názory na jej riešenie niekedy líšia, občan Európskej únie chce vedieť, že sme schopní ponúknuť konštruktívny spoločný postup. Som rád, že v poslednom období sme ukázali, že ak chceme, aj tu vieme dosiahnuť zhodu a posunúť túto agendu vpred.

Jasným dôkazom je Európska pohraničná a pobrežná stráž, ktorá vďaka rýchlej a efektívnej spolupráci Európskeho parlamentu a Rady začala 6. októbra svoju činnosť.

S migráciou úzko súvisí aj otázka zodpovednosti a solidarity. Viem, že tieto pojmy vyvolali v uplynulých mesiacoch rôznorodé emócie. Verím však, že sa všetci zhodneme na tom, že každý členský štát musí bez zaváhania podať v prípade nutnosti pomocnú ruku. Zároveň som ale presvedčený, že by sme mali zohľadniť reálne možnosti, kapacity a schopnosti jednotlivých členských štátov. A som rád, že sme v posledných mesiacoch minimálne ukázali, že o tejto ťažkej téme vieme otvorene hovoriť. Tak je to aj v prípade návrhu slovenského predsedníctva týkajúceho sa tzv. efektívnej solidarity. Dúfam, že tento koncept bude jedným z prvkov mozaiky pri reforme spoločného európskeho azylového systému.

Máme však aj ďalšie výzvy. Okrem ochrany vonkajších hraníc musíme zabezpečiť funkčnosť Schengenu, úzko spolupracovať s tretími krajinami, najmä s krajinami tranzitu a krajinami pôvodu migrantov a odstraňovať príčiny migrácie. A k tomu by mal pomôcť aj pokrok, ktorý sa týka vytvorenia Európskeho fondu pre trvalo udržateľný rozvoj. Jeho cieľom je riešiť najmä prvotné príčiny migrácie vytváraním pracovných príležitostí, podporou investícií a uľahčením trvalo udržateľného rozvoja v partnerských krajinách.

Dámy a páni, občan Európskej únie chce cítiť stabilitu. V súčasnom neistom svete by Únia mala v očiach občana symbolizovať základný oporný bod. Na to, aby skutočne bola stabilným, bezpečným a prosperujúcim miestom pre život, potrebujeme mať dobré vzťahy so susedmi, ako aj so vzdialenými spojencami. A musíme byť podstatne suverénnejší, pokiaľ ide o niektoré témy zahraničnej politiky. Postavím otázku, ktorá sa môže stať realitou, ak napríklad americká administratíva zmení názor na sankcie voči Ruskej federácii, ako budeme kopírovať tento postoj. Tam sa ukáže, či sme alebo nie sme skutočne v týchto názoroch suverénni. Rovnako máme veľký problém, ak dôjde k tomu, čo americká administratíva naznačuje, a to je veľmi nízka prítomnosť, angažovanosť sa v európskom priestore.

Zároveň verím, že budeme úspešne pokračovať v konkrétnej implementácii Varšavskej deklarácie lídrov EÚ a NATO o posilnení vzájomnej strategickej spolupráce obidvoch organizácií.

K lepšej odolnosti Únie vedie, okrem iného, aj efektívna politika rozširovania. Práve tá má kľúčový význam pre podporu transformácie a upevnenie stability v juhovýchodnej Európe. S týmto cieľom boli otvorené nové kapitoly v prístupovom procese s Čiernou Horou a so Srbskom a pozitívny vývoj nastal aj pri prihláške Bosny a Hercegoviny za člena Únie. Naším záujmom musí byť, aby vo všetkých kandidátskych krajinách naďalej prebiehali také politické a hospodárske reformy, ktoré ich budú približovať k Únii a upevňovať princíp právneho štátu.

Kľúčový význam pre vnútornú a vonkajšiu stabilitu Únie má tiež voľný, spravodlivý a vyvážený obchod založený na reciprocite a vzájomných prínosoch. Prijatie dohody o voľnom obchode s Kanadou je toho výborným príkladom. Táto moderná a ambiciózna dohoda nielen posilní ekonomické postavenie Únie, ale aj otvorí nové obchodné príležitosti pre našich občanov.

Dámy a páni, jedinou odpoveďou na súčasnú vlnu euroskepticizmu je priblíženie zmyslu, podstaty a reálnych výdobytkov projektu európskej integrácie prostredníctvom konkrétnych výsledkov. Inak otvoríme priestor pre rôzne interpretácie a špekulácie dávajúce za pravdu protieurópskym politikom.

V tejto súvislosti nás od budúcej jari pravdepodobne čaká ďalšia veľká výzva – zaistiť, aby proces odchodu Spojeného kráľovstva z Európskej únie bol transparentný s plným zapojením členských štátov, a dodám, hoci tieto slová už nejedenkrát vyvolali kritiku, že rokovania musia viesť k záverom, že sa oplatí zostať členským štátom Európskej únie. Ak sa ukáže pri rokovaniach, že sa neoplatí byť členským štátom Európskej únie, hrozí, že negatívna nálada v Európe bude rásť. A tomu sa musíme vyhnúť, pretože môžme dať neuveriteľne nebezpečný príklad krajinám, kde možno je euroskepticizmus veľmi silný.

Aj preto slovenské predsedníctvo vyvinulo maximálne úsilie, aby svojou prácou a výsledkami vyslalo pozitívny impulz európskej verejnosti. Preto sme sa zo všetkých síl snažili prinášať hmatateľné výsledky, ktoré majú dosah na bežný život každého z nás. Cieľom našej snahy bolo nielen zabrániť ďalšej fragmentácii v Únii, ale aj uistiť našich občanov, že Európska únia je projekt, ktorý má budúcnosť.

Chcem vás ubezpečiť, že zodpovednosť, akú sme pociťovali na začiatku nášho predsedníctva, že táto istá zodpovednosť zostala nezmenená.

Nastupujúcemu maltskému predsedníctvu želám veľa šťastia a odhodlania naplniť vlastné priority. Verím, že nastupujúce predsedníctvo nás posunie výrazne dopredu v dosahovaní našich spoločných cieľov a súčasne chcem poďakovať aj Holandsku za vynikajúcu spoluprácu v rámci tria.

Jean-Claude Juncker, *Président de la Commission européenne*. – Monsieur le Président, Monsieur le Premier ministre, Mesdames et Messieurs les députés, je voudrais remercier très chaleureusement nos amis slovaques pour une première présidence réussie. Je voudrais plus particulièrement féliciter le Premier ministre, Robert – enfin, je te tutoie parce que nous sommes seuls – et Ivan, qui ont été les chevilles ouvrières de cette présidence.

Parmi les grandes performances de la présidence slovaque figure la mise en place du corps européen de garde-frontières et de garde-côtes. Parmi les grandes performances de cette présidence figure le fait que nous avons pu nous mettre d'accord sur la directive européenne sur le terrorisme et sur le contrôle systématique des frontières extérieures. Figurera parmi les grandes réussites de sa présidence la directive en voie de finition sur les armes à feu, dont le niveau d'ambition reste évidemment en-deçà des propositions plus ambitieuses de la Commission, mais c'est un progrès très réel et je sais avec quelle énergie la présidence y a travaillé, tout comme elle a fait de son mieux pour veiller à ce que nous puissions nous mettre d'accord sur les instruments de défense commerciale. C'est une grande réussite de la présidence.

Pour le reste, Monsieur le Président, j'aurais voulu débattre, mais comme ceux avec lesquels on pourrait débattre sont absents – mais je voudrais remercier les membres du Parlement qui sont présents –, je ferai distribuer mon discours écrit.

Der Präsident. – Wie Sie wünschen, Herr Präsident der Kommission.

Françoise Grossetête, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil, Monsieur le Président de la Commission européenne, il est vrai que la Slovaquie a pris la présidence tournante du Conseil à un moment qui était particulièrement difficile, mais la présidence slovaque n'a pas faibli, et elle a pu faire avancer des dossiers qui concernent nos concitoyens et en cela, au nom de mon groupe, je tiens à vous féliciter.

Malgré la réticence de certains États membres, un budget solide a pu être voté, avec plus de 157 milliards d'euros d'engagements, un budget qui à nos yeux est toujours trop minimaliste, mais dont l'essentiel a été préservé, et sur lequel nous avons pu apporter des améliorations. Plan Juncker prolongé, budget pour la sécurisation des frontières renforcé, garantie pour la jeunesse augmentée, lutte contre l'évasion fiscale entreprise, détachement des travailleurs en cours, modernisation des instruments de défense commerciale: voilà un certain nombre d'avancées importantes.

Il n'y a pas de croissance sans industrie, et l'industrie a été aussi au cœur de votre présidence. Elle doit continuer à l'être, car elle est le socle de notre économie actuelle et à venir, et nous avons besoin d'une politique industrielle ambitieuse pour sauvegarder nos emplois et inciter à l'innovation dans les nouvelles technologies. À cet égard, la réforme du marché du carbone avance, elle permettra de développer des technologies bas carbone pour réduire les effets du changement climatique. La stratégie spatiale européenne est lancée, c'est un secteur plein de possibilités extraordinaires en termes d'applications et de services. La défense aussi, où les lignes bougent pour mieux coopérer à l'échelle européenne et faire participer chaque État membre à l'effort de défense. Le secteur ferroviaire, enfin: nous avons voté un certain nombre de dispositions dans ce cadre pour améliorer le transport des passagers, mais cela signifie aussi faire bénéficier nos équipementiers européens de nombreuses avancées dans ce domaine. Des avancées aussi sur le numérique – vous

l'avez très bien dit –, avec des engagements clairs sur la fin des frais d'itinérance, tout en préservant les investissements. La qualité des réseaux et l'accès à l'internet demeurent des préoccupations majeures pour tous les Européens.

En ce qui concerne l'énergie, la sécurité de l'approvisionnement en gaz a été et sera un sujet central de nos discussions. Il faut améliorer, à ce titre-là, la coopération régionale et l'échange d'informations, c'est cela la solidarité européenne.

Je me réjouis également que la Slovaquie ait permis de poursuivre et de renforcer des travaux entrepris par la présidence néerlandaise sur l'accès aux médicaments innovants pour les patients. J'ai été heureuse de voir la lutte contre Alzheimer et contre la résistance aux antibiotiques figurer en haut de votre agenda. La présidence slovaque a notamment permis de réitérer le rôle central du vaccin en tant qu'outil de prévention, particulièrement utile pour prévenir les abus d'antibiotiques et les dangers que cela génère.

J'ai seulement un petit regret, mais seulement un petit regret personnel: aucun accord n'a encore été trouvé sur le nouveau règlement sur les médicaments vétérinaires, c'est dommage, car l'antibiorésistance est tout de même une de nos priorités.

J'ai retenu votre appel, votre appel à plus d'esprit communautaire, votre appel à lutter contre les égoïsmes nationaux. J'espère qu'il sera entendu, en tout cas merci pour toutes les mesures concrètes que vous avez pu mettre en place et qui – je l'espère – seront entendues et comprises par nos concitoyens, afin de lutter contre la démagogie de certains qui veulent démontrer que l'Union européenne n'avance pas.

En tout cas merci, les résultats sont palpables et ce que je souhaite, c'est que nous puissions communiquer sur ce que vous avez réussi.

Vladimír Maňka, *za skupinu S&D*. – Vy najlepšie viete, pán premiér, koľko úsilia posledné dve vlády pod Vaším vedením venovali príprave predsedníctva. S akým veľkým napätím sme sledovali referendum vo Veľkej Británii. Jeho výsledky ovplyvnili fungovanie celej EÚ, ale ovplyvnili aj program slovenského predsedníctva.

Dnes už môžeme bilancovať. Poslanci a poslankyne z rôznych politických skupín, výborov a rôznych krajín zhodnotili, že výsledky slovenského predsedníctva sú veľmi pozitívne. Aj dnes to zaznelo. Pán premiér, odovzdajte, prosím, naše poďakovanie celému tímu vedenému Ivanom Korčekom, ktorý tu stále sedel a jeho tvár si už každý pamätá. Samozrejme, aj pánom ministrom, štátnym tajomníkom a odborným tímom.

Musím vyzdvihnúť aj politickú vyspelosť, korektnosť a spoločnú snahu viac ako 90 % slovenských zástupcov v Európskom parlamente. Ďakujem, milí kolegovia, že aj Vám záležalo, aby slovenské predsedníctvo bolo úspešné – takto ste sa aj správali.

Na bratislavskom samite v septembri všetci premiéri či prezidenti, vyslali jasné posolstvo: že Európska únia je pre každého z nich jediná alternatíva. Toto posolstvo má obrovskú silu. Podarilo sa prijať tzv. bratislavskú cestovnú mapu, ktorej cieľom je priniesť Európu bližšie k občanom.

Veľkým úspechom je rýchla ratifikácia Parížskej dohody o klimatických zmenách. Vzhľadom na nástup novej administratívy v USA sme všetci veľmi radi, že Parížska dohoda je už medzinárodne platným dokumentom.

Zvládli sme aj ratifikáciu obchodnej dohody EÚ s Kanadou (CETA). Táto dohoda bude slúžiť ako vzor pre mnohé ďalšie dohody.

V rekordne krátkom čase sa podarilo dohodnúť rozpočet EÚ na budúci rok. Dohodu sme našli presne na výročie nežnej revolúcie na Slovensku – 17. novembra o 4:30 ráno. Tento deň je zároveň aj medzinárodným dňom študentstva. Preto je symbolické, že sa nám práve v tento deň podarilo do rozpočtu EÚ presadiť 500 miliónov eur pre podporu zamestnanosti mladých ľudí.

Za tento projekt bojovali európski socialisti a demokrati od začiatku. Za tri roky sme pomocou tejto iniciatívy znížili počet nezamestnaných mladých ľudí v EÚ o 1,6 milióna. Na Slovensku sme pomocou tohto projektu znížili nezamestnanosť mladých takmer o polovicu.

Boj proti daňovým únikom a podvodom, migračná kríza, pomoc tretím krajinám, aby z nich ľudia nemuseli utekať, boj proti terorizmu, nový projekt pohraničnej a pobrežnej stráže, silná sociálna agenda, bezpečné a lacné energie, digitálna Európa, veľkoobchodné ceny pri roamingových službách, pomoc poľnohospodárom, zamestnanosť a rast v Európe… to je len časť agendy, ktorú sme spoločnými silami počas slovenského predsedníctva posunuli významne dopredu.

Vážené kolegyne a kolegovia, slovenské predsedníctvo končí. Štafetu preberá Malta. My pokračujeme na našej spoločnej ceste. Cieľ zostáva rovnaký: aby ľudia v Európe žili lepšie a bezpečnejšie.

Branislav Škripek, *za skupinu ECR*. – Aj ja chcem vyjadriť, a dovolím si vyjadriť, pochvalu za dobrú organizáciu predsedníctva Slovenskej republiky v Rade Európskej únie. Ukázalo sa, že Slovensko túto úlohu a zodpovednosť zvládlo so cťou, a to najmä vďaka práci viacerých mladých diplomatov, z ktorých mnohí sa vrátili zo zahraničia a pomáhali zviditeľniť našu krajinu. Stáli za organizáciou jednotlivých podujatí a konferencií v rámci slovenského predsedníctva. Myslím, že naša vďaka patrí hlavne im, mali by sme im ju vedieť adekvátne vyjadriť, dúfam, že sa tak správne udeje.

Vážený pán premiér Fico, súhlasím s Vami, že politická korektnosť, ako ste sa vyjadrili, je škodlivá a bráni nám pomenovať veci také, aké naozaj sú. Jednou z dôležitých otázok, ktoré musíme jasne pomenovať, je otázka Turecka vo vzťahu k Európskej únii. Nás viacerých táto otázka trápi. Od júlového pokusu o prevrat v Turecku došlo k viacerým krokom, ktoré musia byť pre Európsku úniu jednoznačne neprijateľné. Musíme to vedieť vyjadriť. Nemali by sme sa báť jasnejšie pomenovať, že sloboda médií je jednou zo základných demokratických hodnôt nášho Spoločenstva a verbálne či fyzické útoky na novinárov, či zatváranie celých redakcií, zatýkanie ľudí v Turecku je s tým jednoznačne v rozpore. Podobne je to s neprehliadnuteľným prenasledovaním kurdskej menšiny, čo sa v Turecku deje. Podobne avizované zavedenie trestu smrti prezidentom Erdoganom je potrebné jasne odsúdiť. Mrzí ma, že viacerým lídrom Únie, aj nám, v našom predsedníctve, chýba odvaha to urobiť. Obavy z konca dohody medzi Európskou úniou a Tureckom v súvislosti s migračnou krízou či ekonomické a hospodárske benefity však nemôžu byť meradlom toho deklarovaného odmietnutia politickej korektnosti. A to platí pre vzťahy so všetkými krajinami, ktoré masívne porušujú základné ľudské práva.

Som rád, že v Európskom parlamente sme spoločne s kolegami vyjadrili náš postoj k prístupovým rokovaniam s Tureckom a vyzvali sme Európsku komisiu, aby ich za terajšej situácie v krajine zmrazila. Nesmieme sa nechať vydierať Tureckom ani pánom prezidentom Erdoganom. Som presvedčený, že k zastaveniu migračných tokov do Európy viedlo predovšetkým uzatvorenie tzv. Balkánskej cesty a dohoda s Tureckom už iba znížila i tak nízky počet migrantov, ktorí chceli ísť do Európy. Odhoďme preto tento strach, vyjadrime aj Turecku jasné nie.

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, first of all I would also like to thank the Prime Minister for all the efforts that the Slovak Presidency has made in order not just to make it a success, but to address the issues that are still pending.

If I may just point out two issues that I remember from your statement, one is that the domestic political agenda should not prevail over EU-related and common EU interests and affairs. I think that this is very important, but I must say that it still prevails and we see it on a daily or weekly basis. We see it in the Council and we see it in the Council groups: issues are addressed and suddenly an issue of so-called national interest always prevails, whether it is a question of addressing the opening up of the markets in railways, whether it is digital or whatever it is. In this respect, I think that we need to return to the roots, which in fact show the ability to address the issues and find a common basis.

The second issue is that you spoke about the EU being subtle. If I may just add, I think that we would like to see an EU that is a strong player and that we still need to contribute to this in a major way. You also referred to the American presidential elections. There is perhaps a bit of uncertainty. We don't yet know what the policies will be. We have heard a lot of statements that create concern – I would wait for the policies – and, at the same time, threats are expressed from time to time by Russia. These two issues are an invitation to the European Union to be that strong player and to be able to address the issues that are not dependent on the Americans nor on the Russians. We are focusing on the trade agenda. Of course we know what happened with TPP – we do not yet know what will happen with TTIP – but we do not have to wait. On the one hand, we can negotiate with the other countries but, at the same time, the new administration will be put into place and we should set a positive agenda. We should be the ones co-setting, if not setting, the agenda. I do not think that we can be caught unprepared in this respect.

Reference was also made to the migration crisis - sometimes too little and too slow, but we are progressing, I agree with you; but I do not think we can hide the fact that what is happening today in Turkey is completely unacceptable. This is a question of our values, and I think that we can hardly continue accession negotiations with Turkey unless we see a real shift in the direction in which Turkey is heading. At the same time, I am in favour of setting the conditions – as we have said in the European Parliament – and reopening the negotiations once, let us say, the situation has progressed in that country. Apart from what I have said, I think that values are key. I must say that we need to apply the same measure to everyone. I am glad that you have signed the agreement with Cuba but, at the same time, I would like to see future agreements that have the conditionality - if they provide concessions - that at the same time, there is real motivation and progress in the countries concerned.

Prime Minister, in conclusion, I agree with a lot that you have said. I think that you have had a new experience and that on these issues that you have expressed, and some that I have added, we need recognition, champions in the Council to move beyond marginal – and sometimes very partial – national interest.

Kateřina Konečná, *za skupinu GUE/NGL.* – Vážený pane premiére, vážený pane předsedo Evropské komise, historicky první předsednictví Slovenské republiky přišlo bohužel ve velmi těžkém čase. Přestože to vypadalo, že bude nuceno řešit následky nezodpovědné politiky Davida Camerona a brexit, zvládli toho Slováci mnohem více, než se od nich obecně očekávalo. Například v souvislosti s brexitem se jim podařilo krotit počáteční silné vášně a do značné míry uklidnit situaci a vztahy s Velkou Británií. Na začátku tohoto půlroku jsem zde prezentovala přesvědčení, že díky tomuto předsednictví si Evropská unie uvědomí, že země Visegrádské čtyřky nejsou nepřáteli Evropy. Znovu opakuji, že my také chceme žít v míru a prosperitě, máme však svá politická specifika a žádáme, aby byla respektována. Nejsme nesolidární, nejsme nezodpovědnými solitéry. Nejsme ti, kdo odchází, když je doba zlá.

Je to sice smutné, ale z mediálního hlediska se o tomto předsednictví mluvilo zejména kvůli skandálům, ale už se tak neřešily další aspekty velmi složitého období. Slovenským diplomatům se v porovnání s jinými předsednictvími podařilo efektivně se vypořádat s komplikovanými problémy a vyhnuli se interním politickým sporům. Díky značnému úsilí se slovenské straně podařilo zajistit, že mají nyní farmáři šanci na transparentní a obchodní prostředí bez nekalých praktik. To považuji za velký úspěch důležitý pro budoucnost celého sektoru a pro udržitelný rozvoj Evropské unie. Slovenské předsednictví posunulo některé důležité otázky k rozuzlení a dokázalo, že i malá země může vykonat mnoho důležité práce. Samozřejmě ani zdaleka nesouhlasím se všemi kroky tohoto předsednictví, a to zejména ve spojitosti s obchodními smlouvami CETA a TTIP. Já se opravdu nedomnívám, že je to šance nebo naděje. Je to špatný koncept mezinárodního obchodu, který dopadne na naše občany. Ale zároveň věřím, že se podařilo rozptýlit počáteční paniku, která v kuloárech před vaším předsednictvím, pane premiére, kolovala.

Chci v tuto chvíli zopakovat, že země ze střední a z východní Evropy odmítají být brány jako země druhé kategorie, a upřímně doufám, že vám, kolegové a kolegyně, slovenské předsednictví dokázalo, že jimi nejsme. Na závěr bych chtěla ocenit pana premiéra Fica, který zvládl velmi rychle po volbách vytvořit funkční koalici na toto předsednictví a to i přesto, že měl zdravotní komplikace.

Pane premiére, děkujeme vám, že jste ukázal, že my – jako my, menší země – umíme být hrdí a umíme dělat dobrou práci a děkuji také vašim lidem, kteří nám byli dobrými spojenci v Evropském parlamentu při jednotlivých vyjednáváních.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE.* – Monsieur le Président, Monsieur le Premier ministre, je pense que vous avez raison. Nos citoyens manifestent, à l'égard de l'Union européenne, une inquiétude, une méfiance, quand ce n'est pas franchement une colère croissante, et le référendum qui s'est déroulé au Royaume-Uni, à l'orée de votre présidence, en est la plus claire démonstration. Pas étonnant, évidemment, quand un quart des Européens se trouvent confrontés au risque de pauvreté et d'exclusion sociale et que beaucoup d'autres se disent qu'ils sont peut-être les prochains à devoir passer à la trappe. Beaucoup attribuent tout cela à l'Union européenne.

Face à cela, dites-vous, il nous faut un nouvel élan, et vous avez raison. Mais où était ce nouvel élan pendant votre présidence? Je cherche encore la remise en cause d'une politique macroéconomique inepte, qui fait de la mise en concurrence des travailleurs les uns avec les autres, d'une poursuite complètement maniaque d'accords de libre-échange et d'une austérité budgétaire complètement déraisonnable les maîtres-mots de sa politique. Je cherche encore les débuts, l'impulsion d'une Europe fiscale et sociale, sans lesquelles l'union monétaire est vouée à l'échec.

Vous parliez d'une Union européenne leader en matière de changement climatique, eh bien ce n'est plus le cas. Alors qu'en 2004, l'Union européenne, qui représentait 30 % du PIB mondial, investissait plus de la moitié dans les énergies renouvelables, aujourd'hui, nous représentons encore un cinquième du PIB mondial, mais nous ne représentons plus que 17 % de l'investissement dans les renouvelables. Nous sommes devenus de piètres suiveurs.

De tout cela, de cette Europe plus juste, plus durable et plus démocratique, je ne trouve pas de trace dans le processus de Bratislava, qui semble se raccrocher à une Europe de la défense comme la solution à tous les maux. Quant à la migration, je dois reconnaître que, pendant la présidence néerlandaise, et ensuite sous la présidence slovaque, les maîtres-mots de la politique migratoire sont devenus «renvoyer» et «tenir à distance».

Bien sûr, Monsieur le Premier ministre, ce n'est pas vous. Ce n'est pas vous qui avez déclaré que vous n'êtes pas obligé d'accueillir toutes les personnes menacées. Ce n'est pas vous, c'est M. Theo Francken, le ministre des migrations en Belgique, un ministre que Marine Le Pen ne renierait certainement pas. Mais, je vais quand même reprendre une de vos citations, qui est que l'idée qu'une Europe multiculturelle est un échec et que l'intégration naturelle de gens qui ont un autre mode de vie, de pensée, une autre culture et, par-dessus tout, une autre religion, n'est pas possible.

Monsieur Fico, je vous dis que si cette Europe multiculturelle est impossible, eh bien c'est l'Union européenne qui est impossible, parce que l'Union européenne, voyez-vous, c'est une Union qui a décidé d'ériger en devise «l'unité dans la diversité». L'idée de l'Union européenne, c'est précisément de faire vivre sur un tout petit continent des gens aux modes de pensée, aux modes de vie, aux langues et, en effet, aux religions différentes. Si vous déclarez que cette société est impossible, cela veut dire que vous-même dites que l'Union européenne est impossible et avec cela, nous ne serons jamais d'accord.

Beatrix von Storch, *im Namen der EFDD-Fraktion.* – Herr Präsident! Wir reden heute über die Ratspräsidentschaft der Slowakei. Was für ein Glück – wir hätten möglicherweise sonst davon gar nichts erfahren! Dabei steckt die EU in ihrer größten Krise, und das ist eigentlich die Zeit, in der große Taten erforderlich sind, insbesondere wenn man das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen will.

Herrn Fico aber eilt der Ruf der Korruption schon voraus. Ihre Ratspräsidentschaft ist überschattet von EU-Finanzskandalen, wofür Sie vermutlich keine Konsequenzen fürchten müssen, denn Sie sind, wie Herr Schulz, in der richtigen Parteienfamilie, der der Sozialdemokraten. Aber genau das kann nicht sein! Diese Vorwürfe müssen aufgeklärt werden, und zwar mindestens halb so genau wie die Vorwürfe gegen UKIP oder den Front National hier im Hause. Mindestens. Es ist eine Unehrlichkeit, dass wir hier mit zweierlei Maß messen. Und das ist genau das, was die Menschen das Vertrauen eben weiter verlieren lässt. Wenn Sie das Vertrauen zurückgewinnen wollen, wenn Sie mehr Werbung für die EU machen wollen, dann sollten wir hier ansetzen und insbesondere diese Vorwürfe, die Ihnen gemacht werden, haarklein aufklären.

Mara Bizzotto, *a nome del gruppo ENF.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, a voi colleghi e al premier di sinistra della Slovacchia, che è un socialista e che è Presidente di turno del Consiglio, che è venuto qui a farci la morale, proprio a lui, che non mi sta ad ascoltare, voglio chiedere alcune cose.

Primo, perché l'Italia deve accogliere centinaia di migliaia di clandestini falsi profughi ogni anno e la Slovacchia no? Perché? Secondo, perché la Slovacchia riceve dall'Europa molti più soldi di quelli che versa e invece l'Italia manda ogni anno a Bruxelles molti più soldi di quelli che riceve indietro? Negli ultimi dieci anni gli italiani hanno dato all'Europa sessanta miliardi di euro in più rispetto ai soldi che hanno ricevuto da Bruxelles.

Allora vi faccio una proposta, che è la mia proposta ma anche la proposta di milioni di italiani. Voi vi prendete gli immigrati clandestini sbarcati in Italia per colpa del governo Renzi e dell'Unione europea e noi ci prendiamo indietro i nostri soldi, perché quei soldi servono per i nostri terremotati, per le nostre imprese, per i nostri anziani che non arrivano a fine mese.

Gli italiani sono stanchi delle prediche e delle bugie di questa Europa, stanchi di essere invasi da orde di clandestini, stanchi di dover pagare per voi. Noi non vogliamo più clandestini nel nostro paese e soprattutto noi vogliamo indietro i nostri soldi, tutti i nostri soldi, subito.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr, egy féléves elnökségtől nem várható el, hogy megoldást találjon az Unió fő kérdéseire, de az igen, hogy jó irányba lépjen előre. Az Unió legfontosabb kérdése talán a migránshelyzet, ezen belül a tagállamokat legjobban a kötelező kvóta kérdése osztja meg. Fico miniszterelnök úrnak szlovák kormányfőként erről határozott véleménye van. Szeptemberben kijelentette, hogy a kötelező menekültkvóta halott. Nos, ha ez igaz, akkor jelenleg zombiként, „walking dead"-ként jár közöttünk, hiszen az uniós csúcson Önök megfogalmazták, hogy a meglévő áttelepítési programokat fel kell gyorsítani és a héten azzal foglalkoznak, hogy miként érvényesítsék a felelősségvállalás és a szolidaritás elvét. Bízom benne, hogy a felelősségbe az is beleértendő, akik kormányfőként meghívó levelet küldtek ide nem menekülteknek, hanem a jobb élet reményében népvándorlóknak, a szolidaritásba pedig nemcsak azt az abszurd 250 000 eurót értik bele, amit egy be nem fogadott migráns után kellene fizetni, hanem például Magyarország esetében azt az 500 millió eurót, amit a schengeni határok védelmére fordított.

Robert Fico, *úradujúci predseda Rady.* – Ja som veľmi rád, že tu prevláda väčšinový názor, že slovenské predsedníctvo prinieslo Únii konkrétne pozitívne výsledky počas 6 mesiacoch. A verím, že sa nám podarilo aj naplniť slogan Good idea Slovakia.

Chcem však povedať, že tieto výsledky by nebolo možné dosiahnuť bez tradične vynikajúcej spolupráce s Európskym parlamentom. A Európsky parlament bol ťažký partner, a chcem preto aj touto cestou v mene celého slovenského predsedníctva poďakovať Európskemu parlamentu a dovolím si poďakovať osobne aj tebe, pán predseda, milý Martin, za spoluprácu, ktorá bola veľmi korektná a veľmi otvorená. Samozrejme často to bolo veľmi dôležité mať za chrbtom Európsku komisiu a myslím si, že to potvrdí aj predseda Európskej komisie, ak poviem, že naše vzťahy na profesionálnej úrovni boli, sú a, verím, že budú naďalej absolútne profesionálne a v záujme veci. Aj preto by som chcel, lebo viem, že bez líderstva nefunguje žiadna inštitúcia, tebe priamo, Jean-Claude, poďakovať za spoluprácu, ktorú sme cítili počas celého predsedníctva, ako aj celej tvojej Komisii.

Súčasne by som chcel zaželať kolegom z Malty veľa úspechov pri preberaní predsedníckej štafety a zároveň verím, že pri ich práci, ako aj pri spolupráci s vami, Európskym parlamentom, im poslúži spoločná deklarácia o legislatívnych prioritách na rok 2017, ktorú sme dnes podpísali. Ešte raz, veľmi pekne ďakujem všetkým aj za príspevky do rozpravy.

Der Präsident. – Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident Fico.

Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich.* – Das Programm des slowakischen EU-Ratsvorsitzes war im Wesentlichen von vier Schwerpunkten getragen. Es waren dies ein wirtschaftlich starkes Europa, ein moderner Binnenmarkt, eine nachhaltige Migrations- und Asylpolitik und ein global engagiertes Europa. Ebenso fielen weitreichende Beschlüsse wie die Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens oder des Handelsabkommens CETA, die Bekämpfung von Steuervermeidung und die Erstellung des Haushaltsplans der Europäischen Union für 2017 in die Amtszeit des slowakischen EU-Ratsvorsitzes. Die Präsidentschaft forderte auch Änderungen beim Stabilitäts- und Wachstumspakt. Nicht jeder Punkt dieses umfassenden Programms konnte überzeugend umgesetzt werden, wenngleich man der Slowakei in gewissen Punkten auch eine Vorreiterrolle zusprechen kann. Unterlegt war das Programm der Präsidentschaft von drei Grundsätzen. Der erste Grundsatz war es, konkrete Ergebnisse zu erzielen, der zweite, die Fragmentierung und Zersplitterung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu verhindern, und der dritte, das Vertrauen der Bürger in das europäische Projekt wiederherzustellen. Die slowakische Ratspräsidentschaft fällt in eine Zeit großer Herausforderungen. Nach dem Brexit wurde klar, dass es eine Diskussion über die Zukunft der Union geben muss, Lösungen für die andauernde

Migrationskrise gefunden werden müssenund die Integrität des Schengen-Raums wiederhergestellt werden muss. Diese Probleme können jedoch nicht innerhalb eines Ratsvorsitzes gelöst werden.

Eduard Kukan (PPE), *písomne*. – Naše predsedníctvo vnímam celkovo pozitívne. V Bruseli bolo určite cítiť nasadenie a prácu našich diplomatov pri mnohých politicky citlivých témach. Z môjho pohľadu sa to ukázalo predovšetkým v otázkach tykajúcich sa vonkajších vzťahov EÚ. Som rád, že sa podarilo počas nášho predsedníctva rozbehnúť Európsky fond pre zahraničné investície, posunula sa otázka vízovej liberalizácie pre Ukrajinu a Gruzínsko, či aktívna práca v otázkach rozširovania v regióne západného Balkánu. Tu si zaslúžia mnohí naši diplomati skutočnú pochvalu. Predsedníctvu sa podarilo dotiahnuť niekoľko politicky citlivých otázok, ako napríklad Parížsku dohodu o klimatických zmenách či pripravovanie dokončenia dohody o zrušení roamingu v roku 2017. Stalo sa to aj napriek turbulentnej situácii v Únii a aj napriek udalostiam sprevádzajúcim predsedníctvo doma. Trochu ma mrzí, že sme počas nášho predsedníctva naplno nevyužili príležitosť komunikácie s verejnosťou o zásadných otázkach a prínosoch Európskej únie pre Slovensko.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Slovenské předsednictví (nejen) v rámci agendy výboru IMCO odvedlo kus poctivé práce a já bych za to slovenským kolegům ráda poděkovala. Ačkoliv se během posledního půl roku v EU dostalo do popředí politického rozhodování hned několik bezprecedentních událostí, v čele s rozhodnutím občanů Velké Británie o vystoupení z Unie, předsednictví se činilo i v rámci na tzv. řádné, možné ne tak viditelné, ale neméně důležité agendy. Jednou z deklarovaných priorit předsednictví bylo přispět k potírání nekalých obchodních praktik v potravinářství. V návaznosti na usnesení EP k tomuto tématu uspořádalo předsednictví v Bratislavě mezinárodní odbornou konferenci s otázkou, jak posílit postavení zemědělců v potravinářském řetězci, na které řada delegátů vyjádřila přesvědčení o nutnosti přijmout evropskou legislativu. Nejen EP, ale i řada členských států vyzvala Komisi k předložení návrhu k narovnání vztahů mezi výrobci, dodavateli a prodejci potravin. Jako zpravodajka revize nařízení o spolupráci dozorových orgánů v oblasti ochrany spotřebitele také vítám, že předsednictví intenzivně pracovalo na projednávání tohoto rozsáhlého předpisu, a slovenským kolegům v Radě se podařilo mezi členskými státy získat pro návrh podporu. Jeho přijetí může podstatně zvýšit ochranu spotřebitelů na vnitřním trhu, což byl ostatně jeden z konkrétních cílů SR v rámci historicky prvního předsednictví této země.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Mimo że była to pierwsza w historii Słowacji prezydencja w Radzie UE, to należy przyznać, że ten nieduży kraj bardzo dobrze poradził sobie z tym trudnym wyzwaniem, i to w okresie burzliwych wydarzeń na świecie i w samej Unii.

Do największych sukcesów słowackiej prezydencji należy m.in. uruchomienie długo oczekiwanej Europejskiej Straży Granicznej i Przybrzeżnej, która ma stanowić efektywniejszą odpowiedź Unii na kwestie nielegalnej imigracji. Słowacji udało się również sprawnie wynegocjować budżet UE na 2017 rok mimo oporu niektórych państw, które groziły nawet jego zawetowaniem. Jako sukces Bratysława może zapisać sobie także podpisanie 30 października umowy CETA z Kanadą, co pozwoliło na jej tymczasowe stosowanie do czasu ratyfikacji. Dla Komisji Rolnictwa, której przewodniczę, szczególnie ważne jest przyjęcie konkluzji Rady w sprawie niesprawiedliwych praktyk w łańcuchu dostaw żywności, przewidujących m.in. możliwość podjęcia działań legislacyjnych na szczeblu Unii. W Parlamencie Europejskim wzywaliśmy do przyjęcia takich rozwiązań od wielu lat i teraz pojawia się realna szansa na działania w tym obszarze.

Odnosząc się do tego, czego prezydencji słowackiej nie udało się zrobić, to chyba zabrakło większej determinacji w próbach zbliżenia stanowisk państw członkowskich w obszarze uchodźców i polityki migracyjnej, co może rodzić nowe spory w przyszłości w razie ponownej eskalacji kryzysu.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Rotácia predsedníctiev v Rade EÚ prináša nové výzvy, nové témy a dynamiku na európskej politickej scéne. SR sa na svoje predsedníctvo dlho a zodpovedne pripravovala. Program bol veľmi ambiciózny a pri jeho hodnotení môžeme s hrdosťou povedať, že slovenské predsedníctvo urobilo kus dobrej, poctivej práce v prospech Európy. Pod taktovkou ministra financií sa prijal rozpočet na rok 2017 s navýšením programu Erasmus+ a programu Záruky pre mladých. Vďaka nášmu úsiliu sa podarilo veľmi rýchlo a úspešne ratifikovať Parížsku dohodu o klimatických zmenách. Naším úspechom je aj uzatvorenie obchodnej zmluvy s Kanadou, s dôležitým partnerom skupiny G7. V rámci nášho predsedníctva sa zorganizovalo viac ako 20 neformálnych zasadnutí ministrov a ministerských konferencií. Bratislava, ale aj iné mestá boli hostiteľmi aj takmer 180 podujatí na expertnej a pracovnej úrovni. Za pozitívnym hodnotením je potrebné vidieť aj mnohé samosprávy, mimovládne organizácie, školy, poslancov EP zo Slovenska, ktorí boli pri prezentáciách rôznych kultúrnych, hudobných, divadelných, výstavných, filmových či dizajnérskych projektov. Za to, že Slovensko bolo na pol roka stredobodom Európy, je potrebné všetkým, ktorí sa o úspech slovenského predsedníctva pričinili, poďakovať.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Je škoda, že pri rozprave o slovenskom predsedníctve bolo počas prejavu premiéra prítomných v sále len niekoľko poslancov. Ja sama totiž považujem slovenské predsedníctvo za úspešné, pretože sme zvládli to, čo sa od nás očakávalo: sprostredkovať dohody medzi členskými štátmi v Rade EÚ a tiež medzi Radou a Európskym parlamentom. Treba si tiež uvedomiť, že najväčšiu časť práce predsedníctva verejnosť vôbec nevidí. Stoja za ňou naši ľudia zo stáleho zastúpenia v Bruseli, pričom veľké ocenenie si zaslúži najmä štátny tajomník Ivan Korčok. Je škoda, že niektoré nezrovnalosti týkajúce sa sprievodných podujatí zatienili to, čo považujem za podstatné: že Slovensko dokázalo viesť hlavnú inštitúciu Európskej únie kompetentne a naozaj profesionálne. Možno ešte nemáme vlastnú predstavu o tom, ako by mala vyzerať Európa v budúcnosti, ale sme veľmi dobre zorientovaní v tom, ako funguje dnes.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

12. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

13. Jahresbericht 2015 über die Menschenrechte und die Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht über den Jahresbericht 2015 über die Menschenrechte und die Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich von Josef Weidenholzer im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (2016/2219(INI)) (A8-0355/2016).

Josef Weidenholzer, *Berichterstatter*. – Herr Präsident! Heute ist ein sehr wichtiger Tag für die Menschenrechte. Wir haben den Sacharow-Preis an zwei großartige Frauen verliehen, und jetzt diskutieren wir den Menschenrechtsbericht 2015, über den wir morgen abstimmen werden.

Das Jahr 2015 werden Historiker möglicherweise einmal als ein sehr entscheidendes Jahr bezeichnen. Es war das Jahr der Flüchtlingskrise, das die Solidarität in Europa nachhaltig herausgefordert hat, und es war das Jahr, in dem die schwindende Bedeutung Europas in der Außenpolitik immer mehr sichtbar wurde. Es verwundert nicht, dass sich in diesem Jahr, was die Situation der Menschenrechte betrifft, nicht wirklich etwas verbessert hat. Ich will es aber nicht bei dieser fatalistischen Bewertung bewenden lassen. Und weil gerade in Zeiten der Krise die Fundamente sichtbar sein sollen – und das Fundament der Europäischen Union, Europas, sind Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Die EMRK und die Grundrechtecharta – das sind die Fundamente, das sind die Alleinstellungsmerkmale Europas. Es ist wichtig, dass die Außenpolitik das hier auch sichtbar macht.

Der Bericht setzt sich daher nicht nur mit der globalen Situation der Menschenrechte auseinander, sondern ganz besonders auch mit den verschiedenen Instrumenten, die der EAD zur Verfügung hat. So wie meine Vorgänger Panzeri und Preda habe ich einen systematischen Ansatz gewählt. Es soll keine Auflistung von verschiedenen Anlassfällen in verschiedenen Konfliktzonen sein. Dafür gibt es einen Annex, und dafür haben wir auch das sehr effiziente Instrument der dringlichen Entschließungen. Ich ersuche daher die Kollegen und Kolleginnen, keinen Änderungsanträgen zuzustimmen, die dieses Prinzip wieder in Frage stellen.

Es ist positiv, dass die Union sich ganz klar zu den Menschenrechten bekennt. Wir haben sehr wichtige Instrumente: die Delegationen der Europäischen Union, die Menschenrechtsdialoge und den Sonderbeauftragten für die Menschenrechte. Stavros Lambrinidis hat auch 2015 hervorragende Arbeit geleistet, wie immer, und er ist ein guter, wichtiger Verbündeter des Europäischen Parlaments. Die Delegationen arbeiten sehr intensiv, und wir konnten uns auch immer wieder bei Missionen überzeugen, wie wichtig den Vertretern der Union die Menschenrechte sind. Im Sinne der Kohärenz und der Glaubwürdigkeit unserer Menschenrechtspolitik wäre es aber wichtig, dass wir verstärktes Augenmerk auf die immer häufiger werdenden Einschränkungen der Zivilgesellschaft richten. Es ist eine große Bedrohung, die sich wie eine Seuche ausbreitet. Die Sache ist einfach: Ohne starke Zivilgesellschaft gibt es keinen effektiven Schutz der Menschenrechte. Es ist also sehr wichtig, das zu stärken, genauso wie die Unterstützung von Menschenrechtsaktivisten, die nicht nur Rechtsberatung brauchen, sondern die auch den Besuch in Gefängnissen brauchen und die auch bei

Gerichtsverfahren begleitet werden sollten.

Der Bericht hat auch inhaltliche Schwerpunkte. Besonders Migration und Flucht standen im Vordergrund – 2015 war in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Wir haben uns auch ganz besonders der Problematik der Diskriminierung angenommen. Das, was wir schon im Amsterdamer Vertrag festgehalten haben: Diskriminierungen sollten im Zentrum unserer Politik stehen und sollten auch im Zentrum der Menschenrechtspolitik stehen. Es ist von ganz besonderer Wichtigkeit, dass es auch Konsequenzen gibt. Strafverfolgung und Handelspolitik sollten mit Menschenrechten verknüpft werden.

Der Bericht wurde sehr intensiv debattiert. Experten und Menschenrechtsorganisationen wurden beigezogen. Wir hatten insgesamt 866 Änderungsanträge. Ich möchte mich bei der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die uns dabei unterstützt haben, sehr herzlich bedanken. Ganz besonders danke ich den Schattenberichterstattern für das konstruktive und angenehme Arbeitsklima.

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* –Mr President, first of all I would like to thank the rapporteur and the shadow rapporteur. As you know, we discuss our annual human rights reports twice a year, but if I look at the long list of debates we have had together in this Chamber over the last year, human rights have been at the centre of each and every European Parliament plenary. Even today, a few hours ago, we listened to our Sakharov Prize laureates, who I have just had the honour of meeting, saying that they look up to Europe as a symbol of humanity.

This is not simply an institutional duty that we fulfil. Our work on human rights lies at the core of our foreign policy. It defines our European Union and it defines who we are. Whatever we do concerns the real lives of real human beings. We do understand power politics and the great games of international affairs. Not only do we understand them, but we often play our part to shape them. But we never forget that everything we do is about real people. This is the European way in foreign policy. We are not naive and we are not cynical. In the global strategy we refer to principled pragmatism and that is our way.

This will be even more important in the months and years to come. The decision by some countries to withdraw from the Rome Statute of the International Criminal Court demonstrates that the pressure on the international system of global governance is going to be raised. There will be – there is already – a growing demand for a power that stands on the side of human rights. We are, more and more, an indispensable power – an indispensable power for human rights, for multilateralism, for a rules-based global order.

The report we are discussing today shows once again that all institutions of this Union stand on the same side. I am glad that you have shown your support not only for our Action Plan on Human Rights, but also for our Operation Sophia and for our new external investment plan. We agree on fundamentals, we agree on the vision, and we share the view that 2016 has been a very difficult year indeed for democracy and human rights. We are all convinced that there is no sustainable development without human rights, and there is no sustainable security without fundamental freedoms. This is what the global strategy calls resilience. Our states and our societies are strong only when democracy is strong, when the debate is free and open, when human rights are respected, when the space for participation is open and guaranteed, and participation itself is active and welcomed. Human rights abuses do not make a country more stable or more secure. On the contrary, they only make societies less resilient and weaken the legitimacy of institutions. This vision is already inspiring our actions in very concrete ways. Let me give a few examples.

First, the report talks about our missions and operations and the link between security and human rights. The prevention of human rights abuses is indeed becoming a key focus, a key element for our work on security. The EU Action Plan on Human Rights says that our support for our partners' security forces must always be consistent with the promotion of human rights. We are doing this in practice every single day, for instance also through my proposal of a European framework to support security sector reform. 2017 will be the year of a mid-term review for the Action Plan and we are already working on a daily basis to make it a meaningful review.

Second, the report rightly focuses on civil society and the restrictions on freedom of expression. It is almost impossible to mention all the initiatives we have put in place to preserve and enlarge the space for pluralism and free debate. Some of you attended the annual EU-NGO Forum a few days ago in Brussels. You know our dialogue with civil society organisations is constant and intense, both in our region and worldwide. The EU4HumanRights campaign has raised awareness about human rights in Europe and beyond.

Let me thank in particular, as you did, our Special Representative Stavros Lambrinidis, who is here with me today, as he always is whenever we have these debates in this Chamber. His work is making a difference every single day for so many people and in particular for human rights activists and campaigners. You were talking about visits, dialogues and meetings – he is in strong and constant connection with me and with all our services and thus with many of you, and is our hand, our brain, our voice in handling difficult cases, in many cases with success and results of which we are proud. Thank you, Stavros. In 2016 the European Instrument for Democracy and Human Rights directly supported more than 250 human rights defenders and their families who were at risk because of their daily work.

On the third element, we are engaging constantly with our partners through dedicated human rights dialogues. I know that this is a delicate chapter of our work and I will start with the most delicate example. Yesterday in Brussels I met with Bruno Rodriguez, the Foreign Minister of Cuba. Our relationship with Cuba has entered a completely new phase and one of the first new steps we took was to start a dialogue on human rights. We have had two rounds of that – one in Europe and one in Havana – and I believe there is no other way to try to make a real difference than to engage constantly and tirelessly in trying to improve the situation on the ground, having frank and open discussions with our partners.

Finally, we are keeping human rights and the rights of women and children in particular at the core of peace talks and reconciliation processes. Syria is constantly on our minds, in these hours in particular as we are receiving terrible reports from the ground. Here I would like to take the opportunity in this debate to add my voice to that of the UN Secretary-General, who just a few hours ago underlined the obligation of all parties on the ground to protect civilians and abide by international humanitarian and human rights law, recalling that this is particularly the responsibility of the Syrian Government and its allies.

Those who perpetrate war crimes will be held accountable. The priority now, in these hours, is to protect civilians and guarantee them safe and monitored transit to a place of safety. We all know that it is also crucial – still in Syria, but in the future – to be working on protecting everyone's rights through the transition, and in the transition, at the moment when a political process is finally put in place.

But let me also mention a success story – as you did – and some positive examples: the peace deal in Colombia, an agreement for all the victims of conflicts that would provide a sound basis towards justice, reconciliation and reaching the truth. I am honoured that Juan Manuel Santos, the President of Columbia, was in Brussels with us yesterday on his first international visit after receiving the Nobel Peace Prize; together we launched the EU Trust Fund, precisely to accompany the implementation of the peace agreement in Colombia.

So let me conclude on a positive note. Yes, the situation of human rights in the word is very serious, but there are also success stories. Wherever things are moving in the right direction, the European Union is there, engaged directly through our funds, our delegations, our special representatives, dialogues and diplomacy. My message for you is the same one that I delivered to the NGOs a few days ago: we all need to be vigilant, we need to be critical where necessary, but we also need to amplify the success stories. We need to talk about the real people behind the numbers and beyond the budget lines. We need to show that the European Union is practically and concretely a force for human rights, a force for democracy and a force for good. We need our voice – your voice – to be heard on this too, more than ever.

(Applause)

Cristian Dan Preda, *rapporteur pour avis de la commission du développement*. –Monsieur le Président, je voudrais tout d'abord féliciter le rapporteur. Pour avoir été moi aussi rapporteur l'année dernière, je sais que ce n'est pas une tâche facile.

Je voudrais ensuite insister sur les points contenus dans l'avis de la commission du développement que j'ai rédigé cette année. Comme vous le savez, le développement, les droits de l'homme et la démocratie sont intrinsèquement liés, et je me réjouis de voir ces thèmes figurer en bonne place dans le rapport qu'on votera demain. En effet, les droits de l'homme, la bonne gouvernance, la démocratie et l'état de droit sont des éléments indispensables pour éradiquer la pauvreté et les inégalités et, inversement, la pauvreté et les inégalités mettent en danger l'exercice des droits de l'homme.

Au sein de la commission du développement, nous avons salué l'inclusion d'un chapitre consacré au développement dans le rapport annuel 2015 et souhaité que cela devienne une pratique constante. Nous voulons également voir une véritable synchronisation entre les droits de l'homme et toute notre coopération au développement, à commencer par la mise en œuvre de l'agenda 2030. Les droits de l'homme doivent être, je crois, un élément transversal majeur pour la réalisation des objectifs du développement durable. Et je dois souligner aussi l'importance primordiale de l'objectif nº 16 visant à garantir la paix, la justice et l'intégration au sein des sociétés, puisqu'en l'absence de la paix, notre aide au développement ne peut atteindre ses buts et le respect pour les droits de l'homme ne peut être assuré.

Enfin, en tant que rapporteur permanent pour la cohérence des politiques en faveur du développement, je veux insister sur l'utilité de cette obligation de l'article 208 du traité pour la réalisation des droits de l'homme.

Beatriz Becerra Basterrechea, *Ponente de opinión de la Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género*. – Señor Presidente, Señora Mogherini, el premio Sájarov es el alma del Parlamento Europeo. Encarna los valores en los que se funda la Unión: libertad, dignidad, igualdad, respeto de los derechos humanos, del Estado de Derecho y de la democracia. Es un instrumento único, eficaz y magnífico de coherencia política. Quiero dar las gracias a todos mis colegas por haber apoyado la candidatura a la cual hoy hemos entregado este premio, Nadia Murad y Lamiya Aji Bashar. Gracias, a Nadia y Lamiya, por ser faros resplandecientes que iluminan el mundo. Son un ejemplo de resiliencia, que no solo me ha inspirado a mí, en mi trabajo como vicepresidenta de la Subcomisión de Derechos Humanos, sino a todas las personas que luchamos por un mundo más justo.

Nadia, ya sabes que cuentas con mi compromiso irrenunciable para llevar tu causa a la Corte Penal Internacional, porque ningún crimen contra la humanidad debe quedar impune. Nosotros, Europa, el mundo, necesitamos más Nadias, más Lamiyas. Necesitamos más Sájarov.

Godelieve Quisthoudt-Rowohl, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte mit einem Dank an den Kollegen Weidenholzer anfangen, dem es gelungen ist, aus einer Flut von Änderungsanträgen und aus einem ursprünglichen Text einen konsistenten Text zu machen, und der sehr offen war für die Zusammenarbeit mit allen Schattenberichterstattern.

Die Perspektive der Menschenrechte ist nicht isoliert oder getrennt von anderen Perspektiven zu beobachten. Sie ist horizontal als Grundlage für alle Aktionen der Europäischen Union von Wichtigkeit. Sie ist vornehmlich wichtig für alle Facetten der Außenpolitik, und auch deshalb, Frau Mogherini, möchte ich mich bei Ihnen für Ihre sehr gute Ansprache bedanken.

Wir haben eine Mehrheit in diesem Haus, die darin übereinstimmt, dass man nicht einen ausgeglichenen Bericht schreiben kann, wenn man einzelne Beispiele von Verletzungen von Menschenrechten, sei es von Staaten oder von Organisationen, herauspickt. Wir müssen fundamental unsere Politik beschreiben, und das ist in diesem Fall gelungen.

Beunruhigt über die zunehmende Verfolgung von Religionen sind wir auch hier in diesem Haus – auch und besonders meine Fraktion –auch über die Verfolgung der christlichen Religionen. Dies ist gerade bei dem Überfall auf die koptische Kirche deutlich gezeigt worden.

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen, Herr Präsident. Leider war ich auch als

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Pier Antonio Panzeri, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, abbiamo assistito questa mattina, con il conferimento del premio Sacharov, a quanto lavoro ancora dobbiamo compiere. Ringrazio l'onorevole Weidenholzer per l'ottimo lavoro svolto e mi unisco anche al plauso per l'impegno verso il rappresentante speciale Stavros Lambrinidis.

Questa relazione deve essere vista come un importante strumento di valutazione dell'azione europea a sostegno dei diritti umani e della democrazia e la relazione deve essere, infatti, di supporto per migliorare il nostro approccio e adattarlo alle specifiche aree di intervento. Il rapporto annuale, per la vastità dei temi trattati, deve necessariamente utilizzare un approccio tematico, senza soffermarsi sui singoli casi dei giornali ma, nello stesso tempo, deve poter fornire chiari indicatori che possono evidenziare dove l'azione europea ha registrato un miglioramento rispetto all'anno precedente e dove non sono stati raggiunti gli obiettivi previsti.

Con questa relazione dobbiamo essere in grado di valutare seriamente le cose che abbiamo fatto, soprattutto per quanto riguarda alcuni settori, penso agli accordi commerciali, e dobbiamo utilizzare i *benchmark* e le azioni verso questa direzione proprio per costruire nuove visioni per quanto riguarda i diritti umani.

Penso che abbiamo molto da compiere, da fare, da svolgere e lo dobbiamo fare innalzando, sostanzialmente, il livello politico del nostro intervento sui diritti umani. La nostra risposta deve essere quella di far comprendere anche ai cittadini europei che meno diritti significa meno democrazia e che la cooperazione con i paesi terzi in questo campo è indispensabile anche per noi e per il nostro futuro. Dobbiamo essere coerenti e garantire il rispetto dei diritti umani sia all'interno sia all'esterno dell'Unione europea e dobbiamo farlo, questo, con grande energia, dobbiamo sostanzialmente comprendere che la questione dei diritti umani è una questione essenziale di tutte le politiche dell'Unione europea.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, we are constantly reminded in this Parliament of the many atrocities and acts of human rights abuse that tragically occur throughout the world, such as in Aleppo right now as I speak. Only this morning, we heard the extremely moving testimonies of this year's Sakharov laureates, Nadia Murad and Lamiya Aji Bashar, from the Yazidi community. What they have experience under the brutal regime of ISIS is as evil an ideology as anybody could possibly imagine. These are personal stories, but they serve to illustrate the plight of millions of others who find themselves in similar circumstances across the globe.

Member States throughout the European Union each enjoy their own histories and historical trajectories of course. They have each move from autocracies in the past to democracy today, enshrining the rights of all over the few, and developing legal systems that have delivered equality before the law, albeit in very different timeframes. These are the principles that have delivered the civil and political freedoms and protections that we all enjoy today, along with many other economic and social rights. These are the values of the European Union, respect for human dignity and human rights, freedom, democracy, equality and the rule of law, freedom of the press and expression.

It is important that we recall that it is these fundamental values and other institutions that deliver the peace and prosperity we all see in Europe and the developed world today. It is also important that we continue to be a voice in advocating those values across other parts of the world, so we fully support the human rights report in the world as it is.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, today's debate about human rights in the world comes at a time of growing pressure on the universality of human rights, from the banning and intimidation of civil society, to attacks on human rights defenders, journalists and bloggers, or restrictions on the free expression of LGBTIs, artists and those who demonstrate peacefully. The list is long and requires clear push-back that involves more leadership from Europe.

It is difficult to be proud of Europe when we watch Aleppo fall and bombardments by Russian and Assad's planes being rewarded, when refugees fleeing this atrocious war are being fenced off, and international law and human rights are discarded when they get in the way of counterterrorism efforts or 'managing' migration. It is now more important than ever for us to stand unequivocally for the very values upon which our open societies are based and give meaning to those values globally. That means a more forceful and credible stance for the importance of and respect for human rights.

Young women, such as the Sakharov Prize winners who courageously fight the horrible violence caused by Daesh, have fled to Europe, but imagine the many, many, many who have spent years in refugee camps now, who have been married off with absolutely no perspective. What will we tell them? We cannot be complacent and must make sure that Europe remains a beacon of freedom, a safe haven for free thinkers and a meaningful representation of what universality of human rights is actually about. It is not only the right thing to do, but it is in our self-interest to offer perspectives for people who need them so desperately, such as in North Africa and the Middle East.

I therefore urge you, as my final comment, to avoid deals like the one made with Turkey and now being copied with countries like Mali, in order to avoid a situation where the EU's foreign policy becomes a mere instrument to manage migration without having a clear focus on the need to defend and protect human rights. That is what we should give much more attention to and prioritise in our foreign policy.

Marie-Christine Vergiat *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, je voudrais à mon tour remercier notre rapporteur et ses efforts pour concilier autant d'amendements.

Je crains pourtant que le résultat ne soit pas à la hauteur des enjeux que nous devrions traiter en matière de droits de l'homme et de leur nécessaire universalité, ni de la façon dont l'Union européenne devrait agir en la matière.

Je crois que nous n'avons jamais eu un rapport aussi long. Plus c'est long, plus, il y a de contradictions, moins on cerne les priorités, et j'en suis désolée.

Je suis particulièrement critique sur la partie qui concerne les migrations. Comment soutenir de façon inconditionnelle les accords de réadmission, le processus de Khartoum ou le fonds fiduciaire pour l'Afrique, alors que ces accords et procédures sont centrés sur des pays où l'on bafoue quotidiennement les droits de l'homme, comme c'est le cas dans la Corne de l'Afrique et au Moyen-Orient, et alors que ces accords sont avant tout décidés en fonction du nombre de ceux qui arrivent pour demander refuge sur le sol de l'Union européenne.

Qu'est-ce que les objectifs des politiques de retour, non suffisants, viennent faire dans un rapport sur les droits de l'homme? En quoi la fuite en avant en matière de politique de défense sert-elle les droits de l'homme?

De surcroît, malgré la volonté affichée de ne pas cibler de pays en particulier, on retrouve toujours les mêmes obsessions chères à certains dans cette hémicycle et toujours les mêmes oublis.

Pas un mot sur les pays du Golfe, pas un mot sur Israël, même refus de citer les États les plus concernés en Amérique latine.

Ainsi, hier encore, Guillermo Veldaño, syndicaliste paysan, défenseur du droit à l'eau, a été assassiné en Colombie, où un quart des défenseurs des droits de l'homme et militants d'Amérique latine sont assassinés.

Alors, tout cela n'est pas très satisfaisant, et je veux redire une fois encore mes réserves sur l'annexe qui énumère une liste de prisonniers de conscience. Non, Madame la Haute Représentante, je ne partage pas votre optimisme, je crains que toutes ces contradictions…

(Le Président retire la parole à l'oratrice)

Barbara Lochbihler, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Der diesjährige Menschenrechtsbericht ist sowohl umfangreicher, als auch fortschrittlicher als bisher, und zwar in einigen wichtigen Politikfeldern.

Vielen Dank hierfür an den Berichterstatter, Herrn Weidenholzer. So finden sich weiterführende Forderungen im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte, um mehr Rechtsverbindlichkeit zu erzielen. Auch Themen wie der Einsatz bewaffneter Drohnen, der Kampf gegen Menschenhandel und der Schutz von Landrechten fanden mehr Beachtung als in der Vergangenheit.

Unser Bericht fordert Kohärenz und Kontinuität in der Menschenrechtspolitik. Bei der Flüchtlingspolitik der EU müssen wir aber feststellen, dass es sowohl im Jahr 2015 und fortlaufend bis heute wohl keinen Politikbereich gibt, in dem die EU so kläglich an genau dieser Anforderung scheiterte. Selbst in diesem Parlamentsbericht fand die Kritik an der derzeitigen Auslagerung der europäischen Verantwortung bei Schutz und Versorgung von Flüchtlingen keine Mehrheit

Der Verzicht auf eine menschenrechtskonforme Politik geht zu Lasten derer, die in Europa Hilfe suchen, und steht in krassem Widerspruch zu den eigenen menschenrechtlichen Ansprüchen der EU. Unser Bericht fordert nachdrücklich die Bekämpfung von Straflosigkeit. Der Internationale Strafgerichtshof bedarf unser aller Unterstützung, um unabhängig und effizient arbeiten zu können.

Nun haben die Regierungen von Südafrika, Burundi und Gambia entschieden, vom IStGH zurückzutreten. Ihnen geht es hauptsächlich darum, dass Staatsoberhäupter von Strafverfolgung ausgenommen werden – eine äußerst widersprüchliche und nicht hinnehmbare Forderung. Es ist zu begrüßen, dass der Präsident von Gambia jetzt überlegt, diese Entscheidung wieder zurückzunehmen.

Zum Schluss: Wir haben kürzlich schärfere Regeln für den Export europäischer Güter festgelegt, die zu Folter oder Todesstrafe missbraucht werden können. Doch europäische Regeln allein reichen nicht. Ich fordere deshalb erneut, eine vergleichbare Initiative auf globaler Ebene voranzutreiben.

James Carver, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, as we discuss human rights, by virtue of my own Romany Gypsy heritage, I wish to highlight the issues facing our Roma Gypsy and Traveller communities. Anti-Gypsyism is a worrying global trend and has even been described to me by a leading human rights campaigner as the last acceptable face of racism today. The time has come to act beyond the usual platitudes and lip service; real action must be taken at Member State level. Every week, news reports highlight increasing attacks against our RGT communities, including murders taking place only last month. That is how serious the issue has become.

In my country, besides access to health care and education, there are many other issues facing our Gypsy and Traveller communities, not least the distinct shortage of both permanent and temporary stopping sites and a need for local authorities to live up to their legal obligations in this regard. Last year's wicked changes to planning legislation, legally redefining the legal personality of a Traveller, would not have been allowed to happen to any other ethnic minority. Our government should hold their heads in shame.

Laurențiu Rebega, *în numele grupului ENF*. – Domnule președinte, stimați colegi, situația drepturilor omului din anul 2015, descrisă în acest raport, a punctat într-o mare măsură neajunsurile politicii europene în materie. O serie de documente programatice, de rezoluții și de tratate enumerate în acest raport condamnă abuzurile sub orice formă produse în numeroase colțuri ale lumii, dar și pe teritoriul Uniunii Europene.

În ciuda eforturilor legislative depuse de organizațiile internaționale competente, inclusiv de instituțiile europene și de societatea civilă, nu putem vorbi, de la un an la altul, despre o îmbunătățire sistematică și ireversibilă a situației drepturilor omului în lume. Acest lucru arată că mecanismele prin care drepturile omului ar trebui să fie respectate nu funcționează așa cum ar trebui sau prezintă deficiențe majore, cu precădere în capacitatea de prevenție și de acțiune.

Drepturile omului sunt un concept fluid, greu de cuantificat și de evaluat și adesea interpretabil, mai ales din rea-voință. Vă dau un exemplu: respectarea drepturilor omului este un domeniu legat profund de sistemul de justiție și de educație. În țări cu regimuri corupte și/sau autoritare, aceste sisteme falsifică drepturile omului.

Din păcate, însăși Uniunea Europeană continuă să aibă standarde duble în relațiile cu statele unde drepturile omului sunt încălcate sistematic. Dacă aceste drepturi vor fi doar un concept „passe-partout", la nivel declarativ, rolul nostru ca vector de dezvoltare nu va fi nici recunoscut, nici apreciat și, în ultimă instanță, va rămâne ineficient.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident! Die globale Situation der Menschenrechte –ich möchte hier die Frage wiederholen, die Frau Vergiat gestellt hat, denn Herr Weidenholzer war gerade nicht im Raume: Warum werden beständig bei diesen Berichten die Golfstaaten Katar und Saudi-Arabien sowie Israel ausgenommen?

Ich möchte noch eines erwähnen: Wir regen uns zu Recht darüber auf, dass in der Türkei die Todesstrafe wieder eingeführt werden soll. Aber warum gestatten wir den Vollzug der Todesstrafe auf europäischem Boden? Warum wird nicht darauf hingewiesen, dass die USA in Ramstein – also auf deutschem, auf europäischem Boden – dort eine Zentrale sitzen haben, wo Menschen getötet werden, durch einen Mechanismus über Drohnen? Die USA geben selber 161 Tote zu. Die Menschenrechtsorganisationen sprechen von 1 100 getöteten Menschen als Kollateralschäden. Warum prangern wir dieses nicht in den Menschenrechtsberichten an und verhindern, dass von europäischem Boden aus Todesstrafen vollstreckt werden?

Andrzej Grzyb (PPE). – Panie Przewodniczący! Dziękuję sprawozdawcy i jego kolegom współsprawozdawcom za to trudne sprawozdanie. Jak w jednym dokumencie opisać wszystkie zdarzenia dotyczące praw człowieka za cały rok? To jest niezmiernie trudne zadanie, tych ponad 850 poprawek świadczy o tym, że chcielibyśmy pomieścić tam wszystkie inne kwestie. Rok był trudny ze względu na łamanie praw człowieka, wojna, terroryzm, łamanie podstawowych praw, w szczególności prawa do życia w różnych częściach świata, w szczególności na Bliskim Wschodzie.

Dzisiaj przyznaliśmy czy nagrodziliśmy dwie niewiasty, dwie kobiety jazydki Nadię Murad i Lamiyę Aji Bashar Nagrodą Sacharowa: za wolność myśli, ale również za determinację, aby dać świadectwo o prześladowaniach tego narodu. Chciałbym powiedzieć, że dobrze, że sprawozdanie w artykule 142 podkreśla znaczenie prawa do wolnego wyznawania religii jako prawa człowieka i potępia wszelkie akty przemocy lub prześladowania z tego względu. Również dobrze, że sprawozdanie w artykule 148 zauważa, że od lat najbardziej prześladowaną w świecie grupą są chrześcijanie. To miliony prześladowanych i wielu, którzy tracą życie. W artykule 132 sprawozdanie przypomina, że Parlament wzywał i nadal wzywa członków Rady Bezpieczeństwa ONZ, by uznali zbrodnie dokonywane przez Daesz na chrześcijanach, jazydach i innych mniejszościach jako zbrodnie przeciw ludzkości, jako zbrodnie ludobójstwa.

Panie Przewodniczący! Sądzę, że to tylko niektóre z katalogu tych spraw, o których powinniśmy …

(Przewodniczący odebrał głos mówcy)

Elena Valenciano (S&D). – Señor Presidente, quiero en primer lugar felicitar a mi compañero Josef Weidenholzer por el excelente trabajo que ha hecho con este informe, que era muy difícil.

Las palabras de Nadia Murad y de Lamiya Hayi Bashar resuenan en esta Cámara todavía hoy y son una gran responsabilidad para todos nosotros. El pasado sábado conmemorábamos el Día Mundial de los Derechos Humanos. Sesenta y ocho años después de que los Estados miembros se unieran a la Declaración Universal. Y sesenta y ocho años después no hay muy buenas noticias, me temo. La Declaración sigue estando dolorosamente pendiente.

Este último año —el 2016— y el año 2015, que es el que aborda el informe, no han sido especialmente buenos tampoco para los derechos humanos. Continúan produciéndose crímenes de guerra y contra la humanidad que quedan impunes. El Tribunal Penal Internacional, lejos de verse reforzado, está siendo debilitado porque varios países se retiran del Estatuto de Roma.

No somos capaces de hacer cumplir el derecho humanitario internacional, y los ataques a hospitales, escuelas y personal humanitario se repiten todos los meses. Hay una tendencia prácticamente global hacia una mayor represión contra la sociedad civil, y la ayuda humanitaria sigue siendo escasa y no llega a todo el mundo.

Pero si hay algo que marcará la Europa del 2015 es la crisis de los refugiados. Nunca en la historia hubo tantos refugiados y desplazados a los que no hemos sido capaces de atender. Europa, a pesar de algunos esfuerzos, no ha estado a la altura, fundamentalmente por la responsabilidad de los Estados miembros.

Miles de estos refugiados no consiguieron sobrevivir. Miles se ahogaron en nuestro mar Mediterráneo y sin embargo, a pesar de todo, y como hemos escuchado esta mañana aquí, la Unión Europea sigue siendo una referencia para muchísima gente. Una referencia de justicia y de solidaridad; un modelo para el mundo. Por eso hablo de responsabilidad y por eso digo que este Parlamento va a seguir reclamando a la Unión que no flaquee en su apuesta por la defensa de los derechos humanos y que lo haga sin complejos, antes de que los intereses políticos y comerciales salten por encima de la dignidad humana.

Los derechos humanos deben vertebrar nuestra acción exterior e interior, deben ser el elemento central de nuestro mensaje. Solo así podremos ser mínimamente eficaces en su defensa.

Para finalizar, quiero reconocer el excelente trabajo del señor Lambrinidis. Un trabajo muchas veces poco conocido pero que es referente para muchos de nosotros ya. Enhorabuena y gracias. Y también el suyo, señora Alta Representante. No flaquee. Lo está haciendo usted muy bien. Ustedes dos hacen que la Unión Europea sea mejor.

Bas Belder (ECR). – Het zijn in paragraaf 148 van het verslag-Weidenholzer nog geen tien woorden: "waar (Europa!) christelijke vluchtelingen regelmatig worden vervolgd op religieuze gronden". Achter deze weinige woorden echter gaat een wereld van angst, van leed, ja van traumatische ervaringen schuil. "Ik had in mijn Duitse opvanghuis meer angst dan in Syrië", bekent bijvoorbeeld een 29-jarige christelijke vluchteling. Jihadisten uit zijn geboorteland vormden immers zijn medebewoners, die hij dan ook ontvluchtte…Slechts enkele weken geleden publiceerde Open Doors Duitsland zijn onderzoek naar, let wel, 743 rechtsovertredingen tegen christelijke vluchtelingen in Duitse asielonderkomens en nog eens 10 tegen jezidi's. "Het topje van de ijsberg", beklemtoont de hulporganisatie.

Van doodsbedreigingen, lichamelijk letsel, onzedelijk gedrag jegens vrouwen en meisjes is veelvuldig sprake. Dan zwijgen we maar over het verbale geweld van moslimradicalen richting christelijke asielzoekers als "onreine ongelovigen" die geen gemeenschappelijk dak boven het hoofd verdienen, dus ook geen gebruik mogen maken van gemeenschappelijke keukens en douches.

"Iedere dag word ik bedreigd", vertelt een christelijke bekeerlinge tijdens een interview met de rug naar de camera. Wat moet zij, wat moeten opnieuw vervolgde oosterse christenen denken van geloofsvrijheid, democratische rechtsstaat in Europa? Aan ons allen het antwoord!

Petras Auštrevičius (ALDE). – Mr President, over the last few years, violations of fundamental human rights have become systematic just across the EU's borders, in countries that enjoyed being the EU's partners, strategic partners, or even candidate countries just a while ago.

In Russia, Azerbaijan or Turkey, for instance, the space of civil society has been shrinking, in some cases dramatically. Harassment, imprisonment, and disappearances of independent journalists, political opposition and human rights defenders have become everyday news. Just as one more faked election is on the news every few years.

In some countries like Belarus, things have been fixed for quite some time already when it comes to human rights. Cleansed and frozen. This is the current status of the civil society in Belarus. Once called the last dictator in Europe, Lukashenko can only celebrate today as the restrictive measures are removed. At the same time, globally, in the United Nations we observe another crisis of decision-making. In fact, the veto right has become a tool to defend dictatorships; a cover to make crimes against humanity close to legal. The immense propaganda and manipulation and false information on the top of all these, we are very close to having the cornerstones of the modern world order demolished.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor Presidente, Señorías, cuatro mil quinientos muertos en el Mediterráneo al intentar llegar a nuestras fronteras. Cuatro mil quinientas razones para que sea difícil que las instituciones europeas puedan hablar de derechos humanos. Externalización de nuestras fronteras con acuerdos vergonzantes como el de la Unión Europea/Turquía, mirando hacia otro lado ante la vulneración sistemática de los derechos humanos por parte del Gobierno de Erdogan. Ayer detenían a más de doscientos cargos del partido HDP. Los derechos humanos como estrategia de penetración comercial en terceros países de multinacionales europeas. La austeridad y la deuda como armas de destrucción masiva de derechos sociales en los pueblos del sur de Europa. Millones de personas sufriendo pobreza energética, que cuesta la vida a más de siete mil personas al año en países como España.

Tenemos que acabar con la hipocresía de una falsa retórica de defensa de los derechos humanos. La mejor forma de defenderlos es practicarlos, Señorías. Lo que tenemos que hacer es, justamente eso, practicarlos.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Ich habe aufmerksam zugehört und muss schon sagen, eine Frage drängt sich auf: Glauben Sie wirklich, es ist intellektuell, moralisch und politisch richtig, Haushaltspolitik, Austerität, Haushaltsbilanzen mit der Frage von Folter, von Rechtlosigkeit, von religiöser Verfolgung zu vermischen? Glauben Sie wirklich, dass das eine Politik ist, mit der man irgendetwas erreicht, indem Sie das alles in einen Topf werfen? Verhöhnen Sie nicht die Opfer echter Menschenrechtsverletzungen, wenn Sie solchen Unsinn von sich geben?

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *respuesta de «tarjeta azul»*. – No falte usted a la verdad, Señor. Las políticas de austeridad han generado muerte, han generado desigualdad en la mayoría de los pueblos del sur de Europa. En el informe de 2015, el relator de las Naciones Unidas, Juan Pablo Bohoslavsky, habla de que las políticas de austeridad y los memorándums firmados con Grecia han vulnerado la legislación sobre derechos humanos tanto europea como internacional. Léase los informes de las Naciones Unidas, Señoría.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Mr President, I would like to take this opportunity to come back to the question of the genocide of the Yazidis. Today Nadia Murad said that Daesh took their honour, and the European Parliament, with the award, has given it back. Lamiya Aji Bashar has said that the criminals must be brought to justice.

I come back to the answer that Mrs Mogherini gave about 100 MEPs on 30 May on this issue, where we insisted that she act so that the EU recognises the treatment of Yazidis as genocide. Ms Mogherini, you made a long list of prerequisites for doing that. But my conviction – and I believe that Parliament is united on this – is that it is time for the EU to accelerate this process and to look for the possibility of calling it what we think it is: a genocide. This of course puts obligations on the EU to act on the grounds of the Genocide Convention. I really hope that you will look into this issue again.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto voglio ringraziare il relatore per l'ottimo lavoro svolto.

L'*annual report* di quest'anno tratta in maniera sintetica ma organica argomenti di notevole importanza: si è riusciti a coprire e a evidenziare le tematiche più attuali e pressanti su questioni che possono definirsi trasversali e sulle quali siamo chiamati a intervenire con maggiore concretezza ed efficacia, anche nel rispetto e per il raggiungimento degli obiettivi di sviluppo sostenibile previsti dall'Agenda 2030.

Ho particolarmente apprezzato le parti riguardanti la difesa e la garanzia dei diritti dei popoli indigeni, quindi il sostegno ai difensori dei diritti umani, il rinnovato impegno nella lotta per la libertà di ognuno, in un'atmosfera di pace e di solidarietà. Poi mi preme sottolineare la parte dedicata a *Migrants, refugees, asylum seekers and internally displaced persons (IDPs)*, poiché è un argomento che, a mio modo di vedere, rappresenta la maggiore sfida di questi tempi e su cui si gioca l'intera credibilità dell'Unione europea.

Infine il mio plauso va anche alla parte riguardante *Trade, business and human rights*, argomento approfonditamente trattato nel rapporto della *corporate liability*, di cui sono stato relatore, poiché, a mio avviso, va prestata maggiore attenzione alle politiche adottate dalle multinazionali in materia di rispetto dei diritti umani.

Naturalmente focalizzarsi di più su alcune tematiche non significa tralasciare quelle che sono già state approfondite o prestare minor importanza alle altre. Quando si parla di salvaguardia dei diritti umani, infatti, possiamo distinguere diverse aree e aspetti ma, in fin dei conti, il filo rosso che li lega tutti e che dobbiamo difendere e promuovere resta uno solo, ossia l'agire con umanità. Ora resta solo da vedere se ciò che abbiamo promosso con le parole sarà tradotto in azioni altrettanto lodevoli ed efficaci.

Steeve Briois (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, comme il est amusant de vous voir débattre des droits de l'homme dans une institution qui harcèle et persécute ceux qui ont commis le crime d'être tout simplement des eurosceptiques.

Il y a à peine quelques heures, vous votiez le rapport de Richard Corbett, qui restreindra encore davantage la liberté d'expression des députés européens. La démocratie ne se résume pas à glisser un bulletin dans une urne, mais se définit par la capacité d'un peuple à maîtriser son destin. Or, la perte de notre souveraineté législative, budgétaire, territoriale et monétaire a accéléré la déliquescence de la démocratie dans les États membres de l'Union européenne.

Comment osez-vous parler de démocratie, alors que vous ratifiez, dans le dos des peuples, des traités de libre-échange comme le TAFTA et que vous leur imposez des quotas de migrants, sans la moindre consultation?

Comment osez-vous parler de droits de l'homme, alors que vous avez livré la Libye aux islamistes en soutenant la destitution de Kadhafi, ces mêmes islamistes qui imposent aujourd'hui la charia et qui massacrent les minorités religieuses dans la plus grande indifférence?

Comment osez-vous parler des droits fondamentaux, alors que le président de la Commission européenne, M. Juncker, a rendu un vibrant hommage à Fidel Castro qui, je vous le rappelle quand même, est responsable de l'emprisonnement et de la mort de milliers d'opposants politiques?

Assez de cette indignation à géométrie variable! Assez de cette Europe totalitaire qui devrait balayer devant sa porte avant de donner des leçons de morale au monde entier!

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Elena Valenciano (S&D), *Question «carton bleu».* – C'est une curiosité. Comment osez-vous comparer votre sentiment d'être poursuivi dans cette assemblée avec les graves violations des droits de l'homme dont on parle cet après-midi?

Comment osez-vous parler de votre position, comme si c'était la même que celle des personnes qui subissent la persécution et la mort?

N'avez-vous pas honte, cher collègue?

Steeve Briois (ENF), *Réponse «carton bleu».* – Le début d'une dictature commence par les décisions que vous prenez parfois, à savoir, empêcher toute opposition de s'exprimer.

Le harcèlement dont les députés européens du groupe Front national sont victimes est totalement scandaleux. Oui, en effet, quitte à vous désoler.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η παρούσα έκθεση αποτελεί ένα εγχειρίδιο ψυχαγωγίας και παραγωγής γέλιου. Δεν μπορώ να αποδώσω επιεικέστερο χαρακτηρισμό, σεβόμενος τουλάχιστον τον κόπο του εισηγητή. Να αιτιολογήσω τον χαρακτηρισμό, για να μην κατηγορηθώ για πολλοστή φορά ως ρατσιστής και λαϊκιστής.

Η έκθεση αναφέρεται στην ελευθερία σκέψης, έκφρασης, συνείδησης, πίστης και θρησκείας. Όμως στην Ελλάδα και στην Ευρώπη αν δηλώσεις εθνικιστής, χαρακτηρίζεσαι φασίστας. Λες ότι είσαι χριστιανός; Κατηγορείσαι για ισλαμοφοβία. Ζητάς καλύτερες συνθήκες για τους ομοεθνείς σου; Προάγεις τον ρατσισμό. Μιλάς για έθνος; Δεν δείχνεις αλληλεγγύη και είσαι λαϊκιστής.

Η έκθεση μιλά για τον σεβασμό της δημοκρατίας και των εκλογών. Φοβερό ανέκδοτο, αν αναλογιστούμε τις λυσσαλέες αντιδράσεις της ευρωπαϊκής πολιτικής ελίτ, που κατηγορούν τους Βρετανούς για το δημοψήφισμα και το Brexit, τους Αμερικανούς για την εκλογή Trump και τους πολίτες που στηρίζουν τα εθνικιστικά κινήματα. Διαφορετική ερμηνεία της δημοκρατίας ή υποκρισία; Τέλος, η έκθεση αναφέρει την καταπολέμηση των διακρίσεων. Η διάκριση όμως κατά των εθνικιστών από τους δήθεν δημοκράτες πρέπει να γίνεται στο πλαίσιο της καταπολέμησης της διάκρισης …

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή.)

László Tőkés (PPE). – Mr President, in its Global Strategy the EU has committed to act globally to address the root causes of conflict and poverty, and to promote human rights. In line with this commitment, this Annual Report reiterates that human rights remain a priority in our external policies, but they are increasingly under threat worldwide. At the hands of the authoritarian regimes, the space for civil society is shrinking, and violence against defenders is increasing. Individuals are persecuted for their faith, the Christians still being the most harassed religious community globally, in places like Iraq, Syria and Pakistan.

In China, in a climate of fear, prominent rights defenders are harassed, tortured and go missing. Uyghur scholar, Ilham Tohti, remains in jail. Tibetans live in constant fear for their existence. Prominent lawyers in China, such as Jiang Tianyong, have gone missing in an ongoing widespread detention.

Considering the current migration crisis in Europe, it is worth mentioning that the report distinguishes between migrants and refugees, in accordance with adequate legal procedures. Our report echoes our strong commitment to European values and universal human rights.

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Alta Representante, caros Colegas, este relatório é um diagnóstico sobre a vida de homens e de mulheres, de crianças e de idosos, de gente concreta perseguida, humilhada, ferida, afogada e morta – de gente que precisava de proteção e ficou por sua própria conta e sorte. Gente como nós, ou melhor, com menos sorte do que nós, que foi e é vítima de outros homens, de grupos, de organizações e de governos.

Este relatório é um sintoma daquilo que há de pior na humanidade, mas também nos mostra a evolução no que de mais básico temos: o avanço da nossa racionalidade e que mostra, por sua vez, a possibilidade de um mundo mais digno.

Podia elencar aqui alguns dos piores exemplos de desrespeito pelos direitos humanos, cá dentro e lá fora. Mas o que é importante discutirmos aqui, hoje, é a centralidade dos direitos humanos nas políticas externas da União Europeia.

Daí, Senhora Comissária, que seja urgente a efetiva implementação do Quadro Estratégico da União Europeia e o novo plano de ação para os direitos humanos e a democracia. É preciso darmos esse sinal de forma clara, mostrar que as orientações da União Europeia sobre os Direitos Humanos são uma luta contra todas as formas de discriminação.

Acreditamos na liberdade religiosa, na igualdade dos géneros, na proteção dos grupos mais vulneráveis e no respeito pelo outro. Precisamos ainda de uma melhor e mais coordenada forma de acolhimento dos migrantes, e para isso é necessário criarmos instrumentos legais para os requerentes de asilo. Esta é uma esperança que incide no reconhecimento do outro e da sua liberdade. É isto que significa ser Europa.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Składam hołd ofiarom stanu wojennego w Polsce. Każdy dzień grudnia niósł wówczas nowe zbrodnie. Pomimo postulatów raportu Unia Europejska ma kłopot z zachowaniem jednolitych standardów w systemie praw człowieka, zarówno wewnętrznie, jak i zewnętrznie. Świadczy o tym najlepiej przeprowadzana po raz trzeci, motywowana politycznie debata na temat Polski.

Ivo Vajgl (ALDE). – Spoštovani. Poročilo o stanju ali natančneje o kršenju človekovih pravic v svetu smo v Evropskem parlamentu uvedli kot potencialno močno orodje naše skupne zunanje in varnostne politike.

Če je konferenca v Helsinkih pred štirimi desetletji z usmeritvijo reflektorjev na kršilce človekovih pravic odprla pot epohalnim spremembam v svetu, moramo danes samokritično ugotoviti, da pri uporabi tega sredstva mehke politične moči zaostajamo za možnostmi in pričakovanji.

Tako tudi to poročilo kljub svoji obsežnosti ne izraža dramatičnosti trenutka, v katerem se je znašel naš planet. Na človekove pravice se sklicujemo, ko jih kršijo oni drugi, miru nočemo proglasiti za temeljno vrednoto, puščamo ljudi same, ko jih je strah sedanjosti in prihodnosti.

Evropska unija je, ko gre za izvore kriz, vojn, teptanja človekovih pravic, ujeta v svojo razcepljenost, zgodovino in geostrategije. Zato naša prislovična darežljivost na humanitarnem področju ni dovolj.

Kolegi, o človekovih pravicah se bomo morali pogovarjati konkretneje, s sklicevanjem na mednarodno in humanitarno pravo. Biti moramo na strani šibkih in ponižanih, ne na strani moči in njene zlorabe.

Hvala lepa.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL). – Pane předsedající, lidská práva jsou jedním ze dvou stěžejních bodů činnosti nového generálního tajemníka Organizace spojených národů Antónia Guterrese. V této souvislosti je politika Evropské unie v dané oblasti pro Organizaci spojených národů velmi důležitá.

Přes velký rozsah projednávané zprávy v ní chybí některé zásadní otázky. V bodě migranti není žádný odkaz, který by ukazoval na snahu Evropské unie o tlak na bohaté ropné státy Kuvajt a Saúdskou Arábii. Bylo by přece logické, aby uprchlíci ze Sýrie a Iráku, ve velké většině sunnité, byli přijati právě těmito sousedícími státy, jejichž zdroje jsou podstatně vyšší než v případě Libanonu nebo Jordánska.

V celé zprávě postrádám jakoukoliv technickou zmínku o Spojených státech amerických. Řada států Spojených států amerických uplatňuje trest smrti a mezi vyspělými státy má právě tento náš strategický partner, exportér demokracie, nejvyšší procento obyvatelstva ve vězení.

Věřím, že činnost Evropského parlamentu přispívá i k ochraně práv většiny obyvatel. Jedná se přece též o původní obyvatelstvo. Kolegyně z Polska bohužel odešla, tam jsou také političtí vězňové a o nich se tady nemluví.

Beatrix von Storch (EFDD). – Herr Präsident! Wir sprechen also über die Menschenrechte in der Welt und die Rolle der EU in diesem Bereich. Die EU spielt sich dabei auf als Staat und Schützer der Menschenrechte in der Welt. Aber die EU ist kein Staat, und Frau Mogherini ist auch keine Außenministerin, und sie wird es auch nicht werden. Es geht Ihnen hier darum, einen politisch motivierten Menschenrechtskanon aufzustellen und zu errichten – einen Wertekanon, den Sie sich konstruieren.

Sie wollen sogar die Abtreibung als Menschenrecht überhöhen. Sie soll nicht nur straffrei oder erlaubt sein, sondern sie soll ein Menschenrecht sein. Und sogar die Christdemokraten machen hier mit, die sogenannten Christdemokraten. Apropos, Frau Quisthoudt-Rowohl hat gerade eben gesagt: Die Christdemokraten setzen sich besonders ein für den Schutz der christlichen Minderheiten in der Welt. Ich erinnere daran, dass ich gestern einen Änderungsantrag zur Tagesordnung gestellt hatte. Ich hatte darum gebeten, eine Aussprache über die Anschläge gegen die Kopten, gegen die christliche Minderheit in Ägypten, auf die Tagesordnung zu setzen. Da haben sich die Christdemokraten zu diesem Antrag enthalten. Graf Lambsdorff hat für die FDP zugestimmt, und die Christdemokraten haben sich enthalten. Soviel dazu.

Wir sollten aufhören, so zu tun, als würden wir in besonderer Weise die Musterschüler sein mit Blick auf die Einhaltung der Menschenrechte, und sollten uns vielleicht lieber an die eigene Nase fassen und aufhören, der ganzen Welt Vorschriften zu machen.

Nicolas Bay (ENF). – Monsieur le Président, nous avons assisté, tout à l'heure, à la remise du prix Sakharov à deux jeunes yézidies, mais comment ne pas voir dans ce geste du Parlement européen un hommage du vice à la vertu? Loin d'empêcher les massacres, vous avez encouragé la destruction ou la déstabilisation des États laïcs qui protégeaient la minorité. Je pense en particulier aux nombreuses communautés chrétiennes, notamment à l'église arménienne de Syrie, naguère si bien représentée à Alep. Un bénévole de SOS Chrétiens d'Orient, qui est sur place, nous disait tout à l'heure qu'il restait encore environ trois kilomètres carrés aux mains du front al-Nosra. Ces islamistes empêchent les civils de rejoindre les zones libérées. Or, vous n'avez eu de cesse de soutenir ces soi-disant rebelles, affiliés à al-Qaïda, Laurent Fabius allant jusqu'à déclarer qu'ils faisaient, je cite «du bon boulot».

Alep sera bientôt totalement libérée, mais il va falloir nettoyer les provinces d'Idlib et de Rakka. Maintenant, il faut empêcher les djihadistes survivants de rentrer en Turquie et en Europe, mais il faut aussi rompre les liaisons dangereuses avec leur soutien du Qatar et de l'Arabie saoudite, liaisons révélées récemment encore par Pierre Conesa pour l'Arabie saoudite et par Christian Chesnot et Georges Malbrunot pour le Qatar.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señor Presidente, dando hoy voz aquí a las víctimas, voy a centrarme en una de las mayores violaciones de derechos humanos que conozco, que es el terrorismo. El terrorismo utiliza la más brutal de las violencias contra civiles, procurando objetivos políticos, ideológicos o religiosos. El terrorismo ataca la esencia de los derechos humanos, porque son la seguridad y la dignidad de las personas. Destruye el derecho supremo, que es el derecho a vivir. Por ello, considero que una de las prioridades de la política de la Unión Europea respecto a los derechos humanos en el mundo debería ser la lucha contra el terrorismo y promover la obligación que tienen todos los Estados de proteger y velar por la seguridad de su población.

La comunidad internacional tiene que tener plenamente en cuenta los derechos de las víctimas del terrorismo, y uno de los más importantes es el derecho a la justicia, siendo necesario que los terroristas sean juzgados por tribunales internacionales, por crímenes contra la humanidad. La impunidad contra cualquier terrorismo, ya sea religioso, nacionalista, étnico o ideológico es una grave violación de derechos humanos. Más de 300 crímenes de la organización terrorista ETA están aún sin resolver. Los delitos de terrorismo no deben prescribir, porque son de lesa humanidad.

Hoy hemos visto aquí cómo Nadia y Lamiya, dos víctimas del terrorismo de Dáesh que han visto morir a toda su familia, han sido premiadas con el Sájarov. Quienes han cometido esas atrocidades tienen que pagar por sus crímenes. Nosotros somos la esperanza de los derechos de ellas y de todas las víctimas del terrorismo.

Andi Cristea (S&D). – Domnule președinte, la orizontul anului *(hors micro)* există puțină speranță pentru o lume mai bună, în care să domine pacea. Războiul, violențele și persecuțiile dictează ordinea de zi pe multe continente și determină mii de oameni să își părăsească locurile natale. Anul 2015 a fost un an de provocări extraordinare pentru Uniunea Europeană și comunitatea internațională, pe fondul instabilității și al conflictelor din Orientul Mijlociu și din regiuni ale Asiei și Africii, urmate de criza migranților, precum și al atacurilor teroriste comise împotriva civililor.

Trăim un paradox: statele au tendința să devină tot mai represive, deoarece lupta împotriva terorii reprezintă un argument pentru supravegherea în masă, suprimarea sau îngrădirea drepturilor omului, dar, pe de altă parte, acesta este motivul pentru care tot mai mulți oameni luptă pentru drepturile lor.

Vreau să îi adresez felicitări domnului raportor Weidenholzer pentru raportul elaborat, echilibrat și îmi exprim speranța ca acesta să contribuie substanțial la protejarea și punerea în practică a drepturilor omului și a libertăților fundamentale, inclusiv dreptul la dezvoltare prin mijloace pașnice, la plasarea drepturilor omului în centrul relațiilor Uniunii Europene cu toate țările terțe.

Monica Macovei (ECR). – În Turcia stau în închisori aproape 40 000 de oameni și alți 100 000 și-au pierdut locurile de muncă. Sunt morți suspecte în fiecare zi, oamenii dispar, nu se știe nimic despre ei și nu există anchete. Rusia bombardează civili și spitale în Siria. În Ucraina sunt peste un milion de oameni strămutați intern din cauza războiului și agresiunii. În China sunt mulți lideri politici care consideră drepturile omului infiltrații străine și, evident, pe activiștii pentru drepturile omului îi închid. Sunt 300 de activiști și avocați arestați în China numai în 2015.

Și noi, aici, ce facem? Închidem ochii și continuăm să vorbim despre tratate bilaterale, ajutor financiar, tratate comerciale, alianțe cu toate aceste țări. Dacă Uniunea și-a asumat politici externe bazate pe statul de drept, pe drepturile omului și pe democrație, atunci să le pună în practică și cu aceste țări.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). – Herr Präsident! Wir debattieren heute im Europäischen Parlament über Menschenrechte, und die Extremisten von links und rechts sagen, das dürften wir nicht.

Die einen sagen, wir hätten hier klassenkämpferisch nicht erreicht, was zu erreichen sei. Die anderen behaupten, dass Europa ein homogener Volkskörper sein soll und jede Vielfalt ein Problem sei. Natürlich ist die Europäische Union nicht perfekt. Das weiß jeder, und wir in der Europäischen Union wissen es am besten. Dieser Bericht spricht es aber klar an. Der Respekt für Bürgerrechte ist die Grundlage dafür, dass Menschenrechte gelebt werden können, dass sie respektiert werden. Wir wissen, dass es auch bei uns Probleme mit Bürgerrechten in der Europäischen Union gibt. Wird die Pressefreiheit überall respektiert? Nein. Die Unabhängigkeit der Justiz? Nein. Haben wir Pluralismus, den Schutz des Eigentums überall wirklich so garantiert, wie wir das haben wollen? Nein.

Deswegen ist es auch richtig, dass wir innerhalb der Europäischen Union Mitgliedstaaten wie Ungarn und Polen aufrufen, diesen Weg, den sie eingeschlagen haben, nicht weiter zu gehen. Denn wenn wir in der Europäischen Union unglaubwürdig werden, dann können wir nach außen nicht mehr gegen Folter, nicht mehr gegen Vertreibung, nicht mehr gegen Vergewaltigung, nicht mehr gegen Sklaverei, nicht mehr gegen außergerichtliche Hinrichtungen, nicht mehr gegen all diese schrecklichen Menschenrechtsverletzungen glaubhaft auftreten. Genau deswegen ist es so wichtig. Erst fallen die Bürgerrechte, dann fallen die Menschenrechte. Wir müssen den Anfängen wehren.

Es gibt zwei konkrete Maßnahmen, die wir ergreifen können. Wir müssen das Mandat der Grundrechteagentur in Wien stärken, dass sie auch Missstände in unseren Mitgliedstaaten benennen darf, und wir müssen das Mandat des Menschenrechtsbeauftragten Lambrinidis und seiner Nachfolger stärken, damit sie im Institutionengefüge der Europäischen Union sichtbarer und stärker werden.

(Der Redner ist damit einverstanden, zwei Fragen nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki.* – Panie Pośle, jest Pan skłonny krytykować inne kraje – to już nie pierwszy raz –no ale sprawiedliwość wymagałaby rzetelności wobec własnego kraju. Co mógłby Pan powiedzieć o stanie praw człowieka we własnym kraju? Czy przedstawia on się tak idealnie, jak można byłoby sądzić się z Pana głosu?

Marek Jurek (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki.* – Co Pan powie na to, że w Pańskim kraju uniemożliwia się dzieciom mówienie w języku polskim, jeżeli pochodzą z rozbitych małżeństw, a urzędnik Jugendamtu uważa, że to jakoś niewygodne dla kontroli administracji państwowej. Co Pan powie na to, że w bardzo wielu landach do tej pory nie wykonuje się szkolnych przepisów umowy układu państwowego polsko-niemieckiego, który gwarantował obywatelom niemieckim pochodzenia polskiego prawo do zachowania swojej kultury? Panie Pośle, no naprawdę, starajcie się o te prawa człowieka przede wszystkim u siebie.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE), *Antwort auf zwei Fragen nach dem Verfahren der „blauen Karte".* – Also, ich bin der Letzte, der behauptet, dass in Deutschland alles perfekt sei.

Im Rahmen des *Universal Periodic Review* der Vereinten Nationen werden zum Beispiel mitunter auch die Gefängnisse in Deutschland kritisiert, weil sie nicht den Standards entsprechen, die die Vereinten Nationen erwarten. Das ist richtig, und da muss man offen darüber reden.

Ein anderes Problem haben wir bei der Frage mit dem Polnischsprechen. Das ist eine Frage von sogenannten Minderheiten. Die dänische Minderheit in Deutschland darf selbstverständlich Dänisch auch in der Schule sprechen. Hierum geht es: um Schulunterricht. Natürlich dürfen polnische Kinder in Deutschland Polnisch sprechen. Das ist überhaupt kein Thema. Auch unsere sorbische Minderheit darf selbstverständlich Sorbisch in der Schule sprechen und wird entsprechend unterrichtet. Aber darüber führen wir offene Debatten und gute Dialoge. Genauso sollten wir das halten, damit wir auch innerhalb der Europäischen Union glaubwürdig sind, wenn wir uns nach außen – und darum geht es ja bei diesem Bericht – global für Menschenrechte einsetzen.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señor Presidente. Está muy bien que se haga un informe sobre las violaciones de derechos humanos en el mundo —en el resto del mundo, claro, porque como todas sabemos en la Unión Europea no se violan los derechos humanos para nada—. Pero, vamos, que en realidad a quienes gobiernan la Unión Europea esto de los derechos humanos les da bastante igual, o digamos que es algo secundario.

No suspenden los acuerdos de asociación con Israel o Marruecos, a pesar de los crímenes contra el pueblo palestino y saharaui; se siguen vendiendo armas a Arabia Saudí, que está bombardeando Yemen; se deporta a migrantes a Afganistán; se firmó el acuerdo con Turquía, para que se hagan cargo de las personas refugiadas y a cambio Europa calla ante la masacre al pueblo kurdo y ante la represión. Y, por supuesto, nada de tocar a las multinacionales. Y por eso el tratado vinculante para frenar las violaciones de derechos humanos por parte de las grandes corporaciones que se está debatiendo en la Unión Europea no tiene el firme apoyo de la Unión Europea. Eso sí, aprobamos informes estupendos, pero que no recogen absolutamente nada de esto.

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Mr President, let me start by thanking our rapporteurs for their commitment in this annual report, which covers a wide range of issues of the utmost importance. I have in mind the advancement of democracy, the rule of law, the universality and indivisibility of human rights, the very basics of the EU CFSP and other policies with an external dimension. The report points out attempts to shrink the space of civil society and limitations on freedoms of assembly or expression. It pays particular attention to women and children, as well as to new challenges like anti-microbacterial resistance and the right to health care, and EU human rights policies in this regard.

It stresses also that trade and human rights must go hand in hand. This is true. The report keeps a horizontal focus and, to my mind, this is one of its shortcomings. EU representatives act in specific countries. They need our support, and they do not see the point in avoiding naming those countries or those responsible for the atrocities in our annual report and it is not at all about naming and shaming.

It is first of all, about the victims, people like Nadia Murad and Lamiya Aji Bashar. It looks like we tend to care about the image and the prestige of dictators and human rights violators, trying not to upset them instead of speaking on behalf of those who are oppressed and denied their rights and freedoms. Finally, Venezuela, Cuba, Russia, Iran, China should be in our report.

Ana Gomes (S&D). – Mr President, the annual report reiterates Parliament's call for the EU institutions and Member States to place human rights at the centre of our relations with all third countries, including strategic partners. But Parliament continues to be bluntly disregarded, and not just in Syria and Iraq, as Lamiya and Nadia today pointed out.

Recent evidence of this is the European Council's silence and the Commission's perfunctory criticism over the recent arrest of Professor Merera Gudina, a prominent Oromo opposition leader, who is being tortured in Ethiopia and continues to be denied access to a lawyer. His crime was to speak at a public hearing hosted by me in this Parliament on the situation in Ethiopia with exiled Oromo athlete, Feyisa Lilesa, and Professor Berhanu Nega, said to be a terrorist by the real terrorist, the Ethiopian Government. The External Action Service and the Commission have yet to join the European Parliament's President in demanding the immediate release of Professor Merera Gudina.

The EU cannot be credible about human rights and the rule of law when it prepares to further finance, via the migration compact, the undemocratic regime in Ethiopia, which is already Africa's top recipient of our development aid – a country under a state of emergency where thousands of peaceful protesters have been massacred, assassinated or languish in jails crowded with journalists and other prisoners of conscience. A country from which thousands have to flee as refugees and migrants – 88 000 this year alone – into war-ravaged Yemen according to UNHCR. How many Ethiopian citizens will have to die, and how close will Ethiopia have to come to civil war to end the EU's complicity with this brutal and callous dictatorship?

Mirosław Piotrowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Debatujemy dziś nad sprawozdaniem dotyczącym praw człowieka i demokracji na świecie za 2015 rok. Jest ono bardzo obszerne i liczy ponad pięćdziesiąt stron. Z zadowoleniem odnotowuję zapis zawarty w punkcie 148, gdzie Parlament Europejski podkreśla, że obecnie chrześcijanie stanowią grupę religijną, która jest najbardziej nękana i zastraszana w większości krajów świata, w tym w Europie. To smutna prawda, którą wielokrotnie przypominaliśmy w tej Izbie. Szkoda, że tak niewiele udało się zrobić, aby poprawić los chrześcijan i zapobiec ich prześladowaniom i zabójstwom.

Pomimo określenia chrześcijan jako największej prześladowanej grupy na świecie w sprawozdaniu zauważam ogromną asymetrię w porównaniu do sytuacji innych mniejszości. Przykładowo tak zwanym mniejszościom seksualnym LGBTI poświęcamy dużo więcej miejsca, o czym mowa jest między innymi w punktach 124, 125, 126. Zarówno ich brzmienie, jak i inne zapisy dotyczące tak zwanej bezpiecznej aborcji sprawiają, że wielu posłów może zagłosować przeciwko całemu sprawozdaniu.

Ádám Kósa (PPE). – Elnök Úr, örömmel állapítom meg, hogy a jelentés egy egész fejezetet szentel a fogyatékossággal élő személyek helyzetének. Az én kezdeményezésemre bekerült a jelentésbe a fogyatékossággal élő személyekkel kapcsolatos projektek hatékonyságának alapos megvizsgálása, és a projektek végrehajtásába be kell vonni a fogyatékossággal élőket képviselő civil szervezeteket is a „semmit rólunk nélkülünk" alapelv értelmében. Meggyőződésem, hogy az ENSZ fogyatékossággal élő személyek jogairól szóló egyezményét kell követni, és még több olyan projektet kell létrehozni, amely a saját lakóhelyükön támogatja a fogyatékkal élő személyeket, a fogyatékkal élő személyek társadalmi integrációját. Nem beszélni kell, hanem cselekedni. Nem demokráciaexportra van szükség, hanem a helyi közösségek erősítésére. Be kell vonni a helyi civil szervezeteket, hiszen ők pontosan tudják, hogy mire van szükség helyben, és abban is ők tudnak

segíteni, hogy a támogatás valóban azokhoz a személyekhez jusson el, akiknek ezeket szánták.

Jussi Halla-aho (ECR). – Mr President, the report contains much that is good and that we can support. Unfortunately the section on immigrants and refugees to some extent repeats failed ideas, insists on solutions that do not work and avoids touching the core problems.

The report as usual calls for more legal channels to Europe for people of all skill levels, including the least qualified. I think this is irresponsible. Western Europe should have learned by now what happens when you import large numbers of people who do not have the skills that are needed in a post-industrial society. You get segregation, crime, religious radicalism and chaos.

We cannot just manage the problem by, for example, relocating irregular migrants. We should focus more on reducing drastically the number of economic migrants who arrive and stay, by means of a more effective returns policy and external border control, tighter rules on family reunification, subsidiary protection, and so on.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor Presidente, un año más debatimos el informe sobre los derechos humanos y la democracia en el mundo. Un año, este, muy especial, pues el 2016 conmemora el 50º aniversario de los pactos internacionales de Naciones Unidas sobre derechos civiles y políticos y derechos económicos, sociales y culturales.

La Unión Europea no es solo una comunidad económica: es también una comunidad de valores, de principios, entre los que el respeto de los derechos humanos, la democracia y el Estado de Derecho ocupan un lugar central y son también, de acuerdo con el artículo 21 del Tratado, objetivos de su acción exterior.

Con este espíritu, hoy hemos procedido a la entrega de los premios Sájarov correspondientes a este año. Y esta mañana en este hemiciclo hemos escuchado el testimonio estremecedor de dos víctimas jovencísimas del repugnante Dáesh.

Vivimos una cierta regresión en el mundo en lo que se refiere a los derechos humanos. Baste pensar en las atrocidades que se están cometiendo diariamente en Siria. Por ello, la voz de la Unión ha de ser más que nunca inequívoca, máxime cuando están aumentando las voces de los que erróneamente niegan la universalidad de los derechos humanos y afirman que su respeto es una cuestión de puro carácter interno que depende exclusivamente de la soberanía nacional de cada Estado.

Por todo ello, la Unión debe seguir promoviendo ante el resto de la comunidad internacional su respeto y la defensa de la dignidad de la persona, en particular ahora, cuando se repiten los crueles ataques del terrorismo contra los derechos más básicos. En este sentido, termino mi intervención condenando de forma enérgica, señor Presidente, los atroces atentados de este fin de semana que han ensangrentado, entre otras, ciudades como El Cairo y Estambul.

Liisa Jaakonsaari (S&D). – Arvoisa puhemies, tämä Strasbourgin täysistunto on hyvä esimerkki siitä, miten laajasti Euroopan parlamentti käsittelee ihmisoikeuksia. Ensimmäiseksi luovutimme jesidinaisille kunnioittavan palkinnon, sitten meillä on esityslistalla Uzbekistanin puuvillapeltojen pakkotyöläiset ja EU:n itäisissä kumppanuusmaissa tapahtuvat ihmisoikeusloukkaukset. Tämä on hyvä esimerkki siitä, että ihmisoikeudet ovat Euroopan unionin esityslistalla. Niin kuin joku täällä sanoi, ne ovat kuin sydän, ja onneksi tämä sydän sykkii ja Euroopan unioni elää juuri näiden arvojen takia.

Haluaisin puuttua vielä kahteen asiaan. Niin kuin edustaja Lambsdorff sanoi, EU:n sisällä on huolestuttavaa kehitystä oikeusvaltiokehityksessä. Se on totta. Toinen asia on se, että EU:n jäsenmaat vievät aseita kriisialueille. Näihin on saatava muutos.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Rzadko można spotkać tak kuriozalne i cyniczne pomysły jak zamieszczona w sprawozdaniu o prawach podstawowych w Unii propozycja, by zapobiegać śmiertelności wśród noworodków poprzez łatwy dostęp do tak zwanej bezpiecznej aborcji. Jak może w ogóle funkcjonować demokracja, jeżeli sofistyka spycha debatę publiczną na taki intelektualny i moralny poziom.

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, Mrs Mogherini, Mr Lambrinidis, we are debating last year's human rights situation, but just now at this moment Syrian Government soldiers are slaughtering civilians in Aleppo. A so-called solution there has been reached by trampling on all possible human rights and rules. The message we get today from Aleppo is that 'might is making right'. The EU's role, obviously, is not only to take care of the refugees, which we are doing, but its role is to prevent these tragedies from happening as far as possible, and resolve the crisis. We remain, unfortunately, divided and hesitant.

Today's Sakharov Prize Winners, Nadia and Lamiya, called once again to bring to justice those who have committed crimes against humanity. The EU's role should be to initiate something to implement this. In the past six years the European Parliament has called, in three resolutions and two recommendations, to sanction individuals directly linked to the death of Sergei Magnitsky. Why has there been no action taken on this so far?

The US, Canada and now my own country, Estonia, have enforced the Magnitsky list. By doing the same, the EU could possibly make a difference. What do we need? Last week, Mikhail Kasyanov said that the best way to help the Russian people – and that applies also to the Syrian people – is for the EU to stay true to its own values and principles, to implement them in deeds and not only in words.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Gilles Lebreton (ENF), *question «carton bleu».* – Monsieur Kelam, cher collègue, vous avez fort justement fait allusion aux lauréates du prix Sakharov, ces deux femmes yézidies, très courageuses, qui ont souffert des agissements de Daech. Mais pour autant, même s'il faut, bien sûr, les soutenir, ne croyez-vous pas que vous opérez quand même une certaine réduction en estimant qu'il faudrait finalement reprocher à Assad et à Poutine ce qu'ils font à Alep? Car n'oublions pas tout de même qu'ils sont en train de combattre précisément Daech, qui a persécuté ces deux femmes.

Ne croyez-vous pas, Monsieur Kelam, qu'il faudrait nuancer votre propos?

Tunne Kelam (PPE), *blue-card answer.* – Thank you for this question. I think this is a very risky approach, to differentiate between evils. There can be manifold evils. We think about Hitler or Stalin in the Second World War, and to ally with Stalin against Hitler brought about the slavery of East European nations for 50 years.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questa mattina il Parlamento ha conferito il suo più alto riconoscimento per la lotta a favore dei diritti umani, premiando due giovani donne straordinarie.

La loro storia e la loro testimonianza è andata nei nostri cuori e ci ha confermato quanto le violenze e le discriminazioni nei confronti delle donne e delle ragazze siano aumentate negli ultimi anni soprattutto nelle zone di guerra e sotto i regimi autoritari: lo sfruttamento, la schiavitù, la violenza domestica nonché il ricorso alla violenza sessuale come arma di guerra, ma non solo, perché la violenza contro le donne si esprime anche sotto altre forme, incluse le molestie, il bullismo, l'intimidazione e la discriminazione.

L'Europa deve rimanere un modello per la convivenza di popoli e culture nel mondo, Nadia e Lamiya ce l'hanno ricordato nella loro allocuzione. È inaccettabile che ad oggi in molti paesi del mondo, le donne non godano ancora delle stesse libertà fondamentali e degli stessi diritti economici, sociali, culturali, civili e politici degli uomini. L'Europa ha gli strumenti per promuovere i valori democratici nel mondo. Quello che chiediamo è una maggiore ambizione nelle politiche a favore della tutela dei diritti e della dignità di milioni di donne al mondo, vittime di ogni forma di violenza e di perseguire nel nostro impegno di denuncia e sanzione nei confronti dei responsabili di genocidi, crimini contro l'umanità e crimini di guerra, compresi crimini connessi alla violenza sessuale.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, svako je društvo slobodno onoliko koliko su slobodni njegovi najranjiviji pripadnici. Stabilno će društvo naći načina da zaštiti takve društvene skupine i stvoriti okolnosti u kojima će one dati svoj doprinos njegovu razvoju.

Pripadnici manjina kroz povijest su značajno obogatili hrvatsko društvo. No vrednovanje manjinskog doprinosa danas se svodi nažalost isključivo na materijalna prava koja konzumiraju manjinski politički predstavnici i uski krug njima odanih ljudi koji političkim ucjenama utjeruju proračunski novac. Ovakav pogrešan pristup vrednovanju manjina doveo je do apsurdne situacije u kojoj se na manjine, unatoč cijelom nizu pozitivnih povijesnih primjera, ne gleda kao na one koji obogaćuju, već nepravedno konzumiraju nešto što im ne pripada.

Pripadnike manjina moramo štititi. Ali, u hrvatskom slučaju, prije svega od pojedinaca koji ih navodno predstavljaju, a u stvari se preko njihovih leđa bore samo za svoj osobni interes.

Jaromír Štětina (PPE). – Pane předsedající, naše výroční zpráva obsahuje řadu dobrých doporučení, přesto se však obávám, že pro stromy nevidíme les.

Na straně třicet dva naší zprávy hovoříme o právech dětí. Nepřinášíme však klid zbraní ani odpovědi dětem, které dnes zahynou v Aleppu. Ani těm, které tam zemřou zítra. Proč umírají a čí vinou? Mluvíme o lidských právech a jejich porušování. Začněme tedy konečně jednat a zastavme ta největší zvěrstva. Začněme u činů, které se v jednadvacátém století nikdy neměly odehrát.

Když do rovnice dosadíme viníky, přijdeme na to, že musíme resuscitovat fungování Rady bezpečnosti OSN. Dokud stát odpovědný za porušování mezinárodního humanitárního práva drží právo veta, budeme jen dále bezmocně přihlížet novým zvěrstvům. Rusko a Assád musí konečně převzít odpovědnost za své činy. Osmdesát tisíc lidí na rozloze dva krát čtyři kilometry je paralyzováno v bludném kruhu smrti.

Množina porušování lidských práv ve světě je největší za poslední dekády. Pevná páteř mezinárodního práva, důsledné vyvozování odpovědnosti za jeho porušování je *condicio sine qua non* i naší budoucí existence.

Boris Zala (S&D). – Mr President, the narrative is that the EU can only be a genuine strategic actor if it embraces realpolitik and cynicism. It is a dangerous and false narrative and a false dilemma, whether in the context of the refugee crisis or relations with Turkey or with Russia, or security in northern and western Africa. Ultimately, the root causes of European insecurity lie in gross abuse of human rights and failing governance in our neighbourhood. We don't need another endless debate about the trade-off between strategic interests and human rights. Indeed, instead, we need a more strategic approach to promoting human rights.

The EU must seize the initiative and formulate a positive agenda, such as pushing a new global architecture to manage migration flows and ensure the rights of refugees. In the same way, the EU pushed for R2B arms control, climate change, transitional justice and other issues. After the US elections, the EU may be the last global actor able and willing to fight for universal principles.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Koleżanki i Koledzy! Jedna uwaga i jedna polemika. Bardzo się cieszę, że sprawozdanie skoncentrowane jest na tym, co kluczowe: na wolności religijnej, na proteście przeciwko prześladowanym chrześcijanom, na ochronie praw uchodźców i walce z handlem ludźmi. To prawdziwa barbarzyńska plaga współczesnego świata.

Ale sprawozdanie, a przede wszystkim nasza dyskusja powinna unikać stronniczości i tutaj raz jeszcze polemika z panem posłem Lambsdorffem, który nie odpowiedział na moje i pana posła Marka Jurka pytanie. Otóż w Polsce, którą Pan tak swobodnie krytykuje, jest bardzo silna ochrona mniejszości narodowych: Niemcy w Polsce mają pełne prawa szkolne, własne szkoły, edukację, a nawet reprezentację parlamentarną. Niemcy natomiast nie uznają praw mniejszości narodowych w pełnym wymiarze. Zapraszam więc do Polski, żeby poznał Pan dobre wzorce, z których mogłaby korzystać i pana ojczyzna, i cała Europa.

Lars Adaktusson (PPE). – Herr talman! I dag firas Sankta Lucia. I mitt hemland Sverige kommer hon med ljus under den mörkaste delen av den mörkaste årstiden. För 1700 år sedan led Sankta Lucia martyrdöden på Sicilien. I går begravdes 25 andra martyrer i Kairo. De blev offer för en förföljelse av kristna som för tankarna till 300-talet och martyren Lucia.

Herr talman! Religionsförföljelse är i dag ett av de vanligast förekommande brotten mot mänskliga rättigheter. Jag nämner detta eftersom jag tillsammans med andra ledamöter har föreslagit att det betänkande som vi diskuterar i större utsträckning ska belysa religionsfriheten. Många av de ändringsförslag som vi har lagt fram finns nu i detta betänkande, och jag vill tacka föredraganden Josef Weidenholzer för ett mycket bra arbete.

Samtidigt vill jag uppmana denna kammare att alltid fullt ut betrakta religionsfriheten som en central del av begreppet mänskliga rättigheter. Eller, som FN:s särskilda sändebud för människorätt säger: Mänskliga rättigheter utan perspektivet av religionsfrihet saknar värde.

Låt oss vara överens om detta, låt oss agera utifrån detta, låt oss hedra martyrerna i Kairo genom att alltid stå upp för religionsfriheten. Tack!

Afzal Khan (S&D). – Mr President, I want to first congratulate the rapporteur for this balanced and comprehensive report. Last Saturday was Human Rights Day, celebrating the dignity and worth of every human being. Today we heard the moving testimonies of the Sakharov Prize laureates and their extraordinary work for women affected by Isis' campaign of sexual violence. But we have so much more to do.

Today, there are reports in Aleppo of civilians being killed on the spot, mass detentions and bodies abandoned in the street. There have been serious human rights violations against Rohingya civilians, violations against civilians in occupied Kashmir, and similarly attacks against Coptic Christians in Egypt. It is a sad catalogue of suffering. We need to redouble our efforts to aid those who need it most and call for the perpetrators for those violations to be held to account in every possible forum. Human rights are not a matter of derogation, instead they should become the strongest pillars in all external policies and relations of the European Union.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων είναι αδιανόητη χωρίς την προστασία των κοινωνικών και οικονομικών δικαιωμάτων των πολιτών. Πριν από τριάμισι χρόνια μαζί με άλλους συναδέλφους στην Κοινοβουλευτική Συνέλευση του Συμβουλίου της Ευρώπης είχαμε την ευκαιρία να ψηφίσουμε ένα σημαντικό ψήφισμα σύμφωνα με το οποίο η λιτότητα αποτελεί παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και αυτό είναι πλέον καθοριστικό· το βλέπουμε παντού. Βλέπουμε τη λιτότητα να πλήττει την Ελλάδα, να πλήττει τους φτωχούς πληθυσμούς σε όλη την Ευρωπαϊκή Ένωση και με αυτό τον τρόπο να έχουμε μια καραμπινάτη παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Επιπλέον, στην Ελλάδα υπάρχει ένα ακόμη ζήτημα: οι χιλιάδες πρόσφυγες που έχουν εγκλωβιστεί στα νησιά του Αιγαίου αυτή τη στιγμή βρίσκονται σε άθλια κατάσταση. Παραβιάζονται και τα δικά τους δικαιώματα, τα ανθρώπινά τους δικαιώματα, και γι' αυτό πρέπει να αρχίσει η μετεγκατάσταση αυτών των προσφύγων από τα νησιά του Αιγαίου στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Ταυτόχρονα, παραβιάζονται και τα δικαιώματα των κατοίκων των νησιών του Αιγαίου, επειδή βρίσκονται αυτές οι καταστάσεις εκεί.

Mariya Gabriel (PPE). – Monsieur le Président, je voudrais tout d'abord saluer le travail du rapporteur, qui n'est jamais un exercice facile.

Permettez-moi de relever quatre éléments qui me semblent saillants pour le rapport annuel. En premier lieu, comme le rapport le met en évidence, l'ampleur des flux migratoires a soulevé des problématiques importantes en matière de droits de l'homme. Le lancement de l'opération Sofia est un moyen de lutter contre les trafiquants et, ainsi, de protéger les droits de l'homme. Il est donc aujourd'hui crucial que les droits de l'homme restent une ligne rouge dans le dialogue que nous avons avec les pays tiers pour une gestion commune de la migration, notamment dans le cadre du plan d'action de La Valette.

Deuxième élément que je relève dans le rapport: le rôle clé des délégations de l'Union européenne. On souligne le rôle qu'elles ont à jouer pour contribuer à la protection des défenseurs des droits de l'homme, lancer des alertes précoces en cas de détérioration de la situation et assurer le suivi des recommandations des missions d'observation électorale. Ces attentes impliquent que des capacités humaines et financières suffisantes soient allouées, et que les délégations reçoivent le soutien des ambassades des États membres.

Troisièmement, la lutte contre l'impunité et le rôle de la Cour pénale internationale. Oui, l'Union européenne doit rester ferme sur le statut de Rome. Néanmoins, je crois qu'il nous faut une véritable stratégie pour promouvoir l'adhésion à la CPI des États qui n'ont pas encore signé ou ratifié son statut, et donc élargir son champ régional, mais il faut trouver aussi un moyen d'incorporer les critiques des membres de manière constructive.

Enfin, je voudrais citer l'adoption du plan d'action 2016-2020 en matière d'égalité entre les hommes et les femmes et d'émancipation des femmes.

Aujourd'hui, le message que nous envoyons est très fort. Tirons-en des résultats concrets.

Francisco Assis (S&D). – Senhor Presidente, quero começar por saudar a qualidade deste relatório e por lamentar a forma moralmente miserável e intelectualmente primária como as forças extremistas representadas neste Parlamento abordam a questão dos direitos humanos, como ficou bem patente ao longo de todo este debate.

Este relatório realça de forma rigorosa os principais problemas com que o mundo se confronta no campo dos direitos humanos. Estes estão, infelizmente, a sofrer retrocessos preocupantes em diversas regiões e a União Europeia tem de redobrar os seus esforços para contrariar esses mesmos retrocessos.

É verdade que se verificaram alguns avanços, por exemplo no que toca ao crescente condicionamento dos acordos comerciais da União Europeia com países terceiros ao respeito pelos direitos humanos. Refiro-me, por exemplo, à aplicação do esquema generalizado de preferências comerciais e à multiplicação de estudos de impacto relativos aos investimentos externos da União Europeia.

O novo plano de ação para os direitos humanos e a democracia tem aspetos muito positivos e o instrumento para a democracia e os direitos humanos continua a revelar-se fundamental, mas são avanços tímidos. As guerras e o terrorismo, a situação dos migrantes e refugiados, o tráfico de seres humanos, a criminalização das liberdades fundamentais, a perseguição das minorias, a repressão exercida sobre os defensores dos direitos humanos, o desprezo pelos povos indígenas, o desrespeito pelos dos direitos das mulheres, configuram um cenário extremamente perigoso e desde logo são fenómenos quase sempre interligados.

Branislav Škripek (ECR). – Európska únia chce exportovať ľudské práva a demokraciu. Toto je naozaj vysokohodnotná exportná skutočnosť, ale paradoxom je, že demograficky zomierajúca Európa chce svetu radiť, ako má prosperovať.

Čo nás k tomu oprávňuje, sa pýtam. Ak chceme dodržiavať ľudské práva, potrebujeme ľudí, na ktorých sa budú vzťahovať. Európska únia má nebezpečne nízku mieru pôrodnosti na úrovni 1,58 dieťaťa na ženu; o 50 rokov budú krajiny s kriticky nízkymi číslami pôrodnosti, ako napríklad Poľsko, Portugalsko alebo aj moja vlastná krajina Slovensko, stáť na pokraji kolapsu. Prečo teda nepodporujeme prirodzené manželstvo a tradičné rodiny už teraz. Táto správa vôbec neuprednostňuje manželstvá a rodiny, ktoré predstavujú kľúč k prosperite vo svete. Naopak, mnoho odstavcov sa venuje propagovaniu bezdetných vzťahov a sterilite alebo potratom detí. Nie je to zvláštne vyvážať kultúru typu „pozabíjajte si deti a bude sa vám žiť lepšie"? Stratégia a rozvojová pomoc Európskej únie by mali podporiť rodiny a rodinné podnikanie, pretože tie napomáhajú stabilným a prosperujúcim demokraciám.

György Hölvényi (PPE). – Elnök Úr, konkrét példán keresztül szeretném megvilágítani ezt a nagyon fontos témát. Az elmúlt napokban jártam Irakban, Moszul térségében és tudom, hogy Mogherini asszony mennyire elkötelezettje ennek a térségnek és a helyzet normalizálódásának. Tehát az emberi jogi helyzetről három mondatot szeretnék mondani. Semmi mást nem lehet tenni addig, amíg az emberi jogi szempontból a biztonságot nem garantáljuk. Semmiről nem érdemes beszélni, amíg egymással ellentétes embereket nem tudunk tárgyalóasztalhoz ültetni. Több százezer menekült szeretne hazatérni, de egyelőre reménye sincs rá. Európának három dologban lehet segíteni: víz, villany, oktatás. Ilyen egyszerű ezt kérem kimondani, megtenni teljesen más. Egyet tudomásul kell venni, és erre nagyon szeretném felhívni a figyelmet. Milliók fognak Irakból elindulni, ha nem segítünk. Vagy segítünk, vagy jönnek.

Procedura „catch the eye"

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, today, when human rights are under threat worldwide, when more and more people are fleeing from war and armed conflicts, and when there are more than 250 million children alone living in countries affected by conflict, many of them forcibly displaced, coherent and strong EU action is ever more important in order to support the development of long-term sustainable solutions in areas of conflict and oppression.

This is why I believe that the report rightly points out the need to mainstream our human rights and democracy support actions across all policies with an external dimension, such as development, migration, trade and neighbourhood policy. A more focused, systematic and coordinated use of our human rights instruments is thus essential. But just as essential is that the EU increase its credibility worldwide and lead by example in the area of democracy, human rights and respect for minorities.

Julie Ward (S&D). – Mr President, there is no doubt that the situation of human rights in the world today is dire. As we speak, the Assad regime is destroying what is left of besieged Aleppo, reportedly massacring thousands of civilians. Our thoughts and actions are with those suffering right now.

We must also stand up and fight for the release of human rights defenders and political prisoners around the world. Sadly, human rights defender Nabeel Rajab, seen here, is still in prison, whilst the Bahraini Government reviews his tweets. The European Union, you, High Representative, must demand his immediate release.

In Iran, UK-Iranian citizen Nazanin Zaghari-Ratcliffe has been imprisoned for unknown charges, separated from her baby daughter and her husband, Richard. The UK Government and EU diplomats must do more to secure her release. Together with my colleagues I will continue to do what I can to ensure she comes home safely. And colleagues, I would urge all of you to take part in the annual Amnesty International 'Write for Rights' campaign for the release of political prisoners.

Илхан Кючюк (ALDE). – Годишният доклад за правата на човека и демокрацията в света обстойно отразява, че 2015 г. беше година на сериозни предизвикателства за правата на човека и демокрацията. Неспиращи военни конфликти, нарастващ авторитаризъм, свиване на гражданското общество, ограничаване на свободата на словото и медиите, увеличаваща се дискриминация и език на омразата. В контекста на тази сложна международна обстановка намирам предприетите от Европейския съюз действия за защита на правата на човека и демокрацията за успешни и адекватни. Въпреки това смятам, че Европейският съюз може да отговори по-ефективно на многобройните предизвикателства пред правата на човека, ако използва целенасочено и координирано широкия набор от инструменти, с които разполага.

Takis Hadjigeorgiou (GUE/NGL). – Mr President, I took the floor to propose to Ms Mogherini a very specific idea on the ongoing talks on Cyprus: please support the right and the obligation of the two leaders in Cyprus to propose their own suggestion on the issue of safety and guarantees. In case we face a new collapse, the leaders representing the Cypriots should respond accordingly and in common line, and they should respond because they represent the Cypriots, no one else supports them to do so. One final thing, try to establish in Cyprus an important European institution. Institutions, as you know, provide more safety than armies, not to say the opposite: that armies provide uncertainty, unsafety, rather than safety.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor Presidente, vicepresidenta, señor Lambrinidis. ¿Es la situación de los derechos humanos y de la democracia en el mundo peor que nunca antes en la historia? No. Pero lo que sí es cierto es que nunca como ahora habían sido tan visibles para este Parlamento Europeo los problemas y las violaciones de los derechos humanos en cualquier rincón del mundo. Lo vimos ayer, y esta mañana también, con el testimonio absolutamente conmovedor de dos jóvenes yazidíes brutalmente torturadas y violadas.

Pero no basta con que la Unión Europea las reconozca con el Premio Sájarov. La Unión Europea tiene que ser capaz también de desarrollar una política exterior y de seguridad y de defensa común que sea capaz de asegurar la derrota de la crueldad del Dáesh. Derrota política, derrota militar; pero también derrota moral, evitando la impunidad de los perpetradores de violaciones de los derechos humanos.

Pero esa derrota moral exige también que vinculemos este debate con el de ayer, que pone de manifiesto que los derechos fundamentales y los derechos humanos también declinan en la Unión Europea: violaciones de los derechos contra la mujer, y no solo de sus derechos de salud sexual y reproductiva; violaciones de las minorías religiosas, étnicas y por su orientación sexual; violaciones de los derechos de personas sujetas a los poderes públicos en el sistema penitenciario.

Es imprescindible ratificar el Convenio Europeo de los Derechos Humanos. Y es imprescindible también que digamos alto y claro que no basta con que Europa sea un espacio libre de pena de muerte. Esta tiene que ser la casa de los derechos humanos. Una referencia moral.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anche il 2015 è stato un anno difficile, si sono registrate numerose violazioni dei diritti umani e la democrazia ha sofferto in molte parti del mondo. In molti paesi sono state registrate restrizioni alle organizzazioni non governative, gravi violazioni dei diritti umani ai danni degli attivisti e attacchi contro giornalisti e blogger. Il trattato di Lisbona ha rafforzato l'impegno dell'Unione europea sulla scena internazionale, ma c'è bisogno di fare molto di più per garantire le libertà fondamentali, il rispetto della dignità umana, i principi di uguaglianza e di solidarietà.

Anche la minaccia terroristica, che ha colpito duramente l'Europa prima a Parigi e poi a Bruxelles, ha messo a dura prova il nostro sistema. Nella relazione annuale si sottolinea la necessità di bilanciare esigenze di sicurezza con il rispetto delle libertà civili. Oggi più che mai la costruzione di uno spazio europeo dei diritti che sia autenticamente inclusivo nella sua complessità e non unicamente geografico deve essere una priorità nell'agenda delle istituzioni comunitarie e degli Stati membri.

(Încheierea procedurii „catch the eye")

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, very briefly, just to say that I fully share the views of most of you. All of your observations will obviously inform our constant daily work and also including some suggestions that were more focused on precise elements or files we are working on, from the individual cases to the big crisis zones.

Some of you, I think Mr Panzeri said that human rights are a fundamental component of every single policy of the European Union. This is exactly my commitment. It is also my institutional responsibility regarding the external policies of the European Union: trying to make sure that human rights are at the centre of whatever we do, be it security, development, be it trade, be it all the external policies we run.

Let me also underline that I share very much what some of you said: this also requires a policy coherence in our internal policies. This goes beyond my institutional responsibilities, but this is at the core of my political worries. The more we are consistent with human rights, respect and promotion inside our borders, the more we are credible and also powerful in ensuring human rights are protected and promoted outside of the Union.

As many of you remembered and recalled, we are a community of values and not only a community of people or policies. I would really plead for you to use, at least in this Chamber, appropriate language. I have heard words today that hurt me very much, especially after having heard this morning the testimony of two girls who have shown incredible courage, not only for what they have lived through, but also for sharing this experience with others, reliving their experiences in such a painful way. Hearing in this room words like 'imported people' as if people could be traded or imported or exported, I think it is really something we should pay attention to, especially in this room, to honour the community of values that you all represent in this Chamber.

Work continues with our special representative, with Stavros, every single day, on all the various files. I am sure that we will continue to work together in this respect with the role of the European Parliament at the centre of our daily work and the European Union will continue to be, at least externally, and I hope also internally, very strongly, the most active, the most dedicated, the most committed promoter and defender of human rights in the world. Because we see all the limits of our work; we see the limits of our results: a lot of frustration sometimes, but still we continue. But if you look around in the world, you realise that we are the most committed, the most dedicated, the most convinced promoters of human rights all over the world, and I will continue, together with you, to be strongly committed to this.

Josef Weidenholzer, *Berichterstatter*. – Herr Präsident! Ich möchte mich sehr herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, dass sie die verschiedensten Aspekte, die ich aus Zeitmangel nicht behandeln konnte, dann in ihren Redebeiträgen behandelt haben. Ich möchte mich ganz besonders bei der Hohen Beauftragten, Frau Mogherini, bedanken, dass sie klargemacht hat, dass Menschenrechtsverletzungen Länder nicht sicherer machen, sondern dass eher das Gegenteil der Fall ist, dass überall dort, wo Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht geachtet werden, dann ein großes Sicherheitsmanko entsteht. Das ist ein sehr wichtiges Statement, das man natürlich auch in der Alltagspolitik beachten soll.

Ich möchte drei Punkte kurz herausgreifen: Es wurde auf die Strafverfolgung hingewiesen, und ich meine, ein Instrument ist in der Tat nur dann gut, wenn es Zähne hat. In diesem Sinn müssen wir sehr viel daransetzen, diese Instrumente zu verbessern.

Es ist auch gut, wenn wir neue Entwicklungen sehen. Wir haben uns hier in diesem Bericht mit Drohnen beschäftigt. Das ist etwas ganz Neues, wo quasi außerhalb des normalen Rechtsrahmens plötzlich Verletzungen der Menschenrechte auftreten können, wo quasi Maschinen Verantwortung übernehmen. Das ist etwas, was wir eigentlich bisher so nicht gekannt haben. Wir haben durchaus diese Aspekte auch sehr eingehend behandelt, wie etwa Meinungsfreiheit im Internet, Hassreden. Auch hier sollte man aktiver sein.

Natürlich haben wir – als Antwort auf einige Kollegen, die jetzt nicht mehr hier sind – über Menschenrechtsverletzungen in der EU geredet. Ich möchte Sie alle daran erinnern, dass Sie selber gestern über den Grundrechtebericht abgestimmt haben, also genau über das, was Sie nachher kritisiert haben.

Lassen Sie mich kurz noch sagen: Wir sollten uns überlegen, wie wir diesen Menschenrechtsbericht reformieren können. Er müsste zeitnäher sein, er müsste schlanker und präziser werden, und er müsste bessere Kommunikationsmöglichkeiten auch mit der Kommission ermöglichen. Die Rolle des Menschenrechtsbeauftragten ist hier ganz wesentlich. Lassen Sie mich abschließend nur eines sagen: Wo wir heute so lange über Menschenrechte geredet haben, sollten wir auch an die Menschen in Aleppo denken, die jetzt in diesen Minuten Fürchterliches erleben müssen.

Președintele. – Dezbaterea a fost închisă.

Votul va avea loc miercuri, 14 decembrie 2016.

Declarații scrise (articolul 162)

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Ľudské práva reprezentujú jednu zo základných hodnôt, na ktorých je Európska únia postavená. Musí preto aktívne vystupovať proti akémukoľvek ich porušovaniu. Platí to smerom do vnútra, aj navonok. Do týchto aktivít je preto v budúcnosti potrebné ešte výraznejšie zapojiť aj európsku diplomatickú službu. Prípady porušovania ľudských práv by mali byť výraznejšie zohľadňované aj pri budovaní ekonomických a obchodných vzťahov Európskej únie a jej členských štátov s tretími krajinami. Ich ochrana je dôležitá predovšetkým z pohľadu rozličných zraniteľných skupín obyvateľstva. Či už ide o ženy, deti, menšiny, seniorov, ale napríklad aj hendikepovaných ľudí, na ktorých sa bohužiaľ často zabúda. Každá z nich je špecifická z hľadiska svojich práv a potrieb v tejto oblasti. Pri ich zabezpečovaní plnia nezastupiteľnú úlohu rozličné organizácie v rámci fungujúcej občianskej spoločnosti. Tie preto netreba spochybňovať, čoho sme dnes bohužiaľ svedkami aj na domácej politickej scéne. Naopak, je potrebné im pomáhať a pracovať na posilňovaní ich nezávislosti.

María Teresa Giménez Barbat (ALDE), *por escrito*. –Pocos días después del Día de los Derechos Humanos, debatimos hoy en esta Cámara los esfuerzos de la Unión por promover el respeto de los derechos humanos en el mundo. Nuestras prioridades se han centrado en asuntos tan importantes como la libertad de expresión y asociación, la libertad de conciencia, la abolición de la pena de muerte o la lucha contra la tortura entre otros, y debemos seguir luchando con una estrategia ambiciosa que sitúe los derechos humanos en el centro de la agenda de las relaciones de la Unión con el resto de los países. Numerosas son las violaciones de derechos humanos que se viven a diario en el mundo, pero hoy me gustaría aprovechar esta oportunidad para resaltar la situación impostergable en la que se encuentra el pueblo saharaui en el Sahara Occidental. Junto con numerosos compañeros hemos presentado una enmienda destacando la incuestionable falta de respeto de los derechos fundamentales en estos territorios ocupados y la liberación de los presos políticos. Queremos una solución duradera del conflicto del Sáhara Occidental radicada en el derecho a la autodeterminación del pueblo saharaui, en conformidad con las resoluciones de las Naciones Unidas.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Promicanje i zaštita ljudskih prava i demokratskih vrijednosti ugroženi su diljem svijeta, te bez obzira na napretke koji su u učinjeni tijekom 2015. postoje još uvijek ozbiljni problemi koji koče slobodu izražavanja, misli, savjesti i vjeroispovijedi te slobode okupljanja i udruživanja. Nužno je spriječiti represivne zakone koji negativno utječu na civilno društvo te osnažiti vanjsku i sigurnosnu politiku temeljenu na demokraciji i vladavini prava.

U tom kontekstu neizbježno je koordinirano djelovanje međunarodne zajednice, jer samo na taj način se mogu postići visoki standardi ljudskog dostojanstva, jednakosti i solidarnost. Povrh toga, smatram da Europska unija i države članice trebaju u potpunosti implementirati mjere uspostavljene Akcijskim planom EU-a za ljudska prava i demokraciju te ustrajati na reformama UN-a. Izbjeglička kriza i tragedije u Sredozemnom moru jasno ukazuju da je potreban veći doprinos svih aktera na globalnoj razini.

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. – Jak co roku omawiamy stan przestrzegania praw człowieka na świecie. Jednocześnie rzadko dostrzegamy, gdy Unia sama przyczynia się do ich naruszania poza swoim terytorium. Tak jest w przypadku pochodzących z jej obszaru prywatnych przedsiębiorstw wojskowych i ochrony. Niektóre państwa członkowskie UE są jednymi z największych eksporterów usług wojskowych i ochrony. Podmioty te działają w szarej strefie odpowiedzialności. Unia wyłączyła ich funkcjonowanie spod przepisów dyrektywy usługowej, a jej przedstawiciele dość arogancko przeciwstawiają się na forum ONZ opracowaniu międzynarodowej konwencji, która wprowadzałaby regulacje prawne i ograniczenia w ich działalności. Twierdzenia, że wystarczą istniejące już akty z zakresu prawa miękkiego, czyli prawnie niewiążące, takie jak dokument z Montreux czy kodeks postepowania prywatnych dostawców usług ochrony, są nie tylko śmieszne, ale już wręcz kompromitują UE na arenie międzynarodowej. Europejska Służba Działań Zewnętrznych odgrywa w tym zakresie niechlubną rolę.

Oczekuję zatem, że Wysoka Przedstawiciel Unii do Spraw Zagranicznych i Polityki Bezpieczeństwa dokona rewizji tego stanowiska, tak by podmioty z UE nie naruszały praw człowieka poza UE, a UE nie blokowała przyjęcia międzynarodowych regulacji, które mają na celu ujęcie działań prywatnych przedsiębiorstw wojskowych i ochrony w międzynarodowe ramy prawne.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió nem engedhet abból az ambíciójából, hogy a világon az emberi jogok és a demokrácia érvényesülésének zászlóvivője, érvényes mintája maradjon. Ez a legújabb globális kihívásokkal, elsősorban a menekültválsággal szembesülve minden korábbinál jobban megköveteli az Unió külső és belső politikáinak koherenciáját, hitelességét. Azt a hitelességet konkrétan migrációs politikánkban is, amelyet újabban belülről bomlaszt néhány EU-tagállam kormánya a menekültekkel való embertelen, megalázó, diszkriminatív bánásmóddal. Weidenholzer kolléga igen alapos és fontos jelentése ebből a szempontból is drámai tényekkel szembesít bennünket, de kerüli konkrét tagállamok megnevezését. Magyar politikusként és demokrataként én ettől nem tekinthetek el, mert a menekültek jogainak szisztematikus megsértésére ma sajnos éppen az Orbán-kormány szolgáltatja a legszégyenletesebb európai példát.

Az a kormány, amely éppen az Emberi Jogok Napján telepíti át a még az országban rekedt menekülteket az eddiginél is megalázóbb körülmények közé, egy téli tartózkodásra alkalmatlan sátortáborba. Az a rezsim, amelynek új terrorizmusellenes törvénye alapján egy bíróság terroristának minősíthet és tíz év (!) börtönre ítél egy szír menekültet, aki hangszóróval és kődobálással tiltakozott a magyar határon épült fal, illetve szögesdrót ellen; mindezt úgy, hogy személyi sérülés nem történt. Ez is hozzátartozik az emberi jogok mai európai helyzetének összképéhez és szerintem súlyos belső kihívást jelent az EU, mint demokratikus értékközösség számára.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris.* – În prezent, drepturile omului sunt puternic amenințate nu doar la nivelul UE, ci și la nivel mondial, fie de regimurile autoritare, fie de acțiunile entităților de limitare a spațiului societății civile, sau chiar prin atitudinile și comportamentele oamenilor, în general, care aduc atingere libertăților fundamentale și drepturilor omului. Politica UE în această privință, fundamentată fiind pe promovarea principiilor creării sale, trebuie să fie nu doar integrată sinergic în toate politicile sale (politica de dezvoltare, politica de securitate și apărare comună, politica de extindere, politica privind migrația etc.), ci și coerentă la nivel intern și extern.

De asemenea, în vederea creșterii eficacității UE în protecția și promovarea drepturilor omului și principiilor democratice în întreaga lume, politica UE în acest domeniu trebuie să ia în considerare esența rapoartelor anuale ale UE, abordate critic și constructiv, prin evidențierea nu doar a realizărilor, ci și a provocărilor, constrângerilor și chiar a amenințărilor. Mai mult decât atât, este absolut necesară definirea și implementarea unui sistem de monitorizare a evaluării progreselor înregistrate, inclusiv în implementarea planului de acțiuni la nivelul statelor membre, pe baza dialogurilor și consultărilor cu toți interesații.

14. Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (Artikel 36 EUV) (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind raportul lui Elmar Brok, în numele Comisiei pentru afaceri externe, referitor la punerea în aplicare a politicii externe și de securitate commune (articolul 36 din TUE) (2016/2036(INI)) (A8-0360/2016).

Elmar Brok, *Berichterstatter.* – Herr Präsident, verehrte Hohe Beauftragte, liebe Vizepräsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich an das letzte Wort des vorherigen Berichterstatters anschließen: In diesen Stunden geht das Licht in Aleppo aus – mit viel, viel Leid und Tod.

Wir müssen sehen, dass die Versuche, eine friedliche Lösung herbeizuführen, gescheitert sind, Europa zum Schluss auch nicht mehr dabei war, weil wir, glaube ich, eine entscheidende Schwäche haben. Nicht, dass Frau Mogherini hier falsche Arbeit betreibt, aber wer keine Peitsche hat, bei dem hilft auch das Zuckerbrot nicht. Deswegen glaube ich, dass wir eine entsprechende Mischung machen müssen, und das, was Sie in Ihrer *Global Strategy* vorgeschlagen haben, was der Außenministerrat beschlossen hat, was übermorgen im Europäischen Rat beschlossen wird, zeigt, dass wir im Bereich der Außen-, Sicherheits- und vor allen Dingen der Verteidigungspolitik entscheidend weiterkommen müssen.

Wir sehen, dass Fluchtbewegungen, die uns beschäftigen, etwas mit einem Krieg zu tun haben, zu dessen entscheidender und frühzeitiger Beendigung wir keinen ausreichenden Beitrag leisten können. Wir sehen, dass in Europa kriegerische Völkerrechtsverletzungen verübt werden, wie in Kiew. Wir sehen, dass Menschenhändler an den Küsten unglaubliches Leid anrichten, was zu vielen Toten im Mittelmeer führt. Wir sehen die Entwicklungsprobleme in Afrika, die Unsicherheit, Krieg und Flucht bringen.

Ich glaube, dass wir auch sehen müssen, dass sowohl das völkerrechtswidrige Verhalten Russlands als auch Äußerungen im amerikanischen Wahlkampf dazu führen, dass auch Unsicherheiten bestehen, ob die kollektive Verteidigung der NATO noch volle Glaubwürdigkeit hat.

Wir müssen darauf hinarbeiten, dass sie volle Glaubwürdigkeit hat, weil wir eine Sicherheitsgarantie für unsere Mitgliedsländer brauchen, und das hat mit der NATO zu tun. Aber das zeigt auch, dass wir eigene Fähigkeiten entwickeln müssen, um die NATO zu stärken, oder wenn die NATO nicht funktioniert, etwas Eigenes zu haben. Aus beiden Gründen müssen wir das selber machen, und ich glaube, dass dies entsprechend vorangehen muss.

Wir können auch keinen Unterschied in vielen Teilen zwischen interner und externer Sicherheit mehr machen, wenn wir beispielsweise auf die Terrorproblematik zu sprechen kommen. Ich glaube, dass vieles ineinander greift und dass wir aus diesen Gründen auch hier die Passivität, die wir manchmal gehabt haben, überwinden müssen. Es ist so, dass 70 % und mehr der europäischen Bürger in einer Frage einig sind, dass mehr Europa kommen muss –nämlich in der Außen-, Sicherheits- und Verteilungspolitik. Ich glaube, dass manchmal die Apparate in den nationalen Hauptstädten blockieren, aber nicht die Bürger, die mehr Sicherheit haben wollen.

Ich glaube, dass es aus dem Grunde wichtig ist, dass wir endlich dazu kommen, dass eine Mentalität in den Mitgliedstaaten vorhanden ist, dass wir eine bessere gemeinsame Diplomatie haben müssen, dass die europäischen Mitgliedstaaten hier mehr gemeinsam handeln müssen und nicht ein Wettlauf zwischen den Außenministern stattfindet, wer zuerst mit seinem Flug irgendwo ist, sondern es muss mit einer Stimme gesprochen werden, um die Diplomatie voranzubringen.

Wir brauchen Entwicklung. Wenn ich eine vernünftige Entwicklungspolitik habe, nicht nur im klassischen Sinne der Entwicklungspolitik, wie wir sie verstehen, sondern bessere Lebensbedingungen in anderen Ländern, insbesondere in Afrika, auch angesichts des demografischen Faktors. Dazu gehört auch eine andere Handelspolitik. Das heißt, es muss ein integrierter Ansatz in vielen Bereichen vorhanden sein und nicht mehr die Verteilung auf zwei verschiedene Fächer. Ich glaube, nur dann können die Probleme gelöst werden. Nur dann ist Frieden möglich. Wir müssen sehen, dass Entwicklung für Sicherheit sorgt, aber dass wir auch nur mit Stabilität, sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wiederum Entwicklung stabilisieren und voranbringen können, eine nachhaltige Entwicklung, die notwendig ist.

Ich meine, dass wir dafür auch all die militärischen Voraussetzungen brauchen. Wir brauchen Fähigkeiten in der Außen- und Sicherheitspolitik, und deswegen müssen wir uns klar machen, dass unsere Mitgliedstaaten 200 Mrd. EUR für Verteidigung ausgeben –mit einem mäßigen Ergebnis. Hier brauchen wir die Synergieeffekte, in den Bereichen Hauptquartier, Befehlsstränge, Kooperation, *pooling and sharing, procurement, research and development*.

Ich glaube, es ist dringend notwendig, dass wir in diesem Bereich vorankommen, um entsprechend liefern zu können. Ich hoffe, dass diese Entwicklung und diese Bereitschaft, die sich im letzten halben Jahr entwickelt hat, am Donnerstag im Europäischen Rat eine Rolle spielen wird, dass wir bei den entsprechenden Vorarbeiten, die auch Sie, Frau Mogherini, mitgeleistet haben, wir entscheidende Schritte vorankommen, damit Europa seinen Bürgern das Gefühl gibt, Sicherheit zu liefern. Fehlende Sicherheit ist das, was Europa unsicher macht. Wegen der Ängste – dies ist das, was die Populisten vorantreibt. Lasst uns Demokraten Sicherheit produzieren, auf der Grundlage der Menschenrechte und der Entwicklung.

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Thank you Mr President, but first of all, Elmar, thank you for this report but also thank you for all the work we have done in these two years. Thank you for the wisdom, the competence, the passion you put into everything you do and also into this excellent report. Thank you also for this debate, the third Article 36 debate we have had this year, and as you know we are supposed to have at least two Article 36 debates per year and we went further – this I believe is proof of the fact that we need to work more together on this, but also the intensity and the quality of our cooperation in this field. So thank you also for that, and thank you because your report follows not just the structure of the global strategy but also the spirit of the strategy.

This report's message on the European Union as, I quote, 'the largest economic power, the most generous donor of humanitarian and development assistance, and the front-runner in global multilateral diplomacy', end quote, is exactly what we need in these times. To be a little bit more self-confident or at least aware of the instruments we have. The report describes a European Union that is a superpower, a diplomatic superpower, but I'm glad that we are finally starting to realise our potential and our strength.

It is so important that European institutions pass coherent messages in these complicated times, because we all see the challenges, we all see the threats, we also see the limits, but we must never forget our strengths. We must never forget that as a true Union we are a global player and our unity holds the key to the security of our citizens, as you just said, and also of our partners. And since I've presented the global strategy on foreign and security policy, our work for a stronger Union has moved on very concretely and very fast.

So today I would like to update you on our main actions starting with those on security and defence that I will present on Thursday, two days from now, to the European Council, to our Heads of State and Government.

When I presented this strategy I said that the implementation would have to begin in a matter of weeks and not in a matter of years, and by the end of this week exactly this package on security and defence will be presented. I will present it to the European Council to give its endorsement to it but also its orientations on this defence package.

It is a package based on three main ideas and three main documents. First idea and documents. Our Union can be made more secure through our external action, and this is the sense of the global strategy and its implementation plan on security and defence, that was already endorsed by the Foreign and Defence Ministers in November.

Second, we need a stronger defence industry and to achieve this goal with the European Commission we have put forward a European defence action plan.

Third, we need stronger cooperation with our partners and with this in mind the European Union has signed an unprecedented joint declaration with NATO.

This package includes a number of concrete actions to make our defence spending more efficient and effective, to improve our rapid response to crises, for the joint planning and conduct of our missions, and for Member States to explore the possibility of a permanent structured cooperation on defence matters.

We need to address our citizens' needs, not with endless ideological debates but with concrete decisions, so we are moving fast and with concrete steps towards a real European Union of security and defence.

But implementation of the global strategy is not simply about defence. Greater integration on security cannot be and should not be a substitute for greater integration in other fields. I want to be very clear on this. We need much more in different fields of our policies for what relates my institutional competences, the second strand of implementation of the global strategy relates to the resilience of states and societies in our region and to an integrated approach to conflicts and crises.

We are working now on a set of targeted actions to address the whole cycle of conflict and crisis, and on a joint communication on resilience to be presented by next spring. In the meantime, the strategy is already impacting on our new policy proposals: we have just discussed now the link between human rights and resilience, and how we are putting human rights at the centre of all our foreign policies. Moreover, last month we presented our proposal for a new consensus on development which is 100% consistent with the approach of the strategy: for the first time ever, all European institutions can agree on a shared development policy, one common policy on development for the Parliament, the Commission, the Council and each and every national government. If we finally manage to make full use of our different European and national instruments and at the same time to act as one single force, then our potential truly has no parallel in the world.

Implementation of the strategy also includes the revision of our sectoral and geographical strategies and a renewed and joint attention on public diplomacy. But let me just focus on two other strands of implementation before I conclude.

One is the link between our internal and external policies, starting from migration. Our external work on migration, in particular with the migration compacts, but not only, is proceeding along these lines and I will present the second progress report on the five migration compacts at the European Council on Thursday.

Last but not least, the work on global governance. It is extremely important and I know I can count on this Chamber to work hand-in-hand on this. Just yesterday my friend António Guterres was sworn in as the new Secretary-General of the United Nations. Our cooperation with Ban Ki-moon already has been really impressive and I would like to thank him for this. On all the current crises, from Syria to Libya, to the work we are doing in these very minutes and hours on Aleppo, trying to guarantee the protection of civilians, all the current crises, all the work we do and also on all the global issues from sustainable development to climate change, the European Union and the United Nations are natural partners and we are working together on a daily basis.

António's mandate will provide us with an even greater opportunity to strengthen and reform the system of global governance. We are entering a phase of change for the United Nations, this is an opportunity for our European Union to be more and more present inside the UN system with a more effective coordination among Member States, and I think I can count on this Chamber to support this approach as well.

The last few years, despite all the crises and all the difficulties inside the United Nations, we have also managed to show the incredible potential of a more cooperative global governance, from the deal on Iran's nuclear programme to the Quartet report on the Middle East, from the Paris Agreement on climate change to the sustainable development goals, the international community has delivered on many of the challenges it has faced.

The European Union has the duty and the interest to keep a reformed United Nations at the core of the international system, and I know on this we can work together with this Parliament.

So let me also thank you, Elmar, for your constant leadership, for your constant wisdom, for your constant passion in the work you have done as the chair of the Foreign Affairs Committee. I know this is your last CFSP report as the AFET chair, but I count personally on your commitment to a stronger European Union, to continue to support the work we are doing to make the European Union our Union, a stronger actor as a force for multilateralism, for peace, for cooperation as a principled and responsible superpower.

Cristian Dan Preda, *au nom du groupe PPE.* – Monsieur le Président, je tiens tout d'abord à saluer le rapport ambitieux rédigé par notre collègue Elmar Brok, dont le message est clair: nous voulons une Europe plus présente, plus affirmée, mais surtout plus efficace.

Il est temps de se concentrer sur des domaines dans lesquels nous pouvons faire la différence, et le respect des droits de l'homme et la démocratie doivent rester plus que jamais au cœur de nos politiques extérieures.

Voici quelques éléments qui me semblent essentiels: tout d'abord, l'élargissement. Il ne faut pas oublier que celui-ci est le meilleur instrument de stabilité du continent européen.

La réaction de l'Europe face aux différentes crises et face à la montée du populisme doit être l'ouverture, et non le repli sur soi. Je pense notamment à la Bosnie-Herzégovine, pays pour lequel je suis rapporteur. Il faut que nous mettions tout en œuvre pour assurer l'avenir du pays au sein de l'Union.

Ensuite, nos capacités de gestion de crises dans le voisinage, que cela soit à l'est avec l'Ukraine ou au sud avec la Syrie ou la Libye. Le rapport souligne que l'Union européenne est une superpuissance diplomatique, ce qui est exact, en théorie, mais il faut absolument que nous soyons plus présents. C'est pour cela que, je le crois, l'Union peut faire plus pour résoudre le conflit syrien au lieu d'être uniquement un acteur humanitaire.

Autre point que je souhaiterais souligner: la question des partenaires stratégiques dont l'Inde fait partie. Pour que cet outil puisse être un véritable atout de notre politique étrangère, il doit être repensé et revitalisé.

Vient enfin l'Europe de la défense. J'espère que les chefs d'État vont donner une impulsion stratégique à la défense, ce jeudi, avec des orientations précises sur la marche à suivre. Nous avons besoin de plus d'engagement de la part des États membres, de plus de coopération, et, surtout, de nous doter de véritables capacités civiles et militaires.

L'action préparatoire sur la recherche de défense, que mon groupe a beaucoup soutenue, ou encore le plan d'action sur la défense présenté par la Commission, sont de grands pas en avant.

Pour obtenir une place à la table des grands, l'Union a besoin de deux choses: une autonomie stratégique et une capacité de dissuasion.

Victor Boştinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I will start by thanking Elmar Brok for his excellent report. It is a real piece of work, a real legacy to the European Parliament and foreign affairs, security and defence. We are now in a period of unprecedented challenges for foreign policy, and with the election of Donald Trump in the USA, we also have ahead of us a situation of unprecedented uncertainty. This is happening at a time when we are confronted with multiple wars and, among other things, terrorism, migration, and the imperialistic attitude of Russia and its propaganda. I should also mention equally its direct threat to the free and fair elections in some new Member States and beyond.

This gives even more importance to the role of the EU on the global scene. It is an opportunity, but also a challenge. We have to prove that we are capable of playing a leading role and a resolute one. We will be marginalised, and other global actors will prevail over us if we fail. In order to be influential, we need first and foremost unity and full support for the High Representative and the global strategy. This is the only way we can make use of our leverage.

The other important consequence following the elections of the new American president is that we also have uncertainty as to how the USA will now interpret their role in NATO. This requires an even larger importance in the current international context. Also, from this point of view, we should take the opportunity to intensify the role of EU Member States within NATO, and to enhance the process of a joint EU-NATO agenda as was done after the NATO summit in Warsaw. This agenda must be based on complementarity, cooperation, coordination at the highest level of interoperability of our forces in the interest of collective defence.

I very much welcome the steps already taken by the High Representative, Federica Mogherini, and I only hope that this is just the starting point of much more consistent cooperation.

It goes without saying that, in order to achieve these goals, we need to urgently strengthen and restructure our defence investments; not spending, but investments. I fear a simple coordination of investments is not enough. We have until today relied mostly on NATO and particularly on the USA. Now, the time has come to clearly identify our challenges and our needs and to take all the necessary actions in that direction while, at the same time, being proactive in the relations with the future challenges. I will conclude by saying that pooling and sharing has proved to be just close to nothing. We have to act for the security needs of all 27 Member States today and in the future.

PUHETTA JOHTI ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

varapuhemies

Bas Belder, *namens de ECR-Fractie*. – Zelfkritiek zou de Europese Unie sieren, zeker ten aanzien van haar falend Midden-Oosten beleid. Echter ook in paragraaf 48 van het verslag-Brok ontbreekt daarvan enig spoor. Eenzijdige kritiek wordt weer eens geventileerd richting Israël en zelf blijft de EU buiten schot.

Want wat is het geval? De EU schendt zowel internationaal recht als de interimovereenkomst tussen Israël en de Palestijnen van 1995 (Oslo II) door Palestijnse bouw- en infrastructuurprojecten in het C-gebied van de Westelijke Jordaanoever te financieren zonder enige afstemming met de bevoegde Israëlische autoriteiten. Daarbij is ook nog eens de veiligheid van de Joodse staat in het geding: over geopolitiek gesproken.

Dit beleid van de Europese Unie, samen met politieke maatregelen van Brussel tegen de Joodse aanwezigheid in Judea en Samaria, alsook de richtlijnen van 2013 en de etikettering van producten van 2015, diskwalificeert de EU als partij of zelfs vredesmakelaar in het Israëlisch-Palestijns conflict. Een fiasco!

Johannes Cornelis van Baalen, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, I give my full support to the Brok report and to the work of Elmar Brok, not only concerning this report, but also his whole commitment to European integration in this Parliament and outside. We should put our money where our mouths are, and that means that we can't just have declarations and no means. We should have this option of 2% GNP for our defence. This is also the NATO commitment.

We should strengthen European defence, of course. The best thing would be inside NATO as the European pillar. Since Kennedy it has been an issue that we should have it, and we should now really create it. However, if the United States and the European members of NATO do not agree, then Europe has to have its own options. It cannot be stagnant. Of course we have to have joint procurement and joint research and development. Let me be clear: Russia should know that we defend our Union and our values, and that is with hard power and with soft power. We should under-promise and over-deliver, and we should go forward together. Again, European defence – and I limit myself to this issue – is key.

Sabine Lösing, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Die Lobpreisung der EU als generöser Spenderin von Entwicklungshilfe und humanitärer Unterstützung im Bericht verschweigt eine wichtige Tatsache: 60 % der Gelder für Entwicklungshilfe fließen direkt wieder an europäische Firmen und Organisationen zurück. Herr Brok, vernünftige Entwicklungshilfe, nachhaltige Entwicklungshilfe sieht anders aus!

Vergeblich sucht man auch eine Kritik an der Praxis der Rüstungsexporte, gehört doch die EU nach wie vor zu den größten Waffenhändlern der Welt. Eigentlich gibt es ein Reglement, doch ungebremst werden Waffen, wird der Tod exportiert, vor allem in die Länder des Nahen und Mittleren Ostens. Zynisch ist es, wenn die Menschen, die vor dem Tod durch diese Waffen nach Europa fliehen wollen, immer effektiver davon abgehalten werden, was sie auf noch gefährlichere Routen treibt. Legale Fluchtwege sind mittlerweile nahezu komplett verschlossen.

Es ist ein Missbrauch, Entwicklungshilfe zur besseren Abwehr von Schutzsuchenden zu verwenden. Grenzen werden schon vor den Grenzen hochgezogen – siehe Tunesien, Libyen, die Sahel. Ja, auch das ist eine Art Erweiterungspolitik. Ist das auch eine Politik der Menschenrechte, die zuvor in der Debatte immer beschworen wurde? Diese Zusammenhänge findet man nicht in dem Bericht, denn hier gibt es nur eine Marschroute: mehr Aufrüstung, mehr Geld für Waffenindustrie und Rüstungsforschung, Verschmelzung von innerer und äußerer Sicherheit, und nicht zuletzt die aggressive Flüchtlingsabwehr.

Lange schrieb man sich hier auf die Fahnen, die EU wolle um sich herum einen Ring aus Freunden schaffen. Dieser Ansatz ist vollständig gescheitert. Was wir haben, ist ein Feuerring! Wann endlich werden die richtigen Konsequenzen daraus gezogen? Das hieße: ein grundlegender Politikwechsel, und nicht immer mehr und mehr und noch mehr vom Falschen.

Tamás Meszerics, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, this is one of the yearly occasions when we should be able to talk about our global vision and our responses at the global scale. Nevertheless, I'm going to concentrate on a few more specific issues since this is not the first, and probably won't be the last document dealing with our global strategy and its implementation.

First of all, let me thank the rapporteur for the exemplary work which as usual he put into the report, both in the draft and in the negotiations. We are glad to be able to be part of many of the compromises. The report rightly highlights the possibility and the wish and even, to some degree, the fact that Europe could be a diplomatic superpower. It is something that we should all strive for, and we agree that this is the goal, but there are quite a few steps along the way until we fully reach that potential. Just to mention one single example: the EU has more diplomatic representations around the globe than any of the Member States, but nevertheless so far we have been unable to pool even our consular functions. So the blocks that come are usually not from the other institutions, not from the European Parliament and not from the Council, but from the Member States. A diplomatic superpower should not speak with many different voices. We can only become a diplomatic superpower if we remain committed to an integrated and common foreign policy. For that we need to convince our Member States as well.

Secondly, I would like to mention the claims that we need significant defence capability development. We agree that we need to have power in order to be able to keep and foster peace around the world. That also requires power, we fully agree with that. We also agree that we are not there yet. We need further developments in this field. However, what we're slightly worried about is the militarisation of foreign policy: that is something which needs to be avoided, and it needs to be avoided because a military policy cannot dictate the needs of diplomacy.

Last but not least, as the Vice President has already mentioned, the development policy needs to be an integrated one, fully agreed between all the institutions. This is something that requires primacy to be given to development and not to security.

Mike Hookem, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, well, as you all pat yourselves on the back for creating a combined EU army, I for one am becoming increasingly concerned. With great military power comes great responsibility. While the EU describes itself as a diplomatic superpower, it is nothing of the kind. You only need to look at the mess the EU has created in Turkey to see that this institution does not have the experience or the maturity to be a superpower. And with a superpower army must come a superpower defence budget. My question is who is going to pay? As part of Brexit the British people voted to return the UK armed forces intact, free of the EU army. So I would be loath to see one penny of British taxpayers' money being used to fund the EU's new defence agenda. That is why I am calling for the UK to be exempt from all new spending in this area. The British people demand it.

Mario Borghezio, *a nome del gruppo ENF*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il tono entusiastico con cui viene descritta la situazione di un'Europa che ha deciso, secondo questa relazione, di essere protagonista, direi di dettare la politica mondiale, si scontra con una realtà un po' diversa.

Una realtà che vede, per esempio, una situazione totalmente cambiata nel rapporto internazionale fra le grandi potenze, nel momento in cui persino un semplice immobiliarista, una persona che si è fatta da sé, che si è sempre occupata di affari, di immobili, ma che evidentemente ha un grande buon senso, ha capito che la lotta al terrorismo, perché qui ci si dice che è necessaria una politica forte, muscolare, di difesa europea per combattere il terrorismo e si finge di non sapere che la via aurea per combattere il terrorismo e battere il terrorismo – Aleppo insegna – è cercare una politica di accordo, di convivenza con quell'altra potenza militare mondiale che è in grado di lottare contro il terrorismo, che lotta contro il terrorismo e che soprattutto batte il terrorismo, mentre l'Europa è brava soprattutto a fare delle parole, a difendere i diritti umani, ma così debole da non riuscire nemmeno a stroncare il traffico di povera gente umana attraverso il Mediterraneo, come abbiamo più volte avuto modo di denunciare.

Ma veniamo alla politica della difesa. Su questa politica, diciamo che fare della retorica sul nascente esercito europeo è problematico, visto che appare un po' una specie di compromesso, una via di mezzo, un esercito europeo che non ha abbastanza uomini e dotazioni per combattere un'eventuale guerra, non ha nemmeno la struttura necessaria.

E allora viene da chiedersi quali sono le vere finalità di questo esercito europeo. La prima è quella di portare a termine il disarmo dei singoli Stati e di completare la rapina di sovranità e anche una rapina economica, visto l'elevato costo: 500 milioni all'anno non sono certo per qualche cosa che non serve a niente, non sono certo pochi.

La seconda, il secondo aspetto, il secondo obiettivo ancora peggiore. Nel testo originario della risoluzione del 22 novembre sulla politica europea di difesa, si legge testualmente che «l'esercito affidato all'Agenzia di difesa europea dovrebbe lavorare di concerto con la NATO su varie operazioni, incluse quelle riguardanti l'immigrazione». È facile supporre che i militari europei potrebbero ad esempio dedicarsi a soccorrere i migranti che arrivano via mare sulle nostre coste, per dare una mano ai grandi trafficanti. Dato che la politica dell'Unione europea finora è stata quella di trasformarci in campo profughi a cielo aperto, noi italiani, la Grecia, e così via, i soldati sarebbero ridotti a completare l'opera.

Non è questo ciò che serve all'Europa, combattere il terrorismo seriamente, mettere fine a questa politica idiota e irresponsabile di guerra fredda contro la Russia, che ci è indispensabile per debellare il terrorismo.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, είναι γεγονός ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση αντιμετωπίζει πολλές προκλήσεις και απειλές. Προκειμένου όμως να γίνει δυνατή η εφαρμογή μιας κοινής εξωτερικής πολιτικής και πολιτικής άμυνας και ασφάλειας, βασική προϋπόθεση είναι αυτή να ανταποκρίνεται στις ανάγκες των κρατών μελών και να μην ικανοποιεί τις σκοπιμότητες και τις αγκυλώσεις του ηγετικού κύκλου της Ευρωπαϊκής Ενώσεως. Οι δύο κύριες απειλές που αντιμετωπίζει αυτή τη στιγμή η Ευρωπαϊκή Ένωση είναι η τρομοκρατία και η εισβολή των παράνομων μεταναστών. Όμως και οι δύο έχουν προέλθει από εσφαλμένες παρεμβάσεις της Ευρωπαϊκής Ενώσεως σε εσωτερικές διαμάχες γειτονικών της χωρών, με υποστήριξη συνήθως της εσφαλμένης πλευράς. Αυτό πρέπει να πάψει να συμβαίνει στο μέλλον.

Για να ελεγχθούν οι μεταναστευτικές ροές, οι οποίες φέρουν και πολλούς τρομοκράτες στην Ευρωπαϊκή Ένωση, πρέπει να δημιουργηθούν ασφαλείς περιοχές στις γειτονικές χώρες της χώρας της κρίσεως, να δημιουργηθούν εκεί τα hot spots και να δίδεται η βοήθεια προς τους πρόσφυγες εκεί. Η εμπορική και αγροτική πολιτική της Ευρωπαϊκής Ενώσεως προς τρίτες χώρες πρέπει να μη στρέφεται εναντίον των συμφερόντων των κατοίκων των χωρών της Ευρωπαϊκής Ενώσεως με δημιουργία αθέμιτου ανταγωνισμού. Η άμυνα της Ευρωπαϊκής Ενώσεως πρέπει να συνεχίσει να στηρίζεται στο ΝΑΤΟ, οι 22 από τις 28 χώρες του οποίου είναι κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ενώσεως. Η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν πρέπει να υποκαταστήσει το ΝΑΤΟ. Άλλωστε οι απειλές που δέχεται δεν είναι τόσο ισχυρές ούτως ώστε να δικαιολογείται η υπερβολική αύξηση των στρατιωτικών δυνατοτήτων της. Τέλος, δεν πρέπει να καλούνται προς ενσωμάτωση στα πλαίσια της διευρύνσεως χώρες οι οποίες δεν πληρούν τα κριτήρια της Κοπεγχάγης και δημιουργούν προβλήματα.

Michael Gahler (PPE). – Frau Präsidentin! Frau Hohe Beauftragte, vielen Dank für Ihre Präsentation. Ich möchte Sie in einem Punkt beruhigen: Ich glaube, es ist jetzt noch nicht die Zeit, irgendwelche Abschiedsreden auf Elmar Brok zu halten. Der wird sich auch unabhängig von einer Funktion Gehör verschaffen und, wie ich glaube, unsere Politik hier gemeinsam weiter nach Kräften unterstützen.

Sie haben angesprochen, dass wir Ende dieser Woche einen Gipfel haben, auf dem wir auch über Sicherheit und Verteidigung reden werden. Ich könnte mir vorstellen, dass bei der Gelegenheit vielleicht gefragt wird, was denn seit den Gipfeln vom Dezember 2013 oder auch vom Juni 2015 umgesetzt worden ist. Ich denke, da haben wir einiges, was wir nachzuholen haben. Ich nenne ein Stichwort: *security of supply* – Versorgungssicherheit. Das ist eine Beschlusslage, und da sind wir nicht vorangekommen. Ich würde mir wirklich wünschen, wenn Sie diese Beschlusslagen aufgreifen und auch die Mitgliedstaaten daran erinnern, dass sie das mal getan haben. Aber dafür braucht es auch einen Fortschritt Ihrerseits.

Sie werden gefragt werden, wie Sie das *defence package* umsetzen. Da wünsche ich mir mehr Mut von der Kommission, wenn Mitgliedstaaten offensichtlich die Ausnahmeregelung zur Regel machen und unberechtigt Artikel 3, 4 und 6 in Anspruch nehmen. Da wünsche ich mir wirklich klare Vorgaben Ihrerseits, um auf diese Art zu verhindern, dass man sich einfach aus diesem Binnenmarkt für Verteidigungsgüter herausstiehlt.

Stichwort Zertifizierung im militärischen Bereich: Im zivilen Bereich funktioniert das, warum nicht in dem Bereich? Ein Bereich sicherlich, wo wir auch Geld sparen könnten.

Ich bin auch Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zum Panafrikanischen Parlament. In den Beziehungen zu Afrika können wir sehr konkret aus aktuellen Anlässen Unterschiede machen, wie wir Länder behandeln, zum Beispiel Ghana und Gabun. Beide haben eigentlich einen Regierungswechsel, nur in Gabun akzeptiert das der Präsident nicht. Von daher sollte es sichtbar werden, wie wir dort anders agieren. Und in Gambia hat es sich der Präsident wieder anders überlegt. Auch da sollten wir konkret zeigen, was es heißt, den demokratischen Willen der Völker zu unterstützen, und welche Reaktionen wir haben, wenn ein Präsident, der abgewählt ist, das nicht akzeptiert. Das geht gerade in Bezug auf individuelle Staaten auch seitens der Union sehr effektiv.

Ioan Mircea Paşcu (S&D). – Madam President, Fukuyama was wrong. History did not end because the present brought back power politics to the international system, forcing the EU to readapt to this old type of politics. Elmar Brok's report, being very complex and therefore comprehensive, an appropriate legacy I should say, compels us to be selective in the topics we address. Consequently, I intend to address only two issues.

The first is the popular support the EU is getting from its citizens. That support is indispensable for the functioning and future of our Union, and the truth is that sometimes our adversaries communicate better with our citizens then we manage to do. But it is due to the easiness with which confusion and manipulation percolate in an environment with many alternative sources of information. Paradoxically, the more sources of information we have, the less informed we are. And that is in part from the support provided to the eurosceptic parties on the extreme right and extreme left of the political spectrum. But it is partly due to our own making, to our strong belief, not always warranted, that the European citizens believe and follow automatically the EU leaders, and to the over-bureaucratisation of the EU's relations with its citizens. And here I have a parenthesis to point to the new regulation concerning visitors here in this Parliament.

The second issue is the expected revision of the current arrangements regulating world trade today. Already TTIP is on ice and the TTP contemplates total scrapping. If that happens it will challenge the EU's initial raison d'être, questioning its first achievement, namely its common commercial policy. Imagine all those long decades of tough negotiations to provide the current institutional and legal platform for world trade becoming irrelevant or facing the perspective of becoming irrelevant overnight. Where would that leave the EU? What would that mean to the EU power status?

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Przyszłość współpracy europejskiej zależy od wzajemnej i solidarnej, partnerskiej współpracy naszych państw, ale również od szacunku dla narodów europejskich. W tym sprawozdaniu znalazły się bardzo ważne sformułowania, na przykład na temat znaczenia i niestety smutnej perspektywy, jaką niesie zaangażowanie tysięcy młodych europejskich muzułmanów na rzecz sił kalifatu Państwa Islamskiego albo sformułowania na temat rosnącej ekspansji rosyjskiej na wschodzie Europy.

Ale wnioski są fatalnie stereotypowe – więcej władzy dla zintegrowanych unijnych instytucji, no niestety ten fatalny ton lekceważenia, agresji, wykluczenia w stosunku do Europejczyków, którzy pozostają w opozycji, w uprawnionej opozycji wobec władz Unii Europejskiej albo wobec rządów, które je popierają. Proszę Państwa, jedno jest pewne: im szybciej europejski *establishment* nauczy się szanować te miliony Europejczyków, którzy nie zgadzają się z jego polityką, tym więcej złych wiadomości w przyszłości unikniemy.

Ivo Vajgl (ALDE). – Hvala predsedujoča, spoštovana gospa Mogherini.

Danes smo v tej dvorani poslušali tragično zgodbo dobitnic nagrade Saharova. Ne vem, o čem smo ob tem razmišljali, vsak po svoje. Jaz sem si zastavljal vprašanje, koliko odgovornosti bi morali prevzeti mi, zato da so se razsule države, ki so bile njihova domovina. Naša odgovornost je velika.

Zato poročila o implementaciji skupne zunanje in varnostne politike ne podpiram, iz sledečih razlogov: koncept skupne politike na varnostnem področju gradi na linearnem povečevanju obrambnih proračunov in na oboroževalni tekmi, opredeljuje skupnega sovražnika, zagovarja poglabljanje hladne vojne, na propagando nasprotne strani hoče odgovarjati z enakimi, absurdnimi metodami.

Govorimo o načelu treh D: *Diplomacy, Developement, Defence*, vendar pa posvečamo pozornost slednjima in zapostavljamo možnosti in obveznosti evropske diplomacije.

Mir in varnost si lahko zagotovimo z iskanjem skupnih interesov, spoštovanjem mednarodnega prava in odgovornostjo politike v vseh državah Evropske unije, ki so članice NATO ali tudi ne.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señora Presidenta, este es un informe basado en una óptica securitaria y militarista que, además, llega a unas conclusiones sin análisis de las causas, porque algo tendrá que ver que nuestra vecindad arda por las intervenciones militares, la desestabilización usando grupos extremistas, o la ruptura de consensos y acuerdos.

Aumenta todas las capacidades militares, pero no para buscar una disuasión no agresiva, ni una Unión Europea independiente. Asume visiones transatlánticas, es decir, que Estados Unidos siga siendo nuestro tutor. Celebra la Cumbre de Varsovia; una OTAN global que parece competir con la ONU, cada día más agresiva con nuestra vecindad Este. Sigue apostando por las sanciones unilaterales.

En Siria, por ejemplo, se ha liberado Alepo. No sé si la Unión Europea se ha enterado de que tiene que hablar también con el Gobierno sirio. Esta política exterior y de seguridad común conduce a generar más conflicto, a aumentar los gastos militares, y a una Unión Europea desnortada que sigue sin entender los cambios geopolíticos y sigue siendo subalterna de los intereses de la potencia global.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Frau Mogherini! Das schreckliche Geschehen in Aleppo führt uns vor Augen, wie wenig wir eine Rolle spielen.

Dass wir in diesem brutalen militärischen Drama derzeit keine Rolle spielen, liegt aber auch daran, dass wir nicht vorher als Europäer gemeinsam unsere Möglichkeiten genutzt haben, als es noch andere als militärische Lösungen hätte geben können. Vor dem Hintergrund dieses Menetekels Aleppo von einer Supermacht Europa zu sprechen, erscheint mir geradezu absurd.

Mit klingt das wie Realitätsverlust. Aber ich möchte vor dieser hohlen Arroganz auch deswegen warnen, weil ich glaube, dass es nicht das ist, was die europäischen Bürger erwarten. Die europäischen Bürger erwarten in der Tat, dass wir im Bereich äußere und innere Sicherheit liefern. Ja! Aber ich glaube nicht, dass sie scharf darauf sind, dass Europa eine Supermachtrolle anstrebt und sich in der ganzen Welt einmischt.

Ich glaube, was sie wollen ist, dass wir an der friedlichen Orientierung unserer Union festhalten. Wenn Elmar Brok versucht, das rhetorisch abzuschwächen, indem er von der diplomatischen Supermacht spricht, ist es gut gemeint, aber ich glaube, es hilft nichts.

Solange die Mitgliedsländer, solange die nationalen Hauptstädte nicht den politischen Willen haben, mit einer Stimme zu sprechen, solange können wir Pläne machen und Worte schwingen, soviel wir wollen.

Herr Jurek, das muss ich in Ihre Richtung nach rechts auch sagen: Sich als Pole hier hinzustellen und so zu tun, als würde Europa quasi die Völker Mittel- und Osteuropas vergewaltigen, indem wir versuchen, eine gemeinsame Sicherheit zu entwickeln, das ist schon starkes Stück! Wer soll denn überhaupt in Solidarität für Sie eintreten? Glauben Sie, Herr Trump wird das tun? Ich finde, das geht nicht. Man kann sich nicht im Europäischen Parlament zum Kasper machen, indem man die Realität verleugnet.

Aber, Frau Mogherini, man kann auch nicht versuchen, die Schwäche durch rhetorisches Bramarbasieren zu überwinden. Wenn die Armeechefs 300 Projekte für *pooling and sharing* identifiziert haben und nur 19 bis jetzt überhaupt angegangen worden sind, dann wissen wir, woran man konkret arbeiten muss.

Petr Mach (EFDD). – Dámy a pánové, za chvíli se chystáte odhlasovat, cituji: „Evropská unie je největší úspěch v dějinách." Podle mě je Evropská unie velký omyl a jen další domýšlivá snaha o centrální řízení celého našeho kontinentu.

Chystáte se odhlasovat, cituji: „Evropská unie je největší hospodářská velmoc." Podle mě přemíra byrokracie zastavila hospodářský růst v celé Evropě a některé země přivedla na pokraj státního bankrotu. Chystáte se odhlasovat, cituji: „Evropská unie přináší mír, prosperitu a stabilitu." Podle mě evropská diplomacie zažehla občanskou válku na Ukrajině a migrační politika Evropské unie přinesla do Evropy jenom nestabilitu, teror a jeden milion ilegálních migrantů.

Chystáte se odhlasovat vytvoření armády Evropské unie, dále vojenského velitelství Evropské unie, rady obrany a útvaru vojenského plánování. Já, když vidím a pozoruju, jaký chaos před pěti lety způsobila akce některých států Evropské unii v Libyi, když vidím, jak diplomacie Evropské unie způsobila rozvrat na Ukrajině, když vidím, jak jste přehlasovali země střední Evropy, pokud jde o migrační kvóty, tak jednoduše z myšlenky evropské armády mi běhá mráz po zádech.

Budu tedy hlasovat proti a vyzývám vás, hlasujte také proti této zprávě pan Broka.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Madame la Présidente, vive le président Brok, transformé en père Noël! Moi, je le connais plutôt en père Fouettard, contre ceux qui osent dire la vérité, les méchants populistes qui aiment le peuple.

Nous devons saluer la liste de bonnes intentions très appropriées en cette fête de Noël: la paix, la démocratie, les droits de l'homme, et, pour cela, la défense européenne sous le sapin européen. La réalité est qu'une politique étrangère et de défense supposerait une souveraineté européenne. Celle-ci ne peut pas exister, car il n'y a pas de réelle convergence sincère d'intérêts.

Regardons, par exemple, ce que l'on appelle le couple franco-allemand. À chaque partenariat, les intérêts français sont noyés dans la politique germanique, présentée comme une politique européenne. Je pourrais donner des exemples, je n'en ai pas le temps.

La réalité est que derrière le vide du discours des valeurs européennes se cache la réalité du nouvel impérialisme, de cette volonté hégémonique qui a déjà tant coûté à l'Europe. Cela s'appelle guerre économique ou politique étrangère imposée, mais c'est toujours la même arrogance, le même mépris des autres peuples, la même domination brutale. La réalité, c'est que, derrière la politique dite commune, se cache aussi l'action des groupes d'influence opaque, relais des oligarchies puissantes et de groupes criminels composant avec les deux, comme la Fondation Soros, qui a préparé la politique migratoire de M[me] Merkel.

Jean-Paul II prophétisait la fin proche du libéralisme totalitaire, après celle du collectivisme totalitaire. Ce sera la fin de votre Europe. Les peuples expriment déjà leur révolte et c'est pour cela que le président Juncker ne veut plus les consulter. Trahissons donc les peuples européens, au nom de la démocratie et des droits de l'homme! Voilà votre politique.

Il est temps de construire l'Europe de la coopération et des nations dans le respect de la liberté des peuples, mais pour cela, il faut sortir de votre Europe totalitaire.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Herr Schaffhauser, habe ich das gerade richtig verstanden, dass Jean-Claude Juncker die Menschenrechte untergräbt, während Herr Putin sie verteidigt?

Jean-Luc Schaffhauser (ENF), *réponse «carton bleu»*. – Je considère effectivement que grâce à l'intervention de la Russie – et, en cela, je ne fais que dire ce que dit aussi l'évêque d'Alep –, on a su rétablir le droit, la justice, le respect des minorités qui existaient auparavant, plus particulièrement pour les minorités chrétiennes, qui vivaient bien mieux avant qu'aujourd'hui, et que grâce à cette intervention, nous sommes arrivés à rétablir un peu de stabilité, nous l'espérons, pour l'avenir.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η έκθεση συνιστά βάση για σχέδια νέων ιμπεριαλιστικών πολέμων, για τους σχεδιασμούς κερδών των ευρωενωσιακών μονοπωλίων. Η Λευκή Βίβλος για την άμυνα, το ευρωπαϊκό αμυντικό εξάμηνο όπως και το αντίστοιχο αμυντικό τους ταμείο, η ενίσχυση προγραμμάτων τύπου «Αθηνά» για περισσότερα εκστρατευτικά σώματα είναι μερικά από τα μέσα προώθησης αυτών των σχεδίων της Ευρωπαϊκής Ένωσης, είτε αυτοτελώς είτε συμπληρωματικά με το ΝΑΤΟ. Η Ευρωπαϊκή Αμυντική Ένωση, ο ευρωστρατός, το ευρωστρατηγείο με βάση την παγκόσμια στρατηγική της Ευρωπαϊκής Ένωσης δεν αίρουν –το αντίθετο, επιβεβαιώνουν τους οξυμένους σφοδρούς ανταγωνισμούς στο εσωτερικό της Ευρωπαϊκής Ένωσης και συνολικά. Τον πανάκριβο λογαριασμό όμως θα πληρώσουν και πάλι οι λαοί με νέα μακελειά, αλλαγές συνόρων, προσφυγιά. Η ελληνική κυβέρνηση εμπλέκει τη χώρα μας σε όλα αυτά, ενώ προκλητικά φωτογραφίζεται και συγχρωτίζεται στα νησιά με χρυσαυγίτες, βγάζοντας λάδι την εγκληματική ναζιστική Χρυσή Αυγή. Εδώ και τώρα πάλη ενάντια στα ιμπεριαλιστικά σχέδια Ευρωπαϊκής Ένωσης, ΝΑΤΟ και ΗΠΑ και κυβερνήσεων, για να μη χύσουν οι λαοί το αίμα τους για τα συμφέροντα των μονοπωλίων!

Arnaud Danjean (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Haute Représentante, j'ai toujours considéré que la fonction que vous exerciez était une mission quasiment impossible, compte tenu de l'ampleur de la tâche et de la difficulté des défis. Mais je dois dire que, dans la difficulté, il y a aussi celle de supporter beaucoup de choses que vous devez entendre aujourd'hui dans cette enceinte. La liberté d'expression conduit parfois quand même à des aberrations, voire à des mensonges, et je salue votre courage de tenir jusqu'au bout de cette séance.

Je ne doute pas du professionnalisme et du dévouement de beaucoup de gens, à commencer par vous-même, qui servent, j'allais dire sous le drapeau européen, que ce soit dans les missions extérieures dans nos délégations et au service pour l'action extérieure à Bruxelles. Ces gens-là sont professionnels, ils sont dévoués à la cause. Mais je dois dire malgré tout que je continue de douter d'une partie de ce système et de cette politique étrangère qui, à trop vouloir tout faire partout, avec tous les instruments dont nous disposons, ne parvient pas à rendre l'Union européenne suffisamment audible.

Nous manquons toujours, malheureusement – et cela est largement le fait des États membres, bien entendu – de cette hiérarchie des priorités qui ferait que l'Union européenne pèserait véritablement là où elle doit peser, et en priorité dans notre environnement proche. Je suis très inquiet de voir que l'Union européenne perd son environnement, de l'Ukraine à la Syrie, en passant par la Libye et la Corne de l'Afrique.

Ce sont des endroits où nous avons mené beaucoup de missions, où nous avons déployé beaucoup de personnel, où nous avons dépensé beaucoup d'argent, et nous perdons ces endroits-là, nous n'y sommes plus audibles, nous ne sommes plus déterminants, si tant est que nous l'ayons jamais été.

Il y a là matière à s'interroger sur le sens des priorités que nous devons avoir et sur la concentration des moyens que nous devons investir, peut-être dans un nombre de zones plus réduit, mais où notre action sera véritablement décisive. Notre crédibilité se joue d'abord dans notre environnement proche, donc je vous demanderai, pour l'année qui vient, de mettre le paquet, de mettre l'accent sur des dossiers qui sont vraiment dans notre environnement et qui pèsent sur notre stabilité. Je pense en particulier à l'action que vous menez, et qui, je l'espère, sera décisive, pour la Tunisie particulièrement, qui est un maillon essentiel de la chaîne de stabilité – ou d'instabilité – qui règne autour de l'Europe.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *ερώτηση με γαλάζια κάρτα.* – Κύριε συνάδελφε, ευχαριστώ που δεχθήκατε την παρέμβασή μου. Εάν κατάλαβα καλά, είπατε ότι η δυνατότητα ελεύθερης εκφράσεως οδηγεί σε διατύπωση ακραίων απόψεων. Αντιλαμβάνομαι σωστά ότι τάσσεστε κατά της ελευθερίας εκφράσεως ή όχι;

Arnaud Danjean (PPE), *réponse «carton bleu».* – Je pense, Monsieur, que vous avez eu un problème de traduction. J'ai dit précisément que la liberté d'expression dans cette enceinte avait conduit à des outrances et à des mensonges et, si vous voulez un exemple de mensonge que j'ai pu entendre cet après-midi, j'ai entendu un député, pas très loin de l'endroit où vous êtes situé, dire que, grâce à l'action de M. Poutine et à M. Assad à Alep, on avait détruit Daech. Je demande à ces gens-là de retirer un mensonge; Daech n'est pas présent à Alep. Il y a des groupes d'opposition syriens, qui sont des groupes armés, peut-être des groupes terroristes, c'est possible, mais il n'y a pas l'État islamique à Alep. Voilà le type de mensonge que l'on peut entendre. C'est la liberté d'expression, mais c'est malgré tout un mensonge factuel et objectif.

Afzal Khan (S&D). – Madam President, I would like to applaud the High Representative's work on security and defence. The common set of proposals, approved last week, to implement the EU-NATO joint declaration represents important steps forward.

Member States must have more ambition and sign up to a systematic effort to fill the EU's foreign security and defence policy with a greater sense of purpose and urgency. Many EU countries have become inward-looking and suspicious of European projects; this creates the tendency to respond to events rather than to shape them. A stronger, more robust policy is needed to promote a stable and prosperous neighbourhood. Developing a new technology, or upgrading a military infrastructure, is a long-term process. That is why countries must start immediately, without wasting more time.

We also need to strengthen the capacities of our neighbours and partners, because the security of our neighbours is also our security. If Europe is to remain safe and secure, defence cooperation among Member States and through partnership must become the norm.

Bernd Lucke (ECR). – Frau Präsidentin! Ich möchte daran erinnern, dass die Europäer ja in den fünfziger Jahren bereits einmal ein Unternehmen gestartet haben, um eine europäische Verteidigungsgemeinschaft zu errichten. Das ist damals gescheitert, und seitdem haben wir unter dem Schutz der NATO sehr gut gelebt. Dass wir jetzt, in einer Zeit, in der militärischer Schutz und militärische Stärke zweifellos nötiger sind als in den letzten zwei Jahrzehnten, und in der die externen Bedrohungen zunehmen, plötzlich anfangen, diesen Schutz der NATO durch etwas Eigenes ergänzen und möglicherweise eines Tages ersetzen zu wollen, halte ich für ein gefährliches Spiel.

Die europäischen Mitgliedstaaten der NATO haben schon Mühe, ihren Bündnisverpflichtungen gerecht zu werden. Wenn wir jetzt das Signal an den neuen amerikanischen Präsidenten aussenden, dass die Europäer ja ihre eigene Verteidigungsgemeinschaft haben, eine europäische Verteidigungsunion – dann kann er es ja nur als eine Einladung verstehen, die Bündnisverpflichtungen der USA zu vermindern, die Stärke der USA auf andere problematische Weltregionen zu konzentrieren.

Ich glaube, wir gehen hier einen grundsätzlich falschen Weg. Wir sollten uns in der NATO engagieren, dort gemeinsame Anstrengungen vorantreiben. Gemeinsame Rüstungsbeschaffungsprojekte und ähnliches finden ja ohne Weiteres statt. Es gibt gar keine Notwendigkeit dafür, hier eine Doppelstruktur zu schaffen.

Urmas Paet (ALDE). – Madam President, against the background of the latest news on US President-elect Trump making Rex Tillerson the Secretary of State, it is very timely to speak about EU-US relations in the context of world security. The development of good relations between the European Union and the USA has been a decades-long process. We are allies and work together in trying to find solutions to various crises around the world, with the aim of promoting peace, the rule of law and respect for human rights. Even today, we are closely working together in trying to bring an end to the war in Syria and defeat ISIS and the terror they spread. We also have the same point of view when it comes to Russian aggression in Ukraine and Georgia.

We need to ensure that this good relationship between the EU and the United States continues, and again I come to the point that the European Union must do more for its own security and defence. For starters, the EU Member States need to set the goal of spending 2% of their GDP on defence, as the NATO members have done, and cooperation between the EU and NATO must be deepened.

Lynn Boylan (GUE/NGL). – Madam President, here we go again: it is another uncritical report, another unrelenting push for the militarisation of Europe at all levels. A coordinated EU security and defence policy through to an EU army will not make our citizens any safer, in fact the militarisation of the EU is nothing more than a vanity project by Commissioners and larger Member States. The calls for increased military funding for Member States to meet NATO capacity goals and the call for the EU to combine its soft power with hard power are ludicrous. It is a promotion of an EU arms industry while social expenditure is being simultaneously slashed. We are all well-versed in the history of Europe to know what happened the last time that Europe became extremely militarised. Will the only difference now be that this time the guns will be pointing outwards instead of in? May I also conclude by stating that reports like this are further evidence of the contempt for neutral Member States by many in this Parliament and the European institutions.

Bodil Valero (Verts/ALE). – Fru talman! Vi lever i en ny tid och vi har nya säkerhetspolitiska utmaningar – krig i vårt närområde, terroristattacker som slår till mitt ibland oss. Och så länge terrorn slog till i något land långt där borta, då var notiserna i våra tidningar små. Nu slår den till mitt ibland oss, och rädslan griper tag i oss, och också viljan att agera.

Men de flesta av terroristerna är födda och uppvuxna mitt ibland oss, och vad gjorde vi för fel? Vänner är inte längre vänner, och fiender kan plötsligt bli vänner. Kampen mot den stora gemensamma fienden, det vill säga klimatpåverkan, kan i princip gå förlorad med en ny president i USA. Det ser inte ljust ut.

Vapen som vi själva har sålt till tidigare fredliga och vänligt sinnade stater hamnar i fel händer. De används mot våra vänner och kanske mot oss själva, men vi fortsätter att sälja.

EU:s medlemsstater agerar. Vi höjer våra försvarsanslag, vi jobbar med antiradikalisering, och förhoppningsvis gör vi också bättre riskbedömningar innan nya vapen får tillstånd att säljas. Jag håller med föredraganden om att vi behöver bättre samarbete och samordning medlemsstaterna emellan. Så långt tror jag att vi alla är överens.

Det som vi däremot har olika bild av är på vilket sätt vi löser problemen allra bäst. Många här i parlamentet vill att vi ska gå mot en alltmer gemensam militär – att bli en supermakt. Att vi i strid med regelverket ska använda EU-medel för en mängd militära ändamål, och dessutom till försvarsforskning.

I betänkandet talas om EU:s militära förmåga, trots att vi i dag inte har en sådan modell eftersom det är medlemsstaternas militära förmågor. Och alla vill faktiskt inte gå i den riktningen heller.

En ökad flexibilitet begärs i EU:s finansiella regler och jag tolkar det som att annat, t.ex. bistånd, kommer att användas för att täcka militära insatser. Länderna uppmanas att lägga två procent av BNP på försvaret, etc.

Det finns mycket som är bra i betänkandet, men det finns också en hel del frågor, eller skrivningar, som jag som grön och svensk inte kan ställa mig bakom. Tack!

Beatrix von Storch (EFDD). – Frau Präsidentin! Wir besprechen also jetzt den Bericht zur Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Der Bericht bedauert, dass die Leistungen der gemeinsamen Verteidigungspolitik nicht richtig vermittelt werden, und er fordert, dass die Verdienste besser herausgestellt werden müssen. Haben Sie vielleicht mal darüber nachgedacht, Herr Brok – Ihr Bericht ist es –, dass die Menschen ganz genau verstanden haben, was Sie hier schreiben und ganz genau die Politik verstehen, die Sie vermitteln, aber eine andere Politik haben wollen und nicht andere Worte, die Sie beschreiben?

Dann lese ich, dass jetzt Propaganda gemacht werden soll. Die EU und die Mitgliedstaaten sollen aufgefordert werden, Propaganda zu machen – Gegenpropaganda, versteht sich. Aber Propaganda bleibt Propaganda. In einer freien Gesellschaft ist es Aufgabe der Journalisten und der Medien, Informationen zu recherchieren und zu verbreiten, und es ist in einer freien Gesellschaft eben nicht die Aufgabe der Staaten, öffentliche Meinungsbildung zu betreiben. Die Demokratie wird absolut bedeutungslos, wenn der Staat Propaganda zur Meinungsbildung seiner Bürger einsetzt. Vielleicht sollten Sie darüber mal nachdenken.

Ich glaube, die Menschen haben gut verstanden, worum es geht. Ich glaube, die Menschen lehnen einfach die Politik ab, und dem mit Propaganda zu begegnen, bringt gar nichts.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora Presidenta, yo quiero en primer lugar felicitar al señor Brok por su informe. Es un texto completo y realista sobre nuestros principales retos y amenazas, sobre los instrumentos de los que disponemos para hacerles frente.

El incierto panorama internacional actual hace necesaria una política exterior de la Unión más activa y cohesionada, que defienda nuestros intereses y valores, comprometida con el multilateralismo y la defensa de la universalidad de los derechos humanos.

Además, tenemos que actuar ante el progresivo deterioro de nuestro entorno de seguridad. El círculo de inestabilidad que rodea a la Unión en el ámbito de la vecindad; la amenaza terrorista, particularmente del Dáesh; las actitudes revisionistas de algunos países, al igual que el posible repliegue de Estados Unidos, son elementos que nos obligan a profundizar en nuestra política exterior común y en particular en su dimensión de seguridad y defensa.

En este sentido, celebro el lugar prioritario que el refuerzo de esta política tiene en el documento del señor Brok. No habrá nunca una política exterior de la Unión sin una verdadera política de seguridad y defensa común. Debemos ser ambiciosos en su puesta en marcha, como lo son las Conclusiones del Consejo del pasado noviembre y las recientes propuestas de la Comisión. Pero también pragmáticos, en particular en un contexto de consolidación fiscal, como es sabido.

Finalmente, no quiero concluir sin recordar la tragedia humanitaria que vive Alepo. Es preciso que las partes se sienten de nuevo a negociar y haya un acuerdo político para el conflicto sirio. Pero, hoy por hoy, lo más urgente es paliar el drama humanitario que allí se vive y ahí también la Unión puede aportar una importante contribución.

Liisa Jaakonsaari (S&D). – Arvoisa puhemies, tulevaisuutta on erittäin vaikeaa tällä hetkellä geopoliittisesti ennustaa. Varmaa on vain se, että nyt tarvitaan syvempää integraatiota ja puolustusyhteistyötä, kuten esimerkiksi yhteisiä hankintoja ja standardeja, mutta ennen kaikkea tarvitaan unionin diplomatian ja kriisinhallinnan maksimointia. Pitää välttää väärää retoriikkaa. Täällähän on usein puhuttu Euroopan armeijasta, ja minä olen ymmärtänyt, että siitä ei ole ollenkaan kysymys. Kysymys on yhteistyöstä. Pitää myös välttää turhaa provosointia suhteessa Venäjään. Minusta on erityisen tärkeää myös, että kun on epävarmaa, mitä Yhdysvalloissa tapahtuu, transatlanttisissa suhteissa korostetaan arvopohjaista yhteistyötä USA:n kanssa. Se on ehdottoman tärkeää ja tärkeä viesti myös Yhdysvalloille.

Arvoisa puhemies, uutta tässä on se, että EU ei enää keskity turvallisuus- ja puolustuspolitiikassa vain ulkoisiin operaatioihin vaan huomio siirtyy lähemmäs unionin omia rajoja ja alueita. Tämän globaalistrategian toimeenpanon myötä meillä on vastattavana ja edessämme kysymys siitä, että kuinka loppujen lopuksi Euroopan unioni kantaa vastuun unionin suojelemisesta, myös sotilaallisin keinoin. Tämä vastaus on saatava aikaan, ja olen samaa mieltä kuin korkea edustaja, jos Eurooppa unioni on yksimielinen, jos se käyttäisi kaikkia niitä välineitä, mitä meillä on, me olisimme todella valtava voima saamaan aikaan hyviä muutoksia maailmassa.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, uslijed političkih promjena koje su zahvatile svijet 2016. sve se glasnije govori o dezorijentiranim elitama koje žive u nekom svom svijetu i sve manje slušaju i razumiju birače. Ovo je izvješće sjajan primjer tog procjepa između elita i običnih ljudi. Izvjestitelj traži da zanemarimo nacionalne interese i na prvo mjesto stavimo one europske.

Nacionale interese naziva uskogrudnima i zastarjelima. Jedino što je ovdje zastarjelo je romantični nadnacionalni model kojem je cilj pošto poto stvoriti europsku supersilu u kojoj se svi primarno osjećaju Europljanima i stavljaju interese Europske unije na prvo mjesto. Nacionalni identiteti i nacionalne države europska su realnost, jer ih ogromna većina građana stavlja na prvo mjesto.

Građani su ti koje se pita kakvu Europu žele, a oni gotovo jednoglasno odbijaju daljnju političku integraciju. Zastarjeli su i u sve više država odbačeni oni kojima je vlastita politička agenda ispred volje građana, a ne oni koji se bore za nacionalne interese.

James Carver (EFDD). – Madam President, I have to say that the concept of cooperation amongst EU Member States is ridiculous when you only have to look at the frequent incursions. Only yesterday there was another Spanish naval incursion into Gibraltarian waters. I have a consistent wariness of the development of EU common defence and foreign affairs. This place consistently talks about supporting and cooperating with NATO. I call it undermining and replacing. Why would we give up a tried and tested alliance system in NATO in the name of an EU experiment?

My belief is no better expressed than in this report. Although Member States make a spending commitment to NATO of 2% of GDP, most do not, and it is only through accounting trickery that my own country does. The development of EU military ambitions directly challenges the neutral stance of Sweden, the Republic of Ireland and Austria. If the EU will not comprehend that, your ambitions for ever closer union at all levels are eventually bound to fail, but of course you will only blame someone else when that eventuality happens.

David McAllister (PPE). – Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich finde, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union sollte zwingend auf den drei großen englischsprachigen Ds beruhen: *diplomacy, development and defence*.

Zur *diplomacy*: Wir sind uns einig, die Europäische Union sollte auch künftig ihre Politik auf Konfliktlösung und internationalen Konsens ausrichten. Als größte Handelsmacht der Welt hat unser Wort als Europäische Union Gewicht.

Zweitens: *development*. Ich finde, Ziffer 40 des Berichts macht es besonders deutlich: die Ursachen von Instabilität und notgedrungener Migration, wie Armut, wirtschaftliche Chancenungleichheit, bewaffnete Konflikte, schlechte Regierungsführung und den Klimawandel müssen wir als Europäer nachhaltig bekämpfen. Das gelingt nur, wenn wir die demokratischen Institutionen und die Zivilgesellschaft, und damit die Widerstandsfähigkeit instabiler Staaten, stärken.

Drittens: *defence*. Zu *defence* ist schon viel gesagt worden. Ich finde, die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union muss weiter gestärkt werden. Die Hohe Beauftragte, Frau Mogherini, ist hier auf dem richtigen Weg. Denn nur, wenn wir unsere zivilen und militärischen Kapazitäten stärken, können wir umfassend auf Krisen reagieren, die Widerstandsfähigkeit unserer Partner stärken und Europa beschützen.

Kurzum, dieser Bericht macht deutlich, warum es dringend notwendig ist, dass die Europäische Union mehr Verantwortung in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik übernehmen sollte, wie das die Bürgerinnen und Bürger auch von uns erwarten. Dafür bedanke ich mich ganz besonders bei unserem Berichterstatter Elmar Brok.

Andrejs Mamikins (S&D). – Godātie kolēģi! Cienījamā Mogerīni kundze! Manuprāt, galvenais jautājums, uz kuru jāatrod atbilde, ir, vai Eiropas Savienības valstis tiešām grib kopīgo ārlietu un aizsardzības politiku.

Problēma ir tāda, ka daudzos gadījumos atbilde joprojām ir "nē". Dalībvalstis joprojām grib dzīvot savā pasaulītē un negrib zaudēt suverenitāti. Sliktā ziņa šīm valstīm ir tāda, ka pasaule mainās un Eiropas ietekme pasaulē strauji krīt dažādu iemeslu dēļ — gan iedzīvotāju skaita ziņā, gan ekonomikas apjoma ziņā, gan militārajā jomā. Tas nav nedz slikti, nedz labi — tā ir realitāte, bet Eiropas iedzīvotāji un politiķi joprojām uzskata, ka Eiropa ir pasaules centrs, kurš var diktēt savus noteikumus citām pasaules valstīm un reģioniem. Tas tā vairs nav, un praktiķi, kas katru dienu sastopas ar ārlietām, to var tikai apstiprināt.

Ir labi, ja vecs cilvēks joprojām uzskata, ka viņš ir jauns un spēcīgs, bet daudz sliktāk ir, ja viņš turpina rīkoties kā jauns. Bet viņam ir arī savas stiprās puses, piemēram, pieredze un pacietība. Ietekmes instrumentu skaits Eiropas ārpolitikā ir ļoti ierobežots. Mums joprojām ir stiprās puses — tehnoloģijas, izglītība, ietilpīgs iekšējais tirgus, ietekme starptautiskajās organizācijās, iespēja finansēt projektus utt., bet Eiropa ar katru soli diemžēl zaudē savu ietekmi. Jautājums ir, cik ātri Eiropa zaudēs savas pozīcijas citām lielvalstīm un kur galu galā būs jaunais līdzsvara punkts. Tas, manuprāt, ir galvenais šī ziņojuma jautājums.

Charles Tannock (ECR). – Madam President, the CFSP and CSDP have received a bad press in my country, the UK, where it is wrongly suggested that it will inevitably lead to an EU standing army aimed at undermining NATO; Mr Carver is completely wrong on this. I take a more nuanced approach and I have always seen a complementary role for cooperation in foreign policy and defence at EU level.

It was with this in mind that delivered CFSP's origins after all, in so-called political cooperation in the 1986 European Single Act, as agreed by the then-UK Prime Minister, one Mrs Thatcher. For instance, EUNAVFOR ATALANTA's success has proved that there is a defence role for the EU that combines soft and hard power, without undermining NATO, Mr Carver, whilst the sanctions regime employed against Iran has illustrated that a CFSP common position can leverage our individual Member States' positions.

As Britain sadly leaves the European Union, I believe that foreign security policy will be one of the key areas that we must remain plugged into. In possession of one of the world's most effective armed forces, being one of the P5 on the Security Council and a nuclear power, the UK has a lot to offer the EU, particularly as our shared interests will remain the same post-Brexit.

As a member of NATO, the Berlin Plus Agreement will allow Britain to easily contribute to any future CFDP missions and I hope that during the Brexit negotiations, the EU 27 will see sense in finding a more formalised structured CFSP role for Britain, given its close links to the continent and the ongoing common security interests. The UK, for instance, could bring more to the table by way of military assets in exchange, during the negotiations, for concessions elsewhere, such as better access to the Single Market.

Tunne Kelam (PPE). – Madam President, Mr Brok's report is an excellent one, integrating very well both old and new challenges because, first of all, this report is about implementation, which is often the weakest link in our system. I would remind us of the message in the previous report, by Mr Pașcu: 'Europe is no longer in control of its security environment and has lost the luxury of choosing the time and place of action'. What we need, it says, is 'crisis prevention and crisis resolution'. Aleppo is unfortunately a symbol of failed crisis-resolution, with a devastating moral and political price.

This report also addresses the new front of security policy, that is, how to counter misinformation and propaganda. I think it is very important that we call for the EU institutions and Member States to finally and clearly acknowledge that the ongoing information warfare is not only an external EU issue, but also an internal one. Because propaganda and misinformation result in election outcomes, that is, a real change of power. One of my calls is also to establish an automated information-sharing system in the EU.

Jo Leinen (S&D). – Frau Präsidentin, Frau Mogherini! Die globale Strategie, die Sie vorgelegt haben, muss der Rahmen für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik sein, und das müsste Stufe für Stufe umgesetzt werden.

Ich nenne nur Afrika. Sie haben das auch erwähnt: Ein Kontinent, den wir lange vernachlässigt haben. Saubere Energie für alle, Programme für die Jugend, das sind Beispiele, wie wir dann auch andere Probleme, wie die Migration, abmildern können. Für Afrika empfehle ich immer wieder, dass wir mit China zusammenarbeiten, weil die auf diesem Kontinent sehr präsent sind.

Als Präsident der europäischen Bewegung weiß ich, wie sehr Südosteuropa auf Signale wartet, dass wir unsere Versprechen auch erfüllen. Die fühlen sich vernachlässigt, da muss man immer wieder Signale geben, dass sie zu uns gehören.

Sie haben Antonio Guterres unseren alten Freund, erwähnt. In der Tat, jetzt erst recht ist großes Engagement für die UNO gefordert. Wir brauchen eine neue Agenda für die Welt, die wirklich diese Ungleichgewichte auch kompensieren kann. Das ist jetzt das zweite Mal, dass wir in kurzer Zeit hier über Sicherheit diskutieren. Keine Frage, die Bürgerinnen und Bürger erwarten von der Europäischen Union, dass wir in der Lage sind, Sicherheit zu organisieren. Ich würde Sie ermuntern, mit Ihrem Fahrplan weiterzumachen und sich nicht beeindrucken zu lassen von all den Antieuropäern, die hier so Grässliches und auch Falsches gesagt haben.

Es ist doch wirklich im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, dass wir Synergien schaffen und dass wir uns befähigen, dort, wo die NATO nicht agiert, als EU wirklich Sicherheit und auch Frieden herzustellen. Deshalb denke ich: Wir sind Weltmacht in vielen Bereichen, aber in diesem Bereich, da sind wir einfach ein Zwerg, und das muss sich ändern.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Udo Voigt (NI), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Ich habe gerade vernommen, dass Sie voll und ganz hinter der europäischen Verteidigungspolitik stehen. Ich erinnere daran, dass es 1999 Ihre Partei war, die zusammen mit den Grünen schon einmal unter Missachtung des Völkerrechts den Krieg im Kosovo geführt und unterstützt hat. Ich frage Sie natürlich, ob Sie künftig bei der europäischen Verteidigungsarmee darauf achten werden, dass das Völkerrecht eingehalten wird, denn zurzeit sind europäische Luftstreitkräfte unter Missachtung des Völkerrechts und der Souveränität des Staates Syrien im dortigen Luftraum tätig. Soll das künftig Politik der EU werden?

Jo Leinen (S&D), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Das kann nicht Politik der EU werden. Wer in den Artikel 2 des Lissabon-Vertrags schaut, wird sehen, dass die EU nur im Auftrag der Völkergemeinschaft, der UNO, militärische Missionen ausüben kann. Und das ist genau der Unterschied zu den Mitgliedstaaten der EU. Man kennt sie, die militärische Aktionen machen – sehr oft für gute Zwecke, aber manchmal auch für zweifelhafte Zwecke. Ich erhoffe mir von einer europäischen Friedenspolitik die Achtung des Völkerrechts und nicht den Missbrauch des Völkerrechts.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση ως γνωστόν έχει θεμελιωθεί με βάση την αξία της αλληλεγγύης των κρατών μελών της. Η Κοινή Εξωτερική Πολιτική και η Πολιτική Ασφάλειας θεσπίστηκε για την προστασία όλων των χωρών της Ένωσης. Το τελευταίο διάστημα η Ελλάδα δέχεται εμφανείς προκλήσεις τόσο από την Τουρκία όσο και από την Αλβανία. Ειδικότερα, ο κύριος Ερντογάν αμφισβητεί πλέον τη συνθήκη της Λοζάνης, αμφισβητεί τα κυριαρχικά δικαιώματα της Ελλάδος στα νησιά του Αιγαίου, παραβιάζουν τα τουρκικά μαχητικά τον ελληνικό εναέριο χώρο, ασκούνε τεράστιες πιέσεις και σε όλα αυτά δεν βλέπει ο ελληνικός λαός μια ικανοποιητική απάντηση από την πλευρά της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Παραμένει αδρανής η Ευρωπαϊκή Ένωση. Δεν τρίζει τα δόντια πραγματικά στον Σουλτάνο. Δεν του λέει ότι πρέπει να συμμαζευτεί και ότι δεν περνάνε οι προκλήσεις του απέναντι στην Ελλάδα. Πρέπει λοιπόν να καταλάβει η Τουρκία ότι δεν μπορεί να συνεχίσει σε αυτή την κατεύθυνση, αλλά σε αυτό χρειαζόμαστε την αποφασιστικότητα της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Είναι δεδομένο ότι η Ελλάδα έχει τη δυνατότητα να αντιμετωπίσει την Τουρκία, χρειάζεται όμως και τη στήριξη της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Να αποδειχθεί στην πράξη ότι υπάρχει η κοινοτική αλληλεγγύη!

Eduard Kukan (PPE). – Madam President, I would like to welcome the High Representative and thank Elmar Brok for a very well prepared report. Our foreign and security policies need to be more results-oriented. We have to lead a credible and efficient policy which matches the expectations of our citizens. The EU should strengthen its international position and assume more responsibility for our security. Strength is in our unity; building trust between the Member States is the way to have a common and integrated approach to our external policies, be it trade, security or development.

The global strategy and security strategy is a step forward. The upcoming revision of the Multiannual Financial Framework is an opportunity to allocate appropriate resources for their implementation. The EU needs to show that the value invested in these policies is paying back. We should start taking more responsibility in our neighbourhood. We can feel the effects of migration, terrorism and attacks on international order and values.

Our global aspirations start and end in our backyard. We should be more attentive to the developments in our eastern and southern neighbourhoods. We should invest in security, stability and development in these regions.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Tisztelt Képviselő Úr, Ön említette azokat a szükségességeket, amelyek már azért nem most keletkeztek, tehát hogy egy valódi európai közös biztonság- és külpolitikára van szükség. Azonban lát-e Ön új kihívást abban, hogy a megválasztott amerikai elnök, illetve a meglévő orosz elnök – egyébként úgy tűnik, hogy Európa kárára is akár – egymásra talál. Ebben Ön lát-e új kihívást?

Eduard Kukan (PPE), *blue-card answer.* – Well I think that we should take care of our security in a more responsible way. Whatever the President-elect of the United States and Mr Putin in Moscow are saying or planning, we should be responsible to ourselves.

Francisco Assis (S&D). – Senhor Presidente, a União Europeia encontra-se num momento decisivo da sua história e não é só no que toca à esfera económica e social, também no campo da defesa e da segurança comum, onde há velhos e novos desafios, ela tem de fazer uma escolha urgente entre reagir ou resignar-se.

Porque se a União Europeia tem perdido influência no mundo isso também se deve ao facto de não se conseguir afirmar como um garante de segurança no seu espaço geográfico e de paz e estabilidade na sua vizinhança. Este relatório identifica corretamente a principal causa para esse falhanço, que consiste numa reação descoordenada e fragmentada às ameaças e riscos comuns. O diagnóstico não é novo.

A União Europeia sempre se confrontou com essa insuficiência, mas não devemos esquecer que o principal desígnio que esteve na sua génese se prendeu com a necessidade de garantir a paz num continente devastado pela guerra. Está, por isso, dentro do espírito do projeto europeu que a União Europeia se assuma de uma vez por todas como uma potência capaz de prevenir, dissuadir e proteger.

Nesta época de conflitos e ameaças de carácter híbrido e transfronteiriço garantir a paz e a segurança na Europa implica garantir a paz e a segurança fora de muros. Ora, para tal não basta desempenhar apenas uma função mediadora. É verdade que esta conheceu alguns sucessos como no caso do diálogo entre a Sérvia e o Kosovo e no acordo nuclear do Irão, mas face à tragédia da Síria, face à situação na Líbia e no Sahel, percebemos que essa postura é claramente insuficiente e que se tornou premente, como apontado neste relatório, o desenvolvimento das capacidades de defesa europeias, com o correspondente aumento de investimento. O que poderá conduzir a uma estrutura permanente de defesa própria e, eventualmente, a um quartel-general permanente da União Europeia para as missões e operações civis e militares no âmbito da Política Comum de Segurança e Defesa, desde que em articulação com as estruturas da NATO.

Kinga Gál (PPE). – Elnök Asszony, Főképviselő Asszony, először is engedjék meg, hogy gratuláljak Brok képviselőtársamnak a jelentéshez. Ma az Unió sokrétű kihívásokkal szembesül a külpolitika és biztonságpolitika terén. Ilyenek a közel-keleti konfliktusok, az afrikai kontinens polgárháborúi és népességnövekedése együttvéve, de a terrorizmus, a kiberbiztonság, az emberkereskedelem, vagy a radikalizáció is. Ezek pedig mind olyan problémák, amelyek közvetlen hatással vannak az Unióra, állampolgáraink biztonságára. A külső határaink védelme elengedhetetlen ebben a kontextusban. Meg kell erősítenünk közös védelmi politikánkat, együttműködésünket és kapacitásainkat. Annak érdekében is, hogy hatékonyan védhessük az Uniót a külső kihívásoktól, a külső határainkat. De ez önmagában nem elég, ha nem próbáljuk meg orvosolni azokat a kiváltó okokat, amelyek miatt ilyen mértékű nyomás nehezedik határainkra. Megfelelő fejlesztési politikával és jól célzott támogatásokkal elő tudjuk segíteni a békét és stabilitást. Így megelőzhetjük a tömeges elvándorlást, vagy az instabilitást és a radikalizálódást. Mindnyájan tudjuk, egyre jobban érezzük, hogy nincs szabadság biztonság nélkül. De az Unión belüli biztonságot csak akkor szavatolhatjuk, ha megfelelően erős és határozott kül- és biztonságpolitikával rendelkezünk.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la situazione di instabilità e incertezza che l'Unione europea sta affrontando, caratterizzata da recenti eventi che hanno evidenziato i segnali di una crisi politica in atto, credo meriti una risposta articolata e strutturata, all'altezza delle sfide globali da affrontare nel futuro prossimo, in un periodo di lunga durata.

La relazione sull'attuazione della politica estera e di sicurezza, richiamando anche la relazione sulla strategia globale presentata in quest'Aula a luglio dall'Alto rappresentante, si propone di rilanciare e rafforzare in termini operativi quei principi e quei valori propri dell'Unione europea, grazie ai quali abbiamo potuto costruire una società pacifica. Del resto il comportamento della Russia, che più volte ha violato deliberatamente il diritto internazionale, e l'incertezza derivante dall'elezione del nuovo Presidente degli Stati Uniti consegnano all'Europa un ruolo centrale di gestione e intervento per il rispetto del diritto internazionale e del diritto umanitario.

L'Unione europea è capofila della diplomazia multilaterale mondiale, ma oggi, con l'acuirsi della crisi e l'evidente difficoltà di azione delle Nazioni Unite, provocata da veti incrociati, dobbiamo prendere coscienza della necessità di rafforzare il ruolo europeo, ponendo le basi per un impulso propositivo, che combini il *soft power* all'*hard power*.

Capacità militari più forti e comuni e di conseguenza un ruolo più attivo ed efficace nella soluzione dei conflitti e nella costruzione della pace sono elementi chiave per consentire all'Unione europea di rispondere pienamente alle crisi odierne e sono convinto che Lei, signora Mogherini e noi con Lei possiamo, oggi più di ieri, conseguire un grande risultato per l'Unione europea in questo campo.

Jaromír Štětina (PPE). – Madam President, we are debating today Mr Brok's report on the implementation of the common foreign and security policy. It is in my view a good, compact and comprehensive report. It mentions a number of proposals and visions which, in the majority, I truly share. For example, the commitment to a strong EU security and defence policy, or a call to deliver an EU White Book on defence in 2017.

To face the unbearable situation in Syria, the top priority is the reform of the Security Council. We have to concentrate all of the EU's and Member States' diplomatic forces to reform the Security Council. We need to remove the veto concerning mass atrocities. The international security and humanitarian mechanisms seem to be paralysed. We are obliged to make them work again and do we need to do it now.

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Madam President, I apologise for being absent during part of this debate: tonight the EPP Group is selecting its candidate to become the next President of the European Parliament, so I had to be there.

Colleagues, the European Union is surrounded by serious conflicts including the war going on in Ukraine, the annexation of Crimea, parts of Georgia being occupied by Russia, and other conflicts both hot and frozen. We in the Baltics are threatened by Russia on an almost everyday basis. The EU faces multifaceted challenges, including terrorism, cybersecurity, misinformation, human trafficking and radicalisation and growing populism. The external and internal threats are intertwined more and more. We believe that EU external action needs to be based on three pillars, the three 'D's' of defence, development and diplomacy, though being aware that the level of the CFSP is only around EUR 320 million.

We understand that in order to safeguard its interests, protect its citizens and promote other values worldwide, the EU requires the full engagement of the Member States and the coherent use of policies from our external policies toolbox.

Finally, my gratitude and admiration goes to Elmar Brok, the draftsman of this report and the long-standing chairman of the Foreign Affairs Committee of this House: thank you, Elmar.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin, meine Damen und Herren! Die Verantwortung der Europäischen Union in der Welt beginnt nicht erst oder endet nicht an der Außengrenze der Europäischen Union. Wir müssen uns viel stärker als in der Vergangenheit unserer Mitverantwortung als *global player* bewusst werden. Die Stärke unserer Nachbarn ist unsere Stärke, und die Schwäche unserer Nachbarn wäre auch unsere Schwäche. Daher danke ich Elmar Brok für die Vielzahl an konkreten Empfehlungen in seinem Bericht über die vielfältigen und komplexen grenzüberschreitenden Herausforderungen in unserer Nachbarschaft, wie wir sie bewältigen, die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger gewährleisten und die Europäische Union in den drei Säulen des auswärtigen Handelns – Diplomatie, Entwicklung und Verteidigung – handlungsfähiger, effizienter, besser und dadurch glaubwürdiger und stärker machen können.

Es fehlt nicht an Beschlüssen, es fehlt nicht an Vorschlägen, sondern es fehlt am politischen Willen, das umzusetzen, was wir als notwendig und richtig erkannt haben. Leider hemmt die blockierende Einstimmigkeit noch immer unsere Schlagkraft und unsere Handlungs- und Reaktionsfähigkeit. Leider verweigern die Mitgliedstaaten der Union noch immer das notwendige Budget und die Zuständigkeiten. Leider beschaffen, forschen und investieren die Mitgliedstaaten vor allem nebeneinander statt miteinander, und leider schwächen der wachsende Populismus und Nationalismus tagtäglich unsere Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit. Stellen wir diesen Zustand ab und tun wir, was wir beschließen!

Dubravka Šuica (PPE). – Gospođo predsjednice, gospođo Visoka predstavnice, činjenica je da je Europa u nesigurnoj situaciji i suočena s velikim eksternim i internim izazovima, a isto tako je okružena lukom nestabilnosti koje se malo pomalo prelijevaju ili kroz terorizam ili kroz migracije. Nažalost, imamo primjer Rusije koja krši suverenitet susjednih zemalja i koja prijeti globalnom i svjetskom miru.

Izvješće našeg kolege, gospodina Elmara Broka, direktno identificira tri ključna izazova i perspektive u razmišljanju u zajedničkoj vanjskoj i sigurnosnoj politici. Zaista se nalazimo na križanju što se tiče obrambene politike. Jedan smjer je održavanje jakih veza sa Sjedinjenim Američkim Državama kroz NATO i unutar NATO-a. Drugi smjer je razvoj samostalnih obrambenih kapaciteta, neovisno o Sjedinjenim Američkim Državama, pogotovo nakon pobjede Trumpa na predsjedničkim izborima.

Smatram da je treći razlog najvažniji - budućnost obrane Europske unije je upravo samostalna sigurnosna arhitektura građena na suradnji i koordinaciji država članica, jačanju interoperabilnosti vojnih kapaciteta, ali i definiranju ključnih ciljeva vanjske i obrambene politike prema nestabilnom europskom susjedstvu. Na tragu ovih izazova, ključno je osnažiti status i položaj Visoke predstavnice za vanjsku i sigurnosnu politiku i raditi na harmonizaciji vanjskih politika država članica.

Ovo traži dublju integraciju, ali moramo imati na umu da samo jačanjem uske suradnje svih aktera vanjske politike možemo postići da se ovi postavljeni ciljevi zaista i ostvare. Još jednom zahvaljujem gospodinu Broku.

Mariya Gabriel (PPE). – Madame la Présidente, chers collègues, alors que nous avons célébré, il y a quelques jours, les 25 ans du traité de Maastricht, il est toujours nécessaire, aujourd'hui, de rappeler que la politique étrangère de sécurité commune est un des piliers de ce qu'est l'Europe aujourd'hui. En revanche, face à la montée des populismes, ne nous fatiguons pas de dire la vérité: aucun État membre ne peut relever seul les défis auxquels nous faisons face. La mise en œuvre cohérente et efficace de la PESC est un impératif.

En ce sens, permettez-moi de souligner trois éléments. Tout d'abord – et c'est une de mes plus profondes convictions –, l'Union doit continuer à investir encore davantage dans la médiation, la diplomatie préventive et la prévention des conflits. Je suis convaincue que c'est un domaine où l'Union a une valeur ajoutée nette. À ce titre, le conflit au Proche-Orient doit faire l'objet d'une mobilisation permanente. Il s'agit de notre voisinage et nous savons les effets de l'instabilité permanente dans cette région.

Ensuite, j'insiste sur les missions EUCAP Sahel et EUBAM Libye, qui doivent être pourvues des ressources humaines et financières nécessaires pour assurer la sécurité des Européens et la stabilité de l'Union. Le Sahel est une région clé, où le risque de connexion des zones d'insécurité est important.

Enfin, l'Union doit participer au renforcement des capacités des organisations régionales et sous-régionales, notamment en Afrique, pour relever les défis en matière de sécurité, mais aussi pour encourager nos partenaires à s'attaquer aux sources des conflits et de l'instabilité.

Catch-the-eye procedure

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr, a kelet-ukrán válság kapcsán a minszki megállapodás maradéktalan végrehajtása hozhatja el a politikai megoldást, ebben látszólag mindenki egyetért. Az orosz félnek számos tennivalója van ennek kapcsán, ugyanakkor ne feledkezzünk meg az ukrán kormányra háruló kötelezettségekről sem. Vállalták, hogy a rendezés bizonyos pontján – persze vita tárgya, hogy ennek mikor jön el az ideje – speciális státuszt biztosítanak a kelet-ukrán területeknek Ukrajna szuverenitásának és területi egységének megőrzése mellett. Meglátásom szerit kevés szót ejtünk erről a kérdésről és néha úgy teszünk, mintha a minszki megállapodás csak Oroszországra róna feladatokat. Az Ukrajnában élő kisebbségek jogainak tisztelete és biztosítása nélkül nem lesz stabil ez az ország, ami pedig érdeke az Európai Uniónak és Oroszországnak is. A kisebbségi jogok biztosítása mindig is a hosszú távú stabilitás garanciája volt.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Unione europea è attualmente circondata da un arco di instabilità, dal momento che gran parte del Medioriente e del Nord Africa sono travolti da conflitti etnico-religiosi, conflitti che determinano conseguenze dirette e gravi per la sicurezza e il benessere dei cittadini europei. Questa crisi interna ed esterna deve rappresentare anche un'opportunità per l'Unione, per migliorare il suo funzionamento e la sua cooperazione.

Occorre rafforzare la politica estera e di difesa dell'Unione. Gli Stati membri devono avere più ambizioni nel campo della sicurezza comune, va avviato da subito il lungo iter del processo che dovrà portare ad un sistema unico di difesa europea, in cui la cooperazione tra Stati membri deve diventare la norma.

E condivido la proposta del Presidente Juncker di creare un Fondo europeo per la difesa che dia impulso alla ricerca e all'innovazione. Le attività in corso per la ricerca in materia di difesa devono costituire un'importante azione preparatoria in vista di un programma europeo finanziato dall'Unione europea nell'ambito del prossimo quadro finanziario pluriennale.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE). – Madam President, nowadays the European Union faces unprecedented internal and external challenges including conflict zones, state collapse, terrorism, hybrid states, cyber- and energy insecurity. Unfortunately all these challenges have direct and serious consequences for the security and wellbeing of EU citizens. For that reason, EU citizens see an effective common foreign and security policy as a priority area on action for the EU where extensive cooperation can bring most valuable contributions.

In that regard I call on both EU institutions and Member States to work together in a common and truly coordinated effort in order to develop a strong, coherent common foreign and security policy. It is important to note that a strong and coherent CFSP is achievable only if democratic reforms are being implemented and Member States start to speak with one voice and act together.

(End of Catch-the-Eye procedure)

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, some of you referred during the debate to a simple truth which is that individually our Member States are losing influence. Some of you expressed it in a different way: there is nothing we can do alone as single Member States, no matter how big or small we are. Some of you questioned if together we are losing influence; maybe compared to a century ago, probably yes. But also some underlined that in the current geopolitical situation we actually have some space that is opening up for the European Union to act as a security provider, as a guarantor for a rules-based global order that we can use if we are up to the task. Which means that, while individually we are losing influence, together as Europeans we can regain that sovereignty that as Member States we are losing.

This is why to me it resonates really strangely to hear, also in this Chamber, some of you referring to the fact that having a common foreign and security policy is a way of losing sovereignty. It is actually the only way to regain sovereignty in the world of today, acting as Europeans, and this was very clear when we had our Treaties adopted. But, if our strength is our unity, we have to be aware of the power we can exercise. Sometimes I wonder who we believe the European Union is. I give you news: the European Union is each and every one of you, and especially you that are sitting in a European institution. You are a European institution yourself. So whenever we say, whenever you say, some of you say in this room, that the European Union is weak, you are saying to yourself that you are weak, and maybe you can do something about that.

I see the European Union through the eyes of our partners, and I see that they see the European Union as a superpower today. What I see from the inside of the European Union is that we do not even realise the power we have; and if you do not realise the power you have, then yes, you are powerless, because you do not use it. If you do not believe in yourself who should believe in yourself? Who should believe in you? This is the basic rule that you teach to your teenagers, daughters and sons, when they reach 13, 14 years old, no? I am not yet there but I am practising. If you do not believe in your capabilities and your capacity, in your tools, if you do not believe in yourself, how can you claim others should believe in you?

So at the same time you are saying the European Union is weak, and on the other hand you are saying - sometimes the same ones of you - we should act as a superpower. Well, the two do not stand together. Either we believe in what we can do and we do it, and we implement the decisions we take - or I wonder what you are doing in this room. Sometimes I do.

This to say that we have the tools, economic tools, diplomatic tools, that nobody else in the world has. We should also have the security and defence tools that could complement our soft power. There is a unique mix, the European way of doing security, which is a mix of mediation, conflict prevention, work on poverty eradication, on human rights, on governance - which is also part of security nowadays. And also the hard power means that sometimes we need to enforce some decisions or to simply allow humanitarian aid into place.

This unique mix, this European way of doing security, is something that the world is desperately looking for and that we would have, if we managed to develop the political will. I hope in two days from now the Heads of State or Government will put that political will behind the implementation plan on security and defence.

Because this is what we need in this moment, to complete our toolbox, together with the soft power instruments, the EUR 20 billion every year we invest in Africa - EUR 20 billion every year - are we not a superpower? Who else in the world invests EUR 20 billion every year in the African continent? So we need to complement this with some instruments of hard power that together Member States can shape. It is not a matter of a European army. I have repeated it I do not know how many times, I will continue to repeat this: Member States have one set of forces, they can use it for European missions, for NATO missions, for UN peacekeeping missions, for national purposes. But we need to work on the output of our defence investments because it is true that we invest 50% of what the Americans spend on defence, but the output of our investment in defence is 15% of what the Americans get as an output. That gap to me is what we have to work on today. We can also work on all the rest but today it is the economy of scale, it is coordination, it is cooperation that we need, including on the industrial basis of research.

Let me say one last word on Syria - two last words, one on Syria. Some of you said that we cannot only be a humanitarian player. Believe me, being *the* humanitarian player that has more credibility and more determination than all the others on the ground - because we have been the ones trying to allow with our resources, with our work on the ground, with our offices in Gaza and in Damascus, trying to allow humanitarian aid to get into places; sometimes we have managed, sometimes we failed - but being *the* credible and committed humanitarian player on the ground in Syria gives us the space and the credibility to be also a political player, most of all with the Syrians and with the regional players. This is what we are doing. This is what we are doing every day, and when I say this I mean this is what we are doing every hour, especially in these hours, we are trying to protect the civilians in Aleppo. This means that we are trying to reach out to all those that have an influence on the ground in this moment, to try and protect the civilians. Every single life counts.

The problem is - and some of you mentioned that - the world is in such bad shape today that the big question is not: 'How powerful is the European Union and how come we are not managing to stop the war?' The point is: 'Who in the global system of today has the power to enforce humanitarian and international law?' The point is that the system of international rules is broken and we have to find effective ways of enforcing the international and humanitarian law. This is an effort the European Union has to make and can make. We will never manage alone, even if we are a superpower, we will never manage alone, because yes, we are not managing today in these hours to do as much as we would like to do for the people of Aleppo and elsewhere, but the same goes for our friends in the United States, our friends in the United Nations, our friends in the G5. Are we all powerless? I do not believe so. I do not believe so, but as it is true that we have a lot of power if we realise how to use it, it is also true that we need to work with others to find the solution to the crisis. This is also the European way and we will continue, we will continue to try and save every single life, protect every single person, in Aleppo but not only there.

One last thing: some of you mentioned the fact that we need to have priorities. To me the priorities are two and are very clear. One is our region, and our region goes from the east of Europe to the Sahel. Second is investing our potential, our work, on the areas, on the files, where we can make a difference, and not others. Sometimes this is the case for places that are far away and where we have a direct interest in investing in security and stability. But we have to analyse case-by-case where it is us that can make the difference, and where it is us that can contribute but maybe one step back.

And this is an exercise I believe we are making now, with a strong focus on Africa because Africa is our neighbour, is demographically growing as we all know, is a security but also an economic challenge for all of us and also an opportunity, and this is why I believe next year will be really an African year for us, not only because we have the summit with Africa but also because we are looking at ways in which we can invest in security, in economic development, in digital, in energy, in human rights and governance, in all sectors far beyond the migration-only angle. That is important, but it is not the only angle for our relation with Africa.

Last but not least, as I have spent too many words on Elmar in the beginning, I was reminded that this is not the time for farewell, so I will not say anything now.

(Applause)

Elmar Brok, *Berichterstatter*. – Frau Präsidentin, liebe Federica! Wir sollten in der Tat mit mehr Selbstbewusstsein herangehen. Wir haben all das Potenzial, eine Rolle zu spielen in unserem Interesse. Ich kann nur dem zustimmen, dass wir unsere Souveränität zurückgewinnen können. Über Europa, weil die Nationalstaaten zu schwach dafür sind, können wir die Souveränität für unsere Völker zurückgewinnen. Ich glaube, das ist ein ganz entscheidendes Motiv, dies zu tun. Wir haben nicht nur mit der NATO zu tun, sondern – wie die Hinweise auf Afrika und andere Fragen zeigen – wir müssen unsere eigenen Fähigkeiten entwickeln, unabhängig davon, was mit der kollektiven Verteidigung in Europa geschieht. Das können wir nur gemeinsam voranbringen, indem wir hier Fähigkeiten entwickeln, etwa in der Afrikapolitik, die mit klassischer Entwicklungspolitik, aber auch mit *good governance*, mit einer anderen Handelspolitik zu tun haben. Wir müssen vielmehr sehen, dass wir Instrumente zusammenfassen müssen, die wir bisher getrennt gehandhabt haben und die deswegen nicht zur Wirkung gekommen sind.

Ich glaube auch, dass wir in der Lage sein müssen, mit einer Koalition der Willigen, die ja die *permanent structured cooperation* anbietet, voranzugehen. Es muss ja nicht jeder mitmachen. Artikel 42 Absatz 7 besagt ja auch, dass Nicht-NATO-Mitglieder nur entsprechend ihren Verfassungsgegebenheiten mitzumachen brauchen und dass dies keine Überwindung nationaler Verfassungszuständigkeiten ist. Deswegen haben wir hier großen Spielraum. Nur ist es so, dass der NATO-Generalsekretär gesagt hat, Europa muss Fähigkeiten entwickeln, dass es auch für die NATO wirkungsvoll ist. Eine Europäische Union mit Armeen zu haben, bei denen 80 % der Kosten *overhead*-Kosten sind, ist hinausgeworfenes Geld. Wir verschwenden mit unserer Aufteilung und mangelnden Zusammenarbeit das Geld des Steuerzahlers! Deswegen sollten wir zusammen handeln und hier entsprechend vorangehen. Ich glaube, dass manche Gutwilligen, die noch ihre NATO-Bedenken haben, diese vielleicht überwinden können.

Aber ich muss eines sagen: Von denen auf der ganz rechten und der ganz linken Seite, die ihre Wahlkämpfe durch Putin-Anhängerschaft oder auch von Putin-Geld finanzieren lassen, lassen wir uns nicht sagen, dass wir nicht für unsere Politik werben dürfen. Für unsere Politik einzutreten und zu werben ist keine Propaganda. Frau von Storch, Sie betreiben eine Politik, die gegen die Interessen unserer Bürger ist und uns denjenigen ausliefert, die es mit Europa nicht gut meinen. Putin-Freunde brauchen wir nicht als Ratgeber.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 14 December 2016.

Written statements (Rule 162)

Lorenzo Cesa (PPE), *per iscritto*. – Le relazione dell' on. Brok sull'attuazione della politica estera e di sicurezza comune dell'Unione rappresenta il primo sostanziale passo in avanti verso una vera integrazione europea in un settore sensibile come quello degli affari esteri. L'articolo 36 del TUE ci consegna gli strumenti per agire con una forte attuazione della politica di sicurezza comune. Ed è stato proprio questo il nostro intento, porre oggi le basi perché il Consiglio approvi l'iniziativa dell'Alto rappresentante e, forte del parere del Parlamento, recepisca giovedì prossimo la nostra risoluzione. È un'occasione da non perdere: credo che sia improcrastinabile un recupero di sovranità europea che gli Stati membri non hanno più la forza di saper cogliere. Abbiamo bisogno finalmente di poter parlare con una sola voce anche in politica

estera. Le sfide che ci attendono ce lo richiedono a gran forza.

Indrek Tarand (Verts/ALE), *in writing*. – Our Common Foreign and Defence Policy has been in the making for decades and is long overdue. One of its main objectives is maintaining security and stability near the borders of the European Union, and sometimes even behind those borders, as instability in our region can have repercussions on the Union. Another thing that would significantly contribute to stability behind our borders would be the creation of a Kurdish state. According to different estimates, there are 25 to 30 million Kurds in Turkey, Syria, Iran and Iraq alone, and millions of Kurdish refugees elsewhere. The Kurdish people have their own identity and form the world's largest group without its own state. The creation of such a state would help stabilise the region.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Na niekorzyść zmienia się sytuacja wokół Unii Europejskiej. Duże obszary Afryki Północnej i Bliskiego Wschodu są ogarnięte wojną, a grupy terrorystyczne coraz częściej przenikają do Europy. Pojawiają się także inne zagrożenia, jak wojna na wschodniej Ukrainie i ataki w cyberprzestrzeni. Musimy zatem zwiększyć odpowiedzialność UE za nasze wspólne bezpieczeństwo. Wiem, że nie ma szans na stworzenie wspólnego europejskiego wojska, ale możemy podejmować w UE działania, które skuteczniej poprawiłyby nasze bezpieczeństwo. Dostrzegam trzy takie pragmatyczne przedsięwzięcia.

Po pierwsze, trzeba by w Unii Europejskiej utworzyć wspólną, stałą kwaterę do prowadzenia operacji cywilno-wojskowych. Po drugie, Unia musi szybciej reagować na zagrożenia, wykorzystując posiadane przez siebie grupy bojowe na potrzeby wspólnych misji i operacji. Wreszcie po trzecie, należy stworzyć w UE wyodrębniony fundusz, z którego byłaby finansowana wspólna polityka bezpieczeństwa i obrony. Sądzę, że te działania zwiększyłyby zdolność Unii Europejskiej w zakresie obrony i bezpieczeństwa.

15. Abkommen EG/Usbekistan über Partnerschaft und Zusammenarbeit und bilateraler Handel mit Textilien - Abkommen EG/Usbekistan über Partnerschaft und Zusammenarbeit und bilateraler Handel mit Textilien (Entschließung) (Aussprache)

President. – The next item is the joint debate on

— the recommendation by Maria Arena, on behalf of the Committee on International Trade, on the draft Council decision on the conclusion of a Protocol to the Partnership and Cooperation Agreement establishing a partnership between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Republic of Uzbekistan, of the other part, amending the Agreement in order to extend the provisions of the Agreement to bilateral trade in textiles, taking account of the expiry of the bilateral textiles Agreement (16384/1/2010 – C7-0097/2011 – 2010/0323(NLE)) (A8-0332/2016), and

— the report by Maria Arena, on behalf of the Committee on International Trade,

containing a motion for a non-legislative resolution on the draft Council decision on the conclusion of a Protocol to the Partnership and Cooperation Agreement establishing a partnership between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Republic of Uzbekistan, of the other part, amending the Agreement in order to extend the provisions of the Agreement to bilateral trade in textiles, taking account of the expiry of the bilateral textiles Agreement (2016/2226(INI)) (A8-0330/2016).

Maria Arena, *rapporteure*. – Madame la Présidente, le Parlement européen est invité à donner son approbation sur le protocole modifiant l'accord de partenariat et de coopération entre l'Union européenne et les États membres, d'une part, et l'Ouzbékistan, d'autre part, afin d'étendre les dispositions dudit accord au commerce bilatéral du textile.

La ratification du protocole textile entraînera l'inclusion des textiles dans l'accord de partenariat et de coopération conclu entre le pays et l'Union européenne en 1999. Les dispositions prévues sous le titre «échange de marchandises» dudit accord de partenariat et de coopération seraient donc valables également pour le textile. Ce titre prévoit l'octroi du statut de la nation la plus favorisée de manière réciproque, des échanges commerciaux exempts de restrictions quantitatives, le principe de libre transit, des échanges à des prix liés à ceux du marché, une clause de sauvegarde et des interdictions ou restrictions sur les importations, exportations ou marchandises en transit, qui se justifient par la moralité publique, l'intérêt public ou la santé publique.

C'est suite à un rapport intérimaire qui a été adopté par le Parlement européen en 2011 que nous en sommes ici aujourd'hui, ce rapport réservant son consentement à l'amélioration de la situation des droits humains en Ouzbékistan, notamment sur les questions du travail des enfants et du travail forcé dans le cadre de la récolte annuelle du coton.

À la suite de l'adoption de ce rapport, un dialogue a été établi avec l'Ouzbékistan, au travers duquel des auditions annuelles ont été tenues, incluant la participation de plusieurs protagonistes, dont la société civile, les autorités ouzbèkes et les institutions européennes et internationales. Une étroite coopération a également été menée entre l'Ouzbékistan et l'Organisation internationale du travail, afin d'évaluer les actions entreprises, et ce, afin d'éradiquer le travail des enfants et le travail forcé dans le cadre de la récolte annuelle du coton.

L'OIT a mené, pour la première fois en 2013, une mission de monitoring de la récolte du coton, réitérée en 2014, 2015 et 2016. Le rapport définitif de 2015 de la mission de monitoring de l'OIT, qui s'est déroulée entre le 14 septembre et le 31 octobre 2015, a démontré que le travail des enfants avait pratiquement totalement été éradiqué lors de la récolte du coton.

Les autorités publiques ont mis en place différentes mesures afin d'éliminer le travail des enfants, dont l'organisation de garderies après l'école, des amendes pour les contrevenants, la responsabilisation des parents, des enseignants et des fermiers. Seuls quelques cas isolés ont été relevés. L'OIT a donc affirmé que le travail des enfants était effectivement sporadique et devenu socialement inacceptable. Cette position a été réaffirmée par le dernier accompagnement de l'OIT. Son rapport sera officiel début de l'année prochaine, mais nous avons déjà les conclusions de ce rapport, qui confirment effectivement ce qui s'était passé en 2015.

Les mêmes affirmations n'ont malheureusement pas pu être faites concernant la question du travail forcé. L'évaluation à cet égard étant plus délicate à faire, l'OIT a relevé plusieurs indicateurs de travail forcé, liés aux conditions de travail abusives et au processus de recrutement.

Les autorités ouzbèkes ont pris plusieurs engagements afin d'abolir progressivement le travail forcé des adultes, dont la mise en place d'un mécanisme de feedback permanent pour répondre aux griefs de la population, l'organisation de campagnes de sensibilisation et la mise en place de programmes d'évaluation et d'application des conventions internationales en la matière.

Le Parlement soutient donc entièrement le travail mené par l'OIT afin d'abolir définitivement le travail forcé en Ouzbékistan. Les efforts des autorités ouzbèkes doivent être encouragés.

C'est la raison pour laquelle nous proposons de donner le consentement avec, bien entendu, une résolution qui dit tout simplement au gouvernement ouzbek que, si le travail qui a été fait jusqu'à présent ne pouvait se poursuivre, nous prendrions ici, au Parlement européen, une attitude qui serait beaucoup plus dure sur l'ensemble de l'accord qui est passé entre l'Union et les autorités ouzbèkes.

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Madam President, the textile protocol that we are debating today will extend the provisions of the EU-Uzbekistan Partnership and Cooperation Agreement to bilateral trade in cotton and textiles. As you well know, this is an issue that has been on your agenda since 2011.

The aim of the textile protocol is to facilitate EU exports to Uzbekistan in the textile and clothing sector. It will grant a legal basis for the Most Favoured Nation treatment to EU textile and clothing exports to Uzbekistan. Therefore, it is in our interest to conclude such a protocol with Uzbekistan.

The Commission is well aware of the concerns that has been raised with regard to the need for Uzbekistan to continue addressing the challenges in the cotton sector. It is true, there have been lots of concerns. But as the rapporteur said, and I would like to thank the rapporteur Ms Arena for her work on this. According to the International Labour Organisation (ILO), Uzbekistan has made significant progress since the last resolution of 2011 in this House; particularly as regards eliminating the use of child labour from cotton harvests. I also want to commend Uzbekistan's cooperation with the ILO, including on the issue of forced labour.

Moreover, I am also happy that the Commission services have been able to facilitate the contacts between Uzbekistan and the ILO. We have been discussing these matters regularly with the Uzbek authorities and have also been closely cooperating with the External Action Service and our EU Delegation in Tashkent throughout the process.

The ILO's committee on experts report from last year's harvest was very positive about the achievements in the area of child labour and also welcomed progress in the area of forced labour, while noting that there are some remaining challenges. The ILO's preliminary assessment of this year's harvest, which ended just a month ago, continues on the positive note from last year. A substantial information campaign on the fight against child labour and forced adult labour has been conducted. This is work in progress for the coming years, going in the right direction. I can confirm that the Commission will very closely monitor and actively support this important process with the objective of ensuring that the issues related to the recruitment processes in Uzbekistan's cotton manufacturing are addressed in an effective, lasting and sustainable way.

Furthermore, the Commission has been supporting financially the monitoring mechanism put in place by the ILO through an ongoing contract with the World Bank of EUR 5 million. Moreover, we are ready to support Uzbekistan's economic diversification efforts via our development cooperation assistance programme to Uzbekistan, in which rural development is a focal sector. The total amount of that programme is EUR 168 million for the period 2014-2020.

Finally, a few words on EU-Uzbekistan's trade relations: given the very low bilateral trade flows today, there is room to boost trade relations. I am convinced that a good business climate and respect for the rule of law are essential conditions to develop bilateral trade and investment relations. To this end, we are encouraging the Uzbek government to pursue the necessary reforms.

The EU fully supports Uzbekistan's accession to the World Trade Organisation. This would also enhance bilateral trade relations and facilitate EU investment in the country. It would also be in line with the momentum currently existing in the Central Asia region. Let me reiterate: Kyrgyzstan, Tajikistan and Kazakhstan have recently joined the WTO, and Turkmenistan has recently announced its interest in WTO membership. So that is all positive news.

Elmar Brok, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Herzlichen Dank. Der auswärtige Ausschuss unterstützt, dass die Zustimmung erteilt wird.

Wir meinen, dass es seit 2011 sowohl im Bereich der Kinderarbeit als auch im Bereich der Zwangsarbeit Fortschritte gegeben hat – wie die Frau Kommissarin gerade dargestellt hat. Dann müssen wir auch ein Zeichen setzen, dass es belohnt wird, dass dies getan wird. Gleichzeitig sollten wir auch daran erinnern, es möglich ist, dass die Implementierung des PCA teilweise zu suspendieren, wie das in den Artikeln 2 und 95 vorgesehen ist, wenn es wieder in eine falsche Richtung läuft.

Jedenfalls sollten wir die Arbeit der IAO beim Monitoringprozess und auch die Weltbank mit ihren Projekten zur Modernisierung der Landwirtschaft in Usbekistan unterstützen. Ich glaube, dass das wichtige Wege sind, um hier näher zur Respektierung von Demokratie und von Menschenrechten zu kommen. Aus diesem Grunde würden wir empfehlen, hier zu einem *consent* zu kommen.

Ulrike Lunacek, *rapporteur for the opinion of the Committee on Foreign Affairs*. – Madam President, Commissioner, colleagues, in 2011 the Parliament made a really historic vote. It was the first time after the Lisbon Treaty that this Parliament, which now has to say 'yes' or 'no' in consent procedures, blocked the textile protocol with Uzbekistan, because of child labour and forced labour to a degree that is simply unacceptable. There was horrendous abuse of children and adults for the main export product: our clothes and other textiles.

Since then there have been lots of improvements. The government has started to work with the International Labour Organisation in the Decent Work Country Programme. In October 2016, the ILO Convention on Freedom of Association was ratified. Nevertheless, huge problems still persist. It is right that child labour has decreased and is now not socially acceptable anymore, but we have plenty of reports from independent civil society organisations which say that forced labour is still there in an amount which simply does not make the glass half-full. In that sense, from the Committee on Foreign Affairs (AFET) side, we were also pushing for having put in good cooperation with rapporteur Arena from Committee on International Trade (INTA) to have a resolution, and this resolution has some very important points in it.

Nevertheless, in the end I had to withdraw my name from the consent procedure because I simply could not say yes to giving consent. I will also ask tomorrow for a postponement of the vote until the final reports from the International Labour Organisation and the independent civil society organisations are there, because they have been working and the harvest only stopped a couple of weeks ago, so we do not have the final reports yet. It was a debate we had at the beginning of our negotiations in the Parliament, and we cannot have that vote now. Hopefully, I will get support from my colleagues tomorrow for that because, as I said, the glass is unfortunately not yet half-full.

Godelieve Quisthoudt-Rowohl, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Noch im Dezember 2011 lehnte das Parlament die Zustimmung zur Erweiterung des EU-Usbekistan-Abkommens auf Textilprodukte ab und machte seine Zustimmung davon abhängig, dass es Usbekistan gelingen würde, wesentliche Fortschritte bei der Abschaffung von Zwangs- und Kinderarbeit im Rahmen der jährlichen Baumwollernte zu erzielen. Diese Maßnahme war richtig und wichtig, und sie hat dazu geführt, dass wir heute eine andere Situation sehen als noch vor fünf Jahren. Aus dem Bericht der IAO von 2015 geht hervor, dass es während der Baumwollernte praktisch keine Kinderarbeit mehr gibt. Die IAO bestätigt außerdem, dass Kinderarbeit, wenn überhaupt, nur noch sporadisch auftritt und gesellschaftlich in Usbekistan inakzeptabel geworden ist. Die Behörden haben sich in den letzten Jahren zu tiefgreifenden Maßnahmen verpflichtet, mit denen auch die Zwangsarbeit Erwachsener schrittweise abgeschafft wurde.

Die vorliegende Entschließung würdigt die Bemühungen der usbekischen Regierung. Gleichzeitig weist sie auch darauf hin, dass der plötzliche Tod von Islam Karimow und die Wahl von Schawkat Mirsijojew zum neuen Präsidenten den angestoßenen Prozess der Verbesserung nicht gefährden dürfen. Mit unserer Zustimmung folgen wir der Argumentation unseres Berichts von 2011. Usbekistan hat die Forderungen nach greifbaren und tiefgreifenden Veränderungen umgesetzt. Das Europäische Parlament sollte mit seiner morgigen Zustimmung Usbekistan ermutigen, diesen Weg fortzusetzen. Und wir senden zuletzt auch ein wichtiges Signal nicht nur an Usbekistan, sondern auch an andere Staaten, dass es sich lohnt, die Menschenrechtssituation kontinuierlich zu verbessern.

Ich möchte mich bedanken bei der Berichterstatterin Arena für die sehr gute Zusammenarbeit, die wir hatten.

Arne Lietz, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Ich danke zunächst meiner Kollegin Maria Arena für den sehr umfassenden und sehr guten Bericht, den sie heute hier mit uns diskutiert.

Mir ist das Thema Baumwollproduktion besonders wichtig. Ich bin Schattenberichterstatter zu dem Bericht des Parlaments, über die EU-Leitinitiative für die Bekleidungsbranche, an welcher die Kommission seit einiger Zeit arbeitet.

Viele denken bei Nachverfolgbarkeit von Lieferketten und bei dem Begriff faire Kleidung an die Näherinnen von Bangladesch und den Einsturz von Rana Plaza. Seit ich mich mit Lieferketten im Textilbereich auseinandersetze, betone immer wieder einen Fakt, der in Vergessenheit gerät. Die Textilproduktion fängt in den Baumwollfeldern an. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation sind etwa 60 % der Kinderarbeit in der Landwirtschaft – meist auf den Baumwollfeldern. Deswegen bin ich sehr froh, dass in Usbekistan inzwischen Rechtsvorschriften gelten, nach denen Kinderarbeit verboten ist und dass infolge dieser Vorschriften Kinderarbeit beinahe vollständig beseitigt werden konnte.

Etwas Sorge macht mir allerdings, dass auch noch im Jahr 2016 auf den Baumwollfeldern Zwangsarbeit eingesetzt wird, darunter Beschäftige im öffentlichen Dienst sowie Studierende. So unterstütze ich die Berichterstatterin in der Forderung an den usbekischen Präsidenten, ein neues Menschenrechtsparadigma einzuführen und die anhaltende Zwangs- und Kinderarbeit während der Baumwollernte umgehend vollständig zu beenden.

Dies sollte in engster Zusammenarbeit mit und unter Aufsicht von der Internationalen Arbeitsorganisation stattfinden. Als besonders positiv bewerte ich, dass der Gewerkschaftsbund Usbekistans dem Internationalen Gewerkschaftsbund im Oktober 2015 als assoziiertes Mitglied beigetreten ist.

Nur dort, wo Gewerkschaften funktionieren und wo es die Freiheit gibt, sich zu einer Gewerkschaft zu vereinigen, kann man von einem guten Weg zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und dem Schutz der Arbeitnehmerrechte reden. Ich bleibe weiter an dem Thema dran und werde die Baumwollproduktion auf jeden Fall in den Bericht über die EU-Leitinitiative in der Bekleidungsbranche miteinbeziehen, und ich wünsche mir, dass wir in dem Fall Usbekistan als Europäisches Parlament weiter in engem Kontakt zusammen mit der Kommission bleiben, um die Situation vor Ort weiterhin zu verbessern.

Hannu Takkula, *ALDE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, arvoisa komissaari, parlamentti totesi vuoden 2011 mietinnössä, että uudistamme tekstiilisopimuksen, kun voimme todeta että ILOlle on turvattu pääsy tarkkailemaan maan työoloja ja ennen muuta työoloja lapsi- ja pakkotyön osalta. Näin on tapahtunut. ILO on raportoinut asiasta säännöllisin väliajoin, ja vuoden 2015 raportissa todettiin, että lapsityövoimasta on päästy käytännössä kokonaan eroon. Minusta on oleellista ja tärkeää, että jos me olemme vaatineet, että Kansainvälinen työjärjestö ILO menee ja tarkkailee ja se on tehnyt tätä työtä vapaasti siellä ja raportoinut meille siitä, me myös luotamme tähän raportointiin ja toisaalta kunnioitamme päätöstä, jonka teimme asian osalta vuonna 2011. Toisin sanoen on syytä panna tyytyväisenä merkille Uzbekistanissa tapahtunut kehitys. Toki työtä on vielä jäljellä pakkotyövoiman osalta, ja lapsityövoiman osalta on myös erittäin tärkeätä jatkaa valvontaa, jotta positiivinen kehitys voidaan turvata myös jatkossa ja varmistaa nollatoleranssi tällä saralla. Mutta hyvä on myös muistaa, että uusissa demokratioissa – ei kyllä aina näissä vanhoissakaan – asiat eivät tapahdu ihan hetkessä, ja minun mielestäni uusimalla nyt tämän sopimuksen voimme antaa oman hyväksyntämme sille työlle, jota Uzbekistanissa on tähän saakka tehty.

Emme vuoden 2011 mietinnössä edellyttäneet tilanteen täydellistä ratkeamista vaan merkittävää kehitystä, mikä mielestäni täyttyy, kun lapsityövoiman laajuisesta ongelmasta päästään tai on päästy käytännössä kokonaan eroon tässä viiden vuoden aikana. Ihmisoikeuskysymyksiin tulee suhtautua vakavasti mutta minusta tässä on nyt kiitoksen paikka myös Uzbekistanille siellä tehdystä hyvästä työstä ja haluan myös kiittää meidän esittelijäämme Maria Arenaa hyvästä, tasapainoisesta mietinnöstä.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Klaus Buchner, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Über unser Vorgehen im Europäischen Parlament bin ich sehr überrascht, denn die Fortschritte, von denen hier gerade gesprochen worden ist, kann ich überhaupt nicht bestätigen. Im Gegenteil: Ich halte hier einen Beweis in meiner Hand, dass die Zwangsarbeit weiterhin auf nationaler Ebene ganz systematisch betrieben wird. Es ist ein offizieller und unterschriebener Brief des Bezirksstaatsanwalts der Region Tschinas, welcher sagt, dass für die Ernte dieses Jahres alle öffentlichen Angestellten, medizinisches Personal, Lehrer und Studenten auf Erlass der nationalen Regierung – nicht einer lokalen, sondern der nationalen Regierung Usbekistans – zur Ernte eingezogen wurden. Die Strafen bei Nichtfolgeleistung sind Jobverlust beziehungsweise Verlust des Studienplatzes.

Warum warten wir nicht den Bericht über die Ernte 2016 ab, bevor wir abstimmen? Warum ignorieren wir die unabhängigen Organisationen, die uns sagen, dass es zwar Fortschritte bei der Kinderarbeit gibt, dass diese aber beileibe noch nicht abgeschafft ist und dass Zwangsarbeit immer noch in ganz großem Stil betrieben wird? Ja, die usbekische Regierung hat Fortschritte gemacht aufgrund unseres Drucks hier aus Europa, aber sie hat noch lange nicht die von uns gesetzten Standards für eine Zustimmung erfüllt.

Daniel Caspary (PPE). – Sehr geehrter Herr Präsident! Der Kollege Buchner geht gerade zu Recht darauf ein, dass die Situation in Usbekistan wahrlich noch nicht so ist, wie wir uns das für die Menschen im Land wünschen.

Wir haben zu Recht in der Entschließung aus dem Jahr 2011 verlangt, dass es in Usbekistan keine komplett heile Welt geben muss, dass wir uns aber deutlich sichtbare Verbesserungen wünschen. Die deutlich besseren Bedingungen, die gibt es in Usbekistan. Es sind wahrlich nicht alle Probleme gelöst, aber gerade bei uns im Außenhandelsausschuss, in dem auch Vertreter der IAO, der Internationalen Arbeitsorganisation, anwesend waren, wurde deutlich auf die intensiven Verbesserungen der letzten Jahre hingewiesen.

Es gibt seit 2014 laut der Internationalen Arbeitsorganisation keine systematische Kinderarbeit mehr. Kinderarbeit ist laut diesem Bericht sehr selten geworden und wird mittlerweile auch sozial stark verurteilt. Dazu haben auch Sensibilisierungskampagnen in den Schulen beigetragen. Auch im Bereich der Zwangsarbeit wurden zumindest deutliche Verbesserungen erreicht, auch wenn immer noch eindeutiges Verbesserungspotenzial da ist. Was mich aber am meisten umtreibt ist, wir haben massiv Druck gemacht. Wir haben der Kommission gesagt, was wir von der Kommission erwarten. Wir haben das vor allem auch der usbekischen Regierung immer wieder gesagt, und wir sollten jetzt den nächsten Schritt gehen.

Wir sollten dieses Abkommen morgen bestätigen. Wir sollten der usbekischen Regierung aber in allen Gesprächen sagen, dass dies nicht der Endpunkt der Entwicklung, sondern nur ein Zwischenschritt sein kann. Unsere Fraktion wird das auch in den nächsten Monaten und Jahren sehr intensiv und kritisch prüfen, und notfalls nehmen wir auch die Kriterien wieder zurück.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi si conclude il lungo lavoro portato avanti in questi ultimi anni dal Parlamento europeo, in stretta collaborazione con l'Organizzazione internazionale del lavoro, per estendere l'accordo di partenariato e cooperazione con l'Uzbekistan al commercio dei prodotti tessili.

Sono orgoglioso di aver seguito per il gruppo S&D in commissione esteri quello che possiamo considerare un caso positivo di cooperazione tra Unione europea e un paese terzo, per quanto riguarda l'affermazione dei diritti umani attraverso la nostra politica commerciale. Grazie alle pressioni del Parlamento europeo, con la graduale apertura delle autorità uzbeke a partire dal 2013, infatti, il grave problema del lavoro minorile è stato sostanzialmente eliminato in relativamente poco tempo, mentre significativi passi in avanti, anche se non ancora sufficienti, sono stati compiuti contro il ricorso al lavoro forzato.

Parliamo di un paese strategico nella regione, dove sono in corso importanti trasformazioni. Mi riferisco in particolare alle elezioni presidenziali dello scorso 4 dicembre, le prime della storia della giovane repubblica, elezioni da cui è emerso vincitore in modo, va detto, non sorprendente l'ex primo ministro Mirziyoyev. A lui facciamo i nostri migliori auguri di buon lavoro, confidando che prosegua il cammino intrapreso verso una maggiore apertura e cooperazione con l'OIL e l'Unione europea nel settore agricolo, ma non solo. Infatti, molto resta ancora da fare in vari campi fondamentali, dal rispetto dei diritti umani allo Stato di diritto, dal pluralismo alla libertà di stampa, temi su cui resteremo vigili.

Tuttavia, con il consenso che voteremo domani, il Parlamento vuole dare un segnale positivo, un incoraggiamento al governo uzbeko per mostrare che l'Unione europea intende lavorare con i paesi terzi in un rapporto di *partnership* e non di imposizione delle proprie regole, ricordando, però, che se si dovessero fare passi indietro sul lavoro minorile o forzato ci riserveremo di sospendere l'accordo.

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Puikiai prisimenu prieš penkerius metus – 2011 m. – Europos Parlamento priimtą rezoliuciją ir mūsų kritiką Uzbekistanui dėl priverstinio ir vaikų darbo naudojimo nuimant medvilnės derlių. Šiandien situacija Uzbekistane yra kokybiškai kita: šalis padarė ženklią pažangą atsisakant vaikų darbo. Europos Parlamento ir Europos Komisijos vykdyta stebėsena, Tarptautinės darbo organizacijos išvados liudija Uzbekistano naudai: vaikų darbo nebeliko. Kodėl norime ignoruoti šiuos faktus? Kodėl siekiame sumenkinti šias reformas ir pasiektą pažangą? Tiesa, iki galo neišspręsta priverstinio darbo problema, studentų darbas liko, bet Uzbekistanas pasiryžęs toliau vykdyti reformas.

Pripažinkime ir paremkime. Tuo labiau, kad Europos Sąjungos interesas yra paskatinti prekybą tarp Europos Sąjungos ir Uzbekistano, suvokiant tekstilės pramonės svarbą Uzbekistano ekonomikai, įvertinant Europos Sąjungos pritarimą Uzbekistano narystei Pasaulio prekybos organizacijoje, visa tai įvertinus, rytoj turėtume pritarti tekstilės protokolui.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Mr President, Central Asia is of geostrategic importance to the EU and our partners in the region fully depend on the trade agreements with the EU. It is worth mentioning that in 2015 trade between the EU and Uzbekistan was worth about EUR 1.8 billion. Partnership and cooperation agreements are non-preferential and ensure most-favoured-nation treatment prohibiting quantitative restrictions in bilateral trade.

Uzbekistan has been waiting for the extension of the provisions of its PCA to bilateral trade in textiles since 2011. There was an important reason for this, but now we can see the improvement in the cotton production sector regarding forced and child labour. A dialogue involving stakeholders, civil society, Uzbek authorities, European and international institutions, has been established and the recommendations from Parliament's interim report of 2011 have been fulfilled.

Moreover in 2014 Uzbekistan became the first Central Asian country to agree to a decent work country programme with the ILO, the extension of which should be signed in 2017. With all this in force, I believe that we can fully support and give consent to the textile protocol and the accompanying resolution.

Eduard Kukan (PPE). – Mr President, first I would like to express my appreciation of Ms Arena's constructive approach to this file. As a shadow rapporteur for the EU Central Asia strategy revision, I am glad that we are increasing our work in the region and that our communications channels with our partners in the region are open. I believe we need a tailor-made approach in engaging with each of the five countries.

The centrality of Uzbekistan in Central Asia is undisputed. We should stand ready to engage with the new political leadership in Tashkent and extend our expertise when needed to support the reform process in the country in order to achieve better governance, strengthening of the rule of law and democratic reforms.

This file concerns the textile industry and comments on the way forward with Uzbekistan. We are seeing positive signs from the Uzbek Government in tackling the cotton harvest related programmes. Significant progress has been achieved since 2011. Child labour has been effectively eradicated due to joint work of the ILO and the Uzbek Government. Our recommendations are being taken on board; therefore we the support the extension of the PCA to the trade in textiles.

However, we should remain critical where needed, in particular in the case of forced labour. Here we need to actively engage with the government to achieve eradication of forced labour. It is an ongoing process in which the European Union can and should be instrumental.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Wielokrotnie w tej sali, ale także w stolicach europejskich słychać głosy krytyki wobec porozumień o wolnym handlu, o usługach. Ta fala przetacza się przez Europę i właściwie trudno zrozumieć, dlaczego. Protokół, o którym dzisiaj mówimy, umowa, o której dzisiaj mówimy, jest najlepszym dowodem na to, jak można osiągać dobre cywilizacyjne efekty w krajach, w których występują nieakceptowalne przez cywilizację i kulturę europejską sytuacje. Do takich niewątpliwie należy praca przymusowa czy – jeszcze gorzej – praca dzieci.

Jak moglibyśmy wpłynąć na naszego partnera, jeśli nie prowadzilibyśmy z nim wymiany handlowej? Jak moglibyśmy wpłynąć, jeżeli nie mielibyśmy z nim umowy handlowej? Jak moglibyśmy wpłynąć, gdybyśmy nie mogli zastosować tego instrumentu w postaci protokołu? Dzisiaj mamy taki stan, że możemy w dużej mierze cieszyć się, że zatrudnianie dzieci w Uzbekistanie zakończyło się, nawet jeżeli występują jakieś marginalne pojedyncze przypadki. Jutro będziemy, mam nadzieję, cieszyć się, że także praca przymusowa zaniknie w tym kraju. To wszystko mamy dzięki umowom o wolnym handlu i musimy je rozwijać z całym światem.

Catch-the-eye-Verfahren

Herbert Dorfmann (PPE). – Danke Herr Präsident, dass Sie mir das Wort geben. In meiner Funktion als Mitglied der Zentralasien-Delegation habe ich Usbekistan öfters bereist und war erst in den vergangenen Wochen wieder dort.

Ja, natürlich ist es so, dass dieses Land auf seinem schwierigen Weg in die Unabhängigkeit schauen musste, wie es weiterkommt. Natürlich ist es so, dass dort jede Hand gebraucht wurde – auch die Hände von Kindern. Aber ich denke, Usbekistan ist einen entscheidenden, ganz bedeutenden Weg in den letzten Jahren gegangen, hat in einer beispiellosen Art Kinderarbeit wirklich bekämpft und steht heute in diesem Zusammenhang sehr, sehr gut da.

Ich glaube, wir sollten diesem Land jetzt eine Chance geben. Die Chance, Baumwolle auf dem Markt zu verkaufen, vor allem aber fertige Textilprodukte zu verkaufen, also eine ordentliche Wertschöpfung aus der Baumwolle zu erhalten. Diese Chance hat das Land verdient, und wenn ich mich so ein bisschen umschaue, wo sonst Kleider – und leider auch zu welchen Bedingungen – in der Welt produziert werden, dann hat Usbekistan die Chance, ein Land zu sein, das jetzt mit gutem Beispiel auch gegenüber anderen vorangeht. Also ich denke, das ist ein gutes Protokoll, und wir sollten dem morgen zustimmen.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, nedvojbena je činjenica da je Uzbekistan u zadnjih nekoliko godina učinio ozbiljne i značajne pomake. Ovom našom rezolucijom, ovom našom odlukom nećemo nagraditi Uzbekistan zbog tih poteza već ćemo prije svega otvoriti mogućnost da Uzbekistan uspostavi trajne konkurentne i konkretne odnose sa zemljama članicama Europske unije. I ta je poruka iznimno važna.

Želimo Uzbekistan kao partnera, vidimo velike pomake koji su učinjeni zadnjih godina, želimo ih ohrabriti da čine i dalje takve korake u pravcu jačanja vrijednosti koje ima Europska unija u njihovom društvu i naravno da želimo poručiti: svoje prijatelje ćemo ozbiljno pratiti, svoje prijatelje ćemo ozbiljno poduprijeti, ali i reći kad se s njima ne slažemo.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank all Members for this debate. I think most of us agree that, even if the situation is far from perfect, Uzbekistan has made a lot of progress in this area and this is also confirmed by the ILO - not only this preliminary report, but it has been a trend for several years now.

There is of course no time to be complacent, we need to continue to monitor this, to work with the ILO, to work with Uzbekistan so that this good development continues. The Commission will monitor this very closely and support the progress, and is happy to engage with the European Parliament, throughout this process.

I also think, and some of you mentioned it, that this renewed cooperation and trade with Uzbekistan will give us a positive impact on other aspects of bilateral cooperation not only in the areas of trade and development cooperation, but also of course when it comes to labour rights and human rights, where a lot needs to be done - but this can open a new platform for dialogue with them.

Also I want to say that the textile protocol, from a trade point of view, is also very much in the interest of the European Union because it provides legal certainty for our exporters in that sector. So for all these reasons the Commission hopes, and I hope also, that you will vote in favour of this tomorrow morning. Again my thanks to the rapporteur and all the shadow rapporteurs for the work that you have been doing.

Maria Arena, *rapporteure*. – Monsieur le Président, merci Madame la Commissaire, merci aux rapporteurs fictifs qui ont travaillé sur ce dossier. C'est bien la preuve qu'il y a moyen de faire du commerce et de faire du commerce qui rende le rapport et les relations entre nos États beaucoup plus justes. Je salue le travail de chacun, de la Commission bien entendu, de l'OIT, du Parlement et de tous ceux qui ont contribué à faire en sorte qu'il y ait des progrès en Ouzbékistan. Tous les accords commerciaux devraient être de cet ordre-là pour travailler effectivement pour le bien-être de chacun.

Il est vrai, Monsieur Buchner, qui n'est plus là, Madame Lunacek, qui n'est plus là, tout n'est pas parfait. Personne n'a dit que tout était parfait, c'est d'ailleurs la raison pour laquelle nous avons opté pour joindre à ce consentement une résolution qui dit clairement, effectivement, aux autorités ouzbèkes que c'est le début de quelque chose aujourd'hui, que nous devons continuer à travailler sur la transformation de l'appareil productif, sur la diversification du tissu économique, sur l'amélioration des conditions de travail. Tout cela doit être poursuivi, et nous avons d'ailleurs dit que, si ce n'était pas le cas, si les autorités ouzbèkes arrêtaient le processus, nous activerions les articles 2 et 95 pour la suspension de l'accord.

Madame Lunacek, je suis étonnée de voir la demande du report de la décision, parce que le timing avait été décidé, il avait été décidé avec l'ensemble des groupes politiques pour dire que cette année nous prendrions cette décision. En effet, les relations de confiance ne s'établissent pas en sens unique, les relations de confiance s'établissent aussi quand on donne quelque chose. Il était important, dans le cadre de la relation que nous avons avec l'Ouzbékistan, de pouvoir aussi donner quelque chose après les efforts qui ont été réalisés. Nous avons voulu nous engager à le faire cette année et nous prendrons cet engagement, je l'espère, demain.

Der Präsident. – Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Mittwoch, 14. Dezember 2016, statt.

16. Handelsübereinkommen EU/Kolumbien und Peru (Beitritt Ecuadors) (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Empfehlung zum Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss – im Namen der Union – des Beitrittsprotokolls zum Handelsübereinkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits sowie Kolumbien und Peru andererseits betreffend den Beitritt Ecuadors von Helmut Scholz im Namen des Ausschusses für internationalen Handel (07620/2016 — C8-0463/2016 – 2016/0092(NLE)) (A8-0362/2016).

Helmut Scholz, *Berichterstatter.* – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Kommissarin! Das Handelsabkommen der EU mit Ecuador ist nun von uns zu ratifizieren.

Als ständiger Berichterstatter des Handelsausschusses für Ecuador habe ich den langen Prozess der Ausgestaltung der Handelsbeziehungen zwischen der EU-Kommission und der Regierung Ecuadors intensiv begleiten können. Das schließt das nun vorliegende Abkommen mit Ecuador und den damit in Sonderverhandlungen ausgehandelten Beitritt des Andenregionenlandes zum regionalen Abkommen mit Kolumbien und Peru ein.

Ich hatte Verständnis für den Rückzug von Ecuador aus den Verhandlungen und begrüßte den alternativen Vorschlag des Landes für ein Kooperationsabkommen. Ecuador bestand darauf, zuerst den Kampf gegen Armut, für die verfassungsrechtliche Verankerung von Menschen-, Sozial- und Umweltstandards und eine eigenständige nachholende und zugleich nachhaltigere Wirtschaftspolitik und Entwicklung auf den Weg zu bringen.

Dies in Anbetracht der Herausforderung, dass Ecuador bis heute den US-Dollar als Währung hat und somit auch nur bedingt über währungs- und finanzpolitische Steuerungsmöglichkeiten zu sich verändernden weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verfügt. Dennoch sind erste Voraussetzungen geschaffen; um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Staaten auf neue Grundlagen zu stellen, einschließlich interessanter Projekte mit anderen lateinamerikanischen Staaten.

2010 haben wir als Europäisches Parlament mit großer Mehrheit die faszinierende Logik des Yasuni-ITT-Projekts begrüßt. Da bewegt schon die Frage: Was tun wir hier, um solch neuen wirtschafts- und zugleich wachstumskritischen Ideen, realwirtschaftliche Untersetzung und dauerhafte Perspektiven in unser aller Interesse zu eröffnen?

Frau Kommissarin, ich bin noch immer fest davon überzeugt, dass die Zurückhaltung der Kommission seinerzeit gegenüber diesem neuen Abkommen ein Fehler war. Wir sind in unseren Verhandlungsschemata, unseren Instrumenten und Mechanismen trotz *trade for all* noch viel zu festgefahren. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir heute zusagen könnten, den alternativen und stärker entwicklungsorientierten Ansatz Ecuadors zu prüfen. Denn das Abkommen mit den Staaten der Region muss in den kommenden Jahren überarbeitet und auch verbessert werden – gerade wenn es um gesellschaftliche Veränderungen, wie zum Beispiel den Friedensprozess in Kolumbien geht, die nachdrücklich nach wie vor eine sensible und die grazile Situation in diesen Ländern berücksichtigende Ausgestaltung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen seitens der EU, aber auch mit den Nachbarstaaten, erfordern.

Gerade viele Kleinbauern in Kolumbien haben bereits ihre Existenz als Folge der doppelten Konkurrenzbelastung aus den Abkommen mit den USA und der EU verloren. Das aber sollte durch eine vorausschauende, partnerschaftlich ausgerichtete faire Handelspolitik nun für Ecuador vermieden werden. Ähnliches ließe sich für Bergbauaktivitäten sagen, gefährden sie doch den Lebensraum und traditionelle Lebensformen indigener Bevölkerungsgruppen sowie die Umwelt, die alle durch die so moderne Verfassung Ecuadors geschützt sind. Da darf kein egoistischer Druck von Unternehmen aus der EU aufgebaut werden.

Als Europaparlament haben wir in unserer begleitenden Entschließung eine Erklärung der Regierung Ecuadors zum Erhalt und zum Ausbau der sozialen und ökologischen Fortschritte unter der Regierung Correa zur Bedingung unserer Zustimmung gemacht und auf weitere Fortschritte bei der Stärkung demokratischer Standards und deren praktischer Umsetzung gepocht. Ecuador hat im Sommer 2016 ein umfassendes Dokument übermittelt, das zu lesen ich allen Kolleginnen und Kollegen nur ans Herz legen kann.

Die bevorstehenden Wahlen werden über eine mögliche Fortsetzung moderner und fortschrittlicher Politiken entscheiden. Gestatten Sie mir diesen Kontext festzustellen: Käme das Abkommen zum 1. Januar nicht zustande, würden gerade jene politischen Kräfte das als Versagen ausmachen, die das sozial- und umweltpolitische Rad rückwärts drehen wollen. Sprechen wir heute über die Bedingungen, über die Zusätze dieses Abkommens. Ich freue mich auf die jetzige Debatte.

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, the accession of Ecuador to the Columbia-Peru Agreement is a milestone in our relations. This agreement builds on our strong political, historical, cultural and trade links with Ecuador, and it boosts the possibility for deepening them further. We need to recognise the courage and the strong will of Ecuador. It is a major step for that country – the most ambitious and comprehensive free trade agreement, and the first free trade agreement that Ecuador negotiates with a developed partner.

The agreement reflects Ecuador's clear determination to pursue the road of modernisation and reform of its economy, to diversify and to integrate into the global economy and international value chains. And to reach this, Ecuador has taken determined action and addressed trade irritants and prepared for accession. Some of these decisions have not been easy, and we need to give credit to Ecuador for taking them. Ecuador is now joining its neighbours, Colombia and Peru, and enjoying a privileged trade relationship with us – with the same rights and the same obligations.

Throughout this agreement, the EU is also supporting regional integration in Latin America. We have shown continued commitment towards a stronger partnership with Latin America, through the conclusion of ambitious trade and development agreements with all countries in the region. I am pleased to see that there has been strong support, both in the Council and Parliament, for the rapid accession of Ecuador. Both institutions have shown the political will to get the job done in time. And with this vote today, the institutions will have made provisional application before the end of the year possible. As the rapporteur said, it is very important to keep that deadline so that we avoid a gap between the end of the current trade preferences and the provisional application, which would have meant major trade disruption with Ecuador.

By boosting export opportunities for Ecuador, we also respond to the country's need to relaunch its economy after the terrible earthquake it suffered in April. With the constructive work done with Ecuador and the confidence built between both sides – and notably over the past six months – I trust we will continue to work with Ecuador to ensure that the agreement is implemented and will bring new opportunities for more trade flows in both directions. I also wish to inform you – because I know this is of importance to many of the Members of this House – that the work on the Regulation covering bilateral safeguard and the stabilisation mechanisms for bananas is a separate track: we are not only making progress, but it has been resolved in a trialogue, and I would like to thank the Members of Parliament and the Slovak Presidency for making that possible. Thank you very much, Mr Scholz, for your hard work on this as rapporteur. Thank you to the shadow rapporteurs, and to all of you for your attention and, hopefully, a positive vote tomorrow.

Der Präsident. – Vielen Dank, Frau Kommisarin Malmström.

Es folgt für eine Minute für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten Herr Kollege Brok, der auch als besonderer Kenner der Anden gilt.

Elmar Brok, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten*. – Herr Präsident! Wir werden das näher beim Anden-Pakt erörtern, Herr Kollege Wieland, aber das ist eine andere Geschichte.

Ich freue mich, sagen zu können, dass der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten den *consent* unterstützt. Wir glauben, dass das auch ein wichtiger Schritt zur regionalen Entwicklung ist und dass hier eine engere Kooperation im wirtschaftlichen Bereich und im Handelsbereich möglich sein wird.

Wir möchten aber darauf hinweisen, dass wir auch beobachten, wie es in diesem Land mit der Entwicklung der Freiheitsrechte und der Grundrechte weitergeht. Auch da hat es immer bestimmte Bedenken gegeben, und wir sollten in diesem Zusammenhang auch erwähnen, dass auch hier die Wertefrage nicht völlig außer Acht gelassen werden kann. Das ist für uns im auswärtigen Ausschuss schon eine wichtige Angelegenheit. Aus diesem Grunde unterstützen wir, dass hier die notwendigen Entwicklungen zustande kommen, werden dies aber auch beobachten. Das sagen wir nicht nur bei Usbekistan, das sagen wir auch bei Ecuador.

Santiago Fisas Ayxelà, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, señora Comisaria, el pasado día 11 de noviembre se firmó el Protocolo de Adhesión de Ecuador al Acuerdo multipartes entre la Unión Europea y Colombia y Perú. Personalmente me alegro mucho de que Ecuador haya decidido, por fin, unirse al Acuerdo, ya que contribuye a fortalecer los lazos entre los países andinos y fortalece también la posición de la Unión Europea en la región.

A finales de 2014, Ecuador dejó de beneficiarse de las ventajas que ofrecía el SPG+, y el Parlamento, junto con el Consejo y la Comisión, trabajó de forma rápida para redactar un Reglamento —que expira el próximo 31 de diciembre— que evitase la pérdida de preferencias comerciales mientras se concluían las negociaciones del Acuerdo, lo que habría producido importantes daños a las empresas tanto de Ecuador como de la Unión Europea.

Quiero felicitar a la Comisión, al Consejo y, de forma muy especial, al ponente, el señor Scholz, por la celeridad con la que se ha trabajado para poder votar dentro del calendario previsto.

También quisiera destacar que es una muy buena noticia que hoy se haya llegado a un acuerdo político sobre la cláusula de salvaguardia, para evitar que este Acuerdo perjudique al sector de los plátanos en varias regiones periféricas europeas.

Este Acuerdo es beneficioso para ambas partes, creará un entorno estable para los comerciantes inversionistas europeos y ecuatorianos y contribuirá a la intensificación de los flujos comerciales y al aumento de la inversión en beneficio mutuo, como ya está sucediendo con Colombia y Perú.

Bernd Lange, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat hat das Europäische Parlament den Prozess des Beitritts Ecuadors zu dem Abkommen mit Kolumbien und Peru ja intensiv begleitet. Sie erinnern sich: Wir haben im November 2015 hier eine entsprechende Entschließung verabschiedet, im März 2016 gab es eine Ad-hoc-Delegation nach Ecuador, und wir haben auch mit dem Handelsminister Ecuadors einen intensiven Austausch gelhabt, sodass das insgesamt ein Beispiel dafür ist, wie das Europäische Parlament die Beteiligungsmöglichkeiten auch nutzt, um sicherzustellen, dass das, was wir gemeinsam verabredet haben – eine wertorientierte Handelspolitik – auch umgesetzt wird.

Man kann ja deutlich sehen, dass ähnlich wie bei Kolumbien und Peru durch die Aktivitäten des Parlaments einige Aspekte der demokratischen, der umwelt- und arbeitnehmerrechtlichen Verbesserungen auf die Schiene gestellt worden sind. Wir haben damals bei Kolumbien und Peru eine entsprechende Erklärung, eine *Roadmap*, eingefordert, und ähnlich jetzt auch von Ecuador einen Plan zur Verbesserung der Situation im arbeitsrechtlichen und im umweltrechtlichen Bereich bekommen. Das werden wir natürlich dann entsprechend auch weiter begleiten. Nebenbei: Es gibt ja auch viele positive Elemente. Zum Beispiel hat Ecuador auch, was den fairen Handel betrifft, ein Momentum, das wir ja auch sehr stark fördern wollen, einen eigenen Aktionsplan zur Unterstützung von Kleinbauern im Bereich des fairen Handels, sei es bei Blumen oder bei Früchten. Insofern hat sich eine ganze Reihe positiver Entwicklungen abgezeichnet.

Der dritte Punkt: Ich glaube, jetzt fängt die Arbeit erst an. Auch wenn wir morgen ja beschließen, dass der Beitritt sich vollziehen kann, dann müssen wir die Umsetzung natürlich begleiten. Ich bin der festen Überzeugung, dass das Aushandeln die eine Seite der Medaille ist, aber vielleicht die wichtigere Seite die Umsetzung von Vereinbarungen ist. Und das muss in einem sehr partnerschaftlichen, dialogbezogenen Prozess geschehen, damit wir die Fragen der Meinungsfreiheit, die Fragen der Arbeitnehmerrechte und der Umweltstandards partnerschaftlich so gestalten, dass sie zum Nutzen der Menschen sind. Und was unsere Produzenten von Bananen betrifft: In der Tat haben wir heute im Trilog eine Lösung bekommen, sodass das ganze Bild rund ist und wir morgen wohl mit gutem Gewissen zustimmen können.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente; señora Comisaria; quiero manifestar el acuerdo de mi Grupo con la incorporación de Ecuador al Acuerdo Comercial con Colombia y Perú, que debe incorporar las medidas de garantía incluidas en la cláusula de salvaguarda y el mecanismo de estabilización para el banano europeo. Sin ellas está comprometido el futuro de una industria fundamental para varias regiones ultraperiféricas europeas, como las islas Canarias.

Las medidas propuestas, como la alarma temprana, la activación automática del mecanismo de estabilización, un informe sobre su funcionamiento en 2019 —abierto a posibles compensaciones—, la posibilidad de prorrogar este mecanismo más allá de 2020, y una evaluación permanente del mercado del plátano y el estado del sector para detectar problemas y obrar en consecuencia, son suficientes para ahuyentar la única incertidumbre asociada a este Acuerdo. Por eso, me alegro del acuerdo alcanzado hoy, que analizaremos y votaremos posteriormente.

Por lo demás, creo que esta incorporación es una buena noticia. Para empezar, consolida la estabilidad, mejora la situación de los derechos fundamentales y aporta garantías sociales y medioambientales al desarrollo que va a propiciar en toda la zona. En segundo lugar, beneficia a muchos ciudadanos de estos países que viven allí y a quienes se han convertido en nuevos europeos. En el País Vasco, por ejemplo, la colonia ecuatoriana es la más numerosa de las que agrupan a los nacionales de otros Estados que han decidido construir allí, con nosotros, sociedad y país. Por último, el Acuerdo va a unir la Unión Europea a estos positivos efectos y debe colaborar en la consolidación de nuestra presencia e influencia en una región de América que lleva años asomándose con interés a la zona Asia-Pacífico.

Finalmente, subrayo que activar este Acuerdo es urgente para que Ecuador pueda afrontar mejor el pernicioso efecto de tres coyunturas: el descenso de los precios del petróleo, la apreciación del dólar y la depreciación de las monedas vecinas, con los efectos que esto ha tenido sobre la economía ecuatoriana, cuyas exportaciones han caído en un 30 %; el terremoto del mes de abril, que produjo cerca de 30 000 víctimas y daños cuya reparación requerirá invertir una cantidad equivalente al 3 % del PIB ecuatoriano; la progresión de la renta del país, que ha pasado esta franja. Por lo tanto, apoyamos por todas estas…

(El presidente retira la palabra a la oradora)

Younous Omarjee, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, par la mobilisation du Parlement européen en faveur des régions ultrapériphériques, nous avons réussi, dans le trilogue de cet après-midi, à obtenir des avancées pour la protection des bananes des RUP, et je veux ici remercier tous ceux qui y ont contribué: les collègues du Parlement européen, en particulier le rapporteur, le Conseil et aussi, bien sûr, la Commission européenne, qui a pris toute sa part.

Mais convenez aussi que la bonne méthode aurait été d'intégrer très en amont ces demandes.

Souvenez-vous, dans l'accord concernant le sucre avec le Viêt Nam, pour La Réunion, nous avons dû agir aussi au dernier moment, dans un contexte devenu très tendu et menaçant.

C'est pourquoi, je pense, Madame la Commissaire, que le moment est venu de nous retrouver autour d'une table, députés des RUP et vous-même, pour dessiner les contours d'une politique commerciale qui puisse prendre en compte les intérêts des RUP sur la base de l'article 340.

Tiziana Beghin, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, l'accordo di libero scambio che abbiamo firmato con Colombia e Perù nel 2012 sarà esteso all'Ecuador dopo il voto di questo Parlamento.

Il 2016 è stato un anno molto duro per questo piccolo paese sudamericano, il crollo del prezzo del petrolio di oltre il 60 per cento, la rivalutazione del dollaro, la svalutazione di altre monete sudamericane hanno avuto un forte impatto sull'economia e sulle esportazioni, che sono calate del 29 per cento. A questa crisi si è aggiunto il terremoto del 16 aprile che ha causato tre miliardi di dollari di danni.

L'accordo con l'Ecuador prevede un abbassamento graduale e asimmetrico dei dazi doganali e, a mio avviso, è una buona misura per aiutare questo paese in un momento difficile e rafforzarne la struttura economica. Le mie uniche perplessità rimangono però due: sono lieta, da un lato, dell'accordo raggiunto oggi circa la questione della concorrenza tra i produttori di banane ecuadoriani e quelli europei, in particolare delle isole Canarie, che rischiavano di essere schiacciati dalla produzione ecuadoriana che ricordiamo, in certi casi, non rispetta gli standard qualitativi europei. Adesso bisognerà valutare se l'accordo raggiunto oggi tuteli abbastanza gli agricoltori europei.

In secondo luogo, la mia preoccupazione riguarda il rispetto delle convenzioni ILO e la libertà di associazione in Ecuador, perché, sebbene il trattato sulla carta affermi di promuovere questi diritti, in realtà un rapporto dell'ITUC denuncia molti ostacoli legati alla libertà di associazione e organizzazione, in particolare barriere alla fondazione di organizzazioni sindacali, il sistema del sindacato unico in certi settori e i limiti degli accordi collettivi.

Se la Commissione sarà comunque capace di risolvere queste problematiche, questo accordo potrebbe diventare un buon esempio di come la politica commerciale dell'Unione possa funzionare per il benessere di tutti.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF.* – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, j'avais déjà eu l'occasion de vous parler de la charte de La Havane, je me répéterai à nouveau.

La charte de La Havane, après-guerre, a été rédigée pour parvenir à un monde de commerce libre et à la paix. Pour cela, il y avait les échanges équilibrés. Les excédents devaient être condamnés, comme les déficits. Il fallait donc équilibrer pour proposer un commerce équitable. Alors, oui au soutien ciblé pour les économies en difficulté, oui à la mise à niveau de ces économies, oui, enfin, à l'ouverture et au partenariat régional, oui à cette ouverture peut-être plus large, mais à la condition qu'on soit dans un *free trade* qui soit effectivement régulé.

Je crois que cela est très important si nous voulons que commerce rime avec paix et non pas avec guerre économique.

Gabriel Mato (PPE). – Señor Presidente, Señora Comisaria. Si este debate se hubiera producido hace algunas horas, mis palabras serían bien distintas. Les diría que en los acuerdos comerciales la factura la paga siempre el sector agrario, cosa que creo, además. Y también les diría que el plátano había sido abandonado y que solo importaba sacar adelante el acuerdo con Ecuador y no la cláusula de salvaguarda o el mecanismo de estabilización del plátano.

Pero, afortunadamente —y tengo que expresar mi agradecimiento a todos y, fundamentalmente, a la Comisaria, que se ha implicado en este tema—, en el último minuto hemos conseguido llegar a un acuerdo y a un compromiso. Un acuerdo que va a ir acompañado del acuerdo que hoy firmamos. Es decir, vamos a llevar adelante la cláusula; una cláusula que, desde luego, mejora de forma notable cláusulas que hemos tenido hasta estos momentos.

Frente a la falta de transparencia e información, frente a la inacción cuando se producían incumplimientos o frente a la incertidumbre, hoy establecemos con esta cláusula medidas que son muy importantes.

La alerta temprana cuando se alcanza el 80 % es algo fundamental, como también mejorar las estadísticas con la obligación de hacerlas públicas, o la evaluación del sistema, o ver si se ha producido un deterioro de ese mismo sistema —hacer un examen en el que se impliquen los Estados miembros, pero también el sector, que es parte fundamental de ello—, o reuniones periódicas con el mismo sector, o acción de la Comisión cuando se esté alcanzando el volumen del 100 %. Yo creo que si a eso le sumamos las evaluaciones de impacto, tenemos un buen acuerdo. El sector platanero siempre está amenazado, pero hoy está un poco más seguro, y eso es bueno para todos.

Karoline Graswander-Hainz (S&D). – Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin! Ja, Peru und Kolumbien haben schon das Handelsabkommen, das ist schon in Kraft, und jetzt kommt Ecuador dazu.

Ich möchte daran erinnern, dass wir vonseiten des Parlaments 2015 eine Entschließung verabschiedet haben, in der wir Forderungen gestellt haben, damit wir überhaupt einverstanden sind, dass Ecuador beitritt. In diesen Kernforderungen geht es um die Aufnahme von verbindlichen Nachhaltigkeitskapiteln, die sind uns sehr wichtig. Es geht um Menschenrechte, es geht um die IAO-Arbeitsnormen, es geht um die multilateralen Umweltübereinkommen. Da müssen wir wirklich darauf pochen, dass sie eingehalten werden.

Leider hören wir nun vonseiten der *NGO* und auch von Menschenrechtsaktivisten, dass in Ecuador nicht alles so gut funktioniert, wie wir uns das vorstellen. Es kommt immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen. Es kommt auch vor, dass man Probleme mit dem Recht auf Versammlungsfreiheit hat und dass sich Gewerkschaften auch nicht gründen können. Also hier sehen wir ein großes Problem.

Ebenfalls bedauerlich ist es aber auch, dass die Implementierung dieses Nachhaltigkeitskapitels in Peru und Kolumbien noch nicht so funktioniert. Auch hier müssen wir mehr tun.

Ich bin der Meinung, dass es eben nicht nur Verhandlungen braucht, die man abschließt, und dann das, was auf dem Papier steht, dann schon passt. Wir müssen nachdem wir das Abkommen abgeschlossen haben, darauf pochen, dass es dann auch eingehalten wird. Hier bin ich ganz klar der Meinung, dass wir Sanktionen gegen Verstöße aussprechen müssen, dass wir auch ein Überwachungssystem haben müssen, Monitoringsysteme – damit wir all diese wichtigen Menschenrechte einhalten können.

Ich fordere die Regierungen von Ecuador und Peru auf, dass sie die Verpflichtungen und Zusagen wirklich ernst nehmen und auch einhalten, damit dieses Handelsabkommen für die Bevölkerung einen positiven Effekt hat, damit es Menschen- und Arbeitsrechte gibt, die man auch wirklich einhält.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Mr President, I am in favour of giving consent to the protocol permitting the accession of Ecuador to this trade agreement. In general, it will increase the EU presence in South America and, most importantly, it will improve our trade relations in the region.

This agreement will complete the regional dimensions of the Andean countries, which are now linked to the European Union. Also, the accession of Ecuador should bring more integration among the three partners. We can see that Ecuador is still benefiting, until the end of this year, from preferential access to the EU markets for its goods. If you look at Ecuador and the global picture, this was reported in the resolution of November 2015, which confirms the progress made by Ecuador in many areas, although some outstanding issues remain, such as complete press freedom.

So it is a process and we have to be encourage this process. The conclusion of this process, with the provisional entry into force of the protocol, will create a more stable economic relationship, founded on the provisions of this agreement.

Louis-Joseph Manscour (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, la baisse des tarifs douaniers à l'entrée sur le marché communautaire, prévue par les accords commerciaux conclus entre l'Union européenne et les pays producteurs de bananes d'Amérique du Sud et d'Amérique centrale, pourrait avoir des conséquences néfastes tant sur le marché européen que sur l'équilibre socioéconomique déjà fragile des régions ultrapériphériques. Cet accord avec l'Équateur, premier exportateur mondial de bananes, fait planer une menace directe sur la filière de la banane communautaire, pourtant la plus propre du monde.

Aussi, ce démantèlement tarifaire, qui s'établira bientôt à 75 euros la tonne sur les bananes sud-américaines entrant sur le marché européen, va plus loin que les concessions faites par la Commission à l'OMC en 2009. Malgré les légères améliorations – que je salue d'ailleurs – qui ont été apportées au texte lors du trilogue d'aujourd'hui sur le mécanisme de stabilisation pour les bananes prévu jusqu'en 2009, je ne peux me résoudre à donner un blanc-seing à cet accord, et j'en suis convaincu…

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Fernando Ruas (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, o acordo comercial cujas negociações foram concluídas em 2010 já se encontra em vigor entre a União Europeia e os seus Estados-Membros, por um lado, e o Peru e a Colômbia, por outro, desde março e agosto de 2013, respetivamente, e tem-se revelado mutuamente vantajoso para as duas partes.

Pretende-se, agora, que o Equador, enquanto país membro da mesma comunidade andina, seja também parte integrante deste acordo, ao qual se poderá juntar ainda a Bolívia.

No entanto, somando à sua vulnerabilidade económica e social, o país foi atingido por um terramoto no passado mês de abril.

Sou, contudo, favorável à adesão deste país ao acordo comercial entre a União Europeia e a Comunidade Andina, não por razões conjunturais ou como resposta a cataclismos naturais, mas porque este acordo permitirá ao país prosseguir o seu caminho de crescimento e desenvolvimento económico, social, laboral e ambiental, de forma mais sustentada e orientada para os verdadeiros interesses dos cidadãos, intensificando, simultaneamente, as suas relações com o nosso Continente, que assim tem possibilidades de reforçar o seu peso político, económico e financeiro nesta zona do globo com a qual possuímos forte relações históricas, culturais e diplomáticas.

Não obstante, convém não esquecer que o Equador é o maior exportador de bananas do mundo, pelo que a sua adesão ao acordo poderá ter um impacto significativo para os produtores comunitários situados nas regiões ultraperiféricas europeias.

Considero, por isso, fundamental que, em paralelo, se aprovem rapidamente as alterações ao regulamento 19 e 20/2013 sobre a aplicação ao Equador da cláusula de salvaguarda e do mecanismo de estabilização para a importação de bananas no território europeu, hoje acordadas.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Ecuador sta affrontando una grave crisi in cui il crollo del prezzo del petrolio dell'oltre il 60 per cento ha prodotto una contrazione delle importazioni del 30 per cento ma, più importante, il paese deve ancora ricostruire i danni di un terremoto terribile, in cui sono morte più di 360 persone e che ha lasciato danni per tre miliardi di dollari. Serve rafforzare un sistema economico al momento veramente instabile.

Accedere all'accordo commerciale che l'Unione ha già firmato con Colombia e Perù sarebbe una vitale occasione di sviluppo per l'Ecuador, uno sviluppo sostenibile ed economico che deve però essere necessariamente legato allo sviluppo sociale e democratico. L'apertura all'accordo commerciale deve costituire un'occasione di dialogo negoziato e vigilanza anche su temi sensibili, come libertà di stampa, tasto dolente in un paese che in tre anni ha avviato più di 900 procedimenti contro giornalisti di opposizione.

Il Parlamento europeo allora sostenga l'accordo, ma lo vincoli assolutamente al rispetto dei diritti dei lavoratori, oltre che alla libertà di espressione e di informazione.

Catch-the-eye-Verfahren

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, htio bih jasno podržati ovaj sporazum zato što ćemo, jednostavno govoreći, imati šansu da manje govorimo o siromaštvu, o problemima u zemljama s kojima želimo imati partnerske i dobre odnose. Ekvador je jedan od tih primjera. Možda je to na svoj način i Uzbekistan bio malo ranije, ali to su modeli, to su načini kako ćemo u ovoj auli manje govoriti o problemima na svijetu, kako ćemo govoriti manje o siromaštvu i humanitarnoj pomoći koju dajemo.

Ovo je odličan primjer u kojem Europa pokazuje svoju volju i otvorenost, a na kraju krajeva i svoju ekonomsku snagu – zašto to ne reći? – pogotovo zato što je ovdje postignut i dogovor s europskim proizvođačima banana. U tom kontekstu mislim da je ovo hvalevrijedan dogovor i očekujem naravno da će Komisija ispuniti sva očekivanja Parlamenta.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'ingresso dell'Ecuador nell'accordo commerciale con tra Unione europea, Colombia e Perù è sicuramente una tappa importante nelle nostre relazioni e per il futuro del paese, ma devo sottolineare che potrebbe peggiorare ancora di più la grave situazione dei *bananero* ecuadoregni che lavorano nelle piccole *fazenda* e ai quali è proibito il diritto di associarsi liberamente a livello settoriale.

Io stesso, di recente, sono stato a Quito e ho incontrato alcuni dei rappresentanti del sindacato ASTAC, gli stessi che molti di noi avevano già incontrato a Bruxelles e che mi hanno illustrato la situazione lì sul campo in Ecuador. Sono migliaia i *bananero* che lavorano in centinaia di piccole *fazenda* dell'Ecuador, minacciati di morte per il solo fatto di aver chiesto il rispetto dei diritti umani e migliori condizioni di lavoro.

Non possiamo permetterci un altro assegno in bianco sperando in un miracolo, ma dobbiamo fare attenzione. Commissario, l'Unione europea deve pretendere la libertà di associazione dei *bananero* ecuadoregni prima che l'accordo commerciale sia attivo.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you and thank you all for your support for this agreement. It is true that this agreement has the potential to go far beyond trade, as many of you mentioned. We have become partners with Ecuador and have radically upgraded the nature of our bilateral relationship and our coinciding visions for sustainable development. This is because both of us are committed to a comprehensive vision of sustainable and inclusive development and the improvement of human rights.

There is work to be done here in Ecuador – absolutely – but with this agreement we create a platform to discuss and support Ecuador, as well as to make sure that the benefits of the agreement will really be distributed across Ecuadorian society in an inclusive way. Ecuador is committed to complying with core labour standards and international environmental agreements.

I am looking forward to working together with Ecuador in order to create positive dynamics and to make the agreement successful for economic operators, consumers, citizens and civil society in the larger sense. I hope that the European Parliament will not only support the agreement tomorrow, but also – as many of you said – during its implementation phase. That is the most important thing. I hope that when you have had the possibility to study the details of the agreement in the trilogue on bananas and the safeguard mechanism, you will be assured to see that your concerns have been taken into account.

The Commission will monitor this and its implementation. We look forward to continuing to work with the European Parliament on this. If you allow me Mr President, and as this is my last appearance this year in the plenary, may I wish you, Mr President, and the Members of this House a Merry Christmas.

Der Präsident. – Vielen Dank, Frau Kommissarin Malmström! Ihre Weihnachtswünsche erwidere ich sehr herzlich. Ich hoffe, Sie haben auch die Gelegenheit, sich zwischen den Jahren ein wenig zu erholen und zur Besinnung zu kommen. Ich freue mich, wenn wir uns im Neuen Jahr in neuer Frische wiedersehen.

Helmut Scholz, *Berichterstatter.* – Danke, Herr Präsident, dem kann ich mich nur uneingeschränkt anschließen.

Auch ich wünsche der Frau Kommissarin einige erholsame Tage über die Weihnachtsfeiertage und den Jahreswechsel. Ich möchte mich auch bei allen anderen Kolleginnen und Kollegen für die intensive Zusammenarbeit an diesem Abkommen – über Jahre hinweg – bedanken. Ich möchte mich auch bei der Schattenberichterstatterin von der grünen Fraktion bedanken, Frau Keller, die gerade an ihrer Fraktion zur Vorsitzenden der Fraktion gewählt wurde und deshalb hier nicht in dieser Aussprache teilnehmen kann.

Deshalb seien mir noch zwei Bemerkung gestattet: Bei allem Verständnis für Kolleginnen und Kollegen, die diesem Abkommen nicht zustimmen, weil es ebendie prinzipielle Freihandelslogik nicht aufgibt, weil die Kräfteverhältnisse eine progressive Entwicklung auszuhöhlen drohen, weil vieles komplizierter und nicht leichter wird, möchte ich nur betonen, dass ich im Kontext der heutigen historischen und aktuellen Entwicklungen in Südamerika die Regierung Ecuadors unterstütze.

Unser Parlament und sein Handelsausschuss stehen – so wie schon gesagt wurde – in der Verantwortung, in den nächsten Jahren kontinuierlich die wirtschaftlichen und sozial-ökologischen Folgen des Abkommens zu evaluieren. Wenn es sich als notwendig erachtet, werden wir entsprechende Änderungen auch am Abkommen fordern. Das Europäische Parlament wird in Bezug auf die Handelszusammenarbeit auch mit Ecuador, wie bei allen anderen Abkommen, seine Verantwortung nicht mit der Ratifizierung ablegen, sondern dessen Umsetzung im Alltag aktiv begleiten. Im Handelsausschuss haben wir dort mit den Monitoringgruppen auch die entsprechenden Strukturen geschaffen.

Noch ein Gedanke aus der Debatte jetzt: Ich glaube, wenn wir über Arbeitsplätze in Bananen produzierenden Regionen und Gebieten der EU diskutieren, über Schutzklauselabkommen – gut, dass wir den Trilog geschafft haben – heißt das aber auch, dass wir genauso darüber nachdenken müssen, was das für die Arbeitsplätze, für die Produktion in den betroffenen Drittländern zu bedeuten hat. Also wie schaffen wir gemeinsam solche Vereinbarungen, die fairen Handel, die soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards ermöglichen und damit einen gemeinsamen Beitrag zur Entwicklung leisten? Wir müssen nämlich nicht nur vor unserer Tür kehren, auch dort müssen wir nachschauen, und es ist eine gemeinsame Verantwortung, diese Aufgabe in Zukunft verantwortungsbewusst zu gestalten. Danke, und ich hoffe, dass morgen sehr viele Abgeordneten zustimmen.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 14. Dezember 2016, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Carolina Punset (ALDE), *por escrito*. – Una vez más, los acuerdos internacionales benefician ampliamente a los grandes y perjudican a los pequeños. Las multinacionales estadounidenses (Chiquita y Dole) serán esta vez las grandes beneficiadas, ya que su producción es mucho más competitiva que la de los pequeños productores latinoamericanos y mucho menos sostenible que la de los productores europeos. Hay que recordar que los Estados Unidos denunció a la Unión por eximir de aranceles a los países ACP, desencadenando una guerra en Tribunales de arbitraje que concluyó con este acuerdo al que hoy se suma Ecuador, el mayor exportador de banano del mundo. En este sentido tenemos que destacar la clasificación del cultivo del plátano en Canarias y de otras zonas periféricas de Europa como cultivo sensible, ya que las exigentes normas que la Unión impone a sus productores en materia social y medioambiental, nada tiene que ver con los mínimos con los que se cultiva en muchas explotaciones industriales de Sudamérica. Por este motivo, exigiremos a la Comisión la activación de los mecanismos de salvaguarda y estabilización para prevenir cualquier acoso a nuestras producciones locales, que dan trabajo directo a más de 30 000 ciudadanos europeos.

17. GAP-Instrumente zur Verringerung der Preisschwankungen auf den Agrarmärkten (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht über GAP-Instrumente zur Verringerung der Preisschwankungen auf den Agrarmärkten von Angélique Delahaye im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (2016/2034(INI)) (A8-0339/2016).

Angélique Delahaye, *rapporteure*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, je tiens tout d'abord à remercier les rapporteurs fictifs, leur bureau, les conseillers politiques et, bien sûr, le secrétariat, pour leur travail et la préparation en plénière de ce vote.

Il s'agit de mon premier rapport en tant que parlementaire européen et c'est un honneur pour moi d'avoir été rapporteure sur ce texte tant attendu par les agriculteurs européens. Face à la violence de la crise et à la désespérance du monde agricole, il était en effet urgent de se saisir de la question de la volatilité. Les représentants élus des peuples européens ne peuvent pas rester silencieux quand l'agriculture se meurt.

L'ambition de mon mandat de député européen a été de porter d'abord des solutions aux agriculteurs européens. Nous le savons, chez les agriculteurs, l'Europe est vue plus comme une source de problèmes que comme une solution. C'est fort logiquement qu'il nous revient, en tant que députés, d'apporter des réponses.

Demain, ce sera l'occasion, pour ce Parlement, de montrer aux agriculteurs européens que l'Europe est utile pour eux et que les députés européens sont conscients de leur situation. Non, nous ne sommes pas hors sol. Non, nous ne sommes pas déconnectés des réalités. Non, nous n'acceptons pas passivement le déclin de l'agriculture européenne. Au contraire, nous sommes en relation continue avec le monde agricole, auquel j'appartiens, comme d'autres députés ici. Nous sommes conscients de la catastrophe qui nous menace. Oui, nous sommes conscients des suicides des agriculteurs au quotidien. Oui, nous connaissons la désespérance des agriculteurs. Oui, nous sommes indignés que les personnes travaillant à nourrir leurs concitoyens meurent dans l'indifférence générale.

Je ne suis pas venue au Parlement pour me croiser les bras et assister, impuissante, à la mort de notre agriculture. Ce n'est pas ma conception de la politique. Je suis ici pour me battre, me battre pour l'agriculture, car, oui, chers collègues, il s'agit d'un véritable combat à mener. C'est dans cet esprit que je vous propose le vote de mon rapport sur les outils de la PAC pour lutter contre la volatilité des prix. Mon objectif est simple: amener la Commission à nous faire des propositions pour lutter contre la volatilité des prix.

Les grands axes de mon rapport sont les suivants: le renforcement de la contractualisation entre les différents acteurs de la chaîne alimentaire, l'orientation de la PAC vers des outils de gestion de risque, la création d'observatoires de prix et le renforcement de ceux existant pour rendre les marchés plus transparents et, enfin, l'amélioration des outils de gestion de crise pour pouvoir répondre plus rapidement et plus efficacement aux situations d'urgence vécues par les agriculteurs. Ces orientations ont été largement soutenues par mes collègues députés à la commission agriculture. Je tiens ici, une fois de plus, à remercier les rapporteurs fictifs pour l'esprit de conciliation et de respect dans lequel nous sommes arrivés à ces compromis.

À cet instant, l'adoption de ce rapport coïncide avec un alignement des planètes. En effet, le rapport de la task force remis à la Commission européenne sur les marchés agricoles, publié le 14 novembre dernier, arrive aux mêmes conclusions que les nôtres. Le rapport sur la volatilité des prix adopté au Comité des régions, la semaine dernière, fait les mêmes propositions. C'est l'occasion pour porter haut et fort la voix du Parlement.

C'est, encore une fois, un immense honneur pour moi, agricultrice, d'avoir été rapporteure d'un sujet si important dans un moment comme celui-ci. À la lecture des deux rapports, je suis amenée à vous proposer les deux amendements de plénière suivants, pour lesquels je compte sur votre soutien. Le premier sur la mise en place d'un cadre législatif pour lutter contre les pratiques commerciales déloyales, le second sur la prévalence de la PAC sur le droit de la concurrence européen, l'un et l'autre étant sources de volatilité des prix. Ils ont donc toute leur place dans ce rapport.

Enfin, la semaine dernière, le président Juncker et vous-même, Monsieur le Commissaire, avez annoncé l'adoption, avant la fin de l'année 2017, d'une communication sur l'avenir de la politique agricole commune. Nous ne pouvons que nous réjouir de voir la Commission enfin se mettre au travail sur cette question. Je formule le souhait, peut-être ambitieux, mais pas irréaliste, que ce rapport puisse servir de base de réflexion pour les propositions à venir de la Commission, en vue de la prochaine politique à l'horizon 2020. Je suis heureuse et fière de prendre part à ce chantier européen de premier plan.

Je compte donc sur vous, chers collègues, pour soutenir mon rapport, demain, afin qu'il pèse sur les propositions à venir de la Commission. La partie la plus importante du travail est devant nous, le plus dur reste à faire.

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Phil Hogan, *Member of the Commission*. – Madam President, I wish first of all to thank Ms Delahaye and the shadow rapporteurs for all the work that they have done in producing this report, as well as Mr Ali for the opinion provided on behalf of the Committee on Budgets. I would like to congratulate you, Ms Delahaye, on achieving your first parliamentary report.

This report comes at a very good time, when the Commission is preparing a communication for adoption next year on the modernisation and simplification of the CAP, as announced by President Juncker at the Agricultural Outlook conference last week. I have identified three principles which I believe should guide the new CAP: market resilience, more sustainable agricultural production and progress on generational renewal. The issues that are raised in this report go to the heart of the debate about the future of the CAP by asking how best to deal with risks and crises in agriculture and reflecting on the whole range of public policy instruments that are currently available. I want to assure Ms Delahaye that we will fight together for farmers' livelihoods and that we are on the same political page in this regard.

I fully agree with the central thesis of this report that we need to maintain sustainable agricultural production in Europe, and for this we need to seek efficient ways to ensure farmers can cope with risks and crises. We all know that risks and crises are inherent in agricultural production, and farmers have consistently demonstrated resilience in the face of adversity. Despite this resilience in the market orientation of the CAP, there continues to be clear justification for a formal public intervention, either at the level of the Member States or of the European Union, in order to support our farmers. Several interventions by farmers and stakeholders at last week's European Union Agricultural Outlook conference demonstrated the importance of this message.

The report quite rightly acknowledges that the CAP has evolved over time and in line with the needs of European farmers and society, and in response to the challenges of the day. However, during the past two years we have experienced particular difficulties in the dairy, pig-meat and fruit and vegetable sectors in particular. Thankfully, we are now seeing a recovery in those markets, not least as a consequence of the robust actions that have been taken by the European Commission. In response to the crisis in various sectors, we have deployed virtually the full toolkit that is available under the Common Market Organisation and mobilised in excess of EUR 1.5 billion extra resources. If we take the example of the mill sector, as many as 24 regulations have been adopted between September 2014 and September 2016. These measures adopted included the opening, extension and enhancement of private storage aid schemes, the

extension of public intervention periods and fixed price ceilings, the granting of targeted aid for our livestock farmers, the authorisation of collective agreements on the planning of milk production, and even the introduction of a milk production reduction scheme. We will also remember that we managed to find synergies between the migration and agricultural policies to make sure that milk is distributed to school children in Syria.

There are also other instruments available to help market actors to become more resilient and sustainable by their own means. I am referring here to the significant progress in market transparency that has been made over the past two years, with dashboards being developed for the main agricultural products, and observatories being established for milk, pigmeat, beef and veal to give market signals to our farmers and our agribusinesses.

Building on the work of the Milk Market Observatory, these have been a good success in terms of providing accurate and timely information to all of our operators so that they can make market-led and good decisions. The experience has also raised some questions, of course, about the effectiveness of the toolkit available. Our responsibility as policymakers is to create an adequate framework to help the farming sector to successfully deal with risks and crises by enhancing its resilience.

In my view, there are a number of questions we need to ask ourselves: do the existing tools allow us to act where needed, and to do so quickly enough? Should farmers have greater built-in measures to help them in times of crisis on the basis of a risk management approach? And do producers and processors have the ability to diversify their markets, or to find new markets in times of market loss? These are questions, perhaps, that indicate to us the existing tools are not perfect. So we have to continually look at the variety of instruments at our disposal in order to try and improve them. One of those ways is through the provision of a basic income support in order to help farmers within an effective safety net. This will continue as an essential element of any new CAP through a system of direct payments, something which Ms Delahaye's report calls for.

You will by now be familiar with report of the Agri-Market Taskforce whose recommendations have been well received. Several of these recommendations, for instance those on market transparency, the improved functioning of producer organisations, as well as risk management, go hand in hand with the concerns that have been expressed in this report. I welcome and look forward to the hearing which the Committee on Agriculture and Rural Development will hold next month on the Agri-Market Taskforce report. The recommendations contained in Ms Delahaye's report will form part of the debate on the future of the CAP, particularly in relation to the adequacy of the existing risk and crisis management tools. In addressing the adequacy and use of these tools, we should consider any obstacles which prevent or discourage their use.

This report, then, is a valuable contribution to the debate and I acknowledge the emphasis which the report places on the importance of a common policy. In this context of preparing a new CAP which aims to modernise and simplify the policy, I can assure the House that my services will examine this report very carefully and ensure that appropriate account is taken of it and its recommendations.

Nedzhmi Ali, *rapporteur for the opinion of the Committee on Budgets*. – Madam President, Commissioner Hogan, dear colleagues, the volatile prices in the agricultural market can have a strong negative impact on the food security of consumers, incomes of farmers and the well-being of entire countries. This volatility can be caused by a combination of the economic and natural factors and can be intensified by the broad political and legislative environment and speculation on agricultural products.

In order to overcome the negative consequences of the price volatility in this important sector of the economy, some measures could be introduced as follows: firstly, rural development programmes should be used more broadly to contribute towards insurance, mutual funds and income stabilisation schemes for farmers. Secondly, improving synergies between the CAP and other EU policies, in particular regarding energy, water supply, land use, biodiversity and ecosystems, as well as development of remote and mountainous areas.

Thirdly, the creation of a system to protect the farmers' incomes through the use of risk management tools. And last but not least, better monitoring the significant price volatility of agricultural products by improving the European food price monitoring tools and using the information to make an adequate and timely response.

Herbert Dorfmann, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! In der Tat ist Volatilität der Preise eines der ganz zentralen Probleme, die Bauern haben, und je mehr wir Marktinstrumente aus der GAP herausnehmen, wie zum Beispiel Quoten, umso größer wird logisch auch die Gefahr für Volatilität. Das haben wir auch in den letzten Monaten und Jahren ganz deutlich erlebt. Wenn man in die Zukunft schaut, ist es relativ leicht absehbar, dass auf den Märkten die Volatilität nicht abnehmen, sondern zunehmen wird.

Deswegen gebe ich Ihnen, Herr Kommissar, völlig Recht, dass wir Instrumente brauchen, um diese Volatilität zu bekämpfen. Ein Instrument – Sie haben es auch angesprochen – könnten Versicherungen sein und Fonds auf Gegenseitigkeit. Und da haben wir in der Tat heute in der Gemeinsamen Agrarpolitik schon Instrumente in der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik. Ich komme aus einem Land und einer Region, wo es wahrscheinlich die höchste Dichte an Versicherungsverträgen in der gesamten Europäischen Union gibt. Wenn ich mir die Komplexität ansehe, die Schwierigkeit der Regeln, die wir geschaffen haben, die Bürokratie, die wir geschaffen haben, da wird mir zum Teil regelrecht schlecht. Wir geben Hunderte von Millionen pro Jahr aus, um Versicherungsverträge zu unterstützen, und ernten gleichzeitig sehr oft eine Nichtakzeptanz der Bauern. Ich gebe Ihnen, Herrn Kommissar, völlig Recht: Wir müssen uns die Instrumente, die wir haben, anschauen und schauen, wo sie verbessert werden können, wo sie entbürokratisiert werden können und wo sie leichter zugänglich gemacht werden können.

Nicola Caputo, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, grazie Commissario per la disponibilità e grazie anche all'onorevole Delahaye per la disponibilità al confronto che abbiamo avuto in queste settimane di lavoro.

La volatilità dei prezzi dei prodotti agricoli è una delle cause principali della drammatica situazione in cui versa l'agricoltura europea e le previsioni non sono rassicuranti. La globalizzazione, l'instabilità e la sofisticazione dei mercati agricoli, la crescente variabilità dell'offerta per effetto dell'instabilità climatica, l'aumento dei rischi sanitari e il fragile equilibrio della filiera alimentare continueranno a incidere negativamente sull'esposizione degli agricoltori alla volatilità dei prezzi.

È necessario adottare una politica più incisiva, con strumenti mirati volti a garantire una produzione agricola sostenibile, accompagnata da prezzi equi e remunerativi in grado di attenuare gli effetti negativi sugli agricoltori dell'esposizione alla volatilità dei prezzi. È utile evidenziare che, mentre l'Unione europea riduce il sostegno strategico all'agricoltura, i suoi concorrenti sul mercato mondiale, gli Stati Uniti, il Brasile, la Cina, introducono sostegni finanziari pubblici significativi e crescenti per sviluppare nuovi modelli di politica sui rischi e per fornire strumenti in grado di proteggere i loro agricoltori dagli effetti negativi della volatilità dei prezzi.

Se vogliamo tutelare la nostra agricoltura dobbiamo modificare l'approccio tradizionale. Il potere negoziale dei produttori va rafforzato nella filiera alimentare mediante contratti scritti standard, trasparenti, equilibrati e negoziati collettivamente, allo scopo di contrastare le pratiche commerciali sleali, promuovere la competitività e assicurare la stabilità dei redditi.

Per tutelare le imprese agricole in una PAC orientata al mercato è necessario sviluppare ulteriormente gli strumenti di gestione del rischio climatico, sanitario ed economico, gli strumenti di stabilizzazione del reddito, i meccanismi di accantonamento individuale, i fondi di mutualità e gli strumenti di stabilizzazione del reddito. Bisogna fare di più anche in termini di sensibilizzazione e formazione, relativamente agli strumenti esistenti di gestione del rischio.

Invito la Commissione ad adottare, in stretta cooperazione con le autorità nazionali e le associazioni di agricoltori, un piano di sensibilizzazione degli strumenti di gestione del rischio disponibili, nel quadro del secondo pilastro della PAC. Gli aiuti anticiclici costituiscono una vera novità della proposta di risoluzione che discutiamo, essi intervengono a sostegno del reddito degli agricoltori quando annate sfavorevoli comprimono il loro reddito e costituiscono uno strumento chiave e innovativo per la *policy* europea che, spero, la Commissione europea possa valutare adeguatamente, prevedendo maggiore flessibilità nei bilanci annuali o meccanismi finanziari in grado di consentire all'agricoltore europeo di ricevere la differenza tra un prezzo obiettivo ed il prezzo effettivamente ricevuto dal mercato.

Anche l'accesso al credito per gli agricoltori va agevolato, si deve favorire un maggiore ricorso agli strumenti finanziari, eventualmente con l'intervento della BEI, che potrebbe partecipare alla messa a punto di un meccanismo di garanzia dei crediti per gli agricoltori europei. Gli agricoltori europei non possono più aspettare, né continuare a pagare lo scotto di periodi prolungati di prezzi bassi. È giunto il momento di difendere gli agricoltori europei dalla volatilità dei prezzi, rafforzando il loro ruolo nella filiera alimentare al fine di garantire che ricevano il giusto compenso per i loro prodotti.

Julie Girling, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, I would like to thank the Commissioner for being with us. I have been in this Parliament since 2009. Not so long, compared to some of you, but it seems longer sometimes and I cannot remember any point during this time when we have not been talking about at least one sector of agriculture being in crisis. Price volatility has a big impact on agriculture, and it can lend itself to exacerbating these crises. As an industry, it is very difficult to take collective action to hedge or insure against the effects of volatility. The agricultural industry is made up of a myriad of players. Unlike many other strategic industries, it does not have the structure to act together.

Traditionally, the CAP has attempted to deal with this problem by market intervention measures and, as CAP has been reformed, more emphasis and more budget has been given to direct payments to support farmers' decoupled incomes, in some way trying to use that as a mechanism for riding volatility. But has this worked? I suggest not, as we have these continuing crises. This report lays out a number of tools that can be used, but frankly, I do not see that any of them are new. Price intervention – not new; crisis reserve – not new; risk management tools and mutual funds in pillar 2 – that is not new, and the encouragement of producer organisations is not new either. That is not because we are all very dull people who cannot think of new things; it is because we really have tried most of the options available to us. These already exist. The report calls on further development of these tools and this is welcome, but what else can we do? There is no level playing field as Member States have huge flexibility in how they apply pillar 2 support, but I do not think we should take that flexibility away. They also have huge differences in how much pillar 2 support they actually get.

In order to redress these imbalances, the answer is not necessarily more money as suggested in a number of places in this report, but perhaps a complete review and reallocation of the CAP funding based on today's data and designed to tackle today's problems, including price volatility. If we continue to work on a historic basis, we will be doing European agriculture a disservice, giving no incentive to move forward. My group believes that the best way to help farmers ride the rollercoaster of price volatility is to increase their efficiency and encourage their profitability.

Ivan Jakovčić, *u ime kluba ALDE*. – Gospođo predsjednice, prije 30 godina, za vrijeme studija, učili su nas da su upravo poljoprivredni proizvodi podložni daleko najvećoj nestabilnosti. Mogu razumjeti da je to bilo prije 30, 40, 50, 100 godina, ali ipak ne mogu razumjeti kako i dan danas još uvijek moramo o tome govoriti. Danas kada imamo sva saznanja, kad imamo sve moguće mehanizme na raspolaganju, mi i danas opet pričamo o istoj temi koju smo svi zajedno učili prije 30 godina, barem oni koji se bave ekonomijom ili poljoprivredom.

Dakle, ono što Vam želim reći, gospodine povjereniče, je činjenica da mi moramo za našu poljoprivredu učiniti još više, učiniti još puno, puno više. I nemojmo zaboraviti da su zemlje kao što su Sjedinjene Američke Države, kao što su Kina ili Brazil odlučile ozbiljno ulagati u poljoprivredu. S izborom gospodina Trumpa koji se želi posvetiti prvenstveno svojoj državi, barem tako kaže, može se očekivati da će politika SAD-a biti još više usmjerena k podršci industrije i poljoprivrede u Americi. Prema tome, imat ćemo i te kako o čemu raspravljati narednih godina, ako svojski ne podržimo našu poljoprivredu.

Ali tu nije samo pitanje nas unutar Europske unije, odnosno nas na nivou Europske unije, nego želim govoriti o zemljama članicama, ali želim govoriti i o regionalnim i lokalnim vlastima, o svim mehanizmima koju su nam na raspolaganju jer nisu nam na raspolaganju samo mehanizmi kojima Vi upravljate, gospodine povjereniče, ili Europska komisija. Na raspolaganju nam je mnogo mehanizama i mnogo alata. I zato želim govoriti o problemima s kojima se suočavamo u ovom trenutku kada govorimo o potrebi zaštite naše poljoprivrede i pogotovo kada govorimo o onome što je upravo sada ponuđeno od strane gospođe izvjestiteljice, a to je novi amandman koji želi jasno govoriti o nepoštenim trgovačkim praksama. Od polja do trgovine imamo previše nepoštenja prema našim poljoprivrednicima i zato Vas pozivam da zaista učinite sve da naša poljoprivreda dobije odgovarajuću zaštitu.

Luke Ming Flanagan, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Madam President, the fundamental reason for the volatility in agricultural markets is the globalisation of our food supply, and allowing speculation on world commodity markets to dictate prices to the detriment of the primary producer. Using financial instruments in CAP for managing price risks, rather than reducing and addressing the causes of price volatility, ignores the reality. The financialisation of our food supply, where you have highly organised financial institutions with access to information exerting control over fragmented producers, the level of support they get and therefore food supply, is another step along the road of locking farmers into a treadmill of debt and below-cost production. It is the normalisation of a form of slavery for the farmers.

Farmers themselves have to realise that the best long-term solution to price volatility would be product diversification, and for them to focus on what the market required and not to buy into the spin of the vested interests and to engage in a race to the bottom for the benefits of multinationals. Trade agreements such as CETA, TTIP and Mercosur further increase problems by exposing farmers on both sides of the Atlantic to increased pressures that they simply cannot bear. When we hear of the positives, we hear about positives for the agri-food industry. This does not necessarily mean positives for the farmer. Whether these trade agreements will bring difficulties in a financial sense or in a mental health sense because of extra competition, it is not going to be worth it. On basic income we need that, not just in farming but in a lot of different sectors. Mechanisation will make sure of that.

Bronis Ropė, *Verts/ALE frakcijos vardu*. – Klimato kaita, globalizacija, rinkų nestabilumas, nesąžininga verslo praktika – tai tik kelios kainų svyravimų priežastys, su kuriomis susidursime ir ateityje. Esant šioms sąlygoms, mes privalome siekti, kad mažiausi, ypač šeimos, ūkiai išliktų, nes jie užtikrina darbo vietų kūrimą nutolusiuose regionuose, palaiko kaimo gyvybingumą.

Kaip žinia, tiesioginės išmokos yra prognozuojama ir fiksuota ūkio pajamų dalis, kuri ypač svarbi krizių metu. Tiesioginės išmokos leidžia ūkininkui planuoti šią pajamų dalį, ūkininkas tiksliai žino, kada ir kiek, kokių išmokų gaus, tačiau dabar esantys tiesioginių išmokų netolygumai iškreipia rinką. Apgailestauju, kad pranešime nebuvo atsižvelgta į esminę Biudžeto komiteto pastabą, jog, siekiant užtikrinti vienodas konkurencijos sąlygas bendrojoje rinkoje ir tvarų žemės ūkio išteklių naudojimą Europos Sąjungos mastu, būtina suvienodinti tiesiogines išmokas tarp valstybių narių. Gamybos kaštai visoje Europoje yra panašūs. Tai ar ne laikas parodyti, kad Europos Sąjunga yra solidari ir vienodai vertina kiekvieno savo ūkininko darbą, nesvarbu kur jis dirbtų?

Kitas svarbus pasiūlymas – ūkininkų švietimas. Vengiant krizių, svarbu ūkininkus šviesti, kaip išvengti, sumažinti krizių poveikį, kaip tinkamai pasirinkti priemones ir neeikvoti resursų, o užtikrinti darnų ūkininkavimą.

John Stuart Agnew, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, volatility is a fact of life in farming and we have seen this work to positive effect quite recently. The sugar beet price is going up; all the surplus beet that farmers produce in the UK this season will be paid for at the full price. Next year there is going to be a higher price. For milk, the price is going up. It does work that way around.

In October farmers sowed a wheat crop. In that month they had the opportunity to sell that crop for GBP 130 a tonne for the following November, 13 months later. They had that opportunity because of a futures market. They could also, by using a futures market, have bought an option to have sold their crop for GBP 130 per tonne; that would cost them GBP 7 per tonne. In other words, they were guaranteed a rock bottom price of GBP 123 per tonne. If the price was higher than that they could take it. But futures depend on speculation: one-third speculators, one-third producers, and one-third users of the commodity; it has to be in that ratio. But the EU, through its MiFID legislation, is trying to get rid of the speculators. It is trying to de-speculate. If you de-speculate the futures market then you do not have a futures market and so the farmers cannot benefit.

Things sort themselves out. The potato futures market collapsed 20 or 30 years ago because it was over-speculated; this can happen. Of course we have another tool and the Commissioner did mention it: the annual farm payment, whatever you like to call it. In poor years, well, this is your prop – what you lean on. In good years, it is a chance to re-invest in your business. So the combination of futures markets and the single farm payment should keep most farmers going along pretty nicely. Remember, farmers are businessmen, they are in there to take risks and make a good profit. They are not the employees of the state working on nationalised land.

Angelo Ciocca, *a nome del gruppo ENF.* – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il mestiere dell'agricoltore è un mestiere fatto di passione, fatiche, sacrifici e maestria e questi palazzi, purtroppo, non hanno ancora imparato a rispettare questo mestiere. Il rispetto dell'attività agricola non può e non deve essere uno slogan elettorale, ma deve concretizzarsi dentro gli atti di questi palazzi europei, deve concretizzarsi dentro la PAC, deve concretizzarsi nelle regole sul mercato interno.

Nel nome, purtroppo, del libero mercato avete disintegrato la nostra agricoltura. A non governare le importazioni, anzi le invasioni di prodotto a basso costo e a bassa qualità, si calpestano gli sforzi dei nostri agricoltori, sforzi di eroi agricoltori che custodiscono l'ambiente, seminano il prodotto, lo irrigano, lo curano, lo raccolgono, lo stoccano e provano a commercializzarlo. Pensate che poi alla fine devono fare i conti – è assurdo, se pensiamo che proprio quest'anno coltivare un ettaro di riso vuol dire ricavare quattro quintali di riso, vuol dire ricavare duecento euro e averne spesi centonovanta, vuol dire avere un margine presunto, potenziale di due euro, due euro e cinquanta, tre euro al quintale.

Riflettiamo, riflettiamo colleghi, e soprattutto agiamo prima che sia troppo tardi.

Daniel Buda (PPE). – Doamnă președintă, fermierii din întreaga Uniune Europeană deplâng faptul că veniturile lor sunt în scădere, iar suprafețele exploatate cunosc o diminuare accentuată. În tot acest timp, costurile de producție au crescut considerabil, determinând creșterea prețurilor, cu un impact greu de suportat atât pentru producătorii agricoli, cât și pentru consumatori. În aceste condiții, volatilitatea prețurilor se manifestă extrem de sever în sectorul agricol, care este vulnerabil în fața fluctuațiilor de pe piețele interne și externe, a tendințelor de consum la nivel global, dar și a schimbărilor climatice. Producătorii agricoli gestionează cu greu aceste efecte, iar autoritățile publice naționale, din păcate, nu fac uz de instrumente eficiente în vederea reglării dezechilibrelor de pe piețe.

Apreciem, astfel, că se impune consolidarea procesului de înființare și dezvoltare a organizațiilor de producători și a asociațiilor în sectoarele agricole, în vederea creării propriilor capacități de producție, de procesare, de depozitare, dar și de desfacere. Trebuie crescută, de asemenea, puterea de negociere la stabilirea contractelor pe termen mediu și lung, dar și facilitarea aprovizionării supermarketurilor din ceea ce numim lanțul scurt de aprovizionare. La nivelul Uniunii Europene, este importantă înființarea unei unități de prognoză, care să previzioneze producția pe sectoare și capacitățile de absorbție a pieței, astfel încât fermierii să își poată corela în mod eficient cererea cu oferta. Dezvoltarea fondurilor mutuale în agricultură și a instrumentelor de asigurare a producției constituie un sprijin real pentru fermieri în vederea prevenirii volatilității prețurilor, dar și a combaterii pagubelor în acest sector.

Paolo De Castro (S&D). – Signora Presidente, Commissario, onorevoli colleghi, il crollo dei prezzi di molti prodotti agricoli, accompagnato dall'estrema volatilità che negli ultimi anni determina oscillazioni sempre più ampie, imprevedibili e purtroppo, spesso, al ribasso dei prezzi stessi, sta ponendo seri rischi alla sostenibilità di un settore vitale per l'economia europea quale il settore agroalimentare.

Se infatti la volatilità dei prezzi è un fenomeno che ha sempre caratterizzato i mercati agricoli, le attuali dimensioni, e ancor di più quelle che si potranno raggiungere in prospettiva, richiedono uno sforzo comune al fine di garantire una produzione agricola in grado di rispondere alla sfida globale della sicurezza alimentare, assicurando allo stesso tempo redditi stabili e adeguati ai nostri agricoltori.

Le misure previste dalla scorsa riforma della politica agricola comune per contrastare la variabilità dei mercati si sono infatti rivelate insufficienti, come dimostrato dalla crisi che ha colpito il settore lattiero-caseario. Tra l'altro, l'introduzione di un complesso impianto di adempimenti burocratici ha di fatto mortificato il potenziale che questi strumenti avrebbero potuto avere nel tutelare le imprese agricole europee dai rischi di mercato.

Il fatto che l'*Income Stabilization Tool*, considerato uno degli strumenti più innovativi introdotti dalla scorsa riforma, sia stato applicato solo in tre paesi dell'Unione conferma la necessità di intervenire al più presto, al fine di rendere le attuali misure più semplici, più efficaci, più efficienti, oltre che maggiormente fruibili da tutti gli Stati membri.

Voglio quindi ringraziare la relatrice Angélique Delahaye per il testo che ci apprestiamo a votare, testo che rappresenta un'ottima base di partenza, offrendo importanti spunti non solo a breve termine, con interventi che potranno essere inclusi già nell'ambito del pacchetto *omnibus*, ma anche a lungo termine, aprendo una riflessione più articolata sull'utilizzo di aiuti anticiclici a difesa dei redditi degli agricoltori, in un'ottica di complementarietà tra iniziative volte alla gestione da un lato dei rischi e dall'altro delle crisi di mercato.

Jan Huitema (ALDE). – Ons landbouwbeleid is meer en meer marktgericht. Boeren willen hun eigen broek kunnen ophouden. Geef ze daarvoor dan ook de mogelijkheden. Hardwerkende agrarische ondernemers moeten handvaten krijgen voor een eerlijke marktwerking langs de gehele keten. Daarom is het zo ontzettend belangrijk dat de wetgever duidelijkheid geeft over de bestaande mogelijkheden voor boeren en tuinders om zich te kunnen organiseren. Zo kunnen ze gezamenlijk een vuist maken in de keten.

Anders dan grote bedrijven hebben individuele boeren en tuinders namelijk geen leger van juristen om tussen de ingewikkelde regels door te zien waar mogelijkheden liggen. Daarnaast zouden boeren en tuinders meer mogelijkheden moeten hebben om bedrijfsrisico's zoals lage prijzen of slechte weersomstandigheden te kunnen afdekken. De volgende stap is dan wel dat lidstaten ervoor zorgen dat deze risico-instrumenten goed werken en dat boeren en tuinders er daadwerkelijk gebruik van kunnen maken.

Daartoe heb ik ook amendementen ingediend. Simpele, duidelijke en heldere regels zorgen ervoor dat de markt een eerlijke uitkomst biedt voor iedereen. Daar moeten we met z'n allen naar blijven streven.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Madam President, less than a month ago we saw the publication of the Agricultural Markets Task Force report on enhancing the position of farmers in the supply chain. That report correctly cited farmers as the main shock-absorbers in volatile markets. Now before Parliament we have a report that denies exactly that.

The control by corporate market forces over agricultural prices is the main source of volatility, yet this report would see the problem being the solution: mutual funds, private insurance schemes and increased competitiveness on third markets are all cited as tools to stabilise farming incomes and reduce farm debt. Farmers, who are price takers and not price makers, stand to be swallowed up by a system that pushes private institutions to deal with the agricultural crisis. I believe that if we support this report we will be doing a huge disservice to our farmers and to the communities that depend on them.

Maria Heubuch (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Mit gewissen Preisschwankungen haben wir auf den Höfen immer schon leben können, wenn wir im Schnitt der Jahre Gewinne machen. Aber jetzt haben wir es mit volatilen Märkten zu tun, die wir so nicht mehr akzeptieren dürfen. Wir müssen jetzt über die Ursachen reden. Klimawandel und damit verbundene Ernteschwankungen wurden schon angesprochen – also widerstandsfähige Anbaumethoden.

Aber wir müssen auch über die Arbeitsweise unserer Märkte reden. Wir müssen darüber reden, wie wir Angebot und Nachfrage in Einklang bringen können. Ich bin davon überzeugt, dass unsere aggressive Exportstrategie hier sehr viel Schaden anrichtet. Unzuverlässige Drittmärkte sind Teil des Problems. Lebensmittelspekulation spielt da hinein. 2009, 2010 wurden die Lebensmittel vom Markt genommen, um sie dann nach der Preissteigerung mit dem großen Geschäft wieder am Markt zu platzieren. Und Biotreibstoffe spielen den Spekulationen noch in die Hände.

Wenn wir dem allem nur Risikomanagement entgegensetzen, Versicherungsinstrumente, wo das wenige Geld der zweiten Säule hineinläuft, dann werden die Versicherungen am Ende gewinnen, aber mit Sicherheit nicht die Bäuerinnen und Bauern.

Michel Dantin (PPE). – Madame la Présidente, merci Monsieur le Commissaire pour votre présence. Je voudrais d'abord remercier ma collègue Angélique Delahaye pour ce rapport sur ce sujet de la volatilité.

Il y a quatre ans, lorsque nous préparions la réforme de la PAC, la pensée qui avait le vent en poupe, c'était de dire qu'il n'y aurait plus de crise, parce que tous les cours mondiaux étaient en tendance haussière.

Nous n'étions pas très nombreux à réclamer des outils, et force est de constater que vous avez été bien heureux, Monsieur le Commissaire, de pouvoir utiliser les quelques-uns qui ont été mis à votre disposition. Ils ne vont pas assez loin, nous le savons aujourd'hui. Il nous faut donc, comme cela a été dit, nous servir de l'omnibus pour parfaire la copie et redonner aux agriculteurs des outils de gestion des marchés.

La volatilité, c'est d'abord le fruit de l'obscurantisme. La volatilité, ça touche aussi bien l'amont que l'aval de l'agriculture et, au final, l'agriculteur, parce qu'il est isolé, en est la victime.

Il nous faut donc résolument non seulement trouver des outils, mais aussi accompagner les agriculteurs dans une meilleure organisation, leur donner des contrats qui, sur la durée, leur garantiront un débouché, un revenu, et qui permettront aux industriels d'avoir aussi une garantie d'approvisionnement, parce qu'on parle toujours des crises quand elles sont au détriment de l'agriculteur, mais nous avons connu dans un passé récent, des crises qui étaient aux détriments de l'aval, et l'aval sera bien heureux d'avoir des contrats qui assurent les choses dans la durée.

Il faut se poser la question, Monsieur le Commissaire, de savoir pourquoi, dans la plupart des pays européens, les organisations de producteurs ne sont pas plus fortes.

Marc Tarabella (S&D). – Madame la Présidente, je vais essayer d'être original dans ce débat, d'abord pour dire que, dans la grisaille ambiante où les aides agricoles ne tiennent pas du tout compte de la réalité économique des agriculteurs, par rapport au fait que la Commission reste évidemment dans un carcan budgétaire dans lequel elle doit évoluer, que le Conseil fait du surplace, à l'image d'Antonio Maspes – dont je rappelle la mémoire, qui était un cycliste sur piste sept fois champion du monde et qui était le spécialiste du surplace; il est resté d'ailleurs une fois 32 minutes dans un championnat du monde avant de gagner la finale en faisant du surplace –, le Parlement, et le rapport de M[me] Delahaye, est sans doute un éclair dans la grisaille, grâce notamment à Nicolas Caputo, qui a pu obtenir des compromis qui font en sorte que les aides contracycliques sont enfin sur le tapis.

Il est vrai que les aides contracycliques permettent de tenir compte de la réalité économique des agriculteurs, pour les aider au mieux et au plus juste. Mais, évidemment, cela pose une difficulté – d'ailleurs, je parle sous la surveillance de Jean Arthuis, qui va s'exprimer après moi –, cela pose un problème budgétaire, car évidemment, il n'est plus question de parler en annuités au niveau du budget agricole, puisque les aides contracycliques peuvent être différentes d'une année à l'autre. Mais elles sont intéressantes, Madame la Présidente, ces aides contracycliques, et j'aimerais que Monsieur le Commissaire puisse nous dire son avis par rapport à l'idée d'avoir des aides contracycliques à l'avenir.

Jean Arthuis (ALDE). – Madame la Présidente, à mon tour je veux saluer les propositions de M[me] Delahaye, notamment l'institution de systèmes assurantiels.

L'angoisse et le désespoir affectent le monde paysan et plus particulièrement les éleveurs. Les mutations de la PAC ont fait disparaître les instruments de régulation sur la promesse d'exportations dynamiques et lucratives.

Dans ce contexte nouveau, les volumes produits ont progressé, alors que le déclin d'une partie des débouchés extérieurs a précipité la chute des prix. Dès lors, nombre de producteurs de lait et de viande vendent à perte. Nous mesurons l'urgence de nous donner des instruments de protection intelligents pour prévenir et régler les situations de crise.

L'angélisme de l'Union ne peut ériger l'autodésarmement commercial en dogme et faire de l'agriculture la variable d'ajustement des accords de libre-échange.

Il en va de même du droit de la concurrence et de la prohibition des ententes. Sachons nous montrer pragmatiques et osons instituer des mécanismes européens d'équilibrage de l'offre et de la demande, sans nostalgie excessive pour les quotas.

Il me paraît judicieux de confier aux associations regroupant les producteurs, les AOP, la charge de réguler selon le niveau des prix les volumes livrés sur la base d'engagements définis au plan européen.

Monsieur le Commissaire, il est temps que l'Europe sorte de son obsession du toujours moins cher et réconcilie enfin les producteurs et les consommateurs.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhora Presidente, este relatório tenta buscar instrumentos na PAC para reduzir a volatilidade dos preços nos mercados agrícolas, mas esquece que a volatilidade dos preços é uma consequência da própria PAC, que, quando prioriza a exportação, liberaliza os mercados agrícolas, desregulamenta as produções e destrói qualquer possibilidade de permitir uma renda decente para os agricultores e as agricultoras através dos preços dos seus produtos.

As propostas que neste relatório se fazem não vão além de instrumentos para a gestão da crise e dos riscos e, ademais, pretendem financiar alguns destes instrumentos, transferindo parte do dinheiro que hoje recebem os agricultores e as agricultoras para outros setores como, por exemplo, as seguradoras. Isto parece-nos totalmente inaceitável.

Mas, na verdade, se querem reduzir a volatilidade, Senhor Hogan, a Comissão, o Conselho e o Parlamento devem implementar uma política agrícola comum pública que priorize o mercado interno, que se dote dos instrumentos necessários para regular a produção dos mercados, que equilibre a oferta e a procura e que dote o setor agrário de um quadro da negociação coletiva sério, que permita acordos de preços mínimos que cubram custos de produção e que remunerem o trabalho em todos os setores, e que, além disso, devolva às organizações agrárias – de que se dotaram os agricultores e as agricultoras – o seu papel negociador.

Franc Bogovič (PPE). – Najprej čestitke kolegici Delahaye za odlično pripravljeno poročilo, za sodelovanje tudi s Komisijo na tem akutnem problemu.

Nepoštene prakse v prehranski verigi so zagotovo eden od ključnih problemov, s katerim se danes soočamo, in na koncu prinašajo dobičke špekulantom in težke čase poštenim, delovnim kmetom.

Zato predlagam, da tudi v Evropi napišemo na izdelke ali je *fair trade*. Ni dovolj, da o poštenih trgovinah govorimo samo o kavi, ki prihaja iz drugih kontinentov, vprašajmo se tudi, če so evropski izdelki, ko je, ne vem, mleko kupljeno po 19 centov, 20 centov ali pa kateri koli drugi izdelek, po principu poštene trgovine.

Drugo pomembno sporočilo iz tega poročila je, da se morajo tudi kmetje povezati in nastopiti učinkoviteje in na ta način tudi postaviti boljšo pozicijo na tem določenem trgu Najbrž bo potrebno tudi v bodoči skupni kmetijski politiki nameniti več sredstev za te ukrepe, kot jih imamo danes.

Veliko polagam tudi na to, da bi, kar je že dejal komisar, da moramo podpreti mlade kmete. Ti mladi kmetje bodo pripeljali v kmetijstvo pa tudi v trženje teh kmetijskih izdelkov nove prijeme, ustvarili bodo tudi nove priložnosti za delovna mesta na podeželju, uporabljali sodobne tehnologije, digitalne platforme, vzpostavili tudi *smart villages* – pametne vasi – na katerih se bodo pojavljala nova delovna mesta.

Skleniti moramo partnerstvo med kmetom in potrošnikom in takrat bo šlo tudi vsem nam boje.

Michela Giuffrida (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la crisi di questi ultimi anni ha messo in evidenza tutti i limiti della politica agricola comune e, in particolare, la sua incapacità di affrontare con sistemi efficaci la volatilità dei prezzi, permettendo agli agricoltori di fronteggiare l'oscillazione dei prezzi. Il risultato è stato che molte aziende, troppe aziende sono state costrette a chiudere.

In questo momento quindi noi sappiamo quali siano le priorità da modificare, non sono più sufficienti misure dal carattere emergenziale, una tantum, è necessario creare un sistema stabile a tutela dei nostri agricoltori, è necessario favorire l'aggregazione per avere maggiore potere contrattuale nei confronti della grande distribuzione. Favorire le organizzazioni di produttori non è sufficiente, bisogna incidere sulla crescita dimensionale delle OP.

Per far fronte alla volatilità dei prezzi e avere maggiore stabilità del reddito, gli agricoltori devono avere accesso a strumenti finanziari agevolati, in questo la BEI dovrebbe giocare un ruolo fondamentale. Il sistema di credito all'agricoltura deve essere agevolato, gli agricoltori devono poter contare su un sistema bancario che conceda prestiti, dia valore ai terreni, in modo da poter avviare investimenti, riforme strutturali e innovazione tecnologica che permettano agli agricoltori di fronteggiare finalmente la crisi.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Madam President, increased price volatility since 2007 has changed the rules of the game. Farmers are often confronted with a volatility which becomes problematic, where price movements are large and unpredictable. In addition, the current fragmentation of the agricultural sector brings some actors to the chain that abuse their market power and create unfair trading practices.

Unfortunately, during these periods of falling prices, farmers represent the main shock absorber for the entire industry and see their margins shrink rapidly. In this context, I firmly believe in a fairer functioning of the food supply chain. We must pay attention to the process by which food is produced, processed, transported and sold to the consumers. It is crucial to reinforce the weak bargaining position of farmers and change the role of the producer organisation and cooperatives.

Let me conclude by expressing that we must invest even further in the potential of the instrument to deal with price volatility. Farmers do deserve to get a fair price for their products.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhora Presidente, como é dito, e bem, a volatilidade consiste num processo complexo, com muitas causas.

Contudo, não devemos misturar essas as causas, porque senão estamos a aplicar os instrumentos errados para combater esta volatilidade.

A febre pode ser originada por um vírus ou por uma bactéria. O tratamento para ser eficiente implica sempre um diagnóstico correto. No caso concreto, temo que se estejam a misturar de forma deliberada a aleatoriedade do clima com a especulação financeira e a manipulação de preços por parte das grandes multinacionais e da grande distribuição.

Procurar imputar às alterações climáticas a causa maior da crescente volatilidade dos preços é procurar impor ou acentuar uma reforma da PAC cada vez mais orientada para os mercados e agravar ainda mais as causas desta instabilidade.

O que está aqui em causa não é, naturalmente, a estabilidade dos agricultores. O que está aqui em causa é o abandono definitivo de uma lógica de apoio direto ao rendimento – este, sim, estável – por uma lógica de seguros ao rendimento, copiando o modelo norte-americano.

A volatilidade dos preços combate-se com instrumentos públicos de regulação e não com instrumentos financeiros.

Norbert Lins (PPE). – Herr Kommissar, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich vielen meiner Vorredner nur anschließen.

Ich teile aber ausdrücklich nicht die Ansicht der Kollegin von den Grünen, dass die Europäische Union eine aggressive Exportstrategie fahren würde, sondern die Europäische Union fährt eine maßvolle Exportstrategie, und das kann dazu beitragen, dass wir eben nicht nur von einem Markt abhängig sind, nicht nur von unserem Heimatmarkt, sondern dass wir auch eine bessere Wertschöpfung auf anderen Märkten generieren können.

Nein, wir müssen die Stellung der Landwirte in der Lebensmittelkette stärken. Bisher stellen sie eindeutig das schwächste Glied in der Kette dar. Preisschwankungen in Märkten sind nichts Ungewöhnliches. Der Agrarsektor ist hierbei aus verschiedenen ökonomischen, natürlichen und politischen Gründen besonders extremen Schwankungen ausgeliefert. Momentan ist es so, dass der Großteil der Marktpartner und Lebensmitteleinzelhändler die Verantwortung für die heimische Landwirtschaft nicht erkennt und übernimmt.

Unfaire Handelspraktiken dürfen aber nicht einfach hingenommen werden. Hier besteht Handlungsbedarf in Form eines legislativen Texts, um die Verhandlungsmacht der Landwirte zu stärken. Es geht darum, für die, die täglich sichere und qualitativ hochwertige Lebensmittel erzeugen – nämlich die Landwirte – eine sichere Lebens- und Arbeitsgrundlage zu schaffen.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Asszony, gratulálok jómagam is a jelentés elkészítéséhez, és külön köszönettel tartozom Nicola Caputo úrnak, aki tényleg hallatlan nagy munkával fogta össze azokat a szocialista javaslatokat, amelyek nagyrészt ugye meg is jelennek ebben az anyagban. És hát nem csak a mi politikai csoportunk, hanem számos bizottság is nagyon fontos, értékes hozzájárulásokat tehetett.

Napnál világosabb: a mezőgazdasági termelők szinte megőrülnek a szélsőséges áringadozásoktól, tán jobban félnek ettől, mint az időjárás megannyi kihívásaitól. És úgy gondolom, hogy ha ez a Parlament ezzel a jelentéssel hozzá tud járulni ahhoz, hogy ők stabilabb árkörnyezetben élhessék meg az életüket, azzal már nagyot tettünk az élelmiszerbiztonság és az élelmezésbiztonság felé, ami egyébként a közös mezőgazdasági politikának nem elfelejtett célja.

Úgy érzem, hogy az itt felsorakozott, vagy felsorakoztatott eszközök nélkül rendkívül törékeny maradna a KAP, és én javaslom egyúttal, hogy ezeket az intézkedéseket nevezzük mezőgazdasági stabilizátoroknak.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, o relatório é estratégico, na medida em que aponta para um leque de possíveis caminhos para enfrentar a volatilidade dos preços agrícolas, num momento em que é evidente a insuficiência dos meios de que dispomos para lhe fazer face. A crise no setor leiteiro a que assistimos nos últimos dois anos e meio, referida aqui pelo Sr. Comissário, é prova disso.

Se não reforçarmos os meios, colocaremos em sério risco a sustentabilidade da atividade agrícola na Europa, sobretudo em zonas onde ela mais contribui para a fixação da população, como é o caso dos Açores. Aqui, as consequências das crises agrícolas podem ter um impacto amplificado pelo carácter de ultraperiferia, incluindo custos de produção agravados, e pelo peso da agricultura na economia local.

Solicitamos, por isso, que se tenham em conta indicadores específicos relativos às regiões ultraperiféricas para acionar medidas em caso de crise no setor agrícola, de maneira a garantir um nível sustentável de rendimento aos agricultores destas regiões.

Interventions à la demande

Marijana Petir (PPE). – Gospođo predsjednice, gospodine povjereniče, nestabilnost cijena na tržištima poljoprivrednih proizvoda jedan je od uzroka nesigurnosti poljoprivrednika te utječe na njihovu sposobnost proizvodnje i otvaranje radnih mjesta. Pritisnuti visokim troškovima proizvodnje zbog nestabilnosti cijena repromaterijala i energije, ovisno o kretanjima na globalnom tržištu, nezaštićeni su od većine rizika proizvodnje, a dosadašnje mjere i sredstva iz proračuna za poljoprivredu ne čine se dovoljnima da te rizike uspješno ublaže. Prihodi koji im trebaju jamčiti pristojan život nestaju. To obeshrabruje njihova ulaganja u modernizaciju, inovacije, sprječava ulazak mladih poljoprivrednika u posao i generacijsku obnovu ruralnih prostora.

Obiteljska poljoprivredna gospodarstva najranjivija su karika u lancu opskrbe hranom. Upravo zato treba zakonodavstvom na europskoj razini suzbiti nepoštenu trgovačku praksu te postaviti zakonske okvire za provođenje mjera poput kolektivnog ugovaranja dužih rokova ugovora, stabilnih cijena poljoprivrednih proizvoda, razumnih rokova isplate i drugih uvjeta povezanih s proizvodnjom, a usmjerenih na uravnoteženo raspoređivanje rizika proizvodnje duž cijeloga lanca opskrbe hranom.

(Fin des interventions à la demande)

Phil Hogan, *Member of the Commission*. – Madam President, I thank all the people that responded to this very important debate. As you know, the common agricultural policy that was agreed in 2013 by the co-legislators reiterated in support of the market orientation of that policy. This is what the Council and the European Parliament decided, and, in any policy which is dependent on the market, price volatility is an inevitable feature. The last two years have tested the adequacy or otherwise of the measures, and we need – as several speakers have said here this evening – to work together to ensure that farmers are provided with the appropriate tools to deal with price volatility, and we need to learn and look at the market experience of the past two years in relation to what tools we require.

In my opening remarks, I said that we must work at removing obstacles to the use of these market tools in the present CAP. If, as Mr Dorfmann or Mr De Castro suggest, it is because of red tape, then we must make the policy simpler. Simplification is something that I very much support, and I will do everything possible to reduce red tape in the agricultural sector, as I am already doing.

Of course it may also be – as Ms Girling said – that we have used all the tools that are available. If that is the case, we need collectively to be more imaginative and see if there are other proposals that we can make in this regard. Next year's communication provides an opportunity for this House and for the Council, and I am committed to working constructively with all stakeholders to help our farmers in this regard.

A number of speakers have referred to the need to ensure sustainable production, and I want to agree with Mr Ropė when he identifies small farmers as being central to the future of sustainable agricultural production and sustainable rural communities in Europe. We need to ensure that farmers, who are our boots on the ground in the context of implementing environment and climate action, continue to be the custodians of our policy in our rural areas, and also the custodians of our rural environment.

Mr De Castro also referred to the need to remove obstacles to such tools as the Income Stabilisation Mechanism, and you and all Members of the House will get an opportunity to assist me in a proposal in this regard in the Omnibus Regulation which is coming before the House in 2017. So I urge you to adopt this regulation, as Mr Dantin noted, to help farmers to get easier access to the income stabilisation tool and to get easier access to credit through the reforms that I am making and the changes in the financial instruments.

Despite any differences which may exist in this House and between our respective institutions, there is clear agreement across the board on the need to strengthen the position of farmers in the food chain and to tackle the issue of unfair trading practices. I agree with what Mr Tarabella said in this regard. I would also remind the House that the Council adopted Council conclusions yesterday, which, along with the overwhelming vote of this Parliament, are making a very important statement and contribution towards the need for the Commission to come forward with proposals in the work programme of 2017 to try to deal with this issue of the position of the farmer in the food chain.

I should also say that, despite the support that farmers get from the European Union and our national governments to co-finance programmes, most farmers would like to get their income from the market. That means having access to the market, and getting a fair return from the market. So we need fair trade, not always free trade, and farmers are benefitting from well negotiated free trade agreements and access to third-country markets. We are making good progress in this regard, and I am confident that this trend will continue. We cannot continue to have farmers' production in storage at the expense of the European Union taxpayer all the time. We have to find outlets for that, internally and externally.

In terms of achieving a fair return, I welcome the report of the Agricultural Markets Task Force. The Commission is currently considering those recommendations very carefully, and this will inform the proposal I will make in 2017. I would like to remind Mr Serrão Santos, that farmers in the Azores under the POSEI scheme are getting at up to EUR 250 extra per cow in the dairy sector if they wish to utilise that, in addition to voluntary coupled support from the Portuguese Government. These are instruments that are already available and which are being utilised by your regional government and your national government in Portugal in order to assist your dairy farmers.

Finally, I would like once again to express my appreciation to Ms Delahaye and the shadow rapporteurs for the work done in producing this report. This will serve as very important information and recommendations to me in the context of the work programme for 2017 and the legislative proposals and measures that we will bring forward in the context of the position of the farmer in the food chain.

Angélique Delahaye, *rapporteure*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, pour ceux qui sont encore dans l'hémicycle, je voudrais dire à M. Flanagan que je partage son point de vue sur les conséquences de la mondialisation, tout autant que je partage le point de vue de M. Agnew sur le rôle et la place des agriculteurs en tant qu'entrepreneurs et non pas en tant que salariés d'une administration centrale.

Beaucoup de choses ont été dites dans cet hémicycle, mais nous sommes au stade des constats, et ce rapport que nous avons coconstruit avec les rapporteurs et l'ensemble des groupes, pour ceux qui ont souhaité y participer, va plus loin. J'espère que c'est ce que nous en retiendrons. En tous les cas, Monsieur Hogan, j'ai l'intention de regarder de très près les propositions que vous nous ferez et je vous remercie de prendre en compte les propositions qui seront votées par ce Parlement, à l'instar de ce rapport.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu demain.

Déclarations écrites (article 162)

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Sytuacja ekonomiczna europejskich gospodarstw rolnych jest niestety dość daleka od stabilizacji. Wynika to w dużej mierze ze specyfiki tego sektora, który jak żaden inny zależny jest od czynników naturalnych, a te są trudne do przewidzenia. Do tego dochodzą kwestie zmian w obrocie międzynarodowym i popytu na lokalnym rynku. To wszystko wpływa na dużą zmienność cen, która ma negatywne konsekwencje zarówno dla producentów żywności, jak i konsumentów.

Dlatego też potrzebujemy skutecznych środków, które doprowadzą do maksymalnego zmniejszenia wahań cenowych. Podzielam opinię sprawozdawczyni, że wsparcie w zakresie zarządzania ryzykiem, oferowane obecnie przez WPR w ramach drugiego filara, jest niewystarczające. Instrumenty zarządzania ryzykiem muszą zostać zrewidowane i – tam gdzie to zasadne – rozbudowane. Należy także dążyć do jak największej przejrzystości rynku. Nadrzędnym celem tych działań powinno być zagwarantowanie godnego poziomu dochodów dla rolników i stworzenie stabilnego rynku dóbr dla konsumentów.

Elisabeth Köstinger (PPE), *schriftlich*. – Die anhaltend schwierige Situation auf den Agrarmärkten sorgt mittlerweile für massive Verwerfungen. Ich begrüße diese richtungsweisende Parlamentsresolution, die die Absicherung bäuerlicher Betriebseinkommen zur höchsten Priorität macht. Landwirte müssen endlich wieder kalkulieren können und über den Produktpreis ein Einkommen erzielen. Aktuell sehen wir vor allem eine reine Gewinnmaximierung der Handelskonzerne und ihrer Lobby. Ein Beispiel ist der kontinuierlich steigende Milchpreis in Europa, der nicht oder nur Monate zeitverzögert an die bäuerlichen Erzeuger weitergegeben wird. Der Totalausverkauf und Unterbietungswettbewerb auf Kosten der Landwirte müssen endlich ein Ende haben. Durch konkrete Maßnahmen zur Stärkung landwirtschaftlicher Organisationen, die Einführung von Beobachtungsstellen für europäische Agrarpreise und die Schaffung eines neuen gesetzlichen Rahmens, der die Schutzmechanismen der gemeinsamen Agrarpolitik über das Wettbewerbsrecht stellt, kann die Stellung der Landwirte in der Lebensmittelkette wieder gestärkt werden. Ich fordere daher die Europäische Kommission auf, rasch und unbürokratisch die Vorschläge zu liefern, um das Preisdumping endlich zu beenden. Diese Parlamentsresolution ist ein starkes Zeichen zur Unterstützung der bäuerlichen Familienbetriebe. Wir stehen mit aller Kraft hinter den Landwirten. Qualitäts-Lebensmittel haben ihren Preis. Preisdumping hingegen ist allein Türöffner für Massenproduktion und Einheitslebensmittel!

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Η ΕΕ αποτελεί τον μεγαλύτερο εισαγωγέα και εξαγωγέα γεωργικών προϊόντων διατροφής στον κόσμο. Οι δυνατότητες όμως χρήσης των προγραμμάτων αγροτικής ανάπτυξης της ΚΓΠ για ενίσχυση των συστημάτων ασφάλισης, αμοιβαίων κεφαλαίων και σταθεροποίησης των εισοδημάτων των αγροτών δεν έχουν επιφέρει τα επιθυμητά αποτελέσματα. Επιπλέον, η απελευθέρωση των αγορών με την κατάργηση των δασμών από τρίτες χώρες, δημιουργεί προβλήματα τόσο στην αγροτική παραγωγή όσο και στους ευρωπαίους αγρότες. Ταυτόχρονα, η άρνηση της ΕΕ να άρει τις κυρώσεις κατά της Ρωσίας, έχει πλήξει τους αγρότες της ευρωπαϊκού Νότου και όχι μόνο. Ειδικότερα για την Ελλάδα, τα προβλήματα στον αγροτικό κόσμο είναι διογκωμένα εξαιτίας της φορομπηχτικής πολιτικής που επιβάλλει η τρόικα. Η αύξηση στον φόρο του αγροτικού πετρελαίου, η εκμηδένιση των επιδοτήσεων αλλά και οι κατασχέσεις των λιγοστών επιδοτήσεων από την κυβέρνηση, έχουν οδηγήσει σε αδιέξοδο τους αγρότες της χώρας μου. Η πολιτική λιτότητας που εφαρμόζεται υπονομεύει τις επενδύσεις, τον εκσυγχρονισμό και αποθαρρύνει τους νέους να ασχοληθούν με τον γεωργικό τομέα. Τέλος, πρέπει να υπάρξει ενίσχυση των μέσων στήριξης των γεωργικών εισοδημάτων στις περιοχές οι οποίες πλήττονται από σοβαρές φυσικές καταστροφές.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *în scris*. – Este tot mai clar faptul că instrumentele din cadrul pilonului al doilea din PAC nu sunt suficiente pentru combaterea volatilității prețurilor produselor agricole. Referitor la instrumentele PAC actuale, cele mai recente date disponibile arată că au fost utilizate de către douăsprezece state membre pentru a contracara volatilitatea prețurilor. În total, au fost alocate 2,7 miliarde EUR din cheltuielile publice (dintre care 1,7 miliarde EUR provin din fondurile de dezvoltare rurală). Din păcate, deși au crescut în comparație cu fondurile alocate sistemului anterior al PAC, aceste cheltuieli reprezintă în continuare doar 0,4 % din cheltuielile PAC și mai puțin de 2% din cheltuielile din cadrul celui de-al doilea pilon. Comisia Europeană ar trebui ca, la viitoarea reformă a PAC, să acorde o atenție deosebită instrumentelor de piață și să asigure venituri constante și decente pentru agricultori.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. –Ūkio rinką visada charakterizavo nestabilumas ir kainų kitimai. Pastarųjų metų bėgyje dėl greitai vykstančių didelių pokyčių paklausos, pateikimo ir kainų srityse tai tapo struktūrine žemės ūkio ypatybe Europos, bet tai pat ir pasauliniame lygmenyje. Tam yra daug priežasčių. Klimato pokyčiai ir kenkėjai žemės ūkyje daro neigiamą įtaką žemės ūkio produkcijos kiekiui, o tai tiesiogiai veikia kainas. Todėl turi padidėti Europos Sąjungos atsakomybė prisidedant prie maisto saugos suteikimo Europoje. Europos ūkininkai, ypač iš naujai įstojusių valstybių, taip pat ir iš Lietuvos, yra vis labiau veikiami rizikų, nepriklausomų nuo jų. Todėl ES turėtų padidinti savo pagalbą ūkininkams šiose valstybėse. ES turėtų garantuoti stabilumą žemės ūkio sektoriuje, nes kainų svyravimas sukelia aukšto lygio neapibrėžtumą gamintojų ir vartotojų tarpe. Mažose kainose gamintojai įžvelgia riziką savo pelnui ir investiciniams gebėjimams, o didelės maisto produktų kainos sukelia sunkumų įsigyjant pagrindinius maisto produktus, kas veda prie krizinės situacijos. Reikia suteikti valstybėms narėms papildomus įrankius ir garantuoti pagalbą kalbant apie pasėlių, gyvūnų ir augalų draudimus, investicinius fondus ir naują pajamų stabilizavimo priemonę. Tokiu būdu bus galima likviduoti nusistovėjusį nestabilumą žemės ūkio sektoriuje.

18. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

19. Schluss der Sitzung

(La séance est levée à 22 h 30)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2251

22.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. DEZEMBER 2016

(C/2024/2251)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 12. bis 15. Dezember 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung 5

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll 5

3. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll 5

4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll 5

5. Mittelübertragungen: siehe Protokoll 5

6. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll 5

7. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (15. Dezember 2016) (Aussprache) 5

8. Erklärung des Präsidenten zum Ende seiner Amtszeit 39

9. Abstimmungsstunde 40

9.1. Insolvenzverfahren und Insolvenzverwalter (A8-0324/2016 - Tadeusz Zwiefka) (Abstimmung) . 40

9.2. Abkommen EG/Usbekistan über Partnerschaft und Zusammenarbeit und bilateraler Handel mit Textilien (A8-0332/2016 - Maria Arena) (Abstimmung) 40

9.3. Abkommen EG/Usbekistan über Partnerschaft und Zusammenarbeit und bilateraler Handel mit Textilien (Entschließung) (A8-0330/2016 - Maria Arena) (Abstimmung) 41

Inhalt Seite

9.4. Handelsübereinkommen EU/Kolumbien und Peru (Beitritt Ecuadors) (A8-0362/2016 - Helmut Scholz) (Abstimmung) . . . 41

9.5. Abkommen EU/Norwegen über den gegenseitigen Zugang zum Fischfang im Skagerrak (A8-0321/2016 - Jørn Dohrmann) (Abstimmung) . . . 41

9.6. Abkommen EU/Norwegen über den gegenseitigen Zugang zum Fischfang im Skagerrak (Entschließung) (A8-0320/2016 - Jørn Dohrmann) (Abstimmung) . . . 41

9.7. Abkommen über operative und strategische Kooperation zwischen Georgien und Europol (A8-0343/2016 - Claude Moraes) (Abstimmung) . . . 41

9.8. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2016/004 ES/Comunidad Valenciana – Automobilindustrie (A8-0379/2016 - Esteban González Pons) (Abstimmung) . . . 41

9.9. Normalisierung der Konten der Eisenbahnunternehmen (A8-0368/2016 - Merja Kyllönen) (Abstimmung) . . . 41

9.10. Inländische Schienenpersonenverkehrsdienste (A8-0373/2016 - Wim van de Camp) (Abstimmung) . . . 41

9.11. Einheitlicher europäischer Eisenbahnraum (A8-0371/2016 - David-Maria Sassoli) (Abstimmung) 42

9.12. Zugang zum Markt für Hafendienste und finanzielle Transparenz der Häfen (A8-0023/2016 - Knut Fleckenstein) (Abstimmung) . . . 42

9.13. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Juhan Parts (A8-0375/2016 - Bart Staes) (Abstimmung) . . . 44

9.14. Forschungsprogramm des Forschungsfonds für Kohle und Stahl (A8-0358/2016 - Jerzy Buzek) (Abstimmung) . . . 44

9.15. Jahresbericht 2015 über die Menschenrechte und die Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich (A8-0355/2016 - Josef Weidenholzer) (Abstimmung) . . 44

9.16. Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (Artikel 36 EUV) (A8-0360/2016 - Elmar Brok) (Abstimmung) . . . 44

9.17. GAP-Instrumente zur Verringerung der Preisschwankungen auf den Agrarmärkten (A8-0339/2016 - Angélique Delahaye) (Abstimmung) . . . 44

10. Stimmerklärungen . . . 44

10.1. Insolvenzverfahren und Insolvenzverwalter (A8-0324/2016 - Tadeusz Zwiefka) . . . 45

10.2. Abkommen EG/Usbekistan über Partnerschaft und Zusammenarbeit und bilateraler Handel mit Textilien (A8-0332/2016 - Maria Arena) . . . 66

10.3. Abkommen EG/Usbekistan über Partnerschaft und Zusammenarbeit und bilateraler Handel mit Textilien (Entschließung) (A8-0330/2016 - Maria Arena) . . . 93

10.4. Handelsübereinkommen EU/Kolumbien und Peru (Beitritt Ecuadors) (A8-0362/2016 - Helmut Scholz) . . . 118

10.5. Abkommen EU/Norwegen über den gegenseitigen Zugang zum Fischfang im Skagerrak (A8-0321/2016 - Jørn Dohrmann) . . . 149

10.6. Abkommen EU/Norwegen über den gegenseitigen Zugang zum Fischfang im Skagerrak (Entschließung) (A8-0320/2016 - Jørn Dohrmann) . . . 171

Inhalt Seite

10.7. Abkommen über operative und strategische Kooperation zwischen Georgien und Europol (A8-0343/2016 - Claude Moraes) . . . 190

10.8. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2016/004 ES/Comunidad Valenciana – Automobilindustrie (A8-0379/2016 - Esteban González Pons) . . . 215

10.9. Normalisierung der Konten der Eisenbahnunternehmen (A8-0368/2016 - Merja Kyllönen) 241

10.10. Inländische Schienenpersonenverkehrsdienste (A8-0373/2016 - Wim van de Camp) . . . 262

10.11. Einheitlicher europäischer Eisenbahnraum (A8-0371/2016 - David-Maria Sassoli) . . . 290

10.12. Zugang zum Markt für Hafendienste und finanzielle Transparenz der Häfen (A8-0023/2016 - Knut Fleckenstein) . . . 319

10.13. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Juhan Parts (A8-0375/2016 - Bart Staes) 349

10.14. Forschungsprogramm des Forschungsfonds für Kohle und Stahl (A8-0358/2016 - Jerzy Buzek) . 360

10.15. Jahresbericht 2015 über die Menschenrechte und die Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich (A8-0355/2016 - Josef Weidenholzer) . . . 388

10.16. Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (Artikel 36 EUV) (A8-0360/2016 - Elmar Brok) . . . 420

10.17. GAP-Instrumente zur Verringerung der Preisschwankungen auf den Agrarmärkten (A8-0339/2016 - Angélique Delahaye) . . . 457

11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll . . . 489

12. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll . . . 489

13. Arbeitsmarktreformen und Arbeitsbeziehungen in Griechenland (Aussprache) . . . 489

14. Lage der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in Polen (Aussprache) . . . 504

15. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll . . . 518

16. Empfehlung der Kommission zur Umsetzung der Erklärung EU-Türkei und zur Wiedereinführung der Überstellungen nach der Dublin-Verordnung (Aussprache) . . . 518

17. Drittländer, deren Staatsangehörige im Besitz eines Visums sein müssen bzw. von dieser Visumpflicht befreit sind: Überarbeitung des Mechanismus zur Aussetzung der Visumbefreiung (Aussprache) . . . 529

18. Datenleck bei Europol: Daten zu Terrorermittlungen veröffentlicht (Aussprache) . . . 537

19. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll . . . 548

20. Verpflichtungen im Bereich der Gegenseitigkeit bei der Visumpflicht (Aussprache) . . . 548

Inhalt Seite

21. Anschlag auf die koptische Kathedrale in Kairo – Religions- und Weltanschauungsfreiheit (Aussprache) ... 555

22. Anerkennung von Angaben in Personenstandsurkunden (Aussprache) ... 561

23. Unterstützung der Thalidomid-Opfer (Aussprache) ... 566

24. Kinderarzneimittel (Aussprache) ... 572

25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll ... 578

26. Schluss der Sitzung ... 578

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. DEZEMBER 2016

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.10 Uhr eröffnet.)

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

5. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

6. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

7. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (15. Dezember 2016) (Aussprache)

Der Präsident. — Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (15. Dezember 2016) (2016/2788(RSP)).

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council.* – Mr President, many thanks for giving me the opportunity to participate in this debate on the upcoming European Council.

Normally, I would start by presenting the usual agenda for the December European Council, which deals mostly with economic and internal affairs, but today, recent events require me to start by addressing the situation in Syria. We are all following with grave concern the dramatic developments in Aleppo. The situation is tragic and unfolding very quickly. Let me stress that, to allow for humanitarian access, an evacuation of those in need is key, as well as the cessation of hostilities and the issue of accountability for violations of international law. Let me assure you that these issues will feature in the discussions among leaders tomorrow. I am sure the situation will also be an important element in our debate this morning and I will be listening very carefully to you.

There are various items on the agenda of the European Council to start tomorrow, but all of these items have one thing in common, namely the shared objective to deliver on concrete issues that matter for our citizens. I would like to recall that in June and October, the European Council set clear and ambitious goals. A very clear picture is emerging today, namely that the EU is delivering. This shows that the European Union has the means to tackle challenges and is capable of finding common solutions.

Let me start with migration. This remains a top priority. The leaders are determined never to allow a return to the situation of last year and, of course, to bring down further the number of irregular migrants. Closing the Western Balkan route last February was a first vital step to securing the external borders. Since then, other important steps have been taken. The European Border and Coast Guard became operational last week, and national efforts have been considerably increased. The number of arrivals in Greece remains very low. The European Council remains committed to implementing the EU-Turkey statement.

In the central Mediterranean far too many people are still being lured into risking their lives by stepping into a boat. Given the difficult situation in Libya, the European Council agreed to start working upstream with five African countries of origin or transit. Leaders will look at progress and are also expected to call for more support for the Libyan Coast Guard.

Apart from that, it is important to address the root causes of migration in partner countries. The new ambitious External Investment Plan and the European Fund for Sustainable Development will be key. I have been confident that talks with the Parliament would start as soon as the Council adopted its negotiation position yesterday.

With regard to security, of course citizens need to feel protected and this is true for internal security – just think about external borders or terrorism – and applies very much to defence as well. Here a big responsibility lies with national governments, but the EU can bring added value. On internal security, Parliament and Council negotiators have reached important agreements on counter-terrorism and checks at external borders. I expect the European Council to also encourage us to work diligently on the Entry-Exit System and on ETIAS, the system to systematically screen visa-exempt travellers.

On defence, Europe needs to do more for its own security and defence. On Thursday, leaders will want to signal that the EU is ready to deliver more. I would like to recall that in November, the Council adopted a concrete plan on strengthening the CSDP as part of implementing the EU global strategy. This should also strengthen the European pillar in NATO. Those two aspects have to go hand in hand, as requested by the Warsaw Declaration on the EU-NATO strategic partnership. The presence of NATO Secretary-General Stoltenberg is a strong signal in that sense.

Under the heading, economic and social issues and youth, leaders will review investment and EFSI 2.0, as well as the implementation of the single market strategies and initiatives in favour of youth. The Council is now ready for negotiations with the Parliament on EFSI 2.0. Our Maltese friends will take this work forward. On the single market, many proposals are on the table and negotiations are ongoing. For citizens and businesses to reap the benefits of those initiatives, we as co-legislators need to deliver speedily. To keep up the momentum, Heads of State or Government will take stock of progress tomorrow and will come back to this in March. Furthermore, the European Council will look carefully into initiatives to address youth unemployment and to promote skills, development and mobility. In this context, the European Council will call for a continuation of the Youth Guarantee and welcome the increased support for the Youth Employment Initiative.

Let me conclude by adding that, under the external relations component of the European Council's agenda, which I evoked at the outset with Syria, leaders will also look at the ratification planned by the Netherlands of the EU-Ukraine Association Agreement.

This was on the European Council's agenda, but before I finish I would like to switch to German.

Da ich ja dafür einen besonderen Grund habe.

Ich möchte sehr gerne diese Gelegenheit, Herr Präsident, nutzen, um mich bei Ihnen für – aber nicht nur – die letzten sechs Monate der Zusammenarbeit zwischen der Ratspräsidentschaft und dem Europäischen Parlament bedanken.

Martin Schulz, das wollte ich auch sagen – das ist mir wichtig – hat das Europäische Parlament zu einer selbstbewussten Institution aufgebaut. Ich habe dies bei zahlreichen Treffen und Verhandlungen erlebt. Ich freue mich sehr, dass die Zusammenarbeit zwischen unseren Institutionen, gerade dank des Engagements vom Martin Schulz, viele konkrete Erlebnisse für unsere Union, aber insbesondere für unsere Bürgerinnen und Bürger, gebracht hat.

Lieber Herr Präsident, Sie haben unsere bei Union mit all Ihrer Energie, Führung und rhetorischer Begabung verteidigt und geprägt. Ich bin davon überzeugt, dass Sie für dieses Projekt mit der gleichen Kraft und Begeisterung auch von Berlin aus kämpfen werden, wie Sie es seit mehr als zwei Jahrzehnten von Brüssel und Straßburg aus immer getan haben.

Dabei wünsche ich Ihnen viel Kraft und Mut, die Sie im nächsten Abschnitt Ihrer politischen Karriere und Ihres Engagements für Europa brauchen werden. Herzlichen Dank, Herr Präsident; und alles Gute.

Der Präsident. — Danke, Herr Korčok, für die freundlichen Worte am Ende, die meine Person betreffen. Ich nehme das vor allen Dingen als Ihre persönlichen Bemerkungen hin, denn wenn der Rat mich jetzt in dieser Form lobt, dann habe ich eventuell als Präsident des Europäischen Parlaments etwas falsch gemacht.

Jean-Claude Juncker, *Präsident der Kommission*. – Verehrter Herr Präsident, Herr Ratspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich werde Sie im Namen der Kommission nicht loben, Herr Präsident, denn Ihnen scheint das ja über die Maßen peinlich zu sein. Aber in persönlichem Namen könnte ich das durchaus tun und werde das bei Gelegenheit auch gern tun.

Der Präsident. – Der Tagesordnungspunkt heißt ja nicht Verabschiedung von Martin Schulz, sondern Vorbereitung des Europäischen Rates. Also schönen Dank, Herr Juncker.

Jean-Claude Juncker, *Präsident der Kommission*. – Ja, die Tagesordnung des Parlaments ist eben nie komplett.

Wenn ich mich in diesem Dezember, kurz vor dem nächsten EU-Gipfel, hier zu Wort melde, dann ist die Lage eine ganz andere als um dieselbe Zeit im vergangenen Jahr. Damals trieb uns die Frage um, wie wir auf die Flüchtlingskrise antworten könnten. Und schon damals war klar, dass es keine schnelle Lösung geben könne, sondern dass es einer umfassenden europäischen Antwort bedürfe. Ich bin froh, heute sagen zu können, dass wir entscheidend vorankommen sind, nicht zuletzt, weil sich zunehmend die richtige Ansicht durchsetzt, dass wir dieser Herausforderung nur gemeinsam begegnen können. Seit vergangenem Dezember haben wir doch einige Fortschritte erzielen können, zum Beispiel indem wir – und dies wurde hier im Hause ja immer wieder gefordert – endlich für unsere gemeinsamen Grenzen auch gemeinsame Verantwortung übernommen haben. So haben wir für europäische Verhältnisse – im Übrigen auch für nationale Verhältnisse – in Rekordzeit, Sie und wir, eine europäische Grenz- und Küstenwache eingerichtet, die in diesen Tagen und Wochen einsatzfähig sein wird.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal klarstellen, dass wir uns dem Abkommen mit der Türkei – Erdoğan hin oder her – verpflichtet fühlen und unseren Teil dazu leisten, es umzusetzen, weil dieses Abkommen funktioniert. Die Zahlen sprechen dabei für sich. Seit März, seit also das Abkommen gilt, sind durchschnittlich 90 Flüchtlinge pro Tag auf den griechischen Inseln angekommen, im Vergleich zu 10 000 an einem einzigen Tag im Oktober das vergangenen Jahres. Auf der östlichen Mittelmeerroute sind seit dem Abkommen mit der Türkei 90 % weniger Menschen gestorben als vorher. Wir haben legale Wege aus der Türkei nach Europa eröffnet. Mehr als 2 700 Menschen – bei weitem nicht genug – wurden von dort in die Europäische Union umgesiedelt. Gleichzeitig unterstützen wir die Türkei dabei, bessere Bedingungen für die Flüchtlinge zu schaffen. Aber wir dürfen dabei die gravierenden Probleme im Mittelmeerraum und ergo in Italien nicht verkennen. Und ich sage noch einmal: Wir dürfen Italien mit den Folgen der Flüchtlingskrise nicht allein lassen.

(Beifall)

Ich sage noch einmal: Die Gelder, die Italien aufbringt, um die Folgen der Flüchtlingskrise zu lindern, dürfen nicht in den Anwendungsbereich des Stabilitätspakts fallen. Das, was Italien für Flüchtlinge tut – und Italien tut sehr viel – darf nicht zu haushälterischen Konsequenzen negativer Art in Italien führen.

Das Abkommen mit der Türkei zeigt, wie wichtig und richtig es ist, Grenzen zusammen mit unseren Nachbarn zu schützen. Deshalb werden wir uns beim Gipfel sehr genau anschauen, wie die fünf Migrationspartnerschaften umgesetzt werden, die wir mit afrikanischen Ländern in die Wege geleitet haben. Wir werden auch prüfen müssen, welche anderen Herkunfts- und Transitländer in eine engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Union gebracht werden müssen. Letztlich geht es darum, einen umfassenden Ansatz zu entwickeln, sodass wir besser bei der Bekämpfung der Fluchtursachen ansetzen können. Diesem Ziel dient auch der externe Investitionsplan, mit dem wir 44 Milliarden an Investitionen in Lebens- und Zukunftschancen in Afrika mobilisieren können. 44 Milliarden europäische Investitionen in Afrika – aus diesen 44 Milliarden können 88 Milliarden werden, wenn die Mitgliedstaaten ihrerseits ihrer Aufgabe gerecht werden. Wenn all dies klappt und wenn wir zügig weiterkommen, wird es uns auch gelingen, zu einem funktionierenden Schengen- und Dublin-System zurückzukehren.

Monsieur le Président, les questions de sécurité et de défense seront aussi à l'ordre du jour du Conseil européen de demain. Dans un contexte de menace terroriste toujours élevée et dans un contexte d'instabilité à nos frontières, les questions de la défense et de la sécurité sont, bien évidemment, essentielles pour chacun de nos pays et pour chacun de nos concitoyens.

La vocation première de l'Europe reste de protéger ses citoyens contre tous ceux qui s'attaquent à notre façon de vivre ensemble, que nous devons largement à ces sept décennies d'une paix ininterrompue sur le territoire européen.

La protection, pour être efficace, doit être crédible, car la crédibilité est un élément essentiel pour lutter contre les facteurs d'insécurité et pour dissuader de potentiels attaques.

Cette crédibilité dépend de nos outils dont nous voulons nous doter pour bâtir une véritable union de la sécurité. Notre crédibilité dépend aussi de notre capacité à ne pas être seulement une puissance douce. C'est important, mais ce n'est pas tout.

Nous devons renforcer la défense européenne et bâtir une véritable Union de la défense, tout d'abord en coopérant plus avec l'OTAN, comme nous le faisons déjà. Par exemple, en Méditerranée, ou encore dans le domaine de la cybersécurité. Nos deux organisations, l'OTAN et l'Union européenne, ne sont pas des organisations rivales, mais des organisations complémentaires qui ont besoin l'une de l'autre.

Ensuite, en coopérant mieux entre nous. C'est pourquoi je lance un appel aux chefs d'État et de gouvernement de montrer de l'ambition lors des discussions de jeudi. La Commission, elle, y contribuera. Nous devons dynamiser l'industrie européenne de la défense, renforçant ainsi notre autonomie stratégique.

Aujourd'hui, plus de 80 % des investissements en équipements de défense sont encore exclusivement nationaux. La fragmentation de nos efforts en matière de défense nous coûte cher, entre 25 et 100 milliards d'euros par an. Nous dépensons, nous, les Européens, 200 milliards d'euros pour la défense, mais nous n'atteignons que 15 % de l'efficacité des Américains, car nous avons trop de doublons et pas assez d'interopérabilité.

Nous avons donc tout intérêt à mettre en place une véritable base industrielle de défense européenne, raison pour laquelle la Commission a présenté un plan européen de défense pour soutenir la recherche dans le domaine de la sécurité et pour encourager les États membres à mettre en commun des équipements et à s'aligner sur les normes.

Et, comme je vous l'avais annoncé lors de mon discours sur l'état de l'Union, nous avons proposé de créer un Fonds européen de la défense qui permettra à la fois de financer la recherche et de faciliter les achats en commun du matériel.

Je parle de la défense, parce que la défense est un vrai sujet, mais je ne voudrais pas que le débat sur la défense européenne qui va s'engager nous éloigne des préoccupations immédiates des Européens. J'ai parfois l'impression que nous insistons trop sur la défense et insuffisamment sur les autres grands dossiers européens, dont notamment la politique sociale et le pilier des droits sociaux que nous sommes en train de préparer.

This week's European Council will also be a kilometre mark in our drive to stimulate our job market and our economy. It has been only three months since I announced a large-scale expansion of the European fund for strategic investments, and I am delighted at the speed at which we have moved.

It is sometimes tempting to focus on the eye-catching numbers like the EUR 154 billion of investment it has triggered in 27 Member States, or the EUR 19.8 billion in financing it has secured for infrastructure projects. But what really counts is not the numbers, but the stories behind the numbers. The stories of how it affects the lives of people right across Europe. Sometimes big stories, sometimes smaller stories, but nevertheless important stories. Like the story of the family-run Indonesian restaurant in the small town of Geleen in the Netherlands that, thanks to the investment plan, has secured the loan it was previously refused to expand its business. Or the story of the farm in Crete that has now secured the EUR 15 million in financing it needs to develop a new product line in cold-cut meats and create more than 100 local jobs in the process. I could pick up many stories from the other 77 000 small and medium-sized enterprises across Europe that are benefiting from the investment plan. Everyone is asking for more support for SMEs. The Juncker plan is doing exactly that. That is the real added value that Europe can have, but we need more stories like that that. That is why I call on the co-legislators to reach an agreement on the extension of the European funding for strategic investments as soon as possible.

But we must also focus on creating the stories of tomorrow by investing in our youth. Despite a 10% drop in the last year alone, youth unemployment is still far too high – especially in those parts of Europe where recovery has taken more time. That is why we call for the Member States' continued support for the Youth Guarantee, which has seen 9 million young people take up an offer of work, education or training. This is why we have proposed to increase funding for Youth Employment initiatives by a total of EUR 2 billion. That alone will help support 1 million more young people by 2020. But to really create the stories of tomorrow, we need our young people to have access to different experiences and different opportunities.

Last week – exactly one week ago – we launched the European Solidarity Corps to get young people volunteering or working to help the most vulnerable and marginalised in our society. That is 100 000 new stories by 2020 and 100 000 young people equipped with the experience and skills to make them thrive on the job market. That is an investment worth making, and I will call on the European Council to throw its full weight behind it. In less than a week, more than 10 000 young people have registered to be part of the European Solidarity Corps. It shows that it was needed: that young people are Europeans, that they are eager to contribute meaningfully to society, and to show solidarity.

I will finish here, as there can be no better or more important note to leave it on. But the European Council will also address two foreign policy issues. First, it must ensure that the EU-Ukraine association agreement is concluded. That is a matter of geo-political responsibility. It is time to finish the work of this Chamber and of Ukraine's Rada, when they ratify the agreement simultaneously. A great moment, in fact, in the parliamentary history of our continent.

I would also like to congratulate the European Parliament for having completed negotiations on the visa liberalisation suspension mechanism. Visa-free status must now be granted to Ukraine and Georgian citizens as quickly as possible. We were promising it, they were doing what they had to do, and now we have to deliver.

The European Council will also discuss the war in Syria. The situation in Aleppo, despite recent events, is grave. There are reports of slaughters and of children trapped under collapsed buildings. I call on the warring parties to see through the fog of war, at least for a moment – at least long enough to recall their humanity and to allow the civilians, the women and the children to leave that great, ruined city in safety.

(Applause)

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Meine Herren Präsidenten, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Welt hält den Atem an.

Die Bilder, die wir heute in den Zeitungen aus Aleppo sehen, schockieren uns alle. Hunderttausende von Menschen und Kindern erleben dort die Hölle auf Erden. Die Abzugsmöglichkeiten, die jetzt angekündigt worden sind, sind sicher zu begrüßen. Aber für uns, vor allem für den Europäischen Rat am Donnerstag, heißt es, dass wir handeln müssen, dass Europa jetzt handeln muss.

Das Erste, was notwendig ist, ist humanitäre Hilfe: zu versuchen, die Notfallhilfe wirklich an den Ort zu bringen, Menschen zu unterstützen, Mittel bereitzustellen. Und auch die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa muss nach dem, was wir gestern mit den Jesidinnen erlebt haben, die wir mit dem Sacharow-Preis geehrt haben – jetzt angesprochen werden.

Das Zweite: Wir brauchen eine Stärkung der Außenpolitik. Europa war abwesend. Die Weltgemeinschaft hat versagt. Deswegen brauchen wir mehr Einheit, auch mehr Einheit bei der Frage der Verteidigung.

Das Dritte: Die Politik Russlands. Aleppo – da gehört auch der Blick nach Moskau mit dazu. Ja, Dialog ist notwendig, auch mit Moskau. Aber Fakt ist, dass Aleppo sich nur so entwickeln konnte, weil russisches Militär mitgeholfen hat. Kinder, Familien – ein Drittel der Toten nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind Kinder –, deswegen ist für uns als EVP klar, dass die *appeasement*-Politik gegenüber Russland kein Ansatz sein kann. Putin hat Blut an den Händen. Das muss auch vom Europäischen Rat deutlich ausgesprochen werden.

Wir freuen uns deswegen, dass sich François Hollande und Angela Merkel und die anderen Staats- und Regierungschefs gestern offensichtlich auf die Verlängerung der Russlandsanktionen verständigt haben. Das ist ein gutes Signal, dass wir diese Art von russischer Politik nicht akzeptieren.

Das zweite Thema ist die Türkei. Die Terroranschläge haben uns alle schockiert. Istanbul eine bunte offene liberale Stadt, und jetzt sind viele Opfer zu beklagen, die vom Terror heimgesucht wurden. Wir müssen zunächst die Solidarität, auch das Mitgefühl, gegenüber den Opfern zum Ausdruck bringen, dass wir an ihrer Seite stehen. Aber klar ist auch, dass die Entwicklungen in der Türkei uns alle sorgenvoll stimmen: Die Abgeordneten, die die Immunität verlieren, die Medien, die geschlossen werden. Die Fakten sind bekannt. Deswegen auch hier die Bitte an den Europäischen Rat, nicht einfach nur „weiter so“ zu sagen, sondern ehrlich zu sein, auch mit unseren türkischen Partnern.

Die ausgestreckte Hand, die gemeinsamen Aufgaben zu erledigen, beispielsweise im Kampf gegen den Terror, die ist vorhanden. Aber klar ist, dass die Türkei sich in die falsche Richtung bewegt, und deswegen wäre es eine Bitte an den Europäischen Rat, die Beitrittsgespräche einzufrieren, so wie es eine große Mehrheit in diesem Europäischen Parlament gefordert hatte.

Das Dritte, das ich heute ansprechen will, ist ein Blick auf Europa, weil wir uns ja auch als Europäisches Parlament jetzt in einer Neupositionierung befinden. Wir haben den Rat in den letzten Wochen und Monaten oftmals kritisiert ob seiner nationalen Egoismen, ob der nationalen Spaltung, auch der Blockade, die wir erlebt haben. ich denke an die Migrationsfrage, ich denke an *trade defence*-Instrumente, wo leider Gottes im Rat Blockade herrscht und wir als Europäische Union nicht vorankommen.

Jetzt sehe ich und sieht meine Fraktion, dass auch das Europäische Parlament in eine gewisse Blockade rutschen kann, nämlich eine parteipolitische Blockade, die vielleicht vor uns steht. Ich glaube, dass die Auseinandersetzung zwischen den Parteien notwendig ist – das steht außer Frage. Sie wird 2019, wenn die nächsten Wahlen kommen, auch in aller Härte zu führen sein. Aber wir als Fraktion sind der Meinung, dass jetzt nicht der richtige Zeitpunkt ist.

Martin Schulz wurde vorher als ein Präsident gewürdigt, der dem Parlament Wahrnehmung gegeben hat. Die zweieinhalb Jahre in dieser Legislaturperiode waren geprägt davon, dass die proeuropäischen Fraktionen gemeinsam liefern konnten, dass wir in der Lage waren, Ergebnisse zu erzielen. Ich möchte ein Beispiel herausgreifen, nämlich, dass es uns gelungen ist, heute so geringe Arbeitslosenzahlen in der Europäischen Union zu haben wie zur Krisenzeit 2009, dass die Arbeitslosenzahl deutlich reduziert werden konnte, dank Juncker-Plan, dank vieler Initiativen. Einer der Erfolge, die wir gemeinsam erreicht haben.

Ich glaube, dass wir als Parlament durchaus stolz darauf sein dürfen auf die zweieinhalb Jahre, wo wir gemeinsam Ergebnisse im Konsens erzielt haben – wo jeder auf den anderen zugehen musste. Ich möchte für meine Fraktion deutlich machen, dass wir genau diesen Ansatz auch weiter praktizieren wollen. Wir wollen gegenüber dem Bürger liefern. Wir wollen Ergebnisse erzielen im Konsens der Proeuropäer und Demokraten. Wir wollen nicht in die Hände von Populisten und Extremisten geben, was im Parlament entschieden wird.

Lassen Sie mich mit einem Zitat eines linken Politikers, eines wichtigen europäischen Politikers, nämlich Altero Spinelli – er war sogar Kommunist – schließen, der sagte,: „Die Trennlinie zwischen fortschrittlichen und reaktionären Parteien verläuft zwischen denen, die in Nationalismen und in Parteikampf zurückfallen, und denen, die gemeinsam für die europäische Einheit arbeiten." Meine Fraktion ist dazu weiter bereit!

(Beifall)

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *ερώτηση με γαλάζια κάρτα.* – Κύριε Weber, μπορείτε να βάλετε τα ακουστικά σας. Θέλω να πω ότι συμφωνώ απόλυτα μαζί σας, ότι πρέπει να μπουν κυρώσεις στη Ρωσία. Το εννοώ πλήρως. Θέλω όμως να σας ρωτήσω: Συμφωνείτε να φέρουμε στην Επιτροπή Εξωτερικών τον κύριο Τόνι Μπλερ, να μας εξηγήσει γιατί συνέβαλε στο να δημιουργηθεί σήμερα αυτό το τεράστιο εργοστάσιο που αλέθει ψυχές και σώματα στη Συρία και στο Ιράκ; Γιατί ως χώρα μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης η Αγγλία συνέβαλε σε αυτό το μεγάλο κακό, για να χειροκροτούμε εχτές τις γυναίκες που ήρθαν εδώ να τις τιμήσουμε.

Manfred Weber (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Also ehrlich gesagt, ist die Frage ziemlich absurd, ziemlich verquer. Ich sehe, dass in den letzten Monaten über Aleppo eher russische und syrische Bomber – also von Assad – gebombt haben, dort Kinder gemordet haben. Das sind die Fakten, das ist die Realität. Und deswegen bleibe ich dabei: Putin hat Blut an den Händen. Wir müssen als Europäer Brücken bauen, immer mit allen reden, das steht außer Frage. Aber wir müssen klar sein in den Grundprinzipien, sodass jeder weiß, wo Europa als Wertegemeinschaft steht: Wir stehen an der Seite der Menschen in Aleppo, die jetzt unsere Hilfe brauchen.

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anche da parte nostra un pensiero per Aleppo. Lo abbiamo detto altre volte, lo ribadiamo con determinazione e con dolore: aiuti umanitari, cessate il fuoco, fermare le barbarie, dialogo ma fermissima condanna della Russia.

Penso che il Consiglio europeo di domani ci possa purtroppo riservare delusioni e risposte inadeguate. Fa bene il Presidente Juncker a ricordare i risultati che abbiamo raggiunto, soprattutto grazie a questo Parlamento, a tutto il Parlamento e alla Commissione europea. Ringrazio anche per l'impegno che il Presidente Juncker ha ribadito nei confronti dell'Italia, ma i nodi rimangono fermi nella palude del Consiglio.

Sul sistema europeo di asilo rischiamo di trovarci per l'ennesima volta di fronte a parole vaghe, senza alcun impegno in tema di redistribuzione dei rifugiati. Sul piano di investimenti il Consiglio si limita a prendere atto della proposta della Commissione, ma non va avanti e ogni ritardo si ripercuote sulla vita delle persone. Come ha ricordato il presidente Juncker, ci sono storie, ci sono persone, se il Consiglio non decide, quelle non decisioni si riverberano sulla vita delle persone, sulla vita delle imprese.

Parole deludenti sulla Garanzia giovani. La Commissione ha fatto una proposta, i socialisti hanno fatto una proposta ancora più ambiziosa, anche sul piano finanziario, ma nulla, io temo, verrà dal Consiglio di domani. Anche sul servizio civile chiediamo che il Consiglio decida.

La mancanza di risposte di questo Consiglio a maggioranza conservatrice deve portarci ad una conclusione comune. C'è bisogno di una nuova fase, lo dico con grande chiarezza, l'Europa unicamente a trazione conservatrice non funziona più, bisogna aprire un nuovo ciclo. Negli ultimi sei mesi la Brexit, le elezioni americane, gli ultimi risultati elettorali hanno rivoluzionato il paesaggio e sta a noi cogliere la domanda di cambiamento che viene dai cittadini.

Innanzitutto bisogna partire da una chiarezza e da una diversità di posizione, che sono la ricchezza di un'istituzione democratica, il che non significa non dover e non poter cooperare sui singoli dossier. Questo è un nostro dovere quando sono rispecchiate le nostre posizioni ma quel che è certo, dopo una profonda riflessione, non dell'ultima ora, del mio gruppo, la cooperazione in forma strutturata come c'è stata in questi due anni e mezzo è finita, ed è finita per ragioni politiche. Noi vogliamo un confronto aperto, non limitato ai gruppi che hanno formato la vecchia coalizione. Vogliamo una nuova polarizzazione tra centrodestra e centrosinistra, che deve portare a sciogliere i nodi che restano sospesi e a cui il Consiglio di domani non sa dare risposte.

L'economia; un piano di investimento più ambizioso che si concentri sulla transizione energetica; una Garanzia giovani più consistente che dia risposta alla vera tragedia dell'Europa di oggi, che è la disoccupazione dei giovani; un vero piano di investimenti sull'Africa e con l'Africa, come noi socialisti chiediamo da tempo; un'economia più morale, che combatta la frode e l'evasione fiscale; lo sviluppo sostenibile; un pacchetto clima-energia più ambizioso; un obiettivo di energie rinnovabili al 40 per cento; una grande attenzione per la sicurezza alimentare.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Janice Atkinson (ENF), *blue-card question*. – Mr Pittella, Council, Mr Juncker, Mr Weber and all of you on that side, every one of you is going to mention Aleppo. My group tried to put Aleppo on the agenda this week to discuss in Parliament. Not one of you supported that. Why didn't you?

Gianni Pittella (S&D), *risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Credo che il Parlamento europeo si sia pronunciato molte volte su questo tema e con grande chiarezza di posizioni. E noi ribadiamo, anche in questa forma, la nostra disapprovazione e la nostra condanna per le bombe sovietiche, per i massacri, per le barbarie che si stanno consumando. Chiediamo immediati aiuti umanitari e un immediato cessate il fuoco.

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, since 2010 we have had 45 summits – each one an opportunity to take the EU in a new direction. But how many times have we discussed the issues on this week's agenda: migration, security, economy and youth unemployment? How many more times until we actually solve them? Almost every summit seems to produce more of the same: words and declarations to keep the control set to auto-pilot whilst struggling to tackle both the internal and external challenges. The challenges of building the right environment for companies to create jobs. The challenge of keeping our citizens safe and secure. The challenge of sustaining living standards we have come to take for granted. But how? Imagine you are a young person living in Spain or Greece with youth unemployment at over 40%. You want the opportunity to get a job, or at least an apprenticeship. You need the right economic conditions to allow businesses to create jobs for which you can apply. You dream of being able to build a better future for yourself, for your family and for your community. But what do we in this House offer? Yes, we talk about the EU Youth Guarantee scheme that Gianni Pittella just spoke about. But here, in the European Parliament, our proposed solution to all this is a free Interrail Pass. A great opportunity for middle-class kids who could afford it anyway, but not exactly the solution you are desperate for if you are struggling – like many of your neighbours – to find a job. Is it any wonder that people are angry with us, angry at how out of touch we have become? Should we then be surprised when they turn away from the mainstream political parties?

The ECR Group, made up of MEPs from 18 countries, wants to show that we understand people's legitimate concerns. That we can work together, within the EU and with western allies. That we can offer the EU a new direction. It has happened before. The EU has begun to change direction on the migration and refugee crisis. We have finally started to recognise the importance of distinguishing between genuine refugees fleeing war and persecution and economic migrants who are bypassing the legal migration channels. And when the EU eventually moved towards an approach that the ECR and others have been calling for, what did we see? A crisis that is far from over, but which has become more manageable.

So why don't we try a new direction in a few more areas? On security, instead of thinking that we have all the solutions in Brussels or in Strasbourg, how about learning from what works in our local communities? Learning from anti-radicalisation projects in London, Aarhus or Mechelen. Learning from local jobs clubs and projects helping the long-term unemployed into work. Learning from local projects that help refugees to integrate into their new surroundings in many towns and cities. And how about learning from what works in some of our countries? What about asking security agencies how we can improve their confidence in their counterparts in other countries, with whom they may be reluctant to share their hard gathered intelligence? How about creating jobs by cutting bureaucracy and liberalising

employment laws? How about learning about integration from countries that have welcomed newcomers for centuries?

Inside this building, the talk is of the intrigue of who will be the next President of the European Parliament. But step outside this building, and our voters will not be interested in that. They will be worrying about their jobs, their future and their ability to pay their bills. So in those few hours of the working lunch and the working session at this week's Leaders' Summit, let us hope that our leaders finally start to listen to the many alarms that have gone off in 2016. Let us hope that our leaders address the legitimate concerns of our voters, and let us hope that our leaders chart a new course and set sail for a new direction.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Maria Grapini (S&D), *întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonașului albastru"*. – Domnule președinte, stimate coleg, personal apreciez modul de a vă expune punctul de vedere în Parlament, dar două lucruri m-au determinat să vă pun o întrebare.

Cunoașteți bine Europa? Ați spus că tinerii oricum pot călători liber. Credeți că „tinerii" sunt numai cei din Londra? Cunoașteți bine țările care au tineri ce nu-și pot permite să călătorească?

Al doilea lucru: dacă putem lucra împreună, așa cum ați spus, cum explicați decizia ca Marea Britanie să părăsească Uniunea Europeană? Ce ați făcut, cum ați explicat Europa la dumneavoastră acasă?

Syed Kamall (ECR), *blue-card answer*. – First of all, I would like to thank you for your question. I would also say how generous you are because you always apologise to me afterwards outside the Chamber for asking me a question, so that is very polite. Thank you. Your first question is about travel. It's all very well saying let's give kids free Interrail passes, but what the people actually want is the ability to have a job. They want a future, they want to think about themselves and their families. People want to work. With this gesture of giving a free Interrail pass, quite often it is the wealthy middle class kids who can afford it anyway. They can afford the food; they can afford to travel; and all you are doing is saving them a few hundred euros on the ticket. You talked about Brexit, but even though Britain is leaving the EU, we are still right next door to each other. It doesn't stop people traveling and intermingling. You don't need political integration for people to travel and meet each other. We can in fact be more global in this way.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, first of all I'm not going to start to say farewell to you, I think that is for the next session. But I want to say welcome to somebody who is new here, Ska Keller as the new leader of the Green Group. We know already each other, she was 'Spitzenkandidat', I know she's a very good debater, so I say welcome to her in this mandate.

We have already heard it a few times this morning: everybody is talking about Aleppo, some I think with good intentions, some with less good intentions. The ENF are asking to put that point on the agenda but that's in order to say they have liberated Aleppo. That's the reason they want it on the agenda, not to deplore the thousands of people, men, women and children who were killed by those who you are supporting for the moment: Russian airplanes, the troops of Assad. And so it's completely cynical from your side to even try to put it on the agenda of the European Parliament, when you are the cause of what is happening for the moment in Aleppo. It's a shame!

(Applause)

What would be far better is to listen a little bit better to the testimony of yesterday, the testimony of Nadia and Lamiya, the Yazidi women, the horrific things that they went through. Because the horrific things that they went through is exactly what is now happening in the streets there, where the Assad people, the army, and also the Shi'ites, Iranian commandos, are going from door to door to kill people, to kill women, to kill children.

And so my request to you and to the Council is: What are you going to do about it? Yes, you going to deplore it like we all deplore it here, but you have the power to do something more. What you could do is say, well, we need to do three things: first, ceasefire; second, we need to have free entrance of humanitarian aid to eastern Aleppo; and third, we need to sit around the table to find a political solution and if those who don't want to do it, don't do it, we the European Union launch a number of sanctions towards Russia, towards the Assad regime, towards Iran, because it is their commandos for the moment who are doing these atrocities inside Aleppo. That you can do. So we can deplore, you can deplore but you have the power tomorrow in the European Council, to take that decision.

And that's my request to you. not only to come here and say, yeah, there's a problem, but to take an initiative, and the initiative can only be that Europe is launching a new package of sanctions against these people if they don't comply with these three human - I should stress, human - requests that we have today in the case of Aleppo.

And that's also the reason why I hope that on the defence Union we make progress, as has been said by President Juncker, not only by making a fund, I think Jean-Claude, but also by starting to integrate all these multiple forms of defence cooperation we have in the European Union. There's an inflation of defence cooperation inside the Union. We have the Benelux, we have the Baltics working together, the Scandinavian countries working together, we have Eurocorps, we have the French-Italian cooperation, we have the Dutch-German cooperation. What we need to do is to integrate that into a defence Union and with Eurocorps in one structure, so that we can find a solution to the scandal we have today, that we are in fact spending 42% of the American expenditure on the military and we can only carry out 15% of their operations in reality, that means that we are three to four times less effective than the American army; that's the reality. So, second thing, on the defence Union: finally take the decision and start first of all, the proposals from the Commission and then further on.

And then the third point, I have seen that in the Council conclusions there is also a point on the format of the Brexit negotiations. I have to ask you: in what time are you living for the moment in the Council? I think you are still in the 20th century, or something like that, before the 1970s, because I have the impression that you have never read the Treaty of Maastricht and the Treaty of Lisbon and the powers of the European Union and the European Parliament. What they are proposing is simply to say, ah, we go forward with the Brexit negotiations, but without the Parliament. We can invite sherpas, maybe, but that's it. That's all. You are not aware that we have to approve these arrangements? You are aware of it? OK, that's already an enormous step forward, but I am going to tell you it's time that you also involved Parliament from day one. Do you want that we open separate negotiations with the British authorities? Isn't that what you want? You can get it. If that's what the Heads of State want, we are going to do it: parallel negotiations. I don't want it. But apparently the Council wants it. Maybe I can give you, I don't know who gave it to me a few minutes ago, it's a famous phrase of Lyndon B. Johnson. Now Lyndon B. Johnson's not always very accurate, but OK I'm going to use it. He said once: better to have him inside the tent pissing out than outside the tent pissing in. Maybe that's a good reality that you can recall to the European Council.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Der Präsident. – Herr Verhofstadt! Ich weiß nicht, ob ich morgen in meiner Rede im Rat dieses Zitat von Lyndon B. Johnson benutzen werde. Aber eine Sache ist völlig klar: Ich werde diesen Punkt, den Sie gerade angesprochen haben, heute Nachmittag auf die Tagesordnung der Sitzung der Konferenz der Präsidenten setzen. Denn das muss ich, Herr Korčok, an dieser Stelle ausdrücklich sagen: Der Entwurf der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, bei dem sichtbar wird, dass offensichtlich der Rat für die Verhandlungen das Parlament als lästiges Übel betrachtet, trägt den Keim des Scheiterns in sich. Deshalb kann ich nur den dringenden Rat geben, das Parlament von der ersten Minute an in vollem Umfang in alle Beratungen miteinzubeziehen, sowohl auf der Scherpa-Ebene als auch auf der Ebene des Europäischen Rates selbst. Ansonsten, so glaube ich, gehen wir richtig konfrontativen Zeiten entgegen.

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – Mr Putin is no angel. He locks up homosexuals and does all sorts of appalling things. Mr Assad is an equally appalling dictator, but the thing is that the Middle East has instability because the West has undermined Arab dictators. The real enemy in the Middle East is not people like Assad: the real enemy is fundamentalist theocracy. That is terrifying to the Russians in their southern republics, but it is also terrifying to the European Union with many cities with large Muslim populations.

Do you not agree with me, Mr Verhofstadt, that this Parliament is basically a bourgeois playpen, and is not giving the working class or the people of the Middle East a decent break? It is just a lot of hot air for student radicals from the 1960s to air the contents of their stomachs.

Guy Verhofstadt (ALDE), *blue-card answer*. – I do not think that was a question from Mr Coburn. The only thing I know is that this morning the spokesperson of the Ministry of Foreign Affairs of the United States of America has said that, for the moment, the Russians and the Assad regime are not fighting against Islamic State. What they are doing is fighting against the moderate opposition, to get rid of them. I am not saying that – this is the intelligence that the Americans have for the moment, and if you continue to support these Russian and Assad atrocities, I think you are also co-responsible for the humanitarian crisis that is happening in Aleppo.

Eleonora Forenza, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, immagino che il Consiglio di domani dovrà anche prendere atto di quello che è stato il risultato del referendum che si è celebrato in Italia il 4 dicembre.

Un referendum che ha detto «no» a un progetto di modifica della Costituzione italiana che andava nelle direzioni che il fondo di investimenti J.P. Morgan suggeriva per le costituzioni del Sud Europa. Noi siamo molto contenti che abbia vinto il no, che abbia vinto la difesa della Costituzione italiana nata dalla Resistenza antifascista e penso che il Consiglio dovrà prendere atto anche del cambio di governo in Italia, dovuto al fallimento di Matteo Renzi anche in questo progetto di riforma costituzionale.

Matteo Renzi è anche tra gli ideatori del *migration compact*, di cui si discuterà al prossimo Consiglio. Cosa si propone? Si propone di fatto una cooperazione con gli Stati africani condizionata al controllo delle frontiere, con cinque paesi di origine e transito, come veniva ricordato poc'anzi. Ecco, le conseguenze già si iniziano a vedere al solo progetto di questo accordo. In Sudan gli eritrei cominciano a essere sempre più massicciamente arrestati, numerose ONG già parlano di un accordo vergognoso, un accordo vergognoso perché estende quel processo di esternalizzazione delle frontiere che già è stato sperimentato e si sperimenta tuttora nell'accordo con la Turchia. Un accordo che viene definito un successo.

Ecco, io mi chiedo come sia possibile definire un successo un accordo quando la *Fundamental Rights Agency* parla di violazioni sensibili e significative di diritti umani. Come si può definire un successo un accordo con un regime autoritario, come quello di Erdogan, mentre parlamentari dell'HDP sono in prigione, senza peraltro poter ricevere neanche assistenza medica, mentre numerosi sindaci e sindache curdi sono in questo momento impediti nello svolgimento della loro funzione. Che cosa si intende per successo? Allora si parla di uniformare anche qui gli standard sul diritto d'asilo, ovviamente per uniformare si intende «abbassare».

Si dice di non lasciare sola l'Italia, ovviamente siamo d'accordo, però vorrei provare a dire che non basta lasciare i fondi fuori dal patto di stabilità. Vorrei invitare chi dice di non lasciare sola l'Italia a visitare, come io ho avuto modo di fare, il Cara di Bari, il Cara di Crotone, il Cara di Mineo e a guardare negli occhi donne e uomini che restano sospesi per mesi in un limbo, donne e uomini che accedono al programma di *relocation* senza sapere dove saranno destinati. Vorrei che guardaste negli occhi quei volontari del *Mediterranean Hope* che lavorano a progetti di costruzione dei corridoi umanitari dal basso.

Questo, praticare l'accoglienza, praticare la solidarietà significa non lasciare l'Italia da sola, perché io voglio che, oltre a non morire e a non naufragare donne e uomini nel Mediterraneo, non ci sia neanche il naufragio di un'idea di Europa. L'onorevole Weber citava Altiero Spinelli. Ecco, se realmente quel manifesto di Ventotene fosse assunto come programma e come progetto per quest'Europa, forse saremmo tutti d'accordo.

Der Präsident. – Verbunden mit dem Glückwunsch zu ihrer Wahl zur Fraktionsvorsitzenden erteile ich jetzt das Wort der Vorsitzenden der Fraktion der Grünen, Frau Keller.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, colleagues have mentioned that there are horrendous atrocities happening right now in Aleppo as we speak. The question to all of us is: what will the world do to stop that? We cannot just stand and watch this. The question to you, Mr Korčok, is: what will the European Council do? Will it send a strong signal, a strong message, or will it stand and watch? What will you do – what will the European Union do – to help those Syrians who have managed to flee from their country, from bombs and from terror, to find adequate international protection?

If we can believe the Council conclusions that are circulating, the answer is nothing. Nada. Where is the resettlement scheme that we urgently need to get people out of the horrendous situation that we have in Lebanon and in Jordan? Where is any message to the people fleeing that they are not alone and that we will help them? Instead, we have the Belgian Government, for example, fighting about whether or not to give a humanitarian visa to a single Syrian family. On the relocation of people who are already here, nothing. Fewer than 10 000 people have been relocated from Greece and Italy.

So how does this fit in with the concept of 'the Union that delivers'? It clearly does not deliver, even on things that have already been agreed. On top of that, the Commission is even recommending sending refugees back to Greece. That is ridiculous. Where is the solidarity? Where is even the common sense in the Council? Mr Korčok, what role is your Presidency planning to play in all of this?

On migration it seems that the only thing that Member States can agree to do is close the doors and do everything to keep migrants and refugees out. In order to do that, you are even prepared to do dirty deals with anyone in the world. You want to return, and you are returning – Member States are returning – people to countries where just the other day we were sending soldiers and armies. How can we return people to Afghanistan and to Mali where we have soldiers to protect a peace that does not really exist? How can we assume that it is safe for people when we are also sending soldiers? I think that, if we proceed like this – together as the European Union – and if we forget our own values, then we can also forget about promoting human rights elsewhere in the world. If we are not true to our own principles at home, we will just become a laughing stock in the world and there are other people who are competing for that role at the moment.

On external security and defence, it seems that you just want to throw around more money and more papers with fancy titles. While there is absolutely nothing wrong with fancy titles, money is urgently needed elsewhere. We need it for investment, we need it to fight unemployment and we need to have it for social justice. By the way, we would have some more money available if the Council would finally get serious about tax evasion.

So I suggest you focus on the issues that have already been talked about so many times many years ago, for example pooling and sharing, instead of nurturing the defence and military industry, because that particular industry is actually doing pretty well, thank you very much.

The European Council is meeting at a very crucial time, as colleagues have mentioned. There are a lot of challenges ahead and it is vital that we get it right. So I really hope that the Council can send an important signal for Europe, for solidarity and for human rights. I wish you every success and good luck. If you do so, we are of course ready to support you but, from the Council conclusions we have seen so far, unfortunately we cannot expect that. But I hope you can change that.

(Applause)

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Bill Etheridge (EFDD), *blue-card question*. – Good morning, Merry Christmas, and also congratulations on your new role.

There is a lot of passion about Aleppo today. Do you agree with me, first of all, that war is best avoided? The ways to avoid war would be first of all to stop crazy foreign interventions that are totally unnecessary, to stop the political posturing that pushes people like crazy tyrants in Russia to the edge of having to respond, and that peace can be best achieved through strength – and strength is best achieved through NATO, not some hare-brained scheme of European defence armies that will never work. They are absolutely preposterous, and thank God that they will never in future have UK troops in them.

Ska Keller (Verts/ALE), *blue-card answer*. – Thank you for the question. I think we are strongest if we work together in European cooperation. We are stronger together. We can move things in the world together and we need to do so, always having in mind to achieve peace, to achieve human rights and to achieve democracy and the values that all human beings want to achieve. We are all striving for a peaceful existence. We are all striving to have our rights respected, and we are all striving to have freedom and to have our voices heard.

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, thank you and I hope we can all agree that 2016 has been a momentous – indeed historic – year. As it is Christmas, let's think of those events in terms of the three wise men bearing their gifts. First, we had the Brexit deliverance; then we had the Trump triumph; and then thirdly, of course, the Italian rebellion. It's just that in this case, the gifts were all the same: democracy and the rebirth of the nation state. I really think you had better listen, because I know in the past you've managed to ignore Danish, Dutch, Irish and French referendums, but this time it is for real. A democratic revolution has begun.

Yet, when the 28 leaders of the EU countries meet tomorrow, I see no sign on the agenda of humility. I see no understanding of what has happened at all. In fact, what I see is the implementation plan of the EU global strategy on security and defence. In simple English: EU militarisation – the building of a European army. Indeed, Mr Juncker used Donald Trump's magnificent victory to say: 'well that means that NATO won't be here anymore. We have to do this ourselves'. That is what you said, and this is a huge and dangerous error. Trump is not a threat to NATO. He wants it to be redefined, and he wants the members to pay their way. It is Mr Juncker who is a threat to NATO. You can pretend today, if you like, that your military structure is going to run in parallel with NATO, but those two structures cannot run together without being in direct conflict with each other.

It was Tony Blair that first really worried me about this project when he said the rationale for the EU today is not peace, it's about power. Already we've seen that power exercised in terms of foreign policy in Ukraine, where we have wantonly provoked Russia – and we actually got rid of a democratically elected leader. You know, history is littered with conflicts caused by empires that seek to expand, and it's about time the British Government stood up tomorrow and said: enough. This is madness. We, as an independent United Kingdom, will act as the bridge between America and the nation states of Europe to make sure that NATO is secure.

I also hope tomorrow that we see the British Prime Minister stop dithering on Brexit. It has been six months since we voted for our liberation, and at the minute we're being dictated to by courts and European Commissioners and told what we can and cannot do. I hope we do that, but I suspect we won't, and I suspect the other 27 leaders will continue on the same course. That's why you can all look forward to some even bigger traumatic shocks coming in 2017. It's going to be, for nation-state democrats, a very happy New Year.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Sophia in 't Veld (ALDE), *blue-card question*. – You said something that I would like to ask your clarification on: you say 'dictated by the courts'. So do I understand that you now officially say that you no longer accept the independence of the courts – one of the pillars of democracy and the trias politica? A yes or no answer, please.

Nigel Farage (EFDD), *blue-card answer*. – Well, Tony Blair did his absolute best to politicise a civil service that had been made neutral by Gladstone 140 years earlier. Yes, of course it is true: we have some people sitting in judgment who have actively been engaged in the process of European unity, and they – in those specific cases – should have absented themselves. But the real point I am making is dithering. Had the new Prime Minister triggered Article 50 immediately, there would be no court cases. We would not have Mr Barnier talking down to us. We would be getting on with doing the best we can under Article 50, though I am concerned – listening to your colleague, Mr Verhofstadt –that once we trigger Article 50 it may become so unworkable that we simply have to say, 'We're going, goodbye!'

Marcel de Graaff, *namens de ENF-Fractie*. – Vorige week werd in Duitsland een illegale Afghaan aangehouden. Hij verkrachtte en vermoordde een veelbelovende studente. Ze was 19 jaar oud, in de bloei van haar leven. Ze zette zich actief in voor de opvang van migranten, ze was de dochter van een EU-ambtenaar. Het had uw dochter kunnen zijn, het had mijn dochter kunnen zijn. Politici en media noemen het een incident. In Duitsland zijn inmiddels duizenden verkrachtingen, berovingen, geweldplegingen door illegale indringers gebeurd. Bij hoeveel incidenten geeft deze Commissie toe dat er een structureel probleem is? 10 000, 100 000, een miljoen? Het antwoord is nooit. U gaat nóóit toegeven dat er een structureel probleem is.

Deze illegale indringers dragen de overtuiging uit dat ze recht hebben op het verkrachten van onze vrouwen en van onze kinderen, ja, ook onze kinderen. Want jongens en meisjes, of ze nu 5 jaar oud zijn of 10, het maakt niet uit. Ze worden verkracht en vermoord. En u zal blijven ontkennen schuldig te zijn aan deze tsunami van geweld tegen vrouwen en kinderen in onze steden. Maar u heeft de grenzen opengezet, de veerdienst opgezet om deze illegalen op te halen van de kust van Libië. U werkt samen met de dictator van Turkije, de handlanger van IS, van Al- Qaeda, Al-Nusra, van de slagers in Aleppo, in Homs en in Mosul. U bent fout.

Dus ik geef u deze boodschap mee voor de Raad van 15 december: sluit de nationale grenzen, stuur de indringers terug naar Turkije en Libië, stop onderhandelingen met Turkije, stop de islamisering van Europa.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Der Präsident. – Herr de Graaff! Ich möchte Sie nur um Folgendes bitten: Davon zu reden, dass Migranten oder Flüchtlinge systematisch Vergewaltigungen vornehmen, nach dem, was wir gestern von zwei Migrantinnen hier gehört haben, die systematisch vergewaltigt worden sind, ist eine Schande für das Europäische Parlament.

Hilde Vautmans (ALDE), *"blauwe kaart"-vraag*. – Meneer de Graaf, uw uitspraken zijn niet te tolereren in dit Europees Parlement. Europa draagt de vrouwenrechten en de mensenrechten hoog in het vaandel. Uw uitspraken zijn puur racisme: alle vluchtelingen over één kam scheren, zeggen dat zij het zijn die de vrouwen en de kinderen verkrachten. Ik walg van uw uitspraken en ik zou graag willen, meneer de Voorzitter, dat u deze schrapt uit de notulen. Dit is een Europees Parlement onwaardig!

Marcel de Graaff (ENF), *"blauwe kaart"-antwoord*. – Ik hoor geen vraag, maar ik geef toch een opmerking en dat is namelijk dat er een hoop mooie woorden worden gesproken over dat dit Parlement zou opkomen voor de rechten van vrouwen en kinderen in Europa. Geen woorden maar daden, mevrouw, daden. En uit uw daden blijkt dat u helemaal niets, maar dan ook niets doet voor vrouwen die slachtoffer worden in onze steden van al deze illegale migranten.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, δεν μπορεί να περιμένει τίποτα άλλο κανείς από φασίστες. Και μπροστά στη σύνοδο η επιβράδυνση της διεθνούς καπιταλιστικής οικονομίας επιδρά έντονα στις εξελίξεις. Κανένα ιμπεριαλιστικό κέντρο δεν μπορεί σήμερα να λειτουργήσει ως ατμομηχανή ανάπτυξης της οικονομίας. Η αβεβαιότητα αυτή ισχύει και για την Ευρωπαϊκή Ένωση και την ευρωζώνη. Η δυσκολία μιας ελεγχόμενης απαξίωσης υπερσυσσωρευμένων κεφαλαίων, κρατών ή τραπεζικών ομίλων βάζει εμπόδια στην ανάκαμψη και οδηγεί αντικειμενικά στην όξυνση των ανταγωνισμών και στο ξέσπασμα νέων πολέμων. Αυτά τα αδιέξοδα του συστήματος ενισχύουν δυνάμεις του αστικού εθνικισμού, του οικονομικού προστατευτισμού, της επανεξέτασης διεθνών συμφωνιών τόσο στις Ηνωμένες Πολιτείες, στη Βρετανία, στη Γαλλία, στην Ιταλία και αλλού. Δεν πρόκειται για αντισυστημικούς. Δουλεύουν για λογαριασμό άλλων μερίδων της αστικής τάξης. Υπηρετούν και αυτοί την καπιταλιστική κερδοφορία όπως και οι φιλελεύθερες νεοσοσιαλδημοκρατικές δυνάμεις τύπου ΣΥΡΙΖΑ, κοσμοπολιτικές δυνάμεις. Κανένας εγκλωβισμός λοιπόν των λαών στη διαπάλη αυτών των δυνάμεων, γιατί και οι μεν και οι δε απαιτούν νέες θυσίες για την ανταγωνιστικότητα των επιχειρηματικών ομίλων. Η διέξοδος είναι στην οργάνωση και πάλη των εργατών με κοινωνική συμμαχία για ανάκτηση των απωλειών και ανατροπή της καπιταλιστικής βαρβαρότητας.

Herbert Reul (PPE). – Herr Präsident des Parlaments, Herr Präsident des Rates, Herr Kommissionspräsident! Ich bin zeitweise nur noch fassungslos. Wenn es in Europa eine solche Unruhe gibt und wenn wir alle wissen und hier auch jeden Tag erzählen, dass die Menschen nervös werden, verunsichert sind, dass Populisten bestimmen und dass wir dagegen etwas tun müssen, dann ist es doch relativ klar, dass man da nicht mit dicken Plänen weiterkommt. Es ist auch relativ klar, dass man mit Versprechungen nicht weiterkommt, sondern dass man ganz konkret etwas liefern muss, dass man den Leuten beweisen muss, dass wir etwas hinkriegen.

Insofern war das beste und wichtigste Wort des heutigen Morgens eigentlich das von Präsident Juncker, der gesagt hat: Wir haben Fortschritte erzielt, wir haben in den Teilen, die wir zu lösen haben, einen Teil von Fortschritten erzielt. Wir sind vorangekommen, wir haben etwas geliefert. So bekommt man das Vertrauen der Menschen zurück. Und ich glaube, dafür ist eine wesentliche Voraussetzung, dass man gut zusammenarbeitet, dass man handlungsfähig ist. Und Handlungsfähigkeit heißt eben, dass der Rat sich durchringt zu Entscheidungen, – das haben wir oft genug angemeckert – das bedeutet aber auch, dass wir im Parlament etwas hinkriegen.

Und, meine lieben Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bin leider wirklich erstaunt, erschüttert, entsetzt! Das ist doch nicht die Zeit für parteipolitische Streitereien. Glauben Sie mir, in meinem Leben habe ich das oft und lange genug gemacht. Das ist aber jetzt nicht der richtige Zeitpunkt. Wir können das machen, aber dann werden die Sieger dieser Veranstaltung rechts und links außen sein. Dann werden die Sieger diejenigen sein, wie Herr Farage gesagt hat: der Erfolg ist Trump, der Erfolg ist Brexit, der Erfolg ist Italiens Verfassungsreferendum. Wenn wir das wollen, dann empfehle ich uns, weiter zu streiten. Ich mache da mit, ich bin da großartig drin.

Ich empfehle den Weg, den Herr Juncker vorgeschlagen hat: Fortschritte, zusammenarbeiten im Kleinen, Schritt für Schritt Ergebnisse erzielen. Das ist unser Job, dafür werden wir bezahlt, das wollen die Menschen von uns.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – You mentioned that we have to take action. In fact, the Council is going to speak about migration, security issues, economic and social development, youth, external relations, Russia and Ukraine. Do you not think that it is time that the European Council, together with the European Commission and the European Parliament, should come with a new strategy, a new plan for a new beginning of the European Union, in order to attract again European citizens' support for this important pan-European project?

Herbert Reul (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Nein, nicht noch einen Plan, davon haben wir genug! Ich möchte Ergebnisse. Wir haben doch Pläne hier, wir haben doch Vorschläge von der Kommission, wir haben übrigens auch bei uns Beschlüsse gefasst. Nur in einigen Teilen muss der Rat noch Beschlüsse hinkriegen, und in anderen sind wir gefordert. Da ist es nicht gut zu streiten, sondern zu entscheiden, und das ist mein Veto.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señora Presidenta, ojalá que al final del año que viene podamos decir que 2017 ha sido el año de la coherencia o, al menos, de una cierta coherencia entre nuestro diagnóstico de la realidad y la terapia que aplicamos a la misma. Si nuestro diagnóstico es que tenemos retos que no teníamos en 2014, la terapia tiene que ser una revisión al alza del marco financiero plurianual. Si nuestro diagnóstico es que los ciudadanos europeos se sienten desprotegidos ante la globalización, nuestra terapia tiene que ser avanzar en un seguro europeo de desempleo, en un salario mínimo y en una protección de los trabajadores desplazados. Si nuestro diagnóstico es que necesitamos inversión, inversión para crecer y para crear empleo, lo que no podemos hacer es frenar la propuesta de 50 000 millones adicionales, tal como han hecho los ministros en el Eurogrupo. Por tanto, cambiemos nuestro comportamiento, seamos coherentes entre lo que vemos ante nosotros y la terapia que aplicamos para resolver nuestros problemas.

Creo, sin embargo, que abordar el tema de Alepo es un tema fundamental en este próximo Consejo Europeo. Lo que tenemos que conseguir, por supuesto, es acceso humanitario de alimentos y de medicinas pero, también, trabajar políticamente para resolver un conflicto con la voz y la participación europea.

Pero no solo tenemos problemas en Alepo. Tenemos problemas en Grecia. Hay muchas organizaciones que nos enseñan que las condiciones en las que están muchos de los refugiados en Grecia son inhumanas e insoportables, y necesitamos trasladar a estos refugiados a sitios seguros, a sitios donde se protejan, no solamente su vida, sino también su dignidad y sus derechos.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Madam President, on CSDP I reiterate the importance of reaching the NATO defence expenditure target. On Ukraine, with full respect for the Dutch people, full ratification is a matter of urgency and necessity. On Aleppo, there is crime against humanity going on there. We have to ensure that there is no impunity for those who are physically and politically responsible for it, regardless of rank and nationality.

Pavel Telička (ALDE). – Madam President, yesterday many of us had tears in our eyes and some of us were crying when we saw the two Yazidi girls who had the braveness and decisiveness that we lack. Is this so different from what is happening today in Aleppo? I would like to avoid a situation where, in a year or two, we award the Sakharov Prize to someone who managed to escape from Aleppo.

If you look at the draft of the European Council conclusions, we are saying that we are keeping all options open. That was two days ago. I understand that the situation has evolved further, but it has not evolved dramatically in comparison to where we were a few days, a week or two weeks ago. So I think that it is high time to act – and I mean really act, take decisions. This is what is expected.

The second issue that I would like to raise is Turkey. I agree with President Juncker that there has been enormous progress in tackling the migration issue with Turkey. There are positive signs. But I need to keep that apart from another issue, an issue on which this Parliament has been practically united: we have called for the freezing of the negotiations with Turkey. There is something like the Copenhagen criteria for membership for conducting negotiations. People are being put in prison, are being persecuted, and are perhaps even being killed, and yet we continue accession negotiations with Turkey. You must be joking.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, αγαπητέ κύριε Juncker και κύριε Korčok, όπως θα έχετε προσέξει, όλοι ρωτούν «τι να κάνουμε;»· κανένας δεν αισθάνεται ότι φέρει ευθύνη, και να σας πω την αλήθεια νομίζω ότι και εσείς τη νύχτα μόνοι σας επίσης ρωτάτε τους εαυτούς σας «τι να κάνουμε;». Κανένας δεν φέρει ευθύνη και αύριο στο Συμβούλιο όλοι οι ηγέτες επίσης θα ρωτούν ο ένας τον άλλον «τι να κάνουμε;», «ποιος φταίει;». Κανένας δεν φέρει ευθύνη γι' αυτό το μεγάλο, τερατώδες εργοστάσιο στη Συρία, που αλέθει ψυχές και σώματα, για να χειροκροτούμε εμείς τις δύο γυναίκες Γεζίντι, οι οποίες υπέφεραν όσα υπέφεραν. Αυτό είναι το πρόβλημά μας· κανένας δεν αισθάνεται ότι έχει ευθύνη.

Θέλω να σας πω και κάτι για το Κυπριακό, κύριε Juncker. Θέλω να μου πείτε ποιος θα εκπροσωπήσει την Ευρωπαϊκή Ένωση στις τελευταίες συνομιλίες για το Κυπριακό και αν είστε εσείς, αν θα συμβάλετε και θα υποστηρίξετε κοινή προσπάθεια των ηγετών της Κύπρου, κυρίων Αναστασιάδη και Ακιντζί, για κοινή πρόταση δική τους, για τις εγγυήσεις και την ασφάλεια. Δεν εκπροσωπούν άλλοι τον κυπριακό λαό. Τον εκπροσωπούν αυτοί οι δύο και θέλω να τους στηρίξετε, για να καταθέσουν κοινή εισήγηση.

Bodil Valero (Verts/ALE). – Fru talman! I går tvångsdeporterades femtio afghanska medborgare från Sverige till Afghanistan, trots att det afghanska parlamentet har sagt nej till det återvändandeavtal som Sverige försökte skriva med Afghanistan.

I dag sker tvångsdeportationer från Tyskland, och en del av dem har kanske aldrig satt sin fot i Afghanistan förut. Många har varit på flykt hela livet. Vi hamnar i en absurd situation när vi för att få plats med de asylsökande från det fruktansvärda kriget i Syrien tvingas skicka ut dem som kommer från något mindre fruktansvärda väpnade konflikter.

Det är inte fred i Afghanistan, och särskilt vissa grupper är väldigt utsatta, och detsamma gäller för övrigt i andra länder som t.ex. Mali. Vår hemskickarpolitik kommer att leda till att vi får allt fler människor som väljer att gömma sig i Europa, och att bli papperslösa. Jag förstår dem, och jag skulle ha gjort samma sak.

Men det hade inte behövt bli så här att Sverige och Tyskland nu tvångsutvisar personer som enligt tidigare lagtolkning förmodligen hade fått uppehållstillstånd. Det hade inte behövt bli så om alla medlemsländer tog sitt ansvar för de asylsökande som kommer till oss. Det vill jag att ni i kommissionen och rådet prioriterar på mötet och framöver.

Jag ställer mig också positiv till de ökade satsningarna som görs på ungdomar. Jag tror att det är en väl värd investering för ett säkrare Europa framöver. En bättre investering än många av de investeringar som görs på t.ex. övervakning och andra sådana säkerhetshöjande åtgärder. Tack!

Laura Ferrara (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, alla sua incapacità di far fronte a un numero elevato, ma non insostenibile di migranti l'Unione europea ha risposto con la riforma del sistema europeo comune di asilo ed elargizioni di denaro a chi accetta di tenere i migranti fuori dai confini europei.

Abbiamo sentito il Presidente Juncker dire che l'Italia non va lasciata sola, abbiamo sentito dire che bisogna fare di più. Bene, come cittadina dell'Italia, dello Stato membro che subisce particolari pressioni migratorie, avrei voluto che la proposta del nuovo regolamento di Dublino, intorno al quale ruota tutto il sistema comune europeo di asilo, distribuisse le responsabilità tra tutti gli Stati membri e non si limitasse invece ad individuarle e a penalizzare i paesi in prima linea.

Ignorando la necessità espressa da questo Parlamento di istituire un sistema europeo centralizzato dell'esame delle domande di asilo, è stata ignorata la volontà dell'unica Istituzione eletta dai cittadini. Nessun meccanismo permanente e automatico di redistribuzione dei richiedenti tra gli Stati membri è stato previsto, a prescindere da situazioni di emergenza, perché quanto previsto dalla proposta di riforma di Dublino prevede che un paese arrivi al collasso.

Bene, prendiamo atto di questa disunione prima che sia veramente troppo tardi.

Harald Vilimsky (ENF). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! In Vorbereitung der morgigen Ratsdebatte kann man nur einmal mehr festhalten, die Türkei ist weder geografisch noch kulturell ein Teil Europas.

Die Türkei kann alleine aus diesem Grund niemals Teil der Europäischen Union werden. Es erfüllt mich mit blankem Entsetzen, wie hier ein Mehrheitsbeschluss des Europäischen Parlaments von der Kommission ignoriert wird. Es gibt einen Mehrheitsbeschluss, die Verhandlungen zumindest einzufrieren, aber das schert die Kommission keinen Deut. Die Kommission verschließt auch die Augen davor, was in der Türkei gerade passiert.

Da rede ich nicht einmal von der Großmannssucht des Herrn Erdoğan, ich rede davon, dass hier Zehntausende verhaftet werden und dass über hunderttausend Personen, die politisch missliebig sind, hier aus ihren Funktionen entfernt und entlassen werden. Ich rede von einer Hatz gegen ethnische Minderheiten in der Türkei, ich rede von Gewalt gegen Frauen, ich rede von einem Angriff auf die Pressefreiheit und vielen Dingen mehr. Daher besinnen Sie sich darauf, dass man mit der Türkei über so etwas wie eine Partnerschaft verhandeln kann, aber niemals über eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union!

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, μελετώντας το σχέδιο της ημερήσιας διάταξης του προσεχούς Συμβουλίου καταλαβαίνουμε πως κάτι τέτοιο δεν θα είχε κανένα αποτέλεσμα. Δεν μας κάνει εντύπωση κάτι τέτοιο, άλλωστε είναι σύνηθες το φαινόμενο το Συμβούλιο να μην καταλήγει ουσιαστικά πουθενά. Φυσικά δεν αναφέρομαι σε κάποια ψηφίσματα που θα εκδοθούν μετά το πέρας των εργασιών, αλλά σε πραγματικά, απτά αποτελέσματα που θα βελτιώσουν τις ζωές των Ευρωπαίων, και ειδικότερα όσων εδώ και χρόνια αναζητούν προοπτικές για μια καλύτερη ζωή. Θα ξανασυζητηθεί το προσφυγικό-μεταναστευτικό και πραγματικά θέλω να δω τι μεγαλοστομίες θα ειπωθούν πάλι γι' αυτό το θέμα. Βεβαίως οι ευρωπαίοι ηγέτες θα κάνουν πάλι νέες εξαγγελίες αδιαφορώντας για το ότι η Τουρκία έχει ανοίξει ξανά τις βάσεις των δουλεμπόρων και τα κύματα λαθρομεταναστών αυξάνουν προς την Ελλάδα.

Δεν είναι λύση η επανενεργοποίηση του Δουβλίνου ΙΙ και όλοι οι ανεπιθύμητοι της Ευρώπης να επιστραφούν στην Ελλάδα. Φτάνει πια! Μετά από οχτώ χρόνια κρίσης θα συζητήσετε πάλι για ανάπτυξη, την ανεργία των νέων, και ταυτόχρονα επιβάλλετε στην Ελλάδα προαπαιτούμενα που δεν διασφαλίζουν παρά την καταστροφή της χώρας και του λαού. Τέλος, σχετικά με τις εξωτερικές σχέσεις της Ένωσης, δεν έχετε καταλάβει πως ο μόνος λόγος που συμφωνεί κάποιος με την Ένωση είναι τα δισεκατομμύρια που μοιράζει.

Angelika Niebler (PPE). – Frau Präsidentin! Herr Kommissionspräsident! Herr Ratspräsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum Ende des Jahres soll der Europäische Rat bitte nicht zum *business as usual* übergehen, sondern nochmals klare Botschaften formulieren. Ich denke, eine wichtige klare Botschaft muss in Richtung der Türkei gehen: Nämlich die Aufnahme der Verhandlungen mit der Türkei zu stoppen und einzufrieren. Wir haben hier im Parlament bei der letzten Plenartagung eine ganz klare Positionierung bezogen. Ein Land, das hunderttausende Bürger verhaftet, einsperrt, ihrer Rechte beraubt, ist meilenweit davon entfernt, das zu vertreten, was für uns in der Europäischen Union wichtig ist, nämlich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Deshalb bin ich dafür und plädiere dafür, dass man ehrlich mit der Türkei umgeht und sagt die Verhandlungen müssen zum Ende gebracht werden.

Ich möchte mit Blick auf eine klare Botschaft auch noch etwas anderes ansprechen. Herr Ratsvorsitzender, Sie haben darauf hingewiesen, dass in Sachen Migration und Asyl ja eine Reihe von Maßnahmen veranlasst wurden – Sie sprachen vom Außengrenzenschutz, der verstärkt wurde, Sie sprachen von Frontex, Mittelmeerunion usw. –, aber ein Thema haben Sie ausgelassen, das ist das gemeinsame europäische Asylsystem. Die Kommission hat hier gute Vorschläge vorgelegt, wir hier im Parlament haben uns dazu auch deutlich geäußert und positioniert. Die Botschaft ist: Das Thema Migration/Asyl muss gemeinsam angegangen werden. Wir brauchen Solidarität, wir brauchen Verantwortlichkeit von allen Mitgliedstaaten –insbesondere auch von Ihrem Land –, und ich appelliere an den Europäischen Rat, morgen und übermorgen diesbezüglich Fortschritte zu erzielen und ein deutliches Signal der Solidarität aller Mitgliedstaaten zur Bewältigung der Krise auszusenden.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Tisztelt Képviselő Asszony! Ön említette, hogy föl kéne függeszteni a tárgyalásokat Törökországgal. Azt hiszem, hogy ezzel sokaknak a véleményét tükrözi. Ugyanakkor kérdezem azt, hogy Ön ezt elégségesnek tartja-e, hiszen ennél sokkal kisebb problémák miatt más országokat – most például Oroszországra is gondolhatok – szankciókkal sújtotta az Európai Unió, és én úgy gondolom, hogy Törökország esetében is lenne ez ügyben mozgástér, most csak a vámunióra gondolok. Köszönöm szépen!

Angelika Niebler (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte".* – Vielen Dank für die Frage. Ich glaube, wir sollten einen Schritt nach dem anderen tun. Das Aussetzen der Verhandlungen mit der Türkei über die Vollmitgliedschaft ist ein richtiges, wichtiges und gutes Signal, und dabei sollten wir es erst mal bewenden lassen.

Knut Fleckenstein (S&D). – Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch wir sehen die Notwendigkeit, vermehrt eigene Anstrengungen in der EU zu unternehmen, um im Rahmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik unseren Aufgaben nachzukommen.

Wer die Terrorbedrohung sieht, wer die Konflikte in der Nachbarschaft betrachtet, wer die Politik der russischen Regierung sieht und die vielen Fragezeichen, die uns aus Washington entgegenkommen, weiß, dass wir hier hellwach sein müssen.

Aber meine Bitte an den Rat ist: Machen Sie auch deutlich, dass die Mitgliedstaaten wissen, das wird Geld kosten, und die Mitgliedstaaten werden dafür auch bezahlen.

Machen Sie deutlich, dass Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein Teil unserer europäischen Außenpolitik ist und nicht ein Ersatz für die *Soft Power* und Diplomatie, sondern es gehört eben wirklich zusammen.

Machen Sie bitte deutlich, dass Rüstungsexporte und Rüstungsexportkontrolle ein wesentliche Bestandteile dieser Politik sind und dass es am Ende um mehr Effizienz für alle geht und nicht um Kraftmeierei und sinnlose Aufrüstung.

Ich wünsche Ihnen Glück und Erfolg bei Ihrem Rat. Migration, Asyl und sozialer Fortschritt – wichtige Dinge sollten voran gebracht werden. Allein uns fehlt der Glaube, der Beweis für das Gegenteil wäre wichtig. Aber eines darf nicht das Ergebnis sein, dass die Menschen am Ende feststellen: Sie haben wieder einmal nichts gebacken bekommen, Sie haben sich über nichts geeinigt. Aber als es um die Aufrüstung und um die Befriedigung von Rüstungsindustrie ging, ging es plötzlich ganz schnell. Das ist nicht unsere Politik.

Bernd Kölmel (ECR). – Frau Präsidentin! Die Stellungnahme der Kommission und auch viele Wortbeiträge zeigen einmal mehr das Dilemma unserer EU auf.

Wir haben keine Langfriststrategie, wir haben keine Visionen, wie die EU in zehn oder zwanzig Jahren aussehen soll. Ich möchte drei Krisen exemplarisch nennen. Zum einen die Syrien-Krise, wo wir viel dazu gehört haben, aber auch die Migrationskrise und letztlich auch die Eurokrise zeigen doch, dass wir den Bürgern endlich mal sagen müssen, wo denn die Reise hingehen soll. Was ist die EU bereit zu tun, was sind die Mitgliedstaaten bereit zu tun, zu leisten? Wer muss was leisten? Da müssen wir endlich mal Ross und Reiter nennen. Wir brauchen Transparenz für die Bürger.

Ich bin völlig anderer Meinung als einige meiner Kollegen, die gesagt haben, wir dürfen hier nicht streiten. Selbstverständlich müssen wir hier streiten. Wir müssen unterschiedliche Lösungsvorschläge haben und diese diskutieren. Nur so werden wir die Bürger erreichen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tomáš Zdechovský (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Meine Frage ist: Sie haben von der Strategie der Europäischen Union hier gesprochen. Es ist eine sehr interessante Frage. Können Sie uns sagen, warum die Europäische Union diese Strategie nicht hat, und was kann die Europäische Union für diese Strategie machen?

Die zweite Frage ist, ob die deutsche Regierung diese Strategie hat.

Bernd Kölmel (ECR), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Vielen Dank, Herr Kollege, für diese Frage. Ich möchte es an zwei Beispielen aufzeigen. Nehmen wir die Eurokrise: Seit über sieben Jahren doktern wir an Symptomen herum, ohne uns wirklich damit auseinanderzusetzen, was man denn tun muss, um diese Probleme zu lösen. Wir machen immer nur einen Schritt nach vorne, einen auf die Seite, einen zurück, wir kommen nicht vom Fleck. Das Gleiche mit der Migrationskrise. Wir müssen doch endlich mal sagen: Wollen wir Migranten aufnehmen, und wenn ja, wie verteilen wir die in der EU?

Marielle de Sarnez (ALDE). – Madame la Présidente, au moment où nous parlons, il n'y a toujours pas de corridor humanitaire mis en place à Alep et, donc, nous devons tous ici réclamer un sursaut de l'Europe et de la communauté internationale pour que cessent les massacres et qu'un rapport de force nouveau prévale demain pour trouver ou essayer de trouver une issue politique à ce terrible conflit.

Nous le voyons bien, plus que jamais le monde a besoin d'une Europe forte, mais pour cela, nous devons nous en donner les moyens. Jean-Claude Juncker a eu raison de parler d'Europe de la défense. De toute façon, nous y serons contraints, parce que les États-Unis vont donner moins et protéger moins demain qu'ils ne le faisaient hier. Oui, il nous revient d'avoir notre propre capacité d'assurer notre propre sécurité.

Deuxièmement: oui, nous devons garantir la surveillance effective et le contrôle de nos frontières. C'est à nous d'assumer cette responsabilité, ceci n'est pas à sous-traiter à des pays tels que la Turquie. Nous nous sommes mis d'accord sur un système de contrôle. Il reste demain à mettre vraiment en place les garde-côtes et garde-frontières que nous appelons de nos vœux depuis longtemps.

Troisièmement, nous devons avoir une vraie politique migratoire et faire face ensemble à ce défi. Nous devons rappeler notre solidarité avec la Grèce et l'Italie qui sont en première ligne. Nous devons harmoniser notre droit d'asile, réformer Dublin, mettre en place des voies d'accès légales pour les réfugiés, à l'image de ce qu'a fait le Canada pour les réfugiés syriens. Mais nous devons aussi regarder vers le sud, regarder vers l'Afrique, nouer avec ce grand continent des accords de développement et de partenariat.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señora Presidenta, Señorías, señor Juncker, en este final de año 2016 debemos hacer una reflexión: ¿por qué esta Europa está cada vez más lejos de un proyecto democrático apoyado en los derechos humanos, en la igualdad y en la libertad? Deberíamos preguntarnos por qué cada vez hay más europeos que ven en Europa un problema y no una solución, por qué se multiplica la desafección política entre los ciudadanos, y por qué esa desafección se transforma en algunos países en la irracionalidad, en el racismo y la xenofobia, que nos recuerdan los momentos más oscuros de nuestra historia.

Señorías, o cambiamos el rumbo de Europa o las políticas que salen de estas instituciones estarán portando el germen de su desintegración. Cuando regresen a sus casas por Navidad y estén con sus familias, piensen en las familias de Europa que no pueden encender la calefacción por culpa de las medidas de austeridad; piensen en las miles de personas ahogadas en el Mediterráneo por culpa de esta política de fronteras; piensen en el futuro que se les niega a los jóvenes por culpa de las políticas que hacen de la precariedad, la norma.

Estamos a tiempo de recuperar la cordura y el sentido común. Es solo cuestión de voluntad política.

La Présidente. – Chers collègues, nos débats ont pris beaucoup de retard, donc je vais être obligée de ne plus accepter de cartons bleus et je vais vous demander une nouvelle fois de respecter vos temps de parole.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Nach dem Brexit-Schock haben die Bürger Europas den Institutionen einen neuen Vertrauensvorschuss gegeben, das sagen die Umfragen. Ob wir jetzt diesen Vertrauensvorschuss rechtfertigen und damit die Fundamente politisch stärken, auf denen dieses Projekt steht, hängt – da bin ich ganz der Meinung von Herrn Reul – davon ab, ob wir ganz pragmatisch liefern. Es geht nicht darum, weiter zu versprechen, es geht ums Liefern. Und da wird mir immer angst und bange, wenn ich dann wie vom Rat vorhin höre: „Die Jugendgarantie wird fortgesetzt." Diese Sprache verspricht klar: Es kommt nichts Neues!

Etwas Neues kann das Europäische Solidaritäts-Korps sein, von dem Sie, Herr Präsident Juncker, gesprochen haben. Ich glaube, das wäre viel gesellschaftliche Initiative wert. Aber wir brauchen dazu nicht einfach nur die Umschichtung von Geldern, sondern wir brauchen dazu auch die Entschlossenheit, deutlich mehr zu tun. Und wenn Sie sagen: „Die Jugend reagiert positiv", dann lassen Sie uns ein klares Signal geben, dass wir da einen Aufbruch wagen.

Ich glaube, Herr Präsident Juncker, eine wesentliche Schwäche der Agenda dessen, was wir liefern müssen, ist die Schwäche, dass Europa derzeit in der Industriepolitik weniger Ehrgeiz zeigt als in der Zeit von Barroso-II. Das müssen Sie ändern!

Rolandas Paksas (EFDD). – Mes nuolat kalbame apie migraciją ir saugumą, bet veiksmai šiais klausimais yra absoliučiai neadekvatūs net mūsų kalboms. Neturime visuotinės saugumo strategijos, apie kurią rengiasi kalbėti Vadovų Taryba. Yra tik atskirų didesnių Europos Sąjungos valstybių interesai dėl to saugumo ir strategijos gynybos srityje.

Neturime migracijos strategijos. Antroji problema, apie kurią dar kartą pakalbės Vadovų Taryba. Kalbose, matyt, bus diskusijų ir apie Turkijos pažangą ar susitarimus su Afrikos valstybėmis. Negi tikitės konkrečių sprendimų? Tiesiog mane žavi jūsų naivumas.

Ponai, gal nustokime kalbėti apie šalutinius dalykus ir pradėkime diskutuoti apie esminius, kurie svarbūs paprastiems Europos žmonėms, kurie nori tik vieno – gyventi savo valstybėje, dirbti, užsidirbti, kurti savo gyvenimus savo Tėvynėje, kurioje savo taisyklių nediktuotų jokie atėjūnai. Tikiuosi, kad Europos vadovai pajėgs tą suvokti.

Matteo Salvini (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, mi sembra che questo dibattito sia surreale, conferma che chi governa questa Europa, la Commissione europea, sono pochi poteri forti e pochi soggetti pericolosi.

Non una parola sull'estremismo islamico, non sull'Isis, abbiamo scoperto che il nemico dell'Europa e del mondo sono la Russia, Putin, l'invasione clandestina in corso deve continuare a essere finanziata, la Turchia può tranquillamente continuare a dialogare con l'Europa e con i miliardi che gli italiani e gli europei le stanno dando. Io ricordo al presidente Juncker che, mentre lui chiacchiera, negli ultimi anni si sono suicidati per motivi economici in Italia più di ottocento cittadini, poi ai farneticanti di destra e di sinistra che cercano populisti, estremisti e fascisti ovunque e che ritengono che sia Putin ad avere le mani sporche di sangue rispondo con le parole del vicario di Papa Francesco, monsignor Khazen, che dice che, a proposito della Siria e di Aleppo, questo Natale avrà un altro profumo per la liberazione della città, la gente ha gioia, ottimismo e speranza.

Quindi tornate con i piedi per terra, anche perché vi rimane poco per governare questa Unione europea che è diventata una gabbia di matti.

Steven Woolfe (NI). – Madam President, this is the third Christmas I have celebrated here as an MEP. Whilst I watch Members of this House enjoy lavish drinks receptions and parties, I think of the millions of European families who will have a different Christmas caused by the EU's failed policies, thinking, and the euro; one of unemployment, one of poverty, one of austerity.

And whilst I supported Britain's vote to leave the European Union, I will also be thinking of Charles Dickens's three ghosts in his book *A Christmas Carol*. The ghost of Christmas Past was the British people's yearning for a lost freedom and self-determination. I see the ghost of Christmas Present as Brexit, a messenger of hope, and I glimpse the ghost of Christmas Future, where Britain's prosperity will be engaging with other countries across the world. I quote from Dickens: 'I will honour Christmas in my heart, and try to keep it here all year'. I only wish the European Union would do the same for its people, but nonetheless, Merry Christmas to you all.

Janusz Lewandowski (PPE). – Szczyt zamyka rok 2016, w którym przeważały złe wiadomości i z Unii Europejskiej, i z otoczenia Unii Europejskiej. Nagrodą pocieszenia mogą być wieści z rynku pracy, który rzeczywiście jest żywszy niż kiedykolwiek wcześniej. Po 2013 r. Unia stworzyła osiem milionów nowych miejsc pracy. Pocieszeniem może być też nieoczekiwany skutek referendum brytyjskiego w postaci zwiększonego zaufania do instytucji europejskich.

W programie najbliższego szczytu mamy migrację, bezpieczeństwo, szanse młodzieży. Jest to rzeczywiście pole rozstrzygającej bitwy z populizmem i z nacjonalizmem, który był sprawcą największych nieszczęść naszego kontynentu. Również w roku 2016 dyktował on nie tylko program prac, ale i ton debaty publicznej, lęki i nastroje mieszkańców Europy. Wiem, że nie jest łatwo ubrać w emocje racjonalne programy i trafić z naszym przesłaniem do młodego pokolenia, które nie odczuło na własnej skórze skutków nacjonalizmów i egoizmów, jakie niszczyły nasz kontynent. Nie są receptą nowe, porywające wizje, wymyślanie Europy na nowo. Mamy już odpowiednie programy, hasła też brzmią ładnie – *Valletta Action Plan, Internal Security Strategy, Defence Union* – ale trzeba jeszcze przekonać, że to działa. Unia musi przekonać przeciętnego obywatela swoją użytecznością, i tego jej życzę w roku 2017.

Tanja Fajon (S&D). – Čas za končanje pokola v Alepu je že zdavnaj potekel. Kolektivno nam je spodletelo in ljudem nismo uspeli zagotoviti varnosti. Zato vrh pozivam, da stori vse za ublažitev razmer. Kolegi, še vedno nimamo delujočih ukrepov za izzive varnosti in migracij.

Gospod Juncker, omenili ste ambicijo po vrnitvi k Schengenu. S kakšnimi argumenti ima sosednja Avstrija še vedno nadzor na mejah? Sem iz Slovenije. Komisija to dovoljuje? Zakaj? Vzrokov ni. Je nepotrebna ovira za potovanje naših državljanov in ustvarila je veliko nejevoljo. Še več, ustvarila je atmosfero v moji državi, da bi ob ponovnem prihodu prebežnikov, tretjina Slovencev popolnoma zaprla meje. Takšno atmosfero je ustvarila. Nezaupanje v evropske rešitve. In to nezaupanje, ki narašča ne le v Sloveniji, me močno skrbi.

Potrebujemo delujočo in humano evropsko migracijsko politiko. Oprostite, ampak predlog o prenovi dublinske reforme tudi približno ni predlog, ki bi oživljal solidarnost in skupno odgovornost. Nasprotno, največje obremenitve bodo še vedno trpele države z zunanjo mejo. Da ne omenjam niti nezmožnosti in pomanjkanja poguma po odpiranju pravnih in varnih poti za prebežnike v Evropo.

Kolegi, reševanje razmer z migranti mora potekati z roko v roki s krepitvijo gospodarstva in delovnih mest v Evropi. In v razmerah, ko okoli nas vre, potrebujemo močno Evropo in zaupanje Evropejcev.

Sander Loones (ECR). – 4733: zoveel mensen zijn in 2016 verdronken in de Middellandse Zee, gezinnen, moeders, vaders, kinderen. Dat is een levende schande. 4733! Wij moeten ons de vraag stellen of de Europese Unie er echt alles aan doet om dat te stoppen. Ja, we komen nu met de nieuwe kust- en grenswachten. Ja, er zijn de nieuwe plannen van de Europese Commissie om de situatie in Afrika te verbeteren zodat minder mensen vertrekken. Maar laten we eerlijk zijn, dat zal niet zorgen voor minder verdrinkingen. Daarvoor hebben we een ambitieus anti-verdrinkingsplan voor de hele Middellandse Zee nodig, met pushbacks, met maximumlimieten, met ambitieuze terugnameakkoorden voor verschillende landen van de Maghreb. Dat is wat nodig is. Dat moet onze prioriteit zijn.

Maar laten we onszelf niets wijsmaken. De winter staat voor de deur. De lente zal er zeer snel zijn. Als wij nu niet ingrijpen, als we nu niets doen zal de Middellandse Zee een massagraf blijven en dat is onvergeeflijk.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL). – Go raibh maith agat, a Uachtaráin. Caithfidh mé a rá go bhfuil EFSI agus an tionscnamh, "Ógfhostaíocht" go bunúsach thar a bheith lochtach. Seasann dífhostaíocht ár n-óige in Éirinn, mar shampla, os cionn 15% leis na céadta mílte dár n-aos óg ar imirce cheana féin.

Labhraimid mar gheall ar ár ndaoine óga mar dhream éigin atá sa todhchaí agus ní thugann an Chomhairle aon tosaíocht dóibh inniu, ach b'fhéidir sa todhchaí. "Mair, a chapaill agus gheobhair féir" is é an dearcadh gan aon infheistíocht láithreach a chur ar fáil chun fostaíocht a chruthú chun deis a thabhairt dár bpobal óg saol a chruthú dóibh féin.

Teip mhór eile, gan dabht, is ea EFSI nó plean Juncker. Fós, gan aon torthaí suntasacha le feiscint, níl sé trédhearcach, níl sé ag freastal orthu siúd atá i gcruachás i dtaobh rochtain ar airgead chun infheistiú in SMEnna; níl aon rud simplí faoi agus, cinnte, níl sé ag freastal ar na comharchumainn ná ar an bhfiontar sóisialta mar a bhí geallta. Táim ag glaoch anois ar réiteach a fháil air seo, leis an gcruinniú seo atá ag teacht aníos; agus achmhainní fónta a chur ar fáil seachas bheith ag teip ar an bpobal arís agus arís eile agus ag sodar i ndiaidh na mbodairí móra!

Peter Lundgren (EFDD). – Fru talman! Tack för ordet. Det är häpnadsväckande att höra er säga att EU levererar. Att EU har kontroll på migrationsflödena. Jag undrar – vilken naiv värld lever ni i egentligen?

Sanningen är ju den totalt motsatta. Ni sitter i utpressningsfällan med Turkiet-överenskommelsen där EU väljer att låta sig utpressas av ett land där demokrati, mänskliga rättigheter, pressfrihet och yttrandefrihet fullständigt ignoreras. EU sitter i en situation där president Erdoğan säger "hoppa" och ni har inget annat val än att hoppa.

Sanningen är ju, herr Juncker, att det ni kallar "team Juncker" innebär ett likhetstecken med fiasko och misslyckande. Men det behöver ni såklart inte bry er om i ert priviligierade liv. Med den lön och de förmåner ni uppbär kan ni luta er tillbaka i fåtöljen och njuta av er konjak och låta skattebetalarna ta smällen.

Marcus Pretzell (ENF). – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir reden über Syrien, und Putin hat Blut an den Händen, das hat man heute mehrfach gehört. Ich darf daran erinnern, dass der erste Genozid in Syrien während des Bürgerkriegs an Aleviten stattfand, und Blut klebt an den Händen derjenigen, die den Arabischen Frühling damals begrüßt haben und ihn vor allem militärisch unterstützt haben. Die Antwort der Europäischen Kommission darauf lautet, eine Partnerschaft mit der Türkei zu schließen. Ich darf daran erinnern, dass fünfhunderttausend Flüchtlinge, türkische Flüchtlinge innerhalb der Türkei, derzeit auf der Flucht vor Herrn Erdoğan sind – Ihrem Partner!

Interessant ist aber – und das lässt sich an der heutigen Debatte ablesen – der Zustand der Europäischen Union. Herr Weber von der CSU definiert die fortschrittlichen Kräfte anhand den Maßstäben eines Kommunisten. Herr Verhofstadt fürchtet sich davor, dass wir tatsächlich Argumente vortragen. Wo ist denn eigentlich das Selbstbewusstsein von Herrn Verhofstadt, das er normalerweise wie ein Mantra vor sich her trägt?

Françoise Grossetête (PPE). – Madame la Présidente, l'Union européenne propose des solutions, mais l'information ne parvient pas toujours à nos concitoyens. L'Europe manque encore trop de visibilité, et trop d'inquiétudes restent sans réponse.

Les élections récentes me donnent malheureusement raison. La pression migratoire est ainsi la première inquiétude de nos concitoyens. La capacité de l'Europe à y répondre sera déterminante pour son avenir. C'est pourquoi je me félicite du premier accord de réintégration, qui a ainsi été signé avec le Mali et qui permet de traiter le problème à la racine. Cela dit, le contrôle des frontières reste véritablement la question majeure.

L'instabilité du monde est une autre source d'angoisse et ce qui se passe à Alep est un exemple tragique à nos portes. Les Européens doivent tenir une place qui va être difficile, entre la Russie de Vladimir Poutine et les États-Unis de Donald Trump, et il va falloir recréer ce «leadership européen» et la méthode communautaire doit retrouver toute sa place.

La situation en Syrie, les différents attentats en France, en Belgique, en Allemagne, le sort des chrétiens d'Orient doivent aussi nous orienter vers une politique commune de défense forte et indépendante pour assurer notre protection, mais ils nous obligent aussi à renforcer notre politique de développement sur le continent africain.

Les négociations du Brexit sont enfin l'occasion d'affirmer notre autorité et notre fermeté, de montrer à ceux qui nous élisent que leurs dirigeants tiennent parole. Pour réussir la sortie du Royaume-Uni avant les élections européennes de 2019, nous devons tenir un discours clair. L'ambiguïté ne sert que les intérêts des eurosceptiques et des démagogues.

Maria João Rodrigues (S&D). – Madam President, Europe is at a crossroads; we have citizens calling for stronger solutions when it comes to economic, social and security fronts, and we have not only populist movements but nationalistic movements arguing that the best way to protect citizens is just to go back to national borders. This is a total mistake and a total illusion. We need to have much better European solutions, and this is the responsibility of the next meeting of the European Council.

We approve the idea of moving forward European defence capacity and bringing about a real European border; but we also must deliver on a real asylum system with relocation and resettlement of refugees. Otherwise, this is a total shame. We agree that we need to have a new phase of the European Fund for Strategic Investment and we need to have new life for the Youth Guarantee, but let me tell you: this is not enough to address the problem of jobs we have in Europe.

We need to have an industrial policy in Europe, we need to have an agenda to complete the economic and monetary union. Otherwise, this is not a real solution; and more than that, just jobs is not enough. We need to have decent jobs. That is why the European pillar of social rights is a basis which is coming up in the European Parliament, and the Council should build on that, so we are waiting for better solutions on the social front also.

Peter van Dalen (ECR). – Dit Parlement wil de toetredingsonderhandelingen met Turkije bevriezen. Finaal stoppen zou nog veel beter zijn, maar we hebben zeker een goede stap vooruit gezet. De gevangenissen in Turkije puilen uit van oppositieparlementariërs, journalisten, studenten en diverse minderheden. Bij elke kritiek vanuit Europa op zijn persoon of op zijn land dreigt Erdogan de vluchtelingenstroom te heropenen. Erdogan chanteert de Europese Unie met de vluchtelingendeal. Maar we weten dat Turkije geen veilig land is. Turkije schendt de rechten van vluchtelingen in het zuidoostelijk deel van het land. En het is volstrekt onduidelijk in wiens zakken de miljarden aan EU-geld voor vluchtelingenopvang verdwijnen.

Europa moet zelf de kwestie van asiel en migratie oplossen. Deals met derde landen kunnen helpen, maar niet deze chantagedeal met Erdogan. Laat de Raad morgen de toetreding van Turkije stoppen of desnoods bevriezen. En tot slot, een vraag aan u: waar is de heer Juncker gebleven?

Malin Björk (GUE/NGL). – Fru talman! Tack så mycket! Kollegor! Kommissionen! Rådet! Det börjar bli ett outhärdligt gap mellan ord och handling. Vad EU säger sig stå för och vad man faktiskt gör.

Fred betyder upprustning och militarisering och ett närmande till NATO. Det är en farlig väg att gå. Det är fel väg att gå.

EU:s utvecklingsbistånd ska inte längre gå till fattigdomsbekämpning, utan det ska finansiera migrationskontroll, som man kallar det, i tredjeländer. Man samarbetar till och med med förtryckande regimer. Allt för att stoppa människor på flykt.

Det är dags att sluta att sitta i knät på Erdoğan. Det är dags att säga upp avtalet, och det enda sättet att göra det är att organisera ett värdigt mottagande för fler människor som söker skydd i Europa.

Kollegor! Ord och handling måste gå ihop. Vi måste visa verklig respekt för mänskliga rättigheter och rättsstaten, och vi måste visa verklig solidaritet med människor på flykt. Omfördelning av flyktingar från Grekland, lagligare vägar till Europa och ett värdigt mottagande här.

Janice Atkinson (ENF). – Madam President, tomorrow you should reflect on what a great year it has been for democracy: Brexit, the election of Mr Trump, and the great work done by our Austrian friends in their presidential elections. Let us not forget the Ukraine referendum in the Netherlands and the 'no' vote against Renzi in the Italian referendum.

And the best is yet to come. In the UK and in the USA, the people are taking back control. You hate referendums and would rather have them banned here. Fortunately, we have an exciting year coming up, full of general elections. In March, we have the Dutch elections where Geert Wilders is likely to become Prime Minister; in April, we have elections where Marine Le Pen is likely to become President; and in September, the Alternative für Deutschland will continue its rise in Germany. The people are rejecting your asylum and migration policies. They don't want EU trade schemes; they don't want EU armies, nor your obsession with gender and windmills. None of your plans will survive the coming years, because the peoples of Europe have had enough. Democracy will prevail. You condemn the populists, but you're happy to consort with communists and extremists on the left.

However, I wish you all a Happy Christmas and a very good New Year.

Andrzej Grzyb (PPE). – Pani Przewodnicząca! Mówimy w dalszym ciągu, że mamy wiele krytycznych problemów w Unii Europejskiej, choć też potwierdzamy, że jest lepiej niż rok temu, w 2015 roku w grudniu.

Chciałbym też przy okazji podziękować prezydencji słowackiej za to półrocze działania w trudnym momencie. Migracja, bezpieczeństwo – zarówno wewnętrzne, jak i zewnętrzne, bezpieczeństwo energetyczne, gospodarka i zatrudnienie to problemy de facto kluczowe w chwili obecnej.

Wiele z tych problemów łączy nas w Unii Europejskiej, bo mamy wiele problemów, które nas dzielą. I chciałbym tutaj powiedzieć, że poważnym wyzwaniem dla bezpieczeństwa i stabilizacji są też trudne relacje, jeżeli chodzi o migrację, z Turcją. Turcja to istotny partner zarówno gospodarczy, jak i militarny – jest przecież jednym z głównych partnerów w NATO. Jednocześnie wspólne oświadczenie Unii i Turcji odegrało kluczową rolę w praktycznym ograniczeniu napływu migrantów do Europy tzw. szlakiem bałkańskim.

Niezależnie od wszystkich krytycznych ocen w tym zakresie niedawna próba zamachu w Turcji, ale również i reakcja wewnętrzna władz w Ankarze wystawiają tę współpracę na wielką próbę. Problem imigracji to nie tylko problem Unii. To również problem globalny i musimy to ciągle podkreślać co do źródeł skutecznej reakcji i tutaj umiędzynarodowienie tego problemu jest potrzebne. Niewątpliwie musimy liczyć też na wdrażanie planów z Valletty, w tym przyspieszenie prac związanych z inwestycjami zewnętrznymi, co może być bardzo pomocne.

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin! Besser mit Europa, als ohne Europa: Das ist das einfache Fazit der Präsidentschaftswahlen in Österreich gewesen. Aber jetzt, bitte schön, *action*, Handlung bitte beim Europäischen Rat, denn die Bürgerinnen und Bürger, die wollen ja auch Ergebnisse sehen. Ja, die Jugendgarantie, das ist eine wunderbare, gute und richtige europäische Erfindung. Hier haben Rat, Kommission, aber vor allem das Europäische Parlament, das Richtige geleistet.

Die Arbeitslosigkeit in Europa ist im Durchschnitt unter den Jugendlichen gesunken, aber sie ist natürlich noch immer unerträglich hoch: 18,4 % der Jugendlichen sind in Europa im Durchschnitt ohne Job. Wenn wir uns jetzt noch anschauen, wie es mit jenen Jugendlichen aussieht, die nicht in Ausbildung sind, die keine Bildungsmaßnahme genießen und überhaupt nicht beschäftigt sind, dann ist es traurig. 13,2 Millionen sogenannte *needs* sind das. Hier ist wesentlich mehr notwendig als jenes, was bisher geschehen ist.

Also, ich weiß, dass die Jugendgarantie bis 2020 um 2 Mrd. EUR aufgestockt wird, aber das ist natürlich ein Tropfen auf den heißen Stein. Es ist richtige Maßnahme, aber es wird viel zu wenig in Jugendliche investiert. Daher ist das Thema Investitionen so ungemein wichtig, nämlich, dass hier mehr passiert. Evaluieren Sie daher morgen nicht nur den EFSI, also den Juncker-Fonds, der nach dem Kommissionspräsidenten selbst benannt ist, sondern überlegen Sie sich, wie er effizienter und effektiver eingesetzt werden kann, damit neue Mittel letztlich eingesetzt werdn, um wirklich Projekte zu finanzieren, die bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, Europsko će vijeće raspravljati o nezaposlenosti mladih, problemu koji jako muči moju domovinu Hrvatsku. Otkad sam postala zastupnica naglašavam kako će inzistiranje na mobilnosti možda dovesti do uljepšavanja statistike na razini EU-a, ali otvara cijeli niz drugih velikih problema.

Danas mladi iz Hrvatske lako odlaze za poslom u druge članice Unije. Bogatije članice dobivaju kvalificirane radnike, a Hrvatska bilježi nagli pad nezaposlenosti. Političari na obje strane zadovoljno trljaju ruke. Jedni jer uvoze dobre radnike koji se brzo i lako integriraju u društvo, a drugi jer se mogu pohvaliti lijepim statistikama. No samo rijetki izgleda razumiju da će Hrvatska i druge članice koje su u sličnoj situaciji vrlo brzo doći u strašne ekonomske i socijalne probleme koje će morati sanirati razvijenije članice. Nezaposlenost mladih treba rješavati na razini svake države članice zasebno, a ne seobom naroda iz slabije razvijenih u bogatije države članice.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). – Tisztelt Elnök Asszony, tisztelt Biztos Úr, tisztelt Tanács! Ötletek, tervek, beszédek, határozatok tömkelege… Most egy újabb tanácsülés következik, egy újabb beszédsorral. Csak remélni tudom, hogy ez a tanácsülés eredményes lesz, sokkal eredményesebb, mint eddig volt. Mindamellett gratulálni szeretnék a szlovák elnökségnek, akik kifejezetten jó munkát végeztek ebben a félévben, és megpróbálták mindazokat a kérdéseket megfelelően kezelni, amik a prioritásaink.

Mi mégis most a migrációról beszélünk. Két évvel azután, hogy elkezdődött ez az óriás migrációs nyomás. Két évvel azután, amikor egyes bizottsági tisztviselők még arról beszéltek, hogy nincs is szó migrációs nyomásról. Most van egy megállapodásunk, ami tele van kétségekkel. Egy olyan megállapodásunk, ami valójában egy munkának a kiszervezése. A problémát itt hagytuk magunkon, miközben a megoldást megpróbáljuk kívül megtalálni. És ez a megállapodás nagyon nehezen tartható. Tele van gonddal. A betarthatatlansága viszont oda vezethet, hogy a görög helyzet, a görög menekülthelyzet még tovább fog fokozódni, romlani fog ez a helyzet. Ezeket az embereket nem tudják visszaküldeni Törökországba, a menekültügyi hivatalok azt mondják, hogy Törökország nem biztonságos. Mi egy olyan országra szeretnénk bízni a megoldást, ami nem biztonságos. Itt a …. (az elnök megvonta a szót a képviselőtől)

Birgit Sippel (S&D). – Frau Präsidentin! Außengrenzen kontrollieren! Da sind sich alle einig, das wird auch morgen im Rat wieder so sein. Aber geht es wirklich um Kontrolle oder eher darum, dicht zu machen? Bloß keinen Flüchtling mehr reinlassen. Denn tatsächlich: Kaum Bewegung bei legalen Wegen nach Europa, nur schleppende Verteilung von Flüchtlingen in alle Mitgliedstaaten, Beharren auf dem Dublin-System. Und dazu das ängstliche Festhalten an einem Deal mit der Türkei, einem Land, in dem massenhaft Richter, Journalisten und Lehrer entlassen oder eingesperrt werden, sowie Rückführungen auch in Länder wie Afghanistan. Zweifelhaft, auch deshalb, weil das Mitspracherecht des Parlaments bei Rückführungen und internationalen Abkommen trickreich unterlaufen wird.

Doch nur gemeinsam und basierend auf Demokratie und Rechtstaatlichkeit können wir große Herausforderungen nachhaltig gestalten. Morgen könnte der Rat sich darauf besinnen – fröhliche Weihnacht wage ich aber noch nicht zu wünschen.

Mariya Gabriel (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, le dernier Conseil de 2016 est nécessairement celui du bilan de l'année et, éventuellement, celui du mi-mandat, à mon avis, positif. Mais c'est encore davantage celui des projections pour la prochaine année. Sur la migration, un travail remarquable a été accompli. Les bases d'une nouvelle approche holistique et de partenariats ont été posées. Ainsi, il me semble que la priorité pour 2017 doit être aussi le plan d'investissement extérieur pour le voisinage et l'Afrique, pour s'attaquer réellement aux racines des flux migratoires irréguliers et incontrôlés.

Deux remarques dans ce contexte: il est crucial que l'environnement économique soit amélioré pour que le plan fonctionne. Nos partenaires doivent mener les réformes nécessaires, comme le fait actuellement la Tunisie. Deuxièmement, sur le nouveau cadre de partenariat – il faut le rappeler –, on ne peut réussir qu'avec les pays qui montrent une volonté de travailler avec nous, y compris avec les accords de réadmission, et si les États membres utilisent effectivement la valeur ajoutée de l'Union.

Sur la sécurité, des progrès notables sont enregistrés: l'Agence de garde-frontières et de garde-côtes et un accord sur la directive antiterrorisme. Mais face aux menaces d'aujourd'hui, les dimensions intérieures et extérieures se confondent. Nous avons besoin de l'Europe de la défense. La Commission a fait des propositions, la balle est dans le camp des États membres pour transformer en actes des vœux maintes fois répétés.

Enfin, une remarque concernant l'Ukraine. Vous allez parler de l'accord d'association, mais parlons de visas. Il est grand temps qu'aujourd'hui, l'Union livre les visas pour les Ukrainiens. Les critères sont remplis.

Pervenche Berès (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, il ne suffit pas de pleurer les morts à Alep, il faut armer le bras de négociation de l'Union européenne. Pour cela, manifestement, une défense lui fait défaut.

Je me félicite du fait que ce Conseil européen prenne à bras-le-corps la question de la défense. Il faudra être cohérent. Il n'y aura pas de défense sans davantage de dépenses. Les États membres devront prendre leurs responsabilités. Nous devons d'autant plus le faire qu'aux États-Unis, la victoire de M. Trump dit le désengagement que cet État va apporter à la sécurité des Européens. Nous serons face à notre responsabilité.

Mais, au cours de ce Conseil européen, la Commission doit agir pour que les chefs d'État et de gouvernement, tandis qu'ils attendent toujours l'article 50 de la part du Royaume-Uni, ne restent pas les bras ballants, alors qu'ils doivent penser le futur des citoyens de l'Union européenne. Pour cela, nous avons besoin que le président Juncker reprenne son bâton de pèlerin pour faire vivre le rapport des cinq présidents et achève enfin une union économique et monétaire soutenable.

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, the tragic events in Aleppo were described by many of my colleagues, but I want to say that they illustrate the very serious problem that we are facing. This is the problem of the inability to act even in such a dreadful situation. President Juncker has mentioned that we are working, and some of our work is delivering results, and I see some improvement in the area of economy and others. Initiatives such as EFSI or the European Solidarity Corps are very good ideas that will make life in our part of the world better, and we should we should keep going in this direction, but at the same time I firmly believe that the priority for the year to come is in other areas. This is the area of security and defence in a broader and more strategic sense. These are areas in which we need to act together as Europeans and also as responsible members of NATO. It's not enough to have a good security system, good weapons and dedicated soldiers: we must know what we really want and have the courage to take the necessary actions. That is why I am calling for the representatives of the Member States in the Council to have more courage to formulate our foreign policy and to take responsibility to act. Otherwise, the dreadful events in Aleppo – the tragic stories we were hearing about yesterday – will simply not come to an end.

Kati Piri (S&D). – Madam President, Turkey was hit again by an awful terrorist attack last weekend. This time it was in Istanbul. I would hereby like to express solidarity with the Turkish citizens, and especially with the families and friends of the victims. To fight against terrorism is our joint duty, and Turkey can count on our support.

The topic on the plate of the EU leaders is how to react to the internal developments in Turkey. When it comes to the European Parliament's call to temporarily freeze the accession talks, I am glad to see that, for the first time, there seems to be a clear majority of Member States willing to give a political signal. The signal is that under the current circumstances, the EU's approach can no longer be 'business as usual'. Member States seem to be united along the position that no new chapter should be opened in the negotiation process. Although that doesn't go as far as our call, it does indicate that EU leaders are finally taking the clear position of Parliament – the position of our citizens – seriously.

It is important that we send a joint signal from the European Union that Turkey must return to the path of democratic reform and respect for the rule of law. I hope that the 28 EU leaders will manage to come up with a unanimous statement. Talks on accession are now not credible, but that doesn't mean that we should stop our dialogue with Turkey. This dialogue, however, cannot be limited solely to cooperation on migration. It cannot be limited only to the implementation of the EU-Turkey deal.

Paulo Rangel (PPE). – Senhora Presidente, gostaria, essencialmente, de começar por chamar a atenção para que o próximo ano será um ano muito instável e incerto para a União Europeia. Portanto, é fundamental que o Conselho e a Comissão, mas em particular o Conselho, sejam capazes de manter algumas políticas estáveis que estavam já desenhadas.

A primeira tinha a ver com as fronteiras externas e com a Guarda Costeira e Externa, e aqui é preciso dar um impulso enorme, porque é evidente que vamos ter uma crise de refugiados maior, e aqui acompanho a minha colega Mariya Gabriel em toda a política de prevenção que temos de fazer no norte da África e, em particular também, no Médio Oriente. Este é um ponto.

Um segundo ponto que considero fundamental tem a ver com a questão económica, financeira e bancária da União. Acho que neste momento é fundamental completar a união bancária e, antes mesmo disto, é fundamental que os membros do Conselho e a Comissão, mesmo que fora do âmbito das suas competências, ainda que a título apenas de, digamos, atores políticos de primeiro relevo, contribuam para a estabilização financeira e bancária de toda a União. Porque se não fizermos isso, teremos um problema de tal ordem que todos os outros, que são muito mais aflitivos do ponto de vista humanitário e dos valores da União, estarão em risco.

Peço, portanto, toda a urgência para esta questão.

Ana Gomes (S&D). – Senhora Presidente, Alepo jaz massacrada, Putin e Assad exultam. Incapaz de agir, que resta de credibilidade ao Conselho Europeu? A União Europeia falha porque falta. Na Ucrânia, agredida e ocupada pela Rússia, e na Síria, no Iraque, no Iémen, na Líbia, na Palestina, onde Estados-Membros não só não se coordenam, mas rivalizam a vender armas e outros sórdidos negócios com regimes que fazem guerras por procuração, instrumentalizando grupos terroristas, como o saudita, o catari, o turco – não sou exaustiva.

Não admira que Putin, Erdogan, em breve Trump, se afeiçoem a chantagear uma Europa em retrocesso intergovernamental anti-integração, a reboque de um governo alemão, sem estratégia, que pode querer apaziguar, mas de facto alimenta populismos xenófobos.

Do euro incompleto, que semeia divergência e desigualdade, à fiscalidade não harmonizada, que desvirtua o mercado interno e aproveita à corrupção e ao crime organizado, passando pela Fortaleza Europa, que entrega migrantes e refugiados a redes de traficantes e radicaliza os seus próprios jovens, dando recrutas à hidra terrorista: esta não é a União Europeia da paz, dos direitos humanos, da solidariedade e do progresso.

Esta Europa intergovernamental não nos protege nem nos defende: destrói-se, pondo em causa a nossa segurança e a segurança global.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin! Herr Kommissar! Meine Damen und Herren! Es fehlte uns auch in dieser Frage der morgen behandelten Themen nicht an Beschlüssen und nicht an Vorschlägen. Es fehlt uns einfach an politischem Willen! Noch immer blockieren Nationalismen, Populismen und die Abschottungspolitik die Umsetzung der Vereinbarungen. Und noch immer blockiert die Einstimmigkeit die notwendige europäische Einigkeit. Daher sage ich sehr deutlich: Vereinbaren Sie, was vorgeschlagen wurde und tun Sie, was beschlossen wurde.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern hat vor allem strukturelle Ursachen. Diese sind eine Frage der Aus- und Weiterbildung, von Investitionen in nachhaltiges Wachstum und neue Arbeitsplätze, der Steuer- und Budgetpolitik. Es gilt auch hier, voneinander zu lernen und miteinander zu handeln, die Europäische Union von der Währungsunion zu einer Wirtschafts-, Sozial- und Investitionsunion weiterzuentwickeln.

Das Gleiche gilt für die Verteidigungspolitik. Ich begrüße den Aktionsplan, dass wir in der Forschung, in der Beschaffung, in der Finanzierung zusammenarbeiten. Wir haben aber ein eklatantes Umsetzungsdefizit. Wir haben in allen Ländern zu wenig Personal, zu wenig Geld, zu wenig Effizienz, und der Mangel an Zusammenarbeit kostet uns fünfundzwanzig bis hundert Milliarden Euro jährlich. Gehen wir doch diese Probleme an. Wir wissen, wie es zu tun und was zu tun ist. Tun wir es!

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señora Presidenta, nos proponía el señor Juncker la posibilidad de que construyamos Europa con pequeñas historias del futuro. Historias del mañana, decía él en su intervención. Pongamos dos historias para los próximos años. La primera, la posibilidad de que la Unión Europea comunique a los ciudadanos que se establece un salario mínimo, por ejemplo, en torno al 60 % del salario medio de los países de la Unión Europea. Esa sería una noticia que realmente construiría Europa. Yo tengo la sensación de que Europa tiene que volver a conectar con la ciudadanía con señales positivas. Pongamos que hacemos esto, pongamos que establecemos un acuerdo sobre la posibilidad de un fondo de garantía de desempleo para los que llevan más de dos años en el paro.

Yo creo que Europa necesita de manera urgente señales de esas historias, señales de historias del mañana. Pero no necesita lo que yo llamaría discursos del pasado, sino proyectos de futuro.

Arnaud Danjean (PPE). – Madame la Présidente, on ne peut qu'être satisfait que la défense soit au programme du Conseil de demain. Pour autant, permettez-moi de tempérer l'enthousiasme déclaratoire des derniers jours et de ce matin même, avec trois points très précis qu'il faut prendre en considération.

Premièrement, la défense était déjà au programme du Conseil de décembre 2013. Nous sommes en décembre 2016. Trois ans de perdus, parce que les conclusions de décembre 2013 ressemblent mot pour mot à celles qui vont être adoptées demain et on ne peut pas dire qu'on ait beaucoup progressé.

Deuxièmement, on nous parle beaucoup de coopération et de complémentarité avec le l'OTAN. Cela est évident, l'OTAN a un rôle primordial à jouer, mais je vous rappelle quand même qu'à partir du mois de janvier, à la table des décisions de l'OTAN, il y aura M. Trump et M. Erdoğan, et je ne suis pas certain que l'Europe doive faire dépendre sa défense de ces individus.

Troisièmement, l'industrie. Je salue l'engagement de la Commission visant à trouver des pistes de financement pour l'industrie de défense. Je rappelle toutefois que ce sont les États et exclusivement les États qui font marcher le marché de défense, parce que ce sont les seuls clients, et que, dès lors, il faudrait déjà que les États européens, quand les équipements européens existent, achètent européen.

Les autres puissances, y compris plus libérales que nous, achètent les productions de leur propre pays.

Tonino Picula (S&D). – Gospođo predsjednice, ministri vanjskih poslova jučer prvi put nisu usvojili zajedničke zaključke. Oko odnosa Europske unije i Turske nema konsenzusa. Nema ga među zemljama članicama ni oko preraspodjele inicijalnih 60 000 izbjeglica. U međuvremenu svjedočimo humanitarnim katastrofama od Alepa do Mosula, zbog kojih će nove stotine tisuća ljudi morati pronaći novi dom.

Otvoreno je pitanje hoće li se budući odnosi Europske unije i Turske temeljiti isključivo na sigurnosnim aranžmanima ili poštivanju demokratskih standarda. Europska unija ne treba kompromitirati svoje standarde, ali mora više brinuti o vlastitim sigurnosnim mehanizmima. Trebamo ozbiljnu integraciju sigurnosne i obrambene politike. Nemogućnost Unije da građanima pruži sigurnost može ih trajno udaljiti od zajedničkih, a usmjeriti isključivo prema nacionalnim rješenjima.

Dobro je da su zapošljavanje mladih i revizija Strateškog fonda za ulaganje uvršteni na agendu, osobito nakon povećanja iznosa za Garanciju za mlade u sljedećem proračunu, ali fond će biti uspješan projekt samo ako će više poštovati ravnomjerniju geografsku rasprostranjenost i opće ekonomske prilike u državama.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospođo predsjednice, dobro je da su sutra na dnevnom redu Vijeća i migracije i sigurnost i gospodarski rast i nezaposlenost mladih i socijalna Europa. Međutim, točno je da je na današnji dan u ovom trenutku Europska unija odsutna. Međunarodna zajednica pala je na ispitu u Siriji. Stotine tisuća civila, žena, djece u ovom trenutku prolaze pakao. Toga moramo biti svjesni, a sutra je sastanak Vijeća.

Da, moramo osigurati da humanitarna pomoć sigurno stiže do onih kojima je potrebna na terenu. Moramo jasno reći da je situacija u Alepu uzrokovana ruskim bombardiranjem žena i djece. Dakle, slažem se s našim Manfredom Weberom, treba Rusiji produžiti sankcije. Ovo je politika solidarnosti sa žrtvama u Istanbulu. Kada govorimo o turskoj politici, onda je to nešto drugo. Onda ne podržavamo onaj režim koji Erdoğan nastoji nametnuti u Turskoj.

A kad je Europska unija u pitanju, želim jasno reći da je dobro da naša dva velika bloka surađuju. Time smo osigurali da nema unutarstranačkih ili stranačkih nadmetanja. Vrlo je važno da zadržimo ovdje *mainstream*, važno je da ne damo prostora niti populistima niti ekstremistima, i mislim da je to naš osnovni zadatak ovdje u Europskom parlamentu.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, non mi sento di condividere l'ottimismo del Presidente del Consiglio e della Commissione sull'esito del prossimo Consiglio europeo, né tantomeno felicitarmi per i risultati raggiunti sulla redistribuzione dei migranti sul suolo europeo, né su come l'accordo UE-Turchia sia stato implementato.

Ricordo che i magri risultati raggiunti sinora sulle questioni migratorie sono stati possibili grazie al ruolo di colegislatore del Parlamento europeo, ruolo che difenderemo di fronte ad ogni tentativo di accordo sottobanco. La voce del Parlamento non può restare inascoltata, la risoluzione di quest'Aula sull'approccio olistico al fenomeno migratorio deve essere la base di discussione per una gestione sostenibile del fenomeno migratorio. La solidarietà è un principio cardine del nostro ordinamento e non un meccanismo da far scattare quando uno Stato membro è sopraffatto. La solidarietà non può mai essere flessibile.

Infine, Aleppo. Basta proclami, ci aspettiamo una condanna unanime, a cui deve seguire una soluzione politica definitiva ai massacri in corso e una strategia di ricostruzione.

Mercedes Bresso (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è importante che questo Parlamento dia un messaggio chiaro ai capi di Stato e di governo. I cittadini ci chiedono risposte concrete e subito.

Mi vorrei concentrare sul tema degli investimenti, in particolare sul FEIS che verrà discusso domani. Da troppi anni l'Europa aspetta una ripresa degna di questo nome ed è proprio la carenza di investimenti uno dei freni principali al suo realizzarsi. Il piano Juncker ammette implicitamente che in un mondo globale in cui tutti i principali attori sostengono le proprie economie anche l'Unione europea lo deve fare, anche se le cifre in campo non sono sufficienti a garantire il flusso di investimenti necessari a rendere forte e competitiva l'Unione europea.

Il FEIS ha rappresentato un ottimo investimento che ha portato alcuni benefici sui territori. Occorre insistere, aumentare i fondi a disposizione e andare a correggere quegli aspetti che non hanno funzionato. Due punti fondamentali: la copertura geografica, che deve essere ampliata, la sinergia e il coordinamento con i fondi strutturali.

Interventions à la demande

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, Euroopan unionin huippukokouksessa on kyllä nyt vakavan keskustelun paikka. Aivan kuten täällä on tuotu esiin, aivan liian usein kuukaudesta toiseen samat asiat pyörivät esityslistalla mutta kunnon ratkaisuja ei saada aikaan, ja kun päätökset on tehty, ne on myös toimeenpantava. Tämä syö nyt koko Euroopan unionin uskottavuutta, ellei jo tehtyjä päätöksiä aleta toimeenpanna tehokkaammin. Tällä viittaan erityisesti maahanmuuttokriisiin. Toinen tärkeä keskustelunaihe on ylipäätään Euroopan unionin arvot. Meidän on uskallettava puolustaa Euroopan unionin arvoja – sananvapautta, ihmisoikeuksia, oikeusvaltioperiaatetta – sekä EU:n sisällä että ulkopuolella. Tällä viittaan erityisesti Turkin kanssa käytäviin EU-jäsenyysneuvotteluihin, jotka tulisi tässä tilanteessa nyt jäädyttää, kunnes Turkki valitsee sen tien, jolle se aikoo suuntautua.

Kaikkein kiireellisin asia tällä viikolla on ilman muuta kuitenkin Syyrian ja Aleppon tilanne, joka on todella katastrofaalinen. Tässä tarvitaan Euroopan unionin yhteisiä toimia nopeasti.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la questione delle migrazioni resta il centro della discussione del Consiglio europeo. I leader europei dovrebbero rivalutare attentamente l'attuazione dell'accordo UE-Turchia che, mi sembra, ha fallito come misura preventiva, considerato il numero di morti nel Mediterraneo che è tornato ad essere il canale principale per raggiungere l'Europa.

Penso che sia anche necessario valutare i progressi compiuti sui patti firmati con i paesi africani. Va affrontato il tema del rafforzamento della cooperazione dell'Unione europea nel campo della sicurezza esterna e della difesa. È essenziale accelerare la creazione di un fondo europeo per la difesa e l'attuazione del piano europeo di azione per la difesa. I leader devono affrontare il problema urgente della disoccupazione giovanile, mettendo in campo misure per migliorare l'attuazione della Garanzia giovani e sviluppare la mobilità degli stessi.

Auspico, infine, che l'Unione europea condanni senza mezzi termini i bombardamenti indiscriminati su Aleppo. L'impunità per tali crimini non può essere più tollerata e i leader europei devono agire prontamente.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, ο κύριος Juncker και ο κύριος Korčok στην έναρξη της συζήτησης δήλωσαν ικανοποιημένοι για την κατάσταση του προσφυγικού σε σχέση με την Ελλάδα. Φαίνεται λοιπόν ότι δεν έχουν ιδέα τι συμβαίνει, διότι αυτή τη στιγμή στα νησιά έχουν εγκλωβιστεί 16.500 τουλάχιστον πρόσφυγες και παράνομοι μετανάστες. Οι θέσεις φιλοξενίας εκεί είναι μόνο 7.500, και το ξέρει πολύ καλά ο κύριος Αβραμόπουλος. Λόγω της κατάστασης αυτής υπάρχουν συγκρούσεις μεταξύ των προσφύγων. Καίνε τα hot spot. Ταυτόχρονα οι κάτοικοι στη Χίο, στη Λέσβο, στη Σάμο δεν αντέχουν άλλο. Η κοινωνική τους γαλήνη έχει διαταραχθεί, ο τουρισμός έχει διαλυθεί, η ζωή τους έχει αναστατωθεί. Δεν μπορεί να συνεχιστεί αυτή η κατάσταση. Πρέπει να υπάρξουνε άμεσα μετεγκαταστάσεις από την Ελλάδα.

Δεύτερον, δεν μπορεί κύριε Αβραμόπουλε να αρχίσουν με το Δουβλίνο ΙΙΙ επιστροφές όσων έχουν φύγει και έχουν πάει στις χώρες του σκληρού πυρήνα. Τέλος, πρέπει να υπάρξει διακοπή των ενταξιακών διαπραγματεύσεων με την Τουρκία.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, αύριο για μια ακόμη φορά θα συνεδριάσει το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο, για να συζητήσει τα ίδια πάλι θέματα. Θα ληφθούν όμως κάποιες αποφάσεις οι οποίες θα προωθήσουν την επίλυση των σοβαρών προβλημάτων που αντιμετωπίζει η Ευρωπαϊκή Ένωση; Θα αποφασιστεί παραδείγματος χάριν να διακοπούν οι ενταξιακές διαπραγματεύσεις με την Τουρκία, ούτως ώστε να πάψει ο κύριος Ερντογάν να απειλεί και να εκβιάζει την Ευρώπη με τους παράνομους μετανάστες, να παραβιάζει τα ανθρώπινα δικαιώματα στη χώρα του και να αρνείται να αναγνωρίσει την Κυπριακή Δημοκρατία; Θα ληφθεί κάποια απόφαση για την αντιμετώπιση της ανεργίας των νέων, που στην Ελλάδα έχει φτάσει στο αστρονομικό ποσοστό του 67%; Οι νέοι δεν θέλουν μόνο επιμόρφωση και διδασκαλίες· θέλουν εργασία, για να μπορέσουν να αναδείξουν τα προσόντα και τις δεξιότητές τους. Οι Ευρωπαίοι ηγέτες θα συζητήσουν πάλι αύριο για την άνευ λόγου ανάγκη αυξήσεως των στρατιωτικών δυνατοτήτων της Ευρωπαϊκής Ενώσεως και οικονομικά θέματα, αλλά εκεί δεν ξέρω αν θα συζητήσουν τη μείωση του παράνομου και καταχρηστικού χρέους που έχουν επιβάλει στην Ελλάδα ή θα λένε μεγαλοστομίες για αλληλεγγύη και συνεργασία.

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Michaela Šojdrová (PPE). – Vážený pane státní tajemníku, vážený pane komisaři, já osobně hodnotím slovenské předsednictví pozitivně. Hodnotím pozitivně koncept efektivní solidarity při řešení migrační krize. Také souhlasím s duálním režimem pro vysílané pracovníky, který byl navržen při jednáních o revizi směrnice o vysílaných pracovnících.

Myslím však, že bychom měli být více sebekritičtí, pokud se týká celkových výsledků Evropské unie. Ani Evropská komise, ani Evropský parlament, ani jeho předsedové neudělali dost pro to, abychom přesvědčili britské voliče o setrvání v Evropské unii. Já to chápu jako naše selhání, které musí vést k větší pokoře a k zamyšlení nad skutečnými prioritami, a o těch by měla jednat následně Evropská rada. V jejím programu však nevidím jasnou reakci na ukončení bombardování Aleppa a utrpení civilního obyvatelstva. V čím zájmu bombardují ruské bombardéry Aleppo? Jak ukončíme utrpení civilistů? Na to by měla Evropská rada odpovědět.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, σε αυτό το προσχέδιο δηλώσεων του Συμβουλίου, στην παράγραφο 23, καταγράφεται το ενδιαφέρον για την προεργασία της Επιτροπής για αναβάθμιση των εμπορικών σχέσεων μέσω της τελωνειακής ένωσης μεταξύ Ευρωπαϊκής Ένωσης και Τουρκίας. Το διάβασα δύο φορές: «αναβάθμιση των εμπορικών σχέσεων». Είναι απίστευτο! Κάθε πολίτης στην Ευρωπαϊκή Ένωση αξιολογεί το καθεστώς Ερντογάν ως ένα απολυταρχικό καθεστώς –ως έχει– εκτός από την ηγεσία της Ευρωπαϊκής Ένωσης, η οποία σιωπά. Και μετά διερωτώμαστε πώς διογκώνεται ο ευρωσκεπτικισμός!

Συνεχίζω με την παράγραφο 25, όπου εκεί γίνεται αναφορά στο ότι τα μέτρα που λήφθηκαν το 2016 είναι επαρκή για την Τουρκία. Τελειώνω με δύο ερωτήματα: Πώς θα βρεθεί λύση στο Κυπριακό με βάση τις αρχές της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όταν υπάρχουν κατοχικά στρατεύματα, όταν θα εγγυάται τη λύση το καθεστώς…

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή.)

Seán Kelly (PPE). – Madam President, while it is understandable that much of the debate today was taken up with the unfortunate situation in Aleppo, and also the unacceptable developments in Turkey, at the same time it is important that we focus on what citizens in Europe want at this particular time in relation to their own lives, and that is jobs and growth.

I welcome especially the success thus far of EFSI. I had the privilege of hosting a conference in Dublin last Friday, where Mr Cassoni from the Commission and the EIB Vice-President also came and spoke, and they are setting up an office in Dublin. This will help SMEs to benefit from financing, which will help them to grow and create jobs. We need that right across the European Union, because the European Union will stand or fall on the basis of what citizens think and how it affects their own lives.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, effectivement, la situation en Turquie est extrêmement préoccupante, et le Parlement européen, par sa résolution, a fait, me semble-t-il, la bonne proposition de suspension du processus d'adhésion.

La rupture totale des négociations rejetterait cet État stratégique vers d'autres partenaires orientaux, ce qui compliquerait encore un peu plus la situation au Moyen-Orient.

Cette résolution, vous le savez, a provoqué la fureur du président Erdoğan, qui a menacé de rompre l'accord sur les migrants, preuve que nous avons touché au cœur, d'ailleurs.

L'Union ne doit pas céder à ce type de menace et doit avancer sur les questions de l'accueil des migrants sans avoir à céder aux injonctions de M. Erdoğan.

Maintenant, c'est à la Commission de parler fort, mais aussi au Conseil, avec l'appui du Parlement européen, et d'exiger que les libertés individuelles en Turquie soient protégées et que cessent les massacres du peuple kurde.

Tout à l'heure, je recevais des lycéens, qui s'interrogent sur la situation en Turquie et qui se demandent quelle est la capacité d'action de l'Union européenne. C'est une question que je me dois de relayer ici devant le Parlement.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, αύριο οι ηγέτες συζητούν την επέκταση του επενδυτικού σχεδίου Juncker, κύριε Επίτροπε Αβραμόπουλε, το οποίο πράγματι έχει θεαματικά αποτελέσματα σε αριθμούς. Όμως σε χώρες όπως η κοινή μας πατρίδα, η Ελλάδα, αυτή η επιτυχία δεν αποτυπώνεται στην πραγματική οικονομία. Από τα 154 δισεκατομμύρια που μόχλευσε το FC τα 1,9 μοχλεύονται στην Ελλάδα και περισσότερα από 1 δισεκατομμύριο αντιστοιχούν σε μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις. Όμως οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις δεν έχουν τη δυνατότητα της χρηματοδότησης, μιας χρηματοδότησης που δεν μπορεί, φαίνεται, να γίνεται πια μέσω τραπεζών και είναι μεγάλη ανάγκη, επείγει, να ενθαρρύνουμε τις χρηματοδοτικές πλατφόρμες, ακόμη και έξω από το υπάρχον τραπεζικό σύστημα. Πίσω από κάθε αριθμό, όπως είπε πριν από λίγο ο Πρόεδρος Juncker, κρύβεται ένας άνθρωπος. Το 46,5% των νέων Ελλήνων είναι άνεργοι. Είναι η ώρα να δράσουμε. Να χρησιμοποιήσουμε το επενδυτικό σχέδιο Juncker, ώστε να έχει απόδοση στην καθημερινότητα των Ελλήνων.

(Fin des interventions à la demande)

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Madam President, the Commission has been working on a very clear strategy since the beginning. This strategy was not just theory, but had focused on specific delivery. For this strategy to succeed, all actors need to play their part, in particular the Member States. The support of this House has been more than helpful. When everyone takes up their responsibilities, we have tangible results. One example, which has been mentioned on many occasions, is the European Border and Coast Guard. Tomorrow, the European Council will give further meaning to and guidance on the European Defence Action Plan.

The European Council will also address two foreign policy issues. First, it must ensure that the EU-Ukraine Association Agreement is concluded. This is a matter of geopolitical responsibility. It is time to complete the work of this Chamber and the Ukraine's Rada when they simultaneously ratified the agreement. I would also like to congratulate the Parliament for having completed negotiations on the visa suspension mechanism. Visa-free status must now be granted to Ukrainian and Georgian citizens as quickly as possible. This is of major importance for the citizens of these countries and will be mutually beneficial for Europe and the region.

The European Council will also discuss the war in Syria. As has been said here, the situation in Aleppo is grave. There are reports of slaughter and children trapped under collapsed buildings. I call on the warring parties to see through the fog of war at least for a moment – at least long enough to recall their humanity – and to allow civilians, women and children to leave that great city in safety.

One of our next goals is to finalise the reform of the asylum package. I will come back to some of these issues later this afternoon, but I would like to say some words about Turkey. We shall come back to Turkey later. However, I want to express in this Chamber our condolences for the terrible and horrendous terrorist attacks. This again shows that we have common challenges and proves that dialogue needs to continue in all fields for the benefit of both the European Union and Turkey. The EU-Turkey statement is working and giving tangible results. We are committed to continue implementing it.

On Dublin II, I must be very clear, because I think there has been a misinterpretation. The Commission did not decide to send refugees or migrants back to Greece. What we recommended to Member States was a gradual return to the application of the rules with the necessary safeguards for the best interests of these people, but also for Greece, which is under exceptional pressure. Greece's progress, despite the exceptional situation, has been recognised by the fact that we have proposed a gradual resumption as of mid-March 2017. This means only migrants who enter Europe through Greece after that date and might try to move irregularly towards other Member States. But even then it will concern certain categories and will presuppose individual guarantees for the transfer of each migrant, which Greece should be in position to provide. It goes without saying that the Commission will constantly monitor the situation and update its recommendation if necessary. Ideally, if everyone plays their role, the implementation of the EU-Turkey segment should be accelerated, the relocation should be stabilised in larger numbers, and no migrant – or very few – should move irregularly on his own. Yes, the revision of the Dublin rules, based on a fair distribution mechanism, is the priority of this Commission, as it is for you in Parliament.

I have listened to everything you have said. What is important is that right now, at a time of crisis and divisions, this House leads the way towards more unity and common European responses to common challenges. Our responsibility is huge: not to allow populism and nationalism to destroy what we have built – not only for the sake of our past, our history, but for the sake of our future, our common future.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, actually I do not know whether it makes sense to share with you the concluding remarks on behalf of the Council, because if I look around, the Members are obviously engaged in other activities; but I will be very short.

First on Brexit and the role of the EU institutions in negotiations once the United Kingdom has invoked Article 50. President Schulz will have an opportunity to raise this issue tomorrow when he meets with the members of the European Council. I am hopeful – let me stress this; this is extraordinary – that the European Parliament will want to ensure its involvement in this matter in negotiations which fully correspond with the Treaty provisions.

I have three additional points of substance that I would like to make on behalf of our Presidency on the issues that have been mentioned.

(The President interrupted the speaker)

Okay, I will try once more. Firstly, TDI was mentioned and one of the honourable Members has referred to a blockade which allegedly exists in the Council on TDI. We are working hard until the end of our Presidency, and tomorrow morning – after many years of problems reaching an agreement on it – the Council has agreed on TDIs. Now we are ready to start negotiations with the Parliament. This is important.

Secondly, EFSI was also mentioned. On this, the Council agreed a general approach on 6 December and is ready to start negotiations and trilogues with the European Parliament, while we take note that the Parliament has postponed this until May 2017.

Lastly, the Youth Employment Initiative is an extremely important area and the subject of deliberations tomorrow in the European Council. I would like to recall that the Slovak Presidency was dealing with this issue within negotiations on the revision of Multi-annual Financial Framework. I would like to recall that the Council is proposing to allocate an additional EUR 1.2 billion for the Youth Employment Initiative until the end of 2020. This, by the way, is 20% more than the original proposal of the Commission.

Those were the points of substance, and I would like to thank you for your attention.

(Applause)

La Présidente. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 162)

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A december 15-i és 16-i Európai Tanács ülésének napirendjén több olyan égető fontosságú témakör szerepel, melyek minél előbbi megoldást igényelnek. Az egyik ilyen kérdés a bevándorlás, melynek rendezése napról napra sürgetőbb, hiszen minden héten bevándorlók tízezrei érkeznek Európába a jobb élet reményében. Nem felelősségteljes kijelenteni, hogy minden bevándorlónak segítünk, amikor az uniós állampolgárok körében is magas a munkanélküliség, és az emberek egy jelentős része megélhetési gondokkal küzd.

Mindenekelőtt az elvándorlás okait kell megakadályozni, és ehhez nélkülözhetetlen a harmadik országokkal, különösen az afrikai államokkal való partnerség erősítése. Biztosítani kell az emberek alapvető szükségleteit, és szülőföldjükön kell perspektívát kínálni számukra a jövőre vonatkozóan. Ezzel egyidejűleg kulcsfontosságú az Unió külső határainak megerősítése, melynek szükségességét az elmúlt hónapok tragikus terrorcselekményei kapcsán feltárt ellenőrzésbeli hiányosságok is igazolták. Az uniós állampolgárok joggal várják el a biztonságot, és ehhez az illegális bevándorlás és a terrorizmus elleni küzdelem erősítésére van szükség. A migrációs válság kezelése során az Unió nem téveszthetí szem elől saját állampolgárainak védelmét, saját tagállamainak fejlesztését. A kohéziós és agrárforrások nem csökkenhetnek a migrációs krízis kezelésére szolgáló források meghatározásakor.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Agravam-se as muito precárias e degradantes condições de detenção de refugiados e migrantes na União Europeia, onde milhares de seres humanos são deixados à mercê do rigoroso inverno e das intempéries.

É a própria Agência dos Direitos Fundamentais a apontar as grosseiras violações de direitos humanos em solo europeu. Estas são consequências do criminoso acordo UE-Turquia e da política de externalização de fronteiras. Só este ano contabilizam-se 4715 mortes no Mediterrâneo, o maior número de sempre.

Ao mesmo tempo, está em curso uma revisão da legislação da UE que aprofundará ainda mais o carácter racista, xenófobo e securitário das suas políticas de migração, harmonizando e baixando os padrões da resposta, restringindo o acesso, períodos e direitos de asilo.

Pretendem integrar em legislação as medidas criminosas do referido acordo, em contradição com o direito internacional. Na prática, querem pôr fim ao direito de asilo na UE. Tudo isto, ao mesmo tempo que se aprofunda a escalada securitária e militarista. O aumento dos orçamentos «de defesa» dos Estados-Membros até 2% do PIB, o aumento do financiamento da indústria e investigação militar, a afirmação da UE como o pilar militar europeu da NATO e as intenções de criar o dito Exército Europeu, são apenas alguns exemplos. A UE é desumana e perigosa.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Pido al Consejo que para el año que viene se comprometa con una revisión al alza del marco financiero plurianual. También exijo que se avance hacia un seguro europeo de desempleo, el aumento de los salarios mínimos y la protección de los trabajadores desplazados. Además, si necesitamos inversión no podemos aceptar el freno que ha dado el Eurogrupo a la propuesta de 50 000 millones adicionales. Seamos coherentes entre el diagnóstico y las terapias que aplicamos ante los problemas. En cuanto a la situación en Siria, no me olvido de Alepo. Hay que conseguir el acceso humanitario de alimentos y medicinas así como trabajar políticamente para resolver un conflicto con la presencia de la Unión. Y no solo en Alepo. También en Grecia. La situación de los refugiados allí es inhumana. Necesitamos trasladar a los refugiados a sitios seguros, garantizando su dignidad y sus derechos.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – W kontekście zbliżającego się posiedzenia Rady zwracam uwagę na trzy kwestie: Europejski Fundusz Inwestycji Strategicznych, inicjatywy dla młodzieży oraz sytuacja w Syrii. Odnośnie przedłużenia okresu obowiązywania Europejskiego Funduszu na rzecz Inwestycji Strategicznych w pełni zgadzam się, że instrument ten jest ważny w kontekście pobudzenia wzrostu gospodarczego w Unii oraz konkurencyjności. Niemniej jednak jeden z jego głównych celów – tj. wsparcie wysokiej jakości edukacji niezbędnej dla stymulowania wzrostu gospodarczego – nie jest realizowany. Wspieranie edukacji to najlepsza inwestycja na rzecz zatrudnienia i wzrostu gospodarczego. Dlatego koniecznie potrzebujemy projektów ukierunkowanych na podniesienie jakości edukacji i na zapewnienie dostępu do niej wszystkim grupom społecznym.

W zakresie inicjatyw dla młodzieży apeluję o większe wsparcie finansowe dla Erasmusa+, flagowego unijnego programu w zakresie mobilności, w celu zagwarantowania jego dalszego powodzenia oraz wartości dodanej.

Wreszcie sytuacja w Syrii – rosnąca liczba ofiar w Aleppo jest przerażająca. Dlatego apeluję do ministrów o pilne podjęcie działań w celu zapewnienia niezbędnej pomocy humanitarnej dla Syryjczyków oraz o intensyfikację działań na rzecz zakończenia tej okrutnej wojny, która pochłonęła już co najmniej tysiące ofiar.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Tisztelt Elnök Úr! A 2014-ben útjára indított, Juncker-tervként elhíresült uniós beruházási alap óriási sikernek bizonyult Európa nagy részében. A legtöbb tagállamban milliárdokat mozgósított a beruházási terv, amelynek végén biztonságosabb és hatékonyabb lett az energiaszolgáltatás, gyorsabb lett az internet, kevesebb lett a kátyú az úton, jobb lett az európai állampolgárok élete.

A Juncker-tervből azok az államok kapták a legtöbb pénzt, akik meg tudták győzni a forrásokat osztó európai befektetési bankot országuk versenyképességéről. A tagállamok versenyt futottak a beruházásokért, de nem minden tagállam volt sajnos azonban képes olyan versenyképes ötleteket felsorakoztatni, amelyek megértek volna uniós milliárdokat. Magyarországon és Cipruson például alig fektettek be a terv keretében. Míg Magyarországon csak 17 millió eurót, addig a többi 27 tagállamban 160 milliárd eurót mozgósítottak kockázatos projektekre uniós kezességvállalás mellett. Ez sajnos jól mutatja, hogy hol áll Magyarország az uniós nemzetek versenyképességi rangsorában. Ha a kormányok tesznek erőfeszítést, jó javaslatok tesznek, a Juncker-tervből olyan projektek valósulnak meg, amelyek javítják állampolgáraik életét. Ehhez persze az kell, hogy a tagállami kormányok saját állampolgáraik érdekét képviseljék, ne pedig saját magukkal legyenek elfoglalva.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Program szczytu Rady Europejskiej zawiera wszystkie istotne tematy: sytuacja w Syrii, w tym zaangażowanie Rosji, umowa z Turcją, wspólna polityka migracyjna, a także inicjatywy na rzecz zwiększenia zatrudnienia wśród młodych Europejczyków. Chciałbym podkreślić wagę dwóch z tych tematów.

Na poparcie zasługuje zestaw konkretnych propozycji wdrażających postanowienia wspólnej deklaracji UE-NATO podpisanej podczas szczytu w Warszawie, wśród których znajdują się wspólne działania na rzecz zwalczania zagrożeń hybrydowych, przekazywanie informacji krytycznych między NATO i instytucjami UE czy integracja procedur mających na celu zwalczanie zagrożeń cybernetycznych. Współpraca z NATO, które stanowi nadal podstawę naszej obronności, jest kluczowa dla zapewnienia bezpieczeństwa, i mam nadzieję, że w końcu doczekamy się jej wymiernych efektów.

Drugim – kluczowym z punktu widzenia bezpieczeństwa – dyskutowanym elementem będzie europejski plan działań w sektorze obrony zaproponowany przez Komisję Europejską. Przewiduje on trzy działania: utworzenie Europejskiego Funduszu Obronnego mającego wspierać szczególnie badania i rozwój technologii obronnych, ułatwienie inwestycji w sektor obronny oraz wzmocnienie jednolitego rynku obronnego. To dobre propozycje, gdyż w perspektywie średnio- i długoterminowej pomogą nam efektywniej wykorzystywać fundusze, które obecnie nie zwiększają w wystarczający sposób naszego bezpieczeństwa. Czas na konkretne działania.

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

8. Erklärung des Präsidenten zum Ende seiner Amtszeit

Der Präsident. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Abgeordnete! Dies ist heute die letzte Arbeitssitzung, die ich als Präsident des Europäischen Parlaments leite.

(Beifall von rechts)

Die Attacken von Ihrer Seite sind der Stolz eines jeden europäischen Demokraten.

Das, meine Damen und Herren, ist ein bewegender Moment für mich, ein bewegender Moment, ganz ohne Zweifel. Und deshalb danke ich, dass ich die Gelegenheit habe, noch einmal von dieser Stelle aus zu Ihnen zu reden.

Vor fünf Jahren habe ich bei meiner Wahl zum Präsidenten gesagt, dass es mein Ziel sei, das Europäische Parlament sichtbarer, hörbarer und einflussreicher zu machen. Fünf Jahre später kann ich sagen, dass uns das gemeinsam gelungen ist. Das Parlament ist heute sichtbarer, es ist hörbarer, und es ist einflussreicher als je zuvor.

(Beifall)

In den vergangenen Jahren ist es uns gemeinsam gelungen, das Europäische Parlament zum Ort der europäischen Demokratie zu machen. Hier, hier in diesem Saal finden die wichtigen Debatten statt, hier werden Entscheidungen getroffen, die das Leben der Menschen besser und sicherer machen.

Mit dem Spitzenkandidaten-Prozess ist es dem Europäischen Parlament, ist es uns gelungen, die EU demokratischer zu machen und den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die Politik der Europäischen Union zu stärken. Dadurch, meine Damen und Herren, haben wir unsere transnationale Demokratie gestärkt.

Aber genau diese transnationale Demokratie ist heute in großer Gefahr. Überall auf diesem Kontinent machen sich die Spalter und die Ultranationalisten wieder breit – diejenigen, die Menschen gegeneinander hetzen, und die, die das liberale, das soziale und das ökologische Gesellschaftsmodell abwickeln wollen. Damit gefährden sie eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften, die es auf unserem Kontinent je gegeben hat. Mit aller Kraft werde ich mich jedenfalls gegen diesen Hass auch zukünftig stellen, egal von welcher Stelle aus.

(Beifall)

Denn es ist unsere Pflicht, uns gegen diese zerstörerischen Tendenzen zur Wehr zu setzen – egal, in welcher Funktion.

Meine verehrten Damen und Herren! Das Europäische Parlament mit seinen 751 Mitgliedern aus 28 souveränen Staaten, die 508 Millionen Bürgerinnen und Bürger repräsentieren, ist eine einzigartige Institution. Präsident dieser Institution zu sein, war eine außergewöhnliche Ehre für mich. Dafür bin ich sehr dankbar. Ich war ganz sicher kein bequemer und auch kein einfacher Präsident dieses Hauses. Aber ich habe mich bemüht, nach bestem Wissen und Gewissen für die Sache Europas zu streiten, damit die Menschen und Völker Gräben überwinden und damit wir gemeinsam einen Beitrag für eine friedliche Welt leisten können.

Meinem Nachfolger oder meiner Nachfolgerin und uns allen wünsche ich eine glückliche Hand und die Kraft und Zuversicht, die Dinge zum Besseren zu wenden. Wir dürfen nicht nachlassen in unserem Streben, dieses Europa zu einem besseren Ort zu machen, der auch Strahlkraft nach außen entfaltet und den Hoffnungslosen wieder Hoffnung gibt. Die gestrige Verleihung des Sacharow-Preises hat uns nachdrücklich genau daran erinnert. Es liegt an uns, meine Damen und Herren, unseren Kindern und Enkeln Europa als einen Ort zu übergeben, der für diese Hoffnung steht.

Voller Demut danke ich Ihnen für die gemeinsame Arbeit in diesen fünf Jahren. Vielen Dank!

(Die Mitglieder des Parlaments erheben sich und spenden dem Präsidenten anhaltenden Beifall.)

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD). – Mr President, I would like to congratulate you on your five-year term. I also rise under Rule 11(2). Mr Verhofstadt, according to the financial report, has three jobs that pay him EUR 1 000 to 5 000 per month and a further job that pays him EUR 10 000 per month. So for Mr Verhofstadt, it is Christmas every day.

Now we all know that Mr Verhofstadt is a master of the universe, a Superman, but how can he do all these jobs and be the European Parliament's Brexit negotiator? This does not respect the dignity of Parliament and is incompatible with the dignity of Parliament, as per Rule 11(2). I must ask for a ruling on this.

(Applause from the right)

9. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll.)

9.1. Insolvenzverfahren und Insolvenzverwalter (A8-0324/2016 - Tadeusz Zwiefka) (Abstimmung)

9.2. Abkommen EG/Usbekistan über Partnerschaft und Zusammenarbeit und bilateraler Handel mit Textilien (A8-0332/2016 - Maria Arena) (Abstimmung)

— Vor der Abstimmung:

Ulrike Lunacek *on behalf of the Verts/ALE Group.* – Mr President, on behalf of my Group and according to Rule 190 of our Rules of Procedure, which calls for adjournment of a debate and vote, I would like to ask for a postponement of this vote. The reason for this is that the reports on the cotton harvest and on forced labour in Uzbekistan during the cotton harvest, which has just ended recently, have not been finalised yet. The International Labour Organization will finalise its reports in January 2017, and we have reports from several civil society independent monitors which are also saying that, despite some improvements, forced labour is still being done, with the authorities demanding that people fulfil quotas in those harvests.

So I think it would be due process for us to wait for our vote on the consent on the textile protocol until those reports are out from the International Labour Organization's independent monitors and to postpone it. I hope Members will follow me and my Group on this.

Der Präsident. – Möchte jemand für den Antrag sprechen? Bitte sehr, Herr Brok.

Elmar Brok (PPE). – … Ich möchte der Bitte von Frau Lunacek widersprechen …

(Der Präsident unterbricht den Redner.)

Der Präsident. – Herr Brok, Augenblick, warten Sie mal einen Moment. Da hat sich schon jemand gemeldet.

Möchte jemand für diesen Antrag von Frau Lunacek sprechen?

Herr Brok, ich bitte um Verständnis.

Die Berichterstatterin hatte gebeten, gegen diesen Antrag zu sprechen.

Maria Arena, *rapporteure*. – Monsieur le Président, je comprends les préoccupations de M[me] Lunacek et nous y avons travaillé durement, effectivement, entre la commission AFET et la commission INTA. Ces préoccupations ont été reprises dans le cadre de la résolution. Nous avons donc un consentement, accompagné d'une résolution, qui demande au gouvernement ouzbek de continuer les efforts qu'il a menés depuis plus de cinq ans – cinq ans pour éradiquer le travail des enfants en Ouzbékistan et aujourd'hui, avec l'OIT, nous continuons à travailler pour qu'il soit mis fin au travail forcé.

Je pense que la relation de confiance n'est pas à sens unique, Madame Lunacek. L'Ouzbékistan a fait un travail remarquable. Ce n'est pas terminé, et il y a encore énormément de choses à faire en Ouzbékistan, mais si nous voulons gagner la confiance, il faut aussi que nous fassions un geste. C'est le geste que nous poserons aujourd'hui.

— *Der Antrag auf Vertagung wird abgelehnt.*

9.3. Abkommen EG/Usbekistan über Partnerschaft und Zusammenarbeit und bilateraler Handel mit Textilien (Entschließung) (A8-0330/2016 - Maria Arena) (Abstimmung)

9.4. Handelsübereinkommen EU/Kolumbien und Peru (Beitritt Ecuadors) (A8-0362/2016 - Helmut Scholz) (Abstimmung)

9.5. Abkommen EU/Norwegen über den gegenseitigen Zugang zum Fischfang im Skagerrak (A8-0321/2016 - Jørn Dohrmann) (Abstimmung)

9.6. Abkommen EU/Norwegen über den gegenseitigen Zugang zum Fischfang im Skagerrak (Entschließung) (A8-0320/2016 - Jørn Dohrmann) (Abstimmung)

9.7. Abkommen über operative und strategische Kooperation zwischen Georgien und Europol (A8-0343/2016 - Claude Moraes) (Abstimmung)

9.8. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2016/004 ES/Comunidad Valenciana – Automobilindustrie (A8-0379/2016 - Esteban González Pons) (Abstimmung)

9.9. Normalisierung der Konten der Eisenbahnunternehmen (A8-0368/2016 - Merja Kyllönen) (Abstimmung)

9.10. Inländische Schienenpersonenverkehrsdienste (A8-0373/2016 - Wim van de Camp) (Abstimmung)

9.11. Einheitlicher europäischer Eisenbahnraum (A8-0371/2016 - David-Maria Sassoli) (Abstimmung)

9.12. Zugang zum Markt für Hafendienste und finanzielle Transparenz der Häfen (A8-0023/2016 - Knut Fleckenstein) (Abstimmung)

— *Am Ende der Abstimmung:*

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, first of all I wish to thank Parliament, its rapporteur Mr Fleckenstein, as well as the shadow rapporteurs in the Committee on Transport and Tourism, for the important work that they have accomplished. The Commission welcomes the agreement reached in the trilogues.

Maritime ports are vital for the European economy, for an efficient internal market and to connect Europe to the world. With their logistic and industrial activities, maritime ports provide employment to three million Europeans. They are also critical for development of short-sea shipping as an alternative to road transport as part of our strategy to decarbonise transport. This is why maritime ports are extremely valuable assets …

President. – Commissioner, the United Kingdom Independence Party has No English interpretation, therefore they are protesting.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – That is what we will achieve with the Regulation discussed today, and that is why the Commission considers this file as a priority under its work programme for 2016. First, the Regulation will ensure greater transparency for the use of public funds in ports. Many receive considerable financial support …

(The President asked the speaker to pause while technical checks were made to the sound system)

Der Präsident. – Herr Kommissar! Wir haben ein Problem. Gehen Sie mal auf Kanal 0, vielleicht können Sie dann etwas verstehen.

For the english translation – channel 0.

Versuchen Sie es noch einmal.

Herr Kommissar, warten Sie mal. Der Herr Kollege hat ein Problem.

James Carver (EFDD). – Mr President, I know that this is your last day, and you and I have crossed swords on a number of occasions, but I must say that I am disappointed that you had to make a political joke out of a disability. My colleague, Mr Agnew, is hard of hearing and he does rely on his earphones. I felt it necessary to point out that the Commissioner is speaking English, but obviously Mr Agnew has a need to use earphones. I think it is disappointing and I would expect better in the European Parliament.

Der Präsident. – Okay! Bitte, Herr Kommissar!

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Further regulation will ensure greater transparency for the use of public funds in ports. Many receive considerable financial support from both national and European Union budgets. Transparency will contribute to a genuine level playing field between European ports. It will also help make public funding more efficient. The Court of Auditors stressed the necessity to address this issue in a recent report.

Second, the regulation creates a common framework for the provision of port services. This framework brings legal stability for the tendering of port services. It will end today's unclear situation where ports policy is not decided by EU legislation, but rather by judgment of the European Court of Justice on a case by case basis.

Third, it will ensure better training of port workers in line with the work undertaken by the social partners. Finally, the regulation will contribute to our decarbonisation strategy. We need to green the shipping industry and promote short-sea shipping. This requires investment and the right type of investment in ports.

Many of you attach great importance to clear and simple state aid rules. The Commission shares its attachment. We have been working a lot on the issue of state aid in ports over the last months. My colleague Commissioner Vestager and I are making sure that the views of European ports are adequately taken into account.

Replying last week to a preliminary question from Mr Fleckenstein, the Commission clarified the framework for state aid in ports, including the general block exemption regulation. The situation is as follows: a new set of infrastructure analytical grids was published on 2 December. With this document, the Commission explains which infrastructures are considered to be non-economic and therefore should not fall under state aid rules. These infrastructures include defence infrastructure, such as docks, and access infrastructure to ports, such as a river flowing through a port that can be used by anyone.

Last week, the Commission also completed its second public consultation on the general block exemption regulation. Its objective is to identify which public investments in port infrastructure are considered state aid but are unproblematic and therefore do not need to be notified. We are now analysing the replies to improve the text further and adopt the regulation in 2017.

The result of the analytical grids and the revised general block exemption regulation will be more legal certainty and more clarity, but there will be no change in the decision-making practice of the Commission. With this work, we are doing exactly what you have been calling for under Recital 45 of the Port Services Regulation. However, for institutional reasons and to recall the better law-making principles agreed between the Commission and the co-legislators, we will record a statement from the Commission to be inserted regarding this recital.

The text is balanced. It is the result of three years of discussions with all stakeholders. All major organisations representing the European port sector stand behind it – the trade unions, port authorities, port terminal operators and port services providers. It received strong support in the Transport Committee and was accepted unanimously by Member States. It is now time to conclude the legislative procedure at first reading. All the circumstances allow it.

(Loud applause and cheers from certain quarters)

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kommissar, für die Aufklärungen. Mein Eindruck war, dass das sicher eher für die Debatte vorgesehen war. Sollte die Kommission bei weiteren Abstimmungen noch ausführliche Deklarationen haben, empfehle ich, dass wir die dem Protokoll hinzufügen.

Das ändert nichts an der Tatsache, dass das, was Herr Andriukaitis gerade vorgetragen hat, ein sehr, sehr weitreichender Vorgang und Beschluss ist, den wir hier gefasst haben. Aber parlamentarische Arbeit ist ja für Sie sekundär.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission, in writing.* –

Commission statement on recital 45 of the compromise agreement reached by the co-legislators on the Proposal for a Regulation establishing a framework on market access to port services and financial transparency of ports

The Commission considers that recital 45 should not have been included for the following reasons.

First, the recital does not relate to any of the enacting terms of the regulation and hence does not comply with the principles of the Interinstitutional Agreement on Better Law-Making. In that agreement, the European Parliament, the Council of the European Union and the European Commission confirmed that they remain fully committed to the Interinstitutional agreement on common guidelines for the quality of drafting of Community legislation, which provides that the purpose of recitals is to set out concise reasons for the chief provisions of the enacting terms, without reproducing or paraphrasing them, and that recitals should not contain normative provisions or political exhortations.

Second, the Commission recalls that the notion of State aid within the meaning of Article 107(1) TFEU is an objective one, enshrined in the Treaty and not at the disposal of the Union legislator. It can only be applied as such by the Commission or national courts in specific cases, subject to the control of the Union courts.

Third, the wording of the recital may create confusion. Having regard to the Treaty notion of State aid, it cannot be claimed that public funding of all access and defence infrastructure accessible to all users on equal and non-discriminatory terms always falls outside the scope of the State aid rules. The Commission's decisional practice shows, for instance, that public funding of certain access infrastructure located within the area of a port may constitute State aid.

9.13. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Juhan Parts (A8-0375/2016 - Bart Staes) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung:*

Bart Staes, *Rapporteur.* – Ik zal niet veel van jullie tijd in beslag nemen. Ik wil er wel op wijzen dat dit de negende keer dit jaar is dat we een nieuw lid van de Rekenkamer aanstellen. Begin 2016 waren er nog 5 vrouwen op 28 lid van de Rekenkamer. Met de aanstelling van dit Estse lid dalen we naar het niveau van 3 vrouwen op 28. Dit is een ontoelaatbaar laag aantal. Er is actie nodig. We hebben in 2014 met succes druk gezet op commissaris Juncker om ervoor te zorgen dat zijn Commissie niet minder vrouwelijke leden had dan de Commissie-Barroso. Laten we dus nu samen actie ondernemen om ervoor te zorgen dat de lidstaten ook vrouwen voorstellen als kandidaat-lid van de Rekenkamer. Vrouwen hebben hun plaats in de Rekenkamer. Laten we daar samen voor vechten.

Der Präsident. – Ich stelle fest, dass Herr Juhan Parts ernannt ist.

9.14. Forschungsprogramm des Forschungsfonds für Kohle und Stahl (A8-0358/2016 - Jerzy Buzek) (Abstimmung)

9.15. Jahresbericht 2015 über die Menschenrechte und die Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich (A8-0355/2016 - Josef Weidenholzer) (Abstimmung)

9.16. Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (Artikel 36 EUV) (A8-0360/2016 - Elmar Brok) (Abstimmung)

9.17. GAP-Instrumente zur Verringerung der Preisschwankungen auf den Agrarmärkten (A8-0339/2016 - Angélique Delahaye) (Abstimmung)

Der Präsident. – Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

IN THE CHAIR: ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

Vice-President

10. Stimmerklärungen

10.1. Insolvenzverfahren und Insolvenzverwalter (A8-0324/2016 - Tadeusz Zwiefka)

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il rapporto tratta di una procedura formale che ha il fine di permettere alla Polonia l'applicazione del regolamento sulle procedure di insolvenza. Tutto ciò si è reso necessario poiché proprio la Polonia nel 2015 ha approvato una riforma in materia di ristrutturazioni che coinvolge anche il tema delle procedure di insolvenza.

Poiché credo, ovviamente, che anche la Polonia applichi il regolamento dell'Unione europea in materia di insolvenza ho votato a favore.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del presente informe porque se trata de una transposición técnica de una modificación en el anexo de la regulación concernida. Una modificación legislativa en la ley de insolvencia polaca, implica el cambio de los citados anexos y con dicho cambio debe ser especificada la extensión de las excepciones que el Reino Unido e Irlanda tienen con respecto a dicho reglamento. Debido al carácter estrictamente técnico del contenido de este informe he decidido votar en su favor.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento teisėkūros rezoliucijos projektą dėl Nemokumo bylų ir nemokumo specialistų sąrašų. Europos Parlamento ir Tarybos reglamentas (ES) 2015/848 dėl nemokumo bylų bus taikomas nuo 2017 m. birželio 26 d. Šio reglamento prieduose pateikti jo taikymui svarbūs nemokumo bylų ir nemokumo specialistų sąrašai. Reglamento A priede išvardytos nemokumo bylos, o B priede išvardyti nemokumo specialistai. 2015 m. gruodžio mėn. Lenkija pranešė Komisijai apie iš esmės peržiūrėtą nacionalinį restruktūrizavimo įstatymą, kuris turėjo įsigalioti 2016 m. sausio 1 d., ir paprašė atitinkamai pakeisti reglamento A ir B prieduose pateiktus sąrašus. Komisija išnagrinėjo, ar Lenkijos prašymas atitinka reglamento reikalavimus, ir pateikė pasiūlymą Europos Parlamentui ir Tarybai, siekdama užtikrinti, kad naujos redakcijos reglamento taikymo sritis iki jo taikymo pradžios dienos būtų suderinta su dabartiniu Lenkijos teisės aktų dėl nemokumo teisiniu pagrindu. Atsižvelgiant į tai, kad Komisijos pasiūlymas yra išimtinai techninio pobūdžio ir jame nėra jokių esminių reglamento pakeitimų, pritariu rezoliucijos projekto tikslui ir jo turiniui.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le règlement UE nº 2015/848 du Parlement européen et du Conseil du 20 mai 2015 relatif aux procédures d'insolvabilité est entré en vigueur le 26 juin 2015 et s'appliquera à partir du 26 juin 2017. La Pologne a réformé son droit interne en matière de restructuration et a, à cette occasion, demandé que le règlement soit modifié en conséquence. La Commission a présenté au Parlement européen et au Conseil une proposition dans le but de garantir que le champ d'application dudit règlement correspondra au cadre juridique réformé de la législation polonaise. Cette proposition de la Commission est de nature purement technique et ne prévoit aucune modification de fond du règlement, je me suis abstenue.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as the European Union should have no right to dictate to Member States what the criteria for insolvency proceedings should be or how insolvency practitioners should operate.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai donné mon accord pour ce texte dans la mesure où la proposition de modification du règlement (UE) nº 2015/848 n'est que technique et vise à prendre en compte une réforme polonaise dans le domaine visé. En l'absence de modification substantielle du règlement, je n'ai pas trouvé de raison de m'y opposer.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl pasiūlymo, kuriuo pakeičiami Reglamento (ES) 2015/848 dėl nemokumo bylų A ir B prieduose pateikti nemokumo bylų ir nemokumo specialistų sąrašai. Europos Parlamento ir Tarybos reglamentas dėl nemokumo bylų įsigaliojo 2015 m. birželio 26 d. Reglamentas bus taikomas nuo 2017 m. birželio 26 d. Šio reglamento prieduose pateikti jo taikymui svarbūs nemokumo bylų ir nemokumo specialistų sąrašai. Tačiau Lenkija pranešė Komisijai apie iš esmės peržiūrėtą nacionalinį restruktūrizavimo įstatymą, kuris turėjo įsigalioti 2016 m. sausio 1 d., ir paprašė atitinkamai pakeisti reglamento A ir B prieduose pateiktus sąrašus. Komisija išnagrinėjo, ar Lenkijos prašymas atitinka reglamento reikalavimus. Kadangi Komisijos pasiūlymas yra išimtinai techninio pobūdžio ir jame nėra jokių esminių reglamento pakeitimų, todėl Parlamentas pritaria pakeitimui.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La Pologne a réformé son droit interne en matière de restructuration et a, à cette occasion, demandé que le règlement soit modifié en conséquence. La Commission a présenté au Parlement européen et au Conseil une proposition dans le but de garantir que le champ d'application dudit règlement correspondra au cadre juridique réformé de la législation polonaise.

La proposition de la Commission est de nature purement technique et ne prévoit aucune modification de fond du règlement. Je me suis abstenu sur ce vote.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport, qui vise à remplacer les listes de procédures d'insolvabilité et de praticiens de l'insolvabilité figurant aux annexes A et B du règlement 2015/848 relatif aux procédures d'insolvabilité suite à une réforme substantielle du droit interne polonais en matière de restructuration.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Zwiefka sulle procedure di insolvenza e gli amministratori delle procedure di insolvenza.

Si tratta di un testo di natura tecnica che non comporta alcuna modifica sostanziale; essa fa seguito alla richiesta presentata dalla Polonia di modificare gli elenchi agli allegati A e B del regolamento (UE) 2015/848, per adattarli alle modifiche intervenute nel proprio diritto nazionale come conseguenza di una riforma sostanziale in materia di ristrutturazioni.

Il testo approvato oggi contiene solo tre modifiche minori, anch'esse di natura tecnica, della proposta presentata dalla Commissione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – En diciembre de 2015, Polonia notificó a la Comisión una reforma sustancial de su legislación nacional sobre reestructuración, que entraría en vigor el 1 de enero de 2016 y solicitó una modificación de las listas que figuran en los anexos A y B del Reglamento. Según el artículo 1, apartado 1, el punto 4 del artículo 2 y el considerando 9 del Reglamento, los procedimientos nacionales sólo pueden considerarse «procedimientos de insolvencia» en el contexto del Reglamento si figuran en el anexo A del mismo. Los anexos del Reglamento sólo pueden modificarse mediante un reglamento que se adopte de conformidad con el procedimiento legislativo ordinario del fundamento jurídico en el que se adoptó el Reglamento inicial.

La Comisión examinó si la solicitud de Polonia cumplía los requisitos del Reglamento y presentaba una propuesta al Parlamento Europeo y al Consejo con el fin de garantizar que el ámbito de aplicación del Reglamento refundido se adaptara al marco jurídico vigente de la legislación polaca sobre insolvencia en el momento de su aplicación. En este contexto, la propuesta de la Comisión es puramente técnica. No contiene ninguna modificación sustantiva del Reglamento. Por este motivo, he votado a favor de este Informe.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre los procedimientos de insolvencia y los administradores concursales. Estamos de acuerdo con la finalidad del Acuerdo y su contenido, pero consideramos que deben aprobarse las tres enmiendas de carácter técnico, que reflejan la posición del Reino Unido y la de Irlanda en relación con la propuesta de la Comisión de conformidad con el Protocolo n.º 21 sobre el espacio de libertad, seguridad y justicia de estos dos Estados miembros.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur ce rapport, qui touche à une modification d'ordre purement technique sur les procédures d'insolvabilité régies par le règlement (UE) nº 2015/848. Ces modifications surviennent à la suite d'une réforme par la Pologne de son droit interne en matière de restructuration. Il fallait donc que le règlement soit modifié en conséquence, afin qu'il corresponde au cadre juridique réformé.

Si cette modification est purement formelle, cela ne m'empêche pas d'être en désaccord avec le fond du règlement, d'où mon abstention.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione oggetto di voto presenta alcuni passaggi poco chiari che non condivido totalmente. Ho quindi deciso di esprimermi con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe por el que se modifica el Reglamento de procedimientos de insolvencia y administradores concursales. Este Reglamento incluye en sus anexos procedimientos que son importantes y necesarios para poder aplicar las normas correctamente.

La modificación viene dada por la reforma de la legislación concursal de Polonia y la petición de dicho país de modificar las listas fijadas en los anexos, en los cuales se estipula que los procedimientos nacionales solo podrán ser considerados «procedimientos de insolvencia» si se encuentran en el listado del anexo A, y solo es posible modificar dichos anexos mediante el procedimiento legislativo ordinario.

La Comisión examinó si la petición de Polonia cumplía los requisitos reglamentarios, con lo que remitió una propuesta de naturaleza técnica al Consejo y al Parlamento, sin cambios sustantivos en el Reglamento.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą dėl nemokumo bylų ir nemokumo specialistų. Reglamento dėl nemokumo bylų prieduose pateikti jo taikymui svarbūs nemokumo bylų ir nemokumo specialistų sąrašai. 2015 m. gruodžio mėn. Lenkija pranešė Komisijai apie iš esmės peržiūrėtą nacionalinį restruktūrizavimo įstatymą, kuris turėjo įsigalioti 2016 m. sausio 1 d., ir paprašė atitinkamai pakeisti reglamento prieduose pateiktus sąrašus. Reglamento priedai gali būti iš dalies pakeisti tik pagal įprastą teisėkūros procedūrą priimtu reglamentu, remiantis pradiniam reglamentui taikytu teisiniu pagrindu, t. y. SESV 81 straipsniu. Komisija išnagrinėjo, ar Lenkijos prašymas atitinka reglamento reikalavimus, ir pateikė pasiūlymą Europos Parlamentui ir Tarybai, siekdama užtikrinti, kad naujos redakcijos reglamento taikymo sritis iki jo taikymo pradžios dienos būtų suderinta su dabartiniu Lenkijos teisės akto dėl nemokumo teisiniu pagrindu. Turint tai omenyje, Komisijos pasiūlymas yra išimtinai techninio pobūdžio. Jame nėra jokių esminių reglamento pakeitimų. Europos Parlamentas pritaria pasiūlymo tikslui ir bendrai jo turiniui.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o postupcima i upraviteljima u slučaju nesolventnosti koje sadrži anekse relevantne za njihovu prijavu.

Izvjestitelj se složio s ciljem prijedloga i njegovim sadržajem o općim uvjetima.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – La Pologne a réformé son droit interne en matière de restructuration et a, à cette occasion, demandé que le règlement soit modifié en conséquence. Le texte proposé a pour but de garantir que le champ d'application dudit règlement correspondra au cadre juridique réformé de la législation polonaise; il est purement technique. Je me suis abstenue.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted in favour of this report. It is a purely technical file making a minor amendment to the regulation on the request of Poland after it changed its national laws on insolvency (Poland should now be inserted into a formal list in annexes of the regulation).

The original regulation in 2013 improved the previous insolvency regulation but it did not go far enough in protecting workers' entitlements in these situations. But this vote was unrelated to the content of the regulation and due to its purely technical nature – just adding Poland to the list of who is covered in the regulation, basically – we voted in favour.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il regolamento (UE) 2015/848 relativo alle procedure d'insolvenza, comprende allegati che riportano elenchi di procedure d'insolvenza e di amministratori di procedure d'insolvenza.

Nel dicembre 2015 la Polonia ha notificato alla Commissione una riforma sostanziale del proprio diritto nazionale in materia di ristrutturazioni e ha richiesto di modificare gli elenchi degli allegati A e B del regolamento. Le procedure nazionali rientrano nella definizione di «procedure d'insolvenza», solo se elencate nell'allegato A. Gli allegati possono essere modificati esclusivamente con un regolamento da adottarsi secondo la procedura legislativa ordinaria.

La Commissione ha esaminato se la domanda presentata dalla Polonia fosse conforme ai requisiti del regolamento e ha presentato una proposta al Parlamento europeo e al Consiglio per garantire che il campo di applicazione del regolamento di rifusione sia adeguato al quadro giuridico attuale della normativa polacca in materia d'insolvenza. La proposta della Commissione è di natura puramente tecnica e non comporta alcuna modifica sostanziale del regolamento.

Si ritiene tuttavia che essa necessiti di tre emendamenti di natura tecnica. I primi due emendamenti rispecchiano la posizione del Regno Unito e dell'Irlanda rispetto allo spazio di libertà, sicurezza e giustizia. Il terzo emendamento allinea la data di entrata in vigore del regolamento (UE) 2015/848.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le règlement nº 2015/848 du Parlement européen et du Conseil du 20 mai 2015 relatif aux procédures d'insolvabilité est entré en vigueur le 26 juin 2015 et s'appliquera dans les États membres à partir du 26 juin 2017. La Pologne a réformé sa législation en matière de restructuration et a demandé à ce que ledit règlement soit par la même occasion modifié. Cette proposition de modification du règlement vise à garantir que son champ d'application reste en adéquation avec le cadre juridique polonais. Dans la mesure où cette modification du règlement, proposée par la Commission européenne, ne prévoit aucune modification majeure, je me suis abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Proiectul de rezoluție legislativă al Parlamentului European vizează propunerea de regulament al Parlamentului European și al Consiliului de înlocuire a listelor cu procedurile de insolvență și cu practicienii în insolvență din anexele A și B la Regulamentul (UE) 2015/848 privind procedurile de insolvență.

Astfel, anexa A enumeră procedurile de insolvență în timp ce anexa B are rolul de a preciza practicienii în insolvență. Regulamentul (UE) 2015/848 al Parlamentului European și al Consiliului din 20 mai 2015 privind procedurile de insolvență (reformare)(1) a intrat în vigoare la 26 iunie 2015, urmând a fi aplicat începând de la data de 26 iunie anul următor.

M-am exprimat în favoarea acestui proiect, deoarece consider că e un instrument esențial în asigurarea cooperării judiciare în materie civilă la nivelul Uniunii Europene, iar prin intermediul acestei inițiative se va asigura că domeniul de aplicare al regulamentului reformat este adaptat, ținându-se cont de coerența cu dispozițiile existente în domeniul de politică și cu celelalte politici ale Uniunii.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della modifica al regolamento (UE) 2015/848 relativo alle procedure di insolvenza, che sostituisce gli elenchi delle procedure di insolvenza e degli amministratori delle procedure di insolvenza negli allegati A e B.

Nel dicembre 2015 la Polonia ha notificato alla Commissione una riforma sostanziale del proprio diritto nazionale in materia di ristrutturazioni, che avrebbe preso effetto dal 1º gennaio 2016, e ha richiesto di modificare di conseguenza gli elenchi di cui agli allegati A e B del regolamento.

A norma del regolamento, le procedure nazionali rientrano nella definizione di «procedure d'insolvenza» nel contesto del regolamento solo se elencate nell'allegato A del medesimo.

Per questo la Commissione ha presentato una proposta al Parlamento europeo e al Consiglio al fine di garantire che il campo di applicazione del regolamento di rifusione sia adeguato al quadro giuridico attuale della normativa polacca in materia di insolvenza, dal momento della sua entrata in vigore.

La proposta della Commissione è di natura puramente tecnica e non comporta alcuna modifica sostanziale del regolamento.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this technical report which makes a small amendment to the Regulation on Insolvency Proceedings at the request of Poland. This is to accommodate the fact that Poland has changed its national laws on insolvency to bring them in line with standards so that it can now participate in the Regulation.

James Carver (EFDD), *in writing*. — UKIP have voted against this because it is not for the EU to tell the UK or any other Member State what the criteria would be for insolvency procedures and practitioners.

David Casa (PPE), *in writing*. – I agree with this report with a view to ensuring that the scope of the recast regulation will be adjusted to the actual legal framework of the Polish insolvency legislation by the time of its application. In this context, the Commission proposal is of a purely technical nature. It contains no substantive change to the Regulation.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione del collega Zwiefka non presenta criticità poiché trattasi di una mera procedura di rifusione che però necessita della procedura legislativa ordinaria in virtù della base giuridica su cui è stato adottato il regolamento originario, ossia l'art. 81 del TUE.

La modifica verrà applicata agli allegati A e B del regolamento sulle procedure di insolvenza votato nel 2015 e che sarà applicato a decorrere il 26 giugno 2017.

La modifica di tali allegati si è resa necessaria poiché nel 2015 la Polonia ha varato a livello nazionale una riforma in materia di ristrutturazioni: di conseguenza ha richiesto alla Commissione una modifica degli allegati che contengono le definizioni di procedure di insolvenza per rendere possibile l'applicazione del regolamento in Polonia anche dopo la riforma. Ho quindi votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση, καθώς συμφωνούμε με τον σκοπό της πρότασης και με το περιεχόμενό της εν γένει.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε για την έκθεση σχετικά με την αντικατάσταση των καταλόγων των διαδικασιών αφερεγγυότητας και των διαχειριστών της διαδικασίας αφερεγγυότητας των παραρτημάτων Α και Β του κανονισμού (ΕΕ) 2015/848 περί των διαδικασιών αφερεγγυότητας. Πρόκειται για ένα καθαρά τεχνικό ζήτημα που στοχεύει στη βελτίωση και τον εκσυγχρονισμό των δομών λειτουργίας του ευρωπαϊκού οικοδομήματος. Γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Astensione per questa relazione che non apporta alcuna modifica sostanziale al regolamento.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Si tratta di un provvedimento di carattere tecnico che non apporterà modifiche sostanziali al Regolamento (UE) 2015/848 relativo alle procedure di insolvenza, pertanto non posso che garantirvi il mio consenso.

La Polonia, a seguito dell'entrata in vigore del regolamento il 29/06/2015, ha intrapreso delle riforme giuridiche nel proprio complesso che hanno condotto ad una richiesta, presentata alla Commissione, di modifiche apportabili agli elenchi degli allegati A e B. Tale procedimento è praticabile solamente attraverso l'adozione di un Regolamento con procedura legislativa ordinaria, quale quella apportata.

Il presente Regolamento ha per oggetto importanti novità e chiarimenti circa la determinazione del giudice competente a gestire la procedura di insolvenza e, conseguentemente, della determinazione della legge nazionale applicabile alla procedura concorsuale stessa, nonché ampliando il campo di applicazione del regolamento a tutte le procedure concorsuali. Tuttavia, si sono resi necessari tre nuovi emendamenti: il primo riguarda il Regno Unito che ha adottato il regolamento dal 1º settembre 2016. Il secondo, invece, consente all'Irlanda di non partecipare all'adozione, né di esservi vincolata o soggetta all'applicazione. In terzo luogo, si pospone l'applicazione del regolamento a partire dal 26 giugno 2017.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on insolvency proceedings and insolvency practitioners.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP have voted against this because it is not for the EU to tell the UK or any other Member State what the criteria would be for insolvency procedures and practitioners.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto è conforme alle misure previste dal regolamento (UE) 2015/848 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 20 maggio 2015, relativo alle procedure di insolvenza che è entrato in vigore il 26 giugno 2015 e sarà applicato a decorrere dal 26 giugno 2017, fatta eccezione per la parte relativa al sistema di interconnessione dei registri fallimentari nazionali, che sarà applicata a decorrere dal 26 giugno 2019.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque se trata de una transposición técnica de una modificación en el anexo de la regulación concernida. Una modificación legislativa en la ley de insolvencia polaca implica el cambio de los citados anexos y con dicho cambio debe ser especificada la extensión de las excepciones que el Reino Unido e Irlanda tienen con respecto a dicho reglamento. Debido al carácter estrictamente técnico del contenido de este informe he decidido votar en su favor.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Questo regolamento comprende principalmente due allegati per le procedure di insolvenza e per i curatori fallimentari.

Oltre a questioni meramente tecniche, particolare è la questione della Polonia, che ha chiesto una modifica degli elenchi di cui agli allegati A e B al regolamento data una riforma sostanziale del suo diritto nazionale in materia di ristrutturazione. Ai sensi del regolamento, un procedimento nazionale si qualifica come «procedura d'insolvenza» nel contesto del regolamento solo se è elencato nell'allegato A del medesimo. Pertanto, la Commissione ha esaminato se la richiesta dalla Polonia, in merito al rispetto dei requisiti del regolamento e ha presentato una proposta al Parlamento europeo e al Consiglio, al fine di garantire che il campo di applicazione del regolamento rivisto sia adeguato al quadro giuridico attuale del diritto fallimentare polacco.

Voto a favore di questo testo, in quanto il lavoro svolto dalle istituzioni europee si è mostrato attento alle istanze europee e nazionali in merito alle procedure di insolvenza, e pertanto, un passo in avanti verso una maggiore armonizzazione.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przyjęciem wniosku dotyczącego postępowań upadłościowych oraz zarządców, ponieważ wniosek ten bezpośrednio dotyczy spraw Polski oraz ochrony jej interesów gospodarczych.

W grudniu 2015 r. Polska zgłosiła Komisji gruntowną reformę krajowych przepisów prawnych dotyczących restrukturyzacji ze skutkiem od dnia 1 stycznia 2016 r. oraz wystąpiła o zmiany w wykazach zawartych w załącznikach do rozporządzenia. Wniosek Komisji i proponowane zmiany mają charakter czysto techniczny. Nie zawierają one żadnych merytorycznych zmian do rozporządzenia. W związku z tym proponowany wniosek stanowi jedynie urzędową kodyfikację tekstu legislacyjnego.

Dla strony polskiej jest ważne, by zostały podjęte pilne działania odnoszące się do tej kwestii, ponieważ oczywiste jest, że brak szybkiego włączenia nowych rodzajów postępowania może mieć daleko idące negatywne skutki finansowe dla wierzycieli transgranicznych i dłużników w ramach polskich postępowań restrukturyzacyjnych i upadłościowych.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Companies and individuals in the EU Member States are increasingly establishing business activities or economic interests in EU countries. For these reasons a regulation which lists insolvency proceedings and insolvency practitioners is required. In this context, the Commission proposal is of a purely technical nature and contains no substantial change to this regulation. For this reason I voted in favour.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I was pleased to support the technical modifications to the proposed regulation, which makes changes to the lists of insolvency proceedings and practitioners in the legislation, and which underlines that the UK has chosen to opt in.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif propose d'améliorer l'efficacité des procédures d'insolvabilité, c'est-à-dire, d'une part, les règles qui définissent une personnalité physique ou morale comme non solvable et, d'autre part, les règles qui concernent les personnes chargées du recouvrement. Considérant que l'harmonisation des procédures d'insolvabilité au niveau de l'Union assurera une égalité de traitement entre les citoyens européens et facilitera l'action des praticiens de l'insolvabilité sur l'ensemble du territoire, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP have voted against this because it is not for the EU to tell the UK or any other Member State what the criteria would be for insolvency procedures and practitioners.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Pour assurer un bon fonctionnement du marché intérieur, il est important que soient garanties des procédures d'insolvabilité efficaces dans l'ensemble des États membres. À cet effet, l'Union européenne a constitué une liste des procédures d'insolvabilité et des praticiens de l'insolvabilité des États membres. Ces listes doivent être tenues à jour car seuls les procédures et les acteurs qui y sont inscrits sont reconnus au niveau européen. Tout en respectant les principes européens en matière d'insolvabilité, la Pologne a récemment procédé à une refonte de sa législation dans ce domaine. Il convient donc de modifier les listes des procédures d'insolvabilité et des praticiens de l'insolvabilité pour prendre en compte les changements polonais.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A fizetésképtelenségi eljárásról szóló, 2015. május 20-i (EU) 2015/848 rendelet 2015. június 26-án lépett hatályba. A rendelet 2017. június 26-tól alkalmazandó a nemzeti fizetésképtelenségi nyilvántartások összekapcsolására szolgáló rendszerről szóló rész kivételével, amely 2019. június 26-tól hatályos. A rendelet mellékletei tartalmazzák az alkalmazásához kapcsolódó fizetésképtelenségi eljárásokat (A. melléklet) és szakértőket (B. melléklet). 2015 decemberében Lengyelország tájékoztatta a Bizottságot, hogy a szerkezetátalakításról szóló nemzeti jog tekintetében jelentős reformot hajtott végre, amely 2016. január 1-jén hatályba lépett, és kérte a rendelet A. és B. mellékletében szereplő jegyzék megfelelő módosítását.

A Bizottság megvizsgálta, hogy Lengyelország kérelme megfelelt-e a rendelet előírásainak, és javaslatot nyújtott be az Európai Parlamentnek és a Tanácsnak, hogy az átdolgozott rendelet hatályát az alkalmazás megkezdéséig az aktuális lengyel jogi kerethez igazítsa. A javaslat technikai jellegű, nem tartalmaz érdemi módosítást. A javaslat célja és tartalma megfelelő, azonban még három technikai módosítás szükséges. Az első két módosítás az Egyesült Királyság és Írország álláspontját tükrözi az Egyesült Királyságnak és Írországnak a szabadságon, a biztonságon és a jog érvényesülésén alapuló térség tekintetében fennálló helyzetéről szóló 21. jegyzőkönyv szerinti bizottsági javaslattal kapcsolatosan. A harmadik módosítás célja, hogy a módosító rendelet alkalmazandóvá válásának időpontját összehangolja az (EU) 2015/848 rendelettel. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogatom a javaslat módosítását.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce texte.

Le règlement (UE) nº 2015/848 du Parlement Européen et du Conseil du 20 mai 2015 relatif aux procédures d'insolvabilité est entré en vigueur le 26 juin 2015 et s'appliquera à partir du 26 juin 2017.

Il s'agit ici d'une modification, proposée par la Commission, du champ d'application de ce règlement afin de prendre en compte une réforme du droit interne en Pologne. La proposition de la Commission est donc de nature purement technique.

Angel Dzhambazki (ECR), *in writing*. – I have voted in favour of the Polish proposal, submitted to the Commission in December 2015 and taking effect on 1 January 2016. The proposal clearly aims at ensuring that the scope of the recast Regulation is adjusted to the current legal framework of the Member States (Poland) on insolvency by the time of its application. Because the proposed amendments by the Council, rapporteur and Commission are purely technical and the majority are also identical, they constitute only an official codification of a legislative text. In the interest of efficient action within the framework of the Polish restructuring and bankruptcy proceedings, the proposed measures seem justified, necessary and urgently needed. Therefore, I fully support the proposal.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η Επιτροπή εξέτασε το κατά πόσον το αίτημα της Πολωνίας ήταν συμβατό με τις απαιτήσεις του κανονισμού και υπέβαλε πρόταση στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και στο Συμβούλιο, με σκοπό να διασφαλίσει ότι το πεδίο εφαρμογής του αναδιατυπωμένου κανονισμού θα έχει προσαρμοστεί στο πραγματικό νομικό πλαίσιο της πολωνικής νομοθεσίας περί αφερεγγυότητας μέχρι την έναρξη της ισχύος του. Σε αυτό το πλαίσιο, η πρόταση της Επιτροπής έχει αμιγώς τεχνικό χαρακτήρα. Δεν περιέχει καμία τροποποίηση επί της ουσίας του κανονισμού.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Se pretende aprobar una pequeña modificación técnica en los anexos A y B del Reglamento (UE) 2015/848 sobre procedimientos de insolvencia. Los anexos del Reglamento solo pueden ser modificados por un reglamento adoptado con arreglo al procedimiento legislativo ordinario. Esta modificación de carácter técnico surge a consecuencia de un cambio en la legislación de Polonia.

La Comisión estudió si la solicitud de Polonia cumplía los requisitos del Reglamento y presentó al Parlamento Europeo y al Consejo una propuesta tendente a garantizar que el ámbito de aplicación del Reglamento refundido se ajustará al marco jurídico de Polonia sobre insolvencia en el momento de su aplicación. En este sentido, la propuesta de la Comisión es de carácter puramente técnico y no contiene ninguna modificación sustancial del Reglamento.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the report on insolvency proceedings and insolvency practitioners. This was a technical vote which introduced some amendments to an uncontroversial regulation. Updating legislation and making the best laws possible are in the interests of my constituents in Wales.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Polónia notificou a Comissão sobre uma reforma substancial da sua legislação nacional em matéria de reestruturação, tendo solicitado a alteração em conformidade das listas.

A Comissão procurou determinar se o pedido da Polónia cumpria os requisitos do regulamento e apresentou uma proposta ao Parlamento Europeu e ao Conselho com vista a assegurar que o âmbito de aplicação do regulamento reformulado seja adaptado ao quadro jurídico da legislação polaca em matéria de insolvência no momento da sua aplicação.

Concordo com o objetivo da proposta e com o seu conteúdo em termos gerais. Contudo, considero importante introduzir três alterações de natureza técnica na proposta. As duas primeiras refletem a posição do Reino Unido e da Irlanda. A terceira alteração harmoniza a data de entrada em vigor do regulamento modificativo com a do Regulamento principal.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: la proposition de la Commission est de nature purement technique et ne prévoit aucune modification de fond du règlement.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório pretende introduzir pequenas alterações de cariz técnico no Regulamento (UE) 2015/848, relativo aos processos de insolvência.

As alterações pretendem ter em conta uma reforma que foi feita pela Polónia em matéria de reestruturação, tendo este país solicitado a alteração em conformidade das listas contidas nos anexos A e B do presente Regulamento.

Os anexos do Regulamento só podem ser alterados por um regulamento adotado de acordo com o processo legislativo ordinário. Como tal, a Comissão Europeia apresentou uma proposta ao Parlamento Europeu tendo em vista assegurar o âmbito de aplicação do regulamento reformulado, atendendo, como tal, ao quadro jurídico da legislação polaca em matéria de insolvência no momento da sua aplicação.

A proposta que vem da Comissão Europeia e as três alterações apresentadas têm uma natureza meramente técnica, não alterando de forma substancial o Regulamento.

Sobre o conteúdo do Regulamento, expressámos em devido tempo as nossas preocupações relativas a elementos negativos, como a questão relacionada com os créditos dos trabalhadores, por não lhes serem reconhecidos privilégios creditórios.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted yes because I agree.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo dalla relazione relativa alle procedure di insolvenza.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η Επιτροπή εξέτασε το κατά πόσον το αίτημα της Πολωνίας ήταν συμβατό με τις απαιτήσεις του κανονισμού και υπέβαλε πρόταση στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και στο Συμβούλιο, με σκοπό να διασφαλίσει ότι το πεδίο εφαρμογής του αναδιατυπωμένου κανονισμού θα έχει προσαρμοστεί στο πραγματικό νομικό πλαίσιο της πολωνικής νομοθεσίας περί αφερεγγυότητας μέχρι την έναρξη της ισχύος του. Σε αυτό το πλαίσιο, η πρόταση της Επιτροπής έχει αμιγώς τεχνικό χαρακτήρα. Δεν περιέχει καμία τροποποίηση επί της ουσίας του κανονισμού και γι' αυτό την υπερψηφίζω.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – This Regulation includes as Annexes lists of insolvency proceedings and insolvency practitioners relevant to its application. Annex A to Regulation (EU) 2015/848 lists the insolvency proceedings referred to in point (4) of Article 2 of the Regulation. Annex B lists the insolvency practitioners referred to in point (5) of Article 2. In December 2015, Poland notified the Commission on a substantial reform of its domestic law on restructuring, which would take effect as of 1 January 2016, and requested a modification of the lists set out in Annexes A and B to the Regulation accordingly. According to Article 1(1), to point (4) of Article 2 and to recital (9) of the Regulation, national proceedings qualify as 'insolvency proceedings' in the context of the Regulation only if they are listed in Annex A thereto. The Annexes to the Regulation can be amended only by a regulation to be adopted following the ordinary legislative procedure under the legal base on which the original regulation was adopted, namely Article 81 TFEU. Therefore, I agree with the proposal of the Commission and of the rapporteur. The proposal contains no substantive change to the Regulation, except changes of purely technical nature.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A fizetésképtelenségi eljárásról szóló, 2015. május 20-i (EU) 2015/848 rendelet 2015. június 26-án lépett hatályba. A rendelet 2017. június 26-tól alkalmazandó a nemzeti fizetésképtelenségi nyilvántartások összekapcsolására szolgáló rendszerről szóló rész kivételével, amely 2019. június 26-tól hatályos. A rendelet mellékletei tartalmazzák az alkalmazásához kapcsolódó fizetésképtelenségi eljárásokat (A. melléklet) és szakértőket (B. melléklet). 2015 decemberében Lengyelország tájékoztatta a Bizottságot, hogy a szerkezetátalakításról szóló nemzeti jog tekintetében jelentős reformot hajtott végre, amely 2016. január 1-jén hatályba lépett, és kérte a rendelet A. és B. mellékletében szereplő jegyzék megfelelő módosítását.

A Bizottság megvizsgálta, hogy Lengyelország kérelme megfelelt-e a rendelet előírásainak, és javaslatot nyújtott be az Európai Parlamentnek és a Tanácsnak, hogy az átdolgozott rendelet hatályát az alkalmazás megkezdéséig az aktuális lengyel jogi kerethez igazítsa. A javaslat technikai jellegű, nem tartalmaz érdemi módosítást. A javaslat célja és tartalma megfelelő, azonban még három technikai módosítás szükséges. Az első két módosítás az Egyesült Királyság és Írország álláspontját tükrözi az Egyesült Királyságnak és Írországnak a szabadságon, a biztonságon és a jog érvényesülésén alapuló térség tekintetében fennálló helyzetéről szóló 21. jegyzőkönyv szerinti bizottsági javaslattal kapcsolatosan. A harmadik módosítás célja, hogy a módosító rendelet alkalmazandóvá válásának időpontját összehangolja az (EU) 2015/848 rendelettel. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogatom a javaslat módosítását.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – L'onorevole Zwiefka con il suo lavoro di esame sugli allegati al regolamento sulle procedure di insolvenza permette di introdurre alcune modifiche tecniche che rendono ora più efficace l'attuazione del provvedimento.

Come per altri testi elaborati presso la commissione giuridica, si tratta di provvedimenti che possono essere di grande utilità nel far procedere l'integrazione europea e nel semplificare le possibilità economiche e commerciali di cittadini, imprese e consumatori.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che sostituisce gli elenchi delle procedure di insolvenza e degli amministratori delle procedure di insolvenza negli allegati A e B del regolamento (UE) 2015/848 relativo alle procedure di insolvenza, vista la proposta della Commissione e il parere positivo del relatore e delle commissioni parlamentari competenti nel merito.

Si tratta di un voto di natura tecnica, volto a modificare la legislazione europea sulle procedure d'insolvenza a seguito delle modifiche alla normativa fallimentare in Polonia. In particolare, verranno modificati i due allegati al regolamento che contengono la lista di tutte le differenti procedure d'insolvenza dei vari Stati membri che rientrano nell'ambito d'applicazione della normativa UE.

Il voto di oggi assicurerà una perfetta sincronia tra la normativa europea e quella nazionale fin dall'entrata in vigore della nuova legislazione polacca, aspetto fondamentale per il funzionamento del mercato unico.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Mit dem Vorschlag der Kommission werden lediglich technische Details ergänzt.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I have voted against this report because it is not for the EU to tell the UK or any other Member State what the criteria would be for insolvency procedures and practitioners.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. The Commission proposal is of a purely technical nature and contains no substantive change to the concerned Regulation.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – En diciembre de 2015, Polonia notificó a la Comisión una reforma sustancial de su legislación nacional sobre reestructuración, que entraría en vigor el 1 de enero de 2016 y solicitó una modificación de las listas que figuran en los anexos A y B del Reglamento. Según el artículo 1, apartado 1, el punto 4 del artículo 2 y el considerando 9 del Reglamento, los procedimientos nacionales sólo pueden considerarse «procedimientos de insolvencia» en el contexto del Reglamento si figuran en el anexo A del mismo. Los anexos del Reglamento sólo pueden modificarse mediante un reglamento que se adopte de conformidad con el procedimiento legislativo ordinario del fundamento jurídico en el que se adoptó el Reglamento inicial.

La Comisión examinó si la solicitud de Polonia cumplía los requisitos del Reglamento y presentaba una propuesta al Parlamento Europeo y al Consejo con el fin de garantizar que el ámbito de aplicación del Reglamento refundido se adaptara al marco jurídico vigente de la legislación polaca sobre insolvencia en el momento de su aplicación. En este contexto, la propuesta de la Comisión es puramente técnica. No contiene ninguna modificación sustantiva del Reglamento. Por este motivo, he votado a favor de este Informe.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report. In December 2015, Poland notified the Commission about a substantial reform of its domestic law on restructuring, which would take effect as of 1 January 2016. This involved a request for a modification of the lists set out in Annexes A and B to the Regulation as – according to Article 1(1), to point (4) of Article 2 and to recital (9) – national proceedings qualify as 'insolvency proceedings' in the context of the Regulation only if they are listed in Annex A thereto.

The Annexes to the Regulation can be amended only by a regulation to be adopted following the ordinary legislative procedure under the legal base on which the original regulation was adopted. The Commission examined whether the request from Poland complied with the requirements of the Regulation and submitted a proposal to the European Parliament and to the Council with a view to ensuring that the scope of the recast regulation will be adjusted to the actual legal framework of the Polish insolvency legislation by the time of its application.

The Commission proposal is of a purely technical nature and contains no substantive change to the Regulation.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Τον Δεκέμβριο του 2015, η Πολωνία κοινοποίησε στην Επιτροπή ουσιαστική μεταρρύθμιση της εθνικής νομοθεσίας της αναφορικά με την αναδιάρθρωση και ζήτησε την τροποποίηση των καταλόγων που περιέχονται στα παραρτήματα Α και Β του κανονισμού. Στη βάση αυτού του αιτήματος, η Επιτροπή υπέβαλε τη σχετική πρόταση προς το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και το Συμβούλιο, ως εκ τούτου το ζήτημα είναι καθαρά τεχνικού χαρακτήρα αφού δεν περιέχεται καμία ουσιαστική τροποποίηση επί της ουσίας του κανονισμού, γι' αυτό και υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – This Regulation lists the designations given in the national law of the Member States to the insolvency proceedings and insolvency practitioners to which that Regulation applies. I supported this motion, in particular the amendment that stipulates Ireland will not participate in the adoption of this Regulation and will not be bound by it or be subject to its application (the possibility for Ireland to accept this new regulation will always be open after its adoption pursuant to the above-mentioned Protocol).

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A fizetésképtelenségi eljárásról szóló, 2015. május 20-i (EU) 2015/848 rendelet 2015. június 26-án lépett hatályba. A rendelet 2017. június 26-tól alkalmazandó a nemzeti fizetésképtelenségi nyilvántartások összekapcsolására szolgáló rendszerről szóló rész kivételével, amely 2019. június 26-tól hatályos. A rendelet mellékletei tartalmazzák az alkalmazásához kapcsolódó fizetésképtelenségi eljárásokat (A. melléklet) és szakértőket (B. melléklet). 2015 decemberében Lengyelország tájékoztatta a Bizottságot, hogy a szerkezetátalakításról szóló nemzeti jog tekintetében jelentős reformot hajtott végre, amely 2016. január 1-jén hatályba lépett, és kérte a rendelet A. és B. mellékletében szereplő jegyzék megfelelő módosítását.

A Bizottság megvizsgálta, hogy Lengyelország kérelme megfelelt-e a rendelet előírásainak, és javaslatot nyújtott be az Európai Parlamentnek és a Tanácsnak, hogy az átdolgozott rendelet hatályát az alkalmazás megkezdéséig az aktuális lengyel jogi kerethez igazítsa. A javaslat technikai jellegű, nem tartalmaz érdemi módosítást. A javaslat célja és tartalma megfelelő, azonban még három technikai módosítás szükséges. Az első két módosítás az Egyesült Királyság és Írország álláspontját tükrözi az Egyesült Királyságnak és Írországnak a szabadságon, a biztonságon és a jog érvényesülésén alapuló térség tekintetében fennálló helyzetéről szóló 21. jegyzőkönyv szerinti bizottsági javaslattal kapcsolatosan. A harmadik módosítás célja, hogy a módosító rendelet alkalmazandóvá válásának időpontját összehangolja az (EU) 2015/848 rendelettel. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogatom a javaslat módosítását.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o Prijedlogu uredbe Parlamenta i Vijeća o zamjeni popisa postupaka u slučaju nesolventnosti i upravitelja u slučaju nesolventnosti u prilozima A i B Uredbi (EU) 2015/848 o postupku u slučaju nesolventnosti zbog toga što je potrebno ažurirati postojeće priloge Uredbe nesolventnosti radi reforme nesolventnosti u Poljskoj.

S obzirom na to da izvorna Uredba ne predviđa proceduru komitologije, izmjene se Uredbe mogu odraditi samo kroz novu Uredbu unutar redovnog zakonodavnog postupka, a ne kroz delegirane i provedbene akte te stoga podržavam ovo Izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La proposition de la Commission s'avère bien trop technique pour espérer modifier en profondeur le règlement en faveur de la réforme voulue par la Pologne. J'ai décidé de m'abstenir.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Tadeusz Zwiefka relatif aux procédures d'insolvabilité. Ce texte de nature purement technique permet de modifier les dispositions relatives aux procédures d'insolvabilité, qui font l'objet d'une harmonisation au niveau européen. Ce système permet de coordonner les avoirs d'un débiteur insolvable situé dans n'importe quel pays de l'Union. Les modifications portent notamment sur la participation du Royaume-Uni et le rejet de l'Irlande de participer à cette uniformisation procédurale. Je soutiens ce rapport qui favorise la coopération bancaire et fiscale entre les États membres.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe dem vorliegenden Bericht zugestimmt. Mit diesem Bericht wird über den Standpunkt des Europäischen Parlaments in der ersten Lesung für eine rein technische Änderung der Anhänge A und B der Verordnung 2015/848 abgestimmt, da Polen eine grundlegende Reform seines nationalen Umstrukturierungsgesetzes vornehmen wird.

Die Anhänge können jedoch nur im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren geändert werden. Aus diesem Grund bezieht das Europäische Parlament zu diesem Thema seine Position und ändert den Kommissionsvorschlag nur geringfügig.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. The Commission proposal is of a purely technical nature and contains no substantive change to the concerned Regulation.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Nowadays companies and individuals in the EU are increasingly establishing business activities in EU countries other than where their core activities are located. If they become insolvent, there may be direct implications on the proper functioning of the internal market. To avoid that the EU Commission has a proposal that sets common principles and more targeted rules for insolvency proceedings and insolvency practitioners. The proposal focuses on the key priorities of making sure that effective frameworks for preventive restructuring, insolvency second chance frameworks, as well as discharge procedure are available. In addition, it introduces measures to increase the efficiency – and in particular reduce the length – of all insolvency procedures. Therefore, I voted in favour.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La Polonia ha reso nota la riforma sostanziale del proprio diritto nazionale in materia di ristrutturazioni. Sulla base della sua dichiarazione, la Commissione ha esaminato la domanda analizzando se fosse conforme ai requisiti del regolamento presentando, al Parlamento europeo ed al Consiglio, una proposta volta a garantire che il campo di applicazione del regolamento di rifusione sarà adeguato al quadro giuridico attuale della normativa polacca in materia di insolvenza.

La proposta della Commissione risulta essere di natura puramente tecnica e non comporta alcuna modifica sostanziale del regolamento. Si ritiene che essa necessiti di tre emendamenti di natura tecnica, i cui primi due devono rispecchiare la posizione del Regno Unito e dell'Irlanda, in merito alla proposta che la Commissione ha effettuato in materia di spazio di libertà, sicurezza e giustizia; mentre il terzo emendamento si basa sulla data di entrata in vigore del regolamento che apporta la modifica a quella del regolamento 848/2015.

Ritengo che la proposta del relatore in prima lettura sia da sostenere e da analizzare nuovamente, qualora la Commissione decida di modificare o sostituire la proposta con un nuovo testo.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – En décembre 2015, la Pologne a notifié à la Commission une réforme substantielle de son droit interne en matière d'insolvabilité, demandant qu'en conséquence les annexes A et B, qui énumèrent les procédures et les praticiens de l'insolvabilité visés par le règlement, soient modifiées.

La Commission a évalué cette requête et a donc présenté cette proposition de règlement, de nature purement technique, que j'ai soutenue.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur les procédures d'insolvabilité et les praticiens de l'insolvabilité. Le règlement (UE) nº 2015/848 du Parlement européen et du Conseil du 20 mai 2015 relatif aux procédures d'insolvabilité est entré en vigueur le 26 juin 2015 et s'appliquera à partir du 26 juin 2017. La Pologne a réformé son droit interne en matière de restructuration et a demandé, à cette occasion, que le règlement soit modifié en conséquence. La Commission a présenté au Parlement européen et au Conseil une proposition dans le but de garantir que le champ d'application dudit règlement correspondra au cadre juridique réformé de la législation polonaise. La proposition de la Commission est de nature purement technique et ne prévoit aucune modification de fond du règlement.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta moción porque se trata de un texto técnico que se limita a extender la regulación existente en este ámbito a todos los Estados miembros.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Por el presente reglamento se añade al Reglamento (UE) 2015/848 del Parlamento Europeo y del Consejo sobre procedimientos de insolvencia una modificación de la enumeración de los procedimientos de insolvencia.

Esto es el resultado de una solicitud de Polonia después de haber realizado una reforma sustancial de su derecho nacional sobre las reestructuraciones. El problema era que solamente pueden ser calificados de procedimientos de insolvencia los procedimientos nacionales si éstos aparecen enumerados en el anexo A del citado reglamento.

Asimismo, se incluyen dos enmiendas en relación con la propuesta de la Comisión de conformidad con el Protocolo n.º 21 sobre la posición del Reino Unido e Irlanda respecto del espacio de libertad, seguridad y justicia y otra sobre la entrada en vigor del reglamento modificativo.

Doy mi voto favorable porque se trata de modificaciones puramente técnicas que aportan mayor claridad.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Zdržel jsem se. Jde o technickou změnu pravidel, kterou nepovažuji za změnu k horšímu ani k lepšímu. Změna se provádí na žádost Polska, aby směrnice EU nebyla v rozporu s polskými pravidly pro insolvenční řízení.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Uredba (EU) 2015/848 Europskog parlamenta i Vijeća od 20. svibnja 2015. o postupku u slučaju nesolventnosti stupila je na snagu 26. lipnja 2015., a početak će se primjenjivati 26. lipnja 2017., osim dijela koji se odnosi na sustav međusobne povezanosti nacionalnih registara nesolventnosti koji će se početi primjenjivati 26. lipnja 2019.

U prosincu 2015. Poljska je obavijestila Komisiju o korjenitoj reformi svojeg nacionalnog prava o restrukturiranju, sa stupanjem na snagu od 1. siječnja 2016., i u skladu s tim zatražila izmjenu popisa iz priloga A i B Uredbi. Prilozi Uredbi mogu se izmijeniti samo Uredbom koja se donosi u okviru redovnog zakonodavnog postupka na temelju pravne osnove koja se primjenjuje na prvotnu Uredbu, odnosno na temelju članka 81. UFEU-a.

Komisija je podnijela zahtjev kako bi osigurala da se prije stupanja na snagu preinačene Uredbe njezino područje primjene prilagodi postojećem pravnom okviru poljskog zakonodavstva u području nesolventnosti. Izvješće se slaže sa svrhom ovog prijedloga i s njegovim sadržajem u općem smislu, a prijedlog Komisije je tehničke naravi i ne sadrži bitnu izmjenu Uredbe. Stoga sam podržala ovu preporuku.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. — Two amendments reflect the position of the United Kingdom and of Ireland respectively with regard to the Commission proposal. The third amendment aligns the entry into application of the amending regulation: thus, the amending regulation will enter into force on 26 June 2017.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – V máji 2015 bolo schválené nariadenie EP a Rady EÚ o insolvenčnom konaní. V záujme fungovania vnútorného trhu stanovuje postupy a podmienky cezhraničných insolventných konaní v prípade platobnej neschopnosti dlžníkov. Nariadenie obsahuje prílohu A, ktorou je zoznam insolvenčných konaní, na ktoré sa toto nariadenie vzťahuje, a prílohu B, ktorou je zoznam správcov konaní. Prílohy je možné meniť len riadnym legislatívnym postupom. Zmeneným nariadením, ktoré som podporil, sa reaguje na požiadavky Spojeného kráľovstva a Írska tak, že Spojené kráľovstvo sa zúčastní na uplatňovaní tohto nariadenia. Zároveň sa rešpektuje oznámenie Írska o jeho neuplatňovaní.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την αντικατάσταση των καταλόγων των διαδικασιών αφερεγγυότητας και των διαχειριστών της διαδικασίας αφερεγγυότητας των παραρτημάτων Α και Β του κανονισμού (ΕΕ) 2015/848 περί των διαδικασιών αφερεγγυότητας, διότι δεν πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte.

La proposition de la Commission est de nature purement technique et ne prévoit aucune modification de fond du règlement. Elle ne fait que garantir que le champ d'application dudit règlement corresponde au cadre juridique réformé de la législation polonaise.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – In seguito ad una riforma del diritto nazionale polacco nell'ambito delle ristrutturazioni, la Polonia ha chiesto alla Commissione una modifica agli allegati A e B del regolamento (UE) 2015/848 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 20 maggio 2015, relativo alle procedure di insolvenza.

Poiché la Commissione ha verificato la conformità della richiesta proveniente dalla Polonia, che peraltro non implica alcuna modifica sostanziale del regolamento, ho votato a favore di questa relazione.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Da es sich bei diesem Bericht nur um eine rein technische Änderung handelt, das Europäische Parlament nur dazu Stellung bezieht und den Kommissionsvorschlag nur geringfügig ändert, habe ich für diesen Bericht gestimmt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le règlement (UE) nº 2015/848 relatif aux procédures d'insolvabilité est entré en vigueur le 26 juin 2015. En décembre 2015, la Pologne a notifié à la Commission une réforme substantielle de son droit interne en matière de restructuration, prenant effet le 1er janvier 2016, et a demandé que les listes figurant aux annexes A et B du règlement soient modifiées en conséquence. En effet, ces annexes énumèrent les procédures d'insolvabilité ainsi que les organismes gérant l'insolvabilité. La proposition qui nous est soumise vise à garantir que le champ d'application du règlement refondu correspondra au cadre juridique effectif de la législation polonaise sur l'insolvabilité. Cette proposition est de nature purement technique, ne concerne que la Pologne et ne comporte aucune modification substantielle du règlement. Encore un vote inutile. Je vote pour ce texte

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à adapter, suite à une modification de la législation polonaise, le règlement (UE) nº 2015/848 du Parlement européen et du Conseil du 20 mai 2015 concernant les procédures d'insolvabilité, entré en vigueur en juin 2015 et qui s'appliquera en juin 2017.

Cette adaptation ne change rien sur le fond du règlement, c'est pourquoi je me suis abstenue.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Suite à la demande de la Pologne de modifier les listes figurants dans l'annexe A et B du règlement (UE) 2015/848 relatif aux procédures d'insolvabilité entré en vigueur le 26 juin 2015, mon vote a été en faveur de la proposition relative au remplacement de ces listes. Il s'agit là d'assurer que le champ d'application du règlement reflète le cadre juridique existant dans chaque État membre en matière d'insolvabilité.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the regulation, which includes as Annexes lists of insolvency proceedings and insolvency practitioners relevant to its application. In December 2015, Poland notified the Commission on a substantial reform of its domestic law on restructuring, which would take effect as of 1 January 2016, and requested a modification of the lists set out in Annexes A and B to the Regulation accordingly. According to Article 1(1), to point (4) of Article 2 and to recital (9) of the Regulation, national proceedings qualify as 'insolvency proceedings' in the context of the Regulation only if they are listed in Annex A thereto.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A fizetésképtelenségi eljárásról szóló 2015/848 európai parlamenti és tanácsi rendelet 2015. június 26-án lépett hatályba. A rendelet mellékletei tartalmazzák a rendelet alkalmazásához kapcsolódó fizetésképtelenségi eljárásokat és fizetésképtelenségi szakértőket.

2015 decemberében Lengyelország jelentősen átalakította a szerkezetátalakításról szóló jogszabályait és kérte a rendelet A. és B. mellékletében szereplő jegyzék megfelelő módosítását. A Bizottság megvizsgálta, hogy Lengyelország kérelme megfelelt-e a rendelet előírásainak, és javaslatot nyújtott be az Európai Parlamentnek és a Tanácsnak a két melléklet megfelelő módosítására.

A Jogi Bizottság jelentésében megállapítja, hogy a Bizottság javaslata merőben technikai jellegű, nem tartalmaz a rendeletre vonatkozó érdemi módosítást, ezért azt indítványozza, hogy azt a Parlament első olvasatban három módosítással fogadja el. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le règlement (UE) nº 2015/848 du Parlement européen et du Conseil du 20 mai 2015 relatif aux procédures d'insolvabilité est entré en vigueur le 26 juin 2015 et s'appliquera à partir du 26 juin 2017. La Pologne a réformé son droit interne en matière de restructuration et a demandé, à cette occasion, que le règlement soit modifié en conséquence. La Commission a présenté au Parlement européen et au Conseil une proposition dans le but de garantir que le champ d'application dudit règlement corresponde au cadre juridique réformé de la législation polonaise. La proposition de la Commission est de nature purement technique et ne prévoit aucune modification de fond du règlement. Abstention.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le règlement UE nº 2015/848 du Parlement européen et du Conseil du 20 mai 2015 relatif aux procédures d'insolvabilité est entré en vigueur le 26 juin 2015 et s'appliquera à partir du 26 juin 2017.

La Pologne a réformé son droit interne en matière de restructuration et a, à cette occasion, demandé que le règlement soit modifié en conséquence. La Commission a présenté au Parlement européen et au Conseil une proposition dans le but de garantir que le champ d'application dudit règlement correspondra au cadre juridique réformé de la législation polonaise.

La proposition de la Commission est de nature purement technique et ne prévoit aucune modification de fond du règlement. Je m'abstiens donc.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I supported this report with a view to ensuring that the scope of the recast regulation will be adjusted to the current legal framework of the Polish insolvency legislation by the time of its application.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil remplaçant les listes des procédures d'insolvabilité et des praticiens de l'insolvabilité. Le texte, purement technique, tient compte de la réforme récemment adoptée en Pologne sur l'insolvabilité et modifie la loi européenne en conséquence.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Across the EU companies and individuals are increasingly establishing business or economic interests in EU countries other than where they conduct their core activities. In case they become insolvent, there may be direct implications for the good functioning of the internal market. I have voted for this report that will replace the list of insolvency proceeding and insolvency practitioners.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da mit diesem Bericht der Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung für eine rein technische Änderung dargelegt wird.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Tegemist on määruse muudatusega, mis tuleneb Poola muudetud maksejõuetusalase õigusraamistiku kohaldamisest.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ο κανονισμός 2015/848 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου, της 20ής Μαΐου 2015, περί των διαδικασιών αφερεγγυότητας άρχισε να ισχύει στις 26 Ιουνίου 2015. Τον Δεκέμβριο του 2015, η Πολωνία ενημέρωσε την Επιτροπή για μια ουσιαστική μεταρρύθμιση του εσωτερικού της δικαίου σχετικά με την αναδιάρθρωση, η οποία τέθηκε σε ισχύ από την 1η Ιανουαρίου 2016, και ζήτησε την τροποποίηση των καταλόγων που περιλαμβάνονται στα παραρτήματα Α και Β του κανονισμού ανάλογα. Η Επιτροπή εξέτασε κατά πόσον η αίτηση από την Πολωνία συμμορφώθηκε με τις απαιτήσεις του κανονισμού και υπέβαλε πρόταση προς το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και το Συμβούλιο, προκειμένου να εξασφαλίσει ότι το πεδίο εφαρμογής του κανονισμού θα προσαρμοστεί στο σημερινό νομικό πλαίσιο της πολωνικής νομοθεσίας περί αφερεγγυότητας από τη στιγμή της εφαρμογής του. Για την αποτελεσματική διαχείριση των διασυνοριακών διαδικασιών αφερεγγυότητας των οφειλετών που έχουν το κέντρο των κύριων συμφερόντων τους σε κράτος μέλος, το πεδίο εφαρμογής του αναδιατυπωμένου κανονισμού πρέπει να αντικατοπτρίζει την πραγματική κατάσταση των εθνικών νομοθεσιών περί αφερεγγυότητας. Η παρούσα πρόταση αποσκοπεί στο να εξασφαλίσει ότι το πεδίο εφαρμογής του αναδιατυπωμένου κανονισμού προσαρμόζεται στο νομικό πλαίσιο των κρατών μελών περί αφερεγγυότητας, το οποίο ισχύει κατά τον χρόνο της εφαρμογής του κανονισμού.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta del collega sulla sostituzione degli elenchi delle procedure di insolvenza e degli amministratori delle procedure di insolvenza (allegati A e B al regolamento UE 2015/848) e agli emendamenti di natura tecnica che tale sostituzione implicava poiché prendo atto della modifica del diritto in materia di ristrutturazioni che ha interessato la Polonia nel 2015 e comprendo la necessità per lo Stato polacco di vedere inserite le proprie procedure nazionali all'interno dell'elenco delle «procedure di insolvenza», previste dal regolamento su citato.

Sulla base della normativa vigente la modifica degli allegati al regolamento deve essere effettuata mediante l'adozione di un regolamento da adottarsi secondo la procedura ordinaria; in questo caso non si tratta di modificare il contenuto previgente del regolamento ma solo di apportare delle integrazioni in seguito al sopravvenuto mutamento della legislazione polacca; ciò comporta variazioni di natura tecnica e non sostanziale che ritengo opportuno ratificare

Pertanto, ho espresso voto positivo

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam rezoluciju o Prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o zamjeni popisa postupaka u slučaju nesolventnosti i upravitelja u slučaju nesolventnosti u prilozima A i B Uredbi (EU) 2015/848 o postupku u slučaju nesolventnosti kojom se usvaja stajalište Komisije u prvom čitanju. Radi se o pravnim i tehničkim izmjenama Uredbe o postupku u slučaju nesolventnosti koja je stupila na snagu 26. lipnja 2015. te se počinje primjenjivati 26. lipnja 2017. osim u onom dijelu koji se odnosi na sustav međusobne povezanosti nacionalnih registara nesolventnosti, a koji će se početi primjenjivati 26. lipnja 2019.

S obzirom na zahtjev Poljske koja reformira svoje nacionalno pravo o restrukturiranju, a koji je u skladu s europskom pravnom stečevinom i vezan uz primjenu priloga A i B Uredbe 2015/848, izmjenu europskog zakonodavstva može se provesti uredbom na temelju pravne osnove koja se primjenjuje na prvotnu Uredbu, a koja se donosi u okviru redovnog zakonodavnog postupka.

Dvije tehničke izmjene uvažavaju stajalište Ujedinjene Kraljevine i Irske u pogledu prijedloga Komisije usklađenim s Protokolom o stajalištu Ujedinjene Kraljevine i Irske s obzirom na područje slobode, sigurnosti i pravde. Treća izmjena odnosi se na usklađivanje početka primjene predmetne uredbe o izmjeni osnovnog akta, tj. Uredbe (EU) 2015/848.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Uredba (EU) 2015/848 Europskog parlamenta i Vijeća, u čijim se prilozima nalaze popisi postupaka u slučaju nesolventnosti i upravitelja u slučaju nesolventnosti relevantni za njezinu primjenu, stupila je na snagu 26. lipnja 2015. te će se početi primjenjivati 26. lipnja 2017., osim dijela koji se odnosi na sustav međusobne povezanosti nacionalnih registara nesolventnosti, a koji će se početi primjenjivati 26. lipnja 2019. Za učinkovito rješavanje prekograničnih postupaka u slučaju nesolventnosti dužnika, čije je središte glavnih interesa u nekoj državi članici, područje primjene preinačene Uredbe mora odražavati stvarno stanje nacionalnih zakona o nesolventnosti.

Ovim se prijedlogom nastoji osigurati da se područje primjene preinačene Uredbe prilagodi stvarnom pravnom okviru država članica za nesolventnost do početka njegove primjene. U prosincu 2015. Poljska je obavijestila Komisiju o korjenitoj reformi svojeg nacionalnog prava o restrukturiranju i zatražila izmjenu popisa iz priloga A i B Uredbi te je Komisija ispitala usklađenost zahtjeva s uvjetima iz ove Uredbe. Europskom parlamentu i Vijeću podneseni su zahtjevi kako bi se osiguralo prilagodbu postojećem pravnom okviru poljskog zakonodavstva prije stupanja na snagu preinačene uredbe .

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório pretende introduzir pequenas alterações de cariz técnico no Regulamento (UE) 2015/848, relativo aos processos de insolvência.

As alterações pretendem ter em conta uma reforma que foi feita pela Polónia em matéria de restruturação, tendo este país solicitado a alteração em conformidade das listas contidas nos anexos A e B do presente regulamento.

Os anexos do regulamento só podem ser alterados por um regulamento adotado de acordo com o processo legislativo ordinário. Como tal a Comissão apresentou uma proposta ao Parlamento Europeu com vista a assegurar o âmbito de aplicação do regulamento reformulado, atendendo, como tal, ao quadro jurídico da legislação polaca em matéria de insolvência no momento da sua aplicação.

A proposta que vem da Comissão e as três alterações apresentadas apresentam uma natureza simplesmente técnica, não alterando de forma substancial o Regulamento.

Sobre o conteúdo do regulamento, expressámos em devido tempo as nossas preocupações relativas a elementos negativos, como a questão relacionada com os créditos dos trabalhadores, por não lhes serem reconhecidos privilégios creditórios.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W grudniu 2015 r. Polska zgłosiła Komisji gruntowną reformę krajowych przepisów prawnych dotyczących restrukturyzacji ze skutkiem od dnia 1 stycznia 2016 r. oraz wystąpiła o zmiany w wykazach zawartych w załącznikach A i B do rozporządzenia. Komisja zbadała, czy wniosek Polski jest zgodny z wymogami rozporządzenia i przedstawiła odpowiedni wniosek Parlamentowi Europejskiemu i Radzie. Załączniki do rozporządzenia mogą zostać zmienione jedynie poprzez rozporządzenie, które musi zostać przyjęte w ramach zwykłej procedury ustawodawczej, zgodnie z podstawą prawną zastosowaną do pierwotnego rozporządzenia (art. 81 TFUE). Wniosek ma na celu zapewnienie, że zakres przekształconego rozporządzenia jest dostosowany do rzeczywistych ram prawnych.

Dla Polski jest rzeczą ważną, aby podjęto pilne działania odnoszące się do tej kwestii, ponieważ oczywistym jest, że brak szybkiego włączenia nowych rodzajów postępowania w załącznikach do rozporządzenia upadłościowego nr 1346/2000 może mieć daleko idące negatywne skutki finansowe dla wierzycieli transgranicznych i dłużników w ramach polskich postępowań restrukturyzacyjnych i upadłościowych. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le règlement relatif aux procédures d'insolvabilité a été refondu et entrera en vigueur en 2017. Dans le même temps, la Pologne a modifié certaines dispositions au sein de sa législation en la matière. Elle a, par la suite, demandé à la Commission que le règlement sur les procédures d'insolvabilité et les praticiens de l'insolvabilité soit modifié. J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte donc sur la proposition de règlement de la Commission en ce sens.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP have voted against this because it is not for the EU to tell the UK or any other Member State what the criteria would be for insolvency procedures and practitioners.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A proposta da Comissão é puramente técnica. Não contém alteração substancial do regulamento.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe por el que se modifica el Reglamento de procedimientos de insolvencia y administradores concursales. Este Reglamento incluye en sus anexos procedimientos que son importantes y necesarios para poder aplicar la norma correctamente.

La modificación viene dada por la reforma de la ley concursal de Polonia, y la petición de dicho país de modificar las listas fijadas en los Anexos, en los cuales se estipula que los procedimientos nacionales sólo podrían ser considerados «procedimientos de insolvencia» si se encuentran en el listado del Anexo A, y sólo es posible modificar dichos Anexos mediante el procedimiento legislativo ordinario.

La Comisión examinó si la petición de Polonia cumplía los requisitos reglamentarios, con lo que remitió una propuesta de naturaleza técnica al Consejo y al Parlamento, sin cambios sustantivos en el Reglamento.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution législative du Parlement européen du 14 décembre 2016 qui vient remplacer les listes des procédures d'insolvabilité et des praticiens de l'insolvabilité figurant aux annexes A et B du règlement (UE) nº 2015/848 relatif aux procédures d'insolvabilité. Les annexes A et B du règlement (UE) nº 2015/848 du Parlement européen et du Conseil viennent énumérer les dénominations données, dans le droit national des États membres, aux procédures d'insolvabilité et aux praticiens de l'insolvabilité auxquels ledit règlement s'applique.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pritariau kolegos T. Zwiefkos pranešimui. Tai buvo nekontroversiškas pranešimas apie techninio pobūdžio pakeitimus.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei a favor desta proposta, que tem um conteúdo meramente técnico, na medida em que pretende adaptar a reforma da legislação nacional levada a cabo na Polónia ao quadro regulamentar que respeita aos processos de insolvência.

Em termos legais, o processo de alteração legislativa na Polónia só é qualificado como «processo de insolvência» se for enquadrado no respetivo anexo A do regulamento em apreço, e os respetivos anexos só podem ser alterados por um regulamento, conforme o processo legislativo ordinário e a base jurídica mediante a qual o regulamento inicial foi aprovado.

Atenta essa circunstância, foi analisado o pedido da Polónia à luz dos requisitos legais e regulamentares, com o objetivo de garantir que o âmbito de aplicação do regulamento reformulado seja adaptado ao quadro jurídico da legislação polaca em matéria de insolvência, não havendo qualquer alteração substancial ao regulamento.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque se trata de una transposición técnica de una modificación en el anexo de la regulación concernida. Una modificación legislativa en la ley de insolvencia polaca implica el cambio de los citados anexos y con dicho cambio debe ser especificada la extensión de las excepciones que el Reino Unido e Irlanda tienen con respecto a dicho reglamento. Debido al carácter estrictamente técnico del contenido de este informe he decidido votar en su favor.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – UKIP have voted against this because it is not for the EU to tell the UK or any other Member State what the criteria would be for insolvency procedures and practitioners.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report. In December 2015, Poland notified the Commission about a substantial reform of its domestic law on restructuring, which would take effect as of 1 January 2016. This involved a request for a modification of the lists set out in Annexes A and B to the Regulation as – according to Article 1(1), to point (4) of Article 2 and to recital (9) – national proceedings qualify as 'insolvency proceedings' in the context of the Regulation only if they are listed in Annex A thereto.

The Annexes to the Regulation can be amended only by a regulation to be adopted following the ordinary legislative procedure under the legal base on which the original regulation was adopted. The Commission examined whether the request from Poland complied with the requirements of the Regulation and submitted a proposal to the European Parliament and to the Council with a view to ensuring that the scope of the recast regulation will be adjusted to the actual legal framework of the Polish insolvency legislation by the time of its application.

The Commission proposal is of a purely technical nature and contains no substantive change to the Regulation.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za toto uznesenie. Vzhľadom na zásadnú reformu vnútroštátneho práva týkajúceho sa reštrukturalizácií v Poľsku, ktorá nadobudla účinnosť 1. januára 2016, bola Komisia požiadaná, aby boli zodpovedajúcim spôsobom zmenené aj zoznamy insolvenčných konaní a správcov, ktoré sú relevantné z hľadiska uplatňovania nariadenia Európskeho parlamentu a Rady (EÚ) 2015/848 z 20. mája 2015 o insolvenčnom konaní.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Prepracovanie nariadenia o insolvenčnom konaní si vyžiadali zásadné reformy práva o reštrukturalizácii, ktoré prebehli nedávno v Poľsku. Technické úpravy, o ktoré bola Komisia požiadaná, som podporila, pretože nezahŕňajú žiadne podstatné zmeny samotného nariadenia. Čo sa týka vykonaných zmien, majú najmä technický charakter. Keďže v decembri 2015 vykonalo Poľsko zásadnú reformu svojho vnútroštátneho práva, požiadalo Komisiu, aby zodpovedajúcim spôsobom upravila zoznamy insolvenčných konaní a insolvenčných správcov. Zámerom bolo prispôsobiť prepracované znenie nariadenia platnému právnemu rámcu poľských predpisov upravujúcich insolventnosť. Popritom navrhol spravodajca tri neproblematické úpravy, ktoré jednak odrážajú pozíciu Spojeného kráľovstva a Írska, a zároveň zosúlaďujú dátum začatia uplatňovania nariadenia s ostatnými právnymi predpismi. Voči prijatiu tohto nariadenia nemám žiadne výhrady, keďže ide v zásade o technickú úpravu legislatívneho textu.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Zmeny v legislatíve o insolvenčných konaniach sme prijali na základe žiadosti Poľskej republiky, ktorá prijala zásadnú zmenu svojej legislatívy v tejto oblasti a Európsky parlament jej prispôsobil niektoré časti príslušného nariadenia.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Uredba Europskog parlamenta i Vijeća o postupku u slučaju nesolventnosti stupila je na snagu 26. 06. 2015. Uredba će se početi primjenjivati 26. 06. 2017. U prilozima toj Uredbi nalaze se popisi postupaka u slučaju nesolventnosti i upravitelja u slučaju nesolventnosti relevantni za njezinu primjenu.

U prosincu 2015. Poljska je obavijestila Komisiju o korjenitoj reformi svojeg nacionalnog prava o restrukturiranju i u skladu s tim zatražila izmjenu popisa iz priloga. Prilozi Uredbi mogu se izmijeniti samo uredbom koja se donosi u okviru redovnog zakonodavnog postupka. Komisija je ispitala je li zahtjev Poljske u skladu s uvjetima iz ove Uredbe te je Europskom parlamentu i Vijeću podnijela zahtjev kako bi osigurala da se prije stupanja na snagu preinačene uredbe njezino područje primjene prilagodi postojećem pravnom okviru poljskog zakonodavstva u području nesolventnosti.

Izvješće se slaže sa svrhom prijedloga i s njegovim sadržajem, no smatra se da je potrebno uvrstiti tri izmjene tehničke naravi. Prve dvije izmjene odražavaju stajalište Ujedinjene Kraljevine i Irske na području slobode, sigurnosti i pravde. Trećom izmjenom usklađuje se početak primjene ove uredbe o izmjeni s onim Uredbe. Podržavam ovo Izvješće budući da ne dolazi do bitne izmjene Uredbe.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o nadomestitvi seznamov postopkov v primeru insolventnosti in stečajnih upraviteljev v prilogah A in B k Uredbi o postopkih v primeru insolventnosti. Gre za samo tehnično in ne vsebinsko spremembo uredbe, potem, ko je Poljska konec leta 2015 obvestila Evropsko komisijo, da bo s 1. januarjem 2016 začela veljati reforma notranje zakonodaje o prestrukturiranju. Ravno zaradi teh sprememb zakonodaje, potrebujemo spremembe obeh prilog k Uredbi.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ο κανονισμός (ΕΕ) 2015/848 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου περί των διαδικασιών αφερεγγυότητας τέθηκε σε ισχύ στις 26 Ιουνίου 2015 και θα αρχίσει να εφαρμόζεται από τις 26 Ιουνίου 2017. Ο εν λόγω κανονισμός περιλαμβάνει ως παραρτήματα καταλόγους των διαδικασιών αφερεγγυότητας και των διαχειριστών της διαδικασίας αφερεγγυότητας που αφορούν στην εφαρμογή του. Τον Δεκέμβριο του 2015, η Πολωνία κοινοποίησε στην Επιτροπή ουσιαστική μεταρρύθμιση της εθνικής νομοθεσίας της αναφορικά με την αναδιάρθρωση και ζήτησε την τροποποίηση των καταλόγων που περιέχονται στα παραρτήματα Α και Β του κανονισμού. Στη βάση αυτού του αιτήματος, η Επιτροπή υπέβαλε τη σχετική πρόταση προς το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και το Συμβούλιο, ως εκ τούτου το ζήτημα είναι καθαρά τεχνικού χαρακτήρα αφού δεν περιέχεται καμία ουσιαστική τροποποίηση επί της ουσίας του κανονισμού, γι' αυτό και υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η Επιτροπή εξέτασε το κατά πόσον το αίτημα της Πολωνίας ήταν συμβατό με τις απαιτήσεις του κανονισμού και υπέβαλε πρόταση στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και στο Συμβούλιο, με σκοπό να διασφαλίσει ότι το πεδίο εφαρμογής του αναδιατυπωμένου κανονισμού θα έχει προσαρμοστεί στο πραγματικό νομικό πλαίσιο της πολωνικής νομοθεσίας περί αφερεγγυότητας μέχρι την έναρξη της ισχύος του. Σε αυτό το πλαίσιο, η πρόταση της Επιτροπής έχει αμιγώς τεχνικό χαρακτήρα. Δεν περιέχει καμία τροποποίηση επί της ουσίας του κανονισμού.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A fizetésképtelenségi eljárásról szóló, 2015. május 20-i (EU) 2015/848 rendelet 2015. június 26-án lépett hatályba. A rendelet 2017. június 26-tól alkalmazandó a nemzeti fizetésképtelenségi nyilvántartások összekapcsolására szolgáló rendszerről szóló rész kivételével, amely 2019. június 26-tól hatályos. A rendelet mellékletei tartalmazzák az alkalmazásához kapcsolódó fizetésképtelenségi eljárásokat (A. melléklet) és szakértőket (B. melléklet). 2015 decemberében Lengyelország tájékoztatta a Bizottságot, hogy a szerkezetátalakításról szóló nemzeti jog tekintetében jelentős reformot hajtott végre, amely 2016. január 1-jén hatályba lépett, és kérte a rendelet A. és B. mellékletében szereplő jegyzék megfelelő módosítását.

A Bizottság megvizsgálta, hogy Lengyelország kérelme megfelelt-e a rendelet előírásainak, és javaslatot nyújtott be az Európai Parlamentnek és a Tanácsnak, hogy az átdolgozott rendelet hatályát az alkalmazás megkezdéséig az aktuális lengyel jogi kerethez igazítsa. A javaslat technikai jellegű, nem tartalmaz érdemi módosítást. A javaslat célja és tartalma megfelelő, azonban még három technikai módosítás szükséges. Az első két módosítás az Egyesült Királyság és Írország álláspontját tükrözi az Egyesült Királyságnak és Írországnak a szabadságon, a biztonságon és a jog érvényesülésén alapuló térség tekintetében fennálló helyzetéről szóló 21. jegyzőkönyv szerinti bizottsági javaslattal kapcsolatosan. A harmadik módosítás célja, hogy a módosító rendelet alkalmazandóvá válásának időpontját összehangolja az (EU) 2015/848 rendelettel. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogatom a javaslat módosítását.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, amely elfogadja a fizetésképtelenségi eljárásról szóló rendelet módosítását. A Lengyelország által a szerkezetátalakításról szóló nemzeti jog jelentős megreformálása miatt beadott módosítási kérelmet megvizsgálva a Bizottság megerősítette, hogy az merőben technikai jellegű, és nem tartalmaz a rendeletre vonatkozó érdemi változtatást. Ezen túl a jelentés kiegészíti a javaslatot két, ugyancsak technikai jellegű módosítással, amelyek szintén nem akadályozzák a rendelet teljes körű és rendeltetésszerű alkalmazását, így azok mind támogathatóak.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – In December 2015, Poland notified the European Commission on a substantial reform of its domestic law on restructuring, which was to take effect as of 1 January 2016, and requested a modification of the lists set out in the Annex lists of insolvency proceedings and insolvency practitioners. The Annexes to the Regulation can be amended only by a regulation to be adopted following the ordinary legislative procedure. After examining the request from Poland, the Commission submitted a proposal to the European Parliament and to the Council to ensure that the scope of the recast regulation will be adjusted to the actual legal framework of the Polish insolvency legislation by the time of its application. I support this report, as the Commission's proposal was of a purely technical nature.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je suis favorable à l'objectif de la proposition et à son contenu en termes généraux. J'ai également voté en faveur des amendements de nature technique.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – In 2015, Poland passed a new insolvency law to make existing legal instruments more effective and to help business entities survive financial stress or distress. As a result, the current Annexes to the EU Insolvency Regulation require an update to harmonise with the new reform of Polish domestic law. I voted in favour of the Regulation under the ordinary legislative procedure, which will facilitate legislation that will be business-friendly and encourage growth for business entities conducting business in Poland.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Tadeusz Zwiefka, A8-0324/2016

Podržavam Prijedlog rezolucije o zamjeni popisa postupaka u slučaju nesolventnosti i upravitelja u slučaju nesolventnosti u prilozima A i B Uredbi (EU) 2015/848 o postupku u slučaju nesolventnosti s obzirom na to da se radi o tehničkoj izmjeni kojom se pridonosi pravnoj sigurnosti, a ne bitnom mijenjanju Uredbe (EU) 2015/848 Europskog parlamenta i Vijeća.

Navedeni prijedlog racionalizira objektivni pripremni vremenski period stupanja na snagu, omogućava državama članicama usklađivanje i pruža otvorenu mogućnost prihvaćanja nove uredbe

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – U prosincu 2015. Poljska je obavijestila Komisiju o korjenitoj reformi svojeg nacionalnog prava o restrukturiranju i u skladu s tim zatražila izmjenu popisa iz priloga A i B Uredbi. Komisija je ispitala je li zahtjev Poljske u skladu s uvjetima iz ove Uredbe te je Europskom parlamentu i Vijeću podnijela zahtjev kako bi osigurala da se prije stupanja na snagu preinačene uredbe njezino područje primjene prilagodi postojećem pravnom okviru poljskog zakonodavstva u području nesolventnosti.

Slažem se sa svrhom ovoga prijedloga i s njegovim sadržajem u općem smislu. Međutim, kao i izvjestitelj, smatram da je potrebno uvrstiti tri izmjene tehničke naravi. Prve dvije odražavaju stajalište Ujedinjene Kraljevine i Irske u pogledu prijedloga Komisije o stajalištu tih država s obzirom na područje slobode, sigurnosti i pravde. Trećom izmjenom usklađuje se početak primjene ove uredbe o izmjeni s onim Uredbe (EU) 2015/848.

Za Poljsku je veoma važno da po pitanju ovoga poduzme hitne mjere, jer je očigledno da izostanak brzog uključivanja novih vrsta postupaka u aneksima može imati dalekosežne štetne financijske posljedice za prekogranične vjerovnike i dužnike u okviru poljskih restrukturiranja i stečajnih postupaka. U skladu s time, podržala sam ovo izvješće te sam glasovala pozitivno.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o nadomestitvi seznamov postopkov v primeru insolventnosti in stečajnih upraviteljev v prilogah A in B k Uredbi (EU) 2015/848 o postopkih v primeru insolventnosti sem podprla. Gre za poziv komisiji, da naj zadevo ponovno predloži Parlamentu, če namerava svoj predlog bistveno spremeniti ali nadomestiti z drugim besedilom.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La Pologne a réformé son droit interne en matière de restructuration et a demandé, à cette occasion, que le règlement soit modifié en conséquence. La Commission a présenté au Parlement européen et au Conseil une proposition dans le but de garantir que le champ d'application dudit règlement correspondra au cadre juridique réformé de la législation polonaise.

La proposition de la Commission est de nature purement technique et ne prévoit aucune modification de fond du règlement.

J'ai choisi l'abstention.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – W grudniu 2015 r. Polska zgłosiła Komisji gruntowną reformę krajowych przepisów prawnych dotyczących restrukturyzacji ze skutkiem od dnia 1 stycznia 2016 r. oraz wystąpiła o zmiany w wykazach zawartych w załącznikach A i B do rozporządzenia. Komisja zbadała, czy wniosek Polski jest zgodny z wymogami rozporządzenia i przedstawiła odpowiedni wniosek Parlamentowi Europejskiemu i Radzie. Cała sprawa ma wyłącznie charakter techniczny dlatego zagłosowałem pozytywnie.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A fizetésképtelenségi eljárásról szóló európai parlamenti és tanácsi rendelet 2017. június 26-tól alkalmazandó a nemzeti fizetésképtelenségi nyilvántartások összekapcsolására szolgáló rendszerről szóró rész kivételével, amely 2019. június 26-tól alkalmazandó. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – En diciembre de 2015, Polonia notificó a la Comisión una reforma sustancial de su legislación nacional sobre reestructuración, que entraría en vigor el 1 de enero de 2016 y solicitó una modificación de las listas que figuran en los anexos A y B del Reglamento. Según el artículo 1, apartado 1, el punto 4 del artículo 2 y el considerando 9 del Reglamento, los procedimientos nacionales sólo pueden considerarse «procedimientos de insolvencia» en el contexto del Reglamento si figuran en el anexo A del mismo. Los anexos del Reglamento sólo pueden modificarse mediante un reglamento que se adopte de conformidad con el procedimiento legislativo ordinario del fundamento jurídico en el que se adoptó el Reglamento inicial.

La Comisión examinó si la solicitud de Polonia cumplía los requisitos del Reglamento y presentaba una propuesta al Parlamento Europeo y al Consejo con el fin de garantizar que el ámbito de aplicación del Reglamento refundido se adaptara al marco jurídico vigente de la legislación polaca sobre insolvencia en el momento de su aplicación. En este contexto, la propuesta de la Comisión es puramente técnica. No contiene ninguna modificación sustantiva del Reglamento. Por este motivo, he votado a favor de este Informe.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I have voted in favour as it was a technical amendment on the regulation concerning the lists of insolvency proceedings and insolvency practitioners.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council replacing the lists of insolvency proceedings and insolvency practitioners in Annexes A and B to Regulation (EU) 2015/848 on insolvency proceedings. Regulation (EU) 2015/848 of the European Parliament and of the Council of 20 May 2015 on insolvency proceedings entered into force on 26 June 2015. This Regulation includes as Annexes lists of insolvency proceedings and insolvency practitioners relevant to its application. The Commission examined whether the request from Poland complied with the requirements of the Regulation and submitted a proposal to the European Parliament and to the Council with a view to ensuring that the scope of the recast regulation will be adjusted to the current legal framework of the Polish insolvency legislation by the time of its application. I voted in favour because I believe that, in this context, the Commission proposal is of a purely technical nature.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque se trata de una transposición técnica de una modificación en el anexo de la regulación concernida. Una modificación legislativa en la ley de insolvencia polaca implica el cambio de los citados anexos y con dicho cambio debe ser especificada la extensión de las excepciones que el Reino Unido e Irlanda tienen con respecto a dicho reglamento. Debido al carácter estrictamente técnico del contenido de este informe he decidido votar en su favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor omdat Polen in december 2015 de Commissie in kennis heeft gesteld van een aanzienlijke hervorming van zijn nationale wetgeving inzake herstructurering, met datum van inwerkingtreding 1 januari 2016.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório pretende introduzir umas pequenas alterações de cariz técnico no Regulamento (UE) 2015/848 do Parlamento Europeu e do Conselho, de 20 de maio de 2015, relativo aos processos de insolvência. As alterações pretendem ter em conta uma reforma que foi feita pela Polónia em matéria de restruturação, tendo portanto este país solicitado a alteração em conformidade das listas contidas nos anexos A e B do presente regulamento.

A proposta que vem da Comissão e as restantes três propostas apresentam uma natureza simplesmente técnica, não alterando de forma substancial o Regulamento.

Sobre o conteúdo do regulamento, expressámos as nossas preocupações relativas a elementos negativos, como a questão relacionada com os créditos dos trabalhadores, no fundo por não lhes serem reconhecidos privilégios creditórios.

Não sendo o Regulamento que está em causa nesta votação, votámos a favor.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Da es sich bei diesem Bericht nur um eine rein technische Änderung handelt, das Europäische Parlament nur dazu Stellung bezieht und den Kommissionsvorschlag nur geringfügig ändert, habe ich für diesen Bericht gestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulle procedure di insolvenza e amministratori delle procedure di insolvenza. Condivido l'obiettivo della proposta e il suo contenuto, in termini generali.

Ritengo che essa necessiti dei tre emendamenti di natura tecnica. I primi due emendamenti rispecchiano la posizione del Regno Unito e dell'Irlanda in merito alla proposta della Commissione a norma del protocollo (n. 21) sulla posizione del Regno Unito e dell'Irlanda rispetto allo spazio di libertà, sicurezza e giustizia. Il terzo emendamento allinea la data di entrata in vigore del regolamento recante modifica a quella del regolamento (UE) 2015/848.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu o návrhu nariadenia, ktorým sa nahrádzajú zoznamy insolvenčných konaní a insolvenčných správcov v prílohách k nariadeniu o insolvenčnom konaní, som podporila. Potreba tejto zmeny vznikla po tom, ako Poľsko v decembri minulého roku oznámilo Komisii plánovanú zmenu svojho vnútroštátneho práva týkajúceho sa reštrukturalizácie. Návrh Poľska bol dôkladne zanalyzovaný a následne bol vypracovaný návrh na primeranú zmenu príloh k nariadeniu. Myslím si, že celý proces zmeny nariadenia prebehol podľa predpísaných pravidiel. Členský štát, v tomto prípade Poľsko, plánovanú zmenu riadne oznámil a teda si myslím, že návrh na zmenu nariadenia, resp. zmenu jeho príloh určujúcich jednotlivé pojmy v oblasti insolvenčného práva, tu bol na mieste.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o nadomestitvi seznamov postopkov v primeru insolventnosti in stečajnih upraviteljev v prilogah A in B k Uredbi (EU) 2015/848 o postopkih v primeru insolventnosti.

Podpiram predlog Komisije, ki ga je pripravila na prošnjo Poljske za ustrezno spremembo seznamov iz prilog A in B k Uredbi, da bi tako zagotovila, da se področje uporabe prenovljene uredbe prilagodi dejanskemu pravnemu okvirju poljske insolventne zakonodaje do začetka njene uporabe. Tako je predlog Komisije povsem tehnične narave in ne vsebuje vsebinskih sprememb Uredbe.

10.2. Abkommen EG/Usbekistan über Partnerschaft und Zusammenarbeit und bilateraler Handel mit Textilien (A8-0332/2016 - Maria Arena)

Oral explanations of vote

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, Uzbekistanul, un fidel prieten al Rusiei, are de câteva săptămâni un nou președinte, asta după ce 27 de ani a fost condusă cu o mână de fier de către președintele Karimov.

Știm că noul președinte a fost mâna dreaptă al fostului președinte Karimov. Se pare că puterea se mută în Uzbekistan din mână în mână - tot cu o mână de fier condusă. Vrem să încurajăm prin acest raport comerțul cu Uzbekistanul, dar trebuie să condiționăm acest comerț cu democratizarea țării. S-au făcut pași înainte, de exemplu, prin interzicerea muncii copiilor (exploatării copiilor prin muncă), dar asta nu este suficient. Repet, comerț împreună cu democratizare și drepturile omului.

Toți cei care se opun regimului trebuie să fie liberi să poată să facă asta, prin exprimare, prin demonstrații, prin tot ceea ce înseamnă democrație, drepturi civile și politice.

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'accordo tra UE e Uzbekistan per quanto riguarda i tessili è un dossier aperto molto tempo fa, rimasto però a lungo bloccato a causa del diffusissimo lavoro minorile proprio in Uzbekistan.

Ritengo che il fatto che durante la stagione della raccolta del cotone venivano mobilitati in massa bambini ed adulti sia una pratica disumana. Va detto in questo senso che, nonostante le autorità uzbeke fossero poco propense a discutere del problema, l'UE si è molto impegnata negli anni per combattere questo fenomeno e infatti negli ultimi anni la situazione è molto migliorata, il paese ha infatti deciso di aprirsi e di collaborare con le istituzioni internazionali.

Il fatto che la situazione sia molto migliorata e sia stato instaurato una cooperazione ed un dialogo tra Uzbekistan e istituzioni europee, sono le motivazioni per cui ho espresso un voto positivo.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de ampliar el Acuerdo de Asociación UE-Uzbekistán al comercio bilateral del textil, tras haber constatado que nuestro rechazo al mismo, hace 5 años, ha surtido el impacto deseado. En 2011, a iniciativa de los socialistas, el Parlamento Europeo rechazó el Protocolo Textil UE-Uzbekistán, hasta que este país demostrara avances en materia de derechos humanos y estándares laborales.

Hoy, la Unión Europea (UE) y la Organización Internacional del Trabajo (OIT) han reportado una clara evolución en la dirección requerida. Entre otras medidas, el Gobierno uzbeko ha dado los pasos exigidos para erradicar la explotación infantil —antes empleada sistemáticamente en los campos de algodón y hoy casi inexistente— y en favor del diálogo sindical, coopera con la OIT en el marco del Programa de Trabajo Decente y ha autorizado la supervisión internacional de las cosechas de algodón; una prueba más de que la política comercial de la Unión, acompañada de un adecuado diálogo exterior, es herramienta clave para la promoción de los derechos humanos y los estándares laborales en el mundo.

Además, los socialistas hemos reclamado a la Comisión el desarrollo medidas de acompañamiento y un mecanismo eficaz de trazabilidad para el sector del textil.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He rechazado esta propuesta de aceptar un Acuerdo que busca profundizar las importaciones a la Unión de productos textiles de Uzbekistán. La Unión con este Acuerdo ignora una vez más los derechos humanos y legitima como socio económico un país donde existe la esclavitud, el trabajo forzado en los campos de algodón y el trabajo infantil. Con este Acuerdo la Unión vuelve a obviar los derechos humanos para hacer, una vez más, de mera embajadora de los intereses de las transnacionales textiles y sus multimillonarios beneficios conseguidos a costa de perpetuar la explotación laboral y en el dumping.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento rezoliucijos projektą dėl Europos Bendrijų bei jų valstybių narių ir Uzbekistano Respublikos partnerystės ir bendradarbiavimo susitarimo ir dvišalės prekybos tekstilės gaminiais. 2011 m. gruodžio mėn. Europos Parlamentas priėmė preliminarų pranešimą nurodydamas, kad susitarimui pritars tuo atveju, jei Uzbekistane pagerės žmogaus teisių padėtis, visų pirma atsisakant vaikų ir priverstinio darbo, kai renkamas medvilnės derlius. Priėmus minėtą pranešimą, su Uzbekistanu buvo užmegztas dialogas, kasmet rengiami klausymai, kuriuose dalyvauja pilietinės visuomenės, Uzbekistano valdžios institucijų, ES ir kitų tarptautinių institucijų atstovai. Taip pat užmegztas glaudus Uzbekistano ir Tarptautinės darbo organizacijos (TDO) bendradarbiavimas, siekiant įvertinti veiksmus, kurių imtasi eliminuojant vaikų ir bet kokį kitą priverstinį darbą renkant medvilnės derlių Uzbekistane. 2013 m., 2014 m. ir 2015 m. TDO atstovai vyko stebėti, kaip renkamas medvilnės derlius. Iš paskutinės TDO stebėsenos misijos parengtos ataskaitos matyti, kad nuimant medvilnės derlių praktiškai jau beveik nesinaudojama vaikų darbu. TDO patvirtino, kad vaikų darbas tapo pavieniu ir socialiai nepriimtinu reiškiniu. Todėl laikausi nuomonės, kad Europos Parlamentas, atsižvelgdamas į šiuo metu vykdomą dialogą ir vaisingą bendradarbiavimą, Uzbekistano padarytą pažangą šioje srityje turėtų paremti Uzbekistano valdžios institucijų pastangas, pritardamas susitarimo su Uzbekistanu protokolui dėl tekstilės gaminių.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της σύστασης σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη πρωτοκόλλου της συμφωνίας εταιρικής σχέσης και συνεργασίας μεταξύ των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων και των κρατών μελών τους, αφενός, και της Δημοκρατίας του Ουζμπεκιστάν, αφετέρου, για την τροποποίηση της συμφωνίας, προκειμένου να επεκταθούν οι διατάξεις της συμφωνίας στο διμερές εμπόριο κλωστοϋφαντουργικών προϊόντων, δεδομένης της λήξης της διμερούς συμφωνίας για τα κλωστοϋφαντουργικά προϊόντα, διότι το Ουζμπεκιστάν έχει αποδείξει έμπρακτα τα τελευταία χρόνια τη θέλησή του για συνέχιση της συνεργασίας με την ΕΕ.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cette recommandation sur le projet de décision du Conseil relative à la conclusion d'un protocole à l'accord de partenariat et de coopération établissant un partenariat entre les Communautés européennes et leurs États membres, d'une part, et la République d'Ouzbékistan, d'autre part, modifiant ledit accord afin d'étendre ses dispositions au commerce bilatéral de textiles, compte tenu de l'expiration de l'accord bilatéral sur les textiles. L'UE avait précédemment reporté l'approbation de l'accord sur le textile avec l'Ouzbékistan à cause du travail des enfants et du travail forcé dans les champs de coton. L'OIT a pu surveiller la récolte de coton: le travail des enfants est devenu rare et occasionnel et socialement acceptable. Des ONG disent de leur côté que le travail forcé continue malgré tout. Par principe, le Front national vote contre les traités de libre-échange y compris sur le textile mais puisque cet accord aura très peu d'impact pour la France et permet à ce pays pauvre et enclavé de trouver quelques débouchés pour son coton, j'ai choisi de m'abstenir.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I followed the whips' recommendation to vote in favour of this motion, having insufficient personal knowledge of the situation to be able to consider doing otherwise. I note that Uzbekistan has made genuine steps towards improving workers' rights in recent years and that further trade deals will help to build a safer working environment in that country.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette recommandation afin d'étendre les dispositions de l'accord de partenariat et de coopération entre l'Union européenne et l'Ouzbékistan et d'y inclure le commerce du textile. Le rapport de la dernière mission de l'Organisation internationale du travail, qui s'est déroulée du 14 septembre au 31 octobre 2015, indique que les autorités publiques ont mis en place différentes mesures afin d'éliminer le travail des enfants. Au vu du respect de cette condition, j'ai donc considéré que l'accord pouvait être étendu.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už rekomendaciją dėl EB ir Uzbekistano partnerystės ir bendradarbiavimo susitarimo ir dvišalės prekybos tekstilės gaminiais. 2011 m. Europos Parlamentas priėmė preliminarų pranešimą nurodydamas, kad šiam susitarimui pritars tuo atveju, jei Uzbekistane pagerės žmogaus teisių padėtis, visų pirma kalbant apie vaikų ir priverstinį darbą kiekvienais metais, kai renkamas medvilnės derlius. Po paskutinės Tarptautinės darbo organizacijos (TKO) stebėsenos misijos matomos Uzbekistano valdžios institucijų pastangos panaikinti priverstinį darbą. Atsižvelgdamas į šiuo metu vykdomą dialogą ir bendradarbiavimą, pritariu susitarimui su Uzbekistanu dėl tekstilės gaminių.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu car, si habituellement je vote contre tous les accords de libre-échange que multiplie l'Union tous azimuts, celui-ci ne concerne que les textiles, avec un impact minime pour la France, et permettra à ce pays enclavé de trouver des débouchés pour son coton. D'autant qu'à l'instar de ses voisins d'Asie centrale, l'Ouzbékistan est appelé à jouer un rôle géopolitique de plus en plus important.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette recommandation de ma collègue Maria Arena qui propose, via un protocole, d'étendre l'accord de coopération établissant un partenariat entre les Communautés européennes et leurs États membres, d'une part, et l'Ouzbékistan, d'autre part, au commerce bilatéral de textiles compte tenu de l'expiration de l'accord bilatéral sur les textiles. Cela inclurait, entre autres, l'octroi du statut de la nation la plus favorisée de manière réciproque, des échanges commerciaux exempts de restrictions quantitatives, une clause de sauvegarde et le principe de transit.

Les négociations en vue de la réalisation de ce protocole ont notamment été facilitées par le fait que le travail des enfants lors de la récolte du coton avait été pratiquement totalement éradiqué selon la dernière mission de monitoring menée par l'OIT en 2015 en Ouzbékistan.

Il n'en est hélas pas de même pour la situation du travail forcé. Dès lors, le rapport précise que le Parlement adoptera des mesures appropriées si les autorités ouzbèkes venaient à suspendre la mise en œuvre de leur engagement d'abolition du travail forcé.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho sostenuto con convinzione la relazione Arena che approva l'estensione, per quanto concerne la dimensione del commercio dei prodotti tessili, dell'accordo di partenariato e cooperazione tra l'UE e l'Uzbekistan. Si tratta di un voto importante, che ho seguito precedentemente nella commissione esteri, e che segna una tappa cruciale nel percorso che dal 2013 vede il Parlamento e l'Organizzazione Internazionale del Lavoro monitorare il raccolto di cotone, con l'autorizzazione dalle autorità uzbeke.

Il ricorso sistematico al lavoro minorile e forzato è stata per lungo tempo la condizione che ha impedito di estendere la validità dell'accordo in questo settore ma il lavoro congiunto ha consentito di constatare, sin dall'ottobre 2015, una sostanziale eliminazione del lavoro minorile e la presenza di alcuni progressi, sebbene non ancora sufficienti, sul fronte del lavoro forzato.

Si tratta senza dubbio di un successo della politica commerciale europea, uno strumento che è stato capace di rafforzare i diritti umani nella repubblica dell'Asia centrale e di generare un concreto progresso nel mercato del lavoro agricolo. Occorrerà però restare vigili, verificando con attenzione che l'indirizzo che il nuovo presidente imprimerà al paese si dimostri in continuità con il percorso avviato.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de otorgar el consentimiento a la firma del protocolo por el que se extenderían las provisiones del Acuerdo de cooperación y partenariado UE-Uzbekistán al sector textil. Valoramos que, desde que el Parlamento pospusiera la toma de una decisión sobre el ACP en 2011, se han experimentado mejoras significativas en el terreno: no sólo se han permitido las misiones de la OIT en Uzbekistán, sino que éstas, además, han mostrado una evolución muy favorable, sobre todo en la erradicación del trabajo infantil. Sin embargo, la situación del sector textil en Uzbekistán está lejos de alcanzar un mínimo de garantías laborales y sociales que consideramos indispensable para aprobar este acuerdo. Tanto la OIT como otros observadores advierten del uso sistemático de trabajo forzado en el sector. Esto es motivo suficiente para que estemos en contra de que la Unión conceda ventajas a dicho sector, puesto que dichas ventajas no harían sino incentivar el aumento de la producción y, con ello, estas prácticas.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a la ponente, Sra. Arena, su trabajo en este informe sobre el Acuerdo de colaboración y cooperación entre las Comunidades Europeas y Uzbekistán y el comercio bilateral de productos textiles. Apoyamos plenamente el trabajo realizado por la OIT para eliminar definitivamente el trabajo forzoso en el país y también que, en caso de que las autoridades uzbekas suspendieran el cumplimiento de su compromiso de abolición del trabajo forzoso, el Parlamento se reserve la posibilidad de pedir a la Comisión Europa y al Consejo la activación de los artículos 2 y 95 del ACC para adoptar medidas generales o específicas por vulneración de los derechos humanos.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce rapport concernant l'accord de partenariat et de coopération CE-Ouzbékistan. Rappelons que l'UE avait auparavant reporté l'approbation de l'accord sur le textile notamment en raison des problèmes du travail des enfants et du travail forcé dans les champs de coton. Malgré les progrès constatés sur le terrain par l'Organisation internationale du travail, les ONG présentes sur place affirment que le travail forcé continu.

Par ailleurs, je suis en général opposée aux traités de libre-échange entre l'Union européenne et les pays tiers, d'une part, parce que l'UE ne devrait pas disposer de cette compétence, et, d'autre part, parce que ces accords sont souvent néfastes pour l'emploi en France.

Cependant, dans ce cas précis, les accords sur le textile avec l'Ouzbékistan n'auront que peu d'impact sur l'industrie française et permettront par ailleurs à ce pays en voie de développement de trouver quelques débouchés pour ses réserves de coton.

Le réalisme et la prudence appelaient donc une abstention.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione sull'accordo di partenariato e cooperazione UE-Uzbekistan su commercio bilaterale dei prodotti tessili è ben strutturata e condivisibile, per questo ho inteso sostenerla con il mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de ampliar el Acuerdo de Asociación UE-Uzbekistán al comercio bilateral del textil, tras haber constatado que nuestro rechazo al mismo, hace 5 años, ha surtido el impacto deseado. En 2011, a iniciativa de los socialistas, el Parlamento Europeo rechazó el Protocolo Textil UE-Uzbekistán, hasta que este país demostrara avances en materia de derechos humanos y estándares laborales.

Hoy, la Unión Europea (UE) y la Organización Internacional del Trabajo (OIT) han reportado una clara evolución en la dirección requerida. Entre otras medidas, el Gobierno uzbeko ha dado los pasos exigidos para erradicar la explotación infantil —antes empleada sistemáticamente en los campos de algodón y hoy casi inexistente— y en favor del diálogo sindical, coopera con la OIT en el marco del Programa de Trabajo Decente y ha autorizado la supervisión internacional de las cosechas de algodón; una prueba más de que la política comercial de la Unión, acompañada de un adecuado diálogo exterior, es herramienta clave para la promoción de los derechos humanos y los estándares laborales en el mundo.

Además, los socialistas hemos reclamado a la Comisión el desarrollo medidas de acompañamiento y un mecanismo eficaz de trazabilidad para el sector del textil.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rekomendaciją, kurioje nagrinėjamas EB ir Uzbekistano partnerystės ir bendradarbiavimo susitarimas ir dvišalė prekyba tekstilės gaminiais. Europos Parlamento prašoma pritarti Partnerystės ir bendradarbiavimo susitarimo, nustatančio Europos Bendrijų bei jų valstybių narių ir Uzbekistano Respublikos partnerystę, protokolui, kuriuo iš dalies keičiamas susitarimas, išplečiant jo nuostatų taikymą dvišalei prekybai tekstilės gaminiais. Ratifikavus protokolą dėl tekstilės gaminių, į Uzbekistano ir ES partnerystės ir bendradarbiavimo susitarimą (PBS), kuris buvo sudarytas 1999 m., būtų įtraukti tekstilės gaminiai. Taigi minėto partnerystės ir bendradarbiavimo susitarimo

skyriaus dėl prekybos prekėmis nuostatos taip pat būtų taikomos ir tekstilės gaminiams. Pagal šio skyriaus nuostatas numatomas abipusis didžiausio palankumo režimo statuso suteikimas, prekyba, kuriai netaikomi kiekybiniai apribojimai, laisvo tranzito principas, prekyba rinkos kainomis, apsaugos išlyga ir numatoma uždrausti ar apriboti importą, eksportą ar prekes, kurios vyksta tranzitu, remiantis viešąja morale, viešuoju interesu ir visuomenės saugumu.

Priėmus minėtą pranešimą, su Uzbekistanu buvo užmegztas dialogas ir kasmet rengiami klausymai, kuriuose dalyvauja įvairūs subjektai, įskaitant pilietinę visuomenę, Uzbekistano valdžios institucijas, Europos ir tarptautines institucijas. Taip pat užmegztas glaudus Uzbekistano ir Tarptautinės darbo organizacijos (TDO) bendradarbiavimas, siekiant įvertinti veiksmus, kurių imtasi naikinant vaikų darbą ir priverstinį darbą kasmet renkant medvilnės derlių Uzbekistane.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Aiuti economici in cambio di riforme democratiche e progresso civile è uno degli strumenti maggiormente utilizzati dalla UE nei suoi rapporti di vicinato e di partenariato coi Paesi terzi. Un modo di rapportarsi che ha spesso prodotto risultati positivi per i cittadini di entrambe le parti e ha aumentato il range di influenza del *soft power* dell'Unione europea.

La Repubblica dell'Uzbekistan è un Paese che si è avviato sulla strada che lo potrà portare in futuro ad una forma democratica di tipo moderno, che guardi all'Occidente e allo sviluppo dello stato di diritto nonostante le ancora gravi carenze strutturali, i propri problemi sociali interni, il rapporto difficoltoso con alcuni Paesi dell'area asiatica.

Complessivamente l'Europa può guardare alla Repubblica dell'Uzbekistan come ad un Paese potenzialmente amico, che dobbiamo sostenere consentendogli di svilupparsi in condizioni adeguate, gradualmente, e di inserirsi progressivamente nell'area di libero scambio e collaborazione comune, in modo coerente a quanto previsto dagli accordi internazionali il cui scopo principale resta la riduzione ed infine l'eliminazione della povertà.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport traite du projet de décision du Conseil relatif à la conclusion d'un accord de partenariat et de coopération entre l'Union européenne et l'Ouzbékistan afin d'étendre les dispositions au commerce bilatéral de textiles. L'Union européenne avait récemment reporté l'approbation de cet accord à cause de multiples cas de travail forcé et de travail des enfants dans certaines exploitations. Depuis ce report, l'Organisation internationale du travail (OIT) ainsi que des ONG ont pu confirmer un net recul de ces pratiques inadmissibles. Certes, nous nous opposons toujours par principe à tout accord de libre-échange, surtout lorsqu'il concerne le textile, afin de protéger les entreprises françaises de la concurrence internationale déloyale. Mais cet accord n'aura qu'un faible impact sur l'économie française et ne constitue pas une menace pour nos entreprises. C'est la raison pour laquelle je me suis abstenu sur ce rapport qui contribuera à accroître les débouchés en faveur des exploitations ouzbèkes dans un pays suffisamment marginalisé des relations commerciales.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted against this report over concern about human rights. There is an existing EU-Uzbekistan Partnership and Cooperation Agreement in place since 1999, but it excludes the textile industry.

In 2011 the European Parliament refused to give consent to a Commission proposal to include the textile industry in the PCA due to evidence of the systematic use of child labour in cotton harvesting related to the textile industry. The Commission says this is no longer a problem but human rights NGOs believe it is still a problem.

We voted in favour of a request from the Greens to postpone the vote until after an ILO report next year, which should shed further clarity on the ongoing extent of child labour, but it was defeated.

Due to the allegations of ongoing child labour by credible human rights and labour rights NGOs, we are strongly opposed to this agreement.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Protocolul de modificare a Acordului de parteneriat și cooperare între Uniunea Europeană și statele membre ale acesteia, pe de o parte, și Republica Uzbekistan, pe de altă parte are în vedere extinderea prevederilor Acordului de parteneriat și cooperare la comerțul bilateral cu textile. Astfel, acest protocol presupune includerea produselor textile în Acordul de parteneriat și cooperare încheiat între Uzbekistan și Uniunea Europeană.

Schimburile comerciale cu bunuri se vor aplica și pentru produsele textile, ceea ce implică schimburi comerciale fără restricții cantitative, respectarea principiului liberei circulații, schimburi comerciale la prețurile pieței, o clauză de salvgardare și interdicții sau limitări ale importurilor și exporturilor din motive de interes public sau securitate publică.

Situația drepturilor omului a înregistrat o îmbunătățire vizibilă în ceea ce privește folosirea muncii copiilor și a muncii forțate la recoltarea anuală a bumbacului în Uzbekistan. Conform raportului Organizației Internaționale a Muncii aferent anului 2015, munca copiilor la recoltarea bumbacului a fost abolită, iar în ceea ce privește munca forțată în rândul adulților s-au realizat o serie de progrese și s-au luat măsuri corespunzătoare pentru a o eradica, motiv pentru care mam exprimat în favoarea acestui proiect.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de ampliar el Acuerdo de Asociación UE-Uzbekistán al comercio bilateral del textil, tras haber constatado que nuestro rechazo al mismo, hace 5 años, ha surtido el impacto deseado. En 2011, a iniciativa de los socialistas, el Parlamento Europeo rechazó el Protocolo Textil UE-Uzbekistán, hasta que este país demostrara avances en materia de derechos humanos y estándares laborales.

Hoy, la Unión Europea (UE) y la Organización Internacional del Trabajo (OIT) han reportado una clara evolución en la dirección requerida. Entre otras medidas, el Gobierno uzbeko ha dado los pasos exigidos para erradicar la explotación infantil —antes empleada sistemáticamente en los campos de algodón y hoy casi inexistente— y en favor del diálogo sindical, coopera con la OIT en el marco del Programa de Trabajo Decente y ha autorizado la supervisión internacional de las cosechas de algodón; una prueba más de que la política comercial de la Unión, acompañada de un adecuado diálogo exterior, es herramienta clave para la promoción de los derechos humanos y los estándares laborales en el mundo.

Además, los socialistas hemos reclamado a la Comisión el desarrollo medidas de acompañamiento y un mecanismo eficaz de trazabilidad para el sector del textil.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della raccomandazione in questione che approva l'estensione dell'accordo di partenariato economico (già in essere) con l'Uzbekistan al settore tessile, premiando i notevoli progressi compiuti negli ultimi anni dal Paese dell'ex Unione Sovietica sulla questione del lavoro minorile.

L'inclusione di un altro settore economico nell'accordo costituisce un ulteriore incentivo per le autorità uzbeke a impegnarsi in una campagna di sensibilizzazione che tocchi l'intera nazione e sradichi completamente il lavoro minorile.

In tal senso, ha dimostrato apertura il governo uzbeko nel consentire all'Organizzazione Internazionale del Lavoro di monitorare la raccolta del cotone e nell'impegnarsi per la realizzazione di un programma nazionale per il lavoro dignitoso.

Sono del parere, però, che l'assistenza dell'Unione all'Uzbekistan debba porsi obiettivi più ambiziosi, puntando anche ad affrancare il paese dalla monocoltura del cotone e a ridurne la dipendenza dalle esportazioni, diversificando la sua economia.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report which attempted to include the Uzbekistan's textile industry in a pre-existing Partnership and Cooperation Agreement with the EU. In 2011, the European Parliament refused to give its consent to the Commission's proposal to include it due to evidence of systematic use of child labour in cotton harvesting related to the industry.

Despite widespread reporting that child labour is still a problem in the industry by leading human rights NGOs, such as Human Rights Watch, the Commission thought it appropriate to include it.

I fundamentally disagreed so voted against.

James Carver (EFDD), *in writing*. — After a vigorous debate, some UKIP MEPs voted in favour whilst some abstained. We note Uzbekistan's significant improvement in the areas of concern, as evidenced by its ratification of multiple ILO conventions. We feel left wing NGOs were calling for a rejection as a spiteful ideological response, rather than due to any meaningful attempt to help. Some MEPs, whilst accepting Uzbekistan's improvement, abstained due to the principle that the EU should not conduct any law, anywhere, ever.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of giving my consent to the textiles protocol and of the accompanying resolution, extending the provisions of that Agreement to bilateral trade in textiles. In December 2011, Parliament adopted an interim report postponing its decision on consent pending an improvement in the human rights situation in Uzbekistan, particularly in relation to the use of child labour and forced labour in the annual cotton harvest. The ILO confirmed that the use of child labour was only sporadic and that the practice had now become socially unacceptable. The same conclusions could not, however, be drawn as regards forced labour. I fully support the work done by the ILO to abolish forced labour in Uzbekistan definitively and the efforts of the Uzbek authorities. However, if the Uzbek authorities fail to follow through on their commitment to abolish forced labour, I agree that Articles 2 and 95 of the PCA should be activated, allowing general or specific measures to be taken in the event of a failure to respect human rights.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Fino a pochi anni fa la «mobilitazione di massa» di bambini ed adulti durante la stagione della raccolta del cotone, bene fondamentale per l'export del Paese, era una triste realtà sulla quale le autorità uzbeke erano riluttanti a discutere. Negli ultimi anni, però, il paese ha deciso di aprirsi, di collaborare con le istituzioni internazionali ed ha iniziato una forte politica di dissuasione dall'uso del lavoro forzato, soprattutto di quello minorile.

La situazione in Uzbekistan è notevolmente migliorata, ormai il lavoro forzato è sporadico mentre quello minorile può considerarsi sradicato. Il mio voto è stato positivo.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I supported the motion for a resolution as I believe that we should intensify our trade relations with Uzbekistan. We know from ILO reports and other observations that there are still some concerns regarding labour conditions. Having said that, the Uzbek Government has made good progress in addressing these concerns, especially on forced and child labour. In this context, I am in favour of enhancing our cooperation.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε πως υποστηρίζουμε πλήρως το έργο της Διεθνούς Οργάνωσης Εργασίας με στόχο την οριστική εξάλειψη της καταναγκαστικής εργασίας στο Ουζμπεκιστάν.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς τη σύσταση σχετικά με τη σύναψη πρωτοκόλλου της συμφωνίας εταιρικής σχέσης και συνεργασίας μεταξύ των Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Δημοκρατίας του Ουζμπεκιστάν, προκειμένου να επεκταθούν οι διατάξεις της συμφωνίας στο διμερές εμπόριο κλωστοϋφαντουργικών προϊόντων, δεδομένης της λήξης της διμερούς συμφωνίας για τα προϊόντα αυτά. Η ανάπτυξη της συνεργασίας των δύο μερών είναι θετική και θεμιτή. Καθώς όμως υπάρχουν συγκεκριμένες ενστάσεις ως προς την κατάσταση που επικρατεί στο εργασιακό πεδίο και τις συνθήκες εργασίας πολιτών του Ουζμπεκιστάν, αποφάσισα να καταψηφίσω την έκθεση.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Pur plaudendo alla conclusione di un protocollo dell'APC con la Repubblica dell'Uzbekistan, concordo con quanto emerso ed evidenziato dalla relazione.

Nutro tutta la mia stima verso l'Uzbekistan, nei confronti del quale vi è un'aura di grande fiducia da parte di tutta l'Unione, proprio in virtù di ciò è necessario appianare al più presto le lacune da esso presentate in merito alle condizioni lavorative attraverso la cooperazione per conseguire situazioni maggiormente dignitose.

Grazie all'apporto decisivo dell'Organizzazione Mondiale del Lavoro, a partire dal 2013 sono stati compiuti balzi eclatanti per quanto concerne l'eliminazione del lavoro minorile, che ha caratterizzato fortemente il settore cotoniero. I risultati conseguiti fanno sperare in una pressoché totale eliminazione di tale abuso entro pochi anni, tuttavia permane la necessità di eradicare il lavoro forzato nonostante sforzi incoraggianti stiano venendo compiuti in tal senso.

Coerentemente con quanto annotato, si invita il futuro Presidente uzbeko a fondare un nuovo paradigma dei diritti umani, parallelamente la Commissione e le delegazioni europee a Tashkent sono tenute e cooperare nella realizzazione di riforme strutturali quali l'aumento del salario minimo e una maggiore trasparenza nei bilanci del settore tessile, il quale ad oggi è quello più considerato dalle nostre imprese.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the recommendation on EC-Uzbekistan Partnership and Cooperation Agreement and bilateral trade in textiles.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — After a vigorous debate, some UKIP MEPs voted in favour whilst some abstained. We note Uzbekistan's significant improvement in the areas of concern, as evidenced by its ratification of multiple ILO conventions. We feel left-wing NGOs were calling for a rejection as a spiteful ideological response, rather than due to any meaningful attempt to help. Some MEPs, whilst accepting Uzbekistan's improvement, abstained due to the principle that the EU should not conduct any law, anywhere, ever.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho dato il mio positivo parere ad un emendamento dell'accordo di partenariato che mira ad includere alcune garanzie in materia tariffaria per l'industria europea tessile.

Nel testo approvato l'Uzbekistan si impegna a non aumentare le tariffe doganali. Occorre inoltre rilevare come oggi le condizioni lavorative del Paese siano migliorate, anche se non ancora in modo ottimale, come ha confermato l'Organizzazione Internazionale del Lavoro.

La risoluzione quindi riconosce anche gli sforzi da parte del governo uzbeko nel perseguire l'eliminazione del lavoro minorile forzato e auspica che possa essere questo un segnale positivo di incoraggiamento per ulteriori azioni migliorative e per il rafforzamento della cooperazione con l'UE.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He rechazado esta propuesta de aceptar un Acuerdo que busca profundizar las importaciones a la Unión de productos textiles de Uzbekistán. La Unión con este Acuerdo ignora una vez más los derechos humanos y legitima como socio económico un país donde existe la esclavitud, el trabajo forzado en los campos de algodón y el trabajo infantil.

Con este Acuerdo la Unión vuelve a obviar los derechos humanos para hacer, una vez más, de mera embajadora de los intereses de las transnacionales textiles y sus multimillonarios beneficios conseguidos a costa de perpetuar la explotación laboral y en el dumping.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La ratifica del protocollo tessile comporta la modifica l'accordo di partenariato e di cooperazione tra l'Unione europea e i suoi Stati membri, da una parte, e la Repubblica dell'Uzbekistan, estendendo le disposizioni dell'accordo di partenariato e di cooperazione al commercio bilaterale dei tessili.

Vorrei ricordare che il Parlamento europeo ha approvato una relazione interlocutoria, subordinando la propria approvazione al miglioramento della situazione dei diritti umani in Uzbekistan, segnatamente in relazione al lavoro minorile e al lavoro forzato nella raccolta annuale di cotone. Pertanto, accogliendo con favore l'inserimento dei tessili nell'accordo di partenariato e cooperazione (APC) concluso tra il paese e l'UE nel 1999, mi auguro che le autorità uzbeke continuino ad impegnarsi nel garantire i diritti umani nell'ambito del lavoro.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Acordul de parteneriat și cooperare între Uniunea Europeană și statele membre ale acesteia, pe de o parte, și Republica Uzbekistan, pe de altă parte, cu privire la extinderea prevederilor Acordului de parteneriat și cooperare la comerțul bilateral cu textile va aduce beneficii economice ambelor părți. Acest acord mai prevede schimburi comerciale fără restricții cantitative, principiul liberei circulații, dar și schimburi comerciale la prețurile pieței. S-au înregistrat rezultate în vederea eradicării în totalitate a muncii copiilor la recoltarea bumbacului. Am votat pentru implementarea acestor schimburi benefice ambelor părți, dar și pentru drumul către o piață a muncii mai sănătoasă, fără folosirea copiilor sau a muncii forțate.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przyjęciem umowy o partnerstwie i współpracy między WE a Uzbekistanem oraz o dwustronnym handlu wyrobami włókienniczymi.

Uważam, że poszerzanie współpracy w handlu opartym na relacjach partnerskich przyniesie korzyści dla gospodarki oraz stworzy nowe perspektywy rozwojowe. Należy uwzględnić istotne postępy poczynione w Uzbekistanie od 2013 r., w tym przyjęcie przepisów zakazujących wykorzystywania pracy dzieci, które doprowadziły do niemal całkowitego wyeliminowania pracy dzieci. Tego rodzaju działania rugujące wykorzystanie dzieci jako taniej siły roboczej świadczą o chęci rozwoju współpracy oraz o przyjęciu standardów europejskich. Wpływa to również na zwiększenie ochrony praw dzieci. W celu zapewnienia skutecznego realizowania postanowień umowy ważne są ciągłe rozmowy z rządem Uzbekistanu ze strony UE.

Wzywa się również Komisję i Radę do uruchomienia procedury z art. 2 i 95 UPiW, aby przyjąć wszelkie niezbędne ogólne i szczegółowe środki w przypadku niedotrzymania zobowiązania do wyeliminowania pracy dzieci i pracy przymusowej.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report as, in the context of the ongoing dialogue and cooperation, it is appropriate for Parliament to give its consent to the textile protocol with Uzbekistan while also encouraging further improvements. I agree that, if the Uzbek authorities fail to follow through on their commitment to abolish forced labour, Parliament reserves the right to ask the Commission and the Council to allow general or specific measures to be taken in the event of a failure to respect human rights.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I believe that giving consent for an agreement on bilateral trade in textiles with Uzbekistan will constitute a positive sign of encouragement to the Uzbek government to pursue much stronger efforts on the full eradication of child labour and all other forms of forced labour, as well as to further strengthen cooperation with the EU.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport de consultation propose l'avis positif du Parlement européen à la proposition de la Commission d'inclure des dispositions commerciales pour les produits textiles dans l'accord de partenariat et de coopération (APC) conclu entre l'Union européenne et l'Ouzbékistan. Les autorités ouzbeks ont adopté une série de mesures afin d'éliminer le travail des enfants, telles que la mise en place de moyens de garde après l'école, des amendes pour les contrevenants ou la responsabilisation des parents, des enseignants et des exploitants agricoles. Compte tenu de ces avancées positives et étant favorable à un rapprochement de l'Union avec l'Ouzbékistan dans le cadre d'une coopération approfondie, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – After a vigorous debate, some UKIP MEPs voted in favour whilst some abstained. We note Uzbekistan's significant improvement in the areas of concern, as evidenced by its ratification of multiple ILO conventions. We feel left-wing NGOs were calling for a rejection as a spiteful ideological response, rather than due to any meaningful attempt to help. Some MEPs, whilst accepting Uzbekistan's improvement, abstained due to the principle that the EU should not conduct any law, anywhere, ever.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la conclusion d'un protocole à l'accord de partenariat et de coopération entre l'Union européenne et l'Ouzbékistan afin d'y inclure le commerce bilatéral de textiles. En 2011, au vu de la situation des droits de l'homme et de l'exploitation des enfants lors de la récolte du coton, l'Union européenne avait refusé d'intégrer le commerce bilatéral de textiles dans cet accord avec l'Ouzbékistan. Confronté à cette pression européenne, l'Ouzbékistan a travaillé avec l'Organisation internationale du travail et a éradiqué le travail des enfants dans ce secteur. Compte tenu de ces efforts et de l'amélioration de la situation des enfants, nous pouvons désormais ouvrir notre marché à l'industrie textile ouzbek.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Uniónak teljes mértékben ki kell használnia a partnerségi és együttműködési megállapodás kiterjesztését annak biztosítására, hogy az üzbég hatóságok a jogállamiság megerősítése és a demokratikus reformok mellett elköteleződjenek. Ezen az úton jelentős előrelépés a gyerekmunkát tiltó jogszabályok elfogadása, de további kormányintézkedésekre is szükség van, mivel a kényszermunka közvetettebb és kifinomultabb módjai továbbra is fellelhetőek. Elengedhetetlen a politikai okból bebörtönzött foglyok szabadon bocsátása, véget kell vetni az emberi jogokba ütköző letartóztatásoknak és elmarasztaló ítéleteknek. Az Európai Unió a jövőben is nyomon követi az intézkedéseket és amennyiben szükséges, felszólítja az Európai Bizottságot és a Tanácsot a megállapodás 2. és 95. cikkének életbe lépetésére. A fentiekkel egyetértésben szavazatommal támogatom az indítványt.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – L'inserimento dei tessili nell'accordo di partenariato e cooperazione tra l'UE e l'Uzbekistan è importante in quanto promuove gli scambi commerciali e la competitività. Inoltre, rafforza il controllo delle istituzioni internazionali sullo sfruttamento del lavoro forzato in Uzbekistan.

In seguito al monitoraggio dell'OIL il governo uzbeko ha assunto diversi impegni per abolire il lavoro forzato. Esorto però l'UE a non abbassare la guardia perché il lavoro forzato è una pratica inaccettabile e contraria ai valori europei di democrazia e diritti civili.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Depuis trois ans, en coopération avec l'Organisation internationale du travail (OIT), les autorités ouzbèkes œuvrent à mettre fin au travail forcé et au travail des enfants dans le pays. D'importants progrès ont été enregistrés. Le plus significatif concerne le travail des enfants, qui, d'après les derniers rapports de l'OIT, est désormais quasi-éradiqué.

C'est à la lumière de ces progrès et de la prise de conscience par les autorités ouzbèkes de l'importance de respecter les normes internationales du travail et les droits de l'homme – ainsi que de la mise en œuvre d'une stratégie en ce sens – que le Parlement européen a donné son aval à l'inclusion du textile dans les domaines de coopération commerciale couverts par l'accord de partenariat et de coopération entre l'Union européenne et la République d'Ouzbékistan.

Il demeure essentiel de suivre avec la plus grande vigilance l'évolution de la situation. Rappelons que des cas de travail forcé sont encore observés en Ouzbékistan. Nous attendons donc des autorités qu'elles continuent d'intensifier leurs efforts pour y mettre fin.

Ainsi, toute dégradation de la situation des droits de l'homme et du droit du travail conduira nécessairement à une suspension immédiate des préférences octroyées dans le cadre de ces accords.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce texte.

Il s'agit d'un projet de décision du Conseil relatif à la conclusion d'un protocole d'accord de partenariat et de coopération entre l'Union européenne et l'Ouzbékistan dans le secteur des textiles.

L'approbation de l'accord sur le textile avec l'Ouzbékistan avait été retardée en raison d'inquiétudes sur la persistance du travail des enfants et du travail forcé dans les champs de coton. De fait, le débat sur cette question n'a pas connu de réponse définitive: selon l'Organisation internationale du travail, le travail des enfants serait devenu occasionnel et socialement acceptable, mais certaines ONG pointent du doigt sa persistance.

Nous sommes en principe opposés aux traités de libre-échange. Celui-ci aura, cependant, peu d'impact sur les États membres de l'Union. Cet État enclavé y trouverait quelques débouchés pour son coton.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Приветствам доклада и препоръката. Радвам се, че Узбекистан са приложили мерки за отстраняването на детския труд при брането на памук. В 21-ви век използването на детски труд е недопустимо и не може да се толерира в нито една държава по света. Ето защо поздравявам Международната организация на труда и узбекистанското правителство за постигането на тези резултати. Трябва, разбира се, да се направят още няколко стъпки, за да може да се изкорени и принудителният труд при събирането на памука.

Особено съм притеснен, че всичко, постигнато дотук, може да се провали шеметно заради смъртта на президента Ислам Керимов. Ето защо ние, като ЕС, и останалият свят трябва внимателно да наблюдаваме развитието на политическия живот в тази република.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Πρέπει να επιδιώκονται συμφωνίες μεταξύ της ΕΕ και τρίτων χωρών οι οποίες θα προωθούν την ανάπτυξη των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, χωρίς να θίγονται τα εθνικά και οικονομικά τους συμφέροντα.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against consent for an EC-Uzbekistan partnership and cooperation agreement and bilateral trade in textiles, according to the wishes of students from Wales who wanted to show solidarity with Uzbek students. Thousands of university students were forcibly mobilised by the government to pick cotton and threatened with expulsion from college if they refused. I oppose all forms of modern slavery.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O relatório aprova a celebração do protocolo que altera o Acordo de Parceria e Cooperação entre as Comunidades Europeias e os seus Estados-Membros, por um lado, e a República do Usbequistão, por outro, a fim de tornar extensivas as disposições do referido acordo ao comércio bilateral de produtos têxteis.

O relatório da última missão de acompanhamento da OIT assinalou que o trabalho infantil fora quase totalmente erradicado durante a colheita de algodão. As autoridades públicas adotaram diferentes medidas para eliminar o trabalho infantil. Não se chegou à mesma conclusão no que diz respeito ao trabalho forçado. Os esforços envidados pelas autoridades usbeques devem igualmente ser encorajados. Concordo com a celebração do protocolo sobre produtos têxteis com o Usbequistão.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: nous votons contre les traités de libre-échange y compris sur le textile mais cet accord aura très peu d'impact sur la France et permettra à ce pays pauvre et enclavé de trouver des débouchés pour son coton.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta recomendação visa a celebração de um «Protocolo ao Acordo de Parceria e Cooperação que estabelece uma parceria entre as Comunidades Europeias e os seus Estados-Membros, por um lado, e a República do Usbequistão, por outro».

A natureza deste acordo e seus objetivos não diferem substancialmente da matriz de livre comércio que habitualmente caracteriza os acordos deste tipo. Talvez mereça destaque particular o facto de o próprio Parlamento Europeu, que dá o seu aval ao acordo, reconhecer a existência de casos de trabalho forçado no país com o qual está a assinar o acordo. De pouco importa.

São reconhecidos os constrangimentos que decorrem da reduzida diversificação da economia do Usbequistão, da elevada dependência, por exemplo, da «monocultura do algodão». De pouco importa.

O livre comércio acentuará esta tendência, com a intensificação do cariz exportador das produções e menosprezo do mercado interno. Colocando ainda uma pressão acrescida sobre os países europeus que ainda têm indústria têxtil, como é o caso de Portugal. Nenhuma novidade: beneficiam os grandes importadores do centro da Europa, são prejudicados os produtores da periferia.

Obviamente votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente raccomandazione in quanto a seguito dei notevoli sforzi da parte del governo uzbeko la piaga del lavoro minorile è stata in gran parte rimarginata.

Appare dunque auspicabile incoraggiare gli sforzi delle autorità uzbeke approvando il protocollo tessile con l'Uzbekistan.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted no because I disagree.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – V roku 2011 Európsky parlament odmietol udeliť súhlas s predmetnou dohodou, čo malo veľké hospodárske, ale aj politické následky pre Uzbekistan. V roku 2016 zomrel prezident Karimov, čo predstavuje pre krajinu veľký míľnik, keďže prezident Karimov vládol v krajine autoritársky a extrémne dlhé obdobie. Čoskoro sa uskutočnia nové voľby a všetko ukazuje na ochotu spolupracovať s Európskou úniou zo strany miestnych orgánov. Musíme však naďalej dôkladne monitorovať dodržiavanie základných ľudských práv, ako aj pracovných práv vrátane práva na určité záruky pre zamestnancov. V krajine sa však konečne podarilo ustúpiť od práce detí a nútenej práce.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω τη συμφωνία εταιρικής σχέσης και συνεργασίας ΕΚ-Ουζμπεκιστάν και διμερές εμπόριο κλωστοϋφαντουργικών προϊόντων. Πρέπει να επιδιώκονται συμφωνίες μεταξύ της ΕΕ και τρίτων χωρών οι οποίες να προωθούν την ανάπτυξη των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, χωρίς να θίγονται τα εθνικά και οικονομικά τους συμφέροντα.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The death of President Karimov earlier this year marks another turning point in the country's history. New elections will soon take place but all signs point to a new willingness to cooperate constructively with the EU. However, as outlined in the accompanying resolution to the consent we call for the EEAS to continue to monitor developments ensuring that respect for fundamental rights and the rule of law are upheld and that more space for independent civil society is ensured.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az előterjesztés tárgya az Európai Közösségek és tagállamaik, másrészről az Üzbég Köztársaság közötti partnerségi és együttműködési megállapodáshoz csatolt, a megállapodás rendelkezéseinek a kétoldalú textilkereskedelemre történő kiterjesztéséről szóló jegyzőkönyv jóváhagyása. Ez előirányozná a legnagyobb kedvezményes elbánást biztosító státusz kölcsönös megadását; a mennyiségi korlátozástól mentes kereskedelmet, az ingyenes tranzit elvét, a piaci árakon történő kereskedelmet. Az előterjesztés védzáradékot is tartalmaz, illetve a közerkölcs, a közrend vagy a közbiztonság által indokolt, a behozatalra, a kivitelre vagy a tranzitárukra vonatkozó tilalmakat, korlátozásokat.

Az együttműködés jelenlegi állása mellett helyénvaló az Európai Parlament hozzájárulása a textilágazatra vonatkozó jegyzőkönyv aláírásához, azonban amennyiben az üzbég hatóságok felfüggesztik kötelezettségvállalásaik teljesítését, a Parlament fenntartja a partnerségi megállapodás 2. és 95. cikkének életbeléptetését. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam az előterjesztő javaslatát.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Ringrazio l'onorevole Marie Arena per l'eccellente lavoro di mediazione nel seguire il negoziato commerciale con l'Uzbekistan.

Il testo finale può certamente essere visto con soddisfazione dal gruppo S&D: voglio sottolineare in particolare l'inserimento dei requisiti di rispetto obbligatorio di alcuni diritti fondamentali e del lavoro, come in materia di bambini. Dopo le recenti elezioni presidenziali nel paese, questo accordo può porre le basi per un ruolo più forte dell'UE nel chiedere una significativa apertura in Uzbekistan sullo Stato di diritto e sul coinvolgimento della società civile; come Parlamento saremo vigili affinché questo partner così importante per l'UE mantenga gli impegni assunti.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das Abkommen steht für die kontinuierliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Baumwollfeldern in Usbekistan.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – After intense research I decided to vote for this recommendation. I note Uzbekistan's significant improvement in the areas of concern, as evidenced by its ratification of multiple ILO conventions.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which gives consent to the textile protocol with Uzbekistan. However, if the Uzbek authorities fail to follow through on their commitment to abolish forced labour, Parliament reserves the right to ask the Commission and the Council to activate Articles 2 and 95 of the PCA, allowing general or specific measures to be taken in the event of a failure to respect human rights.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – L'accordo è estremamente delicato e trovo estremamente utile il dibattito che possiamo fare oggi. L'UE è certamente pronta e in grado di affrontare l'apertura del partenariato anche al settore tessile.

Tuttavia, non dimentichiamo che come Unione ci siamo presi l'impegno di sostenere prima di tutto le riforme politiche nel rispetto delle reciproche determinazioni e scelte, così come abbiamo ripetutamente appoggiato i miglioramenti socio-economici ed educativi in Uzbekistan.

Voterò a favore della relazione perché tiene giustamente in considerazione questa complessità e impegna il Parlamento europeo a chiedere una sospensione dell'applicazione dell'accordo qualora i criteri che abbiamo comunemente stabilito in merito ai diritti sul lavoro non vengano rispettati.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de otorgar el consentimiento a la firma del protocolo por el que se extenderían las provisiones del Acuerdo de cooperación y partenariado UE-Uzbekistán al sector textil. Valoramos que, desde que el Parlamento pospusiera la toma de una decisión sobre el ACP en 2011, se han experimentado mejoras significativas en el terreno: no sólo se han permitido las misiones de la OIT en Uzbekistán, sino que éstas, además, han mostrado una evolución muy favorable, sobre todo en la erradicación del trabajo infantil. Sin embargo, la situación del sector textil en Uzbekistán está lejos de alcanzar un mínimo de garantías laborales y sociales que consideramos indispensable para aprobar este acuerdo. Tanto la OIT como otros observadores advierten del uso sistemático de trabajo forzado en el sector. Esto es motivo suficiente para que estemos en contra de que la Unión conceda ventajas a dicho sector, puesto que dichas ventajas no harían sino incentivar el aumento de la producción y, con ello, estas prácticas.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I have voted to support this resolution. Uzbekistan has slowly but surely cooperated with not only the EU, but the ILO – allowing an unhindered inspection of the cotton harvest to take place for the last three years. They have also broadened ILO cooperation in a number of other areas. The ILO has reported significant progress, and although concerns remain about the use of adult labour, most monitoring reports state that Uzbekistan has been cooperative in trying to do away with this.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de ampliar el Acuerdo de Asociación UE-Uzbekistán al comercio bilateral del textil, tras haber constatado que nuestro rechazo al mismo, hace 5 años, ha surtido el impacto deseado. En 2011, a iniciativa de los socialistas, el Parlamento Europeo rechazó el Protocolo Textil UE-Uzbekistán, hasta que este país demostrara avances en materia de derechos humanos y estándares laborales.

Hoy, la Unión Europea (UE) y la Organización Internacional del Trabajo (OIT) han reportado una clara evolución en la dirección requerida. Entre otras medidas, el Gobierno uzbeko ha dado los pasos exigidos para erradicar la explotación infantil —antes empleada sistemáticamente en los campos de algodón y hoy casi inexistente— y en favor del diálogo sindical, coopera con la OIT en el marco del Programa de Trabajo Decente y ha autorizado la supervisión internacional de las cosechas de algodón; una prueba más de que la política comercial de la Unión, acompañada de un adecuado diálogo exterior, es herramienta clave para la promoción de los derechos humanos y los estándares laborales en el mundo.

Además, los socialistas hemos reclamado a la Comisión el desarrollo medidas de acompañamiento y un mecanismo eficaz de trazabilidad para el sector del textil.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Καταψηφίσαμε την έκθεση, γιατί δεν μπορούμε να παραβλέψουμε τους ισχυρισμούς που υφίστανται για παιδική εργασία στη χώρα αυτή. Με την αποδοχή του πρωτοκόλλου δίνουμε το λανθασμένο μήνυμα στις αρχές της χώρας για βελτίωση αυτής της κατάστασης. Επίσης η προώθηση κλωστοϋφαντουργικών προϊόντων στην Ευρωπαϊκή Ένωση από το Ουζμπεκιστάν θα αποθαρρύνει τη χώρα από την επείγουσα ανάγκη για αλλαγές στον τομέα της γεωργίας.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – Uzbekistan has achieved substantial progress with the reform of their labour market, especially concerning child labour, since 2013. We need to commend the Uzbek authorities for their close collaboration and engagement with the ILO. The progress made by the Uzbek authorities allows us to move forward and include textiles in our partnership agreement. However, we will remain extremely vigilant. We want the Uzbek government to continue full cooperation with ILO to eradicate child and forced labour and for this reason I was happy with the agreement.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az előterjesztés tárgya az Európai Közösségek és tagállamaik, másrészről az Üzbég Köztársaság közötti partnerségi és együttműködési megállapodáshoz csatolt, a megállapodás rendelkezéseinek a kétoldalú textilkereskedelemre történő kiterjesztéséről szóló jegyzőkönyv jóváhagyása. Ez előirányozná a legnagyobb kedvezményes elbánást biztosító státusz kölcsönös megadását; a mennyiségi korlátozástól mentes kereskedelmet, az ingyenes tranzit elvét, a piaci árakon történő kereskedelmet. Az előterjesztés védzáradékot is tartalmaz, illetve a közerkölcs, a közrend vagy a közbiztonság által indokolt, a behozatalra, a kivitelre vagy a tranzitárukra vonatkozó tilalmakat, korlátozásokat.

Az együttműködés jelenlegi állása mellett helyénvaló az Európai Parlament hozzájárulása a textilágazatra vonatkozó jegyzőkönyv aláírásához, azonban amennyiben az üzbég hatóságok felfüggesztik kötelezettségvállalásaik teljesítését, a Parlament fenntartja a partnerségi megállapodás 2. és 95. cikkének életbeléptetését. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam az előterjesztő javaslatát.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. We have seen fundamental changes in Uzbekistan and the beginning of a new period of openness and cooperation. The EAS should continue to monitor developments ensuring that fundamental rights and the rule of law are upheld.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za preporuku o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju Protokola uz Sporazum o partnerstvu i suradnji kojim se uspostavlja partnerstvo između Europskih zajednica i njihovih država članica, s jedne strane, i Republike Uzbekistana, s druge strane i izmjeni Sporazuma kako bi se proširila primjena njegovih odredaba na bilateralnu trgovinu tekstilom, uzimajući u obzir istek bilateralnog sporazuma o tekstilu (16384/1/2010 – C7-0097/2011 – 2010/0323(NLE)).

Naime Europski parlament je u 2011. usvojio privremeno izvješće u kojem je svoju suglasnost uvjetovao poboljšanjem stanja ljudskih prava u Uzbekistanu, osobito pitanja dječjeg i prisilnog rada tijekom godišnje berbe pamuka. Prema najnovijoj promatračkoj misiji pokazalo je da je dječji rad pri branju pamuka gotovo potpuno iskorijenjen, što se međutim ne može potvrditi i u pogledu prisilnog rada. Uzbekistanske vlasti poduzele su više mjera za postupno ukidanje prisilnog rada odraslih osoba te u tom smislu treba poduprijeti napore koji se ulažu.

U pogledu nastavka dijaloga i postojeće suradnje, Europski parlament je mišljenja da treba dati suglasnost za tekstilni protokol s Uzbekistanom. Ukoliko uzbekistanske vlasti prestanu djelovati u cilju ukidanja prisilnog rada treba promijeniti ovu odluku.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je suis de coutume opposé à des accords de libre-échange mais force est de constater que ce partenariat n'aura que peu d'impact sur l'économie française et qu'il permettra à l'Ouzbékistan de trouver des débouchés pour son industrie du coton.

Je me suis donc abstenu.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Podpořil jsem tuto zprávu zabývající se partnerstvím mezi Evropskými společenstvími a Republikou Uzbekistán, protože jsem toho názoru, že podpora, kterou EU v posledních letech Uzbekistánu poskytovala, přináší hmatatelné výsledky. Zpráva klade důraz na pokračování prohlubování spolupráce se zaměřením na právní stát a soudnictví, usilování o nastartování reforem, zefektivnění práce uzbeckého parlamentu a kontrolu již probíhajícího procesu zlepšování pracovních podmínek na polích bavlny v Uzbekistánu.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Maria Arena relatif à l'accord de partenariat et de coopération avec l'Ouzbékistan. L'industrie du textile est un pan important de l'économe ouzbek qui constitue un partenaire commercial pour les entreprises européennes. Pour cela, l'Union européenne a travaillé en étroite collaboration avec le gouvernement et l'Organisation mondiale du travail afin de mettre fin au travail des enfants et au travail forcé. Le rapport salue les efforts entrepris depuis cinq ans par le pays pour remédier à la situation et appelle à mettre en place des mesures supplémentaires. Cet accord n'est pas un blanc-seing accordé à l'Ouzbékistan puisqu'en cas de violation grave des droits de l'homme, l'Union garde la main pour suspendre totalement l'accord. C'est en entretenant des relations commerciales saines avec nos voisins que l'UE gagnera en compétitivité et en croissance, c'est pourquoi je me réjouis de l'adoption de ce rapport.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση της συναδέλφου Μαρίας Αρένα, με την οποία το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο κλήθηκε να δώσει την έγκρισή του στο πρωτόκολλο της συμφωνίας εταιρικής σχέσης και συνεργασίας μεταξύ των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων και των κρατών μελών τους, αφενός, και της Δημοκρατίας του Ουζμπεκιστάν, αφετέρου, με το οποίο επεκτείνονται οι διατάξεις της συμφωνίας εταιρικής σχέσης και συνεργασίας στο διμερές εμπόριο κλωστοϋφαντουργικών προϊόντων. Η κύρωση του πρωτοκόλλου για τα κλωστοϋφαντουργικά προϊόντα θα συνεπάγετο τη συμπερίληψη των κλωστοϋφαντουργικών προϊόντων στη συναφθείσα το 1999 συμφωνία εταιρικής σχέσης και συνεργασίας (ΣΕΣΣ) μεταξύ της χώρας αυτής και της ΕΕ. Ως εκ τούτου, οι διατάξεις που προβλέπονται στον τίτλο «Ανταλλαγές εμπορευμάτων» της εν λόγω ΣΕΣΣ θα ίσχυαν επίσης και για τα κλωστοϋφαντουργικά προϊόντα.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss eines Protokolls zu dem Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zur Gründung einer Partnerschaft zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Usbekistan andererseits zur Änderung des Abkommens zwecks Ausweitung der Bestimmungen des Abkommens auf den bilateralen Handel mit Textilien in Anbetracht des Auslaufens des bilateralen Textilabkommens zugestimmt. Usbekistan ist der ILO beigetreten und hat in kurzer Zeit gute Erfolge beim Kampf gegen Kinder- und Zwangsarbeit erzielt, dem sollte Rechnung getragen werden. Daher unterstütze ich den Abschluss eines Textilhandelsabkommens mit Usbekistan.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which gives consent to the textile protocol with Uzbekistan. However, if commitments to abolish forced labour are not followed through, Parliament reserves the right to ask the Commission and the Council to activate Articles 2 and 95 of the PCA, allowing general or specific measures to be taken in the event of a failure to respect human rights.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Üzbegisztán a közép-ázsiai térség meghatározó, folyamatosan fejlődő, jelentős mezőgazdasággal és feldolgozóiparral rendelkező állama. Az adott egyezmény lényegében a most lejáró korábbi dokumentum megújítása, amely a tapasztalatok szerint eddig is jól szolgálta mind az Unió, mind Üzbegisztán érdekeit. Napjainkban különösen fontos, hogy ezzel is elősegíthetjük az adott régió stabilitásának fenntartását, egyben gazdaságilag is némi ellensúlyt teremthet Európa a mégoly távoli területen. Megjegyzem, épp a napokban került sor az új elnök beiktatására, egy olyan választási procedúrát követően, amely a számos külföldi megfigyelő egyöntetű véleménye szerint kifogástalanul lett lebonyolítva.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих препоръката за споразумение за партньорство и сътрудничество между ЕО и Узбекистан по отношение на двустранната търговия с текстилни изделия.

Основна предпоставка за сключване на споразумението бе поставеното условие в междинен доклад на Европейския парламент за постигане на подобрение на положението с правата на човека в Узбекистан, по-конкретно във връзка с детския труд и принудителния труд при ежегодното събиране на реколтата от памук.

Според докладите на Международната организация на труда, детският труд е практически напълно премахнат при събирането на реколтата от памук и държавните органи са се заели с постоянната превенция срещу неговата поява.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Con il presente accordo il Parlamento europeo fornisce il suo consenso all'emendamento dell'accordo di partenariato che mira ad inglobare garanzie in materia tariffaria per l'industria europea. Nel concreto l'Uzbekistan si impegna a non aumentare le tariffe doganali.

Originariamente l'accordo era stato bloccato a causa di alcune carenze in tema di diritto di lavoro, e nella fattispecie minorile, ma nel 2016, a seguito di una missione di monitoraggio volta a vigilare sul lavoro forzato da parte dell'OIL, è emerso che relativamente alla raccolta di cotone il lavoro minorile è stato eliminato del tutto. Le autorità sono intervenute mediante diverse misure, tra cui il doposcuola, ammende per i contravventori, e maggiore responsabilizzazione dei genitori, degli insegnanti e degli agricoltori

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Les restrictions actuelles sur le coton ouzbek sont justifiées par la pratique du travail forcé pour la récolte du coton. Lors de la période de la récolte, des locaux et même des enfants sont réquisitionnés, ainsi que des personnes «engagées» de force par les autorités locales pour récolter le coton et ainsi atteindre les quotas de production.

Les autorités actuelles tentent de changer cette évaluation, mais pas nécessairement les pratiques.

Certes, une mission d'évaluation de l'OIT a été autorisée, ainsi que certaines ONG locales. Ces dernières concluent à une amélioration, notamment dans le discours du gouvernement qui annonce des mesures contre ces pratiques. Mais dans les faits, on est encore très loin: les missions de suivi ont été téléguidées par les autorités ouzbèkes et de gros doutes persistent sur l'indépendance des ONG locales. D'autres ONG nous ont d'ailleurs présenté des informations contradictoires sur le travail forcé.

Au final, on est encore loin et un meilleur accès au marché européen renforcera une culture industrielle et à très grande échelle du coton en Ouzbékistan alors qu'elle est déjà responsable de l'assèchement de la mer d'Aral. C'est pourquoi je me suis opposé à cet accord.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur l'accord de partenariat et de coopération CE/Ouzbékistan et le commerce bilatéral de textiles. L'Union européenne avait précédemment reporté l'approbation de l'accord sur le textile avec l'Ouzbékistan à cause du travail des enfants et du travail forcé dans les champs de coton. L'OIT a pu surveiller la récolte de coton: le travail des enfants est devenu rare et occasionnel. Des ONG disent de leur côté que le travail forcé continue malgré tout. Je vote normalement contre les traités de libre-échange y compris sur le textile, mais cet accord aura très peu d'impact sur la France et permettra à ce pays pauvre enclavé de trouver quelques débouchés pour son coton.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne avait précédemment reporté l'approbation de l'accord sur le textile avec l'Ouzbékistan à cause du travail des enfants et du travail forcé dans les champs de coton. Selon les dernières observations de l'Organisation internationale du travail, le travail des enfants est devenu rare, très occasionnel et socialement acceptable. Quant au travail forcé, des ONG signalent qu'il existe malheureusement encore. De plus, je suis, spécialement du fait de la conjoncture actuelle, opposé aux accords de libre-échange. Néanmoins, cet accord aura très peu d'impact sur la France et permettra à ce pays pauvre et enclavé de trouver quelques débouchés pour son coton.

Je me suis ainsi abstenu sur ce texte.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, cuyo voto pedí que se pospusiera, porque creo que no existen suficientes garantías de que se apliquen los estándares sociales mínimos (incluyendo las normas OIT) necesarios para abordar un acuerdo bilateral de comercio en el textil.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Hlasoval jsem pro. Jsem pro odstraňování cel a bariér pro obchod s textilem mezi EU a Uzbekistánem. Volný obchod považuji za prospěšný pro obě strany.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Kako bi se u Sporazum o partnerstvu i suradnji koji su Europska unija i Uzbekistan potpisali 1999. godine uključio i tekstil, potrebna je ratifikacija Protokola uz Sporazum o partnerstvu i suradnji kojim se uspostavlja partnerstvo između Europske unije i njezinih država članica s Uzbekistanom. Europski parlament je krajem 2011. već usvojio privremeno izvješće, ali je suglasnost Europskog parlamenta bila uvjetovana poboljšanjem ljudskih prava u Uzbekistanu, posebno kada su u pitanju dječji i prisilni rad tijekom godišnje berbe pamuka.

Uzbekistan je također ostvario suradnju i s Međunarodnom organizacijom rada (ILO) koja je zadužena za ocjenjivanje mjera koje se poduzimaju da se iskorijeni dječji i prisilni rad tijekom godišnje berbe pamuka. Izvješće o najnovijoj promatračkoj misiji ILO-a pokazalo je da je dječji rad pri branju pamuka gotovo iskorijenjen, što se ne može potvrditi i za prisilni rad budući da su vidljivi pokazatelji koji su povezani s iskorištavanjem radnika na poslu i tijekom procesa zapošljavanja.

Podržala sam ovu preporuku budući da su uzbekistanske vlasti uložile napore i napredovale u cilju konačnog iskorjenjivanja prisilnog rada.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. — European parliament recalled that ratifying the textiles protocol would mean including textiles in the Partnership and Cooperation Agreement concluded between Uzbekistan and the EU in 1999. That title foresees: trade free of quantitative restrictions, the principle of free transit, trade at market-related prices, a safeguard clause, prohibitions or restrictions on imports, exports or goods in transit justified on grounds of public morality, public policy or public security. I fully support developing of cooperation between EU and Uzbekistan.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Dohodou rozširujeme pôvodnú dohodu z roku 1999 o vzájomnom obchode s textilnými výrobkami. Na tento obchod sa bude vzťahovať doložka najvyšších výhod, zásada voľného tranzitu, obchodovanie za trhové ceny, ochranná doložka a odôvodnený zákaz alebo obmedzenie dovozu, vývozu alebo tranzitu tovaru z dôvodu narušovania verejnej morálky, verejnej politiky alebo verejnej bezpečnosti. Európsky parlament si vyhradil právo požiadať Komisiu a Radu o uplatnenie účinných opatrení v prípade zistenia porušovania ľudských práv zo strany Uzbekistanu, najmä v súvislosti s detskou a nútenou prácou.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη πρωτοκόλλου της συμφωνίας εταιρικής σχέσης και συνεργασίας μεταξύ των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων και των κρατών μελών τους, αφενός, και της Δημοκρατίας του Ουζμπεκιστάν, αφετέρου, για την τροποποίηση της συμφωνίας προκειμένου να επεκταθούν οι διατάξεις της συμφωνίας στο διμερές εμπόριο κλωστοϋφαντουργικών προϊόντων, δεδομένης της λήξης της διμερούς συμφωνίας για τα κλωστοϋφαντουργικά προϊόντα, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

David Martin (S&D), *in writing*. – Since the EP decided to withhold consent for this protocol in 2011, the Uzbek Government has slowly but surely cooperated with the EU and the ILO. The ILO has reported significant progress, including the abolition of forced child labour. There is still progress to be made, but the Uzbek government has made important strides in the right direction. I therefore voted to give consent to this protocol.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte.

L'accord de coopération entre l'Union européenne et l'Ouzbékistan dans le domaine des textiles pose plusieurs problèmes. Premièrement, ce pays est connu pour avoir recours au travail forcé dans les champs de coton. Par ailleurs, il est fréquent que les enfants soient obligés de travailler dans ce secteur. Ce sont les raisons pour lesquelles l'UE avait précédemment reporté l'approbation de cet accord.

Néanmoins, l'Organisation internationale du travail a mené des contrôles dans le secteur des textiles et a pu surveiller la récolte de coton en Ouzbékistan. Selon les résultats des contrôles, le travail des enfants est devenu rare et occasionnel. Par contre, des nombreuses ONG observent que le travail forcé continue. Prenant en compte les efforts réalisés par l'État pour améliorer les conditions du travail, mais conservant des réserves suite aux rapports des ONG, nous nous abstenons sur ce texte.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – En 2011, la Commission avait proposé d'étendre l'accord de partenariat et de coopération entre l'UE et l'Ouzbékistan au commerce du textile. L'inclusion du «protocole textile» à cet accord de partenariat — surtout symbolique, au vu des volumes impliqués — ne représente pas un enjeu économique important pour l'Union européenne. À l'époque, le Parlement européen avait cependant (et à juste titre) décidé de réserver son consentement à une amélioration manifeste de la situation des droits de l'homme et du droit du travail en Ouzbékistan. À l'époque, le travail des enfants dans les champs de coton était répandu, de même que le travail forcé.

Le gouvernement ouzbek s'est depuis associé avec l'Organisation internationale du travail (OIT), l'autorisant à envoyer plusieurs missions d'observation sur le terrain. Cinq ans plus tard, selon l'OIT, la situation s'est améliorée: le travail des enfants a quasiment disparu, et le travail forcé a nettement reculé. C'est pourquoi ma collègue Marie Arena, soutenue par mon groupe politique, a proposé de finalement donner son feu vert à la conclusion du «protocole textile» , tout en se réservant le droit de demander sa suspension si la situation des droits fondamentaux venait à se dégrader. J'ai voté pour.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Bei diesem Bericht handelt es sich um einen Legislativvorschlag, der den Abschluss eines Textilabkommens mit Usbekistan befürwortet. Die Regierung Usbekistans hat bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Textilbereich in kurzer Zeit erhebliche Fortschritte erzielt, die meiner Meinung nach honoriert werden sollten. Daher habe ich diesem Bericht zugestimmt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le Parlement propose d'accepter cet accord du Conseil sur l'extension des facilités d'importation vers l'Union européenne de produits textiles d'Ouzbékistan. Or, ce pays est non seulement un des premiers producteurs mondial de coton mais aussi un des derniers à encore pratiquer l'esclavage! Alors oui, il y a des «progrès notables» dans l'éradication du travail des enfants mais en plus, il y demeure aussi, à chaque récolte, du «travail forcé» pour les adultes dans les champs. Si ce Parlement voulait réellement «promouvoir les droits de l'homme dans le monde» , cela commencerait concrètement par refuser ce genre d'accord. Je vote contre un coton récolté avec des chaînes!

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cet accord de libre-échange entre les Communautés européennes et leurs États membres d'une part et l'Ouzbékistan concerne l'industrie du textile. L'Union Européenne avait dans un premier temps reporté son acceptation puisqu'il avait été constaté du travail forcé et que des enfants travaillaient dans les champs de coton. L'OIT ayant conclu que le travail des enfants était devenu plus rare et socialement acceptable, l'UE soumet donc cet accord. Cependant des ONG déclarent que le travail forcé continue malgré tout.

Au regard de ces éléments, je me suis abstenue sur cet accord de libre-échange.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — De katoenproductie is de belangrijkste economische sector binnen de handelsrelaties tussen de EU en Oezbekistan. In deze afzonderlijke resolutie wordt de samenwerking tussen de Oezbeekse overheid en de Internationale Arbeidsorganisatie geëvalueerd. Dankzij deze samenwerking kunnen de stappen die de Oezbeekse overheid heeft ondernomen om kinderarbeid en gedwongen tewerkstelling tijdens de katoenpluk in Oezbekistan te stoppen, worden beoordeeld. Het verheugt mij dat deze samenwerking ervoor heeft gezorgd dat kinderarbeid nog maar zelden voorkomt en ook maatschappelijk niet langer wordt getolereerd. Maar ondanks die meetbare vooruitgang inzake kinderarbeid geldt dit nog niet voor de gedwongen arbeid in de katoenindustrie. Het is dus aangewezen en noodzakelijk de Oezbeekse overheid aan te moedigen nationale bewustmakingscampagnes te voeren en intensieve controles te verrichten die de arbeidsomstandigheden in haar land moeten verbeteren. Daarom moet het samenwerkingsakkoord niet enkel worden gelezen als het logische sluitstuk van de inspanningen die geleverd werden om kinderarbeid te

bannen maar ook als een permanent instrument van de Europese Unie om de verbintenissen inzake betere arbeidsomstandigheden waartoe de Oezbeekse overheid zich verbindt, te evalueren.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which shows fundamental changes in Uzbekistan, doing away with child and forced labour and ushering in a new period of openness and cooperation.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Tanács határozattervezetet dolgozott ki az egyrészről az Európai Közösségek és tagállamai, másrészről az Üzbég Köztársaság közötti partnerség létrehozásáról szóló partnerségi és együttműködési megállapodáshoz csatolt, a megállapodás rendelkezéseinek a kétoldalú textilkereskedelemre történő kiterjesztéséről szóló jegyzőkönyv megkötéséről. A határozat elfogadásához a Tanácsnak meg kell szereznie a Parlament egyetértését.

A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament értsen egyet a megállapodás megkötésével. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – L'UE avait précédemment reporté l'approbation de l'accord sur le textile avec l'Ouzbékistan à cause du travail des enfants et du travail forcé dans les champs de coton. L'OIT a pu surveiller la récolte de coton: le travail des enfants est devenu rare et occasionnel et socialement acceptable. Des ONG disent de leur côté que le travail forcé continue malgré tout. Nous votons contre les traités de libre-échange y compris sur le textile mais cet accord aura très peu d'impact pour la France et permet à ce pays pauvre enclavé de trouver quelques débouchés pour son coton.

Abstention.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'UE avait précédemment reporté l'approbation de l'accord sur le textile avec l'Ouzbékistan à cause du travail des enfants et du travail forcé dans les champs de coton. L'OIT a pu surveiller la récolte de coton: le travail des enfants est devenu rare et occasionnel et socialement acceptable. Des ONG disent de leur côté que le travail forcé continue malgré tout.

Je m'oppose aux traités de libre-échange, y compris sur le textile, mais cet accord-là aura très peu d'impact pour la France et permet à ce pays pauvre et enclavé de trouver quelques débouchés pour son coton. Je m'abstiens donc sur ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I supported this report as with the recent passing away of Uzbekistan's authoritarian leader Islam Karimov, the current period is seen as a valuable opportunity to develop deeper relations between the EU and Uzbekistan and is part of its broader strategy in Central Asia.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui approuve l'accord sur le commerce des textiles avec l'Ouzbékistan. Cet accord fait suite aux progrès réalisés et aux engagements pris par l'Ouzbékistan dans la lutte contre le travail forcé et le travail des enfants.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this recommendation that will extend provisions of the Partnership and Cooperation Agreement between the EU and the Republic of Uzbekistan regarding the inclusion of bilateral trade in textiles.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem vyslovení souhlasu EP s rozšířením působnosti Dohody o partnerství a spolupráci mezi ES a Uzbekistánem sjednávané již od roku 2011, protože podle mého názoru pominuly důvody, pro které EU sjednávání dohody pozastavila.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da Usbekistan in kurzer Zeit gute Erfolge beim Kampf gegen Kinder- und Zwangsarbeit erzielt habt. Ich bin der Meinung, dies sollte auch unterstützt werden.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Arvestades, et Usbekistan on astunud positiivseid samme lapstööjõu kasutamise kaotamiseks Usbekistani puuvillakasvandustes, võiks lepingu sõlmimine neid veelgi motiveerida edasisteks reformideks selles vallas. Samas on mitme vaatleja hinnangul lapstööjõud asendunud sunnitööga. See ei ole aktsepteeritav ja EL peab väga tähelepanelikult jälgima olukorda ning vajadusel astuma samme, et selline tegevus lõpetada.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – La aprobación del Protocolo por el que se modifica el Acuerdo de colaboración y cooperación entre la Unión Europea y Uzbekistán tiene como objetivo ampliar las disposiciones del Acuerdo al comercio de productos textiles, lo que conlleva la inclusión del sector textil en el ámbito del Acuerdo de colaboración y cooperación (ACC) de 1999.

En 2011, el Parlamento Europeo se pronunció para vincular la celebración de un acuerdo a una mejora de la situación de los derechos humanos y las condiciones laborales en Uzbekistán. Desde entonces la Organización Internacional del Trabajo ha hecho un meticuloso seguimiento de las condiciones en el país. Concluye que el trabajo infantil ha sido erradicado aunque persisten dudas acerca del trabajo forzoso en el sector textil.

He votado a favor de la celebración del presente Protocolo por si favorece la mejora de las condiciones laborales. En el caso de que el país suspendiera el cumplimiento de su compromiso de abolición del trabajo forzoso, tendremos sin dudas que activar medidas de suspensión.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Τον Δεκέμβριο 2011, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο ενέκρινε προσωρινή έκθεση όσον αφορά τη συμφωνία εταιρικής σχέσης και συνεργασίας ΕΚ-Ουζμπεκιστάν και το διμερές εμπόριο κλωστοϋφαντουργικών προϊόντων, εξαρτώντας τη συγκατάθεσή του από τη βελτίωση της κατάστασης των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στο Ουζμπεκιστάν, ειδικότερα όσον αφορά την παιδική εργασία και την καταναγκαστική εργασία στο πλαίσιο της ετήσιας συγκομιδής βάμβακα. Έχει δρομολογηθεί διάλογος με το Ουζμπεκιστάν μέσω του οποίου πραγματοποιήθηκαν ετήσιες ακροάσεις με τη συμμετοχή διαφόρων πρωταγωνιστών της κοινωνίας των πολιτών, των αρχών του Ουζμπεκιστάν, καθώς και των ευρωπαϊκών και διεθνών θεσμικών οργάνων. Υπήρξε επίσης στενή συνεργασία μεταξύ του Ουζμπεκιστάν και της Διεθνούς Οργάνωσης Εργασίας (ΔΟΕ), προκειμένου να αξιολογηθούν οι αναληφθείσες δράσεις για την εξάλειψη της παιδικής εργασίας και της καταναγκαστικής εργασίας στο πλαίσιο της ετήσιας συγκομιδής βάμβακα στο Ουζμπεκιστάν. Η έκθεση της τελευταίας αποστολής ελέγχου της ΔΟΕ απέδειξε ότι η παιδική εργασία έχει σχεδόν εξαλειφθεί πλήρως κατά τη συγκομιδή βάμβακα. Δεν μπόρεσαν όμως να δοθούν οι ίδιες διαβεβαιώσεις όσον αφορά το θέμα της καταναγκαστικής εργασίας. Είναι σημαντικό, όπως τονίζεται στην έκθεση, οι χονδρέμποροι και λιανοπωλητές βαμβακιού να παύσουν να προμηθεύονται βαμβάκι το οποίο παράγεται με καταναγκαστική παιδική εργασία από το Ουζμπεκιστάν και να ενημερώσουν τόσο τους καταναλωτές όσο και όλους τους προμηθευτές τους για τη στάση τους.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del progetto di risoluzione della collega, concernente il progetto di decisione del Consiglio sull'estensione alle disposizioni relative al commercio bilaterale dei tessili nel quadro dell'accordo di partenariato tra UE e Repubblica di Uzbekistan in quanto ritengo che gli sforzi dimostrati dalle autorità uzbeke in ordine all'abolizione del lavoro forzato in Uzbekistan possano essere ritenuti rilevanti e sufficienti a legittimare la conclusione dell'accordo.

Pertanto, ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam sklapanje Protokola uz Sporazum o partnerstvu i suradnji između Europske unije i njezinih država članica, s jedne strane, i Uzbekistana, s druge strane, i izmjenu Sporazuma o partnerstvu i suradnji kako bi se područje primjene proširilo na bilateralnu trgovinu tekstilom. Ratifikacija tekstilnog protokola dovela bi do uključenja tekstila u Sporazum o partnerstvu i suradnji. Time se predviđa dodjela statusa najpovlaštenije nacije na recipročan način, trgovinu bez količinskih ograničenja, načelo slobodnog tranzita, trgovinu po tržišnim cijenama, zaštitnu klauzulu i zabrane ili ograničenja uvoza, izvoza ili tranzita robe koji su opravdani na temelju javnog morala, interesa ili sigurnosti.

Europski je parlament u prosincu 2011. usvojio privremeno izvješće u kojemu je svoju suglasnost uvjetovao poboljšanjem ljudskih prava u Uzbekistanu, osobito po pitanju dječjeg i prisilnog rada tijekom berbe pamuka. Izvješće iz najnovije promatračke misije ILO-a koja je trajala od 14. rujna do 31. listopada 2015. pokazalo je da je dječji rad pri branju pamuka gotovo potpuno iskorijenjen. Tijela javne vlasti provela su razne mjere za iskorjenjivanje dječjeg rada kao što su organiziranje produženog školskog boravka, kazne za prekršitelje te poticanje odgovornosti roditelja, nastavnika i poljoprivrednika. Zbog napora i napretka u ovom području, podržavam modifikaciju sporazuma.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Područje primjene odredaba Sporazuma o partnerstvu i suradnji, sklopljenog još 1999., kojim se uspostavlja partnerstvo između Europske unije i njezinih država članica te Uzbekistana, usvajanjem Protokola i izmjenom Sporazuma proširilo bi se i na bilateralnu trgovinu tekstilom. Preciznije, odredbe iz naslova „Trgovina robom" koje predviđaju dodjelu statusa najpovlaštenije nacije na recipročan način, trgovinu bez količinskih ograničenja i po tržišnim cijenama te načelo slobodnog tranzita, vrijedile bi i za tekstil.

Europski parlament je krajem 2011. usvojio privremeno izvješće u kojemu je svoju suglasnost uvjetovao poboljšanjem stanja ljudskih prava te je pokrenut dijalog s Uzbekistanom u okviru kojeg su održana godišnja saslušanja na kojima su sudjelovali predstavnici civilnog društva, uzbekistanske vlasti te europske i međunarodne institucije. Najnovije izvješće o promatračkoj misiji MOR-a koja je trajala od 14. rujna do 31. listopada 2015. pokazalo je da je dječji rad pri branju pamuka gotovo potpuno iskorijenjen te je postao društveno neprihvatljiva pojava. Isto se međutim ne može potvrditi i u pogledu prisilnog rada iako su uzbekistanske vlasti poduzele više mjera za njegovo postupno ukidanje.

Rad MOR-a te napore uzbekistanskih vlasti treba pohvaliti i podržati te pozivam na davanje suglasnosti tekstilnom protokolu. EU treba i dalje biti važan partner Uzbekistanu pri provođenju važnih reformi.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* — Esta recomendação visa a celebração de um «Protocolo ao Acordo de Parceria e Cooperação que estabelece uma parceria entre as Comunidades Europeias e os seus Estados-Membros, por um lado, e a República do Usbequistão, por outro».

A natureza deste acordo e seus objetivos não diferem substancialmente da matriz de livre comércio que habitualmente caracteriza os acordos deste tipo.

Talvez mereça destaque particular o facto de o próprio Parlamento Europeu, que dá o seu aval ao acordo, reconhecer a existência de casos de trabalho forçado no país com o qual está a assinar o acordo. De pouco importa.

São reconhecidos os constrangimentos que decorrem da reduzida diversificação da economia do Usbequistão, da elevada dependência, por exemplo, da «monocultura do algodão». De pouco importa.

O livre comércio acentuará esta tendência, com a intensificação do cariz exportador das produções e menosprezo do mercado interno. Colocando ainda uma pressão acrescida sobre os países europeus que ainda têm indústria têxtil, como é o caso de Portugal. Nenhuma novidade: beneficiam os grandes importadores do centro da Europa, são prejudicados os produtores da periferia. Obviamente votámos contra.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie.* – **Tomasz Piotr Poręba (ECR),** *na piśmie.* – Biorąc pod uwagę istotne postępy poczynione w Uzbekistanie od 2013 r., w tym przyjęcie przepisów zakazujących korzystania z pracy dzieci, które doprowadziły do niemal całkowitego wyeliminowania pracy dzieci, zaleca się wydanie zgody na zawarcie protokołu UE-Uzbekistan w sprawie wyrobów włókienniczych. Udzielenie zgody będzie stanowić pozytywny sygnał zachęty dla rządu Uzbekistanu, by podejmował on dalsze działania na rzecz zupełnego wyeliminowania pracy dzieci oraz wszelkich innych form pracy przymusowej, a także by dalej zacieśniał współpracę z UE.

Połączenie dialogu i współpracy, jak również ciągłe naciski na rząd Uzbekistanu ze strony UE, MOP i Banku Światowego wciąż będą potrzebne do osiągnięcia tego celu, a także zastrzega sobie prawo do wezwania Komisji i Rady do uruchomienia procedury z art. 2 i 95 UPiW, aby przyjąć wszelkie niezbędne ogólne i szczegółowe środki w przypadku niedotrzymania zobowiązania do wyeliminowania pracy dzieci i pracy przymusowej. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de cette recommandation qui vise à étendre l'accord de partenariat et de coopération entre l'Union européenne et l'Ouzbékistan au commerce bilatéral de textiles. Selon l'Organisation internationale du travail, le travail des enfants a aujourd'hui quasiment disparu en Ouzbékistan, j'encourage donc la conclusion de cet accord et l'éradication totale de toute forme de travail forcé lors des travaux de récolte du coton. Je rappelle que si le pays ne poursuit pas ses efforts en la matière, nous demanderons de suspendre l'accord.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A presente recomendação visa aprovar a celebração do protocolo que altera o Acordo de Parceria e Cooperação entre as Comunidades Europeias e os seus Estados-Membros, por um lado, e a República do Usbequistão, por outro, a fim de tornar extensivas as disposições do referido acordo ao comércio bilateral de produtos têxteis.

A ratificação do protocolo sobre produtos têxteis resultou na inclusão destes produtos no acordo de parceria e cooperação celebrado entre o Usbequistão e a União Europeia em 1999. As disposições do título «Comércio de mercadorias» do referido acordo são, por conseguinte, igualmente aplicáveis aos produtos têxteis.

Uma das preocupações do Parlamento, sobre o presente acordo, prendia-se com o respeito pelos direitos humanos no Uzbequistão, nomeadamente em relação ao trabalho infantil e ao trabalho forçado no contexto da colheita anual de algodão.

Aprovo o presente relatório e exalto a cooperação estabelecida entre o Usbequistão e a Organização Internacional do Trabalho, no sentido de avaliar e concluir que as medidas tomadas para erradicar o trabalho infantil no contexto da colheita anual de algodão no Usbequistão tiveram resultados.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – After a vigorous debate, some UKIP MEPs voted in favour whilst some abstained. We note Uzbekistan's significant improvement in the areas of concern, as evidenced by its ratification of multiple ILO conventions. We feel left-wing NGOs were calling for a rejection as a spiteful ideological response, rather than due to any meaningful attempt to help. Some MEPs, whilst accepting Uzbekistan's improvement, abstained due to the principle that the EU should not conduct any law, anywhere, ever.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Os produtos têxteis passam a estar incluídos no acordo de parceria e cooperação celebrado entre o Usbequistão e a União em 1999.

Em dezembro de 2011, tinha sido já aprovado um relatório provisório, condicionando a aprovação do acordo à melhoria da situação em matéria de direitos humanos, nomeadamente em relação ao trabalho infantil e ao trabalho forçado no contexto da colheita de algodão.

No seguimento da aprovação deste relatório, foi estabelecido um diálogo com o Usbequistão, no âmbito do qual se realizaram audições anuais, que contaram com a participação de diversos intervenientes, nomeadamente da sociedade civil, das autoridades usbeques e das instituições europeias e internacionais.

Foi também estabelecida uma estreita cooperação entre o Usbequistão e a Organização Internacional do Trabalho. O Parlamento entende que, no atual contexto de diálogo e cooperação, os esforços envidados pelas autoridades usbeques devem ser encorajados.

No entanto, se as autoridades usbeques suspenderem a aplicação de medidas no sentido de abolir o trabalho forçado, o Parlamento reserva-se a possibilidade de solicitar à Comissão Europeia e ao Conselho que ativem os artigos 2.º e 95.º do acordo de parceria e cooperação, que permitem a adoção de medidas gerais ou específicas por não respeito pelos direitos humanos.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – En décembre 2011, le Parlement avait déjà adopté un rapport intermédiaire sur la question qui conditionnait le consentement de l'hémicycle à une amélioration de la situation des droits de l'homme en Ouzbékistan.

Depuis lors, l'Organisation internationale du travail a conduit trois missions d'observation qui ont notamment conclu à la quasi-éradication du travail des enfants. C'est sur cette base que le Parlement avait entre autres accepté d'inclure les textiles dans l'accord de partenariat et de coopération de 1999 entre l'UE et l'Ouzbékistan. Une décision qui visait à l'époque à encourager le gouvernement du pays à poursuivre l'éradication de toute forme de travail forcé et à renforcer sa coopération avec l'Union européenne.

Dans le texte de la résolution non législative votée ce midi, le Parlement a salué le fait que l'Ouzbékistan avait commencé à coopérer avec l'Organisation internationale du travail, mais a néanmoins pressé les autorités ouzbèkes d'accélérer le déploiement de campagnes nationales de sensibilisation qui permettront d'éradiquer complètement cette pratique.

Le Parlement va donc continuer à suivre le dossier et pourrait toujours, en dernier recours, demander à la Commission européenne et au Conseil de suspendre l'accord si les autorités ne tenaient pas leurs engagements en termes d'abolition du travail forcé.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Tekstilės gaminiai – svarbi Uzbekistano užsienio prekybos dalis. Užsienio prekyba, kaip žinome, – svarbus ES išorės santykių instrumentas. Atverdama savo rinką ES gali paskatinti valstybes partneres už jų pažangą žmogaus teisių ir politinių laisvių srityje. Deja, Uzbekistano atveju kol kas nėra ko skatinti. Net ir mirus ilgamečiam diktatoriui padėtis šalyje negerėja. Aš pats nuoširdžiai linkiu, kad Uzbekistano žmonės pradėtų kurti sau, o ne saujelei išrinktųjų skirtą valstybę, ir esu pasiruošęs agituoti už visokeriopą pagalbą tam. Tačiau, kiek matome iš dabartinių tendencijų, metas tam dar neatėjęs – apie pažangą Uzbekistane kalbėti dar per anksti.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Estamos perante um relatório que diz respeito a uma proposta de alteração do Acordo de Parceria e Cooperação com a República do Usbequistão celebrado em 1999, a fim de contemplar a área alusiva ao comércio bilateral de produtos têxteis.

Esta inclusão dos produtos têxteis no capítulo do «comércio de mercadorias» prevê, designadamente, a concessão recíproca do estatuto de nação mais favorecida, a liberdade de trânsito e as restrições às importações, exportações e mercadorias em trânsito por razões ligadas à moralidade, ordem e segurança públicas.

Para que esta alteração ao acordo entre em vigor, o Parlamento Europeu colocou a condição de haver uma melhoria da situação ao nível dos direitos humanos neste país, designadamente em matéria de trabalho infantil e trabalho forçado. Segundo um relatório recente da Organização Internacional do Trabalho (OIT), houve claras melhorias nesta matéria, sobretudo ao nível do trabalho infantil, pese embora ainda se registem falhas ao nível do trabalho forçado.

Tendo em conta que esta preocupante situação continua a ser acompanhada de perto pela OIT e que o Usbequistão tem realizado bastantes esforços no sentido de cumprir e fazer cumprir as normas laborais e o respeito pelos direitos humanos, fui favorável à aprovação deste relatório, no sentido de aprovar a celebração do protocolo sobre produtos têxteis com este país.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui donne l'approbation du Parlement européen pour établir le protocole textile entre l'UE et l'Ouzbékistan. Depuis 2011 et le refus par le Parlement européen d'approuver ce protocole, l'Ouzbékistan a fourni un travail important et a mené des actions afin d'éradiquer le travail des enfants ainsi que le travail forcé. Devant les efforts fournis et étant donné la publication du dernier rapport de suivi de l'OIT, le Parlement donne son approbation au protocole. Néanmoins, les actions pour éradiquer le travail forcé et celui des enfants doivent se poursuivre et en cas de détérioration de la situation, le Parlement se réserve le droit de demander la suspension de ce protocole à tout moment. La politique commerciale de l'Union européenne est basée sur des valeurs qui doivent être respectées.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe der Ausweitung der Bestimmungen des Abkommens zwischen der EG und Usbekistan (PKA) auf den bilateralen Handel mit Textilien zugestimmt.

Für die Zustimmung spricht, dass sich die Lage in Usbekistan hinsichtlich der Kinder- und Zwangsarbeit im Laufe der letzten Jahre deutlich verbessert hat. Das Land hat entsprechende Maßnahmen unternommen, um die Kinder- und Zwangsarbeit bei der jährlichen Baumwollernte zu beseitigen. Darüber hinaus hat sich Usbekistan auch in Zukunft zur Anwendung und Erweiterung der Maßnahmen verpflichtet. Es spricht deshalb nichts mehr dagegen, den Handel mit Textilien unter die gleichen Konditionen zu stellen wie den Handel mit anderen Waren.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He rechazado esta propuesta de aceptar un Acuerdo que busca profundizar las importaciones a la Unión de productos textiles de Uzbekistán. La Unión con este Acuerdo ignora una vez más los derechos humanos y legitima como socio económico un país donde existe la esclavitud, el trabajo forzado en los campos de algodón y el trabajo infantil.

Con este Acuerdo la Unión vuelve a obviar los derechos humanos para hacer, una vez más, de mera embajadora de los intereses de las transnacionales textiles y sus multimillonarios beneficios conseguidos a costa de perpetuar la explotación laboral y en el dumping.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I have voted in favour of this draft recommendation for consent as we have seen fundamental changes in Uzbekistan, doing away with child and forced labour and ushering in a new period of openness and cooperation. It is important to build on this in order to strengthen civil society.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Cieľom tohto uznesenia je schválenie zahrnutia bilaterálneho obchodu v oblasti textilu do už existujúcej dohody o partnerstve a spolupráci medzi EÚ a jej členskými štátmi a Uzbeckou republikou. Uzbecká republika urobila za posledný čas veľký pokrok pri odstraňovaní detskej práce počas každoročného zberu bavlny, ktorá bola už takmer úplne odstránená. Hlasoval som za.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Odlučio sam biti suzdržan prema ovom Izvješću, a ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Bavlna patrí medzi najvýznamnejšie plodiny pestované na výrobu textilného vlákna, ktorá sa výrazným spôsobom podieľa aj na hospodárskom rozvoji Uzbekistanu, ktorý už tradične patrí medzi najväčších producentov a exportérov na svete. Žiaľ, táto výroba spôsobuje aj mnoho negatívnych sociálnych a environmentálnych dôsledkov, ktoré je potrebné postupne odstrániť. Podporila som návrh nelegislatívneho uznesenia, pretože súhlas s textilom protokolu o textile medzi EÚ a Uzbekistanom sa môže stať pozitívnym signálom na podporu uzbeckej vlády, aby naďalej vyvíjala úsilie o úplné odstránenie detskej práce a všetkých ostatných foriem nútenej práce a zároveň ešte viac posilnila spolupráca s EÚ. Veľmi pozitívne vnímam zmeny v oblasti obchodovania s textilom, ku ktorým došlo na základe dialógu a spolupráce medzi EÚ a Uzbekistanom. Som rada, že vďaka konkrétnym reformám sa v Uzbekistane dosiahli zásadné pozitívne výsledky smerujúce ku skutočnému odstráneniu nútenej práce a detskej práce na vnútroštátnej, regionálnej a miestnej úrovni. Keďže celý tento proces nie je v Uzbekistane doteraz ukončený, považujem za nevyhnutné vyvinúť ďalšiu podporu EÚ a medzinárodného spoločenstva vrátane účasti organizácií občianskej spoločnosti, ktoré pôsobia v oblasti ľudských a pracovných práv.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Obchodné dohody Európskej únie s krajinami Strednej Ázie nepredstavujú len nástroj na ekonomickú a politickú stabilizáciu a postupnú demokratizáciu regiónu, ale sú aj spôsobom, akým sa rozširujú európske štandardy, najmä v oblasti ochrany autorských práv.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Od Europskog parlamenta traži se suglasnost za sklapanje Protokola uz Sporazum o partnerstvu i suradnji kojim se uspostavlja partnerstvo između Europske unije i njezinih država članica, s jedne strane, i Uzbekistana, s druge strane te da se izmjeni Sporazum kako bi se područje primjene njegovih odredaba proširilo i na bilateralnu trgovinu tekstilom.

Europski parlament je u prosincu 2011. usvojio privremeno izvješće, u kojemu je svoju suglasnost uvjetovao poboljšanjem ljudskih prava u Uzbekistanu, osobito se isticalo pitanje dječjeg i prisilnog rada. Nakon usvajanja, pokrenut je dijalog s Uzbekistanom u okviru kojeg su održana godišnja saslušanja. Tijela javne vlasti provela su razne mjere za iskorjenjivanje dječjeg rada. Europski parlament podržava rad koji je obavio ILO u cilju konačnog iskorjenjivanja prisilnog rada u Uzbekistanu. Također treba poduprijeti napore koje ulažu uzbekistanske vlasti.

Stoga podržavam ovo Izvješće jer smatram da je iskorištavanje radnika i dječji rad neprihvatljiva društvena pojava. Europski parlament treba dati svoju suglasnost za tekstilni protokol s Uzbekistanom. Međutim, u slučaju da uzbekistanske vlasti prestanu djelovati u cilju ukidanja prisilnog rada, Parlament zadržava pravo da zatraži od Europske komisije i Vijeća opće i posebne mjere protiv nepoštivanja ljudskih prava.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Protokola k Sporazumu o partnerstvu in sodelovanju, ki vzpostavlja partnerstvo med EU ter Republiko Uzbekistan na o spremembi Sporazuma z namenom razširitve določb Sporazuma na dvostransko trgovino s tekstilom, ob upoštevanju izteka veljavnosti dvostranskega sporazuma o tekstilu. Podpiram protokol o tekstilu, ki spreminja sporazum o partnerstvu med EU in Uzbekistanom, seveda pod jasnimi pogoji, da organi v Republiki Uzbekistan ne prekinejo izvajanja svoje zaveze o odpravi prisilnega dela. Mednarodni organizaciji dela moramo dati vso podporo pri delu v povezavi z odpravo dela otrok in prisilnega dela v Uzbekistanu.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az Európai Uniónak teljes mértékben ki kell használnia a partnerségi és együttműködési megállapodás kiterjesztését annak biztosítására, hogy az üzbég hatóságok a jogállamiság megerősítése és a demokratikus reformok mellett elköteleződjenek. Ezen az úton jelentős előrelépés a gyerekmunkát tiltó jogszabályok elfogadása, de további kormányintézkedésekre is szükség van, mivel a kényszermunka közvetettebb és kifinomultabb módjai továbbra is fellelhetőek. Elengedhetetlen a politikai okból bebörtönzött foglyok szabadon bocsátása, véget kell vetni az emberi jogokba ütköző letartóztatásoknak és elmarasztaló ítéleteknek. Az Európai Unió a jövőben is nyomon követi az intézkedéseket és amennyiben szükséges, felszólítja az Európai Bizottságot és a Tanácsot a megállapodás 2. és 95. cikkének életbe lépetésére. A fentiekkel egyetértésben szavazatommal támogatom az indítványt.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană a încurajat în mod constant, în ultimii ani, dialogul cu țările din Asia Centrală. Uzbekistanul este unul dintre principalele state din regiune, atât ca populație, cât și ca dezvoltare economică. În 1999 a fost încheiat Acordul de parteneriat și cooperare între UE și Uzbekistan, care a constituit un moment important în dezvoltarea relațiilor bilaterale. În 2011, în urma solicitării aprobării unui Protocol de modificare a Acordului pentru a facilita comerțul bilateral cu textile, Parlamentul European a adoptat un raport interimar de aprobare, sub rezerva îmbunătățirii situației drepturilor omului, în special în privința folosirii muncii copiilor și a muncii forțate la recoltarea bumbacului. Dialogul inițiat cu Uzbekistanul în urma acestui raport a inclus, pe lângă autoritățile naționale, și societatea civilă, instituțiile europene și internaționale (Organizația Internațională a Muncii). În prezent, potrivit ultimelor rapoarte de monitorizare, munca copiilor la recoltarea bumbacului a fost eradicată în totalitate, iar folosirea muncii copiilor a devenit un fenomen izolat în alte domenii. În privința muncii forțate, însă, mai rămân de depus eforturi importante pentru schimbarea situației la fața locului, în direcția aplicării convențiilor internaționale în domeniu. Autoritățile uzbece și-au luat angajamentul de a intensifica combaterea acestei practici. În aceste condiții, susțin adoptarea recomandării.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai suivi la rapporteure Maria Arena sur la recommandation sur le projet de décision du Conseil relative à la conclusion d'un protocole à l'accord de partenariat et de coopération établissant un partenariat entre les Communautés européennes et leurs États membres, d'une part, et la République d'Ouzbékistan, d'autre part, modifiant ledit accord afin d'étendre ses dispositions au commerce bilatéral de textiles, compte tenu de l'expiration de l'accord bilatéral sur les textiles.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – In an effort to strengthen its ties with Uzbekistan, the EU is seeking to add bilateral trade in textiles to the existing EU-Uzbekistan PCA (1999). The trade agreement, more specifically, seeks to forge a closer collaboration between the central Asian country, the EU and the International Labour Organisation to tackle forced and child labour in Uzbekistan, a problem that is prevalent in the country's cotton industry. I voted in favour of including textiles in our partnership agreement, as the agreement will encourage the Uzbek Government to continue to implement reforms that will allow the country to respect their international commitments regarding human and labour rights, and eventually eradicate forced and child labour.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o sporazumu o partnerstvu i suradnji između EU-a i Uzbekistana i bilateralnoj trgovini tekstilom" s obzirom na istek bilateralnog sporazuma o tekstilu.

Sporazum o partnerstvu i suradnji između Europske unije i Uzbekistana sklopljen je 1999. godine te uređuje generalnu suradnju Unije i Uzbektistana. Ovom rezolucijom omogućuje se implementacija bilateralne trgovine tekstilom u poglavlje „Trgovina robom" gore spomenutog sporazuma o partnerstvu s implikacijom važenja svih odredbi tog poglavlja na trgovinu tekstilom. Na taj bi se način omogućilo trgovinu bez ograničenja, po tržišnim cijenama te zaštitnu klauzulu koja bi spriječila uvoz ili izvoz robe koja nije u javnom interesu.

Ovom rezolucijom Parlament podržava rad ILO-a kojim se pokušava iskorijeniti prisilni rad i rad djece u industriji pamuka. Izvješće ILO-a potvrdilo je da je praksa korištenja dječjeg rada gotovo iskorijenjena u čemu je sudjelovala sama vlast Uzbekistana uvođenjem raznih mjera i ispunjavanjem preporuka iz privremenog izvješća Sabora 2011. godine. Europski parlament treba pružiti pohvalu, ohrabrenje i dati suglasnost kao poticaj ovakvog djelovanja.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Balsavau už EP narės M. Arenos pranešimą, nes manau, kad Tarybos pritarimas sutarties priėmimui dėl bendradarbiavimo ir partnerystės su Uzbekistanu būtų naudingas abiem šalims. Tai taip pat gerai paveiks abipusį prekiavimą pluošto dirbiniais. Šio Tarybos ir Parlamento sprendimo laukia Europos aprangos gamyklos todėl, kad pigi žaliava iš Uzbekistano pataisys europietiškų gaminių konkurencinę padėtį tekstilės pramonėje.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam Preporuku o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju Protokola uz Sporazum o partnerstvu i suradnji kojim se uspostavlja partnerstvo između država članica i Republike Uzbekistana, i izmjeni Sporazuma kako bi se proširila primjena njegovih odredaba na bilateralnu trgovinu tekstilom, uzimajući u obzir istek bilateralnog sporazuma o tekstilu.

Naime, vlada Republike Uzbekistana ostvarila je značajan napredak od 2013. godine u borbi protiv rada djece tako što je usvojila zakon koji zabranjuje eksploataciju dječjeg rada. Smatram da bi usvajanje ove Preporuke bio poticaj uzbekistanskoj vladi za postizanje daljnjih napora u potpunom istrebljivanju dječjeg rada i svih drugih oblika prisilnog rada.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Protokola k Sporazumu o partnerstvu in sodelovanju, ki vzpostavlja partnerstvo med Evropskima skupnostma in njunimi državami članicami na eni strani ter Republiko Uzbekistan na drugi strani o spremembi Sporazuma z namenom razširitve določb Sporazuma na dvostransko trgovino s tekstilom, ob upoštevanju izteka veljavnosti dvostranskega sporazuma o tekstilu, sem podprla. Evropski parlament je bil zaprošen za odobritev protokola, ki spreminja Sporazum o partnerstvu in sodelovanju med Evropsko unijo in njenimi državami članicami na eni strani in Uzbekistanom na drugi strani, s katerim bi razširili določbe tega sporazuma na dvostransko trgovino s tekstilom. Država bi dobila ugodnosti kot so trgovina brez količinskih omejitev, načelo prostega tranzita, trgovanje po tržnih cenah itd. Uzbekistan je do sedaj popolnoma odpravil delo otrok pri pobiranju bombaža, toda še vedno je preveč prisilnega dela z izkoriščevalskimi delovnimi pogoji.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Należy wspierać partnerstwo gospodarcze pomiędzy UE a Uzbekistanem. Współpraca może przynieść wymierne korzyści nie tylko Uzbekistanowi ale także państwom członkowskim UE. Wymiana kulturowa, która jest bardzo rozpowszechniona w naszych krajach powinna być również poszerzona o wymianę gospodarczą. Zagłosowałem za przyjęciem umowy.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Parlamentet arra kérik, hogy hagyja jóvá az egyrészről az Európai Közösségek és tagállamai, másrészről az Üzbég Köztársaság közötti partnerségi és együttműködési megállapodáshoz csatolt, a partnerségi és együttműködési megállapodás rendelkezéseinek a kétoldalú textilkereskedelemre történő kiterjesztéséről szóló jegyzőkönyvet. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de otorgar el consentimiento a la firma del protocolo por el que se extenderían las provisiones del Acuerdo de cooperación y partenariado UE-Uzbekistán al sector textil. Valoramos que, desde que el Parlamento pospusiera la toma de una decisión sobre el ACP en 2011, se han experimentado mejoras significativas en el terreno: no sólo se han permitido las misiones de la OIT en Uzbekistán, sino que éstas, además, han mostrado una evolución muy favorable, sobre todo en la erradicación del trabajo infantil. Sin embargo, la situación del sector textil en Uzbekistán está lejos de alcanzar un mínimo de garantías laborales y sociales que consideramos indispensable para aprobar este acuerdo. Tanto la OIT como otros observadores advierten del uso sistemático de trabajo forzado en el sector. Esto es motivo suficiente para que estemos en contra de que la Unión conceda ventajas a dicho sector, puesto que dichas ventajas no harían sino incentivar el aumento de la producción y, con ello, estas prácticas.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted against, because this consent procedure should have been initiated after December, when the ILO report on the 2016 cotton harvest will be available. One of the conditions included in the interim report that the European Parliament adopted in 2011 included the need to eradicate child labour and other forms of forced labour. Even though there has been considerable progress in the eradication of child labour, the same result is likely to not have been achieved regarding forced labour. This is why the independent ILO assessment is a key tool to evaluate the possibility of giving our consent to this Protocol.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Europos Parlamento prašoma pritarti Partnerystės ir bendradarbiavimo susitarimo, nustatančio Europos Bendrijų bei jų valstybių narių ir Uzbekistano Respublikos partnerystę, protokolui, kuriuo iš dalies keičiamas susitarimas išplečiant jo nuostatų taikymą dvišalei prekybai tekstilės gaminiais. Ratifikavus protokolą dėl tekstilės gaminių, į Uzbekistano ir ES partnerystės ir bendradarbiavimo susitarimą (PBS), kuris buvo sudarytas 1999 m., būtų įtraukti tekstilės gaminiai. Taigi minėto partnerystės ir bendradarbiavimo susitarimo skyriaus dėl prekybos prekėmis nuostatos taip pat būtų taikomos ir tekstilės gaminiams.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Recommendation on the draft Council decision on the conclusion of a Protocol to the Partnership and Cooperation Agreement establishing a partnership between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Republic of Uzbekistan, of the other part, amending the Agreement in order to extend the provisions of the Agreement to bilateral trade in textiles, taking account of the expiry of the bilateral textiles Agreement. Parliament is asked to give its consent to the Protocol amending the Partnership and Cooperation Agreement between the European Union and its Member States and the Republic of Uzbekistan extending the provisions of that Agreement to bilateral trade in textiles. Ratifying the textiles protocol would mean including textiles in the Partnership and Cooperation Agreement (PCA) concluded between Uzbekistan and the EU in 1999. The report on the ILO's last monitoring mission revealed that the practice of using child labour in cotton harvesting had been virtually eradicated. I voted in favour because I fully support the work done by the ILO to abolish forced labour in Uzbekistan definitively.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta propuesta tiene como objetivo incluir al sector textil de Uzbekistán en el ámbito del Acuerdo de Cooperación y Partenariado de 1999, ya que según su artículo 16 el sector textil se encontraba excluido de las obligaciones de tratamiento de nación más favorecida y de la prohibición de restricciones cuantitativas, sí aplicables a otros sectores. Esta propuesta puede llenar el hueco que supone que Uzbekistán no sea miembro de la Organización Mundial del Comercio, pues en tanto que no se produzca su adhesión a dicho organismo, no se verá vinculado por la cláusula de nación más favorecida y a las reglas multilaterales que se aplican todos sus miembros. Este informe llega después de varios años de esfuerzos por parte de las autoridades para erradicar —en base a las guías facilitadas por la Unión— el trabajo infantil, avalado por una investigación de 2015 que revela la eliminación virtual de esta práctica y aplaude las medidas tomadas para lograrlo (cuidado extraescolar, multas a quienes lo promuevan y mayores niveles de responsabilidad para padres, profesores y agricultores…), habiendo conseguido que emplear mano de obra infantil se considere una práctica socialmente inaceptable. Por todo ello, he considerado oportuno votar a favor de este informe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He rechazado esta propuesta de aceptar un Acuerdo que busca profundizar las importaciones a la Unión de productos textiles de Uzbekistán. La Unión con este Acuerdo ignora una vez más los derechos humanos y legitima como socio económico un país donde existe la esclavitud, el trabajo forzado en los campos de algodón y el trabajo infantil.

Con este Acuerdo la Unión vuelve a obviar los derechos humanos para hacer, una vez más, de mera embajadora de los intereses de las transnacionales textiles y sus multimillonarios beneficios conseguidos a costa de perpetuar la explotación laboral y el dumping.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor omdat het Europees Parlement in december 2011 een interimverslag heeft aangenomen, waarin het zijn goedkeuring afhankelijk maakt van de verbetering van de situatie van de mensenrechten in Oezbekistan met de nadruk op kinderarbeid en dwangarbeid bij de jaarlijkse katoenoogst.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório que acompanha a recomendação, que propõem a celebração do Acordo, contém, a pretexto da suposta ajuda, considerações inaceitáveis e inequívocas dos instrumentos que a União Europeia usa para ingerir sobre Estados soberanos, procurando condicionar as suas políticas sociais e económicas, com a soberba vaidade de quem acha que pode dar lições.

Votámos contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Bei diesem Bericht handelt es sich um einen Legislativvorschlag, der den Abschluss eines Textilabkommens mit Usbekistan befürwortet. Die Regierung Usbekistans hat bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Textilbereich in kurzer Zeit erhebliche Fortschritte erzielt, die meiner Meinung nach honoriert werden sollten. Daher habe ich diesem Bericht zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – With the recent passing away of Uzbekistan's authoritarian leader Islam Karimov, the current period is seen as a valuable opportunity to develop deeper relations between the EU and Uzbekistan and is part of its broader strategy in Central Asia. Labour MEPs voted in favour of the report as we believe that, in the context of the ongoing dialogue and cooperation, it is appropriate for Parliament to give its consent to the textile protocol with Uzbekistan. However, if the Uzbek authorities fail to follow through on their commitment to abolish forced labour, Parliament reserves the right to ask the Commission and the Council to activate Articles 2 and 95 of the PCA, allowing general or specific measures to be taken in the event of a failure to respect human rights.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Odporúčanie týkajúce sa uzavretia protokolu k dohode o partnerstve a spolupráci, ktorou sa zakladá partnerstvo medzi Európskym spoločenstvom a Uzbeckou republikou, ktorým sa mení dohoda o partnerstve a spolupráci a rozširuje sa o obchod v oblasti textilu, som podporila. Hoci dohoda o partnerstve a spolupráci bola s Uzbekistanom uzavretá už v roku 1999, textilné odvetvie bolo z nej vylúčené kvôli rozšírenému využívaniu detskej a nútenej práce na zber bavlny. V roku 2011 Európsky parlament odmietol túto výnimku zrušiť, keďže problém v Uzbekistane pretrvával. Od toho obdobia sa však mnohé zmenilo, Uzbekistan prijal nové zákony na odstránenie detskej práce a jej takmer úplne vymiznutie potvrdili aj nezávislí pozorovatelia. Práve preto si myslím, že tieto zmeny v Uzbekistane je potrebné oceniť, a verím, že rozšírenie dohody o obchod s textilnými výrobkami povzbudí Uzbekistan k prijatiu ďalších pozitívnych reforiem.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Protokola k Sporazumu o partnerstvu in sodelovanju, ki vzpostavlja partnerstvo med Evropskima skupnostma in njunimi državami članicami na eni strani ter Republiko Uzbekistan na drugi strani o spremembi Sporazuma z namenom razširitve določb Sporazuma na dvostransko trgovino s tekstilom, ob upoštevanju izteka veljavnosti dvostranskega sporazuma o tekstilu.

V skladu s poročilom zadnje opazovalne misije MOD, so pristojni organi v Uzbekistanu uspešno izpeljali ukrepe za odpravo dela otrok ter sprejeli več nadaljnjih zavez za postopno odpravo prisilnega dela odraslih, vključno z vzpostavitvijo mehanizma za povratne informacije, ki bi omogočil odgovor na pritožbe prebivalcev, organiziranjem kampanj ozaveščanja in vzpostavitvijo programa za ocenjevanje izvajanja mednarodnih konvencij na tem področju.

Zato podpiram odobritev protokola, ki spreminja Sporazum o partnerstvu in sodelovanju med Evropsko unijo in njenimi državami članicami na eni strani in Uzbekistanom na drugi strani, s katerim bi razširili določbe tega sporazuma na dvostransko trgovino s tekstilom.

10.3. Abkommen EG/Usbekistan über Partnerschaft und Zusammenarbeit und bilateraler Handel mit Textilien (Entschließung) (A8-0330/2016 - Maria Arena)

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'accordo tra UE e Uzbekistan per quanto riguarda i tessili è un dossier aperto molto tempo fa, rimasto però a lungo bloccato a causa del diffusissimo lavoro minorile proprio in Uzbekistan.

Ritengo che il fatto che durante la stagione della raccolta del cotone venivano mobilitati in massa bambini ed adulti sia una pratica disumana. Va detto in questo senso che, nonostante le autorità uzbeke fossero poco propense a discutere del problema, l'UE si è molto impegnata negli anni per combattere questo fenomeno e infatti negli ultimi anni la situazione è molto migliorata, il paese ha infatti deciso di aprirsi e di collaborare con le istituzioni internazionali.

Il fatto che la situazione sia molto migliorata e sia stato instaurato una cooperazione ed un dialogo tra Uzbekistan e istituzioni europee, sono le motivazioni per cui ho espresso un voto positivo.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de ampliar el Acuerdo de Asociación UE-Uzbekistán al comercio bilateral del textil, tras haber constatado que nuestro rechazo al mismo, hace 5 años, ha surtido el impacto deseado. En 2011, a iniciativa de los socialistas, el Parlamento Europeo rechazó el Protocolo Textil UE-Uzbekistán, hasta que este país demostrara avances en materia de derechos humanos y estándares laborales.

Hoy, la Unión Europea (UE) y la Organización Internacional del Trabajo (OIT) han reportado una clara evolución en la dirección requerida. Entre otras medidas, el Gobierno uzbeko ha dado los pasos exigidos para erradicar la explotación infantil —antes empleada sistemáticamente en los campos de algodón y hoy casi inexistente— y en favor del diálogo sindical, coopera con la OIT en el marco del Programa de Trabajo Decente y ha autorizado la supervisión internacional de las cosechas de algodón; una prueba más de que la política comercial de la Unión, acompañada de un adecuado diálogo exterior, es herramienta clave para la promoción de los derechos humanos y los estándares laborales en el mundo.

Además, los socialistas hemos reclamado a la Comisión el desarrollo medidas de acompañamiento y un mecanismo eficaz de trazabilidad para el sector del textil.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He rechazado esta Resolución que acompaña al Acuerdo con Uzbekistán puesto que legitima un Acuerdo que rechazo y se lava las manos respecto a los derechos humanos a través de centrarse en la existencia de una cláusula que permite su congelación en caso de violación de éstos. Es decir, se justifica un Acuerdo con un país con violaciones flagrantes de los derechos humanos, como el trabajo forzado o la explotación infantil, justificándose en que se congelará si se violan los derechos humanos.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento rezoliuciją dėl EB ir Uzbekistano partnerystės ir bendradarbiavimo susitarimo ir dvišalės prekybos tekstilės gaminiais. Tekstilės sektorius, ypač medvilnės gamyba, yra pagrindinė ES ir Uzbekistano prekybos sritis. Palaikau rezoliucijos nuostatą, kuria konstatuojama, kad Uzbekistane nuo 2013 m. padaryta didelė pažanga, įskaitant įstatymų, pagal kuriuos draudžiama naudoti vaikų darbą, priėmimą ir beveik visiškai panaikintą vaikų darbą. Rezoliucijoje Uzbekistano valdžios institucijos skatinamos toliau rengti visos šalies masto kampaniją, siekiant padidinti informuotumą, kad būtų visiškai panaikintas vaikų darbas. Teigiamai vertintina tai, kad Uzbekistano vyriausybė, bendradarbiaudama su Tarptautine darbo organizacija (TDO), taip pat siekia panaikinti priverstinį darbą, ir kad padaryta pažanga, tačiau reikia pabrėžti, kad vis dar esama paslėptų, neviešinamų nesavanoriško darbo atvejų. Situacija reikalauja užimtumo politikos reformos. Laikausi nuomonės, kad dėl šių Uzbekistano vyriausybės pastangų Parlamentas turėtų suteikti pritarimą ES ir Uzbekistano protokolui dėl tekstilės gaminių, nes toks pritarimas būtų paskatinimo ženklas Uzbekistano vyriausybei toliau dėti pastangas, siekiant visiškai panaikinti vaikų darbą ir visų kitų formų priverstinį darbą, taip pat toliau stiprinti bendradarbiavimą su ES.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της σύστασης σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη πρωτοκόλλου της συμφωνίας εταιρικής σχέσης και συνεργασίας μεταξύ των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων και των κρατών μελών τους, αφενός, και της Δημοκρατίας του Ουζμπεκιστάν, αφετέρου, για την τροποποίηση της συμφωνίας προκειμένου να επεκταθούν οι διατάξεις της συμφωνίας στο διμερές εμπόριο κλωστοϋφαντουργικών προϊόντων, δεδομένης της λήξης της διμερούς συμφωνίας για τα κλωστοϋφαντουργικά προϊόντα, διότι το Ουζμπεκιστάν έχει αποδείξει έμπρακτα τα τελευταία χρόνια τη θέλησή του για συνέχιση της συνεργασίας με την ΕΕ.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport contient une proposition non législative et est complémentaire du projet de recommandation sur le protocole textile UE-Ouzbékistan pour lequel je propose de voter l'abstention.

L'Union européenne avait précédemment reporté l'approbation de l'accord sur le textile avec l'Ouzbékistan à cause du travail des enfants et du travail forcé dans les champs de coton. L'OIT a pu surveiller la récolte de coton: le travail des enfants est devenu rare et occasionnel. Des ONG disent que le travail forcé continue mais le Parlement européen se félicite des efforts de l'Ouzbékistan. Ce dernier demande la poursuite des efforts et demande à la Commission européenne un mécanisme de traçabilité dans le secteur de la confection, le respect des normes de l'OIT par l'Ouzbékistan, la fin du travail forcé des enfants, le respect des droits démocratiques et des ONG. Il recommande aussi de voter pour le texte sur le protocole textile.

Étant donné que certains éléments du rapport constituent une ingérence dans la politique d'un État souverain, je me suis abstenue.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I followed the whips' recommendation to vote in favour of this motion, having insufficient personal knowledge of the situation to be able to consider doing otherwise. I note that Uzbekistan has made genuine steps towards improving workers' rights in recent years and that further trade deals will help build a safer working environment in that country.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette recommandation afin d'étendre les dispositions de l'accord de partenariat et de coopération entre l'Union européenne et l'Ouzbékistan et d'y inclure le commerce du textile. Le rapport de la dernière mission de l'Organisation internationale du travail qui s'est déroulée du 14 septembre au 31 octobre 2015 relève que les autorités publiques ont mis en place différentes mesures afin d'éliminer le travail des enfants. Au vu du respect de cette condition, j'ai donc considéré que l'accord pouvait être étendu.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl rezoliucijos dėl Tarybos sprendimo, susijusio su ES ir Uzbekistano partnerystės ir bendradarbiavimo susitarimu ir dvišale prekyba tekstilės gaminiais. 2011 m. Europos Parlamentas priėmė preliminarų pranešimą nurodydamas, kad šiam susitarimui pritars tuo atveju, jei Uzbekistane pagerės žmogaus teisių padėtis, visų pirma kalbant apie vaikų ir priverstinį darbą kiekvienais metais, kai renkamas medvilnės derlius. Po paskutinės Tarptautinės darbo organizacijos (TKO) stebėsenos misijos, matomas Uzbekistano valdžios institucijų pastangos panaikinti priverstinį darbą. Atsižvelgdamas į šiuo metu vykdomą dialogą ir bendradarbiavimą, pritariu susitarimui su Uzbekistanu dėl tekstilės gaminių susitarimo.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport demande le respect en Ouzbékistan des normes de l'Organisation internationale du travail. Bien que cette intention soit louable, le rapport est extrêmement intrusif puisqu'il comporte cette partie: «Souscrit à l'idée de prolonger le programme par pays de promotion du travail décent au-delà de 2016 et de l'approfondir afin d'englober la modernisation de l'économie ouzbèke, la politique de l'emploi, la santé et la sécurité au travail et l'inspection du travail, tout en tenant compte de l'égalité hommes-femmes.» Étant résolument contre l'ingérence, j'ai choisi de m'abstenir.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport de ma collègue Marie Arena qui propose, via un protocole, d'étendre l'accord de coopération établissant un partenariat entre les Communautés européennes et leurs États membres, d'une part, et l'Ouzbékistan, d'autre part, au commerce bilatéral de textiles compte tenu de l'expiration de l'accord bilatéral sur les textiles. Ceci inclurait, entre autres, l'octroi du statut de la nation la plus favorisée de manière réciproque, des échanges commerciaux exempts de restrictions quantitatives, une clause de sauvegarde et le principe de transit.

Les négociations en vue de la réalisation de ce protocole ont notamment été facilitées par le fait que le travail des enfants lors de la récolte du coton avait été pratiquement totalement éradiqué selon la dernière mission de monitoring menée par l'OIT en 2015 en Ouzbékistan.

Il n'en est hélas pas de même pour la situation du travail forcé. Dès lors, le rapport précise que le Parlement adoptera des mesures appropriées si les autorités ouzbèkes venaient à suspendre la mise en œuvre de leur engagement d'abolir du travail forcé.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione non legislativa sull'accordo di partenariato e cooperazione tra l'UE e l'Uzbekistan e il commercio bilaterale dei tessili.

Il testo sottolinea l'importanza dell'azione intrapresa negli ultimi anni dal governo uzbeko per autorizzare l'OIL a monitorare la raccolta del cotone, e giudica positivamente l'impegno del paese nella definizione del programma nazionale per il lavoro dignitoso. Il voto del Parlamento, a favore del protocollo all'accordo di partenariato, è una conseguenza diretta di queste valutazioni.

La repubblica dell'Asia centrale presenta comunque numerosi problemi legati in particolare a subdole modalità di lavoro non volontario, che per essere eradicate definitivamente richiederebbero profonde modifiche delle politiche di occupazione. Sempre nel settore tessile occorrerebbe un'azione forte per garantire un aumento dei salari dei raccoglitori di cotone, la meccanizzazione e una maggiore trasparenza di bilancio per quanto riguarda le entrate provenienti dalla raccolta.

Si tratta di misure rivoluzionarie che l'Unione europea dovrebbe favorire contribuendo inoltre, grazie al dialogo politico e ai programmi di assistenza, alla realizzazione di quelle riforme strutturali necessarie per l'Uzbekistan,

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la resolución de acompañamiento porque, aunque estoy de acuerdo con la mayor parte de sus puntos, la ponente toma, a partir de ese diagnóstico que comparto, la conclusión contraria: que el Parlamento Europeo debería otorgar el consentimiento a la firma del protocolo por el que se extenderían las provisiones del acuerdo de cooperación y partenariado UE-Uzbekistán al sector textil. En efecto, en el informe se expresa preocupación por el hecho de que, hoy por hoy, el trabajo forzado siga constituyendo una práctica común en el sector textil en Uzbekistán. Comparto con la ponente la opinión sobre los progresos que ha habido en el país; y me adhiero a la solicitud que en la resolución se hace, para que la Comisión presente cuanto antes la iniciativa emblemática de la Unión sobre la gestión responsable de la cadena de suministro en el sector textil. Sin embargo, no comparto con esta resolución su propósito principal: apoyar a un procedimiento de consentimiento con el que no estoy de acuerdo.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta Resolución sobre el Acuerdo de colaboración y cooperación entre las Comunidades Europeas y Uzbekistán y el comercio bilateral de productos textiles. Tras el voto a favor de hoy al Acuerdo, en esta Resolución se subraya la importancia de las medidas adoptadas por el Gobierno de Uzbekistán para autorizar a la OIT a supervisar la cosecha de algodón y cooperar con esta organización en el marco de un programa de trabajo decente por país.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai souhaité m'abstenir sur ce rapport relatif à l'accord de partenariat de coopération CE-Ouzbékistan sur le commerce bilatéral dans le domaine du textile.

Complémentaire du projet de recommandation précédent sur le sujet, je réitère mes doutes quant aux «progrès» réalisés par l'Ouzbékistan sur le travail forcé, notamment le travail des enfants.

Par ailleurs, je dénie à la Commission européenne la compétence d'imposer un mécanisme de traçabilité dans le secteur de la confection. Comme d'habitude, l'UE utilise les ressorts d'ingérence pour faire du chantage et menacer les pays sur leurs modèles politiques, économiques et sociaux.

De ce fait, je suggère d'être prudent, sans sanctionner l'Ouzbékistan, il s'agit de ne pas encourager non plus l'Union européenne à dicter ses lois en termes d'accords internationaux.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho voluto sostenere con il mio voto la risoluzione della commissione per il commercio internazionale (INTA) che accompagna l'approvazione del protocollo sul tessile tra UE e Uzbekistan, considerato che questo accordo non presenta problematicità per i nostri territori.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de ampliar el Acuerdo de Asociación UE-Uzbekistán al comercio bilateral del textil, tras haber constatado que nuestro rechazo al mismo, hace 5 años, ha surtido el impacto deseado. En 2011, a iniciativa de los socialistas, el Parlamento Europeo rechazó el Protocolo Textil UE-Uzbekistán, hasta que este país demostrara avances en materia de derechos humanos y estándares laborales.

Hoy, la Unión Europea (UE) y la Organización Internacional del Trabajo (OIT) han reportado una clara evolución en la dirección requerida. Entre otras medidas, el Gobierno uzbeko ha dado los pasos exigidos para erradicar la explotación infantil —antes empleada sistemáticamente en los campos de algodón y hoy casi inexistente— y en favor del diálogo sindical, coopera con la OIT en el marco del Programa de Trabajo Decente y ha autorizado la supervisión internacional de las cosechas de algodón; una prueba más de que la política comercial de la Unión, acompañada de un adecuado diálogo exterior, es herramienta clave para la promoción de los derechos humanos y los estándares laborales en el mundo.

Además, los socialistas hemos reclamado a la Comisión el desarrollo medidas de acompañamiento y un mecanismo eficaz de trazabilidad para el sector del textil.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame Europos Parlamentas laikosi nuomonės, kad dėl Uzbekistano vyriausybės pastangų Parlamentas turėtų suteikti pritarimą ES ir Uzbekistano protokolui dėl tekstilės gaminių. Toks pritarimas būtų teigiamas paskatinimo ženklas Uzbekistano vyriausybei toliau dėti pastangas siekiant visiškai panaikinti vaikų darbą ir visų kitų formų priverčiamąjį darbą, taip pat toliau stiprinti bendradarbiavimą su Europos Sąjunga. Parlamentas teigiamai vertina didelę pažangą, padarytą nuo 2013 m. Uzbekistane, įskaitant įstatymų, pagal kuriuos draudžiama naudoti vaikų darbą, priėmimą ir beveik visiškai panaikintą vaikų darbą. Jis skatina valdžios institucijas toliau rengti visos šalies masto kampaniją, siekiant padidinti informuotumą, kad būtų visiškai panaikintas vaikų darbas. Taip pat teigiamai vertina tai, kad Uzbekistano vyriausybė, bendradarbiaudama su Tarptautine darbo organizacija, taip pat siekia panaikinti priverčiamąjį darbą ir kad padaryta pažanga, tačiau pabrėžia, kad vis dar esama subtilių nesavanoriško darbo būdų, kad šis procesas sudėtingas ir reikalauja, be kita ko, užimtumo politikos reformos.

David Borrelli (EFDD), *per iscritto*. – Il voto di oggi sull'accordo di partenariato e di cooperazione è un passaggio importante per le relazioni fra l'Unione europea e l'Uzbekistan.

Negli scorsi anni, grazie anche al supporto delle organizzazioni internazionali come l'ILO, sono stati fatti dei passi avanti importanti in materia di contrasto e sradicamento della piaga del lavoro forzato, soprattutto quello minorile. Questi sviluppi nel paese devono necessariamente proseguire fino alla fine completa di questa odiosa prassi: dal canto mio, continuerò a monitorare con attenzione le evoluzioni della situazione in commissione INTA.

Votando a favore di questo dossier speriamo di dare un messaggio concreto di fiducia all'Uzbekistan, auspicando che a breve potremo parlare solamente al passato della piaga del lavoro forzato in questo paese.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće koje je ujedno i uspjeh trgovinske politike S&D-a. Zahvaljujući zahtjevima propisanima od strane naše grupe vidjeli smo temeljne promjene u Uzbekistanu, zaustavivši prisilni rad djece te najavljujući novo razdoblje za otvorenost i suradnju.

Stoga svi skupa trebamo nastaviti raditi na jačanju civilnog društva.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted against this report over concern about human rights. There is an existing EU-Uzbekistan Partnership and Cooperation Agreement in place since 1999, but it excludes the textile industry.

In 2011 the European Parliament refused to give consent to a Commission proposal to include the textile industry in the PCA due to evidence of the systematic use of child labour in cotton harvesting related to the textile industry. The Commission says this is no longer a problem but human rights NGOs believe it is still a problem.

We voted in favour of a Greens request to postpone the vote until after an ILO report next year, which should shed further clarity on the ongoing extent of child labour, but it was defeated. Due to the allegations of ongoing child labour by credible human rights and labour rights NGOs, we are strongly opposed to this agreement.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'aggiornamento e il rinnovo dell'accordo stipulato con la Repubblica dell'Uzbekistan è un atto formale doveroso, che ne sancisce la piena attuazione e di cui se ne auspica uno sviluppo positivo per entrambe le parti contraenti sul lungo termine.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette résolution traite du projet de décision du Conseil relatif à la conclusion d'un accord de partenariat et de coopération entre l'Union européenne et l'Ouzbékistan afin d'étendre les dispositions au commerce bilatéral de textiles. L'Union européenne avait récemment reporté l'approbation de cet accord à cause de multiples cas de travail forcé et de travail des enfants dans certaines exploitations. Depuis ce report, l'Organisation internationale du travail (OIT) ainsi que des ONG ont pu confirmer un net recul de ces pratiques inadmissibles. Certes, nous nous opposons toujours par principe à tout accord de libre-échange surtout lorsqu'il concerne le textile afin de protéger les entreprises françaises de la concurrence internationale déloyale. Mais cet accord n'aura qu'un faible impact sur l'économie française et ne constitue pas une menace pour nos entreprises. C'est la raison pour laquelle je me suis abstenu sur ce rapport qui contribuera à accroître les débouchés en faveur des exploitations ouzbèkes, dans un pays suffisamment marginalisé des relations commerciales.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Protocolul de modificare a Acordului de parteneriat și cooperare între Uniunea Europeană și statele membre ale acesteia, pe de o parte, și Republica Uzbekistan, pe de altă parte are în vedere extinderea prevederilor Acordului de parteneriat și cooperare la comerțul bilateral cu textile. Astfel, acest protocol presupune includerea produselor textile în Acordul de parteneriat și cooperare încheiat între Uzbekistan și Uniunea Europeană.

Situația drepturilor omului a înregistrat o îmbunătățire vizibilă în ceea ce privește folosirea muncii copiilor și a muncii forțate la recoltarea anuală a bumbacului în Uzbekistan. Conform raportului Organizației Internaționale a Muncii aferent anului 2015, munca copiilor la recoltarea bumbacului a fost abolită, iar în ceea ce privește munca forțată în rândul adulților s-au realizat o serie de progrese și s-au luat măsuri corespunzătoare pentru a o eradica.

Salut eforturile depuse în vederea respectării drepturilor omului și abolirii muncii copiilor și muncii forțate. Sectorul de textile este principalul domeniu de schimburi comerciale între Uniune și Uzbekistan, drept urmare consider că această rezoluție este una oportună în vederea extinderii și consolidării relațiilor dintre cei doi parteneri, motiv pentru care m-am exprimat în favoarea acestei propuneri de rezoluție.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de ampliar el Acuerdo de Asociación UE-Uzbekistán al comercio bilateral del textil, tras haber constatado que nuestro rechazo al mismo, hace 5 años, ha surtido el impacto deseado. En 2011, a iniciativa de los socialistas, el Parlamento Europeo rechazó el Protocolo Textil UE-Uzbekistán, hasta que este país demostrara avances en materia de derechos humanos y estándares laborales.

Hoy, la Unión Europea (UE) y la Organización Internacional del Trabajo (OIT) han reportado una clara evolución en la dirección requerida. Entre otras medidas, el Gobierno uzbeko ha dado los pasos exigidos para erradicar la explotación infantil —antes empleada sistemáticamente en los campos de algodón y hoy casi inexistente— y en favor del diálogo sindical, coopera con la OIT en el marco del Programa de Trabajo Decente y ha autorizado la supervisión internacional de las cosechas de algodón; una prueba más de que la política comercial de la Unión, acompañada de un adecuado diálogo exterior, es herramienta clave para la promoción de los derechos humanos y los estándares laborales en el mundo.

Además, los socialistas hemos reclamado a la Comisión el desarrollo medidas de acompañamiento y un mecanismo eficaz de trazabilidad para el sector del textil.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore di questa relazione di accompagnamento all'accordo di partenariato economico con l'Uzbekistan (esteso al settore tessile) perché offre validi spunti alla Commissione per migliorare la situazione economico-sociale del paese dell'ex Unione Sovietica.

La cooperazione tra l'Organizzazione Internazionale del Lavoro (OIL) e il governo uzbeko si è gradualmente ampliata e nel 2014 l'Uzbekistan è diventato il primo paese dell'Asia centrale a concordare con l'OIL un programma nazionale per il lavoro dignitoso.

La sensibilizzazione rispetto al lavoro forzato in Uzbekistan è ancora in una fase iniziale, ma le indagini svolte dall'OIL indicano che i lavoratori partecipano perlopiù volontariamente alla raccolta del cotone e hanno la possibilità di rifiutarsi di farlo.

La relazione invita la Commissione e il Servizio europeo per l'azione esterna a monitorare la transizione politica in Uzbekistan, informandone regolarmente il Parlamento, e incoraggia il governo uzbeko ad adoperarsi per la ratifica e l'effettiva attuazione di tutte le 27 convenzioni internazionali fondamentali del sistema di incentivi commerciali SPG+, al fine di poter richiedere l'applicazione delle preferenze tariffarie generalizzate SPG+.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report, which attempted to include Uzbekistan's textile industry in a pre-existing Partnership and Cooperation Agreement with the EU. In 2011, the European Parliament refused to give its consent to the Commission's proposal to include it due to evidence of systematic use of child labour in cotton harvesting related to the industry. Despite widespread reporting that child labour is still a problem in the industry by leading human rights NGOs, such as Human Rights Watch, the Commission thought it appropriate to include it. I fundamentally disagreed so voted against.

James Carver (EFDD), *in writing*. — After a vigorous debate, some UKIP MEPs voted in favour whilst some abstained. We note Uzbekistan's significant improvement in the areas of concern, as evidenced by its ratification of multiple ILO conventions. We feel left wing NGOs were calling for a rejection as a spiteful ideological response, rather than due to any meaningful attempt to help. Some MEPs, whilst accepting Uzbekistan's improvement, abstained due to the principle that the EU should not conduct any law, anywhere, ever.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this Resolution amending the Agreement in order to extend the provisions of the Agreement to bilateral trade in textiles. Following reports of the use of child and forced labour during the cotton harvest, the Government of Uzbekistan authorised the ILO to monitor the cotton harvest and to engage in broad cooperation with ILO through a Decent Work Country Programme. I welcome the substantial progress made in Uzbekistan, including the adoption of laws which prohibit the use of child labour, achieving the almost total eradication of child labour. The Government of Uzbekistan is also pursuing the eradication of forced labour in cooperation with the ILO and that progress has been made, but problems still exist that require, among other things, a reform of employment policies. I agree that in view of the efforts being made by the Government of Uzbekistan, Parliament should give consent to the EU-Uzbekistan Textiles Protocol as it will constitute a positive sign of encouragement to the Uzbek Government to further pursue its efforts to fully eradicate child labour and all other forms of forced labour, as well as to further strengthen cooperation with the EU.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Fino a pochi anni fa la «mobilitazione di massa» di bambini ed adulti durante la stagione della raccolta del cotone, bene fondamentale per l'export del paese, era una triste realtà sulla quale le autorità uzbeke erano riluttanti a discutere.

Negli ultimi anni, però, il paese ha deciso di aprirsi, di collaborare con le istituzioni internazionali ed ha iniziato una forte politica di dissuasione dall'uso del lavoro forzato, soprattutto di quello minorile.

La situazione in Uzbekistan è notevolmente migliorata, ormai il lavoro forzato è sporadico mentre quello minorile può considerarsi sradicato. Il mio voto è stato positivo.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La produzione di cotone rappresenta un importante settore di scambio commerciale tra l'Unione e l'Uzbekistan. Su questo settore le Istituzioni europee hanno avviato il dialogo politico su materie sensibili come i diritti umani.

Il protocollo rappresenta il consolidamento di un lungo percorso iniziato nel 2011, quando il Parlamento ha subordinato la propria approvazione del protocollo al miglioramento della situazione dei diritti umani in Uzbekistan, specialmente con riferimento al lavoro minorile e al lavoro forzato nella raccolta di cotone.

Grazie alla positiva cooperazione tra le autorità uzbeke, l'UE e l'Organizzazione internazionale del lavoro (OIL), il paese ha fatto grandi progressi nello sradicamento del lavoro minorile, tramite riforme concrete e il programma nazionale per il lavoro dignitoso.

La direzione intrapresa è quella giusta, ma la strada è ancora lunga. Il perdurare del lavoro forzato nella raccolta di cotone richiede un'urgente riforma delle politiche in materia di occupazione e il continuo impegno da parte del nuovo governo.

In conclusione, credo che questo protocollo confermi il supporto dell'UE verso il percorso democratico intrapreso dal paese. Mi auguro che il nuovo governo della repubblica uzbeka possa partire da questo importante risultato per continuare la lotta contro il lavoro forzato.

Per questi motivi ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε πως υποστηρίζουμε πλήρως το έργο της Διεθνούς Οργάνωσης Εργασίας με στόχο την οριστική εξάλειψη της καταναγκαστικής εργασίας στο Ουζμπεκιστάν.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση που περιέχει πρόταση μη νομοθετικού ψηφίσματος σχετικά με τη σύναψη πρωτοκόλλου της συμφωνίας εταιρικής σχέσης και συνεργασίας μεταξύ των Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Δημοκρατίας του Ουζμπεκιστάν, προκειμένου να επεκταθούν οι διατάξεις της συμφωνίας στο διμερές εμπόριο κλωστοϋφαντουργικών προϊόντων, δεδομένης της λήξης της διμερούς συμφωνίας για τα προϊόντα αυτά. Η ανάπτυξη της συνεργασίας των δύο μερών είναι θετική και θεμιτή. Καθώς όμως υπάρχουν συγκεκριμένες ενστάσεις ως προς την κατάσταση που επικρατεί στο εργασιακό πεδίο και τις συνθήκες εργασίας πολιτών του Ουζμπεκιστάν, αποφάσισα να καταψηφίσω την πρόταση.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Plaudo alla decisione di consolidare in maniera sempre più decisiva i nostri rapporti commerciali con l'Uzbekistan date le notevoli potenzialità di cui esso gode. Si tratta, dettagliatamente, dell'estensione di disposizioni commerciali bilaterali dei tessili che verrebbero inseriti nell'accordo di partenariato e cooperazione concluso nel 1999. Si provvederà, dunque, a rendere gli scambi commerciali esenti da restrizioni quantitative, al libero transito delle merci con prezzi di mercato con una clausola di salvaguardia, divieto o restrizione a importazioni, esportazioni e transito se giustificati da motivi di pubblica moralità, ordine o sicurezza.

L'Uzbekistan ha tradizioni secolari nella lavorazione del cotone ed è tra i principali produttori ed esportatori di questa materia prima, pertanto le aziende meccanotessili europee troveranno nuove opportunità di business in un mercato tessile di sicuro interesse nel lungo termine. Inoltre, Il mercato uzbeko potrebbe offrire interessanti possibilità alle imprese estere che producono attrezzature e macchinari altamente tecnologici del settore agroalimentare, metalmeccanico, della componentistica auto, delle macchine agricole, siderurgico e ferroviario. Da non sottovalutare, per di più, la pianificazione urbanistica, il risanamento ambientale, la commercializzazione di beni di consumo biodegradabili ed ecocompatibili.

Allo stato attuale, pur presentando notevole potenziale, il mercato uzbeko vede una sporadica presenza nazionale a livello di investimenti diretti esteri che, comunque, vedrà una crescita notevole.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the EC-Uzbekistan Partnership and Cooperation Agreement and bilateral trade in textiles.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — After a vigorous debate, some UKIP MEPs voted in favour whilst some abstained. We note Uzbekistan's significant improvement in the areas of concern, as evidenced by its ratification of multiple ILO conventions. We feel left wing NGOs were calling for a rejection as a spiteful ideological response, rather than due to any meaningful attempt to help. Some MEPs, whilst accepting Uzbekistan's improvement, abstained due to the principle that the EU should not conduct any law, anywhere, ever.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione che accompagna il parere conforme in identica materia.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He rechazado esta Resolución que acompaña al Acuerdo con Uzbekistán puesto que legitima un Acuerdo que rechazo y se lava las manos respecto a los derechos humanos a través de centrarse en la existencia de una cláusula que permite su congelación en caso de violación de éstos.

Es decir, se justifica un acuerdo con un país con violaciones flagrantes de los derechos humanos, como el trabajo forzado o la explotación infantil, justificándose en que se congelará si se violan los derechos humanos.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przyjęciem umowy dotyczącej partnerstwa i współpracy między WE a Uzbekistanem oraz dwustronnego handlu wyrobami włókienniczymi. Uważam, że poszerzanie współpracy w handlu opartym na relacjach partnerskich przyniesie korzyści dla gospodarki oraz stworzy nowe perspektywy rozwojowe.

Należy uwzględnić istotne postępy poczynione w Uzbekistanie od 2013 r., w tym przyjęcie przepisów zakazujących korzystania z pracy dzieci, które doprowadziły do niemal całkowitego wyeliminowania pracy dzieci. Tego rodzaju działania niwelujące wykorzystanie dzieci jako taniej siły roboczej świadczą o chęci rozwoju współpracy oraz przyjęciu standardów europejskich. Wpływa to również na zwiększenie ochrony praw dzieci.

W celu zapewnienia skutecznego realizowania postanowień ważne są ciągłe rozmowy z rządem Uzbekistanu ze strony UE. Wzywa się również Komisję i Radę do uruchomienia procedury z art. 2 i 95 UPiW, aby przyjąć wszelkie niezbędne ogólne i szczegółowe środki w przypadku niedotrzymania zobowiązania do wyeliminowania pracy dzieci i pracy przymusowej.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Uzbekistan has cooperated with both the European Union and the International Labour Organisation while also abolishing forced child labour. We need to make sure that Uzbekistan lives up to its commitment. I am in favour of an EU-Uzbekistan Partnership and Cooperation Agreement and bilateral trade in textiles which further builds on the improvements observed to strengthen civil society. I voted in favour of extending the provisions of the Agreement to bilateral trade in textiles.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – La politica commerciale europea ha una doppia valenza: la prima è meramente economica, rivolta cioè all'aumento delle opportunità per le imprese europee; la seconda è squisitamente sociale, ossia tendente alla promozione ed alla tutela dei diritti umani nei paesi terzi. L'accordo con l'Uzbekistan ne costituisce un limpido esempio.

Alla luce del drammatico fenomeno del lavoro minorile dilagante in Uzbekistan, nel 2011 il Parlamento europeo – su spinta del nostro gruppo – negò il consenso relativo al protocollo sul cotone in seno all'accordo di cooperazione con il paese.

Tale diniego ha rappresentato un forte segnale politico per l'Uzbekistan, con notevoli conseguenze economiche – dal momento che il cotone costituisce uno dei maggiori prodotti d'esportazione per questo paese.

L'Uzbekistan a seguito di tale decisione ha cominciato a collaborare con l'UE e con l'Organizzazione Internazionale del Lavoro (OIL).

Sebbene il rispetto dei diritti umani in Uzbekistan debba essere ancora rafforzato, l'OIL ha rilevato notevoli progressi in questi anni, registrando in primis la definitiva abolizione del lavoro minorile.

Grazie alle priorità stabilite dal gruppo nostro gruppo, pertanto, l'Unione europea ha raggiunto un doppio straordinario risultato: l'apertura di un nuovo canale commerciale e, soprattutto, il rispetto dei diritti umani.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport de consultation propose l'avis positif du Parlement européen à la proposition de la Commission d'inclure des dispositions commerciales pour les produits textiles dans l'accord de partenariat et de coopération (APC) conclu entre l'Union européenne et l'Ouzbékistan. Les autorités ouzbèkes ont adopté une série de mesures afin d'éliminer le travail des enfants, telles que la mise en place de moyens de garde après l'école, des amendes pour les contrevenants, ou la responsabilisation des parents, des enseignants et des exploitants agricoles. Considérant ces avancées positives et étant favorable à un rapprochement de l'Union avec l'Ouzbékistan dans le cadre d'une coopération approfondie, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – After a vigorous debate, some UKIP MEPs voted in favour whilst some abstained. We note Uzbekistan's significant improvement in the areas of concern, as evidenced by its ratification of multiple ILO conventions. We feel left wing NGOs were calling for a rejection as a spiteful ideological response, rather than due to any meaningful attempt to help. Some MEPs, whilst accepting Uzbekistan's improvement, abstained due to the principle that the EU should not conduct any law, anywhere, ever.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte dressant des recommandations sur l'accord de partenariat et de coopération UE/Ouzbékistan et le commerce bilatéral de textiles. Si les efforts menés par les autorités ouzbèkes pour éradiquer le travail des enfants légitiment l'introduction du commerce de textiles dans les relations UE-Ouzbékistan, l'encouragement européen doit, toutefois, être doublé d'un suivi attentif du respect des droits de l'homme.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Uniónak teljes mértékben ki kell használnia a partnerségi és együttműködési megállapodás kiterjesztését annak biztosítására, hogy az üzbég hatóságok a jogállamiság megerősítése és a demokratikus reformok mellett elköteleződjenek. Ezen az úton jelentős előrelépés a gyerekmunkát tiltó jogszabályok elfogadása, de további kormányintézkedésekre is szükség van, mivel a kényszermunka közvetettebb és kifinomultabb módjai továbbra is fellelhetőek. Elengedhetetlen a politikai okból bebörtönzött foglyok szabadon bocsátása, véget kell vetni az emberi jogokba ütköző letartóztatásoknak és elmaraszta ló ítéleteknek. Az Európai Unió a jövőben is nyomon követi az intézkedéseket és amennyiben szükséges, felszólítja az Európai Bizottságot és a Tanácsot a megállapodás 2. és 95. cikkének életbe lépetésére. A fentiekkel egyetértésben szavazatommal támogatom az indítványt.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Depuis trois ans, en coopération avec l'Organisation internationale du travail (OIT), les autorités ouzbèkes œuvrent à mettre fin au travail forcé et au travail des enfants dans le pays. D'importants progrès ont été enregistrés. Le plus significatif concerne le travail des enfants qui, d'après les derniers rapports de l'OIT, est désormais quasi-éradiqué.

C'est à la lumière de ces progrès et de la prise de conscience par les autorités ouzbèkes de l'importance de respecter les normes internationales du travail et les droits de l'homme – ainsi que de la mise en œuvre d'une stratégie en ce sens – que le Parlement européen a donné son aval à l'inclusion du textile dans les domaines de coopération commerciale couverts par l'accord de partenariat et de coopération entre l'Union européenne et la République d'Ouzbékistan.

Il demeure essentiel de suivre avec la plus grande vigilance l'évolution de la situation. Rappelons que des cas de travail forcé sont encore observés en Ouzbékistan. Nous attendons donc des autorités qu'elles continuent d'intensifier leurs efforts pour y mettre fin.

Ainsi, toute dégradation de la situation des droits de l'homme et du droit du travail conduira nécessairement à une suspension immédiate des préférences octroyées dans le cadre de ces accords.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce texte.

Il s'agit d'une proposition de résolution non législative complémentaire du projet de recommandation sur le protocole textile UE-Ouzbékistan. L'objectif est de demander des efforts de traçabilité dans le secteur de la confection.

Ce texte exige également de l'Ouzbékistan :

— la fin du travail forcé et du travail des enfants ;

— le respect des droits fondamentaux et des principes de la démocratie;

— davantage de liberté d'action pour les ONG.

Ces exigences, qui portent, certes, sur des droits fondamentaux, relèvent de l'ingérence dans les affaires intérieures d'un État souverain. Notons toutefois que le texte prône la ratification de l'accord relatif au commerce de textiles.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Приветствам доклада и препоръката. Радвам се, че Узбекистан са приложили мерки за отстраняването на детския труд при брането на памук. В 21-ви век използването на детски труд е недопустимо и не може да се толерира в нито една държава по света.

Ето защо поздравявам Международната организация на труда и узбекистанското правителство за постигането на тези резултати. Трябва, разбира се, да се направят още няколко стъпки, за да може да се изкорени и принудителният труд при събирането на памука.

Особено съм притеснен, че всичко, постигнато дотук, може да се провали шеметно заради смъртта на президента Ислам Керимов. Ето защо ние, като ЕС, и останалият свят трябва внимателно да наблюдаваме развитието на политическия живот в тази република.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Πρέπει να επιδιώκονται συμφωνίες μεταξύ της ΕΕ και τρίτων χωρών οι οποίες να προωθούν την ανάπτυξη των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, χωρίς να θίγονται τα εθνικά και οικονομικά τους συμφέροντα.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against the resolution on EC-Uzbekistan partnership and cooperation agreement and bilateral trade in textiles, according to the wishes of students from Wales who wanted to show solidarity with Uzbek students. Thousands of university students were forcibly mobilised by the government to pick cotton and threatened with expulsion from college if they refused. I oppose all forms of modern slavery.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Governo usbeque autorizou a OIT a controlar a colheita de algodão, tendo a OIT efetuado vários controlos, centrados inicialmente no trabalho infantil e estendidos posteriormente ao trabalho forçado e às condições de recrutamento.

A última campanha de supervisão realizada pela OIT durante a colheita de algodão de 2015 mostra que o recurso ao trabalho infantil para a colheita de algodão se tornou raro, esporádico e socialmente inaceitável, mas que é necessário manter uma vigilância permanente. O Governo usbeque tem-se empenhado na erradicação do trabalho forçado em colaboração com a OIT, do qual há alguns progressos.

Por isso, a UE deve tirar pleno partido do alargamento do APC, por forma a garantir que as autoridades do Usbequistão se empenhem num processo de transição que conduza a uma melhor governação, ao reforço do Estado de Direito, a reformas democráticas e a uma melhoria substancial da situação dos direitos humanos.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: nous votons contre les traités de libre-échange y compris sur le textile mais cet accord aura très peu d'impact sur la France et permet à ce pays pauvre et enclavé de trouver des débouchés pour son coton.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório acompanha a recomendação que dá o aval à celebração de um «Protocolo ao Acordo de Parceria e Cooperação que estabelece uma parceria entre as Comunidades Europeias e os seus Estados-Membros, por um lado, e a República do Usbequistão, por outro».

O relatório apoia a celebração do Acordo, que não difere substancialmente da matriz de livre comércio que caracteriza os acordos deste tipo.

O relatório reconhece a existência de casos de trabalho forçado no Usbequistão. Para a maioria deste parlamento, de pouco importa.

São reconhecidos os constrangimentos que decorrem da reduzida diversificação da economia do Usbequistão, da elevada dependência, por exemplo, da «monocultura do algodão». De pouco importa.

O livre comércio acentuará esta tendência, com a intensificação do cariz exportador das produções e menosprezo do mercado interno. Colocando ainda uma pressão acrescida sobre os países europeus que ainda têm indústria têxtil, como é o caso de Portugal. Nenhuma novidade: beneficiam os grandes importadores do centro da Europa, são prejudicados os produtores da periferia.

O relatório acena com medidas de propaganda que, espera, sirvam para obnubilar os seus reais efeitos. Além disso, desfia um habitual rosário de ingerências e considerações sobre o modo de organização do Estado neste país.

Votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente risoluzione in quanto a seguito dei notevoli sforzi da parte del governo uzbeko la piaga del lavoro minorile è stata in gran parte rimarginata. Appare dunque auspicabile incoraggiare gli sforzi delle autorità uzbeke approvando il protocollo tessile con l'Uzbekistan.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted no because I disagree.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore in quanto con questo accordo il Parlamento europeo ha preteso molto dall'Uzbekistan in termini di rispetto dei diritti umani.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την επέκταση των διατάξεων της συμφωνίας εταιρικής σχέσης και συνεργασίας ΕΚ-Ουζμπεκιστάν στο διμερές εμπόριο κλωστοϋφαντουργικών προϊόντων (ψήφισμα), καθώς πρέπει να επιδιώκονται συμφωνίες μεταξύ της ΕΕ και τρίτων χωρών οι οποίες να προωθούν την ανάπτυξη των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, χωρίς να θίγονται τα εθνικά και οικονομικά τους συμφέροντα.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – We expect immediate action to forbid the use of systematic forced child labour. Following this, Uzbekistan has slowly but surely cooperated with not only the EU, but the ILO – allowing an unhindered inspection of the cotton harvest to take place for the last three years. This is a success for our trade policy. Thanks to demands laid down by our Group, we have seen fundamental changes in Uzbekistan, doing away with child and forced labour and ushering in a new period of openness and cooperation. We want to build on this to strengthen civil society.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Uniónak teljes mértékben ki kell használnia a partnerségi és együttműködési megállapodás kiterjesztését annak biztosítására, hogy az üzbég hatóságok a jogállamiság megerősítése és a demokratikus reformok mellett elköteleződjenek. Ezen az úton jelentős előrelépés a gyermekmunkát tiltó jogszabályok elfogadása, de további kormányintézkedésekre is szükség van, mivel a kényszermunka közvetettebb és kifinomultabb módjai továbbra is fellelhetőek. Elengedhetetlen a politikai okból bebörtönzött foglyok szabadon bocsátása, véget kell vetni az emberi jogokba ütköző letartóztatásoknak és elmarasztaló ítéleteknek. Az Európai Unió a jövőben is nyomon követi az intézkedéseket és amennyiben szükséges, felszólítja az Európai Bizottságot és a Tanácsot a megállapodás 2. és 95. cikkének életbe lépetésére. A fentiekkel egyetértésben szavazatommal támogatom az indítványt.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione presentata al Parlamento europeo sul progetto di decisione del Consiglio relativo alla conclusione di un protocollo all'accordo di partenariato e di cooperazione tra le Comunità europee e i loro Stati membri, da una parte, e la Repubblica dell'Uzbekistan, dall'altra, che modifica l'accordo per estendere le disposizioni dello stesso al commercio bilaterale dei tessili, tenendo conto della scadenza dell'accordo bilaterale sui tessili perché, a distanza di cinque anni dal rinvio della decisione sull'approvazione del protocollo, finalmente il governo uzbeko ha dimostrato di aver adottato dei piani di azione per modificare il reclutamento per la raccolta del cotone ed ha promosso importanti operazioni di sensibilizzazione contro lo sfruttamento minorile nella raccolta del cotone.

Sono molto soddisfatta delle misure adottate dall'Uzbekistan per cercare di garantire un accesso al lavoro non forzato e del significativo sostegno che l'UE e l'organizzazione internazionale del lavoro hanno mostrato nei confronti di un governo ormai pronto a risolvere questa annosa questione.

Sono convinta che da oggi si potrà parlare di nuove condizioni per aprire nuovi scenari di stretta collaborazione con l'Uzbekistan e si opererà insieme avendo come obbiettivo quello di costruire una società civile basata sul pieno rispetto dei diritti umani fondamentali.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das Abkommen steht für die kontinuierliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Baumwollfeldern in Usbekistan.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – After intense research I decided to vote for this recommendation. I note Uzbekistan's significant improvement in the areas of concern, as evidenced by its ratification of multiple ILO conventions.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which accompanies the report granting consent to the EU-Uzbekistan Textiles Protocol. This resolution crucially allows us to highlight areas where we expect further improvement, increased monitoring and effective implementation. Amongst others, these include:

— the possibility to suspend the Protocol if the commitment to the abolition of forced labour is not lived up to;

— monitoring of developments in Uzbekistan and decision to organise a regular dialogue with the ILO, the Commission, the EEAS and other stakeholders aimed at the total eradication of forced labour in Uzbekistan;

— measures to encourages Uzbekistan to work towards the ratification and effectively implementation of all 27 GSP+ core international conventions, in order to be able to apply for GSP+ tariff preferences;

— a call on the Commission to submit to Parliament a legislative proposal for an effective traceability mechanism in the garment sector.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione ma, come più volte sottolineato nel provvedimento, resto del parere che questo assenso sia da vincolare al monitoraggio costante dell'effettivo debellamento della piaga del lavoro minorile e degli sforzi per contrastare il lavoro forzato. Non basta dire che il settore tessile, e in particolare la produzione di cotone, sia la principale area di scambi commerciali tra l'UE e l'Uzbekistan. Dobbiamo restare vigili e non avallare pratiche che vadano a ledere i diritti dei lavoratori.

Solo così potremo appoggiare con convinzione quello che per ora resta un accordo volto ad esprimere la nostra volontà di sostenere e incoraggiare i passi già compiuti in questa direzione. Un incoraggiamento che è tanto più opportuno se pensiamo che arriva dopo aver celebrato il 22º anniversario della creazione di relazioni diplomatiche tra l'Uzbekistan e l'Unione europea che ha avuto luogo il 16 novembre 1994.

Tuttavia, affinché i rapporti possano proseguire nel segno di un miglioramento costante dal punto di vista politico e sociale, nonché di un incremento degli scambi, la collaborazione con l'OIL resta fondamentale per il rispetto degli obiettivi della politica commerciale comune dell'UE e del rispetto dei valori europei.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la resolución de acompañamiento porque, aunque estoy de acuerdo con la mayor parte de sus puntos, la ponente toma, a partir de ese diagnóstico que comparto, la conclusión contraria: que el Parlamento Europeo debería otorgar el consentimiento a la firma del protocolo por el que se extenderían las provisiones del acuerdo de cooperación y partenariado UE-Uzbekistán al sector textil. En efecto, en el informe se expresa preocupación por el hecho de que, hoy por hoy, el trabajo forzado siga constituyendo una práctica común en el sector textil en Uzbekistán. Comparto con la ponente la opinión sobre los progresos que ha habido en el país; y me adhiero a la solicitud que en la resolución se hace, para que la Comisión presente cuanto antes la iniciativa emblemática de la Unión sobre la gestión responsable de la cadena de suministro en el sector textil. Sin embargo, no comparto con esta resolución su propósito principal: apoyar a un procedimiento de consentimiento con el que no estoy de acuerdo.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I have voted to support this resolution. Uzbekistan has slowly but surely cooperated with not only the EU, but the ILO – allowing an unhindered inspection of the cotton harvest to take place for the last three years. They have also broadened ILO cooperation in a number of other areas. The ILO has reported significant progress, and although concerns remain about the use of adult labour, most monitoring reports state that Uzbekistan has been cooperative in trying to do away with this.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de ampliar el Acuerdo de Asociación UE-Uzbekistán al comercio bilateral del textil, tras haber constatado que nuestro rechazo al mismo, hace 5 años, ha surtido el impacto deseado. En 2011, a iniciativa de los socialistas, el Parlamento Europeo rechazó el Protocolo Textil UE-Uzbekistán, hasta que este país demostrara avances en materia de derechos humanos y estándares laborales.

Hoy, la Unión Europea (UE) y la Organización Internacional del Trabajo (OIT) han reportado una clara evolución en la dirección requerida. Entre otras medidas, el Gobierno uzbeko ha dado los pasos exigidos para erradicar la explotación infantil —antes empleada sistemáticamente en los campos de algodón y hoy casi inexistente— y en favor del diálogo sindical, coopera con la OIT en el marco del Programa de Trabajo Decente y ha autorizado la supervisión internacional de las cosechas de algodón; una prueba más de que la política comercial de la Unión, acompañada de un adecuado diálogo exterior, es herramienta clave para la promoción de los derechos humanos y los estándares laborales en el mundo.

Además, los socialistas hemos reclamado a la Comisión el desarrollo medidas de acompañamiento y un mecanismo eficaz de trazabilidad para el sector del textil.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Καταψηφίσαμε την έκθεση γιατί δεν μπορούμε να παραβλέψουμε τους ισχυρισμούς που υφίστανται για παιδική εργασία στη χώρα αυτή. Με την αποδοχή του πρωτοκόλλου δίνουμε το λανθασμένο μήνυμα στις αρχές της χώρας για βελτίωση αυτής της κατάστασης. Επίσης η προώθηση κλωστοϋφαντουργικών προϊόντων στην Ευρωπαϊκή Ένωση από το Ουζμπεκιστάν θα αποθαρρύνει τη χώρα από την επείγουσα ανάγκη για αλλαγές στον τομέα της γεωργίας.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Uniónak teljes mértékben ki kell használnia a partnerségi és együttműködési megállapodás kiterjesztését annak biztosítására, hogy az üzbég hatóságok a jogállamiság megerősítése és a demokratikus reformok mellett elköteleződjenek. Ezen az úton jelentős előrelépés a gyermekmunkát tiltó jogszabályok elfogadása, de további kormányintézkedésekre is szükség van, mivel a kényszermunka közvetettebb és kifinomultabb módjai továbbra is fellelhetőek. Elengedhetetlen a politikai okból bebörtönzött foglyok szabadon bocsátása, véget kell vetni az emberi jogokba ütköző letartóztatásoknak és elmarasztaló ítéleteknek. Az Európai Unió a jövőben is nyomon követi az intézkedéseket és amennyiben szükséges, felszólítja az Európai Bizottságot és a Tanácsot a megállapodás 2. és 95. cikkének életbe lépetésére. A fentiekkel egyetértésben szavazatommal támogatom az indítványt.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za izvješće koje sadrži prijedlog nezakonodavne rezolucije o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju Protokola uz Sporazum o partnerstvu i suradnji kojim se uspostavlja partnerstvo između Europskih zajednica i njihovih država članica s jedne strane i Republike Uzbekistana s druge strane i izmjeni Sporazuma kako bi se proširila primjena njegovih odredaba na bilateralnu trgovinu tekstilom uzimajući u obzir istek bilateralnog sporazuma o tekstilu (16384/1/2010 – C7-0097/2011 – 2010/0323(NLE) – 2016/2226(INI)) s obzirom na to da je postignut velik napredak uključujući donošenje zakona kojima se zabranjuje korištenje dječjeg rada čime je on gotovo potpuno iskorijenjen.

Nadalje, uzbekistanska vlada radi na iskorjenjivanju prisilnog rada te je postignut značajan napredak iako još postoje suptilni oblici nedobrovoljnog rada. O tome Komisija treba nastaviti izvještavati Europski Parlament jer se predviđa da će biti potrebno nastaviti dijalog, suradnju ali i kontinuirani pritisak.

Pomoć EU-a Uzbekistanu trebala bi biti usmjerena na napuštanje monokulture pamuka u toj zemlji i smanjivanje njezine ovisnosti o izvozu pamuka diversifikacijom gospodarstva. EU bi trebala iskoristiti ovaj sporazum kako bi se zajamčile demokratske reforme.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Se félicitant des efforts encore perfectibles de l'Ouzbékistan sur la question du travail forcé à l'endroit des enfants, l'Union européenne s'immisce une fois de plus dans la politique intérieure d'un pays tiers en promouvant la modernisation de l'économie, l'égalité hommes-femmes et l'inspection du travail selon des standards importés de l'OIT. La défense des droits et libertés est certes louable mais ne doit pas s'accompagner d'intrusion trop profonde dans les affaires d'un pays.

J'ai choisi de m'abstenir.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe dem vorliegenden nichtlegislativen Entschließungsantrag zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates zum Abschluss eines Protokolls zu dem Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zur Gründung einer Partnerschaft zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Usbekistan andererseits zugestimmt. Usbekistan ist der ILO beigetreten und hat in kurzer Zeit gute Erfolge beim Kampf gegen Kinder- und Zwangsarbeit erzielt, dem sollte Rechnung getragen werden. Daher unterstütze ich den Abschluss eines Textilhandelsabkommens mit Usbekistan.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted to support this resolution. In recent years Uzbekistan has broadened ILO cooperation in a number of areas. In addition, this resolution allows us to highlight areas where we expect further improvement, increased monitoring and effective implementation.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The fact that Uzbekistan has started to cooperate with the International Labour Organisation ILO, reaching positive results in eradicating child labour, is showing that Uzbekistan is setting the right indicators. Nevertheless, NGOs are reporting that the Country still practice massive forced mobilisation of employees during the cotton harvest, as well as the interrogation and persecution of people who speak out about the working condition. I voted against this report since forced labour is still an issue in Uzbekistan.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно споразумение за партньорство и сътрудничество между ЕО и Узбекистан по отношение на двустранната търговия с текстилни изделия.

Основна предпоставка за сключване на споразумението бе поставеното условие в междинен доклад на Европейския парламент за постигането на подобрение на положението с правата на човека в Узбекистан, по-конкретно във връзка с детския труд и принудителния труд при ежегодното събиране на реколтата от памук. Според докладите на Международната организация на труда, детският труд е практически напълно премахнат при събирането на реколтата от памук и държавните органи са се заели с постоянната превенция срещу неговата поява.

Смятам, че ЕС трябва да продължи да развива връзките си с Узбекистан, като същевременно изисква и следи за спазването и подобряването на правата на човека, принципите на правовата държава и доброто и демократично управление.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I supported the EU-Uzbekistan Textiles Protocol because such a consent will constitute a positive sign of encouragement to the Uzbek Government to further pursue its efforts to fully eradicate child labour and all other forms of forced labour, as well as to further strengthen cooperation with the EU. Nevertheless, I call on the Uzbek authorities to undertake democratic reforms, to create more space for independent civil society, to eradicate child labour and all other forms of forced labour, to meet Uzbekistan's commitments under the International Covenant on Civil and Political Rights and the Convention against Torture. On the other hand, I call on the EU to make full use of the extension of the Protocol to urge the Uzbek Government to respect human rights and rule of law. Last but not least, I call on both the EU and Uzbek authorities to work together on diversification of Uzbek economy, which could gradually alleviate the disastrous environmental situation with regard, in particular, to what is left of the Aral Sea and its tributaries.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Les restrictions actuelles sur le coton ouzbek sont justifiées par la pratique du travail forcé pour la récolte du coton. Lors de la période de la récolte, des locaux et même des enfants sont réquisitionnés, ainsi que des personnes «engagées» de force par les autorités locales pour récolter le coton et ainsi atteindre les quotas de production. Les autorités actuelles tentent de changer cette évaluation, mais pas nécessairement les pratiques.

Certes, une mission d'évaluation de l'OIT a été autorisée, ainsi que certaines ONG locales. Ces dernières concluent à une amélioration, notamment dans le discours du gouvernement qui annonce des mesures contre ces pratiques. Mais dans les faits, on est encore très loin: les missions de suivi ont été téléguidées par les autorités ouzbèkes et de gros doutes persistent sur l'indépendance des ONG locales. D'autres ONG nous ont d'ailleurs présenté des informations contradictoires sur le travail forcé.

Au final, on est encore loin et un meilleur accès au marché européen renforcera une culture industrielle et à très grande échelle du coton en Ouzbékistan alors qu'elle est déjà responsable de l'assèchement de la mer d'Aral. C'est pourquoi je me suis opposé à cet accord.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur la résolution concernant l'accord de partenariat et de coopération CE-Ouzbékistan et le commerce bilatéral de textiles. Ce rapport demande, à juste titre, le respect des normes de l'OIT par l'Ouzbékistan, la fin du travail forcé et du travail des enfants, le respect des droits démocratiques. En même temps, le rapport est très intrusif: «Souscrit à l'idée de prolonger le programme par pays de promotion du travail décent au-delà de 2016 et de l'approfondir afin d'englober la modernisation de l'économie ouzbèke, la politique de l'emploi, la santé et la sécurité au travail et l'inspection du travail, tout en tenant compte de l'égalité hommes-femmes» . L'Union européenne essaie donc de s'immiscer fortement dans la politique intérieure de l'Ouzbékistan.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne avait précédemment reporté l'approbation de l'accord sur le textile avec l'Ouzbékistan à cause du travail des enfants et du travail forcé dans les champs de coton. Selon les dernières observations de l'Organisation internationale du travail, le travail des enfants est devenu rare, très occasionnel et socialement acceptable. Quant au travail forcé, des ONG signalent qu'il existe malheureusement encore. De plus, cette proposition de résolution s'immisce de manière anormale dans les affaires intérieures de l'Ouzbékistan. Par souci d'équilibre et en tenant compte de tous ces éléments, j'ai choisi l'abstention.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, cuyo voto pedí que se pospusiera, porque creo que no existen suficientes garantías de que se apliquen los estándares sociales mínimos (incluyendo las normas OIT) necesarios para abordar un acuerdo bilateral de comercio en el textil.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Zdržel jsem se. Šlo o hlasování o doprovodné rezoluci k dohodě o odstranění obchodních překážek při dovozu a vývozu textilu mezi EU a Uzbekistánem. Hlasoval jsem v jiném hlasování pro uvolnění obchodu. U této doprovodné rezoluce jsem se zdržel, protože autoři rezoluce si neodpustili zbytečnou výzvu ke změnám pracovního zákonodárství Uzbekistánu týkajícího se práce dětí a odměňování zemědělských dělníků. Tuto legislativu má EP nechat na Uzbekistánu a k vyšším mzdám nejlépe pomůže právě volný obchod, nikoliv usnesení EP.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Tekstilni sektor, a posebno proizvodnja pamuka, glavno je područje trgovine između EU-a i Uzbekistana. Stoga bi EU trebao u potpunosti iskoristiti proširenje Sporazuma o partnerstvu i suradnji kako bi zajamčio da se uzbekistanske vlasti nakon nagle smrti predsjednika angažiraju u procesu tranzicije koji bi trebao dovesti do boljeg upravljanja, jačanja vladavine prava i demokratskih reformi.

Uzbekistan bi se trebao usmjeriti na napuštanje monokulture pamuka i smanjivanje ovisnosti o izvozu pamuka diversifikacijom gospodarstva, čime bi se postupno moglo ublažiti katastrofalno stanje okoliša. Stoga sam podržala ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – EP podmienil v roku 2011 svoj súhlas s protokolom medzi EÚ a Uzbekistanom vykonaním neobmedzeného monitoringu v tejto krajine, zameraného na výkon nútenej a detskej práce na bavlnených plantážach. Vláda Uzbekistanu aktívne spolupracuje s Medzinárodnou organizáciou práce a postupne prijala akčné plány náboru zamestnancov a opatrenia na elimináciu nútenej a detskej práce, čo dokladujú monitorovacie správy. K absolútnemu odstráneniu tohto javu však nedošlo. Podporil som uznesenie EP, ktorým sme vyzvali vládu Uzbekistanu, aby napriek pokroku v tejto oblasti pristúpila aktívnejšie k plneniu medzinárodných záväzkov, presadzovaniu demokracie a rešpektovaniu ľudských práv v tejto krajine.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση που περιέχει πρόταση μη νομοθετικού ψηφίσματος σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη πρωτοκόλλου συμφωνίας εταιρικής σχέσης και συνεργασίας για τη σύναψη εταιρικής σχέσης μεταξύ των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων και των κρατών μελών τους, αφενός, και της Δημοκρατίας του Ουζμπεκιστάν, αφετέρου, για την τροποποίηση της συμφωνίας προκειμένου να επεκταθούν οι διατάξεις της συμφωνίας στο διμερές εμπόριο κλωστοϋφαντουργικών προϊόντων, λαμβανομένης υπόψη της ημερομηνίας λήξης της διμερούς συμφωνίας για τα κλωστοϋφαντουργικά προϊόντα, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

David Martin (S&D), *in writing*. – This accompanying resolution envisages suspending the textiles protocol if commitments on forced labour are not lived up to, calls for continued monitoring of the situation, encourages Uzbekistan to ratify and implement all 27 GSP+ conventions, as well as calling on the Commission to propose legislation for an effective traceability mechanism in the garment sector. It is an important safeguard for labour rights in Uzbekistan. I therefore supported this resolution accompanying the consent procedure to the textiles protocol.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte.

Ce rapport contient une proposition de résolution non législative sur le protocole textile UE-Ouzbékistan, sur laquelle je me suis abstenu. Dans sa résolution, le Parlement européen demande à l'Ouzbékistan de continuer ses efforts dans la lutte contre le travail des enfants et le travail forcé. Par ailleurs, il demande à la Commission européenne de créer un mécanisme de traçabilité dans le secteur de la confection. Ce sont les aspects positifs de cette résolution. Cependant, elle reste très intrusive dans la politique intérieure de l'Ouzbékistan et c'est la raison pour laquelle je me suis abstenu sur ce texte.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – En 2011, la Commission avait proposé d'étendre l'accord de partenariat et de coopération entre l'UE et l'Ouzbékistan au commerce du textile. L'inclusion du «protocole textile» à cet accord de partenariat — surtout symbolique, au vu des volumes impliqués — ne représente pas un enjeu économique important pour l'Union européenne. À l'époque, le Parlement européen avait cependant (et à juste titre) décidé de soumettre son consentement à une amélioration manifeste de la situation des droits de l'homme et du droit du travail en Ouzbékistan. À l'époque, le travail des enfants dans les champs de coton était répandu, de même que le travail forcé.

Le gouvernement ouzbek s'est depuis associé avec l'Organisation internationale du travail (OIT), l'autorisant à envoyer plusieurs missions d'observation sur le terrain. Cinq ans plus tard, selon l'OIT, la situation s'est améliorée: le travail des enfants a quasiment disparu et le travail forcé a nettement reculé. C'est pourquoi ma collègue Marie Arena, soutenue par mon groupe politique, a proposé de finalement donner son feu vert à la conclusion du «protocole textile» , tout en se réservant le droit de demander sa suspension si la situation des droits fondamentaux venait à se dégrader. J'ai voté pour.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Τάσσομαι υπέρ της έγκρισης του πρωτόκολλου της συμφωνίας εταιρικής σχέσης και συνεργασίας μεταξύ των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων και των κρατών μελών τους, από την μια και της Δημοκρατίας του Ουζμπεκιστάν από την άλλη, με το οποίο επεκτείνονται οι διατάξεις της συμφωνίας εταιρικής σχέσης και συνεργασίας στο διμερές εμπόριο κλωστοϋφαντουργικών προϊόντων. Επίσης, οι αρχές του Ουζμπεκιστάν ανέλαβαν πολυάριθμες δεσμεύσεις για την προοδευτική εξάλειψη της καταναγκαστικής εργασίας των ενηλίκων, μεταξύ των οποίων η θέσπιση ενός μηχανισμού feedback που επιτρέπει να λαμβάνονται υπόψη τα παράπονα του πληθυσμού, η διοργάνωση εκστρατειών ευαισθητοποίησης και εκτέλεση προγραμμάτων αξιολόγησης της εφαρμογής των διεθνών συμβάσεων επί του θέματος. Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο υποστηρίζει πλήρως το έργο της ΔΟΕ με στόχο την οριστική εξάλειψη της καταναγκαστικής εργασίας στο Ουζμπεκιστάν.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Das Europäische Parlament hat im Dezember 2011 beschlossen, die Zustimmung zu einem Protokoll über den Handel mit Textilien mit Usbekistan bis zur Erstellung eines Zwischenberichts aufzuschieben. In diesem sollte insbesondere dem Vorwurf der Kinder- und Zwangsarbeit nachgegangen werden.

Nach jüngster Beobachtung der IAO (2015) ist Kinderarbeit bei der Baumwollernte nur noch selten anzutreffen, ebenso stellt Zwangsarbeit kein Problem mehr da.

Nachdem die Regierung Usbekistans bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Textilbereich in kurzer Zeit erhebliche Fortschritte erzielt hat, habe ich diesem Bericht zugestimmt.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that acknowledges the steps made by the Uzbek Government to combat child labour and also their failure to abolish it.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution accompagne le vote d'approbation sur l'accord textile avec l'Ouzbékistan. La rapporteur socialiste n'a rien voulu entendre. Nous demandions a minima d'attendre le nouveau rapport de l'Organisation internationale du travail pour l'année 2016 rapportant les évolutions du travail forcé dans les champs de coton. C'était une question de quelques semaines. Eh bien non, elle a préféré répondre aux sirènes de la Commission qui voit dans la mort de l'ancien dirigeant ouzbek les moyens de renforcer son emprise sur l'Asie centrale.

Je dénonce l'argument qui suppose que ces accords de libre-échange disposent de «clauses droits de l'homme» qui permettront de les suspendre si de graves violations des droits de l'homme sont commises. Si dès le départ, de possibles conditions d'esclavage ne sont pas considérées comme «graves» , comment, une fois l'accord adopté, pourrons-nous obtenir sa suspension? Surtout que ces clauses n'ont jamais été invoquées dans les faits, même sous le régime de Ben Ali en Tunisie. On se retrouve ainsi à promouvoir un coton bon marché en concurrence avec les productions respectant les droits de l'homme. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport non législatif, en lien avec le précédent, contient des recommandations de respect des normes de l'OIT par l'Ouzbékistan mais est très intrusif dans les affaires de cet État souverain.

Je me suis donc abstenue considérant que l'Union européenne n'a pas vocation à s'immiscer dans les affaires intérieures de l'Ouzbékistan.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — In dit verslag pleit het EP ervoor de textielhandel tussen de EU en Oezbekistan te organiseren door een protocol toe te voegen aan het bestaande samenwerkingsakkoord dat beide partners sinds 1999 hebben afgesloten. Deze wijziging van overeenkomst is nodig want de textielhandel, en dan met name de katoenproductie, vormt de belangrijkste sector binnen de handelsrelaties tussen de EU en Oezbekistan. Deze uitbreiding houdt een erkenning in van de vooruitgang die geboekt is om de kinderarbeid tijdens de katoenoogst aan banden te leggen. In het verslag wordt er bij de volgende Oezbeekse president op aangedrongen op de ingeslagen weg verder te gaan en per direct een einde te stellen aan elke vorm van gedwongen tewerkstelling tijdens de katoenpluk. Terecht vraagt het Parlement dat Oezbekistan een transitie in gang zet om betere arbeidsomstandigheden, een beter bestuur en democratische hervormingen te realiseren. Met betrekking tot de noodzaak van een volledige transparantie in de textielsector ondersteun ik de vraag aan de Commissie om werk te maken van maatregelen die de arbeidsomstandigheden, de gezondheid en de veiligheid in de confectiesector van derde landen helpt verbeteren.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the resolution, which calls on the EAS to continue to monitor developments ensuring that respect for fundamental rights and the rule of law are upheld and that more space for independent civil society is ensured.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság a 2. pontban jelzett javaslatához állásfoglalásra irányuló indítványt is csatolt.

Az Üzbegisztán és az EU között 1999-ben kötött partnerségi és együttműködési megállapodás nem terjed ki a kétoldalú textilkereskedelemre. A kiterjesztéshez adandó hozzájárulást az Európai Parlament 2011 decemberében elfogadott jelentésében az éves gyapotbetakarítás keretében végzett gyermekmunkával és kényszermunkával kapcsolatos kérdések üzbegisztáni helyzetének javulásához kötötte. Az ILO az üzbegisztáni gyapotbetakarítás ellenőrzéséről szóló 2015-ös jelentésében megállapította, hogy a gyermekmunkát gyakorlatilag teljesen felszámolták a gyapotbetakarítás során, a kényszermunkára vonatkozóan azonban nem tudott hasonló kijelentést tenni.

A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság állásfoglalás-tervezetében üdvözölni javasolja az elért eredményeket és elismerni az üzbég kormánynak a kényszermunka felszámolására irányuló intézkedéseit, annak a véleményének adva hangot, hogy a Parlamentnek az üzbég kormány e téren tett erőfeszítéseinek elismeréseként egyetértését kellene adnia a partnerségi és együttműködési megállapodás kétoldalú textilkereskedelemre történő kiterjesztéséhez. Javaslatokat és elvárásokat fogalmaz meg ugyanakkor az üzbég hatóságok irányába a helyzet további normalizálásának érdekében, és fölhívja az EU szerveit a folyamat figyelemmel kísérésére, továbbá az üzbegisztáni strukturális reformok segítésére.

A tervezet elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport demande le respect des normes de l'OIT par l'Ouzbékistan, la fin du travail forcé et du travail des enfants, et le respect des droits démocratiques. Il recommande aussi de voter pour le texte sur le protocole textile. En même temps, le rapport est très intrusif et donne l'impression que l'Union européenne s'immisce fortement dans la politique intérieure de l'Ouzbékistan. Abstention.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport demande le respect des normes de l'OIT par l'Ouzbékistan, la fin du travail forcé des enfants, le respect des droits démocratiques et des ONG. Il recommande aussi de voter pour le texte sur le protocole textile. En même temps, ce rapport est très intrusif dans la politique intérieure de l'Ouzbékistan. Je m'abstiens donc.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I supported this report as with the recent passing away of Uzbekistan's authoritarian leader, Islam Karimov, the current period is seen as a valuable opportunity to develop deeper relations between the EU and Uzbekistan and is part of its broader strategy in Central Asia.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui accompagne l'approbation de l'accord sur le commerce des textiles avec l'Ouzbékistan. Le texte souligne que l'Ouzbékistan a commencé à coopérer avec l'Organisation internationale du travail (OIT) et pratiquement éradiqué le travail des enfants ces trois dernières années. Il demande aux autorités ouzbèkes d'accélérer le déploiement de campagnes nationales de sensibilisation qui permettront d'éradiquer complètement cette pratique.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that will extend provisions of the Partnership and Cooperation Agreement between the EU and the Republic of Uzbekistan regarding the inclusion of bilateral trade in textiles.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – V souladu se schválenou zprávou vítám významný pokrok, jehož bylo v Uzbekistánu dosaženo od roku 2013, včetně přijetí právních předpisů, které zakazují dětskou práci, a dosažení téměř úplného vymýcení dětské práce. Významného pokroku bylo rovněž dosaženo v odstraňování nucené práce, kde Uzbekistán aktivně spolupracuje s MOP. Současně se domnívám, že EU by měla využít rozšíření dohody o partnerství a spolupráci k vyvinutí tlaku na uzbecké orgány s cílem zajistit, aby byl po náhlé smrti prezidenta zahájen proces politické transformace, který povede k posílení právního státu, demokratickým reformám a k podstatnému zlepšení situace v oblasti lidských práv.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Auch für diesen Bericht habe ich mich positiv ausgesprochen, da Usbekistan in kurzer Zeit gute Erfolge beim Kampf gegen Kinder- und Zwangsarbeit erzielt habt. Ich bin der Meinung, dies sollte auch unterstützt werden.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Arvestades, et Usbekistan on astunud positiivseid samme lapstööjõu kasutamise kaotamiseks Usbekistani puuvillakasvandustes, võiks lepingu sõlmimine neid veelgi motiveerida edasisteks reformideks selles vallas. Samas on mitme vaatleja hinnangul lapstööjõud asendunud sunnitööga. See ei ole aktsepteeritav ja EL peab väga tähelepanelikult jälgima olukorda ning vajadusel astuma samme, et selline tegevus lõpetada.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – La aprobación del Protocolo por el que se modifica el Acuerdo de colaboración y cooperación entre la Unión Europea y Uzbekistán tiene como objetivo ampliar las disposiciones del Acuerdo al comercio de productos textiles, lo que conlleva la inclusión del sector textil en el ámbito del Acuerdo de colaboración y cooperación (ACC) de 1999.

En 2011, el Parlamento Europeo se pronunció para vincular la celebración de un acuerdo a una mejora de la situación de los derechos humanos y las condiciones laborales en Uzbekistán. Desde entonces la Organización Internacional del Trabajo ha hecho un meticuloso seguimiento de las condiciones en el país. Concluye que el trabajo infantil ha sido erradicado aunque persisten dudas acerca del trabajo forzoso en el sector textil.

He votado a favor de la celebración del presente informe por si favorece la mejora de las condiciones laborales. En el caso de que el país suspendiera el cumplimiento de su compromiso de abolición del trabajo forzoso, tendremos sin dudas que activar medidas de suspensión.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione non legislativa della collega in quanto prendo atto della collaborazione tra Uzbekistan e Organizzazione Internazionale del Lavoro (OIL), avviata nel 2013 sul monitoraggio del settore della raccolta di cotone al fine di prevenire lo sfruttamento del lavoro minorile e di impedire la prosecuzione del lavoro forzato; tale cooperazione è stata suffragata nel 2014 dall'accordo raggiunto da OIL e governo uzbeko su un programma nazionale per il lavoro dignitoso e dalla graduale adozione da parte dall'Uzbekistan di piani di lavoro per la modifica delle regole di reclutamento per la raccolta del cotone.

Le politiche implementate ad oggi consentono di affermare che è stato raggiunto lo scopo dello sradicamento del lavoro minorile e che notevoli progressi sono stati realizzati circa la proibizione del lavoro forzato. Accolgo l'idea che l'UE debba mantenere alto il livello di monitoraggio dei diritti umani nel paese; condivido la statuizione della relatrice circa la necessità per l'Uzbekistan di affrancarsi dalla monocultura del cotone e di ridurre la sua dipendenza dalle importazioni con una diversificazione della produzione interna grazie anche al sostegno dell'Unione europea

Pertanto, ho espresso voto positivo

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this decision because it acknowledges the efforts by the Uzbek government in pursuing the eradication of forced and child labour and recommends giving consent as a positive sign of encouragement for further actions and strengthening of the cooperation with the EU. However, if the Uzbek authorities fail to follow through on their commitment to abolish forced labour, Parliament reserves the right to ask the Commission and the Council to activate Articles 2 and 95 of the PCA. The resolution also takes account of the recent political developments and notes that the sudden death of President Islam Karimov should not have any impact on the continuity of the ongoing process of improving labour conditions in the cotton fields in Uzbekistan.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Ističem da je tekstilni sektor, posebno proizvodnja pamuka, glavno područje trgovine između EU-a i Uzbekistana. U tom smislu naglašavam da bi EU trebao u potpunosti iskoristiti proširenje Sporazuma o partnerstvu i suradnji kako bi zajamčio da se uzbekistanske vlasti nakon nagle smrti predsjednika angažiraju na procesu tranzicije koji bi trebao dovesti do boljeg upravljanja, jačanja vladavine prava, demokratskih reformi i znatnog poboljšanja stanja ljudskih prava.

Pozdravljam napredak ostvaren od 2013. u pogledu pitanja dječjeg rada u Uzbekistanu, uključujući donošenje zakona kojima se zabranjuje primjena dječjega rada i potičem vlasti da se dodatno angažiraju na kampanji za podizanje razine osviještenosti diljem te zemlje kako bi se dječji rad potpuno iskorijenio. Ističem ulogu diplomatskih napora EU-a u tom procesu, a posebno rezolucije Parlamenta iz 2011. kojom se privremeno zaustavilo donošenje sporazuma i koja je dovela do aktivnog uključenja Međunarodne organizacije rada (MOR) i Svjetske banke.

Potičem uzbekistanske vlasti da pojačaju napore oko daljnje modernizacije i diversifikacije poljoprivrednog sektora u toj zemlji, uz nastavak potpore EU-a, Svjetske banke i drugih međunarodnih donatora.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Europski parlament je 2011. odlučio odgoditi donošenje odluke o suglasnosti za Protokol o tekstilu između EU-a i Uzbekistana te je usvojeno privremeno izvješće o navodnom korištenju dječjeg i prisilnog rada u berbi pamuka gdje je pojašnjeno da će Parlament razmotriti davanje suglasnosti samo ako uzbekistanske vlasti dopuste promatračima Međunarodne organizacije rada uspostavljanje neometanog nadzora koji bi potvrdio provođenje konkretnih reformi u svrhu ostvarivanja stvarnog napretka u iskorjenjivanju tih oblika rada na svim razinama. Uzbekistanska je vlada usvojila akcijske planove radi promjene načina zapošljavanja radnika za branje pamuka te je promicala podizanje razine osviještenosti i izradila mehanizam praćenja u cilju sprečavanja prisilnog i dječjeg rada. Najnovije izvješće MOR-a je pokazalo da je korištenje dječjim radom za berbu pamuka postalo gotovo iskorijenjeno te društveno neprihvatljivo.

Tekstilni je sektor glavno područje trgovine između EU-a i Uzbekistana te bi EU trebao iskoristiti proširenje Sporazuma o partnerstvu i suradnji kako bi zajamčio da se uzbekistanske vlasti angažiraju na procesu tranzicije koji bi trebao dovesti do boljeg upravljanja, jačanja vladavine prava, demokratskih reformi i znatnog poboljšanja stanja ljudskih prava. Stoga ovom prilikom također pozivam uzbekistanske vlasti na puštanje na slobodu iz zatvora pojedinaca zatvorenih na temelju politički motiviranih optužbi i prekidanje ciklusa represije, uhićenja i presuda.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — Este relatório acompanha a recomendação que dá o aval à celebração de um «Protocolo ao Acordo de Parceria e Cooperação que estabelece uma parceria entre as Comunidades Europeias e os seus Estados-Membros, por um lado, e a República do Usbequistão, por outro».

O relatório apoia a celebração do Acordo, que não difere substancialmente da matriz de livre comércio que caracteriza os acordos deste tipo. O relatório reconhece a existência de casos de trabalho forçado no Usbequistão. Para a maioria deste parlamento, de pouco importa.

São reconhecidos os constrangimentos que decorrem da reduzida diversificação da economia do Usbequistão, da elevada dependência, por exemplo, da «monocultura do algodão». De pouco importa.

O livre comércio acentuará esta tendência, com a intensificação do cariz exportador das produções e menosprezo do mercado interno. Colocando ainda uma pressão acrescida sobre os países europeus que ainda têm indústria têxtil, como é o caso de Portugal. Nenhuma novidade: beneficiam os grandes importadores do centro da Europa, são prejudicados os produtores da periferia.

O relatório acena com medidas de propaganda que, espera, sirvam para obnubilar os seus reais efeitos. Além disso, desfia um habitual rosário de ingerências e considerações sobre o modo de organização do Estado neste país. Votámos contra.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Biorąc pod uwagę istotne postępy poczynione w Uzbekistanie od 2013 r., w tym przyjęcie przepisów zakazujących korzystania z pracy dzieci, które doprowadziły do niemal całkowitego wyeliminowania pracy dzieci, zaleca się wydanie zgody na zawarcie protokołu UE-Uzbekistan w sprawie wyrobów włókienniczych. Udzielenie zgody będzie stanowić pozytywny sygnał zachęty dla rządu Uzbekistanu, by podejmował on dalsze działania na rzecz zupełnego wyeliminowania pracy dzieci oraz wszelkich innych form pracy przymusowej, a także by dalej zacieśniał współpracę z UE.

Połączenie dialogu i współpracy, jak również ciągłe naciski na rząd Uzbekistanu ze strony UE, MOP i Banku Światowego wciąż będą potrzebne do osiągnięcia tego celu, a także zastrzega sobie prawo do wezwania Komisji i Rady do uruchomienia procedury z art. 2 i 95 UPiW, aby przyjąć wszelkie niezbędne ogólne i szczegółowe środki w przypadku niedotrzymania zobowiązania do wyeliminowania pracy dzieci i pracy przymusowej. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Je soutiens l'extension de l'accord de partenariat et de coopération entre l'Union européenne et l'Ouzbékistan au commerce bilatéral de textiles et vote donc en faveur de cette résolution. Selon l'Organisation internationale du travail, le travail des enfants a aujourd'hui quasiment disparu en Ouzbékistan, j'encourage donc la conclusion de cet accord et l'éradication totale de toute forme de travail forcé lors des travaux de récolte du coton. Je rappelle que si le pays ne poursuit pas ses efforts en la matière, nous demanderons la suspension de l'accord.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – After a vigorous debate, some UKIP MEPs voted in favour whilst some abstained. We note Uzbekistan's significant improvement in the areas of concern, as evidenced by its ratification of multiple ILO conventions. We feel left wing NGOs were calling for a rejection as a spiteful ideological response, rather than due to any meaningful attempt to help. Some MEPs, whilst accepting Uzbekistan's improvement, abstained due to the principle that the EU should not conduct any law, anywhere, ever.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Os produtos têxteis passam a estar incluídos no acordo de parceria e cooperação celebrado entre o Usbequistão e a União em 1999. Em dezembro de 2011, tinha sido já aprovado um relatório provisório, condicionando a aprovação do acordo à melhoria da situação em matéria de direitos humanos, nomeadamente em relação ao trabalho infantil e ao trabalho forçado no contexto da colheita de algodão.

No seguimento da aprovação deste relatório, foi estabelecido um diálogo com o Usbequistão, no âmbito do qual se realizaram audições anuais, que contaram com a participação de diversos intervenientes, nomeadamente da sociedade civil, das autoridades usbeques e das instituições europeias e internacionais.

Foi também estabelecida uma estreita cooperação entre o Usbequistão e a Organização Internacional do Trabalho. O Parlamento entende que, no atual contexto de diálogo e cooperação, os esforços envidados pelas autoridades usbeques devem ser encorajados.

No entanto, se as autoridades usbeques suspenderem a aplicação de medidas no sentido de abolir o trabalho forçado, o Parlamento reserva-se a possibilidade de solicitar à Comissão Europeia e ao Conselho que ativem os artigos 2.º e 95.º do acordo de parceria e cooperação, que permitem a adoção de medidas gerais ou específicas por não respeito pelos direitos humanos.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – En décembre 2011, le Parlement avait déjà adopté un rapport intermédiaire sur la question qui conditionnait le consentement de l'hémicycle à une amélioration de la situation des droits de l'homme en Ouzbékistan.

Depuis lors, l'Organisation internationale du travail a conduit trois missions d'observation qui ont notamment conclu à la quasi-éradication du travail des enfants. C'est sur cette base que le Parlement avait entre autres accepté d'inclure les textiles dans l'accord de partenariat et de coopération de 1999 entre l'UE et l'Ouzbékistan. Une décision qui visait à l'époque à encourager le gouvernement du pays à poursuivre l'éradication de toute forme de travail forcé et à renforcer sa coopération avec l'Union européenne.

Dans le texte de la résolution non législative votée ce midi, le Parlement a salué le fait que l'Ouzbékistan avait commencé à coopérer avec l'Organisation internationale du travail, mais a néanmoins pressé les autorités ouzbèkes d'accélérer le déploiement de campagnes nationales de sensibilisation qui permettront d'éradiquer complètement cette pratique.

Le Parlement va donc continuer à suivre le dossier et pourrait toujours, en dernier recours, demander à la Commission européenne et au Conseil de suspendre l'accord si les autorités ne tenaient pas leurs engagements en termes d'abolition du travail forcé.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Tekstilės gaminiai – svarbi Uzbekistano užsienio prekybos dalis. Užsienio prekyba, kaip žinome, – svarbus ES išorės santykių instrumentas. Atverdama savo rinką ES gali paskatinti valstybes partneres už jų pažangą žmogaus teisių ir politinių laisvių srityje. Deja, Uzbekistano atveju kol kas nėra ko skatinti. Net ir mirus ilgamečiam diktatoriui padėtis šalyje negerėja. Aš pats nuoširdžiai linkiu, kad Uzbekistano žmonės pradėtų kurti sau, o ne saujelei išrinktųjų skirtą valstybę, ir esu pasiruošęs agituoti už visokeriopą pagalbą tam. Tačiau, kiek matome iš dabartinių tendencijų, metas tam dar neatėjęs – apie pažangą Uzbekistane kalbėti dar per anksti.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – À semelhança da proposta de alteração ao Acordo de Parceria e Cooperação com o Usbequistão, também votei a favor desta proposta de resolução não legislativa sobre a mesma matéria, uma vez que formula um conjunto de propostas paralelas à aprovação do Acordo, sublinhando, por um lado, a importância para a União Europeia do respeito pelos Direitos Humanos e pelo cumprimento do Estado de Direito, das condições laborais de acordo com os padrões da Organização Internacional do Trabalho (OIT) e do respeito pelo meio ambiente e, por outro lado, elenca as reformas que o governo deste país tem levado a cabo no sentido de melhorar os padrões laborais e o respeito pelos direitos humanos, os quais constituem «conditio sine qua non» ao estabelecimento de acordos comerciais com a União Europeia.

Destaco, entre outros, os progressos registados ao nível legislativo, com a adoção de leis que proíbem o recurso ao trabalho infantil, a adesão à Confederação Sindical Internacional e o estabelecimento de reformas estruturais, tendentes a melhorar as condições de trabalho dos colhedores de algodão e a introduzir uma maior mecanização e transparência orçamental ao nível das receitas provenientes da colheita de algodão. Face ao supraexposto, votei a favor deste Relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui accompagne l'approbation du Parlement européen pour établir le protocole textile entre l'UE et l'Ouzbékistan. Depuis 2011 et le refus par le Parlement européen de ce protocole, l'Ouzbékistan a fourni un travail important et a mené des actions afin d'éradiquer le travail des enfants ainsi que le travail forcé. Devant les efforts fournis et étant donné la publication du dernier rapport de monitoring de l'OIT, le Parlement donne son approbation au protocole.

Néanmoins, le texte appelle à ce que les actions pour éradiquer le travail forcé et celui des enfants se poursuivent et il souligne qu'en cas de détérioration de la situation, le Parlement se réserve le droit de demander la suspension du protocole à tout moment.

En parallèle, concernant le secteur textile, la résolution demande à la Commission européenne de présenter dans les meilleurs délais la «*EU garment initiative*» et l'encourage à poursuivre ses initiatives et actions en faveur de l'amélioration des conditions de travail, de santé et de sécurité dans le secteur de la confection.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He rechazado esta Resolución que acompaña al Acuerdo con Uzbekistán puesto que legitima un Acuerdo que rechazo y se lava las manos respecto a los derechos humanos a través de centrarse en la existencia de una cláusula que permite su congelación en caso de violación de éstos.

Es decir, se justifica un acuerdo con un país con violaciones flagrantes de los derechos humanos, como el trabajo forzado o la explotación infantil, justificándose en que se congelará si se violan los derechos humanos.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I have voted to support this resolution. Uzbekistan has slowly but surely cooperated with not only the EU, but the ILO – allowing an unhindered inspection of the cotton harvest to take place for the last three years. They have also broadened ILO cooperation in a number of other areas. The ILO has reported significant progress, and although concerns remain about the use of adult labour, most monitoring reports state that Uzbekistan has been cooperative in trying to do away with this.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Cieľom tohto uznesenia je schváliť zahrnutie bilaterálneho obchodu v oblasti textilu do už existujúcej dohody o partnerstve a spolupráci medzi EÚ a jej členskými štátmi a Uzbeckou republikou. Uzbecká republika urobila veľký pokrok pri odstraňovaní detskej práce počas každoročného zberu bavlny, ktorá bola takmer úplne odstránená. Hlasoval som za.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Odlučio sam biti suzdržan prema ovom Izvješću, a ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Aj keď v Uzbekistane sa ešte stále objavujú prípady porušovania ľudských práv, podporila som legislatívne uznesenie, ktorým sa udeľuje súhlas s protokolom, na základe ktorého sa mení dohoda o partnerstve a spolupráci medzi EÚ a členskými štátmi na jednej strane a Uzbeckou republikou na strane druhej, s cieľom rozšíriť ustanovenia tejto dohody na bilaterálny obchod v oblasti textilu. Som rada, že dialóg a spolupráca medzi EÚ a Uzbekistanom sa za posledné obdobia zlepšila a monitorovacia správa MOP z poslednej misie mohla konštatovať, že aj vďaka prijatým opatreniam sa Uzbekistanu podarilo takmer úplne odstrániť detskú prácu počas každoročného zberu bavlny. Táto skutočnosť je o to potešiteľnejšia, že detská práca sa stala spoločensky neprijateľnou. Napriek tomu, že Uzbekistan sa zatiaľ nedokázal vysporiadať s otázkou nútenej práce, oceňujem úsilie MOP, ktorá má záujem trvalo odstrániť nútenú prácu v Uzbekistane. Aj keď vyriešenie problému nútenej práce nie je vôbec jednoduchou záležitosťou, oceňujem aj uzbecké orgány, ktoré prijali niekoľko záväzkov s cieľom postupne odstrániť nútenú prácu dospelých.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Obchodné dohody Európskej únie s krajinami Strednej Ázie nepredstavujú len nástroj na ekonomickú a politickú stabilizáciu a postupnú demokratizáciu regiónu, ale sú aj spôsobom, akým sa rozširujú európske štandardy, najmä v oblasti ochrany autorských práv.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europski parlament je 2011. odgodio donošenje odluke o suglasnosti za Protokol o tekstilu između EU-a i Uzbekistana te je usvojio privremeno izvješće u kojem se bavi navodnim korištenjem dječjeg i prisilnog rada u berbi pamuka. U tom je izvješću zaključio da će razmotriti davanje suglasnosti samo ako uzbekistanske vlasti dopuste promatračima Međunarodne organizacije rada da provedu detaljan nadzor te ako promatrači potvrde da su postignuti bitni rezultati. Uzbekistanska vlada je 2013. dopustila MOR-u da provodi nadzor nad berbom pamuka. Najnovije izvješće MOR-a pokazalo je da je korištenje dječjim radom za berbu pamuka postalo rijetko i društveno neprihvatljivo iako je i dalje potreban stalan nadzor.

Iskorjenjivanje prisilnog i dječjeg rada je cilj u koji je potrebno uložiti trud te kojemu je potrebna dodatna podrška EU-a i međunarodne zajednice.

Podržavam ovo Izvješće jer smatram da bi zbog napora uzbekistanske vlade Parlament trebao dati suglasnost za Protokol o tekstilu između EU-a i Uzbekistana. Time će se potaknuti uzbekistansku vladu da nastavi ulagati napore k potpunom iskorjenjivanju dječjeg rada i svih drugih oblika prisilnog rada budući da se i dalje izvješćuje o kršenjima ljudskih prava u toj zemlji.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za nezakonodajno resolucijo o predlogu sklepa Sveta o sklenitvi Protokola k Sporazumu o partnerstvu in sodelovanju, ki vzpostavlja partnerstvo EU ter Republiko Uzbekistan na drugi strani, o spremembi Sporazuma z namenom razširitve določb Sporazuma na dvostransko trgovino s tekstilom, ob upoštevanju izteka veljavnosti dvostranskega sporazuma o tekstilu. Mednarodni organizaciji dela moramo dati vso podporo pri njenem delu glede spremljanja obiranja bombaža ter njenega sodelovanja z Uzbekistansko vlado prek državnega programa za dostojno delo. Zaradi prizadevanj Uzbekistana, ki si prizadeva za odpravo prisilnega dela, podpiram protokol o trgovini s tekstilom med EU in Uzbekistanom.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin tekstiilisopimuksen uudistamisen puolesta, sillä tarkoitus on ennen kaikkea osoittaa tukea Uzbekistanin saavuttamalle kehitykselle. Käytännössä sopimuksella on hyvin pienet taloudelliset vaikutukset, mutta poliittisena signaalina se on tärkeä rohkaisu Uzbekistanille siihen, että he jatkavat työtä ihmis- ja työoikeuksien parantamiseksi. Työoikeuksien parantamiseksi on tehtävä edelleen työtä, ja säännöllistä valvontaa tällä saralla on jatkettava.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai suivi l'avis de ma collègue rapporteure Maria Arena sur le rapport contenant une proposition de résolution non législative sur le projet de décision du Conseil relative à la conclusion d'un protocole à l'accord de partenariat et de coopération établissant un partenariat entre les Communautés européennes et leurs États membres, d'une part, et la République d'Ouzbékistan, d'autre part, modifiant ledit accord afin d'étendre ses dispositions au commerce bilatéral de textiles, compte tenu de l'expiration de l'accord bilatéral sur les textiles.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – In an effort to strengthen its ties with Uzbekistan, the EU is seeking to add bilateral trade in textiles to the existing EU-Uzbekistan PCA (1999). The trade agreement, more specifically, seeks to forge a closer collaboration between the central Asian country, the EU and the International Labour Organisation to tackle forced and child labour in Uzbekistan, a problem that is prevalent in the country's cotton industry. I voted in favour of including textiles in our partnership agreement, as the agreement will encourage the Uzbek Government to continue to implement reforms that will allow the country to respect their international commitments regarding human and labour rights, and eventually eradicate forced and child labour.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam rezoluciju kojom se produžuje sporazum o bilateralnoj trgovini tekstilom država članica Europske unije i Republike Uzbekistana s obzirom na to da je uzbekistanska vlada napravila značajan napredak u borbi protiv rada djece uvodeći zakon kojim se zabranjuje dječji rad. Smatram da je usvajanje tog zakona pozitivan korak pri postizanju cilja potpunog iskorjenjivanja dječjeg rada, a ovaj sporazum znak dijaloga i suradnje između Europske unije i Uzbekistana.

Međutim, u Uzbekistanu postoji i problem prisilnog rada za odrasle, te je ovom rezolucijom stavljena mogućnost poduzimanja općih ili posebnih mjera u slučaju propusta poštivanja ljudskih prava. Ipak, vjerujem da će Uzbekistan ispuniti svoju obvezu ukidanja prisilnog rada za odrasle te organizirati kampanje podizanja svijesti i uvesti procjenu provedbe međunarodnih ugovora u ovom području.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog nezakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o predlogu sklepa Sveta o sklenitvi Protokola k Sporazumu o partnerstvu in sodelovanju, ki vzpostavlja partnerstvo med Evropskima skupnostma in njunimi državami članicami na eni strani ter Republiko Uzbekistan na drugi strani, o spremembi Sporazuma z namenom razširitve določb Sporazuma na dvostransko trgovino s tekstilom, ob upoštevanju izteka veljavnosti dvostranskega sporazuma o tekstilu sem podprla.

Evropski parlament je bil zaprošen za odobritev protokola, ki spreminja Sporazum o partnerstvu in sodelovanju med Evropsko unijo in njenimi državami članicami na eni strani in Uzbekistanom na drugi strani, s katerim bi razširili določbe tega sporazuma na dvostransko trgovino s tekstilom. Država bi dobila ugodnosti kot so trgovina brez količinskih omejitev, načelo prostega tranzita, trgovanje po tržnih cenah itd. Uzbekistan je do sedaj popolnoma odpravil delo otrok pri pobiranju bombaža toda še vedno je preveč prisilnega dela z izkoriščevalskimi delovnimi pogoji.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Należy wspierać partnerstwo gospodarcze pomiędzy UE a Uzbekistanem. Współpraca może przynieść wymierne korzyści nie tylko Uzbekistanowi ale także państwom członkowskim UE. Wymiana kulturowa, która jest bardzo rozpowszechniona w naszych krajach powinna być również poszerzona o wymianę gospodarczą. Zagłosowałem za przyjęciem umowy.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – 2011 decemberében az Európai Parlament úgy határozott: elhalasztja az EU és Üzbegisztán közötti, textilekre vonatkozó jegyzőkönyvvel való egyetértésre irányuló határozatát, és időközi jelentést fogad el a gyermekmunka és a kényszermunka üzbegisztáni gyapotültetvényeken történő alkalmazására vonatkozó állítások kivizsgálására. Ebben az időközi jelentésben a Parlament megállapította, hogy csak akkor adja hozzájárulását, ha az üzbég hatóságok engedélyezik az ILO megfigyelőinek, hogy alapos és akadályoztatástól mentes ellenőrzést hajtsanak végre, és ennek során megerősítést nyer, hogy konkrét és jelentős eredményekkel járó reformokra került sor, melyek következtében a kényszermunka és a gyermekmunka gyakorlatának nemzeti, tartományi és helyi szinten történő tényleges eltörlése folyamatban van. Az állásfoglalást támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra de la resolución de acompañamiento porque, aunque estoy de acuerdo con la mayor parte de sus puntos, la ponente toma, a partir de ese diagnóstico que comparo, la conclusión contraria: que el Parlamento Europeo debería otorgar el consentimiento a la firma del protocolo por el que se extenderían las provisiones del acuerdo de cooperación y partenariado UE-Uzbekistán al sector textil. En efecto, en el informe se expresa preocupación por el hecho de que, hoy por hoy, el trabajo forzado siga constituyendo una práctica común en el sector textil en Uzbekistán. Comparto con la ponente la opinión sobre los progresos que ha habido en el país; y me adhiero a la solicitud que en la resolución se hace para que la Comisión presente cuanto antes la iniciativa emblemática de la Unión sobre la gestión responsable de la cadena de suministro en el sector textil. Sin embargo, no comparto con esta resolución su propósito principal: apoyar a un procedimiento de consentimiento con el que no estoy de acuerdo.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted against because this consent procedure should have been initiated after December, when the ILO report on the 2016 cotton harvest will be available. One of the conditions included in the interim report that the European Parliament adopted in 2011 included the need to eradicate child labour and other forms of forced labour. Even though there has been considerable progress in the eradication of child labour, the same result is likely to not have been achieved regarding forced labour, this is why the independent ILO assessment is a key tool to evaluate the possibility of giving our consent to this Protocol.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report containing a motion for a non-legislative resolution on the draft Council decision on the conclusion of a Protocol to the Partnership and Cooperation Agreement establishing a partnership between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Republic of Uzbekistan, of the other part, amending the Agreement in order to extend the provisions of the Agreement to bilateral trade in textiles, taking account of the expiry of the bilateral textiles Agreement. In December 2011 the European Parliament decided to postpone its decision on consent to the EU-Uzbekistan Textiles Protocol. The report stresses the importance of the action taken by the Government of Uzbekistan to authorise the ILO to monitor the cotton harvest and to engage in broad cooperation with ILO through a Decent Work Country Programme. Moreover, it welcomes the substantial progress that has been made in Uzbekistan since 2013, including the adoption of laws which prohibit the use of child labour. I voted in favour because I believe that only concrete evidence of substantial and measurable progress of Uzbekistan allows Parliament to give its consent.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta propuesta tiene como objetivo incluir al sector textil de Uzbekistán en el ámbito del Acuerdo de Cooperación y Partenariado de 1999, ya que según su artículo 16, el sector textil se encontraba excluido de las obligaciones de tratamiento de nación más favorecida y de la prohibición de restricciones cuantitativas, sí aplicables a otros sectores. Esta propuesta puede llenar el hueco que supone que Uzbekistán no sea miembro de la Organización Mundial del Comercio, pues en tanto que no se produzca su adhesión a dicho organismo, no se verá vinculado por la cláusula de nación más favorecida y a las reglas multilaterales que se aplican todos sus miembros. Este informe llega después de varios años de esfuerzos por parte de las autoridades para erradicar —en base a las guías facilitadas por la Unión— el trabajo infantil, avalado por una investigación de 2015 que revela la eliminación virtual de esta práctica y aplaude las medidas tomadas para lograrlo (cuidado extraescolar, multas a quienes lo promuevan y mayores niveles de responsabilidad para padres, profesores y agricultores…), habiendo conseguido que emplear mano de obra infantil se considere una práctica socialmente inaceptable. Por todo ello, he considerado oportuno votar a favor de este informe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He rechazado esta Resolución que acompaña al Acuerdo con Uzbekistán puesto que legitima un Acuerdo que rechazo y se lava las manos respecto a los derechos humanos a través de centrarse en la existencia de una cláusula que permite su congelación en caso de violación de éstos.

Es decir, se justifica un acuerdo con un país con violaciones flagrantes de los derechos humanos, como el trabajo forzado o la explotación infantil, justificándose en que se congelará si se violan los derechos humanos.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor omdat het Europees Parlement ingenomen is met de aanzienlijke vooruitgang die Oezbekistan sinds 2013 heeft geboekt, onder meer de goedkeuring van wetten die het gebruik van kinderarbeid verbieden, waarmee het land ervoor heeft gezorgd dat kinderarbeid vrijwel volledig is uitgebannen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório que acompanha a recomendação, que propõem a celebração do Acordo, contém, a pretexto da suposta ajuda, considerações inaceitáveis e inequívocas dos instrumentos que a União Europeia usa para ingerir sobre Estados Soberanos, procurando condicionar as suas políticas sociais e económicas, com a soberba vaidade de quem acha que pode dar lições.

Votámos contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das Europäische Parlament hat im Dezember 2011 beschlossen, die Zustimmung zu einem Protokoll über den Handel mit Textilien mit Usbekistan bis zur Erstellung eines Zwischenberichts aufzuschieben. In diesem sollte insbesondere dem Vorwurf der Kinder- und Zwangsarbeit nachgegangen werden.

Nach jüngster Beobachtung der IAO (2015) ist Kinderarbeit bei der Baumwollernte nur noch selten anzutreffen, ebenso stellt Zwangsarbeit kein Problem mehr da.

Nachdem die Regierung Usbekistans bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Textilbereich in kurzer Zeit erhebliche Fortschritte erzielt hat, habe ich diesem Bericht zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – With the recent passing away of Uzbekistan's authoritarian leader Islam Karimov, the current period is seen as a valuable opportunity to develop deeper relations between the EU and Uzbekistan and is part of its broader strategy in Central Asia. Labour MEPs voted in favour of the report as we believe that, in the context of the ongoing dialogue and cooperation, it is appropriate for Parliament to give its consent to the textile protocol with Uzbekistan. However, if the Uzbek authorities fail to follow through on their commitment to abolish forced labour, Parliament reserves the right to ask the Commission and the Council to activate Articles 2 and 95 of the PCA, allowing general or specific measures to be taken in the event of a failure to respect human rights.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Nelegislatívne uznesenie o uzavretí protokolu k dohode o partnerstve a spolupráci medzi Európskym spoločenstvom a Uzbeckou republikou som podporila. Tento protokol sa týkal rozšírenia pôvodnej dohody o partnerstve a spolupráci o obchod v oblasti textilu. Pôvodne, v čase, keď sa táto dohoda medzi Európskym spoločenstvom a Uzbekistanom uzatvárala, bolo textilné odvetvie z obchodu vylúčené. Dôvodom bolo využívanie detskej a nútenej práce na zber bavlny v Uzbekistane. Od tej doby sa ale mnohé zmenilo, Uzbekistan prijal opatrenia na odstránenie detskej práce a celkovo boli zaznamenané významné pokroky. Práve preto si myslím, že túto snahu o zlepšenie podmienok je potrebné podporiť, a verím, že rozšírenie dohody o partnerstve a spolupráci práve o toto odvetvie bude motivovať Uzbekistan k ďalším pozitívnym reformám.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržala sam izvješće koje sadrži prijedlog nezakonodavne rezolucije o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju Protokola uz Sporazum o partnerstvu i suradnji kojim se uspostavlja partnerstvo između Europskih zajednica i njihovih država članica s jedne strane i Republike Uzbekistana s druge strane i izmjeni Sporazuma kako bi se proširila primjena njegovih odredaba na bilateralnu trgovinu tekstilom, uzimajući u obzir istek bilateralnog sporazuma o tekstilu.

Svrha ovog prijedloga je da se odobri u ime Europske unije Sporazum o partnerstvu i suradnji kojim se uspostavlja partnerstvo između Europskih zajednica i njihovih država članica s jedne strane i Republike Uzbekistana s druge strane.

U privremenoj rezoluciji parlamenta navodi se da je Unija jedan od glavnih uvoznika pamuka iz Uzbekistana, procjene su da se uvoz u Uniju kreće od 6 % do 23 % uzbekistanskog pamuka u posljednjih 10 godina. Stoga smatram da je bitno proširenje odredaba na bilateralnu trgovinu tekstilom.

Također oštro osuđujem prisilan rad i dječji rad te podržavam reforme europskog parlamenta u iskorijenjena ova dva problema.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo s predlogom nezakonodajne resolucije o predlogu sklepa Sveta o sklenitvi Protokola k Sporazumu o partnerstvu in sodelovanju, ki vzpostavlja partnerstvo med Evropskima skupnostma in njunimi državami članicami na eni strani ter Republiko Uzbekistan na drugi strani, o spremembi Sporazuma z namenom razširitve določb Sporazuma na dvostransko trgovino s tekstilom, ob upoštevanju izteka veljavnosti dvostranskega sporazuma o tekstilu.

Poglabljanje partnerstva in sodelovanje z Uzbekistanom podpiram, saj Uzbekistanske oblasti aktivno sodelujejo s Svetovno organizacijo delo pri odpravljanju prisilnega dela in dela otrok ter si prizadevajo za uveljavljanje človekovih pravic in načel pravne države pri strukturnih reformah.

10.4. Handelsübereinkommen EU/Kolumbien und Peru (Beitritt Ecuadors) (A8-0362/2016 - Helmut Scholz)

Oral explanations of vote

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señora Presidenta, he pedido la palabra para explicar el voto a favor del Acuerdo con Ecuador porque me parece muy importante que el Parlamento Europeo haya aprobado este Acuerdo para que Ecuador se incorpore al Acuerdo con Colombia y Perú. Hacemos un gran favor a Ecuador y a su pueblo con este Acuerdo. Yo no comprendo que haya alguna razón para oponerse al libre comercio con un país que puede exportar mucho a Europa, y podemos beneficiar mucho al pueblo de Ecuador.

Ecuador está haciendo una transformación muy moderna de su país, y estas exportaciones de sus productos son clave para ellos. Hemos trabajado muy intensamente con ellos, hemos asegurado que las exportaciones de banano no perjudiquen a otros países, en concreto a España y a las islas Canarias, y hemos asegurado que la relación entre Europa y América Latina a través de este nuevo Acuerdo se intensifique y mejore, algo que creo que es muy importante también para Europa.

Jan Zahradil (ECR). – Paní předsedající, jako místopředseda Výboru pro mezinárodní obchod jsem velice rád podpořil přistoupení Ekvádoru k našemu svazku existujícímu už s Kolumbií a Peru. Ve světě není v tuto chvíli dobrá situace pro volný obchod. Vidíme nejrůznější překážky, které vznikají při uzavírání transatlantické dohody, vidíme, že Spojené státy americké v budoucnu pravděpodobně odstoupí od některých dohod už uzavřených, a proto je důležité, aby Evropská unie byla promotérem volného obchodu, protože z toho mohou naše ekonomiky jedině profitovat.

Máme rozdělané některé smlouvy o volném obchodu v Asii, samozřejmě Latinská Amerika je také důležitá. Proto je velice dobře, že se nám podařilo odhlasovat přistoupení Ekvádoru k této dohodě o volném obchodu. Já to jedině vítám a samozřejmě jsem to podpořil.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, aderarea Ecuadorului la Acordul comercial cu Columbia și Peru este un pas important în relațiile bilaterale cu Ecuadorul.

Se va deschide comerțul de către ambele părți și asta este un beneficiu pentru sectorul agricol european. Este crucial momentul semnării acestui acord, pentru că Ecuadorul se confruntă cu o situație economică dificilă. Prețul petrolului s-a prăbușit cu peste 60%, exporturile de petrol au scăzut cu 50%, iar cutremurul din aprilie a costat guvernul 3 miliarde de dolari.

Mai mult, la sfârșitul anului, Ecuadorul își pierde statutul de SGP. Este esențial ca Parlamentul să susțină acest acord, pentru ca economia Ecuadorului să nu fie puternic afectată. Ecuadorul este un partener regional foarte important pentru Uniune și de aceea ținem la acest acord și l-am votat. Solicit, de asemenea, să monitorizăm regulat acordurile existente.

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'accordo di cui si parla nella relazione è stato firmato nel 2012 da Colombia e Perù. Nell'accordo è compreso un articolo che permette che possano entrare altri paesi membri della comunità andina. Nel 2014 infatti furono conclusi i negoziati per l'adesione dell'Ecuador.

Poiché reputo un importante aiuto includere l'Ecuador nell'accordo in quanto sta vivendo una situazione economica molto difficile, ho deciso di votare a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He apoyado la adhesión de Ecuador al Acuerdo Comercial de la Unión Europea con Colombia y Perú, con el que la Unión dará continuidad a las preferencias arancelarias que hasta ahora le ha concedido y que, por elevarse a país de renta media, hubiera perdido en enero lastrando las exportaciones de las que viven muchas personas en este país.

Los socialistas celebramos que este Acuerdo incluya compromisos ambiciosos, inéditos entre la Unión y Ecuador, en materia desarrollo sostenible, derechos humanos, laborales y medioambientales, lo que deberá servir para favorecer un comercio bilateral más justo. En este sentido, Ecuador ha ido acometiendo ya algunas buenas reformas, que bajo el Acuerdo deberán continuar. También hemos trabajado muy intensamente con Ecuador, para asegurar que su capacidad exportadora en el sector del banano no perjudique a regiones europeas que, como las Islas Canarias, dependen enormemente de este cultivo.

Un Acuerdo que, sin duda, ayudará a intensificar y mejorar la relación entre Europa y América Latina, tal y como defendemos los socialistas españoles. Seguiremos muy de cerca el cumplimiento de los compromisos y apoyaremos a Ecuador en sus reformas, con todos los Instrumentos de los que dispone la Unión.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra de la Adhesión de Ecuador al Acuerdo Comercial Multipartes UE- Colombia/Perú al entender que no hay cambios sustanciales en un Acuerdo que sigue basándose en las lógicas del libre comercio, la desregulación, las privatizaciones o la explotación de los recursos naturales. Me opuse al Acuerdo UE-Colombia/Perú y sigo rechazándolo. Nuestro modelo de relaciones no son Acuerdos de Libre Comercio que no tienen en cuenta las asimetrías económicas y que sólo buscan abrir nuevos mercados y beneficios a las empresas multinacionales, sino acuerdos que se basen en la complementariedad, la cooperación, el desarrollo sustentable y sostenible y que tengan como objetivo central acabar con las desigualdades. Rechazamos el chantaje al que la Unión somete a terceros países a través de sus actuales políticas arancelarias y del condicionamiento de los fondos de cooperación al desarrollo, ligados a la firma de Acuerdos Comerciales como este. Apoyamos al Gobierno de Ecuador en las políticas que ha llevado a cabo para el desarrollo del modelo del «buen vivir» basadas en un mayor control del Estado de sectores estratégicos de la economía pero consideramos que los logros sociales no hubieran sido posibles bajo la lógica que instaura este Acuerdo.

Max Andersson (Verts/ALE), *skriftlig*. – Ecuador har tillsammans med Bolivia länge arbetat för en ny typ av handelsavtal som gynnar hållbar utveckling, omfördelning och ursprungsfolkens rättigheter. Detta avtal innebär en återgång till en orättvis och ohållbar handel där Ecuador blir fast i ett beroende av råvaruexport. Folkrörelserna i Ecuador är kritiska. Därför kan vi inte rösta ja till avtalet. Samtidigt vill vi respektera en vald regering i Syd och väljer inte heller att rösta nej. Vi röstar blankt denna gång.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento teisėkūros rezoliucijos projektą dėl ES ir Kolumbijos bei Peru prekybos susitarimo (Ekvadoro prisijungimo). 2012 m. gruodžio 11 d. Europos Parlamentas priėmė teisėkūros rezoliuciją, kurioje pritarė tokio susitarimo sudarymui. Prekybos susitarimo 329 straipsnyje numatoma galimybė prie susitarimo prisijungti kitoms Andų bendrijos šalims narėms. 2015 m. lapkričio 20 d. Europos Parlamentas priėmė rezoliuciją dėl Ekvadoro prisijungimo prie prekybos susitarimo, kurioje teigiamai įvertino tai, kad baigtos derybos su Ekvadoru, skatino greitai užtikrinti visapusišką susitarimo įsigaliojimą ir įgyvendinimą, manydamas, kad jis padės Ekvadorui ir toliau laikytis naujos krypties, t. y. skatinti ekonominiu ir socialiniu požiūriu tvaraus šalies vystymosi politiką sudėtingomis regioninėmis ir tarptautinėmis aplinkybėmis. Laikausi pozicijos, kad Ekvadoro prisijungimas prie prekybos susitarimo su Kolumbija bei Peru, šio susitarimo palaipsnis ir lankstus įgyvendinimas, atsižvelgiant į periodinius vertinimus ir konsultacijas su Ekvadoro vyriausybe ir abiejų susitarimo šalių pilietinėmis visuomenėmis, turėtų būti žingsnis pirmyn siekiant ES aljanso su svarbiomis, sparčiu ekonomikos augimu pasižyminčiomis šalimis šiame pasaulio regione.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της σύστασης σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη, εξ ονόματος της Ένωσης, του πρωτοκόλλου προσχώρησης στη συμφωνία εμπορίου μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των κρατών μελών της, αφενός, και της Κολομβίας και του Περού, αφετέρου, για να ληφθεί υπόψη η προσχώρηση του Ισημερινού, διότι θεωρώ πως η διαδικασία έγκρισης πρέπει να επιταχυνθεί, ώστε ο Ισημερινός να μπορέσει να επωφεληθεί από τη συμφωνία ελεύθερου εμπορίου το δυνατόν συντομότερα.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport demande d'approuver l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial entre l'Union européenne et la Colombie et le Pérou datant de 2012. Or, l'Équateur étant devenu un pays à revenu intermédiaire, il ne peut plus faire partie de l'accord SPG+ (statut des pays ayant un «régime spécial d'encouragement»). Les droits de douane élevés sont supprimés, les marchés des services libéralisés, les marchés publics ouverts, avec des normes environnementales et sociales imposées…

La pêche équatorienne n'aura plus de droits de douane. L'Équateur, selon l'Union européenne, «bénéficiera de nouveaux accès considérables aux marchés de l'Union européenne pour la banane». En 17 ans, 90 % des droits de douane de la filière agricole seront supprimés. Cela sera très défavorable aux producteurs des régions d'Outre-Mer pour qui la banane est une source importante de revenu.

Pour tous ces motifs, je me suis opposée à ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This was simply a technical update on the progress of the agreement, and it is standard practice for UKIP MEPs to abstain on such motions.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai choisi de voter pour ce texte car l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial avec la Colombie et le Pérou et la mise en œuvre progressive et flexible de ce dernier, avec une démarche de préfiguration de la Commission, tenant compte des évaluations périodiques après consultation du gouvernement équatorien et de la société civile des deux parties, devraient constituer une avancée importante dans l'alliance avec des pays importants, en pleine croissance et de même sensibilité, dans une région de plus en plus tournée vers l'Asie et le Pacifique.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už rekomendaciją dėl prisijungimo protokolo prie Europos Sąjungos bei jos valstybių narių ir Kolumbijos bei Peru prekybos susitarimo, kuriuo atsižvelgiama į Ekvadoro prisijungimą. Ekvadoro prisijungimas prie Europos Sąjungos bei jos valstybių narių ir Kolumbijos bei Peru prekybos susitarimo – tai svarbus žingsnis į priekį plėtojant ES ir Ekvadoro, kuris tapo svarbiu ir panašių interesų turinčiu regiono partneriu, santykius. Tačiau pritariu, kad Komisija turi užtikrinti visapusišką darnaus vystymosi nuostatų įgyvendinimą ir atidžiai stebėti politinę ir pagrindinių teisių padėtį šalyje.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport demande d'accepter l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial entre l'UE et la Colombie et le Pérou, datant de 2012. Les droits de douane élevés seraient supprimés, les marchés des services libéralisés, les marchés publics ouverts. L'Équateur, selon l'UE, «bénéficiera de nouveaux accès considérables aux marchés de l'Union européenne pour la banane» . 90 % des droits de douane de la filière agricole seraient supprimés en 17 ans.

Cela serait très défavorable aux producteurs de nos régions d'Outre-Mer pour qui ce fruit représente une source importante de revenu. Je me suis donc opposé à cette adhésion.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport relatif à la conclusion du protocole d'adhésion à l'accord commercial entre l'Union, d'une part, et la Colombie et le Pérou, d'autre part, en vue de tenir compte de l'adhésion de l'Équateur.

Le rapport souligne que cette adhésion de l'Équateur lui donnera l'opportunité de poursuivre sa politique de développement économique et social durable dans un contexte régional et international difficile.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que es acorde a mi posición respecto a la adhesión de Ecuador al Acuerdo Comercial de la UE con Colombia y Perú. Considero que en el actual contexto mundial, la Unión debe afianzar sus relaciones con Latinoamérica, siendo un socio preferencial y confiable que contribuya al progreso económico y social de la región.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Scholz che approva il protocollo all'accordo commerciale tra l'Unione europea e la Colombia e il Perù, per tener conto dell'adesione dell'Ecuador.

L'accordo originario, firmato nel 2012, prevede la possibilità per altri paesi membri della Comunità andina di aderire per poter sfruttare pienamente i vantaggi di natura economica da esso derivanti. Si tratta di un'occasione di primaria importanza, soprattutto per una paese come l'Ecuador che sta affrontando una situazione complessa, con un crollo del 60% dei prezzi del petrolio, una rivalutazione del dollaro e la contemporanea svalutazione delle monete di altri paesi dell'area, come la Colombia. Il generale crollo delle esportazioni, che ha visto una diminuzione del 6,1%, ha determinato un corposo calo degli introiti, che rischia di compromettere la stessa stabilità finanziaria dello stato.

L'adesione all'accordo commerciale consentirà al paese latinoamericano di rafforzare la propria economia, favorendo l'adozione di politiche sociali e ambientali più progressiste, e permetterà al contempo all'UE di recuperare posizioni in una regione che vede aumentare l'influenza degli Stati asiatici e del Pacifico.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Es innegable que la bajada del precio del petróleo y el encarecimiento del dólar hace que la coyuntura económica y política en Ecuador sea complicada. En este contexto, la pérdida de las preferencias arancelarias amenaza la economía de Ecuador a corto plazo y también la victoria electoral del proyecto emancipador en febrero. Sin embargo, aunque entiendo el interés a corto plazo del Gobierno ecuatoriano por obtener el balón de oxígeno que supone el no incremento de los aranceles a sus exportaciones, el Acuerdo contiene elementos perniciosos a largo plazo pues podría sentar las bases para una relación comercial desigual. Además, con este acuerdo, la Unión está fomentando, una vez más, un sistema en el que se sientan las bases para un comercio en beneficio de los de siempre, que no voy a defender en ningún caso. Por ello he votado en contra.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis opposée à ce rapport portant sur l'adhésion de l'Équateur à l'accord de libre-échange entre l'Union européenne, la Colombie et le Pérou.

Il est vrai que, l'Équateur étant devenu un pays dit à «revenu intermédiaire» , il ne peut plus bénéficier du système de préférence généralisée de l'Union européenne, lequel octroie des facilités pour les pays en voie de développement. J'en profite pour affirmer que l'existence même de ce système discrédite l'idéologie ultra-libérale puisqu'il reconnaît la nécessité, en faveur du développement économique, de droits de douane, d'IGP protégées, de normes sociales et environnementales, bref, d'un protectionnisme intelligent.

Je considère donc qu'intégrer l'Équateur à cet accord commercial sera non seulement négatif pour ce pays, mais encore pour nos producteurs puisqu'il conduira à ce que L'Équateur puisse bénéficier «de nouveaux accès considérables aux marchés de l'Union européenne pour la banane» . Or, il s'agirait d'une catastrophe pour nos producteurs des régions d'Outre-Mer pour qui la banane est une source importante de revenu.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non sono d'accordo con la proposta di allargamento all'Ecuador dell'accordo già esistente tra UE e Colombia e Perù, perché questo potrebbe danneggiare il nostro sistema produttivo, già duramente provato dalla crisi economica e dalle folli politiche dell'Unione europea, che dovrebbe invece far molto di più per la tutela delle nostre imprese. Per questi motivi non ho inteso sostenere il testo con il mio voto.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rekomendaciją dėl Europos Sąjungos ir Kolumbijos bei Peru prekybos susitarimo (Ekvadoro prisijungimas). Šis susitarimas buvo pasirašytas 2012 m. birželio 26 d. Briuselyje. Ekvadoro prisijungimas prie prekybos susitarimo su Kolumbija bei Peru, šio susitarimo palaipsnis ir lankstus įgyvendinimas, Komisijai numatant pirminį etapą, atsižvelgiant į periodinius vertinimus ir pasikonsultavus su Ekvadoro vyriausybe ir abiejų susitarimo šalių pilietine visuomene, turėtų būti žingsnis pirmyn siekiant aljanso su svarbiomis, vienmintėmis ir greitai augančiomis šalimis regione, kuris ieško vis glaudesnių ryšių su Azijos ir Ramiojo vandenyno valstybėmis. Ekvadoras atsakė į Europos Parlamento prašymą ir 2016 m. birželio 21 d. Europos Parlamentui pateikė dokumentą „Ekvadoro politikos, laimėjimų ir veiksmų siekiant gerų gyvenimo sąlygų apžvalga“. Atsižvelgdamas į tai Parlamentas pritaria Ekvadoro prisijungimui prie ES bei jos valstybių narių ir Kolumbijos bei Peru prekybos susitarimo. Tačiau nori atkreipti dėmesį į tai, kad galiojančių susitarimų stebėsena, vertinimas ir tolesni veiksmai dėl jų turi būti svarbiausias bendros prekybos politikos prioritetas ir kad Komisija privalo informuoti Parlamentą apie savo veiklą, susijusią su šio susitarimo įgyvendinimu, stebėsena ir tolesniais veiksmais, ypač turint mintyje tvaraus vystymosi prievoles, kaip apibrėžta 2015 m. lapkričio 20 d. Europos Parlamento rezoliucijoje.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o sporazumu o trgovini između EU-a i Kolumbije i Perua (pristupanje Ekvadora).

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Cet accord sera très défavorable aux producteurs des régions d'Outre-Mer pour qui la banane est une source importante de revenu.

J'ai donc voté contre.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted against this report. There are certain progressive aspects to the proposed accession of Ecuador, led by the progressive government of Rafael Correa, but we have previously opposed the EU-Colombia/Peru FTA based on both the liberalisation agenda and human rights abuses in Colombia.

In 2014 due to Correa's anti-poverty measures, Ecuador moved to being a middle-income country, meaning it was excluded from the Generalised System of Preferences, under which it had been able to export to the EU without tariffs but maintain tariffs on imports.

However, this FTA contains the usual adverse impacts on ordinary people – lack of respect for democracy, social rights, transparency, and the environment. We believe this FTA will lead to increased land-grabbing by multinationals in Ecuador, and a deterioration in the rights of indigenous people, workers and trade unions. For these reasons we voted against.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport recommande d'approuver l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial conclu en 2012 entre l'Union européenne, la Colombie et le Pérou. Cet accord comprend une baisse drastique des droits de douane ainsi que la libéralisation du marché des services, en contrepartie de normes environnementales et sociales plus contraignantes. La pêche équatorienne sera, en effet, exonérée de droits de douane; quant aux produits agricoles, l'accord prévoit la suppression de 90 % des droits de douane en l'espace de 17 ans.

Nous nous sommes bien évidemment opposés à cet accord commercial qui menacera la viabilité de nos exploitations agricoles, notamment dans les régions d'outre-mer où les exportations de bananes constituent une source importante de revenus. Par conséquent, la multiplication des concessions tarifaires accordées par l'Union européenne risque de porter le coup de grâce à notre secteur agricole qui est déjà confronté à la baisse des cours des matières premières ainsi qu'à l'embargo russe. J'ai donc voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Acordul comercial între Uniunea Europeană și statele membre ale acesteia, pe de o parte, și Columbia și Peru, pe de altă parte, a fost semnat la Bruxelles, la 26 iunie 2012, fiind prevăzută posibilitatea aderării la acest acord și a altor țări membre ale Comunității Andine. Drept urmare, Uniunea Europeană și Ecuadorul au încheiat negocierile în vederea unei astfel de aderări.

Prin intermediul acestui acord s-ar permite Ecuadorului să își consolideze noile orientări cu privire la încurajarea politicilor de dezvoltare sustenabilă economică și socială. Astfel, implementarea acordului comercial va avea un impact pozitiv în ceea ce privește dezvoltarea Ecuadorului și alinierea sa la standarde europene.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece consider că prin intermediul acestui instrument va fi favorizată consolidarea relațiilor bilaterale și a dialogului politic bazat pe respectarea principiilor democratice și a drepturilor fundamentale.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He apoyado la adhesión de Ecuador al Acuerdo Comercial de la Unión Europea con Colombia y Perú, con el que la Unión dará continuidad a las preferencias arancelarias que hasta ahora le ha concedido y que, por elevarse a país de renta media, hubiera perdido en enero lastrando las exportaciones de las que viven muchas personas en este país.

Los socialistas celebramos que este Acuerdo incluya compromisos ambiciosos, inéditos entre la Unión y Ecuador, en materia desarrollo sostenible, derechos humanos, laborales y medioambientales, lo que deberá servir para favorecer un comercio bilateral más justo. En este sentido, Ecuador ha ido acometiendo ya algunas buenas reformas, que bajo el Acuerdo deberán continuar. También hemos trabajado muy intensamente con Ecuador, para asegurar que su capacidad exportadora en el sector del banano no perjudique a regiones europeas que, como las Islas Canarias, dependen enormemente de este cultivo.

Un Acuerdo que, sin duda, ayudará a intensificar y mejorar la relación entre Europa y América Latina, tal y como defendemos los socialistas españoles. Seguiremos muy de cerca el cumplimiento de los compromisos y apoyaremos a Ecuador en sus reformas, con todos los Instrumentos de los que dispone la Unión.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione che estende all'Ecuador l'accordo commerciale concluso nel 2012 con la Colombia e il Perù. L'obiettivo è quello di inserire la Comunità andina nel sistema commerciale globale, aumentando gli scambi e gli investimenti con l'Unione europea.

Sotto il profilo economico l'Ecuador sta affrontando una situazione difficile. Le esportazioni ecuadoriane hanno subito nel 2015 un calo del 29 %, dovuto principalmente al crollo delle esportazioni petrolifere, che si è affiancato a un calo delle altre esportazioni, determinando introiti non sufficienti a coprire le esigenze finanziarie del governo.

L'intesa consentirà all'Ecuador di portare avanti i nuovi orientamenti di incentivazione delle politiche per lo sviluppo economico e sociale del paese in un contesto regionale e internazionale complesso.

L'obbligo per la Commissione di informare il Parlamento in merito alle sue attività connesse all'attuazione e al monitoraggio di tale accordo, in particolare per quanto attiene agli obblighi di sviluppo sostenibile, contribuirà al controllo, alla valutazione e al follow-up della politica commerciale europea.

James Carver (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs abstained on this, as it was a simple technical update to the fact that Ecuador is now party to certain parts of this agreement. We did not feel a strong need to vote against this tidying-up exercise.

David Casa (PPE), *in writing*. – I gave my consent to the accession of Ecuador to the Trade Agreement between the EU and Colombia and Peru. The global picture of the country, as reported in this resolution of November 2015, confirms the progress made by Ecuador in many areas, although some outstanding issues remain, such as a complete press freedom. Ecuador is still benefiting until the end of the year from preferential access to the EU market for its goods what has anticipated for the country the full benefits of the accession. Furthermore, the accession of Ecuador should bring benefits to the integration of the Andean region.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'accordo commerciale tra l'UE e la Colombia e il Perù è stato concluso nel giugno 2012 e il suo articolo 329 prevede la possibilità che altri paesi membri della Comunità andina vi accedano. L'Unione europea e l'Ecuador hanno concluso i negoziati per l'adesione il 17 luglio 2014.

Sotto il profilo economico, l'Ecuador sta affrontando una situazione difficile e nel 2015 le esportazioni ecuadoriane hanno subito un forte calo. Ancora, il 16 aprile un terremoto di magnitudo 7,8 ha scosso il paese, provocando almeno 673 vittime e 27 732 feriti. Secondo le stime del governo ecuadoriano i costi della ricostruzione si aggireranno sui 3 miliardi di dollari USA, pari a circa il 3,0 % del PIL. Uno scenario in cui l'Ecuador non gode dei vantaggi derivanti dall'accordo commerciale potrebbe avere un impatto fortemente negativo sull'economia del paese.

L'adesione dell'Ecuador all'accordo commerciale con la Colombia e con il Perù con un'attuazione dell'accordo progressiva e flessibile, coadiuvata da un approccio preparatorio della Commissione è quindi positivo.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – L'adesione dell'Ecuador all'accordo commerciale tra l'Unione europea, la Colombia e il Perù, rappresenta un ulteriore passo avanti nelle relazioni tra l'Unione e i paesi membri della Comunità andina.

L'Ecuador sta affrontando una situazione difficile a fronte del crollo dei prezzi del petrolio, della svalutazione delle monete dei paesi andini e, non ultimo, del tragico terremoto che ha colpito il paese nell'aprile 2016. Ritengo che la rapida e completa entrata in vigore, e attuazione, di tale accordo potrà consentire all'Ecuador di far ripartire la propria economia e portare avanti i nuovi orientamenti di incentivazione delle politiche per lo sviluppo economico e sociale sostenibile.

Inoltre, credo che l'adesione dell'Ecuador all'accordo potrà dare un impulso nuovo all'integrazione politica ed economica nella regione andina, e più in generale rafforzare il dialogo politico con l'UE. In particolare, spero che tale dialogo possa anche estendersi a questioni più sensibili, quali la libertà di espressione e la libertà di stampa, che sono state gravemente limitate in seguito all'adozione della legge sulla comunicazione nel giugno 2013.

Per questi motivi ho deciso di votare a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση, καθώς θεωρούμε πως η προσχώρηση του Ισημερινού στη Συμφωνία Εμπορίου με την Κολομβία και το Περού και η προοδευτική και ευέλικτη εφαρμογή της από την Επιτροπή βάσει μίας προενταξιακής προσέγγισης, λαμβανομένων υπόψη των περιοδικών αξιολογήσεων μετά από διαβούλευση με την κυβέρνηση του Ισημερινού και την κοινωνία των πολιτών από τις δύο πλευρές, θα συνιστούσε βήμα προόδου στη συμμαχία με σημαντικές και ταχέως αναπτυσσόμενες χώρες που ενστερνίζονται τις ίδιες ιδέες σε μια περιφέρεια που στρέφεται όλο και περισσότερο προς την Ασία και τον Ειρηνικό.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η σύσταση σχετικά με τη σύναψη πρωτοκόλλου προσχώρησης στη συμφωνία εμπορίου μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των κρατών μελών της, αφενός, και της Κολομβίας και του Περού, αφετέρου, για να ληφθεί υπόψη η προσχώρηση του Ισημερινού, αποτελεί μια προσπάθεια περαιτέρω ανάπτυξης της συνεργασίας με τρίτες χώρες, γεγονός που μπορεί να ωφελήσει τους πολίτες και των δυο μερών, γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – L'adesione dell'Ecuador non rappresenta unicamente un passo in avanti verso relazioni bilaterali più strette attraverso una maggiore integrazione politica ed economica, bensì un'ulteriore apertura per l'Unione per rafforzare i legami con ulteriori paesi della regione andina.

In principio vi è stato l'accordo concluso tra l'UE e i suoi Stati membri, da un lato, e da Colombia e Perù, dall'altro, firmato il 26 giugno 2012, il quale esplicita nell'articolo 326 la previsione di adesione per altri stati sudamericani.

Dunque, i negoziati conclusi con l'Ecuador non generano stupore, bensì incoraggiano all'incentivazione di politiche per uno sviluppo economico e sociale sostenibile sulla stessa linea dei piani adottati da Colombia e Perù in merito alle riforme strutturali. Auspico, con il mio voto favorevole, un futuro ben più brillante per tutti.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the vote on the EU-Colombia and Peru Trade Agreement (accession of Ecuador)

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs abstained on this, as it was a simple technical update to reflect the fact that Ecuador is now party to certain parts of this agreement. We did not feel a strong need to vote against this tidying up exercise.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'ingresso dell'Ecuador nel preesistente accordo commerciale fra l'Unione europea e la Colombia e il Perù in quanto il provvedimento è molto importante per l'economia ecuadoregna i cui prodotti saranno immessi sul mercato europeo con un regime di parità rispetto a quelli provenienti da Colombia e Perù. Inoltre l'accordo allarga la dimensione regionale fra i paesi andini con innegabili effetti positivi sulle loro economie.

Per l'Unione europea l'ingresso dell'Ecuador solidifica inoltre la presenza dell'Unione europea in America latina con evidenti vantaggi economici e politici.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Adhesión de Ecuador al Acuerdo Comercial Multipartes UE- Colombia/Perú al entender que no hay cambios sustanciales en un Acuerdo que sigue basándose en las lógicas del libre comercio, la desregulación, las privatizaciones o la explotación de los recursos naturales.

Nos opusimos a este Acuerdo UE-Colombia/Perú y seguimos rechazándolo. Nuestro modelo de relaciones no son Acuerdos de Libre Comercio que no tienen en cuenta las asimetrías económicas y que sólo buscan abrir nuevos mercados y beneficios a las empresas multinacionales, sino acuerdos que se basen en la complementariedad, la cooperación, el desarrollo sustentable y sostenible y que tengan como objetivo central acabar con las desigualdades.

Rechazamos el chantaje al que la Unión somete a terceros países a través de sus actuales políticas arancelarias y del condicionamiento de los fondos de cooperación al desarrollo, ligados a la firma de Acuerdos Comerciales como este.

Apoyamos al Gobierno de Ecuador en las políticas que ha llevado a cabo para el desarrollo del modelo del «buen vivir» basadas en un mayor control del Estado de sectores estratégicos de la economía pero consideramos que los logros sociales no hubieran sido posibles bajo la lógica que instaura este Acuerdo.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La rapida e completa entrata in vigore e attuazione di tale accordo consentirà all'Ecuador di portare avanti i nuovi orientamenti di incentivazione delle politiche per lo sviluppo economico e sociale sostenibile del paese in un contesto regionale e internazionale complesso.

Pertanto ho accolto con favore la conclusione dei negoziati con l'Ecuador e auspico che il controllo, la valutazione e il follow-up degli accordi esistenti costituisca una priorità fondamentale della politica commerciale comune.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Acordul comercial între Uniunea Europeană și statele membre ale acesteia, pe de o parte, și Columbia și Peru, pe de altă parte, a fost semnat la Bruxelles, la data de 26 iunie 2012. Parlamentul European a încurajat intrarea în vigoare și punerea în aplicare fără întârziere și pe deplin a acestui acord, considerând că acest lucru ar permite Ecuadorului să își continue noile orientări vizând stimularea politicilor de dezvoltare sustenabilă economică și socială a țării într-un context regional și internațional complicat. Din punct de vedere economic, Ecuadorul se află în prezent într-o situație dificilă din cauza scăderii prețului petrolului cu peste 60 % (2015). În 2015, exporturile totale ale Ecuadorului au scăzut cu 29 %, în principal din cauza declinului în exporturile de petrol cu 50 %, în vreme ce celelalte exporturi au scăzut și ele, cu 6,1 %, veniturile rămase fiind insuficiente pentru a acoperi nevoile financiare ale guvernului. Am votat pentru aderarea Ecuadorului la acest acord comercial, acord care să ajute la dezvoltarea sustenabilă a tuturor părților implicate, într-o regiune care se orientează tot mai mult către Asia și regiunea Pacificului.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió és tagállamai, másrészről Kolumbia és Peru között létrejött kereskedelmi megállapodást 2012-ben írták alá, amely lehetőséget biztosít arra is, hogy az Andok Közösség további tagországai csatlakozzanak a megállapodáshoz. Ennek értelmében az Európai Unió és Ecuador 2014. július 17-én lezárta a csatlakozásra vonatkozó tárgyalásokat. Ecuador 2016. december 31-én a vonatkozó uniós szabályozás változását követően elveszíti GSP+ státuszát. Egy olyan helyzet, amelyben Ecuador nem élvezné sem a GSP+ státuszt, sem a kereskedelmi megállapodás nyújtotta előnyöket, negatívan befolyásolná az ecuadori gazdaságot. Az olaj árának több mint 60%-os zuhanása (2015), valamint az USA-dollár felértékelődése és más valuták (Kolumbia) értékcsökkenése miatt Ecuador gazdasági szempontból jelenleg nehéz helyzetben van.

Ezenkívül április 16-án 7,8-as erősségű földrengés rázta meg Ecuadort. Az ecuadori kormány becslései szerint az újjáépítési költségek mintegy 3 milliárd USA-dollárra rúgnak, ami a GDP hozzávetőlegesen 3%-át teszi ki. Ecuadornak a kereskedelmi megállapodáshoz történő csatlakozása Kolumbiával és Peruval együtt előrelépés lenne a jelentős, hasonelvű és gyorsan növekvő országokkal meglévő szövetségben egy egyre inkább Ázsia és a Csendes-óceán térsége felé forduló régióban. Az Európai Parlament ma egyetértését adta a jegyzőkönyv megkötéséhez.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W związku z zakończonymi negocjacjami pomiędzy UE a Ekwadorem zagłosowałem za przystąpieniem Ekwadoru do umowy o handlu między Unią Europejską a Kolumbią i Peru.

Zgodnie z treścią umowy o handlu przewidziano możliwość przystąpienia do umowy innych państw członkowskich Wspólnoty Andyjskiej. Uważam, że w przypadku Ekwadoru konieczne jest skuteczne i szybkie działanie, ponieważ z dniem 31 grudnia 2016 r. Ekwador utraci status GSP+. Utrata tego statusu przez Ekwador zaburzyłaby obrót handlowy i byłaby szkodliwa dla ekwadorskiej gospodarki.

Jestem za jak najszybszym wdrożeniem tej umowy, która pozytywnie wpłynie na przyśpieszenie rozwoju partnerstwa z ważnymi, reprezentującymi podobny światopogląd i szybko rozwijającymi się krajami regionu, który zwraca się coraz bardziej w kierunku Azji i Pacyfiku.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of taking account of the accession of Ecuador to the trade agreement and that the monitoring, evaluation and follow-up of existing agreements must be a key priority of the Common Commercial Policy. Economically Ecuador is in a difficult situation and thus a trade agreement would help this country develop. This agreement should be a step forward in the alliance with important, like-minded and fast-growing countries.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – My party and I have always encouraged the quick and complete entry into force and implementation of this agreement. It will provide welcome new market access opportunities to UK firms in fast growing markets, as well as helping to cement deeper economic ties and strengthen the rules-based global trading system.

Jakop Dalunde (Verts/ALE), *skriftlig*. – Ecuador har tillsammans med Bolivia länge arbetat för en ny typ av handelsavtal som gynnar hållbar utveckling, omfördelning och ursprungsfolkens rättigheter. Detta avtal innebär en återgång till en orättvis och ohållbar handel där Ecuador blir fast i ett beroende av råvaruexport. Folkrörelserna i Ecuador är kritiska. Därför kan vi inte rösta ja till avtalet. Samtidigt vill vi respektera en vald regering i syd och väljer inte heller att rösta nej. Vi röstar blankt denna gång.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato convintamente a favore della raccomandazione sulla conclusione del protocollo di adesione dell'Ecuador all'accordo commerciale tra Unione europea-Colombia e Perù.

Il parere conforme del Parlamento permetterà, infatti, l'applicazione provvisoria dell'accordo già dal prossimo 1º gennaio 2017, in attesa della ratifica dei parlamenti nazionali di ciascuno Stato membro dell'UE così come di Ecuador, Colombia e Perù.

Un accordo asimmetrico, che prevede la liberalizzazione del 60% delle linee tariffarie da parte dell'Ecuador e del 95% da parte europea, con una riduzione graduale dei dazi nell'arco di ben 17 anni e che ha il merito di allineare la situazione dell'Ecuador a quella di Colombia e Perù anche riguardo alle preferenze accordate dall'UE a questi ultimi per le esportazioni di banane, ovviando allo svantaggio competitivo che si verificava fino ad oggi in questo settore.

La conclusione del protocollo, strumento che rimarrà a disposizione anche della Bolivia se vorrà aderire all'accordo in futuro, rappresenta un tassello importante per il consolidamento dell'integrazione regionale dei paesi della Comunità andina così come un fondamentale passo in avanti nel quadro più ampio del rafforzamento dei legami commerciali, e non, tra l'UE e l'America Latina.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport propose l'avis positif du Parlement européen concernant l'approbation de l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial UE-Colombie et Pérou. Jusqu'à la fin de l'année, l'Équateur continue de bénéficier d'un accès privilégié de ses biens au marché de l'Union européenne, ce qui a permis au pays de profiter, de façon anticipée, de tous les avantages de l'adhésion à l'accord commercial. La conclusion du processus au niveau de l'Union, avec l'entrée en vigueur provisoire du protocole, instaurera une relation économique plus stable. La délégation française du PPE a largement œuvré en faveur de l'instauration d'un mécanisme de protection interne du marché des bananes, permettant une meilleure protection des producteurs européens, et français en particulier. Considérant ces éléments, j'ai voté en faveur.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs abstained on this, as it was a simple technical update to reflect the fact that Ecuador is now party to certain parts of this agreement. We did not feel a strong need to vote against this tidying up exercise.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial entre l'Union européenne, la Colombie et le Pérou. L'intégration de l'Équateur à cet accord permettra de faire tomber les obstacles douaniers et l'ensemble des parties bénéficieront de retombées commerciales positives. La facilitation de l'accès aux marchés pour les exportateurs, européens comme équatoriens, sur la base d'un accord préexistant avec des pays voisins de l'Équateur est une démarche raisonnée qui permet de bien prendre en compte les intérêts de chaque partie et débouche sur des profits pour tous. Cet accord commercial avec un membre supplémentaire de la Communauté andine doit aussi pouvoir servir de fondation pour des relations toujours plus développées entre la Communauté andine et l'Union européenne.

Afin de protéger les producteurs européens face à l'Équateur — premier producteur mondial de bananes -, nous nous sommes toutefois assuré qu'un mécanisme de stabilisation pour les bananes accompagnera cet accord lorsqu'un certain volume d'importation annuel sera atteint.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui approuve la ratification par le Parlement européen de l'accord commercial entre l'Union européenne, la Colombie et le Pérou. Un consensus a été trouvé dans cet accord international pour qu'il garantisse une protection opérationnelle des productions européennes de bananes. Cette condition était essentielle pour que nous puissions accepter l'accord, l'ouverture des marchés ne devant pas porter préjudice à nos exploitations. Le mécanisme négocié apporte davantage de transparence, un meilleur suivi et la promesse de mesures appropriées qui soutiendront l'avenir de la production européenne en cas de perturbation du marché conduisant à une crise du secteur. Ces modifications étaient finalement nécessaires avant d'envisager la ratification de cet accord avec l'Équateur.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az egyrészről az Európai Unió és tagállamai, másrészről Kolumbia és Peru között létrejött kereskedelmi megállapodást 2012. június 26-án Brüsszelben írták alá, és annak egyes rendelkezéseit a megállapodás 330. cikkének megfelelően az Európai Unió és Peru között 2013. március 1., illetve az Európai Unió és Kolumbia között 2013. augusztus 1. óta alkalmazzák. A kereskedelmi megállapodás 329. cikke lehetőséget biztosít arra, hogy az ANDEAN Közösség további tagországai csatlakozzanak a megállapodáshoz. Az Európai Unió és Ecuador 2014. július 17-én lezárta a csatlakozásra vonatkozó tárgyalásokat. 2015. november 20-án az Európai Parlament Ecuadornak a kereskedelmi megállapodáshoz történő csatlakozásáról szóló állásfoglalást fogadott el (2015/2656(RSP)), amelyben sürgette az ecuadori kormányt, hogy a Kolumbia és Peru által benyújtott cselekvési terveket alapul véve hozzon hasonló intézkedéseket.

Az állásfoglalást követően az előadó 2016 márciusában látogatást tett Ecuadorban. A fentiekre tekintettel az egyetértés megadása a Parlament részéről indokolt, azonban fontos megjegyezni, hogy a meglévő megállapodások ellenőrzése és értékelése a közös kereskedelempolitika kulcsfontosságú prioritása. Ezért a Bizottság köteles tájékoztatni a Parlamentet e megállapodás végrehajtásával, ellenőrzésével kapcsolatban. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam az előterjesztést.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai soutenu l'accord d'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial entre l'UE, la Colombie et le Pérou. Cet accord est crucial pour l'économie de l'Équateur, pays qui a été fortement touché par la chute des prix du pétrole et des exportations, et par les coûts élevés liés à la reconstruction après le tremblement de terre de cette année. Il peut ouvrir la voie à des politiques sociales et environnementales progressistes. L'UE a également beaucoup à y gagner puisque dès l'entrée en vigueur de l'accord, l'Équateur supprimera les droits de douanes sur 60 % de ses importations depuis l'Union européenne. L'Équateur profitera également d'un accès optimisé à l'UE pour ses principales exportations, telles que le poisson, les fleurs coupées, le café, le cacao, les fruits et les noix. Certains produits bénéficieront également d'un taux préférentiel, mais un mécanisme de stabilisation, mis en place au travers d'une autre législation, permettra de s'assurer que les intérêts des producteurs européens seront protégés.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Trois ans après la ratification de l'accord commercial entre l'UE, la Colombie et le Pérou, l'Équateur se joint à la liste des signataires. L'économie équatorienne, touchée par la chute des exportations et par le violent tremblement de terre survenu cet été, va pouvoir tirer pleinement partie des préférences offertes par l'accord pour engager son redressement. Quant à l'UE, elle a beaucoup à gagner d'un resserrement de ses liens économiques avec les pays d'Amérique centrale et les pays andins.

Les dispositions de cet accord ne doivent cependant pas menacer les secteurs fragiles de l'économie européenne. La filière de la banane est, à cet égard, particulièrement sensible; elle risque de souffrir de la concurrence équatorienne, première production exportatrice mondiale.

C'est pourquoi, avant de donner notre assentiment à l'inclusion de l'Équateur au sein de ce partenariat, il nous a paru nécessaire de renforcer les mécanismes de protection de la production européenne. L'accord obtenu la veille de la ratification entre la Commission, le Parlement et le Conseil sur les clauses de sauvegarde permettra, d'une part, de mieux prévoir l'évolution des importations vers l'Union et, d'autre part, de réagir plus efficacement contre une augmentation des arrivages de bananes depuis ces pays, qui seraient de nature à déstabiliser le marché européen.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Il s'agit de l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial entre l'UE, d'une part, et la Colombie et le Pérou, d'autre part, datant de 2012.

Ce texte implique, notamment, la suppression de 90 % des droits de douane de la filière agricole d'ici 17 ans, la libéralisation du marché des services et l'imposition de normes environnementales et en matière de travail.

Ce texte favorisera notamment la pêche équatorienne et la production de bananes, ce qui sera extrêmement préjudiciable aux producteurs français d'outre-mer.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Επιχειρείται, για άλλη μία φορά, η επέμβαση της ΕΕ στα εσωτερικά τρίτης χώρας με αντάλλαγμα/υπόσχεση τη σύναψη εμπορικής συμφωνίας.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against giving consent to the accession of Ecuador to the EU-Colombia/Peru Trade Agreement because the accession agreement is not strong enough. It is important to my constituents that agreements with countries around the world are based on shared standards and firm commitments for improvement.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Equador atravessa atualmente uma situação difícil devido à forte queda dos preços do petróleo de mais de 60 %.

Em 2015, as exportações totais do Equador registaram uma redução de 29 %, devido essencialmente a um declínio das exportações de petróleo de 50 %, enquanto as exportações de produtos não petrolíferos também registaram uma diminuição de 6,1 %, o que não deixa receitas suficientes para cobrir as necessidades financeiras do Governo.

Em 16 de abril, o país foi atingido por um terremoto de 7,8 de magnitude, de que resultaram pelo menos 673 mortos e 27 732 feridos. Segundo o Governo equatoriano, os custos da reconstrução deverão ascender a 3000 milhões de dólares, o que equivale a cerca de 3,0 % do PIB.

Concordo com a adesão do Equador ao Acordo Comercial entre a União Europeia e os seus Estados-Membros, por um lado, e a Colômbia e o Peru, por outro, porque irá ajudar o Peru a reerguer-se num momento particularmente difícil.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Contre: défavorable aux producteurs des régions d'Outre-Mer pour qui la banane est une source importante de revenu.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório de recomendação propõe estender ao Equador o Acordo Comercial entre a UE e a Colômbia e o Peru.

O objetivo inicial foi o estabelecimento de um acordo com os países da Comunidade Andina. Nessa fase, as negociações acabaram por se restringir à Colômbia e ao Peru, já que o Equador e a Bolívia lhe resistiram e acabaram por abandonar, denunciando as intenções da UE de celebrar um acordo de livre comércio, a que contrapõem uma visão de comércio para o desenvolvimento.

Sob uma enorme e crescente pressão e ingerência na região, este acordo de livre comércio, contrário às políticas económicas e sociais que o governo equatoriano tem levado a cabo, serve de arma de chantagem que visa nomeadamente desestabilizar os países fundadores do Mercosul.

Os «acordos de livre comércio», de pendor neocolonial, visam a privatização e exploração dos recursos naturais, a desregulamentação do mundo do trabalho e o condicionamento das políticas económicas e sociais daqueles países.

Com este acordo, ganharão os grandes grupos económicos europeus da indústria e dos serviços. Os sectores exportadores de maquinaria, automóveis (e outros equipamentos de transporte) e produtos químicos. Com os grupos dos serviços – telecomunicações, construção, distribuição e serviços financeiros – à espreita da oportunidade de colonização de mais este mercado.

Votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla seguente proposta in quanto ritengo necessario favorire la rapida adesione dell'Ecuador all'accordo commerciale tra l'Unione europea e i suoi Stati membri, da una parte, e la Colombia e il Perù, dall'altra.

Condivido il fine dell'accordo che consentirebbe all'Ecuador di mantenere un accesso preferenziale al mercato dell'Unione europea e permetterebbe alle due parti di elaborare relazioni bilaterali ancora più strette dando ulteriore impulso all'integrazione politica ed economica nella regione andina e rafforzando il dialogo politico basato sul rispetto dei principi democratici e dei diritti fondamentali.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európska únia a Ekvádor uzatvorili vzájomné rokovania o pristúpení k dohode v júli 2014. Avšak kvôli problémom, ktoré boli spojené s obchodom medzi Ekvádorom a Kolumbiou a Peru, bol protokol o pristúpení odobrený zo strany obchodnej komisie až dňa 8. 2. 2016. To znamená, že musí prísť k značnému urýchleniu schvaľovacej procedúry, aby mohol Ekvádor začať benefitovať z dohody o obchode už od 1. 1. 2017. Tento návrh zakladá všetky potrebné modifikácie, ktoré sú s pristúpením Ekvádoru spojené.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario, allargare all'Ecuador l'accordo potrebbe incrementare l'export verso l'Europa di prodotti agricoli e del tessile che potrebbero penalizzare il nostro sistema produttivo.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Επιχειρείται, για άλλη μία φορά, η επέμβαση της ΕΕ στα εσωτερικά τρίτης χώρας με αντάλλαγμα/υπόσχεση τη σύναψη εμπορικής συμφωνίας, γι' αυτό και καταψηφίζω τη συμφωνία εμπορίου ΕΕ-Κολομβίας και Περού (προσχώρηση του Ισημερινού).

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I support the accession of Ecuador to the Trade Agreement with Colombia and Peru, as it will open up markets and increase the stability and predictability of the trading environment.

The accession of Ecuador to the Trade Agreement with Colombia and Peru is another decisive step forward in the alliance with important, like-minded and fast-growing countries and regions.

The Agreement will provide improved access to the Ecuadorian market for many key EU exports, for example in the automotive sector or for alcoholic beverages. However, the Agreement will not only secure access to markets; more importantly, it will also create a stable and predictable environment that will help boost and diversify trade and investment on both sides.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az egyrészről az Európai Unió és tagállamai, másrészről Kolumbia és Peru között létrejött kereskedelmi megállapodást 2012. június 26-án Brüsszelben írták alá, és annak egyes rendelkezéseit a megállapodás 330. cikkének megfelelően az Európai Unió és Peru között 2013. március 1., illetve az Európai Unió és Kolumbia között 2013. augusztus 1. óta alkalmazzák. A kereskedelmi megállapodás 329. cikke lehetőséget biztosít arra, hogy az ANDEAN Közösség további tagországai csatlakozzanak a megállapodáshoz. Az Európai Unió és Ecuador 2014. július 17-én lezárta a csatlakozásra vonatkozó tárgyalásokat. 2015. november 20-án az Európai Parlament Ecuadornak a kereskedelmi megállapodáshoz történő csatlakozásáról szóló állásfoglalást fogadott el (2015/2656(RSP)), amelyben sürgette az ecuadori kormányt, hogy a Kolumbia és Peru által benyújtott cselekvési terveket alapul véve hozzon hasonló intézkedéseket.

Az állásfoglalást követően az előadó 2016 márciusában látogatást tett Ecuadorban. A fentiekre tekintettel az egyetértés megadása a Parlament részéről indokolt, azonban fontos megjegyezni, hogy a meglévő megállapodások ellenőrzése és értékelése a közös kereskedelempolitika kulcsfontosságú prioritása. Ezért a Bizottság köteles tájékoztatni a Parlamentet e megállapodás végrehajtásával, ellenőrzésével kapcsolatban. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam az előterjesztést.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione legislativa sul progetto di decisione del Consiglio relativa alla conclusione, a nome dell'Unione, del protocollo di adesione all'accordo commerciale tra l'Unione europea e i suoi Stati membri da una parte e la Colombia e il Perù dall'altra, per tener conto dell'adesione dell'Ecuador, perché si tratta di un atto giuridico necessario per permettere al paese sudamericano di beneficiare di importanti vantaggi commerciali, come una progressiva apertura dei mercati di beni, servizi, appalti pubblici, l'abolizione della maggior parte delle tariffe, un capitolo sul commercio e lo sviluppo sostenibile con disposizioni ambiziose in materia di protezione del lavoro e dell'ambiente.

Si tratta di un sostegno doveroso a un paese che soffre una crisi importante e che ha recentemente vissuto anche un terribile terremoto, che ha mietuto più di 600 vittime.

Sono convinta che questo accordo consentirà alle due parti di elaborare relazioni ancora più strette, agevolando lo sviluppo sociale ed economico del paese, ma anche il dialogo politico tra l'Ue e l'Ecuador su importanti questioni, prima fra tutte la tutela delle libertà individuali e sociali.

Sono quindi orgogliosa dell'importante contributo dato dal Parlamento, con la sua visita ufficiale in Ecuador, all'accelerazione dei negoziati tra le parti.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das Übereinkommen bietet die Möglichkeit, den politischen Dialog zwischen der EU und Ecuador auf der Grundlage der Wahrung der demokratischen Grundsätze und der Achtung der Grundrechte zu intensivieren.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I abstained on this recommendation as it was a simple technical update to reflect the fact that Ecuador is now party to certain parts of this agreement. I did not feel a strong need to vote against this tidying-up exercise.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of this report. The Protocol establishes the necessary modifications to the Trade Agreement between the EU and Colombia and Peru to take account of the accession of Ecuador. The Trade Agreement establishes the conditions for EU economic operators to take full advantage of the opportunities and the emerging complementarities between our respective economies.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Un accord commercial a été signé entre l'UE, la Colombie et le Pérou en 2012. Le Conseil propose au Parlement européen d'y intégrer l'Équateur. Les produits de la pêche et de l'agriculture seraient ainsi exportés vers l'Union avec des droits de douane très affaiblis.

Dépendant des exportations de pétrole, dont le cours a fortement chuté, et victime d'un grave séisme ayant entraîné des milliers de victimes, l'Équateur est dans une situation économique délicate. Le séisme devrait entraîner des coûts de reconstruction d'environ 3 % du PIB. Certes, cette reconstruction offre des possibilités aux géants européens du BTP. Rappelons toutefois que le pays n'est plus souverain sur sa monnaie, puisque le dollar américain y a cours légal. À cause de l'extraterritorialité du dollar, les marchés conquis seront donc soumis aux lois américaines, régulièrement instrumentalisées pour affaiblir nos leaders industriels.

L'extension de l'accord commercial à l'Équateur fera en outre peser une menace sur nos DOM, dont les exportations de bananes vers l'UE seront fortement concurrencées. Par ailleurs, cet accord risque de placer les acteurs économiques locaux dans une situation très délicate (concurrence d'acteurs européens plus compétitifs), alors même que le pays doit se reconstruire après cette catastrophe naturelle. J'ai donc voté contre cette proposition.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Es innegable que la bajada del precio del petróleo y el encarecimiento del dólar hace que la coyuntura económica y política en Ecuador sea complicada. En este contexto, la pérdida de las preferencias arancelarias amenaza la economía de Ecuador a corto plazo y también la victoria electoral del proyecto emancipador en febrero. Sin embargo, aunque entiendo el interés a corto plazo del Gobierno ecuatoriano por obtener el balón de oxígeno que supone el no incremento de los aranceles a sus exportaciones, el Acuerdo contiene elementos perniciosos a largo plazo pues podría sentar las bases para una relación comercial desigual. Además, con este acuerdo, la Unión está fomentando, una vez más, un sistema en el que se sientan las bases para un comercio en beneficio de los de siempre, que no voy a defender en ningún caso. Por ello me he abstenido.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of the conclusion of the Protocol. This proposal establishes the necessary modifications to the Trade Agreement to take account of the accession of Ecuador.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He apoyado la adhesión de Ecuador al Acuerdo Comercial de la Unión Europea con Colombia y Perú, con el que la Unión dará continuidad a las preferencias arancelarias que hasta ahora le ha concedido y que, por elevarse a país de renta media, hubiera perdido en enero lastrando las exportaciones de las que viven muchas personas en este país.

Los socialistas celebramos que este Acuerdo incluya compromisos ambiciosos, inéditos entre la Unión y Ecuador, en materia desarrollo sostenible, derechos humanos, laborales y medioambientales, lo que deberá servir para favorecer un comercio bilateral más justo. En este sentido, Ecuador ha ido acometiendo ya algunas buenas reformas, que bajo el Acuerdo deberán continuar. También hemos trabajado muy intensamente con Ecuador, para asegurar que su capacidad exportadora en el sector del banano no perjudique a regiones europeas que, como las Islas Canarias, dependen enormemente de este cultivo.

Un Acuerdo que, sin duda, ayudará a intensificar y mejorar la relación entre Europa y América Latina, tal y como defendemos los socialistas españoles. Seguiremos muy de cerca el cumplimiento de los compromisos y apoyaremos a Ecuador en sus reformas, con todos los Instrumentos de los que dispone la Unión.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Καταψηφίσαμε την προσχώρηση του Ισημερινού στη συμφωνία εμπορίου ΕΕ-Κολομβίας και Περού όπως κάναμε και με την αρχική συμφωνία. Τέτοιες συμφωνίες εμπορίου δεν είναι προς όφελος των πολιτών, και αυτό μας το έχει επιδείξει και η εφαρμογή της συγκεκριμένης συμφωνίας στην Κολομβία και στο Περού.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I welcome the accession of Ecuador to the Trade Agreement between the EU and Peru and Columbia and encourage the quick and complete entry into force and implementation of this agreement. This agreement, therefore, will allow Ecuador the opportunity to continue stimulating policies on economic and social sustainable development.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az egyrészről az Európai Unió és tagállamai, másrészről Kolumbia és Peru között létrejött kereskedelmi megállapodást 2012. június 26-án Brüsszelben írták alá, és annak egyes rendelkezéseit a megállapodás 330. cikkének megfelelően az Európai Unió és Peru között 2013. március 1., illetve az Európai Unió és Kolumbia között 2013. augusztus 1. óta alkalmazzák. A kereskedelmi megállapodás 329. cikke lehetőséget biztosít arra, hogy az ANDEAN Közösség további tagországai csatlakozzanak a megállapodáshoz. Az Európai Unió és Ecuador 2014. július 17-én lezárta a csatlakozásra vonatkozó tárgyalásokat. 2015. november 20-án az Európai Parlament Ecuadornak a kereskedelmi megállapodáshoz történő csatlakozásáról szóló állásfoglalást fogadott el (2015/2656(RSP)), amelyben sürgette az ecuadori kormányt, hogy a Kolumbia és Peru által benyújtott cselekvési terveket alapul véve hozzon hasonló intézkedéseket.

Az állásfoglalást követően az előadó 2016 márciusában látogatást tett Ecuadorban. A fentiekre tekintettel az egyetértés megadása a Parlament részéről indokolt, azonban fontos megjegyezni, hogy a meglévő megállapodások ellenőrzése és értékelése a közös kereskedelempolitika kulcsfontosságú prioritása. Ezért a Bizottság köteles tájékoztatni a Parlamentet e megállapodás végrehajtásával, ellenőrzésével kapcsolatban. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam az előterjesztést.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea încheierii protocolului care stabilește modificările necesare ale Acordului comercial al UE cu Columbia și Peru pentru a ține seama de aderarea Ecuadorului.

UE și Ecuador au încheiat negocierile de aderare la 17 iulie 2014, dar, din cauza problemelor legate de comerț între Ecuador și Columbia/Peru, protocolul de aderare a fost aprobat numai de Consiliul pentru politică comercială la 8 februarie 2016.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Unije, Protokola o pristupanju Sporazumu o trgovini između Europske unije i njezinih država članica, s jedne strane, i Kolumbije i Perua, s druge strane, kako bi se uzelo u obzir pristupanje Ekvadora jer se time daje suglasnost za pristupanje Ekvadora sporazumu.

Ekvador se nalazi u teškoj regionalnoj i međunarodnoj te ekonomskoj situaciji radi smanjenog izvoza, pada cijena nafte te potresa koji je pogodio ovu zemlju.

Smatram da će se Sporazumom omogućiti nastavak poticajnih politika za ekonomski i socijalno održivi razvoj. Svakako, time se ostvaruje obostrana korist te stoga podržavam ovu Preporuku.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je m'oppose à ce projet d'adhésion d'un des premiers exportateurs mondiaux de bananes qui portera préjudice aux producteurs de nos régions d'Outre-mer pour qui son commerce représente une source importante de revenu.

J'ai voté contre.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. — He apoyado la adhesión de Ecuador al Acuerdo Comercial de la Unión Europea con Colombia y Perú, con el que la Unión dará continuidad a las preferencias arancelarias que hasta ahora le ha concedido y que, por elevarse a país de renta media, hubiera perdido en enero lastrando las exportaciones de las que viven muchas personas en este país.

Los socialistas celebramos que este Acuerdo incluya compromisos ambiciosos, inéditos entre la Unión y Ecuador, en materia desarrollo sostenible, derechos humanos, laborales y medioambientales, lo que deberá servir para favorecer un comercio bilateral más justo. En este sentido, Ecuador ha ido acometiendo ya algunas buenas reformas, que bajo el Acuerdo deberán continuar. También hemos trabajado muy intensamente con Ecuador, para asegurar que su capacidad exportadora en el sector del banano no perjudique a regiones europeas que, como las Islas Canarias, dependen enormemente de este cultivo.

Un Acuerdo que, sin duda, ayudará a intensificar y mejorar la relación entre Europa y América Latina, tal y como defendemos los socialistas españoles. Seguiremos muy de cerca el cumplimiento de los compromisos y apoyaremos a Ecuador en sus reformas, con todos los Instrumentos de los que dispone la Unión.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Podpořil jsem toto doporučení týkající se přistoupení Ekvádoru k dohodě mezi Evropskou unií a Kolumbií a Peru, protože jsem nakloněn prohlubování vztahů EU s dotyčnými zeměmi. Ekvádor se nachází v komplikovaných regionálních a mezinárodních poměrech a já jsem toho názoru, že bližší spolupráce podnítí jeho udržitelný hospodářský a sociální rozvoj.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Helmut Scholz relatif à l'accord commercial intégrant l'Équateur à l'accord commercial UE-Colombie et Pérou. L'accord met en place les conditions adéquates pour profiter à l'ensemble des signataires. Il prévoit la levée de plusieurs barrières tarifaires ouvrant de nouveaux débouchés pour les entreprises européennes, notamment via une rationalisation de normes en matière de propriété intellectuelle, de règles phytosanitaires et de concurrence. Je me réjouis par ailleurs qu'un accord ait été obtenu en amont sur la mise en œuvre de la clause de sauvegarde et du mécanisme de stabilisation pour les bananes, afin de ne pas mettre en danger la production dans les Antilles françaises qui est à l'origine de nombreux emplois.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe dem vorliegenden Bericht zugestimmt. Das Handelsübereinkommen zwischen der EU sowie Kolumbien und Peru wurde 2012 unterzeichnet und wird mit beiden Staaten seit August bzw. März 2013 angewandt. Ecuador ist nunmehr bestrebt, diesem Abkommen ebenso beizutreten. Dies ist umso wichtiger, nachdem die anhaltende Preisschwäche bei Erdöl, welches über 60% der Exporte des Landes ausmacht, den Wirtschafts- und Staatseinnahmen zusetzt. Hinzu kommt, dass Ecuador im Dezember 2016 seinen APS+-Standard verlieren und daher in den Möglichkeiten zum Handel mit der EU deutlich eingeschränkt sein wird.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of the conclusion of the Protocol. This proposal implements the necessary modifications to the Trade Agreement to take account of the accession of Ecuador.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this trade agreement in the spirit of my consistent opposition to unfair trade deals. It is not going to contribute to the creation to the new jobs and overall prosperity of Ecuador.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Számos az európai üzletekben fellelhető meleg égövi gyümölcs, fűszer és termény származik Közép-Amerika országaiból, ezért a gazdasági kapcsolatok jelentősége nem lebecsülendő. A korábban Kolumbiával és Peruval megkötött kereskedelmi egyezmény alapján egyértelműen támogatandó annak kiterjesztése Ecuador vonatkozásában is. Itt is tetten érhető Európa kiegyensúlyozó hatása, ami kétségtelen pozitívum minden távoli régió esetében.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I supported the accession of Ecuador to the EU-Colombia and Peru Trade Agreement. In fact, the accession of Ecuador to the agreement is crucial for the EU and Ecuador, because it will allow both parties to develop even closer bilateral relations and will be an impetus for further economic and political integration in the Andean region. It is important to note that the agreement contains a Trade and Sustainable Development Charter, which includes ambitious provisions on labour and environmental protection and aims to ensure predictable and stable environmental conditions for investors on both sides.

Last but not least, the accession of Ecuador to the EU-Colombia and Peru Trade Agreement will provide an opportunity to enhance the EU's political dialogue with the country in regards to respect for democratic principles and fundamental rights. In a long-term perspective, the enhanced political dialogue should be used by the EU to urge Ecuador to tackle sensitive issues such as freedom of expression, labour rights and protection of indigenous people.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La relazione sull'accordo commerciale tra l'UE e la Colombia e il Perù esprime il parere favorevole del Parlamento europeo all'ingresso dell'Ecuador.

Questo passo rappresenta una svolta importante per l'economia dell'Ecuador, la quale vedrà i suoi prodotti immessi sul mercato europeo, insieme ai prodotti provenienti dalla Colombia e dal Perù. Esso mira altresì, ad una progressiva apertura dei mercati di beni, di servizi, appalti pubblici, investimenti, e soprattutto l'abolizione della maggior parte delle tariffe.

Nell'accordo sono previsti anche il commercio e lo sviluppo sostenibile, i quali comprendono assetti ambiziosi in materia di protezione del lavoro e dell'ambiente. Lo stesso consentirà alle due parti di poter elaborare relazioni bilaterali più strette dando un impulso all'integrazione politica ed economica nella regione, e sarà offerta la possibilità di rafforzare il dialogo politico tra UE ed Ecuador.

Alla luce dei vantaggi economici, politici e sociali che derivano dalla adesione dell'Ecuador all'accordo del libero scambio, voto a favore della relazione.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur l'accord commercial UE-Colombie et Pérou relatif à l'adhésion de l'Équateur. Ce rapport demande de dire oui à l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial entre l'UE et la Colombie et le Pérou datant de 2012. Les droits de douane seront supprimés, les marchés des services libéralisés, les IGP protégés, les marchés publics ouverts, avec des normes environnementales et en matière de travail imposées. La pêche équatorienne n'aura plus de droits de douane. L'Équateur, selon l'UE, «bénéficiera de nouveaux accès considérables aux marchés de l'Union Européenne pour la banane» . 90% des droits de douane de la filière agricole seront supprimés en 17 ans. Cela sera très défavorable aux producteurs des régions d'Outre-Mer, pour qui la banane est une source importante de revenus.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport défend l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial entre l'UE et la Colombie et le Pérou, datant de 2012. Cet accord risque de pénaliser fortement la production de bananes, primordiales dans nos régions d'Outre-mer. En effet, grâce à cette adhésion, l'Équateur bénéficiera de nouveaux accès considérables aux marchés de l'Union européenne pour ce fruit. Je souhaite protéger notre production de fruits face à la concurrence de pays étrangers, et ai donc voté contre cette adhésion.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – La entrada de Ecuador en este acuerdo de libre comercio es la prueba de cómo Europa utiliza los tratados comerciales para forzar a los países en desarrollo a integrarse de manera periférica en el comercio mundial. Al firmar un acuerdo de comercio con Colombia y Perú, acuerdo que ha tenido efectos muy negativos en términos de derechos laborales, acaparamiento de tierras y desmantelamiento productivo de estos países, se desviaron las exportaciones desde Ecuador, que de esta forma se vio empujado a firmar este acuerdo para evitar una crisis de balanza de pagos. Sin embargo, los efectos de este acuerdo serán muy negativos en el largo plazo también para Ecuador y por ello he votado en contra.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En virtud del presente texto, el Parlamento aprueba la adhesión de Ecuador al Acuerdo Comercial entre la Unión Europea y Colombia y Perú, celebrado en 2012.

En el momento actual, Ecuador se halla en una situación difícil, derivada de la fuerte caída de los precios del petróleo, la apreciación del dólar estadounidense, la depreciación de otras monedas y el trágico seísmo de magnitud 7,8 acontecido en abril de este mismo año. Es por ello que la adhesión a este Acuerdo Comercial podría ser muy beneficiosa para una más rápida recuperación del país.

A lo largo del proceso de las negociaciones de adhesión ha quedado patente la voluntad de la inclusión de Ecuador. Así, en noviembre de 2015, el Parlamento aprobó una Resolución en la que se congratulaba por el establecimiento de las negociaciones con Ecuador y animaba a una rápida entrada en vigor de la adhesión.

Doy mi voto favorable porque considero que el Acuerdo permitirá a Ecuador continuar en la línea que está siguiendo de políticas de estímulo en materia de desarrollo económico y social sostenible.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Hlasoval jsem pro. Tato dohoda znamená souhlas s přistoupením Ekvádoru k dohodě o uvolnění obchodu mezi EU a jihoamerickými státy. Podporuji to, aby EU a Ekvádor mohly bez cel obchodovat se zbožím a službami.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Sporazum o trgovini između Europske unije i njezinih država članica te Kolumbije i Perua potpisan je u Bruxellesu 2012., a iste godine je Europski parlament usvojio zakonodavnu rezoluciju u kojoj je dao suglasnost za sklapanje Sporazuma. Člankom 329. Sporazuma o trgovini predviđa se mogućnost pristupanja drugih država članica Andske zajednice Sporazumu, a EU i Ekvador zaključili su 2014. pregovore o takvom pristupanju.

Krajem ove godine Ekvador bi trebao izgubiti svoj status OSP+ (opći sustav povlastica), što bi moglo imati negativne posljedice za njegovo gospodarstvo.

Pristupanje Ekvadora Sporazumu o trgovini s Kolumbijom i Peruom, njegova progresivna i fleksibilna provedba biti će korak naprijed prema sklapanju saveza s važnim državama koje bilježe brzi rast u regiji. Stoga sam podržala ovu preporuku.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. — The Committee on International Trade adopted the on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the Union, of the Protocol of Accession to the Trade Agreement between the European Union and its Member States, of the one part, and Colombia and Peru, of the other part, to take account of the accession of Ecuador. The European Parliament give its consent to the conclusion of the Protocol and I support this position.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – EP týmto uznesením udeľuje súhlas s pristúpením Ekvádoru k Dohode o obchode medzi Európskou úniou a jej členskými štátmi na jednej strane a Kolumbiou a Peru na strane druhej. Ekvádor má výrazné hospodárske problémy súvisiace s prepadom cien ropy, pričom je postihnutý aj dôsledkami zemetrasenia z tohto roku. Táto dohoda pomôže ekvádorskej ekonomike, súčasne však musí Komisia dôsledne monitorovať vykonávanie tejto dohody a včas Parlament informovať o zisteniach a opatreniach, ktoré majú vplyv na dohodu a vzájomný obchod.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της σύστασης σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη, εξ ονόματος της Ένωσης, του πρωτοκόλλου προσχώρησης στη συμφωνία εμπορίου μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των κρατών μελών της, αφενός, και της Κολομβίας και του Περού, αφετέρου, για να ληφθεί υπόψη η προσχώρηση του Ισημερινού, διότι είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

David Martin (S&D), *in writing*. – This free trade agreement will not only boost trade between the EU and Ecuador, but will also contribute to improving labour rights and environmental standards in the country through the provisions of the trade and sustainable development chapter. I therefore voted in favour of this agreement.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport.

Ce rapport vise à donner l'approbation du Parlement européen concernant l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial de 2012 entre l'Union européenne et deux pays d'Amérique latine, à savoir la Colombie et le Pérou.

Grâce à cette adhésion, l'Équateur bénéficiera de nouveaux accès considérables aux marchés de l'Union européenne dans le secteur de la banane. Ainsi, nous le considérons défavorable aux producteurs des régions d'Outre-Mer pour qui la banane est une source importante de revenus.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on EU-Colombia and Peru Trade Agreement (accession of Ecuador). Such agreement is crucial in strengthening the EU's relations with strategic South American partners such as Colombia, Peru and Ecuador. At the same time, the agreement proves beneficial to all people and countries involved, as it opens up to a progressive market of goods, services, government investment and abolition of most tariffs. Most importantly, the agreement will further allow economic and political integration in the Andean region, as well as enhancing cooperation in terms of democratic principles and fundamental rights. Hence, the report is worth supporting, as all the actors involved will benefit from the agreement.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Contrairement aux divers «Accords de partenariat» UE-Afrique auxquels je me suis systématiquement opposé, le Protocole d'adhésion de l'Équateur à l'Accord Colombie-Pérou est un accord pro-développement. Résolument asymétrique — à une échéance de 17 ans, le marché équatorien sera ouvert à 60%, contre 95% pour le marché européen — il prend bien en compte les besoins de l'Équateur. Ainsi, il devrait permettre d'accompagner les efforts sociaux du gouvernement Correa, et se traduire par une hausse de PIB de 0.5%, côté équatorien.

Dans le même temps, l'accord permettra aux industries et producteurs européens de s'implanter sur le marché équatorien: l'accès aux marchés publics est élargi, les droits de douane nettement diminués dans le secteur automobile, une centaine d'appellations d'origine contrôlée européennes sont reconnues. Cependant, en opérant un démantèlement tarifaire élevé (le prix d'entrée sur le marché européen pour les bananes équatoriennes sera fixé à 75 euros/tonne), l'accord pourrait faire peser un risque sur le secteur de la banane antillaise, dont la bonne santé est décisive pour la prospérité de ces territoires. S'il est vrai que le mécanisme de stabilisation spécifiquement dédié aux bananes sera prochainement renforcé, il est permis de douter de son applicabilité. Je me suis donc abstenu.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Τάσσομαι υπέρ του σχεδίου απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη, εξ ονόματος της Ένωσης, του πρωτοκόλλου προσχώρησης στη συμφωνία εμπορίου μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των κρατών μελών της, αφενός, και της Κολομβίας και του Περού, αφετέρου, για να ληφθεί υπόψη η προσχώρηση του Ισημερινού, γιατί πιστεύω ότι η προσχώρηση του Ισημερινού στη Συμφωνία Εμπορίου με την Κολομβία και το Περού και η προοδευτική και ευέλικτη εφαρμογή της από την Επιτροπή βάσει μίας προενταξιακής προσέγγισης, λαμβανομένων υπόψη των περιοδικών αξιολογήσεων μετά από διαβούλευση με την κυβέρνηση του Ισημερινού και την κοινωνία των πολιτών από τις δύο πλευρές, θα συνιστούσε βήμα προόδου στη συμμαχία με σημαντικές και ταχέως αναπτυσσόμενες χώρες που ενστερνίζονται τις ίδιες ιδέες σε μια περιφέρεια που στρέφεται όλο και περισσότερο προς την Ασία και τον Ειρηνικό.

Παραδοσιακά, οι αλιείς δεν αλιεύουν σε συγκεκριμένα ύδατα: αλιεύουν συγκεκριμένα αποθέματα ή είδη και αλιεύουν σε ύδατα στα οποία απαντούν τα εν λόγω αποθέματα ή είδη και επίσης ακολουθούν μεταναστευτικά είδη. Η παράδοση αυτή προϋπήρχε της δημιουργίας των κρατών και της αναγνώρισης χωρικών υδάτων και -των κατά πολύ μεταγενέστερων- αποκλειστικών οικονομικών ζωνών.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Das Handelsübereinkommen zwischen der EU sowie Kolumbien und Peru wurde 2012 unterzeichnet und wird mit beiden Staaten seit August bzw. März 2013 angewandt. Ecuador ist nunmehr bestrebt, diesem Abkommen beizutreten. Dies ist umso wichtiger, nachdem die anhaltende Preisschwäche bei Erdöl, welches gut 60% der Exporte des Landes darstellt sowie die Aufwertung des US-Dollars, über den die Geschäfte mit den Hauptexportpartnern abgewickelt werden, Wirtschaft und Staatseinnahmen zusetzen.

Hinzu kommt, dass Ecuador im Dezember 2016 seinen APS+-Standard verlieren und daher in seinen Möglichkeiten zum Handel mit der EU deutlich eingeschränkt werden wird.

Das Land exportiert gerade einmal Güter im Wert von etwa 12 Mrd. US-Dollar, davon mehr als die Hälfte in die USA, weitere Haupthandelspartner sind südamerikanische Länder. Nachdem die wirtschaftlichen Konsequenzen für die EU vernachlässigbar sind und von dem Abkommen eigentlich ein symbolischer Wert ausgeht, habe ich diesen Bericht mitgetragen.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which creates stronger trade links with the Andean countries.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Voilà plusieurs années que j'explique les dangers de ces accords de libre-échange avec l'Amérique latine. Déjà lors de l'accord avec la Colombie et le Pérou, premier pas pour briser l'alliance andine. Je m'étais opposé lors de la conclusion des négociations avec l'Équateur, dont j'estime qu'ils ont été obtenus à grand renfort de pressions et de chantage de Bruxelles et ses lobbies sur le gouvernement de Rafael Correa. Cet accord récite tous les mantras libéraux: «libéraliser les marchés des services» , «démantèlement de plusieurs barrières non tarifaires importantes» (les normes sociales et environnementales), «libérera du paiement de droits de douane totalement les exportateurs européens de produits industriels et de produits de la pêche destinés à l'Équateur» . On voit bien l'intérêt

pour les multinationales européennes, le secteur minier et de l'agrobusiness. En revanche, les petits agriculteurs équatoriens sont directement menacés. Mais aussi nos petits producteurs de bananes face au géant Chiquita qui pratique le dumping environnemental et accaparement des terres. Bref, c'est des années de promotion de la coopération et tout le modèle social équatorien du Buen Vivir qui sont mis en cause. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cet accord tend à accepter l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial, datant de 2012, liant l'UE, la Colombie et le Pérou. Il prévoit des droits de douanes supprimés, la libéralisation des marchés de services, l'ouverture des marchés publics. De plus, la pêche équatorienne ne sera plus soumise à des droits de douane et l'Équateur pourra profiter d'un important accès aux marchés de l'Union européenne pour la banane, ceci impactant très lourdement les régions françaises d'outre-mer.

Je me suis donc opposée à cet accord.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport établissant les modifications nécessaires à apporter à l'accord commercial UE/Colombie et Pérou afin de tenir compte de l'adhésion de l'Équateur. Cet accord qui entrera en vigueur au 1er janvier 2017 est essentiel pour l'Équateur. Il stimulera les échanges et les investissements entre les deux parties, contribuant de la sorte à la croissance économique et à la création d'emplois. Il permettra à l'Équateur de s'insérer dans l'économie régionale et mondiale. Cet accord asymétrique, conçu pour contribuer au développement de l'Équateur prévoit, comme dans les APE, une libéralisation progressive des droits de douane sur une période de 17 ans. L'Équateur bénéficiera d'un meilleur accès au marché européen en ce qui concerne les produits de la pêche, les fleurs coupées, le café, le cacao, les fruits et les fruits à coque. Les bananes se verront reconnaître un taux préférentiel qui sera assorti d'un mécanisme de stabilisation comme c'est le cas avec les autres pays parties à l'accord. Avec cet accord, l'Équateur pourra tirer un meilleur parti des opportunités qu'offre le commerce international.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – The EU and Ecuador concluded the negotiations for the accession on 17 July 2014, but due to trade-related problems between Ecuador and Colombia/Peru, the Protocol of Accession was only approved by the Trade Policy Council on 8 February 2016. This means that the adoption procedure had to be accelerated, so that Ecuador could start benefiting from the FTA as of 1 January 2017, after its temporary trade preferences granted by the EU expire. Therefore, I have voted in favour of this proposal to establish the necessary modifications to the Trade Agreement to take account of the accession of Ecuador, which is essential.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az egyrészről az Európai Unió és tagállamai, másrészről Kolumbia és Peru között 2012. december 11-én létrejött kereskedelmi megállapodás 329. cikke lehetőséget biztosít arra, hogy az Andok Közösség további tagországai csatlakozzanak a megállapodáshoz.

Az Európai Unió és Ecuador 2014. július 17-én lezárta a csatlakozásra vonatkozó tárgyalásokat. A Tanács határozattervezetet dolgozott ki az Ecuador csatlakozását figyelembe vevő jegyzőkönyvnek az Unió nevében történő megkötésére vonatkozóan, a határozat elfogadásához azonban meg kell szereznie a Parlament egyetértését.

A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament értsen egyet a jegyzőkönyv megkötésével. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport demande de dire oui à l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial entre l'UE et la Colombie et le Pérou datant de 2012. Les droits de douane élevés sont supprimés, les marchés des services libéralisés, les IGP protégés, les marchés publics ouverts, avec des normes environnementales et en matière de travail imposées. La pêche équatorienne n'aura plus de droits de douane. L'Équateur, selon l'UE, «bénéficiera de nouveaux accès considérables aux marchés de l'Union Européenne pour la banane» . 90% des droits de douane de la filière agricole selon supprimés en 17 ans. Cela sera très défavorable aux producteurs des régions d'Outre-Mer pour qui la banane est une source importante de revenus. Vote contre.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport demande de dire oui à l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial entre l'UE et la Colombie et le Pérou datant de 2012. L'Équateur étant devenu un pays à revenu intermédiaire, il ne peut plus faire partie de l'accord SPG+. Les droits de douane élevés sont supprimés, les marchés des services libéralisés, les IGP protégées, les marchés publics ouverts, avec des normes environnementales et en matière de travail imposées. La pêche équatorienne n'aura plus de droits de douane. L'Équateur, selon l'UE, «bénéficiera de nouveaux accès considérables aux marchés de l'Union européenne pour la banane». 90 % des droits de douane de la filière agricole seront supprimés en 17 ans. Cela sera très défavorable aux producteurs des régions d'Outre-Mer pour qui la banane est une source importante de revenu. Je vote donc contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it introduces several amendments to the Commission proposals, in particular with respect to increased transparency, making the triggering of the stabilisation mechanism automatic beyond a certain threshold, and it also called on the Commission and Council in a draft joint declaration annex to the resolution to maintain the stabilisation mechanism beyond 2019 if 'a serious deterioration in the state of the market or the situation of European producers is found to have occurred or is in danger of occurring'.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui approuve l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial entre l'UE, la Colombie et le Pérou. Les exportateurs de l'UE économiseront ainsi chaque année plus de 100 millions d'euros de droits de douane.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – On 26 June 2012, the Trade Agreement between the EU, on the one side, and Colombia and Peru on the other, was signed. I have voted for this recommendation to take into consideration the accession of Ecuador to the Trade Agreement.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Das vorliegende Abkommen unterstütze ich, da erstens keine nennenswerten Auswirkungen auf die Europäische Union zu befürchten sind und Ecuador nicht seiner wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit beraubt wird.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Lepingus nähakse ette kaupade, teenuste, hangete ja investeeringute turu järkjärguline avamine, sealhulgas enamiku tariifide tühistamine. See annab Ecuadorile võimaluse säilitada eelisjuurdepääs ELi turule olukorras, kus Maailmapanga poolt kõrgema sissetulekuga riigiks klassifitseerimise tõttu muutub Ecuador abikõlbmatuks. Samas on majanduslik olukord riigis piisavalt keeruline.

Lisaks on lepingus kaubanduse ja säästva arengu peatükk, mis sisaldab ambitsioonikaid sätteid tööhõive ja keskkonnakaitse valdkonnas ning mille eesmärk on tagada mõlema poole investoritele ja ettevõtjatele prognoositavad ja stabiilsed keskkonnaalased tingimused. Lepinguga antakse mõlemale poolele võimalus luua tihedamad kahepoolsed suhted ning tõuge Andide piirkonna edasiseks majanduslikuks ja poliitiliseks lõimumiseks. Samuti annab see võimaluse tõhustada ELi ja Ecuadori vahelist poliitilist dialoogi, mis põhineb demokraatlike põhimõtete ja põhiõiguste austamisel.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – El Acuerdo comercial entre la Unión Europea y Colombia y el Perú se firmó el 26 de junio de 2012. El artículo 329 del Acuerdo comercial prevé una posibilidad de adhesión de otros Países miembros de la Comunidad Andina al Acuerdo. Es por ello que la Unión y Ecuador finalizaron las negociaciones para dicha adhesión el 17 de julio de 2014.

Ecuador atraviesa actualmente una situación económica muy complicada a lo que se suma el terrible terremoto que sufrió recientemente y que a finales de año perderá su estatuto preferencial SPG+. Es urgente que el Acuerdo comercial entre en vigor lo antes posible.

Las relaciones económicas, de colaboración y amistad entre Ecuador y España han sido siempre fructíferas y mi apoyo a esta recomendación se enmarca en mi deseo de que sus efectos se extiendan a la Unión.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η Συμφωνία Εμπορίου μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των κρατών μελών της, αφενός, και της Κολομβίας και του Περού, αφετέρου, υπεγράφη στις Βρυξέλλες στις 26 Ιουνίου 2012,και το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο ενέκρινε νομοθετικό ψήφισμα με το οποίο έδωσε την έγκρισή του στη σύναψη της συμφωνίας αυτής. Στις 20 Νοεμβρίου 2015 το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο ενέκρινε ψήφισμα σχετικά με την προσχώρηση του Ισημερινού στη συμφωνία, όπου εξέφραζε την ικανοποίησή του για την ολοκλήρωση των διαπραγματεύσεων και ενθάρρυνε την ταχεία και πλήρη έναρξη ισχύος και εφαρμογή της συμφωνίας, θεωρώντας ότι αυτό θα επέτρεπε στον Ισημερινό να συνεχίσει τους νέους προσανατολισμούς του όσον αφορά την τόνωση πολιτικών βιώσιμης οικονομικής και κοινωνικής ανάπτυξης της χώρας, σε ένα πλαίσιο περίπλοκων περιφερειακών και διεθνών συνθηκών. Για τον λόγο αυτόν, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, στο ψήφισμά του σχετικά με την προσχώρηση του Ισημερινού στη Συμφωνία Εμπορίου προέτρεπε την κυβέρνηση του Ισημερινού να λάβει υπόψη τα σχέδια δράσης που είχαν υποβάλει η Κολομβία και το Περού και να λάβει ανάλογα μέτρα τα οποία θα έπρεπε να υποβληθούν πριν από την ψηφοφορία στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο για την προσχώρηση του Ισημερινού στην εμπορική συμφωνία. Επομένως υπερψήφισα την εν λόγω έκθεση, η οποία τονίζει τις αναγκαίες τροποποιήσεις για την εμπορική συμφωνία για να ληφθεί υπόψη η προσχώρηση του Ισημερινού.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che l'entrata in vigore dell'accordo commerciale tra l'Unione europea e i suoi Stati membri, da un lato, e la Colombia, il Perù e l'Ecuador, dall'altro, porterà grande benefici economici.

Infatti, l'Ecuador sta affrontando una difficile situazione dovuta sia dal crollo dei prezzi del petrolio, di oltre il 60% e sia dalla rivalutazione del dollaro e dalla svalutazione della moneta di altri paesi. Inoltre, il popolo ecuadoriano è stato fortemente danneggiato da un terremoto di magnitudo 7,8% che ha provocato 673 vittime e 27 732 feriti. A maggior ragione, come politico ritengo che, alla luce dei fatti sopra citati, l'entrata in vigore di questo accordo commerciale sia molto importante per l'Ecuador.

Pertanto ho espresso voto positivo

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this agreement because it provides for a better and more stringent system of information. This system will be based on reliable statistics on the trends of imports of bananas from the three countries to the EU. In particular, when the volume of these imports reaches 80% of the threshold, the Commission must inform the EP and the Council, giving them an analysis of the impact of these imports.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pristupanje Ekvadora Sporazumu o trgovini između Europske unije i njezinih država članica, s jedne strane, i Kolumbije i Perua, s druge strane, velik je korak naprijed u odnosima EU-a s Ekvadorom koji je postao važan regionalni partner EU-a te s njim dijeli slične stavove.

Sporazum predviđa postupno otvaranje tržišta za robu, usluge, javnu nabavu i ulaganja, uključujući ukidanje većine carina. Njime se stoga Ekvadoru omogućuje da zadrži povlašteni pristup tržištu EU-a, unatoč tome što ne zadovoljava uvjete za sustav OSP+ otkad ga je Svjetska banka uvrstila među zemlje s višim srednjim dohotkom. Osim toga, sporazum sadržava poglavlje o trgovini i održivom razvoju koje obuhvaća ambiciozne odredbe o zaštiti radnika i okoliša te nastoji osigurati predvidljive i stabilne uvjete u okolišu za ulagače i subjekte s obje strane.

Sporazumom će se objema strankama omogućiti razvoj još bližih bilateralnih odnosa te će služiti kao poticaj za daljnju gospodarsku i političku integraciju u andskoj regiji. Također će pružiti priliku za poboljšanje političkog dijaloga EU-a s Ekvadorom na temelju poštovanja demokratskih načela i temeljnih prava.

Podržavam ovaj prijedlog jer pridonosi boljitku odnosa između država članica EU-a i Ekvadora.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Sporazum o trgovini između Europske unije i njezinih država članica te Kolumbije i Perua predviđa mogućnost pristupanja drugih država članica Andske zajednice te je u studenom 2015. Europski parlament usvojio Rezoluciju o pristupanju Ekvadora Sporazumu u kojoj je pozdravio zaključenje ranijih pregovora i potaknuo njegovo potpuno stupanje na snagu što bi potaknulo reformske politike za ekonomski i socijalno održiv razvoj.

Ekvador je trenutačno u teškoj ekonomskoj situaciji te su prihodi vlade nedovoljni za njene financijske potrebe. Usred pada cijene nafte i rasta vrijednosti američkog dolara, ukupni izvoz Ekvadora smanjio se za 29 % tokom 2015. Uz to je ove godine zemlju pogodio potres jačine 7,8 te se troškovi obnove procjenjuju na oko tri milijarde američkih dolara.

Pristupanje Sporazumu donosi brojne nužne gospodarske i političke prednosti te jamči predanost poštivanju i provedbi međunarodnih ugovora i sporazuma u području radničkih prava i zaštite okoliša. Pozivam nadležne institucije da pomno nadziru političku situaciju i stanje temeljnih prava u toj zemlji, kao i da redovito izvješćuju Europskom parlamentu o provedbi sporazuma.

Sporazumom će se objema strankama omogućiti razvoj još bližih bilateralnih odnosa te će uz to služiti kao poticaj za daljnju integraciju u andskoj regiji.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — Este relatório de recomendação propõe estender ao Equador o Acordo Comercial entre a UE e a Colômbia e o Peru.

O objetivo inicial foi o estabelecimento de um acordo com os países da Comunidade Andina. Nessa fase, as negociações acabaram por se restringir à Colômbia e ao Peru, já que o Equador e a Bolívia lhe resistiram e acabaram por abandonar, denunciando as intenções da UE de celebrar um acordo de livre comércio, a que contrapõem uma visão de comércio para o desenvolvimento.

Sob uma enorme e crescente pressão e ingerência na região, este acordo de livre comércio, contrário às políticas económicas e sociais que o governo equatoriano tem levado a cabo, serve de arma de chantagem que visa nomeadamente desestabilizar os países fundadores do Mercosul.

Os «acordos de livre comércio», de pendor neocolonial, visam a privatização e exploração dos recursos naturais, a desregulamentação do mundo do trabalho e o condicionamento das políticas económicas e sociais daqueles países.

Com este acordo, ganharão os grandes grupos económicos europeus da indústria e dos serviços. Os sectores exportadores de maquinaria, automóveis (e outros equipamentos de transporte) e produtos químicos. Com os grupos dos serviços – telecomunicações, construção, distribuição e serviços financeiros – à espreita da oportunidade de colonização de mais este mercado.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Podpořil jsem dohodu o přístupu Ekvádoru k obchodní dohodě, kterou Evropská unie v roce 2012 uzavřela s dalšími dvěma andskými státy, Kolumbií a Peru. Tuto dohodu považuji za významný krok v prohlubování vztahů mezi EU a Ekvádorem, která usnadní podmínky pro obchod na obou stranách. Tato dohoda odstraní cla na všechny průmyslové výrobky a produkty rybolovu, zvětší přístup zemědělských produktů na trh, zlepší přístup k veřejným zakázkám a službám. Pevně věřím, že Evropa bude profitovat z této dohody, která otevře prostor pro investice. V listopadu roku 2015 Evropský parlament uvítal uzavření jednání s Ekvádorem, podpořil rychlé a úplné vstoupení této dohody v platnost, ale zároveň vyzval Ekvádor, aby zintenzivnil své úsilí o zabezpečení přístupu ke vzdělání, boj proti dětské práci a ke komplexnímu dodržování práv žen. Vzhledem k tomu, že Ekvádor tento rok předložil akční plán „Přehled politik, úspěchů a kroků Ekvádoru k zajištění dobrých životních podmínek". Jsem rád, že Ekvádor učinil viditelné pokroky v plnění svých závazků ohledně pracovního práva a lidských práv.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Umowa o handlu między Unią Europejską a Kolumbią i Peru została podpisana w Brukseli w dniu 26 czerwca 2012 r., a niektóre jej postanowienia są stosowane na podstawie art. 330 tej umowy między Unią Europejską a Peru od dnia 1 marca 2013 r. oraz między Unią Europejską a Kolumbią od dnia 1 sierpnia 2013 r. W art. 329 umowy o handlu przewidziano możliwość przystąpienia do umowy innych państw członkowskich Wspólnoty Andyjskiej. W dniu 17 lipca 2014 r. Unia Europejska i Ekwador zakończyły negocjacje w sprawie przystąpienia do umowy. W dniu 31 grudnia 2016 r. Ekwador utraci status GSP+. Sytuacja, w której Ekwador nie mógłby korzystać ze statusu GSP+ ani z korzyści wynikających z umowy o handlu, zaburzyłaby obrót handlowy i byłaby szkodliwa dla ekwadorskiej gospodarki. Umowa powinna być krokiem naprzód w przymierzu z ważnymi, reprezentującymi podobny światopogląd i szybko rozwijającymi się krajami regionu, który zwraca się coraz bardziej w kierunku Azji i Pacyfiku. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'inclusion de l'Équateur à l'accord déjà institué avec la Colombie et le Pérou. Mais ce vote a failli ne pas avoir lieu. En effet, avec mes collègues Tokia Saïfi et Maurice Ponga, nous nous sommes battus jusqu'au dernier moment pour obtenir absolument un accord sur les mécanismes de sauvegarde pour le secteur de la banane. L'Équateur est en effet le premier producteur au monde de bananes et on va leur donner un accès préférentiel au marché européen. En cela, nos producteurs des Antilles notamment ont besoin d'être protégés. Certains voulaient l'accord à tout prix, sans attendre que l'on protège ce qui doit l'être. Ce n'est pas dans mes principes. Comme pour tout accord, dès lors que je suis sûr que tout ce qui doit être protégé l'est, je le ratifie. Il n'y a pas d'exception. Mais pour en arriver là, il a fallu que l'on mobilise le PPE, seul groupe à avoir tant bataillé pour la protection de ce secteur! La voix de la France s'est fait entendre et j'en appelle désormais à la vigilance du secteur de la banane.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O Acordo Comercial entre a União Europeia e os seus Estados-Membros, por um lado, e a Colômbia e o Peru, por outro, foi assinado em Bruxelas, a 26 de junho de 2012.

Trata-se de um acordo aberto, no sentido em que o artigo 329.º do Acordo Comercial prevê a possibilidade de adesão de outros países membros da Comunidade Andina.

A adesão do Equador ao Acordo Comercial com a Colômbia e o Peru e a sua aplicação de forma progressiva e flexível deverá constituir um progresso significativo na aliança com estes países, em pleno crescimento e com a mesma sensibilidade de mercado.

O presente Protocolo irá permitir o incremento e a melhoria das relações da UE com os países da América do Sul. Na verdade, com a inclusão do Equador no referido acordo comercial, cria-se um ambiente favorável ao estreitamento de laços, não só com o Equador, mas também entre aqueles países andinos.

Por conseguinte, o meu voto é favorável.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs abstained on this, as it was a simple technical update to reflect the fact that Ecuador is now party to certain parts of this agreement. We did not feel a strong need to vote against this tidying up exercise

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Em 20 de novembro de 2015, o Parlamento Europeu aprovou uma resolução sobre a adesão do Equador ao Acordo Comercial, na qual se congratula com a conclusão das negociações com o Equador e encoraja a rápida entrada em vigor e a aplicação integral deste acordo, considerando que o mesmo permitirá ao Equador prosseguir políticas destinadas a estimular o desenvolvimento económico e social sustentável num contexto regional e internacional difícil.

Lembro que, economicamente, o Equador atravessa uma situação difícil devido à forte queda dos preços do petróleo de mais de 60 % (2015). Em 2015, as exportações totais do Equador registaram uma redução de 29 %, devido essencialmente a um declínio das exportações de petróleo de 50 %.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He apoyado la adhesión de Ecuador al Acuerdo Comercial de la Unión Europea con Colombia y Perú, con el que la Unión dará continuidad a las preferencias arancelarias que hasta ahora le ha concedido y que, por elevarse a país de renta media, hubiera perdido en enero lastrando las exportaciones de las que viven muchas personas en este país.

Los socialistas celebramos que este Acuerdo incluya compromisos ambiciosos, inéditos entre la Unión y Ecuador, en materia desarrollo sostenible, derechos humanos, laborales y medioambientales, lo que deberá servir para favorecer un comercio bilateral más justo. En este sentido, Ecuador ha ido acometiendo ya algunas buenas reformas, que bajo el Acuerdo deberán continuar. También hemos trabajado muy intensamente con Ecuador, para asegurar que su capacidad exportadora en el sector del banano no perjudique a regiones europeas que, como las Islas Canarias, dependen enormemente de este cultivo.

Un Acuerdo que, sin duda, ayudará a intensificar y mejorar la relación entre Europa y América Latina, tal y como defendemos los socialistas españoles. Seguiremos muy de cerca el cumplimiento de los compromisos y apoyaremos a Ecuador en sus reformas, con todos los Instrumentos de los que dispone la Unión.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Les négociations commerciales entre l'Union européenne et la Colombie, l'Équateur et le Pérou avaient débuté en janvier 2009. Les négociations avec l'Équateur ont, elles, abouti le 17 juillet 2014. En adhérant à cet accord, l'Équateur conservera son accès préférentiel au marché de l'Union européenne, qu'il aurait perdu à la suite d'une réforme du système de préférences européen.

J'ai voté en faveur de cette recommandation qui porte un accord vital pour l'économie du pays, qui a été fortement touchée par la chute des prix du pétrole et des exportations et par les coûts élevés liés à la reconstruction après le tremblement de terre de cette année (pour rappel: une catastrophe qui a causé la mort de 673 personnes et blessé des dizaines de milliers d'autres).

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Ekvadoro prisijungimas prie trišalės ES bei Kolumbijos ir Peru prekybos sutarties yra labai sveikintinas sprendimas. Tai, be abejo, padės Europos gamintojams dalyvauti Pietų Amerikos rinkoje. Kartu noriu pažymėti, jog svarstomas pranešimas apima ir reikalingas Europos bananų apsaugos priemones. Netgi šiek tiek pavydu, kad kiti Europos žemės ūkio sektoriai, pvz., bulvių augintojai, nesusilaukia tokio didelio kai kurių dešiniųjų frakcijų atstovų dėmesio. Klausimas tik, ar vertėjo dėl keleto tolimose salose esančių ūkių pelno pagrindinį dėmesį derybose skirti bananams, ypač jei buvo galima kur kas daugiau laiko ir intelektinių pastangų investuoti į bendrą sutarties turinio gerinimą bei glaudesnį jos nuostatų susiejimą su žmogaus teisių ir laisvių padėtimi Ekvadore.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei a favor deste procedimento de consentimento, que pretende ter em conta a adesão do Equador ao Acordo Comercial entre a UE e os seus Estados Membros, por um lado, e a Colômbia e o Peru, por outro.

Atendendo ao facto de as disposições do acordo comercial permitirem a adesão de outros países membros da Comunidade Andina (Equador e Bolívia), pretende-se agora que, com a finalização deste processo, o Equador possa prosseguir com as suas políticas de estímulo ao crescimento e desenvolvimento económico, social, laboral e ambiental de uma forma sustentável.

O Equador é o maior exportador de bananas do mundo, pelo que a sua adesão ao Acordo causará um impacto relevante junto dos produtores comunitários, nomeadamente nas regiões ultraperiféricas, como é o caso da Região Autónoma da Madeira, em Portugal.

É exatamente por estas razões que fiquei bastante satisfeito pela conclusão do trílogo neste mesmo dia e no seguimento das propostas apresentadas por este Parlamento, (alteração dos regulamentos 19 e 20/2013), a fim de serem assegurados mecanismos compensatórios/ estabilização do mercado das bananas mais eficazes e que evitem riscos de perturbação desnecessários no mercado europeu, logo salvaguardando a (relativamente) precária posição dos produtores europeus das regiões ultraperiféricas de Portugal, Espanha e França.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui représente la ratification par le Parlement européen de l'accord commercial entre l'Union européenne et ses États membres, d'une part, et la Colombie et le Pérou, d'autre part, en vue de tenir compte de l'adhésion de l'Équateur.

Cet accord permettra de supprimer les droits de douane sur de nombreux produits et une fois l'accord intégralement mis en œuvre, on estime que les exportateurs de l'UE économiseront au moins 106 millions d'euros par an en droits de douane. Notons également qu'une centaine d'indications géographiques de l'UE seront protégées sur le marché équatorien.

Néanmoins, nous étions inquiets des répercussions de cet accord sur nos producteurs européens de bananes étant donné que l'Équateur est le premier producteur mondial de bananes. Ainsi, nous nous sommes assurés, grâce à la tenue d'un trilogue la veille de la ratification de l'accord, que celui-ci sera bien accompagné d'une clause de sauvegarde et d'un mécanisme de stabilisation pour les bananes. Ces dispositions nous permettront d'obtenir de meilleures informations et d'apporter un soutien à nos producteurs en cas de perturbations du marché.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe dem Beitritt Ecuadors zum Handelsübereinkommen zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten einerseits sowie Kolumbien und Peru andererseits zugestimmt.

Der Beitritt Ecuadors hilft dem Land in dessen Entwicklung, da im Laufe der Beitrittsverhandlungen eine große Anzahl an Initiativen auf den Weg gebracht wurde, die die Hindernisse für den Marktzugang beseitigten. Der Beitritt wird außerdem dazu beitragen, dass die auf dem Abkommen beruhenden wirtschaftlichen Beziehungen stabiler werden und die Integration des Andenraums intensiviert wird.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Adhesión de Ecuador al Acuerdo Comercial Multipartes UE- Colombia/Perú al entender que no hay cambios sustanciales en un Acuerdo que sigue basándose en las lógicas del libre comercio, la desregulación, las privatizaciones o la explotación de los recursos naturales.

Nos opusimos a este Acuerdo UE-Colombia/Perú y seguimos rechazándolo. Nuestro modelo de relaciones no son Acuerdos de Libre Comercio que no tienen en cuenta las asimetrías económicas y que sólo buscan abrir nuevos mercados y beneficios a las empresas multinacionales, sino acuerdos que se basen en la complementariedad, la cooperación, el desarrollo sustentable y sostenible y que tengan como objetivo central acabar con las desigualdades.

Rechazamos el chantaje al que la Unión somete a terceros países a través de sus actuales políticas arancelarias y del condicionamiento de los fondos de cooperación al desarrollo, ligados a la firma de Acuerdos Comerciales como este.

Apoyamos al Gobierno de Ecuador en las políticas que ha llevado a cabo para el desarrollo del modelo del «buen vivir» basadas en un mayor control del Estado de sectores estratégicos de la economía pero consideramos que los logros sociales no hubieran sido posibles bajo la lógica que instaura este Acuerdo.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – L'Ecuador sta attualmente affrontando una situazione molto difficile sotto il profilo economico a causa di molti fattori, tra cui la svalutazione delle monete di altri paesi vicini, il crollo dei prezzi del petrolio, la rivalutazione del dollaro e i costi della ricostruzione pari a circa il 3,0 % del PIL a seguito del terremoto che nell'aprile scorso ha provocato almeno 673 vittime e quasi 28 000 feriti.

L'adesione dell'Ecuador all'accordo commerciale tra l'Unione europea con la Colombia e con il Perù consentirà a questo paese di portare avanti nuove riforme al fine di integrarsi nell'economia mondiale, consolidare la crescita, accrescere il benessere e migliorare di conseguenza le condizioni di vita dei suoi cittadini.

Ho pertanto deciso di votare a favore dell'accordo.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this report, as I do not wish to see the EU manage our trade deals.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of the conclusion of the Protocol. This proposal establishes the necessary modifications to the Trade Agreement to take account of the accession of Ecuador.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Odlučio sam biti suzdržan prema ovom Izvješću, a ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Od roku 2012 je platná dohoda o obchode medzi EÚ na jednej strane a Kolumbiou a Peru na strane druhej. Dohoda dáva možnosť pristúpenia aj pre ďalšie členské krajiny Andského spoločenstva. Teší ma, že sa Únii podarilo uzavrieť rokovania o jeho pristúpení k dohode, pretože Ekvádor sa dnes nachádza v komplikovaných regionálnych a medzinárodných podmienkach. Hospodársky sa krajina ocitla v ťažkej situácii kvôli veľkému prepadu cien ropy, ktorá zaznamenal pokles až o 60 % za rok 2015. Na ekvádorskú ekonomiku má negatívny dopad aj posilnenie amerického dolára a oslabenie iných mien, napríklad kolumbijskej. Celkový vývoz Ekvádoru sa znížil o 29 % v roku 2015, čo sa podpísalo na nedostatočných príjmoch na pokrytie finančných potrieb vlády. Nad rámec ekonomických problémov zasiahlo krajinu tento rok ničivé zemetrasenie so silou 7,8 stupňov Richterovej stupnice. Zahynulo 673 ľudí, tisícky boli zranených a ekvádorská vláda odhaduje náklady na rekonštrukciu vo výške asi 3 miliárd dolárov. Preto som podporila pristúpenie Ekvádoru k tejto dohode o obchode, keďže verím, že by pre krajinu mohla predstavovať krok vpred. Ale na to, aby sa napĺňali záväzky dohody v súlade so zásadami trvalo udržateľného rastu, bude potrebné kontinuálne monitorovať jej napĺňanie.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Podpořila jsem doporučení k návrhu rozhodnutí Rady o uzavření Protokolu o přistoupení k Obchodní dohodě mezi Evropskou unií a jejími členskými státy na straně jedné a Kolumbií a Peru na straně druhé s ohledem na přistoupení Ekvádoru jménem Unie. Uzavření této obchodní dohody by vedlo k postupnému otevření trhu pro zboží, služby, veřejné zakázky a investice mezi EU a Ekvádorem a zrušení všech celních poplatků. Dohodu, jíž dojde k zlepšení přístupu Ekvádoru na trh EU, považuji za nástroj, jak přispět ke zvýšení životní úrovně v Ekvádoru zejména s ohledem na situaci v Ekvádoru po zemětřesení v dubnu 2016, propadu exportu z důvodu poklesu cen ropy a hodnoty amerického dolaru.

Jako pozitivní přínos obchodní dohody vnímám závazky Ekvádoru k ochraně zaměstnanců a ochraně životního prostředí, které jsou s přistoupením Ekvádoru k obchodní dohodě spojeny. Vítám také otevření dialogu pro budoucí hospodářskou a politickou integraci, a to zejména s ohledem na možné zlepšení svobody slova a tisku v Ekvádoru, která byla vážně omezena v roce 2013 po přijetí kontroverzního zákona o sdělovacích prostředcích.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – In 2012 sloten de Europese Unie en de 28 de lidstaten een handelsovereenkomst met Colombia en Peru. Nu wil men ook Ecuador hierbij laten aansluiten. De Ecuadoriaanse regering voelt de interne druk van actoren die wegens vermeende economische voordelen een toetreding genegen zijn. De Groenen stemmen tegen, zoals we dat ook deden bij de sluiting met een overeenkomst met Colombia en Peru. Het is voor ons absoluut geen argument dat de uiterst linkse rapporteur vanuit ideologisch oogpunt de linkse regering in Ecuador wil steunen. Voor ons is van tel dat de civiele samenleving in Ecuador tegen is. Er is een breed front, gaande van milieuorganisaties tot boerenorganisaties, dat zich uitdrukkelijk uitspreekt tegen deze gang van zaken. Milieu-ngo's vrezen dat met de toetreding een stap achteruit wordt gezet en dat wordt teruggegaan naar het uitputtingsmodel, dat voornamelijk de inheemse bevolking en de kleinere boeren zal treffen. Zo'n economisch model steun ik alvast niet. Dus stemde ik met overtuiging tegen.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Obchodovanie Európskej únie s ďalšími krajinami nielenže prináša nové pracovné miesta a zisk našim firmám, ale pomáha aj presadzovať európske štandardy. V prípade krajín, akou je aj Ekvádor, by však európska obchodná diplomacia mala ísť ruka v ruke s požiadavkami demokratických reforiem a dodržiavania ľudských práv.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Pristupanje Ekvadora Sporazumu o trgovini između Europske unije i njezinih država članica s jedne strane, te Kolumbije i Perua s druge strane predstavlja veliki iskorak u odnosima EU-a s Ekvadorom.

Sporazum predviđa otvaranje tržišta za robe, usluge, vladine nabavke i investicije. Osim toga, sporazum sadrži poglavlje o trgovini i održivom razvoju, što uključuje i ambiciozne odredbe o radu i zaštiti okoliša te ima za cilj osigurati predvidljive i stabilne uvjete za investitore.

Podržavam ovaj sporazum jer će isti povećati prisustvo EU-a u Južnoj Americi te će dovršiti regionalnu dimenziju andskih država koje su sada povezane s Unijom.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi, v imenu Unije, protokola o pristopu k trgovinskemu sporazumu med Evropsko unijo in njenimi državami članicami na eni strani ter Kolumbijo in Perujem na drugi strani, da se upošteva pristop Ekvadorja. Podpiram pristop Ekvadorja k trgovinskemu sporazumu med EU ter Kolumbijo in Perujem, ki bo poglobil odnose med obema podpisnicama ter Ekvadorju omogočil razvijanje politik trajnostnega gospodarskega in socialnega razvoja. Seveda ob predpostavki rednih ocen po posvetovanju z ekvadorsko vlado in civilno družbo.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Επιχειρείται, για άλλη μία φορά, η επέμβαση της ΕΕ στα εσωτερικά τρίτης χώρας με αντάλλαγμα/υπόσχεση τη σύναψη εμπορικής συμφωνίας.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az egyrészről az Európai Unió és tagállamai, másrészről Kolumbia és Peru között létrejött kereskedelmi megállapodást 2012. június 26-án Brüsszelben írták alá, és annak egyes rendelkezéseit a megállapodás 330. cikkének megfelelően az Európai Unió és Peru között 2013. március 1., illetve az Európai Unió és Kolumbia között 2013. augusztus 1. óta alkalmazzák. A kereskedelmi megállapodás 329. cikke lehetőséget biztosít arra, hogy az ANDEAN Közösség további tagországai csatlakozzanak a megállapodáshoz. Az Európai Unió és Ecuador 2014. július 17-én lezárta a csatlakozásra vonatkozó tárgyalásokat. 2015. november 20-án az Európai Parlament Ecuadornak a kereskedelmi megállapodáshoz történő csatlakozásáról szóló állásfoglalást fogadott el (2015/2656(RSP), amelyben sürgette az ecuadori kormányt, hogy a Kolumbia és Peru által benyújtott cselekvési terveket alapul véve hozzon hasonló intézkedéseket.

Az állásfoglalást követően az előadó 2016 márciusában látogatást tett Ecuadorban. A fentiekre tekintettel az egyetértés megadása a Parlament részéről indokolt, azonban fontos megjegyezni, hogy a meglévő megállapodások ellenőrzése és értékelése a közös kereskedelempolitika kulcsfontosságú prioritása. Ezért a Bizottság köteles tájékoztatni a Parlamentet e megállapodás végrehajtásával, ellenőrzésével kapcsolatban. A fentiekre tekintettel szavazatommal támogattam az előterjesztést.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam, hogy az Európai Parlament a Tanács előterjesztése alapján értsen egyet az EU és tagállamai, valamint Kolumbia és Peru között érvényben lévő kétoldalú kereskedelmi megállapodást kiegészítő jegyzőkönyv aláírásával, amelynek értelmében – az Andok együttműködés keretében – Ecuador is csatlakozik a megállapodáshoz. Mérlegeltem azt a szempontot, hogy ezáltal nélkülözhetetlen támogatást kaphat a jelenleg az olajárcsökkenés következtében súlyos gondokkal küzdő ecuadori gazdaság, ami az ország és az egész térség bizonytalan politikai helyzetének stabilitásához is hozzájárulhat.

Tény továbbá, hogy az EU-szabályozás változása folytán 2016 végétől Ecuador elesik a GSP kedvezményes elbánástól, s e kétoldalú megállapodás híján az ország kereskedelme súlyos helyzetbe kerülne, miközben az ország kormányzata még küzd az idei tavaszi súlyos földrengés gazdasági és pénzügyi következményeivel. Politikai szempontból a megállapodás hozzájárulhat továbbá a kétoldalú párbeszéd szorosabbá válásához, az európai szemszögből még fennálló problémák – mindenekelőtt az ecuadori sajtószabadság hiányosságainak – rendezéséhez is.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Przystąpienie Ekwadoru do Umowy o handlu między Unią Europejską i jej państwami członkowskimi, z jednej strony, a Kolumbią i Peru, z drugiej strony, jest ważnym krokiem w rozwoju stosunków między UE a Ekwadorem, który stał się ważnym partnerem regionalnym o podobnych zapatrywaniach.

Umowa przewiduje stopniowe otwarcie rynku towarów, usług, zamówień publicznych i inwestycji, w tym również zniesienie większości taryf. Umożliwia ona zatem Ekwadorowi utrzymanie dostępu do rynku UE na zasadach preferencyjnych, choć kraj ten nie kwalifikuje się już do programu GSP+ z uwagi na fakt, że Bank Światowy zaklasyfikował go ponownie jako kraj o wyższym średnim dochodzie. Ponadto umowa zawiera rozdział poświęcony handlowi i zrównoważonemu rozwojowi, w którym umieszczono ambitne zapisy dotyczące ochrony pracy i środowiska i którego celem jest zagwarantowanie przewidywalnych i stabilnych warunków środowiskowych dla inwestorów i podmiotów po obu stronach.

Umowa pozwoli obydwu stronom na rozwinięcie jeszcze bliższych stosunków dwustronnych i będzie źródłem impulsów dla dalszej integracji gospodarczej i politycznej w regionie andyjskim. Będzie ona również stanowić okazję do zacieśnienia dialogu politycznego między UE a Ekwadorem w oparciu o przestrzeganie zasad demokratycznych i praw podstawowych.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană este una dintre principalele susținătoare ale comerțului liber la nivel mondial. În acest context, UE a încheiat în ultimii ani o serie de acorduri comerciale de liber schimb cu anumite state ale lumii cu care are interese economice comune. Columbia și Peru sunt două dintre aceste state, cu care Comisia a semnat acordurile respective în 2012, documente aprobate de Parlamentul European. De asemenea, în noiembrie 2015, Parlamentul a adoptat o rezoluție privind aderarea Ecuadorului la acest acord comercial, care ar permite țării andine gestionarea unui context regional și internațional complicat, incluzând scăderea prețului petrolului, aprecierea dolarului SUA, scăderea exporturilor totale cu 29 % și veniturile insuficiente ale guvernului de la Quito. Mai mult, la 16 aprilie 2016, un cutremur cu magnitudinea 7,8 a afectat Ecuadorul, soldându-se cu 673 de morți și 27 732 de răniți. După 31 decembrie 2016, în urma modificării regulamentului UE, Ecuadorul va pierde statutul SGP+. În aceste condiții, se impune aderarea acestei țări la Acordul de liber schimb al UE cu Columbia și Peru, ceea ce ar diminua problemele economice ale Ecuadorului și ar contribui la creșterea comerțului cu această importantă regiune a lumii. Consider că se impune adoptarea recomandării.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Nous avons approuvé l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial entre l'Union européenne et ses États membres, d'une part, et la Colombie et le Pérou, d'autre part. Nous insistons toutefois sur le fait que la surveillance, l'évaluation et le suivi des accords existants doivent être une priorité absolue de la politique commerciale commune et que la Commission a l'obligation d'informer le Parlement de ses activités concernant la mise en œuvre, la surveillance et le suivi de cet accord, surtout en ce qui concerne les obligations de développement durable telles que soulignées dans la résolution du Parlement européen du 20 novembre 2015.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Negotiations for an EU trade agreement with the Andean countries started in 2009, and Colombia and Peru are the latest additions to the Agreement. The trade agreement allow all parties involved to develop closer bilateral relations and will serve as an impetus for further EU economic and political integration in the Andean region. The Agreement is also a way of enhancing the EU's political dialogue with Ecuador and Colombia, based on the respect for democratic principles and fundamental rights. I voted in favour of the recommendation because I believe both the EU and the Andean community will benefit from closer collaborative ties.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Contrairement à beaucoup d'accords commerciaux, ce protocole d'adhésion de l'Équateur prend en compte les besoins spécifiques du pays en matière de développement. Ainsi, il prévoit que le marché équatorien sera ouvert à 60% à une échéance de 17 ans, contre 95% pour le marché européen. Il s'agit d'une avancée importante dans la conception, par l'Union européenne, de sa politique commerciale: assurer un juste échange qui ne détruise pas l'économie du partenaire.

Mais cette avancée ne doit pas se faire au détriment de productions européennes fragiles. En approfondissant le démantèlement tarifaire du commerce de la banane, cet accord représente un risque de déstabilisation pour l'économie des régions ultrapériphériques de l'UE (comme les DOM français). Je suis particulièrement attachée à la défense de l'économie de ces territoires, soumis à des facteurs sociaux, environnementaux et régionaux singuliers. Nous nous devons d'être vigilants quant aux répercutions que peuvent avoir des accords commerciaux sur ces territoires. Or, la clause de sauvegarde pour protéger les productions de banane d'une chute des prix, prévue dans ce type d'accord, n'est pas automatique et bien trop longue à mettre en place. En conséquence, j'ai décidé de voter contre ce texte.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o sporazumu o trgovini između EU-a i Kolumbije i Perua (Pristupanje Ekvadora)" s obzirom na to da je Ugovor o trgovini između EU-a i Kolumbije i Perua potpisan 26. lipnja 2012. godine, a na snazi je od ožujka 2013. godine. Člankom 329. Sporazuma o trgovini predviđa se mogućnost pristupanja drugih država, a EU i Ekvador ovakve pregovore zaključuju 17. srpnja 2014. godine.

Ovim sporazumom omogućuje se korist Europskoj uniji njezinim prisustvom u Južnoj Americi, a pristupanjem Ekvadora treba se stvoriti veća integracija među postojećim partnerima. Europska unija bi na ovaj način učinila adekvatnu akciju sprječavanja negativnog trenda okretanja zemalja Južne Amerike Aziji i Pacifiku.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam prijedlog o sklapanju Protokola o pristupanju Sporazumu o trgovini između Europske unije i Kolumbije i Perua uzimajući u obzir pristupanje Ekvadora budući da smatram da je sklapanje ovog Protokola napredak u odnosima s vrlo važnim zemljama regije Latinske Amerike. Brzo i potpuno stupanje na snagu ovog sporazuma omogućit će Ekvadoru nastavak gospodarskog i društveno održivog razvoja zemlje.

Osim razvoja bližih bilateralnih odnosa i političkog dijaloga, sporazum predviđa postupno otvaranje tržišta za robu, usluge, javnu nabavu i ulaganja, uključujući ukidanje većine carina. Zbog pada cijene nafte i ostalih ekonomskih okolnosti te potresa u travnju, Ekvador se trenutačno nalazi u teškoj ekonomskoj situaciji. Smatram da će provedba ovog sporazuma biti od velike koristi u oporavku i napretku njegovoga gospodarstva.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o pristopu k trgovinskemu sporazumu med Evropsko unijo ter Kolumbijo in Perujem na drugi strani, da se upošteva pristop Ekvadorja sem podprla. Trgovinski sporazum med Evropsko unijo in njenimi državami članicami na eni strani ter Kolumbijo in Perujem na drugi strani je bil podpisan 26. junija 2012 v Bruslju. Ekvador je trenutno v zelo slabem gospodarskem položaju zaradi korenitega padca cen nafte za več kot 60 % in precenjenosti ameriškega dolarja ter podcenjenosti drugih valut (Kolumbija). Aprila letos je Ekvador stresel močan potres v katerem je izgubilo življenje 672 ljudi okoli 27.000 pa je bilo ranjenih. Stroški obnove jih bodo stali 3 milijarde, kar bo dodatno breme. Konec leta bo izgubil status za koristi iz trgovinskega sporazuma z EU kar bo negativno vplivalo na gospodarstvo. Priporočljivo bi bilo, da Parlament odobri pristop Ekvadorja k trgovinskemu sporazumu med EU in njenimi državami članicami na eni strani ter Kolumbijo in

Perujem na drugi strani saj je to pomemben korak naprej pri odnosih z Ekvadorjem, ki je postal pomemben in podobno misleč regionalni partner.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Umowa o handlu między Unią Europejską a Kolumbią i Peru została podpisana w Brukseli w dniu 26 czerwca 2012 r. Umowa powinna być krokiem naprzód w przymierzu z ważnymi, reprezentującymi podobny światopogląd i szybko rozwijającymi się krajami regionu, który zwraca się coraz bardziej w kierunku Azji i Pacyfiku. Stosunki handlowe przyniosą pozytywny efekt każdej stronie dlatego głosowałem za przystąpieniem do umowy.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az egyrészről az Európai Unió és tagállamai, másrészről Kolumbia és Peru között létrejött kereskedelmi megállapodást 2012. június 26-án Brüsszelben írták alá. A kereskedelmi megállapodás 329. cikke lehetőséget biztosít arra, hogy az Andok Közösség további tagországai csatlakozzanak a megállapodáshoz. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Es innegable que la bajada del precio del petróleo y el encarecimiento del dólar hace que la coyuntura económica y política en Ecuador sea complicada. En este contexto, la pérdida de las preferencias arancelarias amenaza la economía de Ecuador a corto plazo y también la victoria electoral del proyecto emancipador en febrero. Sin embargo, aunque entiendo el interés a corto plazo del Gobierno ecuatoriano por obtener el balón de oxígeno que supone el no incremento de los aranceles a sus exportaciones, el Acuerdo contiene elementos perniciosos a largo plazo pues podría sentar las bases para una relación comercial desigual. Además, con este acuerdo, la Unión está fomentando, una vez más, un sistema en el que se sientan las bases para un comercio en beneficio de los de siempre, que no voy a defender en ningún caso. Por ello he votado en contra.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted against the Ecuador accession for the main reasons my political group voted against the trade agreement in 2012, as the text has not changed. In addition, those sectors in the Ecuadorian Government which were responsible for the Ecuadoran *'Buen Vivir'* model, as well as environmental NGOs, opposed this accession until today. With the FTA accession, indigenous people, small farmers, environmentalists and grassroots activists fear a return to the previous resource depletion model, while the *'Buen Vivir'* model had guaranteed them better redistribution of wealth, access to schools and health systems and a strong decrease of poverty rates. These factors were highly praised by CEPAL (UN Economic Commission for Latin America).

National researchers and activists saw the Ecuadorian model as a path to follow, which would lead away from dependence on mono-cultural exploitation. If they had voted in favour of the accession, it would have meant abandoning their support for the attempt to create a different economic model in a peripheral country. An additional strong argument against accession is that the agreement is fundamentally unchanged and is still open to tax dodging and money laundering. In the short run, export companies will win, of course. However, globally, labour rights in this sector are not said to be the best.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Ekvadoro prisijungimas prie prekybos susitarimo su Kolumbija bei Peru, šio susitarimo palaipsnis ir lankstus įgyvendinimas, Komisijai numatant pirminį etapą, atsižvelgiant į periodinius vertinimus ir pasikonsultavus su Ekvadoro vyriausybe ir abiejų susitarimo šalių pilietine visuomene, turėtų būti žingsnis pirmyn siekiant aljanso su svarbiomis, vienmintėmis ir greitai augančiomis šalimis regione, kuris ieško vis glaudesnių ryšių su Azijos ir Ramiojo vandenyno valstybėmis.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de un acuerdo que se ha votado paralelamente a la cláusula de salvaguardia y del mecanismo de estabilización del plátano. De este modo, el acuerdo comercial no solo traerá ventajas en el ámbito económico para las partes involucradas, sino que ayudará a evitar que el umbral fijado para el acuerdo en relación a este producto sea rebasado sin que se tomen medidas al respecto, ya que el nuevo mecanismo incluirá un sistema de alerta temprana que obligará a la Comisión Europea a alertar formalmente por escrito al Parlamento y al Consejo cuando el volumen de importaciones de plátano alcance el 80 % de los umbrales de importación previsto. Por todo ello creo conveniente votar a su favor.

Bodil Valero (Verts/ALE), *skriftlig*. – Ecuador har tillsammans med Bolivia länge arbetat för en ny typ av handelsavtal som gynnar hållbar utveckling, omfördelning och ursprungsfolkens rättigheter. Detta avtal innebär en återgång till en orättvis och ohållbar handel där Ecuador blir fast i ett beroende av råvaruexport. Folkrörelserna i Ecuador är kritiska. Därför kan vi inte rösta ja till avtalet. Samtidigt vill vi respektera en vald regering i syd och väljer inte heller att rösta nej. Vi röstar blankt denna gång.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Adhesión de Ecuador al Acuerdo Comercial Multipartes UE- Colombia/Perú al entender que no hay cambios sustanciales en un Acuerdo que sigue basándose en las lógicas del libre comercio, la desregulación, las privatizaciones o la explotación de los recursos naturales.

Nos opusimos a este Acuerdo UE-Colombia/Perú y seguimos rechazándolo. Nuestro modelo de relaciones no son Acuerdos de Libre Comercio que no tienen en cuenta las asimetrías económicas y que sólo buscan abrir nuevos mercados y beneficios a las empresas multinacionales, sino acuerdos que se basen en la complementariedad, la cooperación, el desarrollo sustentable y sostenible y que tengan como objetivo central acabar con las desigualdades.

Rechazamos el chantaje al que la Unión somete a terceros países a través de sus actuales políticas arancelarias y del condicionamiento de los fondos de cooperación al desarrollo, ligados a la firma de Acuerdos Comerciales como este.

Apoyamos al Gobierno de Ecuador en las políticas que ha llevado a cabo para el desarrollo del modelo del «buen vivir» basadas en un mayor control del Estado de sectores estratégicos de la economía pero consideramos que los logros sociales no hubieran sido posibles bajo la lógica que instaura este Acuerdo.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor omdat de toetreding van Ecuador tot de handelsovereenkomst tussen de Europese Unie en haar lidstaten, enerzijds, en Colombia en Peru, anderzijds, een aanzienlijke stap voorwaarts is in de betrekkingen met Ecuador, dat een belangrijke, gelijkgestemde regionale partner is geworden.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – L'Équateur ne bénéficiera plus, à partir du 31 décembre 2016, du système SPG+. Pour ne pas perdre le bénéfice de cette préférence douanière, l'Équateur a dû reprendre les négociations de l'accord de libre-échange que l'UE a déjà fait adopter à d'autres pays de la Communauté andine des Nations en les mettant en concurrence tout en prétendant le contraire.

L'Équateur avait de bonnes raisons de quitter la table des négociations en 2010. L'ambition du pays était de passer d'une économie basée sur l'exportation de matières premières à une économie à forte valeur ajoutée basée sur l'innovation et les énergies renouvelables. N'ayant pas de monnaie propre, le pays devait aussi garder des marges de manœuvre fiscales conséquentes. Les chantages et les pressions, doublés de baisses importantes des prix du pétrole, ont eu raison de la résistance de l'Équateur.

Je suis par principe opposée aux accords de libre-échange, j'ai de gros doutes quant aux bénéfices que les Équatoriens en tireront à long terme. C'est pour ces raisons que j'ai choisi de m'abstenir comme j'ai eu l'occasion de le faire pour des situations similaires.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O objetivo inicial deste processo foi o estabelecimento de um acordo com os países da Comunidade Andina. Nessa fase, as negociações acabaram por se restringir à Colômbia e ao Peru, já que o Equador e a Bolívia lhe resistiram e acabaram por abandonar, denunciando as intenções da UE de celebrar um acordo de livre comércio, a que contrapõem uma visão de comércio para o desenvolvimento.

Este relatório de recomendação propõe estender ao Equador e fazer aprovar a celebração do Acordo Comercial entre a União Europeia e os seus Estados-Membros, por um lado, e a Colômbia e o Peru, por outro.

Sob uma enorme pressão e ingerência na região, este acordo de livre comércio, contrário às políticas económicas e sociais que o governo equatoriano tem levado a cabo, serve de arma de chantagem que visa nomeadamente desestabilizar os países fundadores do Mercosul.

Os «acordos de livre comércio», de pendor neocolonial, visam a privatização e exploração dos recursos naturais, a desregulamentação do mundo do trabalho e o condicionamento das políticas económicas e sociais daqueles países.

Votámos contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das Handelsübereinkommen zwischen der EU sowie Kolumbien und Peru wurde 2012 unterzeichnet und wird mit beiden Staaten seit August bzw. März 2013 angewandt. Ecuador ist nunmehr bestrebt, diesem Abkommen beizutreten. Dies ist umso wichtiger, nachdem die anhaltende Preisschwäche bei Erdöl, welches gut 60% der Exporte des Landes darstellt, sowie die Aufwertung des US-Dollars, über den die Geschäfte mit den Hauptexportpartnern abgewickelt werden, Wirtschaft und Staatseinnahmen zusetzen.

Hinzu kommt, dass Ecuador im Dezember 2016 seinen APS+-Standard verlieren und daher in seinen Möglichkeiten zum Handel mit der EU deutlich eingeschränkt werden wird.

Das Land exportiert gerade einmal Güter im Wert von etwa 12 Mrd. US-Dollar, davon mehr als die Hälfte in die USA, weitere Haupthandelspartner sind südamerikanische Länder. Nachdem die wirtschaftlichen Konsequenzen für die EU vernachlässigbar sind und von dem Abkommen eigentlich ein symbolischer Wert ausgeht, habe ich diesen Bericht mitgetragen.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la Acordul comercial al UE cu Columbia și Peru (aderarea Ecuadorului). Acordul comercial între UE și Columbia și Peru a fost semnat la Bruxelles, la 26 iunie 2012, iar o serie de dispoziții din acord au fost aplicate. Acest acord comercial prevede posibilitatea aderării și a altor țări membre ale Comunității Andine. La 17 iulie 2014, Uniunea Europeană și Ecuadorul au încheiat negocierile în vederea unei astfel de aderări. Raportorul a recomandat Parlamentului să aprobe aderarea Ecuadorului la Acordul comercial între Uniunea Europeană și statele membre ale acesteia, pe de o parte, și Columbia și Peru, pe de altă parte. În raport se subliniază că monitorizarea, evaluarea și măsurile adoptate în urma acordurilor în vigoare trebuie să reprezinte o prioritate-cheie a politicii comerciale comune și că Comisia are obligația de a informa Parlamentul cu privire la activitățile sale legate de implementarea, monitorizarea și măsurile adoptate în urma acestui acord, în special în ceea ce privește obligațiile de dezvoltare sustenabilă, așa cum sunt prezentate în rezoluția Parlamentului European din 20 noiembrie 2015.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Odporúčanie týkajúce sa uzavretia protokolu o pristúpení k Dohode o obchode medzi Európskou úniou a Kolumbiou a Peru na účely zohľadnenia pristúpenia Ekvádoru som podporila. Možnosť pristúpenia krajín Andského spoločenstva k tejto dohode bola už od jej uzavretia v roku 2012 možná a vítaná. Ekvádor vôľu pristúpiť k tejto dohode vyjadril a ja to považujem za veľmi dobrý krok. Situácia v Ekvádore totiž po prepade cien ropy, ako aj zemetrasení, ktoré ho postihlo v apríli tohto roka, nie je ideálna. Navyše, s koncom roka 2016 skončí Ekvádoru aj jeho preferenčné postavenie v rámci všeobecného systému preferencií VSP+. Práve preto si myslím, že jeho pristúpenie k dohode o obchode bude v takejto situácii veľmi nápomocné, a verím, že Ekvádoru pomôže preklenúť ťažké ekonomické obdobie a motivuje ho v realizácii nového politického smerovania k udržateľnému hospodárskemu a sociálnemu rozvoju.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Scholz que prevê a adesão do Equador ao Acordo Comercial entre a União Europeia e os seus Estados-Membros, por um lado, e a Colômbia e o Peru, pelo outro. Destaco que o acordo permitirá que as partes desenvolvam relações bilaterais cada vez mais estreitas e estimulará o aprofundamento da integração económica e política na região andina. O acordo prevê uma abertura gradual do mercado em matéria de comércio de mercadorias, serviços, contratos públicos e investimento, nomeadamente a abolição da maioria dos direitos aduaneiros. Além disso, o acordo contém um capítulo sobre comércio e desenvolvimento sustentável, que inclui disposições ambiciosas em matéria de trabalho e proteção ambiental e visa garantir um ambiente previsível e estável para os investidores e os operadores nas regiões abrangidas.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam preporuku Helmuta Scholza da se u obzir uzme i Ekvador glede Sporazuma o trgovini između Europske unije, Kolumbije i Perua.

Ovaj spomenuti protokol je potpisan prije otprilike mjesec dana u Bruxellesu. Još se čekalo na pristanak Europske unije glede ovoga slučaja. Ekvador, kao jedna socijalistička država, se ipak morao prilagođavati Kolumbiji i Peruu, tako da je na kraju prihvatio većinu odredbi usvojenih s druga dva partnera tijekom pregovora. Ekvadoru su bile nužne stanovite reforme da pristupi ovome Sporazumu. Pozdravljam napore Ekvadora da bude, uz Kolumbiju i Peru, članica ovoga Sporazuma. Svakako je ovo još jedan primjer kako se uz trud i pozitivne reforme može dosta toga dobiti. Stoga je Ekvador preuzeo inicijativu i napravio pomak, što je EU i prepoznala.

Globalna slika ove države pokazuje da je progres napravljen u mnogim područjima, iako nekih propusta, što je i za očekivati, i dalje ima. Pristup Ekvadoru će donijeti velike koristi integraciji zemalja andske regije.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi, v imenu Unije, protokola o pristopu k trgovinskemu sporazumu med Evropsko unijo in njenimi državami članicami na eni strani ter Kolumbijo in Perujem na drugi strani, da se upošteva pristop Ekvadorja.

Pristop Ekvadorja k trgovinskemu sporazumu s Kolumbijo in Perujem podpiram, saj menim, da bo to Ekvadorju omogočilo, da nadaljuje svojo novo usmeritev, namreč spodbujanje politik trajnostnega gospodarskega in socialnega razvoja. Na drugi strani pa bo EU prinesla zavezništvo z novo trgovinsko partnerico s perspektivnim hitro rastočim gospodarstvom.

10.5. Abkommen EU/Norwegen über den gegenseitigen Zugang zum Fischfang im Skagerrak (A8-0321/2016 - Jørn Dohrmann)

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'accordo che è oggetto del seguente rapporto consente l'accesso alle zone di pesca nello Skagerrak alle navi sia svedesi e danesi, sia norvegesi. Poiché esso rappresenta un accordo molto importante da poter essere quasi definito un avvenimento storico, ho deciso di votare a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que pone énfasis en que el acceso al mercado interno de cualquier país tercero debe basarse en la reciprocidad, y esto en el caso de los derechos arancelarios de Noruega sobre productos alimentarios, incluyendo productos de pesca, de la Unión deben estar en conformidad con el Acuerdo del Área Económica Europea.

El informe llama la atención de la Comisión para que reenvíe al Parlamento Europeo las actas y las conclusiones de las consultas, además de un informe completo antes de abrir la renovación de las negociaciones. Asimismo pide a tanto la Comisión como el Consejo a que mantengan al Parlamento Europeo completamente informado inmediatamente en todas las etapas de los procedimientos relacionados con el acuerdo y su renovación, tal y como establece el artículo 13, aparatado 2 del Tratado de la Unión Europea y el artículo 218, apartado 10 del Tratado de funcionamiento de la Unión.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en favor del presente informe debido a que supone dar el consentimiento a un acuerdo de gestión compartida de los recursos pesqueros localizados en el Skagerrak y el Kattegat. Estos dos estrechos son los que separan las aguas del Báltico de las aguas del Mar del Norte, se trata de una zona pesquera donde los pescadores tradicionalmente siguen los bancos de peces independiente de la línea fronteriza de los países implicados. Al tratarse de una zona pesquera compartida con Noruega, es la Unión la competente en el desarrollo de este tipo de acuerdos con terceros países. Al tratarse de un acuerdo para permitir los modos de pesca tradicional y respetar principios de reciprocidad y sostenibilidad en dichas zonas he decidido votar a favor del presente informe.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento teisėkūros rezoliucijos projektą dėl ES ir Norvegijos susitarimo dėl abipusės galimybės žvejoti Skagerako sąsiauryje. Kategato ir Skagerako sąsiauriuose Švedijos, Danijos ir Norvegijos žvejai drauge žvejojo tuos pačius išteklius jau nuo viduramžių. Faktas, kad dvi šalys tapo ES valstybėmis narėmis, nepakeitė principo, kad šių trijų šalių žvejai turėtų naudotis istorinėmis teisėmis žvejoti Skagerako ir Kategato sąsiauriuose. ES bendroje žuvininkystės politikoje (BŽP) numatyta žuvų išteklių valdymo vandenyse, kuriems taikoma ši politika, sistema. Pagal šią politiką istorinės žvejų teisės yra remiamos. Šiuo naujuoju susitarimu Danijos, Norvegijos ir Švedijos laivams užtikrinama išskirtinė teisė žvejoti šių šalių vandenyse, esančiuose už keturių jūrmylių nuo bazinių linijų. Juo dviem ES valstybėms narėms ir Norvegijai užtikrinamos tarpusavio galimybės nuolat patekti į atitinkamus kitų susitariančiųjų šalių vandenis Skagerako ir Kategato rajone ir kartu užtikrinamos patikimos išteklių išsaugojimo ir žvejybos valdymo šiame rajone priemonės. Be to, juo sudaromos sąlygos taikyti įprastos pakrantės valstybės jurisdikcijos principus atitinkančias kontrolės priemones, kokios taikomos žvejybai Šiaurės jūroje. Pritariau šiam susitarimui, nes juo prisidedama prie paramos istorinėms žvejybos šiame rajone teisėms ir jis taip pat bus naudingas įgyvendinant patobulintą BŽP Kategato ir Skagerako sąsiauriuose.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της σύστασης σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου που αφορά τη σύναψη συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Βασιλείου της Νορβηγίας για την αμοιβαία πρόσβαση στην αλιεία στο Skagerrak όσον αφορά σκάφη υπό σημαία Δανίας, Νορβηγίας και Σουηδίας, διότι εξασφαλίζει πως τα αλιευτικά σκάφη από τη Δανία, τη Νορβηγία και την Σουηδία που δραστηριοποιούνται στην περιοχή συμμορφώνονται με τους σχετικούς νόμους και κανονισμούς.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le 19 décembre 1966, le Danemark, la Norvège et la Suède ont signé un accord concernant l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak et le Kattegat jusqu'à quatre milles marins de leurs lignes de base respectives. Cet accord coexistait avec l'accord de pêche de 1980 entre l'UE et la Norvège. Suite aux évolutions du droit de la pêche (convention des Nations unies de 1982 sur le droit de la mer et accord des Nations unies de 1995 sur les stocks de poissons), la Norvège a dénoncé cet accord le 29 juillet 2009.

La Norvège et l'UE ont signé en 2015 un nouvel accord concernant l'accès réciproque aux activités de pêche dans la zone du Skagerrak et du Kattegat. Le nouvel accord est adapté aux changements du droit international et garantit le maintien de l'accès réciproque des deux États membres concernés et de la Norvège aux eaux respectives des autres parties dans la zone du Skagerrak, tout en assurant la mise en œuvre de mesures de conservation et de gestion de la pêche dans cette zone. Il permet également d'adopter des mesures de contrôle conformes aux principes de juridiction normale de l'État côtier. J'ai donc voté pour.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This is legislative and talks heavily about the Common Fisheries Policy, which I oppose as I believe Member States should be in control of their own fishing waters. I therefore voted against.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte pour donner mon approbation à ce nouvel accord entre l'Union Européenne et la Norvège concernant l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak. Signé le 15 janvier 2015, celui-ci est conforme à la convention des Nations Unies sur le droit de la mer ainsi qu'aux dispositions connexes des autres accords conclus ultérieurement. Suite à l'expiration du précédent accord existant en 2012, il était nécessaire d'instaurer un nouveau texte pour permettre un accord réciproque aux activités de pêche pour la Norvège, la Suède et le Danemark.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už rekomendaciją dėl Europos Sąjungos ir Norvegijos Karalystės susitarimo dėl abipusės galimybės žvejoti Skagerako sąsiauryje laivams, plaukiojantiems su Danijos, Norvegijos ir Švedijos vėliava. Pagal šį susitarimą šios trys šalys turėjo abipuses galimybes žvejoti Skagerako ir Kategato sąsiauriuose iki keturių jūrmylių atstumu nuo jų atitinkamų bazinių linijų. Susitarimas iš pradžių galiojo 35 metus, t. y. iki 2002 m., o vėliau jo galiojimas buvo pratęstas dviem penkerių metų laikotarpiams – iki 2012 m. Tačiau Norvegija, atsižvelgdama į naujesnius tarptautinės žuvininkystės teisės pokyčius, nutraukė susitarimą. Po kiek laiko Norvegija pradėjo oficialias derybas su Europos Sąjungos vardu derybose dalyvaujančia Komisija siekdama sudaryti susitarimą dėl abipusės galimybės žvejoti Skagerako ir Kategato rajone, kuriuo būtų pakeistas ankstesnis susitarimas. Kadangi naujas susitarimas atitinka JT jūrų teisės konvenciją ir vėlesnes susijusias kitų susitarimų nuostatas, todėl pritariu šiam susitarimui.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Suite à la dénonciation du précédent accord, la Norvège et l'Union européenne ont signé le 15 janvier 2015 un nouvel accord concernant l'accès réciproque aux activités de pêche dans la zone du Skagerrak et du Kattegat.

Le nouvel accord est adapté aux changements du droit international et garantit le maintien de l'accès réciproque des deux États membres concernés — Danemark et Suède — et de la Norvège aux eaux respectives des autres parties dans la zone du Skagerrak, tout en assurant la mise en œuvre de mesures de conservation et de gestion de la pêche dans cette zone. Il permet également d'adopter des mesures de contrôle conformes aux principes de juridiction normale de l'État côtier.

Étant donné qu'il ne s'agit que d'approuver cet accord au nom de l'Union, j'ai voté en sa faveur.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette recommendation qui propose de renouveler les anciens accords concernant l'accès réciproque aux activités de pêche du Danemark, de la Norvège et de la Suède dans la zone du Skagerrak tout en assurant la mise en oeuvre de mesures de conservation et de gestion adéquate de la pêche dans cette zone.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – La zona marítima de Skagerrak ha sido tradicionalmente un área de pesca compartido entre Noruega, Dinamarca y Suecia. He votado a favor para continuar el acceso recíproco de estos países.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Molte zone marittime d'Europa conservano una tradizione anteriore alla creazione degli Stati e al riconoscimento delle acque territoriali e delle ZEE per la quale i pescatori svolgono la loro attività nelle acque in cui si trovano determinati stock e specie ittiche, e le seguono durante le migrazioni. Il Kattegat e lo Skagerrak sono un esempio tipico di questa condizione; realtà che hanno visto per secoli svedesi, danesi e norvegesi pescare insieme nelle stesse acque.

Il 15 gennaio 2015 è stato firmato un nuovo accordo tra UE e Norvegia che sostituisce un precedente trattato internazionale del 1966 tra Danimarca, Svezia e Norvegia sull'accesso alle zone di pesca dello Skagerrak. È della massima importanza che questi diritti storici di pesca siano rispettati; per questo motivo ho deciso di votare a favore della raccomandazione presentata oggi in Parlamento. L'accordo garantisce infatti il sostegno dei diritti storici di pesca in questa zona, è conforme alla Convenzione delle Nazioni Unite sul diritto del mare e alle disposizione ad essa correlate, e rappresenta soprattutto uno strumento utile per l'attuazione della PCP riformata nel Kattegat e nello Skagerrak.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del Proyecto de Decisión del Consejo relativa a la celebración del Acuerdo entre la Unión Europea y el Reino de Noruega sobre el acceso recíproco a la pesca en el Skagerrak de los buques de Dinamarca, Noruega y Suecia.

Apoyo el informe en la medida que durante siglos los pescadores suecos, daneses y noruegos han pescado juntos en estas aguas y especies. La adhesión a la Unión no debe afectar sus derechos históricos de pesca en sus caladeros históricos.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe relativo al Acuerdo de la UE con Noruega sobre el acceso recíproco a la pesca en el Skagerrak, en el que he sido la ponente alternativa de mi Grupo. El Acuerdo contribuye a apoyar los derechos pesqueros históricos en esta zona y, además, será beneficioso para la aplicación de la política pesquera común reformada en el Kattegat y el Skagerrak.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport puisqu'il accrédite l'accord selon lequel les États membres de l'Union et la Norvège auront un accès réciproque aux eaux respectives de chaque partie dans la zone de Skagerrak. L'accord prévoit par ailleurs des mesures de conservation et de gestion en faveur d'une pêche durable dans cette zone. Cet accord s'inscrit par ailleurs dans la droite logique de celui du 19 décembre 1966 passé entre le Danemark, la Suède et la Norvège.

Ce nouvel accord n'est qu'une mise en conformité, suite à l'adhésion du Danemark et de la Suède à l'UE mais surtout aux nouvelles normes du droit international en la matière, notamment concernant les droits de la mer et les stocks de poisson. Enfin, le nouvel accord permettra d'adopter des mesures de contrôle conformes aux principes de juridiction normale de l'État côtier.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Lo Skagerrak e il Kattegat sono due canali naturali che collegano il Mare del Nord con il Mar Baltico. In questi due bracci di mare pescatori svedesi, danesi e norvegesi hanno pescato insieme fin dal Medioevo. Ritengo importante che questi diritti storici di pesca vengano rispettati, nonostante la Norvegia non sia uno Stato membro della UE. Per questo motivo mi sono espressa a favore della relazione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He dado mi voto favorable a la Recomendación para la celebración del Acuerdo entre la Unión y Noruega sobre el acceso recíproco a la pesca en la zona del Skagerrak para los buques daneses, noruegos o suecos.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rekomendaciją dėl ES ir Norvegijos susitarimo dėl abipusės galimybės žvejoti Skagerako sąsiauryje. Danijos, Norvegijos ir Švedijos 1966 m. susitarimas dėl abipusės galimybės žvejoti Skagerako ir Kategato sąsiauriuose įsigaliojo 1967 m. Pagal šį susitarimą, kurį 1980 m. papildė Europos Sąjungos ir Norvegijos dvišalis žuvininkystės susitarimas, tos trys šalys turėjo abipuses galimybes žvejoti Skagerako ir Kategato sąsiauriuose iki keturių jūrmylių atstumu nuo jų atitinkamų bazinių linijų. Be to, susitarime nustatyta, kad tokios žvejybos tikslais minėtas rajonas laikomas tarptautiniais vandenimis. Taigi susitarimu buvo reglamentuojami vėliavos valstybių ir pakrančių valstybių santykiai. Atsižvelgdama į naujesnius tarptautinės žuvininkystės teisės pokyčius ir, visų pirma, po to, kai buvo pradėta taikyti 1982 m. JT jūrų teisės konvencija ir 1995 m. JT susitarimas dėl žuvų išteklių, Norvegija

nusprendė, kad galiojantis susitarimas neatitinka dabartinių jūrų teisės nuostatų. Norvegija labiausiai buvo susirūpinusi dėl kontrolės nuostatų. Be to, jos nuomone, susitarimas neatitiko įprastos pakrantės valstybės jurisdikcijos principų pagal JT jūrų teisės konvenciją ir dabartinių išsaugojimo ir valdymo principų. Naujuoju susitarimu Danijos, Norvegijos ir Švedijos laivams užtikrinama išskirtinė teisė žvejoti šių šalių vandenyse, esančiuose už keturių jūrmylių nuo bazinių linijų.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o sporazumu između EU-a i Norveške kako bi se osigurao nastavak uzajamnog pristupa ribolovu plovilima iz Danske, Norveške i Švedske za očuvanje i održivo korištenje živih bogatstava u Skagerraku.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this report.

This new Agreement was signed on 15 January 2015 and conforms with the UN Convention on the Law of the Sea as well as subsequent related provisions in other agreements.

It continues the exclusive reciprocal access granted to vessels from Denmark, Norway and Sweden to each other's waters outside four nautical miles in the Skagerrak and Kattegat area, whilst at the same time ensuring conservation and management measures for fisheries in the area.

For centuries, Swedish, Danish and Norwegian fishermen have together fished in these waters for the same stocks. Their historical right to fish in the areas concerned should be respected.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Sostengo pienamente questo accordo, che è in conformità con l'accordo bilaterale di pesca del 1980, con la convenzione delle Nazioni Unite sul diritto del mare e con gli obiettivi della PCP. L'accordo, infatti, assicura che le navi da pesca provenienti da Danimarca, Norvegia e Svezia rispettino le leggi, i regolamenti e le misure di controllo e di esecuzione per la conservazione e l'uso sostenibile delle risorse biologiche nello Skagerrak.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – En décembre 1966, le Danemark, la Norvège et la Suède ont signé un accord permettant un accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak et le Kattegat jusqu'à quatre milles marins de leurs lignes de base. Accord qui s'imposait au regard de la confluence des législations nationales ainsi que pour des raisons pratiques. Suite à l'adhésion du Danemark et de la Suède à l'Union européenne en 1973 et en 1995, la gestion de cet accord au nom des deux États membres est revenue à la Commission. Le nouvel accord dont il est question vise à prendre en considération les changements du droit international ainsi qu'à garantir l'accès réciproque des deux États membres concernés et de la Norvège aux eaux respectives des autres parties. Ce nouvel accord contribuera, par ailleurs, à protéger les ressources halieutiques dans cette zone. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Acordul între Danemarca, Norvegia și Suedia din 1966 privind accesul reciproc la pescuit în Skagerrak și Kattegat și acordul bilateral din 1980 privind pescuitul dintre Uniunea Europeană și Norvegia prevăd accesul reciproc între cele trei țări pentru a pescui până la 4 mile marine de la liniile de bază ale acestora în Skagerrak și Kattegat.

Acordul existent a fost considerat în neconformitate cu dispozițiile actuale ale dreptului mării, date fiind evoluțiile mai recente din legislația internațională în domeniul pescuitului și, în special, odată cu introducerea Convenției Națiunilor Unite din 1982 asupra dreptului mării. Drept urmare, Norvegia și-a exprimat preocuparea cu privire la dispozițiile în materie de control, dar și referitor la principiile de conservare și gestionare, care nu mai corespund nevoilor actuale.

Astfel, prezentul proiect are în vedere sprijinirea drepturilor istorice de pescuit din această zonă și, totodată, asigurarea unui sistem de gestionare eficient și sustenabil a stocurilor de pește, motiv pentru care m-am exprimat în favoarea acestei inițiative.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que pone énfasis en que el acceso al mercado interno de cualquier país tercero debe basarse en la reciprocidad, y esto en el caso de los derechos arancelarios de Noruega sobre productos alimentarios, incluyendo productos de pesca, de la Unión deben estar en conformidad con el Acuerdo del Área Económica Europea.

El informe llama la atención de la Comisión para que reenvíe al Parlamento Europeo las actas y las conclusiones de las consultas, además de un informe completo antes de abrir la renovación de las negociaciones. Asimismo pide a tanto la Comisión como el Consejo a que mantengan al Parlamento Europeo completamente informado inmediatamente en todas las etapas de los procedimientos relacionados con el acuerdo y su renovación, tal y como establece el artículo 13, aparatado 2 del Tratado de la Unión Europea y el artículo 218, apartado 10 del Tratado de funcionamiento de la Unión.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'accord entre l'Union et la Norvège concernant l'accès réciproque des navires battant pavillon du Danemark, de la Norvège et de la Suède aux activités de pêche dans le Skagerrak. Compte tenu des évolutions du droit international de la pêche, l'accord de 1966 entre le Danemark, la Norvège et la Suède complété en 1980 par un accord UE-Norvège a été rendu conforme aux conventions des Nations Unies sur le droit de la mer. Un nouvel accord a donc été signé le 15 janvier 2015. Ce nouvel accord maintient l'accès exclusif dont jouissent les navires du Danemark, de la Norvège et de la Suède aux eaux respectives de ces États au-delà de quatre milles marins des lignes de base. Il garantit le maintien de l'accès réciproque des deux États membres concernés et de la Norvège aux eaux respectives des autres parties dans la zone du Skagerrak et du Kattegat, tout en assurant la mise en œuvre de mesures de conservation et de gestion de la pêche dans cette zone.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della raccomandazione che approva il rinnovo dell'accordo tra l'Unione europea e il Regno di Norvegia sul reciproco accesso alle zone di pesca nello Skagerrak per le navi battenti bandiera danese, norvegese e svedese.

In realtà, dal 1967 è già in vigore un accordo tra la Danimarca, la Norvegia e la Svezia sul reciproco accesso alle zone di pesca nello Skagerrak e nel Kattegat. Tuttavia, tale accordo, a fronte dei più recenti sviluppi nel diritto internazionale della pesca e, in particolare, a seguito dell'adozione della convenzione delle Nazioni Unite sul diritto del mare del 1982 e dell'accordo delle Nazioni Unite sugli stock ittici del 1995, non è più conforme alle attuali disposizioni del diritto del mare, e quindi si è resa necessaria una nuova intesa.

La nuova intesa continuerà a garantire alle navi di Danimarca, Norvegia e Svezia l'accesso esclusivo alle rispettive acque al di là delle 4 miglia nautiche a partire dalle linee di base.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report.

This new Agreement was signed on 15 January 2015 and conforms with the UN Convention on the Law of the Sea as well as subsequent related provisions in other agreements.

It continues the exclusive reciprocal access granted to vessels from Denmark, Norway and Sweden to each other's waters outside four nautical miles in the Skagerrak and Kattegat area, whilst at the same time ensuring conservation and management measures for fisheries in the area.

For centuries, Swedish, Danish and Norwegian fishermen have together fished in these waters for the same stocks. Their historical right to fish in the areas concerned should be respected.

James Carver (EFDD), *in writing*. — We oppose legislation which extends the discredited, unreformable common fisheries policy.

David Casa (PPE), *in writing*. – I gave my consent to the conclusion of the Agreement between the EU and Norway on reciprocal access to fishing in the Skagerrak for vessels flying the flag of Denmark, Norway and Sweden. It maintains the exclusive access granted to vessels from Denmark, Norway and Sweden to each other's waters outside four nautical miles from the baselines; ensures continued reciprocal access for the two Member States and Norway to the respective waters of the other parties in the Skagerrak area, whilst at the same time, ensuring sound conservation and management measures for fisheries in the area; and allows for control measures in harmony with the principles of normal coastal state jurisdiction, as it is already the case for fisheries in the North Sea.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Con l'adesione della Danimarca (1973) e della Svezia (1995) all'UE, la Commissione europea è divenuta responsabile della gestione dell'accordo per conto di questi due Stati membri. Si tratta di una accordo di pesca veramente storico: i pescatori svedesi, danesi e norvegesi hanno pescato insieme in queste acque gli stessi stock ittici almeno fin dal Medioevo. La Norvegia ha tenuto negoziati formali con la Commissione europea. Ho quindi votato a favore dell'accordo.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – L'accordo, che garantisce alla Svezia, alla Danimarca e alla Norvegia la continuità dell'accesso reciproco alle rispettive acque nella zona dello Skagerrak e del Kattegat, ha il merito di disciplinare la pesca nella zona mediante misure certe di conservazione e strumenti efficaci di gestione congiunta.

Inoltre, l'accordo permetterà di disporre di misure di controllo conformi ai principi della normale giurisdizione degli Stati costieri, come già avviene per la pesca nel Mare del Nord.

I pescatori svedesi, danesi e norvegesi hanno pescato insieme in queste acque almeno fin dal Medioevo. Il fatto che due dei paesi siano diventati Stati membri dell'Unione europea non ha cambiato il principio secondo cui i loro pescatori dovrebbero godere dei diritti storici di pesca nelle acque dello Skagerrak e del Kattegat.

Ritengo sia importante che questi diritti storici di pesca siano rispettati: il nostro mercato interno si basa sul principio di reciprocità e di equa concorrenza. Credo quindi che l'accordo in esame sia in linea con tali principi e utile per l'attuazione della politica comune della pesca dell'UE.

Per questi motivi ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε τη συμφωνία, η οποία στηρίζει τα ιστορικά δικαιώματα αλιείας στην εν λόγω περιοχή και θα είναι επωφελής για την εφαρμογή της αναθεωρημένης ΚΑΛΠ στην περιοχή του Kattegat και Skagerrak.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου που αφορά τη σύναψη συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Βασιλείου της Νορβηγίας για την αμοιβαία πρόσβαση στην αλιεία στο Skagerrak όσον αφορά σκάφη υπό σημαία Δανίας, Νορβηγίας και Σουηδίας, είναι μια λογική και θεμιτή προσπάθεια εξεύρεσης κοινά αποδεκτών λύσεων στον τομέα της αλιείας και του εμπορίου, με στόχο τη συνεργασία όλων των εμπλεκομένων μερών προς όφελος των πολιτών, γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Sostengo l'accordo concluso tra l'Unione europea e la Norvegia per definire in maniera quanto più netta possibile il reciproco accesso alle zone di pesca nello Skagerrak e nel Kattegat. Si tratta, infatti, di aree in cui si mescolano le acque del Mare del Nord con quelle meno saline del Mar Baltico, producendo così un habitat favorevole per numerose specie marine e ne fanno un'area molto pescosa.

Pertanto, è basilare garantire l'accesso esclusivo alle navi danesi, svedesi e norvegesi alle rispettive acque oltre le 4 miglia nautiche dalle linee di base. Congiuntamente a ciò, va comunque affermata e rispettata la continuità dell'accesso reciproco alle rispettive acque delle altre parti nello Skagerrak e nel Kattegat nel totale rispetto dei diritti storici di pesca nelle zone summenzionate (il primo accordo tra i tre stati condividenti tale zone risale al 1966 e comprendeva solo tre articoli, il primo dei quali definiva la zona in questione, mentre il secondo definiva i diritti di accesso e la volontà di armonizzare le regolamentazioni tecniche).

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the vote on the EU-Norway Agreement on reciprocal access to fishing in the Skagerrak.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — We oppose legislation which extends the discredited, unreformable common fisheries policy.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'accordo che definisce il reciproco accesso alle zone di pesca nello Skagerrak e nel Kattegat in quanto contribuisce a regolamentare in modo condiviso questo importante settore nelle acque territoriali di Danimarca, Svezia e Norvegia.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en favor del presente informe debido a que supone dar el consentimiento a un acuerdo de gestión compartida de los recursos pesqueros localizados en el Skagerrak y el Kattegat. Estos dos estrechos son los que separan las aguas del Báltico de las aguas del Mar del Norte, se trata de una zona pesquera donde los pescadores tradicionalmente siguen los bancos de peces independiente de la línea fronteriza de los países implicados. Al tratarse de una zona pesquera compartida con Noruega, es la Unión la competente en el desarrollo de este tipo de acuerdos con terceros países. Al tratarse de un acuerdo para permitir los modos de pesca tradicional y respetar principios de reciprocidad y sostenibilidad en dichas zonas he decidido votar a favor del presente informe.

Andi Cristea (S&D), *în scris.* – Există un acord între Danemarca, Norvegia și Suedia încă din anul 1966 cu privire la accesul reciproc la pescuit în Skagerrak și Kattegat. Având în vedere evoluțiile mai recente din legislația internațională în domeniul pescuitului, Norvegia a considerat că acordul existent nu este în conformitate cu dispozițiile actuale ale dreptului mării. Aceasta este preocupată în special de dispozițiile în materie de control. Acest nou acord menține accesul exclusiv acordat reciproc navelor din Danemarca, Norvegia și Suedia, asigurând, în același timp, măsuri eficiente de conservare și gestionare în domeniul pescuitului. Am votat pentru respectarea dreptului istoric de a pescui în aceste ape, chiar dacă doar două dintre aceste țări au devenit state membre UE.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie.* – Zagłosowałem za przyjęciem umowy regulującej między Unią Europejską a Królestwem Norwegii kwestie wzajemnego dostępu do łowisk w cieśninie Skagerrak dla statków pływających pod banderą Danii, Norwegii i Szwecji. Uważam, że aktualizacja umowy jest konieczna w celu odzwierciedlenia sytuacji w dziedzinie międzynarodowego prawa dotyczącego rybołówstwa.

Umowa przewiduje wspieranie środków ochrony i zarządzania w odniesieniu do zasobów rybnych na tym obszarze oraz umożliwienie zastosowania środków kontroli zgodnie z zasadami normalnej jurysdykcji państwa nadbrzeżnego. Sprawozdanie dotyczące tej umowy ma na celu promowanie deklaracji politycznej przypominającej Norwegii, że wszelkie cła na produkty spożywcze, w tym na produkty rybołówstwa, z UE muszą być zgodne z Porozumieniem o Europejskim Obszarze Gospodarczym.

Miriam Dalli (S&D), *in writing.* – I am in favour of this agreement, which builds on the historical fishing rights of fishermen from Norway, Denmark and Sweden without prejudices to the rights of fishermen in other states. I support the implementation of a reformed system for fisheries management in the EU in line with the common fisheries policy.

Daniel Dalton (ECR), *in writing.* – I was happy to support this report which aims to promote a political statement reminding Norway that any customs duties on food products (including fisheries products) from the EU must conform to the EEA Agreement.

Michel Dantin (PPE), *par écrit.* – Ce rapport non législatif concerne l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak, un détroit situé entre le sud de la Norvège, le sud-est de la Suède et le nord-ouest du Danemark. La Norvège, pays non membre de l'Union européenne, a engagé des négociations officielles avec la Commission européenne en vue d'obtenir un accès réciproque dans cette zone de pêche très prisée, également exploitée par la Suède et le Danemark, membres de l'Union. L'accord prévoit notamment des dispositions en faveur de la gestion durable des pêcheries dans cette zone et des mesures de contrôle en harmonie avec les principes de la juridiction de l'État côtier. Considérant que cet accord assure l'exploitation raisonnée et la gestion durable des stocks de poissons dans cette zone de pêche internationale et qu'il offrira de nouvelles opportunités aux pêcheurs européens, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing.* – We oppose legislation which extends the discredited, unreformable common fisheries policy.

Rachida Dati (PPE), *par écrit.* — J'ai soutenu l'accord entre l'Union européenne et la Norvège concernant l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak. Le Danemark, la Suède et la Norvège partagent un espace maritime dans lesquels ils peuvent développer leurs activités de pêche. A l'occasion du renouvellement des discussions concernant le partage de ces zones (le Skagerrak et le Kattegat), la Norvège et l'Union européenne ont décidé de moderniser leur coopération avec ce nouvel accord s'appliquant uniquement dans le Skagerrak. Celui-ci maintient les dispositions de partage d'accès à ces zones entérinées dans les accords précédents, mais permet aussi l'adoption de mesures de contrôles plus modernes et efficaces.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit.* – J'ai voté pour ce texte.

Le 19 décembre 1966, le Danemark, la Norvège et la Suède ont signé un accord concernant l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak et le Kattegat jusqu'à 4 milles marins de leurs lignes de base respectives.

Prorogé à compter de 2002, l'accord a été dénoncé par la Norvège le 29 juillet 2009, car il était devenu inadapté, notamment au regard de l'adoption de la convention des Nations unies de 1982 sur le droit de la mer et de l'accord des Nations unies de 1995 sur les stocks de poissons.

Un nouvel accord européen a donc été signé le 15 janvier 2015. Ce nouvel accord est équilibré et garantit l'accès réciproque des deux États membres concernés et de la Norvège aux eaux respectives des autres parties. Il permet également d'adopter des mesures de contrôles côtiers. Nous y sommes donc favorables.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада на колегата Дорман по резолюцията за споразумението между ЕС и Норвегия относно взаимното предоставяне на достъп за риболов в Скагерак, тъй като той подчертава, че Норвегия трябва да се съобразява и да не налага мита на хранителните продукти (в т. ч. и на рибните продукти) от ЕС, които не отговарят на Споразумението за Европейското икономическо пространство.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε τη συμφωνία μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Βασιλείου της Νορβηγίας για την αμοιβαία πρόσβαση στην αλιεία στο Skagerrak όσον αφορά σκάφη υπό σημαία Δανίας, Νορβηγίας και Σουηδίας, καθώς η έκθεση τονίζει ότι η πρόσβαση στην εσωτερική αγορά για οποιαδήποτε τρίτη χώρα πρέπει να βασίζεται στην αμοιβαιότητα και ότι στην περίπτωση της Νορβηγίας οποιοιδήποτε δασμοί σε τρόφιμα, συμπεριλαμβανομένων των προϊόντων αλιείας, από την ΕΕ πρέπει να συνάδουν με τη Συμφωνία για τον Ευρωπαϊκό Οικονομικό Χώρο. Όμως η Συμφωνία για τον Ευρωπαϊκό Οικονομικό Χώρο εγκρίνει διατάξεις στα πεδία της ελεύθερης κυκλοφορίας προσώπων, αγαθών, υπηρεσιών και κεφαλαίων. Η ΕΕ και δύο από τους εταίρους της στον ΕΟΧ — η Νορβηγία και η Ισλανδία — συνδέονται επίσης με μια σειρά από «βόρειες πολιτικές» και μέσω φόρουμ που επικεντρώνονται στις ταχέως εξελισσόμενες βόρειες περιοχές της Ευρώπης και στην περιοχή της Αρκτικής στο σύνολό της. Οι διμερείς σχέσεις δοκιμάστηκαν σημαντικά μετά την αντιμεταναστευτική πρωτοβουλία του Φεβρουαρίου 2014, το αποτέλεσμα της οποίας έθεσε υπό αμφισβήτηση τις αρχές της ελεύθερης κυκλοφορίας και της ενιαίας αγοράς, στις οποίες στηρίζονται οι εν λόγω σχέσεις.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report on the EU-Norway Agreement on reciprocal access to fishing in the Skagerrak. The agreement retains the exclusive access to vessels from Denmark, Norway and Sweden to each other's waters outside four nautical miles from the baselines. It is important to my constituents in Wales that the fisheries of the European Union are managed effectively.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Este novo acordo mantém o acesso exclusivo concedido reciprocamente aos navios da Dinamarca, da Noruega e da Suécia às águas de cada um dos três países situadas fora do limite de quatro milhas marítimas medidas a partir das linhas de base.

Tradicionalmente, os pescadores não exercem a sua atividade em determinadas águas. O Kattegat e o Skagerrak são exemplos típicos disso. Os pescadores suecos, dinamarqueses e noruegueses pescam em conjunto as mesmas populações de peixes nestas águas, no mínimo, desde a Idade Média. O facto de dois destes países se terem tornado Estados-Membros não altera o princípio de que os pescadores destes três países devem usufruir dos direitos históricos a pescar no Skagerrak e no Kattegat.

A política comum das pescas da UE estabelece um sistema para a gestão das populações de peixes nas águas por si abrangidas e apoia, desta forma, os direitos históricos dos pescadores.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: l'accord est adapté aux changements du droit international et garantit le maintien de l'accès réciproque des deux États membres concernés et de la Norvège aux eaux respectives des autres parties dans la zone du Skagerrak, tout en assurant la mise en œuvre de mesures de conservation et de gestion de la pêche dans cette zone.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta recomendação visa atualizar o acordo de acesso recíproco a atividades de pesca no Skagerrak e no Kattegat, entre a Dinamarca, a Noruega e a Suécia. Este acordo é datado de 1966, antes de a Dinamarca e a Suécia se tornarem membros da UE.

A atualização, proposta pela Noruega, visa colocar o acordo antigo em conformidade com a Convenção das Nações Unidas sobre o Direito do Mar, de 1982, e o Acordo das Nações Unidas relativo às populações de peixes, de 1995, nomeadamente em termos dos dispositivos de controlo, ou sobre as questões de conservação e gestão marítima.

Este acordo, com as respetivas atualizações, contribui para reforçar os direitos históricos dos pescadores da região, independentemente da sua nacionalidade, considerando que os mananciais pesqueiros não conhecem jurisdições administrativas e que a atividade piscatória depende do acesso aos recursos.

Envolvendo dois Estados-Membros da UE e um país terceiro, este acordo não teria de ser objeto de decisão alguma por parte da UE (Parlamento Europeu e Conselho), não se desse o caso de, sob o enquadramento institucional dado pelo Tratado de Lisboa, a gestão dos recursos vivos marinhos ter passado a ser uma competência exclusiva da UE.

Votámos favoravelmente. Reiteramos, todavia, o nosso desacordo com o supramencionado enquadramento institucional.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente raccomandazione poiché ritengo che il nuovo accordo garantisca alle navi di Danimarca, Norvegia e Svezia l'accesso esclusivo alle rispettive acque al di là delle 4 miglia nautiche a partire dalle linee di base. Garantisce, inoltre, ai due Stati membri e alla Norvegia la continuità dell'accesso reciproco alle rispettive acque delle altre parti nello Skagerrak e nel Kattegat, consentendo, al tempo stesso, di disciplinare la pesca nella zona mediante misure certe di conservazione e di gestione.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted yes because I agree.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Je veľmi dôležité, aby bol európskym plavidlám aj naďalej umožnený prístup do oblasti Skagerrak a aby tak pokračovala dohoda, ktorú už má Európska únia a Nórsko uzatvorenú po desaťročia. Nová dohoda zabezpečuje exkluzívny prístup do oblastí plavidlám z Dánska, Nórska a Švédska. Predmetná dohoda je prospešná pre všetky zúčastnené strany a je v súlade s už viac ako 35 rokov platiacimi dohodami.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore, è importante che alcuni diritti storici di pesca siano rispettati.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη συμφωνία μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Βασιλείου της Νορβηγίας για την αμοιβαία πρόσβαση στην αλιεία στο Skagerrak όσον αφορά σκάφη υπό σημαία Δανίας, Νορβηγίας και Σουηδίας, καθώς η έκθεση τονίζει ότι η πρόσβαση στην εσωτερική αγορά για οποιαδήποτε τρίτη χώρα πρέπει να βασίζεται στην αμοιβαιότητα και ότι στην περίπτωση της Νορβηγίας οποιοιδήποτε δασμοί σε τρόφιμα, συμπεριλαμβανομένων των προϊόντων αλιείας, από την ΕΕ πρέπει να συνάδουν με τη Συμφωνία για τον Ευρωπαϊκό Οικονομικό Χώρο. Όμως η Συμφωνία για τον Ευρωπαϊκό Οικονομικό Χώρο εγκρίνει διατάξεις στα πεδία της ελεύθερης κυκλοφορίας προσώπων, αγαθών, υπηρεσιών και κεφαλαίων. Η ΕΕ και δύο από τους εταίρους της στον ΕΟΧ — η Νορβηγία και η Ισλανδία — συνδέονται επίσης με μια σειρά από «βόρειες πολιτικές» και μέσω φόρουμ που επικεντρώνονται στις ταχέως εξελισσόμενες βόρειες περιοχές της Ευρώπης και στην περιοχή της Αρκτικής στο σύνολό της. Οι διμερείς σχέσεις δοκιμάστηκαν σημαντικά μετά την αντιμεταναστευτική πρωτοβουλία του Φεβρουαρίου 2014, το αποτέλεσμα της οποίας έθεσε υπό αμφισβήτηση τις αρχές της ελεύθερης κυκλοφορίας και της ενιαίας αγοράς, στις οποίες στηρίζονται οι εν λόγω σχέσεις.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The new Agreement maintains the exclusive access granted to vessels from Denmark, Norway and Sweden to each other's waters outside four nautical miles from the baselines. It ensures continued reciprocal access for the two Member States and Norway to the respective waters of the other Parties in the Skagerrak area, whilst at the same time ensuring sound conservation and management measures for fisheries in the area. Furthermore, it allows for control measures in harmony with the principles of normal Coastal State jurisdiction, as is already the case for fisheries in the North Sea.

I fully support this Agreement, which is in conformity with the 1980 bilateral fisheries agreement, with UNCLOS and with the objectives of the CFP. It ensures that fishing vessels from Denmark, Norway and Sweden operating in the area comply with the relevant laws, regulations and control and enforcement measures for the conservation and sustainable use of the living resources in the Skagerrak.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione sul progetto di decisione del Consiglio relativa alla conclusione dell'accordo tra l'Unione europea e il Regno di Norvegia sul reciproco accesso alle zone di pesca nello Skagerrak per le navi battenti bandiera danese, norvegese e svedese, perché si tratta di un voto che permette di continuare una prassi secolare di cooperazione ittica in vigore nei paesi scandinavi ben prima della creazione della Comunità europea.

Si tratta di un voto tecnico che permette di adeguare le precedenti intese in vigore ai nuovi sviluppi del diritto internazionale del mare e delle norme sulla pesca, ammodernando i testi precedenti come voluto dalla Norvegia ma salvaguardano al contempo le tradizioni presenti nei due territori dello Skagerrak e del Kattegat.

Appoggio, quindi, convintamente la posizione espressa all'unanimità dalla commissione per la pesca e gli affari marittimi.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Mit dem neuen Abkommen bleibt das ausschließliche Zugangsrecht für Schiffe aus Dänemark, Norwegen und Schweden zu den jeweils anderen Gewässern außerhalb der Vier-Meilen-Zone ab den Basislinien bestehen. Es stellt den gegenseitigen Zugang der beiden EU-Mitgliedstaaten und Norwegens zu den betreffenden Gewässern der jeweils anderen Vertragsparteien im Gebiet des Skagerrak und des Kattegat weiterhin sicher und gewährleistet gleichzeitig geeignete Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen für die Fischereien in dem Gebiet.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I oppose legislation which extends the discredited, impossible to reform common fisheries policy.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I supported this proposal, which is replacing a previous agreement that is not in conformity with international laws (Law of the Sea and UN Fish Stock Regulation). It is based on historical rights and will grant Member State access to Norwegian waters and reciprocal access for Norway for Danish and Swedish waters, up to four nautical miles from baselines in Skagerrak.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du nouvel accord sur les activités de pêche dans le Skagerrak, zone de pêche située entre la mer du Nord et la mer Baltique.

Cet accord concerne deux États membres, le Danemark et la Suède, et un État tiers, la Norvège. Il prolonge une convention de 1966, rendue nécessaire pour des raisons pratiques car cette zone très limitée est à la confluence des espaces maritimes de ces États.

La Norvège a dénoncé cette ancienne convention afin de signer un nouvel accord mieux adapté aux évolutions du droit de la pêche. En effet, la convention des Nations unies de 1982 sur le droit de la mer et l'accord des Nations unies de 1995 sur les stocks de poissons ont changé la donne.

Le nouvel accord garantit le maintien de l'accès réciproque des deux États membres concernés et de la Norvège à leurs eaux respectives dans la zone du Skagerrak.

Il permet également la mise en œuvre de mesures de conservation et de gestion de la pêche dans cette zone. Il permet enfin d'adopter des mesures de contrôle conformes aux principes de juridiction normale de l'État côtier.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del Proyecto de Decisión del Consejo relativa a la celebración del Acuerdo entre la Unión Europea y el Reino de Noruega sobre el acceso recíproco a la pesca en el Skagerrak de los buques de Dinamarca, Noruega y Suecia.

Apoyo el informe en la medida que durante siglos los pescadores suecos, daneses y noruegos han pescado juntos en estas aguas y especies. La adhesión a la Unión no debe afectar sus derechos históricos de pesca en sus caladeros históricos.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que pone énfasis en que el acceso al mercado interno de cualquier país tercero debe basarse en la reciprocidad, y esto en el caso de los derechos arancelarios de Noruega sobre productos alimentarios, incluyendo productos de pesca, de la Unión deben estar en conformidad con el Acuerdo del Área Económica Europea.

El informe llama la atención de la Comisión para que reenvíe al Parlamento Europeo las actas y las conclusiones de las consultas, además de un informe completo antes de abrir la renovación de las negociaciones. Asimismo pide a tanto la Comisión como el Consejo a que mantengan al Parlamento Europeo completamente informado inmediatamente en todas las etapas de los procedimientos relacionados con el acuerdo y su renovación, tal y como establece el artículo 13, aparatado 2 del Tratado de la Unión Europea y el artículo 218, apartado 10 del Tratado de funcionamiento de la Unión.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Παραδοσιακά, οι αλιείς δεν αλιεύουν σε συγκεκριμένα ύδατα: αλιεύουν συγκεκριμένα αποθέματα ή είδη και αλιεύουν σε ύδατα στα οποία απαντούν τα εν λόγω αποθέματα ή είδη και επίσης ακολουθούν μεταναστευτικά είδη. Η παράδοση αυτή προϋπήρχε της δημιουργίας των κρατών και της αναγνώρισης χωρικών υδάτων και -των κατά πολύ μεταγενέστερων- αποκλειστικών οικονομικών ζωνών. Η περιοχή του Kattegat και Skagerrak είναι χαρακτηριστικό παράδειγμα. Τουλάχιστον από τη μεσαιωνική εποχή, Σουηδοί, Δανοί και Νορβηγοί αλιείς δραστηριοποιούνται από κοινού σε αυτά τα ύδατα με στόχο τα ίδια αποθέματα. Το γεγονός ότι δύο από τις χώρες αυτές έγιναν κράτη μέλη δεν έχει επηρεάσει την αρχή βάσει της οποίας οι αλιείς των τριών χωρών έχουν το ιστορικό δικαίωμα να αλιεύουν στην περιοχή του Skagerrak και Kattegat. Ο σεβασμός του εν λόγω ιστορικού δικαιώματος είναι υψίστης σημασίας. Η Κοινή Αλιευτική Πολιτική της ΕΕ προβλέπει ένα σύστημα διαχείρισης των αλιευτικών αποθεμάτων σε ύδατα που καλύπτονται από αυτήν και με τον δικό της τρόπο στηρίζει τα ιστορικά δικαιώματα των αλιέων. Η συμφωνία στηρίζει επίσης τα ιστορικά δικαιώματα αλιείας στην εν λόγω περιοχή και θα είναι επωφελής για την εφαρμογή της αναθεωρημένης ΚΑΛΠ στην περιοχή του Kattegat και Skagerrak.

Ως εκ τούτου υπερψηφίσαμε την έκθεση έτσι ώστε να εγκριθεί η συμφωνία.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – The Agreement adds to the support of the historical fishing rights in this area and will also be beneficial for the implementation of the reformed CFP in the Kattegat and Skagerrak. Therefore I supported this report.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport în vederea asigurării accesului reciproc în Skagerrak al navelor din Danemarca, Norvegia și Suedia pentru conservarea și utilizarea durabilă a resurselor vii. Raportul accentuează faptul că accesul la piața internă pentru orice țară terță trebuie să se bazeze pe reciprocitate și că, în cazul Norvegiei, orice taxe vamale la produsele alimentare, inclusiv produse pescărești din UE, trebuie să fie în conformitate cu Acordul privind Spațiul European Economic.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju sporazuma između Europske unije i Kraljevine Norveške o uzajamnom pristupu ribolovu u području Skagerraka za plovila koja plove pod zastavom Danske, Švedske i Norveške jer se time daje suglasnost za sklapanje sporazuma. Spomenuti Sporazum u skladu je s Konvencijom UN-a o pravu mora te se njime podržavaju povijesna prava na ribarenje u navedenom području. Također, jamče se uzajamni pristup vodama u području Skagerraka i Kattegata i jasne mjere očuvanja i upravljanja za ribolov te stoga podržavam ovu Preporuku.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce nouvel accord s'avère plus adapté sur le plan du droit international de même que sur un plan plus pratique, garantissant l'accès réciproque des trois États aux zones maritimes du Skagerrak et du Kattegat et y assurant le bon déroulement des mesures de conservation et de gestion des activités de pêche. Enfin, l'accord respecte la juridiction propre à chaque État côtier et leurs mesures de contrôle.

J'ai voté pour.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Jorn Dohrmann relatif à l'accord sur les activités de pêche dans le Skagerrak. Cet accord garantit un accès pour les États membres pour des activités de pêche dans la zone. Il vient remplacer l'accord signé par la Norvège et l'Union Européenne en 1980. Le Skagerrak est une zone maritime très importante qui fait le lien entre la mer du Nord et la mer Baltique.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of this proposal, which is replacing a previous agreement not in conformity with international laws (Law of the Sea and UN Fish Stock Regulation). It is based on historical rights and will grant Member State access to Norwegian waters and reciprocal access for Norway for Danish and Swedish waters up to four nautical miles from baselines in Skagerrak.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Sikertörténetnek számít az uniós és az ENSZ-szintű szabályozások közt egyaránt a halászati tevékenységekkel kapcsolatos jogalkotás. Valóban, évtizedes visszatekintéssel igazolást nyert, hogy sikerült fenntartható módon biztosítani a tengeri halállományok megőrzését, ugyanakkor ellátni az EU-s belpiacot kellő mennyiségű és jó minőségű haláruval. Az adott, egyértelműen támogatható jelentés Skandinávia viszonylatában segíti elő a jövőben is a kiegyensúlyozott halgazdálkodás fennmaradását.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — L'accordo nascente tra l'UE e la Norvegia è volto a definire il reciproco accesso alle zone di pesca nello Skagerrak e nello Kattegat. Con l'accordo si garantisce alle navi di Danimarca, Norvegia e Svezia di poter accedere esclusivamente alle acque oltre le 4 miglia marine garantendo inoltre ai due Stati membri e alla Norvegia la continuità dell'accesso reciproco delle rispettive acque, sempre nel rispetto dei diritti storici di pesca in questa zona. Abitualmente, i pescatori non pescano in queste acque, ma pescano determinati stock ittici o determinate specie, nelle acque in cui si trovano questi stock o queste specie. Si tratta di una tradizione antecedente alla creazione degli Stati e al riconoscimento delle acque territoriali e delle zone economiche esclusive.

Alla luce di quanto suesposto ritengo che la presente relazione debba essere sostenuta.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur l'accord entre l'Union européenne et la Norvège concernant l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak. Le 19 décembre 1966, le Danemark, la Norvège et la Suède ont signé un accord concernant l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak et le Kattegat jusqu'à quatre milles marins de leurs lignes de base respectives. Suite aux évolutions du droit de la pêche, notamment après l'adoption de la convention des Nations unies de 1982 sur le droit de la mer et de l'accord des Nations unies de 1995 sur les stocks de poissons, la Norvège a dénoncé cet accord le 29 juillet 2009. Il a donc expiré le 7 août 2012. Le nouvel accord est adapté aux changements du droit international et garantit le maintien de l'accès réciproque des deux États membres concernés et de la Norvège aux eaux respectives des autres parties dans la zone du Skagerrak, tout en assurant la mise en œuvre de mesures de conservation et de gestion de la pêche dans cette zone. Il permet également d'adopter des mesures de contrôle conformes aux principes de juridiction normale de l'État côtier.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque considero que supone un acuerdo ambientalmente sostenible y justo para los barcos pesqueros escandinavos que operan en el Skagerrak.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El nuevo Acuerdo de acceso recíproco a la pesca en el Skagerrak y el Kattegat sustituye el de 1966, que había sido prorrogado hasta 2012. El anterior Acuerdo, según Noruega, no se ajustaba a las disposiciones vigentes del Derecho del mar, ni a los principios de la jurisdicción normal del Estado ribereño, ni a los principios modernos de conservación y gestión.

Todo esto se tuvo en cuenta en las negociaciones entre la Comisión y Noruega, que concluyeron en el presente Acuerdo que, además de ajustarse a las disposiciones y principios mencionados, mantiene el acceso exclusivo a los buques de Dinamarca, Noruega y Suecia a las aguas más allá de las cuatro millas náuticas a partir de las líneas de base, respetando los derechos pesqueros históricos en esta zona.

Doy mi apoyo al Acuerdo porque será beneficioso para la política pesquera común.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Zdržel jsem se. Tato dohoda se týká přístupu rybářských lodí Norska, Dánska a Švédska do průlivu Skagerrak a Kattegat. Považuji to za záležitost Dánska a Švédska, proto jsem se zdržel.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Sporazum o uzajamnom pristupu ribolovu u području Skagerraka i Kattegata između Danske, Norveške i Švedske stupio je na snagu 1967. Tim je sporazumom, koji je dopunjen bilateralnim sporazumom o ribarstvu između Europske unije i Norveške iz 1980., navedenim trima državama omogućen uzajaman pristup ribolovu u području do četiri nautičke milje od njihovih polaznih linija u području Skagerraka i Kattegata.

Ovim se sporazumom dodatno podržavaju povijesna prava na ribarenje u navedenom području te će on biti koristan za provedbu reformirane zajedničke ribarstvene politike u području Kattegata i Skagerraka. Uzimajući u obzir preporuku Odbora za ribarstvo, Parlament je dao suglasnost za sklapanje ovog Sporazuma. Stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The EU-Norway agreement on the Skagerrak, allowing fishing vessels from Denmark, Norway and Sweden to fish in each other's waters, has been updated. The new agreement, aimed at bringing fisheries management in the Skagerrak into line with international principles of coastal state jurisdiction, was signed in January 2015 and has been applied provisionally pending its entry into force. Parliament gave consent for the conclusion of this agreement.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Podporujem udelenie súhlasu s uzatvorením tejto dohody, ktorá nahrádza pôvodnú dohodu medzi EÚ a Nórskom z roku 1980. Dohoda je zosúladená s aktuálne platným medzinárodným morským právom. Zabezpečuje pokračovanie v historicky recipročnom prístupe k rybolovu dvoch členských krajín Európskej únie, Dánska a Švédska s Nórskom v oblastiach Skagerrak a Kattegat, a to s ohľadom na ochranu, riadenie a kontrolu rybolovu v týchto oblastiach.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου που αφορά τη σύναψη συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Βασιλείου της Νορβηγίας για την αμοιβαία πρόσβαση στην αλιεία στο Skagerrak όσον αφορά σκάφη υπό σημαία Δανίας, Νορβηγίας και Σουηδίας, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Ce rapport concerne l'approbation de l'accord entre la Norvège et l'Union européenne sur l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak et le Kattegat. L'accord signé par la Commission européenne et la Norvège est une mise à jour des accords de pêche existants auparavant entre la Norvège et la Communauté européenne et entre la Norvège et d'autres pays scandinaves. Ce nouvel accord est adapté aux changements du droit international et garantit le maintien de l'accès réciproque de la Suède, du Danemark et de la Norvège aux eaux, dans la zone du Skagerrak et le Kattegat. Il assure également la mise en œuvre de mesures de conservation et de gestion de la pêche dans cette zone.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted positively on the report on the EU-Norway Agreement on reciprocal access to fishing in the Skagerrak. On one hand, the report further enhances the relationship between Flag and Coastal States. At the same time, supporting the agreement represents ensuring reciprocal access by the Scandinavian countries while procuring fishery conservation and efficient management. From the early years, fishermen have been able to enjoy fishing in Kattegat and Skagerrak. Therefore, supporting the agreement represents respect for the historical rights to fish that fishermen have been enjoying since medieval times.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Apoyo el acuerdo y coincido con la posición del ponente Jørn Dohrmann, porque el acuerdo contribuye a apoyar los derechos pesqueros históricos en esta zona y también será beneficioso para la aplicación de la política pesquera común reformada en el Kattegat y el Skagerrak.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Τάσσομαι υπέρ του σχεδίου απόφασης του Συμβουλίου που αφορά τη σύναψη συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Βασιλείου της Νορβηγίας για την αμοιβαία πρόσβαση στην αλιεία στο Skagerrak όσον αφορά σκάφη υπό σημαία Δανίας, Νορβηγίας και Σουηδίας, γιατί από τη μεσαιωνική εποχή, Σουηδοί, Δανοί και Νορβηγοί αλιείς δραστηριοποιούνται από κοινού σε αυτά τα ύδατα με στόχο τα ίδια αποθέματα. Το γεγονός ότι δύο από τις χώρες αυτές έγιναν κράτη μέλη δεν έχει επηρεάσει την αρχή βάσει της οποίας οι αλιείς των τριών χωρών έχουν το ιστορικό δικαίωμα να αλιεύουν στην περιοχή του Skagerrak και Kattegat. Ο σεβασμός του εν λόγω ιστορικού δικαιώματος είναι υψίστης σημασίας.

Η Κοινή Αλιευτική Πολιτική της ΕΕ προβλέπει ένα σύστημα διαχείρισης των αλιευτικών αποθεμάτων σε ύδατα που καλύπτονται από αυτήν και με τον δικό της τρόπο στηρίζει τα ιστορικά δικαιώματα των αλιέων. Η συμφωνία στηρίζει επίσης τα ιστορικά δικαιώματα αλιείας στην εν λόγω περιοχή και θα είναι επωφελής για την εφαρμογή της αναθεωρημένης ΚΑΛΠ στην περιοχή του Kattegat και Skagerrak.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution approuve l'accord entre l'Union européenne et le Royaume de Norvège concernant l'accès réciproque des navires battant pavillon du Danemark, de la Norvège et de la Suède aux activités de pêche dans le Skagerrak. Elle souligne notamment la meilleure prise en compte des objectifs de gestion durable de la pêche avec l'introduction «de l'obligation de débarquement et le maintien des stocks au-dessus des niveaux qui permettent d'atteindre le rendement maximum durable» . Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le 19 décembre 1966, le Danemark, la Norvège et la Suède ont signé un accord concernant l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak et le Kattegat. Cet accord d'une durée de 35 ans a été prolongé pour deux périodes de cinq ans jusqu'en 2012 et pouvait être dénoncé par l'une des parties moyennant un préavis de trois ans avant la date d'expiration d'une des deux périodes de cinq ans.

Suite à la dénonciation de l'accord par la Norvège, un nouvel accord a été signé le 15 janvier 2015 avec l'Union européenne. Cet accord, adapté aux changements du droit international, garantit le maintien de l'accès réciproque des deux États membres concernés et de la Norvège aux eaux respectives des autres parties dans la zone du Skagerrak, tout en assurant les mesures de conservation et de gestion de la pêche dans cette zone et permet aussi d'adopter des mesures de contrôle conformes aux principes de juridiction normale de l'État côtier. J'ai donc voté pour cet accord.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je salue l'approbation donnée par le Parlement européen au projet de décision du Conseil relative à la conclusion de l'accord entre l'Union européenne et la Norvège quant à l'accès historique aux activités de pêche dans le Skagerrak. Il s'agit là d'une zone de pêche dans laquelle sont actifs à la fois les pêcheurs norvégiens, danois et suédois. Cet accord remplace un accord antérieur relatif aux accès réciproques aux activités de pêche dans cette zone et respecte les droits de pêche historiques dans ces eaux.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this agreement, which calls to continue a reciprocal access of vessels from Denmark, Norway and Sweden for the conservation and sustainable use of the living resources in the Skagerrak. The report also emphasises that access to the internal market for any third country must build on reciprocity, and that in the case of Norway any customs duties on food products, including fisheries products, from the EU must be in conformity with the Agreement on the European Economic Area. Furthermore, it stresses that the task of the Commission is to ensure that customs duties on food and fisheries products from the EU are not set in a way contrary to the principles of free trade in the area of food products, including fisheries products.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Dánia, Norvégia és Svédország közötti, a Skagerrak és a Kattegat halászterületeihez való kölcsönös hozzáférésről szóló, 1967. augusztus 7-én hatályba lépett megállapodás elismerte, hogy ezen a területen a halászati jogok történelmi hagyomány szerint e három érintett ország halászait illetik meg. Dánia 1973-ban, Svédország pedig 1995-ben csatlakozott az EU-hoz, ezzel e két tagállam vonatkozásában a Bizottság vált felelőssé a szóban forgó megállapodás kezeléséért.

Figyelemmel a nemzetközi halászati jog legutóbbi fejleményeire, különös tekintettel az ENSZ 1982. évi Tengerjogi Egyezményére és az ENSZ halállományokról szóló 1995. évi megállapodására, Norvégia úgy ítélte meg, hogy a meglévő megállapodás nem felel meg a Tengerjogi Egyezmény hatályos rendelkezéseinek, ezért a megállapodást 2012. augusztus 7-i hatállyal fölmondta, hivatalos tárgyalásokat kezdett viszont a Bizottsággal egy új megállapodás kidolgozása érdekében. Az új megállapodást 2015. január 15-én írták alá.

A Tanács határozattervezetet dolgozott ki a megállapodás ratifikálására vonatkozóan, amelynek elfogadásához meg kell szereznie a Parlament egyetértését is. A Halászati Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament a megállapodás megkötésével értsen egyet. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Suite à la dénonciation du précédent accord, la Norvège et l'Union européenne ont signé le 15 janvier 2015 un nouvel accord concernant l'accès réciproque aux activités de pêche dans la zone du Skagerrak et du Kattegat. Il s'agit simplement d'approuver cet accord au nom de l'Union. Le nouvel accord est adapté aux changements du droit international et garantit le maintien de l'accès réciproque des deux États membres concernés et de la Norvège aux eaux respectives des autres parties dans la zone du Skagerrak, tout en assurant la mise en œuvre de mesures de conservation et de gestion de la pêche dans cette zone. Il permet également d'adopter des mesures de contrôle conformes aux principes de juridiction normale de l'État côtier. Vote favorable.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce nouvel accord est adapté aux changements du droit international et garantit le maintien de l'accès réciproque des deux États membres concernés et de la Norvège aux eaux respectives des autres parties dans la zone du Skagerrak, tout en assurant la mise en œuvre de mesures de conservation et de gestion de la pêche dans cette zone. Il permet également d'adopter des mesures de contrôle conformes aux principes de juridiction normale de l'État côtier. Je vote donc pour.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this proposal, which is is based on historical rights and will grant Member State access to Norwegian waters and reciprocal access for Norway for Danish and Swedish waters up to four nautical miles from baselines in Skagerrak.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui approuve l'accord de pêche avec la Norvège sur l'accès aux eaux du Skagerrak. L'accord maintient l'accès exclusif dont jouissent les navires du Danemark, de la Norvège et de la Suède aux eaux respectives de ces États au-delà de 4 milles marins des lignes de base. Il garantit le maintien de l'accès réciproque de ces États aux eaux des autres parties dans la zone du Skagerrak et du Kattegat, tout en assurant la mise en œuvre de mesures de conservation et de gestion judicieuses de la pêche. Il permet enfin l'adoption de mesures de contrôle conformes aux principes de juridiction normale de l'État côtier, comme pour les pêcheries de la mer du Nord.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – On 7 August 1967, an agreement on reciprocal fishing access in the Skagerrak area between Denmark, Norway and Sweden entered into force. Following Denmark's and Sweden's accession to the EU, the Commission became responsible for the management of this Agreement on behalf of these two Member States. I have voted for this recommendation regarding the renewal of this agreement.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. ELi ühise kalanduspoliitikaga on kehtestatud selle kohaldamisalasse kuuluvate vete kalavarude majandamise süsteem ning seeläbi toetatakse kalurite ajaloolisi õigusi. Leping toetab täiendavalt selles piirkonnas kehtivaid ajaloolisi püügiõigusi ning sellest on kasu ka reformitud ühise kalanduspoliitika rakendamisel Kattegatis ja Skagerrakis.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Παραδοσιακά, οι αλιείς δεν αλιεύουν σε συγκεκριμένα ύδατα: αλιεύουν συγκεκριμένα αποθέματα ή είδη και αλιεύουν σε ύδατα στα οποία απαντούν τα εν λόγω αποθέματα ή είδη και επίσης ακολουθούν μεταναστευτικά είδη. Η παράδοση αυτή προϋπήρχε της δημιουργίας των κρατών και της αναγνώρισης χωρικών υδάτων και -των κατά πολύ μεταγενέστερων- αποκλειστικών οικονομικών ζωνών.

Η περιοχή του Kattegat και Skagerrak είναι χαρακτηριστικό παράδειγμα. Τουλάχιστον από τη μεσαιωνική εποχή, Σουηδοί, Δανοί και Νορβηγοί αλιείς δραστηριοποιούνται από κοινού σε αυτά τα ύδατα με στόχο τα ίδια αποθέματα. Το γεγονός ότι δύο από τις χώρες αυτές έγιναν κράτη μέλη δεν έχει επηρεάσει την αρχή βάσει της οποίας οι αλιείς των τριών χωρών έχουν το ιστορικό δικαίωμα να αλιεύουν στην περιοχή του Skagerrak και Kattegat. Ο σεβασμός του εν λόγω ιστορικού δικαιώματος είναι υψίστης σημασίας.

Η Κοινή Αλιευτική Πολιτική της ΕΕ προβλέπει ένα σύστημα διαχείρισης των αλιευτικών αποθεμάτων σε ύδατα που καλύπτονται από αυτήν και με τον δικό της τρόπο στηρίζει τα ιστορικά δικαιώματα των αλιέων. Η συμφωνία στηρίζει επίσης τα ιστορικά δικαιώματα αλιείας στην περιοχή του Kattegat και Skagerrak. Για τους παραπάνω λόγους υπερψήφισα την έκθεση.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che l'accordo sostitutivo sul reciproco accesso alle zone di pesca nello Skagerrak e nel Kattegat, firmato nel 15 gennaio 2015, è conforme alla Convenzione delle Nazioni Unite sul diritto del mare e alle successive disposizioni correlate contenute all'interno di altri accordi. Inoltre, questo accordo, comunque, continuerà ad assicurare alle navi di Danimarca, Norvegia e Svezia l'accesso nelle rispettive acque oltre le 4 miglia nautiche dalle linee di base.

L'approvazione di tale accordo permette, da un lato, l'accesso reciproco nello Skagerrak e nel Kattegat a Danimarca, Svezia e Norvegia e, dall'altro lato, consente di regolare la pesca nelle zone interessate dando applicazione a certe misure di conservazione e di gestione.

In conclusione, questo accordo tra UE e Norvegia consente di adottare delle misure di controllo che siano conformi a quei principi di giurisdizione degli Stati costieri, come già si applica per la pesca nel Mare del Nord. Pertanto ho espresso voto positivo

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Zajedničkom ribarstvenom politikom EU-a predviđen je sustav upravljanja ribljim stokovima u vodama podržavajući povijesna prava ribara. Stoga je Komisija u ime EU-a započela službene pregovore s Norveškom u cilju uspostave zamjenskog sporazuma o uzajamnom pristupu ribolovu u području Skagerraka i Kattegata između Danske, Norveške i Švedske. Novi sporazum u skladu je s Konvencijom UN-a o pravu mora i Sporazumom UN-a o ribljim stokovima iz 1995. te naknadnim povezanim odredbama iz drugih sporazuma.

Njime se jamči plovilima iz Danske, Norveške i Švedske i dalje ekskluzivan uzajamni pristup vodama koje su od njihovih polaznih linija udaljene više od četiri nautičke milje te navedenim dvjema državama članicama i Norveškoj osigurava daljnji uzajamni pristup vodama drugih strana u području Skagerraka i Kattegata. Istovremeno on osigurava razborite mjere očuvanja ribolova i upravljanja ribolovom u tom području.

Tradicija ribolova starija je od formiranja država i priznavanja teritorijalnih voda kao i od mnogo kasnije nastalih isključivih gospodarskih pojaseva. Poštovanje povijesnih prava na ribarenje od izuzetne je važnosti, stoga sam podržala ovu rezoluciju kojom se daje suglasnost na odluku Vijeća o sklapanju sporazuma između Europske unije i Kraljevine Norveške o uzajamnom pristupu ribolovu u području Skagerraka za plovila koja plove pod zastavom Danske, Norveške i Švedske.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Ribari tradicionalno ne ribare u određenim vodama, već love određene vrste u vodama gdje se te vrste mogu naći. Kattegat i Skagerrak tipični su primjeri te tradicije starije od priznavanja teritorijalnih voda i načelo prema kojem bi ribari iz Danske, Švedske i Norveške trebali uživati povijesno pravo na ribarenje u tom području treba zaštititi. Prethodno važeći sporazum između tri države iz 1966., dopunjen bilateralnim sporazumom o ribarstvu između Europske unije i Norveške iz 1980., navedenim je državama omogućivao uzajaman pristup ribolovu u području do četiri nautičke milje od njihovih polaznih linija u području Skagerraka i Kattegata.

S obzirom na noviji razvoj događaja u međunarodnom pravu, Norveška je smatrala da postojeći sporazum nije u skladu s odredbama prava mora te je u srpnju 2009. službeno obznanila svoju želju da sporazum raskine – isti je prestao važiti 7. kolovoza 2012. Norveška je započela službene pregovore s Komisijom nakon toga s ciljem uspostave zamjenskog sporazuma usklađenog s Konvencijom UN-a o pravu mora te je on potom potpisan 15. siječnja 2015. Njime se navedenim državama osigurava daljnji uzajamni pristup vodama drugih strana u području Skagerraka i Kattegata te se osiguravaju razborite mjere očuvanja i upravljanja za ribolov u tom području.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta recomendação visa atualizar o acordo de acesso recíproco a atividades de pesca no Skagerrak e no Kattegat, entre a Dinamarca, a Noruega e a Suécia. Este acordo é datado de 1966, antes de a Dinamarca e a Suécia se tornarem membros da UE.

A atualização, proposta pela Noruega, visa colocar o acordo antigo em conformidade com a Convenção das Nações Unidas sobre o Direito do Mar, de 1982, e o Acordo das Nações Unidas relativo às populações de peixes, de 1995, nomeadamente em termos dos dispositivos de controlo, ou sobre as questões de conservação e gestão marítima.

Este acordo, com as respetivas atualizações, contribui para reforçar os direitos históricos dos pescadores da região, independentemente da sua nacionalidade, considerando que os mananciais pesqueiros não conhecem jurisdições administrativas e que a atividade piscatória depende do acesso aos recursos.

Envolvendo dois Estados-Membros da UE e um país terceiro, este acordo não teria de ser objeto de decisão alguma por parte da UE (Parlamento Europeu e Conselho) não se desse o caso de, sob o enquadramento institucional dado pelo Tratado de Lisboa, a gestão dos recursos vivos marinhos ter passado a ser uma competência exclusiva da UE.

Votámos favoravelmente. Reiteramos, todavia, o nosso desacordo com o supramencionado enquadramento institucional.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Plně podporuji dohodu mezi EU a Norskem o vzájemném přístupu k rybolovu ve Skagerraku. Tato dohoda zachová výlučný přístup pro plavidla z Dánska, Norska a Švédska do jejich vod, které se nacházejí více než 4 námořní míle od základních linií. Tato dohoda respektuje právní a správní předpisy pro zachování a udržitelné využívání živých zdrojů v Skagerraku. Jelikož dohoda je v souladu s Úmluvou OSN o mořském právu, s cíli a pravidly společné rybářské politiky a dvoustranné dohody o rybolovu mezi Evropskou unií a Norskem z roku 1980, nevidím důvod dále protahovat jednání a odkládat rozhodnutí.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Umowa w sprawie wzajemnego dostępu do łowisk w cieśninach Skagerrak i Kattegat między Danią, Norwegią i Szwecją obowiązuje od sierpnia 1967 r. Umowa ta umożliwia wzajemny dostęp tych trzech krajów do zasobów rybnych poza obszarem 4 mil morskich od krajowych linii podstawowych. Dania przystąpiła do UE w 1973 r., a Szwecja w 1995 r., zatem Komisja stała się odpowiedzialna za zarządzanie umową w imieniu tych dwóch państw członkowskich. Umowa ta jest obecnie aktualizowana celem odzwierciedlenia rozwoju sytuacji w dziedzinie międzynarodowego prawa dotyczącego rybołówstwa. Umowa przewiduje: zachowanie wyłącznego dostępu przyznanego statkom z Danii, Norwegii i Szwecji do wód każdej ze stron poza obszarem 4 mil morskich od

linii podstawowych; wspieranie środków ochrony i zarządzania w odniesieniu do zasobów rybnych na tym obszarze; umożliwienie zastosowania środków kontroli zgodnie z zasadami normalnej jurysdykcji państwa nadbrzeżnego (ma to już miejsce w przypadku łowisk na Morzu Północnym). Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette recommandation relative à un accord de pêche avec la Norvège pour maintenir l'accès exclusif dont jouissent les navires du Danemark et de la Suède dans leurs eaux respectives et dans celles de la Norvège au-delà de quatre milles marins des lignes de base. De plus, cet accord garantira le maintien de l'accès réciproque de ces mêmes États aux eaux respectives des autres parties dans la zone du Skagerrak et du Kattegat. Dans ces zones, les droits de pêche sont historiques et antérieurs à la création des États, il est donc important que la législation de l'UE respecte ces traditions.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O acordo entre a Dinamarca, a Noruega e a Suécia sobre o acesso recíproco a atividades de pesca no Skagerrak e no Kattegat entrou em vigor a 7 de agosto de 1967.

Este acordo permitiu aos três países o acesso recíproco a atividades de pesca até quatro milhas marítimas calculadas a partir das suas linhas de base no Skagerrak e no Kattegat.

O acordo de 1966 permaneceu em vigor durante um período inicial de 35 anos, até 2002, e foi subsequentemente prorrogado por dois períodos de cinco anos, até 2012.

Perante a evolução do direito internacional em matéria de pescas, a Noruega considerou que o acordo vigente não estava em conformidade com as disposições atuais do direito do mar e punha em causa o dispositivo de controlo.

Depois de a Noruega ter entrado em negociações formais com a Comissão, atingiu-se um entendimento, em 2013, com o objetivo de estabelecer um acordo de substituição sobre o acesso recíproco a atividades de pesca nas referidas zonas.

Votei a favor do presente relatório, porque o novo acordo defende os direitos históricos de pesca dos pescadores da Dinamarca, da Noruega e da Suécia no Kattegat e no Skagerrak, sem prejuízo dos direitos dos pescadores de outros Estados, ao mesmo tempo que garante a adoção de medidas adequadas em matéria de gestão das pescas e de conservação nessas águas.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We oppose legislation which extends the discredited, unreformable common fisheries policy.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Este novo acordo mantém o acesso exclusivo concedido reciprocamente aos navios da Dinamarca, da Noruega e da Suécia às águas de cada um dos três países situadas fora do limite de quatro milhas marítimas medidas a partir das linhas de base. Garante aos dois Estados-Membros e à Noruega a continuidade do acesso recíproco às águas de cada um deles no Skagerrak e no Kattegat, assegurando, ao mesmo tempo, medidas adequadas de conservação e gestão das pescas nesta zona.

Além disso, permite medidas de controlo em harmonia com os princípios de jurisdição normal de um Estado costeiro, como é já o caso da pesca no mar do Norte.

A pesca nestas águas é uma prática anterior à criação dos Estados e ao reconhecimento das águas territoriais e, ulteriormente, da zona económica exclusiva. Os pescadores suecos, dinamarqueses e noruegueses pescam em conjunto as mesmas populações de peixes nestas águas, no mínimo, desde a Idade Média.

O facto de dois destes países se terem tornado Estados-Membros não altera o princípio de que os pescadores destes três países devem usufruir dos direitos históricos a pescar no Skagerrak e no Kattegat.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He dado mi voto favorable a la recomendación para la conclusión del acuerdo entre la Unión y Noruega sobre el acceso recíproco a la pesca en la zona del Skagerrak para los buques daneses, noruegos o suecos.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution législative du Parlement européen sur le projet de décision du Conseil relative à la conclusion de l'accord entre l'Union européenne et le Royaume de Norvège concernant l'accès réciproque des navires battant pavillon du Danemark, de la Norvège et de la Suède aux activités de pêche dans le Skagerrak. Avec le Parlement, je donne mon approbation à la conclusion de cet accord.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Žvejyba Skagerako sąsiauryje yra nedidelės apimties, tačiau svarbus Europos ekonominės erdvės veikimo klausimas. Nors klausimas iš esmės yra techninio pobūdžio ir nekelia didelių politinių prieštaravimų, jo spartus sureguliavimas parodo EEE veikimo efektyvumą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei a favor deste relatório, que diz respeito à celebração de um novo acordo relativo ao acesso recíproco a atividades de pesca na zona de Skagerrak e do Kattegat, que vem substituir o acordo antigo que existia entre a Dinamarca, a Noruega e a Suécia nesta matéria.

O novo acordo mantém, à semelhança do anterior, acesso exclusivo concedido reciprocamente aos navios da Dinamarca, Noruega e Suécia às águas de cada um dos três países, para além do limite de quatro milhas marítimas. Assegura ainda a continuidade do acesso recíproco às águas dos três países e medidas adequadas de conservação e gestão das pescas nesta área, permitindo igualmente, medidas de controlo em consonância com os princípios de jurisdição normal de um estado costeiro, tal como já sucede com a pesca no mar do Norte.

Trata-se fundamentalmente de uma questão de bom senso e equilíbrio, já que os pescadores destes três países pescam nas mesmas águas determinadas populações de peixes, naquele que é um procedimento anterior à criação dos Estados, do reconhecimento das águas territoriais e da zona económica exclusiva. A circunstância de dois deles se terem tornado, posteriormente, Estados-Membros, não deve alterar esta tradição nem o princípio histórico a ela subjacente.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe dem Abkommen zwischen der EU und Norwegen zum gegenseitigen Zugang zum Fischfang im Skagerrak zugestimmt.

Das Abkommen beinhaltet den gegenseitigen Zugang zum Fischfang im Skagerrak für die Schiffe unter der Flagge Dänemarks, Norwegens und Schwedens. Es sorgt in diesem Zusammenhang für einen gegenseitigen erleichterten Zugang der Vertragsparteien zu den Gewässern im Skagerrak und sichert gleichzeitig die Bewirtschaftung der Fischerei in diesem Gebiet.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en favor del presente informe debido a que supone dar el consentimiento a un acuerdo de gestión compartida de los recursos pesqueros localizados en el Skagerrak y el Kattegat. Estos dos estrechos son los que separan las aguas del Báltico de las aguas del Mar del Norte, se trata de una zona pesquera donde los pescadores tradicionalmente siguen los bancos de peces independiente de la línea fronteriza de los países implicados. Al tratarse de una zona pesquera compartida con Noruega, es la Unión la competente en el desarrollo de este tipo de acuerdos con terceros países. Al tratarse de un acuerdo para permitir los modos de pesca tradicional y respetar principios de reciprocidad y sostenibilidad en dichas zonas he decidido votar a favor del presente informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Ho deciso di esprimere il mio voto a favore dell'accordo UE-Norvegia sul reciproco accesso alle zone di pesca nello Skagerrak. Il nuovo accordo non solo continua a garantire a Svezia, Danimarca e Norvegia l'esercizio reciproco delle attività di pesca fino a una distanza di 4 miglia nautiche dalle loro rispettive linee di base, ma promuove anche misure di conservazione e di gestione della pesca nella zona e permette di disporre di misure di controllo conformi ai principi della normale giurisdizione degli Stati costieri.

Si tratta di un accordo necessario a seguito dell'entrata della Danimarca e della Svezia nell'Unione europea, al fine di riflettere i nuovi sviluppi del diritto internazionale della pesca.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as I do not agree with the CFP.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted to support this recommendation. The agreement ensures continued reciprocal access for the two Member States and Norway to the respective waters of the other parties in the Skagerrak area, whilst at the same time ensuring sound conservation and management measures for fisheries in the area. Furthermore, it allows for control measures in harmony with the principles of normal coastal state jurisdiction, as is already the case for fisheries in the North Sea.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan.* – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne.* – Rybolov sa tradične neriadi štátnymi hranicami. Oblasti Skagerrak a Kattegat sú typickým príkladom území, v ktorých rybári lovili už od stredoveku, a riadili sa podľa migrácie rôznych druhov rýb. Preto už v roku 1966 uzavreli Dánsko, Nórsko a Švédsko dohodu o recipročnom prístupe k rybolovu v týchto oblastiach. Na jej základe sa uznávali geografické špecifiká a historické práva rybárov z týchto troch krajín. Samotná dohoda bola veľmi jednoduchá a obsahovala len tri články. S určitými drobnými úpravami, ktoré boli najmä spôsobené prístupom Dánska a Švédska do Európskej únie, platila táto dohoda až do roku 2012. Pristúpením týchto krajín do EÚ sa preniesli kompetencie týkajúce sa spravovania tejto dohody na Európsku komisiu. V roku 2009 sa Nórsko rozhodlo, že pôvodnú dohodu vypovie, a to hlavne z dôvodu nedávneho vývoja medzinárodného rybárskeho práva. Nórske úrady nadobudli presvedčenie, že dohoda je už zastaraná a bude potrebné uviesť jej ustanovenie do súladu so súčasnými spôsobmi kontroly rybolovu. Novú podobu dohody som schválila najmä z tých dôvodov, že berie do úvahy spoločnú rybársku politiku Únie. A tým sa podporujú nielen pôvodné práva rybárov, ale aj moderné trendy v kontrole využívania rybných zdrojov.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Sporazumom o uzajamnom pristupu ribolovu u području Skagerraka i Kattegata između Danske, Norveške i Švedske navedenim se državama jamči ekskluzivan uzajamni pristup vodama koje su od njihovih polaznih linija udaljene više od četiri nautičke milje te se istovremeno osiguravaju razborite mjere očuvanja i upravljanja za ribolov u tom području.

Ribari tradicionalno ne ribare u određenim vodama: love određene stokove ili vrste te ribare u vodama gdje se ti stokovi ili vrste mogu naći. Ta je tradicija starija od formiranja država i priznavanja teritorijalnih voda, a Kattegat i Skagerrak tipični su primjeri za to. Činjenica da su dvije od navedenih država države članice EU-a nije promijenila načelo prema kojem bi ribari iz sve tri države trebali uživati povijesno pravo na ribarenje u području Skagerraka i Kattegata. Od iznimne je važnosti da se poštuju ta povijesna prava na ribarenje.

Stoga podržavam ovo Izvješće jer se ovim sporazumom dodatno podržavaju povijesna prava na ribarenje u navedenom području te će on biti koristan za provedbu reformirane zajedničke ribarstvene politike u području Kattegata i Skagerraka.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Sporazuma med Evropsko unijo in Kraljevino Norveško o vzajemnem dostopu do ribolova v Skagerraku za plovila, ki plujejo pod zastavo Danske, Norveške in Švedske. Podpiram novi sporazum med EU in Norveško, ki nadomešča star sporazum, od katerega je Norveška odstopila. Z novim sporazumom bodo Danska, Norveška in Švedska še naprej imele izključni dostop do voda vseh treh držav, hkrati pa tudi vzajemni dostop vseh držav članic do zadevnih voda drugih pogodbenic na območju Skagerraka in Kattegata.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen.* – Äänestin mietinnön puolesta ALDE:n suosituksen mukaisesti. On tärkeää, että yhteistyötä EU:n ja Norjan välillä jatketaan rakentavalla tavalla. On oikeudenmukaista, että vuosisatoja jatkunut Skagerrakin alueen käyttö kalastukseen on jatkossakin avoin sekä Norjalle, Tanskalle että Ruotsille.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. — Instituțiile Uniunii Europene au preluat rolul de reglementare a zonelor de pescuit în numele statelor membre în urma aplicării prevederilor politicii comune în domeniul pescuitului. O astfel de zonă este și cea a strâmtorilor Skagerrak și Kattegat dintre Marea Nordului și Marea Baltică. În zona respectivă există o tradiție istorică a pescuitului împreună între pescarii danezi, suedezi și norvegieni, ceea ce a determinat adoptarea Acordului din 1966 între cele trei țări privind accesul reciproc la pescuit până la 4 mile marine de la liniile de bază, după principiul mării libere. Denunțarea acestui acord de către Norvegia în 2012, pe baza Convenției ONU privind dreptul mării și a Acordului ONU privind stocurile de pește, a dus la declanșarea unor negocieri oficiale între Comisie și statul norvegian pentru stabilirea unui acord de înlocuire. Noul acord a fost parafat în octombrie 2013 și a fost semnat în ianuarie 2015 și prevede accesul reciproc al navelor celor trei țări în zona Skagerrak, asigurând măsuri eficiente de conservare și gestionare în domeniul pescuitului, dar și măsuri de control conforme cu principiile jurisdicției normale a statelor de coastă. Susțin adoptarea actualei recomandări a Parlamentului, care pune bazele normalizării situației pescuitului în zona respectivă.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte. Traditionnellement, les pêcheurs ne pêchent pas dans certaines eaux: ils pêchent des stocks halieutiques ou des espèces déterminés dans les eaux où se trouvent ces stocks et espèces, et ils suivent les espèces migratoires. Cette tradition est antérieure à la création des États et à la reconnaissance des eaux territoriales ainsi qu'aux zones économiques exclusives, qui ont fait leur apparition beaucoup plus tard.

La zone du Skagerrak et du Kattegat est un exemple typique de cette situation. Les pêcheurs suédois, danois et norvégiens pêchent ensemble dans ces eaux et pour les mêmes stocks au moins depuis le Moyen-Âge. Le fait que deux parmi ces trois pays soient devenus États membres ne modifie pas le principe selon lequel les pêcheurs de ces trois pays devraient pouvoir jouir des droits de pêche historiques dans la zone du Skagerrak et du Kattegat. Le respect de ces droits de pêche historiques est de la plus haute importance.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The EU-Norway Agreement on reciprocal access to fishing in the Skagerrak, a strait running between the southeast coast of Norway and the southwest coast of Sweden, allows for reciprocal access between the EU, Sweden and Norway to fish up to four nautical miles from their respective baselines in the Skagerrak. I voted in favour of the report because it supports the historical fishing rights shared in the area, one that predates the creation of states and the recognition of territorial waters and, as well as exclusive economic zones.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Sporazum o uzajamnom pristupu ribolovu u području Skagerraka i Kattegata regulira pravila za polovila koja plove pod zastavom Danske, Norveške i Švedske te je na snazi od 1967. godine. Nakon ulaska Danske i Švedske u Europsku uniju dopunjen je bilateralnim sporazumom o ribarstvu između Europske unije i Norveške, no sada ga je potrebno uskladiti s načelima uobičajene nadležnosti obalne države u smislu Konvencije UN-a o pravu mora te da ne odgovara suvremenim načelima očuvanja i upravljanja.

Isto kao i prethodnim sporazumom, plovilima iz Danske, Norveške i Švedske jamči se ekskluzivan uzajamni pristup vodama koje su od njihovih polaznih linija udaljene više od četiri nautičke milje te se osiguravaju razborite mjere očuvanja i upravljanja za ribolov u tom području. Uz to, sporazumom se omogućuju mjere kontrole u skladu s načelima uobičajene nadležnosti obalne države. Budući da smatram da se na ovaj način podržavaju povijesna prava navedenih država na ribarenje na području Kattegata i Skagerraka, podržala sam ovaj sporazum.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Sporazuma med Evropsko unijo in Kraljevino Norveško o vzajemnem dostopu do ribolova v Skagerraku za plovila, ki plujejo pod zastavo Danske, Norveške in Švedske sem podprla. Švedski, danski in norveški ribiči že najmanj od srednjega veka skupaj lovijo v teh vodah iste staleže. Tradicija ribolova je starejša od nastanka držav in pomembno je, da se spoštujejo zgodovinske ribolovne pravice. Sporazum med Dansko, Norveško in Švedsko o vzajemnem dostopu do ribolova v Skagerraku in Kattegatu je začel veljati 7. avgusta 1967 in je bil leta 2002 podaljšan do 2012. Novi sporazum plovilom Danske, Norveške in Švedske še naprej omogoča izključni dostop do voda vseh treh držav dlje kot štiri morske milje od temeljnih črt. Zagotavlja stalni vzajemni dostop obeh držav članic in Norveške do zadevnih voda drugih pogodbenic na območju Skagerraka in Kattegata, hkrati pa tudi preudarne ukrepe za ohranjanje in upravljanje ribolova na tem območju. Poleg tega omogoča nadzorne ukrepe v skladu z načeli običajne jurisdikcije obalnih držav, kar že velja za ribolov v Severnem morju.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – This recommendation is proof that agreements can be reached between individuals from different European countries or with Norway, even if it is not a Member State. I support this proposal, which respects the historic agreements and will favour the fishing sector of these countries to continue working on the basis of the rules of the Union.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Suite à la dénonciation du précédent accord, la Norvège et l'Union européenne ont signé le 15 janvier 2015 un nouvel accord concernant l'accès réciproque aux activités de pêche dans la zone du Skagerrak et du Kattegat. Il s'agit simplement d'approuver cet accord au nom de l'Union.

Le nouvel accord est adapté aux changements du droit international et garantit le maintien de l'accès réciproque des deux États membres concernés et de la Norvège aux eaux respectives des autres parties dans la zone du Skagerrak, tout en assurant la mise en œuvre de mesures de conservation et de gestion de la pêche dans cette zone. Il permet également d'adopter des mesures de contrôle conformes aux principes de juridiction normale de l'État côtier.

J'ai voté pour ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Umowa ta umożliwia wzajemny dostęp tych trzech krajów do zasobów rybnych poza obszarem 4 mil morskich od krajowych linii podstawowych. Po przystąpieniu państw do UE, Komisja stała się odpowiedzialna za zarządzanie umową w imieniu tych dwóch państw członkowskich. Umowa ta jest obecnie aktualizowana celem odzwierciedlenia rozwoju sytuacji w dziedzinie międzynarodowego prawa dotyczącego rybołówstwa, dlatego zagłosowałem pozytywnie.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del Proyecto de Decisión del Consejo relativa a la celebración del Acuerdo entre la Unión Europea y el Reino de Noruega sobre el acceso recíproco a la pesca en el Skagerrak de los buques de Dinamarca, Noruega y Suecia.

Apoyo el informe en la medida que durante siglos los pescadores suecos, daneses y noruegos han pescado juntos en estas aguas y especies. La adhesión a la Unión no debe afectar sus derechos históricos de pesca en sus caladeros históricos.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I gave my consent because the new Agreement maintains the exclusive access granted to vessels from Denmark, Norway and Sweden to each other's waters outside four nautical miles from the baselines, ensures continued reciprocal access for the two Member States and Norway to the respective waters of the other Parties in the Skagerrak and Kattegat area, whilst at the same time, ensuring sound conservation and management measures for fisheries in the area. Furthermore, it allows for control measures in harmony with the principles of normal Coastal State jurisdiction, as is already the case for fisheries in the North Sea.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta recomendación toma como referencia principal un informe que constituye la base de un nuevo acuerdo —firmado el 15 de enero de 2015— que reemplaza al existente en materia de acceso recíproco a los bancos de pesca en las áreas de Skagerrak y Kattegat. Negociado por la Comisión (en nombre de la Unión) y Noruega, mantiene la garantía de acceso exclusivo a las embarcaciones danesas, noruegas y suecas a las aguas de estos tres países más allá de cuatro millas náuticas. También asegura acceso recíproco continuado a los dos Estados miembros de la Unión, así como a Noruega, a las respectivas aguas pertenecientes a otras partes en el área de Skagerrak. Por todo ello, he votado a favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en favor del presente informe debido a que supone dar el consentimiento a un acuerdo de gestión compartida de los recursos pesqueros localizados en el Skagerrak y el Kattegat. Estos dos estrechos son los que separan las aguas del Báltico de las aguas del Mar del Norte, se trata de una zona pesquera donde los pescadores tradicionalmente siguen los bancos de peces independiente de la línea fronteriza de los países implicados. Al tratarse de una zona pesquera compartida con Noruega, es la Unión la competente en el desarrollo de este tipo de acuerdos con terceros países. Al tratarse de un acuerdo para permitir los modos de pesca tradicional y respetar principios de reciprocidad y sostenibilidad en dichas zonas he decidido votar a favor del presente informe.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor omdat in de nieuwe overeenkomst de exclusieve toegang voor vaartuigen uit Denemarken, Noorwegen en Zweden tot elkaars wateren buiten vier zeemijl, gemeten vanaf de basislijnen, behouden blijft.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A atualização, proposta pela Noruega, visa colocar o acordo antigo conforme a Convenção das Nações Unidas sobre o Direito do Mar, de 1982, e o Acordo das Nações Unidas relativo às populações de peixes, de 1995, nomeadamente em termos dos dispositivos de controlo, ou sobre as questões de conservação e gestão marítima.

Este acordo, com as respetivas atualizações, contribui para reforçar os direitos históricos dos pescadores da região, independentemente da sua nacionalidade, considerando que as populações de peixes não respeitam jurisdições administrativas e que a atividade piscatória depende do acesso aos recursos.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Odporúčanie k návrhu rozhodnutia Rady o uzavretí Dohody medzi Európskou úniou a Nórskym kráľovstvom o recipročnom prístupe k rybolovu v oblasti Skagerrak pre plavidlá plaviace sa pod vlajkou Dánska, Nórska a Švédska som podporila. Oblasť Skagerrak je už tradične oblasťou, kde prebieha rybolov lodí plaviacich sa pod vlajkou týchto troch štátov. Pôvodná dohoda o recipročnom rybolove, ktorá povoľovala rybolov do vzdialenosti 4 námorných míľ od pobrežných vôd Dánska, Nórska a Švédska, už vypršala. Myslím si preto, že historické právo rybárov Dánska, Nórska a Švédska je potrebné podporiť a zmluvne zakotviť. Zároveň dohoda obsahovala opatrenia na zabezpečenie udržateľného rybolovu a zachovanie populácií v rýb v tejto oblasti.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće Jorna Dohrmmana o sporazumu Europske unije i Norveške vezano za uzajaman pristup ribolovu u području Skagerraka za plovila koja plove pod zastavom Danske, Norveške i Švedske. Novi ugovor sadrži ekskluzivno pravo pristupa plovilima iz Danske, Norveške i Švedske međusobno vlastitim vodama izvan 4 nautičke milje od polaznih crta te na taj način osigurava kontinuirani uzajamni pristup za dvije države članice(Dansku i Švedsku) i državu nečlanicu (Norvešku) u odgovarajuće vode ostalih stranaka u području Skagerraka, dok se u isto vrijeme time osiguravaju mjere zaštite i upravljanja ribarstvom u tom području.

Ovim sporazumom su se uspjeli korigirati i urediti odnosi između ovih zemalja vezani za ribarstvo u tom području. Za te potrebe se to područje smatra otvorenim morem.

Dakle, plovila iz Švedske, Danske i Norveške, koja plove pod tim zastavama, imaju uzajamni pristup vodama koje im pripadaju. Istovremeno se i osiguravaju mjere očuvanja za ribolov u tim područjima te upravljanje.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Sporazuma med Evropsko unijo in Kraljevino Norveško o vzajemnem dostopu do ribolova v Skagerraku za plovila, ki plujejo pod zastavo Danske, Norveške in Švedske.

Novi sporazum podpiram, saj plovilom Danske, Norveške in Švedske še naprej omogoča izključni dostop do voda vseh treh držav dlje kot štiri morske milje od temeljnih črt ter hkrati določa preudarne ukrepe za ohranjanje in upravljanje ribolova na tem območju.

10.6. Abkommen EU/Norwegen über den gegenseitigen Zugang zum Fischfang im Skagerrak (Entschließung) (A8-0320/2016 - Jørn Dohrmann)

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'accordo che è oggetto del seguente rapporto consente l'accesso alle zone di pesca nello Skagerrak alle navi sia svedesi e danesi, sia norvegesi. Poiché esso rappresenta un accordo molto importante da poter essere quasi definito un avvenimento storico, ho deciso di votare a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución que se refiere a la recomendación para la conclusión del acuerdo entre la Unión y Noruega sobre el acceso recíproco a la pesca en la zona del Skagerrak para los buques daneses, noruegos o suecos. Este punto está íntimamente ligado al informe de iniciativa que contiene la resolución no legislativa ligada a la recomendación y por coherencia los votos van ligados.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en favor del presente informe debido a que es la resolución política que apoya el acuerdo de gestión compartida de los recursos pesqueros localizados en el Skagerrak y el Kattegat. Estos dos estrechos son los que separan las aguas del Báltico de las aguas del Mar del Norte, se trata de una zona pesquera donde los pescadores tradicionalmente siguen los bancos de peces independiente de la línea fronteriza de los países implicados. Al tratarse de una zona pesquera compartida con Noruega es la Unión la competente en el desarrollo de este tipo de acuerdos con terceros países. Al tratarse de un acuerdo para permitir los modos de pesca tradicional y respetar principios de reciprocidad y sostenibilidad en dichas zonas he decidido votar a favor del presente informe.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už EP rezoliuciją dėl ES ir Norvegijos susitarimo dėl abipusės galimybės žvejoti Skagerako sąsiauryje. Danijos, Norvegijos ir Švedijos žvejai tradiciškai visada drauge žvejojo Kategato ir Skagerako sąsiauriuose. Pagal šį susitarimą siūloma toliau užtikrinti istorines Danijos, Norvegijos ir Švedijos žvejų teises žvejoti Kategato ir Skagerako sąsiauriuose nepažeidžiant kitų valstybių žvejų teisių ir kartu užtikrinant, kad būtų imamasi tinkamų žuvininkystės valdymo ir išsaugojimo šiuose vandenyse priemonių. Šiuo susitarimu taip pat prisidedama prie pertvarkytos ES žvejybos valdymo sistemos įgyvendinimo, atsižvelgiant į naujos bendros žuvininkystės politikos (BŽP) tikslus ir pagrindinius principus. Ypač tai pasakytina apie privalomų priemonių taikymą siekiant išteklių dydžius išlaikyti tokius, kuriems esant būtų užtikrinama tausi žvejyba. Be šių principų, taip pat pritariu ir dėl poreikio pabrėžti, kad bet kokios trečiosios šalies galimybė patekti į vidaus rinką turi būti grindžiama abipusiškumu. Be to, kad Norvegijos atveju maisto produktams, įskaitant žuvininkystės produktus, ES taikomi muitai atitiktų Europos ekonominės erdvės susitarimą. Komisija turi užtikrinti, kad maisto ir žuvininkystės produktams ES taikomi muitai būtų nustatomi taip, kad jie neprieštarautų laisvosios prekybos maisto produktų, įskaitant žuvininkystės produktus, srityje principams.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης που περιέχει πρόταση μη νομοθετικού ψηφίσματος για το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου σχετικά με τη σύναψη συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Βασιλείου της Νορβηγίας για την αμοιβαία πρόσβαση στην αλιεία στο Skagerrak όσον αφορά σκάφη υπό σημαία Δανίας, Νορβηγίας και Σουηδίας, διότι εξασφαλίζει πως τα αλιευτικά σκάφη από τη Δανία, τη Νορβηγία και την Σουηδία που δραστηριοποιούνται στην περιοχή συμμορφώνονται με τους σχετικούς νόμους και κανονισμούς.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce projet de résolution demande à la Commission européenne d'informer le Parlement et le Conseil «à toutes les étapes des procédures liées à l'accord et à son renouvellement» .

Il exprime en outre certaines réserves du Parlement européen par rapport à cet accord avec la Norvège: il rappelle ainsi que l'accès au marché intérieur pour tout pays tiers doit se fonder sur la réciprocité. Dans le cas de la Norvège, il est demandé à la Commission de faire pression sur ce pays pour que les droits de douane sur l'agriculture, les produits alimentaires et la pêche qu'il impose à l'Union européenne n'aillent pas à l'encontre des principes du libre-échange.

C'est cet aspect qui pose un problème, car on ne peut pas reprocher à la Norvège de protéger son marché intérieur pour préserver son économie et ses emplois.

Toutefois, je n'ai pas voté contre le projet de résolution car ce protectionnisme norvégien se fait en l'occurrence au détriment des États membres de l'Union. J'ai choisi de m'abstenir.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Whilst I am opposed to the Common Fisheries Policy, this report highlights the importance of free trade, which is a vital component of a prosperous country. I therefore chose to support the whips' position of abstention on the textual account of the resolution, whilst voting against the legislative report.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte pour donner mon approbation à ce nouvel accord entre l'Union Européenne et la Norvège concernant l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak. Signé le 15 janvier 2015, celui-ci est conforme à la convention des Nations Unies sur le droit de la mer ainsi qu'aux dispositions connexes des autres accords conclus ultérieurement. Suite à l'expiration du précédent accord existant, en 2012, il était nécessaire d'instaurer un nouveau texte pour permettre un accord réciproque aux activités de pêche pour la Norvège, la Suède et le Danemark.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Europos Sąjungos ir Norvegijos Karalystės susitarimo dėl abipusės galimybės žvejoti Skagerako sąsiauryje laivams, plaukiojantiems su Danijos, Norvegijos ir Švedijos vėliava. Pagal šį susitarimą šios trys šalys turėjo abipuses galimybes žvejoti Skagerako ir Kategato sąsiauriuose iki keturių jūrmylių atstumu nuo jų atitinkamų bazinių linijų. Susitarimas iš pradžių galiojo 35 metus, t. y. iki 2002 m., o vėliau jo galiojimas buvo pratęstas dviem penkerių metų laikotarpiams – iki 2012 m. Tačiau Norvegija, atsižvelgdama į naujesnius tarptautinės žuvininkystės teisės pokyčius, nutraukė susitarimą. Po kiek laiko Norvegija pradėjo oficialias derybas su Europos Sąjungos vardu derybose dalyvaujančia Komisija siekdama sudaryti susitarimą dėl abipusės galimybės žvejoti Skagerako ir Kategato rajone, kuriuo būtų pakeistas ankstesnis susitarimas. Kadangi naujas susitarimas atitinka JT jūrų teisės konvenciją ir vėlesnes susijusias kitų susitarimų nuostatas, todėl pritariu šiam susitarimui.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le projet de résolution demande à la Commission européenne d'informer le Parlement et le Conseil «à toutes les étapes des procédures liées à l'accord et à son renouvellement». Il exprime en outre certaines réserves du Parlement européen par rapport à cet accord avec la Norvège: il rappelle ainsi que l'accès au marché intérieur pour tout pays tiers doit se fonder sur la réciprocité. En l'occurrence, il est demandé à la Commission de faire pression sur la Norvège pour que les droits de douane sur l'agriculture, les produits alimentaires et la pêche qu'il impose à l'Union européenne n'aillent pas à l'encontre des principes du libre-échange.

En tant que souverainiste, je ne peux pas reprocher à la Norvège de vouloir protéger son marché intérieur afin de soutenir son économie et ses emplois mais je crois que nous pourrions parvenir à de meilleurs accords sans l'Union européenne.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui propose de renouveler les anciens accords concernant l'accès réciproque aux activités de pêche du Danemark, de la Norvège et de la Suède dans la zone du Skagerrak tout en assurant la mise en œuvre de mesures de conservation et de gestion adéquate de la pêche dans cette zone.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – La zona maritima de Skagerrak ha sido tradicionalmente un área de pesca compartido entre Noruega, Dinamarca y Suecia. He votado a favor para continuar el acceso recíproco de estos países.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Dohrmann, un testo strettamente collegato alla raccomandazione del Parlamento sull'approvazione dell'accordo UE-Norvegia sul reciproco accesso alle zone di pesca nello Skagerrak. La risoluzione ribadisce il giudizio positivo sull'accordo, che garantisce reciprocamente una continuità di accesso alle zone di pesca dello Skagerrak ai pescherecci di Danimarca, Svezia e Norvegia, consentendo al contempo la conservazione e l'uso sostenibile delle risorse biologiche.

Il testo invita la Commissione a presentare al Parlamento e al Consiglio una relazione completa sull'attuazione dell'accordo e chiede di tenere il Parlamento informato in tutte le fasi delle procedure relative all'accordo e al suo rinnovo.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del Proyecto de Decisión del Consejo relativa a la celebración del Acuerdo entre la Unión Europea y el Reino de Noruega sobre el acceso recíproco a la pesca en el Skagerrak de los buques de Dinamarca, Noruega y Suecia.

Apoyo el informe en la medida que durante siglos los pescadores suecos, daneses y noruegos han pescado juntos en estas aguas y especies. La adhesión a la Unión no debe afectar sus derechos históricos de pesca en sus caladeros históricos.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. — He apoyado este informe relativo al Acuerdo de la UE con Noruega sobre el acceso recíproco a la pesca en el Skagerrak, en el que he sido la ponente alternativa de mi Grupo. El Acuerdo contribuye a apoyar los derechos pesqueros históricos en esta zona y, además, será beneficioso para la aplicación de la política pesquera común reformada en el Kattegat y el Skagerrak. Hace además hincapié en que el acceso de cualquier país al mercado interior debe basarse en la reciprocidad y que, en el caso de Noruega, todos los aranceles sobre los productos alimenticios, incluidos los productos de la pesca, procedentes de la UE deben ser conformes con el Acuerdo sobre el EEE.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur cette résolution portant sur l'accord entre l'Union européenne et la Norvège concernant l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak.

D'une part, il est normal qu'en tant que nation souveraine, la Norvège soit habilitée à protéger son industrie de la pêche, donc son économie et ses emplois, par des mesures que j'appelle de mes vœux pour la France comme des droits de douane sur la pêche dans son commerce avec les pays tiers, dans une logique de protectionnisme intelligent. À ce titre, je trouve cela scandaleux que l'Union européenne, à travers la Commission, souhaite faire pression sur la Norvège pour que ce pays se soumette au diktat du libre-échange sauvage.

Cependant, je reconnais que, partant du principe qu'il y a et aura accord, sur la base d'un accès pour la Norvège au marché intérieur, il serait normal qu'il y ait réciprocité, au risque, dans le cas contraire, que cet accord soit grandement défavorable aux États membres, et en particulier à la France.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La risoluzione sull'accordo tra l'Unione europea e il Regno di Norvegia sul reciproco accesso alle zone di pesca nello Skagerrak sottolinea coerentemente il carattere di «reciprocità» dei dazi doganali nei confronti della Norvegia. Sono a favore di garantire alla Norvegia il diritto storico di pesca nelle acque del Baltico, dove pescano anche navi svedesi e danesi. Per questo ho votato a favore di questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Este informe de iniciativa contiene una Resolución no legislativa relativa a la Recomendación para la celebración del Acuerdo entre la UE y Noruega sobre el acceso recíproco a la pesca en la zona del Skagerrak para los buques daneses, noruegos o suecos.

Se llama la atención de la Comisión para que reenvíe al Parlamento Europeo las actas y las conclusiones de las consultas, además de un informe completo antes de abrir la renovación de las negociaciones. Asimismo, se pide tanto la Comisión como al Consejo que mantengan al Parlamento informado de todas las etapas de los procedimientos relacionados con el Acuerdo y su renovación, tal y como establecen el artículo 13, apartado 2, del TUE y el artículo 218, apartado 10, del TFUE.

Por último, se destaca la tarea de la Comisión en asegurar que los derechos arancelarios sobre productos pesqueros de la UE no se establezcan en contra de los principios de la libertad de comercio en el área, de conformidad con el Acuerdo sobre el Espacio Económico Europeo y el principio de reciprocidad.

Por estos motivos, he votado a favor de este informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame Europos Parlamentas ragina Komisiją paskutiniais susitarimo taikymo metais ir prieš pradedant derybas dėl jo atnaujinimo pateikti Parlamentui ir Tarybai išsamią susitarimo įgyvendinimo ataskaitą. Jis taip pat ragina Komisiją ir Tarybą, neviršijant atitinkamų savo įgaliojimų, nedelsiant ir išsamiai informuoti Parlamentą visais procedūrų, susijusių su susitarimu ir jo atnaujinimu, etapais, kaip nustatyta Europos Sąjungos sutartyje. Be to, Parlamentas pabrėžia, kad bet kokios trečiosios šalies galimybė patekti į vidaus rinką turi būti grindžiama abipusiškumu ir kad Norvegijos atveju maisto produktams, įskaitant žuvininkystės produktus, iš ES taikomi muitai turi atitikti Europos ekonominės erdvės susitarimą. EP taip pat pabrėžia, jog Komisija turi užtikrinti, kad maisto ir žuvininkystės produktams iš ES taikytini muitai nebūtų nustatomi prieštaraujant laisvosios prekybos maisto produktų, įskaitant žuvininkystės produktus, srityje principams. Šiuo susitarimu taip pat prisidedama prie pertvarkytos žvejybos valdymo ES sistemos, nustatytos pagal naujos bendros žuvininkystės politikos (BŽP) tikslus ir pagrindinius principus, įgyvendinimo, ypač numatyto įpareigojimo iškrauti laimikį taikymo ir privalomų priemonių, kuriomis siekiama išlaikyti išteklių dydžius, viršijančius dydžius, kuriems esant užtikrinama tausi žvejyba, laikymosi.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this report.

This new Agreement was signed on 15 January 2015 and conforms with the UN Convention on the Law of the Sea as well as subsequent related provisions in other agreements.

It continues the exclusive reciprocal access granted to vessels from Denmark, Norway and Sweden to each other's waters outside four nautical miles in the Skagerrak and Kattegat area, whilst at the same time ensuring conservation and management measures for fisheries in the area.

For centuries, Swedish, Danish and Norwegian fishermen have together fished in these waters for the same stocks. Their historical rights to fish in the areas concerned should be respected.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore questo accordo che garantisce accesso reciproco delle imbarcazioni dalla Danimarca, Norvegia e Svezia per la conservazione e l'uso sostenibile delle risorse biologiche nello Skagerrak. La risoluzione sostiene le richieste per una piena rendicontazione e pone l'accento sull'obbligo della Commissione e del Consiglio di tenere il Parlamento europeo immediatamente e pienamente informato in tutte le fasi delle procedure relative all'accordo e al suo rinnovo, cosi come previsto dal trattato sul funzionamento dell'Unione europea.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce projet de résolution demande à la Commission européenne d'informer le Parlement et le Conseil de toutes les étapes des procédures liées à l'accord entre l'Union et la Norvège concernant l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak. Ce texte exprime certaines réserves sur cet accord et rappelle que l'accès de la Norvège au marché intérieur doit se fonder sur la réciprocité. En outre, il est demandé à la Commission de faire pression sur le gouvernement norvégien afin que les droits de douane sur les produits agricoles et alimentaires qu'il impose aux États membres de l'Union n'aillent pas à l'encontre des principes de libre-échange. Certes, le protectionnisme norvégien nuit aux intérêts économiques des États membres. Néanmoins, nous considérons que les autorités de ce pays scandinave défendent ardemment leur marché intérieur afin de protéger leurs entreprises et leurs emplois. Il est donc grand temps que nous retrouvions notre souveraineté nationale pour agir dans le même sens ! Je me suis abstenu sur ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Acordul între Danemarca, Norvegia și Suedia din 1966 privind accesul reciproc la pescuit în Skagerrak și Kattegat și acordul bilateral din 1980 privind pescuitul dintre Uniunea Europeană și Norvegia prevăd accesul reciproc între cele trei țări pentru a pescui până la 4 mile marine de la liniile de bază ale acestora în Skagerrak și Kattegat.

Acordul existent a fost considerat în neconformitate cu dispozițiile actuale ale dreptului mării, date fiind evoluțiile mai recente din legislația internațională în domeniul pescuitului și, în special, odată cu introducerea Convenției Națiunilor Unite din 1982 asupra dreptului mării. Drept urmare, Norvegia și-a exprimat preocuparea cu privire la dispozițiile în materie de control, dar și referitor la principiile de conservare și gestionare care nu mai corespund nevoilor actuale.

Astfel, prezentul proiect are în vedere sprijinirea drepturilor istorice de pescuit din această zonă și, totodată, asigurarea unui sistem de gestionare eficient și sustenabil a stocurilor de pește, motiv pentru care m-am exprimat în favoarea acestei inițiative.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución que se refiere a la recomendación para la conclusión del acuerdo entre la Unión y Noruega sobre el acceso recíproco a la pesca en la zona del Skagerrak para los buques daneses, noruegos o suecos. Este punto está íntimamente ligado al informe de iniciativa que contiene la resolución no legislativa ligada a la recomendación y por coherencia los votos van ligados.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore di questa relazione di accompagnamento alla decisione del Consiglio per un nuovo accordo tra l'Unione europea e il Regno di Norvegia sul reciproco accesso alle zone di pesca nello Skagerrak per le navi battenti bandiera danese, norvegese e svedese.

Tale relazione chiede alla Commissione di presentare al Parlamento e al Consiglio una relazione completa sulla attuazione dell'accordo in vigore prima dell'apertura dei negoziati per il suo rinnovo.

Invita, inoltre, la Commissione a tenere il Parlamento immediatamente e pienamente informato in tutte le fasi delle procedure relative all'accordo e al suo rinnovo, ricordando che il suo compito è di garantire che i dazi doganali sui prodotti alimentari e della pesca provenienti dall'UE non siano impostati in un modo che contravvenga ai principi del libero commercio nel settore dei prodotti alimentari, compresi i prodotti della pesca.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this Resolution on reciprocal access to fishing in Skagerrak. This new Agreement was signed on 15 January 2015 and conforms with the UN Convention on the Law of the Sea, as well as subsequent related provisions in other agreements.

It continues the exclusive reciprocal access granted to vessels from Denmark, Norway and Sweden to each other's waters outside four nautical miles in the Skagerrak and Kattegat area, whilst at the same time ensuring conservation and management measures for fisheries in the area.

For centuries, Swedish, Danish and Norwegian fishermen have together fished in these waters for the same stocks. Their historical rights to fish in the areas concerned should be respected.

James Carver (EFDD), *in writing*. — We abstained as this is non-legislative and Norway has chosen to agree it.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the Resolution on the conclusion of the Agreement between the European Union and the Kingdom of Norway on reciprocal access to fishing in the Skagerrak for vessels flying the flag of Denmark, Norway and Sweden.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Con l'adesione della Danimarca (1973) e della Svezia (1995) all'UE, la Commissione europea è divenuta responsabile della gestione dell'accordo per conto di questi due Stati membri. Si tratta di una accordo di pesca veramente storico: i pescatori svedesi, danesi e norvegesi hanno pescato insieme in queste acque gli stessi stock ittici almeno fin dal Medioevo. La Norvegia ha tenuto negoziati formali con la Commissione europea. Ho quindi votato a favore della risoluzione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε τη συμφωνία, η οποία στηρίζει τα ιστορικά δικαιώματα αλιείας στην εν λόγω περιοχή και θα είναι επωφελής για την εφαρμογή της αναθεωρημένης ΚΑΛΠ στην περιοχή του Kattegat και Skagerrak.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Το ψήφισμα σχετικά με την έκθεση που περιέχει πρόταση μη νομοθετικού ψηφίσματος για τη σύναψη συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Βασιλείου της Νορβηγίας για την αμοιβαία πρόσβαση στην αλιεία στο Skagerrak όσον αφορά σκάφη υπό σημαία Δανίας, Νορβηγίας και Σουηδίας συμβάλλει στην προσπάθεια εξεύρεσης κοινά αποδεκτών λύσεων στον τομέα της αλιείας και του εμπορίου, με στόχο τη συνεργασία όλων των εμπλεκομένων μερών προς όφελος των πολιτών, γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Condivido quanto emerge dalla proposta di risoluzione non legislativa dal momento che i pescatori di Danimarca, Svezia e Norvegia praticano da secoli la propria attività in maniera congiunta nello Skagerrak e nel Kattegat. Sono, altresì, fermamente convinto che l'accordo in oggetto non solo ne prenda effettivamente atto tramite la garanzia dei suddetti diritti storici sulla pesca, bensì si preoccupa di assicurare l'adozione di misure adeguate per la gestione dell'attività in esame.

Invito, dunque, la Commissione a fornire quanto prima informazioni e dati rilevanti in merito all'attuazione dell'accordo, specialmente alla luce delle difficoltà riscontrate a causa dei dazi doganali applicati dal Regno di Norvegia sui prodotti alimentari provenienti dall'UE. Essi, infatti, devono essere quanto più conformi all'accordo sullo Spazio economico europeo e non certo in contrasto con i principi del libero mercato.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report containing a motion for a non-legislative resolution on the draft Council decision on the conclusion of the Agreement between the European Union and the Kingdom of Norway on reciprocal access to fishing in the Skagerrak for vessels flying the flag of Denmark, Norway and Sweden.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — We abstained as this is non-legislative and Norway has chosen to agree it.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione non legislativa (INI) che accompagna la relazione in materia adottata in Commissione PECH.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en favor del presente informe debido a que es la resolución política que apoya el acuerdo de gestión compartida de los recursos pesqueros localizados en el Skagerrak y el Kattegat. Estos dos estrechos son los que separan las aguas del Báltico de las aguas del Mar del Norte, se trata de una zona pesquera donde los pescadores tradicionalmente siguen los bancos de peces independiente de la línea fronteriza de los países implicados. Al tratarse de una zona pesquera compartida con Noruega es la Unión la competente en el desarrollo de este tipo de acuerdos con terceros países. Al tratarse de un acuerdo para permitir los modos de pesca tradicional y respetar principios de reciprocidad y sostenibilidad en dichas zonas he decidido votar a favor del presente informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. — La politica comune della pesca dell'UE prevede un sistema per la gestione degli stock ittici nelle acque da essa contemplate e in questo modo sostiene i diritti storici dei pescatori. Ritengo che il fatto che due dei paesi firmatari dell'accordo siano diventati Stati membri non abbia cambiato il principio secondo cui i pescatori dei tre paesi, segnatamente Svezia, Danimarca e Norvegia, debbano godere dei diritti storici di pesca nello Skagerrak e nel Kattegat.

È della massima importanza che questi diritti storici di pesca siano rispettati. Pertanto ho accolto con favore la presente risoluzione che garantisce ai tre stati la continuità dell'accesso reciproco alle rispettive acque delle altre parti nello Skagerrak e nel Kattegat e consente al tempo stesso di disciplinare la pesca nella zona mediante misure certe di conservazione e di gestione.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przyjęciem umowy regulującej między Unią Europejską a Królestwem Norwegii kwestie wzajemnego dostępu do łowisk w cieśninie Skagerrak dla statków pływających pod banderą Danii, Norwegii i Szwecji.

Uważam, że aktualizacja umowy jest konieczna w celu odzwierciedlenia sytuacji w dziedzinie międzynarodowego prawa dotyczącego rybołówstwa. Umowa przewiduje wspieranie środków ochrony i zarządzania w odniesieniu do zasobów rybnych na tym obszarze oraz umożliwienie zastosowania środków kontroli zgodnie z zasadami normalnej jurysdykcji państwa nadbrzeżnego. Sprawozdanie dotyczące tej umowy ma na celu promowanie deklaracji politycznej przypominającej Norwegii, że wszelkie cła na produkty spożywcze, w tym na produkty rybołówstwa, z UE muszą być zgodne z Porozumieniem o Europejskim Obszarze Gospodarczym.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This agreement ensures continued reciprocal access of vessels from Denmark, Norway and Sweden for the conservation and sustainable use of the living resources in Skagerrak. I voted in favour of this report as it requests full reporting while emphasising on the obligation of the Commission and the Council to keep the EP immediately and fully informed at all stages of the procedures.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport non législatif concerne l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak, un détroit situé entre le sud de la Norvège, le sud-est de la Suède et le nord-ouest du Danemark. La Norvège, pays non membre de l'Union européenne, a engagé des négociations officielles avec la Commission européenne en vue d'obtenir un accès réciproque dans cette zone de pêche très prisée, également exploitée par la Suède et le Danemark, membres de l'Union. L'accord prévoit notamment des dispositions en faveur de la gestion durable des pêcheries dans cette zone et des mesures de contrôle en harmonie avec les principes de la juridiction de l'État côtier. Considérant que cet accord assure l'exploitation raisonnée et la gestion durable des stocks de poissons dans cette zone de pêche internationale et qu'il offrira de nouvelles opportunités aux pêcheurs européens, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – We abstained as this is non-legislative and Norway has chosen to agree it.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport dressant des recommandations pour le bon suivi de l'accord entre l'Union européenne et la Norvège concernant l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak. Sans remettre en cause l'adoption de cet accord de pêche entre l'Union et l'un de ses voisins les plus proches, il est impératif, pour que cet accord soit efficace, que le Parlement européen soit tenu informé du déroulement de la procédure de mise en œuvre de l'accord. Nous souhaitons également que la Commission s'assure que les droits de douanes, fixés par la Norvège, sur les produits alimentaires, s'inscrivent effectivement dans le cadre des dispositions prévues par l'accord sur l'espace économique européen.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce texte.

Le projet de résolution demande à la Commission européenne d'informer le Parlement et le Conseil «à toutes les étapes des procédures liées à l'accord et à son renouvellement» . Le texte rappelle ainsi que l'accès au marché intérieur pour tout pays tiers doit se fonder sur la réciprocité: or, la Norvège impose de nombreux droits de douane aux États membres de l'Union européenne.

Nous sommes favorables au protectionnisme norvégien sur son principe. En l'occurrence, puisque qu'il se fait au détriment de certains États européens, dont la France, nous avons préféré l'abstention.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията относно Споразумението между ЕС и Норвегия относно взаимното предоставяне на достъп за риболов в Скагерак, което де факто е сключено между Дания, Швеция и Норвегия още през 1967 г. С влизането на Дания и Швеция в ЕС, Европейската комисия става отговорна за управлението на риболова в тези страни, следователно и на това споразумение, от името на двете държави членки. Това е основната причина, поради която Исландия не иска да се присъедини към ЕС. Настоящото споразумение обновява предходното, за да се отразят новите тенденции в международното право в областта на рибарството, като например насърчаване на мерките за опазване и управление на рибарството в района.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε τη συμφωνία μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Βασιλείου της Νορβηγίας για την αμοιβαία πρόσβαση στην αλιεία στο Skagerrak όσον αφορά σκάφη υπό σημαία Δανίας, Νορβηγίας και Σουηδίας, καθώς η έκθεση τονίζει ότι η πρόσβαση στην εσωτερική αγορά για οποιαδήποτε τρίτη χώρα πρέπει να βασίζεται στην αμοιβαιότητα και ότι στην περίπτωση της Νορβηγίας οποιοιδήποτε δασμοί σε τρόφιμα, συμπεριλαμβανομένων των προϊόντων αλιείας, από την ΕΕ πρέπει να συνάδουν με τη Συμφωνία για τον Ευρωπαϊκό Οικονομικό Χώρο. Όμως η Συμφωνία για τον Ευρωπαϊκό Οικονομικό Χώρο εγκρίνει διατάξεις στα πεδία της ελεύθερης κυκλοφορίας προσώπων, αγαθών, υπηρεσιών και κεφαλαίων. Η ΕΕ και δύο από τους εταίρους της στον ΕΟΧ — η Νορβηγία και η Ισλανδία — συνδέονται επίσης με μια σειρά από «βόρειες πολιτικές» και μέσω φόρουμ που επικεντρώνονται στις ταχέως εξελισσόμενες βόρειες περιοχές της Ευρώπης και στην περιοχή της Αρκτικής στο σύνολό της. Οι διμερείς σχέσεις δοκιμάστηκαν σημαντικά μετά την αντιμεταναστευτική πρωτο-

βουλία του Φεβρουαρίου 2014, το αποτέλεσμα της οποίας έθεσε υπό αμφισβήτηση τις αρχές της ελεύθερης κυκλοφορίας και της ενιαίας αγοράς, στις οποίες στηρίζονται οι εν λόγω σχέσεις.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution on the EU-Norway Agreement on reciprocal access to fishing in the Skagerrak. The agreement retains the exclusive access to vessels from Denmark, Norway and Sweden to each other's waters outside four nautical miles from the baselines. It is important to my constituents in Wales that the fisheries of the European Union are managed effectively.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Os pescadores da Dinamarca, da Noruega e da Suécia sempre pescaram em conjunto no Kattegat e no Skagerrak.

O acordo defende os direitos históricos de pesca dos pescadores da Dinamarca, da Noruega e da Suécia no Kattegat e no Skagerrak, sem prejuízo dos direitos dos pescadores de outros Estados, ao mesmo tempo que garante a adoção de medidas adequadas em matéria de gestão das pescas e de conservação nessas águas.

A Comissão deve apresentar ao Parlamento e ao Conselho, durante o último ano de vigência do acordo, e antes da abertura de negociações com vista à sua renovação, um relatório completo sobre a respetiva aplicação.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: le projet de résolution demande à la Commission européenne d'informer le Parlement et le Conseil à toutes les étapes des procédures liées à l'accord et à son renouvellement.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução acompanha a recomendação que visa atualizar o acordo de acesso recíproco a atividades de pesca no Skagerrak e no Kattegat, entre a Dinamarca, a Noruega e a Suécia. Este acordo é datado de 1966, antes de a Dinamarca e a Suécia se tornarem membros da UE.

A atualização, proposta pela Noruega, visa colocar o acordo antigo em conformidade com a Convenção das Nações Unidas sobre o Direito do Mar, de 1982, e o Acordo das Nações Unidas relativo às populações de peixes, de 1995, nomeadamente em termos dos dispositivos de controlo, ou sobre as questões de conservação e gestão marítima.

Este acordo, com as respetivas atualizações, contribui para reforçar os direitos históricos dos pescadores da região, independentemente da sua nacionalidade, considerando que os mananciais pesqueiros não conhecem jurisdições administrativas e que a atividade piscatória depende do acesso aos recursos.

Envolvendo dois Estados-Membros da UE e um país terceiro, este acordo não teria de ser objeto de decisão alguma por parte da UE (Parlamento Europeu e Conselho), não se desse o caso de, sob o enquadramento institucional dado pelo Tratado de Lisboa, a gestão dos recursos vivos marinhos ter passado a ser uma competência exclusiva da UE.

Votámos favoravelmente. Reiteramos todavia o nosso desacordo com o supramencionado enquadramento institucional.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente relazione poiché ritengo che il nuovo accordo garantisca alle navi di Danimarca, Norvegia e Svezia l'accesso esclusivo alle rispettive acque al di là delle 4 miglia nautiche a partire dalle linee di base. Garantisce, inoltre, ai due Stati membri e alla Norvegia la continuità dell'accesso reciproco alle rispettive acque delle altre parti nello Skagerrak e nel Kattegat, consentendo, al tempo stesso, di disciplinare la pesca nella zona mediante misure certe di conservazione e di gestione.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted yes because I agree.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della risoluzione per garantire dei diritti storici di pesca e confermare il carattere di «reciprocità» dei dazi doganali nei confronti della Norvegia.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη συμφωνία μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Βασιλείου της Νορβηγίας για την αμοιβαία πρόσβαση στην αλιεία στο Skagerrak όσον αφορά σκάφη υπό σημαία Δανίας, Νορβηγίας και Σουηδίας, καθώς η έκθεση τονίζει ότι η πρόσβαση στην εσωτερική αγορά για οποιαδήποτε τρίτη χώρα πρέπει να βασίζεται στην αμοιβαιότητα και ότι στην περίπτωση της Νορβηγίας οποιοιδήποτε δασμοί σε τρόφιμα, συμπεριλαμβανομένων των προϊόντων αλιείας, από την ΕΕ πρέπει να συνάδουν με τη Συμφωνία για τον Ευρωπαϊκό Οικονομικό Χώρο. Όμως η Συμφωνία για τον Ευρωπαϊκό Οικονομικό Χώρο εγκρίνει διατάξεις στα πεδία της ελεύθερης κυκλοφορίας προσώπων, αγαθών, υπηρεσιών και κεφαλαίων. Η ΕΕ και δύο από τους εταίρους της στον ΕΟΧ — η Νορβηγία και η Ισλανδία — συνδέονται επίσης με μια σειρά από «βόρειες πολιτικές» και μέσω φόρουμ που επικεντρώνονται στις ταχέως εξελισσόμενες βόρειες περιοχές της Ευρώπης και στην περιοχή της Αρκτικής στο σύνολό της. Οι διμερείς σχέσεις δοκιμάστηκαν σημαντικά μετά την αντιμεταναστευτική πρωτοβουλία του Φεβρουαρίου 2014, το αποτέλεσμα της οποίας έθεσε υπό αμφισβήτηση τις αρχές της ελεύθερης κυκλοφορίας και της ενιαίας αγοράς, στις οποίες στηρίζονται οι εν λόγω σχέσεις.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The new Agreement maintains the exclusive access granted to vessels from Denmark, Norway and Sweden to each other's waters outside four nautical miles from the baselines. It ensures continued reciprocal access for the two Member States and Norway to the respective waters of the other parties in the Skagerrak area, whilst at the same time ensuring sound conservation and management measures for fisheries in the area. Furthermore, it allows for control measures in harmony with the principles of normal Coastal State jurisdiction, as is already the case for fisheries in the North Sea. I fully support this Agreement, which is in conformity with the 1980 bilateral fisheries agreement, with UNCLOS and with the objectives of the CFP. It ensures that fishing vessels from Denmark, Norway and Sweden operating in the area comply with the relevant laws, regulations and control and enforcement measures for the conservation and sustainable use of the living resources in the Skagerrak.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Mit dem neuen Abkommen bleibt das ausschließliche Zugangsrecht für Schiffe aus Dänemark, Norwegen und Schweden zu den jeweils anderen Gewässern außerhalb der Vier-Meilen-Zone ab den Basislinien bestehen. Es stellt den gegenseitigen Zugang der beiden EU-Mitgliedstaaten und Norwegens zu den betreffenden Gewässern der jeweils anderen Vertragsparteien im Gebiet des Skagerrak und des Kattegat weiterhin sicher und gewährleistet gleichzeitig geeignete Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen für die Fischereien in dem Gebiet.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I abstained as this is non-legislative and Norway has chosen to agree it.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I supported this proposal, which is replacing a previous agreement that is not in conformity with international laws (Law of the Sea and UN Fish Stock Regulation). It is based on historical rights and will grant Member State access to Norwegian Waters and reciprocal access for Norway for Danish and Swedish waters up to four nautical miles from baselines in Skagerrak.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del Proyecto de Decisión del Consejo relativa a la celebración del Acuerdo entre la Unión Europea y el Reino de Noruega sobre el acceso recíproco a la pesca en el Skagerrak de los buques de Dinamarca, Noruega y Suecia.

Apoyo el informe en la medida que durante siglos los pescadores suecos, daneses y noruegos han pescado juntos en estas aguas y especies. La adhesión a la Unión no debe afectar sus derechos históricos de pesca en sus caladeros históricos.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today, I voted in favour of this report replacing a previous agreement which is not in conformity with international laws (Law of the Sea and UN Fish Stock Regulation). It ensures that fishing vessels from Denmark, Norway and Sweden operating in the area comply with the relevant laws, regulations and control and enforcement measures for the conservation and sustainable use of the living resources in the Skagerrak.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución que se refiere a la recomendación para la conclusión del acuerdo entre la Unión y Noruega sobre el acceso recíproco a la pesca en la zona del Skagerrak para los buques daneses, noruegos o suecos. Este punto está íntimamente ligado al informe de iniciativa que contiene la resolución no legislativa ligada a la recomendación y por coherencia los votos van ligados.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την εν λόγω πρόταση μη νομοθετικού ψηφίσματος, αφού ταυτίζεται με τη θέση που κρατήσαμε στην ψήφιση της έκθεσης του ιδίου εισηγητή (A8-0321/2016) η οποία αφορούσε το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου σχετικά με τη σύναψη της συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Βασιλείου της Νορβηγίας για την αμοιβαία πρόσβαση στην αλιεία στο Skagerrak όσον αφορά σκάφη υπό σημαία Δανίας, Νορβηγίας και Σουηδίας.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea prezentului acord care este în conformitate cu acordul bilateral de pescuit din 1980, cu UNCLOS și cu obiectivele PCP. Prin acest accord se asigură că navele de pescuit din Danemarca, Norvegia și Suedia, care operează în zonă, sunt în conformitate cu legile, regulamentele și măsurile de control și executare pentru conservarea și utilizarea durabilă a resurselor vii în Skagerrak. Noul acord menține accesul exclusiv acordat navelor din Danemarca, Norvegia și Suedia la apele celeilalte părți aflate dincolo de 4 mile marine de la liniile de bază. Acesta asigură accesul reciproc în continuare pentru cele două state membre și Norvegia la apele respective ale celorlalte părți în zona Skagerrak, astfel asigurându-se măsuri solide de conservare și gestionare pentru pescuitul din zonă.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog nezakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju sporazuma između Europske unije i Kraljevine Norveške o uzajamnom pristupu ribolovu u području Skagerraka za plovila koja plove pod zastavom Danske, Norveške i Švedske jer se sporazumom poštuju povijesna prava ribara iz Danske, Švedske i Norveške te se ne dovode u pitanje prava ribara drugih država.

Povrh toga, podržavam provedbu reformiranog sustava za upravljanje ribarstvom u EU-u te mjere koje su namijenjene učinkovitom upravljanju ribarstvom i očuvanju voda te stoga podupirem ovo Izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – L'appel de cette résolution à faire pression sur la Norvège afin de ne pas entraver les principes du libre-échange va à l'encontre de la conception de l'économie que je voudrais appliquer chez nous. Toutefois, ce protectionnisme mis en place par la Norvège se fait au détriment des États membres de l'Union européenne.

Je me suis donc abstenu.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of this proposal, which is replacing a previous agreement that is not in conformity with international laws (Law of the Sea and UN Fish Stock Regulation). It is based on historical rights and will grant Member State access to Norwegian waters and reciprocal access for Norway for Danish and Swedish waters, up to four nautical miles from baselines in Skagerrak.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur la résolution concernant l'accord entre l'Union européenne et la Norvège sur l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak. Le texte exprime certaines réserves du Parlement européen par rapport à cet accord avec la Norvège. Il rappelle ainsi que l'accès au marché intérieur pour tout pays tiers doit se fonder sur la réciprocité. Dans le cas de la Norvège, il est demandé à la Commission de faire pression sur ce pays pour que les droits de douane sur l'agriculture, les produits alimentaires et la pêche qu'il impose à l'Union européenne n'aillent pas à l'encontre des principes du libre-échange. C'est cet aspect qui pose problème, car on ne peut pas reprocher à la Norvège de protéger son marché intérieur pour préserver son économie et ses emplois. Je n'ai toutefois pas voté contre le projet de résolution car ce protectionnisme norvégien se fait en l'occurrence au détriment des États membres de l'Union…

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque considero que supone un acuerdo ambientalmente sostenible y justo para los barcos pesqueros escandinavos que operan en el Skagerrak.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En esta propuesta de Resolución no legislativa del Parlamento Europeo, este toma posición respecto al Acuerdo entre la Unión Europea y Noruega sobre el acceso recíproco a la pesca en el Skagerrak para los buques daneses, suecos y noruegos y, teniendo en cuenta los objetivos buscados por el citado Acuerdo, a saber, la defensa de los derechos históricos de los pescadores de estos tres países en el estrecho y la adopción de medidas adecuadas para la gestión y la conservación de la pesca en esas zonas, el Parlamento pide a la Comisión y al Consejo que se le mantenga informado sobre la aplicación del Acuerdo antes de su eventual renovación.

Doy mi voto favorable ya que es importante tener conocimiento de la aplicación de este Acuerdo, que aplica los objetivos y principios básicos de la nueva política pesquera común.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Zdržel jsem se. Jde o usnesení k dohodě o přístupu rybářských lodí Norska, Dánska a Švédska do průlivu Skagerrak. Usnesení žádá Komisi, aby podala zprávu o uplatňování dohody před jejím prodloužením. Považuji tuto dohodu za záležitost Dánska a Švédska, proto jsem se zdržel.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Izvješće iznosi činjenicu da ribari iz Danske, Norveške i Švedske tradicionalno zajedno love u području Kattegata i Skagerraka. Sporazumom se poštuju povijesna prava ribara iz Danske, Norveške i Švedske na ribarenje u području Kattegata i Skagerraka ne dovodeći u pitanje prava ribara iz drugih država, a istodobno se jamči i da su poduzete odgovarajuće mjere za upravljanje ribarstvom i očuvanje u tim vodama. Njime se također podupire provedba reformiranog sustava za upravljanje ribarstvom u EU-u u skladu s ciljevima i osnovnim načelima nove zajedničke ribarstvene politike, naročito uvođenje obveze iskrcavanja i obveznih mjera za održavanje stokova iznad razina koje omogućuju postizanje najvišeg održivog prinosa.

Nužno je da se za sve treće zemlje pristup unutarnjem tržištu temelji na uzajamnosti i da u slučaju Norveške sve carine na prehrambene proizvode iz EU-a, uključujući proizvode ribarstva, moraju biti u skladu sa Sporazumom o Europskom gospodarskom prostoru. Stoga je zadaća Komisije da zajamči da se carine na prehrambene proizvode i proizvode ribarstva iz EU-a ne određuju tako da su u suprotnosti s načelima slobodne trgovine.

Podržala sam ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Týmto unesením EP vyzýva Komisiu, aby počas posledného roka uplatňovania Dohody medzi EÚ a Nórskom o recipročnom prístupe k rybolovu v oblasti Skagerrak a pred začatím rokovaní o obnovení jej platnosti predložila Parlamentu a Rade kompletnú správu o vykonávaní tejto dohody. Zároveň je Komisia povinná informovať Parlament o všetkých etapách počas rokovaní o obnovení v zmysle postupov podľa Zmluvy o fungovaní EÚ.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση που περιέχει πρόταση μη νομοθετικού ψηφίσματος για το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου σχετικά με τη σύναψη της συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του Βασιλείου της Νορβηγίας για την αμοιβαία πρόσβαση στην αλιεία στο Skagerrak όσον αφορά σκάφη υπό σημαία Δανίας, Νορβηγίας και Σουηδίας, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte.

Cette résolution vise à exprimer certaines réserves du Parlement européen par rapport à l'accord entre l'Union européenne et la Norvège concernant les activités de pêche dans le Skagerrak et le Kattegat. Le Parlement européen critique la Norvège à cause de certaines mesures restrictives imposées afin de protéger son marché intérieur.

Il émet ces critiques tout en glorifiant, bien entendu, le principe de libre-échange auquel nous nous opposons. Nous ne pouvons pas priver la Norvège de son juste droit à préserver son économie et ses emplois. Cependant, nous ne pouvons pas, non plus, voter contre le projet de résolution car le protectionnisme norvégien se fait bien évidemment au détriment des États membres de l'Union européenne.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the EU-Norway Agreement on reciprocal access to fishing in the Skagerrak (resolution). Voting positively means supporting the role of the Commission to ensure that custom duties on food and fisheries products from the EU do not contradict the principles of free trade in terms of food and fishery products. At the same time, the agreement will ensure that suitable measures are taken for the purpose of both fishery management and conservation of the waters in the region.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Voto a favor del acuerdo porque defiende los derechos de pesca históricos de Dinamarca, Noruega y Suecia en el Kattegat y el Skagerrak, sin perjuicio de los derechos de los pescadores de otros Estados, al tiempo que garantiza la adopción de medidas adecuadas para la gestión y la conservación de la pesca en estas zonas.

Además, apoya la aplicación del sistema reformado de gestión de la pesca en la Unión, establecido en consonancia con los objetivos y principios básicos de la nueva política pesquera común (PPC), en particular, la introducción de la obligación de desembarque y el mantenimiento de las poblaciones por encima de los niveles que puedan producir el rendimiento máximo sostenible.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Un accord signé en 1966 entre le Danemark, la Norvège et la Suède concernant l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak et le Kattegat est entré en vigueur le 7 août 1967. Avec l'adhésion du Danemark et de la Suède à l'Union européenne respectivement en 1973 et en 1995, la gestion de cet accord au nom de ces deux États membres est revenue à la Commission. Compte tenu des évolutions plus récentes du droit international de la pêche, la Norvège a estimé que l'accord existant n'était plus conforme aux dispositions du droit de la mer et aux principes de conservation et de gestion modernes. Un nouvel accord a été proposé en 2014: il garantit le maintien de l'accès réciproque des deux États membres concernés et de la Norvège aux eaux respectives des autres parties dans la zone du Skagerrak et du Kattegat, tout en assurant la mise en œuvre de mesures de conservation et de gestion judicieuses de la pêche dans cette zone.

L'approbation du Parlement européen est nécessaire pour la conclusion de cet accord. Je vote pour.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Dans la continuité du précédent rapport, ce projet de résolution vise à demander à la Commission européenne d'informer le Parlement et le Conseil de toutes les étapes des procédures liées à l'accord et à son renouvellement.

Certaines réserves sont émises sur cet accord avec la Norvège, notamment en ce qui concerne l'accès au marché intérieur de cet État pour les pays tiers. Il est demandé à la Commission de faire pression pour que les droits de douane sur l'agriculture, les produits alimentaires et la pêche imposés par la Norvège n'aillent pas à l'encontre du principe de libre-échange.

Ce reproche fait à la Norvège, qui ne souhaite que protéger son marché intérieur, m'a conduite à m'abstenir sur cette résolution.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je salue la proposition de résolution non législative relative au projet de décision du Conseil concernant l'accord entre l'Union européenne et la Norvège quant à l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak. Ces eaux, comprises entre les territoires danois, suédois et norvégien, font l'objet d'activités de pêche entreprises par les pêcheurs de ces trois pays. Je me réjouis que l'accord dont il est ici question intègre des principes chers à la nouvelle politique commune de la pêche tels que l'obligation de débarquement ainsi que l'exploitation des stocks permettant le rendement maximum durable.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the motion for a non-legislative resolution, which is linked to the Recommendation on the conclusion of the Agreement between the EU and Norway on reciprocal access to fishing in the Skagerrak for vessels flying the flag of Denmark, Norway and Sweden. It calls on the Commission to forward to the EP the minutes and conclusions of any consultations as well as a full implementation report before the opening of renewal negotiations. It also calls on the Commission and the Council to keep the EP immediately and fully informed at all stages of the procedures related to the agreement and its renewal, pursuant to Article 13(2) of the Treaty on European Union and Article 218(10) of the Treaty on the Functioning of the European Union.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Halászati Bizottság az 5. pontban említett jelentéséhez állásfoglalás-tervezetet is csatolt. A tervezet fölhívni javasolja a Bizottságot és a Tanácsot a Parlamentnek a megállapodás végrehajtásával, illetve megújításával kapcsolatos folyamatos és teljes körű tájékoztatására. Hangsúlyozni javasolja továbbá, hogy az Unióból származó élelmiszerekre és halászati termékekre vonatkozó norvég vámoknak összhangban kell állniuk az Európai Gazdasági Térségről szóló megállapodással és az e területen érvényes szabadkereskedelem elveivel.

A tervezet elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le projet de résolution demande à la Commission européenne d'informer le Parlement et le Conseil «à toutes les étapes des procédures liées à l'accord et à son renouvellement».

Il exprime en outre certaines réserves du Parlement européen par rapport à cet accord avec la Norvège: il rappelle ainsi que l'accès au marché intérieur pour tout pays tiers doit se fonder sur la réciprocité. Dans le cas de la Norvège, il est demandé à la Commission de faire pression sur ce pays pour que les droits de douane sur l'agriculture, les produits alimentaires et la pêche qu'il impose à l'Union européenne n'aillent pas à l'encontre des principes du libre-échange.

C'est cet aspect qui nous pose problème car on ne peut pas reprocher à la Norvège de protéger son marché intérieur pour préserver son économie et ses emplois. On ne votera pas toutefois contre le projet de résolution car ce protectionnisme norvégien se fait en l'occurrence au détriment des États membres de l'Union. Abstention.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce projet de résolution demande à la Commission européenne d'informer le Parlement et le Conseil «à toutes les étapes des procédures liées à l'accord et à son renouvellement».

Il exprime en outre certaines réserves du Parlement européen par rapport à cet accord avec la Norvège: il rappelle ainsi que l'accès au marché intérieur pour tout pays tiers doit se fonder sur la réciprocité. Dans le cas de la Norvège, il est demandé à la Commission de faire pression sur ce pays pour que les droits de douane sur l'agriculture, les produits alimentaires et la pêche qu'il impose à l'Union européenne n'aillent pas à l'encontre des principes du libre-échange.

C'est cet aspect qui me pose problème, car on ne peut pas reprocher à la Norvège de protéger son marché intérieur pour préserver son économie et ses emplois.

Je ne vote toutefois pas contre le projet de résolution, car ce protectionnisme norvégien se fait en l'occurrence au détriment des États membres de l'Union. Je m'abstiens plutôt sur cette résolution.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this proposal, which is based on historical rights and will grant Member State access to Norwegian waters and reciprocal access for Norway for Danish and Swedish waters up to four nautical miles from baselines in Skagerrak.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui accompagne l'approbation de l'accord de pêche avec la Norvège sur l'accès aux eaux du Skagerrak. Le texte estime que l'accord respecte les droits de pêche historiques des pêcheurs du Danemark, de la Norvège et de la Suède dans le Kattegat et le Skagerrak sans préjudice des droits des pêcheurs d'autres États. Il garantit par ailleurs l'adoption de mesures appropriées pour la gestion et la poursuite de la pêche dans ces zones.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – On 7 August 1967, an agreement on reciprocal fishing access in the Skagerrak and Kattegat areas between Denmark, Norway and Sweden entered into force. Following Denmark's and Sweden's accession to the EU, the Commission became responsible for the management of this Agreement on behalf of these two Member States. I have voted for this report regarding the renewal of this agreement.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. ELi ühise kalanduspoliitikaga on kehtestatud selle kohaldamisalasse kuuluvate vete kalavarude majandamise süsteem ning seeläbi toetatakse kalurite ajaloolisi õigusi. Leping toetab täiendavalt selles piirkonnas kehtivaid ajaloolisi püügiõigusi ning sellest on kasu ka reformitud ühise kalanduspoliitika rakendamisel Kattegatis ja Skagerrakis.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Οι αλιείς από τη Δανία, τη Νορβηγία και τη Σουηδία παραδοσιακά αλίευαν πάντοτε από κοινού στην περιοχή του Kattegat και Skagerrak. Αυτή η συμφωνία στηρίζει τα ιστορικά δικαιώματα αλιείας των αλιέων από τη Δανία, τη Νορβηγία και τη Σουηδία στο Kattegat και Skagerrak, χωρίς να θίγει τα δικαιώματα αλιέων από άλλα κράτη, ενώ παράλληλα διασφαλίζεται και η λήψη κατάλληλων μέτρων διαχείρισης και διατήρησης της αλιείας στις περιοχές αυτές.

Η συμφωνία στηρίζει επίσης την εφαρμογή του μεταρρυθμισμένου συστήματος διαχείρισης της αλιείας στην ΕΕ, το οποίο θεσπίστηκε σύμφωνα με τους στόχους και τις βασικές αρχές της νέας Κοινής Αλιευτικής Πολιτικής (ΚΑΛΠ), ιδίως την εισαγωγή της υποχρέωσης εκφόρτωσης και των υποχρεωτικών μέτρων για τη διατήρηση των αποθεμάτων πάνω από τα επίπεδα που επιτρέπουν τη μέγιστη βιώσιμη απόδοση. Για τους παραπάνω λόγους υπερψήφισα την έκθεση.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che l'accordo tra l'Unione europea e il Regno di Norvegia protegge i diritti di pesca storici dei pescatori danesi, norvegesi e svedesi all'interno delle acque nel Kattegat e nello Skagerrak, e permette di applicare misure adeguate per la corretta gestione dell'attività della pesca e la conservazione in tali acque.

Un ulteriore motivo per il quale voto a favore di questo accordo è che sostiene appieno l'attuazione del sistema riformato inerente la gestione della pesca nell'UE elaborato, conformemente, con i principi basilari della nuova politica della pesca (PCP).

In conclusione, come deputato invito la Commissione e il Consiglio a tenere informato il Parlamento in merito al proseguo delle procedure relative all'accordo e al suo stesso rinnovo. Pertanto ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam ovu nezakonodavnu Rezoluciju Europskog parlamenta o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju sporazuma između Europske unije i Kraljevine Norveške o uzajamnom pristupu ribolovu u području Skagerraka za plovila koja plove pod zastavom Danske, Norveške i Švedske. Sporazum je u skladu s Konvencijom UN-a o pravu mora i naknadnim povezanim odredbama iz drugih sporazuma. Činjenica da su dvije od navedenih država postale države članice EU-a nije promijenila načelo prema kojem bi ribari iz sve tri države trebali uživati povijesno pravo na ribarenje u području Skagerraka i Kattegata. Od iznimne je važnosti da se poštuju ta povijesna prava na ribarenje.

Ta je tradicija starija od formiranja država i priznavanja teritorijalnih voda, kao i od mnogo kasnije nastalih isključivih gospodarskih pojaseva. Kattegat i Skagerrak tipični su primjeri za to. Švedski, danski i norveški ribari zajedno love iste stokove u tim vodama još od srednjeg vijeka, a možda i duže. Ovim sporazumom se osigurava daljnji uzajamni pristup vodama drugih strana u području Skagerraka i Kattegata te se njime istovremeno osiguravaju razborite mjere očuvanja i upravljanja za ribolov u tom području.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Ribari tradicionalno ne ribare u određenim vodama, već love određene vrste u vodama gdje se te vrste mogu naći. Kattegat i Skagerrak tipični su primjeri te tradicije starije od priznavanja teritorijalnih voda i načelo prema kojem bi ribari iz Danske, Švedske i Norveške trebali uživati povijesno pravo na ribarenje u tom području treba zaštititi. Prethodno važeći sporazum navedenim je državama omogućivao uzajaman pristup ribolovu u području do četiri nautičke milje od njihovih polaznih linija u području Skagerraka i Kattegata.

S obzirom na noviji razvoj događaja u međunarodnom pravu, Norveška je 2009. službeno obznanila svoju želju da sporazum raskine – isti je prestao važiti 2012. Norveška je započela službene pregovore s Komisijom nakon toga s ciljem uspostave zamjenskog sporazuma usklađenog s Konvencijom UN-a o pravu mora te je on potom potpisan 15. siječnja 2015. Njime se navedenim državama osigurava daljnji uzajamni pristup vodama drugih strana u području Skagerraka i Kattegata te se osiguravaju razborite mjere očuvanja i upravljanja za ribolov u tom području.

Pristup unutarnjem tržištu mora se temeljiti na uzajamnosti za sve treće zemlje te u slučaju Norveške sve carine na prehrambene proizvode iz EU-a, što uključuje proizvode ribarstva, moraju biti u skladu sa Sporazumom o Europskom gospodarskom prostoru.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta resolução acompanha a recomendação que visa atualizar o acordo de acesso recíproco a atividades de pesca no Skagerrak e no Kattegat, entre a Dinamarca, a Noruega e a Suécia. Este acordo é datado de 1966, antes de a Dinamarca e a Suécia se tornarem membros da UE.

A atualização, proposta pela Noruega, visa colocar o acordo antigo em conformidade com a Convenção das Nações Unidas sobre o Direito do Mar, de 1982, e o Acordo das Nações Unidas relativo às populações de peixes, de 1995, nomeadamente em termos dos dispositivos de controlo, ou sobre as questões de conservação e gestão marítima.

Este acordo, com as respetivas atualizações, contribui para reforçar os direitos históricos dos pescadores da região, independentemente da sua nacionalidade, considerando que os mananciais pesqueiros não conhecem jurisdições administrativas e que a atividade piscatória depende do acesso aos recursos.

Envolvendo dois Estados-Membros da UE e um país terceiro, este acordo não teria de ser objeto de decisão alguma por parte da UE (Parlamento Europeu e Conselho) não se desse o caso de, sob o enquadramento institucional dado pelo Tratado de Lisboa, a gestão dos recursos vivos marinhos ter passado a ser uma competência exclusiva da UE. Votámos favoravelmente. Reiteramos, todavia, o nosso desacordo com o supramencionado enquadramento institucional.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Hlasoval jsem pro usnesení v souvislosti s dohodou mezi EU a Norskem o vzájemném přístupu k rybolovu ve Skagerraku. Tato rezoluce vyzývá Komisi, aby Parlamentu předala zápisy a závěry z veškerých konzultací a úplnou hodnotící zprávu o uplatňování dohody. Mimo jiné vyzývá Komisi a Radu, aby Parlament ve všech etapách postupů týkajících se dohody a prodloužení její platnosti okamžitě a plně informovaly dle práva EU.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie ma na celu promowanie deklaracji politycznej przypominającej Norwegii, że wszelkie cła na produkty spożywcze (w tym produkty rybołówstwa) z UE muszą być zgodne z Porozumieniem EOG. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu l'accord de pêche entre l'Union européenne et la Norvège concernant l'accès réciproque aux activités de pêche dans le Skagerrak, je vote donc en faveur de cette résolution.

Cet accord permettra de maintenir l'accès exclusif dont jouissent les navires du Danemark et de la Suède dans leurs eaux respectives et dans celles de la Norvège au-delà de quatre milles marins des lignes de base. De plus, il garantira le maintien de l'accès réciproque de ces mêmes États, aux eaux respectives des autres parties dans la zone du Skagerrak et du Kattegat. Dans ces zones les droits de pêche sont historiques et antérieurs à la création des États, il est donc important que la législation de l'UE respecte ces traditions.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We abstained as this is non-legislative and Norway has chosen to agree it.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Este novo acordo mantém o acesso exclusivo concedido reciprocamente aos navios da Dinamarca, da Noruega e da Suécia às águas de cada um dos três países situadas fora do limite de quatro milhas marítimas medidas a partir das linhas de base. Garante aos dois Estados-Membros e à Noruega a continuidade do acesso recíproco às águas de cada um deles no Skagerrak e no Kattegat, assegurando, ao mesmo tempo, medidas adequadas de conservação e gestão das pescas nesta zona.

Além disso, permite medidas de controlo em harmonia com os princípios de jurisdição normal de um Estado costeiro, como é já o caso da pesca no mar do Norte.

A pesca nestas águas é uma prática anterior à criação dos Estados e ao reconhecimento das águas territoriais e, ulteriormente, da zona económica exclusiva. Os pescadores suecos, dinamarqueses e noruegueses pescam em conjunto as mesmas populações de peixes nestas águas, no mínimo, desde a Idade Média.

O facto de dois destes países se terem tornado Estados-Membros não altera o princípio de que os pescadores destes três países devem usufruir dos direitos históricos a pescar no Skagerrak e no Kattegat.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Este informe de iniciativa contiene una resolución no legislativa ligada a la recomendación para la conclusión del acuerdo entre la Unión y Noruega sobre el acceso recíproco a la pesca en la zona del Skagerrak para los buques daneses, noruegos o suecos.

Se llama la atención de la Comisión para que reenvíe al PE las actas y las conclusiones de las consultas, además de un informe completo antes de abrir la renovación de las negociaciones. Asimismo pide tanto la Comisión como el Consejo que mantengan al PE informado de todas las etapas de los procedimientos relacionados con el acuerdo y su renovación, tal y como establece el artículo 13, apartado 2, del TUE y el artículo 218, apartado 10, del TFUE.

Por último ,se destaca la tarea de la Comisión es asegurar que los derechos arancelarios sobre productos pesqueros de la Unión no se establezcan en contra de los principios de la libertad de comercio en el área, de conformidad con el Acuerdo del Área Económica Europea y el principio de reciprocidad.

Por estos motivos, he votado a favor de este informe.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution non législative du Parlement européen sur le projet de décision du Conseil relative à la conclusion de l'accord entre l'Union européenne et le Royaume de Norvège concernant l'accès réciproque des navires battant pavillon du Danemark, de la Norvège et de la Suède aux activités de pêche dans le Skagerrak. Grâce à cette résolution non législative, le Parlement européen donne son approbation à cet accord prévoyant que les pêcheurs du Danemark, de Norvège et de Suède puissent continuer à pêcher ensemble dans le Kattegat et le Skagerrak comme ils l'ont toujours fait. Qui plus est, le Parlement demande à la Commission et au Conseil d'être informé des procédures liées à cet accord et à son renouvellement.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Žvejyba Skagerako sąsiauryje yra nedidelės apimties, tačiau svarbus Europos ekonominės erdvės veikimo klausimas. Nors klausimas iš esmės yra techninio pobūdžio ir nekelia didelių politinių prieštaravimų, jo spartus sureguliavimas parodo EEE veikimo efektyvumą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – À semelhança da proposta de recomendação nesta matéria, subscrevi também esta proposta de resolução não legislativa, na medida em que apresenta um conjunto de sugestões relativas aos direitos históricos dos pescadores destes três países, que devem ser preservados, no sentido de lhes ser permitido continuar a pescar em conjunto nas áreas de pesca de Kattegat e Skagerrak.

Para o efeito, é essencial que seja garantida a adoção de medidas adequadas em matéria de gestão das pescas e de conservação nessas águas, mantendo as unidades populacionais acima dos níveis que permitem atingir o rendimento máximo sustentável.

Subscrevo também a importância da apresentação de um relatório de avaliação sobre a aplicação do acordo, a cargo da Comissão, que deverá ter também como missão garantir que a fixação de direitos aduaneiros sobre produtos alimentares e da pesca provenientes da UE não seja contrária ao princípio do comércio livre.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en favor del presente informe debido a que es la resolución política que apoya el acuerdo de gestión compartida de los recursos pesqueros localizados en el Skagerrak y el Kattegat. Estos dos estrechos son los que separan las aguas del Báltico de las aguas del Mar del Norte, se trata de una zona pesquera donde los pescadores tradicionalmente siguen los bancos de peces independiente de la línea fronteriza de los países implicados. Al tratarse de una zona pesquera compartida con Noruega es la Unión la competente en el desarrollo de este tipo de acuerdos con terceros países. Al tratarse de un acuerdo para permitir los modos de pesca tradicional y respetar principios de reciprocidad y sostenibilidad en dichas zonas he decidido votar a favor del presente informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore della relazione sulla conclusione dell'accordo tra l'Unione europea e il Regno di Norvegia sul reciproco accesso alle zone di pesca nello Skagerrak. La relazione evidenzia correttamente l'importanza del rispetto dei diritti storici di pesca. Da secoli infatti i pescatori svedesi, danesi e norvegesi pescano insieme in questa zona. Essa sottolinea infine che l'accesso al mercato interno per qualsiasi paese terzo deve basarsi sulla reciprocità e che, nel caso della Norvegia, i dazi doganali sui prodotti alimentari provenienti dall'UE, inclusi i prodotti della pesca, devono essere conformi all'accordo sullo Spazio economico europeo.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this report as I do agree with free trade but not the EU organising it.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report replacing a previous agreement which is not in conformity with international laws (Law of the Sea and UN Fish Stock Regulation). It ensures that fishing vessels from Denmark, Norway and Sweden operating in the area comply with the relevant laws, regulations and control and enforcement measures for the conservation and sustainable use of the living resources in the Skagerrak.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Prijedlog nezakonodavne rezolucije o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju sporazuma između Europske unije i Kraljevine Norveške o uzajamnom pristupu ribolovu u području Skagerraka za plovila koja plove pod zastavom Danske, Norveške i Švedske ne dovodi u pitanje prava ribara iz drugih država te jamči da su poduzete odgovarajuće mjere za upravljanje ribarstvom i očuvanje u tim vodama. Također, podupire se provedba reformiranog sustava za upravljanje ribarstvom u EU-u uspostavljenog u skladu s ciljevima i osnovnim načelima nove zajedničke ribarstvene politike.

Europski parlament naglašava da se za sve treće zemlje pristup unutarnjem tržištu mora temeljiti na uzajamnosti i da u slučaju Norveške sve carine na prehrambene proizvode iz EU-a, uključujući proizvode ribarstva, moraju biti u skladu sa Sporazumom o Europskom gospodarskom prostoru.

Također, nalaže svojem predsjedniku da ovu Rezoluciju proslijedi Vijeću i Komisiji te vladama i parlamentima država članica i Kraljevine Norveške. Zadaća Komisije je zajamčiti da se carine na prehrambene proizvode i proizvode ribarstva iz EU-a ne određuju tako da su u suprotnosti s načelima slobodne trgovine u području prehrambenih proizvoda. U potpunosti podržavam ovo Izvješće.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za nezakonodajno resolucijo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Sporazuma med Evropsko unijo in Kraljevino Norveško o vzajemnem dostopu do ribolova v Skagerraku za plovila, ki plujejo pod zastavo Danske, Norveške in Švedske. Podpiram poziv Komisiji, naj Parlamentu posreduje zapisnike in sklepe vseh posvetovanj ter izčrpno poročilo o izvajanju sporazuma v zadnjem letu njegove veljavnosti in pred začetkom pogajanj za njegovo podaljšanje. Prav tako resolucija pravilno poudarja, da mora Komisija zagotoviti, da carina na živilske in ribiške proizvode iz EU ne bo določena v nasprotju z načeli proste trgovine na področju živil, vključno z ribiškimi proizvodi.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Az ajánlás elfogadásával egyetértésemet fejeztem ki az Európai Unió és a Norvég Királyság közötti kölcsönös hozzáférésről szóló megállapodás tervezetével kapcsolatban, amely a Dánia, Norvégia és Svédország lobogója alatt közlekedő hajókat érinti a Skagerrak halászterületeken. Az ajánlás leírja, hogy a megállapodás fenntartja a dán, norvég és svéd halászok történelmi halászati jogait ezen a területen anélkül, hogy sértené más államok halászainak jogait, miközben biztosítja azt is, hogy a szóban forgó vizeken megfelelő intézkedéseket tegyenek a halászati gazdálkodás és az állománymegőrzés területén. Egyetértek azzal, hogy a megállapodás elősegíti az Unión belüli, az új közös halászati politika alapelveivel összhangban átalakított halászati gazdálkodási rendszer végrehajtását és kötelező intézkedések bevezetését az állományok maximális fenntartható hozamot eredményező szint felett tartása érdekében. Egyetértek továbbá azzal, hogy bármely harmadik ország belső piachoz való hozzáférésének a kölcsönösségen kell alapulnia, valamint hogy Norvégia esetében az Unióból származó élelmiszertermékekre kivetett vámoknak összhangban kell állniuk az Európai Gazdasági Térségről szóló megállapodással. Mindezt úgy kell megtenni, hogy az Unióból származó élelmiszerekre és halászati termékekre vonatkozóan ne állapítsanak meg olyan vámokat, amelyek ellentétesek az élelmiszerek, többek között a halászati termékek területén érvényes szabad kereskedelem elveivel.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin mietinnön puolesta ALDE:n suosituksen mukaisesti. On tärkeää, että yhteistyötä EU:n ja Norjan välillä jatketaan rakentavalla tavalla. On oikeudenmukaista, että vuosisatoja jatkunut Skagerrakin alueen käyttö kalastukseen on jatkossakin avoin sekä Norjalle, Tanskalle että Ruotsille.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte également. Traditionnellement, les pêcheurs ne pêchent pas dans certaines eaux: ils pêchent des stocks halieutiques ou des espèces déterminés, dans les eaux où se trouvent ces stocks et espèces, et ils suivent les espèces migratoires. Cette tradition est antérieure à la création des États et à la reconnaissance des eaux territoriales ainsi qu'aux zones économiques exclusives, qui ont fait leur apparition beaucoup plus tard.

La zone du Skagerrak et du Kattegat est un exemple typique de cette situation. Les pêcheurs suédois, danois et norvégiens pêchent ensemble dans ces eaux et pour les mêmes stocks au moins depuis le Moyen-Âge. Le fait que deux parmi ces trois pays soient devenus États membres ne modifie pas le principe selon lequel les pêcheurs de ces trois pays devraient pouvoir jouir des droits de pêche historiques dans la zone du Skagerrak et du Kattegat. Le respect de ces droits de pêche historiques est de la plus haute importance.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The EU-Norway Agreement on reciprocal access to fishing in the Skagerrak, a strait running between the southeast coast of Norway and the southwest coast of Sweden, allows for reciprocal access between the EU, Sweden and Norway, to fish up to four nautical miles from their respective baselines in the Skagerrak. I voted in favour of the report because it supports the historical fishing rights shared in the area, one that predates the creation of states and the recognition of territorial waters, as well as exclusive economic zones.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o sporazumu između EU-a i Norveške o uzajamnom pristupu ribolovu u području Skagerraka" s obzirom na sporazum potpisan 15. siječnja 2015. godine. Tim se sporazumom određuje odobren pristup plovilima iz Danske, Norveške i Švedske u međusobnim vodama izvan 4 nautičke milje od polaznih crta.

Iako je prvenstveni sporazum između ovih država potpisan još 1966. godine, a zatim je produživan na dva petogodišnja razdoblja, Norveška smatra da postojeći sporazum nije u skladu s trenutačnim odredbama prava mora, posebno s obzirom na uvođenje Konvencije UN-a o pravu mora iz 1982. i Sporazuma UN-a o ribljim stokovima iz 1995. godine. Novim sporazumom se plovilima iz Danske, Norveške i Švedske i dalje jamči pristup vodama, ali se osiguravaju mjere očuvanja i upravljanja za ribolov.

Treba još istaknuti i uvedene mjere kontrole u skladu s načelima uobičajene nadležnosti obalne države što je već uspostavljeno za ribolovne aktivnosti u Sjevernom moru.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam Izvješće o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju Sporazuma između Europske unije i Kraljevine Norveške o uzajamnom pristupu ribolovu u području Skagerraka za plovila koja plove pod zastavom Danske, Norveške i Švedske budući da ribari iz tih triju država tradicionalno zajedno love u području Kattegata i Skagerraka te se njime poštuju povijesna prava ribara. Smatram da je vrlo bitno to što su sporazumom poduzete odgovarajuće mjere za upravljanje ribarstvom i očuvanje u tim vodama.

Sporazum o uzajamnom pristupu ribolovu na ovom području na snazi je od 1967. godine, no ulaskom Danske i Švedske u Europsku uniju te promjenama u međunarodnom pravu o ribolovu došlo je do potrebe za ažuriranjem ovog sporazuma. Izmjene i dalje jamče Danskoj, Norveškoj i Švedskoj uzajamni pristup vodama u području Skagerraka i Kattegata te se promovira očuvanje i upravljanje mjera za ribarstvo tog područja.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog nezakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Sporazuma med Evropsko unijo in Kraljevino Norveško o vzajemnem dostopu do ribolova v Skagerraku za plovila, ki plujejo pod zastavo Danske, Norveške in Švedske sem podprla. Švedski, danski in norveški ribiči že najmanj od srednjega veka skupaj lovijo v teh vodah iste staleže. Tradicija ribolova je starejša od nastanka držav in pomembno je, da se spoštujejo zgodovinske ribolovne pravice. Sporazum med Dansko, Norveško in Švedsko o vzajemnem dostopu do ribolova v Skagerraku in Kattegatu je začel veljati 7. avgusta 1967 in je bil leta 2002 podaljšan do 2012. Novi sporazum plovilom Danske, Norveške in Švedske še naprej omogoča izključni dostop do voda vseh treh držav dlje kot štiri morske milje od temeljnih črt. Zagotavlja stalni vzajemni dostop obeh držav članic in Norveške do zadevnih voda drugih pogodbenic na območju Skagerraka in Kattegata, hkrati pa tudi preudarne ukrepe za ohranjanje in upravljanje ribolova na tem območju. Poleg tega omogoča nadzorne ukrepe v skladu z načeli običajne jurisdikcije obalnih držav, kar že velja za ribolov v Severnem morju.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – This resolution is proof that agreements can be reached between individuals from different European countries or with Norway, even if it is not a Member State. I support this proposal, which respects the historic agreements and will favour the fishing sector of these countries to continue working on the basis of the rules of the Union.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce projet de résolution demande à la Commission européenne d'informer le Parlement et le Conseil «à toutes les étapes des procédures liées à l'accord et à son renouvellement».

Il exprime en outre certaines réserves du Parlement européen par rapport à cet accord avec la Norvège: il rappelle ainsi que l'accès au marché intérieur pour tout pays tiers doit se fonder sur la réciprocité. Dans le cas de la Norvège, il est demandé à la Commission de faire pression sur ce pays pour que les droits de douane sur l'agriculture, les produits alimentaires et la pêche qu'il impose à l'Union européenne n'aillent pas à l'encontre des principes du libre-échange.

C'est cet aspect qui me pose problème car on ne peut pas reprocher à la Norvège de protéger son marché intérieur pour préserver son économie et ses emplois. Je ne voterai pas toutefois contre le projet de résolution car ce protectionnisme norvégien se fait en l'occurrence au détriment des États membres de l'Union.

J'ai choisi l'abstention.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Umowa ta umożliwia wzajemny dostęp tych trzech krajów do zasobów rybnych poza obszarem 4 mil morskich od krajowych linii podstawowych. Po przystąpieniu państw do UE, Komisja stała się odpowiedzialna za zarządzanie umową w imieniu tych dwóch państw członkowskich. Umowa ta jest obecnie aktualizowana celem odzwierciedlenia rozwoju sytuacji w dziedzinie międzynarodowego prawa dotyczącego rybołówstwa, dlatego zagłosowałem pozytywnie.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Dánia, Norvégia és Svédország közötti, a Skagerrak és a Kattegat halászterületeihez való kölcsönös hozzáférésről szóló megállapodás 1967. augusztus 7-én lépett hatályba. E megállapodás, amely az Európai Unió és Norvégia között 1980-ban létrejött kétoldalú halászati megállapodás kiegészítése, lehetővé tette a három részes állam számára, hogy a saját alapvonalaikon kívül, de legfeljebb 4 tengeri mérföld távolságban halásszanak a Skagerrak és a Kattegat vízterületén. A vonatkozó javaslatot támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del Proyecto de Decisión del Consejo relativa a la celebración del Acuerdo entre la Unión Europea y el Reino de Noruega sobre el acceso recíproco a la pesca en el Skagerrak de los buques de Dinamarca, Noruega y Suecia.

Apoyo el informe en la medida que durante siglos los pescadores suecos, daneses y noruegos han pescado juntos en estas aguas y especies. La adhesión a la Unión no debe afectar sus derechos históricos de pesca en sus caladeros históricos.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the resolution because the new Agreement maintains the exclusive access granted to vessels from Denmark, Norway and Sweden to each other's waters outside four nautical miles from the baselines, ensures continued reciprocal access for the two Member States and Norway to the respective waters of the other parties in the Skagerrak and Kattegat area, whilst at the same time, ensuring sound conservation and management measures for fisheries in the area. Furthermore, it allows for control measures in harmony with the principles of normal Coastal State jurisdiction, as is already the case for fisheries in the North Sea.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en favor del presente informe debido a que es la resolución política que apoya el acuerdo de gestión compartida de los recursos pesqueros localizados en el Skagerrak y el Kattegat. Estos dos estrechos son los que separan las aguas del Báltico de las aguas del Mar del Norte, se trata de una zona pesquera donde los pescadores tradicionalmente siguen los bancos de peces independiente de la línea fronteriza de los países implicados. Al tratarse de una zona pesquera compartida con Noruega es la Unión la competente en el desarrollo de este tipo de acuerdos con terceros países. Al tratarse de un acuerdo para permitir los modos de pesca tradicional y respetar principios de reciprocidad y sostenibilidad en dichas zonas he decidido votar a favor del presente informe.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor omdat de overeenkomst de historische vangstrechten van vissers uit Denemarken, Noorwegen en Zweden in het Kattegat en het Skagerrak handhaaft, onverminderd de rechten van vissers uit andere landen, terwijl tegelijkertijd wordt gewaarborgd dat passende maatregelen worden genomen voor visserijbeheer en -instandhouding in deze wateren.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A atualização, proposta pela Noruega, visa colocar o acordo antigo conforme a Convenção das Nações Unidas sobre o Direito do Mar, de 1982, e o Acordo das Nações Unidas relativo às populações de peixes, de 1995, nomeadamente em termos dos dispositivos de controlo, ou sobre as questões de conservação e gestão marítima.

Este acordo, com as respetivas atualizações, contribui para reforçar os direitos históricos dos pescadores da região, independentemente da sua nacionalidade, considerando que as populações de peixes não respeitam jurisdições administrativas e que a atividade piscatória depende do acesso aos recursos.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Nelegislatívne uznesenie o návrhu rozhodnutia Rady o uzavretí Dohody medzi Európskou úniou a Nórskym kráľovstvom o recipročnom prístupe k rybolovu v oblasti Skagerrak pre plavidlá plaviace sa pod vlajkou Dánska, Nórska a Švédska som podporila. Na rozdiel od uznesenia týkajúceho sa priamo uzavretia novej dohody medzi EÚ a Nórskym kráľovstvom a právnych podmienok recipročného rybolovu v oblasti Skaggerak bola táto správa vypracovaná z vlastnej iniciatívy poslancov skôr politickým vyhlásením. Európsky parlament týmto vyhlásením pripomínal Nórsku, ktoré nie je členským štátom Európskej únie, jeho colné povinnosti týkajúce sa potravinových produktov.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo s predlogom nezakonodajne resolucije o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi Sporazuma med Evropsko unijo in Kraljevino Norveško o vzajemnem dostopu do ribolova v Skagerraku za plovila, ki plujejo pod zastavo Danske, Norveške in Švedske.

Sklenitev sporazuma podpiram, saj priznava zgodovinske ribolovne pravice ribičev z Danske, Norveške in Švedske na območjih Kattegat in Skagerrak brez poseganja v pravice ribičev iz drugih držav, hkrati pa zagotavlja tudi sprejetje ustreznih ukrepov za upravljanje in ohranjanje ribištva v teh vodah. Sporazum podpira tudi izvajanje reformiranega sistema za upravljanje ribištva v EU, vzpostavljenega v skladu s cilji in osnovnimi načeli nove skupne ribiške politike, zlasti še uvedbo obveznosti iztovarjanja in obveznih ukrepov za ohranjanje staleža rib nad ravnmi, ki omogočajo doseganje največjega trajnostnega donosa.

10.7. Abkommen über operative und strategische Kooperation zwischen Georgien und Europol (A8-0343/2016 - Claude Moraes)

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione riguarda una possibile cooperazione strategica tra Europol e la Georgia, anche in materia di scambio di dati personali. Va detto che quest'anno il Parlamento ha approvato il nuovo regolamento Europol e anche nuovi regolamenti per quanto riguarda la protezione e lo scambio di dati personali. Quando questi regolamenti entreranno in vigore, nel 2017, il Parlamento potrà godere di un ruolo potenziato, potendo esprimere un parere e non solo il consenso come avviene attualmente. Per questo motivo ho deciso di astenermi.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra de este Acuerdo entre Georgia y la agencia europea Europol en materia de Cooperación Operativa y Estratégica. Me opongo, porque aboga por la ampliación del ámbito operativo de Europol, y mi posición es contraria a la existencia de dicha Agencia, pues no actúa con la transparencia y las garantías necesarias para una institución de este tipo. Se han expresado serias preocupaciones por la falta de responsabilidad política o judicial a la que está sometida Europol. Además, la falta de claridad sobre el tema de intercambio de datos sensibles, incluso personales, de los ciudadanos europeos con terceros países es algo que resulta imposible de aprobar, ya que está en entredicho la protección de datos personales y los derechos de los ciudadanos. Por otro parte, desde el punto de vista geopolítico, este acuerdo con Georgia se enmarca en la estrategia de la Unión de tensionar las relaciones con Rusia a la cual me opongo, por considerar a este vecino como un socio estratégico y necesario.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento teisėkūros rezoliucijos projektą dėl Gruzijos ir Europolo operatyvinio ir strateginio bendradarbiavimo susitarimo. Šiame susitarime numatomas keitimasis informacija (įskaitant asmens duomenis), specialiosiomis žiniomis, bendrosios padėties ataskaitomis, strateginių analizių rezultatais, nusikalstamumo prevencijos metodais bei pagalba atliekant konkrečius nusikalstamų veikų tyrimus. Europolo jungtinis priežiūros organas, kurį sudaro nacionalinės duomenų apsaugos institucijos, turinčios kompetenciją teisėsaugos srityje, atsižvelgdamas į duomenų apsaugos lygį Gruzijoje, išreiškė pritarimą šio bendradarbiavimo susitarimo sudarymui. Europolas turi aiškų operatyvinį poreikį glaudžiau bendradarbiauti su Gruzija. Europolo atstovų teigimu, Gruzijos reikšmė kovojant su terorizmu ir organizuotu nusikalstamumu yra vis didesnė, nes ji yra vadinamųjų užsienio kovotojų tranzito šalis ir itin svarbi partnerė, kovojant su Gruzijos nusikalstamomis organizuotomis grupėmis. Balsavau už, atsižvelgdama ir į tai, kad šio strateginio ir operatyvinio bendradarbiavimo susitarimo su Gruzija sudarymas padėtų kovoti su terorizmu ir organizuotu nusikalstamumu, kuris savaime yra tarptautinis, ir šią kovą sustiprintų.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έγκριση της σύναψης από την Ευρωπαϊκή Αστυνομική Υπηρεσία (Ευρωπόλ) της συμφωνίας επιχειρησιακής και στρατηγικής συνεργασίας μεταξύ της Γεωργίας και της Ευρωπόλ, διότι αποτελεί σημαντική εξέλιξη στον τομέα της ασφάλειας των ευρωπαίων πολιτών.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Afin d'améliorer l'efficacité dans la prévention et la lutte contre des formes graves de criminalité, Europol a engagé la procédure de conclusion d'un accord sur la coopération opérationnelle et stratégique avec la Géorgie. Les termes de la coopération régie par l'accord opérationnel et stratégique prévoient des échanges d'informations qui peuvent comprendre l'expertise, les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques, les informations sur les procédures d'enquêtes pénales et les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation, ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières. Par ailleurs, l'accord comporte des dispositions relatives à l'échange de données à caractère personnel.

Par principe, avec mes collègues du Front national, nous nous opposons à l'échange de données à caractère personnel de citoyens français, donc nous sommes opposés à tous les accords opérationnels qu'Europol veut conclure avec des pays tiers. Aussi me suis-je opposée à cet accord.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I am against Europol and its influence over Member States in the EU. This report aims to further promote Europol and build ties with a third country, which will further erode UK national sovereignty. I therefore voted against.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – Je me suis exprimé en faveur de ce rapport car j'estime aujourd'hui qu'Europol a besoin de renforcer sa collaboration opérationnelle avec la Géorgie. Ce pays joue aujourd'hui un rôle important dans la lutte contre le terrorisme et le crime organisé dans la mesure où il est un pays de transit des combattants étrangers. La conclusion d'un tel accord permettrait donc de faciliter et d'intensifier la lutte contre ces fléaux.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Tarybos įgyvendinimo sprendimo, kuriuo pritariama tam, kad Europos policijos biuras (Europolas) sudarytų Gruzijos ir Europolo operatyvinio ir strateginio bendradarbiavimo susitarimą. Europolas teigia, kad Gruzijos reikšmė kovojant su terorizmu ir organizuotu nusikalstamumu tampa vis didesnė, nes ji yra vadinamųjų užsienio kovotojų tranzito šalis ir itin svarbi partnerė kovojant su Gruzijos nusikalstamomis organizuotomis grupėmis. Atsižvelgdamas į tai, pritariu tam, kad šio strateginio ir operatyvinio bendradarbiavimo susitarimas su Gruzija būtų sudarytas. Tai padėtų kovoti su terorizmu ir organizuotu nusikalstamumu, kuris savaime yra tarptautinis, ir šią kovą sustiprintų.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Afin d'améliorer l'efficacité dans la prévention et la lutte contre des formes graves de criminalité, Europol a engagé la procédure de conclusion d'un accord sur la coopération opérationnelle et stratégique avec la Géorgie. La coopération porterait, entre autres, sur l'échange d'informations et notamment d'informations à caractère personnel: je m'oppose à ce que ces informations concernant des citoyens français soient partagées. Je m'élèverai de la même manière contre tous les accords opérationnels similaires qu'Europol voudrait conclure avec des pays tiers.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il permettra de renforcer l'échange d'informations entre la Géorgie et Europol. Selon Europol, la Géorgie joue un rôle important dans la lutte contre le terrorisme et le crime organisé étant donné qu'il s'agit d'un pays de transit des combattants étrangers. Dès lors, un renforcement de la collaboration opérationnelle entre Europol et la Géorgie est nécessaire. Les informations échangées comprendront des données à caractère personnel (mais avec un contrôle adéquat), des connaissances spécialisées, des comptes rendus généraux, des résultats d'analyses stratégiques, des informations sur les procédures d'enquêtes pénales et des informations sur les méthodes de prévention de la criminalité.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La Georgia rappresenta un partner chiave dell'Unione europea nel quadro del partenariato orientale. La relazione Moraes che oggi ho sostenuto, approva l'accordo sulla cooperazione strategica tra Europol e la Georgia, rafforzando ulteriormente i legami con il paese e potenziando l'impegno comune in materia di sicurezza e lotta contro la criminalità organizzata.

Il testo approvato consentirà in particolare un più vasto scambio di informazioni su conoscenze specialistiche, relazioni, risultati di analisi strategiche, informazioni sulle procedure delle indagini penali e attività di formazione. Sarà rafforzata la collaborazione su temi come la lotta contro il terrorismo e la criminalità organizzata, tenendo particolarmente in considerazione il fatto che l'ex repubblica sovietica è oggi un paese di transito dei cosiddetti *foreign fighters* e un partner fondamentale nella lotta contro i gruppi criminali organizzati. L'accordo prevederà anche lo scambio di dati personali.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – La propuesta hace referencia a la aprobación de la celebración de un Acuerdo entre Georgia y Europol en materia de Cooperación Operativa y Estratégica. Como sucediera en la sesión de noviembre con la propuesta de un Acuerdo similar con Ucrania (aunque en este caso no se incluye el capítulo de intercambio de datos personales), Georgia, además de ser una pieza del juego geopolítico entre la Unión, los EE.UU. y Rusia, no deja de ser un país que dista de alcanzar los estándares exigidos por la normativa de la Unión respecto a los derechos humanos; criterio que nuestro grupo tiene muy en cuenta a la hora de aprobar cualquier acuerdo de cooperación. Por otra parte, el Parlamento Europeo ha votado un nuevo Reglamento para Europol que entrará en vigor el próximo año, en el que los Acuerdos de Cooperación se establecerán mediante un procedimiento mucho más transparente que el actual. No hay razones suficientes para aprobar precipitadamente un acuerdo con un país del que no contamos con las suficientes garantías democráticas y legales. Por lo tanto, he votado en contra.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente su labor en el Acuerdo entre Georgia y Europol en materia de Cooperación Operativa y Estratégica. Me he abstenido en este informe tal y como lo venimos hacienda como Grupo en todos los acuerdos de países con Europol, ya que se está negociando la nueva reglamentación de Europol y tendría mayor sentido que se esperara hasta entonces y que entraran todos en la misma revisión.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport relatif à l'accord sur la coopération opérationnelle et stratégique entre la Géorgie et Europol. Mon principal point d'opposition concerne notamment l'échange de données à caractère personnel, principe auquel je suis fermement opposée puisqu'il met en danger la liberté des citoyens, notamment leur droit à la vie privée.

Je pense par ailleurs que cette mesure est inutile en matière de lutte contre la criminalité ou le terrorisme: cela conduit à suspecter l'ensemble des citoyens pour des délits ou crimes dont les auteurs sont, en général, déjà connus des services.

Je tiens à souligner cependant que je ne suis pas contre des échanges d'informations, notamment sur les procédures d'enquêtes pénales ou sur les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation, ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho sostenuto con il mio voto la proposta di accordo sulla cooperazione strategica tra la Georgia ed Europol, che riguarda lo scambio di informazioni operative, ma esclude lo scambio di dati personali.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución legislativa sobre el proyecto de Decisión de Ejecución del Consejo por la que se aprueba la celebración por parte de la Oficina Europea de Policía (Europol) del Acuerdo entre Georgia y Europol en materia de Cooperación Operativa y Estratégica.

Según Europol, existen necesidades operativas claras para que se profundice la cooperación operativa con Georgia. El papel que juega Georgia en relación con la lucha contra el terrorismo y la delincuencia organizada es cada vez más importante, en concreto, desde que el país se ha convertido en un país de tránsito para los llamados combatientes extranjeros y en un socio fundamental en la lucha contra los grupos de delincuencia organizada. Este acuerdo, prevé un intercambio de información, incluidos los datos personales. La información intercambiada podría comprender conocimientos especializados, informes generales de situación, resultados de análisis estratégicos, entre otros.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą dėl Gruzijos ir Europolo operatyvinio ir strateginio bendradarbiavimo susitarimo. Pagal dabartinį Tarybos sprendimą dėl Europolo įsteigimo, tarptautinių bendradarbiavimo su trečiosiomis valstybėmis ar tarptautinėmis organizacijomis susitarimų sudarymą tvirtina Taryba, pasikonsultavusi su Europos Parlamentu. Tokie susitarimai gali būti susiję su keitimusi operatyvine, strategine, technine arba įslaptinta informacija. Operatyvinio bendradarbiavimo susitarimas apima ir keitimąsi asmens duomenimis. Šis pasiūlymas susijęs su siūlymu patvirtinti Europolo ir Gruzijos operatyvinio ir strateginio bendradarbiavimo susitarimą, pagal kurį numatytas keitimasis informacija, įskaitant asmens duomenis. Ši informacija galėtų būti susijusi su specialiosiomis žiniomis, bendrosios padėties ataskaitomis, strateginių analizių rezultatais, nusikalstamų veikų tyrimo procedūromis, nusikalstamumo prevencijos metodais bei pagalba atliekant konkrečius nusikalstamų veikų tyrimus.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A nemzetközi szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint Grúzia egyre fontosabb szerepet tölt be a szervezett bűnözés, valamint a specifikusabb, droggal kapcsolatos vagy gazdasági, illetve az emberkereskedelemmel és -csempészettel, valamint a mobil (vándorló) szervezett bűnözői csoportok által elkövetett bűncselekmények elleni küzdelemben.

Az Europol és Grúzia között megkötendő operatív és stratégiai együttműködésről szóló megállapodás lehetővé teszi a szükséges információcserét és lehetőséget teremt a bűnmegelőzési tevékenységek és képzések megszervezésére.

Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködését elmélyítse Grúziával, ezért szavazatommal támogattam a kezdeményezést.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o sporazumu o operativnoj i strateškoj suradnji između Gruzije i Europola.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Je n'accepte pas l'échange de données à caractère personnel de citoyens français et par conséquent, je suis opposée à tous les accords opérationnels qu'Europol veut conclure avec des pays tiers. J'ai donc voté contre ce texte.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against this report over concern about human rights in Georgia. I have always opposed such arrangements between Europol and third countries when the human rights standards in the third country in question are poor.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'accordo di cooperazione operativa e strategica tra Georgia ed Europol è un atto da salutare positivamente, utile a rafforzare positivamente le collaborazioni in un momento difficile della storia della Repubblica di Georgia, nel quadro della migliore cooperazione strategica ed operativa tra gli Stati membri dell'Unione europea e i paesi alleati nell'ottica dell'efficientamento della lotta al terrorismo, alle mafie, al contrabbando e alla criminalità internazionale.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Europol a engagé une procédure visant à conclure un accord sur la coopération opérationnelle et stratégique avec la Géorgie afin d'accroître l'efficacité dans la prévention et la lutte contre la criminalité. Les termes de cette coopération prévoient des échanges d'informations comprenant les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques et les informations relatives aux procédures d'enquêtes pénales ainsi qu'aux méthodes de prévention de la criminalité. Cependant, l'accord comporte aussi des échanges de données à caractère personnel auxquels nous sommes fermement opposés. Nous considérons que l'amélioration de l'efficacité dans la lutte contre le crime organisé dépend plutôt de la capacité des États membres à retrouver leur souveraineté territoriale sans laquelle les gouvernements ne peuvent éradiquer les réseaux criminels et terroristes qui utilisent la porosité des frontières nationales

pour proliférer. J'ai donc voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Acordul privind cooperarea operațională și strategică dintre Georgia și Europol are în vedere instituirea unei relații de cooperare în vederea schimbului de informații, inclusiv de date cu caracter personal. De asemenea, informațiile pot fi din domeniul cunoștințelor de specialitate, rapoarte privind situația generală, rezultate ale analizelor strategice, informații privind procedurile de anchetare penală, informații privind metodele de prevenire a infracționalității și sprijin în anumite anchete penale.

Având în vedere importanța pe care o are Georgia în lupta împotriva terorismului și a crimei organizate, dat fiind că este o țară de tranziție a așa-numiților combatanți străini și un partener esențial în lupta împotriva grupurilor de criminalitate organizată din Georgia, este necesară aprofundarea cooperării operaționale cu Georgia.

M-am exprimat în favoarea acestui acord de cooperare strategică și operațională dintre Georgia și Europol deoarece consider că este un instrument esențial în combaterea terorismului și a criminalității organizate.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione che approva la conclusione da parte dell'Ufficio europeo di polizia (Europol) dell'accordo sulla cooperazione operativa e strategica tra la Georgia ed Europol.

La Georgia riveste sempre più importanza nella lotta contro il terrorismo e la criminalità organizzata, più specificamente perché è un paese di transito dei cosiddetti combattenti stranieri e un partner fondamentale nella lotta contro i gruppi criminali organizzati georgiani.

La conclusione di questo accordo di cooperazione strategica e operativa con la Georgia aiuterà e rafforzerà la lotta contro il terrorismo e la criminalità organizzata.

I termini della cooperazione prevedono lo scambio di informazioni che può includere conoscenze specialistiche, resoconti generali, risultati di analisi strategiche, informazioni sulle procedure delle indagini penali, informazioni sui metodi di prevenzione della criminalità nonché il sostegno a singole indagini penali.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report on the conclusion of an international agreement for the exchange of technical or classified information with Georgia.

Sinn Féin rejects cooperation agreements of Europol with certain third countries with poor human rights records. In all matters of judicial and law enforcement cooperation, we have always advocated that such cooperation can only happen when there are high human rights standards in place (fair trial rights, defence rights, judicial oversight, etc.), and this is not the case with Georgia.

In addition, the European Parliament has recently voted on a new Europol Regulation which should ensure that such agreements are concluded in a much more transparent way. The fact that the Council has chosen to rush this agreement through under the old regime raises questions.

For these reasons, I voted against.

James Carver (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs have voted against this legislative report. UKIP do no support Europol as an institution and do not support the EU concluding agreements with third countries.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, as there seems to be clear operational need for Europol to deepen its operational cooperation with Georgia. According to Europol, Georgia is increasingly relevant in the fight against terrorism and organised crime, more specifically since it is a transit country of so-called foreign fighters and a vital partner in the fight against Georgian organised criminal groups. From that perspective, the conclusion of this strategic and operational cooperation agreement with Georgia would thus aid and reinforce the fight against terrorism and organised crime, which is international by definition.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il nuovo regolamento dell'agenzia per la conclusione di accordi internazionali di cooperazione strategica tra Europol e i paesi terzi, che entrerà in vigore nel 2017, prevede una nuova procedura in cui il ruolo del Parlamento è potenziato. Infatti, la nuova procedura prevede che il Parlamento esprima un parere e non dia un semplice consenso come è il caso al momento. Essendo pienamente convinti dell'importanza di un pieno coinvolgimento del Parlamento, abbiamo deciso di astenerci.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Europol ha assunto un ruolo chiave nel contrasto alla criminalità transfrontaliera e alle organizzazioni terroristiche. È pertanto doveroso da parte nostra facilitare ogni accordo strategico che contribuisca ad aumentare la sua efficacia investigativa e le sue capacità operative.

Ritengo che la cooperazione strategica con la Georgia rappresenterà una risorsa essenziale per affrontare in modo congiunto le sfide comuni alla sicurezza in Europa – compresa quella del terrorismo – tramite lo scambio di informazioni, la creazione di *contact points* e programmi di formazione.

Per questi motivi ho ritenuto di votare a favore della relazione, pur con il rammarico di non aver visto riconosciuto al Parlamento europeo un ruolo più incisivo nella negoziazione dell'accordo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση, καθώς υπάρχουν σαφείς επιχειρησιακές ανάγκες της Ευρωπόλ για εμβάθυνση της επιχειρησιακής συνεργασίας με τη Γεωργία.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά με την έγκριση της σύναψης από την Europol της συμφωνίας επιχειρησιακής και στρατηγικής συνεργασίας με τη Γεωργία. Παρά την προφανή ανάγκη βαθύτερης συνεργασίας με όλα τα κράτη της ευρύτερης περιμέτρου της Ευρωπαϊκής Ένωσης, με στόχο την εμπέδωση συνθηκών ασφαλείας, θεωρώ πως οφείλουμε να εστιάσουμε ιδιαίτερα σε ζητήματα προστασίας προσωπικών δεδομένων και σεβασμού ατομικών ελευθεριών. Καθώς κάτι τέτοιο δεν επιτυγχάνεται με την Έκθεση αυτή, αποφάσισα να καταψηφίσω.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Il 26 gennaio scorso è stata appurata l'esistenza di un campo di addestramento Isis nella gola del Pankisi, a 160 km da Tbilisi, area considerata focolaio di instabilità e centro per il reclutamento di combattenti per lo stesso Daesh. Infatti, alla dissoluzione dell'Unione delle Repubbliche Socialiste Sovietiche il Pankisi, in particolare, è stato travolto dall'ingovernabilità, divenendo, così, zona di transito per armi e gruppi di ribelli ceceni aderenti ad una visione radicale dell'Islam.

Di fronte a situazioni dall'impellente gravità, non posso che gioire e condividere in toto l'accordo di cooperazione operativa e strategica tra Europol e Georgia dal momento che esso prevede lo scambio di informazioni riguardo forme di *know-how* e *best practices* da adottare per stabilire strategie efficaci nella lotta al terrorismo e alla criminalità organizzata. Si prevede, invero, la condivisione di analisi strategiche, di informazioni connesse alle procedure delle indagini penali, ai metodi di prevenzione della criminalità. Il tutto, inoltre, si accompagna ad un sostegno congiunto nelle singole indagini penali e allo scambio di dati personali.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on the Agreement on Operational and Strategic Cooperation between Georgia and Europol.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – No âmbito do seu mandato, a Europol pode celebrar acordos com países terceiros e outras organizações, de modo a estabelecer vias de cooperação, sobretudo no combate ao crime organizado e ao terrorismo.

Nesse contexto, compete ao Parlamento – visto o acordo alcançado – consentir na sua assinatura pela Europol. Fica assim dado o seu assentimento, demonstrado o cumprimento de todos os requisitos legais e garantidas todas as salvaguardas para os cidadãos europeus.

Este acordo com a Geórgia reveste-se de particular importância no contexto de combate ao terrorismo, dado que é crescentemente um país de trânsito para os chamados «Foreign fighters».

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs have voted against this legislative report. UKIP do no support Europol as an institution and do not support the EU concluding agreements with third countries.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'accordo in quanto il provvedimento in esame prevede importanti aspetti di cooperazione operativa tra Georgia e UE quali: lo scambio di informazioni che possano includere conoscenze specialistiche, resoconti generali, risultati di analisi strategiche, informazioni sulle procedure delle indagini penali, informazioni sui metodi di prevenzione della criminalità nonché il sostegno a singole indagini penali.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este Acuerdo entre Georgia y la agencia europea Europol en materia de Cooperación Operativa y Estratégica. Me opongo, porque aboga por la ampliación del ámbito operativo de Europol, y mi posición es contraria a la existencia de dicha Agencia, pues no actúa con la transparencia y las garantías necesarias para una institución de este tipo.

Se han expresado serias preocupaciones por la falta de responsabilidad política o judicial a la que está sometida Europol. Además, la falta de claridad sobre el tema de intercambio de datos sensibles, incluso personales, de los ciudadanos europeos con terceros países es algo que resulta imposible de aprobar, ya que está en entredicho la protección de datos personales y los derechos de los ciudadanos.

Por otro parte, desde el punto de vista geopolítico, este acuerdo con Georgia se enmarca en la estrategia de la Unión de tensionar las relaciones con Rusia a la cual me opongo, por considerar a este vecino como un socio estratégico y necesario.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché credo che la cooperazione operativa e strategica tra Georgia e Europol sia fondamentale per prevenire la criminalità transfrontaliera e sostenere le singole indagini penali. Infatti, la Georgia riveste sempre più importanza nella lotta contro il terrorismo e la criminalità organizzata, più specificamente perché è un paese di transito dei cosiddetti combattenti stranieri e un partner fondamentale nella lotta contro i gruppi criminali organizzati georgiani. I termini della cooperazione prevedono lo scambio di informazioni che può includere conoscenze specialistiche, resoconti generali, risultati di analisi strategiche, informazioni sulle procedure delle indagini penali.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Există necesități operaționale clare ca Europol să își aprofundeze cooperarea operațională cu Georgia. Potrivit Europol, Georgia este din ce în ce mai relevantă în lupta împotriva terorismului și a crimei organizate, fiind o țară de tranzit a așa-numiților combatanți străini și un partener esențial în lupta împotriva grupurilor de criminalitate organizată din Georgia. Am votat pentru schimbul de informații operaționale, strategice și tehnice între Europol și Georgia, pentru o mai eficientă luptă împotriva crimei organizate, care are, prin definiție, un caracter internațional.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az EP javaslata az Europolra vonatkozó jelenlegi tanácsi határozat értelmében az, hogy az EP-vel való konzultációt követően a Tanácsnak kell jóváhagynia a nemzetközi együttműködési megállapodások harmadik országokkal vagy nemzetközi szervezetekkel történő megkötését. Az Europolnak egyértelmű, működési szükséglete, hogy operatív együttműködését elmélyítse Grúziával. Az Europol szerint Grúzia egyre nagyobb jelentőséggel bír a terrorizmus és a szervezett bűnözés elleni küzdelemben, pontosan amiatt, hogy az ún. külföldi harcosok tranzitországa és létfontosságú partner a grúz bűnszervezetek elleni küzdelemben. Ebből a szempontból e stratégiai együttműködési megállapodás Grúziával történő megkötése segíti és megerősíti a terrorizmus és a szervezett bűnözés elleni küzdelmet.

Az Europol és Grúzia közötti operatív és stratégiai együttműködésről szóló megállapodás, amelyet szavazatommal támogattam, információcseréről szól. Ezek az információk magukban foglalhatják a szakértelemnek, az általános helyzetjelentéseknek, a stratégiai elemzés eredményeinek, valamint a bűnügyi nyomozási eljárásokra és bűnmegelőzési módszerekre vonatkozó információknak a területét, valamint támogatás nyújtását az egyes konkrét bűnügyi nyomozásokhoz.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W związku z zapewnieniem skutecznego środka wymiany informacji, w tym danych osobowych, zagłosowałem za przyjęciem sprawozdania dotyczącego porozumienia o współpracy operacyjnej i strategicznej między Europolem a Gruzją.

Rozwój współpracy w zakresie operacyjno-strategicznym służy podniesieniu poziomu bezpieczeństwa oraz wpływa na zwiększenie skuteczności działań w walce z terroryzmem. Gruzja jest kluczowym partnerem UE w ramach Partnerstwa Wschodniego, a bezpieczeństwo oraz walka z przestępczością stanowią podstawowy imperatyw warunkujący całkowitą realizację celów tej współpracy. Z pełną stanowczością popieram zacieśnianie współpracy operacyjnej z Gruzją, a zatem popieram również przyjęcie tego sprawozdania.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report, and there are clear operational needs for Europol to deepen its operational cooperation with Georgia. According to Europol, Georgia is increasingly relevant in the fight against terrorism and organised crime, more specifically since it is a transit country for foreign fighters and a vital partner in the fight against Georgian organised criminal groups. The conclusion of this strategic and operational cooperation agreement with Georgia would thus aid and reinforce the fight against terrorism and organised crime.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome the adoption of the Agreement on Operational and Strategic Co-Operation between Georgia and Europol. I have long been supportive of Europol and its work. The fight against serious crime and terrorism goes beyond the borders of the EU, and that international cooperation is essential.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport de consultation propose l'avis positif du Parlement européen concernant l'accord opérationnel et stratégique entre Europol et la Géorgie prévoyant l'échange d'informations, y compris des données à caractère personnel. Ces informations peuvent porter sur les connaissances spécialisées, les rapports de situation générale, ou les résultats d'analyses stratégiques. Considérant que ce rapport vise à améliorer l'efficacité de la prévention des attaques terroristes et de la sécurité publique, j'ai voté en faveur.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this legislative report. UKIP do no support Europol as an institution and do not support the EU concluding agreements with third countries.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de l'accord sur la coopération opérationnelle et stratégique entre la Géorgie et Europol, l'Office européen de police. Alors que l'agence Europol joue un rôle fondamental dans la lutte contre le terrorisme au niveau européen, nous nous devons de renforcer son action par une meilleure coopération avec les pays tiers. Un meilleur échange d'informations avec la Géorgie, qui est non seulement un partenaire important dans la lutte contre la criminalité organisée, mais également un pays de transit des combattants étrangers qui ont rejoint des organisations terroristes, est essentiel pour compléter l'arsenal sécuritaire européen.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'approbation du Parlement à la conclusion, par l'Office européen de police (Europol), de l'accord sur la coopération opérationnelle et stratégique entre la Géorgie et Europol.

Cet accord a pour objectif de soutenir et de renforcer l'action des autorités compétentes des États membres et leur coopération mutuelle dans la prévention de la criminalité organisée, du terrorisme et d'autres formes graves de criminalité. Il prévoit l'échange d'informations opérationnelles, stratégiques ou techniques, y compris de données à caractère personnel et d'informations classifiées.

Afin de pouvoir faire preuve d'une plus grande efficacité dans la prévention des formes graves de criminalité et dans la lutte contre celles-ci, et en particulier compte tenu du fait que la Géorgie est un État proche voisin de l'Union, avec laquelle la Géorgie entretient de nombreux liens et a de nombreux échanges, il me semblait opportun pour notre agence de police de conclure un tel accord sur la coopération opérationnelle et stratégique avec la Géorgie.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Afin d'améliorer l'efficacité dans la prévention et la lutte contre des formes graves de criminalité, Europol a engagé la procédure de conclusion d'un accord sur la coopération opérationnelle et stratégique avec la Géorgie.

Les informations concernées par ces échanges sont, notamment, les suivantes: expertise, comptes rendus généraux, résultats d'analyses stratégiques, informations sur les procédures d'enquêtes pénales et les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, participation à des activités de formation, ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières.

Nous nous opposons à l'échange d'informations à caractère personnel, qui est notamment prévu au titre de l'accord.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Този доклад е за оперативно и стратегическо споразумение между Европол и Грузия. То ще осигури средства за по-добър обмен на информация, включително лични данни.

Има оперативни нужди за Европол да задълбочи оперативното сътрудничество с Грузия, която е ключов партньор на Европейския съюз в рамките на Източното партньорство. Чрез това споразумение ще се подпомогне борбата с престъпността, което представлява една от основните задачи, за да се постигнат напълно целите на това партньорство.

Вярвам, че Грузия може да бъде наш добър съюзник в борбата за повече сигурност и по тази причина гласувах в подкрепа на доклада.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η πράξη αποδεικνύει ότι οι δεσμεύσεις σε τομείς ανταλλαγής πληροφοριών υπόκεινται είτε σε προσωπική βούληση είτε σε εθνικής ασφάλειας διαπιστεύσεις, με πρόσφατο παράδειγμα τους βομβιστές των τρομοκρατικών επιθέσεων σε Παρίσι και Βρυξέλλες, όπου οι μυστικές υπηρεσίες κρατών μελών δεν προέβησαν σε αλληλοενημέρωση.

Η συμφωνία δεν ενισχύει πραγματικά την προσέγγιση βάσει κινδύνου ούτε διασφαλίζει την υποχρέωση της εκ σχεδιασμού και εκ προεπιλογής προστασίας δεδομένων, λαμβάνοντας υπόψη τη διεθνή πρακτική αλλά κυρίως τον βαθμό εξασφάλισης προστασίας των προσωπικών δεδομένων από τις αρχές της Γεωργίας.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the agreement between Georgia and Europol. Europol assists EU Member States in combating organised crime in the European Union. As organised crime does not stop at national borders, it is essential to have cooperation with non-EU countries and international organisations. Better cooperation would have a positive impact on political, social economic integration in Georgia itself. This agreement is in the interests of my constituents in Wales.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O presente relatório diz respeito à aprovação proposta de um acordo de cooperação operacional e estratégica entre a Europol e a Geórgia, que preveja o intercâmbio de informações, incluindo dados pessoais. Essas informações podem incluir conhecimentos especializados, relatórios gerais de situação, resultados de análises estratégicas, informações sobre processos de investigação penal, assim como sobre métodos de prevenção da criminalidade, bem como apoio em determinadas investigações penais.

Parece, ainda, existir uma clara necessidade de a Europol aprofundar a sua cooperação com a Geórgia, uma vez que desempenha um papel cada vez mais importante na luta contra a criminalidade organizada, sobretudo por ser um país de trânsito dos denominados combatentes estrangeiros e um parceiro fundamental na luta contra os grupos de criminalidade organizada.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A Europol é uma agência da União Europeia que se enquadra numa visão federalista do processo de integração europeu, tendo por principal objetivo o cumprimento coercivo da lei. Uma estrutura que, à margem dos Estados-Membros, se impõe e se sobrepõe a estes, à sua soberania e à autonomia das suas próprias forças de segurança. Isto por contraposição à natural e desejável cooperação entre Estados e suas autoridades policiais e judiciárias.

Este relatório propõe a aprovação de um «Acordo de Cooperação Operacional e Estratégica entre a Europol e a Geórgia», que prevê o intercâmbio de informações, incluindo dados pessoais. Essas informações podem incluir conhecimentos especializados, relatórios gerais de situação, resultados de análises estratégicas, informações sobre processos de investigação penal, assim como sobre métodos de prevenção da criminalidade, bem como apoio em determinadas investigações penais.

Para além das objeções de carácter mais geral, relativas ao papel da Europol, neste caso o enquadramento geopolítico da Geórgia constitui-se como mais uma frente de confronto e cerco à Federação Russa, num contexto de desestabilização e de guerras promovidas pelos EUA e UE no Médio Oriente, com destaque na atualidade para a Síria. Votamos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente risoluzione sull'accordo di cooperazione operativa e strategica tra la Georgia ed Europol, poiché aiuta e rinforza la lotta contro il terrorismo e la criminalità organizzata. La Georgia, infatti, riveste sempre più importanza nel contrasto a questi fenomeni, più specificamente perché è un paese di transito dei combattenti stranieri ed è un partner fondamentale nella lotta contro i gruppi criminali organizzati georgiani.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted no because I disagree.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Podľa viacerých dostupných informácií Gruzínsko bude v budúcnosti zohrávať veľmi dôležitú úlohu v boji proti terorizmu a organizovanej trestnej činnosti, pretože je tranzitnou krajinou a takisto sa tu vyskytuje pomerne veľký počet organizovaných zločineckých skupín. Preto je už dnes veľmi dôležité, aby Europol prehĺbil a zdokonalil strategickú spoluprácu s Gruzínskom, čomu by predmetná nová dohoda mala napomôcť.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione perché credo sia utile uno scambio di informazioni operative, strategiche e tecniche tra Paesi.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η πράξη αποδεικνύει ότι οι δεσμεύσεις σε τομείς ανταλλαγής πληροφοριών υπόκεινται είτε σε προσωπική βούληση είτε σε εθνικής ασφάλειας διαπιστεύσεις, με πρόσφατο παράδειγμα τους βομβιστές των τρομοκρατικών επιθέσεων σε Παρίσι και Βρυξέλλες, όπου οι μυστικές υπηρεσίες κρατών μελών δεν προέβησαν σε αλληλοενημέρωση.

Η συμφωνία δεν ενισχύει πραγματικά την προσέγγιση βάσει κινδύνου ούτε διασφαλίζει την υποχρέωση της εκ σχεδιασμού και εκ προεπιλογής προστασίας δεδομένων, λαμβάνοντας υπόψη τη διεθνή πρακτική αλλά κυρίως τον βαθμό εξασφάλισης προστασίας των προσωπικών δεδομένων από τις αρχές της Γεωργίας. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω τη συμφωνία επιχειρησιακής και στρατηγικής συνεργασίας μεταξύ της Γεωργίας και της Ευρωπόλ.

Мария Габриел (PPE), *в писмена форма*. — Гласувах в подкрепа на приемането на този доклад, тъй като Грузия има потенциал да бъде ключов партньор на ЕС в областта на борбата с организираната престъпност, включително с трафика на хора, тероризма и корупцията. В този контекст, сключването на Споразумението за оперативно и стратегическо сътрудничество между Грузия и Европол е решителна стъпка, която може да допринесе съществено за по-ефективна борба срещу международната организирана престъпност.

Засиленото сътрудничество в областта на сигурността между Европейския съюз, неговите държави членки и Грузия е от стратегическо значение и във връзка с мобилността на европейските и грузинските граждани и финализирането на процеса на либерализиране на визовия режим за гражданите на Грузия. Ето защо подкрепям сключването на Споразумението за стратегическо и оперативно сътрудничество с Грузия.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A nemzetközi szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint Grúzia egyre nagyobb jelentőséggel bír a terrorizmus és a szervezett bűnözés elleni küzdelemben, pontosan amiatt, hogy az ún. külföldi harcosok tranzitországa és létfontosságú partner a grúz bűnszervezetek elleni küzdelemben. Az Europol és Ukrajna között megkötendő operatív és stratégiai együttműködésről szóló megállapodás segítené és megerősítené a terrorizmus és a szervezett bűnözés elleni küzdelmet, amely lényegénél fogva nemzetközi jellegű. Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködését elmélyítse Grúziával, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a kezdeményezést.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sul progetto di decisione di esecuzione del Consiglio che approva la conclusione da parte dell'Ufficio europeo di polizia (Europol) dell'accordo sulla cooperazione operativa e strategica tra la Georgia ed Europol vista la necessità di accelerare la cooperazione in materia giudiziaria e di polizia con questo paese, il quale ha un ruolo fondamentale rispetto alla lotta alla criminalità organizzata dentro e fuori l'UE.

Come Parlamento abbiamo espresso con questo voto la volontà di andare avanti, ma abbiamo posto precise condizioni al Consiglio e alla Commissione, vista la procedura adottata per la firma dell'accordo che limita lo scrutinio parlamentare alla semplice consultazione.

Chiediamo perciò alla Commissione europea di valutare nuovamente le disposizioni dell'accordo quando entrerà in vigore la nuova normativa su Europol, e di presentare alle altre istituzioni una completa valutazione, permettendo al Parlamento di esercitare i nuovi poteri che entreranno in vigore dal 1º maggio del 2017.

Indipendentemente dalle questioni procedurali, resta il fatto che la cooperazione con le autorità di polizia georgiane, anche con riferimento al tema dello scambio dei dati personali e delle informazioni rilevanti, è fondamentale per garantire un'efficace lotta alla criminalità organizzata dentro e fuori l'UE.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Georgien nimmt als Transitland für ausländische Kämpfer eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisiertem Verbrechen ein. Mit dem Abkommen soll die strategische Kooperation zwischen Georgien und Europol intensiviert werden.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I have voted against this legislative report as I do not support Europol as an institution and do not support the EU concluding agreements with third countries.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I supported this proposal, which concerns the approval of an operational and strategic agreement between Europol and Georgia, providing for the exchange of information, including personal data. Georgia is increasingly relevant in the fight against terrorism and organised crime, more specifically since it is a transit country of so-called foreign fighters and a vital partner in the fight against Georgian organised criminal groups.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – La propuesta hace referencia a la aprobación de la celebración de un Acuerdo entre Georgia y Europol en materia de Cooperación Operativa y Estratégica. Como sucediera en la sesión de noviembre con la propuesta de un Acuerdo similar con Ucrania (aunque en este caso no se incluye el capítulo de intercambio de datos personales), Georgia, además de ser una pieza del juego geopolítico entre la Unión, los EE.UU. y Rusia, no deja de ser un país que dista de alcanzar los estándares exigidos por la normativa de la Unión respecto a los derechos humanos; criterio que nuestro grupo tiene muy en cuenta a la hora de aprobar cualquier acuerdo de cooperación. Por otra parte, el Parlamento Europeo ha votado un nuevo Reglamento para Europol que entrará en vigor el próximo año, en el que los Acuerdos de Cooperación se establecerán mediante un procedimiento mucho más transparente que el actual. No hay razones suficientes para aprobar precipitadamente un acuerdo con un país del que no contamos con las suficientes garantías democráticas y legales. Por lo tanto, he votado en contra.

Nathalie Griesbeck (ALDE), *par écrit*. – L'accord de coopération Europol-Géorgie prévoit l'échange d'informations opérationnelles, stratégiques, techniques, personnelles ou classifiées entre l'Office européen de police et la Géorgie. Cet accord revêt une importance toute particulière en raison du rôle croissant de la Géorgie dans la lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée. Depuis 2015, mon groupe parlementaire est d'avis d'attendre l'entrée en vigueur du nouveau règlement Europol, prévue en mai 2017, avant de conclure de nouveaux accords de coopération. Partageant cette opinion, j'ai donc décidé de m'abstenir sur ce vote tout comme je l'ai fait avec les précédents accords de coopération opérationnelle et stratégique d'Europol avec la Chine, les Émirats Arabes Unis, la Bosnie-Herzégovine et l'Ukraine.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report, as there are clear operational needs for Europol to deepen its cooperation with Georgia. This strategic cooperation agreement with Georgia would aid and reinforce the fight against organised crime and would contribute to enhancing international law enforcement co-operation.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Παρ' όλο που το ζήτημα της ανταλλαγής προσωπικών δεδομένων δεν προέκυψε στη συγκεκριμένη έκθεση, έχουμε πάντοτε κριτική προσέγγιση αναφορικά με τις συμφωνίες της Europol. Υποστηρίζουμε πλήρως την καταπολέμηση του οργανωμένου εγκλήματος και της εμπορίας προσώπων. Την ίδια ώρα όμως θέλουμε να βλέπουμε συνεργασίες αστυνομικών αρχών σε επίπεδο κρατών. Η συγκεκριμένη συμφωνία είναι περισσότερο πολιτική και εντάσσεται στα πλαίσια δημιουργίας πίεσης στη Ρωσία και αύξησης της ενωσιακής πολιτικής στη Γεωργία. Για αυτούς τους λόγους καταψηφίσαμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – This proposal concerns the proposed approval of an operational and strategic agreement between Europol and Georgia, providing for the exchange of information, including personal data. Such information could be in the field of specialist knowledge, general situation reports, results of strategic analysis, information on criminal investigation procedures, information on crime-prevention methods, and support in individual criminal investigations. I therefore support the conclusion of this strategic and operational cooperation agreement with Georgia would thus aid and reinforce the fight against terrorism and organized crime, which is international by definition.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Je me félicite que le Parlement européen ait autorisé la conclusion d'un accord de coopération technique, stratégique et opérationnelle entre la Géorgie et Europol.

C'est une coopération d'autant plus importante que la Géorgie se trouve aux portes de la Turquie et de l'Arménie, à proximité d'une région en ébullition comprenant l'Iran, la Syrie et l'Irak, ce qui la place à un carrefour stratégique pour les réseaux criminels et les terroristes.

Aussi, cette coopération est fondamentale dans la mesure où la capacité de nuisance de ces réseaux criminels, des trafiquants et des terroristes dont les combattants étrangers de retour de Syrie, dépasse de loin les frontières européennes. Par conséquent, la lutte contre ces fléaux est une lutte commune qui ne peut être menée que collectivement grâce à l'échange d'informations et la mise à disposition de soutiens matériels, humains et opérationnels.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea acordului privind cooperarea operațională și strategică între Georgia și Europol care se referă la propunerea de aprobare a unui acord operațional și strategic între cele două. Acest raport prevede schimbul de informații, inclusiv schimbul de date cu caracter personal. Încheierea acestui acord de cooperare strategică și operațională cu Georgia ar sprijini și intensifica astfel combaterea terorismului și a criminalității organizate.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za izvješće o nacrtu provedbene odluke Vijeća kojom se Europskom policijskom uredu (Europol) odobrava sklapanje Sporazuma o operativnoj i strateškoj suradnji između Gruzije i Europola (10343/2016 — C8-0266/2016 – 2016/0810(CNS)) s obzirom na to da se time omogućuje razmjena informacija, uključujući razmjenu osobnih podataka koji uključuju stručno znanje, izvješća o općem stanju, rezultate strateške analize, informacije o postupcima kaznene istrage, informacije o metodama sprečavanja kriminala te pružanje podrške u pojedinačnim kaznenim istragama.

Postoje operativne potrebe za operativnu suradnje Europola s Gruzijom koja je sve važnija u borbi protiv terorizma i organiziranog kriminala, pogotovo jer je ona tranzitna zemlja za tzv. strane borce.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Cet accord entre Europol et la Géorgie, prévoyant des échanges d'informations dans divers domaines de compétences, comporte aussi des dispositions concernant l'échange de données à caractère personnel. Comme je m'oppose à tout échange de ce type de données lorsqu'il s'agit de citoyens français, je ne fais pas d'exception avec les pays tiers.

J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Claude Moraes relatif à la coopération entre la Géorgie et Europol. Créé pour renforcer la sécurité au sein de l'espace européen, Europol a pour mission de lutter contre la criminalité et de faciliter la coopération entre les différents services de police. Je soutiens cette initiative qui a pour but de renforcer nos opérations de sécurité. L'accord prévoit des échanges d'informations et d'analyse stratégique avec les services de police géorgiens devant permettre de mieux lutter contre le terrorisme et la criminalité organisée.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την εν λόγω έκθεση, καθώς, σύμφωνα με την Ευρωπόλ, η Γεωργία αποκτά ολοένα μεγαλύτερη σημασία στο πλαίσιο της καταπολέμησης της τρομοκρατίας και του οργανωμένου εγκλήματος, ιδίως επειδή αποτελεί χώρα διέλευσης των αποκαλούμενων ξένων μαχητών και σημαντικό εταίρο στην καταπολέμηση των οργανωμένων εγκληματικών ομάδων από τη Γεωργία. Από την άποψη αυτή, η σύναψη της εν λόγω συμφωνίας στρατηγικής και επιχειρησιακής συνεργασίας με τη Γεωργία θα βοηθήσει και θα ενισχύσει τον αγώνα κατά της τρομοκρατίας και του οργανωμένου εγκλήματος, που είναι εξ ορισμού διεθνής.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich zu dem vorliegenden Bericht enthalten. Der Bericht beinhaltet eine strategische und operative Zusammenarbeit und somit auch einen verstärkten Informationsaustausch zwischen Europol und Georgien. Einerseits wäre ein solches Abkommen wünschenswert, jedoch wird bei diesem Abkommen der Austausch personenbezogener Daten nicht ausgeschlossen, was ich ablehne.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as there are clear operational needs for Europol to deepen its cooperation with Georgia. This strategic cooperation agreement with Georgia would aid and reinforce the fight against organised crime and would contribute to enhancing international law enforcement co-operation.

Στέλιος Κούλογλου (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against the report on Operational and Strategic Cooperation Agreement between Europol and Georgia since I find disturbing the fact that the Council and Europol are trying to push through these undemocratic agreements without taking into consideration that new and more transparent Europol regulation is going to enter into force next year.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Minden olyan együttműködés támogatandó, amely erősítheti a szervezett bűnözés elleni fellépés eredményességét, így az Europol és Grúzia közötti is, amely vélhetően hozzájárul az uniós polgárok biztonságának javításához. Még akkor is, ha vannak ezzel kapcsolatban fenntartásaim és az anyag sem oszlat el minden kétséget.

Legalapvetőbb gondot a személyes adatok kezelésének valós miként jelent, különösen a némileg bizonytalan státuszú országok esetében. Ennél nagyobb probléma, hogy néhány bűnöző esetleges kiszűrése végett komoly apparátusok végeznek széleskörű adatcserét és nyomozást, miközben a háborús övezetekből kiképzett, harcedzett felnőtt terroristák tömegei jutnak be az Unióba és kapnak oltalmat szegény kiskorú menekültként. Ágyúval a verébre, miközben csúzlival a tankra. Palmürát épp most foglalták el az oda menekültként beszivárgott diverzánsok hathatós segítségével a terroristák. Mi lesz így veled, Európa?

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на доклада за одобряване на сключването от страна на Европейската полицейска служба (Европол) на Споразумението за оперативно и стратегическо сътрудничество между Грузия и Европол.

Предложението се отнася до одобрение на оперативното и стратегическо споразумение между Европол и Грузия, с което се предвижда обмен на информация. Тази информация може да бъде в областта на специализираните познания, общи доклади за обстановката, резултати от стратегически анализи, информация относно процедури по наказателни разследвания, информация относно методи за предотвратяване на престъпления и подкрепа за конкретни наказателни разследвания.

Смятам, че са налице явни оперативни потребности за задълбочаване на оперативното сътрудничество между двете страни. Според Европол Грузия придобива все по-голямо значение в борбата срещу тероризма и организираната престъпност, по-конкретно тъй като е транзитна страна за т.нар. чуждестранни бойци и основен партньор в борбата срещу грузинските организирани престъпни групи. От тази гледна точка сключването на това стратегическо и оперативно споразумение за сътрудничество с Грузия следователно би подпомогнало и засилило борбата срещу тероризма и организираната престъпност, които са международни по дефиниция.

Илхан Кючюк (ALDE), *in writing*. – I supported the operational cooperation agreement between Georgia and Europol. There are clear operational needs for Europol to deepen its cooperation with Georgia. According to Europol, Georgian organised crime (OC) has been active in the EU, steadily growing in scale over that time. Currently, several EU Member States are facing serious issues with criminality caused by Georgian OC, which by its nature is very international and has interlinked clusters in many countries. In addition to this, Georgia continues to be a transit country for foreign terrorist fighters. Looking from this perspective, the conclusion of the operational cooperation agreement between Georgia and Europol would definitely facilitate and reinforce the international fight against terrorism and OC.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Il menzionato accordo sulla cooperazione operativa e strategica tra la Georgia ed Europol pone attenzione ai dati personali, ovvero allo scambio di informazioni che includono conoscenze specialistiche, resoconti generali, risultati di analisi strategiche, informazioni sulle procedure delle indagini penali, sulle forme di prevenzione della criminalità e anche il sostegno delle singole indagini penali.

Secondo Europol, la Georgia riveste un'importante funzione per quanto concerne la lotta contro il terrorismo e la criminalità organizzata, perché risulta essere un paese di transito dei cosiddetti combattenti stranieri, ma risulta essere anche un partener fondamentale nella lotta contro i gruppi criminali organizzati georgiani.

In considerazione delle motivazioni espresse dalla presente relazione, ritengo che la conclusione dell'accordo di cooperazione strategica e operativa con la Georgia sia fondamentale per aiutare e rafforzare la lotta contro il terrorismo e la criminalità organizzata, e pertanto voto favorevolmente.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur l'accord sur la coopération opérationnelle et stratégique entre la Géorgie et Europol. Cet accord comporte des dispositions relatives à l'échange de données à caractère personnel de citoyens français, ce que j'estime inacceptable. En outre, je suis pour une meilleure coopération internationale des services de police, mais cette coopération doit garder un caractère intergouvernemental.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este Acuerdo, porque considero que no supone suficiente protección para el intercambio de datos entre Europol y Georgia, que van a utilizarse como parte de la estrategia geopolítica de Europa en Rusia y el Asia Central, a la cual me he opuesto reiteradamente por su belicosidad y por la falta efectiva de garantías jurídicas.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Por el presente texto se consulta al Parlamento Europeo sobre la celebración de un Acuerdo de Cooperación Operativa y Estratégica de Europol con Georgia. Este prevé un intercambio de información entre ambas entidades, incluidos los datos personales. Entre otros, la información en cuestión puede versar sobre resultados de análisis estratégicos o métodos de prevención de delitos.

Doy mi voto favorable puesto que el Acuerdo contribuirá a la lucha contra el terrorismo y la delincuencia organizada a escala internacional, lucha en la que la Unión es un actor importante y en la que Georgia cada vez desempeña un papel mayor, al ser un país de tránsito para los combatientes extranjeros.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Zdržel jsem se. Dohoda umožňuje výměnu informací, včetně osobních údajů mezi Europolem a gruzínskou policií. Mezi tyto informace by mohly patřit odborné znalosti, všeobecné situační zprávy, výsledky strategických analýz, informace o vyšetřovacích postupech v případě trestných činů.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – U skladu s člankom 23. stavkom 2. važeće Odluke Vijeća o Europolu, Vijeće odobrava sklapanje Sporazuma o međunarodnoj suradnji s trećim državama ili međunarodnim organizacijama nakon savjetovanja s Europskim parlamentom. Ti sporazumi mogu obuhvaćati razmjenu operativnih, strateških, tehničkih ili povjerljivih informacija i razmjenu osobnih podataka.

Ovaj prijedlog odnosi se na predloženo odobrenje sklapanja operativnog i strateškog sporazuma između Europola i Gruzije kojim će se omogućiti razmjena informacija. Takve informacije mogu uključivati stručno znanje, izvješća o općem stanju, rezultate strateške analize, informacije o postupcima kaznene istrage, informacije o metodama sprečavanja kriminala te pružanje podrške u pojedinačnim kaznenim istragama.

Zajedničko nadzorno tijelo Europola dalo je pozitivno mišljenje o sklapanju sporazuma o suradnji, uzimajući u obzir razinu zaštite podataka u Gruziji. Budući da postoje jasne operativne potrebe za produbljivanje suradnje Europola s Gruzijom, podržala sam ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – This proposal concerns the proposed approval of an operational and strategic agreement between Europol and Georgia, providing for the exchange of information, including personal data. Such information could be in the field of specialist knowledge, general situation reports, results of strategic analysis, information on criminal investigation procedures, information on crime-prevention methods, and support in individual criminal investigations. I voted for this proposal.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Podporil som schválenie tejto dohody, ktorej cieľom je spolupráca pri výmene operatívnych, strategických a odborných informácií vrátane výmeny osobných údajov. Dohodou sa posilní a aj územne rozšíri boj proti terorizmu a organizovanému zločinu.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έγκριση της σύναψης από την Ευρωπαϊκή Αστυνομική Υπηρεσία (Ευρωπόλ) της συμφωνίας επιχειρησιακής και στρατηγικής συνεργασίας μεταξύ της Γεωργίας και της Ευρωπόλ, διότι είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce rapport a pour objectif de donner l'accord du Parlement européen à la coopération opérationnelle et stratégique entre Europol et la Géorgie. En réalité, il s'agit de l'échange de données à caractère personnel des citoyens européens. Ce rapport touche ainsi directement la sécurité des données des citoyens français. C'est la raison pour laquelle nous nous y opposons.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the Agreement on Operational and Strategic Cooperation between Georgia and Europol. Georgia is a fundamental partner of Europol in terms of tackling terrorism and organised crime. For that reason, it is crucial to support the agreement in order to enhance operational cooperation in terms of exchange of personal data, information on crime-prevention methods, results of strategic analysis, and information on criminal investigation procedures. Only by implementing these measures will Europol be able to assist Georgia in its fight against organised criminal groups and foreign fighters that use Georgia as a transit country.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o zprávě, která navrhuje posílit spolupráci mezi Gruzií a Evropským policejním úřadem (Europol). Dohody o spolupráci se mohou týkat výměny operativních, strategických, technických nebo utajovaných informací. Domnívám se, že jednoznačně existuje potřeba posílit operativní spolupráci mezi Europolem a Gruzií. Podle Europolu roste význam Gruzie v boji proti terorismu a organizované trestné činnosti, zvláště od té doby, co je Gruzie tranzitní zemí tzv. zahraničních bojovníků a klíčovým partnerem v boji proti gruzínským organizovaným zločineckým skupinám. Z tohoto hlediska by uzavření této dohody o strategické a operativní spolupráci s Gruzií napomohlo v boji proti terorismu a organizované trestné činnosti, které jsou ze své podstaty mezinárodním jevem. Proto jsem zprávu podpořil.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έγκριση της σύναψης από την Ευρωπόλ της συμφωνίας υπηρεσιακής και στρατηγικής συνεργασίας μεταξύ της Γεωργίας και της Ευρωπόλ. Είναι γεγονός ότι υπάρχουν επιχειρησιακές ανάγκες της Ευρωπόλ για εμβάθυνση της επιχειρησιακής συνεργασίας με τη Γεωργία. Σύμφωνα με την Ευρωπόλ, η Γεωργία αποκτά ολοένα μεγαλύτερη σημασία στο πλαίσιο της καταπολέμησης της τρομοκρατίας και του οργανωμένου εγκλήματος, ιδίως επειδή αποτελεί χώρα διέλευσης των αποκαλούμενων ξένων μαχητών και σημαντικό εταίρο στην καταπολέμηση των οργανωμένων εγκληματικών ομάδων από τη Γεωργία. Από την άποψη αυτή, η σύναψη της εν λόγω συμφωνίας στρατηγικής και επιχειρησιακής συνεργασίας με τη Γεωργία θα βοηθήσει και θα ενισχύσει τον αγώνα κατά της τρομοκρατίας και του οργανωμένου εγκλήματος, που είναι εξ ορισμού διεθνής.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Vorschlag beinhaltet eine strategische und operative Zusammenarbeit und somit auch einen verstärkten Informationsaustausch zwischen Europol und Georgien. Einerseits wäre ein solches Abkommen wünschenswert. Bei diesem Abkommen wird jedoch der Austausch personenbezogener Daten nicht ausgeschlossen, und wegen der Bedenken bezüglich Europol habe ich mich der Stimme enthalten.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report on the exchange of information between Europol and Georgia.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le Parlement est ici «consulté» sur l'approbation d'un accord de coopération entre la Géorgie et Europol, l'Office Européen de Police. Il conviendrait a minima de s'assurer que les pays avec lesquels l'UE conclut de tels accords offrent toutes les garanties de respect de l'État de droit mais surtout d'engagement dans la lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée. Surtout quand il s'agit comme ici d'échanger les données personnelles des citoyens. Je me suis déjà opposé à de précédents accords similaires, notamment avec les Émirats Arabes Unis et l'Ukraine. Ces coopérations sont le fruit de choix géopolitiques que je désapprouve. Le Conseil pousse tous ces accords avec des pays tiers avant la fin de l'année 2016 afin de donner toute latitude à Europol pour 2017 quand entrera en vigueur son nouveau règlement encore plus menaçant pour la sécurité de nos données personnelles. Europol récolte arbitrairement des données personnelles en Europe et peut refuser de les communiquer aux citoyens concernés qui les lui réclament. Le scandale des révélations d'espionnage géant par la NSA et les autorités allemandes des gouvernements et des institutions européennes n'aura donc servi à rien pour Bruxelles. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cet accord de coopération entre la Géorgie et Europol prévoit des échanges d'informations comprenant l'expertise, les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques, les informations sur les procédures d'enquêtes pénales et les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation, ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières. De plus, cet accord prévoit aussi des dispositions sur les échanges de données à caractère personnel.

Étant totalement opposée aux échanges de ce type de données, et dans la logique de mes précédents votes sur le même sujet, j'ai donc voté contre cet accord.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le Parlement a été consulté sur la conclusion d'un accord de coopération stratégique entre la Géorgie et Europol. Ce nouvel accord international vient renforcer la coopération qu'Europol entretient avec les pays tiers ce qui représente un outil essentiel au travail d'Europol. Je tiens néanmoins à souligner que la conclusion de cet accord aurait dû être faite après l'entrée en vigueur du nouveau règlement Europol prévue pour mai 2017. Le nouveau règlement prévoit en effet des garanties renforcées en matière notamment de protection des données. De plus, après l'entrée en vigueur du nouveau règlement, le Parlement européen bénéficiera de plus de prérogatives dans la conclusion de tels accords internationaux. Le rôle du Parlement dans ces matières doit absolument être défendu. C'est pourquoi il importe que la conclusion de tout nouvel accord obéisse aux nouvelles règles prochainement en vigueur.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which is consulted on whether to give our consent to the Operational and Strategic cooperation agreement between Europol and Georgia. This agreement involves also the exchange of personal data.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Tanács végrehajtási határozattervezetet dolgozott ki a Grúzia és az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) közötti operatív és stratégiai együttműködésről szóló megállapodás Europol általi megkötésének jóváhagyásáról. A határozat elfogadása előtt konzultálnia kell a Parlamenttel.

Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament hagyja jóvá a Tanács tervezetét. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Afin d'améliorer l'efficacité dans la prévention et la lutte contre des formes graves de criminalité, Europol a engagé la procédure de conclusion d'un accord sur la coopération opérationnelle et stratégique avec la Géorgie. Les termes de la coopération régie par l'accord opérationnel et stratégique prévoient des échanges d'informations qui peuvent comprendre l'expertise, les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques, les informations sur les procédures d'enquêtes pénales et les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation, ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières. Par ailleurs, l'accord comporte des dispositions relatives à l'échange de données à caractère personnel. Nous n'acceptons pas l'échange de données à caractère personnel de citoyens français, donc nous sommes opposés à

tous les accords opérationnels qu'Europol veut conclure avec des pays tiers. Abstention.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Afin d'améliorer l'efficacité dans la prévention et la lutte contre des formes graves de criminalité, Europol a engagé la procédure de conclusion d'un accord sur la coopération opérationnelle et stratégique avec la Géorgie.

Les termes de la coopération régie par l'accord opérationnel et stratégique prévoient des échanges d'informations qui peuvent comprendre l'expertise, les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques, les informations sur les procédures d'enquêtes pénales et les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation, ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières. Par ailleurs, l'accord comporte des dispositions relatives à l'échange de données à caractère personnel.

Je n'accepte pas l'échange de données à caractère personnel de citoyens français, je suis donc opposée à tous les accords opérationnels qu'Europol veut conclure avec des pays tiers et je vote contre ces rapports.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as there are clear operational needs for Europol to deepen its cooperation with Georgia. This strategic cooperation agreement with Georgia would aid and reinforce the fight against organised crime and would contribute to enhancing international law enforcement co-operation.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur le projet de décision d'exécution du Conseil portant approbation de la conclusion, par l'Office européen de police (Europol), de l'accord sur la coopération opérationnelle et stratégique entre la Géorgie et Europol. L'accord vise à soutenir l'action des autorités compétentes des États membres et leur coopération mutuelle dans la prévention de la criminalité organisée, du terrorisme et d'autres formes graves de criminalité.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Europol has its headquarters in the Netherlands offering assistance to the 28 Member States of the EU in their fight against serious crimes and terrorism. I have voted for this report regarding the operational cooperation between Europol and Georgia in the fight against terrorism and organised crime, taking into consideration that Georgia is a transit country for many so-called foreign fighters.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Подкрепих сключването на Споразумението за оперативно и стратегическо сътрудничество между Грузия и Европол, тъй като смятам, че това ще бъде от полза и за двете страни. В момент на непрестанни терористични атаки, Европейският съюз е все по-уязвим и чувството на страх и несигурност се насажда в европейските граждани.

Призовавам институциите, и по-специално Комисията, да осъществяват стриктен контрол по отношение на разпоредбите, засягащи обмена на лични данни, и да информират Парламента за резултатите от този анализ. Осигуряването на прозрачност по сключването на подобни споразумения е ключово за опровергаването на притесненията на европейските граждани, касаещи гаранциите за защитата на личните данни. Влизането в сила на новия Регламент (ЕС) 2016/794 от 1 януари 2017 г., изменящ процедурата за сключване на международни споразумения, също има за цел да се повишат гаранциите относно защитата при събирането и обмена на данни.

Надявам се сключването на това стратегическо и оперативно споразумение за сътрудничество да спомогне за по-голямата ефективност в борбата с организираната престъпност, намалявайки броя на заплахите и осъществените актове на посегателство над правата на гражданите.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport deoarece consider cooperarea la nivel mondial și intensificarea acțiunilor între state și organizațiile internaționale, în scopul luptei împotriva crimei organizate, ca fiind obiective de maximă importanță pentru Uniunea Europeană și partenerii săi. Evenimentele din ultimii ani ne-au demonstrat că deficiențele de comunicare dintre structurile însărcinate cu siguranța noastră au condus la incidente regretabile și la pierderea a mii de vieți omenești. Astfel, raportul adoptat astăzi aprobă cooperarea strategică dintre Georgia și Europol, cooperare care intensifică schimbul de informații operaționale, strategice, tehnice sau clasificate, cu scopul prevenirii și combaterii criminalității, creând, de asemenea, cadrul unei colaborări în lupta ce o duc din ce în ce mai multe state cu fenomenul terorismului.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich bei diesem Abkommen meiner Stimme enthalten, da solch ein Abkommen zwar wünschenswert wäre, jedoch wird bei diesem Abkommen der Austausch personenbezogener Daten nicht ausgeschlossen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Europol ja Gruusia soovivad omavahelist koostööd süvendada, et tugevdada võitlust terrorismi ja organiseeritud kuritegevuse vastu. Võttes arvesse, et Gruusia on nn välisvõitlejate transiidiriik ja ülimalt oluline partner võitluses Gruusia kuritegelike organisatsioonide vastu, on selline koostöö vajalik.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – Me he abstenido ya que la reforma del Reglamento de Europol aún no ha sido completada. Es mejor proceder con cautela antes de firmar este tipo de Acuerdos y esperar a la finalización de las negociaciones en curso.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Φαίνεται ότι υπάρχουν σαφείς επιχειρησιακές ανάγκες της Ευρωπόλ για εμβάθυνση της επιχειρησιακής συνεργασίας με τη Γεωργία. Σύμφωνα με την Ευρωπόλ, η Γεωργία αποκτά ολοένα μεγαλύτερη σημασία στο πλαίσιο της καταπολέμησης της τρομοκρατίας και του οργανωμένου εγκλήματος, ιδίως επειδή αποτελεί χώρα διέλευσης των αποκαλούμενων ξένων μαχητών και σημαντικό εταίρο στην καταπολέμηση των οργανωμένων εγκληματικών ομάδων από τη Γεωργία. Από την άποψη αυτή, η σύναψη της εν λόγω συμφωνίας στρατηγικής και επιχειρησιακής συνεργασίας με τη Γεωργία θα βοηθήσει και θα ενισχύσει τον αγώνα κατά της τρομοκρατίας και του οργανωμένου εγκλήματος, που είναι εξ ορισμού διεθνής. Για τους παραπάνω λόγους υπερψήφισα την έκθεση.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché valuto positivamente il rafforzamento della cooperazione operativa strategica tra Georgia ed Europol. Tale cooperazione attiene lo scambio di informazioni operative, strategiche, tecniche o classificate e, non ultimo, lo scambio di dati personali.

Il flusso informativo su citato, se analizzato, può dare contezza di eventuali attività terroristiche o della criminalità organizzata in quanto la Georgia si configura come un paese in cui si registra il transito di combattenti stranieri e proliferano gruppi criminali organizzati. La connotazione internazionale della lotta contro il terrorismo e la criminalità organizzata mi spinge a ritenere che la cooperazione tra UE e Georgia in tale settore di riferimento sia preziosa, pertanto ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I supported this operational and strategic agreement between Europol and Georgia because it provides for the exchange of information, including personal data. Such information could be in the field of specialist knowledge, general situation reports, results of strategic analysis, information on criminal investigation procedures, information on crime-prevention methods, and support in individual criminal investigations. I believe it is important to maintain a good relationship with EU neighbouring countries and that this agreement will deliver on this objective.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam ovaj prijedlog o sklapanju operativnog i strateškog sporazuma između Europola i Gruzije jer će se njime omogućiti razmjena informacija, koje uključuju stručno znanje, izvješća o općem stanju, rezultate strateških analiza, razmjenu informacija o postupcima kaznenih istraga, informacije o metodama sprečavanja kriminala te pružanju podrške u pojedinačnim kaznenim istragama. Postoje jasne operativne potrebe za produbljivanje operativne suradnje Europola s Gruzijom.

Prema podacima Europola, Gruzija je sve važnija u borbi protiv terorizma i organiziranog kriminala, pogotovo jer je ona tranzitna zemlja za tzv. strane borce te je ključan partner u borbi protiv gruzijskih skupina organiziranog kriminala. Stoga bi se, u tom pogledu, sklapanjem sporazuma o strateškoj i operativnoj suradnji s Gruzijom poduprla i osnažila borba protiv terorizma i organiziranog kriminala, koji je po definiciji međunarodan. Podržavam ovaj prijedlog jer sigurnost građana EU-a ne smije biti dovedena u pitanje.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Gruzija je bliski susjed EU-a i zemlja koja je potencijalni kandidat. S njom imamo razvijene odnose u mnogim područjima pa je tako i sve važnije naše partnerstvo u borbi protiv terorizma i organiziranog kriminala – zbog jasne operativne potrebe za produbljivanjem suradnje Europola s Gruzijom nužan je sporazum o strateškoj i operativnoj suradnji, što bi osnažilo borbu protiv tih međunarodnih izazova. Sporazum će omogućiti razmjenu informacija, uključujući razmjenu osobnih podataka.

Želim naglasiti da je razočaravajuće što Europski parlament u ovom postupku ne može u potpunosti vršiti demokratski nadzor.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A Europol é uma agência da União Europeia que se enquadra no aprofundamento federalista do processo de integração europeu, tendo por principal objetivo o cumprimento coercivo da lei. Uma infraestrutura que, à margem dos Estados-Membros, se impõe e se sobrepõe a estes, numa clara postura contrária à sua soberania e autonomia das suas próprias forças de segurança e da desejável cooperação entre Estados.

Este relatório propõe a aprovação de um «Acordo de Cooperação Operacional e Estratégica entre a Europol e a Geórgia», que prevê o intercâmbio de informações, incluindo dados pessoais. Essas informações podem incluir conhecimentos especializados, relatórios gerais de situação, resultados de análises estratégicas, informações sobre processos de investigação penal, assim como sobre métodos de prevenção da criminalidade, bem como apoio em determinadas investigações penais.

O enquadramento geopolítico da Geórgia constitui-se como mais uma frente de confronto e cerco à Federação Russa, num contexto de desestabilização e de guerras promovidas pelos EUA e UE no Médio Oriente, com destaque na atualidade para a Síria.

Votámos contra.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Jsem přesvědčen, že existuje jednoznačná potřeba posílit operativní spolupráci mezi Europolem a Gruzií. Podle Europolu roste význam Gruzie v boji proti terorismu a organizované trestné činnosti, zvláště od té doby, co je Gruzie tranzitní zemí tzv. zahraničních bojovníků a klíčovým partnerem v boji proti gruzínským organizovaným zločineckým skupinám. Z toho důvodu podporuji uzavření této dohody o strategické a operativní spolupráci s Gruzií, která napomůže v boji proti terorismu a organizované trestné činnosti. Tento návrh se týká operativní a strategické dohody mezi Europolem a Gruzií, která umožňuje výměnu informací, včetně osobních údajů. Mezi tyto informace by mohly patřit odborné znalosti, všeobecné situační zprávy, výsledky strategických analýz, informace o vyšetřovacích postupech v případě trestných činů, informace o metodách předcházení trestné činnosti a podpora u konkrétních případů vyšetřování trestné činnosti. Domnívám se, že tato oboustranně výhodná dohoda zefektivní jak činnost Europolu, tak gruzínských bezpečnostních složek.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie dotyczy porozumienia o współpracy operacyjnej i strategicznej między Europolem i Gruzją. Koniecznym jest, aby Europol pogłębił współpracę operacyjną z Gruzją, kluczowym partnerem Unii Europejskiej w ramach Partnerstwa Wschodniego. Bezpieczeństwo oraz walka z przestępczością stanowią podstawowy imperatyw w celu pełnego osiągnięcia celów tej współpracy. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur de cet accord sur la coopération opérationnelle et stratégique entre la Géorgie et Europol. L'échange d'informations permettra aux États membres de l'Union et à la Géorgie de prévenir la criminalité organisée, le terrorisme et d'autres formes de criminalité internationale. La lutte contre ces phénomènes est un combat de chaque instant.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O presente documento diz respeito à aprovação da proposta de um acordo de cooperação operacional e estratégica entre a Europol e a Geórgia, prevendo o intercâmbio de informações, incluindo dados pessoais.

Em conformidade com o artigo 23.º, n.º 2, da Decisão do Conselho sobre a Europol, incumbe ao Conselho aprovar a celebração de acordos de cooperação internacional com Estados terceiros, após consulta do Parlamento Europeu. Esses acordos podem dizer respeito ao intercâmbio de informações operacionais, estratégicas, técnicas ou classificadas.

Segundo a Europol, a Geórgia desempenha um papel cada vez mais importante na luta contra a criminalidade organizada, especialmente por ser um país de trânsito dos denominados combatentes estrangeiros. Assim, a celebração do acordo de cooperação estratégica e operacional com este Estado permitirá facilitar e reforçar a luta contra o terrorismo e outras formas hediondas de criminalidade. Por isso, aprovo o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this legislative report. UKIP do no support Europol as an institution and do not support the EU concluding agreements with third countries.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Este acordo diz respeito à aprovação de um acordo de cooperação operacional e estratégica entre a Europol e a Geórgia, prevendo o intercâmbio de informações, incluindo dados pessoais.

Essas informações podem incluir conhecimentos especializados, relatórios gerais de situação, resultados de análises estratégicas, informações sobre processos de investigação penal, assim como sobre métodos de prevenção da criminalidade, bem como apoio em determinadas investigações penais.

No plano operacional parece existir uma clara necessidade de a Europol aprofundar a sua cooperação com a Geórgia. Segundo esta agência, a Geórgia desempenha um papel cada vez mais importante na luta contra a criminalidade organizada, sobretudo por ser um país de trânsito dos denominados combatentes estrangeiros e um parceiro fundamental na luta contra os grupos de criminalidade organizada da Geórgia.

Nesta perspetiva, a celebração do acordo de cooperação estratégica e operacional com a Geórgia permitiria facilitar e reforçar a luta contra o terrorismo e a criminalidade organizada, que é, por definição, internacional.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor para la autorización del Acuerdo de Cooperación Operativa y Estratégica entre Georgia y Europol. Según Europol, parecen existir necesidades operativas claras para que se profundice la cooperación operativa con Georgia. El papel que juega Georgia en relación con la lucha contra el terrorismo y la delincuencia organizada es cada vez más importante, en concreto, desde que el país se ha convertido en un país de tránsito para los llamados combatientes extranjeros y en un socio fundamental en la lucha contra los grupos de delincuencia organizada. Este acuerdo, prevé un intercambio de información, incluidos los datos personales. La información intercambiada podría comprender conocimientos especializados, informes generales de situación, resultados de análisis estratégicos, entre otros.

Si bien cabe lamentar que el Parlamento Europeo no pueda desempeñar plenamente su función de control democrático en el marco de este procedimiento, es necesario destacar que en el artículo 25, apartado 4, del Reglamento Europol se señala que la Comisión tiene que evaluar las disposiciones recogidas en todos los acuerdos de cooperación celebrados antes del 1 de mayo de 2017, y que la Comisión deberá informar al Parlamento sobre el resultado de esta evaluación y, si procede, podrá iniciar el procedimiento de renegociación de dichos acuerdos.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui demande à la Commission européenne d'évaluer, après l'entrée en application du nouveau règlement relatif à Europol, les dispositions contenues dans l'accord de coopération et qui demande à la Commission d'informer le Parlement et le Conseil des conclusions de cette évaluation et, le cas échéant, de formuler une recommandation en vue d'autoriser l'ouverture d'une renégociation internationale de cet accord.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Visapusiškai palaikau Gruzijos praktinį įsitraukimą į Europos laisvės, teisingumo ir saugumo erdvę. Gruzijos ir Europolo susitarimas dėl bendradarbiavimo – itin svarbus žingsnis šia linkme.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório diz respeito à aprovação da proposta de um acordo de cooperação operacional e estratégico entre a Europol e a Geórgia. Este acordo deverá prever o intercâmbio de informações, incluindo dados pessoais, conhecimentos especializados, relatórios gerais de situação, resultados de análises estratégicas, informações sobre processos de investigação penal, métodos de prevenção da criminalidade, prevendo ainda a concessão de apoio a determinadas investigações penais.

Segundo a Europol, existe uma clara necessidade de aprofundar a sua cooperação com a Geórgia, que, de acordo com a primeira, desempenha um papel cada vez mais importante na luta contra a criminalidade organizada, sobretudo por ser um país de trânsito dos denominados «combatentes estrangeiros» e um parceiro fundamental na luta contra os grupos de criminalidade organizada. Assim, a celebração deste Acordo de cooperação estratégica e operacional permitirá facilitar e reforçar a luta contra o terrorismo e a criminalidade organizada.

Em conformidade com o artigo 23.º, n.º 2, da Decisão do Conselho sobre a Europol, incumbe ao Conselho aprovar a celebração de acordos de cooperação internacionais com Estados terceiros ou organizações internacionais, após consulta do Parlamento Europeu. Por reconhecer a importância da celebração deste acordo, votei a favor do relatório.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe dem Abkommen über die operative und strategische Kooperation zwischen Georgien und Europol zugestimmt, das den Informationsaustausch einschließlich der personenbezogenen Daten vorsieht.

Begründen lassen kann sich die Zustimmung damit, dass der Informationsaustausch die Zusammenarbeit zwischen Georgien und Europol fördert und deren Arbeit effizienter macht. Als Beispiel kann dabei die gegenseitige Unterstützung bei einzelnen strafrechtlichen Ermittlungsverfahren angebracht werden.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este Acuerdo entre Georgia y la agencia europea Europol en materia de Cooperación Operativa y Estratégica. Me opongo, porque aboga por la ampliación del ámbito operativo de Europol, y mi posición es contraria a la existencia de dicha agencia, pues no actúa con la transparencia y las garantías necesarias para una institución de este tipo.

Se han expresado serias preocupaciones por la falta de responsabilidad política o judicial a la que está sometida Europol. Además, la falta de claridad sobre el tema de intercambio de datos sensibles, incluso personales, de los ciudadanos y ciudadanas europeas con terceros países es algo que resulta imposible de aprobar ya que está en entredicho la protección de datos personales y los derechos de los ciudadanos y ciudadanas.

Por otro parte, desde el punto de vista geopolítico, este acuerdo con Georgia se enmarca en la estrategia de la Unión de tensionar las relaciones con Rusia, a la cual me opongo, por considerar a este vecino como un socio estratégico y necesario.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – La Georgia, oltre ad essere un paese con cui l'Unione europea ha numerosi collegamenti e scambi, è uno dei paesi di transito dei cosiddetti combattenti stranieri e un partner fondamentale nella lotta contro i gruppi criminali organizzati georgiani.

Al fine di aumentare l'efficacia nel prevenire e combattere il terrorismo e le forme gravi di criminalità, il nuovo accordo sulla cooperazione operativa e strategica tra la Georgia ed Europol contiene disposizioni riguardo alla fornitura di consulenza e sostegno a singole indagini penali e allo scambio di informazioni che possono includere, ad esempio, conoscenze specialistiche, informazioni sulle procedure delle indagini penali e informazioni sui metodi di prevenzione della criminalità.

Ritengo che Europol possa svolgere un ruolo determinante per sostenere e rafforzare l'azione delle autorità competenti degli Stati membri e la reciproca collaborazione. Ho deciso pertanto di votare a favore della conclusione di questo accordo.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as I do not recognise Europol.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report, as there are clear operational needs for Europol to deepen its cooperation with Georgia. This strategic cooperation agreement with Georgia would aid and reinforce the fight against organised crime and would contribute to enhancing international law enforcement co-operation.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za. Súhlasím s návrhom Rady uzavrieť dohodu medzi Gruzínskom a Europolom. Táto dohoda sa týka operatívnej a strategickej spolupráce, pričom zahŕňa aj výmenu informácií vrátane osobných údajov. Gruzínsko zohráva čoraz dôležitejšiu úlohu v boji proti terorizmu a organizovanej trestnej činnosti, a to konkrétne z toho dôvodu, že je tranzitnou krajinou takzvaných zahraničných bojovníkov a dôležitým partnerom v boji proti gruzínskym organizovaným zločineckým skupinám. Preto vítam tento návrh Rady.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Na schválenie dohody medzi Europolom a Gruzínskom som dala svoj súhlas, ale domnievam sa, že v budúcnosti bude potrebné, aby mal Európsky parlament väčší dohľad nad uzatváraním takýchto medzinárodných dohôd. Lisabonská zmluva mení pravidlá a od 1. mája 2017 bude potrebné zapojiť Parlament do demokratickej kontroly najmä v otázkach ochrany osobných údajov. V prípade dohody s Gruzínskom sa ešte uplatnil predlisabonský postup hlavne preto, že krajina má už teraz vysokú ochranu údajov. Dohody Europolu s tretími štátmi umožňujú výmenu operatívnych, strategických a odborných informácií, alebo aj utajovaných skutočností. Takáto operatívna spolupráca predpokladá aj výmenu osobných údajov. V boji s terorizmom a organizovaným zločinom je Gruzínsko pre Europol dôležitým partnerom. Operatívnu spoluprácu je potrebné prehĺbiť najmä z tých dôvodov, že Gruzínsko je tranzitnou krajinou niektorých zahraničných bojovníkov, ale aj významným partnerom v boji proti gruzínskym organizovaným zločineckým skupinám. Dúfam preto, že výmena odborných znalostí, všeobecných situačných správ, výsledkov vyšetrovaní či pravidelných výmen informácií o postupoch vyšetrovania bude pre obe strany prínosom.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Proti organizovanému zločinu a terorizmu musíme bojovať globálne. Gruzínsko je strategickou krajinou na Kaukaze, čo je región, odkiaľ pochádzajú významné skupiny pôsobiace v oblasti distribúcie drog a ďalších ilegálnych činností. Vítam túto dohodu a verím, že podobné zmluvy budú uzatvorené s čoraz väčším počtom štátov.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Ovaj prijedlog odnosi se na odobrenje sklapanja operativnog i strateškog sporazuma između Europola i Gruzije kojim će se omogućiti razmjena informacija, uključujući razmjenu osobnih podataka. Sklapanje tog novog međunarodnog sporazuma predlaže se na temelju Odluke Vijeća o Europolu (Odluka 2009/371/PUP).

Dana 11. svibnja 2016. stupila je na snagu nova Uredba o Europolu (2016/794/EU) u okviru koje su postupak za sklapanje međunarodnih sporazuma te relevantne odredbe i mjere za zaštitu osobnih podataka europskih građana znatno izmijenjeni.

Iako je razočaravajuće da Europski parlament u ovom postupku ne može u potpunosti vršiti demokratski nadzor, potrebno je napomenuti da Komisija treba ocijeniti odredbe, posebno one koje se odnose na zaštitu podataka te obavijestiti Parlament o rezultatima takvog ocjenjivanja i po potrebi pokrenuti postupak za otvaranje ponovnih pregovora.

Podržavam rezoluciju o sklapanju Sporazuma o operativnoj i strateškoj suradnji između Gruzije i Europola. Naime, Gruzija je sve važnija u borbi protiv terorizma i organiziranog kriminala te je ključan partner u borbi protiv gruzijskih skupina organiziranog kriminala. Stoga bi se sklapanjem ovog sporazuma poduprla i osnažila borba protiv terorizma i organiziranog kriminala.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o odobritvi sklenitve sporazuma o operativnem in strateškem sodelovanju med Gruzijo in Evropskim policijskim uradom (Europol) s strani Europola. Podpiram odobritev operativnega in strateškega sodelovanja med Gruzijo in Europolom, ki bo vključevalo izmenjavo operativnih, strateških, tehničnih ali tajnih podatkih. Tesnejše sodelovanje med Gruzijo in Europolom je pomembno tudi iz vidika boja proti terorizmu in organiziranemu kriminalu, ker je Gruzija tranzitna država.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Παρ' όλο που το ζήτημα της ανταλλαγής προσωπικών δεδομένων δεν προέκυψε στη συγκεκριμένη έκθεση, έχουμε πάντοτε κριτική προσέγγιση αναφορικά με τις συμφωνίες της Europol. Υποστηρίζουμε πλήρως την καταπολέμηση του οργανωμένου εγκλήματος και της εμπορίας προσώπων. Την ίδια ώρα όμως θέλουμε να βλέπουμε συνεργασίες αστυνομικών αρχών σε επίπεδο κρατών. Η συγκεκριμένη συμφωνία είναι περισσότερο πολιτική και εντάσσεται στα πλαίσια δημιουργίας πίεσης στη Ρωσία και αύξησης της ενωσιακής πολιτικής στην Γεωργία. Για αυτούς τους λόγους καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η πράξη αποδεικνύει ότι οι δεσμεύσεις σε τομείς ανταλλαγής πληροφοριών υπόκεινται είτε σε προσωπική βούληση είτε σε εθνικής ασφάλειας διαπιστεύσεις, με πρόσφατο παράδειγμα τους βομβιστές των τρομοκρατικών επιθέσεων σε Παρίσι και Βρυξέλλες, όπου οι μυστικές υπηρεσίες κρατών μελών δεν προέβησαν σε αλληλοενημέρωση.

Η συμφωνία δεν ενισχύει πραγματικά την προσέγγιση βάσει κινδύνου ούτε διασφαλίζει την υποχρέωση της εκ σχεδιασμού και εκ προεπιλογής προστασίας δεδομένων, λαμβάνοντας υπόψη τη διεθνή πρακτική αλλά κυρίως τον βαθμό εξασφάλισης προστασίας των προσωπικών δεδομένων από τις αρχές της Γεωργίας.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam, hogy az EP adja egyetértését az Europol és a Grúzia (Georgia) kormánya közötti megállapodáshoz a stratégiai és operatív bűnüldözési együttműködésről. A megállapodás nyilvánvalóan hozzájárulhat az EU és tagállamai biztonságához is a határon átnyúló bűnözés elleni együttes fellépés erősítésével. Ugyanakkor tudatában vagyok, hogy kérdéseket is felvet, mivel megkötésére még a Lisszaboni Szerződést megelőző jogalap szerint kerül sor, ami egyrészt az adatvédelem, másrészt az EP döntéshozatali szerepének szűkítése szempontjából lehet aggályos. Mindemellett, tekintettel arra, hogy az elmúlt időszakban az Europol és harmadik államok között már több hasonló megállapodás létrejött, a parlamenti egyetértés megtagadása politikai és gyakorlati szempontból ebben az esetben sem lehetne vállalható.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană și-a stabilit în ultimii ani obiectivul de a combate și eradica fenomene negative, cum ar fi terorismul, crima organizată transfrontalieră, traficul de arme, de persoane și de droguri, precum și alte activități ilegale. Realizarea acestui obiectiv este sarcina Europol, agenție specializată a Uniunii, al cărei rol a crescut semnificativ în ultimii ani. În scopul desfășurării unor activități cât mai eficiente, Europol a încheiat o serie de acorduri de cooperare operațională și strategică cu anumite state cu care Uniunea are relații privilegiate, acorduri pentru înlesnirea colaborării între instituțiile specializate ale ambelor părți, inclusiv schimbul de informații operaționale, strategice, tehnice sau clasificate. Georgia este un partener cheie al UE în cadrul Parteneriatului estic, care a semnat un acord de stabilizare și de asociere cu Uniunea și care a înregistrat progrese importante în privința adoptării legislației europene în toate domeniile. Semnarea acordului de cooperare operațională și strategică între Europol și Georgia constituie un progres important în direcția întăririi cooperării dintre cele două părți, care va avea o influență pozitivă și asupra facilitării mobilității cetățenilor europeni și georgieni. Cred că este vorba despre un acord binevenit, a cărui adoptare va contribui la întărirea relației strategice dintre UE și Georgia.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte de mon collègue. Europol semble avoir un besoin évident de renforcer sa collaboration opérationnelle avec la Géorgie. Selon Europol, la Géorgie joue un rôle de plus en plus important dans la lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée, plus précisément parce qu'elle est un pays de transit des combattants étrangers et un partenaire incontournable dans la lutte contre les groupes criminels organisés géorgiens. Vu sous cet angle, la conclusion de cet accord de coopération stratégique et opérationnelle avec la Géorgie permettrait donc de faciliter et d'intensifier la lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée, qui revêt par définition un caractère international.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The proposal for an agreement on operational and strategic cooperation between Europol and Georgia seeks to support and strengthen cooperation between Member States and Georgia in order to prevent and combat organised crime, terrorism and other forms of serious criminal activity affecting Member States. Specifically, the agreement includes the exchange of operational, strategic and technical information, including personal data and classified information. I voted in favour of the agreement because Georgia is a key strategic partner for the EU and should therefore be regarded equally as a key strategic partner for Europol.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o sporazumu i strateškoj suradnji između Gruzije i Europola" u skladu s člankom 23. stavkom 2. Odluke Vijeća o Europolu.

Operativni i strateški sporazum između Europskog policijskog ureda i Gruzije podrazumijeva razmjenu operativnih, strateških i tehničkih informacija. U vrijeme suočavanja s opasnostima terorizma globalnih razmjera, postoji izražena operativna potreba za suradnjom Europola i Gruzije. Budući da je Gruzija tranzitna zemlja za tzv. strane borce, postala je jedan od ključnih partnera Europske unije u uspostavljanju organiziranog mehanizma koji će smanjiti i kontrolirati prodor pripadnika terorističkih skupina na teritorij Europske unije.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Gruzija je sve važniji partner Europske unije u borbi protiv terorizma i organiziranog kriminala, jer je tranzitna zemlja za tzv. strane borce i ključan partner u borbi protiv gruzijskih organiziranih kriminalnih skupina. Predloženim Sporazumom o operativnoj i strateškoj suradnji između Gruzije i Europola stvorit će se uvjeti za produbljivanje suradnje Europske unije s Gruzijom u pogledu bolje razmjene informacija.

Te informacije uključuju stručno znanje, izvješća o općem stanju, rezultate strateške analize, informacije o postupcima kaznene istrage, informacije o metodama sprečavanja kriminala te pružanje podrške u pojedinačnim kaznenim istragama. Budući da smatram da će Europska unija imati veliku korist sklapanjem ovog sporazuma te produbljivanjem suradnje s Gruzijom kao ključnim partnerom u okviru Istočnog partnerstva, podržala sam ovo izvješće.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o odobritvi sklenitve sporazuma o operativnem in strateškem sodelovanju med Gruzijo in Evropskim policijskim uradom (Europol) s strani Europola sem podprla. Zdi se, da je operativno sodelovanje Europola z Ukrajino nujno potrebno. Po podatkih Europola postaja Gruzija vse pomembnejša v boju proti terorizmu in organiziranemu kriminalu, zlasti ker je tranzitna država tako imenovanih tujih borcev in pomembna partnerica v boju proti gruzijskim organiziranim kriminalnim združbam. S tega vidika bi sklenitev tega sporazuma o strateškem in operativnem sodelovanju z Gruzijo pripomogla k boju proti terorizmu in organiziranemu kriminalu, ki je po definiciji mednaroden, in ga okrepila.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Afin d'améliorer l'efficacité dans la prévention et la lutte contre des formes graves de criminalité, Europol a engagé la procédure de conclusion d'un accord sur la coopération opérationnelle et stratégique avec la Géorgie.

Les termes de la coopération régie par l'accord opérationnel et stratégique prévoient des échanges d'informations qui peuvent comprendre l'expertise, les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques, les informations sur les procédures d'enquêtes pénales et les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation, ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières. Par ailleurs, l'accord comporte des dispositions relatives à l'échange de données à caractère personnel.

Je n'accepte pas l'échange de données à caractère personnel des citoyens français, donc je suis opposée à tous les accords opérationnels qu'Europol veut conclure avec des pays tiers.

J'ai voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Potrzeba aby Europol pogłębił współpracę operacyjną z Gruzją. Jest to jeden z kluczowych partnerów Unii Europejskiej w ramach Partnerstwa Wschodniego, a bezpieczeństwo oraz walka z przestępczością stanowią podstawowe zadanie naszej współpracy. Głosowałem za sprawozdaniem.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Europolra vonatkozó jelenlegi tanácsi határozat értelmében az Európai Parlamenttel való konzultációt követően a Tanácsnak kell jóváhagynia a nemzetközi együttműködési megállapodások harmadik országokkal vagy nemzetközi szervezetekkel történő megkötését. Egy ilyen megállapodás operatív, stratégiai, technikai vagy minősített adatok cseréjére vonatkozhat. Az operatív együttműködési megállapodás a személyes adatok cseréjét is magában foglalja. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – La propuesta hace referencia a la aprobación de la celebración de un Acuerdo entre Georgia y Europol en materia de Cooperación Operativa y Estratégica. Como sucediera en la sesión de noviembre con la propuesta de un Acuerdo similar con Ucrania (aunque en este caso no se incluye el capítulo de intercambio de datos personales), Georgia, además de ser una pieza del juego geopolítico entre la Unión, los EE.UU. y Rusia, no deja de ser un país que dista de alcanzar los estándares exigidos por la normativa de la Unión respecto a los derechos humanos; criterio que nuestro grupo tiene muy en cuenta a la hora de aprobar cualquier acuerdo de cooperación. Por otra parte, el Parlamento Europeo ha votado un nuevo Reglamento para Europol que entrará en vigor el próximo año, en el que los Acuerdos de Cooperación se establecerán mediante un procedimiento mucho más transparente que el actual. No hay razones suficientes para aprobar precipitadamente un acuerdo con un país del que no contamos con las suficientes garantías democráticas y legales. Por lo tanto, he votado en contra.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the Agreement on Operational and Strategic Cooperation between Georgia and Europol because as organised crime does not stop at national borders, it is also essential to have cooperation initiatives with non-EU countries and international organisations.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta propuesta aborda el Acuerdo entre Georgia y Europol en materia de Cooperación Operativa y Estratégica, sentando las bases legales que posibilitan el intercambio de información entre este organismo y el país euroasiático. La transferencia de datos se llevará a cabo en las áreas relacionadas con el conocimiento especializado, los informes que aborden la situación general, los resultados de análisis estratégicos, la información referente a procedimientos de investigación criminal, los métodos de prevención del crimen y el apoyo a investigaciones criminales particulares. Confiando en que este acuerdo ayude a combatir de manera más efectiva el crimen organizado en el escenario internacional, he decidido votar a favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este Acuerdo entre Georgia y la agencia europea Europol en materia de Cooperación Operativa y Estratégica. Me opongo porque aboga por la ampliación del ámbito operativo de Europol, y nuestra posición es contraria a la existencia de dicha agencia, pues no actúa con la transparencia y las garantías necesarias para una institución de este tipo.

Se han expresado serias preocupaciones por la falta de responsabilidad política o judicial a la que está sometida Europol. Además, la falta de claridad sobre el tema de intercambio de datos sensibles, incluso personales, de los ciudadanos europeos con terceros países, es algo que resulta imposible de aprobar ya que está en entredicho la protección de datos personales y los derechos de los ciudadanos.

Por otro parte, desde el punto de vista geopolítico, este acuerdo con Georgia se enmarca en la estrategia de la Unión de tensionar las relaciones con Rusia a la cual me opongo, por considerar a este vecino como un socio estratégico y necesario.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor omdat Europol duidelijk operationele behoefte lijkt te hebben aan een versterkte samenwerking met Georgië. Volgens Europol wordt Georgië steeds belangrijker in de strijd tegen terrorisme en georganiseerde misdaad, met name omdat het een transitland is voor zogenaamde buitenlandse strijders en een essentiële partner in de strijd tegen georganiseerde Georgische misdaadgroepen. In dat opzicht bevordert en versterkt de sluiting van het strategisch en operationeel samenwerkingsakkoord met Georgië de strijd tegen terrorisme en georganiseerde misdaad, die per definitie internationaal is.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório propõe a aprovação de um «Acordo de Cooperação Operacional e Estratégica entre a Europol e a Geórgia», que prevê o intercâmbio de informações, incluindo dados pessoais. Essas informações podem incluir conhecimentos especializados, relatórios gerais de situação, resultados de análises estratégicas, informações sobre processos de investigação penal, assim como sobre métodos de prevenção da criminalidade, bem como apoio em determinadas investigações penais.

Segundo a Europol «a Geórgia desempenha um papel cada vez mais importante na luta contra a criminalidade organizada, sobretudo por ser um país de trânsito dos denominados combatentes estrangeiros e um parceiro fundamental na luta contra os grupos de criminalidade organizada da Geórgia».

O enquadramento geopolítico da Geórgia, constitui-se como mais uma frente de confronto e cerco à Federação Russa, num contexto de desestabilização e de guerras promovidas pelos EUA e UE no médio oriente, com destaque na atualidade para a Síria.

Votamos contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Vorschlag beinhaltet eine strategische und operative Zusammenarbeit und somit auch einen verstärkten Informationsaustausch zwischen Europol und Georgien. Einerseits wäre ein solches Abkommen wünschenswert. Bei diesem Abkommen wird jedoch der Austausch personenbezogener Daten nicht ausgeschlossen, und wegen der Bedenken bezüglich Europol habe ich mich der Stimme enthalten.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'accordo sulla cooperazione operativa e strategica tra la Georgia ed Europol. In particolare, sembra necessario che Europol approfondisca il suo rapporto con la Georgia in quanto essa riveste sempre più importanza nella lotta contro il terrorismo e la criminalità organizzata che, per definizione, è un problema di riguardo internazionale.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of the report as there are clear operational needs for Europol to deepen its cooperation with Georgia. This strategic cooperation agreement with Georgia would aid and reinforce the fight against organised crime and would contribute to enhancing international law enforcement co-operation.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul PE cu privire la Acordul privind cooperarea operațională și strategică dintre Georgia și Europol. Raportorul arată că acesta se referă la propunerea de aprobare a unui acord operațional și strategic între Europol și Georgia, care prevede schimbul de informații, inclusiv de date cu caracter personal. Aceste informații ar putea fi din domeniul cunoștințelor de specialitate, rapoarte privind situația generală, rezultate ale analizelor strategice, informații privind procedurile de anchetare penală, informații privind metodele de prevenire a infracționalității și sprijin în anumite anchete penale.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Již několikrát jsem řekl, že agenturu Europol považuji za jednu z těch nejdůležitějších pro zajištění bezpečnosti v EU. V dnešní propojené Evropě není možné, aby předávání údajů o nebezpečných či potenciálně nebezpečných osobách nefungovalo. Plně proto podporuji tuto dohodu, jelikož díky spolupráci s Gruzií získá Europol komplexnější a plnohodnotnější obraz o trestné činnosti v Evropě, což mu umožní rychleji identifikovat a vyhodnocovat bezprostřední hrozby i dlouhodobější trendy ve všech oblastech kriminality. Lepší spolupráce mezi policejními orgány Gruzie a Europolu by měla také vést k vytváření kvalitnějších zpravodajských dokumentů, s jejichž pomocí bude možno lépe chránit bezpečnost evropských občanů a efektivněji bojovat proti terorismu.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh rozhodnutia, ktorým sa schvaľuje uzavretie dohody medzi Gruzínskom a Európskym policajným úradom o operatívnej a strategickej spolupráci, som podporila. Myslím si, že dohody o operatívnej a strategickej spolupráci sú pre Európsku úniu veľmi prospešné. Tretie krajiny, s ktorými sa tieto dohody uzatvárajú, majú totiž bohaté skúsenosti s bojom proti organizovanému zločinu, či dokonca terorizmu. V prípade dohody s Gruzínskom je pridanou hodnotou jeho skúsenosť s bojom proti tranzitu zahraničných bojovníkov. Naviac, keďže zo strany Europolu boli preskúmané podmienky ochrany osobných údajov v Gruzínsku, nemala som voči tejto dohode výhrady a verím, že pomôže v zvládaní súčasných bezpečnostných výziev.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o odobritvi sklenitve sporazuma o operativnem in strateškem sodelovanju med Gruzijo in Evropskim policijskim uradom (Europol) s strani Europola.

Po podatkih Europola postaja Gruzija vse pomembnejša v boju proti terorizmu in organiziranemu kriminalu, zlasti ker je tranzitna država tako imenovanih tujih borcev in pomembna partnerica v boju proti gruzijskim organiziranim kriminalnim združbam. S tega vidika menim, da bi sklenitev sporazuma o strateškem in operativnem sodelovanju z Gruzijo pripomogla k boju proti terorizmu in organiziranemu kriminalu ter ga okrepila.

10.8. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2016/004 ES/Comunidad Valenciana – Automobilindustrie (A8-0379/2016 - Esteban González Pons)

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La seguente relazione riguarda la mobilitazione del fondo FEG in relazione agli esuberi dovuti ad una grave situazione economica dell'azienda Bosal S.A.

La seguente azienda opera nel settore degli autoveicoli, rimorchi e semirimorchi. Conseguentemente alla crisi economica che ha colpito l'Europa, il settore in questione è uno di quelli che ne ha risentito maggiormente, soprattutto a causa dell'incremento della produzione di autoveicoli in Cina e in altri paesi asiatici. In particolare la Comunidad Valenciana è una delle comunità autonome spagnole che hanno particolarmente sofferto questa situazione.

Nonostante creda che la mobilitazione dei fondi FEG non possa rappresentare la soluzione delle numerosissime crisi aziendali, ho votato a favore perché è giusto che l'Unione europea fornisca il proprio aiuto a aziende e lavoratori in settori particolarmente critici.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — Este informe se refiere a la contribución del fondo FEAG en medidas de apoyo individual para la reinserción laboral de 250 trabajadores despedidos en la planta de Bosal en Sagunto, de las cuales un 25 % serán medidas de apoyo directo a la renta y el resto actividades de formación y recolocación laboral. Estas medidas no pueden en ningún caso sustituir la necesidad de desarrollar una política industrial que sirva para que economía de esta región, con un desempleo por encima del 25 %, pueda recuperarse de este cierre. Tampoco eximen a Bosal de su responsabilidad en este ERE, cuando en lugar de usar los subsidios recibidos y los beneficios de su actividad para invertir en su planta, descapitalizó la compañía de una manera probablemente irregular. Pero suponen, al menos, una ayuda a los trabajadores y trabajadoras en desempleo y por ello he votado a favor.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento rezoliuciją dėl Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo (EGF) lėšų mobilizavimo (paraiška „EGF/2016/004 ES/Comunidad Valenciana, automobiliai"). Fondas įsteigtas siekiant teikti papildomą pagalbą darbuotojams, nukentėjusiems nuo esminių pasaulio prekybos sistemos struktūrinių pokyčių. Tai 10-oji paraiška, svarstoma vykdant 2016 m. biudžetą, ir 23-oji variklinių transporto priemonių, priekabų ir puspriekabių gamybos sektoriuje, pagal kurią Ispanijos reikmėms iš EGF iš viso ketinama skirti 856 800 EUR. Šia parama siekiama Ispanijai padėti remti 250 darbuotojų, atleistų bankrutavus variklinių transporto priemonių, priekabų ir puspriekabių gamintojai „Bosal S. A." ir ją uždarius, grįžimą į darbo rinką. „Bosal S. A." daugiausiai gamino Ispanijos ir kitų Europos šalių automobilių rinkoms. Nuo 2012 m. įmonė patyrė sunkumų dėl sumažėjusios automobilių gamybos ES. Siekdama pritaikyti gamybos pajėgumus prie paklausos ir sumažinti sąnaudas, „Bosal" pasinaudojo privalomaisiais sutrumpintos darbo dienos grafikais, kurie buvo taikomi visiems darbuotojams. Tačiau šios priemonės nepasiteisino – 2015 m. sausio 15 d. įmonė paskelbė bankrotą. Balsavau už, atsižvelgdama į teigiamą Komisijos išvadą, priimtą vadovaujantis visomis taikytinomis EGF reglamento nuostatomis, o taip pat į Ispanijos pateiktas būtinas garantijas dėl finansinės paramos įsisavinimo ir panaudojimo.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, του Συμβουλίου σχετικά με την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση έπειτα από αίτηση της Ισπανίας, διότι είναι μείζονος σημασίας η παροχή βοήθειας στους δικαιούχους απολυμένους για την επανένταξη τους στην αγορά εργασίας.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – L'Espagne a déposé une demande pour obtenir une contribution financière du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation à la suite des licenciements intervenus dans le secteur automobile et concernant en tout 29 entreprises. 250 travailleurs licenciés susceptibles de bénéficier d'une contribution du Fonds devraient participer aux mesures dont il est ici question.

Il est important de souligner que les 27 pays de l'UE ont été confrontés à une baisse de 0,5 million d'unités de la production de véhicules automobiles entre 2006 et 2015, pendant que la production mondiale augmentait de 31,1 %, notamment en Chine, ainsi que dans d'autres pays d'Asie du Sud-Est. La mobilisation du Fonds semble donc particulièrement appropriée.

Par ailleurs, il faut noter que 50 % des salariés licenciés concernés n'ont pas de diplôme, et que le contexte économique de la région est particulièrement catastrophique (il n'y a eu aucune ouverture d'usine dans la région récemment). Il est normal qu'un État récupère un peu de l'argent qu'il verse à l'UE, en particulier si cela lui permet de réparer, même de façon insuffisante, les dégâts immenses provoqués par l'ouverture totale des frontières imposée par l'UE. J'ai par conséquent voté pour.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen – in this case, at regional or national level. Therefore, these projects should not be funded by the European Union.

It is absurd that the arbiters of whether this funding should, or should not, be given are Members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people of Spain, but I am not best placed to judge.

The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération qui prévoit une aide de 1 428 000 euros aux fins de la réinsertion professionnelle de 250 employés de l'entreprise espagnole Bosal S.A. Néanmoins, je regrette que le versement de cette aide se réalise à l'aune des licenciements alors qu'elle aurait pu être précieuse pour aider l'entreprise à se restructurer. Il est urgent d'agir et de comprendre que nos entreprises sont les victimes de l'absence des réformes structurelles nécessaires à leur adaptation aux enjeux de la mondialisation.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo lėšų mobilizavimo Ispanijai. 2016 m. lapkričio 8 d. Komisija priėmė pasiūlymą dėl sprendimo dėl EGF lėšų mobilizavimo siekiant padėti Ispanijai remti darbuotojų, atleistų bankrutavus įmonei „Bosal S. A." ir ją uždarius. Su šia paraiška susijusių atleistų darbuotojų 71 proc. yra vyresni nei 45 m. amžiaus, 78 proc. nuolat dirbo toje pačioje įmonėje bent 15 metų ir 50 proc. neturi jokio išsilavinimo. Todėl pritariu Ispanijos sprendimui, kad fondo lėšos būtų mobilizuotos mokymo priemonėms, kuriomis daugiausia dėmesio būtų skiriama profesinės kvalifikacijos pažymėjimams, pvz., kurių reikalaujama keleiviams vežti, arba srityse ar sektoriuose, kuriuose yra arba gali atsirasti galimybių: maisto sektoriuje, kulinarijos, profesinės rizikos prevencijos ir kokybės kontrolės bei aplinkosaugos standartų srityse, šildymo, vėdinimo ir oro kondicionavimo projektuose ir pramoninės įrangos priežiūros srityje.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – L'Espagne a déposé cette demande en vue d'obtenir une contribution financière du FEM à la suite des licenciements intervenus dans le secteur automobile, et concernant en tout 29 entreprises. Il faut noter que 50% des salariés licenciés concernés n'ont pas de diplôme, et que le contexte économique de la région est particulièrement catastrophique. Les fonds débloqués financeraient, globalement à hauteur de 25%, des actions de type séances d'information, programmes d'insertion professionnelle, allocations, participations à leurs frais de déplacement et de déménagement ou encore subventions à l'embauche. Je suis naturellement favorable à ce qu'un État récupère un peu de l'argent qu'il verse à l'Union, et tout particulièrement si cela lui permet de compenser, ne serait-ce qu'un peu, les dégâts catastrophiques qui sont la conséquence de l'ouverture totale des frontières. J'ai donc voté en faveur de cette mobilisation, quoique je reste très critique sur la logique même de ce fonds qui révèle que l'UE se comporte en pompier pyromane.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai évidemment approuvé cette intervention du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation à concurrence de 856 800 euros visant à aider à la réinsertion socio-professionnelle des 250 travailleurs de la société Bosal, active dans le secteur de la construction de véhicules automobiles et de remorques. L'entreprise a été victime de la baisse de la demande qui, ces dernières années, a résulté de la crise bancaire et libérale de 2008 et d'une augmentation de la production mondiale notamment en Chine. Il est donc tout à fait opportun que l'Union débloque des crédits afin d'aider les travailleurs dans leur reconversion sur le marché de l'emploi.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è uno strumento pensato per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale.

La crisi economica e la successiva contrazione della domanda interna negli Stati membri hanno avuto conseguenze pesanti per il mercato automobilistico dell'Unione, che ha assistito ad un netto calo della produzione di veicoli negli ultimi anni. Bosal, impresa spagnola operante nel settore della fabbricazione di parti e accessori per veicoli a motore, ha avuto dal 2012 numerose difficoltà che hanno lentamente portato l'azienda al fallimento e alla chiusura.

Il mio voto a favore della relazione González Pons, nasce dalla condivisione della necessità di mobilitare il FEG, per un importo di 856 800 euro, per fornire assistenza ai 250 lavoratori collocati in esubero da Bosal S.A. in Spagna, in particolare nella regione di Valencia. Con questa misura si potrà fornire un pacchetto coordinato di strumenti che comprendono indennità di formazione e di mobilità nonché contributi per l'avvio di imprese e programmi di formazione, riqualificazione e formazione professionale.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que promueve unos fondos destinados a compensar y establecer medidas para favorecer la búsqueda de empleo en casos de relocalización o cierres de empresas a causa de la globalización. Servirán para atender la situación de los trabajadores despedidos en la Comunidad Valenciana (Bosal S.A.), en la ya perjudicada zona de Sagunto por la reestructuración industrial, con altos niveles de paro.

Se trata de medidas que de no existir dejarían en peor lugar a los trabajadores afectados. El voto a favor, no obstante, no oculta nuestra preocupación por el proceso judicial abierto por presunta administración desleal de la empresa y, que estos fondos se usen para maquillar procesos de deslocalización de empresas que son rentables.

Consideramos, como así lo hemos planteado en nuestras enmiendas, que los fondos de adaptación a la globalización deben configurarse con arreglo a estrategias de reindustrialización, aplicando medidas de apoyo a los trabajadores afectados por reestructuraciones debidas a la inviabilidad de la producción, con un mayor peso de inversiones públicas que hagan sostenibles los sectores productivos de las regiones afectadas, contribuyendo a cambiar el modelo de producción y garantizar el futuro de los sectores productivos.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en respuesta a una solicitud del sector automovilístico de la Comunidad Valenciana. Con el Fondo se apoya la reincorporación al mercado laboral de los trabajadores despedidos tras la quiebra y el cierre de Bosal S.A., la empresa que ha despedido a la mayoría de los trabajadores cubiertos por la presente solicitud. Beneficiará a 250 trabajadores despedidos.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – L'Espagne a présenté la demande EGF/2016/004 ES/Comunidad Valenciana à la suite de licenciements survenus dans le secteur automobile dans la Communauté de Valence (Comunidad Valenciana). Pendant que l'UE-27 a été confrontée à une baisse de 0,5 million d'unités de la production de véhicules automobiles entre 2006 et 2015 (soit une diminution de 2,8%), la production mondiale a augmenté de 31,1%, notamment en Chine ainsi que dans d'autres pays d'Asie du Sud-Est. Il y a eu 250 licenciements à Valence et il est donc proposé que le FEM contribue à l'ensemble coordonné de services personnalisés à hauteur de 856 800 euros. J'ai voté pour soutenir les salariés victimes de la mondialisation déplorant néanmoins la politique d'ouverture totale des frontières voulue par l'UE qui conduit à de cette situation.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho sostenuto questa relazione che autorizza la mobilitazione del FEG, il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, per un ammontare di 856 800 EUR in favore di 250 lavoratori in esubero nel settore della fabbricazione di autoveicoli, rimorchi e semirimorchi della regione Comunidad Valenciana in Spagna.

Il FEG rimane uno strumento concreto e indispensabile per sostenere i lavoratori di settori produttivi interessati da pesanti ristrutturazioni a causa di situazioni di produzione irrealizzabile. È importante che il FEG divenga sempre meno burocratizzato e la sua attivazione sia più snella e flessibile e per questo io continuerò a battermi nel Parlamento europeo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe sobre la movilización del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en beneficio de la Comunidad Valenciana, el cual se refiere a la contribución, con cargo a los citados fondos, de 856 800 euros para reintegrar en el mercado laboral a 250 trabajadores despedidos en el sector automovilístico de la Comunidad Valenciana.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame Europos Parlamentas nagrinėja Ispanijos paraišką „EGF/2016/004 ES/Comunidad Valenciana, automobiliai“. 2016 m. lapkričio 8 d. Komisija priėmė pasiūlymą dėl sprendimo dėl EGF lėšų mobilizavimo, siekiant padėti Ispanijai remti darbuotojų, atleistų bankrutavus įmonei „Bosal S. A.“ ir ją uždarius – ši įmonė atleido daugelį su šia paraiška susijusių darbuotojų. Komisija, vadovaudamasi visomis taikytinoms EGF reglamento nuostatomis, padarė išvadą, kad paraiška atitinka EGF finansinės paramos skyrimo sąlygas. „Bosal S.A.“ veiklą pradėjo 1986 m. Sagunto mieste. Pagrindinė jos veikla buvo variklinių transporto priemonių dalių ir reikmenų (visų pirma automobilių išmetimo sistemų, katalizinių keitiklių ir kt.) gamyba. „Bosal“ pradėjo gaminti dau-

giausia Ispanijos automobilių rinkai, tačiau vėliau imta gaminti įvairesnius produktus, įmonė gamino originalius komponentus taip pat kitoms automobilių rinkoms. Nuo 2012 m. įmonė patyrė sunkumų dėl sumažėjusios automobilių gamybos ES. Siekdama pritaikyti gamybos pajėgumus prie paklausos ir sumažinti sąnaudas, „Bosal“ pasinaudojo privalomaisiais sutrumpintos darbo dienos grafikais, kurie buvo taikomi visiems darbuotojams. Vis dėlto šios priemonės nepasiteisino – 2015 m. sausio 15 d. įmonė paskelbė bankrotą ir jai buvo nustatytas specialusis administravimas. Kaip nurodo Komisija, aprašyti siūlomi veiksmai yra aktyvios darbo rinkos priemonės, priskiriamos prie tinkamų finansuoti veiksmų, apibrėžtų EGF reglamento 7 straipsnyje. Šie veiksmai nepakeičia pasyvių socialinės apsaugos priemonių.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) célja, hogy támogatást nyújtson a globalizáció hatására a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások miatt, vagy a globális pénzügyi és gazdasági válság elhúzódása, illetve egy újabb globális pénzügyi és gazdasági válság következtében elbocsátott munkavállalóknak és tevékenységüket megszüntető önálló vállalkozóknak a munkaerőpiacon történő újbóli beilleszkedéshez. Spanyolország „EGF/2016/004 ES/Comunidad Valenciana automotive” referenciaszámon nyújtotta be az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapból (EGAA) való pénzügyi hozzájárulás iránti kérelmét.

A kérelem a Bizottság vizsgálata szerint megfelel a vonatkozó rendeletben foglalt követelményeknek, ezért szavazatommal támogattam a javaslat elfogadását.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji u Španjolskoj, uglavnom u regiji Comunidad Valenciana i gradu Sagunto, koje se odnosi na 250 prekobrojnih zaposlenika iz poduzeća Bosal S.A.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I supported this Mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund because it sought to give funding to workers who were made redundant and help them re-skill and develop personally and professionally in order to help them find employment in a different economic sector.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) è utile per fornire sostegno ai lavoratori collocati in esubero e ai lavoratori autonomi la cui attività sia cessata in conseguenza di trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale dovute alla globalizzazione, o a causa del persistere della crisi finanziaria ed economica globale oppure a causa di una nuove crisi economiche e finanziarie a carattere sovra-regionale. Il Fondo deve essere utilizzato per assisterli nel reinserimento nel mercato del lavoro, aggiornando la loro formazione e dandogli un sostegno economico nel contempo.

È pertanto opportuno procedere alla mobilitazione del FEG per erogare un contributo finanziario ai lavoratori della Comunidad Valenciana *automotive* che hanno subito gravi dissesti a causa di questi fenomeni.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation en faveur de 250 salariés licenciés dans l'industrie automobile en Espagne. Ces fonds serviront à financer des programmes de réorientation et de réinsertion professionnelle en faveur de ces travailleurs. Il est important de souligner que la production de véhicules automobiles s'est contractée de 0,5 million d'unités entre 2006 et 2015 dans l'Union européenne tandis que la production mondiale augmentait de 31%. Notre industrie subit les effets de la concurrence internationale déloyale exacerbée par le dumping social, environnemental et monétaire que pratiquent notamment les pays émergents. À défaut de s'attaquer aux racines de la désindustrialisation dans les États membres, l'Union européenne préfère saupoudrer l'argent des contribuables pour atténuer les conséquences désastreuses de la mondialisation sauvage. J'ai tout de même voté en faveur de ce texte, par solidarité avec les travailleurs espagnols qui subissent, comme en France, les errements des politiques européennes en matière d'emploi.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Fondul european de ajustare la globalizare are un rol esențial în sprijinirea lucrătorilor afectați de schimbările structurale intervenite în practicile comerciale mondiale. În situația dată, fondul european de ajustare a fost solicitat de Spania pentru a favoriza reintegrarea pe piața forței de muncă a lucrătorilor concediați după falimentul și închiderea întreprinderii Bosal S.A.

Aspectele care au declanșat aceste disponibilizări s-au produs pe fondul scăderii producției de vehicule în Uniunea Europeană. Prin urmare, Bosal a întreprins o serie de acțiuni pentru a-și reduce costurile și a-și adapta capacitatea de producție, însă acestea s-au dovedit insuficiente.

Prin mobilizarea acestui fond, lucrătorii vor beneficia de diferite măsuri active pe piața forței de muncă, cum ar fi: serviciile de consiliere profesională, facilitarea căutării unui loc de muncă, formarea integrată, alocații pentru căutarea unui loc de muncă și pentru formare.

M-am exprimat în favoarea acestei solicitări deoarece consider necesară sprijinirea lucrătorilor care au fost disponibilizați din cauze externe, prin diverse forme care facilitează reintegrarea pe piața muncii.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation demandée par l'Espagne en faveur des salariés licenciés de 29 entreprises du secteur automobile de la région de Valence. La contribution du Fonds s'élève à 856 800 euros et concerne 250 travailleurs licenciés. Cette demande était justifiée compte tenu de la concurrence mondiale que connait le secteur automobile et des difficultés économiques que rencontre actuellement la région de Valence.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta relativa alla mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) istituito per fornire sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze di rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale.

La domanda in questione è stata presentata dalla Spagna in favore della Comunidad Valenciana *automotive* in seguito ai 250 collocamenti in esubero nel settore della fabbricazione di autoveicoli.

Noto che l'UE ha perso quasi la metà della sua quota di mercato nell'industria automobilistica tra il 2000 e il 2015. Sottolineo in questo contesto l'importanza di mantenere una base industriale solida del settore automobilistico in Europa, anche attraverso l'esportazione verso paesi terzi di una gamma più ampia di veicoli di alta qualità e dalla tecnologia sostenibile. Ritengo che la ricerca, lo sviluppo e l'innovazione stanno acquisendo un'importanza sempre maggiore specialmente per quanto riguarda la necessità di sviluppare vetture a basse emissioni ed efficienti sotto il profilo energetico, così da consentire all'Europa di rimanere competitiva e stimolare l'occupazione.

Mi rammarico che le aziende italiane non possano usufruire maggiormente del FEG per la mancanza di sostegno da parte delle istituzioni locali e nazionali.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which ensures help for 250 workers who have been made redundant in the automotive sector in Spain. The EU financial assistance consists on contribution to 60% of the total estimated cost of proposed measures, representing, in sum, EUR 856 800 for the EU budget.

The enterprise decided to close after bankruptcy. This decision had a serious impact in the town of Sagunto, placed in a region of Comunidad Valenciana quite hit by the crisis and a long term industrial restructuring.

My political group has tabled 7 amendments to this report in order to prevent unfair insolvency cases.

James Carver (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this binding budgetary report. This proposal was to give EUR 856,800 (60 % of the total) for 250 workers made redundant in Spain, from the European Globalisation Adjustment Fund. The 250 workers made redundant worked in the manufacturing of motor vehicles, trailers and semi-trailers sector. The event giving rise to these redundancies was primarily the bankruptcy and closure of Bosal S. A, a company operating in Spain. The money will be used for things like information sessions, occupational guidance, job placement, training, commuting expenses, change of residence expenses, internet expenses, hiring benefit, start-up allowance, participation allowance etc. UKIP opposes the EU using British taxpayer's cash as dole money for poor economic decisions in other countries.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, as despite the fact that fewer than 500 redundancies occurred within the nine-month reference period, this application should nevertheless be assimilated to an application under Article 4(1)(b) of the EGF Regulation due to exceptional circumstances having a serious impact on employment and the local, regional or national economy. Spain has seen a substantial increase in redundancies since the last financial crisis. I also welcome the decision to offer training in skills that contribute to better job performance and possibilities such as Information and Communications Technology, foreign languages and business management.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – In Spagna il calo della produzione automobilistica ha causato una riduzione sia del numero di imprese che dei posti di lavoro, e nella Comunidad Valenciana in particolare, su un totale di 187 imprese del settore, 62 hanno cessato l'attività nel periodo 2008-2014. Per questi motivi si richiede mobilitazione del FEG a sostegno di 250 lavoratori collocati in esubero.

Di base voto sempre a favore delle richieste riguardanti i FEG, pur nella consapevolezza che non possa essere lo strumento risolutivo delle crisi aziendali. Il sostegno finanziario dell'Unione europea ai lavoratori collocati in esubero dovrebbe essere anche dinamico e reso disponibile nel modo più rapido ed efficiente possibile. Ho votato quindi a favore.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) è uno strumento di solidarietà comunitario volto a tutelare i lavoratori che hanno perso il posto di lavoro in occasione di esuberi di massa scaturiti a seguito di cambiamenti strutturali del tessuto economico per effetto della globalizzazione.

La decisione, per la quale ho ritenuto di esprimere voto favorevole, approva la mobilitazione del FEG per un importo totale di 856 800 euro a favore della Spagna a tutela di 250 lavoratori collocati in esubero.

Ritengo infatti fondata la richiesta da parte del governo spagnolo di ricorrere al FEG alla luce dei dati che confermano che l'industria automobilistica europea ha perso una considerevole quota di mercato nell'ultimo decennio, generando inevitabili ripercussioni sull'economia locale e regionale di diversi Stati membri.

Auspico che i fondi erogati dall'Unione europea sostengano il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori della regione di Valencia collocati in esubero dopo il fallimento e la chiusura della società Bosal, attiva nella produzione di componenti per autoveicoli.

In particolare reputo opportuno che le Istituzioni europee manifestino solidarietà verso i lavoratori della regione di Valencia erogando importi che permetteranno alle autorità spagnole di fornire loro servizi personalizzati che indennità e incentivi.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση, καθώς η Ισπανία έδωσε όλες τις αναγκαίες διαβεβαιώσεις.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση έπειτα από αίτηση που υπέβαλε η Ισπανία επιβεβαιώνει τον ρόλο του Ταμείου σε ένα περιβάλλον συνεχών οικονομικών πιέσεων και ανακατατάξεων, που απειλούν τους εργαζομένους σε πανευρωπαϊκή κλίμακα. Γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole per la relazione che promuove la mobilitazione di euro 856 800 a favore di lavoratori collocati in esubero in Spagna.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Provengo da una regione in cui la realtà automobilistica è stata ed è tutt'ora molto forte, dunque non sono nuovo agli effetti perniciosi generati dalla crisi del settore; pertanto, sono ineluttabilmente spinto a votare a favore della relazione.

Siamo tutti consapevoli che la notevole perdita di quote di mercato da parte dell'Unione nel settore della fabbricazione di autoveicoli, rimorchi e semirimorchi ha generato ben 13 domande d'intervento del FEG riconducibili alla globalizzazione. In tale contesto, si accoglie la domanda presentata dalla Spagna il 21 giugno scorso per il sostegno a 29 imprese data la necessità di collocare in esubero 250 lavoratori recando pesanti impatti sull'occupazione oltre che sull'economia locale, regionale e nazionale. Si richiede un'erogazione pari a EUR 850 800, ossia il 60% dei costi totali.

Attraverso tale sostegno finanziario, la Spagna si propone di porre in essere 12 azioni di cui 6 sono servizi personalizzati finalizzati ad un reinserimento celere nel mercato del lavoro, mentre la restante metà è destinata a coprire indennità e incentivi. Dal momento che il 71% dei 250 lavoratori in esubero a più di 45 anni e il 50% del totale non ha titoli di studio, la Spagna deve predisporre misure formative più efficaci incentrate sulle licenze professionali.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Apoio o relatório Esteban González Pons que vem permitir a mobilização de 856.800 euros do Fundo de Ajustamento à Globalização para a reintegração no mercado de trabalho de trabalhadores despedidos no sector da fabricação de veículos automóveis, reboque e semirreboques da comunidade Valenciana, Espanha, e elegíveis para as contribuições do FEG.

Os despedimentos foram provocados pelo declínio, em Espanha, da produção automóvel que deu origem a uma redução tanto do número de empresas como de postos de trabalho e que, na Comunidade Valenciana, 62 empresas de um total de 187 do sector automóvel cessaram atividade.

Através da utilização deste Fundo, criado para prestar um apoio complementar aos trabalhadores por mudanças estruturais importantes no comércio mundial, vai ser possível apoiar estes trabalhadores através de medidas que vão desde a orientação/interpretação e a facilitação da procura de emprego ao apoio à criação de empresas ou à requalificação profissional personalizada.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this binding budgetary report. This proposal was to give EUR 856,800 (60 % of the total) for 250 workers made redundant in Spain, from the European Globalisation Adjustment Fund. The 250 workers made redundant worked in the manufacturing of motor vehicles, trailers and semi-trailers sector. The event giving rise to these redundancies was primarily the bankruptcy and closure of Bosal S.A, a company operating in Spain. The money will be used for things like information sessions, occupational guidance, job placement, training, commuting expenses, change of residence expenses, internet expenses, hiring benefit, start-up allowance, participation allowance etc. UKIP opposes the EU using British taxpayer's cash as dole money for poor economic decisions in other countries.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della domanda in quanto ne condivido le motivazioni a sostegno della crisi nel settore dell'*automotive* spagnolo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe se refiere a la contribución del fondo FEAG en medidas de apoyo individual para la reinserción laboral de 250 trabajadores despedidos en la planta de Bosal en Sagunto, de las cuales un 25 % serán medidas de apoyo directo a la renta y el resto actividades de formación y recolocación laboral. Estas medidas no pueden en ningún caso sustituir la necesidad de desarrollar una política industrial que sirva para que economía de esta región, con un desempleo por encima del 25 %, pueda recuperarse de este cierre. Tampoco eximen a Bosal de su responsabilidad en este ERE, cuando en lugar de usar los subsidios recibidos y los beneficios de su actividad para invertir en su planta, descapitalizó la compañía de una manera probablemente irregular. Pero suponen, al menos, una ayuda a los trabajadores y trabajadoras en desempleo y por ello he votado a favor.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione offre un sostegno a coloro che hanno perso il lavoro a seguito di importanti mutamenti strutturali del commercio mondiale dovuti alla globalizzazione. Alla luce di tali considerazioni e in ragione dell'ammissibilità della domanda della Spagna, ho votato positivamente alla mobilitazione del fondo in favore dei lavoratori collocati in esubero.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapot azért hozták létre, hogy kiegészítő támogatást nyújtson a világkereskedelemben bekövetkezett főbb strukturális változások következményei által sújtott munkavállalóknak. A Bizottság 2016. november 8-án határozatra irányuló javaslatot fogadott el az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap Spanyolország javára történő igénybevételére, hogy támogassa az elsősorban a Spanyolország Valencia régiójában a Bosal S.A. vállalattól annak csődjét és bezárását követően elbocsátott munkavállalók munkaerőpiacra történő újbóli beilleszkedését. 2015-ben az EU 27-ben a személygépkocsi-gyártás 0,5 millió egységgel esett vissza 2006-hoz képest, miközben világszinten a gyártás 31,1%-kal nőtt, mindenekelőtt Kínában és más délkelet-ázsiai gazdaságokban.

A Bosal S.A. 1986-ban, Sagunto városában kezdte meg működését. Fő üzleti tevékenysége közúti gépjárműmotor és -alkatrész gyártása volt (különösen gépkocsi-katalizátorok, kipufogórendszerek stb.). 2012 óta a vállalkozás az EU-ban visszaesett gépjárműgyártás miatt nehézségekkel küzdött, míg végül 2015. január 15-én csődöt jelentett, és csődeljárás alá vonták. Az EGAA-kérelem 250 elbocsátott munkavállalóra vonatkozik. Az Európai Parlament ma egyetértéséről biztosította a Bizottságot, hogy az EGAA-rendeletben meghatározott feltételek teljesülnek, és hogy ezért Spanyolország jogosult az említett rendelet értelmében nyújtandó 856 800 EUR pénzügyi hozzájárulásra, ami az 1 428 000 EUR-t kitevő összes kiadás 60%-a és 250 elbocsátott munkavállaló újbóli munkaerőpiaci beilleszkedését szolgálja.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W przekonaniu o skuteczności instrumentów dotyczących Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji – wniosek EGF/2016/004 ES/Comunidad Valenciana automotive, zagłosowałem za jego przyjęciem.

W pełni popieram działania polegające na wdrażaniu polityk, które przekładają się na wzrost gospodarczy oraz walkę z bezrobociem. Uważam, że Europejski Fundusz Dostosowania do Globalizacji jest właściwym narzędziem służącym realizacji takiej polityki.

Proponowany fundusz pomaga pracownikom w znalezieniu nowych miejsc pracy oraz w rozwijaniu nowych umiejętności w przypadku, gdy w wyniku zmiany struktury handlu światowego duża firma zamyka fabrykę lub zostaje przeniesiona poza UE bądź gdy pracownicy ze względu na skutki światowego kryzysu finansowego i gospodarczego tracą pracę.

Uważam, że strategia wspierania pracowników musi być stale umacniana, i w związku z powyższym popieram proponowane rozwiązania.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund was set up to compensate the people made redundant through globalisation. EU-27 faced a production decline for motor vehicles of 0.5 million units in 2015. Spain submitted an application for the Comunidad Valenciana automotive for a financial contribution from the EGF, for which they have been allocated EUR 856 800. I am in favour of this application. At the same time, I voted in favour of amendments focusing on a possible unfair administration by the company.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – It is essential that EU expenditure is closely scrutinised on the basis of value for money and I do not believe the EGF is an efficient tool that offers value for money in terms of reintegrating redundant workers back into the labour market.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. This proposal was to give EUR 856,800 (60 % of the total) for 250 workers made redundant in Spain, from the European Globalisation Adjustment Fund. The 250 workers made redundant worked in the manufacturing of motor vehicles, trailers and semi-trailers sector. The event giving rise to these redundancies was primarily the bankruptcy and closure of Bosal S.A, a company operating in Spain. The money will be used for things like information sessions, occupational guidance, job placement, training, commuting expenses, change of residence expenses, internet expenses, hiring benefit, start-up allowance, participation allowance etc. UKIP opposes the EU using British taxpayer's cash as dole money for poor economic decisions in other countries.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la proposition de la Commission européenne relative à la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) qui vise à permettre à l'Espagne de recevoir des contributions financières du FEM afin de soutenir la réinsertion sur le marché de l'emploi des travailleurs licenciés. Les licenciements, provoqués par la faillite de Bosal S.A., s'inscrivent dans le cadre de la perte, conséquente, de la part de marché de l'industrie automobile de l'Union européenne. Alors que le pays est durement touché par le chômage, l'Union européenne se doit d'apporter son aide pour la reconversion des travailleurs licenciés.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – Je suis ravi que la plénière ait suivi la position de la Commission des budgets, dont je suis membre, et ait voté l'octroi d'un montant de 856 800 euros demandé par les autorités espagnoles. Je me réjouis de l'attribution de ce montant car il contribue à soutenir la réinsertion sur le marché du travail de travailleurs licenciés après la faillite et la fermeture de Bosal S.A.; entreprise dont l'activité principale était la fabrication de pièces et d'accessoires pour les véhicules automobiles. Il est, selon moi, important d'intervenir car le secteur de l'automobile européen est malheureusement victime de la très forte concurrence exercée par des fabricants asiatiques. En effet, l'UE a été confrontée à une baisse de 0,5 million d'unités de la production de véhicules automobiles entre 2006 et 2015, pendant que la production mondiale augmentait de 31,1%, notamment en Chine ainsi que dans d'autres pays d'Asie du Sud-Est.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Il s'agit d'une demande de l'Espagne suite à des licenciements intervenus dans le secteur automobile, et concernant en tout 29 entreprises et 250 travailleurs licenciés — pour l'essentiel peu qualifiés et basés dans une région économiquement sinistrée.

Le contexte européen est le suivant: une baisse de 0,5 million d'unités de la production de véhicules automobiles entre 2006 et 2015 dans l'Union européenne à 27 États membres contre une augmentation de la production mondiale de 31,1 %.

Les financements du FEM, globalement à hauteur de 25% des dépenses encourues, devraient financer des actions de reconversion professionnelle en faveur de ces travailleurs.

Je suis favorable aux secours du FEM, même s'ils portent sur les conséquences et non sur les causes de la déroute économique provoquée par les excès du libéralisme économique.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Глобализацията е причина за динамичните промени в индустрията, които причиняват затварянето на много обекти. Аз съм наясно, че създаденият от Европейския съюз Фонд за приспособяване към глобализацията цели да намали щетите, причинени от тези тенденции, но смятам, че това не е правилният подход и вложените средства не биха довели до необходимия резултат.

Това е и причината да гласувам против предложението. Трябва да се цели растеж и създаване на работни места и аз подкрепям мерки, които биха подпомогнали тези политики, но определено това не е една от тях и с харченето на 1.4 милиона евро за 250 съкратени работници не бихме постигнали растежа, който целим.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να κατανέμονται, κατά βάση, στους απολυμένους και όχι σε εταιρείες επανένταξης ή μετεκπαίδευσης, διότι έτσι δημιουργούνται εξειδικευμένοι άνεργοι και δεν αντιμετωπίζεται η εν λόγω κατάσταση.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund was set up to provide additional assistance to workers who have lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns. It is a means by which the EU can give valuable help to local economies hard hit by company closures, and so I voted in favour of this application. I regret that the UK Government has not taken advantage of this fund in Wales.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – I enighet med föregående omröstningar gällande Globaliseringsfonden röstade undertecknad emot p.g.a. att instrumentet, som påpekats av flera instanser på europeiskt nivå, är otillräckligt och ineffektivt för att göra någon rejäl skillnad för de drabbade arbetstagarna.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi criado para prestar um apoio complementar aos trabalhadores atingidos pelos efeitos de mudanças estruturais importantes nos padrões do comércio mundial e não pode exceder o montante máximo anual de 150 milhões euros.

A Espanha apresentou uma proposta para reintegrar no mercado os trabalhadores despedidos da Bosal S.A que opera na fabricação de veículos automóveis, reboques e semirreboques. A candidatura diz respeito ao despedimento de 250 trabalhadores e prevê a transferência de 856 mil euros.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: l'Espagne a déposé la demande EGF/2016/004 ES/Comunidad Valenciana – Automobile en vue d'obtenir une contribution financière du FEM à la suite des licenciements intervenus dans le secteur automobile, et concernant en tout 29 entreprises. 250 travailleurs licenciés susceptibles de bénéficier d'une contribution du Fonds devraient participer aux mesures dont il est ici question.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta candidatura diz respeito a 250 trabalhadores despedidos em 29 empresas dos sectores económicos classificados como «fabricação de veículos automóveis, reboques e semirreboques», em Espanha.

A justificação é a de sempre: Espanha perdeu quota de mercado na última década graças à tendência de «transição geográfica do consumo associada à globalização». Além disso, «a indústria europeia foi igualmente afetada pelo declínio da procura interna, devido à crise económica e financeira». Desde 2008, devido ao efeito combinado deste dois fatores no fabrico de automóveis, muitas empresas encerraram ou reduziram fortemente a sua atividade, resultando em despedimentos ou reduções de tempo de trabalho.

Espanha aprovou já 9 candidaturas ao Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização, tendo em vista o apoio aos trabalhadores despedidos na região de Comunidad Valenciana desde 2009.

Este é mais um vivo libelo acusatório ao capitalismo, à integração capitalista europeia e às políticas neoliberais que promove.

Defendemos a mobilização de apoio aos trabalhadores despedidos, mas continuamos a afirmar que apenas a rutura com as políticas que estão a ser seguidas pela UE será capaz de travar este caminho de desastre social e económico.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted yes because I agree.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – V tomto konkrétnom prípade ide o žiadosť, ktorá prišla zo strany Španielska, a to špecificky pre spoločnosť Bosal S.A., ktorá sa zaoberá výrobou motorových vozidiel návesov a prívesov v regióne Valencie. Ide o žiadosť na poskytnutie príspevku vo výške 856 800 EUR pre 250 prepustených zamestnancov. Spoločnosť Bosal S.A. od roku 2012 bojovala s problémami v dôsledku poklesu výroby vozidiel v Európskej únii. Aby prispôsobila výrobnú kapacitu dopytu a znížila náklady, v spoločnosti bolo zavedené povinné skrátenie pracovného času pre všetkých zamestnancov. Tieto opatrenia však nefungovali a podnik vyhlásil 15. januára 2015 konkurz a dostal sa do núteného správy.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore per un aiuto concreto a duecentocinquanta lavoratori collocati in esubero nel settore della fabbricazione di autoveicoli, rimorchi e semirimorchi della Regione Comunidad Valenciana in Spagna.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να κατανέμονται, κατά βάση, στους απολυμένους και όχι σε εταιρείες επανένταξης ή μετεκπαίδευσης, διότι έτσι δημιουργούνται εξειδικευμένοι άνεργοι και δεν αντιμετωπίζεται η εν λόγω κατάσταση.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted against this report as the Globalisation Adjustment Fund is not a good use of taxpayers' money.

It is not an efficient tool for lowering unemployment and should not be used every time a company closes down or moves offshore.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The application relates to 250 redundancies of the enterprise Bosal S.A. in the town Sagunto in Spain, operating in the economic sector classified under NACE Rev. 2 Division 29 (manufacture of motor vehicles, trailers and semi-trailers) during the reference period from 30 June 2015 to 30 March 2016.

The EGF funding of EUR 856 800 shall contribute to the costs of a coordinated package of eligible personalised services, providing assistance for 250 targeted beneficiaries following redundancies in the NUTS level 2 regions of Comunidad Valenciana (ES52), with the aim of providing assistance for integrating the affected persons into the labour market. The redundancies were caused by major structural changes in world trade patterns due to globalisation.

This is the tenth mobilisation of the EGF in 2016. Together with the other EGF cases EUR 28 million have been mobilised under EGF in 2016 so far, which leaves a remainder of EUR 137,6 million this year.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto la risoluzione sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio relativa alla mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione in relazione alla domanda presentata dalla Spagna (EGF/2016/004 ES/Comunidad Valenciana automotive), perché ritengo che di fronte alla crisi che morde ai fianchi l'Europa meridionale sia fondamentale che l'UE dia tutto il sostegno possibile a chi perde il posto di lavoro.

La domanda presentata dalla Spagna è infatti in deroga alle regole previste per il Fondo. Ma ha prevalso un approccio politico e non meramente burocratico, che dà una prospettiva a 250 lavoratori e lavoratrici con storie personali e speranze di una vita di qualità, cui saranno erogati servizi personalizzati come sessioni di informazione, orientamento professionale, collocamento o promozione dell'imprenditorialità, indennità e incentivi, contributi alle spese di viaggio e per il cambio di residenza.

Interventi fondamentali in una zona con difficoltà occupazionali di natura strutturale e pesantemente colpita dalla crisi generale dell'industria automobilistica europea, con numeri eclatanti (62 imprese hanno cessato l'attività nel periodo 2008-14 su un totale di 187 imprese attive nel settore).

Giusta infine la decisione di orientare i servizi di riqualificazione verso quei settori economici (alimentare, ambiente, ristorazione) con maggiori possibilità di occupazione.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung dient der Unterstützung von Arbeitnehmern, die von Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge betroffen sind.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this binding budgetary report. This proposal was to give EUR 856,800 (60 % of the total) for 250 workers made redundant in Spain, from the European Globalisation Adjustment Fund. The 250 workers made redundant worked in the manufacturing of motor vehicles, trailers and semi-trailers sector. The event giving rise to these redundancies was primarily the bankruptcy and closure of Bosal S.A, a company operating in Spain. The money will be used for things like information sessions, occupational guidance, job placement, training, commuting expenses, change of residence expenses, internet expenses, hiring benefit, start-up allowance, participation allowance etc. I oppose the EU using British taxpayer's cash as dole money for poor economic decisions in other countries.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que promueve unos fondos destinados a compensar y establecer medidas para favorecer la búsqueda de empleo en casos de relocalización o cierres de empresas a causa de la globalización. Servirán para atender la situación de los trabajadores despedidos en la Comunidad Valenciana (Bosal S.A.), en la ya perjudicada zona de Sagunto por la reestructuración industrial, con altos niveles de paro.

Se trata de medidas que de no existir dejarían en peor lugar a los trabajadores afectados. El voto a favor, no obstante, no oculta nuestra preocupación por el proceso judicial abierto por presunta administración desleal de la empresa y, que estos fondos se usen para maquillar procesos de deslocalización de empresas que son rentables.

Consideramos, como así lo hemos planteado en nuestras enmiendas, que los fondos de adaptación a la globalización deben configurarse con arreglo a estrategias de reindustrialización, aplicando medidas de apoyo a los trabajadores afectados por reestructuraciones debidas a la inviabilidad de la producción, con un mayor peso de inversiones públicas que hagan sostenibles los sectores productivos de las regiones afectadas, contribuyendo a cambiar el modelo de producción y garantizar el futuro de los sectores productivos.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) in Spain, mainly in the region Comunidad Valenciana and the town Sagunto. The application relates to 250 redundancies of the enterprise Bosal S.A. in the town Sagunto in Spain, operating in the economic sector classified under NACE Rev. 2 Division 29 (manufacture of motor vehicles, trailers and semi-trailers) during the reference period from 30 June 2015 to 30 March 2016.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την εκροή των κονδυλίων από το Ταμείο Παγκοσμιοποίησης της ΕΕ, ώστε να δοθούν στους 250 απολυθέντες εργαζόμενους. Ωστόσο κατακρίνουμε την πρακτική κάποιων εταιριών να χρησιμοποιούν λογιστικά τεχνάσματα, ώστε να μεταφέρουν υπηρεσίες σε άλλες περιοχές και έτσι να αποφύγουν εργατικά κόστη, με αποτέλεσμα οι εργαζόμενοι να πρέπει να καταφεύγουν σε τέτοιους μηχανισμούς.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Fondul european de ajustare la globalizare a fost instituit pentru ajutorarea suplimentară a lucrătorilor afectați de restructurările la nivel mondial ca urmare a crizei economice. Cererea depusă de Spania privind accesarea sumei de 856 800 EUR din FEG pentru reintegrarea pe piața forței de muncă a lucrătorilor concediați din cadrul întreprinderilor Bosal SA din orașul Sagunto a fost adoptată de către Comisia Europeană. Am votat în favoarea acestui raport care contribuie la accesarea unui pachet coordonat de servicii personalizate eligibile și la acordarea de asistență pentru 250 de beneficiari vizați ca urmare a disponibilizărilor.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji (zahtjev koji je podnijela Španjolska – EGF/2016/004ES/Comunidad Valenciana automobilska industrija) jer je 250 radnika, pogođenih posljedicama svjetske financijske i gospodarske krize, proglašeno viškom. Stečaj i zatvaranje tvrtke Bosal S.A. znatno je utjecalo na lokalno i regionalno gospodarstvo grada Sagunta u toj španjolskoj pokrajini te posebno na sektor automobilske industrije.

Komisija je u skladu sa svim važećim odredbama iz Uredbe o EGF-u zaključila da zahtjev ispunjava uvjete za financijski doprinos iz EGF-a. Stoga podržavam ovo Izvješće kako bi se dotičnoj španjolskoj regiji i otpuštenim radnicima pomoglo raznim mjerama profesionalnog usmjeravanja, posredovanja pri zapošljavanju, promoviranja poduzetništva te što bržim uključivanjem na tržište rada.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La diminution de la production des véhicules automobiles a impacté tous les États de l'Union européenne à la différence du niveau mondial et en premier l'Asie. Il me semble que la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation est ici tout à fait opportune, eu égard au contexte économique difficile de la région et à la saignée provoquée par l'ouverture déraisonnée des frontières.

J'ai voté pour.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro o uvolnění prostředků z Evropského fondu pro přizpůsobení se globalizaci na žádost Španělska, protože pokud má být finanční pomoc Unie propuštěným pracovníkům účinná, měla by být dynamická a uvolněna co nejrychleji. Vítám, že zpráva zdůrazňuje nutnost zlepšit zaměstnatelnost všech pracovníků vhodnou odbornou přípravou, která bude nabízena v rámci koordinovaného balíčku a bude přizpůsobena nejen potřebám propuštěných pracovníků, ale i stávajícímu podnikatelskému prostředí.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Esteban Gonzalez Pons relatif à la mobilisation du fond européen d'ajustement à la mondialisation. Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, créé en 2006, aide les personnes ayant perdu leur emploi. Ce fonds débloquera une enveloppe 856 800 euros en faveur des 250 salariés licenciés. Ce montant servira à financer des formations, des services de conseil et d'accompagnement pour favoriser le retour à l'emploi de ces travailleurs licenciés.

Je me réjouis que ce rapport ait été adopté à une large majorité.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe dem vorliegenden Bericht zugestimmt. Es sollen hier 856 000 EUR bereitgestellt werden, um 250 Arbeiter der ehemaligen Borsal S.A., einem Lieferanten für Autoteile in der Region Valencia, wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren und damit neue Perspektiven für die betroffenen Menschen zu schaffen.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Minden olyan kérelmet támogatok, amely az EU peremországok munkavállalóinak megsegítését hivatott biztosítani, így ezt is, hiszen Spanyolország is az uniós gazdaságpolitika révén gerjesztett válság által leginkább sújtott országok egyike. A jelentéstevő okosan, időben felhívja a figyelmet arra is, hogy az európai járműipar mutatói riasztóak. Ez már egy hosszabb távú tendencia része, melynek során az Unió a 2000 és 2015 közötti időszakban a piaci részesedésének csaknem felét elveszítette. Ugyanakkor az ágazat szárnyal Ázsiában és minimum stagnál a többi földrészen. Tehát az illetékesek békés szunyókálása csak Európa sajátja.

Илхан Кючюк (ALDE), *in writing*. – As you know, the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) aims to provide support for workers made redundant and self-employed persons whose activity has ceased as a result of major structural changes in world trade patterns due to globalisation or as a result of a continuation of the global financial and economic crisis. In this regard, the main aim of the fund is to help people who lost their jobs to reintegrate into the labour market. The EU should mobilise the fund to support Spain's submitted application EGF/2016/004ES/ Comunidad Valenciana automative, following redundancies in the economic sector classified under the NACE Revision 2 Division 29 (Manufacture of motor vehicles, trailers and semi-trailers). In this particular case, 250 redundant workers eligible for the EGF contribution are expected to participate in 12 different measures: 6 are personalised services actions in accordance with Article 7 (1)(a) and (C) of the EGF Regulation and types of measures are allowance and incentives as referred to in Article 7 (1)(b) of the EGF Regulation. Personalised services actions represent more than 75% of the overall amount. Looking from this perspective, I voted in favour of the mobilisation of the EGF.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Il citato Fondo europeo è stato istituito per fornire sostegno in via suppletiva ai lavoratori che risentono delle conseguenze di cambiamenti strutturali rilevanti del commercio mondiale. A novembre la Commissione ha adottato una proposta di decisione sulla mobilitazione del FEG a favore della Spagna, idonea a sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori in esubero dopo il fallimento e la relativa chiusura di Bosal S. A, impresa operante nel mercato automobilistico. Per adeguare la capacità di produzione alla domanda e ridurre i costi, essa ha dapprima imposto orari di lavoro ridotti a tutto il personale, non riuscendo comunque ad evitare il fallimento. Il supporto ammonta a euro 856 000.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation à la demande de l'Espagne en vue d'obtenir une contribution financière du FEM à la suite des licenciements intervenus dans le secteur automobile, et concernant en tout 29 entreprises. 250 travailleurs licenciés susceptibles de bénéficier d'une contribution du Fonds devraient participer aux mesures de réintégration au marché du travail. Je suis évidemment favorable à ce qu'un État récupère un peu de l'argent qu'il verse à l'UE, en particulier si cela lui permet de réparer, même de façon insuffisante, les dégâts immenses provoqués par l'ouverture totale des frontières imposée par l'UE.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – Globalisering is onvermijdelijk en gaat hand in hand met de opening van nieuwe markten, met internationale concurrentie, met economische groei en met jobcreatie die het jobverlies in minder competitieve sectoren overtreft. Er is bijgevolg vooral behoefte aan structurele hervormingen om te kunnen aansluiten met duurzame economische groei. Dit vereist economisch maatwerk gecombineerd met een aangepast sociaal beleid waarvoor, eveneens in lijn met de verdragen, de lidstaten als eerste en meest gepaste overheid bevoegd zijn. De N-VA-delegatie in het Europees Parlement heeft begrip voor de doelstellingen van het Europees Fonds voor aanpassing aan de globalisering (EFG), maar is ervan overtuigd dat een Europese transferunie geen middel kan zijn om de werkloosheid aan te pakken, noch een broodnodig structureel hervormingsbeleid kan vervangen. De Europarlementsleden van de N-VA hebben daarom tegen dit verslag gestemd.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe se refiere a la contribución del fondo FEAG en medidas de apoyo individual para la reinserción laboral de 250 trabajadores despedidos en la planta de Bosal en Sagunto, de las cuales un 25 % serán medidas de apoyo directo a la renta y el resto actividades de formación y recolocación laboral. Estas medidas no pueden en ningún caso sustituir la necesidad de desarrollar una política industrial que sirva para que economía de esta región, con un desempleo por encima del 25 %, pueda recuperarse de este cierre. Tampoco eximen a Bosal de su responsabilidad en este ERE, cuando en lugar de usar los subsidios recibidos y los beneficios de su actividad para invertir en su planta, descapitalizó la compañía de una manera probablemente irregular. Pero suponen, al menos,

una ayuda a los trabajadores y trabajadoras en desempleo y por ello he votado a favor.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Por el presente informe se autoriza una movilización del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) por un importe de 856 000 euros para proporcionar ayuda adicional a 250 trabajadores despedidos de una empresa valenciana que se declaró en quiebra en 2015 después de no lograr superar una serie de dificultades económicas.

El FEAG se creó precisamente con el objetivo de ayudar a los trabajadores que sufren las consecuencias de grandes cambios estructurales en los patrones del comercio mundial. En el caso concreto no cabe duda alguna de que se cumplen las condiciones para poder realizar la transferencia. Ha quedado patente a lo largo del procedimiento, en el que las autoridades españolas han presentado garantías sobre la conformidad con las reglas de despidos e igualdad de trato en el acceso y aplicación a las medidas activas de empleo que se recogen.

Doy mi voto favorable porque contribuirá a la reinserción laboral de estos trabajadores.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s celým nesmyslným Fondem na přizpůsobení se globalizaci a myšlenkou dotovat neúspěšné firmy. V tomto případě jsem proti vyplacení 856 800 EUR na podporu pro 250 propuštěných pracovníků valencijské firmy na autodíly. Sociální politika má být věcí jednotlivých států.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europski fond za prilagodbu globalizaciji osnovan je radi pružanja dodatne potpore radnicima koji su suočeni s posljedicama velikih strukturnih promjena u tokovima svjetske trgovine. Komisija je 8. studenog 2016. donijela prijedlog odluke o uporabi sredstava iz EGF-a u korist Španjolske radi pružanja potpore ponovnom uključivanju na tržište radnicima nakon stečaja i zatvaranja tvrtke Bosal S.A. To je deseti zahtjev koji se treba ispitati u okviru proračuna za 2016., a odnosi se na 250 radnika koji su proglašeni viškom zbog poteškoća uzrokovanih padom proizvodnje vozila u EU-u. Za isplatu ovog zahtjeva mobilizira se iznos od 856 800 EUR iz EGF-a.

Španjolska je dostavila sva potrebna jamstva u pogledu pristupa predloženim mjerama i njihovoj provedbi. Njihove mjere biti će komplementarne s mjerama koje se financiraju iz strukturnih fondova. Stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund has been created in order to provide additional assistance to workers suffering from the consequences of major structural changes in world trade patterns. The Commission adopted a proposal for a decision on the mobilisation of the EGF in favour of Spain to support the reintegration in the labour market of workers made redundant after the bankruptcy and closure of Bosal. I support this proposal.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – V dôsledku konkurzu a následného zatvorenia španielskej spoločnosti Bosal S.A. operujúcej v oblasti výroby motorových vozidiel, návesov a prívesov prišlo o prácu 250 zamestnancov. V tejto súvislosti požiadalo Španielsko o pomoc z Európskeho fondu na prispôsobenie sa globalizácii určenú na opatrenia smerujúce k opätovnému zaradeniu prepustených zamestnancov na trh práce. Žiadosť spĺňa podmienky poskytovania pomoci z EFG, preto som podporil poskytnutie pomoci Španielsku vo výške 856 800 EUR vo forme viazaných a platobných rozpočtových prostriedkov

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση έπειτα από αίτηση που υπέβαλε η Ισπανία – EGF/2016/004 ES/Comunidad Valenciana αυτοκινητοβιομηχανία, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport.

Ce texte vise à débloquer une aide financière du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) d'un montant de 856 000 euros en faveur de l'Espagne. Il représente 60 % du coût total de la réinsertion professionnelle de 250 travailleurs licenciés récemment dans ce pays.

Cette somme serait allouée aux anciens salariés du secteur automobile qui ont été licenciés suite à une baisse importante de la production dans 29 entreprises automobiles en Espagne. Il est important de souligner que tous les pays européens ont été récemment confrontés à une baisse d'unités de la production de véhicules automobiles pendant que la production mondiale augmentait, notamment en Chine. La mobilisation du FEM semble donc particulièrement appropriée dans ce cas.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Evropský fond pro přizpůsobení se globalizaci byl zřízen, aby poskytoval dodatečnou pomoc pracovníkům, které zasáhly důsledky velkých strukturálních změn světového obchodu. V listopadu 2016 adresovalo Španělsko evropské Komisi žádost o finanční pomoc ve prospěch pracovníků, kteří byli propuštěni po úpadku společnosti Bostal, která vyráběla motorová vozidla a návěsy. Opatření se bohužel týká 250 propuštěných pracovníků. Podle pravidel legislativního procesu musí s poskytnutím finančních prostředků vyslovit souhlas i Evropský parlament. Uvolněné finanční prostředky budou cíleně použity především na zvýšení kvalifikace propuštěných pracovníků, příp. na jejich rekvalifikaci. Hlasoval jsem pro schválení finanční pomoci z Fondu pro přizpůsobení se globalizaci ve prospěch Španělska.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Es sollen hier 856 000 EUR bereitgestellt werden um 250 Arbeiter der ehemaligen Borsal S.A., einen Lieferanten für Autoteile in der Region Valencia, wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren und dahingehend neue Perspektiven für die betroffenen Arbeiter zu schaffen. Nachdem die EU hier Mittel bereitstellen soll, diese Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt zu integrieren, habe ich diesem Bericht zugestimmt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo dėl pasiūlymo dėl Europos Parlamento ir Tarybos sprendimo dėl Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo lėšų mobilizavimo (Ispanijos paraiška „EGF/2016/004 ES/Comunidad Valenciana automobiliai"). EP pritarė Komisijai, kad yra įvykdytos visos EGF sąlygos, todėl Ispanija turi teisę pagal šį reglamentą gauti finansinę 856 800 EUR paramą, kuri sudaro 60 proc. bendrų išlaidų, siekiančių 1 428 000 EUR, kad į darbo rinką vėl integruotų 250 atleistų darbuotojų bankrutavus įmonei „Bosal S. A." ir ją uždarius. Pagrindinė „Bosal S. A." veikla buvo variklinių transporto priemonių dalių ir reikmenų gamyba. „Bosal" pradėjo gaminti daugiausia Ispanijos automobilių rinkai.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of mobilising EU funds to assist former car workers in the Comunidad Valenciana.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Un site de production d'équipements automobiles a fermé dans la communauté de Valence en Espagne, laissant 250 employés et sous-traitants sur le carreau. La compagnie Bosal n'en est pas à son premier méfait. Elle a fermé son site de tuyaux d'échappement à Annezin dans le Pas-de-Calais et à Anvers en Belgique. Toujours la même antienne: le site ne serait pas rentable. Faux ! objectent les employés de Valenciennes. Et ils viennent de gagner leur procès ce 25 novembre. Verdict: maquillage de compte vers le site en République Tchèque. Donc la «mondialisation des échanges» qui justifie l'activation de ce fonds peine à cacher tricheries et dumping. Et cette entreprise est spécialisée dans les systèmes de contrôle d'émission ! On aurait pu penser, après l'affaire Volkswagen, que ce parlement s'y intéresse. Non, en commission sa majorité a voté contre les amendements de mon collègue de Podemos qui demandait le remboursement des coûts sociaux payés par les contribuables pour activité frauduleuse d'une compagnie. Les travailleurs attendent toujours leur dédommagement. Je m'abstiens pour leur faire parvenir une aide mais je dénonce cette caution à une fraude.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de répondre à une demande de perception du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation émanant de la Comunidad Valenciana suite au licenciement de 250 travailleurs du secteur automobile et concernant 29 entreprises.

L'union européenne est confrontée à une baisse de production automobile alors que la production mondiale augmente de 31,1%. De plus, 50% des salariés licenciés n'ont pas de diplôme et la situation économique de cette région est dramatique.

À partir de ce constat, il me paraît légitime que la Comunidad Valenciana puisse bénéficier de ce fonds européen. Ceci d'autant plus qu'il ne s'agit que d'un juste retour de l'argent versé par l'Espagne à l'Union européenne responsable de cette catastrophique situation par l'ouverture totale des frontières. J'ai donc voté pour cette demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — L'entreprise Bosal S.A., en Espagne, a fait faillite et a par conséquent fermé ses portes, ce qui a donné lieu à des licenciements touchant 250 travailleurs qui se trouvent à présent sans emploi. La mobilisation du fond européen d'ajustement en faveur de l'Espagne permettra de soutenir la réinsertion sur le marché du travail des travailleurs et s'élève à un montant total de 856 800 euros. J'ai voté en faveur de la mobilisation du fond européen d'ajustement à la mondialisation en faveur de l'Espagne car la demande rencontre les conditions d'allocations financières mais aussi car j'estime qu'il est primordial d'accompagner les travailleurs dans leur réinsertion sur le marché du travail non seulement en leur fournissant la compensation nécessaire mais aussi en mettant à leur disposition les programmes appropriés.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour on a report giving the green light for the mobilisation of the European Globalization Adjustment Fund (EGF) in Spain, mainly in the region Comunidad Valenciana and the town Sagunto. The application relates to 250 redundancies of the enterprise Bosal S.A. in the town Sagunto in Spain, operating in the economic sector classified under NACE Rev. 2 Division 29 (manufacture of motor vehicles, trailers and semi-trailers) during the reference period from 30 June 2015 to 30 March 2016. The EGF funding of EUR 856 800 shall contribute to the costs of a coordinated package of eligible personalised services, providing assistance for 250 targeted beneficiaries following redundancies in the NUTS level 2 regions of Comunidad Valenciana (ES52), with the aim of providing assistance for integrating the affected persons into the labour market. The redundancies were caused by major structural changes in world trade patterns due to globalisation.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap azért jött létre, hogy kiegészítő támogatást nyújtson a világkereskedelemben bekövetkezett főbb strukturális változások következményei által sújtott munkavállalóknak.

Spanyolország 2016. június 21-én kérelmet nyújtott be a Bizottságnak az alap igénybevételére, hogy támogassa az elsősorban a Valencia nevű régiójában működő Bosal S.A. vállalattól – amely a kérelem által érintett munkavállalók többségét elbocsátotta – annak csődjét és bezárását követően elbocsátott munkavállalók munkaerőpiacra történő újbóli beilleszkedését. A kérelem 250 elbocsátott munkavállalóra vonatkozik, és az EGAA-ból összesen 856 800 EUR igénybevételére irányul. Az elbocsátott munkavállalóknak nyújtandó szolgáltatások a következő 12 intézkedést foglalják magukban: 6 intézkedés az EGAA-rendelet 7. cikke (1) bekezdése a) és c) pontja szerinti személyre szabott szolgáltatás, a további 6 intézkedés az EGAA-rendelet 7. cikke (1) bekezdése b) pontja szerinti juttatás és ösztönző. A személyre szabott szolgáltatások a teljes összeg több mint 75%-át teszik ki.

A Bizottság megállapította, hogy a kérelem esetében teljesülnek az alapból nyújtott pénzügyi hozzájárulás feltételei, továbbá, hogy a tervezett intézkedések a támogatható tevékenységek közé tartozó aktív munkaerőpiaci intézkedéseknek minősülnek, ezért javaslatot nyújtott be a Parlamentnek és a Tanácsnak az alapból 856 800 EUR pénzügyi hozzájárulásra. A javaslatot támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – L'Espagne a déposé la demande EGF/2016/004 ES/Comunidad Valenciana – Automobile en vue d'obtenir une contribution financière du FEM à la suite des licenciements intervenus dans le secteur automobile, et concernant en tout 29 entreprises. 250 travailleurs licenciés susceptibles de bénéficier d'une contribution du Fonds devraient participer aux mesures dont il est ici question. Je suis évidemment favorable à ce qu'un État récupère un peu de l'argent qu'il verse à l'UE, en particulier si cela lui permet de réparer, même de façon insuffisante, les dégâts immenses provoqués par l'ouverture totale des frontières imposée par l'UE. Vote favorable.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Je suis évidemment favorables à ce qu'un État récupère un peu de l'argent qu'il verse à l'Union européenne, en particulier si cela lui permet de réparer, même de façon insuffisante, les dégâts immenses provoqués par l'ouverture totale des frontières imposée par l'Union. Je vote pour ce rapport.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) au bénéfice de 250 travailleurs licenciés dans 29 entreprises de l'industrie automobile dans la région de Valence en Espagne. Il s'agit de déployer 856 800 euros pour cofinancer les projets de recherche d'emploi, d'orientation professionnelle, de reconversion et de mobilité de ces salariés licenciés.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for the mobilization of the European Globalization Adjustment Fund that will help 250 workers made redundant in Spain. The fund will provide EUR 856 800 to help implement the EGF measures such as labour market services, work practice, debt counselling, psychological counselling, study allowance relating to the participants in formal studies, mobility allowance, training cost reimbursement and support for formal studies.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – В резултат на спада на вътрешното търсене в ЕС, както и слабото позициониране на европейската автомобилна промишленост спрямо растящия азиатски пазар, немалко фирми, опериращи в този отрасъл, са принудени да прекратят своята дейност и да съкратят своите служители. Такъв е и случаят с 250-те уволнени работници, произвеждали автомобилни части и аксесоари за испанската фирма Bosal S.A.

Мобилизирането на Европейския фонд за приспособяване към глобализацията (ЕФПГ) ще позволи на ЕС да окаже помощ на испанските работници да получат обучение, позволяващо им да се адаптират към нуждите на пазара на труда в техния регион.

Смятам, че обстоятелствата, довели до освобождаването на испанските работници, както и действията предприети от Испания за тяхната реинтеграция в сектора на заетостта, отговарят на изискванията за финансово подпомагане по линия на ЕФПГ. Именно заради това подкрепих отпускането на средства в размер на 856 800 евро за служителите на Bosal S.A.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da der Vorschlag ganz im Sinne der Arbeitnehmer ist und meiner Meinung auch zu begrüßen ist.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Hispaanias koondati 250 töötajat, mis on tingitud autotööstuse turuosa vähenemisest ELis. Koondamised on piirkonnale suur löök ning fondi toetusega aidatakse töötajatel hõlpsamini tööturule tagasi pöörduda.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización es un fondo que tiene como base la solidaridad en tiempos en que las industrias y la economía se enfrentan a algunos de los efectos adversos de la mundialización.

Con la crisis económica muchas de nuestras empresas y sectores se han visto abocados al cierre. En otros casos han sucumbido a los beneficios que la deslocalización en terceros países ofrece.

En esta ocasión votamos conceder 856 800 euros de fondos europeos a 250 trabajadores del sector automovilístico de la Comunidad Valenciana que perdieron su empleo entre junio de 2015 y marzo de 2016. Mi voto y mi apoyo están con los trabajadores afectados, aunque aprovecho la oportunidad para pedir que estos fondos estén vinculados a la reindustrialización de las zonas afectadas y la reconversión de sus trabajadores.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση δημιουργήθηκε για να προσφέρει πρόσθετη στήριξη στους εργαζομένους που υφίστανται τις συνέπειες των μεγάλων διαρθρωτικών αλλαγών στη μορφή του παγκόσμιου εμπορίου. Υπερψήφισα την έκθεση, η οποία προβλέπει την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση υπέρ της Ισπανίας, προκειμένου να υποστηριχθεί η επανένταξη στην αγορά εργασίας των εργαζομένων που απολύθηκαν μετά την χρεοκοπία και το κλείσιμο της Bosal S.A., της επιχείρησης από την οποία απολύθηκε η πλειοψηφία των εργαζομένων και η οποία δραστηριοποιείτο στον κλάδο της αυτοκινητοβιομηχανίας. Οι υπηρεσίες που πρόκειται να παρασχεθούν στους απολυμένους εργαζόμενους κατατάσσονται σε δώδεκα διαφορετικές κατηγορίες δράσεων όπως εξατομικευμένες υπηρεσίες, επιδόματα και κίνητρα.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta del collega sulla mobilizzazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) in favore della Spagna poiché sono molto amareggiato per la situazione che ha colpito i 250 lavoratori delle 29 imprese del comparto «Fabbricazione di autoveicoli, rimorchi e semirimorchi» insediate nella regione della Comunidad Valenciana.

In Spagna il calo della produzione automobilistica ha causato una rilevante riduzione del numero di imprese, nonché la chiusura di molte di esse, con gravissime ripercussioni sull'economia locale e regionale già duramente provata dalla crisi economica. I lavoratori che a causa di ciò sono stati collocati in esubero dimostrano di essere altamente vulnerabili, data l'età avanzata e la mancanza di titoli di studio, manifestando una forte difficoltà nel prestarsi a un eventuale ricollocamento. La mobilitazione del FEG consentirebbe dunque alla Spagna di attuare azioni diverse e personalizzate quali orientamento professionale, promozione dell'imprenditorialità e di fornire indennità e incentivi per i lavoratori in esubero, anche in considerazione del fatto che tali azioni non ricevono aiuti da altri strumenti finanziari dell'Unione europea, pertanto ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Europski fond za prilagodbe globalizaciji je stvoren kako bi se osigurala dodatna pomoć radnicima koji pate od posljedica velikih strukturnih promjena u svjetskoj trgovini. Ovaj zahtjev za mobilizaciju je deseti zahtjev pristigao u 2016. godini i dvadeset i treći ukupno koji se odnosi na proizvodnju motornih vozila, prikolica i poluprikolica sektora te je njegova ukupna vrijednosti 856 800 eura. Njime je obuhvaćeno 250 radnika koji su postali višak u španjolskoj automobilskoj industriji regije Comunidad Valenciana.

Zahtjev je poslan Komisiji 21. lipnja 2016., a Komisija je zaključila kako su ispunjeni uvjeti za financijski doprinos od strane Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji. Stoga nema razloga ne podržati mobilizaciju Fonda. Poduzeće je od 2012. godine u poteškoćama zbog pada proizvodnje vozila u EU-u, a 70% otpuštenih radnika su stariji od 45 godina te su im mogućnosti za daljnje zapošljavanje sužene.

Pozdravljam i paket mjera koji je najavila Španjolska, a usmjerene su prema obrazovanju i profesionalnom usavršavanju te uključuju različite poticaje za zapošljavanje. Važno je osigurati da građani što prije prebrode posljedice ove krize i pomoći im adekvatnim mjerama koje će osigurati stvaranje novih radnih mjesta.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta candidatura diz respeito a 250 trabalhadores despedidos em 29 empresas dos sectores económicos classificados como «fabricação de veículos automóveis, reboques e semirreboques», em Espanha.

A justificação é a de sempre: Espanha perdeu quota de mercado na última década graças à tendência de «transição geográfica do consumo associada à globalização». Além disso, «a indústria europeia foi igualmente afetada pelo declínio da procura interna, devido à crise económica e financeira». Desde 2008, devido ao efeito combinado destes dois fatores no fabrico de automóveis, muitas empresas encerraram ou reduziram fortemente a sua atividade, resultando em despedimentos ou reduções de tempo de trabalho.

Espanha aprovou já 9 candidaturas ao Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização, tendo em vista o apoio aos trabalhadores despedidos na região de Comunidad Valenciana desde 2009.

Este é mais um vivo libelo acusatório ao capitalismo, à integração capitalista europeia e às políticas neoliberais que promove.

Defendemos a mobilização de apoio aos trabalhadores despedidos, mas continuamos a afirmar que apenas a rutura com as políticas que estão a ser seguidas pela UE será capaz de travar este caminho de desastre social e económico.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – V roce 2015 došlo ke značnému zvýšení výroby motorových vozidel na území jihovýchodní Asie, a to na úkor členských zemí Evropské unie. V případě Španělska, a především regionu Valenciana, došlo v důsledku negativního hospodářského vývoje a vlivu globalizace k propuštění 500 zaměstnanců jen v průběhu devíti měsíců. Dále došlo k uzavření až 62 podniků z celkových 187, které se na obor automobilové produkce v regionu specializovaly. Právě z tohoto důvodu jsem hlasoval pro přijetí zprávy o uvolnění prostředků z tzv. Evropského globalizačního fondu. Konkrétněji se bude jednat o více než 23 miliony EUR, které budou využity na snížení nezaměstnanosti. Ta totiž momentálně dosahuje zhruba 20 procent. Je nutné, aby byla pozornost věnována zejména generaci v předdůchodovém věku, jelikož právě této skupiny se propouštění ve velké míře týkalo. Jsem velmi rád, že se místní úřady rozhodly podnítit odborné vzdělávání vhodné pro místní trh práce. Je potřeba přispět ke zlepšení profesního potenciálu všech postižených propuštěním, a to ať rekvalifikací na poli potravinářského oboru, průmyslového odvětví či zvýšením kvalifikace v oblasti informačních technologií a jazykových dovedností. Svým hlasem dávám najevo, že už není možné nadále tolerovat hospodářskou deprivaci. Musíme udělat vše pro to, aby evropským občanům bylo umožněno žít v co nejdůstojnějších podmínkách.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Evropský fond pro přizpůsobení se globalizaci byl zřízen, aby poskytoval pomoc pracovníkům, které zasáhly důsledky velkých strukturálních změn světového obchodu. Jakožto sociální demokrat jsem rád, že takový fond existuje, jelikož si myslím, že se jedná o jeden ze základních prostředků EU, který podporuje sociální spravedlnost. Podpořil jsem návrh Evropského parlamentu o uvolnění prostředků z EFG ve prospěch Španělska na podporu a opětovné začlenění pracovníků společnosti Bosal S.A. na trh práce. V této společnosti došlo k masivnímu propouštění v souvislosti s úpadkem a následným uzavřením podniku. Jedná se o dobrý způsob, jak pomoci těmto pracovníkům v situaci, která je pro ně finančně náročná. Jde především o akt solidarity, kterou považuji za základní pilíř evropského společenství.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – 8 listopada 2016 r. Komisja przyjęła wniosek w sprawie decyzji dotyczącej uruchomienia EFG na rzecz Hiszpanii w celu wsparcia powrotu na rynek pracy pracowników zwolnionych w związku z upadłością i likwidacją przedsiębiorstwa Bosal S.A., w którym zwolniono większość pracowników objętych niniejszym wnioskiem, prowadzącym działalność w dziale 29 klasyfikacji NACE Rev. 2 („Produkcja pojazdów samochodowych, przyczep i naczep") głównie w regionie Walencji (Comunidad Valenciana – ES52), zaliczanym do poziomu NUTS 2.

Europejski Fundusz Dostosowania do Globalizacji (EFG) utworzono w celu udzielenia dodatkowego wsparcia pracownikom dotkniętym konsekwencjami istotnych zmian w strukturze światowego handlu. Zgodnie z przepisami art. 12 rozporządzenia (UE, Euratom) nr 1311/2013 ustanawiającego wieloletnie ramy finansowe na lata 2014-2020 oraz art. 15 rozporządzenia (UE) nr 1309/2013 środki funduszu nie mogą przekraczać maksymalnej rocznej kwoty w wysokości 150 mln EUR (w cenach z 2011 r.). Odpowiednie kwoty figurują w budżecie ogólnym Unii jako rezerwa. Zgodnie z pkt 13 Porozumienia międzyinstytucjonalnego z dnia 2 grudnia 2013 r. pomiędzy Parlamentem Europejskim, Radą i Komisją w sprawie dyscypliny budżetowej, współpracy w sprawach budżetowych i należytego zarządzania finansami w celu uruchomienia funduszu w przypadku pozytywnej oceny wniosku Komisja przedkłada władzy budżetowej wniosek o uruchomienie funduszu i jednocześnie odpowiedni wniosek o przesunięcie środków. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour venir en aide aux 250 travailleurs licenciés dans 29 entreprises de la région de Valence en Espagne, suite à la faillite et la fermeture de la société Bosal S.A. Il est important que l'Europe puisse venir en aide aux travailleurs qui ont subi de plein fouet la récente crise économique. Nous devons leur permettre de se réinsérer plus rapidement sur le marché du travail et je pense notamment aux travailleurs de l'industrie automobile qui ont été particulièrement touchés par cette crise.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Enquanto mecanismo criado para prestar apoio a trabalhadores atingidos pelos efeitos de mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial, o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização está vocacionado para casos como o presente.

A candidatura ao Fundo, a fim de apoiar a reintegração no mercado de trabalho de trabalhadores despedidos pela Bosal S.A, foi apresentada à Comissão, no dia 21 de junho de 2016.

Desde 2012, a Bosal S.A tem conhecido dificuldades devido ao declínio da produção de veículos na UE. Para adaptar a capacidade de produção à procura e reduzir os custos, a empresa recorreu a horários de trabalho reduzidos para todo o pessoal. Contudo, estas medidas não deram resultado e, a 15 de janeiro de 2015, a empresa declarou falência.

O despedimento de 250 trabalhadores da empresa – uma grave consequência social da crise suprarreferida – justifica, por conseguinte, a mobilização do FEG.

De forma a apoiar os 250 cidadãos europeus que se encontram nesta situação precária e para que os mesmos sejam beneficiados com medidas tão relevantes como o acesso a serviços de consultoria e a formações direcionadas para o reingresso no mercado de trabalho, voto a favor da aprovação do relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding budgetary report. This proposal was to give EUR 856,800 (60 % of the total) for 250 workers made redundant in Spain, from the European Globalisation Adjustment Fund. The 250 workers made redundant worked in the manufacturing of motor vehicles, trailers and semi-trailers sector. The event giving rise to these redundancies was primarily the bankruptcy and closure of Bosal S.A, a company operating in Spain. The money will be used for things like information sessions, occupational guidance, job placement, training, commuting expenses, change of residence expenses, internet expenses, hiring benefit, start-up allowance, participation allowance etc. UKIP opposes the EU using British taxpayer's cash as dole money for poor economic decisions in other countries.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He apoyado la aprobación de esta ayuda del fondo europeo de adaptación a la globalización destinada a 250 personas que perdieron su empleo tras el cierre de Bosal S.A., gracias a la iniciativa de la Generalitat Valenciana y al compromiso del President Ximo Puig con los trabajadores y trabajadoras de Bosal.

La aprobación de esta ayuda es una buena noticia pero es necesario revisar el funcionamiento del FEAG, destinando más recursos y flexibilizando su acceso, de modo que puedan beneficiarse prioritariamente las pymes, que son las que mayor protección necesitan en un mundo globalizado. Además, resulta necesario establecer mecanismos que permitan actuar con carácter preventivo para impedir despidos de este tipo, motivados únicamente por razones estratégicas de la empresa.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen du 14 décembre 2016 sur la proposition de décision du Parlement européen et du Conseil relative à la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation suite à la demande «EGF/2016/004ES/Comunidad Valenciana — Automobile» présentée par l'Espagne. Cette demande avait pour objet d'obtenir une contribution financière du Fonds à la suite de licenciements intervenus dans le secteur de la construction de véhicules automobiles, de remorques et semi-remorques dans la Communauté de Valence. Le Parlement conjointement avec la Commission convient que les conditions pour l'octroi de cet aide sont remplies. Dès lors, l'Espagne bénéficiera d'un montant de 856 800 euros aux fins de la réinsertion professionnelle de 250 travailleurs licenciés, qui se traduira notamment sous la forme de séances d'information, de campagnes de valorisation de l'entreprenariat, de programmes d'insertion professionnelle et d'allocations.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Palaikiau pasiūlymą dėl Europos Parlamento ir Tarybos sprendimo dėl Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo lėšų mobilizavimo pagal Ispanijos paraišką, skirtą užsidarius automobilių pramonės fabrikams Valensijos regione susiklosčiusiai padėčiai palengvinti. Europos solidarumo fondas – svarbus instrumentas, galintis padėti spręsti struktūrines darbo rinkos problemas, paremti darbo jėgos perkvalifikavimo pastangas.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei a favor desta proposta de mobilização do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização (FEAG) a favor da Espanha, no seguimento de uma candidatura apresentada por este país, com o objetivo de apoiar a reintegração no mercado de trabalho de trabalhadores despedidos na sequência da falência e do encerramento da empresa Bosal S.A., que laborava na área da fabricação de veículos automóveis, reboques e semirreboques, na região de Valência.

Após análise da candidatura e atentas as disposições legais e regulamentares aplicáveis, foi concluído que a mesma reúne as condições para a atribuição desta contribuição financeira no âmbito do FEAG, no valor de 856 mil euros, para apoiar os 250 trabalhadores que foram despedidos, sob a forma de serviços personalizados e de subsídios e medidas de incentivo, ao abrigo das disposições legais do Regulamento FEAG.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe se refiere a la contribución del fondo FEAG en medidas de apoyo individual para la reinserción laboral de 250 trabajadoras y trabajadores despedidos en la planta de Bosal en Sagunto, de las cuales un 25 % serán medidas de apoyo directo a la renta y el resto actividades de formación y recolocación laboral. Estas medidas no pueden en ningún caso sustituir la necesidad de desarrollar una política industrial que sirva para que economía de este país, con un desempleo por encima del 25 %, pueda recuperarse de este cierre. Tampoco eximen a Bosal de su responsabilidad en este ERE, cuando en lugar de usar los subsidios recibidos y los beneficios de su actividad para invertir en su planta, descapitalizó la compañía de una manera probablemente irregular. Pero suponen, al menos, una ayuda a los trabajadores y trabajadoras en desempleo y por ello he votado a favor.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as the UK does not receive this same fund.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) in Spain, mainly in the region Comunidad Valenciana and the town Sagunto. The application relates to 250 redundancies of the enterprise Bosal S.A. in the town Sagunto in Spain, operating in the economic sector classified under NACE Rev. 2 Division 29 (manufacture of motor vehicles, trailers and semi-trailers) during the reference period from 30 June 2015 to 30 March 2016.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Plne podporujem opatrenia, ktoré majú za cieľ nastaviť politiky vytvárajúce rast a pracovné miesta. Avšak nepovažujem Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácii za správny a efektívny nástroj na tieto politiky. Preto som hlasoval proti.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácii vznikol preto, aby mali zamestnanci prepustení kvôli štrukturálnym zmenám na svetovom trhu šancu čo najrýchlejšie sa znova zamestnať. Z tohto fondu môžu členské štáty každý rok čerpať celkové prostriedky vo výške 150 miliónov EUR. Vždy, keď dôjde na domácom trhu k hromadnému prepúšťaniu z dôvodov spojených s globalizačnými posunmi, má vláda krajiny možnosť požiadať o príspevok na zmiernenie dopadov na prepustených zamestnancov. V tomto prípade sme posudzovali žiadosť španielskych orgánov, kde došlo po konkurze spoločnosti Bosal S.A. k prepusteniu 250 pracovníkov. Keďže žiadosť spĺňa formálne nároky, uvoľnenie takmer 857 tisíc EUR v prospech Španielska som schválila. Spoločnosť Bosal sa pôvodne venovala výrobe dielov a príslušenstva pre motorové vozidlá, keď v roku 1986 začala svoju činnosť v meste Sagunto. Neskôr došlo k rozšíreniu jej pôsobnosti a zo španielskeho trhu sa presunula aj na iné európske trhy, kam dodávala iné originálne automobilové komponenty. V roku 2012 však európsky automobilový trh zaznamenal značný pokles, ktorý postihol aj spoločnosť Bosal. Napriek snahám o reštrukturalizáciu znížením nákladov či skrátením pracovného času sa firmu nepodarilo zachrániť pred tým, aby v roku 2015 vyhlásila konkurz. Preto plne podporujem poskytnutie tejto pomoci jej bývalým zamestnancom.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácii je významným nástrojom udržiavania zamestnanosti a zvyšovania kvalifikácie prepustených pracovníkov. V prípade automobilky Comunidad Valenciana sa jeho mobilizácia bude týkať 250 zamestnancov, najmä mužov nad 45 rokov, ktorým by hrozil prepad do sociálnej odkázanosti. Prostriedky budú použité najmä na príspevky a stimuly, ktoré im uľahčia hľadanie si nového zamestnania vrátane príspevku na dochádzku za prácou.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europski fond za prilagodbu globalizaciji stvoren je kako bi se osigurala dodatna pomoć i reintegracija u tržište rada radnicima koji pate od posljedica velikih strukturnih promjena u svjetskoj trgovini uzoraka ili od globalne financijske i gospodarske krize. Financijska pomoć Unije radnicima trebala bi biti dinamična i što više učinkovita. Prema odredbama Uredbe, kojom se utvrđuje višegodišnji financijski okvir za razdoblje 2014. – 2020., fond ne smije prelaziti maksimalni godišnji iznos od 150 milijuna eura. Europski parlament naglašava da su pogođene regije suočene s relativno velikom grupom starijih radnika koji su, u isto vrijeme, suvišni te ne posjeduju vještine koje traži lokalno tržište rada. Dana 21. lipnja 2016. Španjolska podnosi zahtjev za financijski doprinos regiji Comunidad Valenciana u Španjolskoj. Podržavam ovo Izvješće jer smatram da su ispunjeni svi uvjeti za dodjelu financijske potpore.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za predlog sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji, vloga Španije – avtomobilska industrija. Vloga Španije je popolna, take da je Španija upravičena do finančnega prispevka v višini 856.800 evrov, za ponovno vključitev 250 presežnih delavcev na trg dela v avtomobilski industriji v regiji comunidad Valenciana. Zaradi padca proizvodnje avtomobilov je Španija utrpela bistveno zmanjšanje števila podjetij in delovnih mest, prav tako je v regiji Comunidad Valenciana veliko avtomobilskih podjetij v zadnjih 8 letih prenehalo svojo dejavnost.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να κατανέμονται, κατά βάση, στους απολυμένους και όχι σε εταιρείες επανένταξης ή μετεκπαίδευσης, διότι έτσι δημιουργούνται εξειδικευμένοι άνεργοι και δεν αντιμετωπίζεται η εν λόγω κατάσταση

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – I give my approval to use EUR 856 800 from the European Globalisation Fund for Spain, specifically in the Comunidad Valenciana region and the town of Sagunto. From the 30 June 2015 to 30 March 2016, 250 people have been made redundant from Bosal S.A., a manufacturer of motor vehicles, trailers and semi-trailers. The redundancies were caused by major structural changes in world trade patterns due to globalisation. The money will be used to help integrate the affected people back into the labour market. I support this report.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Il est normal que l'Europe intervienne dans de tels cas, c'est une question de solidarité, valeur fondamentale.

À l'effet de mobiliser le FEM, la Commission a soumis à l'autorité budgétaire une demande de virement d'un montant total de 856 000 euros de la réserve du FEM.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund is an instrument that provides additional support to workers who are suffering from the consequences of major structural changes in world trade patterns or of the global financial and economic crisis, in the aim of assisting their reintegration into the labour market. Spain submitted an application for a financial contribution from the EGAF following the demise of the motor vehicle, trailer and semi-trailer manufacturing industry in the region of Valenciana. Today, much of the manufacturing has been resumed in China and South-East Asia. I voted in favour of the report on the mobilisation of the EGAF for Spain, which is intended to shield the Spanish economy from the negative effects of globalisation.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji: zahtjev EGF/2016/004 ES/Comunidad Valenciana automobilska industrija s obzirom na Uredbu 1309/2013 Europskog parlamenta i Vijeća od 17. prosinca 2013. o Europskom fondu za prilagodbe globalizaciji" budući da se njim postavljaju zakonodavni i proračunski instrumenti s ciljem davanja potpore radnicima koji su pogođeni posljedicama globalizacije. Zahtjev Španjolske za pomoć 250 otpuštenih radnika podnesen je u skladu s kriterijima za intervenciju utvrđenim u članku 4. i bez obzira na to što odstupa od točke b) kojom se zahtjeva broj od najmanje 500 radnika, smatram da Europska unija treba intervenirati svojim sredstvima.

Globalizacija je uvelike utjecala na smanjenje tržišnog udjela Unije u automobilskoj industriji, a u Španjolskoj je ona imala najvećeg utjecaja što se vidi po podacima u Comunidadu Valenciani gdje je 62 od ukupno 187 automobilskih poduzeća zaustavilo svoje aktivnosti između 2008. i 2014. Stoga se treba pružiti pomoć Španjolskoj i podržati njezinu odluku o novim edukacijskim mjerama usmjerenim na stručnu prekvalifikaciju.

Također smatram da bi ova odluka trebala biti mjerilo fleksibilnosti institucija Europske unije i pokazatelj intencije pomaganja državama članicama. Smatram da bi se slična praksa trebala primijeniti i u slučaju sličnih zahtjeva drugih zemalja članica, pa tako i Hrvatske.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Pad proizvodnje automobila u Španjolskoj rezultirao je smanjenjem broja radnih mjesta u automobilskoj industriji. Nakon otpuštanja 250 radnika automobilske industrije u regiji Comunidad Valenciana, Španjolska je podnijela zahtjev za mobilizaciju Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji, prema kojemu bi financijski doprinos fonda iznosio 856 800 eura, što je 60 posto predviđenih troškova.

Tim financijskim sredstvima planira se reintegrirati otpuštene radnike na tržište rada. Međutim, potreba za smanjenjem broja radnih mjesta u automobilskoj industriji nije samo problem u Španjolskoj, nego i u ostalim državama članicama. U zadnjem desetljeću europska automobilska industrija izgubila je značajan udio u tom području premještanjem na tržišta izvan Europske unije, u prvom redu na azijsko tržište. Razlog tomu su preveliki porezi i birokracija te loši uvjeti zbog kojih se veliki proizvođači ne odlučuju za ostanak u Europskoj uniji.

Smatram da se Europska unija neće uspjeti oporaviti gospodarstvo predloženim politikama prekvalificiranja radnika, jer te mjere ne mogu pomoći u oporavku pogođenih sektora, u ovom slučaju automobilskog. Budući da smatram da predložene mjere predstavljaju samo kratkoročno rješenje i za otpuštene radnike i za gospodarstvo Europske unije, glasovala sam protiv ovog izvješća.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji (vloga Španije – EGF/2016/004 ES/Comunidad Valenciana, avtomobilska industrija) sem podprla. Evropski sklad za prilagoditev globalizaciji je bil ustanovljen za dodatno pomoč delavcem, ki so jih prizadele posledice večjih strukturnih sprememb v svetovnih trgovinskih tokovih. Komisija je 8. novembra 2016 sprejela predlog sklepa o uporabi sredstev ESPG v korist Španije, da bi podprla ponovno vključevanje delavcev, ki so postali presežni zaradi stečaja in zaprtja podjetja Bosal S.A., na trg dela. To podjetje je delovalo od leta 1986 do 2015, ko so razglasili stečaj. Njegova glavna dejavnost je bila proizvodnja delov in dodatne opreme za motorna vozila. Podjetje je prešlo v težave potem ko je padla proizvodnja v avtomobilski industriji.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – L'Espagne a déposé cette demande en vue d'obtenir une contribution financière du FEM à la suite des licenciements intervenus dans le secteur automobile, et concernant en tout 29 entreprises. 250 travailleurs licenciés susceptibles de bénéficier d'une contribution du Fonds devraient participer aux mesures dont il est ici question. Par ailleurs, il faut noter que 50% des salariés licenciés concernés n'ont pas de diplôme, et que le contexte économique de la région est particulièrement catastrophique.

Les fonds débloqués financeront (globalement à hauteur de 25%) des actions de type séances d'information, orientations professionnelles, programmes d'insertion professionnelle, campagnes de valorisation de l'entrepreneuriat, ou encore allocations et mesures d'incitation destinées aux travailleurs licenciés, participations à leurs frais de déplacement et de déménagement, subventions à l'embauche.

Je suis évidemment favorable à ce qu'un État récupère l'argent qu'il verse à l'UE, en particulier si cela lui permet de réparer, même de façon insuffisante, les dégâts immenses provoqués par l'ouverture totale des frontières.

J'ai voté pour.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Fundusz pomaga pracownikom w znalezieniu nowych miejsc pracy oraz rozwój nowych umiejętności, gdy stracili pracę w wyniku zmiany struktury handlu światowego, np. gdy duża firma zamyka fabrykę lub zostanie przeniesiona poza UE, czy jest światowy kryzys finansowy i gospodarczy. Należy wspierać wszelkie możliwości pomocowe dla pokrzywdzonych pracowników, dlatego poparłem wniosek.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapot azért hozták létre, hogy kiegészítő támogatást nyújtson a világkereskedelemben bekövetkezett főbb strukturális változások következményei által sújtott munkavállalóknak. Voksommal a kapcsolódó javaslatot támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que promueve unos fondos destinados a compensar y establecer medidas para favorecer la búsqueda de empleo en casos de relocalización o cierres de empresas a causa de la globalización. Servirán para atender la situación de los trabajadores despedidos en la Comunidad Valenciana (Bosal S.A.), en la ya perjudicada zona de Sagunto por la reestructuración industrial, con altos niveles de paro.

Se trata de medidas que de no existir dejarían en peor lugar a los trabajadores afectados. El voto a favor, no obstante, no oculta nuestra preocupación por el proceso judicial abierto por presunta administración desleal de la empresa y, que estos fondos se usen para maquillar procesos de deslocalización de empresas que son rentables.

Consideramos, como así lo hemos planteado en nuestras enmiendas, que los fondos de adaptación a la globalización deben configurarse con arreglo a estrategias de reindustrialización, aplicando medidas de apoyo a los trabajadores afectados por reestructuraciones debidas a la inviabilidad de la producción, con un mayor peso de inversiones públicas que hagan sostenibles los sectores productivos de las regiones afectadas, contribuyendo a cambiar el modelo de producción y garantizar el futuro de los sectores productivos.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) fue introducido en 2007 como un instrumento flexible mediante el que el presupuesto de la Unión presta apoyo, bajo condiciones específicas, a aquellos trabajadores que han perdido su empleo como consecuencia de grandes cambios estructurales en las pautas del comercio mundial, provocados por la globalización o por la crisis económica y financiera extendida a nivel global. Mediante este informe, el Parlamento Europeo apoya la propuesta de la Comisión consistente en destinar 856 800 euros del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización a 250 trabajadores del sector del automóvil. Bajo la firme convicción de que el compromiso de la Unión con los ciudadanos en situación de desempleo debe materializarse en acciones concretas, he votado a favor de esta decisión.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe se refiere a la contribución del fondo FEAG en medidas de apoyo individual para la reinserción laboral de 250 trabajadores despedidos en la planta de Bosal en Sagunto, de las cuales un 25 % serán medidas de apoyo directo a la renta y el resto actividades de formación y recolocación laboral. Estas medidas no pueden en ningún caso sustituir la necesidad de desarrollar una política industrial que sirva para que economía de esta región, con un desempleo por encima del 25 %, pueda recuperarse de este cierre. Tampoco eximen a Bosal de su responsabilidad en este ERE, cuando en lugar de usar los subsidios recibidos y los beneficios de su actividad para invertir en su planta, descapitalizó la compañía de una manera probablemente irregular. Pero suponen, al menos, una ayuda a los trabajadores y trabajadoras en desempleo y por ello he votado a favor.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the Mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund in favour of Spain to support the reintegration in the labour market of the workers made redundant after the bankruptcy and closure of Bosal S.A. The EGF (annual budget of max EUR 150 million) provides assistance in cases of more than 500 employees being made redundant (of 1 company or in 1 sector in a regional context) as a result of major structural changes in world trade patterns. Types of assistance include job search, career advice, education, (re-)training, entrepreneurship, mobility etc., whereas co-financing of passive social protection measures is prohibited.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor omdat het Europees Parlement ingenomen is met het besluit van Spanje om opleidingsmaatregelen aan te bieden ter verkrijging van getuigschriften van vakbekwaamheid, zoals het getuigschrift voor passagiersvervoer, alsook voor sectoren of gebieden die kansen bieden of zullen bieden, zoals de levensmiddelensector, het restaurantbedrijf, preventie van beroepsrisico's, kwaliteitscontrole en milieunormen, projecten op het gebied van verwarming, ventilatie en airconditioning, en het onderhoud van industriële uitrusting.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport approuve le versement d'une contribution de 856 800 euros pour financer la réinsertion professionnelle de 250 travailleurs licenciés par Bosal SA et ses sous-traitants de Sagunto (Communauté valencienne- Espagne).

Or, le Parquet de Valence a demandé le 24 novembre dernier que la multinationale soit reconnue coupable de malversations, Bosal SA étant suspectée d'avoir aggravé son état d'insolvabilité par des opérations de legs de patrimoine et la transmission de leurs actifs (mais aucun passif à des sociétés du groupe ou connexe) et ce, afin de pouvoir se déclarer en faillite et délocaliser sa production au Mexique sans payer les indemnisations dues aux employés. Bosal SA pourrait être condamnée à payer 15 millions d'euros d'indemnisation aux salariés.

Dans ce contexte et sachant que la multinationale en question fait entre 500 millions et 1 milliards d'euros de bénéfices par an, j'ai envie de dire qu'il est inacceptable que l'Union européenne verse une telle contribution qui devrait être payée par Bosal SA.

J'ai néanmoins décidé de m'abstenir craignant qu'à défaut, ce soit les salariés de Bosal SA qui payent une nouvelle fois les conséquences des abus de leur employeur mais je déplore que le remboursement des sommes versées en cas de condamnation définitive ne soit pas demandé à l'entreprise.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta candidatura diz respeito a 250 trabalhadores despedidos em 29 empresas dos sectores económicos.

Espanha perdeu uma quota de mercado significativa na última década e um dos principais fatores na origem desta tendência é a transição geográfica do consumo associada à globalização, em especial o rápido crescimento da procura no mercado asiático, o que compromete os fabricantes da UE, que tradicionalmente não estão bem posicionados nesses mercados.

Além disso, a indústria europeia foi igualmente afetada pelo declínio da procura interna, devido à crise económica e financeira, com um número de registos automóveis inferior aos atingidos durante os anos que antecederam a crise.

Desde 2008, devido ao efeito combinado deste dois fatores no fabrico de automóveis, muitas empresas em Sagunto encerraram ou reduziram fortemente a sua atividade, resultando em despedimentos ou reduções de tempo de trabalho.

Concordamos com a mobilização desta ajuda de forma célere, mas continuamos a afirmar que apenas a rutura com as políticas que estão a ser seguidas pela UE será capaz de travar este caminho de desastre social e económico

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Es sollen hier 856 000 EUR bereitgestellt werden um 250 Arbeiter der ehemaligen Borsal S.A., einen Lieferanten für Autoteile in der Region Valencia, wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren und dahingehend neue Perspektiven für die betroffenen Arbeiter zu schaffen. Nachdem die EU hier Mittel bereitstellen soll, diese Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt zu integrieren, habe ich diesem Bericht zugestimmt.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – La Spagna ha presentato lo scorso giugno una domanda di mobilitazione del FEG in relazione ad esuberi nella regione della Comunidad Valenciana per il settore economico che fa riferimento alla «Fabbricazione di autoveicoli, rimorchi e semirimorchi». L'azienda colpita è la Bosal S.A., attiva principalmente nella fabbricazione di parti e accessori per veicoli a motore.

Va sottolineato che si tratta della ventitreesima richiesta di mobilitazione del FEG per il settore della fabbricazione di autoveicoli, a dimostrazione di una chiara contrazione del comparto a livello europeo. Nel 2015 infatti l'UE a 27 ha registrato un calo della produzione dei veicoli a motore di 0,5 milioni di unità rispetto al 2006, mentre nel contempo la produzione mondiale è aumentata del 31,1%. In Spagna invece il calo della produzione automobilistica ha causato una riduzione sia del numero di imprese che dei posti di lavoro, e nella Comunidad Valenciana in particolare, su un totale di 187 imprese del settore, 62 hanno cessato l'attività nel periodo 2008-2014

Voto generalmente a favore delle richieste riguardanti i FEG, pur nella consapevolezza che non possa essere lo strumento risolutivo delle crisi aziendali. Essendo tuttavia la sola opzione al momento sul tavolo, ritengo corretto sostenerla.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de beschikbaarstelling van middelen uit het Globaliseringsfonds omdat de problemen van ES/ Comunidad Valencia-automobielsector niet direct zijn toe te wijzen aan de globalisering, wat een vereiste is. Daarnaast is er, ook volgens de Europese Commissie, geen sprake meer van een economische crisis in de EU, zodat ook die crisis geen reden meer kan zijn voor de toewijzing van gelden uit het Globaliseringsfonds aan ES/ Comunidad.

Daarnaast hoeven multinationals niet beloond te worden met financiering van een sociaal plan als ze banen schrappen.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh rozhodnutia, ktorý v reakcii na žiadosť Španielska o mobilizáciu Európskeho fondu na prispôsobenie sa globalizácii odporúčal poskytnutie 856 000 eur z tohto fondu, som nepodporila. Španielsko požiadalo o financie z dôvodu, že v dôsledku zmien vo svetovom obchode je automobilový priemysel vo Valencii nútený prepustiť 250 zamestnancov. Myslím si, že zmeny vo svetovom obchode sa skutočne veľmi negatívne dotýkajú množstva zamestnancov, alebo dokonca celých regiónov, kde v dôsledku zatvárania či znižovania výroby je množstvo zamestnancov nadbytočných. Taktiež si myslím, že je potrebné týmto prepusteným zamestnancom pomôcť, a to v čo najkratšom čase. Na druhej strane si však nemyslím, že Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácii je na to tým správnym nástrojom. Ani po vypracovaní rozsiahlej hodnotiacej správy sme sa totiž nedozvedeli, koľko prepustených zamestnancov si bolo schopných nájsť práve vďaka tomuto fondu novú prácu, a či sa znovu nezamestnali iba vďaka svojim schopnostiam a odbornosti. Takisto je faktom, že opätovná zamestnateľnosť je v jednotlivých krajinách veľmi rôznorodá a závisí viac na možnostiach danej krajiny či oblasti ako na pomoci z fondu. Práve preto zastávam názor, že pokiaľ nebudú údaje týkajúce sa tohto fondu dostatočne zistené a vyhodnotené, mali by sme sa zameriavať skôr na iné nástroje, ako pomôcť týmto prepusteným pracovníkom.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće Estebana Gonzaleza o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji, zahtjeva koji je podnijela Španjolska. Sama svrha ovoga fonda bila je pomoći radnicima koji su postali višak nakon stečaja i zatvaranja Bosala SA, firme iz Španjolske. S tim u svezi je bilo prijeko potrebno pomoći ovim ljudima da se polagano reintegriraju na tržište rada.

Svjesni smo današnje krize u ekonomskim tijekovima. Često zbog toga stradaju radnici otkazima. Tim radnicima je potrebno pomoći. Stoga Europska unija na različite načine i kroz programe nudi pomoć. Upravo je zbog toga stvoren Europski fond za prilagodbu globalizaciji. U dokumentu Komisije COM(2016)0708 predložilo se dodjeljivanje financijskog doprinosa u iznosu od 856 800 EUR za 250 radnika koji su proglašeni viškom u ekonomskom sektoru.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji (ESPG).

Strinjam se, da je Španija upravičena do finančnega prispevka v znesku 856.800 EUR iz ESPG, s katerim bo lahko omogočila ponovno vključitev na trg dela 250 presežnim delavcem, ki so zaradi svoje starosti in nizke stopnje izobrazbe težje zaposljivi.

10.9. Normalisierung der Konten der Eisenbahnunternehmen (A8-0368/2016 - Merja Kyllönen)

Oral explanations of vote

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, transportul feroviar în Europa s-a schimbat, companiile feroviare pot presta serviciul pe tot teritoriul Uniunii.

Rețeaua feroviară de mare viteză s-a extins foarte rapid în beneficiul economiilor și, evident, în beneficiul cetățenilor. Acum 50 de ani alternativa era între avion și tren, astăzi din fericire putem conta pe o varietate de opțiuni în ceea ce privește transportul feroviar. Regulamentul de gestionare a infrastructurii din 1969 a devenit incompatibil cu legislația Uniunii. Susțin, de aceea, o piață liberalizată în care toate companiile să folosească și să fie obligate să aplice aceleași reguli, dar într-un mediu competitiv.

De asemenea, este necesar să avem o concurență loială între întreprinderile feroviare, tocmai pentru a facilita intrarea de noi firme pe piața transporturilor pe șine.

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – In seguente rapporto si colloca all'interno del progetto di governance del quarto pacchetto ferroviario e si occupa soprattutto della normalizzazione dei conti delle aziende ferroviarie in Europa. In questo senso la relazione propone di abrogare il regolamento vigente fino a questo momento, nonostante venga concesso un periodo di transizione per alcuni tipi di compensazione e vengano inserite delle eccezioni.

Credo che la necessità di riformare il meccanismo di normalizzazione delle aziende che operano in campo ferroviario sia chiaro, per questo ho votato contro l'emendamento di rigetto.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — No he podido votar este informe, al tratarse de un texto en segunda lectura desde el Consejo. De haberlo podido votar no lo habría hecho afirmativamente, pues pese a su carácter técnico (se eliminan regulaciones obsoletas sobre ayudas a las compañías públicas del ferrocarril) su efecto es igualar formalmente los operadores ferroviarios públicos con los privados, con el fin de preparar la liberalización y privatización del sector en línea con el resto del cuarto paquete ferroviario.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau prieš pataisas, kuriomis siūlyta atmesti Tarybos poziciją. Palaikau pasiūlymą dėl Geležinkelio įmonių apskaitos norminimo. Galiojančiu Reglamentu Nr. 1192/69 dėl geležinkelio įmonių bendrųjų apskaitos norminimo taisyklių, kurį Komisija siūlo panaikinti, valstybėms narėms leidžiama kompensuoti geležinkelio įmonėms už jų prisiimtus mokėjimo įsipareigojimus, kurių kitų rūšių transporto įmonės neprivalo prisiimti. Tie įsipareigojimai gali būti susiję, pavyzdžiui, su specialiais mokėjimais nelaimingų atsitikimų darbe atvejais (geležinkelio įmonė privalo juos sumokėti, tačiau kitų rūšių transporto įmonių atveju juos moka valstybė). Reglamentas buvo priimtas dar iki geležinkelio rinkos liberalizavimo, t. y. tuomet, kai Europos geležinkelio transportas vystėsi pirmiausia valstybėse narėse, kuriose veikė ir geležinkelio paslaugas teikusios, ir geležinkelio infrastruktūrą valdžiusios integruotos bendrovės. Tuo metu reglamentu buvo siekiama užtikrinti, kad geležinkelio įmonėms ir kitų rūšių transporto įmonėms būtų sudarytos vienodos sąlygos perimant socialines sąnaudas. Dėl pradinių reglamento tikslų jame pateikiamas sąrašas, kuriame išvardijamos anksčiau valstybei priklausiusios geležinkelio bendrovės. Šis sąrašas kelis kartus buvo pakoreguotas, siekiant atsižvelgti į naujų valstybių narių prisijungimą, ir šiuo metu apima 40 bendrovių. Tačiau Komisija konstatuoja, kad šiuo reglamentu jau neatsižvelgiama į dabartinę teisinę aplinką, kad į sąrašą neįtrauktos įmonės diskriminuojamos, nes galimybė gauti kompensaciją suteikiama tik 40 įmonių, nurodytų šio reglamento priede. Todėl pritariu Komisijos ir Tarybos siūlymams minėtą reglamentą panaikinti.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est le moins consistant des trois rapports que constitue le rapport Kyllönen, puisqu'il ne traite que de l'abrogation des règles actuelles en matière de normalisation des comptes des entreprises ferroviaires. Le règlement qu'il vise a pour but de permettre l'indemnisation par des collectivités des entreprises ferroviaires pour les charges importantes qu'elles ont à verser notamment en raison de leurs conventions collectives. La commission a constaté qu'en raison des modifications réglementaires qui ont eu lieu depuis 10 ans, le règlement actuel est inadapté puisque discriminatoire: il permet des indemnisations pour les entreprises désignées mais pas pour les autres. J'ai voté contre ce rapport qui fait partie du volet marché du 4e paquet ferroviaire, qu'il convient de rejeter en bloc.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of this proposal to reject the Council position because I do not believe further EU interference on railway use and the normalisation of transport systems is needed as each Member State should decide how best to operate its own railway infrastructure.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą dėl geležinkelio įmonių bendrųjų apskaitos norminimo taisyklių. Pranešimo tikslas – panaikinti Reglamentą (EB) Nr. 1192/69, kuriuo valstybėms narėms leidžiama kompensuoti geležinkelio įmonėms už jų prisiimtus mokėjimo įsipareigojimus, kurių kitų rūšių transporto įmonės neprivalo prisiimti.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le règlement que vise ce rapport a pour but de permettre l'indemnisation, par des collectivités, des entreprises ferroviaires pour les charges importantes qu'elles ont à verser notamment en raison de leurs conventions collectives. La Commission a constaté qu'en raison des modifications réglementaires qui ont eu lieu depuis 10 ans, le règlement actuel est inadapté puisque discriminatoire: il permet des indemnisations pour les entreprises désignées mais pas pour les autres. J'ai voté en faveur de l'amendement déposé par ma collègue du Front National Marie-Christine Arnautu pour rejeter la proposition du Conseil.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Trois textes étaient sur la table pour le vote sur le quatrième paquet ferroviaire: un sur la normalisation des comptes, un sur la gouvernance et le dernier sur l'obligation de service public.

Nous n'avons pas rejeté les deux premiers.

Dans le rapport sur la directive gouvernance, nous avons obtenu le respect de notre ligne rouge: la concurrence privée peut être limitée si elle porte atteinte à des obligations de service public.

En revanche, nous nous sommes fermement opposés au dernier texte qui imposait une libéralisation plus avancée du service public de transport ferroviaire de passagers. Cette libéralisation sera non seulement néfaste pour les usagers du rail mais elle se fait de plus aux dépens des travailleurs, notamment parce qu'elle n'instaure pas le transfert automatique et obligatoire du personnel en cas de changement d'opérateur. Pour les eurodéputés socialistes, une telle garantie sociale forte était indispensable afin de s'assurer que la concurrence ne se fasse pas au détriment des droits des travailleurs et n'ouvre pas le chemin à d'autres formes de dumping social.

Nous avons mené la fronde au Parlement mais nous avons perdu le vote de rejet de ce texte pour 15 voix sur 751, la droite l'ayant soutenu massivement.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para eliminar progresivamente legislación que ha quedado obsoleta.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre les trois rapports du paquet ferroviaire.

Visant à ouvrir les marchés nationaux de transports de voyageurs, le rapport «gouvernance» (Sassoli) a pour objectif secondaire d'accroître l'offre et la qualité des services, en rendant le marché ferroviaire plus facilement accessible à de nouvelles entreprises. Une telle politique a entraîné la chute de 20 % du fret ferroviaire en France…

Pire encore, le rapport «concurrence» (Van de Camp) introduit une obligation de concurrence, y compris dans les cas de service public, en menant une véritable chasse à toutes formes de subventions… Une politique qui va à rebours des intérêts nationaux et du protectionnisme économique.

Le rapport de Kyllonen a pour but de permettre l'indemnisation, par des collectivités, des entreprises ferroviaires pour les charges importantes qu'elles ont à verser, notamment en raison de leurs conventions collectives. Il est inadapté.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho preferito esprimermi con un'astensione alla proposta di reiezione presentata.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rekomendaciją dėl geležinkelio įmonių apskaitos norminimo. Reglamentu, kurį Komisija siūlo panaikinti, valstybėms narėms leidžiama kompensuoti geležinkelio įmonėms už jų prisiimtus mokėjimo įsipareigojimus, kurių kitų rūšių transporto įmonės neprivalo prisiimti. Tie įsipareigojimai gali būti susiję, pavyzdžiui, su specialiais mokėjimais nelaimingų atsitikimų darbe atvejais (geležinkelio įmonė privalo juos sumokėti, tačiau kitų rūšių transporto įmonių atveju juos moka valstybė), pensijomis geležinkelių darbuotojams, kurie paprastai dėl tam tikrų sunkių darbų anksčiau išeina į pensiją, arba mokėjimais už pervažų infrastruktūros sąnaudas. Tuo metu reglamentu buvo siekiama užtikrinti, kad geležinkelio įmonėms ir kitų rūšių transporto įmonėms būtų sudarytos vienodos sąlygos perimant socialines sąnaudas ir su išorės poveikiu susijusias sąnaudas. Be to, tada vyriausybių ir daugiausia valstybei priklausančių geležinkelio įmonių santykiai dar nebuvo reglamentuojami sutartimis ir abu subjektus siejo daug glaudesni nuosavybės saitai. Dėl pradinių reglamento tikslų jame pateikiamas sąrašas, kuriame išvardijamos anksčiau valstybei priklausiusios geležinkelio bendrovės. Šis sąrašas kelis kartus buvo pakoreguotas, siekiant atsižvelgti į naujų valstybių narių prisijungimą, ir šiuo metu apima 40 bendrovių. Kaip savo pasiūlyme teigia Komisija, šiuo reglamentu nebeatsižvelgiama į dabartinę teisinę aplinką. Parlamentas sutinka, kad dabartinis reglamento tekstas yra diskriminuojantis, nes galimybė gauti kompensaciją suteikiama tik 40 įmonių, nurodytų šio reglamento priede, todėl palikti šį reglamentą galioti nėra išeitis, nebent geležinkelio bendrovių sąrašas būtų nuolat atnaujinamas.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – E rendelet – amelynek hatályon kívül helyezését most a Bizottság javasolja – lehetővé tette a tagállamok számára, hogy ellentételezést nyújtsanak a vasúttársaságoknak olyan kötelezettségekkel kapcsolatos kifizetésekre, amelyek más közlekedési módok vállalkozásait nem terhelik. Ahogy azt javaslatában a Bizottság is kijelenti, a rendelet már nem felel meg a jelenlegi jogi környezetnek. Ezt a véleményt a Bizottsággal a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként én is osztom. Egyetértek azzal is, hogy a rendelet mostani szövege diszkriminatív, mivel az ellentételezés lehetőségét csak a rendelet mellékleteiben megjelölt 40 társaság számára teszi elérhetővé. Ezért a rendelet hatályban tartására nincs lehetőség.

A Parlament 2014. február 26-án fogadta el első olvasatbeli álláspontját. Akkor az Európai Parlament támogatta a rendelet hatályon kívül helyezését, azonban azt kérte, hogy a hatályon kívül helyező rendelkezés csak két évvel később lépjen hatályba. A Parlament első olvasatbeli álláspontjának elfogadását követően a Tanács luxemburgi és holland elnökségének idején intézményközi tárgyalásokra került sor. A Parlament tárgyalócsoportja 2016. április 19-én jutott megállapodásra a Tanács elnökségével.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport qui remet en cause les règles actuelles de normalisation des comptes des entreprises ferroviaires qui permettent aux collectivités de les indemniser à raison de leurs charges liées aux conventions collectives, ne peut conduire qu'à plus de dumping social en plaçant les compagnies pratiquant un dialogue social avancé en position de faiblesse.

Pour cette raison, je vote contre.

Je vote pour l'amendement de rejet.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against this file, which is part of the 'market pillar' of the so-called 'Fourth Railway Package', which is aimed at entrenching market liberalisation and competition in the European railway sector.

This file concerns the repeal of a regulation which currently allows Member States to compensate railway companies for payments they are obliged to make – for example for accidents at work, pensions for early retirement of workers in arduous jobs, and for costs relating to level crossing facilities.

While we support improvements and reform in the railway sector, Sinn Fein opposes the Fourth Railway Package due to its heavily neoliberal, pro-market bias. In particular, the 'Market Pillar' involves downgrading and repealing existing provisions, minimising Member State involvement in the sector and facilitating increased liberalisation and a more competitive market, rather than focusing on improving services.

While some parts of the package are purely technical and potentially useful, others are clearly politically motivated, and explicitly promote the full liberalisation of the railway sector. I therefore voted against the repeal of this regulation.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Gli studi dimostrano che l'interoperabilità e la sicurezza ferroviaria sono elementi centrali del modello di sviluppo sostenibile per l'Europa del futuro. Per migliorarle è stata istituita l'ERA (Agenzia Ferroviaria Europea), con sede a Lille e a Valenciennes (Francia), per mezzo del regolamento (CE) n°881/2004 del 29 aprile 2004.

L'Agenzia promuove il progressivo ravvicinamento, la registrazione e il monitoraggio delle specifiche tecniche di interoperabilità (STI) su tutto il sistema ferroviario europeo e l'elaborazione di obiettivi di sicurezza comuni per le ferrovie europee. Anche se l'ERA non ha poteri decisionali autonomi contribuisce ad elaborare proposte di decisione per la Commissione europea. Il regolamento (CE) n°1335/2008 del 16 dicembre 2008 ha attribuito nuovi compiti all'ERA, che sono legati alle modifiche apportate alle direttive sulla sicurezza ferroviaria (2004/ferroviario (2008/57/CE).

Adesso, con l'adozione del quarto pacchetto ferroviario, finalmente saranno rafforzati i poteri di indagine e di revisione contabile dell'ERA negli ambiti di sua competenza. Questo sarà utile per evitare di avere 28 sistemi diversi per l'omologazione dei treni: l'Agenzia fungerà da sportello unico incaricato di emettere autorizzazioni per i veicoli destinati ad attività transfrontaliere e certificati di sicurezza alle imprese ferroviarie che operano nei diversi Stati della UE.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport fait partie intégrante du quatrième paquet ferroviaire et traite de l'abrogation des règles actuelles en matière de normalisation des comptes des entreprises ferroviaires. Le texte vise à favoriser l'indemnisation, par des collectivités, des entreprises ferroviaires pour les charges conséquentes qu'elles ont à verser, notamment en raison de leurs conventions collectives. La Commission européenne a, en effet, constaté qu'en raison des modifications réglementaires, le règlement actuel était inadapté voire discriminatoire puisqu'il permettait des indemnisations uniquement pour les entreprises désignées. Fermement opposé au paquet ferroviaire, j'ai voté contre ce texte qui n'apporte aucune modification substantielle à la réglementation en vigueur, et j'ai voté en faveur de la proposition de rejet.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – L'accordo raggiunto in trilogo in seconda lettura abroga il regolamento (CEE) n. 1192/69 concernente norme comuni per la normalizzazione dei conti delle aziende ferroviarie.

Questa abrogazione rientra tra le misure di liberalizzazione del mercato del trasporto su ferro adottate con il quarto pacchetto ferroviario.

Il regolamento in questione autorizzava gli Stati membri a compensare le imprese ferroviarie per le spese derivanti da obblighi che le imprese operanti in altri settori di trasporto non devono sostenere, ma è stato adottato prima della liberalizzazione del mercato ferroviario e quando il trasporto ferroviario in Europa si sviluppava principalmente all'interno dei confini nazionali, con società integrate che gestivano sia i servizi ferroviari che l'infrastruttura ferroviaria.

All'epoca l'obiettivo del regolamento era di parificare le imprese ferroviarie e le imprese che operano in altri modi di trasporto per quanto riguarda i costi sostenuti per le spese sociali o le esternalità. L'abrogazione si è resa necessaria perché il regolamento non rispetta più l'attuale quadro giuridico.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of the one amendment tabled to this report, thereby rejecting the Council position on the text.

This file is part of the 'Market Pillar' of the Fourth Railway Package, which I oppose as it is aimed at entrenching full liberalisation of the European railway sector.

This file concerns a Council recommendation for the repeal of Regulation 1192/69, which currently allows Member States to compensate railway companies for payments they are obliged to make but other transport modes are not. These obligations include special payments for accidents at work, pensions for early retirement of workers in arduous jobs, and for costs relating to level crossing facilities.

The Regulation was adopted when rail services and infrastructure were integrated and were closely related to national governments. It contains a list of (now largely formerly) state-owned railway companies, who are entitled to receive the compensation mentioned, while any companies not listed are not entitled to compensation.

The Commission considers this Regulation discriminatory, and rather than suggesting the list be updated, recommends its repeal. This is the same position as the Council. Since 2007 Ireland and 3 other countries have regularly made use of this Regulation. Therefore I voted in favour of the amendment to reject the Council's position.

James Carver (EFDD), *in writing*. — UKIP voted for the rejection amendment in order to ensure that this part of the Fourth Railway package would not proceed. This report is part of three reports that constitute the Fourth Railway package and by voting to reject the Second Reading, we were trying to ensure that the Fourth Railway package did not go ahead and thus lead to governments of Member States having their hands tied through the mandatory competitive tendering initiative of the Commission.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on agreement to the conclusion of negotiations with Council. During negotiations and consultations with stakeholders, the Rapporteur found out that there is still need for a transitional period regarding the compensations paid for level crossing facilities (Class IV) due to the fact that some Member State(s) still use this Regulation as a basis for level crossing facilities compensations. In future, Member States may continue to pay compensation for the costs of those facilities on the basis of Article 8 of Directive 2012/34/EU. They may, nevertheless, need time to amend their national law and administrative provisions to take account of the repeal of Regulation 1192/69. Therefore, the Rapporteur's recommendation is to follow the Commission's proposal to repeal the Regulation, with the exception of these provisions which shall continue to apply until 31 December 2017. That would give time to Member States to adapt their national legislation concerning the compensations of costs relating to certain level crossing facilities.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa proposta facente parte del pilastro «governance» del quarto pacchetto ferroviario che prevede la normalizzazione dei conti delle aziende ferroviarie in Europa.

Il testo prevede l'abrogazione del regolamento n. 1192/69 relativo alle norme comuni per la normalizzazione dei conti delle aziende ferroviarie, che autorizza gli Stati membri a compensare le imprese ferroviarie per spese derivanti da obblighi che le imprese operanti in altri settori di trasporto non devono sostenere.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε την έκθεση, καθώς διαφωνούμε με βασικά σημεία της.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την πρόταση απόρριψης της σύστασης για την κατάργηση του κανονισμού (ΕΟΚ) αριθ. 1192/69 του Συμβουλίου περί κοινών κανόνων για τη διευθέτηση των λογαριασμών των σιδηροδρομικών επιχειρήσεων. Καθώς θεωρώ πως δεν συντρέχουν λόγοι απόρριψης της σύστασης, ψήφισα αρνητικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – L'abrogazione del regolamento (CEE) n. 1192/69 apre ulteriori binari al Mercato Unico Ferroviario e permette la cessazione di discriminazioni subite dalle imprese europee operanti nel segmento ferroviario da parte di quelle agenti all'interno di altri settori del trasporto.

In virtù dell'obsolescenza acquisita dal regolamento sopra citato, voto a favore di un provvedimento rappresentante il terzo pilastro del quarto pacchetto ferroviario. Si prevede, dunque, una normalizzazione dei conti delle aziende ferroviarie per compensare il pagamento di obblighi che altre, sempre nell'ambito del trasporto, non devono sostenere. Questi ricadono in 15 categorie (classi) che ne definiscono l'ambito specifico e i criteri di calcolo dei costi.

Complessivamente si fa riferimento a oneri che riguardano principalmente pagamenti speciali in caso di incidenti, pensioni per i lavoratori nel ferroviario che svolgono un'attività marcatamente usurante, oppure sono connessi a spese relative agli impianti di passaggi a livello.

Va, in ogni caso, tenuto in considerazione il momento storico in cui il regolamento 1192/69 era stato sviluppato, ossia prima della liberalizzazione del mercato e, perciò, quando il trasporto ferroviario operava principalmente entro i confini nazionali, pertanto procederne ad una demonizzazione sarebbe un errore alquanto ignorante, oggi tuttavia è stato marcatamente reso inadeguato dal progresso.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I did not support the proposal to reject the Council position on common rules for the normalisation of the accounts of railway undertakings.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP voted for the rejection amendment in order to ensure that this part of the Fourth Railway package would not proceed. This report is part of three reports that constitute the Fourth Railway package, and by voting to reject the second reading we were trying to ensure that the Fourth Railway package did not go ahead and thus lead to governments of Member States having their hands tied through the mandatory competitive tendering initiative of the Commission.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento che propone di abrogare il regolamento 1192/69 del Consiglio recante norme comuni per la normalizzazione dei conti delle aziende ferroviarie in quanto condivido la necessità di adeguare la normativa attualizzandola ed eliminando possibili discriminazioni tra aziende del settore in questa materia.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar este informe, al tratarse de un texto en segunda lectura desde el Consejo. De haberlo podido votar no lo habría hecho afirmativamente, pues pese a su carácter técnico (se eliminan regulaciones obsoletas sobre ayudas a las compañías públicas del ferrocarril) su efecto es igualar formalmente los operadores ferroviarios públicos con los privados, con el fin de preparar la liberalización y privatización del sector en línea con el resto del cuarto paquete ferroviario.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il regolamento n. 1192/69 relativo alle norme comuni per la normalizzazione dei conti delle aziende ferroviarie che autorizza gli Stati membri a compensare le imprese ferroviarie per spese derivanti da obblighi che le imprese operanti in altri settori di trasporto non devono sostenere non rispetta più l'attuale quadro giuridico.

Pertanto ho accolto con favore la proposta di abrogazione del regolamento, che peraltro presenta anche caratteri discriminatori. Concordo però con la necessità di garantire un periodo transitorio per quanto riguarda le compensazioni versate per gli impianti di passaggio a livello (categoria IV), a motivo del fatto che alcuni Stati membri continuano a utilizzare il presente regolamento come base per queste compensazioni.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W związku ze zdezaktualizowaniem się oraz brakiem zasadności stosowania przepisów rozporządzenia, głosowałem przeciwko wnioskowi ENF o odrzucenie stanowiska Rady.

Jestem za przyjęciem wniosku, którego celem jest uchylenie rozporządzenia Rady (EWG) nr 1192/69 w sprawie wspólnych zasad normalizujących rachunkowość przedsiębiorstw kolejowych. Rozwiązania dotyczące rekompensaty kosztów ponoszonych przez przedsiębiorstwa kolejowe były niezbędne w latach 60. XX w., kiedy to krajowe przedsiębiorstwa kolejowe podejmowały działania w imieniu państwa lub innego organu publicznego. Jednak wraz z otwarciem rynku kolejowego i oddzieleniem operacji transportu kolejowego od zarządzania infrastrukturą rozporządzenie (EWG) nr 1192/69 stało się niezgodne z prawem Unii.

Nadmierna liczba regulacji, które są zdezaktualizowane, powinna zostać zredukowana. Kwestie rekompensat – w przypadku gdy nadal są niezbędne i zgodne z prawem Unii – powinny zostać włączone do bardziej odpowiednich przepisów unijnych.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted against this proposal to reject the Council position and in favour of this recommendation, as it allows Member States to compensate railway activities for the payment of obligations which activities of other transport modes do not have to support. Obligations are of special payments in the case of accidents, pensions and other payments defined in the scope.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif vise principalement à abroger les règles communes pour la normalisation des comptes des entreprises ferroviaires. En effet, les États membres pouvaient indemniser les entreprises ferroviaires pour le paiement d'obligations que les entreprises d'autres modes de transport ne doivent pas financer pour diverses raisons. La Commission considère que le règlement ne respecte plus le cadre juridique actuel et établit une discrimination entre les entreprises ferroviaires, et donc celles qui sont admissibles aux indemnités et celles qui sont exclues de la liste. Ainsi, le Parlement européen suit la Commission européenne et propose d'abroger ce règlement. Considérant que le transport ferroviaire a été longtemps favorisé par les États membres du fait de sa fragilité et de sa nécessité pour le transport européen, mais que cette situation doit désormais être rétablie vis-à-vis des autres transports, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted for the rejection amendment in order to ensure that this part of the Fourth Railway package would not proceed. This report is part of three reports that constitute the Fourth Railway package, and by voting to reject the second reading we were trying to ensure that the Fourth Railway package did not go ahead and thus lead to governments of Member States having their hands tied through the mandatory competitive tendering initiative of the Commission.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de l'abrogation du règlement relatif aux règles communes pour la normalisation des comptes des entreprises de chemin de fer, afin d'améliorer la qualité des services de transport ferroviaire de voyageurs. Ce règlement, adopté avant la libéralisation des services ferroviaires, est désormais totalement inadapté à la situation contemporaine du marché des services ferroviaires et, à l'exception de quelques mesures, n'est plus appliqué par les États membres. Toutefois, les mesures pour compenser les coûts des passages à niveau restent encore utiles pour les services ferroviaires européens. Par conséquent, et afin de permettre une transition efficace, il est nécessaire de prévoir, pour ces mesures uniquement, une période transitoire jusqu'au 31 décembre 2017.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Ezen rendelet – amelynek hatályon kívül helyezését most a Bizottság javasolja – lehetővé tette a tagállamok számára, hogy ellentételezést nyújtsanak a vasúttársaságoknak olyan kötelezettségekkel kapcsolatos kifizetésekre, amelyek más közlekedési módok vállalkozásait nem terhelik.

Ahogy azt javaslatában a Bizottság is kijelenti, a rendelet már nem felel meg a jelenlegi jogi környezetnek. Ezt a véleményt a Bizottsággal a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként én is osztom. Egyetértek azzal is, hogy a rendelet mostani szövege diszkriminatív, mivel az ellentételezés lehetőségét csak a rendelet mellékleteiben megjelölt 40 társaság számára teszi elérhetővé. Ezért a rendelet hatályban tartására nincs lehetőség.

A Parlament 2014. február 26-án fogadta el első olvasatbeli álláspontját. Akkor az Európai Parlament támogatta a rendelet hatályon kívül helyezését, azonban azt kérte, hogy a hatályon kívül helyező rendelkezés csak két évvel később lépjen hatályba. A Parlament első olvasatbeli álláspontjának elfogadását követően a Tanács luxemburgi és holland elnökségének idején intézményközi tárgyalásokra került sor. A Parlament tárgyalócsoportja 2016. április 19-én jutott megállapodásra a Tanács elnökségével.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ces trois rapports relevant du paquet ferroviaire et, en conséquence, pour les amendements exigeant leur retrait – notamment ceux déposés par le groupe ENF, représenté par Marie-Christine Arnautu.

Ces rapports portent sur les points suivants: modification de la directive établissant un espace ferroviaire unique européen ; ouverture à la concurrence du marché des services nationaux de transport de voyageurs ; abrogation du règlement relatif aux règles communes de normalisation des comptes des sociétés ferroviaires ; ouverture des marchés nationaux de transports de voyageurs.

Ces rapports confirment la séparation entre les activités de gestionnaire et d'exploitant, et étendent l'application des principes de mise en concurrence à des services qui en étaient auparavant exempts.

Nous nous opposons à cette nouvelle réforme qui s'inscrit dans la droite ligne des précédents paquets ferroviaires: leurs conséquences en France ont été catastrophiques (chute de 20 % du fret en 5 ans).

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Предвид либерализацията на транспортния пазар и приетия вече четвърти пакет за железопътния транспорт, или списъкът на железопътните предприятия трябваше да бъде допълнен, или този регламент да бъде изцяло премахнат.

Много време ще ни отнема да попълваме този списък всяка година и да проверяваме дали има нови железопътни предприятия и такива, които отпадат от списъка. Съгласен съм с колегите, които предлагат този регламент да отпадне, защото държавите членки могат да продължат да използват други регламенти за изплащане на компенсации на железопътните предприятия.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η τροποποίηση του εν λόγω κανονισμού δεν περιλαμβάνει ρυθμίσεις επ' ωφελεία των εργαζομένων που αφορούν στη λειτουργία των σιδηροδρομικών επιχειρήσεων και την εργασία του προσωπικού σε αυτές.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the Normalisation of Accounts Regulation. No Member State in Europe now uses this system so the legislation is outdated. This applies to Wales, as elsewhere.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Considero que o atual texto do regulamento é discriminatório, uma vez que apenas oferece a possibilidade de compensação às 40 empresas especificadas nos anexos do regulamento. Por conseguinte, manter o regulamento em vigor não é uma opção, a menos que a lista de empresas de caminho-de-ferro seja atualizada constantemente.

Concordo ainda a necessidade de um período de transição no que diz respeito às compensações pagas pelas passagens de nível devido ao facto de alguns Estados-Membros ainda utilizarem esse regulamento como base para as compensações relativas às passagens de nível.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre les trois rapports du paquet ferroviaire car inadaptés au développement du secteur.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta integra o quarto pacote ferroviário da UE e visa a revogação do Regulamento (CE) n.º 1192/69. Este regulamento é relativo às regras comuns para a normalização de contas das empresas de caminho-de-ferro. Autoriza os Estados-Membros a compensar as empresas de caminho-de-ferro por encargos que as empresas de outros modos de transporte não têm de suportar, como por exemplo pagamentos especiais em caso de acidentes de trabalho.

Este Regulamento foi adotado antes dos processos de liberalização do mercado ferroviário e numa época em que o transporte ferroviário na Europa se desenvolvia num quadro nacional e empresas integradas garantiam simultaneamente os serviços de transporte e a gestão da infraestrutura ferroviária. O processo de destruição, desregulamentação e privatização de empresas foi um desastre para o sistema ferroviário. O objetivo: a concentração monopolista à escala da UE, sem consideração pelos passageiros e pela estratégia de desenvolvimento de cada Estado.

Fomos contra o Regulamento (CE) n.º 1192/69. Reconhecemos inclusivamente que este possa estar descontextualizado e que permita, atualmente, deslocar verbas públicas para as empresas privatizadas que gerem o sistema ferroviário.

Mas uma coisa se afigura evidente: a revogação proposta não é para travar a liberalização, mas sim para a aprofundar. Estamos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato contro la proposta di rigetto della posizione del Consiglio in quanto ritengo che il regolamento n. 1192/69 sia obsoleto ed incompatibile con l'attuale compendio normativo dell'Unione e vada, pertanto, abrogato.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted no because I disagree.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Súčasná platná právna úprava prezentovaná nariadením už bohužiaľ nezodpovedá aktuálnemu právnemu prostrediu tak, ako na to poukazuje Európska komisia. Súčasné nariadenie nie je transparentné a pôsobí až diskriminačne, pretože kompenzácie umožňuje iba 40 konkrétnym spoločnostiam, ktoré sú jasne označené a vymedzené v prílohe nariadenia.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την τροποποίηση του εν λόγω κανονισμού, καθώς δεν περιλαμβάνει ρυθμίσεις επ' ωφελεία των εργαζομένων που αφορούν στη λειτουργία των σιδηροδρομικών επιχειρήσεων και την εργασία του προσωπικού σε αυτές.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I strongly welcome the establishment of a single European railway area and the opening of the domestic rail passenger market to competition.

It is clear that there is still need for a transitional period regarding the compensations paid for level crossing facilities due to the fact that some Member States still use this Regulation as a basis for level crossing facilities compensations.

In future, Member States may continue to pay compensation for the costs of those facilities. They may, nevertheless, need time to amend their national law and administrative provisions to take account of the repeal of Regulation.

Concerning the Domestic passenger transport services by rail (PSO) Regulation, I believe there is a need to strengthen the social protection in the new regulation, and that we must keep fighting for transport workers rights and jobs protection.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – E rendelet – amelynek hatályon kívül helyezését most a Bizottság javasolja – lehetővé tette a tagállamok számára, hogy ellentételezést nyújtsanak a vasúttársaságoknak olyan kötelezettségekkel kapcsolatos kifizetésekre, amelyek más közlekedési módok vállalkozásait nem terhelik. Ahogy azt javaslatában a Bizottság is kijelenti, a rendelet már nem felel meg a jelenlegi jogi környezetnek. Ezt a véleményt a Bizottsággal a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként én is osztom. Egyetértek azzal is, hogy a rendelet mostani szövege diszkriminatív, mivel az ellentételezés lehetőségét csak a rendelet mellékleteiben megjelölt 40 társaság számára teszi elérhetővé. Ezért a rendelet hatályban tartására nincs lehetőség.

A Parlament 2014. február 26-án fogadta el első olvasatbeli álláspontját. Akkor az Európai Parlament támogatta a rendelet hatályon kívül helyezését, azonban azt kérte, hogy a hatályon kívül helyező rendelkezés csak két évvel később lépjen hatályba. A Parlament első olvasatbeli álláspontjának elfogadását követően a Tanács luxemburgi és holland elnökségének idején intézményközi tárgyalásokra került sor. A Parlament tárgyalócsoportja 2016. április 19-én jutott megállapodásra a Tanács elnökségével.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az 1370/2007/EK rendelet módosítására irányuló bizottsági javaslat általános célja a vasúti személyszállítási szolgáltatások minőségének javítása és működési hatékonyságának fokozása. Ez javítaná a vasút más közlekedési módokkal szembeni versenyképességét és vonzerejét, valamint továbbfejlesztené az egységes európai vasúti térséget.

Az általános célkitűzés elérése érdekében a Bizottság a belföldi vasúti piacok versenykényszerének fokozása érdekében a közszolgáltatási szerződések kötelező versenytárgyaláson alapuló pályáztatását javasolja. A cél a vasúti személyszállítási szolgáltatások hatékonyságának fokozása és minőségének javítása. Ezeket az intézkedéseket olyan rendelkezések kísérik, amelyek biztosítják a versenytárgyaláson alapuló pályáztatási eljárásoknak kedvező keretfeltételeket, ideértve a vasúti járművekhez való hozzáférésre vonatkozó szabályokat is.

A bizottsági javaslat szorosan összefügg az egységes európai vasúti térség létrehozásáról szóló 2012/34/EU irányelv javasolt módosításaival, melyek a vasúttársaságok számára nyílt hozzáférési jogokat vezetnek be, és megerősítik a pályahálózat-működtetők irányítására vonatkozó rendelkezéseket a vasúti infrastruktúrához való megkülönböztetésmentes hozzáférés fokozása tekintetében.

A Parlament első olvasat utáni álláspontjának 2014. február 26-i elfogadását követően a Tanács luxemburgi és holland elnökségének idején intézményközi tárgyalásokra került sor (egy korai, második olvasatbeli megállapodás elérése céljával). Hat háromoldalú egyeztetést követően a Parlament tárgyalócsoportja 2016. április 19-én megállapodásra jutott a Tanács elnökségével.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – This regulation importantly allows Member States to compensate railway undertakings for any obligation that other transport modes do not have to support, this is very important as it allows for a much fairer market in the transportation sector. Our ultimate goal must be to create and ensure the best and most competitive transport market, where each method of travel or transportation is on a level playing field – this legislative proposal, alongside the other proposals of the market pillar in the Fourth Railway Package goes a long way to make this a reality. Given the substantial change in regulation, there is a clear need for a transitional period so that the Member States have time to adapt to the new rules regarding compensation. This transitional period is set until 31 December 2017 and I hope that this will give the Member States enough time to adapt their national legislation.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted to reject the proposals at second reading on the Fourth Railway Package because this would inevitably lead to the UK Government and the government of Member States having their hands tied with regards to the awarding of competitive tenders. It is not for the EU to determine what may be constituted as competitive in a Member State without fully understanding the economic climate of that Member State and what implications any restriction or forced competitive process may have.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para eliminar progresivamente legislación que ha quedado obsoleta.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε τη σύσταση για δεύτερη ανάγνωση, αφού ο κανονισμός δεν είναι πλέον συμβατός με το υφιστάμενο νομικό περιβάλλον. Συγκεκριμένα, το υφιστάμενο κείμενο του κανονισμού δημιουργεί διακρίσεις, καθώς παρέχει τη δυνατότητα αντισταθμίσεων μόνο σε 40 εταιρείες που καθορίζονται στα παραρτήματα του κανονισμού. Ως εκ τούτου, η διατήρηση του ισχύοντος κανονισμού δεν αποτελεί επιλογή, εκτός αν ο κατάλογος των σιδηροδρομικών επιχειρήσεων επικαιροποιείται συνεχώς.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – There is no legitimate reason to ask for a further prolongation and that Regulation 1192/69 should be repealed without transitional period. The first prolongation was asked to give time to Member States to transpose Directive 2012/34/EU. The deadline of transposition expired in June 2015 and only one Member State (namely Germany) has not been able to meet it. However, it is expected to do so by the end of this year (2016). I voted to reject the ENF amendment which would have rejected the Council position.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – E rendelet – amelynek hatályon kívül helyezését most a Bizottság javasolja – lehetővé tette a tagállamok számára, hogy ellentételezést nyújtsanak a vasúttársaságoknak olyan kötelezettségekkel kapcsolatos kifizetésekre, amelyek más közlekedési módok vállalkozásait nem terhelik. Ahogy azt javaslatában a Bizottság is kijelenti, a rendelet már nem felel meg a jelenlegi jogi környezetnek. Ezt a véleményt a Bizottsággal a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként én is osztom. Egyetértek azzal is, hogy a rendelet mostani szövege diszkriminatív, mivel az ellentételezés lehetőségét csak a rendelet mellékleteiben megjelölt 40 társaság számára teszi elérhetővé. Ezért a rendelet hatályban tartására nincs lehetőség.

A Parlament 2014. február 26-án fogadta el első olvasatbeli álláspontját. Akkor az Európai Parlament támogatta a rendelet hatályon kívül helyezését, azonban azt kérte, hogy a hatályon kívül helyező rendelkezés csak két évvel később lépjen hatályba. A Parlament első olvasatbeli álláspontjának elfogadását követően a Tanács luxemburgi és holland elnökségének idején intézményközi tárgyalásokra került sor. A Parlament tárgyalócsoportja 2016. április 19-én jutott megállapodásra a Tanács elnökségével.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam PROTIV amandmana grupe zastupnika ENF-a na Nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća u prvom čitanju s ciljem donošenja Uredbe Parlamenta i Vijeća o stavljanju izvan snage Uredbe Vijeća (EEZ) br. 1192/69 o zajedničkim pravilima normalizacije računa željezničkih prijevoznika, jer se istim traži odbijanje stajališta Vijeća.

Slijedio sam stav ALDE grupe i njezine izvjestiteljice u sjeni kako bi se u duhu kompromisa podržalo produljenje ove Uredbe.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Ce projet souffre de sa vacuité en ceci qu'il ne porte que sur l'abrogation des règles actuelles relatives à la normalisation des comptes des entreprises du secteur ferroviaire.

J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Merja Kyllönen relatif à l'abrogation des règles de normalisation des comptes des entreprises de chemin de fer. Ce texte s'inscrit dans le cadre du quatrième paquet ferroviaire, qui vise à créer un espace ferroviaire européen. Or, le règlement en question n'était plus conforme à l'environnement juridique actuel, justifiant son abrogation.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich.* – Ich habe dem vorliegenden Bericht zugestimmt. Die gegenständliche Verordnung wurde vor der geplanten Liberalisierung des Eisenbahnmarktes zu einer Zeit erlassen, in der der grenzüberschreitende Eisenbahnverkehr noch kein Thema war, da Eisenbahnverkehr hauptsächlich innerhalb nationaler Grenzen mit integrierten Unternehmen abgewickelt wurde. Das Ziel der Verordnung war es, die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen zwischen Eisenbahnunternehmen und Unternehmen anderer Verkehrsarten zu schaffen. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Möglichkeit der Ausgleichszahlungen an Eisenbahnunternehmen den heutigen Gegebenheiten im Eisenbahnsektor nicht mehr Rechnung trägt. Außerdem kann eine diskriminierungsfreie Anwendung nicht mehr gewährleistet werden.

Ádám Kósa (PPE), *írásban.* – E rendelet – amelynek hatályon kívül helyezését most a Bizottság javasolja – lehetővé tette a tagállamok számára, hogy ellentételezést nyújtsanak a vasúttársaságoknak olyan kötelezettségekkel kapcsolatos kifizetésekre, amelyek más közlekedési módok vállalkozásait nem terhelik. Ahogy azt javaslatában a Bizottság is kijelenti, a rendelet már nem felel meg a jelenlegi jogi környezetnek. Ezt a véleményt a Bizottsággal a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként én is osztom. Egyetértek azzal is, hogy a rendelet mostani szövege diszkriminatív, mivel az ellentételezés lehetőségét csak a rendelet mellékleteiben megjelölt 40 társaság számára teszi elérhetővé. Ezért a rendelet hatályban tartására nincs lehetőség.

A Parlament 2014. február 26-án fogadta el első olvasatbeli álláspontját. Akkor az Európai Parlament támogatta a rendelet hatályon kívül helyezését, azonban azt kérte, hogy a hatályon kívül helyező rendelkezés csak két évvel később lépjen hatályba. A Parlament első olvasatbeli álláspontjának elfogadását követően a Tanács luxemburgi és holland elnökségének idején intézményközi tárgyalásokra került sor. A Parlament tárgyalócsoportja 2016. április 19-én jutott megállapodásra a Tanács elnökségével.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto.* — Insieme al quarto pacchetto ferroviario, ci si propone l'attuazione di diverse procedure legislative che riguardano, tra le altre, l'abrogazione del regolamento n. 69/1192 relativo alle norme comuni per la normalizzazione dei conti delle aziende ferroviari, il quale fornisce agli Stati membri la possibilità di poter compensare il pagamento degli obblighi sostenuti dalle imprese che operano in altri settori; propone la modifica della direttiva n. 34/2012 UE, la quale crea uno spazio ferroviario europeo unico, relativamente all'apertura del mercato dei servizi di trasporto nazionale di passeggeri per ferrovia e la governance dell'infrastruttura ferroviaria; ed infine analizza la modifica del regolamento n. 1370/2007 con riferimento all'apertura del mercato dei servizi di trasporto nazionale di passeggeri per ferrovia.

La relazione raccomanda di seguire la proposta della Commissione relativamente all'abrogazione del regolamento, ad eccezione delle norme che si applicano alla normalizzazione dei conti per i casi della categoria IV, di seguire la posizione del Consiglio che risulta essere conforme all'accordo raggiunto durante i negoziati e di procedere all'approvazione senza modifiche.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit.* – Le secteur ferroviaire constitue un enjeu majeur, en Europe et plus particulièrement en France, sur le plan économique et environnemental notamment.

Ainsi, j'ai soutenu ce rapport sur la «normalisation des comptes des entreprises de chemin de fer» qui fait partie du quatrième paquet ferroviaire, car ce dernier porte une vision équilibrée et responsable. Sans entrer dans un libéralisme forcené, celui-ci promeut des décisions efficaces, pour donner de nouvelles opportunités aux transporteurs.

Ces nouvelles mesures permettent d'ouvrir le marché du transport de passagers, en donnant les garanties suffisantes pour que cela ne se fasse pas au détriment de l'aménagement du territoire. Au final, les usagers verront l'offre s'améliorer et les régions auront une plus grande liberté de choix dans leurs prestataires.

L'heure n'est pas à une libéralisation qui profiterait avant tout à nos concurrents internationaux et favoriserait le dumping social. Avec ce quatrième paquet ferroviaire, nous permettons à ce secteur de gagner en compétitivité, dans le respect des droits sociaux.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour l'amendement de rejet du rapport sur la normalisation des comptes des entreprises de chemin de fer. Le rapport de M^{me} Kyllönen, qui ne traite que de l'abrogation et du remplacement des règles actuelles en matière de normalisation des comptes des entreprises ferroviaires, fait partie du quatrième paquet ferroviaire, auquel je suis opposée.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar este informe, al tratarse de un texto en segunda lectura desde el Consejo. De haberlo podido votar no lo habría hecho afirmativamente, pues pese a su carácter técnico (se eliminan regulaciones obsoletas sobre ayudas a las compañías públicas del ferrocarril) su efecto es igualar formalmente los operadores ferroviarios públicos con los privados, con el fin de preparar la liberalización y privatización del sector en línea con el resto del cuarto paquete ferroviario.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La presente propuesta busca derogar el Reglamento (CEE) n. º 1192/69 del Consejo, relativo a las normas comunes para la normalización de las cuentas de las empresas ferroviarias.

Este reglamento autoriza a los Estados miembros a compensar a las empresas ferroviarias por los gastos derivados de las obligaciones que las empresas del resto de transportes no tienen que asumir. Ese es el caso de las indemnizaciones por los accidentes laborales en este ámbito y que en el resto de transportes corren a cargo del Estado. No obstante, este Reglamento no respeta el entorno jurídico actual, ya que fue elaborado en un contexto en el que había una relación mucho más directa entre los Gobiernos y las empresas ferroviarias y por ello la lista del Reglamento contiene una lista de propiedad estatal, que se ha tenido que ir ampliando para incluir a los nuevos Estados miembros.

Doy mi voto a favor ya que además de no estar jurídicamente actualizado, supone una discriminación entre las empresas que están incluidas en esa lista y las que no.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Zdržel jsem se. Nařízení umožňuje železničním podnikům platit nemocenskou a podobné výdaje, které u jiných firem platí vlády.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Prema Uredbi 1192/69 o zajedničkim pravilima normalizacije računa željezničkih prijevoznika koju Komisija predlaže staviti izvan snage, državama članicama omogućeno je da tim poduzećima nadoknade plaćanje obveza koje ne vrijede za prijevoznike u drugim vrstama prijevoza. Te se obveze mogu odnositi na posebna plaćanja u slučaju nesreća na radu, mirovine za željezničke radnike ili plaćanja troškova željezničko-cestovnih objekata.

Izvješće također napominje da je trenutni tekst Uredbe diskriminatoran s obzirom na to da se njime predviđa mogućnost naknade samo za 40 poduzeća navedenih u prilozima Uredbi. Izvješće predlaže da se slijedi prijedlog Komisije o stavljanju Uredbe izvan snage, uz iznimku odredaba koje se primjenjuju na normalizaciju računa za slučajeve iz kategorije IV., koje se nastavljaju primjenjivati do 31. prosinca 2017.

Ovo će dati vremena državama članicama da prilagode svoje nacionalno zakonodavstvo u pogledu naknada troškova povezanih s određenim željezničko-cestovnim objektima. S obzirom na to da je stajalište Vijeća u prvom čitanju u skladu sa sporazumom postignutim tijekom međuinstitucijskih pregovora, nisam podržala prijedlog da se odbaci stajalište Vijeća.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Nariadenie o normalizácii účtovnej závierky bolo prijaté pred liberalizáciou železničného trhu a v súčasnosti už nezodpovedá existujúcemu právnemu prostrediu. Až do 31.12.2017 však zostanú v platnosti tie ustanovenia nariadenia, ktoré upravujú vyplácanie kompenzácií za železničné priechody medzi členskými štátmi. Členským štátom sa tak stanovuje priestor na úpravu vnútroštátnych predpisov v zmysle smernice 2012/34/EÚ, ktorou sa zriaďuje jednotný európsky železničný priestor.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την τροπολογία σχετικά με τη σύσταση για τη δεύτερη ανάγνωση που αφορά τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έκδοσης του κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά την κατάργηση του κανονισμού (ΕΟΚ) αριθ. 1192/69 του Συμβουλίου περί κοινών κανόνων για τη διευθέτηση των λογαριασμών των σιδηροδρομικών επιχειρήσεων, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 12/12/2016.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rejet de la normalisation des comptes, et donc contre ce texte.

Ce texte concerne, comme les deux autres rapports du quatrième paquet ferroviaire, le volet «marché» .

Ce texte a pour objectif d'abroger les règles actuelles en matière de normalisation des comptes des entreprises ferroviaires. Or, le règlement actuel est discriminatoire en désignant les entreprises pouvant bénéficier d'une indemnisation, ce à quoi nous nous opposons.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme diskutovali o zprávě, která obsahově náleží do tzv. železničního balíčku a reaguje na změny, které se odehrály v oblasti železniční dopravy od roku 1969, kdy bylo přijato původní nařízení o společných pravidlech normalizace účtů železničních podniků. Novelizovaná právní úprava umožňuje členským státům poskytovat železničním podnikům náhrady plateb spojených s povinnostmi, které jiné druhy dopravy plnit nemusí. Například jde o zvláštní platby v případě pracovních úrazů, důchody pro zaměstnance železnic, kteří vykonávají náročné práce a do důchodu tak odchází dřív, nebo platby za náklady zařízení úrovňového křížení. Zprávu jsem podpořil.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Das 4. Eisenbahnpaket zielt auf eine marktpolitische Liberalisierung des europäischen Eisenbahnsektors. Durch die Anwendung einer generellen Ausschreibungspflicht im Bereich der Auftragsvergabe sollen öffentliche Gelder eingespart und Marktzugangsbarrieren für kleinere Wettbewerber abgebaut werden. In Ausnahmefällen darf jedoch von der generellen Ausschreibungspflicht abgesehen und Aufträge dürfen direkt vergeben werden.

In Zukunft müssen Infrastrukturbetreiber effektiv unabhängig sein, um einen gleichberechtigten Zugang von Eisenbahnunternehmen zur Infrastruktur gewährleisten zu können. Eisenbahnunternehmen müssen nach wie vor Unionsrecht, nationales Recht und Tarifverträge einhalten.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau Komisijos pasiūlymui panaikinti Reglamentą (EEB) Nr. 1192/69 dėl geležinkelio įmonių bendrųjų apskaitos norminimo taisyklių, nes priėmus daug naujų geležinkelių sektorių reglamentuojančių dokumentų šiuo reglamentu nebeatsižvelgiama į dabartinę teisinę aplinką.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce texte est l'un des trois textes composant le volet «marché» du quatrième paquet ferroviaire. Il s'agit ici d'acter la suppression d'un règlement qui régissait le financement des retraites et des accidents de travail des cheminots. L'objectif visé est d'en finir avec la possibilité pour les États de verser à des entreprises ferroviaires des compensations liées à leurs obligations sociales. Ainsi ce texte s'attaque à la possibilité pour les États de financer un système social efficace et des conditions de travail dignes pour les salariés, ce qui est inacceptable. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne une modification de la directive établissant un espace ferroviaire unique européen, et plus précisément sur la gouvernance de l'infrastructure ferroviaire. Il s'agit d'un rapport technique et comptable inclus dans le quatrième paquet ferroviaire, que nous rejetons. C'est pourquoi, je me suis opposée.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le volet «marché» du quatrième paquet ferroviaire contient trois propositions législatives. L'une d'elle est une proposition de la Commission afin d'abroger le règlement (CEE) nº 1192/69. Ce dernier a pour objectif d'autoriser les États à attribuer une indemnisation à des entreprises ferroviaires pour les dépenses liées à des obligations, alors que d'autres entreprises utilisant d'autres modes de transport ne sont pas prises en charge. Ces entreprises anciennement détenues par l'État et bénéficiant de l'aide sont au nombre de 40 et sont reprises dans l'annexe du règlement. J'ai voté en faveur de cette proposition afin d'abroger le règlement (CEE) nº 1192/69, car ce dernier me semble ne plus répondre à la situation actuelle. En effet, dans le monde d'aujourd'hui, avec la libéralisation du marché ferroviaire, ce règlement ne répond plus aux défis actuels. Le secteur ferroviaire a connu de nombreux changements et le règlement n'est plus conforme à l'environnement juridique actuel et il revient même à être discriminatoire envers certaines entreprises n'y figurant pas. Il est temps d'avoir une législation en adéquation avec la réalité et en mesure de répondre aux défis de notre temps.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság javaslatot tett a Parlamentnek és a Tanácsnak a vasúti vállalkozások elszámolásainak normalizálására vonatkozó közös szabályokról szóló 1192/69/EGK tanácsi rendelet hatályon kívül helyezésére. A Parlament 2014. február 26-án fogadta el első olvasatbeli álláspontját, támogatva a rendelet hatályon kívül helyezését, kérve azonban, hogy a hatályon kívül helyező rendelkezés csak két évvel később lépjen hatályba. Ezt követően intézményközi tárgyalásokra került sor, melyek eredményeként a Parlament tárgyalócsoportja 2016. április 19-én megállapodásra jutott a Tanács elnökségével. A Tanács 2016. október 17-én a megállapodással összhangban elfogadta első olvasatbeli álláspontját

A Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament értsen egyet a Tanács első olvasatban elfogadott álláspontjával és ezzel állapítsa meg, hogy a jogalkotási aktust a Tanács álláspontjának megfelelően elfogadták.

Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Les trois rapports qui constituent le quatrième volet du paquet ferroviaire s'inscrivent dans la lignée de la libéralisation voulue du rail, sous tous ses aspects. Le fret français a déjà fait les frais de telles mesures, il est évidemment impensable de cautionner de tels textes. L'UE refuse toujours de comprendre que les peuples veulent des services publics efficaces et abordables, et la protection de leurs emplois. Le temps du libéralisme permanent, qui détruit le tissu social pour le profit de quelques-uns, doit s'achever. Contre.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport ne traite que de l'abrogation des règles actuelles en matière de normalisation des comptes des entreprises ferroviaires.

Le règlement qu'il vise a pour but de permettre l'indemnisation par des collectivités des entreprises ferroviaires pour les charges importantes qu'elles ont à verser notamment en raison de leurs conventions collectives.

La Commission a constaté qu'en raison des modifications réglementaires qui ont eu lieu depuis 10 ans, le règlement actuel est inadapté puisque discriminatoire: il permet des indemnisations pour les entreprises désignées mais pas pour les autres.

Je vote contre ce rapport qui fait partie intégrante du funeste «paquet ferroviaire».

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted for this proposal as it will compensate railway undertakings for the payment of obligations, which undertakings of other transport modes do not have to support.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte sur la normalisation des comptes des entreprises de chemin de fer. Il s'agit d'adopter un acte du Conseil dans le cadre de la mise en œuvre du quatrième Paquet ferroviaire, afin de rendre le rail européen davantage compétitif et plus sûr.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted against the recommendation on the normalisation of the accounts of railway undertakings.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Регламент (ЕИО) № 1192/69 дава възможност на държавите членки да обезщетяват финансово железопътни предприятия при изплащане на задължения, които обикновено не се поемат от други видове транспортни предприятия. Такива задължения са, например, плащанията на пенсиите на работници, които се пенсионират рано при условия на тежък физически труд, както и плащанията за разходи по надземни прелези.

Въпреки това, с промяната на европейското законодателство в момента финансово обезщетяване на железопътни предприятия се практикува по-скоро рядко и то от предимно четири държави членки, сред които не е България. Към днешна дата регламентът не отговаря на правната среда, регулираща железопътния транспорт, която е значително преобразена след приемането на вече четвърти законодателен пакет в този сектор.

В този контекст смятам, че предложението на Съвета за отмяна на регламента е оправдано, особено предвид факта, че държавите, които искат да обезщетят допълнителните задължения на техните железопътни предприятия, ще могат да го правят провизорно чрез Директива 2012/34/ЕС.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut astăzi prin vot această recomandare pentru adoptarea regulamentului privind standardizarea conturilor întreprinderilor feroviare și abrogarea celui vechi, deoarece acesta trebuia adaptat noilor realități de pe piața UE. Prevederile vechiului regulament intrau în contradicție cu noua legislație adoptată prin cel de-al patrulea pachet feroviar, deoarece oferea posibilitatea statelor membre de a subvenționa anumite costuri, specifice transportului feroviar, pentru un număr de 40 de companii. În lipsa abrogării acestor prevederi, prin alocarea acestor subvenții, anumite companii vor fi favorizate, iar companiile feroviare vor avea un avantaj în fața altor mijloace de transport, ceea ce contravine legislației UE.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da ich einige Punkte im Bericht nicht unterstützen kann. Beispielsweise wäre ein Kritikpunkt die bedingungslose Möglichkeit der Verkehrsbehörden, Verkehrsdienste selbst zu erbringen. Diese sollten sich daher ebenfalls der Ausschreibungspflicht unterwerfen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Raudtee-ettevõtjatele kehtivad hüvitise taotlemise võimalused peavad olema võrdsed ning kõigil valdkonnaga seotud ettevõtetel peab olema õigus soodustusi taotleda.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de la derogación del presente Reglamento sobre normas comunes para la normalización de las cuentas de las empresas ferroviarias porque estaba completamente anticuado.

No obstante, se establece un periodo de transición para las instalaciones de pasos a nivel, dado que algunos Estados miembros siguen basándose en este Reglamento en lo que respecta a las compensaciones por ciertas obligaciones que otros sectores de transporte no tienen.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Το ΚΚΕ καταψήφισε τους τρεις κανονισμούς για τον «ενιαίο ευρωπαϊκό σιδηροδρομικό χώρο», τις επιβατικές σιδηροδρομικές μεταφορές και τους λογαριασμούς των σιδηροδρομικών επιχειρήσεων, που αποτελούν το λεγόμενο «4ο πακέτο» για την ενιαία σιδηροδρομική αγορά της και ολοκληρώνουν την πλήρη ιδιωτικοποίηση των σιδηροδρομικών μεταφορών στην ΕΕ και τα κράτη μέλη. Η παράδοση των σιδηροδρόμων, όλων των σχετικών δημόσιων υποδομών και δικτύων και του μεταφορικού έργου στους μεγάλους επιχειρηματικούς ομίλους υπηρετεί την περαιτέρω κερδοφορία των επιχειρηματικών ομίλων. Επιφέρει ένα ακόμη σοβαρό χτύπημα στους όρους εργασίας και τα εργασιακά δικαιώματα των εργαζομένων στους σιδηροδρόμους. Χειροτερεύει δραστικά την ποιότητα και ασφάλεια των σιδηροδρομικών μεταφορών, εκτοξεύει στα ύψη τις τιμές των εισιτηρίων για τη λαϊκή οικογένεια. Τα συμφέροντα του κεφαλαίου υπηρετεί και η συγκυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ με την παραχώρηση σε ιδιώτες της ΤΡΑΙΝΟΣΕ, στα πλαίσια της συνολικής αντιλαϊκής πολιτικής της, του 3ου και των προηγούμενων μνημονίων, που χαράζει μαζί με την ΕΕ και το ΔΝΤ και με συμφωνία των άλλων κομμάτων της αστικής διαχείρισης. Για να γίνουν οι σιδηρόδρομοι και συνολικά οι μεταφορές χερσαίες, θαλάσσιες και εναέριες λαϊκή περιουσία, στην υπηρεσία των λαϊκών αναγκών, η πάλη των εργαζομένων πρέπει να βάλει στο στόχαστρο την ίδια την εξουσία των μονοπωλίων, την ιμπεριαλιστική ένωσή τους, την ΕΕ, για ριζικές αλλαγές στην εξουσία και την οικονομία.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I supported this report, as it will allow Member States to adapt their national legislation concerning the compensations of costs relating to certain level crossing facilities. In the framework of the Fourth Railway Package the Commission proposes to repeal regulation 1192/69 of the Council on common rules for the normalisation of the accounts of railway undertakings. We must support the railway sector as it is the environmental friendly means of transportation of passengers and cargo as well as being of strategic importance for the EU's security.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Normalizacija računa željezničkih prijevoznika koju Komisija predlaže staviti izvan snage, željezničkim poduzećima i državama članicama omogućuje nadoknadu plaćanja obveza koje ne vrijede za prijevoznike u drugim vrstama prijevoza. Te se obveze, na primjer, mogu odnositi na posebna plaćanja u slučaju nesreća na radu koja je željezničko poduzeće obvezno izvršiti a koja u slučaju drugih prijevoznika plaća država, mirovine za željezničke radnike koji zbog određenih teških poslova ranije odlaze u mirovinu ili plaćanja troškova željezničko-cestovnih objekata.

Vrste naknada za takve obveze podijeljene su u 15 kategorija kojima se uređuje specifično područje primjene i načela obračunavanja. U to je vrijeme cilj Uredbe bio da se željezničke prijevoznike i prijevoznike aktivne u drugim oblicima prijevoza izjednači u pogledu pokrivanja socijalnih troškova ili vanjskih učinaka. No nakon nekoliko željezničkih paketa kojima se transformirao željeznički sektor, Uredba više nije u skladu s postojećim pravnim okružjem te se njome provodi diskriminacija između onih željezničkih poduzeća uvrštenih na popis te onih koji su se popisu naknadno priključili. Ovime se želi izjednačit sve željezničke uprave.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Uredba 1192/69 više nije u skladu s postojećim pravnim okružjem, pošto je usvojena u vrijeme kada se željeznički prijevoz u Europi razvijao ponajviše unutar nacionalnih granica pod upravom integriranih poduzeća. U međuvremenu smo u Europi liberalizirali željezničko tržište te je sada transformirani željeznički sektor nažalost izložen diskriminaciji.

Naime, prema Uredbi o zajedničkim pravilima normalizacije računa željezničkih prijevoznika, državama članicama omogućeno je željezničkim poduzećima nadoknaditi plaćanje obveza koje ne vrijede za prijevoznike u drugim vrstama prijevoza. No, uredba sadrži popis na kojem se nalaze željeznička poduzeća koja su nekada bila u državom vlasništvu i mogućnost naknade se predviđa isključivo za navedenih 40 poduzeća. Stoga, zadržavanje Uredbe na snazi dolazi u obzir samo ako bi se popis željezničkih poduzeća redovno ažurirao.

Ipak, prijelazno razdoblje u pogledu plaćanja naknada za željezničko-cestovne objekte jest potrebno, pošto se neke države članice još uvijek služe Uredbom kao temeljem za naknade te će im biti potrebno vrijeme za izmjenu nacionalnog zakonodavstva i administrativnih propisa. Pozivam sve države članice da nastave s prenošenjem mjera Direktive 2012/34/EU izbjegavajući nepotrebne zastoje.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta proposta integra o quarto pacote ferroviário da UE e visa a revogação do Regulamento (CE) n.º 1192/69. Este regulamento é relativo às regras comuns para a normalização de contas das empresas de caminho-de-ferro. Autoriza os Estados-Membros a compensar as empresas de caminho-de-ferro por encargos que as empresas de outros modos de transporte não têm de suportar, como por exemplo pagamentos especiais em caso de acidentes de trabalho.

Este Regulamento foi adotado antes dos processos de liberalização do mercado ferroviário e numa época em que o transporte ferroviário na Europa se desenvolvia num quadro nacional e empresas integradas garantiam simultaneamente os serviços de transporte e a gestão da infraestrutura ferroviária. O processo de destruição, desregulamentação e privatização de empresas foi um desastre para o sistema ferroviário. O objetivo: a concentração monopolista à escala da UE, sem consideração pelos passageiros e pela estratégia de desenvolvimento de cada Estado.

Fomos contra o Regulamento (CE) n.º 1192/69. Reconhecemos inclusivamente que este possa estar descontextualizado e que permita, atualmente, deslocar verbas públicas para as empresas privatizadas que gerem o sistema ferroviário.

Mas uma coisa se afigura evidente: a revogação proposta não é para travar a liberalização, mas sim para a aprofundar. Estamos contra.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W zakresie rozporządzenia ws. normalizacji rachunków, popieram uchylenie tego aktu prawnego, zmierzające do wprowadzenia większej przejrzystości prawa stosowanego w obszarze kolejnictwa. Płatności kompensacyjne, dokonywane na podstawie uchylanego rozporządzenia przez państwo na rzecz zarządcy infrastruktury, będą dozwolone w oparciu o inną podstawę prawną (art. 8 dyrektywy 2012/34 ws. utworzenia jednolitego europejskiego obszaru kolejowego). Niniejszym poparłem wypracowany kompromis.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte sur la décision de la Commission d'abroger le règlement relatif aux règles communes pour la normalisation des comptes des entreprises de chemin de fer. Celui-ci permettait aux États membres d'indemniser les entreprises de chemin de fer pour des paiements que les entreprises d'autres modes de transport ne soutenaient pas.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted for the rejection amendment in order to ensure that this part of the Fourth Railway package would not proceed. This report is part of three reports that constitute the Fourth Railway package, and by voting to reject the second reading we were trying to ensure that the Fourth Railway package did not go ahead and thus lead to governments of Member States having their hands tied through the mandatory competitive tendering initiative of the Commission.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Geležinkelio įmonių apskaitos norminimas – svarbi Vieningos rinkos veikimo užtikrinimo ir geležinkelio sektoriuje priemonė. Suderinti 28-ių valstybių narių teisės aktus tokioje sudėtingoje srityje kaip geležinkelis – tikrai nelengvas darbas. Nors tai ir yra techninis dokumentas, dėl jo vyko ilgos derybos, ir aš džiausiuosi, kad pagaliau pavyko pasiekti susitarimą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este relatório faz parte de um conjunto de três propostas legislativas relativas ao quarto pacote ferroviário.

Neste caso, o que se pretende é a revogação do regulamento nº 1192/69 relativo às regras comuns para a normalização de contas das empresas de caminho-de-ferro, cujo objetivo era o de promover um maior equilíbrio entre as empresas de caminho-de-ferro e as demais empresas dos outros modos de transporte, no que dizia respeito ao pagamento dos custos sociais e externalidades.

Após a liberalização do mercado ferroviário e após vários pacotes ferroviários, o regulamento perdeu o seu propósito inicial, estando em dissonância com o atual contexto jurídico são estabelecer uma discriminação entre as empresas de caminho-de-ferro constante da lista de empresas detidas pelos Estados e as empresas fora dessa lista., que não recebem qualquer tipo de compensação.

Após seis rondas de trílogos, foi possível alcançar um acordo interinstitucional, no qual se propõe a revogação do regulamento, com exceção das disposições relativas às normalizações das contas que dizem respeito às compensações pagas pelas passagens de nível, as quais carecem de um maior período de vigência até que os Estados-Membros adaptem as suas legislações nacionais nesta matéria.

Face ao supra exposto, votei favoravelmente este Relatório.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Normalisierung der Konten der Eisenbahnunternehmen gestimmt und somit auch für die Aufhebung der Verordnung Nr. 1192/69 des Rates.

Die Verordnung erlaubt es den Mitgliedsstaaten, Eisenbahnunternehmen für die Zahlung von Verpflichtungen zu entschädigen, denen Unternehmen anderer Verkehrsarten nicht nachzukommen haben.

Bei der Anwendung der Verordnung ist es aber problematisch, dass die Verordnung einzelne Eisenbahnunternehmen nicht umfasst. Den Unternehmen wird somit die Möglichkeit verwehrt, Entschädigungszahlungen durch die Mitgliedsstaaten zu erhalten. Diesem Umstand zufolge werden die entsprechenden Eisenbahnunternehmen durch die Verordnung diskriminiert.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Kompromisní text vyjednaný mezi Evropským parlamentem a Radou politického pilíře tzv. 4. železničního balíčku je kompromisem velmi citlivého tématu. V průběhu uplynulých let jsme mnohokrát slyšeli argumenty pro i proti dalšímu otevírání trhů. Zastánci liberalizace hovoří o tlaku na větší efektivitu v konkurenčním prostředí, její odpůrci argumentují příklady, kdy proběhlá liberalizace nezajistila z dlouhodobého hlediska ani lepší a bezpečnější služby cestujícím, ani důstojnější podmínky zaměstnanců. Spíše naopak. Pravidla pro otevírání trhů musí být proto jasná i s ohledem na standardy kvality a sociální standardy zaměstnanců. Levnější nemusí být nutně lepší, a pokud by mělo otevření trhů znamenat prekarizaci a zhoršení podmínek zaměstnanců, byla by to prohra pro celý železniční sektor.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar este informe, al tratarse de un texto en segunda lectura desde el Consejo. De haberlo podido votar no lo habría hecho afirmativamente, pues pese a su carácter técnico (se eliminan regulaciones obsoletas sobre ayudas a las compañías públicas del ferrocarril) su efecto es igualar formalmente los operadores ferroviarios públicos con los privados, con el fin de preparar la liberalización y privatización del sector en línea con el resto del cuarto paquete ferroviario.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Con il voto di oggi viene abrogato un precedente regolamento concernente gli aiuti di Stato alle imprese ferroviarie. Tale regolamento, adottato prima della liberazione del mercato ferroviario, non rispetta più l'attuale quadro giuridico ed opera una discriminazione tra le aziende ferroviarie in esso elencate e quelle escluse. Ho deciso pertanto di votare a favore della sua abrogazione.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of this as I wish to put a 'spanner in the works' of the EU Fourth Railway Package.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Nisam podržao ovo izvješće, ali ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Nariadenie č. 1192/69 bolo prijaté v období pred liberalizáciou železničnej dopravy a jeho cieľom bolo vytvoriť rovnaké podmienky pre železničné podniky a podniky pôsobiace v iných odvetviach dopravy. Keďže súčasné nariadenie kompenzácie umožňuje len 40 spoločnostiam uvedeným v prílohách k nariadeniu, je možné ho považovať za diskriminačné. Za návrh legislatívneho uznesenia som hlasovala preto, lebo si myslím, že uvedené nariadenie už nezodpovedá súčasnému právnemu prostrediu. Súhlasím taktiež s názorom Komisie, že po niekoľkých balíkoch predpisov, ktoré zmenili podobu odvetvia železničnej dopravy, už toto nariadenie v súčasnosti nie je aktuálne, pretože rozdeľuje železničné podniky na tie, ktoré sú uvedené v zozname (a tie sú oprávnené prijímať kompenzačné platby), a tie, ktoré do zoznamu neboli zahrnuté. Rovnako sa stotožňujem aj s odporúčaním spravodajkyne, aby sa nariadenie zrušilo s výnimkou tých ustanovení, ktoré sa týkajú normalizácie účtovnej závierky prípadov patriacich do triedy IV, na ktoré sa vzťahuje príloha IV. Tieto ustanovenia by mali zostať v platnosti do 31. decembra 2017, čím by sa pre členské štáty poskytol čas na to, aby si prispôsobili svoje vnútroštátne právne predpisy týkajúce sa kompenzácie nákladov súvisiacich s určitými železničnými priechodmi.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropska komisija je predlagala razveljavitev Uredbe (EGS) št. 1192/69 o skupnih pravilih za normalizacijo kontov železniških podjetij, ki državam članicam omogoča, da železniškim podjetjem plačujejo nadomestila za plačilo obveznosti, ki jih podjetjem drugih načinov prevoza ni treba kriti. Te obveznosti se na primer nanašajo na posebna plačila v primeru nesreč pri delu, ki so jih železniška podjetja dolžna poravnati, medtem ko jih za druge vrste prevoza poravna država, na pokojnine za železniške delavce, ki opravljajo težaško delo in se običajno predčasno upokojijo, ali na plačila stroškov za naprave na cestno-železniških prehodih.

Uredba je bila sprejeta pred liberalizacijo trga železniških storitev, ko se je železniški promet v Evropi razvijal predvsem znotraj nacionalnih meja, pri čemer so integrirana podjetja opravljala železniške storitve in tudi upravljala železniško infrastrukturo. Uredba po številnih železniških svežnjih, s katerimi se je železniški sektor spreminjal, ni več skladna s sedanjim pravnim okoljem, saj razlikuje med železniškimi podjetji, ki so na seznamu (in s tem upravičena do nadomestila), in podjetji, ki niso na seznamu.

Strinjam se, da je uredba zastarela, njeno besedilo pa je diskriminatorno, saj ima možnost za nadomestilo le 40 podjetij, ki so navedena v prilogah k uredbi, zato predlog podpiram.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Súčasťou prijímania 4. železničného balíka je aj rušenie niektorých ustanovení európskej legislatívy, ktoré už nekorešpondujú s vývojom, respektíve ich vykonávanie nie je efektívne. Jedným z nich je aj predmetné nariadenie Rady (EHS) č. 1192/69.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Prema Uredbi 1192/69 o zajedničkim pravilima za normalizaciju računa željezničkih poduzeća, koju Komisija predlaže staviti izvan snage, državama članicama omogućeno je željezničkim poduzećima nadoknaditi plaćanje obveza koje ne vrijede za prijevoznike u drugim vrstama prijevoza. Ova uredba usvojena je prije liberalizacije željezničkog tržišta, a cilj je bio izjednačiti sve prijevoznike u pogledu pokrivanja socijalnih troškova.

Komisija navodi da nakon nekoliko željezničkih paketa kojima se transformirao taj sektor, Uredba više nije u skladu s postojećim pravnim okruženjem. Uredba predviđa mogućnost naknade troškova samo za 40 poduzeća koja se trenutno nalaze u prilozima Uredbe te njeno zadržavanje na snazi dolazi u obzir samo ako bi se popis željezničkih poduzeća redovno ažurirao.

Stajalište Parlamenta u prvom čitanju usvojeno je 26. veljače 2014. Tada se Europski parlament opredijelio za to da se Uredba stavi izvan snage, ali je zatražio dvogodišnju odgodu stupanja na snagu te odluke. Nakon šest krugova trijaloga pregovarački tim Parlamenta postigao je sporazum s predsjedništvom Vijeća 19. travnja 2016. Budući da je stajalište Vijeća u prvom čitanju u skladu sa sporazumom postignutim tijekom međuinstitucijskih pregovora, prihvaćam i glasam da pravni akt stupi na snagu.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem proti amandmaju, da Evropski parlament zavrne stališče Sveta iz prve obravnave o skupnih pravilih za normalizacijo kontov železniških podjetij. Predlog o razveljavitvi Uredbe o skupnih pravilih za normalizacijo kontov železniških podjetij je del tržnega stebra četrtega železniškega paketa. S tem bomo omogočili državam članicam, da železniškim podjetjem plačujejo nadomestila za plačilo obveznosti, ki jih podjetjem drugih načinov prevoza ni treba kriti. Uredba namreč ni več skladna s sedanjim pravnim okoljem.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η τροποποίηση του εν λόγω κανονισμού δεν περιλαμβάνει ρυθμίσεις επ' ωφελεία των εργαζομένων που αφορούν στη λειτουργία των σιδηροδρομικών επιχειρήσεων και την εργασία του προσωπικού σε αυτές.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – A vasúti vállalkozások elszámolásainak normalizálására vonatkozó közös szabályokról szóló 1192/69/EGK rendelet – amelynek hatályon kívül helyezését most a Bizottság javasolja – lehetővé teszi a tagállamok számára, hogy ellentételezést nyújtsanak a vasúttársaságoknak olyan kötelezettségekkel kapcsolatos kifizetésekre, amelyek más közlekedési módok vállalkozásait nem terhelik. Ezek a kötelezettségek vonatkozhatnak többek között munkahelyi balesetek esetében felmerülő külön kifizetésekre – amelyeket a vasúttársaságok kötelesek teljesíteni, más közlekedési módok vállalkozásai esetében azonban ezeket az állam átvállalja –, a megerőltető munkakörökből rendszerint korábban nyugdíjba vonuló vasúti munkavállalók nyugdíjára, vagy a vasúti átjárók létesítményeihez kapcsolódó költségek kifizetésére. A rendeletet még a vasúti piac liberalizálása előtt fogadták el. A rendelet abban az időben azt a célt kívánta szolgálni, hogy a vasúti vállalkozások és más közlekedési módok vállalkozásai egyenlő versenyfeltételek mellett működjenek a társadalmi költségek viselése, illetve az externáliák tekintetében.

A Bizottság véleménye szerint a vasúti ágazatot átalakító számos vasúti csomag után a rendelet már nem veszi figyelembe a jelenlegi jogi környezetet. Egyetértek azzal, hogy a rendelet mostani szövege diszkriminatív, mivel az ellentételezés lehetőségét csak a rendelet mellékleteiben megjelölt 40 társaság számára teszi elérhetővé. Mindezek miatt az ajánlást szavazatommal támogattam.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – The Commission proposal for the repeal of Regulation 1192/69 on common rules for the normalisation of the accounts of railway undertakings will allow Member States to compensate railway undertakings for the payment of obligations that undertakings of other transport modes do not have to support.

This will take place gradually, which is necessary due the fact that some countries still use this regulation as a basis for level crossing facilities compensations. In the future, Member States may continue to pay compensation for the costs of those facilities and may need time to amend their national law and administrative provisions to take account of the repeal of Regulation 1192/69.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I opposed the motion for rejection because I wished to support the agreement reached on the repeal of Regulation 1192/69 on the normalisation of accounts of railway undertakings. The regulation compensates railway undertakings for the payments of obligations which other modes of transport do not have to support. With the opening of the market, such measures are inconsistent with more recent EU legislation as railway undertakings continue to compete with other modes of transport but also between themselves. I therefore consider that such compensation should be managed according to the same principles applying to commercial companies. Directive 2012/34/EU establishes a different framework for such compensation and should have been transposed into national law already from 2015. I hope to see the repeal of Regulation 1192/69 as early as possible without a further transi-

tional period, but in the spirit of finding a compromise, I agree to support another year of transition period.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso un voto positivo a questa relazione, perché ritengo essenziale assicurare un migliore accesso al mercato del settore ferroviario in tutti gli Stati membri per aumentare la concorrenza, la scelta e la qualità dei servizi a vantaggio dei passeggeri. È opportuno inoltre che il trasporto su rotaie sia rilanciato in considerazione del suo contributo alla mobilità sostenibile nelle nostre società.

La revisione delle norme farà in modo che sia più facile per i nuovi operatori accedere al mercato e offrire i loro servizi efficienti ai viaggiatori. I risultati dovrebbero concretizzarsi in una scelta più ampia, in tariffe più economiche e in un miglioramento della qualità a vantaggio dei passeggeri. I bandi di gara diventeranno la regola per i contratti di servizio pubblico, mentre l'aggiudicazione diretta continuerà ad essere ammessa laddove essa migliori la qualità del servizio o l'efficienza in termini di costi. Positiva inoltre l'inclusione nei contratti di obiettivi di efficacia e qualità, che contemplano la puntualità e la frequenza dei treni.

La riforma contribuirà a rafforzare le imprese ferroviarie affinché abbiano pari accesso ai binari e alle stazioni.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam izvješće kojim se stavlja izvan snage Uredba o zajedničkim pravilima za normalizaciju računa željezničkih poduzeća. Uredbom države članice mogu zajedničkim poduzećima nadoknaditi plaćanje obveza koje ne vrijede za prijevoznike u drugim vrstama prijevoza, a to su koristile četiri države članice: Belgija, Njemačka Irska i Poljska. Budući da se ovom Uredbom predviđa mogućnost naknade za samo 40 poduzeća navedenih u prilozima, na taj se način diskriminiraju ostala poduzeća.

Osobito korisnim smatram to što je državama članicama dan rok primjene 31. prosinca 2017. godine kako bi mogle prilagoditi svoje nacionalno zakonodavstvo u pogledu naknada troškova povezanih s određenim željezničko-cestovnim objektima u slučajevima kada željeznički prijevoznik snosi neuobičajeno velik udio u troškovima izgradnje i upravljanja uređajima za osiguravanje koje koriste željeznice i drugi načini prijevoza.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o razveljavitvi Uredbe Sveta (EGS) št. 1192/69 o skupnih pravilih za normalizacijo kontov železniških podjetij sem podprla. Kot navaja Komisija v svojem predlogu, uredba ni več skladna s sedanjim pravnim okoljem in je podala predlog o njeni razveljavitvi. Poročilo se v celoti strinja s tem. Strinja se tudi, da je sedanje besedilo uredbe diskriminatorno, saj ima možnost za nadomestilo le 40 podjetij, ki so navedena v prilogah k uredbi. Zato veljavnosti te uredbe ni mogoče ohraniti, razen če bi se seznam železniških podjetij neprestano posodabljal. Stekla so pogajanja k ureditvi težave. Države članice bi morale spoštovati vse predhodne akte in nemudoma uvesti ukrepe iz Direktive.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est inconsistant puisqu'il ne traite que de l'abrogation des règles actuelles en matière de normalisation des comptes des entreprises ferroviaires.

Le règlement qu'il vise a pour but de permettre l'indemnisation par des collectivités des entreprises ferroviaires pour les charges importantes qu'elles ont à verser notamment en raison de leurs conventions collectives.

La commission a constaté qu'en raison des modifications réglementaires qui ont eu lieu depuis 10 ans, le règlement actuel est inadapté puisque discriminatoire: il permet des indemnisations pour les entreprises désignées, mais pas pour les autres.

J'ai voté contre ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Należy wprowadzić przepisy długotrwałe, nie jak w proponowanym dokumencie tymczasowe. Proponowane przepisy są mało szczegółowe i powodują szereg wątpliwości natury prawnej, tym bardziej, że obecne rozwiązania powinny być nowoczesne. Dlatego nie poparłem projektu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A vasúti vállalkozások elszámolásainak normalizálására vonatkozó közös szabályokról szóló rendelet – amelynek hatályon kívül helyezését most a Bizottság javasolja – lehetővé teszi a tagállamok számára, hogy ellentételezést nyújtsanak a vasúttársaságoknak olyan kötelezettségekkel kapcsolatos kifizetésekre, amelyek más közlekedési módok vállalkozásait nem terhelik. Voksommal az S&D álláspontját követve az ENF javaslatát nem támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para eliminar progresivamente legislación que ha quedado obsoleta.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour because the proposal is intended to eliminate inconsistencies between payments of obligations by 36 railway companies (such as family allowances and pensions), predating the liberalisation of the railway market and today's market reality. There is not a single Member State left that uses the regulation as legal basis for transfer payments. The TRAN agreed with a huge majority to delete the law as of January 2018.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta norma viene a derogar el Reglamento relativo a las normas comunes para la normalización de las cuentas de las empresas ferroviarias, ya que éste, que fue adoptado cuando las organizaciones que prestan servicios ferroviarios cumplían determinadas responsabilidades del sector público, ha quedado anticuado. Sin embargo, sigue siendo utilizado, en particular para la compensación de los costes relativos a instalaciones de pasos a nivel. Ello justifica un período de transición para la compensación de dichos costes, así como para ajustar la legislación nacional y los mecanismos administrativos con arreglo al nuevo marco. Todo con vistas a una implementación efectiva del sistema que será introducido, como defiende este informe. Confiando en que esta modificación adaptará el sistema actual a la organización moderna del sector ferroviario, he votado a favor de la misma.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar este informe, al tratarse de un texto en segunda lectura desde el Consejo. De haberlo podido votar no lo habría hecho afirmativamente, pues pese a su carácter técnico (se eliminan regulaciones obsoletas sobre ayudas a las compañías públicas del ferrocarril) su efecto es igualar formalmente los operadores ferroviarios públicos con los privados, con el fin de preparar la liberalización y privatización del sector en línea con el resto del cuarto paquete ferroviario.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Regulamento (CEE) n.º 1192/69 foi adotado antes da liberalização do mercado ferroviário e numa época em que o transporte ferroviário na Europa se desenvolvia principalmente num quadro nacional e empresas integradas garantiam simultaneamente os serviços de transporte e a gestão da infraestrutura ferroviária.

A finalidade do regulamento era então pôr em pé de igualdade as empresas de caminho-de-ferro e as empresas dos outros modos de transporte no que diz respeito ao pagamento dos custos sociais ou das externalidades. Além disso, a relação entre governos e empresas de caminho-de-ferro principalmente detidas pelos Estados não estava ainda regulamentada por acordos contratuais e existia uma ligação de propriedade muito mais direta entre as duas partes. Devido ao seu propósito inicial, o regulamento contém uma lista que enumera as empresas de caminho-de-ferro anteriormente detidas pelos Estados. Esta lista foi adaptada várias vezes, para ter em conta a adesão dos novos Estados-Membros, e contém atualmente 40 empresas. A revogação deste regulamento só poder ser interpretada como mais uma forma de liberalizar o setor e diminuir ainda mais a capacidade dos poderes públicos de intervir neste setor vital para a economia e para a sociedade.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das 4. Eisenbahnpaket zielt auf eine marktpolitische Liberalisierung des europäischen Eisenbahnsektors. Durch die Anwendung einer generellen Ausschreibungspflicht im Bereich der Auftragsvergabe sollen öffentliche Gelder eingespart und Marktzugangsbarrieren für kleinere Wettbewerber abgebaut werden. In Ausnahmefällen darf jedoch von der generellen Ausschreibungspflicht abgesehen und Aufträge dürfen direkt vergeben werden.

In Zukunft müssen Infrastrukturbetreiber effektiv unabhängig sein, um einen gleichberechtigten Zugang von Eisenbahnunternehmen zur Infrastruktur gewährleisten zu können. Eisenbahnunternehmen müssen nach wie vor Unionsrecht, nationales Recht und Tarifverträge einhalten.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – European railways are in need of urgent modernisation and more competition in order for them to become a genuine alternative to road transport. While the technical aspects of the railway reform were already voted on a few months ago, today the European Parliament voted on three reports addressing the political aspects. After three years of difficult negotiations between the Parliament and the Member States, Socialists and Democrats, including Labour MEPs, decided to reject the compromise reached with the Council on one of the reports, on the opening of the market for domestic passenger transport services. During the negotiations, the Council completely dismissed the demand by the European Parliament to ensure the mandatory transfer of staff in cases of change of

provider in the public sector. Labour MEPs back railway modernisation, but not at the expense of workers.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Zbog diskriminacijskog učinka koji je dosad imala Uredba 1192/69 nad onim poduzećima koja nemaju pravo na naknadu podržavam izvješće. Smatram kako nije pravedno omogućiti naknadu troškova samo pojedinim željezničkim poduzećima koja se nalaze na popisu od 40 poduzeća, te eventualno njeno zadržavanje dolazi u obzir samo ukoliko bi taj popis bio redovito ažuriran kako bi se omogućila naknada troškova i drugim poduzećima.

Manjkavost Uredbe vidim u tome što je usvojena prije liberalizacije željezničkog tržišta i u vrijeme kada se ovaj oblik prijevoza razvijao ponajprije unutar nacionalnih granica. Budući da je doživjela i nekoliko željezničkih paketa kojim se taj sektor transformirao te Uredba nije više u skladu s aktualnim pravnim okruženjem, podupirem prijedlog Komisije da se ona stavi izvan snage.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Priporočilo za drugo obravnavo o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o razveljavitvi Uredbe Sveta (EGS) št. 1192/69 o skupnih pravilih za normalizacijo kontov železniških podjetij sem podprl.

Uredba (EGS) št. 1192/69 po številnih železniških svežnjih, s katerimi se je železniški sektor spreminjal, ni več skladna s sedanjim pravnim okoljem, saj diskriminatorno razlikuje med železniškimi podjetji, ki so na seznamu (in s tem upravičena do nadomestila), in podjetji, ki niso na seznamu.

10.10. Inländische Schienenpersonenverkehrsdienste (A8-0373/2016 - Wim van de Camp)

Oral explanations of vote

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, după cum spuneam, transportul feroviar nu mai este limitat la statele membre, ci asigură conectivitatea Uniunii.

Regulamentul 1370/2007 se referă la atribuirea contractelor de servicii publice pentru transportul feroviar. Este necesar să asigurăm norme comunitare eficiente pentru atribuirea acestor contracte și pentru procedurile de achiziții publice în domeniul transporturilor.

De foarte multe ori, cu toții am auzit despre licitații trucate, despre contracte date cu destinație unor anumite companii și aceste procedee trebuie să înceteze. Toți operatorii de transport feroviar trebuie să respecte aceleași standarde de calitate și sociale impuse de autoritățile naționale. Deci statele membre trebuie să facă eforturi pentru a asigura transparență în achizițiile publice, reguli puține, clare și transparente. În aceste condiții e foarte greu să intervină corupția sau frauda, iar costurile acestor contracte sunt mult reduse, în beneficiul cetățeanului.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem tento návrh podpořil právě z toho důvodu, že se zde velmi dlouho hledala dohoda nad železničním balíčkem. Mám za to, že navrhovaná opatření, například povinné vyhlašování nabídkových řízení na smlouvy o veřejných službách, mají potenciál zlepšit kvalitu služeb v přepravě cestujících po železnici. To je, myslím si, velmi podstatné a zároveň mám pocit, že dochází právě ke zvýšení konkurenčního tlaku, ke kterému opatření vedou.

To je tou správnou cestou, protože věřím, že právě vyšší nabídku a konkurenceschopnost ocení především cestující. Vzhledem k větší efektivitě nového systému to nejsou pouze cestující, ale také daňoví poplatníci. Já pevně doufám, že to povede ke zvýšení atraktivity železniční dopravy ve srovnání s jinými druhy dopravy, které jsou například méně environmentální, poškozují naši budoucnost. Proto bych se přihlásil k podpoře železniční dopravy.

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La seguente relazione si colloca all'interno del progetto di governance del quarto pacchetto ferroviario e si occupa soprattutto di favorire l'apertura del mercato per quanto riguarda il trasporto ferroviario.

Nonostante comprendo la forte necessità di introdurre norme volte a favorire una maggiore apertura del mercato ferroviario, ho deciso di votare positivamente alla proposta di rigetto della posizione del Consiglio perché ritengo trascuri alcuni aspetti per me molto rilevanti.

Uno fra tutti riguarda l'introduzione di troppe eccezioni ed esenzioni per quanto riguarda i contratti di servizio pubblico, che giocano a sfavore di una maggiore concorrenza. Inoltre non vengono, a mio avviso, trattate adeguatamente delle questioni sociali molto delicate come il trasferimento del personale.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — No he podido votar directamente este informe, pero he apoyado una enmienda de rechazo al conjunto y otras que buscaban garantizar los derechos de los trabajadores y del servicio público frente a la privatización del ferrocarril. Por desgracia, el resultado de las votaciones ha sido favorable en importar el modelo del ferrocarril británico al resto de la Unión, por lo que el transporte doméstico de pasajeros se abrirá progresivamente a partir de 2020 a los operadores privados con lo que ella conlleva: precios más elevados, menor seguridad, falta de planificación, reducción del peso del tren convencional (especialmente en las regiones menos pobladas) y precarización de las condiciones laborales, con la intervención recurrente de las autoridades públicas para rescatar a las compañías privadas que se repartirán el pastel.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau prieš pataisas, kuriomis siūlyta atmesti Tarybos poziciją. Palaikau pasiūlymą dėl Vidaus keleivinio geležinkelių transporto paslaugų, siekiant atverti vidaus keleivinio geležinkelių transporto paslaugų rinką ir pagerinti keleivinio geležinkelių transporto paslaugų kokybę bei užtikrinti veiksmingesnį jų teikimą. Taip turėtų būti padidintas geležinkelio konkurencingumas ir patrauklumas kitų transporto rūšių atžvilgiu ir toliau vystoma bendra Europos geležinkelių erdvė. Siekiant šių tikslų, numatyta pradėti rengti privalomus konkurencinius konkursus dėl viešojo paslaugų pirkimo sutarčių ir taip padidinti konkurencinį spaudimą vidaus geležinkelių rinkoms. Šią priemonę lydi nuostatos, skirtos palankioms pagrindinėms konkurencinių konkursų sąlygoms užtikrinti, įskaitant taisykles dėl galimybės naudotis riedmenimis ir skaidrią nediskriminacinę viešųjų paslaugų pirkimo procedūrą. Šis pasiūlymas taip pat padės sugriežtinti nuostatas dėl infrastruktūros valdymo reglamentavimo, siekiant sustiprinti nediskriminacinę prieigą prie geležinkelių infrastruktūros.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le rapport «concurrence» du volet marché du 4e paquet ferroviaire introduit une obligation de mise en concurrence, y compris dans les cas des services publics qui doivent aussi être soumis, sauf trois exceptions mineures, au principe de concurrence et à l'appel d'offre. Il vise à ce que les compensations financières octroyées soient strictement proportionnées (contre les subventions déguisées).

À la demande des groupes, de gauche notamment, a été insérée dans le règlement l'obligation de se conformer aux règles sociales des États et des conventions collectives. Encore heureux que les entreprises doivent respecter la loi! Le fait de coucher sur le papier une telle évidence est la preuve qu'elle n'a pour but qu'un affichage politique. La multiplication des prestataires est en elle-même source de multiplication de fraudes et de dumping social, surtout en cas de trajets internationaux. J'ai bien évidemment voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of the proposal to reject the Council position, which was put forward by four political groups, as I do not believe that EU harmonisation of domestic passenger transport services is necessary. In particular, being a Member from the United Kingdom, I note that cross-border cooperation on such matters is extremely limited in scope and covers merely the border between Northern Ireland and the Republic of Ireland (which is covered under the Good Friday Agreement) and the Channel Tunnel (which is covered by the Le Touquet Treaty). Therefore, this proposal is wholly unnecessary for the United Kingdom.

Johannes Cornelis van Baalen (ALDE), *in writing*. – This explanation concerns amendment 10 that was tabled to this text. The VVD Delegation in the European Parliament wholeheartedly supports the rights of disabled people, and is in favour of improving access for disabled people to public transport and other facilities in general. However, the VVD Delegation chose not to support this specific amendment as its adoption would imply a rejection of a crucial part of the railway package in second reading. This would lead to a disproportionate delay in the legislative process, which the people of Europe do not deserve. Moreover, it is unlikely that a reopening of the negotiations would lead to an alternative outcome concerning this specific issue.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl vidaus keleivinio geležinkelių transporto paslaugų rinkos atvėrimo. Pranešimo tikslas – pagerinti keleivinio geležinkelių transporto paslaugų kokybę ir užtikrinti veiksmingesnį jų teikimą. Siūlomomis priemonėmis turėtų būti pagerintas geležinkelio konkurencingumas ir patrauklumas kitų transporto rūšių atžvilgiu ir toliau vystoma bendra Europos geležinkelių erdvė.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport introduit une obligation de mise en concurrence y compris dans les cas de service public, lequel doit aussi être soumis, sauf trois exceptions mineures, au principe de concurrence et à l'appel d'offre. Il vise à ce que les compensations financières octroyées soient strictement proportionnées pour lutter contre les subventions déguisées.

Dans le règlement a été ajoutée l'obligation de se conformer aux règles sociales des États et des conventions collectives, comme si auparavant les entreprises n'avaient pas à respecter la loi; le fait de coucher sur le papier une telle évidence est la preuve qu'elle n'a pour but qu'un affichage politique. La multiplication des prestataires serait en elle-même source de multiplication de fraudes et de dumping social, surtout en cas de trajets internationaux, ce pourquoi j'ai voté pour son rejet.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Trois textes étaient sur la table pour le vote sur le quatrième paquet ferroviaire: un sur la normalisation des comptes, un sur la gouvernance et le dernier sur l'obligation de service public. Nous n'avons pas rejeté les deux premiers.

Dans le rapport sur la directive gouvernance, nous avons obtenu le respect de notre ligne rouge: la concurrence privée peut être limitée si elle porte atteinte à des obligations de service public.

En revanche, nous nous sommes fermement opposés au dernier texte qui imposait une libéralisation plus avancée du service public de transport ferroviaire de passagers. Cette libéralisation sera non seulement néfaste pour les usagers du rail, mais elle se fait de plus aux dépens des travailleurs, notamment parce qu'elle n'instaure pas le transfert automatique et obligatoire du personnel en cas de changement d'opérateur. Pour les eurodéputés socialistes, une telle garantie sociale forte était indispensable afin de s'assurer que la concurrence ne se fasse pas au détriment des droits des travailleurs et n'ouvre pas le chemin à d'autres formes de dumping social.

Nous avons mené la fronde au Parlement mais nous avons perdu le vote de rejet de ce texte pour 15 voix sur 751, la droite l'ayant soutenu massivement.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – A pesar de que el informe no era del todo satisfactorio para mi grupo, he decidido votar a favor del mismo.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos presentado una enmienda de rechazo y varias enmiendas de contenido contra esta modificación del Reglamento, que obliga a sacar a concurso la gestión de las líneas operadas bajo contratos de servicio público, subvencionados con fondos públicos. Entiendo que no había ningún motivo para modificar este texto, que hasta hoy permitía que cada Estado miembro, atendiendo a sus propias necesidades, elija qué contratos quiere abrir a concurso público y qué contratos otorga directamente al operador público nacional. Además, nos hemos hecho eco de las reivindicaciones de los sindicatos de toda Europa por la grave desprotección en que quedarán los trabajadores en los casos de cambio de operador tras un nuevo contrato. El único objetivo al que responde este nuevo texto es la obligación de garantizar abierta competencia entre todos los operadores que potencialmente estén presentes en el mercado, competencia que previsiblemente tendrá lugar a expensas de las arcas públicas, de los elementos esenciales del servicio público y de las condiciones laborales. Por todo ello he votado a favor de la propuesta de rechazo del informe.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre les trois rapports du paquet ferroviaire.

Visant à ouvrir les marchés nationaux de transports de voyageurs, le rapport «gouvernance» (Sassoli) a pour objectif secondaire le fait d'accroître l'offre et la qualité des services, en rendant le marché ferroviaire plus facilement accessible à de nouvelles entreprises. Une telle politique a entrainé la chute de 20 % du fret ferroviaire en France…

Pire encore, le rapport concurrence (Van de Camp) introduit une obligation de concurrence, y compris dans les cas de service public, en menant une véritable chasse à toutes formes de subventions… Une politique qui va à rebours des intérêts nationaux et du protectionnisme économique.

Le rapport de Kyllonen a pour but de permettre l'indemnisation par des collectivités des entreprises ferroviaires pour les charges importantes qu'elles ont à verser, notamment en raison de leurs conventions collectives. Il est inadapté.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho inteso sostenere con il mio voto la proposta di reiezione presentata.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rekomendaciją dėl vidaus keleivinio geležinkelių transporto paslaugų. Bendras Komisijos pasiūlymo iš dalies pakeisti Reglamentą (EB) Nr. 1370/2007 tikslas – pagerinti keleivinio geležinkelių transporto paslaugų kokybę ir užtikrinti veiksmingesnį jų teikimą. Taip turėtų būti pagerintas geležinkelio konkurencingumas ir patrauklumas kitų transporto rūšių atžvilgiu ir toliau vystoma bendra Europos geležinkelių erdvė. Kad būtų pasiektas šis bendrasis tikslas, Komisija pasiūlė pradėti rengti privalomus konkurencinius konkursus dėl viešojo paslaugų pirkimo sutarčių, siekiant padidinti konkurencinį spaudimą vidaus geležinkelių rinkoms. Taip norima užtikrinti didesnį veiksmingumą ir geresnę keleivinio geležinkelių transporto paslaugų kokybę. Šias priemones lydi nuostatos, skirtos palankioms pagrindinėms konkurencinių konkursų sąlygoms užtikrinti, įskaitant taisykles dėl galimybės naudotis riedmenimis. Komisijos pasiūlymas glaudžiai susijęs su siūlomais Direktyvos 2012/34/ES, kuria sukuriama bendra Europos geležinkelių erdvė, pakeitimais, kuriais nustatomos su atvira prieiga susijusios teisės geležinkelio įmonėms ir sugriežtinamos nuostatos dėl infrastruktūros valdymo reglamentavimo, siekiant sustiprinti nediskriminacinę prieigą prie geležinkelių infrastruktūros.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az 1370/2007/EK rendelet módosítására irányuló bizottsági javaslat általános célja a vasúti személyszállítási szolgáltatások minőségének javítása és működési hatékonyságának fokozása. Ez javítaná a vasút más közlekedési módokkal szembeni versenyképességét és vonzerejét, valamint továbbfejlesztené az egységes európai vasúti térséget. Az általános célkitűzés elérése érdekében a Bizottság a belföldi vasúti piacok versenykényszerének fokozása érdekében a közszolgáltatási szerződések kötelező versenytárgyaláson alapuló pályáztatását javasolja. A cél a vasúti személyszállítási szolgáltatások hatékonyságának fokozása és minőségének javítása. Ezeket az intézkedéseket olyan rendelkezések kísérik, amelyek biztosítják a versenytárgyaláson alapuló pályáztatási eljárásoknak kedvező keretfeltételeket, ideértve a vasúti járművekhez való hozzáférésre vonatkozó szabályokat is.

A bizottsági javaslat szorosan összefügg az egységes európai vasúti térség létrehozásáról szóló 2012/34/EU irányelv javasolt módosításaival, melyek a vasúttársaságok számára nyílt hozzáférési jogokat vezetnek be, és megerősítik a pályahálózat-működtetők irányítására vonatkozó rendelkezéseket a vasúti infrastruktúrához való megkülönböztetésmentes hozzáférés fokozása tekintetében. A Parlament első olvasat utáni álláspontjának 2014. február 26-i elfogadását követően a Tanács luxemburgi és holland elnökségének idején intézményközi tárgyalásokra került sor (egy korai, második olvasatbeli megállapodás elérése céljával). Hat háromoldalú egyeztetést követően a Parlament tárgyalócsoportja 2016. április 19-én megállapodásra jutott a Tanács elnökségével.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport qui propose une obligation de mise en concurrence de ces entreprises ferroviaires, y compris dans le cadre de missions de service public, va dans le sens d'une multiplication des acteurs, y compris à l'international, ce qui introduit un risque évident de dumping social.

Je vote donc contre.

Je vote pour l'amendement de rejet déposé par mon groupe.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted against this file, which is part of the 'market pillar' of the so-called 'Fourth Railway Package', which is aimed at entrenching market liberalisation and competition in the European railway sector.

This file concerns amendments to Regulation 1370/2007 that would open up the domestic passenger market by rail to competitive tender, while restricting the power of authorities in Member States to allocate services by direct award. It deepens the liberalisation of the sector, while eroding public transport workers' rights and conditions, and encouraging social dumping.

While we support improvements and reform in the railway sector, Sinn Féin opposes the Fourth Railway Package due to its heavily neoliberal, pro-market bias. In particular, the 'Market Pillar' involves downgrading and repealing existing provisions, minimising Member State involvement in the sector and facilitating increased liberalisation and a more competitive market, rather than focusing on improving services.

We therefore voted against the proposed amendments.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Con l'adozione del quarto pacchetto ferroviario e il rafforzamento dei poteri di indagine e di revisione contabile dell'ERA negli ambiti di sua competenza si aiuterà l'uniformarsi delle reti transeuropee di trasporto e dei treni. Cesseremo di avere 28 sistemi diversi per l'omologazione dei treni: l'Agenzia fungerà da sportello unico incaricato di emettere autorizzazioni per i veicoli destinati ad attività transfrontaliere e certificati di sicurezza alle imprese ferroviarie che operano nei diversi Stati della UE.

L'adozione del regolamento permetterà inoltre di aumentare la pressione concorrenziale sulle agenzie nazionali di trasporto, con la speranza che questo porti ad un incremento della qualità del servizio e ad una ottimizzazione dei costi.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport fait partie intégrante du quatrième paquet ferroviaire et introduit une obligation de mise en concurrence des services nationaux de transports de voyageurs par chemin de fer. Le texte vise également à ce que les compensations financières soient strictement proportionnées afin de limiter les subventions déguisées. Bien que ce rapport oblige les entreprises à se conformer à la législation des États membres, ce qui est une évidence, nous considérons que la multiplication des prestataires est source de fraudes sociales et de recours abusifs aux travailleurs détachés. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte et pour la proposition de rejet.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – L'accordo raggiunto in trilogo in seconda lettura modifica il regolamento n. 1370/2007 concernente i servizi pubblici di trasporto di passeggeri su strada e per ferrovia.

Tale modifica riguarda l'apertura del mercato dei servizi di trasporto ferroviario nazionale di passeggeri e ha come obiettivo il miglioramento della qualità dei servizi offerti e una maggiore efficienza operativa.

Ciò dovrebbe accrescere la competitività e l'attrattiva della rotaia rispetto ad altri modi di trasporto e sviluppare ulteriormente lo spazio ferroviario europeo unico.

La modifica introduce procedure di gara concorrenziali obbligatorie per i contratti di servizio pubblico al fine di intensificare la pressione concorrenziale sui mercati ferroviari nazionali.

Queste misure sono accompagnate da disposizioni intese a garantire condizioni quadro favorevoli per le procedure di gara concorrenziali, fra cui norme sull'accesso al materiale rotabile.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This file is part of the 'Market Pillar' of the Fourth Railway Package, which I oppose as it is aimed at entrenching liberalisation, competition and the market in the European railway sector.

Specifically, this vote concerns a Council recommendation to amend Regulation 1370/2007, opening up the domestic passenger market by rail to competitive tender, while restricting the power of authorities in Member States to allocate services by direct award. It deepens the liberalisation of the sector, while eroding public transport workers' rights and conditions, and encouraging social dumping.

Therefore I voted in favour of an amendment to reject the text.

James Carver (EFDD), *in writing*. — UKIP voted to reject the proposals at second reading on the Fourth Railway Package because this would inevitably lead to the UK Government and the government of Member States having their hands tied with regards to the awarding of competitive tenders. It is not for the EU to determine what may be constituted as competitive in a Member State without fully understanding the economic climate of that Member State and what implications any restriction or forced competitive process may have.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione si innesta nel quadro delle liberalizzazioni dei servizi in Europa, che purtroppo non sempre hanno sortito gli effetti positivi attesi. Troppo spesso, al fine di eliminare i monopoli storici, si sono effettuate liberalizzazioni selvagge che hanno avuto il solo scopo di favorire l'industria a discapito della qualità dei servizi, delle tutele sociali e degli obblighi di servizio pubblico. Per questi motivi ho votato contro.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε την έκθεση, καθώς διαφωνούμε με βασικά σημεία της.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την πρόταση απόρριψης της σύστασης για την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 1370/2007 σχετικά με το άνοιγμα της αγοράς εγχώριων επιβατικών σιδηροδρομικών μεταφορών. Θεωρώ πως η αποκλειστική στόχευση σε οικονομικούς δείκτες και κέρδη δεν ωφελεί τους ευρωπαίους πολίτες και γι' αυτόν τον λόγο ψήφισα υπέρ της απόρριψης της σύστασης.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Nell'approvazione del provvedimento in esame, ritengo che la concorrenza pulsi per incrementare la qualità, il volume e l'efficienza dei sistemi di trasporto conservando e concedendo un nuovo afflato alle strutture già eccellenti.

Si mira principalmente ad apportare tre novità sostanziali: in primis le autorità competenti dovranno stabilire con chiarezza le specifiche degli obblighi di servizio pubblico nella prestazione dei servizi e coerentemente con gli obblighi politici indicati. Inoltre, sarà richiesto agli operatori dei servizi pubblici di rispettare gli obblighi applicabili nel settore del diritto sociale e del lavoro. Infine, l'aggiudicazione di contratti dei servizi pubblici si svolgerà mediante procedure di gara concorrenziali, pur prevedendo eccezioni con cui aprire a procedure dirette o semplificate. Così, si aumenteranno l'efficienza e il grado di attrattività del settore, realizzando un miglioramento della qualità e, dunque, un accresciuto sviluppo delle ferrovie.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the adoption of a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EC) No 1370/2007 concerning the opening of the market for domestic passenger transport services by rail. I did not support the proposal to reject the Council position on the opening of the market for domestic passenger transport services by rail.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O objetivo da proposta da Comissão de alteração do Regulamento (CE) nº 1370/2007 é melhorar a qualidade dos serviços de transporte ferroviários de passageiros e reforçar a sua eficiência operacional. A proposta da Comissão está relacionada com as alterações propostas à Diretiva 2012/34/UE que estabelece um espaço ferroviário europeu único.

Após seis rondas de trílogos, o Parlamento chegou a acordo com a Presidência do Conselho a 19 de Abril de 2016. Do acordo alcançado, destaca-se, entre outros:

a obrigatoriedade das autoridades competentes definirem as especificações das obrigações de Serviço Público (OSP) para o transporte público de passageiros;

a fixação das compensações terá de ser feita a um nível que garanta a sustentabilidade financeira da prestação do serviço de transporte público de passageiros;

o cumprimento por parte dos operadores de serviço público das obrigações aplicáveis no domínio do Direito social e laboral definidas na legislação da União, a legislação nacional ou convenções coletivas no exercício das OSP;

a obrigação dos operadores de serviços públicos e gestores das infraestruturas de fornecer à autoridade competente informações que sejam essenciais para a adjudicação dos futuros contratos de Serviço Público (CSP).

Pelo exposto, apoio a presente recomendação.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP voted to reject the proposals at second reading on the Fourth Railway Package because this would inevitably lead to the UK Government and the government of Member States having their hands tied with regards to the awarding of competitive tenders. It is not for the EU to determine what may be constituted as competitive in a Member State without fully understanding the economic climate of that Member State and what implications any restriction or forced competitive process may have.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto intende accrescere la concorrenza nel settore del trasporto ferroviario introducendo specifiche misure migliorative. La concorrenza, però, è importante che non sia fine a se stessa, quanto piuttosto rappresenti uno strumento per aumentare gradualmente la qualità, il volume e l'efficienza dei servizi di trasporto passeggeri. Le strutture efficienti che già esistono, quindi, dovrebbero essere conservate e non dovrebbero perdere in efficienza a causa del nuovo regolamento.

È importante che l'Unione europea si impegni sempre maggiormente a migliorare la qualità e l'efficienza dei servizi ferroviari per passeggeri.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar directamente este informe, pero he apoyado una enmienda de rechazo al conjunto y otras que buscaban garantizar los derechos de los trabajadores y del servicio público frente a la privatización del ferrocarril. Por desgracia, el resultado de las votaciones ha sido favorable en importar el modelo del ferrocarril británico al resto de la Unión, por lo que el transporte doméstico de pasajeros se abrirá progresivamente a partir de 2020 a los operadores privados con lo que ella conlleva: precios más elevados, menor seguridad, falta de planificación, reducción del peso del tren convencional (especialmente en las regiones menos pobladas) y precarización de las condiciones laborales, con la intervención recurrente de las autoridades públicas para rescatar a las compañías privadas que se repartirán el pastel.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ritengo che sia importante migliorare la qualità dei servizi di trasporto di passeggeri per ferrovia e di promuoverne l'efficienza operativa. Ciò dovrebbe accrescere la competitività e l'attrattiva della rotaia rispetto ad altri modi di trasporto e sviluppare ulteriormente lo spazio ferroviario europeo unico.

Pertanto, ho accolto con favore la proposta della Commissione di introdurre procedure di gara concorrenziali obbligatorie per i contratti di servizio pubblico al fine di intensificare la pressione concorrenziale sui mercati ferroviari nazionali. Mi preme tuttavia evidenziare che gli operatori di servizio pubblico dovranno rispettare gli obblighi applicabili nel settore del diritto sociale e del lavoro stabiliti dal diritto dell'Unione, dal diritto nazionale o dai contratti collettivi.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - A belföldi vasúti személyszállítási szolgáltatásokkal kapcsolatos irányelv módosításáról a Tanács első olvasatbeli álláspontja összhangban állt az intézményközi tárgyalások során elért megállapodással, a Parlament ezért a módosítások nélküli elfogadását javasolta. A negyedik vasúti csomag piaci pillére három jogalkotási javaslatból áll, ennek egyike az 1370/2007/EK rendeletnek a belföldi vasúti személyszállítási szolgáltatások piacának megnyitása tekintetében történő módosítására vonatkozó javaslat. Az említett rendelet módosítására tett bizottsági javaslat célja a vasúti személyszállítási szolgáltatások minőségének javítása és a működés hatékonyságának növelése. Mindez hozzájárulna a vasút versenyképességének javításához és az egységes európai vasúti térség kiteljesedéséhez. Lényegesek azok a rendelkezések, amelyek a versenytárgyaláson alapuló pályáztatási eljárásoknak kedvező keretfeltételeket biztosítanak, mint a vasúti járművekhez való hozzáférésre vonatkozó szabályok.

A megállapodás fő elemeihez tartozik a közszolgáltatási kötelezettségek meghatározása és a szociális rendelkezések javítása. Az illetékes hatóságok kötelesek lesznek egyértelműen meghatározni a személyszállítási közszolgáltatásban alkalmazandó közszolgálati kötelezettségekre vonatkozó előírásokat, valamint azok alkalmazási körét. Az előírásoknak összhangban kell lenniük a tagállamok közösségi közlekedéssel kapcsolatos szakpolitikai célkitűzéseivel is.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciwko wnioskowi o odrzucenie stanowiska Rady, ponieważ popieram przyjęcie porozumienia dotyczącego otwarcia krajowych rynków kolejowych przewozów pasażerskich oraz ustalającego udzielanie zamówień na świadczenie usług publicznych, czyli tzw. czwarty pakiet kolejowy.

Uważam, że przemysł kolejowy to bardzo ważna dziedzina gospodarki Unii Europejskiej, która przynosi korzyści w wymiarze transgranicznym, dlatego należy dążyć do jej wspierania. W porozumieniu przewidziano stopniowe otwarcie krajowych rynków kolejowych przewozów pasażerskich. Jest to ostatni segment rynku transportu kolejowego, który w większości państw członkowskich nie został jeszcze zliberalizowany i opiera się głównie na bezpośrednim udzielaniu zamówień na świadczenie usług publicznych. Należy podkreślić, że władze państwowe nadal będą miały możliwość bezpośredniego przyznawania umów na świadczenie publicznych usług kolejowych, pod warunkiem że usługodawcy spełnią obiektywne cele oraz kryteria skuteczności i wydajności.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this recommendation, as it seeks to improve the efficiency of the rail passenger services operations. This should improve the competitiveness and attractiveness of rail vis-a-vis other modes of transport and develop further the single European railway area. The report aims to enhance the efficiency and to improve the quality of rail passenger services. These measures are accompanied by provisions to ensure favourable framework conditions for competitive tendering procedures, including rules on the access to rolling stock.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Principalul obiectiv al acestui pachet este acela de a reforma sectorul feroviar prin încurajarea concurenței și inovării pe piețele interne ale transportului de călători, punând în aplicare o serie de măsuri structurale. Consider că raportul încurajează state precum România să reformeze sistemul feroviar, a cărui competitivitate este afectată.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif propose d'établir le principe d'appels d'offres obligatoires pour les marchés publics de services de transport de voyageurs. Cette proposition a pour but d'ouvrir à une certaine concurrence les marchés ferroviaires nationaux afin d'améliorer la compétitivité et l'attractivité du rail par rapport aux autres modes de transport et développer davantage l'espace ferroviaire européen unique. Considérant que les intérêts particuliers de la France, notamment concernant les lignes à grande vitesse, ont été respectés et que les services ferroviaires français auront la possibilité de conquérir de nouveaux marchés chez nos voisins européens, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to reject the proposals at second reading on the Fourth Railway Package because this would inevitably lead to the UK Government and the government of Member States having their hands tied with regards to the awarding of competitive tenders. It is not for the EU to determine what may be constituted as competitive in a Member State without fully understanding the economic climate of that Member State and what implications any restriction or forced competitive process may have.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – L'ouverture des marchés des services ferroviaires nationaux est un des objectifs principaux du quatrième paquet ferroviaire européen, destiné à améliorer la qualité des services ferroviaires pour les citoyens européens. Néanmoins, cet objectif ne peut être atteint que si les différents États membres respectent les mêmes règles d'attribution de marchés. Aussi était-il crucial d'harmoniser l'espace ferroviaire européen en consacrant le recours aux appels d'offres dans l'attribution des contrats de service public de transport de voyageurs par train. Conscients des caractéristiques de ce marché et des impératifs des services publics, nous avons aussi prévu des situations d'exemptions – aux caractéristiques strictement définies – permettant d'attribuer directement le marché sans recourir à un appel d'offres. J'ai donc voté en faveur de ce texte, car il permet un développement de la concurrence des services ferroviaires bénéfique pour le citoyen européen.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A Negyedik Vasúti Csomag tárgyalása évek óta tart, az Európai Parlament még az előző parlamenti ciklus végén, 2014 februárjában hagyta jóvá első olvasatát. Tekintettel az Európai Tanácsban elfogadott, az EP véleményétől jelentősen eltérő dokumentumra, 2015 októbere és 2016 áprilisa között folytatódtak az intézményközi tárgyalások annak érdekében, hogy közeledjenek az álláspontok. A végső megállapodás a Tanáccsal 2016. április 19-én született a trilógusok keretén belül.

Az elfogadott javaslatcsomag siker a felhasználók és a vasúti társaságok számára és egy újabb lépés az Egységes Európai Vasúti Térség irányába. A felhasználók számára a változás a jövőben dinamikusabb és felhasználóbarátabb, valamint minőségibb és gyakoribb szolgáltatást jelent. A javaslatok általános célja a belföldi vasúti személyszállítási szolgáltatások piacának megnyitása, a szolgáltatások minőségének javítása és működési hatékonyságának fokozása, ami javítaná a vasút más közlekedési módokkal szembeni versenyképességét és vonzerejét.

Magyarország számára kezdettől fogva kiemelkedő jelentőségű volt a Magyar Államvasutak jelenlegi formájának megtartása és a Győr–Sopron–Ebenfurti Vasút Zrt. integrált társaság jelenlegi formájának és működésének elfogadtatása. Sikerült elérni, hogy ezekben a kérdésekben számunkra elfogadható megállapodás szülessen, és ezáltal nem kell felesleges, költséges és hosszantartó átszervezésekbe kezdeni.

Ezért a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként támogattam a jelentést.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur du quatrième paquet ferroviaire parce que cet ensemble de textes vise à améliorer la compétitivité et la qualité des services ferroviaires en diminuant les coûts administratifs, en introduisant une concurrence accrue dans le secteur des services de passagers et en garantissant des conditions équitables pour les opérateurs. Sur le plan national, mon pays a toujours été favorable à une ouverture réfléchie du marché du transport de personnes. À la suite de l'adoption de ce quatrième paquet ferroviaire, les autorités belges pourront toujours attribuer des contrats directement à la SNCB, sans mise en concurrence, mais à condition que les contrats reprennent des exigences plus strictes en matière de performances. Dans ce cas, les contrats devront contenir des exigences en matière de ponctualité et de régularité du service, de qualité des trains et de capacité suffisante. Je considère que c'est une avancée qui bénéficiera aux usagers.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit.* – J'ai voté contre ces trois rapports relevant du paquet ferroviaire, et, en conséquence, pour les amendements exigeant leur retrait – notamment ceux déposés par le groupe «ENF», représenté par Marie-Christine Arnautu.

Ces rapports portent sur les points suivants: modification de la directive établissant un espace ferroviaire unique européen; ouverture à la concurrence du marché des services nationaux de transport de voyageurs; abrogation du règlement relatif aux règles communes de normalisation des comptes des sociétés ferroviaires; ouverture des marchés nationaux de transports de voyageurs.

Ces rapports confirment la séparation entre les activités de gestionnaire et d'exploitant et étendent l'application des principes de mise en concurrence à des services qui en étaient auparavant exempts.

Nous nous opposons à cette nouvelle réforme qui s'inscrit dans la droite ligne des précédents paquets ferroviaires: leurs conséquences en France ont été catastrophiques (chute de 20 % du fret en 5 ans).

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма.* – Притеснен съм, че отварянето на железопътния пазар за пътнически превози ще доведе до фалирането на „държавните“ превозвачи в малките държави – членки на ЕС. Както всички знаем, железопътният транспорт извършва социална дейност, т.е. той се ползва от по-бедната част от нашето население за придвижване от точка А до точка Б.

За съжаление солидарността, която прокламира Съюзът, я няма в доходите на хората и по този начин железницата ще изгуби социалния си облик и/или държавата ще трябва да поеме по-голямата разлика в цената на превозите на социалнослабите и хората извън трудоспособна възраст.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς.* – Η εν λόγω πρόταση επιβάλλει στις αρμόδιες αρχές να διασφαλίζουν ότι οι προδιαγραφές των υποχρεώσεων παροχής δημόσιας υπηρεσίας και η σχετική αποζημίωση του καθαρού οικονομικού αποτελέσματος των υποχρεώσεων παροχής δημόσιας υπηρεσίας θα επιτυγχάνουν τους στόχους της πολιτικής δημόσιων μεταφορών κατά τρόπο οικονομικά αποδοτικό. Επιπλέον, το ύψος της αποζημίωσης θα πρέπει να διασφαλίζει την οικονομική βιωσιμότητα της παροχής δημόσιων επιβατικών μεταφορών, σύμφωνα με τις απαιτήσεις που προβλέπονται στο πλαίσιο της πολιτικής δημόσιων μεταφορών σε βάθος χρόνου. Δεν δίδεται έτσι η δυνατότητα στα κράτη μέλη να αποφασίζουν για την παροχή δημόσιων αγαθών έστω και με οικονομικά ασύμφορους όρους στους πολίτες τους στο πλαίσιο της κοινωνικής τους πολιτικής.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing.* — I voted against the report on PSO Regulation in the Fourth Railway Package. The tendering process is not good enough and this does not improve it. Many constituents in Wales contacted me on this issue, voicing their concerns.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A nova legislação, já acordada com os governos nacionais, prevê que os concursos públicos se tornem a regra para a adjudicação de contratos de serviço público, com algumas exceções. Continuará a ser possível a adjudicação por ajuste direto no caso de conduzir a uma melhor qualidade do serviço ou melhor relação custo-eficácia. Os requisitos de desempenho vão incluir a pontualidade e a frequência dos comboios.

A reforma no setor ferroviário irá facilitar a entrada de novos operadores no mercado e a oferta dos seus serviços. Os Estados-Membros poderão, no entanto, limitar o direito de acesso de um novo operador se o serviço proposto comprometer o equilíbrio económico de um contrato de serviços públicos em vigor. As autoridades competentes terão de definir claramente as especificações das obrigações de serviço público para o transporte público de passageiros e o âmbito da sua aplicação, incluindo as zonas geográficas em causa.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta integra o quarto pacote ferroviário da UE e centra-se na alteração do Regulamento (CE) n.º 1370/2007. Objetivo enunciado: melhorar a qualidade dos serviços ferroviários de passageiros e aumentar a sua eficiência operacional, de modo a melhorar a competitividade e a atratividade do transporte ferroviário em relação a outros modos de transporte e desenvolver o espaço ferroviário europeu único. Paleio bem conhecido.

Para atingir este objetivo, a Comissão propôs introduzir o concurso obrigatório para os contratos de serviço público, a fim de intensificar a pressão concorrencial nos mercados ferroviários nacionais. Ou seja, conjugando com a proposta do espaço ferroviário europeu, abre à concorrência internacional os sistemas ferroviários nacionais, já completamente desregulamentados. Mais um passo na crescente concentração monopolista no sector.

Não deixa de ser paradoxal que se fale em «melhorar a competitividade e a atratividade do transporte ferroviário em relação a outros modos de transporte», utilizando para tal uma maior liberalização, quando o que as estatísticas mostram é que a liberalização só contribuiu para a perda de atratividade. A este respeito convém referir que, desde 1988, Portugal perdeu 43% de passageiros.km (pk); no mesmo período, a Alemanha ganhou 24% e a França 35%.

Obviamente votámos contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted yes because I agree.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την παρούσα πρόταση, καθώς επιβάλλει στις αρμόδιες αρχές να διασφαλίζουν ότι οι προδιαγραφές των υποχρεώσεων παροχής δημόσιας υπηρεσίας και η σχετική αποζημίωση του καθαρού οικονομικού αποτελέσματος των υποχρεώσεων παροχής δημόσιας υπηρεσίας θα επιτυγχάνουν τους στόχους της πολιτικής δημόσιων μεταφορών κατά τρόπο οικονομικά αποδοτικό. Επιπλέον, το ύψος της αποζημίωσης θα πρέπει να διασφαλίζει την οικονομική βιωσιμότητα της παροχής δημόσιων επιβατικών μεταφορών, σύμφωνα με τις απαιτήσεις που προβλέπονται στο πλαίσιο της πολιτικής δημόσιων μεταφορών σε βάθος χρόνου. Δεν δίδεται έτσι η δυνατότητα στα κράτη μέλη να αποφασίζουν για την παροχή δημόσιων αγαθών έστω και με οικονομικά ασύμφορους όρους στους πολίτες τους στο πλαίσιο της κοινωνικής τους πολιτικής.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I strongly welcome the establishment of a single European railway area and the opening of the domestic rail passenger market to competition.

It is clear that there is still need for a transitional period regarding the compensations paid for level crossing facilities due to the fact that some Member States still use this Regulation as a basis for level crossing facilities compensation.

In future, Member States may continue to pay compensation for the costs of those facilities. They may, nevertheless, need time to amend their national law and administrative provisions to take account of the repeal of the regulation.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A Negyedik Vasúti Csomag tárgyalása évek óta tart, az Európai Parlament még az előző parlamenti ciklus végén, 2014 februárjában hagyta jóvá első olvasatát. Tekintettel az Európai Tanácsban elfogadott, az EP véleményétől jelentősen eltérő dokumentumra, 2015 októbere és 2016 áprilisa között folytatódtak az intézményközi tárgyalások az álláspontok közelítése érdekében. A végső megállapodás a Tanáccsal 2016. április 19-én született a trilógusok keretén belül. Az elfogadott javaslatcsomag siker a felhasználók és a vasúti társaságok számára és egy újabb lépés az Egységes Európai Vasúti Térség megvalósításának irányába.

A felhasználók számára a változás a jövőben dinamikusabb és felhasználóbarátabb, valamint minőségibb és gyakoribb szolgáltatást jelent. A javaslatok általános célja a belföldi vasúti személyszállítási szolgáltatások piacának megnyitása, a szolgáltatások minőségének javítása és működési hatékonyságának fokozása, ami javítaná a vasút más közlekedési módokkal szembeni versenyképességét és vonzerejét.

Magyarország számára kezdettől fogva kiemelkedő jelentőségű volt a Magyar Államvasutak jelenlegi formájának megtartása és a Győr-Sopron-Ebenfurti Vasút Zrt. integrált társaság jelenlegi formájának és működésének elfogadtatása. Sikerült elérni, hogy ezekben a kérdésekben számunkra elfogadható megállapodás szülessen, és ezáltal nem kell felesleges, költséges és hosszantartó átszervezésekbe kezdeni. Ezért a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként támogattam a jelentést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az 1370/2007/EK rendelet módosítására irányuló bizottsági javaslat általános célja a vasúti személyszállítási szolgáltatások minőségének javítása és működési hatékonyságának fokozása. Ez javítaná a vasút más közlekedési módokkal szembeni versenyképességét és vonzerejét, valamint továbbfejlesztené az egységes európai vasúti térséget. Az általános célkitűzés elérése érdekében a Bizottság a belföldi vasúti piacok versenykényszerének fokozása érdekében a közszolgáltatási szerződések kötelező versenytárgyaláson alapuló pályáztatását javasolja. A cél a vasúti személyszállítási szolgáltatások hatékonyságának fokozása és minőségének javítása. Ezeket az intézkedéseket olyan rendelkezések kísérik, amelyek biztosítják a versenytárgyaláson alapuló pályáztatási eljárásoknak kedvező keretfeltételeket, ideértve a vasúti járművekhez való hozzáférésre vonatkozó szabályokat is.

A bizottsági javaslat szorosan összefügg az egységes európai vasúti térség létrehozásáról szóló 2012/34/EU irányelv javasolt módosításaival, melyek a vasúttársaságok számára nyílt hozzáférési jogokat vezetnek be, és megerősítik a pályahálózat-működtetők irányítására vonatkozó rendelkezéseket a vasúti infrastruktúrához való megkülönböztetésmentes hozzáférés fokozása tekintetében. A Parlament első olvasat utáni álláspontjának 2014. február 26-i elfogadását követően a Tanács luxemburgi és holland elnökségének idején intézményközi tárgyalásokra került sor (egy korai, második olvasatbeli megállapodás elérése céljával). Hat háromoldalú egyeztetést követően a Parlament tárgyalócsoportja 2016. április 19-én megállapodásra jutott a Tanács elnökségével.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – This important proposal introduces mandatory competitive tendering for public service contracts in order to intensify the competitiveness of Member States' railway markets. The aim is to increase efficiency and to improve the quality of rail passenger services. In more detail this proposal introduces extra obligations on PSOs in public passenger transport, that authorities ensure related compensation of net financial effects of public service, that all operators fulfil obligations in social and labour law.

It is also important that the proposal includes that public service operators and infrastructure managers will be under obligation to provide information that is essential for the tendering process, including information on passenger demand, fares, costs and revenues. This proposal should provide for a more open, entry-free and competitive market, while ensuring the legitimate protection of confidential business information.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das Reformpaket zur Regelung des Schienenverkehrs in der EU soll höhere Sicherheitsstandards sowie eine erhebliche Verringerung von Bürokratie und Verwaltungsaufwand bringen. Öffentliche Vergabeverfahren für Bahnstrecken sind künftig ebenso die Regel wie eine verstärkte finanzielle und organisatorische Transparenz der Bahnunternehmen. Auch der Marktzugang für neue Wettbewerber soll vereinfacht werden. Vom zunehmendem Wettbewerb zwischen Bahnunternehmen profitiert letztlich vor allem der Fahrgast: Angebot und Service sollten sich durch das neue Paket langfristig verbessern.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted to reject the proposals at second reading on the Fourth Railway Package because this would inevitably lead to the UK Government and the government of Member States having their hands tied with regards to the awarding of competitive tenders. It is not for the EU to determine what may be constituted as competitive in a Member State without fully understanding the economic climate of that Member State and what implications any restriction or forced competitive process may have.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – J'ai voté pour le rejet des trois rapports qui ouvrent les services nationaux de transport de voyageurs par rail à la concurrence.

Dans toutes les activités que vous avez déréglementées, se posent aujourd'hui les mêmes problèmes: baisse de la qualité des services, opacité des tarifs, dilution des responsabilités…

La manière même dont est organisée cette ouverture «progressive» à la concurrence est la garantie d'un écrémage du marché: d'abord les lignes à grande vitesse et nationales, puis le trafic régional rentable… Le reste restera à la charge de la collectivité, comme d'ailleurs l'entretien du réseau. Les redevances que devront acquitter les nouveaux entrants ne suffiront pas à remettre à niveau un réseau français mis à mal par trente ans de priorité absolue au TGV au détriment de tout le reste, puisque vous reproduisez le même schéma. Déjà, l'État a annoncé qu'il mettrait la main à la poche, ou plutôt dans celle du contribuable français. Et je ne parle pas des risques de dumping social.

Vous n'avez tiré aucune leçon de l'échec de la libéralisation du fret ferroviaire, notamment en France, non plus que des résultats de la libéralisation du transport de passagers en Allemagne. Cette fois-ci, en plus, vous jouez avec la sécurité des passagers.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos presentado una enmienda de rechazo y varias enmiendas de contenido contra esta modificación del Reglamento, que obliga a sacar a concurso la gestión de las líneas operadas bajo contratos de servicio público, subvencionados con fondos públicos. Entiendo que no había ningún motivo para modificar este texto, que hasta hoy permitía que cada Estado miembro, atendiendo a sus propias necesidades, elija qué contratos quiere abrir a concurso público y qué contratos otorga directamente al operador público nacional. Además, nos hemos hecho eco de las reivindicaciones de los sindicatos de toda Europa por la grave desprotección en que quedarán los trabajadores en los casos de cambio de operador tras un nuevo contrato. El único objetivo al que responde este nuevo texto es la obligación de garantizar abierta competencia entre todos los operadores que potencialmente estén presentes en el mercado, competencia que previsiblemente tendrá lugar a expensas de las arcas públicas, de los elementos esenciales del servicio público y de las condiciones laborales. Por todo ello he votado a favor de la propuesta de rechazo del informe.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat pentru întoarcerea textului Regulamentului (CE) nr. 1370/2007 în ceea ce privește deschiderea pieței pentru serviciile de transport feroviar intern de călători la Consiliu deoarece amendamentul esențial referitor la protecția lucrătorilor din sectorul public nu a fost cuprins. Protecția adecvată a lucrătorilor din sectorul public este deosebit de importantă. Operatorii de servicii publice trebuie să respecte obligațiile aplicabile în domeniul dreptului social și al muncii instituite prin dreptul Uniunii, legislația națională sau acordurile colective. Directiva 2001/23/CE privind transferul de întreprinderi se aplică schimbării operatorilor de servicii publice în cazul în care o astfel de schimbare constituie un transfer de întreprindere în sensul directivei în cauză. Pentru a atinge obiectivul general al propunerii Comisiei de a îmbunătăți calitatea serviciilor de transport feroviar de călători și de a stimula eficiența lor operațională, Comisia a propus introducerea de proceduri competitive obligatorii de atribuire a contractelor de servicii publice cu scopul de a intensifica presiunea concurențială asupra piețelor feroviare naționale, însă toate aceste măsuri trebuie să respecte normele de protecție socială.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I voted against the compulsory opening-up of railway contracts across Europe to private sector operators, as the new laws do not provide protection for rail workers' terms and conditions when services are contracted out and also do not ensure good staffing standards on privately-run services.

The PSO Regulation is part of the 'political pillar' of the 4th Railway Package. The political pillar essentially seeks to update existing legislation in order to mandate further 'opening' of the European rail market and expose more elements to competition. The new regime would apply in principle from the end of 2019, subject to some transitional protection.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – L'ouverture du marché des transports ferroviaires assurera aux citoyens le bénéfice de services de qualité au meilleur prix grâce à l'ouverture, notamment, des contrats publics à la concurrence européenne qui permettront de stimuler l'activité et l'économie du rail.

J'ai donc voté en faveur de cette proposition, car la concurrence rendra le chemin de fer plus attractif par rapport aux autres moyens de transport plus polluants.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – The main goal of this proposal is the introduction of a mandatory competitive tendering procedure of Public Service Contracts (PSCs) as a general rule across the EU. Member States could continue to award contracts directly until 2019, taking into account that none of those contracts should extend beyond 2022. In this way, the quality of services, efficiency and attractiveness of the railway sector should be fostered. I voted in favour of the report. It has taken into account the need for a clarification and great reduction of direct award provisions in favour of competitive tendering while imposing an independent validation in case of direct award, and also a shorter transitional period, which now also includes a 'progress review clause.'

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem sprawozdania posła van De Campa ponieważ popieram ogólny kierunek zmian mający na celu wprowadzenie jednolitego rynku kolejowego w Europie.

Każdy, kto miał okazję korzystać z pociągów w różnych krajach Europy zdaje sobie sprawę, że wciąż istnieją ogromne różnice zarówno w jakości, jak i dostępności usług. Ten stan rzeczy utrzymuje się mimo starań Komisji jak i państw członkowskich i częściowego postępu, który już się dokonał. Należy jednak zaznaczyć, że dzieje się tak z różnych przyczyn i na jakość i dostępność usług kolejowych dla pasażerów wpływa nie tylko liczba funkcjonujących podmiotów, ale także rodzaj zarządzania, wsparcie od państwa, poziom wdrożenia reform i wiele innych czynników.

Dlatego też uważam, iż trzeba wciąż pracować nad odpowiednim poziomem konkurencji, ale ten proces musi się odbywać przy zachowaniu równowagi i jak najwyższego poziomu usług. Wprowadzając zmiany należy kierować się przede wszystkim dobrem pasażerów i na równi starać się polepszyć jakość taboru, obsługi i zadbać o odpowiednią siatkę połączeń jak i zabiegać o obniżenie cen biletów, które wciąż w wielu przypadkach są zbyt wysokie i sprawiają, że zbiorowy transport drogowy jest bardziej konkurencyjny.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az 1370/2007/EK rendelet módosítására irányuló bizottsági javaslat általános célja a vasúti személyszállítási szolgáltatások minőségének javítása és működési hatékonyságának fokozása. Ez javítaná a vasút más közlekedési módokkal szembeni versenyképességét és vonzerejét, valamint továbbfejlesztené az egységes európai vasúti térséget. Az általános célkitűzés elérése érdekében a Bizottság a belföldi vasúti piacok versenykényszerének fokozása érdekében a közszolgáltatási szerződések kötelező versenytárgyaláson alapuló pályáztatását javasolja. A cél a vasúti személyszállítási szolgáltatások hatékonyságának fokozása és minőségének javítása. Ezeket az intézkedéseket olyan rendelkezések kísérik, amelyek biztosítják a versenytárgyaláson alapuló pályáztatási eljárásoknak kedvező keretfeltételeket, ideértve a vasúti járművekhez való hozzáférésre vonatkozó szabályokat is.

A bizottsági javaslat szorosan összefügg az egységes európai vasúti térség létrehozásáról szóló 2012/34/EU irányelv javasolt módosításaival, melyek a vasúttársaságok számára nyílt hozzáférési jogokat vezetnek be, és megerősítik a pályahálózat-működtetők irányítására vonatkozó rendelkezéseket a vasúti infrastruktúrához való megkülönböztetésmentes hozzáférés fokozása tekintetében. A Parlament első olvasat utáni álláspontjának 2014. február 26-i elfogadását követően a Tanács luxemburgi és holland elnökségének idején intézményközi tárgyalásokra került sor (egy korai, második olvasatbeli megállapodás elérése céljával). Hat háromoldalú egyeztetést követően a Parlament tárgyalócsoportja 2016. április 19-én megállapodásra jutott a Tanács elnökségével.

Jan Huitema (ALDE), *in writing*. – The VVD Delegation in the European Parliament wholeheartedly supports the rights of disabled people and is in favour of improving access for disabled people to public transport and other facilities in general. However, the VVD Eurodelegation chose not to support this specific amendment, as its adoption would imply a rejection of a crucial part of the railway package in second reading. This would lead to a disproportionate delay in the legislative process, which the people of Europe do not deserve. Moreover, it is unlikely that a reopening of the negotiations would lead to an alternative outcome concerning this specific issue.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat împotriva acestei recomandări deoarece nu sunt respectate drepturile lucrătorilor de transport și protecția locurilor de muncă în ceea ce privește serviciile de transport de călători pe calea ferată pe piața internă (OSP).

De asemenea, nu se dorește să se armonizeze protecția socială la nivel european. În acest moment, Consiliul nu este dispus să introducă mai multă protecție socială pentru lucrătorii din sectorul transportului public, de aceea această opțiune rămâne în mâinile statelor membre.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam PROTIV amandmana pojedinih grupa zastupnika na Nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća u prvom čitanju s ciljem donošenja Uredbe Parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe (EZ) br. 1370/2007 u pogledu otvaranja tržišta za usluge domaćeg željezničkog prijevoza putnika, jer se istima, između ostalog, traži odbijanje stajališta Vijeća.

Podržavam poboljšanje kvalitete usluga željezničkog prijevoza putnika i povezanu operativnu učinkovitost, te stoga podupirem stav ALDE grupe kojim se podržava sporazum.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Les objectifs portés par ce rapport, comme la soumission au principe de concurrence et à l'appel d'offre ou l'obligation de se conformer aux normes sociales des États et des conventions collectives, traduisent un intérêt purement politique.

J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Wim Van de Camp relatif à l'ouverture du marché des services de transport de voyageur par chemin de fer. Dans le cadre du quatrième paquet ferroviaire, cette proposition législative a pour objectif d'améliorer la qualité des services de transport ferroviaire de voyageurs et renforcer la compétitivité du chemin de fer par rapport à d'autres modes de transport. En effet, alors que nous connaissons une révolution dans le routier (Uber, co-voiturage…) et l'aérien (compagnies low-cost), il convient de stimuler le secteur ferroviaire. Pour autant, cette ouverture doit évidemment être contrôlée et ne doit en aucun cas se traduire par une libéralisation qui nous exposerait dangereusement aux concurrents internationaux et favoriserait le dumping social. C'est pourquoi nous avons veillé avec mes collègues à ce que le paquet ferroviaire n'instaure pas une concurrence sauvage. Nous avons par ailleurs obtenu les garanties suffisantes pour que l'ouverture ne se fasse pas au détriment de l'aménagement du territoire.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe dem vorliegenden Bericht zugestimmt. Die Verordnung 1370/2007 regelt die Bedingungen für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im öffentlichen – innerstaatlichen und grenzüberschreitenden – Personenverkehr. Die zuständige Verkehrsbehörde kann dem Betreiber von Verkehrsdiensten, die von allgemeinem Interesse sind, gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen auferlegen und ihm hierfür Ausgleichsleistungen gewähren. Unter Berücksichtigung eines ausschließlich wirtschaftlichen Interesses würden Betreiber diese sonst nicht übernehmen.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az 1370/2007/EK rendelet módosítására irányuló bizottsági javaslat általános célja a vasúti személyszállítási szolgáltatások minőségének javítása és működési hatékonyságának fokozása. Ez javítaná a vasút más közlekedési módokkal szembeni versenyképességét és vonzerejét, valamint továbbfejlesztené az egységes európai vasúti térséget. Az általános célkitűzés elérése érdekében a Bizottság a belföldi vasúti piacok versenykényszerének fokozása érdekében a közszolgáltatási szerződések kötelező versenytárgyaláson alapuló pályáztatását javasolja. A cél a vasúti személyszállítási szolgáltatások hatékonyságának fokozása és minőségének javítása. Ezeket az intézkedéseket olyan rendelkezések kísérik, amelyek biztosítják a versenytárgyaláson alapuló pályáztatási eljárásoknak kedvező keretfeltételeket, ideértve a vasúti járművekhez való hozzáférésre vonatkozó szabályokat is.

A bizottsági javaslat szorosan összefügg az egységes európai vasúti térség létrehozásáról szóló 2012/34/EU irányelv javasolt módosításaival, melyek a vasúttársaságok számára nyílt hozzáférési jogokat vezetnek be, és megerősítik a pályahálózat-működtetők irányítására vonatkozó rendelkezéseket a vasúti infrastruktúrához való megkülönböztetésmentes hozzáférés fokozása tekintetében. A Parlament első olvasat utáni álláspontjának 2014. február 26-i elfogadását követően a Tanács luxemburgi és holland elnökségének idején intézményközi tárgyalásokra került sor (egy korai, második olvasatbeli megállapodás elérése céljával). Hat háromoldalú egyeztetést követően a Parlament tárgyalócsoportja 2016. április 19-én megállapodásra jutott a Tanács elnökségével.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - A belföldi vasúti személyszállítási szolgáltatások piacának megnyitására vonatkozó, egyébként némileg vitatott rendeletről a Parlament korábban már döntött első olvasatban. Finoman fogalmazva is vegyesek a tapasztalatok a piacok liberalizálása kapcsán, itt is lényegében arról van szó, hogy a fejlett uniós országok nagy, gyakorta állami cégei hozzájussanak a kevésbé fejlett országok költségvetési támogatásaihoz. Az adott szavazás azonban már nem az anyag egészéről, hanem csak a módosításokról szól, mivel az anyag törzsét sajnos elfogadta a Parlament. A most terítékre került módosítások pedig olyanok, amelyek nagyrészt a munkavállalók jogaival foglalkoznak, ezért támogathatók.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих постигнатото междуинституционално споразумение по регламента относно отварянето на пазара на вътрешни услуги за пътнически превози с железопътен транспорт.

Целта на регламента е да подобри качеството на железопътните услуги и да повиши тяхната оперативна ефективност. Това ще подобри конкурентоспособността и привлекателността на железопътния транспорт спрямо останалите видове транспорт и ще спомогне за по-нататъшното развитие на единното европейско железопътно пространство.

Илхан Кючюк (ALDE), *in writing*. – There is no doubt that easier access for all rail operators to domestic rail markets will give rail passengers more choice and better quality services. In fact, the liberalisation of domestic passenger transport services by rail will boost business, investment, innovation in the sector and most importantly will provide new passenger services in EU countries' domestic markets. Therefore, I strongly support easier access to the market for rail operators.

Nevertheless, I totally disagree with the notion that Member States could limit a new operator's right of access if a new service would compromise the 'economic equilibrium' of an existing public services contract. I believe that Member States should not intervene or limit competition in a free market because thus they will put railway transport in an unsatisfactory position vis-à-vis other modes of transport.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La relazione del Parlamento è in linea con la proposta della Commissione in merito al miglioramento della concorrenza nell'ambito del trasporto ferroviario, una concorrenza che abbia lo scopo di aumentare la qualità e l'efficienza dei servizi di trasporto passeggeri. Con le nuove regole, di fatti, si intende ottimizzare la qualità dei servizi di trasposto di passeggeri per le ferrovie e l'efficienza operativa, e accrescere la competitività rispetto ad altri servizi di trasposto, potenziando lo spazio ferroviario europeo unico.

Si propone, dunque, di introdurre procedure di gara concorrenziali obbligatorie per i contratti di servizio pubblico in modo tale da garantire condizioni quadro favorevoli. Inoltre, tale proposta è strettamente collegata alla relazione successiva sull'istituzione di uno spazio ferroviario europeo unico, in cui si discute sui diritti di libero accesso per le imprese e si migliorano le disposizioni sulla gestione delle infrastrutture. Tenendo in considerazione entrambe le raccomandazioni, le quali mirano allo stesso risultato, voto a favore della presente proposta.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – Le secteur ferroviaire constitue un enjeu majeur, en Europe et plus particulièrement en France, sur le plan économique et environnemental notamment. Ainsi, j'ai soutenu ce rapport sur les «services nationaux de transport de voyageurs par chemin de fer» qui fait partie du quatrième paquet ferroviaire, car ce dernier porte une vision équilibrée et responsable. Sans entrer dans un libéralisme forcené, celui-ci promeut des décisions efficaces, pour donner de nouvelles opportunités aux transporteurs.

Ces nouvelles mesures permettent d'ouvrir le marché du transport passager, en donnant les garanties suffisantes pour que cela ne se fasse pas au détriment de l'aménagement du territoire. Au final, les usagers verront l'offre s'améliorer et les régions auront une plus grande liberté de choix dans leurs prestataires. L'heure n'est pas à une libéralisation qui profiterait avant tout à nos concurrents internationaux et favoriserait le dumping social. Avec ce quatrième paquet ferroviaire, nous permettons à ce secteur de gagner en compétitivité, dans le respect des droits sociaux.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce texte ouvre les marchés ferroviaires nationaux à la concurrence à partir de 2020. À partir de cette date-là, l'État, les régions, passeront des appels d'offres de marchés publics d'une durée maximale de 10 ans pour les différentes lignes qui doivent être exploitées.

Non seulement c'est le monopole, le savoir-faire de la SNCF et toute l'organisation du service public qui est remise en cause, mais c'est pour les remplacer par des concessions privées très courtes (10 ans ce n'est rien pour le ferroviaire) qui décourageront les investissements de long terme nécessaires. Pour nous usagers, comme pour les cheminots, les conséquences sont colossales. L'entrée d'une logique de profit et la libéralisation marquent la fin du service public assuré par une compagnie publique. Elles marquent aussi la fin des systèmes de péréquation qui permettent de financer les lignes les moins rentables par les plus rentables et ainsi d'assurer la cohésion territoriale. C'est le primat du profit sur le service à l'encontre de l'usager et des conditions de travail des cheminots.

Parce que je défends un service public du rail j'ai donc voté contre ce texte.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour les amendements de rejet du rapport sur les services nationaux de transport de voyageurs par chemin de fer. Je me félicite du fait que non seulement le groupe ENL, mais trois autres groupes politiques ont déposé un amendement de rejet. Le rapport sur la «concurrence» du quatrième paquet ferroviaire introduit une obligation de mise en concurrence, y compris dans les cas de service public qui doit aussi être soumis, sauf trois exceptions mineures, au principe de concurrence et à l'appel d'offre. À la demande de certains groupes a été insérée dans le règlement l'obligation de se conformer aux règles sociales des États et des conventions collectives. Encore heureux que les entreprises doivent respecter la loi! Le fait de coucher sur le papier une telle évidence est la preuve qu'elle n'a pour but qu'un affichage politique. La multiplication des prestataires est en elle-même source de multiplication de fraudes et de dumping social, surtout en cas de trajets internationaux.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar directamente este informe, pero he apoyado una enmienda de rechazo al conjunto y otras que buscaban garantizar los derechos de los trabajadores y del servicio público frente a la privatización del ferrocarril. Por desgracia, el resultado de las votaciones ha sido favorable en importar el modelo del ferrocarril británico al resto de la Unión, por lo que el transporte doméstico de pasajeros se abrirá progresivamente a partir de 2020 a los operadores privados con lo que ella conlleva: precios más elevados, menor seguridad, falta de planificación, reducción del peso del tren convencional (especialmente en las regiones menos pobladas) y precarización de las condiciones laborales, con la intervención recurrente de las autoridades públicas para rescatar a las compañías privadas que se repartirán el pastel.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El presente texto, incluido dentro del paquete ferroviario, versa sobre una modificación del Reglamento sobre la apertura al mercado de los servicios nacionales de transporte de viajeros por ferrocarril.

Para lograr el objetivo de mejorar la eficacia operativa del ferrocarril y, por consiguiente, la competitividad del mercado ferroviario, adopta una serie de medidas eficaces y transparentes, como lo son la facilitación por parte de los operadores de servicios públicos y los administradores de la infraestructura de información determinante para la adjudicación de futuros contratos de servicio público a la autoridad competente, una enumeración estricta de los ámbitos en los que la adjudicación directa se puede llevar a cabo o llevar a cabo un procedimiento simplificado y transparente en caso de que la autoridad competente reciba una sola oferta.

Estoy de acuerdo con esta modificación, que se traducirá en una mejor calidad y cantidad de los servicios ferroviarios para nuestros ciudadanos.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Opći cilj prijedloga Komisije za izmjene i dopune Uredbe br. 1370/2007 je poboljšati kvalitetu željezničkih putničkih usluga kako bi poboljšala svoju operativnu učinkovitost. To bi trebalo poboljšati konkurentnost i atraktivnost željezničkih, u odnosu na druge vrste prometa, i daljnji razvoj jedinstvenog europskog željezničkog prostora. Kako bi se ostvario ovaj cilj, Komisija je predložila uvođenje javnog natječaja za javne ugovore koji pružaju usluge željezničkog prijevoza u zemljama EU-a, u cilju poboljšanja i razvoja novih poslovnih usluga.

Cilj je povećati učinkovitost i poboljšati kvalitetu putničkih usluga u prometu željeznicama. Ove mjere su u pratnji odredbe kako bi se osiguralo povoljne okvirne uvjete za provođenje postupaka natječaja, uključujući i pravila o pristupu voznog parka. Zbog svega navedenog, nisam podržala prijedlog da se odbaci stajalište Vijeća.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Zavedenie povinných postupov verejnej súťaže v prípade zmlúv vo verejnom záujme zvýši tlak na konkurenčné prostredie v železničnej osobnej doprave a zároveň prinesie vyššiu kvalitu poskytovaných služieb pre užívateľov týchto služieb. Súťažné postupy vstúpia do platnosti od 3.12.2019. Nariadenie zároveň zohľadňuje niektoré špecifiká a požiadavku efektívnosti postupov, preto stanovuje z verejnej súťaže výnimky umožňujúce priame zadanie a zjednodušené postupy. Napr. hodnotu výkonov nižšia ako 7,5 mil./rok alebo 500 tisíc km.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της τροπολογίας, που αποτελεί κοινή πρόταση των Πρασίνων, του EFDD και της GUE, σχετικά με τη σύσταση για τη δεύτερη ανάγνωση που αφορά τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έκδοσης του κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 1370/2007 σχετικά με το άνοιγμα της αγοράς εγχώριων επιβατικών σιδηροδρομικών μεταφορών, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 12/12/2016, καθώς και διότι με την εν λόγω τροπολογία το Κοινοβούλιο απορρίπτει τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte concerne, comme les deux autres rapports du quatrième paquet ferroviaire, le volet «marché» . Ce texte semble introduire une obligation de mise en concurrence mais n'a en réalité qu'un but de communication politique. Par ailleurs, la multiplication des prestataires est une des sources de multiplication des fraudes et du dumping social, contre lesquels nous luttons fermement.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta recomendação tem por base uma ideia de mercado único no sector ferroviário, com o objetivo de aumentar a concorrência no sector. No entanto, esta proposta não tem em conta os impactos sociais que tal liberalização do mercado poderá acarretar, desde logo porque coloca em causa a proteção da rede pública de transportes bem como o cumprimento dos direitos dos seus trabalhadores. Votei a favor da rejeição da proposta do conselho.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Das 4. Eisenbahnpaket zielt auf eine marktpolitische Liberalisierung des europäischen Eisenbahnsektors. Durch die Anwendung einer generellen Ausschreibungspflicht im Bereich der Auftragsvergabe sollen öffentliche Gelder eingespart und Marktzugangsbarrieren für kleinere Wettbewerber abgebaut werden. In Ausnahmefällen darf jedoch von der generellen Ausschreibungspflicht abgesehen und Aufträge dürfen direkt vergeben werden.

In Zukunft müssen Infrastrukturbetreiber effektiv unabhängig sein, um einen gleichberechtigten Zugang von Eisenbahnunternehmen zur Infrastruktur gewährleisten zu können. Eisenbahnunternehmen müssen nach wie vor Unionsrecht, nationales Recht und Tarifverträge einhalten.

Alex Mayer (S&D), *in writing*. – Today I voted against the PSO regulation which is part of the 4th Railway Package.

As shown by our current rail crisis, too much emphasis on private operators running our railways is letting down train passengers. These new laws undermine fair terms and conditions for railway staff and staffing standards overall and will not benefit passengers. The regulations potentially conflict with Labour Party policy to bring rail franchises under public ownership. I am opposed to the mandatory competitive tendering of rail franchises which could prevent a future Labour government from providing the best train services to my constituents across the East of England.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau šiam pasiūlymui ir naujoms ES taisyklėms geležinkelių transporto srityje. Tikiuosi, jos paskatins valstybes skelbti viešuosius konkursus keleivių vežimui traukiniais, o taip pat sudaryti vienodas sąlygas visiems operatoriams naudotis geležinkelių infrastruktūra. ES taisyklėmis siekiama stiprinti keleivių vežimo traukiniais paslaugas, kurių populiarumas atsilieka nuo kitų transporto rūšių, o vartotojų vertinimas yra nevienareikšmis.

Kartu siūloma įpareigoti visas ES valstybes skelbti viešuosius konkursus keleivių vežimui traukiniais arba pagrįsti, kodėl toks konkursas netikslingas.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le but de la présente directive est d'approfondir l'ouverture des marchés nationaux de transport de voyageurs. Pour cela, la Commission a proposé d'introduire une obligation de mise en concurrence des contrats de service public afin d'intensifier la pression concurrentielle sur les marchés ferroviaires nationaux. Des barrières sont mises à la réalisation de contrats de service public directs. Avec en particulier l'obligation de présenter une justification, et la possibilité pour les autres acteurs du transport d'émettre des avis. Enfin, ce texte permet de déposséder les autorités nationales de leurs dernières possibilités d'action en matière de politique de transport ferroviaire et public. Le service public de transport doit au contraire être remis au cœur d'une politique de transition écologique. Je vote contre ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une proposition de modification du règlement sur l'ouverture à la concurrence du marché des services nationaux de transport de voyageurs par rail. Celui-ci portera le coup de grâce au Service public ferroviaire de transport de voyageurs, c'est pourquoi je m'y suis opposée.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — En votant un tel rapport qui privilégie une ouverture réfléchie du marché de transport de personnes, je suis de ceux qui souhaitent améliorer la qualité de l'offre ferroviaire et des services destinés aux usagers, ainsi qu'accroître la part modale du train dans les déplacements des voyageurs. Cette ouverture, assortie d'un certain nombre de nouvelles règles applicables à tous les acteurs du marché dans un souci d'équité, préserve le maintien du principe d'attribution directe des contrats de service public, une période de transition et la garantie d'une protection optimale des travailleurs en cas de transfert de contrats de service public à de nouveaux adjudicataires. Notre atout, c'est de pouvoir continuer à procéder par attribution directe à des contrats de service public dès lors que les caractéristiques d'une infrastructure ne se prêtent pas au passage vers la procédure d'appel d'offres. Il s'agit d'une concession considérable pour beaucoup d'États membres, en ce compris pour la Belgique. Il va de soi que cette attribution directe devra entraîner une amélioration de la qualité des services et/ou de l'efficience des coûts ; alors que la proposition n'exige rien de tel en cas (pas de critère de qualité, pas de suivi de la performance) d'une procédure d'appel d'offres.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság javaslatot tett a Parlamentnek és a Tanácsnak az 1370/2007/EK rendeletnek a belföldi vasúti személyszállítási szolgáltatások piacának megnyitása tekintetében történő módosításáról szóló irányelv elfogadására. A cél a vasúti személyszállítási szolgáltatások minőségének javítása és működési hatékonyságának fokozása volt, a Bizottság a belföldi vasúti piacok versenykényszerének fokozása érdekében a közszolgáltatási szerződések kötelező versenytárgyaláson alapuló pályáztatását javasolta. A Parlament első olvasatban 2014. február 26-án fogadta el álláspontját. A litván parlament, a luxemburgi képviselőház, a holland szenátus és képviselőház, az osztrák szövetségi tanács és a svéd parlament ugyanakkor indoklással ellátott véleményt terjesztett elő, melyek szerint a jogalkotási aktus tervezete nem egyeztethető össze a szubszidiaritás elvével.

Ezt követően intézményközi tárgyalásokra került sor, melyek eredményeként a Parlament tárgyalócsoportja 2016. április 19-én megállapodásra jutott a Tanács elnökségével. A Tanács első olvasatbeli álláspontját 2016. október 17-én, a megállapodással összhangban fogadta el.

A Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament értsen egyet a Tanács első olvasatban elfogadott álláspontjával és ezzel állapítsa meg, hogy a jogi aktus elfogadására a Tanács álláspontjával összhangban kerül sor.

Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Les trois rapports qui constituent le quatrième volet du paquet ferroviaire s'inscrivent dans la lignée de la libéralisation voulue du rail, sous tous ses aspects. Le fret français a déjà fait les frais de telles mesures, il est évidemment impensable de cautionner de tels textes. L'UE refuse toujours de comprendre que les peuples veulent des services publics efficaces et abordables, et la protection de leurs emplois. Le temps du libéralisme permanent, qui détruit le tissu social pour le profit de quelques-uns, doit s'achever. Contre.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport introduit une obligation de mise en concurrence, y compris pour les services publics qui doivent aussi être soumis, sauf trois exceptions mineures, au principe de concurrence et à l'appel d'offre. Il vise à ce que les compensations financières octroyées soient strictement proportionnées (contre les subventions déguisées).

À la demande des groupes, de gauche notamment, a été insérée dans le règlement l'obligation de se conformer aux règles sociales des États et des conventions collectives. Encore heureux que les entreprises doivent respecter la loi! Le fait de coucher sur le papier une telle évidence est la preuve qu'elle n'a pour but qu'un affichage politique. La multiplication des prestataires est en elle-même source de multiplication de fraudes et de dumping social, surtout en cas de trajets internationaux. Je vote donc contre ce rapport.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – In the light of Labour Party policy on public ownership of rail, and the lack of protection in the 'Political Pillar' measures for staff when services are contracted-out, I voted against this proposal as it provides for a framework for rights of 'open access' to rail lines for commercial train operators, as well as reinforcing a default position of mandatory tendering of passenger service contracts.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution législative sur l'ouverture du marché des services nationaux de transport de voyageurs par chemin de fer, qui s'inscrit dans le contexte du quatrième Paquet ferroviaire qui vise à rendre le rail européen davantage compétitif et plus sûr. La résolution approuve la position du Conseil et rappelle aux États membres qu'ils doivent pleinement respecter la directive concernant le maintien des droits des travailleurs en cas de transfert d'entreprises et qu'ils peuvent même aller au-delà de l'application de la directive en prenant des mesures supplémentaires de protection du personnel.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The 4th railway package will create a more competitive rail sector by encouraging competition and innovation in domestic passenger markets while meeting the targets to reduce emissions. I have voted for this recommendation regarding opening of the market for domestic passenger transport services by rail.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Предложението за изменение на Регламент (ЕО) № 1370/2007 съдържа много позитивни елементи, които биха подобрили качеството и ефективността на железопътните услуги в държави от Централна и Източна Европа. Въпреки това, не подкрепих неговото изменение, защото, наред с положителните компоненти, то включва клауза, която е против интереса на работниците в железопътните предприятия.

Модернизацията на железопътния транспорт има огромна добавена стойност, както за гражданите, така и за бизнеса в държави от региона на България, защото ще направи придвижването по-бързо, по-евтино и по-устойчиво. Тази модернизация обаче не може да се гради на гърба на служителите на предприятия, на които следва да се гарантират нормални условия на труд и сигурност.

Подкрепата за този регламент би означавала де факто подкрепа за клауза, която позволява масовото уволнение на работници от железопътни предприятия в случай на смяна на тяхната собственост. Именно поради тази причина не застанах зад изменението на този регламент.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Susțin această recomandare de adoptare a regulamentului privind deschiderea pieței pentru serviciile de transport feroviar intern pentru călători, deoarece aceasta are ca obiectiv stimularea competiției de pe piața europeană și îmbunătățirea serviciilor. Acest regulament face parte din cel de-al patrulea pachet feroviar și consider că introducerea, printre altele, a unor proceduri competitive obligatorii pentru atribuirea contractelor de prestări servicii va ajuta la îndeplinirea obiectivelor generale. De asemenea, cred că este important de subliniat faptul că, prin adoptarea acestui pachet, serviciile de transport feroviar de persoane vor fi alternative la alte tipuri de servicii de transport de persoane, mai puțin eficiente din punct de vedere al costurilor și al impactului asupra mediului.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Po schválení technické části železničního balíčku v dřívějších měsících tohoto roku jsem podpořil i jeho tržní část, která je nepochybně krokem dopředu, krokem k vytvoření skutečné konkurence na trhu s osobní železniční přepravou, z něhož budou těžit zejména cestující. Lze si v této souvislosti mírně povzdechnout nad relativně dlouhým přechodným obdobím, resp. odkladem účinnosti, když teprve od roku 2023 budou mít příslušné orgány (Ministerstvo dopravy ČR a kraje) povinnost zadávat smlouvy o veřejných službách v oblasti železniční dopravy prostřednictvím výběrových řízení otevřených pro všechny železniční podniky v EU, tedy včetně soukromých dopravců. Vzhledem k tomu, že v současné době je u nás 98 % trhu s dálkovými spoji pokryto smlouvami uzavřenými napřímo, tedy bez výběrového řízení, bude třeba výrazných změn k tomu, aby došlo k vytvoření férových konkurenčních podmínek. V konečném důsledku bude záležet na členských státech a na postoji Komise, jak přistoupí k uzákoněné možnosti udělovat výjimky z povinnosti vyhlašovat výběrová řízení pro zajišťování osobní železniční přepravy i po uplynutí přechodného období.

Cora van Nieuwenhuizen (ALDE), *in writing*. – This explanation of vote concerns amendment 10 to this report. The VVD Delegation in the European Parliament wholeheartedly supports the rights of disabled people, and is in favour of improving access for disabled people to public transport and other facilities in general. However, the VVD Delegation chose not to support this specific amendment as its adoption would imply a rejection of a crucial part of the railway package in second reading. This would lead to a disproportionate delay in the legislative process, which the people of Europe do not deserve. Moreover, it is unlikely that a reopening of the negotiations would lead to an alternative outcome concerning this specific issue.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich meiner Stimme enthalten, da es sich hier bloß um eine Wiederholung der Anlage zur legislativen Entschließung handelt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Muudatuste eesmärk on parandada raudtee-reisijateveoteenuste kvaliteeti ja tõhusust. Muudatused käsitlevad läbipaistvusnõudeid, sotsiaalsätteid, teavitus- ja järelvalveprotsesse ning raudteesektori eripärasid sisehangete puhul.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – Es inevitable legalmente evitar la adjudicación de los contratos de servicio público mediante licitación previa. Por tanto, esta solución negociada permite que el sistema sea más eficaz desde un punto de vista europeo y es por ello que he apoyado la propuesta.

En todo caso, quiero incidir en el hecho de que hablamos de uno de los grandes sectores estratégicos y que, por tanto, estaremos vigilantes para que no haya ningún menoscabo en los derechos de los trabajadores, en la calidad de los servicios ni en la seguridad en pro de la mera economía Hay que buscar el equilibrio entre la eficiencia, la calidad y las necesidades sociales que se cubren.

Recomendación para la segunda lectura respecto de la Posición del Consejo en primera lectura con vistas a la adopción de la Directiva del Parlamento Europeo y del Consejo que modifica la Directiva 2012/34/UE en lo que atañe a la apertura del mercado de los servicios nacionales de transporte de viajeros por ferrocarril y a la gobernanza de las infraestructuras ferroviarias

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Την τελευταία δεκαετία, τρεις νομοθετικές «δέσμες μέτρων για τους σιδηροδρόμους» είχαν ως στόχο να ανοίξουν τις εθνικές αγορές και να καταστήσουν τους σιδηρόδρομους πιο ανταγωνιστικούς και πιο διαλειτουργικούς σε επίπεδο ΕΕ. Για να ολοκληρωθεί το άνοιγμα της εγχώριας αγοράς σιδηροδρομικών μεταφορών επιβατών στον ανταγωνισμό, η Ευρωπαϊκή Επιτροπή πρότεινε την αναθεώρηση του ισχύοντος κανονισμού 1370/2007 διαγράφοντας τη δυνατότητα απευθείας ανάθεσης συμβάσεων δημόσιας υπηρεσίας.

Στην πρότασή της, η Ευρωπαϊκή Επιτροπή απηύθυνε ορισμένες προκλήσεις της αγοράς για νεοεισερχόμενους που τους εμποδίζουν να ανταγωνιστούν με τον κατεστημένο φορέα (π.χ. η SNCF, η SNCB, η Deutsche Bahn), όπως η έλλειψη πρόσβασης σε πληροφορίες που απαιτούνται για τη διευκόλυνση της επιτυχούς συμμετοχής στις διαδικασίες δημόσιων συμβάσεων ή η μη διαθεσιμότητα μιας αγοράς για το τροχαίο υλικό.

Ένα δεύτερο εμπόδιο εισόδου για τους νεοεισερχόμενους είναι η πρόσβαση στο τροχαίο υλικό. Υπερψήφισα την εν λόγω έκθεση, που υπογραμμίζει τη σημασία της βελτίωσης της ποιότητας των επιβατικών σιδηροδρομικών μεταφορών και την ενίσχυση της επιχειρησιακής αποτελεσματικότητάς τους, με τη βελτίωση κατά τον τρόπο αυτό της ανταγωνιστικότητας και της ελκυστικότητας του τομέα των σιδηροδρομικών μεταφορών έναντι άλλων τρόπων μεταφοράς και με την περαιτέρω ανάπτυξη του Ενιαίου Ευρωπαϊκού Σιδηροδρομικού Χώρου.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Το ΚΚΕ καταψήφισε τους τρεις κανονισμούς για τον «ενιαίο ευρωπαϊκό σιδηροδρομικό χώρο», τις επιβατικές σιδηροδρομικές μεταφορές και τους λογαριασμούς των σιδηροδρομικών επιχειρήσεων, που αποτελούν το λεγόμενο «4ο πακέτο» για την ενιαία σιδηροδρομική αγορά της και ολοκληρώνουν την πλήρη ιδιωτικοποίηση των σιδηροδρομικών μεταφορών στην ΕΕ και τα κράτη μέλη. Η παράδοση των σιδηροδρόμων, όλων των σχετικών δημόσιων υποδομών και δικτύων και του μεταφορικού έργου στους μεγάλους επιχειρηματικούς ομίλους υπηρετεί την περαιτέρω κερδοφορία των επιχειρηματικών ομίλων. Επιφέρει ένα ακόμη σοβαρό χτύπημα στους όρους εργασίας και τα εργασιακά δικαιώματα των εργαζομένων στους σιδηροδρόμους. Χειροτερεύει δραστικά την ποιότητα και ασφάλεια των σιδηροδρομικών μεταφορών, εκτοξεύει στα ύψη τις τιμές των εισιτηρίων για τη λαϊκή οικογένεια. Τα συμφέροντα του κεφαλαίου υπηρετεί και η συγκυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ με την παραχώρηση σε ιδιώτες της ΤΡΑΙΝΟΣΕ, στα πλαίσια της συνολικής αντιλαϊκής πολιτικής της, του 3ου και των προηγούμενων μνημονίων, που χαράζει μαζί με την ΕΕ και το ΔΝΤ και με συμφωνία των άλλων κομμάτων της αστικής διαχείρισης. Για να γίνουν οι σιδηρόδρομοι και συνολικά οι μεταφορές χερσαίες, θαλάσσιες και εναέριες λαϊκή περιουσία, στην υπηρεσία των λαϊκών αναγκών, η πάλη των εργαζομένων πρέπει να βάλει στο στόχαστρο την ίδια την εξουσία των μονοπωλίων, την ιμπεριαλιστική ένωσή τους, την ΕΕ, για ριζικές αλλαγές στην εξουσία και την οικονομία.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour la motion de rejet sur le règlement sur les services publics de transport de voyageurs par chemin de fer.

Le groupe des Socialistes et Démocrates a obtenu plusieurs avancées sur ce texte, notamment pour permettre aux autorités locales d'attribuer les contrats de service public directement alors que la Commission voulait rendre obligatoire la mise en concurrence. C'était un enjeu fondamental pour laisser les marges de manœuvre nécessaires aux collectivités afin de décider le mode d'organisation des services publics dans les transports.

Cependant, je regrette profondément que ce texte n'intègre pas de garanties sociales fortes pour s'assurer que la concurrence ne se fasse pas au détriment des travailleurs. Le Groupe des Socialistes et Démocrates a aussi redéposé un amendement en plénière pour réintroduire le transfert obligatoire. Malheureusement, la droite a bloqué cet amendement qui aurait pourtant permis de véritablement protéger les travailleurs en cas d'ouverture du marché, pour que la concurrence n'alimente pas le moins-disant social.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ritengo un passo fondamentale per lo sviluppo dei trasporti europei che anche il settore ferroviario sia ora dotato di un quadro normativo comunitario che ne possa facilitare la competitività.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — The general objective of the Commission proposal for an amendment of Regulation (EC) 1370/2007 is to improve the quality of rail passenger services and to enhance their operational efficiency. This should improve the competitiveness and attractiveness of rail vis-à-vis other modes of transport and develop further the single European railway area. I voted in favour of this report because the tabled recommendations will deliver a more resilient and flexible market for domestic passenger transport services by rail.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Opći cilj prijedloga Komisije za izmjene i dopune Uredbe (EZ-a) 1370/2007 u pogledu otvaranja tržišta za usluge domaćeg željezničkog prijevoza putnika je poboljšati kvalitetu željezničkih putničkih usluga, a kako bi se poboljšala operativna učinkovitost željezničkog prometa. To bi trebalo poboljšati konkurentnost i atraktivnost željezničkog prometa i daljnji razvoj jedinstvenog europskog željezničkog prostora. Da bi se ostvario taj cilj, Komisija predlaže obvezno uvođenje kompetitivnog nadmetanja za ugovore o javnim uslugama što je praćeno mjerama kojima bi se osigurali povoljni okvirni uvjeti natječajnih postupaka, uključujući pravila o pristupu voznog parka. Prijedlog Komisije je usko povezan s predloženim izmjenama i dopunama Direktive 2012/34/EU o uspostavi jedinstvenog europskog željezničkog prostora, koji uvodi otvoreno pravo pristupa za željezničke prijevoznike i kojim se ojačavaju odredbe koje se odnose na upravljanje infrastrukturom u pogledu jačanja nediskriminirajućeg pristupa infrastrukturi željezničkih operatera. Time će željeznički prijevoz biti jednostavniji i dostupniji svim građanima.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Regulacija o obvezama obavljanja javnih usluga pruža zakonodavni okvir za usluge željezničkog i cestovnog prijevoza putnika na domaćem tržištu. Regulacijom se kani dovršiti otvaranje tog tržišta, odstraniti mogućnost izravnog dodjeljivanja ugovora o javnim uslugama. Mnoge prepreke, poput nemogućnosti pristupa potrebnim informacijama ili nedostupnosti tržišta za željeznička vozila, potrebno je ukloniti.

Zato podržavam uvođenje redovito ažuriranih takozvanih transportnih planova, gdje će nadležna tijela prikazati sve vidove prijevoza relevantne na teritoriju za koji su odgovorne. Pozdravljam što će javna nadmetanja sada postati pravilo te će njihova transparentnost biti ojačana kroz pojednostavljeni pristup ključnim podacima – efikasnije procedure javne nabave ključne su za pravilno funkcioniranje kompetitivnog tržišta.

Potrebno je ustanoviti bolju zaštitu radnih uvjeta za radnike u tom sektoru te veću sigurnost zaposlenja pri konkurentnom javnom nadmetanju. Ta dodana vrijednost socijalne dimenzije revizije obveza važna je S&D grupi i nastaviti ćemo raditi na tome – harmonizacija socijalne zaštite na europskoj razini samo je još jedan aspekt borbe za prava radnika, najvažnijeg cilja S&D grupe.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta proposta integra o quarto pacote ferroviário da UE e centra-se na alteração do Regulamento (CE) n.º 1370/2007. Objetivo enunciado: melhorar a qualidade dos serviços ferroviários de passageiros e aumentar a sua eficiência operacional, de modo a melhorar a competitividade e a atratividade do transporte ferroviário em relação a outros modos de transporte e desenvolver o espaço ferroviário europeu único. Paleio bem conhecido.

Para atingir este objetivo, a Comissão propôs introduzir o concurso obrigatório para os contratos de serviço público, a fim de intensificar a pressão concorrencial nos mercados ferroviários nacionais. Ou seja, conjugando com a proposta do espaço ferroviário europeu, abre à concorrência internacional os sistemas ferroviários nacionais, já completamente desregulamentados. Mais um passo na crescente concentração monopolista no sector.

Não deixa de ser paradoxal que se fale em «melhorar a competitividade e a atratividade do transporte ferroviário em relação a outros modos de transporte», utilizando para tal uma maior liberalização, quando o que as estatísticas mostram é que a liberalização só contribuiu para a perda de atratividade. A este respeito convém referir que, desde 1988, Portugal perdeu 43% de passageiros.km (pk); no mesmo período, a Alemanha ganhou 24% e a França 35%. Obviamente votámos contra.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Popieram wypracowane rozwiązania kompromisowe odnośnie do filaru politycznego IV pakietu kolejowego. W zakresie rozporządzenia ws. PSO, jestem zadowolony z zachowania możliwości bezpośredniego udzielania zamówień w wyjątkowych przypadkach, utrzymania korzystnej definicji „władz lokalnych", co umożliwi przydzielanie bezpośrednie przez samorządy województw umów PSO podmiotom wewnętrznym (utworzonym przez siebie spółkom przewozowym, takim jak Koleje Mazowieckie czy Koleje Wielkopolskie) fakultatywności zapewniania dostępu do taboru, zapewnienia możliwości realizacji już zawartych długookresowych umów PSO (przez czas na który zostały zawarte). Niniejszym poparłem wypracowany kompromis.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il était nécessaire de moderniser l'accès au marché national des opérateurs ferroviaires. Les voyageurs attendent une offre plus compétitive (qualité/prix) et nous sommes aujourd'hui en capacité de leur délivrer. Cette ouverture à la concurrence devra néanmoins être encadrée afin d'assurer le plus haut niveau de qualité de services.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to reject the proposals at second reading on the Fourth Railway Package because this would inevitably lead to the UK Government and the government of Member States having their hands tied with regards to the awarding of competitive tenders. It is not for the EU to determine what may be constituted as competitive in a Member State without fully understanding the economic climate of that Member State and what implications any restriction or forced competitive process may have.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour la motion de rejet sur le règlement sur les services publics de transport de voyageurs par chemin de fer.

Le groupe des Socialistes et Démocrates a obtenu plusieurs avancées sur ce texte, notamment pour permettre aux autorités locales d'attribuer les contrats de service public directement alors que la Commission voulait rendre obligatoire la mise en concurrence. C'était pour moi un enjeu fondamental pour laisser les marges de manœuvre nécessaires aux collectivités afin de décider le mode d'organisation des services publics dans les transports.

Cependant, je regrette profondément que ce texte n'intègre pas de garanties sociales fortes pour s'assurer que la concurrence ne se fasse pas au détriment des travailleurs. Tout au long des négociations, je me suis engagée pour que le principe du transfert obligatoire en cas de changement d'opérateur soit intégré dans le texte. Le Groupe des Socialistes et Démocrates a aussi redéposé un amendement en plénière pour réintroduire le transfert obligatoire. Malheureusement, la droite a bloqué cet amendement qui aurait pourtant permis de véritablement protéger les travailleurs en cas d'ouverture du marché, pour que la concurrence n'alimente pas le moins-disant social.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – J'ai soutenu comme une large majorité de la plénière le rapport Van De Camp qui modifie le règlement (CE) nº 1370/2007 en ce qui concerne l'ouverture du marché des services nationaux de transport de voyageurs par chemin de fer.

Les principaux éléments de l'accord trouvés avec le Conseil visent le maintien des missions de service public, la compensation liée à l'incidence financière nette des obligations de service public et les dispositions sociales, y compris les droits et obligations ayant trait au transfert du personnel. Autant de sujets potentiellement explosifs mais qui ont fait l'objet de compromis savamment pesés.

Certaines priorités importantes pour mon groupe politique ont été prises en compte par cet accord de Trilogue, ce qui est une bonne nouvelle. Il s'agit de la forte réduction des clauses d'attribution directe, en dehors donc d'une véritable procédure d'appel d'offres et de la disposition qui prévoit pour le voyageur un meilleur accès au matériel roulant. Est-il besoin de rappeler que si le prix moyen du billet de train a augmenté de 42,6 % entre 2005 et 2015, l'indice de satisfaction a, au cours de la même période, globalement diminué chez les voyageurs ? Ces derniers méritent souvent le titre d'aventuriers du rail.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Palaikiau šį pasiūlymą. Nors juo ir atmetama Tarybos pozicija, jis kartu iš tiesų sudaro kur kas didesnes galimybes atverti ES geležinkelio rinką. Jame derama vieta skiriama socialinėms darbuotojų teisėms, nacionaliniams valstybių narių geležinkelio plėtros planams ir kitiems svarbiems rinkos reguliavimo aspektams.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – Le groupe des Socialistes et Démocrates a obtenu gain de cause sur plusieurs points cruciaux au cours des travaux législatifs. Tout d'abord, la mise en concurrence des contrats de service public ne sera pas obligatoire, de sorte que les personnes publiques pourront directement conclure de tels contrats sans qu'une procédure d'appel d'offres ne soit mise en œuvre. Par ailleurs, l'accès des opérateurs privés à l'infrastructure ferroviaire pourra être limité s'il met en péril les marges d'un opérateur ayant une mission de service public. Ces deux avancées garantissent la pérennité des services publics, la cohésion des territoires ainsi que l'accès de tous à l'infrastructure ferroviaire. En revanche, la position du Conseil n'est pas acceptable d'un point de vue social. Cette dernière ne prévoit pas de transfert automatique et obligatoire du personnel en cas de changement d'opérateur, et le groupe majoritaire au Parlement a fait obstacle à l'adoption d'un amendement en ce sens. Dès lors, la protection des travailleurs n'est pas assurée de manière adéquate. C'est pourquoi j'ai voté pour la motion de rejet de la position du Conseil sur le règlement concernant l'ouverture du marché des services nationaux de transport de voyageurs par chemin de fer.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta proposta legislativa faz parte também do quarto pacote ferroviário e visa alterar o regulamento nº 1370/2007, com o objetivo de melhorar a qualidade dos serviços de transporte ferroviário de passageiros e reforçar a sua eficiência operacional. Alcançando esses objetivos, será possível alcandorar um aumento da competitividade e da atratividade deste transporte no quadro daquilo que é o espaço ferroviário europeu único.

Para tal, importa então proceder a um conjunto de alterações regulamentares, que se prendem, designadamente, com a introdução de concursos públicos que promovam uma concorrência leal e melhorem a qualidade do serviço prestado aos passageiros.

Das negociações interinstitucionais travadas a este respeito, foi possível chegar a um acordo, cujo teor contém elementos específicos relativas às obrigações de serviço público e respetivas compensações financeiras, bem como disposições de carácter social e laboral, prestação de informações e outros elementos que se caracterizam pela transparência, simplificação e não discriminação de procedimentos.

Tendo em conta que se trata de alterações substantivas que aportarão benefícios à qualidade dos serviços de transporte ferroviário dentro do espaço europeu único que partilhamos, o meu voto foi favorável à aprovação deste relatório.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über die Öffnung des Marktes für inländische Personenverkehrsdienste auf der Schiene gestimmt.

Die Verordnung sieht vor, dass es eine Ausschreibung für öffentliche Dienstleistungsaufträge geben soll. Diese Ausschreibung soll bewirken, dass der Wettbewerbsdruck auf die Binnenschienenmärkte steigt und dadurch eine höhere Effizienz bzw. Qualität der Schienenverkehrsdienste gewährleistet wird.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Kompromisní text vyjednaný mezi Evropským parlamentem a Radou politického pilíře tzv. 4. železničního balíčku je kompromisem velmi citlivého tématu. V průběhu uplynulých let jsme mnohokrát slyšeli argumenty pro i proti dalšímu otevírání trhů. Zastánci liberalizace hovoří o tlaku na větší efektivitu v konkurenčním prostředí, její odpůrci argumentují příklady, kdy proběhlá liberalizace nezajistila z dlouhodobého hlediska ani lepší a bezpečnější služby cestujícím, ani důstojnější podmínky zaměstnanců. Spíše naopak. Pravidla pro otevírání trhů musí být proto jasná i s ohledem na standardy kvality a sociální standardy zaměstnanců. Levnější nemusí být nutně lepší, a pokud by mělo otevření trhů znamenat prekarizaci a zhoršení podmínek zaměstnanců, byla by to prohra pro celý železniční sektor.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar directamente este informe, pero he apoyado una enmienda de rechazo al conjunto y otras que buscaban garantizar los derechos de los trabajadores y del servicio público frente a la privatización del ferrocarril. Por desgracia, el resultado de las votaciones ha sido favorable en importar el modelo del ferrocarril británico al resto de la Unión, por lo que el transporte doméstico de pasajeros se abrirá progresivamente a partir de 2020 a los operadores privados con lo que ella conlleva: precios más elevados, menor seguridad, falta de planificación, reducción del peso del tren convencional (especialmente en las regiones menos pobladas) y precarización de las condiciones laborales, con la intervención recurrente de las autoridades públicas para rescatar a las compañías privadas que se repartirán el pastel.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Il nuovo regolamento prevede la progressiva apertura dei mercati ferroviari nazionali del trasporto passeggeri: le autorità competenti dovranno d'ora in avanti assegnare i contratti di servizio pubblico attraverso gare d'appalto aperte a tutte le imprese ferroviarie. A tal proposito, sono previste norme più chiare per la definizione degli obblighi di servizio pubblico e del loro campo di applicazione e disposizioni in materia di protezione dei lavoratori in caso di cambiamento dell'operatore. Considerando gli attesi effetti positivi sulla competitività e sulla sostenibilità del settore ferroviario e il conseguente impulso alla crescita economica, ho deciso di esprimermi a favore.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to reject the proposals at second reading on the Fourth Railway Package because this would inevitably lead to the UK Government and the government of Member States having their hands tied with regards to the awarding of competitive tenders. It is not for the EU to determine what may be constituted as competitive in a Member State without fully understanding the economic climate of that Member State and hat implications any restriction or forced competitive process may have.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted against the compulsory opening-up of railway contracts across Europe to private sector operators, as the new laws do not provide protection for rail workers' terms and conditions when services are contracted out and also do not ensure good staffing standards on privately-run services.

The PSO Regulation is part of the 'political pillar' of the 4th Railway Package. The political pillar essentially seeks to update existing legislation in order to mandate further 'opening' of the European rail market and expose more elements to competition. The new regime would apply in principle from the end of 2019, subject to some transitional protection.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Predlogi sprememb želijo doseči izboljšanje kakovosti storitev železniškega potniškega prevoza in povečati njihovo operativno učinkovitost. To bi moralo pomeniti večjo konkurenčnost in privlačnost železniškega sektorja v primerjavi z drugimi vrstami prevoza ter korak naprej v razvoju enotnega evropskega železniškega območja.

A žal poročilo vsebuje preveč pomanjkljivosti, da bi ga lahko sam podprl. Predlog novih predpisov določa, da morajo biti pogodbe o izvajanju javne službe v železniškem prometu sklenjene na podlagi razpisnih postopkov, odprtih za konkurenco. A uredba ob tem vsebuje precej izjem od tega načela in dopušča sklepanje pogodb neposredno ali po poenostavljenem postopku v kar nekaj primerih, kar pomeni, da bodo lahko države članice sčasoma ohranile svoje nacionalne sisteme.

Problematično se mi zdi tudi, da uredba ne vključuje določbe o določanju zavezujočih kriterijev v razpisih za javne službe, ko gre za krepitev okoljskih in socialnih vidikov, pa tudi o določanju minimalne kvalitete javnih storitev.

Prav tako smo si želeli močnejše besedilo glede pravic potnikov, socialnih in zaposlitvenih pogojev ter dostopnosti, kar pa ni bilo doseženo. Zaradi vseh omenjenih razlogov sem glasoval proti.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – V rámci budovania jednotného európskeho železničného priestoru sa zameriavame aj na skvalitnenie služieb poskytovaných vo vnútroštátnej doprave. Kvalita a cena úzko súvisia s konkurenciou. V tejto úprave zvyšujeme transparentnosť vo verejných obstarávaniach, ktoré súvisia so službami koľajovej dopravy.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Prijedlog Komisije je izmjena Uredbe (EZ) br. 1370/2007 te poboljšanje kvalitete usluga željezničkog prijevoza putnika i njegove učinkovitosti. Time bi se trebala unaprijediti konkurentnost i atraktivnost željeznice u odnosu na druge vrste prijevoza i omogućiti razvoj jedinstvenog Europskog željezničkog prostora.

Opći cilj je uvođenje obveznog konkurentnog javnog nadmetanja za pružanje javnih usluga kako bi se pojačao pritisak konkurencije na domaće željezničke prijevoznike sa svrhom poboljšanja učinkovitosti i kvalitete usluga.

Nakon usvajanja stajališta Parlamenta u prvom čitanju, započeli su međuinstitucijski pregovori s ciljem postizanja ranog sporazuma u drugom čitanju. Također, ugovori o javnim željezničkim uslugama moraju se dodijeliti na temelju konkurentnog postupka nadmetanja.

Prihvaćam i glasujem da pravni akt stupi na snagu budući da je prvo čitanje Vijeća u suglasnosti sa sporazumom koji je postignut tijekom međuinstitucijskih pregovora te bi ga trebalo prihvatiti bez izmjena i dopuna.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za priporočilo za drugo obravnavo o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe v zvezi z odprtjem trga za notranje storitve železniškega potniškega prevoza. S to spremembo uredbe, ki je del tržnega stebra četrtega železniškega paketa, bomo izboljšali kakovost storitev železniškega potniškega prevoza in povečali njihovo operativno učinkovitost. Podpiram povečanje konkurenčnosti na področju železniškega sektorja v primerjavi z drugimi vrstami prevoza. S tem bomo naredili pomemben korak v razvoju enotnega evropskega železniškega območja.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem návrh, který je pro přijetí nařízení Evropského parlamentu a Rady, kterým se mění nařízení (ES) č. 1370/2007, pokud jde o otevření trhu vnitrostátních služeb v přepravě cestujících po železnici. Tento návrh má zejména za cíl zavést společná pravidla týkající se uzavírání smluv o veřejných službách v oblasti osobní železniční dopravy. Jedná se o důležitý krok, který napomůže dokončit liberalizaci osobní železniční dopravy. Návrh také napomůže zlepšení životního prostředí, kvality služeb a zlevnění cen pro zákazníky. Mimo jiné při otevírání trhu budou členské státy brát zřetel na adekvátní sociální ochranu zaměstnanců.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η εν λόγω πρόταση επιβάλλει στις αρμόδιες αρχές να διασφαλίζουν ότι οι προδιαγραφές των υποχρεώσεων παροχής δημόσιας υπηρεσίας και η σχετική αποζημίωση του καθαρού οικονομικού αποτελέσματος των υποχρεώσεων παροχής δημόσιας υπηρεσίας θα επιτυγχάνουν τους στόχους της πολιτικής δημόσιων μεταφορών κατά τρόπο οικονομικά αποδοτικό. Επιπλέον, το ύψος της αποζημίωσης θα πρέπει να διασφαλίζει την οικονομική βιωσιμότητα της παροχής δημόσιων επιβατικών μεταφορών, σύμφωνα με τις απαιτήσεις που προβλέπονται στο πλαίσιο της πολιτικής δημόσιων μεταφορών σε βάθος χρόνου. Δεν δίδεται έτσι η δυνατότητα στα κράτη μέλη να αποφασίζουν για την παροχή δημόσιων αγαθών έστω και με οικονομικά ασύμφορους όρους στους πολίτες τους στο πλαίσιο της κοινωνικής τους πολιτικής.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Bizottság az 1370/2007/EK rendelet módosításával a vasúti személyszállítási szolgáltatások minőségének javítását és működési hatékonyságának fokozását tűzte ki célul. Ennek egyik elemeként a Bizottság a közszolgáltatási szerződések kötelező versenytárgyaláson alapuló pályáztatását javasolja. Emellett az illetékes hatóságok kötelesek lennének egyértelműen meghatározni a személyszállítási közszolgáltatásban alkalmazandó közszolgálati kötelezettségekre vonatkozó előírásokat, valamint azok alkalmazási körét, így például az illetékes hatóságok a költségeket fedező szolgáltatásokat összevonhatnák a költségeket nem fedező szolgáltatásokkal. Ez lényegében a közszolgálati kötelezettségek működése nettó pénzügyi hatásainak kompenzálása, költséghatékony módon. A tervezet rendelkezik szociális szempontokkal is, például hogy a közszolgáltatóknak eleget kellene tenniük a szociális és a munkajog terén alkalmazandó, jogszabályokban, illetve kollektív szerződésekben megállapított kötelezettségeknek.

Mindezek ellenére úgy vélem, hogy ez a második olvasati fázisban levő előterjesztés túlságosan fel lett vizezve, hisz a vasúti piaci liberalizációnak akkor van értelme, ha az nyílt versennyel és a munkavállalók szociális és munkaügyi védelmével párosul. Ezek nem jelentek meg markánsan a jelenlegi előterjesztésben – köszönhetően a néppárti törekvéseknek –, így ezt ilyen formában nem tartottam elfogadhatónak.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Transportul feroviar intern de călători este important din punct de vedere social, dar și din perspectiva mediului, a mobilității indivizilor și a siguranței călătorilor. Transformarea transportului feroviar intern de călători într-o ramură industrială modernă a UE poate fi posibilă prin cooperarea statelor membre în realizarea spațiului feroviar unic european, utilizându-se modele feroviare care și-au demonstrat deja eficacitatea pe teritoriul comunității. La nivel național, în mod evident, rolul central al organizării serviciilor de transport feroviar intern de călători revine autorităților competente, care trebuie să-și îndeplinească obiectivele politicii privind transportul public de călători de pe teritoriul lor. Planurile multimodale de transport public trebuie să fie sustenabile, coerente și eficiente, astfel încât să asigure, în mod rentabil, servicii de transport feroviar de calitate și eficiente, conform criteriilor: punctualitatea, rentabilitatea, frecvența serviciilor, satisfacția clienților, calitatea materialului rulant și partajarea modală a transportului public. Sunt de acord cu faptul că operatorii de servicii publice trebuie să respecte anumite standarde sociale, caietele de sarcini și contractele de servicii publice, în cazul în care autoritățile competente solicită acest lucru, oferind detalii privind drepturile contractuale ale personalului și condițiile în care angajații sunt considerați ca fiind legați de serviciile respective.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Per ansamblu, regulamentul privind operatorii de servicii publice pune bazele unui sistem feroviar dinamic și eficient care, pe termen lung, va putea să asigure competitivitatea acestui mod de transport în raport cu cel rutier. Cel mai important, introducerea unui sistem de licitații care au la bază criterii de eficiență și transparență va încuraja participarea investitorilor din sectorul privat, ceea ce, în final, va însemna servicii mai bune pentru pasageri.

Cu toate acestea, este important însă ca eforturile de a reforma sistemul feroviar să nu erodeze drepturile sociale ale lucrătorilor din acest domeniu. Dimensiunea socială a regulamentului de față este indispensabilă pentru un sistem de transport funcțional, ceea ce obligă instituțiile europene să încerce să ofere garanții pentru drepturile lucrătorilor în situațiile în care are loc schimbarea operatorilor.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I opposed the motion for rejection as well as the amendments that were tabled in order to support the agreement the European Parliament reached with the Council and the Commission. The text will gradually make public tendering compulsory for the attribution of railway routes under public service obligations – such public tendering will increase the transparency of the procedure and should incentivise railway undertakings to provide ever better services to the passengers. Public tendering will also favour the emergence of new railway undertakings. Throughout the negotiations I aimed at setting up strict safeguards to allow public authorities to directly award the route to a specific operator, to set clear rules as concerns the accessibility of rolling stock and a shorter transitional period. In the end, I am satisfied with the deal that we managed to sign.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Tržišni stup četvrtog željezničkog paketa teži unaprjeđenju konkurentnosti željezničkog sektora i kvaliteti željezničkih usluga kroz uvođenje konkurentnog javnog nadmetanja za ugovore o željezničkim uslugama, a sastoji se od tri zakonodavna prijedloga, medu kojima je i izmjena Uredbe u pogledu otvaranja tržišta za usluge domaćeg željezničkog prijevoza putnika.

Predloženim izmjenama postavljena su jasnija pravila vezana uz definicije obaveza javnih servisa i njihov opseg primjene te će se na ekonomičan način ostvarivati ciljevi politike javnog prijevoza, prije svega financijska održivost pružanja usluga javnog prijevoza putnika. Dodane su odredbe o socijalnoj zaštiti zaposlenika u slučaju promjene operatera javnih usluga te se postiže usklađenost sa standardima kvalitete i socijalnim standardima. Budući da smatram da će predložene izmjene doprinijeti pojednostavljenom i transparentnom postupku liberalizacije željezničkog sektora, podržala sam ovo izvješće.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o stališči Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe (ES) št. 1370/2007 v zvezi z odprtjem trga za notranje storitve železniškega potniškega prevoza sem podprla. Splošni cilj predloga Komisije o spremembi Uredbe (ES) 1370/2007 je izboljšati kakovost storitev železniškega potniškega prevoza in povečati njihovo operativno učinkovitost. To bi moralo pomeniti večjo konkurenčnost in privlačnost železniškega sektorja v primerjavi z drugimi vrstami prevoza ter korak naprej v razvoju enotnega evropskega železniškega območja.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I will abstain on the Public service obligation report. The reason for this is that there is no real improvement of the situation compared to the Recast of the 1st railway package.

The European regulator is still not in existence, the regulatory barriers to market access will remain present. There is no real opening of the market and tender will remain a fiction because Member States can appeal to the 'economic equilibrium' argument and many exceptions exist to tender and real opening of the market.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le rapport «concurrence» (Van de Camp) introduit une obligation de mise en concurrence y compris dans les cas de service public qui doit aussi être soumis, sauf trois exceptions mineures, au principe de concurrence et à l'appel d'offre. Il vise à ce que les compensations financières octroyées soient strictement proportionnées (contre les subventions déguisées).

La multiplication des prestataires est en elle-même source de multiplication de fraudes et de dumping social, surtout en cas de trajets internationaux.

J'ai voté contre ce rapport.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Projekt ma szereg błędów, które po skumulowaniu dają negatywny obraz zmian. Podstawowym błędem jest to, że kolej zawsze jest strategiczną spółką państwową. Co za tym idzie każde państwo powinno decydować we własnym zakresie czy w tej branży chce otworzyć się na kapitał prywatny. Dlatego nie poparłem proponowanych zmian.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az általános célkitűzés elérése érdekében a Bizottság a belföldi vasúti piacok versenykényszerének fokozása érdekében a közszolgáltatási szerződések kötelező versenytárgyaláson alapuló pályáztatását javasolja. A cél a vasúti személyszállítási szolgáltatások hatékonyságának fokozása és minőségének javítása. Ezeket az intézkedéseket olyan rendelkezések kísérik, amelyek biztosítják a versenytárgyaláson alapuló pályáztatási eljárásoknak kedvező keretfeltételeket, ideértve a vasúti járművekhez való hozzáférésre vonatkozó szabályokat is. Voksommal az S&D álláspontját követtem.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos presentado una enmienda de rechazo y varias enmiendas de contenido contra esta modificación del Reglamento, que obliga a sacar a concurso la gestión de las líneas operadas bajo contratos de servicio público, subvencionados con fondos públicos. Entiendo que no había ningún motivo para modificar este texto, que hasta hoy permitía que cada Estado miembro, atendiendo a sus propias necesidades, elija qué contratos quiere abrir a concurso público y qué contratos otorga directamente al operador público nacional. Además, nos hemos hecho eco de las reivindicaciones de los sindicatos de toda Europa por la grave desprotección en que quedarán los trabajadores en los casos de cambio de operador tras un nuevo contrato. El único objetivo al que responde este nuevo texto es la obligación de garantizar abierta competencia entre todos los operadores que potencialmente estén presentes en el mercado, competencia que previsiblemente tendrá lugar a expensas de las arcas públicas, de los elementos esenciales del servicio público y de las condiciones laborales. Por todo ello he votado a favor de la propuesta de rechazo del informe.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted against because the tendering process is not delivering for passengers and this new package will not help matters. There are insufficient binding criteria to ensure environmental and social standards are met, and the minimum service quality criteria are not strong enough to ensure public services are of real benefit to users.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante este acuerdo, las autoridades públicas mantienen un margen para definir las obligaciones de servicio público en el área del ferrocarril, que deben ser coherentes con los objetivos estratégicos en materia de transporte. El texto incluye el principio de proporcionalidad, ya asentado en el acervo comunitario. Desde un punto de vista económico, las nuevas reglas contienen una serie de provisiones que tratan de buscar un equilibro entre la eficiencia en la prestación del servicio y la garantía de la viabilidad económica a largo plazo de las empresas responsables. Por todas estas razones, y con el objetivo último de contribuir a incrementar la eficacia y la competitividad de los servicios de transporte ferroviario en la Unión, he apoyado este acuerdo emitiendo un voto

positivo.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar directamente este informe, pero he apoyado una enmienda de rechazo al conjunto y otras que buscaban garantizar los derechos de los trabajadores y del servicio público frente a la privatización del ferrocarril. Por desgracia, el resultado de las votaciones ha sido favorable en importar el modelo del ferrocarril británico al resto de la Unión, por lo que el transporte doméstico de pasajeros se abrirá progresivamente a partir de 2020 a los operadores privados con lo que ella conlleva: precios más elevados, menor seguridad, falta de planificación, reducción del peso del tren convencional (especialmente en las regiones menos pobladas) y precarización de las condiciones laborales, con la intervención recurrente de las autoridades públicas para rescatar a las compañías privadas que se repartirán el pastel.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde tegen omdat de bevoegde instanties (competent authorities - CA) verplicht worden de PSO-specificaties in het openbaar passagiersvervoer duidelijk te definiëren, met inbegrip van de betrokken geografische gebieden.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A proposta da Comissão que altera o Regulamento (CE) n.º 1370/2007 tem como objetivo geral melhorar a qualidade dos serviços ferroviários de passageiros e aumentar a eficiência operacional. Isso deve supostamente reforçar a competitividade e a atratividade do transporte ferroviário em comparação com outros modos de transporte e para continuar o desenvolvimento do Espaço Ferroviário Único Europeu.

Contudo, na prática, a Comissão propôs a introdução de um requisito de concorrência entre os contratos de serviço público, a fim de intensificar a pressão competitiva ao nível dos mercados ferroviários nacionais, pressionando em baixa normas de segurança, direitos e qualidade dos serviços.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das 4. Eisenbahnpaket zielt auf eine marktpolitische Liberalisierung des europäischen Eisenbahnsektors. Durch die Anwendung einer generellen Ausschreibungspflicht im Bereich der Auftragsvergabe sollen öffentliche Gelder eingespart und Marktzugangsbarrieren für kleinere Wettbewerber abgebaut werden. In Ausnahmefällen darf jedoch von der generellen Ausschreibungspflicht abgesehen und Aufträge dürfen direkt vergeben werden.

In Zukunft müssen Infrastrukturbetreiber effektiv unabhängig sein, um einen gleichberechtigten Zugang von Eisenbahnunternehmen zur Infrastruktur gewährleisten zu können. Eisenbahnunternehmen müssen nach wie vor Unionsrecht, nationales Recht und Tarifverträge einhalten.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – European railways are in need of urgent modernisation and more competition in order for them to become a genuine alternative to road transport. While the technical aspects of the railway reform were already voted on a few months ago, today the European Parliament voted on three reports addressing the political aspects. After three years of difficult negotiations between the Parliament and the Member States, Socialists and Democrats, including Labour MEPs, decided to reject the compromise reached with the Council on one of the reports, on the opening of the market for domestic passenger transport services. During the negotiations, the Council completely dismissed the demand by the European Parliament to ensure the mandatory transfer of staff in cases of change of provider in the public sector. Labour MEPs back railway modernisation, but not at the expense of workers.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji tento návrh, který se vztahuje ke čtvrtému železničnímu balíčku. Aby bylo dosaženo kvalitnějších a lepších železničních služeb na celoevropské úrovni, je potřeba vytvořit jednotný železniční prostor, který bude založen na otevřeném a nediskriminačním přístupu k železniční infrastruktuře. Právě toto řeší předložený návrh zabývající se jednak závazky služeb pro veřejnou přepravu cestujících, ale i finančními a sociálními aspekty železniční dopravy. Za důležité považuji i to, že návrh jasně a transparantně popisuje, jakým způsobem má probíhat nabídkové řízení o veřejných službách.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Odporúčanie k pozícii Rady na účely prijatia nariadenia, ktorým sa zmenia pravidlá, pokiaľ ide o otvorenie trhu so službami vnútroštátnej železničnej osobnej dopravy, som podporila. Opäť ide o súčasť štvrtého železničného balíčka. Návrhmi v oblasti železničnej dopravy Európska komisia všeobecne sleduje zlepšenie kvality služieb železničnej dopravy a posilnenie ich prevádzkovej efektívnosti. V dôsledku zavedených zmien by sa medziiným mala zlepšiť konkurencieschopnosť a atraktívnosť železničnej dopravy vo vzťahu k iným druhom dopravy a zabezpečiť ďalší rozvoj jednotného európskeho železničného priestoru. Trh domácich pasažierov železníc je totiž už posledným sektorom, ktorý ešte nebol liberalizovaný. Myslím si, že konečný dohodnutý text je veľmi vyvážený a napriek tomu, že obsahuje ešte stále mnohé výnimky či dlhé doby na uplatňovanie tohto nariadenia, vzhľadom na zložitosť upravovaného odvetvia nie je možné tieto malé nedostatky tvorcom vyčítať. Verím však, že aj napriek tomu toto zmenené nariadenie splní svoj cieľ a prinesenie mnohé zlepšenia a výhody pre cestujúcich.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – U svrhu povećanja transparentnosti podržavam ovo izvješće kolege Wim van de Campa i prijedlog uvođenja obveznog javnog nadmetanja za pružanje javnih usluga željezničkog prijevoza putnika. Poboljšanje kvalitete usluga željezničkog prijevoza putnika i njegove učinkovitosti moguće je isključivo povećanjem pritiska konkurencije na domaće prijevoznike, ali je taj sustav potrebno učiniti transparentnim.

U skladu s ciljem povećanja transparentnosti, smatram prihvatljivim da nadležna tijela na nacionalnim razinama jasno utvrde specifikacije za obveze obavljanja javnih usluga u javnom prijevozu putnika i područje njihove primjene te zajamče da se usluga obavlja na ekonomičan način.

Svim navedenim izmjenama Uredbe u izvješću moguće je i realno za očekivati da će se unaprijediti konkurentnost i atraktivnost željeznice te omogućiti razvoj jedinstvenog europskog željezničkog prostora.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Priporočilo za drugo obravnavo o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe (ES) št. 1370/2007 v zvezi z odprtjem trga za notranje storitve železniškega potniškega prevoza.

Predlog Komisije o spremembi Uredbe (ES) 1370/2007 podpiram, saj menim, da obsega konkretne ukrepe in rešitve za izboljšanje kakovost storitev železniškega potniškega prevoza in povečanja njihove operativne učinkovitost. Ukrepi, ki pomenijo korak naprej v razvoju enotnega evropskega železniškega območja, bodo prinesli večjo konkurenčnost železniškega sektorja v primerjavi z drugimi vrstami prevoza.

10.11. Einheitlicher europäischer Eisenbahnraum (A8-0371/2016 - David-Maria Sassoli)

Oral explanations of vote

Michela Giuffrida (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ho votato a favore di questo regolamento e credo che l'intero pacchetto ferroviario sia un grande passo in avanti verso l'integrazione europea e per il miglioramento dei diritti e dei servizi dei cittadini europei.

Mobilità vuol dire competitività e la liberalizzazione dei servizi ferroviari permetterà ai nostri cittadini di essere più competitivi e di avere un sistema di trasporto su binari più efficiente. Imprese ferroviarie di altri paesi potranno così intervenire e investire in quelle aree trascurate dalle imprese italiane, stringere accordi con le amministrazioni locali e assumere personale in loco. Finalmente i binari non avranno il monopolio di un'azienda che trascura aree remote, in cui per loro non è conveniente investire.

Io mi auguro davvero che la liberalizzazione, oltre che per le industrie, valga anche per i cittadini, che li liberi, appunto, dal vincolo di servizi ferroviari antichi e inefficienti, a favore di servizi di trasporto più moderni e veramente europei.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem tento návrh podpořil. Myslím si, že tohle je přesně příkladem toho, kdy Evropská unie ukazuje, že má smysl. Protože liberalizace železnic, možnost jednotlivých národních dopravců realizovat svůj obchod, své služby i v jiných státech, to znamená využívat právě dopravní železniční infrastrukturu v jiných zemích Evropské unie, povede k jedinému, že dopravní služby budou efektivnější a budou pro občana levnější. Já mám v této věci liberální pozici.

Trochu mě mrzí, že některé kroky v tomto balíčku budou až od roku 2023, kdy se budou moci jednotliví dopravci hlásit do veřejných tendrů v jednotlivých členských státech Evropské unie. Myslím si, že to mohlo být mnohem dříve. Stejně tak je v tomto balíčku celá řada výjimek, kdy zkrátka nebude vlastník dopravní infrastruktury nucen pustit na svou infrastrukturu cizího dopravce. Takže do budoucna to bude chtít některé problémy odstranit a ten prostor ještě více liberalizovat.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señora Presidenta, he votado en contra del cuarto paquete ferroviario porque responde a los intereses reiterados de la Comisión Europea de desmantelar el sistema público de ferrocarril en Europa desde los años noventa. En concreto, la parte relativa a la gobernanza establece la obligación de abrir a la privatización los servicios ferroviarios y diseñar un sistema absolutamente fragmentado.

Conocemos las nefastas consecuencias de la liberalización del tren porque el Reino Unido las vivió en los años noventa. La libre concurrencia no supuso una mejora de la calidad en el servicio y precios competitivos sino la subida de precios, el abandono de las infraestructuras, el incremento de la inseguridad y de los accidentes y la quiebra económica, además del deterioro de las condiciones laborales, hasta tal punto que el Estado ha tenido que verse obligado a renacionalizar y rescatar algunas de las líneas.

Apostamos por lo tanto, claramente, por un ferrocarril como servicio público, como mecanismo de vertebración territorial y desarrollo social y como un medio de transporte más eficiente y más sostenible al servicio de las personas.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora Presidenta, lo que Thatcher no se atrevió a hacer, lo hará este Parlamento: privatizar completamente el sector ferroviario. Por si quedaba alguna duda, la Unión Europea actual está a la derecha del neoliberalismo más radical.

Impulsar el ferrocarril exige vertebrar el territorio con el tren convencional, apostar por precios asequibles y asegurar una planificación coherente de las infraestructuras. Esa es la única forma de asegurar que el tren sea una opción atractiva para la movilidad de las personas y para el transporte de mercancías. Solo un tren público puede asegurar un trabajo digno para los ferroviarios y una infraestructura segura para todos.

Lo que la Unión Europea conseguirá, por lo contrario, es destrozar el ferrocarril regional y eliminar todas las líneas salvo las más rentables; que las operadoras privadas exploten a los trabajadores y a las trabajadoras y que abusen de los viajeros. Que el tren, en definitiva, vuelva al siglo XIX.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, acesta este ultimul raport din pachetul de astăzi privind transportul feroviar.

Practic, în acest ultim raport vorbim despre o zonă europeană unică pentru transportul feroviar și privatizarea transportului feroviar. Sigur că asta înseamnă mult mai multă mobilitate pentru cetățeni și produse, înseamnă concurență, înseamnă respectarea acelorași reguli și înseamnă un început de apropiere între statele membre în care transportul feroviar, infrastructura și echipamentul sunt vechi și trebuie reformate. Pe asta ne bazăm în mai multe țări, inclusiv în România, pentru că în această piață unică trebuie să fim la același nivel cu celelalte state în care mijloacele feroviare sunt de calitate, sunt rapide.

Această arie unică sperăm că va ajunge și în țările în care infrastructura feroviară este veche și trebuie înlocuită și că va aduce beneficii și fonduri.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ho votato contro il cosiddetto «quarto pacchetto ferroviario» per le ragioni che sono state poc'anzi illustrate egregiamente dalle mie colleghe del gruppo e perché condivido integralmente le considerazioni espresse in merito dalla *European Transport Workers' Federation*. Credo che agevolare un processo di liberalizzazione della rete ferroviaria senza fornire alcuna garanzia ai lavoratori e alle lavoratrici significhi due cose: agevolare il *dumping* sociale, significhi diminuire la sicurezza nel trasporto viaggiatori.

In Italia abbiamo chiara contezza di cosa questo significhi nella privatizzazione del trasporto ferroviario. Per difendere i diritti dei lavoratori, per difendere la sicurezza dei passeggeri, ribadisco con convinzione il mio voto contrario al quarto pacchetto ferroviario.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedkyně, já jsem tuto zprávu podpořil, protože se domnívám, že liberalizace služeb v železniční osobní dopravě, pokud je skutečně vedena s cílem chránit hospodářskou soutěž, je plně na místě. Zvyšuje konkurenceschopnost, přináší další benefity pro cestující a také i pro daňové poplatníky. Z toho důvodu mám za to, že zvýšení konkurenceschopnosti v osobní železniční dopravě je plně na místě a mně ta liberalizace vůbec nevadí.

Chtěl bych rovněž ještě podotknout, že podobné zvýšení kvality služeb se stalo v nákladní dopravě. Pokud došlo ke zvýšení konkurenceschopnosti, není důvod se domnívat, že se toto zvýšení konkurenceschopnosti té osobní přepravě železniční vyhne. Já znovu podotýkám, že právě tento způsob hromadné veřejné dopravy je nepochybně velmi šetrný k životnímu prostředí a měli bychom jej skutečně podporovat.

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La seguente relazione si inserisce nel contesto di liberalizzazione dei servizi in Europa, alcuni passi per favorire la concorrenza per i trasporti internazionali sono già stati fatto, ora ciò che si propone di fare è di applicare le stesse norme per i mercati nazionali.

Per quanto la liberalizzazione dei servizi sia un elemento sicuramente positivi non vanno tralasciate alcune considerazioni. Ad esempio l'esperienza ci insegna come in molti casi l'eccessiva liberalizzazione volta all'eliminazione di monopoli ha portato effetti negativi, l'Italia ne è un chiaro esempio.

Per queste ragioni ho deciso di votare positivamente alla proposta di rigetto della posizione del Consiglio.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — Como con el informe van de Camp, he apoyado la retirada del texto. En este caso, se crea la normativa y los mecanismos de control para facilitar la liberalización y privatización del sector ferroviario con lo que ello conlleva: precios más elevados, menor seguridad, falta de planificación, reducción del peso del tren convencional (especialmente en las regiones menos pobladas) y precarización de las condiciones laborales, con la intervención recurrente de las autoridades públicas para rescatar a las compañías privadas que se repartirán el pastel.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau prieš pataisas, kuriomis siūlyta atmesti Tarybos poziciją. Palaikau pasiūlymą dėl bendros Europos geležinkelių erdvės ir jame numatytas priemones, kurios leis naujiems dalyviams ir paslaugų teikėjams lengviau patekti į keleivių vežimo geležinkeliais paslaugų vidaus rinkas. Ši reforma turėtų paskatinti investicijas į geležinkelių sektorių, o didesnė konkurencija lemtų kainų mažėjimą ir aukštesnę paslaugų kokybę. Traukiniai yra aplinkai draugiška transporto priemonė, todėl geležinkelių transporto skatinimas taip pat padėtų sumažinti išmetamųjų teršalų kiekį visoje Europoje. Reforma siekiama sudaryti sąlygas visoms ES geležinkelių įmonėms teikti geležinkelių paslaugas visoje ES, užtikrinant finansinį skaidrumą ir sąžiningas finansavimo sąlygas. Vienodos patekimo į rinką galimybės ir augantis veiklos vykdytojų skaičius galiausiai turėtų paskatinti eismą. Konkurencijos didinimas ir rinkos dalyvių specializacija taip pat turėtų daryti teigiamą poveikį našumui ir efektyvumui, skatinti investicijų į geležinkelio transporto infrastruktūrą didėjimą. Numatoma, kad nauji rinkos dalyviai galės teikti konkuruojančias komercines paslaugas nuo 2020 m., o nuo 2023 m. kompetentingos valdžios institucijos turės sudaryti geležinkelių transporto viešųjų paslaugų sutartis, organizuodamos konkursus, kuriuose galės dalyvauti visos (išskyrus tam tikrus atvejus) ES geležinkelių įmonės.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le rapport «gouvernance» du volet «marché» du quatrième paquet ferroviaire vise à ouvrir les marchés nationaux de transports de voyageurs. Le but est d'intensifier la concurrence pour accroître l'offre et la qualité des services, rendre le marché ferroviaire d'accès égal à toute compagnie. Le rapport signale que ces dispositions ont permis le succès du fret ferroviaire: en France c'est -20 % en 5 ans! Un autre objectif est évidemment la lutte contre le réchauffement climatique…

Ce rapport «gouvernance» vise à la séparation des activités de gestionnaire et d'exploitant en éliminant les doubles casquettes exploitant-gestionnaire (ce qui favoriserait les conflits d'intérêts). Le seul point positif de ce rapport est que les entreprises déjà condamnées pour violation grave (quelle est la définition de «grave»?) des conventions collectives contraignantes ne peuvent obtenir une licence pour effectuer du transport passager par rail. À noter que la SNCF a été condamnée à plusieurs reprises pour cette raison…

Je me suis bien évidemment opposée à ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of the proposal to reject the Council position, which was put forward by four political groups, as I do not believe that a single EU railway area is desirable for the United Kingdom. In particular, being a Member from the United Kingdom, I note that cross-border cooperation on such matters is extremely limited in scope and covers merely the border between Northern Ireland and the Republic of Ireland (which is covered under the Good Friday Agreement) and the Channel Tunnel (which is covered by the Le Touquet Treaty). Therefore this proposal is wholly unnecessary for the United Kingdom.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – As the European Union, we strive for a competitive and dynamic market that would incentivise stable growth in all Member States. A key factor in order to reach these goals is the fluidity of movement of goods which heavily relies on the railway system in Europe. From the times of the 'Iron Curtain' the railway system was a definitive difference between the two sides, the remnants of which stigmatise the ability of people and goods to move throughout the whole of Europe. A single European railway area would show the Europe is moving to true and full cooperation, allowing their citizens to travel freely around all of Europe and allowing their companies to benefit from the advantages of trade. For these reasons a single European railway area would benefit all Member States and would further strengthen the European Union as a whole.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pasiūlymą dėl bendros Europos geležinkelio erdvės. Šio pranešimo tikslas – atverti keleivių vežimo geležinkeliais valstybės viduje paslaugų rinką, siekiant padidinti konkurencinį spaudimą nacionalinėse geležinkelių transporto rinkose, kad būtų siūloma daugiau geresnės kokybės keleivių vežimo paslaugų.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le but de ce rapport est d'augmenter la concurrence pour, en théorie, accroître l'offre et la qualité des services en rendant le marché ferroviaire également accessible à toute compagnie. Il vise la séparation des activités de gestionnaire et d'exploitant en éliminant les doubles casquettes exploitant-gestionnaire, ce qui favoriserait forcément les conflits d'intérêt. Le rapporteur signale que ces dispositions ont permis le succès du fret ferroviaire; pourtant, en France, le résultat d'une telle politique a été une diminution de 20 % de la fréquentation des Intercités en cinq ans.

Le seul point positif serait que les entreprises déjà condamnées pour violation grave des conventions collectives contraignantes ne pourraient pas obtenir une licence pour effectuer du transport passager par rail. On peut toutefois relever que la SNCF a déjà plusieurs fois été condamnée pour ces motifs, sans conséquence. Ce rapport serait donc, pour la France, soit inutile soit néfaste, et j'ai voté pour le rejet du texte.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Trois textes étaient sur la table pour le vote sur le quatrième paquet ferroviaire: un sur la normalisation des comptes, un sur la gouvernance et le dernier sur l'obligation de service public.

Nous n'avons pas rejeté les deux premiers.

Dans le rapport sur la directive gouvernance, nous avons obtenu le respect de notre ligne rouge: la concurrence privée peut être limitée si elle porte atteinte à des obligations de service public.

En revanche, nous nous sommes fermement opposés au dernier texte, qui imposait une libéralisation plus avancée du service public de transport ferroviaire de passagers. Cette libéralisation sera non seulement néfaste pour les usagers du rail mais elle se fait de plus aux dépens des travailleurs notamment parce qu'elle n'instaure pas le transfert automatique et obligatoire du personnel en cas de changement d'opérateur. Pour les députés socialistes au Parlement européen, une telle garantie sociale forte était indispensable afin de s'assurer que la concurrence ne se fasse pas au détriment des droits des travailleurs et n'ouvre pas le chemin à d'autres formes de dumping social.

Nous avons mené la fronde au Parlement, mais nous avons perdu le vote de rejet de ce texte pour 15 voix sur 751, la droite l'ayant soutenu massivement.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos presentado una enmienda de rechazo y varias enmiendas de contenido contra esta modificación de la Directiva que tiene como objetivo hacer obligatoria la apertura de los servicios ferroviarios de pasajeros a los operadores privados, mediante un sistema en el que cualquier operador puede prestar servicios ferroviarios alquilando las vías en un determinado tramo y horario. Esta reforma combinada con la modificación del Reglamento de servicio público votada justo antes, es un despropósito tanto en términos de coherencia de la red ferroviaria en su conjunto (accesibilidad universal, promoción de la cohesión social y territorial, etc.) como en términos de coordinación y control en materia de seguridad. Conocemos ya las consecuencias allí donde se ha aplicado esta liberalización (Reino Unido, por ejemplo) y han sido desastrosas en términos de empeoramiento de la frecuencia y

calidad del servicio, aumento de precios y graves fallos de seguridad. Continuaremos oponiéndonos a este modelo de mercado y defendiendo un ferrocarril público al servicio de las necesidades de la ciudadanía en cada territorio. Por todo ello he votado a favor de la propuesta de rechazo del informe.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre les trois rapports du paquet ferroviaire.

Visant à ouvrir les marchés nationaux de transports de voyageurs, le rapport «gouvernance» (Sassoli) a pour objectif secondaire d'accroître l'offre et la qualité des services, en rendant le marché ferroviaire plus facilement accessible à de nouvelles entreprises. Une telle politique a entraîné la chute de 20 % du fret ferroviaire en France…

Pire encore, le rapport concurrence (Van de Camp) introduit une obligation de concurrence, y compris dans les cas de service public, en menant une véritable chasse à toutes formes de subventions… Une politique qui va à rebours des intérêts nationaux et du protectionnisme économique.

Le rapport de Kyllonen a pour but de permettre l'indemnisation, par des collectivités, des entreprises ferroviaires pour les charges importantes qu'elles ont à verser, notamment en raison de leurs conventions collectives. Il est inadapté.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rekomendaciją dėl bendros Europos geležinkelių erdvės. Šie pakeitimai turėtų padidinti konkurenciją, užtikrinti finansinį skaidrumą ir sąžiningas finansavimo sąlygas. Vienodos patekimo į rinką galimybės ir augantis veiklos vykdytojų skaičius galiausiai turėtų sukurti naują ekonominę veiklą ir paskatinti eismą. Konkurencijos didinimas ir rinkos dalyvių specializacija taip pat turėtų daryti teigiamą poveikį našumui ir efektyvumui, skatinti investicijų į geležinkelio transporto infrastruktūrą didėjimą. Derinant atvirą prieigą ir konkuruojančius viešųjų paslaugų pirkimo sutarčių konkursus, rinka turėtų dar labiau atsiverti, kaip jau įvyko krovinių gabenimo ir keleivių vežimo tarptautiniais maršrutais rinkose, kaip tai įrodo brandesnė krovinių vežimo rinka, kuri sudarė sąlygas geležinkeliui užimti didesnę rinkos dalį. Padidėjusi konkurencija turėtų padidinti geležinkelių transporto patrauklumą, ir dėl to sektorius taps labiau reaguojančiu į klientų poreikius, todėl geležinkelio vežėjams bus lengviau konkuruoti su kitų rūšių transportu. Dėl tolesnės greitojo keleivių vežimo paslaugų plėtros geležinkelių transportas taip pat turėtų tapti konkurencingesniu, didinančiu savo dalį rinkoje ir visa tai padės siekti klimato kaitos tikslų. Plečiantis geležinkelio transporto veiklai taip pat turėtų išaugti kvalifikuotų geležinkelio darbuotojų ir geležinkelio infrastruktūros objektų paklausa bei riedmenų paklausa ir dėl to geležinkelio gamybos pramonėje bus sukurta daugiau darbo vietų.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – E rendelet – amelynek hatályon kívül helyezését most a Bizottság javasolja – lehetővé tette a tagállamok számára, hogy ellentételezést nyújtsanak a vasúttársaságoknak olyan kötelezettségekkel kapcsolatos kifizetésekre, amelyek más közlekedési módok vállalkozásait nem terhelik. Ahogy azt javaslatában a Bizottság is kijelenti, a rendelet már nem felel meg a jelenlegi jogi környezetnek. Ezt a véleményt a Bizottsággal a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként én is osztom. Egyetértek azzal is, hogy a rendelet mostani szövege diszkriminatív, mivel az ellentételezés lehetőségét csak a rendelet mellékleteiben megjelölt 40 társaság számára teszi elérhetővé. Ezért a rendelet hatályban tartására nincs lehetőség.

A Parlament 2014. február 26-án fogadta el első olvasatbeli álláspontját. Akkor az Európai Parlament támogatta a rendelet hatályon kívül helyezését, azonban azt kérte, hogy a hatályon kívül helyező rendelkezés csak két évvel később lépjen hatályba. A Parlament első olvasatbeli álláspontjának elfogadását követően a Tanács luxemburgi és holland elnökségének idején intézményközi tárgyalásokra került sor. A Parlament tárgyalócsoportja 2016. április 19-én jutott megállapodásra a Tanács elnökségével.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à rendre le marché ferroviaire européen d'accès égal pour toute compagnie, au détriment des choix nationaux stratégiques de chaque État membre, en instaurant la séparation entre les activités de gestionnaire et celles d'exploitant, et en éliminant les doubles casquettes d'exploitant-gestionnaire.

Il prétend que cette libéralisation permettra le succès du fret ferroviaire alors qu'en France celui-ci a diminué de 20 % en cinq ans.

Je vote donc contre ce rapport.

Je vote pour l'amendement de rejet déposé par mon groupe.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against this file, which is part of the 'market pillar' of the so-called 'Fourth Railway Package', which is aimed at entrenching market liberalisation and competition in the European railway sector.

This file concerns amendments to Directive 2012/34/EU that would open up the domestic passenger market to any rail operator, including newcomer operators, without consideration of the role and functioning of public ownership, large public infrastructure investments, and public funds and public service obligation contracts.

In fact, the only policy criterion really considered in this is the promotion of competition for its own sake, with no consideration given to safety, accessibility, social and territorial cohesion or working conditions.

While we support improvements and reform in the railway sector, Sinn Fein opposes the Fourth Railway Package due to its heavily neoliberal, pro-market bias. In particular, the 'Market Pillar' involves downgrading and repealing existing provisions, minimising Member State involvement in the sector and facilitating increased liberalisation and a more competitive market, rather than focusing on improving services.

I therefore voted against the proposed amendments.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Per dar seguito all'impegno di creare un mercato unico dei servizi di trasporto su rotaia, è necessario stabilire un quadro normativo comune per la sicurezza ferroviaria. Gli Stati membri hanno elaborato norme e standard di sicurezza di portata essenzialmente nazionale, basati su concetti tecnici e operativi nazionali, tra cui il rilascio delle certificazioni di sicurezza ad opera delle autorità nazionali. È oggi necessario invece un certificato di sicurezza unico per l'Unione europea e una politica di sicurezza comune anche in campo ferroviario.

Potenziare l'ERA, rendendola responsabile del rilascio dei certificati di sicurezza alle imprese ferroviarie che operano in più di uno Stato membro, sarebbe un progresso notevole per il miglioramento in termini di cultura della sicurezza e segnalazione di taluni eventi delle imprese ferroviarie e dei gestori della rete, oltreché per l'armonizzazione e l'efficientamento complessivo della rete transeuropea di trasporto. Dalla sicurezza ed efficienza delle ferrovie europee dipendono una parte importante delle possibilità di mobilità dei cittadini europei e di sviluppo sostenibile dal punto di vista ambientale e sociale.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport fait partie intégrante du quatrième paquet ferroviaire et vise à ouvrir les marchés nationaux de transport de voyageurs. L'objectif est d'intensifier la concurrence afin d'améliorer la qualité des services offerts tout en contribuant à la baisse des tarifs dans l'intérêt des clients. Or les expériences passées nous démontrent tout le contraire, comme au Royaume-Uni où les prix n'ont cessé d'augmenter pour une qualité équivalente sans parler de la vétusté et de l'obsolescence des infrastructures ferroviaires. La libéralisation du transport ferroviaire que l'Union européenne tente d'imposer aux États membres ne vise qu'à servir les intérêts financiers de grands groupes privés qui y voient une source de rentabilité. Protégeons nos entreprises publiques, œuvrant dans des missions de services publics, de la concurrence sauvage de sociétés privées dont le seul objectif est d'accroître la rémunération de leurs actionnaires. J'ai donc voté contre ce texte et pour la proposition de rejet.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – L'accordo raggiunto in trilogo in seconda lettura modifica la direttiva 2012/34/UE concernente lo spazio ferroviario europeo unico.

Tale modifica mira, in primo luogo, ad aprire il mercato dei servizi di trasporto nazionale di passeggeri per ferrovia, con l'obiettivo di intensificare la pressione concorrenziale sui mercati ferroviari nazionali allo scopo di aumentare la quantità e migliorare la qualità dei servizi di trasporto passeggeri; in secondo luogo, a migliorare la governance del gestore dell'infrastruttura, con l'obiettivo di assicurare parità di accesso all'infrastruttura.

A tal proposito, prevede l'eliminazione dei conflitti di interesse che influenzano le decisioni del gestore dell'infrastruttura in merito all'accesso al mercato e l'eliminazione delle possibilità di sussidi incrociati tra gestori dell'infrastruttura e imprese ferroviarie, esistenti nelle strutture integrate.

Le modifiche apportate mirano, inoltre, a rafforzare il coordinamento tra i gestori dell'infrastruttura e gli operatori ferroviari onde migliorare la risposta alle necessità del mercato, e a intensificare la cooperazione transfrontaliera tra i gestori dell'infrastruttura.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This file is part of the 'Market Pillar' of the Fourth Railway Package, which I oppose as it is aimed at entrenching liberalisation, competition and the market in the European railway sector.

Specifically, this vote concerns a Council recommendation to amend Directive 2012/34/EU, opening up the domestic passenger market to any rail operator, including newcomer operators, without consideration of the role and functioning of public ownership, large public infrastructure investments, and public funds and public service obligation contracts.

In fact, the only policy criterion really considered in this is the promotion of competition for its own sake, with no consideration given to safety, accessibility, social and territorial cohesion or working conditions.

Therefore I voted in favour of an amendment to reject the text.

James Carver (EFDD), *in writing*. — UKIP voted to reject the proposals at second reading on the Fourth Railway Package because this would inevitably lead to the UK Government and the governments of Member States having their hands tied with regards to the awarding of competitive tenders. It is not for the EU to determine what may be constituted as competitive in a Member State without fully understanding the economic climate of that Member State and what implications any restriction or forced competitive process may have.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione si innesta nel quadro delle liberalizzazioni dei servizi in Europa, che purtroppo non sempre hanno sortito gli effetti positivi attesi. Troppo spesso, al fine di eliminare i monopoli storici, si sono effettuate liberalizzazioni selvagge che hanno avuto il solo scopo di favorire l'industria a discapito della qualità dei servizi, delle tutele sociali e degli obblighi di servizio pubblico.

Il M5S Europa aveva sostenuto nelle riunioni di trilogo il mantenimento di clausole di reciprocità interna ed esterna che non sono però state inserite nel testo finale negoziato. Ho quindi deciso di votare a favore della proposta di rigetto della posizione del Consiglio.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε την έκθεση, καθώς διαφωνούμε με βασικά σημεία της.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε σχετικά με την πρόταση απόρριψης της σύστασης για την τροποποίηση της οδηγίας 2012/34/ΕΕ όσον αφορά το άνοιγμα της αγοράς εσωτερικών υπηρεσιών σιδηροδρομικής μεταφοράς επιβατών και τη διακυβέρνηση της σιδηροδρομικής υποδομής. Θεωρώ πως η αποκλειστική στόχευση σε οικονομικούς δείκτες και κέρδη δεν ωφελεί τους ευρωπαίους πολίτες και γι' αυτόν τον λόγο ψήφισα υπέρ της απόρριψης της σύστασης.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Coerentemente con la visione di Europa cui anelo fin da ragazzo, voto favorevolmente al provvedimento ritenendolo determinante nel realizzare un'Unione completamente integrata per quanto concerne il trasporto ferroviario. Inoltre, esso deve rappresentare un'eccellenza in termini di efficienza nella fornitura dei propri servizi oltre che un esempio nella positività dei propri indicatori economici e finanziari.

Affinché quanto raffigurato possa avvenire, concretamente si propone di aprire il mercato intensificandone la concorrenza per migliorare l'efficienza nel finanziamento pubblico e nella qualità dell'intero settore, congiuntamente si mira ad attuare politiche di governance che contemperino i diritti dei passeggeri con il rafforzamento delle disposizioni sociali. Si prevede, a tal proposito, di introdurre un sistema globale per l'emissione dei biglietti al fine di consentire un più efficiente trasporto di passeggeri multimodale e transfrontaliero; è essenziale, per di più, fornire chiarimenti sul ruolo della rete europea formato dai gestori delle infrastrutture includendo meccanismi volti ad assicurare la valutazione delle loro prestazioni.

L'obiettivo che ci si propone ambiziosamente è ulteriormente inteso ad assicurare la parità di accesso alle infrastrutture con una quanto più attesa assenza di conflitti di interesse. Si tratta, complessivamente di un significativo passo verso il mercato unico ferroviario in cui Ferrovie dello Stato sarà protagonista.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the adoption of a directive of the European Parliament and of the Council amending Directive 2012/34/EU as regards the opening of the market for domestic passenger transport services by rail and the governance of the railway infrastructure. I did not support the proposal to reject the Council position on the opening of the market for domestic passenger transport services by rail and the governance of the railway infrastructure.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Proposta da Comissão de alteração da Diretiva 2012/34/UE, também conhecida como «Diretiva Governação», tem como objetivo:

— Abertura do mercado de serviços de transporte ferroviário nacional de passageiros, com o objetivo de intensificar a pressão concorrencial sobre os mercados ferroviários nacionais;

— Reforçar a Governação do gestor de infraestrutura, com o objetivo de assegurar a igualdade de acesso à infraestrutura.

Com estas alterações pretende-se contribuir para aumentar o nível de concorrência, garantir a transparência financeira e condições de financiamento justas.

O papel do Parlamento Europeu foi fundamental para se alcançar o Acordo global com o Conselho, conseguindo introduzir as seguintes melhorias à proposta da Comissão:

— Criação de salvaguardas que garantem a imparcialidade e a independência dos gestores de infraestrutura;

— Criação pelos Estados-Membros de um quadro nacional para a avaliação dos conflitos de interesses;

— Criação de mecanismos de coordenação obrigatória entre os gestores de infraestrutura e as empresas ferroviárias;

— O reforço dos poderes das entidades reguladoras.

Pelo exposto, apoio a presente recomendação.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn mit dem Eisenbahn-Paket werden wir entscheidend dazu beitragen, den Wettbewerb beim Personenverkehr zu steigern. Mit dem gleichberechtigten Marktzugang und der zunehmenden Anzahl an Betreibern sollten wir mehr Unternehmenstätigkeiten und zusätzlichen Verkehr ermöglichen. Mehr Wettbewerb und eine stärkere Spezialisierung der Marktteilnehmer sollten ebenfalls positive Auswirkungen auf die Produktivität und Effizienz des europäischen Eisenbahnraums haben und zu mehr Investitionen in die Schienenverkehrsinfrastruktur führen.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP voted to reject the proposals at second reading on the Fourth Railway Package because this would inevitably lead to the UK Government and the governments of Member States having their hands tied with regards to the awarding of competitive tenders. It is not for the EU to determine what may be constituted as competitive in a Member State without fully understanding the economic climate of that Member State and what implications any restriction or forced competitive process may have.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento che ha come obiettivo generale quello di creare uno spazio ferroviario europeo unico. Gli aspetti principali che condivido della proposta sono: l'apertura del mercato e contratti di servizio pubblico attraverso un approccio più equilibrato; una governance migliore del settore ferroviario; maggiore tutela dei diritti dei passeggeri attraverso la creazione di un sistema globale di emissione dei biglietti; rafforzamento delle disposizioni sociali e il chiarimento del ruolo della rete europea tra i gestori dell'infrastruttura.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Como con el informe van de Camp, he apoyado la retirada del texto. En este caso, se crea la normativa y los mecanismos de control para facilitar la liberalización y privatización del sector ferroviario con lo que ello conlleva: precios más elevados, menor seguridad, falta de planificación, reducción del peso del tren convencional (especialmente en las regiones menos pobladas) y precarización de las condiciones laborales, con la intervención recurrente de las autoridades públicas para rescatar a las compañías privadas que se repartirán el pastel.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La direttiva sulla governance mira all'apertura del mercato dei servizi di trasporto nazionale di passeggeri per ferrovia, con l'obiettivo di intensificare la pressione concorrenziale sui mercati ferroviari nazionali allo scopo di aumentare la quantità e migliorare la qualità dei servizi di trasporto passeggeri. Ritengo che un tale miglioramento della governance del gestore dell'infrastruttura, con l'obiettivo di assicurare parità di accesso, possa realisticamente aumentare la concorrenza e garantire la trasparenza finanziaria nonché condizioni finanziarie eque.

Pertanto ho votato positivamente alla presente risoluzione poiché credo che un'accresciuta concorrenza migliori l'attrattiva del settore ferroviario, rendendolo più attento alle esigenze dei clienti, e favorisca l'aumento della domanda di lavoratori qualificati del settore ferroviario, creando così nuovi posti di lavoro.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Dostrzegając potencjał oraz niewykorzystane możliwości w sektorze kolejowym, zagłosowałem przeciwko wnioskowi o odrzucenie stanowiska Rady.

Zgadzam się z propozycją zmiany dyrektywy Parlamentu Europejskiego i Rady 2012/34/UE z dnia 21 listopada 2012 r. w sprawie utworzenia jednolitego europejskiego obszaru kolejowego w odniesieniu do otwarcia rynku krajowych kolejowych przewozów pasażerskich oraz zarządzania infrastrukturą kolejową.

Uważam, że proponowane zmiany przyczynią się do rozwoju sektora kolejowego oraz wpłyną na zwiększenie jakości świadczonych usług. Zmiany dyrektywy obejmują szereg działań służących zwiększeniu atrakcyjności, innowacyjności i konkurencyjności unijnego transportu kolejowego. Przewidziano w nim ustanowienie prawa dającego europejskim przedsiębiorstwom możliwość prowadzenia działalności w całej UE oraz zaostrzenie przepisów dotyczących konkurencji. Rozporządzenie wprowadza przepisy umożliwiające standaryzację przepisów w sektorze kolejowym oraz zwiększa przejrzystość podejmowanych działań.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which mainly aims to raise the level of competition, transparency and fair financial conditions in the single European railway area. The report also introduces safeguards to ensure independence and enforcing provisions on traffic management, maintenance and essential functions.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Consider necesară deschiderea pieței serviciilor de transport feroviar intern de călători, al cărei obiectiv principal este de a intensifica presiunea concurențială asupra piețelor feroviare naționale, în acest fel sporindu-se cantitatea și îmbunătățindu-se calitatea serviciilor de transport.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif vise à améliorer la gouvernance des gestionnaires d'infrastructures ferroviaires afin d'assurer l'égalité d'accès pour les opérateurs et a pour objectif de renforcer la coordination au sein d'un État membre, mais également transfrontalière, entre les gestionnaires d'infrastructure et les opérateurs ferroviaires pour mieux répondre aux besoins du marché. Considérant ces éléments, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to reject the proposals at second reading on the Fourth Railway Package because this would inevitably lead to the UK Government and the governments of Member States having their hands tied with regards to the awarding of competitive tenders. It is not for the EU to determine what may be constituted as competitive in a Member State without fully understanding the economic climate of that Member State and what implications any restriction or forced competitive process may have.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la modification de la directive établissant un espace ferroviaire unique européen, en ce qui concerne l'ouverture des marchés nationaux aux entreprises européennes de services de fret ferroviaire et de transports internationaux de voyageurs par chemin de fer. Alors que le transport ferroviaire a, jusqu'ici, connu un rythme de développement nettement inférieur aux autres modes de transport, le renforcement de la concurrence sur le marché national va permettre de faire du rail un mode transport alternatif et accessible. L'accroissement de la qualité et de la quantité des services est une opportunité tant pour l'industrie ferroviaire que pour les voyageurs européens. Les gestionnaires des réseaux ferrés nationaux devront, avant le 1er janvier 2019, se conformer à de nouvelles règles de transparence, d'impartialité et de gouvernance.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ces réformes sur les transports en Europe. Elles proposent un compromis équilibré entre ouverture des marchés du transport partagé et aménagement du territoire, de façon à rendre l'industrie ferroviaire compétitive sans perdre de vue le respect du développement et des spécificités locales, et le respect des droits sociaux des travailleurs. Il est en effet important de s'adapter à la concurrence internationale tout en protégeant nos industries et nos territoires.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az 1370/2007/EK rendelet módosítására irányuló bizottsági javaslat általános célja a vasúti személyszállítási szolgáltatások minőségének javítása és működési hatékonyságának fokozása. Ez javítaná a vasút más közlekedési módokkal szembeni versenyképességét és vonzerejét, valamint továbbfejlesztené az egységes európai vasúti térséget.

Az általános célkitűzés elérése érdekében a Bizottság a belföldi vasúti piacok versenykényszerének fokozása érdekében a közszolgáltatási szerződések kötelező versenytárgyaláson alapuló pályáztatását javasolja. A cél a vasúti személyszállítási szolgáltatások hatékonyságának fokozása és minőségének javítása. Ezeket az intézkedéseket olyan rendelkezések kísérik, amelyek biztosítják a versenytárgyaláson alapuló pályáztatási eljárásoknak kedvező keretfeltételeket, ideértve a vasúti járművekhez való hozzáférésre vonatkozó szabályokat is.

A bizottsági javaslat szorosan összefügg az egységes európai vasúti térség létrehozásáról szóló 2012/34/EU irányelv javasolt módosításaival, melyek a vasúttársaságok számára nyílt hozzáférési jogokat vezetnek be, és megerősítik a pályahálózat-működtetők irányítására vonatkozó rendelkezéseket a vasúti infrastruktúrához való megkülönböztetésmentes hozzáférés fokozása tekintetében.

A Parlament első olvasat utáni álláspontjának 2014. február 26-i elfogadását követően a Tanács luxemburgi és holland elnökségének idején intézményközi tárgyalásokra került sor (egy korai, második olvasatbeli megállapodás elérése céljával). Hat háromoldalú egyeztetést követően a Parlament tárgyalócsoportja 2016. április 19-én megállapodásra jutott a Tanács elnökségével.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ritengo che l'istituzione di uno spazio ferroviario unico europeo sia importante perché promuove i trasporti a livello internazionale, migliora la competitività nonché la gestione dell'infrastruttura e garantisce parità di accesso e il superamento dei conflitti di interesse. Per questi motivi fondamentali per il futuro del trasporto su rotaia ho votato a favore della raccomandazione.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre les trois rapports relevant du paquet ferroviaire et, en conséquence, pour les amendements exigeant leur retrait, notamment ceux déposés par le groupe «ENF», représenté par Marie-Christine Arnautu.

Ces rapports portent sur les points suivants:

— la modification de la directive établissant un espace ferroviaire unique européen;

— l'ouverture à la concurrence du marché des services nationaux de transport de voyageurs;

— l'abrogation du règlement relatif aux règles communes de normalisation des comptes des sociétés ferroviaires;

— l'ouverture des marchés nationaux de transports de voyageurs.

Ces rapports confirment la séparation entre les activités de gestionnaire et d'exploitant et étendent l'application des principes de mise en concurrence à des services qui en étaient auparavant exempts.

Nous nous opposons à cette nouvelle réforme qui s'inscrit dans la droite ligne des précédents paquets ferroviaires: leurs conséquences en France ont été catastrophiques (chute de 20 % du fret en cinq ans).

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Притеснен съм, че отварянето на железопътния пазар за пътнически превози ще доведе до фалирането на „държавните" превозвачи в малките държави – членки на ЕС. Както всички знаем, железопътният транспорт извършва социална дейност, т.е. той се ползва от по-бедната част от нашето население за придвижване от точка А до точка Б.

За съжаление солидарността, която прокламира Съюзът, я няма в доходите на хората и по този начин железницата ще изгуби социалния си облик и/или държавата ще трябва да поеме по-голямата разлика в цената на превозите на социалнослабите и хората извън трудоспособна възраст.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η εν λόγω πρόταση επιβάλλει στις αρμόδιες αρχές να διασφαλίζουν ότι οι προδιαγραφές των υποχρεώσεων παροχής δημόσιας υπηρεσίας και η σχετική αποζημίωση του καθαρού οικονομικού αποτελέσματος των υποχρεώσεων παροχής δημόσιας υπηρεσίας θα επιτυγχάνουν τους στόχους της πολιτικής δημόσιων μεταφορών κατά τρόπο οικονομικά αποδοτικό. Επιπλέον, το ύψος της αποζημίωσης θα πρέπει να διασφαλίζει την οικονομική βιωσιμότητα της παροχής δημόσιων επιβατικών μεταφορών, σύμφωνα με τις απαιτήσεις που προβλέπονται στο πλαίσιο της πολιτικής δημόσιων μεταφορών σε βάθος χρόνου. Δεν δίδεται έτσι η δυνατότητα στα κράτη μέλη να αποφασίζουν για την παροχή δημόσιων αγαθών έστω και με οικονομικά ασύμφορους όρους στους πολίτες τους στο πλαίσιο της κοινωνικής τους πολιτικής.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. — I voted against the report on the Governance Directive as part of the political pillar of the Fourth Railway Package. A key point is that it would allow EU rail companies to operate across the EU. Plaid Cymru – the Party of Wales believes railways must operate in the public interest and governments must be free to determine their ownership.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O quarto pacote ferroviário visa aumentar a qualidade e a oferta dos serviços ferroviários na Europa. Segundo os legisladores europeus, isto deverá tornar as viagens de comboio mais atrativas face a outros modos de transporte com maior impacto ambiental. Com base nas regras de acesso, os operadores poderão lançar novos serviços «comerciais» a partir de dezembro de 2020. A partir de 2023, as autoridades competentes deverão adjudicar os contratos de serviço público ferroviário através de concursos abertos a todas as empresas do setor ferroviário da UE, exceto em casos específicos. Os contratos de serviço público ferroviário adjudicados por ajuste direto antes do final do período de transição poderão continuar em vigor até dezembro de 2033.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta legislativa, também conhecida por «Diretiva de Governação», integra o quarto pacote ferroviário da UE e tem como objetivos:

a) A abertura do mercado dos serviços nacionais de transporte ferroviário de passageiros, com o objetivo de intensificar a pressão concorrencial nos mercados ferroviários nacionais. Os serviços de transporte ferroviário de mercadorias e de transporte internacional de passageiros foram abertos à concorrência desde 2007 e 2010, respetivamente, com a adoção dos anteriores pacotes ferroviários. O resultado é conhecido. Pretende-se aumentar a eficiência do financiamento público dos serviços de transporte de passageiros (tendencialmente a multinacionais privadas).

b) Reforçar a governação do gestor da infraestrutura com o objetivo de garantir a igualdade de acesso à infraestrutura. Leia-se: também por esta via, favorecer as multinacionais.

A criação do «espaço ferroviário europeu único» apresenta duas componentes: a internacionalização da gestão da operação ferroviária; e a machadada final do que resta da relação entre operação e infraestrutura, abrindo novos mercados, mas reduzindo a integração estratégica. Ou seja: mais do mesmo. Consequências: degradação dos serviços e das infraestruturas, a desregulação do universo laboral e, ao mesmo tempo, o aumento das fortunas das grandes empresas europeias que já dominam a ferrovia no contexto europeu - em nome da concorrência e da transparência!

Obviamente votámos contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted yes because I agree.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την παρούσα πρόταση, καθώς επιβάλλει στις αρμόδιες αρχές να διασφαλίζουν ότι οι προδιαγραφές των υποχρεώσεων παροχής δημόσιας υπηρεσίας και η σχετική αποζημίωση του καθαρού οικονομικού αποτελέσματος των υποχρεώσεων παροχής δημόσιας υπηρεσίας θα επιτυγχάνουν τους στόχους της πολιτικής δημόσιων μεταφορών κατά τρόπο οικονομικά αποδοτικό. Επιπλέον, το ύψος της αποζημίωσης θα πρέπει να διασφαλίζει την οικονομική βιωσιμότητα της παροχής δημόσιων επιβατικών μεταφορών, σύμφωνα με τις απαιτήσεις που προβλέπονται στο πλαίσιο της πολιτικής δημόσιων μεταφορών σε βάθος χρόνου. Δεν δίδεται έτσι η δυνατότητα στα κράτη μέλη να αποφασίζουν για την παροχή δημόσιων αγαθών έστω και με οικονομικά ασύμφορους όρους στους πολίτες τους στο πλαίσιο της κοινωνικής τους πολιτικής.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I strongly welcome the establishment of a single European railway area and the opening of the domestic rail passenger market to competition.

It is clear that there is still need for a transitional period regarding the compensations paid for level crossing facilities, due to the fact that some Member States still use this Regulation as a basis for level crossing facility compensation.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A Negyedik Vasúti Csomag tárgyalása évek óta tart, az Európai Parlament még az előző parlamenti ciklus végén, 2014 februárjában hagyta jóvá első olvasatát. Tekintettel az Európai Tanácsban elfogadott, az EP véleményétől jelentősen eltérő dokumentumra, 2015 októbere és 2016 áprilisa között folytatódtak az intézményközi tárgyalások az álláspontok közelítése érdekében. A végső megállapodás a Tanáccsal 2016. április 19-én született a trilógusok keretén belül. Az elfogadott javaslatcsomag siker a felhasználók és a vasúti társaságok számára és egy újabb lépés az Egységes Európai Vasúti Térség megvalósításának irányába. A felhasználók számára a változás a jövőben dinamikusabb és felhasználóbarátabb, valamint minőségibb és gyakoribb szolgáltatást jelent. A javaslatok általános célja a belföldi vasúti személyszállítási szolgáltatások piacának megnyitása, a szolgáltatások minőségének javítása és működési hatékonyságának fokozása, ami javítaná a vasút más közlekedési módokkal szembeni versenyképességét és vonzerejét.

Magyarország számára kezdettől fogva kiemelkedő jelentőségű volt a Magyar Államvasutak jelenlegi formájának megtartása és a Győr-Sopron-Ebenfurti Vasút Zrt. integrált társaság jelenlegi formájának és működésének elfogadtatása. Sikerült elérni, hogy ezekben a kérdésekben számunkra elfogadható megállapodás szülessen, és ezáltal nem kell felesleges, költséges és hosszantartó átszervezésekbe kezdeni. Ezért a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként támogattam a jelentést.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – I voted to support this important proposal on opening up the market for domestic passenger rail services – this proposal has the very important objective of ensuring equal access to infrastructure, which will in turn serve to increase competitiveness and the efficiency of domestic rail services.

I welcome the special rules set up to govern the access of high-speed passenger services to the EU rail infrastructure and the objective to developing the market for high-speed passenger services and promoting its competitiveness. I also welcome the strengthening of the role of the European Network of Infrastructure Managers and the including mechanisms to ensure the benchmarking of their performance.

Another important aspect of this proposal is a cooperation mechanism for the coordination of international rail services or bi-national infrastructure being set up, as it should make cross-border cooperation and services more efficient and effective.

Lastly, I support that the development of common information and through-ticketing systems was put forward as a priority. This is very important in order to facilitate more efficient cross-border passenger transport.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted to reject the proposals at second reading on the Fourth Railway Package because this would inevitably lead to the UK Government and the governments of Member States having their hands tied with regards to the awarding of competitive tenders. It is not for the EU to determine what may be constituted as competitive in a Member State without fully understanding the economic climate of that Member State and what implications any restriction or forced competitive process may have.

Nathalie Griesbeck (ALDE), *par écrit*. – Le quatrième paquet ferroviaire que nous avons voté le mercredi 14 décembre se présente sous la forme de trois textes relatifs aux règles communes pour la normalisation des comptes des entreprises de chemin de fer, l'ouverture du marché des services nationaux de transport de voyageurs par chemin de fer et l'établissement d'un espace ferroviaire unique européen. Bien que favorable à une harmonisation des règlements techniques ferroviaires, je reste toutefois opposée à la mise en place d'une gouvernance de l'infrastructure ferroviaire qui risquerait de limiter l'ouverture du marché des services nationaux de ce secteur et de renforcer la pérennité des monopoles nationaux. C'est pour cela que j'ai décidé de me positionner en faveur des deux textes «techniques» de ce paquet mais j'ai voté pour le rejet de l'accord trouvé sur le texte relatif à la gouvernance de l'espace ferroviaire unique européen.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I voted against the compulsory opening-up of railway contracts across Europe to private sector operators, as the new laws do not provide protection for rail workers' terms and conditions when services are contracted out and also do not ensure good staffing standards on privately-run services.

The proposed Directive is a highly ideological and unjustified restriction of the prerogative of Member States to organise and run their railways. In addition, UK trade unions and the ETF have always rejected market opening for so-called commercial rail passenger services, arguing that open access competition invites cherry-picking and jeopardises a good overall network offer of rail passenger services.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte. La mise en place d'un espace ferroviaire européen est une véritable opportunité pour le développement du marché dans le secteur des transports passagers.

Les constructeurs européens attendaient impatiemment ces textes qui vont leur permettre de vendre plus facilement leur matériel dans l'Union européenne. Face à la force de frappe de nos concurrents, notamment chinois, les entreprises européennes bénéficient désormais d'un cadre clair pour écouler leurs produits en Europe.

Cet accord augmentera également la qualité et le nombre des services proposés et renforcera la gouvernance dans la gestion des infrastructures.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – Depuis 2001, l'Europe avance vers la création d'un espace ferroviaire unique européen. Dans ce cadre, la définition des modalités d'attribution des contrats de services publics dans le transport ferroviaire de voyageur peut avoir des conséquences notables sur les conditions de travail et les normes sociales en vigueur.

Or, en faisant de l'appel d'offres pour les contrats de service public la règle générale, à seulement quelques exceptions près, ce rapport a comme seul objectif la concurrence pour la concurrence et non la qualité des services. J'ai donc voté pour le rejet de ce dernier car l'ouverture à la concurrence ne doit pas se faire au détriment des droits sociaux et des services publics.

En outre, je regrette que l'amendement du groupe des Socialistes et Démocrates, qui prévoyait le transfert obligatoire de personnel en cas de changement d'opérateur afin que l'ouverture à la concurrence ne pénalise pas les travailleurs, ait été rejeté par la droite.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – The proposal of the Commission is amending Directive 2012/34/EU ('Recast Directive'), which should have been implemented into national systems by June 2015. This proposal was closely linked to the Regulation on the opening of the market for domestic passenger transport (PSO Regulation), addressing the main obstacles to the creation of the Single European Railway Area. I believe this deal shows the fragmentation of the European rail market and only strengthens national monopolies where they exist. Accordingly, the creation of a large European Railway Area open and performance will be postponed indefinitely. Therefore I do not support the proposal.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A Negyedik Vasúti Csomag tárgyalása évek óta tart, az Európai Parlament még az előző parlamenti ciklus végén, 2014 februárjában hagyta jóvá első olvasatát. Tekintettel az Európai Tanácsban elfogadott, az EP véleményétől jelentősen eltérő dokumentumra, 2015 októbere és 2016 áprilisa között folytatódtak az intézményközi tárgyalások annak érdekében, hogy közeledjenek az álláspontok. A végső megállapodás a Tanáccsal 2016. április 19-én született a trilógusok keretén belül. Az elfogadott javaslatcsomag siker a felhasználók és a vasúti társaságok számára és egy újabb lépés az Egységes Európai Vasúti Térség irányába. A felhasználók számára a változás a jövőben dinamikusabb és felhasználóbarátabb, valamint minőségibb és gyakoribb szolgáltatást jelent. A javaslatok általános célja a belföldi vasúti személyszállítási szolgáltatások piacának megnyitása, a szolgáltatások minőségének javítása és működési hatékonyságának fokozása, ami javítaná a vasút más közlekedési módokkal szembeni versenyképességét és vonzerejét.

Magyarország számára kezdettől fogva kiemelkedő jelentőségű volt a Magyar Államvasutak jelenlegi formájának megtartása és a Győr-Sopron-Ebenfurti Vasút Zrt. integrált társaság jelenlegi formájának és működésének elfogadtatása. Sikerült elérni, hogy ezekben a kérdésekben számunkra elfogadható megállapodás szülessen, és ezáltal nem kell felesleges, költséges és hosszantartó átszervezésekbe kezdeni. Ezért a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként támogattam a jelentést.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat împotriva acestei recomandări referitoare la poziția în primă lectură a Consiliului în vederea adoptării unei directive a Parlamentului European și a Consiliului de modificare a Directivei 2012/34/UE în ceea ce privește deschiderea pieței pentru serviciile de transport feroviar intern de călători și guvernanța infrastructurii feroviare deoarece în cadrul acesteia ar trebui să se crească nivelul concurenței, să se garanteze transparența financiară și condițiile de finanțare echitabile. De asemenea, accesul egal pe piață și numărul tot mai mare de operatori ar trebui să genereze în cele din urmă noi activități comerciale și o creștere a traficului. Intensificarea concurenței și specializarea actorilor de pe piață ar trebui să aibă un efect pozitiv asupra productivității și eficienței, ducând la creșterea investițiilor în infrastructurile de transport feroviar.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za amandmane pojedinih grupa zastupnika na Nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća u prvom čitanju s ciljem donošenja direktive Parlamenta i Vijeća o izmjeni Direktive 2012/34/EU u pogledu otvaranja tržišta za usluge domaćeg željezničkog prijevoza putnika i upravljanja željezničkom infrastrukturom, jer se time odbija stajalište Vijeća.

Postignuti dogovor ukazuje na fragmentaciju europskog željezničkog tržišta te osnažuje nacionalne monopole. Stoga, odlučio sam glasati za odbijanje stajališta Vijeća i slijediti ALDE liniju.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport visant à ouvrir les marchés nationaux de transport des voyageurs propose aussi d'intensifier la concurrence et de rendre le domaine du ferroviaire d'accès égal à toute compagnie. Ces dispositions ont déjà fait leurs preuves avec comme résultat une diminution d'un cinquième du fret ferroviaire français en l'espace de cinq ans. Enfin, lutter contre les violations graves des conventions collectives contraignantes ne s'accompagne pas de condamnations effectives, en témoigne le cas de la SNCF.

J'ai donc voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue David Maria Sassoli relatif à l'espace ferroviaire unique européen. L'espace ferroviaire unique a été pensé dans une logique de renforcement de la sécurité et de la fiabilité du réseau ferré européen. La libéralisation du rail est une bonne chose à condition qu'elle vise à améliorer l'efficacité et la compétitivité, sans instaurer une concurrence libre et sauvage. Nos positions reflètent ainsi la volonté de trouver un équilibre entre l'amélioration de la compétitivité, les droits des consommateurs et la préservation des droits sociaux du personnel. Je me réjouis par ailleurs des dispositions prévoyant que l'ouverture ne puisse pas se faire au détriment des lignes les moins rentables, dans la mesure où l'on conserve la possibilité de limiter l'accès en cas de remise en cause de l'équilibre économique d'un service public.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe dem vorliegenden Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 2012/34 zugestimmt. Neben der Öffnung der inländischen Schienenpersonenverkehrsmärkte soll auch eine strengere Trennung zwischen Infrastrukturbetreibern und Eisenbahnunternehmen erfolgen, um Interessenskonflikte und Quersubventionierungen zu vermeiden. Weiter soll ein gleichberechtigter Zugang zu Infrastrukturen gewährleistet werden.

Στέλιος Κούλογλου (GUE/NGL), *in writing*. – I don't support the opening of a single European railway area, which the European Commission aims to achieve with the Fourth Railway Package. Moreover, the report fails to provide the required level of social protection and the expected quality and performance standards. This is why I voted against this report.

Илхан Кючюк (ALDE), *in writing*. – By establishing a single European railway area, the EU will manage to bring together in a single text the main principles governing railway transport, granting licences to railway undertakings and the levying of charges for the use of infrastructure. This move will raise the level of competition and guarantee financial transparency and fair financing conditions. Equal market access and the increasing number of operators should ultimately generate new business activity and additional traffic. Increasing competition and specialisation of the market players should also have a positive effect on productivity and efficiency and lead to increases in investment into rail transport infrastructure, making the sector more responsive to customers' needs and allowing rail operators to compete with other modes of transport. Looking from this perspective, I supported the directive.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Desidero ringraziare l'on. Sassoli per il lungo lavoro svolto su questo importante dossier, che prevede la creazione di uno spazio ferroviario europeo unico. Questa proposta ha lo scopo di aprire il mercato dei servizi di trasporto nazionale dei passeggeri, intensificando la concorrenza sui mercati ferroviari e aumentando la qualità e la quantità dei servizi per il trasposto di passeggeri e migliorando l'efficienza del finanziamento pubblico dei servizi. Vuole, inoltre, ottimizzare la gestione delle infrastrutture rimuovendo i conflitti d'interesse sull'accesso al mercato, e aumentare il coordinamento tra i gestori delle infrastrutture e gli operatori ferroviari in modo tale da disporre una risposta più efficiente alle necessità del mercato, e a rafforzare la cooperazione tra i gestori.

Di conseguenza, si darà inizio a un'apertura del mercato che aumenterà la concorrenza, garantirà la trasparenza finanziaria e farà in modo che la produttività e l'efficienza portino ad un aumento degli investimenti nelle infrastrutture per il trasposto ferroviario. Infine, il sistema guarda soprattutto alle esigenze dei clienti e dei lavoratori qualificati, ed al raggiungimento degli obiettivi nel campo dei cambiamenti climatici.

Puntando sempre ad un'Unione europea più unita e competitiva, voto a favore della relazione, di importanza strategica per questo settore e per i nostri cittadini.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – Le secteur ferroviaire constitue un enjeu majeur, en Europe et plus particulièrement en France, sur les plans économique et environnemental notamment.

Ainsi, j'ai soutenu ce rapport sur «l'espace ferroviaire unique européen» qui fait partie du quatrième paquet ferroviaire, car ce dernier porte une vision équilibrée et responsable. Sans entrer dans un libéralisme forcené, ce rapport promeut des décisions efficaces, pour donner de nouvelles opportunités aux transporteurs.

Ces nouvelles mesures permettent d'ouvrir le marché du transport passager, en donnant les garanties suffisantes pour que cela ne se fasse pas au détriment de l'aménagement du territoire. Au final, les usagers verront l'offre s'améliorer, et les régions auront une plus grande liberté de choix dans leurs prestataires.

L'heure n'est pas à une libéralisation qui profiterait avant tout à nos concurrents internationaux et favoriserait le dumping social. Avec ce quatrième paquet ferroviaire, nous permettons à ce secteur de gagner en compétitivité, dans le respect des droits sociaux.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce texte reprend un vieux rêve de la Commission: la séparation de la SNCF avec son réseau ferré. Dans la logique libérale, cette séparation doit permettre de faciliter l'arrivée de concurrents sur les réseaux nationaux. Après les tentatives catastrophiques de mettre en place cette séparation, les États s'y sont opposés.

Dès l'origine, on voyait des tendances catastrophiques se développer par cette répartition des tâches: le réseau ferré de France cherchait à éponger son déficit hérité de la SNCF sans réaliser les investissements et maintenances nécessaires; la SNCF pense privé, et privilégie les investissements sur les secteurs les plus rentables, les TGV, aux dépens du service public.

Ce nouveau texte va créer une véritable muraille de Chine entre le réseau ferré de France et la SNCF: tout sera séparé de la prise de décision jusqu'aux personnels. C'est tout le partage d'information et de connaissances, ces synergies qui font la richesse du service public qui sont mises de côté au seul profit de la concurrence.

L'exemple du RER B nous montre que ce n'est pas un autre logo qui améliore le service: c'est l'investissement public dans une infrastructure publique. C'est pourquoi j'ai voté contre.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour les amendements de rejet du rapport sur l'espace ferroviaire unique européen. Non seulement le groupe ENL, mais trois autres groupes politiques ont déposé un amendement de rejet. Le but officiel est d'intensifier la concurrence pour accroître l'offre et la qualité des services, rendre le marché ferroviaire d'accès égal à toute compagnie. Le rapport signale que ces dispositions ont permis le succès du fret ferroviaire: en France c'est moins 20 % en cinq ans! Le paquet ferroviaire imposé par l'UE est catastrophique.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La presente propuesta busca establecer un espacio ferroviario europeo único, en lo que atañe a la apertura del mercado de los servicios nacionales de transporte de viajeros por ferrocarril y a la gobernanza de las infraestructuras ferroviarias.

No se puede dudar del éxito que supondrá la aprobación del cuarto paquete ferroviario. Un aumento de competencia se traduce en un mayor atractivo del ferrocarril respecto de otros medios de transporte. Asimismo, podemos aprovechar la oportunidad para desarrollar el transporte de viajeros de alta velocidad, contribuyendo a la consecución de los objetivos sobre el cambio climático.

Doy mi voto favorable porque va a contribuir a una mayor competitividad de los servicios, lo que beneficiará enormemente a los pasajeros, ya que disfrutarán de más servicios con mayor calidad.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), *na piśmie*. – Innowacja transportu kolejowego w Unii Europejskiej to bardzo ważny temat i trzeba do niego podejść ostrożnie. IV pakiet kolejowy stawia na reformę i w mojej ocenie, jest to ogromna szansa dla rodzimych kolei państw członkowskich. Mający na celu zmniejszenie kosztów podróży, zapewnienie bezpieczeństwa czy otwarcie nowych połączeń jest on także odpowiedzią na potrzeby konsumentów. Otwarcie transportu kolejowego na inne kraje może także doprowadzić do powstania nowych przedsiębiorstw kolejowych, które pomogą Europie w dobie rosnącego bezrobocia. Wprowadzenie zasad otwartego przetargu da szanse każdemu z przewoźników do zaprezentowania swojej oferty, co w mojej ocenie jest sprawiedliwą konkurencją. Przyjęcie tego pakietu przyczyni się także do zakończenia procesu tworzenia jednolitego obszaru kolejowego, dlatego też głosowałam za.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Prijedlog Komisije za izmjenu Direktive 2012/34/EU ima prvenstveno za cilj otvaranje domaćeg tržišta za usluge prijevoza putnika željeznicom, s ciljem jačanja konkurentnosti, kako bi se povećala količina i poboljšanja kvaliteta putničkih usluga. Ovaj prijedlog ide u smjeru predložene izmjene i dopune Uredbe 1370/2007 te u tom smislu ima za cilj povećati učinkovitost javnog financiranja.

Drugi cilj je poboljšati upravljanje infrastrukturom i osiguravanje jednakog pristupa svima, a to se može postići kroz uklanjanje sukoba interesa koji utječu na odluke upravitelja infrastrukture. Jednak pristup tržištu i sve veći broj subjekata u konačnici bi trebao generirati novu poslovnu aktivnost i dodatni promet. Povećanje konkurencije i specijalizacija sudionika na tržištu trebala bi imati pozitivan učinak na produktivnost i učinkovitost i dovesti do povećanja ulaganja u željezničku infrastrukturu.

Ove promjene bi trebale podići razinu tržišnog natjecanja, jamčiti financijsku transparentnost i poštene uvjete financiranja, stoga nisam podržala prijedlog da se odbaci stajalište Vijeća.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Zmeneným návrhom smernice 2012/34/EÚ, ktorou sa zriaďuje jednotný európsky železničný priestor, pokiaľ ide o otvorenie trhu so službami vnútroštátnej osobnej železničnej dopravy a o správu železničnej infraštruktúry, sa zvyšuje konkurenčný tlak na železničný trh. Zároveň sa posilňuje postavenie manažéra infraštruktúry a vytvárajú sa podmienky na zabezpečenie rovnakého prístupu k železničnej infraštruktúre. Zvýšenie transparentnosti, hospodárska súťaž spolu s verejnou súťažou by mali posilniť cezhraničnú spoluprácu a zvýšiť kvalitu služieb a príťažlivosť železničnej osobnej dopravy pre obyvateľov, čo bude mať okrem hospodárskych a ekonomických benefitov aj pozitívne dosahy na kvalitu životného prostredia, ovzdušia a klímy.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της τροπολογίας, που αποτελεί κοινή πρόταση των Πρασίνων, του EFDD και της GUE, σχετικά με τη σύσταση για τη δεύτερη ανάγνωση που αφορά τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έγκρισης της οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση της οδηγίας 2012/34/ΕΕ όσον αφορά το άνοιγμα της αγοράς εσωτερικών σιδηροδρομικών επιβατικών μεταφορών και τη διακυβέρνηση της σιδηροδρομικής, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 12/12/2016, καθώς και διότι με την εν λόγω τροπολογία το Κοινοβούλιο απορρίπτει τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte concerne, comme les deux autres rapports du quatrième paquet ferroviaire, le volet «marché».

Bien qu'il comporte un point positif en proposant de ne pas renouveler la «licence de transport de passagers» aux entreprises condamnées pour violation grave des conventions collectives contraignantes, ce que nous approuvons, il contient trop de points négatifs.

En effet, ce texte a pour objectif d'ouvrir les marchés nationaux de transports de voyageurs et d'intensifier la concurrence et défend l'idée selon laquelle ces dispositions auraient permis le succès du fret ferroviaire alors même que ces cinq dernières années, il a diminué de 20 %!

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta recomendação promove a ideia da total abertura do mercado ferroviário, à qual está subjacente o aumento da concorrência no sector ferroviário da UE. Com efeito, esta proposta não revela qualquer preocupação pelo cumprimento de outros objetivos, essenciais para uma eventual alteração legislativa. Desde logo, ao longo de todo o seu texto, não existe referências a certos objetivos importantes, tais como a coesão social e territorial, a acessibilidade, a proteção das condições de trabalho e dos direitos dos trabalhadores. Votei a favor da rejeição da proposta do conselho.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Das 4. Eisenbahnpaket zielt auf eine marktpolitische Liberalisierung des europäischen Eisenbahnsektors. Durch die Anwendung einer generellen Ausschreibungspflicht im Bereich der Auftragsvergabe sollen öffentliche Gelder eingespart und Marktzugangsbarrieren für kleinere Wettbewerber abgebaut werden. In Ausnahmefällen darf jedoch von der generellen Ausschreibungspflicht abgesehen und Aufträge dürfen direkt vergeben werden.

In Zukunft müssen Infrastrukturbetreiber effektiv unabhängig sein, um einen gleichberechtigten Zugang von Eisenbahnunternehmen zur Infrastruktur gewährleisten zu können. Eisenbahnunternehmen müssen nach wie vor Unionsrecht, nationales Recht und Tarifverträge einhalten.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau direktyvos pakeitimams. Tikiuosi, tai paskatins konkurenciją geležinkelių sektoriuje ir sudarys vienodas sąlygas visiems operatoriams naudotis geležinkelių infrastruktūra.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport accentue de manière dramatique la logique de mise en compétition européenne des activités de transport ferroviaire. Il pose le principe de l'ouverture totale et de séparation entre les activités de gestion du réseau et les activités de transports de personnes et de marchandises. Cette logique a d'ores et déjà montré ses conséquences désastreuses pour les personnels, les équipements et le service. De plus, les États ne peuvent limiter l'accès des entreprises privées à leur réseau que si leur contrat de service public est «menacé». Pas d'État donc avant que le privé n'ait déclenché de catastrophe. Et c'est à la Commission européenne d'établir les règles sur ce point. Je vote contre cette destruction totale des acquis français en matière de service public ferroviaire.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est une proposition d'abrogation de règlement sur la normalisation des comptes des entreprises de chemin de fer. Celui-ci étant issu du quatrième paquet ferroviaire portant le coup de grâce au service public ferroviaire de transport de voyageurs. C'est pourquoi je m'y suis opposée.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le volet «marché» du quatrième paquet ferroviaire contient trois propositions législatives. L'une d'elle est une proposition de la Commission afin de modifier la directive 2012/34/UE. J'ai pour ma part décidé de voté en faveur de la proposition, car les modifications ont pour objectifs non seulement l'ouverture du marché du transport ferroviaire, l'amélioration de la gouvernance du gestionnaire de l'infrastructure, mais aussi le renforcement de la concurrence et de la transparence financière ainsi que des conditions de financement équitables. Tout cela permettra de rendre le transport ferroviaire plus attractif pour les citoyens européens, de créer de l'emploi, ainsi que de booster ce secteur d'activité.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság javaslatot tett a Parlamentnek és a Tanácsnak a 2012/34/EU irányelvnek a belföldi vasúti személyszállítási szolgáltatások piacának megnyitása és a vasúti infrastruktúra irányítása tekintetében történő módosításáról szóló irányelv elfogadására. A javaslat célja a belföldi vasúti személyszállítási szolgáltatások piacának megnyitása a belföldi vasúti piacok versenykényszerének fokozása, valamint a személyszállítási szolgáltatások mennyiségének növelése és minőségének javítása érdekében, továbbá a pályahálózat-működtetők irányításának megerősítése az infrastruktúrához való egyenlő hozzáférés biztosítása végett. A Parlament első olvasatban 2014. február 26-án fogadta el álláspontját. A francia szenátus, a litván parlament, a luxemburgi képviselőház, a holland felsőház, a holland alsóház és a svéd parlament ugyanakkor indoklással ellátott véleményt terjesztett elő, melyek szerint a jogalkotási aktus tervezete nem egyeztethető össze a szubszidiaritás elvével.

Ezt követően intézményközi tárgyalásokra került sor, melyek eredményeként a Parlament tárgyalócsoportja 2016. április 19-én megállapodásra jutott a Tanács elnökségével. A Tanács első olvasatbeli álláspontját 2016. október 17-én, a megállapodással összhangban fogadta el.

A Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament értsen egyet a Tanács első olvasatban elfogadott álláspontjával és ezzel állapítsa meg, hogy a jogi aktus elfogadására a Tanács álláspontjával összhangban kerül sor.

Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Les trois rapports qui constituent le quatrième volet du paquet ferroviaire s'inscrivent dans la lignée de la libéralisation voulue du rail, sous tous ses aspects. Le fret français a déjà fait les frais de telles mesures, il est évidemment impensable de cautionner de tels textes. L'UE refuse toujours de comprendre que les peuples veulent des services publics efficaces et abordables, et la protection de leurs emplois. Le temps du libéralisme permanent, qui détruit le tissu social pour le profit de quelques-uns doit s'achever. J'ai voté contre.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à ouvrir les marchés nationaux de transport de voyageurs. Le but est d'intensifier la concurrence pour accroître l'offre et la qualité des services, rendre le marché ferroviaire d'accès égal à toute compagnie. Le rapport signale que ces dispositions ont permis le succès du fret ferroviaire: en France, c'est -20 % en 5 ans! Ce rapport «gouvernance» vise à la séparation des activités de gestionnaire et d'exploitant en éliminant les doubles casquettes exploitant-gestionnaire (ce qui favoriserait les conflits d'intérêts).

Le seul point positif de ce rapport est que les entreprises déjà condamnées pour violation grave (quelle est la définition de «grave»?) des conventions collectives contraignantes ne peuvent obtenir une licence pour effectuer du transport passager par rail. À noter que la SNCF a été condamnée à plusieurs reprises pour cette raison…

Je vote contre ce rapport, partie du funeste paquet ferroviaire.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – In the light of Labour Party policy on public ownership of rail, and the lack of protection in the 'Political Pillar' measures for staff when services are contracted-out, I voted against this proposal as it provides for a framework for rights of 'open access' to rail lines for commercial train operators, as well as reinforcing a default position of mandatory tendering of passenger service contracts.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution législative sur l'ouverture du marché des services nationaux de transport de voyageurs par chemin de fer et la gouvernance de l'infrastructure ferroviaire, qui s'inscrit dans le contexte du quatrième paquet ferroviaire qui vise à rendre le rail européen davantage compétitif et plus sûr. Le texte approuve la position du Conseil en première lecture.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted against this recommendation regarding the single European railway area.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – През последните две десетилетия железопътният транспорт в Европа отбелязва спад в своя растеж. Освен ръста на притежание на лични автомобили сред европейските граждани и развитието на авиационния транспорт, прекалената регулация на национално равнище може да бъде откроена като основна причина за свиването на този сектор.

Тя представлява значителен фактор, който възпира зараждането на конкуренция в този бранш. Това от своя страна има негативно отражение върху качеството на железопътните услуги, от което страдат най-вече европейските пътници. За съжаление България е показателен пример за тази тенденция.

На този фон, аз дадох своята подкрепа за изменението на Директива 2012/34/ЕС, която съдържа мерки, целящи осигуряване на равен достъп до инфраструктурата и премахването на конфликт на интереси при вземането на решения за нейното ползване.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut astăzi prin vot această recomandare de adoptare a textului directivei privind deschiderea pieței serviciilor de transport feroviar intern, deoarece acesta reprezintă un pas înainte pentru piața europeană. Prin această directivă se urmărește sporirea concurenței pe piețele de transport feroviar din statele membre, ceea ce va însemna oferirea de servicii mai bune și prețuri mai mici. Un alt obiectiv al acestei directive este acela de a consolida guvernanța administratorilor de infrastructuri, ceea ce va duce la un acces mai bun la infrastructură pentru mai multe companii de transport și va reduce înțelegerile neconcurențiale în cazul în care administratorul infrastructurii și unul dintre transportatori se află într-un sistem integrat.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich bei diesem Bericht meiner Stimme enthalten, da einige Punkte im Bericht nicht klar definiert werden.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Eesmärk on raudtee-reisijateveoteenuste turu avamine ja infrastruktuuriettevõtete edendamine. Kõnealused muudatused peaksid tõstma konkurentsi taset ning tagama finantsläbipaistvuse ja õiglased rahastamistingimused.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η συγκεκριμένη νομοθετική πρόταση, γνωστή και ως «οδηγία για τη διακυβέρνηση», στοχεύει στο άνοιγμα της αγοράς εγχώριων σιδηροδρομικών επιβατικών μεταφορών ώστε να ενταθεί η ανταγωνιστική πίεση στις εγχώριες σιδηροδρομικές αγορές, προκειμένου να αυξηθεί η ποσότητα και να βελτιωθεί η ποιότητα των επιβατικών μεταφορών και στη βελτίωση της διακυβέρνησης του διαχειριστή υποδομής με στόχο την εξασφάλιση ισότιμης πρόσβασης στις υποδομές.

Ο αυξημένος ανταγωνισμός αναμένεται να ενισχύσει την ελκυστικότητα των σιδηροδρόμων και να καταστήσει τον σιδηροδρομικό κλάδο πιο ευαίσθητο στις ανάγκες των πελατών, επιτρέποντας στις σιδηροδρομικές επιχειρήσεις να ανταγωνίζονται άλλους τρόπους μεταφοράς. Η περαιτέρω ανάπτυξη των επιβατικών μεταφορών υψηλής ταχύτητας θα πρέπει επίσης να καταστήσει τους σιδηροδρόμους πιο ανταγωνιστικούς μέσω της αύξησης του μεριδίου τους στην αγορά και της συμβολής τους στην επίτευξη των στόχων που αφορούν την κλιματική αλλαγή.

Η αύξηση της σιδηροδρομικής δραστηριότητας αναμένεται επίσης να αυξήσει τη ζήτηση για ειδικευμένους εργαζόμενους και για φορείς εκμετάλλευσης εγκαταστάσεων σιδηροδρομικής εξυπηρέτησης, αλλά και τη ζήτηση για τροχαίο υλικό, άρα θα οδηγήσει στη δημιουργία νέων θέσεων απασχόλησης στην κατασκευαστική σιδηροδρομική βιομηχανία.

Για όλους αυτούς τους λόγους, υπερψήφισα την εν λόγω έκθεση.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Το ΚΚΕ καταψήφισε τους τρεις κανονισμούς για τον «ενιαίο ευρωπαϊκό σιδηροδρομικό χώρο», τις επιβατικές σιδηροδρομικές μεταφορές και τους λογαριασμούς των σιδηροδρομικών επιχειρήσεων, που αποτελούν το λεγόμενο «4ο πακέτο» για την ενιαία σιδηροδρομική αγορά της και ολοκληρώνουν την πλήρη ιδιωτικοποίηση των σιδηροδρομικών μεταφορών στην ΕΕ και τα κράτη μέλη. Η παράδοση των σιδηροδρόμων, όλων των σχετικών δημόσιων υποδομών και δικτύων και του μεταφορικού έργου στους μεγάλους επιχειρηματικούς ομίλους υπηρετεί την περαιτέρω κερδοφορία των επιχειρηματικών ομίλων. Επιφέρει ένα ακόμη σοβαρό χτύπημα στους όρους εργασίας και τα εργασιακά δικαιώματα των εργαζομένων στους σιδηροδρόμους. Χειροτερεύει δραστικά την ποιότητα και ασφάλεια των σιδηροδρομικών μεταφορών, εκτοξεύει στα ύψη τις τιμές των εισιτηρίων για τη λαϊκή οικογένεια. Τα συμφέροντα του κεφαλαίου υπηρετεί και η συγκυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ με την παραχώρηση σε ιδιώτες της ΤΡΑΙΝΟΣΕ, στα πλαίσια της συνολικής αντιλαϊκής πολιτικής της, του 3ου και των προηγούμενων μνημονίων, που χαράζει μαζί με την ΕΕ και το ΔΝΤ και με συμφωνία των άλλων κομμάτων της αστικής διαχείρισης. Για να γίνουν οι σιδηρόδρομοι και συνολικά οι μεταφορές χερσαίες, θαλάσσιες και εναέριες λαϊκή περιουσία, στην υπηρεσία των λαϊκών αναγκών, η πάλη των εργαζομένων πρέπει να βάλει στο στόχαστρο την ίδια την εξουσία των μονοπωλίων, την ιμπεριαλιστική ένωσή τους, την ΕΕ, για ριζικές αλλαγές στην εξουσία και την οικονομία.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour la révision de la directive gouvernance. Après de longues négociations, je me félicite que le texte intègre bien la position des socialistes pour garantir que la concurrence privée ne mette pas en danger un service public.

Concrètement, le texte établit que le régulateur pourra limiter le droit d'accès à un opérateur privé si l'arrivée de cet opérateur met en cause les marges de l'opérateur assurant un service public.

C'était fondamental pour éviter que des opérateurs privés ne viennent concurrencer les opérateurs de service public sur des lignes rentables qui permettent de financer des connections moins lucratives mais indispensables pour la cohésion territoriale.

Enfin, le texte ne remet pas en cause le modèle de l'entreprise intégrée qui regroupe le gestionnaire et l'opérateur historiques dans un même groupe, comme en France ou en Allemagne.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report, as it put in place important safeguards aimed at ensuring the impartiality and independence of the infrastructure manager, by reinforcing the provisions on: double mandates, essential functions, traffic management and maintenance planning, outsourcing and sharing of the functions of the infrastructure manager and financial transparency. Furthermore, special rules governing the access of high-speed passenger services to the Union rail infrastructure have been established, with a view to developing the market for high-speed passenger services and promoting its competitiveness for the benefit of passengers. The market development of common information and through-ticketing systems was put forward as a priority in order to facilitate more efficient multimodal and cross-border passenger transport.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Glavni ciljevi ovog prijedloga su poboljšanje kvalitete i učinkovitosti domaćih željezničkih usluga prijevoza putnika i uklanjanje preostalih pravnih prepreka za dovršetak jedinstvenog europskog željezničkog prostora, te jačanje upravljanja upravitelja infrastrukture s ciljem osiguravanja jednakog pristupa.

To će se postići kroz uklanjanje sukoba interesa koji utječu na odluke upravitelja infrastrukture o pristupu tržištu i otklanjanje mogućeg unakrsnog subvencioniranja između upravitelja infrastrukture i željezničkih prijevoznika, koji postoji u integriranim strukturama. Konačno, prijedlog je usmjeren na jačanje koordinacije između upravitelja infrastrukture i željezničkih operatora kako bi se prema potrebama tržišta povećala prekogranična suradnja između upravitelja infrastrukture. Povećana konkurencija trebala bi povećati atraktivnost željeznice, što će sektor učiniti osjetljivijim na potrebe klijenata.

Rast željezničkih aktivnosti također treba povećati potražnju za kvalificiranijim željezničkim djelatnicima i operaterima željezničkih usluga, ali i potražnju za voznim parkom, dakle stvaranjem novih radnih mjesta u željezničkom sektoru. Podržavam stajalište Vijeća o ovoj temi i jer je željeznički promet ekološki najčišći prijevoz te njime čuvamo i naš okoliš.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Tržišta međunarodnog prijevoza putnika i prijevoza robe gdje je već postignut otvoren pristup tržištu pružaju dobar primjer tržištu željezničkog prometa kao putokaz prema daljnjem razvoju te rastu tržišnog udjela. Otvorenim tržištem domaćeg željezničkog prijevoza jamčit će se konkurentno nadmetanje i time poboljšana kvaliteta putnicima u Europi. Prvenstveno valja ukloniti sukobe interesa i mogućnost nepoštenog subvencioniranja – odluke upravitelja infrastrukture moraju biti transparentne i nepristrane.

Zato se odlučilo uvesti zaštitne mjere koje će osigurati neovisnost upravitelja infrastrukture. Također, pozivam države članice na uspostavljanje nacionalnih okvira za procjenu sukoba interesa gdje bi regulatorna tijela uzimala u obzir sve osobne financijske i profesionalne interese koji imaju potencijal neprikladnog utjecaja na odluke upravitelja. Nove poslovne aktivnosti i povećan promet što nosi jednak pristup tržištu povećanom broju operatera potaknut će rast produktivnosti i efikasnosti te dovesti do povećanja zapošljavanja i ulaganja u infrastrukturu željezničkog prijevoza.

Sektor će kroz nadmetanje razviti bolji pristup prepoznavanju potreba korisnika te će se privlačnost željeznica zasigurno povećati. Razvoj informacijskih sustava i sustava za izdavanje jedinstvenih karata trebao bi biti među prioritetima u ovom sektoru. Na kraju želim podsjetiti da će se povećanjem tržišnog udjela tog sektora doprinositi i postizanju ciljeva u pogledu klimatskih promjena.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta proposta legislativa, também conhecida por «Diretiva de Governação», integra o quarto pacote ferroviário da UE e tem como objetivos:

a) A abertura do mercado dos serviços nacionais de transporte ferroviário de passageiros, com o objetivo de intensificar a pressão concorrencial nos mercados ferroviários nacionais. Os serviços de transporte ferroviário de mercadorias e de transporte internacional de passageiros foram abertos à concorrência desde 2007 e 2010, respetivamente, com a adoção dos anteriores pacotes ferroviários. O resultado é conhecido. Pretende-se aumentar a eficiência do financiamento público dos serviços de transporte de passageiros (tendencialmente a multinacionais privadas).

b) Reforçar a governação do gestor da infraestrutura com o objetivo de garantir a igualdade de acesso à infraestrutura. Leia-se: também por esta via, favorecer as multinacionais. A criação do «espaço ferroviário europeu único» apresenta duas componentes: a internacionalização da gestão da operação ferroviária; e a machadada final do que resta da relação entre operação e infraestrutura, abrindo novos mercados, mas reduzindo a integração estratégica. Ou seja: mais do mesmo. Consequências: degradação dos serviços e das infraestruturas, a desregulação do universo laboral e, ao mesmo tempo, o aumento das fortunas das grandes empresas europeias que já dominam a ferrovia no contexto europeu - em nome da concorrência e da transparência!

Obviamente votámos contra.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W zakresie dyrektywy ws. zarządzania cieszy mnie brak przepisów wymagających przeprowadzenia radykalnych, kosztownych i czasochłonnych zmian strukturalnych na rynku kolejowym w Polsce, wymagających wprowadzenia pełnego rozdziału pomiędzy zarządcą infrastruktury a przedsiębiorstwami kolejowymi oraz pomiędzy zarządcą a spółkami utrzymaniowymi, poprzez korzystne sformułowanie definicji „przedsiębiorstwa zintegrowanego pionowo", wyłączenie sieci regionalnych o szerokości toru różnej od dominującej sieci państw członkowskich w UE (przypadek spółki PKP LHS) z zakresu stosowania dyrektywy, czyli z obowiązku rozdzielności zarzadzania infrastrukturą od prowadzenia przewozów kolejowych. Niniejszym poparłem wypracowany kompromis.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte sur la modification de la directive établissant un espace ferroviaire unique européen. Il est indispensable d'ouvrir le marché du transport de passager pour favoriser la croissance de l'activité ferroviaire et créer de nouveaux emplois tout en donnant les garanties suffisantes pour que cette ouverture ne se fasse pas au détriment de la qualité des services et de l'aménagement du territoire.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to reject the proposals at second reading on the Fourth Railway Package because this would inevitably lead to the UK Government and the governments of Member States having their hands tied with regards to the awarding of competitive tenders. It is not for the EU to determine what may be constituted as competitive in a Member State without fully understanding the economic climate of that Member State and what implications any restriction or forced competitive process may have.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour la révision de la directive gouvernance. Après de longues négociations, je me félicite que le texte intègre bien la position des socialistes pour garantir que la concurrence privée ne mette pas en danger un service public.

Concrètement, le texte établit que le régulateur pourra limiter le droit d'accès à un opérateur privé si l'arrivée de cet opérateur met en cause les marges de l'opérateur assurant un service public.

C'était fondamental pour éviter que des opérateurs privés ne viennent concurrencer les opérateurs de service public sur des lignes rentables qui permettent de financer des connections moins lucratives mais indispensables pour la cohésion territoriale.

Enfin, le texte ne remet pas en cause le modèle de l'entreprise intégrée qui regroupe le gestionnaire et l'opérateur historiques dans un même groupe, comme en France ou en Allemagne.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Vieningos geležinkelių erdvės kūrimas – svarbus ES uždavinys. Džiaugiuosi, kad šios dienos balsavimu priartėjome prie šio tikslo. Kartu svarbu, kad iš priimtos rezoliucijos pavyko pašalinti kai kurias perteklines ir nereikalingas nuostatas dėl itin didelės paramos labai greito geležinkelio linijoms. Vietoj itin greitų ir itin brangių linijų turėtume orientuotis į pakankamai greito, kokybiško, ekologiško ir patogaus transporto plėtrą visose Europos šalyse, deramą dėmesį skiriant ir naujosioms valstybėms narėms.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta é a terceira de três propostas legislativas relativas ao quarto pacote ferroviário e diz respeito, concretamente, à alteração da Diretiva 2012/34/UE, também designada de «Diretiva Governação», relativa à abertura do mercado nacional de serviços de transporte ferroviário de passageiros e à governação da infraestrutura ferroviária.

O objetivo desta alteração prende-se, sobretudo, com a vontade de fomentar a concorrência nos mercados ferroviários nacionais e reforçar a governação dos gestores de infraestruturas.

Com estas alterações, não só haverão ganhos ao nível do aumento da concorrência, como também será possível garantir uma maior transparência financeira e melhores e mais justas condições de financiamento empresarial.

Após vários trílogos e diversos contactos interinstitucionais foi possível chegar a um acordo equilibrado, muito devido ao papel do Parlamento Europeu, que se revelou essencial e, por essa razão, votei este relatório em sentido favorável.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe dem Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2012/34/EU zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums zugestimmt.

Hauptziel ist es, den Binnenschienenmarkt für weitere Personenverkehrsdienste zu öffnen und durch mehr Angebot die Qualität der Personenverkehrsdienste zu verbessern.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Kompromisní text vyjednaný mezi Evropským parlamentem a Radou politického pilíře tzv. 4. železničního balíčku je kompromisem velmi citlivého tématu. V průběhu uplynulých let jsme mnohokrát slyšeli argumenty pro i proti dalšímu otevírání trhů. Zastánci liberalizace hovoří o tlaku na větší efektivitu v konkurenčním prostředí, její odpůrci argumentují příklady, kdy proběhlá liberalizace nezajistila z dlouhodobého hlediska ani lepší a bezpečnější služby cestujícím, ani důstojnější podmínky zaměstnanců. Spíše naopak. Pravidla pro otevírání trhů musí být proto jasná i s ohledem na standardy kvality a sociální standardy zaměstnanců. Levnější nemusí být nutně lepší, a pokud by mělo otevření trhů znamenat prekarizaci a zhoršení podmínek zaměstnanců, byla by to prohra pro celý železniční sektor.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Como con el informe van de Camp, he apoyado la retirada del texto. En este caso, se crea la normativa y los mecanismos de control para facilitar la liberalización y privatización del sector ferroviario con lo que ello conlleva: precios más elevados, menor seguridad, falta de planificación, reducción del peso del tren convencional (especialmente en las regiones menos pobladas) y precarización de las condiciones laborales, con la intervención recurrente de las autoridades públicas para rescatar a las compañías privadas que se repartirán el pastel.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – L'obiettivo generale del quarto pacchetto ferroviario è quello di migliorare l'efficienza e la qualità dei servizi ferroviari, eliminando ogni ostacolo di tipo giuridico, istituzionale e tecnico e promuovendo la competitività del settore, allo scopo di sviluppare ulteriormente lo spazio ferroviario europeo unico.

Questa nuova proposta prevede una serie di misure volte sia a rendere le ferrovie europee più attraenti, innovative e competitive, sia a garantire una maggiore trasparenza ed eque condizioni finanziarie. Mi auguro che le nuove norme contribuiscano anche a rendere il settore ferroviario più attento alle esigenze dei clienti e a creare nuovi posti di lavoro attraverso un aumento della domanda di lavoratori qualificati. Ho deciso pertanto di esprimere il mio voto a favore.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to reject the proposals at second reading on the Fourth Railway Package because this would inevitably lead to the UK Government and the governments of Member States having their hands tied with regards to the awarding of competitive tenders. It is not for the EU to determine what may be constituted as competitive in a Member State without fully understanding the economic climate of that Member State and what implications any restriction or forced competitive process may have.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted against the compulsory opening-up of railway contracts across Europe to private sector operators, as the new laws do not provide protection for rail workers' terms and conditions when services are contracted out and also do not ensure good staffing standards on privately-run services.

The proposed Directive is a highly-ideological and unjustified restriction of the prerogative of Member States to organise and run their railways. In addition, UK trade unions and the ETF have always rejected market opening for so-called commercial rail passenger services, arguing that open access competition invites cherry picking and jeopardises a good overall network offer of rail passenger services.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan.* — Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne.* – Teší ma, že sa podarilo dosiahnuť dohodu s Radou a v druhom čítaní sme v Parlamente schválili uvedenie štvrtého železničného balíka. Vďaka tomuto legislatívnemu balíku vytvárame podmienky na vznik jednotného európskeho železničného trhu. Ľudia cestujúci vlakmi budú mať väčšie možnosti pri výbere vnútroštátnych alebo medzinárodných železničných spojení. Zároveň dávame stimul celému železničnému sektoru, ktorý by mal zaznamenať rast pracovných príležitostí. Cieľom tzv. smernice o správe, ktorou sa zriaďuje jednotný európsky železničný priestor, je najmä zintenzívniť konkurenčný tlak na trhoch vnútroštátnej dopravy a zabezpečenie rovnocenného prístupu k infraštruktúre. Konkrétne bude posilnená funkcia manažéra infraštruktúry tým, že sa od členských krajín bude vyžadovať, aby odstránili akýkoľvek možný konflikt záujmov, ako aj krížové poskytovanie dotácií manažérmi infraštruktúry a železničnými podnikmi. Zmenami, ktoré som podporila, sa zvyšuje úroveň hospodárskej súťaže a mala by sa zaručiť finančná transparentnosť a spravodlivé podmienky financovania. Na železničnom trhu by sa tak mali vytvoriť rovnaké podmienky prístupu, čo by malo zvýšiť celkový počet prevádzkovateľov. Týmito opatreniami chceme najmä zlepšiť schopnosť železničného odvetvia reagovať na potreby zákazníkov. Verím, že v konečnom dôsledku pocítia cestujúci vlakmi najmä skvalitnenie železničných služieb a cestovanie naprieč Európou sa stane jednoduchšie.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně.* – Svým hlasováním jsem podpořila tzv. čtvrtý železniční balíček, díky kterému se mimo jiné otevřou trhy vnitrostátní osobní železniční dopravy v členských státech. Otevření železničního trhu hospodářské soutěži považuji za správný krok ke zvýšení kvality poskytovaných služeb spotřebitelům, snižování cen železničních služeb a ke zlepšení efektivnosti veřejného financování tohoto sektoru. Legislativa přináší i velmi potřebné oddělení provozovatelů železniční infrastruktury od železničních dopravců, ke kterému v ČR došlo již před několika lety.

Pozitivně se stavím také k ustanovením směřujícím k zajištění odpovídající úrovně ochrany zaměstnanců v odvětví, jež však nejdou za hranu uměřenosti. Naopak s obavami hledím na povolení existence stávajících holdingů mezi železničními dopravci a provozovateli infrastruktury. Přestože při uzavírání smluv na základě nabídkového řízení musí správce infrastruktury postupovat nezávisle, v případě existence holdingu bude obtížné zamezit střetu zájmů nebo informační výhodě subjektů, které by s provozovatelem infrastruktury tvořily holding. Za povolením existence železničních holdingů vidím riziko, že dojde k popření myšlenky otevření železničních trhů volné hospodářské soutěži.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno.* – Tako imenovana direktiva o upravljanju je imela za cilj odprtje trga notranjih storitev železniškega potniškega prometa za povečanje konkurenčnega pritiska na trge notranjih železniških storitev z namenom, da se poveča obseg in izboljša kakovost storitev v potniškem prometu, ter izboljšanje upravljanja, ki ga izvaja upravljavec infrastrukture, da se zagotovi enak dostop do infrastrukture.

Žal sem mnenja, da direktiva vključuje preveč pomanjkljivosti, da bi jo lahko sam podprl. Vzpostavlja se Evropsko mrežo upravljavcev infrastrukture z namenom izmenjave najboljših praks, nadzora nad izvajanjem in za reševanje čezmejnih ozkih grl. Žal je to vse, kar je ostalo od našega predloga za vzpostavitev evropskega regulatornega organa, ki bi imel pooblastila za reševanje čezmejnih vprašanj in problematik, ki jih ni malo.

Direktiva predvideva tudi razvoj skupnih informacijskih sistemov in sistemov za izdajanje vozovnic, da se omogoči učinkovitejši multimodalni in čezmejni potniški prevoz, pri čemer mora Komisija spremljati razvoj dogodkov in do leta 2022 pripraviti poročilo za Parlament in Svet ter mu po potrebi priložiti zakonodajne predloge, za kar ni predvidenega nobenega roka. Evropski parlament je pri prvem branju pozval k vzpostavitvi takšnega sistema do 2019, ki bi veljav za vse javne potnike v železniškem prometu, žal se to tukaj ne upošteva. Pomanjkljivosti je torej preveč.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne.* – Koľajová doprava je najekologickejšou a najefektívnejšou formou prepravy osôb a tovarov na veľké vzdialenosti po súši. Chceme prepojiť jestvujúce systémy v jednotlivých krajinách Európskej únie tak, aby sme odstránili existujúce technické a legislatívne prekážky a zvýšili konkurenciu.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Cilj ovog Izvješća je uspostava jedinstvenog europskog željezničkog prostora kako bi se time otvorilo tržište domaćeg željezničkog prijevoza putnika u cilju povećanja konkurentnog pritiska, povećanja opsega i poboljšanje kvalitete usluga prijevoza putnika. Ovim promjenama bi se trebala povećati konkurencija, zajamčiti financijska transparentnost i pošteni uvjeti financiranja. Povećanje konkurencije i specijalizacija aktera na tržištu trebali bi i pozitivno utjecati na produktivnost i efikasnost te dovesti do povećanja ulaganja u infrastrukturu željezničkog prijevoza. Države članice trebaju uspostaviti nacionalni okvir za procjenu sukoba interesa i regulatorna tijela trebala bi u obzir uzeti sve osobne financijske, ekonomske ili profesionalne interese koji bi mogli neprikladno utjecati na nepristranost. Stajalište Vijeća u prvom čitanju je u skladu sa sporazumom postignutim na međuinstitucijskim pregovorima.

Prihvaćam i glasujem da pravni akt stupi na snagu jer bi trebalo ojačati koordinaciju između upravitelja infrastrukture i željezničkih operatera kako bi se bolje zadovoljile potrebe tržišta i poboljšala prekogranična suradnja među upraviteljima infrastrukture.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za priporočilo za drugo obravnavo o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Direktive Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Direktive glede odprtja trga notranjih storitev železniškega potniškega prometa in upravljanja železniške infrastrukture. Pozdravljam dosežek Evropskega parlamenta, ki je v medinstitucionalnih pogajanjih med drugim dosegel, da so bili vzpostavljeni zaščitni ukrepi za zagotovitev nepristranskosti in neodvisnosti upravljavcev infrastrukture, hkrati pa da bi države članice morale vzpostaviti nacionalni okvir za ocenjevanje navzkrižja interesov.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně.* – Hlasoval jsem pro návrh pro přijetí směrnice Evropského parlamentu a Rady, kterou se mění směrnice 2012/34/EU, pokud jde o otevření trhu vnitrostátních služeb v přepravě cestujících po železnici a správu a řízení železniční infrastruktury. Tímto návrhem by se měl otevřít vnitrostátní trh se železničními službami mezinárodní konkurenci. České firmy budou moci proniknout se svými službami na zahraniční trhy. Tento návrh se také zabývá institucionálním oddělením správy železniční infrastruktury od provozování dopravních služeb. Evropský parlament klade velký důraz na to, aby v případě „holdingoveho" modelu bylo zajištěno účetní a technické oddělení příjmu z infrastruktury a přepravy, čímž by se zajistily spravedlivé soutěžní podmínky.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η εν λόγω πρόταση επιβάλλει στις αρμόδιες αρχές να διασφαλίζουν ότι οι προδιαγραφές των υποχρεώσεων παροχής δημόσιας υπηρεσίας και η σχετική αποζημίωση του καθαρού οικονομικού αποτελέσματος των υποχρεώσεων παροχής δημόσιας υπηρεσίας θα επιτυγχάνουν τους στόχους της πολιτικής δημόσιων μεταφορών κατά τρόπο οικονομικά αποδοτικό. Επιπλέον, το ύψος της αποζημίωσης θα πρέπει να διασφαλίζει την οικονομική βιωσιμότητα της παροχής δημόσιων επιβατικών μεταφορών, σύμφωνα με τις απαιτήσεις που προβλέπονται στο πλαίσιο της πολιτικής δημόσιων μεταφορών σε βάθος χρόνου. Δεν δίδεται έτσι η δυνατότητα στα κράτη μέλη να αποφασίζουν για την παροχή δημόσιων αγαθών έστω και με οικονομικά ασύμφορους όρους στους πολίτες τους στο πλαίσιο της κοινωνικής τους πολιτικής.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a negyedik vasúti csomag piaci pillérére vonatkozó második olvasatú, annak irányítási irányelvével kapcsolatos ajánlását. A jogalkotási javaslat fő célkitűzése, hogy a belföldi vasúti személyszállítási szolgáltatások piacának megnyitásával a belföldi vasúti piacok versenykényszere fokozódjon, a személyszállítási szolgáltatások mennyisége és minősége pedig javuljon. A vasúti áruszállítási és nemzetközi személyszállítási szolgáltatásokat 2007-ben, illetőleg 2010-ben nyitották meg a verseny számára, hogy növelje a személyszállítási szolgáltatások közfinanszírozásának hatékonyságát. Mindemellett célja volt, hogy a pályahálózat-működtetők irányítását megerősítse az infrastruktúrához való egyenlő hozzáférés biztosítása által.

A jelenlegi javaslat a pályahálózat-működtetők és a vasúti társaságok közötti koordináció megerősítését és a pályahálózat-működtetők közötti, határokon átnyúló együttműködés megszilárdítását célul tűzte ki. A változtatások fokozzák a versenyt, biztosítják a pénzügyi átláthatóságot és a tisztességes finanszírozási feltételeket. A fokozottabb verseny várhatóan növelni fogja a vasút vonzerejét, ami jobban reagál a fogyasztók igényeire, illetve növeli majd a szakképzett vasúti munkavállalók és a kiszolgáló létesítmények üzemeltetői iránti szükségletet is.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris.* – Instituirea spațiului feroviar unic european presupune deschiderea pieței pentru serviciile de transport feroviar intern de călători și guvernanța infrastructurii feroviare, care contribuie la creșterea competitivității, transparenței (financiare), concurenței, calității și eficienței finanțării publice a serviciilor feroviare pentru călători, desigur, în beneficiul călătorilor. Ca rezultat al creșterii concurenței, atractivitatea sectorului feroviar ar trebui să genereze o creștere a investițiilor în acest sector, inclusiv în resursa umană, precum și în diversificarea și calitatea serviciilor feroviare pentru călători, iar administrarea infrastructurii feroviare și a serviciilor feroviare de către entități diferite din punct de vedere juridic, funcțional și decizional ar trebui să asigure, cel puțin, egalitatea de acces la infra-

structură, coerența gestionării funcțiilor administratorilor de infrastructură și coordonarea dintre administratorii de infrastructură și operatorii feroviari, ceea ce este destul de dificil de realizat.

Guvernanța întreprinderilor feroviare presupune nu doar asigurarea standardelor sociale și îmbunătățirea calității serviciilor feroviare, ci, mai ales, asumarea responsabilității sociale față de toți cei interesați. În acest context, este evident faptul că finalizarea deschiderii pieței feroviare a Uniunii nu transformă transportul feroviar într-o alternativă credibilă și viabilă, din perspectiva calității și prețului, la alte modalități de transport.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – The overall aim of the directive is to build a railway single market area which would translate into more opportunities for passengers as well as an increase in the use of this transport mode in relations to others. To this end, the EP was instrumental in ensuring the impartiality and independence of the infrastructure managers. Safeguards have been put in place to ensure the impartiality and independence of the infrastructure manager, and Member States should put in place a national framework for the assessment of conflicts of interest.

The powers of the regulatory bodies were reinforced and a cooperation mechanism was established as regards the coordination of the decisions of two or more regulatory bodies concerning international rail services or bi-national infrastructure.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motion for rejection as I can't support the agreement reached between the three institutions. The initial proposal aimed at addressing the obstacles to the creation of the Single European Railway Area, namely the closure of the national markets for domestic transport and the governance of the infrastructure manager. I am in favour of a broad opening of the market for passenger transport with certain limits to guarantee the economic equilibrium. In the same spirit, I support a full unbundling of the infrastructure manager and the railway undertaking as I consider that only such a separation can guarantee an equal access to the infrastructure, which is a basic requirement for fair competition.

Unfortunately, I consider that the provisions as such won't be enough to ensure a minimum separation between the infrastructure manager and the railway undertaking and I therefore do not wish to support the text.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Le infrastrutture ferroviarie sono l'asse portante del nostro sistema di trasporto. L'armonizzazione delle norme legislative, regolamentari e amministrative nazionali hanno acquisito un'importanza sempre più crescente. Ogni provvedimento legislativo che miri a una maggiore integrazione del sistema ferroviario europeo è, a mio parere, un vantaggio per il nostro sistema produttivo e per i nostri cittadini.

Il pacchetto in questione prevede la liberalizzazione di molti servizi ferroviari, sia a lunga percorrenza che ad alta velocità, affrontando anche le questioni sociali con la certificazione del personale di bordo e il rispetto dei requisiti in materia di onorabilità per il mantenimento della licenza ferroviaria.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Pritariau pranešimui dėl bendros Europos geležinkelių transporto erdvės. Šis direktyvos pakeitimas yra šešių teisės aktų pasiūlymas, kuris turėtų atgaivinti geležinkelių sektorių ir teikti geresnes paslaugas. Atlikus pakeitimus, keleiviai taip pat turės didesnio paslaugų teikėjų pasirinkimo galimybę keleivinio transporto srityje. Paslaugų efektyvumo didinimas yra teisingas bandymas įvykdyti pakeitimus, siūlomus direktyvoje. Tai padės užtikrinti ES geležinkelių transporto konkurencingumo padidėjimą ir parems novatoriškus sprendimus, kurie atneš daugiau naudos Sąjungos gyventojams.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam ovaj prijedlog koji ide u smjeru revitaliziranja željezničkog sektora te pružanja bolje kvalitete usluga te veće mogućnosti izbora putnicima. Držim da su ciljevi postavljeni u četvrtom željezničkom paketu doista univerzalno prihvatljivi - povećanje kvalitete i efikasnosti željezničarskih usluga putem uklanjanja pravnih, institucionalnih te tehničkih barijera.

Željeznice doista moraju ići u korak s vremenom, te postati kompetitivnije ostalim prijevoznim sektorima. Instrumenti kojima se to planira postići također su za svaku pohvalu - financijska transparentnost, izbjegavanje sukoba interesa, otvoren pristup brzoj željeznici, objektivnost i nepristranost infrastrukturnog menadžmenta itd.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Direktive Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Direktive 2012/34/EU glede odprtja trga notranjih storitev železniškega potniškega prometa in upravljanja železniške infrastrukture sem podprla. Cilji predloga Komisije so: Odprtje trga notranjih storitev železniškega potniškega prometa za povečanje konkurenčnega pritiska na trge notranjih železniških storitev, da se poveča obseg in izboljša kakovost storitev v potniškem prometu ter izboljšanje upravljanja, ki ga izvaja upravljavec infrastrukture, da se zagotovi enak dostop do infrastrukture. Želja je narediti železniški potniški promet privlačnejši. Boljša železniška dejavnost povečalo povpraševanje po kvalificiranih delavcih v železniškem prometu in upravljavcih objektov za izvajanje železniških storitev ter povpraševanje po tirnih vozilih, s čimer bi nastala nova delovna mesta v železniški proizvodni industriji.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I voted against this report on Governance and will abstain on the Public service obligation report. The reason for this is that there is no real improvement of the situation compared to the Recast of the 1st railway package.

The European regulator is still not existence, the regulatory barriers to market access will remain present. There is no real opening of the market and tender will remain a fiction because Member States can appeal to the 'economic equilibrium' argument and many exceptions exist to tender and real opening of the market.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le but de ce rapport est d'intensifier la concurrence pour accroître l'offre et la qualité des services, rendre le marché ferroviaire d'accès égal à toute compagnie.

Le rapport signale que ces dispositions ont permis le succès du fret ferroviaire: en France c'est -20 % en 5 ans!

Un autre objectif est évidemment la lutte contre le réchauffement climatique…

Ce volet «gouvernance» du paquet ferroviaire vise la séparation des activités de gestionnaire et d'exploitant en éliminant les doubles casquettes exploitant-gestionnaire (ce qui favoriserait les conflits d'intérêt).

Le seul point positif de ce rapport est que les entreprises déjà condamnées pour violation grave des conventions collectives contraignantes ne peuvent obtenir une licence pour effectuer du transport passager par rail.

J'ai voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Czwarty pakiet kolejowy, który przedstawiony przez Komisję Europejską posiada szereg nieprawidłowości. Projekt wprowadza niepotrzebną biurokrację oraz chaos decyzyjny. Co ważne nie zawiera uszczegółowionych zapisów, które mogłyby spowodować zmniejszenie przedsiębiorczości spółek kolejowych, dlatego zagłosowałem przeciwko projektowi.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A javaslat egyik célja a belföldi vasúti személyszállítási szolgáltatások piacának megnyitása a belföldi vasúti piacok versenykényszerének fokozása, valamint a személyszállítási szolgáltatások mennyiségének növelése és minőségének javítása céljából. A vasúti áruszállítási és nemzetközi személyszállítási szolgáltatásokat 2007-ben, illetőleg 2010-ben nyitották meg a verseny számára a korábbi vasúti jogszabálycsomagok elfogadásával. A javaslatot az 1370/2007/EK rendelet javasolt módosításaival együtt kell értelmezni, és ebben az összefüggésben arra irányul, hogy növelje a személyszállítási szolgáltatások közfinanszírozásának hatékonyságát. Voksommal az S&D álláspontját követtem.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos presentado una enmienda de rechazo y varias enmiendas de contenido contra esta modificación de la Directiva que tiene como objetivo hacer obligatoria la apertura de los servicios ferroviarios de pasajeros a los operadores privados, mediante un sistema en el que cualquier operador puede prestar servicios ferroviarios alquilando las vías en un determinado tramo y horario. Esta reforma combinada con la modificación del Reglamento de servicio público votada justo antes, es un despropósito tanto en términos de coherencia de la red ferroviaria en su conjunto (accesibilidad universal, promoción de la cohesión social y territorial, etc.) como en términos de coordinación y control en materia de seguridad. Conocemos ya las consecuencias allí donde se ha aplicado esta liberalización (Reino Unido, por ejemplo) y han sido desastrosas en términos de empeoramiento de la frecuencia y calidad del servicio, aumento de precios y graves fallos de seguridad. Continuaremos oponiéndonos a este modelo de mercado y defendiendo un ferrocarril público al servicio de las necesidades de la ciudadanía en cada territorio. Por todo ello he votado a favor de la propuesta de rechazo del informe.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted against the single European railway area proposal because the door is left open to ruthless competition between the cheapest providers, with little regard for quality of service. An opportunity to level the playing field between different modes of transport has been missed. While Member States can introduce tolls on their roads if they see fit, Member States are obliged to charge a fee for every kilometre on every track they use.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Sukurtos specialios taisyklės, reglamentuojančios greitojo keleivių vežimo paslaugų prieigą prie Sąjungos geležinkelių infrastruktūros, siekiant plėtoti greitojo keleivinio transporto paslaugų rinką ir skatinti jos konkurencingumą, nes tai yra naudinga keleiviams.

Inese Vaidere (PPE), *rakstiski*. — Līdz 2020. gadam tiek plānots nozīmīgs solis sakarā ar iekšzemes dzelzceļa pasažieru pārvadājumu tirgus atvēršanu, kas atvieglos dzelzceļa pakalpojumu sniegšanu visās Eiropas Savienības (ES) dalībvalstīs. Kopš 2005. gada dzelzceļa pārvadājumu pakalpojumu cenu pieaugums ir sasniedzis gandrīz 50 %, kas ir ārkārtīgi daudz. Jaunie dzelzceļa noteikumi palīdzēs ES dalībvalstīm atvērt savu dzelzceļa transporta tirgu un celt konkurētspēju, tāpēc ieguvēji būsim mēs visi, jo ceļošana ar vilcienu kļūs lētāka un pievilcīgāka.

Latvijā dzelzceļam ir vēsturiski nozīmīga loma. Tā vēsture ir nesaraujami saistīta ar mūsu valsts vēsturi — lokomotīves svilpe, atklājot pirmo sliežu ceļu, deva signālu Latvijas virzībai uz strauju ekonomisko un rūpniecisko izaugsmi, izglītības pieejamību un plašākām ceļošanas iespējām. Tāpēc, atbalstot rezolūciju par Eiropas telpas dzelzceļa izveidi, par prioritāti uzskatu mūsu dzelzceļa infrastruktūras tālāku attīstību un integrāciju ar citām ES valstīm. Jo šobrīd esam visnotaļ ierobežoti, plānojot tālākus ceļojumus pa Eiropu ar dzelzceļu.

Uzskatu, ka jaunie noteikumi radīs lielākas investīcijas dzelzceļa nozarē un uzlabos pakalpojumu kvalitāti. Vilcieni ir videi draudzīgs transporta veids un, palielinot dzelzceļa transporta izmantošanu, tas palīdzēs samazināt izmešu daudzumu visā Eiropā.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta Directiva constituye un paso más en la apertura de los servicios internos de transporte de pasajeros con el fin de aumentar la cantidad y mejorar su calidad y eficiencia. Aborda la gobernanza de la gestión de las infraestructuras ferroviarias con el objetivo de garantizar la igualdad de acceso a las empresas interesadas, permitiendo la posibilidad tanto de estructuras separadas como en holding, e incluyendo la reversibilidad del modelo elegido. De esta manera, regula los posibles conflictos de intereses que puedan surgir ante quienes tienen que tomar las decisiones de gestión y trata de eliminar cualquier posibilidad de subvención cruzada, reforzando la transparencia de los flujos financieros. Además, introduce disposiciones relativas a la coordinación transfronteriza de la gestión de infraestructuras, poniendo de relieve el papel de los reguladores, que se convierten en garantes de la aplicación de las normas referidas a los conflictos de intereses y la transparencia financiera. Finalmente, incluye puntos relativos a la información y a los billetes de transporte que buscan marcar el camino hacia un sistema de transporte de pasajeros multimodal. Por todo ello, he considerado oportuno votar a favor del texto.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Como con el informe van de Camp, he apoyado la retirada del texto. En este caso, se crea la normativa y los mecanismos de control para facilitar la liberalización y privatización del sector ferroviario con lo que ello conlleva: precios más elevados, menor seguridad, falta de planificación, reducción del peso del tren convencional (especialmente en las regiones menos pobladas) y precarización de las condiciones laborales, con la intervención recurrente de las autoridades públicas para rescatar a las compañías privadas que se repartirán el pastel.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted against the amendment of Directive 2012/34/EU of the European Parliament and of the Council of 21 November 2012 establishing a single European railway area. The proposal conflicts with Labour Party policy to bring rail franchises into public ownership 'as they expire' and key demands to protect employment rights and social dialogue have not survived in the final versions of the text. In addition, it is not clear how this measure is compatible with Article 106(2) of the Treaty on the Functioning of the European Union, which provides that the application of competition rules should not obstruct the performance of the tasks entrusted to them.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde een betere governance van de infrastructuurbeheerder om de gelijke toegang tot de infrastructuur te waarborgen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Está em causa o aprofundamento do processo de liberalização em curso no setor ferroviário. Na verdade este processo nada tem a ver com o mercado. Trata-se antes de um processo de concentração monopolista, de ataque às soberanias nacionais, de degradação do serviço público e de intensificação da exploração dos trabalhadores ferroviários.

É escandaloso que se venha agora apelar a uma maior centralização e coordenação do sistema depois de destruir total ou parcialmente o sistema público ferroviário. É um escândalo que se apela ao Estado para investir em infraestruturas ou em sistemas de garantias que alimentem o lucro privado com a socialização dos custos.

As ditas salvaguardas sociais podem servir para facilitar a colaboração da social-democracia neste processo, mas na prática de nada servem, como está demonstrado noutros setores.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das 4. Eisenbahnpaket zielt auf eine marktpolitische Liberalisierung des europäischen Eisenbahnsektors. Durch die Anwendung einer generellen Ausschreibungspflicht im Bereich der Auftragsvergabe sollen öffentliche Gelder eingespart und Marktzugangsbarrieren für kleinere Wettbewerber abgebaut werden. In Ausnahmefällen darf jedoch von der generellen Ausschreibungspflicht abgesehen und Aufträge dürfen direkt vergeben werden.

In Zukunft müssen Infrastrukturbetreiber effektiv unabhängig sein, um einen gleichberechtigten Zugang von Eisenbahnunternehmen zur Infrastruktur gewährleisten zu können. Eisenbahnunternehmen müssen nach wie vor Unionsrecht, nationales Recht und Tarifverträge einhalten.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – European railways are in need of urgent modernisation and more competition in order for them to become a genuine alternative to road transport. While the technical aspects of the railway reform were already voted on a few months ago, today the European Parliament voted on three reports addressing the political aspects. After three years of difficult negotiations between Parliament and the Member States, Socialists and Democrats, including Labour MEPs, decided to reject the compromise reached with the Council on one of the reports, on the opening of the market for domestic passenger transport services. During the negotiations, the Council completely dismissed the demand by the European Parliament to ensure the mandatory transfer of staff in cases of change of provider in the public sector. Labour MEPs back railway modernisation, but not at the expense of workers.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Železničný balík a prvá rozprava o energetickej únii priamo ovplyvnia fungovanie železníc a energetiky v Európe. Nové pravidlá, ktoré by mali vstúpiť do platnosti v roku 2020, umožnia železničným spoločnostiam, aby sa uchádzali o verejné zákazky týkajúce sa prepravy pasažierov v celej EÚ. Možnosť priameho zadania takýchto zákazok síce zostane zachovaná, ale v takom prípade budú musieť zmluvy obsahovať požiadavky týkajúce sa kvality, napríklad presnosť a počet spojov, kvalita vozňov a počet prepravených osôb. No popri tom bude mať každá prepravná spoločnosť právo ponúknuť komerčné služby pre pasažierov v ľubovoľnom členskom štáte. Štáty budú môcť toto právo v prípade niektorých liniek obmedziť, ale len po vykonaní objektívnej ekonomickej analýzy. Očakáva sa, že železničný balíček prinesie pasažierom v celej EÚ lepšie služby a zároveň nižšie ceny cestovných lístkov. Preto som správu podporila.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji svým hlasem tento liberalizační železniční balíček. Věřím, že jeho přijetí umožní lepší vstup konkurence na celoevropský trh a zlepší kvalitu služeb na železnicích. Pro české firmy to bude znamenat jednak možnost proniknout na zahraniční železnice, ale také zavést jednotná a transparentních pravidla. Z pohledu cestujících by mělo vzhledem ke zvýšenému konkurenčnímu prostředí dojít ke zlevnění a zkvalitnění služeb. Zároveň jsem přesvědčen, že balíček pomůže zlepšit pracovní podmínky zaměstnanců železnic a potažmo i zvýšit jejich platy.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Głosowałem za zaleceniem do drugiego czytania przygotowanym przez Davida-Marię Sassolego.

Uważam, że te zalecenia tworzą pragmatyczny filar dla pakietu kolejowego. Po kilkuletnich dyskusjach słusznie przyjęto, że oprócz wspólnych unijnych regulacji trzeba brać jednak pod uwagę specyfikę poszczególnych państw. W przypadku Polski oznacza to przykładowo zgodę na rozwijanie przedsiębiorstw regionalnych, które zajmują się ruchem lokalnym w ramach poszczególnych województw. To bardzo ważne dla wielu pasażerów, którzy korzystając z lokalnych połączeń, codziennie docierają do pracy, do szkół czy do lekarzy. Konsekwencją tego sposobu myślenia powinno być jednak także zwiększenie unijnych środków na rozwój ruchu lokalnego. Inwestycje unijne, głównie w koleje dużych prędkości, nie rozwiążą bowiem innych ważnych społecznie potrzeb. To lokalne, codzienne połączenia są dla wielu ludzi najistotniejsze.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Odporúčanie na účely prijatia smernice, ktorou sa mení smernica, ktorou sa zriaďuje jednotný európsky železničný priestor, som podporila. Táto zmena smernice sa týka najmä otvorenia trhu so službami vnútroštátnej železničnej osobnej dopravy a správy železničnej infraštruktúry. Návrh patrí do komisného štvrtého železničného balíčka, ktorého cieľom je lepšia kvalita služieb a viac možností pre cestujúcich, a to odstránením právnych, inštitucionálnych a technických prekážok. Pre podporu tohto návrhu som sa rozhodla najmä z dôvodu, že zmena legislatívy v praxi prinesie výhody pre cestujúcich. V rámci jednotného európskeho železničného priestoru totiž budú mať širší výber služieb, kvalitnejšie služby, ale aj výhodnejšie ceny. A to sú všetko ciele, ktoré, dúfam, budú občania Európskej únie považovať za užitočné a vítané.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Smatram pozitivnim povećanje konkurencije otvaranjem domaćeg željezničkog tržišta za prijevoz putnika. Povećanje konkurencije kao krajnji učinak na domaća tržišta trebalo bi imati povećanje kvalitete usluge, povećanje financijske transparentnosti, što je u interesu i na dobrobit svih korisnika ovog oblika prijevoza. Također bi se dovelo do tržišne specijalizacije pružatelja ovih usluga, pozitivnog utjecaja na efikasnost i produktivnost te većih ulaganja u infrastrukturu željezničkog prijevoza.

Podržavam ovo izvješće i prijedlog da je potrebno na nacionalnoj razini uspostaviti okvir za procjenu sukoba interesa i regulatorna tijela koja bi otklanjala sve potencijalne prijetnje na nepristranost te razvoj informacijskih sustava i sustava za izdavanje karata kako bi ovaj oblik prijevoza bio što efikasniji.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Zakonodajno resolucijo Evropskega parlamenta o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Direktive Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Direktive 2012/34/EU glede odprtja trga notranjih storitev železniškega potniškega prometa in upravljanja železniške infrastrukture.

Predlagani ukrepi spremenjene Direktive 2012/34/EU bodo povečali konkurenco ter zagotovili finančno preglednost in poštene pogoje financiranja. Povečana konkurenca in specializacija udeležencev na trgu naj bi tudi pozitivno vplivala na produktivnost in učinkovitost ter privedla do tega, da bi bilo več naložb v železniško infrastrukturo.

10.12. Zugang zum Markt für Hafendienste und finanzielle Transparenz der Häfen (A8-0023/2016 - Knut Fleckenstein)

Oral explanations of vote

Michela Giuffrida (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ho votato a favore di questo regolamento perché i porti sono effettivamente le vie di ingresso e di transito del 96 per cento di tutte le merci dell'Unione europea ed era veramente urgente che fossero regolati da norme che garantiscano efficienza e trasparenza.

Sono anche il luogo di lavoro di quasi 500 000 persone, numeri che potrebbero crescere se ci fossero più investimenti e più competitività. Il trasporto marittimo è già un'alternativa al trasporto su strada, ma grazie a queste norme sarà un settore da incrementare attraverso gli investimenti anche di privati.

Il trasporto marittimo è assolutamente centrale: mettere al centro delle politiche europee i porti vuol dire dare un'opportunità di crescita anche e soprattutto alle regioni insulari, che del trasporto marittimo vivono. Rendere più competitivi i porti vuol dire abbassare il prezzo di molte merci. Le politiche sui porti intervengono in modo decisivo a realizzare questi obiettivi di coesione territoriale, che in molte regioni d'Europa sono ancora lontani da raggiungere.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, susțin aplicarea eficientă și echitabilă a legilor europene în ceea ce privește concurența și creșterea transparenței în relațiile financiare dintre statele membre, porturi și operatorii portuari. Procedura de alegere a furnizorilor de servicii portuare trebuie să fie deschisă tuturor părților interesate, iar conținutul și rezultatul acestor proceduri trebuie să fie făcute publice – deci transparență și corectitudine în achizițiile publice.

De asemenea, taxele pentru servicii portuare și taxele de utilizare a infrastructurii portuare trebuie să fie proporționale în raport cu valoarea economică a serviciilor furnizate și nu disproporționate și nu discriminatorii.

Și, în ultimul rând, să nu uităm că marea problemă în multe din porturile Uniunii Europene este traficul: traficul de droguri, traficul de ființe umane și alte forme de trafic. Acesta trebuie să fie prioritatea numărul unu, dacă discutăm despre transportul și accesul la serviciile portuare.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, transparency in the management of services and application of funds in our European ports is a priority, which I am pleased to say is at the forefront of our agenda.

Indeed the enhancement of existing procedures and regulations marks an essential step towards the development of more efficient competition rules within and between our Member States. The knock-on effects of the recommendations contained within this report would also prove central to marked improvements in the labour conditions within our ports. Also, of course, as we move to implementing COP 21 commitments, the maritime sector is going to play a huge role in that regard, and already there are moves afoot to make it more efficient from an energy point of view and, as the previous speaker mentioned, taking transport off the roads.

In my constituency we have a great port, the finest port in the Shannon estuary, one of the deepest and most naturally deep ports in Europe, and it has huge potential but it needs to get on the corridor so that it can be beneficial for the region and for Europe.

Diane James (NI). – Madam President, the United Kingdom did not request this inappropriate and unacceptable intrusion into the running of their ports, and I accordingly voted against the directive. After all, the UK is a maritime nation with a huge number of successful, efficient and effectively-run ports. It did not need another EU directive bringing about legislation, which will highlight why sovereign control of a major infrastructure project should stay with that government and that country and not be ceded to the European Union.

There are over 500 companies in the United Kingdom – and indeed many of them are in the south-east region which I represent – which employ people in the port services. This legislation would do nothing to improve their lives and it would do nothing to improve the running of those ports. In fact, it would be very detrimental.

When an EU decision actually hampers rather than enhances, the people who voted to leave the European Union feel vindicated. I do wish the European Union would take that on board because you complain all the time about driving people away from the European Union concept and yet legislation like this achieves precisely that aim.

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La seguente relazione si occupa di stabilire un regolamento comune, a livello comunitario, per quanto riguarda i servizi portuali.

I punti più importanti e che condivido sono principalmente l'introduzione di norme per la formazione del personale e riguardanti i diritti sociali e l'esclusione dei piccoli, sui quali l'applicazione di oneri burocratici e amministrativi potrebbe avere conseguenze molto negative.

Inoltre reputo di fondamentale importanza l'obbligo di mostrare in maniera trasparente come vengono adoperati fondi pubblici e aiuti di Stato.

Per questo motivo ho deciso di votare a favore.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — Pese a la intención de la Comisión de utilizar esta iniciativa legislativa para liberalizar y privatizar el sector portuario europeo, las negociaciones entre el Parlamento y los Estados miembros han permitido que el texto se convierta, por el contrario, en un mecanismo para preservar las condiciones laborales en el sector y reforzar sus derechos a la negociación colectiva o en caso de transferencia del servicio operador. Pese a ello, algunas de sus disposiciones podrían utilizarse para fragmentar la gestión pública del sistema portuario, al contabilizar separadamente aquellos segmentos que podrían abrirse a la competencia privada. Considerando el texto en su conjunto, he optado por abstenerme.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento teisėkūros rezoliucijos projektą dėl patekimo į uosto paslaugų rinką ir finansinio uostų skaidrumo. Šiuo rezoliucijos projektu siekiama padėti užtikrinti, kad Transeuropinio transporto tinklas (TEN-T) būtų efektyvesnis, geriau sujungtas ir darnesnis, taigi, sukurti sistemą, kurią taikant pagerėtų visų uostų našumas, o patys uostai galėtų lengviau prisitaikyti prie transporto ir logistikos reikalavimų pokyčių. Prie pagrindinių projekto uždavinių galima priskirti uosto paslaugų ir veiklos atnaujinimą ir sąlygų, kurios skatintų investuoti į uostus, sudarymą. Taip pat siekiama pašalinti silpnos konkurencijos sąlygas ir galimus piktnaudžiavimo rinka atvejus ir taip padidinti uostų teikiamų paslaugų efektyvumą. Šis projektas taip pat atitinka ir kitų svarbių sričių ES politiką, pavyzdžiui, Baltąją knygą dėl transporto, Europos infrastruktūros tinklų priemonę ir „Mėlynosios juostos" iniciatyvą. Jis bus taikomas visiems TEN-T gairėse nurodytiems jūrų uostams ir padės panaikinti papildomą administracinę naštą, su kuria susiduria jau dabar gerai veikiantys uostai, tuo pat metu kitiems uostams padėdamas spręsti jų struktūrinius uždavinius.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τη θέσπιση πλαισίου όσον αφορά την πρόσβαση στην αγορά λιμενικών υπηρεσιών και τη χρηματοοικονομική διαφάνεια των λιμένων, διότι αναφέρεται στην ανάγκη αυτονομίας του διαχειριστικού φορέα του λιμένα, προκειμένου να ενεργεί σύμφωνα με την οικονομική στρατηγική του, τηρώντας παράλληλα ορισμένες βασικές αρχές.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Les dispositions sociales régissant le régime de travail dans les ports ont été, pour l'essentiel, omises du règlement proposé par la Commission. Ont été ajoutées des précautions théoriques de lutte contre l'emploi précaire et d'amélioration de la formation et de la sécurité au travail. Le respect des normes sociales nationales a aussi été ajouté ainsi que l'obligation faite aux États de sauvegarder les droits des salariés en cas de transfert d'entreprise. Sur le principe, si les modifications issues du premier passage en commission des transports et du tourisme et du trilogue sont positives (moins d'activités concernées et moins de réglementation dans les activités concernées), cela reste insuffisant pour que les députés FN-RBM se prononcent favorablement puisqu'une fois de plus, les États sont contraints à plus de libéralisation. Cette proposition de règlement n'est certainement que le premier pas vers une libéralisation bien plus large qui ne bénéficiera qu'aux multinationales, certainement pas aux salariés du secteur portuaire et maritime, ni aux salariés et consommateurs européens dans leur ensemble. J'ai donc voté contre ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this resolution because I do not believe the EU should have any say on how UK ports are operated. Many of the ports located in the UK are privately owned and operated and this differs greatly to most ports within the EU. Further 'one size fits all' legislation will have a damaging effect in the UK.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il est important de rendre le RTE-T plus efficace et interconnecté. Pour cela, il faut impérativement créer un cadre pour améliorer les performances des ports afin d'attirer les investissements et lutter contre la faible pression concurrentielle ainsi que contre les risques d'abus de marché dans le secteur. Il convient pour cela de définir des dispositions dans les domaines des contrats de concession ou des aides d'État.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Europos Parlamento ir Tarybos reglamento, kuriuo nustatoma patekimo į uosto paslaugų rinką ir finansinio uostų skaidrumo sistema. Pritariu Parlamento pasiūlymui įvesti skaidrią įkainių nustatymo sistemą bei įpareigoti uostus savo finansinėse ataskaitose deklaruoti iš valstybės gaunamas lėšas. Šios taisyklės nukreiptos į daugiau nei 300 ES uostų, kuriuose dirba beveik pusė milijono darbuotojų. Jomis siekiama paskatinti efektyvesnę uostų veiklą, tikintis, kad tai pritrauks daugiau investicijų. Savo ruožtu norima, kad jūrų transportas taptų konkurencinga ir tvari alternatyva perpildytam kelių transportui.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Sur le principe, si les modifications issues du premier passage en commission des transports et du tourisme et du trilogue sont positives, cela reste insuffisant et j'ai voté contre ce texte puisqu'une fois de plus les États seraient contraints à plus de libéralisation. Cette proposition de règlement ne serait très probablement que le premier pas en direction d'une libéralisation bien plus large qui ne bénéficierait qu'aux multinationales, certainement pas aux salariés du secteur portuaire et maritime, ni aux salariés et consommateurs européens dans leur ensemble.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre servicios portuarios empezó con una propuesta liberalizadora por parte de la Comisión Europea con la que estamos profundamente en contra. Sin embargo, durante las negociaciones se consiguió darle la vuelta a dicha propuesta, omitir las cláusulas relativas a la liberalización y blindar los derechos de los trabajadores portuarios. Es un resultado satisfactorio que no vemos habitualmente en las reformas de la legislación europea sobre transportes. Sin embargo, he decidido abstenerme, porque la redacción final invita a promover una gestión descentralizada de los puertos mientras que, en un país eminentemente marítimo como el nuestro, la gestión centralizada de la red portuaria es uno de los elementos clave del sistema. Aunque en ningún caso esta descentralización se plantea de forma obligatoria, hemos querido ser coherentes con nuestra postura de defender la capacidad de cada Estado miembro de elegir su propio modelo de gestión pública, de acuerdo con su trayectoria y sus especificidades.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente, señor Fleckenstein, su labor en este informe, en el cual presenta unas cuantas enmiendas en relación con la autonomía de los puertos. No estoy conforme con el acuerdo al que se ha llegado en este punto pero, por coherencia con el resto del texto, al final he votado a favor del acuerdo con el Consejo y, por ende, del informe.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la proposition de la commission qui prétend fallacieusement améliorer la compétitivité des ports de l'UE classés dans le RTE-T, par rapport aux ports maritimes hors UE, et la concurrence équitable entre ports RTE-T. L'ensemble est insuffisant car les États seront encore contraints à plus de libéralisation. Les politiques voulues par l'Union européenne en matière d'infrastructures vont à rebours de l'air du temps. Aux États-Unis, Donald Trump semble vouloir mener une politique ambitieuse pour ces éléments stratégiques. La libéralisation ne bénéficie qu'aux entreprises transnationales, pas aux États et aux peuples.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non posso sostenere questo provvedimento che prevede la liberalizzazione di settori tipici delle operazioni portuali, secondo principi simili a quelli contenuti nella direttiva sui servizi, la famosa Bolkestein, che tanti danni ha causato ai nostri operatori locali balneari.

Io dico no ai provvedimenti calati dall'alto, come questo regolamento, sulla testa di intere categorie professionali che si ritroverebbero con il proprio lavoro a rischio. Io starò sempre al fianco dei nostri operatori locali, contro per difendere i nostri territori contro l'avanzata delle multinazionali.

Per questi motivi non ho sostenuto il testo con il mio voto.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat ja.

Det har jag gjort eftersom de nu antagna reglerna slår fast hamnarbetarnas rätt till bättre utbildning och bättre säkerhet, liksom deras rättigheter vid överlåtelse av företag.

Hamnarna ska kunna begränsa antalet tjänsteleverantörer för att värna säkerhet och miljömässig hållbarhet. Lasthanterings- och passagerartjänster ingår också i de nya reglerna om finansiell insyn. Organiseringen av själva hamntjänsterna är fortsatt medlemsländernas ansvar.

Jag vill understryka att jag alltid motsatt mig den politik präglad av privatisering och marknadsliberalisering av hamnarna som kommissionen tidigare försökt genomföra, men som stoppats av den fackliga rörelsen och majoriteten i EU-parlamentet. Det är viktigt att hålla fast vid den principiella positionen.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El acuerdo alcanzado con el Consejo en primera lectura cambia sustancialmente la propuesta inicial presentada por la Comisión, al garantizar que los puertos puedan limitar el número de operadores en función de una multitud de criterios (por obligaciones de servicio público, por cuestiones de seguridad o medioambiental, etc.). Asimismo, el acuerdo obliga a una mayor transparencia de los flujos financieros entre las autoridades públicas y los puertos para poder detectar situaciones de competencia desleal entre puertos y ayudas de Estado encubiertas. Además, se ha mejorado sustancialmente el texto con medidas como la exclusión del Reglamento de categorías como el pilotaje, disposiciones relativas al diálogo social y el refuerzo de las obligaciones de subrogación del personal en caso de cambio de operador portuario, al tiempo que se reconoce la posibilidad de fijar los cánones por uso de la infraestructura portuaria por ley, como es el caso de España.

Por todo ello, he votado a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą dėl patekimo į uosto paslaugų rinką ir finansinio uostų skaidrumo. Komisijos pasiūlymu siekiama padėti užtikrinti, kad TEN-T tinklas būtų efektyvesnis, geriau sujungtas ir darnesnis – sukurti sistemą, kurią taikant pagerėtų visų uostų našumas, o patys uostai galėtų lengviau prisitaikyti prie transporto ir logistikos reikalavimų pokyčių.

Prie pagrindinių pasiūlymo uždavinių galima priskirti uosto paslaugų ir veiklos atnaujinimą ir sąlygų, kurios skatintų investuoti į uostus, sudarymą. Šiuo reglamentu Komisija siekia pašalinti silpnos konkurencijos sąlygas ir galimus piktnaudžiavimo rinka atvejus ir taip padidinti teikiamų uosto paslaugų efektyvumą. Krovinių tvarkymo ir keleivių aptarnavimo paslaugos pašalintos iš II skyriaus dėl patekimo į rinką, nes jos dažnai teikiamos sudarant koncesijos sutartis, ir todėl tokioms paslaugoms taikoma direktyva dėl koncesijų sutarčių skyrimo. Taigi šis reglamentas turėtų būti taikomas kartu su Direktyva 2014/23/ES dėl koncesijos sutarčių skyrimo. Aiški valstybės pagalbos taisyklių sistema yra svarbus sąžiningos uostų tarpusavio konkurencijos vienodomis sąlygomis kriterijus. Šis reglamentas bus taikomas visiems TEN-T gairėse nurodytiems jūrų uostams ir, pasak Komisijos, padės panaikinti papildomą administracinę naštą, su kuria susiduria jau gerai veikiantys uostai, ir tuo pat metu padės kitiems uostams spręsti savo struktūrinius uždavinius.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Si je ne peux pas m'opposer à la transparence financière des ports, par contre, l'introduction de la concurrence au sein des ports, même si elle a été atténuée au cours de son passage en commission des transports et du tourisme, entraînera une multiplication des acteurs privés qui se fera sans aucun doute au détriment des salariés et au profit des multinationales, ce que je dénonce.

Par conséquent je vote contre ce rapport.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This file deals with a regulation to establish an updated framework for the operation of European ports, replacing an older directive covering the same sector. Negotiations over this regulation have been a contentious and complicated, and have gone on for several years.

The proposed new regulation transfers additional powers over ports to the EU, and the European Commission tried to make it a tool to gradually increase 'market access' and liberalisation in the port sector.

Sinn Féin, along with trade unions and other organisations, are opposed to this recklessly pro-market agenda. Both during negotiations, and in a vote in the European Parliament in March, many of these negative elements of the regulation have been removed.

The new regulation is therefore more technical in nature, removing most of the liberalisation and 'market access' agenda whilst strengthening important social and labour protections – including the right to strike.

As a result of these significant improvements, and while the regulation is still far from perfect, I voted in favour of the new regulation.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Modernizzare i servizi e le strutture portuali è un elemento fondamentale per contribuire a un funzionamento più efficiente, interconnesso e sostenibile delle TEN-T, le reti transeuropee di trasporto, definendo un quadro che permetta di migliorare l'efficienza di tutti i porti e li aiuti ad affrontare i cambiamenti dei requisiti nei settori della logistica e dei trasporti.

Un'importante condizione per una concorrenza leale tra i porti a parità di condizioni è un quadro chiaro sulla normativa in materia di aiuti di stato. La Commissione è attualmente impegnata nella revisione del campo di applicazione del regolamento di esenzione per categoria onde includervi criteri di infrastruttura portuale entro il dicembre 2018.

È importante che il quadro regolamentare sia equo, trasparente e comprensibile in modo da non aumentare la frattura fra porti del sud e del nord Europa e da ottimizzarne l'armonizzazione e il funzionamento globale.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – La proposition de la Commission prétend améliorer la compétitivité des ports de l'Union européenne classés dans le RTE-T, réseau transeuropéen de transport par lequel transitent 96 % des marchandises et 93 % des passagers. Cette proposition a également vocation à améliorer le fonctionnement et l'interconnexion des ports maritimes notamment par le biais de l'uniformisation des règles dans l'Union européenne. Par ailleurs, il est demandé dans le texte de favoriser la concurrence au sein de chaque port tout en excluant les services liés à la manutention des marchandises qui font l'objet de contrats de concession. La libéralisation du marché des services portuaires que l'Union européenne tente d'imposer aux États membres ne vise qu'à servir les intérêts financiers de grands groupes privés qui y voient une source de rentabilité. J'ai voté contre ce texte afin de préserver nos emplois et de protéger nos entreprises de la concurrence prétendument libre et non faussée.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Prezentul raport urmărește crearea unui cadru care să îmbunătățească performanța porturilor și să facă tranziția în materie de cerințe cu privire la transporturi și logistică, cadru necesar pentru realizarea unei funcționări mai eficiente și durabile a TEN-T-ului. Pentru realizarea acestor schimbări este necesară o modernizare a serviciilor și operațiunilor portuare, precum și crearea unor condiții-cadru pentru atragerea de noi investitori.

Principala condiție pentru o concurență loială între porturi o reprezintă crearea unui cadru clar cu privire la normele referitoare la ajutoarele de stat, dar și în ceea ce privește Carta Albă privind transporturile, precum și Mecanismul pentru interconectarea Europei și inițiativa cunoscută sub numele de Centura albastră.

În concluzie, este necesară o autonomie a organismului de administrare pentru a acționa în funcție de strategia sa economică, respectând, de asemenea, anumite principii-cheie.

Am acordat un vot favorabil raportului privind accesul la piața serviciilor portuare și transparența financiară a porturilor deoarece încurajez transparența financiară, dar, în același timp, și autonomia portuară pentru a putea gestiona administrația fiecărui port în mod eficient, o administrare care aduce un plus economic prin concurența economică generată de necesitatea de dezvoltare, concurență benefică, atât UE cât și statelor membre.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore del regolamento che istituisce un quadro normativo per l'accesso al mercato dei servizi portuali e la trasparenza finanziaria dei porti.

L'obiettivo del regolamento è quello di contribuire a un funzionamento più efficiente, interconnesso e sostenibile della TEN-T, definendo un quadro che permetta di migliorare l'efficienza di tutti i porti e li aiuti ad affrontare i cambiamenti dei requisiti nei settori della logistica e dei trasporti. Per questo motivo, esso include anche la modernizzazione dei servizi e delle operazioni portuali e la creazione delle condizioni quadro per attrarre investimenti nei porti.

Dal momento che copre soltanto i servizi portuali offerti direttamente agli utenti, il dragaggio è escluso dalla lista dei servizi, in quanto non si tratta di un servizio offerto a singoli utenti bensì di un lavoro di manutenzione volto a garantire l'accessibilità del porto.

Il regolamento si applicherà a tutti i porti marittimi individuati negli orientamenti TEN-T ed eviterà di imporre oneri aggiuntivi ai porti che già funzionano bene, creando al contempo le condizioni per consentire agli altri porti di affrontare i loro problemi strutturali.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This report came to a vote after a very long process of deliberation in the European Parliament. I am happy that the text that came before the Plenary this time no longer contains any mention of opening access to the market of port services, which was deleted thanks to pressure amendments co-signed by Sinn Féin. The report now is only concerned with organisation, the transparency of accounts, training and safety for workers.

Further amendments I supported the first time this came before plenary will result in strengthened social and labour protection and will prevent action being taken against collective industrial action (i.e. strikes) on the basis that they disrupt port services.

For these reasons I voted in favour of the report, which will now progress towards inter-institutional negotiations.

James Carver (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this because the ports within the UK operate completely differently to the ports on mainland Europe in that the majority of them are privately operated and it would be for the UK Government to decide on the operating terms expected. This regulation is a further adoption from the EU of a one-size-fits-all policy that will just not work.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report. The aim of this regulation is to increase transparency in the financial relationship between the state, ports and port service operators. This will contribute to better use of public funds and to the effective and fair application of EU competition rules in ports. The provision of port services, Chapter II of the Commission proposal (market access) as amended, now relates to the organisation of port services which may be subject to: (a) minimum requirements for the provision of port services; (b) limitations of the number of providers; (c) public service obligations; (d) restrictions related to internal operators.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il regolamento in questione si propone di istituire un quadro comune per regolare i servizi portuali in Europa.

Elementi positivi contenuti nella relazione sono le norme sulla formazione del personale e sui diritti sociali, la trasparenza finanziaria quando vi sono fondi pubblici e aiuti di stato, l'esclusione dei piccoli porti dall'applicazione di ulteriori oneri burocratici e amministrativi eccessivi.

Per questi motivi ho espresso voto favorevole.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – I porti dell'Unione Europea svolgono un ruolo fondamentale per il funzionamento del mercato interno, facilitando gli scambi tra gli Stati membri nonché contribuendo all'occupazione, agli investimenti e alla crescita del PIL.

Tuttavia, non tutti i porti della rete transeuropea di trasporto (TEN-T) offrono servizi di livello elevato e un quadro di governance sufficientemente attraente per gli investitori.

Ritengo che per rendere più efficiente e competitivo il mercato dei servizi portuali sia necessario ridurre le restrizioni di accesso al mercato, imporre dei requisiti minimi ai fornitori di servizi e rafforzare la trasparenza sul finanziamento dei porti.

Inoltre, credo sia indispensabile che gli Stati membri e le autorità portuali provvedano ad un controllo più rigoroso in materia di finanziamenti pubblici alle infrastrutture portuali allo scopo di evitare una concorrenza sleale.

Ho votato a favore della proposta di regolamento, perché ritengo sia fondamentale introdurre un quadro giuridico di riferimento stabile, in grado di garantire la certezza del diritto e assicurare lo sviluppo e la creazione di posti di lavoro pur mantenendo l'eterogeneità delle organizzazioni proprie del settore portuale.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και ζητούμε από την Επιτροπή να υποβάλει εκ νέου την πρόταση, αν προτίθεται να της επιφέρει σημαντικές τροποποιήσεις ή να την αντικαταστήσει με νέο κείμενο.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τη θέσπιση πλαισίου όσον αφορά την πρόσβαση στην αγορά λιμενικών υπηρεσιών και τη χρηματοοικονομική διαφάνεια των λιμένων θα επιφέρει θετικές αλλαγές στο μέχρι σήμερα ισχύον πλαίσιο, καθώς στοχεύει σε ακόμη περισσότερη διαφάνεια. Θεωρώ πως αυτό είναι θετικό για τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης και τους ευρωπαίους πολίτες και γι' αυτό ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Il nostro meraviglioso paese con i suoi 57 000 km di coste possiede, per vocazione, importanti scali portuali.

Annuncio pertanto il mio voto favorevole dal momento che si otterranno risultati nettamente più soddisfacenti in termini di efficienza, competitività e trasparenza. Lunghi sono stati i lavori che hanno portato alla redazione del provvedimento, segnatamente per la delegazione italiana in merito alle disposizioni riguardanti l'obbligatorietà della clausola sociale ed emendamenti connessi a pilotaggio e ormeggio. Complessivamente possiamo dirci soddisfatti del testo finale in quanto si profila la libera prestazione dei servizi a fronte dei requisiti minimi richiesti, come qualifiche professionali e attrezzature, consentendo così un maggiore sviluppo del settore.

Sarà, inoltre, possibile limitare il numero dei prestatori dei servizi stessi e, congiuntamente, gli Stati membri potranno imporre obblighi di servizio pubblico a specifiche condizioni. Grazie a tali aspetti si modernizzeranno servizi e operazioni portuali aprendo scenari di investimento interessanti.

Il tutto si accompagna a misure atte all'essenziale trasparenza finanziaria dei porti e dei relativi fondi pubblici, tra queste l'istituzione di sistemi di consultazione tra tutte le parti e di organi di vigilanza con funzioni di controllo.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council establishing a framework on market access to port services and financial transparency of ports.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this because the ports within the UK operate completely differently to the ports on mainland Europe in that the majority of them are privately operated and it would be for the UK Government to decide on the operating terms expected. This regulation is a further adoption from the EU of a one-size-fits-all policy that will just not work.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto prevede un importante riordino delle norme relative al settore dei porti, con misure per la libera prestazione dei servizi a fronte di requisiti minimi richiesti, la possibilità di limitazioni del numero dei prestatori dei servizi portuali, la possibilità per gli Stati membri di imporre obblighi di servizio pubblico a determinate condizioni.

La proposta prevede, altresì, disposizioni sulla trasparenza finanziaria volte a dimostrare la destinazione di fondi pubblici, la non arbitrarietà dei prezzi fissati in presenza di monopoli e la trasparenza dei canoni per le infrastrutture.

Infine, mira alla istituzione di un sistema di consultazione di tutte le parti interessate, nonché di organismi indipendenti di vigilanza con funzioni di controllo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Pese a la intención de la Comisión de utilizar esta iniciativa legislativa para liberalizar y privatizar el sector portuario europeo, las negociaciones entre el Parlamento y los Estados miembros han permitido que el texto se convierta, por el contrario, en un mecanismo para preservar las condiciones laborales en el sector y reforzar sus derechos a la negociación colectiva o en caso de transferencia del servicio operador. Pese a ello, algunas de sus disposiciones podrían utilizarse para fragmentar la gestión pública del sistema portuario, al contabilizar separadamente aquellos segmentos que podrían abrirse a la competencia privada. Considerando el texto en su conjunto, he optado por abstenerme.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – I porti possono contribuire alla competitività a lungo termine delle industrie europee sui mercati mondiali, garantendo nel contempo valore aggiunto e occupazione in tutte le regioni costiere dell'Unione.

Pertanto ritengo necessario affrontare le attuali inefficienze della catena logistica e del trasporto sostenibile. Ritengo che l'ente di gestione del porto debba disporre della necessaria autonomia per agire conformemente alla sua strategia economica, rispettando al contempo determinati principi fondamentali.

Ho accolto con favore l'invito rivolto al comitato per il dialogo sociale nel settore portuale affinché siano individuate le linee guida per i requisiti di formazione per prevenire gli incidenti e garantire il massimo livello di sicurezza e di salute dei lavoratori portuali. In tal modo sarà possibile instaurare la certezza giuridica per i porti e avere un impatto positivo sul corretto funzionamento della rete TEN-T.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Raportul urmărește să contribuie la obiectivul unei funcționări mai eficiente, interconectate și durabile a rețelei transeuropene de transport prin crearea unui cadru care să îmbunătățească performanța porturilor și să le ajute pe acestea să facă față schimbărilor în materie de cerințe privind transporturile și logistica. Principalele obiective sunt reprezentate de modernizarea serviciilor și a operațiunilor portuare și crearea unor condiții-cadru pentru atragerea investițiilor în porturi, fără a ieși din cadrul concurenței loiale între acestea. Am votat pentru o mai mare autonomie oferită organelor administrative portuare, pentru a le permite acestora să acționeze în funcție de strategia lor economică, respectând totodată anumite principii-cheie.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przyjęciem rozporządzenia w sprawie stworzenia ram prawnych określających dostęp do rynku usług portowych oraz przejrzystości finansowej portów. Uważam, że ostateczna propozycja zmian, jako wynik uczciwego konsensusu, prowadzi do większego dostępu usługodawców do rynku usług portowych oraz ustalenia wspólnych zasad dotyczących przejrzystości finansowej oraz opłat.

W tych regulacjach szczególne znaczenie ma dla mnie wprowadzenie przepisów zapewniających państwom członkowskim jak najszersze kompetencje. Poprawki, które zostały zaproponowane przez ECR gwarantują między innymi usunięcie zapisów upoważniających Komisję do przyjmowania aktów delegowanych, swobodę określania najwłaściwszej formy pobierania przez porty opłat środowiskowych, możliwość wystąpienia państw członkowskich do Komisji w kwestii wyłączenia prywatnych portów spod zastosowania niektórych środków regulacyjnych oraz odpowiednią ochronę mniejszych portów przed negatywnymi skutkami rygorystycznych przepisów.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The EU's approximately 1 200 seaports are fundamental to its economy, enabling the transit of some 74% of imports and exports of cargo and 37% of EU trade. In addition to being crucial both for the EU's transport sector and for competitiveness, ports also employ more than 3 million people and have the potential to create further jobs and attract investors. This is why I am in favour of this regulation, as it will provide stability and legal certainty for the whole sector for the next decades.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Dalla rete transeuropea dei trasporti (TEN-T), di cui fanno parte oltre 300 porti dell'Unione, transita ogni anno il 96 % di tutte le merci, il 93 % di tutto il transito di passeggeri delle navi e oltre il 65 % di tutti i beni che sono importati sul nostro continente.

Il regolamento che oggi è stato approvato a larga maggioranza dal Parlamento europeo propone un riordino complessivo del quadro normativo europeo del settore dei porti. Una revisione che si rendeva necessaria e che stabilisce disposizioni precise verso una maggiore trasparenza finanziaria, in modo che sia assicurata una leale ed effettiva concorrenza nella gestione dei servizi portuali.

Norme che allo stesso tempo hanno il merito di garantire buone condizioni di lavoro per gli addetti dei servizi portuali e soprattutto prevedere per loro una formazione obbligatoria e costantemente aggiornata su salute e sicurezza, in modo che possano rispondere costantemente alla sfida dell'innovazione tecnologica che ha toccato questo settore.

In questo modo, dopo 15 anni di lunghi negoziati, è stato finalmente possibile fare un passo in avanti verso la definizione di una politica europea coordinata e più competitiva del settore dei servizi portuali.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif vise à accroître la transparence dans les relations financières entre les États membres, les ports et les opérateurs de services portuaires, permettant ainsi de contribuer à une meilleure utilisation des fonds publics. Bien qu'ouvrant à une certaine concurrence un nombre limité de services portuaires, les intérêts français ont été préservés avec l'exclusion du dispositif des ports de petites tailles ou encore de service tels que le pilotage. Considérant qu'en dépit du caractère sensible du dossier, l'accès au marché des services portuaires et la transparence financière des ports amélioreront le fonctionnement et la crédibilité des services. J'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this because the ports within the UK operate completely differently to the ports on mainland Europe in that the majority of them are privately operated and it would be for the UK Government to decide on the operating terms expected. This regulation is a further adoption from the EU of a one size fits all policy that will just not work.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Avec 1 200 ports, les activités portuaires contribuent directement à la création d'emplois, aux investissements étrangers et à la croissance du PIB des pays européens. Au total, les ports représentent jusqu'à 3 millions d'emplois, directs et indirects, dans les 22 États membres concernés. Pour autant, le secteur est marqué par une faible pression concurrentielle et des risques d'abus de marché. Afin d'accroître l'efficacité des services portuaires et d'attirer encore davantage les investissements, l'Union européenne doit mettre en place un cadre réglementaire adapté. J'ai donc voté en faveur du règlement établissant un cadre pour l'accès au marché des services portuaires et la transparence financière des ports. En fondant un cadre commun sur l'organisation des services portuaires, tout en préservant le principe de gestion autonome des ports, ce règlement permet d'atteindre un juste équilibre, propice au développement des activités portuaires en Europe.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A bizottsági javaslat célja, hogy hozzájáruljon a TEN–T hatékonyabb, összekapcsoltabb és fenntarthatóbb működéséhez egy olyan keretrendszer kialakításával, amely javítja a kikötők működését, és elősegíti számukra a megváltozott közlekedési és logisztikai követelményekhez való alkalmazkodást. A javaslat fő célkitűzései közé tartozik a kikötői szolgáltatások és műveletek korszerűsítése, valamint a kikötői beruházásokat vonzó keretfeltételek megállapítása. E rendeletben a Bizottság – a kikötői szolgáltatások hatékonyságának növelése érdekében – célul tűzte ki a csekély versenykényszer és az esetleges piaci visszaélések ellensúlyozását.

A kikötők közötti, egyenlő feltételek mellett megvalósuló tisztességes verseny egyik fontos kívánalma az állami támogatásra vonatkozó szabályok világos keretrendszere. A szóban forgó javaslat összhangban áll más fontos uniós szakpolitikákkal és célkitűzésekkel, így például a közlekedésről szóló fehér könyvvel, az Európai Hálózatfinanszírozási Eszközzel és a „kék övezet" kezdeményezéssel.

E rendelet a TEN–T iránymutatásokban megjelölt valamennyi tengeri kikötőre alkalmazandó lesz, és a Bizottság szerint a már jelenleg is jól működő kikötőkre nem fog további terheket róni, a többi kikötő számára pedig megteremti azokat a feltételeket, amelyekre az előttük álló szerkezeti kihívások megoldásához szükség van.

Ennek függvényében, a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként támogattam a jelentést.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – L'Europe est l'une des régions qui comptent le plus grand nombre de ports au monde. Plus de 1 200 ports maritimes commerciaux sont exploités sur les 70 000 kilomètres de côtes de l'Union et emploient 470 000 personnes. 3 739 millions de tonnes de marchandises transportées par voie maritime ont été traitées dans ces ports en 2012.

Le secteur portuaire est hétérogène et se caractérise par une grande variété de types et de multiples modes d'organisation.

Il est donc nécessaire que l'Union établisse un cadre général qui, tout en respectant cette diversité, permet de renforcer la compétitivité des ports, d'y développer l'économie et l'emploi maritime et portuaire, tout en s'assurant du maintien du haut niveau de sécurité maritime.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

La proposition de la Commission prétend contribuer à améliorer la compétitivité des ports de l'UE classés dans le réseau transeuropéen de transports par rapport aux ports maritimes hors UE.

Elle vise également à améliorer le fonctionnement et l'interconnexion des ports maritimes, en instaurant des règles de fonctionnement européennes harmonisées. Le rapport vise également la libéralisation des services rattachés à la gestion des ports: les services de manutention des marchandises et les services passagers, qui relèvent de la directive sur les contrats de concession, en sont exclus.

L'exigence de respect des normes sociales et environnementales nationales applicables est incluse dans ce texte, mais, pour l'essentiel, nous regrettons que davantage d'attention n'ait été accordée à la question des droits des travailleurs de ce secteur.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на доклада относно предложението за регламент на Европейския парламент и на Съвета за създаване на рамка за достъп до пазара на пристанищни услуги и финансова прозрачност на пристанищата, тъй като смятам, че предложените изменения напълно съответстват на моите позиции.

Предложените изменения подчертават необходимостта от независимост на управителния орган на пристанището, за да може той да следва икономическата си стратегия, при спазване на определени ключови принципи. Освен това докладът подчертава, че се цели избягване на административната тежест във връзка с прилагането на настоящия регламент. В обобщение, настоящият регламент следва да води до правна сигурност за пристанищата и да оказва положително въздействие върху успешното функциониране на мрежата TEN-T.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Πιστεύουμε ακράδαντα πως η διαχείριση των λιμένων αποτελεί θέμα υψίστης εθνικής ασφάλειας και ανήκει αποκλειστικά στα κράτη της Ευρώπης, τα οποία θα πρέπει να μεροληπτούν και να ελέγχουν την αξιοποίηση τους.

Για τους λόγους αυτούς, καταψηφίζουμε την έκθεση της Επιτροπής Μεταφορών και Τουρισμού, σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τη θέσπιση πλαισίου, όσον αφορά την πρόσβαση στην αγορά λιμενικών υπηρεσιών και τη χρηματοοικονομική διαφάνεια των λιμένων.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against the report on market access to port services because the report was too weak. I wanted stronger provisions for workers, for example. I also believe that in fact this would have no positive impact on Welsh ports.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – As novas regras abrangem mais de 300 portos marítimos da Europa, incluindo 13 portugueses. A legislação aprovada visa, entre outros objetivos, aumentar a transparência das taxas dos serviços portuários e da utilização das infraestruturas portuárias, bem como do uso dado aos financiamentos públicos. Estas regras não impõem um modelo específico para a gestão dos portos marítimos e não afetam a competência dos Estados-Membros para prestarem serviços não económicos de interesse geral. São possíveis diferentes modelos de gestão portuária, desde que o regime da prestação de serviços portuários e as regras comuns relativas à transparência financeira estabelecidos no regulamento sejam respeitados.

Os serviços portuários abrangidos pelo regulamento são o abastecimento de combustível, a amarração, o reboque e a recolha de resíduos gerados em navios e de resíduos da carga. A movimentação de carga, os serviços de passageiros e a pilotagem ficam sujeitos às regras de transparência financeira, mas isentos das regras relativas à organização dos serviços.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: cette proposition de règlement n'est certainement que le premier pas vers une libéralisation bien plus large qui ne bénéficiera certainement pas aux salariés du secteur portuaire et maritime ni aux consommateurs européens dans leur ensemble.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A conversa não é nova nem os argumentos originais. Sob a capa de uma mirífica modernização de serviços e operações, leva-se por diante a liberalização e privatização de mais um sector estratégico da economia: o sector portuário.

As promessas já as vimos em relação a outros sectores: captar investimentos, maior eficiência, melhor qualidade. Sabemos bem o que significam, desmentidas que são, sem apelo nem agravo, pela realidade. É verdade que esta proposta fica muito aquém daquilo que eram as ambições liberalizadoras iniciais da Comissão Europeia. Diminui o grau de liberalização. Um recuo forçado pela luta, pela resistência dos trabalhadores, em primeiro lugar.

Mas a verdade é que, apesar disso, a proposta não deixa de apontar um caminho. Que tratarão de tentar concretizar quando se apanharem com condições para tal.

Um caminho negativo e que urge combater.

É engraçada a preocupação expressa relativamente aos «utentes» dos portos. Engraçado que enquanto noutros sectores os «utentes» passam a «clientes» – por exemplos nos transportes públicos – aqui, onde os clientes são grandes empresas, então já se fala de «utentes». Muito elucidativo. E muito claro, sobre o ponto de vista que aqui se expressa: o do grande capital, dos grandes grupos económicos e das grandes multinacionais.

Obviamente votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della seguente proposta in quanto ritengo necessario favorire un funzionamento più efficiente della rete transeuropea di trasporti.

Ritengo, inoltre, condivisibili gli obiettivi della proposta di avviare un processo di modernizzazione dei servizi e delle operazioni portuali e di concorrere alla creazione di nuove condizioni atte ad attrarre investimenti nei porti.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted yes because I agree.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Je veľmi dôležité, aby sme neustále pracovali na zdokonaľovaní konkurencieschopnosti a transparentnosti európskych prístavov a takisto nezabúdali na prístavy, ktoré sa nachádzajú na absolútnych okrajoch regiónov. Po novom by sa legislatíva mala viac zamerať na to, aby boli určené akési minimálne štandardy na vykonávanie služieb pre jednotlivé prístavy alebo obmedzovanie maximálneho počtu poskytovateľov služieb. Predmetná legislatíva sa zaoberá aj finančnou transparentnosťou a zaručením spravodlivej súťaže, ako aj absolútnym obmedzením cenového dumpingu.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro alla relazione perché c'è il rischio concreto di creare effetti molto dannosi agli storici operatori locali che da decenni, se non in alcuni casi da secoli, svolgono certi servizi nei nostri porti.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Ο έλεγχος των οικονομικών αλλά και εμπορικών δραστηριοτήτων των λιμένων που θέλει να επιβάλει η Ευρωπαϊκή Ένωση δημιουργεί περισσότερα προβλήματα σε ό,τι αφορά την ασφάλεια, τα δικαιώματα των εργαζομένων, αλλά και την ανάπτυξη των κρατών μελών της. Η διαχείριση των λιμένων ανήκει στα κράτη της Ευρώπης και αυτά μόνον θα πρέπει να ελέγχουν την αξιοποίησή τους, καθώς και πληροφορίες σχετικά με τη δραστηριότητά τους, διασφαλίζοντας έτσι την οικονομία τους και την εθνική τους ασφάλεια. Είναι γνωστό ότι οι νεοφιλελεύθερες πρακτικές των κρατών μελών τα τελευταία χρόνια οδήγησαν σε ιδιωτικοποιήσεις λιμένων, που ως αποτέλεσμα είχαν τον οικονομικό έλεγχο, τον περιορισμό των εμπορικών δραστηριοτήτων των κρατών και τη συστηματική υπονόμευση των δικαιωμάτων των εργαζομένων.

Πιστεύω ακράδαντα πως η διαχείριση των λιμένων αποτελεί θέμα υψίστης εθνικής ασφάλειας και ανήκει αποκλειστικά στα κράτη της Ευρώπης, τα οποία θα πρέπει να μεροληπτούν και να ελέγχουν την αξιοποίηση τους. Για τους λόγους αυτούς, καταψηφίζω την έκθεση της Επιτροπής Μεταφορών και Τουρισμού σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τη θέσπιση πλαισίου, όσον αφορά την πρόσβαση στην αγορά λιμενικών υπηρεσιών και τη χρηματοοικονομική διαφάνεια των λιμένων.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted against this report as it will damage British ports. It is a prime example of the 'one-size-fits-all' approach of the Commission that simply doesn't work.

British Ports were privatised 30 years ago. This regulation will simply introduce a raft of regulations which will cost our ports money whilst adding nothing. Additionally, it does nothing to address the vast amount of state aid that publically owned ports receive elsewhere in the EU.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – This agreement sets a framework that should boost the efficiency and strengthen competitiveness of maritime ports of the trans-European transport network, taking into account the specific situation of ports located in outermost regions.

I believe it is fundamental to preserve the various organisation models in the Union, while allowing authorities or port managing bodies to set minimum requirements for performing port services or limiting the number of service providers.

After two unsuccessful attempts to adopt a regulation on port services, the Parliament, thanks to our Rapporteur Knut Fleckenstein, is now on its way to success on its third attempt. This regulation will provide stability and legal certainty for the whole sector for the next decades, assuring growth and job creation.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A bizottsági javaslat célja, hogy hozzájáruljon a TEN–T hatékonyabb, összekapcsoltabb és fenntarthatóbb működéséhez egy olyan keretrendszer kialakításával, amely javítja a kikötők működését, és elősegíti számukra a megváltozott közlekedési és logisztikai követelményekhez való alkalmazkodást. A javaslat fő célkitűzései közé tartozik a kikötői szolgáltatások és műveletek korszerűsítése, valamint a kikötői beruházásokat vonzó keretfeltételek megállapítása. E rendeletben a Bizottság – a kikötői szolgáltatások hatékonyságának növelése érdekében – célul tűzte ki a csekély versenykényszer és az esetleges piaci visszaélések ellensúlyozását.

A kikötők közötti, egyenlő feltételek mellett megvalósuló tisztességes verseny egyik fontos kívánalma az állami támogatásra vonatkozó szabályok világos keretrendszere. A szóban forgó javaslat összhangban áll más fontos uniós szakpolitikákkal és célkitűzésekkel, így például a közlekedésről szóló fehér könyvvel, az Európai Hálózatfinanszírozási Eszközzel és a „kék övezet" kezdeményezéssel. E rendelet a TEN–T iránymutatásokban megjelölt valamennyi tengeri kikötőre alkalmazandó lesz, és a Bizottság szerint a már jelenleg is jól működő kikötőkre nem fog további terheket róni, a többi kikötő számára pedig megteremti azokat a feltételeket, amelyekre az előttük álló szerkezeti kihívások megoldásához szükség van. Ennek függvényében, a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként támogattam a jelentést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A bizottsági javaslat célja, hogy hozzájáruljon a TEN–T hatékonyabb, összekapcsoltabb és fenntarthatóbb működéséhez egy olyan keretrendszer kialakításával, amely javítja a kikötők működését, és elősegíti számukra a megváltozott közlekedési és logisztikai követelményekhez való alkalmazkodást. A javaslat fő célkitűzései közé tartozik a kikötői szolgáltatások és műveletek korszerűsítése, valamint a kikötői beruházásokat vonzó keretfeltételek megállapítása. E rendeletben a Bizottság – a kikötői szolgáltatások hatékonyságának növelése érdekében – célul tűzte ki a csekély versenykényszer és az esetleges piaci visszaélések ellensúlyozását.

A kikötők közötti, egyenlő feltételek mellett megvalósuló tisztességes verseny egyik fontos kívánalma az állami támogatásra vonatkozó szabályok világos keretrendszere. A szóban forgó javaslat összhangban áll más fontos uniós szakpolitikákkal és célkitűzésekkel, így például a közlekedésről szóló fehér könyvvel, az Európai Hálózatfinanszírozási Eszközzel és a „kék övezet" kezdeményezéssel.

E rendelet a TEN–T iránymutatásokban megjelölt valamennyi tengeri kikötőre alkalmazandó lesz, és a Bizottság szerint a már jelenleg is jól működő kikötőkre nem fog további terheket róni, a többi kikötő számára pedig megteremti azokat a feltételeket, amelyekre az előttük álló szerkezeti kihívások megoldásához szükség van.

Ennek függvényében, a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként támogattam a jelentést.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Häfen können zur langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie auf den Weltmärkten beitragen sowie Mehrwehrt und Arbeitsplätze in allen Küstenregionen der Union schaffen. Um die Herausforderungen im Seeverkehr bewältigen zu können, müssen einige Unzulänglichkeiten in der nachhaltigen Transport- und Logistikkette überwältigt werden. Dazu gehört beispielsweise wie die Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens für Zollabfertigungen.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this because the ports within the UK operate completely differently to the ports on mainland Europe in that the majority of them are privately operated and it would be for the UK Government to decide on the operating terms expected. This regulation is a further adoption from the EU of a one size fits all policy that will just not work.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – The Commission's proposal for a new Port Services Regulation did not sufficiently recognise the complexity and diversity of the EU's port sector. However, after negotiation and campaigning since 2013, the European Parliament has managed to secure some limited improvements, including on respecting employment and trade union rights. The continuing success of the UK ports industry is vital to the country and there are major challenges ahead in the light of the Brexit vote. Labour MEPs will continue to work actively to support our ports and all who work in them.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre servicios portuarios empezó con una propuesta liberalizadora por parte de la Comisión Europea con la que estamos profundamente en contra. Sin embargo, durante las negociaciones se consiguió darle la vuelta a dicha propuesta, omitir las cláusulas relativas a la liberalización y blindar los derechos de los trabajadores portuarios. Es un resultado satisfactorio que no vemos habitualmente en las reformas de la legislación europea sobre transportes. Sin embargo, he decidido abstenerme, porque la redacción final invita a promover una gestión descentralizada de los puertos mientras que, en un país eminentemente marítimo como el nuestro, la gestión centralizada de la red portuaria es uno de los elementos clave del sistema. Aunque en ningún caso esta descentralización se plantea de forma obligatoria, hemos querido ser coherentes con nuestra postura de defender la capacidad de cada Estado miembro de elegir su propio modelo de gestión pública, de acuerdo con su trayectoria y sus especificidades.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport deoarece, în calitate de membru al Comisiei pentru transport și turism, consider că raportorul a îmbunătățit unele aspecte ale propunerii Comisiei. Raportul subliniază necesitatea ca organismul de administrare al portului să dispună de autonomie pentru a acționa în funcție de strategia sa economică, respectând totodată anumite principii-cheie. În plus, raportorul evită o creștere a sarcinii administrative legate de aplicarea prezentului regulament. În concluzie, prezentul regulament ar trebui să creeze securitate juridică pentru porturi și să aibă un impact pozitiv asupra funcționării rețelei TEN-T. O concurență loială între porturi într-un mediu concurențial echitabil este esențială. De asemenea, sunt importante modernizarea serviciilor și operațiunilor portuare și crearea unor condiții-cadru pentru atragerea investițiilor în porturi.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I voted to support this report. The Commission's proposal for a new Port Services Regulation did not sufficiently recognise the complexity and diversity of the EU's port sector. However, after negotiation and campaigning since 2013, the European Parliament has managed to secure some limited improvements, including on respecting employment and trade union rights. The continuing success of the UK ports industry is vital to the country and there are major challenges ahead in the light of the Brexit vote. Labour MEPs will continue to work actively to support our ports and all who work in them.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cet accord qui vise à renforcer la qualité et l'efficacité des services portuaires pour les usagers, réduire les coûts et encourager l'investissement. En effet, ce texte instaure plus de transparence pour garantir une meilleure autonomie de nos ports maritimes ainsi qu'une meilleure connexion entre le transport maritime et le rail. Grâce à ces nouvelles mesures, nos ports en Europe verront leur compétitivité renforcée vis-à-vis de leurs concurrents internationaux.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση αφορά την πρόσβαση στην αγορά λιμενικών υπηρεσιών και στη χρηματοδοτική διαφάνεια των λιμένων. Δυστυχώς στόχος της έκθεσης είναι η απορρύθμιση και απελευθέρωση των λιμενικών υπηρεσιών. Προωθούνται πολλές μεταρρυθμίσεις, για μείωση του κόστους (με ό,τι αυτό συνεπάγεται) και αύξηση της ανταγωνιστικότητας ώστε να επιτευχθεί η προσέλκυση ιδιωτών επενδυτών. Πολλά εργασιακά δικαιώματα τίθενται σε κίνδυνο. Για αυτό καταψηφίσαμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – This regulation (adopted in December 2016) aims at contributing to a more efficient functioning of the TEN-T by creating a framework which improves the performance of all ports and helps them to cope with changes in transport and logistics requirements. Financial transparency lies at heart of this initiative, supported by the ALDE group, in order to provide clarity and promote fair competition between European ports –as many Member States still provide subsidies to their own ports. Moreover, this agreement offers a clear framework for the port services market. In future, all port authorities have to apply the same non-discriminatory rules when choosing their service providers.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A bizottsági javaslat célja, hogy hozzájáruljon a TEN–T hatékonyabb, összekapcsoltabb és fenntarthatóbb működéséhez egy olyan keretrendszer kialakításával, amely javítja a kikötők működését, és elősegíti számukra a megváltozott közlekedési és logisztikai követelményekhez való alkalmazkodást. A javaslat fő célkitűzései közé tartozik a kikötői szolgáltatások és műveletek korszerűsítése, valamint a kikötői beruházásokat vonzó keretfeltételek megállapítása. E rendeletben a Bizottság – a kikötői szolgáltatások hatékonyságának növelése érdekében – célul tűzte ki a csekély versenykényszer és az esetleges piaci visszaélések ellensúlyozását.

A kikötők közötti, egyenlő feltételek mellett megvalósuló tisztességes verseny egyik fontos kívánalma az állami támogatásra vonatkozó szabályok világos keretrendszere. A szóban forgó javaslat összhangban áll más fontos uniós szakpolitikákkal és célkitűzésekkel, így például a közlekedésről szóló fehér könyvvel, az Európai Hálózatfinanszírozási Eszközzel és a „kék övezet" kezdeményezéssel. E rendelet a TEN–T iránymutatásokban megjelölt valamennyi tengeri kikötőre alkalmazandó lesz, és a Bizottság szerint a már jelenleg is jól működő kikötőkre nem fog további terheket róni, a többi kikötő számára pedig megteremti azokat a feltételeket, amelyekre az előttük álló szerkezeti kihívások megoldásához szükség van. Ennek függvényében, a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként támogattam a jelentést.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport conform căruia prezentul regulament ar trebui să creeze securitate juridică pentru porturi și să aibă un impact pozitiv asupra funcționării rețelei TEN-T. Printre principalele obiective ale acestui raport se numără modernizarea serviciilor și operațiunilor portuare și crearea unor condiții-cadru pentru atragerea investițiilor în porturi. Prezenta propunere este în concordanță cu politicile și obiectivele importante ale UE, precum Cartea albă privind transporturile, Mecanismul pentru interconectarea Europei și inițiativa „Centura albastră".

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o stvaranju okvira za pristup tržištu lučkih usluga i financijske transparentnosti luka (COM(2013)0296 – C8-0144/2013 – 2013/0157(COD)), s obzirom da se ovom Uredbom postiže efikasnije i bolje povezano funkcioniranje TEN-T mreža stvaranjem boljih uvjeta za funkcioniranje luka i prilagodbu promjenama u transportnim i logističkim uvjetima.

Ovom se Uredbom želi doprinijeti modernizaciji lučkih usluga i lučkog poslovanja, povećati učinkovitost lučkih usluga te stvaranje boljih uvjeta za atraktivnost ulaganja u luke. Osnažuje se tržišno natjecanje, stvaraju se bolja radna mjesta i bolji uvjeti rada zaposlenih, pravna sigurnost kako za ulagače tako i za zaposlene te bolja informiranost korisnika usluga. Ovime se želi postići veća transparentnost u korištenju javnih sredstava, nadzor državnih potpora, jasnoća kod javnih natječaja, stvaraju se jednaki uvjeti za europske luke.

Ova Uredba primjenjivat će se na sve pomorske luke utvrđenih u TEN-T smjernicama, izbjeći dodatno opterećenje za one luke koje već funkcioniraju dobro, dok se drugim lukama stvaraju uvjeti za nošenje sa strukturnim promjenama.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Malgré les aspects positifs des modifications issues du premier passage en commission des transports et du trilogue, je m'oppose à cet effort permanent pour plus de libéralisation dont cette proposition de règlement n'est que la première pierre d'un édifice qui bénéficiera surtout aux multinationales.

J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Knut Fleckenstein sur l'accès au marché des services portuaires et la transparence financière des ports. Ce rapport cherche à établir un cadre clair instaurant plus de transparence tout en respectant l'autonomie des ports et en respectant les spécificités locales. Les professions portuaires sont ainsi largement préservées dans la mesure où les pilotes maritimes et les dockers sont exclus de la réforme et que les remorqueurs et les lamaneurs peuvent être protégés par le pavillon national.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe dem vorliegenden Bericht zugestimmt. Ziel des Vorschlags der Kommission ist es, durch die Schaffung eines Rahmens, in dem alle Häfen ihre Leistung verbessern und sich auf die veränderten Anforderungen in Verkehr und Logistik einstellen können, einen Beitrag zu einem effizienteren, besser vernetzten und nachhaltigeren Funktionieren des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) zu leisten. Zu den wichtigsten Zielen des Vorschlags gehören die Modernisierung der Hafendienste und des Hafenbetriebs und die Schaffung von attraktiven Rahmenbedingungen für Investitionen in Häfen. Die Kommission will mit dieser Verordnung schwachem Wettbewerbsdruck und möglichem Marktmissbrauch entgegenwirken, um die Effizienz der Hafendienste zu erhöhen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – The Commission's proposal for a new Port Services Regulation did not sufficiently recognise the complexity and diversity of the EU's port sector. However, after negotiation and campaigning since 2013, the European Parliament has managed to secure some limited improvements, including on respecting employment and trade union rights. The continuing success of the UK ports industry is vital to the country and there are major challenges ahead in the light of the Brexit vote. I, along with Labour colleagues, will continue to work actively to support our ports and all who work in them.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A bizottsági javaslat célja, hogy hozzájáruljon a TEN–T hatékonyabb, összekapcsoltabb és fenntarthatóbb működéséhez egy olyan keretrendszer kialakításával, amely javítja a kikötők működését, és elősegíti számukra a megváltozott közlekedési és logisztikai követelményekhez való alkalmazkodást. A javaslat fő célkitűzései közé tartozik a kikötői szolgáltatások és műveletek korszerűsítése, valamint a kikötői beruházásokat vonzó keretfeltételek megállapítása. E rendeletben a Bizottság – a kikötői szolgáltatások hatékonyságának növelése érdekében – célul tűzte ki a csekély versenykényszer és az esetleges piaci visszaélések ellensúlyozását.

A kikötők közötti, egyenlő feltételek mellett megvalósuló tisztességes verseny egyik fontos kívánalma az állami támogatásra vonatkozó szabályok világos keretrendszere. A szóban forgó javaslat összhangban áll más fontos uniós szakpolitikákkal és célkitűzésekkel, így például a közlekedésről szóló fehér könyvvel, az Európai Hálózatfinanszírozási Eszközzel és a „kék övezet" kezdeményezéssel. E rendelet a TEN–T iránymutatásokban megjelölt valamennyi tengeri kikötőre alkalmazandó lesz, és a Bizottság szerint a már jelenleg is jól működő kikötőkre nem fog további terheket róni, a többi kikötő számára pedig megteremti azokat a feltételeket, amelyekre az előttük álló szerkezeti kihívások megoldásához szükség van. Ennek függvényében, a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként támogattam a jelentést.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих предложението на Европейската комисия за създаване на рамка за достъп до пазара на пристанищни услуги и финансова прозрачност на пристанищата, тъй като неговата цел е да допринесе за постигане на целта за по-ефикасно, взаимосвързано и устойчиво функциониране на трансевропейските транспортни мрежи чрез създаване на рамка, която да подобрява дейността на пристанищата и да им помага да се справят с промените в изискванията в областта на транспорта и логистиката.

Основните приоритети са свързани с модернизирането на пристанищните услуги и операции и създаването на рамкови условия за привличане на инвестиции в пристанищата. Налице е стремеж да се противодейства на слабия конкурентен натиск и на евентуалните пазарни злоупотреби, за да се повиши ефикасността на пристанищните услуги. Важно условие за лоялната конкуренция между пристанищата в условия на равнопоставеност е и съществуването на ясна рамка относно правилата за държавна помощ.

Регламентът ще се прилага спрямо морските пристанища, посочени в насоките за TEN-T, и ще доведе до избягване на излишната тежест за добре функциониращите пристанища, като същевременно ще създаде необходимите условия, така че другите пристанищата да се справят със структурните предизвикателства пред тях.

Илхан Кючюк (ALDE), *in writing*. – Europe is one of the densest port regions worldwide. At the same time, the port sector is very heterogeneous and characterised by a wide diversity in types and organisation. The EU is highly dependent on its ports for its trade with the rest of the world and for proper functioning of its own internal market. In this context, the Commission's proposal on the trans-European transport network (TEN-T) seeks to contribute to the goal of more efficient, interconnected and sustainable functioning of EU ports by creating a framework which improves the performance of ports and helps them to cope with changes in transport and logistics requirements. In general, the Commission's proposal aims to counteract weak competitive pressure and possible market abuses, in order to increase the efficiency of port services and to promote financial transparency. Looking from this perspective, I voted in favour of it.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Voto a favore della relazione riguardante l'accesso al mercato dei servizi portuali e trasparenza finanziaria dei porti per creare un quadro politico in grado di aumentare l'efficacia dei porti, che consenta di adeguarsi nel caso di cambiamenti nei settori della logistica e dei trasporti, con l'obiettivo di raggiungere un funzionamento più efficiente, sostenibile ed interconnesso.

Lo scopo principale è quello di modernizzare i servizi delle operazioni portuali, sviluppare delle norme adeguate a incentivare gli investimenti nei porti e contrastare potenziali abusi di mercato. La relazione chiede di aumentare la trasparenza nel settore finanziario e nel rapporto tra gli Stati membri, i porti e i servizi portuali, utilizzando in maniera più efficiente i fondi a disposizione.

La normativa proposta verrà attuata su tutti i porti marittimi negli orientamenti TEN-T, farà in modo di evitare l'imposizione di ulteriori oneri ai porti funzionanti e darà la possibilità ad altri porti di affrontare i loro problemi strutturali.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui propose de mettre en œuvre une réelle réforme portuaire au niveau européen. Celle-ci instaure une plus grande transparence dans le fonctionnement des ports, tout en respectant leur autonomie, face à une concurrente internationale de plus en plus forte. Les professions portuaires sont largement préservées, puisque les pilotes maritimes et les dockers sont exclus de la réforme et que les remorqueurs et les lamaneurs peuvent être protégés par le pavillon national, qui garantit les droits sociaux.

L'heure n'est pas à une libéralisation, qui profiterait avant tout à nos concurrents internationaux et favoriserait le dumping social. Avec cette réforme portuaire, nous permettons à ce secteur de gagner en compétitivité, dans le respect des droits sociaux.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur l'accès au marché des services portuaires et la transparence financière des ports. La proposition de la Commission prétend contribuer à améliorer la compétitivité des ports de l'UE par rapport aux ports maritimes hors UE, et la concurrence équitable entre ports européens. Elle vise aussi à améliorer le fonctionnement et l'interconnexion des ports maritimes en créant des règles de fonctionnement européennes uniformisées. Cependant, une fois de plus, les États sont contraints à plus de libéralisation. Cette proposition de règlement n'est certainement qu'un pas de plus vers une libéralisation bien plus large qui ne bénéficiera qu'aux multinationales, certainement pas aux salariés du secteur portuaire et maritime, ni aux salariés et consommateurs européens dans leur ensemble.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Pese a la intención de la Comisión de utilizar esta iniciativa legislativa para liberalizar y privatizar el sector portuario europeo, las negociaciones entre el Parlamento y los Estados miembros han permitido que el texto se convierta, por el contrario, en un mecanismo para preservar las condiciones laborales en el sector y reforzar sus derechos a la negociación colectiva o en caso de transferencia del servicio operador. Pese a ello, algunas de sus disposiciones podrían utilizarse para fragmentar la gestión pública del sistema portuario, al contabilizar separadamente aquellos segmentos que podrían abrirse a la competencia privada. Considerando el texto en su conjunto, he optado por abstenerme.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La propuesta de la Comisión, que busca modernizar las operaciones y servicios portuarios y atraer inversiones en los puertos, intentando aumentar la competitividad y la lucha contra los abusos de mercado, contribuye a través del establecimiento de un marco a la consecución de la red transeuropea de transporte más eficiente, interconectada y sostenible.

Doy mi voto favorable porque esto redundará en una mejora de los servicios portuarios que beneficiará a numerosos ciudadanos europeos. No podemos obviar la oportunidad que brinda a la competitividad de la industria europea unos puertos que funcionen lo más eficientemente posible. Asimismo, nos brinda la oportunidad de crear nuevos puestos de trabajo en las zonas costeras de la Unión.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), *na piśmie*. – Po 15 latach pracy udało się przyjąć wyważony raport dotyczący dostępu do rynku usług portowych oraz przejrzystości finansowej portów. Cieszę się, że w toku prac, zwłaszcza w tej kadencji Parlamentu Europejskiego, udało się przekonać pana sprawozdawcę do otwarcia się i przyjęcia argumentów wszystkich stron dialogu. Jedną z ważniejszych propozycji jest uznanie podmiotowości i autonomii zarządów portów z jednoczesnym naciskiem na przejrzystość finansową zwłaszcza w obszarze pomocy publicznej. Ważne że odstąpiono od rozwiązań typu „one size fits all" dlatego też podobnie jak większość posłów poparłam raport.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s unijní regulací provozu přístavů. Tato regulace bude znamenat omezení a dodatečné náklady pro Českou republiku, pokud jde o provoz jejího svrchovaného přístavu v Hamburku.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Velika većina pomorskog prometa Unije prolazi kroz morske luke transeuropske prometne mreže. Ovom se Uredbom upravljačkim tijelima luka ne nameće poseban model upravljanja lukama. Prijedlogom uredbe nastoji se povećati transparentnost u financijskim odnosima između države, luka i tržišta lučkih usluga.

To će doprinijeti boljem korištenju javnih sredstava te učinkovitu primjenu pravila o tržišnom natjecanju u lukama diljem Unije, stoga sam podržala ovo izvješće.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τη θέσπιση πλαισίου όσον αφορά την πρόσβαση στην αγορά λιμενικών υπηρεσιών και τη χρηματοοικονομική διαφάνεια των λιμένων, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 12/12/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte a pour objectif d'améliorer la compétitivité des ports de l'UE classés dans le RTE-T (319 ports les plus importants) par rapport aux ports maritimes hors UE. Il souhaite également améliorer le fonctionnement et l'interconnexion des ports maritimes ou encore attirer des investissements, ce que nous approuvons.

En revanche, il contraint les États membres à plus de libéralisation (ce qui en plus d'empiéter sur notre souveraineté, ne profitera qu'aux multinationales). Par ailleurs, les dispositions sociales régissant le régime du travail dans les ports ont été, pour une grand part, omises dans le règlement proposé par la Commission.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on market access to port services and financial transparency of ports. The proposal positively aims to implement a more efficient, interconnected, and sustainable functioning of the TEN-T through the improvement of performance of ports. In the long run, the agreement seems capable of modernising port services and operations as well as developing conditions able to attract potential investment in ports. Furthermore, supporting the proposal would result in increasing efficiency of port services by countering weak competitive pressure and market abuses. Without further ado, the proposal will have a positive impact on different sectors of society and the economy.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Ve zprávě, která se týká přístavů, jsme dnes diskutovali zejména nutnost modernizace přístavních služeb a činností a vytvoření rámcových podmínek, které přilákají investice. Důraz je také kladen na finanční transparentnost přístavů a přístavních služeb. Ve zprávě se vyslovujeme proti příležitostné práci a naopak požadujeme lepší odbornou přípravu a podmínky bezpečnosti. Zdůrazňujeme rovněž sociální ustanovení upravující režim přístavní práce stejně jako nutnost zajistit práva zaměstnanců v případě, že dojde k převodu podniků či závodů. Hlasoval jsem pro přijetí této zprávy.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório prevê uma regulamentação do sector portuário, no que toca às regras de acesso ao mercado e à transparência financeira dos portos. O regulamento apela à soberania de cada Estado-membro no que respeita ao cumprimento da sua legislação nacional, pelo que afasta a ideia de liberalização deste sector de mercado. Esta proposta legislativa, defende a obrigatoriedade de formação inicial e/ou contínua dos estivadores, a proteção dos seus direitos laborais e sociais, o combate pela não precariedade do trabalho, promovendo uma maior segurança e melhores condições de trabalho nos portos. Votei a favor

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Ziel des Vorschlags der Kommission ist es, durch die Schaffung eines Rahmens, in dem alle Häfen ihre Leistung verbessern und sich auf die veränderten Anforderungen in Verkehr und Logistik einstellen können, einen Beitrag zu einem effizienteren, besser vernetzten und nachhaltigeren Funktionieren des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) zu leisten.

Zu den wichtigsten Zielen des Vorschlags gehören die Modernisierung der Hafendienste und des Hafenbetriebs und die Schaffung von attraktiven Rahmenbedingungen für Investitionen in Häfen. Die Kommission will mit dieser Verordnung schwachem Wettbewerbsdruck und möglichem Marktmissbrauch entgegenwirken, um die Effizienz der Hafendienste zu erhöhen.

Die Sozialvorschriften für die arbeitsrechtlichen Regelungen der Häfen wurden im Wesentlichen aus dieser Verordnung herausgenommen und werden vom Ausschuss für den sektoralen sozialen Dialog für die Häfen auf EU-Ebene, der seine Arbeit am 19. Juni 2013 aufgenommen hat, diskutiert. Dessen ungeachtet hält es der Berichterstatter für wichtig, klar Stellung gegen unregelmäßige Beschäftigung und für eine bessere Ausbildung sowie bessere Sicherheitsbedingungen zu beziehen. Die Einhaltung der nationalen Sozialstandards wurde als ein Mindestkriterium hinzugefügt. Darüber hinaus sollten die Mitgliedstaaten die Rechte der Arbeitnehmer im Falle einer Übertragung von Unternehmen oder Betrieben sicherstellen.

Aus diesen Gründen habe ich den Bericht mitgetragen.

Alex Mayer (S&D), *in writing*. – Since the Commission's proposal for a new Port Services Regulation, Members of the European Parliament have managed to include improvements on employment, training and trade union rights, which is why I voted in favour of this report. I know that UK ports still have some concerns, and I will continue to listen carefully to the thoughtful contributions from major ports in the area including Felixstowe, London Gateway, Harwich, Tilbury, Ipswich, King's Lynn and Lowestoft. I hope that with proper implementation, the rules on transparency can work positively.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La proposition a pour objet d'accroître l'efficacité des services portuaires. Pour cela, elle encourage la modernisation des services et opérations portuaires et la création de conditions-cadres pour attirer les investissements dans les ports. Elle vise notamment à accroître la transparence des flux financiers afin d'éviter des situations de concurrence déloyale ou de dumping entre les ports de l'Union. Il s'agit donc de permettre la libéralisation des services portuaires. Certes l'accent est mis sur l'importance de la formation du personnel afin de «protéger la santé et la sécurité des travailleurs portuaires». Et le texte stipule qu'aucune mesure d'urgence ne peut être prise par l'administration portuaire pour faire face à des actions collectives industrielles, c'est-à-dire contre les grévistes. Enfin, si les services de manutention des marchandises (dockers), les services passagers et le pilotage ne sont pour l'instant pas concerné par l'ouverture à la concurrence cela ne saurait tarder. Je vote contre ce texte

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de la Commission européenne vise à améliorer la compétitivité des ports de l'Union européenne, mais aussi le fonctionnement et l'interconnexion de ceux-ci en créant de nouvelles règles européennes uniformisées.

Les propositions et modifications de ce rapport sont insuffisantes. De plus, les États concernés sont contraints à toujours plus de libéralisation et la proposition de règlement n'est qu'un premier pas vers une libéralisation bien plus large de ce secteur qui n'aura pour conséquence que de bénéficier aux multinationales et pas aux salariés et aux consommateurs européens. J'ai donc voté contre ce rapport.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — La planification, le développement et le fonctionnement du réseau transeuropéen de transport contribuent à la réalisation d'importants objectifs de l'Union, tels que le bon fonctionnement du marché intérieur et le renforcement de la cohésion économique et sociale. Le réseau maritime en fait intégralement partie puisque 319 ports – par lesquels transitent 96 % des marchandises et 93 % des passagers de l'UE – sont concernés par les orientations relatives au réseau transeuropéen de transport. Néanmoins, nous devons aller vers plus d'homogénéité en termes de qualité des services au sein des ports du réseau transeuropéen de transport et améliorer leur gouvernance pour attirer les investisseurs. Avec cette résolution, nous contribuerons à un fonctionnement plus efficient, interconnecté et durable du réseau transeuropéen de transport en créant un cadre permettant aux ports d'améliorer leurs performances et de mieux faire face à l'évolution des exigences en matière de transport et de logistique.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this regulation, which calls to provide stability and legal certainty for the whole sector over the next few decades, assuring growth and job creation, which is essential.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság javaslatot tett a Parlamentnek és a Tanácsnak a kikötői szolgáltatások piacára való bejutását és a kikötők pénzügyi átláthatóságát biztosító keretrendszer létrehozásáról szóló rendelet elfogadására. A Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament első olvasatban 136 módosítással fogadja el a javaslatot.

Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La proposition de la Commission prétend contribuer à améliorer la compétitivité des ports de l'UE classés dans le RTE-T (réseau transeuropéen de transport, c'est à dire les principales voies routières, ferroviaires et maritimes d'Europe) par rapport aux ports maritimes hors UE, et la concurrence équitable entre ports RTE-T. Elle vise aussi à améliorer le fonctionnement et l'interconnexion des ports maritimes en créant des règles de fonctionnement européennes uniformisées. La proposition vise également à attirer les investissements dans les ports. Enfin, par ce règlement, la Commission entend lutter contre le manque de concurrence au sein de chaque port et les prétendus risques d'abus en résultant. Sur le principe, si les modifications issues du premier passage en commission des transports et du tourisme (TRAN) et du trilogue sont positives (moins d'activités concernées et moins de réglementation dans les activités concernées), cela reste insuffisant pour être en faveur du rapport puisqu'une fois de plus, les États sont contraints à plus de libéralisation. Cette proposition de règlement n'est certainement que le premier pas vers une libéralisation bien plus large qui ne bénéficiera qu'aux multinationales, certainement pas aux salariés du secteur portuaire et maritime, ni aux salariés et consommateurs européens dans leur ensemble. J'ai voté contre.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Sur le principe, si les modifications issues du premier passage en commission des transports et du trilogue sont positives (moins d'activités concernées et moins de réglementation dans les activités concernées), cela reste insuffisant pour que je me prononce favorablement, puisqu'une fois de plus, les États sont contraints à plus de libéralisation. Cette proposition de règlement n'est certainement que le premier pas vers une libéralisation bien plus large qui ne bénéficiera qu'aux multinationales, certainement pas aux salariés du secteur portuaire et maritime, ni aux salariés et aux consommateurs européens dans leur ensemble. Je vote donc contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – The Commission's proposal for a new Port Services Regulation did not sufficiently recognise the complexity and diversity of the EU's port sector. However, after negotiation and campaigning since 2013, the European Parliament has managed to secure some limited improvements, including on respecting employment and trade union rights. The continuing success of the UK ports industry is vital to the country and there are major challenges ahead in the light of the Brexit vote. Labour MEPs will continue to work actively to support our ports and all who work in them.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte sur le cadre pour l'accès au marché des services portuaires et la transparence financière des ports. Le Parlement amende ainsi un projet de règlement qui a pour objectif de renforcer la compétitivité à long terme de nos ports européens, mais aussi de simplifier les procédures douanières.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – The Trans-European Transport Network supports the construction and upgrade of transport infrastructure across the European Union. I have voted for this report that will modernise port services and operations and create framework conditions that will attract investments in ports.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Consider că prezentul raport aduce îmbunătățiri consistente propunerii Comisiei de regulament privind accesul la piața serviciilor portuare și transparența financiară. Este important ca prin acest regulament să fie încurajată competitivitatea între porturi, să fie asigurată o concurență loială între acestea, iar serviciile oferite să fie în continuă modernizare și îmbunătățire. În acest sens, consider că atât propunerea comisiei, care întrunește aceste obiective, cât și prezentul raport, care aduce îmbunătățiri textului inițial, vor impulsiona porturile Uniunii Europene în a deveni mai eficiente, mai competitive și mai inovatoare.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für den vorliegenden Bericht ausgesprochen, da ich die Verbesserungsvorschläge als sehr positiv bewerte. Ein bedeutender Punkt wäre die Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf Basis verbindlicher nationaler, regionaler oder lokaler Sozialstandards, welche gewährt werden sollen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Euroopaülese transpordivõrgu tõhusama toimimise nimel tõhustatakse sadamate tööd ja aidatakse neil toime tulla muutuvate transpordi- ja logistikanõuetega finantsvaldkonnas.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – La presente propuesta de Reglamento tiene como objetivo la modernización de los servicios portuarios, la mejora de las inversiones y crear las condiciones para una competencia leal entre puertos en igualdad de condiciones. Además, pretende crear un marco más claro en relación a las inversiones estatales y en materia de transparencia financiera. Es por todo ello que he votado a favor de la propuesta de compromiso alcanzada con el Consejo.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Στόχος της πρότασης είναι η συμβολή στις προσπάθειες για μια πιο αποτελεσματική, διασυνδεδεμένη και βιώσιμη λειτουργία του διευρωπαϊκού δικτύου μεταφορών, μέσω της δημιουργίας ενός πλαισίου που θα βελτιώνει την απόδοση των λιμένων και θα συμβάλλει στην αντιμετώπιση των αλλαγών στις απαιτήσεις μεταφορών και εφοδιαστικής.

Οι κύριοι στόχοι της πρότασης περιλαμβάνουν τον εκσυγχρονισμό των λιμενικών υπηρεσιών και εργασιών και τη δημιουργία βασικών συνθηκών για την προσέλκυση επενδύσεων στους λιμένες. Επίσης, δίνεται έμφαση στις καλές συνθήκες εργασίας, οι οποίες αποτελούν ένα σημαντικό μέρος της ανταγωνιστικότητας των λιμανιών. Η συμφωνία λαμβάνει επίσης υπόψη την ειδική κατάσταση των λιμένων που βρίσκονται στις εξόχως απόκεντρες περιοχές.

Για όλους αυτούς τους λόγους, υπερψήφισα την εν λόγω έκθεση.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Το ΚΚΕ καταψήφισε τον κανονισμό για την «πρόσβαση στην αγορά των λιμενικών υπηρεσιών», όπως συμφωνήθηκε με το Συμβούλιο, γιατί οδηγεί στην πλήρη «απελευθέρωση των λιμενικών υπηρεσιών», την παράδοσή τους δηλαδή μαζί με τα ίδια τα λιμάνια και τις υποδομές τους στους μονοπωλιακούς ομίλους. Η εφαρμογή του κανονισμού θα πλήξει και τα δικαιώματα των εργαζομένων, όπως οι κλαδικές συλλογικές συμβάσεις εργασίας, με χειροτέρευση των όρων δουλειάς και αμοιβής, εντατικοποίηση κ.ά.

Τα λιμάνια και οι υπηρεσίες τους, είτε με διάφορες μορφές απευθείας παράδοσής τους στο κεφάλαιο είτε με φορέα εκμετάλλευσης το αστικό κράτος, υπηρετούν τα κέρδη των μονοπωλίων, σε βάρος των εργαζομένων, συνολικά του λαού.

Πιστή στη κατεύθυνση αυτή, στο «κοινοτικό κεκτημένο», η συγκυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ παραδίδει στους επιχειρηματικούς ομίλους λιμάνια, υποδομές και υπηρεσίες, υπηρετώντας τον στρατηγικό στόχο της εγχώριας αστικής τάξης, να αναβαθμίσει το γεωπολιτικό ρόλο της στην περιοχή. Γι' αυτό και ο ΣΥΡΙΖΑ υπερψήφισε τον κανονισμό μαζί με τους συνεταίρους του στα μνημόνια, τη ΝΔ, το ΠΑΣΟΚ και το Ποτάμι, Λαϊκό Κόμμα, Φιλελεύθερους και σοσιαλδημοκράτες .

Τα λιμάνια και οι υποδομές της χώρας μπορούν να γίνουν λαϊκή περιουσία στην υπηρεσία των κοινωνικών αναγκών, όταν ο εργαζόμενος λαός απαλλαγεί από την κυριαρχία των μονοπωλίων και των ενώσεών τους, παίρνοντας στα δικά του χέρια την εξουσία και την οικονομία.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — The regulation aims to increase transparency in the financial relationship between the state, ports and port service operators. This will contribute to better use of public funds and to the effective and fair application of EU competition rules in ports. As a member-substitute of the ECON Committee, I supported this agreement because I believe that financial transparency is crucial for building and maintaining trust.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Europska unija provodi politiku prometne infrastrukture koja povezuje kontinent od istoka i zapada, do sjevera i juga. Cilj te politike je premostiti nepovezane dijelove prometne mreže zemalja članica, ukloniti uska grla koja još uvijek ugrožavaju neometano funkcioniranje unutarnjeg tržišta i prevladati tehničke prepreke. Politika promiče i jača transportne veze za putnički i teretni promet, a sve u korak s najnovijim tehnološkim trendovima.

Posredstvom ove politike do 2020. godine investirat će se 24,05 milijardi eura. U tom kolopletu aktivnosti na unaprjeđenju infrastrukture i poslovanja u prometnom sektoru potrebno je ukloniti i barijere u pristupu tržištu lučkih usluga. Prijedlog Komisije je uravnotežen i fleksibilan što odgovara potrebama različitih lučkih operatera, ali i specifičnostima svake od europskih luka posebno. Propis ima za cilj povećanje transparentnosti u financijskim odnosima između državnih luka i usluga operatera koji u tim lukama posluju.

To će doprinijeti boljem korištenju javnih sredstava te učinkovitoj i pravičnoj primjeni pravila o tržišnom natjecanju u lukama EU-a. Primjena ovog novog propisa iz seta zakonodavnih akata Unije povećat će pravnu sigurnost svih dionika kojima luke život znače. Zbog svega navedenoga sam podržala Rezoluciju o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o stvaranju okvira za pristup tržištu lučkih usluga i financijske transparentnosti luka.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Imamo dužnost odlučnim potezima danas osigurati konkurentnost europske industrije na globalnoj razini sutra te se unaprjeđivanjem djelovanja luka može doprinijeti tom dugoročnom cilju – stoga je potrebno odgovoriti na izazove s kojima je sektor pomorskog prijevoza suočen, a koji među ostalim utječu na konkurentnost i socijalnu dimenziju. Stoga bi države članice zajedno sa socijalnim partnerima trebale poduzeti mjere u cilju očuvanja konkurentnosti sektora i sprečavanja neizvjesnih radnih uvjeta u lukama.

Radni odnosi u lukama naime imaju velik utjecaj na samo funkcioniranje luka te pozivam sektorski Odbor za socijalni dijalog za luke da na razini EU-a socijalnim partnerima Unije pruži okvir za moguće usvajanje zajedničkih rezultata u pogledu socijalnih pitanja povezanih s radnim odnosima. U pregovorima treba poštivati autonomiju socijalnih partnera te im osigurati mogućnost izvještavanja o postignutom napretku.

Veliki je izazov neučinkovitost prijevoznog i logističkog lanca te pozivam na pojednostavljivanje administrativnih postupaka za carinska odobrenja čime će se postići velika gospodarska prednost za luke u pogledu konkurentnosti. Nužno je izbjeći nepravedno tržišno natjecanje luka i smanjiti carinske formalnosti koje bi mogle ozbiljno naštetiti financijskim interesima Unije.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — A conversa não é nova nem os argumentos originais. Sob a capa de uma mirífica modernização de serviços e operações, leva-se por diante a liberalização e privatização de mais um sector estratégico da economia: o sector portuário. As promessas já as vimos em relação a outros sectores: captar investimentos, maior eficiência, melhor qualidade. Sabemos bem o que significam, desmentidas que são, sem apelo nem agravo, pela realidade. É verdade que esta proposta fica muito aquém daquilo que eram as ambições liberalizadoras iniciais da Comissão Europeia. Diminui o grau de liberalização. Um recuo forçado pela luta, pela resistência dos trabalhadores, em primeiro lugar.

Mas a verdade é que, apesar disso, a proposta não deixa de apontar um caminho. Que tratarão de tentar concretizar quando se apanharem com condições para tal.

Um caminho negativo e que urge combater.

É engraçada a preocupação expressa relativamente aos «utentes» dos portos. Engraçado que enquanto noutros sectores os «utentes» passam a «clientes» – por exemplos nos transportes públicos – aqui, onde os clientes são grandes empresas, então já se fala de «utentes». Muito elucidativo. E muito claro, sobre o ponto de vista que aqui se expressa: o do grande capital, dos grandes grupos económicos e das grandes multinacionais. Obviamente votámos contra.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Tato dohoda objasňuje rozsah a cíl nařízení, vytváření rámce, který by měl zvýšit efektivitu a posílení konkurenceschopnosti námořní dopravní sítě. Také zohledňuje zvláštní situaci přístavů nacházejících se v nejvzdálenějších regionech. V souvislosti s tím má za cíl zachovat různé organizační modely v Unii a zároveň umožňuje orgánům nebo přístavním řídícím orgánům, aby stanovily minimální požadavky pro provádění přístavních služeb nebo omezení počtu poskytovatelů služeb. Jakožto sociální demokrat si myslím, že je nutné, aby v EU vznikaly podobné regulace, které zaručí, že jednotný evropský trh bude spravedlivý ke všem jeho účastníkům, proto jsem tuto dohodu rád podpořil.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W trakcie prac nad rozporządzeniem wypracowano rozwiązania korzystne z punktu widzenia interesów Polski jak np. wyeliminowano obowiązek wyznaczenia niezależnego organu do monitorowania i nadzoru nad stosowaniem rozporządzenia; wyłączono terminale przeładunkowe i obsługi pasażerów oraz usługi pilotażu z głównego rozdziału projektowanego rozporządzenia - dotyczącego zasad świadczenia usług portowych oraz z przepisów przejściowych, nakładających obowiązek dostosowania umów regulujących usługi portowe do nowych zasad; znacznie ograniczono zakres stosowania rozporządzenia w odniesieniu do usług pogłębiania; wydłużono termin rozpoczęcia stosowania rozporządzenia - do 24 miesięcy od jego ogłoszenia; wykreślono uprawnienia do wydawania aktów wykonawczych oraz delegowanych przez KE; w preambule wskazano, że „rozporządzenie nie powinno w żaden sposób naruszać przepisów regulujących system praw majątkowych w państwach członkowskich stosowanych do portów morskich i powinno dopuszczać różne struktury portów w państwach członkowskich". Niniejszym poparłem wypracowany kompromis.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport afin d'améliorer les performances des ports. Nous demandons une transparence financière accrue sur les redevances et financements que les ports de l'UE reçoivent, avec l'obligation de montrer clairement dans leurs systèmes de comptabilité les financements publics reçus. Cela facilitera le travail de la Commission européenne pour déterminer un régime d'aide publique cohérent et encouragera les investissements. Nous incitons également les fournisseurs de services portuaires à assurer une formation adéquate des employés, notamment sur les aspects liés à la santé et à la sécurité, pour répondre aux défis posés par l'innovation technologique et garantir des services de qualité.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this because the ports within the UK operate completely differently to the ports on mainland Europe in that the majority of them are privately operated and it would be for the UK Government to decide on the operating terms expected. This regulation is a further adoption from the EU of a one size fits all policy that will just not work.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le règlement établissant un cadre pour l'organisation des services portuaires. Alors que la Commission avait proposé un texte libéral, je me félicite que le Conseil et le Parlement européen aient trouvé un accord pour aboutir à un texte équilibré qui ne porte plus sur la libéralisation des services portuaires mais sur leur organisation.

Concrètement le texte établit clairement que les autorités portuaires sont en mesure d'imposer des obligations de service public, de limiter le nombre de prestataires et d'imposer des exigences minimales à respecter par les prestataires de services (respect de la législation sociale, bonne réputation du prestataire de services portuaires). Dans ce cadre les États membres pourront notamment imposer l'obligation de pavillon national pour les prestataires de services. C'est une réelle avancée que j'ai toujours défendue pour protéger les travailleurs face à la concurrence des pavillons de complaisance, moins protecteurs des droits sociaux (temps de repos, durée du travail, affiliation à un organisme de sécurité sociale…).

Enfin, sur les droits des travailleurs, le texte établit que les autorités portuaires peuvent imposer le transfert de personnel en cas de changement de prestataire. Dans ce cas, le personnel devra être repris aux conditions qui prévalaient sous l'ancien prestataire.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – O Parlamento Europeu aprovou novas regras sobre prestação de serviços portuários e transparência financeira dos portos que abrangem seis infraestruturas marítimas em Portugal continental (Aveiro, Lisboa, Portimão, Porto/Leixões, Setúbal e Sines), cabendo a Lisboa decidir sobre os portos dos Açores e Madeira.

A legislação hoje aprovada visa, entre outros objetivos, aumentar a transparência das taxas dos serviços portuários e da utilização das infraestruturas portuárias, bem como do uso dado aos financiamentos públicos. Os serviços portuários abrangidos pelo regulamento são o abastecimento de combustível, a amarração, o reboque e a recolha de resíduos gerados em navios e de resíduos da carga. A movimentação de carga, os serviços de passageiros e a pilotagem ficam sujeitos às regras de transparência financeira, mas isentos das regras relativas à organização dos serviços.

O texto acordado prevê que as regras sociais e laborais não sejam afetadas pelo regulamento e que os trabalhadores portuários recebam uma formação adequada sobre as suas condições de trabalho. Além disso, o relatório garante o direito de greve. O regulamento também aprovou disposições em matéria de transparência financeira que assegurem uma concorrência leal e impeçam o abuso de preços, em especial quando os serviços não estão sujeitos a uma concorrência efetiva.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El acuerdo alcanzado con el Consejo en primera lectura cambia sustancialmente la propuesta inicial presentada por la Comisión al garantizar que los puertos puedan limitar el número de operadores en función de una multitud de criterios (como por obligaciones de servicio público, por cuestiones de seguridad o medioambiental etc.). Asimismo, el acuerdo obliga a una mayor transparencia de los flujos financieros entre las autoridades públicas y los puertos para poder detectar situaciones de competencia desleal entre puertos y ayudas de estado encubiertas. Además, se ha mejorado sustancialmente el texto con medidas como la exclusión del reglamento de categorías como el pilotaje, disposiciones relativas al diálogo social y el refuerzo de las obligaciones de subrogación del personal en el caso de cambio de operador portuario, al tiempo que se reconoce la posibilidad de fijar los cánones por uso de la infraestructura portuaria por ley como es el caso de España.

Por todo ello, he votado a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Après plus de quinze années de débats sur la politique portuaire européenne, le Parlement européen a finalement trouvé un accord ce midi: les modèles de gestion des ports existants peuvent être maintenus et, c'est là une nouveauté, l'accent est enfin mis sur les bonnes conditions de travail, qui représentent une part importante de la compétitivité des ports et qui relevait à mes yeux du non-négociable.

Car, jusqu'à présent, l'absence de règles claires sur les financements publics des infrastructures portuaires et des redevances pour leur utilisation entravait les investissements dans les ports. Les nouvelles dispositions adoptées visent aujourd'hui notamment à rendre les ports plus efficaces et plus attrayants pour les investisseurs. Ces nouvelles règles s'appliqueront à plus de 300 ports de l'Union mentionnés dans les orientations pour le réseau transeuropéen de transport (RTE-T). Elles incluent l'obligation pour les ports de montrer clairement dans leurs systèmes de comptabilité les financements publics reçus et d'améliorer la transparence, de sorte que les services portuaires et les redevances liées aux infrastructures soient fixés. Afin de garantir des services de qualité, de nouvelles exigences sont donc également prévues pour que les fournisseurs de services portuaires assurent une formation adéquate des employés, avec un accent particulier sur les aspects liés à la santé et à la sécurité.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Nors siūlomas teisės akto projektas ir kelia tikrai gerus tikslus – lengvinti patekimą į uostų rinką, skaidrinti uostų paslaugas, jis kartu turi labai daug trūkumų. Trūkumai – nuo tokių darbuotojų socialinių teisių, kaip teisės į streiką, apribojimo, faktinio atsisakymo suderinti tekstą su valstybės paramos taisyklėmis iki aplinkosauginių tikslų ignoravimo nustatant uosto mokesčius – neleidžia man palaikyti šio pasiūlymo.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este relatório versa sobre uma proposta de regulamento que estabelece um quadro normativo para o acesso aos serviços portuários e a transparência financeira dos portos, por forma a contribuir para um funcionamento mais transparente, eficiente, interligado e sustentável da rede transeuropeia de transportes (RTE-T).

Como propósitos essenciais estão a modernização dos serviços e operações portuárias, bem como a criação de condições de atracão de investimento, para contrariar a reduzida pressão competitiva e eventuais abusos de mercado neste segmento.

Globalmente, considero esta proposta bastante positiva e subscrevo, em grande medida, as sugestões preconizadas pelo relator, a fim de contribuir para uma gestão portuária mais eficaz, transparente e participada e, por conseguinte, conferir maior certeza jurídica no bom funcionamento da rede RTE-T.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Genehmigung eines Abkommens für eine Verordnung zur Schaffung eines Rahmens für den Marktzugang für Hafendienste und die finanzielle Transparenz der Häfen gestimmt.

Die Verordnung zielt darauf ab, die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen dem Staat, den Häfen und den Hafenservicebetreibern zu erhöhen. Schlussendlich wird eine hohe Transparenz der finanziellen Beziehungen dazu führen, dass die öffentlichen Mittel besser genutzt und die EU-Wettbewerbsregeln gerechter und wirksamer angewandt werden.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Pese a la intención de la Comisión de utilizar esta iniciativa legislativa para liberalizar y privatizar el sector portuario europeo, las negociaciones entre el Parlamento y los Estados miembros han permitido que el texto se convierta, por el contrario, en un mecanismo para preservar las condiciones laborales en el sector y reforzar sus derechos a la negociación colectiva o en caso de transferencia del servicio operador. Pese a ello, algunas de sus disposiciones podrían utilizarse para fragmentar la gestión pública del sistema portuario, al contabilizar separadamente aquellos segmentos que podrían abrirse a la competencia privada. Considerando el texto en su conjunto, he optado por abstenerme.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this because the ports within the UK operate completely differently to the ports on mainland Europe in that the majority of them are privately operated and it would be for the UK Government to decide on the operating terms expected. This regulation is a further adoption from the EU of a one size fits all policy that will just not work.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted to support this report. The Commission's proposal for a new Port Services Regulation did not sufficiently recognise the complexity and diversity of the EU's port sector. However, after negotiation and campaigning since 2013, the European Parliament has managed to secure some limited improvements, including on respecting employment and trade union rights. The continuing success of the UK ports industry is vital to the country and there are major challenges ahead in the light of the Brexit vote. Labour MEPs will continue to work actively to support our ports and all who work in them.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Nisam podržao ovo izvješće, ali ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som legislatívne uznesenia, lebo si myslím, že navrhované opatrenia môžu prispieť k efektívnejšiemu, lepšie prepojenému a udržateľnému fungovaniu transeurópskej dopravnej siete (TEN-T), ktorá spája pozemné, námorné a letecké trasy členských štátov do jedného multimodálneho systému. Za uvedený návrh som hlasovala aj preto, že prijatím tohto rámca sa zlepší výkonnosť všetkých prístavov, ktoré v konečnom dôsledku môžu prispieť k dlhodobej konkurencieschopnosti európskych odvetví na svetových trhoch a zároveň vytvoria pridanú hodnotu a nové pracovné miesta vo všetkých pobrežných regiónoch Únie. Keďže sme aj naďalej svedkami zložitých administratívnych postupov colného vybavenia spôsobujúcich meškania v prístavoch, ktoré sú veľkou prekážkou konkurencieschopnosti príbrežnej námornej dopravy a efektívnosti prístavov Únie, súhlasím s tým, aby sa súbežne s týmto nariadením prijali kroky uvedené v oznámení Komisie pod názvom Prístavy: motor rastu o administratívnom zjednodušení. Aby nedochádzalo k nekalej hospodárskej súťaži medzi prístavmi a aby sa obmedzili formality pri colnom vybavovaní, očakávam, že členské štáty a Komisia budú tieto postupy pravidelne monitorovať a v prípade potreby prijímať vhodné opatrenia na riešenie nekalej hospodárskej súťaže.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Trgovina Evropske unije s preostalim svetom in znotraj enotnega trga je močno odvisna od pristanišč. Prek pristanišč gre 74 % uvoženega ali izvoženega blaga in 37 % menjave znotraj Unije.

Podporniki predloga, ki je na mizi, napovedujejo, da bo ta prinesel boljšo finančno transparentnost delovanju pristaniških storitev, a učinki tega bodo v resnici omejeni, saj bi to lahko veljalo samo za manjša pristanišča v južnejših državah članicah. Nova pravila ne bodo prinesla sprememb obstoječim strukturam v večjih in severnejših pristaniščih.

Prav tako besedilo ne vsebuje dovolj prepričljive vsebine in si z njo Komisija zgolj rešuje svoj obraz, saj sta že dva pristaniška paketa padla in si tega enostavno ne more več privoščiti. Celoten sektor se strinja, da bi bilo veliko pomembnejše urediti področje državnih pomoči za pristanišča, kar je Komisija obljubila že 12 let nazaj in nikoli izvedla. Tudi ta sveženj tega žal ne ureja.

V Skupini Zelenih/ESZ smo si prizadevali tudi za to, da bi bili v predpise vključeni tudi močni okoljski kriteriji in jasna zaveza k spoštovanju EU zakonodaje na tem področju, kar pa je bilo zavrnjeno. Zaradi vseh navedenih razlogov sem glasoval proti.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Dit verslag over meer financiële transparantie in havens is misleidend, gezien het enkel de kleinere havens in de zuidelijke lidstaten betreft. Voor de grotere havens in het noorden zullen de nieuwe regels niet tellen en hun structuren zullen dus niet veranderen. Bovendien mist het verslag overtuigende inhoud en dient het vooral om het gezicht van de Commissie te redden. Die wil geen blauwtje lopen na twee vorige verwerpingen van de havenrichtlijn. Het voorstel waarover we stemmen gaat over vrijmaking van diensten in marginale en beperkte segmenten. De controversiële goederen- en passagiersafhandeling is niet opgenomen.

Wat de sector nodig heeft – en daar is men het over eens – is duidelijkheid omtrent staatsteun. Iets wat de Commissie al 12 jaar belooft, maar nog steeds niet in regels heeft gegoten. We probeerden met de Groenen ook maatregelen omtrent milieu en werkomstandigheden in de tekst te laten opnemen, maar zo goed als alles werd weggestemd, ook de vraag naar duidelijkheid omtrent staatsteun. Het verslag is zo zwak dat het zal passeren onder het mom 'baat het niet, het schaadt niet', en intussen laat de Commissie de sector met rust. Maar dat noem ik geen beleid. Ik heb het verslag daarom niet gesteund.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Európske prístavy sú významnou súčasťou globálnej obchodnej siete. Musíme ich pripraviť na nastupujúcu digitalizáciu a automatizáciu dopravy tak, aby ostali konkurencieschopné a zároveň spĺňali všetky ekologické a bezpečnostné štandardy Európskej únie.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Luke mogu pridonijeti dugoročnoj konkurentnosti europske industrije na svjetskim tržištima te pritom povećavaju dodanu vrijednosti i broj radnih mjesta u svim obalnim regijama Unije. Složenost administrativnih postupaka za carinska odobrenja, zbog čega dolazi do zastoja u lukama, predstavlja veliku prepreku konkurentnosti priobalne plovidbe i učinkovitosti luka Unije.

Instrument za povezivanje Europe omogućuje da luke u transeuropskoj transportnoj mreži mogu imati koristi od subvencija Unije tijekom tekućeg razdoblja od 2014. do 2020. Nadalje, Komisija namjerava uspostaviti revidirani okvir za državnu potporu lukama i, s obzirom na to da se Direktivom 2014/23/EU Europskog parlamenta i Vijeća također uspostavlja novi zakonodavni okvir za koncesije, koji će također utjecati na usluge luka koje se pružaju u skladu s koncesijskim sporazumom, stroga pravila o transparentnosti financijskih tokova moraju se uvesti u tu Uredbu kako bi se spriječilo nepravedno tržišno natjecanje između luka u Uniji ili damping.

Podržavam ovaj prijedlog kako bi se doprinijelo modernizaciji lučkih usluga i poslovanja s ciljem učinkovitosti, boljoj međusobnoj povezanosti i održivom funkcioniranju transeuropske prometne mreže (TEN-T).

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o vzpostavitvi okvira za dostop do trga pristaniških storitev in finančno preglednost pristanišč. Podpiram predloge sprememb, ki med drugim poudarjajo, da lahko pristanišča prispevajo k dolgoročni konkurenčnosti evropske industrije na svetovnih trgih, pri tem pa povečajo dodano vrednost in število delovnih mest v vseh obalnih regijah Unije. V tej luči je zato nujno potrebno poenostaviti upravne postopke za carinjenje, s čimer bomo zmanjšali zamude v pristaniščih, ki so velikokrat pomembna ovira za konkurenčnost in učinkovitost pristanišč Unije.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Καταψηφίσαμε την έκθεση, καθώς ως βασικό στόχο έχει την απορρύθμιση και φιλελευθεροποίηση των λιμενικών υπηρεσιών. Προωθούνται πολλές μεταρρυθμίσεις για μείωση του κόστους (με ό,τι αυτό συνεπάγεται εις βάρος των εργατών) και αύξηση της ανταγωνιστικότητας, ώστε να επιτευχθεί η προσέλκυση ιδιωτών επενδυτών. Με τις προτάσεις που προωθούνται πολλά δικαιώματα των εργαζομένων τίθενται σε κίνδυνο.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Ο έλεγχος των οικονομικών, αλλά και εμπορικών δραστηριοτήτων των λιμένων που θέλει να επιβάλει η Ευρωπαϊκή Ένωση δημιουργεί περισσότερα προβλήματα σε ό,τι αφορά την ασφάλεια, τα δικαιώματα των εργαζομένων, αλλά και την ανάπτυξη των κρατών μελών της. Η διαχείριση των λιμένων ανήκει στα κράτη της Ευρώπης και αυτά μόνον θα πρέπει να ελέγχουν την αξιοποίησή τους, καθώς και πληροφορίες σχετικά με τη δραστηριότητά τους, διασφαλίζοντας έτσι την οικονομία τους και την εθνική τους ασφάλεια.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a kikötői szolgáltatások piacára való bejutásról és a kikötők pénzügyi átláthatóságát biztosító keretrendszer létrehozásáról szóló jelentést. Az európai kikötők nagyban hozzájárulnak az európai iparágak hosszú távú versenyképességéhez. Ezért is támogatom – a bizottsági javaslattal egyetértve – egy hatékonyabb, összekapcsoltabb és fenntarthatóbb TEN–T létrehozását. Ehhez pedig valóban elengedhetetlen egy olyan keretrendszer kialakítása, amely javítja a kikötők működését, és elősegíti számukra a megváltozott közlekedési és logisztikai követelményekhez való alkalmazkodást.

Üdvözlendő, hogy az anyagban fontos szerepet kapott a kikötők közötti tisztességes verseny biztosítása, amelynek egyik központi eleme az állami támogatásra vonatkozó szabályok világos keretrendszere. A jelentéstevő módosítói közül kiemelten egyetértek a kikötői munkajogi rendszert szabályozó szociális rendelkezésekkel foglalkozó kiegészítésekkel, amelyekkel kiáll a munkavállalók jogainak érvényesüléséért, úgymint a jobb képzésért és biztonsági feltételekért.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – This regulation will provide stability and legal certainty for the whole sector for the next decades, ensuring growth and job creation. The new framework should boost the efficiency and strengthen competitiveness of maritime ports of the trans-European transport network, whilst taking into account the specific situation of ports located in outermost regions.

The agreed text provides that social and labour rules would not be affected by the Regulation and that port workers should receive adequate information about their working conditions. It also invites the EU-level Sectoral Social Dialogue Committee for Ports to develop guidelines regarding training requirements to prevent accidents and ensure the highest level of safety and health for port workers. Furthermore, the report secures the right to strike, stating that industrial action does not constitute grounds for taking emergency measures

The Regulation also approved financial transparency provisions that would ensure fair competition and prevent price abuse, in particular when services are not subject to effective competition.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je suis favorable à la proposition de la Commission à bien des égards, notamment pour tout ce qui touche à la transparence financière, mais souhaite néanmoins proposer un certain nombre d'amendements destinés à l'améliorer.

Seuls les services portuaires offerts directement à l'utilisateur devraient relever du champ d'application du règlement. Le dragage s'en trouve dès lors exclu, étant donné qu'il ne s'agit pas d'un service offert directement à l'utilisateur, mais plutôt d'une tâche d'entretien destinée à maintenir praticable l'accès au port.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Regulation seeks to create a framework for the TEN-T ports to improve their performance and better cope with changes and transport and logistics requirements. The text is made up of two chapters, one setting up the rules for access to port services, and one to supervise the financial transparency. I particularly welcome the provisions relating to financial transparency, which, I believe, should aim to promote fair competition between European ports, although a certain flexibility is left to the national authorities concerning the rules on the market access of services.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cet accord final conclu entre le Parlement et le Conseil. Je félicite le rapporteur, mon collègue socialiste Knut Fleckenstein, pour avoir réussi à imposer les lignes rouges progressistes du Parlement européen.

Des exigences minimales seront imposées aux prestataires de services portuaires. Dans ce cadre, les États membres pourront élever le niveau d'exigence comme celle du pavillon national pour les prestataires de services de remorquage et de lamanage. C'est une avancée, soutenue par les syndicats, qui permet d'éviter la menace de concurrence effrénée par des prestataires opérant sous des pavillons de complaisance qui fragilisent les droits des travailleurs.

La possibilité de limiter le nombre de prestataires de services portuaires selon plusieurs motifs comme la rareté de la surface maritime ou encore les caractéristiques du trafic portuaire et les conditions environnementales du port représentent également une nouvelle protection.

La possibilité d'imposer des obligations de service public et de transfert de personnel en cas de changement de prestataire, celle de recourir à des exploitants internes, et celle d'exclure les services de manutention et de pilotage des dispositions sur la libéralisation sont également des victoires.

Enfin, le texte prévoit des obligations de transparence financière, qui représentent une substantielle avancée.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o pristupu tržištu lučkih usluga i financijskoj transparentnosti luka”, jer pridonosi boljem korištenju javnih sredstava i prikladnu primjenu pravila o tržišnom natjecanju, ali i modernizaciji lučkih usluga i poslovanja. U skladu s ovom Uredbom potrebno je provoditi i aktivnosti navedene u Komunikaciji Komisije pod naslovom: „Luke: motor rasta” budući da luke povećavaju vrijednost i broj radnih mjesta u obalnim regijama Europske unije.

Potrebno je također pojednostaviti administrativne postupke za carinska odobrenja kako bi se smanjili zastoji u lukama. Cilj je ukloniti ograničenja slobode pružanja usluga u Uniji, što je i jedan od simbola same zajednice, kako stoji u članku 56. Ugovora o funkcioniranju Europske unije.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam Uredbu o stvaranju okvira za pristup tržištu lučkih usluga i financijske transparentnosti luka kojom se nastoji doprinijeti cilju učinkovitijeg, međusobno povezanijeg i održivijeg funkcioniranja Transeuropske mreže prometnica. Smatram da će se ovim prijedlogom modernizirati lučke usluge i poslovanje te stvoriti okvirni uvjeti za privlačenje ulaganja u lukama.

Osobito podržavam dio kojim se uvodi mogućnost izuzeća kako bi se izbjegla nepotrebna administrativna opterećenja onih morskih luka čiji godišnji promet ne opravdava potpunu primjenu ove Uredbe. Na taj način izbjeći će se pristup prema kojemu jedno pravilo odgovara svima te se na taj način osigurava poštena konkurencija u sektoru lučkih usluga i kompetitivno tržište. Osim toga, smatram da će automatizacija i tehnološke inovacije otvoriti mogućnost za poboljšanje učinkovitosti i sigurnosti luka.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o vzpostavitvi okvira za dostop do trga pristaniških storitev in finančno preglednost pristanišč sem podprla. Namen predloga Komisije je prispevati k splošnemu cilju učinkovitejšega, medsebojno povezanega in trajnostnega delovanja omrežja TEN-T z oblikovanjem okvira, ki izboljšuje zmogljivost vseh pristanišč in jim pomaga pri obvladovanju spreminjajočih se prometnih in logističnih zahtev. Želja je posodobiti pristanišča in ustvariti pogoje, ki bodo pritegnila vlaganja v njih in povečala njihovo storitev.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I am disappointed with the outcome of this compromise at the end of trilogue negotiations because in the end the status quo in the port system in my country, Catalonia, won't change. In fact with this outcome, Spain like other Member States can and will maintain its centralised system of port management, avoiding therefore fair competition among ports in Spain. This absence of real change, real reform, will be to the detriment of competition: therefore no reduction of prices for consumers, the companies using the ports. The result is less efficiency in port management as there is no autonomy de facto.

The port of Barcelona would very much like to compete with other ports of the Mediterranean and of northern Europe on an equal footing. With the current regulations, it is impossible. The port of Barcelona is already connected and chosen as part of the core network in the TEN-T program. It could really become a gateway for the European single market but Spain will never allow it, it will never give it real autonomy. The centralised system in Spain is constructed with disguised State Aid to non-efficient ports.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Une fois de plus, les États sont contraints de libéraliser leurs services. Cette proposition de règlement n'est certainement que le premier pas vers une libéralisation encore bien plus large qui ne bénéficiera qu'aux multinationales, certainement pas aux salariés du secteur portuaire et maritime, ni aux salariés et consommateurs européens dans leur ensemble.

J'ai voté contre.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A bizottsági javaslat célja, hogy hozzájáruljon a TEN–T hatékonyabb, összekapcsoltabb és fenntarthatóbb működéséhez egy olyan keretrendszer kialakításával, amely javítja a kikötők működését, és elősegíti számukra a megváltozott közlekedési és logisztikai követelményekhez való alkalmazkodást. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe sobre servicios portuarios empezó con una propuesta liberalizadora por parte de la Comisión Europea con la que estamos profundamente en contra. Sin embargo, durante las negociaciones se consiguió darle la vuelta a dicha propuesta, omitir las cláusulas relativas a la liberalización y blindar los derechos de los trabajadores portuarios. Es un resultado satisfactorio que no vemos habitualmente en las reformas de la legislación europea sobre transportes. Sin embargo, he decidido abstenerme, porque la redacción final invita a promover una gestión descentralizada de los puertos mientras que, en un país eminentemente marítimo como el nuestro, la gestión centralizada de la red portuaria es uno de los elementos clave del sistema. Aunque en ningún caso esta descen-

tralización se plantea de forma obligatoria, hemos querido ser coherentes con nuestra postura de defender la capacidad de cada Estado miembro de elegir su propio modelo de gestión pública, de acuerdo con su trayectoria y sus especificidades.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted against this report because although its supporters hail the proposal to bring financial transparency to port service provision, this is only true for some smaller ports in southern Member States. The new rules will not bring change to the existing structures in bigger and northern ports.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta regulación se propone incrementar la transparencia en la relación financiera que existe entre el Estado, los puertos y sus operadores de servicios. El texto posibilita que la organización de los servicios portuarios pueda quedar sujeta a requerimientos mínimos para su provisión, a la limitación en el número de proveedores, a obligaciones de servicio público y a otras restricciones relativas a los operadores internos. En lo que se refiere a los desafíos que enfrentan las relaciones laborales en los puertos, apuesta por desarrollar conjuntamente provisiones que mejoren desde las condiciones de los trabajadores hasta las cuestiones relativas a la salud en el entorno o las cualificaciones profesionales requeridas. Su objetivo final es, en líneas generales, eliminar las restricciones sobre la prestación de servicios portuarios y aumentar la transparencia en la financiación de los puertos. Desde el convencimiento de que esta regulación contribuirá a un mejor uso de los fondos públicos y a una aplicación más justa y efectiva de las reglas de competencia de la Unión en los puertos, he votado afirmativamente.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Pese a la intención de la Comisión de utilizar esta iniciativa legislativa para liberalizar y privatizar el sector portuario europeo, las negociaciones entre el Parlamento y los Estados miembros han permitido que el texto se convierta, por el contrario, en un mecanismo para preservar las condiciones laborales en el sector y reforzar sus derechos a la negociación colectiva o en caso de transferencia del servicio operador. Pese a ello, algunas de sus disposiciones podrían utilizarse para fragmentar la gestión pública del sistema portuario, al contabilizar separadamente aquellos segmentos que podrían abrirse a la competencia privada. Considerando el texto en su conjunto, he optado por abstenerme.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this transparency regulation which introduces a legal framework allowing, but not requiring, Member States and port management bodies to impose certain minimum requirements, including insistence on compliance with social and labour law, as well as safety, security and environmental sustainability.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor omdat havens kunnen bijdragen tot het concurrentievermogen van de Europese industrie op de wereldmarkt op lange termijn en tegelijk banen creëren in alle kustregio's van de Unie.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Sob a capa de uma modernização de serviços e operações, leva-se por diante a liberalização e privatização de mais um setor estratégico da economia: o setor portuário.

As promessas já as vimos em relação a outros setores: captar investimentos, maior eficiência, melhor qualidade. Sabemos bem o que significam, desmentidas que são, sem apelo nem agravo, pela realidade.

Esta proposta fica muito aquém daquilo que eram as ambições iniciais da Comissão Europeia. Um recuo forçado pela luta, pela resistência dos trabalhadores.

Contudo, a proposta não deixa de apontar um caminho. Um caminho negativo e que urge combater.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Ziel des Vorschlags der Kommission ist es, durch die Schaffung eines Rahmens, in dem alle Häfen ihre Leistung verbessern und sich auf die veränderten Anforderungen in Verkehr und Logistik einstellen können, einen Beitrag zu einem effizienteren, besser vernetzten und nachhaltigeren Funktionieren des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) zu leisten.

Zu den wichtigsten Zielen des Vorschlags gehören die Modernisierung der Hafendienste und des Hafenbetriebs und die Schaffung von attraktiven Rahmenbedingungen für Investitionen in Häfen. Die Kommission will mit dieser Verordnung schwachem Wettbewerbsdruck und möglichem Marktmissbrauch entgegenwirken, um die Effizienz der Hafendienste zu erhöhen.

Die Sozialvorschriften für die arbeitsrechtlichen Regelungen der Häfen wurden im Wesentlichen aus dieser Verordnung herausgenommen und werden vom Ausschuss für den sektoralen sozialen Dialog für die Häfen auf EU-Ebene, der seine Arbeit am 19. Juni 2013 aufgenommen hat, diskutiert. Dessen ungeachtet hält es der Berichterstatter für wichtig, klar Stellung gegen unregelmäßige Beschäftigung und für eine bessere Ausbildung sowie bessere Sicherheitsbedingungen zu beziehen. Die Einhaltung der nationalen Sozialstandards wurde als ein Mindestkriterium hinzugefügt. Darüber hinaus sollten die Mitgliedstaaten die Rechte der Arbeitnehmer im Falle einer Übertragung von Unternehmen oder Betrieben sicherstellen.

Aus diesen Gründen habe ich den Bericht mitgetragen.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The Commission's proposal for a new Port Services Regulation did not sufficiently recognise the complexity and diversity of the EU's port sector. However, after negotiation and campaigning since 2013, the European Parliament has managed to secure some limited improvements, including respecting employment and trade union rights. The continuing success of the UK ports industry is vital to the country and there are major challenges ahead in the light of the Brexit vote. Labour MEPs will continue to work actively to support our ports and all who work in them.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution since I believe that ports are a very important contribution to the long-term competitiveness of European industries in world markets. Moreover, ports are great providers of jobs in all European coastal regions. I believe that delays at ports represent a major obstacle to the competitiveness and efficiency of short sea shipping at Union ports and this is often due to the complexity of administrative procedures for customs clearance. So a big economic advantage for ports could be achieved with a simplification of customs procedures. I support the use of a risk-based policy approach in order to avoid distortion of competition. I agree that a single system is not appropriate for the organisation of port services because this system is very diverse and includes many different models.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu o návrhu nariadenia, ktorým sa stanovuje rámec pre prístup na trh s prístavnými službami a finančná transparentnosť prístavov, som podporila. Táto legislatíva bola navrhnutá v roku 2013 Európskou komisiu a bude sa vzťahovať na všetky európske prístavy v rámci siete TEN-T. A hoci rokovania o tomto nariadení neboli jednoduché a na dosiahnutie konečného textu bolo potrebných niekoľko trialógov v rámci holandského a slovenského predsedníctva, myslím si, že dohodnutý text prinesie množstvo výhod pre používateľov prístavov. Dôvodom na hlasovanie za návrh bola pre mňa aj posilnená finančná transparentnosť.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam Izvješće o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o stvaranju okvira za pristup tržištu lučkih usluga i financijske transparentnosti luka. Predložena uredba nastoji usvojiti jasan okvir za pristup tržištu lučkih usluga i zajednička pravila o financijskoj transparentnosti i naknadi koja se primjenjuje za pružatelje lučkih usluga.

Postoji više od 1200 morskih luka u Europi. Lučke djelatnosti predstavljaju i do 3 milijuna (izravnih i neizravnih) radnih mjesta u 22 pomorske države članice. 96 % svih tereta i 93 % putnika prolazi kroz tranzitne luke EU-a, a 319 luka utvrđeno je prijedlogom Komisije za smjernice transeuropske prometne mreže (TEN-T). Cilj ove uredbe je pridonijeti učinkovitijem, međusobno povezanom i održivom funkcioniranju TEN-T-a stvaranjem okvira koji poboljšava performanse svih luka i pomaže im da se nose s promjenama u prometnim i logističkim zahtjevima.

Osim toga, procjenjuje se će se primjenom ovih uredaba uštediti i to 10 milijardi eura do 2030. godine te osigurati razvoj priobalne plovidbe, smanjenje cestovnog zgušnjavanja i stvaranje radnih mjesta.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o vzpostavitvi okvira za dostop do trga pristaniških storitev in finančno preglednost pristanišč.

Podpiram namen predloga uredbe, kateri je povečati preglednost finančnega razmerja med državo, pristanišči in izvajalci pristaniških storitev. Menim, da bo to prispevalo k boljši porabi javnih sredstev ter k doslednejšemu spoštovanju pravil konkurenčnega prava EU.

10.13. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Juhan Parts (A8-0375/2016 - Bart Staes)

Written explanations of vote

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra del candidato propuesto porque resulta inadmisible que no se luche verdaderamente por una presencia igualitaria de hombres y mujeres en las diferentes instituciones europeas. El presente candidato al Tribunal de Cuentas vuelve a ser un hombre, que independiente de sus cualificaciones y capacidades, formara parte de un órgano casi completamente compuesto por hombres. Las instituciones europeas deben dar ejemplo al conjunto de la sociedad para combatir la realidad de los techos de cristal y es por ello por lo que he decidido votar en contra del presente candidato.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I believe all Members of the Court of Auditors should be both experts and politically neutral. The appointment of Juhan Parts is clearly a political appointment given his extremely pro-EU stance and work to bring Estonia into the EU. I have concerns over his ability to find and report errors and irregularities within EU finances so I therefore voted against.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už Juhaną Partso skyrimą Audito Rūmų nariu.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Juhan Parts est un homme expérimenté et probablement compétent, mais ma politique a toujours été de m'abstenir sur ce genre de candidatures sauf dans deux types de cas: qu'il y ait un conflit d'intérêt avéré ou que le candidat soit un expert reconnu pour son impartialité et pas une figure politique. De toute manière, le vote final du Parlement n'a pas obligatoirement un impact sur la nomination puisque c'est la volonté du gouvernement du pays du candidat qui prime, en l'occurrence l'Estonie.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Suivant la recommandation de la commission du contrôle budgétaire, j'ai approuvé la désignation de M. Parts en tant que membre de la Cour des comptes.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La Corte dei conti è un'importante istituzione europea che svolge il ruolo di revisore esterno e indipendente dei conti dell'Unione.

Fondata nel 1977, essa è divenuta a pieno titolo un'istituzione UE solo nel 1993 continuando a fornire il proprio sostegno per il miglioramento della gestione del bilancio comunitario. Si compone di un membro per ogni stato dell'Unione, ciascuno di essi viene nominato dal Consiglio previa consultazione del Parlamento rimanendo in carica per sei anni.

In questa occasione, il Parlamento è stato chiamato ad esprimersi sulla nomina di Juhan Parts. Preso atto dei contenuti della relazione della commissione per il controllo dei bilanci e seguendo le indicazione del mio gruppo politico, S&D, ho espresso il mio voto segreto sul nome proposto.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra dada la orientación política conservadora del candidato, su falta de capacitación profesional para el cargo, por no haberse escogido una mujer —en un contexto de ausencia de equilibrio de género—, y por la falta de neutralidad que ha mostrado en las diferentes entrevistas, para un puesto en el que es preciso ofrecer un perfil de capacitación profesional, experiencia internacional e independencia.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor del informe sobre el nombramiento de un miembro del Tribunal de Cuentas, el Sr. Juhan Parts, que ha mostrado su competencia para optar al cargo. Una lástima que no haya más mujeres en el Tribunal de Cuentas.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non metto in dubbio le capacità professionali di questo candidato, ma non dispongo di elementi di valutazione sufficienti per dargli il mio completo appoggio.

Per questo motivo mi sono astenuta.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El Pleno del Parlamento Europeo ha sometido esta mañana a votación, en votación secreta, en la que he participado, la propuesta de nombramiento de Juhan Parts como miembro del Tribunal de Cuentas tras la evaluación de las cualificaciones del candidato y la audiencia celebrada el pasado 5 de diciembre ante la Comisión de Control Presupuestario así como el dictamen favorable emitido.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriuo siūloma Juhaną Partsą skirti Audito Rūmų nariu. Europos Parlamento Biudžeto kontrolės komitetas įvertino siūlomo kandidato kvalifikaciją, o per 2016 m. gruodžio 5 d. Biudžeto kontrolės komiteto posėdį buvo surengtas šio kandidato klausymas. Taigi, Parlamentas teikia teigiamą nuomonę dėl Tarybos pasiūlymo skirti Juhaną Partsą Audito Rūmų nariu. Kandidatas savo ruožtu pabrėžė, kad veiklos auditų veiksmingumo standartas turėtų būti pokyčiai realioje aplinkoje, tikras problemų sprendimas, o ne priimtų ir praktikoje pritaikytų pasiūlymų skaičius. Omenyje jis turi tai, kad auditoriaus ir audituojamos įstaigos sėkmė nėra vertinama pagal priimtas ir įvykdytas rekomendacijas. Taip greitai patenkama į padėtį, kai pateikiami abiem pusėms patogūs pasiūlymai. Daugeliu atveju būtina tinkamai nutraukti vykdomosios valdžios rutiną ir esant tokioms situacijoms itin svarbus Europos Parlamento supratimas ir parama.

Siekiant, kad veiklos auditai būtų veiksmingi, būtina turėti tokį partnerį, kuris būtų suinteresuotas spręsti tų auditų iškeltas problemas. Puikus EAR partneris yra Biudžeto kontrolės komitetas. Negali būti nė menkiausios abejonės, kad Jūsų komitetas atlieka visų vykdomosios valdžios veiksmų kontrolę labiausiai tiesiogine prasme. Be to, būtina, kad audituojama įstaiga (šiuo atveju Komisija) sužinotų apie problemų pobūdį ir imtųsi esminių veiksmų padėčiai ištaisyti.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o imenovanju člana Revizorskog suda Juhana Partsa.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Cette candidature au poste de membre de la Cour des comptes émane d'un personnage politique plutôt conservateur opposé à l'influence de la Russie dans son propre pays. Il est par contre favorable à la construction européenne. S'agissant d'une candidature personnelle appuyée par son propre gouvernement, j'adopterai une certaine réserve sur cette question.

Je me suis donc abstenue.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Riteniamo che Juhan Parts abbia tutte le qualità e le competenze necessarie a ricoprire il ruolo a cui viene designato, assumendosi gli oneri e gli onori che tale accettazione comporta.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della nomina dell'ex ministro estone Juhan Parts a membro della Corte dei conti. Nella sua carriera ha maturato una discreta esperienza professionale nel settore delle finanze pubbliche, della pianificazione del bilancio, del controllo di gestione e dell'audit.

In qualità di Segretario generale aggiunto al ministero della Giustizia (1992-1998) è stato responsabile della direzione della giustizia a livello della funzione pubblica. Tale responsabilità prevedeva la creazione di istituzioni giudiziarie e la preparazione, la rendicontazione e il monitoraggio dei relativi bilanci.

Successivamente, in qualità di membro della Corte dei conti estone (1998-2002) è stato responsabile di compiti di revisione esterna in Estonia. Il compito principale nel corso di tale periodo è stato quello di trasformare la Corte dei conti in un'organizzazione di revisione moderna ed efficace che rispettasse gli standard internazionali di revisione (per controlli finanziari, controlli di conformità e controlli di gestione).

Per questo motivo ho dato il mio voto favorevole alla sua nomina.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this nomination on the grounds that Mr Parts was a member of the board of the Estonian Privatisation Agency and was responsible for the mass privatisation of industries and services in the early 1990s. He therefore has no adequate background or experience for being a member of the Court of Auditors.

James Carver (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against appointing Juhan Parts becoming a member of the Court of Auditors for Estonia. UKIP believes that Members of the Court of Auditors should be independent experts and not political appointments. Juhan Parts is a sitting MP in the Estonian Parliament and was formerly the Prime Minister of Estonia. As Prime Minister, he took Estonia into the EU, which shows this is a political appointment. He is a pro-EU politician whom we cannot trust to criticise, uncover and expose the fraud and waste in the EU budget.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Riscontrando, ancora una volta, la mancanza di una certa «parità di genere» nei candidati presentati nel 2016, tutti uomini, ho votato contro la nomina del candidato estone che, peraltro, presenta un curriculum prettamente politico.

Ritengo fortemente che gli Stati membri e il Consiglio dovrebbero dare un segnale per promuovere la parità di genere in tutte le istituzioni e a tutti i livelli.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε τον διορισμό του Juhan Parts, ο οποίος διαθέτει τα απαραίτητα προσόντα και εμπειρία.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the decision on the nomination of Juhan Parts as a Member of the Court of Auditors.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against appointing Juhan Parts becoming a member of the Court of Auditors for Estonia. UKIP believes that Members of the Court of Auditors should be independent experts and not political appointments. Juhan Parts is a sitting MP in the Estonian Parliament and was formerly the Prime Minister of Estonia. As Prime Minister, he took Estonia into the EU, which shows this is a political appointment. He is a pro-EU politician whom we cannot trust to criticise, uncover and expose the fraud and waste in the EU budget.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Mi congratulo con Juhan Parts per la sua elezione a membro della Corte dei conti europea.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del candidato propuesto porque resulta inadmisible que no se luche verdaderamente por una presencia igualitaria de hombres y mujeres en las diferentes instituciones europeas. El presente candidato al Tribunal de Cuentas vuelve a ser un hombre, que independiente de sus cualificaciones y capacidades, formara parte de un órgano casi completamente compuesto por hombres. Las instituciones europeas deben dar ejemplo al conjunto de la sociedad para combatir la realidad de los techos de cristal y es por ello por lo que he decidido votar en contra del presente candidato.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Po zapoznaniu się z biografią pana Juhana Partsa, potwierdzającą jego bogate doświadczenie i kompetencje, poparłem jego kandydaturę na członka Trybunału Obrachunkowego. Kandydat jest przedstawicielem mianowanym przez rząd Republiki Estonii. Pan Parts piastował urząd audytora generalnego (1998-2002), premiera (2003-2005) i ministra gospodarki i komunikacji (2007-2014). Przesłuchanie, które jest jednym z etapów procedury mianowania, nie było kontrowersyjne. W związku z powyższym uważam, że kandydatura spełnia wymagania formalne.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce vote a porté sur la nomination de Juhan Parts en tant que membre de la Cour des comptes européenne. Titulaire d'un diplôme en droit à l'université de Tartu, Juhan Parts a été vérificateur général de l'Estonie de 1998 à 2002, puis Premier Ministre de 2003 à 2005. Dans une audition de Monsieur Parts en commission du contrôle budgétaire du Parlement européen, l'ancien Premier ministre a répondu aux questions des députés européens et satisfait aux exigences du poste de membre de la Cour des comptes. Considérant que les membres de la commission du contrôle budgétaire ont émis un avis favorable à cette nomination, j'ai voté en faveur.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against appointing Juhan Parts becoming a Member of the Court of Auditors for Estonia. UKIP believes that Members of the Court of Auditors should be independent experts and not political appointments. Juhan Parts is a sitting MP in the Estonian Parliament and was formerly the Prime Minister of Estonia. As Prime Minister, he took Estonia into the EU, which shows this is a political appointment. He is a pro-EU politician whom we cannot trust to criticise, uncover and expose the fraud and waste in the EU budget.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament december 14-i strasbourgi plenáris ülésén szavazatommal támogattam Juhan Parts észt számvevőszéki tag kinevezését.

Az észt jelöltet a Parlament Költségvetési Ellenőrzési szakbizottsága azután hallgatta meg, hogy a jelölt írásos kérdőívre adott válaszait áttanulmányozta.

Parlamenti meghallgatásán Juhan Parts megfelelő felkészültségről tett tanúbizonyságot, a feltett kérdésekre kielégítő választ adott, ezért az európai parlamenti képviselők jóváhagyták a plenáris szavazás során az illetékes szakbizottság döntését, és támogatták a jelöltet.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε τον διορισμό του Juhan Parts ως μέλους του Ευρωπαϊκού Ελεγκτικού Συνεδρίου, καθώς θεωρούμε πως η επαγγελματική του πείρα στα δημόσια οικονομικά, ήτοι σε τομείς όπως ο δημοσιονομικός προγραμματισμός, η εκτέλεση ή η διαχείριση προϋπολογισμού, ο έλεγχος του προϋπολογισμού ή ο λογιστικός έλεγχος, δεν επαρκούν για να ανταποκριθεί στα καθήκοντά του και στις απαιτήσεις που ισχύουν για τα μέλη του Ελεγκτικού Συνεδρίου.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – The Court of Auditors is a very important institution. During the recent referendum debate, concern about how EU money is spent was a key issue in Wales. Therefore the members of the Court must be properly qualified and their independence beyond doubt. I voted in favour because I am satisfied this is the case.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: il faut savoir que le vote final du Parlement ne conditionne pas forcément la nomination du membre de la Cour des comptes. Si le Parlement rejette un candidat, celui-ci peut toujours être nommé dans le cas où le gouvernement de son pays maintient la nomination.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O Tribunal de Contas (TCE) funciona como um órgão colegial de 28 Membros, um de cada Estado-Membro. Os seus membros são nomeados pelo Conselho, após consulta ao Parlamento Europeu por um período renovável de seis anos. O lugar de auditor estoniano irá expirar em breve, pelo que foi proposto pelo governo Estónio um candidato e depois pelo Conselho.

O candidato proposto é apresentado como tendo uma longa experiência política. Foi vice-chanceler no Ministério da Justiça; membro do Conselho da Agência de privatizações estoniana; depois tornou-se primeiro-ministro da Estónia; foi Ministro da Economia e das Comunicações até 2014 e é atualmente membro do Parlamento estoniano.

Durante a entrevista, o candidato assumiu uma visão enviesada politicamente das funções que se propõe assumir. No final da audiência, permaneceram um conjunto de sérias dúvidas sobre qual será a sua posição caso venha a ser confrontado com situações que desafiem as suas posições e convicções políticas. A nomeação do candidato estoniano foi adotada com os votos contra do GUE/NGL, alguns verdes e EFDD.

O candidato mostrou ser um apoiante entusiástico da privatização de todos os bens públicos, o que põe certamente em causa a sua capacidade de ser um fiscal objetivo na análise do gasto de fundos públicos em projetos públicos ou público/privado.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted no because I disagree.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τον διορισμό του Juhan Parts ως μέλους του Ευρωπαϊκού Ελεγκτικού Συνεδρίου, καθώς θεωρούμε πως η επαγγελματική του πείρα στα δημόσια οικονομικά, ήτοι σε τομείς όπως ο δημοσιονομικός προγραμματισμός, η εκτέλεση ή η διαχείριση προϋπολογισμού, ο έλεγχος του προϋπολογισμού ή ο λογιστικός έλεγχος, δεν επαρκούν για να ανταποκριθεί στα καθήκοντά του και στις απαιτήσεις που ισχύουν για τα μέλη του Ελεγκτικού Συνεδρίου.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I delivered a favourable opinion on the Council's nomination of Juhan Parts as a Member of the Court of Auditors, whose experience of work and life to date fully meet the requirements applicable to Members of the ECA.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament december 14-i strasbourgi plenáris ülésén szavazatommal támogattam Juhan Parts észt számvevőszéki tag kinevezését. Az észt jelöltet a Parlament Költségvetési Ellenőrzési szakbizottsága azután hallgatta meg, hogy a jelölt írásos kérdőívre adott válaszait áttanulmányozta. Parlamenti meghallgatásán Juhan Parts megfelelő felkészültségről tett tanúbizonyságot, a feltett kérdésekre kielégítő választ adott, ezért az európai parlamenti képviselők jóváhagyták a plenáris szavazás során az illetékes szakbizottság döntését, és támogatták a jelöltet.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament december 14-i strasbourgi plenáris ülésén szavazatommal támogattam Juhan Parts észt számvevőszéki tag kinevezését.

Az észt jelöltet a Parlament Költségvetési Ellenőrzési szakbizottsága azután hallgatta meg, hogy a jelölt írásos kérdőívre adott válaszait áttanulmányozta.

Parlamenti meghallgatásán Juhan Parts megfelelő felkészültségről tett tanúbizonyságot, a feltett kérdésekre kielégítő választ adott, ezért az európai parlamenti képviselők jóváhagyták a plenáris szavazás során az illetékes szakbizottság döntését, és támogatták a jelöltet.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against appointing Juhan Parts becoming a Member of the Court of Auditors for Estonia. I believe that Members of the Court of Auditors should be independent experts and not political appointments. Juhan Parts is a sitting MP in the Estonian Parliament and was formerly the Prime Minister of Estonia. As Prime Minister, he took Estonia into the EU, which shows this is a political appointment. He is a pro-EU politician whom we cannot trust to criticise, uncover and expose the fraud and waste in the EU budget.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of the appointment of Juhan Parts, former Estonian Prime Minister and Economy Minister to the European Court of Auditors. Mr Parts has extensive experience and he gave a strong performance in his committee meeting.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra dada la orientación política conservadora del candidato, su falta de capacitación profesional para el cargo, por no haberse escogido una mujer —en un contexto de ausencia de equilibrio de género—, y por la falta de neutralidad que ha mostrado en las diferentes entrevistas, para un puesto en el que es preciso ofrecer un perfil de capacitación profesional, experiencia internacional e independencia.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament december 14-i strasbourgi plenáris ülésén szavazatommal támogattam Juhan Parts észt számvevőszéki tag kinevezését. Az észt jelöltet a Parlament Költségvetési Ellenőrzési szakbizottsága azután hallgatta meg, hogy a jelölt írásos kérdőívre adott válaszait áttanulmányozta. Parlamenti meghallgatásán Juhan Parts megfelelő felkészültségről tett tanúbizonyságot, a feltett kérdésekre kielégítő választ adott, ezért az európai parlamenti képviselők jóváhagyták a plenáris szavazás során az illetékes szakbizottság döntését, és támogatták a jelöltet.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog odluke Europskog parlamenta o predloženom imenovanju Juhana Partsa za člana Revizorskog suda, zbog toga što smatram da gospodin Parts ima potrebno znanje i vještine za obnašanje spomenute funkcije.

Njegovo profesionalno iskustvo i obrazovanje ukazuju na to da će gospodin Parts dužnost člana Suda obavljati odgovorno, savjesno i samostalno. Iskustvo stečeno prilikom obnašanja funkcije premijera Estonije i ministra gospodarstva i komunikacija zasigurno doprinosi njegovoj sposobnosti upravljanja, te stoga podupirem ovo Izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Rien ne me permet de m'opposer, après connaissance de son parcours, à la candidature de Juhan Parts à la Cour des comptes.

J'ai choisi de m'abstenir.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro jmenování Juhana Partse členem Účetního dvora, protože si vážím jeho profesních schopností nabytých v hospodářské oblasti. Za cenné považuji jeho zkušenosti z působení ve funkci státního auditora, kdy nesl odpovědnost za úkoly spojené s externím auditem v Estonsku, dále z období, kdy vykonával funkci vícekancléře ministerstva spravedlnosti, a v neposlední řádě z jeho členství v estonské Privatizační agentuře.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Bart Staes sur la nomination de M. Juhan Parts comme membre de la Cour des comptes. Ce texte approuve la candidature proposée par le Conseil après audition par la commission du contrôle budgétaire, attestant des compétences requises pour exercer cette fonction.

Cette nomination a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament december 14-i strasbourgi plenáris ülésén szavazatommal támogattam Juhan Parts észt számvevőszéki tag kinevezését. Az észt jelöltet a Parlament Költségvetési Ellenőrzési szakbizottsága azután hallgatta meg, hogy a jelölt írásos kérdőívre adott válaszait áttanulmányozta. Parlamenti meghallgatásán Juhan Parts megfelelő felkészültségről tett tanúbizonyságot, a feltett kérdésekre kielégítő választ adott, ezért az európai parlamenti képviselők jóváhagyták a plenáris szavazás során az illetékes szakbizottság döntését, és támogatták a jelöltet.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este nombramiento porque considero inaceptable la brecha de género existente en el Tribunal de Cuentas. Es necesario nombrar a mujeres para conseguir un reparto equilibrado de los puestos en esta institución.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Odbor za proračune Parlamenta obavio je provjeru kompetencija nominiranog Juhana Partsa, pogotovo u pogledu zahtjeva prema članku 286. Sporazuma o funkcioniranju Europske unije. Gospodin Parts je obavljao funkciju državnog revizora u Estoniji od 1998. do 2002., a životopis koji je priložio u kandidaturi čini ga vjerodostojnim kandidatom za obavljanje ove funkcije. Zbog toga sam podržala ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Vzdelanie a doterajšia profesionálna kariéra p. Juhana Partsa je predpokladom kvalitného vykonávania funkcie člena Dvora audítorov, preto som návrh na jeho vymenovanie podporil.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Το περιεχόμενο της συγκεκριμένης ψήφου μου δεν γνωστοποιείται, καθότι επρόκειτο για μυστική ψηφοφορία σύμφωνα με το άρθρο 182 παρ. 1.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau Tarybos pasiūlymui skirti Juhaną Partsą Audito Rūmų nariu.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le candidat proposé pour être membre de la Cour des comptes, l'estonien Juhan Parts, a été Premier ministre (centre-droit) de son pays. Partisan enthousiaste des privatisations, il fut en charge du démantèlement des entreprises d'État de 1993 à 1996. Enfin, sa nomination ne ferait que renforcer le problème de la parité au sein de la Cour des comptes, avec seulement trois femmes sur 28 membres. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit pour le Parlement européen d'émettre un avis sur la nomination de Juhan Parts comme membre de la Cour des comptes. Cet ancien premier ministre et ministre de l'économie et des télécommunications de l'Estonie est issu du PPE.

Je me suis abstenue sur cette nomination, dans la logique de mes précédents votes, sauf lorsqu'il est démontré un conflit d'intérêt ou lorsqu'il s'agit d'une nomination purement technique du fait de l'expertise du candidat.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je félicite M. Juhan Parts pour sa nomination en tant que membre de la Cour des comptes de l'Union européenne. Ses précédentes fonctions au cœur du domaine de la justice et de la finance publique sont un atout pour l'exercice de ses nouvelles fonctions en tant que membre de la Cour des comptes.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the nomination of Juhan Parts because the candidate gave a good impression at the hearing at committee stage, receiving a large majority in favour of his appointment.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Tanács a Számvevőszék tagjává kívánja kinevezni az észt Juhan Parts-ot, a kinevezésről azonban konzultálni köteles a Parlamenttel. A Parlament Költségvetési Ellenőrző Bizottsága értékelte a javasolt jelölt képességeit, és 2016. december 5-i ülésén meghallgatta a tagjelöltet, Ennek alapján azt indítványozza a Parlamentnek, hogy véleményezze kedvezően a Tanács Juhan Parts számvevőszéki taggá történő kinevezésére irányuló javaslatát.

Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Abstention traditionnelle sur ce type de nomination, réservée comme d'habitude à un politicien de l'establishment. M. Juhan Parts est un homme politique estonien, actuellement député. Il a été Premier ministre entre 2003 et 2005 et ministre de l'économie et des télécommunications entre 2007 et 2014.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Abstention sur cette nomination.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the appointment of Juhan Parts, former Estonian Prime Minister and Economy Minister, to the European Court of Auditors. Mr Parts has extensive experience and he gave a strong performance in his committee meeting.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la nomination de Juhan Parts comme membre de la Cour des comptes. Sa compétence a préalablement été évaluée par la commission du contrôle budgétaire, qui l'a par ailleurs auditionné, avant de rendre un avis favorable. J'ai suivi cet avis.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for the nomination of a Member of the Court of Auditors.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Το Ελεγκτικό Συνέδριο λειτουργεί ως συλλογικό όργανο των 28 βουλευτών, ένας από κάθε κράτος μέλος. Τα μέλη διορίζονται από το Συμβούλιο, μετά από διαβούλευση με το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο για ανανεώσιμη θητεία έξι ετών. Τα μέλη εκλέγουν μεταξύ τους τον πρόεδρο για ανανεώσιμη περίοδο τριών ετών.

Η υποψηφιότητα του Juhan Parts, πρώην πρωθυπουργού της Εσθονίας και Υπουργού Οικονομικών, ήρθε ως αποτέλεσμα του διορισμού του πρώην μέλους του Ελεγκτικού Συνεδρίου, Kersti Kaljulaid, ως προέδρου της Εσθονίας. Ψήφισα υπέρ της έκθεσης για τον διορισμό του κ. Parts ως μέλους του Ελεγκτικού Συνεδρίου.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché concordo che il candidato, Juhan Parts, possegga tutti i requisiti necessari per ricoprire un ruolo all'interno della Corte dei conti.

Pertanto ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Juhan Parts ima izuzetno profesionalno iskustvo, bio je član upravnog odbora EUROSAI-a, Europske organizacije vrhovnih revizijskih institucija, te je sudjelovao u raznim projektima u području razvoja revizijskih metoda u svrhu poboljšanja suradnje između vrhovnih revizijskih institucija. Uvjerena sam u to da je Partsova funkcija državnog revizora Estonije od neprocjenjive važnosti za njegovo imenovanje s obzirom na to da Revizorski sud provodi reviziju prihoda i rashoda EU-a te provjerava jesu li financijska sredstva EU-a ispravno upotrijebljena i s očekivanim učinkom.

Vjerujem da će njegovim članstvom revizija cjelokupne računovodstvene dokumentacije prihoda i/ili rashoda Europske unije te njezinih tijela biti kvalitetno poboljšana s obzirom na to da je Parts obnašao funkciju državnog revizora i vodio reformu državnog sustava za upravljanje financijama u Estoniji. Za vrijeme njegovog premijerskog mandata uspješno je dovršen postupak pristupanja Estonije Europskoj uniji, a ministar gospodarstva i komunikacija bio je od 2007. – 2014. godine.

Kao neovisni vanjski revizor EU-a, Parts će u svojstvu člana Revizorskog suda štititi interese poreznih obveznika EU-a, a time ujedno i interese poreznih obveznika Republike Hrvatske. Stoga, držim da imenovanje Juhana Partsa doprinosi boljem funkcioniranju sustava revizije EU-a u cjelini te sam podržala njegovo imenovanje za člana Revizorskog suda.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — O Tribunal de Contas (TCE) funciona como um órgão colegial de 28 Membros, um de cada Estado-Membro. Os seus membros são nomeados pelo Conselho, após consulta ao Parlamento Europeu por um período renovável de seis anos. O lugar de auditor estoniano irá expirar em breve, pelo que foi proposto pelo governo Estónio um candidato e depois pelo Conselho.

O candidato proposto é apresentado como tendo uma longa experiência política. Foi vice-chanceler no Ministério da Justiça; membro do Conselho da Agência de privatizações estoniana; depois tornou-se primeiro-ministro da Estónia; foi Ministro da Economia e das Comunicações até 2014 e é atualmente membro do Parlamento estoniano.

Durante a entrevista, o candidato assumiu uma visão enviesada politicamente das funções que se propõe assumir. No final da audiência, permaneceram um conjunto de sérias dúvidas sobre qual será a sua posição caso venha a ser confrontado com situações que desafiem as suas posições e convicções políticas. A nomeação do candidato estoniano foi adotada com os votos contra do GUE/NGL, alguns verdes e EFDD. O candidato mostrou ser um apoiante entusiástico da privatização de todos os bens públicos, o que põe certamente em causa a sua capacidade de ser um fiscal objetivo na análise do gasto de fundos públicos em projetos públicos ou público/privado.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Jsem rád, že plenární zasedání podpořilo stanovisko Výboru pro rozpočtovou kontrolu, který se vyslovil kladně k nominaci estonského kandidáta na člena Evropského účetního dvora. Evropský účetní dvůr tvoří kolegium 28 členů, každý nominovaný za jeden členský stát EU. Všichni musejí projít nejdříve slyšením ve Výboru pro rozpočtovou kontrolu a ne vždy se jim dostane kladného doporučení. Rád potvrzuji, že pan Parts během slyšení ve výboru CONT mě dostatečně přesvědčil o svých profesních kvalitách, a proto jsem jeho nominaci podpořil rovněž svým hlasováním na plénu. Juhan Parts tak bude novým zástupcem Estonska poté, co byla jeho předchůdkyně Kersti Kaljulaidová v říjnu zvolena za novou estonskou prezidentku.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Po długim opóźnieniu, rząd Republiki Estonii postanowił mianować Juhana Partsa na estońskiego przedstawiciela w Europejskim Trybunale Obrachunkowym. Z wykształcenia prawnik, Pan Parts piastował urząd audytora generalnego (1998-2002), premiera (2003-2005) i ministra gospodarki i komunikacji (2007-2014). Zawsze popieram nominacje państw członkowskich, niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour la nomination de l'ancien Premier ministre estonien, Juhan Parts, comme nouveau membre de la Cour des comptes. Cette nomination a été confirmée par une large majorité de la commission du contrôle budgétaire, après qu'il ait été auditionné.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against appointing Juhan Parts becoming a Member of the Court of Auditors for Estonia. UKIP believes that Members of the Court of Auditors should be independent experts and not political appointments. Juhan Parts is a sitting MP in the Estonian Parliament and was formerly the Prime Minister of Estonia. As Prime Minister, he took Estonia into the EU, which shows this is a political appointment. He is a pro-EU politician whom we cannot trust to criticise, uncover and expose the fraud and waste in the EU budget.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A Comissão do Controlo Orçamental do Parlamento procedeu à avaliação das credenciais do candidato oriundo da Estónia, tendo em conta os requisitos estabelecidos no Tratado sobre o Funcionamento da União Europeia e a audição do mesmo. O Parlamento Europeu pronunciou-se favoravelmente sobre a proposta de nomeação de Juhan Parts por parte do Conselho para membro do Tribunal de Contas.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El pleno del Parlamento Europeo ha sometido esta mañana a votación, en voto secreto, la propuesta de nombramiento de Juhan Parts como miembro del Tribunal de Cuentas tras la evaluación de las cualificaciones del candidato y la audiencia celebrada el pasado 5 de diciembre, y el dictamen favorable emitido, ante la Comisión de Control Presupuestario, votación en la que he participado.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Vu le rapport de la commission du contrôle budgétaire du Parlement européen qui a évalué les qualifications du candidat proposé, en particulier au regard des conditions énoncées à l'article 286, paragraphe 1, du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne et parce que cette commission a, par la suite, procédé, le 5 décembre 2016, à l'audition du candidat au poste de membre de la Cour des comptes, j'ai voté en faveur de ce rapport qui rend un avis favorable sur la proposition du Conseil de nommer Juhan Parts membre de la Cour des comptes.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pritariau šiam gerai motyvuotam pasiūlymui.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei a favor da nomeação de Juhan Parts para o cargo de Membro do Tribunal de Contas, uma vez que, na audição realizada pela Comissão do Controlo Orçamental, o candidato mostrou possuir as competências e a experiência profissional adequadas para o desempenho dessas funções.

No seguimento da proposta do Conselho, verificámos que o processo de seleção foi realizado de forma transparente, pelo que não tenho objeções a colocar a esta nomeação.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del candidato propuesto porque resulta inadmisible que no se luche verdaderamente por una presencia igualitaria de hombres y mujeres en las diferentes instituciones europeas. El presente candidato al Tribunal de Cuentas vuelve a ser un hombre, que independiente de sus cualificaciones y capacidades, formara parte de un órgano casi completamente compuesto por hombres. Las instituciones europeas deben dar ejemplo al conjunto de la sociedad para combatir la realidad de los techos de cristal y es por ello por lo que he decidido votar en contra del presente candidato.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this appointment. In my opinion, the Court of Auditors should be made up of independent professionals and not former prime ministers who are pro-EU. There are many professionals who have remained independent of politics that would be more suited to this non-political role.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of the appointment of Juhan Parts, former Estonian Prime Minister and Economic Minister to the European Court of Auditors. Mr Parts has extensive experience and he gave a strong performance in his committee meeting.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som vymenovanie Juhana Partsa za člena Dvora audítorov, pretože som presvedčená, že spĺňa kvalifikačné predpoklady na túto funkciu. Posledných 25 rokov pôsobil pán Parts nepretržite v rozličných verejných úradoch a podieľal sa tak na vytváraní inštitúcií moderného estónskeho štátu. Od roku 1992 pôsobil na ministerstve spravodlivosti Estónska ako zástupca generálneho tajomníka. V roku 1998 sa stál generálnym audítorom a počas vstupu Estónska do EÚ bol predsedom vlády. Následne sa stal ministrom hospodárstva a komunikácií, kde bol zodpovedný za riadenie verejných prostriedkov a za podávanie správ a vykonávanie auditu. Počas svojho pôsobenia na ministerstve spravodlivosti bol okrem iného zodpovedný aj za zriaďovanie súdnych inštitúcií, účtovníctvo a monitorovanie ich rozpočtov. Ako člen predstavenstva Estónskej privatizačnej agentúry sa podieľal na reštrukturalizácii prakticky všetkých podnikov vo vlastníctve štátu. A počas pôsobenia ako štátny audítor bol zodpovedný za povinnosti externého auditu v Estónsku. Počas tohto obdobia si vyskúšal aj spoluprácu s Európskym dvorom audítorov, keďže po prvýkrát mohlo Estónsko využívať rôzne fondy poskytované Európskou úniou. Na základe predložených skúseností verím, že pán Parts bude prínosným členom Dvora audítorov.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Pán Juhan Parts je bývalým ministerským predsedom Estónskej republiky a dlhoročným členom estónskej vlády a poslancom parlamentu. Svojou odbornou aj politickou kariérou dosvedčuje, že spĺňa všetky predpoklady na to, aby funkciu člena Dvoru auditorov vykonával nielen zodpovedne, ale obohatil ju aj svojimi profesionálnymi skúsenosťami.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – G. Juhan Parts je bivši estonski premijer i ministar ekonomskih odnosa i komunikacije te ministar pravosuđa. Tijekom CONT saslušanja 05.12.2016. prepoznat je kao zadovoljavajući kandidat za imenovanje. Estonska Nacionalna Konzervativna Stranka (EKRE) je proslijedila pismo Europskom parlamentu i svim CONT članovima u svrhu blokiranja imenovanja Juhana Partsa s izlikom da on nije odgovarajuća osoba za taj posao. Podržavam ovo Izvješće budući da osim prethodno spomenute činjenice, ne treba postojati nijedna druga prepreka nominiranju gospodina Juhana Partsa za člana Revizorskog suda.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o imenovanju Juhana Partsa za člana Računskega sodišča. Kandidat Juhan Parts iz Latvije je na zaslišanju na Odboru za nadzor proračuna zadovoljivo odgovarjal na vsa zastavljena vprašanja. Pozdravljam, da se kandidat zavzema za preglednost odločitev in poročanja, da se vsem enako jasno pokaže, kaj naj bi Komisija in institucije držav članic dosegle in kaj dejansko so dosegle. Le na ta način bomo izboljšali finančno upravljanje v javnih službah. Davkoplačevalci imajo namreč vso pravico da izvejo, ali je bil njihov denar porabljen na najboljši možni način.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament december 14-i strasbourgi plenáris ülésén szavazatommal támogattam Juhan Parts észt számvevőszéki tag kinevezését. Az észt jelöltet a Parlament Költségvetési Ellenőrzési Szakbizottsága azután hallgatta meg, hogy a jelölt írásos kérdőívre adott válaszait áttanulmányozta. Parlamenti meghallgatásán Juhan Parts megfelelő felkészültségről tett tanúbizonyságot, a feltett kérdésekre kielégítő választ adott, ezért az európai parlamenti képviselők jóváhagyták a plenáris szavazás során az illetékes szakbizottság döntését, és támogatták a jelöltet.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin ALDE:n linjan mukaisesti Juhan Partsin nimittämisen puolesta. Hän on pätevä henkilö tehtävään tilintarkastustuomioistuimen jäsenenä, eikä minulla ole mitään hänen nimittämistään tai ALDE:n linjaa vastaan.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu le vote pour la nomination proposée de Juhan Parts comme membre de la Cour des comptes, vote sous le contrôle de mon collègue Bart Staes.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The European Court of Auditors serves to improve EU financial management, promote accountability and transparency, and act as the independent guardian of the financial interests of the citizens of the Union, checking that EU funds are correctly accounted for in accordance with the relevant rules and regulations. I voted in favour of the report, which favours the nomination of Juhan Parts as a Member of the Court of Auditors, because I believe Mr Parts is competent and possesses all the qualities necessary to accomplish his duties as a Member of the Court of Auditors.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o imenovanju člana Revizorskog suda - Juhana Partsa", jer se radi o istaknutom članu zajednice i pravnom stručnjaku, dobitniku brojnih nagrada.

S obzirom da je dotični sudjelovao u uspostavi modernog i demokratiziranog pravnog sustava u Estoniji, modernog nacionalnog ureda za reviziju koji je u skladu s međunarodnim standardima revizije te je kao premijer uspješno završio proces pristupanja Europskoj uniji, smatram da će biti dostojan član Revizorskog suda koji će se rukovoditi isključivo zajedničkim interesima Europske unije.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam imenovanje Juhana Partsa za člana Revizorskog suda te se nadam da će Parts obavljati svoje dužnosti u skladu s načelom neovisnosti koje je temelj u obavljanju svakodnevnih revizorskih dužnosti i donošenju strateških odluka.

Vlada Republike Estonije predložila je Partsa kao svog predstavnika za člana Revizorskog suda na temelju njegovog prethodnog iskustva. Naime, Parts je po struci odvjetnik te je bio zamjenik glavnog tajnika Ministarstva pravosuđa, zatim je bio na funkciji državnog revizora, a bio je i premijer Estonije te ministar gospodarstva i komunikacija.

S obzirom na navedeno iskustvo smatram da je Juhan Parts kvalificiran stručnjak koji može doprinijeti radu Revizorskog suda.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Pri glasovanju o imenovanju člana Računskega sodišča - Juhana Partsa, sem glasovala po svoji vesti.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – 2016. december 5-i ülésén a Költségvetési Ellenőrző Bizottság meghallgatta a Tanács számvevőszéki tagjelöltjét és kedvezően véleményezi Juhan Parts számvevőszéki taggá történő kinevezésére irányuló javaslatát. Önéletrajzát és nyilatkozatait ismerve voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra dada la orientación política conservadora del candidato, su falta de capacitación profesional para el cargo, por no haberse escogido una mujer —en un contexto de ausencia de equilibrio de género—, y por la falta de neutralidad que ha mostrado en las diferentes entrevistas, para un puesto en el que es preciso ofrecer un perfil de capacitación profesional, experiencia internacional e independencia.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of this candidate for membership of the European Court of Auditors as we believe it is a good fit for the EU's supreme audit institution responsible for control and improvement of the EU's public spending. It is managed by the college of 28 members who should have a record of professional experience in management or control of public finances and whose independence should be beyond doubt.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del candidato propuesto porque resulta inadmisible que no se luche verdaderamente por una presencia igualitaria de hombres y mujeres en las diferentes instituciones europeas. El presente candidato al Tribunal de Cuentas vuelve a ser un hombre, que independiente de sus cualificaciones y capacidades, formara parte de un órgano casi completamente compuesto por hombres. Las instituciones europeas deben dar ejemplo al conjunto de la sociedad para combatir la realidad de los techos de cristal y es por ello por lo que he decidido votar en contra del presente candidato.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Is geheime stemming.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Tribunal de contas (TCE) funciona como um órgão colegial de 28 Membros, um de cada membro estado membros. Os seus membros são nomeados pelo Conselho, após consulta ao Parlamento Europeu por um período renovável de seis anos. O lugar de auditor estoniano irá expirar em breve, foi proposto pelo governo Estónio um candidato e depois pelo Conselho.

A nomeação do candidato estoniano foi adotada com os votos contra do GUE/NGL, alguns verdes e EFDD. Votamos contra porque há um desequilíbrio de gênero no TCE que precisa ser abordado. Alem disso, o candidato é sorteado entre as fileiras ou partidos políticos conservadores no poder enviesando ainda mais a visão política deste organismo.

Este candidato mostrou-se ser um apoiante entusiástico da privatização de todos os bens públicos, o que põe certamente em causa a sua capacidade de ser um fiscal objetivo na análise do gasto de fundos públicos em projetos públicos ou público/privado.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the appointment of Juhan Parts, former Estonian Prime Minister and Economics Minister, to the European Court of Auditors. Mr Parts has extensive experience and he gave a strong performance in his committee meeting.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Si è reso necessario nominare un nuovo membro della Corte dei conti. La procedura prevede che i membri della Corte dei conti siano scelti tra personalità che fanno o hanno fatto parte, nei rispettivi stati, delle istituzioni di controllo esterno o che posseggano una qualifica specifica per tale funzione e che debbano offrire tutte le garanzie d'indipendenza.

Il Consiglio, previa consultazione del Parlamento europeo non vincolante, adotta l'elenco dei membri, su proposta presentata da ciascuno Stato membro. Il candidato estone, attualmente deputato al Parlamento estone, presenta un curriculum prettamente politico. Per questo motivo ho ritenuto opportuno un voto contrario.

Permane inoltre la mancanza di una certa «parità di genere» nei candidati presentati nel 2016. La Corte dei conti presenta infatti già uno squilibrio piuttosto marcato e ritengo che gli Stati membri e il Consiglio dovrebbero dare un segnale per promuovere la parità di genere in tutte le istituzioni e a tutti i livelli.

Va ricordato, inoltre, che il voto del Parlamento non è vincolante e questo ha creato in passato attriti tra il Parlamento e il Consiglio. Infatti non esiste un vero controllo democratico nella scelta del candidato e la nomina risulta essere anche nella pratica prettamente «politica».

Tomáš Zdechovský (PPE), *in writing*. – I voted for Mr Parts to be a new Member of the European Court of Auditors because I consider him to be a person with substantial professional experience and a person of high integrity that will greatly contribute to his role as a supervisor of the transparency and regularity in the EU spending. In his career, Mr Parts has been Estonian Prime Minister, Auditor General and Minister of Economy and Communications, giving him a satisfactory knowledge in public finance and budgetary planning and implementation, and qualifying him for his new role as a Member of ECA. Mr Parts has committed to work closely with the European Parliament and I am looking forward to seeing his added value in his new role.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Menovanie pána Juhana Partsa za člena Dvora auditorov som podporila. Pán Parts bol menovaný estónskou vládou a svojimi pracovnými skúsenosťami, keďže pôsobil ako najvyšší audítor v Estónsku, bol premiérom, ako aj ministrom pre ekonómiu a komunikácie a osobnými kvalitami, presvedčil poslancov Európskeho parlamentu aj počas vypočúvania dňa 5. 12. 2016.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Dosadašnje iskustvo gospodina Juhana Partsa govori pozitivno o njegovom profesionalnom radu i djelovanju. To što je bio premijer zemlje kada je Estonija ušla u Europsku uniju jasno govori kako je čovjek koji cijeni i poštuje europske vrijednosti. U trenutku sigurnosnih izazova pred kojima je cijela Europa, važno je istaknuti da je gospodin Parts predvodio Estoniju i na putu prema NATO-u.

Jasno je određen kao osoba koja je protiv bilo kakve vrste prijevare i korupcije, što je nužno za nekoga tko pretendira biti član tako uvaženog suda kao što je Revizorski sud. Njegovo međunarodno iskustvo ulijeva nam povjerenje da će vrlo lako surađivati u kolektivu s drugim članovima Suda. Sve ove činjenice govore o tome kako se radi o jednoj kvalitetnoj osobi koja je spremna raditi časno i predano na svakoj zadaći koja mu se povjeri.

10.14. Forschungsprogramm des Forschungsfonds für Kohle und Stahl (A8-0358/2016 - Jerzy Buzek)

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Dopo la liquidazione dell'ex CECA fu stabilito un meccanismo di liquidazione che è in uso ancora adesso. L'oggetto della relazione è proprio il seguente meccanismo, a cui vengono apportate alcune modifiche.

Si tratta comunque di fondi per la ricerca nel campo del carbone e dell'acciaio, che sono due ambiti molto delicati per quanto riguarda l'aspetto ambientale. Ad esempio, per la lavorazione dell'acciaio in Europa ci sono impianti completamente fuori norma che andrebbero smantellati. Stessa cosa vale per il carbone, al quale si aggiunge anche il rispetto delle politiche europee in materia di clima.

Queste sono le motivazione che mi hanno spinto a esprimere un voto negativo.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque considero que el FICA (Fondo de Investigación del Carbón y del Acero) es un programa importante para conseguir que las industrias del carbón y del acero sean más limpias y eficientes.

El programa del FICA destina anualmente alrededor de 50 millones de euros de financiación en favor de I+D e innovación para los sectores del carbón y del acero. El nuevo marco jurídico de «Horizonte 2020», el programa de investigación e innovación de la Unión (2014-2020), hace necesaria una revisión de las directrices plurianuales para el FICA. De esta forma, esta revisión del FICA sobre las normas de gestión del programa, viene a armonizar los procedimientos y conceptos utilizados para Horizonte 2020 a fin de facilitar la participación de los mismos beneficiarios en ambos programas (FICA y Horizonte 2020).

Por otro lado, se ha pretendido que el programa pueda financiar actividades de investigación en el ámbito de la bioindustria para la captura y gestión del C02 procedente del carbón, ayudando y apoyando la sostenibilidad del sector y de la economía de las regiones que viven de la explotación de estos materiales.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He decidido votar a favor del presente informe relativo a la aprobación del Programa de Investigación del Fondo de Investigación del Carbón y el Acero, porque esta modificación, resulta una mejora de las normas de funcionamiento del mismo. Este fondo de investigación es una herramienta fundamental para el funcionamiento y la viabilidad a largo plazo de las industrias del carbón y el acero. El presente informe incluye disposiciones para evaluar y dar continuidad a los proyectos desarrollados con la financiación del fondo. Considero que ambas industrias son fundamentales para la actividad industrial y la transición energética de nuestro modelo productivo y es por todo esto por lo que he decidido votar en favor del presente informe.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento teisėkūros rezoliucijos projektą dėl Anglies ir plieno mokslinių tyrimų fondo (APMTF) mokslinių tyrimų programos. Programa finansuojama lėšomis, gaunamomis iš likusio nebeveikiančios Europos anglių ir plieno bendrijos turto. APMTF sutelkia visos Europos Sąjungos pramonės sektoriaus partnerius, geriausius mokslinių tyrimų centrus ir universitetus šios srities žinioms plėtoti ir inovacijoms skatinti. Finansuojami moksliniai tyrimai apima gamybos procesus, išteklių panaudojimą ir išsaugojimą, aplinkos būklės gerinimą ir darbo saugą atitinkamuose sektoriuose. Balsavau už, pritardama šio pasiūlymo tikslui – atlikus periodinį programos administravimo taisyklių vertinimą iš dalies pakeisti jos teisinį pagrindą, siekiant įgyvendinti šiuos uždavinius: 1) sudaryti palankesnes sąlygas pagalbos gavėjams gauti finansavimą, supaprastinus taisykles ir jas proporcingai suderinus su bendrosios mokslinių tyrimų programos „Horizontas 2020“ taisyklėmis; 2) užtikrinti, kad Komisija administruotų programą garantuodama skaidrumą. Komisija siūlo pakeitimus, kuriais siekiama tiksliau nustatyti ekspertų, kuriuos Komisija skiria APMTF programos teisiniu pagrindu įsteigtų patariamųjų ir techninių grupių nariais, statusą, kad būtų išvengta interesų konfliktų.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le 18 avril 1951 fut signé le traité de Paris qui institua la Communauté européenne du charbon et de l'acier (CECA). Entré en vigueur le 23 juillet 1952 et prévu pour une durée de 50 ans, il expira le 23 juillet 2002. Les actifs restants de l'ancienne CECA furent alors transférés à un nouveau Fonds de recherche du charbon et de l'acier (FRCA) qui fournit chaque année environ 50 millions d'euros de financement en faveur de la recherche et du développement pour les secteurs du charbon (27,2 %) et de l'acier (72,8 %). Alors que la sidérurgie européenne est dans une situation particulièrement critique, le texte de la Commission européenne estime que «le FRCA a atteint son objectif de soutien de la compétitivité». Évidemment, sous le prétexte de «faciliter l'accès aux financements pour les bénéficiaires» («simplification», «transparence», «harmonisation»), le texte vise surtout à donner les pleins pouvoirs à la CE pour qu'enfin elle «assure seule la gestion du programme FRCA». Pour ce motif, j'ai voté contre la proposition de la Commission et je me suis abstenue sur la proposition de résolution du Parlement.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This legislation will hand over more powers to the EU and increase interference in an area that should be controlled by EU Member States. This report also comes with financial implications that will cost British taxpayers more money whilst we remain in the EU. I therefore voted against this report.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai décidé de m'exprimer pour ce rapport, car je suis favorable à la poursuite des recherches dans les domaines du charbon et de l'acier. Ces deux domaines sont d'une importance stratégique et historique pour l'Union européenne, initialement construite à partir de ces derniers. De fait, je suis favorable à l'adoption du programme de recherche du Fonds de rechercher du charbon et de l'acier qui permettra la facilitation d'accès aux financements, ainsi que l'harmonisation proportionnelle des règles avec le programme général de recherche Horizon 2020.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą, kuriuo iš dalies keičiamas Sprendimas 2008/376/EB dėl Anglies ir plieno mokslinių tyrimų fondo mokslinių tyrimų programos ir tos programos daugiamečių techninių gairių priėmimo. Komisijos pasiūlymo tikslas – atlikus periodinį programos administravimo taisyklių vertinimą iš dalies pakeisti jos teisinį pagrindą, siekiant įgyvendinti šiuos uždavinius:

1. sudaryti palankesnes sąlygas pagalbos gavėjams gauti finansavimą, supaprastinus taisykles ir jas proporcingai suderinus su bendrosios mokslinių tyrimų programos „Horizontas 2020“ taisyklėmis, su kuriomis anglių ir plieno sektorių suinteresuotieji subjektai yra susipažinę;

2. užtikrinti, kad Komisija administruotų programą užtikrindama tinkamą skaidrumą ir vadovaudamasi Komisijos taisyklėmis dėl ekspertų grupių. Tai apima ir atitinkamų teisinio pagrindo nuostatų, visų pirma susijusių su komiteto procedūra, atnaujinimą.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la proposition de la Commission car, prétendant «faciliter l'accès aux financements pour les bénéficiaires» des subsides du FRCA («simplification», «transparence», «harmonisation»), elle vise surtout à donner les pleins pouvoirs à la Commission pour qu'enfin elle «assure seule la gestion du programme». Autrement dit, ce texte accorderait toujours plus de responsabilité aux bureaucrates non élus qui, par idéologie (alliance de l'ultra-libéralisme financier et des ayatollahs de l'écologie), n'ont pas su protéger nos industries du charbon et de l'acier, et ce alors que la Chine s'est vue accorder automatiquement le 11 décembre 2016 le précieux «statut d'économie de marché», conformément à l'article 15 des protocoles de son admission à l'OMC 15 ans plus tôt.

Je me suis toutefois abstenu sur la proposition de résolution, plus mesurée, car la France doit protéger son industrie métallurgique, et donc l'acier, mais n'oublions pas que ce sont principalement l'Allemagne et la Pologne qui ont intérêt à défendre le charbon, pas nous.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport, qui propose l'approbation du programme de recherche du Fonds de recherche du charbon et de l'acier moyennant des amendements demandant que la préférence soit aussi donnée aux projets qui portent sur l'incidence des opérations d'extraction sur l'emploi des travailleurs et la communauté locale et sur la santé et la sécurité des travailleurs et de la communauté locale.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para que se modifique adecuadamente la base jurídica del Fondo, tras la evaluación periódica de sus normas de gestión.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Las enmiendas del Parlamento a la propuesta de la Comisión mejoran el texto inicial en materia de transparencia de los grupos consultativos, del acceso de las pymes al Fondo y, sobre todo, en cuanto a las condiciones laborales de los trabajadores del sector del acero y del carbón. Sin embargo, el propósito del Fondo es asegurar a largo plazo la viabilidad de un sector muy contaminante, sin plantear alternativas al modelo productivo y, por tanto, plantear alternativas laborales para los trabajadores afectados por el cierre de sus empresas. Por ello, me abstengo.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre el Programa de Investigación del Fondo de Investigación del Carbón y del Acero. He apoyado la evaluación de los proyectos concluidos, en particular en lo que respecta a posteriores medidas de apoyo tendentes a garantizar la continuidad y la viabilidad a largo plazo de la producción de acero en las zonas que se trate.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur la proposition de décision du Conseil modifiant la décision 2008/376/CE relative à l'adoption du programme de recherche du Fonds de recherche du charbon et de l'acier et aux lignes directrices techniques pluriannuelles pour ce programme. En effet, sous couvert de «faciliter l'accès aux financements pour les bénéficiaires» du Fonds de recherche du charbon et de l'acier (FRCA), le texte donnera les pleins pouvoirs à la Commission européenne, qui aura seule en gestion le programme FRCA. Nous ne devons pas donner plus de pouvoir à l'eurocratie illégitime qui a bradé nos industries du charbon et de l'acier … alors que la Chine s'est vu accorder automatiquement le 11.12.2016 le précieux «statut d'économie de marché», conformément à l'article 15 des protocoles de son admission à l'OMC le 11.12.2001… L'Union européenne est une impuissance politique et économique.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione oggetto di voto presenta passaggi poco chiari che potrebbero aprire a future criticità, ho quindi deciso di esprimermi con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque considero que el FICA (Fondo de Investigación del Carbón y del Acero) es un programa importante para conseguir que las industrias del carbón y del acero sean más limpias y eficientes.

El programa del FICA destina anualmente alrededor de 50 millones de euros de financiación en favor de I+D e innovación para los sectores del carbón y del acero. El nuevo marco jurídico de «Horizonte 2020», el programa de investigación e innovación de la Unión (2014-2020), hace necesaria una revisión de las directrices plurianuales para el FICA. De esta forma, esta revisión del FICA sobre las normas de gestión del programa, viene a armonizar los procedimientos y conceptos utilizados para Horizonte 2020 a fin de facilitar la participación de los mismos beneficiarios en ambos programas (FICA y Horizonte 2020).

Por otro lado, se ha pretendido que el programa pueda financiar actividades de investigación en el ámbito de la bioindustria para la captura y gestión del C02 procedente del carbón, ayudando y apoyando la sostenibilidad del sector y de la economía de las regiones que viven de la explotación de estos materiales.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame nagrinėjama anglies ir plieno mokslinių tyrimų fondo mokslinių tyrimų programa. Europos Sąjunga remia anglies ir plieno mokslinius tyrimus jau daugiau kaip 50 metų. Tai prasidėjo 1951 m. pasirašius Sutartį dėl Europos anglių ir plieno bendrijos (EAPB).

Kai 2002 m. ši sutartis nustojo galioti, nuspręsta EAPB turtą (ir susijusias palūkanas) perduoti Anglies ir plieno mokslinių tyrimų fondui (APMTF). Programa finansuojama lėšomis, gaunamomis iš likusio (nebeveikiančios) EAPB turto. Ją administruoja Komisija. APMTF papildo programą „Horizontas 2020“, tačiau yra valdomas ne pagal šią programą. APMTF lėšomis tiek anglių, tiek plieno sektoriams skiriama apie 50 mln. EUR (72,8 proc. – plieno sektoriui ir 27,2 proc. – anglies sektoriui). Jis sutelkia visos Europos Sąjungos pramonės sektoriaus partnerius, MVĮ, geriausius mokslinių tyrimų centrus ir universitetus šios srities žinioms plėtoti ir inovacijoms skatinti. Finansuojami moksliniai tyrimai apima gamybos procesus, išteklių panaudojimą ir išsaugojimą, aplinkos būklės gerinimą ir darbo saugą atitinkamuose sektoriuose. Komisija siūlo sudaryti palankesnes sąlygas pagalbos gavėjams gauti finansavimą, supaprastinus taisykles ir jas proporcingai suderinus su bendrosios mokslinių tyrimų programos „Horizontas 2020“ taisyklėmis, su kuriomis anglies ir plieno sektorių suinteresuotieji subjektai yra susipažinę.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Szén- és Acélközösséget megalapító szerződés 2012-ben lejárt. Ezt követően a tagországok úgy döntöttek, hogy a szerződés kiváltására egy kutatásokat támogató alapot hoznak létre, amely a szén- és acélipari innovációt hivatott támogatni. Az alap körülbelül évi 50 milliárd euróval járul hozzá az innovációhoz, amelynek mind iparvállalatok, mind kisvállalkozások, mind pedig kutatási intézmények a haszonélvezői. Az alap felállítása óta a támogatási prioritások nem változtak jelentősen, ugyanakkor a rendszer működése a gyakorlatban rávilágított, hogy szükségesek további finomhangolások. A később bevezetett Horizont 2020 kutatási és fejlesztési program szintúgy finanszírozást nyújt az innovációval foglalkozók számára.

A két program összehangolása elengedhetetlen a hatékony működés érdekében. Ezeknek megfelelően a mostani javaslat két legfontosabb célja a Szén- és Acélipari Kutatási Alap és a Horizont 2020 működésének harmonizációja finanszírozási, ellenőrzési és menedzsmentfolyamatok szempontjából. Magyarországon mind a szén-, mind az acéliparnak jelentős hagyományai vannak. A hazai lignittermelés továbbra is az árampiaci ellátásbiztonság egyik legfontosabb pillére. Fontos, hogy az iparágakban felhalmozódott tudás ne vesszen el, valamint alkalmazkodva a megváltozott gazdasági és technológiai környezethez, képes legyen naprakészen támogatni az ország gazdaságát és versenyképességét.

David Borrelli (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato contro la risoluzione legislativa sul fondo di ricerca carbone e acciaio perché la proposta di decisione non apre alcuno spazio verso un utilizzo diverso di tale fondo, che il contesto industriale attuale rende sempre più necessario. Il fondo di ricerca carbone e acciaio dovrebbe oggi contribuire a risolvere le problematiche industriali che l'UE trascina da decenni.

Il Movimento 5 Stelle chiede un ripensamento dell'approccio generale: lo scenario del 2002, della liquidazione della CECA, non regge più, non si può continuare quindi con «*business as usual*». Anche entro i vincoli giuridici attuali per la gestione dei fondi, riteniamo che la ricerca debba mandare un segnale chiaro per questi settori industriali. Per l'acciaio, l'impatto sociale e ambientale, sia sui lavoratori che sulle comunità locali: impianti assolutamente fuori norma non devono più essere oggetto di aiuti ufficiali in Europa, tanto meno per la ricerca; il loro unico orizzonte razionale è lo smantellamento.

Per il carbone, a queste preoccupazioni si aggiunge il rispetto per gli obiettivi delle politiche climatiche. Il M5S avrebbe voluto una discussione più approfondita sui proventi risultanti dalla liquidazione e chiede un utilizzo coraggioso dei medesimi per far sì che contribuiscano davvero a risolvere problemi ormai di vecchia data.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o istraživačkom programu Istraživačkog fonda za ugljen i čelik, koje za cilj ima olakšavanje pristupa financiranju, osiguranje zbog transparentnosti i usklađivanje s propisima Komisije o stručnim skupinama.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à donner les pleins pouvoirs à la Commission pour qu'elle assure seule la gestion du programme FRCA et mette en place toujours plus de libéralisme et toujours plus de contraintes d'ordre écologique.

Jusqu'à présent, ces politiques technocratiques n'ont pas permis de protéger nos industries du charbon et de l'acier, alors que, dans le même temps, la Chine obtenait le statut de d'économie de marché à l'OMC, les fragilisant encore plus.

Pour ces raisons, j'ai voté contre ce rapport.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this report, while voting against any aspects that would be detrimental to the environment.

The report makes improvements to the Commission's original proposal with amendments seeking a just transition for the social conditions for workers in closed-down steel/coal production facilities, a focus on technologies to improve emissions output and a higher level of transparency and increased inclusion of civil society groups in the Commission expert groups which decide technical issues that often have important climate impacts.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il 9 maggio 1950 Robert Schuman teneva il celebre discorso che avrebbe portato l'anno seguente alla creazione della CECA (Comunità europea del Carbone e dell'Acciaio).

Da allora l'Europa sostiene la ricerca nel settore, la condivisione delle risorse e lo scambio dei saperi. Gli attivi e i relativi interessi della CECA, terminati nel 2002, sono stati inseriti in un fondo di ricerca specifico sul settore che produce finanziamenti per circa 50 milioni di EUR ogni anno con una ripartizione del 72,8 % per l'acciaio e del 27,2 % per il carbone. Esso riunisce partner universitari, industriali, PMI e istituzioni pubbliche.

Oggi dobbiamo trovare la formula più opportuna dal punto di vista giuridico per permettere il proseguimento delle attività del fondo, sostenendo la ricerca nel settore e indirizzandola in modo equo ed efficace.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le Fonds de recherche du charbon et de l'acier finance à hauteur de 50 millions d'euros des programmes de recherche et de développement dans les secteurs du charbon (27,2%) et de l'acier (72,8%). La base juridique établissant les règles de gestion et de fonctionnement de ce fonds a été adoptée par le Conseil en 2003 et prévoit une réévaluation périodique systématique. Ce rapport utilise la transparence et la simplification en faveur des bénéficiaires comme des prétextes pour transférer à la Commission européenne davantage de pouvoirs dans la gestion du fonds. Ces mêmes technocrates bruxellois qui n'ont pas su protéger notre industrie sidérurgique actuellement en proie à de graves difficultés à cause de la concurrence déloyale chinoise, drifficultés qui risquent d'atteindre leur paroxysme avec l'octroi du statut d'économie de marché à l'Empire du milieu. Il est plus que temps de protéger nos industries de tous les vents de la mondialisation sauvage, notamment par le biais d'un protectionnisme intelligent et du patriotisme économique. Je me suis tout de même abstenu sur ce texte, qui maintient le budget à un fonds finançant la recherche et le développement dans les secteurs de l'acier et du charbon.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Pentru o perioadă mai lungă de timp, UE a oferit sprijin pentru cercetare în domeniul cărbunelui și a oțelului, cercetare începută odată cu semnarea Tratatului de instituire a Comunității Europene a Cărbunelui și Oțelului, iar, după expirarea tratatului, activitatea a trecut sub un fond de cercetare gestionat de Comisie.

Fondul de cercetare este complementar cu programul Orizont 2020, dar este gestionat în afara acestuia, asigurând anual aproximativ 50 de milioane de euro pentru finanțarea cercetării, dezvoltării și inovării, atât în sectorul oțelului, cât și în sectorul cărbunelui, reunind parteneri industriali, IMM-uri, centre importante de cercetare și universități de pe întreg teritoriul UE, având ca scop dezvoltarea cunoștințelor și stimularea inovării în acest sector.

Am acordat un vot favorabil raportului privind Programul de cercetare al Fondului de cercetare pentru cărbune și oțel deoarece consider că este foarte benefică dezvoltarea cercetării și inovării în aceste sectoare ale UE.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque considero que el FICA (Fondo de Investigación del Carbón y del Acero) es un programa importante para conseguir que las industrias del carbón y del acero sean más limpias y eficientes.

El programa del FICA destina anualmente alrededor de 50 millones de euros de financiación en favor de I+D e innovación para los sectores del carbón y del acero. El nuevo marco jurídico de «Horizonte 2020», el programa de investigación e innovación de la Unión (2014-2020), hace necesaria una revisión de las directrices plurianuales para el FICA. De esta forma, esta revisión del FICA sobre las normas de gestión del programa, viene a armonizar los procedimientos y conceptos utilizados para Horizonte 2020 a fin de facilitar la participación de los mismos beneficiarios en ambos programas (FICA y Horizonte 2020).

Por otro lado, se ha pretendido que el programa pueda financiar actividades de investigación en el ámbito de la bioindustria para la captura y gestión del C02 procedente del carbón, ayudando y apoyando la sostenibilidad del sector y de la economía de las regiones que viven de la explotación de estos materiales.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione che allinea le norme del «fondo di ricerca carbone e acciaio» e quelle di Orizzonte 2020, modificando la base giuridica.

Il fondo di ricerca carbone e acciaio è complementare rispetto al programma Orizzonte 2020 ed è gestito indipendentemente da esso. Fornisce ogni anno circa 50 milioni di EUR di finanziamenti in ricerca e sviluppo e innovazione sia nel settore del carbone che in quello dell'acciaio (con una ripartizione del 72,8 % per l'acciaio e del 27,2 % per il carbone).

Lo scopo della modifica è quello di agevolare l'accesso ai finanziamenti attraverso regole semplificate e un allineamento proporzionato alle regole del programma generale di ricerca «Orizzonte 2020».

Inoltre, tale modifica garantirà che il programma sia gestito dalla Commissione con la debita trasparenza e in linea con le norme della Commissione riguardanti i gruppi di esperti.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report on the research fund for coal and steel. This report makes improvements to an original proposal with amendments seeking a just transition for the social conditions for workers in closed-down steel/coal production facilities, a focus on technologies to improve emissions output and a higher level of transparency. It also provides for increased inclusion of civil society groups in the Commission expert groups, which decide on technical issues, often having important impacts on the climate.

James Carver (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against the legislative report on the adoption of the Research Programme of the Research Fund for Coal and Steel and on the multiannual technical guidelines for this programme. We are against the financial implication of this EU programme and we believe that research in this field can be efficiently achieved at a national level.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report to amend the legal basis of the research programme dedicated to the coal and steel sectors after periodic assessment of its management rules, with a view to implementing a number of objectives in order to align with the Commission's rules on expert groups. I believe that only the management rules need updating and that the general scope of the fund is not concerned.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — La decisione apporta leggeri cambiamenti al meccanismo ormai convenzionale di utilizzo per progetti di ricerca dei proventi finanziari dei fondi rimasti dopo la liquidazione nel 2002 della ex CECA. I fondi adoperati annualmente sono all'incirca 50 milioni di EUR.

Siamo per un ripensamento del modello «*business as usual*», affrontando «verità difficili» in questi settori industriali. Nell'acciaio, l'impatto sociale e ambientale, sia sui lavoratori che sulle comunità locali, in quanto rimangono in Europa degli impianti assolutamente fuori norma e che non devono essere più oggetto di aiuto ufficiale, molto di meno per la ricerca. Il loro unico orizzonte ragionevole è lo smantellamento.

Per il carbone, alle stesse preoccupazioni si aggiunge il rispetto per gli obiettivi di politica climatica. Vogliamo una discussione in profondità sui fondi e i proventi risultanti dalla liquidazione e un utilizzo coraggioso dei medesimi in modo che contribuiscano davvero a risolvere questi problemi ereditati.

Per questi motivi, insieme alla delegazione M5S, ho votato contro.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και καλούμε την Επιτροπή να τροποποιήσει αναλόγως την πρότασή της, σύμφωνα με το άρθρο 293 παράγραφος 2 της Συνθήκης για τη λειτουργία της Ευρωπαϊκής Ένωσης και το άρθρο 106α της Συνθήκης για την ίδρυση της Ευρωπαϊκής Κοινότητας Ατομικής Ενέργειας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά με την έγκριση του ερευνητικού προγράμματος του Ταμείου Έρευνας για τον Άνθρακα και τον Χάλυβα και σχετικά με τις τεχνικές κατευθυντήριες γραμμές πολυετούς διάρκειας για το πρόγραμμα. Καθώς θεωρώ πως πρόκειται για μια θετική προσπάθεια έρευνας και ανάπτυξης, ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – La relazione ha l'obiettivo di modificare la base giuridica del fondo di ricerca carbone e acciaio per poter meglio conformare le normative dello stesso alla programmazione Orizzonte 2020.

Anche in questa relazione è evidente il conferimento alla Commissione europea dei pieni poteri di gestione del fondo a scapito degli Stati membri.

Voto di astensione.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Carbone e acciaio sono materiali simbolici per l'Unione. Essa stessa del resto deriva da quella che in principio fu la CECA, e tali materiali detengono un ruolo chiave per l'industria globale europea. Laddove convintamente si vuole raggiungere e sferzare tale obiettivo, risulta prioritario modificare la stessa base giuridica del programma di ricerca a seguito della valutazione periodica delle sue regole di gestione, pertanto esprimo il mio favore alla presente relazione.

Essa persegue una gestione trasparente del fondo grazie a un programma finanziato direttamente dal bilancio generale dell'UE e sotto la responsabilità della Commissione, attraverso una revisione delle norme inerenti alle competenze e alla composizione dei gruppi consultivi e tecnici. Si vogliono così informare gli interessati sulle delibere.

Unitamente a ciò, le modifiche sono altresì dirette ad agevolare l'accesso ai finanziamenti soprattutto per le PMI, attraverso requisiti semplificati e allineamenti debiti alle regole del programma di ricerca generale «Orizzonte 2020». Quest'ultimo aspetto provvederà a garantire una profonda responsabilità sociale date le condizioni usuranti affrontate da chi lavora nel settore del carbone e dell'acciaio.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the research programme of the Research Fund for Coal and Steel.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Fundo de Investigação do Carvão e do Aço (RFCS), financiado pelos ativos remanescentes da antiga Comunidade Europeia do Carvão e do Aço (CECA, cujo Tratado fundador - 1951 — cessou vigência em 2002), apoia a investigação e o desenvolvimento nos setores do aço (72,8%) e do carvão (27,2%) numa cifra anual de cerca de 50 milhões de euros. Assim, entendo que esse fluxo financeiro deve promover a inovação na exploração destes recursos (produção, utilização e conservação), na garantia de sustentabilidade ambiental e na segurança dos trabalhadores.

Acompanho a preocupação sobre a harmonização de regras, processos e terminologias com o programa Horizonte 2020. Importa que a política de apoio à investigação na União Europeia seja coerente e que as iniciativas sejam complementares.

Partilho a intenção de clarificar as regras em matéria de grupos peritos, de forma a garantir o maior nível de transparência na gestão do RFCS pela Comissão. Recordo que a Comissão já decidiu em matéria de criação e funcionamento de grupos de peritos (Decisão de 30 de Maio de 2016) e que o Parlamento Europeu está a preparar a sua posição sobre o assunto, pelo que a regulamentação deve ser coerente.

Pelo exposto, apoio o presente relatório.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against the legislative report on the adoption of the Research Programme of the Research Fund for Coal and Steel and on the multiannual technical guidelines for this programme. We are against the financial implication of this EU programme and we believe that research in this field can be efficiently achieved at a national level.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa proposta che ha come scopo principale quello di modificare la base giuridica del programma di ricerca dedicato ai settori del carbone e dell'acciaio dopo la valutazione periodica delle sue regole di gestione.

È importante garantire una gestione trasparente di un programma finanziato dal bilancio generale dell'UE e sotto la responsabilità della Commissione con l'applicazione delle norme della Commissione in materia di gruppi di esperti.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido votar a favor del presente informe sobre la propuesta relativa a la aprobación del Programa de Investigación del Fondo de Investigación del Carbón y el Acero, porque esta modificación, resulta una mejora de las normas de funcionamiento del mismo. Este fondo de investigación es una herramienta fundamental para el funcionamiento y la viabilidad a largo plazo de las industrias del carbón y el acero. El presente informe incluye disposiciones para evaluar y dar continuidad a los proyectos desarrollados con la financiación del fondo. Considero que ambas industrias son fundamentales para la actividad industrial y la transición energética de nuestro modelo productivo y es por todo esto por lo que he decidido votar en favor del presente informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Sebbene il nostro gruppo abbia compiuto numerosi sforzi per ampliare la portata delle attività di R&D e per rendere una priorità la ricerca e lo sviluppo tecnologico in questo testo, la relazione finale presenta alcune luci ed ombre. In particolare, abbiamo cercato di portare avanti numerose misure in merito all'impatto sull'occupazione dei lavoratori e delle comunità locali in merito a delle politiche di riduzione del consumo e delle emissioni.

Inoltre le nostre battaglie si sono concentrate sulla possibilità di introdurre nuove strutture di supporto per gestire le transizioni del mercato del lavoro.

Complessivamente, voto a favore di questo testo perché siamo riusciti a ottenere dei passi in avanti per facilitare l'accesso ai finanziamenti, garantendo dovuta trasparenza e allineamento con le norme della Commissione in materia di gruppi di esperti.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Timp de mai bine de 50 de ani, UE a sprijinit cercetările din domeniul cărbunelui și oțelului. Această practică a început cu Tratatul de instituire a Comunității Europene a Cărbunelui și Oțelului, semnat în anul 1951. Cercetarea finanțată acoperă procesele de producție, utilizarea și conservarea resurselor, îmbunătățirile de mediu și securitatea la locul de muncă în sectoare relevante. Am votat pentru facilitarea accesului la finanțare și pentru o transparență totală a programului.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - Az Európai Szén- és Acélközösséget (ESZAK) létrehozó közösségi alapító szerződés aláírása óta, több mint 50 éve támogatja az Európai Közösség, illetve az EU a szén- és acélipari kutatást. Az ESZAK-szerződés lejártakor az a döntés született, hogy az ESZAK eszközeit egy szén- és acélipari kutatási alap (RFCS) kapja meg, a programot a Bizottság irányítja. Az RFCS, amely kiegészíti a Horizont 2020 programot, évente 50 millió EUR támogatást biztosít kutatási-fejlesztési és innovációs tevékenységre. A finanszírozott kutatás a megfelelő ágazatokban a termelési eljárásokra, az erőforrások hasznosítására, a környezetvédelmi fejlesztésekre, valamint a munkahelyi biztonságra terjed ki. Az Európai Bizottság módosításokat javasol, amelyek célja az összeférhetetlenség elkerülése, illetve a Bizottság által kijelölt szakértők feladatainak tisztázása. A Parlament jelenleg állásfoglalást készít a bizottsági szakértői csoportok nyilvántartásának és összetételének ellenőrzéséről, szem előtt tartandó a két dokumentum közötti összhang.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za projektem zmiany podstawy prawnej po okresowej ocenie zasad zarządzania Funduszem Badawczym Węgla i Stali. Program FBWiS jest kontynuacją traktatu ustanawiającego Europejską Wspólnotę Węgla i Stali (EWWiS), który wygasł w 2002 r. Program jest finansowany z dochodów pochodzących ze sprzedaży pozostałych aktywów nieistniejącej już EWWiS. Fundusz zapewnia rocznie około 50 mln EUR na finansowanie badań i rozwoju oraz innowacji w sektorach węgla i stali (72,8 % dla sektora stali i 27,2 % dla sektora węgla).

Finansowane badania obejmują procesy produkcyjne, utylizację i ochronę zasobów, poprawę stanu środowiska oraz bezpieczeństwo pracy w odnośnych sektorach. Znaczenie finansowania jest bardzo ważne w odniesieniu do charakteru polskiej gospodarki surowcowej oraz sektora wydobywczego. Wiąże się to z możliwością rozwoju wiedzy i wspierania innowacji w sektorze, który ma dla Polski bardzo duże znaczenie.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Research and Development are crucially important for any sector. Nonetheless, for the coal and steel industry I am in favour of a facilitated access to funding while ensuring transparency and alignment with the Commission's rules on expert groups. The research funded covers very important aspects of this industry, such as production processes, utilisation and conservation of resources, environmental improvements and safety at work in the relevant sectors.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I want to ensure that the coal and steel industry continues to benefit from the funds available under these dedicated research programmes. The fund has seen positive results in bringing together industrial partners, SMEs, leading research centres and universities across the EU and is intended to compliment, not duplicate, Horizon 2020.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport non législatif propose de modifier les règles du programme de recherche consacré aux secteurs du charbon et de l'acier. En particulier, le rapport propose de faciliter l'accès au financement des bénéficiaires grâce à des règles simplifiées et de renforcer la transparence dans la gestion des fonds. Considérant que le charbon et l'acier demeurent des secteurs stratégiques d'importance pour l'industrie européenne, pour lesquels le développement de nouvelles technologies par le biais de la recherche et l'innovation est un réel levier de compétitivité en Europe, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the legislative report on the adoption of the Research Programme of the Research Fund for Coal and Steel and on the multiannual technical guidelines for this programme. We are against the financial implication of this EU programme and we believe that research in this field can be efficiently achieved at a national level.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur le programme de recherche du fonds de recherche du charbon et de l'acier. Ainsi, nous renforçons la clarté de la gestion de ce fonds et le rendons plus simple d'accès. Chaque année, le fonds de recherche pour l'acier et le charbon fournit environ 50 millions d'euros pour stimuler l'innovation dans ces deux secteurs. Grâce à ce rapport, nous simplifions les règles d'accès aux financements, afin que les PME puissent profiter davantage de ce fonds. Nous imposons également des garanties supplémentaires sur la transparence des choix des experts nommés à ce fonds en alignant les standards sur ceux exigés pour les experts auprès de la Commission européenne.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Szén- és Acélközösséget megalapító szerződés 2012-ben lejárt. Ezt követően a tagországok úgy döntöttek, hogy a szerződés kiváltására egy kutatásokat támogató alapot hoznak létre, amely a szén- és acélipari innovációt hivatott támogatni. Az alap körülbelül évi 50 milliárd euróval járul hozzá az innovációhoz, amelynek mind iparvállalatok, mind kisvállalkozások, mind pedig kutatási intézmények a haszonélvezői.

Az alap felállítása óta a támogatási prioritások nem változtak jelentősen, ugyanakkor a rendszer működése a gyakorlatban rávilágított, hogy szükségesek további finomhangolások. A később bevezetett Horizont 2020 kutatási és fejlesztési program szintúgy finanszírozást nyújt az innovációval foglalkozók számára. A két program összehangolása elengedhetetlen a hatékony működés érdekében. Ezeknek megfelelően a mostani javaslat két legfontosabb célja a Szén- és Acélipari Kutatási Alap és a Horizont 2020 működésének harmonizációja finanszírozási, ellenőrzési és menedzsment folyamatok szempontjából.

Magyarországon mind a szén- és acéliparnak jelentős hagyományai vannak. A hazai lignittermelés továbbra is az árampiaci ellátásbiztonság egyik legfontosabb pillére. Fontos, hogy az iparágakban felhalmozódott tudás ne vesszen el, valamint alkalmazkodva a megváltozott gazdasági és technológiai környezethez, képes legyen naprakészen támogatni az ország gazdaságát és versenyképességét.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce texte.

Entré en vigueur le 23 juillet 1952 et prévu pour une durée de 50 ans, le traité de Paris instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier a expiré 23 juillet 2002.

Les actifs restants de l'ancienne CECA furent alors transférés à un nouveau Fonds de recherche du charbon et de l'acier («FRCA»), en faveur de la R&D sur le charbon et l'acier (50 millions d'euros disponibles annuellement).

Repris en main par la Commission sur de nouvelles bases juridiques définies en 2003, le FRCA doit faire l'objet d'une évaluation périodique. A l'heure où la sidérurgie européenne connaît une situation critique, en butte, notamment, à la concurrence chinoise, il est ironique de lire que le FRCA aurait «atteint son objectif de soutien de la compétitivité».

Nous ne saurions approuver ce texte, qui accorde, en outre, des pouvoirs élargis à l'Union européenne au détriment des États membres.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада на г-н Бузек относно програмата за изследвания на Изследователския фонд за въглища и стомана, който предлага промяна на нормативната база на този фонд, който беше създаден през 1951 г. със сключването на Договора за Европейската общност за стомана и въглища. Но през 2002 г. Договорът изтече и държавите членки решиха да прехвърлят активите на Европейската общност за въглища и стомана към Изследователския фонд за въглища и стомана. Понастоящем този фонд се управлява от Европейската комисия и разполага с около 50 милиона евро за развитие и изследвания в секторите, свързани с добива на стомана и въглища, подобряването на околната страна и безопасността на работните места и др.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η εν λόγω πρόταση δημοσιεύθηκε μόλις πριν λίγες εβδομάδες, πριν η Επιτροπή δημοσιεύσει επικαιροποιημένους οριζόντιους κανόνες για το θέμα αυτό, πράγμα το οποίο σημαίνει ότι θα χρειαστεί νέα επικαιροποίηση, άρα η παρούσα έκθεση που τίθεται σε ψηφοφορία είναι ήδη ξεπερασμένη. Συμπληρωματικά αναφέρω ότι η διευκόλυνση της πρόσβασης των επιχειρήσεων στη χρηματοδότηση δύο ταμείων δεν κρίνεται απαραιτήτως ως επωφελής.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against this proposal as the promotion of coal and other fossil fuels with EU funding is not in line with our priorities following the Paris Agreement. Climate change is the biggest threat facing us, and I have worked with Stop Climate Chaos Cymru and others to get stronger international action.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Betänkandet fastslår Europaparlamentets position för användande av Kol & Gas-fondens nästa forskningsfas. Det är viktigt att vi fortsätter att bedriva essentiell forskning för hur vi kan maximera resurserna och uppnå god forskningskvalitet. Energikällor av någorlunda kontroversiella slag behöver även dom revideras och undersökas. Detta särskilt med avseende av Energiunionen och det nästkommande Energipaketet som ska behandlas av såväl Europaparlamentet som Europeiska rådet.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A UE apoia a investigação do carvão e do aço há mais de 50 anos. O Fundo de Investigação do Carvão e do Aço (RFCS) é complementar ao programa Horizonte 2020 e é gerido independentemente deste. Assegura anualmente um financiamento de aproximadamente 50 milhões de euros para a I&D e a inovação em ambos os setores do carvão e do aço (com uma distribuição de 72,8 % para o aço e 27,2 % para o carvão). Reúne parceiros industriais, PME, universidades e centros de investigação de ponta em toda a União Europeia, no intuito de desenvolver conhecimentos e promover a inovação no setor. A investigação financiada abrange processos de produção, a utilização e a conservação de recursos, melhorias ambientais e a segurança no trabalho nos setores pertinentes.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: sous le prétexte de «faciliter l'accès aux financements pour les bénéficiaires», le texte vise surtout à donner les pleins pouvoirs à la CE pour une gestion directe du programme FRCA. Autrement dit, toujours plus de pouvoir n'ont pas suffi pour protéger nos industries du charbon et de l'acier… alors que la Chine s'est vu accorder automatiquement le 11.12.2016 le précieux «statut d'économie de marché».

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O Tratado da Comunidade Europeia do Carvão e do Aço (CECA) foi assinado em 1951. Quando o Tratado expirou, em 2002, foi decidido colocar os ativos da CECA à disposição de um Fundo de Investigação do Carvão e do Aço (RFCS). O Programa é financiado pelas receitas geradas pelos ativos remanescentes da antiga CECA e é gerido pela Comissão Europeia. O RFCS é complementar ao programa Horizonte 2020 e é gerido independentemente deste. Em qualquer caso, os principais beneficiários são conhecidos. Assegura anualmente um financiamento de aproximadamente 50 milhões de euros para a I&D e a inovação em ambos os sectores do carvão e do aço (com uma distribuição de 72,8 % para o aço e 27,2% para o carvão). Reúne parceiros industriais, PME, universidades e centros de investigação de ponta (fundamentalmente das principais potências da UE), no intuito de desenvolver conhecimentos e promover a inovação no sector. A investigação financiada abrange processos de produção, a utilização e a conservação de recursos, melhorias ambientais e a segurança no trabalho nos sectores pertinentes.

O relatório propõe a simplificação de algumas regras e melhorias ao nível da transparência da gestão do RFCS. Orientações em relação às quais, em geral, não nos opomos.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della seguente proposta in quanto condivido l'esigenza di modificare la base giuridica relativa alle regole di gestione del fondo di ricerca per il carbone e l'acciaio.

Difatti, ritengo necessario facilitare l'accesso ai finanziamenti attraverso regole semplificate, assicurarsi che il programma sia gestito dalla Commissione con la dovuta trasparenza e favorire un allineamento alle regole del programma di ricerca «Orizzonte 2020» rispetto al quale il fondo di ricerca per il carbone e l'acciaio è complementare e indipendente.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted yes because I agree.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Hlavným cieľom predmetného návrhu sú technické zmeny spojené s väčšou transparentnosťou, odbornosťou, nezávislosťou a financovaním pre výskumné orgány pod kontrolou Európskej komisie. Európska komisia napriek snahám skupiny socialistov a demokratov nepristúpila k rozšíreniu právomocí a predmetom skúmania výskumného programu Výskumného fondu pre uhlie a oceľ.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo dalla relazione, si poteva fare sicuramente meglio.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω το ερευνητικό πρόγραμμα του Ταμείου Έρευνας για τον Άνθρακα και τον Χάλυβα, καθώς δεν συμφωνώ με τον σκοπό της παρούσας προτάσεως για τροποποίηση της νομικής βάσεως.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Szén- és Acélközösséget megalapító szerződés 2012-ben lejárt. Ezt követően a tagországok úgy döntöttek, hogy a szerződés kiváltására egy kutatásokat támogató alapot hoznak létre, amely a szén- és acélipari innovációt hivatott támogatni. Az alap körülbelül évi 50 milliárd euróval járul hozzá az innovációhoz, amelynek mind iparvállalatok, mind kisvállalkozások, mind pedig kutatási intézmények a haszonélvezői. Az alap felállítása óta a támogatási prioritások nem változtak jelentősen, ugyanakkor a rendszer működése a gyakorlatban rávilágított, hogy szükségesek további finomhangolások. A később bevezetett Horizont 2020 kutatási és fejlesztési program szintúgy finanszírozást nyújt az innovációval foglalkozók számára.

A két program összehangolása elengedhetetlen a hatékony működés érdekében. Ezeknek megfelelően a mostani javaslat két legfontosabb célja a Szén- és Acélipari Kutatási Alap és a Horizont 2020 működésének harmonizációja finanszírozási, ellenőrzési és menedzsmentfolyamatok szempontjából. Magyarországon mind a szén-, mind az acéliparnak jelentős hagyományai vannak. A hazai lignittermelés továbbra is az árampiaci ellátásbiztonság egyik legfontosabb pillére. Fontos, hogy az iparágakban felhalmozódott tudás ne vesszen el, valamint alkalmazkodva a megváltozott gazdasági és technológiai környezethez, képes legyen naprakészen támogatni az ország gazdaságát és versenyképességét.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Szén- és Acélközösséget megalapító szerződés 2012-ben lejárt. Ezt követően a tagországok úgy döntöttek, hogy a szerződés kiváltására egy kutatásokat támogató alapot hoznak létre, amely a szén- és acélipari innovációt hivatott támogatni. Az alap körülbelül évi 50 milliárd euróval járul hozzá az innovációhoz, amelynek mind iparvállalatok, mind kisvállalkozások, mind pedig kutatási intézmények a haszonélvezői.

Az alap felállítása óta a támogatási prioritások nem változtak jelentősen, ugyanakkor a rendszer működése a gyakorlatban rávilágított, hogy szükségesek további finomhangolások. A később bevezetett Horizont 2020 kutatási és fejlesztési program szintúgy finanszírozást nyújt az innovációval foglalkozók számára. A két program összehangolása elengedhetetlen a hatékony működés érdekében. Ezeknek megfelelően a mostani javaslat két legfontosabb célja a Szén- és Acélipari Kutatási Alap és a Horizont 2020 működésének harmonizációja finanszírozási, ellenőrzési és menedzsment folyamatok szempontjából.

Magyarországon mind a szén- és acéliparnak jelentős hagyományai vannak. A hazai lignittermelés továbbra is az árampiaci ellátásbiztonság egyik legfontosabb pillére. Fontos, hogy az iparágakban felhalmozódott tudás ne vesszen el, valamint alkalmazkodva a megváltozott gazdasági és technológiai környezethez, képes legyen naprakészen támogatni az ország gazdaságát és versenyképességét.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione legislativa del Parlamento europeo sulla proposta di decisione del Consiglio che modifica la decisione 2008/376/CE relativa all'adozione del programma di ricerca del fondo di ricerca carbone e acciaio e agli orientamenti tecnici pluriennali per tale programma, perché sono favorevole alla prosecuzione di tale programma a supporto della ricerca, ma anche della promozione di processi innovativi e di sviluppo.

Sono molto soddisfatta della capacità di questo programma di creare un *network* tra le piccole e medie imprese, i centri di ricerca e le università, fondamentale per uno sviluppo della produzione e non solo. È di grande importanza anche il buon utilizzo e una buona conservazione delle risorse nel rispetto dell'ambente in totale sicurezza, soprattutto con riferimento alla salute e sicurezza dei lavoratori del settore.

Sono pienamente d'accordo con la Commissione nel voler modificare la base giuridica al fine di migliorare l'accesso ai finanziamenti attraverso regole più semplici, così da consentire un più facile accesso al programma «Orizzonte2020» e al fondo di ricerca per l'acciaio e il carbone.

Auspico si possa continuare a lavorare in questa direzione per poter sviluppare nuove conoscenze e promuovere l'innovazione.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der Vorschlag beabsichtigt eine Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln durch vereinfachte Regeln und eine entsprechende Angleichung an die Vorschriften des allgemeinen Forschungsprogramms „Horizont 2020".

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against the legislative report on the adoption of the Research Programme of the Research Fund for Coal and Steel and on the multiannual technical guidelines for this programme. I am against the financial implication of this EU programme and I believe that research in this field can be efficiently achieved at a national level.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Las enmiendas del Parlamento a la propuesta de la Comisión mejoran el texto inicial en materia de transparencia de los grupos consultativos, del acceso de las pymes al Fondo y, sobre todo, en cuanto a las condiciones laborales de los trabajadores del sector del acero y del carbón. Sin embargo, el propósito del Fondo es asegurar a largo plazo la viabilidad de un sector muy contaminante, sin plantear alternativas al modelo productivo y, por tanto, plantear alternativas laborales para los trabajadores afectados por el cierre de sus empresas. Por ello, me abstengo.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – Le rapport prévoit de simplifier les règles de procédure de demande relatives au fonds de recherche sur le charbon et de l'acier en les rapprochant de celle d'Horizon 2020. Cela permettra d'encourager la recherche et de soutenir les PME dans ces secteurs, durement touchés par la concurrence internationale.

J'ai donc voté en faveur de ce texte afin de pouvoir mettre à jour, en bonne intelligence avec Horizon 2020, la recherche et le développement dans deux secteurs historiques qui ont été à l'origine de la construction européenne et qui doivent aujourd'hui se moderniser.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque considero que el FICA (Fondo de Investigación del Carbón y del Acero) es un programa importante para conseguir que las industrias del carbón y del acero sean más limpias y eficientes.

El programa del FICA destina anualmente alrededor de 50 millones de euros de financiación en favor de I+D e innovación para los sectores del carbón y del acero. El nuevo marco jurídico de «Horizonte 2020», el programa de investigación e innovación de la Unión (2014-2020), hace necesaria una revisión de las directrices plurianuales para el FICA. De esta forma, esta revisión del FICA sobre las normas de gestión del programa, viene a armonizar los procedimientos y conceptos utilizados para Horizonte 2020 a fin de facilitar la participación de los mismos beneficiarios en ambos programas (FICA y Horizonte 2020).

Por otro lado, se ha pretendido que el programa pueda financiar actividades de investigación en el ámbito de la bioindustria para la captura y gestión del C02 procedente del carbón, ayudando y apoyando la sostenibilidad del sector y de la economía de las regiones que viven de la explotación de estos materiales.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Szén- és Acélközösséget megalapító szerződés 2012-ben lejárt. Ezt követően a tagországok úgy döntöttek, hogy a szerződés kiváltására egy kutatásokat támogató alapot hoznak létre, amely a szén- és acélipari innovációt hivatott támogatni. Az alap körülbelül évi 50 milliárd euróval járul hozzá az innovációhoz, amelynek mind iparvállalatok, mind kisvállalkozások, mind pedig kutatási intézmények a haszonélvezői.

Az alap felállítása óta a támogatási prioritások nem változtak jelentősen, ugyanakkor a rendszer működése a gyakorlatban rávilágított, hogy szükségesek további finomhangolások. A később bevezetett Horizont 2020 kutatási és fejlesztési program szintúgy finanszírozást nyújt az innovációval foglalkozók számára. A két program összehangolása elengedhetetlen a hatékony működés érdekében. Ezeknek megfelelően a mostani javaslat két legfontosabb célja a Szén- és Acélipari Kutatási Alap és a Horizont 2020 működésének harmonizációja finanszírozási, ellenőrzési és menedzsment folyamatok szempontjából.

Magyarországon mind a szén- és acéliparnak jelentős hagyományai vannak. A hazai lignittermelés továbbra is az árampiaci ellátásbiztonság egyik legfontosabb pillére. Fontos, hogy az iparágakban felhalmozódott tudás ne vesszen el, valamint alkalmazkodva a megváltozott gazdasági és technológiai környezethez, képes legyen naprakészen támogatni az ország gazdaságát és versenyképességét.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση, αφού δίνει μια αντικειμενική εικόνα των προβλημάτων που αντιμετωπίζουν οι βιομηχανίες άνθρακα και χάλυβα, τις περιβαλλοντικές τους επιδόσεις καθώς και στον τομέα της ασφάλειας των εργαζομένων σε αυτές τις βιομηχανίες. Επιπλέον, μέσα από το προβλεπόμενο ταμείο αναμένεται η στήριξη των βιομηχανιών άνθρακα και χάλυβα μέχρι να βρεθούν πιο βιώσιμες λύσεις.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Szén- és Acélközösséget megalapító szerződés 2012-ben lejárt. Ezt követően a tagországok úgy döntöttek, hogy a szerződés kiváltására egy kutatásokat támogató alapot hoznak létre, amely a szén- és acélipari innovációt hivatott támogatni. Az alap körülbelül évi 50 milliárd euróval járul hozzá az innovációhoz, amelynek mind iparvállalatok, mind kisvállalkozások, mind pedig kutatási intézmények a haszonélvezői. Az alap felállítása óta a támogatási prioritások nem változtak jelentősen, ugyanakkor a rendszer működése a gyakorlatban rávilágított, hogy szükségesek további finomhangolások. A később bevezetett Horizont 2020 kutatási és fejlesztési program szintúgy finanszírozást nyújt az innovációval foglalkozók számára.

A két program összehangolása elengedhetetlen a hatékony működés érdekében. Ezeknek megfelelően a mostani javaslat két legfontosabb célja a Szén- és Acélipari Kutatási Alap és a Horizont 2020 működésének harmonizációja finanszírozási, ellenőrzési és menedzsmentfolyamatok szempontjából. Magyarországon mind a szén-, mind az acéliparnak jelentős hagyományai vannak. A hazai lignittermelés továbbra is az árampiaci ellátásbiztonság egyik legfontosabb pillére. Fontos, hogy az iparágakban felhalmozódott tudás ne vesszen el, valamint alkalmazkodva a megváltozott gazdasági és technológiai környezethez, képes legyen naprakészen támogatni az ország gazdaságát és versenyképességét.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am susținut acest demers al Fondului de cercetare pentru cărbune și oțel („RFCS”), care este complementar programului Orizont 2020 și care este gestionat de Comisie. El asigură finanțarea cercetării, dezvoltării și inovării atât în sectorul cărbunelui, cât și în cel al oțelului (72,8 % dintre fonduri fiind repartizate pentru sectorul oțelului și 27,2 % pentru sectorul cărbunelui) cu aproximativ 50 de milioane EUR anual. S-au urmat demersuri în a extinde domeniul de aplicare al activităților în domeniul cercetării și dezvoltării prin adăugarea studiului impactului social al restructurării și închiderii minelor în industria cărbunelui și a metalului.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o prijedlogu odluke Vijeća o izmjeni Odluke 2008/376/EZ o usvajanju istraživačkog fonda za ugljen i čelik i o višegodišnjim tehničkim smjernicama za taj program, jer Komisija planira olakšati pristup financiranju te omogućiti veću transparentnost, što je izuzetno važno kako bi se taj sektor još više razvio i potaknuo na inovacije.

Istraživački fond sektoru ugljena i čelika na godišnjoj razini daje na raspolaganje 50 milijuna eura za istraživanje i razvoj. Izvješće za koje sam glasao, predlaže izmjene dotičnog fonda, koje su usmjerene na pravila o upravljanju programom istraživačkog fonda za ugljen i čelik, te se ona usklađuju s postupcima i konceptima upotrijebljenim za Obzor 2020 .u cilju olakšanja sudjelovanja istih korisnika u oba programa.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Depuis le programme-cadre «Horizon 2020» et par souci d'harmonisation et de simplification, la Commission a pris les rênes du Fonds de recherche du charbon et de l'acier et en assure elle-même la gestion. Elle considère d'ailleurs que le Fonds a rempli ses objectifs relatifs à la compétitivité au moment même où le secteur de la sidérurgie se trouve dans une situation critique. Je condamne ce transfert de responsabilité toujours plus important à des technocrates pourtant responsables du marasme dans lequel se trouvent nos industries du charbon et de l'acier.

J'ai donc voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Jerzy Buzek relatif au programme de recherche du Fonds de recherche du charbon et de l'acier. Ce programme octroie des aides financières à des projets ou des actions encourageant les programmes de recherche et développement sur le charbon et l'acier. Ce texte procède à des modifications de manière à ce que soit facilité pour les PME l'accès aux financements et à renforcer la transparence du programme.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Στήριξα την έκθεση του συναδέλφου Buzek. Σκοπός της παρούσας προτάσεως είναι να τροποποιηθεί η νομική βάση μετά την περιοδική αξιολόγηση των διαχειριστικών της κανόνων, προκειμένου να υλοποιηθούν οι ακόλουθοι στόχοι:

Να διευκολυνθεί η πρόσβαση στη χρηματοδότηση μέσω απλουστευμένων κανόνων και αναλογικής ευθυγράμμισης προς τους κανόνες του γενικού ερευνητικού προγράμματος «Ορίζων 2020», με τους οποίους είναι εξοικειωμένοι οι φορείς στους τομείς του άνθρακα και του χάλυβα.

Οι προτεινόμενες τροποποιήσεις στο ΤΕΑΧ επικεντρώνονται στους κανόνες διαχείρισης του προγράμματος ΤΕΑΧ (Κεφάλαιο ΙΙΙ) και ευθυγραμμίζουν, στο μέτρο του δυνατού, τις διαδικασίες και τις έννοιες που χρησιμοποιούνται για το πρόγραμμα «Ορίζων 2020», έτσι ώστε να διευκολύνουν τη συμμετοχή των ίδιων δικαιούχων και στα δύο προγράμματα (ΤΕΑΧ και Ορίζων 2020).

Να διασφαλιστεί το γεγονός ότι η διαχείριση του προγράμματος ασκείται από την Επιτροπή με τη δέουσα διαφάνεια και σύμφωνα με τους κανόνες της Επιτροπής για τις ομάδες εμπειρογνωμόνων. Αυτό συμπεριλαμβάνει την επικαιροποίηση των σχετικών διατάξεων που αναφέρονται στη νομική βάση, ιδίως αυτών που αφορούν την επιτροπολογία.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe dem vorliegenden Bericht zugestimmt. Der Fond RFCS unterstützt maßgeblich die jährlichen F&E-Investitionen im Kohle- und Stahlsektor mit etwa 50 Mio. EUR. Hier werden Tätigkeiten gefördert, die Partner aus der Industrie, KMU, führende Forschungszentren und Hochschulen aus der gesamten Europäischen Union zusammenbringen, um Wissen aufzubauen und Innovationen in der Branche anzukurbeln. Die finanzierten Forschungsvorhaben umfassen Produktionsverfahren, Nutzung und Erhalt von Ressourcen, Verbesserungen im Bereich des Umweltschutzes und Sicherheit am Arbeitsplatz in den betreffenden Sektoren. Darüber hinaus wird mehr Transparenz im Einklang mit den Vorschriften der Kommission gefordert.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this proposal, which aims to amend the legal basis after the periodic assessment of its management rules, with a view to implementing the objectives of facilitating access to funding, ensuring due transparency and alignment with the Commission's rules on expert groups.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *písemně*. – Uhlí a ocel byly dvě komodity, které stály u zrodu průmyslové revoluce v 18. století. Po dramatických výměnách v těchto dvou oborech za posledních 30 let došlo k radikální redukci těžby uhlí a výroba oceli doznala zásadních změn. U obou komodit se vytvořil světový trh a spíše neúspěšná než úspěšná privatizace celého odvětví před nás staví nové otázky. V každém případě je využití nových technologií zpracování uhlí a zavádění nových trendů v ocelárnách důležitou součástí budoucnosti průmyslu vyspělých zemí světa. EU rozhodně nemůže v této oblasti výzkumu a vývoje chybět. Při všech činnostech spjatých s těžbou a úpravou uhlí i výroby oceli je zde vždy aspekt sociální. Vliv na zaměstnanost v některých regionech je naprosto klíčový. O zásadním vlivu na životní prostředí nelze pochybovat a emise, které se zpracováním oceli a využitím uhlí souvisejí, jsou v kontextu politik EU v oblasti životního prostředí významnou položkou. Vedle notoricky známých chemických výrob může být velmi zajímavé využití CO_2 v zemědělství i různých chemických a biochemických procesech. Je důležité, aby Evropská unie i v této oblasti průmyslových aktivit byla minimálně v kontaktu s čelem pelotonu řešitelů.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Szén- és Acélközösséget megalapító szerződés 2012-ben lejárt. Ezt követően a tagországok úgy döntöttek, hogy a szerződés kiváltására egy kutatásokat támogató alapot hoznak létre, amely a szén- és acélipari innovációt hivatott támogatni. Az alap körülbelül évi 50 milliárd euróval járul hozzá az innovációhoz, amelynek mind iparvállalatok, mind kisvállalkozások, mind pedig kutatási intézmények a haszonélvezői. Az alap felállítása óta a támogatási prioritások nem változtak jelentősen, ugyanakkor a rendszer működése a gyakorlatban rávilágított, hogy szükségesek további finomhangolások. A később bevezetett Horizont 2020 kutatási és fejlesztési program szintúgy finanszírozást nyújt az innovációval foglalkozók számára.

A két program összehangolása elengedhetetlen a hatékony működés érdekében. Ezeknek megfelelően a mostani javaslat két legfontosabb célja a Szén- és Acélipari Kutatási Alap és a Horizont 2020 működésének harmonizációja finanszírozási, ellenőrzési és menedzsmentfolyamatok szempontjából. Magyarországon mind a szén-, mind az acéliparnak jelentős hagyományai vannak. A hazai lignittermelés továbbra is az árampiaci ellátásbiztonság egyik legfontosabb pillére. Fontos, hogy az iparágakban felhalmozódott tudás ne vesszen el, valamint alkalmazkodva a megváltozott gazdasági és technológiai környezethez, képes legyen naprakészen támogatni az ország gazdaságát és versenyképességét.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour since our amendments modified the Council decision as a useful way of addressing the challenges that the European steel and coal industries currently are facing. The report stresses the legacy of cooperation in the area of coal and steel which should inspire Member States to act in a spirit of solidarity so as to respond to the current crises.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Uniós mértékkel mérve ősidők óta jól működő terület a szén- és acélipari kutatási program, melynek kereteit több évtizede rakták le és alakították napjainkig. A jelentés módosítókat tartalmaz a tanácsi határozathoz, melyek nagyrészt elfogadhatók, mert indokoltak környezetvédelmi, munkavédelmi, vagy más szempontból. Megjegyzem, a környezetvédelemben időszerű volna megtalálni a helyes arányokat, lényegesen nagyobb súlyt fektetve például a trópusi és a mérsékelt égövi erdőségek megőrzésére, helyreállítására, mint a kvótakereskedelemmel való zsonglőrködésre. Azt se feledjük, hogy rengeteg EU-s munkahely esett már áldozatául a nagy vízen túlról finanszírozott NGO-k áldatlan tevékenységének.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям предложението за приемане на програмата за изследвания на Изследователския фонд за въглища и стомана и относно многогодишните технически насоки за тази програма.

Секторите за въглища и стомана са важни в рамките на процеса на европейска интеграция и имат ключова роля за цялата промишленост на Съюза. В същото време условията на труд в тези сектори са тежки и често водят до увреждане на здравето на работниците и гражданите. Поради това дружествата следва да зачитат всички правни изисквания относно социалната отговорност, да предложат решения и да сведат до минимум социалните последствия от прехода или затварянето на инсталации.

Илхан Кючюк (ALDE), *in writing*. – The Research Fund for Coal and Steel (RFCS) gives funding of over €50 million every year to innovative projects to enhance the safety, efficiency and competitive edge of the EU coal and steel industries. It is important to note that RFCS is complementary to and managed outside the Horizon 2020 programme. RFCS brings together industrial partners, SMEs, leading research centres and universities from across the EU to develop knowledge and foster innovation in the sector with regard to production processes, utilisation and conservation of resources, environmental improvements and safety. However, I do not support the Commission's proposal for a proportionate alignment of RFCS rules with those of Horizon 2020 because the beneficiaries are the same in both programmes (RFCS and H2020). Therefore there is no real need to amend the legal basis.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Da più di 50 anni ormai l'UE sostiene il fondo di ricerca sul carbone e sull'acciaio. Gestito dalla Commissione europea, questo fondo è complementare a Orizzonte 2020 e mette a disposizione ogni anno circa 50 milioni di EUR di finanziamenti in ricerca, sviluppo e innovazione nell'ambito. Ha inoltre il compito di raggruppare partner industriali, PMI, centri di ricerca e università con lo scopo di promuovere l'innovazione e le conoscenze nell'Unione europea.

La Commissione propone oggi di modificare la base giuridica del programma di ricerca, a seguito della valutazione periodica delle sue regole di gestione, e di attuare una serie di obiettivi, tra cui quello di facilitare l'accesso ai finanziamenti, sviluppando regole semplificate e adeguando le regole al programma di Orizzonte 2020; e di garantire una gestione trasparente e regolare del programma, aggiornando le disposizioni in riferimento alla base giuridica.

Alla luce di quanto esposto voto a favore della relazione del collega Buzek.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur le programme de recherche du Fonds de recherche du charbon et de l'acier. Alors que la sidérurgie européenne est dans une situation particulièrement critique, le texte de la Commission estime que «le FRCA a atteint son objectif de soutien de la compétitivité». Évidemment, sous le prétexte de «faciliter l'accès aux financements pour les bénéficiaires», le texte vise surtout à donner les pleins pouvoirs à la Commission européenne pour qu'enfin elle «assure seule la gestion du programme FRCA». Autrement dit, toujours plus de responsabilité aux bureaucrates non élus qui, par idéologie, n'ont pas su protéger nos industries du charbon et de l'acier… alors que la Chine se verra accorder automatiquement le 11.12.2016 le précieux «statut d'économie de

marché», conformément à l'article 15 des protocoles de son admission à l'OMC le 11.12.2001. Une confirmation de plus que, loin de permettre l'émergence d'une quelconque Europe-puissance, l'UE a organisé l'impuissance collective des nations d'Europe.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque, en el marco de las políticas de liberalización comercial e interna de la Unión en los sectores del carbón y acero, es necesario asegurar su modernización y eficiencia para que la producción europea pueda ser viable.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – A la expiración en 2002 del tratado que marcó el inicio de la integración europea, el Tratado CECA, su activo fue transferido a un Fondo de Investigación del Carbón y del Acero (FICA), que busca impulsar el conocimiento y la innovación en el sector.

Esta propuesta legislativa busca modificar la base jurídica para realizar dos objetivos, a saber: por una parte, facilitar el acceso a la financiación con normas simplificadas y una armonización del programa Horizonte 2020 y, por otra, garantizar que el programa sea gestionado con transparencia por la Comisión.

He votado a favor ya que estos objetivos encuentran su reflejo en la presente propuesta. Así, por ejemplo, las enmiendas al FICA armonizan procedimientos para el programa Horizonte 2020 a fin de que los mismos beneficiarios puedan acceder más fácilmente a ambos programas.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Hlasoval jsem proti. Domnívám se, že tzv. Výzkumný fond uhlí a oceli je úřad, který nemá opodstatnění. Česká republika již do něj musela zaplatit přes miliardu korun. Podle mého soudu by bylo nejlepší tento úřad EU zrušit.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – EU već više od 50 godina podržava istraživanje o ugljenu i čeliku, a istekom Ugovora 2002. odlučeno je imovinu EZUČ-a staviti na raspolaganje istraživačkom fondu za ugljen i čelik. Program se financira prihodima koje generira preostala imovina nekadašnjeg EZUČ-a, a kojim upravlja Komisija.

Istraživački fond za ugljen i čelik komplementaran je programu Obzor 2020. i njime se upravlja izvan okvira tog programa. Fond daje 50 milijuna EUR sektoru ugljena i čelika za istraživanje i razvoj te inovacije, a preko njega se udružuju industrijski partneri, MSP-evi, vodeći istraživački centri i sveučilišta iz cijele Europe.

Svrha ovog prijedloga je izmijeniti pravnu osnovu nakon periodične procjene pravila o upravljanju, kako bi se olakšao pristup financiranju pomoću pojednostavljenih pravila i proporcionalnog usklađivanja s pravilima općeg istraživačkog programa „Obzor 2020.".

Predložene izmjene Istraživačkog fonda za ugljen i čelik usmjerene su na pravila o upravljanju programom Istraživačkog fonda za ugljen i čelik te se ona usklađuju s postupcima i konceptima upotrijebljenima za Obzor 2020. Budući da je cilj ovog prijedloga osigurati transparentno upravljanje programa koji se financira iz općeg proračuna EU-a, podržala sam ovaj prijedlog.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – Parliament adopt the following amendments to the Commission proposal: research projects to which preference will be given include the following: projects on the impact on the employment of workers and the local community of operations for mining, the impact on the health and safety of workers and of the local community of operations for mining.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απείχα κατά την ψηφοφορία της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου για την τροποποίηση της απόφασης 2008/376/ΕΚ του Συμβουλίου για την έγκριση του ερευνητικού προγράμματος του Ταμείου Έρευνας για τον Άνθρακα και τον Χάλυβα και σχετικά με τις τεχνικές κατευθυντήριες γραμμές πολυετούς διάρκειας για το πρόγραμμα, διότι δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. — Am votat pentru raportul privind adoptarea programului de cercetare al Fondului de cercetare pentru cărbune și oțel deoarece, în acest moment și având în vedere conjunctura pieței energiei, este importantă facilitarea accesului la finanțare prin norme simplificate și o aliniere proporțională cu normele „Orizont 2020".

Subliniez importanța continuității acestui fond bazat pe fostul Tratat al Comunității Europene a Cărbunelui și Oțelului, care oferă aproximativ 50 de milioane de euro pe an pentru cercetare și inovare în sectoarele cărbunelui și oțelului. Acest instrument financiar trebuie sa fie folosit pentru a găsi soluții pentru modernizarea tehnologiilor energetice din sectoarele cărbunelui și oțelului și îmbunătățirea eficienței energetice, în special în statele membre ale UE cu bugete limitate și care depind de exploatarea cărbunelui.

Și, nu în ultimul rând, cer Comisiei ca acest fond să fie gestionat de către aceasta în conformitate cu normele de transparență privind grupurile de experți și să actualizeze cât de urgent dispozițiile privind temeiul lui juridic.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte.

Ce texte concerne le Fonds de recherche du charbon et de l'acier (FRCA) qui a repris les actifs restants de l'ancienne Communauté européenne du charbon et de l'acier (CECA). La gestion est prévue par un texte de 2002, révisé en 2008 et prévoit notamment une réévaluation périodique et systématique de la pertinence du programme.

Or, alors que la sidérurgie européenne est dans une situation particulièrement critique, le texte de la Commission estime que «le FRCA a atteint son objectif de soutien de la compétitivité», raison pour laquelle nous ne pouvons soutenir ce texte.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – La proposta di decisione del Consiglio che modifica la decisione 2008/376/CE, relativa all'adozione del programma di ricerca del fondo di ricerca carbone e acciaio e agli orientamenti tecnici pluriennali per tale programma, si inserisce nell'ambito del lungo percorso che vede l'Unione europea finanziare la ricerca nel settore del carbone e in quello dell'acciaio.

Ho accolto favorevolmente la proposta della Commissione, finalizzata principalmente a facilitare l'accesso ai finanziamenti disponibili e a rendere questo programma di ricerca coerente con gli obiettivi illustrati nel programma generale di ricerca «Orizzonte 2020».

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme se zabývali zprávou, která řeší výzkumný program Výzkumného fondu pro uhlí a ocel. EU podporuje výzkum v oblasti uhlí a oceli již více než 50 let. Na samém počátku stála smlouva o Evropském společenství uhlí a oceli (ESUO) podepsaná v roce 1951. V roce 2002, kdy uplynula platnost této smlouvy, bylo rozhodnuto, že budou aktiva ESUO (a související úroky) uvolněny na Výzkumný fond pro uhlí a ocel (RFSC). Program je financován z příjmů generovaných zbylými aktivy (zaniklého) ESUO. Spravuje jej Komise. Výzkumný fond pro uhlí a ocel doplňuje program Horizont 2020 a je řízen nezávisle na tomto programu. Ročně poskytuje finanční prostředky na výzkum a vývoj a inovace v odvětví uhlí a oceli ve výši asi 50 milionů EUR. Zpravodaj se přiklonil k názoru, že pro sladění pravidel Výzkumného fondu pro uhlí a ocel a pravidel programu Horizont 2020 není nutné měnit právní základ, s čímž zcela souhlasím, takže jsem zprávu podpořil.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Diesem Bericht habe ich zugestimmt, da zum einen mehr Transparenz gefordert wird und zum anderen KMU dadurch einen leichteren Zugang zu RFCS bekommen.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau pasiūlymams keisti Tarybos sprendimą dėl Anglies ir plieno mokslinių tyrimų fondo mokslinių tyrimų programos. Šio pasiūlymo tikslas – sudaryti palankesnes sąlygas pagalbos gavėjams gauti finansavimą, supaprastinti taisykles ir proporcingai suderinti jas su bendrosios mokslinių tyrimų programos taisyklėmis.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier (CECA) a été conclu en 1951. À l'expiration du traité, en 2002, il a été convenu de consacrer les avoirs de la CECA (et les intérêts s'y rapportant) à la constitution d'un Fonds de recherche du charbon et de l'acier (FRCA). Les recherches ainsi financées couvrent les procédés de production, l'utilisation et la conservation des ressources, les améliorations sur le plan de l'environnement et la sécurité sur les lieux de travail dans les secteurs concernés. La proposition qui nous est soumise vise à faciliter l'accès aux financements, grâce à une simplification des règles. Elle veille également à accroitre la transparence entre les groupes d'experts et les acteurs concernés. Le rapporteur demande également à ce que les partenaires sociaux soient consultés sur les questions liées à la responsabilité sociale. Je vote pour ce texte en regrettant que les aspects environnementaux ne soient pas davantage mis en avant.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un rapport sur la proposition de décision du Conseil modifiant la décision 2008/376/CE relative à l'adoption du programme du Fonds de recherche du charbon et de l'acier et aux lignes directrices techniques pluriannuelles.

Alors que la sidérurgie européenne est déjà dans une situation dramatique, ce texte vise surtout à donner les pleins pouvoirs à la Commission européenne pour qu'elle assure seule la gestion du programme et vante le soutien à la compétitivité. La gestion de ce programme par des technocrates idéologues qui n'ont aucunement réussi à protéger les secteurs du charbon et de l'acier risque, notamment avec la Chine, qui a obtenu le 11 décembre 2016 le statut d'économie de marché, de mettre encore un peu plus en péril ses secteurs d'activités et de recherches.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le programme FRCA fournit chaque année environ 50 millions EUR de financement en faveur de la recherche et du développement ainsi que de l'innovation pour les secteurs du charbon et de l'acier. Pour qu'il puisse jouer pleinement son rôle, il était essentiel de renforcer la transparence de son fonctionnement et de faciliter l'accès aux financements pour les bénéficiaires. La recherche et le développement jouent un rôle fondamental dans notre société, non seulement d'un point de vue économique mais également car ils ont pour mission de façonner le monde de demain.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this report, which calls for amendment of the legal basis after the periodic assessment of the management rules, with a view to implementing the objectives of facilitating access to funding, ensuring due transparency and alignment with the Commission's rules on expert groups.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság javaslatot tett a Tanácsnak a Szén- és Acélipari Kutatási Alap Kutatási Programjának elfogadásáról és az e programra vonatkozó többéves technikai iránymutatásokról szóló 2008/376/EK határozat módosításáról szóló határozat elfogadására. A határozat elfogadása előtt a Tanácsnak konzultálnia kell a Parlamenttel. Az Ipari, Kutatási és Energiaügyi Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament a Bizottság javaslatát tíz módosítással hagyja jóvá.

Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Alors que la sidérurgie européenne est dans une situation particulièrement critique, le texte de la CE estime que «le FRCA a atteint son objectif de soutien de la compétitivité».

Évidemment, sous le prétexte de «faciliter l'accès aux financements pour les bénéficiaires» («simplification», «transparence», «harmonisation»), le texte vise surtout à donner les pleins pouvoirs à la Commission pour qu'enfin elle assure seule la gestion du programme du fonds. Autrement dit, toujours plus de responsabilité aux bureaucrates non élus qui, par idéologie (alliance de l'ultra-libéralisme financier et de l'écologie), n'ont pas su protéger nos industries du charbon et de l'acier… alors que la Chine se verra accorder un jour le précieux «statut d'économie de marché», conformément à l'article 15 des protocoles de son admission à l'OMC le 11.12.2001. Une confirmation de plus que, loin de permettre l'émergence d'une quelconque Europe-puissance, l'UE a organisé l'impuissance collective des nations d'Europe.

Vote contre.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Sous le prétexte de «faciliter l'accès aux financements pour les bénéficiaires» («simplification», «transparence», «harmonisation»), ce texte vise surtout à donner les pleins pouvoirs à la CE pour qu'enfin elle «assure seule la gestion du programme FRCA». Autrement dit, toujours plus de responsabilités aux bureaucrates non élus qui, par idéologie (alliance de l'ultralibéralisme financier et des ayatollahs de l'écologie), n'ont pas su protéger nos industries du charbon et de l'acier… alors que la Chine se verra accorder automatiquement, le 11 décembre 2016, le précieux «statut d'économie de marché», conformément à l'article 15 des protocoles de son admission à l'OMC le 11 décembre 2001. Une confirmation de plus que, loin de permettre l'émergence d'une quelconque Europe-puissance, l'Union européenne a organisé l'impuissance collective des nations d'Europe.

Ce texte ne mérite qu'une abstention de ma part, tant il n'adresse pas les vrais problèmes.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte sur le Fonds de recherche du charbon et de l'acier. Ce fonds a été constitué après l'expiration du traité CECA. Géré par la Commission de manière distincte et complémentaire à Horizon 2020, il est financé par les anciens avoirs de la CECA. Il appuie chaque année la R&D sur le charbon (27,2%) et l'acier (72,8%) à hauteur de 50 M€. Il s'agissait de modifier sa base juridique afin de favoriser l'accès à ses financements, notamment pour les PME, ainsi que de renforcer sa transparence.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Research Fund for Coal and Steel was created in 2002, offering funding of over €50 million per year to innovative projects that enhance the safety and efficiency of the EU coal and steel industries. I have voted for his report regarding the Research Fund for Coal and Steel and the multiannual technical guideline for this programme.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da er sich für die österreichische Stahlindustrie ausspricht, und kleine und mittlere Unternehmen sollten einen leichteren Zugang zum *Research Fund for Coal and Steel* bekommen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Määruse muudatuste eesmärk on rahastamise võimaluste lihtsustamine programmi „Horisont 2020" raames ning teadusfondi teadusprogrammi läbipaistvam haldamine.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Το Ταμείο Έρευνας για τον Άνθρακα και τον Χάλυβα της Ευρωπαϊκής Επιτροπής ιδρύθηκε το 2002 με σκοπό τη στήριξη της ανταγωνιστικότητας των ευρωπαϊκών τομέων άνθρακα και χάλυβα, με βάση την κληρονομιά που άφησε η Συνθήκη για την Ευρωπαϊκή Κοινότητα Άνθρακα και Χάλυβα. Υπερψήφισα την έκθεση η οποία προτείνει την τροποποίηση της νομικής βάσης του ερευνητικού προγράμματος έπειτα από την περιοδική αξιολόγηση των διαχειριστικών κανόνων, ώστε να εξασφαλιστεί διαφανής διαχείριση ενός προγράμματος που χρηματοδοτείται από τον γενικό προϋπολογισμό της ΕΕ και υπό την ευθύνη της Επιτροπής με εφαρμογή των κανόνων της Επιτροπής για τις ομάδες εμπειρογνωμόνων και να διευκολυνθεί η πρόσβαση στη χρηματοδότηση για δικαιούχους, με απλουστευμένους κανόνες και με αναλογική ευθυγράμμιση προς τους κανόνες του γενικού ερευνητικού προγράμματος «Horizon 2020». Επίσης είναι σημαντικό οι εγκαταστάσεις και οι εταιρείες να τηρούν όλες τις νομικές απαιτήσεις σχετικά με την κοινωνική ευθύνη, να προσφέρουν οριστικές λύσεις και να ελαχιστοποιούν τις κοινωνικές συνέπειες της μετάβασης ή του κλεισίματος των εγκαταστάσεων.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo necessaria la modifica della base giuridica al fine sia di facilitare l'accesso ai finanziamenti mediante delle regole semplificate, sia per allinearsi alle regole del programma di ricerca «Orizzonte 2020».

Tale programma di ricerca dovrà essere gestito dalla Commissione con la piena trasparenza e in conformità con le norme della stessa Commissione in merito ai gruppi di esperti. Si rendono necessarie tali modifiche per permettere alla Commissione di chiarire le posizioni degli esperti nominati per partecipare ai gruppi consultivi e ai gruppi tecnici istituiti alla luce del programma del fondo di ricerca carbone e acciaio, in modo tale da evitare i conflitti d'interesse.

Pertanto ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — The purpose of this proposal is to amend the legal basis of the research programme dedicated to the coal and steel sectors after the periodic assessment of its management rules with a view to implementing certain objectives. I voted in favour because it will inter alia align the programme with the Commission's rules on expert groups. I believe it will ensure transparent management of what is a programme funded from the EU general budget.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Sektori ugljena i čelika važni su u procesu europske integracije i imaju ključnu ulogu u cjelokupnom industrijskom sektoru Unije. Postrojenja i poduzeća u pogledu društvene odgovornosti moraju poštovati visoke pravne zahtjeve glede zdravlja radnika i građana, ali i ona socijalna očekivanja koja su povezana s tranzicijom ili zatvaranjem postrojenja.

U tom smislu, tom vrlo značajnim sektoru potrebno je pristupati s dužnom pažnjom te adekvatno pomoći projekte koje osiguravaju budućnost sektoru prilagođenom novim potrebama i izazovima. Upravo zato potrebno je naglasiti kako je Istraživački fond za ugljen i čelik komplementaran programu Obzor 2020. te godišnje sektorima osigurava 50 milijuna EUR za istraživanje i razvoj te inovacije.

Preko njega se udružuju industrijski partneri, mala i srednja poduzeća, istraživački centri i sveučilišta iz cijele Europe kako bi potaknuli inovacije u tom sektoru. Istraživanja obuhvaćaju proizvodne procese, korištenje i očuvanje resursa, zaštitu okoliša i zaštitu na radu. Pristup financijskim sredstvima toga fonda nužno je olakšati i pojednostaviti.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Istraživački fond za ugljen i čelik komplementaran je programu Obzor 2020. i njime se upravlja izvan okvira tog programa. Fond godišnje sektorima ugljena i čelika daje 50 milijuna EUR za istraživanje i razvoj te inovacije. Preko njega se udružuju industrijski partneri, mala i srednja poduzeća, vodeći istraživački centri i sveučilišta iz cijele Europe kako bi razvili znanje i potaknuli inovacije u tom sektoru. Prijedlog Komisije prihvaćam.

Komisija navodi da je svrha prijedloga izmijeniti pravnu osnovu nakon periodične procjene pravila o upravljanju, kako bi se olakšao pristup financiranju pomoću pojednostavljenih pravila i proporcionalnog usklađivanja s pravilima općeg istraživačkog programa „Obzor 2020." s kojim su dionici iz sektora ugljena i čelika upoznati te kako bi se zajamčilo da Komisija upravlja programom uz odgovarajuću transparentnost te u skladu s pravilima Komisije o stručnim skupinama.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* — O Tratado da Comunidade Europeia do Carvão e do Aço (CECA) foi assinado em 1951. Quando o Tratado expirou, em 2002, foi decidido colocar os ativos da CECA à disposição de um Fundo de Investigação do Carvão e do Aço (RFCS). O Programa é financiado pelas receitas geradas pelos ativos remanescentes da antiga CECA e é gerido pela Comissão Europeia. O RFCS é complementar ao programa Horizonte 2020 e é gerido independentemente deste. Em qualquer caso, os principais beneficiários são conhecidos. Assegura anualmente um financiamento de aproximadamente 50 milhões de euros para a I&D e a inovação em ambos os sectores do carvão e do aço (com uma distribuição de 72,8 % para o aço e 27,2% para o carvão). Reúne parceiros industriais, PME, universidades e centros de investigação de ponta (fundamentalmente das principais potências da UE), no intuito de desenvolver conhecimentos e promover a inovação no sector. A investigação financiada abrange processos de produção, a utilização e a conservação de recursos, melhorias ambientais e a segurança no trabalho nos sectores pertinentes.

O relatório propõe a simplificação de algumas regras e melhorias ao nível da transparência da gestão do RFCS. Orientações em relação às quais, em geral, não nos opomos.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie.* – Według Komisji celem wniosku jest zmiana podstawy prawnej po okresowej ocenie zasad zarządzania Funduszu Badawczego Węgla i Stali („program FBWiS"). Parlament Europejski musi być przy tej okazji skonsultowany. Poseł sprawozdawca proponuje, aby zgodzić się na zmianę podstawy prawnej.

UE wspiera badania w dziedzinie węgla i stali począwszy od Traktatu ustanawiającego Europejską Wspólnotę Węgla i Stali (EWWiS) podpisanego w 1951 r. Kiedy traktat wygasł w 2002 r., postanowiono udostępnić aktywa (i narosłe odsetki) na potrzeby Funduszu Badawczego Węgla i Stali („program FBWiS"). Program jest finansowany z dochodów pochodzących ze sprzedaży pozostałych aktywów (wygasłej) EWWiS. Zarządza nim Komisja.

Program FBWiS stanowi uzupełnienie programu „Horyzont 2020" i jest zarządzany osobno. Zapewnia rocznie około 50 mln EUR na finansowanie badań i rozwoju oraz innowacji w sektorach węgla i stali (72,8 % dla sektora stali i 27,2 % dla sektora węgla). Zrzesza partnerów przemysłowych, MŚP, wiodące ośrodki badawcze i uczelnie z całej Unii Europejskiej wokół celu rozwoju wiedzy i wspierania innowacji w sektorze. Finansowane badania obejmują procesy produkcyjne, utylizację i ochronę zasobów, poprawę stanu środowiska oraz bezpieczeństwo pracy w odnośnych sektorach. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – Le Fonds de recherche du charbon et de l'acier a été constitué après l'expiration du traité CECA. Géré par la Commission de manière distincte et complémentaire à Horizon 2020, il est financé par les anciens avoirs de la CECA. Il appuie chaque année la recherche, le développement et l'innovation sur le charbon et l'acier. J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte sur la modification de la base juridique de ce Fonds afin de favoriser l'accès à ses financements pour les PME mais aussi pour accroître sa transparence. Il est primordial d'encourager la recherche et le développement pour améliorer la compétitivité des PME européennes dans le secteur de l'industrie du charbon et de l'acier qui souffre particulièrement de la concurrence étrangère.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O carvão e o aço desempenham um papel importante na agenda da União Europeia há mais de seis décadas, remetendo-nos ao ano de 1951, quando foi assinado o Tratado da Comunidade Europeia do Carvão e do Aço (CECA).

Quando o Tratado deixou de estar em vigor, em 2002, foi decidido colocar os ativos da CECA à disposição de um Fundo de Investigação do Carvão e do Aço (RFCS). O Programa é financiado pelas receitas geradas pelos ativos remanescentes da antiga CECA e é gerido pela Comissão.

A Comissão propõe agora alterações destinadas a clarificar as características dos peritos nomeados para participar nos grupos consultivos e nos grupos técnicos instituídos em conformidade com a base jurídica do Programa RFCS, a fim de evitar quaisquer conflitos de interesses. Trata-se de um passo relevante.

Apoio o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the legislative report on the adoption of the Research Programme of the Research Fund for Coal and Steel and on the multiannual technical guidelines for this programme. We are against the financial implication of this EU programme and we believe that research in this field can be efficiently achieved at a national level.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Vu le protocole nº 37 relatif aux conséquences financières de l'expiration du traité CECA et au Fonds de recherche du charbon et de l'acier, annexé au traité sur l'Union européenne et au traité sur le fonctionnement de l'Union européenne et vu le rapport de la commission de l'industrie, de la recherche et de l'énergie du Parlement européen, j'ai voté en faveur de ce rapport qui invite la Commission à modifier en conséquence sa proposition, conformément à l'article 293, paragraphe 2, du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne et à l'article 106 bis du traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Deja, Parlamentas priėmė šį labai nesubalansuotą tekstą dėl Anglies ir plieno mokslinių tyrimų fondo mokslinių tyrimų programos ir tos programos daugiamečių techninių gairių. Deja, mums nepavyko iš teksto pašalinti užuominų į paramą skalūnų dujų gavybai. Taip pat nepavyko įtraukti nuostatų dėl technologiškai pažangių plieno gamybos būdų ar didesnio skaidrumo ekspertų grupių veikloje.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A UE apoia a investigação do carvão e do aço há mais de 50 anos, desde o Tratado da Comunidade Europeia do Carvão e do Aço (CECA), assinado em 1951.

Quando o Tratado expirou (2002), foi decidido colocar os ativos da CECA à disposição de um Fundo de Investigação do Carvão e do Aço, sendo este financiado pelas receitas geradas pelos ativos remanescentes da antiga CECA e gerido pela Comissão Europeia (CE).

O Fundo de Investigação é complementar ao programa Horizonte 2020 e garante, anualmente, um financiamento de aproximadamente 50 milhões de euros para a inovação nos setores do carvão e do aço.

O objetivo da presente proposta é alterar a base jurídica do Programa após a avaliação periódica das suas regras de gestão tendo em vista a facilitação do acesso ao financiamento, mediante regras simplificadas e uma harmonização com as regras do programa geral de investigação Horizonte 2020 (com o qual as partes interessadas dos sectores estão familiarizadas), garantindo que o programa seja gerido pela CE com a devida transparência.

Por concordar e reconhecer a importância da harmonização e simplificação das regras inerentes a este Programa, votei favoravelmente esta resolução.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Veränderung der Verwaltungsregeln für das Forschungsprogramm des Forschungsfonds für Kohle und Stahl gestimmt.

Ziel der Veränderungen ist es, eine transparente Verwaltung eines aus dem Gesamthaushalt der EU finanzierten Programms sicherzustellen.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Il fondo di ricerca carbone e acciaio fornisce ogni anno circa 50 milioni di EUR di finanziamenti a favore della ricerca e dello sviluppo nel settore del carbone e in quello dell'acciaio, al fine di riunire i partner industriali, le PMI, i principali centri di ricerca e le università in tutta l'Unione europea e di sviluppare le conoscenze e promuovere l'innovazione.

La proposta modifica la base giuridica del programma di ricerca con l'obiettivo di garantire una gestione più trasparente e semplificare le regole di finanziamento per facilitare la partecipazione delle piccole e medie imprese (PMI). Le nuove modifiche consentiranno inoltre un allineamento proporzionato alle regole di «Orizzonte 2020», lasciando invariati gli obiettivi e l'ambito di applicazione del programma.

Ho deciso pertanto di votare a favore.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as I do not wish to see the EU spend UK taxpayers' money on research. This should be done by our own parliament.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this proposal, the purpose of which is to amend the legal base after the periodical assessment of its management rules, with a view to implementing the objectives of facilitating access to funding, ensuring due transparency and alignment with the Commission's rules on expert groups.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za. Podporujem výskum v oblasti uhlia a ocele a transparentné využitie prostriedkov z Výskumného fondu pre uhlie a oceľ (VFUO), ktorý sa financuje zo ziskov vytvorených prostredníctvom výnosov zo zostávajúcich aktív (už neplatného) Európskeho spoločenstva pre uhlie a oceľ (ESUO). Považujem za nevyhnutné, aby sa zabezpečilo to, že Komisia bude riadiť program s náležitou transparentnosťou a v súlade s pravidlami Komisie o expertných skupinách. Vítam to, že sa uľahčí prístup k finančným prostriedkom prostredníctvom zjednodušenia pravidiel programu VFUO a maximálneho zosúladenia pravidiel VFUO s pravidlami pri programe Horizont 2020. Zjednoduší sa tým účasť rovnakých príjemcov v programoch Horizont 2020 a VFUO.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Nisam podržao ovo izvješće, ali ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podpora výskumu v oblasti uhlia a ocele sa datuje už od založenia Európskeho spoločenstva pre uhlie a oceľ v roku 1951. Keď platnosť zmluvy v roku 2002 sa skončila, rozhodlo sa, že aktíva Európskeho spoločenstva pre uhlie a oceľ budú uvoľnené na výskumný fond pre uhlie a oceľ. Program sa financuje zo ziskov vytvorených prostredníctvom výnosov zo zostávajúcich aktív a riadi ho Komisia. Tento fond je doplnkom k programu Horizont 2020 a je riadený mimo neho. Ročne poskytuje prostriedky na vývoj a výskum a inovácie v odvetví uhlia a ocele vo výške asi 50 miliónov EUR. Spája priemyselných partnerov, MSP, významné výskumné centrá a univerzity z celej Európskej únie za účelom rozvoja poznatkov a podpory inováciám v tomto odvetví. Financovaný výskum sa zameriava na výrobné procesy, využívanie a ochranu zdrojov, zlepšenia v oblasti životného prostredia a bezpečnosť pri práci v príslušných odvetviach. Cieľom schváleného uznesenia je uľahčiť prístup k finančným prostriedkom prostredníctvom zjednodušenia pravidiel programu a ich primeraného zosúladenia s pravidlami rámcového výskumného programu Horizont 2020.

Μαρία Σπυράκη (PPE), *γραπτώς*. – Σκοπός της πρότασης για την τροποποίηση της απόφασης 2008/376/ΕΚ του Συμβουλίου σχετικά με την έγκριση του ερευνητικού προγράμματος του ΤΕΑΧ είναι η διευκόλυνση της πρόσβασης στη χρηματοδότηση και η διαχείρισή του με τη δέουσα διαφάνεια.

Δεδομένου ότι η πρόταση δημοσιεύθηκε λίγες εβδομάδες πριν από την υιοθέτηση από την Επιτροπή επικαιροποιημένων οριζόντιων κανόνων σχετικά με τη λειτουργία των Ομάδων Εμπειρογνωμόνων κι ενώ το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο προετοιμάζει ψήφισμα που θα αποτελέσει τη θέση του επί της τελευταίας επικαιροποίησης της Επιτροπής, ελήφθη μέριμνα ώστε οι τροποποιήσεις που εισάγονται να είναι συνεπείς με το επικείμενο ψήφισμα και να μην προδικάζουν την έκβασή του.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Uhlie a oceľ zohrávali v procese európskej integrácie dôležitú úlohu. Kým využívanie uhlia ako paliva je na ústupe, oceľ je a bude dôležitou zložkou priemyselnej výroby a obchodu. Výskum v týchto oblastiach by sa mal v budúcnosti zameriavať hlavne na inovácie a efektivitu ťažby, výroby a spracovania, čo súvisí aj s potrebou ochrany ovzdušia a životného prostredia všeobecne.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – EU podržava istraživanja za ugljen i čelik za više od 50 godina. Sve je počelo s Ugovorom o Europskoj uniji za čelik i ugljen (ECSC, potpisan 1951. godine).

Kada je ovaj Ugovor istekao 2002. godine, osnovan je Istraživački fond za ugljen i čelik (RFCS), kojim upravlja Komisija. Istraživački fond za ugljen i čelik okuplja industrijske partnere, mala i srednja poduzeća, vodeće istraživačke centre i sveučilišta iz cijele Europske unije te potiče razvoj znanja i inovacija u sektoru.

Podržavam prijedlog o izmjeni i dopuni zakonske osnove Istraživačkog fonda za ugljen i čelik kako bi se olakšao pristup financiranju te kako bi se isti uskladio s pravilima općeg istraživačkog programa Horizon 2020.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu sklepa Sveta o spremembi Odločbe Sveta o sprejetju Raziskovalnega programa Raziskovalnega sklada za premog in jeklo in o večletnih tehničnih smernicah za ta program. Podpiram predlagane spremembe, s katerim poudarjamo pomembnost sektorja premoga in jekla v procesu evropskega povezovanja ter vloge v industriji Unije. Podpiram, da podjetja upoštevajo pravne zahteve o družbeni odgovornosti, hkrati pa najdejo dokončne rešitve, s katerimi bodo zmanjšali socialne posledice tranzicije ali zaprta obratov. Delovne razmere v tem sektorju so namreč zahtevne in pogosto škodujejo zdravju delavcev in državljanov

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η εν λόγω έρευνα εστιάζει στην περιβαλλοντική επίδοση, στη βελτίωση των διαδικασιών, στη διατήρηση των πόρων και στην ασφάλεια της εργασίας στους τομείς του άνθρακα και του χάλυβα. Οι βιομηχανίες άνθρακα και χάλυβα αντιμετωπίζουν σοβαρά προβλήματα στο επίπεδο της Ένωσης, τα οποία σαφώς και δεν μπορούν να επιλυθούν με το ταμείο αυτό, ωστόσο αυτό θα αποτελέσει ένα χρήσιμο εργαλείο για τη στήριξη των εν λόγω τομέων. Κύρια εστιάζουμε στο γεγονός ότι το ταμείο αυτό πρέπει να χρησιμοποιηθεί για να βρεθούν βιώσιμες λύσεις προκειμένου οι δύο αυτοί τομείς να διατηρήσουν τις δραστηριότητες τους λαμβάνοντας κυρίως υπόψη την μακροπρόθεσμη βιωσιμότητα τους. Για αυτούς τους λόγους υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η εν λόγω πρόταση είναι άκαιρη, καθόσον δεν λαμβάνει υπόψη της σημαντικά στοιχεία που προέκυψαν και δύνανται να επιφέρουν σημαντικές μελλοντικές επιπτώσεις.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az Európai Szén- és Acélközösséget megalapító szerződés 2012-ben lejárt. Ezt követően a tagországok úgy döntöttek, hogy a szerződés kiváltására egy kutatásokat támogató alapot hoznak létre, amely a szén- és acélipari innovációt hivatott támogatni. Az alap körülbelül évi 50 milliárd euróval járul hozzá az innovációhoz, amelynek mind iparvállalatok, mind kisvállalkozások, mind pedig kutatási intézmények a haszonélvezői. Az alap felállítása óta a támogatási prioritások nem változtak jelentősen, ugyanakkor a rendszer működése a gyakorlatban rávilágított, hogy szükségesek további finomhangolások. A később bevezetett Horizont 2020 kutatási és fejlesztési program szintúgy finanszírozást nyújt az innovációval foglalkozók számára.

A két program összehangolása elengedhetetlen a hatékony működés érdekében. Ezeknek megfelelően a mostani javaslat két legfontosabb célja a Szén- és Acélipari Kutatási Alap és a Horizont 2020 működésének harmonizációja finanszírozási, ellenőrzési és menedzsmentfolyamatok szempontjából. Magyarországon mind a szén-, mind az acéliparnak jelentős hagyományai vannak. A hazai lignittermelés továbbra is az árampiaci ellátásbiztonság egyik legfontosabb pillére. Fontos, hogy az iparágakban felhalmozódott tudás ne vesszen el, valamint alkalmazkodva a megváltozott gazdasági és technológiai környezethez, képes legyen naprakészen támogatni az ország gazdaságát és versenyképességét.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Szén- és Acélközösséget (ESZAK) létrehozó szerződés 1951-ben került aláírásra, azóta az EU immáron több mint 50 éve támogatja a szén- és acélipari kutatást. Mindezt úgy, hogy a szerződés 2002-es lejárta után az ESZAK eszközeit (és a hozzájuk kapcsolódó kamatokat) egy szén- és acélipari kutatási alap („RFCS") kapta meg. A programot azokból a bevételekből finanszírozzák, amelyeket az egykori ESZAK megmaradt eszközei generálnak. A jelentés leírja, hogy az RFCS kiegészíti a Horizont 2020 programot és évente körülbelül 50 millió EUR összegű támogatást biztosít kutatási-fejlesztési és innovációs tevékenységre az acél- (72,8%) és a szénipar (27,2%) számára. Tömöríti az uniós ipari partnereket, kis- és középvállalkozásokat, vezető kutatóközpontokat és egyetemeket, és az ágazaton belül segíti őket szaktudásuk továbbfejlesztésében és az innovációban.

A jelentés a Bizottság egyik előterjesztésére reagál, amely ezt a jogalapot módosítaná azzal a céllal, hogy a finanszírozáshoz való hozzáférést megkönnyítse egyszerűsített szabályokkal, méghozzá a „Horizont 2020" általános kutatási keretprogram szabályaihoz való arányos közelítéssel.

További cél, hogy a módosítások révén a programot a Bizottság kellő átláthatóság mellett és a Bizottság szakértői csoportokra vonatkozó szabályaival összhangban igazgassa. A bizottsági javaslat késői közzététele és a kialakítás alatt álló EP-állásfoglalásra való tekintettel, szavazatommal a jelentést és az abban foglalt módosításokat is támogattam.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin ALDE:n linjan mukaisesti mietinnön puolesta, sillä haluan tukea tutkimustyötä. Äänestin muutosehdotusta 16D vastaan, sillä liuskekaasut on hyvä sisällyttää tutkimukseen, vaikka ne eivät käytännössä olisi relevantteja. ALDE:n mukaisesti äänestin miinusta useiden muutosehdotusten kohdalla, joiden sisältö ei mielestäni kuulu ohjelman puitteisiin.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato contro la risoluzione legislativa sul fondo di ricerca carbone e acciaio perché la proposta di decisione non apre alcuno spazio verso un utilizzo diverso di tale fondo, che il contesto industriale attuale rende sempre più necessario. Il fondo di ricerca carbone e acciaio dovrebbe oggi contribuire a risolvere le problematiche industriali che l'UE trascina da decenni.

Il Movimento 5 Stelle chiede un ripensamento dell'approccio generale. Lo scenario del 2002, della liquidazione della CECA, non regge più, non si può continuare quindi con «*business as usual*». Anche entro i vincoli giuridici attuali per la gestione dei fondi, riteniamo che la ricerca debba mandare un segnale chiaro per questi settori industriali.

Per l'acciaio l'impatto sociale e ambientale, sia sui lavoratori che sulle comunità locali. Impianti assolutamente fuori norma non devono più essere oggetto di aiuti ufficiali in Europa, tanto meno per la ricerca, il loro unico orizzonte razionale è lo smantellamento. Per il carbone, a queste preoccupazioni si aggiunge il rispetto per gli obiettivi delle politiche climatiche. Il M5S avrebbe voluto una discussione più approfondita sui proventi risultanti dalla liquidazione e chiede un utilizzo coraggioso dei medesimi per far sì che contribuiscano davvero a risolvere problemi ormai di vecchia data.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – The purpose of this proposal which I support is to amend the legal base after the periodical assessment of its management rules, with a view to implementing the objectives of facilitating access to funding, ensuring due transparency and alignment with the Commission's rules on expert groups. This report raised important questions related to the social impact of restructuring and closing down of mines in the coal industry, as well as the evaluation of possible new support facilities to manage labour market transitions. I believe it is very important to assess the impact on employment of workers and local communities of emissions reduction and energy consumption. The debate should stay open on these issues.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte écrit par l'ancien président du Parlement européen.

L'Union européenne soutient la recherche sur le charbon et l'acier depuis plus de cinquante ans. Tout a commencé en 1951 avec la signature du traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier (CECA).

À l'expiration du traité en 2002, il a été convenu de consacrer les avoirs de la CECA (et les intérêts s'y rapportant) à la constitution d'un Fonds de recherche du charbon et de l'acier (FRCA). Le programme FRCA, géré par la Commission, est financé par les recettes produites par le patrimoine de la CECA en liquidation.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Research Fund for Coal and Steel (RFCS) was established after the expiry of the European Coal and Steel Community Treaty (ECSC) in 2012 and provides annually around 50 million euros, from the EU general budget, managed by the Commission for R&D and innovation funding to the coal and steel sectors (27.2% for coal and 72.8% for steel) in order to develop knowledge and foster innovation. The proposed revision of the RFCS legal basis is focused on the management rules for the programme and is in line with the procedures and concepts used for Horizon 2020, the EU programme for research and innovation, which will act as an outline for the rules for participation and dissemination in the RFCS programme.

As a shadow rapporteur for this file I decided to focus mainly on issues of transparency and support for SMEs to be able to benefit more from this fund. All my amendments were endorsed by the EP. I did not support amendments which went beyond the framework of the programme or which would lead to a significant change to the basis for the programme, as that is not necessary in my opinion. In the final vote I supported the texts as proposed by the EP.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Un'industria che non si rinnova è un'industria che è destinata a non poter rispondere adeguatamente alle sfide nel mondo globalizzato. Come legislatori abbiamo il compito di fornire alle nostre industrie gli strumenti per potersi innovare.

Per questa ragione ritengo importante che ci sia un programma di ricerca volto a finanziare la ricerca per migliorare i processi di produzione dell'acciaio. Il fine è quello di potenziare la qualità dei prodotti e aumentarne la produttività.

In materia industriale e di ricerca le nostre priorità devono essere sempre azioni quali la riduzione delle emissioni, la diminuzione del consumo di energia e dell'impatto ambientale, nonché un migliore utilizzo delle materie prime.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o istraživačkom programu Istraživačkog fonda za ugljen i čelik", jer se radi o području koje EU istražuje i podržava više od 50 godina. Prvi ovakav ugovor potpisan je 1951. godine, a istekom istog 2002. godine imovina se stavlja na raspolaganje Istraživačkom fondu za ugljen i čelik koji daje 50 milijuna eura godišnje sektorima za ugljen i čelik za istraživanje i inovacije.

Sektori ugljena i čelika od izuzetne su važnosti za proces europske integracije, ali istodobno su i uvjeti rada u istima zahtjevni i štetni za radnike. Treba razmotriti jednostavnija pravila financiranja i dopustiti upotrebu „jediničnih troškova" u korist malih i srednjih poduzeća uključenih u program.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Palaikiau pranešimą, susijusį su vadinamąja anglies ir plieno tyrimų programa todėl, kad būtina įvesti geresnes sąlygas, taip pat ir nurodymus. Anglies ir plieno sektoriai yra svarbūs europietiškame integracijos procese ir sudaro pagrindinį vaidmenį bendroje Sąjungos pramonės struktūroje. Bet tuo pat metu darbo sąlygos tose sektoriuose yra labai sunkios ir dažnai blogai veikia darbuotojų ir piliečių sveikatą. Todėl gamyklos ir įmonės turėtų vadovautis visomis sąlygomis, susijusiomis su pilietine atsakomybe, pateikti galutinius sprendimus, mažinti visuomeninių pertvarkymų padarinius arba likviduoti gamyklas. Esant galimybei reikėtų konsultuotis su visuomeniniais partneriais dėl klausimų, susijusių su visuotine atsakomybe ir darbo vietų saugojimu.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – EU već više od 50 godina podržava istraživanje o ugljenu i čeliku, a sve je počelo s Ugovorom o Europskoj zajednici za ugljen i čelik (EZUČ), potpisanom 1951. godine. Kad je 2002. taj Ugovor istekao, odlučeno je da će se imovina EZUČ-a staviti na raspolaganje istraživačkom fondu za ugljen i čelik. Program se financira prihodima koje generira preostala imovina nekadašnjeg EZUČ-a, a njime upravlja Komisija.

Istraživački fond za ugljen i čelik komplementaran je programu Obzor 2020. i njime se upravlja izvan okvira tog programa. Fond godišnje sektorima ugljena i čelika daje 50 milijuna eura za istraživanje i razvoj te za inovacije. Preko njega se udružuju industrijski partneri, mala i srednja poduzeća, vodeći istraživački centri i sveučilišta iz cijele Europe kako bi razvili znanje i potaknuli inovacije u tom sektoru, što je od izuzetne važnosti za razvoj tog sektora u svim državama EU-a.

Svrha ovog prijedloga je izmijeniti zakonsku osnovu kako bi se olakšao pristup financiranju pomoću pojednostavljenih pravila te kako bi se zajamčilo da Komisija upravlja programom uz odgovarajuću transparentnost te u skladu s pravilima Komisije o stručnim skupinama.

S obzirom na to da podržavam razloge izmjene pravne osnove, glasovala sam pozitivno o ovom izvješću.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o predlogu sklepa Sveta o spremembi Odločbe Sveta 2008/376/ES o sprejetju Raziskovalnega programa Raziskovalnega sklada za premog in jeklo in o večletnih tehničnih smernicah za ta program sem podprla. EU že več kot 50 let podpira raziskave na področju premoga in jekla. Začelo se je s Pogodbo o Evropski skupnosti za premog in jeklo, podpisano leta 1951. Leta 2002 je prenehala delovati in sredstva so se dala na voljo Raziskovalnemu skladu za premog in jeklo (upravlja ga Evropska komisija) - sklad dopolnjuje program Obzorja 2020. Komisija je predlagala, da bi po redni oceni pravil upravljanja spremenili pravno podlago, in sicer za uresničitev naslednjih ciljev: lažji dostop do financiranja in zagotoviti, da bo Komisija upravljala program z vso potrebno preglednostjo ter v skladu s svojimi pravili o strokovnih skupinah. Rahla skrb za posledice, ki bi jih utegnila imeti posodobljena pravila za Raziskovalni sklad za premog in jeklo.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le 18 avril 1951 fut signé le traité de Paris qui institua la Communauté européenne du charbon et de l'acier (CECA) qui expira le 23 juillet 2002. Les actifs restants de l'ancienne CECA furent alors transférés à un nouveau Fonds de recherche du charbon et de l'acier (FRCA). Alors que la sidérurgie européenne est dans une situation particulièrement critique, le texte de la CE estime que «le FRCA a atteint son objectif de soutien de la compétitivité».

Évidemment, sous le prétexte de «faciliter l'accès aux financements pour les bénéficiaires», le texte vise surtout à donner les pleins pouvoirs à la Commission européenne pour qu'enfin elle «assure seule la gestion du programme FRCA». Autrement dit, il s'agit de donner toujours plus de responsabilités aux bureaucrates non élus qui, par idéologie (alliance de l'ultra-libéralisme financier et des ayatollahs de l'écologie), n'ont pas su protéger nos industries du charbon et de l'acier de la concurrence extra-communautaire.

Cependant quelques dispositions d'investissements dans ces filières ont motivé mon choix de l'abstention.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Celem wniosku Komisji jest zmiana podstawy prawnej po okresowej ocenie zasad zarządzania Funduszu Badawczego Węgla i Stali. Program stanowi uzupełnienie programu „Horyzont 2020" i jest zarządzany osobno. Zapewnia rocznie około 50 mln EUR na finansowanie badań i rozwoju oraz innowacji w sektorach węgla i stali. Zrzesza partnerów przemysłowych, wiodące ośrodki badawcze i uczelnie z całej Unii Europejskiej wokół celu rozwoju wiedzy i wspierania innowacji w sektorze. Finansowane badania obejmują procesy produkcyjne, utylizację i ochronę zasobów, poprawę stanu środowiska oraz bezpieczeństwo pracy w odnośnych sektorach. Głosowałem za przyjęciem rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az EU több mint 50 éve támogatja a szén- és acélipari kutatást. Minden az Európai Szén- és Acélközösséget (ESZAK) létrehozó szerződéssel kezdődött, amely 1951-ben került aláírásra. A mostani javaslatot támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Las enmiendas del Parlamento a la propuesta de la Comisión mejoran el texto inicial en materia de transparencia de los grupos consultativos, del acceso de las pymes al Fondo y, sobre todo, en cuanto a las condiciones laborales de los trabajadores del sector del acero y del carbón. Sin embargo, el propósito del Fondo es asegurar a largo plazo la viabilidad de un sector muy contaminante, sin plantear alternativas al modelo productivo y, por tanto, plantear alternativas laborales para los trabajadores afectados por el cierre de sus empresas. Por ello, me abstengo.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted against the Research Programme of the Research Fund for Coal and Steel because, although the Commission proposal aims at increasing transparency and aligning procedures with the Horizon 2020 Research Programme, I believe that H2020 should not finance fossil fuel energy.

Владимир Уручев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада на г-н Бузек за това Изследователският фонд за въглища и стомана да продължи да съществува, в допълнение към програмата „Хоризонт 2020", и да се управлява самостоятелно от Европейската комисия.

Фондът за стомана и въглища съществува още от подписването на Договора за създаване на Европейска общност за въглища и стомана през 1951г., поставил началото на обединението на европейския континент.

Днес фондът предоставя годишно 50 милиона евро финансиране за научноизследователска и развойна дейност и иновации в областта както на въгледобивния, така и на стоманодобивния сектор (с разпределение 72,8% за стомана и 27,2% за въглища).

Изследователският фонд обединява промишлени предприятия, МСП, водещи изследователски центрове и университети в целия Европейски съюз, с цел както развиване на знания и стимулиране на иновациите в сектора, така и за изследвания на производствените процеси, използването и опазването на ресурсите и околната среда и безопасността на работната среда в тези сектори.

Считам, че не е дошъл още моментът, когато трябва да прекратим изследванията във връзка със стоманата и въглищата, в опит да закрием въобще въглищата като енергиен ресурс. Необходимо е поне още едно десетилетие на интензивни изследвания, за да се установи дали ще се намерят онези технологии, които могат да предложат използването на въглищата по един чист начин.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante este informe se lleva a cabo una modificación de las bases legales del programa de investigación referente a los sectores del carbón y del acero encaminados a la mejora de la gestión del programa, la facilitación del acceso a los fondos mediante la simplificación de las reglas y la actualización de las provisiones referentes a las bases legales de la comitología. Hablamos por lo tanto de un informe encaminado a actualizar este Fondo para mejorarlo, por lo que considero necesario votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido votar a favor del presente informe sobre la propuesta relativa a la aprobación del Programa de Investigación del Fondo de Investigación del Carbón y el Acero, porque esta modificación, resulta una mejora de las normas de funcionamiento del mismo. Este fondo de investigación es una herramienta fundamental para el funcionamiento y la viabilidad a largo plazo de las industrias del carbón y el acero. El presente informe incluye disposiciones para evaluar y dar continuidad a los proyectos desarrollados con la financiación del fondo. Considero que ambas industrias son fundamentales para la actividad industrial y la transición energética de nuestro modelo productivo y es por todo esto por lo que he decidido votar en favor del presente informe.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor omdat het passend is de deelname van kmo's in het RFCS-programma te bevorderen door, onder andere, de regels voor de deelname van kleine en middelgrote ondernemingen (kmo's) in het RFCS-programma te vereenvoudigen en het gebruik van kosten per eenheid toe te staan bij de berekening van de subsidiabele personeelskosten voor kmo-eigenaren en andere natuurlijke personen die geen salaris ontvangen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Tratado da Comunidade Europeia do Carvão e do Aço (CECA), foi assinado à mais 50 anos, em 1951. Quando o Tratado expirou, em 2002, foi decidido colocar os ativos da CECA à disposição de um Fundo de Investigação do Carvão e do Aço (RFCS). O Programa é financiado pelas receitas geradas pelos ativos remanescentes da antiga CECA e é gerido pela Comissão. O RFCS é complementar ao programa Horizonte 2020 e é gerido independentemente deste.

As alterações propostas vão no sentido de facilitar o acesso ao financiamento através de regras simplificadas e uma harmonização proporcionada com as regras do programa geral de investigação Horizonte 2020, e garantir que o programa seja gerido pela Comissão com a devida transparência e em conformidade com as regras da Comissão em matéria de grupos de peritos.

Votamos a favor.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Diesem Bericht habe ich zugestimmt, da zu einem mehr Transparenz gefordert wird und zum anderen KMU dadurch einen leichteren Zugang zu RFCS bekommen.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this proposal amending the legal basis of the research programme dedicated to the Coal and Steel sectors with a view to implementing the following objectives: ensuring transparent management of the programme; facilitating access to funding for beneficiaries with simplified rules and updating the provisions referred to in the legal basis concerning, in particular, comitology. The S&D group also pushed for the inclusion of an analysis of the impact of mining operations on employment of workers and on local communities.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution because I believe that coal and steel sectors are very important for the process of European integration. However, working conditions in those sectors are still resulting in harm to the health of workers and citizens. I agree with the call for installations and companies to respect all legal requirements and minimise possible harm caused by the transition or closure of installations. The coal and steel sectors are meant to provide positive outcomes, and continuing to perform research in this area will help those sectors to do so.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul cu privire la propunerea Consiliului referitoare la programul de cercetare al Fondului de cercetare pentru cărbune și oțel. Potrivit raportorului, timp de mai bine de 50 de ani, UE a sprijinit cercetările din domeniul cărbunelui și oțelului, această practică începând cu Tratatul de instituire a Comunității Europene a Cărbunelui și Oțelului (CECO, semnat în 1951).

Conform Comisiei, scopul acestei propuneri este de a modifica temeiul juridic după evaluarea periodică a normelor de gestionare a acestuia în vederea îndeplinirii următoarelor obiective: facilitarea accesului la finanțare cu ajutorul unor norme simplificate; garantarea faptului că programul este gestionat de către Comisie cu transparența necesară, respectând normele Comisiei referitoare la grupurile de experți.

Apreciez spiritul critic al raportorului, care menționează faptul că nu este pe deplin convins că alinierea normelor RFCS cu cele din programul Orizont 2020 necesită modificarea temeiului juridic. Conform acestuia, propunerea respectivă a fost publicată cu doar câteva săptămâni înainte ca Comisia să fi publicat norme orizontale actualizate referitoare la această chestiune, raportorul fiind preocupat de viitoarele implicații pe care actualizarea normelor le-ar putea avea asupra acestei propuneri referitoare la RFCS.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – V roku 1951 bola podpísaná zmluva o založení Európskeho spoločenstva pre uhlie a oceľ. Výskum v tejto oblasti sa financuje z Výskumného fondu pre uhlie a oceľ (VFUO). Ročný objem peňazí, ktorý smeruje na vývoj, výskum a inovácie v tomto odvetí, predstavuje 50 miliónov eur. Tento fond je zároveň doplnkom k programu Horizont 2020. Je unikátny z toho dôvodu, že spája priemyselných partnerov, malé a stredné podniky, významné výskumné centrá a univerzity z celej Európskej únie za účelom rozvoja poznatkov a podpory inovácií v tomto odvetví. Financovaný výskum sa zameriava na výrobné procesy, využívanie a ochranu zdrojov, zlepšenia v oblasti životného prostredia a bezpečnosť pri práci v príslušných odvetviach.

Návrh Komisie, ktorý som podporila, by mal uľahčiť prístup k finančným prostriedkom prostredníctvom zjednodušenia pravidiel programu a ich primeraného zosúladenia s pravidlami rámcového výskumného programu „Horizont 2020“. Mal by tiež zabezpečiť, aby Komisia riadila program s náležitou transparentnosťou a v súlade s pravidlami o expertných skupinách.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen het onderzoeksprogramma van het fonds voor onderzoek inzake kolen en staal. De reden van oprichting van het fonds is achterhaald. Het fonds zou opgeheven moeten worden.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu o návrhu rozhodnutia Rady, ktorým sa mení rozhodnutie o prijatí výskumného programu Výskumného fondu pre uhlie a oceľ a o viacročných technických pokynoch pre tento program, som podporila. Účelom komisného návrhu bolo pozmeniť právny základ programu po tom, ako prebehlo jeho pravidelné zhodnotenie. Európska únia podporuje výskum v oblasti uhlia a ocele už od roku 1951. Keďže však pôvodná zmluva upravujúca Spoločenstvo uhlia a ocele vypršala, bolo potrebné nájsť iný spôsob podpory tohto výskumu, a preto bol založený nový výskumný fond. Myslím si, že ide o tradičné odvetvie rozšírené v celej Európskej únii, a preto zjednodušenie právneho rámca, ako aj pravidiel týkajúcich sa financií z tohto fondu podporujem. Na druhej strane som však uvítala aj pozmeňujúce návrhy, ktoré vyzývali na pomalú zmenu orientácie, a to od zachovávania kontinuity ťažby uhlia v Európe za každú cenu k hľadaniu alternatív, rekultivácii životného prostredia a tvorby iných, na uhlie a oceľ nenaviazaných pracovných miest.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Buzek que facilita o acesso ao financiamento através de regras simplificadas do Programa de Investigação do Fundo de Investigação do Carvão e do Aço com as regras do programa geral de investigação Horizonte 2020. Destaco as propostas para garantir que o programa seja gerido com a devida transparência e em conformidade com as regras em vigor em matéria de grupos de peritos. Lamento apenas a rejeição por parte da Comissão de Indústria de algumas emendas do grupo socialista europeu que teriam reforçado o papel do Fundo em ações relevantes para a investigação no domínio do carvão e do aço.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog odluke Vijeća o izmjeni Odluke 2008/376/EZ o usvajanju istraživačkog programa Istraživačkog fonda za ugljen i čelik. Istraživački fond za ugljen i čelik komplementaran je programu Obzor 2020. i njime se upravlja izvan okvira tog programa.

Fond godišnje sektorima ugljena i čelika daje 50 milijuna EUR za istraživanje i razvoj te inovacije (72,8 % sredstava ide sektoru čelika, a 27,2 % sektoru ugljena). Preko njega se udružuju industrijski partneri, mala i srednja poduzeća, vodeći istraživački centri i sveučilišta iz cijele Europe kako bi razvili znanje i potaknuli inovacije u tom sektoru.

Svrha prijedloga je izmijeniti pravnu osnovu nakon periodične procjene pravila o upravljanju, time će se ostvariti ciljevi pristupanja financiranju usklađenog s pravilima općeg istraživačkog programa „Obzor 2020" te će se zajamčiti da Komisija upravlja programom uz odgovarajuću transparentnost te u skladu s pravilima Komisije o stručnim skupinama, to se posebno tiče odredaba koji se odnose na komitologiju.

Milan Zver (PPE), *pisno.* – Glasoval sem za Poročilo o predlogu sklepa Sveta o spremembi Odločbe Sveta 2008/376/ES o sprejetju Raziskovalnega programa Raziskovalnega sklada za premog in jeklo in o večletnih tehničnih smernicah za ta program.

Sektor premoga in jekla je pomemben v procesu evropskega povezovanja in ima bistveno vlogo v industriji Unije. Namen tega predloga je, da bi po redni oceni pravil upravljanja spremenili pravno podlago, s katerimi bi med drugim omogočili lažji dostop do financiranja s poenostavljenimi pravili in tako upravičencem omogočili udeležbo v obeh raziskovalnih programih (Raziskovalni sklad za premog in jeklo ter program Obzorje 2020). Financirani raziskovalni programi se ukvarjajo s proizvodnimi procesi, izkoriščanjem in ohranjanjem virov, okoljskimi izboljšavami in varnostjo pri delu v teh sektorjih.

10.15. Jahresbericht 2015 über die Menschenrechte und die Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich (A8-0355/2016 - Josef Weidenholzer)

Oral explanations of vote

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já považuji téma lidských práv a demokracie za velmi důležitou agendu Evropské unie. Je to také celá řada bodů, kdy tu řešíme stav lidských práv a demokracie v jednotlivých státech na světě. S většinou té zprávy souhlasím. Nicméně nakonec jsem ji nepodpořil a zdržel jsem se, protože v té zprávě jsou i body, které jsou zkrátka politicky velmi třaskavé, na které nemáme zde na půdě Evropského parlamentu jednotný názor. Je tak trochu škoda, že v této rekapitulující zprávě jsou věci, které mě třeba vedly k tomu, že nakonec jsem zprávu nemohl podpořit, byť s absolutní většinou souhlasím.

Jsou to věci jako snaha prosadit jednotný azylový systém nebo urychlit řešení relokací a tak dále. Dobře víme, že toto je téma, které zde sněmovnu, ale i evropské politiky rozděluje. Já tedy konstatuji, že toto je důvod, proč jsem zprávu nakonec nepodpořil, byť s principy monitoringu lidských práv a demokracie ve světě souhlasím.

Anna Záborská (PPE). – Považujem za správne, že tento Parlament každoročne hodnotí situáciu vo svete z pohľadu dodržiavania ľudských práv a stavu demokracie. O to viac ma mrzí, že časť poslancov vždy využije túto príležitosť na to, aby do textu pretlačili aj požiadavky, ktoré majú s ľudskými právami len veľmi málo spoločného.

Univerzálne ľudské právo na potrat neexistuje. Napriek tomu sa táto požiadavka ocitla v predloženej správe. Podobne Európsky súd pre ľudské práva opakovane potvrdil, že nie je ľudským právom dvoch ľudí rovnakého pohlavia uzavrieť manželstvo. Napriek tomu správa požaduje od štátov uznávanie týchto zväzkov, čím navyše zasahuje do kompetencie členských štátov. Takúto skreslenú predstavu o ľudských právach som preto musela odmietnuť, napriek tomu, že si vážim mnohé aktivity kolegu Weidenholzera.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, in line with the EPP, I voted in favour of this report in its final version, given the report's balanced consideration of the state of human rights and democracy in the EU and beyond. Having said that, my colleagues and I from Ireland did abstain or vote against some of the amendments.

I remain alarmed by continuing incidents of violence and persecution, intolerance, and discrimination towards minorities, and ongoing trends of migration and displacement. However, the advancement of democracy, universality and indivisibility of human rights and fundamental freedoms and the rule of law continue to define our policy in this field. Thus we may hope that the shared challenges which we face in this year may be handled in the spirit of bilateral engagement and cooperation as we continue to advance towards the improvement of human rights. I must say that, hopefully, those who continuously criticise the European Union and the European Parliament might give us credit for the ongoing work we are doing continuously, day in day out, in promoting human rights right across the globe.

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Ogni anno il Parlamento europeo si occupa di redigere una relazione esplicativa sulla propria posizione in materia di diritti umani. La seguente si riferisce all'anno 2015.

Oltre agli elementi che vengono solitamente considerati nella presentazione della relazione, quest'anno sono stati introdotti alcuni punti che possono essere definiti innovativi ed estremamente interessanti. Ad esempio considero molto positivi i paragrafi che riguardano la libertà di espressione online e offline e attraverso audiovisivi e altri media, il paragrafo riguardante i migranti, i rifugiati e coloro che cercano asilo e il collegamento tra democrazia e diritti umani.

Proprio di quest'ultimo tema mi sono a lungo occupata in riferimento ad altre relazioni e quindi apprezzo molto sia stata inserita nel dossier una sezione separata che tratta dell'argomento.

Per queste ragioni ho deciso di votare a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque, ante una situación global cada vez más crítica en el respeto de los derechos humanos, el Parlamento envía un mensaje contundente para que la Unión se mantenga firme en su promoción y defensa, a través de todas sus políticas externas. Especialmente en tiempos de inseguridad y crisis, la Unión debe ser fiel a los valores fundamentales que la inspiran.

En este sentido, los socialistas hemos conseguido introducir en el texto una petición clara de protección efectiva de los derechos de refugiados y demandantes de asilo —pues creemos que Europa no ha estado a la altura de sus compromisos en la gestión de la llegada de cientos de miles de personas con derecho a protección— y soluciones consistentes y a largo plazo para el fenómeno migratorio acordes con el respeto de los derechos humanos.

Con este informe mostramos también una grave preocupación por la constante reducción del espacio de la sociedad civil que puede observarse en múltiples países —con un grave deterioro de libertades fundamentales de asociación y expresión— a menudo bajo la excusa de la lucha contra el terrorismo, y pedimos también mejoras en los mecanismos de protección de activistas y defensores de derechos humanos.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra porque el Informe anual sobre los derechos humanos pide una mayor integración militar europea y mejorar la preparación y flexibilidad de las fuerzas armadas europeas, «para permitirles responder a las amenazas y los casos de violaciones graves de los derechos humanos», lo cual constituye un total contrasentido; es decir, pretende que a través del incremento de la seguridad y la defensa aumenten las garantías de los derechos fundamentales. Una excusa para justificar el aumento de las capacidades militares.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl Europos Parlamento rezoliucijos dėl 2015 m. metinės žmogaus teisių ir demokratijos pasaulyje ir Europos Sąjungos politikos šioje srityje ataskaitos. Kaip teisingai konstatuojama ataskaitoje, visame pasaulyje kyla pavojus, kad žmogaus teisių ir demokratinių vertybių bus nesilaikoma ir jos nebus propaguojamos. Kai kurios šalys, įskaitant valdomas autoritarinių režimų ir teroristinių grupuočių, vis dažniau ir atkakliau ginčija žmogaus teisių visuotinumą. Vis aktyvesnės taip pat ir pastangos sumažinti erdvę, skiriamą pilietinei visuomenei ir žmogaus teisių gynėjams, labiau ribojamos susirinkimų laisvės ir saviraiškos laisvės. Pritariu raginimui pasmerkti tokį piktnaudžiavimą ir pažeidimus. Jokiais teisės aktais neturėtų būti jokiu būdu mažinama erdvė, kurioje pilietinės visuomenės grupės gali veikti. Ataskaitoje ES institucijos ir valstybės narės raginamos veikti, laikantis savo įsipareigojimų propaguoti demokratiją ir teisinę valstybę, ginti ir įgyvendinti žmogaus teises ir pagrindines laisves. Sveikintinas ir raginimas ES valstybėms narėms pačioms rodyti pavyzdį ir laikytis bendros pozicijos, remiant žmogaus teisių nedalomumą. Galiausiai, primenama apie ES įsipareigojimą remti žmogaus teises ir puoselėti demokratines vertybes visame pasaulyje. Spartus ir tinkamas atsakas į žmogaus teisių pažeidimus turi būti užtikrintas net ir ankstyvuose žmogaus teisių pažeidimų etapuose.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Il s'agit du rapport annuel sur les droits de l'homme, bilan de l'action de l'UE en la matière. Ce texte entend renforcer le rôle diplomatique de l'UE en utilisant les droits de l'homme comme levier d'empiétement sur l'action des États. Il assume par ailleurs une volonté d'ingérence dans les affaires des États tiers au nom de la défense des humanitaires. Dans la lignée des autres rapports droits de l'homme, je me suis bien évidemment opposée à ce texte droitdelhommiste et politiquement correct.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as it talks about further EU integration in areas such as defence, which is not an issue which should come up in a human rights report (or even at all, since the defence of the realm is the very definition of a sovereign matter). I note that the proposed solution to any crisis continues to be 'more European Union' even when that it patently inappropriate or flies in the face of previous evidence of EU failure.

However, I did support text which highlighted the dangers to persecuted Christian minorities across the world, and specifically which noted the dangers to ancient communities in the Middle East and North Africa, and I voted accordingly on paragraph 148 of this report.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai décidé d'approuver ce rapport sur les droits de l'homme et la démocratie dans le monde et la politique de l'Union européenne en la matière. Je m'inquiète du fait que la promotion et la protection des droits de l'homme soient menacées par des régimes totalitaires et des groupes terroristes dans certaines régions du monde. Il est plus que jamais nécessaire de rappeler que l'Union européenne axe sa politique extérieure sur la promotion de la démocratie et de l'état de droit. J'ajouterai enfin que l'Union, si elle veut être un acteur crédible dans ce domaine, se doit de garantir une cohérence accrue entre ses politiques intérieures et extérieures

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl metinės ataskaitos dėl žmogaus teisių ir demokratijos pasaulyje 2015 m. ir Europos Sąjungos politikos šioje srityje. Atsižvelgdamas į pablogėjusią situaciją dėl žmogaus teisių ir demokratijos pasaulyje bei konfliktų įvairovės, pritariu, kad ES turi daugiau dėmesio skirti žmonių teisių klausimams, nes tam ES turi daug veikimo instrumentų.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le rapport entend renforcer le rôle diplomatique de l'Union européenne en utilisant les droits de l'homme comme prétexte afin de peser sur l'action des États. Il assume par ailleurs une volonté d'ingérence dans les affaires des États tiers au nom de la défense des associations humanitaires. J'ai voté contre.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui appelle tous les acteurs concernés à prendre pleinement en charge leur rôle quant au respect des droits de l'homme et des valeurs démocratiques étant donné que ces droits sont de plus en plus menacés dans le monde. Face à cette situation alarmante, il est primordial que les institutions européennes et États membres placent les droits de l'homme au centre des politiques extérieures de l'Union en les promouvant et les défendant fermement. Dans cette optique, le Parlement se réjouit de l'adoption du second plan de l'UE sur les droits de l'homme et la démocratie (2015-2019) et encourage les États membres à implémenter les actions énoncées. D'autres mesures sont également encouragées dans le rapport pour parvenir à cette fin, dont le renforcement du dialogue sur les droits de l'homme avec des pays tiers.

Le respect de ces droits doit se faire auprès de toute la population mondiale de manière égale, qu'il s'agisse des femmes, enfants, personnes âgées, personnes handicapées ou encore celles faisant partie d'une minorité. Néanmoins, la question est particulièrement inquiétante en ce qui concerne les migrants, réfugiés et demandeurs d'asile, victimes des réseaux de trafics humains et qui voient leurs droits fondamentaux violés alors qu'ils fuient la guerre.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor por tratarse de un informe muy equilibrado y completo.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – La comunidad internacional ha sido incapaz de frenar los conflictos bélicos y las matanzas más allá de sus fronteras, y de apoyar procesos democráticos que hayan podido evitar el desplazamiento de miles de refugiados y la muerte de miles de personas durante el período anual de este informe. Las directrices europeas sobre derechos humanos nos parecen insuficientes y con sus políticas la Unión ha sido cómplice de la crisis humanitaria más importante de las últimas décadas. No he encontrado una defensa de los derechos sociales en este informe y sí artículos que utilizan la defensa de los derechos humanos como estrategia de penetración comercial en terceros países. Los principios voluntarios para el control de las multinacionales no son suficientes. Obviamente estoy en contra de una mayor integración militar europea. Si realmente se quiere trabajar para mantener la coherencia con la defensa de los derechos humanos, tal y como se defiende en este informe, debemos enfrentarnos con firmeza a reacciones xenófobas, replantear nuestras políticas comerciales, y no permitir la entrada de personas sin derechos dentro de

nuestro territorio. Por la defensa de los derechos de todas y de todos, y nuestra obligación de defenderlos, he votado abstención en este informe.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe anual sobre los derechos humanos y la democracia en el mundo y la política de la UE al respecto. Quiero felicitar al ponente por su labor. He apoyado además la enmienda en la que se pide que se respeten los derechos fundamentales del pueblo del Sáhara Occidental y se exige la liberación de todos los presos políticos saharauis, así como que se permita el acceso a los territorios a los diputados al Parlamento, los observadores independientes, las ONG y la prensa. Se pide además una solución justa y duradera del conflicto basada en el pueblo saharaui de conformidad con las resoluciones de las Naciones Unidas en la materia.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce texte concerne le rapport annuel 2015 sur les droits de l'homme et la démocratie dans le monde et la politique de l'Union européenne en la matière et il dresse le bilan de l'action de l'UE dans le domaine. Le rapport veut en réalité renforcer le rôle diplomatique de l'UE en utilisant les droits de l'homme comme levier d'empiétement sur l'action des États (paragraphes 19 à 25). Il souhaite aussi clairement s'ingérer dans les affaires des États tiers au nom de la défense des humanitaires. J'ai donc, pour ces simples raisons, voté contre le rapport.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Betänkande om årsrapporten om mänskliga rättigheter och demokrati i världen och Europeiska unionens politik på området 2015 (Weidenholzer)

Jag har lagt ner min röst.

Betänkandet omfattande och täcker in det mesta av mänskliga rättigheter-frågor. Det har många positiva punkter såsom behovet av säkra och lagliga flyktvägar till EU, HBTQ-personers rättigheter, markeringar mot rasism och xenofobi, etc.

Men betänkandet innehåller också en hel del negativa punkter, främst på säkerhetsområdet. Exempelvis efterlyser betänkandet ”en ytterligare militär integration i Europa för att förbättra de europeiska väpnade styrkornas beredskap och flexibilitet”. Betänkandet ställer sig också positivt till militära operationer såsom ”Eunavfor MED Sophia”, vilket har varit en oerhört kritiserad operation från ett MR-perspektiv.

Det finns även problematiska skrivningar på migrationsområdet, där deportationer ses som en viktig del av det gemensamma europeiska asylsystemet. Det här är inte någonting jag kan stödja, och inte någonting som borde ta plats i ett betänkande om mänskliga rättigheter.

Dessa, och fler punkter, gjorde att jag bestämde mig för att lägga ner min röst.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. –He votado a favor de este informe porque, ante una situación global cada vez más crítica en el respeto de los derechos humanos, el Parlamento envía un mensaje contundente para que la Unión se mantenga firme en su promoción y defensa, a través de todas sus políticas externas. Especialmente en tiempos de inseguridad y crisis, la Unión debe ser fiel a los valores fundamentales que la inspiran.

En este sentido, los socialistas hemos conseguido introducir en el texto una petición clara de protección efectiva de los derechos de refugiados y demandantes de asilo —pues creemos que Europa no ha estado a la altura de sus compromisos en la gestión de la llegada de cientos de miles de personas con derecho a protección— y soluciones consistentes y a largo plazo para el fenómeno migratorio acordes con el respeto de los derechos humanos.

Con este informe mostramos también una grave preocupación por la constante reducción del espacio de la sociedad civil que puede observarse en múltiples países —con un grave deterioro de libertades fundamentales de asociación y expresión— a menudo bajo la excusa de la lucha contra el terrorismo, y pedimos también mejoras en los mecanismos de protección de activistas y defensores de derechos humanos.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame aptariama 2015 m. metinė žmogaus teisių ir demokratijos pasaulyje ir Europos Sąjungos politikos šioje srityje ataskaita. Europos Parlamentas reiškia didelį susirūpinimą, jog visame pasaulyje kyla pavojus, kad žmogaus teisių ir demokratinių vertybių bus nesilaikoma ir jos nebus propaguojamos. Parlamentas tvirtai pabrėžia, kad ES yra įsipareigojusi plėtoti bendrą užsienio ir saugumo politiką (BUSP) ir visas kitas su išorės aspektu susijusias ES politikos sritis, kurių pagrindas – demokratijos, teisinės valstybės, žmogaus teisių ir pagrindinių laisvių universalumo ir nedalumo, pagarbos žmogaus orumui, lygybės ir solidarumo principų ir Jungtinių Tautų chartijoje bei tarptautinėje žmogaus teisių ir humanitarinėje teisėje nustatytų principų propagavimas. Šie principai taip pat neatsiejami nuo išorės veiksmų, kurių neapima BUSP, ir, be kita ko, nuo vystymosi ir

humanitarinės politikos priemonių. Parlamentas taip pat reiškia didelį susirūpinimą dėl šiuo metu prieš daugelį žmogaus teisių gynėjų surengiamų išpuolių, todėl ragina ES ir visų pirma vyriausiąją įgaliotinę ir Komisijos pirmininko pavaduotoją patvirtinti politiką, pagal kurią sistemingai ir nedviprasmiškai būtų pasmerkiami žmogaus teisių gynėjų nužudymai ir bet kokie bandymai kokiu nors būdu imtis prieš juos smurto, juos persekioti, jiems grasinti, prie jų priekabiauti, juos įkalinti arba savavališkai suimti, imtis priemonių, kad jie dingtų, taip pat būtų pasmerkiami tie, kurie vykdo ar toleruoja tokius žiaurumus.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az emberi jogok és a demokrácia világbeli helyzetéről és az EU ezzel kapcsolatos politikájáról szóló jelentésében az Európai Parlament súlyos aggodalmának ad hangot amiatt, hogy az emberi jogok védelme világszerte súlyos fenyegetettségnek van kitéve. A dokumentum hangsúlyozza az Unió emberi jogok – többek között a vallásszabadság, a szólásszabadság és a kisebbségi jogok – előmozdítása iránti hosszú távú elkötelezettségét. Mindemellett sajnálattal kell megállapítanom, hogy a jelentés az Európát sújtó migráció kérdését egyoldalúan emberi jogi kérdésként közelíti meg, figyelmen kívül hagyva annak olyan más, fontos vonatkozásait, mint amilyenek az Unió külső határainak védelme vagy a határátlépés törvényességének a követelménye. Bár említésre méltó, hogy a jelentés különbséget tesz a migránsok és a menekültek között, mindazáltal tartózkodtam a szavazáskor.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo samoinicijativno Izvješće, koje se temelji na principima pristojnosti i jednakosti koja ne prihvaćaju bilo kakav oblik diskriminacije protiv bilo koga od naših građana.

Podržavam osudu svih oblika diskriminacije LGBTI osoba, kao i osudu nedostatka čovječnosti prikazanog na europskim granicama, koji su umjesto samilosti onima koji bježe od rata i progona ponudili zidove i bodljikavu žicu.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport annuel sur les droits de l'homme n'est qu'une occasion supplémentaire de donner plus de pouvoir à l'UE dans les affaires internationales, ce que je condamne. Il va même jusqu'à suggérer une volonté d'ingérence dans les États tiers au nom de la défense des droits de l'homme, ce qui est un comble.

Pour ces raisons je vote contre ce rapport.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — Despite some positive aspects, I voted against the Weidenholzer report. I welcome and fully endorse the report's references to the protection of LGBTI citizens, the acknowledgement of climate refugees, strong language on women's rights and gender equality and its annex, which reiterates the European Parliament's support for the release of Irish prisoner of conscience Ibrahim Halawa. However, some aspects of the report were unacceptable to me. The calls for the development of a common security and defence policy, the strengthening of European military integration, the creation of a common EU asylum policy, the creation of harsh readmission agreements, the selective use of the principle of non-refoulement and more made it impossible to support. Sinn Féin completely opposes the militarisation of the EU. It is an unnecessary and expensive venture that makes a mockery of the neutrality of some of its Member States. We will continue to diligently oppose any further militarisation of the EU and continue to defend Irish military neutrality.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea deve agire in maniera coordinata e coerente nelle sue politiche per lo sviluppo, sia che esse siano rivolte a territori interni all'Unione che a territori esterni. La coerenza delle politiche suppone un accordo su valori e principi a cui conformarsi e su cui convergere. È indispensabile quindi una *governance* e un coordinamento multilivello e su diverse scale per promuovere il dialogo e favorire l'accordo e l'impegno politico di ogni istituzione nel trasformare le sue politiche, integrarle, applicarle e monitorarle secondo quanto previsto, in un processo costante di revisione e rinnovamento.

Non si può rischiare di farsi promotori di valori di democrazia, di rispetto dei diritti umani, di lotta alla povertà e poi attuare – in alcuni settori – delle politiche o degli accordi commerciali con paesi terzi che, indirettamente, creano le condizioni per cui gli impegni presi vengono violati o disattesi. In particolare, per i prossimi anni, è necessario prestare attenzione agli accordi di partenariato e cooperazione con i paesi non democratici in via di sviluppo ove, senza una adeguata procedura di rendicontazione degli aiuti forniti, si rischia di rafforzare involontariamente le parti più oscure di quegli stessi Paesi che vorremmo aiutare.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport annuel porte sur l'état des droits de l'homme et de la démocratie dans le monde ainsi que sur le bilan des actions menées par l'Union européenne en la matière. Ce texte utilise la régression actuelle des droits fondamentaux dans de nombreux États comme prétexte pour renforcer le rôle diplomatique de l'Union européenne alors qu'elle n'a aucune légitimité pour intervenir dans ce domaine de compétence. Par ailleurs, nous considérons que l'Union européenne et ses États membres n'ont pas à s'ingérer dans les affaires intérieures de pays tiers pour imposer leur vision de la démocratie. Enfin, il est surprenant de voir l'Union européenne se soucier du respect des droits de l'Homme dans les pays tiers alors qu'elle impose aux peuples européens des traités de libre-échange et des quotas de migrants clandestins auxquels ils s'opposent fermement. Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Uniunea Europeană s-a angajat la realizarea unei politici externe și de securitate comune, orientate de principiile care au dus la crearea Uniunii și pe care trebuie să le urmărească și să le promoveze la nivel mondial, precum democrația, statul de drept, respectarea demnității umane, principiile egalității și solidarității, indivizibilitatea drepturilor omului și a libertăților fundamentale, precum și respectarea principiilor Cărții Organizației Națiunilor Unite și a dreptului internațional.

De asemenea, relațiile Uniunii Europene cu restul comunităților internaționale duc la afirmarea și promovarea valorilor și a intereselor, dar contribuie și la protecția cetățenilor, la pace, securitate și dezvoltarea durabilă a planetei, duce la solidaritate și respect între popoare, comerț liber și echitabil, eliminarea sărăciei și protecția omului, dar, în special, la protecția drepturilor copilului și la dezvoltarea dreptului internațional.

Am votat în favoarea raportului privind drepturile omului și democrația în lume și politica Uniunii Europene în această privință deoarece consider că, pentru a menține pacea în lume și bunăstarea între popoare, este nevoie să se respecte drepturile omului și să existe o democrație facilă tuturor părților implicate direct.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque, ante una situación global cada vez más crítica en el respeto de los derechos humanos, el Parlamento envía un mensaje contundente para que la Unión se mantenga firme en su promoción y defensa, a través de todas sus políticas externas. Especialmente en tiempos de inseguridad y crisis, la Unión debe ser fiel a los valores fundamentales que la inspiran.

En este sentido, los socialistas hemos conseguido introducir en el texto una petición clara de protección efectiva de los derechos de refugiados y demandantes de asilo —pues creemos que Europa no ha estado a la altura de sus compromisos en la gestión de la llegada de cientos de miles de personas con derecho a protección— y soluciones consistentes y a largo plazo para el fenómeno migratorio acordes con el respeto de los derechos humanos.

Con este informe mostramos también una grave preocupación por la constante reducción del espacio de la sociedad civil que puede observarse en múltiples países —con un grave deterioro de libertades fundamentales de asociación y expresión— a menudo bajo la excusa de la lucha contra el terrorismo, y pedimos también mejoras en los mecanismos de protección de activistas y defensores de derechos humanos.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla relazione annuale 2015 sui diritti umani e la democrazia nel mondo e la politica dell'Unione europea in materia, perché anche nel 2015 sono emerse criticità in tema di diritti umani.

In molti paesi uno spazio sempre più ristretto è stato riservato alla società civile, sono state registrate restrizioni alle organizzazioni non governative, gravi violazioni dei diritti umani ai danni degli attivisti e attacchi contro giornalisti e blogger. C'è bisogno di fare molto di più per garantire le libertà fondamentali, il rispetto della dignità umana, i principi di uguaglianza e di solidarietà.

Oggi più che mai la costruzione di uno spazio europeo dei diritti che sia autenticamente inclusivo nella sua complessità, e non solo unicamente un confine geografico, è un elemento che dovrebbe rappresentare una priorità nell'agenda delle istituzioni comunitarie e degli Stati membri.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report. There were some good aspects to the report, including the fact that it proposes incorporating human rights standards into trade agreements, is strong on LGBTI rights, acknowledges climate refugees and generally addresses gender issues in a positive way. There was also an annex which reiterated the resolution passed by the European Parliament last year on the continued detention without trial of Ibrahim Halawa.

However, the report also made statements about the development of a Common Security and Defence Policy (CSDP), including strengthening European military integration and making more use of readmission agreements. As Sinn Féin does not support these elements, I was forced to reject the text as a whole.

James Carver (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. Whilst we fully support efforts to improve human rights and democracy, we cannot support EU activity in this or any other area. The vote on Article 148(2) regarding Christianity was un-whipped and each MEP voted according to their own conscience.

David Casa (PPE), *in writing*. – I am concerned by continued violence and persecution, intolerance and discrimination against religious and belief minorities around the world. I believe that we should launch interreligious dialogues and ensure that minorities are protected, including in the Middle East, where Yazidi, Christian and Muslim minorities are being persecuted by Da'esh and other terrorist groups, affecting, in particular, women, children, people with disabilities, and elderly people. In its holistic approach to find sustainable, long-term and coherent solutions, based on international human rights standards, it highlights the importance of differentiating between refuges and migrants. Trade and human rights must go hand in hand; and I therefore welcome the adoption of the Commission's new strategy 'Trade for All', which calls for appropriate actions stipulated in human rights clauses. Due to a reference to abortion I was unable to vote in favour of the whole report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La presente relazione è quella con la quale, ogni anno, il Parlamento europeo esprime la propria posizione, la propria valutazione e i propri auspici in materia di diritti umani, prendendo in considerazione gli avvenimenti fattuali, politici e normativi che hanno avuto luogo l'anno precedente, in questo caso quindi ci si riferisce al 2015.

Ho molto apprezzato il grande lavoro svolto sia dal relatore che dai relatori ombra che hanno prodotto, nel complesso, un testo estremamente buono.

Il mio voto è stato positivo.

Lorenzo Cesa (PPE), *per iscritto*. – Il testo in esame preparato annualmente dalla sottocommissione diritti umani e approvato dalla commissione affari esteri fa una rassegna parziale della situazione dei diritti umani nel mondo. Le relazioni elaborate partono con un lodevole intento da parte del Parlamento, quello di denunciare abusi e condannare situazioni al di fuori di ogni controllo e tollerabilità.

A fianco di odiose discriminazioni contro minoranze religiose e violenze ingiustificabili nei confronti dei più deboli, si accostano puntualmente molti riferimenti in favore dell'aborto.

Il testo all'esame della plenaria equipara, tra i diritti proclamati dall'Unione europea della libertà individuale e religiosa, quello al diritto di aborto che niente ha a che fare con i diritti umani universali.

Per questo motivo ho ritenuto opportuno non sostenere una relazione che muove da altissimi principi ma non riesce a compiere un'analisi scevra da ideologie.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it touches upon what I consider absolutely central to any external action of the European Union: protection and promotion of human rights in all the regions of the world. The EU has the reputation of being a union of states which share a very high level of human rights for their citizens. We should emphasise that also in our cooperation with third countries beyond EU borders. That is one of the key aspects of the EU's added value in the international field.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – As national budgets for overseas development and humanitarian aid keep shrinking, due to austerity policies, the European Parliament takes account of the human rights challenges in many parts of the world and the EU's commitment to ensure coherence between its policies, inside and outside the EU, with regard to human rights.

I commend my colleague Joseph Weidenholzer for his strong commitment to protect LGBTI rights, to demand respect for human rights standards in trade agreements.

I thank all the colleagues who helped with the inclusion of the annex reiterating the resolution passed by the European Parliament last year on the unlawful detention without trial of Irish citizen Ibrahim Halawa.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. — La relazione presentata dall'onorevole Weidenholzer è uno strumento estremamente utile per fare luce su dove e in che modo i diritti umani e i valori democratici vengano minacciati nel mondo. Se infatti regimi autoritari e gruppi terroristici come l'ISIS mettono gravemente a repentaglio in molte parti del mondo l'universalità dei diritti umani, è nostra responsabilità morale prendere una posizione netta e forte per difenderli.

Inoltre la relazione ha il merito di mettere nuovamente in luce la preoccupante situazione dei minori rifugiati e dei minori non accompagnati, scomparsi o separati dalle famiglie. Gli Stati membri devono dare a questa tragica situazione la priorità assoluta.

Ho votato a favore della relazione con l'auspicio che la Commissione europea presenti al più presto una strategia concreta affinché i minori migranti non accompagnati siano realmente ed efficacemente protetti da ogni tipo di violenza, sfruttamento e abuso.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και εκφράζουμε βαθιά ανησυχία για το γεγονός ότι η προώθηση και η προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και των δημοκρατικών αξιών απειλούνται σε όλο τον κόσμο και ότι η οικουμενικότητα των ανθρωπίνων δικαιωμάτων αμφισβητείται σοβαρά σε πολλά μέρη του κόσμου, μεταξύ άλλων από απολυταρχικά καθεστώτα, αλλά και από τρομοκρατικές οργανώσεις όπως το λεγόμενο Ισλαμικό Κράτος.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε σχετικά με την ετήσια έκθεση σχετικά με τα ανθρώπινα δικαιώματα και τη δημοκρατία στον κόσμο και την πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης στον τομέα αυτόν το 2015. Παρότι ο γενικός στόχος της έκθεσης είναι θετικός και προς όφελος των πολιτών, θεωρώ πως υπάρχουν αναφορές σε ζητήματα ασφαλείας και περιορισμού δικαιωμάτων των πολιτών οι οποίες είναι λανθασμένες, γι' αυτό και αποφάσισα να απέχω.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Il mondo piange ma noi non possiamo permetterci meramente di fare altrettanto. Si deve aspirare a una presa di coscienza dei propri mali assumendo le strategie adeguate per eroderli ed è ciò che intendo fare esprimendo favore alla relazione.

Non è più, ad oggi, sufficiente appurare delle continue violenze e persecuzioni che vanno perpetrandosi soprattutto nel Medio Oriente e a opera dell'ISIS e dei suoi adepti. Lamentare, analogamente, forme di intolleranza e discriminazione dettate da un diverso credo religioso serve a ben poco se non si intraprendono dialoghi interreligiosi e forme di integrazione investendo sulle opportunità che il futuro e le sue generazioni possono conferire.

La relazione dimostra come siano stati compiuti determinati passi avanti sul tema e come essi vadano accresciuti attraverso, ad esempio, il rafforzamento del ruolo e dei poteri del rappresentante speciale dell'UE affinché si implementi la promozione dei diritti umani e del decisivo ruolo europeo.

Si segnalano, inoltre, tentativi volti a ridurre il divario tra società civile e libertà di assemblea ed espressione. Pertanto esterno il mio pieno supporto a dialoghi appositi sui diritti umani come strumenti efficaci per intraprendere impegni e cooperazioni bilaterali tra istituzioni e organizzazioni.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the annual report on human rights and democracy in the world and the European Union's policy on the matter in 2015. I supported the issues regarding LGBTI people. I did not support the provision regarding European military integration due to Ireland's position of neutrality.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Os Direitos Fundamentais desempenham um papel essencial não apenas no âmbito interno, mas também nas relações externas europeias. Ora, também neste domínio, o Parlamento Europeu defende que a União seja um farol de esperança para o mundo.

Com as devidas distinções, à semelhança do que se passou no continente europeu, também no resto do mundo o ano de 2015 foi duro para o respeito pelos direitos humanos e a democracia.

Entre os muitos problemas que ainda se verificam no mundo, tenho de destacar - pelo seu significado e impacto - a perseguição, violência e intolerância a que o Daesh está a sujeitar yazidis, cristãos e minorias muçulmanas. A necessidade de uma solução de longo prazo, contudo, não deve prejudicar um apoio mais imediato. Razão pela qual, como bem assinala o relator, nunca como hoje foi tão essencial distinguir migrantes de refugiados.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. Whilst we fully support efforts to improve human rights and democracy, we cannot support EU activity in this or any other area. The vote on Article 148(2) regarding Christianity was un-whipped and each MEP voted according to their own conscience.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento che sottolinea il persistere di persecuzioni e discriminazioni contro le minoranze religiose nel mondo. La relazione esorta l'avvio di dialoghi interreligiosi e l'assicurazione che le minoranze siano protette, tra cui quelle presenti in Medio Oriente, dove le minoranze di yazide, cristiane e musulmane sono perseguitate da Daesh e da altri gruppi terroristici.

La relazione inoltre presta particolare attenzione a donne, bambini, persone con disabilità e persone anziane e alle politiche UE sui diritti umani sottolineando come i conflitti, le guerre e i fallimenti di governo costituiscono cause principali della migrazione.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra porque el Informe anual sobre los derechos humanos pide una mayor integración militar europea y mejorar la preparación y flexibilidad de las fuerzas armadas europeas, «para permitirles responder a las amenazas y los casos de violaciones graves de los derechos humanos», lo cual constituye un total contrasentido; es decir, pretende que a través del incremento de la seguridad y la defensa aumenten las garantías de los derechos fundamentales. Una excusa para justificar el aumento de las capacidades militares.

Esta visión parcializada y reduccionista del concepto de protección de los derechos humanos de la población, desconoce el impacto e importancia de las medidas económicas y políticas para el resguardo de los derechos sociales y económicos de los ciudadanos.

Por otra parte, es injerencista y pretende emular la política intervencionista estadounidense de policía del mundo, ya que subraya la necesidad de consolidar en el derecho internacional el concepto de «responsabilidad de proteger», y otorgarle a la Unión la posibilidad de «liderar iniciativas y acciones significativas para proteger a los civiles, incluso cuando están bajo la amenaza de su propio Estado».

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Attualmente l'universalità dei diritti umani è gravemente messa in pericolo in molte parti del mondo. Basti pensare alle costanti violazioni della libertà di associazione e di espressione in Russia, la Cina e la Turchia.

Ho votato a favore di questa risoluzione perché condivido la necessità che l'UE garantisca coerenza tra le sue politiche interne ed esterne riguardo il rispetto dei diritti umani. Credo, infatti, che l'UE debba fare pieno uso degli strumenti di cui dispone per promuovere e tutelare i diritti umani. In particolare, la diplomazia pubblica attraverso le dichiarazioni dell'UE, le iniziative e i dialoghi politici, gli orientamenti in materia di diritti umani e le strategie nazionali in merito, i dialoghi periodici sui diritti umani e i progetti di cooperazione finanziaria, tra cui il sostegno alla società civile.

L'UE non deve abbandonare il proprio impegno a integrare diritti umani e aspetti di genere nelle proprie missioni e, più in generale, a condurre la politica di difesa e sicurezza comune in linea con i valori fondamentali della società civile e i principi di democrazia contenuti nei trattati e nella Carta delle Nazioni Unite.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Wstrzymałem się w głosowaniu w sprawie corocznego sprawozdania UE na temat praw człowieka i demokracji na świecie oraz polityki Unii Europejskiej w tym zakresie za rok 2015. Uważam, że sprawozdanie, choć porusza bardzo ważne kwestie związane z ochroną praw człowieka, w swojej materii zawiera problematyczne części rodzące szereg pytań.

Jestem głęboko przekonany, że rozwój i prawa człowieka są współzależne oraz że poszanowanie i ochrona praw człowieka są niezbędnym warunkiem ograniczenia nierówności i osiągnięcia celów zrównoważonego rozwoju w odniesieniu do wszystkich ludzi. Niestety istniejące rozbieżności oraz kwestie dyskusyjne obecne w sprawozdaniu sprawiły, że postanowiłem wstrzymać się od głosowania nad sprawozdaniem.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which underlines that the universality of human rights is being challenged in many parts of the world. The European Union should ensure coherence between its internal and external policies with regard to respect for human rights. I also agree with the rapporteur that when it comes to migration, we need long-term and coherent solutions based on human rights, keeping in mind the growing number of human rights abuses against refugees, irregular migrants and asylum seekers on their route to Europe. In this report, I voted against any references to abortion.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Egalitatea de gen se află în centrul valorilor europene și este consacrată în cadrul juridic și politic al UE, ea fiind, totodată, principiu central în Agenda 2030 a ONU. În acest context, consider esențial angajamentul UE de a integra drepturile omului și aspectele de gen în misiunile politicii de securitate și apărare comune privind femeile, pacea și securitatea, femeile fiind considerate o componentă centrală a tuturor eforturilor de contracarare a provocărilor mondiale.

În acest sens, Uniunea Europeană trebuie să sprijine la nivel internațional recunoașterea valorii adăugate a participării femeilor la prevenirea și soluționarea conflictelor, precum și la operațiunile de menținere a păcii, în asistență umanitară și în reconstrucția post-conflict.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative souligne les tentatives ayant visé à réduire l'espace de la société civile, à limiter la liberté de réunion et la liberté d'expression et exprime les inquiétudes concernant la persistance de la violence et de la persécution, l'intolérance et la discrimination contre les minorités religieuses dans le monde. Le rapport appelle au renforcement des dialogues interreligieux et au renforcement de la protection des minorités notamment au Moyen-Orient, où les minorités yazidis, chrétiennes et musulmanes sont persécutées par le groupe «État islamique» et d'autres groupes terroristes. Considérant que les droits de l'homme sont des valeurs fondamentales de l'Union, j'ai soutenu ce rapport qui dénonce ces manquements.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. Whilst we fully support efforts to improve human rights and democracy, we cannot support EU activity in this or any other area. The vote on Article 148(2) regarding Christianity was un-whipped and each MEP voted according to their own conscience.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte, qui dresse des recommandations au regard du rapport annuel sur les droits de l'homme et la démocratie dans le monde, et la politique de l'Union européenne pour 2015. Ce rapport fait état de la situation du respect des droits de l'Homme dans les pays tiers de l'Union européenne. Certaines de ses recommandations doivent être rapidement prises en compte afin de lutter contre le non-respect des droits fondamentaux. À titre d'exemple, la Commission devrait procéder à une évaluation approfondie de la mise en œuvre des lignes directrices sur les droits de l'homme par les délégations de l'UE et les représentations diplomatiques des États membres dans tous les pays tiers. De plus, alors que nous faisons face à une crise migratoire sans précédent, la lutte contre la traite des êtres humains doit être une des priorités de l'Union européenne dans ses politiques extérieures.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az emberi jogok és a demokrácia világbeli helyzetéről és az EU ezzel kapcsolatos politikájáról szóló jelentésében az Európai Parlament súlyos aggodalmának ad hangot amiatt, hogy az emberi jogok védelme világszerte súlyos fenyegetettségnek van kitéve. A dokumentum hangsúlyozza az Unió emberi jogok – többek között a vallásszabadság, a szólásszabadság, és a kisebbségi jogok – előmozdítása iránti hosszú távú elkötelezettségét.

Mindemellett sajnálattal kell megállapítanom, hogy a jelentés az Európát sújtó migráció kérdését egyoldalúan emberi jogi kérdésként közelíti meg, figyelmen kívül hagyva annak olyan más, fontos vonatkozásait, mint amilyenek az Unió külső határainak védelme vagy a határátlépés törvényességének a követelménye. Közismert, hogy Magyarország álláspontja a migráció ügyében több ponton is eltér az EU hivatalos politikájától. Bár említésre méltó, hogy a jelentés az Európai Néppárt álláspontjának megfelelően a migránsok és a menekültek között különbséget tesz, mindazonáltal fideszes képviselőtársaimmal együtt tartózkodtam a szavazáskor.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Il s'agit du rapport annuel sur les droits de l'homme, qui constitue le bilan de l'action de l'UE en la matière. Le rapport entend renforcer le rôle diplomatique de l'Union européenne en utilisant les droits de l'homme, ce qui dénote d'une volonté d'ingérence dans les affaires des États tiers.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах „въздържал се“ на годишния доклад относно правата на човека и демокрацията по света и политиката на Европейския съюз в тази област (2015 г.), тъй като в него има много становища, с които не съм съгласен, като например острите критики към ЕС и държавите членки, че не спазват европейското законодателство в сферата на миграцията. Не може да изискваме от държавите членки да прилагат и да спазват наложеното от европейските институции законодателство, което не работи в тяхна полза, а напротив – цели отслабването на държавите членки и разрушаването на европейските традиции и култура.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση επιχειρεί νομοθετική παρέμβαση στην κατοχύρωση των δικαιωμάτων των λαθρομεταναστών με δυσμενείς επιπτώσεις τόσο στην εσωτερική ισορροπία των χωρών υποδοχής, όσο και στην δυνατότητα χρήσης του μηχανισμού επαναπροώθησης αυτών, δυνατότητα η οποία επιχειρείται να εξαλειφθεί διά της παρούσης.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. — Ho votato a favore della relazione annuale sui diritti umani e la democrazia nel mondo e la politica della UE in materia in quanto il testo riporta con accuratezza e organicità i principali accadimenti e le valutazioni e le posizioni che l'UE ha espresso per la tutela dei diritti umani nel corso del 2015.

In particolare la relazione pone l'accento sul tema dei migranti e richiedenti asilo, una delle più grandi sfide che l'UE è chiamata ad affrontare.

La parte relativa a scambi commerciali, imprese e diritti umani riprende in gran parte il rapporto del collega Corrao sulla *corporate liability*, che chiede maggiore attenzione alle politiche adottate dalle multinazionali in materia di rispetto dei diritti umani.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Betänkandet är ett viktigt steg för att Europaparlamentet ska föra en koherent, enad röst mot bristande aktiviteter av mänskliga rättigheter. Det är beklagligt att somliga skrivningar i betänkandet tenderar att vara missvisande, särskilt i avseende till religiöst förföljda grupper - där tar jag avstånd till de "faktiska" påståenden som endast riskerar att polarisera debatten ytligare.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O respeito, a promoção e a proteção da indivisibilidade e da universalidade dos direitos humanos contam-se entre os principais objetivos da política externa e de segurança da EU. A política de defesa dos direitos humanos e da democracia deveria ser integrada em todas as políticas da UE com uma dimensão externa, designadamente a política de desenvolvimento, de migração, de segurança, de combate ao terrorismo, de alargamento e comercial, em particular através da aplicação das condições ligadas ao respeito dos direitos humanos. Manifesto a minha preocupação com o facto de a promoção e proteção dos direitos humanos e dos valores democráticos estarem ameaçados em todo o mundo e de a universalidade dos direitos humanos estar a ser seriamente posta em causa devem cumprir os respetivos compromissos no sentido de promover a democracia e o Estado de Direito, proteger e tornar realidade os direitos humanos e as liberdades fundamentais.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: ce rapport entend renforcer le rôle diplomatique de l'UE en utilisant le prétexte des droits de l'homme comme levier. Le rapport assume par ailleurs une volonté d'ingérence dans les affaires des États tiers.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. — La relazione annuale sui diritti umani e la democrazia nel mondo nel 2015 e sulla politica dell'Unione europea in materia si contraddistingue per il suo impianto organico e meno concentrato sull'analisi di singoli casi-paese.

Si conferma il forte impegno del Parlamento europeo per la tutela dei diritti fondamentali, anche al di fuori dell'Unione.

Con riferimento alla relazione per il 2015 merita particolare apprezzamento il titolo dedicato alla libertà di espressione. La valutazione sulla relazione è per questo, e per altre ragioni, molto positiva.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório anual sobre os Direitos Humanos e a Democracia no Mundo (2015) e a política da UE nesta matéria faz um balanço do trabalho da UE na defesa e promoção dos direitos humanos.

O habitual exercício de hipocrisia, de sistemática utilização de dois pesos e duas medidas, em função dos interesses geopolíticos da UE e suas potências. A habitual conceção restritiva e instrumental da democracia e dos direitos humanos.

Em 2015, os direitos humanos foram mais uma vez utilizados pela UE para justificar interferências e ingerências em países soberanos.

Em 2015, a UE fechou convenientemente os olhos às flagrantes violações dos direitos humanos que ocorrem dentro das suas fronteiras, algumas delas por ela promovidas ativamente, indissociáveis das suas políticas.

Não faltam palavras para relacionar comércio/mercado com direitos humanos, defendendo-se a política «Trade for all» como capaz de levar os direitos humanos ao mundo, quando se sabe que existem muitas empresas europeias que fazem precisamente o contrário em diversas partes do mundo. Execrável.

O relatório denota a atitude agressiva da UE, o militarismo, plasmado na Política Comum de Segurança e Defesa, e elogia-a como promotora e defensora de direitos humanos e da democracia em países terceiros. É o desenvolvimento da teoria da «responsabilidade de proteger».

Obviamente votámos contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted yes because I agree.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Ľudské práva reprezentujú jednu zo základných hodnôt, na ktorých je Európska únia postavená. Musí preto aktívne vystupovať proti akémukoľvek ich porušovaniu. Platí to smerom do vnútra, aj navonok. Do týchto aktivít je preto v budúcnosti potrebné ešte výraznejšie zapojiť aj európsku diplomatickú službu. Prípady porušovania ľudských práv by mali byť výraznejšie zohľadňované aj pri budovaní ekonomických a obchodných vzťahov Európskej únie a jej členských štátov s tretími krajinami. Ich ochrana je dôležitá predovšetkým z pohľadu rozličných zraniteľných skupín obyvateľstva. Či už ide o ženy, deti, menšiny, seniorov, ale napríklad aj hendikepovaných ľudí, na ktorých sa bohužiaľ často zabúda. Každá z nich je špecifická z hľadiska svojich práv a potrieb v tejto oblasti. Pri ich zabezpečovaní plnia nezastupiteľnú úlohu rozličné organizácie v rámci fungujúcej občianskej spoločnosti. Tie preto netreba spochybňovať, čoho sme dnes bohužiaľ svedkami aj na domácej politickej scéne. Naopak je potrebné im pomáhať a pracovať na posilňovaní ich nezávislosti.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro alla relazione che tra le altre cose sostiene il riconoscimento dei matrimoni e delle unioni civili fra persone dello stesso sesso nonché l'adozione da parte degli stessi.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την ετήσια έκθεση σχετικά με τα ανθρώπινα δικαιώματα και τη δημοκρατία στον κόσμο και την πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης στον τομέα αυτόν το 2015, καθώς επιχειρεί νομοθετική παρέμβαση στην κατοχύρωση των δικαιωμάτων των λαθρομεταναστών με δυσμενείς επιπτώσεις τόσο στην εσωτερική ισορροπία των χωρών υποδοχής, όσο και στην δυνατότητα χρήσης του μηχανισμού επαναπροώθησης αυτών, δυνατότητα η οποία επιχειρείται να εξαλειφθεί διά της παρούσης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome this report, which addresses fundamental issues and strongly condemns the lack of humanity shown on European borders. Social inclusion and integration of migrants and refugees and the granting of international protection in the host society is part of a dynamic and multi-dimensional process, in which the respect for European values must be a priority. I support the call on Member States to apply integration policies as swiftly as possible and with adequate dedicated resources, and to develop them in cooperation with national institutions, local governments, schools, NGOs, as well as migrants and refugee communities. It is important to consider that that access to education is one of the foundations for the integration of refugees.

We will continue fighting for the principles of decency and equality, and will not accept any form of discrimination in Europe.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A decemberi plenáris üléseink során mindig kiemelt figyelmet szentelünk az emberi jogok helyzetének szerte a világban. Sajnos, a kép csak egyre romlik: nem csak egyének, hanem egész embercsoportok sodródnak veszélybe nap mint nap. Bizonyos vallási kisebbségek, így a közel-keleti keresztények puszta léte is veszélyben forog. Tömegek kényszerülnek lakhelyeiket elhagyni életüket mentve. Ők az igazi menekültek, akiknek az EU minden segítséget meg kell adjon, hogy életüket megvédje, és elősegítse visszatérésüket hazájukba. Ehhez viszont nem elég beszélni a kérdésről, hanem konkrét cselekvésre van szükség: a mi anyagi segítségünktől és a globális összefogástól függ, hogy lehetővé válhat-e a menekültek visszatérése lakhelyükre. Otthonaik, iskoláik, templomaik újjáépítése a tét. Ezeknek a keresztény közösségeknek nagyobb a szükségük a humanitárius figyelemre és segítségre, mint bármikor.

A jelentés végső szövege kiemelt figyelmet fordít a nemzeti kisebbségek kérdésére is. A nemzeti kisebbségek és a többségi nemzet közötti gyakorlatban megvalósuló egyenlőség biztosítása elengedhetetlen. Igaz ez az élet minden területére – legyen szó szociális, gazdasági, politikai vagy kulturális életről. A nemzeti és nyelvi kisebbségek védelmének biztosítására pedig külön figyelmet kell fordítani a csatlakozási folyamat során – hiszen az eddigi tapasztalatok megmutatták: a kisebbségi jogokat a csatlakozási folyamat során lehet megfelelően biztosítani.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az emberi jogok és a demokrácia világbeli helyzetéről és az EU ezzel kapcsolatos politikájáról szóló jelentésében az Európai Parlament súlyos aggodalmának ad hangot amiatt, hogy az emberi jogok védelme világszerte súlyos fenyegetettségnek van kitéve. A dokumentum hangsúlyozza az Unió emberi jogok – többek között a vallásszabadság, a szólásszabadság, és a kisebbségi jogok – előmozdítása iránti hosszú távú elkötelezettségét.

Mindemellett sajnálattal kell megállapítanom, hogy a jelentés az Európát sújtó migráció kérdését egyoldalúan emberi jogi kérdésként közelíti meg, figyelmen kívül hagyva annak olyan más, fontos vonatkozásait, mint amilyenek az Unió külső határainak védelme vagy a határátlépés törvényességének a követelménye. Közismert, hogy Magyarország álláspontja a migráció ügyében több ponton is eltér az EU hivatalos politikájától. Bár említésre méltó, hogy a jelentés az Európai Néppárt álláspontjának megfelelően a migránsok és a menekültek között különbséget tesz, mindazáltal fideszes képviselőtársaimmal együtt tartózkodtam a szavazáskor.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Menschenrechte sind neben der Demokratie und Rechtstaatlichkeit eines der entscheidenden Fundamente der EU. Ein wichtiges Element ist dabei die Stärkung der Zivilgesellschaft, die für einen effektiven Schutz der Menschenrechte eintritt.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this non-legislative and non-binding report. Whilst we fully support efforts to improve human rights and democracy, we cannot support EU activity in this or any other area. The vote on Article 148(2) regarding Christianity was un-whipped and each MEP voted according to their own conscience.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I supported this report, which has been adopted in response to the EU annual report on human rights and democracy in the world in 2015, approved by the European Council on 20 June 2016. It underlines the fact that the universality of human rights is being seriously challenged in many parts of the world and that the EU should ensure coherence between its internal and external policies with regard to respect for human rights.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Le rapport sur les droits de l'homme et la démocratie dans le monde est, comme le rapport Nagy voté hier, un exercice imposé de ce Parlement. Il est également l'occasion, cette année, d'en rajouter sur la situation dans l'Union européenne quant aux migrants, aux Roms, aux personnes LGBTI, aux prisons, etc. Il est étrange d'ailleurs que les démocraties européennes se retrouvent dans le même panier généraliste que le Zimbabwe, l'Arabie Saoudite, la Chine ou le groupe «État islamique»…

Le but de ce rapport, outre la litanie des bons sentiments, est surtout de donner un sens, un objet et même une apparence d'existence à une action extérieure commune de l'Union européenne aux dépens des diplomaties nationales. Mais même ce socle minimal, qui se veut consensuel, n'est pas crédible. Le nombre, la nature et l'ampleur des sanctions, quand elles existent, sont dérisoires au regard des violations alléguées et de l'intensité de vos indignations. La liste des pays qui en sont l'objet est étrangement lacunaire. Et les résultats inconsistants.

La diplomatie d'influence, le fameux «soft power», qui a valu le prix Nobel de la Paix à l'Union européenne est un modèle qui n'a jamais réellement fonctionné.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. — La comunidad internacional ha sido incapaz de frenar los conflictos bélicos y las matanzas más allá de sus fronteras, y de apoyar procesos democráticos que hayan podido evitar el desplazamiento de miles de refugiados y la muerte de miles de personas durante el período anual de este informe. Las directrices europeas sobre derechos humanos nos parecen insuficientes y con sus políticas la Unión ha sido cómplice de la crisis humanitaria más importante de las últimas décadas. No he encontrado una defensa de los derechos sociales en este informe y sí artículos que utilizan la defensa de los derechos humanos como estrategia de penetración comercial en terceros países. Los principios voluntarios para el control de las multinacionales no son suficientes. Obviamente estoy en contra de una mayor integración militar europea. Si realmente se quiere trabajar para mantener la coherencia con la defensa de los derechos humanos, tal y como se defiende en este informe, debemos enfrentarnos con firmeza a reacciones xenófobas, replantear nuestras políticas comerciales, y no permitir la entrada de personas sin derechos dentro de nuestro territorio. Por la defensa de los derechos de todas y de todos, y nuestra obligación de defenderlos, he votado abstención en este informe.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque, ante una situación global cada vez más crítica en el respeto de los derechos humanos, el Parlamento envía un mensaje contundente para que la Unión se mantenga firme en su promoción y defensa, a través de todas sus políticas externas. Especialmente en tiempos de inseguridad y crisis, la Unión debe ser fiel a los valores fundamentales que la inspiran.

En este sentido, los socialistas hemos conseguido introducir en el texto una petición clara de protección efectiva de los derechos de refugiados y demandantes de asilo —pues creemos que Europa no ha estado a la altura de sus compromisos en la gestión de la llegada de cientos de miles de personas con derecho a protección— y soluciones consistentes y a largo plazo para el fenómeno migratorio acordes con el respeto de los derechos humanos.

Con este informe mostramos también una grave preocupación por la constante reducción del espacio de la sociedad civil que puede observarse en múltiples países —con un grave deterioro de libertades fundamentales de asociación y expresión— a menudo bajo la excusa de la lucha contra el terrorismo, y pedimos también mejoras en los mecanismos de protección de activistas y defensores de derechos humanos.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση αφορά τα ανθρώπινα δικαιώματα και τη δημοκρατία στον κόσμο και την πολιτική της ΕΕ στον τομέα αυτό. Η έκθεση εμπεριέχει πάρα πολλά στοιχεία. Τονίζουμε ότι σε καμία περίπτωση δεν εναντιωνόμαστε στα ανθρώπινα δικαιώματα, αλλά είμαστε οι πρώτοι πρεσβευτές τους. Ωστόσο η έκθεση ουσιαστικά προωθεί περαιτέρω όλους τους μηχανισμούς που έχει σήμερα σε λειτουργία, πολλούς από τους οποίους κατά καιρούς έχουμε κριτικάρει. Υποστηρίζει την ΚΕΠΠΑ, τον ευρωπαϊκό στρατό, τον μηχανισμό Sophia, τη μεταναστευτική πολιτική της ΕΕ κ.ά., πολιτικές οι οποίες θεωρούμε ότι κινούνται αντίθετα από τον στόχο της υπεράσπισης των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Για όλους αυτούς τους λόγους τηρήσαμε αποχή στη συγκεκριμένη έκθεση.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem sprawozdania rocznego na temat praw człowieka i demokracji na świecie oraz polityki Unii Europejskiej w tym zakresie za rok 2015.

Kilka dni temu obchodziliśmy międzynarodowy dzień praw człowieka, zatem dzisiejsza dyskusja nad stanem ich przestrzegania w roku 2015 idealnie wpisuje się w czas refleksji nad tą tematyką. Powszechna Deklaracja Praw Człowieka obowiązuje już od blisko 70 lat, mam jednak wrażenie, że w obliczu brutalnych konfliktów i rosnącej fali przemocy na świecie, już dawno wspólna walka o przestrzeganie tych praw nie była tak ważna i potrzebna. Kwestie takie jak prawo do życia i bezpieczeństwa osobistego, wolność wyznania, zgromadzeń czy zakaz torturowania, gwarantują ludziom spokojny i godny byt w krajach ich zamieszkania, a także zmniejszają potrzebę często niebezpiecznej i niepewnej migracji.

Uważam zatem, że Unia Europejska musi z pełną energią i determinacją walczyć o przestrzeganie uniwersalnych praw człowieka na świecie. W tym kontekście szczególnie ważne jest skuteczne wdrażanie planu działania na rzecz praw człowieka i demokracji na lata 2015-2019.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris.* – Am votat în favoarea acestui raport pentru protejarea drepturilor omului peste tot în lume, pentru evaluarea modului în care acestea sunt afectate de măsuri de combatere a terorismului, comerciale sau de dezvoltare. Acest subiect devine sensibil în contextul migrației, de aceea se impun măsuri urgente pe termen lung și soluții coerente privind drepturile omului.

Astfel se încearcă prevenirea încălcării drepturilor omului, în special în contextul actual al refugiaților, al migranților ilegali și al solicitanților de azil. În raport se insistă asupra faptului că clauzele privind drepturile omului ar trebui să fie introduse în mod sistematic în toate acordurile internaționale și că comunitatea de afaceri trebuie să joace un rol important în promovarea drepturilor omului și a democrației în lume.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za Izvješće o godišnjem izvješću o ljudskim pravima i demokraciji u svijetu za 2015. godinu i politici Europske unije u tom području (2016/2219(INI)), kojim izražava ozbiljnu zabrinutost zbog toga što su promicanje i zaštita ljudskih prava i demokratskih vrijednosti ugroženi diljem svijeta. Postoji problem slobode izražavanja, slobode misli, savjesti i vjeroispovijedi te slobode okupljanja i udruživanja.

Sve je veći broj represivnih zakona koji utječu na civilno društvo, a koji se diljem svijeta donose pod izgovorom borbe protiv terorizma. U Izvješću se naglašava da je Europska unija predana vanjskoj i sigurnosnoj politici koje se temelje na promicanju demokracije, vladavine prava, univerzalnosti i nedjeljivosti ljudskih prava i temeljnih sloboda, poštovanju ljudskog dostojanstva, načela jednakosti i solidarnosti.

Pozdravlja se donošenje drugog Akcijskog plana EU-a za ljudska prava i demokraciju (2015. – 2019.) te potiče EU-u i njegove države članice da akcije predviđene planom provedu u cijelosti, dosljedno, transparentno i pravodobno, te da pojačaju potporu demokraciji. Naglašava se nužnost da EU ustraje na reformama UN-a s ciljem jačanja utjecaja i snage multilateralnog sustava koji se temelji na pravilima te osiguravanja učinkovitije zaštite ljudskih prava i unapređenja međunarodnog prava.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – En se parant du voile de la défense des droits de l'homme, l'Union européenne entend surtout renforcer son emprise diplomatique et ses capacités d'ingérence au détriment de la souveraineté des États.

J'ai voté contre.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe porque, ante una situación global cada vez más crítica en el respeto de los derechos humanos, el Parlamento envía un mensaje contundente para que la Unión se mantenga firme en su promoción y defensa, a través de todas sus políticas externas. Especialmente en tiempos de inseguridad y crisis, la Unión debe ser fiel a los valores fundamentales que la inspiran.

En este sentido, los socialistas hemos conseguido introducir en el texto una petición clara de protección efectiva de los derechos de refugiados y demandantes de asilo —pues creemos que Europa no ha estado a la altura de sus compromisos en la gestión de la llegada de cientos de miles de personas con derecho a protección— y soluciones consistentes y a largo plazo para el fenómeno migratorio acordes con el respeto de los derechos humanos.

Con este informe mostramos también una grave preocupación por la constante reducción del espacio de la sociedad civil que puede observarse en múltiples países —con un grave deterioro de libertades fundamentales de asociación y expresión— a menudo bajo la excusa de la lucha contra el terrorismo, y pedimos también mejoras en los mecanismos de protección de activistas y defensores de derechos humanos.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Josef Weidenholzer sur les droits de l'homme et la démocratie dans le monde. Le rapport invite les États membres à se placer en défenseurs des droits de l'homme dans leurs relations étatiques et dans leurs relations avec leurs concitoyens. Il revient également sur l'urgence de protéger les minorités religieuses persécutées par le groupe «État islamique», notamment les Chrétiens d'Orient.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe gegen diesen Bericht gestimmt. Es wird die Annahme eines EU-Asylplanes gefordert und eine weitergehende militärische Integration europäischer Streitkräfte. Dies lehne ich ab.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported this report, which has been adopted in response to the EU annual report on human rights and democracy in the world in 2015. However, we have so much more to do, and the EU should ensure coherence between its internal and external policies with regard to respect for human rights. With so many human rights violations still existing in the world, we need to redouble our efforts to aid those who need it most, and the perpetrators of those violations must be held to account in every possible forum.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Wie bereits im letzten Jahr ist der „Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie in der Welt" zu allumfassend und geht über den notwendigen Fokus hinaus. Es gibt Überschneidungen mit den Kompetenzen anderer Ausschüsse, vor allem im Hinblick auf Fragen des Asyls oder der Familienzusammenführung. Als Liberal-Konservative Reformer haben wir uns konstruktiv eingebracht und freuen uns darüber, dass der Berichterstatter unsere Punkte mit aufgenommen hat, wie z. B. die explizite Erwähnung Chinas, Russlands und der Türkei als Länder, die ihre Zivilgesellschaften durch repressive Gesetze und Praktiken unterdrücken. Aufgrund dessen habe ich mich trotz einiger Kritikpunkte entschieden, dem Bericht zuzustimmen.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Bylo mi líto, ale Výroční zprávu o lidských právech a demokracii ve světě za rok 2015 a politice Evropské unie v této oblasti jsem nemohla podpořit. Věřím, že se v ní otevírala důležitá a palčivá témata, ale tato zpráva, která měla být nezávislá a nestranná, až příliš často sklouzávala k politickým deklaracím, což jsem nemohla přijmout.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, mert az egy egész fejezetet szentel a fogyatékossággal élők helyzetének. Indítványomra került be a szövegbe, hogy alaposabban meg kell vizsgálni a fogyatékossággal élő személyekkel kapcsolatos projektek hatékonyságát és az ilyen projektek végrehajtásába be kell vonni a fogyatékossággal élőket képviselő helyi civil szervezeteket is a „semmit rólunk, nélkülünk!" alapelve értelmében.

Meggyőződésem, hogy be kell tartani az ENSZ fogyatékossággal élők jogairól szóló egyezményét és világszerte még több olyan projektre van szükség, amely a saját lakóhelyükön támogatja a fogyatékossággal élők társadalmi integrációját. Nem beszélni kell, hanem cselekedni, nem demokráciaexportra van szükség, hanem a helyi közösségek erősítésére. Be kell vonni a helyi szervezeteket, mert ők tudják pontosan, mire van helyben szükség és abban is ők tudnak segíteni, hogy a támogatás valóban azokhoz az emberekhez jusson el, akiknek szánták.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Obszerne sprawozdanie w zakresie praw człowieka i demokracji na świecie (2016/2219(INI)) zasługuje na docenienie i poparcie. Raport podkreśla znaczenie międzynarodowych umów i instytucji dla zapewniania przestrzegania praw człowieka, corocznych sprawozdań i raportów przygotowywanych na poziomie Unii Europejskiej, a także włączenia postulatów dotyczących przestrzegania praw człowieka i zasad demokracji do negocjacji prowadzanych w ramach polityki zagranicznej państw członkowskich UE i samej Unii.

Raport zwraca uwagę na ofiary konfliktów wojennych i uchodźców, oraz znaczenie współpracy z państwami pochodzenia i tranzytu, która pozwala sprawniej realizować politykę migracyjną, zarządzać przepływami migracyjnymi i chronić w większym stopniu najbardziej pokrzywdzonych. Apeluje by UE zachęcała państwa trzecie do podpisania protokołu z Palermo przeciwko przemytowi nielegalnych imigrantów i przypomina o uzgodnieniach szczytu w Vallettę.

Raport porusza sytuacje dzieci, których liczba wśród uchodźców rośnie, także dzieci, które przybywają bez opieki, także dzieci zaginionych lub odseparowanych od rodziców i apeluje o zapewnienie im odpowiedniej opieki zdrowotnej, socjalnej i edukacyjnej oraz ochronne przed przemocą.

Popieram większość uwag i postulatów zawartych w raporcie oraz apel, aby państwa członkowskie wdrożyły plan działania UE w zakresie praw człowieka na lata 2015-2019.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — L'Unione europea s'impegna costantemente per l'attuazione di politiche comuni per la sicurezza e gli affari esteri, fondate su principi di democrazia, stato di diritto, universalità dei diritti umani e delle libertà fondamentali.

La relazione del Parlamento esprime preoccupazione per quanto riguarda le violenze, le persecuzioni e la discriminazione contro le minoranze religiose in tutto il mondo e propone delle raccomandazioni per far sì che vengano rispettati i diritti delle minoranze religiose. Si chiede, dunque, che vengano intrapresi dialoghi interreligiosi con la certezza che le minoranze vengano protette e prestando maggiore attenzione in Medio Oriente, dove i gruppi religiosi sono oggetto di persecuzione da parte dei gruppi terroristici.

La relazione sottolinea, inoltre, che i conflitti, le guerre e i governi ostili sono le cause principali della migrazione e ribadisce la necessità nel distinguere tra rifugiati e migranti, tenendo sempre a mente gli standard internazionali sui diritti umani e con l'intenzione di trovare soluzioni coerenti, sostenibili e a lungo termine.

Fiducioso che tali iniziative possano contribuire al miglioramento della situazione delle minoranze, voto a favore della relazione.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur les droits de l'homme et la démocratie dans le monde et la politique de l'Union européenne en la matière. En fait, ce rapport, comme chaque année, entend renforcer le rôle diplomatique de l'Union européenne en utilisant les droits de l'homme comme levier d'empiétement sur l'action des États. Le rapport assume par ailleurs une volonté d'ingérence dans les affaires des États tiers au nom de la défense des idées humanitaires.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque no hace sino blanquear la política exterior de la Unión, movida únicamente por intereses geoestratégicos y económicos, con el manto de los derechos humanos.

Sabine Lösing (GUE/NGL), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen den Jahresbericht 2015 über die Menschenrechte und die Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich (2016/2219(INI)) gestimmt, weil zum einen in Ziffer 35 „eine weitergehende militärische Integration, mit der Bereitschaft und Flexibilität [die] europäischen Streitkräfte zu verbessern" gefordert wird und damit das militärische Konzept von R2P ausdrücklich befürwortet wird. Außerdem spricht sich der Bericht eindeutig in Ziffer 36 für „GSVP-Einsätze wie die Militäroperation Sophia der Seestreitkräfte der Europäischen Union im Mittelmeer (EUNAVFOR MED)" aus, die „… dazu dienen, wirksam konkret gegen den Schmuggel von Migranten vorzugehen" und „fordert die EU auf, derartige Einsätze fortzuführen und auszuweiten". Dies sind zwei Forderungen, die ich entschieden ablehne, weshalb ich den Bericht in Gänze abgelehnt habe.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Wie bereits im letzten Jahr ist der „Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie in der Welt" zu allumfassend und geht über den notwendigen Fokus hinaus. Es gibt Überschneidungen mit den Kompetenzen anderer Ausschüsse, vor allem im Hinblick auf Fragen des Asyls oder der Familienzusammenführung. Als Liberal-Konservative Reformer haben wir uns konstruktiv eingebracht und freuen uns darüber, dass der Berichterstatter unsere Punkte mit aufgenommen hat, wie z. B. die explizite Erwähnung Chinas, Russlands und der Türkei als Länder, die ihre Zivilgesellschaften durch repressive Gesetze und Praktiken unterdrücken. Aufgrund dessen habe ich mich trotz einiger Kritikpunkte entschieden, dem Bericht zuzustimmen.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s výzvou členským státům, aby bezplatně zajišťovaly migrantům přístup ke vzdělání, k bydlení a ke zdravotnictví. Nesouhlasím s výzvou ke zřízení jednotného azylového systému EU. Je podle mě naopak třeba, aby si Česká republika uchovala svůj funkční systém azylového řízení a nepodléhala jakémukoliv společnému evropskému.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europska unija se zalaže za zajedničku vanjsku i sigurnosnu politiku i sve ostale politike s vanjskom dimenzijom utemeljene na unapređenju demokracije, vladavine prava, univerzalnosti i nedjeljivosti ljudskih prava i temeljnih sloboda. U izvješću se ističe zabrinutost zbog raznih oblika nasilnog djelovanja, progona, prijetnji, uznemiravanja, nestajanja ili zatvaranja.

Nisam podržala ovo izvješće budući da se u njemu, uz zaštitu manjina, predlaže i zaštita LGBT zajednica, a kao ključna se navodi strategija za promicanje i zaštitu prava LGBTI osoba, što ne podržavam.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The European Parliament has expressed serious concern that the protection of human rights and democratic values are under threat worldwide. Parliament has called on all the EU institutions and Member States to act on their commitments to promote democracy and the rule of law, protect human rights and fundamental freedoms, including the right to development by all peaceful means, and to place human rights at the centre of the EU's relations with all third countries.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Rešpektovanie a dôsledné presadzovanie ľudských práv a demokracie musí byť trvalou súčasťou vnútorných aj vonkajších politík Únie. Komisia a členské krajiny sa musia zasadiť o maximálne rozširovanie týchto hodnôt v EÚ aj vo svete. Táto úloha je zvlášť dôležitá v súčasnosti, keď sa svet zmieta vo vojnových konfliktoch, migrácii, terorizme, organizovanom zločine, korupcii a prehlbovaní rozdielov medzi chudobnými a bohatými.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την ετήσια έκθεση του 2015 για τα ανθρώπινα δικαιώματα και τη δημοκρατία ανά τον κόσμο και την πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης επί του θέματος, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 13/12/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

David Martin (S&D), *in writing*. – This is an important response to the European Council's annual report on human rights and democracy in the world and highlights several global and regional challenges we face, particularly the rights of women, children, migrants, refugees, the LGBTI community and indigenous peoples across the world. It is crucial that greater political be invested in creating long-term, comprehensive and coherent solutions to these dilemmas based on respected international human rights norms.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte est un rapport annuel sur les droits de l'homme et a pour objectif de renforcer le rôle diplomatique de l'Union européenne. Il souhaite en effet, sous couvert d'une meilleure défense des droits de l'homme, empiéter sur l'action des États (point 19 à 25) ou encore s'ingérer dans les affaires des pays tiers (points 42 à 48), ce à quoi nous nous opposons.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme projednávali výroční zprávu o lidských právech a demokracii ve světě za rok 2015 a o politice EU v této oblasti. Zpráva obsahuje řadu alarmujících sdělení jako např. fakt, že každé 200. dítě na světě je dětským uprchlíkem, a počet dětských uprchlíků se mezi léty 2005 a 2015 zdvojnásobil, alarmující jsou i čísla o vnitřně přesídlených osobách z Iráku a Sýrie, jakož i z Ukrajiny, jichž v roce 2015 bylo dohromady 1,4 milionu. Souhlasím s některými stěžejními myšlenkami, jako je nutnost řešit celosvětový problém chudoby a nemocí souvisejících s podvýživou stejně jako nedostatek přístupu k léčivům. Protože nejsem zastáncem koncepce migrační politiky tak, jak je ve zprávě upravena, a už vůbec si nejsem jistý, zda Unie sama o sobě může sloužit jako vzor někoho, kdo plně dodržuje lidská práva a může jít příkladem, při hlasování o zprávě jako celku jsem se zdržel.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório versa sobre a situação dos direitos humanos e a democracia no mundo e a política adotada na UE nessa matéria, apelando a uma abordagem mais objetiva e acessível ao grande público. O relatório apresenta medidas positivas, nomeadamente no que toca aos direitos de migrantes, refugiados e requerentes de asilo, ao combate contra de redes de tráfico de seres humanos, aos direitos das mulheres, à repulsa universal pela pena de morte, etc. No entanto, o relatório defende, igualmente, a implementação de outras medidas, que em nada se demonstram positivas quer para os Estados-membros quer para países terceiros, tais como a de desenvolver uma Política Externa e de Segurança Comum, com base numa ideia de militarização da União Europeia. Abstive-me.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Nachdem der Berichterstatter unter anderem legale Migration, weitgehende Rechte für LGBTI, uneingeschränkten Zugang zu Bildung und zum Gesundheitswesen für Migranten und zudem noch eine interventionistische Politik seitens der EU fordert, habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Alex Mayer (S&D), *in writing*. – I approved the annual report on human rights and democracy, which raises the issue of human rights violations across the world. As a member of the European Parliament's Subcommittee on Human Rights, I believe we should take a clear stand to defend our universal human rights worldwide, including for women and children, migrants, refugees, the LGBTI community and indigenous peoples.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl žmogaus teisių padėties pasaulyje 2015 m. Pnaešime aptariamos socialinio, teisinio, politinio, ekonominio pobūdžio problemos, su kuriomis susiduria migrantai, moterys, neįgalieji, religinių ir tautinių mažumų bendruomenės pasaulyje.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport général sur les droits de l'homme dans le monde de cette année contient un soutien à certains points d'habitude tabous. Il prône un moratoire universel contre la peine de mort tout en soulignant que les États-Unis la pratiquent encore. Il demande la fermeture de la base de Guantanamo. Mais il persévère aussi dans la voie sans issue d'une armée européenne placée en dehors de tout contrôle démocratique. Il «demande ainsi une intégration militaire européenne renforcée afin de faire face aux menaces et de réagir en cas de graves violations des droits de l'homme, de génocide ou de nettoyage ethnique». Cette logique de police mondiale des droits de l'homme n'aurait de sens que dans le cadre de l'ONU, dans le respect de la souveraineté des États. Enfin, le rapport inclut une liste de prisonniers de conscience qu'on n'a pas le droit d'amender. Russie, Chine, sont toujours en bonne position. Mais jamais on ne parle des prisonniers états-uniens, comme Mumia Abu Jamal, journaliste et militant politique, qui est depuis plus de 30 ans derrière les barreaux. Je vote contre pour ne pas cautionner ces condamnations à géométrie variable.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport annuel sur les droits de l'homme et l'action de l'Union européenne en la matière est en réalité un renforcement du rôle diplomatique de l'Union au prétexte des droits de l'homme pour s'immiscer dans les actions des États. De plus, cette ingérence dans la souveraineté des États est totalement assumée au nom de la défense des humanitaires.

Je me suis opposée ce rapport.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Ondanks het feit dat het jaarverslag over de mensenrechten in de wereld een klassieker is geworden in het EP, blijven we uiterst bezorgd over de toenemende schendingen van de mensenrechten. Het is de taak van de EU om leiderschap te tonen en op te treden waar mensenrechten onder vuur liggen. Terecht wordt dit jaar in het verslag de focus gelegd op de instrumenten die de EU inzet om de vrijheidsgedachte, het vooruit helpen van de democratie en de rechtsstaat te bevorderen. Daarom moet het mensenrechtenbeleid van de EU geïntegreerd worden in alle beleidsdomeinen met een buitenlandse dimensie. Dit betekent ook dat men politieke conclusies moet trekken als mensenrechtendialogen niet het verhoopte resultaat opleveren. Bijzondere aandacht dit jaar ook voor de vele duizenden mensen die op de vlucht zijn geslagen voor oorlog en gewapende conflicten. Deze vluchtelingenstromen vormen een uitdaging voor Europa, niet alleen omdat er doeltreffende oplossingen moeten worden gevonden maar ook omdat in Europa de universele waarden dermate op de proef worden gesteld dat ze onze samenleving dreigen te verdelen. Ten slotte gaat mijn bekommernis uit naar die landen waar nog steeds wordt geëxecuteerd. In het verslag wordt terecht gepleit voor een niet-aflatende strijd van de EU tegen de doodstraf.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which underlines the fact that the universality of human rights is being seriously challenged in many parts of the world and that the EU should ensure coherence between its internal and external policies with regard to respect for human rights, which is very important. However, I have never supported any references to abortion and women's sexual and reproductive health and rights, which, in my opinion, are strictly a competence of the Member States.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Tanács 2016. június 20-án fogadta el az „Az EU 2015. évi éves jelentése az emberi jogok és a demokrácia helyzetéről a világban" című dokumentumot. A Külügyi Bizottság a Parlament állásfoglalására irányuló indítványában e jelentésről javasol véleményt mondani. Az indítvány kétségkívül alapos és részletes, meglátásom szerint azonban nélkülözi a kellő kiegyensúlyozottságot. Az elfogadásáról tartott végszavazáson ezért tartózkodtam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Nous votons contre ce rapport qui entend renforcer le rôle diplomatique de l'UE en utilisant les droits de l'homme comme levier d'empiétement sur l'action des États.

Le rapport assume par ailleurs une volonté d'ingérence dans les affaires des États tiers au nom de la défense des humanitaires, volonté déjà présente dans de nombreux autres rapports.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport entend renforcer le rôle diplomatique de l'Union européenne en utilisant les droits de l'homme comme levier d'empiétement sur l'action des États (points 19 à 25). Le rapport assume par ailleurs une volonté d'ingérence dans les affaires des États tiers au nom de la défense des humanitaires (points 42 à 28). Je vote donc contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted for this report as it takes stock of the human rights of women and children, migrants, refugees and asylum seekers, LGBTI persons and indigenous people, and assesses how they are affected by counter-terrorism, trade or development measures. On migration, the urgent need for long-term and coherent solutions based on human rights is stressed, given the growing number of human rights abuses against refugees, irregular migrants and asylum seekers on their route to Europe. On business and human rights, the rapporteur insists that human rights clauses should systematically be introduced in all international agreements, observing that these go hand in hand and that the business community has an important role to play in promoting human rights and democracy.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Comme chaque année, le Parlement européen vote un rapport sur les droits de l'homme et la démocratie dans le monde et la politique de l'Union européenne en la matière. Ce rapport sur l'année 2015 contenait plusieurs termes hostiles vis-à-vis de la Russie qui demeure pourtant un allié de l'Union européenne. C'est pourquoi, je me suis abstenue sur le vote final.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report on the 2015 annual report on human rights and democracy in the world and the EU's policy on this matter. The report reveals concerns regarding the promotion and protection of human rights and democratic values.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut prin vot acest raport deoarece îl consider un document complet și realist în ceea ce privește cele mai importante evoluții din lume și din UE cu privire la drepturile omului. Din păcate, realitatea de zi cu zi, dar și conținutul acestui raport nu îmi creează impresia că situația generală se îmbunătățește. De fapt, asistăm la o deteriorare evidentă a situației privind respectarea drepturilor universale ale omului în multe părți ale lumii. Mai mult ca oricând, Uniunea Europeană trebuie să fie coerentă în acțiunile sale externe, iar acest lucru înseamnă mult mai multă concordanță între statele membre, SEAE și Consiliu. În același timp, cum am spus-o în repetate rânduri, pentru a fi respectați de partenerii noștri externi, trebuie să dăm dovadă de toleranță și deschidere în dialogurile și relațiile pe care le avem cu diversele culturi și civilizații ale acestei lumi și, în anumite situații, să ascultăm toate argumentele prezentate înainte de a cataloga.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu o lidských právech a demokracii ve světě za rok 2015 a o politice Evropské unie v této oblasti, která zahrnuje mimo jiné boj proti všem formám diskriminace, obchodování s lidmi, propojení obchodu, podnikání a lidských práv, osoby se zdravotním postižením, práva žen a dětí, práva původních obyvatel a příslušníků menšin, mezinárodní humanitární právo, svobodu myšlení, svědomí a náboženského vyznání či přesvědčení, svobodu projevu on-line a off-line a prostřednictvím audiovizuálních a dalších mediálních zdrojů, boj proti terorismu či trest smrti. V této souvislosti se domnívám, že EU by si měla zachovat ambiciózní politiku zaměřenou na celosvětové zrušení trestu smrti v souladu s obecnými zásadami EU týkajícími se trestu smrti, jež byly revidovány v roce 2013, a i nadále proti trestu smrti bojovat. V souvislosti s bojem proti nelegální migraci plně podporuji zahájenou operaci námořních sil Evropské unie ve Středomoří (EU NAVFOR MED), která je účinným způsobem boje proti převaděčství migrantů, a proto by EU měla v operacích tohoto druhu pokračovat a zintenzivnit je.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da der Bericht einen uneingeschränkten Zugang zu Bildung, Gesundheitswesen und vieles mehr für Migranten fordert.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Raport keskendub inimõiguste ja demokraatia olukorrale 2015. aastal, hõlmates kõikvõimalikke valdkondi, mh ränne, inimkaubandus, naiste õigused, lapsed, LGTB ja sõnavabadus.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Μέσα σε ένα περιβάλλον που σημαδεύτηκε από την αστάθεια και τις συγκρούσεις στη Μέση Ανατολή και σε περιοχές της Ασίας και της Αφρικής, τη συνακόλουθη μεταναστευτική κρίση και τις επανειλημμένες τρομοκρατικές επιθέσεις κατά αμάχων, το 2015 ήταν έτος ιδιαίτερων προκλήσεων για την Ευρωπαϊκή Ένωση και τη διεθνή κοινότητα γενικότερα. Το Ισλαμικό Κράτος επέκτεινε τη δράση του σε περιοχές της Συρίας και του Ιράκ, διαπράττοντας μαζικές θηριωδίες και παραβιάσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, ιδίως σε βάρος μειονοτικών ομάδων. Παρατηρήθηκε επίσης μια ανησυχητική τάση εκφοβισμού και επιθέσεων εναντίον ακτιβιστών και μελών της κοινωνίας των πολιτών. Υπάρχει έντονη ανησυχία για τις πολυάριθμες, συνεχώς αυξανόμενες απόπειρες συρρίκνωσης των περιθωρίων δράσης της κοινωνίας των πολιτών και των υπερασπιστών των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, και την αύξηση του αριθμού των κατασταλτικών νόμων που θεσπίζονται σε όλο τον κόσμο, με το πρόσχημα της καταπολέμησης της τρομοκρατίας (μέσω της καθιέρωσης των αντιτρομοκρατικών νόμων). Υπερψήφισα την έκθεση καθώς οι σημερινές πολύπλοκες κρίσεις και οι εκτεταμένες παραβιάσεις και καταπατήσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και των θεμελιωδών ελευθεριών επιβάλλουν ολοένα πιο αποφασιστικές προσπάθειες από την ΕΕ. Η ΕΕ πρέπει να ανταποκρίνεται στις προκλήσεις μέσω στοχευμένων δράσεων, με συστηματική και συντονισμένη χρήση των μέσων που έχει στη διάθεσή της και βελτιωμένο αντίκτυπο των πολιτικών και των εργαλείων της επιτόπου.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Την ένταση της παρέμβασης της ΕΕ «όπου γης» για τα συμφέροντα των ευρωπαϊκών επιχειρηματικών ομίλων που υπηρετεί -την οποία μάλιστα βαφτίζει προκλητικά «ευθύνη προστασίας»- με πρόσχημα τα ανθρώπινα δικαιώματα και τη δημοκρατία εκφράζει η έκθεση που καταψήφισε η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ. Η έκθεση είναι αποκαλυπτική για τη δήθεν ευαισθησία της ΕΕ: αφενός, «ζητεί την προώθηση της ευρωπαϊκής στρατιωτικής ολοκλήρωσης προκειμένου να βελτιωθεί η ετοιμότητα και η ευελιξία των ευρωπαϊκών ενόπλων δυνάμεων», το αιματοκύλισμα δηλαδή των λαών που φέρνει προσφυγιά, φτώχεια και δυστυχία, και αφετέρου, επιφυλάσσει για τους πρόσφυγες και τους μετανάστες που ξεριζώνονται από την πολιτική τη δική της και των άλλων ιμπεριαλιστικών δυνάμεων ένταση της καταστολής με «την ανάπτυξη αποστολών της ΚΠΑΑ, όπως η ναυτική δύναμη της ΕΕ στη Μεσόγειο, η επιχείρηση Sophia (EURONAVFOR MED)» κ.ά. Παράλληλα, υποστηρίζοντας ότι επιδιώκει «τη χωρίς αποκλεισμούς και βιώσιμη ανάπτυξη που επιτρέπει τη δίκαιη ανακατανομή του παραγόμενου πλούτου», αποκρύπτει συνειδητά το ότι η καπιταλιστική βαρβαρότητα που υπηρετεί θυσιάζει τα εργατικά λαϊκά δικαιώματα για την κερδοφορία των επιχειρηματικών ομίλων. Τα δικαιώματά τους οι λαοί θα τα διασφαλίσουν μόνο όταν πάρουν την εξουσία και γίνουν ιδιοκτήτες του πλούτου που παράγουν, αποδεσμευόμενοι από την ΕΕ και κάθε ιμπεριαλιστική συμμαχία.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione del collega perché ritengo che, nonostante affronti una materia complessa e delicata, si articoli in un testo coerente e ponderato, frutto di un lavoro accurato.

Durante il 2016, anno in cui si è celebrato il cinquantenario dell'adozione dei due patti internazionali delle Nazioni Unite (sui diritti civili e politici e sui diritti economici, sociali e culturali) il rispetto dei diritti umani è stato messo a dura prova dal dilagare di forti ondate di violenza su scala mondiale.

L'Unione europea, come comunità di valori e principi, prima che in veste di comunità economica, rappresenta un baluardo per la difesa dei diritti umani, della democrazia e dello stato di diritto, evidenziando la vocazione alla protezione delle categorie più deboli e delle vittime dei soprusi. Tale vocazione si palesa anche nei rapporti con i paesi terzi e nell'ultimo anno la collaborazione con essi ha giocato un ruolo fondamentale nel contrasto al terrorismo, che per definizione attacca l'essenza dei diritti umani, annientando il diritto alla vita.

Condivido l'obiettivo del rafforzamento della giustizia e della lotta contro l'impunità, nonché la volontà di sviluppare un approccio più globale ai processi di democratizzazione.

Pertanto, ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — The European Union is committed to a Common Foreign and Security Policy (CFSP) and all other policies with an external dimension founded on the advancement of democracy, rule of law, the universality and indivisibility of human rights and fundamental freedoms. I voted in favour of it as it pays particular attention to women, children, people with disabilities, elderly people and EU human rights policy in this regard. The report further underlines the fact that conflicts, wars and failures of governance constitute key causes of migration and displacement. In its holistic approach to finding sustainable, long-term and coherent solutions, based on international human rights standards, it highlights the importance of differentiating between refugees and migrants.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – U današnjem svijetu ljudska prava sustavno se krše na dnevnoj bazi. Rat, nasilje i progoni eskaliraju. U Siriji i Iraku ISIS je počinio genocid nad kršćanima i jezidima, Boko Haram čini isto u Nigeriji. Pravila ratovanja se ne poštuju pa se onemogućuje pristup humanitarnoj pomoći, ubijaju se nedužni civili, bombardiraju se bolnice, škole, crkve…

Sloboda mišljenja, savjesti i vjeroispovijesti u mnogim zemljama svijeta u potpunosti je ukinuta. Živimo u svijetu u kojemu je većina ljudi u svakodnevnom strahu za goli život. Živimo u svijetu u kojemu djeca ne znaju za drugo osim za rat. To je realnost. Stoga mi je neprihvatljivo da se u godišnjem izvješću o ljudskim pravima i demokraciji u svijetu za 2015. godinu i politici Europske unije u tom području bavimo trivijalnim stvarima i ideološki obojenim politikama.

EU ima odgovornost u svojoj zajedničkoj vanjskoj i sigurnosnoj politici brinuti prije svega o nedjeljivosti ljudskih prava te poštivanju ljudskog dostojanstva i temeljnih sloboda. Pravo na život u miru bez progona, bez straha za sutra mora biti u fokusu EU-a, a ne različita kvazi prava koja se stavljaju u prvi plan.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto questa relazione perché analizza con precisione la situazione dei diritti umani e della democrazia nel mondo nell'anno 2015 e di come questi siano minacciati da sentimenti xenofobi, leggi discriminatorie e movimenti nazionalisti ed estremisti.

L'universalità dei diritti umani è negata in troppe zone del mondo. Donne e bambini, migranti, rifugiati e richiedenti asilo, persone LGBTI, popolazioni indigene e attivisti per i diritti umani sono le categorie maggiormente a rischio.

Il 2015 è stato un anno critico per l'Unione europea. L'arrivo di tanti rifugiati ha messo alla prova la solidarietà europea quanto non mai.

Ma specialmente nei periodi di crisi economica e di insicurezza generalizzata, è importante che l'Europa resti fedele ai suoi valori fondamentali: democrazia, stato di diritto e diritti umani. E ciò deve essere vero tanto per le sue politiche interne che per quelle esterne. Tutti gli accordi internazionali in materia di migrazione, sviluppo e commercio dovrebbero includere clausole che prevedano il rispetto della democrazia e dei diritti umani, che sono complementari e non alternativi al benessere economico di qualsiasi società.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Članak 21. UEU-a obvezuje Europsku uniju na zajedničku vanjsku i sigurnosnu politiku vođenu načelima koja su nadahnula njezino stvaranje te koja Unija nastoji unaprijediti u svijetu: načelima demokracije, vladavine prava, univerzalnosti i nedjeljivosti ljudskih prava i temeljnih sloboda, poštovanja ljudskog dostojanstva, načelima jednakosti i solidarnosti te poštovanjem načela Povelje Ujedinjenih naroda i međunarodnog prava.

Ovo izvješće naglašava da je poštivanje temeljnih ljudskih prava ozbiljno dovedeno u pitanje u mnogim dijelovima svijeta te da EU treba osigurati koherentnost između svoje unutarnje i vanjske politike u pogledu poštivanja ljudskih prava. S&D je tražio da se poseban naglasak stavi na ljudska prava žena i djece, migranata, izbjeglica i tražitelja azila te LGBTI osoba. Vezano uz migracije, hitno je potrebno pronaći dugoročna i koherentna rješenja temeljena na ljudskim pravima obzirom na sve veći broj kršenja ljudskih prava izbjeglice, migranata i tražitelja azila na njihovom putu prema Europi.

Vezano uz poslovanje i ljudska prava, ponovno smo uputili snažan poziv na sustavno uvođenje klauzula o ljudskim pravima u sve međunarodne sporazume, uključujući trgovinske i ulagačke sporazume, koji se sklapaju ili će tek biti sklopljeni između EU-a i trećih zemalja.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O presente relatório não se distingue dos de anteriores anos. Caracteriza-se, no essencial, por uma visão manipuladora e redutora dos direitos humanos - políticos, sociais, económicos e culturais -, utilizando-os como justificação de ingerência e pressão política sobre países terceiros. Regista-se a postura branda ou de omissão com países alinhados com as políticas e estratégia da UE por oposição com a abordagem a países duramente criticados. Críticas que, na maioria, se ficam a dever não às suas práticas, mas a não serem submissos ao imperialismo norte-americano e à UE.

Gritante a omissão às grotescas e sistemáticas violações dos direitos humanos que ao longo de 2015 se foram somando em variados estados-membros na resposta à crise humanitária dos refugiados, quer por decisão própria de cada Governo, quer pela implementação das criminosas políticas de migração que a UE impôs, políticas que alimentam e promovem o racismo e a xenofobia.

Persiste a omissão a situações gravíssimas como o Sahara Ocidental e a Palestina, passando um pano sobre a agressão de Marrocos e Israel àqueles povos.

Nem uma palavra quanto às consequências das políticas de austeridade, e a degradação das condições de vida e violações de direitos humanos que também daí decorrem: pobreza, exclusão social, fome, perda de habitação.

Votámos contra.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Dle statistik Organizace spojených národů bylo v průběhu roku 2015 násilně vysídleno 65,3 milionu lidí. Dalších 21,3 milionu bylo oficiálně označeno za uprchlíky. Ačkoliv je tato skutečnost politováníhodná, věřím, že tato čísla mají sama o sobě dostatečnou vypovídací hodnotu. Hlasoval jsem pro výroční zprávu o lidských právech a demokracii ve světě v minulém roce, jelikož plně souhlasím s její výzvou mířenou na Evropskou unii a členské země. Situace na poli respektování lidských práv a demokracie se v roce 2015 hned na několika místech zhoršila. Je proto potřeba, aby druhý akční plán Evropské unie pro lidská práva a demokracii a jeho provádění bylo bráno zodpovědněji. To platí i v kontextu uprchlické krize. Musíme naleznout účinná a udržitelná řešení, která nebudou vést k vnitřní implozi našeho celku. Evropská komise a potažmo i celá Unie má pořád výhodu silnější pozice v rámci vyjednávání evropských přístupových podmínek. Je proto nutností, aby využila této příležitosti a snažila se co nejvíce zlepšit respektování práv a demokratických principů v kandidátských zemích či v zemích označovaných jako potenciónální kandidátské země. Stejně tak je potřeba, aby tyto prvky promítala i do ostatních vnějších politik, a to co nejvíce konzistentně.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – I am pleased to introduce Parliament's human rights annual report as a response to the EU annual report on human rights and democracy in the world in 2015. The importance of the report is that it underlines the fact that the universality of human rights is being challenged in many parts of the world. I must stress that the EU should ensure coherence between its internal and external policies with regard to respect for human rights. I fully support the S&D rapporteur, who diligently included the accounts of the human rights of women and children, migrants, refugees, asylum seekers, LGBTI persons and indigenous people, and assessed how they are affected by counter-terrorism, trade or development measures. On migration, I emphasise the urgent need for long-term and coherent solutions based on human rights, given the growing number of human rights abuses against refugees, irregular migrants and asylum seekers on their route to Europe. On business and human rights, I insist that human rights clauses should systematically be introduced in all international agreements. We must move forward to continue improving human rights, outlined in this report, in the face of the migrant crisis and big business.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W sprawozdaniu pozytywnie odniesiono się do pomocy dla osób wewnętrznie przesiedlonych na Ukrainie oraz ochrony obrońców praw człowieka i dziennikarzy na całym świecie.

Jest jednak również wiele aspektów nastręczających problemy. Niestety tematyka sprawozdania w dużej części poświęcona jest również azylowi i migracji oraz poucza się państwa członkowskie o łączeniu rodzin oraz otwieraniu legalnych szlaków migracji. W sprawozdaniu wysunięto między innymi postulat dotyczący darmowych i wysokiej jakości kształcenia, opieki zdrowotnej i zakwaterowania dla uchodźców, jak również ich dostępu do rynku pracy. W sekcji poświęconej prawom kobiet nawołuje się do prawa dostępu do bezpiecznej i legalnej aborcji.

W związku porównywalną liczbą pozytywnych i negatywnych aspektów sprawozdania wstrzymałem się od głosu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport qui dresse le bilan de la situation des droits de l'homme et de la démocratie dans le monde, et la politique de l'Union européenne en la matière. Nous sommes particulièrement concernés par la multiplication des actes de violence, de persécution, d'intolérance, de discrimination contre toutes les minorités et par la persistance des conflits armés dans le monde. L'Europe est un symbole d'humanité et doit rester un modèle. C'est pourquoi la politique de soutien aux droits de l'homme et à la démocratie doit être au cœur de toutes les politiques extérieures de l'Union, telles que le développement, les migrations, la sécurité, la lutte contre le terrorisme, la politique de voisinage, l'élargissement ou le commerce, grâce à la mise en place d'exigences en matière de droits de l'homme. Nous nous engageons plus que jamais à promouvoir les droits de l'Homme dans le monde et nous sommes très fiers d'avoir remis, cette année, le prix Sakharov pour la liberté de l'esprit à Nadia Mourad Bassi Taha et à Lamiya Aji Bachar, deux jeunes yézidies, rescapées de la barbarie du groupe «État islamique».

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. Whilst we fully support efforts to improve human rights and democracy, we cannot support EU activity in this or any other area. The vote on Article 148(2) regarding Christianity was un-whipped and each MEP voted according to their own conscience.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution qui aborde les principaux défis liés aux droits fondamentaux au sein de l'Union européenne, notamment en matière de migration et de protection de l'enfance.

Le vote de ce texte a été non seulement l'occasion de déplorer le niveau croissant de discours haineux au sein de certaines institutions, certains partis politiques et certains médias: l'Union européenne doit donner le bon exemple. Et dans ce cas précis, les États membres ont un rôle à jouer. Ils devraient par exemple intensifier leurs efforts pour promouvoir les valeurs européennes, la tolérance et le sens de la communauté, en évitant la stigmatisation. Mais aussi en matière de migration. Car pour l'année 2015, ce sont 10 000 enfants réfugiés et migrants non accompagnés qui ont été portés disparus dans l'Union européenne. Ainsi, les groupes vulnérables, au rang desquels les enfants non accompagnés, devraient pouvoir être identifiés dès que possible. La résolution appelle donc les États membres à renforcer les systèmes de tutelle pour les enfants non accompagnés et les encourage à maintenir les familles ensemble. Il reste encore du chemin à parcourir.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pritariau metinei žmogaus teisių ir demokratijos pasaulyje ir Europos Sąjungos politikos šioje srityje ataskaitai. Dokumentas parodo, kokį svarbų vaidmenį šioje srityje atlieka Europos Sąjunga, ir, deja, kiek nedaug pavyksta padaryti.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – Le rapport 2015 sur les droits de l'homme et la démocratie dans le monde souligne à juste titre l'augmentation des violences et des discriminations à l'encontre des femmes et des jeunes filles au cours des dernières années. Il évoque par ailleurs les violences, poursuites judiciaires et discriminations subies par les personnes LGBTI dans de nombreuses régions du monde. Fort de ce constat préoccupant, ce rapport préconise plusieurs mesures. Concernant les femmes, ce rapport suggère d'étendre les mesures prises contre les violences à caractère sexiste dans l'environnement numérique. Il encourage également les États membres, la Commission et le SEAE à promouvoir l'émancipation économique et politique des femmes dans les pays en développement. S'agissant des personnes LGBTI, le rapport recommande aux institutions de l'Union et aux États membres de contribuer davantage à la réflexion sur la reconnaissance du mariage homosexuel comme un enjeu politique et social lié aux droits civils et aux droits humains. J'ai donc soutenu ce rapport.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A União Europeia (UE) está empenhada na concretização da sua Política Externa e de Segurança Comum, bem como em todas as outras políticas externas relacionadas com o respeito pelos princípios da Democracia, Estado de Direito, universalidade e defesa dos Direitos Humanos (DH) e liberdades fundamentais.

O presente relatório reporta as variadas formas de violação (e/ou tentativa de violação) dos Direitos Humanos a nível mundial. Falamos principalmente de atropelos ao Estado de Direito e ao exercício das liberdades fundamentais, tais como restrições à liberdade de expressão, perseguições, intolerância, discriminação com base em crenças, entre outro tipo de atrocidades que merecem especial atenção aquando da adoção de medidas preventivas deste tipo de crimes.

Os fluxos das migrações têm captado a atenção da UE- pelas suas causas, implicações múltiplas e por envolverem seres humanos- cuja dignidade deve, acima de tudo, ser respeitada.

Os Diálogos dedicados aos DH são um instrumento eficaz para o envolvimento e cooperação bilaterais, como refletido no Plano de Acão para os DH e a Democracia 2015-2019, assim como outras medidas de defesa, baseadas nos padrões internacionais.

Por concordar com a necessidade de fazer cumprir e respeitar os princípios universais em matéria de preservação dos DH, votei favoravelmente este relatório.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Jahresbericht 2015 über die Menschenrechte, die Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich gestimmt.

Hintergrund dafür ist, dass der Bericht die Punkte aufzeigt, für die sich die Europäische Union engagiert, für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und alle anderen Politiken, die auf dem Fortschritt der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Universalität und der Unteilbarkeit von Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhen. Der Bericht gibt darüber hinaus einen Anstoß dafür, nachhaltige und langfristige Lösungen auf der Grundlage internationaler Menschenrechtsstandards für die gegenwärtigen Probleme, wie Gewalt und Verfolgung, zu finden.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra porque el Informe anual sobre los derechos humanos pide una mayor integración militar europea y mejorar la preparación y flexibilidad de las fuerzas armadas europeas, «para permitirles responder a las amenazas y los casos de violaciones graves de los derechos humanos», lo cual constituye un total contrasentido; es decir, pretende que a través del incremento de la seguridad y la defensa aumenten las garantías de los derechos fundamentales. Una excusa para justificar el aumento de las capacidades militares.

Esta visión parcializada y reduccionista del concepto de protección de los derechos humanos de la población, desconoce el impacto e importancia de las medidas económicas y políticas para el resguardo de los derechos sociales y económicos de los ciudadanos.

Por otra parte, es injerencista y pretende emular la política intervencionista estadounidense de policía del mundo, ya que subraya la necesidad de consolidar en el derecho internacional el concepto de «responsabilidad de proteger», y otorgarle a la Unión la posibilidad de «liderar iniciativas y acciones significativas para proteger a los civiles, incluso cuando están bajo la amenaza de su propio Estado».

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report, however there are certain elements of it that I agree with.

Christians are being persecuted in the Middle East, especially by ISIS, and all nations should recognise this.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this report, which underlines that the universality of human rights is seriously being challenged in many parts of the world and that the EU should ensure coherence between its internal and external policies with regard to respect for human rights.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – Another liberal so-called 'progressive' report claiming to solve violence against women by ensuring they have the power to kill their children! Or tackling poverty by reducing the size of the population. No state can thrive when its population is in fatal decline. Europe should solve its own demographic winter before exporting its ideology to the world.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh uznesenia EP k výročnej správe o ľudských právach a demokracii vo svete a politike Európskej únie v tejto oblasti za rok 2015. V uznesení sme vyjadrili hlboké znepokojenie nad tým, že podpora a ochrana ľudských práv a demokratických hodnôt je celosvetovo ohrozená a že univerzálnosť ľudských práv je závažným spôsobom v mnohých častiach sveta spochybňovaná, a to aj v rámci autoritatívnych režimov, ako aj teroristickými skupinami. V súčasnosti je mnoho obhajcov ľudských práv obeťami útokov, preto musíme systematicky a jednoznačne odsudzovať vraždenie obhajcov ľudských práv, prenasledovanie, ohrozovanie, obťažovanie, zmiznutie, väzenie či svojvoľné zatýkanie. V návrhu uznesenia sme tiež odsúdili všetky formy diskriminácie vrátane diskriminácie na základe rasy, farby pleti, pohlavia, sexuálnej orientácie, rodovej identity, jazyka, kultúry, náboženského vyznania alebo viery, sociálneho pôvodu, rodu, veku či akejkoľvek okolnosti. Ľudské práva zakotvené v dohovoroch OSN sú univerzálne, vzájomne súvisiace a vzájomne prepojené a ich dodržiavanie sa musí vynucovať v prípade ich porušovania.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Porušování lidských práv je bohužel každodenní realitou na mnoha místech ve světě a například v těchto dnech jsme svědky ještě větší eskalace konfliktu v Sýrii ze strany prezidenta Assada či nedávného bombardování humanitárních konvojů. Vítám, že se tato zpráva staví na obranu náboženských svobod, zejména křesťanů na Blízkém Východě. Přesto jsem tuto zprávu nemohla podpořit z důvodu výhrady svědomí, protože některé její části jsou v přímém rozporu s ochranou nenarozeného života.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Letno poročilo o človekovih pravicah in demokraciji v svetu ter politiki Evropske unije na tem področju za leto 2015 izraža resno zaskrbljenost zaradi ogroženosti varstva človekovih pravic in demokratičnih vrednot po vsem svetu in spodkopavanja univerzalnosti človekovih pravic v številnih delih sveta, tudi v avtoritarnih režimih in z delovanjem terorističnih skupin, kot je Daiš. Poziva vse institucije EU in države članice, naj uresničujejo svoje zaveze, da bodo spodbujale demokracijo in pravno državo, varovale in uveljavljale človekove pravice in temeljne svoboščine.

Pomembna je tudi obsodba napadov na novinarje, sodnike, tožilce, pa tudi okoljske aktiviste in zagovornike človekovih pravic po vsem svetu, čemur smo žal še vedno zelo pogosto priča. Poročilo zavzame tudi jasno stališče, da mora Evropska unija človekovim pravicam nameniti osrednje mesto v odnosu z vsemi tretjimi državami, vključno s strateškimi partnerji, pri čemer je pomembno, da se enaka zavzetost kaže tako v notranji kot zunanji politiki.

Zadovoljen sem tudi s tem, da je poročilo dovolj progresivno in vključuje močne dele o področjih kot so pravice LGBTI, boj proti vsem oblikam diskriminacije, trgovina z ljudmi, migracije, spolne in reproduktivne pravice, okoljske migracije, svoboda izražanja na spletu, podpiranje zagovornikov človekovih pravic itd. Zaradi vsega navedenega, sem poročilo tudi podprl.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Het Europees Parlement wil het jaarverslag van de Raad rond Europese activiteiten op gebied van democratie en mensenrechten in derde wereldlanden gebruiken om een noodzakelijk debat rond het algemene Europese mensenrechtenbeleid te realiseren.

Het goedgekeurde verslag is een moeilijk leesbaar en dik werkstuk geworden. Maar gelukkig is het gekruid met een sterk progressieve toets door de vele groene punten die zijn opgenomen. Het verslag is dan ook veel ambitieuzer dan voorgaande jaren. De Groenen willen met hun aanbevelingen aantonen dat we uit de illusie moeten ontwaken dat mensenrechten wereldwijd gerespecteerd worden. De stijging in geweld en intimidatie ten aanzien van verdedigers van mensenrechten is hier jammer genoeg slechts één voorbeeld van. Cruciaal is dat het EP mevrouw Mogherini, Vice-Voorzitter/Hoge Vertegenwoordiger Buitenlands Beleid, verzoekt een EU-wapenembargo uit te vaardigen tegen landen die beschuldigd worden van mensenrechtenschendingen. Erg innovatief in het verslag is ook het feit dat voor de allereerste keer een hoofdstuk over de rechten van ouderen opgenomen werd. Dit is een erg goed verslag. Ik stemde dan ook voor.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Wie bereits im letzten Jahr ist der „Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie in der Welt" zu allumfassend und geht über den notwendigen Fokus hinaus. Es gibt Überschneidungen mit den Kompetenzen anderer Ausschüsse, vor allem im Hinblick auf Fragen des Asyls oder der Familienzusammenführung. Als Liberal-Konservative Reformer haben wir uns konstruktiv eingebracht und freuen uns darüber, dass der Berichterstatter unsere Punkte mit aufgenommen hat, wie z. B. die explizite Erwähnung Chinas, Russlands und der Türkei als Länder, die ihre Zivilgesellschaften durch repressive Gesetze und Praktiken unterdrücken. Aufgrund dessen habe ich mich trotz einiger Kritikpunkte entschieden, dem Bericht zuzustimmen.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Európska únia dlhodobo presadzuje dodržiavanie ľudských a občianskych práv vo svete. Rok 2015 bol obzvlášť tragický, pretože eskalovali konflikty vo viacerých častiach sveta vrátane Iraku, Sýrie a Ukrajiny. Európska únia by v budúcnosti nemala prípady porušovanie ľudských práv len konštatovať, ale mala by aktívne pôsobiť, napríklad aj pomocou svojej ekonomickej diplomacie tak, aby vynucovala zlepšenie stavu a potrestanie vinníkov.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europska unija se obvezala na Zajedničku vanjsku i sigurnosnu politiku / Common Foreign and Security Policy (CFSP) koja počiva na demokraciji, vladavini prava, univerzalnosti i nedjeljivost ljudskih prava i temeljnih sloboda, poštivanju ljudskog dostojanstva, načela jednakosti i solidarnosti i poštivanju načela Povelje Ujedinjenih naroda i međunarodnog prava. Promicanje i očuvanje nedjeljivosti i univerzalnosti ljudskih prava nalaze se među ključnim ciljevima vanjske i sigurnosne politike EU-a.

EU smatra kako suradnja s civilnim društvom i braniteljima ljudskih prava u trećim zemljama treba biti jedan od glavnih prioriteta u promicanju ljudskih prava i borbi protiv kršenja ljudskih prava. također EU se zalaze za promicanje ljudskih prava u svim područjima vanjskih odnosa „bez iznimke".

Podržavam ovo izvješće jer smatram kako se moraju poštivati ljudska prava, u skladu sa temeljnim načelima slobode, demokracije, temeljenih sloboda i vladavine prava te kako svaki pojedinac bez iznimke ima pravo na isto.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o letnem poročilu o človekovih pravicah in demokraciji v svetu ter politiki Evropske unije na tem področju za leto 2015. Ne smemo dopustiti, da je zaradi delovanja terorističnih skupin, kot je denimo ISIS, v številnih delih sveta ogroženo varstvo temeljnih človekovih pravic in demokratičnih vrednot. Podpiram poziv iz letnega poročila, da naj vse institucije EU in države članice uresničujejo svoje zaveze, da bodo spodbujale demokracijo in pravno državo, varovale in uveljavljale človekove pravice in temeljne svoboščine, vključno s pravico do razvoja z miroljubnimi sredstvi, ter naj človekovim pravicam namenijo osrednje mesto v odnosih EU z vsemi tretjimi državami, vključno s strateškimi partnerji, in na vseh ravneh.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem Výroční zprávu o demokracii ve světě za rok 2015 a politice EU v této oblasti, protože vychází z toho, že Evropská unie i její společná zahraniční a bezpečnostní politika jsou založeny na prosazování demokracie, vlády práva a univerzálnosti základních lidských práv. Zpráva upozorňuje na pokračující násilí a diskriminaci vůči náboženským menšinám různě ve světě a vyzývá k ochraně těchto menšin. V souvislosti s migrační krizí upozorňuje, že konflikty, války a nefunkční vlády jsou hlavní příčinou migrace – přičemž rozlišuje migranty a uprchlíky – a prosazuje komplexní dlouhodobý přístup směřující k vytvoření fungujících společností skrze rozvojovou pomoc a investice. Zároveň však zdůrazňuje, že obchod a lidská práva musí jít ruku v ruce.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερασπιζόμαστε με κάθε τρόπο τον σεβασμό και την ενίσχυση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Ωστόσο η έκθεση προωθεί όλους τους μηχανισμούς που έχει η ΕΕ και οι οποίοι λειτουργούν προς την αντίθετη κατεύθυνση. Υποστηρίζει την ΚΕΠΠΑ, προωθεί την ενίσχυση του ευρωπαϊκού στρατού, τους μηχανισμούς Sophia, την περαιτέρω στρατιωτικοποίηση της Ένωσης και την ενίσχυση της παρεμβατικής της δράσης στα εσωτερικά άλλων κρατών με πρόσχημα την προστασία της δημοκρατίας και των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Για τους λόγους αυτούς τηρήσαμε αποχή.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση επιχειρεί νομοθετική παρέμβαση στην κατοχύρωση των δικαιωμάτων των λαθρομεταναστών με δυσμενείς επιπτώσεις τόσο στην εσωτερική ισορροπία των χωρών υποδοχής, όσο και στην δυνατότητα χρήσης του μηχανισμού επαναπροώθησης αυτών, δυνατότητα η οποία επιχειρείται να εξαλειφθεί διά της παρούσης.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az éves jelentés elfogadását, elsősorban azért, mert jól tükrözi, hogy az Európai Unió továbbra sem kíván engedni abból az ambíciójából, hogy a világon az emberi jogok és a demokrácia érvényesülésének zászlóvivője, érvényes mintája maradjon. Különösen egyetértek azzal a megállapítással, hogy ez a legújabb nemzetközi kihívásokkal, elsősorban a menekültválsággal szembesülve minden korábbinál jobban megköveteli az Unió külső és belső politikáinak koherenciáját, hitelességét, amelyet újabban belülről bomlaszt néhány EU-tagállam kormánya a menekültekkel való embertelen, megalázó, diszkriminatív bánásmóddal.

A jelentés ebből a szempontból is drámai tényekkel szembesít bennünket, de kerüli konkrét tagállamok megnevezését, ugyanakkor magyar politikusként és demokrataként szem előtt kellett tartanom, hogy a menekültek jogainak szisztematikus megsértésére ma sajnos éppen az Orbán-kormány szolgáltatja a legnyilvánvalóbb európai példát. Ez is hozzátartozik az emberi jogok mai globális helyzetének összképéhez, egyúttal súlyos belső kihívást jelent az EU, mint demokratikus értékközösség számára, amelyet az EP idei jelentése is remélhetőleg tevékeny fellépésre késztet.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Ochrona praw człowieka i promowanie demokracji na świecie są priorytetami nie tylko dla Parlamentu Europejskiego, ale i dla całej Unii Europejskiej. Wyznań w tym zakresie jest wiele i bez zwiększonych wysiłków ze strony państw członkowskich i Wspólnoty nie będzie można skutecznie umieścić praw człowieka i wartości demokratycznych w centrum ich relacji z partnerami zagranicznymi.

Aby upewnić się, że prawa człowieka będą dalej włączone do zewnętrznych aspektów polityki UE, szczególny nacisk musi być położony na te obszary, które wymagają odnowienia zobowiązań politycznych i dodatkowych wysiłków w celu wsparcia podmiotów lokalnych. Kluczowe jest także przeciwdziałanie i korygowanie naruszeń praw człowieka podczas konfliktów i kryzysów zbrojnych. Konieczna jest większa spójność reakcji Unii Europejskiej w odniesieniu do tak strategicznych obszarów polityki, jak migracja, handel i walka z terroryzmem, czy pogłębienie skuteczności i poprawa wyników unijnych narzędzi w zakresie praw człowieka.

Wyzwania związane z prawami człowieka w kluczowych obszarach takich jak wolność słowa, przeciwdziałanie dyskryminacji, równość płci czy promowanie praw gospodarczych, społecznych i kulturalnych są przeogromne. Popierając przedstawione sprawozdanie, oczekuję jednocześnie bardziej zdecydowanych wysiłków ze strony Unii Europejskiej.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – Parliament's human rights annual report is an assessment of the situation on human rights and democracy in the world in 2015 that I support. After having analysed the report, one can say that the universality of human rights is seriously being challenged in many parts of the world and that the EU should ensure coherence between its internal and external policies with regard to respect for human rights. There are more and more human rights breaches and violations every day. We need a common approach and concrete implementation in practice by utilising all instruments available for human right protection. I also support taking stock regularly of the human rights of women and children, migrants, ethnic minorities, refugees etc., and starting to take action on these so as to prevent gross abuse and stop the wide violation of human rights around the world.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte de mon collègue dont je partage les préoccupations. Je m'inquiète vivement du fait que la promotion et la protection des droits de l'homme et des valeurs démocratiques sont menacées partout dans le monde et que l'universalité des droits de l'homme est remise en question avec force dans de nombreuses régions du monde, notamment sous certains régimes totalitaires ainsi que par des groupes terroristes tels que Daech.

Nous sommes aussi préoccupés face aux efforts de plus en plus nombreux déployés pour réduire l'espace dévolu à la société civile et aux défenseurs des droits de l'homme, à la limitation croissante de la liberté de réunion et d'expression, et à la multiplication des lois répressives adoptées de par le monde et ayant des répercussions sur la société civile. Il faut une condamnation claire!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Annual Report on Human Rights and Democracy promotes the centrality of human rights in EU external policies. The report laments the state of human rights and democracy in 2015, which has come increasingly under threat. Further, the report called on the EU institutions and Member States to promote democracy and the rule of law and protect human rights and fundamental freedoms. I voted in favour of the report as it places human rights at the centre of the EU's relations with all third countries, reinforcing the EU's commitments to the protection of European values worldwide.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – Az emberi jogok és a demokrácia világbeli helyzetéről és az EU ezzel kapcsolatos politikájáról szóló jelentésében az Európai Parlament súlyos aggodalmának ad hangot amiatt, hogy az emberi jogok védelme világszerte súlyos fenyegetettségnek van kitéve. A dokumentum hangsúlyozza az Unió emberi jogok – többek között a vallásszabadság, a szólásszabadság, és a kisebbségi jogok – előmozdítása iránti hosszú távú elkötelezettségét.

Mindemellett sajnálattal kell megállapítanom, hogy a jelentés az Európát sújtó migráció kérdését egyoldalúan emberi jogi kérdésként közelíti meg, figyelmen kívül hagyva annak olyan más, fontos vonatkozásait, mint amilyenek az Unió külső határainak védelme vagy a határátlépés törvényességének a követelménye. Közismert, hogy Magyarország álláspontja a migráció ügyében több ponton is eltér az EU hivatalos politikájától. Bár említésre méltó, hogy a jelentés az Európai Néppárt álláspontjának megfelelően a migránsok és a menekültek között különbséget tesz, mindazonáltal fideszes képviselőtársaimmal együtt tartózkodtam a szavazáskor.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o godišnjem izvješću o ljudskim pravima i demokraciji u svijetu za 2015. godinu i politici Europske unije u tom području". Slažem se s većinom teksta ovog prijedloga rezolucije. Smatram ispravnim poziv na daljnju vojnu integraciju Europske unije s ciljem jačanja fleksibilnosti oružanih snaga EU-a te učinkovitijeg odgovora na slučajeve kršenja ljudskih prava i povreda međunarodnog humanitarnog prava.

Posebno želim podsjetiti na rezoluciju Europskog parlamenta kojom se poziva Vijeće sigurnosti UN-a da zatraži od Međunarodnog kaznenog suda istragu kršenja ljudskih prava kršćana koja je u Iraku i Siriji počinio ISIL te apeliram na potrebu institucionalne zaštite koju kršćani u tom području trebaju. Treba posebno imati u vidu i slučajeve krijumčarenja migranata koje je esencijalno povezano s trgovinom ljudima te razviti jedinstveni pristup unutar država članica Europske unije kojim će se odgovoriti na taj problem.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Kao i prethodnih godina, izvješće o ljudskim pravima u svijetu pokriva široku lepezu tema, kao što su vjerske slobode, priznavanje pozitivnih doprinosa poslovnog sektora na ljudska prava, zaštita novinarske profesije, pomoć interno raseljenim osobama te mnoge druge.

Smatram da poštivanje temeljnih ljudskih prava mora biti neupitno i beskompromisno civilizacijsko postignuće te u skladu s time podupirem većinu poziva koje ovo izvješće sadrži.

No međutim, ne mogu se složiti da je pravo na pobačaj temeljno ljudsko pravo. Već sam mnogo puta istaknula svoj čvrsti stav da pravo jednog bića prestaje u onome trenutku kada počinje pravo drugoga. Stoga sam glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o letnem poročilu o človekovih pravicah in demokraciji v svetu ter politiki Evropske unije na tem področju za leto 2015 sem podprla. Evropska unija se zavzema za skupno zunanjo politika in za politiko zunanjih razsežnosti, ki temelji na demokraciji, pravni državi, univerzalnosti in nedeljivosti človekovih pravic ter temeljnih svoboščin. Še vedno obstajajo poskusi krčenja prostora civilni družbi, omejitev svobode izražanja in zbiranja. Treba je podpirati namenski dialog o človekovih pravicah kot uspešno in učinkovito orodje za dvostransko sodelovanje. Še vedno smo lahko v skrbeh zaradi nadaljevanja nasilja in preganjanja ter veliki meri nestrpnosti in diskriminacije verskih prepričanj ter manjšin po vsem svetu. Začeti bi morali medverski dialog in

zagotoviti manjšinam zaščito tudi tistim na Bližnjem vzhodu (Yazidis, kristjani, muslimanske manjšine - katere preganjajo razne teroristične skupine). Na področju človekovih pravic moramo posebno pozornost nameniti ženskam, otrokom, invalidom in starejšim. Konflikti in vojne so glavni vzroki za migracije in razseljevanje. Ob celovitem pristopu bi lahko našli trajnostne, dolgoročne in usklajene rešitve, ki bi temeljile na mednarodnih standardih človekovih pravic (razlikovati med begunci in migranti). Trgovina in človekove pravice morajo iti z roko v roki.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I abstained with this report because the EU has been a de facto union of democratic double standards in recent years: very active with Hungary and Poland but completely absent with violations in Spain for example.

I take the opportunity to remember that last September, with 77% participation, Catalan pro-independentist parties achieved an absolute majority in the Catalan Parliament. 2 million voters voted for independence. Carme Forcadell was elected President of the Catalan Parliament and she allowed a debate on Catalan independence in September. On Friday Carme Forcadell has to appear in front of the Spanish court to make a statement, which follows orders from the Spanish Government. She could be banned from public office because she allowed Catalan MPs to debate on independence!

Commissioner Jourová, dear colleagues, don't be indifferent to the actions of the Spanish State against Catalan democratic politicians. Don't let Spain undermine with total impunity our fundamental rights as Europeans.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le rapport entend renforcer le rôle diplomatique de l'UE en utilisant les droits de l'homme comme levier de pression sur l'action des Etats. Le rapport assume par ailleurs une volonté d'ingérence dans les affaires des États tiers au nom de la défense des humanitaires.

Ce texte est dans la lignée des autres rapports sur les droits de l'homme.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – W sprawozdaniu pozytywnie odniesiono się do pomocy dla osób wewnętrznie przesiedlonych na Ukrainie oraz ochrony obrońców praw człowieka i dziennikarzy na całym świecie. Niestety tematyka sprawozdania w bardzo dużym stopniu zazębia się z tematami prac komisji LIBE, w dużej części poświęconej azylowi i migracji. W raporcie m.in. poucza się państwa członkowskie UE ws. łączenia rodzin oraz otwieraniu legalnych szlaków migracji. Wstrzymałem się od głosu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió az európai történelem egyik legnagyobb eredménye, valamint hogy az EU átalakító erejének köszönhetően az Unió polgárai és szomszédos országai – amelyek közül sok EU-tagállam lett – békében, stabilitásban és jólétben élhetnek.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – La comunidad internacional ha sido incapaz de frenar los conflictos bélicos y las matanzas más allá de sus fronteras, y de apoyar procesos democráticos que hayan podido evitar el desplazamiento de miles de refugiados y la muerte de miles de personas durante el período anual de este informe. Las directrices europeas sobre derechos humanos nos parecen insuficientes y con sus políticas la Unión ha sido cómplice de la crisis humanitaria más importante de las últimas décadas. No he encontrado una defensa de los derechos sociales en este informe y sí artículos que utilizan la defensa de los derechos humanos como estrategia de penetración comercial en terceros países. Los principios voluntarios para el control de las multinacionales no son suficientes. Obviamente estoy en contra de una mayor integración militar europea. Si realmente se quiere trabajar para mantener la coherencia con la defensa de los derechos humanos, tal y como se defiende en este informe, debemos enfrentarnos con firmeza a reacciones xenófobas, replantear nuestras políticas comerciales, y no permitir la entrada de personas sin derechos dentro de nuestro territorio. Por la defensa de los derechos de todas y de todos, y nuestra obligación de defenderlos, he votado abstención en este informe.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of this report as it presents a sobering picture of the current situation regarding human rights: promotion and protection of human rights is under threat worldwide and the universality of rights is being challenged; civil society space is shrinking globally, and human rights defenders, notably on indigenous peoples' rights and environmental rights, are increasingly subjected to violence and harassment.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu.* — Griežtai smerkiu visus išpuolius, bauginimus, areštus, žudymus, priekabiavimo atvejus ar represijas, vykdomus prieš prokurorus, teisėjus, mokslininkus ir žurnalistus arba bet kurios kitos profesijos atstovus, kurių nepriklausomumas ir profesinė laisvė yra būtini siekiant stiprinti demokratinę visuomenę.

Derek Vaughan (S&D), *in writing.* – I voted in favour of this report, which underlines the fact that the universality of human rights is being seriously challenged in many parts of the world and that the EU should ensure coherence between its internal and external policies with regard to respect for human rights. The report is balanced and takes stock of the human rights of women and children, migrants, refugees and asylum seekers, LGBTI persons and indigenous people, and assesses how they are affected by counter-terrorism, trade and development measures.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito.* – Mediante este texto, el Parlamento Europeo se pronuncia sobre las cuestiones temáticas recogidas en el Informe anual sobre los derechos humanos y la Democracia en el mundo en 2015, presentado por el Consejo el 20 de junio. Dicho informe relata los esfuerzos que durante el pasado año llevó a cabo la Unión para promover la universalidad de los derechos humanos. Destaca, por ejemplo, la aprobación y los avances en la aplicación del nuevo Plan de Acción de Derechos Humanos y Democracia 2015-2019, que subraya las prioridades comunitarias a cinco años vista. El Informe indica que la política exterior de la Unión se centró durante el pasado año en promover prioridades tales como el empoderamiento de los defensores de los derechos humanos y la sociedad civil, la libertad de expresión y asociación, los derechos de las mujeres y los niños, la lucha contra la tortura y la abolición de la pena de muerte, la no discriminación y la promoción de rendición de cuentas por violaciones de derechos humanos. Además, explica cómo se ha avanzado en las relaciones con terceros países en esta materia, destacando a Marruecos, Azerbaiyán y Cuba. Por todo ello, he apoyado con mi voto este documento.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk.* – Ik stemde voor omdat interne en externe samenhang op het gebied van mensenrechten van essentieel belang is voor de geloofwaardigheid van het EU-mensenrechtenbeleid in het buitenland.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen.* – Äänestin sen puolesta, että mietintö vuosikertomuksesta ihmisoikeuksista ja demokratiassa maailmassa 2015 hyväksytään. Pääosin pidin mietintöä hyvänä vaikkakin laajana. Poikkesin ryhmäni kannasta erityisesti Euroopan yhteistä turvapaikkajärjestelmää ajaneissa kappaleissa. Mielestäni päätöksenteon maahanmuuton suhteen pitää pysyä jäsenmaissa. Koordinaatiota jäsenmaiden välillä tulee jatkaa ja lisätä.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito.* – Que moral tem a União Europeia quando neste relatório não procede a uma autocrítica dos direitos humanos que são constantemente violados dentro das fronteiras dos seus Estados-Membros. Fala da situação dos refugiados mas nada diz sobre as suas causas e sobre o balanço desastroso da política europeia para os refugiados.

Naturalmente que existem aspetos positivos no relatório, por exemplo a referência à exigência do encerramento de Guantanamo e algumas questões relacionadas com os direitos das mulheres, das pessoas com incapacidades, das crianças, as questões relacionadas com a pena de morte. Contudo isto não nos pode fazer de forma alguma pactuar com a hipocrisia da UE e a forma subjetiva e sobranceira como encara os direitos humanos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich.* – Nachdem der Berichterstatter unter anderem legale Migration, weitgehende Rechte für LGBTI, uneingeschränkten Zugang zu Bildung und zum Gesundheitswesen für Migranten und zudem noch eine interventionistische Politik seitens der EU fordert, habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Udo Voigt (NI), *schriftlich.* – In dem Bericht geht es um nicht weniger als die Rolle der EU als künftiger Weltpolizist, der anderen seine Meinung notfalls auch militärisch aufoktroyieren will. Die Aufzählung globaler Menschenrechtsverletzungen steht diesem EU-Europa nicht zu, solange Menschenrechte von EU-Staaten missachtet werden, und wieder einmal fehlen hier die Golfstaaten und Israel. Vor der hier genutzten Wortwahl sollten wir uns in Acht nehmen, sie führt geradewegs in bewaffnete Auseinandersetzungen mit anderen Regionen der Welt und zu Spannungen mit bisherigen Partnern. Hier war zwingend eine Ablehnung geboten.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – There is no doubt that the situation of human rights in the world today is dire – as we voted on this report, the Assad regime was destroying what was left of besieged Aleppo, reportedly massacring thousands of civilians. My thoughts and actions are with those innocent people caught up in the conflict and suffering through no fault of their own. We must also stand up and fight for the release of human rights defenders and political prisoners around the world. The human rights defender Nabeel Rajab is still in prison whilst the Bahraini government reviews his tweets. The European Union, the Higher Representative, must demand his immediate release. In Iran, UK-Iranian citizen Nazanin Zagari-Ratcliffe has been imprisoned for unknown charges, separated from her baby daughter and her husband Richard. The UK Government and EU diplomats must do more to secure her release. Together with my colleagues, I will continue to do what I can to ensure she comes home safely.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution because I believe in the fundamental importance of human rights. As a liberal, I stand behind the battle against violence and discrimination against LGBTI people. Moreover, I believe that in the modern society, same sex marriages cannot be discriminated against any more and I believe that to make the Union stronger, we have to take better care of minorities. Also, religion discrimination cannot be allowed. I agree with the importance of engaging in human rights-specific dialogues with countries that are having serious human rights problems. I also agree with the fact that human rights discussions should never be subordinated to other interests in high-level political discussions.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Kwestia praw człowieka jest jednym z priorytetów UE, dlatego coroczny przegląd polityki unijnej w tym zakresie jest ważny i bardzo potrzebny.

Jako przewodniczący Delegacji PE do spraw stosunków z Białorusią szczególną uwagę poświęcam sytuacji praw człowieka na Białorusi. Niestety nie jest ona dobra. Białoruś jest ostatnim krajem w Europie stosującym karę śmierci. W listopadzie wykonano kolejne egzekucje. Cieszę się, że sytuacja na Białorusi nie umknęła uwadze również w tym sprawozdaniu.

Parlament Europejski będzie konsekwentnie apelował do władz Białorusi o przyjęcie moratorium na wykonywanie kary śmierci, które jest pierwszym krokiem w procesie całkowitego jej zniesienia. Bardzo ważne w tym kontekście są również działania specjalnego przedstawiciela UE ds. praw człowieka Stawrosa Lambrinidisa. Liczę na naszą owocną współpracę w tym zakresie.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh uznesenia hodnotiaceho výročnú správu o ľudských právach a demokracii vo svete a politike Európskej únie v tejto oblasti za rok 2015 som nepodporila. Ako obvykle, toto uznesenie obsahovalo veľké množstvo tém, ktoré pokrývali oblasti od ochrany práv žien a detí až po práva v digitálnom svete či problematiku antimikrobiálnej rezistencie. Uznesenie riešilo prakticky všetky problematické oblasti, pričom sa dotklo medziiným aj práva utečencov a žiadateľov o azyl, boja proti násiliu páchanom na ženách či ochrany práv osôb so zdravotným postihnutím a inklúzie Rómov. Na druhej strane však obsahovalo výzvy a zdôraznenia, ktoré som nemohla podporiť. V súvislosti s migračnou a utečeneckou krízou odkazovalo na systém povinných kvót, v súvislosti s bojom proti násiliu na ženách vyzývalo na ratifikáciu právne nevykonateľného a zideologizovaného Istanbulského dohovoru a v súvislosti s právami LGBTI osôb vyzývalo na uznávanie registrovaných manželstiev či partnerstiev. A hoci s tým, že situáciu v oblasti ľudských práv je treba dôsledne a sústavne monitorovať, rozhodne súhlasím, myslím si, že uznesenie mohlo zaujať k mnohým kontroverzným témam jemnejší postoj.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Weidenholzer por concordar com as conclusões e propostas apresentadas no domínio dos direitos humanos e da democracia no Mundo e a política da UE nesta matéria. Sublinho que em matéria de migração, se solicita a necessidade urgente de soluções coerentes e duradouras baseadas nos direitos humanos, dado o número crescente de violações dos direitos humanos contra refugiados, migrantes irregulares e requerentes de asilo no seu percurso para a Europa. Destaco ainda o meu apoio à introdução sistemática de cláusulas relativas aos direitos humanos em todos os acordos internacionais concluídos e a concluir entre a UE e países terceiros, designadamente nos acordos comerciais e de investimento.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – U smjeru govora o ljudskim pravima jako je bitno naglasiti da su iznimno važni preduvjeti za njihovo ostvarivanje otklanjanje siromaštva i nerazvijenosti. Ostvarivanje ljudskih prava veže se i uz problem migracija, tj. izbjegličke krize, što je potrebno riješiti na što bezbolniji način.

Migrantima se mora garantirati potpuno poštivanje ljudskih prava kako bi na što lakši način mogli riješiti cijelu izbjegličku krizu. Nužno je osigurati da sredstva namijenjena za razvoj dospiju do potrebitih te osigurati okvir za djelovanje na nacionalnoj i međunarodnoj razini. Potrebno je promicanje socijalne, gospodarske i političke uključenosti svih, bez obzira na dob, spol, spolnu orijentaciju, rasu, etničku pripadnost ili religiju, uključujući i fer pristup za jačanje nacionalnog zdravstvenog sustava.

Institucije EU-a trebaju se još više zalagati za rješavanje kaste diskriminacije u rangu s drugim uzrocima diskriminacije. EU se ističe u podržavanju ugroženih i marginaliziranih skupina, uključujući i osobe s invaliditetom. Opasnost terorizma naglašava potrebu za boljom suradnjom vanjskih politika sigurnosti. Važno je osigurati trajnu pomoć za ugrožena područja.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o letnem poročilu o človekovih pravicah in demokraciji v svetu ter politiki Evropske unije na tem področju za leto 2015.

Poročilo sem podprl, saj po mojem mnenju poudari ključna težavna področja na področju uresničevanja človekovih pravic, še posebej pri najbolj ranljivih skupinah kot so otroci, starejši, ljudje s posebnimi potrebami in pripadniki manjšin. Poročilo prav tako poudarja pomen uresničevanja in varstva mednarodnih standardov človekovih pravic v trenutnih vojnih konfliktih ter v državah z nestabilnimi političnimi in gospodarskimi razmerami.

10.16. Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (Artikel 36 EUV) (A8-0360/2016 - Elmar Brok)

Oral explanations of vote

Jan Zahradil (ECR). – Paní předsedající, já jsem tuto zprávu nepodpořil. Mám prostě výhrady vůči těmto velmi ambiciózním zprávám snažícím se vyřešit veškeré globální problémy, když Evropská unie selhává potom v praktické realizaci.

Dám jenom tři příklady. My jsme selhali v Sýrii. To, co se odehrává v posledních dnech, je v podstatě porážka Západu, je to porážka i Evropské unie. My jsem dovolili Íránu, aby *de facto* vyhrál a aby udělal další krok na cestě k regionální hegemonii, což rozhodně není v našem zájmu. Další příklad, nemáme jasno v politice vůči Turecku. Něco jiného říká Evropský parlament, něco jiného dělá Evropská komise, něco jiného dělá Evropská rada, takže tady bychom si to také měli ujasnit. Zdá se, že jsme zmateni, i pokud jde o budoucnost transatlantických vztahů. Zatím jsem neviděl nikoho z Evropské unie, kdo by se snažil navázat vztahy s nově vznikající Trumpovou administrativou.

Takže, řešme, prosím, praktické problémy a nezabývejme se ambiciózními zprávami.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, Uniunea se confruntă cu situații fără precedent, inclusiv conflicte interstatale, insecuritate cibernetică și războaie prin interpuși. Avem de a face cu o Rusie mai ostilă ca niciodată. Propaganda rusească încearcă să submineze unitatea în Uniunea Europeană, încrederea în Uniunea Europeană, sub formă de campanii de dezinformare și prin sprijinirea unor grupuri extremiste.

În ceea ce privește campania de dezinformare, vreau să reamintesc că, deja de doi ani de zile, Federația Rusă cumpără licențe de televiziune, de radio în fostele state comuniste și va transmite – în unele deja o face – în limba țării respective, exact cum, pe vremea comunismului, BBC și Radio Europa Liberă transmiteau în limba țărilor noastre tocmai pentru a ne ține informați. Deci, acum, practic, Federația Rusă vrea să înlocuiască binele adus de BBC și Europa Liberă, dar, de data asta, cu răul.

Acțiunea externă a Uniunii trebuie fondată pe trei piloni – apărare, dezvoltare și diplomație – și sunt de acord cu crearea unui comandament civil și militar permanent și a unui fond pentru apărare, dar asta nu în detrimentul NATO, în paralel.

Tatjana Ždanoka (Verts/ALE). – Madam President, I voted against this report which advocates a policy giving the EU a negative role regarding the current conflicts in its neighbourhood. Moreover, this report also provokes such conflicts, in particular within its own territory. How can they understand the following words in paragraph 36, and I quote: 'cooperation with Russia over the recent Iran nuclear deal holds out hope for improved relations in other areas, including with NATO, in order to defuse tensions such as those in the Baltic, Syria and Ukraine'. Putting the Baltics, an EU region, into the same line with Syria and Ukraine, states where civil war is taking place, is playing with fire. Moreover, it is an attempt to start a fire and therefore it is completely unacceptable.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, Mr Brok's report represents an important and essential evaluation of foreign and security policy within the European Union. In line with Mr Brok's views, I would consider the safeguarding of EU interests and values to be an important concern in light of the extent and nature of the existing challenges which we face in international affairs. Against a backdrop of growing security challenges, the debate regarding the future of European defence cooperation is increasingly pertinent.

In fact, 66% of Irish citizens would like to see greater EU engagement in matters of security and defence policy, according to a new Eurobarometer survey of the European Parliament on perceptions and expectations. Nevertheless, military expenditure was 0.4% of Ireland's GDP in 2015. I share and appreciate the goal of ensuring greater safety for EU citizens and reiterate that, during the evolution of the EU's Common Security and Defence Policy, our EU counterparts have always fully respected Ireland's sovereignty, independence and neutrality. Because of that neutrality, we did not support all the amendments and abstained in the final vote.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, I voted against this report. I am from the Republic of Ireland, as the last speaker is. The reason I voted against it is because Ireland is a neutral country. There is another reason why I voted against it, and that is because many EU Member States are hypocrites when it comes to talking about peace.

All you need to do is a quick search on the internet to see the masses of weapons that are sold by countries from within this Union. Reuters reported in January that the German Government has approved several arms export deals with countries in the Middle East, including delivery of 23 Airbus helicopters to Saudi Arabia, 660 machine guns, 600 additional gun barrels and 550 submachine guns. Now can someone tell me what is Saudi Arabia going to do with that? Are they going to cuddle people; are going to make life better for people? No, they are going to terrorise people; they are going to cause mayhem; and they are going to make my life less safe. If Europe was serious about doing something about war, they would stop selling the tools of mayhem and stop being bloody hypocrites.

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il seguente rapporto viene presentato ogni anno in quanto espone le linee generali dell'Unione europea in materia di politica estera e sicurezza comune.

Nello specifico, trovo le posizioni del relatore riguardanti questi temi molto distanti dalle mie idee, a tratti quasi improbabili. Alcuni esempi di ciò sono l'atteggiamento estremamente aggressivo nei confronti della Russia, considerata una minaccia per l'occidente, e il rafforzamento della difesa e della sicurezza, che implicherebbe spese maggiori in capo agli Stati membri.

Per queste ragioni ho deciso di votare contro.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles hemos votado a favor este informe anual porque aborda los temas más relevantes y los acontecimientos relacionados con la PESC durante el último año y establece prioridades para el futuro. Refleja el contexto geopolítico cambiante en el que la Unión opera.

Hace hincapié en la necesidad de una integración reforzada de la Unión, incluyendo pasos hacia una «unión de defensa» y la necesidad de que las instituciones de la Unión y los Estados miembros revivan esta aspiración. El informe también pide que la PESC desempeñe un papel más visible y eficaz en la resolución de conflictos, en particular en Siria, aprovechando la influencia que la Unión tiene sobre todos los actores regionales clave, como Turquía, Arabia Saudí e Irán.

Por nuestra enmiendas S & D, también ofrece una posibilidad de relaciones más constructivas con Rusia y esboza áreas de intereses común. Además, hemos incluido los socialistas la importancia del control de las exportaciones de armas de la Unión, es decir, abstenerse de vender armas a países que no cumplen los criterios para ser elegibles en virtud de la Posición Común de la Unión sobre el comercio de armas.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — Voté en contra de este informe porque está basado en una óptica securitaria y militarista que además arroja conclusiones sin analizar realmente las causas de la situación de conflicto actual. Plantea el incremento de gasto armamentista y el aumento de todas las capacidades militares, pero no para buscar una disuasión no agresiva, ni una Unión independiente, sino que por el contrario, asume posturas en las que sigue siendo subalterna de los intereses de los Estados Unidos. Además, el texto celebra la Cumbre de Varsovia, y por lo tanto el rol de una OTAN global que parece competir con la ONU y que asume acciones y posturas cada vez más agresivas con nuestra vecindad Este, generando mayores tensiones y conflictividad al seguir apostando por las sanciones

unilaterales. Esta visión de la política exterior y de seguridad común conduce a generar más conflicto, revela a una Unión que sigue sin entender los cambios geopolíticos, y plantea aumentar los gastos militares desconociendo la severa crisis económica y social que afecta seriamente a la población europea. Rechazamos que se dedique presupuesto al financiamiento militar y abogamos por una Unión que deje de contribuir a la escalada militar en la región y sus alrededores.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento rezoliuciją dėl Bendrosios užsienio ir saugumo politikos įgyvendinimo. Rezoliucijoje teigiama, kad ES yra vienas didžiausių Europos istorijos laimėjimų, o ES gebėjimas vykdyti pokyčius užtikrino taiką, stabilumą ir gerovę savo piliečiams ir kaimyninėms šalims, daugelis jų tapo ES valstybėmis narėmis. ES ir toliau turi didžiausią ekonominę galią, yra didžiausia humanitarinės pagalbos ir paramos vystymuisi teikėja ir lyderė, sprendžiant pasaulinės daugiašalės diplomatijos klausimus, pavyzdžiui, susijusius su klimato kaita, tarptautiniu teisingumu, masinio naikinimo ginklų neplatinimu ir žmogaus teisėmis. Pritariu pranešime išdėstytoms nuostatoms, kad ES turi prisiimti atsakomybę už mūsų saugumą: užkirsti kelią, ginti, atgrasinti, reaguoti. ES turi stiprinti savo saugumo ir gynybos pajėgumus, nes pasinaudoti visomis savo kaip pasaulinio masto veikėjos galimybėmis ji gali tik tuomet, jei derins savo „švelniąją“ galią su „kietąja“ galia. Rezoliucija valstybės narės raginamos didinti investicijas gynybos išlaidoms, tarp jų ir moksliniams tyrimams gynybos srityje. Manau, kad teisingai akcentuojama, jog vienas svarbiausių Europos prioritetų šiuo metu turi būti užtikrinti taiką ir stabilumą mūsų žemyne, kaimyninėse šalyse ir Afrikoje, nes nesant saugumo negalima užtikrinti jokio darnaus vystymosi, kuris yra stabilumo, socialinio teisingumo ir demokratijos sąlyga.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à renforcer la politique étrangère et de sécurité commune au détriment des États en profitant du Brexit et du retrait de l'Angleterre, principale opposante au projet. Ce texte est en lui-même une atteinte majeure aux souverainetés nationales. Ses dispositions n'ont rien de novateur: politique étrangère unique, augmentation de la contribution budgétaire des États, unification des entreprises de défense (sous la domination allemande). Je m'y suis donc opposée.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This report aims to take further powers from EU Member States and uses terms such as 'diplomatic superpower' to describe the EU on the world stage. This report is clearly a threat to the parliamentary sovereignty of the United Kingdom and I therefore voted against. I further note that paragraph 20 of this report calls for a European Union military headquarters, and question how those who tell the UK at domestic level that there are no plans for an EU Army can possibly simultaneously support such a resolution when it comes before the European Parliament.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte car je partage l'avis selon lequel l'Union Européenne a amené la paix et la prospérité dans bon nombre de pays qui sont, par la suite, devenus membres. Je considère également que la crise actuelle, à la fois interne et externe, devrait être l'occasion pour l'Union d'affirmer des politiques extérieures plus ambitieuses en adéquation avec les autres politiques européennes. À ce titre, il est plus qu'impératif d'assumer la responsabilité de notre sécurité à l'échelle européenne, d'investir dans une approche globale et de renforcer la diplomatie européenne. D'un point de vue strictement budgétaire, je peux déplorer que le budget ténu d'environ 320 millions d'euros ait été sous-exécuté de 96 millions d'euros en 2015.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – In the current turbulent times in and around the European Union, there is a great need for all its institutions and Member States to cooperate in the field of its security. The CFSP is one of the most important steps in order to bolster Europe's resilience to threats to its security. Member States have to start shifting their security perspective from one of individual national priorities to one of a wider scale, spanning all of Europe. The CFSP reaches not only to Europe's borders, but beyond them as well, trying to subdue threats coming from neighbouring regions as well. As a whole, the CFSP is a major key for Europe to be able to stand together and united in one of the most important aspects – its security.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už siūlymą dėl bendros užsienio ir saugumo politikos įgyvendinimo. Rezoliucijos projekte siūloma nustatyti naują tikroviškesnę ES santykių su Rusija strategiją, o bendrą ES užsienio politiką vystyti pasitelkus tris ramsčius – diplomatiją, vystomąjį bendradarbiavimą ir gynybą.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte, qui vise à renforcer la politique étrangère et de sécurité commune au détriment des États membres, en profitant du Brexit et du retrait de l'Angleterre, principale opposante au projet. Le texte serait en lui-même un coup porté aux souverainetés nationales. De plus, ses dispositions n'ont rien de neuf: politique étrangère unique, augmentation de la contribution budgétaire des États, unification des entreprises de défense sous la domination allemande, etc.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui rappelle les défis internes et externes sans précédent auxquels est confrontée l'Union européenne.

Les députés soulignent toute l'importance pour les États membres d'afficher suffisamment d'unité, de volonté politique et de confiance mutuelle pour pouvoir utiliser les moyens disponibles en matière de politique étrangère et de sécurité de manière concertée.

Le rapport invite Federica Mogherini, la Haute Représentante pour les Affaires étrangères à élaborer un plan de mise en œuvre en matière de sécurité et de défense afin d'obtenir les premiers résultats en 2017.

Il lui demande également de mettre en œuvre les instruments prévus par le traité de Lisbonne, notamment la coopération structurée permanente ainsi que certaines propositions récentes comme la création d'un quartier général civil et militaire permanent ou le renforcement des instruments de réaction rapide de l'Union.

Le rapport déplore enfin le budget limité consacré à la politique étrangère et de sécurité.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque es acorde a mi posición europeísta. Considero que en el contexto actual todavía es más necesaria una política exterior y de seguridad común, ambiciosa, y coordinada. Esta política debe ser útil para afrontar los importantes retos que nos esperan.

En un mundo cada vez más globalizado y en el cual el poder está cada vez más repartido entre las distintas potencias mundiales, la Unión debe permanecer unida y adoptar una posición común en política exterior y defensa, con el objetivo de ser un actor influyente capaz de defender los valores europeos en el escenario internacional.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe sobre la política exterior y de seguridad común de la Unión, ya que llama a un reforzamiento de las estructuras militares de la Unión, para lo que sería necesario un incremento de las contribuciones de los Estados miembros. Entre otras cosas, el informe da por buena la política de cooperación con Turquía en la gestión del flujo de demandantes de asilo.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente su trabajo en este informe sobre la aplicación de la política exterior y de seguridad común. Se acoge con satisfacción la hoja de ruta y los compromisos de la Cumbre de Bratislava y se espera un compromiso concreto de los Estados miembros para su aplicación.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur la mise en œuvre de la politique étrangère et de sécurité commune (article 36 du traité UE) doit permettre de renforcer la PESC au détriment des États en profitant notamment du Brexit et du retrait du Royaume-Uni. Ce texte est lui-même une atteinte majeure aux souverainetés des Etats et ses dispositions n'ont rien de novateur: politique étrangère unique, augmentation de la contribution budgétaire des États, unification des entreprises de défense (sous la domination allemande). J'ai donc naturellement voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non condivido quanto sostenuto nella relazione del collega Brok, mi sono quindi espressa contro questo testo.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat nej till betänkandet.

Betänkandet kräver bl.a en kraftig militär upprustning, ett gemensamt permanent militärt högkvarter, särskilda EU-stridsgrupper, effektivare beslut om militära operationer och EU-finansierad militär forskning. Jag motsätter mig allt detta och menar att en sådan politik bara leder till ökad spänning i världen och ökad risk för krig.

Om EU avser att verka för fred så krävs nedrustning, avspänning och fokusering på fredliga, politiska och diplomatiska lösningar av konflikter.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles hemos votado a favor este informe anual porque aborda los temas más relevantes y los acontecimientos relacionados con la PESC durante el último año y establece prioridades para el futuro. Refleja el contexto geopolítico cambiante en el que la Unión opera.

Hace hincapié en la necesidad de una integración reforzada de la Unión, incluyendo pasos hacia una «unión de defensa» y la necesidad de que las instituciones de la Unión y los Estados miembros revivan esta aspiración. El informe también pide que la PESC desempeñe un papel más visible y eficaz en la resolución de conflictos, en particular en Siria, aprovechando la influencia que la Unión tiene sobre todos los actores regionales clave, como Turquía, Arabia Saudí e Irán.

Por nuestra enmiendas S & D, también ofrece una posibilidad de relaciones más constructivas con Rusia y esboza áreas de intereses común.

Además, hemos incluido los socialistas la importancia del control de las exportaciones de armas de la Unión, es decir, abstenerse de vender armas a países que no cumplen los criterios para ser elegibles en virtud de la Posición Común de la Unión sobre el comercio de armas.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą dėl bendros užsienio ir saugumo politikos įgyvendinimo. Europos Parlamentas primena, kad Europos Sąjunga yra vienas iš didžiausių Europos istorijos laimėjimų ir kad ES gebėjimas vykdyti pokyčius užtikrino taiką, stabilumą ir gerovę savo piliečiams ir kaimyninėms šalims, ir daugelis jų tapo ES valstybėmis narėmis. EP taip pat pabrėžia, kad ES ir toliau turi didžiausią ekonominę galią, yra didžiausia humanitarinės pagalbos ir paramos vystymuisi teikėja ir lyderė sprendžiant pasaulinės daugiašalės diplomatijos klausimus, kaip antai, susijusius su klimato kaita, tarptautiniu teisingumu, masinio naikinimo ginklų neplatinimu ir žmogaus teisėmis. Parlamentas ragina Komisiją ir valstybes nares stiprinti savo gebėjimus kovoti su į ES gyventojus ir jos kaimynes nukreiptomis dezinformacijos ir propagandos kampanijomis. Jis taip pat ragina ES institucijas ir valstybes nares pripažinti, kad vykstantis informacinis karas yra ne tik ES išorės, bet ir vidaus problema. Be to, EP apgailestauja, kad ES negeba Europos visuomenei tinkamai pranešti apie veiksmus, nuopelnus ir laimėjimus įgyvendinant bendrą užsienio ir saugumo politiką. Taigi, jis ragina Tarybą, Komisiją ir valstybes nares panaikinti šią spragą ir pasiekti, kad ES išorės veiksmai taptų labiau matomi ir paaiškinami. Parlamentas primena ES įsipareigojimą bendrą užsienio ir saugumo politiką vykdyti remiantis demokratijos, teisinės valstybės, žmogaus teisių bei pagrindinių laisvių visuotinumo ir nedalumo principais ir laikantis JT Chartijos bei tarptautinės teisės.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió közös kül- és biztonságpolitikájának végrehajtása tárgyában jegyzett jelentés hangsúlyozza, hogy az Unió példátlan belső és külső kihívásokkal néz szembe. Emlékeztet az EU azon kötelezettségvállalására, hogy kül- és biztonságpolitikája révén a demokrácia, a jogállamiság és az emberi jogok, valamint a nemzetközi rend megerősítéséhez is hozzájárul. Bár a jelentés jelentős részével egyetértek, több olyan megállapítást is tartalmaz, amely miatt végül tartózkodtam a szavazásnál.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – L'UE, in quanto attore chiave delle dinamiche internazionali, si trova a far fronte a nuove sfide che riguardano da vicino la sua sicurezza e difesa. Con una crescente interdipendenza tra sicurezza interna ed esterna e la profonda instabilità che interessa il vicinato dell'Unione, rafforzare le proprie capacità in questo settore diventa una delle priorità nell'ambito delle politiche comunitarie.

Sostengo dunque questa relazione che sottolinea l'importanza della creazione di meccanismi comunitari che sfruttino le potenzialità già presenti nel trattato di Lisbona, come la cooperazione permanente strutturata. Per promuovere l'autosufficienza in materia di sicurezza e difesa, l'Unione necessita prima di tutto di coordinamento.

Inoltre, con un bilancio già sottofinanziato, le operazioni congiunte svolte sotto la PESC richiedono finanziamenti e collaborazione supplementare da parte degli Stati membri. La relazione sottolinea inoltre come le politiche esterne dell'Unione debbano essere coerenti non solo fra loro, evitando duplicazioni sia in termini di operazioni che finanziamenti, ma anche con i pilastri fondamentali sui quali si basa l'Unione europea, quali diritti fondamentali, stato di diritto e democrazia.

Biljana Borzan (S&D), *napisan.* – Podržavam ovo Izvješće. U doba ogromnih geopolitičkih izazova u EU-u, dublja integracija, uključujući obrambenu izgradnju Unije i maksimiziranje diplomatske težine Unije i jačanje otpornosti kroz niz dostupnih političkih, ekonomskih, vojnih i humanitarnih alata, je ključ za opstanak EU-a kao utjecajnog međunarodnog „igrača".

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit.* – Ce rapport vise à profiter du retrait du Royaume Uni, suite au BREXIT, pour enfoncer un coin supplémentaire en matière de transfert de souveraineté des États membres vers l'UE en matière de politique étrangère et de défense. Cela est pour moi inacceptable.

Par conséquent je vote contre.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing.* — I voted against this report for a number of reasons. The report is further evidence of the unrelenting push for the militarisation of the EU at all levels, from coordinated security and defence policy through to an EU army. The calls in the report for the EU to align soft power with hard power are extreme and militaristic. The increased militarisation of Europe will not make our citizens safer. Only intelligent investment in our police services and cooperation between Member States on intelligence relating to crime and criminals will make EU Member States safer. Calls within the EU for reduced social payments on one hand and increased military spending on the other are not what the people of the EU deserve. Furthermore, the report was further evidence of the contempt for neutral Member States. It is for these reasons, and many more, that I voted against this report.

Renata Briano (S&D), *per iscritto.* – L'Unione europea ha una grande responsabilità storica, trovandosi infatti a far fronte a sfide interne ed esterne tra cui i conflitti tra stati, il collasso degli stati, il terrorismo, le minacce ibride, l'insicurezza informatica ed energetica, la criminalità organizzata e i cambiamenti climatici.

Dobbiamo renderci conto che l'UE saprà fornire una risposta efficace alle nuove sfide solo se le sue strutture e i suoi Stati membri lavoreranno insieme nell'ambito di un'azione comune e realmente coordinata nel quadro della PESC/PSDC, un quadro che, sul lungo termine, non può che portare alla fondazione di un nucleo federale, scopo ultimo della nascita dell'Unione europea. Solo un governo europeo alla guida di uno stato federale europeo potrà disporre delle risorse militari, economiche, strategiche e di intelligence necessarie a proteggere efficacemente i propri cittadini ed essere promotore di stabilità nelle regioni del mondo a noi confinanti.

Oggi stiamo mancando al nostro compito storico e assolviamo solo parzialmente il nostro ruolo nel mondo. Non ci riusciamo perché le nostre 28 politiche nazionali sono frammentarie, limitate e divergenti. Ma con una unica guida e un'unica politica estera potremmo agevolmente portare stabilità e sicurezza in tutte le aree che si affacciano sul bacino del Mediterraneo.

Steeve Briois (ENF), *par écrit.* – Ce rapport utilise l'instabilité géopolitique actuelle comme prétexte pour proposer de renforcer la politique étrangère et de sécurité commune. Il est demandé dans le texte d'adopter une politique étrangère unique, d'augmenter la contribution financière des États membres et de procéder à l'unification des entreprises de défense. Nous sommes fermement opposés à toute politique étrangère et de sécurité commune. D'une part, l'Union européenne n'a aucune légitimité et crédibilité diplomatique. La gestion européenne des conflits en Syrie et en Libye ainsi que les relations tendues avec la Russie nous le démontrent. D'autre part, ce rapport porte gravement atteinte à la souveraineté des États membres dans la mesure où la politique étrangère relève exclusivement de leurs compétences. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris.* – UE se confruntă cu provocări interne și externe fără precedent, chiar și conflicte interstatale, colapsuri ale unor state, amenințări hibride, terorism, schimbări climatice, crimă organizată, insecuritate energetică și cibernetică, provocări tot mai intense, unde UE va putea răspunde eficace noilor provocări numai dacă structurile sale și statele membre cooperează într-un efort comun și cu adevărat coordonat în contextul PESC/PSAC.

În prezent, UE este înconjurată de un arc de instabilitate din cauza marilor părți din Orientul Mijlociu și Africa de Nord care sunt cuprinse de conflicte etno-religioase și apariția războaielor prin interpuși, grupările teroriste ISIS și Frontul Jabhat Fateh al-Sham, proliferează în întreaga regiune, iar vidul de securitate din Orientul Mijlociu și Africa de Nord este folosit intens de grupările teroriste Al-Qaeda.

Am votat în favoarea raportului referitor la punerea în aplicare a politicii externe și de securitate comune (articolul 36 din TUE) pentru că este nevoie de o consolidare a securității Uniunii Europene, cât și a statelor învecinate, pentru combaterea și evitarea unor atacuri teroriste și, în același timp, pentru a combate această stabilitate a grupurilor teroriste.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE), *in writing*. — We welcome and support large parts of Mr Brok's report on the Common Foreign and Security Policy and thank him for closely cooperating with our group on compromise language prior to the vote in committee. Europe's neighbourhood is characterised by a growing number of armed conflicts and instability and we therefore very much support the call for a strengthened common foreign and security policy. However, we would like to clearly express our opposition regarding some of the proposals made in the report's chapter on defence: we reject the Commission proposal on the financing of the European Defence Fund based on national contributions to be treated as one-offs under the Stability and Growth Pact. Member States should not further run into debt for defence and weaken the euro; we also reject the idea of using a number of existing civilian funds and diverting financial resources to the defence industry such as the European Investment Bank, the European Fund for Strategic Investments, the Programme for the Competitiveness of Enterprises and Small and Medium-sized Enterprises, the European Structural and Investment Funds and the European Regional Development Fund. Instead, Member States should significantly strengthen military capabilities by pooling research, development, procurement and maintenance of capabilities.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles hemos votado a favor este informe anual porque aborda los temas más relevantes y los acontecimientos relacionados con la PESC durante el último año y establece prioridades para el futuro. Refleja el contexto geopolítico cambiante en el que la Unión opera.

Hace hincapié en la necesidad de una integración reforzada de la Unión, incluyendo pasos hacia una «unión de defensa» y la necesidad de que las instituciones de la Unión y los Estados miembros revivan esta aspiración. El informe también pide que la PESC desempeñe un papel más visible y eficaz en la resolución de conflictos, en particular en Siria, aprovechando la influencia que la Unión tiene sobre todos los actores regionales clave, como Turquía, Arabia Saudí e Irán.

Por nuestra enmiendas S & D, también ofrece una posibilidad de relaciones más constructivas con Rusia y esboza áreas de intereses común.

Además, hemos incluido los socialistas la importancia del control de las exportaciones de armas de la Unión, es decir, abstenerse de vender armas a países que no cumplen los criterios para ser elegibles en virtud de la Posición Común de la Unión sobre el comercio de armas.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative faisant l'état des lieux de la mise en œuvre de la politique étrangère et de sécurité commune. C'est un bon rapport, qui demande davantage de moyens et de synergie en matière de défense et une coopération accrue en matière de défense avec le Royaume-Uni. Il salue également le lancement de la nouvelle Agence européenne de gardes-frontières et garde-côtes et demande de renforcer le partenariat avec les pays du Sud pour la gestion du flux migratoire. Cependant, j'ai voté contre certains paragraphes concernant la Russie. En effet, j'estime que la Russie est un partenaire indispensable sur la scène internationale. Il faut donc maintenir un dialogue nécessaire. De plus, je ne crois pas en l'efficacité des sanctions envers la Russie. Au contraire nous voyons que la réaction de la Russie d'établir un embargo alimentaire sur certains produits européens continue à avoir des effets très néfastes sur l'économie européenne et plus particulièrement sur nos agriculteurs.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione che fa il punto sullo stato di attuazione della politica estera e di sicurezza comune.

L'Unione europea si trova a far fronte a sfide interne ed esterne, tra cui i conflitti tra stati, il collasso degli stati, il terrorismo, le minacce ibride, l'insicurezza informatica ed energetica, la criminalità organizzata e i cambiamenti climatici. Tali conflitti hanno conseguenze dirette e gravi per la sicurezza e il benessere dei cittadini dell'UE, poiché si riversano in maniera crescente sull'UE sia sotto forma di terrorismo, sia come flussi massicci di rifugiati, sia con campagne di disinformazione che mirano a dividere le nostre società.

La relazione pone l'accento sulla necessità da parte dell'Unione europea di rafforzare le proprie capacità in termini di sicurezza e di difesa, sottolinea l'impegno dell'UE a favore di un ordine internazionale improntato al diritto e di un efficace multilateralismo sotto la guida delle Nazioni Unite e ritiene di fondamentale importanza rendere operativi gli strumenti previsti dal trattato di Lisbona, in particolare la cooperazione strutturata permanente (PESCO, *Permanent Structured Cooperation*).

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I rejected this report which, like the majority of reports coming from the Committee on Foreign Affairs this year, focused on security issues. It calls for strengthening the EU's security and defence capabilities and stepping up defence cooperation. To this end Member States should provide additional funding. Moreover, the report supports efforts to establish an integrated defence market and the consolidation of the European defence industry. The report advocates stronger cooperation with NATO and says that the strategic partnership with the US and Canada should be transformed into an effective foreign affairs instrument as a matter of priority.

This report offered nothing constructive and is basically just another push for the EU to become a hard military power. For these reasons, I rejected the report.

James Carver (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. In particular, we rejected the self-congratulatory language referring to the EU as being one of the greatest achievements in European history and as a diplomatic superpower. We are concerned by proposed changes to the financial structures governing the CFSP and proposals for budgetary increases as this could affect the UK before we leave the EU.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report. The EU is surrounded by serious conflicts and the challenges the EU is facing are multifaceted, from terrorism, cyber security, misinformation, human trafficking or radicalisation. The external and internal threats are intertwined more and more. In order to effectively safeguard our interests, protect our citizens and promote values worldwide, EU action requires a full engagement of the Member States and the coherent use the policies within the external policy toolbox. I agree that the EU external action needs to be based on three pillars, defined as the 'three Ds': Defence, Development and Diplomacy.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione annuale sull'implementazione della politica estera e di sicurezza comune è, a mio avviso, altamente problematico, innanzitutto per quanto riguarda il discorso delle sanzioni alla Russia.

Nella relazione si legge infatti che le sanzioni si sono dimostrate il più efficace mezzo di dissuasione dell'aggressione russa in Ucraina e si insiste sul fatto che l'UE dovrebbe riservarsi la possibilità di imporre ulteriori sanzioni graduali. Non condivido queste posizioni.

Un altro passaggio a mio avviso delicato è quello in cui si chiede ancora una volta agli Stati membri di rispettare l'obiettivo del 2 % nelle spese di difesa come richiesto dalla NATO. Pur essendo a favore di una maggiore armonizzazione e di un migliore coordinamento delle forze, ritengo che in un momento storico di forte crisi economica come quello attuale si debbano limitare gli aumenti delle spese.

Altro nodo critico è la proposta di istituzione di un quartier generale civile-militare permanente, con una capacità militare di pianificazione e condotta e una capacità civile di pianificazione e condotta di pari importanza. Il mio voto è stato contrario.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I supported this report because it gives a very good and realistic perspective on the Union's Common Foreign and Security Policy. It is one of the policies which should strengthen the EU's position at the international level and make the EU more visible. I may have some criticism of the work of the EU delegation abroad, but overall I think the EEAS and its services are on the right track. Finally, better integrating defence and security matters into the CFSP and the EU's external actives is a way forward, especially when the tackling security challenges of these days.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση αντιμετωπίζει εσωτερικές και εξωτερικές προκλήσεις, μεταξύ των οποίων διακρατικές συγκρούσεις, κατάρρευση κρατών, τρομοκρατία, υβριδικές απειλές, ανασφάλεια στον κυβερνοχώρο και ενεργειακή ανασφάλεια, οργανωμένο έγκλημα και αλλαγή του κλίματος. Υπογραμμίζουμε πως η ΕΕ θα είναι σε θέση να αντιμετωπίσει αποτελεσματικά τις νέες προκλήσεις μόνο εφόσον οι δομές της και τα κράτη μέλη της συνεργαστούν σε μια κοινή και πραγματικά συντονισμένη προσπάθεια στο πλαίσιο της ΚΕΠΠΑ/ΚΠΠΑ.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την εφαρμογή της Κοινής Εξωτερικής Πολιτικής και Πολιτικής Ασφαλείας δεν καταφέρνει να δώσει απαντήσεις σε σημαντικά ζητήματα που αφορούν τις ελευθερίες των πολιτών αλλά και τη συνεργασία των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, γι' αυτό και την καταψήφισα.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto negativo.

La relazione enfatizza quanto la sicurezza in Europa sia stata gravemente danneggiata dall'intervento militare della Russia in Crimea e nell'Ucraina orientale. Viene suggerito altresì più impegno e dialogo con la società civile russa da una parte, mentre si vuole mantenere pressione diplomatica, politica ed economica sul governo russo dall'altra.

Si richiedono inoltre maggiori spese per la difesa, fondi collettivi per le missioni dell'UE e finanziamenti per disporre di risposte militari rapide a livello europeo.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Il terrorismo ci spaventa ma non può abbatterci, del pari l'insicurezza informatica ed energetica ostacolano il nostro progresso, eppure non lo potranno fermare. Solo attuando una piena sicurezza dell'Unione e servendoci di strumenti di politica estera calzanti potremmo riaffermarci come fonte di pace, stabilità e prosperità quali storicamente siamo divenuti, pertanto voto a favore affinché le politiche esterne dell'Unione siano coerenti fra loro e con le altre dotate di una portata esterna.

La resilienza rappresenta il nostro obiettivo principale ed è perseguibile attraverso un piano di attuazione in materia di sicurezza e difesa contenente livello di ambizione, compiti, requisiti e priorità in termini di capacità per la difesa europea. Una tale strategia globale richiede impegno, titolarità, volontà politica e leadership da parte di tutti gli Stati membri.

Non bisogna poi dimenticare come lo sviluppo, di cui la nostra UE è fiaccata anche dalla crisi economica e occupazionale, può esserci solo se c'è sicurezza, e viceversa. Tutto ciò richiama fragorosamente a un rafforzamento della diplomazia nelle sue forme di prevenzione e di mediazione, non unicamente esterna, bensì interna.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I abstained on the report on the implementation of the Common Foreign and Security Policy. I voted against strengthening military and defence capabilities as well as for providing for additional defence spending due to Ireland's position of neutrality.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Os desafios que a União Europeia enfrenta na defesa (terrorismo, ameaças híbridas, cibersegurança, criminalidade organizada ou segurança energética) exigem uma Política Comum de Segurança e Defesa (PCSD) operacional e eficaz.

Registo a apresentação do relatório anual sobre a PESC e o aumento progressivo da vontade política de maior integração em matéria de defesa, vertido em documentos como a Estratégia Global para a PESC. Partilho o entendimento da Ação Externa assente em três pilares: diplomacia, desenvolvimento e defesa.

Defendo a exploração de todos os instrumentos do Tratado de Lisboa, nomeadamente a Cooperação Estruturada Permanente, como dínamo de maior integração. Entendo que os Estados-Membros devem investir mais em defesa no plano político (com a criação de uma sede civil e militar permanente) e financeiro (com o aumento do investimento em defesa, de acordo com o objetivo de 2% do PIB, no quadro da NATO).

A realização de uma formação «Defesa» no Conselho de Ministros ou a criação de um Semestre de Defesa deve corresponder a ações concretas e evitar a complexificação de processos de decisão.

Partilho uma abordagem compreensiva da PCSD, em linha com a Política de Vizinhança, a cooperação ou o apoio ao desenvolvimento.

Pelo exposto, apoio o presente relatório.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn wir brauchen eine enger abgestimmte und effektiver verzahnte europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

Die meisten Menschen in der EU wollen eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Daher unterstütze ich die Forderung, zwei Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsproduktes für die Verteidigung auszugeben und multinationale Streitkräfte aufzustellen.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. In particular, we rejected the self-congratulatory language referring to the EU as being one of the greatest achievements in European history and as a diplomatic superpower. We are concerned by proposed changes to the financial structures governing the CFSP and proposals for budgetary increases as this could affect the UK before we leave the EU.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto nel testo si evidenzia la necessità che tutte le politiche all'interno degli «strumenti di politica estera» siano attuate, costantemente e in modo coerente, a beneficio della salvaguardia degli interessi e dei valori dell'UE in tutto il mondo. La relazione riconosce le molteplici sfide che l'UE sta affrontando all'estero, dal terrorismo alla sicurezza informatica, dalla disinformazione alla lotta contro la tratta di esseri umani.

Condivido quanto affermato nella relazione e cioè che l'azione estera dell'Unione europea debba basarsi su tre pilastri: la diplomazia, lo sviluppo e la difesa.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Voté en contra de este informe porque está basado en una óptica securitaria y militarista que además arroja conclusiones sin analizar realmente las causas de la situación de conflicto actual. Plantea el incremento de gasto armamentista y el aumento de todas las capacidades militares, pero no para buscar una disuasión no agresiva, ni una Unión independiente, sino que por el contrario, asume posturas en las que sigue siendo subalterna de los intereses de los Estados Unidos.

Además, el texto celebra la Cumbre de Varsovia, y por lo tanto el rol de una OTAN global que parece competir con la ONU y que asume acciones y posturas cada vez más agresivas con nuestra vecindad Este, generando mayores tensiones y conflictividad al seguir apostando por las sanciones unilaterales.

Esta visión de la política exterior y de seguridad común conduce a generar más conflicto, revela a una Unión que sigue sin entender los cambios geopolíticos, y plantea aumentar los gastos militares desconociendo la severa crisis económica y social que afecta seriamente a la población europea. Rechazamos que se dedique presupuesto al financiamiento militar y abogamos por una Unión que deje de contribuir a la escalada militar en la región y sus alrededores.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'UE si trova in un contesto deteriorato in termini di stabilità e sicurezza, dovuto alle minacce di natura ibrida, ai conflitti nei paesi del vicinato e all'azione aggressiva della Russia in Crimea ed Ucraina. In un contesto così interconnesso e complesso, è necessario che gli Stati membri sfruttino gli strumenti messi a disposizione dal trattato di Lisbona, in particolare la cooperazione strutturata permanente, e garantiscano coerenza tra le azioni di natura civile e quelle di natura militare all'estero, in linea con gli obiettivi di diplomazia, sviluppo e difesa.

Pertanto ho votato a favore di questa risoluzione che rammenta i campi in cui l'UE può e deve continuare a impegnarsi a sviluppare una politica estera e di sicurezza comune ispirata ai principi della democrazia, dello Stato di diritto, dell'universalità e indivisibilità dei diritti umani e delle libertà fondamentali e del rispetto della carta delle Nazioni Unite e del diritto internazionale.

Ritengo di particolare importanza il rafforzamento delle potenzialità europee nella gestione della propria sicurezza, tramite una combinazione di *soft* e *hard power* mirata alla prevenzione e alla reazione alla sfide in termini di sicurezza comune.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană se confruntă cu provocări interne și externe fără precedent și va putea să răspundă eficace la acestea numai dacă structurile sale, precum și cele ale statelor membre cooperează într-un efort comun și cu adevărat coordonat. Aceste conflicte au consecințe directe și serioase asupra siguranței și a bunăstării cetățenilor europeni. Uniunea Europeană trebuie să își consolideze capacitățile de securitate și apărare, deoarece nu își poate utiliza întregul său potențial ca putere mondială decât în cazul în care combină puterea sa necoercitivă incontestabilă cu puterea coercitivă. UE trebuie să aibă un rol mai activ în domeniul dezarmării, al neproliferării și al controlului armelor. Am votat pentru consolidarea rolului parlamentului național în punerea în aplicare a politicii externe și de securitate comune. UE a adus pace, stabilitate și prosperitate cetățenilor săi și țărilor învecinate, iar acest lucru trebuie să continue.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A jelentés hangsúlyozza, hogy az EU továbbra is a legnagyobb gazdasági hatalom, a legbőkezűbb donor a humanitárius segélynyújtás és a fejlesztési támogatás területén, továbbá a globális multilaterális diplomácia terén vezető szerepet vállal olyan területeken, mint az éghajlatváltozás, a nemzeti igazságszolgáltatás, a tömegpusztító fegyverek elterjedésének megakadályozása és az emberi jogok. Az EU csak akkor lehet erős, globális szereplő és más nagyhatalmak egyenrangú partnere, ha valamennyi tagállam egy hangon szólal meg és együtt lép fel egy erős uniós kül- és biztonsági politika keretében. A tagállamoknak szemléletváltásra van szükségük, mivel a külpolitika és a biztonság nemzeti perspektívákból való megközelítése mára már érvényét vesztette. Hangsúlyozza, hogy a globalizáció és a multipolaritás szükségessé teszi az integrációs folyamatokat.

A javaslat kiemeli a tagállamok fegyveres erőinek nagyobb mértékű kompatibilitását és integritását. Meg kell erősíteni a közös biztonság- és védelempolitikát, mely nagyobb hatékonysághoz, egységhez és eredményességhez vezet. A javaslat továbbá hangsúlyozza, hogy határozottabbnak, eredményesebbnek és értékközpontúbbnak kell lennie az Uniónak. A javaslat szorgalmazza többek között egy állandó polgári-katonai parancsnokság létrehozását, katonai tervezési és végrehajtási képességgel és Polgári Tervezési és Végrehajtási Szolgálattal, amely megerősítené a stratégiai és műveleti tervezést, és amely továbbá fokozná a polgári-katonai együttműködést és javítaná az EU válságokra való gyorsreagálási képességét.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Z uwagi na ochronę suwerenności państw członkowskich oraz nienaruszalność ich kompetencji w zakresie polityki zagranicznej i bezpieczeństwa wstrzymałem się od głosowania w sprawie realizacji wspólnej polityki zagranicznej i bezpieczeństwa. Traktat z Lizbony dążył do zwiększenia spójności i lepszego wyeksponowania wspólnej polityki zagranicznej i bezpieczeństwa. Rozwój wspólnej polityki bezpieczeństwa i obrony, utworzenie Europejskiej Służby Działań Zewnętrznych oraz ustanowienie Wysokiego Przedstawiciela Unii ds. Zagranicznych i Polityki Bezpieczeństwa stanowią kontynuację tej strategii, mającej na celu wzmocnienie roli UE na arenie światowej.

Uwzględniając obecną, niestabilną sytuację zagrożenia terrorystycznego oraz realnego ryzyka wojny w Europie, uważam, że unijna polityka zagraniczna i bezpieczeństwa może być ważnym narzędziem realizacji wielostronnych, wspólnych interesów. Uważam jednak również, że nie może ona zastępować możliwości prowadzenia przez państwa członkowskie, które podejmą taką decyzję, własnej, niezależnej polityki w tych obszarach.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This report focuses on security and defence. As an MEP from Malta, neutrality is entrenched in our Constitution, so in all my voting I reflected the need to have an opt-out and recognition of national cases of neutrality.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – While the EU's foreign and security policy can be an important means for advancing multilateral, shared concerns, I also believe that it must never replace a Member State's ability to conduct its own independent policies in these areas whenever it chooses to. I therefore abstained on this.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – È sotto gli occhi di tutti come il periodo storico in cui viviamo sia estremamente complicato tanto sotto il profilo politico quanto sotto quello sociale. La complessità degli interessi in gioco, la molteplicità degli attori – spesso «non statali» – sulla scena, le drammatiche tendenze demagogiche ed estremiste crescenti in molti paesi determinano la necessità di concepire in maniera inedita le relazioni internazionali.

Rispetto ai decenni che ci hanno preceduto, infatti, non possiamo più pensare che le minacce che provengono dal difuori del nostro continente possano essere adeguatamente affrontate dai singoli Stati membri. Oggi come non mai vi è la necessità di una maggiore integrazione tra le politiche estere degli Stati membri al fine di sintetizzarle in un'unica ed efficace politica estera dell'Unione europea.

La relazione annuale sullo stato della politica estera e di sicurezza comune che abbiamo approvato affronta i principali problemi inerenti alla PESC e ne stabilisce le priorità per il futuro. In particolare, la relazione affronta il mutato contesto geopolitico in cui deve operare l'UE e le relative sfide – come la Brexit, il Mediterraneo e la crisi in Medioriente – sottolineando la necessità di una rafforzata integrazione europea.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative analyse l'état actuel et les défis des affaires internationales, et souligne la nécessité de déployer de manière cohérente les aspects de la politique extérieure au profit de la sauvegarde des intérêts et des valeurs de l'Union dans le monde. Le rapport reconnaît les multiples défis auxquels l'Union est confrontée dans le domaine extérieur, tels que le terrorisme, la cybersécurité, la lutte contre la traite des êtres humains ou la radicalisation. Considérant que l'approfondissement de la mise en œuvre de la politique étrangère et de sécurité commune doit permettre de renforcer le rôle de l'Union sur la scène internationale en matière de gestion des conflits et de promotion de la paix et la stabilité, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. In particular, we rejected the self-congratulatory language referring to the EU as being one of the greatest achievements in European history and as a diplomatic superpower. We are concerned by proposed changes to the financial structures governing CFSP and proposals for budgetary increases as this could affect the UK before we leave the EU.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur la mise en œuvre de la politique étrangère et de sécurité commune. Nous nous devons de prendre notre sécurité à bras le corps et d'investir davantage dans notre défense, dont le budget est trop limité. Pour autant, l'OTAN reste un acteur majeur de notre sécurité collective. L'heure est aux actions concrètes. J'en appelle donc à une mise en œuvre efficace de la stratégie globale de l'UE présentée par la Haute Représentante de l'Union pour les affaires étrangères et la politique de sécurité, Federica Mogherini, en juin 2016. De plus, nous devons renforcer la résilience et nous attaquer aux causes profondes de l'instabilité et de la migration irrégulière et forcée, telles que les conflits armés, la pauvreté ou le changement climatique.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió közös kül- és biztonságpolitikájának végrehajtása tárgyában jegyzett jelentés hangsúlyozza, hogy az Unió példátlan belső és külső kihívásokkal néz szembe. Emlékeztet az EU azon kötelezettségvállalására, hogy kül- és biztonságpolitikája révén a demokrácia, a jogállamiság és az emberi jogok, valamint a nemzetközi rend megerősítéséhez is hozzájárul. Bár a jelentés az EU és Oroszország kapcsolataira vonatkozó stratégia felülvizsgálását is szorgalmazza, sajnálattal kell megállapítanom, hogy a szavazásnál tartózkodtam, mivel ebben a kérdésben a magyar kormány álláspontja több pontban is eltér az EU hivatalos politikájától. Mivel az Oroszország ellen meghozott szankciók Magyarországnak és több más tagországnak is óriási gazdasági károkat okoztak, továbbá mivel – véleményem szerint – ezek hosszú távon nem érik el céljukat, nem támogathattam azokat a pontokat, amelyek súlyosabb szankciók bevezetését irányoznák elő.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ritengo che gli ultimi eventi, tra cui gli attentati terroristici e i conflitti tra stati, abbiano ridotto la sicurezza all'interno dell'UE. Infatti l'UE si trova circondata da paesi travolti da conflitti che rappresentano una minaccia crescente per la sicurezza interna dell'UE.

Esorto dunque l'UE a investire di più nella difesa e in una più stretta collaborazione con la NATO, continuando il proprio impegno a favore della pace e della lotta contro l'estremismo e la radicalizzazione.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — La sécurité est une préoccupation pour de nombreux citoyens européens. 66% des Européens souhaitent que l'Europe agisse davantage en matière de défense et de sécurité, selon un sondage réalisé par le Parlement européen. En France, 72 % des sondés sont en faveur d'une action accrue de l'Union européenne. Il est temps que l'Union se dote de ressources propres de manière à pouvoir garantir une défense et une sécurité plus solides en son sein. Les États membres doivent coopérer plus systématiquement en favorisant la mutualisation et le partage des capacités militaires.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte vise à renforcer la politique étrangère unique dans la foulée du Brexit: augmentation de la contribution budgétaire des États, unification des entreprises de défense (sous la domination allemande), etc.

Ce texte va à l'encontre de la souveraineté des États: nous ne saurions donc le soutenir.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – За поредна година докладът на г-н Елмар Брок относно осъществяването на общата външна политика и политика на сигурност (член 36 от ДЕС) призовава за загърбването на „тесногръдата национална гледна точка“ и воденето на обща външна политика на ЕС, както и за създаването на обща европейска армия. С Лисабонския договор вече беше постигната голяма стъпка напред в това отношение и според мен всяка следваща ще е стъпка към централизация в Брюксел, федерализация на ЕС и загърбване на националния суверенитет. Определено общият подход дава по-голяма тежест на Европейския съюз да води външна политика и да постига целите си, но невинаги целите на ЕС съвпадат с интересите на отделните държави членки. Именно затова европейската външна политика за сигурност и отбрана не бива да заменя и не бива да ограничава възможността на държавите членки да водят собствена външна политика за постигане на външнополитическите си цели.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση προωθεί την ισχυρότερη συνεργασία ΕΕ και ΝΑΤΟ, τη συγχώνευση της εσωτερικής και της εξωτερικής ασφάλειας, ζητεί την επέκταση του μηχανισμού ATHENA πέραν του κοινοβουλευτικού ελέγχου και τάσσεται υπέρ μιας χρηματοδοτούμενης από την ΕΕ μόνιμης διαρθρωμένης συνεργασίας. Οι απειλές που αντιμετωπίζει η ΕΕ δεν είναι τόσο ισχυρές ώστε να δικαιολογείται η υπερβολική αύξηση των στρατιωτικών της δυνατοτήτων.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against the implementation of the common foreign and security policy as I am opposed to the militarisation of the European Union. I believe the EU could play an invaluable role on the world stage in conflict prevention. I am engaged in the campaign to establish a Peace Institute in Wales which will help promote peace in our society and in our everyday lives. The EU should have its own Peace Institute to help develop a policy that would bring people real security.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Att vi stärker säkerhets- och försvarssamarbetet är nödvändigt i det läge vi befinner oss i nu. Därför är det viktigt att vi i Europa kan gå vidare och framåt på detta område också med att fördjupa samarbetet med andra aktörer, såsom NATO. För mig går betänkandet lite långt vad gäller begäran om budgetmedel, då detta måste ske främst som en del av budgetarbetet. Dessutom så menar jag att betänkandet i vissa delar går alltför långt vad gäller ambitioner att skapa en EU-armé. Dessa positioner har återspeglats i hur jag röstade på detta betänkande.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A União Europeia enfrenta desafios internos e externos sem precedentes, incluindo conflitos interestatais, colapsos de Estados, terrorismo, ameaças híbridas, ciberinsegurança e a insegurança energética, a criminalidade organizada e as alterações climáticas e apenas a UE poderá dar uma resposta eficaz aos novos desafios. A União Europeia está atualmente rodeada por um arco de instabilidade e estes conflitos têm consequências graves e diretas no bem-estar e na segurança dos cidadãos europeus. Por isso, a atual crise interna e externa representa uma oportunidade para a União, desde que seja utilizada para melhorar o seu funcionamento e cooperação. É urgente uma reforma que torne a UE melhor, mais democrática e capaz de atender às expectativas dos cidadãos.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: ce texte est en lui-même une atteinte majeure aux souverainetés nationales. Ses dispositions n'ont rien de novateur: politique étrangère unique, augmentation de la contribution budgétaire des États, unification des entreprises de défense.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Outro relatório que não se distingue de anteriores, prosseguindo a política militarista, securitária e de ingerência externa que caracteriza a ação da UE. Sem novidade, a justificação desta deriva securitária centra-se nas supostas ameaças com que a UE se confronta, a leste pela Federação Russa e a sul pelo terrorismo e o radicalismo islâmico.

Omite-se em absoluto as responsabilidades da UE na escalada de tensões a leste e na promoção do chamado «radicalismo islâmico», que tem justificado ações de agressão e ingerência no Médio Oriente e Norte de África. Apresentando cinicamente a UE como um projeto de sucesso e prosperidade, carrega na abordagem federalista do militarismo, comprometendo ainda mais a soberania dos Estados-Membros.

O relatório evidencia o cariz antidemocrático da UE; defende o reforço dos orçamentos de defesa dos Estados-Membros e da UE; o papel da UE como o pilar militar europeu da NATO; a reforma do Conselho de Segurança da ONU, procurando garantir que esta se torne um instrumento ao serviço da UE e do imperialismo. Promove a política da guerra, da agressão, do domínio sobre países terceiros e da opressão.

Valores que jamais poderão conciliar-se com políticas de desarmamento e de paz. Defendemos outra política, baseada na solidariedade, cooperação e respeito mútuo entre Estados, como garante da Paz.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európska únia je napriek mnohým výzvam, pred ktorými v súčasnosti stojí, stále jedným z najúspešnejších projektov spolupráce v celej európskej histórii. V uplynulých desiatkach rokov bolo aj vďaka nej možné zaistiť mier, priniesť stabilitu a prosperitu jednotlivým krajinám. Nič na tom nemení ani nárast populizmu, nacionalizmu a demagógie. Tie by dokázali riešenia len oddialiť, prípadne úplne znemožniť. Ťažkopádnosť Európskej únie pri vyrovnávaní sa s niektorými záležitosťami je naopak spôsobená aj nedostatočnou koordináciou jednotlivých krajín, presadzovaním parciálnych záujmov a neschopnosťou niektorých národných lídrov dohodnúť sa. Z riešenia svojich kríz však môže vzísť posilnená tak EÚ, ako aj jej jednotliví členovia. Mohla by naplniť svoj potenciál skutočného globálneho aktéra. V súčasnosti je EÚ najsilnejším ekonomickým blokom, najvýznamnejším poskytovateľom humanitárnej a rozvojovej pomoci, ako aj lídrom vo viacerých technologických oblastiach, či v boji proti klimatickým zmenám. Potrebná je aj intenzívnejšia spolupráca v obrannej oblasti. Bude sa tak môcť aktívnejšie podieľať na predchádzaní a riešení konfliktných situácii vo svojom najbližšom okolí. Pomáhať zaisťovať mier a stabilitu. To je dôležité napríklad aj pre vysporiadanie sa s utečeneckou krízou. Zároveň by sa zvýšila účinnosť momentálne stále nedostatočne využitej európskej diplomacie.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro, la solita relazione anti-Russia è poco realistica.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την εφαρμογή της Κοινής Εξωτερικής Πολιτικής και Πολιτικής Ασφάλειας (Άρθρο 36 ΣΕΕ), καθώς η έκθεση προωθεί την ισχυρότερη συνεργασία ΕΕ και ΝΑΤΟ, τη συγχώνευση της εσωτερικής και της εξωτερικής ασφάλειας, ζητεί την επέκταση του μηχανισμού ATHENA πέραν του κοινοβουλευτικού ελέγχου και τάσσεται υπέρ μιας χρηματοδοτούμενης από την ΕΕ μόνιμης διαρθρωμένης συνεργασίας.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome the fact that in the report we managed to avoid unnecessary duplication of condemnations, while preserving the strong message of deep concern about Russia's aggressive policies and supporting measures the EU takes in strengthening its resilience in the face of this challenge. On transatlantic relations, a necessity for values-based cooperation with the US is emphasised. Moreover, I welcome the focus on the importance of respecting the EU arms exports controls, for example by refraining from selling arms to countries that do not fulfil criteria to be eligible under the EU Common Position on arms trade. At a time of unprecedented geopolitical challenges to the EU, a deeper integration, including building a defence union and maximising the Union's diplomatic clout, and strengthening resilience through an array of available political, economic, military and humanitarian tools, is a key to the EU's survival as an influential international actor.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole alla proposta di risoluzione del Parlamento europeo sull'attuazione della politica estera e di sicurezza comune perché alla luce dei mutevoli contesti geopolitici in cui si trova ad operare l'UE risulta indispensabile compiere scelte decisive per un piano di azione comune, capace di fornire adeguati fondi e giocare un ruolo più visibile ed efficace nella risoluzione dei conflitti.

Sono estremamente convinta che rendere finalmente operativi gli strumenti previsti dal trattato di Lisbona, in particolare la cooperazione strutturata permanente tra gli Stati membri, possa rappresentare un importante passo in avanti per la costruzione di una reale «unione di difesa», che metta in piena sicurezza i cittadini europei e le zone interessate dalle guerre.

Ritengo indispensabile instaurare un dialogo efficace e stabilire un rapporto più costruttivo con paesi come la Russia che in questo momento storico hanno un peso fondamentale negli scontri in atto nei paesi mediorientali.

Sono certa che una maggiore collaborazione tra i paesi membri e una più significativa intesa tra gli stessi siano le necessarie basi da cui partire per soddisfare le aspettative di stabilità e prosperità di tutti i cittadini, massimizzando il peso diplomatico dell'UE ed affermare la propria influenza a livello internazionale.

Sven Giegold (Verts/ALE), *in writing*. — We welcome and support large parts of Mr Brok's report on the Common Foreign and Security Policy and thank him for closely cooperating with our group on compromise language prior to the vote in committee. Europe's neighbourhood is characterized by a growing number of armed conflicts and instability and we therefore very much support the call for a strengthened common foreign and security policy.

However, we would like to clearly express our opposition regarding some of the proposals made in the report's chapter on defence: we reject the Commission proposal on the financing of the European Defence Fund based on national contributions to be treated as one-offs under the Stability and Growth Pact. Member States should not further run into debt for defence and weaken the euro. We also reject the idea to use a number of existing civilian funds and divert financial resources to the defence industry, such as the European Investment Bank, the European Fund for Strategic Investments, the Programme for the Competitiveness of Enterprises and Small and Medium-sized Enterprises, European Structural and Investment Funds, and the European Regional Development Fund. Instead, Member States should significantly strengthen military capabilities by pooling research, development, procurement and maintenance of capabilities.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Sicherstellung von Frieden und Stabilität in Europa und unseren Nachbarstaaten ist eine der Schlüsselprioritäten der Europapolitik. Die EU kann den aktuellen Herausforderungen dabei nur dann wirksam begegnen, wenn ihre Strukturen und Mitglieder im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik koordiniert zusammenarbeiten.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this non-legislative and non-binding report. In particular, I rejected the self-congratulatory language referring to the EU as being one of the greatest achievements in European history and as a diplomatic superpower. I am concerned by proposed changes to the financial structures governing the CFSP and proposals for budgetary increases, as this could affect the UK before we leave the EU.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the annual report on Common Foreign and Security Policy (CFSP), which addresses the most salient issues and developments pertaining to the CFSP over the last year and sets priorities for the future. It reflects the changing geopolitical context in which the EU operates: the prospect of Brexit, Trump's election as the US president, growing challenges along the EU's eastern and southern borders prompted by an aggressive Russia. The report addresses these challenges by emphasising the need for a reinvigorated EU coordination. It also stresses the need for the EU to play a more active role in conflict resolution by using the leverage the EU has over all key regional players, such as Turkey, Saudi Arabia and Iran. Last but not least, it underscores the importance of strengthening ties with strategic partners in Asia.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione ritenendo il ruolo della PESC straordinariamente importante per la proiezione e l'identità europea non solo per i nostri partner, ma anche direttamente sui nostri Stati membri.

In questo senso è importante dare seguito alla proposta di una riflessione annuale sullo stato di avanzamento dell'attuazione della strategia che coinvolga il Parlamento, per accrescere nei cittadini la percezione dell'azione europea, anche in concomitanza con le scadenze elettorali delle istituzioni.

Penso che gli ultimi passi compiuti per promuovere un'Europa della difesa e la nuova strategia globale incarnino molto bene i principi su cui fondare l'azione esterna dell'UE: diplomazia, sviluppo e difesa. E questo ci deve incoraggiare a essere ancor più ambiziosi, tenendo presente anche la funzione sempre più importante della diplomazia culturale per le relazioni esterne dell'UE e per l'agenda dell'UE per lo sviluppo.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I voted to support this report, which addresses the most salient issues and developments pertaining to the CFSP over the last year. It also sets priorities for the future and reflects on the changing geopolitical context in which the EU operates.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe sobre la política exterior y de seguridad común de la Unión, ya que llama a un reforzamiento de las estructuras militares de la Unión, para lo que sería necesario un incremento de las contribuciones de los Estados miembros. Entre otras cosas, el informe da por buena la política de cooperación con Turquía en la gestión del flujo de demandantes de asilo.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. — Vi svenska socialdemokrater tycker det är viktigt att EU stärker sin förmåga att, med medlemsstaternas resurser, bidra till att bevara fred, förebygga konflikter och stärka internationell säkerhet. Vi är positiva till samarbete inom ramen för den gemensamma utrikes- och säkerhetspolitiken (GUSP), och vill betona dess betydelse för EU som en handlingskraftig utrikespolitisk aktör. Givet den mer instabila säkerhetspolitiska situationen i vår omvärld blir samarbetet inom GUSP allt mer viktigt.

Vi vill dock understryka att vi inte stödjer betänkandets efterlysning av ökade försvarsutgifter för medlemsstaterna eller dess uppmaningar i riktning mot ett permanent gemensamt försvar, utan vi anser att försvarspolitiken bör vara nationell kompetens. Vi motsätter oss specifikt delarna om att börja ta steg mot en ”europeisk försvarsunion”, och uppskattar därför att betänkandet klargör att alla eventuella beslut om att röra sig mot en försvarsunion måste grunda sig på enhällighet bland medlemsstaterna.

Vi understryker även att vi är måna om att OECD:s kriterier för offentligt utvecklingsbistånd (ODA) respekteras i beslut om hur militära insatser ska finansieras. Vidare är det viktigt att GSFP-åtgärder inom ramen för GUSP fortsättningsvis endast används för att bevara fred och förebygga konflikter utanför unionen.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles hemos votado a favor este informe anual porque aborda los temas más relevantes y los acontecimientos relacionados con la PESC durante el último año y establece prioridades para el futuro. Refleja el contexto geopolítico cambiante en el que la Unión opera.

Hace hincapié en la necesidad de una integración reforzada de la Unión, incluyendo pasos hacia una «unión de defensa» y la necesidad de que las instituciones de la Unión y los Estados miembros revivan esta aspiración. El informe también pide que la PESC desempeñe un papel más visible y eficaz en la resolución de conflictos, en particular en Siria, aprovechando la influencia que la Unión tiene sobre todos los actores regionales clave, como Turquía, Arabia Saudí e Irán.

Por nuestra enmiendas S & D, también ofrece una posibilidad de relaciones más constructivas con Rusia y esboza áreas de intereses común.

Además, hemos incluido los socialistas la importancia del control de las exportaciones de armas de la Unión, es decir, abstenerse de vender armas a países que no cumplen los criterios para ser elegibles en virtud de la Posición Común de la Unión sobre el comercio de armas.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση αφορά την εφαρμογή της Κοινής Εξωτερικής πολιτικής και Πολιτικής Ασφάλειας την Ένωσης. Η έκθεση είναι ετήσια και δυστυχώς όπως και οι προηγούμενες εντάσσεται στην γενικότερη φιλοσοφία της ανάγκης η ΕΕ να καταστεί ένας ισχυρός διεθνής παίχτης. Τονίζεται σε αρκετά σημεία η ανάγκη για ευθυγράμμιση της εξωτερικής πολιτικής των κρατών μελών και η έκφραση μέσω μιας ενιαίας φωνής. Αντιλαμβανόμαστε ότι αυτό εξυπηρετεί τους κυρίαρχους κύκλους της ΕΕ που στοχεύουν στην πλήρη ταύτιση με τις ΗΠΑ και το ΝΑΤΟ. Στην ίδια την έκθεση επαναβεβαιώνεται η θέση μας ότι σήμερα προωθείται η περαιτέρω στρατικοποίηση της εξωτερικής πολιτικής.

Ως Ομάδα καταθέσαμε άποψη μειοψηφίας εκφράζοντας τις απόψεις της γύρω από την έκθεση. Ουσιαστικά διαφωνούμε με τη στρατικοποίηση της εξωτερικής πολιτικής που προωθείται και ζητούμε μεταξύ άλλων καμία χρηματοδότηση στρατιωτικών αποστολών από τον προϋπολογισμό της ΕΕ και τον σαφή διαχωρισμό της ΕΕ από το ΝΑΤΟ. Ζητούμε η ΕΕ να γίνει πυλώνας ειρήνης και όχι πολέμου.

Γι’ αυτό καταψηφίσαμε την έκθεση.

Maria Heubuch (Verts/ALE), *in writing*. — We welcome and support large parts of Mr Brok’s report on the Common Foreign and Security Policy and thank him for closely cooperating with our group on compromise language prior to the vote in committee. Europe’s neighbourhood is characterised by a growing number of armed conflicts and instability and we therefore very much support the call for a strengthened common foreign and security policy. However, we would like to clearly express our opposition regarding some of the proposals made in the report’s chapter on defence: we reject the Commission proposal on the financing of the European Defence Fund based on national contributions to be treated as one-offs under the Stability and Growth Pact. Member States should not further run into debt for defence and weaken

the euro. We also reject the idea to use a number of existing civilian funds and divert financial resources to the defence industry such as the European Investment Bank, the European Fund for Strategic Investments, the Programme for the Competitiveness of Enterprises and Small and Medium-sized Enterprises, European Structural and Investment Funds, and the European Regional Development Fund. Instead, Member States should significantly strengthen military capabilities by pooling research, development, procurement and maintenance of capabilities.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió közös kül- és biztonságpolitikájának végrehajtása tárgyában jegyzett jelentés hangsúlyozza, hogy az Unió példátlan belső és külső kihívásokkal néz szembe. Emlékeztet az EU azon kötelezettségvállalására, hogy kül- és biztonságpolitikája révén a demokrácia, a jogállamiság és az emberi jogok, valamint a nemzetközi rend megerősítéséhez is hozzájárul. Bár a jelentés az EU és Oroszország kapcsolataira vonatkozó stratégia felülvizsgálását is szorgalmazza, sajnálattal kell megállapítanom, hogy a szavazásnál tartózkodtam, mivel ebben a kérdésben a magyar kormány álláspontja több pontban is eltér az EU hivatalos politikájától.

Mivel az Oroszország ellen meghozott szankciók Magyarországnak és több más tagországnak is óriási gazdasági károkat okoztak, továbbá mivel – véleményem szerint – ezek hosszú távon nem érik el céljukat, nem támogathattam azokat a pontokat, amelyek súlyosabb szankciók bevezetését irányoznák elő.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport care militează pentru o integrare mai profundă, pentru construirea unei Uniuni de apărare diplomatice, precum și pentru consolidarea rezistenței printr-o serie de instrumente politice, economice, militare și umanitare disponibile.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o provedbi zajedničke vanjske i sigurnosne politike (2016/2036(INI)), s obzirom da se posljednjih godina sigurnosna situacija u Europi i njezinu susjedstvu znatno pogoršala i stvorila nove izazove. Nužno je da vanjske politike Unije budu usuglašene međusobno, ali i s drugim politikama koje imaju vanjsku dimenziju.

EU se obvezao na razvijanje zajedničke vanjske i sigurnosne politike nadahnute načelima demokracije, vladavine prava, univerzalnosti i nedjeljivosti ljudskih prava i temeljnih sloboda te poštovanjem Povelje Ujedinjenih naroda i međunarodnog prava. Posebno podržavam što se u Izvješću navodi politika proširenja kao jedna od najuspješnijih politika EU-a i koja je doprinijela osiguranju stabilnosti, demokracije i blagostanja na europskom kontinentu te se ponavlja snažna potpora procesu proširenja.

Postoji problem ograničenja Ujedinjenih naroda te se poziva EU i njegove države članice da nastoje postići reformu Vijeća sigurnosti. EU mora osnažiti svoje sigurnosne i obrambene kapacitete kako bi bolje iskoristio svoj puni potencijal svjetske sile. Stvaranje Europske obrambene unije mora biti doneseno jednoglasno među državama članicama EU-a.

Podržava se produbljenje suradnje NATO-a i EU-a u područjima kibersigurnosti, migracija, strateške komunikacije. Važno je pronaći načine za smirivanje trenutačnih napetosti i uspostavu konstruktivnog dijaloga s Rusijom radi utvrđivanja mjera usmjerenih na smanjivanje rizika od nesporazuma i pogrešnih procjena.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – En de nombreuses occasions, et celle-ci ne fait pas défaut à la règle, de tels rapports n'ont pour seul objectif que de porter atteinte à la souveraineté nationale par une conjonction de propos harmonisateurs et unitaires. Ici, le retrait de l'Angleterre de l'Union européenne semble renforcer la politique étrangère de sécurité commune.

J'ai voté contre.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. — Los socialistas españoles hemos votado a favor este informe anual porque aborda los temas más relevantes y los acontecimientos relacionados con la PESC durante el último año y establece prioridades para el futuro. Refleja el contexto geopolítico cambiante en el que la Unión opera.

Hace hincapié en la necesidad de una integración reforzada de la Unión, incluyendo pasos hacia una «unión de defensa» y la necesidad de que las instituciones de la Unión y los Estados miembros revivan esta aspiración. El informe también pide que la PESC desempeñe un papel más visible y eficaz, en la resolución de conflictos, en particular en Siria, aprovechando la influencia que la Unión tiene sobre todos los actores regionales clave, como Turquía, Arabia Saudí e Irán.

Por nuestra enmiendas S & D, también ofrece una posibilidad de relaciones más constructivas con Rusia y esboza áreas de intereses común.

Además hemos incluido los socialistas la importancia del control de las exportaciones de armas de la Unión, es decir, abstenerse de vender armas a países que no cumplen los criterios para ser elegibles en virtud de la Posición Común de la Unión sobre el comercio de armas.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Elmar Brok relatif à la mise en œuvre de la politique étrangère et de sécurité commune. Ce rapport est l'occasion pour le Parlement Européen de mettre en avant les priorités européennes en matière de sécurité et de politique étrangère. Les conflits ethno-religieux au Moyen-Orient et en Afrique du Nord ont des conséquences sur la sécurité des citoyens européens. Par conséquent, le texte appelle la Haute représentante à élaborer un plan de mise en œuvre de la stratégie globale de l'UE basé sur la défense, la diplomatie et le développement.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe gegen diesen Bericht gestimmt, weil er aus der Sicht eines neutralen Mitgliedstaates zu Interessenkonflikten führen kann. Der Bericht befasst sich mit der effektiven Umsetzung einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik und behandelt die verschiedenen Ressorts, die sich mit dieser Thematik beschäftigen. Positiv hervorzuheben ist jedoch, dass der Berichterstatter die Mitgliedstaaten auffordert, sich an die Verträge von Lissabon zu halten, welche eine effiziente GSVP vorsehen. Außerdem beschäftigt sich der Bericht mit der Schaffung einer EU-Armee, mit der finanziellen Aufstockung des EAD, der Ausweitung des ATHENA-Mechanismus und mit der Schaffung eines Europäischen Verteidigungsfonds sowie einer engeren Kooperation mit der NATO.

Ska Keller (Verts/ALE), *in writing*. — We Greens welcome and support large parts of Mr Brok's report on the Common Foreign and Security Policy and thank him for closely cooperating with our group on compromise language prior to the vote in committee. Europe's neighbourhood is characterized by a growing number of armed conflicts and instability and we therefore very much support the call for a strengthened common foreign and security policy. However, we would like to clearly express our opposition regarding some of the proposals made in the report's chapter on defence: we reject the Commission proposal on the financing of the European Defence Fund based on national contributions to be treated as one-offs under the Stability and Growth Pact. Member States should not further run into debt for defence and weaken the euro. We also reject the idea to use a number of existing civilian funds and divert financial resources to the defence industry such as the European Investment Bank, the European Fund for Strategic Investments, the Programme for the Competitiveness of Enterprises and Small and Medium-sized Enterprises, European Structural and Investment Funds, and the European Regional Development Fund. Instead, Member States should significantly strengthen military capabilities by pooling research, development, procurement and maintenance of capabilities.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this annual report, which addresses the most salient issues and developments pertaining to the CFSP over the last year and sets priorities for the future. It reflects the changing geopolitical context in which the EU operates: Brexit, Trump's election as the US president, growing challenges along the EU's eastern and southern borders prompted by an aggressive Russia. The report addresses these challenges by emphasising the need for a reinvigorated EU coordination, including decisive steps towards strengthening cooperation on defence. The report also stresses the need for the EU to play a more active role in conflict resolution by using the leverage the EU has over all key regional players, such as Turkey, Saudi Arabia and Iran.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Brok-Bericht fordert eine umfassende Ausweitung der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Der Bericht fordert, dass Mitgliedstaaten ihre nationalen außenpolitischen Interessen zu einem gemeinsamen Interesse bündeln sollten. Ich halte das für eine nicht zu realisierende Aufgabe, denn außenpolitische Interessen einzelner Mitgliedstaaten divergieren zum Teil erheblich. Darüber hinaus ist laut EU-Verträgen Außenpolitik Hoheit der Nationalstaaten und sollte das auch bleiben.

Trotz einiger gemeinsamer Sicherheitsinteressen schafft die Forderung nach einer gemeinsamen EU-Sicherheitspolitik Doppelstrukturen zur NATO. Die Doppelstrukturen, wie beispielsweise ein eigenes militärisches Hauptquartier der EU, würden den europäischen Steuerzahler Milliarden kosten, ohne einen erkennbaren Mehrwert zu liefern. Stattdessen, sollten die EU-Länder, die auch NATO-Mitglieder sind, ihren Verpflichtungen im transatlantischen Bündnis nachkommen.

Aus den genannten Gründen habe ich den Bericht abgelehnt.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Zprávu o provádění společné zahraniční a bezpečnostní politiky jsem nemohla podpořit. Tento dokument se opíral o spolupráci EU a NATO, oceňoval návrh předsedy Junckera na vytvoření evropského obranného fondu na podporu výzkumu a inovací a podporoval vznik evropské armády napojené na NATO. Jsem bytostně přesvědčena, že dané návrhy vůbec nereflektují požadavky Evropanů a představují nepromyšlené kroky, které nepovedou k nárůstu bezpečnosti v EU.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió közös kül- és biztonságpolitikájának végrehajtása tárgyában jegyzett jelentés hangsúlyozza, hogy az Unió példátlan belső és külső kihívásokkal néz szembe. Emlékeztet az EU azon kötelezettségvállalására, hogy kül- és biztonságpolitikája révén a demokrácia, a jogállamiság és az emberi jogok, valamint a nemzetközi rend megerősítéséhez is hozzájárul. Bár a jelentés az EU és Oroszország kapcsolataira vonatkozó stratégia felülvizsgálását is szorgalmazza, sajnálattal kell megállapítanom, hogy a szavazásnál tartózkodtam, mivel ebben a kérdésben a magyar kormány álláspontja több pontban is eltér az EU hivatalos politikájától.

Mivel az Oroszország ellen meghozott szankciók Magyarországnak és több más tagországnak is óriási gazdasági károkat okoztak, továbbá mivel – véleményem szerint – ezek hosszú távon nem érik el céljukat, nem támogathattam azokat a pontokat, amelyek súlyosabb szankciók bevezetését irányoznák elő.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - A csomagolás nem rossz, sőt helyenként tetszetős, ezzel akár el is lehetne adni az árut. Csakhogy a jelentés szerint az EU békét, stabilitást és jólétet hozott polgárai és a szomszédos országok számára állítólag, de erről valamiért más a véleménye Szíria, Líbia, Egyiptom és az összes színes forradalommal és polgárháborúval káoszba döntött ország polgárainak. Szerényen elhallgatja az előadó azt is, hogy az EU a világ legjelentősebb fegyverexportőrei közé tartozik. A jelentés elfogadhatatlan módon ösztönzi az EU további militarizálását és a szorosabb EU–NATO-együttműködést, továbbá a tagországi szuverenitás sérelmére támogatja a belső és külső biztonság összevonását.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – С гласа си подкрепих приемането на резолюция относно прилагането на общата външна политика и политика на сигурност, тъй като считам, че Европейският съюз е изправен пред безпрецедентни вътрешни и външни предизвикателства, включително междудържавни конфликти, разпадане на държави, тероризъм, хибридни заплахи, кибернетична и енергийна несигурност, организирана престъпност и климатични промени. Общността ще бъде в състояние да отговори ефективно на тези предизвикателства само ако нейните структури и нейните държави членки работят съвместно по едно общо и действително координирано усилие.

Европейският съюз е едно от най-големите постижения в европейската история, като цели постигането на мир, стабилност и благосъстояние. Той продължава да бъде най-значимата икономическа сила, най-щедрият донор на хуманитарна помощ и помощ за развитие, както и лидер в световната дипломация по въпроси като изменението на климата, международното правосъдие, неразпространението на оръжия за масово унищожение и правата на човека.

Смятам, че ЕС трябва да засили способностите си в областта на сигурността и отбраната. Засиленият и общ граждански и военен капацитет е ключов елемент, за да може Съюзът да дава цялостен отговор при кризи, да изгражда устойчивостта на партньорите си и да защитава Европа от предизвикателствата.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Voto a favore della relazione sull'attuazione della politica estera e di sicurezza comune che mette in evidenza le innumerevoli sfide che l'UE deve affrontare nell'ambito delle frontiere esterne, del terrorismo, in tema di sicurezza informatica, disinformazione, radicalizzazione e lotta contro la tratta di esseri umani.

Contrastare le incertezze fra sicurezza interna ed esterna sarà possibile solo ed esclusivamente con forte impegno, responsabilità, volontà politica e leadership da parte degli Stati membri. A tal proposito, la relazione raccomanda che le azioni dell'Unione in relazione agli affari esteri si basino sue tre pilastri fondamentali: difesa, sviluppo e diplomazia.

Si chiede che l'UE fortifichi le sue capacita di sicurezza e di difesa e che garantisca pace e stabilità nei paesi confinanti e, infine, si ritiene essenziale che venga posta maggiore attenzione nella prevenzione dei conflitti, considerando, soprattutto, l'immenso potenziale dell'Unione come attore diplomatico e garante della protezione dei diritti umani e della democrazia.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur la mise en œuvre de la politique étrangère et de sécurité commune. Il s'agit de renforcer la politique étrangère et de sécurité commune au détriment des États, en profitant du Brexit et du retrait de l'Angleterre, principale opposante au projet. Ce texte est en lui-même une atteinte majeure aux souverainetés nationales. Ses dispositions n'ont rien de novateur: politique étrangère unique, augmentation de la contribution budgétaire des États, unification des entreprises de défense (sous domination allemande).

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque omite cualquier crítica al imperialismo económico y político de la Unión en el ejercicio de la PESC, cuando las motivaciones de la Unión en su política exterior no son otras que asegurar las relaciones de dominio entre capitales y Gobiernos europeos respecto a los países de su vecindad.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Brok-Bericht fordert eine umfassende Ausweitung der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Der Bericht fordert, dass Mitgliedstaaten ihre nationalen außenpolitischen Interessen zu einem gemeinsamen Interesse bündeln sollten. Ich halte das für eine nicht zu realisierende Aufgabe, denn außenpolitische Interessen einzelner Mitgliedstaaten divergieren zum Teil erheblich. Darüber hinaus ist laut EU-Verträgen Außenpolitik Hoheit der Nationalstaaten und sollte das auch bleiben.

Trotz einiger gemeinsamer Sicherheitsinteressen schafft die Forderung nach einer gemeinsamen EU-Sicherheitspolitik Doppelstrukturen zur NATO. Die Doppelstrukturen, wie beispielsweise ein eigenes militärisches Hauptquartier der EU, würden den europäischen Steuerzahler Milliarden kosten, ohne einen erkennbaren Mehrwert zu liefern. Stattdessen sollten die EU-Länder, die auch NATO-Mitglieder sind, ihren Verpflichtungen im transatlantischen Bündnis nachkommen.

Aus den genannten Gründen habe ich den Bericht abgelehnt.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Hlasoval jsem proti. Zpráva na začátku nesmyslně konstatuje, že „EU je jedním z největších úspěchů v dějinách Evropy". Pak volá po vzniku armády EU, včetně „trvalého vojenského velitelství", „útvaru vojenského plánování" a „Rady pro záležitosti obrany". Země, které chtějí vojensky spolupracovat, mají NATO a vytváření armády EU s paralelním velením je nesmyslné. Když vidím, jak Českou republiku přehlasovali ve věci kvót, nechci se dočkat přehlasování ve věci vojenské akce. Varováním nám budiž vojenská akce Francie a jejích spojenců v Libyi v roce 2011, která vedla k chaosu, občanské válce, uchopení moci Islámským státem a obří migrační vlně, která je hrozbou pro celou evropskou civilizaci a bezpečnost našich občanů.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Danas EU pogađaju mnogobrojni izazovi, poput terorizma, cyber sigurnosti, dezinformacija, trgovine ljudima ili radikalizacije. Zbog toga, vanjsko djelovanje Unije mora biti temeljeno na diplomaciji, razvoju i obrani. Ovo izvješće iznosi trenutno stanje i izazove međunarodne politike i naglašava potrebu objedinjavanja svih instrumenata zbog čuvanja interesa EU-a i njenih vrijednosti.

U području obrane nužno je da EU ojača sigurnost i obrambene kapacitete, a države članice moraju pojačati sinergiju u djelovanju kroz povećanje obrambene suradnje. Ključan prioritet je osiguranje mira i stabilnosti u okruženju Unije, budući da je održiv razvoj nemoguć bez sigurnosti. U tu svrhu presudno je riješiti uzroke nestabilnosti, terorizma, radikalizacije, prisilne migracije i siromaštva u susjednim zemljama.

Izvješće poziva Uniju na iskazivanje jačeg vodstva i preuzimanja snažnije uloge u sprječavanju sukoba i gospodarskoj diplomaciji. Navedeni alati mogu pomoći jačanju politika EU-a u ovim područjima, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Eiropas iedzīvotāji un politiķi joprojām uzskata, ka Eiropa ir pasaules centrs, kurš var diktēt savus noteikumus citām pasaules valstīm un reģioniem. Tas vairs tā nav, un praktiķi, kas katru dienu sastopas ar ārlietām, var to apstiprināt.

Ietekmes instrumentu skaits Eiropas ārpolitikai ir ļoti ierobežots. Mums joprojām ir stiprās puses — tehnoloģijas, izglītība, ietilpīgs iekšējais tirgus, ietekme starptautiskajās organizācijās, iespēja finansēt attīstības projektus. Bet ar katru soli arī šeit Eiropa zaudē savu ietekmi. Cik ātri Eiropa zaudēs savas pozīcijas citām lielvalstīm un kur galu galā būs jaunais līdzsvara punkts, būs atkarīgs no tā, kā Eiropas valstis spēs pārvarēt domstarpības un izveidot kopīgu, reāli strādājošu Eiropas ārpolitiku. Tas ir galvenais jautājums, kuru mums jāuzdod sev arī šajā ziņojumā. Citi jautājumi, manuprāt, ir otršķirīgi.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Súčasná politická a bezpečnostná situácia vo svete si vyžaduje, aby Únia zabezpečila efektívnu a účinnú ochranu svojich obyvateľov a ich záujmov. Únia a členské krajiny musia mať najvyšší záujem na predchádzaní konfliktom. V prípade ich vzniku ich musí riešiť prioritne diplomatickou a mierovou cestou. Zároveň EÚ a členské krajiny nesmú rezignovať na potrebnú a náležitú obranu, a preto musia byť vopred pripravené aj na možné ohrozenia. Úloha a význam budovania spoločnej bezpečnostnej politiky a obrany sú zvlášť v tomto období nesporné. Podporil som preto uznesenie, ktorým EP vyzýva Komisiu a členské krajiny na plnenie ich úloh a záväzkov v oblasti spoločnej zahraničnej a bezpečnostnej politiky.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την εφαρμογή της Κοινής Εξωτερικής Πολιτικής και Πολιτικής Ασφαλείας για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 13/12/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

David Martin (S&D), *in writing*. – Given the changing geopolitical landscape the EU will now face in 2017 and beyond, an analysis of developments and priorities was crucial. I agree with the report's emphasis on reinvigorated policy coordination among Member States and the call for the EU to use its leverage with key regional actors, especially in the Middle East, to play a greater role in conflict resolution.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce rapport vise à renforcer la politique étrangère et de sécurité commune en profitant du fait que l'Angleterre, qui s'y opposait toujours, envisage sa sortie de l'Union européenne. Nous n'acceptons pas que le rôle des États membres soit encore plus diminué au profit des institutions communautaires.

Ce rapport est donc une atteinte majeure à la souveraineté nationale de la France et des autres États européens.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on implementation of the Common Foreign and Security Policy (Article 36 TEU). The European Union and its citizens are undergoing a period of instability and insecurity resulting from the impact of proliferation of terrorist groups, hybrid threats, cyber and energy insecurity, organised crime and interstate conflicts. Therefore, the Member States need our support, which will enable them to respond effectively to the new challenges that are having serious consequences on the well-being of citizens. Only by increasing cooperation and implementing stronger measures will the EU be able to continue fomenting peace, stability, and prosperity to its citizens and remain the largest economic power, the most generous donor of humanitarian and development assistance and a model in global diplomacy.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme se zabývali zprávou, která pojednává o provádění společné zahraniční a bezpečnostní politiky. Zprávu bych hodnotil jako militantní, mluví o nutnosti posilování finančních zdrojů i personálu pro Evropskou obrannou agenturu, stejně jako naráží na myšlenku vybudovat společnou evropskou armádu, s čímž nesouhlasím. Obsáhlá pasáž je rovněž věnována očerňování Ruska z agresivity, vyvolávání konfliktů a ohrožování bezpečnosti a kybernetické bezpečnosti Evropy a tomu, že je nutno pokračovat a nejlépe i prohloubit sankce vůči Rusku. Vyzdvihování role NATO je rovněž obsahem této zprávy. Protože většina obsažených myšlenek jde proti mému přesvědčení, hlasoval jsem proti této zprávě.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht befasst sich mit der effektiven Umsetzung einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik und behandelt die verschiedenen Ressorts, die sich mit dieser Thematik beschäftigen. U.a. ist die Rede davon, dass sich die Mitgliedstaaten an die Verträge von Lissabon halten müssen, die eine effiziente GSVP vorsehen. Des Weiteren verlangt der Berichterstatter, dass sich diese in der allgemeinen Außenpolitik auch sichtbar zeigen soll. Zudem werden der Klimawandel, Cybersicherheit, die Lage in Syrien, die Lage in anderen potentiell gefährdeten Staaten sowie die Situation mit Russland behandelt. Außerdem beschäftigt sich der Bericht mit der Schaffung einer EU-Armee, mit der finanziellen Aufstockung des EAD, der Ausweitung des ATHENA-Mechanismus und mit der Schaffung eines Europäischen Verteidigungsfonds sowie einer engeren Kooperation mit der NATO.

Da dieser Bericht der Neutralität Österreichs zuwiderhandelt, habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Bendros užsienio ir saugumo politikos įgyvendinimo. Pranešime raginama skirti šiai sričiai daugiau lėšų, laikytis įsipareigojimų skirti 2 proc nuo BVP gynybai, stiprinti bendradarbiavimą gynybos srityje, išreiškiamas pritarimas Rusijai taikomoms sankcijoms.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Voilà plusieurs mois que ce Parlement s'affaire à promouvoir une armée européenne. Le projet européen est à bout de souffle. Ils pensent que la lutte contre le terrorisme peut relancer la machine et passer sous silence son mépris des peuples. Et pour ça, il faudrait vendre les outils de notre diplomatie et défense française à Bruxelles. Pour promouvoir la paix ? Non, pour renforcer l'alliance avec l'OTAN. Car l'ONU a «des limites». En amont du prochain Conseil européen ce jeudi, le Parlement adresse ici ses recommandations. Il prévient: il faut aller plus loin qu'un quartier européen de commandement. Il faut un marché commun de la défense et des règlementations contraignantes pour les États. Ceux qui contribueront pourront obtenir une clémence sur les règles d'or du semestre européen. La politique commerciale doit se mettre au service de ces intérêts. Peu importe l'élection de Trump, l'AECG et le PTCI doivent permettre l'approfondissement des relations avec ces pays. Tous, Verts compris, se sont lancés dans cette course hystérique et belliciste. Les uns par l'attrait de la communautarisation sans fin, les autres dans leur course folle à la tension avec la Russie. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce texte vise à renforcer la politique étrangère et de sécurité commune de l'Union Européenne, ceci au détriment de la souveraineté des États membres. L'Union européenne profite du Brexit pour cette mise en œuvre puisque l'Angleterre en était la principale opposante.

Ce texte prévoit une politique étrangère unique, une augmentation de la contribution des Etats et une unification de la défense.

J'ai donc vote contre ce texte considérant qu'il s'agit en l'espèce d'une atteinte majeure à la souveraineté des nations.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — De huidige crisissen in de wereld en in het nabuurschap van Europa bedreigen ook de EU. Omdat deze dreigingen ook effectief overslaan naar de EU, in de vorm van terroristische aanslagen en vluchtelingenstromen, heeft dit gevolgen voor de veiligheid en het welzijn van onze burgers. Maar net daarom zijn die crisissen voor de EU ook een *wake up call* en een opportuniteit om een doeltreffend buitenlands- en veiligheidsbeleid in de steigers te zetten dat zorgt voor vrede, stabiliteit en welvaart in Europa en daarbuiten. Ik heb dit verslag goedgekeurd omdat het ambitieuze, evenwichtige en realistische antwoorden biedt op de veiligheidsuitdagingen. Een volwassen Europees buitenlands beleid rust op drie pijlers: diplomatie, ontwikkeling en defensie. Een eigen defensiecapaciteit met een permanent Europees militair hoofdkwartier, zoals de Europese burgers vragen, zal ons in staat stellen onze zachte aanpak te combineren met, indien nodig, een harde aanpak. Met een Europese verdedigings- en afschrikcapaciteit zijn we bovendien ook beter voorbereid om, wanneer alle vreedzame middelen zijn uitgeput en in samenwerking met internationale partners, snel op te treden om ernstige schendingen van de mensenrechten te voorkomen.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Tanács benyújtotta az Európai Parlamentnek a közös kül- és biztonságpolitikáról szóló éves jelentését. A Külügyi Bizottság e jelentéssel kapcsolatban indítványozza állásfoglalás elfogadását a Parlamentnek.

A javaslat szerint az EU sikertörténet, amely békét, stabilitást és jólétet hozott polgárai és a szomszédos országok számára. A tervezet kiemeli az EU saját biztonsága érdekében vállalandó felelősségének fontosságát, szorgalmazza az EU és a NATO szorosabb együttműködését, az EU védelmi képességeinek fokozását, a közös biztonsági és védelmi politika megerősítését, az állandó strukturált együttműködés kialakítását.

A tervezet elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Les dispositions de ce texte n'ont rien de nouveau par rapport à ce que le Parlement européen a l'habitude de demander en matière de politique étrangère et de sécurité commune: politique étrangère unique, augmentation de la contribution budgétaire des États membres, et unification des entreprises de défense, actuellement sous la domination allemande.

Avec le Brexit, et donc le futur retrait de l'Angleterre, principal opposante à ce projet, les institutions européennes en profitent pour essayer de le renforcer au détriment des souverainetés nationales.

Bien évidemment, nous nous opposons à ce texte.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte est en lui-même une atteinte majeure aux souverainetés nationales. Ses dispositions n'ont rien de novatrices: politique étrangère unique, augmentation de la contribution budgétaire des États, unification des entreprises de défense (sous la domination allemande). Je vote évidemment contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which addresses the most salient issues and developments pertaining to the CFSP over the last year and sets priorities for the future. It reflects the changing geopolitical context in which the EU operates: Brexit, Trump's election as the US president, growing challenges along the EU's eastern and southern borders prompted by an aggressive Russia. The report addresses these challenges by emphasising the need for a reinvigorated EU coordination, including decisive steps towards strengthening cooperation on defence. The report also stresses the need for the EU to play a more active role in conflict resolution by using the leverage the EU has over all key regional players, such as Turkey, Saudi Arabia and Iran.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur la mise en œuvre de la politique étrangère et de sécurité commune (PESC). Le texte fixe les priorités pour relever les défis auxquels l'Europe est confrontée, par le biais de l'action extérieure de l'Union européenne. On peut notamment citer la défense et la sécurité du continent, le développement et la diplomatie.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – EU Member States have committed themselves to the Common Foreign Security Policy, which represents the organised and agreed foreign policy of the EU for security and defence actions and diplomacy.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea raportului referitor la punerea în aplicare a politicii externe și de securitate comune deoarece sunt de părere că este din ce în ce mai necesar ca UE să răspundă într-un mod coerent tuturor schimbărilor de securitate și amenințărilor actuale. În acest sens, UE trebuie să aplice o strategie comună privind politica externă și de coordonare. În ceea ce privește politica de securitate, împreună cu cea de politică externă, aceasta trebuie să fie una integrată, adaptată noilor provocări și care să ofere statelor membre capacitatea de a-și proteja cetățenii în fața amenințărilor privind securitatea personală, dar să posede în același timp și adaptabilitatea necesară viitoarelor posibile schimbări de pe scena internațională.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem nelegislativní zprávu vyzývající mimo jiné k tomu, aby EU konečně začala používat nástroje, které stanoví Lisabonská smlouva, a to zejména stálou strukturovanou spolupráci v oblasti obrany (PESCO), a aby přistoupila k prohloubení SBOP, zejména v podobě vytvoření trvalého civilního a vojenského velitelství, posílení civilně-vojenské spolupráce a zlepšení schopnosti EU pohotově reagovat na krize, posílení nástrojů rychlé reakce EU zejména tím, že se zvýší použitelnost bojových uskupení a posílí se Eurocorps, který se bude více využívat při misích a operacích SBOP.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Aus der Sicht Österreichs ist dieser Bericht strikt abzulehnen, da er der Neutralität zuwiderhandelt. Zudem ist dieser Bericht sehr russlandfeindlich ausgeprägt. Ich habe mich daher gegen den Bericht ausgesprochen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. ELi ja USA head liitlassuhted on aastakümnete pikkuse töö tulemus. Koostöö mitmes maailma valupunktis on oluline, USA ja ELi nägemus erinevatest kriisidest ja neile lähenemisest sarnane nii Süürias, terrorismivastases võitluses kui ka Ukrainas. Selline hea suhe peab jätkuma ka uue administratsiooni tulekuga. Samas on oluline, et ka EL ise oma kaitsevõimekust arendaks, et olla valmis vajaduse korral ka ise enda julgeolekut kaitsma.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution. Entourée par un arc d'instabilité allant de la Russie agressive aux guerres par procuration au Moyen-Orient et en Afrique du Nord, 70% des Européens pensent qu'il devrait y avoir plus d'Europe en matière de politique étrangère et de sécurité. C'est en ayant ces éléments à l'esprit que j'ai soutenu cette résolution sur la mise en œuvre de la politique étrangère et de sécurité commune. Alors que les rapports de force dominent à nouveau les relations internationales, nous avons ainsi rappelé que les capacités militaires de défense sont essentielles pour peser dans les négociations diplomatiques. Nous avons par conséquent demandé des dépenses accrues en matière de défense, des fonds communs pour les missions de l'Union européenne et des mesures visant à améliorer les possibilités d'utilisation des forces de réaction rapide de l'UE (groupements tactiques) ainsi que l'achat commun de matériel de défense.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che nella situazione odierna l'Unione europea si trova a dover affrontare sia sfide interne che esterne. Infatti gli Stati membri dell'UE sono circondati da un ampio arco di instabilità, per esempio gran parte del Medio Oriente e del Nord Africa (MENA) è palcoscenico di continui conflitti etnico-religiosi.

Quindi l'attuazione di una politica estera di sicurezza comune da un lato proteggerà l'Unione europea da minacce provenienti da altri nazioni e, dall'altro lato, rappresenterà un'opportunità per migliorare il suo funzionamento e la sua cooperazione.

Pertanto ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I supported this report, which acknowledges the multifaceted challenges the EU is facing in the external domain, from terrorism, cyber security and misinformation to the fight against human trafficking or radicalisation. Effectively countering the ever-blurred nexus of external and internal security challenges will be possible with strong commitment, ownership, political will and leadership from the Member States. Furthermore, the report underlines that EU external action needs to be based on three pillars (the 'three Ds'): diplomacy, development and defence.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – EU se danas suočava s nezabilježenim unutarnjim i vanjskim izazovima, uključujući sukobe među državama, raspade država, terorizam, hibridne prijetnje, kibernetičku i energetsku nesigurnost i organizirani kriminal. Europi prijeti opasnost od terorizma na njezinu području i tu treba istaknuti tisuće povratnika iz ratova u Siriji i Iraku u EU-u koji su članovi terorističkih skupina.

Posebno izražavam zabrinutost glede stanja u Bosni i Hercegovini, a u kojoj se Islam kakav smo poznavali u BiH-u mijenja, postaje radikalan, posebice u ruralnim dijelovima. Iako se navodno smanjuje broj boraca koji iz Europe odlaze na bojišta u Siriju i Irak, vjerojatno i zbog strožih kontrola, treba uzeti u obzir da ISIL sada primjenjuje strategiju upućivanja svojih istomišljenika u Europi i SAD-u da ne putuju na bojišta, već da kuju i izvršavaju krvoločne planove u svojim vlastitim zemljama.

Ovo su alarmantne okolnosti, i stava sam kako su civilni i vojni kapaciteti ključni elementi za to da EU u potpunosti odgovori na izazove današnjice i zaštiti svoje građane, te podržavam ovo izvješće koje potiče na jačanje sigurnosnih i obrambenih kapaciteta Unije.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – L'UE ha di fronte a sé sfide vecchie e nuove. All'instabilità e alle crisi nei paesi vicini, a est e a sud, si aggiungono le incertezze sul nuovo contesto internazionale a seguito del referendum sulla Brexit e dell'elezione di Trump a presidente degli USA. Il tutto in una situazione economica che sembra migliorare, ma che è ancora lontana dall'essere rosea.

Per questo, c'è più che mai bisogno di un'Europa forte e unita, che sappia parlare con una sola voce e che faccia sentire tutto il suo peso politico, economico, morale e diplomatico nella risoluzione dei conflitti, nel confronto con una Russia sempre più aggressiva e nella lotta contro i gruppi terroristi.

La relazione ribadisce quindi la necessità di rafforzare l'integrazione europea, in particolare compiendo passi concreti verso una difesa comune e permettendo all'alto rappresentante di svolgere un ruolo più visibile e effettivo.

Riguardo alla Russia, sarà necessario affiancare alle sanzioni una strategia volta alla ricerca di aree d'interesse comune e alla creazione di relazioni più costruttive, mentre nel caso dei conflitti in Siria e Yemen, l'UE deve giocare un ruolo più attivo, facendo leva sugli attori regionali chiave come Turchia, Arabia Saudita e Iran, per arrivare ad una soluzione pacifica.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Europska unija se trenutno suočava s brojnim unutarnjim i vanjskim izazovima. Ovogodišnje izvješće odražava okruženje u kojem EU trenutno djeluje što uključuje pitanje Brexita, odnosa s SAD-om nakon predsjedničkih izbora, rastuće izazove na svojim istočnim i južnim granicama te osobito nestabilnosti na jugu zbog ekstremnih islamističkih skupina.

Stoga, pozdravljam prijedlog predsjednika Junckera o stvaranju europskog obrambenog fonda za poticanje istraživanja i inovacija. Države članice trebaju za provedbu globalne strategije EU-a dodijeliti odgovarajuća ljudska i financijska sredstva, posebno u ključnom području sprečavanja sukoba, sigurnosti i obrane. Također, vrijeme je za utvrđivanje realističnije strategije odnosa EU-a s Rusijom.

Sankcije su bile potrebne kao reakcija na rusku agresiju u Ukrajini te EU treba ostaviti otvorenom mogućnost daljnjih postupnih sankcija, ali novi odnosi se trebaju temeljiti i na dijalogu u područjima od zajedničkog interesa, kao što su protuterorizam, neširenje oružja i trgovina. Nadalje EU treba imati aktivniju i djelotvorniju ulogu u pogledu sprečavanja sukoba i izgradnje mira, to se osobito odnosi na važnost pronalaska održivog rješenja za sukob u Siriji.

EU treba upotrijebiti svoj utjecaj na ključne aktere kao što su Iran, Saudijska Arabija, Turska, Katar i Rusija kako bi zauzeli konstruktivno stajalište i suzdržali se od doprinošenja daljnjoj eskalaciji situacije.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Outro relatório que não se distingue de anteriores, prosseguindo a política militarista, securitária e de ingerência externa que caracteriza a ação da UE. Centra, sem novidade, a justificação desta deriva securitária nas supostas ameaças com que a UE se confronta, a Leste pela Federação Russa e a Sul pelo terrorismo e o radicalismo islâmico.

Omite-se em absoluto as responsabilidades da UE na escalada de tensões a leste e na promoção do chamado «radicalismo islâmico» que tem justificado ações de agressão e ingerência no Médio Oriente e Norte de África. Apresentando cinicamente a UE como um projeto de sucesso e prosperidade, carrega na abordagem federalista do militarismo, comprometendo ainda mais a soberania dos Estados-Membros.

Promove o cariz antidemocrático da UE; defende o reforço dos orçamentos de defesa dos EM e da UE; o papel da UE como o pilar militar europeu da NATO; a reforma do Conselho de Segurança da ONU procurando garantir que esta se torne um instrumento ao serviço da UE e do imperialismo. Promove a política da guerra, da agressão, do domínio sobre países terceiros e da opressão.

Valores que jamais poderão conciliar-se com políticas de desarmamento e de paz. Defendemos outra política baseada na solidariedade, cooperação e respeito mútuo entre Estados, como garante da paz.

Votámos contra.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Evropskou unii považuji za jeden z největších úspěchů v dějinách Evropy. EU přinesla jejím občanům a sousedním zemím, z nichž mnohé jsou nyní členskými státy EU, mír, stabilitu a prosperitu. Mám za to, že současná politická situace ve světě je natolik nestabilní, že EU jakožto garant míru se k ní musí postavit čelem, jinak se může stát, že bude stržena do konfliktů způsobených extrémním islámismem nebo ruskou rozpínavostí. Domnívám se, že vytvoření tzv. obranné unie a prohloubení integrace EU, především za účelem obrany, je jedním z nejlepších způsobů, jak zachovat mír v Evropě. Také se domnívám, že EU by se měla více zaměřit na řešení války v Sýrii, protože nejlepší pomoc, kterou můžeme uprchlíkům, kteří hromadně emigrují do Evropy, poskytnout, je právě zajištění bezpečného domova.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W sprawozdaniu przedstawiono WPZiB w kontekście obecnych sytuacji kryzysowych w sąsiedztwie UE i dalszych regionach oraz dokonano oceny bieżących i przyszłych zagrożeń dla europejskiego bezpieczeństwa i aspiracji. Sprawozdawca wyraża się z aprobatą o UE jako globalnym mocarstwie i prekursorze międzynarodowej dyplomacji, a także wzywa państwa członkowskie, aby przestały spoglądać na politykę zagraniczną i kwestie bezpieczeństwa z „ograniczonej perspektywy krajowej". Sprawozdawca apeluje o wzmocnienie WPZiB w oparciu o trzy filary – obronę, odstraszanie i reagowanie – jednocześnie wzywając do analogicznego wzmocnienia wspólnej polityki bezpieczeństwa i obrony (WPBiO). W sprawozdaniu przedstawiono szereg innych zaleceń, m.in. opracowanie białej księgi w zakresie obrony, zwiększoną kontrolę parlamentarną nad WPZiB, wzmocnienie dyplomatycznego ramienia UE – ESDZ, a także przegląd stosunków UE z Rosją. Uważam, że unijna polityka zagraniczna i bezpieczeństwa może być ważnym narzędziem realizacji wielostronnych, wspólnych interesów. Jednakże uważamy również, że nigdy nie może ona zastępować zdolności państwa członkowskiego do prowadzenia, kiedy tylko dane państwo podejmie taką decyzję, własnej niezależnej polityki w tych obszarach. Niniejszym wstrzymałem się od głosu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution, qui porte sur la politique étrangère de l'Union européenne. Je suis en effet pour une Europe forte et unie autour des questions de politique étrangère et de sécurité. Les citoyens européens souffrent des conséquences des conflits extérieurs, notre devoir est de les protéger! L'action extérieure de l'UE doit donc reposer sur trois piliers: la diplomatie, le développement et la défense. Nos capacités de défense et de dissuasion doivent être accrues pour que l'UE puisse peser dans les pourparlers diplomatiques. Nous devons également nous montrer moins conciliants avec les pays voisins qui vont à l'encontre de nos principes démocratiques et des droits de l'homme.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A União Europeia é, por definição, um projeto de paz de estabilidade, almejando prosperidade entre os seus cidadãos e entre os cidadãos dos seus países vizinhos, nomeadamente através da doação de assistência humanitária e de ajuda ao desenvolvimento.

No entanto, a União enfrenta, hoje, desafios internos e externos sem precedentes, incluindo novos conflitos na polimórfica comunidade internacional, insegurança energética, terrorismo, ciberinsegurança, criminalidade organizada e alterações climáticas. A União só poderá dar uma resposta adequada aos novos desafios, se as suas estruturas e os seus Estados-Membros se empenharem em conjunto num esforço comum e verdadeiramente coordenado.

A garantia da paz e da estabilidade no nosso continente, na nossa vizinhança e em África deve constituir um eixo da ação da Europa. Por conseguinte, e lembrando o importante papel da diplomacia parlamentar no reforço da cooperação política com os parceiros da UE, apoio o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. In particular, we rejected the self-congratulatory language referring to the EU as being one of the greatest achievements in European history and as a diplomatic superpower. We are concerned by proposed changes to the financial structures governing the CFSP and proposals for budgetary increases, as this could affect the UK before we leave the EU.

Terry Reintke (Verts/ALE), *in writing*. — We welcome and support large parts of Mr Brok's report on the Common Foreign and Security Policy and thank him for closely cooperating with our group on compromise language prior to the vote in committee. Europe's neighbourhood is characterised by a growing number of armed conflicts and instability and we therefore very much support the call for a strengthened common foreign and security policy. However, we would like to clearly express our opposition regarding some of the proposals made in the report's chapter on defence: we reject the Commission proposal on the financing of the European Defence Fund based on national contributions to be treated

as one-offs under the Stability and Growth Pact. Member States should not further run into debt for defence and weaken the euro. We also reject the idea to use a number of existing civilian funds and divert financial resources to the defence industry such as the European Investment Bank, the European Fund for Strategic Investments, the Programme for the Competitiveness of Enterprises and Small and Medium-sized Enterprises, European Structural and Investment Funds, and the European Regional Development Fund. Instead, Member States should significantly strengthen military capabilities by pooling research, development, procurement and maintenance of capabilities.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Este relatório refere-se aos desenvolvimentos relativos à Política Externa de Segurança Comum que mais se destacaram no último ano e define prioridades para o futuro, contemplando a evolução do contexto geopolítico, nomeadamente tendo em atenção o Brexit, a eleição de Trump, os desafios que surgem na fronteira Leste/Sul face a uma Rússia agressiva ou os movimentos islâmicos extremistas. O Parlamento entende que estes desafios mais não fazem que enfatizar a necessidade de uma revigorada integração da UE, incluindo passos decisivos no sentido de uma «união de defesa» e a necessidade de as instituições da UE e os Estados-Membros se comprometerem com esse objetivo, incluindo com o fornecimento de fundos adequados.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Dans ce rapport-phare relatif à la mise en œuvre de la politique étrangère et de sécurité commune, qui a été adopté par 433 voix pour (dont la mienne), 174 contre et 93 abstentions, le Parlement européen estime que la coopération européenne en matière de politique étrangère et de sécurité pourrait apporter «la plus grande valeur ajoutée». Le Parlement souligne que l'action de l'Europe devrait désormais être guidée par la volonté d'assurer la paix et la stabilité sur son continent, dans son voisinage et en Afrique et que l'action extérieure de l'Union devrait se fonder sur trois piliers: diplomatie, développement et défense (les trois D). Le Parlement a d'ailleurs mis l'accent sur la défense, précisant qu'étant donné que «les rapports de force dominent à nouveau les relations internationales», «les capacités de défense et de dissuasion sont essentielles pour que nous puissions peser dans les pourparlers diplomatiques».

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – BUSP įgyvendinimas pernai metais akivaizdžiai rodo, jog ES susidūrė ne tik su vidine, bet ir su išorinių santykių krize. Krizės, kurių sureguliavime ES balso nesigirdi, didesnių rezultatų neduodančios kaimynams į europines erdves įtraukti skirtos politikos, auganti įtampa ir nesaugumo jausmas – tai tik keletas šios politikos nesėkmės požymių. Pritariau šiai ataskaitai, visų prima dėl to, kad už išorės santykius atsakingi pareigūnai galėtų koncentruotis ties savo pagrindiniu darbu, o ne ataskaitos perrašymu, tačiau akivaizdu, jog tęsiantis dabartinėms tendencijoms ES praras ir likusias galimybes veikti kaip globalus veikėjas.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório analisa o atual estado e os desafios inerentes à Política Internacional, bem como o consequente papel que a União Europeia (UE) desempenha através da sua Política Externa e de Segurança Comum (PESC).

O relator reconhece e identifica os diversos desafios que a UE enfrenta no domínio externo, tais como: o terrorismo, a cibersegurança, a luta contra o tráfico de seres humanos e a radicalização.

Para combater eficazmente os desafios de segurança interna e externa atualmente vivenciados, a UE e os seus estados membros necessitam de se dotar de um forte empenhamento, vontade política e liderança dos Estados-Membros.

Concordo por isso com a ideia de que a Ação Externa da UE deve assentar em três pilares basilares que sustentem a sua união, integridade e segurança: diplomacia, desenvolvimento e defesa.

Assegurar a paz e a estabilidade na Europa é uma prioridade fundamental para o desenvolvimento sustentável, sendo crucial combater as causas profundas da instabilidade, do terrorismo, da radicalização e da migração forçada e irregular na vizinhança, pelo que as novas parcerias em matéria de migração e o Plano de Investimento Externo são de enorme importância nesta matéria.

Por concordar com o teor do relatório, votei-o favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui souligne que la diplomatie, le développement et la défense devraient être les piliers de la politique étrangère de l'Union européenne. Afin de mener à bien nos objectifs en matière de politique étrangère, l'Union européenne doit apparaitre unie et parler d'une seule voix; en ce sens, il est important que les États membres fassent preuve d'unité et de confiance.

Les conflits internationaux actuels engendrent de graves conséquences pour la sécurité et le bien-être des citoyens européens. Une coopération européenne en matière de politique étrangère et de sécurité pourrait apporter ainsi une plus grande valeur ajoutée.

Dans ce rapport, nous appelons également à ce que les dépenses en matière de défense soient augmentées, ainsi que les fonds communs pour les missions de l'UE.

Enfin, il est important que l'Union européenne soit active et développe sa coopération en matière de cybersécurité, migration, communication stratégique et réponses aux menaces hybrides.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe dem Bericht zur Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zugestimmt. Der Bericht gibt eine umfangreiche Analyse zur aktuellen Situation und zu den Herausforderungen von internationalen Angelegenheiten. Dabei spiegelt er die Rolle der EU in diesem Zusammenhang durch ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wider.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Voté en contra de este informe porque está basado en una óptica securitaria y militarista que además arroja conclusiones sin analizar realmente las causas de la situación de conflicto actual. Plantea el incremento de gasto armamentista y el aumento de todas las capacidades militares, pero no para buscar una disuasión no agresiva, ni una Unión independiente, sino que por el contrario, asume posturas en las que sigue siendo subalterna de los intereses de los Estados Unidos.

Además, el texto celebra la Cumbre de Varsovia, y por lo tanto el rol de una OTAN global que parece competir con la ONU y que asume acciones y posturas cada vez más agresivas con nuestra vecindad Este, generando mayores tensiones y conflictividad al seguir apostando por las sanciones unilaterales.

Esta visión de la política exterior y de seguridad común conduce a generar más conflicto, revela a una Unión que sigue sin entender los cambios geopolíticos, y plantea aumentar los gastos militares desconociendo la severa crisis económica y social que afecta seriamente a la población europea. Rechazamos que se dedique presupuesto al financiamiento militar y abogamos por una Unión que deje de contribuir a la escalada militar en la región y sus alrededores.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as it calls for an EU Army.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted to support this report, which addresses the most salient issues and developments pertaining to the CFSP over the last year. It also sets priorities for the future and reflects on the changing geopolitical context in which the EU operates.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – EÚ v súčasnosti čelí vnútorným aj vonkajším výzvam, medzi ktoré patria medzištátne konflikty, zlyhania štátov, terorizmus, hybridné hrozby, kybernetická a energetická neistota, organizovaný zločin a zmena klímy. Na všetky tieto výzvy bude EÚ schopná reagovať len vtedy, ak jej štruktúry a členské štáty budú spolupracovať a spoločne koordinovať svoje úsilie v oblasti spoločnej zahraničnej a bezpečnostnej politiky. Okrem toho EÚ v súčasnosti obklopuje nestabilita, pretože rozsiahle časti Blízkeho východu a severnej Afriky sa zmietajú v etnicko-náboženských konfliktoch a vo vojnách. Tieto konflikty majú priame a vážne dôsledky pre bezpečnosť a blahobyt občanov EÚ, pretože sa postupne rozširujú do EÚ, či už v podobe terorizmu, alebo masívneho prílevu utečencov. Z tohto dôvodu musia EÚ a jej členské štáty vytvoriť účinnú zahraničnú, bezpečnostnú a obrannú politiku, ktorá bude rešpektovať vnútroštátne záujmy a súčasne sa bude snažiť o spoluprácu s medzinárodnými partnermi, OSN, MVO, obhajcami ľudských práv v záujme presadzovania mieru, prosperity a stability na celom svete.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Podpořila jsem usnesení o provádění společné zahraniční a bezpečnostní politiky EU, jehož hlavním autorem je dlouholetý předseda Výboru pro zahraniční věci z naší frakce PPE Elmar Brok.

Usnesení vhodně poukazuje na zvýšenou potřebu koordinace vojenských otázek v rámci EU a lepší vojenské připravenosti vůči případným hrozbám. Také souhlasím s tím, že je dobré připomenout závazky členských zemí, které mají vůči NATO, zejména co se týká výdajů na obranu ve výši 2 % HDP, které by mnohé země, včetně České republiky, měly začít dodržovat. Text nezapomíná ani na další možnosti ovlivňování SZBP, zejména cestou rozvojové pomoci a diplomatickou cestou. Zde bych ráda upozornila na velké možnosti pozitivního vlivu evropské kultury ve světě, třeba přes zapojování třetích zemí do programů EU na podporu kultury, vzdělávání, výzkumu.

V klíčových zahraničně-politických otázkách se usnesení vymezuje správným směrem. Opětně kritizuje Rusko za agresivní politiku vůči Ukrajině a vyzývá Čínu, aby udržovala mírové vztahy v regionu, včetně Tchaj-wanu.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropska unija se v zadnjih letih sooča z notranjimi in zunanjimi izzivi, ki so brez primere in vključujejo meddržavne konflikte, propad držav, terorizem, hibridne grožnje, kibernetsko in energetsko negotovost, organizirani kriminal in podnebne spremembe.

Na vse te nove izzive pa se bo lahko EU učinkovito odzvala le, če bodo njene strukture in države članice sodelovale v skupnih in resnično usklajenih prizadevanjih v okviru skupne zunanje in varnostne politike, ki mora biti jasno začrtana, če želi biti uspešna.

Kljub temu, da pozdravljam stališče poročila, da nobena od držav članic sama ne more sama premagati trenutnih izzivov in da morajo države članice pokazati zadostno raven enotnosti, politične volje in medsebojnega zaupanja, sem kritičen do tega, da je besedilo resolucije žal še vedno premalo dodelano. Strategija skupne zunanje in varnostne politike, ki se odraža skozi resolucijo, ni dovolj jasna, prav tako pa resolucija vključuje več spornih in pomanjkljivih delov. Med drugim poziva države članice, naj povečajo svoje izdatke za obrambo, da bi dosegle cilje zveze NATO na področju zmogljivosti, ki zahtevajo, da se za obrambo namenita vsaj dva odstotka BDP, kar bi seveda imelo vpliv na javne finance držav članic.

Ker je v besedilu resolucije enostavno več vprašanj kot odgovorov, resolucije nisem podprl.

Μαρία Σπυράκη (PPE), *γραπτώς*. – Η εξωτερική δράση της ΕΕ βασίζεται σε τρεις πυλώνες: διπλωματία, ανάπτυξη και άμυνα. Διά της παρούσας πρότασης ψηφίσματος δρομολογείται μια μεταρρύθμιση που θα καταστήσει την ΕΕ ικανότερη να προσφέρει στους πολίτες της ένα υψηλότερο επίπεδο ασφάλειας. Η ΕΕ, ως διπλωματική υπερδύναμη και ταυτόχρονα ως ήπια δύναμη, οφείλει να εργάζεται για τη διασφάλιση της παγκόσμιας ειρήνης και σταθερότητας σε συνεργασία με τους διεθνείς της εταίρους, τα Ηνωμένα Έθνη, τις ΜΚΟ. Στα πλαίσια αυτά οφείλει να ενθαρρύνει τη δρομολόγηση περαιτέρω διαπραγματεύσεων για την επανένωση της Κύπρου. Είναι απαραίτητη επίσης η σημαντική αύξηση των χρηματοοικονομικών πόρων που διατίθενται για την εξωτερική δράση της ΕΕ.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Brok-Bericht fordert eine umfassende Ausweitung der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Der Bericht fordert, dass Mitgliedstaaten ihre nationalen außenpolitischen Interessen zu einem gemeinsamen Interesse bündeln sollten. Ich halte das für eine nicht zu realisierende Aufgabe, denn außenpolitische Interessen einzelner Mitgliedstaaten divergieren zum Teil erheblich. Darüber hinaus ist laut EU-Verträgen Außenpolitik Hoheit der Nationalstaaten und sollte das auch bleiben.

Trotz einiger gemeinsamer Sicherheitsinteressen schafft die Forderung nach einer gemeinsamen EU-Sicherheitspolitik Doppelstrukturen zur NATO. Die Doppelstrukturen, wie beispielsweise ein eigenes militärisches Hauptquartier der EU, würden den europäischen Steuerzahler Milliarden kosten, ohne einen erkennbaren Mehrwert zu liefern. Stattdessen sollten die EU-Länder, die auch NATO-Mitglieder sind, ihren Verpflichtungen im transatlantischen Bündnis nachkommen.

Aus den genannten Gründen habe ich den Bericht abgelehnt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Európska zahraničná a bezpečnostná politika musí stáť na troch pilieroch, diplomacii, rozvoji a obrane. Diplomacia musí predchádzať potenciálnym konfliktom v našom bezprostrednom susedstve, efektívna rozvojová pomoc musí stabilizovať problémové krajiny a účinná obrana musí Európu brániť proti hrozbám vrátane tých, ktoré so sebou prináša hybridná vojna a terorizmus.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europska unija suočava se s brojnim izazovima uključujući međudržavne sukobe, terorizam, hibridne i kibernetičke prijetnje, organizirani kriminal te klimatske promjene. EU će biti u mogućnosti učinkovito odgovoriti na nove izazove samo ako strukture EU-a te njezine članice surađuju u zajedničkim i koordiniranim naporima u okviru CFSP/CSDP. Sigurnost i dobrobit građana EU-a ozbiljno je narušio problem izbjeglica i terorizam.

Trenutačna unutarnja i vanjska kriza predstavlja priliku za EU i njezine članice za bolju saradnju na području učinkovite zajedničke vanjske i sigurnosne politike kao prioritetnog područja djelovanja Unije. EU mora raditi na suradnji sa zemljama Istočnog partnerstva s ciljem jačanja demokratizacije i dobrog upravljanja te kako bi iste postale punopravne članice CSDP misije u svrhu sigurnosti i stabilnosti regije.

Podržavam ovo izvješće jer Europska unija u trenutačnoj unutarnjoj i vanjskoj krizi mora svojim građanima ponuditi adekvatna rješenja koja će osigurati mir, stabilnost i prosperitet građana i susjednih zemalja.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o izvajanju skupne zunanje in varnostne politike. Kot smo sprejeli v mnenju Odbora za proračun, smo lahko vsi zaskrbljeni, da je bilo v letu 2015 na področju skupne zunanje in varnostne politike porabljenih manj kot tretjina vseh razpoloženih sredstev, kar je nenavadno glede na razsežnost mednarodnih konfliktov, ki ogrožajo tudi Evropsko unijo. Prav tako podpiram mnenje Odbora za proračun, ki države članice poziva, naj izpolnijo merila o porabi 2% BDP za nacionalno obrambo, taka država denimo je tudi Slovenija, hkrati pa morajo bolj premišljeno vlagati v svoje obrambne zmogljivosti, da bodo izboljšale svoje zmožnosti delovanja v Natu in EU.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro přijetí zprávy o provádění společné zahraniční a bezpečnostní politiky, protože zdůrazňuje potřebu společného postupu jednotlivých členských států při prosazování a hájení zájmů Evropské unie ve světě. Taktéž upozorňuje na stále více se propojující otázku vnější a vnitřní bezpečnosti, na kterou je nutno také reagovat společně, a to i vzhledem k celosvětové povaze hrozeb, jako je terorismus, dezinformační kampaně nebo internetová kriminalita. Zpráva dále konstatuje, že zahraniční politika musí být založena na obraně, rozvoji a diplomacii. Evropská unie má potenciál být diplomatickou supervelmocí, musí být ale schopna k této *soft power* využít také svou *hard power*. Tedy zvýšit své kapacity v oblasti obrany.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση εντάσσεται όπως κάθε χρόνο στην γενικότερη φιλοσοφία της ανάγκης η ΕΕ να καταστεί ένας ισχυρός διεθνής παίχτης. Εκτός από την ευθυγράμμιση της εξωτερικής πολιτικής των κρατών μελών και την έκφραση μέσω μιας ενιαίας φωνής, η έκθεση υπογραμμίζει τα νέα σχέδια της Επιτροπής για κοινή αμυντική και στρατιωτική πολιτική. Αυτό βεβαίως εξυπηρετεί τους κυρίαρχους κύκλους της ΕΕ που στοχεύουν στην πλήρη ταύτιση με τις ΗΠΑ και το ΝΑΤΟ.

Καταψηφίσαμε την έκθεση και η ομάδα μας κατέθεσε άποψη μειοψηφίας διαφωνώντας με τη στρατικοποίηση της εξωτερικής πολιτικής που προωθείται και ζητώντας την άμεση άρση των χρηματοδοτήσεων στρατιωτικών αποστολών από τον προϋπολογισμό της ΕΕ. Τέλος ζητά τον πλήρη διαχωρισμό της ΕΕ από το ΝΑΤΟ.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az átfogó és részletes jelentés elfogadását, amelytől azt várom, hogy az Európai Parlament politikai eszközeivel hozzájárul ahhoz, hogy az EU végre áttörést érjen el egy valódi, globális, proaktív és hatékony közös kül- és biztonságpolitika megvalósításában. Ez az összefoglaló is azt tükrözi, hogy a külső kihívások súlyosabbá és közvetlenebbé válása immár megköveteli, sőt, érdemben előmozdíthatja az Unió reagálási képességének javulását, a védelmi uniót, a közös külügyi szolgálat szerepének megerősítését. Okkal méltatja a Főképviselő eddigi erőfeszítéseit és a magam részről is fontosnak tartom, hogy ezzel a határozattal az EP visszaigazolja, hogy a KBVP továbbfejlesztéséhez szükséges egység és politikai akarat kialakításában a jövőben is az Európai Parlament lehet a fő szövetségese. A jelentés ugyan csak utal rá, de a tapasztalatok szerint ma nem mindegyik tagállam kormányzatára lehet számítani az EU önálló külpolitikai arculatának megerősítésében.

Magyar ellenzéki képviselőként különösen aggályosnak tartom, hogy ma mindenekelőtt az Orbán-kormány az, amely – politikai számítás, vagy korrupciós érdek alapján – kész kiszolgálni Moszkva egyre agresszívabb expanzív törekvéseit, amelynek keretében újabban a hibrid háború eszköztárának bevetésével, belpolitikai erőviszonyok, választások, s általában a közvélemény befolyásolását célzó akciókkal és propagandával is próbálja aláásni az EU eredményeit és jövőjét, amire a jövőben nagyobb figyelmet kell fordítanunk a KBVP keretében is.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Unia Europejska stoi dzisiaj przed nieznanymi dotąd wewnętrznymi i zewnętrznymi wyzwaniami, obejmującymi konflikty międzypaństwowe, upadek państw, terroryzm, zagrożenia hybrydowe, niepewność cybernetyczną i energetyczną, przestępczość zorganizowaną. Niestety, konflikty te mają bezpośrednie i poważne konsekwencje dla bezpieczeństwa i dobrobytu obywateli europejskich, gdyż w coraz większym stopniu ogarniają UE, czy to w postaci terroryzmu, masowego przemieszczania się uchodźców czy też kampanii dezinformacyjnych mających na celu doprowadzenie do podziałów w naszych społeczeństwach.

Ta sytuacja to jednak również szansa, aby usprawnić funkcjonowania UE i zacieśnić współpracę między państwami członkowskimi. Bez zdecydowanego zaangażowania, współodpowiedzialności, woli politycznej i przywódczej roli poszczególnych państw nie da się skutecznie wdrożyć wspólnej polityki zagranicznej, bezpieczeństwa i obrony UE. Oczywiście nie ulega żadnej wątpliwości, iż NATO stanowi fundament zbiorowego bezpieczeństwa w Europie. Cieszy jednak deklaracja o współpracy między NATO a UE przyjętą podczas szczytu w Warszawie. W pełni popieram pogłębioną współpracę między NATO a UE w dziedzinie bezpieczeństwa, bowiem silniejsze NATO i silniejsza UE wzajemnie się wzmacniają i uzupełniają.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană este un actor internațional semnificativ, care își propune să aibă un impact pozitiv major asupra evoluției evenimentelor din diverse părți ale lumii. În acest sens, politica externă și de securitate comună (PESC) este instrumentul prin care Uniunea dorește să își atingă obiectivele pe plan extern. În ultima perioadă au avut loc evenimente care constituie o provocare la adresa PESC și a capacității de răspuns a UE. Printre acestea se numără Brexitul, alegerea lui Donald Trump în funcția de președinte al Statelor Unite, amenințările de la frontierele sudice și estice ale Uniunii, acțiunea agresivă a Rusiei în vecinătatea UE și acțiunile grupurilor extremiste islamice.

Pentru a putea contracara aceste amenințări, UE trebuie să intensifice procesul de integrare europeană, inclusiv prin crearea unei „uniuni a apărării" și prin susținerea poziției Înaltului Reprezentant de către statele membre. În ceea ce privește Rusia, sancțiunile economice actuale sunt rezultatul acțiunii sale agresive în estul Ucrainei și revizioniste în privința anexării Crimeii, însă acest lucru nu trebuie să fie o piedică în calea continuării dialogului din relația bilaterală. De asemenea, UE poate juca un rol important în soluționarea conflictelor din Siria și Yemen. Susțin adoptarea acestui raport important.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte proposé au vote. L'Union européenne constitue l'une des plus grandes réussites de l'histoire européenne et la capacité de l'Union à amener le changement a apporté la paix, la stabilité et la prospérité à ses citoyens et à ses pays voisins, dont bon nombre sont devenus des États membres de l'Union.

Soulignons que l'Union reste la première puissance économique, le pourvoyeur d'aide humanitaire et d'aide au développement le plus généreux et un ténor de la diplomatie multilatérale mondiale sur des questions telles que le changement climatique, la justice internationale, la non-prolifération des armes de destruction massive et les droits de l'homme.

La visibilité de l'action de l'Union dans ces domaines doit être renforcée. La crise actuelle interne et externe peut aussi donner à l'Union l'occasion d'améliorer son fonctionnement et sa coopération.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Common Foreign Security Policy aims to strengthen the EU's ability to act externally through the development of military capabilities in conflict prevention and crisis management. The report on the implementation of the Common Foreign Security Policy assesses the role of the CFSP in the context of current and future risks facing the EU. More importantly, the report calls for a stronger external policy with the aim of safeguarding Europe's interests and values, at home and abroad. I voted in favour of the report because I share the same vision of a stronger global and external engagement strategy as key priority for the stability and security of Europe.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Il voto positivo alla relazione del collega Brok si inserisce nel segno di un sostegno convinto all'azione dell'Unione per far fronte ai temi della sicurezza e della difesa.

Capacità civili e militari comuni sono elementi chiave per consentire all'Unione europea di rispondere pienamente alle crisi, di sviluppare la resilienza dei partner e di proteggere l'Europa dalle minacce interne ed esterne. La politica di sicurezza e di difesa comune deve essere rafforzata allo scopo di accrescerne l'efficacia, anche favorendo gli investimenti in tecnologie avanzate.

Condivido infine l'opinione che qualsiasi decisione di progredire verso un'auspicabile Unione europea della difesa debba essere adottata all'unanimità dagli Stati membri.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió közös kül- és biztonságpolitikájának végrehajtása tárgyában jegyzett jelentés hangsúlyozza, hogy az Unió példátlan belső és külső kihívásokkal néz szembe. Emlékeztet az EU azon kötelezettségvállalására, hogy kül- és biztonságpolitikája révén a demokrácia, a jogállamiság és az emberi jogok, valamint a nemzetközi rend megerősítéséhez is hozzájárul.

Bár a jelentés az EU és Oroszország kapcsolataira vonatkozó stratégia felülvizsgálását is szorgalmazza, sajnálattal kell megállapítanom, hogy a szavazásnál tartózkodtam, mivel ebben a kérdésben a magyar kormány álláspontja több pontban is eltér az EU hivatalos politikájától. Mivel az Oroszország ellen meghozott szankciók Magyarországnak és több más tagországnak is óriási gazdasági károkat okoztak, továbbá mivel – véleményem szerint – ezek hosszú távon nem érik el céljukat, nem támogathattam azokat a pontokat, amelyek súlyosabb szankciók bevezetését irányoznák elő.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o provedbi zajedničke vanjske i sigurnosne politike". Prije svega, smatram da Europska unija mora razviti zajedničku sigurnosnu politiku kako bi mogla spremno odgovoriti na sigurnosne prijetnje i izazove koje stoje pred njom. Prije svega, potrebno je pronaći adekvatno rješenje migrantskoj krizi koja je pokazala brojne slabosti funkcioniranja Europske unije, pogotovo kada se u obzir uzme neujednačenost pristupa država članica pri rješavanju tog pitanja.

Propusnost granica pokazala se kao područje za koje je najbitnije pronaći adekvatnu soluciju. Europska unija ne smije dopustiti da bilo koja država ili savez izravno određuje propusnost vanjskih granica Europske unije. To pitanje nije samo pitanje sigurnosti, nego općenito vjerodostojnosti institucija Europske unije.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Lisabonskim ugovorom željelo se postići da Zajednička vanjska i sigurnosna politika Europske unije bude koherentnija i opipljivija. S tim u vezi osnovana je Europska služba za vanjsko djelovanje te Visoki povjerenik / povjerenica za vanjsku i sigurnosnu politiku Europske unije.

Iako se slažem da je zajedničko djelovanje Europske unije u segmentu vanjske i sigurnosne politike ne samo poželjno, nego ponekad i nužno i vrlo korisno sredstvo za multilateralnu suradnju i rješavanje zajedničkih problema, ipak smatram da navedeno nikada i nipošto ne smije umanjiti pravo individualnih, nacionalnih država članica Unije da provode samostalne politike u svim onim segmentima vanjske i sigurnosne politike za koje smatraju da je to potrebno. Stoga sam glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o izvajanju skupne zunanje in varnostne politike sem podprla. Evropska unija sooča z notranjimi in zunanjimi izzivi, ki so brez primere in vključujejo meddržavne konflikte, propad držav, terorizem, hibridne grožnje, kibernetsko in energetsko negotovost, organizirani kriminal in podnebne spremembe. S terorističnimi grožnjami se srečuje celo na lastnem ozemlju. Evropa se bo lahko učinkovito odzvala le če bodo enotno delovale njene strukture in države članice. Pametna je namera o pripravi izvedbenega načrta za varnost in obrambo. Obkroženi smo z nestabilnimi žarišči (Bližnji vzhod, Afrika, Rusija) kar ima neposredne posledice na blaginjo in varnost EU državljanov. To je zdaj priložnost, da EU izboljša svoje delovanje in sodelovanje (enotna zunanja politika, dezinformacijski boj, krepitev obrambe…). EU mora okrepiti svoje varnostne in obrambne zmogljivosti, saj bo lahko svoj celoten potencial globalne sile izkoristila le, če bo svojo mehko moč, pri kateri nima tekmecev, pospremila s trdo močjo kot delom celovitega pristopa EU. Trajnostni razvoj je poleg obrambe in diplomacije eden izmed treh stebrov na katerih mora zunanja politika EU delovati in težko je krepiti trg brez varnosti in stabilnosti. Čim prej je potrebno najti rešitev za konflikt v Siriji, tudi s pomočjo Turčije kot partnerice.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – The report has been particularly unbalanced and contradictory: especially on the issue of propaganda, the wording in the report did not always reflect the reality. The intentions for foreign policy are unclear, as references are often made to building bridges and at the same time burning them down.

I feel that in order to strengthen the position of the European Union in the world, the approach of the European Union should be different than the one described in the report. In the current political climate, the European Union has to have a clear and stable approach to foreign and security policy. Only then can we send the right message.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Brok-Bericht fordert eine umfassende Ausweitung der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Der Bericht fordert, dass Mitgliedstaaten ihre nationalen außenpolitischen Interessen zu einem gemeinsamen Interesse bündeln sollten. Ich halte das für eine nicht zu realisierende Aufgabe, denn außenpolitische Interessen einzelner Mitgliedstaaten divergieren zum Teil erheblich. Darüber hinaus ist laut EU-Verträgen Außenpolitik Hoheit der Nationalstaaten und sollte das auch bleiben.

Trotz einiger gemeinsamer Sicherheitsinteressen schafft die Forderung nach einer gemeinsamen EU-Sicherheitspolitik Doppelstrukturen zur NATO. Die Doppelstrukturen, wie beispielsweise ein eigenes militärisches Hauptquartier der EU, würden den europäischen Steuerzahler Milliarden kosten, ohne einen erkennbaren Mehrwert zu liefern. Stattdessen, sollten die EU-Länder, die auch NATO-Mitglieder sind, ihren Verpflichtungen im transatlantischen Bündnis nachkommen.

Aus den genannten Gründen habe ich den Bericht abgelehnt.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de renforcer la politique étrangère et de sécurité commune au détriment des États en profitant du retrait de l'Angleterre, principale opposante au projet.

Ce texte est en lui-même une atteinte aux souverainetés nationales. Ses dispositions n'ont rien de novatrices: politique étrangère unique, augmentation de la contribution budgétaire des États, unification des entreprises de défense (sous domination allemande).

J'ai voté contre.

Helga Trüpel (Verts/ALE), *in writing*. — We welcome and support large parts of Mr Brok's report on the Common Foreign and Security Policy and thank him for closely cooperating with our group on compromise language prior to the vote in committee. Europe's neighbourhood is characterised by a growing number of armed conflicts and instability, and we therefore very much support the call for a strengthened common foreign and security policy. However, we would like to clearly express our opposition regarding some of the proposals made in the report's chapter on defence: we reject the Commission proposal on the financing of the European Defence Fund based on national contributions to be treated as one-offs under the Stability and Growth Pact. Member States should not further run into debt for defence and weaken the euro. We also reject the idea to use a number of existing civilian funds and divert financial resources to the defence industry such as the European Investment Bank, the European Fund for Strategic Investments, the Programme for the

Competitiveness of Enterprises and Small and Medium-sized Enterprises, European Structural and Investment Funds, and the European Regional Development Fund. Instead, Member States should significantly strengthen military capabilities by pooling research, development, procurement and maintenance of capabilities.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – W sprawozdaniu przedstawiono WPZiB w kontekście obecnych sytuacji kryzysowych w sąsiedztwie UE i dalszych regionach oraz dokonano oceny bieżących i przyszłych zagrożeń dla europejskiego bezpieczeństwa i aspiracji. E. Brok wyraża się z aprobatą o UE jako globalnym mocarstwie i prekursorze międzynarodowej dyplomacji, a także wzywa państwa członkowskie, aby przestały spoglądać na politykę zagraniczną i kwestie bezpieczeństwa z „ograniczonej perspektywy krajowej". Uważam, że unijna polityka zagraniczna i bezpieczeństwa może być ważnym narzędziem realizacji wielostronnych, wspólnych interesów. Ale nie może ona zastępować zdolności państwa członkowskiego do prowadzenia własnej polityki zagranicznej i bezpieczeństwa. Wstrzymałem się od głosu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió az európai történelem egyik legnagyobb eredménye, valamint hogy az EU átalakító erejének köszönhetően az Unió polgárai és szomszédos országai – amelyek közül sok EU-tagállam lett – békében, stabilitásban és jólétben élhetnek. A mostani javaslatot voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe sobre la política exterior y de seguridad común de la Unión, ya que llama a un reforzamiento de las estructuras militares de la Unión, para lo que sería necesario un incremento de las contribuciones de los Estados miembros. Entre otras cosas, el informe da por buena la política de cooperación con Turquía en la gestión del flujo de demandantes de asilo.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted against this report because I am not in favour of increasing the EU Member States' military spending, and because the text has some language on migration that I cannot support.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Palankiai vertinu pasiūlymą kasmet apsvarstyti strategijos įgyvendinimo padėtį. Manau, kad šis svarstymas turėtų vykti per Parlamente rengiamas metines diskusijas ir turėtų būti pagrįstas Komisijos pirmininko pavaduotojos ir Sąjungos vyriausiosios įgaliotinės parengta įgyvendinimo ataskaita.

Inese Vaidere (PPE), *rakstiski*. — Šobrīd Eiropa saskaras ar vēl nepieredzētām ārējām un iekšējām problēmām, tostarp starpvalstu konfliktiem, terorismu, hibrīddraudiem, kiberdrošības un energodrošības trūkumu, organizēto noziedzību un klimata pārmaiņām. Eiropas Savienības (ES) iedzīvotāji tiek pakļauti terorisma draudiem, masveida bēgļu plūsmām un dezinformācijas kampaņām, kas paredzētas, lai šķeltu sabiedrību. Tas viss tieši ietekmē pilsoņu labklājību, tādēļ nepieciešama tāda ārpolitika, kas spēj aizstāvēt mūsu intereses un vērtības.

Atbalstīju rezolūciju, kura, cita starpā, aicina ES dalībvalstis vairot savstarpējo uzticēšanos un spēju runāt vienā balsī, reaģējot uz notikumiem ārpolitikā. ES var būt spēcīga un citām lielvarām līdzvērtīga globāla partnere tikai tad, ja visas dalībvalstis pauž vienotu nostāju un rīkojas kopīgi, īstenojot stipru ES ārpolitiku un drošības politiku.

Latvijā tieši izjūtam to, ka Krievija aizvien turpina neievērot kaimiņvalstu suverenitāti un atklāti izaicina Eiropas un pasaules miera un drošības kārtību. Kremļa oficiālā propaganda attēlo Rietumus kā pretinieku un aktīvi tiecas apdraudēt vienotību Eiropā. Uzskatu, ka sankcijas ir bijis un ir efektīvs ārpolitikas instruments, tādēļ tās jāsaglabā tik ilgi, kamēr Krievija turpinās pārkāpt starptautiskos tiesību aktus.

Atbalstu nostāju, ka ES ārpolitika būtu jābalsta uz trim pīlāriem — diplomātiju, attīstību un noteikti arī uz aizsardzību. Tai skaitā vienoti un nepārprotami jānorāda Krievijas valdībai, ka tās rīcība Ukrainā un gaisa manevri Baltijas valstīs netiks atstāti bez ievērības.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Este informe evalúa las prioridades en materia de política exterior y seguridad común (PESC) presentadas por la Alta Representante. Dentro de las prioridades geográficas de la acción exterior, destaca especialmente las relaciones con Rusia, los Estados Unidos, Canadá y América Latina; también, la relevancia del Partenariado oriental, Turquía, Siria y, en general, las zonas de Oriente Próximo y norte de África. Incide en la necesidad de seguir profundizando en el Plan de Aplicación, además de en el estrechamiento de las relaciones UE-OTAN. Explica la importancia de las tres «D» (Defensa, Desarrollo y Diplomacia) a la hora de diseñar las estrategias comunitarias en estas áreas. Valora la relación transatlántica para hacer frente a los desafíos comunes, mencionando la importancia de incrementar la diplomacia parlamentaria y el presupuesto de la PESC. En general, defiende que las herramientas de política exterior deben desarrollarse coherente y consistentemente para proteger los valores y los inter-

eses europeos. En este sentido, recuerda que se necesita compromiso firme y voluntad política para hacer frente de manera efectiva a los retos actuales —desde el terrorismo hasta la ciberseguridad, pasando por la radicalización o el tráfico de personas—. Por todo ello, he apoyado con mi voto este texto.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Voté en contra de este informe porque está basado en una óptica securitaria y militarista que además arroja conclusiones sin analizar realmente las causas de la situación de conflicto actual. Plantea el incremento de gasto armamentista y el aumento de todas las capacidades militares, pero no para buscar una disuasión no agresiva, ni una Unión independiente, sino que por el contrario, asume posturas en las que sigue siendo subalterna de los intereses de los Estados Unidos.

Además, el texto celebra la Cumbre de Varsovia, y por lo tanto el rol de una OTAN global que parece competir con la ONU y que asume acciones y posturas cada vez más agresivas con nuestra vecindad Este, generando mayores tensiones y conflictividad al seguir apostando por las sanciones unilaterales.

Esta visión de la política exterior y de seguridad común conduce a generar más conflicto, revela a una Unión que sigue sin entender los cambios geopolíticos, y plantea aumentar los gastos militares desconociendo la severa crisis económica y social que afecta seriamente a la población europea. Rechazamos que se dedique presupuesto al financiamiento militar y abogamos por una Unión que deje de contribuir a la escalada militar en la región y sus alrededores.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it addresses the most salient issues and developments pertaining to the Common Foreign Security Policy over the last year and sets priorities for the future. It reflects the changing geopolitical context in which the EU operates and addresses these challenges by emphasising the need for a reinvigorated EU coordination.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor omdat de Europese Unie wordt geconfronteerd met ongekende interne en externe uitdagingen, waaronder conflicten tussen staten, de ineenstorting van staten, terrorisme, hybride dreigingen, onzekerheid over de cyber- en energieveiligheid, georganiseerde misdaad en klimaatverandering.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Tänään käsiteltiin mietintö yhteisen ulko- ja turvallisuuspolitiikan täytäntöönpanosta, jota vastaan äänestin. Mietinnössä luodaan suuntaviivoja EU:n muuttamisesta sotilasliiton suuntaan. Tällaista kehitystä en voi olla tukemassa. Olen useaan otteeseen todennut kannattavani järkevän sotilaallisen yhteistyön lisäämistä. Tämä käsittää muun muassa yhteistyön sotamateriaalihankintojen osalta. Sen sijaan kehitystä kohti sotilasliittoa tai jopa sotilaallista suurvaltaa en voi kannattaa.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Une armée européenne en devenir via une stratégie et un plan européen d'action pour la défense: voilà la réponse au Brexit pour «rassurer» les peuples européens proposée notamment par le gouvernement français.

On alimente les peurs avec les recours habituels à la nécessaire lutte contre l'insécurité et le terrorisme pour justifier une augmentation des dépenses militaires, renforcer la recherche commune et le…. «marché européen de la défense».

L' «Europe de la paix» se prépare à accompagner dans leurs folies militaristes ses États les plus belliqueux. Et l'on va se rapprocher en prime encore plus de l'OTAN.

A l'inverse, on attaque l'ONU et ses limites qui sont certes réelles, mais la faute à qui ?

C'est plutôt de ce côté-là qu'il faudrait se pencher avant qu'il ne soit trop tard, pour que l'ONU retrouve ses ambitions originelles et que les décisions prises notamment par son Assemblée générale cessent de se heurter aux blocages des soi-disant grandes puissances, quelles qu'elles soient.

C'est de paix dont nous avons besoin et d'hommes et de femmes qui se battent pour elle.

J'ai bien évidemment voté contre ce rapport.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht befasst sich mit der effektiven Umsetzung einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik und behandelt die verschiedenen Ressorts, die sich mit dieser Thematik beschäftigen. U.a. ist die Rede davon, dass sich die Mitgliedstaaten an die Verträge von Lissabon halten müssen, die eine effiziente GSVP vorsehen. Des Weiteren verlangt der Berichterstatter, dass sich diese in der allgemeinen Außenpolitik auch sichtbar zeigen soll. Zudem werden der Klimawandel, Cybersicherheit, die Lage in Syrien, die Lage in anderen potentiell gefährdeten Staaten sowie die Situation mit Russland behandelt. Außerdem beschäftigt sich der Bericht mit der Schaffung einer EU-Armee, mit der finanziellen Aufstockung des EAD, der Ausweitung des ATHENA-Mechanismus und mit der Schaffung eines Europäischen Verteidigungsfonds sowie einer engeren Kooperation mit der NATO.

Da dieser Bericht der Neutralität Österreichs zuwiderhandelt, habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'attuazione della politica estera e di sicurezza comune (articolo 36 TUE).

Ritengo positivo continuare la storia di successo di trasformazione dell'Unione europea attraverso l'azione. Dobbiamo assumerci la responsabilità della nostra sicurezza rafforzando le nostre capacità in termini di sicurezza e difesa. Bisogna sviluppare resilienza e investire in un autentico approccio globale attraverso progetti di sviluppo, sostegno e potenziamento.

Il ruolo della diplomazia parlamentare va evidenziato al fine di rafforzare la cooperazione politica con i partner dell'UE.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Mit einer propagandistisch aufgebauten Drohkulisse eines angeblich aggressiven Russlands soll hier auf die Bildung einer nicht mehr durch die Nationalstaaten zu kontrollierenden EU-Armee hingearbeitet werden. Formulierungen wie „volles Potenzial als Weltmacht nutzen" und der EU-weiten Steigerung des Militärbudgets zeigen ganz klar auf, wohin die Reise gehen soll: Mehr Kriege, mehr Interventionen, mehr Erpressungsversuche gegenüber anderen Völkern. Im Interesse des Friedens muss dieser Bericht abgelehnt werden.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which reflects the changing geopolitical context in which the EU operates: Brexit, Trump's election as the US president, growing challenges along the EU's eastern and southern borders prompted by an aggressive Russia and more. The report addresses these challenges by emphasising the need for a reinvigorated EU coordination process, including decisive steps towards strengthening cooperation on defence. The report also stresses the need for the EU to play a more active role in conflict resolution by using the leverage the EU has over all key regional players, such as Turkey, Saudi Arabia and Iran. However, the EU must remain above all a project of peace. In our common security and defence policy we must emphasise the need to refrain from selling arms to regimes which violate human rights and commit war crimes. The EU must always stand for human rights, democracy and the rule of law, and nothing in our CSDP should ever compromise those commitments. Also, Labour MEPs abstained or voted against recommendations on the Defence Union that offer ideas which could duplicate the work of NATO.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul din proprie inițiativă referitor la punerea în aplicare a politicii externe și de securitate comune. Raportorul subliniază faptul că UE trebuie să își consolideze capabilitățile de securitate și apărare, deoarece nu își poate utiliza întregul său potențial ca putere mondială decât în cazul în care combină puterea sa necoercitivă incontestabilă cu puterea coercitivă, în cadrul abordării sale cuprinzătoare.

În raport este reamintit faptul că consolidarea capacităților civile și militare comune reprezintă elemente esențiale pentru ca UE să răspundă pe deplin crizelor, să edifice capacitatea de rezistență a partenerilor și să protejeze Europa. Se constată că, din moment ce raporturile de forță domină din nou relațiile internaționale, capabilitățile de apărare și descurajare sunt fundamentale pentru exercitarea influenței noastre în cadrul negocierilor diplomatice. În acest sens, raportorul reafirmă că politica de securitate și apărare comună trebuie consolidată și intensificată, deoarece singura metodă realistă de a ne consolida capabilitățile militare în această perioadă de constrângeri bugetare este de a crește sinergiile, prin intensificarea cooperării în domeniul apărării, pe baza necesităților tuturor statelor membre, și prin axarea pe investiții.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Táto správa analyzuje súčasný stav a výzvy na medzinárodnej scéne, ktorým musí EÚ čeliť. Vyzdvihujem najmä snahu formulovať potrebu spoločnej koherentnej zahraničnej a bezpečnostnej politiky. EÚ čelí mnohým problémom, od terorizmu cez kybernetické útoky, dezinformácie až ku problémom s radikalizáciou. Sprava zdôrazňuje, že vonkajšia činnosť EU musí byť založená na troch pilieroch: diplomacia, rozvoj a obrana. Európska únia musí posilniť svoju bezpečnosť a obranné možnosti kombináciou tzv. mäkkej a tvrdej sily. EÚ má zároveň potenciál stať sa diplomatickou superveľmocou, ktorý momentálne nedokáže naplno využívať. EÚ musí svoju diplomaciu orientovať viac na prevenciu a predchádzanie konfliktom, ale aj ich mediáciu. Podporujem túto správu, pretože je nesmierne dôležité, aby bola EÚ v dnešnej dobe jednotná, obzvlášť smerom navonok.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Předloženou zprávu podporuji a jsem přesvědčen, že společná bezpečnostní a obranná politika EU by měla být jednoznačně posílena. SBZP má potenciál vykonávat jedinečnou a doplňkovou úlohu na poli globální bezpečnosti, mám však pocit, že členské státy si toto neuvědomují. Současným problémem je totiž bezesporu ochota států přispívat na vlastní obranu a obecná nevůle zabývat se obranou na kolektivní úrovni. Osobně si myslím, že v tuto chvíli není natolik podstatné, jestli bezpečnost bude zajištěna díky spolupráci ozbrojených složek států anebo díky společným evropským jednotkám. Důležité je to, aby Evropská unie uměla rychle a efektivně reagovat na aktuální bezpečnostní hrozby a problémy. Státy Evropské unie by se proto teď měly snažit udržet úroveň výdajů na obranu ve výši 2 % HDP a zlepšit spolupráci mezi národními ozbrojenými složkami.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Sprawozdanie Elmara Broka to dokument ważny, bo pozwala całościowo spojrzeć na wspólnotową politykę zagraniczną. Zawarta w nim analiza sytuacji jest rzetelna, dogłębna, ale także w wielu miejscach krytyczna. Istotne jest, aby instytucje unijne były w stanie dokonywać obiektywnej oceny własnych działań, także tych nie do końca udanych.

Cieszy mnie zwrócenie uwagi na problem dezinformacji prowadzonej przez państwa trzecie oraz wskazanie na potrzebę przeciwdziałania temu zjawisku. Wiąże się z tym także kwestia zagrożenia atakami cybernetycznymi. Tu również musimy robić więcej, by chronić dane i zapewnić trwały i bezpieczny dostęp do sieci. Jako pozytywną odbieram mocną deklarację poparcia dla procesu rozszerzenia UE oraz bliskiej współpracy z państwami Partnerstwa Wschodniego i Bałkanów.

Silna obrona jest wymieniona jako jeden z trzech filarów działań zewnętrznych UE. Zaprezentowany w listopadzie tzw. pakiet obronny jest krokiem w dobrym kierunku. Mam nadzieję, że nie skończy się na tym, że po raz kolejny stworzymy i przyjmiemy dobry opis rzeczywistości, z którym realizujący wspólnotowe strategie polityczne niewiele zrobią.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu o vykonávaní spoločnej zahraničnej a bezpečnostnej politiky som nepodporila. Správa sa sústredila na analýzu spoločnej zahraničnej a bezpečnostnej politiky vo svetle súčasných kríz v európskom susedstve a snažila sa identifikovať možné budúce bezpečnostné riziká. Európsku úniu zhodnotila ako globálnu superveľmoc a lídra medzinárodnej diplomacie. Správa spochybňovala tradičné prístupy k zahraničnej a bezpečnostnej politike a navrhovala zmenu myslenia členských štátov v tejto oblasti. Myslím si, že správa správne podotkla, že súčasné hrozby, ktorým čelí nielen Európska únia, sú bezprecedentné a na ich zvládnutie bude potrebná posilnená spolupráca s NATO, ako aj dodatočné finančné prostriedky. Nesúhlasím však s výzvami na reformu Bezpečnostnej rady OSN či s návrhmi na vytvorenie stálej štruktúrovanej spolupráce na úrovni EÚ. A hoci tieto výzvy boli v správe koncipované veľmi miernym jazykom, podľa mňa sa nezhodujú s právomocami členských štátov v tejto oblasti, a preto som sa nakoniec v záverečnom hlasovaní rozhodla zdržať.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Brok por concordar que num momento de desafios geopolíticos sem precedentes para a UE, é necessária uma integração mais profunda, que passa pela construção de uma união de defesa e pela maximização da influência diplomática da União. Recordo que a União Europeia é um dos maiores sucessos da história europeia e que o seu poder transformador trouxe paz, estabilidade e prosperidade aos seus cidadãos, bem como aos seus países vizinhos, muitos dos quais se tornaram Estados-Membros da UE. Saliento também que a União continua a ser a maior potência económica e o maior doador de assistência humanitária e de ajuda ao desenvolvimento, bem como um pioneiro na diplomacia mundial em domínios como as alterações climáticas, a justiça internacional, a não proliferação de armas de destruição maciça e os direitos humanos. Considero por isso que a atual crise interna e externa também representa uma oportunidade para a União, desde que seja utilizada para melhorar o seu funcionamento e cooperação para tornar a UE melhor, mais democrática e capaz de atender às expectativas dos cidadãos.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o izvajanju skupne zunanje in varnostne politike.

EU je sedaj obkrožena z nizom žarišč nestabilnosti, saj velik del Bližnjega vzhoda in severne Afrike zajemajo etnični in verski konflikti ter vojne, v katerih posredno sodelujejo večje sile, povsod po regiji pa se širijo teroristične skupine. Poročilo, ki sem ga podprl, celovito analizira trenutno stanje in izzive mednarodnih zadev ter vlogo EU. Notranji in zunanji varnostni izzivi so kompleksni. Učinkovita varnostna politika je mogoča le s sodelovanjem in politično voljo vseh držav članic.

10.17. GAP-Instrumente zur Verringerung der Preisschwankungen auf den Agrarmärkten (A8-0339/2016 - Angélique Delahaye)

Oral explanations of vote

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señora Presidenta, quería explicar mi voto positivo a este informe sobre la volatilidad de los precios en los mercados agrícolas. Es quizá uno de los problemas que más preocupan a nuestra agricultura europea y hay que abordarlo. Aquí se toman medidas muy interesantes; por ejemplo, que haya una normativa europea que cubra a todos los agricultores y que prohíba las prácticas comerciales desleales en la cadena alimentaria, y así resolver este grave problema para nuestros agricultores.

La segunda cuestión que quisiera destacar y por la que he apoyado el informe es que los objetivos de la política agrícola común deben prevalecer frente a la normativa de competencia.

Y en tercer lugar, es absolutamente increíble que como Unión Europea no protejamos nuestro modelo agrario. Mientras disminuimos nuestro apoyo estratégico en el presupuesto, nuestros competidores, como Estados Unidos, China o Brasil, hacen todo lo contrario.

Yo quiero un futuro mejor para los agricultores y la agricultura europea. Por eso he votado sí a este informe.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, as an Irish MEP, the representation of agricultural interests is one which lies at the forefront of my agenda. Thus I chose to vote in favour of this report given the rapporteur's efforts to identify tools which will help to lessen price volatility in this sector. In the light of economic, political and natural factors which often prove to be outside our control, I welcome renewed efforts to regulate said volatility in this domain. In doing so we may take a positive step towards the modernisation of existing CAP tools.

I also welcome this report's appraisal of the often significant gap between supply and demand in the agricultural market. I would therefore hope that the recommendations of this report will continue to place rural development as a priority on our agenda, thus promoting greater stability in this sphere. Having met, in recent weeks, many farmers in my constituency who have suffered unbelievably due to volatility in tillage, dairy and beef, any measures that can reduce volatility and give them certainty as regards income will be most welcome and they will welcome it too.

Момчил Неков (S&D). – Г-жо Председател, европейските производители са изложени на редица трудности. Докато властите в САЩ, Бразилия и други страни, конкурентни в селскостопанското производство, приемат и поддържат мерки в защита на своите производители чрез финансови средства за разработване на модели на политика, свързана с риска, Европа все още не успява да се справи.

Доказателство за това е кризата в редица земеделски сектори в целия континент. Геополитическите решения, промяната в климата и ръстът на цените на оборудването са само част от факторите, които влияят върху нестабилността на сектора в Европа.

В рамките на Регламент № 1305/2013 г. на държавите членки беше предложено да предвидят мярка „Управление на риска“ в рамките на втория стълб на ОСП. Българското правителство, водено от Бойко Борисов, което почти ежедневно апелира с успехи за прилагането и усвояването на Общата селскостопанска политика в България, все още не е предложило механизъм за тази мярка. Нима трябва да чакаме други форми на ембарго или кризи, за да бъде предложен механизъм за защита на българския земеделец?

Време е за качествена промяна в този стратегически важен сектор за България и ГЕРБ доказаха, че не могат да я направят.

Written explanations of vote

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il mercato agricolo è sempre stato caratterizzato da una consistente volatilità di prezzi, tuttavia negli ultimi tempi questa situazione si è aggravata specialmente a causa della volatilità della domanda e dell'offerta dei prodotti agricoli.

Per risolvere questa situazione bisogna agire in maniera concreta, proponendo e applicando misure e politiche volte a ridurre la variabilità dei prezzi. Questo relazione purtroppo, pur contenendo alcuni elementi positivi, si limita a esporre la situazione senza proporre veramente qualcosa per fronteggiare il problema.

Per questo ho deciso di astenermi.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra de este informe porque, aunque estamos de acuerdo con que la volatilidad de los precios es un problema gravísimo del sector agrícola, no identifica las verdaderas causas de esta volatilidad, vinculadas al actual modelo agrícola impulsado desde la Unión, la liberalización de este mercado, el exceso de producción y el fomento de la exportación y nuevos mercados. Las soluciones propuestas en este informe se basan en herramientas de gestión de riesgos, en particular los distintos tipos de seguros y fondos mutuos, así como asociaciones público-privadas dentro de las herramientas de gestión de crisis de la PAC. Pero estas no representan una solución a largo plazo, no son efectivas y son creadas casi exclusivamente para beneficiar a las explotaciones agrícolas más grandes, revirtiendo así en beneficio del modelo agroindustrial.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento rezoliuciją dėl Bendros žemės ūkio politikos (BŽŪP) priemonių kainų svyravimams žemės ūkio produktų rinkose mažinti. Dėl ūkininkavimo priklausomybės nuo biologinių procesų, su tuo susijusiose rinkose vyrauja netikrumas. Taip pat dėl žemės ūkio produktų prekybos globalizacijos kyla pavojai sveikatai (plinta ligos) ir atsiranda pasiūlos ar paklausos šuolių rizika. Juos nulemia išorinės priežastys, susijusios su ES išorės politika prekybos, diplomatijos ar vystomojo bendradarbiavimo srityse, todėl ateityje numatomas dar didesnis netikrumas bei didesnė ekonominė rizika. Todėl rizikos valdymo žemės ūkyje priemonės sulaukia vis didelio dėmesio. Augantį susidomėjimą šia tema rodo laipsniškas šių priemonių paplitimas žemės ūkio politikoje. Žemės ūkio produktų kainų svyravimas jau dabar yra vienas pagrindinių dramatiškos dabartinės daugelio Europos ūkininkų padėties veiksnių, o dabartinės BŽŪP rizikos valdymo priemonės akivaizdžiai nepritaikytos kainų svyravimo poveikiui ūkininkų pajamoms riboti. ES, įgyvendindama BŽŪP, turi rasti sprendimų šiam reiškiniui panaikinti. Siekiant siųsti visiems piliečiams ir konkrečiai ūkininkams aiškią žinią, rezoliucijoje stengiamasi apsiriboti kovos su kainų svyravimu tema ir aiškiai identifikuoti tris pagrindinius tam reikalingus žingsnius: stiprinti tiekimo grandinių struktūrą ir aktyvinti sutarčių sudarymą, geriau apsaugoti ūkininkų pajamas, diegiant tinkamas kainų svyravimo rizikos valdymo priemones, didinti rinkų skaidrumą, steigiant kainų stebėsenos centrus.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative a été sujet à de nombreux débats et amendements depuis son élaboration.

Comme l'ont rappelé certains députés, le rapport de M^{me} Delahaye comporte une erreur conjoncturelle de base: il a pour but de lutter contre la volatilité des prix sur les marchés agricoles, alors que ces prix ne sont plus volatiles, mais désespérément bas, et ce depuis deux ans. La question actuelle est donc plutôt la stagnation basse des prix. Ce rapport d'initiative est difficile à appréhender. L'analyse des causes de la volatilité et des difficultés rencontrées par l'agriculture est parcellaire et mal hiérarchisée.

Faute de cadre cohérent (M^{me} Delahaye n'a cessé de mettre en garde les députés contre ce risque, sans rien y changer elle-même), ce texte est un fourre-tout, dans lequel cohabitent des mesures de bon sens (notamment l'interventionnisme public sur les marchés, ou l'amélioration de la contractualisation) et d'autres, bien plus dangereuses, qui renforcent la financiarisation de l'agriculture ou encore le poids administratif de la PAC.

C'est pourquoi, avec mes collègues du Front national, nous avons voté contre ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This report demonstrates the lack of understanding the EU has on agricultural matters and continues to push for further EU interference that in my opinion is not needed and should be decided at a national level. I therefore voted against.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur des propositions formulées par ce texte. L'angoisse et le désespoir sont malheureusement les sentiments qui dominent aujourd'hui au sein du monde paysan. L'obsession du toujours moins a conduit à la suppression des quotas qui force aujourd'hui nos producteurs de lait et de viande à vendre à perte. Il est aujourd'hui plus qu'urgent de se doter d'instruments de protection pour prévenir les crises et les résoudre. De fait, il m'apparait opportun d'instituer des mécanismes européens d'équilibrage de l'offre et de la demande et d'impliquer les associations de producteurs et les AOP dans la fixation des volumes livrés selon le niveau des prix. Il est temps que l'Europe réconcilie les producteurs et les consommateurs.

Johannes Cornelis van Baalen (ALDE), *schriftelijk*. – De VVD ondersteunt de ontwikkeling van nieuwe en bestaande (financiële) risicobeheersinstrumenten - binnen de kaders van het gemeenschappelijk landbouwbeleid - die landbouwers weerbaarder kunnen maken tegen prijsschommelingen. De VVD is van mening dat bindende Europese regels omtrent oneerlijke handelspraktijken niet het juiste instrument vormen en wacht daarnaast de *impact assessment* van de Europese Commissie hieromtrent af. De VVD wil dat er meer aandacht gaat naar vrijwillige en zelfregulerende initiatieven die door de sector worden geïnitieerd. De VVD is ook niet voor het idee dat GLB-doelstellingen boven de mededingingsregels moeten prevaleren en dat de crisisreserve buiten de EU begroting moet worden geplaatst.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl BŽŪP priemonių kainų svyravimams žemės ūkio produktų rinkose mažinti. BŽŪP pasižymėjo stipriu rinkos reguliavimu. BŽŪP tikslas buvo kainų užtikrinimas. Reguliuojant kainas, krizės atveju ūkininkams buvo užtikrinamos minimalios jų produktų kainos. Tačiau bėgant laikui BŽŪP buvo cikliškai reformuojama, todėl kainų reguliavimas smarkiai pasikeitė. Po 2013 m. reformos BŽŪP antrajame (kaimo plėtros) ramstyje numatytas naujas rizikos valdymo priemonių rinkinys. Todėl dabartinės BŽŪP antrojo ramsčio rizikos valdymo priemonės akivaizdžiai nepritaikytos kainų svyravimo poveikiui ūkininkų pajamoms riboti. Atsižvelgdamas į tai, pritariu Parlamento rekomendacijai sustiprinti dabartinio antrojo ramsčio priemones, siekiant didinti Europos žemės ūkio konkurencingumą ir labiau įtraukti gamintojų organizacijas į įgyvendinimo procesą.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés a mezőgazdasági piacokon tapasztalható áringadozások csökkentésének lehetőségeit vizsgálja. Megfelelő történelmi áttekintést ad a KAP kilencvenes évek elejétől időről időre változó céljainak ismertetésével, ezzel mintegy összefüggéseikbe beágyazva megfogalmazott javaslatait. A jelentést a 2014-2020 közötti pénzügyi ciklus KAP felülvizsgálatának és kiigazítási irányainak szükséges és időszerű előfutáraként is lehet tekinteni – legalább is az általa felvállalt három területen. E területek: 1) a termelői szervezetek létrejöttének és megerősítésének igénye; 2) a második pillér kockázatkezelési eszközeinek erősítése, népszerűsítése a gazdálkodók körében; 3) a piaci átláthatóság javítása ármegfigyelő központok létrehozásával.

A munkának különös érdeme az alapos részletesség, mellyel igyekszik feltárni a gazdáknak és fogyasztóknak egyaránt kedvezőtlen áringadozások okait. Ennek során megfelelő kritikával mutat rá a szabadkereskedelmi szabályok kedvezőtlen hatásaira, az időjárási kitettség következményeire, a növekvő inputárakra, a csökkenő jövedelmezőségre, melyek eredményeként gazdaságok milliói tűnnek el az EU gazdaságából egy-egy ciklus alatt. A jelentést aktualitása és tárgyilagos megállapításai okán támogattam.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le rapport de M[me] Delahaye est basé sur une grossière erreur: il a pour objectif de lutter contre la volatilité des prix sur les marchés agricoles, alors que ces prix ne sont plus volatiles mais désespérément bas, et ce depuis deux ans. La question actuelle est donc plutôt la stagnation, à un faible niveau, des prix. Il en résulte de nombreuses incohérences, avec plusieurs projets incompatibles: régulation de l'offre, mise en place d'aides contracycliques, fonds de mutualisation ou encore recours aux assurances sur les cours — comme le font les américains.

Ce texte est un fourre-tout, avec de bonnes idées et d'autres nettement plus mauvaises, qui renforceraient par exemple la financiarisation de l'agriculture ou le poids administratif de la PAC, et c'est pourquoi j'ai voté contre.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – La volatilité des prix sur les marchés agricoles pénalise lourdement l'activité agricole.

J'ai dès lors approuvé ce rapport qui demande d'adopter une politique plus incisive et plus cohérente mettant en œuvre des instruments ciblés tant au niveau national qu'au niveau de l'Union pour ainsi garantir une production agricole durable et multifonctionnelle dans l'ensemble de l'UE ainsi que des prix justes et rémunérateurs en réduisant notamment les effets négatifs sur les acteurs les plus exposés à la volatilité des prix.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe. Considero que el problema de la volatilidad de los precios en el mercado agrícola no se reduce a un problema de equilibrio entre la oferta y la demanda como insiste el informe. La volatilidad de los precios puede afectar a la seguridad alimentaria global y es un problema al que tenemos que poner fin de manera tajante. Considero que este informe no es lo suficientemente contundente. El informe busca soluciones en el lugar equivocado a mi parecer. La volatilidad de los precios está relacionada también con muchas otras variables macroeconómicas además de con la voluntad política, la legislación medioambiental y la especulación que se realiza con los productos agrícolas, con los alimentos. El problema que trata el informe, es un problema estructural dado el modelo de mercado agrícola que existe en la Unión, presentar más herramientas de gestión de riesgos no resuelve el problema a la larga, solo lo oculta.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre los instrumentos de la PAC para reducir la volatilidad de precios en los mercados agrícolas. He apoyado además que se pida a la Comisión Europea que cree un marco legislativo europeo que prohíba las prácticas comerciales desleales en la cadena de abastecimiento alimentario que puedan provocar la volatilidad de los precios en los mercados agrícolas.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur les outils de la PAC permettant de réduire la volatilité des prix sur les marchés agricoles a pour but de lutter contre la volatilité des prix sur les marchés agricoles, alors que ces prix ne sont plus volatiles, mais désespérément bas, et ce depuis deux ans. La question actuelle est donc plutôt la stagnation basse des prix. D'autre part, les outils proposés sont ici que trop partiels ou surestimés. En effet, l'amélioration de l'observatoire des prix et de la contractualisation est illusoire si on ne réforme pas le droit de la concurrence qui pénalise nos producteurs.

De plus, l'addition pêle-mêle de projets de régulation de l'offre, de mise en place d'aides contracycliques, de fonds de mutualisation ou encore de recours aux assurances sur les cours (cf USA) n'est pas cohérent.

Le cadre n'est pas cohérent et ce texte ressemble plus à un fourre-tout dans lequel cohabitent des mesures de bon sens (notamment l'interventionnisme public sur les marchés…) mais d'autres plus dangereuses (financiarisation de l'agriculture, poids administratif de la PAC…). J'ai donc voté contre pour protéger nos agriculteurs.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Nonostante il testo sia generalmente condivisibile, ho deciso per un voto di astensione per la poca incisività e per lo scarso valore del contributo portato da questa relazione all'inizio di una fase molto importante di futura revisione della PAC.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Como señala este informe, que he apoyado con mi voto, la inestabilidad y la volatilidad de los precios debido a perturbaciones en la demanda, la oferta y los precios se han convertido en los últimos años en un elemento estructural de la agricultura, tanto a nivel europeo como mundial. Lamentablemente, la Unión Europea no dispone de una verdadera red de seguridad para frenar la volatilidad de los mercados, lo que supone un fuerte desincentivo para el mantenimiento de la actividad agrícola en el territorio de la Unión.

Ante esta realidad, este informe aboga por reforzar la organización de sectores y la contractualización, así como el poder de negociación de los agricultores. Igualmente, insta a impulsar herramientas de gestión de los riesgos adaptadas a la volatilidad de los precios y dotadas de suficientes recursos, solicitando nuevos instrumentos a la Comisión Europea. Finalmente, reclama mayor transparencia de los mercados mediante la creación de un observatorio de los precios europeos que cubra toda la cadena y todos los sectores.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame nagrinėjamos bendros žemės ūkio politikos (BŽŪP) priemonės kainų svyravimams žemės ūkio produktų rinkose mažinti. Ūkininkavimas priklauso nuo biologinių procesų, todėl jam didelę įtaką daro klimato sąlygos ir augalų bei gyvūnų ligos. Šie gamtiniai veiksniai nepavaldūs ūkininkų kontrolei. Taigi ūkių veiklos rezultatų raidą apibrėžti gerokai sunkiau nei kitų ekonomikos sektorių įmonių. Pajamų neapibrėžtumas ypač kenkia investicijoms ir inovacijoms, todėl gali iškilti grėsmė ūkių ekonominiam gyvybingumui. Be to, dėl žemės ūkio produktų gamybos sezoniškumo, žemės ūkio produktų rinkoms būdinga vidinė nepastovumo tendencija. Plačiai pripažinta, kad per didelis nepastovumas nenaudingas nei gamintojams (iškreipiami rinkos

signalai, todėl pajamos priklauso nuo atsitiktinumo), nei vartotojams (kinta galimybės rinktis maisto produktus). Kintamumas yra sudėtingas reiškinys, kurio ištakos įvairiapusės, o kartais ir prieštaringos. Po staigaus žemės ūkio produktų kainų pakilimo pasaulinėse rinkose 2007-2008 m. jos ėmė stipriai svyruoti. Šis reiškinys pateko į tarptautinės politikos darbotvarkę ir dėl galimo jo poveikio apsirūpinimo maistu saugumui pasaulyje. Todėl 2011 m. G-20 priėmė Veiksmų planą maisto produktų kainų svyravimui mažinti ir žemės ūkiui, o remiantis juo buvo sukurta Žemės ūkio produktų rinkų informavimo sistema, kuria siekiama padidinti žemės ūkio produktų rinkų skaidrumą. Tikėtina, kad ateityje rinkose įsivyraus dar didesnis netikrumas ir didesnė ekonominė bei klimato rizika.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće. Smatram kako u EU-u trebamo učinkovite mjere koje će zaštititi poljoprivrednike, kao i potrošače od prakse nepoštenog trgovanja. Poljoprivrednici su najslabija karika hranidbenog lanca, a ujedno su i najvažnija karika.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against this report, because despite there being a strong need for updated tools to cope with volatility in agricultural markets, this report falls on the wrong side. It places an over-reliance on competitiveness, reliance on third markets, liberalisation, mutual funds and insurance tools – while ignoring that it is the market orientation of CAP that has caused this problem. It denies where the problems are coming from and places private institutions at the heart of the solution. Finally, it talks about strengthening the position of producers in the food supply chain, despite the problem being that it has been farmers who have been the shock-absorbers in all of this.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'attività agricola dipende da processi biologici, quali condizioni climatiche e malattie animali e vegetali, quindi da fattori al di fuori del controllo dell'agricoltore.

L'incertezza sul reddito danneggia soprattutto gli investimenti e l'innovazione. Inoltre, le variazioni della produzione agricola generano una tendenza intrinseca dei mercati agricoli a essere volatili. Originariamente, la PAC è stata caratterizzata da una forte regolamentazione dei mercati. Al centro di essa c'erano i prezzi garantiti. Con essi gli agricoltori ottenevano un prezzo minimo per i loro prodotti in caso di crisi.

Nel tempo la PAC è stata riformata e ora propone una serie di nuove misure per la gestione dei rischi nell'ambito del secondo pilastro. In tale contesto, gli Stati membri possono inserirli o meno nei loro programmi di sviluppo rurale. Si ritiene però che gli strumenti di gestione dei rischi della PAC siano inidonei a limitare gli effetti della volatilità dei prezzi sul reddito degli agricoltori. L'UE dovrebbe fornire soluzioni al fenomeno, attraverso la PAC, concentrandosi su tre punti fondamentali: rafforzare l'organizzazione delle filiere e della contrattualizzazione, migliorare la protezione del reddito degli agricoltori tramite strumenti di gestione del rischio adeguati alla volatilità dei prezzi e rafforzare la trasparenza dei mercati.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport qui vise à réduire la volatilité des prix sur les marchés agricoles comporte une erreur conjoncturelle fondamentale. Les difficultés rencontrées par les exploitations agricoles résultent principalement de la stagnation des cours des matières premières à des niveaux extrêmement bas et non de la volatilité de ces valeurs. Au-delà de cette faute, ce texte propose des mesures qui méritent d'être étudiées comme la mise en place d'aides contra-cycliques et des fonds de mutualisation ou comme l'amélioration de la contractualisation. En revanche, ce rapport contribuera à renforcer la financiarisation de l'agriculture ainsi que le poids administratif de la politique agricole commune. La viabilité et la pérennité de nos exploitations passent principalement par l'arrêt immédiat de toute nouvelle concession tarifaire accordée dans le cadre d'accord de libre-échange et par la levée de l'embargo russe. En l'absence de cette politique de bon sens, tout autre sujet abordé sera superficiel. J'ai donc voté contre ce texte.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative de ma collègue Angélique Delahaye apporte une base de réflexion en vue de la prochaine réforme de la politique agricole commune (PAC). Ce rapport propose une série d'outils qui permettront de lutter efficacement contre la volatilité des prix sur les marchés agricoles. Ce rapport propose de renforcer la contractualisation entre les différents acteurs de la chaîne alimentaire, d'orienter la PAC vers une politique de soutien aux agriculteurs à travers un système assurantiel en cas de volatilité des prix et de créer des observatoires des prix afin de rendre les marchés plus transparents. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione che offre alla Commissione validi suggerimenti per rafforzare il potere negoziale dei produttori nella filiera alimentare e auspica l'introduzione di aiuti anticiclici a sostegno del reddito degli agricoltori quando annate sfavorevoli comprimono il loro reddito.

La volatilità dei prezzi dei prodotti agricoli è uno dei fattori principali della drammatica situazione in cui molti agricoltori europei si trovano attualmente. Occorre adottare una politica più incisiva, con strumenti mirati a livello nazionale ed europeo, volta ad affrontare gli effetti negativi della volatilità e a garantire prezzi equi e remunerativi per gli agricoltori.

La risoluzione, alla redazione della quale ho partecipato, individua le possibili aree di intervento in contratti scritti, sostegno alla gestione del rischio, maggiore trasparenza di mercato e azioni a livello europeo contro le pratiche commerciali sleali che danneggiano non solo gli agricoltori europei ma anche i consumatori, che potrebbero trovarsi ingiustamente dinanzi a prezzi gonfiati.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report because despite there being a strong need for updated tools to cope with volatility in agricultural markets, this report falls on the wrong side. It places an over-reliance on competitiveness, reliance on third markets, liberalisation, mutual funds and insurance tools – while ignoring that it is the market orientation of CAP that has caused this problem. It denies where the problems are coming from and places private institutions at the heart of the solution. Finally, it talks about strengthening the position of producers in the food supply chain, despite the problem being that it has been farmers who have been the shock-absorbers in all of this.

James Carver (EFDD), *in writing*. — We oppose this because the authors clearly do not know either what a market is or how one properly operates.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. It labels the current CAP risk management toolbox as inadequate in a time of growing market volatility. The report recommends facilitating the introduction of contractual relations by adapting competition law, further developing crisis and risk management tools and monitoring instruments for greater market transparency. A major objective for the future CAP must be the tackling of price volatility in order to ensure a fair income for farmers, stabilise agricultural markets and guarantee viable food production.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione richiama concetti sicuramente condivisibili, come l'importanza e la necessità di un rafforzamento dei produttori primari, il rafforzamento del potere negoziale dei produttori, la tutela degli agricoltori, i contratti di filiera, ma purtroppo ad un'analisi corretta non segue una proposta all'altezza in riferimento a investimenti e politiche concrete.

Ho quindi optato per un'astensione.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. — La volatilità dei prezzi sui mercati agricoli è cresciuta negli ultimi anni a causa di molteplici fattori, tra cui fenomeni meteorologici estremi e l'impatto dei cambiamenti climatici sulle attività umane. Tali eventi hanno avuto effetti anche gravi sulla sicurezza alimentare e sul reddito degli agricoltori.

Ritengo sia compito delle istituzioni europee mitigare le cause di tale volatilità riformando la propria politica agricola comune. In particolare, credo che vada rafforzato il potere negoziale dei piccoli produttori mediante contratti standard negoziati collettivamente. Tali strumenti potrebbero infatti consentire agli agricoltori di difendersi da pratiche commerciali che potrebbero danneggiarli o comunque ridurre la loro capacità di investire e innovare.

Apprezzo che la relazione, per la quale ho espresso voto favorevole, raccomandi la creazione di appositi osservatori europei dei prezzi agricoli che analizzino l'intera catena produttiva, dal costo alla produzione al prezzo finale di vendita. A tal proposito, sarebbe opportuno garantire una maggiore trasparenza dei mercati agricoli affinché le informazioni concernenti i prezzi siano accessibili in tempo reale a tutte le parti interessate, compresi i consumatori.

Sono però convinta che le crisi dei prezzi vadano prevenute tramite misure anticicliche quali ad esempio l'erogazione di aiuti diretti agli agricoltori che possano compensare ingenti tagli dei prezzi.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε πως η γεωργική δραστηριότητα εξαρτάται από βιολογικές διεργασίες. Είναι, ως εκ τούτου, εξαρτημένη σε μεγάλο βαθμό από τις κλιματικές συνθήκες και επηρεάζεται από τις φυτικές και ζωικές ασθένειες – φυσικούς παράγοντες που ξεφεύγουν από τον έλεγχο των γεωργών. Η διακύμανση της επίδοσης των γεωργικών εκμεταλλεύσεων είναι επομένως πολύ πιο αβέβαιη από εκείνη άλλων τομέων της οικονομίας. Η εισοδηματική αβεβαιότητα επηρεάζει αρνητικά κυρίως τις επενδύσεις και τις καινοτομίες και είναι ικανή να υπονομεύσει την οικονομική βιωσιμότητα των εκμεταλλεύσεων. Επί πλέον, οι διακυμάνσεις στην παραγωγή σημαίνουν ότι οι γεωργικές αγορές έχουν μια εγγενή τάση να είναι ασταθείς. Είναι ευρέως αποδεκτό ότι μια υπερβολική αστάθεια δεν ωφελεί ούτε τους παραγωγούς (επηρεάζοντας τις ενδείξεις της αγοράς και καθιστώντας αβέβαια τα εισοδήματα) ούτε τους καταναλωτές (επηρεάζοντας την επιλογή της τροφής τους).

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά με τα εργαλεία της Κοινής Γεωργικής Πολιτικής για τη μείωση της αστάθειας των τιμών στις γεωργικές αγορές. Θεωρώ πως η έκθεση αυτή δεν καταφέρνει να δώσει λύσεις, καθώς δεν αναδεικνύει τη λανθασμένη δομή του σημερινού μοντέλου γεωργικής πολιτικής, η οποία σε συνδυασμό με την αποκλειστική στόχευση σε οικονομικά κέρδη, δεν επιφέρει κέρδη στους μικροπαραγωγούς αλλά επιβαρύνει τη θέση τους. Ως εκ τούτου ψήφισα αρνητικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto di astensione.

La relazione è poco incisiva e non conferisce alle politiche europee le giuste responsabilità sulla volatilità dei prezzi dei prodotti agricoli.

Il tema fondamentale del riconoscimento del «valore» delle produzioni non è affrontato.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – La mera riflessione che ci si appresta a compiere di fronte a un anno volgente al termine include i numerosi disastri ambientali che hanno caratterizzato l'Europa. Infatti, dalle alluvioni in poi, gli impatti naturali sono però solamente una delle tante variabili esterne che impattano sulla produzione agricola e sui relativi mercati.

Di fronte a tale assioma, condivido la presente relazione con la piena consapevolezza che gli strumenti della politica agricola comune finora adottati sono risultati inefficienti o scarsi di fronte alla rampante volatilità dei prezzi dei prodotti. Limitare i mutamenti è arduo, pensare di poterli governare del tutto è impossibile, tuttavia è possibile ricorrere a determinate misure atte a prevenirne o evitarne gli effetti perniciosi. Tra queste, si propongono due misure contestuali.

La prima opta per un rafforzamento profondo dell'organizzazione delle filiere e della contrattualizzazione al fine di assicurare entrate agli agricoltori. A completamento di essa, si rende necessario introdurre relazioni contrattuali attraverso un adattamento della legislazione sulla competizione. Quest'ultima deve comunque essere garantita *in toto* e perciò si adotteranno strumenti funzionali al suo monitoraggio.

Poiché il settore agricolo, per sua stessa natura, non gode di un adattamento immediato servono strumenti per la gestione del rischio e delle crisi.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on CAP tools to reduce price volatility in agricultural markets.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. — We oppose this because the authors clearly do not know either what a market is or how one properly operates.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione che ha come obiettivo il rafforzamento dell'organizzazione delle filiere e della contrattualizzazione, la migliore protezione del reddito degli agricoltori attraverso la predisposizione di specifici strumenti di gestione del rischio adeguati alla volatilità dei prezzi nonché il rafforzamento della trasparenza dei mercati istituendo osservatori dei prezzi.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque, aunque estoy de acuerdo con que la volatilidad de los precios es un problema gravísimo del sector agrícola, no identifica las verdaderas causas de esta volatilidad, vinculadas al actual modelo agrícola impulsado desde la Unión, la liberalización de este mercado, el exceso de producción y el fomento de la exportación y nuevos mercados.

Las soluciones propuestas en este informe se basan en herramientas de gestión de riesgos, en particular los distintos tipos de seguros y fondos mutuos, así como asociaciones público-privadas dentro de las herramientas de gestión de crisis de la PAC. Pero estas no representan una solución a largo plazo, no son efectivas y son creadas casi exclusivamente para beneficiar a las explotaciones agrícolas más grandes, revirtiendo así en beneficio del modelo agroindustrial.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La volatilità dei prezzi dei prodotti agricoli è uno dei fattori principali della drammatica situazione in cui molti agricoltori europei si trovano attualmente.

Da un lato, l'incertezza sul reddito, dovuta alla difficoltà di prevedere la produzione, danneggia soprattutto gli investimenti e l'innovazione e può rimettere in discussione la redditività economica delle aziende agricole. Dall'altro, le variazioni della produzione agricola implicano che i mercati agricoli abbiano una tendenza intrinseca ad essere volatili.

L'attuale PAC, pur proponendo gli strumenti diversi per la stabilizzazione del reddito, non è riuscita ad affrontare l'alta volatilità dei prezzi sui mercati agricoli e ha posto invece un onere eccessivo per il produttore.

Pertanto ritengo necessario che con la prossima riforma della PAC si cerchino nuovi modi per combattere la volatilità dei prezzi e stabilizzare il reddito degli agricoltori nel reagire agli squilibri del mercato.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Activitatea agricolă depinde de procese biologice. Astfel, este foarte dependentă de condițiile climatice și afectată de bolile plantelor și animalelor, fenomene ce nu pot fi controlate de către agricultori. Volatilitatea este un fenomen complex, cu origini multiple și uneori controversate. Globalizarea crescândă a schimburilor agricole implică riscuri sanitare și riscuri de șocuri exogene ale cererii și ofertei, legate de politicile externe ale Uniunii Europene în domeniul comercial, diplomatic și al cooperării pentru dezvoltare. Am votat pentru o mai bună transparență asigurată pieței și o mai bună protecție oferită veniturilor fermierilor, pentru ca aceștia să poată oferi produse care să nu pună în pericol sănătatea oamenilor.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - A mezőgazdasági piacok tökéletlensége és globalizált jellege, a kínálat időjárás által befolyásolt változékonysága, és az élelmiszer-ellátás bizonytalan egyensúlya miatt az európai mezőgazdasági termelők folyamatosan ki vannak téve az áringadozásnak, és egyre inkább függnek a stabil piacoktól és áraktól, valamint a megfelelő közfinanszírozástól és a mezőgazdasági üzemek és családi gazdaságok versenyképességét biztosító intézkedésektől. Indokolt egy többfunkciós és fenntartható mezőgazdasági termelés kialakítása.

A mezőgazdasági piacokon tapasztalt áringadozás csökkentésére tett javaslatok között szerepel az ágazati szervezetek és a szerződéskötési rendszerek megerősítése, a mezőgazdasági termelő jövedelmének jobb védelme az áringadozások kockázatkezeléséhez megfelelő eszközök létrehozásával, valamint a piacok átláthatóságának megerősítése árfigyelő központok létrehozásával. A jelentés szerint fenn kell tartani a termeléstől független közvetlen támogatásokat és az egységes területalapú támogatási rendszert, amely a mezőgazdasági termelők jövedelmének biztosításához elengedhetetlenül szükséges, emellett bizonyos szintű pénzügyi stabilitást biztosít számukra.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Wstrzymałem się od głosu w głosowaniu nad sprawozdaniem dotyczącym instrumentów Wspólnej Polityki Rolnej służących ograniczeniu zmienności cen na rynkach rolnych w związku z nieuwzględnieniem poprawki złożonej do sprawozdania przez polską delegację w ECR. Poprawki, w której podkreślono, że płatności bezpośrednie powinny pozostać instrumentem WPR po 2020 roku.

Odrzucenie poprawki przy jednoczesnym dostrzeżeniu potencjału, jaki tkwi w umowach długoterminowych, oraz możliwości blokowania na określony czas cen odzwierciedlających produkcję, aby neutralizować wpływ zmienności, zaważyło na mojej decyzji w tej sprawie.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report, which focuses on strengthening the organisation of agricultural sectors while protecting farmers' income and market transparency. The future CAP needs to introduce ways and means on how to combat price volatility and stabilise farmers' income. We need effective EU measures that will protect the farmers as well as the consumers against unfair trade practices.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – Farming is central to the economy, yet further EU intervention in agricultural markets does nothing to ensure the sector is competitive, particularly as there are many measures available to Member States under CAP rules. This threatens to undermine recent CAP reforms and to move us away from a cost effective subsidy system that encourages innovation and makes Europe's farmers globally competitive.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – La PAC si è dimostrata ampiamente insufficiente per contrastare gli effetti della volatilità dei prezzi in relazione al reddito degli agricoltori. Il contesto internazionale, la globalizzazione, la finziarizzazione dell'economia reale hanno colpito duramente il settore primario: nel solo quinquennio 2005-2010 sono scomparse 2,4 milioni di aziende agricole.

I fenomeni climatici estremi hanno messo in ginocchio varie regioni europee. Inoltre, la posizione dominante e incontrastata dell'industria della trasformazione e della grande distribuzione hanno imposto prezzi da fame agli agricoltori, costretti a fronteggiare al contempo la crescita dei costi dell'energia e della produzione. La scelta politica dell'UE con l'embargo alla Russia e la conseguente ritorsione sul versante agricolo hanno contribuito alla volatilità dei prezzi e all'instabilità dei redditi.

La risposta non può essere nel ricorso a strumenti finanziari a maggiore rischio o a prodotti assicurativi ancora più costosi. Così come non può proseguire la distruzione dei mercati locali con sovvenzioni del dumping delle eccedenze. Serve invece un uso intelligente dei fondi strutturali, insieme alla revisione della PAC, che supporti una produzione di qualità e sostenibile e che permetta il rafforzamento delle piccole aziende e delle produzioni di eccellenza, garantendo al contempo la sovranità alimentare.

Conseguentemente mi asterrò.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – De-a lungul timpului, PAC a cunoscut reforme importante, în cicluri succesive, care au modificat profund funcționarea sa.

Aceste reforme au orientat progresiv PAC spre piețe. Acesta este contextul în care au apărut primele reflecții privind rolul potențial al instrumentelor de management al riscurilor, în vederea combaterii volatilității și stabilizării veniturilor. Volatilitatea prețurilor produselor agricole reprezintă unul dintre principalii factori din spatele situației catastrofale cu care se confruntă în prezent agricultorii europeni. Acest mediu nesigur pentru agricultori reprezintă o amenințare pe termen lung a independenței alimentare europene. Comisia Europeană ar trebui să studieze modalitățile de prevenire și combatere a crizelor volatilității prețurilor prin intermediul instrumentelor de ajutor anticiclice, care pot proteja mult mai eficient veniturile agricultorilor, dar și printr-o transparență mai mare a piețelor, prin crearea unor observatoare ale prețurilor.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Le présent rapport d'initiative vise à identifier les outils de la PAC permettant de réduire la volatilité des prix sur les marchés agricoles. Ce rapport porté par ma collègue Angélique Delahaye a fait l'objet d'un travail très fourni en commission agriculture afin de proposer des pistes de réflexion pour prémunir les agriculteurs des effets néfastes de la très grande volatilité des prix observées depuis 2007-2008 sur les marchés mondiaux et européens.

La rapporteure fait des propositions intéressantes sur la transparence des marchés, la contractualisation et la gestion des risques. Elle pointe également à juste titre que des outils existent dans la PAC actuelle, notamment dans le règlement portant création d'une organisation commune des marchés, mais sont trop peu utilisé. J'ai tout particulièrement œuvré pour que la question de la prévention et la gestion de crise soit également évoquée, car il s'agit là d'une question centrale.

Considérant que ce rapport est une excellente base de travail pour améliorer la PAC actuelle et préparer la prochaine, j'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – We oppose this because the authors clearly do not know either what a market is or how one properly operates.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Angélique Delahaye sur les outils de la politique agricole commune (PAC) permettant de réduire la volatilité des prix sur les marchés agricoles. La situation actuelle — de fortes fluctuations des prix des produits agricoles — est intenable. Elle pénalise les producteurs, en les privant de revenus stables, et réduit le choix des consommateurs. Si nous tenons à l'agriculture européenne, nous nous devons de proposer des solutions pour permettre à nos agriculteurs de mener leur activité, sans craindre quotidiennement la faillite. C'est précisément l'objet de ce rapport qui propose des solutions pour refonder les relations contractuelles entre agriculteurs et la grande distribution, ainsi que de nouveaux outils pour mieux gérer et prévoir les risques et les crises sur les marchés agricoles.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Je me réjouis de l'adoption de mon rapport par une large majorité des députés européens. L'ensemble du travail fait autour de ce rapport a tout d'abord été l'occasion de faire un bilan de la situation actuelle et de cibler les besoins concrets et urgents des agriculteurs européens. Ce bilan nous a permis de formuler des propositions mesurées et réalistes en vue d'améliorer l'agriculture européenne, à travers une série d'outils pouvant permettre de lutter contre la volatilité des prix: renforcer la contractualisation entre les différents acteurs de la chaine alimentaire, mettre en place des systèmes assurantiels permettant de soutenir les agriculteurs, et instaurer une meilleure transparence des marchés grâce à la création d'observatoire des prix.

L'adoption de ce rapport implique plusieurs conséquences très positives. Tout d'abord l'ensemble du travail effectué sera utile pour les prochaines réflexions sur la réforme de la PAC de 2020. Mais aussi ce vote favorable est un signe fort de l'engagement du Parlement européen dans les problématiques agricoles et de son implication auprès de la Commission sur ces questions sensibles. Enfin, cette adoption coïncide avec un alignement des planètes. En effet, la Commission et le Comité des régions viennent d'adopter des textes aux couleurs similaires.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce rapport a pour objectif de lutter contre la volatilité des prix sur les marchés agricoles.

Ainsi, ce rapport a trois objectifs:

1. la mise en place d'outils censés circonscrire la volatilité, alors qu'à notre sens, il conviendrait plutôt de limiter la concurrence sauvage dans ce secteur;

2. la réforme des mécanismes de gestion de crises;

3. les réformes du mode d'attribution des aides du premier pilier.

Ces solutions diverses sont contradictoires les unes avec les autres sans s'attaquer aux problèmes de fond. En outre, certaines mesures tendent à renforcer la financiarisation de l'agriculture et le poids administratif de la PAC.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Този доклад призовава Комисията да излезе с нови предложения за намаляване на отрицателните последици от нестабилността на цените, като се улесни въвеждането на договорните отношения чрез адаптиране на правото на конкуренцията, чрез по-нататъшно разработване на инструменти за управление на риска, по-специално на различните видове застраховки и взаимни фондове, и чрез прилагане на европейската обсерватория за селскостопанските цени за различните сектори на селското стопанство.

Тъй като отпадна предложението след края на периода 2014-2020 г. финансовата помощ да продължи да се изплаща по Оперативната програма за селско стопанство, гласувах „въздържал се“.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η αστάθεια των τιμών των γεωργικών προϊόντων είναι ένας από τους κυριότερους παράγοντες που οδήγησαν στη δραματική κατάσταση που πολλοί ευρωπαίοι γεωργοί βιώνουν σήμερα. Είμαστε υπέρ της Εθνικής Γεωργικής Πολιτικής και καταψηφίζουμε την παρούσα έκθεση, διότι θεωρεί ότι είναι δίκαιες οι συνθήκες και ίσοι οι όροι του ανταγωνισμού στην ενιαία αγορά της ΕΕ και αποκλείει την προοπτική της επανεθνικοποίησης της ΚΓΠ.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against this report on common agricultural policy tools to reduce price volatility. Agriculture is a vital sector in Wales and I want to ensure funding to develop rural areas is directed at rural areas.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Detta är ett betänkande som riktigt pekar ut att lantbrukare är en utsatt grupp, speciellt när priserna på världsmarknaden fluktuerar som de gör. Det är dock ett betänkande som går för långt vad gäller vikten av nya EU-regleringar på bland annat avtalsrättens område, och den propagerar för finansiella och budgetära system som inte går i den riktning som jag menar är nödvändigt för att vända utvecklingen för Europas lantbrukare. Jag ser en risk med en del av de förslag som lyfts fram i betänkandet att de kan komma att cementera situationen snarare än att underlätta den. Därför valde jag att avstå på slutomröstningen.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A atividade agrícola depende de processos biológicos, pelo que está fortemente subordinada às condições climáticas e doenças das plantas e dos animais. Estes fatores naturais estão fora do controlo dos agricultores. A evolução do desempenho das explorações agrícolas é mais incerta do que a das empresas de outros sectores económicos. A incerteza quanto aos rendimentos prejudica sobretudo o investimento e a inovação e pode pôr em causa a viabilidade económica das explorações. É provável que, nos próximos anos, se assista a um aumento da incerteza nos mercados, bem como dos riscos económicos e climáticos. Concordo que a volatilidade dos preços dos produtos agrícolas é um dos principais fatores da situação dramática vivida atualmente por muitos agricultores europeus fazendo parte do papel da União Europeia encontrar soluções para este fenómeno, nomeadamente através da PAC.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: faute de cadre cohérent ce texte est un fourre-tout, dans lequel cohabitent des mesures de bon sens et d'autres, bien plus dangereuses, qui renforcent la financiarisation de l'agriculture ou encore le poids administratif de la PAC.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A instabilidade dos preços na agricultura é indissociável da globalização capitalista do comércio de produtos agrícolas. Deve-se a fatores de mercado (oferta e demanda), decisões políticas (acordos comerciais no mercado global), investimentos financeiros e especulação (investimentos financeiros em produtos agrícolas) e fatores climáticos.

O relatório apresenta como objetivos o fortalecimento da organização dos diferentes sectores agrícolas e sistemas contratuais; aborda a desigualdade na cadeia alimentar entre os grandes retalhistas e produtores primários e soluções para proteger os rendimentos dos agricultores de forma mais eficaz através da utilização de ferramentas de gestão de risco, instrumentos de estabilização de renda, mecanismos de prestação individuais e fundos mútuos. O relatório enfatiza ainda que na atual PAC faltam ferramentas de resposta eficazes. Todavia, não dá respostas claras, procurando soluções nos locais errados, não identificando a verdadeira causa do problema da volatilidade. Pelo contrário, apoia um modelo de agricultura orientado para o mercado e para a competitividade.

A volatilidade dos preços é um problema de natureza estrutural, para o qual contribui a liberalização do comércio de produtos agrícolas.

Os instrumentos de gestão de risco propostos, em particular os vários tipos de seguros e fundos mútuos, bem como as experiências com parcerias público-privadas no âmbito das ferramentas de gestão de crises da PAC, não representam solução.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – V posledných rokoch sme svedkami prehlbujúcej sa nestability a volatility cien či už na úrovni európskeho, ale aj svetového hospodárstva. Tento jav zapríčinilo viacero faktorov, ale najmä rýchly sled a zmeny ponuky a dopytu, či kolísavé ceny. Bohužiaľ, spoločná poľnohospodárska politika v súčasnom nastavení nedokáže riešiť a adekvátne reagovať na vysoké kolísanie cien na poľnohospodárskych trhoch, čo nadmerne zaťažuje výrobcov, zatiaľ čo zvyšok potravinového reťazca ostáva bez následkov. Predmetná správa po dôkladnej analýze prináša niekoľko riešení a identifikuje hlavné problémy. V budúcnosti by sme sa mali zamerať na zvýšenú podporu pre jednotlivé odvetvia a organizácie výrobcov, zlepšenie zmluvného systému a zvýšenie transparentnosti. V správe sa tiež poukazuje na to, že nástroje riadenia rizík môžu byť vhodnejšie použité na ochranu príjmov poľnohospodárov. Potrebujeme účinné opatrenia na európskej úrovni, ktoré zabezpečia potrebnú ochranu poľnohospodárom, ako aj spotrebiteľom pred nekalými obchodnými praktikami. Poľnohospodári sú najslabším článkom potravinového reťazca, pričom mnohí zabúdajú na to, že sú tým najdôležitejším článkom. Budúca spoločná poľnohospodárska politika musí hľadať nové spôsoby, ako bojovať s kolísaním cien, a pokúsiť sa o stabilizáciu príjmov farmárov.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo per la poca incisività e per lo scarso valore del contributo portato all'inizio di una fase molto importante di futura revisione della PAC.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η αστάθεια των τιμών των γεωργικών προϊόντων είναι ένας από τους κυριότερους παράγοντες που οδήγησαν στη δραματική κατάσταση που πολλοί ευρωπαίοι γεωργοί βιώνουν σήμερα. Είμαι υπέρ της Εθνικής Γεωργικής Πολιτικής και καταψηφίζω την παρούσα έκθεση, διότι θεωρεί ότι είναι δίκαιες οι συνθήκες και ίσοι οι όροι του ανταγωνισμού στην ενιαία αγορά της ΕΕ και αποκλείει την προοπτική της επανεθνικοποίησης της ΚΓΠ.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – We need effective EU measures that will protect farmers as well as consumers against unfair trade practices. The farmers are the weakest link of the food chain while being the most important one.

The future CAP should look at new ways to combat price volatility and stabilise farmers' income; the current system doesn't work or is too slow to react to market imbalances such as the Russian embargo or international low demand of agricultural products.

This report, together with the Andrieu report on the CAP capacity of generating and maintain rural jobs, are the first steps toward the next CAP.

Мария Габриел (PPE), *в писмена форма*. — Гласувах за приемането на този доклад, защото в него се съдържат конкретни идеи за реформиране на инструментите за управление на риска по втория стълб на настоящата ОСП с цел ограничаване на последиците от нестабилността на цените върху доходите на земеделските стопани.

Докладът предлага на първо място укрепване на организацията на сектора и на договарянето. На следващо място е важен призивът към Комисията за разработване на допълнителни публични и частни инструменти, както и задължителен механизъм за ранно предупреждение, за да се противодейства по-ефективно на пазарни кризи. Подкрепям също така и предложението за създаване на европейски обсерватории, които да предоставят постоянен анализ на цените на селскостопанските пазари за подобряване на прозрачността и ограничаване на порочни практики като ценовата спекула. Като изключително положителен елемент от доклада възприемам акцента, който е поставен върху ключовата роля на младите земеделски стопани за бъдещето на европейското селско стопанство.

Продоволствената сигурност на ЕС, както и развиването на конкурентоспособен и устойчив селскостопански сектор, задоволяващ нуждите на европейските граждани, следва да е стратегическа цел, която няма как да бъде постигната, ако не бъдат гарантирани стабилни доходи на земеделските производители.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sugli strumenti della PAC intesi a ridurre la volatilità dei prezzi nei mercati agricoli perché ritengo che l'instabilità e la volatilità dei prezzi delle materie prime agricole e, di riflesso, dei prodotti dell'agricoltura in generale, accentuatesi con la crisi economica e finanziaria, hanno sempre caratterizzato i mercati agricoli e che negli ultimi anni sono diventate un elemento strutturale dell'agricoltura a livello globale, a causa del rapido susseguirsi di shock della domanda, dell'offerta e dei prezzi.

La volatilità dei prezzi sarà destinata ad aumentare per una varietà di cause quali l'instabilità e l'imperfezione dei mercati agricoli, la globalizzazione e la sofisticazione dei mercati agricoli, la crescente variabilità dell'offerta dovuta all'instabilità climatica, l'aumento dei rischi sanitari e il fragile equilibrio della filiera alimentare.

Pertanto l'agricoltura intesa come attività ancorché come settore economico vitale per l'UE, ha davanti a sé sfide molto importanti in termini di innovazione e razionalizzazione dei processi. Sarà necessario, infatti, considerare a un tempo nuovi strumenti di gestione del rischio e delle crisi e un rafforzamento delle attuali misure del secondo pilastro, allo scopo di potenziare la competitività dell'agricoltura europea coinvolgendo attivamente le organizzazioni dei produttori nel processo di attuazione.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Preisschwankungen im Agrarsektor stellen ein großes Problem für die Landwirte dar und gehören zu den Hauptgründen für die angespannte Situation, in der sich zahlreiche europäische Landwirte derzeit befinden. Es gilt, den Landwirten einen besseren Einkommensschutz durch den Einsatz von Instrumenten des Risikomanagements zu gewährleisten. Darüber hinaus kann durch die Einrichtung von Preisbeobachtungsstellen für mehr Transparenz der Märkte gesorgt werden. Zudem muss die Stellung der Landwirte in der Lebensmittelkette gestärkt werden.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I oppose this because the authors clearly do not know either what a market is or how one properly operates.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of this report, which responds to the rising challenge of price volatility in agricultural markets which undermines the livelihoods of many farmers, particularly tenants and smallholders, and can potentially threaten food security in the EU and beyond. The report offers a balanced view, critically assessing low effectiveness of traditional CAP market intervention tools, while instead advocating stronger emphasis on improvement of farmers' terms of trade, their position in the food supply chain, contractual relations with retailers and availability of risk management tools.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Madame Delahaye, élue LR, est auteur d'un rapport d'initiative du Parlement européen sur la volatilité des prix agricoles. Elle en fait ainsi l'alpha et l'omega des crises agricoles multiples et successives qui ont mis les exploitations en difficulté. Ce rapport n'indique donc pas que la véritable cause de la détresse de nos agriculteurs est au contraire la stabilisation des prix au plus bas, incompatible avec une rentabilité des exploitations et poussant nos fermiers à la faillite, voire au suicide.

Ce rapport fait également fausse route sur la productivité et la politique agricole. Les grandes orientations de la PAC ont conduit notre pays à se spécialiser sur des filières qui subissent une concurrence mondiale féroce et nos exploitants doivent faire face à des crises de surproduction. Ils les doivent notamment à l'Union européenne et à ses choix géopolitiques qui ne servent en rien nos intérêts, comme ce fut le cas avec la Russie, dont la décision d'embargo sur nos produits agricoles a dévoilé la fragilité de nos positions. Faute de bases fiables, ce rapport ne saurait donc faire de sérieuses propositions pour améliorer la situation de nos agriculteurs.

J'ai bien entendu voté contre ce rapport d'initiative.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe. Considero que el problema de la volatilidad de los precios en el mercado agrícola no se reduce a un problema de equilibrio entre la oferta y la demanda como insiste el informe. La volatilidad de los precios puede afectar a la seguridad alimentaria global y es un problema al que tenemos que poner fin de manera tajante. Considero que este informe no es lo suficientemente contundente. El informe busca soluciones en el lugar equivocado a mi parecer. La volatilidad de los precios está relacionada también con muchas otras variables macroeconómicas además de con la voluntad política, la legislación medioambiental y la especulación que se realiza con los productos agrícolas, con los alimentos. El problema que trata el informe, es un problema estructural dado el modelo de mercado agrícola que existe en la Unión, presentar más herramientas de gestión de riesgos no resuelve el problema a la larga, solo lo oculta.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Je me réjouis de l'adoption du rapport de ma collègue Angélique Delahaye sur les outils de la PAC permettant de réduire la volatilité des prix sur les marchés agricoles. C'est un signal fort envoyé aux agriculteurs qui traversent depuis plus d'un an une crise d'une gravité extrême qui a conduit nombre d'entre eux à vendre leur exploitation ou pire, à mettre fin à leurs jours.

Ce rapport est le fruit d'une réflexion menée pendant une année afin de proposer une politique agricole qui reflètent la réalité de l'agriculture dans les États membres et qui propose un avenir à cette profession aujourd'hui désemparée qui est pourtant un pilier de notre économie et qui est essentielle à notre souveraineté alimentaire.

Ainsi, ce rapport propose des outils concrets pour préserver l'agriculture européenne et la rendre compétitive dans un monde où la concurrence est souvent déloyale et acharnée: renforcement de la contractualisation entre les différents acteurs de la chaîne alimentaire, orientation de la PAC vers une politique de soutien aux agriculteurs via des systèmes assurantiels permettant de garantir les revenus contre la volatilité des prix et création d'observatoires des prix pour des marchés plus transparents.

Jan Huitema (ALDE), *schriftelijk*. – De VVD ondersteunt de ontwikkeling van nieuwe en bestaande (financiële) risicobeheersinstrumenten - binnen de kaders van het gemeenschappelijk landbouwbeleid - die landbouwers weerbaarder kunnen maken tegen prijsschommelingen. De VVD is van mening dat bindende Europese regels omtrent oneerlijke handelspraktijken niet het juiste instrument vormen en wacht daarnaast de *impact assessment* van de Europese Commissie hieromtrent af. De VVD wil dat er meer aandacht gaat naar vrijwillige en zelfregulerende initiatieven die door de sector worden geïnitieerd. De VVD is ook niet voor het idee dat GLB-doelstellingen boven de mededingingsregels moeten prevaleren en dat de crisisreserve buiten de EU begroting moet worden geplaatst.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris.* – Am votat în favoarea acestui raport prin care fermierii vor fi protejați prin măsuri eficiente ale UE, precum și consumatorii, împotriva practicilor comerciale neloiale. Prin acest raport se caută noi modalități de a combate volatilitatea prețurilor și se dorește stabilizarea veniturilor agricultorilor. Fermierii sunt cea mai slabă verigă a lanțului alimentar, având în același timp și cea mai mare importanță. Sistemul actual nu funcționează sau este prea lent pentru a reacționa la dezechilibrele de pe piață, cum ar fi embargoul rus sau cererea internațională redusă de produse agricole.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o alatima ZPP-a za smanjenje nestabilnosti cijena na poljoprivrednim tržištima, zbog toga što je navedeni problem širokog spektra koji, prekomjerno, nije povoljan ni za proizvođače ni za potrošače. Ovo Izvješće predstavlja četiri ključna načina kako bi se poboljšala nestabilna situacija poljoprivrednih tržišta, odnosno ustraje na boljoj organizaciji sektora, na razvoju alata za upravljanje rizicima, na nastavku provedbe opservacije cijena te na poboljšanju mjera za upravljanje krizama.

Europa mora naći adekvatan odgovor na takve izazove i dodatnim mjerama pomoći razvoju svoje poljoprivrede. Konkretne mjere trebaju se donijeti na nacionalnoj i europskoj razini, ali i na razini regionalnih i lokalnih vlasti, te stoga podržavam ovo Izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Ce rapport lutte contre la volatilité des prix sur les marchés agricoles alors qu'il devrait se concentrer sur la stagnation des prix à un niveau très bas et la crise plurielle que traverse l'agriculture. Positives en apparence, réellement pour certaines par exemple sur l'interventionnisme public sur les marchés, les intentions du rapporteur se perdent dans des méandres douteux et des contresens, d'où une incohérence qui empêche tout soutien de ma part.

J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *písemně.* – Zpráva představuje 4 hlavní návrhy, jak zmírnit dopad výkyvů na zemědělský trh. Jedná se o zlepšení krizového řízení a organizace sektorů, pokračování ve využívání středisek pro sledování cen a další rozvoj nástrojů řízení rizik. Vývoj trhu v zemědělském sektoru je méně předvídatelný než v jiných oblastech vzhledem k jeho závislosti na klimatických vlivech, proto jsem podpořil přijetí opatření, která mají za hlavní cíl korigovat nestálou situaci na zemědělském trhu.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Angélique Delahaye sur la volatilité des prix sur les marchés agricoles. Les mesures proposées pour lutter contre l'instabilité et la volatilité des prix tournent autour de trois volets: renforcer la contractualisation entre les différents acteurs de la chaîne alimentaire, rendre les marchés plus transparents et améliorer la Politique agricole commune (PAC) pour garantir un revenu aux agriculteurs face à la volatilité des prix. Le rapport se penche enfin sur les mécanismes de gestion de crise que l'Europe doit impérativement rendre plus rapides et plus efficaces.

Ce texte intervient à point nommé alors que les réflexions sur l'avenir de la PAC s'accélèrent. Je salue cette initiative qui envoie un signal fort au monde agricole et qui fait des propositions concrètes pour améliorer la situation des agriculteurs en Europe.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich.* – Ich habe dem vorliegenden Bericht zugestimmt. Europäische Landwirte sind immer stärkeren Risiken und Unsicherheiten (Pflanzen- und Tierkrankheiten, Witterungsverhältnisse, Schädlingsbefall, etc.) ausgesetzt. Schwankungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen führen zu Preisschwankungen, welche weder den Erzeugern noch den Verbrauchern zum Vorteil gereichen. Um dieser Unsicherheit entgegenzuwirken, wird den Instrumenten (z. B. GAP) des Risikomanagements in der Landwirtschaft wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt.

Béla Kovács (NI), *írásban.* - Széleskörű elemzésen alapuló, korrekt részletességgel összeállított, támogatható jelentés, amely valóban törekszik a mezőgazdasági áringadozások okainak feltárására. Joggal kritizálja a szabadkereskedelmi szabályozás negatív hatásait, melyek összességében mind a termelők, mind a fogyasztók számára kedvezőtlen helyzetet teremtenek. Összeférhetetlen a fenntartható fejlődés jogos igényével és a jó minőségű élelmiszerek iránti elkötelezettséggel, hogy a szabályozási hiányosságok és a multinacionális cégek előretörése miatt a kisgazdaságok százezrei mennek csődbe évente az EU-ban.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно инструментите на ОСП за намаляване на нестабилността на цените на селскостопанските пазари, тъй като това е една от основните причини за неблагоприятното положение, в което са много земеделски производители в ЕС.

Смятам, че ЕС трябва да спомогне за разрешаването на този проблем. Предоставените препоръки в доклада предоставят подходящ набор от мерки, чрез които това да се случи. Подкрепям предложението да бъде улеснено въвеждането на договорните отношения чрез адаптиране на правото на конкуренцията и развитието на инструменти за управление на риска, както и инструменти за наблюдение за по-голяма прозрачност на пазара.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Come ben sappiamo le attività agricole dipendono molto da fattori naturali, tra cui le condizioni climatiche e le malattie vegetali e animali, fattori, purtroppo, al di fuori del controllo dell'agricoltore. Tali fattori non fanno altro che aumentare la volatilità dei prezzi dei prodotti alimentari, caratterizzando di incertezze il settore agricolo rispetto ad altri. Incertezze che causano danni agli investimenti e alle innovazioni e mettono a rischio la redditività economica delle aziende agricole.

In seguito all'aumento dei prezzi agricoli tra il 2007 e il 2008 e le conseguenze presentatesi sulla sicurezza alimentare mondiale, questo problema ha ricevuto attenzione internazionale. Questo interesse nella gestione dei rischi si riflette sulle politiche agricole e in particolare nella PAC 2014-2020.

La relazione del Parlamento, che ho supportato in aula, si concentra infatti su tre temi principali al fine di garantire una produzione alimentare efficiente.

Si chiede dunque di rafforzare l'organizzazione delle filiere e della contrattualizzazione, di migliorare la protezione del reddito degli agricoltori predisponendo strumenti di gestione del rischio adeguati alla volatilità dei prezzi e di rafforzare la trasparenza dei mercati, mettendo in campo misure atte a contrastare pratiche commerciali sleali lungo la filiera.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative, consacré au sujet préoccupant de la volatilité des prix des matières premières agricoles. Celles-ci peuvent, en effet, être soumises à des spéculations effrénées avec les conséquences que l'on connaît non seulement pour les agriculteurs, qui sont victimes de ces jeux spéculatifs, mais aussi pour le pouvoir d'achat des consommateurs français et européens: le prix de toute une série de denrées alimentaires, à l'instar de celui de la baguette de pain, peut en être fortement augmenté.

Pour lutter contre cette volatilité, ma collègue Angélique Delahaye a fait un certain nombre de préconisations autour de trois idées fortes: le renforcement de la contractualisation entre les différents acteurs de la chaîne alimentaire, l'orientation de la PAC vers une politique de soutien aux agriculteurs via des systèmes assurantiels permettant de garantir les revenus, et une meilleure transparence des marchés à travers la création d'observatoires des prix, ainsi que le renforcement de ceux existants.

Les matières premières agricoles ne peuvent être considérées comme des matières premières comme les autres ; il faut instaurer un minimum de régulation et des dispositifs de garantie dans l'intérêt des producteurs et des consommateurs.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Avec la fin de l'encadrement de la production et des prix, il ne reste plus que des aides au stockage privé et des interventions publiques sur les marchés pour essayer de stabiliser les cours agricoles. Ces outils n'ont malheureusement pas été capables d'enrayer les dernières crises agricoles.

Partant du constat juste que les outils actuels ne suffisent pas ce rapport propose d'en développer de nouveaux: mesures anticycliques beaucoup plus ambitieuses disposant de davantage de moyens budgétaires ; rééquilibrage des relations entre paysans et industrie agroalimentaire par la contractualisation et un cadre législatif plus solide contre les pratiques déloyales.

Ce sont des pas dans la bonne direction. Mais les pressions auxquelles sont soumis les agriculteurs demandent bien plus si nous voulons garder une agriculture paysanne. La concurrence toujours plus poussée, notamment avec la multiplication des accords commerciaux, renforce encore plus la dangereuse tendance à la concentration des exploitations: toujours plus grandes et moins nombreuses.

C'est pourquoi il nous faut également et de toute urgence des mécanismes garantissant des prix fixes aux agriculteurs sur des volumes de production. Sans quoi ces derniers n'ont aucune garantie pour produire et continuerons toujours plus nombreux à mettre la clef sous la porte.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport intitulé «Les outils de la PAC permettant de réduire la volatilité des prix sur les marchés agricoles» . Ce rapport comporte une erreur de base: il a pour but de lutter contre la volatilité des prix sur les marchés agricoles, alors que ces prix ne sont plus volatiles, mais désespérément bas, et ce depuis deux ans. La question actuelle est donc plutôt la stagnation basse des prix. Faute de cadre cohérent, ce texte est un fourre-tout dans lequel cohabitent des mesures de bon sens (notamment l'interventionnisme public sur les marchés, ou l'amélioration de la contractualisation) et d'autres, bien plus dangereuses, qui renforcent la financiarisation de l'agriculture ou encore le poids administratif de la PAC.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Faute de cadre cohérent, ce texte est un fourre-tout dans lequel cohabitent des mesures de bon sens (notamment l'interventionnisme public sur les marchés agricoles, ou l'amélioration de la contractualisation), et d'autres, bien plus dangereuses, qui renforcent la financiarisation de l'agriculture ou encore le poids administratif de la PAC. Un poids déjà écrasant pour nos agriculteurs.

Enfin, le problème principal aujourd'hui n'est pas la volatilité des prix mais bien la stagnation, à un niveau très bas, des prix.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque, aunque estoy de acuerdo con que la volatilidad de los precios es un problema gravísimo del sector agrícola, no identifica las verdaderas causas de esta volatilidad, vinculadas al actual modelo agrícola impulsado desde la Unión, la liberalización de este mercado, el exceso de producción y el fomento de la exportación y nuevos mercados.

Las soluciones propuestas en este informe se basan en herramientas de gestión de riesgos, en particular los distintos tipos de seguros y fondos mutuos, así como asociaciones público-privadas dentro de las herramientas de gestión de crisis de la PAC. Pero estas no representan una solución a largo plazo, no son efectivas y son creadas casi exclusivamente para beneficiar a las explotaciones agrícolas más grandes, revirtiendo así en beneficio del modelo agroindustrial.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. — Hlasoval jsem proti. Usnesení volá pro „ráznější" politice EU, jež bude spojena se „spravedlivějšími a rentabilnějšími cenami" – jinými slovy, zpráva volá po silnější regulaci, po silnějším ovlivňování tržních cen v zemědělství. Evropské zemědělství podle mě naopak potřebuje méně regulací a méně dotací, aby došlo k tržnímu narovnání a stabilnějším cenám.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Poljoprivredna djelatnost snažno ovisi o klimatskim uvjetima i biljnim ili životinjskim bolestima, koji su prirodni čimbenici izvan kontrole poljoprivrednika. Stoga je i uspješnost poljoprivrednih gospodarstava puno neizvjesnija nego u drugim gospodarskim sektorima. Nesigurnost u pogledu prihoda šteti ulaganjima i inovaciji te može dovesti u pitanje gospodarsku održivost, a pretjerana nestabilnost ne koristi ni proizvođačima ni potrošačima.

Zbog rastuće globalne poljoprivredne razmjene, alati za upravljanje rizicima u poljoprivredi ponovno su u centru pažnje novog ZPP-a za razdoblje od 2014. do 2020. U izvješću se ističe da su alati za upravljanje rizicima iz drugog stupa trenutnog ZPP-a neprimjereni za ograničavanje posljedica koju nestabilnost cijena ima na prihode poljoprivrednika. Budući da je nestabilnost cijena poljoprivrednih proizvoda jedan od glavnih uzročnika nepredvidljivih uvjeta poslovanja europskih poljoprivrednika, EU bi trebala doprinijeti rješavanju tog problema u okviru ZPP-a.

Ideje za poboljšanje su jačanje organizacije raznih dijelova poljoprivrednog sektora i sustava sklapanja ugovora, bolja zaštita poljoprivrednih prihoda uspostavom alata za upravljanje rizicima primjerenih nestabilnosti cijena i veća transparentnost tržišta uvođenjem opservatorija za nadzor cijena. Budući da smatram da je za slanje jasne poruke građanima i poljoprivrednicima potrebno usvojiti praktičan pristup problemu kroz donošenje alata za borbu protiv nestabilnosti cijena, podržala sam ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The European Union does not currently have a genuine safety net to curb market volatility. Noting that farmers will be increasingly exposed to price volatility, the European Parliament deemed it necessary to adopt a more incisive and coherent policy, with targeted instruments at EU and national level. The European Parliament has underlined the importance of maintaining decoupled direct aids under the current CAP, together with the single area payment scheme, which constitute compensation for public services and a vital component in securing the income of farmers and providing them with a degree of financial stability.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Bezpečnosť a stabilita poľnohospodárskeho sektoru majú zásadný význam pre potravinovú bezpečnosť a dostatočnosť. Globalizácia obchodu s poľnohospodárskymi výrobkami, klimatické zmeny, zdravotný stav zvierat a rastlín ovplyvňujú dostupnosť, cenu a kvalitu poľnohospodárskych a potravinárskych produktov. To má okrem hospodárskych rizík aj dosahy na zdravie a životy obyvateľov.

Preto spoločná poľnohospodárska politika musí prostredníctvom nástrojov na riadenie rizík pružne reagovať na všetky faktory ovplyvňujúce poľnohospodársku produkciu tak, aby poľnohospodárstvo bolo stabilnou hospodárskou oblasťou, schopnou zabezpečiť cenovo dostupné a kvalitné poľnohospodárske výrobky.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τα εργαλεία της ΚΓΠ για τη μείωση της αστάθειας των τιμών στις γεωργικές αγορές, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport.

Ce rapport d'initiative a pour but de lutter contre la volatilité des prix sur les marchés agricoles, alors même que ces prix ne sont plus volatiles depuis deux ans. Le rapport comporte donc une erreur conjoncturelle de base que nous ne pouvons pas ignorer. Par ailleurs, l'analyse des difficultés rencontrées dans le domaine de l'agriculture, effectuée par la rapporteure, est parcellaire et mal hiérarchisée.

Les solutions envisagées manquent de cohérence. Certaines mesures sont de bon sens, notamment l'interventionnisme public sur les marchés, mais d'autres restent très dangereuses pour l'agriculture française. Étant donné ce manque de cohérence et la volonté d'imposer des mesures administratives supplémentaires sur la PAC, nous restons défavorables envers ce rapport.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espresso a favore della relazione sugli strumenti della PAC intesi a ridurre la volatilità dei prezzi nei mercati agricoli, riconoscendo la grande importanza di questo settore che non solo provvede alla fornitura di prodotti alimentari ma contribuisce anche, in maniera significativa, allo sviluppo delle aree rurali. Il delicato equilibrio che caratterizza oggi la filiera alimentare è messo a rischio dall'instabilità dei mercati agricoli, su cui incidono in modo importante anche i processi di globalizzazione e i cambiamenti climatici.

Sulla base di questi presupposti, un'azione coordinata a livello nazionale ed europeo può rivelarsi efficace allo scopo di garantire la produttività nel settore agricolo ma anche di tutelare gli operatori agricoli più esposti alla volatilità dei prezzi.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – La actividad agrícola depende de factores naturales, como los procesos biológicos y las condiciones climáticas, que se encuentran fuera del control de los agricultores, lo que genera un grado importante de incertidumbre en el rendimiento de las explotaciones agropecuarias. A esto se suma además la volatilidad de los precios de los productos agrícolas, uno de los factores responsables de la dramática situación que afrontan actualmente muchos agricultores europeos.

Por ello, doy mi apoyo a la definición en el marco de la próxima reforma de la PAC de instrumentos que permitan reducir la volatilidad de precios en los mercados agrícolas a través del refuerzo de la organización de sectores y la contractualización. Considero que es necesario también una mejor protección de la renta de los agricultores mediante la introducción de herramientas de gestión de los riesgos adaptadas a la volatilidad de los precios y el refuerzo de la transparencia de los mercados mediante la creación de observatorios de precios.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Les principales crises agricoles de ces dernières années (crise du lait ; crises de l'élevage) ont été en partie causées par la grande volatilité des prix sur les marchés. Il est vrai que les marchés agricoles sont par nature instables, du fait de la difficulté d'ajuster la production à la demande, elle-même dépendante des habitudes alimentaires des consommateurs. Mais surtout, cette extrême volatilité des prix est le résultat direct de la double-logique prônée par la Commission européenne: dérégulation et libéralisation. Dérégulation, car la PAC ne possède pas les moyens nécessaires pour empêcher les fortes chutes de prix. Libéralisation, car l'agriculture européenne est de plus en plus exposée — du fait des grandes négociations commerciales internationales — à la concurrence des agro-industries des pays tiers.

Le rapport Delahaye — considérablement réorienté par les socialistes européens — a la vertu d'avancer des solutions concrètes d'amélioration. Si la droite a davantage mis l'accent sur les instruments privés (meilleure organisation collective des producteurs, observatoires des prix, etc.), les socialistes ont rappelé — à juste titre — l'importance d'une politique publique volontariste, qui ne s'interdise pas, par exemple, de mobiliser des outils de modération de la production. J'ai voté pour ce rapport.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Η γεωργική δραστηριότητα εξαρτάται από βιολογικές διεργασίες. Συνεπώς, είναι εξαρτημένη σε μεγάλο βαθμό από τις κλιματικές συνθήκες και επηρεάζεται από τις φυτικές και ζωικές ασθένειες —φυσικούς παράγοντες που ξεφεύγουν από τον έλεγχο των γεωργών. Η διακύμανση της επίδοσης των γεωργικών εκμεταλλεύσεων είναι επομένως πολύ πιο αβέβαιη από εκείνη άλλων τομέων της οικονομίας. Η εισοδηματική αβεβαιότητα επηρεάζει αρνητικά κυρίως τις επενδύσεις και τις καινοτομίες και είναι ικανή να υπονομεύσει την οικονομική βιωσιμότητα των εκμεταλλεύσεων. Επί πλέον, οι διακυμάνσεις στην παραγωγή σημαίνουν ότι οι γεωργικές αγορές έχουν μια εγγενή τάση να είναι ασταθείς. Είναι γενικά αποδεκτό ότι μια υπερβολική αστάθεια δεν ωφελεί ούτε τους παραγωγούς (επηρεάζοντας τις ενδείξεις της αγοράς και καθιστώντας αβέβαια τα εισοδήματα) ούτε τους καταναλωτές (επηρεάζοντας την επιλογή της τροφής τους).

Για τους πιο πάνω λόγους υπερψήφισα το πιο πάνω ψήφισμα.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Europäische Landwirte sind immer stärker Risiken und Unsicherheiten (Pflanzen- und Tierkrankheiten, Witterungsverhältnisse, Schädlingsbefall) ausgesetzt. Schwankungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen führen zu Preisschwankungen, welche weder den Erzeugern noch den Verbrauchern zugutekommen. Um dieser Unsicherheit entgegenzuwirken, wird den Instrumenten (z.B. GAP) des Risikomanagements in der Landwirtschaft wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt.

GAP-Ziele 2014-2020: Stärkere Wettbewerbsfähigkeit, verbesserte Nachhaltigkeit, größere Effizienz = Volatilität bekämpfen und die Einkommen stabilisieren.

Die Instrumente der derzeitigen GAP wurden von insg. zwölf Mitgliedsstaaten genutzt. Insgesamt wurden öffentliche Mittel in Höhe von 2,7 Milliarden EUR eingesetzt (1,7 Milliarden aus den Fonds für die ländliche Entwicklung). Laut Berichterstatterin, sei das Instrument des Risikomanagements der zweiten Säule der derzeitigen GAP zur Begrenzung der Auswirkung der Preisschwankungen auf das Einkommen der Landwirte völlig ungeeignet – daher wird eine Überarbeitung der aktuellen GAP gefordert.

Da die Forderungen die Stärkung der landwirtschaftlichen Sektoren und den besseren Schutz der Einkommen der Landwirte (Instrumente des Risikomanagements) beinhalten, habe ich diesen Bericht mitgetragen.

Alex Mayer (S&D), *in writing*. – This report responds to the price volatility in agricultural markets that can threaten the financial security of smallholder farmers. I supported the report where it critically assessed current CAP intervention methods and I support improving the terms of trade for farmers, for example, when they are dealing with the big supermarkets that buy their products. However, I voted against the parts of the report which seek to increase CAP spending.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl BŽŪP priemonių kainų svyravimams žemės ūkio produktų rinkose mažinti. Tikiuosi, jos padės užtikrinti kainų stabilumą, apsirūpinimo maistu saugumą ir konkurencingą Europos ūkininkų padėtį pasaulio rinkoje.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report due to the high level of price volatility facing agriculture in the EU.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La rapporteure estime que la volatilité des prix des produits agricoles est l'un des facteurs principaux de la situation dramatique que de nombreux agriculteurs européens connaissent actuellement. C'est vrai ! Mais, tout en édulcoration, le rapport consent seulement à imaginer «que la financiarisation de l'économie mondiale et le jeu spéculatif qui l'accompagne, a potentiellement des effets sur les marchés agricoles» . Et avec fatalisme, elle indique que «l'exposition des agriculteurs à la volatilité des prix, (…) va aller croissante» , tout en indiquant «qu'il est du rôle de l'Union européenne d'apporter des solutions à ce phénomène, notamment à travers la PAC» . Une manière de justifier par avance l'inaction et l'inefficacité de l'UE ? Car pour y remédier, bien loin de toute idée de quota de production et de régulation des prix, elle se borne à proposer aux agriculteurs «des cours de formation sur la gestion des risques» . Je vote contre ce texte qui acte la disparition de l'agriculture européenne.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport, déjà longuement débattu, n'a pas fait l'objet d'un consensus préalable. Il a pour objectif de lutter contre la volatilité des prix sur les marchés agricoles alors que ces mêmes prix ne sont aucunement volatiles mais dramatiquement bas. Ce texte est un fourre-tout, sans cadre cohérent, il accumule des propositions de bon sens mais aussi des mesures dangereuses qui renforcent la financiarisation de l'agriculture et le poids administratif de la Politique Agricole Commune.

Considérant que les objectifs de ce texte sont en dehors de la réalité de la situation et que les propositions qui en résultent sont incohérentes, j'ai donc voté contre.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je salue l'adoption par le Parlement européen de ce rapport relatif à la volatilité des prix sur les marchés agricoles et aux outils de la PAC pouvant réduire cette volatilité. La volatilité des prix a un impact sur l'activité agricole, le revenu des agriculteurs et la sécurité alimentaire. L'Union européenne, dans le cadre de la PAC, doit se pencher sur cette problématique afin de lutter contre l'incertitude générée par la volatilité des prix ainsi que les répercussions qu'elle engendre notamment sur les investissements et l'innovation.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this report because we need effective EU measures that will protect the farmers as well as consumers against unfair trade practices. The farmers are the weakest link of the food chain, while being the most important one. The future CAP should look at new ways to combat price volatility and stabilise farmers' income; the current system doesn't work or is too slow to react to market imbalances such as the Russian embargo or international low demand for agricultural products.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Mezőgazdasági és Vidékfejlesztési Bizottság állásfoglalás-tervezete szerint az európai mezőgazdasági termelők helyzetét veszélyeztető legfontosabb kockázat a mezőgazdasági termékek árának ingadozása, a KAP által biztosított kockázatkezelési eszközök pedig nem képesek mérsékelni ezt a kockázatot. A tervezet szerint az Európai Unió feladata megoldást találni erre a helyzetre, éspedig a KAP keretében kialakítandó olyan eszközök révén, amelyek lehetővé teszik az áringadozás elleni hatékony küzdelmet.

A tervezet elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport, qui est sujet à de nombreux débats au sein de la commission AGRI, commet une grave erreur conjoncturelle. Il s'attaque en effet à la question de la volatilité des prix alors que le problème majeur que rencontrent les producteurs aujourd'hui est la stagnation basse de ces prix.

Par ailleurs, ce texte est un fourre-tout où sont mélangées un grand nombre de mesures parfois très bonnes, comme l'augmentation de l'interventionnisme public sur les marchés ou l'amélioration de la contractualisation, mais parfois aussi très dangereuses car renforçant la financiarisation de l'agriculture et le poids administratif de la PAC.

Face à un texte sans cohérence, nous continuerons à nous y opposer.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport comporte une erreur conjoncturelle de base: il a pour but de lutter contre la volatilité des prix sur les marchés agricoles, alors que ces prix ne sont plus volatiles, mais désespérément bas, et ce depuis deux ans. La question actuelle est donc plutôt la stagnation basse des prix.

Faute de cadre cohérent, ce texte est un fourre-tout, dans lequel cohabitent des mesures de bon sens (notamment l'interventionnisme public sur les marchés, ou l'amélioration de la contractualisation) et d'autres, bien plus dangereuses, qui renforcent la financiarisation de l'agriculture ou encore le poids administratif de la PAC.

Je vote donc contre ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I supported this report as it responds to a rising challenge of price volatility in agricultural markets which undermines the livelihoods of many farmers, particularly tenants and smallholders, and can potentially threaten food security in the EU and beyond. The report offers a balanced view, critically assessing low effectiveness of traditional CAP market intervention tools, while instead advocating stronger emphasis on improvement of farmers' terms of trade, their position in the food supply chain, contractual relations with retailers and availability of risk management tools.

However, I rejected three paragraphs explicitly advocating an increase in CAP spending in areas related to market intervention.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative française sur les outils de la PAC permettant de limiter la volatilité des prix sur les marchés agricoles. Adopté à une large majorité, le texte propose d'améliorer la structuration des filières grâce à trois idées majeures: le renforcement de la contractualisation entre les différents acteurs, l'orientation de la PAC vers une politique de soutien aux agriculteurs via des systèmes assurantiels, la transparence avec la création d'observatoires des prix et le renforcement des observatoires existants.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The common agricultural policy represents the agricultural policy of the EU implementing a system of agricultural subsidies and other programmes. I have voted for this report regarding CAP tools to reduce price volatility in agricultural markets.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat acest raport, având în vedere faptul că politica agricolă comună este una dintre cele mai tangibile și concrete politici ale UE, pentru funcționarea căreia sunt investite anual sume consistente din bugetul UE, iar crearea unor instrumente care să echilibreze cheltuielile în acest domeniu este extrem de necesară, atât pentru fermierii-producători, cât și pentru consumatori. Întrucât, în ultimii ani, din ce în ce mai mulți producători agricoli europeni se confruntă cu probleme majore din punct de vedere economic, provocate de condițiile climatice sau de diversele boli ale animalelor, cred că UE poate implementa o serie de instrumente care să reducă volatilitatea prețurilor pe piețele agricole. Documentul adoptat astăzi propune o mai bună predictibilitate a costurilor necesare producției agricole, astfel încât să se aibă în vedere și asigurarea unui venit echitabil cu munca pentru producători, dar și un preț accesibil pentru consumatori, iar una din soluțiile propuse în raport este crearea unor observatoare ale prețurilor.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – V souvislosti s přijatou zprávou plně sdílím doporučení, aby byly v tržně orientované SZP dále rozvíjeny nástroje v oblasti klimatu, zdraví a řízení ekonomických rizik, zejména různé druhy pojištění proti rizikům v zemědělské výrobě, nástroje pro stabilizaci příjmů, mechanismy pro jednotlivě poskytované služby a podílové fondy, a to s cílem omezit dopady kolísavosti cen a podpořit řízení zemědělských podniků zaměřené na budoucnost. Komise by měla podporovat výměnu osvědčených postupů mezi členskými státy a vyvíjet nové nástroje s cílem bránit rizikům spojeným s kolísavostí cen a tato rizika účinně řídit, a položit tak základy pro diskusi o budoucích reformách SZP.

Cora van Nieuwenhuizen (ALDE), *schriftelijk*. – De VVD ondersteunt de ontwikkeling van nieuwe en bestaande (financiële) risicobeheersinstrumenten - binnen de kaders van het gemeenschappelijk landbouwbeleid - die landbouwers weerbaarder kunnen maken tegen prijsschommelingen. De VVD is van mening dat bindende Europese regels omtrent oneerlijke handelspraktijken niet het juiste instrument vormen en wacht daarnaast de *impact assessment* van de Europese Commissie hieromtrent af. De VVD wil dat er meer aandacht gaat naar vrijwillige en zelfregulerende initiatieven die door de sector worden geïnitieerd. De VVD is ook niet voor het idee dat GLB-doelstellingen boven de mededingingsregels moeten prevaleren en dat de crisisreserve buiten de EU begroting moet worden geplaatst.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für den Bericht ausgesprochen, da meiner Meinung nach eine Anpassung der Instrumente an die derzeitige Lage notwendig ist, um die Preisschwankungen zu bekämpfen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Põllumajandustootjad kannatavad pidevate hinnakõikumiste tõttu ning turg on ebastabiilne. Liikmesriigid saavad vastavalt vajadusele integreerida ÜPP lahendusi, nende hulgas riskijuhtimismeetmeid, nagu saagi, loomade ja taimede kindlustamine ning viisid sissetulekute stabiliseerimiseks, nagu näiteks rahaline osalus ühisfondis.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η αστάθεια και η μεταβλητότητα των τιμών χαρακτηρίζανε πάντα την γεωργική αγορά, και τα τελευταία χρόνια έχουν γίνει, λόγω της ταχείας διαδοχής των διαταραχών της ζήτησης, της προσφοράς και των τιμών, ένα δομικό χαρακτηριστικό της γεωργίας, τόσο σε ευρωπαϊκό όσο και σε παγκόσμιο επίπεδο.

Δυστυχώς, η σημερινή ΚΓΠ, απέτυχε να αντιμετωπίσει την υψηλή μεταβλητότητα των τιμών στις γεωργικές αγορές και θέτει υπερβολική επιβάρυνση για τον παραγωγό. Η έκθεση, την οποία υπερψήφισα, μετά από την ανάλυση της υφιστάμενης κατάστασης και τον εντοπισμό των κυριότερων προβλημάτων, προτείνει διάφορες βελτιώσεις ενόψει της προσεχούς μεταρρύθμισης της ΚΓΠ όπως ενισχυμένη τομεακή οργάνωση και συμβασιοποίηση, καλύτερη προστασία του εισοδήματος των γεωργών με τη δημιουργία εργαλείων διαχείρισης κινδύνων που να είναι προσαρμοσμένα στην αστάθεια των τιμών, μεγαλύτερη διαφάνεια των αγορών με τη δημιουργία παρατηρητηρίων τιμών.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Η ΚΑΠ είναι εργαλείο καταστροφής και ξεκληρίσματος των μικρομεσαίων αγροτών που κατάφεραν να επιβιώσουν μετά από τόσα χρόνια εφαρμογής της εξ αιτίας του ανταγωνισμού για τη κερδοφορία των μονοπωλιακών ομίλων που δραστηριοποιούνται στον κλάδο. Αυτή είναι η αιτία για τις χαμηλές τιμές παραγωγού κάτω του κόστους και ψηλές τιμές για την εργατική τάξη και τα λαϊκά στρώματα που καταναλώνουν τα προϊόντα.

Ορισμένες βάσιμες διαπιστώσεις που υπάρχουν στην έκθεση, όπως η αναφορά στο σημείο (I) σελ. 4/22 για εξαφάνιση 2,4 εκατομμυρίων γεωργικών εκμεταλλεύσεων, καταντούν υποκρισία, αφού αυτές δεν οδηγούν σε μέτρα αντιμετώπισης της αιτίας· αντίθετα, τα όποια μέτρα προτείνονται, εκτός του ότι είναι «ασπιρίνες» (δημιουργία παρατηρητηρίων τιμών, πρόληψη διαχείριση κρίσεων, ταμεία αλληλοβοήθειας κ.λπ.), συνιστούν ταυτόχρονα και μέτρα που θα ενισχύσουν την τάση του καπιταλισμού της συγκέντρωσης και συγκεντροποίησης που υπηρετεί τόσο η ΕΕ όσο κι η ΚΑΠ.

Η πρωτογενής παραγωγή είναι υποταγμένη αντικειμενικά στους εμποροβιομήχανους και τις τράπεζες, όπως αναγνωρίζει και η έκθεση, αναφέροντάς τους ως «αδύναμο κρίκο της τροφικής αλυσίδας λόγω της ολοένα μεγαλύτερης συγκέντρωσης του τομέα και των μεγάλων επιχειρήσεων».

Τέλος, η πρόταση για κοινές διεπαγγελματικές οργανώσεις των παραγωγών και των επιχειρήσεων ως «λύση» είναι σαν να βάζουν τον λύκο να φυλάει τα πρόβατα.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. Même si dans sa version initiale, il était d'approche très libérale, il a été par la suite réequilibré grâce à un travail important d'amendements des députés socialistes. Au-delà des mécanismes de marché et face au problème systémique de la volatilité des prix dans le secteur agricole, il est important d'agir sur l'équilibre entre l'offre et la demande en se dotant également d'outils et de règles appartenant aux politiques publiques. Il est en effet important de disposer de capacités d'intervention en cas de crise agricole (comme dans le secteur du lait) et de dysfonctionnement des marchés en maîtrisant la production ou en adoptant des mesures anti-cycliques.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Care colleghe e cari colleghi, ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che un'eccessiva volatilità dei prezzi sul mercato agricolo danneggerebbe i produttori ed i consumatori.

Pertanto ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — Agriculture is confronted with higher levels of price volatility than other economic sectors due to a variety of economic, natural and political factors. I voted in favour of this report as it recommends facilitating the introduction of contractual relations by adapting competition law, further developing crisis and risk management tools and monitoring instruments for greater market transparency. A major objective for the future CAP must be the tackling of price volatility in order to ensure a fair income for farmers, stabilise agricultural markets and guarantee viable food production.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam Rezoluciju Europskog parlamenta o alatima ZPP-a za smanjenje nestabilnosti cijena na poljoprivrednim tržištima koja donosi odlučniju i usklađeniju politiku s odgovarajućim instrumentima na razini EU-a i nacionalnoj razini, a u svrhu osiguranja multifunkcionalne i održive poljoprivredne proizvodnje diljem Unije. Naglašavam da poljoprivredna djelatnost ovisi o biološkim procesima te stoga snažno ovisi o klimatskim uvjetima i biljnim ili životinjskim bolestima, a prirodni čimbenici su izvan kontrole poljoprivrednika.

Uspješnost poljoprivrednih gospodarstava stoga je puno neizvjesnija nego kada je riječ o poduzećima u drugim gospodarskim sektorima, pa su izravna plaćanja i dalje neka vrsta stabilnosti za poljoprivrednike. Nužna je veća sinergija između ZPP-a i drugih politika EU-a, posebno u područjima energije, opskrbe vodom, korištenja zemljišta, bioraznolikosti i ekosustava te razvoja kako ruralnih tako i otočkih područja.

Pregovaračka moć proizvođača u lancu opskrbe hranom mora ojačati standardnim, transparentnim, uravnoteženim i kolektivno dogovorenim ugovorima kako bi poljoprivrednici bili u mogućnosti odgovoriti na nepoštene trgovinske prakse, biti konkurentniji, mogli povećati stabilnost svojih prihoda, stvoriti dodanu vrijednost i ulagati u inovacije odnosno biti pokretači zapošljavanja. Smatram kako dugoročni ciljevi poljoprivredne politike moraju osiguravati poštene životne standarde za poljoprivredne zajednice odnosno primarne proizvođače, težiti stabiliziranju tržišta i jamčiti održivu proizvodnju hrane.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Gli agricoltori sono l'anello più importante, ma anche più debole, della filiera produttiva del cibo e sono i più colpiti dall'alta volatilità dei prezzi.

L'UE deve elaborare misure efficaci per proteggere loro e i consumatori dalle pratiche commerciali sleali. Il sistema attuale risponde troppo lentamente agli shock e agli squilibri di mercato, come nel caso dell'embargo russo o della debole domanda internazionale di prodotti agricoli, ed è incapace di combattere le pratiche commerciali sleali, l'eccessiva volatilità dei prezzi e di stabilizzare il reddito degli agricoltori.

Questa relazione è un buon punto di partenza per affrontare questi problemi. Propone, infatti, diversi miglioramenti della politica agricola comune, come l'inclusione di nuovi strumenti per la prevenzione e la gestione delle crisi nel breve termine e la previsione di misure anticicliche sul lungo termine. Altrettanto importante sarà il rafforzamento del potere contrattuale degli agricoltori, grazie all'introduzione di contratti standard, trasparenti, equilibrati e negoziati collettivamente.

La volatilità dei prezzi e gli squilibri di mercato sono una minaccia non solo per gli agricoltori e i consumatori, ma mettono a rischio la stessa indipendenza alimentare dell'UE sul lungo periodo. È perciò quanto mai necessario e urgente intervenire e per questo motivo ho sostenuto questa risoluzione.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Nestabilnost i fluktuacije cijena su tijekom posljednjih nekoliko godina zbog niza brzih uzastopnih šokova u pogledu potražnje, opskrbe i cijena postale strukturna značajka poljoprivrede i na europskoj i na svjetskoj razini. Pojave koje su posljedica klimatskih promjena kao što su suše i poplave također doprinose nestabilnosti cijena. Nestabilnost cijena šteti poljoprivredno-prehrambenom sektoru, što je štetno za ulaganja te sposobnost otvaranja novih radnih mjesta.

Europska unija ne raspolaže pravom sigurnosnom mrežom s pomoću koje bi mogla ograničiti nestabilnost tržišta. Potrebne su učinkovite mjere EU-a koji će zaštititi poljoprivrednike, kao i potrošače protiv nepravednih trgovinskih praksi. Buduća ZPP treba tražiti nove načine za borbu protiv nestabilnosti cijena kao i za stabilizaciju prihoda poljoprivrednika.

Sadašnji sustav se nije pokazao uspješnim u reagiranju na tržišne neravnoteže poput ruskog embarga ili na pad potražnje za poljoprivrednim proizvodima na međunarodnoj razini. U izvješću se, nakon analize stanja i identificiranje glavnih problema, predlaže nekoliko poboljšanja ZPP-a: povećana podrška za sektorsku organizaciju i proizvođače, bolji ugovorni sustav i povećanje transparentnosti. Ovo izvješće se može smatrati prvim korakom prema novoj Zajedničkoj poljoprivrednoj politici.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — A instabilidade dos preços na agricultura é indissociável da globalização capitalista do comércio de produtos agrícolas. Deve-se a fatores de mercado (oferta e demanda), decisões políticas (acordos comerciais no mercado global), investimentos financeiros e especulação (investimentos financeiros em produtos agrícolas) e fatores climáticos.

O relatório apresenta como objetivos o fortalecimento da organização dos diferentes sectores agrícolas e sistemas contratuais; aborda a desigualdade na cadeia alimentar entre os grandes retalhistas e produtores primários e soluções para proteger os rendimentos dos agricultores de forma mais eficaz através da utilização de ferramentas de gestão de risco, instrumentos de estabilização de renda, mecanismos de prestação individuais e fundos mútuos. O relatório enfatiza ainda que na atual PAC faltam ferramentas de resposta eficazes. Todavia, não dá respostas claras, procurando soluções nos locais errados, não identificando a verdadeira causa do problema da volatilidade. Pelo contrário, apoia um modelo de agricultura orientado para o mercado e para a competitividade. A volatilidade dos preços é um problema de natureza estrutural, para o qual contribui a liberalização do comércio de produtos agrícolas.

Os instrumentos de gestão de risco propostos, em particular os vários tipos de seguros e fundos mútuos, bem como as experiências com parcerias público-privadas no âmbito das ferramentas de gestão de crises da PAC, não representam solução.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Pojęcie zmienności cen w rolnictwie oznacza znaczne zmiany cen produktów rolnych w danym roku. Rolnicy często stają wobec znacznych zmian cen, jakie otrzymują za sprzedaż swoich produktów rolnych. Powoduje to niepewność finansową co do dochodów rolników i może stwarzać dla nich zagrożenie, gdyż ich dochody są mniej przewidywalne i mogą być narażone na nagły spadek cen. Poza tym zjawisko to zmniejsza możliwości długoterminowego inwestowania, zwłaszcza przez młodych rolników. Rolnictwo jest narażone na zmienność cen również z powodu czynników klimatycznych i pogodowych oraz zmian w handlu światowym, zwłaszcza z Rosją i Chinami, i wynikającej stąd nadwyżki towarów na rynku europejskim. Delegacja PiS zgłosiła poprawkę, w której podkreślono, że płatności bezpośrednie powinny pozostać instrumentem WPR po 2020 roku, jednak sprawozdawczyni uznała ją za niezgodną ze sprawozdaniem i poprawka została odrzucona. Niniejszym wstrzymałem się od głosu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport de ma collègue Angélique Delahaye, qui propose la mise en place d'outils au sein de la politique agricole commune pour réduire la volatilité des prix sur les marchés agricoles. L'agriculture est en effet confrontée à des niveaux plus élevés de volatilité des prix à cause des taux de change, de la fluctuation des prix du pétrole, des conditions météorologiques défavorables et des maladies animales ou végétales. Il convient donc de renforcer l'organisation des filières, de créer un système d'épargne de précaution obligatoire, de mieux protéger le revenu de nos agriculteurs et de renforcer la transparence des marchés par la mise en place d'observatoires de prix. Une Europe qui agit et qui gagne c'est aussi une Europe qui apporte des solutions concrètes aux acteurs économiques des secteurs en difficulté.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A atividade agrícola está exposta a vários riscos, pois depende de processos biológicos, estando assim fortemente subordinada às condições climáticas e às doenças das plantas e dos animais, fatores que, em certa medida, estão fora do controlo dos agricultores. Assim, a agricultura é confrontada com níveis de volatilidade mais elevados do que outros setores económicos. A incerteza quanto aos rendimentos prejudica sobretudo o investimento e a inovação e pode pôr em causa a viabilidade económica das explorações.

O relatório defende que PAC não possui hodiernamente as ferramentas de gestão de riscos suficientes para as necessidades do setor, numa conjetura de crescente volatilidade nos mercados.

Apoio o presente relatório, pois considero que os dos principais objetivos da PAC deve ser o combate à volatilidade dos preços, de forma a garantir rendimentos justos para os agricultores, estabilizar os mercados agrícolas e garantir a viabilidade da produção de alimentos.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Precisamos de medidas eficazes na União Europeia que protejam os agricultores, bem como os consumidores, contra práticas comerciais desleais. Os agricultores são o elo mais fraco da cadeia alimentar, embora sejam um dos mais importantes. A futura Política Agrícola Comum (PAC) deve procurar novas formas de combater a volatilidade dos preços e estabilizar os rendimentos do agricultor. O sistema atual não funciona ou é demasiado lento para reagir a desequilíbrios do mercado como o do embargo russo ou a baixa demanda internacional de produtos agrícolas. Este relatório afirma ainda que a capacidade de gerar e manter empregos rurais são os primeiros passos para a próxima PAC.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Como señala este informe, que he apoyado con mi voto, la inestabilidad y la volatilidad de los precios debido a perturbaciones en la demanda, la oferta y los precios, se han convertido en los últimos años en un elemento estructural de la agricultura, tanto a nivel europeo como mundial. Lamentablemente, la Unión no dispone de una verdadera red de seguridad para frenar la volatilidad de los mercados, lo que supone un fuerte desincentivo para el mantenimiento de la actividad agrícola en el territorio de la Unión.

Ante esta realidad, este informe aboga por reforzar la organización de sectores y la contractualización, así como el poder de negociación de los agricultores. Igualmente, insta a impulsar herramientas de gestión de los riesgos adaptadas a la volatilidad de los precios y dotados de suficientes recursos, solicitando nuevos instrumentos a la Comisión Europea. Finalmente, reclama mayor transparencia de los mercados mediante la creación de un observatorio de precios europeo que cubra toda la cadena y en todos los sectores.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui estime que les outils historiques de la PAC en matière de gestion de crise n'ont aujourd'hui plus l'efficacité suffisante pour faire face aux défis d'une économie mondialisée. Le texte adopté demande donc à la Commission de mettre en place des outils appartenant au registre public et privé, pouvant se combiner ou se compléter mutuellement et prévoyant un mécanisme d'alerte précoce contraignant adapté aux besoins, pour garantir le bon fonctionnement et contrer les crises des marchés. Le texte du rapport demande également la constitution d'une réserve de crise hors du budget de la PAC, qui puisse servir à financer les outils de gestion des crises.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pritariau šiam dokumentui. ES atliko didelį darbą, užtikrindama priemones, kurios padėjo padidinti žemės ūkio produktų kainų stabilumą. Žinoma, darbas dar nebaigtas ir jį teks tęsti, ypač rengiant naująją BŽŪP po 2020 m.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – La volatilité des prix des matières agricoles menace la pérennité de l'agriculture européenne et expose les agriculteurs à une précarité inacceptable. Ce rapport propose d'adapter la PAC afin de mieux réguler le marché, maîtriser l'évolution des prix et protéger les exploitants agricoles. Il préconise de renforcer le pouvoir de négociation des agriculteurs dans la chaîne de production alimentaire, en se basant notamment sur des contrats standards, transparents, équilibrés et collectivement négociés. Le rapport suggère également de créer de véritables outils de gestion des risques climatiques, sanitaires et économiques, tels que des fonds mutuels sectoriels et des mécanismes assurantiels. De plus, il propose la création d'observatoires des prix agricoles européens, chargés de produire une analyse dynamique des marchés agricoles et de formuler des recommandations. Enfin, ce rapport préconise l'élaboration d'un système de moyen terme d'intervention contra-cyclique, afin de permettre à l'Union d'agir sur les marchés agricoles pour éviter les chutes de prix. Dans la mesure où il émet des propositions permettant une meilleure protection des agriculteurs et une préservation de la ruralité, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A atividade agrícola depende, obviamente, de processos biológicos, estando consequentemente subordinada a fatores naturais fora do controlo dos agricultores (exógenos), tornando por isso incerto o desempenho das explorações agrícolas e pondo em causa a sua viabilidade económica.

Inicialmente, a Politica Agrícola Comum (PAC) caracterizava-se por uma forte regulação dos mercados agrícolas através de preços garantidos, que asseguravam aos agricultores um valor mínimo pelos seus produtos, em caso de crise. Com as sucessivas reformas, foi-se alterando o seu funcionamento. A última reforma, em 2013, que definiu a PAC para o período de 2014-2020, assentou em dois pilares tendo o sistema de pagamentos diretos sido reformulado (mais orientado, mais equitativo e mais ecológico).

Contudo, os instrumentos de gestão de riscos previstos no segundo pilar da PAC são insuficientes para contornar a volatilidade dos preços no rendimento dos agricultores - um dos principais fatores da instabilidade vivida atualmente por muitos agricultores europeus.

O reforço da organização dos sectores e da contratualização, a melhoria da proteção do rendimento dos agricultores, através de instrumentos de gestão de riscos adaptados à volatilidade dos preços e o reforço da transparência dos mercados são algumas das medidas propostas pela relatora, que subscrevo e, por essa razão, votei favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport d'initiative de ma collègue Angélique Delahaye portant sur les outils de la PAC permettant de réduire la volatilité des prix sur les marchés agricoles. Ce texte représente la première étape d'une réflexion en vue de la préparation de la prochaine PAC. Ainsi, une série d'outils est proposée et vise à permettre de lutter contre la volatilité des prix.

Trois idées principales sont présentes dans ce rapport: le renforcement de la contractualisation entre les différents acteurs de la chaîne alimentaire, l'orientation de la PAC vers une politique de soutien aux agriculteurs via des systèmes assurantiels permettant de garantir les revenus face à la volatilité des prix, et rendre les marchés plus transparents à travers la création d'observatoires des prix et le renforcement de ceux existants.

Enfin, le rapport mène également une réflexion et élabore des pistes en matière de gestion des crises étant donné qu'actuellement les mécanismes ne sont pas assez rapides et efficaces.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe dem Bericht zur Einführung von Instrumenten der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) zur Verringerung der Preisschwankungen auf dem Agrarmarkt zugestimmt.

Die Landwirtschaft ist mit höheren Preisschwankungen konfrontiert als andere Wirtschaftszweige. Es muss deshalb das Hauptziel für die künftige GAP sein, die schwankenden Lebensmittelpreise zu bekämpfen, um ein faires Einkommen für die Landwirte zu gewährleisten, die Agrarmärkte zu stabilisieren und eine lebensfähige Nahrungsmittelproduktion zu gewährleisten. Aus diesem Grund empfiehlt der Bericht, die Einführung und Weiterentwicklung von Krisen- und Risikomanagementinstrumenten sowie die Überwachung von bereits bestehenden Instrumenten zu fördern.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Zprávu zpravodajky A. Delahayové o nástrojích společné zemědělské politiky určených ke snížení kolísavosti cen na zemědělských trzích jsem podpořila. Přijaté usnesení fakticky popisuje současnou situaci na zemědělských trzích a navrhuje řadu aktivních řešení s cílem zmírnit kolísání cen v oblasti zemědělství. Za zcela zásadní považuji ustanovení, které žádá Komisi, aby vytvořila legislativní rámec EU zakazující nekalé obchodní praktiky v potravinářském řetězci. Po červnovém usnesení o nekalých obchodních praktikách zpravodaje E. Cezsaka z výboru IMCO, na kterém jsem se podílela jako stínová zpravodajka, se jedná o další z konkrétních výzev Evropského parlamentu směrem ke Komisi, tentokráte z výboru AGRI, aby konečně začala řešit stávající nerovnováhu sil mezi jednotlivými aktéry v potravinářském řetězci.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque, aunque estoy de acuerdo con que la volatilidad de los precios es un problema gravísimo del sector agrícola, no identifica las verdaderas causas de esta volatilidad, vinculadas al actual modelo agrícola impulsado desde la Unión, la liberalización de este mercado, el exceso de producción y el fomento de la exportación y nuevos mercados.

Las soluciones propuestas en este informe se basan en herramientas de gestión de riesgos, en particular los distintos tipos de seguros y fondos mutuos, así como asociaciones público-privadas dentro de las herramientas de gestión de crisis de la PAC. Pero estas no representan una solución a largo plazo, no son efectivas y son creadas casi exclusivamente para beneficiar a las explotaciones agrícolas más grandes, revirtiendo así en beneficio del modelo agroindustrial.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as the EU should not be involved in UK agriculture.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I have voted to support this report, which responds to the rising challenge of price volatility in agricultural markets, which undermines livelihoods of many farmers, particularly tenants and smallholders, and can potentially threaten food security in the EU and beyond. The report critically assesses the low effectiveness of traditional CAP market intervention tools while instead advocating stronger emphasis on improvement of farmers' terms of trade, their position in the food supply chain, contractual relations with retailers as well as availability of risk management tools.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Odlučio sam biti suzdržan prema ovom Izvješću, a ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Hlasovala som za uznesenie, pretože nedávne vlny extrémnych výkyvov na svetových poľnohospodárskych trhoch nás donútili vážnejšie sa zmysliť nad rastúcimi hrozbami, ktoré ohrozujú svetovú potravinovú bezpečnosť, oslabujú investície a modernizáciu, odrádzajú nových účastníkov a brzdia obnovu generácií v poľnohospodárskom odvetví. Mrzí ma, že tradičné nástroje spoločnej poľnohospodárskej politiky (SPP) na riadenie kríz nie sú dostatočne účinné v globalizovanom hospodárstve. Žiaľ, cenové výkyvy napriek doteraz prijatým opatreniam aj naďalej poškodzujú poľnohospodárstvo a agropotravinárske odvetvie, preto považujem za nevyhnutné prijať na úrovni Únie také nástroje, ktoré zabezpečia multifunkčnú a trvalo udržateľnú poľnohospodársku výrobu v celej Únii, ako aj spravodlivé a výhodné ceny. Napriek tomu, že sa v rámci súčasných opatrení v porovnaní s prostriedkami vyčlenenými pre starú SPP zvýšilo čerpanie verejných výdavkov, ešte stále to predstavuje len 0,4 % výdavkov SPP, čo nie je v poriadku. Očakávam preto, že v záujme zníženia negatívnych dôsledkov cenových výkyvov a nápravy narušenia trhov dôjde zo strany Únie k rýchlejšiemu a operatívnejšiemu zavadzaniu nástrojov jednotnej spoločnej organizácie trhov.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Podpořila jsem zprávu z vlastního podnětu o nástrojích určených ke snížení kolísavosti cen na zemědělských trzích. Zemědělci jsou často vystaveni kolísavosti cen vzhledem k mnoha faktorům, ať už to jsou přírodní faktory nebo faktory ekonomické, jako například směnné kurzy či ceny hnojiv a energií. Nebezpečí kolísavosti cen nejenže může vést k vytváření nejistoty mezi zemědělci z hlediska zajištění dalšího živobytí a příjmů, ale též může mnohé mladé začínající zemědělce odrazovat od podnikání. Je proto třeba se kolísavosti cen v zemědělství postavit, hledat příčiny problému a vhodná řešení.

Zpráva představuje určité ideje, které lze podpořit a dále rozpracovat. Těmito návrhy jsou například přijetí vhodných opatření na podporu zemědělství ve znevýhodněných regionech, a zejména posílení vyjednávací pozice producentů vytvořením standardních a vyvážených kolektivně vyjednaných smluv, které ve výsledku mohou zaručit obranu proti nekalým obchodním praktikám ze strany prodejních řetězců.

Též vítám zvážení možnosti častějšího využití tzv. derivátů, tj. smluv, kde se fixuje cena za určité množství komodity, lepšího informování o programech financování ze strany EIB a vytvoření evropského střediska pro sledování cen zemědělských produktů od producenta až po konečné prodejní ceny.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Ik kan me niet vinden in dit verslag waarin prijsvolatiliteit in landbouwmarkten onvermijdelijk lijkt. Natuurlijk zijn weersomstandigheden en wisselende oogsten verantwoordelijk voor prijsschommelingen. Maar we zouden beter de markten reguleren om het risico op zware verliezen te beperken. We zouden bijvoorbeeld speculatie op voedsel kunnen verbieden. Of proberen om vraag en aanbod beter op elkaar af te stemmen en minder overschotten produceren. De huidige agressieve exportstrategie van de Europese landbouwsector en de extreme afhankelijkheid van markten buiten de Unie, creëren de gekende problemen. De fruitsector, groentesector, maar ook zuivel en varkensvlees vinden geen markt - deels door de Russische boycot - of zien hun prijzen kelderen. Dit als een "natuurfenomeen" omschrijven is larie.

De risicobeheersinstrumenten die momenteel al in het GLB zitten (tweede pijler) zijn volgens de rapporteur ontoereikend en moeten versterkt worden. Sinds de hervorming van het GLB zijn de Groenen tegen dit soort instrumenten. Ze "eten het geld op" van de fondsen die bedoeld zijn voor plattelandsontwikkeling. Dat landbouwproducten verhandeld worden op een wereldmarkt, en daardoor financiële risico's met zich meebrengen, mag je niet compenseren via dit soort fondsen. De oplossing die wordt voorgesteld vind ik overigens symptoombestrijding, maar absoluut ontoereikend voor de uitdaging waar we voor staan.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Naším cieľom je ochrániť prvovýrobcov a drobných farmárov pred výkyvmi trhu a zabezpečiť im férové postavenie v dodávateľsko-odberateľskom reťazci. Tieto opatrenia však musia byť nasledované celkovou reformou spoločnej poľnohospodárskej politiky, ktorá v súčasnej podobe diskriminuje farmárov zo štátov strednej a východnej Európy.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Poljoprivrednici su sve više izloženi nestabilnosti cijena, a Europska unija umanjuje svoju stratešku pomoć poljoprivredi te ju temelji na proizvodno nevezanoj potpori.

Stoga je potrebno usvojiti odlučniju i usklađeniju politiku s odgovarajućim instrumentima na razini EU-a i nacionalnoj razini kako bi se osigurali multifunkcionalna i održiva poljoprivredna proizvodnja te pravedne i isplative cijene.

Izvješće preporučuje jačanje sadašnjih mjera u okviru drugog stupa kako bi se povećala konkurentnost europske poljoprivrede te poziva Komisiju da provede temeljitu analizu razloga za slabo korištenje alata dostupnih u okviru drugog stupa ZPP-a te poduzme hitne mjere kako bi se pružila pomoć poljoprivrednom sektoru.

Neovisnost u pogledu hrane te sigurnost hrane u EU-u, kao i razvoj konkurentnog i održivog poljoprivrednog sektora u cijeloj Uniji kojim se zadovoljavaju potrebe građana moraju ostati strateški ciljevi budućeg ZPP-a te se hitno mora zajamčiti primjeren standard života za poljoprivrednike.

Izražavam svoju podršku ovom Izvješću jer smatram da će se na taj način ograničiti učinak nestabilnosti cijena, ojačati programi poljoprivrednog obrazovanja i strukovnog osposobljavanja te potaknuti poljoprivredno upravljanje okrenuto budućnosti.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o instrumentih skupne kmetijske politike za zmanjšanje nestanovitnosti cen na kmetijskih trgih. Podpiram pobude Odbora za proračun, ki v svojem mnenju med drugim poziva k boljši sinergiji med skupno kmetijsko politiko in drugimi politikami EU, zlasti v zvezi z energijo, oskrbo z vodo, rabo zemljišč, biotsko raznovrstnostjo in ekosistemi ter razvojem oddaljenih in gorskih območjih, hkrati pa tudi k večji preglednosti kmetijskih trgov, s katerim bodo informacije o cenah dostopne vsem deležnikom, tudi potrošnikom.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η αστάθεια των τιμών των γεωργικών προϊόντων είναι ένας από τους κυριότερους παράγοντες που οδήγησαν στη δραματική κατάσταση που πολλοί ευρωπαίοι γεωργοί βιώνουν σήμερα. Η κοινή γεωργική πολιτική δεν πρέπει να δημιουργεί συνθήκες στρέβλωσης της αντίστοιχης αγοράς και οφείλει να λαμβάνει υπόψη της τις ιδιαιτερότητες κάθε κράτους μέλους, με απώτερο σκοπό την ενίσχυση των κρατών που στηρίζονται στην αγροτική οικονομία.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – A mezőgazdasági piacokon tapasztalt áringadozás ellen konkrét eszközökre van szükségünk, amely ingadozások leginkább a termelőket érintik, és a probléma gyakran nem is jut el az élelmiszerlánc többi szereplőjéhez. Kivétel a fogyasztók köre, akik a tisztességtelen kereskedelmi gyakorlatok gyakori áldozatai. Egyetértek azzal, hogy a mezőgazdasági piacok instabilitása és tökéletlensége, a mezőgazdasági piacok globalizált jellege és összetettsége, a kínálat időjárástól függő változékonysága, a fokozott egészségügyi kockázatok, valamint az élelmiszerellátás bizonytalan egyensúlya miatt a mezőgazdasági termelők még jobban ki lesznek téve az áringadozásnak.

A jelentés által megfogalmazott eszközök – úgymint a termelők és azok szervezeteinek támogatása, a jobb és átláthatóbb szerződéskötés rendszere, illetve a jobb agrárpiac- és az árak alakulását figyelő rendszer –, csökkenteni fogják az áringadozásokat, abban az esetben, ha ezek a valódi termelőkhöz, vagy azok szervezeteihez jutnak el. Ezek az eszközök, támogatások nem kidobott erőforrások, hisz a Közös Agrárpolitikának egyik legfontosabb célkitűzése az élelmiszerbiztonság megteremtése.

További fontos tény, hogy a szektor a verseny mellett egyre inkább ki van téve a klímaváltozás káros hatásainak, tehát azt fejleszteni kell. Éppen ezért mélyrehatóbb és következetesebb szakpolitikát alakítunk ki, uniós és tagállami szintű, célzott eszközökkel a többfunkciós és fenntartható mezőgazdasági termelés, valamint a méltányos árak biztosítása érdekében. Mindezek miatt az indítványt szavazatommal támogattam.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie.* – Działalność rolna zależy od procesów biologicznych, a zatem jest w dużym stopniu uzależniona od warunków klimatycznych oraz chorób roślin i zwierząt. Oczywiście te czynniki naturalne pozostają poza kontrolą rolników. Na zmienność cen w coraz większym jednak stopniu wpływają takie kwestie jak niestabilność i niedoskonałość rynków rolnych, większa zmienność podaży spowodowana niestabilnością klimatu czy też krucha równowaga w zakresie zaopatrzenia w żywność. Zmiana rentowności w przypadku gospodarstw rolnych jest zatem trudniejsza do przewidzenia niż w przypadku przedsiębiorstw w innych sektorach gospodarki.

W związku z tym niezbędne jest przyjęcie bardziej wyrazistej i spójnej strategii politycznej, wraz z ukierunkowanymi instrumentami na poziomie unijnym i krajowym, w celu zagwarantowania wielofunkcyjnej, zrównoważonej produkcji rolnej w całej Unii. Konieczne jest przede wszystkim dalsze rozwijanie instrumentów zarządzania ryzykiem w zakresie klimatu, zdrowia i gospodarki, w szczególności różnych rodzajów ubezpieczeń produkcji rolnej czy też mechanizmów indywidualnego tworzenia rezerw i funduszy wspólnego inwestowania w celu ograniczania skutków zmienności cen i wspierania przyszłościowego zarządzania gospodarstwami. Równie istotne jest podjęcie działań mających na celu zwiększanie świadomości rolników i organizacji rolniczych o możliwościach modernizacji oraz zwiększania konkurencyjności gospodarstw.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Piețele agricole suportă șocuri succesive în ceea ce privește cele două componente ale pieței (cererea și oferta), elementele structurale ale agriculturii și prețul produselor agricole, oferta agricolă aflându-se sub impactul schimbărilor climatice și al fenomenelor generate de acestea (secetă, inundație), al efectelor dăunătorilor, al factorilor structurali, al politicilor privind protecția mediului și a animalelor, al politicilor comerciale etc. Ca atare, agricultorii se confruntă cu o creștere a costurilor de producție, cumulată cu o creștere a gradului lor de îndatorare, ceea ce a generat o scădere a producției agricole și a locurilor de muncă în zonele rurale. De altfel, creșterea populației la nivel global, în mare parte subnutrită, contribuie la creșterea fenomenului volatilității prețurilor în agricultură. Mai mult decât atât, piețele agricole, locul de întâlnire a cererii cu oferta, sunt prin natura lor instabile, ceea ce face cu atât mai dificilă misiunea UE de a asigura securitatea alimentară și de a contribui la asigurarea unei poziții competitive a agricultorilor și producătorilor de legume europeni pe piața mondială. Însă UE are la dispoziție nu doar instrumentele de gestionare a riscurilor din cadrul PAC, ci și posibilitatea de a-și fundamenta o politică agricolă coerentă, cu instrumente strategice specific la nivel european și național.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Politica agricolă comună (PAC) a Uniunii Europene a fost concepută ca un instrument eficient de sprijinire a acestui sector atât de necesar pentru asigurarea alimentelor pentru consumatorii europeni. Din păcate, piața agricolă a fost caracterizată, în ultimii ani, de o instabilitate în creștere și de volatilitatea accentuată a prețurilor ca urmare a unei succesiuni rapide de schimbări la nivelul cererii, ofertei și prețurilor. Actuala PAC, deși include o serie de prevederi menite să asigure stabilizarea veniturilor agricole, nu reușește să gestioneze actuala situație, iar producătorii sunt din ce în ce mai vulnerabili, în timp ce restul lanțului de producție nu este afectat. În aceste condiții, este nevoie de o reformare a PAC, prin introducerea unei susțineri sporite pentru producători și organizațiile din domeniu, a unei transparențe mai mari a contractelor și prin îmbunătățirea instrumentelor de monitorizare a pieței și a prețurilor agricole. De asemenea, în vederea protejării veniturilor fermierilor, sunt necesare instrumente de management al riscului, de prevenire și management al crizelor, care să fie incluse în cadrul măsurilor anticiclice. Fermierii europeni trebuie să fie protejați, în aceeași măsură ca și consumatorii, împotriva practicilor comerciale neloiale. Este un raport important pentru agricultura europeană și îmi exprim susținerea pentru adoptarea sa.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Les marchés financiers sont devenus fous. Les spéculateurs vont même jusqu'à s'en prendre aux marchés agricoles, en investissant et désinvestissant dans les denrées alimentaires, provoquant des variations extrêmes de prix et des chocs économiques qui créent la faim dans certaines parties du monde et mettent à genoux bon nombre d'agriculteurs. C'est pour cette raison que nous voterons aujourd'hui un texte qui a pour but de mettre en place des outils de gestion des risques pour lutter contre cette volatilité et stabiliser les revenus des agriculteurs européens.

Les dernières crises que le monde a connues au niveau économique, financier ou alimentaire ont jeté nos agriculteurs dans une tourmente sans fin. Nous produisons trop et nos agriculteurs vendent à perte. L'agriculture européenne est en danger. Les grands dieux du marché, pour qui aucune offrande n'est suffisante, sont en train de tuer tout un secteur, de détruire nos producteurs et menacent la qualité de notre alimentation. Il faut en finir avec l'ultralibéralisme aveugle et mettre en place des outils efficaces de régulation.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The constant rise in agricultural prices on the world markets since the financial crisis in 2007 have resulted in price volatility in agricultural markets everywhere. As a result, price volatility has become a high priority on the international political agenda. The EU's common agricultural policy (CAP) is a set of mechanisms that were developed to help curb volatility. However, the CAP tools have proven to be inefficient and therefore little used by Member States. I voted in favour of the report, which asks that the CAP tools be looked at and scrutinised, and additional solutions be proposed in order to render effective CAP, with the aim of helping to curb volatility in agricultural markets.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o alatima ZPP-a za smanjenje nestabilnosti cijena na poljoprivrednim tržištima". Poljoprivreda je najosjetljivije gospodarsko područje zbog raznih gospodarskih, prirodnih i političkih faktora koji utječu na cijene i kvalitetu poljoprivrednih proizvoda. Ugovorni odnosi trebali bi se prilagođavati tržišnom natjecanju te bi se usmjerenim političkim odlukama trebala poticati transparentnost.

Nužno je ugledati se na SAD koji je uvođenjem zakona pod nazivom Farm Bill 2014. razvio posebne politike osiguranja poljoprivrednih sektora te ugovorima osigurao cijene i rokove isplate za dobavljene poljoprivredne proizvode. Činjenica je da tradicionalni alati za upravljanje krizom u okviru ZPP-a nisu u dovoljnoj mjeri učinkoviti u sustavu globalizirane ekonomije te je potrebno pronaći adekvatne mehanizme kojima će se moći odgovoriti brojnim tržišnim izazovima.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Koncept nestabilnosti cijena u poljoprivredi u sebi sadrži značajne varijacije u cijenama poljoprivrednih proizvoda u određenoj godini. Poljoprivrednici su često suočeni s velikim promjenama u cijeni koju dobivaju od svojih poljoprivrednih proizvoda, što rezultira financijskom nesigurnošću vezano uz njihove prihode te stvara veliki rizik za poljoprivrednike čiji su prihodi u potpunosti nepredvidivi te ugroženi naglim padom cijena.

Veliki dodatni faktori rizika su i vremenski uvjeti te promjene u svjetskim trgovinskim tokovima, napose s Rusijom i Kinom. Problem koji nastaje kao rezultat navedenoga je smanjenje kapaciteta za dugoročne investicije, posebice mladih poljoprivrednika.

Cilj ovog izvješća poziv je Komisiji na nacrt novog prijedloga zakona koji će ublažiti negativne efekte nestabilnosti cijena u poljoprivredi i to na način da se kreiraju ugovorni odnosi putem usvajanja zakona o tržišnom natjecanju te putem daljnjeg upravljanja instrumentima procjene rizika i implementacijom Opservatorija za europske poljoprivredne cijene za razne poljoprivredne sektore.

Budući da je ZPP za period od 2014. – 2020. primarno fokusiran na kompenzaciju negativnih efekata nestabilnosti u cijenama te nepredvidivosti u prihodima, a s obzirom na iznimno proširenje opsega globalne trgovine koja sa sobom nosi globalnu nesigurnost u opskrbi hranom, glasovala sam za.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o instrumentih skupne kmetijske politike za zmanjšanje nestanovitnosti cen na kmetijskih trgih sem podprla. Evropski kmetje so vse bolj izpostavljeni različnim tveganjem, saj so odvisni od bioloških procesov, od podnebnih sprememb ter različnih vplivov rastlinskih in živalskih bolezni (naravni procesi nad katerimi ni vpliva). Veliko težavo za kmete predstavlja nestanovitnost cen na trgu. Prvotni instrument je vseboval urejenost cen oz., da bodo kmetje kljub krizi dobili zagotovljeno minimalno ceno. Tretji cikel se je začel v kmetijstvu z reformo leta 2013, ki je opredelila skupno kmetijsko politiko za obdobje 2014-2020 (cikel I. začet 1992 agenda 2000, cikel II. začet 2003 Fischlerjeva reforma). S temi reformami se je skupna kmetijska politika postopno usmerila k trgom. Nestanovitnost cen kmetijskih proizvodov je eden glavnih razlogov za katastrofalne razmere, s katerimi se trenutno soočajo mnogi evropski kmetje.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – Price volatility generates insecurity and instability, which complicates the working life of farmers, since it puts in danger investments in the business and therefore the creation of stable workplaces in this sector.

I support this proposal with a view to putting in place measures to help improve this situation, especially in order to secure the future of European agriculture by facilitating the role of young farmers.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport comporte une erreur conjoncturelle de base: il a pour but de lutter contre la volatilité des prix sur les marchés agricoles alors que ces prix ne sont plus volatiles, mais désespérément bas, et ce depuis deux ans. La question actuelle est donc plutôt la stagnation basse des prix. L'analyse des causes de la volatilité et des difficultés rencontrées par l'agriculture y est décrite de manière parcellaire et mal hiérarchisée. Faute de cadre cohérent, ce texte est un fourre-tout, dans lequel cohabitent des mesures de bon sens et d'autres, bien plus dangereuses, qui renforcent la financiarisation de l'agriculture ou encore le poids administratif de la PAC. J'ai voté contre ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Płatności bezpośrednie powinny pozostać instrumentem Wspólnej Polityki Rolnej po 2020 roku. Sprawozdawczyni niestety uznała tą sprawę za niezgodną ze sprawozdaniem. W związku z tym wstrzymałem się od głosu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A mezőgazdasági tevékenység biológiai folyamatoktól függ. Ezért nagyban függ az éghajlati feltételektől és a növények és állatok betegségeitől. A természeti tényezőket a mezőgazdasági termelők nem képesek befolyásolni. A mezőgazdasági üzemek teljesítménye tehát sokkal bizonytalanabb, mint a gazdaság más ágazataiban működő vállalkozásoké. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe. Considero que el problema de la volatilidad de los precios en el mercado agrícola no se reduce a un problema de equilibrio entre la oferta y la demanda como insiste el informe. La volatilidad de los precios puede afectar a la seguridad alimentaria global y es un problema al que tenemos que poner fin de manera tajante. Considero que este informe no es lo suficientemente contundente. El informe busca soluciones en el lugar equivocado a mi parecer. La volatilidad de los precios está relacionada también con muchas otras variables macroeconómicas además de con la voluntad política, la legislación medioambiental y la especulación que se realiza con los productos agrícolas, con los alimentos. El problema que trata el informe, es un problema estructural dado el modelo de mercado agrícola que existe en la Unión, presentar más herramientas de gestión de riesgos no resuelve el problema a la larga, solo lo oculta.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted against, because I oppose the risk management instruments eating up the rural development funds and diverting funds from farmers to bankers.

Владимир Уручев (PPE), *в писмена форма*. – Уважаеми колеги, влошен климат, суши, наводнения, вредители и какво ли не още оказват неблагоприятно влияние върху равнището на реколтата и стабилността на цените на продукцията.

Земеделците са изправени пред увеличаване на производствените разходи и нарастване на дълговете, докато устойчивото селско стопанство като източник на прехрана може да бъде гарантирано единствено ако изкупните цени покриват всички разходи за производството.

ОСП е предназначена да гарантира достоен жизнен стандарт на земеделските стопани и да осигури сигурно продоволствие на приемливи цени за потребителите.

Затова поддържането на преки помощи в ОСП, наред със схемата за единно плащане на площ, представлява компенсация за обществени услуги и е жизненоважно за гарантиране на доходите на земеделските стопани.

Необходимо е инструментите за управление на риска, застраховането, индивидуалните механизми за обезпечаване и взаимните фондове да се разработят допълнително в ОСП с цел ограничаване на последиците от нестабилността на цените.

Следва Комисията да насърчава обмена на най-добри практики между държавите членки и да разработва нови инструменти, които да бъдат приемливи и достъпни за земеделските стопани, включително предоставяне на по-добра информация и насърчаване на земеделските организации.

Изключително спешно е задействането на предпазни мерки за подкрепа на селското стопанство в най-отдалечените, планинските и по-слабо развитите региони, където разходите и рисковете са много по-високи.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Teigiamai vertinu tai, kad papildomos rinkos stebėsenos priemonės pradėtos taikyti ir kitiems sektoriams.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Los precios en la agricultura sufren de niveles más altos de volatilidad que en otros sectores. Mientras que la oferta no se puede adaptar de manera rápida a los cambios por la propia naturaleza de la producción agrícola, factores externos como el precio del petróleo, las condiciones atmosféricas adversas o las plagas tienen una influencia sustancial en los precios de los alimentos. En un contexto de creciente volatilidad en el mercado, este documento considera que las herramientas que la PAC proporciona para la gestión de riesgos son inadecuadas. Por tanto, recomienda profundizar en el desarrollo de dichas herramientas, la adaptación de las leyes de competencia y la inclusión de observatorios de precios. Dado que el objetivo último de este informe es aportar soluciones a la dura situación que atraviesan muchos de nuestros agricultores como consecuencia de la volatilidad de precios de los productos agrícolas, así como dar forma a ideas que permitan estimular la reflexión de cara a la próxima reforma de la PAC —uno de cuyos retos será acabar con la volatilidad de precios para asegurar el porvenir de los agricultores, estabilizar los mercados y garantizar una producción viable—, he apoyado firmemente con mi voto su aprobación.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque, aunque estoy de acuerdo con que la volatilidad de los precios es un problema gravísimo del sector agrícola, no identifica las verdaderas causas de esta volatilidad, vinculadas al actual modelo agrícola impulsado desde la Unión, la liberalización de este mercado, el exceso de producción y el fomento de la exportación y nuevos mercados.

Las soluciones propuestas en este informe se basan en herramientas de gestión de riesgos, en particular los distintos tipos de seguros y fondos mutuos, así como asociaciones público-privadas dentro de las herramientas de gestión de crisis de la PAC. Pero estas no representan una solución a largo plazo, no son efectivas y son creadas casi exclusivamente para beneficiar a las explotaciones agrícolas más grandes, revirtiendo así en beneficio del modelo agroindustrial.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it responds to a rising challenge of price volatility in agricultural markets which undermines the livelihoods of many farmers, particularly tenants and smallholders, and can potentially threaten food security in the EU and beyond. The report offers a balanced view, critically assessing low effectiveness of traditional CAP market intervention tools, while instead advocating stronger emphasis on improvement of farmers' terms of trade, their position in the food supply chain, contractual relations with retailers and availability of risk management tools.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor omdat prijsschommelingen van landbouwproducten sterker kunnen worden door politieke beslissingen, zoals de instelling van een handelsembargo.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Como é dito e bem, a volatilidade consiste num processo complexo com muitas causas. Contudo, não devemos misturar estas causas porque senão não estamos a aplicar os instrumentos adequados a esta volatilidade. A febre pode ser originada por um vírus ou por uma bactéria. O tratamento, para ser eficiente, implica sempre um diagnóstico correto.

No caso em concreto, temo que se esteja a misturar de forma deliberada a aleatoriedade do clima com a especulação financeira e a manipulação de preços por parte das grandes multinacionais e da grande distribuição. Procurar imputar às alterações climáticas a causa maior da crescente volatilidade dos preços é procurar impor ou acentuar uma reforma da PAC cada vez mais orientada para os mercados e agravar ainda mais as caudas desta instabilidade.

O que está aqui em causa não é naturalmente a estabilidade dos agricultores. O que está aqui em causa é o abandono definitivo de uma lógica de apoio direto ao rendimento, este sim estável, por uma lógica de seguros ao rendimento, copiando o modelo norte-americano. A volatilidade dos preços combate-se com instrumentos públicos de regulação e não com instrumentos financeiros.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Europäische Landwirte sind immer stärker Risiken und Unsicherheiten (Pflanzen- und Tierkrankheiten, Witterungsverhältnisse, Schädlingsbefall) ausgesetzt. Schwankungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen führen zu Preisschwankungen, welche weder den Erzeugern noch den Verbrauchern zugutekommen. Um dieser Unsicherheit entgegenzuwirken, wird den Instrumenten (z.B. GAP) des Risikomanagements in der Landwirtschaft wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt.

GAP-Ziele 2014-2020: Stärkere Wettbewerbsfähigkeit, verbesserte Nachhaltigkeit, größere Effizienz = Volatilität bekämpfen und die Einkommen stabilisieren.

Die Instrumente der derzeitigen GAP wurden von insg. zwölf Mitgliedstaaten genutzt. Insgesamt wurden öffentliche Mittel in Höhe von 2,7 Milliarden EUR eingesetzt (1,7 Milliarden aus den Fonds für die ländliche Entwicklung). Laut Berichterstatterin sei das Instrument des Risikomanagements der zweiten Säule der derzeitigen GAP zur Begrenzung der Auswirkung der Preisschwankungen auf das Einkommen der Landwirte völlig ungeeignet – daher wird eine Überarbeitung der aktuellen GAP gefordert.

Da die Forderungen die Stärkung der landwirtschaftlichen Sektoren und den besseren Schutz der Einkommen der Landwirte (Instrumente der Risikomanagements) beinhalten, habe ich diesen Bericht mitgetragen.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Auch im Europäischen Parlament kam nun offenbar die Erkenntnis an, dass der Globalisierungswahnsinn die Landwirtschaft kaputtmacht. Der hier zu beschließende Bericht beseitigt zwar nicht die ursächlichen Probleme des Primärsektors, schafft aber zumindest einige schadensbegrenzende Mittel und stellt Bauern gegenüber dem Handel in eine bessere Position, daher Zustimmung.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The report adopted responds to a rising challenge of price volatility in agricultural markets which undermines the livelihoods of many farmers, particularly tenants and smallholders, and can potentially threaten food security in the EU and beyond. The report offers a balanced view, critically assessing low effectiveness of traditional CAP market intervention tools, while instead advocating stronger emphasis on improvement of farmers' terms of trade, their position in the food supply chain, contractual relations with retailers and availability of risk management tools. For this broad and inclusive policy view, I voted in favour of the report.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu o nástrojoch spoločnej poľnohospodárskej politiky na obmedzenie cenových výkyvov na poľnohospodárskych trhoch som podporila. Táto správa správne podotkla, že cenové výkyvy, ktoré postihujú poľnohospodárov, im prinášajú veľkú finančnú neistotu, nepredvídateľné príjmy, a tým im znemožňujú dlhodobé plánovanie či investície. Naviac v súčasnosti okrem cenových výkyvov ohrozujú poľnohospodárov aj klimatické faktory. A všetky tieto problémy bez riadnej a jednoznačnej odpovede pôsobia na poľnohospodársku politiku škodlivo a demotivujúco, čo môže v budúcnosti ohroziť schopnosť Európskej únie zabezpečovať potraviny pre svojich obyvateľov. Práve preto sme vyzvali na efektívnejšiu politiku a cielené opatrenia proti cenovým výkyvom. Zároveň sme podčiarkli, že opatrenia musia byť prispôsobené každému sektoru a nie je možné pristupovať systémom „one size fits all" a dôležitejšie ako následné kompenzačné mechanizmy sú preventívne nástroje riadenia rizík.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće kolegice Angélique Delahaye i slažem se da je potrebno usvojiti odlučniju i usklađeniju politiku u svrhu smanjenja negativnih posljedica od nestabilnosti cijena. Implementacijom politika ne samo na razini Europske unije nego i na nacionalnoj razini osigurat će se održiva i multifunkcionalna poljoprivreda.

Budući da smo svjesni kako vodeći svjetski konkurenti iz godine u godinu izdvajaju sve više sredstava za razvoj poljoprivrede, modela za upravljanja rizicima i instrumenata za zaštitu od nestabilnosti cijena potrebno je provoditi odlučniju politiku i maksimalno zaštititi poljoprivrednike.

Dosadašnje rješavanje problema nestabilnosti poljoprivrednog tržišta nije bilo adekvatno te su potrebne hitne mjere kako bi se pružila pomoć poljoprivrednom sektoru. Neke od tih mjera su svakako bolje informiranje poljoprivrednika, poticanje mladih i novih poljoprivrednika, mogućnost udruživanja i povećanje transparentnosti tržišta.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — Questo documento sembra partire dal presupposto che la volatilità dei prezzi nei mercati agricoli sia una fatalità. Sono convinto che in conseguenza delle intense fluttuazioni metereologiche, aumentate con il cambiamento climatico, e della variabilità nella fornitura di prodotti agricoli il mercato sia e sarà sempre esposto al rischio di volatilità.

Tuttavia, ci sono molte azioni che possiamo mettere in campo per regolare e contenere un'eccessiva esposizione. Mi riferisco in particolare a misure che limitino la speculazione sui prodotti alimentari e la gestione della domanda e offerta reali, anche facendole coincidere.

L'attuale orientamento che insiste sull'eccessivo affidamento sui mercati terzi ha causato grossi problemi come ad esempio è accaduto al settore lattierocaseario e a quello ortofrutticolo.

Nel testo vengono espressi anche concetti condivisibili ma si tratta di un'esposizione della situazione piuttosto che della proposta di misure o politiche concrete. L'instabilità e la volatilità dei prezzi sono ormai considerate una caratteristica strutturale dell'agricoltura sia europea che mondiale, ma non è così.

Dobbiamo fare di più, molto di più, per proteggere un settore tanto importante quanto quello agricolo e alla luce di tali considerazioni ho votato astensione a questa relazione.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o instrumentih skupne kmetijske politike za zmanjšanje nestanovitnosti cen na kmetijskih trgih.

Kmetijski sektor je vse bolj izpostavljen nestanovitnosti cen, in sicer zaradi različnih vzrokov, kot so nestabilnost in nepopolnost kmetijskih trgov, vse večja globalizacija in razvitost kmetijskih trgov, večja spremenljivost ponudbe zaradi nepredvidljivosti podnebja, večja zdravstvena tveganja in nezanesljivo ravnovesje preskrbe s hrano. Poročilo, ki sem ga podprl, se zato zavzema za bolj odločno in usklajeno politiko s ciljno usmerjenimi instrumenti na ravni EU in nacionalni ravni, da bi zagotovili večnamensko, trajnostno kmetijsko proizvodnjo po vsej Uniji ob poštenih in donosnih cenah.

President. – That concludes the explanations of vote.

11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(The sitting was suspended at 13.40 and resumed at 15.00)

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ

alelnök

12. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

13. Arbeitsmarktreformen und Arbeitsbeziehungen in Griechenland (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Tanács és a Bizottság nyilatkozatai – Munkaerőpiaci reformok és munkaügyi viszonyok Görögországban (2016/3032(RSP)).

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council.* – Madam President, you have added the topic of labour market reforms and labour relations in Greece on the agenda of this session, but I have to be very open and honest with you, I have just a few words to say on the process.

Firstly, the Council does not intervene in adjustment programmes and I can hence confirm that it has not discussed the issue at hand, either in December or in earlier meetings. Secondly, the Eurogroup is regularly informed of the state of play of the adjustment programme by the institutions and the authorities, and on occasion the Eurogroup provides political guidance on open issues; but I understand that this has not been the case as far as the ongoing discussions on labour market reforms are concerned.

That is why I believe the Commissioner is much better placed to provide you with further information on the subject, and you will understand, honourable Members, that for the reasons that I have outlined and for procedural reasons, I cannot further elaborate on this issue on behalf of the Council.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission.* – Madam President, the Commission is well aware of the difficult employment and social situation in Greece and is putting great emphasis on measures to tackle it. The social costs of an eight-year-long economic crisis are evident and have revealed deep-seated structural problems in Greece that existed before the crisis.

The new programme for Greece has been designed to address these challenges, paving the way for sustainable economic growth and job creation. We are seeing a gradual improvement in employment, although unemployment remains at worrying levels. We hope that these positive trends will continue in 2017 as the economic situation improves and growth takes hold. If the new programme is fully implemented, Greece will have come a long way in securing sustainable growth and job creation. The first review of the third programme has been completed successfully, and the last related disbursements were made at the end of October. The second review is ongoing. All sides are working towards a positive conclusion.

As you will recall, in the summer of 2015, we negotiated– on behalf of the European Stability Mechanism – the new Memorandum of Understanding for a Stability Programme. The Commission insisted that social and fairness considerations were explicitly and seriously taken into account in the design of the adjustment programme. We conducted an ex-ante social impact assessment to this effect. Furthermore, this has most importantly translated into a number of policy choices and measures to strengthen social safety nets.

One such critical example is the roll-out of a guaranteed minimum income scheme, or 'social solidarity income', to improve the effectiveness, sustainability and fairness of the Greek social protection system. We are also working with the authorities on vocational education and training measures to support employment and job creation to the benefit of the Greek people. In addition, measures to curb tax evasion, fight informality, introduce social and generational equity, strengthen decent employment, and reduce undeclared work can be found at the heart of this stability support programme.

I would also like to recall the substantial support of the European Structural and Investment Funds for improving the labour market and social situation. More than EUR 4 billion is available to Greece from the European Social Fund for the period 2014-2020 to finance measures promoting job creation, social inclusion, institutional capacity-building and investment in education. Youth employment is supported by an additional EUR 170 million from the EU Youth Employment Initiative.

Overall, the reform promoted through the economic adjustment programmes have aimed to help Greece to build a more solid basis for growth and job creation founded on sustainable public finances, a stable financial system and a more competitive and dynamic economy. Achieving these objectives required many changes, including in the sphere of labour market legislation, in order to facilitate the adjustment of the economy. This has sought to promote labour reallocation, reduce the extent of job destruction and contribute to restoring competitiveness.

Under the memorandum of understanding agreed in August 2015, Greece agreed to bring collective bargaining, collective dismissal and industrial action frameworks into line with best practices. To facilitate this task, the memorandum provides for a broad consultation process involving a group of international experts. The expert group submitted a report in September 2016 after consultation with major stakeholders, including social partners. The Commission considers the report an important input into the ongoing discussions between the Greek Government and the representatives of the Institutions on how to improve collective bargaining and other labour frameworks. The goal is to establish a strong and more sustainable social partnership, striking an optimal balance between protection and flexibility, providing certainty to companies and adequate safeguards to workers. The gains in competitiveness of recent years must be secured, ensuring a pathway to sustainable growth and job creation.

Regarding the framework for collective bargaining, the experts were not unanimous in their recommendations, but they also did not recommend reducing the scope of collective labour agreements.

We believe in the importance of social dialogue and constructive industrial relations. This is about respecting workers' rights and the autonomy of social partners in collective bargaining. The Commission has always tried to engage in a constructive dialogue with the social partners, both at EU and country level to discuss the economic developments and labour market reforms under preparation. Apart from the formal consultation process with the social partners on the existing labour market frameworks, the Commission held dedicated bilateral meetings with both sides of industry to exchange views on labour market reforms.

We welcome the steps that have been taken so far to improve the process of social dialogue in Greece. However, more effort is needed. The Commission encourages the process of establishing a framework for a more constructive social partnership as a medium-term goal. For that, respect, ownership and representativeness are key.

Burkhard Balz, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Ich danke dem Rat und der Kommission für das Kommen und vor allen Dingen für die Statements zu den Arbeitsmarktreformen und Arbeitsbeziehungen in Griechenland. Ich möchte heute an unsere Debatte im Oktober anknüpfen, in der ich die fehlenden Reformen in Bezug auf einen Kernbereich der Strukturreform angesprochen habe, nämlich den Arbeitsmarkt.

Wo stehen wir, oder sollte ich besser sagen wo steht Griechenland, heute? Es sind Fortschritte zu erkennen – erfreulich, auch wenn es bisher keine Einigung zwischen Griechenland und den Kreditgebern zu den Arbeitsmarktreformen gibt. Flexible Arbeitsmärkte mit flexiblen Regeln zu Tarifverhandlungen und auch Entlassungen sind wichtige Elemente, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und um sicherzustellen, dass griechische Unternehmen es sich leisten können und wollen, wieder Griechen einzustellen und zu beschäftigen.

Eine Rückkehr zu einem veralteten System mit zentralen Tarifverhandlungen und Entlassungen ist sicherlich keine Lösung. Dies ist auch vor dem Hintergrund wichtig, dass noch immer ein gut funktionierendes soziales Sicherungssystem fehlt. Pensionen können nicht mit sozialer Sicherung gleichgesetzt werden oder am Ende diese ersetzen. Die Fortschritte der letzten Wochen dürfen nicht kompromittiert werden, sondern müssen Anreiz für weitere Anstrengungen sein, endlich voranzukommen. Eine ernsthafte Reform des Arbeitsmarkts sowie des Renten- und Sozialsystems ist aus meiner Sicht unabdingbar.

Agnes Jongerius, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, my Group, the S&D Group, recently pleaded in a letter for restoration of collective bargaining in Greece. Labour market reforms have made collective bargaining practically non-existent, and the Troika said not to worry because reforms would strengthen collective bargaining at firm level instead. But that didn't happen, and the situation of Greek workers is dire. Mr Juncker's letter in response to us stated that the Commission acts in full compliance with the EU Treaties, but that the EU Charter of Fundamental Rights doesn't apply as such to Greek measures. This is a flagrant contradiction.

The situation in Greece is neither in compliance with the EU Charter of Fundamental Rights, nor with the core ILO Conventions. It is not because the Memorandum of Understanding is not EU law that we can now exclude Greece from the European social model. I will not stand for that. The Memorandum cannot be a legal no-man's land, and besides, the recommendations of the already-mentioned expert group are crystal clear.

The Commission writes that the Troika is discussing which recommendations to consider. Let me remind the Commission that the experts were endorsed by all Memorandum partners and that cherry picking from them is unacceptable. It's time to bring collective bargaining in Greece back in line with good practice and with EU law.

Νότης Μαριάς, *εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κυρία Πρόεδρε, αφού το Eurogroup και η Τρόικα μετέτρεψαν την Ελλάδα σε ένα απέραντο κοινωνικό νεκροταφείο πετσοκόβοντας μισθούς και συντάξεις απ' το 2010, αφού η Τρόικα γέμισε τη χώρα με στρατιές ανέργων και διέλυσε τις εργασιακές σχέσεις βάζοντας τις συλλογικές συμβάσεις στο χρονοντούλαπο της Ιστορίας, τώρα το Συμβούλιο νίπτει τας χείρας του ως Πόντιος Πιλάτος και η Ευρωπαϊκή Επιτροπή παριστάνει ότι δήθεν ευαισθητοποιήθηκε για τα εργασιακά στην Ελλάδα.

Το ίδιο ισχύει και για τη μνημονιακή κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ, που συνεχίζοντας τις μνημονιακές επιλογές Νέας Δημοκρατίας και ΠΑΣΟΚ, χύνει τώρα κροκοδείλια δάκρυα για τους εργαζόμενους, που τους έχει καταδικάσει σε μισθούς πείνας· μια κυβέρνηση που πετσοκόβει τις επικουρικές συντάξεις, το ΕΚΑΣ και εκποιεί τη δημόσια περιουσία αντί πινακίου φακής· μια κυβέρνηση που δεν τόλμησε να προχωρήσει στην ανακεφαλαιοποίηση του ασφαλιστικού συστήματος και στην εγγραφή των γερμανικών αποζημιώσεων στον κρατικό προϋπολογισμό· μια κυβέρνηση που εκλιπαρεί τους δανειστές έχοντας σαλπίσει ισπανική υποχώρηση. Φτάνει πια η υποκρισία και η διγλωσσία! Ο ελληνικός λαός δεν ανέχεται άλλο την κοροϊδία και σύντομα θα στείλει σκληρό μήνυμα στην Τρόικα και στους κάθε λογής υποτακτικούς της.

Sylvie Goulard, *au nom du groupe ALDE*. – Madame la Présidente, avant même d'entendre l'orateur précédent, je me disais que je trouve qu'on devrait aborder un peu ces questions en cessant d'être obligé de choisir son camp. Soit on est du côté de la Grèce, soit on est du côté de l'Europe. Pour ma part, j'ai l'impression que la Grèce est un des États membres, qu'un certain nombre d'efforts ont été faits, que, quand l'assistance financière atteint 330 milliards, les Grecs ne peuvent pas dire que rien n'a été fait pour eux et que le fait que la Grèce soit toujours un membre de la zone euro montre bien la volonté commune de conserver ce pays dans la zone euro, conformément, d'ailleurs, à la volonté de sa population.

La solidarité dont on a fait preuve, c'est la solidarité avec un État membre qui connaissait des déséquilibres – le mien en connaît aussi, donc je ne viens pas chercher la petite bête –, je dis simplement que nous devons avoir une bonne approche chronologique. Ce n'est pas l'Union européenne qui a précipité la Grèce dans les difficultés: il y avait des difficultés que l'Union européenne a plus ou moins bien réglées, mais qui ne peuvent pas être totalement imputées à l'Union européenne.

Je voudrais aussi m'exprimer un peu en tant que présidente de l'intergroupe contre la pauvreté. Je suis d'accord avec l'idée que la situation sociale est très grave; que, quand il y a autant d'enfants qui souffrent de pauvreté – à peu près 23 % qui vivent dans des conditions difficiles –, cela n'est pas bon pour l'avenir du pays; que, quand le chômage des jeunes est trop élevé, cela n'est pas bon pour l'avenir du pays; que l'égalité devant l'impôt n'est pas toujours totalement ce que l'on pourrait souhaiter – je me souviens, quand j'étais rapporteure pour le *two-pack*, on avait essayé de faire énormément pour qu'il y ait autant d'actions du côté des dépenses que du côté des recettes pour rééquilibrer un budget.

Je crois que la question clé, c'est de savoir si la Commission européenne et les États membres au Conseil sont d'accord pour mettre l'accent sur des réformes porteuses d'investissements et d'emplois. Il faut sortir un peu de ce jeu de rôle dans lequel on se rejette la responsabilité à l'infini et penser effectivement au peuple grec ainsi qu'aux peuples des autres États membres qui ont contribué par leurs impôts à essayer de sortir la Grèce d'où elle est.

Je crois qu'il faut une approche équilibrée, que je ne retrouve pas dans tous les discours entendus, et notamment juste avant moi.

Δημήτριος Παπαδημούλης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία Πρόεδρε, θεωρώ αδιανόητη, κύριοι της Επιτροπής και του Συμβουλίου, την εξαίρεση της Ελλάδας απ' όσα προβλέπει το ευρωπαϊκό κεκτημένο για τις συλλογικές διαπραγματεύσεις. Οι Ελληνίδες και οι Έλληνες είναι ευρωπαίοι πολίτες ισότιμοι με τους άλλους ευρωπαίους πολίτες και όχι δεύτερης κατηγορίας και, απ' τη στιγμή που όλοι, όπως και ο κύριος Balz, ομολογείτε ότι γίνεται πρόοδος στην Ελλάδα, δεν δικαιολογείται καθυστέρηση ούτε στην ολοκλήρωση της δεύτερης αξιολόγησης ούτε στην επαναφορά των συλλογικών διαπραγματεύσεων, όπως επιβάλλει η ευρωπαϊκή νομιμότητα.

Εβδομήντα επτά από τις ογδόντα prior actions, απ' τα ογδόντα προαπαιτούμενα, έχουν ήδη κλείσει. Ένα απ' τα τρία που απομένουν είναι η επαναφορά των συλλογικών διαπραγματεύσεων. Και σας ερωτώ, κύριοι της Επιτροπής και του Συμβουλίου: Το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο, που δεν είναι Ευρώπη, ζητάει, ειδικά για την Ελλάδα, να μην εφαρμοστεί το ευρωπαϊκό κεκτημένο. Η δική σας θέση ποια είναι; Ως πότε θα υποχωρείτε στις απαιτήσεις του Διεθνούς Νομισματικού Ταμείου, παραβιάζοντας την ευρωπαϊκή νομιμότητα και κάνοντας κακό και στην Ελλάδα, την οικονομία της, τον ελληνικό λαό, αλλά και στην ευρωζώνη, γιατί, αν η ευρωζώνη και η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν μπορεί να αποδείξει ότι λύνει προβλήματα, τότε θα δυναμώνει η προπαγάνδα της αντιευρωπαϊκής λαϊκίστικης άκρας δεξιάς.

Πρέπει λοιπόν να τρέξουμε, να προχωρήσουμε και είσαστε υποχρεωμένοι από τον νόμο, κύριοι του Συμβουλίου και της Επιτροπής, να εφαρμόσετε την ευρωπαϊκή νομιμότητα. Είναι αδιανόητο σε ένα κράτος μέλος της ευρωζώνης να αρνείστε την επαναφορά των συλλογικών διαπραγματεύσεων. Η Ευρωπαϊκή Ένωση ζητάει απ' το Μπαγκλαντές να καθιερώσει τις συλλογικές διαπραγματεύσεις, προκειμένου να υπογράψει εμπορική συμφωνία. Αυτό που ζητάτε από τους Μπαγκλαντεσιανούς το αρνείστε στις Ελληνίδες και τους Έλληνες; Με ποιο δικαίωμα;

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, chers collègues, en juillet 2014, le président Juncker, ici même, déclarait que, s'il devait y avoir de nouveaux plans d'ajustement structurel – ce à quoi il ne croyait pas –, il faudrait les soumettre à une étude d'impact social. Un an plus tard, on impose un nouveau plan d'ajustement structurel à la Grèce, et l'impact social, qui n'a jamais été étudié, est devenu entretemps tout à fait visible: un million d'emplois perdus depuis 2008, un tiers de la population grecque exposée à la pauvreté et à l'exclusion, un travailleur sur six – un travailleur sur six! – exposé à la pauvreté, pendant que des millions de Grecs n'ont plus accès aux soins de santé. Pendant ce temps, les États membres et le FMI se coalisent pour imposer à la Grèce un nouveau train de mesures, en ciblant de nouveau le marché de l'emploi, avec l'anéantissement de la négociation collective et la libéralisation totale des licenciements.

Alors, en effet, rien n'oblige la Commission Juncker à effectuer des analyses d'impact social. Par contre, cette même Commission a l'obligation légale d'être gardienne des traités, de faire respecter le droit de l'Union européenne, en ce compris la charte des droits fondamentaux. Tout le monde sait que les mesures préconisées par les créanciers, dans ce plan-ci et dans les précédents, violent allègrement le droit européen.

Si l'Union européenne veut vraiment aider la Grèce, elle pourra se focaliser sur quatre points. Première chose, alléger le fardeau de la dette grecque qui n'est pas remboursable en l'état. Deuxièmement, aider la Grèce à mettre en place une administration fiscale efficace pour lutter contre la fraude et l'évasion, un domaine dans lequel les gouvernements grecs successifs ne se sont pas vraiment illustrés. Troisièmement, arrêter de renvoyer des réfugiés en Grèce et, au contraire, décharger la Grèce – pays de première ligne – du fardeau de l'accueil des réfugiés. C'est probablement le pays de l'Union européenne qui a le moins de ressources pour ce faire. Et enfin, mobiliser l'investissement. Vous allez me dire: «Il y a le plan Juncker». Bravo! Il y a le plan Juncker: 3 % de l'investissement du plan Junker va en Grèce et, en même temps, 10 % en Allemagne, un pays qui ne sait plus que faire de son épargne. Tout le monde aura bien compris qu'il ne s'agit plus d'aider la Grèce, il s'agit de donner la leçon qu'il n'y a pas d'alternative à la mondialisation néolibérale.

Madame la Présidente, je conclurai en vous disant qu'ils devraient commencer à comprendre que «qui sème la mondialisation néolibérale récolte le national-populisme». Quand comprendront-ils ?

Laura Agea, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il 5 dicembre, in occasione della riunione dell'Eurogruppo a Bruxelles, il ministro delle Finanze francese annunciava con fiducia e determinazione che il governo greco aveva fatto grandi passi per implementare le riforme chieste dalla Troika. Lacrime, sangue, carneficina sociale ma i compiti erano stati svolti. Senz'altro l'accordo era alle porte e sarebbe stato chiuso prima di Natale. Era tempo, diceva il ministro, di ricompensare gli sforzi della Grecia con un abbassamento del debito, perché la Grecia ha mantenuto la parola, è ora che l'Europa mantenga la sua.

Ma ecco che ancora una volta ci ha pensato il governo tedesco a chiudere i rubinetti, per impedire alla Grecia di ricevere quel poco di respiro che l'Europa era disposta a offrire. La Germania, la stessa che da anni viola le regole sul surplus, la stessa che danneggia tutta l'area euro non investendo, quando invece dovrebbe. Per il ministro tedesco Schäuble niente è mai abbastanza, la Grecia non ha fatto abbastanza, ci vuole più austerità, bisogna implementare nuove riforme strutturali. Da che pulpito vengono queste prediche? Il ministro tedesco ci dovrebbe spiegare quali sono le riforme strutturali messe in campo dalla Germania per evitare un nuovo *diesel gate* o per aumentare i salari dei *minijob*.

Piuttosto non saranno forse le elezioni in Germania, previste per il prossimo anno, a rendere il ministro così rigido e inflessibile? Una campagna elettorale vissuta sulla fame di quei genitori che non riescono più a sfamare i propri figli, sulla pelle di quelle madri che si danno alla prostituzione per riuscire a comprare la colazione ai loro bambini. La prostituzione in Grecia è aumentata del 150 per cento, i casi di HIV del 200 per cento.

Gli elettori non vengono ascoltati ma solo suggestionati, gli elettori non sono stati ascoltati in Grecia con il referendum voluto da Alexis Tsipras, gli elettori non vengono ascoltati in Italia. Hanno detto no alla riforma costituzionale, no a Renzi e al governo delle banche, fatto sta che si ritrovano, dopo pochi giorni, un premier telecomandato da Renzi stesso. E come se non bastasse, ad Atene si è approvato da poco il budget per il 2017, che include tagli per un miliardo di euro e prevede nuove tasse per un ulteriore miliardo di euro.

Colleghi, questa Unione è costituita da ventotto Stati membri, vi invito a scegliere le parole citate prima. La Grecia ha mantenuto la sua parola, l'Europa adesso mantenga la sua.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Burkhard Balz (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Frau Präsidentin, Frau Kollegin Agen! Also, ich bin schon etwas verwundert. Ich meine, es sind ja jetzt alle beschimpft worden, nicht nur Deutschland – damit komme ich mittlerweile schon klar, obwohl ich natürlich Ihre Einschätzung nicht teile.

Meine Frage ist die folgende: Sie haben gesagt, Deutschland würde die Regeln brechen. Mich würde sehr interessieren, wo die deutsche Bundesregierung, die aus Sozialdemokraten und Christdemokraten zusammengesetzt ist, konkret Regeln bricht.

Laura Agea (EFDD), *risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Onorevole Balz, il surplus che il suo paese fa da anni e per il quale da anni non viene sanzionato non è una novità che io oggi ho sciorinato, non è neanche un'offesa, è esattamente la situazione così com'è.

Che cosa ha fatto il suo paese? Il suo paese deve essere sanzionato per il surplus che fa da anni, per il danno che arreca agli altri Stati. Questo è un dato di fatto, non è un insulto. Assumetevi la vostra responsabilità, pagate le multe che vi spettano per il surplus e poi mi venga a dire che non va bene la politica che si applica alla Grecia.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, τα μνημόνια έχουν επιβληθεί στην Ελλάδα για να καταστρέψουν την ελληνική οικονομία και να εξαθλιώσουν τους Έλληνες. Δεν θα αναφερθώ με λεπτομέρειες στα ήδη γνωστά σε σας θέματα, δηλαδή το υπερβολικά υψηλό ποσοστό της ανεργίας των νέων, το απαράδεκτα χαμηλό επίπεδο μισθών και συντάξεων, τις αυθαιρεσίες των εργοδοτών και την επικράτηση ενός εργασιακού μεσαίωνα, ο οποίος παραβιάζει τα ανθρώπινα δικαιώματα των Ελλήνων. Θα επισημάνω ότι οι Έλληνες έχουν επιλεγεί ως ένα πειραματόζωο, ούτως ώστε να εφαρμοστούν αυτά τα σκληρά μέτρα επάνω τους και, αν επιτύχουν, να εφαρμοστούν και στις υπόλοιπες χώρες της Ευρώπης.

Και τώρα θα σας απαντήσω με ειλικρίνεια στο εύλογο ερώτημα «γιατί συμβαίνουν όλα αυτά;». Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, η Ελλάδα είναι μια πλούσια χώρα. Στο υπέδαφος και στον υποθαλάσσιο χώρο της έχει πετρέλαιο, φυσικό αέριο, πολύτιμους λίθους και πολύτιμα μέταλλα. Όλα αυτά οι διεθνείς τοκογλύφοι, με αιχμή του δόρατος την εκάστοτε γερμανική κυβέρνηση, θέλουν να τα υφαρπάσσουν από την Ελλάδα, και γι' αυτό θέλουν να εξαθλιώσουν τους Έλληνες. Πρόσφατα ο υπουργός Οικονομικών της Γερμανίας, ο κύριος Σόιμπλε, είπε ότι εμείς οι Έλληνες ζούμε υπεράνω των δυνατοτήτων μας, λες και εμείς δεν ζούσαμε αξιοπρεπώς από την αρχαιότητα. Πιστεύω αυτές του τις θέσεις να τις θυμηθούν οι ελληνικής καταγωγής ψηφοφόροι του στις επόμενες…

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή.)

Μανώλης Κεφαλογιάννης (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, όπου δεν λειτουργεί η ελεύθερη αγορά δημιουργείται μια μαύρη αγορά εργασίας. Και πώς να μη δημιουργηθεί μια μαύρη αγορά εργασίας στην Ελλάδα, όταν έχουμε, με βάση τα τελευταία στοιχεία, 24,5% ανεργία –49,5% στους νέους ανθρώπους–, όταν έχουμε ελαστικές μορφές εργασίας 60%, δηλαδή από τη γενιά των 700 ευρώ, για το οποίο κάποτε κατηγορήθηκε η ελληνική κυβέρνηση, έχουμε κατέβει στη γενιά των 300 ευρώ, όταν έχουμε ισοζύγιο μισθωτής εργασίας για τον Νοέμβριο μειωμένο κατά 37.000, δηλαδή 2% της ανεργίας ετησίως, πώς να μη δημιουργείται μια μαύρη αγορά εργασίας;

Κυρία Πρόεδρε, βεβαίως εμείς λέμε «ναι» στο κοινωνικό μοντέλο, λέμε «ναι» σε αυτά που πρέπει να ισχύουν για την Ελλάδα, όπως ισχύουν με βάση τις αρχές και τις αξίες Ευρωπαϊκής Ένωσης για όλες τις ευρωπαϊκές χώρες. Η ελληνική κυβέρνηση πρέπει να ασκήσει την πολιτική της, για να δημιουργήσει ανάπτυξη και ευημερία στον λαό και Ευρωπαϊκή Ένωση να ολοκληρωθεί, ούτως ώστε να έχει κονδύλια για να μπορεί να καλύπτει τις ασθενέστερες κοινωνικές ομάδες. Σήμερα πρέπει η Ευρωπαϊκή Ένωση να βοηθήσει την Ελλάδα, που είναι ο πιο ασθενής κρίκος στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

Γιώργος Γραμματικάκης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, όπως καταλαβαίνω, τις διαστάσεις της ελληνικής κρίσης δύσκολα μπορεί να τις συλλάβει ευρωπαίος πολίτης, αλλά φοβούμαι και ορισμένοι επίσημοι της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Γι' αυτό λοιπόν είναι πολύ δίκαιο ότι η ελληνική κυβέρνηση ζητά με πάθος την εφαρμογή του κοινοτικού κεκτημένου στα εργασιακά. Δεν μπορεί η Ελλάδα να αποτελεί εξαίρεση στο μέγιστο αυτό θέμα. Εάν ο κόσμος των εργαζομένων –και αυτό ισχύει για όλη την Ευρωπαϊκή Ένωση– αφεθεί στην τύχη του, ενισχύονται απλώς –θυμηθείτε το αυτό– οι κραυγές του λαϊκισμού και της ξενοφοβίας. Αυτονόητος λοιπόν είναι ο σεβασμός των συλλογικών διαπραγματεύσεων, αλλά το κοινοτικό κεκτημένο δεν σταματά εδώ. Δεν θα επαναλάβω τα εφιαλτικά στοιχεία για την ανεργία των νέων. Η έννοια της εργασίας στην Ελλάδα αλλοιώνεται και ο κοινωνικός ιστός της χώρας καταστρέφεται, φοβούμαι, με σταθερό ρυθμό. Δίκαια λοιπόν η ελληνική κυβέρνηση διεκδικεί όχι μόνο το κεκτημένο αλλά και το κλείσιμο της αξιολόγησης. Ο μύθος του Σισύφου είναι ένας αρχαίος ελληνικός μύθος και είναι τραγωδία να τον ζει η σύγχρονη Ελλάδα.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, κύριοι συνάδελφοι, βλέπουμε αυτές τις μέρες να παίζεται μια κακόγουστη θεατρική παράσταση μεταξύ των δανειστών και της κυβέρνησης Τσίπρα. Στο όνομα του ελληνικού προγράμματος, στο όνομα της παραμονής της χώρας στην ευρωζώνη, στο όνομα της ανταγωνιστικότητας, όλες οι ελληνικές κυβερνήσεις έχουν δεχθεί την πλήρη απορρύθμιση της ελληνικής αγοράς εργασίας. Τώρα και η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ θα εφαρμόσει έναν εργασιακό μεσαίωνα στην Ελλάδα στο όνομα ενός έντιμου συμβιβασμού, όπως δήλωσε ο έλληνας υπουργός Οικονομικών. Η Επιτροπή δεν είδε, δεν ήξερε, δεν κατάλαβε τι σημαίνουν τα μνημόνια τόσα χρόνια, ενεργεί ως στυγνός δανειστής, κλείνοντας τα μάτια στην παραβίαση του Χάρτη Θεμελιωδών Δικαιωμάτων.

Αλλά σ' αυτή τη θεατρική παράσταση, αγαπητοί συνάδελφοι, πρωταγωνιστές είναι και οι πολιτικές εκείνες ομάδες του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου που στα λόγια καταδικάζουν την παραβίαση του κοινοτικού κεκτημένου στην Ελλάδα, αλλά δεν δέχθηκαν να βγει ψήφισμα από τη σημερινή συζήτηση, που να λέει ότι δεν επιτρέπεται να υπάρχει χώρα, όπως η Ελλάδα, που δεν εφαρμόζει τις συλλογικές συμβάσεις. Αγαπητοί συνάδελφοι, να ποιο είναι λοιπόν το σενάριο της θεατρικής παράστασης. Υποκριτικές δηλώσεις συμπαράστασης, «συμμαχίες» για, υποτίθεται, υπεράσπιση των εργαζομένων, φιλολαϊκό πρόσωπο στις μνημονιακές πολιτικές για πιθανές προεκλογικές εξελίξεις στην Ελλάδα.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nochmals deutlich sagen, dass man sich Grundrechte nicht so aussuchen kann, wie es opportun erscheint. Da möchte ich auch den Kollegen Balz nochmal ausdrücklich ansprechen. Dieser Austausch hier zum Thema Griechenland hat jetzt ja schon Tradition. Grundrechte gelten grundsätzlich, man kann sie nicht einfach dann beiseite lassen, wenn es einem für die eigene Reformagenda passt. Die Reform der Tarifverträge und des Tarifvertragssystems in Griechenland ist grundrechtswidrig. Die Kollegin der sozialdemokratischen Fraktion hat das sehr klar dargelegt, und das muss auch in Griechenland gelten. Griechenland hat flexible Arbeitsmärkte, und dort, wo es Probleme gibt, müssen diese Probleme in einer Weise gelöst werden, dass wir nicht gegen die Rechte auf kollektive Tarifverträge, die Teil europäischen und internationalen Rechts sind, verstoßen. Da muss man der Kommission sagen: Liebe Kommission, Sie dürfen sich nicht an Grundrechtsbrüchen in Europa beteiligen, Sie haben sich an das europäische Recht zu halten, und Sie haben darauf hinzuwirken, dass auch Ihre Partner wie der Internationale Währungsfonds sich daran halten.

Der IWF hat übrigens Recht, wenn es um die Primärüberschusszahlen geht. Daher kann ich die griechische Regierung nicht verstehen. Mit der Forderung, den IWF aus dem Programm herauszunehmen, katapultieren sie gleichzeitig den Bundestag in die Gegnerschaft zur Fortsetzung der griechischen Programme. Und das kann doch wirklich nicht unser Ziel sein.

Von daher: Die Kritik am IWF bei den Reformprogrammen ist berechtigt, aber dieses Aus des IWF hilft uns überhaupt nicht weiter, sondern macht alles noch schlimmer.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Laura Agea (EFDD), *domanda «cartellino blu»*. – L'onorevole Giegold aveva fretta di andarsene, però su questo surplus cerchiamo un attimo di stabilire l'ordine delle cose.

La Germania deve essere sanzionata? Sta andando contro le regole? Allora invece di dire che vogliamo fare una guerra politica iniziate a rispettare le regole, perché è la normalità della democrazia rispettare le regole. State violando una regola, come Stato, e quindi non potete dare nessun tipo di lezione agli altri paesi. Rimettete le cose a posto e poi venite a darci le lezioni.

Sven Giegold (Verts/ALE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Deutschland erzielt seit vielen Jahren Exportüberschüsse über den Schwellenwerten. Die EU-Kommission hat dazu eine Untersuchung durchgeführt. Diese Untersuchung kommt zu dem gleichen Ergebnis wie unsere Politik der Grünen in Deutschland: Wir brauchen in Deutschland höhere Investitionen und höhere Löhne, damit diese Überschüsse nicht mehr unsere Partnerländer in die Verschuldung treiben. Da kritisieren wir die große Koalition in Deutschland.

Aber Sie müssen bei dem Ton, den Sie da gegenüber den handelnden Personen an den Tag legen, wirklich die Kirche im Dorf lassen. Deutschland ist kein Verbrecherland und sollte auch nicht in dieser Weise in der italienischen Öffentlichkeit durch die sogenannte Fünf-Sterne-Bewegung kritisiert werden. Der Ton, den Sie da zum Teil anschlagen, ist unakzeptabel.

Barbara Kappel (ENF). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Herr Minister! Das griechische Parlament hat vor wenigen Tagen mit einer knappen Mehrheit den Haushalt für 2017 verabschiedet. Dieser geht mit einem Ausgabenvolumen von 56 Milliarden EUR von einem Wachstum von 2,7 % aus. Das ist ziemlich gut. Wir haben nur 1,5 % in der Eurozone. Der Etatentwurf sieht ebenfalls Steuererhöhungen im Umfang von 1 Milliarde vor und führt zu Kürzungen von 5,7 Milliarden. Seit gestern verhandelt die griechische Regierung wieder mit den Geldgebern über die Auszahlung einer weiteren Tranche des dritten Hilfspakets in Höhe von 2,8 Mrd. EUR, und wir haben es heute schon gehört: Knackpunkt ist dabei wieder die Umsetzung von Strukturreformen im Bereich des Arbeitsmarkts, bei den Pensionen und bei den Steuern. Ein Nebenschauplatz ist dabei die Diskussion über die Schuldentragfähigkeit Griechenlands und ebenso über die Höhe des Primärüberschusses.

Die Eurogruppe, insbesondere der IWF, fordert nun von Griechenland im Arbeitsrecht massive Einschränkungen beim Streikrecht, bei den Entlassungen, beim Mindestlohn und insbesondere, was die Tarifautonomie der Gewerkschaften betrifft. Regierungschef Tsipras stellt sich dagegen, und er wird dabei von der Expertenkommission unterstützt, die ihm in ihrem Bericht Recht gibt, in dem sie sagt, die Gewerkschaftsrechte seien wiederherzustellen. Man kann nur hoffen, dass hier ein Kompromiss gefunden werden kann zum Wohle Griechenlands, aber auch zum Wohle …

(Die Präsidentin entzieht der Rednerin das Wort.)

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, αλληλοσυγκρουόμενες δηλώσεις Ευρωπαϊκής Επιτροπής, ΔΝΤ, κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ για χρέος και πλεονάσματα, με την τελευταία να υποδύεται ηρωϊκή διαπραγμάτευση, όπως ακριβώς πριν το τρίτο μνημόνιο, η κοροϊδία της όπως και εδώ μέσα, τώρα, περί κακού ΔΝΤ και καλής Ευρωπαϊκής Ένωσης με ευρωπαϊκό κεκτημένο των mini jobs, zero hours contracts κ.ά. κρύβουν τη συμφωνία όλων τους σε πόρισμα για επιδείνωση της εργασιακής ζούγκλας, κατάργηση συλλογικών συμβάσεων, ανάλογα με τα συμφέροντα των επιχειρήσεων, καθιέρωση του αίσχους του υποκατώτατου μισθού των 150-200 ευρώ, επιχειρησιακές ατομικές συμβάσεις και υποταγή του μισθού στην κερδοφορία, ομαδικές απολύσεις και λοκάουτ, συνταξιοδοτικό ανοιχτό για νέες μειώσεις μετά από ήδη δεκαπέντε που προηγήθηκαν, με εφάπαξ βοήθημα-κοροϊδία, νέα μέτρα και μετά το 2018 για αιματοβαμμένα πλεονάσματα, που ήδη συμφώνησε η κυβέρνηση, και γι' αυτό χτύπημα του απεργιακού δικαιώματος.

Η εργατική τάξη να μην περιμένει τη σφαγή της, γιατί αυτή μόνο φοβούνται. Η απεργία της 8ης Δεκέμβρη να κλιμακωθεί με δυνάμωμα της οργάνωσης, πανεργατικό ξεσηκωμό ενάντια στην εργοδοσία, Ευρωπαϊκή Ένωση και τα κόμματά τους, με στόχο την ανατροπή της εξουσίας τους.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, τους τελευταίους μήνες έχουμε ανησυχητικές εξελίξεις στην Ελλάδα στον χώρο της αγοράς εργασίας. Τον Αύγουστο είχαμε μείωση των θέσεων απασχόλησης, αν και είναι τουριστικός μήνας, στη διάρκεια του οποίου παρατηρείται παραδοσιακά αύξηση της απασχόλησης. Τον Σεπτέμβριο, τον Οκτώβριο και τον Νοέμβριο είχαμε μεγάλη μείωση στις θέσεις πλήρους απασχόλησης, καθώς παρατηρείται μία τάση αντικατάστασης θέσεων πλήρους απασχόλησης με θέσεις μερικής απασχόλησης, οι περισσότερες από τις οποίες εξασφαλίζουν ένα πενιχρό εισόδημά στους εργαζόμενους και δεν συμβάλλουν επαρκώς στη χρηματοδότηση του συστήματος κοινωνικής ασφάλισης.

Η κυβέρνηση Τσίπρα αυξάνει συνεχώς τα φορολογικά βάρη για τις μεγάλες επιχειρήσεις, τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις, τις πολύ μικρές οικογενειακές επιχειρήσεις, ενώ στον κρατικό προϋπολογισμό του 2017 υπάρχουν νέα φορολογικά μέτρα ύψους 3 δισεκατομμυρίων ευρώ, χωρίς καμία ουσιαστική μείωση των δημοσίων δαπανών, τα περισσότερα από τα οποία θα κάνουν ακόμη πιο δύσκολη τη συνέχιση της λειτουργίας των οριακών επιχειρήσεων. Περισσότερα ασφαλιστικά βάρη, περισσότερα φορολογικά βάρη, περισσότερη γραφειοκρατία, μεγαλύτερο ενεργειακό κόστος, ακριβό χρήμα, που δεν είναι πάντα διαθέσιμο· αυτή είναι η συνταγή της αποτυχίας σε ό,τι αφορά την αγορά εργασίας στην Ελλάδα. Αυτά πρέπει να διορθώσουμε. Προφανώς είμαστε υπέρ της εφαρμογής του ευρωπαϊκού κεκτημένου, αλλά πάνω απ' όλα χρειάζεται αλλαγή της οικονομικής πολιτικής της κυβέρνησης, γιατί διαφορετικά το ευρωπαϊκό κεκτημένο δεν θα έχει καμία πρακτική σημασία.

Javi López (S&D). – Señora Presidenta, hemos visto durante los últimos años cómo se imponían —bajo la lógica del poder de los países acreedores— a los países deudores agresivas reformas laborales que lo que han dejado tras de sí son sociedades más pobres, más desiguales, menos protegidas y más precarias. Y para hacer todo eso ha sido fundamental debilitar la negociación colectiva. El caso extremo ha sido, sin duda, Grecia, que hemos visto cómo en pocos años pasaba de tener una cobertura de convenios del 83 % al 42 % y una disminución de los salarios brutos del 24 % durante estos años de crisis.

Y ahora tenemos que ver cómo el Presidente de la Comisión Europea no solo reconoce que suspendemos parte de la democracia cuando imponemos estas reformas, sino que también suspendemos la Carta de los Derechos Fundamentales en los países en los que aplicamos memorándums porque, claro, están fuera de la legislación europea.

Esto es absolutamente intolerable y, además, esconde un enorme fracaso económico y político cuyas consecuencias estamos viendo elección tras elección en este continente. Un crecimiento inclusivo que piense en la gente es la única salida para este continente.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, κύριοι συνάδελφοι, πραγματικά αναρωτιέμαι αν συνειδητοποιείτε σε τι συμπράττει αυτό το Κοινοβούλιο. Συζητάμε για την τήρηση του ευρωπαϊκού Χάρτη Θεμελιωδών Δικαιωμάτων και την ίδια στιγμή καταψηφίζετε τροπολογίες που τα υπερασπίζονται. Μιλάμε για το ευρωπαϊκό κεκτημένο και το ακρωτηριάζετε στο όνομα της παντοδυναμίας των νόμων της αγοράς. Βλέπουμε να θεριεύουν ο ναζισμός και ο ακραίος εθνικισμός και συνεχίζετε να υποστηρίζετε και να συντηρείτε τις αιτίες που τα γεννούν.

Φτώχεια, ανεργία, ενεργειακός μεσαίωνας. Πιστεύετε πραγματικά ότι η σημερινή συζήτηση αφορά και περιορίζεται μόνο στην Ελλάδα; Πιστεύετε πραγματικά ότι υπάρχουν περιθώρια για παραπέρα εκπτώσεις σε ό,τι ακόμα ονομάζουμε ευρωπαϊκό κεκτημένο; Κύριοι συνάδελφοι, συμπράττουμε συνειδητά στη σταδιακή αποσάθρωση της Ενωμένης Ευρώπης.

Γνωρίζετε ασφαλώς, κύριε Επίτροπε, ότι κάποιοι κερδίζουν πολλά απ' αυτό και βρίσκουν και πρόθυμους και υπάκουους. Νομίζετε λοιπόν ότι μπορείτε να μας πείσετε, και εσείς και το Συμβούλιο, ότι η Ελλάδα των εκατομμυρίων ανέργων, εκατομμυρίων φτωχών και αποκλεισμένων είναι το επιτυχημένο σας πείραμα, όπως μας είπατε προηγουμένως; Όχι φυσικά, κύριε Επίτροπε. Σχέδιο υπηρετείτε και αδιαφορείτε και για τις συνέπειες και για τα αποτελέσματα.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señora Presidenta, los ataques contra los derechos laborales en Grecia vienen, evidentemente, del memorándum del año 2010. Se hicieron dos cosas extremadamente negativas. Primero, se retiró la capacidad de fijar el salario mínimo a los agentes sociales para trasladarlo al Ejecutivo, y así los acreedores podrían ejecutar una reducción efectiva del salario mínimo. Y, segundo, se permitió que los acuerdos individuales de empresa prevalecieran sobre los acuerdos sectoriales, lo cual hizo, evidentemente, que la caída de la negociación colectiva pasara prácticamente de un 80 % a una tasa de cobertura de, actualmente, el 40 %.

Esto no es tolerable. Y es más, me quiero dirigir especialmente a la Comisión, porque la negociación colectiva es algo reconocido en el Derecho europeo (artículo 156 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea, artículo 28 de la Carta de los Derechos Fundamentales, artículo 6 de la Carta Social Europea). Lo que no puede ser es que, en determinados países, por el hecho de que estén bajo un programa de intervención financiera se suspenda la ley europea. Mire, no. El hecho de que en Grecia haya un programa no significa que se pueda suspender la ley europea. Se aplica igual que en cualquier otro país y, por lo tanto, cuando el Gobierno griego está intentando restaurar derechos eliminados desde hace algunos años lo que está diciendo es —igual, por cierto, que el memorándum actual, que no habla de adoptar más medidas laborales—, lo que está diciendo es: «quiero restaurar la ley europea en mi país».

Y eso, señores de la Comisión, es algo que ustedes deberían estar apoyando, porque ustedes son los guardianes de los Tratados y son ustedes quienes tienen que garantizar la aplicación de la ley europea en todo el continente.

Dariusz Rosati (PPE). – Madam President, Commissioner, the Greek economy has been in crisis for eight years, being unable to return to sustainable growth. A lot of blame for this unprecedented failure is routinely put on the European institutions and the so-called austerity measures, but the truth is that the necessary structural reforms in Greece have never been fully implemented. They have been incomplete, partial and delayed, and the damage has been further exacerbated by unrealistic promises made by populist politicians. If economic growth is to be restored, more flexibility is needed in the labour market. The EU should stand ready to help Greece with the European Youth Initiatives and programmes aimed at increasing mobility and employability, but the responsibility for implementing reforms is entirely on the Greek Government.

Let me repeat once again that there is no obligation for Greece to accept financial assistance from outside. But if Greece wants to use other countries', other Member States' taxpayers' money, it has to reform in order to guarantee that this money is repaid back on time.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *blue-card question*. – You are always talking about reforms that have not been implemented in Greece. According to every statement and review, even of the European Commission, Commissioner Moscovici said the day before: Greece has made more changes than any other country in the European Union. What are you talking about? Then the second question is a very simple question: do you accept that Greece is following the same rules as the other European countries or not? It is very simple: yes or no?

Dariusz Rosati (PPE), *blue-card answer*. – Yes, thank you for your question. Of course

I am of the opinion that Greece should be subject to the same rules as other countries. That includes also the rules of the Stability and Growth Pact, which are the rules, by the way, that Greece has violated for a number of years.

Now, on the other hand, as far as the reforms are concerned, as I said, they have been implemented late and slowly, and this is the reason for the lack of result. If you want to have, indeed, conditions conducive for investment, as you are interested in, and more job creation, we have to be consistent in implementing those reforms.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, αυτό που μόλις ακούσαμε είμαι βέβαιος ότι δεν εκφράζει την Ευρώπη που όλοι μας ονειρευόμαστε, γιατί μπροστά μας έχουμε ένα θέμα με πολιτικές και νομικές διαστάσεις. Είναι ποτέ δυνατόν σε ένα κράτος μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης –και αυτό είναι το ουσιαστικό ερώτημα– το κοινοτικό κεκτημένο για τις συλλογικές συμβάσεις να μην εφαρμόζεται με τη δικαιολογία ότι η χώρα αυτή είναι υπό μνημόνιο; Αυτό είναι το ερώτημα ενώπιόν μας. Και όμως είναι δυνατόν, επειδή το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο διαφωνεί μαζί με μας και επειδή ο κύριος Σόιμπλε διαφωνεί μαζί με μας. Σε ποια Συνθήκη λειτουργίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης επιτρέπεται να υπάρχουν στην Ευρωπαϊκή Ένωση πολίτες δεύτερης κατηγορίας; Σε καμιά! Παρ' όλους λοιπόν τους δύσκολους δημοσιονομικούς στόχους, παρ' όλη τη διαχείριση των προσφυγικών ροών, παρ' όλες τις απειλές του Ερντογάν, παρ' όλο που η Ελλάδα διαφυλάττει τα εξωτερικά σύνορα της Ευρωπαϊκής Ένωσης με το υστέρημα του ελληνικού λαού, αντί να ανταμειφθεί τιμωρείται. Αυτή είναι η ουσία ενώπιόν μας.

Κωνσταντίνα Κούνεβα (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, ζητάμε επιστροφή στη νομιμότητα, επαναφορά των συλλογικών συμβάσεων εργασίας. Από το 2010 έως το 2012 επιβάλατε πέντε νόμους που προκάλεσαν διάλυση των εργασιακών σχέσεων, απαγόρευση των συλλογικών διαπραγματεύσεων για τον κατώτατο μισθό. Κυρίες και κύριοι της Επιτροπής και του Συμβουλίου, μην κρύβεστε πίσω από το ΔΝΤ! Πάρτε καθαρή θέση επιτέλους! Δεσμεύεστε ή όχι για την επαναφορά των συλλογικών συμβάσεων στην Ελλάδα; Αυτό ζητούν εργαζόμενοι και εργοδότες στη χώρα μου. Είστε με το ΔΝΤ ή με το ευρωπαϊκό κεκτημένο; Κλείστε τώρα την αξιολόγηση με την ελληνική κυβέρνηση, εκτός και αν θέλετε να επιστρέψουμε σε καθεστώς δουλείας.

Romana Tomc (PPE). – Najbrž obstajajo tehtni razlogi za to, da se je Grčija znašla v takšnem položaju, kot je danes. Verjamem, da so jo v takšen položaj potisnili tudi neodgovorni politiki in danes ljudje trpijo posledice teh odločitev.

Veseli me, da statistični podatki kažejo, da vendarle v zadnjih letih Grčiji gre na bolje, da so bile storjene potrebne reforme. Vendar kljub vsem tem reformam ljudje še vedno živijo čedalje slabše.

Potrebno bo storiti najbrž še nekaj več. Potrebno se bo zavedati, da država ne bo nikoli uspela približati dobrega življenja ljudem, če bo delala reforme zaradi drugih. Država mora delati reforme zase in odgovorna politika jih dela zato, da bo njihovim državljanom in državljankam bolje. To bi morala storiti tudi Grčija.

Govornica je odgovorila na vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka (člen 162(8) Poslovnika)

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL), *ερώτηση με γαλάζια κάρτα*. – Κυρία Tomc, σωστά επισημάνατε τις ευθύνες αυτών που κυβέρνησαν τη χώρα και προκάλεσαν τα μεγάλα ελλείμματα και τα χρέη και τη χρεοκοπία. Μήπως θυμάστε ποιο κόμμα ήταν στην κυβέρνηση, όταν καταγράφηκαν αυτά τα ελλείμματα και αυτά τα χρέη; Μήπως ήταν το κόμμα της Νέας Δημοκρατίας, με το οποίο ανήκετε στην ίδια πολιτική ομάδα; Γιατί δεν τους τα λέτε;

Romana Tomc (PPE), *Odgovor na vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka*. – Zaradi tega, ker mislim, da odgovor ni nikoli tako enostaven, da lahko s prstom pokažemo samo na enega človeka ali na eno vlado.

Situacija, v kakršni je Grčija danes, je posledica nevestnega ravnanja, ki seže daleč v preteklost. In mislim, da bi se morali tega, če želimo oziroma želi Grčija najti rešitev, dobro zavedati. Ni potrebno gledati v preteklost, treba je gledati v prihodnost.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, je me concentrerai uniquement sur la question du dialogue social, parce que je pense que notre modèle européen est basé sur ce dialogue social.

Monsieur le Commissaire, vous avez dit votre volonté de travailler avec les partenaires sociaux et, pourtant, actuellement, les partenaires sociaux grecs n'ont plus la liberté de définir le niveau approprié de leurs concertations avec, pour effet direct, un affaiblissement drastique de la protection des travailleurs grecs. Alors, Monsieur le Commissaire, il s'agit là d'une grave atteinte aux droits fondamentaux européens. Or, vous êtes, Monsieur le Commissaire, en charge de faire respecter ces droits fondamentaux et non de les faire violer. Il est donc de votre devoir de rétablir le droit européen en Grèce et de redonner aux partenaires sociaux le droit de négocier des conventions collectives au niveau qui leur semble approprié.

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin! Starke Gewerkschaften und eine funktionierende Sozialpartnerschaft sind der Schlüssel zum Erfolg in Europas führenden Volkswirtschaften.

Das heißt, das gilt für Deutschland, Schweden, Österreich und so weiter. Das muss doch auch bitte schön für Griechenland gelten, dass wir hier nicht zweierlei Maßstäbe ansetzen. Ein Drittel der griechischen Bevölkerung ist von Armut betroffen, und das ist schon großzügig kalkuliert. Jeder zweite Jugendliche hat keine Arbeit. Die Menschen leiden definitiv unter den Reformen. Das haben Sie hier jetzt mehr oder weniger von allen gehört.

Jetzt geht es ans Eingemachte: ans Streikrecht, an Lockerungen des Kündigungsschutzes und die Beschneidung von Gewerkschaftsrechten. Das sind nun Forderungen, die auf den Tisch gelegt werden, die volkswirtschaftlich keinen Sinn machen und dementsprechend natürlich auch für die Bevölkerung nicht gut sind. Auch die eingesetzte Expertengruppe empfiehlt eine Stärkung und eine Verbesserung der kollektiven und individuellen Rechte der Arbeitnehmer. Das heißt, lassen Sie bitte schön die Gewerkschaftsrechte und auch das Streikrecht in Ruhe. Das ist etwas, das nicht mit zweierlei Maß in Europa gemessen werden sollte – egal, ob es jetzt in Schweden, Österreich oder in Griechenland ist.

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, con i colleghi del gruppo dei Socialisti e democratici abbiamo recentemente inviato una lettera ai tre presidenti, Juncker, Dijsselbloem e Draghi, sulla questione della contrattazione collettiva in Grecia, a seguito della messa in atto del memorandum. Una situazione assolutamente spiacevole, che di fatto ha costretto il governo greco a decentralizzare svuotando di valore il sistema di contrattazioni collettive nel paese.

La risposta della Commissione ci lascia perplessi. Da un lato si riconosce la gravità della situazione occupazionale e salariale e la crescente povertà, si ammette la massima attenzione da parte della Commissione al rispetto dei diritti fondamentali e sociali ma, allo stesso tempo, si fa notare che il memorandum agisce al di fuori dei diritti europei e quindi, tecnicamente, tali diritti non si applicano alla messa in atto delle misure imposte, vorrei sottolineare, ancora una volta, imposte alla Grecia.

Credo invece che la Commissione europea, questo Parlamento e tutte le istituzioni debbano sempre battersi affinché i diritti dell'Unione siano sempre applicati. La Commissione è il guardiano dei trattati, così mi è stato insegnato.

Pervenche Berès (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, le président Juncker nous parle toujours du «triple A social» et ici, ce soir, vous avez parlé de la justice sociale au cœur des priorités de l'Union européenne.

Franchement, je vous le dis, j'ai quand même été très choquée que, dans sa réponse à mes collègues de la commission emploi qui l'ont interpellé sur la suspension des conventions collectives ou de branche au niveau national, le président Juncker a indiqué que la charte des droits fondamentaux n'avait pas lieu de s'appliquer en ce qui concerne le programme de conciliation budgétaire de la Grèce.

Il ne peut pas y avoir deux poids et deux mesures, et si on veut que la Grèce soit exemplaire dans le respect de la règle budgétaire, il faudra lui donner les moyens d'être exemplaire dans le respect de la démocratie sociale, sinon il n'y aura pas de retour du climat de confiance. Ce climat de confiance attend des signes encore un peu plus forts en matière de dette pour que l'investissement reprenne dans ce pays.

Ce pays souffre en première ligne au nom de la solidarité européenne pour l'accueil des réfugiés, ce pays est engagé maintenant depuis de longues années dans des réformes structurelles qu'il met en œuvre avec détermination, avec un gouvernement démocratiquement élu, et il est temps qu'il recouvre tous les outils de la démocratie sociale.

Souvenez-vous qu'au début de l'intervention de la Commission européenne, dans le cas de la troïka, dès le début, l'OIT et le Conseil de l'Europe ont dénoncé ces travers qui empêchaient la Grèce de disposer de ces outils indispensables.

Monsieur le Commissaire, dites au président de la Commission qu'il est temps de permettre à la Grèce de recouvrer tous ces outils qui recréent ce climat de confiance et d'investissement, dont la Grèce et nous-mêmes avons tant besoin.

„Catch the eye" eljárás.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, I would like to express, first of all, my solidarity with the Greek authorities and people and their efforts towards recovery, human dignity and social justice. The situation in Greece shows that the policy of austerity is at a dead end. The EU *acquis* labour issues should also be applied in Greece, and it must be ensured that Greece will not be the exception as regards labour rights. The collective labour contracts are a very important *acquis* which must also be applied for Greece. I hope that Athens, despite the International Monetary Fund's protest, will be able to restore collective bargaining following its elimination on the terms of the second bailout programme in 2012. There is no need to tighten rules on strikes or to allow lockouts, which are a way for employers to ban workers during strikes.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, τις τελευταίες εβδομάδες γινόμαστε ακούσιοι θεατές ενός θεάτρου του παραλόγου με πρωταγωνιστές την Επιτροπή και το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο, διότι αμφότεροι οι θεσμοί είχαν συμφωνήσει με την ελληνική κυβέρνηση στη συγκρότηση μιας επιτροπής εμπειρογνωμόνων υψηλού κύρους και κοινής αποδοχής, η οποία θα γνωμοδοτούσε για τα ζητήματα σχετικά με τις εργασιακές σχέσεις στην Ελλάδα. Η επιτροπή αυτή γνωμοδότησε και γνωμοδότησε το αυτονόητο: ότι πρέπει δηλαδή να διατηρηθεί ή μάλλον να επανέλθει η ισχύς των συλλογικών διαπραγματεύσεων, όπως προβλέπει το ενωσιακό δίκαιο, και ότι δεν ωφελεί σε τίποτα να απελευθερωθούν πλήρως οι ομαδικές απολύσεις, πράγμα το οποίο θα οδηγούσε στην πραγματικότητα όχι σε μείωση αλλά σε αύξηση της ανεργίας, σε μια χώρα στην οποία η ανεργία βρίσκεται στο 23% του εργασιακού πληθυσμού. Συνεπώς καλούνται και η Επιτροπή και το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο να τιμήσουν ουσιαστικά την υπογραφή τους αποδεχόμενοι τα πορίσματα της επιτροπής εμπειρογνωμόνων. Pacta sunt servanda.

Terry Reintke (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Kommission, lieber IWF, liebe EZB, liebe Mitglieder der Eurogruppe und vor allem, lieber Herr Schäuble! Immer und immer wieder ist in den letzten Jahren Griechenland vorgeworfen worden, sich angeblich nicht an Abmachungen zu halten, vor allem in dem Mitgliedstaat, aus dem ich komme – Deutschland. Unzuverlässigkeit, Faulheit, ja gar eine Gaunermentalität wurde Griechenland vorgeworfen, weil die Verträge angeblich so heilig sind.

Eine Regel, die heute nicht mehr so richtig zu gelten scheint. Denn jetzt soll Griechenland gegen internationales Recht und gegen die EU-Verträge, also Verträge, gezwungen werden, unter anderem das Recht auf Tarifverhandlungen und das Streikrecht einzuschränken. Wenn Ihnen die Verträge so heilig sind, dann stoppen Sie das! Stoppen Sie diese Doppelmoral und legen Sie einen Plan vor, der eine Entlastung der Schuldenlast für Griechenland vorsieht, ohne internationales Recht zu brechen.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, παρά τις αιματηρές θυσίες που έχει κάνει ελληνικός λαός τα τελευταία εφτά χρόνια, παρά την πρωτοφανή ύφεση, που όμοιά της δεν έχει γνωρίσει η Ελλάδα ούτε στον Δεύτερο Παγκόσμιο πόλεμο, παρά επίσης τις συνεχιζόμενες αποτυχίες των μέτρων που επιβάλλει η Ένωση, πάλι είμαστε μάρτυρες της απόπειρας εκβιασμού της Ελλάδας να αποδεχθεί μία νέα δέσμη μέτρων που πέρα από την εμβάθυνση της κρίσης δεν θα έχουν κανένα άλλο αποτέλεσμα. Συγκεκριμένα, στα εργασιακά πολύ εύκολα προτείνεται η καταστρατήγηση εργασιακών κεκτημένων και δικαιωμάτων, με μόνο στόχο την εξυπηρέτηση του κεφαλαίου και των μεγάλων εταιρειών. Ουσιαστικά δεν ενδιαφέρεστε αν μετατραπεί η Ελλάδα σε ειδική οικονομική ζώνη και οι εργαζόμενοι σε δουλοπάροικους.

Μη θεωρείτε όμως πως η χώρα μου είναι αποικία, και τέτοιες πρακτικές δεν θα έχουν καμία τύχη. Ακόμα κι αν υπογραφούν, για εμάς είναι προϊόν εκβιασμού, συνεπώς δεν θα υπάρχει καμία δέσμευση για την εφαρμογή τους, όταν ο λαός επιλέξει να έχει μία εθνική κυβέρνηση. Ο οικονομικός πόλεμος και η προσπάθεια επιβολής σε ολόκληρη την ήπειρο, την ήπειρό μας, των παράλογων γερμανικών απαιτήσεων όχι απλά θα συναντήσει αντίσταση αλλά θα συντριβεί από τις υγιείς εθνικές δυνάμεις που αφυπνίζονται σε ολόκληρη την Ευρώπη.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, σήμερα πιο έντονα από ποτέ γίνεται ξεκάθαρος ο εμπαιγμός των θεσμών (της Επιτροπής, του Συμβουλίου και του ΔΝΤ) απέναντι στους λαούς και ιδιαίτερα στον ελληνικό λαό. Το ΔΝΤ και οι ενωσιακοί θεσμοί ρίχνουν το φταίξιμο ο ένας στον άλλον για το ποιος επιβάλει τα σκληρά μέτρα για τους λαούς και τους εργαζόμενους. Την ίδια ώρα προωθούν κατάφωρη παραβίαση των δικαιωμάτων των εργαζομένων για συλλογική διαπραγμάτευση και συλλογικές συμβάσεις στις χώρες που τους επιβλήθηκαν μνημόνια. Η Ευρωπαϊκή Ένωση μαζί με το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο είναι που επέβαλαν τη διάλυση του θεσμού των συλλογικών διαπραγματεύσεων στην Ελλάδα το 2010 και οδήγησαν στη μείωση της κάλυψης των εργαζομένων από συλλογική σύμβαση από το 80 στο 40% μέσα σε έξι χρόνια. Τα ίδια έκαναν και στην Πορτογαλία, την Κύπρο, την Ιταλία και την Ισπανία. Ως Αριστερά εκφράζουμε την αλληλεγγύη μας στους εργαζομένους της Ελλάδας και πιστεύουμε ότι ο μόνος δρόμος είναι ο αγώνας ενάντια στα μνημόνια και δεν θα σταματήσουμε να παλεύουμε και μέσα και έξω από το Κοινοβούλιο για τη διεκδίκηση των δικαιωμάτων των εργαζομένων, για τη διεκδίκηση της αξιοπρεπούς εργασίας και της κοινωνικής κάλυψης.

(A „catch the eye" eljárás vége.)

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to say a few words after the debate. First, thank you all for the very open and expressive debate.

The Commission does not agree that there has been any violation of European Union or international law and standards. International labour standards are universal instruments adopted by the international community and reflect common values and principles on work-related issues. They are common to us all. The European Court of Justice has not found that measures adopted in the framework of the economic adjustment programme are in non-compliance with the European Union Charter. That is also clear.

The suspension of the legal extensions of sectoral agreements and the favourability principle does not mean that collective bargaining has disappeared from Greece. The workers' and employers' organisations are free to negotiate and sign all forms of collective labour agreements at national, general, sectorial and company level. It would therefore be misleading to say that in Greece the freedom of collective bargaining has been abolished and needs to be restored.

As I mentioned, at the end of September, a group of independent experts delivered a report with recommendations following a thorough assessment of the Greek labour market. We all need to see such a thorough assessment of the Greek labour market today. The experts made 12 recommendations relating to collective bargaining, collective dismissals, industrial action and the setting of a minimum wage. Four of these 12 recommendations were split, reflecting the lack of consensus within the group. These related to the setting of a minimum wage and collective bargaining, extension and favourability of principles.

The Commission considers the report an important input to the ongoing discussions on possible labour market reforms in Greece. In principle, this could entail a revision of some measures which have already been implemented measures. However, simply returning to the pre-crisis status quo is not an option. The Greek labour market was already in poor shape before the crisis erupted, not least due to policies and the quality of social partnerships that were dysfunctional and not delivering. The objective of the review is to promote a more responsible social partnership today and ensure sufficient margins for flexibility to allow Greek firms still faced with the need to restructure to do so.

This process represents a unique opportunity for Greece to develop a stable setting that is supportive of social dialogue. We all need such a social dialogue, of course, including job creation and competitiveness, ensuring the right balance between flexibility and fairness and taking into account the very high unemployment and the need to pursue sustainable and inclusive growth and social justice.

We have carefully considered the group's recommendations and discussions with the Greek authorities on how to reflect them are still ongoing. Therefore I will not speculate on what might or might not be. However, the Commission recognises the scope to improve collective bargaining in Greece with the goal of establishing a strong and more sustainable social partnership today. For example, extensions would need to be based on reliable mechanisms to measure the level of representativeness for collective agreements, which is something which the experts also recommended. Proper consideration should also be given to the design of all functioning systems of possible derogations.

As in the past, we will do our utmost to ensure the success of the stability support programme for Greece and thus a return to economic, financial and social stability. We are convinced that the structural reforms foreseen, including those in the labour market, are necessary to enable Greece to modernise and secure the competitiveness gains of recent years. The goal is to regain the path of sustainable growth and job creation by strengthening the role of effective social dialogue and collective bargaining.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Las reformas laborales llevadas a cabo en Grecia bajo los auspicios de la Troika han deteriorado el sistema de negociación colectiva, dejando a millones de personas en riesgo de pobreza y de exclusión social. Esta situación es absolutamente intolerable porque vulnera tanto la Carta de Derechos fundamentales de la Unión, como los convenios de la OIT y la Carta Social Europea. Que los memorandos de entendimiento no sean considerados específicamente Derecho europeo no puede servir para el deteriorar del Modelo Social Europeo en Grecia. Pedimos a la Comisión y a la Troika, como ya hicimos en el informe Cercas sobre «los aspectos laborales y sociales del papel y las actividades de la Troika (BCE, Comisión y FMI) en relación con los países de la zona del euro sujetos a programa de ajuste» y por Carta la semana pasada, que escuche a la OIT, que escuche al Comité europeo de derechos sociales y que tome buena nota del informe del Comité de Expertos que ella misma encargó. Debe acabarse con esta ignominia reinstaurando la negociación colectiva en Grecia y tomando medidas para una recuperación económica justa, centrada en el bienestar de las personas.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Las reformas laborales llevadas a cabo en Grecia bajo los auspicios de la Troika han deteriorado el sistema de negociación colectiva: marginación de los convenios sectoriales sin el prometido aumento de los convenios de empresa, un recorte de los salarios en un 40 % dejando a millones de personas en riesgo de pobreza y de exclusión social. Esta situación es absolutamente intolerable porque vulnera tanto la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión, como los convenios de la OIT y la Carta Social Europea. Que los memorandos de entendimiento no sean considerados específicamente derecho europeo no puede servir para el deteriorar del Modelo Social Europeo en Grecia.

Danuta Jazłowiecka (PPE), *na piśmie*. – Szanowni Państwo! Sytuacja na rynku pracy w Grecji jest najgorsza w całej Unii. Pomimo pewnych postępów nadal ponad 23 % obywateli tego państwa jest bezrobotnych, a blisko 17 % pozostaje bez pracy dłużej niż rok. Najbardziej niepokojące jest jednak to, iż blisko połowa młodych Greków nie ma stałego zatrudnienia. Dlatego też dobrze, że w ostatnim tygodniu udało się osiągnąć porozumienie w sprawie wydłużenia terminu spłaty kredytów przez Ateny i zrezygnowano z części odsetek. Od dawna już wiadomo, iż bez restrukturyzacji zadłużenia Grecja nie będzie w stanie powrócić na ścieżkę wzrostu. Warunkiem wejścia w życie tego porozumienia jest jednak wdrożenie przez Ateny reform na rynku pracy, które mogą w krótkiej perspektywie przyczynić się do dalszego wzrostu bezrobocia.

Rozumiem obawy społeczeństwa tego państwa, które po latach wyrzeczeń nadal nie ma przed sobą widocznej perspektywy poprawy sytuacji. Sama jednak pochodzę z kraju, który w okresie transformacji gospodarczej musiał wprowadzić radykalne, skutkujące ogromnym bezrobociem, zmiany na rynku pracy. Przed Grecją, podobnie jak przed Polską na początku lat 90., nie ma innej drogi i pewne decyzje muszą zostać podjęte. Niezbędne jest wsparcie rządu w Atenach decyzją o restrukturyzacji zadłużenia. Bez niej, na co wskazuje już nawet Międzynarodowy Fundusz Walutowy, nie uda się uzdrowić sytuacji w tym państwie.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Las reformas que la Troika negoció con los antiguos Gobiernos griegos —el desmantelamiento de la negociación colectiva y la facilitación del despido— son las mismas que el PSOE y el PP impusieron en España.

Imponer los convenios de empresa por encima del resto y permitir comisiones *ad hoc* no es otra cosa que dar carta blanca a los empresarios para imponer unilateralmente las condiciones laborales, especialmente cuando el tejido empresarial en Grecia, como en España, está fundamentalmente constituido por pymes.

Facilitar el despido no es otra cosa que un chantaje permanente para los trabajadores, que saben que deberán transigir con cualquier imposición o irse a la calle.

Los resultados de estas reformas son visibles en España como en Grecia: un cuarto de la población en desempleo y un tercio de los trabajadores por debajo del SMI, en condiciones cada vez más precarias. Por ello, más que nunca, nuestra solidaridad con el pueblo y el Gobierno de Grecia frente a las nuevas imposiciones del FMI y la UE.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je condamne les mesures d'austérité imposées par la troïka au peuple grec. Ces mesures, déjà appliquées par le passé, ont démontré leur inefficience. Pourtant, cette année, on observe une augmentation constante du nombre de réformes austères: le 9 mai dernier, deux réformes (retraites et impôt sur le revenu) avaient été appliquées, ce qui a entraîné le mécontentement du peuple hellénique; fin mai, un alourdissement de la TVA et la création de nouvelles taxes (de résidence par exemple) étaient à l'ordre du jour; fin septembre, ces réformes concernaient la réorganisation du marché de l'énergie et des nouvelles privatisations; aujourd'hui, salaire, prestations sociales et augmentation des impôts font sortir le peuple grec dans la rue. Quand l'Union européenne s'arrêtera-t-elle d'organiser sciemment la paupérisation de pays entiers?

Mais ces mesures ne sont pas seulement un non-sens économique, elles sont également un affront à la souveraineté: le peuple grec a rejeté cette politique en votant massivement «non» au referendum de juillet 2015, comme les Français avaient voté «non» au referendum sur la Constitution européenne, imposée finalement par le gouvernement. Deux pays différents, une seule et même manière honteuse de procéder au sein de l'Union européenne.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Řecko od počátku krize v roce 2009 ušlo hodný kus klikaté cesty. Doposud si s sebou táhne upomínku ve formě národního dluhu představující až 177,4 procent hrubého domácího produktu a nezaměstnanosti ve výši 23 procent. Tyto čísla mu nepřipomínají jen skutečnost, že poskytování zkreslených statistických údajů může mít velmi nehezkou či pro mnohé až katastrofickou dohru, ale také k jakému konci slepá neoliberální hospodářská politika vede. Jsem velmi rád, že je Řecko pořád členem Evropské unie i jejího menšího měnového spolku eurozóny. Rád bych ale v tomto kontextu podotkl, že plnění požadavků, které ukládá Mezinárodní měnový fond a Evropská komise, je věc jedna. Věcí druhou, ale přesto neodlučitelnou, je zajištění akceptovatelných životních a pracovních podmínek zaměstnaných a nezaměstnaných obyvatel. Ti patří také k evropským občanům. Chceme tedy opravdu dopustit, aby ve vyspělé zemi patřící do jednoho z největších hospodářských bloků, která již měsíce Evropě slouží jako tzv. nárazník v migrační vlně, došlo k odnětí tak základního práva, jako je právo na kolektivní vyjednávání? Opravdu považujeme za vhodné nahradit klasické pracovní závazky krátkodobými a nestabilními? Nejenže tímto porušujeme základní prvky sociální Evropy, ale porušujeme i ustanovení Listiny základních práv Evropské unie, kterou jsme v roce 2000 a 2007 sami přijali.

14. Lage der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in Polen (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Bizottság nyilatkozata – A jogállamiság és a demokrácia helyzete Lengyelországban (2016/3030(RSP)).

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the European Parliament for putting the situation in Poland on the agenda of its plenary meeting today. Last time we discussed this issue in plenary was on 13 September. The resolution which the plenary adopted later that day provided a strong support for the Commission, and I would like to thank Parliament for this support.

Today, I would like to explain what has happened since and how we see the situation since the adoption of our recommendation. As you know, the Commission raised three main issues of concern in its rule of law recommendation of 27 July. The composition of the Constitutional Tribunal, the publication of its judgments, and the effectiveness of the functioning of the Tribunal. The Commission asked the Polish authorities to address these concerns within three months. Regrettably, since the adoption of the recommendation, the situation has not improved.

On 14 October, the Venice Commission issued an opinion on the rule of law in Poland which fully supports the concerns expressed by the Commission. Regrettably, the Polish Government has not accepted, but strongly criticised this opinion. Let me remind you, the Polish Government asked for the Venice Commission to give its opinion.

On 27 October, the Commission received a reply from the Polish Government. However, this reply did not announce any new actions on the part of the Polish authorities to address the concerns identified by the Commission. It rather explained why the Polish Government disagreed with the positions of the Commission expressed in the recommendation. In particular, the Polish Government denied that the judgments of the Polish Constitutional Tribunal of the 3 and 9 December 2015 had any legal relevance for the composition of the tribunal.

Furthermore, three new laws regarding the Constitutional Tribunal are at the final stage of the legislative process; they were voted on last night in the Sejm. While these laws would address some of the issues raised in the recommendation of 27 July, they also introduce new provisions, raising concern in particular regarding the President of the Constitutional Tribunal.

The President of the Republic would be given the right to appoint an 'Acting President' of the Tribunal, which is in clear disregard of the provisions of the Polish Constitution concerning the election of the President and the Vice-President of the Tribunal. In addition, the functioning of the Tribunal is significantly impeded as three judges of the Constitutional Tribunal, elected by the previous Sejm, have still not been sworn in. Three judges appointed by the new majority are currently not participating in the Tribunal's work. This leaves the Constitutional Tribunal unable to decide cases in composition of a full bench, which requires the participation of 11 judges.

I am deeply concerned by these new developments, which threaten to deepen the rule of law crisis in Poland. I therefore urgently call on the Polish authorities not to put into force the new laws before the Constitutional Tribunal has had the occasion to examine their constitutionality, which is the role the tribunal has in the Polish Constitution.

I also call on the President of Poland to urgently swear in the three judges elected by the previous Sejm, and I call on the Poland Government to publish, and fully respect, all the previous judgments of the Constitutional Tribunal. You do not get to pick and choose which judgments you like and then only publish the judgments you like; that is in violation of the separation of powers.

The College is following the situation closely and will discuss the situation in Poland soon, in order to consider the situation and determine the best way of addressing this situation. Let me underline, once again, that this is not a political question; it is about our fundamental values. It is crucial that, whatever a government's programme entails, it is done in full accordance with the constitution and the law itself. That is why the effective functioning of the Constitutional Tribunal is so important. This is also crucial for the implementation of all Union policies, including the Internal Market, and is the basis for the mutual trust between Member States.

The separation of powers is essential for the functioning of our internal market, because the Court of Justice in Luxembourg has to be sure that, in its direct relationship with courts at the national level, there is no interference of the other branches of power. Judicial independence is of the essence for the whole system to be able to function, including the functioning of the internal market.

To conclude, I would like to thank the European Parliament for its continuous efforts to uphold the rule of law in the EU and for supporting the Commission's actions concerning the situation in Poland. As I said at our last debate, upholding the rule of law is the shared responsibility of all EU institutions, and it has never been as necessary as it is today. That is why, Parliament, your support is crucial; that is why, let me say this again, this is a dispute the Commission has with the Government of Poland, not with the Republic of Poland – certainly not with the people of Poland – but with the Government of Poland.

(Applause)

Janusz Lewandowski, *w imieniu grupy PPE*. – Pani Przewodnicząca! 35 lat temu, 13 grudnia, pod osłoną nocy, komunistyczna władza wypowiedziała wojnę własnemu społeczeństwu. To była ciemna karta polskiej historii. Ja wtedy wraz ze studentami organizowałem opór na Uniwersytecie Gdańskim. Była to naiwna barykada, w pełnym poczuciu bezbronności na widok czołgów, ale też z pełnym poczuciem sensu tego protestu i nadzieją, że przyniesie on owoce. I doczekaliśmy wolnej Polski w zjednoczonej Europie. Jest to dobra okazja, by podziękować wszystkim tym, dla których los Polski nie był obojętny, którzy nam pomagali na drodze do wolności.

Wczoraj, czyli 35 lat po wprowadzeniu stanu wojennego i 27 lat po odzyskaniu niepodległości, dziesiątki tysięcy ludzi wyszły na ulice, by wyrazić swój sprzeciw wobec nadużyć obecnej władzy. Ta władza wzięła się z demokratycznego mandatu, ale mandat mniej niż 20 % uprawnionych do głosowania nie usprawiedliwia postępującego zamachu stanu na instytucje państwa prawa, społeczeństwo obywatelskie, zdrową gospodarkę. Nie usprawiedliwia rujnowania pozycji Polski w świecie. Lista tych nadużyć wydłuża się.

Wczoraj był smutny dzień dla Polski, ponieważ nowa ustawa o zgromadzeniach tłumi wolność zgromadzeń – fundamentalne prawo, o które walczyła Solidarność. Lista się wydłuża, i można wskazać kolejne cele tej rozprawy ze społeczeństwem: samorząd terytorialny, niezawisłe sądownictwo…

To wszystko jest doskonale widoczne dla demokratycznego świata po obu stronach Atlantyku. Nie można już spuścić nowej żelaznej kurtyny. Misja prania mózgów, realizowana przez niektóre media publiczne w Polsce, nie dociera do Strasburga i Brukseli. Każdy, kto tutaj zakłamuje obraz polskiej rzeczywistości, traci wiarygodność, również na tym forum.

Już pięć razy była mowa o Polsce na forum Parlamentu Europejskiego, więc jesteśmy chorym ogniwem tej Wspólnoty. Cenę płaci cała Polska. To wspaniałe dzieło zbiorowe milionów Polaków, jakim jest Polska ćwierćwiecza, nie zasługuje na płacenie tak wielkiej ceny za nadużycia władzy. Dlatego będziemy dawali świadectwo prawdzie. Będziemy głosem milionów ludzi, którzy wiedzą, że zasady wpisane w traktaty i w naszą konstytucję są po to, żeby chronić wolności obywatelskie, zdrową gospodarkę, zdrowy ład publiczny i społeczny. Będziemy głosem milionów ludzi, którzy dobrze czują się w Unii Europejskiej, czują się u siebie, i rozumieją Unię Europejską jako gwarancję naszego bezpieczeństwa i szans na rozwój.

Birgit Sippel *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Der 30. Jahrestag des polnischen Verfassungsgerichts sollte ein Grund zur Freude sein, ein Symbol für das polnische Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie. Doch davon ist wenig zu spüren. Die erzkonservative PiS-Regierung amputiert das Oberste Gericht immer weiter, und zusätzlich bereiten Berichte über die Einschränkung des Versammlungsrechts oder die Beschneidung der Rechte von Frauen Sorgen.

Keine demokratische Mehrheit der Welt berechtigt eine Regierung zur Zerstörung der Demokratie. Und deshalb war es richtig, dass die Kommission den Rechtsstaatsmechanismus für Polen eingeleitet hat. Doch die polnische Regierung zeigt keine Einsicht. Ich bin es leid, dass unsere Rufe zur Einhaltung der Grundrechte, zur Sicherung von Freiheit und Demokratie immer wieder an einer Mauer des Widerstands abprallen, die Herr Orbán und Frau Szydło jeden Tag höher aufbauen.

Setzen wir endlich ein klares Zeichen! Polen gehört auf die Tagesordnung des Rates, und für die formale Anerkennung, dass in Polen eine systemische Gefahr für die Rechtsstaatlichkeit vorliegt, braucht es nur eine Vierfünftelmehrheit. Das wäre immerhin ein Signal, auch wenn es wohl nicht zu konkreten Sanktionen kommt.

Das zeigt auch: Die bestehenden Instrumente zur Sicherung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit reichen nicht. Doch die Kommission ist nicht so hilflos, wie es Präsident Juncker in einem Interview darstellt. Herr Timmermans! Wir fordern Sie mit Nachdruck auf, einen Vorschlag für einen unabhängigen Jahresbericht zum Stand der Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Staaten vorzulegen. Demokratische Grundrechte sind offensichtlich keine Selbstverständlichkeit. Wie vielerorts in Europa, mussten auch die Menschen in Polen diese hart erkämpfen. Sie nun zu erhalten, liegt aber in der Verantwortung aller Europäer.

Ryszard Antoni Legutko *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! No, niestety znowu robią Państwo orwellowski spektakl. Mam nadzieję, że ostatni, choć znając tę izbę, nigdy nic nie wiadomo. Jak poprzednio, cała ta decyzja o debacie na temat Polski jest bezsensowna, niesprawiedliwa, skrajnie stronnicza i niczym niepoparta.

Nie wiem, jak w tak krótkim czasie mam rozsupłać te wszystkie nieprawdy, które zostały powiedziane. Nie ma, proszę Państwa, żadnego problemu z ustawą o zgromadzeniach. Nie ma. Czy wyrażam się jasno? Nie, nie ma żadnych ograniczeń czyjegokolwiek prawa do demonstracji w Polsce – ani jednostek, ani grup, ani organizacji. Nie ma! Dlaczego zatem zawracacie ludziom głowę? Jak można tak skrajnie rozmijać się z faktami? Wstydźcie się! Nie wolno takich rzeczy robić!

Jakieś uwagi tutaj były na temat praw kobiet w Polsce i na temat konwencji stambulskiej. Proszę Państwa, jeśli chodzi o przemoc wobec kobiet, Polska jest na ostatnim miejscu w Europie w tym niechlubnym rankingu. Na ostatnim miejscu w Europie! Pana ojczyzna, panie przewodniczący Timmermans, jest natomiast bardzo wysoko w tej hierarchii. Więc może zajmiemy się takimi krajami jak właśnie Holandia, jak Belgia i przestaniemy mówić o Polsce. Przyjedźcie do Polski – może nauczycie się tego, jak należy dbać o prawa kobiet. Podobno na naukę nigdy nie jest za późno. Ta zasada być może nie obowiązuje elit europejskich, ale mam nadzieję, że jednak coś się zmieni w tej sprawie.

Pan, panie przewodniczący Timmermans, ciągnie z niezrozumiałym dla mnie uporem sprawę Trybunału Konstytucyjnego, domagając się – no, bo to tak naprawdę do tego się sprowadza – by ten Trybunał był zdominowany przez nominatów jednej strony politycznej. Ten zabieg został dokonany w sposób – delikatnie mówiąc – nie do końca zgodny z prawem pod koniec poprzedniej kadencji w czasie poprzedniego rządu i pan wtedy nie zareagował. Dlaczego pan nie zareagował? Dlaczego Komisja nie zareagowała? Powiem panu dlaczego. Dlatego, że to była pańska strona.

Ja poniekąd rozumiem, dlaczego pan uważa, że instytucje, również polskie, powinny być zdominowane przez jedną stronę sporu politycznego. W Unii Europejskiej od niepamiętnych czasów rządzi jedna konstelacja polityczna i Państwo już tak przyzwyczaili się do tego, że jeżeli gdzieś następuje jakieś zróżnicowanie, to traktują to jako anomalię.

Panie przewodniczący, proszę mi wierzyć: jeżeli są spory w Trybunale Konstytucyjnym, to może dobrze. Jeżeli prawnicy się różnią, to może dobrze, czyż nie? Czy pan uważa, że w takim razie jeden chór nominatów jednej strony powinien rządzić, sprawować kontrolę nad konstytucją w Polsce?

Zresztą podobna postawa charakteryzuje – mówię to z przykrością – Komisję Wenecką, która w lutym tego roku przyjechała po raz pierwszy do Polski i nawet nie raczyła się spotkać z sędziami Trybunału Konstytucyjnego, którzy mają inne zdanie. Po prostu nie raczyła, a ich przekazaną pisemnie opinię wyrzucili do kosza. To jak ja mam – przepraszam – wierzyć w wiarygodność Komisji Weneckiej? Co to są w ogóle za obyczaje?

I nie mówcie mi tutaj, że chodzi wam o wolność i prawa, bo o nie chodzi wam najmniej. Chodzi wam – jeszcze raz powtarzam – o zachowanie monopolu jednej strony. Choćbyście nie wiem jak długo mówili tutaj o wartościach europejskich, to prawda jest taka, że macie z tymi wartościami coraz mniej wspólnego.

Nie przestrzegacie traktatów. Panie przewodniczący, nie przestrzegacie traktatów! Cała ta procedura, którą pan i pana koledzy wszczęli przeciw Polsce jest pozatraktatowa. Pan to kompletnie ignoruje. Nie szanujecie zasady pomocniczości, nie szanujecie innych poglądów niż wasze, nie uznajecie zasad racjonalnej dyskusji, nie uznajecie rzymskiej zasady, że trzeba słuchać racji drugiej strony. Nie przestrzegacie innej rzymskiej zasady, że nikt nie może być sędzią we własnej sprawie. To wyalienowanie elit europejskich, unijnych z kultury europejskiej, które obserwujemy od dłuższego czasu, jest faktem głęboko zasmucającym i fatalnie rokuje.

Niedawno z moim kolegą – panem Tomaszem Porębą – napisałem do pana obszerny list, wskazując na rażące błędy – powtarzam: rażące błędy – w stanowisku pana i Komisji Europejskiej i nie chodzi o interpretację. Chodzi o rzeczowe błędy dotyczące polskiej konstytucji i polskiego prawa. Pan swoim zwyczajem i zwyczajem pańskich kolegów to kompletnie zignorował. Albo pan ich nie zrozumiał, albo pan udaje, że tego nie rozumie. To jest stara metoda – udawanie, że czegoś nie ma. Tak jak Komisja Wenecka udała, że nie ma innych sędziów, z którymi należy rozmawiać. Prawda, jak to wszystko prosto wtedy wygląda, jeśli nie trzeba odpowiadać na argumenty, nie trzeba się spierać? Prawda? Nie trzeba szukać jakichś kompromisów, tylko można cały czas śpiewać tę samą arię przy klaszczącej widowni. Ale to nie jest rozmowa polityczna, to nie jest debata, to nie jest żaden sposób rozstrzygania sporu. To wszystko jest niestety – obawiam się –fragmentem większej całości. Unia Europejska, zamiast stabilizować się, jest coraz bardziej rozkołysana, a Państwo ponoszą za to sporą część odpowiedzialności. Antagonizujecie społeczeństwa, pogłębiacie podziały, nie tylko w Polsce zresztą. Spójrzcie, jak gotuje się w większości krajów europejskich. Zamiast zjednywać sobie sojuszników, szukać wsparcia, produkujecie w coraz szybszym tempie nowych wrogów. Wrogów – mówię – nie reformatorów, takich jak ja czy moi koledzy z mojej grupy, którzy chcą Unię zreformować. Ale to nie może trwać wiecznie. No, jak długo ten proces ma trwać, proces generowania pokolenia nowych wrogów, którzy chcą Unię Europejską rozbić od środka?

Jaka jest na to Państwa odpowiedź? Więcej tego samego, tak? Więcej tego samego. To się wszystko może fatalnie skończyć. Wobec tego, na koniec, cóż mogę zrobić? Mogę się odwołać do jakiegoś autorytetu. Dedykuję panu, panie przewodniczący, i Państwu sławne zdanie ze Starego Testamentu, z Księgi Przysłów: „wyniosłość kroczy przed porażką, a duch pyszny przed upadkiem" .

Just to make myself understood: „Pride goeth before destruction, and an haughty spirit before a fall".

(Applause from some quarters, murmurs of dissent from others)

(The speaker agreed to take four blue-card questions under Rule 162(8))

Elnök asszony. –Képviselőtársaim, többféle kártya van előttem, vannak kékkártyás kérések, és van egy ügyrendi, mint Képviselő Úr jelzi, egy ügyrendi hozzászólás. Képviselő úr, Weidenholzer Képviselő Úr, jelezze nekem, hogy melyik eljárási pont – még egy kékkártyás kérés érkezett közben – melyik eljárási ponthoz szeretne kapcsolódni.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Ich wüsste gern, wer der Herr hinter Herrn Legutko ist. Ein Abgeordneter? Ein Mitglied des Europäischen Parlaments ist?

Elnök asszony. – *(a Legutko úr mögött ülő személy feláll és kimegy a teremből)* Úgy látom, hogy a válasz meg is érkezett Képviselő Úr részére, hiszen a kért személy elhagyta a termet. Nyilvánvalóan nem képviselő, és nem is tudom, hogy volt itt a teremben. Köszönjük szépen az észrevételét Képviselő Úrnak. Nincs olyan dolog, ami miatt most határoznom kellene. Mindenesetre ez egy fontos észrevétel volt, amit köszönök.

Most viszont van előttem három kékkártyás kérdés, összegyűjteném őket, Képviselőtársaim, és egyszerre válaszolná meg Legutko úr, ha válaszolni kíván a kékkártyás kérdésekre. *(Az Elnök angolul kérdezi Legutko urat)* – Do you accept the blue cards? Every blue cards. OK. – Az első kékkártyás kérdés Post képviselő asszonytól érkezett.

Soraya Post (S&D), *fråga ("blått kort").* – Fru talman! Tack så mycket. Jag skulle vilja ställa en konkret fråga till dig där.

För det första tycker jag att det är väldigt skamligt när du säger att ni är lägst ner på listan, när ni utför ett statligt våld mot kvinnor, mot polska kvinnor. Och där ni förnekar kvinnor rätten till sin egen kropp.

Ryszard Antoni Legutko (ECR), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Myślę, że to jest dobry przykład tego, o czym mówiłem. Rozumiem, że Pani zdaniem aborcja jest prawem człowieka, i może Pani tak uważać. Wszelako chciałem przypomnieć, że te sprawy nie są rozstrzygane na szczeblu Unii Europejskiej, a na szczeblu krajowym. To jest kompetencja wyłącznie władz państwowych. Nie będę z Panią wchodził w polemikę moralną; nie sądzę, żeby dobrze Pani na tym wyszła. Chciałem tylko formalnie odpowiedzieć: to jest wyłącznie kompetencja parlamentu narodowego, nie Pani ani nie tej Izby.

Tadeusz Zwiefka (PPE), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Panie przewodniczący! Gdyby serio potraktować to, co pan przed chwilą powiedział, to należy odnieść wrażenie, że jest jakiś potężny spisek w całej Europie przeciwko rządowi w Warszawie, co wydaje się być nieprawdą.

Czy przyzna pan – i to są moje pytania – że ta znienawidzona i brzydka Europa, która tak bardzo chce dokopać naszej ojczyźnie, cieszy się największym poparciem spośród wszystkich krajów europejskich właśnie w Polsce, wśród polskich obywateli? Ponad osiemdziesiąt procent Polaków popiera obecność naszego kraju w Unii Europejskiej. I drugie pytanie – czy nadal będzie pan twierdził, że trzech sędziów wybranych prawidłowo przez Sejm poprzedniej kadencji to sędziowie, którzy mają tworzyć jakąś mityczną większość (nie wiadomo czyją), bo to prawidłowo wybrani sędziowie?

Ryszard Antoni Legutko (ECR), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – To prawda, że w Polsce mamy bardzo duże poparcie dla Unii Europejskiej, ale jeżeli Komisja, w tym pan przewodniczący Timmermans, będzie dalej robiła to, co robi, z czasem to poparcie z pewnością spadnie. I już to widać. Czy można odpowiedzieć? Ja wiem, że trudno w ogóle z Państwem rozmawiać. Pani Przewodnicząca, czy może Pani łaskawie przywołać kolegów do porządku? Tego typu opinie, które zaczynają się pojawiać o Komisji Europejskiej, o niektórych naszych kolegach – nie będę wymieniał nazwisk – jeszcze rok temu by się nie pojawiły, a to wszystko dzieje się z powodu Państwa ciężkiej pracy. Myślę jednak, że Pan ma złe pojęcie na temat tego, co się stało w Trybunale, dlatego że Trybunał…

(Przewodnicząca odebrała mówcy głos.)

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Pani Przewodnicząca! Chciałam przeprosić naszą koleżankę Sorayę Post za aroganckie zachowanie pana profesora Legutki w odpowiedzi na jej pytanie, które jest bardzo istotnym pytaniem dla Polek w naszym kraju.

Tomasz Piotr Poręba (ECR). – Zwracam się do Pani, Pani Przewodnicząca, bo skoro zechciała Pani zwrócić się do pana profesora Legutki o odpowiedź na trzy pytania, a po pierwszym pytaniu Pani mu przerwała, to bardzo Panią proszę, żeby Pani jako przewodnicząca jednak umożliwiała odpowiedzi na pytania, o które Pani również zabiega jako prowadząca te obrady.

Elnök asszony. – Képviselő Úr! Lehet, hogy nem volt helyes a fordítás, lehet, hogy nem figyelt, tökéletesen lehetősége van Legutko úrnak arra, hogy minden kérdésre válaszoljon, sorban, egymás után. Előbb válaszolt a madame Post kérdésére, most válaszolt a Zwiefka képviselő úr kérdésére, és még van kettő. Kettő kérdés, kettő kék kártya, az egyik Björk képviselő asszony kérdése, a másik Hadjigeorgiu képviselő úrnak a kérdése. Ennyi, és sorban, egymás után fog válaszolni. 30 másodperc kérdés, 30 másodperc válasz, ez a rend. Tessék, Björk Képviselő Asszony!

Malin Björk (GUE/NGL), *blue-card question*. – There is structural under-reporting of violence against women in all our Member States, and I think that is definitely the case in Poland also. Would you not agree that under the Istanbul Convention it is a fundamental right of women to live a life free from violence? Why should your government withdraw from that? For me, it is a question of the fundamental rights of women, and they are under attack in Poland. Why is that so?

Ryszard Antoni Legutko (ECR), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – No, nie wiem, ile razy mam powtarzać to samo. Jesteśmy na najniższym miejscu w Europie. Konwencja stambulska nie ma z tym nic wspólnego. Gdyby miała coś wspólnego, to w Państwa krajach powinna być ta przemoc zredukowana, a jest bardzo wysoko.

Jeśli chodzi o Trybunał Konstytucyjny, panie przewodniczący Timmermans, również żaden wyrok Trybunału Konstytucyjnego nie mówił nic o trzech sędziach, którzy byli wybrani. Trybunał Konstytucyjny mówi o ustawach, nie o wyborze. Kwestia trzech sędziów pojawiła się w uzasadnieniu wyroku. Uzasadnienie wyroku nie jest częścią prawa. Ja wiem, że może to nowa informacja dla pana, panie przewodniczący, ale zaręczam panu, że tak jest.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *ερώτηση με γαλάζια κάρτα*. – Αγαπητέ κύριε Legutko, είχατε οκτώ λεπτά στη διάθεσή σας να επιχειρηματολογήσετε και, με όλη την εκτίμηση, η επιχειρηματολογία σας δείχνει να νομίζετε ότι όλοι εδώ μέσα έχουν παραπλανηθεί, για να μην πω ότι η επιχειρηματολογία σας όλη δείχνει να νομίζετε ότι ίσως να έχουμε και τρελαθεί. Ποια νομίζετε εσείς ότι είναι η βασική αιτία αυτής μας της στάσης; Τι έχουμε πάθει;

Ryszard Antoni Legutko (ECR), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Ja mogę powtórzyć to, co już mówiłem. Mamy dwóch podstawowych wrogów: jeden to niewiedza, drugi to uprzedzenia. Bardzo trudno z tym walczyć.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, I always think you are funny, Mr Legutko. For somebody who says that this debate should not take place, you have got a lot of speaking time from your Group. Having this debate, this is a very personal remark. In this debate today, my thoughts go to my former colleague, Bronisław Geremek, who sat next to me for a number of years. He was always a big hero of mine when I was still a student, and I was ever so proud that he was my colleague. Today, I stand, my Group stands, this House stands with the Polish people – just as the European Parliament stood with the Polish people in 2012, when we debated and condemned the website by Geert Wilders' party from the Netherlands against the Polish people; as the European Parliament also stood by the Polish people this summer, when we mourned a Polish citizen who was the victim of xenophobic hate crime in the UK.

We stood by the Polish people then. We also stand by the Polish people today; we stand by the thousands who took to the streets yesterday at a protest organised by the Committee for the Defence of Democracy, which I commend for their actions. We also stand by our own sister party 'Nowoczesna' and other parties like the EPP colleagues who are present. They are protesting against the erosion of their rights, because like all EU citizens, Polish citizens are entitled to an independent judiciary. Polish women, like other women, are entitled to protection against domestic violence. Polish women, like other women, are entitled to free choice into decide over their own bodies. Polish people have a right to freedom of assembly, freedom of speech and freedom of thought, Mr Legutko.

Now the Polish Government is robbing the Polish people of their rights and freedoms. I wonder if this is what the Polish people voted for when they went to the ballot stations a year ago. Did they vote for the restriction of their freedoms? I do not think so, Mr Legutko. They voted for a good life, to get a job, education for their children, housing and infrastructure. That is what they voted for, Mr Legutko. They did not vote for restrictions on the freedom of the press or the independence of the judiciary.

Finally, a question to Mr. Timmermans: you have been criticising the Polish Government, but I would like to know what you are going to do? Because, in your letter of July 27 – I am coming to conclusion, Madam President – you described the situation in Poland as 'a systemic threat to the rule of law'. Now, if that does not call for action by the European Commission, then what does? Even if you know that the Council will never vote for an Article 7.1 procedure, the Commission should take its responsibility and vote on that. We should put it on the agenda.

IN THE CHAIR: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vice-President

Malin Björk *för GUE/NGL-gruppen*. – Herr talman! Kollegor! För två månader sedan ville den polska regeringen kriminalisera och fängsla kvinnor och de som hjälpte dem att genomföra en abort. Det var ett drakoniskt lagförslag och därför var det kanske inte så oväntat att hundratusentals kvinnor och män i Polen och i solidaritetsdemonstrationer runt om i Europa gick ut på gatorna.

Den polska regeringen fick backa. Det var en seger för alla oss som ser kvinnor som fullvärdiga medborgare.

Nu kommer den polska regeringen tillbaka och fortsätter sitt angrepp på kvinnor. Regeringens ansvariga minister har deklarerat att landet vill dra sig ur Istanbulkonventionen. Jag säger det en gång till: dra sig ur Istanbulkonventionen. Var är vi någonstans? Detta är ett internationellt rättsligt grundläggande instrument för att bekämpa allt könsbaserat våld. Det är en fråga om mänskliga rättigheter, om rättsstaten, om grundläggande principer. Det är lika viktigt som respekten för mänskliga rättigheter.

Uppenbart är man orolig för folkets protester, för dessutom går man vidare med förslag, och det har röstats igenom, att inskränka demonstrationsfriheten.

För oss hänger attacken mot de demokratiska institutionerna och rättigheterna och attacken mot kvinnors rättigheter samman. Det är demokratin och grundläggande rättigheter som attackeras.

Jag vill se att kommissionen tar fighten för de grundläggande instrument som Istanbulkonventionen representerar. Man kan inte släppa den. Det ska inte finnas på kartan att ett medlemsland kan överge Istanbulkonventionen. Tack!

(Talaren avböjde att besvara en fråga (”blått kort”) från Jadwiga Wisniewska)

Terry Reintke, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, every child in Europe learns in their history classes about the peaceful revolution that took place in Poland and other countries of the European Union some 30 years ago. They learn about the strikes, the protests and the demonstrations that brave Polish citizens organised in order to struggle for democracy and the rule of law. My own image of Poland is strongly shaped by these images. If young people ask me today why they should go out on the streets and get politically engaged, I very often refer to precisely these protests.

In the last month, however, we have again seen mass protests and demonstrations in Polish cities and villages against restricting the right to free media, against limiting the rights of an independent jurisdiction, against depriving women of the right to their own bodies. All of these rights are fundamental rights and thus the European Union has to be concerned about them. We stand in solidarity with these movements and we support their struggles. Mr Legutko, if you are saying that we should not have this debate, I must honestly say that I would like not to have this debate and for these problems not to exist, but should I just shy away and close my ears to the concerns of thousands of Polish people who are asking me to speak up for them? Or should I shut my ears to the Venice Commission, an independent expert commission, that is saying that there are problems with the rule of law in Poland, and trust you? I don't think so. I think democracy is about listening to different voices. This is why we are having this debate and this is why it is so important to exchange our views.

I think that the European Parliament will continue to stand with these people, whether in fighting against the restriction of freedom of assembly or the withdrawal from the Istanbul Convention, which has actually been announced by some in the Polish Government. But the real question – and I think you will have to give an answer to this today, Mr Timmermans – is, given that you have you have said that you are concerned and the Commission is concerned about the developments, what exactly will you do? Will you stand up? Will you take decisive steps in order to give a strong signal from both Parliament and the Commission that what has been happening in Poland is not only of concern but in fact needs action at European level?

(Applause)

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Beata Gosiewska (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Szanowna pani poseł! Pan poseł Janusz Lewandowski powiedział dzisiaj, że Parlament Europejski patrzy na Aleppo. Powinien patrzeć na ulice Warszawy. Czy taka opinia jest dla pani wiarygodną opinią? Czy ona buduje wiarygodność? Czy te wszystkie nieprawdy, które tutaj padają na temat Polski, nie ośmieszają tej Izby? Komisarz mówi, że jest w konflikcie z polskim demokratycznie wybranym rządem. To jest naprawdę perfidny, pełzający zamach. Próba pełzającego zamachu na polski demokratycznie wybrany rząd.

Terry Reintke (Verts/ALE), *blue-card answer*. – Well, there wasn't really a question posed, but I will take this opportunity again to salute all of those people who yesterday and last month in many Polish cities and in many Polish villages were standing up for their rights. I think there are many colleagues in this Chamber who are very proud to stand in solidarity with them, not only the Polish women of the black protest movement, but also those who are fighting for democracy and rule of law. Thanks again to all of them. I think that they really deserve all the credit from the Members of this Parliament.

Robert Jarosław Iwaszkiewicz, *w imieniu grupy EFDD*. – Panie Przewodniczący! Żołnierze uzbrojeni po zęby patrolujący ulice miast, transportery opancerzone, wzmocnione siły policyjne, kontrole na dworcach i lotniskach, atmosfera strachu i niepewności, przedłużający się stan wyjątkowy. Można by pomyśleć, że to Polska sprzed trzydziestu pięciu lat, ale nie: to dzisiejsza Francja i Belgia. Rozglądam się i widzę ludzi mordowanych na ulicach miast, widzę, jak terroryści strzelają do przechodniów, dokonują gwałtów na kobietach, wjeżdżają ciężarówką w tłum. Czy to Polska? Nie, to Szwecja, Francja, Niemcy. Rozglądam się dalej i widzę powtórzone wybory z powodu masowych nieprawidłowości, widzę, jak rząd lekceważy demokrację i ignoruje wyniki referendum. Czy to Polska? Nie, to Austria, Wielka Brytania. Czy to nie są problemy, nad którymi tak naprawdę powinniśmy debatować i je rozwiązywać?

Szanowni Państwo! Bądźmy szczerzy, Polska nie potrzebuje Waszych uwag, Waszej fałszywej troski, Waszych porad wziętych z sufitu. Zajmijcie się bałaganem w Waszych państwach, na Waszych ulicach i w Waszych społeczeństwach. Polska nie potrzebuje więcej Waszej obłudnej demokracji.

Czego natomiast potrzebuje tak naprawdę Polska? Wolności. Polska potrzebuje wolności i Polska musi się opowiedzieć po stronie wolności. Potrzebujemy wolności od unijnych przepisów, potrzebujemy wolności od nadzoru unijnych urzędników, potrzebujemy wolności od uwag unijnych posłów – niektórzy mienią się Polakami – potrzebujemy wolności od uwag unijnych komisarzy. Słowem: Polska potrzebuje wolności od tej całej Waszej Unii Europejskiej. Polska potrzebuje wolności do spokojnej pracy, do spokojnego prowadzenia firmy, do bezpiecznego życia według własnej tradycji i historii. Wy, którzy atakujecie Polskę, jesteście po stronie opresji, ja jestem po stronie wolności.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Barbara Spinelli (GUE/NGL), *domanda «cartellino blu»*. – La domanda, collega Iwaszkiewicz, cosa c'entra tutto quello che ha detto con i discorsi che stiamo facendo in questo Parlamento?

E ancora, che cosa ci sta a fare in questo Parlamento e in quest'Unione europea, visto che siamo in questo Parlamento con il commissario Timmermans per discutere fra noi su come difendere valori e principi comuni? Che cosa ci sta a fare qua?

Robert Jarosław Iwaszkiewicz (EFDD), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Szanowna pani! Bronię wolności. Po pierwsze – wartości europejskich, a nie unijnych. Prawa rzymskiego, etyki greckiej, cywilizacji łacińskiej, kultury chrześcijańskiej, a nie wciąż zmieniających się przepisów narzucających zniewolenie normalnym, zwykłym, praworządnym obywatelom. Tego bronię, proszę pani.

Michał Marusik, *w imieniu grupy ENF*. – Panie Przewodniczący! Krytyczne uwagi na temat wewnętrznych spraw Polski są rzeczą niedopuszczalną, gdyż łamią zasadę suwerenności państwowej, a co gorsza, łamią też zasadę samostanowienia narodów. Dlatego właśnie coraz wyraźniejsze są tendencje do wystąpienia z Unii Europejskiej. Narody chcą same o sobie decydować.

Drodzy rodacy! Wiara czyni cuda. Nie wierzyliście, że można wyjść spod presji wschodniej. Wyszliśmy. Dzisiaj nie wierzycie, że można wyjść spod presji i nacisków Zachodu. Wyjdziemy, wystarczy w to wierzyć, i naprawdę wyjdziemy. Będziemy wolnym krajem i wolnym narodem. I wreszcie do Ciebie wołam, Polsko, ojczyzno moja. Wstań z kolan! Będziemy wolni, będziemy gospodarzami we własnym domu i urządzimy ten dom po swojemu. Tylko wstań z kolan.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *pregunta de «tarjeta azul»*. – Querido colega, yo amo a Polonia. Yo amo a la Polonia de la resistencia y la superación. Amo a la Polonia de Solidaridad. Amo a la Polonia del arte, de la libre expresión, de la democracia reconquistada, de la innovación, de la cultura. Amo a la Polonia de la ciencia y el progreso.

¿Qué cree usted que diría Marie Curie —Maria Skłodowska—, europea, si, un siglo después de ganar dos premios Nobel de ciencias, comprobara que el Gobierno de su país quiere llevarlo de vuelta a la Edad Media?

Michał Marusik (ENF), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Absolutnie z drogi postępu Polska nie zawraca. Polska dopiero szuka wejścia na tę drogę postępu. Szuka sposobu na to, by mogła sama o sobie decydować i byśmy my, Polacy, mogli we własnym domu urządzać sobie taki porządek, jaki mieć chcemy, i rozwijać się tak i tak żyć, wedle kultury, tradycji i obyczaju takiego, jaki chcemy mieć, i nie ma w tym nic złego. Gdyby pani Polskę kochała, kochałaby pani również naszą wolę życia we własnym kraju.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Co można powiedzieć w ciągu minuty, jak Wy nic o Polsce nie wiecie. Na przykład kobiety mają w Polsce znacznie więcej do powiedzenia w polityce niż w jakimkolwiek kraju Europy. Czy Pani na przykład wie (Pani jest demokratką – ja mówię do pani in 't Veld – a ja nie jestem demokratą), że w Polsce jest lekka przewaga mężczyzn, którzy są zwolennikami aborcji, a wśród kobiet jest zdecydowanie więcej przeciwniczek aborcji niż wśród mężczyzn? To kobiety są przeciwniczkami aborcji, nie mężczyźni.

W Polsce mogę nazwać Afropolaka właściwym w tym kraju słowem, a jak użyję tego słowa tutaj, zostanę ukarany trzema tysiącami euro. To w Polsce jest wolność słowa, a tu jej nie ma.

W Polsce ludzie, którzy rządzili w komunizmie są chronieni zgodnie z prawem przez ten trybunał, i rzeczywiście obecna władza łamie przepisy, bo chce wprowadzić trochę inny porządek. Trybunał stracił moralne poparcie kraju.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Mr President, I also share the concern of the Polish people at the drift away from democracy and the rule of law in their country. The Constitutional Tribunal has disregarded since March — you said it so well, First Vice-President – the proposal to limit the right of assembly, thus undermining civil society. Does that mean that Polish women demonstrating for their rights will not be able to take to the streets anymore and attend the protests that I wholeheartedly supported? Would that be banned? There was another statement from the Minister of Social Affairs that Poland intends to withdraw from the Istanbul Convention on preventing and combating violence against women.

Today, as co-rapporteur for the Convention, I want to reach out to you, colleagues, and to the Polish Government, to engage in an open and constructive dialogue on their reservations. I call on you, First Vice-President, to initiate this dialogue together with the Council of Europe. Let's do it based on facts, not ideology. And what is the definition of gender-based violence in the Convention? It is clear: it is violence done to women just because they are women. We are talking about domestic violence, sexual abuse, rape, child marriage, honour killings. To consider the Convention to be against our tradition and culture is a false interpretation, even according to the Council of Europe.

How could punishing criminals and protecting girls be considered against Christian values? I therefore ask the Polish Government to reconsider their intention to withdraw from the Convention. I am sure we share these common values on zero tolerance against violence. I want to conclude by saying that we in the PPE continue to stand by the people of Poland demonstrating for their rights.

Tanja Fajon (S&D). – Današnja razprava ni razprava proti Poljski, temveč za Poljsko – zato da bo korigirala svojo smer in spet postala država za vse svoje prebivalce.

Podpiram ukrepanje Evropske komisije. Podpredsednik Timmermans, ali bo zaleglo? Nikoli ne bom tiho, ko bodo vlade, kot je poljska, grobo, a brez posledic kršile številne pravice svojim državljanom.

Poljska se vse bolj odmika od demokratičnih vrednot, vse bolj očitne so kršitve pravic ženskam in krnjenje vloge ženske v družbi. Vse bolj hujša je situacija v medijih, ki postajajo manipulativni, in vse opaznejši je porast skrajnega desničarstva in kriminalnih dejanj iz sovraštva. Vse slabša je vloga pravne države.

Kolegi, današnja razprava ni proti Poljakom, ampak proti trenutni poljski vladi, in je razprava, ki zahteva pozornost tudi jutri na Svetu Evropske unije.

(govornica je zadnji stavek povedala v angleščini)

Syed Kamall (ECR). – Mr President, here we are again. Yet another session, and yet another opportunity for this Parliament to lecture Poland, its people and its government on how to run a democracy. But when you try to lecture a government, especially one which won a democratic election with a large majority, you lecture not just the governing party, but also the people who voted for that governing party.

No wonder people feel more detached than ever from Brussels. The Polish Government needs no lecture from you guys on how to run a democracy; but the Left, they like to give lectures on democracy while the hypocrisy blinds them to the authoritarian regimes that they have supported in the past. Many on the left of this House kept silent or even supported Soviet socialism. While members of the Polish Government and governing party fought for years to throw off the shackles of communism and oppression, and on the week of the 35th anniversary of invoking martial law in Poland, this is fresh in our minds.

It is very clear that whatever everyone's role is in this situation, it is outlined in the Treaties. This House has no real role in this; it should be for the Commission. The tone here, where we were supposed to be having a debate, seems to be undermining dialogue – it is just polarising.

So often, Members in this House refer to the Treaties and call upon the Commission to act in a fair and impartial way; yet so many are happy to throw that rule book out the window if it means cheap political points can be scored here in the Parliament. Add to that, the Polish opposition parties that, having lost democratic elections at home, seek to attack their government in Brussels and Strasbourg – forgetting the fact that they packed the Constitutional Court when they were in power and did not follow international standards on media regulation, never missing the opportunity to play judge, jury and executioner.

Some here will argue that they are defending democracy and offering a helping hand, but that helping hand is starting to feel like a controlling fist. The tone of this debate and the ones before it is why some Member States now feel less equal than others. That is why when it comes to this issue, many brave Poles who fought against martial law are beginning to feel that in Brussels it has a master rather than a partner.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Sophia in 't Veld (ALDE), *blue-card question*. – My initial question was going to be whether after this intervention, you can still look yourself in the mirror in the morning, because I do not think you believe what you just said, Syed. Very disappointed. My more political question is going to be – and I think your allegation, that I, as apparently all of a sudden a part of the left, was a support of communism, is really hysterically funny, you know it is not true – but I wonder: if you say Poland is being singled out, you seem to have forgotten that I have been criticizing Hungary, Lithuania, the Netherlands, many other countries. My question to you is: why then did you do not support the report that was voted in this House on the pact for democracy, the rule of law and fundamental rights that covers all the Member States and treats all the Member States equally? I would have expected your support.

Syed Kamall (ECR), *blue-card answer.* – Because what I see from you, Sophie, is actually selective in your debate. Many people here have talked about the Istanbul Convention and criticised Poland for thinking of withdrawing from it – and I understand those concerns. But look at the Istanbul Convention. Do you know, when you count the numbers, there are 14 Members of the EU that have not ratified it? And yet you are hypocritical. You yourself, from your own country, are hypocritical, condemning the Poles who have ratified it. You are the biggest hypocrite I have seen.

Barbara Kudrycka (PPE). – Panie Przewodniczący! W tej debacie brakuje słów mistrza, dyrygenta tego, co teraz dzieje się w Polsce. Jarosław Kaczyński powiedział, cytuję, o uchodźcach: „Są już przecież objawy pojawienia się chorób bardzo niebezpiecznych i dawno niewidzianych w Europie: cholera na wyspach greckich, dezynteria w Wiedniu, różnego rodzaju pasożyty i pierwotniaki, które nie są groźne w organizmach tych ludzi, a mogą tutaj być groźne." O wyrokach Trybunału Konstytucyjnego: „To są akty o charakterze prywatnym, które w żadnym wypadku nie mogą nabrać mocy prawnej przez publikację." O działaniach opozycji: „No cóż, to są opary absurdu – coś między chorobą, wiadomo jaką, a jakąś burleską. Inaczej tego określić się nie da." I o recepcie na opozycję: „Z naszej strony będą próby uporządkowania działań opozycji. Przedłożymy propozycje zmierzające do tego, żeby spór polityczny w demokracji przebiegał tak, jak powinien przebiegać." Znamy to już z historii. Czy to nie jest groźne?

Bogusław Liberadzki (S&D). – Panie Przewodniczący! Panie Wiceprzewodniczący Timmermans! Troska o stan państwa prawa, demokracji i praw człowieka powinna nam zawsze towarzyszyć i dotyczyć każdego państwa, niezależnie od tego, jaki rząd w danej chwili w tym państwie panuje.

Jestem polskim posłem i wiem, że trzy czwarte Polaków popiera Unię – pokojową, otwartą, solidarną wspólnotę. Wiem, że Polacy nie zasługują na to, by wątpiono w ich wiarę i nadzieje pokładane we wspólnocie. I to nieprawda, że Polacy odwracają się od Unii, jak to powiedział pan Kamal; jest w błędzie.

Polacy natomiast mają prawo do życia w państwie demokratycznym, przestrzegającym swobód obywatelskich, zachowującym ciągłość. Mają prawo cieszyć się poczuciem dumy z historii. Mają prawo żyć w państwie, w którym nie stosuje się odpowiedzialności zbiorowej, w którym prawo nie działa wstecz, w którym działają niezależne sądy i organizacje społeczne. Rozwaga, umiar, dialog i odpowiedzialność to nasz obowiązek. I rządzących, i opozycji.

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Hr. Formand! Igen og igen skal vi have debatten her, i dette kammer, omkring Polen, omkring Ungarn og omkring andre lande. Hver gang majoriteten i dette hus bliver underkendt i nationalstaterne, i valg, hvor man vælger en mere EU-kritisk, mere EU-realistisk holdning, så tror I, at I skal gøre jer til overdommere over, hvordan et lands demokratiske regering skal agere og handle i det land, hvor den har vundet et valg. Det er skamfuldt!

Og det er endnu mere skamfuldt, når det er så tydeligt, at det eneste, der driver størstedelen af dette hus i den heksejagt, der finder sted mod Polen, er, at I er politisk uenige med den regering, der blev demokratisk valgt af det polske folk for et lille års tid siden. Og det er så tydeligt, når f.eks. ALDE-Gruppen lige har afholdt kongres i Warszawa, hvor man så på det efterfølgende møde her ved formand Guy Verhofstadt beslutter sig for at forslå igen at tage en sådan omgang Polen-bashing på husets dagsorden, hvilket står fuldstændig tydeligt i sammenhæng med det faktum, at I prøver at tage endnu et polsk oppositionsparti ind i jeres egen gruppe.

Eller når kommissær Timmermans vælger – i stedet for at indgå i en dialog med den polske regering, der igen og igen har svaret, når Kommissionen har henvendt sig – at gå uden om regeringen, at gå uden om de officielle kanaler og henvende sig direkte til det polske folk i en hadsk tone mod deres egen regering i en avis; i stedet for, som enhver ansvarlig Kommission burde gøre, at tage dialogen med den regering, der nu engang er valgt og repræsenterer Polen i Rådet. Og derfor må jeg sige til Kommissionen: Endnu engang har I bevist, at I agerer politisk! I er ikke dygtige embedsmænd! I er ikke forsvarere af Traktaten! I er politiske redskaber for jeres egen politiske agenda mod en demokratisk valgt regering, og det er ikke acceptabelt – hverken mod Polen eller mod noget som helst andet land i EU!

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Polen ist ein großartiges Land und ohne Polen wäre Europa ein Torso. Deshalb sind die Entwicklungen in diesem Land von europäischer Bedeutung, besonders was die Rechtsstaatlichkeit betrifft. Unsere Diskussion ist keine Einmischung in die nationale Souveränität. Polen hat schließlich mit seinem Beitritt den Kopenhagen-Kriterien zugestimmt. Wir sind besorgt, dass die Verfassungskrise noch immer nicht gelöst ist, ja, dass die Lage von Woche zu Woche dramatischer wird.

Polen braucht keine juristische Anarchie. Polen braucht einen unabhängigen Verfassungsgerichtshof. Das ist wichtig in diesen turbulenten Zeiten in dem Land. Es ist eine bedenkliche Entwicklung, wie sich das Ganze in eine Spirale hineinzieht. Noch ist Zeit dafür, dass die polnische Regierung auf die Opposition zugeht und einlenkt und die Empfehlungen der Venedig-Kommission ernstnimmt. Ein gespaltenes Polen schadet nicht nur Europa, ein gespaltenes Polen schadet vor allem Polen selbst.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Róża Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Panie kolego Weidenholzer, wiem, że pan się bardzo interesuje tym, co się w Polsce dzieje, i śledzi to, i widzi pan zapewne, że rząd poprzez tak zwane media narodowe notorycznie obraża tych, którzy w Polsce walczą o prawo i o wolność. Chciałabym się pana zapytać: gdyby pan mógł się dzisiaj bezpośrednio zwrócić do tych, którzy wczoraj byli na ulicach, żeby bronić praworządności, co by pan im powiedział?

Josef Weidenholzer (S&D), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Ich würde diesen Menschen sagen, dass wir ihnen sehr zu Dank verpflichtet sind, dass sie sich als Europäerinnen und Europäer fühlen, dass wir in einem gemeinsamen Haus Europa leben und dass wir dieses gemeinsame Haus nach demokratischen, rechtsstaatlichen Prinzipien gestalten wollen.

Sylvia-Yvonne Kaufmann (S&D). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident Timmermanns! Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag ist in diesem Jahr 25 Jahre alt geworden.

Ein Grund zum Feiern, denn nie waren unsere beiden Länder so eng miteinander verbunden. Dass sich so viele Deutsche und Polen engagieren, um diesen Vertrag mit Leben zu erfüllen, freut mich besonders. Gerade deshalb bin ich aber auch zutiefst besorgt über das Agieren der polnischen Regierung mit Blick auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Beunruhigend ist zudem, wie der Umbau des Landes durch die Neubesetzung von Ämtern und Positionen in Medien, Kultur oder Verwaltung vorangetrieben wird.

Diese höchst bedenklichen Vorgänge haben jüngst auch meine Heimatstadt Berlin erreicht. Dort ist man fassungslos über die überraschende Abberufung der verdienstvollen Leiterin des polnischen Kulturinstituts, noch dazu mit der unerhörten Begründung, sie habe sich übermäßig mit polnisch-jüdischen Themen beschäftigt. Dagegen gibt es zu Recht viel Protest. Es bleibt zu hoffen, dass sich die polnische Regierung der Kritik an ihrem Regierungshandeln nicht länger verschließt, auch im Interesse der künftigen Rolle Polens in Europa.

Catch-the-eye-Verfahren

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor Presidente, este es un debate absolutamente necesario y por eso resulta triste y revelador que haya tenido a ratos momentos grotescos: cuando se invocan argumentos que van desde la defensa de la libertad o la soberanía para encubrir la incapacidad de entender que ser Estado miembro de la Unión Europea comporta obligaciones y que, por tanto, concierne a este Parlamento Europeo preocuparse por los 40 millones de polacos, incluso por ese 34 % que haya votado al Gobierno actualmente en el poder cuando este restringe unilateralmente el pluralismo; cuando achica el espacio de la democracia; cuando reforma unilateralmente el Tribunal Constitucional; cuando cambia las reglas de juego sin someterlas a consenso; cuando se deteriora el entendimiento básico de que este es un club de reglas, de obligaciones, que conciernen también a Polonia como Estado miembro.

Por eso, esto no es un ataque a Polonia, es una reivindicación de que esta es la casa de la libertad, de los derechos fundamentales, de la defensa del Estado de Derecho, y eso va también para con ustedes, señores de la derecha polaca.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Mam zaszczyt reprezentować partię, która nie miała nic wspólnego ani z rozpoczęciem – wtedy, kiedy Państwo rządzili, w czerwcu ubiegłego roku – sporu o Trybunał Konstytucyjny od Państwa nielegalnych działań, ani potem z eskalacją tego sporu, ale wiem jedno: w tym wszystkim nie chodzi ani o Trybunał, ani o traktaty, ani najmniej o prawa człowieka. Bo gdyby chodziło o prawa człowieka, to pan przewodniczący Timmermans już od wielu dni reagowałby na to, co słyszymy z Francji o ustawie, która ma zamknąć usta portalom występującym w obronie życia nienarodzonych. Gdyby chodziło o Trybunał Konstytucyjny i demokrację konstytucyjną w Polsce, to pan przewodniczący Timmermans przypomniałby tym wszystkim entuzjastom aborcji, że w Polsce ochrona życia od poczęcia jest częścią porządku konstytucyjnego ustanowionego przez Trybunał Konstytucyjny orzeczeniem z 1997 roku, potwierdzonym orzeczeniem z 2003 roku, potwierdzonym ubiegłorocznym orzeczeniem Trybunału, którego składu nikt nie kwestionował. Gdyby chodziło o Trybunał Konstytucyjny. Ale tu chodzi tylko o atak na mój kraj.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr! Tisztelt Képviselők! Én magyar képviselő vagyok, és a történelmünkben ez úgy volt, hogy Lengyelország és Magyarország kéz a kézben járt, egymást követték. Hol előbb történt valami Lengyelországban, aztán később Magyarországon, hol előbb Magyarországon és később Lengyelországban. Jó barátságban van a magyar és a lengyel nép. Mindazonáltal azt kell tapasztaljam, hogy mindaz, amit most Lengyelországban láttunk, vagy látunk, ez Magyarországon sajnos sokkal korábban bekövetkezett.

Az, hogy a kormány, a magyar kormány egy éve óriásplakátokon uszít, szó szerint uszít a menekültekkel szemben, és egyáltalán, hogyha csak az isztambuli egyezmény témájára szorítkozom, azt kell mondjam, hogy ugyanúgy Magyarország is kifarolni látszik az isztambuli egyezményből.

Tisztelt Képviselőtársaim! Én szeretném fölvetni azért azoknak a felelősségét is, elsősorban a Néppártra gondolok, akik pont azért, mert a soraikban ül a FIDESZ – a magyar kormánypárt – hosszú-hosszú hónapokon át eltűrték azt, ami most már sajnos úgy látszik, az egész kontinensen végigsöpör.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, neću govoriti o ustavnom sudu, neću govoriti o Istambulskoj konvenciji, niti ću govoriti o pravu na okupljanje. Reći ću vam samo, dragi prijatelji, da sam kao mladić '81. godine vlakom iz Hrvatske otišao u Varšavu, otišao sam u Gdanjsk potražiti vas, potražiti vaše prijatelje iz Solidarności. Pjevao sam u katedrali u Gdanjsku vaše pjesme jer sam vam vjerovao, jer sam vjerovao jer je Poljska bila u mom srcu i u Hrvatskoj smo pjevali Poljska u mom srcu i srce nam je bilo puno. Ali moje je srce danas, dragi prijatelji, prazno i tužno. Kad vas gledam kako nam se smijete ovdje podsjećate me na one najgore komuniste koji su se smijali i vjerovali da će biti vječni. Njih nema, a vjerujem da će i vaša politika isto tako nestati.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Ja zacytuję wypowiedzi pana Legutki, gdyż idealnie zobrazował zachowanie obecnego rządu Prawa i Sprawiedliwości.

Nie słuchacie innych racji, nie słuchacie innej strony, nie dopuszczacie do głosu innych, antagonizujecie społeczeństwo, w szybkim tempie produkujecie wrogów, dodam od siebie – i w Polsce, i za granicą. Macie dwóch wrogów: niewiedzę i uprzedzenie – pycha zawsze kroczy przed upadkiem. To prawda i mam nadzieję, że nastąpi upadek rządu PiS. Wasza demokracja polega na obronie prokuratora stanu wojennego, a nie na obronie tych, którzy o tę wolność walczyli i siedzieli w więzieniach.

Do pana Kamalla: faktycznie PiS wygrał w demokratyczny sposób, ale Polacy nie udzielili demokratycznego mandatu do łamania konstytucji i ograniczania wolności.

I do Polaków: kochani, ja nie słyszałam, aby w tej Izbie ktokolwiek krytykował Polskę i Polaków. Zawsze z dumą mówi się o naszych osiągnięciach – krytykuje się rząd Prawa i Sprawiedliwości!

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, le 1er octobre, des milliers de femmes polonaises étaient dans les rues, non pas pour soutenir le gouvernement Kaczyński, mais pour dire qu'elles avaient des doutes sur la protection de leur intégrité physique, parce que ce gouvernement voulait prendre des mesures afin de retirer la protection à leur intégrité physique dans le cadre des nouvelles lois sur l'avortement.

Il est de notre devoir, élus européens, de défendre ces femmes, ces femmes polonaises qui demandent qu'elles soient défendues dans leur intégrité physique. C'est cela que nous faisons aujourd'hui, vous n'êtes pas ceux qui défendez les femmes polonaises, nous sommes ceux qui défendons les femmes polonaises.

Je demande aussi à la Commission qu'elle puisse intégrer cette question du genre quand on parle de la question des droits fondamentaux, parce que même si on est femme, nous avons aussi droit aux droits fondamentaux européens.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, I have listened very carefully to this debate. Please let me make a few points.

First of all, after the painful experiences of the first half of the last century, the free part of Europe – those of us who were lucky enough to end up on the right side of the Iron Curtain – immediately understood, inspired by Winston Churchill – and I am saddened by the fact that Mr Kamall, who made such horrible allegations, has left so I can't answer him personally – what Churchill brought to the table, which was this: we have seen that it is possible to use democracy against the rule of law simply by saying, 'I have a majority, therefore I dictate what the rule of law is'.

That is why the Council of Europe, which was created before this institution, always said that, in a democracy, you accept the limits on democratic action which are set by the rule of law, which is controlled by a completely independent judiciary. That is the very foundation of democracy in Europe after very, very painful experiences in our common history. As soon as the Iron Curtain fell and the Polish people had fought for their liberty and obtained their liberty, they immediately subscribed to that principle and wanted to join the Council of Europe as soon as possible and, as a follow-up to that, also the European Union.

The fundamental principle is that you respect the rule of law, you respect human rights and you respect democracy, but you don't use one against the other. There is a balance between the three that is essential for the European Union – for Europe – to remain free. I cannot understand that some people would use the word 'freedom' to fight the very concept of the rule of law on the basis of a democratic majority. The strength of democracy is based on the fact that those who have the majority respect the limits that the rule of law places upon them. This is the context within which we work and I am saddened by the fact that, with all the propositions we have made from our side for a dialogue with the Polish Government, we see exactly the same thing again here today in this Chamber. Mr Legutko took eight minutes not to go into the three points that we have put on the table with the Polish Government. What did he say about not publishing the rulings of the Constitutional Tribunal? Nothing.

If you respect the division of powers and if you respect the independence of the judiciary, you cannot as a government pick and choose which rulings of a Constitutional Tribunal you like and only publish those you like. You cannot do that. That is in violation of the Polish Constitution. You cannot ignore the vote in a parliament to elect judges to the Constitutional Tribunal simply because you do not like the composition of that previous parliament. When judges are lawfully elected, they should be sworn in by the President of the Republic. That is in line with the Constitution. You cannot introduce ways of operating the Tribunal that are clearly in violation of the Constitution. The arbitrator there is the Constitutional Tribunal, so the least you should do is submit these draft laws or laws to the Constitutional Tribunal and then accept the judgment of that Constitutional Tribunal. That's the whole point of respecting the rule of law.

Also in political terms, I have already said something about some people here using freedom against this very principle. This is not the Commission of others looking at Poland. I am also a Polish Commissioner. I feel a responsibility for the Polish people. I feel a responsibility for the rule of law, all across the European Union. I can tell you, on a personal note, that I might not even been alive had my family, my father not been liberated in 1944 by Polish soldiers who offered their lives for our collective freedom. So I feel a huge debt of gratitude towards the Polish people, a personal debt of gratitude which compels me to insist on these points and to continue on these points. These men who freed us never saw freedom themselves, but their children and grandchildren are living in a free, strong and independent Poland. Poland has never been as independent as it is today as a full-fledged member of NATO and the European Union. This is something I cherish. This is one of the greatest achievements of European history.

So please be aware. It is not only in Poland. I see it in many countries: nationalists and ultranationalists attacking judges everywhere in a personal way, attacking the judiciary, and ignoring the rulings of judges. This should be a warning to all of us, not just in Poland. We see it all across the European Union in some states: personal attacks discrediting the so-called elites. Who are these elites attacking the freedom of the press? I am not saying it is happening in Poland, but I am saying that it is a European phenomenon we should be aware of.

Freedom is what so many people fought for. The European Union, based on the rule of law, democracy and respect for human rights is the concrete expression of the will of freedom, of 500 million Europeans. That is why I believe that these institutions – the European Parliament and the Commission – have a responsibility, where we can, to help 500 million Europeans in the expression of their freedom. For that, we need an independent judiciary in every single Member State, we need full respect of the separation of powers, which is an essential element of our freedom, and we need the possibility to debate and discuss.

Because another element I warn about is portraying your adversaries as enemies. We are political opponents sometimes and we have a political debate. With your adversary you have a debate; your enemy you want to destroy or ignore. In a democracy there are no enemies, there are adversaries. That is how this Parliament operates, that is how the Commission wants to operate, and that is what we need to defend for our children and grandchildren and for our collective future: a Europe whole and free, based on democracy, the rule of law and human rights.

(Applause)

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstütze das Vorgehen der Kommission. Das Prinzip der Gewaltenteilung darf nicht umgangen werden. Es ist Grundstein der europäischen Demokratie. Ich hoffe, dass bald ein Einlenken seitens der polnischen Regierung erfolgt, so dass wir keine fünfte Debatte hier in unserem Haus führen müssen!

15. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

16. Empfehlung der Kommission zur Umsetzung der Erklärung EU-Türkei und zur Wiedereinführung der Überstellungen nach der Dublin-Verordnung (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zu der Empfehlung der Kommission zur Umsetzung der Erklärung EU-Türkei und zur Wiedereinführung der Überstellungen nach der Dublin-Verordnung (2016/3036(RSP)).

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank you for scheduling this debate today on two key elements in our European Agenda on migration: the implementation of the EU-Turkish statement, and our last recommendation to gradually apply the Dublin rules in Greece. Let me first point out that, while these are two important elements in our comprehensive migration approach, they are not the only ones.

Secondly, all our policies are interconnected, and the progress we have achieved so far – and all our reports from last week demonstrate this – is precisely because we have made progress on many fronts, not just one. From relocation and resettlement to returns, to improving reception conditions, to fighting smuggling, and indeed to cooperating with all important partner countries. All of these matter. This is why it is so important to sustain and deepen the progress that we have made so far.

We are not where we were one year ago, but the situation remains fragile. Now is not the moment to become complacent. Let me therefore start by emphasising that the EU-Turkey Statement continues to work and bear results. Fewer people are crossing the Aegean Sea – around 90 persons per day – and fewer people have lost their lives trying to do so. In parallel, more than 2 600 Syria refugees have been resettled from Turkey to the European Union since the entry into force of the Statement, and this pace continues to pick up. The main challenge is that the number of returns since September continues to be low, even if the Greek asylum service has doubled the number of experts working on the islands. Additional experts are expected to be recruited by the end of this year. Indeed, since the previous report at end of September 2016, 170 persons who went to Greece through Turkey have been returned to Turkey in the framework of

the EU-Turkish Statement, including 42 Syrians. This brings the total number of migrants returned to Turkey since the EU-Turkey Statement to 777. In total, 1 960 irregular migrants were returned from Greece to Turkey in the course of 2016 under the EU-Turkish Statement or the Greek-Turkey Bilateral Readmission Protocol, and 95 of those were Syrians.

Further efforts and support are needed, in particular additional Member State experts through the European Asylum Support Office. The processing of asylum applications needs to speed up, and the number of returns of those who have no right to stay needs to increase. But there are more elements to the EU-Turkey Statement, and you know that. Both parties are fully committed to implementing and delivering on all.

The Commission has accelerated the implementation of funding through the Facility for Refugees in Turkey for humanitarian and for non-humanitarian purposes, with a view to addressing the most critical needs of Syrian refugees and host communities in Turkey. These funds are now starting to have a direct impact on the ground. On visa liberalisation, the Commission and Turkey are continuously engaged in committed dialogue to find solutions to all outstanding benchmarks.

To conclude, the implementation of the EU-Turkey Statement continues to deliver results, despite challenging circumstances. The Commission will continue to drive this work forward and will present its fifth report on the progress made in early March 2017.

On the recommendation of the resumption of Dublin transfers to Greece, let me begin by repeating once again – and I want to be very clear on this – that no single Member State should bear the burden of the refugee crisis alone. No Member State in the future should be left alone to endure an unsustainable burden. Significant progress has been achieved in Greece to put in place a fully functioning asylum system over the last months and years under very pressing and difficult circumstances. We should all praise and commend Greece for this, and we should continue to support Greece. Greece is also facing huge challenges in implementing the EU-Turkish Statement.

The number of asylum applications has multiplied by four during the course of this year. This why we have recommended a gradual resumption of Dublin transfers of asylum seekers, starting as of 15 March 2017, in order to reach a balance between the burden the country still has to face and returning Greece back to the Dublin system. But let me be clear on this: the Commission did not decide to send refugees or migrants back to Greece. What we recommended to Member States is a gradual return to the application of the rules.

Greece's progress, despite the exceptional situation, has been recognised by the fact that we proposed a gradual resumption as of mid-March 2017 meaning for migrants that will enter Europe through Greece after that date only and might try to move irregularly towards other Member States. But even then, it will concern only certain categories and it will presuppose individual guarantees for the transfer of its migrants which Greece should be in a position to provide.

We recommend that every time a Member State wants to execute a Dublin transfer, they should only do so after having received individual assurances from the Greek authorities that its particular applicant will be received in the conditions mandated by European law. Sending the message that rules have started to apply will encourage relocation efforts by showing Member States that Greece is respecting its legal obligations to take back asylum seekers who have absconded.

Relocation will only work if other Member States do their part in picking up the pace of relocation and deploying national experts. In addition to that, asylum seekers need to know that they cannot relocate themselves, and that if they do so, they will be sent back and cannot benefit from relocation. It goes without saying that the Commission will constantly monitor the situation and update its recommendation if necessary. The ultimate responsibility for resuming transfers lies, of course, with the Member States, and their national courts.

Returning to a fully functioning Dublin system is a key element in restoring the normal functioning of the Schengen area. As you know, secondary movements of asylum seekers from Greece have been one of the reasons for the reintroduction of internal border controls. The resumption of transfers, coupled with the fact that Greece has reinforced the control at its northern border, is important to move in this direction.

In parallel, we pursued together with you the priority of finalising the negotiations of the reform of the Dublin system based on a fairness mechanism which also relies on the effective carrying out of Dublin transfers.

As I said at the beginning, all these elements go hand in hand. This is also why the Commission called last week on Member States to sustain the good progress in terms of relocation and to ensure at least 2 000 relocations per month from Greece and 1 000 from Italy from this month onwards. And the Commission is doing everything to support all Member States to the maximum – and in particular the frontline Member States – to effectively address not only the immediate, but also the long-term challenges of migration, and to turn them into opportunities. But for all elements to go hand in hand, we need many hands. It is absolutely critical that all actors and stakeholders, all Member States, EU agencies, civil society organisations as well as you, honourable Members, take up their fair share of their responsibility. Our work is not over yet.

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη, *εξ ονόματος της ομάδας PPE*. – Κύριε Πρόεδρε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, με τη δήλωση-συμφωνία Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας μειώθηκαν σημαντικά οι ροές προσφύγων και μεταναστών από τα παράλια της Τουρκίας. Παραταύτα, τελευταία έχουμε κατά μέσο όρο αφίξεις εκατό περίπου ανθρώπων καθημερινά. Πρέπει να σημειωθεί ότι στα νησιά του Βορειοανατολικού Αιγαίου φιλοξενούνται σήμερα δεκαεξίμισι χιλιάδες άνθρωποι σε χώρους χωρητικότητας κάτω από το μισό, που διαβιούν σε δύσκολες συνθήκες, ενώ σε όλη τη χώρα βρίσκονται πάνω από εξήντα πέντε χιλιάδες, με τεράστιες ευθύνες, το τονίζω, της σημερινής κυβέρνησης της Ελλάδας, που πορεύεται χωρίς σχέδιο, δημιουργώντας αδιέξοδα.

Είναι αυτονόητο ότι προκαλούνται εντάσεις και επεισόδια, τα οποία δοκιμάζουν τις αντοχές της ελληνικής κοινωνίας. Η μετεγκατάσταση προσφύγων προς τα κράτη μέλη λειτουργεί, αλλά με αργούς ρυθμούς, όπως επίσης και οι επιστροφές παράτυπων μεταναστών στην Τουρκία. Η συμφωνία τηρείται μεν αλλά με προβλήματα, με συνέπεια να αδυνατεί η Ελλάδα να δεχτεί περισσότερους ξένους και να τους εξασφαλίσει αξιοπρεπείς συνθήκες διαβίωσης, λαμβανομένου υπόψη ότι ήδη εκατοντάδες χιλιάδες συμπολιτών μου ζουν κάτω από το όριο της φτώχειας, λόγω της ύφεσης στην οποία η χώρα βρίσκεται για έβδομη συνεχόμενη χρονιά. Με αυτά τα πραγματικά δεδομένα, αν τυχόν, ο μη γένοιτο, επιστραφούν τώρα αιτούντες άσυλο στην Ελλάδα, κατ' εφαρμογή του Δουβλίνου, είναι βέβαιον ότι θα δημιουργήσουν απόλυτη ασφυξία και μια κατάσταση εκρηκτική, που δεν θα είναι διαχειρίσιμη. Ήταν πολύ σημαντικές, κύριε Επίτροπε, οι διευκρινίσεις που δώσατε σήμερα.

(Η ομιλήτρια δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *ερώτηση με γαλάζια κάρτα*. – Κυρία Βόζεμπεργκ, μιλήσατε για ευθύνες της ελληνικής κυβερνήσεως. Είναι ευθύνη της ελληνικής κυβερνήσεως ότι οι μετεγκαταστάσεις των, υποτίθεται, δύο χιλιάδων ατόμων το μήνα στην πραγματικότητα γίνονται σε υποπολλαπλάσιο αριθμό ή μήπως είναι ευθύνη της ελληνικής κυβερνήσεως ότι, ενώ έχουν υποσχεθεί τα άλλα κράτη μέλη εκατό εμπειρογνώμονες και εκατό διερμηνείς από την Ευρωπαϊκή Υπηρεσία Ασύλου, στην πραγματικότητα βρίσκονται αυτή τη στιγμή στην Ελλάδα οι 36.

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE), *απάντηση σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα*. – Ευχαριστώ για την ερώτηση. Κύριε συνάδελφε, αναμφίβολα οι ευθύνες της Ευρωπαϊκής Ένωσης για τη δυσλειτουργία που επισημάνατε έχουν και από εμάς επισημανθεί, αλλά είναι ευθύνη της ελληνικής κυβέρνησης ότι τον Οκτώβριο του 2015 δέχθηκε ότι η χώρα μας έχει τη δυνατότητα φιλοξενίας 50.000 ανθρώπων, των 20.000 εξ αυτών με επιδότηση ενοικίου, ενώ δεν υπήρχαν τότε οι υποδομές, όπως δεν υπάρχουν ακόμη, με ευθύνη αποκλειστική της κυβέρνησης που διοικεί τη χώρα.

Sylvie Guillaume, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, nous avons débattu de cette fameuse déclaration UE-Turquie à de nombreuses reprises, mais qu'en est-il de l'avis du Parlement et quel est le bilan de cette déclaration? L'Union européenne renvoie des Syriens vers la Turquie, où la situation des droits de l'homme se dégrade de jour en jour. Certes, il fallait faire baisser la pression migratoire sur la Grèce. Mais n'y avait-il, sincèrement, aucune autre solution que de renvoyer ces réfugiés dans un pays en proie à une telle situation?

Que les choses soient claires, je ne suis pas contre la coopération avec les États tiers, qui est un instrument essentiel d'une politique migratoire européenne globale et efficace, mais cela ne peut pas signifier l'externalisation de cette même politique. Or, force est de constater que l'on continue de passer des accords dans cette voie, comme avec l'Afghanistan, le Pakistan ou le Mali.

Nous devons lutter contre les causes profondes des migrations. C'est probablement ce qui est le plus important et cela doit se faire par notre action extérieure, dans le respect total des valeurs de l'Union. Il serait totalement délétère que cette approche soit conditionnelle, entre l'action humanitaire et la protection des frontières.

Enfin, je voudrais faire part de ma totale incompréhension devant la volonté de rétablir les transferts des demandeurs d'asile au titre du règlement Dublin, alors que, par exemple, la CEDH avait déjà condamné la Belgique, il y a quelques années. Je pense que cela n'est pas la bonne voie et qu'il faut vraiment que la situation soit considérablement améliorée avant de reprendre ces transferts.

Jussi Halla-aho, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, migrants arrive in Greece and Italy not because they want to stay there but because via those countries they can easily move to Western and Northern Europe. As long as this is the case, more people will come. Therefore, it is vitally important to make it clear to irregular migrants that if you come to Greece or Italy, that is as far as you will get. If you go elsewhere, you will be returned. This is the only way to discourage irregular migration and this is why we need the Dublin system and Dublin transfers.

Irregular arrivals in the Eastern Mediterranean have come down by 70% from last year's figures, mainly thank to the closing of the Balkan road and the EU-Turkey statement. Nevertheless, I find it deeply irresponsible that we outsource the dirty work to a country like Turkey. We must have the courage and the will to protect our own external borders.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL), *ερώτηση με γαλάζια κάρτα*. – Σωστά επισημάνετε την ανάγκη να αναλαμβάνουμε τις ευθύνες μας. Μπορείτε να μου σχολιάσετε την εξαιρετικά αργή εφαρμογή του προγράμματος μετεγκατάστασης των προσφύγων εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης; Βρίσκεται, σύμφωνα με τον Guardian, συνολικά στο 5%. Η Ουγγαρία και η Πολωνία δεν έχουν δεχθεί ούτε ένα πρόσφυγα, η Σλοβακία 9 και η Τσεχία 12. Το θεωρείτε δίκαιο αυτές οι χώρες να παίρνουν ευρωπαϊκά κονδύλια για τους αγρότες τους και τις υποδομές τους και να αρνούνται τις ευρωπαϊκές τους υποχρεώσεις στο προσφυγικό;

Jussi Halla-aho (ECR), *blue-card answer*. – Thank you for the question. If you are referring to relocation plans, I do not believe that relocation is the solution to our problem. It is my opinion that we must drastically reduce the absolute number of people, irregular economic migrants, who are arriving in Europe. And one way to discourage such movement, as I said, is to make it clear to the irregular migrants that if they come to Greece or Italy, that is as far as they will get.

Cecilia Wikström, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, as we are discussing here in the plenary today, desperate calls for help from people in Aleppo are reaching us. Men, women and children are being slaughtered by the barbarous forces of the Syrian dictator Assad and his Russian and Iranian henchmen. The lack of response from Europe is a failure as such, and I am convinced that the judgment on all of us will be harsh in the future.

On the issue of migration, I am afraid we are not performing much better. The so called EU-Turkey statement was entered into bilaterally between Member States and Turkey, explicitly designed to circumvent this Parliament's legal rights to consent, or not, to international agreements. Basically, the agreement is to hand over EUR 6 billion of taxpayers' money to the autocratic ruler Erdoğan, not on the basis of international law or any formal agreement, but on a joint press release.

Recently, I have heard different Member States suggesting concluding similar agreements with countries like Libya, Tunisia, and even exploring (like Australia, by the way) absurd ideas such as external processing centres in these countries. I wonder, Commissioner, if the Commission today can put an end to such ideas once and for all, and instead focus on the challenges that we are facing together. In other words, concluding the legislation that lies before us on the common European asylum system that must be resilient and stand the test wherever pressure is met in Europe. Because it is in the absence of a functioning EU policy that this Union has outsourced its own responsibility to the autocratic Erdoğan regime. I will come back to the Greece situation later. Greece is something very close to my heart and I will discuss that with you on a different occasion.

Barbara Spinelli, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, le vostre raccomandazioni hanno qualcosa di sconcertante per me.

Voi stessi, non solo Amnesty International, dite che l'accoglienza nelle isole dell'Egeo e in terraferma non funziona, che i minori non accompagnati e le persone vulnerabili sono tuttora detenute e però raccomandate il ritorno in Grecia dei rifugiati a partire da marzo 2017, visti i molti progressi. Voi ammettete che le isole sono sovraffollate e chiedete di affollarle di più. Menzionate le sentenze della Corte europea dei diritti dell'uomo contro tali trasferimenti, anche graduali, e ve le dimenticate per strada.

Non meno sconcertante è il piano d'azione su Unione europea e Turchia. È accertato ormai che la Turchia non è un paese sicuro. Ciononostante, volete più rimpatri, riunificazioni familiari gestite in Turchia e non esitate a raccomandare le deportazioni dei più vulnerabili. Al governo greco si chiede persino di riscrivere le leggi che vietano tali rimpatri.

Chiedo alla Commissione cosa la spinga a ritenersi forte quando sta dimostrando che solo in potenza è del tutto incapace di ricollocare i rifugiati come promesso, ignora la miseria economica imposta alla Grecia, a meno che non voglia fingersi forte così, sradicando i diritti dell'uomo.

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Jean Lambert, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, yesterday in this Parliament we heard from the two amazing Sakharov Prize winners, the young Yazidi women who had escaped Daesh. They described the situation of the first refugee camp they came to in Iraqi Kurdistan: overcrowded, unsanitary, lacking privacy, cold and insecure, and lacking medical care. They could have been describing many of the camps or reception centres, especially on the islands in Greece. They said: we look up to Europe as a symbol of humanity. Well, we are really failing at the moment. If it were not for local people in many of these places, themselves often in dire need, the situation would be even worse.

So how soon do we really believe that we are going to have adequate facilities in Greece on the islands? Should we not be immediately transferring asylum seekers, particularly those who are vulnerable, to mainland Greece, ensuring they are adequately protected and also stepping up the relocation process? As others have said: the lack of will from some Member States is pitiful.

We should not be congratulating ourselves on the EU-Turkey deal. We have no wish to see it as a stable and sustainable pillar of EU policy in its current state. When we are looking at questions about returns, we should also remember that 87% of those deemed irregular migrants actually come from the top ten refugee-producing countries of the world. So please, let us think about the solidarity and humanity.

Vicky Maeijer, *namens de ENF-Fractie*. – Vicevoorzitter Timmermans zei laatst - en ik citeer: "Onze brede aanpak van migratie werpt z'n vruchten af". Dat klopt. De EU-aanpak werpt vruchten af, maar dan wel hele wrange vruchten: verkrachtingen, aanrandingen, berovingen en moorden door illegale immigranten. En u kijkt weg voor al deze verschrikkingen. Want als het allemaal zo goed gaat, waarom moeten er dan 21 100 agenten en beveiligers worden ingezet in Keulen om een nieuwe aanrandingsgolf door jonge illegale immigranten tijdens oudejaarsavond te voorkomen? Waarom lopen er dan militairen door de straten van Europese steden in de strijd tegen islamitische terroristen die via de door u gefaciliteerde asielstroom Europa zijn binnengekomen?

Stop met wegkijken. Laten we doen waar de mensen thuis om vragen. Laat de lidstaten zelf weer over hun eigen grenzen gaan om hun land te kunnen beschermen, om orde op zaken te stellen. Daar hebben we Brussel en de heer Timmermans niet bij nodig. Want de heer Timmermans en zijn kompanen kunnen dan wel in veertien talen champagne bestellen, ze verstaan in geen enkele taal de wil van de gewone man.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Επιτροπή διά στόματος του αρμοδίου Επιτρόπου προτείνει την επιστροφή προσφύγων στην Ελλάδα. Η πρόταση αφορά στους πρόσφυγες που θα βρεθούν παράνομα σε άλλο κράτος μέλος και όχι στον τεράστιο αριθμό λαθρομεταναστών. Ως τώρα γνωρίζαμε για λαθρομετανάστες· τώρα μάθαμε για την ύπαρξη λαθροπροσφύγων. Με τα μνημόνια οι θεσμοί και οι ελληνικές κυβερνήσεις κατάντησαν την Ελλάδα χώρα απαξιωμένη, ερημωμένη και εξαθλιωμένη οικονομικά, κοινωνικά και εργασιακά. Τώρα θα τη μετατρέψουν και σε χώρα όπου θα συνωστίζονται λαθροπρόσφυγες και λαθρομετανάστες, για να δανειστώ και μια δημοφιλή ελληνική έκφραση.

Μετά από αυτά αναρωτιέμαι αν υπάρχει ίχνος ντροπής, ευθιξίας, αξιοπρέπειας. Θα παραιτηθεί ο αρμόδιος Επίτροπος; Θα υπάρξει ομολογία από τον πρόεδρο της Επιτροπής και τους ηγέτες των χωρών, ότι η συμφωνία με τον Ερντογάν ήταν τεράστιο λάθος; Είμαι ρεαλιστής και δεν περιμένω τέτοια επίδειξη αυτοκριτικής και αυτοαξιολόγησης από πολιτικούς που συγχαίρουν και χειροκροτούν ο ένας τον άλλον, όταν μοναδικό τους επίτευγμα είναι η φτωχοποίηση και αποχριστιανοποίηση των λαών. Το μόνο που προσμένω είναι ότι οι λαοί της Ευρώπης επιτέλους θα βγουν από τον λήθαργο και θα επιλέξουν με εθνικιστικά κριτήρια αυτούς που θα τους εκπροσωπούν στους ευρωπαϊκούς θεσμούς.

Jeroen Lenaers (PPE). – Een functionerend Dublin is essentieel voor een functionerend Schengen, daarover ben ik volledig eens met de commissaris. En als de situatie in Griekenland het toelaat, is het ook heel wenselijk om de Dublin-regels met betrekking tot terugkeer naar Griekenland weer te hervatten.

Aan de andere kant vraag ik me sterk af of de wens hier niet de vader van de gedachte is. Ik lees in de aanbeveling van de Europese Commissie zelf onder andere: "Op de eilanden bevinden zich 16 000 vluchtelingen terwijl er slechts plaats is voor 8 000. Er is een wachtlijst van 1 200 alleenreizende minderjarigen op het gebied van gepaste opvang. Veel van de opvangfaciliteiten in Griekenland zijn ondermaats. De hotspots schieten tekort op het gebied van sanitaire voorzieningen en hygiëne." Zo kan ik nog een tijdje doorgaan met vaststellingen uit de mededeling van de Europese Commissie. De vraag is dan ook aan de Europese Commissie: hoe realistisch is het eigenlijk dat we over drie maanden tijd een situatie in Griekenland hebben, waarin we mensen daadwerkelijk naar Griekenland kunnen terugsturen?

Een tweede punt dat de Commissie hier ook terecht opgemerkt heeft: het herverdelen van vluchtelingen vanuit Griekenland naar andere lidstaten gaan nog steeds heel langzaam. Tienduizenden vluchtelingen wachten op het vasteland van Griekenland. Solidariteit is ook een essentiële voorwaarde om een functionerend Dublin-systeem in Europa in de huidige omstandigheden te kunnen handhaven. Mijn vraag aan de Europese Commissie is: zou het überhaupt mogelijk zijn dat we het hervatten van de Dublin-regels wat betreft terugkeer naar Griekenland alleen voor die landen laten gelden die zelf al hebben voldaan aan een significant onderdeel van hun quota voor het herverdelen van vluchtelingen?

Elly Schlein (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la decisione di riprendere i trasferimenti di Dublino verso la Grecia è un controsenso quando i ricollocamenti sono fermi al 5 per cento.

In aprile, Commissario, Lei disse che il vecchio sistema Dublino era morto. Il vicepresidente Timmermans scomodò addirittura *Game of Thrones*, dicendo che era morto come John Snow. Chissà se fa parte degli sceneggiatori e sapeva che il vecchio Dublino sarebbe subito risorto.

In Grecia ci sono ancora 16 000 persone sulle isole in condizioni inadeguate. Qual è il successo dell'accordo UE-Turchia? Di aver spostato più lontano dai nostri confini le sofferenze di chi cerca asilo? Le immagini di Aleppo raccontano che le ragioni per fuggire sono più vive che mai. Sarebbe il momento di azionare procedure di infrazione verso chi non sta facendo i ricollocamenti promessi e invece si chiede alla Grecia di aumentare i rimpatri, anche di minori e persone vulnerabili.

Il Parlamento chiedeva di superare Dublino, di superare il criterio del primo paese d'accesso, verso un'equa condivisione delle responsabilità tra Stati membri e invece il Consiglio, anziché discutere la già debole proposta della Commissione, discute fantasiose proposte sulla solidarietà flessibile per evitare ogni obbligo. Ecco, non è questa la strada, Commissario.

Bernd Kölmel (ECR). – Herr Präsident! Die Kommission hat über erste Erfolge eines angeblichen umfassenden europäischen Migrationskonzepts gesprochen. Das halte ich, vorsichtig ausgedrückt, für sehr gewagt, denn für ein umfassendes Konzept müsste man zunächst einmal festlegen, was die EU eigentlich will. Wollen wir unbegrenzten Zugang? Wollen wir einen Zugang mit einer Obergrenze? Wie viele Migranten sollen dann aufgenommen werden? Und was konkret sollen wir eigentlich an den EU-Außengrenzen tun? Was zum Beispiel würden wir denn tun, wenn morgen wieder zehntausend Menschen an den Außengrenzen auftauchen, wohin sollen diese dann gebracht werden?

All diese Fragen werden weder gestellt und schon gar nicht beantwortet. Und vor diesem Hintergrund halte ich es für einen Hohn, wenn man beispielsweise die Umsiedlung von bisher insgesamt 1 187 Menschen aus Griechenland in die Türkei, die man dorthin zurückgeführt hat, als großen Erfolg preist. Das ist meines Erachtens nicht mehr und nicht weniger als ein Realitätsverlust. Die EU hat diese Lage nicht im Griff.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señor Presidente, señor Comisario, han pasado nueve meses desde que la Unión Europea firmó el acuerdo con Turquía. Yo creo que es un buen momento para hacer balance.

Número de personas muertas en el Mediterráneo este año: 4 700, unas 1 000 más que el año pasado; y es que cerrar la ruta del Egeo implica que se les obliga a tomar rutas más mortíferas, como la del Mediterráneo central. Personas reasentadas desde Turquía: 2 600. Señor Comisario, más personas muertas que reasentadas.

Al mismo tiempo, en Turquía aumenta la masacre del pueblo kurdo y aumenta la represión: 120 periodistas están encarcelados, 4 000 presos políticos en cárceles turcas. Si el objetivo del acuerdo era tener un contrato con Turquía para que esta actúe como agencia de deportación de personas refugiadas inmigrantes y que, a cambio, Europa calle ante las violaciones de derechos humanos, yo creo que el balance es muy positivo.

Enhorabuena, señor Comisario: han cumplido el objetivo.

Ska Keller (Verts/ALE). – Mr President, I think the recommendation of the Commission to start sending people back to Greece is wrong. We really should not do that. I think it does not make sense to send the relocation refugees one way, and then the other way you send other refugees back to Greece. We should really do relocation first.

I know we can count on your support there, Commissioner, and the Member States have to finally understand that they really need to do that. But we need to do that first, and also we need first to improve the situation in the camps in Greece, because currently it is horrendous. Improvements are happening, but they have been too slow and, let us say, not exactly at a very high level.

We should not send people back into destitution. We need to have that European solidarity that many colleagues have been mentioning. I really hope the Council will say something about that, because it is the problem of the Member States. We are talking to you here, Commissioner, but it is actually the Member States who are the main problem in this issue. You will have the support of Parliament to address that issue, but at the same time I am asking the Commission not to recommend sending people back to Greece.

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! Der angebliche Geniestreich zur Lösung der Flüchtlingskrise sieht vor, abgelehnte Flüchtlinge von Griechenland in die Türkei zu bringen, und anerkannte Asylbewerber nach Griechenland.

Doch das ist keine Lösung, sondern nur eine Problemverschiebung. Ich kenne kein souveränes Land, das hergegangen ist und ein anderes Land bevollmächtigt hat zu entscheiden, wer asylberechtigt ist. Die Union tut es offensichtlich, weil man nicht aus eigener Kraft die Grenzen kontrollieren und schützen will. Den Grenzschutz an die Türkei abzutreten, ist natürlich auch ein Fliehen aus der Verantwortung: 3 Mrd. EUR und noch Visabefreiung dazu, und das Ganze bei einer lächerlichen Rückführungsquote.

Sie haben ja selber, Herr Kommissar, das Beispiel erwähnt: ca. 578 Rückführungen seit Juni, das sind lächerliche knappe 4 % von denen, die nach Griechenland geholt werden.

Der Deal hat letztlich nur zwei Gründe: Einerseits das Überdecken der katastrophalen Willkommenskultur und andererseits das politische Überleben von Frau Merkel.

Емил Радев (PPE). – Мигрантската криза, пред която е изправена Европа, изисква проява на солидарност с най-засегнатите от миграционния наплив държави, като България и Гърция, и предприемането на нови мерки за справяне с нея. Такава нова мярка е споразумението ЕС-Турция. То успя да намали бежанския поток към Европа, но за да бъде наистина успешно, всички страни по него трябва да го спазват и да си сътрудничат.

В същото време европейското законодателство за предоставяне на убежище изисква радикална промяна, защото то не работи в сегашния му вид. Постепенното възобновяване на връщането на кандидати за международна закрила към Гърция може да се счита за привиден признак на функционираща европейска система за предоставяне на убежище, но в никакъв случай страни като България и Гърция не трябва да се превръщат в големи бежански центрове по периферията на Европейския съюз. Това ще стане единствено чрез премахване на принципа, че основната отговорност за мигрантите пада върху държавите на първо влизане.

Време е принципът на истинска европейска солидарност да бъде заложен в европейското законодателство!

Μιλτιάδης Κύρκος (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, μιλάμε για επιστροφές στην Ελλάδα λόγω Δουβλίνου; Μεταναστών που εμπίπτουν στη συμφωνία της Τουρκίας και άρα θα μεταφερθούν εκεί; Δεν θα μπορούσα να συμφωνήσω περισσότερο. Οι συμφωνίες πρέπει να τηρούνται στο ακέραιο.

Τι υπόσχεται λοιπόν το Συμβούλιο και η Επιτροπή; Τετρακόσιοι αξιωματούχοι της ΕΑΣ να πάνε στα ελληνικά νησιά, για να επιταχύνουν τις αιτήσεις του ασύλου. Αυτή τη στιγμή έχουμε 46! Έπειτα, 63.000 πρόσφυγες να μετεγκατασταθούν στα άλλα κράτη μέλη. Αυτή τη στιγμή έχουν μετεγκατασταθεί 6.300! Αφού ολοκληρωθούν αυτά τα δυο βήματα, τα κράτη μέλη θα έχουν κρατήσει τις υποσχέσεις τους και η Ελλάδα θα έχει τις προϋποθέσεις που επιβάλλει ο νόμος για να είναι συνεπής αναφορικά με το Δουβλίνο και θα το κάνει.

Τέλος, πρέπει να διατηρήσουν με κάθε τρόπο τη συμφωνία με την Τουρκία, που μείωσε τις ροές στους θανάτους και προσφέρει καλύτερες συνθήκες ζωής των Σύρων στην Τουρκία. Για τον σκοπό αυτό, θα πρότεινα στο Συμβούλιο, που συνεδριάζει αύριο, να απορρίψει την πρόταση του Κοινοβουλίου για πάγωμα των διαπραγματεύσεων και να διατηρήσει όλα τα κανάλια ανοιχτά. Μη σκοτώσουμε τη συμφωνία εμείς!

Daniel Dalton (ECR). – Mr President, I welcome the news that Dublin transfers to Greece will resume from March and that there has been a reduction in attempts to cross the Aegean Sea. This sends a positive signal that the system can work, under the rules will be adhered to fairly. Every effort should be made to save lives, create stability in conflict regions, and assist Member States overwhelmed by the challenges they face. But many in this Parliament still believe that the solution lies in more forms of legal migration and binding quotas. I cannot support any relocation scheme that forces Member States to take an allotted number of persons. Any discussion of sanctions against Member States can only weaken European cooperation and spread resentment. Instead, Member States need to continue to commit more resources and aid to countries in the Middle East.

We need efficient asylum processing and expedient returns. The one-for-one approach of the EU-Turkey deal is neither a sustainable nor fair solution. Instead, we need to work towards effective and fair cooperation with third countries.

Judith Sargentini (Verts/ALE). – Voorzitter, ik wil het niet over Turkije of Griekenland hebben maar over Niger.

Vandaag presenteerde de Europese Commissie met trots cijfers die aantonen dat het aantal mensen, migranten dat door Niger trekt en naar Europa gaat, enorm gedaald is. De cijfers die de Commissie gebruiken komen van Aeon. Maar die zeggen zelf dat zij twijfelen over hun cijfers, dat vluchtelingen waarschijnlijk andere routes hebben gekozen, en dat de prijzen voor de smokkelaars kennelijk omhoog gaan. Dat reflecteert weer slecht op de vluchtelingen.

De Europese commissaris zegt dat alles met alles samenhangt. Dat klopt: alles hangt met alles samen. Meer grenswachten door Europa betaald en getraind, hogere prijzen voor de smokkelaars, moeilijker en gevaarlijker routes voor de vluchtelingen en, *on top of that*, afgelopen november meer mensen in de Middellandse Zee verdronken omdat we geen legale routes hebben. Gefeliciteerd!

Monika Hohlmeier (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass der Weg der Kommission der einzig realistische ist. Man kann hier viele Wünsche äußern, aber wir haben über 70 Millionen Flüchtlinge, und wir haben ein Vielfaches davon an Menschen, die Migranten sind. Das heißt, zu glauben, dass man das Problem durch offene Türen allein lösen kann, ist schlichtweg nicht sinnvoll.

Das heißt, wir brauchen eine Strategie gemeinsam mit Staaten wie der Türkei, wir brauchen auch eine Strategie gemeinsam mit Ägypten, mit Libyen, mit Tunesien und auch mit Staaten innerhalb des afrikanischen Kontinents, um Lösungen für mehr Menschen zu finden, die nicht nur durch Menschenhändler und viel Geld zu uns kommen sollen. Letztendlich müssen die humanitären Kriterien ausschlaggebend sein, und wir müssen versuchen, Fluchtursachen zu beseitigen beziehungsweise Lösungen vor Ort zu finden, damit sich nicht so viele Menschen auf die Flucht begeben müssen. Wir müssen hier realistisch sein und dürfen nicht Visionen und Träumen Vorschub leisten, die am Schluss Ängste in der eigenen Bevölkerung hervorrufen.

Kati Piri (S&D). – Volgens commissaris Avramopoulos kunnen Europese landen op korte termijn weer vluchtelingen terugsturen naar Griekenland. Ik vind dit een bizarre uitspraak want heel veel mensen zitten nu al maanden vast onder erbarmelijke omstandigheden. Op het vasteland is huisvesting nog lang niet op orde en de situatie op de eilanden is nog schrijnender. Vluchtelingen lopen zelfs gevaar in de opvangkampen. Zo is in hotspot Moria onlangs nog een moeder met haar kinderen omgekomen door het gebruik van gevaarlijke gasflessen die daar volop in omloop zijn. Daarnaast lopen de vluchtelingen gevaar door de opgelopen spanningen tussen verschillende groepen asielzoekers.

Het lijkt mij daarom belangrijk dat we de meest kwetsbare vluchtelingen juist uit Griekenland weghalen en deze mensen opvang bieden in één van de andere Europese lidstaten. Nu zeggen dat het Griekse asielsysteem goed genoeg functioneert om vluchtelingen daarheen terug te sturen, is niet realistisch. De EU moet ophouden beloftes te doen die zij niet kan waarmaken. Uiteindelijk helpt dat alleen de populisten in de hand en niet de vluchtelingen.

Procedura „catch the eye"

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Αβραμόπουλε, το ξέρετε ότι η Ελλάδα δεν αντέχει άλλους πρόσφυγες και παράνομους μετανάστες. Ποια μέτρα θα λάβετε για την άμεση αποσυμφόρηση των νησιών του Αιγαίου, όπου έχουν εγκλωβιστεί πάνω από 16.500 πρόσφυγες; Αληθεύουν οι ανακοινώσεις της κυβέρνησης, ότι η Επιτροπή δεν επιτρέπει τη μεταφορά τους στην ηπειρωτική Ελλάδα, γιατί αυτό απαγορεύεται, όπως λέει η κυβέρνηση, από τη συμφωνία Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας; Οι επιστροφές στην Ελλάδα βάσει του Δουβλίνου ΙΙΙ δεν πρόκειται να γίνουν αποδεκτές από τον ελληνικό λαό.

Επισημαίνουμε, και το ξέρετε, ότι η διαδικασία επιστροφών ανήκει στην αρμοδιότητα των κρατών μελών. Γι' αυτό σας ρωτώ: Δεσμεύεται η Γερμανία για μη επιστροφή βάσει του Δουβλίνου όσων προσφύγων έχουν διέλθει από Ελλάδα το 2015 και το 2016; Γιατί άλλα λέει ο γερμανός υπουργός Εσωτερικών, ο κύριος ντε Μεζιέρ. Αυτό που χρειάζεται δεν είναι οι επιστροφές μέσω Δουβλίνου ούτε τώρα ούτε στο μέλλον, αλλά χρειάζονται μετεγκαταστάσεις, μιας και από τις 66.400 μόνο 5.700 πρόσφυγες έχουν μετεγκατασταθεί από την Ελλάδα σε άλλα κράτη της Ευρωπαϊκής

Ένωσης.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, έχω απλώς μία ερώτηση: Πρόσφατα η κυρία Mogherini ενώπιον της Επιτροπής Εξωτερικών είπε ότι η Επιτροπή και το Γραφείο της επεξεργάζεται εναλλακτικές λύσεις για το θέμα της συμφωνίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης με την Τουρκία, διευκρινίζοντας ότι αναφερόταν σε πιθανές νέες συμφωνίες με άλλα κράτη της περιοχής, τα οποία θα χρηματοδοτηθούν, για να αντλήσουν πρόσφυγες είτε από την Τουρκία είτε αν έχουμε παρ' ελπίδα νέο κύμα προσφύγων. Το ερώτημά μου είναι αν υπάρχουν συγκεκριμένες τέτοιες μελέτες και με ποιες χώρες και με ποια χρηματοδότηση;

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οι ίδιες οι αποφάσεις σας το λένε καθαρά: Απαγορεύονται οι δευτερογενείς μετακινήσεις προσφύγων. Γι' αυτό Ευρωπαϊκή Ένωση και ελληνική κυβέρνηση κρατάτε σε απαράδεκτες συνθήκες χιλιάδες προσφυγές μέσα στο καταχείμωνο στα άθλια hot spot στα ελληνικά νησιά δέσμιους της απαράδεκτης συμφωνίας Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας. Τώρα επικαλείστε βελτίωση των συνθηκών φιλοξενίας προσφύγων στην Ελλάδα και ενεργοποιείτε εκ νέου το αντιδραστικό Δουβλίνο με επιστροφές προσφύγων από άλλα κράτη μέλη στην Ελλάδα. Κι όχι μόνο αυτό· με αίτημα της κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ στέλνετε ενισχυμένες δυνάμεις της ευρωσυνοριοφυλακής στα σύνορα της Ελλάδας με ΠΓΔΜ και Αλβανία, ώστε να παραμείνει κλειστός ο βαλκανικός διάδρομος στους ξεριζωμένους, θύματα των δικών σας ιμπεριαλιστικών πολέμων.

Ευρωπαϊκή Ένωση και κυβέρνηση είναι υπόλογες, γιατί τα αποτελέσματα της πολιτικής τους τροφοδοτούν τη δηλητηριώδη προπαγάνδα των φασιστών, οι οποίοι πρωταγωνιστούν σε προβοκάτσιες με στόχο να στρέψουν τους νησιώτες κατά των θυμάτων των ιμπεριαλιστικών πολέμων και επιλογών της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Απεγκλωβισμός τώρα των προσφύγων απ' τα ελληνικά νησιά! Ανθρώπινες συνθήκες φιλοξενίας! Άμεση μεταφοράς στις χώρες που έχουν επιλέξει!

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, μπορεί ο αριθμός των προσφύγων που φτάνουν στην Ελλάδα να μειώθηκε, αλλά οι αφίξεις στην Ιταλία αυξήθηκαν και η λίστα των προσφύγων που πνίγονται στη θάλασσα μεγαλώνει συνεχώς. Έπειτα, οι πρόσφυγες που στέλνετε πίσω με βάση την απαράδεκτη συμφωνία που έγινε με την Τουρκία όχι μόνο δεν λαμβάνουν καμία στήριξη αλλά γίνονται θύματα για δεύτερη φορά. Η Τουρκία τους στέλνει στη Συρία, τους επαναπροωθεί στη θάλασσα ή τους ανέχεται, χωρίς να διασφαλίζει καν τις βασικές τους ανάγκες για στέγη και φαγητό. Αυτή είναι η τραγική πραγματικότητα. Αυτά είναι τα αποτελέσματα μιας απαράδεκτης συμφωνίας που κάνατε με την Τουρκία.

Αντί να καταργήσετε το Δουβλίνο, το επαναφέρετε πιο έντονα, για να επιβαρύνετε περισσότερο τα κράτη όπως η Ελλάδα που δέχονται τα μεγαλύτερα κύματα προσφύγων. Παρά τις υποσχέσεις για μετεγκατάσταση 160.000 προσφύγων, μόλις 8.000 πρόσφυγες έχουν μετεγκατασταθεί από την Ελλάδα και την Ιταλία. Κύριε Επίτροπε, αν δεν επιδείξουν άμεσα όλα τα κράτη έμπρακτη αλληλεγγύη, η προσφυγική κρίση θα συνεχίζει να οξύνεται και θα συνεχίζουν να χάνονται αθώες ζωές με ευθύνη της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, το πρόβλημα είναι η εφαρμογή των δικών σας αποφάσεων. Μόνο έτσι μπορεί να αντιμετωπιστεί το ευρωπαϊκό έλλειμμα αλληλεγγύης απέναντι στον λαό της Ελλάδας και στον λαό της Ιταλίας. Η εφαρμογή του προγράμματος μετεγκατάστασης περιορίζεται στο 5%, σύμφωνα με τα επίσημα στοιχεία, και για την Ελλάδα από τους 63.000 μετεγκαταστάθηκαν λίγο πάνω από 6.000. Αντί για 400 ειδικούς που θα εξυπηρετήσουν τις διαδικασίες ασύλου έχετε στείλει περίπου 40.

Και την ίδια ώρα υπάρχει κι αυτή η κατηγορία εναντίον της Ελλάδας και της Ιταλίας, ότι δεν κάνουν αρκετά. Από ποιους; Από την Ουγγαρία και την Πολωνία, που δεν έχουν πάρει ούτε έναν, από τη Σλοβακία, που προεδρεύει κιόλας και έχει πάρει μόνο εννιά, από την Τσεχία που έχει πάρει δώδεκα! Αυτές οι χώρες θέλουν μια Ευρώπη αλά καρτ· να τους δίνει κονδύλια για τους αγρότες τους, για τα έργα υποδομής, αλλά να αρνούνται να αναλάβουν τις υποχρεώσεις. Και σας ερωτώ: Οι προτάσεις σας για κυρώσεις προς αυτές τις χώρες ή έστω για να συμμετέχουν οικονομικά στο κόστος αυτό γιατί εξαφανίστηκαν;

(Încheierea procedurii „catch the eye")

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, I will speak first in English, then in Greek, so that you can practise your Greek.

Honourable Members of Parliament, let me start by thanking you for your interventions. They contributed to a very lively debate. The Commission is very aware of your concerns. When we are dealing with a refugee crisis of this scale we cannot afford to be ideological only, we have to be pragmatic.

On Turkey, let me reiterate once again that this is an equal and mutually beneficial partnership. The European Union needs Turkey, but Turkey needs the European Union as well. If anything has become clear this last year it is that the migratory challenges are not national or even European alone, they are global.

You all remember how this unprecedented phenomenon started. Everyone believed that it was a problem of the southern European countries, then it became a European one and now it has taken on global dimensions. And the EU-Turkey statement has started producing tangible results. I spoke about it in the beginning, but our partnership cannot be at all costs, it has to respect all the fundamental and human rights and it continues to do so, and all elements and benchmarks must be fulfilled. We are very clear on that. The European Union does not lower its principles.

On Dublin now, I know some of you think we are not going fast enough and others think we go too fast. Again I repeat what I said before, all our elements go hand in hand. But they also have to go hand in hand in an appropriate and timely manner: no migrant will be sent back today, this week or next. What we recommend is that certain specific categories of migrants entering Greece after 15 March, and who continue onwards to the north, can be sent back to Greece, if Greece is in a position to receive them and provides sufficient individual guarantees about their reception.

But from now until then further and intensified progress is needed in Greece, and we are supporting the Greek Government to better organise the reception centres and whatever is necessary. And this is precisely where additional support is needed from Member States, Mr Papadimoulis is right on that. We cannot accept that one or a handful of Member States shoulders this enormous responsibility of the refugee crisis. If we are a true European Union then one of the fundamental values on which this Union is built is solidarity, and solidarity, yes, does not come in pieces or à la carte. Our objective is to return to overall stability in the European Union. Relocation, Dublin, Schengen, it is all interconnected. But we cannot have one without the other.

Members of Parliament, we need your support to continue delivering and moving forward on all these issues. And now, I accept your request, I turn to Greek.

Θα ήθελα να πω δυο λόγια στα ελληνικά, μιας και οι περισσότερες εκ των τελευταίων ερωτήσεων απευθύνθηκαν από διακεκριμένα μέλη του Κοινοβουλίου, που είναι Έλληνες: τον κύριο Κύρκο, τον κύριο Χατζηγεωργίου, τον κύριο Μαριά και την κυρία Βόζεμπεργκ.

Αναρωτιέμαι γιατί υπάρχει διάχυτη η παρερμηνεία της σύστασης της Επιτροπής αναφορικά με το Δουβλίνο. Το είπα από την πρώτη κιόλας ημέρα το επανέλαβα σήμερα και το επαναλαμβάνω συνεχώς μέχρι να γίνει αντιληπτό. Όπως τόνισα ήδη, όχι, δεν αρχίζουν οι επιστροφές Δουβλίνου προς την Ελλάδα. Πιο ξεκάθαρα δεν μπορεί να το πει κανείς. Η σύσταση προτείνει μία σταδιακή και όχι πλήρη αποκατάσταση και κυρίως ξεκαθαρίζεται διά παντός ότι όσοι μετανάστες βρίσκονται ή θα βρεθούν σε άλλα κράτη μέλη έχοντας εισέλθει μέσω Ελλάδος πριν από τις 15 Μαρτίου του 2017 δεν θα σταλούν πίσω στην Ελλάδα. Πιο καθαρή τοποθέτηση νομίζω δεν μπορεί να υπάρχει και πιο κατανοητή. Θα αφορά στην πραγματικότητα μονάχα σε ένα μικρό αριθμό ατόμων, κι αυτό γιατί οι έλεγχοι στα σύνορα της Ελλάδας με την Αλβανία και την πρώην Γιουγκοσλαβική Δημοκρατία της Μακεδονίας έχουν ενισχυθεί και πλέον δεν πραγματοποιούνται αυτό που ονομάζουμε δευτερογενείς μετακινήσεις.

Επιπλέον, η Ελλάδα έχει ζητήσει την ανάπτυξη της ευρωπαϊκής συνοριοακτοφυλακής στην περιοχή, κάτι που επίσης βρίσκεται σε εξέλιξη. Αυτό σημαίνει ότι ήδη τώρα και σίγουρα πολύ πριν από τις 15 Μαρτίου κανένας μετανάστης δεν θα μπορεί να φεύγει παράτυπα. Η σύσταση λοιπόν είναι θετική για την Ελλάδα. Η Ελλάδα από το 2011 –και αυτό αξίζει να σας το υπενθυμίσω– είναι εκτός νομιμότητας όσον αφορά στη νομοθεσία ασύλου, για λόγους που είχαν να κάνουν την εποχή εκείνη με παραβίαση ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Αυτό το καταλαβαίνετε. Δεν θα μπορούσε να συνεχιστεί και δεν θα διευκόλυνε τις συζητήσεις, τις διαπραγματεύσεις για ένα δικαιότερο και πιο αποτελεσματικό μηχανισμό του Δουβλίνου, που αυτή τη στιγμή αναθεωρείται βάσει δικής μας πρότασης. Με άλλα λόγια, με αυτή την πρόταση η Ελλάδα επανέρχεται στην ευρωπαϊκή νομιμότητα. Υπάρχει κανείς που δεν θα το ήθελε αυτό στην Ελλάδα;

Η σύσταση αναγνωρίζει τη σημαντική πρόοδο –κι αυτό πρέπει να το σημειώσουμε– που έχει πραγματοποιηθεί στην Ελλάδα παρά τα όσα ακούγονται και γράφονται. Για την καλύτερη και αποτελεσματικότερη λειτουργία του συστήματος ασύλου, και μάλιστα κάτω από συνθήκες πρωτοφανούς πίεσης μέσα σε εξαιρετικά αντίξοες συνθήκες και βέβαια με την σημαντική ουσιαστική βοήθεια της Επιτροπής, των ευρωπαϊκών οργανισμών και των κρατών μελών, έχει γίνει πλέον αναμφισβήτητη πρόοδος.

Επομένως, η σύσταση –επαναλαμβάνω– δεν ισχύει άμεσα, αλλά από τις 15 Μαρτίου. Αποκλείονται οι επιστροφές που εκκρεμούν και δεν προβλέπονται άμεσα επιστροφές. Ακόμα όμως και μετά τις 15 Μαρτίου θα αφορά σε συγκεκριμένες κατηγορίες από τους ελάχιστους που θα καταφέρουν να παρακάμψουν τους ελέγχους και υπό προϋποθέσεις και με εγγυήσεις που θα πρέπει να είναι σε θέση να παράσχει η Ελλάδα για κάθε ξεχωριστό αίτημα επιστροφής άρα με τη συνεργασία της Ελλάδας. Γιατί πρέπει να συγκρίνουμε με το πώς είχαν τα πράγματα πριν από ενάμιση χρόνο, όπου δεν υπήρχε κανένας έλεγχος και αθρόα ήταν η είσοδος παράτυπων μεταναστών και κυρίως προσφύγων μέσω του Αιγαίου στη χώρα μας. Αυτά λέω, για να είναι καθαρή η εικόνα μπροστά στη σωστή και αντικειμενική αξιολόγηση αυτού που πρότεινε Επιτροπή. Αν οι συνθήκες αλλάξουν, η Επιτροπή προφανώς και θα αναθεωρήσει τη σύστασή της και να προσθέσω: Όλες οι άλλες εκθέσεις προόδου που παρουσίασε την ίδια ημέρα συνδέονται άμεσα με αυτή τη σύνθεση, δηλαδή την ανάγκη επιτυχούς συνέχισης της εφαρμογής της δήλωσης Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας, δηλαδή μείωση αφίξεων, αύξηση επιστροφών, τη σταθεροποίηση των ικανοποιητικών ρυθμών των μετεγκαταστάσεων από την Ελλάδα και την Ιταλία, την ανάγκη άμεσης αποστολής εμπειρογνωμόνων για την επιτάχυνση των διαδικασιών στο πλαίσιο τόσο της δήλωσης όσο και της μετεγκατάστασης.

Ρώτησε κάτι ο κύριος Χατζηγεωργίου. Δεν εξετάζονται εναλλακτικές συμφωνίες. Η δήλωση της Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας λειτουργεί και δεσμευόμαστε να την εφαρμόζουμε. Δεν γνωρίζω, για να είμαι ειλικρινής σε ποια δήλωση της κυρίας Mogherini αναφέρθηκε ο κύριος Χατζηγεωργίου, αλλά αφορά προφανώς σε κάτι άλλο.

Κύριε Παπαδημούλη, το είπα και πρωτύτερα: Έχετε δίκιο. Συμφωνούμε. Σας το είπα και θέλω να δω σταθερούς αριθμούς μετεγκατάστασης. Δεν κρύβω –το λέω και δημόσια– ότι είμαι απογοητευμένος. Θα περίμενα πολύ πιο συνεπή ανταπόκριση από όλα τα κράτη μέλη, γιατί όπως πολύ σωστά είπατε η αλληλεγγύη δεν γίνεται αλά καρτ και η αλληλεγγύη δεν είναι μονάχα μπροστά στα καλά που προσφέρει η Ευρωπαϊκή Ένωση αλλά και στις δύσκολες στιγμές που περνάνε τα κράτη μέλη. Κι αυτή η αλληλεγγύη μαζί με την υπευθυνότητα είναι οι δύο βασικές αρχές που σήμερα δοκιμάζουν σε μεγάλο βαθμό και την ίδια την ύπαρξή της Ευρώπης.

Έχω πει πολλές φορές ότι τελικά δεν είναι η οικονομική κρίση που γονατίζει την Ευρώπη. Είναι η προσφυγική κρίση, γιατί αυτή είναι που θέτει σε αμφισβήτηση τις βασικές αρχές για τις οποίες μιλήσαμε σήμερα. Θέλω να πιστεύω ότι με τις συνεχείς δικές μας προσπάθειες στο τέλος θα καταφέρουμε να ρίξουμε και τα τελευταία εμπόδια, για να εφαρμοστεί πλήρως αυτό που πριν από ένα χρόνο περίπου σας είχα ανακοινώσει και να φτάσουμε στους αριθμούς τους οποίους έχουμε θέσει ως στόχο. Δεν θα είναι εύκολος αυτός ο δρόμος και θα χρειαστώ, όπως και τα δύο τελευταία χρόνια, τη στήριξη και του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, απέναντι στο οποίο θα ήθελα, με την ευκαιρία, να εκφράσω δημόσια ευγνωμοσύνη μου, γιατί όλα αυτά που έχουμε καταφέρει οφείλονται στο γεγονός ότι είχα από την πρώτη κιόλας στιγμή την πλήρη στήριξη των δημοκρατικών και προοδευτικών δυνάμεων αυτού του χώρου.

Președintele. – Dezbaterea a fost închisă. Votul va avea loc joi, 15 decembrie 2016.

Declarații scrise (articolul 162)

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Le raccomandazioni della Commissione sull'accordo UE-Turchia e sulla ripresa dei trasferimenti dei richiedenti asilo in Grecia sono contraddittorie e incoerenti. Si continua a parlare di implementazione dell'accordo UE-Turchia come di fondamentale importanza per l'Unione europea, ma la Turchia attualmente non può considerarsi un paese sicuro e il Parlamento europeo ha votato per congelare i negoziati di adesione. Si ammette che le isole greche sono ancora sovraffollate, che il sistema di asilo greco rimane carente per le condizioni di accoglienza, per il trattamento dei soggetti vulnerabili e per la tempistica con cui le domande di asilo vengono esaminate. Nonostante ciò, a partire da marzo 2017, si prevede che gli Stati membri potranno nuovamente respingere in Grecia, in base alle regole del sistema di Dublino, i richiedenti asilo arrivati in Europa da questo paese. Su 160 000 migranti, solo poco più di 6 000 persone sono state ricollocate dalla Grecia e nemmeno 2 000 dall'Italia. L'annuncio di rimandare i migranti in Grecia fa presagire un implicito invito a comportarsi ugualmente con l'Italia, altro Stato membro vittima di un sistema europeo comune di asilo fatto di regole fallimentari che penalizzano gli Stati membri di primo arrivo.

17. Drittländer, deren Staatsangehörige im Besitz eines Visums sein müssen bzw. von dieser Visumpflicht befreit sind: Überarbeitung des Mechanismus zur Aussetzung der Visumbefreiung (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind raportul lui Agustín Díaz de Mera García Consuegra, în numele Comisiei pentru libertăți civile, justiție și afaceri interne, referitor la propunerea de regulament al Parlamentului European și al Consiliului de modificare a Regulamentului (CE) nr. 539/2001 de stabilire a listei țărilor terțe ai căror resortisanți trebuie să dețină viză pentru trecerea frontierelor externe și a listei țărilor terțe ai căror resortisanți sunt exonerați de această obligație (revizuirea mecanismului de suspendare) COM(2016)0290 - C8-0176/2016 - 2016/0142(COD).

Agustín Díaz de Mera García Consuegra, *ponente*. – Señor Presidente, señor Comisario, lo primero que quiero hacer es agradecer el buen trabajo de todos los ponentes alternativos que, independientemente de su voto final, han cooperado lealmente y han demostrado su gran espíritu europeísta. Todos los Grupos han estado a la altura de lo que se les pedía y hemos sabido ver las implicaciones que este informe tenía sobre la política exterior de la Unión, la política general de visados y, sobre todo, sobre los futuros procesos de liberalización.

Ucranianos y georgianos seguían nuestros debates y pedían amparo al Parlamento ante la actitud del Consejo, quien ligó sin base jurídica la aprobación de este informe a la negociación de esos otros expedientes. Espero sinceramente que, ahora que vamos a aprobar el mecanismo de suspensión reformado, el Consejo coopere con el Parlamento en la rápida exención de visados para Georgia y Ucrania, países que desde hace tiempo han cumplido con los requisitos exigidos.

Han sido seis meses de intensos y duros debates en el Parlamento. Nos empleamos a fondo para reformar este mecanismo y hacerlo más efectivo, operativo y ágil. En todo este tiempo hemos presentado hasta cuatro propuestas de compromiso diferentes que intentaban acomodar las posiciones de todas las partes. Desgraciadamente, veíamos cómo todas estas propuestas eran rechazadas por el Consejo sin ningún motivo jurídico. Espero que, una vez que finalicen todos los expedientes conexos, podamos conocer la intrahistoria de la posición de algunos Estados miembros, especialmente de aquellos que bloquearon el acuerdo hasta bien avanzada la noche del jueves.

Sé que no es el texto ideal. No es lo que hubiéramos deseado. Todos hemos hecho grandes concesiones, pero sin olvidar nuestras posiciones: defender los derechos fundamentales y preservar el rol del Parlamento. Y si hemos hecho esto, ha sido conscientes de que con nuestro compromiso fortalecíamos el proyecto europeo.

El mecanismo tenía que ser más flexible, ágil y operativo, ya que las circunstancias que dieron lugar a la aprobación del originario en septiembre de 2013 se han visto desbordadas en los últimos años. Hoy podemos garantizar el futuro del espacio Schengen, evitando posibles abusos que pudieran derivarse de los procesos de liberalización de visados. Y, además, podremos activar este mecanismo en caso de que se produzcan algunas de las siguientes situaciones en relación con un tercer país que disfrute de la exención del requisito de visados para acceder a la Unión: incremento del número de nacionales a los que se rechaza el acceso o respecto de los cuales se compruebe que permanecen en el territorio del Estado miembro de manera irregular; incremento súbito de las solicitudes de asilo de una forma injustificada; riesgos o una amenaza inminente para el orden público o la seguridad interior de los Estados, o una disminución de la cooperación en materia de readmisión.

Y al mismo tiempo, en coherencia con nuestra política exterior, garantizamos que los criterios que dieron lugar a la liberalización de visados con terceros Estados se sigan respetando en el futuro. Hablamos de todos los criterios contenidos en el artículo -1 del Reglamento: coherencia regional, beneficios económicos, seguridad, entre otros; pero muy especialmente la protección de los derechos humanos y las libertades fundamentales, tanto en nuestro territorio como en el de origen.

Esto es algo que logramos a través de la introducción de un nuevo mecanismo de monitoreo por parte de la Comisión, por un plazo de siete años después de que se produzca la liberalización del requisito de visado, o posteriormente si existen indicios de violación de alguno de estos criterios. Y todo ello lo hacemos a su vez mejorando y asegurando el rol del Parlamento en la toma de decisiones sobre futuras reintroducciones temporales del requisito de visados.

Para nosotros es una cuestión emblemática la cuestión de los actos delegados. Es cuestión fundamental, como siempre he defendido. La política de visados es una materia compartida. El Reglamento (CE) n.º 539/2001 se modifica, como en este caso, a través del procedimiento legislativo ordinario y, por tanto, toda enmienda sustancial del acto de base debe hacerse a través de un acto delegado, y no de ejecución. Esta ha sido siempre nuestra postura, lo fue en el 2013 y así lo mantuvimos ante el Tribunal de Justicia en el año 2015, quien nos dio la razón en su sentencia de 16 de julio del mismo año.

En fin, para terminar esta parte de mi intervención, quiero señalar que la Comisión también cobra nuevo protagonismo, añadiendo a lo que ya tiene la activación del mecanismo como una facultad que compete a la Comisión, al Estado miembro concernido y a la mayoría simple de los Estados miembros. Y la Comisión también gana en competencias al poder activar el mecanismo de revisión y de evaluación.

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members of the Parliament, the last-minute addition of this point in the plenary agenda was a very welcome one to me. The agreement on the reinforced suspension mechanism goes beyond the importance of the mechanism itself.

Let me start by expressing my thanks to our rapporteur, Mr Agustín Díaz de Mera, for his excellent work. I know it was not an easy job. You did it. Without his commitment it would not have been possible to reach an agreement before the end of the year. I also want to express my thanks to the Council Presidency, which brokered the deal in the Council.

Both institutions made decisive steps towards each other at the last minute, which made the agreement possible. The Commission also made some concessions for the sake of an overall agreement – for example, by accepting some elements of automaticity introduced by the Council. We also committed to taking into consideration the categories proposed by the Member States and to ensuring that these categories are sufficiently large to address in a proportionate way the circumstances.

The Commission has made declarations in that respect to COREPER. Overall we have jointly succeeded in making the suspension mechanism a more effective instrument for our common visa policy. It will enable the European Union to react quickly in situations of strong migratory pressures or high security risks by suspending the visa exemption for certain third-country nationals.

The final outcome allows for a flexible approach and a proportionate reaction to the circumstances encountered. Very importantly, it also allows for a dialogue with the third country concerned to remedy the situation that led to the suspension. By adopting this strengthened suspension mechanism we will be able to pursue our visa liberalisation strategy based on stronger safeguards.

I am pleased to know that the trilogue on visa liberalisation for Georgia has been successful, and I am looking forward to the same outcome for Ukraine. These two countries have concluded a series of reforms to implement their so-called visa liberalisation road map, and it is now for us to deliver and grant to their citizens visa-free travel to Europe.

Our common priority now is to accelerate the procedures for the entry into force of the suspension mechanism as well as for the adoption of the visa liberalisation proposals for Georgia and Ukraine. We have delivered on the commitments made to our partners. The correct implementation of visa-free travel for Georgia and Ukraine will only be beneficial mutually, enhancing the cultural and economic exchanges and strengthening mobility between these countries and the European Member States.

It is an important and symbolic achievement, bringing people and nations closer. I hope that it will become a reality early in spring thanks to the agreement on the suspension mechanism that we are discussing today.

Mariya Gabriel, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, avant toute chose, merci et félicitations au rapporteur pour son travail remarquable.

Le Parlement européen est colégislateur pour cette politique des visas et nous devons continuer à faire respecter nos prérogatives.

J'aimerais formuler trois remarques. Premièrement, la révision du mécanisme de suspension fait partie de l'approche holistique pour une gestion intelligente et contrôlée de la migration et de la mobilité. Plus de sécurité grâce à davantage de flexibilité pour déclencher le mécanisme; c'est un premier succès. Il faut toutefois rappeler les principes fondamentaux qui devront guider nos décisions si le mécanisme devait être déclenché: un examen au cas par cas, sur des critères précis, avec l'intérêt des citoyens comme ligne directrice.

Deuxième remarque, et je dois encore féliciter le rapporteur, car, grâce à l'introduction de la possibilité de suspendre l'exemption pour certaines catégories de personnes, nous conservons le potentiel de la politique des visas comme outil de la politique étrangère et de dialogue politique.

Enfin, j'insiste aussi sur la libéralisation des visas avec la Géorgie et l'Ukraine. Le Conseil avait décidé de lier la révision du mécanisme à ces deux autres dossiers. Un accord a été trouvé sur le mécanisme et je n'accepterai plus aucun retard superflu. Je compte sur la présidence maltaise pour commencer les trilogues sur l'Ukraine dès janvier.

Tanja Fajon, *v imenu skupine S&D*. – Hvala predsedujoči, najprej hvala poročevalcu De Meri za izjemna pogajanja, ki so zavarovala interese Evropskega parlamenta in vseh evropskih državljanov. In odprla tudi vrata Gruzijcem in Ukrajincem za skorajšnja potovanja brez vizumov.

Kolegi, vizumska politika Unije je eden izmed najbolj otipljivih in konkretnih instrumentov evropske zunanje politike. Vsaj takšna je bila v preteklosti. Spominjam se izjemnih čustev ljudi z Zahodnega Balkana, ko smo jim uspeli odpraviti vizume.

Danes ta ista vizumska politika izgublja privlačnost zaradi nenehnega zaostrovanja. Na eni strani zaradi dodatnih, tudi političnih, kriterijev za odpravo vizumov in novih ukrepov, kot so uvedba pametnih meja ali ETIAS-a. Na drugi pa zaradi nenehne grožnje po ponovni uvedbi vizumov, kar omogoča na novo sprejeti mehanizem o suspenzu.

Spoštovani komisar!

Evropska vizumska politika ima še drugo ključno plat, to je vzajemnost. Evropska unija mora imeti tudi pogum, da ukrepa, ko gre za vprašanje vzajemnosti. Danes Komisija še vedno dovoljuje drugorazrednost državljanov kar petih članic Unije in zavestno krši svoja lastna pravila. V Parlamentu bomo pozorno spremljali izvajanje novih pravil in bomo v primeru zlorab odločno ukrepali.

Monica Macovei, *în numele grupului ECR*. – Domnule președinte, îl felicit și pe colegul nostru Augustin Diaz de Mera, care a modificat regulamentul foarte bine și sub presiune, cu negocieri târziu în noapte - am participat la acestea, fiind raportor al grupului meu.

Mecanismul de suspendare al scutirii de vize, în prezent, nu este adecvat și de aceea am modificat practic regulamentul în ceea ce privește procesul de suspendare și acest lucru îl vom vota mâine.

Este foarte important să înțelegem că în joc este și credibilitatea Uniunii Europene, care acordă scutire de vize unor state și apoi, evident, că așteaptă ca acele state să continue progresele și criteriile pe care le-au îndeplinit în momentul scutirii de vize. Dacă fac pași înapoi, nu e normal să continue să beneficieze de scutirea de vize.

De asemenea, credibilitatea noastră în fața cetățenilor europeni, care văd că am scutit de vize cetățenii unor state, dar apoi văd că aceștia încalcă ordinea publică, văd că aceștia nu vin cu intenții bune și curate pe teritoriul Uniunii și creează probleme. De aceea este foarte bine pentru credibilitate.

Ce modificăm, foarte pe scurt, sunt: termenele pentru cererea de suspendare a scutirii de vize s-au scurtat, de asemenea, motivele pentru a cere suspendarea scutirii de viză s-au mărit și unul dintre ele este nou, anume nerespectarea obligației de readmisie a migranților acolo unde există astfel de acorduri.

De asemenea, s-a introdus un mecanism nou de verificare a criteriilor care au existat atunci când a fost scutit de vize un anumit stat, dacă aceste criterii mai persistă și nu s-a produs un regres. Toată lumea va fi mai responsabilă, și statele membre, și Uniunea.

Petr Ježek, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, visa liberalisation is a valuable political tool for the European Union which also offers significant advantages for the citizens of the third countries concerned. At the same time, for the security of EU citizens, we need an efficient suspension mechanism to avoid any abuse. This upgraded mechanism makes it easier to alert the Commission to irregularities and emergencies that could justify a reintroduction of visa requirements.

It was not easy to reach an agreement. Both institutions had strong views on how this mechanism should be activated. Both Parliament and Council had to make concessions, resulting in a two-step approach which I believe in the end does not affect the main objective of this proposal; but we lost time due to the interinstitutional in-fighting.

The Council made this agreement a prerequisite for approving new liberalisation agreements such as those with Georgia and Ukraine. Even though we reached an agreement on the mechanism, it seems Member States are still delaying those liberalisation agreements. Ukraine and Georgia made enormous efforts to reform and fulfil our criteria. It is up to us now to deliver and be a reliable partner. The European Parliament is more than ready, and I call on the Member States not to delay the visa liberalisation any more.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, je voudrais tout d'abord remercier notre rapporteur et sa ténacité pour tenir notre mandat. En vain!

Ce texte est significatif de ce que j'appellerais l'obsession migratoire des États membres. Au début des années 2000, quand le texte sur l'obligation de visa et ses exemptions a été mis en œuvre, nous étions dans un tout autre paysage et la volonté de l'Union était d'ouvrir ses frontières aux ressortissants des pays avec lesquels elle entendait avoir de bonnes relations. Les accords de libéralisation ont été mis en œuvre avant même que le Parlement européen ne les approuve.

Depuis quelques mois, changement total de cap. Les nouveaux accords piétinent dans l'attente de l'adoption de ce mécanisme de suspension. Le Parlement européen a été soumis à un véritable chantage et, au lieu d'améliorer le texte, Conseil et Commission n'ont eu que la volonté de le durcir, les États concernés étant jugés à leur capacité d'être les bons gendarmes de l'Union européenne, notamment au regard des accords de réadmission, et peu importe que les droits fondamentaux soient bafoués.

Quand on sait quels sont les acteurs concernés par le blocage, Géorgie et Ukraine, qui ont rempli leurs obligations, mais aussi Kosovo et Turquie, c'est sans surprise. La GUE/NGL ne vous suivra pas sur ce terrain.

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, once, President Poroshenko of Ukraine said at the Eastern Partnership Summit in Riga: 'I was born visa free', referring to some demonstrators outside the house who were calling for visa freedom for Ukrainians. And it has been very disappointing to see how long their justified wishes have had to wait for realisation.

Unfortunately, I must say that the most disappointing of all was that the Council wanted to link the visa waiver of Georgia and Ukraine with this suspension clause. We are not happy about it; it gives too many possibilities for EU Member States to restrict the visa waiver on grounds that may lead to human rights violations, for instance when returning illegally-entered migrants to the EU. I believe that the European Parliament has rightly insisted that we need to have more of a say in how the Commission will actually induce this suspension clause, so that it is not arbitrary.

Gerard Batten, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, this legislation is supposedly intended to ensure that visa liberalisation is not abused. It is supposed to ease the concerns of Member States, those concerns being that visa-free access for Ukraine and Georgia will lead to another influx of migrants. This is quite reasonable, given that Ukraine and Georgia have a combined population of 45 million people, while the average income in Georgia is GBP 320 per month and the average income in Ukraine is GBP 160 per month.

If visa-free access is agreed, many hundreds of thousands, or even perhaps millions of people, will come to Europe and very many – visa or no visa – will not leave. These measures are in fact a pathway for the EU to conclude visa-free agreements with those countries. While the UK is not bound by this legislation, the UKIP MEPs will oppose it.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Schengen est un malade en coma dépassé, mais l'Union européenne tente encore de le sauver.

Cette fois, il s'agit de rassurer l'opinion publique en renforçant le mécanisme européen de suspension de visa. L'objectif est de pouvoir rétablir temporairement l'obligation de visa pour entrer dans l'Union en cas de pic soudain d'immigration irrégulière.

Cela ne marchera pas, mais l'Union s'en moque, car son véritable objectif est ailleurs. Elle veut donner des garanties illusoires pour faire passer la suppression de visa pour les 45 millions d'Ukrainiens. Alors qu'il faudrait nous protéger de la vague migratoire en restaurant des contrôles à nos frontières nationales, l'Union fait l'inverse, en ouvrant encore davantage ses frontières. L'Union continue à rêver d'un monde sans frontières, alors que partout dans le monde, les États rétablissent leurs frontières.

Son rêve est un cauchemar que les peuples européens rejettent partout où on ose les interroger par référendum. Aux Pays-Bas, au Royaume-Uni, en Hongrie, en Italie et demain en France.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, pane komisaři, nejdříve mi dovolte poděkovat a poblahopřát panu Díazi de Merovi za skvělou práci, kterou na tomto materiálu odvedl. Já jsem trochu překvapen reakcí kolegy Battena a dalších, kteří tady reagovali tak, že k nám opravdu budou chodit lidé z Ukrajiny nebo z Gruzie. Vždyť je to normální nesmysl, pane kolego. Vy strašíte několik měsíců po referendu o brexitu znovu veřejnost.

Já si myslím, že hodně mechanismů tady v Evropské unii v souvislosti s migraniční krizí nefungovalo. A tady je právě snaha tento mechanismus znovu nastolit a zavést ho v efektivních způsobech, za předem stanovených podmínek. V současné době je vlastně pozastavení velmi pomalé, neboť nedisponujeme dostatečnou flexibilitou. Tento nástroj, který byl teď vyjednán, nám tuto flexibilitu dává. Proto podporuju tento návrh a podporuju to, co bylo vyjednáno.

Claude Moraes (S&D). – Mr President, thank you and colleagues have said what I wanted to concentrate on, which is that the rapporteur, Agustín Díaz de Mera García Consuegra, and colleagues worked on this file as best they could. The LIBE Committee was locked into six months of very difficult debate with the other institutions. We maintained a position and we ended with the mechanism which speaks not only to dry procedure in relation to visas, but speaks to the hard work of this Parliament in relating to countries. You can see Georgians and Ukrainians here in this Parliament who are waiting to hear about the suspension mechanism, about the work that has been done in securing for them good news about the European Union.

I agree with what the Commissioner has said and indeed other Members of this House. The conclusions of these negotiations between the Parliament and Council have been one of the key priorities for our committee. I want to thank everyone who has been involved in this bid for visa-free travel and colleagues. Sorry, President, I thought I had two minutes. No? Just one minute.

Let me just thank the rapporteur again. Thank you very much Mr Agustín Díaz de Mera García Consuegra. I conclude.

(Applause)

Cecilia Wikström (ALDE). – Herr talman! Ja, jag vill så klart också stämma in i kören som sjunger kollegan Díaz de Meras lov för hans outtröttliga och enastående arbete med denna komplicerade fråga.

Trots bitvis hårt motstånd i rådet och ibland till och med ganska kontraproduktiva interventioner har vi nu nått i mål med denna upphävande mekanism. Och det är goda nyheter!

Det är viktigt att vi har nått enighet eftersom viseringsfriheten för Georgien och Ukraina har berott på om EU skulle kunna visa att vi kan leverera. Nu har vi gjort det, och vi kan glädja oss åt framtida kontakter och utbyten mellan EU, Georgien och Ukraina.

I en tid där det tycks som om allt fler vill bygga murar är det viktigt att vi nu klarar av att sänka trösklar och också bygga broar mellan människor. Och att vi kan visa att tillit och förtroende är möjligt.

Så detta är goda nyheter för EU och för alla som kommer att beröras av detta. Tack, herr talman!

Carlos Coelho (PPE). – Senhor Presidente, felicito também o meu Colega Díaz de Mera pelo excelente trabalho que desenvolveu como, aliás, é costume.

A política europeia de vistos, em particular a isenção de vistos, é um elemento essencial das relações externas da União, permitindo uma melhor cooperação com Estados terceiros. Cooperação que é especialmente importante com os países vizinhos. A liberalização de vistos com a Geórgia e a Ucrânia - que este Parlamento já aprovou - é um exemplo paradigmático.

A aprovação deste mecanismo de suspensão vai contribuir para mais segurança, permitindo suspender a isenção no caso de um aumento substancial de permanências irregulares. Ela também será possível no caso de desrespeito dos direitos humanos no Estado terceiro. Igualmente importante é a maior flexibilidade do mecanismo, conferindo uma maior e mais rápida capacidade de reação.

Finalmente, graças à posição determinada de Dias de Mera, ficou assegurado o envolvimento deste Parlamento em situações mais graves e que envolvam uma suspensão mais prolongada. Aqui chegados, é tempo de o Conselho desbloquear a liberalização de vistos com a Geórgia e com a Ucrânia. Não só os requisitos estão cumpridos, como é evidente a sua importância para a política externa.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, ringrazio il collega Díaz de Mera per il suo lavoro, certamente non facile.

Sono fermamente convinta che la liberalizzazione dei visti rappresenti un'opportunità in termini di sviluppo del turismo, del commercio e del dialogo internazionale. Comprendo, tuttavia, che le politiche in seno all'area Schengen debbano essere rese oggi più flessibili per essere adattate alle sfide della nostra epoca. Rientra in quest'ottica l'introduzione della possibilità di sospendere l'esenzione dall'obbligo del visto, qualora esistano elementi che provino una possibile minaccia alla sicurezza interna degli Stati membri.

Ma naturalmente è importante mantenere il sistema Schengen, pertanto ritengo necessario che, prima di attivare il meccanismo di sospensione, la Commissione valuti la situazione dei diritti umani del paese terzo oggetto della procedura sospensiva, al fine di verificare che la reintroduzione dell'obbligo del visto, ove necessario, non abbia impatti negativi sui cittadini in fuga da drammatici conflitti e da persecuzioni e non ci siano eventuali forme di abusi. Ed è importante, anche a tale proposito, che il Parlamento vigili attivamente sul processo di sospensione dei visti.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane komisaři, Evropský parlament bude zítra rozhodovat o mechanismu pozastavení udělování krátkodobých víz. Je to nutná podmínka pro vízovou liberalizaci pro Ukrajinu a Gruzii. Věřím, že Evropský parlament tento mechanismus schválí, a občané těchto zemí budou moci od příštího roku cestovat na krátkodobé pobyty bez víz.

Ukrajina i Gruzie splnily všechny smluvní závazky stanovené v akčních plánech, včetně investic do pohraniční stráže či biometrických pasů. Jsem velkou zastánkyní co nejužších vazeb mezi Evropskou unií a zeměmi Východního partnerství, zejména Ukrajinou. Právě vízová liberalizace je hmatatelným benefitem pro občany a podnikatele a zlepší vnímání Evropské unie v dotyčných oblastech.

Naše občany můžeme uklidnit, že projednávaný mechanismus je tu právě pro ochranu před zvýšenými migračními toky a zneužíváním systému pro dlouhodobější nelegální pobyty.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, felicito o relator do Parlamento, Agustín Díaz de Mera, pela capacidade de fazer consenso num tema importante para a construção de uma verdadeira política de vistos da União Europeia. As novas regras permitem flexibilidade e uma rápida ativação do mecanismo de suspensão em caso de aumento substancial do número de nacionais do país em causa, ou das entradas irregulares no território da União Europeia, de aumento substancial de pedidos de asilo infundados, de falta de cooperação na readmissão e em caso de ameaças à ordem pública, ou de segurança interna, relacionadas com os nacionais do país terceiro.

Este acordo com o Conselho permitirá, esperamos, acalmar alguns dos Estados-Membros e, consequentemente, finalizar rapidamente a aprovação das propostas de acordo de liberalização de vistos com a Geórgia e com a Ucrânia. Resta esperar que estas regras não sejam usadas para perversos jogos políticos.

O Parlamento estará atento.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já také pogratuluji panu zpravodaji k jeho výkonu. Je třeba přijmout jasná pravidla pro bezvízový styk a jeho případnou suspenzi, respektive pozastavení, protože bezvízový styk pro Ukrajinu a Gruzii je, podle mého názoru, mimořádně významný i z geopolitického hlediska. My musíme těmto zemím jasně otevřít náruč a nabídnout jim spolupráci tak, aby tyto země měly jasnou vizi do budoucna, protože situace v těchto zemích, jak víme, je velmi obtížná a jsou pod obrovským tlakem Ruska.

Já považuji za mimořádně důležité z geopolitického hlediska – jako poslanec za Českou republiku, která byla bohužel v druhé polovině dvacátého století, v rámci Československa, pod vlivem Sovětského svazu – spolupracovat se zeměmi bývalého Sovětského svazu, nabídnout jim otevřenou náruč a k tomu potřebujeme tato pravidla, která pan zpravodaj vyjednal. Velmi to vítám a pravidla kvituji.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor Presidente. Bien, ponente Díaz de Mera, por este trabajo sobre un código de visados que exige una regulación de las condiciones de exención de visado para terceros países y que llega en un momento que se ha calificado de no fácil y que es ciertamente difícil y negativo para el cumplimiento de los objetivos del espacio de libertad, justicia y seguridad, tal y como dispuso el Tratado de Lisboa. Porque el Tratado de Lisboa quiere una política común europea de visados, y lo cierto es que los Estados miembros vienen incrementando las condiciones impuestas unilateralmente, o evaluadas unilateralmente —que pueden dificultar la obtención de esos visados— y quieren potenciar las situaciones en las cuales ellos pueden evaluar y decidir la exención de visado y la eliminación de los visados.

Por tanto, nos encontramos en una situación realmente difícil que se conecta con otros expedientes que vienen siendo bloqueados por el Consejo, como es, lamentablemente, el Código de visados. Pero me importa subrayar la importancia que tiene que tanto la Comisión como el Parlamento ejerzan su poder de evaluación del seguimiento de estos expedientes y de examen de las condiciones de suspensión de los visados.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já se rovněž připojuji ke gratulaci panu zpravodajovi, protože to dílo je opravdu úctyhodné. Chtěl bych pouze podotknout úvodem, že pro mne je podstatné, že tento návrh skutečně přináší flexibilitu, akceschopnost, že je to návrh, který umožňuje předpoklady pro odstranění vízové povinnosti.

Já bych chtěl říci pouze na okraj toho, co se říká právě ve vztahu k Ukrajině a Gruzii, že již budou osvobozeny od té vízové povinnosti – tato předloha pouze nastavuje určitý mechanismus, jak mohou být od této vízové povinnosti osvobozeny, ale neznamená to, že dochází k tomu osvobození už nyní. O takovémto návrhu budeme hlasovat až v únoru, pokud se nemýlím. Chtěl bych zároveň zdůraznit, že tato forma pomoci těmto dvěma zemím je naprosto nezbytná a neměla by být z naší strany dále odkládána. Myslím si, že to těmto zemím dlužíme.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, the Council's idea to link the free visa regime between the EU and Georgia and Ukraine with a suspension mechanism was a bad idea, as a result of which there has been an unpredictable delay of the visa-free regime with these countries. Georgia and Ukraine fulfilled all the conditions and are waiting for you to fulfil your commitments.

However, while some EU countries have publicly declared that they are glad to see these Eastern European countries on the way to EU integration, at the same time they have put their feet on the brakes and started to blackmail the European Parliament. In this way they are trying to solve their internal political problems. In politics, as in business, a society's reputation as a reliable partner is a very valuable thing. So the EU's reputation was seriously damaged in this case. We will not see the negative result immediately, but in connection with other cases of arrogance and neglect, our attitude towards our partners will return to us like a boomerang in the future.

Procedura „catch the eye"

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Αβραμόπουλε, σε αυτό εδώ το Ευρωκοινοβούλιο δεν υπάρχει δυνατότητα δευτερολογίας. Εγώ θα αξιοποιήσω το ότι είστε εδώ και θα συνεχίσω αυτά που είπα προηγουμένως, διότι πράγματι η ανακοίνωση της Επιτροπής είναι έτσι όπως την είπατε, ότι μετά τις 15 Μαρτίου θα γίνουν, αν θα γίνουν, επαναπροωθήσεις. Αλλά για να μη γίνουν επαναπροωθήσεις, πρέπει να συμβούν δύο τινά: είτε να αλλάξει η νομοθεσία σε σχέση με το Δουβλίνο ΙΙΙ και να απαγορεύει στη Γερμανία να το κάνει είτε να δεσμευτούν η Γερμανία και άλλες χώρες ότι δεν θα το κάνουν. Άρα λοιπόν δέχομαι τις δεσμεύσεις της Επιτροπής ως προς τις προθέσεις της, αλλά αυτό δεν εμποδίζει τη Γερμανία να προχωρήσει σε αυτές τις διαδικασίες, και αυτό πρέπει να είναι ξεκάθαρο. Και δεύτερον, τελικά απαγορεύει η Επιτροπή στην ελληνική κυβέρνηση να πάρει απόφαση και να μεταφέρει κάποιους από τους 16.000 εγκλωβισμένους, που είναι πρόσφυγες στα νησιά του Αιγαίου; Σε αυτό θέλουμε μια ξεκάθαρη απάντηση.

Charles Tannock (ECR). – Mr President, as someone rather unusually decorated by both Ukraine and Georgia for my services to those countries and their Euro-Atlantic aspirations, I of course warmly welcome the agreement for visa liberalisation to allow their citizens, for tourism and business purposes, to visit the European Union Schengen zone. Both countries have waited for years and have made sacrifices by unilaterally lifting visa restrictions and fees on EU visitors with no reciprocity until now. Of course there must be safeguards, including suspension mechanisms if the numbers are excessive or overstay abuses are evident. Both European neighbouring countries deserve our warmest welcome, and in Ukraine we must remember that many of their citizens have died for the freedoms that we take for granted here in the European Union.

(Încheierea procedurii „catch the eye")

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, dear colleagues, thanks again for this fruitful exchange. The new suspension mechanism will protect the European Union by making it easier for Member States to flag irregularities that justify a reintroduction of the visa requirement.

The Commission will also have the right of initiative to launch the process leading to the reintroduction of the visa requirement, and it will monitor the continuous fulfilment of the benchmarks required for achieving visa liberalisation. The agreement has also made it possible to proceed with the discussions on the visa liberalisation proposals for Georgia and Ukraine.

Having seen the wide support of the relevant parliamentary committee, I am confident that the plenary will approve this important agreement tomorrow. Thank you again for this fruitful discussion.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra, *ponente*. – Señor Presidente, muy breves palabras, tal y como anuncié anteriormente. Solo quiero subrayar la vitalidad de la Cámara cuando se enfrenta a proyectos legislativos de verdadera envergadura. Ha habido veintiuna intervenciones. Y yo aprecio y agradezco todas aquellas que tuvieron un componente de reconocimiento a la tarea del ponente y de los ponentes en la sombra, pero también quiero decir que aprecio aquellas otras que no estuvieron de acuerdo con nosotros. La vitalidad de la Cámara, la vitalidad del Parlamento, queda inequívocamente demostrada con la solidaridad que se manifiesta ante un proyecto de esta envergadura.

Președintele. – Dezbaterea a fost închisă.

Votul va avea loc joi, 15 decembrie 2016.

Declarații scrise (articolul 162)

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Viisavabaduse peatamise kord tuleb üle vaadata, et muuta see kiiremaks ja paindlikumaks. See võimaldab ELil reageerida operatiivselt, kui peaks tekkima olukord, mis ähvardab nt ELi julgeolekut, või toimub äkiline kasv ebaseaduslikult ELi territooriumil elavate kolmandate riikide kodanike seas. Selle korra ülevaatamisega eemaldatakse ka takistused Ukraina ja Gruusia viisavabaduse kehtestamisega edasiminekult. See on oluline, sest mõlemad riigid on täitnud vajalikud kriteeriumid juba mõnda aega tagasi ning neile viisavabaduse andmine tuleb otsustada kiiresti.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Am sprijinit astăzi în Parlamentul European revizuirea mecanismului de suspendare a vizelor pentru cetățenii din state non-membre ale Uniunii Europene, pentru ca acesta să fie mai eficient și mai flexibil, mai ales în contextul situației politice și a fenomenului migrației cu care se confruntă Uniunea Europeană.

Politica vizelor reprezintă o temă importantă pentru Uniunea Europeană, având repercusiuni atât în plan intern, cât și extern. Procedurile succesive de liberalizare a vizelor au făcut necesară o revizuire a mecanismului de suspendare pentru țările cu un regim de călătorie fără vize, noutatea fiind că Parlamentul European va avea dreptul să participe la luarea acestor tipuri de decizii.

Această revizuire pornește de la necesitatea de a avea instrumente care să îi permită Uniunii Europene să răspundă unor circumstanțe neprevăzute, precum creșterea numărului de cetățeni din țări non-UE în situație de ședere ilegală sau amenințări la adresa securității pe teritoriul european.

Totodată, am reiterat faptul că această flexibilizare trebuie să fie însoțită de un set de măsuri care să garanteze protejarea drepturilor fundamentale ale omului, pornind de la statisticile primite de la agențiile europene sau organismele de securitate competente. Numai așa vor putea găsi un echilibru între siguranța cetățenilor UE și respectarea drepturilor celor care vin din afara UE.

18. Datenleck bei Europol: Daten zu Terrorermittlungen veröffentlicht (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind Declarații ale Consiliului și Comisiei, referitoare la încălcarea securității datelor Europol legate de dosarele de anchetă privind terorismul (2016/3031(RSP)) .

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, honourable Members, I very much appreciate the opportunity to discuss this topic with you today. It is important to clarify what has happened and address concerns. I would like to touch upon the facts regarding the incident and, finally, to draw some conclusions. But first of all, we have to have all the facts straight.

On 22 September, a former staff member of Europol informed Europol that she had been contacted by a journalist earlier that day in relation to Europol operational data. The journalist had obtained access to those data via a private storage device belonging to the former staff member. As soon as Europol was informed about this possible compromise of data, a security investigation was launched, in coordination with the national authorities of the Member State of the former staff member in order to identify the nature of the compromised data. The national authorities also initiated a judicial investigation.

In parallel, the Member States directly affected were informed by Europol in order to establish any possible impact. The Security Committee of Europol, where all Member States are represented, received a classified report on the matter. The Europol Data Protection Officer was also briefed. Later on, the information about the incident became public on 30 November, when a TV programme was announced and then broadcast on Dutch television. It was in that context that the Europol data compromise was mentioned.

Immediately, Europol circulated a background note about the incident to the relevant stakeholders - the Europol Management Board, the European Commission, the Europol Data Protection Officer, the Joint Supervisory Body, the EU Counter Terrorism Coordinator, the Council Secretariat as well as the Chairperson of the LIBE Committee. The Europol Security Committee was updated as well. Last week, the European Data Protection Supervisor, which will become Europol's data protection oversight body on 1 May next year, was also informed.

As regards the content of the compromised data, it is worth noting that we are talking about historical data which are mostly more than 10 years old. According to the assessment of the Member States concerned and Europol, the data do not jeopardise on-going investigations.

Let me also make some additional remarks. As unfortunate as this incident might be, the case reported in the media is not a data leak – Europol's information systems and its operational environment were not 'hacked' or intruded upon. In fact, Europol adheres to the highest standards of data security, including continuous security awareness briefings provided to its staff members. Europol operates state-of-the-art databases and secure communication capabilities for processing and analysing operational and classified information.

Unfortunately, as with any law enforcement agency, the design of a robust system cannot completely eliminate human error. The former staff member clearly did not comply with Europol's security rules, which explicitly forbid the use of private equipment to produce, store, process or transmit Europol operational or other sensitive information.

This is the first identified case of this kind since Europol was established.

As far as the Parliament is concerned, I would also recall that the new Europol Regulation, which comes into application on the 1 May 2017, foresees a mechanism to allow enhanced parliamentary oversight. A Joint Parliamentary Scrutiny Group will be established by the national parliaments and the competent committee of the European Parliament.

I therefore sincerely hope that this incident will not undermine our efforts to increase the exchange of information. We all share an interest in this. Exchange of information, not least in the framework of Europol, is vital in order to address today's security challenges.

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you. Members of the Parliament, thank you for the invitation to this session. Before sharing with you all the information I have on this security breach, let me stress four key points.

1. It is my firm belief that we need more cooperation on security and effective data exchange. But I am equally clear that this presupposes a high level of data protection and state-of-the-art security rules.

2. This incident could not have happened today, thanks to the technical security improvements that are finally in place. Nobody can plug in USB drives and download data from Europol computers.

3. It neither affected the private life of European citizens nor any on-going security investigations.

4. With you we have adopted new rules for Europol that will impose a different handling of the case today from May 1st 2017.

Let's look at facts first. This data breach is a case of human error by a former staff member who broke Europol's security rules. There is no indication that the security breach by the former staff member was ill-intended. Still, it is of course unacceptable. Our data security rules should prevent human errors from happening.

The data compromised involves a limited number of Member States. Europol received written assurances from the journalist that the data will not be disclosed and that they are stored safely as journalistic evidence for the television programme. I am confident on the basis of information we were given that Europol respected all its current security and confidentiality rules.

A security investigation was launched with the Member State of the former Europol employee and to which the employee returned at the end of February 2016. National authorities also initiated a formal judicial investigation into the matter. In parallel, the Member States directly affected were updated by Europol to establish any possible impact. All Member States through the Security Committee of Europol received a classified report for their attention. The Europol Data Protection Officer was also briefed at an early stage of the process. It was verified that no current investigation in Member States has been jeopardised, because the breach concerns historical data which are around 10 years old.

When the case was reported in the media on 30 November, Europol provided external stakeholders with a background brief on the facts: namely, an update to the Europol Security Committee, which includes all Member States; the Europol Management Board, which includes the Commission; separately, the Commission, the Europol Data Protection Officer, the Joint Supervisory Body, the EU Counter-terrorism Coordinator, the Council Secretariat, and the Chairperson of the LIBE Committee.

Last week also the future data protection oversight body of Europol, the EDPS, was briefed with a report. Internally, staff were also updated when the incident was reported in the media on 30 November. Prior to that, all staff received continuous security awareness briefings.

Staff members, and in particular staff working in the operational environment, are continuously trained about the expected handling of operational and sensitive information. Staff have also been briefed about the implications of the security incident. Another security awareness seminar for all staff is scheduled to take place this Friday.

Honourable Members of the Parliament, as far as I am aware, this is the first real security breach of this kind involving Europol data since the establishment of the Agency in 1999. The Member States concerned confirmed that the compromised data does not jeopardise any on-going investigations. Only two people accessed the data. There are no indications that data have been further shared or the lives of private citizens affected. A judicial investigation in relation to a potential criminal offence committed by these two people is ongoing.

Europol today is a different organisation than the one back in 2009 when the human error occurred. Since then, Europol has introduced numerous technical measures preventing copying of data, such as prohibiting the connection of external drives I mentioned earlier. Staff are constantly trained and informed about security requirements.

The case reported in the media is not a data leak. ICT systems or the operational environment of Europol were not hacked or intruded. Handling security breaches is always the primary responsibility of the organisation when data have been compromised. That organisation, Europol, is obliged to inform the entities that provide the data, the internal data security bodies and its external data protection supervisor. Having said that, we should learn lessons from this case and improve our handling for the future.

The Europol Regulation that enters into application on 1 May 2017 lays down specific rules on handling data security breaches. These rules set high standards on data security. They oblige Europol to notify the personal data breaches without delay to the European Data Protection Supervisor and the competent authorities of the Member States concerned, as well as the data provider. They oblige Europol to inform in certain cases persons whose data have been breached, and they oblige the Europol Data Protection Officer to keep a register of data breaches.

Under the new Europol Regulation, a new set of security and confidentiality rules is being established. In light of his experience, we look more closely whether any changes are needed there.

Finally, I would encourage Europol in the – hopefully unlikely – event of a future security breach, to share proactively information with the Commission and the Joint Parliamentary scrutiny within the limits of the security rules.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra, *en nombre del Grupo PPE.* – Señor Presidente, Señorías, para nadie es un secreto que yo confío en Europol. Afirmé en la reciente reunión interparlamentaria y reitero ahora que Europol es una herramienta imprescindible para la seguridad de los europeos, así que mi compromiso es inequívoco.

Estamos en presencia de un caso aislado desencadenado por una exfuncionaria de Europol, que ocurrió en 2009 y que provocó que se subiera a la red información confidencial sobre investigaciones terroristas que oscilan entre los años 2003 y 2006, incumpliendo todas las normas de seguridad de Europol.

El prestigio de Europol no debe verse afectado por este hecho, ni tampoco la confianza de los Estados miembros. Por eso es importante que Europol, ahora, se plantee por lo menos estas tres cuestiones: ¿se han tomado ya las medidas suficientes para evitar este tipo de incidentes? Segundo, ¿cómo debe Europol orientar este hecho para que no mine su credibilidad de cara a los Estados miembros o a terceros Estados con quienes tiene acuerdos de cooperación? Tercero, ¿puede tener consecuencias para la seguridad de los Estados miembros? Aunque sabemos y afirmamos que el Consejo de Administración del martes fue muy positivo.

Por otra parte, a través de mis propias gestiones, he podido saber que ya se han mejorado una serie importante de medidas. Se ha aumentado la acreditación de la seguridad en la red y, desde el 1 de diciembre, se han bloqueado todos los puertos USB de la red segura. Además, como es de dominio común, a partir de mayo de 2017 entrará en vigor el nuevo Reglamento —del que fui ponente en el Parlamento Europeo—, que fortalecerá el sistema de protección de datos. El Supervisor Europeo, como ha dicho el señor Avramopoulos, vigilará como último responsable el correcto uso de ellos. Y en último lugar, habrá un mayor y mejor sistema de control democrático de la Agencia a través del grupo conjunto de control parlamentario formado por el Parlamento Europeo y los Parlamentos nacionales.

Este debate es necesario porque está justificado, pero debe ser proporcionado y equilibrado, y ayudar a fortalecer y revisar los protocolos de seguridad de Europol.

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

Ana Gomes, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, a quebra de segurança que levou à divulgação *online* de nomes e números de telefone suspeitos em investigações de terrorismo da Europol não pode ser minimizada, nem ser vista como um caso isolado.

Não é possível desconsiderar esta falha de segurança, com a desculpa de erro individual e de que nenhuma investigação foi comprometida. Uma agência como a Europol tem de estar munida de procedimentos e controlos para não bastar a negligência de um funcionário para que a informação sensível apareça subitamente na net. Especialmente quando os poderes desta imprescindível agência foram estendidos ainda neste ano, tendo sido reforçado o papel do controlo democrático a exercer pelo Parlamento Europeu em associação com os parlamentos nacionais.

Não é aceitável que a Direção da Europol, por ventura sob pressão da Comissão e de alguns Estados-Membros, tenha optado por não informar esta casa quando participou na reunião da nossa comissão Líbia, no final do mês passado, logo estando já na posse desta informação. Por ironia o tema dessa reunião da comissão Líbia era precisamente o escrutínio desta agência.

Apesar de todos os alertas e provas de estarmos a viver em ambiente de guerra híbrida, é intolerável que a Comissão e os Estados-Membros, ultimamente lestos a usar o argumento da segurança para justificar entorses aos Direitos Humanos e ao Estado de Direito, como acontece, por exemplo, no acolhimento a migrantes e refugiados, não estejam, de facto, a levar a sério a cibersegurança e o potencial devastador de ataques sobre infraestruturas e redes críticas.

É intolerável que a Comissão não esteja a cumprir o seu papel de vigia, quando é ela própria atacada, como ainda aconteceu há dias. É crucial fazer uma investigação de fundo e agir, urgentemente, para garantir que todos os Estados-Membros, instituições e agências, efetivamente se coordenam, trocam informação e estão a munir-se das necessárias ferramentas de segurança e defesa, o que supõe um adequado investimento financeiro em recursos tecnológicos e em recursos humanos, incluindo inteligência humana.

Relatos assustadores chegam também de outras partes do mundo: interferência russa terá ocorrido para influenciar, e, porventura, mesmo perverter a expressão democrática nas eleições dos Estados Unidos, mas quando, aqui entre nós, na agência encarregue de coordenar esforços para combater o crime na era digital basta a negligência para mostrar que o rei vai nu, como podemos dizer que estamos a salvo?

Monica Macovei, *în numele grupului ECR*. – Domnule președinte, acum șapte ani, doi lucrători din Europol au introdus un *stick* într-un calculator și au plecat de acolo cu informații confidențiale din instituție.

Europol se ocupă de lupta împotriva criminalității organizate și, în ultimul timp foarte puternic, de lupta cu terorismul. Acest lucru nu a afectat nici o anchetă judiciară care era în curs, nici un fel de anchetă în general și nu a avut alte consecințe. Nu a fost o scurgere de informații, nu a fost un atac cibernetic asupra sistemelor IT. Dar acest incident a existat, ceea ce este regretabil și inacceptabil.

Astăzi, însă, nu ar mai fi posibil. Astăzi nu ar mai putea nimeni să introducă un *stick* într-un calculator de la Europol și să plece cu informații acasă pentru că Europol operează cu baze de date care sunt confidențiale și are capacități de securizare foarte înalte, mai înalte decât în multe state membre; de asemenea, capacități de analiză și de procesare a informațiilor clasificate.

Standardele de securizare de la Europol sunt astăzi, repet, foarte înalte și nu se mai poate întâmpla. Oricum se investighează acest caz, dar vreau să finalizez prin a spune: eu cred în Europol și să nu se mai repete.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, you leave me with more questions than I came with actually, because I am beginning to wonder more and more, if you say this is not a data leak – a bit like 'Ceci n'est pas une pipe' – what a data leak looks like.

To me this sounds as though 700 pages of confidential information have been publicly available. When you say that it is only historical data and that it does not jeopardise any current investigations, that does not correspond exactly to the media reports saying that there may have been an impact on ongoing investigations. So I think this is extremely worrying. If the procedures apparently do not ensure that people do not make such mistakes, we have a very serious problem. We have been asked, under great pressure, to pass a series of measures like, for example, my favourite – EU PNR – which has decentralised the storage of data. If we cannot even secure the data stored by Europol, how can we be sure that the data which Member States are now obliged to store are safe? I'm getting extremely worried here.

But actually my main concern here is that we have all been talking about security, security, security, security – OK? – and we have all agreed that one of the big gaps in the security system is information sharing. This will have a devastating impact on the trust between Member States. How are you now going to convince Member States to share information? A majority of this House, as well as the Commission and the Council, fiercely opposed compulsory information sharing. I am not really sure what to think any more. You are trying to reassure us here by saying, 'Keep moving folks, there is nothing to see here'. Well, I am not reassured. I would also like to know when exactly all these people – the Council, the JSB, the secretariat and everybody – when have they been informed? Was that before or after the media report? That is a question that I would like to get an answer to. I would also like to know when the Chair of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs was informed, and under what conditions. Was he informed with the freedom to address these issues publicly, or is there a confidentiality clause?

Cornelia Ernst, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Es ist schon merkwürdig, wie eine Europol-Mitarbeiterin auf die Idee kommt, 700 Seiten vertrauliche, unverschlüsselte Daten mit nach Hause zu nehmen – vielleicht weil sie sich gelangweilt hat, oder mal nachgucken wollte, wer bei den Bombenlegern in Madrid dabei war.

Europol – und das ist das Problem – sah sich eben nicht in der Pflicht, das Europaparlament unverzüglich zu informieren, sondern erklärte nach Veröffentlichung der Daten, es seien ja bloß historische Daten gewesen. Wissen Sie wirklich, und das ist meine Frage an Sie, wohin die Daten gelangt sind? Sind Sie sicher, dass es nur dort geblieben war? Sie spielen den Vorfall herunter, und ich frage mich, für wie dumm halten Sie eigentlich das Parlament? Auch angesichts der Tatsache, dass das Datenmonster Europol 2017 noch mehr Kompetenzen erhalten wird, noch mehr Behörden darin involviert werden, noch mehr Datensysteme vernetzt werden.

Europol ist doch nur eine unkontrollierbare *black box,* und das bleibt sie auch mit der neuen Verordnung, auch mit dem Kontrollorgan, das nämlich zahnlos ist. Dieser Laden ist auch nicht sicher. Das ist doch die Botschaft. Ich frage mich, wie viele Datenlecks können wir tatsächlich verhindern und wie sieht es denn mit den Hackern aus? Es geht nicht nur um das Vertrauen in eine Behörde, das ohnehin fast niemand hat, sondern darum, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, und davon habe ich nichts gehört.

Jan Philipp Albrecht, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I would like to say to the Commissioner that this example shows how important it is that we concentrate our systems and our storage on the information which is really necessary for the investigation – information linked to suspicion and risk. The more data we gather, the greater the risk of data being lost. It is true that this example is not the rule, and maybe today we have better standards to protect us against those losses, but there may be other occasions when data are lost and there may be other breaches of security.

No system is 100% secure. There will never be any system which is 100% secure. That makes it even more important that we look for the data which are necessary, concentrate on that and do not build up a huge storage of data just because we can do it technically. We should rather have a better and quicker exchange of information built on common standards which are high on security and data protection.

This should not only apply to the Member States with the Data Protection Directive, but should also apply to all EU data systems and agencies. That is not the case today. Every agency and every system has different standards. We need to harmonise these, and the upcoming regulation reform for EU agencies is a good opportunity to get these standards right in these agencies as well.

Gerard Batten, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, it is unfortunate that Europol mislaid some highly sensitive data on terrorism through human error. We've had similar experiences in Britain with highly sensitive government information being left on trains and in the back of taxis. If only obtaining information from Europol was always so easy.

In October, I requested a copy of the joint Interpol-Europol report on migrant smuggling networks from Europol and I was told I could not have it. My constituents in London might be surprised that I, as their MEP and a member of the Civil Liberties, Justice and Home Affairs Committee, cannot see this important report – not even a redacted version with sensitive and investigation-specific information withheld. My constituents would quite rightly expect me to be able to see this report. I hope that Europol will reconsider its decision and give me a copy of the report, rather than me having to hope that one turns up in the back of a taxi.

Marcus Pretzell, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident! Eine der dringendsten Aufgaben von Europol ist die Bekämpfung des Terrorismus, und dies erfordert tatsächlich die Zusammenarbeit verschiedener Staaten, weil sich Terroristen als über Staatsgrenzen hinweg tätig erweisen, vor allem jetzt, wo diese Grenzen zwischen den Staaten niedergerissen und unbewacht sind. Es gibt aber gute Gründe, warum Polizei und Terrorismusbekämpfung nationale Angelegenheiten bleiben sollten. Unterschiedliche Staaten haben unterschiedliche Wege, den Terrorismus zu bekämpfen, und je vielfältiger die Wege, desto wahrscheinlicher der Erfolg. Eine einzige große Behörde läuft Gefahr, eine fehlerhafte Struktur zu monopolisieren.

Im Januar hatte Europol ein *European Counter Terrorism Centre* gegründet. Die Nationalstaaten sehen sich aufgefordert, ihre Daten an dieses Zentrum zu liefern. Eine Polizeibeamtin hat 54 Ermittlungsakten, 700 Seiten, mit nach Hause genommen. Es landete in der Öffentlichkeit, und man kann nicht hundertprozentig sicher sein, dass niemand anderes das Material genutzt hat. Eines ist aber völlig sicher: Wenn zentral erfasste Daten öffentlich werden, ist der Schaden für die gesamte Struktur immens.

Monika Hohlmeier (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Ratspräsidentschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte es für sehr bedenklich, wenn man ein Datenleck – so bedauerlich es sein mag und schwierig so ein Vorgang ist – dann gleich dazu benutzt, um wieder in alte Anschuldigungen zu verfallen.

Erstens: Ich hoffe und wünsche – und da unterstütze ich alle Kolleginnen und Kollegen, die dies fordern –, dass wir eine genaue Aufklärung auch im Europäischen Parlament , im LIBE-Ausschuss, erhalten. Denn Nichtaufklärung bedeutet, Misstrauen säen. Wir wollen Vertrauen in Europol haben, und wir vertrauen auch den Beamten und Beamtinnen von Europol, weil sie exzellente Arbeit leisten. Es ist einfach Unfug zu glauben, dass die Bekämpfung des Terrorismus besser würde, wenn jeder Nationalstaat für sich allein arbeitet. Das ist geradezu kontraproduktiv in Zeiten, in denen man weiß, dass sich die wie auch organisierte Verbrecher über alle Grenzen hinweg bewegen, international operieren und sich gegenseitig fazilitieren und unterstützen.

Deshalb brauchen wir Informationsaustausch, deshalb brauchen wir Kooperation, deshalb brauchen wir auch Datensicherheit und wir brauchen einen intensiven Datenaustausch, der es ermöglicht, die Verbrecher optimal zu bekämpfen. Wir brauchen die verschiedenen Zentren, die sich mit den neuen Informationstechnologien und den Strategien befassen, die Verbrecher nutzen. Wir brauchen ein Terrorismuszentrum, das die Kooperation unter den Mitgliedstaaten fördert, unterstützt und koordiniert. Wenn wir dieses miteinander schaffen, dann müssen wir jetzt auch bei diesem Fall dafür Sorge tragen, dass das Vertrauen erhalten bleibt und wir in Zukunft auch im Parlament optimiert Informationen dazu erhalten.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor Presidente, me dirijo a la Presidencia del Consejo y al Comisario Avramopoulos, porque alguien que no tuviera responsabilidad directa sobre la seguridad de los europeos podría decir, sencillamente, que produce estupor que nada menos que en la Agencia de la Unión Europea para la Cooperación Policial, Europol, se haya producido una filtración y una exposición en la red de nada menos que setecientas páginas que afectan a la friolera de cincuenta y cuatro investigaciones diferentes —todas ellas de carácter muy sensible— de operaciones contra el crimen organizado transnacional, y particularmente contra el terrorismo.

Produce estupor, pero el caso es que se nos ha contado que no se produjo de forma maliciosa. ¡Bueno fuera!, ¡hasta ahí podríamos llegar! Que se hubiese producido una filtración dolosa nada menos que por parte de altos funcionarios que tienen la obligación de velar por la seguridad europea transfronteriza contra el crimen organizado, una filtración de todo ese material extremadamente sensible.

Nos hace falta, por tanto, una explicación, sí, pero urgente, porque va a entrar en vigor el nuevo Reglamento de Europol en mayo de 2017, que refuerza sus capacidades sobre la penetración de la seguridad en el tratamiento automatizado de los datos personales, de la privacidad de los europeos. De modo que hace falta que se nos dé una absoluta garantía de que esa seguridad no interfiere con las normas de protección de datos y se refuercen los protocolos relativos a esa información sensible.

Si además añadimos que hay un malestar generalizado en la Unión Europea con respecto del compromiso con la transparencia por parte de la Comisión y del Consejo, tenemos derecho a saber cuándo se produjo esa filtración, cómo se produjo esa filtración, cuándo se dio conocimiento oficial a este Parlamento Europeo a través de la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, y cómo se va a garantizar que nunca más se produzca una filtración de datos sensibles de la seguridad personal a través de un burdo *pendrive*.

Morten Helveg Petersen (ALDE). – Hr. formand! Europol er kernen i vores alles forsvar mod alvorlig grænseoverskridende kriminalitet og i stigende grad i håndteringen af nye terrortrusler og ekstremisme. Vi har i ALDE været med til at modernisere og styrke Europol i den nye forordning, som træder i kraft til maj næste år. Vi er glade for mange af de forbedringer, vi har været med til at vedtage. Forbedringer, som bl.a. sikrer en bedre databeskyttelse, og som skulle betyde en reel kontrol fra både de europæiske og de nationale parlamenter. Men for mig at se er det databrud i Holland et problem, som vi måske kunne have undgået, hvis vi havde haft disse nye kontrolværktøjer. Men det kræver alt sammen selvfølgelig, at Europol informerer Europa-Parlamentet, hvis der måtte ske brud på datasikkerheden. Hvis det skal give mening med parlamentarisk kontrol – hvad jeg selv og ALDE er tilhængere af – så kræver det, at Europol informerer, vel at mærke også før, at medierne måtte samle historier op og bringe dem videre. Og der synes jeg, at der

stadig er en del svar, som vi har til gode med hensyn til, hvornår der er er blevet informeret, og på hvilket grundlag der er blevet informeret. Fremtidens trusler kræver samarbejde mellem politimyndighederne og Europol. Udveksling af data er en helt afgørende forudsætning herfor. Derfor skal vi kunne have tillid til, at institutioner som Europol omgås data forsvarligt. I ALDE er vi endda klar til at gå endnu videre og styrke udvekslingen af data mellem medlemslandenes politi og endda også efterretningstjenester, men det kræver, at den parlamentariske kontrol fungerer. Det er den parlamentariske kontrol, der giver Europol demokratisk legitimitet, og der må vi fra Europa-Parlamentets side insistere på, at Europol respekterer de spilleregler.

Marie-Christine Arnautu (ENF). – Monsieur le Président, je suis étonnée de ce débat, biaisé par des discours «droits de l'hommiste» brandissant la présomption d'innocence. Étonnée aussi que vous ayez refusé à notre groupe sa demande de débattre sur la situation à Alep qui, vous en conviendrez, est autrement plus cruciale.

Il ne m'a pas échappé: M[me] in't Veld et l'Association européenne pour les droits de l'homme sont très choquées par la fuite de données survenue à Europol. Évidemment, la collecte massive de données sur les citoyens qui n'ont commis aucun crime est attentatoire aux libertés. C'est bien pour ce motif que mon groupe a toujours déploré qu'aucun État membre de l'Union européenne n'accepte d'octroyer l'asile politique à Snowden.

Mais de quoi parlons-nous ici? De données concernant des personnes liées à des affaires de terrorisme, notamment les terribles attentats islamistes de Madrid – 191 morts. La protection des données est indispensable et un tel incident est, certes, regrettable de ce point de vue, mais de là à avoir pour principale préoccupation le respect des droits fondamentaux de personnes mêlées à des affaires de terrorisme, c'est exagéré. Cela me rappelle vos discours défendant les droits des clandestins, quand bien même ces derniers seraient violeurs, assassins ou terroristes.

Axel Voss (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich frage mich schon, warum wir eigentlich diese Debatte zu diesem Zeitpunkt führen, weil wir mit dieser Debatte überhaupt keinen Mehrwert erreichen. Da ist menschliches Versagen passiert. Ja, das darf nicht passieren, und ja, das ist auch nicht richtig, und ja, wir müssen auch die entsprechenden Verfahren einhalten. Aber zurzeit können wir doch dazu überhaupt nichts weiter sagen als: Ja, Datenschutzverstöße sind blöd, ja, und höchstwahrscheinlich sind die Inhalte dieser Daten auch nicht für jedermann gedacht. Aber ungeachtet dessen müssen wir doch verfahrenstechnisch an diese Sache herangehen und sagen: Ja, es gibt eine Untersuchung. Die hat die Kommission eingeleitet. Sie wird uns auch entsprechend über die Auswirkungen eines solchen Verstoßes berichten. Und wir müssen doch eigentlich darauf dringen, dass sich dann auch die Organe der Europäischen Union an die Datenschutzgrundverordnung beziehungsweise an die Richtlinie entsprechend anpassen und die dort verankerten hohen Datenschutzstandards einhalten.

Aber der Mehrwert dieser Debatte, sich einfach nur zu echauffieren, dass es irgendwie ganz schlimm ist mit Daten und „wenn da irgendwas passiert", bringt nichts. Wir brauchen nachher die Ergebnisse.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, la mia preoccupazione sull'episodio che ha coinvolto Europol non è legata esclusivamente alla tipologia delle informazioni diffuse in rete, ma anche alle possibili conseguenze in ordine alla fiducia degli Stati nell'azione di raccordo dell'Agenzia e alla conseguente disponibilità delle autorità competenti a comunicare dati e informazioni.

La gravità dell'episodio però non deve farci perdere di vista quello che, con impegno e non senza difficoltà, stiamo costruendo in termini di cooperazione nel diritto penale. Dagli attentati terroristici più recenti abbiamo imparato che lo scambio di informazioni è un elemento centrale nello svolgimento delle indagini per dare una risposta comune e unitaria nella lotta al terrorismo e alla criminalità organizzata.

Dalle informazioni che sono trapelate dalla stampa, comunque, emerge come il sistema informatico non sia stato violato, ma si sia trattato di una negligenza umana, che pure è e rimane grave. Ritengo pertanto indispensabile, anche in relazione all'ampliamento delle funzioni di Europol, che il suo direttore riferisca alla competente commissione parlamentare per meglio comprendere l'accaduto e per conoscere le misure già intraprese per evitare che simili episodi si possano ripetere in futuro.

Gérard Deprez (ALDE). – Monsieur le Président, c'est indiscutable, tout le monde le reconnaît, il y a eu un problème sérieux à Europol, et le fait qu'il soit ancien ne change rien à l'affaire.

Bien sûr, je l'admets, la faute est d'abord individuelle. Mais cela ne peut pas occulter le fait qu'il y a eu une faille réelle dans les procédures de contrôle de sécurité, parce qu'enfin, il est parfaitement possible, techniquement, d'empêcher que des données sécurisées puissent être copiées par des opérateurs qui y ont accès. Europol doit venir se justifier devant les instances démocratiques, c'est-à-dire devant le Parlement européen, et y expliquer les mesures qu'il a prises.

Cela dit, nous avons besoin d'Europol, et je ne veux pas que certains profitent de cet incident pour remettre en cause l'utilité et la crédibilité d'Europol. Ce n'est pas au moment où des milliers de djihadistes vont revenir sur le territoire européen, ce n'est pas au moment où le centre de lutte contre le terrorisme d'Europol devient vraiment opérationnel qu'il faut poser des mines pour en saper la crédibilité.

Renforcer la rigueur du management et des procédures de sécurité, oui. Protéger les données personnelles, oui. Discréditer Europol, non, radicalement non!

Jeroen Lenaers (PPE). – Het is al door een aantal collega's gezegd vandaag: de grootste prioriteit voor Europa op het gebied van veiligheid is het beter delen van informatie door de lidstaten. Om dat beter delen te stimuleren, moet er vertrouwen zijn dat er met die gedeelde data op een goede manier wordt omgegaan. Dat vertrouwen heeft twee weken geleden een stevige deuk gekregen. Noem het een lek, noem het een menselijke fout. Feit is dat 700 pagina's aan geheim materiaal publiek inzichtelijk waren. Van Europol, van de Europese Commissie had ik graag een wat scherpere reactie verwacht.

Het is mooi dat er aanstaande vrijdag een *security awareness* seminar voor het personeel van Europol georganiseerd wordt, maar ik zou willen horen hoe je de zwakste schakel uit het systeem haalt. Het systeem is zo sterk als de zwakste schakel. Hoe gaan wij ervoor zorgen dat het technisch onmogelijk wordt dat dit soort menselijke fouten in de toekomst bij een organisatie als Europol nog plaatsvinden? Dat is cruciaal om Europol in de lead te houden wat betreft het strijden voor betere veiligheid in Europa.

Afzal Khan (S&D). – Mr President, in May of next year, a regulation will come into force granting Europol new powers to fight terrorism and cybercrime. However, this recent data leak represents a serious error, albeit an accidental one. We appear to have been fortunate this time, in that the leaked data was historical data. However, next time we might not be so fortunate. But even leaks of historical data can be of use to extremists.

So could you please explain why it took two months for this Parliament to find out about the leak? What steps have been taken in terms of Europol policy to ensure that the risk of human error is as low as possible? I welcome greater cooperation between Member States in fighting international criminal threats, but we need to play our part and ensure that these sorts of errors are avoided.

Διαδικασία «Catch-the-Eye»

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, lotta al terrorismo e lotta alla criminalità informatica, che si realizza con indagini complesse e software sofisticati. La trasmissione e l'immagazzinamento dei dati resta comunque un momento di vulnerabilità.

In attesa che la *blockchain*, metodica lanciata dai Bitcoin, sia testata anche nell'ordinaria trasmissione dei dati, mi sono più volte espresso sul *cyber crime*, che ha potenzialità offensive finanche nei dispositivi di *yield*. Con mia *question* del lontano 15 dicembre di esattamente due anni fa, interrogavo la Commissione sui trecento dispositivi salvavita a rischio di *cyber attack*.

È di ieri la notizia che Google ha lanciato *Android Things*, il nuovo sistema operativo dedicato all'*Internet of things* e mi domando come questo possa essere protetto dal *cyber crime*. Non faccio quindi fatica a ritenere completamente vulnerabile un settore sensibile come quello dei dati Europol, proprio per l'importante contributo offerto contro le più gravi forme di criminalità, come traffico di stupefacenti, pedofilia, tratta di esseri umani, terrorismo, frode e carte bancarie. Occorre l'adozione di standard di produzione molto molto più elevati.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, πριν από λίγες ημέρες έγινε γνωστό ότι περισσότερες από επτακόσιες απόρρητες σελίδες της Europol διέρρευσαν στο Διαδίκτυο συμπεριλαμβάνοντας ονόματα και τηλεφωνικούς αριθμούς φυσικών προσώπων. Παρά τη διαρκή αύξηση του προϋπολογισμού της Europol, ειδικά στον τομέα της αντιμετώπισης της τρομοκρατίας, διαπιστώνουμε ότι τα αποτελέσματα είναι απογοητευτικά. Εκτός από την αποτυχία αποτροπής τρομοκρατικών επιθέσεων στη Γαλλία και στο Βέλγιο τώρα πλέον η Europol υφίσταται και εσωτερικές διαρροές απόρρητων αρχείων. Πρέπει να δοθεί περισσότερη έμφαση βεβαίως στην καταπολέμηση της τρομοκρατίας, όμως η Europol χρειάζεται να γίνει πιο αποτελεσματική και κυρίως να υπάρχει σεβασμός πάντοτε στο ιδιωτικό απόρρητο των πολιτών της Ένωσης.

Για τον λόγο αυτό πρέπει να υπάρχει αυξημένος κοινοβουλευτικός έλεγχος της ίδιας της Europol και έλεγχος επίσης από την ευρωπαϊκή ανεξάρτητη αρχή προστασίας των προσωπικών δεδομένων. Το γεγονός ότι άργησε πάρα πολύ να ενημερωθεί το Κοινοβούλιό μας για το ζήτημα αυτό αποδεικνύει ότι χρειάζεται ακόμη πιο αυστηρός κοινοβουλευτικός έλεγχος στις δραστηριότητες της Europol.

Charles Tannock (ECR). – Mr President, I congratulate the management of Europol, under its excellent British director Rob Wainwright, in the conduct of the untoward incident investigation into the breach of historic terrorist data security by a journalist and a rule-breaking former staff member. Europol has proven the integrity and reputation of the organisation, and appropriate measures to remedy the breaches are now in place for the future. I wish to take this opportunity to congratulate my country, the United Kingdom – in spite of the Brexit referendum – to wisely recently re-join Europol, and ways must now be found post-Brexit for a strategic UK-Europol partnership to ensure continuing access by my country to SIS, the Prüm Database, the PNR and the EAW. Otherwise the United Kingdom will be in a serious and unnecessarily dangerous situation for the security of its citizens in the future.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, as the new Europol regulation will come into force in May 2017, its competences will be expanded and Europol will handle even more sensitive information and personal data, it is absolutely crucial that the data processing is done according to strict adherence to the data protection rules and data security requirements. The breach poses larger questions about the data protection standards of this agency. Leaked information may also strain relations with other EU states who may be reluctant to share data if it is not properly secured. The Commission and the Council must explain how the data breach was possible. Why did Europol first deny the leak and then admit it? How is the downloading of information even possible from the Europol database to an external device? Commissioner, this is a very important and serious matter.

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-the-Eye»)

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, as always, I have listened carefully to your interventions and I fully share your concerns.

This incident should never have happened in the agency in charge of so much data at the very epicentre of our counter-terrorist work. I understand that trust may be shaken, but let us look at the facts once again. It was a human error which in practice would have been prevented today. Judicial investigations have been launched. No current investigation in the Member States has been jeopardised. The lives of private citizens were not affected. Security procedures have been updated and will be further strengthened with the new Europol regulation from 1 May. Data protection supervision is also being stepped up. The professionalism of the staff is ensured by continuous training to prevent such incidents from recurring.

Let us be clear. Europol is a very different organisation today from 2009 when this incident occurred. As I said in my opening remarks, enhanced security goes hand in hand with enhanced data protection and security rules. Mr Díaz de Mera García was quite correct when he said that this was an unfortunate, but isolated, incident. It cannot – and will not – happen again. Mr Albrecht is also absolutely right: data protection and data security standards should be stepped up. Mrs in 't Veld, Europol's systems were not hacked or intruded into. There was, as I said before, human error with an external hard drive. This cannot happen again.

Europol has informed us that ongoing investigations have not been compromised, and the Member States concerned have confirmed that. Europol informed us – and you – and all the other parties concerned after the press reports. In its current rules, we are external parties. In future, with the new Europol regulation, the EU will scrutinise Europol's activities through the Joint Parliamentary Scrutiny Group. This group will be briefed about key Europol operational aspects. We will examine whether Europol should, as a general obligation, inform the Commission and the parliamentary group on security breaches in order to allow them to exercise their oversight responsibilities. Let us draw lessons from this experience and make sure that the margin for human error of this type disappears.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, honourable Members, on the first question, why did Europol not inform the European Parliament, Council, the Commission or other public stakeholders before 30 November? You would understand that it is not for me, representing the Presidency, to answer in the place of Europol. That's not for me.

(But you're in charge.)

I am not in charge of Europol, I am in charge of the Presidency.

But I can say that Europol has explained that it could not release information about an ongoing security and judicial investigation at national level, including sensitive classified information, to the general public or other stakeholders not directly affected. As a mitigating measure, when the case was reported on 30 November 2016, Europol immediately provided background information to its external stakeholders, in order to clarify the certain elements which were subject of the reporting in the media.

Secondly, the future Europol regulation provides strong security guarantees and a robust data protection regime, and this will I am sure contribute to increasing our trust in Europol. Finally – important for this House – this new regulation sets out a new and better mechanism to brief the European Parliament about operation-sensitive matters. It provides for working arrangements to be concluded between Europol and the Parliament in line with the EU rules on handling classified information.

Mr President, honourable Members, I too would like to use this opportunity for thanking you all for good cooperation during the Slovak Presidency.

Πρόεδρος. – (απευθύνεται στην κυρία in t'Veld που ζητεί τον λόγο) Λυπάμαι, κυρία in t'Veld, αλλά η συζήτηση έληξε και ο κατάλογος των ομιλητών επίσης. Δεν μπορώ να σας δώσω τον λόγο. Εάν θέλετε μπορείτε να κάνετε σχετική παρατήρηση.

Sophia in 't Veld (ALDE). – Mr President, I don't know the rules by heart, but we have a debate here about something very serious. I'd like to remind colleagues that in any Member State such an incident would have led to the resignation of the politically responsible, and here it's treated as a technical incident. I have asked very precise questions and I do not get an answer. Three questions: when were people informed? The list of people I understand from you – after the media revelations – but I'd like to get a 'yes or no' confirmation. Two, when was the LIBE Chair informed, and under what conditions? Was there a confidentiality clause? And three, how are you (well that is more the Commission, but you are actually responsible as Council for Europol) going to secure data stored in decentralised systems like PNR and others? Can I have an answer to those questions?

Πρόεδρος. – Κυρία in't Veld, δεν ήταν ακριβώς διαδικαστικό το θέμα, αλλά αν θέλει ο Πρόεδρος της Σλοβακικής Προεδρίας μπορεί να απαντήσει.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – I think Madam in t Veld, I have shared with you what is in my competence as a representative of the Council Presidency. I reiterate once again, if your are having questions to Europol, I am not representing Europol. I have present a position of the Council, and if you ask me about when the president of LIBE was informed, he is here.

Sophia in 't Veld (ALDE). – (inaudible)… unacceptable. I would like that to be in the minutes.

Πρόεδρος. – Κατεγράφησαν όσα είπε η κυρία in 't Veld και η απάντηση του εκπροσώπου του Συμβουλίου.

Η συζήτησε έληξε.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 162)

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Neustále zde opakujeme, že je nutné více a více zvyšovat pravomoci Europolu. A já s tím plně souhlasím. Více pravomocí však musí jít v ruce s posilování vnitřní struktury organizace, jejích interních pravidel a disciplíny personálu. Jinak se obávám, že může dojít k narušení důvěry nejen v agenturu Europol samotnou, ale především důvěry mezi členskými státy, na které je celá tato spolupráce v trestních věcech založena a bez které ani EU samotná nemůže fungovat. Všichni musíme být ostražití, jak nakládáme s informacemi a daty, ke kterým máme přístup a se kterými pracujeme. Musí to být pro nás samozřejmostí. V Europolu se však jedná o obzvlášť citlivá data, která v krajním případě mohou ohrozit celou EU. Data, která se týkají jednotlivých případů trestných činů, organizovaného zločinu či dokonce terorismu. Pevně věřím, že vedení Europolu v čele s Robem Wainwrightem zajistí, aby se podobná situace již nikdy neopakovala, neměla žádné negativní dopady, a především, aby neovlivnila spolupráci mezi

členskými státy, která byla doposud na výborné cestě k tomu, aby dosáhla nejlepších možných výsledků.

19. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

20. Verpflichtungen im Bereich der Gegenseitigkeit bei der Visumpflicht (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση επί της ερώτησης με αίτημα προφορικής απάντησης προς την Επιτροπή σχετικά με τις υποχρεώσεις στον τομέα της αμοιβαιότητας των θεωρήσεων του Claude Moraes, εξ ονόματος της Επιτροπής Πολιτικών Ελευθεριών, Δικαιοσύνης και Εσωτερικών Υποθέσεων (O-000142/2016 — B8-1820/2016) (2016/2986(RSP)).

Claude Moraes, *author.* – Mr President, thank you for the invitation to answer questions in a previous debate. It was very kind of you to do so. What I will do on the Europol data leak debate, for which I was given no speaking time by my political group, is to answer Mrs in 't Veld in detail in the committee. I was informed in due course by Europol and, through full transparency, I will inform Mrs in 't Veld and the whole committee of how I was informed. Thank you for that opportunity. It is much welcomed.

We now come to the important oral question, which many colleagues have been waiting for, on the very important, compelling and urgent issue of visa reciprocity. As colleagues will know, this is an ongoing issue of urgency, not just for those five countries and the citizens of those five countries – Poland, Romania, Bulgaria, Croatia and Cyprus – but indeed a matter of principle for the whole House on questions of symmetry and equality in our relationship with the United States.

In 2013, Parliament and the Council adopted a regulation modifying, amongst other elements, the so-called reciprocity mechanism. It entered into force in January 2014. Under EU law and according to this mechanism, if a third country does not lift visa requirements 24 months after notification of a situation of non-reciprocity, the Commission is obliged to suspend the visa waiver for citizens of that country for 12 months, via a delegated act to which Parliament and the Council could object.

Notifications of five Member States – and I have named them – were published by the Commission on 12 April 2014. There were at times cases of non-reciprocity also affecting Australia, Japan and Brunei and all of them have now been solved. After 24 months had elapsed, on 12 April 2016, the Commission, instead of presenting the delegated act as we required, decided to publish a communication asking the Council and Parliament for their views. This communication was followed by another communication on 13 July updating the situation and again failing to fulfil the Commission's obligations.

As Chair of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, it is my view that the reciprocity mechanism sets out a procedure with precise time frames and actions not subject to discretionality by the Commission. Therefore, the Commission is under an obligation to adopt a delegated act pursuant to Article 1(4)(f) of Regulation 539/2001.

As the Commissioner knows, on 7 June 2016, I sent a letter reminding you, Commissioner, of the legal obligations of the Commission here. On 12 October, during the exchange we had with you in the Civil Liberties Committee, the Commission was again urged to act and all the Members who took the floor made it clear that the Commission does have some more room for manoeuvre. This was our view.

In this context, and with an overwhelming majority, we have in the Civil Liberties Committee adopted the following oral question for answer today: do you share the legal assessment according to which the Commission is obliged to adopt a delegated act – temporarily suspending the exemption from the visa requirement for nationals of third countries which have not lifted the visa requirement for citizens of certain EU Member States – within a period of 24 months from the date of publication of the notifications in this regard, which ended on 12 April 2016? In the event that the Commission agrees with the assessment that it is obliged to adopt a delegated act, by when will the Commission present this delegated act? And finally, if the Commission does not agree, what are the reasons for not agreeing with that assessment?

This issue, as I said at the beginning of my presentation of this oral question, is not just about the deep and very understandable concerns of our colleagues from Poland, Romania, Bulgaria, Croatia and Cyprus; it is about the idea that we in the EU have the right to expect symmetry and equality with the United States in our relationship. We are right to expect fairness. The right to expect fairness is something that we have transmitted directly to our United States partners and to the State Department in Washington, and we did so respectfully and forcefully.

I believe now is the time that we need to find answers from the Commission on this very important issue. It is a troubling issue which is now persistent and this oral question comes at a time when I do believe my colleagues from these particular countries – but I do insist, well beyond those countries, and within the Civil Liberties Committee – want to find answers. So Commissioner, please try to answer these, I know, very difficult questions on visa reciprocity but which go to the heart of our relationship on visa fairness.

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members of the Parliament, let me start by telling you that I welcome the opportunity to discuss this very important matter, being already fully aware of your expectations. In October I discussed this with the members of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE). You will remember that, Mr Moraes. It should be clear that we all share the same objective. Full visa reciprocity is the central principle of our visa policy framework. With the United States and Canada it is a challenging and sensitive issue, and we all hope for tangible progress.

Before responding to the questions, let me start with the good news concerning Canada. As I told you in the past, I used the window of opportunity offered to us, the EU-Canada summit. A series of meetings and discussions were held ahead in order to reach a mutually satisfactory agreement. I took the plane myself to meet in person the Canadian Immigration Minister John McCallum, in order to address the real situation at political and not at technocratic level. We had a very constructive discussion with the minister and we agreed to engage in a political process to address each other's concerns and make the lifting of visa obligations for Romania and Bulgaria possible. Indeed, and as I had hinted in my meeting with LIBE, Canada took a positive decision in line with the commitment of McCallum in July. At the summit Canada announced its decision to lift in late 2017 the visa requirements for all Bulgarian and Romanian citizens. Moreover, certain categories of Bulgarian and Romanian travellers who visited Canada in the past 10 years, or who currently possess a valid visa issued by the United States, will already become visa-free from 1 May 2017.

We all welcome very much this outcome. It is a strong indication that diplomatic channels and engagement can achieve positive results. On this point, I would like to thank Members of Parliament for their constructive contribution too. We worked in close coordination with Bulgaria and Romania and they played a central role in addressing Canadian concerns. We have to continue this path to ensure that full visa waiver is achieved. The Commission will continue to do its part, in full cooperation with both Member States.

Now the situation with the United States is different. While I continue discussions with our US partners, most recently at the EU-US JHA Ministerial Meeting on 5 December in Washington, there is no progress to report. But I want to assure you that I will keep this issue high on the agenda with the new administration and Congress. I will personally immediately engage in conference with my new counterparts. I call on all of you to give a chance for the political discussion to take place and to explain the mutual obligations, reservations, goals and work to find a solution.

It is very important to understand that the role of Congress is crucial. The visa waiver programme cannot be expanded without Congress, particularly if Member States do not meet the thresholds of US legislation. It seems certain that temporarily suspending the visa waiver for US citizens would immediately lead to a visa requirement imposed on all EU citizens. We are aiming for the opposite, not a reciprocal visa requirement but a reciprocal visa waiver. Let me be very clear. The Commission would not hesitate to adopt the respective acts if that would improve the situation of EU citizens, and lead to the visa waiver for all. At the same time, the Commission has a responsibility to inform you, the co-legislators, about negative consequences on the EU and its citizens from the implementation of our rules.

And this leads me to your questions. There is a regulation that says 'the Commission shall adopt a delegated act'. But there are also other requirements and obligations to be followed which are difficult to reconcile with this obligation, and which are equally important. The same regulation says that: 'the Commission shall take into account the consequences of the suspension of the exemption from the visa requirements for the external relations of the Union and its Member States with the third country in question'.

The approach we put forward back in April outlined these adverse consequences. We still consider that the negative impacts we identified, which were not questioned by other institutions and stakeholders, should be taken fully into account. If a visa requirement is reintroduced, it will be difficult to explain to millions of EU citizens travelling to the United States every year that the EU serves their interests and that the EU action was appropriate in this case. Would legal arguments be convincing for thousands of EU citizens that would likely lose their jobs due to the expected decrease of US visitors? I very much doubt it.

A recent study for the World Travel and Tourism Council suggests that suspending the visa waiver would annually lead to a 22% drop in visitors to the European Union, or 5.5 million fewer visitors from the United States and Canada. This will be equal to a loss of EUR 6.8 billion annually, risking the loss of 140 000 jobs in the tourism industry. The most affected Member States will be Italy, Spain, France, Germany, the Netherlands and Poland. I am asking the question: can we really afford that loss?

Dear Members of Parliament, we are in a very unpleasant situation, but determined to work to achieve visa-free travel for all EU citizens to the United States, as we managed to do with Canada. Let us work together in this effort.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra, *en nombre del Grupo PPE.* – Señor Presidente, completamente de acuerdo con todo lo dicho por el señor Moraes. Pero quiero aclarar que hoy debatimos una cuestión de procedimiento, no de fondo.

Agradezco muy sinceramente las gestiones llevadas a cabo por la Comisión con Canadá, pero del mismo modo debo decir que lamento que la Comisión incumpla lo dispuesto en el Reglamento (CE) n.º 539/2001 que, en su artículo 1, apartado 4, letra f), dice claramente que, si en un plazo de veinticuatro meses tras la fecha de publicación de la notificación, el tercer país afectado no ha suprimido la obligación de visado, la Comisión adoptará un acto delegado por el que se modifique el anexo II y se suspenda por un periodo de doce meses la exención de visado para los nacionales del tercer país de que se trate —Estados Unidos—.

Su margen de maniobra es nulo y así lo corroboró el Tribunal de Justicia de la Unión en su sentencia de 16 de julio de 2015. En ningún momento se dice ahí que la Comisión presentará una comunicación o dos, o que haremos una pregunta oral en Pleno. Lo que la Comisión está haciendo con esta actitud es sencillamente incumplir el Reglamento.

Estamos entonces ante un claro problema interinstitucional y es necesario que la Comisión actúe como verdadera garante de los Tratados. Ante esta situación, pido que se respete el Reglamento y que se presente el acto delegado. Seremos nosotros entonces, los colegisladores, quienes debatiremos sobre la idoneidad y las consecuencias políticas, económicas y de otro tipo.

Lo que hay que hacer es lanzar el acto delegado porque es más importante que se les quite el visado a Polonia, a Rumanía, a Bulgaria, a Chipre y a Croacia. No hay progresos, señor Comisario, como usted dice, así es que lance el acto delegado.

Juan Fernando López Aguilar, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente. Comisario Avramopoulos, intervengo para reforzar la voz de alarma, que ha sido expresada con claridad en nombre de toda la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior por su presidente, nuestro compañero Claude Moraes. Y también para subrayar los argumentos del portavoz del Partido Popular, Agustín Díaz de Mera. No se trata solamente de una cuestión de fondo, que es la falta de reciprocidad —inadmisible en una cuestión como la de los visados— por parte de los Estados Unidos.

Después de haberse completado con éxito el procedimiento con Brunei, con Canadá y con Japón, no se ha completado con éxito con los Estados Unidos, que continúan negando la política de visados común que corresponde al conjunto de la Unión Europea nada menos que a cinco países: Rumanía, Polonia, Bulgaria, Croacia y Chipre. Esa es la cuestión de fondo, una falta de reciprocidad que no tiene ningún viso de mejorar con la nueva administración Trump en la Casa Blanca. Todo lo contrario. Hay que decirlo con claridad.

Y, por tanto, de lo que se trata es de tener presente ese escenario de fondo, pero de exigir, también, que la Comisión cumpla el procedimiento previsto en el Reglamento básico de visados, que es la emisión de un acto delegado que deduzca las consecuencias de esta ausencia de reciprocidad en la relación con los Estados Unidos, en coherencia con diversas sentencias del Tribunal de Justicia. Porque —no se olvide— el alma de este Parlamento Europeo no es solamente una pregunta oral ante la Comisión. Es, también, recurrir ante el Tribunal de Justicia la ausencia de respuesta por parte de la Comisión.

Y esa ausencia de respuesta tiene que ser satisfecha cuanto antes. Un acto delegado que deduzca las consecuencias políticas y jurídicas de esta situación, que es políticamente intolerable, pero que jurídica y legalmente vincula y compele a la Comisión y al Comisario Avramopoulos. Se trata, por tanto, no solo de honrar esa demanda —que tantas veces ha sido subrayada por amplísima mayoría de esta Cámара— de que Rumanía, Bulgaria, Croacia y Chipre, además de Polonia, tengan exactamente el mismo tratamiento que el resto de los países de la Unión Europea, sino de que la Comisión hable de tú a tú con los Estados Unidos.

Филиз Хюсменова, *от името на групата ALDE*. – Г-н Председател, г-н Комисар, липсата на визова реципрочност със Съединените американски щати засяга милиони европейски граждани в България, Румъния, Хърватска, Кипър и Полша. Като гражданин на пряко засегната страна и като докладчик в сянка за ALDE по тази тема, съм силно и безрезервно ангажирана с постигането на реална визова реципрочност за европейците.

Досега нееднократно бе посочено от комисията по граждански свободи, правосъдие и вътрешни работи, че Европейската комисия е задължена да предприеме действия за справяне с липсата на визова реципрочност, като с делегиран акт временно преустанови безвизовия режим по отношение на гражданите на САЩ.

Отчитам дипломатическата чувствителност, както и необходимостта от намирането на правилния момент и средства за постигане на максимален резултат във взаимоотношенията със САЩ, но считам, че е крайно време Комисията да вземе решителна позиция и да покаже, че различното третиране на европейски граждани е недопустимо. Такова е мнението, което споделят и мнозинството от колегите ми в комисия LIBE на Европейския парламент.

Използвам момента отново и в този дебат да изтъкна, че бездействието на Европейската комисия създава усещането за двоен стандарт, за Европа на две скорости и за различни класи европейци. То определено подронва доверието в институциите на европейските граждани от засегнатите държави, но също така предопределя и начина, по който изглежда обединена Европа пред външния свят.

Ето защо призовавам Комисията да изпълни ролята си на пазител на договорите в защита на интересите на всички европейски граждани, като недвусмислено покаже административна воля за изпълнение на задълженията си и политическа сила да отвоюва достойно място на Европейския съюз на световната сцена.

Мария Габриел (PPE). – Г-н Председател, г-н Комисар, слушах много внимателно изложението Ви. В него откроявам три важни неща. Най-напред визовата реципрочност е основен принцип на общата визова политика на Европейския съюз. Радвам се, че така, както този въпрос е приоритетен за моята страна България, такъв е той и за Европейската комисия. Конкретните резултати с договореното поетапно премахване на визи за българи и румънци е доказателство, че само с координирани действия между Комисията и държавите членки – но тук е време да вземем предвид и Европейския парламент – можем да постигаме напредък.

Точно затова обръщам внимание и на втория аспект, за да продължим да говорим с един глас на международната сцена. Трябва да вземем много сериозно предвид, че сегашната ситуация създава усещане за различна категория страни и граждани на Европейския съюз. Тази негативна тенденция може да има много дългосрочни последици.

И накрая, благодаря Ви, г-н Комисар, за положените до момента усилия. Изпреварващо действие е ясното открояване на негативните последици от определени действия. Но и точно заради това призовавам за решително отстояване с всички инструменти на дипломацията, за да може, защитавайки авторитета на Европейския съюз, да отговорим на очакванията на всички европейски граждани.

(Ораторът приема да отговори на въпрос, зададен чрез вдигане на синя карта (член 162, параграф 8 от Правилника за дейността)).

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – In fact, I am Romanian and she is Bulgarian. We should ask the Commission together – and this is the question to you – why does the Commission not approach all the EU Member States in a non-discriminatory way? At the same time, why does it not apply the important values of solidarity and equality? I would also like also to hear from you if you asked the Commission why it did not comply with the obligation to adopt a delegated act, temporarily suspending, for 12 months, the visa waiver for nationals of a third country in those cases of non-respect of the visa reciprocity principle?

Мария Габриел (PPE), *отговор на въпрос, зададен чрез вдигане на синя карта*. – Аз искам да благодаря на румънския ми колега. Мисля, че той беше много ясен. Днес тук задаваме общи въпроси, искаме еднакво третиране спрямо всички страни – членки на Европейския съюз и искаме и чуваме внимателно какви са последиците от вземането на решения. Затова по-скоро се присъединявам към неговия призив – много ясно да отстояваме принципа си за това, че всички граждани на Съюза са такива и Европейският съюз да има достатъчно твърдост и на международната сцена да продължи да го прави, отстоявайки, пак казвам, нашите принципи. От това зависи нашата легитимност като Европейски съюз спрямо нашите граждани.

Момчил Неков (S&D). – Г-н Председател, г-н Комисар, от 13 април 2016 година Европейската комисия ясно показва, че предпочита да наруши собственото си законодателство, вместо да наложи визи за САЩ. Тази страна дискриминира гражданите на България, Румъния, Полша, Кипър и Хърватия.

Европейската комисия не показа солидарност с тези над 70 милиона европейци. Напротив, тя избра да наруши закона дори и след решение на Съда на Европейския съюз. Срамно е, че българското правителство на Бойко Борисов покорно мълчеше и продължава да мълчи по въпроса. Дори напротив, дава съгласие срещу дискриминацията на собствените си съграждани.

Ако българското правителство няма смелост да защити интереса на България, ще търся всички правни канали Европейската комисия да бъде съдена за своето бездействие. След месец пак тази същата Комисия няма да закъснее да критикува България чрез доказано неефективния механизъм за сътрудничество и проверка за неспазване на закона. Нима самата тя го прави? Законът важи за всички, не само за силния на деня.

Axel Voss (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich kann die Kritik der Kolleginnen und Kollegen schon nachvollziehen. Natürlich ist es schön, wenn wir innerhalb der EU auch ein gemeinsames Visumsrecht haben, und wenn für kanadische und US-amerikanische Bürgerinnen und Bürger etwas gilt, so muss das auch andersherum gelten. Das kann ich durchaus verstehen. Die Gleichbehandlung ist eigentlich ja auch etwas, das gefordert werden muss und soll und an dem wir auch festhalten sollten.

Aber ich möchte auch sagen, dass es um das transatlantische Verhältnis jetzt nicht gerade zum Besten bestellt ist und dass man hier auch nicht Dinge wieder einreißen muss, die möglicherweise mit Mühe und Not aufgebaut worden sind. Also das heißt, nun wiederum für kanadische oder US-amerikanische Bürger eine Visumpflicht einzufordern, ist auch nicht richtig. Es steht meiner Meinung nach in keinem Verhältnis, eine Visumpflicht für die USA oder Kanada zu fordern, während wir gleichzeitig eine Visumfreiheit für Georgien und Ukraine haben.

Διαδικασία «Catch-the-Eye»

Андрей Ковачев (PPE). – Г-н Председател, г-н Комисар, Европейският съюз е силен търговия, когато говори с един глас. Затова механизмът за визова реципрочност изисква колективен и солидарен отговор, тогава, когато спрямо европейски граждани се прилагат дискриминационни визови ограничения. Защо, г-н Комисар, имаме тогава това законодателство, ако не го спазваме?

Смятам, че е недопустимо Европейската комисия да продължава да отлага прилагането на делегирания акт, с който да предложи временно суспендиране на безвизовия режим за граждани на САЩ. Смятам също така, че това възпрепятства не само осъществяването на директни бизнес контакти и партньорство, културния и туристически обмен помежду ни, но подкопава и нашите стратегически връзки и партньорски отношения.

За България постигането на пълна визова реципрочност е абсолютен приоритет и аз се радвам на усилията на българското правителство, които бяха положени, както по отношение на Канада, така и по отношение на САЩ, на всяка среща с представители на Конгреса, с представители на администрацията. Ние изискваме от тях това да се случи колкото се може по-бързо. За съжаление виждаме нежелание от страна и на Конгреса на САЩ, и на сегашната администрация да се направят стъпки в тази посока. Затова и призовавам Комисията да издаде този делегиран акт.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η αμοιβαιότητα των θεωρήσεων συνιστά θεμελιώδες στοιχείο της κοινής πολιτικής θεωρήσεων της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Στόχος της κοινής πολιτικής είναι η επίτευξη πλήρους αμοιβαιότητας, της απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης για όλα τα κράτη μέλη της Ένωσης. Βλέπουμε λοιπόν ότι οι Ηνωμένες Πολιτείες, ο Καναδάς μέχρι πριν λίγο, και το Μπρουνέι εξακολουθούν να επιβάλλουν την υποχρέωση θεώρησης σε πολίτες ορισμένων κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, παρά το γεγονός ότι για τους δικούς τους πολίτες ισχύει απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης. Συγκεκριμένα, ακούσαμε ότι πρόκειται για τη Ρουμανία, τη Βουλγαρία, την Πολωνία, την Κροατία και την Κύπρο, δηλαδή οι πολίτες των χωρών αυτών έχουν διακριτική μεταχείριση από τις Ηνωμένες Πολιτείες. Θεωρώ σημαντική εξέλιξη αυτή που ειπώθηκε για τον Καναδά από την πλευρά του κυρίου Επιτρόπου. Επομένως θα πρέπει με μία φωνή να στηρίξουμε τις προσπάθειες της Ευρωπαϊκής Ένωσης για ίση μεταχείριση όλων των πολιτών, για να μην υπάρχουν αυτές οι διακρίσεις.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, poštovani gospodine povjereniče, tko će poštovati europske zakone ako ne Komisija? Tko će štititi europsko pravo ako ne Europska komisija? Tko će štititi europske građane ako to neće činiti Europska komisija? I ovdje ne govorimo o nepovjerenju u zemlje članice koje još uvijek nemaju pravo na vizni reciprocitet, između ostaloga i u zemlju iz koje ja dolazim, Hrvatsku, čiji se građani u tom slučaju osjećaju građanima drugog reda.

Ovdje se radi o nepovjerenju u institucije Europske unije. Ne o nepovjerenju u zemlje članice, nego u institucije Europske unije. Nastavimo li s ovakvom politikom taktiziranja, koliko će nas to koštati? Koliko ćemo novaca izgubiti? Novci, kad su u pitanju principi, načela i poštovanje prava, moraju biti u drugom planu. Mislim da se jako dobro razumijemo kad govorimo o tome.

Očekujemo vašu direktivu, očekujemo vašu odluku, čim prije, da ne kažem odmah.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL). – Monsieur le Président, les inégalités entre citoyens européens sont insupportables. Cette non-réciprocité pour les citoyens de certains pays en font, effectivement, comme cela a été dit, des citoyens de seconde, voire de troisième zone, puisque les Roumains et les Bulgares sont doublement pénalisés, une fois par le Canada et une fois par les États-Unis.

Vous nous dites que cela s'arrange pour le Canada, dont acte. Tant mieux! Il a quand même fallu le chantage de la Roumanie et de la Bulgarie pour non-signature du CETA pour que nous arrivions à quelques résultats. Mais il s'agit tout de même d'une bonne nouvelle. Je vous demanderai simplement pourquoi il faut attendre fin 2017 pour que cette mesure soit enfin mise en œuvre.

Il n'en est pas de même avec les États-Unis. Vous nous dites qu'il n'y a pas la moindre avancée avec ce pays. Alors, enclenchez la procédure! Il n'y a pas de solution. Si les États-Unis ne veulent rien entendre, il faut mettre en œuvre les règles qui existent. L'impact négatif ne serait pas que pour les citoyens européens, il serait aussi pour les citoyens américains.

Vos chiffres catastrophiques ne sont pas sérieux, Monsieur le Commissaire. Ce sont des hypothèses et c'est aussi un manque de confiance dans les institutions européennes. Soyez sûr de vous et discutez à armes égales avec les États-Unis. La Commission est la gardienne des traités, cela a été dit également. Si elle-même ne respecte pas les règles, c'est vrai que l'Union européenne est très mal en point.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, παίρνω τον λόγο όχι για να πω το αυτονόητο, ότι στηρίζω και εγώ τις φωνές των συναδέλφων για να αρθεί αυτή η αδικία που συμβαίνει σε πολλούς πολίτες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, να μη δίδει δηλαδή η αμερικάνικη κυβέρνηση αυτό που εμείς δίδουμε στην ίδια. Δεν πήρα τον λόγο μόνο για το αυτονόητο. Θέλω να πω ότι υπάρχει και συνευθύνη των κρατών μελών που απολαύουν αυτού του δικαιώματος και των συναδέλφων ευρωβουλευτών που προέρχονται από τα κράτη μέλη που απολαύουν αυτού του δικαιώματος, θεωρώ δε ότι ο κύριος Επίτροπος μπορεί να αξιοποιήσει τα κράτη μέλη που έχουν αυτό το δικαίωμα, έτσι ώστε να ασκηθεί περισσότερη πίεση, να μην ασκούν πίεση μόνο τα κράτη που τους αφορά αλλά και τα υπόλοιπα κράτη. Έχουν μια ευθύνη απέναντι σε αυτό το ζήτημα.

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-the-Eye»)

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, dear Members of the Parliament, I heard your interventions very carefully. I want to assure you again that we are on the same side. We share the same objective: that is, nothing less than full visa reciprocity for all our citizens. This is our goal. Our approach with Canada brought positive results. It was not the result of blackmailing. It was the result of frank and friendly negotiations, and I know that because I was behind it. We didn't resort to unilateral suspensions there, we did not damage our bilateral relations. On the contrary, with patient engagement, diplomatic contacts and explanations from all sides, we managed to get a concrete roadmap to visa liberalisation. Your role, dear Members, was crucial in that respect.

Mr Díaz de Mera, Mr López Aguilar, the Commission, you know that, is a law-abiding institution. We are aware and conscious of our legal obligations, but as I said, it is not just about adopting the delegated acts, it is also about taking into account the consequences. I was very clear and frank before, not hiding behind pretexts, as I always am here. Even adopting the act will most likely result in retaliations by the United States. As I said: yes, it is an unpleasant situation, but I have been, and I will keep on being, open and frank with you.

I call on you to show some patience while the political transition in the United States is completed. Once the new Administration is fully in place, we will make the point as strongly as we can. EU citizens in their vast majority do not constitute a threat. For those very few that could potentially do so, our security framework is in place and is getting stronger every day. We will continue to work hard in close cooperation with the Member States, with all Member States concerned, and of course with you to resolve the remaining cases, and will keep you fully informed. Next week as we committed last July, we will present the state of play in a second follow-up to our April communication.

The road ahead will not be easy and we know it, but working together we can bring results in the case of the United States also.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 162)

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Iako je Hrvatska najbliže od 5 država članica da ispuni službene kriterije i pridruži se programu za izuzeće od viza (Visa Waiver Programme), apsolutno je neprihvatljivo da se svi građani EU-a ne tretiraju jednako kada je slobodno kretanje građana u pitanju. Tim i više ako EU ima ambicije sklapanja trgovinskog sporazuma sa SAD-om o slobodnoj razmjeni roba i usluga. Slobodno kretanje ljudi mora biti preduvjet za slobodnu razmjenu robe i usluga. Europska pravila su jasna u tom pogledu. Nadam se da se ovo pitanje može uskoro riješiti te da će 5 preostalih država članica EU-a biti uključeno u program izuzeća od viza čime bi se izbjeglo uvođenje viza za američke građane prilikom putovanja u EU. Nedavni primjer postizanja viznog reciprociteta između EU-a i Kanade koja je ukinula vize za državljane Bugarske i Rumunjske pokazuje da je moguće. Ukoliko ne postignemo isti dogovor sa SAD-om, očekujem da Komisija poštuje svoje zakonske obveze i predstavi Delegirani akt kojim se otvara mogućnost suspenzije bezviznog režima za državljane SAD-a kada putuju u EU.

Емил Радев (PPE), *в писмена форма*. – На 1-ви януари 2017 г. България ще отбележи десет годишнината от своето членство в ЕС - десет години, в които ние непрекъснато се опитваме да се докажем, че сме равноправен партньор в Европа и по света. За съжаление тази борба продължава и фактът, че ние от България, наред с пет държави членки, сме единствените, които имаме нужда от визи, за да пътуваме до САЩ, е пример за двойни стандарти и неравноправно третиране на българските граждани.

Като български представител намирам такова отношение за неприемливо, особено от страна на Европейската комисия. Нейно задължение е да прилага законодателството на ЕС в защита на всички европейски граждани и държави членки. Недопустимо е интересите на международните ни партньори да бъдат поставяни над правата на европейците.

Затова настоявам Европейската комисия да спази законовото си задължение и да излезе колкото се може по-бързо с делегиран акт в съответствие с Регламент 1289/2013, за да може той да бъде обсъден от Европейския парламент и Съвета. Също така е необходимо ЕК да води активни преговори с новата президентска администрация в САЩ, за да продължат действията за премахване на американските визи за гражданите на петте държави членки. Вече имаме такъв положителен пример с Канада и се надявам в най-скоро време да видим решение на въпроса със САЩ.

Csaba Sógor (PPE), *in writing*. – The stand-off on the signature of CETA between Romania and Bulgaria and Canada, which ended in an agreement to remove visa obligations for the two eastern European countries by the end of 2017, showed that the enforcement of the EU visa reciprocity mechanism is indeed possible for all European countries if enough pressure is applied from the European side. It is sad, however, that when presenting this agreement, the President of the European Commission mentioned that the citizens of the countries in question are entitled to these visa rights, but on the other hand made it clear that this visa liberalisation is still dependent on the adoption of the trade agreement. I believe that it is time that the Commission, instead of issuing communications, took concrete measures to ensure that third countries stop differentiating between EU Member States and between EU citizens.

21. Anschlag auf die koptische Kathedrale in Kairo – Religions- und Weltanschauungsfreiheit (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι Δήλωση της Αντιπροέδρου της Επιτροπής / Ύπατης Εκπροσώπου της Ένωσης για Θέματα Εξωτερικής Πολιτικής και Πολιτικής Ασφάλειας σχετικά με την επίθεση στον Καθεδρικό Ναό των Κοπτών στο Κάιρο - Θρησκευτική ελευθερία και ελευθερία πεποιθήσεων (2016/3037(RSP))

Dimitris Avramopoulos, *on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, last Sunday we were appalled when Coptic Christians were targeted as they were worshipping at St Peter's Coptic Orthodox Church in Cairo. At least 25 people were killed and many more injured in the bombing. Our thoughts are with the victims and their families. The European Union expresses condolences to them as well as to all the people and the Government of Egypt.

An attack against Egypt's Coptic community is an attack against all Egyptians and against their wish to live peacefully together. I visited Egypt recently because it is a key partner in the region for the European Union on many issues and we had a very fruitful discussion on all issues. I also met President el-Sisi and we also discussed security issues. They were aware that the situation is very difficult and attacks might occur at any moment.

These attacks endanger a multicultural society, which Egypt is and wishes to continue being. President el-Sisi is equally concerned about the destabilisation of his country as a result of the permanent terrorist threat. I assured him that we are partners against this common threat and Egypt has all our support.

Freedom of religion implies not only the freedom of belief, but also the freedom to worship, either individually or in a community, without fear or intimidation, discrimination, violence or attack. All people should be able to exercise their rights everywhere, based on the principles of equality, non-discrimination and universality. All states have an obligation to prevent violence based on religion or belief but, beyond this obligation, the prevention of this form of violence is also in the interest of every state because sectarian attacks make a society weaker, less cohesive and less resilient.

In the Middle East and North Africa in particular, an attack against any ethnic or religious group undermines the very fabric of society. Christianity belongs in the Middle East and in North Africa just as much as it belongs in Europe. Egypt's Christian community is as ancient as Christianity itself. Obviously terrorist groups and individuals are afraid of the Middle East's long history of diversity because it defies their weak narrative of a clash of civilizations. The Egyptian authorities must now work to ensure that the perpetrators of this attack are promptly brought to justice and that there will be no impunity for sectarian attacks.

Overall, the number of terrorist attacks in Egypt has grown in recent weeks. Just two days before the attack on the church, there were two terrorist bombings in different parts of the country, killing security personnel. We stand on the side of the Egyptian people in the fight against terrorism. It is a shared challenge which we must tackle together.

Terrorism, of course, needs to be addressed as a security issue. At the same time, measures to reinforce physical security will only be effective if police and judicial prevention and prosecution of terrorist acts is organised in a modern and effective manner. Countering radicalisation and violent extremism is also of fundamental importance.

We believe that a comprehensive approach is needed, including dialogue, education, the promotion of tolerance and pluralism, and adequate space for civil society. We are close to completing negotiations with Egypt on the priorities for our bilateral partnership and this terrible incident shows how essential it is becoming for us to work together with Egypt in this area, as in many others.

The importance the European Union attaches to freedom of religion and belief has also been reflected in the appointment by President Juncker of Mr Ján Figeľ as a Special Envoy for the promotion of freedom of religion or belief outside the European Union. The EU Special Representative for Human Rights, Mr Lambrinidis, has also been actively engaged in the promotion of freedom of religion and belief during official visits to partner countries and in multilateral fora.

Our work to preserve religious diversity all around the world also has a financial dimension. For instance, the European Instrument for Democracy and Human Rights invests EUR 11 million in programmes focusing directly on freedom of religion and belief.

Cooperation with our partners, both in governance and civil society will remain essential to all our efforts. From Egypt to Syria, the protection of diversity is – and will be -– a top priority in the years ahead. If there is one international actor that will always protect and defend the freedom of religion, it is us, the European Union. Let me therefore conclude by sending a strong message of support to Egypt. We are all standing by Egypt, united against the common threat of terrorism.

Tunne Kelam, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, a horrible crime was committed last Sunday in Cairo during a Coptic worship, and we know that it has caused many, many victims. Today is our opportunity to condemn this massacre, for which ISIS has taken responsibility, in the strongest possible terms and extend our solidarity to all victims of terror and violence.

It is true that the government has a primary responsibility to guarantee security and equality of all religions in Egypt. However, I think there are also some positive signals. The Coptic Pope Tawadros declared that the terror attack was conducted not only against the Coptic Church but against all of Egypt, and a leading Islamic university, Al-Azhar, qualified the attacks against houses of worship and killing innocents as criminal acts that violate Islamic principles. Egyptian President el-Sisi proclaimed a three-day national mourning and ordered state funerals. These demonstrations of shared solidarity are important. But now even more important is that the Egyptian people as a whole will recognise the ownership of such tragedies and victims. That supposes that also in everyday life, people will start to treat co-citizens from different religions as equals and start to respect them.

Javi López, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente. En primer lugar, en nombre de mi Grupo y en el mío propio, queremos enviar un mensaje de solidaridad a las víctimas —especialmente después de un ataque terrorista como este, el del 10 de diciembre, en la catedral copta de El Cairo, con más de una veintena de víctimas—, y no solo a las víctimas, sino también a sus familiares, a la comunidad copta en su conjunto y al pueblo egipcio.

Sabemos la importancia que tiene la comunidad copta, sabemos que ha sido una de las minorías que ha sido sistemáticamente atacada por los yijadistas durante los últimos años y que cuenta con más de 85 millones de personas y representa el 8 % de la población total de Egipto. Al mismo tiempo queremos reconocer en un día como hoy que el Presidente al Sisi sitúa la seguridad como una de sus preocupaciones principales y que ha condenado el atentado y ayudado a las víctimas durante estos días.

Pero hay que recordar —también de forma muy clara-que se combate el terrorismo con medidas de seguridad pero que, a la vez, se derrota al terrorismo con una lucha efectiva, que quiere decir tener una gobernanza inclusiva y quiere decir defender los derechos humanos y respetar la libertad religiosa.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, life for the Coptic Christians of Egypt has considerably improved since President el-Sisi came to power. Honouring the victims by way of a state funeral and three days of national mourning is a powerful signal that this was not an attack on a minority community but an attack on all Egyptians. The attack on Saint Mark's Cathedral is a stark reminder of the protection that this vulnerable community needs and the security threats that Egypt faces more generally on a daily basis.

Claimed today by ISIS, this atrocity is an early warning sign of the trend that we will see over the coming year as ISIS shifts its focus to North Africa and the Sahel, and Mosul and Raqqa are squeezed, and as their strongholds in Syria are weakened they will go to other places including, I am afraid, Europe.

In its statement today ISIS threatened to escalate its war on polytheism and to extend its attacks beyond the Sinai Peninsula. Egypt is a strategic partner of the European Union and is battling to contain the threats of high unemployment, a struggling economy, terrorism and the political transition following the fall of Mubarak. We in the European Union now need to support Egypt in these struggles and to better understand the threats that it faces.

Marisa Matias, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, condenamos, obviamente, este ataque, como condenamos todos os horrendos ataques terroristas que têm acontecido ao longo dos últimos tempos. Mas penso que é importante falar sobre este ataque contra a comunidade copta para deixar uma mensagem muito clara.

Não é de uma guerra de religiões que se trata, não é de uma guerra de civilizações que se trata, e nós, neste Parlamento, não podemos cair nessa armadilha. Todas as vítimas contam, sejam de que credo for. Portanto, temos a obrigação de não alimentar o ódio, o mesmo ódio do qual é alimentado o terrorismo que provoca estas vítimas.

Não podemos ser cúmplices da lavagem que é feita. Não há vidas que valem mais do que outras. O nosso papel é um papel de agir sobre as causas, de perceber que este foi um ataque perante todo o povo egípcio. O povo egípcio uniu-se, e uniu-se em três dias de luto.

A nós, cabe-nos chamar a atenção para cada um destes ataques e ter uma resposta solidária em relação à crise humanitária que vivemos, mas, como disse, sobretudo atuar sobre as causas e não dar mais importância a umas vidas do que a outras. Todas são igualmente importantes.

James Carver, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, this barbaric act was a shameless attack on an ancient centre of Christianity. Naturally I wish to express my sincere condolences to all those affected. This was not just an attack on a Coptic Christian community but on all Egyptians. I am encouraged how Egyptian society, which is of course made up of many different faiths, has widely condemned this atrocity, and moved swiftly to show their support for Egypt's Coptic Christians. The presidential decision to give the victims state funerals and the announcement of three days' national mourning must be acknowledged as a noble act of inclusiveness.

However, this tragedy again highlights the precarious position facing Christian communities across the Middle East and North Africa. Governments have a duty to protect their minorities, and we must do more to support those Christians fleeing persecution from Islamic fundamentalists.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ENF.* – Monsieur le Président, un engin de mort explosait dimanche 11 décembre dans l'église de Saint-Pierre et Saint-Paul, au Caire. Au moins 25 personnes ont perdu la vie et 49 autres ont été blessées, parmi lesquelles une majorité de femmes et d'enfants. Les chrétiens vivant dans les pays musulmans sont menacés dans leur chair. En Iraq et en Syrie, les monstres de l'État islamique ont toujours des velléités génocidaires.

Ne croyez pas que seuls les chrétiens d'Orient soient menacés; la sécurité des chrétiens n'est plus assurée en Europe. Un prêtre a été égorgé dans son église de Saint-Pierre-du-Rouvray par des jeunes islamistes français de papier, auxquels notre pays avait pourtant tout donné. Les églises sont régulièrement les cibles d'actes antichrétiens de vandalisme sans que cela ne semble vraiment émouvoir qui que ce soit. Il est temps de protéger les chrétiens en Orient et en Europe contre le réveil de l'islam de combat.

À l'heure où l'Union européenne semble vouloir se soumettre en toute dhimmitude, sonnons le tocsin pour les victimes. Plus tard, il sera trop tard.

György Hölvényi (PPE). – Elnök Úr! Az Iszlám Állam kairói merénylete az egyiptomi kereszténveket vette célba, de a békés együttélésre törekvő egyiptomiakat, koptokat és muszlimokat együttesen érte támadás. Részvétünket fejezzük ki a szertartáson elkövetett terrortámadás fiatal és idős áldozatai, valamit a gyászoló családtagjaik felé. Szimbolikus a cselekmény, a gaztett, hogy a keresztény vallását gyakorló közösségek tagjait gyilkolták meg az ünnepi készülődés időszakában. Céljuk, Elnök Úr, nem volt kevesebb, minthogy tovább terjesszék Közel-Keleten és az egész világban a félelem és a halál kultúráját.

Mi a feladat? A keresztények és más vallási kisebbségek biztonságát nemzetközi közösségnek kell a Közel-Keleten szavatolnia. Európának segítenie kell a keresztény és más vallási kisebbségek biztonságának megteremtését – hangsúlyozni szeretném – a szülőföldjükön. Európának mindent meg kell tennie a dzsihádizmus visszaszorítására elfogadott intézkedések, intézkedéseink végrehajtásáért. Meggyőződésem, hogy ez Európa és Egyiptom és a Közel-Kelet közös érdeke.

Mireille D'Ornano (ENF). – Monsieur le Président, l'attaque de dimanche dernier est le point d'orgue d'une triste litanie de persécutions. Ce seraient au moins 42 églises qui, en Égypte, ont fait l'objet de profanations diverses depuis 2013, même si on peut saluer les efforts du président Sisi en faveur des coptes.

En visant la plus importante minorité chrétienne du monde arabe, avec ses quelque huit millions d'âmes, c'est l'ensemble de la chrétienté que l'État islamique meurtrit dans sa chair.

Nos valeurs de tolérance et d'humanisme ne doivent pas nous conduire à l'aveuglement; c'est bien l'éradication du christianisme qui est l'objectif ultime des islamistes. À l'heure où l'ingérence occidentale a provoqué la déliquescence d'États autrefois fonctionnels, cet objectif est à portée de main au Moyen-Orient.

Il est urgent que les Européens apportent un soutien concret aux minorités chrétiennes du monde arabe, afin de ne pas endosser une responsabilité historique dans leur disparition.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Es entzieht sich meiner Kenntnis, wie Sie dazu kommen zu sagen: Es war ein Angriff auf alle Ägypter. Zehn Prozent der Ägypter sind Christen.

In einem Gotteshaus werden 23 Christen ermordet – der Islamische Staat bekennt sich dazu. Christen werden weltweit am intensivsten von allen Religionen verfolgt. Mit 7 100 ermordeten Christen 2016 hat sich diese Zahl im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Ich weiß es, und Sie wissen es auch: Es war ein Islamist, der die 23 Christen in der koptischen Kirche in Kairo ermordete. Es sind Islamisten, welche die Christen im Irak und Syrien verfolgen, töten oder zur Flucht zwingen. Es sind Islamisten, die den vielen Flüchtlingslagern in Deutschland und ganz Europa unter Christen Angst und Schrecken verbreiten.

Ein Land wie Ungarn hat reagiert und den Posten eines Staatssekretärs zur Unterstützung verfolgter Christen in der ganzen Welt eingerichtet. Wo bleiben unsere Maßnahmen im Europaparlament zum Schutz der Christen?

Lars Adaktusson (PPE). – Herr talman! Jag läste tidigare idag om några av dödsoffren för terrorattacken i Kairo. Om den lilla flickan Maji. Om Aida, en äldre kvinna och farmor. Om Nabil som just hade blivit pappa till en efterlängtad son.

Här i parlamentet har vi idag röstat om ett betänkande om mänskliga rättigheter och demokrati. Bland annat röstade vi om en text som tydliggör att kristna är den mest förföljda religiösa gruppen i världen. Paragrafen fick stöd av en majoritet, men allt för många valde att inte ställa sig bakom detta faktum. Från mitt hemland Sverige handlar det om kollegor i socialdemokraterna, miljöpartiet, vänsterpartiet och centern.

Herr talman! Att inte erkänna omfattningen av den förföljelse som idag sker mot kristna är att ta på sig ett stort ansvar. Det är att relativisera ondska och brott mot mänskligheten. Det är att svika Maji, Aida och Nabil – offren för den globala förföljelse och det folkmord som pågår i detta nu.

Διαδικασία «Catch-the-Eye»

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, gospodine povjereniče, Egipat, srpanj ove godine – koptska obitelj napadnuta je noževima pri čemu je jedan član obitelji ubijen. Lipanj – koptski svećenik upucan je u glavu. Ožujak – četvero prevoditelja Biblije mučki su ubijeni u svom uredu. Studeni 2015. – 26-godišnju majku dvoje djece ubio je njezin ujak jer je odlučila prijeći na kršćanstvo. Kolovoz 2015. – koptskog vojnika upucali su vojnici. Lipanj 2015. – kršćanin je pronađen s dva metka u prsima nakon što je odbio prijeći na islam. Svibanj 2015. – koptski kršćanin je otet i ubijen. Travanj 2015. – pucnjava na crkveni autobus. Ožujak 2015. – crkva sagrađena u spomen na ubijene koptske kršćane je izrešetana. Veljača 2015. – koptski vlasnik trgovine ubijen je u vlastitoj trgovini. Ožujak 2015. – pedesetogodišnji koptski kršćanin ubijen je u vlastitom domu.

Nedavni napad na katedralu samo je nastavak brutalnog progona – 25 mrtvih, od čega šestero djece. Zaustavimo progon kršćana. Odgovornost je i na nama.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, si tratta di «un'unica violenza che semina morte e distruzione». Con queste parole Papa Francesco ha commentato l'attentato terroristico che ha colpito la comunità copta del Cairo, che ha provocato la morte di 25 persone, tra cui molti bambini, e il ferimento di molti civili. Un crimine orribile, compiuto nel momento della preghiera presso la cattedrale copta di San Marco in Abassiya, la più antica chiesa d'Africa e sede del Papa di Alessandria.

Non è la prima volta che in Egitto il terrorismo colpisce la comunità cristiana copta, che rappresenta circa il 10 per cento della popolazione, in un paese a stragrande maggioranza musulmana. La strage compiuta in Egitto è particolarmente grave perché sono stati colpiti uomini, donne e bambini la cui unica colpa era quella di professare una religione diversa da quella professata dai terroristi.

La comunità internazionale deve reagire con determinazione ed essere al fianco dell'Egitto nella lotta al terrorismo, senza però venir meno ai nostri valori e senza cedere il passo a populismi e fanatismi religiosi.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κατ' αρχάς εκφράζω τα βαθιά συλλυπητήριά μου στις οικογένειες των θυμάτων της τρομοκρατικής επίθεσης που έκανε το Ντάες την Κυριακή στον Καθεδρικό Ναό του Αγίου Ανδρέα στο Κάιρο. Την προηγούμενη εβδομάδα η Ομάδα του ECR με εμένα επικεφαλής βρεθήκαμε στο Κάιρο και συναντηθήκαμε με την αιγυπτιακή ηγεσία και τον κύριο Σίσι. Βεβαίως δεν μπορούσα να φανταστώ ότι σήμερα μιλώντας για τα θέματα αυτά θα έχουν περάσει μόνο ελάχιστες ημέρες απ' τη στιγμή που φύγαμε από το Κάιρο. Η τρομοκρατική επίθεση πρώτα απ' όλα ήταν επίθεση κατά όλων των Αιγύπτιων. Το γεγονός ότι οι αιγυπτιακές εφημερίδες κυκλοφόρησαν με τον τίτλο «όλοι είμαστε Κόπτες» σημαίνει πάρα πολλά. Σημαίνει ότι υπάρχει και επέρχεται σιγά-σιγά μια ενότητα στους κόλπους του αιγυπτιακού λαού. Όλοι αντιλαμβάνονται ότι η τρομοκρατική πράξη κατά της εκκλησίας, που έγινε την ημέρα του εορτασμού του Μωάμεθ, στόχο είχε να δημιουργήσει εντάσεις και συγκρούσεις μεταξύ Μουσουλμάνων και Χριστιανών. Είναι κάτι το οποίο οι ίδιοι οι πολίτες της Αιγύπτου δεν πρόκειται να επιτρέψουν, δηλαδή να μπουν θύματα στο πλαίσιο της τρομοκρατίας και να συγκρουστούν μεταξύ τους. Αυτό δηλαδή που ήθελε να προκαλέσει το Ντάες είναι σίγουρο ότι δεν πρόκειται να γίνει.

Bas Belder (ECR). – Wie zou niet wenen over de vreselijke terreuraanslag op de christelijke gemeenschap in Egypte van zondag als je de foto's ziet van de slachtoffers? Ik deel de groeiende zorgen van de Egyptische christenen over een reeks van incidenten tussen moslims en christenen in dorpen, waarbij bijvoorbeeld een oude christenvrouw naakt over straat werd gesleept. En ik deel de zorgen over het ontbreken van de elementaire vrijheid om zich als moslim tot het christendom te bekeren. De Egyptische christenen wensen een overheid die hun leven, bezittingen en grondrechten effectief beschermt. Daartoe moet de Europese Unie president Sisi krachtig oproepen en bovendien alle steun verlenen.

Jan Zahradil (ECR). – Mr President, I was a Member from the ECR Group of the same delegation that visited Cairo only last week. I left just one day before that terrorist attack, and after all meetings we had there with President el-Sisi and Grand Imam of al-Azhar and other dignitaries, I still have the feeling that we owe Egypt something. We owe Egypt clear support in its fight against terrorism, but also fair and balanced treatment.

We have adopted many critical resolutions on Egypt here in the European Parliament, maybe too many, unlike in the case of some other countries. We also recognise the right of other countries to take very tough measures against terrorist threats, for instance in the case of Turkey. We should recognise the same right for Egypt, because Egypt is a key player in the region and its stability and security are crucial and vital, and also very important for Europe.

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-the-Eye»)

Dimitris Avramopoulos, *on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, we are all touched by this horrible and barbaric event in Egypt and we share the same feelings here tonight in this debate. I would like to thank you for your sensitivity in connection with the attack that occurred in Egypt.

The European Union is undertaking efforts to enhance stability in Egypt, as well as the freedom of religion in the whole region. The freedom of religion or belief is a universal human right. Its free exercise contributes to pluralism, democracy, development, rule of law, peace and stability. Its violation leads to intolerance, violence and despotism. The European Union will continue to use all its policy instruments to ensure all over the world a favourable environment for the exercise of the freedom of religion and belief. And this is what unites us all in this Chamber tonight.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 162)

Mario Borghezio (ENF), *per iscritto.* – L'attacco alla cattedrale copta di San Marco al Cairo, con un tragico bilancio di 25 morti e 49 feriti, appare come un punto di svolta nella strategia terroristica in atto in Egitto. Da tempo infatti non si verificavano episodi così gravi nei confronti di luoghi di culto cristiano ed il governo ha proclamato tre giorni di lutto nazionale. Alcuni commentatori ipotizzano che questa recrudescenza sia un tentativo operato da gruppi legati al radicalismo islamico e all'Isis (presenti soprattutto nella zona del Sinai) per aumentare la tensione tra i copti ed il presidente Al-Sisi. La comunità copta infatti, che nel 2013 aveva appoggiato l'attuale presidente contro Mohamed Morsi, sostenuto invece dai Fratelli musulmani, chiede con forza maggiore impegno per la protezione dei propri luoghi di vita e di incontro. La comunità internazionale e l'UE hanno il dovere di dimostrare con i fatti un chiaro sostegno a questa comunità, antica custode del cristianesimo delle origini, nonché il contrasto ad ogni tentativo di ulteriore destabilizzazione del paese, che oggi vive anche una difficile situazione economica con la svalutazione della lira egiziana e la scarsità

di approvvigionamenti di beni di prima necessità. Il nostro cordoglio al Patriarca della Chiesa Copta egiziana Tawadros.

22. Anerkennung von Angaben in Personenstandsurkunden (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξης είναι η συζήτηση επί της ερώτησης με αίτημα προφορικής απάντησης προς την Επιτροπή σχετικά με την αναγνώριση του περιεχομένου των πιστοποιητικών προσωπικής κατάστασης της Mady Delvaux, εξ ονόματος της Επιτροπής Νομικών Θεμάτων (O-000145/2016 — B8-1819/2016) (2016/3000(RSP)).

Mady Delvaux, *auteur.* – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, le 6 juin dernier, nous avons adopté, ici, au Parlement, le règlement visant à favoriser la libre circulation des citoyens en simplifiant les conditions de présentation et d'acceptation de certains documents publics au sein de l'Union.

En tant que rapporteure sur ce dossier, je tiens à rappeler que nous avons donné notre accord à ce texte, avec un peu d'amertume, après d'âpres discussions avec le Conseil, parce que, à nos yeux, ce règlement est trop peu ambitieux. Mais nous avons considéré que c'était un pas, un petit pas, certes, mais un pas quand même, vers plus d'Europe, car l'acceptation par un État membre d'un document d'état civil issu par un autre État membre apporte un peu plus de confort aux citoyens qui se déplacent à l'intérieur de l'Union européenne. J'ai regretté, et je regrette toujours, la frilosité des États membres qui n'ont pas montré d'enthousiasme pour réduire la bureaucratie et pour apporter une petite solution concrète vers plus d'Union et vers plus d'Europe.

J'aimerais voir des avancées, fussent-elles modestes, et j'estime que la réaction face au mal-être des peuples européens ne peut pas être le repli sur soi. Au contraire, je crois que nous devons nous battre pour une Union européenne qui soit au service des citoyens. J'ose croire que la Commission peut et veut aider à avancer dans cette direction.

À l'époque, quand la Commission a présenté sa proposition de règlement sur l'acceptation des documents publics, une deuxième proposition était envisagée, qui devait prévoir la reconnaissance du contenu des documents d'état civil. Cette reconnaissance devait également concerner les partenariats enregistrés. Je tiens à le souligner, car cet élément me paraît tout à fait important, puisqu'il favorise l'égalité de traitement entre tous les citoyens et ce, quels que soient leur personnalité, leur état civil et leur choix de vie.

Au cours de l'audition qui a précédé sa nomination comme commissaire, M[me] Jourová nous avait déclaré qu'elle avait l'intention de proposer un tel règlement et que les travaux préparatoires avaient déjà commencé au sein des services de la Commission, avec le lancement d'une étude visant à examiner toutes les questions pertinentes.

Ma question est donc la suivante: quand les conclusions de l'étude ou de l'évaluation des incidences seront-elles disponibles? La Commission entend-elle toujours présenter une proposition relative à la reconnaissance du contenu des documents publics, des documents d'état civil? Quand le Parlement peut-il s'attendre à cette présentation? La Commission entend-elle toujours inclure les partenariats enregistrés dans le champ d'application de la proposition? Dans la négative, pour quelle raison aurait-elle changé d'avis?

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank Parliament for having raised the question of the important issue of the recognition, between Member States, of the civil status of EU citizens. People in the Union are increasingly mobile, and now more than ever, they live or raise a family in another Member State. 14 million citizens reside in a Member State other than their own, and 13% of all marriages in the Union are international.

In order to facilitate the free movement of citizens, the Union has already adopted a number of legislative instruments. Several of these instruments are in the area of family law, and they enable citizens to have a judgment that is easily recognised in another Member State on such varied matters such as divorce, legal separation, child custody, children's visiting rights, parental child abduction, maintenance obligations and succession.

Earlier this year, Parliament played a key role in making possible the swift adoption of provisions on the property regimes of marriages and registered partnerships, which will also facilitate recognition in another Member State of judgments on these matters. Parliament was also instrumental in reaching, last summer, a balanced compromise with the Council on a regulation to simplify the circulation of certain public documents within the Union. Under the Regulation, public documents on civil status issued in one Member State will be free of postal requirements when presented to authorities in another Member State, and the rules governing certified copies and translations of such public documents will be simpler and avoid language barriers.

The Commission is aware that, despite existing instruments, citizens may encounter difficulties in having their civil status recognised when they travel or move to another Member State. Where recognition of civil status is governed by Member State law, the Union must ensure that citizens can enjoy their right to move freely within the Union. In this respect, the Court plays a very important role.

With regard to a person's name, the Court has already ruled that non-discrimination on grounds of nationality and proportionality must guide Member States in their decisions on whether or not to recognise a person's name. As a result of the Court's ruling, the Member States concerned have adopted their legislation or administrative practices on the recognition of names.

As for same-sex unions, an important development in the Court's case law is expected. The Romanian Constitutional Court announced in November that it will seek clarification on whether a same-sex couple, a Romanian and a United States citizen married in Belgium, can be recognised as spouses under Romanian law, pursuant to the Union provisions on family reunification. The Commission, like the Court, must ensure that Member States apply correctly the Union provisions that facilitate the free movement of citizens.

In parallel to ensuring the correct application of existing law, the Commission has started a reflection process on how to address issues such as the expansion of the scope beyond what is currently covered by the Public Documents Regulation and on the recognition of civil status between Member States. In this reflection process, the Commission must consider the relevant case law developments in Member States' frameworks and coherence with European Union policies. The Commission is also ready to continue the exchange with Parliament and engage in a dialogue with Member States and other relevant actors.

The Commission contracted in 2012 a study on the recognition of civil status in the Union. Since then, substantial legal developments have taken place in Member States regarding same-sex marriage and registered partnerships. Any eventual legislative action would need to be based on updated data and the Commission will look into ensuring the availability of the evidence base needed for eventual decisions. The Commission will keep Parliament and Member States informed on its reflection process and views gathered during it.

Емил Радев, *от името на групата PPE*. – Г-н Председател, преди няколко месеца успяхме да постигнем напредък с държавите членки относно приемането на Регламента за премахване на апостила при представяне на някои официални документи в Европейския съюз. Тук обаче обсъждаме съвсем друг въпрос. Всъщност, различните държави не разполагат с една и съща визия за семейното право, особено по отношение на брака, осиновяването, регистрираните партньорства.

Семейното право представлява взаимоотношения, а не само факти. Тяхното създаване и съществуване се основава на правна необходимост, специфични юридически правила и договорености. Това означава, че семейното взаимоотношение, което съществува по силата на законодателството на една държава членка, може да не съществува в правото на друга държава.

Признаването на съдържанието на документите за гражданско състояние би довело до промяна на материалното семейно право на държавите членки. Според договорите ЕС не разполага с компетентност да променя материалното право, свързано с гражданското състояние, особено що се касае до регистрираното партньорство или брака. Това попада в компетенциите на държавите членки.

Ако Европейската комисия включи регистрираните партньорства в такъв законодателен текст, това ще бъде в противоречие с договорите и ще се стигне до един вид налагане на законодателство, което не е желано от много държави членки. Ние не можем да задължим държавите членки да признават правни инструменти от други държави членки, като например регистрираното партньорство, които не са познати в собственото им национално право.

Sergio Gaetano Cofferati, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, Lei sa quanto sia importante per il futuro dell'Europa, esattamente come lo è stato per il recente passato, la possibilità per i cittadini di muoversi liberamente. È stata una delle conquiste fondamentali nella costituzione delle Istituzioni europee.

Oggi il ritardo che la Commissione ha nel varare la proposta che le stiamo sollecitando rischia di contribuire al rallentamento di questa mobilità. Gli argomenti che Lei ha utilizzato per giustificare il ritardo, mi consenta di dirle con tutta franchezza, non sono convincenti. Qui, in questa sede, il Commissario Jourova, prima del suo insediamento, ci aveva detto che il lavoro di approfondimento tecnico intorno al tema era già in fase di attuazione avanzata. È passato altro tempo e al primo provvedimento non è mai seguito il secondo.

Credo che la ragione sia una ragione politica, ma allora va affrontata così. Non ci sono difficoltà tecniche, c'è una resistenza in alcuni Stati membri a che i temi che riguardano le relazioni familiari diventino argomento che confluisce in una proposta che riguardi le unioni registrate, perché quello è il tema. Ma un'Europa che non riconosce questa possibilità, che non riconosce la legittimità di rapporti familiari di questa natura, è un'Europa che si avvia per una strada che inevitabilmente la porta al declino. Ecco, noi vorremmo evitare questo declino.

Merja Kyllönen, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, me Euroopan unionin kansalaiset olemme ylpeitä siitä työstä, jota on tehty sen eteen, että voimme unionin kansalaisina matkustaa, muuttaa maasta toiseen, tehdä työtä ja elää vapaasti.

EU:n perusajatus on ollut ylläpitää ja kehittää edelleen tätä vapauden, turvallisuuden ja oikeudenmukaisuuden aluetta mme, jossa kansalaisten vapaa liikkuvuus ja oikeudet ovat taattuja. Tästä olemme ainakin vielä pitäneet kovasti kiinni, ja se mainitaan aina, kun EU:sta puhutaan. On siksi tärkeää varmistaa, että EU:n kansalaisilla on mahdollisuus käyttää oikeuksiaan. Minulla on oikeus avioliittoon, perheeseen, nimeen ja identiteettiin. Nimeni on todistettavissa kaikkialla EU:ssa. Kaikilla tätä oikeutta ei kuitenkaan ole. En olisi oikeudenmukainen päätöksentekijä, ellen vaatisi samoja oikeuksia kaikille.

Marie-Christine Boutonnet, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, le règlement adopté en juillet dernier n'était – j'avais eu l'occasion de le dire – qu'un gadget, mais un gadget pervers annonçant la reconnaissance du contenu des documents civils, la reconnaissance, donc, d'une situation juridique.

M^me^ Delvaux mentionne uniquement le partenariat enregistré, et ce sera assurément le cas pour des mariages entre personnes de même sexe et pourquoi pas la filiation d'enfants conçus par GPA.

Je rappelle que le droit civil relève de la souveraineté des États membres et que certains d'entre eux ont fait le choix de ne pas reconnaître les partenariats ou les mariages entre personnes de même sexe.

Cette reconnaissance de plein droit que vous nous préparez entraînera assurément un phénomène de *law shopping*, c'est-à-dire que les ressortissants d'un État membre se rendront dans un autre État membre afin de conclure leur partenariat ou leur mariage.

En définitive, nous voyons la logique perverse qui vous anime. Imposer à tous les États la reconnaissance d'une situation juridique donnée, peu importe qu'ils ne souhaitent pas la reconnaître, voilà ce que vous nous préparez, un coup de force juridique. Nous nous y opposerons de toutes nos forces.

Therese Comodini Cachia (PPE). – Sur President, hemm talba ġenerali magħmula miċ-ċittadini Ewropej biex xogħolna jkun aktar ta' benefiċċju dirett għalihom. Xogħolna allura jrid dejjem isir aktar relevanti għalihom. Aktar kmieni din issena irnexxilna nagħmlu differenza fil-ħajja ta' dawk li jeżerċitaw id-dritt għal moviment. Irnexxilna nneħħu burokrazija fil-preżentazzjoni ta' dokumenti pubbliċi li jintalbu kemm-il darba hekk kif persuna tmur tgħix fi Stat Membru wieħed jew ieħor. B'hekk naqqasna mhux biss il-ħela ta' ħin iżda anke l-ispejjeż għaċ-ċittadini filwaqt li ħejjejna qafas għal servizz aħjar.

Matul dak id-dibattitu kont esprimejt id-diżappunt tiegħi għan-nuqqas ta' qbil biex ninkludu fl-istess qafas legali dokumenti pubblici li jirrigwardaw l-istat ċivili ta' persuna. Wara kollox ħafna drabi huma dawn id-dokumenti li kemm-il darba jiġu mitluba. Napprezza li dakinhar il-Parlament kien irrikonoxxa dan il-bżonn, u l-Kummissjoni kienet indikat li għandha l-għan li tressaq proposta f'dan ir-rispett ukoll. Billi għandna madwar 13-il miljun ċittadin li jgħixu f'pajjiż ieħor fl-Unjoni, il-mistoqsijiet imqajma llum huma relevantissimi u jitolbu impenn ċar biex naslu għal proposta leġiżlattiva f'dan ir-rigward.

Ma nistax però nonqos milli nikkummenta dwar dak illi int għadek kif ippreżentajt, Sur Kummissarju, fejn qisek qiegħed tindika illi qegħdin nistennew dejjem aktar sentenzi mill-qrati. Nemmen illi ċ-ċittadini Ewropej jippretendu deċiżjonijiet ċari minna, kemm bħala Parlament kif ukoll l-Istituzzjonijiet l-oħra, u allura għandna nkunu aħna wkoll illi nagħmlu d-deċiżjonijiet leġiżlattivi mingħajr aktar dewmien.

Daniele Viotti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, come tante e tanti parlamentari quando sono stato eletto, un paio di anni fa, avevo un sogno, quello di cercare di migliorare nel mio piccolo lavoro la vita dei cittadini europei. E quindi, come tutti i miei colleghi, pensavo a un'Europa con meno finanza e più economia, con meno attenzione all'austerity ma più investimenti, con più lavoro, con più diritti sociali. Ci stiamo lavorando a questo.

Poi però questo sogno irrimediabilmente si spezza, si rompe, quando si arriva a parlare dei diritti civili e, in particolare, dei diritti civili delle persone gay, lesbiche, bisessuali, transessuali e intersessuali del nostro continente. Vede, Commissario, noi stiamo perpetrando una discriminazione nel nostro continente, perché continuiamo ad avere delle famiglie, perché di questo si tratta, che non possono viaggiare, che non possono girare, i cui documenti non sono riconosciuti da un paese all'altro. Di questo stiamo parlando oggi.

Lei ci ha detto poco fa che la Commissione, è stato ricordato anche da qualche altro collega, la Commissione sta studiando, la Commissione sta approfondendo, sta analizzando, sta facendo dei dialoghi, la Commissione sta aspettando anche le decisioni della Corte. Però, vede, io credo che sia sbagliato continuare ad affidarsi alla magistratura, qua c'è bisogno della politica, qua c'è bisogno di coraggio, c'è bisogno di prendere delle decisioni. Non più tardi di oggi, e ieri, abbiamo votato dei rapporti sui diritti umani nel nostro continente e nel mondo, in cui si parlava anche di questi temi.

Allora per chiudere, Commissario, diciamo spesso che i cittadini europei non amano più l'Europa. Credo purtroppo che questa Europa stia dimostrando di non amare più i cittadini europei. O torniamo ad amare i cittadini europei o difficilmente avremo un amore nei nostri confronti.

Daniel Buda (PPE). – Domnule președinte, domnule comisar, apreciez preocupările Comisiei Europene privind consolidarea celei mai importante valori a Uniunii Europene, respectiv libera circulație a persoanelor, iar simplificarea cerințelor de prezentare a anumitor documente oficiale face parte din acest proces.

Consider însă că trebuie făcuți pași importanți mai departe, astfel încât libera circulație a persoanelor să cunoască noi valențe.

Recunoașterea conținutului actelor de stare civilă este următoarea etapă pe care o considerăm ca fiind necesară a fi implementată de Comisia Europeană. Acest lucru permite cetățenilor europeni o mai bună mobilitate în spațiul european, fie că vorbim de cei care își caută un loc de muncă mai bun, sau de studenți, ori, pur și simplu, de cei care aleg să își stabilească domiciliul într-un alt stat membru.

În acest context, subliniez necesitatea identificării unor mecanisme și proceduri eficiente care să asigure suplețea acestor norme în beneficiul cetățenilor.

Atrag însă atenția asupra obligativității de a găsi resorturi necesare în vederea garantării siguranței și forței juridice a actelor de stare civilă, prin prevenirea falsificării acestora.

În ceea ce privește parteneriatele civile, în special cele încheiate între persoane de același sex, solicit Comisiei să manifeste o preocupare deosebită și o atenție sporită, ținând cont de faptul că în unele state, acestea nu sunt recunoscute, așa cum se întâmplă, de altfel, în România.

Vă atrag atenția domnule comisar și, de asemenea, tuturor celor care sunt preocupați de acest subiect, că o altă abordare din partea Comisiei, și anume aceea de a respecta legislația națională, nu face altceva decât să încalce tratatele și, în mod cert, acest lucru nu ar putea să fie posibil în Uniunea Europeană.

Procedura catch-the-eye

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, περισσότερα από δεκατέσσερα εκατομμύρια ευρωπαίοι πολίτες ζουν εκτός της χώρας καταγωγής τους. Σύμφωνα με το ευρωβαρόμετρο, το 73% των πολιτών της Ένωσης πιστεύουν ότι πρέπει να ληφθούν μέτρα για να βελτιωθεί η κυκλοφορία των δημοσίων εγγράφων μεταξύ των χωρών της Ένωσης. Η κατάργηση της σφραγίδας apostille είναι επίκαιρη σήμερα λόγω της αύξησης του μεταναστευτικού ρεύματος των νέων και αποτελεί θετικό γεγονός που θα ενισχύσει την ελεύθερη κυκλοφορία των πολιτών, την εγκατάστασή τους σε άλλη χώρα και την ανεύρεση εργασίας. Επιπλέον όμως πρέπει να διευρυνθεί ο κύκλος των δημοσίων εγγράφων και ειδικότερα εκείνων που αφορούν στα άτομα με αναπηρία, κύριε Επίτροπε. Εκτιμάται ότι με την κατάργηση των εν λόγω απαιτήσεων οι πολίτες και οι επιχειρήσεις στην Ευρωπαϊκή Ένωση θα εξοικονομήσουν τριακόσια τριάντα εκατομμύρια ευρώ χωρίς να υπολογίζεται η εξοικονόμηση χρόνου και η αποφυγή ταλαιπωρίας.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, of course I see the complexity of the debates and many issues were raised which require all of us to move forward as quickly as possible.

The Commission appreciates that recognition of civil status within the Union would further facilitate the free movement of citizens. No doubt. This is why, in addition to ensuring the correct application of existing law, it is reflecting on how to address this matter.

In its reflection, the Commission must assess what scope would be most appropriate for any possible initiative in this area. It is therefore too early at this stage to give concrete information on the results of the Commission's reflection. We need to see our outcomes and then to present our results.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Ovoj temi moramo pristupiti s oprezom, jer pojedini prijedlozi o automatskom priznavanju građanskog statusa na razini EU-a dovode do vrlo ozbiljnih pravnih i etičkih dilema. Obiteljsko pravo, te definicija braka i registriranog partnerstva, su teme koje su u nadležnosti država članica te u ovoj domeni ne smijemo dovoditi u pitanje njihovu suverenost.

Članak 67. prvi stavak Ugovora u funkcioniranju EU-a izrijekom kaže kako „Unija predstavlja područje poštovanja temeljnih prava i različitih pravnih sustava i tradicija država članica". Automatsko priznavanje građanskog statusa na razini Europske unije svakako bi podrazumijevalo nedopustivo nametanje pravnih rješenja u domeni obiteljskog prava, a nad kojom EU nema nadležnost.

Dvije trećine hrvatskih građana koje su izašle na referendum 2013. godine založile su se za ustavnu definiciju braka kao zajednice muškarca i žene. Priznavanje građanskog statusa na razini EU-a izravno bi se suprotstavljalo Ustavu Republike Hrvatske i volji hrvatskih građana, što je u potpunosti nedopustivo.

Ovo bi u svim državama članicama koje imaju različita obiteljska zakonodavstva i pravne sustave imalo daljnje dalekosežne implikacije i posljedice. Vrijednosti na kojima počiva EU moramo očuvati i kroz poštivanje različitosti nacionalnih pravnih sustava i nacionalnih Ustava.

23. Unterstützung der Thalidomid-Opfer (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione della Commissione sul sostegno a favore delle vittime del Talidomide (2016/3029(RSP)).

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, I am pleased to have the opportunity to raise once more the issue of Thalidomide here in Parliament. I have met a few times people whose lives have been irreversibly damaged by Thalidomide and I know very well the extremely difficult day-to-day situations they are in and the problems they struggle with. It was actually this terrible tragedy which led to the creation of our European system for the safety of medicines.

Please let us inform the younger generation of the consequences Thalidomide had for survivors and their families, and let us collectively recognise that they need support more than ever before. They are rightly fighting for appropriate support and asking policymakers to help. They need more permanent national assistance and cooperation between Member States where patients suffered from this tragedy, and consideration from industry, which must be involved in the process.

Many Members of the European Parliament have written to me calling for support. We met and we also had the opportunity to discuss this issue in plenary already. Let me stress once again that I fully share your concern. I am keen to help within the limited competences of the Commission, taking into account the Member States separately and in cooperation with each other, to decide on how to support Thalidomide survivors and put a more patient-centred approach into practice in this case. Injury compensation schemes are currently not a matter of European Union competence and therefore the Commission is not in a position to take concrete legal action.

What the Commission can do is lend political support, and this is precisely what we have been doing. I have spoken with all the health ministers of the Member States involved and I am ready to do that once again. I have asked them to seriously consider additional support and I am willing to continue raising this issue. The key for finding a way forward lies with Member States, in particular the Member States concerned.

It is difficult to accept that the manufacturers and distributors of Thalidomide have shouldered only part of the cost of this tragedy and that society has to step in. It is also the obligation of the Member States and industry, through a more patient-centred approach, to restore trust and help people who have suffered from Thalidomide. We should not forget them, but rather remember the tragedy every year. I therefore repeat the call I made before you in March that you, as the Members of Parliament, relay back to your national governments and to industry the specific needs of Thalidomide survivors. I count on you to use your influence to support this course of action and raise awareness.

Esteban González Pons, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, la talidomida fue un invento de los nazis, experimentado en campos de concentración con soldados prisioneros. En 1954, la farmacéutica Grünenthal creó y puso a la venta esta medicina como un compuesto para mujeres embarazadas. Durante los años 50 y 60 nacieron diez mil niños con malformaciones físicas congénitas causadas por talidomida. A principios de 1962, el medicamento se retiró en Alemania, Reino Unido e Italia. Sin embargo, en España siguió vendiéndose durante tres años más y siguió apareciendo en el Vademécum hasta 1975, causando más dolor.

Hace solo unos meses, se preguntaba esta Cámara por qué. ¿Por qué, durante cincuenta años, los Gobiernos de todo el mundo cerraron los ojos a esta tragedia? ¿Por qué, cincuenta años después, todavía estamos esperando que pida perdón la compañía que puso a la venta el medicamento? ¿Por qué, cincuenta años después, seguimos sin haber encontrado una solución?

Yo, hoy, creo que debemos preguntarnos hasta cuándo. ¿Hasta cuándo vamos a seguir lamentando nuestra falta de compasión, sin resolver los problemas? ¿Hasta cuándo vamos a permitir que existan víctimas en España sin reconocimiento oficial y sin la suficiente ayuda para vivir con dignidad? Las víctimas de la talidomida se han hecho mayores llorando. Probablemente, cinco mil han muerto ya. A los problemas que tuvieron al nacer se suman los que han surgido, que no se podía esperar, con la edad.

Hoy no pedimos que se cree ningún fondo nuevo, porque fondos ya existen. Hoy no pedimos más recursos, porque recursos ya existen. Hoy exigimos que se reduzca la burocracia y se alivien los requisitos para que las víctimas, alemanas y no alemanas, puedan acceder al Fondo especial de salud que existe, creado para atender las necesidades especiales de las víctimas que hayan surgido con el tiempo. Pedimos menos burocracia, no más dinero. El dinero ya está.

También exigimos al Gobierno español que reabra el proceso de reconocimiento de las víctimas, para que puedan optar a las ayudas económicas que les corresponden. Porque me avergüenza admitir que España, mi país, es el único que todavía no ha reconocido a sus víctimas.

Señoras y señores, hace falta más. La salud de las víctimas se deteriora minuto a minuto mientras muchos no hacemos otra cosa más que hablar. Si esperamos más, ya no habrá dolor que poder atender. Hagamos algo bien, hagamos justicia esta noche.

Susanne Melior, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, verehrter Herr Kommissar Andriukatis, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Contergan-Skandal ist einer der größten Gesundheitsskandale in Deutschland und hatte Auswirkungen auch auf viele andere Länder in der Europäischen Union.

Ich will hier vor allem an die zahlreichen Opfer erinnern, die jetzt meist in den fünfziger Jahren sind – so wie ich selbst übrigens auch, es ist mein Jahrgang –, und daher betrifft es mich auch sehr emotional. Viele von ihnen wurden nach mühevollem und jahrelangem Kampf entschädigt. Andere haben bis heute nur wenig Unterstützung erfahren, und gerade diese Opfer dürfen wir nicht vergessen. Es steht außer Frage, dass mein Heimatland Deutschland bei der Aufarbeitung des Skandals eine nicht ganz rühmliche Rolle gespielt hat und da ja auch eine Mitverantwortung trägt.

Verantwortung trägt aber aus meiner Sicht– und so sehen das auch meine Kollegen – vor allem das Unternehmen Grünenthal selbst, das das Medikament produziert und in andere Länder exportiert hat, und zwar auch noch, als es in Deutschland schon vom Markt genommen war. Sicher sind auch die Mitgliedstaaten – Spanien ist gerade erwähnt worden – in der Situation, dass sie den Opfern konkret helfen müssen, die Gesundheitssysteme dafür öffnen müssen. Aber ich denke, dass wir mit der Entschließung ganz klar und zu Recht fordern, dass die Opfer des Contergan-Skandals in der gesamten EU als solche anerkannt werden und eine Entschädigung und Hilfe erhalten.

Beatriz Becerra Basterrechea, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, señor Comisario, las víctimas de la talidomida han recibido pensiones vitalicias en Alemania, Italia, Reino Unido, Suecia e Irlanda. En Suecia, de hecho, incluso se creó un centro específico para atención integral a las víctimas hace más de veinte años.

La Fundación Contergan, financiada por la farmacéutica Grünenthal y por el Estado alemán, ha pagado estas pensiones de hasta seis mil euros a miles de víctimas en toda Europa.

¿Saben ustedes a cuantos españoles? A dos. ¿Es porque no hay más víctimas españolas? Sí, claro que las hay, unas cuatrocientas viven todavía. Pero Contergan les ha exigido requisitos disparatados, como presentar el bote original del fármaco que compraron sus madres.

Las víctimas de la talidomida arrastran una vida llena de obstáculos y sufrimiento por las malformaciones que les causó el fármaco de Grünenthal. Las víctimas españolas, además, han padecido el abandono institucional, la incompetencia de sucesivos Gobiernos, la arrogante falta de escrúpulos de Grünenthal y el olvido mediático.

Pido a todos mis colegas alemanes que entiendan que no se trata de un problema español. Es un caso 100 % europeo de discriminación. Estamos ante una empresa que elude responsabilizarse del daño que cometió. Les pido que se interesen por la discriminación probada que estoy denunciando, que contrasten información y que luchen en Alemania para que la Fundación Contergan compense a las víctimas españolas, porque son sus conciudadanos europeos.

Hace una semana se aprobó en el Parlamento español una proposición no de ley para reparar este daño con medidas concretas y útiles para las víctimas. Pido que nos sumemos a este esfuerzo para acabar con tantas décadas de injusticia, porque debemos actuar ya. Y para que este caso no se resuelva por omisión de socorro con la muerte lenta de las víctimas, pido que se resuelva con dignidad y con justicia para que podamos saldar la deuda pendiente de más de sesenta años que todos nosotros tenemos con ellos.

Ángela Vallina, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, queremos que esta reforma de la ley sobre indemnizaciones no quede en una simple declaración de intenciones, como suele pasar. La responsable, en primer lugar —como ya se ha dicho—, es, desde luego, la farmacéutica, que es quien debería hacerse cargo de los daños, y también de las indemnizaciones. Esto es lo que están pidiendo los y las afectadas actualmente, por lo menos en España.

La obligación de los distintos Gobiernos no es tapar las vergüenzas de empresas privadas como esta farmacéutica o las que compraron las patentes de la talidomida, sino exigir que se cumpla el Estado de Derecho y que paguen las consecuencias de lo que han hecho. El tiempo está pasando y no valen ya más lavados de cara. Se necesita ya el reconocimiento de todas las víctimas, sin distinción del país al que pertenezcan. Y también se necesita una compensación justa y sin condiciones.

Señor Pons, ustedes son Gobierno —es la segunda legislatura, van ocho años—. Si usted cree lo que acaba de decir, trabaje en ello, porque usted tiene mucho que decir en el Gobierno de nuestro país.

Jill Evans, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, this may be a step forward in the long campaign to get justice for Thalidomide survivors. It should never have been necessary for those survivors to have to campaign to get justice, but campaign they did, and very effectively. So we see here cross-party backing for financial support for all of the survivors. We can play a role here, together with the Member States, in coordinating actions, and we urge the German Government to allow access to the health scheme which would enable survivors to deal with increasing health problems and independent living costs.

The health needs are well documented. A UK study showed that Thalidomide survivors were amongst those with the poorest health-related quality of life in the population. That would include some of my constituents in Wales. We owe them justice. We owe their families justice. It has been over 50 years; it has been far too long. Let us put it right now.

John Stuart Agnew, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I can remember the births of Thalidomide children when I was a boy and the appalling devastation this wreaked on those families. I have been hugely impressed with what those thalidomide victims who have not been so badly affected have been doing in this Parliament: going into every single MEP's office, thrusting out their deformed limbs, shock-and-awe tactics that have really woken this place up. But actually, if the EU is to be any use at all it should have got hold of this subject years ago, because this must be the *raison d'être* of the EU. This is a problem that cuts across different countries.

They could have lent on Germany to oblige the German Government to ask every German taxpayer to contribute 50 cents per year and that would have put this right; or they could have used their own funds rather than wasting them on projects like building administrative centres in Hungary for stray dogs, or funding studies in South America for flatulence in cattle. My point to German politicians is: if you change places with a Thalidomide victim for 12 hours, you would change your tune. You know what to do – just to do it.

Elisabetta Gardini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo che oggi qui siamo a scrivere una pagina che ci auguriamo tutti che sia utile, un passo in avanti, caro Commissario, La ringrazio ancora una volta per la sensibilità, ma abbiamo bisogno veramente di fatti concreti.

Credo che tutti noi che siamo qua dobbiamo dire grazie a questi uomini e queste donne che dall'Inghilterra, dalla Spagna, dall'Italia, da tutti i paesi d'Europa, sono venuti con le loro associazioni per continuare con forza, con grande dignità, con grande coraggio la loro battaglia, che hanno portato avanti in solitudine, per tanti e per troppi anni.

È per questo che io voglio leggere alcune parole dette da una signora che è vissuta, ha preso la patente, ha avuto una famiglia, dei figli, senza due braccia, senza una gamba. Lei dice «abbiamo fatto un esperimento alcuni anni fa, ci siamo messi in fila, è stato impressionante per me, perché mi sono resa conto che se mia madre avesse preso quella pastiglia solo otto ore prima io sarei nata anche senza orecchie, oltre alle lesioni sugli arti».

Ecco, io credo che la sofferenza che noi percepiamo quando incontriamo queste persone chieda con forza che noi diamo risposte. È stata una storia troppo lunga, di silenzi, di bugie, di sotterfugi, di ingiustizie, di discriminazione dentro la discriminazione, perché in alcuni paesi ci sono dei risarcimenti, in altri ce ne sono meno, in altri ancora non ce ne sono, in Italia solo dal 2008 ricevono un indennizzo. Troppo poco davvero. E non avremo mai chiesto loro abbastanza scusa per quello che hanno subito e non avremo mai detto loro nemmeno abbastanza grazie, perché grazie a loro è nata la farmacovigilanza, perché grazie al dramma che hanno vissuto loro non sono nati altri bambini con i loro stessi problemi.

Quindi, Commissario, credo che noi oggi dobbiamo con forza pretendere che quanto è stato chiesto, meno burocrazia, risarcimenti a portata di mano, i soldi ci sono, non debba più essere negata questa giustizia, deve essere posto fine a questa discriminazione che è una delle più ignobili che viviamo in Europa. Se siamo quell'Europa civile che diciamo di essere dobbiamo mettere fine al più presto a questa pagina. Grazie a tutti, ma grazie soprattutto a queste persone che non sono qui, ma sono veramente qui con noi. È a loro che dobbiamo dire grazie.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señor Presidente, Señorías, cincuenta años son muchos años de espera por parte de las víctimas de la talidomida para ser reconocidas y recompensadas por el mayor desastre de la medicina de los siglos XX y XXI. Una situación excepcional con una respuesta cuanto menos injusta.

Mañana, por fin, esta Cámara dará voz a Europa y reconocerá a estas víctimas y llamará a la responsabilidad a todos los Estados miembros. El tiempo ha hecho que no solo la empresa farmacéutica sea considerada responsable, sino también los Estados miembros y, por ello, apelamos a que Alemania abra el camino que cerró en los años setenta, pero que tampoco exima, y así lo pedimos en la Resolución, de su responsabilidad a los Estados miembros.

En concreto, a España le pedimos que revise el Real Decreto que con buena voluntad puso en marcha en 2010, la primera y única medida adoptada para reconocer a estas víctimas, pero que ha resultado ser insuficiente.

No quiero terminar sin expresar mi agradecimiento a los compañeros de Alemania, por su sensibilidad, que han hecho posible que hoy debatamos esta Resolución y, muy especialmente, a las víctimas, que son las que realmente, con su trabajo de sensibilización, han traído este tema a esta Cámara, así como mi solidaridad sobre todo a las familias que hoy no cuentan ya con sus víctimas.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señor Presidente, promesas, sueños y esperanzas truncadas, a lo que se ha añadido, en muchos casos, exclusión social, es lo que han vivido las víctimas de la talidomida. Recibieron golpes incluso antes de nacer, cuando a sus madres embarazadas les fue recetada la talidomida por su médico de cabecera. Padecen, en este momento, un envejecimiento terrorífico, con dolores intensos en músculos y articulaciones. Ha sido una pesadilla que ha durado más de cincuenta años, que nos produce vergüenza, sonrojo y espanto.

En cuanto a España —se ha dicho aquí—, es uno de los países que no ha pagado ni reconocido indemnizaciones a ninguna de sus víctimas, solamente a dos. Eso todavía produce una indignación añadida. Es una injusticia social europea en toda regla.

Y por eso hoy presentamos una Resolución. Porque, con motivo de la enmienda que se hace a la Ley relativa a la fundación para las víctimas de la talidomida, podemos hacer que las víctimas se acojan a un fondo de sanidad alemana. Por lo tanto, pedimos que se las indemnice y que se las reconozca. Que se corrija la injusticia.

En el caso de España, que se revise el proceso que aconteció en el año 2010 para que sean identificadas y sean compensadas sin necesidad de presentar un frasco de hace cincuenta años, una receta de hace cincuenta años que ya no existe. Es el momento de hacer justicia y es el momento de que Europa exhiba sus valores. No fue en ningún caso una enfermedad, fue un crimen.

Y acabo con unas palabras de Jacques Delors: «No creemos en una Europa sin alma, sin conciencia, sin voluntad política y sin dimensión social». Es el momento de que Europa no olvide a sus inocentes. Si lo hace, recobraremos el protagonismo en el mundo.

Damiano Zoffoli (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dopo oltre cinquant'anni la vicenda talidomide è una questione ancora aperta e con l'avanzare dell'età le vittime hanno un bisogno crescente di aiuto in relazione alle problematiche connesse all'invecchiamento.

Ci sono ancora categorie di pazienti a cui non è stato riconosciuto alcun indennizzo e cito a proposito il caso delle vittime italiane nate nell'anno 1957. Ora che disponiamo di un quadro aggiornato in ben ventun paesi dei bisogni specifici e di assistenza, delle indennità e dei diritti assicurati ai sopravvissuti, è indispensabile che la Commissione intervenga per garantire un indirizzo europeo, un equo trattamento di tutti i talidomidici, superando le ingiuste disparità tuttora esistenti non solo tra gli Stati membri, ma anche all'interno degli Stati, a seconda, ad esempio, dell'anno di nascita.

Sostengo quindi convintamente la richiesta dei colleghi, dobbiamo essere vicini a questi nostri concittadini e alle loro famiglie che pagano il prezzo di un grave scandalo, da cui peraltro è nata la prima legislazione europea sulla sicurezza dei farmaci. L'Europa esiste, non può essere solo un mercato, ma deve essere una comunità attenta ai più deboli, facciamo vivere la speranza che le cose possano cambiare.

Francesc Gambús (PPE). – Señor Presidente, señor Comisario, siendo el penúltimo de la lista de oradores poco queda que añadir a lo expuesto anteriormente, pero sí quisiera hacer una reflexión. Europa se tambalea y se tambalea porque no ha cuidado su alma. Mañana aprobaremos una Resolución que llega sesenta años tarde. Poco después del Tratado de Roma, que dio lugar a la Unión que hoy todos conocemos, una empresa farmacéutica, con nombre y apellidos, causó un daño que hoy las víctimas siguen sufriendo

Desde Europa, esta Europa que se ha ido construyendo, debemos devolverles el alma. Situar a la persona en el centro de las políticas y las decisiones que tomamos y ejecutar dichas decisiones. Debemos decir bien alto desde este hemiciclo, que representa la soberanía del pueblo europeo, que no dejaremos desamparada a ninguna víctima, a ninguna persona.

No podemos olvidar que aquello que afecte a uno solo de nuestros ciudadanos nos incumbe a todos. Es nuestro deber exigir la compensación y la asunción de responsabilidades a la compañía que causó el daño. Es nuestro deber exigir que ningún europeo se vea discriminado por su pertenencia a uno u otro Estado miembro. Es nuestro deber, sin ninguna duda, aplicar los remedios necesarios para devolver a Europa su alma humanista y volver a colocar a la persona en el centro de las políticas públicas.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il talidomide è probabilmente associato al più grave disastro collettivo mai causato da un farmaco. È necessario il completo riconoscimento delle richieste delle vittime del talidomide sopravvissute in Europa e garantire loro autonomia, accesso alle cure mediche e un'adeguata qualità di vita.

È paradossale che dopo più di cinquant'anni i sopravvissuti siano ancora alla ricerca di giustizia e di una soluzione di compensazione che permetta loro di sostenere le costose cure necessarie alla loro condizione fisica. Ritengo che occorra un protocollo quadro a livello europeo, nel cui ambito tutti i cittadini europei vittime di talidomide ricevano una compensazione comparabile, a prescindere dallo Stato membro di origine. Questa soluzione deve essere letta come un'opportunità offerta anche al governo tedesco, perché rimedi a un errore storico.

L'obiettivo finale è ottenere un riconoscimento ufficiale della responsabilità, anche morale, di quanto è accaduto e la creazione di un fondo per assistere i sopravvissuti del talidomide. Queste persone e le loro famiglie non possono più essere lasciate sole ed è davvero insopportabile continuare a registrare discriminazioni tra affetti di talidomide in diversi paesi.

Procedura catch-the-eye

Miroslav Mikolášik (PPE). – Takto večer hovoríme v Európskom parlamente o vážnej záležitosti ľudí postihnutých užívaním lieku Talidomid; na trhu sa predával pod názvom Contergan. Vieme, aké rôzne teratogénne účinky to malo na tie plody, na tie detičky, ktorých matky počas tehotenstva užívali tento liek a nevedeli, že je to niečo, čo zdeformuje vlastne ich dieťatko.

Títo ľudia sú dnes dospelí a potrebujú odškodnenie. Ja sa plne prihováram aj ako lekár, aj ako poslanec, aby títo ľudia, bez ohľadu na to, v ktorej krajine sú títo ľudia postihnutí, boli kompenzovaní, boli finančne odškodnení, a je čas, aby sme nielen morálne týchto ľudí podporili, ale aj v skutočnosti vo veľmi praktických krokoch im uznali aj finančnú podporu.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η θαλιδομίδη ευθύνεται για τη γέννηση περισσότερων από δέκα χιλιάδες παιδιών με το σύνδρομο της δυσμέλειας. Η εταιρεία απέκρυψε σκόπιμα όσα γνώριζε για τις παρενέργειες του φαρμάκου, δίνοντας ψεύτικες πληροφορίες όταν οι ειδικοί άρχισαν να συνδέουν την θαλιδομίδη με τις νευρολογικές διαταραχές. Επιπλέον, η φαρμακευτική εταιρεία δεν κατέβαλε ποτέ αποζημίωση στις οικογένειες των παιδιών παρά μόνο μια μικρή σύνταξη και ούτε καταδικάστηκε επαρκώς για το κακό που προκάλεσε. Μεγάλη ευθύνη όμως έχουν και τα κράτη μέλη που έκρυψαν αυτό το τόσο σοβαρό ζήτημα, και ιδίως η γερμανική κυβέρνηση που δεν έλεγξε το συγκεκριμένο φαρμακευτικό προϊόν ακόμη και μετά τις πρώτες καταγγελίες και παρενέργειες. Συζητήσαμε το θέμα της θαλιδομίδης και τις καταγγελίες των πολιτών στην Επιτροπή Αναφορών και όσα ακούσαμε πραγματικά ήταν συγκλονιστικά. Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει, με πολυετή καθυστέρηση πλέον, να στηρίξει και να βοηθήσει τα θύματα και τις οικογένειες, απαιτώντας από τη γερμανική φαρμακευτική εταιρεία και το γερμανικό κράτος να τους καταβάλουν ένα ικανοποιητικό ποσό αποζημίωσης.

Gerard Batten (EFDD). – Mr President, this is an issue that cuts across national, political and ideological divides. We all surely unite on this to agree that the Thalidomide victims get the justice and financial support that they so richly deserve. The German Government, and those responsible for making the drugs, should accept their responsibilities and provide adequate support for these brave people who have done so much to help themselves, especially now as they pass into their 60s and need help with the daily tasks that the rest of us take for granted.

It is good that we can all put aside our political differences and together call for the victims of the Thalidomide drug to be properly looked after, without any more undue delay.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Presidente. – Adesso la replica del Commissario, però vorrei fare un'annotazione ed unirmi alla grande sensibilità che hanno espresso tutti i colleghi di tutti i gruppi politici intorno a questa vicenda, perché tutti noi abbiamo incontrato persone che hanno sofferto di questi problemi, e a loro dobbiamo certamente giustizia, vicinanza, solidarietà, la dobbiamo anche in memoria delle loro famiglie, di tutte quelle famiglie, madri, padri che non hanno avuto giustizia. Noi dobbiamo avere questo atto di riconoscimento morale nei loro confronti.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, I fully and absolutely agree that it is a moral obligation, and of course it is about social justice and the possibility of how to really help those people now, today. Of course we are very well aware that we must follow our legal obligations.

It is worth repeating that Member States are responsible and I tell you once again that I am ready to organise debates with Member States' Ministers of Health, and to do as I did last year, namely to organise a round table on how to urge governments to understand how it is possible to cooperate, because the Member States have the right introduce the open method of coordination and to show solidarity, all together. It is not just Germany. No! We will see how we can invite all countries together to resolve this issue.

Of course industry must also pay the price. It was not enough just to say two decades ago 'we will solve these problems', and that's it. No, because it is an ethical position, a moral obligation and relates to trust in science and industry. I am well aware of this but we all do it together by inviting all actors to solve these problems.

I have taken careful note of your comments and views and I appreciate Parliament's decision to discuss those issues tonight. I will of course look at your document and we will do our best once again together. I can see that we must all be involved together in finding a solution to this issue. There is no doubt that we will address those questions.

Presidente. – Comunico di aver ricevuto due proposte di risoluzione conformemente all'articolo 123, paragrafo 2, del regolamento.

La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà giovedì 15 dicembre 2016.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il talidomide è un farmaco inventato dall'industria farmaceutica tedesca Chemie Grünenthal, che fu commercializzato a partire dal 1957 come sedativo, anti-nausea e ipnotico, rivolto in particolar modo alle donne in gravidanza. Fu ritirato dal mercato poiché le donne trattate con talidomide davano alla luce neonati con gravi alterazioni congenite dello sviluppo degli arti, ovvero amelia o vari gradi di focomelia. Si stima siano nati almeno 20 000 bambini affetti da gravi malformazioni fisiche. Ritengo sia indispensabile il completo riconoscimento delle richieste delle vittime del talidomide sopravvissute in Europa, in modo da garantire loro autonomia, accesso alle cure mediche e un'adeguata qualità di vita.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Avec quelques 20 000 enfants nés malformés, la thalidomide est l'un des plus grands scandales sanitaires connus en Europe. Par manque de vigilance, le laboratoire allemand Chemie Grünenthal occulte, dans les années 50, les effets secondaires dévastateurs sur le fœtus d'un médicament (la thalidomide) censé soulager des pathologies bénignes. Atteints de graves malformations, les enfants victimes de la thalidomide devront également faire face au déni de justice: ainsi, il est désormais établi que la République Fédérale d'Allemagne a interféré dans les actions en justice entamées dans les années 70, empêchant toute indemnisation satisfaisante. Conséquence de décennies de négligences, la situation sociale et sanitaire des victimes ne cesse de s'aggraver: leur entrée dans le troisième âge rend la question de leur autonomie encore plus prégnante. Il est donc urgent de reconnaître leurs conditions, et de leur assurer un accès aux soins médicaux qui leur sont indispensables. Je soutiens donc la résolution déposée par le groupe «ENF» qui plaide, sur le fondement des engagements pris par le commissaire Andriukaitis le 9 mars 2016, pour la mise en place d'un programme d'assistance en faveur des victimes de la thalidomide en complément de l'action des États membres.

24. Kinderarzneimittel (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno la discussione sull'interrogazione con richiesta di risposta orale alla Commissione sui medicinali per uso pediatrico di Giovanni La Via, Françoise Grossetête, Elena Gentile, Bolesław G. Piecha, Frédérique Ries, Stefan Eck, Joëlle Mélin, a nome della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare (O-000135/2016 - B8-1818/2016).

Giovanni La Via, *autore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, con questa interrogazione orale poniamo una serie di richieste alla Commissione europea per migliorare la normativa sui medicinali pediatrici, chiaramente per noi rappresentanti del popolo europeo, ma anche per i cittadini, molto importante.

Si tratta di un dovere che dobbiamo assumere in quanto politici, legislatori, ma anche genitori per tutti i piccoli ammalati al fine di salvare, per quanto possibile, tante giovani vite. Il regolamento ha avuto un impatto significativo sullo sviluppo dei medicinali per uso pediatrico, fungendo da motore per molte aziende farmaceutiche in materia di sviluppo di prodotto e di progetti di ricerca, il cui numero è notevolmente aumentato.

Ci sono però dei miglioramenti e delle modifiche che sono possibili e che noi parlamentari europei chiediamo con forza. Chiediamo alla Commissione di presentare una relazione dettagliata che individui in modo completo e analizzi nel dettaglio gli ostacoli che oggi si frappongono all'innovazione nel settore dei medicinali per uso pediatrico.

Chiediamo inoltre di esaminare, sulla base di tali risultati, la possibilità di apportare modifiche, anche attraverso una revisione legislativa, del regolamento sui medicinali pediatrici, che tenga nella dovuta considerazione una serie di fatti importanti, come i piani di sviluppo pediatrico basati sul meccanismo d'azione e non solo sul tipo di malattia, piani d'indagine pediatrica più tempestivi e realizzabili, incentivi alla ricerca e strategie per evitare l'uso *off label* quando esistono medicinali pediatrici autorizzati. Questo porterà a una serie di benefici in termini di vite salvate in oncologia pediatrica, ad esempio, come Lei sa bene.

Chiediamo anche che la Commissione consideri di modificare il regolamento affinché sperimentazioni promettenti non vengano interrotte prematuramente a causa di risultati insoddisfacenti sugli adulti e per sostenere la ricerca clinica pediatrica di elevata qualità. Dobbiamo accelerare lo sviluppo di farmaci pediatrici, in particolare quei farmaci per la neonatologia e i tumori infantili.

Ringrazio sin da adesso la Commissione per le risposte che vorrà darci e siamo certi che si adopererà per andare a fondo su questo tema, che è una reale necessità per tutti i cittadini europei.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, ensuring the health of children and maximising their life potential is our common goal. The Commission welcomes this debate. It confirms the shared interest of both our institutions to secure the best outcome for children. This debate comes at a timely moment; indeed the Commission is preparing a second report to the Council and Parliament on the Paediatric Medicines Regulation.

As honourable Members will know, the Regulation aims to ensure that we can provide children with quality medicines. This legislative stimulus was deemed necessary because pharmaceutical companies tend to focus mainly on adults. The Regulation succeeded in putting the spotlight on developing paediatric therapies. It was a game-changer; companies can no longer ignore paediatric development. It put an end to the dogma that children should be protected from clinical research. Instead, children merit the same evidence-based therapies as other age groups. It increased paediatric discharge also in the most vulnerable population of neonates.

We now see an increasing number of new products for children entering the market. Indeed, more than 900 paediatric development programmes have been agreed under the Regulation, and more than 100 have been completed in recent years.

But there are also, of course, limitations to what the Regulation can achieve. As there is an obligation for it not to regard the development of adult medicines, the additional paediatric research may not address pressing paediatric needs, especially in diseases that occur only in children, such as many paediatric cancers.

We are looking closely as this issue in the context of drawing up the second report. At the same time, we are analysing economic impacts with a particular focus on the rewards and incentives. Last month, the Commission launched a public consultation which will run until February 2017. This exercise is important as it gives everybody an opportunity for their voice to be heard before finalisation of the report. The Commission cannot therefore draw conclusions at this stage. We first needed to compare for you the data and gather experiences.

The Commission is committed to presenting, in the course of 2017, a detailed report on the Paediatric Regulation. It is our obligation, and on the basis of its findings we will be better placed to continue informed discussions on the best way forward. We are working on common discussions on those issues.

Françoise Grossetête, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, le 7 juin 2010, à l'âge de 14 ans, Margaux est décédée d'une tumeur agressive au cerveau, malheureusement incurable. Sa mère a voulu continuer à se battre, à travers l'association «Imagine for Margaux». C'est son combat, dont je veux aujourd'hui me faire l'écho.

Comme elle, des milliers de parents en Europe perdent chaque année leurs enfants atteints de maladies graves, faute de traitements efficaces.

Comment peut-on continuer à accepter que des enfants meurent de maladies que l'on sait soigner chez les adultes ? Malgré les progrès qu'a permis le règlement pédiatrique de 2006, en obligeant par exemple les industriels à conduire des plans d'investigation pédiatrique, la recherche en pédiatrie reste trop rare.

Alors que la Commission doit bientôt procéder – vous l'avez dit, Monsieur le Commissaire – à l'évaluation du règlement en vigueur, il est indispensable d'y apporter des améliorations substantielles.

La recherche n'est encore pas suffisamment encouragée et trop d'exemptions sont accordées qui permettent aux laboratoires de ne pas conduire les plans d'investigation pédiatrique ou de ne pas les mener à terme.

La première urgence est d'utiliser les flexibilités de la législation actuelle pour baser l'obligation de conduire des plans d'investigation pédiatrique sur le mécanisme d'action de la molécule et pour rendre ces derniers plus réalistes et plus faisables.

La seconde urgence est de construire un système véritablement incitatif qui, d'une part, sanctionne ceux qui ne jouent pas le jeu et, d'autre part, encourage les laboratoires à développer des indications uniquement pédiatriques et pas forcément calquées sur les produits pour adultes. Une véritable réflexion doit être menée à ce propos.

«Vas-y, bats-toi et gagne»: ces mots, que l'on a retrouvés dans les carnets de Margaux, nous en sommes aujourd'hui les dépositaires. Il nous revient de nous battre et de gagner pour les enfants malades. Monsieur le Commissaire, je compte vraiment sur vous, vous devez absolument nous aider à ne pas perdre de temps dans ce domaine.

Elena Gentile, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i dati sono drammaticamente veri.

Ogni anno in Europa seimila pazienti in età pediatrica e adolescenziale perdono la vita. Molti fortunatamente sopravvivono, restituiti ad una vita normale, ma un numero considerevole vedrà la loro vita segnata da complicazioni che incidono pesantemente sulla qualità della vita. Il network europeo per l'oncoematologia pediatrica ha posto l'esigenza di promuovere un piano strategico sostenibile di lungo termine per rendere più efficaci le cure e quindi migliorare la prognosi per quei pazienti nei confronti dei quali i trattamenti attualmente a disposizione non riescono a centrare l'obiettivo di restituire loro un percorso di vita libero da complicazioni.

Poche e insufficienti le risorse a disposizione per la ricerca e la sperimentazione. Vi è dunque la necessità di favorire una nuova consapevolezza delle istituzioni europee per far sì che l'oncoematologia pediatrica non venga considerata residuale nell'agenda politica europea, ma occupi un ruolo prioritario. A chiederlo non sono solo i ricercatori e i critici del settore, ma le numerosissime associazioni dei genitori presenti negli Stati membri che sostengono i punti chiave di questa nuova strategia finalizzata, appunto, a promuovere trattamenti innovativi e una ricerca orientata a una più puntuale conoscenza della biologia delle neoplasie collegata al meccanismo di azione del farmaco.

Sostenere la rete europea della ricerca pubblica in connessione con gli istituti di diagnosi e cura, stabilendo una relazione con il sistema dell'industria del farmaco, semplificando le procedure, velocizzando i passaggi amministrativi: mi pare, ci pare questo un obiettivo più che sostenibile.

Stefan Eck, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kinder benötigen besondere Fürsorge, weil sie unsere Zukunft sind. Die bittere Realität: Nur eines von zehn Kindern in der EU, die an Krebs erkranken, wird geheilt. Die Entwicklung innovativer Therapien und spezieller Medikamente für krebskranke Kinder muss im Fokus der Pharmakonzerne stehen. Das schulden wir diesen Kindern und ihren Eltern. Deshalb freue ich mich besonders, dass dieser Bericht auch geeignet ist, die pädiatrische Onkologie voranzutreiben.

Es ist aber wichtig, an folgenden Grundsätzen festzuhalten: öffentlich zugängliche Evaluierung der Entwicklungskosten, volle Transparenz der klinischen Kosten und ein Assessment darüber, wie Subventionen und öffentliche Mittel effizient eingesetzt werden können.

Abschließend möchte ich Ihnen allen schöne Feiertage und ein gutes neues Jahr wünschen, aber vor allem Gesundheit. Deshalb habe ich mir erlaubt, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihnen ein veganes Kochbuch in Ihr Postfach zu legen, weil die Ernährung großen Einfluss auf die Gesundheit hat – auf die Gesundheit von Erwachsenen und auf die Gesundheit von Kindern.

Piernicola Pedicini, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dieci anni fa la Commissione ha adottato il regolamento relativo ai medicinali per uso pediatrico.

Noi non neghiamo che questo regolamento abbia contribuito a migliorare la situazione generale e a rafforzare la cooperazione in materia di sviluppo di questi medicinali ma, dopo dieci anni, è necessario un riesame critico di questo testo per eliminare le lacune finora riscontrate.

I bambini, infatti, sono il gruppo più vulnerabile della popolazione e ci sono differenze sostanziali rispetto agli adulti sul piano sia fisiologico sia psicologico. Per questo noi chiediamo la massima attenzione su questo tema che non ammette temporeggiamenti da parte delle istituzioni. Parliamo del numero esiguo di piani d'indagine pediatrica completati fino ad ora e del differimento sistematico delle indagini pediatriche, per esempio.

Nel campo della ricerca, poi, il problema è sempre lo stesso. Se lo sviluppo di nuove molecole rimane legato all'aspettativa che un prodotto generi un certo profitto noi non andremo mai da nessuna parte. Come già accade per la resistenza agli antibiotici, così succederà e già succede per i farmaci pediatrici. Voglio anche sottolineare che in oncologia pediatrica la conoscenza scientifica dei processi cellulari usati per testare i farmaci per adulti ha una potenziale rilevanza anche per il trattamento dei tumori pediatrici, ma questi farmaci devono essere oggetto di studi clinici specifici per l'uso pediatrico.

Inoltre molti dei tumori che colpiscono i giovani sono tumori rari e questo è un altro dei fattori per cui le industrie farmaceutiche hanno scarso interesse a sviluppare i medicinali in questo settore. Segnaliamo che anche l'attuale sistema di premi e incentivi può essere usato impropriamente o addirittura abusato da parte delle case farmaceutiche. Noi non diciamo che le compagnie farmaceutiche non debbano guadagnare, ma non possiamo continuare a lasciare la salute pubblica nelle mani delle logiche di mercato. Ed è per questo che rinnoviamo l'invito a considerare l'istituzione di una casa farmaceutica pubblica ed europea.

Per chiudere, voglio ricordare che alcuni giorni fa la Commissione ha aperto una consultazione pubblica sull'esperienza finora acquisita. Invito tutti, le case farmaceutiche, i medici, gli scienziati, i gruppi di pazienti e i gruppi di genitori con esperienza di difficoltà alle spalle ad inviare i loro contributi alla Commissione entro il 20 febbraio 2017.

Miroslav Mikolášik (PPE). – Myslím si, že otázka pediatrických liekov a ich výskumu a dostupnosti liekov pre deti na pediatrickú liečbu je stále veľmi akútna. Myslím si, že si musíme uvedomiť, že vlastne treba už prejsť od diskusií k činom. To, že nám Komisia… ešte budeme stále diskutovať a možno vo februári nám niečo predloží. Na môj vkus, je to pomalá reakcia Komisie, prosil by som zrýchliť celý proces.

Farmaceutický priemysel sa viac venuje výskumu liekov pre dospelých a len veľmi malý podiel je liekov pre deti, ktoré treba liečiť. Vieme, že najčastejšou príčinou po jednom roku života u detí je vlastne rakovina detí a len 10 % takýchto detí je úspešne vyliečených.

Deti predsa nie sú zmenšení dospelí. Nemôžeme na nich používať lieky pre dospelých len v nejakej menšej dóze. Tu potrebujeme originálny vlastný výskum takýchto nových liečiv, nových molekúl a keď je treba, treba uvoľniť aj molekuly z oblasti generických liekov, aby sme našim deťom pomohli. Je to naša povinnosť urobiť niečo konkrétne a dať aj oveľa viac peňazí do výskumu na nové pediatrické lieky. Prihováram sa, aby sme boli ďaleko praktickejší a ďaleko účinnejší.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señor Presidente, hoy no tenemos ninguna duda de que el comportamiento de las enfermedades y la respuesta a los tratamientos en los niños son claramente diferentes de los de los adultos, por lo que son necesarios una investigación y un tratamiento específicos. El Real Decreto de 2006 ha producido importantes avances, pero también creo que hay casi consenso en que podemos mejorar y avanzar. Y yo identificaría dos líneas principales.

Aquí se ha mencionado especialmente una de ellas, que es la necesidad de que las empresas cumplan los planes de investigación pediátricos a fin de dar respuesta a esa diferenciación de las enfermedades entre los adultos y los niños. Pero también hay que hacer mayor hincapié en la investigación de las enfermedades que afectan específicamente a los niños, sobre todo en el campo de la oncología, donde se ha avanzado especialmente. El 80 % de los pacientes pediátricos sobrevive hoy al cáncer, pero, sin embargo, hay aún una falta importante de conocimientos sobre muchas de las enfermedades que les afectan de forma específica.

Creo, señor Comisario, que tenemos que revisar este marco y dar seguridad en este sentido, tanto en la implementación de los planes de investigación como en la necesidad de poner en marcha incentivos justos, alineados con las prioridades, transparentes y, por supuesto, que den lugar a indemnizaciones justas. También es necesaria una mayor financiación pública, así como impulsar una red europea en la investigación de todo el conjunto de estas enfermedades.

John Stuart Agnew (EFDD). – Mr President, I am delivering this speech on behalf of my colleague, Dr Julia Reed. The Paediatric Regulation was adopted 10 years ago to ensure high-quality research into the development of medicines for children and appropriate authorisation of paediatric medicines. However, in 2013 several inadequacies were identified by the Progress Report adopted by the European Commission, especially with regard to paediatric oncology and neonatology. I appreciate that this motion for a resolution investigates this issue and that the development of a policy supporting paediatricians in improving children's services is of major importance. I also agree with colleagues that children make up the most vulnerable part of the population and that research in the field of paediatric medicine should be given the same parity as adult health research.

We in UKIP are extremely concerned about the well-being and health of children. However, I firmly believe that this should and would be better done at national level. National parliaments should be the only entities entitled to legislate on this fundamental issue. Every Member State should shape policy and practices in order to provide high quality and sustainable healthcare services for all children in their own country.

Michaela Šojdrová (PPE). – Vážený pane komisaři, vývoj, výroba a používání léčivých přípravků obecně jsou velmi odbornou sférou a také velmi citlivou, zvláště ve vztahu k dětským pacientům. Smyslem nařízení z roku 2006 je podporovat vývoj léčivých přípravků pro dětskou populaci a získávat nové validní informace o vlastnostech léků určených dětem a získávat informace o používání těchto léků.

Zpráva z roku 2013 o implementaci tohoto nařízení konstatovala určité nedostatky a zavázala Komisi, aby přijala nová opatření. Ukazuje se, že zatím postup není dostatečně rychlý. Stále chybí informace o vývoji léčivých přípravků a také vývoj těchto nových léčivých přípravků není dostatečně podporován. Myslím, že pan komisař to tady opakovaně slyšel. Jak říká můj kolega, lékař Miroslav Mikulášik, dítě není zmenšený dospělý, proto děti potřebují specifické léčivé přípravky přizpůsobené jejich vývoji a specifickým onemocněním.

Pane komisaři, děkuji za Vaši odpověď. Ale slyšíte od nás opakovaně, že nejsme spokojeni s rychlostí postupu Komise v této oblasti. Žádáme vás o větší nasazení a podporu výzkumu pediatrických léčivých přípravků.

Claude Rolin (PPE). – Monsieur le Président, l'ambition du règlement a représenté une réelle avancée, mais, sans vouloir banaliser les progrès qui ont été réalisés, il faut quand même reconnaître que beaucoup, beaucoup trop d'obstacles persistent encore.

Il est absolument nécessaire de faciliter l'accessibilité des médicaments aux enfants, tout en se dotant de garanties suffisantes au niveau de la vérification de la sécurité. Dans certains États membres, dont le mien notamment, l'obtention du remboursement d'un médicament pour les enfants est conditionnée à l'affirmation, par la notice, que celui-ci a bien été étudié dans les tranches d'âge considérées. Il est donc indispensable d'inciter les firmes à faire des études chez les enfants pour les molécules et les indications pertinentes. J'insiste pour qu'il s'agisse d'études pertinentes, dans la mesure où cela ne doit pas conduire à bloquer l'arrivée de médicaments génériques, qui permettent aussi de soulager les budgets.

Enfin, les sociétés pharmaceutiques doivent absolument, et de façon systématique, élaborer des plans d'investigation pédiatrique. C'est une condition essentielle pour accélérer le développement des traitements à destination des enfants. Nous ne pouvons pas mépriser cet enjeu fondamental.

Procedura catch-the-eye

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, διαπιστώνεται ευρωπαϊκή αδιαφορία για τα παιδιατρικά φάρμακα και τα προγράμματα παιδιατρικής έρευνας, ενώ παρατηρείται και μια σχεδόν συστηματική αναβολή των παιδιατρικών μελετών. Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να εξασφαλίσει ότι τα φάρμακα που χρησιμοποιούνται για τη θεραπευτική αγωγή των παιδιών θα τηρούν τις ύψιστες προδιαγραφές και θα υποβάλλονται σε υψηλής ποιότητας δεοντολογική έρευνα. Επιπλέον η Ένωση πρέπει να εξασφαλίσει ότι όλα τα παιδιά θα έχουν πρόσβαση στην απαραίτητη φαρμακευτική αγωγή και στα εμβόλια που χρειάζονται. Στην Ελλάδα οι ελλείψεις σε παιδιατρικά φάρμακα και εμβόλια είναι σοβαρές. Η κατάσταση μπορεί να λάβει απρόβλεπτες συνέπειες, καθώς οι ελλείψεις παιδικών εμβολίων, όπως της ηπατίτιδας Β, σε περιοχές όπου υπάρχει μεγάλος αριθμός προσφύγων είναι ιδιαίτερα αυξημένες. Ειδικά στη Λέσβο παρατηρείται τεράστια έλλειψη, με τους φαρμακοποιούς να καταθέτουν μηνυτήρια αναφορά κατά της φαρμακευτικής εταιρείας που είναι υπεύθυνη για τη διάθεση φαρμάκων στην Ελλάδα. Το ζήτημα λοιπόν είναι σοβαρό και θα πρέπει να πάρουμε μέτρα για να αποφύγουμε τους κινδύνους για τη δημόσια υγεία των πολιτών και ιδίως των παιδιών.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il regolamento sui medicinali pediatrici ha contribuito a migliorare la situazione generale, apportando benefici tangibili per una serie di malattie infantili, ma molti settori non hanno riportato progressi significativi, in particolare l'oncologia pediatrica e la neonatologia.

Spesso non viene osservato il requisito legale di perseguire lo sviluppo di medicinali per uso pediatrico, in quanto i farmaci sono stati sviluppati in condizioni patologiche tipiche per gli adulti, che non si verificano nei bambini. Si registrano quindi ritardi nell'avvio di studi clinici di farmaci oncologici per l'infanzia perché si attende che il farmaco si mostri promettente nei pazienti oncologici adulti.

Occorre una revisione legislativa di questo regolamento che tenga nella dovuta considerazione in primo luogo la necessità di basare i piani di sviluppo pediatrico su un meccanismo d'azione, non solo sul tipo di tumore, e in secondo luogo quella di garantire una maggiore tempestività e realizzabilità dei piani d'indagine pediatrica. Particolare attenzione deve essere data infine al sistema di incentivi previsto affinché stimoli maggiormente la ricerca e risponda più efficacemente alle esigenze della popolazione pediatrica, garantendo nel contempo la trasparenza del processo di ricerca e sviluppo.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, Mr La Via, I thank you because today we have a good opportunity once again to discuss these very sensitive and very important issues. The health of our children is of vital importance. When they fall sick, we should aim to provide them with high-quality medicines. As you rightly said, Mr Mikolášik, children are without doubt not just small adults; they have their own specific needs. I appreciate Parliament's initiative to raise this issue during the plenary session tonight. I have taken careful note of your comments and views, and I also think about Margot, whom you mentioned, Ms Grossetête.

I also appreciate the Parliament's comments to young people suffering from, for example, narcolepsy. Last Monday I met Members of the European Parliament, Mairead McGuinness and Jørn Dohrmann, together with patient representatives, to discuss this issue. Let me take this opportunity to express once again my sympathy towards all the patients and their families affected by this terrible condition. Remember, colleagues, we are in good time. Last year, in March, we launched European Reference Networks, and more than 300 hospitals voluntarily decided to create such a network. I disagree with those who argue that paediatric oncology is the competence of Member States. Can you imagine the possibility of treating rare diseases and rare paediatric cancers in the smallest countries where they do have enough medical expertise, clinical trials and possibilities to join with researchers? What can they do in Cyprus or in Lithuania, and so on? We need

to understand that it is not possible to solve those questions at Member State level alone. No, we will push our resources, our clinical expertise and, of course, possibilities to properly manage the treatment of rare paediatric cancers, rare paediatric diseases and rare genetic diseases. There is no doubt.

As Mr Mikolášik said, we must be very practical. I agree: we will do it this way. As you know, the Commission takes this issue very seriously and has taken a series of actions to ensure these possibilities and to do our best. Let me repeat: the Commission aims to provide this House and the Council in 2017 with a comprehensive report on the Paediatric Regulation which will serve as a solid basis for future discussions. Thank you once again for your interest.

Presidente. – A conclusione della discussione ho ricevuto una proposta di risoluzione a norma dell'articolo 128, paragrafo 5, del regolamento.

La votazione si svolgerà giovedì 15 dicembre 2016.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – To watch an adult go through the pain and suffering of cancer is heart-breaking. However, to watch a child go through this pain is intolerable. 35 000 Children and young people are every year diagnosed with cancer in Europe. Every year in the European Union we lose 6 000 bright, young souls to this scourge. As Socialists and Democrats we are committed to continue working hard to help improve the quality of life of children with cancer and childhood cancer survivors.

This is why we firmly believe that it is extremely important for children with cancer to have access to new innovative therapies and drugs that can save their lives. The reality is that today there are limited innovative treatments because of the low profit margins in this area of research.

We call on the Commission to ensure there are enough funding provisions that support high-quality paediatric clinical research and on the Member States to concretely support research, development and the availability of medicinal products for paediatric use. This is our children's lives that we are dealing with and we need to ensure that we do our utmost to provide them with the best possible therapies and medicines.

25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

26. Schluss der Sitzung

(La seduta è tolta alle 22.45)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2252

22.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. DEZEMBER 2016

(C/2024/2252)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 12. bis 15. Dezember 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung 4

2. Internationale Luftverkehrsabkommen (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll 4

3. Tätigkeit des Petitionsausschusses im Jahr 2015 (Aussprache) 4

4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache) 17

4.1. Die Fälle des buddhistischen Lehrinstituts Larung Gar in Tibet und von Ilham Tohti 18

4.2. Lage der Minderheit der Rohingya in Myanmar/Birma 23

4.3. Massengräber in Irak 28

5. Mitteilungen des Präsidenten 33

6. Abstimmungsstunde 35

6.1. Die Fälle des buddhistischen Lehrinstituts Larung Gar in Tibet und von Ilham Tohti (RC-B8-1346/2016, B8-1346/2016, B8-1350/2016, B8-1353/2016, B8-1356/2016, B8-1359/2016, B8-1361/2016) (Abstimmung) 35

6.2. Lage der Minderheit der Rohingya in Myanmar/Birma (RC-B8-1345/2016, B8-1345/2016, B8-1348/2016, B8-1352/2016, B8-1354/2016, B8-1357/2016, B8-1360/2016, B8-1363/2016) (Abstimmung) 35

6.3. Massengräber in Irak (RC-B8-1344/2016, B8-1344/2016, B8-1347/2016, B8-1349/2016, B8-1351/2016, B8-1355/2016, B8-1358/2016, B8-1362/2016) (Abstimmung) 35

Inhalt Seite

6.4. Drittländer, deren Staatsangehörige im Besitz eines Visums sein müssen bzw. von dieser Visumpflicht befreit sind: Überarbeitung des Mechanismus zur Aussetzung der Visumbefreiung (A8-0235/2016 - Agustín Díaz de Mera García Consuegra) (Abstimmung) . . . 35

6.5. Einwand gemäß Artikel 106: Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (B8-1334/2016) (Abstimmung) . . . 35

6.6. Unterstützung der Thalidomid-Opfer (B8-1341/2016, B8-1343/2016) (Abstimmung) . . . 35

6.7. Kinderarzneimittel (B8-1340/2016) (Abstimmung) . . . 35

6.8. Tätigkeit des Petitionsausschusses im Jahr 2015 (A8-0366/2016 - Ángela Vallina) (Abstimmung) 35

6.9. Internationale Luftverkehrsabkommen (B8-1337/2016, B8-1338/2016, B8-1339/2016) (Abstimmung) . . . 35

7. Stimmerklärungen . . . 36

7.1. Drittländer, deren Staatsangehörige im Besitz eines Visums sein müssen bzw. von dieser Visumpflicht befreit sind: Überarbeitung des Mechanismus zur Aussetzung der Visumbefreiung (A8-0235/2016 - Agustín Díaz de Mera García Consuegra) . . . 36

7.2. Einwand gemäß Artikel 106: Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (B8-1334/2016) . . . 60

7.3. Unterstützung der Thalidomid-Opfer (B8-1341/2016, B8-1343/2016) . . . 79

7.4. Kinderarzneimittel (B8-1340/2016) . . . 102

7.5. Tätigkeit des Petitionsausschusses im Jahr 2015 (A8-0366/2016 - Ángela Vallina) . . . 124

7.6. Internationale Luftverkehrsabkommen (B8-1337/2016, B8-1338/2016, B8-1339/2016) . . . 145

8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll . . . 163

9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll . . . 163

10. Bewältigung der Herausforderungen in Verbindung mit der Umsetzung des Zollkodexes der Union (UZK) (Aussprache) 163

11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll . . . 170

12. Petitionen: siehe Protokoll . . . 170

13. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll . . . 170

14. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll . . . 170

15. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll . . . 170

Inhalt Seite

16. Unterbrechung der Sitzungsperiode 170

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. DEZEMBER 2016

Elnököl: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ

alelnök asszony

1. Eröffnung der Sitzung

(Az ülést 9.00-kor nyitják meg.)

2. Internationale Luftverkehrsabkommen (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Tätigkeit des Petitionsausschusses im Jahr 2015 (Aussprache)

Elnök asszony. – Az első napirendi pont az Ángela Vallina által a Petíciós Bizottság nevében készített, a Petíciós Bizottság 2015. évi tevékenységéről szóló jelentésről folytatott vita (2016/2146(INI) (A8-0366/2016)

Ángela Vallina, *ponente*. – Señora Presidenta, en primer lugar, como es lógico, quisiera agradecer la colaboración de los ponentes alternativos por el debate que hemos tenido para elaborar este informe y que refleja la actividad anual de la Comisión de Peticiones del año 2015.

Esta comisión parlamentaria es la responsable del tratamiento de las demandas directas de los ciudadanos y de las ciudadanas, así como también de los residentes en la Unión. Por lo que podemos decir, sin duda alguna, que es el mejor termómetro que tiene esta Cámara para medir cuáles son las preocupaciones reales de la población.

Así constatamos que, aunque se han reducido considerablemente las peticiones registradas el año pasado, se repiten siempre las denuncias medioambientales, que reflejan cómo se vulnera continuamente el principio de precaución, y que versan, en especial, sobre residuos, la gestión de las cuencas hidrográficas y los parques naturales —como en mi propia región, en Asturias—, además de la polémica extracción mediante *fracking*.

También destacan las vulneraciones de derechos de los consumidores, las denuncias por discriminación de personas con diversidad funcional, las relativas a la libre circulación de personas, los expedientes de regulación de empleo, el maltrato animal o el derecho al voto, como el llamado «voto rogado».

Por otro lado, quiero recordar que la Comisión de Peticiones es miembro de la Red Europea de Defensores del Pueblo, y es por ello que debemos ampliar su papel como interlocutora también dentro de este Parlamento. Asimismo, es necesario que, a través de la red intraparlamentaria, se involucren más las otras comisiones.

También pedimos a los Estados miembros que apliquen correctamente el Derecho de la Unión. Quiero recordar, por ejemplo, que durante 2015 este Parlamento, a propuesta de la Comisión de Peticiones, tuvo que llamar la atención al Gobierno español por la escandalosa legislación hipotecaria y de instrumentos financieros de riesgo, con centenares de miles de familias afectadas por los desahucios, las cláusulas del suelo y las preferentes.

Ahora bien, sin duda alguna es la Comisión Europea a quien van dirigidas más críticas en este informe. La Comisión Europea debe velar por el respeto de los Tratados y el Derecho de la Unión, también en cuanto se refiere al derecho de petición. Así, en este informe pedimos que la Comisión Europea se involucre más en el tratamiento de las peticiones, que estudie con más detenimiento los casos, y que las respuestas presenciales ante los peticionarios no sean tan escuetas y añadan información adicional.

También le solicito, señor Comisario, que haga una revisión de la Directiva que regula las iniciativas ciudadanas europeas, que son otra herramienta fundamental para la democracia participativa. Se deben facilitar los trámites y proponer cambios normativos, no como en el caso de la iniciativa sobre el derecho al agua, que no obtuvo ningún compromiso por parte de la Comisión, o cuando se negó también la categoría de iniciativa ciudadana a la campaña de «Stop TTIP», con más de tres millones de firmas.

Otro asunto que nos preocupa es que exista la opacidad en los procedimientos de investigación y los procedimientos de infracción. En este informe les pido que se desclasifique la información que tenga que ver con peticiones abiertas.

Asimismo, lamento que ustedes, señor Comisario, interpreten de forma tan estricta el artículo 51 de la Carta de los Derechos Fundamentales sobre la aplicación del Derecho de la Unión. Creo que en ocasiones se debe intervenir ampliando derechos allí donde no se llega actualmente. Es la única manera de ir avanzando en esta sociedad. Y le pongo como ejemplo los casos de los enfermos de hepatitis C o de las víctimas por la talidomida.

Por último, me gustaría recordar que debemos reforzar que se respete el derecho de petición, con un buen tratamiento de las peticiones y, cuando sea necesario, explicando bien las razones de su cierre a sus peticionarios.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, on behalf of the Commission I would like to thank the rapporteur, Ms Vallina, for her interesting and comprehensive report on the work of the Committee on Petitions in 2015.

Like its predecessors, the report bears witness to the breadth of issues that petitioners bring to the attention of the Committee on Petitions each year and to the committee's efforts to ensure that the voices of those petitioners are heard. The Commission agrees that the right to petition has to be a key element for our participatory democracy, in which the right of every citizen to play a direct part in the democratic life of the Union is effectively protected.

As my colleague, Frans Timmermans, stated in his last exchange of views with the committee in April, petitions are one of the few instruments where the institutions come into direct contact with citizens. At a time when Europe is facing many challenges, such direct contacts with citizens are more important than ever. The citizens who turn to the committee for help feel in many cases that they have exhausted all other avenues. They are real people with real problems. If we are to have any chance of bridging the gap that seems to have opened up between European institutions and the public, it is crucial that we – and by 'we' I mean the Commission and Parliament – can demonstrate that we take citizens' seriously and show them what solutions exist at European or at national level.

As the statistics in the report make clear, the Commission remains the Committee on Petitions' principal partner when it comes to handling petitions. Of the petitions that are not closed in the early stages of the procedure, nearly 90% are referred to the Commission for an opinion. I am therefore pleased to have this opportunity to reaffirm the Commission's commitment to providing the Committee on Petitions with meaningful replies to each request for an opinion, and to do so in a timely manner. The Commission also remains committed to sending its most competent officials to the committee's meetings to ensure that the committee and the petitioners receive the latest information and proper explanations of the issues under discussion.

This is perhaps the right moment to turn to one of the issues raised by you, Ms Vallina, in your report, namely the Commission's interpretation of Article 51 of the Charter of Fundamental Rights. I know that this issue has been raised in previous reports and is one where many Members of this House consider that the Commission's interpretation is unduly narrow. It is clear that the Charter's scope has its limitations. Defined by the Treaty, they result from the principle of conferral of powers, a cornerstone of the European Union. However, as reflected in the report, the Charter is one element of the architecture of fundamental rights protection in Europe. It complements national systems for fundamental rights protection, but does not replace them.

The Commission shares your concerns about how to ensure that citizens' expectations as regards the protection of their fundamental rights are upheld. The Commission attaches particular importance to increasing individuals' understanding of how they can avail themselves of their fundamental rights, and whom to approach to enforce them. It is crucial to dispel misunderstandings and avoid raising false expectations. A concrete step in this direction was the introduction last October, in the e-Justice Portal, of a fundamental rights page, which helps individuals seeking to enforce their fundamental rights to identify the competent national non-judicial bodies with a human rights remit. The Commission will also make the best possible use of existing financial programmes to empower civil society organisations and human rights bodies, which work on raising awareness about the Charter and ensuring its application at national level.

Let me thank Ms Vallina once again for her report. I look forward to hearing the views of Honourable Members.

Pál Csáky, *a PPE képviselőcsoport nevében*. – Elnök Asszony, Biztos Úr, az Európai Néppárt árnyékjelentéstevőjeként üdvözlöm a jelentést, és megköszönöm Vallina asszonynak és a többi pártból való árnyékjelentéstevőnek az együttműködést. Úgy gondolom, hogy a jelentés bár nem hibátlan, elfogadható kompromisszumokat tartalmaz, és összességében jobb minőségű, mint a múltban elfogadott néhány hasonló dokumentum. Ez bizonyára jó hír, de azt gondolom, hogy nem ez a lényeg. A lényeg mégiscsak az, hogy ez a jelentés egy jó munkát, egy jó csapatmunkát tükröz vissza. Én két és fél éve vagyok az Európai Parlament képviselője és a Petíciós Bizottság alelnöke. Láttam, hogy milyen állapotban voltak a petíciók két és fél évvel ezelőtt, és látom a mostani helyzetet. Nagyon egyértelmű a pozitív fejlődés, és ez egy csapatmunkának, egy jó csapatmunkának köszönhető, amelyben benne van a bizottság elnök asszonyának munkája, benne van a titkárság nagyon jó szakmai tevékenysége, és benne van a koordinátorok és a politikai tanácsadók munkája is, ők a szó szoros értelmében a vállukon viszik ezeket a témákat.

Pozitívan értékelem az Európai Bizottsággal való együttműködést is, úgy érzem, a Petíciós Bizottság presztízse nőt az Európai Bizottság szemében is, bár, a hatékonyság terén valóban vannak még kívánni valók, és lehetnek kívánni valók. Én is arra kérem a Biztos urat és a Bizottságot, hogy főleg az európai civil kezdeményezések sorsára jobban figyeljünk oda. Ami pedig a legfontosabb, úgy érzem, hogy mindannyian tudatosítsuk, hogy ez egy nagyon komoly szolgálat az európai polgárok irányába, hiszen mi vagyunk az egyedüli bizottság, amely közvetlen kapcsolatban van velük. Ezért fontos az is, hogy a tárgyalásaink a legtöbb esetben jó légkörben zajlanak, és a petíciók meghívott kidolgozói azt látják, hogy az Európai Parlament képviselői érdeklődnek a problémáik iránt, és lehetőségeikhez mérten igyekszenek segíteni nekik. Elnök Asszony, végezetül engedje meg, hogy így az év végén a Petíciós Bizottság alelnökeként megköszönjem a bizottság minden tagjának és munkatársának az eddigi együttműködést, és sok energiát és elkötelezettséget kívánjak a jövőt illetően ehhez a fontos munkához.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, *w imieniu grupy S&D*. – Pani Przewodnicząca! Przedmiotem sprawozdania rocznego za 2015 rok jest przegląd prac Komisji Petycji, dzięki której każdy obywatel Unii Europejskiej, działając indywidualnie lub z innymi osobami, może w dowolnym czasie skorzystać z przysługującego mu prawa do złożenia skargi do Parlamentu Europejskiego na podstawie art. 227 Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej.

Roczne statystyki za 2015 rok wskazują na to, że większość petycjonariuszy zwraca się do Parlamentu o pomoc w sprawach związanych z ochroną środowiska, wymiarem sprawiedliwości, rynkiem wewnętrznym i prawami podstawowymi. W ubiegłym roku Parlament otrzymał ponad 1400 petycji, co stanowi spadek aż o 47 % w porównaniu z rokiem 2014. Sprawozdanie nie analizuje niestety przyczyny takiego stanu rzeczy.

Z otrzymanych petycji 943 zostały uznane za dopuszczalne, a 483 – za niedopuszczalne. Odsetek petycji niedopuszczalnych zmniejszył się względem 2014 roku o ponad 6 %, za to zwiększył się odsetek petycji uznanych za dopuszczalne – o prawie 6 %, co świadczy o tym, że obywatele coraz lepiej rozumieją nasze kompetencje. Komisja Petycji w 2015 roku zdołała także wyeliminować istniejące opóźnienia w rozpatrywaniu petycji.

Komisja Europejska jest nadal największym partnerem Komisji Petycji pod względem rozpatrywania skarg, które nie zostały zamknięte na wczesnych etapach procedury i które są przesyłane w niemal 90 % w celu rozpatrzenia i zaopiniowania właśnie do Komisji Europejskiej. W 2015 roku najwięcej petycji nadesłali Hiszpanie, a na kolejnych pozycjach plasują się Włosi, Niemcy, Rumuni i Polacy. Sprawozdawczyni, poseł Ángela Vallina, przygotowała bardzo dobre sprawozdanie, gratuluję i dziękuję za efektywną współpracę.

Νότης Μαριάς, *εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κυρία Πρόεδρε, ακούσαμε πολλά ευχολόγια και έγιναν σπονδές για τη δράση της Επιτροπής Αναφορών. Είναι λογικό, αφού όσοι κρίνουν την επιτροπή είναι ταυτόχρονα και τα μέλη της που πήραν και τις αποφάσεις. Δεν είναι όμως τα πράγματα τόσο ρόδινα. Κι αυτό ισχύει για τον χειρισμό πολλών αναφορών. Σας αναφέρω μερικά παραδείγματα ελληνικού ενδιαφέροντος:

Η εισηγήτρια της Ευρωπαϊκής Αριστεράς στην έκθεσή της δεν αναφέρει ούτε μια λέξη για το ζήτημα των πολεμικών επανορθώσεων που οφείλει η Γερμανία στην Ελλάδα, θέμα που απασχόλησε τις εργασίες των συντονιστών, αλλά και της Επιτροπής Αναφορών επανειλημμένα μετά από σχετικές μου πρωτοβουλίες. Η Επιτροπή Αναφορών απέρριψε τουλάχιστον πέντε φορές προτάσεις μου για διοργάνωση δημόσιας ακρόασης για τις γερμανικές αποζημιώσεις. Μάλιστα στις 29.11.2016 η επιτροπή απέρριψε την τροπολογία μου υπ' αριθ. 172 που αναφερόταν στο ζήτημα αυτό. Η Ευρωπαϊκή Αριστερά εν προκειμένω έκανε αποχή στην ψηφοφορία, στηρίζοντας στην πράξη τη θέση της κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ, που όχι μόνο έχει εγκαταλείψει τον αγώνα για τις γερμανικές αποζημιώσεις αλλά και όπου μπορεί τον υπονομεύει.

Δεν αναφέρεται η εισηγήτρια της Ευρωπαϊκής Αριστεράς ούτε στη σημαντική απόφαση της Επιτροπής Αναφορών του Οκτωβρίου του 2015, που έκανε δεκτή την εισήγησή μου και κρίθηκε παραδεκτή η αναφορά των αγωνιστών της Εθνικής Αντίστασης ΠΕΑΕΑ-ΔΣΕ για το ζήτημα των οφειλών της Γερμανίας προς την Ελλάδα. Έτσι κλήθηκε πλέον για πρώτη φορά η Γερμανία να τοποθετηθεί δημόσια σ' ένα ευρωπαϊκό ημιδικαιοδοτικό όργανο, όπως η Επιτροπή Αναφορών, για τις γερμανικές αποζημιώσεις. Όμως η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ υπονόμευσε στην πράξη τον αγώνα μας για τις γερμανικές αποζημιώσεις και αρκέστηκε να στείλει μόνο μια εκπρόθεσμη παρέμβαση της Ελληνικής Βουλής μέσω ευρωβουλευτού. Έτσι η Επιτροπή Αναφορών βρήκε την ευκαιρία και, με μια πολιτικά απαράδεκτη απόφαση, απέρριψε την ένσταση που υπέβαλα να μείνει ανοιχτή η αναφορά των αγωνιστών της Εθνικής Αντίστασης για τις γερμανικές αποζημιώσεις. Αυτό το θέμα και πολλά άλλα κάνουν το ECR να καταψηφίσει την έκθεση δράσης της Επιτροπής Αναφορών για το 2015.

Cecilia Wikström, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, I am convinced that the petitions, and the petitioners that we invite to the committee to have an exchange with them, help us in the long run to better assess the impact that EU legislation has on people's daily lives and can also help us to find loopholes in the implementation of EU legislation.

By acting as a bridge between citizens and the EU institutions, our committee can therefore contribute to both better legislation and helping citizens in their everyday lives. It is therefore crucial that we ensure that petitions are treated seriously and efficiently. In 2015 we agreed on new internal guidelines in the committee and this reform has enabled us to improve the work efficiently and substantially; the backlog of hundreds of untreated petitions that existed in 2014 is now gone. I am extremely proud of that and the committee is up to speed with the treatment of the petitions. As the Chair of the committee I am very happy and proud about this development.

I am pleased with the results that we have achieved together and especially the excellent work done by the secretariat during these last years. The backlog that existed before created substantial frustration and disappointment. I therefore believe that the 2015 annual report should include also a special reward to the Head of Unit, Virpi Köykkä, and all the staff of the Petitions Committee for their effort and good work. Thank you very much. We can always do better; together we should strive to improve our support to the citizens even further. I look forward to continue this work together with you, colleagues, in the next coming years.

Especially in these days of increased populism, it is our paramount duty to work together to respond to expectations of EU citizens, and make sure that we do our utmost to bridge the perceived gap between citizens and the EU. And with that I wish all of the colleagues and the Secretariat and you, Madam President, a very good Christmas and let us look forward to a happy new year 2017.

Anja Hazekamp, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Veel verzoekschriften die we in het Parlement ontvangen gaan over dieren: bijvoorbeeld over het stierenvechten, over het eindeloos gesleep met dieren in overvolle veewagens, over het dwangvoederen van eenden en ganzen voor de productie van foie gras, over het doden van zwerfhonden in Roemenië, over het structureel knippen van staarten van biggen, over het gruwelijke lot van slachtpaarden en over het maken van een einde aan dierproeven. Kortom, burgers maken zich grote zorgen over de manier waarop wij in Europa met dieren omgaan en dat is ook logisch want het is een van de weinige waarden die we in Europa nog delen.

Deze gezamenlijke waarde is verwoord in artikel 13 van de Europese Grondwet. Dieren zijn wezens met bewustzijn en gevoel waar we ten volle rekening mee moeten houden. Toch wordt het merendeel van deze verzoekschriften door de Commissie afgedaan met de woorden "Dat is niet onze bevoegdheid". Hoe kan de Commissie nog verbaasd zijn dat de burgers Europa de rug toekeren? Europa wankelt omdat u de zorgen van de burgers compleet negeert. Voorzitter, als u wilt dat mensen de Europese Unie belangrijk vinden, geef ze daar dan ook een reden toe. Maak goede regels voor dieren en zorg dat ze ook gehandhaafd worden. Doe wat u zou moeten doen en bescherm onze dieren. Want waren we 15 jaar geleden nog vooruitstrevend op het gebied van dierenwelzijn, inmiddels lopen we ver achter en als we nog langer stil blijven staan worden we ingehaald door China.

Voorts ben ik van mening dat er een einde moet komen aan de Europese landbouwsubsidies.

Josep-Maria Terricabras, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I want to thank especially my friend and colleague, Ms Vallina, for this report which is a very good one and takes us forward in our work. I would first underline that petitions are not solely the responsibility of the Committee on Petitions, but should rather be a shared concern of all Parliament's committees. In this sense we heartily welcome the creation of the petitions network with the involvement of Members from all committees.

The outcome of our work, furthermore, is highly dependent on a fruitful dialogue with the Commission. This is why it is important that this report insists on the need for maximum transparency and prompt feedback by the Commission on the development in EU pilot and infringement procedures. It is also crucial that relevant cases get visibility in the plenary. In this sense, I want to highlight Article 29 of the report which refers to a plenary resolution of 8 October 2015 on mortgage legislation and risky financial instruments in Spain, which the Committee on Petitions brought on its own initiative to the plenary session, as has been reported by Ms Vallina.

Our Group also welcomes the articles that emphasise the role of the fact-finding visit as a specific prerogative of the committee and a fundamental part of this work. A good example of this is the report on the fact-finding visit to the Ebro and Tagus rivers that was adopted this year, and called on the European Commission to revise the Spanish Government hydrological plan. I want to draw attention, particularly to one amendment that our Group tabled, Amendment 15, asking for a change in the Commission's approach concerning animal welfare with regard to Article 13 of the Treaty on the Functioning of the European Union.

And finally, as foreseen in the report, we call on the Commission, in view of the various weaknesses identified and the functions of the European Citizens' Initiative, to present a new proposal as soon as possible. I wish you all the best for the New Year.

Eleonora Evi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dall'analisi complessiva del *report* in questione si colgono in maniera esaustiva gli aspetti positivi, le criticità e le lacune, a volte anche gravi, riscontrate nel corso del 2015 relativamente alle attività svolte dalla commissione petizioni.

Di base, si può sottolineare come, nello sviluppo dei lavori effettuati, il ruolo di ascolto dei problemi rilevanti che hanno afflitto i cittadini sia stato svolto in maniera soddisfacente. Tuttavia, la mera trattazione delle istanze sottoposte nell'esercizio di petizione riconosciuto dai trattati non può rappresentare la sola risposta che le istituzioni europee siano in grado di fornire.

La credibilità dello strumento della petizione e la convinzione da parte dei cittadini circa la sua efficacia risiede in misura preponderante nella capacità di porre fine concretamente alle gravissime violazioni denunciate, specie se, come abbiamo visto, le denunce investono una pluralità di delicatissimi ambiti e materie che, di fatto, si pongono in diretta correlazione con il novero complessivo dei diritti fondamentali, sui quali vige il dovere, in capo alle istituzioni europee, di piena e indefettibile salvaguardia. Su tale questione è evidente la sussistenza di vistose carenze.

La reazione delle istituzioni europee continua nei fatti a mostrarsi debole e tardiva, se non inefficace, nonostante il contenuto delle petizioni riveli un disagio sociale ed economico sempre più amplificato, con la permanenza o l'aggravarsi anche di situazioni fortemente critiche.

Il diritto di petizione rimane quindi uno strumento cruciale per consentire ai cittadini di continuare nell'opera di denuncia e nell'opera di controllo democratico. È chiaro tuttavia che soltanto la volontà politica di garantire un'efficace protezione dei diritti fondamentali, di garantire piena trasparenza, di garantire il coinvolgimento diretto dei cittadini nei processi decisionali, recependone realmente le istanze più avvertite, può permettere di credere che l'Unione europea abbia ancora una vocazione sociale, dotandosi di una reale *governance* democratica.

Io ringrazio moltissimo il lavoro dell'onorevole Vallina perché questo *report* è veramente un ottimo *report* e ringrazio tutti i colleghi per la collaborazione.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η Επιτροπή Αναφορών του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου δεν είναι όργανο δημοκρατικού ελέγχου, αλλά όργανο επιβολής της αντιδραστικής ευρωενωσιακής πολιτικής, όπως ομολογεί η έκθεση, και χειραγώγησης της λαϊκής διαμαρτυρίας. Ο ρόλος της, και άλλων ευρωενωσιακών οργάνων, ήταν απαράδεκτος και προκλητικός στην κοινή πρωτοβουλία του Κομμουνιστικού Κόμματος Ελλάδας και της Πανελλήνιας Ένωσης Αγωνιστών Εθνικής Αντίστασης - Δημοκρατικού Στρατού Ελλάδας για την υποβολή αναφοράς για τις πολεμικές αποζημιώσεις, για τις καταστροφές και τα θύματα της ναζιστικής κατοχής στην Ελλάδα 1941-1944, τις οποίες αρνείται να καταβάλει η Γερμανία εδώ και εβδομήντα χρόνια. Η Επιτροπή Αναφορών, με παρέμβαση της Ευρωπαϊκής Επιτροπής και τη συνδρομή της κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ, της GUE και άλλων δυνάμεων, έκλεισε την υπόθεση, προφασιζόμενη ότι το θέμα αφορά τις διακρατικές σχέσεις και όχι την Ευρωπαϊκή Ένωση. Ενώ με επιλεκτικές κατά τα συμφέροντά σας ευαισθησίες, καταθέτετε ψηφίσματα για εγκλήματα πολέμου, από την άλλη αρνείστε την εφαρμογή διεθνών συμφωνιών για την αξίωση αποζημίωσης θυμάτων του ναζισμού, καταδικάζοντας ξανά, εβδομήντα χρόνια μετά, πάλι τα θύματα, δίνοντας συγχωροχάρτι στις ναζιστικές συμμορίες που σηκώνουν κεφάλι πατώντας σε αυτήν την πολιτική.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Komisja Petycji jest jedyną komisją Parlamentu Europejskiego, która gwarantuje bezpośredni kontakt z obywatelami. Wystarczy tylko jeden głos obywatela lub prezydenta w postaci maila lub pisma, żeby zgłosić petycję, ponieważ traktaty o Unii Europejskiej umożliwiają zwracanie się do Parlamentu Europejskiego z różnymi problemami, jakie obywatele napotykają w życiu codziennym, pod warunkiem jednak że zgłaszane kwestie wchodzą w zakres działalności Unii Europejskiej.

W każdym miesiącu rozpatrujemy takie petycje w obecności osób, które je składają, i dzięki temu, jako parlamentarzyści, możemy dowiedzieć się, jakie trudności istnieją we wdrażaniu unijnego prawa w państwach członkowskich. Dlatego współpracujemy z Komisją Europejską, Radą, Europejskim Rzecznikiem Praw Obywatelskich, Wydziałem Prawnym oraz władzami państw członkowskich na różnych szczeblach. Jako komisja również organizujemy – czy mamy prawo organizować – wysłuchania publiczne oraz wyjeżdżamy na misje obserwacyjne.

W kontekście rocznego sprawozdania z działalności Komisji Petycji chciałbym podkreślić kilka aspektów. Po pierwsze, naszym priorytetem powinno być rozpatrywanie petycji w odpowiednim przedziale czasowym, żeby uniknąć pozostawienia petycji bez rozwiązań przez zbyt długi czas. Po drugie, powinniśmy usprawnić proces rozpatrywania petycji poprzez digitalizację procedury, ułatwiającą pracę zarówno posłom, jak i sekretariatowi komisji. I ostatni punkt, który jest bardzo ważny, bo musimy zwracać uwagę na to, żeby omawiane kwestie dotyczyły faktycznie prawa europejskiego, a nie służyły jako narzędzie do walki politycznej. Bardzo często partie polityczne w trakcie kampanii wyborczej próbują w ostatnich latach używać tej komisji jako narzędzia w walce o polityczne głosy. Musimy jasno i stanowczo powiedzieć nie – nie wyrażamy na to zgody.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie „niebieskiej kartki" (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Patrick O'Flynn (EFDD), *blue-card question*. – Thank you Mr Wałęsa. When I was a journalist, before I became an MEP, I was working for a paper called the Daily Express in the United Kingdom. We raised a petition of 363 000 readers demanding David Cameron grant an in-out referendum on the EU, and we were a key part of ensuring that that referendum took place; that glorious act of democracy took place in June. Does that not show that if your cause is just and commands popular support, nothing can really hold back the power of a popular petition?

Jarosław Wałęsa (PPE), *blue-card answer*. – Well, I have to agree that if you really believe in something, then nothing can stand in your way to achieve this goal. With the Petitions Committee the situation is even simpler because you do not have to gather additional signatures; you do not have to establish any organisation. Just one voice, one e-mail or a regular letter to our Committee is needed and we look into the issues. So you do not even have to have larger support. One voice is enough for our Committee to look into the issue.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señora Presidenta, Señorías, el año 2015 fue el primer año de trabajo de esta legislatura en la Comisión de Peticiones que podemos calificar de completo. Considero que ha sido un año positivo, tanto desde el punto de vista de las formas como de los temas que se han tratado. Creo que ha sido positivo en el sentido del orden y la organización que hemos hecho de la comisión, que ha permitido acercar aún más esta comisión en tiempo y en forma a la ciudadanía. Se ha recibido a más de 190 ciudadanos en la comisión y se ha dado respuesta directa a 500 peticiones.

Pero yo quiero, además, ejemplificar para hacer ver realmente la utilidad que tiene esta comisión para la ciudadanía, o que ha tenido precisamente en este año 2015. Quiero recordar que se presentó la primera Resolución ante el Pleno, dando respuesta en concreto a una reivindicación respecto a la situación de crisis económica, en lo referente a las cláusulas abusivas en países como el mío, que, a día de hoy, ha hecho que se eliminen esas cláusulas abusivas.

También es importante recordar que la reivindicación de las personas con respecto al coste de un medicamento —en concreto, el nuevo medicamento para la hepatitis C— provocó que hoy estemos elaborando un informe de iniciativa sobre cómo mejorar el acceso a los medicamentos en la Unión Europea. Hoy también se vota aquí una Resolución que reconoce por primera vez a las víctimas de la talidomida en Europa después de cincuenta años. Podría seguir también con el trabajo que estamos realizando en temas como la discapacidad.

En definitiva, lo considero muy útil y animo a que sigamos trabajando, y quisiera agradecer especialmente la voluntad de los compañeros y compañeras.

Enrique Calvet Chambon (ALDE). – Señora Presidenta, señor Comisario. Muchas gracias a la señora Vallina por el esfuerzo realizado. Y he de reconocer también el esfuerzo que ha realizado la nueva presidenta de la comisión, dando, con la ayuda de todos los miembros, una nueva orientación y un nuevo impulso.

Y el 2015 —como ha dicho mi colega Cabezón— ha sido muy sintomático porque creo que ha marcado una nueva senda insistiendo en encontrar el verdadero sitio de esta comisión tan importante, que siempre tiene la tentación o bien de sustituir a la Defensora del Pueblo, que no es el caso, o bien de sustituir a los tribunales de justicia. No hay que olvidar que siempre, todos los parlamentarios, cuando votamos, cuando trabajamos, cuando estamos aquí, estamos trabajando para los ciudadanos. Hay una gran diferencia entre trabajar para los ciudadanos y utilizar a los ciudadanos para intereses electorales y políticos.

Nuestra comisión debe ser legislativa y atender a todos los ciudadanos que se quejan de las leyes que faltan y de las que están muy mal desarrolladas, y en eso estamos.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – Colleague, we saw two days ago a vote to reduce the MEPs' remit with the Corbett report. Your Committee is so important in reconnecting the institutions and EU citizens by directly involving them; do you not think it might be time that Parliament should give this Committee more power, more instruments and more political tools in order to achieve its main goal?

Enrique Calvet Chambon (ALDE), *respuesta de «tarjeta azul»*. – La comisión puede perfeccionarse. La comisión puede, por supuesto, acceder más fácilmente a los ciudadanos, aunque ya se ha dicho aquí que con una firma basta. Pero no estoy de acuerdo con denostar el informe Corbett, porque hay que combatir —somos adultos-el filibusterismo parlamentario, y una democracia también son procedimientos, reglas, normas que facilitan y hacen eficaz la intervención de los ciudadanos, y no es un sistema para la acción directa, más o menos activista.

Κωνσταντίνα Κούνεβα (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, τι είναι η Επιτροπή Αναφορών για τους ευρωπαίους πολίτες; Η πύλη επικοινωνίας με το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, που φέρνει τους πολίτες πιο κοντά. Εμάς τους ευρωπαίους ευρωβουλευτές μάς βοηθάει να κατανοήσουμε το πρόβλημα που βασανίζει τους ευρωπαίους πολίτες και στις 28 χώρες. Από αυτή την επιτροπή μαθαίνουμε να ερχόμαστε πιο κοντά, όχι μόνο με την Κρήτη στον Νότο της Ευρώπης αλλά και με τη Δανία στον Βορρά. Η Επιτροπή Αναφορών μάς βοηθά να γίνουμε όλοι λίγο καλύτεροι άνθρωποι, ακούγοντας και ψάχνοντας τη σωστή απάντηση. Από εκεί ενθαρρύνουμε τους πολίτες να ασκούν το δημοκρατικό δικαίωμά τους στην κριτική και στην καταγγελία, δηλαδή να λειτουργούμε πιο δημοκρατικά. Η έκθεση της Ángela Vallina αποδεικνύει με τον καλύτερο τρόπο πόσο σημαντικό είναι το έργο της επιτροπής, πόσο σοβαρή δουλειά κάνει η γραμματεία της. Γι' αυτό επικροτώ την πρότασή της να ενισχυθεί η Επιτροπή Αναφορών με περισσότερους τεχνικούς πόρους και προσωπικό. Είναι το δημοκρατικό μας πρόσωπο και πρέπει να το ενισχύσουμε με κάθε τρόπο.

Margrete Auken (Verts/ALE). – Fru formand! Først tak til Ángela Vallina for en god betænkning og også tak for mange gode bidrag her. Undskyld, at jeg nu kommer til at koncentrere mig om de steder, hvor vi har problemer. Vi har problemer med Kommissionen, som har en tilbøjelighed til at undersøge, om andragender kan bæres frem ved en domstol, og hvordan det så ser ud. Derfor denne alt for snævre fortolkning af artikel 51, hvor det skulle være en oplevelse, at borgerne kunne tale med os om hele området af EU, også dets værdisæt, og vi skal være meget forsigtige med ikke at kvæle dem på artikel 51. Jeg tror, at det er en af grundene til, at vi har fået så mange færre andragender i år. Så er der også den formalitet – det rammes for eksempel med det, man siger, at hvis en sag verserer ved en national domstol, kan den ikke behandles hos os. Vi mener klart, at det kan den godt, at den ikke kan blive spærret af en national domstol. Derfor vil jeg meget bede om, at vi støtter ændringsforslag 12 i dag, så det bliver tydeligt, at vi selvfølgelig kan behandle disse sager. Og lad mig så endelig nævne et problem, som også rammer vores borgere, nemlig at vi i vores eget udvalg er blevet grebet lidt af en effektivitetsdille, som om det var det vigtigste at få lukket sagerne og komme af med dem. Det er altså ikke det vigtigste, når man har med borgerne at gøre. Det vigtigste er, at de føler, at de bliver hørt! Som allersidste punkt må jeg tilføje, at vi jo også bliver ramt af et bureaukrati med vores vigtige fact finding visits. Det må vi have gjort noget ved!

Tim Aker (EFDD). – Madam President, today I'm launching a petition very dear to the hearts my constituents in Thurrock. Four months ago, we and the Nicky Mason Memorial Fund, a military charity in my constituency, went about putting up the Union Flag and St George's Cross in Thurrock. The response was overwhelming. We had people coming into my office saying the constituency looks brighter; there was civic pride; the streets were cleaner; everybody felt that the borough was going in the right direction.

Then enter the killjoys. The Tory MP, Jackie Doyle-Price, wrote in the local paper that the flags were inappropriate; she attacked them. The Labour Party called our national flag offensive. And let me just remind my constituents, when they attack our flag they attack every single one of us. Join my campaign today, sign my petition. We can turf out those killjoys, those politically correct bigots who would do our country and our community down. We can turf them out. Join us, and together we can turn Thurrock around.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señora Presidenta, mis primeras palabras son para darle apoyo a Ángela Vallina por este informe, por su esfuerzo y entrega en la comisión, y a nuestra presidenta Cecilia porque creo que ha marcado una impronta y ha hecho de esta comisión un instrumento útil.

Es verdad que con la Comisión de Peticiones, con lo que debatimos hoy, tenemos un barómetro para saber qué piden los ciudadanos, qué necesitan los ciudadanos, de qué se quejan los ciudadanos y cómo podemos construir una Europa mejor. Y es verdad que nos indica de alguna manera que donde ellos ponen el acento es donde tenemos que intervenir. Ellos presentan peticiones en temas tan dispares como medio ambiente, derechos fundamentales, justicia, transportes o mercado interior.

Es verdad que en este informe podemos observar que España se pone a la cabeza en la procedencia de peticiones, seguida de Italia y de Alemania; y es verdad que esta Comisión de Peticiones ha sido muy útil en temas tan importantes como el Tratado de Marrakech —el hecho de poderlo desbloquear— o el desbloqueo de la Directiva contra la discriminación.

También es cierto que se han depurado muchas peticiones. Yo no comparto la opinión de mi compañera Auken. Yo creo que lo importante es resolver las peticiones, pero no dar falsas esperanzas al peticionario, porque tener una petición abierta durante cuatro, cinco o seis años sabiendo que no somos competentes es engañar al peticionario. Por lo tanto, es importante que en aquello que seamos competentes vayamos de cabeza, pero en aquello que no seamos competentes no demos falsas expectativas.

Es muy importante también la digitalización, porque eso ha permitido una mayor eficacia y acercamiento entre nosotros y el peticionario a la hora de poder intercambiar información, y también es muy importante no politizar las peticiones. En este último año ha habido campaña en España y ha habido una tendencia —porque hay una mayoría de coordinadores españoles— a poner el acento sobre España. El acento no tiene que estar sobre las campañas electorales, sino sobre las peticiones de los ciudadanos, porque ellos tienen que ser los verdaderamente protagonistas.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Andrejs Mamikins (S&D), *zilās kartītes jautājums.* – Paldies, priekšsēdētājas kundze! Paldies, ka pieņēmāt manu zilās kartītes jautājumu!

Vienkārši gribu precizēt: tad Jūs gribat padarīt Lūgumrakstu komiteju par tādu kā formalitāti?

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *respuesta de «tarjeta azul».* – Sí, gracias. Pretendo ser seria. Y pretendo que la Comisión de Peticiones dé una respuesta eficaz: como la dio con la Ley de Costas; como la dio con las prótesis de mama; como la ha dado en muchos temas de discapacidad con el Tratado de Marrakech. Pero no engañar a la gente. Tener abierta una petición ocho años, pensando el peticionario que somos competentes cuando todos sabemos que no lo somos, no tiene ningún sentido. Y yo lo que pretendo con esta comisión es que realmente seamos serias. Que no la utilicemos para hacer política, sino que la utilicemos al servicio del interés general, al servicio de los ciudadanos. Eso es lo que yo pretendo.

Marlene Mizzi (S&D). – Sur President, iċ-ċittadini Ewropej għaddejjin minn żmien ta' nuqqas ta' fiduċja u sodisfazzjon fil-proġett Ewropa. Għalhekk il-Kumitat tal-Petizzjonijiet hu importanti aktar minn qabel għax hu l-aktar kumitat qrib taċ-ċittadin. Wasal iż-żmien li l-Ewropa tibda tagħti ċ-ċans liċ-ċittadini billi tersaq lejhom u taħdem fuq it-tħassib u l-aspirazzjonijiet tagħhom.

Il-Kumitat tal-Petizzjonijiet jagħti s-saħħa lin-nies bid-dritt li jsemmgħu leħinhom fil-Parlament Ewropew fuq kwistjonijiet li huma importanti għalihom jew dwar problemi li jħossu li għandhom jirrikorru għal soluzzjoni mill-Unjoni Ewropea.

Huwa importanti li niftakru li l-esperjenzi u t-trattamenti pożittivi jew negattivi li jiksbu l-petitioners ikomplu jifformaw l-attitudni u l-opinjoni tar-relevanza tal-Unjoni Ewropea u tal-Parlament Ewropew. Għaldaqstant, irridu nkunu ċerti li npoġġu liċ-ċittadin fil-qalba tal-ħidma tal-Kumitat PETI. Per eżempju, irridu nagħtu rispons fil-ħin lill-petitioners, filwaqt li niżguraw tweġibiet ċari; irridu nagħmlu follow up tal-ilmenti tal-petitioners, mhux inħalluhom ma jafux x'sar bl-ilmenti tagħhom; irid ikollna laqgħat regolari mal-kumitati nazzjonali fuq petizzjonijiet bil-għan li jkun hawn aktar għarfien tat-tħassib taċ-ċittadini tagħna; irridu ntejbu s-sit tal-PETI biex il-proċedura biex tiġi sottomessa petizzjoni, u jinkseb tagħrif dwarha tkun eħfef, ċara u aktar trasparenti;

Il-Kumitat tal-Petizzjonijiet u d-dritt li tissottometti petizzjoni lill-Parlament Ewropew huma pont importanti bejn iċ-ċittadini u l-Parlament li jista' jwassal biex il-ħidma tal-Unjoni Ewropea tkun aktar magħrufa u apprezzata miċ-ċittadini.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señora Presidenta, quiero expresar mi agradecimiento a la ponente de este informe por su trabajo y también por recoger no solo un resumen de actividad sino también una aproximación crítica de todos los problemas a los que nos enfrentamos y a los que se enfrenta la ciudadanía. También quiero expresar mi agradecimiento a los peticionarios —esos colectivos que luchan—, agradecer su trabajo y sus esfuerzos en este sistema que muchas veces poco escucha a la ciudadanía.

No en vano las peticiones referidas a asuntos medioambientales siguen siendo las más numerosas. Denuncias contra el *fracking* o contra hechos que se refieren a la incorrecta aplicación de la Directiva relativa a las evaluaciones medioambientales, que contrasta con problemas como las trabas al autoconsumo eléctrico. Los conflictos medioambientales son violaciones de derechos. Estos conflictos siguen demostrando que la sociedad va por delante de las instituciones y de ciertos organismos privados en lo referente a considerar al medio ambiente como un aliado de la sociedad y no como una barrera al progreso, la tradicional mirada desarrollista.

Demuestra que las instituciones europeas se alejan de la gente y que altos cargos como Barroso siguen girando en puertas giratorias engrasadas por la corrupción.

Julia Pitera (PPE). – Pani Przewodnicząca! Prawo do składania petycji jest jednym z podstawowych praw obywateli, zapisanym w Traktacie o Unii Europejskiej oraz w Karcie praw podstawowych. Każdy obywatel może zwrócić się do Parlamentu Europejskiego, zgłaszając problem, z jakim zmaga się w swoim codziennym życiu, gdy problem ten wchodzi w zakres działalności Unii Europejskiej. Prawo do składania petycji nie tylko buduje zaufanie obywateli do Unii Europejskiej – petycje są też ważnym źródłem wiedzy dla posłów do Parlamentu Europejskiego. Wiedzy, która pozwala na doskonalenie prawodawstwa. Analiza zgłaszanych problemów pozwala również na identyfikację trudności we wdrażaniu prawa unijnego w państwach członkowskich.

Aby cele te zostały osiągnięte, wiedza obywateli na temat prawa do petycji oraz drogi ich składania musi być szeroko upowszechniana, ale równie ważna jest skuteczność rozwiązywania zgłaszanych problemów. Dlatego niezbędna jest współpraca z komisjami petycji parlamentów narodowych. Niestety nie wszystkie parlamenty państw członkowskich powołały komisje petycji. Ich brak utrudnia przekazywanie petycji, które nie wchodzą w zakres działalności Unii Europejskiej. Zwracam się więc do parlamentarzystów reprezentujących te kraje, by zaangażowali się w powołanie komisji petycji w swoich parlamentach krajowych.

(Mówczyni zgodziła się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Gilles Lebreton (ENF), *question «carton bleu».* – Madame la Présidente, je respecte le travail de la commission des pétitions et de sa présidente, M[me] Wikström, mais je me demande, en vous écoutant, si l'on n'accorde pas trop d'importance à cette commission. À vous en croire, elle serait le seul intermédiaire entre les citoyens et l'Union. Or, je crois que l'intermédiaire entre les citoyens et l'Union, ce sont les députés européens. J'ai entendu un chiffre de 190 citoyens reçus tout à l'heure. Moi, en un week-end, j'en reçois davantage.

Est-ce que vous ne croyez pas, Madame, que l'on est en train de bureaucratiser le système de médiation entre l'Union et les citoyens?

Julia Pitera (PPE), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki.* – Absolutnie nie. Czym innym jest indywidualna praca posła, a czym innym jest skarga złożona do organu, jakim jest Parlament. Dlatego nie uważam, żeby to był zbiurokratyzowany organ, zwłaszcza że osiągnięcia, jakie ma Komisja Petycji – wymierne osiągnięcia, które skutkują wręcz czasami zmianą prawa w państwie członkowskim – dowodzą, że jest to instrument skuteczny.

Michela Giuffrida (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, vorrei partire da un dato: nel 2015 le petizioni ricevute dal Parlamento europeo sono state 1 431, ossia ben il 43 per cento in meno rispetto a quelle del 2014. Si potrebbe pensare che siano diminuite le ragioni per avviare una petizione, che i cittadini siano quindi soddisfatti, ma sappiamo che non è così.

Questo dato è invece, secondo me, indicatore della sfiducia, dell'allontanamento dei cittadini europei dall'Europa e dalle sue istituzioni e di questo risente anche uno strumento democratico, trasparente ed efficace come la possibilità per i cittadini di avviare un'interlocuzione diretta con il Parlamento presentando una petizione.

La commissione per le petizioni lavora tanto, moltissimo, e lavora bene. Diminuiscono le petizioni dichiarate irricevibili e si velocizzano i tempi di trattamento. È la finestra, il *front office* dei cittadini europei, deve continuare il suo lavoro, anzi deve avere più possibilità, più mezzi, questo lavoro deve essere rafforzato perché spesso lavoriamo con tantissime difficoltà e solo così riavvicineremo l'Europa ai cittadini.

Peter Jahr (PPE). – Frau Präsidentin! Vielen Dank unseren Kolleginnen und Kollegen, die an der heutigen morgendlichen Debatte teilnehmen. Das ist ganz wichtig und es zeigt auch ein bisschen die Diskussion, wo unser Hauptproblem im Petitionsausschuss liegt.

Erstens möchte ich betonen – Dankeschön an das Sekretariat –, dass unsere Arbeit im Jahr 2015 besser geworden ist. Wir sind effizienter geworden, wir haben neue Herausforderungen.

Ich möchte noch einmal das Hauptproblem im Petitionsausschuss beschreiben: Aus meiner Sicht besteht es schlicht und ergreifend darin, die Zuständigkeiten und die Verantwortlichkeiten zu definieren und festzustellen. Um es auf den Punkt zu bringen: Es ist aus meiner Sicht einfach nicht fair, einem Petenten nach drei Jahren mitzuteilen: Sorry, wir können doch nicht helfen, weil wir nicht zuständig sind. Besser wäre in dem Sinne eine schnelle schlechte Nachricht als eine Nachricht, die sehr spät erfolgt. Aber diese schnelle Nachricht sollte natürlich auch berücksichtigen, dem Petenten zu helfen, herauszufinden, wer denn eigentlich für sein Problem zuständig ist.

Zweitens: Wenn wir zuständig sind – auch das ist schon angeschnitten worden –, haben wir zwei Problemgruppen. Die eine ist die Schönste: Wir können dem Petenten helfen. Aber die Zweite ist der lange Weg. Wir stellen fest, der Petent hat mit seinem Anliegen an und für sich Recht, wir sind mit dem Herzen bei ihm, aber die Gesetzeslage spricht dagegen, und hier hat der Petitionsausschuss eine extrem wichtige Aufgabe mitzuhelfen, die Gesetzeslage gegebenenfalls mit zu verändern. Hier muss die Arbeit mit der Kommission und mit den zuständigen Fachausschüssen verbessert werden. Daran arbeiten wir und unser berühmtes Netzwerk gerade. Wir sind ein klein wenig auch der Fühler bei den Bürgerinnen und Bürgern, wenn es darum geht, festzustellen, wo sich denn die Gesetze nicht so ausauswirken, wie wir uns das wünschen. Ich wünsche uns allen noch ein gesundes Neues Jahr und *Merry Christmas*.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāj! Komisār, kolēģi! Šogad referendumos un vēlēšanās Eiropas Savienības valstīs mēs saņēmām spēcīgu signālu no Eiropas iedzīvotājiem. Signālu par to, ka viņi grib iesaistīties lēmumu pieņemšanas procesā, ka viņi grib, lai problēmas, kuras viņus uztrauc, atrastu taisnīgu risinājumu, tai skaitā Eiropas līmenī. Starp Eiropas Savienības varas iestādēm un Eiropas iedzīvotājiem dažreiz ir daudz starpnieku, un šajā ķēdē daudz kas tiek zaudēts.

Rezultātā cilvēki — pilsoņi — jūtas atsvešināti. Jo viņi nesaprot, ar ko Eiropas Savienības institūcijas nodarbojas un kāpēc viņi neko nevar paņemt. Eiropas Parlamentam kā vienīgajai ES tieši ievēlētajai institūcijai jāuzņemas ne tikai likumdevēja loma, bet arī nepastarpināti jāstrādā ar konkrētiem iedzīvotājiem un iedzīvotāju grupām.

Lūgumraksts ir spēcīgs instruments, lai veiktu šo darbu, un tas nekādā gadījumā nedrīkst pārvērsties par kārtējo tukšo formalitāti. Tāpēc es vienmēr atbalstīšu jebkuru piedāvājumu, kas palielinātu šī svarīgā demokrātijas instrumenta ietekmi un autoritāti.

„Catch the eye" eljárás

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Asszony, a statisztikai elemzésekből látszik, hogy az elfogadhatatlannak nyilvánított petíciók benyújtóinak többsége továbbra is összekeveri az európai és nemzeti kompetenciákat, valamint az EU intézményeit az Európa Tanács intézményeivel vagy az Emberi Jogok Európai Bíróságával. Ez azonban nem meglepő, mivel az Európai Bizottság meglehetősen szűken értelmezi az uniós kompetenciákat ezen a téren. Amikor a polgárok úgy érzik, hogy megsértették az alapvető jogaikat, ám ezt nem uniós kompetencia kapcsán tették, akkor a nemzeti jogérvényesítési lehetőségek kimerülése után éppen az Emberi Jogok Európai Bíróságához fordulhatnak. Az európai polgárok nem jogászok, ők csak azt látják, hogy az európai jog deklaratívan védi az alapvető jogaikat, ám amikor konkrét ügyekben fordulnak az európai intézményekhez, azok a tagállami hatóságokra mutogatnak és azt mondják: ez nem uniós kompetencia. Az alapvető jogok megsértése a legérzékenyebb pontján érinti a polgárokat, sokkal tágabb jogértelmezésre és az Európai Bizottság aktívabb magatartására lenne szükség.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE). – Madam President, the right to petition is a valuable tool that allows every European citizen to actively participate in the democratic life of the EU by drawing the attention of the MEPs, the institutions and Member States to issues that concern them. The right to petition is of great importance since it strengthens the constructive dialogue between citizens and the EU institutions.

In this context, I would like to congratulate my colleagues working in the Committee on Petitions and particularly the Chair, Cecilia Wikström, for their tireless efforts to preserve EU democracy and to engage European citizens, to safeguard fundamental rights and to improve the well-being of our societies.

I personally submitted a petition on the total ban on use of languages other than Bulgarian in election campaigns, which is already supported by over 20 000 people. I did this as an EU citizen because I would like to live in a truly democratic EU where all Member States preserve and protect human rights, including minority rights.

Thomas Mann (PPE). – Frau Präsidentin! Der Kollege Peter Jahr hat ja eindrucksvoll darauf hingewiesen, dass es große Schwierigkeiten im Petitionsausschuss gibt, aber dass man dabei ist, für Verbesserungen zu sorgen – das halte ich für wichtig. Ich gehöre Eurem Ausschuss nicht an. Aber gerade weil von der rechten Front erzählt wurde, das sind ja Anfragen bei den Abgeordneten, die stapeln sich. Ja, natürlich! Aber wenn es um schwierige Dinge geht, wenn Rechtsdinge behandelt werden müssen, wenn die Details stimmen müssen, dann wenden wir uns immer an die Kolleginnen und Kollegen im Petitionsausschuss, und ich halte es für einen wichtigen Bereich. Da wird sorgfältig recherchiert, da gibt es Auskünfte für die Bürgerinnen und Bürger, die sie im Schnellverfahren nicht bekommen können.

Ich wollte eigentlich – nicht nur, weil Weihnachten in Kürze bevorsteht – all denen Dank sagen, die sich dort wirklich intensiv um jedes Detail kümmern. Es ist ein ganz wichtiger Bereich, bei dem auch die Bürger fühlen, sie bekommen kompetente Antworten. Das ist das Wichtigste von allem: Wir nehmen sie ernst, wir sorgen dafür, dass wirklich Rechtsfragen behandelt werden können. Ich wollte einfach einmal all denen herzlichen Dank sagen, die wirklich eine unglaubliche und immense Detailarbeit leisten.

(A „catch the eye" eljárás vége)

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, first of all I will respond to some questions which were raised in the discussions.

Ms Vallina mentioned the situation regarding the European Citizens' Initiative. The Commission has already implemented important measures to improve the functioning of the European Citizens' Initiative instrument in several areas, such as the European Citizens' Initiative register and website, to offer organisers the possibility to use the Commission's own servers for their own online collection system free of charge, and the improvement of the open-source software for the collection of signatures, and many issues which will be addressed in the future.

Ms Hazekamp raised questions about animal welfare. The Commission receives indeed many petitions on animal welfare, which shows the interest of European Union citizens in this issue. These petitions often refer to Article 13 of the Treaty on the Functioning of the European Union, on animal welfare, asking the Commission to act in various areas. You are right: Article 13 obliges the Union and the Member States to pay full regard to the welfare of animals in formulating and implementing certain Union policies. However, it does not itself constitute a legal base for legislative action; therefore actions on animal welfare are only possible if they are at least related to one of the Union policies such as agriculture or the internal market.

We are listening to citizens' concerns, but it is not within the competence of the Commission to extend its own powers to cover all animal welfare issues. The protection of animals in the EU is subject to detailed rules. The main problems are related to an insufficient level of enforcement and differences in interpretation between Member States. As a consequence, the enforcement of existing rules is a priority for the Commission. The Commission is working with Member States to improve the implementation and the enforcement of rules through various actions. Against this background, I am pleased to confirm that the Commission is preparing to establish a European Union animal welfare platform, which should be operational next year. The platform is indeed to improve animal welfare in the EU, in particular through the strengthening of various stakeholder dialogues.

Mr Terricabras touched on questions regarding EU Pilot cases. It would be premature to disclose information being examined at EU Pilot stage before opening a formal infringement procedure. This is because a possible breach of European Union law has been identified, but not confirmed. The complaint has to be investigated and this involves a dialogue with the Member States via European Union Pilot. No Commission decision has been taken. This work is preparatory work for the Commission services. EU Pilot supports the work of the Commission services to establish the complete factual and legal background of a case. National authorities must be contacted very often in order to clarify facts and the application of rules. The dialogue between the Commission and the Member States concerned is confidential, as confirmed by the Court of Justice.

I hope, Members of Parliament, you will agree with me that the number of speakers and the range of issues addressed during this morning's debate provides proof, if proof were needed, not only of the importance of the right to petition in our Union, but also of the importance of our collective efforts to respond to the concerns that citizens bring to our attention. My choice of the word 'collective' in this context is a deliberate one, since both Parliament and the Commission have key roles to play in this area. The Commission very much sees itself as a natural partner of the Committee on Petitions in its work. On behalf of the Commission, I would like to reassure you of our continued and strong commitment to cooperate closely with Parliament in the handling of petitions. We are not trying to find possibilities to look at it from a narrow Commission approach, rather to be partners and to see how to extend our capacities to solve those petitions. Thank you very much indeed for your attention and for your excellent cooperation.

Ángela Vallina, *ponente*. – Señora Presidenta, para terminar, quisiera solamente decir que este informe recoge, efectivamente, un llamamiento a una mayor transparencia, a mecanismos de democracia más participativa en la Unión, porque creo que para realizar un trabajo de verdad, de servicio a la ciudadanía, hemos de ser autoexigentes para poder ir mejorando nuestra actividad.

Le agradezco, señor Comisario, y animamos a la Comisión a realizar estos cambios que usted acaba de anunciar, porque hay que ayudar a eliminar las trabas burocráticas y las trabas administrativas a la ciudadanía, para ofrecer un mejor acceso. Creo que el debate ha señalado las preocupaciones del conjunto de la Comisión de Peticiones y que deben ser tenidas en cuenta.

Lamento, señor Marias, que no recuerde usted que, en las cinco ocasiones que ha propuesto la audiencia sobre reparaciones de guerra, le hemos apoyado desde el Grupo GUE/NGL y hemos votado a favor. Lo siento, no tenemos la mayoría para que esto salga adelante.

Termino como empecé, agradeciendo de verdad la colaboración de todos y de todas mis colegas, y reiterando también el reconocimiento de todo el trabajo de la secretaría y de nuestra presidenta. Por lo tanto, espero que podamos concluir con una votación favorable este informe sobre las actividades de 2015 y espero también que el próximo año no volvamos a reiterar las mismas preocupaciones, dado —yo creo— el momento clave en el que se encuentra la Unión Europea en la actualidad, porque es nuestra obligación escuchar las demandas de nuestra ciudadanía. Para eso estamos aquí.

Muchísimas gracias a todos y a todas por su colaboración y por este debate.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η κυρία εισηγήτρια αναφέρθηκε σε μένα. Θα πρέπει να της υπενθυμίσω ότι στην έκθεσή της, την οποία η ίδια συντάσσει, δεν ανέφερε λέξη για το θέμα των γερμανικών αποζημιώσεων. Αυτό της είπα. Αυτό το θέμα είναι σοβαρό.

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή).

Elnök asszony. – Köszönöm szépen Képviselőtársam!

Nyugodtan lehet beszélni mikrofon nélkül, tökéletes. Nincs lehetőség erre.

Képviselő Úr, ne kiabáljon ebben a teremben! Ilyen nincsen. Képviselő úr a bizottsági ülésen vesz részt, Képviselő asszony jelezte, hogy ez nem történt meg, [bekiabálás hallatszik] egymás között megbeszélik.

Nos, Képviselőtársaim, egy jól sikerült jelentésről van szó, egy rossz végszóval.

A vitát lezárom.

A szavazásra ma, 2016. december 15-én, csütörtökön kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – 2015 m. metiniame pranešime siekiama apžvelgti Peticijų komiteto veiklą, kuriame tiksliai ir išsamiai pristatomi Peticijų komiteto darbai. Šiame pranešime pateikiami statistiniai duomenys: gautų, baigtų nagrinėti ar komiteto nagrinėjamų peticijų skaičius, su peticijomis susijusios šalys ir nagrinėjami klausimai. Pranešime taip pat aptariami kiti aspektai, pavyzdžiui, ryšiai su kitomis ES institucijomis, nacionalinės ir regioninės valdžios institucijomis. Iš metinių 2015 m. statistinių duomenų matyti, kad dauguma piliečių į Europos Parlamentą kreipiasi prašydami padėti spręsti klausimus, susijusius su aplinka, teisingumu, vidaus rinka ir pagrindinėmis teisėmis. Vieni peticijų pateikėjai kreipiasi į Parlamentą norėdami pateikti pasiūlymų dėl Europos Sąjungos politikos sričių plėtojimo, kiti – apskųsti sprendimus, kuriuos priėmė nacionalinės valdžios institucijos, ir pateikti skundą dėl nacionalinių teismų sprendimų. Kai kurie piliečiai skundžiasi dėl ES teisės aktų taikymo spragų – teisės aktai netinkamai perkelti į nacionalinę teisę arba nesilaikoma Europos Sąjungos taisyklių. Peticijų komitetas turi galimybę ir jam tenka svarbus uždavinys po pastarųjų įvykių Jungtinėje Karalystėje palaikyti dialogą su piliečiais, nes jis gali vėl priartinti institucijas prie ES piliečių. Peticijų komitetas privalo išklausyti problemas, su kuriomis piliečiai susiduria, ir padėti jas spręsti, kadangi priimant peticijas galima įvertinti Sąjungos teisėkūros poveikį kasdieniam piliečių gyvenimui, nes tai padidina Europos Parlamento reagavimo galimybes, nes padeda spręsti problemas, iš esmės susijusias su ES teisės aktų taikymu.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm, hogy a Petíciós Bizottság kiemelt figyelmet fordít a fogyatékossággal élők felé. Örömmel tölt el például, hogy a Petíciós Bizottság által 2015. október 15-én megrendezett, „a fogyatékossággal élő személyek jogainak védelme a beérkezett petíciók szemszögéből" című nyilvános meghallgatása akadálymentes volt. Úgy vélem azonban, hogy még mindig kevés a fogyatékossággal élő polgárok által benyújtott petíció. Ennek oka véleményem szerint az, hogy a panasztételi mechanizmus még nem elég ismert az érintettek között. Szeretném kérni, hogy a panasztétel módját akadálymentes formában és széles körben kommunikálják a fogyatékossággal élő személyek felé. Meggyőződésem, hogy az Európai Parlamentnek példát kell mutatni ebben is!

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris*. – Constat cu tristețe, în urma analizei raportului, că, în anul 2016, cetățenii statelor membre nu știu că au posibilitatea de a se adresa direct Parlamentului European pentru a atrage atenția asupra unor subiecte care îi afectează și îi preocupă. În contextul în care Uniunea Europeană trece prin cele mai grele momente de la crearea sa, scăderea cu 47% a numărului petițiilor denotă o situație îngrijorătoare. Consider că această scădere se datorează lipsei de promovare a instrumentului petițiilor în rândul cetățenilor. Atât Parlamentul European, cât și deputații în Parlamentul European ar trebui să depună mai multe eforturi pentru informarea cetățenilor cu privire la existența dreptului de a adresa petiții. De asemenea, este importantă cooperarea cu Ombudsmanul European, care poate verifica activitatea instituțiilor europene la sesizarea cetățenilor. Comisia pentru petiții și Ombudsmanul European sunt două organisme speciale, care servesc direct interesele cetățenilor europeni și de aceea consider că ar trebui dotate cu mijloacele de informare necesare pentru a-și putea promova în mod direct rolul în rândul acestora.

4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

4.1. Die Fälle des buddhistischen Lehrinstituts Larung Gar in Tibet und von Ilham Tohti

Elnök asszony. – A következő napirendi pont vita hat, a Larung Gar tibeti buddhista akadémia és Ilham Tohti ügyével kapcsolatos állásfoglalásra irányuló indítványról (2016/3026(RSP)).

Charles Tannock, *author.* – Madam President, China's destruction of certain buildings at the Larung Gar Buddhist Academy is just the beginning of a plan that will see the influential centre reduced in size by half. Such wanton destruction is totally unwarranted and represents part of an incredibly hard-line approach taken towards the Tibetan question under President Xi Jinping.

Early in September, we witnessed that the postponement of the European Parliament delegation visit to the PRC in response to the visit of the Dalai Lama to Brussels and his meeting with President Schulz. More recently, we have seen ties between Mongolia and China being strained after the Dalai Lama visited Ulaanbaatar last month.

China has responded by closing and disrupting travel at the border between these two countries, in a move that threatens the important economic links that they share. As the direction of US policy towards China becomes increasingly unpredictable, following the election of Donald Trump and his pledge to scrap the Trans-Pacific Partnership, we will see a more assertive stance from the PRC in the region. Such an approach can only be detrimental to Tibet and Xinjiang, where unfortunately Ilham Tohti – who is also in the resolution – is in prison for his advocacy rights for the Uyghur minority, and of course Taiwan. So clearly things are looking extremely uncomfortable in Tibet right now.

Fabio Massimo Castaldo, *author.* – Madam President, once again we take note of this serious violation and restriction that the Chinese Government casually adopts in the implementation of its policies to all those who stand apart from and oppose the line dictated by the state.

In Tibet the latest violation is this time against nuns and monks who inhabit one of the most representative Buddhist institutions, that of Larung Gar. Here the Chinese authorities have decided to reduce the number of inhabitants by more than half, which amounts to nearly 10 000, and then to begin on major indiscriminate demolition work.

I would also recall here the case of Ilham Tohti, the Uighur university professor sentenced to life imprisonment by the Chinese authorities, who on 11 October was awarded the 2016 Martin Ennals Award for Human Rights Defenders. He was also a victim of the tyrannical intransigence of the Chinese Government and he gave voice to the Uighur people, which is a Muslim minority in the Xinjiang region strongly discriminated against by the central government.

It seems that the Government always decides to respond with extreme and unsuitable means when it comes to situations of political dissent. This is highly unacceptable. For years, China has made a mockery of international treaties aimed at the defence and protection of human rights and mocks its own Constitution. We must ensure that they are fairly respected instead and, to do so, bring our political dialogue with this country to a new level.

Molly Scott Cato, *author.* – Madam President, with strong cross-party agreement this resolution draws attention to human rights abuses for which the People's Republic of China is responsible. The two cases highlighted, the Tibetan Buddhist Academy of Larung Gar and the Uighur intellectual, Ilham Tohti, reveal the continuing failure of the Chinese Government to live up to its international responsibilities for human rights.

The destruction of the Larung Gar Buddhist Academy is an example of the way that China, as an occupying power, engages in attacks on Tibetan religion and culture to try to break the spirit of the Tibetan people. Subjecting former monks and nuns to so-called 'patriotic education exercises' is a failure to respect freedom of religion and an unacceptable humiliation. For this year's Sakharov Prize I was proud to nominate Ilham Tohti, an economics professor and member of the Muslim Uighur minority in western China. Following a flawed legal process where he did not have a proper defence, he is serving a life sentence. We call for his immediate release.

This resolution reminds European governments of their responsibility to address human rights abuses when engaging with the Chinese Government, giving human rights a priority over economic interests – a principle that the British Government has forgotten in recent years. Earlier this year, I was honoured to meet His Holiness the Dalai Lama, whose example of peaceful resistance offers important lessons to a world in turmoil. Our resolution calls on the Chinese Government to reopen the high-level dialogue with his representatives that was unilaterally suspended in 2010.

László Tőkés, *szerző.* – Elnök Asszony, 1989. december 15-én, éppen a mai napon vette kezdetét a temesvári magyar református templom előtt az a tiltakozás, mely a románok és a nemzeti kisebbségek összefogásával a romániai forradalom kirobbanásához, a kommunista diktatúra bukásához vezetett. Milyen érdekes, hogy Ceauşescu diktátor ottani látogatása nyomán a kínai modellt honosította meg Romániában, amikor is a kisebbségellenes homogenizációs politikájával olyan módon igyekezett megtörni az erdélyi magyarokat és Székelyföldet, mint a kínai kommunista rezsim a tibetieket. Azóta közel három évtized telt el. A Larung Gar tibeti buddhista központ lebontására és megsemmisítésére irányuló kínai merényletkísérlet a román nacionálkommunista diktátor hírhedt falurombolási tervére emlékeztet. Mai sürgősségi határozatunk arra figyelmeztet, hogy az Uniónak és a Parlamentnek folytatnia kell a küzdelmet a tovább élő totalitárius kommunista rezsimek isten- és embertelen uralma ellen. Ez alkalommal külön is felemelem a szavam a Szaharov-díjra javasolt ujgur ellenzéki harcos, Ilham Tohti szabadon bocsátása érdekében.

Nathalie Griesbeck, *auteur.* – Madame la Présidente, la résolution concerne surtout et avant tout la question clé qui est celle du respect des droits des minorités en Chine et du souhait réitéré du dialogue constructif et inclusif entre la Chine et les minorités.

Leur situation est très inquiétante après la démolition de la plus grande académie bouddhiste au monde, après les campagnes de rééducation forcée dites «patriotes» ou encore l'emprisonnement à vie et sans procès d'Ilham Tohti, après les restrictions constantes des libertés fondamentales de réunion, de religion, de pensée, d'expression et toutes les arrestations arbitraires.

Je vous demande, Monsieur le Commissaire, au nom de la Commission, de faire de ces violations des droits de l'homme et des droits fondamentaux des éléments et, surtout, même, des priorités du dialogue Europe-Chine en demandant à la Chine de respecter ses engagements.

Au Tibet, avec toutes ces brimades et ces violations, on assiste à une multiplication des immolations, en particulier des jeunes. En même temps que les menaces à la culture tibétaine, toutes ces répressions expliquent le désespoir du peuple tibétain, qui ne demande que son autonomie territoriale et le respect de sa culture.

La résolution est donc un appel à la solidarité, à la résistance, c'est un appel contre l'oppression et les violations des droits de l'homme.

Jo Leinen, *author.* – Madam President, the Constitution of China gives the right of freedom of cultural expression and religious belief, freedom of speech and expression, and the right to peaceful assembly and association. The reality in China is, of course, a completely different one. There is an increasingly suppressive system that affects minorities in particular. Under the pretext of counter-terrorism, there is a package of laws that again is restricting civil society and putting minorities under special control.

We asked the Chinese Government to revise these laws and to give more space and more freedom to civil society, religious communities and minorities. They should continue to take up dialogue with representatives of the Tibetan people. It is not good, neither for Beijing nor Tibet, of course, that they have no dialogue and are not speaking with each other. In the case of Ilham Tohti, we asked for his release, for the release of his supporters, and for him to have permission to teach again. It is very arbitrary that this man is in prison, and both the Commissioner and I have asked the EU to have this issue as a priority in dialogues with China in all forms and all formats.

Cristian Dan Preda, *au nom du groupe PPE.* – Madame la Présidente, le groupe PPE a insisté pour l'adoption d'une résolution d'urgence sur la démolition, par la Chine, de l'académie tibétaine bouddhiste de Larung Gar. Sous prétexte de pallier un problème sanitaire, la Chine viole l'un des principes fondamentaux inscrits dans sa propre Constitution, c'est-à-dire la liberté religieuse. Il s'agit encore d'une attaque directe portée à la religion et à la culture tibétaine.

La situation des droits de l'homme au Tibet ne cesse de se dégrader, et la Chine vient d'adopter tout un arsenal juridique de lois sécuritaires, qui lui permet de s'en prendre aux minorités, telles que les Tibétains et les Ouïghours. Pour ce qui est d'Ilham Tohti, sa place n'est pas en prison, mais à l'université, où il s'est efforcé d'enseigner et de promouvoir les valeurs de tolérance et de vivre-ensemble entre les différentes communautés.

Je déplore le fait que le dialogue sur les droits de l'homme entre l'Union européenne et la Chine n'ait pas eu lieu en 2016, alors que les sujets de discussion ne manquent pas. Il semblerait que l'une des raisons en soit la visite du dalaï-lama en septembre dernier à Strasbourg, qui a suscité, à juste titre, un intérêt formidable de la part de nos collègues.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, *w imieniu grupy S&D*. – Pani Przewodnicząca! Buddyzm jest integralną częścią tybetańskiej tożsamości, dlatego wielce niepokojące są ostatnie doniesienia o ograniczeniu wolności wyznania w tym rejonie. Na wniosek rządu w Pekinie rozpoczęła się rozbiórka największego tybetańskiego ośrodka studiów buddyjskich w Larung Gar w Seczuanie. Chińskie władze grożą kompletną rozbiórką obiektu, jeżeli nie zmniejszy on o połowę liczebności mnichów i mniszek w ramach tak zwanej restrukturyzacji buddyjskich ośrodków. Do tej pory zostało wysiedlonych około tysiąca osób. W proteście przeciwko niszczeniu tybetańskiej kultury i religii mnisi coraz to dokonują dramatycznych samospaleń. W czasie chińskich rządów zburzono w Tybecie większość z ponad 6250 klasztorów.

Oczekujemy, że władze chińskie zaprzestaną bezpodstawnej rozbiórki Larung Gar i eksmisji mieszkańców, przywracając poszanowanie wolności wyznania zgodnie z międzynarodowymi standardami praw człowieka. Zbyt rzadko poruszamy sprawę Tybetu na forum Parlamentu Europejskiego, podczas gdy łamanie praw człowieka stało się tam codziennością. Mam nadzieję, że społeczność międzynarodowa dołoży większych starań na rzecz przywrócenia poszanowania prawa i swobód obywatelskich w Tybecie.

Monica Macovei, *în numele grupului ECR*. – Doamnă președintă, cel mai mare centru budist din lume este în curs de demolare de către autoritățile chineze. Până acum au fost evacuate din acest centru peste 4 500 de persoane și aproximativ 1 500 de locuințe au fost distruse. Mulți dintre cei evacuați, mai ales copiii, sunt duși la școli unde li se predă numai în limba chineză, ies de la școală fără a mai cunoaște limba tibetană și unde, practic, sunt spălați pe creier, cum se spune.

Se încearcă distrugerea unei culturi, se încearcă crearea unei generații care să nu mai aibă memoria culturii tibetane. Generațiile acestea trebuie salvate și acest lucru depinde și de Uniunea Europeană în relațiile cu China.

Aș vrea să spun că, de fapt, ceea ce China face de ani de zile, de foarte mulți ani de zile, este să ducă un război împotriva culturii tibetane, pentru a o anihila și sper să nu fie nevoie, ca în 2011, ca oamenii să își dea foc pentru ca vocea lor să fie auzită.

Ilhan Kyuchyuk, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, unfortunately the cases of the Larung Gar Tibetan Buddhist Academy and Professor Ilham Tohti, who was nominated for the Sakharov Prize, once again show us that China systematically violates a wide range of fundamental human rights, including freedom of expression, association, religion and minority rights.

I therefore call on the Chinese authorities to end all cases of human rights violations, and particularly arbitrary arrests, political intimidation and violations of freedom of expression. China is an important partner of the EU but the country has to respect and protect the rights and freedoms of its citizens and stop the persecution and the marginalisation of Tibetan and Uighur people, and all ethnic minorities. In light of this, I urge the EU to bring the protection of freedom of religion and language, and the cases of Larung Gar and of Ilham Tohti, to the top of the agenda of the next EU-China dialogue on human rights.

Gerolf Annemans, *namens de ENF-Fractie*. – Alleen totalitaire regimes of politieke structuren met totalitaire trekjes kunnen het zich permitteren om de nationale identiteit van mensen die onder hun gezag wonen, te miskennen of agressief te bejegenen. Dat is zeker het geval voor communistische regimes is en het is mede een van de redenen waarom ik altijd anticommunist ben geweest. In deze jaren van historische veranderingen met de groeiende inbreng van nationale identiteit in een steeds kleiner wordende wereld moeten wij aan de kant staan van het Tibetaanse volk, dat vreedzaam poogt zijn ondergang te verhinderen tegenover een Chinees regime, waar wij slechts met grote terughoudendheid zowel letterlijk als figuurlijk zaken mee mogen en kunnen doen.

Diane James (NI). – Madam President, thank you very much once again for addressing this subject. Now we all agree that respect for religious belief and culture and language are fundamental human rights that should be protected and respected across the world; yet again we are here, we are talking shop and we are addressing an issue. Where that does not happen, of course, we then have an individual that we want to cite and I am going to give that recognition to Mr Tohti for his incarceration, which is just unfounded and unjustified.

But what is the issue here? It is this issue of China, the big global elephant in the room. Even this week, in terms of Mr Juncker's speech in this Chamber, he did not once mention that country. Now we could take a leaf out of Mr Trump's lexicon and I am no big supporter of Mr Trump, but in the last few weeks he has actually challenged the 'One China' policy, which is universally recognised around the world, and he is prepared to actually stand up to that country. I am going to cite that in this Chamber this morning and suggest that if the EU is serious about this, it needs to take a leaf out of that book and learn from it.

Thomas Mann (PPE). – Frau Präsidentin! Der sogenannte Acht-Punkte-Plan der Chinesen hat zu einer Tragödie in Tibet geführt – Kollegen haben darauf hingewiesen.

Das weltweit bedeutendste und einflussreichste Institut des Buddhismus, Larung Gar, wurde zu großen Teilen zerstört. Unter dem Vorwand, die Brandschutzregeln seien nicht eingehalten worden, wurden Nonnen und Mönche gezwungen, das Kloster zu verlassen. Seit Juli sorgen lokale Behörden dafür, dass Gebetsräume und Häuser dem Erdboden gleichgemacht werden. Ausgerechnet an dieser Stätte, wo der Buddhismus friedvoll praktiziert wird. Der Versuch, die widerrechtliche Vorgehensweise zu vertuschen, misslang gründlich. Trotz der Blockade von Informationen gelangten Fotos an die Öffentlichkeit. Die Interessengruppe des Europäischen Parlaments unterstützt ausdrücklich die heutige Entschließung, welche die chinesischen Verantwortlichen auffordert, endlich die Aktivitäten einzustellen. Freie Religionsausübung ist ein Grundrecht: Repressionen gegenüber den Tibetern müssen aufhören. Willkürliche Festnahmen, Zwangsumsiedlungen und die sogenannte patriotische Umerziehung rauben den Tibetern jegliche kulturelle Identität. China muss endlich Einsicht zeigen.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, podporuji výzvu k zastavení demolic v tibetském Larung Garu. Se znepokojením pozorujeme, jak se Čína pokouší omezit svobodný rozvoj náboženství a nezávislého duchovního života nejen zde, ale i jiných náboženství a právě také v tomto ohromném institutu, klášterním městě Larung Gar.

Demolice a vyhánění mnichů pod záminkou sanace přelidněného místa je vážným narušením tibetské kulturní autonomie. Pokud bychom si mysleli, že kláštery za hranicemi tibetské autonomní oblasti se těší větší svobodě, není tomu tak. Jako místopředsedkyně Výboru pro kulturu a vzdělávání vnímám nejen lidskoprávní aspekt tohoto problému, ale také kulturní dimenzi. Tibetská kultura, tibetský budhismus a místa s nimi spojená jsou významným světovým kulturním dědictvím a inspirací pro mnoho lidí i na Západě. Čína by si měla uvědomit, že s těmito statky nemůže nakládat svévolně, ale musí je chránit a pečovat o ně.

Takzvaný tibetský separatismus, o kterém Čína pořád mluví, je ve skutečnosti jen nenásilnou snahou o kulturní a náboženskou autonomii, která má naši podporu.

Csaba Sógor (PPE). – Madam President, when the Chinese authorities began arbitrarily bulldozing thousands of homes in Larung Gar, it was not only buildings that were destroyed in the process but, more importantly, thousands of lives.

At least 2 000 residents have been expelled without any compensation and forced to sign documents pledging that they will not return. Many of them were forcefully evicted to far-off desolate camps. Nuns Rinzin Dolma, Semga and Tsering Dolma, who committed suicide because of harassment by the authorities, were only the last to join the depressing numbers of victims of Chinese repression – including more than 140 Tibetans who have set fire to themselves since 2011.

The European Parliament is right in urging the Chinese government to reverse course, stop the demolitions and evictions and permit the practice of Buddhist faith and Tibetan culture without interference.

„Catch the eye" eljárás

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, ήθελα να πω στην κυρία Vallina, η οποία δεν είναι εδώ, ότι αυτό που δεν έκανε ήταν να εγγράψει και να αναφέρει στην έκθεσή της τις δραστηριότητες που κάναμε για τις γερμανικές αποζημιώσεις. Δεν έγραψε λοιπόν τίποτε για την απόρριψη των προτάσεών μου σε σχέση με τη δημόσια ακρόαση για τις γερμανικές αποζημιώσεις και δεν έγραψε τίποτε για την απόφαση της Επιτροπής να προχωρήσει και να θεωρηθεί παραδεκτή η αναφορά για τις γερμανικές αποζημιώσεις μετά από πρόταση μου τον Οκτώβριο του 2015.

Κυρία Πρόεδρε, όταν σας ζήτησα τον λόγο, σας ζήτησα τον λόγο επί προσωπικού και όχι για διαδικαστικό και έπρεπε να μου δώσετε τον λόγο. Εσείς αντί να βάλετε τάξη στους συναδέλφους οι οποίοι δεν με άφηναν να μιλώ, μου κάνετε και παρατηρήσεις ότι δήθεν αμαυρώνω τη συζήτηση! Αυτό δεν είναι ορθή διαδικασία από την πλευρά σας, διότι εγώ ήθελα να υπερασπιστώ εν προκειμένω την τιμή μου και την υπόληψή μου από αυτά που είπε η κυρία συνάδελφος.

Elnök asszony. – Természetesen meg kellett volna védenem Önt. Természetesen most meg le kellett volna állítanom Önt, hiszen ez a téma nem az a téma, amihez Ön „catch the eye" eljárásban jóhiszeműen tőlem szót kapott, és visszaélt azzal, hogy én a szót megadtam, de Önnek képviselőként joga van arról beszélni, amiről óhajt egyébként a „catch the eye" eljárásban természetesen.

Most pedig a listámon még Turmes képviselő úr van felírva. Ön jelentkezett hozzászólásra, vagy csak félreértelmeztük a jelzést?

Igen, rendben van.

Claude Turmes (Verts/ALE). – Madame la Présidente, chers citoyens de la Chine, chers dirigeants chinois, le XXIe siècle sera un siècle avec beaucoup de tensions, de stress, de bouleversements et d'accélérations.

Des lieux où l'on peut s'asseoir et respirer calmement, où l'on peut s'enraciner, où l'on peut sortir du tracas de tous les jours, où l'on peut méditer, ce sont des lieux qui sont importants et, cher peuple chinois, vous qui sortez d'une tradition spirituelle millénaire, vous, qui – peut-être plus que tout autre peuple – êtes propulsés avec une vitesse incroyable dans une modernité frénétique, en détruisant les monastères, en persécutant ceux qui, au Tibet, ne font rien d'autre que de chercher la spiritualité, le calme, un meilleur monde, vous êtes en train de détruire ce dont vous avez, vous, en tant que peuple chinois, peut-être le plus besoin demain.

(A „catch the eye" eljárás vége)

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, the European Union is concerned at the deteriorating status of human rights in China, not least with regard to the rights of ethnic and religious minorities in Tibet and Xinjiang. The European Union upholds its one-China policy, while regularly calling upon the Chinese authorities to address the concerns of Tibetans and Uighurs through dialogue. This includes non-use of force, allowing peaceful protest and respecting human rights.

The European Union has continued to emphasise to China the importance of fostering dialogue with, and between, different ethnic groups and, in the case of Tibet, of resuming a meaningful dialogue with the Dalai Lama's representatives.

The demolition of the Larung Gar Buddhist academy and the expulsions and so-called 'patriotic re-education' of monastic individuals are a matter of considerable concern to us. According to the Chinese authorities, the demolitions are for health and safety reasons. However, the religious leaders and the monks and nuns concerned were not consulted. The lack of information and dialogue, and the restrictions placed on access to Larung Gar and on the movement of nuns and monks in the area, have been causing much distress in the community and have even prompted suicides.

The European Union underlines that, while safety and health concerns may be legitimate, they should not be used as a pretext for repression or forced displacements of religious adherents.

What about Ilham Tohti? Professor Tohti worked peacefully within Chinese law to promote equality and understanding between different ethnic groups. The European Union believes that the charges against him were unwarranted and that the due process of law was not respected during his trial, especially regarding his right to a proper defence. The European Union considers his life sentence for separatism to be completely unjustified. We call for the immediate and unconditional release of both Professor Tohti himself and the students detained in connection with his sentencing.

We urge the Chinese authorities to respect the rights to freedom of expression, religion and belief of all persons belonging to minorities in line with Chinese international and human rights commitments and its own constitution.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra a viták végén kerül sor.

4.2. Lage der Minderheit der Rohingya in Myanmar/Birma

Elnök asszony. – A következő napirendi pont vita hét, a rohingya kisebbség helyzete Mianmarban c. állásfoglalásra irányuló indítványról (2016/3027(RSP))

Amjad Bashir, *author.* – Madam President, let me start by expressing my gratitude to my colleagues for their help in giving the plight of the Rohingya people the attention they deserve. Their situation is a shocking reminder that, though Westerners live in a time of unsurpassed wealth and prosperity, for some human beings even living in Third World conditions would be an improvement over how they are forced to live now. Recent reports go so far as to refer to instances of ethnic cleansing. This is spine-chilling when one thinks of what happened just a stone's throw away from here, in Bosnia 20 years ago.

It is high time for the Government of Myanmar to stop hiding behind excuses to gloss over the unspeakable abuses taking place. They range from the deliberate destruction of property to rape and outright murder. If it wants to be a respected member of the international community, Myanmar must play its part in ending the violence. It must end social discrimination and take steps to ensure that the universal rights of the Rohingya people are fully guaranteed. In addition, international observers must also be given the access needed to monitor living conditions. Ultimately, citizenship must be restored to the Rohingya, giving them access to health care, education, property, marriage rights and jobs. Immediate action must be taken to end the oppression and prevent more children from being born into the miserable conditions they are forced to live in today.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Molly Scott Cato, *author.* – Mr President, as my colleague has already mentioned, the Rohingya community have suffered discrimination and violence in the country of Burma for many years, and so I welcome the fact that we are able today to agree this urgency resolution in this House. The current wave of violence and repression has been described as ethnic cleansing, a term that should fill us all with dread in this continent as we have experienced it all too recently, and it has also been described as involving crimes against humanity.

In our resolution we urge the country of Bangladesh, which has already provided refuge to many thousands of Rohingya who are fleeing Burma, to keep their border open and we call on the international community to support the Government of Bangladesh in offering refuge. We also call upon the Government of Myanmar, which must stop the repression, condemn violence against the Rohingya and allow international observers into the area. We call too on the EU governments to always view their relationship with Myanmar through the lens of human rights.

Marie-Christine Vergiat, *auteur.* – Monsieur le Président, les trois attaques au poste frontière près du Bangladesh ont servi de prétexte à l'armée birmane pour lancer une nouvelle vague de répression contre les Rohingyas. Les ONG parlent de destructions massives de maisons, d'autres bâtiments et même de villages entiers, poussant la population rohingya à fuir une nouvelle fois. On fait état de 25 000 Rohingyas arrivés au Bangladesh et de 30 000 déplacés.

Ces événements mettent une nouvelle fois en lumière les discriminations récurrentes dont sont victimes les Rohingyas et rappellent les violences de 2012 et de 2015. Dans son rapport de juin 2016, le haut-commissaire aux droits de l'homme de l'ONU est sévère. Il dénonce, à juste titre, la privation arbitraire de nationalité, les menaces sur leur vie et leur sécurité, les dénis des droits les plus fondamentaux, comme la santé et l'éducation, le travail forcé, les violences sexuelles et les limitations de leurs droits politiques. Depuis mars 2015, les Rohingyas sont privés de leur *white card* (carte d'identité provisoire), et les enfants de certificat de naissance depuis 2012, ce qui en fait des apatrides institutionnels.

L'arrivée au pouvoir de la Ligue nationale pour la démocratie et la nomination de Aung San Suu Kyi, prix Nobel de la paix, comme conseillère spéciale – elle n'a pu être nommée Premier ministre du fait de son mariage à un étranger –, n'ont rien changé. L'attitude des pays voisins aggrave la situation. Le Bangladesh refoule de plus en plus systématiquement les Rohingyas, la Thaïlande instrumentalise la situation, parle de génocide, alors que les Rohingyas y sont tout autant persécutés. On se rappelle les charniers découverts en 2015 en Thaïlande et, surtout, en Malaisie.

La mise en place d'une commission de travail, sous la houlette de Kofi Annan, sur les enjeux du développement dans l'État de Rakhine peut être une source d'espoir, à condition que cette commission puisse se pencher sur les violations des droits de l'homme. Il en va de même des pourparlers de paix qui doivent avoir lieu en février 2017, si les Rohingyas en sont partie prenante et donc considérés comme une partie du peuple birman.

Il y a urgence à mettre en place une commission d'enquête indépendante sur ce qui s'est passé en octobre 2015. Le dialogue UE-droits de l'homme doit être utilisé pour faire pression sur les autorités birmanes, pour faire modifier la loi de 1982 sur la nationalité, tout comme les lois dites de protection des races et les religions – tout un programme – qui ont été adoptées en septembre 2015. Le SGP, tout comme la négociation de l'accord d'investissement, sont d'autres instruments à la disposition de l'UE, au même titre que le dialogue avec les parlementaires birmans.

Oui, la situation est difficile. Oui, quelques progrès ont été réalisés, mais le pouvoir militaire reste omniprésent. Nous ne pouvons nous taire. Il appartient aux institutions européennes d'agir en utilisant tous les moyens à leur disposition pour faire cesser les discriminations et les massacres de Rohingyas.

Jeroen Lenaers, *author.* – Mr President, let me also take this opportunity to welcome the Ambassador of Myanmar, who was present here today, and also thank the delegation of the Parliament of Myanmar for their visit to Brussels last week. I think this is a showing of willingness to engage in a constructive dialogue with us, and constructive dialogue is exactly what we need at the moment.

We are, as all our colleagues have said, extremely worried about the discrimination and the repression of the Rohingya minority in Myanmar who suffer, in the words of the UN High Commissioner Al-Hussein, from: deprivation of nationality which renders them stateless; severe restrictions on freedom of movement; threats to life and security; denial of the rights to health and education; forced labour; sexual violence; and limitation on their political rights.

Last year we hailed the elections in Myanmar as a historic moment and an important step towards an inclusive democracy. That was one year ago; we now urgently need to see a commitment from the Myanmar Government, a commitment to the basic human rights of all its citizens.

Urmas Paet, *author.* – Mr President, we had the resolution on the Rohingyas in July this year. There has been no improvement in their situation; it has actually got much worse. The Rohingyas are facing serious human rights abuses, indiscriminate reprisal attacks, security forces firing at villages, the torching of entire villages and people carrying out arbitrary arrests and raping women and girls.

We do not have all the information because Myanmar does not allow international observers into the region, but we have satellite images, pictures and videos of burned bodies, and testimonies from abused people. With all of this going on in Myanmar, people are frantically fleeing to Bangladesh, only to be pushed back, which is a violation of international humanitarian law.

We must acknowledge that the Myanmar Government has not done much to help the situation of the Rohingyas. Also, Aung San Suu Kyi, a Sakharov and Nobel Prize winner, has not been helpful in her capacity. We cannot just watch these atrocities happen; the EU must use all the influence and means it has to bring an end to the abuse of the Rohingyas and those responsible for the attacks must be brought to justice.

Ana Gomes, *Autora*. – Senhor Presidente, se o Governo saído de eleições em Mianmar quisesse construir a democracia no país, teria de ter um plano de combate à discriminação dos Rohingya e de outras minorias étnicas e religiosas.

Mas a estigmatização e a violação sistemática dos direitos humanos das minorias e, em particular, dos Rohingya no Estado de Rakhine agravou-se com execuções arbitrárias, aldeias incendiadas e violações em massa – enfim, uma verdadeira limpeza étnica.

O Governo anuncia uma comissão de inquérito, mas tem de permitir acesso e investigação independente e internacional.

Lamento profundamente ter de o dizer, mas a laureada Sakharov e Nobel Aung San Suu Kyi tem acrescidas responsabilidades enquanto membro deste governo. Depois de tanto tempo e de tanta violência, continuamos à espera de que atue para proteger os Rohingya, facilite o acesso das organizações internacionais ao Estado do Rakhine e proponha as reformas legislativas e outras necessárias, nomeadamente a restauração da cidadania para os Rohingya.

A União Europeia tem de pressionar o Governo de Mianmar a acabar com a violência contra as minorias e a criar condições para uma genuína reconciliação nacional. Tem também de pressionar o governo do Bangladeche a parar de retornar forçadamente os Rohingya quando se refugiam no seu território.

Tomáš Zdechovský, *za skupinu PPE*. – Pane předsedající, v Evropské unii je pro nás samozřejmostí, že děláme všechno pro to, aby nebyly menšiny žijící na našem území diskriminovány, natož pronásledovány či stíhány.

To vše se ale neděje ve všech částech tohoto světa, jako například v Barmě nebo chcete-li Myanmaru. Je naprosto nepřípustné, jak je se zdejší muslimskou menšinou Rohingyů zacházeno. Její členové jsou bezdůvodně zabíjeni a jejich práva jsou naprosto omezována.

Jsem tedy rád, že máme tuto rezoluci, která je apelem na barmskou vládu, aby nejen posílila dodržování lidských práv ve své zemi, ale také zamezila jakémukoliv vyjadřování náboženské či rasové nenávisti, především vůči menšině Rohingyů. Evropská unie považuje Barmu za svého partnera a do budoucnosti s ním chce určitě spolupracovat. Ale takováto spolupráce není možná v případě, že budeme přehlížet toto porušování lidských práv.

Afzal Khan, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I am glad that the concerns of human rights violations are finally finding space on the agenda of Myanmar's Government. However, harassment, killings, religious persecution and other discrimination against Rohingyas continue. The establishment of a commission of inquiry into the cases of these violent attacks is welcomed, but we expect more concrete actions from the Burmese authorities, and especially from Mrs Suu Kyi. Security forces need to be brought under control and held to account. Otherwise, the democratic gains made in the country risk being rolled back again.

It is time to speak of a political solution for this community. Rohingyas must be recognized as an official ethnic group and granted full rights as Burmese citizens. The European Union must also push neighbouring countries to address the condition of Rohingya refugees to ensure that they are not turned back and are integrated into society. The situation of the Rohingya population is a major test for the new democratic Government of Myanmar.

Dita Charanzová, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, this is not the first time we have discussed the plight of the Rohingya in this House. What more can I say, other than that we need to continue demanding that the Burmese Government do its duty and protect – instead of persecute – these people? Whether or not you view them as your citizens, you have a duty: a duty to protect the lives and livelihoods of people who reside on your territory. These people are not foreigners. The vast majority are people who were born and raised in Myanmar, as were their fathers and mothers before them. Sadly, if the Burmese Government does not do its duty, they are likely to perish not peacefully, as all humans should, but instead at the hands of their fellow countrymen and the military. The Rakhine State is, and always will be, part of Myanmar. It is time the Rohingya can truly feel that they are part of that State.

Edouard Ferrand, *au nom du groupe ENF.* – Monsieur le Président, chers collègues, chacun est sensible au sort de cette population persécutée en raison de son identité, mais il faut également être particulièrement vigilant sur les initiatives d'instrumentalisation de leur sort. Ainsi en est-il de l'Organisation de la coopération islamique, dont on connaît le rôle nocif dans la radicalisation des sociétés musulmanes, sous la coupe de l'Arabie saoudite. Mais le prédicateur islamiste al-Zawahiri s'était également emparé de la question en appelant au djihad en leur faveur.

C'est pourquoi, vu ce que nous avons observé en Bosnie-Herzégovine ou ailleurs, j'invite le Parlement européen, sur cette question, comme sur bien d'autres, à davantage de circonspection.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, the Rohingya continue to suffer persecution, arbitrary detention, torture, forced displacement, abuse and severe legal, economic, social and religious discrimination in Myanmar. They continue to be arbitrarily deprived of their citizenship and therefore remain stateless. Their inhumane conditions must come to an end. Undoubtedly, human rights abuses against the Rohingya communities and refugees constitute a threat to regional security in South-East Asia, and a lasting solution to their extremely vulnerable situation can only be found in a regional framework with the participation of all countries concerned.

At the same time, we have to address this issue in a very balanced way, considering outside extremist influences. I therefore support the call on the Government of Myanmar to investigate and, through concrete steps, to counter all forms of persecution, arbitrary detention, torture, forced displacement, abuse and discrimination against the Rohingya, to fulfil its responsibility to protect them against violent attacks, intimidation and harassment, and to solve the problem of their legal citizenship status.

Dominique Bilde (ENF). – Monsieur le Président, État souverain, la Birmanie est aussi un pays mosaïque composé de diverses minorités religieuses, dont les musulmans dits rohingyas, mais aussi les chrétiens du peuple Karen qui n'ont jamais intéressé les moralistes que vous êtes.

Prix Nobel de la paix et prix Sakharov, Aung San Suu Kyi est la personne idoine pour apaiser les tensions en Birmanie.

Il serait temps que l'Union européenne tire les leçons de ses erreurs passées.

Dès que nous intervenons quelque part, au nom de notre conception des droits de l'homme, les drames s'accumulent. Dernièrement, la Syrie et la Libye ont sombré, accélérant la crise démographique qui menace nos nations d'une invasion migratoire.

En outre, le cas des Birmans dits Rohingyas est révélateur d'une réalité méconnue ou plutôt occultée: la vitalité de l'oumma. Des islamistes radicaux des banlieues françaises partent aider ces populations uniquement en raison de leur appartenance religieuse. L'association BarakaCity intervient aussi en Syrie; certains de ses membres sont soupçonnés de sympathie profonde pour l'État islamique.

Pour toutes ces raisons, je demande au Parlement de respecter la souveraineté de la Birmanie.

Procedura catch-the-eye

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, έχουμε συζητήσει αρκετές φορές για την καταπίεση της μειονότητας των Ροχίνγκια στη Μιανμάρ, όπου γίνεται πλέον ανοιχτά παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και υφίσταται διώξεις η συγκεκριμένη μειονότητα. Βασικοί νόμοι της χώρας παραβιάζουν πλέον τις διεθνείς συμβάσεις: ο ποινικός κώδικας, ο νόμος που απαγορεύει τις ειρηνικές συναθροίσεις και τις ειρηνικές διαδηλώσεις, ο νόμος για τις τηλεπικοινωνίες, ο νόμος για τα μέσα μαζικής ενημέρωσης. Επιπλέον, πάνω από 130.000 εκτοπισμένοι Ροχίνγκια παραμένουν στα στρατόπεδα σε άλλες περιοχές, ενώ οι αρχές της Μιανμάρ έχουν καταστήσει ανεπαρκή την πρόσβαση της ανθρωπιστικής βοήθειας στις περιοχές. Απέναντι στη συνεχή παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων των Ροχίνγκια οι αρχές της Μιανμάρ θα πρέπει επιτέλους να δώσουν ένα τέλος στη μορφή θρησκευτικού και φυλετικού μίσους, ενώ η Ευρωπαϊκή Ένωση θα πρέπει να καταδικάσει κάθε μορφή διάκρισης σε βάρος τους.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já chci podpořit toto usnesení a i to, jak vystupují moji kolegové. Na druhou stranu chci vyjádřit určitou skepsi. Já jsem k tématu Rohingyů vystupoval na půdě tohoto parlamentu před několika měsíci. My jsme přijímali podobné usnesení, které jasně vyjadřovalo a vyjadřuje to, jak jsou Rohingyové diskriminováni ve své zemi, v Barmě. Po několika měsících je situace stejná a naopak ještě horší.

Po incidentu 9. října se situace této menšiny výrazně zhoršila a oblast, kde tito lidé žijí, je vládními vojsky uzavřena. V zásadě máme pouze přenesené informace. Já jsem připraven toto usnesení opět podpořit, ale musím zde otevřeně říci, že jsem velmi zklamán z toho, jak se vláda Barmy v tuto chvíli chová. Jsem velmi zklamán z toho, že nositelka Sacharovovy ceny, paní Su Ťij, v zásadě nedělá nic pro zlepšení situace této menšiny a obávám se, že toto usnesení asi velký posun nepřinese. Takže je třeba vyvinout mnohem větší mezinárodní tlak na Barmu, aby se začala situací této menšiny aktivně zabývat.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, the current upsurge of violence in northern Rakhine State, resulting in the loss of lives, population displacement, interruption to humanitarian aid, and reports of grave human rights violations are a deeply worrying development. The European Union has consistently called on the Government of Myanmar to guarantee respect for human rights and pursue durable solutions, including on the status of the Rohingya.

The EU Ambassador was part of the first diplomatic mission which, in early November, visited the affected areas after the outbreak of violence. On 20 and 24 November 2016, EU Special Representative for Human Rights, Stavros Lambrinidis, travelled to Myanmar for the Third EU-Myanmar Human Rights Dialogue. He also met with State Chancellor, Aung San Suu Kyi and the Commander-in-Chief of the Myanmar armed forces.

With these interlocutors, the European Union Special Representative called for the urgent resumption of humanitarian assistance in northern Rakhine State and the setting up of an independent, credible investigation into the 9 October assaults and subsequent operations. He underlined the need for transparency to address allegations of severe human rights violations and emphasised the continuity of initiatives launched by the State Chancellor to tackle the underlying issues in Rakhine State.

With the Commander-in-Chief, Mr Lambrinidis urged a proportionate response to violence, a requirement under international humanitarian law. ECHO Director Androulla Kaminara visited Myanmar during the same period. In her meeting she strongly called for full humanitarian access to northern Rakhine State, where the suspension of activities has deprived some 130 000 vulnerable people of life-saving assistance for over two months now.

On 2 December, the EU issued a statement reiterating the call for the immediate resumption of humanitarian activities in the area. While the formation of an investigation commission is a welcome step, its objectivity remains to be seen. It is equally important that those fleeing violence in Myanmar are not deported or turned back by Bangladesh, but are provided with assistance and protection until the situation in Myanmar allows for their safe return.

In response to regional pressure, Myanmar has called for an extraordinary meeting of ASEAN Foreign Ministers on 19 December to discuss Rakhine State. Steadfast EU advocacy has contributed to the resumption of humanitarian activities, albeit limited, and we will continue to reach out to Myanmar. We stand ready to consider further humanitarian assistance for northern Rakhine State, based on the independent needs assessment of our partners. The EU will also continue our human rights cooperation with Myanmar, including in the United Nations Human Rights Council.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà giovedì 15 dicembre 2016

4.3. Massengräber in Irak

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione su sette proposte di risoluzione su Fosse comuni in Iraq1 (2016/3028(RSP)).

1Vedasi processo verbale.

Charles Tannock, *author.* – Madam President, many of us have used the term 'shocking' to describe the discovery of mass graves in Iraq, but tragically their discovery only confirms our worst fears: ISIS has carried out the most horrendous crimes against humanity, in a campaign that bears all the hallmarks of a genocide, particularly for Yazidis.

In order to at least attempt to achieve justice for the victims and their families, it will be important to secure the sites as much as possible. Although we must be mindful of the limited resources and difficult circumstances that those on the ground militarily face in trying to do this. Such crimes and atrocities, unfortunately, are not unique to either Iraq or to ISIS. As the Syrian Army concludes its campaign to retake Aleppo, harrowing accounts of summary executions against innocent civilians are already beginning to surface. As the battle for Mosul continues, particularly as it reaches its most difficult stages of street-to-street combat, I fear that such atrocities will become only too familiar in the Middle East.

Heidi Hautala, *author.* – Mr President, the European Union and its Member States must immediately define the atrocities against Yazidis as genocide and the EU must bring the Daesh criminals to justice, possibly applying the principle of universal jurisdiction. Daesh crimes are appalling and target not only, but especially, Yazidi women and girls in Iraq. They are victims of torture and sexual slavery. We heard a first-hand testimony in this Parliament when the Sakharov Prize was awarded to Lamiya Aji Bashar and Nadia Murad.

The UN Secretary-General has found out that Daesh has raped women in pursuit a plan of self-perpetuation, and that women's bodies are being used as biological weapons to alter the demography of the region. These women, wounded and sick in battle, need a full range of options for medical care to be provided to them, in accordance with international humanitarian law. Our partners working on the ground need to know that we stand firmly behind our position and that international humanitarian law has to be fully respected.

Javier Couso Permuy, *autor.* – Señor Presidente, apoyamos sin reservas la investigación y persecución de los terribles crímenes cometidos por los terroristas del Dáesh en Irak. Siempre hemos apoyado la persecución de los crímenes de guerra, especialmente tras la invasión ilegal de Irak en 2003, cuya destrucción del Estado iraquí fue el abono perfecto para la irrupción del extremismo terrorista. Por eso es importante aprender de los errores.

Hemos añadido dos enmiendas para mejorar esta Resolución: una que condena las intervenciones militares de los últimos años en Oriente Medio, como garantía de no repetición, y otra que recuerda que el mejor apoyo al pueblo de Irak para combatir el terrorismo es ahogar su financiación, detener el contrabando de petróleo que sigue saliendo por Turquía, dejar de armar a los países de la zona. Armas que, curiosamente, luego aparecen en manos de terroristas. Y advertir a los Estados que dejen de usar la carta terrorista como forma de injerencia y desestabilización.

Tunne Kelam, *author.* – Mr President, Commissioner, Daesh has systematically murdered thousands of civilians and with the Iraqi advances towards Mosul, more and more mass graves are being discovered. They testify that crimes against humanity and war crimes are an essential part of radical Islam. We appeal to the UN Security Council and international organisations to consider Daesh-caused mass graves as additional evidence of genocide. It is urgent to refer Daesh, as a criminal organisation, to the International Criminal Court.

It is important that these graves be preserved and that analyses be conducted to identify victims as well as perpetrators. The EU should also provide the expertise, means and assistance to do this. In the meantime, the Iraqi authorities have a responsibility to protect civilians during the anti-Daesh campaign, to avoid further human rights violations and vengeance.

Gérard Deprez, *auteur.* – Monsieur le Président, Daech est un monstre, un monstre criminel, personne n'en doute. En plus des témoignages des victimes encore vivantes, les fosses communes que l'on découvre tous les jours en Syrie et en Iraq en témoignent de manière tragique.

Daech est un monstre criminel, coupable de génocide, coupable de toute la panoplie des crimes contre l'humanité, dont les initiateurs, les responsables, les financiers, les complices et les exécutants devront rendre des comptes devant la justice internationale.

Mais les monstres criminels ont aussi d'autres visages. Comment nommer autrement ceux qui, aujourd'hui, écrasent sous les bombes les femmes et les enfants d'Alep? Comment appeler autrement ceux qui, aujourd'hui, affament leur population et bombardent les hôpitaux, au mépris de toutes les lois de la guerre?

Devant de telles atrocités, les déclarations ne suffisent pas. Je demande au Conseil européen, réuni aujourd'hui, de ne pas se contenter de communiqués de presse, mais de prendre des décisions, de faire enfin comprendre à Vladimir Poutine qu'il a dépassé les bornes et que l'Union européenne n'en supportera pas plus.

Je suis fier d'être européen, je ne veux pas commencer à en avoir honte.

Pier Antonio Panzeri, *autore.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Daesh è da tempo protagonista di atroci crimini contro l'umanità. Le immagini di violenza e di sopraffazione delle minoranze, nonché la distruzione di luoghi sacri, sedi di patrimonio culturale di inestimabile valore sono il simbolo della cieca rabbia di questi terroristi che vogliono cancellare tutto ciò che si discosta dal loro dettame integralista.

La popolazione yazida è tra le principali vittime della strategia di pulizia etnica che abbiamo il dovere di classificare con il termine di genocidio. Quando, nel 2014, Daesh ha conquistato la regione di Sinjar, tra Mosul e la frontiera siriana, ha dimezzato la minoranza yazida, uccidendo gli uomini e violentando e vendendo come schiave le loro donne. Sono settantadue le fosse comuni scoperte nella regione e sono circa 15 000 i corpi ritrovati.

Martedì, il Parlamento europeo ha assegnato e consegnato alle due giovani donne yazide il premio Sacharov perché possano portare avanti e vincere la battaglia a difesa del loro popolo. Noi dobbiamo essere in campo con questa risoluzione per garantire il rispetto dei diritti umani e portare a giudizio, nel quadro della Corte penale internazionale, i responsabili di tali crimini contro l'umanità.

Jonathan Arnott, *author.* – Mr President, these mass graves tell a powerful tale of unspeakable cruelty, a barbarism of the type which we thought and had hoped had been wiped from the face of the earth last century with the total and utter collapse of the ideologies of those such as Stalin and Hitler. Every single person who is tortured to death in custody, every rape, every murder, every unspeakable act of brutality, puts our world to shame. Every genocidal act seems to drive the innocent Yazidis from the face of this earth and seeks to murder those of so many religions.

Even as ISIS is being driven from Mosul in Iraq, even as that scourge is being removed, supposedly never to return, we see a chilling reminder that many of those same people who terrorised Mosul have gone to Palmyra in Syria, which was supposedly liberated just months ago, to force the same unspeakable horrors upon that ancient city once again.

In Iraq, there may be glimmers of hope; we may speak of war crimes and justice, of a response to the utter inhumanity of what happened and to what is happening there still. Those who are dead may never be brought back to life, but what we can do is seek justice and seek a world in which these things never happen again. Yet we see that however bad the situation in Mosul, the situation in Syria is even worse.

The international community simply must work together. We must drive this scourge and the barbarous ideology from our planet. It is so sad that every day that this continues, yet more lives are being lost, more people are being tortured, and more people are being murdered. We must do whatever we can to stop these barbaric acts.

Pavel Svoboda, *za skupinu PPE*. – Pane předsedající, pane komisaři, je zřejmé, že takzvaný Islámský stát prováděl a provádí zločin genocidy. Pokouší se systematicky likvidovat příslušníky náboženských menšin, které na různých místech Iráku nebo Sýrie žily po staletí nebo tisíciletí. Vedle likvidace ISIS a humanitární pomoci obětem je třeba zajistit, aby tyto zločiny nezůstaly nepotrestány.

Myslím, že je zde prostor pro Evropskou unii, která bohužel zatím není dostatečně vojensky akceschopná, ale může zásadním dílem přispět k tomu, aby bylo shromážděno maximální množství důkazů o zločinech ISIS, aby byla zachována pravidla mezinárodního humanitárního práva na osvobozených územích a aby se navracejícím se obyvatelům dostalo všech jejich práv tak, aby mohli znovu plnohodnotně obnovit svoji existenci.

Josef Weidenholzer, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich werde diesen Moment nie vergessen, im Juni dieses Jahres im Sindschar-Gebirge. Meine jesidischen Freunde hatten mich an einen Ort abseits einer Hauptstraße geführt. Dort waren die Überreste von mehreren hundert Menschen verscharrt. Niemand weiß, warum sie hier getötet wurden. Sie waren auf der Flucht, und sie standen Daesh im Weg. Das ist einer von vielen Orten im Irak und in Syrien. Noch sind es namenlose Orte – Orte, die einen Namen bekommen müssen und einen Namen bekommen werden, wenn die Geschehnisse aufgeklärt und die Beweise sichergestellt sind, so wie in Katyn, Babi Jar, Lidice und Oradour.

Über die Verbrechen darf kein Gras wachsen, es müssen Stätten der Erinnerung werden. Das sind wir den Menschen schuldig, die hier ermordet wurden. Und das ist notwendig, damit die Menschen ein neues Leben in der Region führen können. Und – geschätzte Kolleginnen und Kollegen – es ist ein Menschenrecht, würdevoll bestattet zu werden.

Bas Belder, *namens de ECR-Fractie*. – Huiveringwekkend én alarmerend is het gegeven dat Irak waarschijnlijk het enige land ter wereld is met een officiële "Society for the Preservation of Mass Graves". Dat brengt ons bij het schrikbarende gegeven dat de massagraven van IS een voortzetting zijn van een bestaande moorddadige praktijk: de massagraven uit het tijdperk-Saddam Hoessein en daarna van Al-Qaida. Maar ook het sjiitische kamp in Irak heeft oorlogsmisdaden en massagraven op zijn geweten in de inter-islamitische tweestrijd met de soennieten. Dat geldt zowel voor de Iraakse leger- en politietroepen als voor hun sjiitische bondgenoten, de moord- en roofzuchtige milities van het "Volksfront". Met deze situatie voor ogen - een algemene wraaksfeer - houd je je hart vast voor nieuwe massagraven in Irak na de bevrijding van Mosul. Dat is de realiteit.

Petras Auštrevičius, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, the mass graves in Iraq hint at the true scale of the inhuman atrocities committed by so-called ISIS and Daesh criminals against civilians in the Middle East. I strongly condemn these murderous acts. Allow me to express my most sincere condolences to the families of the victims. We need to stop impunity and ensure accountability as the new graves are being discovered.

A transparent and impartial investigation against war crimes and crimes against humanity should be started. I call on the Iraqi Government to ratify the Rome Statute and to extend its cooperation with the International Criminal Court. An international criminal tribunal should be established by the United Nations and all possible assistance from the EU guaranteed. I think those atrocities which have been committed cannot be forgotten, indeed all colleagues who have spoken before emphasised this.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, évidemment, ce qui se passe vis-à-vis des chrétiens, des Yézidis, est absolument abominable.

Je tiens simplement à rappeler que, sous Saddam Hussein ou même sous Assad, la minorité chrétienne – je la connais bien – vivait en paix. Faut-il rappeler que, depuis 1991, trois millions de morts en Iraq sont dues à l'intervention occidentale? Faut-il rappeler également que, depuis le 11 septembre, deux millions de personnes ont trouvé la mort, dont 1,7 million en raison de nos sanctions?

Alors, je veux bien ces larmes, et moi je souffre avec les chrétiens puisque, plus particulièrement, j'avais un hôpital dans ce secteur, mais je veux souligner l'hypocrisie de certaines larmes, car n'oublions pas que ces pays ont été déstabilisés par nos interventions et que la démocratie n'a été qu'un prétexte.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, c'est en effet tout le problème de cette résolution commune, qui contient d'excellentes dispositions et qui, à juste titre, constate l'horreur de la situation en Iraq, dans la plaine de Mossoul, le génocide contre les Yézidis, le génocide contre les chrétiens d'Orient, qui sont les plus anciens habitants de cette région, et ceci sans aucune cause apparente.

Mais – et c'est la faiblesse de cette résolution –, elle ne s'adresse précisément qu'aux symptômes – les symptômes, aujourd'hui, ce sont les charniers – et elle remonte beaucoup moins aux causes. Comme l'a dit l'orateur précédent, il faut tout de même souligner que la cause principale de cette situation a été le chaos qui est résulté des interventions occidentales en général, américaines et anglo-saxonnes en particulier, contre des régimes, certes, autoritaires, mais qui avaient au moins le mérite de maintenir, dans cette zone, un relatif équilibre. On a voulu s'en prendre à ces régimes autoritaires et on a détruit, ce faisant, la seule force politique qui pouvait s'opposer à l'islamisme, à savoir le nationalisme arabe. La situation qui en résulte, c'est le chaos, c'est la haine contre le monde occidental, et nous en sommes, il faut bien le dire, en partie responsable.

Andrea Cozzolino (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono atrocemente noti i crimini di Daesh soprattutto contro yazidi e minoranze etniche in Iraq.

Perché le nostre parole non restino vuote, occorre garantire l'accesso e il lavoro di esperti internazionali, che raccolgano prove e dati sui crimini che possono celarsi nelle fosse comuni irachene. Il rischio da scongiurare è la cancellazione di prove cruciali per un futuro processo, oltre all'impossibilità di identificare i corpi delle vittime.

Nella nostra storia recente abbiamo vissuto genocidi e in tempi recenti, vent'anni fa, siamo rimasti inermi di fronte a crimini commessi alle nostre porte e ora viviamo con troppa indifferenza il dramma di Aleppo. Ieri abbiamo applaudito il coraggio di due ragazze. Da oggi abbiamo il dovere di rendere loro e al loro popolo giustizia, per questo è molto importante il dibattito e il confronto che stiamo sviluppando oggi.

Branislav Škripek (ECR). – Mr President, the Yazidi military forces recently discovered another mass grave that was not yet listed as it was in an active battle zone. It showed that this horrifying story is not yet at an end. At the same time, Human Rights Watch reported that aid for these same Yazidis in the southern part of Sinjar is blocked by the Peshmerga of the KRG of President Masoud Barzani. This is consistent with what we have heard from the Yazidis ourselves. I have seen myself that so many Yazidis are in refugee camps in Iraq and they need aid.

Can the Commission put serious pressure on the KDP in order to end the blocking of aid to Sinjar and to Syria? That is my question. Furthermore the continuous plundering of Isis recently hit the graveyards of the Chaldean Syriac Assyrians in Iraq. Desecration of the final resting place of human beings is widely seen as a crime. Plundering graveyards has a huge impact on living relatives, as it violates their integrity and honour. Therefore I call on the Commission to put the restoration of the graveyards into the EU aid programme after the liberation of Mosul.

Procedura catch-the-eye

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já podporuji toto usnesení, a to zvláště v těch částech, které upravují v zásadě právní otázky následného postupu při snaze odsoudit válečné zločiny Islámského státu.

Myslím si, že je velmi dobře, že v usnesení jsou takové teze, jako to, že by mezinárodní společenství mělo vyslat do Iráku forensní experty, kteří budou pomáhat při exhumaci masových hrobů a budou přispívat k tomu, aby se zajistily důkazy pro následné soudní řízení proti těm, kteří tyto zločiny proti lidskosti spáchali. Stejně tak důležité jsou ty části usnesení, které vyzývají Irák, aby se připojil k Mezinárodnímu trestnímu tribunálu, aby se stal signatářem této mezinárodní organizace, protože to je velmi důležité pro to, abychom opravdu mohli efektivně zločiny proti lidskosti, které páchají členové Islámského státu, odsoudit. Stejně tak důležitá je všeobecná výzva pro mezinárodní společenství soudit tyto zločiny všude ve světě podle principu univerzality trestního práva.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, στους δώδεκα μαζικούς τάφους που ανακαλύφθηκαν στην περιοχή Τιγκρίτ του Ιράκ πιστεύεται ότι βρίσκονται θαμμένα περισσότερα από χίλια εφτακόσια θύματα των τζιχαντιστών. Υπολογίζεται ότι υπάρχουν εκατοντάδες ακόμη μαζικοί τάφοι στις περιοχές που βρίσκονται υπό τον έλεγχο του ISIS. Ο αριθμός των επιβεβαιωμένων θυμάτων που μπορεί να βρίσκονται σε αυτούς τους τάφους είναι σοκαριστικός, καθώς ξεπερνάει τα δεκαπέντε χιλιάδες θύματα. Το ISIS δεν έχει κάνει καμιά προσπάθεια να κρύψει τις σφαγές που έχει διαπράξει. Το αντίθετο, προσπαθεί διαρκώς να φοβίσει τον κόσμο δημοσιοποιώντας βίντεο με αποκεφαλισμούς και βασανιστήρια, εξαπολύοντας ταυτόχρονα απειλές προς τη Δύση. Η απειλή των τρομοκρατών πρέπει να σταματήσει. Η Ευρωπαϊκή Ένωση χρειάζεται να λάβει μέτρα και κατά των αραβικών χωρών

που στηρίζουν το Νταές στη Συρία και κατά της Τουρκίας, η οποία επίσης στηρίζει το Νταές και βοηθάει τους τζιχαντιστές λαθρεμπόρους πετρελαίου. Η ειρήνη και η κοινωνική δικαιοσύνη πρέπει να εδραιωθούν στη Μέση Ανατολή. Είναι ζήτημα που μας αφορά όλους.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I am distressed to learn of ongoing discoveries of new mass graves in Iraq and Syria, which provide only an indication of the terror committed by ISIS/Daesh. I wish to use this opportunity to express my condolences to all those in Iraq who have lost relatives and to those who are still suffering as a result of the crimes against humanity and war crimes committed by ISIS/Daesh and its affiliates. I am particularly alarmed at the situation of women and children in this conflict, and I urge all international bodies to act to provide for their release and safety.

The protection, preservation and analysis of all mass graves in Iraq, as well as in Syria, are essential for the preservation and gathering of evidence of war crimes, crimes against humanity and genocide committed by ISIS/Daesh, and to hold the perpetrators of the crimes to account. Thus we must ensure that we protect said gravesites in order to prove accountability at a later date. As an EPP Christian Democrat, I want to condemn the continuous targeting, torture and murder of Christians around the world. I stand with them and it must cease.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, Daesh has committed unspeakable crimes and egregious violations of human rights in Iraq. As the Iraqi security forces advance in their operation to liberate Mosul, the true scale of Daesh atrocities is becoming apparent, with the troubling discovery of new mass graves. Daesh crimes have affected all Iraqis; however, some minorities have been particularly targeted, among them the Yazidi community. We all remember those horrific moments in August 2014 with the shocking exodus of the Yazidi population from Sinjar. Nadia Murad, the United Nations Office for Drugs and Crimes Goodwill Ambassador for the dignity of survivors of human trafficking, together with Lamiya Aji Bashar, winner of the Sakharov Prize 2016, have become the voice for the voiceless victims of human trafficking not just in Iraq, but around the world. We deeply admire their courage and strong determination.

Nadia and Lamiya can count on our full support in fulfilling their tasks as peace builders and as role models for women and girls. In the EU regional strategy for Syria and Iraq as well as the ISIL-Daesh threat of 16 March 2015, we put special emphasis on sexual and gender-based violence. The EU has been at the forefront of calling for the respect of the rule of law and human rights in Iraq, in particular the fundamental rights of minorities. We believe that the preservation of a multi-ethnic and multi-confessional Iraqi society is the only way to put an end to the vicious circle of violence and to promote reconciliation. It is essential to bring people to account for committing atrocities such as those that befell communities in Iraq at the hands of Daesh.

In this regard, the EU is willing to support a global campaign to bring Daesh to justice, as suggested by the UK, Belgium and Iraq, and the idea of the independent investigative commission on Daesh crimes. As we speak, reports are appearing of reprisals and executions carried out against civilians and even humanitarian workers in eastern Aleppo, by forces who claim they are fighting terrorism but are themselves spreading terror among communities they are attacking. We want to underline here that those responsible will be held accountable for their actions. Such war crimes will not be left unrecorded or unpunished and the perpetrators need to be aware of that now.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà giovedì 15 dicembre 2016.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Илхан Кючюк (ALDE), *в писмена форма*. – За съжаление екстремистката групировка ДАЕШ продължава системно да нарушава международното хуманитарно право и да извършва тежки престъпления срещу човечеството. ДАЕШ носи пряка отговорност за сексуалното заробване на жени на териториите под неин контрол, използването на невинни хора като жив щит, употребата на химическо оръжие срещу цивилното население, масовото избиване на християни, язиди и други религиозни групи и етнически малцинства. Доказателства за извършените от ДАЕШ зверства са продължаващите открития на масови гробове на териториите, които доскоро групировката контролираше в Ирак и Сирия. В тази връзка, призовавам ЕС да съдейства на иракските власти, за да насърчат членството на страната в Международния наказателен съд. Необходимо е също така да съдействаме с анализ и събиране на доказателства на всички масови гробове в Ирак. Това ще даде възможност да се търси наказателна отговорност на ДАЕШ за извършените престъпления срещу човечеството.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme se zabývali společným návrhem rezoluce o masových hrobech v Iráku. V rezoluci upozorňujeme na obtížnou situaci na území Iráku, kde se tzv. Islámský stát dopouští válečných zločinů a zločinů proti lidskosti, o čemž svědčí i nálezy několika masových hrobů. Upozorňujeme i na bezprecedentní únosy žen a mladých dívek a jejich zneužívání stejně jako na nutnost pomoci všem rodinným příslušníkům obětí včetně logistické a psychické podpory. V rezoluci vyjadřujeme přesvědčení, že je třeba všechny pachatele těchto nejtěžších možných zločinů postavit před mezinárodní trestní soud. Bezvýhradně odsuzuji takovéto porušování mezinárodního humanitárního práva a mezinárodních předpisů, takže mi nezbývá než s předloženou rezolucí plně souhlasit.

(La seduta è sospesa fino al turno di votazioni alle ore 12)

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

5. Mitteilungen des Präsidenten

Przewodniczący. — Szanowni Państwo! Możliwe, że dzisiaj w przerwie obiadowej i po głosowaniu część kierowców zatrudnionych przez zewnętrznego usługodawcę rozpocznie niezapowiedzianą akcję pracowniczą, najprawdopodobniej w formie niezapowiedzianego strajku. Nie znamy dokładnej liczby kierowców, którzy wezmą w tym udział. Służby Parlamentu zorganizowały trzy autobusy zapewniające transport na lotnisko Entzheim oraz na dworzec w Offenburgu. Pierwszy autobus na lotnisko Entzheim odjedzie z Parlamentu Europejskiego ok. 15 minut po głosowaniu, najpóźniej o godz. 12.45. Drugi autobus na lotnisko Entzheim odjedzie z Parlamentu Europejskiego o godz. 13.15. Autobus na dworzec w Offenburgu odjedzie o godz. 13.00. Wszystkie autobusy odjeżdżają z oficjalnego parkingu dla autobusów znajdującego się naprzeciwko budynku Louise Weiss na prawo od wyjścia z punktu kontroli bezpieczeństwa. Służby Parlamentu dołożą wszelkich starań, aby zapewnić sprawny transport na lotnisko i na dworzec kolejowy. Dziękuję za współpracę i za zrozumienie tej sytuacji.

Udo Bullmann, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte eine Ankündigung im Namen meiner Fraktion vornehmen und eine Bitte vortragen. Aber lassen Sie mich zunächst Ihnen, Herr Präsident, und den Kolleginnen und Kollegen frohe Weihnachten wünschen und alles Gute für das neue Jahr.

Unsere Fraktion hat gestern zur Kenntnis genommen, dass Herr Dijsselbloem angekündigt hat, die kurzfristigen Schuldenerleichterungen für Griechenland zu stoppen.

Der Grund: Es gibt in der griechischen Regierung Bestrebungen, für die ärmsten Rentner ein Weihnachtsgeld auszuzahlen. Wir halten diese Maßnahme für vollständig überzogen und falsch.

(Lebhafter Beifall)

Wir glauben, dass das griechische Volk in den letzten Monaten Immenses geleistet hat und nach den Aussagen und Daten, die uns vorliegen sind die ökonomischen Auflagen der Vereinbarung mit den Geberländern übererfüllt.

Herr Präsident, wir bitten Sie darum, an Herrn Schulz folgende Bitte heranzutragen: Meine Fraktion möchte eine außerordentliche Konferenz der Präsidenten sehen. Meine Fraktion möchte dort Herrn Dijsselbloem eingeladen sehen, um ihm die Bitte vorzutragen, sich zu rechtfertigen.

(Lebhafter Beifall)

Meine Fraktion denkt, dass er diese Entscheidung zurücknehmen sollte. Aber ich bitte auch diejenigen, die anderer Auffassung sind, für diese außerordentliche Konferenz der Präsidenten zu sorgen, weil wir als Europäisches Parlament eine besondere Verantwortung übernommen haben; die Implementierung des Vertrags mit Griechenland zu begleiten. Also lassen Sie uns die Sache wirklich klären und helfen Sie uns, dass möglichst bald, wenn es irgendwie geht, schon in der nächsten Woche eine solche Sitzung stattfinden kann. Herr Juncker sollte auch gebeten werden, sich offiziell im Namen der Kommission zu der empirischen Lage in Griechenland zu äußern und dazu zu äußern, ob Griechenland seine Verpflichtungen erfüllt hat.

Ich danke Ihnen, und übermitteln Sie das bitte an den Präsidenten, Herrn Schulz.

(Lebhafter Beifall)

Przewodniczący. – Panie Pośle! Przekażę Pańską opinię do Prezydium Parlamentu Europejskiego.

Gabriele Zimmer (GUE/NGL). – Herr Präsident! Angesichts der bevorstehenden Feiertage bitte ich Sie, doch auch die Würde des Hauses zu wahren und uns gegenseitig auch mit entsprechendem Respekt zu begegnen. Wir tun das auch.

Meine Damen und Herren! Als Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL möchte ich diesen Vorschlag, der von den Sozialdemokraten gekommen ist, unterstützen. Wir werden auch nachher einen Antrag schreiben und beantragen, dass eine entsprechende zusätzliche Sitzung der Fraktionsvorsitzenden nächste Woche einberufen wird und dass dort die Herren Dijsselbloem und Juncker eingeladen werden. Es kann nicht sein, dass von Griechenland Auflagen verlangt werden, die weit über den *EU-Acquis* hinausgehen. Und so, wie wir uns gegenüber Griechenland verhalten, entscheiden wir über die Zukunft der Europäischen Union.

Ob es Ihnen passt oder nicht, es geht hier um das Leben von Menschen in Griechenland und in dieser Union. Und ob es Ihnen passt oder nicht, es geht um die Frage der gemeinsamen Solidarität. Es kann nicht sein, dass einzelne Herren – Herr Schäuble oder andere – nicht nur die griechische Regierung blamieren wollen, sondern dass sie uns allen die Grundlage entziehen, damit wir zusammen agieren können und die Europäische Union ausbauen.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Mr President, colleagues, I would like to invite colleagues to rise in solidarity with the children and the civilians who are being slaughtered right now in Aleppo and Syria. We will ask you to convey the message to the European Council today that it is time to act, and not only to deplore, and to ask for an immediate ceasefire and access to humanitarian aid and protection of children. Colleagues, please rise.

(Applause)

(The House rose)

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, en ce qui me concerne, c'est un vrai rappel au règlement et même deux pour le prix d'un.

Le premier, sur le fondement de l'article 166: le Président Schulz, en partant, nous lègue une ultime manifestation de son caractère autoritaire, car il n'a aucun titre pour sanctionner un député au motif que celui-ci est allé librement dans un pays étranger. L'article 166 – je l'ai ici – ne lui permet que de sanctionner un député qui perturbe gravement la séance. Est-ce que M. Voigt a perturbé gravement la séance? Non! Donc, M. Schulz a commis une fois de plus un excès de pouvoir.

Deuxième rappel au règlement, Monsieur le Président – et je serai très bref –, sur le fondement de l'article 141, paragraphe 4, de notre règlement, qui règle les relations de notre institution avec la Cour de justice: il est prévu explicitement dans ce règlement que le Président doit être autorisé par le Parlement, par la commission juridique, avant d'ester devant le tribunal ou la Cour de justice. Or, ce qui s'est passé, c'est la chose suivante: dans un contentieux qui oppose l'administration de ce Parlement à l'un de nos collègues, le Parlement a été débouté de son exception d'irrecevabilité. Dans un contentieux de même type, qui m'oppose à l'administration du Parlement, les jurisconsultes du Parlement prétendent qu'ils vont se pourvoir. Or, jusqu'à présent, à ce que je sais du moins, la rapporteure de la commission juridique, M^me^ Hautala, a estimé que ce pourvoi n'était pas utile. Par conséquent, les jurisconsultes du Parlement outrepassent leurs pouvoirs en annonçant qu'ils vont se pourvoir devant la Cour et ils n'ont à ce jour pas le droit de le faire. Ce sont des fonctionnaires, ils ne sont pas du Parlement; le Parlement, ce sont les députés, et pas les fonctionnaires.

6. Abstimmungsstunde

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest głosowanie.

(Wyniki i inne szczegóły dotyczące głosowania: zobacz protokół)

6.1. Die Fälle des buddhistischen Lehrinstituts Larung Gar in Tibet und von Ilham Tohti (RC-B8-1346/2016, B8-1346/2016, B8-1350/2016, B8-1353/2016, B8-1356/2016, B8-1359/2016, B8-1361/2016) (Abstimmung)

6.2. Lage der Minderheit der Rohingya in Myanmar/Birma (RC-B8-1345/2016, B8-1345/2016, B8-1348/2016, B8-1352/2016, B8-1354/2016, B8-1357/2016, B8-1360/2016, B8-1363/2016) (Abstimmung)

6.3. Massengräber in Irak (RC-B8-1344/2016, B8-1344/2016, B8-1347/2016, B8-1349/2016, B8-1351/2016, B8-1355/2016, B8-1358/2016, B8-1362/2016) (Abstimmung)

6.4. Drittländer, deren Staatsangehörige im Besitz eines Visums sein müssen bzw. von dieser Visumpflicht befreit sind: Überarbeitung des Mechanismus zur Aussetzung der Visumbefreiung (A8-0235/2016 - Agustín Díaz de Mera García Consuegra) (Abstimmung)

6.5. Einwand gemäß Artikel 106: Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (B8-1334/2016) (Abstimmung)

6.6. Unterstützung der Thalidomid-Opfer (B8-1341/2016, B8-1343/2016) (Abstimmung)

6.7. Kinderarzneimittel (B8-1340/2016) (Abstimmung)

6.8. Tätigkeit des Petitionsausschusses im Jahr 2015 (A8-0366/2016 - Ángela Vallina) (Abstimmung)

— *Po głosowaniu nad poprawką 16:*

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – Herr Präsident! Sie sollten, wenn es die Bitte um einen Check gibt, diese dann auch befolgen. Und wenn Sie dennoch weiterreden, müssen Sie genau sagen, welche Abstimmung wir gerade durchführen. Das war jetzt einfach nicht klar. Bitte wiederholen!

6.9. Internationale Luftverkehrsabkommen (B8-1337/2016, B8-1338/2016, B8-1339/2016) (Abstimmung)

Przewodniczący. – Niniejszym zamykam głosowanie.

7. Stimmerklärungen

7.1. Drittländer, deren Staatsangehörige im Besitz eines Visums sein müssen bzw. von dieser Visumpflicht befreit sind: Überarbeitung des Mechanismus zur Aussetzung der Visumbefreiung (A8-0235/2016 - Agustín Díaz de Mera García Consuegra)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, mecanismul de suspendare a vizelor pentru statele terțe ai căror cetățeni au nevoie de vize pentru a intra în Uniunea Europeană este mult mai flexibil după adoptarea acestui regulament.

Avem și un nou sistem de supraveghere, pe care Comisia îl poate declanșa imediat și în termen foarte scurt. Motivele de suspendare a vizelor s-au extins și o să amintesc câteva dintre motivele noi introduse acum prin acest vot: creșterea rapidă și semnificativă a numărului de persoane care stau ilegal pe teritoriul Uniunii Europene, de asemenea, cererile de azil neîntemeiate din partea cetățenilor acestor țări care au primit scutire de viză, riscuri și amenințări iminente la ordinea publică și la securitatea internă a țărilor, respectiv a statelor membre.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem tento návrh podpořil, protože se jedná skutečně o provedení více flexibilní a akceschopnější vízové politiky. Chtěl bych se vyjádřit zejména k otázce Ukrajiny a Gruzie, protože ta byla i na plénu velmi tendována.

Já bych chtěl upozornit na to, že se nejedná v tuto chvíli o zrušení vízové povinnosti. Ten mechanismus, který je nastaven v předloze, umožňuje právě u těchto dvou států je přeřadit do skupiny, kde bude docházet k rychlejšímu uvolnění vízové povinnosti. Ale bude to až v únoru na základě našeho dalšího jednání, kde budeme případně o této věci hlasovat. V České republice se již psalo, že vízová povinnost byla zrušena pro Ukrajinu a Gruzii. Ještě tomu tak nebylo, ale já se těším na to, že budeme moci tyto dva státy také podpořit v dalším hlasování

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La seguente relazione ha come scopo l'implementazione di un sistema di sospensione di esenzione del visto e la reintroduzione dell'obbligo di visto per i cittadini dei paesi terzi che entrano in Europa, anche solo per brevi periodi. Nonostante il meccanismo esista già, esso è considerato troppo complicato per essere attivato, da qui la necessità di introdurne uno nuovo che risulti meno complicato e di più facile applicazione.

Poiché reputo che la messa in opera del meccanismo proposto possa risultare utile nelle future esenzione dall'obbligo del visto, ho deciso di votare a favore.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra del mecanismo de suspensión de visados. Considero que la movilidad es un derecho de todas las personas por lo que no solo rechazamos las políticas de la Europa Fortaleza, sino que he apoyado las liberalizaciones de visados que se han venido realizando. Con este mecanismo, lo que se pretende es crear una herramienta para restringir esta libertad de visados que es poco transparente, y que además está sujeta a la decisión de una sola de las dos partes que participan en el acuerdo. Rechazo que los visados se conviertan en un arma de presión y chantaje con la que la Unión pueda hacer política exterior y por eso mismo me he opuesto.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl pasiūlymo dėl trečiųjų šalių, kurių piliečiai privalo turėti vizas arba kurių piliečiams toks reikalavimas netaikomas (sustabdymo mechanizmo peržiūra). Vizų politika yra Europos Sąjungos esminis elementas, darantis poveikį tiek išorės veiksmams, tiek vidaus saugumui. Dėl politinės ir migracijos padėties pokyčių atsirado poreikis persvarstyti vizų reikalavimo netaikymo sustabdymo mechanizmą, kad jis būtų palankesnis ir lankstesnis, kartu užtikrinant galimybę ES reaguoti į įvairias ypatingo pobūdžio aplinkybes, atsirandančias dėl: žymiai ir staiga išaugusio neteisėto trečiųjų šalių piliečių neteisėtai gyvenančių ES teritorijoje skaičiaus; padidėjusio nepagrįstų trečiųjų šalių piliečių prašymų suteikti prieglobstį skaičiaus; grėsmės saugumui Europos teritorijoje. Kartu reikia turėti omenyje, jog vizų reikalavimo trečiųjų šalių piliečiams atnaujinimas yra viena iš griežčiausių galimų politikos priemonių, kurių galima imtis. Pritariu, kad ši priemonė turi būti taikoma kartu užtikrinant tvirtas garantijas ir žmogaus teisių apsaugą, be kita ko, remiantis Europos agentūrų ir kompetentingų pajėgų bei teisėsaugos institucijų teikiamais statistiniais pranešimais. Taip bus galima užtikrinti trečiųjų šalių piliečių teises ir garantuoti Bendrijos vizų politikos principų taikymą. 2013 m. gruodžio 11 d. Europos Parlamento ir Tarybos priimtuose Reglamento (EB) Nr. 539/2001 pakeitimuose nustatyti esminiai aspektai, pavyzdžiui, vizos reikalavimo netaikymo sustabdymo mechanizmas, kurį dabar siekiama iš dalies pakeisti.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η έκθεση που ψηφίστηκε αφορά την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση του κανονισμού περί του καταλόγου τρίτων χωρών, οι υπήκοοι των οποίων υπόκεινται στην υποχρέωση θεώρησης για τη διέλευση των εξωτερικών συνόρων των κρατών μελών και του καταλόγου των τρίτων χωρών οι υπήκοοι των οποίων απαλλάσσονται από την υποχρέωση αυτή (αναθεώρηση του μηχανισμού αναστολής). Μια μεγάλη πλειοψηφία των μελών όλων των πολιτικών ομάδων υποστήριξε τη συμφωνία αυτή. Προσωπικά υπερψήφισα την παραπάνω πρόταση, καθώς με αυτή την αλλαγή θα δίνεται σημαντικότερος ρόλος στο Κοινοβούλιο στη διαδικασία αναστολής του δικαιώματος θεώρησης.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne souhaite réviser le mécanisme européen de suspension de visa pour entrer dans l'Union. L'objectif est de pouvoir rétablir plus facilement l'obligation de visa en cas de «pic d'immigration». L'Union européenne souhaite ainsi rassurer l'opinion publique, mais son véritable objectif est ailleurs: elle veut donner des garanties illusoires pour faire passer la suppression des visas pour des millions d'Ukrainiens et de Géorgiens.

Alors qu'il faudrait nous protéger de la vague migratoire en restaurant les contrôles à nos frontières nationales, l'Union fait l'inverse en ouvrant encore davantage ses frontières. J'ai donc voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This resolution is part of a larger package on visas which looks to bring in a number of changes over time that will give the Commission more powers over visa implementation rules. I do not believe the Commission should wield such power, as it should belong to individual Member States. Therefore, I voted against this resolution.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte, car j'estime qu'il faut demander à la Commission l'application de la réciprocité en matière d'exemption de visa entre l'Union et les États-Unis et l'Union et le Canada. À la suite de la notification de non-réciprocité en avril 2014, la Commission aurait dû suspendre l'exemption de visa pour les citoyens de ces deux pays à partir d'avril 2016.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport, qui revoit le mécanisme permettant de suspendre l'exemption de visa pour les ressortissants de certains pays. L'activation de ce mécanisme pourra être demandée par un État membre ou la Commission elle-même en cas d'augmentation soudaine et importante du nombre de migrants originaires d'un pays tiers et en situation irrégulière, d'afflux de demandes d'asile non fondées de la part de ressortissants d'un pays tiers, de moindre coopération d'un pays tiers en matière de demandes de réadmission et, dorénavant, en cas de risque accru ou de menace imminente pour l'ordre public ou la sécurité nationale.

La Commission devra instruire la demande de l'État membre concerné et rendre sa décision dans le cadre d'un acte délégué, ce qui nécessitera de nombreuses consultations et une étude minutieuse de la situation. Le Parlement européen y jouera également un rôle, ce qui n'était pas le cas auparavant. Il sera constamment informé par la Commission et pourra rejeter toute proposition de prolongation de période temporaire de suspension émise par la Commission.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El presente Reglamento modifica el Reglamento (CE) n.º 539/2001 que enumera los terceros países cuyos nacionales deben estar en posesión de visados al cruzar las fronteras exteriores y aquellos cuyos nacionales están exentos de dicha obligación. Desde 2013 existe una disposición en virtud de la cual la Comisión podrá establecer un mecanismo de suspensión para este estatus de «exención de visado». Con este informe se pretende reforzar dicho mecanismo, haciendo que sea más fácil y «flexible». Aunque se han tenido en cuenta algunas de nuestras enmiendas a la hora de elaborar el texto en la comisión de Libertades Civiles, relativas a la protección de los Derechos Humanos, siguen permaneciendo aspectos muy problemáticos como «el mayor riesgo o amenaza inminente para la política pública o la seguridad interna de los Estados miembros relacionada con los nacionales de ese tercer país» y el aumento sustancial de «solicitudes de readmisión denegadas» como motivo para activar el mecanismo, lo que le otorga un nivel de discrecionalidad y coacción respecto al tercer país implicado, respectivamente. En las negociaciones con el Consejo y la Comisión, (trílogo) el texto se recrudeció, en línea con la Europa «fortaleza» que rechazo. Por ello, he votado en contra.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente, el Sr. Díaz de Mera, su labor en este informe sobre terceros países cuyos nacionales están sometidos a la obligación de visado o exentos de esa obligación con la revisión del mecanismo de suspensión. La evolución de la situación política y migratoria, especialmente a la luz de los sucesivos procesos de liberalización de visados, hace necesaria una revisión del mecanismo de suspensión para hacerlo más ágil y flexible, así como dotarnos de elementos que permitan a la Unión responder ante circunstancias derivadas de incrementos súbitos y sustanciales de los nacionales de terceros países que residan irregularmente en territorio de la UE, solicitudes de asilo no fundamentadas de nacionales de ese tercer país, solicitudes de readmisión denegadas o amenazas contra la seguridad en territorio europeo.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne les pays tiers dont les ressortissants sont soumis à l'obligation de visa ou exemptés de cette obligation avec révision du mécanisme de suspension. L'UE veut donc réviser ce mécanisme de suspension de visa pour entrer dans l'Union. Le but est de pouvoir rétablir plus facilement l'obligation en cas de «pic d'immigration».

L'UE veut donner des garanties illusoires pour faire passer la suspension de visas pour les Ukrainiens et les Géorgiens et rassurer l'opinion publique en fait. La réalité est qu'il faut une vraie politique de lutte contre l'immigration à nos frontières nationales et j'ai donc décidé de voter contre ce texte.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Nonostante taluni aspetti positivi presenti in questa relazione, non condivido quelli che sono, all'atto pratico, gli attuali sviluppi della gestione a livello europeo dell'immigrazione e la situazione geopolitica nel partenariato orientale, per questo mi sono espressa con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He apoyado este acuerdo alcanzado con el Consejo para reforzar el mecanismo de suspensión de acuerdos de exención de visados con terceros países con el objetivo de facilitar su suspensión cuando se detecte un aumento «sustancial» del número de sus nacionales en situación irregular en la Unión Europea, en caso de falta de cooperación de los Estados de origen en la readmisión de inmigrantes en situación irregular o cuando haya un aumento sustancial del riesgo para la seguridad de los Estados miembros o su orden público.

Estas nuevas disposiciones reducirán periodos de referencia y plazos, pasando de seis a dos meses el periodo para comprobar los problemas que permitan la suspensión respecto a la situación el año anterior o anterior a la liberalización de los visados. El mecanismo de suspensión también lo podrá activar la Comisión Europea y no solo los Estados miembros, como hasta ahora. Además, el acuerdo introduce un mecanismo de supervisión con el objetivo de garantizar que los terceros países para cuyos nacionales se suprimen los visados continúan cumpliendo los criterios que tuvieron que cumplir para ello. La Comisión deberá remitir informes anuales a los Estados miembro y a este Parlamento confirmando que siguen cumpliendo las condiciones.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame aptariamas pasiūlymas dėl Europos Parlamento ir Tarybos reglamento, kuris nustato trečiųjų šalių, kurių piliečiai, kirsdami išorines sienas, privalo turėti vizas, ir trečiųjų šalių, kurių piliečiams toks reikalavimas netaikomas, sąrašus (sustabdymo mechanizmo peržiūra). Vizų politika yra Europos Sąjungos esminis elementas, darantis poveikį tiek išorės veiksmams, tiek vidaus saugumui. Ji tokia svarbi, kad aiškiai nustatyta, jog teisėkūros srityje teisės aktų rengėjai dalijasi kompetencija taikant įprastą teisėkūros procedūrą.

Abipusiškumo mechanizmas, kuris atsveria sustabdymo mechanizmą, iš dalies pakeistas tarpinstituciniame susitarime, kurio teisėtumą 2015 m. liepos 16 d. patvirtino ES Teisingumo Teismas. Šiuo Teismo nutarimu padėtas pagrindas norint tinkamai naudoti deleguotuosius ir įgyvendinimo aktus, taip užtikrinant institucinę pusiausvyrą. Dėl politinės ir migracijos padėties pokyčių, ypač atsižvelgiant į pastaruosius vizų liberalizavimo procesus, atsirado poreikis persvarstyti vizų reikalavimo netaikymo sustabdymo mechanizmą, kad jis būtų palankesnis ir lankstesnis. Žinoma, reikia užtikrinti elementus, kurie sudarytų galimybę ES reaguoti į įvairias ypatingo pobūdžio aplinkybes. Vis dėlto minėtasis lankstumas turi būti taikomas kartu užtikrinant tvirtas garantijas ir žmogaus teisių apsaugos priemones, taip pat remiantis Europos agentūrų ir kompetentingų pajėgų bei teisėsaugos institucijų teikiamais statistiniais pranešimais. Tik taip bus galima užtikrinti trečiųjų šalių piliečių teises ir garantuoti Bendrijos vizų politikos principų taikymą.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A mai strasbourgi plenáris ülésen az európai parlamenti képviselők megszavazták a vízumliberalizáció és a vízummentesség felfüggeszthetőségi mechanizmusának egyszerűsítéséről szóló jelentést. A jelentés értelmében „egyszerűbbé és gyorsabbá válik a felfüggesztési mechanizmus, ugyanakkor továbblépés születhet Ukrajna és Grúzia vízummentessége kapcsán is". Fontos, hogy az ukrán és a grúz vízummentesség megadása erősíti a kulturális, gazdasági együttműködést az Európai Unió szomszédos államaival.

Az Európai Bizottság már tavaly decemberben megállapította, hogy Ukrajna teljesítette a vízumliberalizációs akcióterv (VLAP) kritériumait, de a vízummentesség bevezetése még mindig várat magára. Ukrajna 2008-ban kezdte meg a munkát, hogy megfeleljen a vízummentesség feltételeinek és teljesítette is azokat, így jogos a törekvése, hogy az EU mielőbb törölje el a vízumkényszert állampolgáraival szemben és tegye lehetővé, hogy méltó módon léphessenek be az EU területére, amit egyúttal reformtörekvéseik elismerésének is tekintenek.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o trećim zemljama čiji državljani moraju imati vizu ili su izuzeti od tog zahtjeva. Kao glavni uspjeh Izvješća vidim postignuti dogovor u kojem Europski parlament ima važnu ulogu u suspenziji viznog režima.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne souhaite réviser le mécanisme européen de suspension de visa pour entrer dans l'Union. L'objectif est de pouvoir rétablir plus facilement l'obligation de visas en cas de «pic d'immigration». L'Union européenne souhaite ainsi rassurer l'opinion publique. Mais son véritable objectif est ailleurs: elle veut donner des garanties illusoires pour faire passer la suppression de visas pour les millions d'Ukrainiens et de Géorgiens.

Alors qu'il faudrait nous protéger de la vague migratoire en restaurant des contrôles à nos frontières nationales, l'Union fait l'inverse en ouvrant encore davantage ses frontières.

Je vote contre ce texte.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La politica dei visti è una questione fondamentale per l'Unione europea e ha ripercussioni sia sull'azione esterna che sulla sicurezza interna. È in virtù della sua importanza che essa è chiaramente regolamentata come settore di competenza condivisa tra i colegislatori tramite la procedura ordinaria.

Sebbene la richiesta di maggior sicurezza da parte dei cittadini europei sia comprensibile e corretta, la maggiore flessibilità nelle procedure di sospensione dei visti deve tuttavia essere accompagnata da un solido insieme di garanzie e misure volte a tutelare i diritti umani, come pure da relazioni e statistiche fornite dalle agenzie europee e dalle autorità competenti incaricate dell'applicazione della legge. Questo è l'unico modo per garantire i diritti dei cittadini dei paesi terzi e per salvaguardare i principi della politica dell'UE in materia di visti.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Politica vizelor reprezintă o temă fundamentală pentru Uniunea Europeană, având repercusiuni în ceea ce privește atât acțiunile externe, cât și securitatea internă. Importanța sa este atât de mare, încât tratarea sa este clar reglementată ca fiind o competență partajată între colegiuitori prin intermediul procedurii legislative ordinare.

Modificarea Regulamentului (CE) nr. 539/2001 adoptat de Parlamentul European și Consiliu la 11 decembrie 2013 a introdus elemente de fond, cum ar fi „mecanismul de suspendare", a cărui modificare este vizată în acest raport, fără a uita modificarea mecanismului de reciprocitate, ca modalitate de contrabalansare a acestui prim element.

M-am exprimat în favoarea acestui raport, ținând seama de evoluția situației politice și a migrației, în special având în vedere procedurile succesive de liberalizare a vizelor, care determină o revizuire a mecanismului de suspendare, pentru ca acesta să fie mai flexibil.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La politique de libéralisation des visas est un versant important de la politique étrangère de l'Union. Il est donc primordial d'actualiser cette politique pour l'adapter aux nouveaux défis que rencontre l'Union européenne aujourd'hui. Ceci est d'autant plus vrai que des discussions sur la libéralisation des visas sont actuellement en cours, notamment avec l'Ukraine, la Géorgie, le Kosovo et la Turquie. Pour ces raisons, une révision du mécanisme de suspension, afin de le rendre plus flexible, était nécessaire. À présent, plusieurs cas mèneront à une réintroduction de l'obligation de visa pour les ressortissants de pays tiers: lors d'une augmentation soudaine et conséquente d'immigration irrégulière, de demandes d'asile non fondées, de rejet trop nombreux de demandes de réadmission ou en cas de menace pour la sécurité sur le territoire de l'Union. J'ai voté en faveur de la révision du mécanisme de réadmission.

Enrique Calvet Chambon (ALDE), *por escrito*. – Me he abstenido en el voto final de este informe porque la propuesta de reglamento modifica otro Reglamento en la que Kosovo es reconocido como Estado soberano. No puedo aceptar la soberanía de un Estado cuya independencia ha sido declarada unilateralmente, algo no reconocido por un número elevado de países, entre ellos España.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della modifica del regolamento in questione che renderà il meccanismo di sospensione dei visti più rapido e flessibile.

La politica dei visti è una questione fondamentale per l'Unione europea per le ripercussioni che ha sia sull'azione esterna che sulla sicurezza interna. Il livello migratorio attuale, in particolare alla luce dei susseguenti processi di liberalizzazione dei visti, imponeva una revisione del meccanismo di sospensione.

Il regolamento approvato doterà l'Unione europea di validi strumenti per far fronte a diverse circostanze, come ad esempio le domande d'asilo infondate, il rifiuto delle domande di riammissione o gli aumenti consistenti e improvvisi del numero di immigrati irregolari nel territorio europeo.

Ma la maggiore flessibilità sarà accompagnata da un solido insieme di garanzie e misure volte a tutelare i diritti umani, nonché da relazioni e statistiche fornite dalle agenzie europee e dalle autorità competenti incaricate dell'applicazione della legge.

È questo l'unico modo per garantire, allo stesso tempo, i diritti dei cittadini dei paesi terzi e per salvaguardare i principi della politica dell'Unione in materia di visti.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this file which is aimed at giving the Commission suspension powers over visas granted to third country nationals on bases beyond their competence.

This file would permit the Commission to suspend when nationals of the country concerned are found to be illegally overstaying in Member States, there is an increase in 'unfounded' asylum applications, the third country rejects readmission applications from the EU, there is 'decreased cooperation on readmission' from the third country, delays in issuing travel documents or refusing to accept EU travel documents and if there is a 'substantial increase of serious criminal offences' related to that third country.

For all these reasons and the fact that this constitutes a blatant power-grab by the Commission on matters of national competence, I rejected the report.

David Casa (PPE), *in writing*. – Visa policy is a crucial matter for the European Union, with repercussions for both external action and internal security. As we have witnessed in the last months, developments in the political and migratory situation, particularly in the light of successive visa liberalisation processes, make it necessary to revise the suspension mechanism to make it faster and more flexible. There is no doubt that we need to provide ourselves with the tools that will enable the EU to respond to circumstances, which all have their own specific features. This increased flexibility must nevertheless be accompanied by a robust set of guarantees and measures to protect human rights, along with reports and statistics supplied by the European Agencies and the competent law enforcement authorities. This is the only way of guaranteeing the rights of third-country citizens and safeguarding the principles of the Community visa policy. I voted in favour of this report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Lo scopo della revisione è facilitare e rendere più pratica l'attivazione del meccanismo di sospensione di esenzione dal visto e la reintroduzione dell'obbligo dello stesso per i cittadini dei paesi terzi che si recano in Europa per soggiorni di breve periodo.

Il compromesso raggiunto dalle istituzioni prevede due fasi: nella prima fase, della durata di nove mesi, un atto di esecuzione sarà utilizzato per reintrodurre l'obbligo del visto per alcune categorie di persone. Nel corso di questa prima fase la Commissione aprirà un dialogo con il paese interessato. Passati questi nove mesi senza che il dialogo con il paese interessato porti conseguenze, la Commissione adotta un atto delegato per reintrodurre l'obbligo di visto per tutti i cittadini.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution and I welcome this much needed agreement on visa liberalisation with Ukraine and Georgia. It was about time for us to send the positive signal to both countries that the EU counts on them and keeps its word. Especially, in the case of Ukraine, we really need to show Ukrainians that the EU is not letting them down. If we did it, I am sure someone else would be more than happy to use this opportunity. I am glad we understand that and we are able to move forward on another level of partnership with these countries.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και θεωρούμε πως η πολιτική των θεωρήσεων αποτελεί θέμα καίριας σημασίας για την Ευρωπαϊκή Ένωση, με αντίκτυπο τόσο στον τομέα της εξωτερικής δράσης όσο και σε εκείνον της εσωτερικής ασφάλειας. Ακριβώς λόγω της σημασίας της, ρυθμίζεται με σαφήνεια ως τομέας κοινής αρμοδιότητας μεταξύ των συννομοθετών στο πλαίσιο της συνήθους διαδικασίας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά με την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 539/2001 περί του καταλόγου τρίτων χωρών οι υπήκοοι των οποίων υπόκεινται στην υποχρέωση θεώρησης για τη διέλευση των εξωτερικών συνόρων των κρατών μελών και του καταλόγου των τρίτων χωρών οι υπήκοοι των οποίων απαλλάσσονται από την υποχρέωση αυτή (αναθεώρηση του μηχανισμού αναστολής). Καθώς θεωρώ πως η έκθεση αυτή περιέχει αναχρονιστικές και δυσανάλογες προτάσεις που επιβαρύνουν τους πολίτες, ενώ παράλληλα δεν ανταποκρίνονται στα ευρωπαϊκά ιδεώδη, την καταψήφισα.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – La relazione in oggetto ha come principale obiettivo la modifica del meccanismo di sospensione ed esenzione dei visti. Gli aspetti positivi della proposta si riferiscono all'aumento delle condizioni per le quali è possibile reintrodurre l'obbligo del visto. Tuttavia la gestione a livello europeo dell'immigrazione e la situazione geopolitica attuale non ci permettono di sostenere questa relazione. Voto di astensione.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EC) No 539/2001 listing the third countries whose nationals must be in possession of visas when crossing the external borders and those whose nationals are exempt from that requirement (revision of the suspension mechanism).

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A aprovação deste mecanismo de suspensão vai contribuir para mais segurança, permitindo suspender a isenção no caso de aumento substancial de permanências irregulares. Bem assim, esta suspensão também será possível no caso de desrespeito dos direitos humanos no Estado-terceiro. De igual importância é a maior flexibilidade do mecanismo, conferindo uma maior e mais rápida capacidade de reação. Assim também reforçando o papel da política europeia comum de vistos no contexto da política externa da União.

Realce-se ainda o compromisso alcançado com o Conselho no que respeita ao papel do Parlamento Europeu. Com efeito, não só a igualdade interinstitucional nesta matéria foi confirmada pelo Tribunal de Justiça, como é evidente a legitimidade desta instituição na aplicação de um instrumento tão severo e com evidentes repercussões na União. Ao garantir a utilização de atos delegados em casos mais prolongados de suspensão, o relator alcançou um bom equilíbrio com a posição - inicialmente - irredutível dos Estados-Membros.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto gli sviluppi politici e migratori, in particolare alla luce dei susseguenti processi di liberalizzazione dei visti, impongono di rivedere il meccanismo di sospensione per renderlo più rapido e flessibile.

La maggiore flessibilità deve tuttavia essere accompagnata da un solido insieme di garanzie e misure volte a tutelare i diritti umani, come pure lo sviluppo di relazioni e statistiche fornite dalle agenzie europee e dalle autorità competenti incaricate dell'applicazione della legge.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the new mechanism to suspend the visa-free regime for third countries in cases of emergencies or abuse of the system. This mechanism will allow a quicker reaction to crises, while ensuring that the suspension would still be used by Member States as a last resort. To ensure democratic legitimacy the European Parliament must be consulted to prolong the suspension after the first period of nine months. Now that the new suspension mechanism has been adopted, I call on the Council to adopt right away a visa-free regime for Ukraine and Georgia, as they already fulfilled all the benchmarks months ago. We need to show that there are no double standards for the people of Ukraine and Georgia. It is about the EU's credibility!

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del mecanismo de suspensión de visados. Considero que la movilidad es un derecho de todas las personas por lo que no solo rechazo las políticas de la Europa Fortaleza, sino que he apoyado las liberalizaciones de visados que se han venido realizando. Con este mecanismo, lo que se pretende es crear una herramienta para restringir esta libertad de visados que es poco transparente, y que además está sujeta a la decisión de una sola de las dos partes que participan en el acuerdo. Rechazo que los visados se conviertan en un arma de presión y chantaje con la que la Unión pueda hacer política exterior y por eso mismo me he opuesto.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Nell'ambito del regolamento che elenca i paesi terzi i cui cittadini devono essere in possesso del visto – all'atto dell'attraversamento delle frontiere esterne degli Stati membri – e i paesi terzi i cui cittadini sono esenti da tale obbligo, è previsto il meccanismo per la sospensione che permette di sospendere temporaneamente l'esenzione dall'obbligo del visto per i cittadini di un paese terzo in determinate situazioni di emergenza.

In linea con questa risoluzione sostengo la revisione del meccanismo di sospensione, affinché sia più facile e rapido per gli Stati membri notificare le circostanze che portano all'attivazione del meccanismo. Tuttavia, tale flessibilità deve essere accompagnata da un insieme di garanzie per tutelare i diritti umani dei cittadini dei paesi terzi, essendo l'imposizione dell'obbligo del visto una misura politica molto severa, sebbene necessaria in alcune circostanze.

Infatti, ritengo che l'esigenza degli stati Membri di affrontare le sfide in termini di sicurezza e del numero di residenti irregolari nel territorio dell'UE debba andare di pari passo con la tutela dei diritti fondamentali dei cittadini dei paesi terzi.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Politica vizelor reprezintă o temă fundamentală pentru Uniunea Europeană, având repercusiuni în ceea ce privește atât acțiunile externe, cât și securitatea internă. Evoluția situației politice și a migrației, în special având în vedere procedurile succesive de liberalizare a vizelor, face să fie necesară o revizuire a mecanismului de suspendare, pentru ca acesta să fie mai suplu și mai flexibil. Este necesar să avem la dispoziție elemente care să îi permită UE să răspundă unor circumstanțe cu particularități diferite. Am votat pentru schimbarea acestui mecanism care trebuie să fie mai flexibil și însoțit de un set solid de garanții și de protejarea drepturilor omului.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament és a Tanács 539/2001/EK rendelet módosításáról szóló európai parlamenti és tanácsi rendeletre irányuló javaslatot ma szavazatommal támogattam. Az említett rendelet már egyszer, 2013-ban módosításra került, amely olyan jelentős tényezőket vezetett be, mint az úgynevezett „felfüggesztési mechanizmus", amely most maga is módosítás tárgyát képezte. A vízumpolitika kulcsfontosságú kérdés az Európai Unió számára, mert meghatározó része az Unió külpolitikájának és hatással van a belbiztonság biztosítására is. A 2013-as rendeletmódosítás bevezette az úgynevezett „felfüggesztési mechanizmust", amely bizonyos szükséghelyzetekben végső lehetőségként megengedi egy harmadik ország állampolgáraira vonatkozó vízummentesség ideiglenes felfüggesztését.

A mostani módosítás lényege, hogy megerősítse a felfüggesztési mechanizmust oly módon, hogy megkönnyíti a tagállamok számára az esetleges felfüggesztéshez vezető körülményekre vonatkozó értesítést, valamint lehetővé teszi, hogy a Bizottság saját kezdeményezésére aktiválja a mechanizmust. Az egész rendszert gyorsabbá és rugalmasabbá teszi. A vízummentesség felfüggeszthető, amennyiben az EU területén jelentős mértékben és hirtelen megnövekedett az irreguláris jelleggel tartózkodó harmadik országbeli állampolgárok száma, az adott harmadik ország állampolgárai által benyújtott alaptalan menedékkérelmek száma, illetve ha a harmadik ország nem működik együtt a visszafogadás terén. A megnövelt rugalmasságot azonban az emberi jogok védelmére szolgáló garanciák és intézkedések szilárd együttesének kell kísérnie.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przyjęciem wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady zmieniającego rozporządzenie (WE) nr 539/2001 wymieniające państwa trzecie, których obywatele muszą posiadać wizy podczas przekraczania granic zewnętrznych oraz te, których obywatele są zwolnieni z tego wymogu (zmiana mechanizmu zawieszającego).

Uważam, że osiągnięty kompromis w negocjacjach nad zmianami służy wzmocnieniu strategii związanej z polityką migracyjną. Unijna polityka wizowa jest podstawowym obszarem polityki Unii Europejskiej o skutkach zarówno w odniesieniu do działań zewnętrznych, jak i bezpieczeństwa wewnętrznego. Konieczna jest zmiana mechanizmu zawieszającego procedury wizowe w celu nadania mu większej skuteczności i elastyczności. Pozwoli to UE reagować w szczególnych okolicznościach wynikających z nagłego i znacznego wzrostu napływu obywateli państw trzecich, którzy przebywają nielegalnie na terytorium UE, jak również nieuzasadnionych wniosków o azyl i odrzuconych wniosków o readmisję.

Aby zagwarantować poszanowanie praw obywateli państw trzecich oraz przestrzeganie zasad wspólnej polityki wizowej, należy stworzyć solidny zestaw gwarancji, a także system sprawozdań i danych statystycznych przedstawianych przez agencję europejską i przez właściwe ograny ścigania.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Developments in the political and migratory situation, particularly in light of successive visa liberalisation processes, make it necessary to revise the suspension mechanism to make it more flexible. Pertinent circumstances include substantial and sudden increases in the number of third-country nationals residing irregularly in EU territory; unfounded asylum applications from nationals of that third country; rejected readmission applications and threats to security in European territory. I am in favour of this report, as visa policy is a crucial matter for the European Union for both external action and internal security.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif porte sur la réintroduction d'une obligation de visa par les États membres pour les ressortissants des pays tiers jusqu'ici exemptés de visa. Cette mesure s'applique aux ressortissants de Géorgie et d'Ukraine, et répond à la situation exceptionnelle à laquelle sont confrontés les États membres, à savoir l'augmentation substantielle de l'immigration irrégulière et des risques de sécurité. Cette suspension pourrait s'appliquer en cas de hausse importante du nombre de ressortissants géorgiens ou ukrainiens se voyant refuser l'entrée, ou en séjour irrégulier sur le territoire de l'Union. Cet instrument de flexibilité devrait permettre aux États membres d'assurer une meilleure gestion des flux migratoires et de renforcer la sécurité sur le territoire européen, tout en garantissant le respect des droits de l'homme; j'ai donc voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la révision du mécanisme de suspension dans le cadre du règlement permettant la libéralisation des visas avec des pays tiers. Ce mécanisme n'avait jamais été activé depuis 2013 en raison de la rigidité des critères et de la complexité de la procédure. En rétablissant un mécanisme plus souple de suspension de l'exemption de visas, l'Union européenne a enfin abandonné sa politique de libéralisation inconditionnelle. Elle sera à présent dotée de l'outil nécessaire pour pouvoir effectivement rétablir de manière temporaire l'obligation de visas pour les ressortissants de pays tiers en cas de pics soudains d'immigration irrégulière, de demandes d'asile infondées, d'un manquement de coopération avec l'Union européenne sur les réadmissions ou en cas de menace pour l'ordre public ou la sécurité intérieure liée aux ressortissants du pays tiers concerné. Alors que les discussions actuelles concernant de nouvelles libéralisations de visas, notamment avec la Turquie, mais aussi la Géorgie, le Kosovo et l'Ukraine, soulèvent de nombreuses inquiétudes compte tenu des enjeux migratoires et de sécurité, nous nous devions de garantir le bon fonctionnement du mécanisme.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la modification du règlement fixant la liste des pays tiers dont les ressortissants sont soumis à l'obligation de visa pour franchir les frontières extérieures des États membres et la liste de ceux dont les ressortissants sont exemptés de cette obligation. Les propositions faites par le Parlement européen visent à assurer la sécurité intérieure grâce à des mesures adaptées et efficaces, en réintroduisant par exemple l'obligation de visa pour les ressortissants de pays tiers dans des cas spécifiques: pic d'immigration irrégulière, demandes d'asile infondées, ou manquement à coopérer avec l'Union européenne. Je me réjouis du compromis qui a été trouvé et qui propose des solutions pour répondre de manière plus adaptée aux situations d'urgence.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Sono favorevole a rendere più rapido e flessibile il meccanismo di sospensione per gestire con più efficacia i flussi migratori che entrano nell'UE e la sicurezza sul territorio europeo.

Auspico che una maggiore flessibilità sia però accompagnata da un insieme di garanzie volte a tutelare i diritti umani dei cittadini terzi e a salvaguardare i principi della politica dell'UE in materia di visti.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de révision du règlement sur le mécanisme de suspension de visa. Depuis 2001, l'Union mène une politique de libéralisation des visas avec de nombreux pays. Elle dispose donc d'une liste commune de pays dont les ressortissants doivent être en possession d'un visa pour franchir les frontières de l'Union et une liste de pays dont les ressortissants sont exemptés de cette obligation.

Cette proposition de réexamen est liée aux propositions visant à offrir un accès sans visa à l'Union à la Géorgie, à l'Ukraine et au Kosovo. La libéralisation des visas pour un nombre croissant de pays rend nécessaire la mise en place d'un mécanisme temporaire de rétablissement des visas.

Il peut arriver, en effet, que l'exemption de visa entraine un afflux si massif de ressortissants d'un pays tiers qu'il en devient difficilement contrôlable. Des considérations de sécurité peuvent aussi avoir pour effet la réintroduction de certaines formes de contrôle, notamment par le rétablissement des visas.

En réalité, la politique de libéralisation des visas et le mécanisme temporaire de rétablissement des visas sont les deux faces complémentaires d'une politique responsable d'accès au territoire de l'Union.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Il s'agit de la révision du mécanisme européen de suspension de visa pour entrer dans l'Union, avec pour objectif un rétablissement facilité de l'obligation de visa en cas de «pic d'immigration».

En réalité, il s'agit d'accorder des garanties illusoires préliminaires à la suppression des visas prévue en faveur des Ukrainiens et des Géorgiens. Nous sommes donc opposés à ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Развитието на политическото положение и положението с миграцията, особено в светлината на следващите се процеси на либерализиране на визовия режим, се нуждае от преразглеждане на механизма за суспендиране, с оглед повишаване на бързината на неговото действие и на гъвкавостта му. Налице е ясна необходимост от елементи, които да дадат възможност на ЕС да отговори на обстоятелствата.

Тази гъвкавост следва да се придружава от солидни гаранции и мерки за защита на правата на човека, както и доклади и статистически данни, предоставяни от европейските агенции и компетентните сили и органи за сигурност. Само по този начин може да се гарантират правата на гражданите на трети държави и да се защитят принципите на общностната визова политика.

По тази причина гласувах в подкрепа на доклада.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Αυτό που επειγόντως χρειάζεται, λόγω της αυξημένης ροής λαθρομεταναστών, εξτρεμιστικών στοιχείων και μελών του διεθνικού οργανωμένου εγκλήματος, δεν είναι η προσωρινή αναστολή της απαλλαγής για την υποχρέωση θεώρησης για τους υπηκόους τρίτων χωρών.

Χρειάζεται η πλήρης κατάργηση του κοινοτικού καταλόγου. Κάθε κράτος μέλος θα αποφασίζει ποιοι υπήκοοι τρίτων χωρών θα δύνανται να απαλλάσσονται από την υποχρέωση θεώρησης.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against the report on listing the third countries whose nationals must be in possession of visas when crossing external borders and those whose nationals are exempt. The revision is not needed, and the threat to end the visa waiver when there are no asylum seekers in the third country does not comply with the right to asylum as an individual right. I am working to make Wales a true country of sanctuary.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A proposta pretende rever o mecanismo que permite repor a obrigação de vistos a nacionais de países terceiros em certas condições, como em caso de aumento substancial da migração irregular. As novas regras visam tornar o mecanismo de suspensão mais célere e flexível, possibilitando uma reação mais rápida por parte dos Estados-Membros e da Comissão. As novas regras facilitam a notificação pelos Estados-Membros das circunstâncias que conduzem a uma eventual suspensão dos vistos e permitem à Comissão desencadear este mecanismo por sua própria iniciativa. Os possíveis motivos de suspensão são alargados, passando a incluir uma diminuição da cooperação em matéria de readmissão (retorno de migrantes) e um aumento substancial dos riscos para a ordem pública ou para a segurança interna.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: l'Union européenne souhaite réviser le mécanisme européen de suspension de visa pour entrer dans l'Union.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório propõe alterar o Regulamento (CE) n.º 539/2001 que fixa a lista dos países terceiros cujos nacionais estão sujeitos à obrigação de visto para transporem as fronteiras externas e a lista dos países terceiros cujos nacionais estão isentos dessa obrigação (Revisão do Mecanismo de Suspensão).

A presente revisão do mecanismo de suspensão constitui uma resposta à crise humanitária dos refugiados e consagra a intenção de chantagem e pressões sobre países terceiros. Se as suas políticas de migração não corresponderem e não se alinhem com as criminosas políticas de migração da União Europeia, então mantém-se a vigência da obrigação. Ou aqueles países aceitam as políticas da UE, nomeadamente na vertente da política de retorno, ou poderão ver limitada a obtenção de vistos de curta duração a cidadãos do seu país para acesso à UE. Inaceitável.

Obviamente votámos contra.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την παρούσα έκθεση, καθώς αυτό που επειγόντως χρειάζεται, λόγω της αυξημένης ροής λαθρομεταναστών, εξτρεμιστικών στοιχείων και μελών του διεθνικού οργανωμένου εγκλήματος, δεν είναι η προσωρινή αναστολή της απαλλαγής για την υποχρέωση θεώρησης για τους υπηκόους τρίτων χωρών.

Χρειάζεται η πλήρης κατάργηση του κοινοτικού καταλόγου. Κάθε κράτος μέλος θα αποφασίζει ποιοι υπήκοοι τρίτων χωρών θα δύνανται να απαλλάσσονται από την υποχρέωση θεώρησης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome the fact that, after difficult negotiations, we have reached an agreement under which both Member States and the European Commission will be able to trigger the suspension mechanism. The Commission will be in charge of monitoring the situation in visa-exempt countries and reporting to Parliament and the Council on whether they still fulfil visa waiver conditions, such as respect for human rights. We reached a deal where the European Parliament could have an important role in suspending the visa waiver of a certain country while deblocking the related visa liberalisation files with important countries and partners, such as Georgia and Ukraine.

Finally, the European Parliament will play an important role when it comes to re-imposing visa requirements.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole alla risoluzione del Parlamento europeo sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che modifica il regolamento (CE) n. 539/2001 del Consiglio che adotta l'elenco dei paesi terzi i cui cittadini devono essere in possesso del visto all'atto dell'attraversamento delle frontiere esterne e l'elenco dei paesi terzi i cui cittadini sono esenti da tale obbligo (revisione del meccanismo di sospensione) perché, alla luce dei consistenti flussi migratori provenienti da paesi terzi, si rende necessaria una rivisitazione del regolamento in materia di liberalizzazione dei visti.

Sono convinta che la revisione del meccanismo di sospensione di liberalizzazione dei visti per i cittadini dei paesi terzi debba andare di pari grado con la tutela dei diritti individuali e che un'analisi veritiera e oggettiva dei dati raccolti rispetto alle domande presentate sia l'unica via percorribile per tutelare e garantire i diritti di ogni individuo e salvaguardare i principi della politica migratoria europea.

Gli sviluppi a livello politico delle migrazioni hanno bisogno di un forte coinvolgimento del Parlamento europeo che deve essere protagonista nella definizione delle norme UE. Bene dunque la sentenza della Corte che mette in posizione di parità i due colegislatori.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ziel ist es, die Aussetzung der Visumbefreiung zu beschleunigen und flexibler gestalten zu können. Mit neuen Instrumenten soll wirkungsvoll auf plötzliche und irreguläre Anstiege von Drittstaatangehörigen reagiert werden können.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this report because the included changes are seen as cushioning part of a much bigger and rather controversial proposal to conclude visa-free travel agreements with Ukraine and Georgia.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Malgré un titre prometteur, j'ai voté contre ce rapport, qui vise à réformer la procédure de rétablissement de l'obligation de visas pour les ressortissants de pays qui, jusque-là, en étaient exemptés.

Il est en effet prévu de faciliter ce rétablissement en cas d'immigration massive, de demandes d'asile non fondées, de demandes de réadmission rejetées ou de menaces pour la sécurité sur le territoire européen. Les faits cités doivent être dûment étayés et prouvés, la protection des droits de l'homme garantie.

Ainsi, de l'aveu même du rapporteur, il s'agit surtout de protéger les droits de citoyens des pays tiers et de continuer d'allonger la liste des pays dont les ressortissants sont dispensés de visas.

Pour mémoire, la Commission s'apprête à accorder cette dispense aux Ukrainiens et aux Géorgiens, et Angela Merkel a promis à M. Erdoğan la même chose pour les Turcs, même si cette promesse rencontre quelques retards, qui seront bientôt surmontés.

Plutôt que de savoir comment réagir, mal et trop tard, aux conséquences migratoires prévisibles de cette folle politique européenne, je préfère que l'on arrête immédiatement la libéralisation des visas.

Faute de cela, ce rapport est surtout de la poudre aux yeux.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El presente Reglamento modifica el Reglamento (CE) n.º 539/2001 que enumera los terceros países cuyos nacionales deben estar en posesión de visados al cruzar las fronteras exteriores y aquellos cuyos nacionales están exentos de dicha obligación. Desde 2013 existe una disposición en virtud de la cual la Comisión podrá establecer un mecanismo de suspensión para este estatus de «exención de visado». Con este informe se pretende reforzar dicho mecanismo, haciendo que sea más fácil y «flexible». Aunque se han tenido en cuenta algunas de nuestras enmiendas a la hora de elaborar el texto en la comisión de Libertades Civiles, relativas a la protección de los Derechos Humanos, siguen permaneciendo aspectos muy problemáticos como «el mayor riesgo o amenaza inminente para la política pública o la seguridad interna de los Estados miembros relacionada con los nacionales de ese tercer país» y el aumento sustancial de «solicitudes de readmisión denegadas» como motivo para activar el mecanismo, lo que le otorga un nivel de discrecionalidad y coacción respecto al tercer país implicado, respectivamente. En las negociaciones con el Consejo y la Comisión, (trílogo) el texto se recrudeció, en línea con la Europa «fortaleza» que rechazo. Por ello, he votado en contra.

Nathalie Griesbeck (ALDE), *par écrit*. – Le 15 décembre, nous avons voté en faveur de la mise en place d'un «frein de secours» dans l'exemption de visa des citoyens de pays tiers. La révision du mécanisme de suspension permet à la Commission européenne et aux États membres de suspendre temporairement l'exemption de visas dont bénéficient les ressortissants de certains pays tiers, dans le respect des droits de l'homme, pour les raisons suivantes: hausse substantielle de migrants irréguliers issus de ces pays, hausse des demandes d'asile infondées, restriction de la coopération sur les réadmissions, ou menace imminente pesant sur l'ordre public général européen. Une plus grande flexibilité de ce mécanisme existant était nécessaire, et c'est donc pour cela que j'ai voté en faveur de la révision de ce mécanisme.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – Le mécanisme de suspension des visas permet de suspendre l'exemption de visa dont bénéficient les ressortissants de certains pays tiers dans des cas très spécifiques (menace contre la sécurité intérieure, non-respect des critères utilisés pour la libéralisation des visas – notamment violation des droits de l'homme). Aujourd'hui, j'ai voté en faveur de la révision de ce mécanisme car, même si les négociations sur ce texte ont été difficiles, elles ont abouti à ce que chacune des institutions ait désormais son mot à dire quant au déclenchement de ce mécanisme, alors que le Parlement avait été, au départ, totalement mis à l'écart de ce processus. Le Parlement aura donc une place à part entière pour contrôler qu'il n'y ait pas d'usage abusif du mécanisme de suspension des visas. Enfin, la clôture de ce dossier est un pas de plus vers la libéralisation des visas pour la Géorgie et l'Ukraine, dossiers depuis trop longtemps bloqués dans l'attente de cette révision.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this visa requirement. Visa policy is a crucial matter for the European Union, with repercussions for both external action and internal security. It is because of its importance that it is clearly regulated as an area of shared competence between the co-legislators through the ordinary procedure.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Je me réjouis que le Parlement ait soutenu le renforcement du mécanisme de suspension dans le cadre de la libéralisation des visas. Le mécanisme existant depuis 2013 n'avait jamais été activé en raison de la rigidité des critères et de la complexité de la procédure.

Depuis lors, la situation européenne et internationale a évolué et nous devions impérativement adapter nos instruments à ces nouvelles réalités. Les menaces terroristes et les vagues migratoires sont des défis que l'Europe ne peut affronter en libéralisant inconditionnellement les visas à tour de bras.

Nous avons constaté, après l'accord avec l'Albanie, une hausse du nombre de ses ressortissants en situation irrégulière sur le territoire français. Mais l'exemption de visa n'équivaut pas à un billet d'entrée illimité!

C'est pourquoi, désormais, la clause de suspension pourra être déclenchée en cas de hausse substantielle du nombre de ressortissants d'un pays concerné, du nombre de demandes d'asile infondées ou d'absence de coopération sur les réadmissions. Ces restrictions pourront aussi s'appliquer en cas de menaces pour l'ordre public ou la sécurité intérieure liées aux ressortissants des pays tiers concernés.

Nous devons en finir avec les abus, d'autant que de prochaines libéralisations sont prévues avec la Géorgie et l'Ukraine.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe (EZ) br. 539/2001 o popisu trećih zemalja čiji državljani moraju imati vizu pri prelasku vanjskih granica i zemalja čiji su državljani izuzeti od tog zahtjeva (revizija mehanizma suspenzije) jer smatram da vizna politika utječe na vanjsko djelovanje i unutarnju sigurnost EU-a te čini jednu od ključnih tema.

Zbog razvoja političke situacije i situacije povezane s migracijama potrebna je revizija mehanizma suspenzije kako bi EU postao prilagodljiviji i fleksibilniji, posebno nakon znatnog povećanja broja državljana trećih zemalja na području EU-a, mnogih zahtjeva za azil, prijetnji sigurnosti itd. Naravno, držim ključnim da, kao što i samo Izvješće nalaže, spomenuto povećanje fleksibilnosti treba biti popraćeno skupom jamstava i zaštitom ljudskih prava iznad svega.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – En souhaitant rassurer l'opinion publique par la révision du mécanisme européen de suspension des visas et mieux gérer les pics d'immigration, l'Union européenne veut surtout faire passer la suppression des visas pour des millions d'Ukrainiens et de Géorgiens. L'objectif final est donc contraire à sa promesse: il s'agit pour l'Union d'ouvrir plus grand des frontières qu'elle a pourtant pour devoir de protéger plus que jamais.

J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – Visa liberalisation is a valuable political tool for the EU, which also offers significant advantages for citizens of the third countries concerned. At the same time, for the security of EU citizens, we need an efficient mechanism to avoid any abuse. This upgraded suspension mechanism makes it easier to alert the Commission about irregularities and emergencies that could justify a reintroduction of visa requirements. The Council made this agreement a prerequisite for approving new liberalisation agreements, such as those with Georgia and Ukraine. Both countries have made enormous efforts to reform and fulfil our criteria; it is up to us now to deliver and be a reliable partner. Parliament is more than ready, Member States should not delay the talks anymore.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui réforme le mécanisme de suspension des exemptions de visa pour le rendre plus rapide et pour faciliter ainsi les exemptions actuellement en discussion, notamment avec l'Ukraine et la Géorgie. Nous instaurons un frein d'urgence pouvant être déclenché en cas de forte pression migratoire en provenance d'un pays bénéficiant de l'exemption de visa, ou face à un manque de coopération du pays en matière de réadmission de ses ressortissants ou de migrants irréguliers ayant transité sur son territoire avant de rejoindre l'Union européenne. Les visas pourraient également être réintroduits si l'ordre public ou la sécurité intérieure étaient menacés et si ces menaces étaient liées aux ressortissants du pays tiers concerné. Ce texte permet donc de concilier la libre circulation avec l'exigence de sécurité et de maîtrise de nos frontières européennes.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht betrifft die Überarbeitung des Mechanismus zur Aussetzung der Visumbefreiung. Der Berichterstatter fordert die Überarbeitung des ganzen Kommissionsvorschlags und bekräftigt, dass eine Aussetzung sich nur auf bestimmte Gruppen von Staatsangehörigen des Drittlands erstrecken soll und die Durchführungsbefugnisse zur Aussetzung der Kommission übertragen werden sollen. Dies ist nicht zufriedenstellend, da eine Aussetzung des Mechanismus nur dann gefordert wird, wenn die Anerkennungsquote der Asylanträge geringer als drei Prozent ist. Allein im Jahr 2016 betrug die Anerkennungsquote beispielsweise in Österreich 47,6 Prozent. Daher stimme ich gegen diesen Bericht.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht möchte den Suspendierungsmechanismus für visafreie Einreisen in die EU stärken. Die Kommission wäre in der Lage, die visafreie Einreise der Bürger einzelner Drittstaaten selbst zu suspendieren, sollte sie von Mitgliedsstaaten darum gebeten werden.

Eine Visumspflicht erhöht die Transaktionskosten einzelner Bürger, stellt aber gleichzeitig sicher, dass eine Einwanderung in die Sozialsysteme über freie Einreise erschwert wird. Wenn die Visumspflicht eines Drittstaats aufgehoben wird, ist ein Suspendierungsmechanismus wichtig, um im Falle von Krisen schnell reagieren zu können, indem man die Visabefreiung aufhebt. Ich bin der Überzeugung, dass der Bericht die Einreise vieler Bürger von Drittstaaten einfacher gestalten wird und sich dadurch positiv auf Tourismuszahlen und Wirtschaft innerhalb der EU auswirken wird. Gleichzeitig kann die EU schnell reagieren und die bestehende Visumsfreiheit suspendieren, wenn es zu erhöhten Zahlen ungewollter Einreisen kommt. Aus diesen Gründen habe ich dem Bericht zugestimmt.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – Since 2013 there is a provision by which a mechanism could be put in place to suspend the 'visa-free' status by the Commission for a period of six months. Any Member States may trigger this suspension mechanism. I voted against this report because the Commission is using this mechanism as a migration tool and even tries to make it easier to implement the mechanism.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - A szokásos EU-s működési séma figyelhető meg ebben a javaslatban, illetve a létrejöttéhez vezető folyamatban is. Tehát: hagyj figyelmen kívül minden idejekorán jött jelzést, fenyegető előjelet és ne tégy semmit. Ha a probléma kibontakozik, igyekezz azt a sajtó révén csekélynek beállítani. Ha ezt mégsem veszi be a közvélemény, majd akkor ráérsz hozni valami jogszabályfélét. Majd dőlj hátra elégedetten, hiszen ki merne ellene szavazni bárminek, ami megoldást jelent, még ha csak töredékére is a problémának.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I supported the proposal for temporary suspension of the visa exemption for the nationals of a third country for a short period of time, as a matter of urgency and on the basis of well-defined criteria, to solve possible difficulties faced by one or several Member States. In particular, I welcome the proposal that both EU Member States and the Commission will be able to trigger the visa waiver suspension mechanism in one or more of the following cases: a substantial increase in the number of nationals of the country are refused entry to or stay irregularly in EU territory, a substantial increase in unfounded asylum applications and a decrease in cooperation on readmissions (returns of migrants). I strongly believe that the approval of the suspension mechanism will not have a negative effect on the agreement that paved the way for visa waivers to Georgia and Ukraine.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Il presente regolamento introduce dei criteri utili ad arginare le distorsioni derivanti dall'implementazione della politica dei visti dell'UE. Attraverso l'adozione di misure di immediata applicazione, la Commissione europea sarà in grado di interrompere temporaneamente la concessione di visti di breve durata nel caso in cui la domanda risulti non coerente con il potenziale di ammissibilità.

Mi gratifica, in particolare, il fatto che il Parlamento europeo abbia ottenuto durante la fase negoziale la deroga per cui, qualora la sospensione dei visti per un determinato paese risulti necessaria per un periodo superiore a 18 mesi, la stessa dovrà essere applicata attraverso l'adozione di atti delegati.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui vise à donner des garanties illusoires (possibilité d'exiger des visas) pour faire passer la suppression des visas pour des millions d'Ukrainiens et de Géorgiens.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui facilite la mise en œuvre du mécanisme de suspension de l'exemption de visa. Ce «frein d'urgence» permet en effet de rétablir l'obligation de visa pour les pays tiers qui en sont exemptés, en cas de hausse substantielle du nombre de ressortissants d'un pays concerné, du nombre de demandes d'asile infondées ou d'absence de coopération sur les réadmissions. Ces restrictions pourront aussi s'appliquer en cas de menace pour l'ordre public ou la sécurité intérieure liée aux ressortissants des pays concernés.

Cette simplification de la procédure permettra une pleine application du mécanisme, qui n'a pas été activé depuis 2013. Il est important que nous puissions y recourir de manière rapide et efficace, au regard des enjeux sécuritaires et migratoires, et compte tenu notamment des discussions engagées avec un certain nombre de pays (Turquie, Géorgie, Kosovo, Ukraine) demandeurs de libéralisation des visas pour leurs ressortissants.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque utiliza argumentos de seguridad para dificultar los movimientos de nacionales de terceros países hacia Europa, incluso en el caso de los demandantes de asilo, lo que representa una grave violación de derechos fundamentales.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht möchte den SuspendierungsMechanismus für visafreie Einreisen in die EU stärken. Die Kommission wäre in der Lage, die visafreie Einreise der Bürger einzelner Drittstaaten selbst zu suspendieren, sollte sie von Mitgliedsstaaten darum gebeten werden.

Eine Visumspflicht erhöht die Transaktionskosten einzelner Bürger, stellt aber gleichzeitig sicher, dass eine Einwanderung in die Sozialsysteme über freie Einreise erschwert wird. Wenn die Visumspflicht eines Drittstaats aufgehoben wird, ist ein Suspendierungsmechanismus wichtig, um im Falle von Krisen schnell reagieren zu können, indem man die Visabefreiung aufhebt. Ich bin der Überzeugung, dass der Bericht die Einreise vieler Bürger von Drittstaaten einfacher gestalten wird und sich dadurch positiv auf Tourismuszahlen und Wirtschaft innerhalb der EU auswirken wird. Gleichzeitig kann die EU schnell reagieren und die bestehende Visumsfreiheit suspendieren, wenn es zu erhöhten Zahlen ungewollter Einreisen kommt. Aus diesen Gründen habe ich dem Bericht zugestimmt.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Izmjenom Uredbe (EZ) br. 539/2001 uvedeni su elementi poput „mehanizma suspenzije". Zbog razvoja političke situacije i situacije povezane s migracijama, potrebna je revizija mehanizma suspenzije kako bi postao prilagodljiviji i fleksibilniji. Potrebno je uvesti elemente koji će omogućiti EU-u da odgovori na okolnosti koje su nastale kao rezultat iznenadnog i znatnog povećanja broja državljana trećih zemalja koji nezakonito borave na njenom teritoriju EU-a.

U skladu s navedenim, potrebno je izmijeniti mehanizam suspenzije u pogledu primjene delegiranih akata i prilagoditi ga presudi Suda Europske unije u vezi s mehanizmom reciprociteta. Budući da su oba mehanizma uravnoteženi u zakonodavnom i političkom smislu i imaju slične učinke, postupci u okviru njih trebaju biti usklađeni. Smatram da je jedino na takav način moguće zajamčiti prava državljana trećih zemalja i štititi načela vizne politike EU-a, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The Council idea to connect the visa-free regime between EU and Georgia and Ukraine with a visa suspension mechanism was a bad idea, the result of which was the unpredictable delay of the visa-free regime with those countries. Georgia and Ukraine fulfilled all the conditions and are waiting for the EU to fulfil its commitments. In politics as in business, reputation of reliable partners is very valuable thing. So the reputation of the EU in this case was seriously damaged. We will not see the negative results immediately, but in connection with other cases of arrogance and our neglectful attitude towards our partners, this will return to us like a boomerang in the future.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. — V záujme bezpečnosti a verejného poriadku Únie a členských štátov je potrebné sprísniť vízové postupy pre žiadateľov z tretích krajín so súčasným zabezpečením ochrany ľudských práv. Nástroje vízovej politiky Únie musia pružne reagovať na bezpečnostné ohrozenia vyvolané nedôvodnými žiadosťami o azyl alebo zvýšený počet nezákonne sa pohybujúcich osôb z tretích krajín na území Únie. Komisia je povinná monitorovať situáciu v týchto krajinách a podávať o zisteniach správu Parlamentu.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 539/2001 για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 14/12/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Il a en effet pour objectif de réviser le mécanisme européen de suspension de visa d'entrée dans l'Union européenne. Cette révision vise à mettre en œuvre un levier qui permettrait de rétablir l'obligation de visa plus facilement en cas de pic d'immigration. Bien évidemment, cette idée est séduisante. Malheureusement, l'objectif réel est ailleurs. En effet, il s'agit de rassurer l'opinion publique afin que la suppression de visa pour les millions d'Ukrainiens et de Géorgiens soit votée, ce à quoi nous nous opposons.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Mit diesem Vorschlag soll der Mechanismus zur Aussetzung der Visumbefreiung überarbeitet werden. Da dieser Mechanismus nur dann zustandekommen soll, wenn die Anerkennungsquote der Asylanträge geringer als drei Prozent ist, wobei diese in Österreich dieses Jahr 47,6 Prozent betrug, sich nur auf bestimmte Gruppen eines Drittlands erstrecken soll und zum anderen die Durchführungsbefugnisse zur Aussetzung und damit die Entscheidungshoheit vollkommen der Kommission übertragen werden soll, habe ich diesen Bericht nicht mitgetragen.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Atsižvelgiant į migracijos krizę atsirado poreikis persvarstyti vizų reikalavimo netaikymo sustabdymo mechanizmą, kad jis būtų palankesnis ir lankstesnis. Tai suteiks ES galimybę reaguoti į įvairias ypatingo pobūdžio aplinkybes, atsirandančias dėl žymiai ir staiga išaugusio neteisėto trečiųjų šalių piliečių neteisėtai gyvenančių ES teritorijoje skaičiaus, padidėjusio nepagrįstų trečiųjų šalių piliečių prašymų suteikti prieglobstį skaičiaus, grėsmės saugumui Europos teritorijoje.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne souhaite réviser le mécanisme de suspension de l'obligation de visa en cas de pic d'immigration. En tentant de rassurer l'opinion, l'Union a, en réalité, un autre objectif, qui est de donner des garanties illusoires pour faire passer la suppression des visas pour des millions d'Ukrainiens et de Géorgiens.

Considérant qu'il faudrait préserver les États des vagues migratoires en rétablissant les contrôles aux frontières, je me suis opposée à cette révision.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je salue l'adoption par le Parlement européen d'un texte concernant le mécanisme de suspension applicable aux accords de libéralisation des visas. Il vise à faciliter le déclenchement du mécanisme ainsi qu'à accélérer la procédure, dès lors que l'exemption de visa applicable aux ressortissants d'un pays tiers doit faire l'objet d'une suspension. Les raisons justifiant une suspension ont également été étendues. Je tiens en outre à souligner la mise en place d'un mécanisme de surveillance visant à s'assurer du respect continu par les pays tiers des conditions qui ont prévalu à la libéralisation des visas.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which reached a deal where Parliament could have an important role in suspending the visa waiver of a certain country while deblocking the related visa liberalisation files with important countries and partners such as Georgia and Ukraine. Parliament will play an important role when it comes to re-imposing visa requirements, which is essential.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne souhaite réviser le mécanisme européen de suspension de visa d'entrée dans l'Union afin de pouvoir rétablir plus facilement l'obligation de visa en cas de pic d'immigration, et ainsi rassurer l'opinion publique.

Cependant, le but caché de cette révision est de donner des garanties illusoires pour faire passer la suppression de visas pour des millions d'Ukrainiens et de Géorgiens.

Alors qu'il faudrait nous protéger de la vague migratoire en restaurant les contrôles à nos frontières nationales, l'Union fait l'inverse en ouvrant encore davantage ses frontières.

Nous nous opposons donc naturellement à cette révision.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne souhaite réviser le mécanisme européen de suspension de visa pour entrer dans l'Union. L'objectif est de pouvoir rétablir plus facilement l'obligation de visas en cas de «pic d'immigration». L'Union européenne souhaite ainsi rassurer l'opinion publique. Mais son véritable objectif est ailleurs: elle veut donner des garanties illusoires pour faire passer la suppression de visas pour les millions d'Ukrainiens et de Géorgiens.

Alors qu'il faudrait nous protéger de la vague migratoire en restaurant des contrôles à nos frontières nationales, l'Union fait l'inverse en ouvrant encore davantage ses frontières. Je vote contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte sur la modification du règlement fixant la liste des pays tiers dont les ressortissants sont soumis à l'obligation de visa pour franchir les frontières extérieures des États membres et la liste de ceux dont les ressortissants en sont exemptés. Le rapport vise à permettre la réintroduction temporaire de l'obligation de visa pour les ressortissants de pays tiers en cas de pics soudains d'immigration irrégulière, de demandes d'asile dévoyées, d'un manque de coopération dans les réadmissions ou de menaces pour l'ordre public et la sécurité intérieure.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The visa policy is an essential subject for the European Union with effects on external action and internal security. I am in favour of this report that will revise the visa suspension mechanism to make it more up to date and flexible in order to face current political and migratory situations.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen den vorliegenden Bericht ausgesprochen, da eine Aussetzung des Mechanismus gefordert wird, wenn die Anerkennungsquote der Asylanträge geringer als drei Prozent beträgt. Alleine im Jahr 2016 betrug die Anerkennungsquote in Österreich 47,6 Prozent.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Viisavabaduse peatamise kord tuleb üle vaadata, et muuta see kiiremaks ja paindlikumaks. See võimaldab ELil reageerida operatiivselt, kui peaks tekkima olukord, mis ähvardab nt EL julgeolekut, või toimub äkiline kasv ebaseaduslikult EL territooriumil elavate kolmandate riikide kodanike seas. Selle korra ülevaatamisega eemaldatakse ka takistused Ukraina ja Gruusia viisavabaduse kehtestamisega edasiminekult. See on oluline, sest mõlemad riigid on täitnud vajalikud kriteeriumid juba mõnda aega tagasi ning neile viisavabaduse andmine tuleb otsustada kiiresti.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – „Četiri slobode" jedne su od temeljnih zamisli i najviših vrijednosti Europske unije. Riječ je o slobodi kretanja robe, usluga, ljudi i kapitala bez unutarnjih granica. Upravo slobodu kretanja ljudi jamči vizna politika s obzirom na to da utječe i na vanjsko djelovanje i na unutarnju sigurnost. Upravljanje viznom politikom jasno je regulirano kao podijeljena nadležnost suzakonodavaca u okviru redovnog zakonodavnog postupka.

2013. godine izmjenom Uredbe (EZ) br. 539/2001, uveden je „mehanizam suspenzije" koji se namjerava izmijeniti upravo ovom predloženom izmjenom, a ne smije se zaboraviti ni na izmjenu „mehanizma reciprociteta" kao protuteže prethodno spomenutom elementu. Oba mehanizma predstavljaju dvije strane medalje, uravnoteženi su u zakonodavnom i političkom smislu i imaju slične učinke, a postupci u okviru njih trebaju biti usklađeni.

Zbog razvoja političke situacije i situacije povezane s migracijama, posebice u svjetlu uzastopnih postupaka liberalizacije viza s trećim zemljama, potrebna je revizija mehanizma suspenzije kako bi postao prilagodljiviji i fleksibilniji. Podsjećam da mehanizam reciprociteta još uvijek ne funkcionira u potpunosti za 5 država članica među kojima je i Hrvatska. Smatram kako ove izmjene ne smiju prolongirati donošenje delegiranog akta kojim bi za građane spomenutih država članica bila osigurana jednaka prava kao i za ostale građane EU-a.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório propõe alterar o Regulamento (CE) n.º 539/2001 que fixa a lista dos países terceiros cujos nacionais estão sujeitos à obrigação de visto para transporem as fronteiras externas e a lista dos países terceiros cujos nacionais estão isentos dessa obrigação (Revisão do Mecanismo de Suspensão).

A presente revisão do mecanismo de suspensão constitui uma resposta à crise humanitária dos refugiados e consagra a intenção de chantagem e pressões sobre países terceiros, se as suas políticas de migração não corresponderem e não se alinhem com as criminosas políticas de migração da União Europeia. Ou aqueles países aceitam as suas políticas, nomeadamente na vertente da política de retorno, ou poderão ver limitada a obtenção de vistos de curta duração a cidadãos do seu país para acesso à UE.

Votámos contra.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Jsem rád, že po dlouhých jednáních došlo ke shodě mezi Radou a Parlamentem nad novými podmínkami suspenzního mechanismu pro země bez vízové povinnosti s EU. Aktualizace mechanismu pozastavení byla mj. podmínkou pro finální zrušení vízového styku s Gruzií nebo Ukrajinou, který je jinak již dojednán. Vlastní mechanismus pozastavení umožňuje za přesně daných podmínek dočasně pozastavit bezvízový styk pro státní příslušníky třetí země. Dosud platné znění kritizovaly členské státy pro přílišnou rigidnost podmínek, které nedovolovaly tento nástroj flexibilně využít (také proto nikdy suspenzní mechanismus nebyl reálně spuštěn). Jsem přesvědčen, že nové znění dává EU i jejím členským státům dostatečný prostor pro rychlé řešení v případě, že bude nutné bezvízový styk s určitou danou zemí pozastavit. Jsem dlouhodobě zastáncem spuštění bezvízového styku s Ukrajinou i Gruzií, rád bych připomenul, že Ukrajině byl bezvízový styk přislíben už v době před Mistrovstvím Evropy ve fotbale v roce 2012. Jsem přesvědčen, že zrušení krátkodobé vízové povinnosti významně přispěje ke společensko-ekonomickému rozvoji těchto zemí. Bezvízový styk je navíc možný pouze pro osoby s biometrickým pasem. Rád bych v tomto ohledu připomenul, že je daleko jednodušší si opatřit falešné papírové vízum než zfalšovat biometrický pas, takže je zřejmý i dopad na posílení bezpečnosti v EU.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Głównym celem omawianego wniosku jest wzmocnienie mechanizmu zawieszającego poprzez ułatwienie państwom członkowskim notyfikowania okoliczności prowadzących do ewentualnego zawieszenia oraz poprzez umożliwienie Komisji uruchomienia mechanizmu z własnej inicjatywy.

Osiągnięte porozumienie odzwierciedla rozwiązanie między stanowiskiem Rady i Parlamentu, oparte na podejściu składającym się trzech etapów. 1) Komisja Europejska przyjmie akt wykonawczy w sprawie czasowego zawieszenia zwolnienia z obowiązku wizowego dla niektórych kategorii obywateli danego państwa trzeciego na okres 9 miesięcy. 2) Jeżeli w tym okresie okoliczności będą się utrzymywać, Komisja przyjmie akt delegowany, czasowo zawieszający zwolnienie z obowiązku wizowego dla wszystkich obywateli danego państwa trzeciego na okres 18 miesięcy. 3) Przed upływem okresu ważności przyjętego aktu delegowanego Komisja Europejska przedłoży Parlamentowi Europejskiemu i Radzie sprawozdanie, któremu towarzyszyć może wniosek ustawodawczy dotyczący zmiany niniejszego rozporządzenia w celu przeniesienia odniesienia do danego państwa trzeciego z załącznika II do załącznika I.

Popieram potrzebę istnienia oraz wzmocnienia mechanizmu zawieszającego w celu utrzymania zaufania dla przyszłych, jak i istniejących umów liberalizujących przepisy wizowe. Taka klauzula zawieszająca jest również ważna z tego względu, że umożliwia sprawną reakcję na jakąkolwiek sytuację nadzwyczajną i nie wymaga oczekiwania na rozwiązanie w ramach procesu legislacyjnego.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la révision du mécanisme de suspension de l'exemption de visa pour les ressortissants des pays tiers. Au vu de la situation politique et migratoire actuelle, nous souhaitons en effet une flexibilité accrue du mécanisme de suspension afin de pouvoir réintroduire temporairement l'obligation de visa pour les ressortissants des pays tiers en cas de crises liées à une augmentation de l'immigration irrégulière ou en cas de menace pour l'ordre public ou la sécurité intérieure.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He apoyado este acuerdo alcanzado con el Consejo para reforzar el mecanismo de suspensión de acuerdos de exención de visados con terceros países con el objetivo de facilitar su suspensión cuando se detecte un aumento «sustancial» del número de sus nacionales en situación irregular en la Unión, en caso de falta de cooperación de los Estados de origen en la readmisión de inmigrantes en situación irregular o cuando haya un aumento sustancial del riesgo para la seguridad de los Estados miembros o su orden público.

Estas nuevas disposiciones reducirán periodos de referencia y plazos, pasando de seis a dos meses el período para comprobar los problemas que permitan la suspensión respecto a la situación el año anterior o anterior a la liberalización de los visados. El mecanismo de suspensión también lo podrá activar la Comisión Europea y no sólo los Estados miembros, como hasta ahora. Además, el acuerdo introduce un mecanismo de supervisión con el objetivo de garantizar que los terceros países para cuyos nacionales se suprimen los visados continúan cumpliendo los criterios que tuvieron que cumplir para ello. La Comisión deberá remitir informes anuales a los Estados miembros y a este Parlamento confirmando que siguen cumpliendo las condiciones.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Je salue l'adoption de cet outil qui devrait apporter davantage de flexibilité et d'opérationnalité. D'après les nouvelles règles, les accords d'exemption de visa avec des pays tiers pourront être suspendus, auquel cas les citoyens de ces pays auront à nouveau besoin d'un visa pour se rendre dans l'Union. À la fois les États membres et la Commission européenne pourront déclencher le mécanisme de suspension. Le texte voté souligne que la décision de suspendre temporairement l'exemption de visa doit être prise en se fondant sur des «données pertinentes et objectives». Après une notification d'un État membre (ou une demande émanant d'une majorité simple d'États membres), ou en se fondant sur son propre rapport, la Commission aura un mois pour décider de suspendre ou non l'exemption de visa pour une durée de neuf mois. Cette décision prendra effet automatiquement. La Commission aura aussi pour mission de suivre de près la situation dans les pays bénéficiant d'exemptions de visa et d'informer le Parlement et le Conseil, au moins une fois par an, du respect ou non des conditions d'exemption (notamment en matière de respect des droits de l'homme).

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Šis mechanizmas yra labai svarbi Europos sąjungos užsienio politikos priemonė. Labai svarbu, kad mechanizmo peržiūra nepakenktų mūsų draugams ir kolegoms – europinę orientaciją pasirinkusioms Europos kaimynėms. Todėl raginu Komisiją ir valstybes nares atidžiai prižiūrėti, kaip vyksta ši peržiūra, ir užtikrinti, kad tokių šalių kaip Gruzija bent jau atskiros piliečių kategorijos galėtų ir toliau naudotis bevizio režimo galimybėmis.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui permet la révision du mécanisme de suspension dans le cadre du règlement régissant la libéralisation des visas avec certains pays tiers. En effet, en raison de la complexité de ses procédures, le mécanisme n'a pas pu être activé depuis 2013. Cette révision permet ainsi de rétablir temporairement l'obligation de visa pour les ressortissants de pays tiers dans les circonstances suivantes: pic soudain d'immigration irrégulière, demandes d'asile infondées, manquement à coopérer avec l'Union européenne sur les réadmissions ou menace pour l'ordre public ou la sécurité intérieure.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del mecanismo de suspensión de visados. Considero que la movilidad es un derecho de todas las personas por lo que no solo rechazo las políticas de la Europa Fortaleza, sino que he apoyado las liberalizaciones de visados que se han venido realizando. Con este mecanismo, lo que se pretende es crear una herramienta para restringir esta libertad de visados que es poco transparente, y que además está sujeta a la decisión de una sola de las dos partes que participan en el acuerdo. Rechazo que los visados se conviertan en un arma de presión y chantaje con la que la Unión pueda hacer política exterior y por eso mismo me he opuesto.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as it is not for the EU to be involved in nation states' visa regulation.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today, I voted in favour of this report, which is based on the suspension mechanism in Article 1(a) of Regulation (EC) No 539/2001, which allows for the temporary suspension of the visa exemption for nationals of a third country in certain emergency situations, as a last resort. It can be triggered by any Member State by notifying the Commission that it is confronted with circumstances leading to an emergency situation which the Member State in question cannot remedy on its own.

After several difficult trilogues, the European Parliament and the Council have reached an agreement, under which both Member States and the European Commission will be able to trigger the suspension mechanism. The Commission will be in charge of monitoring the situation in visa-exempt countries and reporting to Parliament and the Council on whether they still fulfil visa waiver condition, such as respect for human rights.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Nisam podržao ovo izvješće, ali ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Nepochybne je vízová politika jednou z dôležitých nástrojov vonkajšej činnosti Únie a zároveň vplýva aj na vnútornú bezpečnosť. V nedávnej revízii vízovej politiky sa zaviedli nové opatrenia, ktorými sú tzv. mechanizmus pozastavenia a mechanizmus reciprocity. Sú to dve strany jednej mince a pôsobia ako legislatívne a politické protiváhy, čo si vyžadovalo, aby sa ich postupy zosúladili. Obzvlášť bolo potrebné presne špecifikovať funkčnosť mechanizmu pozastavenia. Keďže v súčasnosti prebieha proces liberalizácie vízového režimu a zároveň je EÚ vystavená komplikovanej politickej a migračnej situácii, bolo nevyhnutné, aby sa stal mechanizmus pozastavenia rýchlejším a pružnejším. Túto snahu som podporila, pretože súhlasím s názorom, že potrebujeme vytvoriť nástroje, ktoré EÚ umožnia reagovať na výnimočné okolnosti. V prípade, že nejaký členský štát nebude schopný zvládať náhly nárast počtu cudzincov na svojom území, neopodstatnených žiadostí o azyl alebo iných bezpečnostných hrozieb na európskom území, bude mať možnosť pozastaviť uplatňovanie vízového režimu s určitou treťou krajinou. Keďže je však takéto opatrenie jedným z najprísnejších politických opatrení na úrok občanov tretích krajín, je nutné, aby išla táto zvýšená pružnosť ruka v ruke so zárukami na ochranu ľudských práv.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Podpořila jsem zprávu o návrhu revize nařízení o krátkodobých vízech do EU, jež se týkala zavedení mechanismu pozastavení udělování krátkodobých víz („záchranná brzda“). Byla to nutná podmínka pro dohodu o vízové liberalizaci pro Ukrajinu a Gruzii. EP tento mechanismus schválil a občané těchto zemí budou moci od příštího roku cestovat do EU bez víz (po formálním schválení pravděpodobně v únoru). Ukrajina i Gruzie splnily všechny smluvní závazky stanovené v akčních plánech, včetně protikorupčních opatření, ochrany hranic, investic do pohraniční stráže či biometrických pasů.

Jsem velkou zastánkyní co nejužších vazeb mezi EU a zeměmi Východního partnerství, zejména Ukrajinou. Právě vízová liberalizace je hmatatelným benefitem pro občany a podnikatele a zlepší vnímání EU v dotyčných zemích. Občany můžeme uklidnit, že projednávaný mechanismus je tu pro ochranu před nenadálými migračními toky a zneužíváním systému pro dlouhodobější nelegální pobyty.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht möchte den Suspendierungsmechanismus für visafreie Einreisen in die EU stärken. Die Kommission wäre in der Lage, die visafreie Einreise der Bürger einzelner Drittstaaten selbst zu suspendieren, sollte sie von Mitgliedsstaaten darum gebeten werden.

Eine Visumspflicht erhöht die Transaktionskosten einzelner Bürger, stellt aber gleichzeitig sicher, dass eine Einwanderung in die Sozialsysteme über freie Einreise erschwert wird. Wenn die Visumspflicht eines Drittstaats aufgehoben wird, ist ein Suspendierungsmechanismus wichtig, um im Falle von Krisen schnell reagieren zu können, indem man die Visabefreiung aufhebt. Ich bin der Überzeugung, dass der Bericht die Einreise vieler Bürger von Drittstaaten einfacher gestalten wird und sich dadurch positiv auf Tourismuszahlen und Wirtschaft innerhalb der EU auswirken wird. Gleichzeitig kann die EU schnell reagieren und die bestehende Visumsfreiheit suspendieren, wenn es zu erhöhten Zahlen ungewollter Einreisen kommt. Aus diesen Gründen habe ich dem Bericht zugestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – V súvislosti so zavedením bezvízového styku s Ukrajinou a Gruzínskom posilňujeme aj mechanizmus jeho pozastavenia a dočasného opätovného zavedenia víz v prípade masívneho zneužívania alebo, ak v niektorej z krajín dôjde k nepredvídateľnej situácii, ktorá môže mať negatívne dosahy na schopnosť Európskej únie kontrolovať pohyb osôb.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – N-VA is bijzonder voorstander van een streng herwerkt schorsingsmechanisme, zodat we de visumvrijstelling waarover een bepaald land beschikt zonodig tijdelijk kunnen schorsen en zelfs kunnen intrekken. Helaas gaat wat op tafel ligt niet ver genoeg.

Er is vooruitgang geboekt. Er komen verscherpte deadlines en bijkomende schorsingsgronden. De visumvrijstelling kan worden ingetrokken wanneer een land weigert om afgewezen asielzoekers en economische migranten terug te nemen.

Verschillende elementen doen ons echter twijfelen aan de achterliggende politieke agenda. Is het wel degelijk de bedoeling een efficiënt schorsingsmechanisme uit te bouwen? Wil men de invoering van dit schorsingsmechanisme gebruiken als argument om een snelle visumvrijstelling aan bvb. Turkije toe te kennen? Zijn er voldoende garanties dat een correct gebruik van de asielprocedure hierdoor niet zal worden omzeild? Waarom wordt het toepassingsgebied verkleind, tot slechts bepaalde categorieën van paspoorthouders in tegenstelling tot een gehele nationaliteit?

Een versterkt schorsingsmechanisme is noodzakelijk, maar moet efficiënt zijn en met de correcte motivatie worden ingevoerd. Daarover blijven vandaag nog te veel vragen open staan. Met haar onthouding roept de N-VA delegatie op een duidelijk antwoord op deze vragen te geven. In elk geval nemen wij de gemaakte bezwaren en bekommernissen mee bij het overwegen van alle toekomstige verzoeken tot visumvrijstelling.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Politika viza je od ključne važnosti za Europsku uniju. Nastankom migracijskih tijekova, posebice u svjetlu uzastopnih procesa liberalizacije viza, čini se da je potrebno brže i fleksibilnije revidirati mehanizam suspenzije. Nema sumnje da moramo pružiti alate koji će omogućiti EU-u da reagira na sve okolnosti koje proizlaze iz naglog porasta broja državljana trećih zemalja koji ilegalno borave na području EU-a, neutemeljenih zahtjeva za azil od državljana trećih zemalja te iz prijetnji sigurnosti na europskom teritoriju.

Ova povećana fleksibilnost ipak mora biti u pratnji čvrstog i izdržljivog skupa garancija i mjera za zaštitu ljudskih prava, kao i izvješća i statistika od strane europskih agencija i nadležnih tijela za provedbu zakona. To je jedini način da se jamče prava građana trećih zemalja i zaštite načela politike viza Zajednice.

Podržavam ovo Izvješće jer smatram da je potrebno i zakonski primjereno za Europski parlament da bude uključen u donošenje odluka, budući da ne smijemo zaboraviti da je ponovno nametanje viza za državljane trećih zemalja jedna od najoštrijih političkih mjera koje se mogu poduzeti.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe o seznamu tretjih držav, katerih državljani morajo pri prehodu zunanjih meja imeti vizume, in držav, katerih državljani so oproščeni te zahteve (sprememba mehanizma zadržanja).

Podpiram predlog spremembe, da bi morala Komisija spremljati razmere v teh tretjih državah in o njih redno poročati Evropskemu parlamentu in Svetu. Tako bomo zagotovili neprekinjeno nadaljnje izpolnjevanje posebnih meril, povezanih med drugim z nezakonitim priseljevanjem, javnim redom in varnostjo, gospodarskimi koristmi, zlasti na področju turizma in zunanje trgovine.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Αυτό που επειγόντως χρειάζεται, λόγω της αυξημένης ροής λαθρομεταναστών, εξτρεμιστικών στοιχείων και μελών του διεθνικού οργανωμένου εγκλήματος, δεν είναι η προσωρινή αναστολή της απαλλαγής για την υποχρέωση θεώρησης για τους υπηκόους τρίτων χωρών, αλλά η πλήρης κατάργηση του κοινοτικού καταλόγου.

Κάθε κράτος μέλος πρέπει να αποφασίζει ποιοι υπήκοοι τρίτων χωρών θα δύνανται να απαλλάσσονται από την υποχρέωση θεώρησης.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a Tanács és az Európai Parlament közötti megállapodást rögzítő szabályozás jóváhagyását, amelynek alapján az EU területére való belépést szabályozó vízumkötelezettség alá tartozó országok listáját a jelenleginél gyorsabb, rugalmasabb, a beutazók száma és a visszautasított kérelmek aránya, valamint rendkívüli események szempontjait érvényesítve lehet módosítani, illetve egyes országok státuszát ideiglenesen felfüggeszteni.

Az előterjesztés alapján ugyanakkor bízom abban, hogy a módosult szabályozás szerinti eljárás során a jövőben is változatlan súllyal érvényesülnek valamennyi harmadik ország állampolgárai tekintetében az emberi és személyiségi jogok, a korrekt és átlátható eljáráshoz való jog, az EU szabályoknak megfelelő adatvédelem, valamint a humánum szempontjai. Az új szabályozás fontos konkrét eredménynek tartom, hogy annak alapján többek között rövidesen lehetőség nyílik az Európai Unió fontos keleti szomszédsági partnerei közül Grúzia (Georgia) állampolgárainak vízum nélküli beutazására.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Politica de vize a Uniunii Europene reflectă relațiile pe care aceasta le are cu statele terțe și acordurile semnate în vederea exonerării de vize a resortisanților țărilor respective, cel puțin pe termen scurt.

În anumite situații, însă, evenimente imprevizibile care generează un flux mare de migranți care doresc să ajungă pe teritoriul UE în scopul cererii de azil sau readmisiei generează necesitatea unor măsuri speciale din partea statelor membre și instituțiilor europene, în vederea consolidării securității interne.

Astfel, începând din 2013, a fost introdus conceptul de „mecanism de suspendare" care prevede luarea unor măsuri proporționale în direcția reintroducerii necesității vizelor pentru cetățenii anumitor state terțe. Aceste măsuri urmează să fie temporare, pe o durată de 9 luni, cu posibilitatea de prelungire cu 18 luni în cazul persistenței situației sau de întrerupere în cazul reîndeplinirii condițiilor necesare, în principal respectul pentru drepturile omului.

Comisia va lucra împreună cu statele membre și statul terț vizat pentru a remedia situația respectivă. Parlamentul European va putea să se implice în această procedură și să își exprime poziția. Este un progres evident, care vine în întâmpinarea cerințelor unora dintre statele membre și care va genera mai multă securitate pentru cetățenii europeni. Susțin adoptarea acestui raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je suis d'accord avec le rapporteur sur le fait que, d'un point de vue juridique, il est souhaitable et indispensable que le Parlement européen soit associé au processus décisionnel, étant donné que la réintroduction de l'obligation de visa pour les ressortissants de pays tiers est l'une des mesures politiques les plus drastiques que l'on puisse appliquer.

Conformément à ce qui a été indiqué, il y a lieu de modifier le mécanisme de suspension en ce qui concerne le recours aux actes délégués en suivant l'arrêt de la Cour de justice du 16 juillet 2015, qui s'est déjà prononcée sur la question en rapport avec le mécanisme de réciprocité. Les deux mécanismes sont les deux faces de la même médaille et constituent des contrepoids législatifs et politiques aux effets semblables, dont les procédures doivent être harmonisées.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The revision of the EU visa waiver suspension mechanism aims to reduce restrictions for EU citizens to travel to countries outside the EU, as well as facilitating travel to the EU for citizens of third countries, boosting tourism and businesses. Visa liberalisation also acts as a strong mechanism for promoting reforms in third countries, notably reforms on fundamental rights and the rule of law. I voted in favour of the EU visa waiver suspension mechanism for Georgia, Ukraine and Kosovo because visa liberalisation would greatly benefit the economic, social and political standing of the EU and the third countries alike.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o trećim zemljama čiji državljani moraju imati vizu ili su izuzeti od tog zahtjeva: mehanizam suspenzije". Budući da se radi o tematici koja ima direktne implikacije na vanjsko djelovanje, ali i unutarnju sigurnost, Europska unija mora posvetiti veliku pozornost pitanju viza te mehanizmu suspenzije.

Tim više kad se uzme u obzir provedena liberalizacija postupka dobivanja vize u osvit pojavljivanja izraženih ugroza europske sigurnosti. Potrebno je institucionalno odgovoriti na iznenadno i izraženo povećanje broja državljana trećih država koji nezakonito borave na teritoriju EU-a, na broj neutemeljenih zahtjeva za vizama te na terorističke prijetnje državama članicama Europske unije. Adekvatno uređen mehanizam suspenzije trebao bi učinkovitije odgovoriti na gore istaknute izazove.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Temeljni cilj koji se želi postići ovim prijedlogom je jačanje mehanizma suspenzije na način da individualnim državama članicama Unije bude jednostavnije dati obavijest o posebnim okolnostima koje mogu voditi do potencijalne suspenzije te također, omogućavanje Komisiji da na vlastitu inicijativu pokrene navedeni mehanizam. Dogovor koji je u konačnici postignut predstavlja balans između suprotstavljenih mišljenja – onih koji su željeli da se navedeno postigne putem delegiranih i onih koji su željeli da se navedeno postigne putem provedbenih akata.

Iako moram izraziti žaljenje jer cjelokupna procedura nije utemeljena na provedbenim aktima, prijedlog je dobio moju podršku jer čvrsto držim da je neosporno i neupitno to da mehanizam suspenzije zahtjeva modifikaciju u smjeru osnaživanja. Jedino se na taj način može graditi buduće povjerenje u postojeće sporazume o liberalizaciji viznog režima. Također, takav je čin neizbježan ako se želi pravovremeno reagirati na potencijalne krize jer ne zahtjeva čekanje dok se zakonodavni proces ne okonča.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe (ES) št. 539/2001 o seznamu tretjih držav, katerih državljani morajo pri prehodu zunanjih meja imeti vizume, in držav, katerih državljani so oproščeni te zahteve (sprememba mehanizma zadržanja) sem podprla.

Vizumska politika je ena od ključnih tem EU, saj vpliva na zunanje ukrepe kot tudi na notranjo varnost. Pomembna je v tej meri, da je njeno upravljanje jasno opredeljeno kot deljena pristojnost sozakonodajalcev v okviru rednega postopka. Zaradi razvoja političnih razmer in razmer na področju migracij, zlasti po zaporednih postopkih liberalizacije vizumskega režima, je potrebna revizija mehanizma zadržanja, da bi postal bolj učinkovit in prožen.

Treba je uvesti elemente, ki bodo EU omogočali hitro odzivnost na nenadno povečanje števila nezakonito priseljenih oseb iz tretjih držav, neutemeljenih prošenj za azil, zavrnjenih prošenj za ponovni sprejem in varnostne grožnje na evropskem ozemlju.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht möchte den Suspendierungsmechanismus für visafreie Einreisen in die EU stärken. Die Kommission wäre in der Lage die visafreie Einreise der Bürger einzelner Drittstaaten selbst zu suspendieren, sollte sie von Mitgliedsstaaten darum gebeten werden.

Eine Visumspflicht erhöht die Transaktionskosten einzelner Bürger, stellt aber gleichzeitig sicher, dass eine Einwanderung in die Sozialsysteme über freie Einreise erschwert wird. Wenn die Visumspflicht eines Drittstaats aufgehoben wird, ist ein Suspendierungsmechanismus wichtig, um im Falle von Krisen schnell reagieren zu können indem man die Visabefreiung aufhebt. Ich bin der Überzeugung, dass der Bericht die Einreise vieler Bürger von Drittstaaten einfacher gestalten wird und sich dadurch positiv auf Tourismuszahlen und Wirtschaft innerhalb der EU auswirken wird. Gleichzeitig kann die EU schnell reagieren und die bestehende Visumsfreiheit suspendieren, wenn es zu erhöhten Zahlen ungewollter Einreisen kommt. Aus diesen Gründen habe ich dem Bericht zugestimmt.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne souhaite réviser le mécanisme européen de suspension de visa pour entrer dans l'Union. L'objectif est de pouvoir rétablir plus facilement l'obligation de visa en cas de pic d'immigration. L'Union européenne souhaite ainsi rassurer l'opinion publique. Mais son véritable objectif est ailleurs: elle veut donner des garanties illusoires pour faire passer la suppression des visas pour des millions d'Ukrainiens et de Géorgiens.

Alors qu'il faudrait nous protéger de la vague migratoire en rétablissant les contrôles à nos frontières nationales, l'Union fait l'inverse en les ouvrant encore davantage.

J'ai voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Głównym celem wniosku jest wzmocnienie mechanizmu zawieszającego poprzez ułatwienie państwom członkowskim notyfikowania okoliczności prowadzących do ewentualnego zawieszenia oraz poprzez umożliwienie Komisji uruchomienia mechanizmu z własnej inicjatywy. Warto popierać potrzebę istnienia oraz wzmocnienia mechanizmu zawieszającego w celu utrzymania zaufania dla przyszłych, jak i istniejących umów liberalizujących przepisy wizowe. Taka klauzula zawieszająca jest również ważna ze względu na to, że umożliwia sprawną reakcję na jakąkolwiek sytuację nadzwyczajną i nie wymaga oczekiwania na rozwiązanie w ramach procesu legislacyjnego. W związku z tym poparłem sprawozdanie.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – El presente Reglamento modifica el Reglamento (CE) n.º 539/2001 que enumera los terceros países cuyos nacionales deben estar en posesión de visados al cruzar las fronteras exteriores y aquellos cuyos nacionales están exentos de dicha obligación. Desde 2013 existe una disposición en virtud de la cual la Comisión podrá establecer un mecanismo de suspensión para este estatus de «exención de visado». Con este informe se pretende reforzar dicho mecanismo, haciendo que sea más fácil y «flexible». Aunque se han tenido en cuenta algunas de nuestras enmiendas a la hora de elaborar el texto en la comisión de Libertades Civiles, relativas a la protección de los Derechos Humanos, siguen permaneciendo aspectos muy problemáticos como «el mayor riesgo o amenaza inminente para la política pública o la seguridad interna de los Estados miembros relacionada con los nacionales de ese tercer país» y el aumento sustancial de «solicitudes de readmisión denegadas» como motivo para activar el mecanismo, lo que le otorga un nivel de discrecionalidad y coacción respecto al tercer país implicado, respectivamente. En las negociaciones con el Consejo y la Comisión, (trílogo) el texto se recrudeció, en línea con la Europa «fortaleza» que rechazo. Por ello, he votado en contra.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted against because the revision of the recently adopted suspension mechanism is not needed. The threat to terminate visa waiver when the third country does not contain asylum seekers does not comply with the right to asylum as an individual right. I regret that the Member States link their approval of visa waivers for the nationals of Georgia, Ukraine and Kosovo with the revision of the suspension mechanism.

Inese Vaidere (PPE), *rakstiski*. — Ukraina un Gruzija ir nozīmīgi Eiropas Savienības partneri kaimiņattiecību politikas jomā. Abu valstu pašreizējās valdības ir skaidri paudušas vēlmi tuvoties Eiropai un ciešu apņemšanos veikt reformas, kas vērstas uz Eiropas vērtībām, kā arī parādījušas labas spējas, tās ieviešot. Diemžēl ES ļoti ilgi vilcinājās ar bezvīzu režīma piešķiršanu, kas, savukārt, neļāva Ukrainai un Gruzijai attālināties no Kremļa politiskās ietekmes.

Vīzu liberalizācija ir nozīmīgs solis kaimiņvalstu politikas stiprināšanā. Vienmēr esmu atbalstījusi bezvīzu režīma ieviešanu ar Ukrainu, Gruziju un Kosovu. Vīzu dialoga veiksmīga noslēgšana šobrīd ir ES un tās kaimiņvalstu sadarbības galvenā prioritāte.

Atbalstu ziņojumu par vīzu režīma pārskatīšanu, jo šāds vīzu apturēšanas mehānisms ļaus Eiropai savlaicīgi reaģēt ārkārtas gadījumos. ES dalībvalstis spēs aktualizēt vīzu apturēšanas mehānismu, ja būs mazinājusies sadarbība attiecībā uz migrantu atgriešanu vai būs palielinājušies riski Eiropas iekšējai drošībai.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta decisión se actualiza el mecanismo de suspensión existente desde 2013. De este modo la Unión pretende seguir facilitando el acceso a su territorio, pero pudiendo utilizar este procedimiento urgente para restringirlo en caso de que sea necesario si no se cumplen con los compromisos pactados con los países de origen. De ese modo, se quiere proteger a las personas y a los derechos humanos, al seguir exigiendo su respeto en aquellos países cuyos nacionales obtengan la liberalización de visados para viajar a la Unión. Por todo ello creo conveniente votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del mecanismo de suspensión de visados. Considero que la movilidad es un derecho de todas las personas por lo que no solo rechazo las políticas de la Europa Fortaleza, sino que he apoyado las liberalizaciones de visados que se han venido realizando. Con este mecanismo, lo que se pretende es crear una herramienta para restringir esta libertad de visados que es poco transparente, y que además está sujeta a la decisión de una sola de las dos partes que participan en el acuerdo. Rechazo que los visados se conviertan en un arma de presión y chantaje con la que la Unión pueda hacer política exterior y por eso mismo me he opuesto.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório propõe alterar o Regulamento (CE) n.º 539/2001 que fixa a lista dos países terceiros cujos nacionais estão sujeitos à obrigação de visto para transporem as fronteiras externas e a lista dos países terceiros cujos nacionais estão isentos dessa obrigação (Revisão do Mecanismo de Suspensão).

Segundo o relatório, «A evolução da situação política e migratória exige – atendendo, nomeadamente, aos sucessivos processos de liberalização de vistos – que o mecanismo de suspensão seja revisto, por forma a tornar-se mais célere e flexível».

Ou seja, no quadro da «crise dos migrantes», o Parlamento Europeu quer aprovar um relatório que leva mais longe a ideia da Europa fortaleza. Tendo sérias responsabilidades na vaga de refugiados que acodem a vários Estados europeus em busca de asilo, é igualmente incapaz que lidar com uma situação que é já um dos maiores flagelos humanitários nos alvores deste século, criando mecanismos de repulsão, agressão e repressão.

Votamos contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Mit diesem Vorschlag soll der Mechanismus zur Aussetzung der Visumbefreiung überarbeitet werden. Da dieser Mechanismus nur dann zustandekommen soll, wenn die Anerkennungsquote der Asylanträge geringer als drei Prozent ist, wobei diese in Österreich dieses Jahr 47,6 Prozent betrug, sich nur auf bestimmte Gruppen eines Drittlands erstrecken soll und zum anderen die Durchführungsbefugnisse zur Aussetzung und damit die Entscheidungshoheit vollkommen der Kommission übertragen werden soll, habe ich diesen Bericht nicht mitgetragen.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sui paesi terzi i cui cittadini sono soggetti all'obbligo del visto o esenti da esso –revisione del meccanismo di sospensione.

La politica dei visti è una questione fondamentale per l'Unione europea e ha ripercussioni sia sull'azione esterna che sull'azione interna. La maggiore flessibilità deve essere accompagnata da un solido insieme di garanzie e misure volte a tutelare i diritti umani, come da relazioni e statistiche fornite dalle agenzie europee e dalle autorità competenti incaricate dell'applicazione della legge. Questo è l'unico modo per garantire i diritti dei cittadini dei paesi terzi e per salvaguardare i principi della politica dell'UE in materia di visti.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Vízová politika je oblasťou činnosti Európskej únie, ktorá nadväzuje na vonkajšiu politiku, ako aj na vnútornú bezpečnosť. Hlasovala som za daný text, pretože sa jedná o revíziu mechanizmu pozastavenia bezvízového styku a snaží sa o zefektívnenie tohto nástroja. Ten dáva ako Komisii, tak i členským štátom právomoc obnoviť v prípade potreby vízovú povinnosť pre občanov z tretích krajín. EÚ potrebuje efektívne nástroje, ktoré jej umožnia reagovať na výnimočné okolnosti, ktoré vyplynú z náhleho a výrazného nárastu počtu štátnych príslušníkov tretích krajín, ktorí nezákonne pobývajú na území EÚ, alebo z nárastu neopodstatnených žiadostí o azyl štátnych príslušníkov tejto tretej krajiny. Vízová brzda by sa mala použiť aj vtedy, ak tretia krajina zamietne žiadosť členského štátu EÚ o readmisiu, a tiež v prípade bezpečnostných hrozieb na európskom území.

Musíme si však zároveň uvedomiť, že obnovenie vízovej povinnosti pre štátnych príslušníkov tretích krajín je silným politickým a diplomatickým aktom, ktorý môže mať rôzne dôsledky. Preto je nesmierne dôležité, aby sa tento mechanizmus uplatňoval na základe faktami podložených objektívnych a relevantných dôkazov.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Dlouhodobá migrační krize ukázala, že velké množství instrumentů EU nefunguje. Je proto podle mě nutné přijít s revizí těchto mechanismů a pružně reagovat na současný vývoj v oblasti migrace. Možnost znovuzavedení víz považuji za důležitou zejména pro případ, že by některý z členských států čelil neúnosnému náporu žadatelů. Přijetí tohoto návrhu podporuji také proto, že se jedná o důležitý krok směrem k vízové liberalizace s Ukrajinou a Gruzií, které splnily všechny smluvní závazky stanovené v akčních plánech.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu o návrhu nariadenia, ktorým sa mení nariadenie uvádzajúce zoznam tretích krajín, ktorých štátni príslušníci musia mať víza pri prekračovaní vonkajších hraníc členských štátov, a krajín, ktorých štátni príslušníci sú oslobodení od tejto povinnosti, som podporila. Zmena nariadenia sa týkala mechanizmu, prostredníctvom ktorého môže byť výnimka z povinnosti mať víza pozastavená. Európska únia totiž uzavrela množstvo bilaterálnych dohôd o zrušení vízovej povinnosti a hoci pred uzavretím každej takejto dohody je dôkladne preskúmaná situácia v danej krajine z hľadiska dodržiavania ľudských práv, zásad demokratického právneho štátu, ale aj nebezpečenstva nelegálnej migrácie, aj situácia v týchto krajinách sa môže časom zmeniť. Práve preto bolo potrebné vytvoriť flexibilnejší nástroj, ktorým by členské štáty a Európska komisia mohli rýchlejšie reagovať na zmenu podmienok a napríklad ohrozenie bezpečnosti Európskej únie. Myslím si, že schválený mechanizmus tomuto účelu poslúži. Nariadenie v súčasnosti detailne popisuje jednotlivé fázy návrhu na pozastavenie výnimky, ako aj rozširuje dôvody, pre ktoré je možné toto pozastavenie uplatniť. Verím, že aj tieto zmeny pomôžu posilniť dôveru občanov v Európsku úniu a zmluvy, ktoré Európska únia uzatvára s tretími krajinami.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće Agustína Díaza de Mera García Consuegre zbog jednog od važnih pitanja i problema EU-a, a to je vizna politika. To podrazumijeva stajalište kako je vizna politika jedna od ključnih tema u Europskoj uniji, s obzirom da na taj način utječe na vanjsko djelovanje i na unutarnju sigurnost. Toliko je važna da je upravljanje njome jasno regulirano kao podijeljena nadležnost suzakonodavaca u okviru redovnog zakonodavnog postupka.

Nužno je i zakonski relevantno da Europski parlament bude uključen u donošenje odluka, s obzirom na to da je ponovno uvođenje viza za državljane trećih zemalja jedna od najstrožih političkih mjera koje se mogu primijeniti. U skladu s navedenim, potrebno je izmijeniti mehanizam suspenzije u pogledu primjene delegiranih akata i prilagoditi ga presudi Suda Europske unije od 16. srpnja 2015. koja je izrečena o tom pitanju, u vezi s mehanizmom reciprociteta.

Oba mehanizma predstavljaju dvije strane medalje, uravnoteženi su u zakonodavnom i političkom smislu i imaju slične učinke, a postupci u okviru njih trebaju biti usklađeni. Zbog razvoja političke situacije i situacije povezane s migracijama, posebice u svjetlu uzastopnih postupaka liberalizacije viza, bila je potrebna revizija mehanizma suspenzije kako bi postao prilagodljiviji i fleksibilniji.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe (ES) št. 539/2001 o seznamu tretjih držav, katerih državljani morajo pri prehodu zunanjih meja imeti vizume, in držav, katerih državljani so oproščeni te zahteve (sprememba mehanizma zadržanja).

Vizumska politika je ena od ključnih tem EU, saj vpliva na zunanje ukrepe kot tudi na notranjo varnost. Zaradi razvoja političnih razmer in razmer na področju migracij, zlasti po zaporednih postopkih liberalizacije vizumskega režima, je potrebna revizija mehanizma zadržanja, da bi postal bolj učinkovit in prožen. Takšno prožnost morajo seveda spremljati močan skupek jamstev in ukrepov za varstvo človekovih pravic ter poročila in statistike, ki jih zagotavljajo evropske agencije in pristojni organi kazenskega pregona.

7.2. Einwand gemäß Artikel 106: Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (B8-1334/2016)

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Le modifiche proposte da questa risoluzione hanno l'obiettivo di proteggere il nostro mercato e i nostri consumatori.

Si chiede, in particolare, che la frutta immessa nel mercato europeo sia accompagnata da un certificato fitosanitario, che contenga informazioni inerenti alle ispezioni fatte in fase di crescita e i test effettuati su determinati campioni. Si chiedono inoltre più controlli ai punti d'entrata nel territorio dell'Unione.

Per queste ragioni ho votato positivamente.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He apoyado esta objeción porque los socialistas no aceptamos ninguna rebaja en los controles fitosanitarios aplicados los cítricos que entren o circulen por la Unión. Sobre todo, tras la reciente reforma de la norma de sanidad vegetal de la Unión que ha reforzado dichos controles, en función del riesgo en el país de origen.

Consideramos el sector citrícola estratégico para Valencia y Andalucía y de ningún modo podemos permitir la puesta en marcha de una medida que amenace innecesariamente la continuidad de la producción europea citrícola frente un riesgo cierto de propagación y contaminación de peligrosas plagas, como la «*Black Spot*» o la «*Citrus Canker*».

Esperamos de la Comisión Europea que garantice con carácter general para todos los orígenes y organismos nocivos, la completa trazabilidad de los frutos especificados para su introducción en la Unión, acompañados de los documentos de supervisión del servicio fitosanitario nacional.

Respecto a la lucha contra la plaga «*T Leucotreta*», exigimos el «tratamiento en frío» de los cítricos importados, tal y como recomiendan la EFSA y la EPPO.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — Con esta Directiva la Comisión va en dirección contraria a la legislación aprobada sobre «Medidas de protección contra plagas de plantas», ya que es mucho menos exigente que ésta, socavando los requisitos para la introducción en la Unión de determinadas frutas susceptibles a plagas, en particular en lo que respecta a la mancha negra de cítricos y el chancro cítrico. Así, esta modificación propuesta afecta directamente al sector de los cítricos, un sector estratégico del sur de Europa, y subestima la amenaza fitosanitaria que suponen las importaciones de cítricos procedentes de terceros países. La propuesta de resolución propone la modificación de esta directiva de tal forma que garantice la realización de los controles adecuados frente a la entrada de frutas, especialmente cítricos, en la Unión. Es por ello que he votado a favor de la misma.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento rezoliuciją dėl Komisijos įgyvendinimo direktyvos, iš dalies keičiančios Tarybos direktyvos 2000/29/EB dėl apsaugos priemonių nuo augalams ir augaliniams produktams kenksmingų organizmų įvežimo į Bendriją ir išplitimo joje I–V priedus, projekto. Atsižvelgdamas į Europos maisto saugos tarnybos nuomonę ir Žemės ūkio ir kaimo plėtros komiteto pasiūlymą, Parlamentas šia rezoliucija išreiškia poziciją, kad Komisijos įgyvendinimo direktyvos projektas prieštarauja Reglamento (ES) Nr. 2016/2031 tikslams, nes juo susilpninami reikalavimai, taikomi įvežant į Sąjungą tam tikrus vaisius, neatsparius kenksmingiesiems organizmams, visų pirma sukeliantiems citrusinių dėmėtligę ir citrusinių vėžį. Palaikau šią poziciją, sutikdama su tuo, kad Komisijos įgyvendinimo direktyvos projektas neatitinka Sąjungos teisės, nes yra nesuderinamas su Reglamento (ES) Nr. 2016/2031 tikslu – apibrėžti riziką, kurią kelia augalams ar augaliniams produktams žalingi bet kurios rūšies, padermės ar biotipo patogenai, gyvūnai arba parazitiniai augalai (reglamente vadinami kenkėjais), ir priemones tai rizikai sumažinti iki priimtino lygio.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Όσον αφορά τα μέτρα προστασίας κατά της εισαγωγής στην Κοινότητα οργανισμών επιβλαβών για τα φυτά ή τα φυτικά προϊόντα και κατά της εξάπλωσής τους στο εσωτερικό της Κοινότητας, υπερψήφισα την αντίρρηση σύμφωνα με το άρθρο 106 του Κανονισμού. Πιο συγκεκριμένα η εξάπλωση του βακτηριδίου Ξυλλέλα (Xylella fastidiosa) στην Ιταλία και η εισαγωγή ξένων φυτικών ειδών στην Ευρώπη απέδειξε για ακόμη μία φορά ότι είναι απαραίτητο να διασφαλίζεται ότι όλα τα εισαγμένα είδη φυτών και τα φυτικά προϊόντα δεν περιέχουν κάποιο επιβλαβή οργανισμό. Θα πρέπει να είμαστε ιδιαίτερα προσεκτικοί, καθώς αρκεί μόνο ένα μολυσμένο φυτό για να καταστραφεί ένας ολόκληρος κλάδος ή μία ολόκληρη οικονομία μίας περιοχής.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La résolution proposée ici a pour but d'accroître les contrôles sur l'introduction dans l'Union européenne de fruits – en l'occurrence, d'agrumes – originaires de pays tiers. Cette proposition demande le renforcement des contrôles sur ces fruits qui pourraient contaminer les productions en Europe.

À des fins de traçabilité, les fruits ne seront introduits dans l'Union que s'ils remplissent les conditions suivantes:

• le champ de production, les installations de conditionnement, les exportateurs et tout autre opérateur intervenant dans la manutention des fruits spécifiés doivent être officiellement enregistrés;

• durant leur transport du champ de production au point d'entrée dans l'Union, les fruits spécifiés doivent être accompagnés de documents délivrés sous le contrôle de l'organisation nationale de protection des végétaux;

• dans le cas des fruits spécifiés originaires de pays tiers, en plus des deux premiers points, des traitements préalables et postérieurs à la récolte ont été aussi proposés.

J'ai voté pour cette proposition, qui est aussi une façon de protéger nos producteurs d'agrumes de l'importation de produits moins chers en provenance de pays tiers.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this resolution because I believe that if this resolution is passed, further amendments could be tabled to hinder the trade of North African citrus fruits that would only benefit the interests of Southern European businesses. The outcome of this resolution will have no impact on the United Kingdom.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette résolution, qui estime que la proposition de directive d'exécution de la Commission n'est pas conforme au droit de l'Union, car elle n'est pas compatible avec l'objectif du règlement (UE) nº 2016/2031, qui est de déterminer le risque phytosanitaire présenté par toute espèce, souche ou biotype d'agent pathogène, d'animal ou de plante parasite nuisible aux végétaux ou aux produits végétaux, ni avec les mesures visant à ramener le risque à un niveau acceptable.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Propuesta de resolución sobre el proyecto de Directiva de Ejecución de la Comisión por la que se modifican los anexos I a V de la Directiva 2000/29/CE del Consejo relativa a las medidas de protección contra la introducción en la Comunidad de organismos nocivos para los vegetales o productos vegetales y contra su propagación en el interior de la Comunidad.

Esta resolución afecta directamente al sector de los cítricos, sector estratégico para el sur de Europa. La resolución pone en duda el acuerdo fitosanitario al que se llegó en relación a la importación de cítricos desde terceros países.

Consideramos indispensable que la fruta que entre en la Unión cumpla con los procesos de sanidad consecuentes, un etiquetado detallado y un empaquetado que cumpla también con los estándares establecidos. El Parlamento Europeo y el Consejo ya votaron en octubre endurecer los controles fitosanitarios (nosotros lo apoyamos) así que considero que el sector de los cítricos debe incluirse en este proceso.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a los miembros de la Comisión de Agricultura su labor en esta objeción sobre las medidas de protección contra la introducción en la Comunidad de organismos nocivos para los vegetales o productos vegetales y contra su propagación en el interior de la Comunidad. He apoyado tanto la modificación 2 como la 4 y la enmienda presentada en este sentido en contra de la línea de mi Grupo.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Sostengo col mio voto questa risoluzione che intende rigettare una proposta di modifica della Commissione che, in un allegato, vuole di fatto abbassare gli strumenti di controllo rispetto alla macchia nera degli agrumi *(black spot)* e al cancro degli agrumi *(citrus canker)* negli agrumi importati per essere trasformati in succo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He apoyado esta objeción porque los socialistas no aceptamos ninguna rebaja en los controles fitosanitarios aplicados los cítricos que entren o circulen por la Unión. Sobre todo, tras la reciente reforma de la norma de sanidad vegetal de la Unión que ha reforzado dichos controles, en función del riesgo en el país de origen.

Consideramos el sector citrícola estratégico para Valencia y Andalucía y de ningún modo podemos permitir la puesta en marcha de una medida que amenace innecesariamente la continuidad de la producción europea citrícola frente un riesgo cierto de propagación y contaminación de peligrosas plagas, como la «*Black Spot*» o la «*Citrus Canker*».

Esperamos de la Comisión Europea que garantice con carácter general para todos los orígenes y organismos nocivos, la completa trazabilidad de los frutos especificados para su introducción en la Unión, acompañados de los documentos de supervisión del servicio fitosanitario nacional.

Respecto a la lucha contra la plaga «*T Leucotreta*», exigimos el «tratamiento en frío» de los cítricos importados, tal y como recomiendan la EFSA y la EPPO.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją dėl Komisijos įgyvendinimo direktyvos, iš dalies keičiančios Tarybos direktyvos 2000/29/EB dėl apsaugos priemonių nuo augalams ir augaliniams produktams kenksmingų organizmų įvežimo į Bendriją ir išplitimo joje priedus. Direktyva 2000/29/EB bus panaikinta ir pakeista Reglamentu (ES) Nr. 2016/2031 dėl apsaugos priemonių nuo augalų kenkėjų, kai tik tas reglamentas įsigalios. Komisijos įgyvendinimo direktyvos projektas prieštarauja Reglamento (ES) Nr. 2016/2031 tikslams, nes juo susilpninami reikalavimai, taikomi įvežant į Sąjungą tam tikrus vaisius, neatsparius kenksmingiesiems organizmams, visų pirma sukeliantiems citrusinių dėmėtligę ir citrusinių vėžį. Europos Parlamentas mano, kad Komisijos įgyvendinimo direktyvos projektas neatitinka Europos Sąjungos teisės, nes nesuderinamas su Reglamento (ES) Nr. 2016/2031 tikslu – apibrėžti fitosanitarinę riziką, kurią kelia augalams ar augaliniams produktams žalingi bet kurios rūšies, padermės ar biotipo patogenai, gyvūnai arba parazitiniai augalai (reglamente vadinami kenkėjais), ir priemones tai rizikai sumažinti iki priimtino lygio. Taigi, esant tokioms aplinkybėms Parlamentas primena, kad, kai tik bus pradėtas taikyti (2019 m. gruodžio 14 d.) Reglamentas (ES) Nr. 2016/2031, juo bus panaikinta ir pakeista Direktyva 2000/29/EB.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovaj Prigovor. Izbijanje Xyllela fastidiose u Italiji i uvođenje invazivnih stranih vrsta u Europi pokazuju da je potrebno osigurati sav uvoz bilja ili biljnih proizvoda bez štetnika. Jedna zaražena biljka može uništiti cijeli sektor ili ekonomiju cijele regije.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La tutela dei consumatori deve essere sempre prioritaria nell'azione del legislatore.

L'Unione Europea riconosce il diritto alla salute come diritto fondamentale dei cittadini europei e si fa promotore della loro promozione e tutela prima di tutto con la prevenzione.

Ed è il principio di precauzione e prevenzione che ci porta a bloccare l'importazione e il commercio degli organismi nocivi ai vegetali o ai prodotti vegetali commestibili, rendendo sempre chiaro ed aggiornato il loro elenco e vigile il legislatore.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Proiectul de directivă de punere în aplicare a Comisiei, de modificare a anexelor I-V la Directiva 2000/29/CE a Consiliului privind măsurile de protecție împotriva introducerii în Comunitate a unor organisme dăunătoare plantelor sau produselor vegetale și împotriva răspândirii lor în Comunitate contravine obiectivelor Regulamentului (UE) 2016/2031 deoarece subminează cerințele privind introducerea în Uniune a unor anumite fructe expuse dăunătorilor, în special în ceea ce privește Phyllosticta citricarpa și Xanthomonas citri.

Acesta nu este conform cu legislația Uniunii deoarece nu este compatibil cu obiectivul Regulamentului (UE) 2016/2031, care este de a determina riscurile fitosanitare pe care le prezintă orice specie, sușă sau biotip de agenți patogeni, animale sau plante parazite dăunătoare plantelor sau produselor vegetale (denumite în continuare „organisme dăunătoare"). Această necoformitate m-a determinat să votez în favoarea prezentei rezoluții. Consider că, în acest context, supraregle-mentarea nu contribuie la o mai bună funcționare a sistemului, ci, dimpotrivă, conduce la disfuncționalități care pot determina o serie de riscuri.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He apoyado esta objeción porque los socialistas no aceptamos ninguna rebaja en los controles fitosanitarios aplicados los cítricos que entren o circulen por la Unión. Sobre todo, tras la reciente reforma de la norma de sanidad vegetal de la Unión que ha reforzado dichos controles, en función del riesgo en el país de origen.

Consideramos el sector citrícola estratégico para Valencia y Andalucía y de ningún modo podemos permitir la puesta en marcha de una medida que amenace innecesariamente la continuidad de la producción europea citrícola frente un riesgo cierto de propagación y contaminación de peligrosas plagas, como la «*Black Spot*» o la «*Citrus Canker*».

Esperamos de la Comisión Europea que garantice con carácter general para todos los orígenes y organismos nocivos, la completa trazabilidad de los frutos especificados para su introducción en la Unión, acompañados de los documentos de supervisión del servicio fitosanitario nacional.

Respecto a la lucha contra la plaga «*T Leucotreta*», exigimos el «tratamiento en frío» de los cítricos importados, tal y como recomiendan la EFSA y la EPPO.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La Commission européenne a présenté un acte d'exécution modifiant les annexes I à V de la directive du Conseil 2000/29/CE concernant les mesures de protection contre l'introduction dans l'Union d'organismes nuisibles aux végétaux et aux produits végétaux, et leur propagation dans l'Union. La Parlement, n'ayant pas de pouvoir contraignant en matière d'acte d'exécution, donne son avis dans une résolution d'objection. En l'état, l'acte d'exécution de la Commission n'est pas cohérent avec le nouveau règlement nº 2016/2031 relatif aux mesures de protection contre les organismes nuisibles aux végétaux qui abroge la directive 200/29/CE. Pour cette raison, la résolution du Parlement européen appelle à une protection accrue et à davantage de contrôles pour assurer la protection de végétaux aux organismes qui leur sont nuisibles. Par exemple, nous demandons plus d'exigence pour l'importation des fruits originaires de pays où le *Phyllosticta citricarpa* est présent. J'ai voté en faveur de cette objection.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore dell'obiezione al progetto di direttiva di esecuzione che modifica gli allegati da I a V della direttiva sulle misure di protezione contro l'introduzione nella Comunità di organismi nocivi ai vegetali o ai prodotti vegetali e contro la loro diffusione nella Comunità.

Il progetto di direttiva in questione, infatti, contrasta con gli obiettivi del regolamento (UE) n. 2016/2031, in quanto viola le prescrizioni relative all'introduzione nell'Unione di determinati frutti suscettibili a organismi nocivi ed è incompatibile con l'obiettivo del regolamento (UE) n. 2016/2031 di determinare i rischi fitosanitari presentati da qualsiasi specie, ceppo o biotipo di agenti patogeni, animali o piante parassite dannosi per le piante o i prodotti vegetali e misure per ridurre tali rischi a un livello accettabile.

L'obiezione chiede di sottoporre nuovamente la direttiva in questione all'esame del Parlamento una volta modificata come suggerito.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this objection to a draft implementing directive. The issue is that that the draft implementing directive is not compatible with a Regulation recently agreed and voted on last October, and goes beyond the implementing powers provided for in the basic act. While inter-institutional negotiations for the 2016 Regulation were able to secure comprehensive controls on imported plant material to avoid the outbreak of future plant diseases, the draft implementing act reverses those gains with regard to fruits susceptible to pests, such as citrus black spot and citrus canker.

Even aside from the fact that the Commission is trying to water down the recently agreed phytosanitary rules, the 2000 Directive will be repealed as soon as the 2016 Regulation takes effect, in three years. So the legal basis for the implementing act will not even exist anymore.

For these reasons I supported the objection.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the Resolution as I consider that the draft Commission implementing directive is not consistent with European Union law, in that it is not compatible with the objective of Regulation (EU) 2016/2031, which is to determine the phytosanitary risks posed by any species, strain or biotype of pathogenic agents, animals or parasitic plants injurious to plants or plant products ('pests') and measures to reduce those risks to an acceptable level. I call on the Commission to modify its draft implementing directive in order to bring them in line.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Le modifiche proposte da questa risoluzione hanno come obiettivo quello di proteggere il nostro mercato e i nostri consumatori.

Si chiede che la frutta che entra nel mercato europeo sia accompagnata da un certificato fitosanitario, che contiene elementi su trattamenti contro *Phyllosticta citricarpa*, le ispezioni fatte sulla frutta in fase di crescita, prelievi e test fatti su determinati campioni. Si chiede inoltre di effettuare più controlli ai punti d'entrata nel territorio dell'Unione europea e di rifiutare l'entrata se la frutta mostra sintomi. Un altro elemento importante di questa risoluzione sono i requisiti di tracciabilità di tutta la frutta che entra nel mercato europeo.

Ho quindi votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση αντίρρησης.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε ως προς την ένσταση σχετικά με τα μέτρα προστασίας κατά της εισαγωγής στην Κοινότητα οργανισμών επιβλαβών για τα φυτά ή τα φυτικά προϊόντα και κατά της εξάπλωσής τους στο εσωτερικό της Κοινότητας. Θεωρώ πως πρόκειται για μια θετική προσπάθεια προστασίας του περιβάλλοντος αλλά και της υγείας των Ευρωπαίων και γι' αυτό ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. La relazione intende rigettare una proposta di modifica della Commissione europea che diminuirebbe gli strumenti di controllo su prodotti vegetali nocivi che vengono importati.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Objection pursuant to Rule 106: Protective measures against the introduction into the Community of organisms harmful to plants or plant products and against their spread within the Community.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione che ritiene che il progetto di direttiva della Commissione non sia conforme al diritto dell'Unione, in quanto non è compatibile con l'obiettivo del regolamento (UE) n. 2031/2016, che è quello di determinare i rischi fitosanitari di qualsiasi specie, ceppo o biotipo di agenti patogeni, animali o piante parassite nocivi a piante o prodotti vegetali («parassiti») e le misure volte a ridurre tali rischi a un livello accettabile.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Con esta Directiva la Comisión va en dirección contraria a la legislación aprobada sobre «Medidas de protección contra plagas de plantas», ya que es mucho menos exigente que ésta, socavando los requisitos para la introducción en la Unión de determinadas frutas susceptibles a plagas, en particular en lo que respecta a la mancha negra de cítricos y el chancro cítrico. Así esta modificación propuesta afecta directamente al sector de los cítricos, un sector estratégico del sur de Europa, y subestima la amenaza fitosanitaria que suponen las importaciones de cítricos procedentes de terceros países.

La propuesta de resolución propone la modificación de esta directiva de tal forma que garantice la realización de los controles adecuados frente a la entrada de frutas, especialmente cítricos, en la Unión. Es por ello que he votado a favor de la misma.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciw projektowi dyrektywy wykonawczej, której celem jest zmiana załączników I–V do dyrektywy Rady 2000/29/WE. Uważam, że surowsze kontrole wwozu owoców cytrusowych zwiększą ryzyko wniesienia skargi do WTO oraz nałożą nieproporcjonalne i nieuzasadnione wymogi na państwa wywozu, w których dotychczas nie było żadnych problemów.

Ponadto proponowane zmiany, mające na celu zapewnienie bardziej rygorystycznej kontroli, wykraczają poza zalecenia EFSA (Europejskiego Urzędu ds. Bezpieczeństwa Żywności). Rozsądnym podejściem do ochrony rynku w zakresie przetwórstwa owoców cytrusowych jest działanie za pomocą środków nadzwyczajnych, a nie ogólnego zaostrzania środków. Poprzez zaproponowane zmiany dotyczące stosowania wyłącznie procesu mrożenia *Thaumatotibia leucotreta* dyrektywa doprowadzi do wstrzymania badań i uniemożliwi wykorzystywanie nowych procesów naukowych.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The outbreak of the Xyllela fastidiosa in Italy and the introduction of invasive alien species in Europe highlight the need to ensure that all imports of plants or plants products are free of pests. I am in favour of this resolution, as one infected plant can destroy a whole sector or the economy of a whole region.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Istoria „Focarului de fastidiosa Xyllela în Italia" și introducerea unor specii străine invazive în Europa arată că trebuie să se asigure faptul că toate importurile de plante sau produse sunt lipsite de dăunători. O plantă infectată poate distruge întregul sector al economiei unei întregi regiuni.

De aceea, susțin obiecția referitoare la importul de citrice, depusă de colega noastră, Clara Aguilera.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – La présente résolution vise à objecter de manière non-contraignante et à proposer des amendements à un projet de directive d'exécution de la Commission européenne modifiant les annexes I à V de la directive du Conseil 2000/29/CE concernant les mesures de protection de la santé de végétaux dans l'Union. Ce texte intervient dans un contexte de transition entre deux législations. Dans l'attente de l'entrée en vigueur du nouveau règlement 2016/2031 du Parlement européen et du Conseil relatif aux mesures de protection contre les organismes nuisibles aux végétaux, adopté en octobre 2016, la Commission européenne propose d'amender via la législation secondaire la directive du Conseil 2000/29/CE. La nouvelle législation a fait l'objet de négociations difficiles durant plus de trois ans et le projet de directive d'exécution de la Commission n'est pas cohérent avec l'accord politique trouvé dans le cadre du nouveau règlement ; il a pour effet d'affaiblir le dispositif européen de protection contre les aléas sanitaires, notamment en ce qui concerne l'importance de la stratégie préventive à l'import. Considérant qu'il convient, dans un contexte de mondialisation et de réchauffement climatique, de renforcer la protection contre les aléas sanitaires susceptibles de ravager nos productions végétales européennes, j'ai voté pour cette objection.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection, qui s'oppose à la modification des mesures de protection contre l'introduction dans l'Union d'organismes nuisibles aux végétaux. La Commission européenne souhaite en effet simplifier et alléger les exigences relatives à l'importation de certains fruits en provenance de pays tiers, en particulier touchés par la tache noire d'agrumes, et cela n'est pas acceptable. Je soutiens les propositions faites dans cette résolution, qui appellent à maintenir les exigences en place pour l'importation, indépendamment de la destination du produit. Il faut rester vigilant sur ce que nous introduisons dans l'Union européenne, et maintenir une protection responsable et harmonisée de nos États membres.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection car, à l'heure actuelle, les mesures envisagées pour prévenir l'introduction dans l'Union de nouveaux parasites de végétaux, qui attaquent les agrumes, ne sont pas assez strictes pour protéger les producteurs de l'Union. Le projet de directive d'exécution, tel que proposé par la Commission, ne permet en effet pas de réduire les risques d'importation de parasites exotiques. Il est, dès lors, urgent de mettre en place des règles plus strictes pour protéger les agrumes de l'Union et ainsi éviter la propagation, notamment, des taches noires des agrumes et du faux carpocapse. Nous ne pouvons pas adopter une attitude attentiste ou inerte face à ce problème. Il est important d'agir rapidement!

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte. Il concerne en effet la proposition de directive d'exécution de la Commission concernant les organismes nuisibles aux végétaux ou aux produits végétaux, avec pour objet les contrôles de l'introduction dans l'Union européenne de fruits – en l'occurrence, d'agrumes.

Les mesures nécessaires à la traçabilité sont notamment les suivantes: enregistrement officiel de tout opérateur intervenant dans la manutention des fruits et présence des certificats de l'organisation nationale de protection des végétaux pour chaque livraison.

Nous sommes favorables à ces mesures, qui contribuent à la protection de nos agriculteurs par rapport à la concurrence étrangère.

Angel Dzhambazki (ECR), *in writing*. – I voted against this dossier. Several Members have objected to the draft implementing directive. However, stricter controls, as they propose, on citrus imports increase not only the risk of a WTO challenge, but will also impose disproportionate and unjustified requirements on exporting countries where there have been no issues to date. The proposed changes also go beyond recommendations by the European Food Safety Authority (EFSA). If there are persistent interceptions involving other third countries, these should be addressed through emergency measures, rather than by imposing stronger measures across the board. Therefore, I decided not to support this dossier, in its current form.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Το σχέδιο εκτελεστικής οδηγίας της Επιτροπής, το οποίο έχει στόχο να τροποποιήσει τα παραρτήματα I έως V της οδηγίας 2000/29/ΕΚ, αντιβαίνει στους στόχους του κανονισμού (ΕΕ) 2016/2031, εφόσον υπονομεύει τις απαιτήσεις για την εισαγωγή στην Ένωση ορισμένων καρπών που είναι ευπαθείς σε επιβλαβείς οργανισμούς, ιδίως όσον αφορά τη μελανή κηλίδωση των εσπεριδοειδών και τον καρκίνο των εσπεριδοειδών.

Ο σκοπός του κανονισμού (ΕΕ) 2016/2031 είναι ο προσδιορισμός των φυτοϋγειονομικών κινδύνων που εγκυμονεί κάθε είδος, στέλεχος ή βιότυπος παθογόνων παραγόντων, ζώων ή παρασιτικών φυτών που είναι επιβλαβή για τα φυτά ή τα φυτικά προϊόντα («επιβλαβείς οργανισμοί»), καθώς και μέτρων για τη μείωση των εν λόγω κινδύνων σε αποδεκτό επίπεδο.

Κατά συνέπεια, η τροποποίηση της εκτελεστικής οδηγίας που προτείνεται διά της παρούσης κρίνεται απαραίτητη.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report. Strict controls are needed to prevent the entry of pests which can damage the livelihoods of producers and the environment. Plant pests have created significant problems for EU agriculture and biodiversity and it is important for the agricultural sector in Wales that it is protected from that.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Rörande import av växter och växtdelar till unionen är det viktigt att vi har ett säkert system som skyddar mot sjukdomar. Det som denna resolution efterfrågar är dock skyddsåtgärder som är allt för oproportionerliga och kostsamt onödiga. Detta leder till att det resolutionen efterfrågar är mer eller mindre förklädd protektionism. Kommissionens förslag i detta avseende är balanserat och väl avvägt och jag ser ingen anledning att motsätta mig deras förslag. Därför röstade jag mot denna resolution.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Os citrinos importados para a UE devem ser sujeitos a controlos fitossanitários mais rigorosos para prevenir a propagação de pragas, como a mancha negra, aos pomares de citrinos europeus. O projeto da Comissão é contrário aos objetivos do novo regulamento sobre medidas de proteção contra as pragas dos vegetais. O projeto da Comissão não é suficiente para reduzir esses riscos para um nível aceitável. Numa resolução hoje aprovada por 463 votos a favor, 168 contra e três abstenções, o Parlamento Europeu solicita à Comissão que modifique o projeto de diretiva de execução de modo a reforçar os controlos dos citrinos importados e prevenir a propagação de pragas aos pomares de citrinos europeus.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – De acordo com a proposta da Comissão Europeia, a entrada de citrinos apenas estaria condicionada a uma mera inspeção visual do produto e dependente de uma declaração atestando o bom estado sanitário da fruta, e declarando que a mesma provem de campos sujeitos ao tratamento e controlo da Phyllosticta citricarpa (mancha preta).

Com esta proposta, a Comissão ultrapassa as suas funções ao propor enfraquecer os controlos fitossanitários nas importações, quando o Parlamento e o Conselho concordaram no reforço destas medidas.

Este laxismo fitossanitário promovido pela Comissão só pode estar relacionado com as enormes pressões da indústria de transformação e processamento, designadamente para refrigerantes do norte da Europa, que pretende adquirir matéria-prima a baixo custo, aumentando assim os seus lucros. A avançar, esta medida irá penalizar os produtores de citrinos de duas formas: em primeiro lugar através de um mais do que certo aumento das importações, com a consequente pressão em baixa dos preços; em segundo lugar pondo em causa o estado fitossanitários dos pomares de citrinos, que ficam muito mais vulneráveis a um conjunto de pragas, entre as quais avulta a Phyllosticta citricarpa, de que a UE ainda está indemne.

Defendemos controlos rigorosos de todos os citrinos importados, incluindo análises por amostragem e certificados de rastreabilidade.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted yes because I agree.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Ο σκοπός του κανονισμού (ΕΕ) 2016/2031 είναι ο προσδιορισμός των φυτοϋγειονομικών κινδύνων που εγκυμονεί κάθε είδος, στέλεχος ή βιότυπος παθογόνων παραγόντων, ζώων ή παρασιτικών φυτών που είναι επιβλαβή για τα φυτά ή τα φυτικά προϊόντα («επιβλαβείς οργανισμοί»), καθώς και μέτρων για τη μείωση των εν λόγω κινδύνων σε αποδεκτό επίπεδο.

Κατά συνέπεια, υπερψηφίζω την τροποποίηση της εκτελεστικής οδηγίας που προτείνεται διά της παρούσης καθώς κρίνεται απαραίτητη.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The outbreak of the Xyllela fastidiosa in Italy and the introduction of invasive alien species in Europe show that we need to ensure that all imports of plants or plants products are free of pests. One infected plant can destroy a whole sector or the economy of a whole region.

The phytosanitary risk is particularly high for the warmer regions of Europe, while most of the citrus imports for processing are to regions less susceptible to being infected by pests coming from outside Europe. Nevertheless, the risk that pests arriving in the north of Europe could be transferred to warmer regions and thus infect citrus plants in Europe exists, and according to the recommendation of the EPPO (European and Mediterranean Plant Protection Organisation), the only effective treatment that guarantees a high protection is the cold treatment.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'obiezione a norma dell'articolo 106 – Misure di protezione contro l'introduzione nella Comunità di organismi nocivi ai vegetali o ai prodotti vegetali e contro la loro diffusione nella Comunità – riguardante le misure comunitarie per aiutare a prevenire l'introduzione nell'UE di nuovi parassiti che attaccano gli agrumeti perché la normativa vigente non è sufficiente per proteggere i produttori europei. Ritengo infatti che siano necessarie norme e controlli più severi per prevenire la diffusione di parassiti come la macchia nera degli agrumi e la *Falsa Cydia*.

Il progetto di direttiva di esecuzione della Commissione non riduce il rischio d'importazione di organismi nocivi nell'UE a un livello accettabile e sono quindi necessarie norme più severe. Per tale motivo ho sostenuto che i frutti originari di paesi terzi dovrebbero essere ispezionati visivamente al punto d'ingresso nell'UE e tali ispezioni dovrebbero essere effettuate su campioni di almeno 200 frutti per partita di 30 tonnellate.

Inoltre ho condiviso la richiesta del Parlamento europeo secondo cui gli agrumi prima di essere importati nell'UE dovrebbero essere sottoposti a trattamento a freddo o a un trattamento alternativo, sostenibile, efficace e avente lo stesso effetto, nonché misure per migliorare la tracciabilità degli agrumi importati.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa obiezione perché l'attuazione della direttiva contro l'introduzione di organismi nocivi ai vegetali deve essere molto più efficace rispetto a quanto previsto dalla Commissione e il Parlamento europeo deve vigilare.

Abbiamo già subito le catastrofiche conseguenze dell'entrata nell'Unione europea di virus delle piante che hanno costretto migliaia di agricoltori in ginocchio. Contiamo ancora i danni provocati dalla *Xylella*, gridiamo con forza alla Commissione di prendere più seriamente l'elevato numero di intercettazioni di agrumi infetti provenienti dal Sudafrica.

Ho votato a favore per istituire un sistema di certificazione più preciso e controlli alle frontiere più efficaci, controlli visivi su un campione di almeno 200 frutti di ciascuna specie.

E poi la tracciabilità. Tutti gli operatori, dall'area di produzione agli operatori di trasporto, devono essere registrati, così come tutti gli spostamenti e i trattamenti di refrigerazione subiti dai prodotti.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Propuesta de resolución sobre el proyecto de Directiva de Ejecución de la Comisión por la que se modifican los anexos I a V de la Directiva 2000/29/CE del Consejo relativa a las medidas de protección contra la introducción en la Comunidad de organismos nocivos para los vegetales o productos vegetales y contra su propagación en el interior de la Comunidad.

Esta resolución afecta directamente al sector de los cítricos, sector estratégico para el sur de Europa. La resolución pone en duda el acuerdo fitosanitario al que se llegó en relación a la importación de cítricos desde terceros países.

Consideramos indispensable que la fruta que entre en la Unión cumpla con los procesos de sanidad consecuentes, un etiquetado detallado y un empaquetado que cumpla también con los estándares establecidos. El Parlamento Europeo y el Consejo ya votaron en octubre endurecer los controles fitosanitarios (nosotros lo apoyamos) así que considero que el sector de los cítricos debe incluirse en este proceso.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He apoyado esta objeción porque los socialistas no aceptamos ninguna rebaja en los controles fitosanitarios aplicados los cítricos que entren o circulen por la Unión. Sobre todo, tras la reciente reforma de la norma de sanidad vegetal de la Unión que ha reforzado dichos controles, en función del riesgo en el país de origen.

Consideramos el sector citrícola estratégico para Valencia y Andalucía y de ningún modo podemos permitir la puesta en marcha de una medida que amenace innecesariamente la continuidad de la producción europea citrícola frente un riesgo cierto de propagación y contaminación de peligrosas plagas, como la «*Black Spot*» o la «*Citrus Canker*».

Esperamos de la Comisión Europea que garantice con carácter general para todos los orígenes y organismos nocivos, la completa trazabilidad de los frutos especificados para su introducción en la Unión, acompañados de los documentos de supervisión del servicio fitosanitario nacional.

Respecto a la lucha contra la plaga «*T Leucotreta*», exigimos el «tratamiento en frío» de los cítricos importados, tal y como recomiendan la EFSA y la EPPO.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση αφορά μέτρα προστασίας για να αποτρέψει την εισαγωγή νέων παρασίτων που πλήττουν τα εσπεριδοειδή δέντρα και τους καρπούς τους, καθώς τα ισχύοντα δεν επαρκούν για να προστατεύσουν τους ευρωπαίους παραγωγούς. Η έκθεση ζητά την υιοθέτηση αυστηρότερων κανόνων και ελέγχων για την πρόληψη της εξάπλωσης των επιβλαβών οργανισμών που πλήττουν τα εσπεριδοειδή και αναμένει από την Επιτροπή να ακολουθήσει τις συστάσεις του Κοινοβουλίου. Για αυτούς τους λόγους υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Rezoluciju Europskog parlamenta o nacrtu provedbene direktive Komisije o izmjeni priloga I.-V. Direktive Vijeća 2000/29/EZ o zaštitnim mjerama protiv unošenja u Zajednicu organizama štetnih za bilje ili biljne proizvode i protiv njihovog širenja unutar zajednice zbog toga što smatram da je potrebno biti posebno oprezan kako je riječ o unosu organizama koji mogu biti štetni za bilje. Slučaj Xylelle fastidiose u Italiji pokazao je kakve posljedice takvi štetnici mogu prouzročiti za bilje, za lokalno gospodarstvo, ali i za biološku raznolikost. Fitosanitarni rizici moraju biti jasno i temeljito analizirani te stoga podržavam ovaj prijedlog rezolucije.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je fais bon accueil à cette proposition qui vise à améliorer le contrôle de l'introduction en Europe d'agrumes originaires de pays tiers. Il s'agit d'un moyen efficace de protéger nos producteurs d'une concurrence rude des pays du Sud et d'une potentielle contamination de leurs exploitations moyennant une meilleure traçabilité d'un bout à l'autre de la chaîne.

J'ai voté pour.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection non contraignante, qui appelle la Commission européenne à supprimer la possibilité prévue dans son texte initial d'alléger les exigences pour l'importation des fruits destinés à la transformation en jus et à renforcer, à l'inverse, celles concernant l'importation des fruits originaires de pays où des organismes nuisibles sont présents. Cette objection demande que le pays tiers d'origine effectue des tests sur les fruits avant expédition en vue de dépister les éventuelles infections. Le Parlement se pose une fois de plus en défenseur de la santé des consommateurs.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Entschließungsantrag betrifft den Entwurf einer Durchführungsrichtlinie der Kommission über Maßnahmen zum Schutz gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse. Der Berichterstatter ist der Meinung, dass die von der Kommission geplante Durchführungsrichtlinie nicht mit geltendem EU-Recht im Einklang steht. Da die vom Berichterstatter eingebrachten Einwände richtig sind und der Schutz vor Pflanzenschädlingen nicht einer fehlerhaften juristischen Begutachtung unterliegen darf, stimme ich diesem Entschluss zu.

Elisabeth Köstinger (PPE), *schriftlich*. – Ich habe gegen die Resolution gestimmt, weil der Vorschlag der Europäischen Kommission aus fachlicher Sicht als ausreichend streng eingestuft wird und die Ausnahmen für die Einfuhr von Früchten für die industrielle Verarbeitung bereits jetzt an strenge Bedingungen geknüpft sind. Importanforderungen sollten stets fachlich gerechtfertigt sein, um die europäische Zitrusproduktion vor neuen Krankheiten, die bislang in der EU nicht vorkommen, zu schützen. Die in der Resolution vorgeschlagenen Verschärfungen – insbesondere die zusätzliche Überprüfung durch die EFSA und die zu erwartenden Verfahrensverlängerungen – tragen nicht zu mehr Pflanzenschutz bei, sondern deuten eher auf ein verstecktes Importverbot hin.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – Through this report, the Commission wants to implement a directive in order to determine the phytosanitary risks posed by a strain or biotype of pathogenic agents, animals or parasitic plants injurious to plants at second level to reduce those risks. I voted in favour of this report.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Oggi a Strasburgo è stata adottata una risoluzione che contiene correzioni al progetto di modifica della Commissione europea contenente una serie di misure di protezione contro l'introduzione e la diffusione nel nostro territorio di organismi nocivi ai vegetali o ai prodotti vegetali.

Si tratta di misure che qui in Parlamento vogliamo correggere e migliorare, anche per allinearle in vista dell'entrata in vigore del nuovo regolamento contenente l'introduzione del cosiddetto passaporto delle piante. Nello specifico la proposta prevede che i frutti derivanti da paesi terzi dovranno essere accompagnati da un certificato fitosanitario che autorizzi il loro ingresso, essendo inoltre necessaria una dichiarazione attestante che i frutti siano originari di un'area di produzione che è stata sottoposta a trattamenti adeguati contro il *Citrus black spot*, ovvero la macchia nera, parassita che è in grado di distruggere i nostri agrumeti.

Risultano essere enormi i danni causati alla nostra agricoltura dalle malattie delle piante provocate da virus introdotti con l'importazione di prodotti che derivano da paesi terzi. Trattandosi di una battaglia che porto avanti da tempo per salvaguardare il nostro patrimonio produttivo-ornamentale da patogeni derivanti da paesi terzi, ritengo che sostenere la presente richiesta produca effetti positivi.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution, car elle protège nos producteurs contre les importations et le risque de contamination.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Cette objection avait pour but de modifier une proposition de directive d'exécution présentée par la Commission. En l'occurrence, le texte proposé souhaite augmenter les contrôles à l'importation en provenance de pays tiers de fruits, notamment les agrumes. Les agrumes en question devraient être accompagnés d'un certificat phytosanitaire, et la traçabilité complète de leur production, récolte, conditionnement, exportation, transport, contrôlée. Notre groupe soutient cette rigueur dans le contrôle, d'autant plus que c'est aussi une manière de protéger nos producteurs d'agrumes de l'importation massive de produits moins chers en provenance de pays tiers. J'ai logiquement voté pour cette objection.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Con esta Directiva la Comisión va en dirección contraria a la legislación aprobada sobre «Medidas de protección contra plagas de plantas», ya que es mucho menos exigente que ésta, socavando los requisitos para la introducción en la Unión de determinadas frutas susceptibles a plagas, en particular en lo que respecta a la mancha negra de cítricos y el chancro cítrico. Así esta modificación propuesta afecta directamente al sector de los cítricos, un sector estratégico del sur de Europa, y subestima la amenaza fitosanitaria que suponen las importaciones de cítricos procedentes de terceros países.

La propuesta de resolución propone la modificación de esta directiva de tal forma que garantice la realización de los controles adecuados frente a la entrada de frutas, especialmente cítricos, en la Unión. Es por ello que he votado a favor de la misma.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Ovaj prijedlog rezolucije govori o plodovima koji su podložni štetnim organizmima, odnosno o bolesti crne pjegavosti i bakterijskom raku agruma. Trenutni nacrt provedbene direktive Komisije nije u skladu s pravom Europske unije, jer nije kompatibilan s ciljem Uredbe 2016/2031, prema kojem prvo treba odrediti fitosanitarne rizike koje predstavlja određena vrsta uzročnika, a nakon toga mjere ublažavanja tih rizika.

Smatram da je važno uzeti uzorke na što većem broju plodova svake vrste kako bi se na taj način utvrdio i pronašao eventualni štetni uzorak, stoga sam podržala ovaj prijedlog rezolucije.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. — Zmeny, ktoré navrhla Komisia k smernici Rady o ochranných opatreniach proti zavlečeniu organizmov škodlivých rastlín alebo rastlinných produktov do Spoločenstva a proti ich rozširovaniu, nie sú v súlade s predpismi Únie. Európsky parlament navrhuje zmeny týkajúce sa postupov pri dovoze plodov z tretích krajín do Únie, zvýšených požiadaviek na ich sledovanie a kontrolu pred uvedením na trh. Tieto požiadavky je nutné akceptovať v záujme ochrany zdravia ľudí a rastlín pred zavlečením cudzokrajných škodcov.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής οδηγίας της Επιτροπής για την τροποποίηση των παραρτημάτων Ι έως V της οδηγίας 2000/29/ΕΚ του Συμβουλίου περί μέτρων κατά της εισαγωγής στην Κοινότητα οργανισμών επιβλαβών για τα φυτά ή τα φυτικά προϊόντα και κατά της εξάπλωσής τους στο εσωτερικό της Κοινότητας, διότι όπως επισημαίνεται στην πρόταση ψηφίσματος το οικείο σχέδιο εκτελεστικής οδηγίας της Επιτροπής δεν συνάδει με το δίκαιο της Ένωσης.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Il a pour objectif d'intensifier les contrôles sur l'introduction dans l'Union européenne de fruits (en l'occurrence, d'agrumes) originaires de pays tiers. Ces contrôles sont multiples (certificat phytosanitaire, enregistrement des champs et installations, etc.) et favorisent, outre la protection sanitaire, la protection de nos producteurs vis-à-vis de l'importation de produits de moins en moins chers.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Berichterstatter ist der Meinung, dass die von der Kommission geplante Durchführungsrichtlinie nicht im Einklang mit der VO 2016/2031 steht. Die VO 2016/2031 löst, wie der Berichterstatter auch richtig erkennt, die Rechtsgrundlage der geplanten Durchführungsrichtlinie, die RL 2000/29 tatsächlich ab, jedoch erst im Dezember 2019. Da jedoch der Schutz vor Pflanzenschädlingen nicht einer fehlerhaften juristischen Begutachtung unterliegen darf, habe ich diesen Antrag mitgetragen.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau Europos Parlamento rezoliucijai. Atsižvelgdamas į Europos maisto saugos tarnybos nuomonę ir Žemės ūkio ir kaimo plėtros komiteto pasiūlymą, Parlamentas prieštarauja Komisijos sprendimui, kuriuo susilpninami reikalavimai, taikomi įvežant į Sąjungą tam tikrus vaisius, neatsparius kenksmingiesiems organizmams, visų pirma sukeliantiems citrusinių dėmėtligę ir citrusinių vėžį.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution du Parlement européen vise à renforcer les contrôles sur l'introduction dans l'Union européenne de fruits, notamment d'agrumes, en provenance de pays tiers.

Il est prévu que les agrumes importés soient accompagnés d'un certificat phytosanitaire déclarant que les fruits sont originaires d'un champ de production soumis au moment approprié à des traitements contre différentes maladies. D'autres dispositions sont prévues pour renforcer le contrôle de la traçabilité.

Cette résolution tendant à protéger nos producteurs d'agrumes de l'importation de produits moins chers, j'ai voté pour.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Tijdens de zomermaanden importeert Europa zijn citrusvruchten uit derde landen. Maar zoals de EU in een open economie hoge eisen stelt voor levensmiddelen die binnen de EU geproduceerd en geoogst worden, zo hanteren we dezelfde criteria voor voedsel dat wordt geïmporteerd. In het specifieke geval van de import van citrusvruchten moeten we de consument vruchten van goede kwaliteit kunnen aanbieden maar tegelijk moeten we ervoor zorgen dat gevreesde ziekteverwekkers hier geen voet aan de grond krijgen. Ik hecht veel belang aan het certifiëren en etiketteren van levensmiddelen. Op die manier kan de producent de klant overtuigen van de beste kwaliteit van zijn producten en kan, wanneer een voedselincident zich voordoet, het probleem direct aan de bron worden aangepakt. Dat is ook het voorstel van advies dat ik heb goedgekeurd. Door voor de import van citrusvruchten de preventieve koudebehandeling gedurende een periode van 27 dagen op te leggen, heeft de Commissie een overhaaste maatregel genomen die elke andere effectieve maatregel uitsluit, onvoldoende wetenschappelijk onderbouwd is en in de winkelrekken de prijzen voor citrusvruchten de hoogte zal injagen. Hier heb ik tegen gestemd, ook al omdat je mogelijke incidenten bij citrusvruchten best niet onderweg maar aan de bron voorkomt.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution, which calls on the Commission to implement a directive, which seeks to amend Annexes I to V to Directive 2000/29/EC, which undermines the requirements for the introduction into the European Union of certain fruits susceptible to pests, in particular regarding citrus black spot and citrus canker.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Nous votons pour cette résolution, qui demande que les importations d'agrumes soient soumises à plus de contrôles phytosanitaires de sorte à éviter l'importation d'organismes nuisibles à nos plantations.

Il faudrait que les fruits importés remplissent les conditions suivantes: l'enregistrement du champ de production, des installations de conditionnement, des exportateurs et de tout autre opérateur intervenant dans la manutention des fruits spécifiés, la présence de documents délivrés sous le contrôle de l'organisation nationale de protection des végétaux pendant le transport et, pour certains fruits, l'emploi de traitements préalables et postérieurs à la récolte.

Ces contrôles, qui permettront d'éviter la contamination de nos productions d'agrumes, sont aussi un moyen de les protéger contre une concurrence de plus en plus agressive de la part de nombreux pays tiers.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Je vote pour cette proposition, qui est aussi une façon de protéger nos producteurs d'agrumes de l'importation de produits moins chers en provenance de pays tiers.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'objection à la directive d'exécution de la Commission européenne modifiant les annexes I à V de la directive du Conseil 2000/29/CE concernant les mesures de protection de la santé des végétaux dans l'Union. Le texte demande notamment à la Commission de renoncer à alléger les exigences pour l'importation des fruits destinés à la transformation industrielle en jus, de renforcer ses exigences pour l'importation des fruits originaires de pays où le *Phyllosticta citricarpa* est présent, ou encore de prendre des mesures pour éviter l'introduction de l'insecte *Thaumatotibia leucotreta*.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I am in favour of this motion for a resolution regarding protective measures against the introduction of organisms harmful to plants and plants products.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport, deoarece acesta corectează o greșeală în ceea ce privește propunerea de directivă a Comisiei, care ar fi intrat în contradicție cu alte aspecte ale legislației europene privind protecția împotriva organismelor dăunătoare plantelor sau produselor vegetale.

În acest sens, susțin amendamentele aduse prin acest raport propunerii inițiale și consider că acestea aduc ajustările necesare pentru ca legislația UE în domeniu să fie una coerentă.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diese Resolution ausgesprochen, da die Intention des Berichterstatters eine richtige ist und der Schutz vor Pflanzenschädlingen nicht einer fehlerhaften juristischen Begutachtung unterliegen darf.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ei toetanud. Resolutsioon piiraks tsitrusviljadega kauplemist, kuna tunnistab vaid üht viljade säilitusmeedet. Resolutsioon on üle reguleeriv ning välistab palju muid samavõrra kasulikke säilitusmeetmeid. Selle tulemusena võib väheneda import kolmandatest riikidest, mis läbi väheneb viljade kättesaadavus ning suureneb hindade kõikumine.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της ένστασης η οποία αφορά μια πρόταση για μια νέα εκτελεστική πράξη σχετικά με τα φυτοϋγειονομικά μέτρα για την εισαγωγή των φυτών και των προϊόντων των φυτών. Το σχέδιο της Επιτροπής θα τροποποιήσει τους υφιστάμενους κανόνες για εσπεριδοειδή που προορίζονται για μεταποίηση σε συγκεκριμένες χώρες. Οι προτεινόμενες τροποποιήσεις δεν συνάδουν με τον νέο κανονισμό και θα αντιπροσωπεύουν υψηλό κίνδυνο φυτοϋγειονομικού για την Ευρώπη.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Briga za zdravlje bilja je jedan od glavnih temelja razvoja održive i konkurentne poljoprivrede, osiguranja zdrave i kvalitetne hrane, zaštite okoliša općenito. Napredak biljnog zdravstva utječe i na stabilnu i sigurnu opskrbu hranom nacionalnog stanovništva, te je u RH zabranjeno unošenje bilja i biljnih proizvoda ako su zaraženi određenim štetnim organizmima.

Nedavno smo svjedočili o pojavi opasne bolesti koja uništava masline, a uzrokovala je bakterija Xylella fastidiosa (Wells et al.), koji potječe iz Amerike. Smrtonosna bakterija unesena u europski agroekosustav, uništava maslinike, prenosi se kukcima - vektorima, a njena pojava i udomaćivanje na poluotoku Salento u Italiji predstavljaju fitosanitarni rizik najvišeg stupnja i za maslinarstvo u RH.

EU treba odrediti fitosanitarne rizike koje predstavlja bilo koja vrsta, soj ili biotip patogenih uzročnika, životinja ili parazitskog bilja štetnih za bilje ili biljne proizvode kao i mjere za ublažavanje tih rizika do prihvatljive razine. Stara Direktiva Vijeća 2000/29/EZ ne daje prave odgovore na ugroze od bolesti kao što su crna pjegavost agruma i bakterijski rak agruma. Stoga sam podržala rezoluciju EU-a kojom se traži izmjena priloga I. –V. Direktive Vijeća 2000/29/EZ o zaštitnim mjerama protiv unošenja u Zajednicu organizama štetnih za bilje ili biljne proizvode i protiv njihovog širenja unutar Zajednice.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Nacrt provedbene direktive Komisije nije u skladu s pravom Unije, jer nije kompatibilan s ciljem Uredbe (EU) 2016/2031 prema kojem treba odrediti fitosanitarne rizike koje predstavljaju bilo koji štetni organizmi i mjere za ublažavanje tih rizika do prihvatljive razine. Stoga je zatraženo od Komisije da promijeni svoj nacrt provedbene direktive.

Fitosanitarni rizik posebno je visok u toplijim krajevima Europe. Iako se većina uvoza citrusa za obradu odnosi na regije koje su manje osjetljive na zaražene štetne organizme koji dolaze izvan Europe postoji rizik da bi štetni organizmi sa sjevera Europe mogli biti prebačeni u toplije krajeve i na taj način zaraziti biljke citrusa.

Epidemija bakterija Xyllela fastidiosa u Italiji i uvoz invazivnih stranih vrsta u Europu pokazuju kako je potrebno osigurati da je sav uvoz bilja ili biljnih proizvoda slobodan od štetnih organizama. Jedna zaražena biljka može uništiti cijeli sektor ili ekonomiju cijele regije.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — De acordo com a proposta da Comissão Europeia, a entrada de citrinos apenas estaria condicionada a uma mera inspeção visual do produto e dependente de uma declaração atestando o bom estado sanitário da fruta, e declarando que a mesma provem de campos sujeitos ao tratamento e controlo da Phyllosticta citricarpa (mancha preta).

Com esta proposta, a Comissão ultrapassa as suas funções ao propor enfraquecer os controlos fitossanitários nas importações, quando o Parlamento e o Conselho concordaram no reforço destas medidas. Este laxismo fitossanitário promovido pela Comissão só pode estar relacionado com as enormes pressões da indústria de transformação e processamento, designadamente para refrigerantes do norte da Europa, que pretende adquirir matéria-prima a baixo custo, aumentando assim os seus lucros. A avançar, esta medida irá penalizar os produtores de citrinos de duas formas: em primeiro lugar através de um mais do que certo aumento das importações, com a consequente pressão em baixa dos preços; em segundo lugar pondo em causa o estado fitossanitários dos pomares de citrinos, que ficam muito mais vulneráveis a um conjunto de pragas, entre as quais avulta a Phyllosticta citricarpa, de que a UE ainda está indemne.

Defendemos controlos rigorosos de todos os citrinos importados, incluindo análises por amostragem e certificados de rastreabilidade.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Les mesures envisagées dans le projet de directive de la Commission concernant la protection des végétaux ne permettent pas de prévenir suffisamment les risques d'importation de parasites exotiques. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de cette résolution qui propose de modifier la présente directive. Nous demandons que les producteurs d'agrumes soient mieux protégés contre les nuisibles moyennant un accroissement des exigences lors de l'importation des fruits destinés à être transformés, notamment lorsqu'ils proviennent de pays où les parasites exotiques sont présents. Les contrôles d'échantillon doivent être renforcés et les fruits contaminés doivent être traités avant leur importation dans l'Union.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution, qui exhorte la Commission à modifier sa directive.

Le projet de directive d'exécution, tel que proposé par la Commission, ne permet en effet pas, en l'état, de réduire les risques associés à l'importation de parasites exotiques à un niveau acceptable, raison pour laquelle nous souhaitons des règles plus strictes. Par ce vote, le Parlement européen refuse en effet d'être attentiste et veut mettre en place des règles adaptées pour éviter un drame semblable à celui de la bactérie *Xylella* dans les zones de l'Union qui produisent des agrumes.

Par exemple et désormais, pour éviter l'introduction dans l'Union de la maladie des taches noires des agrumes, une maladie fongique, il faudra la preuve qu'un échantillon d'au moins 600 fruits sur chaque lot de 30 tonnes a été contrôlé avant le conditionnement, et que les fruits montrant des symptômes de la maladie sont correctement testés. Les agrumes potentiellement infectés par une larve du faux carpocapse devront alors subir un traitement par le froid ou d'autres traitements aussi efficaces et durables avant d'être importés dans l'Union. Le texte entend également améliorer la traçabilité des agrumes importés.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection, estimant que les mesures envisagées pour lutter contre l'introduction des parasites de végétaux ne sont pas assez strictes pour protéger les producteurs de l'Union européenne. Nous ne pouvons accepter que la Commission européenne n'agisse pas en proposant des mesures simplifiées et allégées. Nous devons maintenir les exigences pour l'importation en provenance des pays tiers et ce, indépendamment de la destination du produit.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Con esta Directiva la Comisión va en dirección contraria a la legislación aprobada sobre «Medidas de protección contra plagas de plantas», ya que es mucho menos exigente que ésta, socavando los requisitos para la introducción en la Unión de determinadas frutas susceptibles a plagas, en particular en lo que respecta a la mancha negra de cítricos y el chancro cítrico. Así esta modificación propuesta afecta directamente al sector de los cítricos, un sector estratégico del sur de Europa, y subestima la amenaza fitosanitaria que suponen las importaciones de cítricos procedentes de terceros países.

La propuesta de resolución propone la modificación de esta directiva de tal forma que garantice la realización de los controles adecuados frente a la entrada de frutas, especialmente cítricos, en la Unión. Es por ello que he votado a favor de la misma.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as I do not wish to see even more EU laws.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in support of this objection, which concerns a proposal for a new implementing act on the phytosanitary measures for import of plants and plants products. The Commission draft would modify the existing rules for citruses for processing in specific countries.

The outbreak of Xyllela fastidiosa in Italy and the introduction of invasive alien species in Europe show that we need to ensure that all imports of plants or plants products are free of pests. One infected plant can destroy a whole sector or the economy of a whole region.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za túto námietku. Podporujem prísne dovozné požiadavky tak, aby sa zabezpečila ochrana územia EÚ. V prípade uplatňovania „slabších" alebo miernejších dovozných pravidiel stúpa riziko zavlečenia škodcov a rastie tým aj pravdepodobnosť toho, že členské štáty budú musieť vynakladať enormné prostriedky na likvidáciu nákaz a následne sa obmedzí produkcia „domácich" citrusov z EÚ, nastane závislosť na dovozoch a zvýši sa cena domácich (EÚ) citrusov.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Námietku proti implementačnému aktu Komisie týkajúcemu sa fytosanitárnych opatrení na dovoz rastlín a rastlinných produktov som podporila, pretože Komisia neberie do úvahy nové pravidlá uplatňované v tejto oblasti. Existujú totiž obavy, že by mohlo dôjsť k zavlečeniu určitých škodlivých organizmov najmä do južných oblastí Európy. Komisný návrh sa týka úpravy pravidiel pre spracovávanie citrusov v určitých krajinách. Najmä v Taliansku, kde sa rozmáha baktéria xyllela fastidiosa, si uvedomujú, že invazívne druhy môžu mať zhubný dosah na celé sektory hospodárstva. Je preto nevyhnutné, aby Komisia svoje rozhodnutie zmenila tak, aby bolo v súlade aj s odporúčaniami odborných inštitúcií, ktoré sú zodpovedné za ochrany rastlinných druhov. Pri dovozoch citrusov môže dôjsť k zavlečeniu invazívnych druhov aj v prípadoch, že sa dovozené plody ocitnú na severe

Európy. Preto sa musia uplatňovať pravidlá, ktoré takémuto šíreniu dokážu zabrániť. Očakávam preto, že Komisia svoj návrh upraví vzhľadom na súčasné poznatky a odborné odporúčania.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Musíme chrániť európsku rastlinnú výrobu a prírodu pred škodcami zavlečenými do Európskej únie v rámci globálnej obchodnej výmeny. Spresňujeme niektoré ustanovenia smernice tak, aby boli v súlade s ďalšou legislatívou.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Rezolucija se bavi uvođenjem zaštitnih mjera protiv unošenja organizama štetnih za biljke ili biljne proizvode i njihova širenja unutar Zajednice. Uvođenje zaštitnih mjera se treba dogoditi čim Rezolucija prijeđe u praksu.

Europski parlament smatra da prijedlog Komisije nije dosljedan pravu Unije i nije kompatibilan s Rezolucijom (EU) 2016/2031. Stoga, poziva Komisiju da modificira i prilagodi prijedlog kroz tri modifikacije predstavljene u rezoluciji koja se treba proslijediti Vijeću i Komisiji te vladama i parlamentima država članica.

Podržavam ovu rezoluciju jer smatram da je potrebno bolje zaštititi hranu i proizvodnju.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za osnutek predloga resolucije o osnutku izvedbene direktive Komisije o spremembi prilog I do V k Direktivi Sveta o varstvenih ukrepih proti vnosu organizmov, škodljivih za rastline ali rastlinske proizvode, v Skupnost in proti njihovemu širjenju v Skupnosti.

Strinjam se, da osnutek izvedbene direktive Komisije ni v skladu s pravom Unije, saj ni skladen s ciljem uredbe. Ta med drugim pravi, da je treba določiti fitosanitarna tveganja, ki jih predstavlja katera koli vrsta, različek ali biotip patogenih organizmov, živali ali parazitskih rastlin, ki škodujejo rastlinam ali rastlinskim proizvodom. Poleg tega je treba določiti tudi ukrepe, s katerimi bomo zmanjšali tveganja na sprejemljivo raven.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ οφείλει να λαμβάνει όλα τα απαραίτητα μέτρα για τον προσδιορισμό των φυτοϋγειονομικών κινδύνων που εγκυμονεί κάθε είδος, στέλεχος ή βιότυπος παθογόνων παραγόντων, ζώων ή παρασιτικών φυτών που είναι επιβλαβή για τα φυτά ή τα φυτικά προϊόντα («επιβλαβείς οργανισμοί»), καθώς και αντίστοιχα μέτρα για τη μείωση των εν λόγω κινδύνων σε αποδεκτό επίπεδο.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az indítványt, amely kifogást emel a növényeket vagy növényi termékeket károsító szervezeteknek a Közösségbe történő behurcolása és a Közösségen belüli elterjedése elleni védekezési intézkedésekről szóló tanácsi irányelv módosításáról szóló bizottsági végrehajtási irányelv tervezetével kapcsolatban. A kifogás szerint a bizottsági végrehajtási irányelv tervezete veszélyezteti a bizonyos károsítókra, különösen citrusfélék fekete foltos megbetegedésére és citrusfélék xantomonászos betegségére fogékony gyümölcsök Unióba történő behurcolására vonatkozó előírásokat. Sőt, nem összeegyeztethető az (EU) 2016/2031 rendelet célkitűzésével, amely a növényekre vagy növényi termékekre ártalmas kórokozók, állatok vagy élősködő növények fajai, törzsei és biotípusai hordozta növény-egészségügyi kockázatok meghatározására hivatott, illetve intézkedéseket ír elő e kockázatok elfogadható szintre való csökkentése érdekében. A *Xylella fastidiosa* járvány olaszországi kitörése és az invazív fajok térnyerése Európában mutatja, hogy biztosítanunk kell minden importnövény vagy növényi termék kártevőmentességét. Egy fertőzött növény képes tönkretenni egy egész ágazatot, az őshonos élővilágot vagy egy régió gazdaságát.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană trebuie să vegheze asupra securității alimentare și fitosanitare în cadrul statelor membre.

În cazul unor produse din import există riscul ca anumite organisme dăunătoare plantelor sau produselor vegetale să pătrundă pe teritoriul statelor membre și să afecteze prin răspândirea lor culturile similare din cadrul Uniunii. Acest lucru se întâmplă îndeosebi în cazul citricelor importate din state terțe și ai căror dăunători, ca de exemplu Xyllela fastidiosa, pot distruge culturile existente în statele din sudul Uniunii.

De aceea, se impune luarea unor măsuri de protecție eficientă împotriva răspândirii acestor dăunători, cum ar fi tratamentul la rece, conform recomandărilor Organizației de Protecție a Plantelor Europene și Mediteraneene (EPPO), dar și verificarea atentă a calității produselor importate. Este vorba despre o măsură importantă.

Modificarea de regulament propusă de Comisie nu este conformă cu legislația europeană în vigoare și are nevoie de o îmbunătățire substanțială. Din aceste motive susțin adoptarea acestei rezoluții necesare.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je partage l'avis du rapporteur. J'estime en effet que la proposition de directive d'exécution de la Commission n'est pas conforme au droit de l'Union, car elle n'est pas compatible avec l'objectif du règlement (UE) 2016/2031, qui est de déterminer le risque phytosanitaire présenté par toute espèce, souche ou biotype d'agent pathogène, d'animal ou de plante parasite nuisible aux végétaux ou aux produits végétaux.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The protective measures against the introduction of citrus fruit organisms into the EU overrules decisions made by EU scientists and researchers. The resolution proposed unnecessary measures for third countries wanting to import citrus fruits into the EU, in the unfounded fear that the introduction of new organisms would be harmful to existing organism communities in certain regions. I voted against the resolution because, in reality, it would mean a total stop of citrus imports from some countries, decreasing the supply and availability of citrus fruits, and therefore would increase the prices for EU consumers. Further, the resolution would go against already existing legislation that is scientifically supported, and would impose futile, stricter and unnecessary measures.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o prigovoru u skladu s člankom 106. Poslovnika: zaštitne mjere protiv unosa u zajednicu organizama štetnih za bilje i biljne proizvode i protiv njihova širenja unutar Zajednice" s obzirom na članke 11. i 13. Uredbe br. 182/2011 Europskog parlamenta i Vijeća o utvrđivanju pravila i općih načela u vezi s mehanizmima nadzora država članica nad izvršavanjem provedbenih ovlasti Komisije.

Nacrt provedbene direktive nije u skladu s ciljevima Uredbe 2016/2031. Nacrt se mora mijenjati u smislu da je potrebno uvesti klauzulu da plodovi iz trećih zemalja moraju imati fitosanitarni certifikat i izjavu da se područje proizvodnje plodova tretiralo na odgovarajući način. Potrebno je priložiti dodatnu izjavu da se područje proizvodnje navedenih plodova na odgovarajući način tretiralo protiv Phyllosticte citricarpe i da su uzgojne metode provedene u odgovarajuće vrijeme od početka posljednjeg ciklusa vegetacije.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek predloga resolucije Evropskega parlamenta o osnutku izvedbene direktive Komisije o spremembi prilog I do V k Direktivi Sveta 2000/29/ES o varstvenih ukrepih proti vnosu organizmov škodljivih za rastline ali rastlinske proizvode, v Skupnost in proti njihovemu širjenju v Skupnosti sem podprla.

Osnutek izvedbene direktive Komisije ni v skladu s pravom Unije, saj ni skladen s ciljem Uredbe (EU) 2016/2031, tj. določiti fitosanitarna tveganja, ki jih predstavlja katera koli vrsta, različek ali biotip patogenih organizmov, živali ali parazitskih rastlin, ki škodujejo rastlinam ali rastlinskim proizvodom (škodljivi organizmi), ter ukrepov za zmanjšanje teh tveganj na sprejemljivo raven.

V zvezi s tem želi spomniti, da bo Uredba (EU) 2016/2031 takoj, ko bo začela veljati (14. decembra 2019), razveljavila in nadomestila Direktivo 2000/29/ES.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La résolution proposée ici a pour but d'accroître les contrôles sur l'introduction dans l'Union européenne de fruits – en l'occurrence, d'agrumes – originaires de pays tiers.

Cette résolution demande que les agrumes originaires de pays tiers soient accompagnés d'un certificat phytosanitaire prouvant que les fruits sont originaires d'un champ de production qui a été soumis, au moment approprié, à des traitements contre différentes maladies qui touchent plus particulièrement les agrumes.

Cette proposition demande le renforcement des contrôles sur ces fruits qui pourraient contaminer les productions en Europe.

Je choisis de soutenir cette objection, car c'est une manière de protéger nos producteurs d'agrumes de l'importation de produits moins chers en provenance de pays tiers.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Surowsze kontrole wwozu owoców cytrusowych zwiększają ryzyko wniesienia skargi do WTO oraz nałożą nieproporcjonalne i nieuzasadnione wymogi na państwa wywozu, w których dotychczas nie było żadnych problemów. Proponowane zmiany wykraczają też poza zalecenia EFSA. W przypadku utrzymujących się przejęć z udziałem państw trzecich problem ten należy rozwiązać raczej za pośrednictwem środków nadzwyczajnych, a nie poprzez ogólne zaostrzenie środków. Jeżeli chodzi o ograniczenie do stosowania wyłącznie procesu mrożenia, jest ono szczególnie nakazowe i uniemożliwiłoby badanie oraz stosowanie nowych procesów naukowych. Głosowałem przeciwko rezolucji.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Propuesta de resolución sobre el proyecto de Directiva de Ejecución de la Comisión por la que se modifican los anexos I a V de la Directiva 2000/29/CE del Consejo relativa a las medidas de protección contra la introducción en la Comunidad de organismos nocivos para los vegetales o productos vegetales y contra su propagación en el interior de la Comunidad.

Esta resolución afecta directamente al sector de los cítricos, sector estratégico para el sur de Europa. La resolución pone en duda el acuerdo fitosanitario al que se llegó en relación a la importación de cítricos desde terceros países.

Consideramos indispensable que la fruta que entre en la Unión cumpla con los procesos de sanidad consecuentes, un etiquetado detallado y un empaquetado que cumpla también con los estándares establecidos. El Parlamento Europeo y el Consejo ya votaron en octubre endurecer los controles fitosanitarios (nosotros lo apoyamos) así que considero que el sector de los cítricos debe incluirse en este proceso.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the resolution because prevention is better than cure: strict controls are needed to prevent the entry of damaging pests of permanent crops like citrus trees, to protect the livelihoods of producers and so as not to resort to environmentally damaging eradication measures.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Manau, kad Komisijos įgyvendinimo direktyvos projektas neatitinka Sąjungos teisės, nes nesuderinamas su Reglamento (ES) Nr. 2016/2031 tikslu – apibrėžti fitosanitarinę riziką, kurią kelia augalams ar augaliniams produktams žalingi bet kurios rūšies, padermės ar biotipo patogenai, gyvūnai arba parazitiniai augalai (reglamente vadinami kenkėjais), ir priemones tai rizikai sumažinti iki priimtino lygio.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta resolución esta cámara manifiesta su rechazo a los planes de la Comisión Europea para reducir los controles sobre las plagas procedentes de las importaciones de terceros países, pidiendo a la Comisión que refuerce las medidas para evitar el contagio de nuevas enfermedades en el territorio europeo. La seguridad de las producciones europeas depende en gran parte de que funcionen los controles a la importación de países terceros. Es intolerable que se reduzcan los controles, por lo que esta resolución es muy necesaria para poder evitar estos comportamientos. Por ello creo conveniente votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Con esta Directiva la Comisión va en dirección contraria a la legislación aprobada sobre «Medidas de protección contra plagas de plantas», ya que es mucho menos exigente que ésta, socavando los requisitos para la introducción en la Unión de determinadas frutas susceptibles a plagas, en particular en lo que respecta a la mancha negra de cítricos y el chancro cítrico. Así esta modificación propuesta afecta directamente al sector de los cítricos, un sector estratégico del sur de Europa, y subestima la amenaza fitosanitaria que suponen las importaciones de cítricos procedentes de terceros países.

La propuesta de resolución propone la modificación de esta directiva de tal forma que garantice la realización de los controles adecuados frente a la entrada de frutas, especialmente cítricos, en la Unión. Es por ello que he votado a favor de la misma.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Depois de ter sido votado no plenário de outubro e aprovado o Regulamento (UE) n.º 2016/2031 do Parlamento Europeu e do Conselho, de 26 de outubro de 2016, relativo a medidas de proteção contra as pragas dos vegetais, a Comissão Europeia apresenta agora um projeto de Diretiva de Execução da Comissão que vai precisamente na direção oposta ao regulamento.

Enfraquecendo a legislação aprovada, põe em causa os requisitos para a introdução no mercado de certas frutas suscetíveis a pragas, em particular de citrinos destinados à transformação, e das pragas de mancha preta entre outras.

De acordo com a proposta, a entrada de citrinos apenas estaria condicionada a uma mera inspeção visual do produto e de uma declaração atestando o bom estado sanitário da fruta, e declarando que a mesma provem de campos sujeitos ao tratamento e controlo da Phyllosticta citricarpa (mancha preta). Inaceitável.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Berichterstatter ist der Meinung, dass die von der Kommission geplante Durchführungsrichtlinie nicht im Einklang mit der VO 2016/2031 steht. Die VO 2016/2031 löst, wie der Berichterstatter auch richtig erkennt, die Rechtsgrundlage der geplanten Durchführungsrichtlinie RL 2000/29 tatsächlich ab, jedoch erst im Dezember 2019. Da jedoch der Schutz vor Pflanzenschädlingen nicht einer fehlerhaften juristischen Begutachtung unterliegen darf, habe ich diesen Antrag mitgetragen.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Uznesenie o návrhu vykonávacej smernice, ktorou sa mení smernica o ochranných opatreniach proti zavlečeniu škodlivých organizmov na územie EÚ, som podporila. Táto smernica patrí k legislatíve, ktorá sa snaží chrániť rastliny a rastlinné produkty pred chorobami a škodcami pochádzajúcimi z tretích krajín, ktoré sa môžu na územie EÚ dostať a rozširovať nielen pri nelegálnom pašovaní, ale aj pri bežnom importe. Tak tomu je aj v prípade tejto námietky. Vykonávacia smernica, proti ktorej námietka smeruje, totiž chcela zmierniť opatrenia na dovoz citrusových plodov v súvislosti s tzv. čiernymi škvrnami spôsobenými organizmom Phyllosticta citricarpa. Problémom však je, že táto smernica je v rozpore s už prijatým nariadením, ktoré ju v budúcnosti nahradí. Myslím si, že v týchto prípadoch, keď ide buď o ľudské zdravie, životné prostredie, alebo u tejto námietky o fytosanitárnu bezpečnosť, základným princípom, ktorým sa musíme riadiť, je ochrana danej hodnoty. V tomto prípade teda ochrana územia pred zavlečením a rozšírením škodcov na územie Európskej únie musí byť nadradená obchodným záujmom. Nesmieme totiž dopustiť, aby sme si poškodili domáce poľnohospodárske odvetvia tým, že v záujme obchodného zisku upustíme od dovozných požiadaviek a riskujeme tak nekontrolovateľné rozšírenie cudzokrajného škodcu.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução que se opõe à introdução de organismos prejudiciais aos vegetais e produtos vegetais para evitar a sua propagação no interior da União Europeia.

Esta objeção era necessária porque o surto de bactérias (nomeadamente a xyllela fasttidiosa em Itália) e a introdução de espécies invasoras na Europa, demonstram que é necessário garantir que todas as importações de plantas ou produtos vegetais estejam isentas de pragas.

Uma planta infetada pode destruir todo um sector ou a economia de toda uma região. Destaco por isso a necessidade dos frutos especificados originários de países terceiros serem acompanhados de um certificado fitossanitário que comprovem que estes frutos são originários de um campo de produção que foi submetido a tratamentos adequados para evitar a propagação de bactérias e pragas.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Resolucijo Evropskega parlamenta z dne 15. decembra 2016 o osnutku izvedbene direktive Komisije o spremembi prilog I do V k Direktivi Sveta 2000/29/ES o varstvenih ukrepih proti vnosu organizmov, škodljivih za rastline ali rastlinske proizvode, v Skupnost in proti njihovemu širjenju v Skupnosti.

Resolucija ugotavlja, da osnutek izvedbene direktive Komisije ni v skladu s pravom Unije, saj ni skladen s ciljem Uredbe (EU) 2016/2031, tj. določiti fitosanitarna tveganja, ki jih predstavlja katera koli vrsta, različek ali biotip patogenih organizmov, živali ali parazitskih rastlin, ki škodujejo rastlinam ali rastlinskim proizvodom (škodljivi organizmi), ter ukrepov za zmanjšanje teh tveganj na sprejemljivo raven. Zato menim, da so predlagani predlogi, s katerimi bi Komisija odpravila to neskladje, potrebni.

7.3. Unterstützung der Thalidomid-Opfer (B8-1341/2016, B8-1343/2016)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, controlul superficial al unor produse farmaceutice a condus la tragedia provocată de thalidomidă, un medicament care a fost prescris și administrat femeilor însărcinate.

Ca urmare a folosirii acestui medicament s-au născut copii cu malformații și asta se întâmpla în anii ’60. Acești copii trăiesc în prezent și sunt mii de oameni care suferă de pe urma acestui medicament. Mulți dintre ei, cei care au supraviețuit, nu pot să își plătească costurile serviciilor medicale și sociale, deși au afecțiuni grave și permanente.

De aceea solicit Comisiei să creeze un cadru legal pentru ca toți bolnavii afectați de thalidomidă să primească sprijin și compensații similare.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl rovněž na začátku vyjádřit svou solidaritu obětem této tragédie, která se stala již před mnoha lety, ale není možno na ni zapomínat. Je třeba si připomenout, jaký byl začátek té kauzy a těmto obětem, které dodnes mezi námi žijí, pomoci.

To není jenom otázka odškodnění, jde o otázku praktického života, kdy ti lidé potřebují pomoci s výdaji na zdravotní pojištění, na léčebné výlohy, mají několikanásobně vyšší potřeby, právě pokud jde o péči o své zdraví. Myslím si, že to je věc, kterou jim Evropa dluží, a já jsem velmi rád, že to bylo vzneseno na jednání Evropského parlamentu a že budeme moci sledovat, jak Komise zkusí připravit návrhy legislativní podoby tak, abychom byli schopni specificky pomoci právě těmto obětem.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já naváži na to, co říkali moji kolegové. Také jsem podpořil závěrečné usnesení. Osobně se domnívám, že ve chvíli, kdy určitý lék poškodí občany několika zemí Evropské unie a každá země potom odškodňuje tyto oběti úplně jiným způsobem a v jiné výši, tak asi každého napadne, že to není úplně spravedlivé a správné. Zde právě minimálně určitou koordinační roli může sehrát Evropská unie a Evropská komise, která může vstoupit do dané věci jako mediátor a pokusit se vyjednat pro všechny oběti stejné a hlavně dostatečně významné odškodnění, které jim umožní vést důstojný život.

Proto jsem to podpořil, nedomnívám se však na druhou stranu, že by zde Komise měla přijímat nějaké závazné právní předpisy. Její role by se spíše měla omezit na mediátora, na toho, kdo vyjedná podmínky pro odškodnění, nikoliv na přijímání nového právního předpisu.

Anna Záborská (PPE). – Som veľmi rada, že EP dnes prijal uznesenie o podpore postihnutých nežiadúcimi účinkami talidomidu. Užívanie tohto lieku ženami počas tehotenstva malo za následok vážne poškodenia plodu. Na jednej strane môžeme považovať za plus zo strany európskych inštitúcií, že sa touto podlžnosťou voči postihnutým zaoberajú, ale na druhej strane je hanbou, že problém nie je vyriešený ani po viac ako 50 rokoch. Aj to niečo hovorí o našej spoločnosti. Dúfam, že odškodnenie nebude trvať príliš dlho, lebo sa ho poškodení nedožijú.

Chcem upozorniť ešte na jednu vec. Som presvedčená, že ani dnes nie je informovanie občanov o nežiadúcich a vedľajších účinkoch niektorých liekov či liečiv úplné a dôsledné. Spomeniem len podceňovanie informovanosti pri užívaní hormonálnej antikoncepcie, ďalej u liekov, ktoré sa používajú pri medikamentóznom ukončení tehotenstva, či u rôznych endokrinných disruptoroch.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I identify the provision of aid and effective health services as a priority for those affected by Thalidomide, both in light of their current and future needs. I deeply regret the daily struggles experienced by victims, and I thus support this motion for a resolution as a means to enhance pharmaceutical legislation, transparency in judicial proceedings, and treatment and support for those affected. It is essential that we right the wrongs of failed pharmaceutical monitoring of the past, thus formally recognising victims and providing adequate compensation. In doing so, and establishing a more concrete framework in this area, we may shoulder at least a percentage of the burden experienced by victims. By so doing, we show once again that the European Union, and the European Parliament in particular, stand up for the rights of the downtrodden and victimised.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Idag röstade Europaparlamentet om en resolution om ersättning till neurosedynskadade. Resolutionen understryker vikten av att drabbade medborgare får ersättning för sina skador och att EU:s medlemsländer, liksom berörda läkemedelsföretag, tar sitt ansvar. Detta är ett viktigt budskap som jag självfallet stödjer, jag valde därför att rösta ja i slutomröstningen. Samtidigt vill jag understryka att hälso- och sjukvårdsfrågor är nationell kompetens vilket resolutionen inte visar tillräcklig förståelse för.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il talidomide è un farmaco inventato dall'industria farmaceutica tedesca *Chemie Grünenthal* che fu commercializzato a partire dal 1957 come sedativo anti-nausea e ipnotico, rivolto in particolar modo alle donne in gravidanza. Fu ritirato dal mercato poiché le donne trattate con talidomide davano alla luce neonati con gravi alterazioni congenite dello sviluppo degli arti, ovvero amelia o vari gradi di focomelia. Si stima siano nati almeno 20 000 i bambini affetti da gravi malformazioni fisiche.

Ritenendo indispensabile il completo riconoscimento delle richieste delle vittime del talidomide sopravvissute in Europa, in modo da garantire loro autonomia, accesso alle cure mediche e un'adeguata qualità di vita, ho votato a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución para que los Estados miembros y la Comisión Europea pongan en marcha un protocolo europeo para que los supervivientes de la talidomida sean formalmente reconocidos, con independencia del país al que pertenezcan, y reciban una indemnización adecuada y justa del Fondo Especial Sanitario de la fundación alemana Contergan.

Con esta resolución se hace presión al Gobierno alemán para ampliar la financiación disponible para las víctimas de la talidomida en Alemania a los supervivientes de otros países afectados, entre ellos, España. En España, únicamente el gobierno socialista de Rodríguez Zapatero adoptó medidas para compensar a las personas afectadas, estableciendo una ayuda en función del grado de minusvalía. Desde el pasado mes de marzo, los socialistas propiciamos un debate en la Eurocámara para instar al actual gobierno a continuar las acciones en tal sentido, habiéndonos erigido en los aliados de la lucha de los supervivientes/víctimas españoles de la talidomida para que se reconozcan sus derechos ante lo que ha sido el mayor desastre de la medicina del siglo XX.

Cientos de víctimas afectadas han muerto sin reconocimiento ni indemnización. Hoy tenemos otra oportunidad para no condenar al olvido a los supervivientes de esta injusticia histórica.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de esta resolución porque solicita la implicación del Estado alemán, la Comisión Europea y diversos Estados miembros (entre ellos, el español), para elaborar sistemas de reconocimiento mutuo y compensación a las víctimas de la talidomida, un fármaco elaborado por la farmacéutica Grünenthal para evitar náuseas y otros efectos secundarios del embarazo, pero que sin embargo acabó provocando la malformación de miles de bebés en todo el continente (unos tres mil sólo en el Estado español). No obstante, opino que la obligación de los Estados miembros es hacer cumplir la protección de los derechos fundamentales de sus ciudadanos y ciudadanas, también en el marco de salud. De este modo, deberían obligar a las farmacéuticas que comercializaron este producto a asumir su responsabilidad penal, y subsidiariamente, otorgar el reconocimiento de la condición de víctimas para poder acceder a los sistemas de compensación correspondientes. Dichos sistemas deben actuar con las máximas garantías y facilitando *bona fide* el acceso a la compensación de los potenciales beneficiarios. Por último, es necesario en el Estado español que se revise el Real Decreto 1006/2010 para concesión de ayudas a las víctimas, garantizando plazos asequibles y una financiación adecuada.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento rezoliuciją dėl paramos nuo talidomido nukentėjusiems asmenims. Nuo 1957 m., kai Vokietijos farmacijos įmonė „Chemie Grünenthal" Europos rinkai pateikė talidomidą, vaistą nuo pykinimo, taip pat skirtą ir besilaukiančioms moterims, dėl jo poveikio mažiausiai 20 000 vaikų gimė turėdami sunkių fizinių apsigimimų. Europoje yra daugiau kaip 4 000 nuo talidomido nukentėjusių asmenų, įskaitant 2 800 Vokietijoje, 450 Italijoje, 400 Jungtinėje Karalystėje, 400 Ispanijoje, 103 Švedijoje ir apie 90 Austrijoje. 2015 m. atlikto tyrimo „Asmenų, nukentėjusių nuo tolidomido vartojimo, sveikata, gyvenimo kokybė ir užimtumas Jungtinėje Karalystėje" išvadose atskleidžiamos vis didėjančios fizinės ir psichologinės problemos, su kuriomis laikui bėgant susiduria nuo talidomido nukentėję asmenys, ir taip pat jų konkretūs medicininiai, finansiniai ir socialiniai poreikiai. Už rezoliuciją balsavau pritardama tam, kad būtina visapusiškai pripažinti išgyvenusių nuo talidomido nukentėjusių asmenų reikalavimus Europoje, siekiant užtikrinti jų savarankiškumą, galimybes naudotis sveikatos priežiūros paslaugomis ir palaikyti tinkamą gyvenimo kokybę. Palaikau nukentėjusiųjų kompensacijos siekį, kuris jiems leistų padengti būtinas, bet brangiai kainuojančias ir vis augančias jų sveikatos priežiūros išlaidas.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα το παραπάνω ψήφισμα σχετικά με τη στήριξη των θυμάτων της θαλιδομίδης, καθώς θεωρώ απαραίτητη την επίσημη αναγνώριση τους από όλα τα κράτη μέλη. Ήρθε πλέον ο καιρός να δοθούν δίκαιες και επαρκείς αποζημιώσεις στα θύματα της ουσίας από το ειδικό ταμείο του γερμανικού Ιδρύματος Contegran.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Dans les années 1950 à 1960, la Thalidomide, médicament anti nausée — vomissement de la société pharmaceutique allemande Chemie-Grünenthal a été donné aux femmes enceintes. Plus de 20.000 bébés sont morts ou nés malformés. À ce jour, il resterait plus de 4000 survivants en Europe: 450 en Italie, 90 en Autriche, 2800 en Allemagne, 103 en Suède, 400 en Espagne, 400 au Royaume-Uni.

60 ans après, ces survivants cherchent toujours à ce que justice soit rendue, en particulier pour couvrir les coûts médicaux liés à leur état.

J'ai voté contre la résolution du groupe socialiste qui s'adresse directement aux États membres et à la Commission européenne pour coordonner leurs actions, en particulier avec la création d'un protocole cadre d'un niveau européen. Cette proposition de résolution porte atteinte à la souveraineté des États.

Notre proposition de résolution portée par les députés italiens Salvini, Bizzotto, Borghezio, Ciocca et Fontana en appelle à la création d'un programme d'assistance de la Commission européenne afin de soutenir et apporter une valeur ajoutée aux actions des États membres. Cette proposition de résolution respecte la souveraineté des États membres, je me suis donc prononcée favorablement.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interest of transparency and democracy I wish to confirm that I voted in favour of this resolution. Fair support and compensation for Thalidomide victims is important and we should be in favour of such action.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Az állásfoglalási indítvány az ötvenes években piacra került hányinger elleni gyógyszer, a talidomid használóinak károsultjain kíván segíteni. A gyógyszert forgalomba hozó cég eltitkolta a terhes nőkre vonatkozó mellékhatásokat, így világszerte több ezren születtek testi és szellemi betegségekkel a gyógyszer káros mellékhatásainak következtében. Sajnos, a hetvenes években lefolytatott büntetőperben a cégnek sikerült elérnie, hogy kártérítés fizetése nélkül zárult le a büntetőper. A károsultak, akik az ötvenes-hatvanas éveikben járnak, a születési rendellenességeik súlyosbodó hatásairól számoltak be, ami fokozottabb egészségügyi költségeket, egyre drágább terápiás kezeléseket indukáltak számukra.

Az illetékes uniós biztos felismerve a problémát, tett utalásokat arra vonatkozóan, hogy uniós szinten kell kezelni ezeknek a károsultak egészségügyi ellátási tartozó költségeinek rendezését, de eddig még semmi érdemleges lépés nem történt az ügyben. Ezért a Parlament felszólítja a Bizottságot, hogy tegyen lépéseket a károsultak uniós szinten történő érdekképviseletére és biztosítson számukra forrásokat az egészségügyi ellátásukra, továbbá perújrafelvétel esetén kötelezzék a céget a saját felelősségének elismerésére és a károsultak részére egy elfogadható kártérítési összeg megfizetésére. A fentiek alapján az indítvány elfogadását támogattam.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette résolution commune qui rappelle tout d'abord le drame qu'a entraîné la commercialisation du thalidomide fin des années '50 début des années 60 puisque cela a entraîné le décès ou la malformation de milliers de nouveau-nés dans de nombreux pays européens.

Elle demande ensuite que les États membres et la Commission coordonnent des actions et des mesures visant à reconnaître officiellement et à indemniser les survivants du thalidomide.

Elle demande également au gouvernement allemand de prévoir un accès pour les victimes reconnues à la Fondation thalidomide pour les personnes handicapées. De même, les députés demandent que les survivants du thalidomide originaires du Royaume Uni, d'Espagne, d'Italie, de Suède et d'autres États membres soient admis au régime sur une base collective lorsque leur statut de victimes du thalidomide a été accepté dans leur pays.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución tan justa y necesaria para tratar de saldar la deuda pendiente con las víctimas de la talidomida. El texto aprobado contiene varias disposiciones que implican directamente al Gobierno de España con el fin de facilitar la identificación de las víctimas para que puedan acceder al fondo especial para la salud de la Fundación Contergan.

He liderado esta Resolución dentro de mi Grupo político, ALDE. Conseguí el apoyo de mis colegas liberales para presentar una enmienda al texto que concrete las responsabilidades que debe asumir la compañía Grünenthal. De esta forma, la farmacéutica alemana debe indemnizar y asistir a las víctimas que todavía no han sido recompensadas, y establecer un diálogo con las mismas. La enmienda fue aprobada por una amplia mayoría en el Pleno.

Deseo que esta Resolución y esta enmienda contribuyan a acabar con una de las mayores injusticias que he podido comprobar de primera mano en mi actividad parlamentaria. En especial, tiene que terminar la discriminación histórica que han sufrido las víctimas españolas, las únicas que no han sido recompensadas por la compañía en más de 60 años.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución en la que se pide a la Comisión que detalle qué medidas se han adoptado y las que se adoptarán a escala de la Unión para prestar apoyo y asistencia eficaces a las víctimas de la talidomida y sus familias y, para extender el apoyo a todos los ciudadanos europeos afectados por la talidomida.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado y firmado esta Resolución sobre las víctimas de la talidomida, que necesitan de reconocimiento, para que los Estados miembros y la Comisión coordinen su actuación y sus medidas con miras a reconocer oficialmente a los supervivientes de la talidomida y ofrecerles compensaciones. He apoyado además la enmienda presentada por mi Grupo en la que se pide a la compañía Grünenthal que asuma sus responsabilidades, compensando y atendiendo debidamente a las víctimas a la espera de reconocimiento, revisando el procedimiento de reconocimiento de la condición de víctima e iniciando un diálogo con las víctimas para remediar el daño causado.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Dans les années 1950 et 1960, la Thalidomide, médicament anti-nausée et anti-vomissement de la société pharmaceutique allemande Chemie-Grünenthal, a été donné aux femmes enceintes. Plus de 20 000 bébés sont morts ou nés malformés.

À ce jour, il resterait plus de 4 000 survivants en Europe: 450 en Italie, 90 en Autriche, 2 800 en Allemagne, 103 en Suède, 400 en Espagne, 400 au Royaume-Uni. Soixante ans après, ces survivants cherchent toujours à ce que justice soit rendue, en particulier pour couvrir les coûts médicaux liés à leur état.

Le groupe ENF, et notamment mes collègues italiens de la Ligue du Nord, dont Mara Bizzotto, ont aussi déposé une résolution qui appelle à la création d'un programme d'assistance de la Commission européenne afin de soutenir les actions des États membres et d'y apporter une valeur ajoutée, en respectant leur souveraineté.

J'ai donc voté pour cette résolution et contre la résolution S&D.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Dopo che nel 1957 l'industria farmaceutica tedesca *Chemie Grünenthal* ha immesso sul mercato il talidomide, un farmaco antiemetico destinato anche alle donne gestanti, in Europa sono nati almeno 20 000 bambini affetti da gravi malformazioni fisiche e focomelia. I sopravvissuti a quell'orrore sono oggi circa 4 000, dei quali 450 italiani.

Io, insieme alla Lega Nord, dal 2014 sono in contatto con gli esponenti europei delle associazioni che riuniscono i talidomici italiani ed europei e ho sempre sostenuto la loro battaglia presentando diverse attività parlamentari.

Lo scorso 9 marzo, durante la sessione plenaria di Strasburgo, il commissario Andriukaitis è intervenuto per sottolineare con fermezza l'importanza di garantire alle vittime del talidomide sostegno finanziario, cure mediche e la piena inclusione sociale.

Sia la risoluzione comune che quella presentata dal nostro gruppo raccolgono, dunque, le conclusioni di quel dibattito confermando il pieno sostegno del Parlamento per le vittime di quello che può essere considerato, a ragion veduta, il più grave disastro collettivo mai causato da un farmaco.

Considerate queste premesse non posso che supportare fortemente col mio voto questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución para que los Estados miembros y la Comisión Europea pongan en marcha un protocolo europeo para que los supervivientes de la talidomida sean formalmente reconocidos, con independencia del país al que pertenezcan, y reciban una indemnización adecuada y justa del Fondo Especial Sanitario de la fundación alemana Contergan.

Con esta resolución se presiona al Gobierno alemán para ampliar la financiación disponible para las víctimas de la talidomida en Alemania a los supervivientes de otros países afectados, entre ellos, España. En España, únicamente el gobierno socialista de Zapatero adoptó medidas para compensar a las personas afectadas, estableciendo una ayuda en función del grado de minusvalía. Desde la declaración de los representantes de las víctimas en la Comisión de Peticiones, los socialistas propiciamos un debate en la Eurocámara con el fin de presionar al Gobierno alemán para ampliar la financiación disponible para las víctimas alemanas a los supervivientes de otros países. Desde entonces, venimos instando al actual gobierno a continuar las acciones en tal sentido, habiéndonos erigido en los aliados de la lucha de los supervivientes/víctimas españoles para que se reconozcan sus derechos ante el mayor desastre de la medicina del siglo XX.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje Europos Parlamentas atkreipia dėmesį į tai, kad Parlamentas ir Europos Komisija šiuo metu ir gali, ir nori, atsižvelgdami į etines ir humanitarines normas, ištaisyti nesėkmingos farmacijos srities kontrolės ir vėliau nuslėptų įrodymų padarytą žalą, dėl kurios ir kilo talidomido tragedija. Parlamentas taip pat pažymi, kad 2016 m. birželio mėn. Vokietijos Federacinė Vyriausybė pripažino, kad iki 2017 m. sausio mėn. būtina ir įmanoma pakeisti Vokietijos teisės aktą dėl talidomido fondo. Taigi Parlamentas primygtinai ragina valstybes nares ir Komisiją imtis koordinuotų veiksmų ir priemonių, kad būtų galima oficialiai pripažinti nuo talidomido nukentėjusius asmenis ir suteikti jiems kompensaciją. Be to, ragina Vokietijos Federacinę Vyriausybę pasinaudoti būsimo teisės akto dėl talidomido fondo dalinio pakeitimo teikiama galimybe leisti nuo talidomido nukentėjusiems asmenims, kurie tokiais pripažinti pagal teismo paskirtas patikos schemas, arba paramos pagal nacionalines vyriausybės schemas gavėjams naudotis specialiu Vokietijos sveikatos fondu – neįgaliesiems skirtu talidomido fondu. Parlamentas taip pat primygtinai ragina Komisiją sukurti Europos lygmens pagrindų protokolą, pagal kurį visiems talidomido paveiktiems Europos piliečiams būtų suteikta vienoda kompensacija, neatsižvelgiant į tai, iš kokios valstybės narės jie yra kilę, ir parengti ES pagalbos ir paramos (įskaitant nuostatas dėl finansinės ir socialinės paramos) talidomido aukoms ir jų šeimoms programą.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo in cui chiediamo alla Commissione e agli Stati membri di garantire un equo risarcimento ai cittadini comunitari vittime del talidomide.

A più di cinquant'anni dalla tragedia del talidomide, un medicinale contro le nausee mattutine per le donne in gravidanza che causò la malformazione dei loro neonati in diversi paesi UE, le vittime stanno ancora battendosi per un equo risarcimento.

Vogliamo che azioni e misure vengano coordinate per giungere a riconoscere ufficialmente e garantire un indennizzo alle vittime sopravvissute.

Biljana Borzan (S&D), *in writing*. — I support this report because Thalidomide survivors should be formally recognised in all Member States concerned and finally be given adequate and fair compensation from the Special Health Fund of the German Contergan Stiftung.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Dalla fine degli anni '50 al 1961 il talidomide, farmaco usato all'epoca per ridurre le nausee mattutine delle donne incinte, causò 20mila bambini invalidi e 100mila persone danneggiate in modo permanente.

I sopravvissuti del talidomide aspettano ancora un risarcimento adeguato, una forma di assistenza comunitaria, un riconoscimento pubblico del loro dramma. Ci appelliamo al governo tedesco perché rimedi ad un tragico errore compiuto sessant'anni fa, perché si trovi una soluzione equa alle difficoltà che stanno vivendo le persone come lui.

Il talidomide fu introdotto sul mercato in Germania Ovest nel 1957 come medicina da banco per favorire il sonno e alleviare i sintomi della nausea nelle donne incinte. Secondo l'azienda produttrice, la *Chemie Grünenthal*, non dava dipendenza ed era completamente sicuro, anche in gravidanza. Nel 1960 era venduto con grande successo in 46 paesi. Nel 1961 il ginecologo australiano William McBride e il pediatra tedesco Widukind Lenz dimostrarono la correlazione tra le malformazioni nei neonati e l'assunzione del farmaco in gravidanza. Conseguentemente il talidomide fu ritirato dal mercato.

Oggi, alla luce delle ricerche scientifiche e legali che confermano la responsabilità del talidomide, il Parlamento europeo chiede alla Commissione di adottare un riconoscimento formale per le vittime.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución para que los Estados miembros y la Comisión Europea pongan en marcha un protocolo europeo para que los supervivientes de la talidomida sean formalmente reconocidos, con independencia del país al que pertenezcan, y reciban una indemnización adecuada y justa del Fondo Especial Sanitario de la fundación alemana Contergan.

Con esta resolución se hace presión al Gobierno alemán para ampliar la financiación disponible para las víctimas de la talidomida en Alemania a los supervivientes de otros países afectados, entre ellos, España. En España, únicamente el gobierno socialista de Rodríguez Zapatero adoptó medidas para compensar a las personas afectadas, estableciendo una ayuda en función del grado de minusvalía. Desde el pasado mes de marzo, los socialistas propiciamos un debate en la Eurocámara para instar al actual gobierno a continuar las acciones en tal sentido, habiéndonos erigido en los aliados de la lucha de los supervivientes/víctimas españoles de la talidomida para que se reconozcan sus derechos ante lo que ha sido el mayor desastre de la medicina del siglo XX.

Cientos de víctimas afectadas han muerto sin reconocimiento ni indemnización. Hoy tenemos otra oportunidad para no condenar al olvido a los supervivientes de esta injusticia histórica.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della risoluzione sul talidomide che richiede un protocollo quadro a livello europeo nel cui ambito tutti i cittadini europei vittime del talidomide ricevano una compensazione comparabile, a prescindere dallo Stato membro di origine.

Il talidomide rappresenta il più grave disastro collettivo mai causato da un farmaco. È stato commercializzato da *Chemie Grünenthal GmbH* alla fine degli anni '50 e nei primi anni '60 come farmaco sicuro per il trattamento di mal di testa, tosse, insonnia e raffreddore. Ha provocato la morte e la malformazione di migliaia di bambini in molti paesi europei quando è stato assunto da donne in gravidanza.

È uno scandalo che, dopo quasi sessant'anni, i sopravvissuti siano ancora alla ricerca di giustizia e di una soluzione compensatoria che permetta loro di sostenere le costose cure necessarie legate alla loro condizione fisica.

La relazione chiede il completo riconoscimento delle richieste delle vittime del talidomide sopravvissute in Europa, in modo da garantire loro autonomia, accesso alle cure mediche e un'adeguata qualità di vita.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This resolution deals with the well-known issue of thalidomide – the largest medical scandal of the 20th century. Produced by German pharmaceutical company Grunenthal, thalidomide was marketed in the 1950s as a safe drug and was used by pregnant women to ease their morning sickness, which led to 20 000 babies being born with severe deformities while another 80 000 were miscarried, stillborn or died in infancy.

The product was eventually withdrawn in the early 1960s but the trial against nine Grunenthal employees was prematurely ended in 1970 after the Federal German Government intervened to end it – subsequently meaning that no one has ever received a criminal conviction for the disaster.

Whether or not a thalidomide victim received any lump-sum payments and special monthly living allowances depends very much on the country they came from. This resolution calls on the Thalidomide Foundation (which provides funds from Grunenthal in Germany to help the victims) to be open to all victims no matter which country they are in and also calls for a protocol to ensure that all victims receive similar amounts of compensation. For these reasons I supported the resolution.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this Resolution as many survivors throughout the EU are often unable to apply for funding to cover the costs of social services, which is currently the single biggest concern for thalidomide survivors who, now in their 50s and 60s, are going to need these services even more often in the coming years, as they become more dependent on their carers. Thalidomide survivors need increasing support for their unmet health needs, as their bodies are rapidly deteriorating owing to the nature of their disabilities and to the lack of support over the years since their birth. The resolution urges Member States and the Commission to coordinate actions and measures seeking to formally recognise and provide compensation to thalidomide survivors. I urge the Commission to create a framework protocol at European level for all European Union citizens affected by thalidomide to receive similar amounts of compensation, regardless of which Member State they are from, and to draw up an EU programme for assistance and support for thalidomide victims and their families.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – In seguito all'immissione sul mercato europeo del farmaco antinausea denominato talidomide da parte dell'industria farmaceutica tedesca *Chemie Grünenthal* nel 1957, sono nati almeno 20 000 bambini affetti da gravi malformazioni fisiche.

Si contano migliaia di persone affette da tali malformazioni (500 in Italia) che non hanno mai ricevuto un completo ed equo risarcimento per il danno subito.

Ho votato senza dubbio a favore.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – All victims who are yet to be recognised ought to receive proper compensation from the companies involved, which must shoulder their responsibilities.

It is very important to adopt an EU-wide approach to the compensation system, since we are dealing with companies which have affected EU citizens spanning from Ireland to Spain and Sweden. There is no legitimate reason why the victims should be treated differently across the EU, and that is why they should receive commensurate compensation.

Monetary compensation alone, however, will not be a satisfactory answer. Assistance and support for the surviving victims, including their families, is vital so as to help them with unmet health needs, barriers and the stigma they face day in and day out. Thalidomide survivors have beaten the life expectancy originally set by doctors back in the 70s and 80s. However, they have been faced with deteriorating health and chronic pain as a result of their disability.

Fifty years on, the fight for Thalidomide survivors goes on. All survivors should be formally recognised in all EU Member States concerned and be finally given adequate and fair compensation from the Special Health Fund of the German Conterganstiftung.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Il talidomide è un farmaco antiemetico destinato anche alle donne gestanti che fu introdotto sul mercato europeo nel 1957 da parte dell'industria farmaceutica tedesca *Chemie Grünenthal*. Si stima che gli effetti collaterali del farmaco sulle donne incinte abbia causato la nascita di almeno 20 000 bambini affetti da gravi malformazioni fisiche.

La risoluzione, per la quale ho ritenuto di esprimere voto favorevole, invita Stati membri e Commissione a riconoscere formalmente le vittime del talidomide sopravvissute in Europa e a fornire a queste ultime un opportuno risarcimento.

In particolare, trattandosi del più grave disastro collettivo mai causato da un farmaco, ritengo sia opportuno che la Commissione stabilisca un protocollo comunitario che consenta a tutte le vittime del talidomide di ottenere risarcimenti di pari ammontare indipendentemente dallo Stato membro di provenienza. Mi sembra inoltre necessario elaborare un programma a livello europeo finalizzato ad assistere e supportare sia sul piano finanziario che su quello sanitario le vittime ed i loro familiari.

Mi sembra altresì opportuno che il governo federale tedesco consenta ai sopravvissuti al talidomide, riconosciuti come tali dai tribunali, l'accesso al Fondo sanitario speciale per le persone con disabilità dovuta al talidomide.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Θεωρούμε ότι είναι ουσιώδους σημασίας να αναγνωριστούν οι απαιτήσεις των επιζώντων θυμάτων της θαλιδομίδης στην Ευρώπη, ώστε να εξασφαλιστεί η αυτονομία τους, η πρόσβασή τους σε ιατροφαρμακευτική περίθαλψη και μία αξιοπρεπής ποιότητα ζωής.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε σχετικά με την πρόταση ψηφίσματος για την παροχή στήριξη στα θύματα της θαλιδομίδης. Είναι προφανές πως οφείλουμε να σταθούμε δίπλα σε πολίτες και συγγενείς πολιτών η υγεία των οποίων υπέστη βλάβη από την ουσία θαλιδομίδη και γι' αυτό ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. Pieno sostegno del nostro gruppo politico per le vittime del farmaco talidomide, un antiemetico destinato alle donne gestanti.

I danni che il medicinale ha provocato ai bambini di queste donne sono stati terribili; in Europa circa 20 000 neonati hanno riportato gravi malformazioni fisiche e focomelia.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motions for resolutions on support for Thalidomide victims.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe mich bei dieser Entschließung enthalten. Es steht außer Frage, dass Thalidomidgeschädigte entschädigt werden müssen und unserer Unterstützung bedürfen. Aber aus meiner Sicht ist dies keine europäische Frage, sondern bei den Entschädigungen geht es um Ansprüche, die direkt an Einrichtungen, wie zum Beispiel an die Conterganstiftung in Deutschland, gestellt werden müssen.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto esorta la Commissione a istituire un protocollo quadro a livello europeo in modo che tutti i cittadini europei vittime del talidomide ricevano indennizzi di importo simile, indipendentemente dal loro Stato membro di origine, e a elaborare un programma UE di assistenza e sostegno (comprendente disposizioni finanziarie e sociali) per le vittime del talidomide e per le loro famiglie.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque solicita la implicación del Estado alemán, la Comisión Europea y diversos Estados miembros (entre ellos, el español), para elaborar sistemas de reconocimiento mutuo y compensación a las víctimas de la talidomida, un fármaco elaborado por la farmacéutica Grünenthal para evitar náuseas y otros efectos secundarios del embarazo, pero que sin embargo acabó provocando la malformación de miles de bebés en todo el continente (unos tres mil sólo en el Estado español).

No obstante, opino que la obligación de los Estados miembros es hacer cumplir la protección de los derechos fundamentales de sus ciudadanos y ciudadanas, también en el marco de salud. De este modo, deberían obligar a las farmacéuticas que comercializaron este producto a asumir su responsabilidad penal, y subsidiariamente, otorgar el reconocimiento de la condición de víctimas para poder acceder a los sistemas de compensación correspondientes. Dichos sistemas deben actuar con las máximas garantías y facilitando *bona fide* el acceso a la compensación de los potenciales beneficiarios.

Por último, es necesario en el Estado español que se revise el Real Decreto 1006/2010 para concesión de ayudas a las víctimas, garantizando plazos asequibles y una financiación adecuada.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La vicenda del talidomide rappresenta uno tra i più gravi disastri collettivi mai causati da un farmaco, le cui indagini seguite per accertare le irregolarità hanno rivelato lacune in termini di farmacovigilanza da parte degli Stati che l'hanno immesso nel loro mercato.

Ritengo che sia importante garantire ai sopravvissuti del talidomide un sostegno finanziario per far fronte alle loro sempre più ingenti spese mediche, riconoscendo la necessità di trovare una soluzione adeguata per tutti i sopravvissuti, in modo da garantire che la qualità della loro vita venga tutelata.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Mając na uwadze dramat kobiet dotkniętych negatywnymi skutkami stosowania leku talidomid, zagłosowałem za przyjęciem rezolucji gwarantującej wsparcie dla ofiar leku. Talidomid był stosowany do leczenia mdłości u kobiet ciężarnych, a także na bóle głowy, bezsenność i przeziębienia na przełomie lat 50. i 60. Powodował on zniekształcenie płodów, w szczególności w postaci skróconych kończyn lub ich braku.

Druzgocące jest, że zdarzyło się to w wielu państwach członkowskich, a ofiary wciąż nie są odpowiednio zabezpieczone finansowo, aby poradzić sobie z rosnącymi kosztami leczenia. Wagę problemu podkreśla fakt, że przypadek ten był jednym z głównych powodów przyjęcia unijnych przepisów o nadzorze nad przemysłem farmaceutycznym.

W pełni popieram rezolucję, w której występuje się o koordynowanie działań wspierających ofiary w ich staraniach o odszkodowanie, wzmożenie działań w poszczególnych państwach (takich jak Niemcy czy Hiszpania) i ustanowienie europejskiego programu wsparcia, a także wzywa się firmę produkującą lek (Grünenthal GmbH) do przyznania się do winy i wypłaty należnych odszkodowań.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Thalidomide was a drug used against nausea in pregnant women. Back in the 1950s and 1960s this drug resulted in malformations in infants and in many cases it was also fatal. As the S&D sponsor of this resolution, I am in favour of recognition and compensation to all survivors in Europe. We need to urge both Member States and the Commission to coordinate actions and take measures to formally recognise and provide compensation to Thalidomide survivors.

The German Federal Government should use the opportunity presented by the forthcoming amendment to the Thalidomide Foundation Act, to allow Thalidomide survivors who have been accredited as such by court-appointed trust schemes, or are beneficiaries of national government schemes, to access the Special Health Fund of the German Contergan Stiftung. We request that Thalidomide survivors be admitted to the scheme on a group basis, where their status as Thalidomide-affected individuals has been accepted as bona fide in their own countries. The Commission needs to create a framework protocol at European level under which all European citizens affected by Thalidomide would receive similar amounts of compensation, regardless of which Member State they are from.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome this resolution, which I co-signed, as an overdue statement of support for Thalidomide victims. Many governments, and in particular the German Government, have failed in their duty of care to Thalidomide survivors. They, and Grünenthal GmbH, which has still to this day not accepted full responsibility for its actions 50 years ago, need to start working together in the interests of Thalidomide survivors.

I hope this resolution sends a strong signal that action is needed now, as Thalidomide survivors and their carers reach a stage in their lives where more assistance will inevitably be needed. They have waited long enough for proper compensation.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution affirme son soutien aux victimes du Thalidomide, un médicament mis en vente en 1954 pour éviter les nausées chez les femmes enceintes. Le médicament a entrainé de nombreux cas de malformation des nouveaux nés, environ 10 000 enfants ont été touchés, parmi lesquels 5 000 sont encore en vie. Cette résolution condamne fermement les États membres qui ont tardé à retirer le Thalidomide du marché, en particulier l'Espagne qui a été le dernier État à interdire le médicament. Les Députés européens appellent également les États membres à garantir une aide, ainsi qu'une indemnisation adaptée, aux victimes du Thalidomide pour couvrir les frais liés à leur condition médicale et physique. Soutenant ces objectifs, j'ai voté en faveur de cette résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution sur le soutien aux victimes du thalidomide. Fréquemment utilisé en Europe pendant les années 1950, ce médicament est responsable de nombreuses malformations congénitales. Chaque État membre a adopté des mesures différentes pour la prise en charge des victimes du thalidomide. Puisque l'ampleur et le montant du soutien ne devraient pas dépendre de la nationalité des victimes, nous appelons à une meilleure reconnaissance du statut de victimes de thalidomide au niveau européen. Nous appelons aussi l'entreprise responsable de la production du thalidomide à assumer ses responsabilités.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Le Thalidomide est un médicament qui peut avoir des effets secondaires grave lorsqu'il est utilisé sans contrôle adéquat. Il peut être notamment la cause de malformation du fœtus chez les femmes enceintes, et a fait de nombreuses victimes dans les années 60. Cette résolution veut étendre la reconnaissance de ces victimes à tous les États membres. Cette reconnaissance permettra par conséquent l'extension des mesures d'indemnisation pour ces victimes. Il est important que ce problème de santé publique soit reconnu et traité à l'échelle européenne, c'est pourquoi j'ai voté en faveur de cette résolution.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution car je suis en faveur d'un meilleur accès au dédommagement pour les victimes du thalidomide. Ce médicament fabriqué en Allemagne et prescrit aux femmes enceintes contre les nausées matinales a provoqué de nombreuses malformations infantiles voire la mort de nouveau-nés dans les années 1950-1960. Suite aux révélations avérées sur les conséquences désastreuses de la prise de ce médicament, je trouve inadmissible qu'à l'heure actuelle les victimes se battent toujours pour un juste dédommagement dans plusieurs pays de l'UE. Il est important, selon moi, que les citoyens concernés aient accès à une indemnisation similaire dans tous les États membres. À cette fin, il est urgent que la Commission européenne crée un protocole-cadre au niveau européen, au titre duquel tous les citoyens de l'UE touchés par le thalidomide recevraient une telle indemnisation. Il est, par ailleurs, important que la Commission élabore dans les plus brefs délais un programme européen d'aide et de soutien aux victimes et à leurs familles.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Fabriqué en Allemagne et commercialisée à la fin des années cinquante, le thalidomide est un médicament prescrit contre les nausées liées à la grossesse, les maux de tête, les toux, les insomnies et les rhumes. Des femmes enceintes en ont consommé dans de nombreux pays européens, entraînant le décès et la malformation congénitale de milliers de nouveaux nés.

Le scandale est d'autant plus choquant que des documents attestent de défaillances dans le contrôle pharmaceutique en République fédérale d'Allemagne

Cinquante ans plus tard, des victimes se battent toujours pour obtenir un dédommagement. Les mécanismes prévus diffèrent d'un État à l'autre et le statut de personne touchée par le thalidomide n'est pas octroyé partout selon les mêmes conditions.

L'Union européenne et ses États membres doivent s'assurer que tous les citoyens concernés aient accès à une indemnisation similaire. Il est essentiel que l'Union fasse preuve de solidarité, en proposant un programme européen d'aide et de soutien aux victimes de cette tragédie et à leurs familles.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la proposition de résolution commune émanant du groupe S&D.

Le médicament du laboratoire allemand Chemie-Grünenthal, censé soigner certains troubles comme les nausées matinales, a causé, dans les années 50 à 60, de graves malformations aux enfants de femmes enceintes l'ayant consommé pendant leurs grossesses.

L'indemnisation et la prise en charge des victimes ont été insatisfaisantes. Nous sommes contre la proposition de résolution du groupe S&D, qui prône la création d'un protocole cadre d'un niveau européen.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Талидомид е лекарство използвано в края на 50-те и началото на 60-те години. Често е използвано от бременни жени за облекчаване на сутрешно гадене, както и при настинки и грип. Последиците от неговото използване са ужасни. При бременните е увреждал плода, а в останалите случаи е имал други негативни странични реакции. Тази резолюция призовава държавите членки да подкрепят жертвите на лекарството. Също така осъжда действията на фармацевтичната компания, която го е пуснала на пазара. Затова аз подкрепих тази резолюция.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Είναι ουσιώδους σημασίας να αναγνωριστούν πλήρως οι απαιτήσεις των επιζώντων θυμάτων της θαλιδομίδης στην Ευρώπη, ώστε να εξασφαλιστεί η αυτονομία τους, η πρόσβασή τους σε ιατροφαρμακευτική περίθαλψη και μία αξιοπρεπής ποιότητα ζωής και θα πρέπει να καταρτιστεί ένα πρόγραμμα παροχής βοήθειας το οποίο θα συμπληρώνει τις ενέργειες των κρατών μελών για την παροχή χρηματοδοτικής στήριξης στα θύματα της θαλιδομίδης και τις οικογένειές τους.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution, of which I was a signatory, on the recognition of the victims of Thalidomide. The Thalidomide Survivors' Campaign has worked tirelessly for many years for justice for all survivors. While there is a fund in Wales for survivors, in some countries they get no support at all, while their health and care needs are increasing. It is over fifty years now. We need urgent action from the German government.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. — Ho votato a favore della risoluzione sul talidomide in quanto chiede il completo riconoscimento delle richieste delle vittime del talidomide sopravvissute in Europa, in modo da ottenere una compensazione comparabile tra i diversi Stati membri che possa garantire loro autonomia e accesso alle cure mediche e una dignitosa qualità della vita.

Lo scandalo del talidomide rimane una delle vicende più disastrose per quanto riguarda la storia farmaceutica e dopo sessant'anni le vittime sopravvissute sono ancora in cerca di giustizia, riconoscimento e adeguate compensazioni.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Existem ainda hoje na Europa mais de 4 000 sobreviventes da talidomida, dos quais: 2 800 na Alemanha, 450 em Itália, 400 no Reino Unido, 400 em Espanha, 103 na Suécia e cerca de 90 na Áustria. Quase sessenta anos, os sobreviventes estão ainda à espera de justiça e de uma solução compensatória que lhes permita suportar os onerosos tratamentos que a sua condição física exige. Por isso, considero ser indispensável um total reconhecimento das necessidades das vítimas da talidomida que ainda sobrevivem na Europa, de molde a garantir a sua autonomia, o acesso aos tratamentos médicos e uma qualidade de vida adequada. A Comissão deverá elaborar um programa de assistência que complete a ação dos Estados-Membros que vise fornecer um apoio financeiro às vítimas da talidomida e às suas famílias.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Pour la proposition de résolution du Groupe ENF qui appelle à la création d'un programme d'assistance afin de soutenir et apporter une valeur ajouté aux actions des États membres.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A talidomida foi comercializada a partir de 1956 como antigripal e «calmante» – contra distúrbios do sono e tranquilizante – e, depois, indicada em casos de «enjoos» matinais da gravidez. Foi retirada do mercado anos depois, tendo sido associada a casos de malformações congénitas. Estima-se entre 10 mil e 20 mil as vítimas da talidomida no mundo, com diferentes graus de deficiências.

A Chemie Gruenhental, empresa responsável pela comercialização da talidomida, não realizou previamente testes clínicos.

As vítimas da talidomida ainda hoje tentam encontrar uma solução de apoio às despesas médicas que têm e tiveram devido às complicações de saúde que apresentam e que vão piorando ao longo dos anos.

A Comissão Europeia, em 2015, celebrou o 50º aniversário da primeira legislação farmacêutica para garantir a segurança dos medicamentos. A tragédia da talidomida foi uma das principais razões para a criação desta legislação.

Esta resolução visa pressionar as entidades competentes para criarem as condições necessárias para que seja garantido apoio às vítimas da talidomida, em todos os Estados-Membros. Surge num momento em que o parlamento alemão deverá alterar a lei sobre as regras de apoio financeiro aos sobreviventes.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted yes because I agree.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση, καθώς είναι ουσιώδους σημασίας να αναγνωριστούν πλήρως οι απαιτήσεις των επιζώντων θυμάτων της θαλιδομίδης στην Ευρώπη, ώστε να εξασφαλιστεί η αυτονομία τους, η πρόσβασή τους σε ιατροφαρμακευτική περίθαλψη και μία αξιοπρεπής ποιότητα ζωής και θα πρέπει να καταρτιστεί ένα πρόγραμμα παροχής βοήθειας το οποίο θα συμπληρώνει τις ενέργειες των κρατών μελών για την παροχή χρηματοδοτικής στήριξης στα θύματα της θαλιδομίδης και τις οικογένειές τους.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted in favour of this resolution on thalidomide victims. Germany should take responsibility for the government's actions in the 1970s and allow the victims access to the survivors fund. The money is urgently needed to help care for those affected by this drug and adapt homes so they are able to live as independently as possible.

It is a disgrace that the fight for recognition from the pharmaceutical company is still ongoing. I hope that this report will enable some real progress to be made for many victims.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The aim of the resolution is to put pressure on the German Government to extend the funding available for thalidomide survivors in Germany to those survivors from other countries concerned. The timing of the resolution is crucially important, as in January 2017 the German parliament will amend a law on the rules for providing financial support.

Thalidomide survivors should be formally recognised in all Member States concerned and be finally given adequate and fair compensation from the Special Health Fund of the German Contergan Stiftung.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – The drug Thalidomide was marketed in the late 1950s and early 1960s as a safe drug to treat issues such as morning sickness and headaches but it resulted in the death and malformation of thousands of babies when used by pregnant women in a variety of European countries.

Reports have concluded that Thalidomide survivors need an increasing amount of support for their unmet health needs, as their bodies are rapidly deteriorating owing to the nature of their disabilities and to the lack of support over the years. It is horrible that many of these survivors often are unable to get funding to cover social services costs, which is currently the single biggest concern for Thalidomide survivors.

Given this, I support the resolution in urging Member States and the Commission to coordinate and take action to formally recognise and compensate Thalidomide survivors.

The Commission should take action at EU level so that all EU citizens affected by Thalidomide could receive similar amounts of compensation, regardless of Member State.

Lastly, I support the resolution in calling on Grünenthal to shoulder its responsibilities – by providing compensation and care to those victims who have yet to be recognised.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sul sostegno a favore delle vittime sopravvissute al talidomide, farmaco all'origine di malformazioni in neonati, perché ritengo che riconoscere il diritto di tutte le vittime, non solo al risarcimento morale ed economico ma anche ad una adeguata presa in carico da parte dei sistemi sanitari della domanda di cura e del dovere di rendere esigibile i diritti sociali, sia un atto non più rinviabile a cinquant'anni dalla tragedia del talidomide.

Con questa risoluzione il PE chiede alla Germania un atto di grande responsabilità, cosi come impegna tutti gli Stati membri a promuovere interventi immediati per garantire la doverosa attenzione nei confronti dei pazienti e delle loro famiglie.

I deputati chiedono che le vittime sopravvissute nel Regno Unito, in Spagna, in Italia e in altri Stati membri siano ammesse al regime su base collettiva, qualora il loro status di vittime del talidomide sia stato accettato nel loro paese.

La Commissione dovrebbe istituire un protocollo quadro a livello europeo in modo che tutti i cittadini europei vittime del talidomide ricevano indennizzi di importo simile ed elaborare un programma UE di assistenza e di sostegno per le vittime e per le loro famiglie.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Entschließungsantrag gestimmt. Einige der darin aufgelisteten Fakten und Quellen waren unstimmig oder unzureichend. Zudem gibt es bereits viele Unterstützungsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Conterganstiftung, die ca. 2 700 Begünstigte in 38 Ländern versorgt.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución en la que se pide a la Comisión que detalle qué medidas se han adoptado y las que se adoptarán a escala de la Unión para prestar apoyo y asistencia eficaces a las víctimas de la talidomida y sus familias y, para extender el apoyo a todos los ciudadanos europeos afectados por la talidomida.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución para que los Estados miembros y la Comisión Europea pongan en marcha un protocolo europeo para que los supervivientes de la talidomida sean formalmente reconocidos, con independencia del país al que pertenezcan, y reciban una indemnización adecuada y justa del Fondo Especial Sanitario de la fundación alemana Contergan.

En España, únicamente el gobierno socialista de Rodríguez Zapatero adoptó medidas para compensar a las personas afectadas, estableciendo una ayuda en función del grado de minusvalía. Desde la declaración de los representantes de las víctimas en la comisión de peticiones del Parlamento Europeo, el pasado mes de marzo, los socialistas propiciamos un debate en la Eurocámara con el fin de presionar al Gobierno alemán para ampliar la financiación disponible para las víctimas de la talidomida en Alemania a los supervivientes de otros países afectados. Desde entonces, venimos instando al actual gobierno a continuar las acciones en tal sentido, habiéndonos erigido en los aliados de la lucha de las víctimas españolas de la talidomida para que se reconozcan sus derechos.

Cientos de personas afectadas han muerto sin reconocimiento ni indemnización. Hoy tenemos otra oportunidad para no condenar al olvido a los supervivientes de esta injusticia histórica.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted strongly in favour of this resolution that urges the Commission to create a framework protocol at EU level under which all European Union citizens affected by Thalidomide would receive similar amounts of compensation, regardless of which Member State they are from, and to draw up an EU programme for assistance and support (including both financial and welfare provisions) for Thalidomide victims and their families.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Prijedlog rezolucije potpore žrtvama talidomida jer smatram da se takva greška i igranje s ljudskim životima više nikada ne smije ponoviti. 1950-ih i 60-ih godina sedativ Talidomid davan je trudnicama protiv jutarnje mučnine kao potpuno bezopasan i provjeren lijek nakon čega su se javile neočekivane dugoročne posljedice. Više od 10 tisuća rodilo se s teškim tjelesnim manama, najčešće s deformacijama ruku i nogu, ili sasvim bez udova. Sljepoća, gluhoća, srčani problemi i oštećenja mozga djece također su nuspojave uzimanja talidomida u trudnoći.

Ovaj Prijedlog rezolucije za koji sam glasao u svakom smislu podupire žrtve talidomida te poziva Komisiju i države članice da zajedno djeluju i ubrzaju mjere i aktivnosti kako bi se spomenutim žrtvama formalno priznala i omogućila kompenzacija.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Le Thalidomide est responsable de la mort ou de la malformation de plus de 20 000 nourrissons en Europe. S'il est tout à fait justifié que les survivants constituent une action en justice afin de couvrir les frais médicaux, la proposition donne à la seule Commission le pouvoir de coordonner les actions, écorchant les législations nationales.

J'ai donc voté contre.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de esta resolución para que los Estados miembros y la Comisión Europea pongan en marcha un protocolo europeo para que los supervivientes de la talidomida sean formalmente reconocidos, con independencia del país al que pertenezcan, y reciban una indemnización adecuada y justa del Fondo Especial Sanitario de la fundación alemana Contergan.

En España, únicamente el gobierno socialista de Rodríguez Zapatero adoptó medidas para compensar a las personas afectadas, estableciendo una ayuda en función del grado de minusvalía. Desde la declaración de los representantes de las víctimas en la comisión de peticiones del Parlamento Europeo, el pasado mes de marzo, los socialistas propiciamos un debate en la Eurocámara con el fin de presionar al Gobierno alemán para ampliar la financiación disponible para las víctimas de la talidomida en Alemania a los supervivientes de otros países afectados. Desde entonces, venimos instando al actual gobierno a continuar las acciones en tal sentido, habiéndonos erigido en los aliados de la lucha de las víctimas españolas de la talidomida para que se reconozcan sus derechos.

Cientos de personas afectadas han muerto sin reconocimiento ni indemnización. Hoy tenemos otra oportunidad para no condenar al olvido a los supervivientes de esta injusticia histórica.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui pousse à une meilleure reconnaissance des victimes du Thalidomide au niveau européen. Ce médicament avait provoqué un scandale sanitaire majeur dans les années 60 car il s'est avéré avoir de grave effets secondaires, provoquant des malformations du fœtus chez la femme enceinte.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 15. 12. 2016 jsme na plenárním zasedání Evropského parlamentu ve Štrasburku hlasovali o usnesení na podporu přeživších tragédie thalidomidu. Tragédie s thalidomidem byla jedním z hlavních důvodů pro vytvoření farmaceutických právních předpisů EU, které od té doby mají za cíl zajistit, že léčivé přípravky, které jsou uváděny na trh, zaručí evropským občanům vysoký standard kvality a bezpečnosti. Thalidomid byl od konce 50. do počátku 60. let používán jako lék proti ranní nevolnosti u těhotných žen jakož i k léčbě bolestí hlavy, nespavosti a nachlazení. Tato léčba byla několik let komerčně dostupná v různých evropských zemích, avšak až ex post se ukázalo, že má závažné vedlejší účinky především u těhotných žen, jejichž děti se následně narodily s vrozenými malformacemi. Tato tragédie ovlivnila několik zemí EU, jejichž přeživší občané se denně potýkají se závažnými fyzickými následky, které se postupně jen zhoršují, a s nedůstojnými problémy proplácení nákladů na jejich léčbu. Usnesení bylo navrženo v návaznosti na ústní otázku na Komisi a debatu na plénu z března tohoto roku. Domnívám se, že zainteresované státy by měly změnit svoji legislativu tak, aby dostatečně odškodnily oběti této tragédie a zároveň jim také poskytly nejlepší možnou péči. Proto jsem toto usnesení podpořila.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Rezolucja w sprawie ofiar talidomidu, leku zalecanego w latach 50. kobietom w ciąży, który spowodował zaburzenia rozwojowe płodów skutkujące m.in. brakiem ramion u rodzących się później dzieci, rzuca nowe światło na ofiary tego niedostatecznie kiedyś rozpoznanego leku. Żyją one nie tylko we Francji, ale także w Niemczech, Szwecji, Wielkiej Brytanii, Hiszpanii, Włoszech i innych krajach UE. Rezolucja przypomina skutki działania talidomidu i odpowiedzialność państw w tym zakresie. Wzywa państwa członkowskie do odpowiedniego traktowania ofiar talidomidu w sądach i zapewnienia właściwej opieki socjalnej i medycznej, gdyż wiele z nich żyje w biedzie i bez koniecznej pomocy.

Uważam, że historia stosowania talidomidu powinna być pamiętana przy zatwierdzaniu procedur testowania bezpieczeństwa leków i wprowadzania ich do obrotu; kwestie dotyczące ryzyka i odpowiedzialności muszą być jasno zdefiniowane. Ta historia powinna także pomóc w rozwoju badań nad fizjologia i patologią ciąży i związanej z tymi zagadnieniami edukacji, w zwiększaniu dostępu do badań prenatalnych i medycyny perinatalnej, a także w upowszechnianiu wiedzy na temat profilaktyki ciąży, aby tego rodzaju historie nie powtórzyły się w przyszłości.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La presente proposta di risoluzione invita gli Stati membri e la Commissione a promuovere azioni idonee a riconoscere e fornire un risarcimento alle vittime del talidomide.

Si tratta di un farmaco che fu venduto negli anni Cinquanta e Sessanta come sedativo, anti-nausea e ipnotico alle donne in gravidanza. Venne ritirato dal commercio alla fine del 1961, dopo essere stato diffuso in 50 paesi sotto quaranta nomi commerciali diversi.

Le donne trattate con talidomide davano alla luce neonati con gravi alterazioni congenite dello sviluppo degli arti, ovvero amelia (assenza degli arti) o vari gradi di focomelia (riduzione delle ossa lunghe degli arti).

Con questa iniziativa si intende assicurare e garantire assistenza e supporto sia alle vittime sia ai loro familiari e compensarli per i danni subiti.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle confie l'indemnisation des victimes de la Thalimonide à une action de groupe sous la houlette de la Commission, court-circuitant les législations nationales.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución porque considero fundamental que las víctimas de la talidomida obtengan una compensación justa por los daños causados por las empresas que la comercializaron fraudulentamente. Europa debe intervenir ante el hecho que en muchos países como España, a diferencia de Alemania, se siga negando la responsabilidad y la compensación a los afectados.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution in solidarity with Thalidomide victims.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Lijek talidomid proizveden je 1960. i odobren kao siguran lijek za sprečavanje jutarnjih mučnina, glavobolja, nesanice i prehlade kod trudnica. Ipak, uzimanje ovog lijeka imalo je tragične posljedice za mnoge obitelji, budući da je rezultirao rođenjem djece s teškim malformacijama. Rezolucija naglašava nužnost priznavanja ovog problema kako bi se žrtvama osigurala pravedna kompenzacija. Podržala sam ovu rezoluciju.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The drug Thalidomide was marketed by Chemie Grünenthal GmbH in the late 1950s and early 1960s as a safe drug to treat morning sickness, headaches, coughs, insomnia and the common cold; whereas it resulted in the death and malformation of thousands of babies when taken by pregnant women in many European countries. The European Parliament urges the Member States and the Commission to coordinate actions and measures seeking to formally recognise and provide compensation to Thalidomide survivors.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. — Podávanie lieku talidomid, ktorý zaviedla na európsky trh nemecká farmaceutická spoločnosť Chemie Grünenthal tehotným ženám v 50. a 60. rokoch minulého storočia, malo katastrofálne dopady na vývoj ľudských plodov. Táto chemická látka a liečivo spôsobili narodenie 20 tisíc detí s vážnymi fyzickými a psychickými poškodeniami. V súčasnosti žije v Únii 4000 obetí tohto lieku, ktoré kvôli zdravotným ťažkostiam majú zvýšené náklady na zdravotnú starostlivosť a sociálne a ekonomické zabezpečenie. Tieto obete potrebujú nesporne pomoc, súčasne však treba povedať, že v danom prípade zlyhala regulačná a kontrolná činnosť pri uvedení lieku na trh, za ktorú zodpovedajú konkrétne subjekty.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της κοινής πρότασης ψηφίσματος σχετικά με τη στήριξη στα θύματα της θαλιδομίδης, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 14/12/2016, καθώς και διότι η εν λόγω κοινή πρόταση ψηφίσματος είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la proposition de résolution commune et pour la proposition de notre groupe parlementaire.

La proposition commune (B8-1341/2016) a pour objectif de coordonner les actions des États membres et de la Commission et de créer un protocole cadre européen. Il porte atteinte à la souveraineté des États, ce à quoi nous nous opposons.

Le texte proposé par groupe ENF (B8-1343/2016) a le même objectif de coordination mais tout en respectant cette souveraineté. Il envisage la création d'un programme d'assistance de la Commission européenne afin de soutenir et apporter une valeur ajoutée aux actions des États membres, ce que nous soutenons.

Ces deux propositions interviennent suite aux conséquences du Thalidomide, médicament distribué entre 1950 et 1960, ayant causé de nombreux morts et des personnes nées malformées.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Thalidomid wurde lange Zeit als Schlaf- und Beruhigungsmittel unter den Markennamen Contergan und Softenon verkauft. Ende der 1950er/Anfang der 1960er-Jahre kam es aufgrund der unbekannten Nebenwirkungen zu Missbildungen von Säuglingen. Es folgte der allgemein bekannte Contergan-Skandal. Da Thalidomid auch tumorwachstumshemmende, entzündungshemmende und blutgefäßneubildungshemmende Eigenschaften besitzt, wird Thalidomid unter strengen Auflagen weiterhin bei speziellen Krankheiten verwendet.

Da meiner Meinung nach die Unterstützung der Thalidomid-Opfer jedoch wichtig ist, habe ich für diesen Antrag gestimmt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau Europos Parlamento rezoliucijai dėl paramos nuo talidomido nukentėjusiems asmenims. Rezoliucijoje raginama dėl šio vaisto naudojimo nukentėjusiems asmenims užtikrinti galimybes naudotis sveikatos priežiūros paslaugomis ir palaikyti tinkamą gyvenimo kokybę, reikalauti kompensacijos, kuri jiems leistų padengti būtinas, bet brangiai kainuojančias ir vis augančias jų sveikatos priežiūros išlaidas.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le thalidomide a été prescrit à des femmes enceintes dans les années 50 à 60 par l'industrie pharmaceutique allemande et a donné lieu à plus de 20.000 bébés morts nés ou nés malformés. Il reste, à ce jour, plus de 4.000 survivants en Europe qui cherchent aujourd'hui que justice soit rendue.

Résolution 1: J'ai voté contre cette résolution puisqu'elle porte atteinte à la souveraineté des États en voulant coordonner l'action de la Commission et des États par la création, notamment, d'un protocole cadre européen.

Résolution 2: J'ai voté pour cette résolution puisqu'elle a pour objectif la création d'un programme d'assistance de la Commission européenne venant en soutien aux actions des États membres.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Het is ondertussen meer dan vijftig jaar geleden dat het gebruik van het "veilig geachte" medicijn Thalidomid van Duitse makelij tegen ochtendmisselijkheid ertoe leidde dat vele duizenden kinderen in de moederschoot werden vergiftigd en geboren werden met een ernstige handicap. Velen wachten nog steeds op een billijke compensatie voor de dagelijke ongemakken en beperkingen die zij ten gevolge van Thalidomid ervaren. Met deze resolutie dringt het Parlement er bij de Duitse overheid op aan om erkende slachtoffers toegang te bieden tot de beschikbare financiële fondsen zodat deze mensen over gepaste middelen beschikken om hun levenskwaliteit te verbeteren.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – It is essential that Thalidomide survivors should be formally recognised in all Member States concerned and be finally given adequate and fair compensation from the Special Health Fund of the German Conterganstiftung. The aim of the resolution is to put pressure on the German Government to extend the funding available for Thalidomide survivors in Germany to those survivors from other countries concerned. The timing of the resolution is crucially important as in January 2017, the German Parliament will amend a law on the rules for providing financial support. That is why I voted in favour of the resolution.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Suite à l'utilisation du thalidomide, médicament anti-nausée pour les femmes enceintes, dans les années 50-60, qui a entrainé la mort, ou la malformation, de plus de 20 000 bébés, le Parlement propose d'aider les centaines de survivants qui cherchent toujours à ce que justice leur soit rendue.

La proposition présentée par le groupe socialiste, demandant à la Commission de coordonner les actions des États membres, porte atteinte aux souverainetés nationales, et nous voterons donc contre.

Mais nous soutenons celle du groupe ENF qui appelle à la création d'un programme d'assistance de la Commission européenne afin de soutenir et apporter une valeur ajouté aux actions des États membres.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Sur la résolution du groupe S&D qui s'adresse directement aux États membres et à la Commission européenne pour coordonner leurs actions, en particulier avec la création d'un protocole cadre d'un niveau européen, j'observe qu'il y a atteinte à la souveraineté des États, je vote donc contre.

Sur celle du groupe ENF qui appelle à la création d'un programme d'assistance de la Commission européenne afin de soutenir les actions des États membres et d'y apporter une valeur ajoutée, je note qu'elle respecte la souveraineté des États membres, je vote pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution de soutien aux victimes du thalidomide. Cette substance contre les nausées commercialisée par un laboratoire allemand fut à l'origine de malformations sévères chez des dizaines de milliers de nouveaux nés dans les années 50 et 60. De nombreuses victimes n'ont à l'heure actuelle pas encore vu leur préjudice reconnu ni indemnisé. Le texte demande au gouvernement allemand de permettre aux citoyens d'autres États membres de bénéficier du fonds d'indemnisation des victimes allemandes, après avoir été reconnues victimes du médicament dans leur propre pays. Il invite les autorités espagnoles à faciliter l'identification et le dédommagement des survivants du thalidomide.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Thalidomide is a drug that treats diseases by inducing, enhancing or suppressing an immune response, used mainly as a treatment of certain cancers or complications of leprosy. In the 1950s and 1960s it was used to treat headaches, coughs and insomnia and resulted in the death and malformation of thousands of babies when used by pregnant women across the EU. I am in favour of this motion of a resolution that will formally recognise and provide compensation to Thalidomide survivors.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestei propuneri de rezoluție deoarece consider că Uniunea Europeană trebuie să dea un impuls statelor membre pentru ca victimele thalidomidei să fie recunoscute și să primească sprijinul necesar.

Desigur, în Germania există un număr mai mare de persoane care au fost afectate de această substanță, dar nu trebuie să uităm faptul că există victime și în alte state ale UE, iar acestea trebuie să fie recunoscute atât în cadrul statelor, cât și la nivelul Uniunii pentru a putea beneficia de ajutoarele și sprijinul necesar.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Auch diese Resolution unterstütze ich, da meiner Meinung nach die Opfer des Contergan-Skandals finanziell unterstützt werden sollen. Der Hersteller des Contergan, Grünenthal, sollte eine Entschädigung an die Opfer leisten.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Talidomiiti tarbinud kannatanutele ja nende perekondadele tuleb võimaldada kompensatsioon ning muu toetus, mis nende elukvaliteedi parandamiseks vajalik on.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η θαλιδομίδη χρησιμοποιήθηκε ως φάρμακο για την καταπολέμηση της πρωινής ναυτίας σε εγκύους, καθώς και για την αντιμετώπιση των πονοκεφάλων, της αϋπνίας και των κρυολογημάτων στα τέλη της δεκαετίας του 1950 και τις αρχές της δεκαετίας του 1960. Το φάρμακο αυτό ήταν διαθέσιμο στην αγορά σε διάφορες ευρωπαϊκές χώρες για αρκετά χρόνια και αποδείχτηκε ότι προκαλούσε σοβαρές παρενέργειες σε εγκύους, τα βρέφη των οποίων γεννιούνταν με δυσπλασίες. Η τραγωδία αυτή επηρέασε αρκετά κράτη μέλη και εκεί τα θύματα συνεχίζουν να αναζητούν λύση για να μπορέσουν να καλύψουν το κόστος που σχετίζεται με την πάθηση και τη σωματική τους κατάσταση, η οποία επιδεινώνεται με την πάροδο των χρόνων. Εδώ διαφαίνεται πόσο σημαντικό είναι να υπάρχει αποτελεσματική νομοθεσία της ΕΕ η οποία θα διασφαλίζει ότι τα φαρμακευτικά προϊόντα που διατίθενται στην αγορά υπόκεινται σε υψηλά πρότυπα ποιότητας και ασφάλειας. Για τους παραπάνω λόγους ψήφισα υπέρ της πρότασης ψηφίσματος.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam rezoluciju Europskog parlamenta o potpori preživjelim žrtvama talidomida. Rezolucija uzima u obzir podatak da je EU u rujnu 2015. godine obilježio 50 godina od usvajanja prvih farmaceutskih propisa u Europi u cilju zaštite svojih građana. Podsjećam da je u svibnju 2015. godine u Bruxellesu, uz podršku svih političkih skupina, održana konferencija za novinare kako bi se istakle neispunjene zdravstvene potrebe žrtvama talidomida.

Krajem pedesetih i početkom šezdesetih godina prošlog stoljeća talidomid se prodavao trudnim ženama kao lijek protiv jutarnjih mučnina, glavobolje, kašlja, nesanice i prehlada, a njegova primjena uzrokovala je smrt i malformacije tisuća djece u mnogim europskim zemljama. Čak i nakon povlačenja lijeka s tržišta, vlasti su se teško nosile sa situacijom. Teško im je bilo razjasniti učinke lijeka, utvrditi broj pogođenih ljudi i zabraniti ga, a u to vrijeme nije postojao zakonski okvir za zabranu lijekova.

Približan broj trenutno živućih europskih građana, žrtava njemačke tvrtke Gruenenthal i njenog lijeka iznosi oko 4 000, a najveći broj ih je u Njemačkoj oko 2 700. Na kraju smatram kako treba pozdraviti napredak današnje europske regulative u području farmacije koji je čvrsto utemeljen na načelu predostrožnosti, a u svrhu ispunjavanja visokih standarda kvalitete i sigurnosti korisnika.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — A talidomida foi comercializada a partir de 1956 como antigripal e «calmante» – contra distúrbios do sono e tranquilizante – e, depois, indicada em casos de «enjoos» matinais da gravidez. Foi retirada do mercado anos depois, tendo sido associada a casos de malformações congénitas. Estima-se entre 10 mil e 20 mil as vítimas da talidomida no mundo, com diferentes graus de deficiências.

A Chemie Gruenhental, empresa responsável pela comercialização da talidomida, não realizou previamente testes clínicos. As vítimas da talidomida ainda hoje tentam encontrar uma solução de apoio às despesas médicas que têm e tiveram devido às complicações de saúde que apresentam e que vão piorando ao longo dos anos. A Comissão Europeia, em 2015, celebrou o 50º aniversário da primeira legislação farmacêutica para garantir a segurança dos medicamentos. A tragédia da talidomida foi uma das principais razões para a criação desta legislação.

Esta resolução visa pressionar as entidades competentes para criarem as condições necessárias para que seja garantido apoio às vítimas da talidomida, em todos os Estados-Membros. Surge num momento em que o parlamento alemão deverá alterar a lei sobre as regras de apoio financeiro aos sobreviventes.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Talidomid był stosowany do leczenia mdłości u kobiet ciężarnych, a także na bóle głowy, bezsenność i przeziębienia na przełomie lat 50. i 60. Lek był tak stosowany przez kilka lat, zanim zostały zaobserwowane poważne skutki uboczne. Powodował on zniekształcenie płodów, w szczególności w postaci skróconych kończyn lub ich braku. Zdarzyło się to w wielu państwach członkowskich, a ofiary wciąż nie są odpowiednio zabezpieczone finansowo, aby poradzić sobie z rosnącymi kosztami leczenia.

Przypadek ten był jednym z głównych powodów uchwalenia unijnej legislacji o nadzorze nad przemysłem farmaceutycznym. Rezolucja wzywa do koordynowania działań mających wspierać ofiary w ich staraniach o odszkodowanie, do poprawy działań w poszczególnych państwach (tj. Niemcy czy Hiszpania), do ustanowienia europejskiego programu wsparcia oraz wzywa firmę produkującą lek (Grünenthal GmbH), aby przyznała się do winy i wypłaciła odpowiednie odszkodowania. Z powyższych względów poparłem rezolucję.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Au cours des années 1950 et 1960, le thalidomide était prescrit aux femmes enceintes dans toute l'Europe comme médicament contre les nausées matinales. Ce médicament, fabriqué en Allemagne, a provoqué la mort et des malformations chez des milliers de nouveau-nés dans de nombreux pays européens. Il est inadmissible que les survivants se battent aujourd'hui encore, presque 50 ans après les faits, pour obtenir réparation. J'ai donc voté en faveur de cette résolution pour veiller à ce que les victimes des autres États membres de l'UE, dont le statut a été reconnu dans leurs propres pays aient accès au fonds de santé spécial créé en Allemagne à cet effet. De plus, nous demandons à la Commission européenne de mettre en place des mesures financières pour soutenir au mieux les victimes et leurs familles.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen sur le soutien aux survivants du thalidomide. Ce médicament commercialisé durant les années 1950 et 1960 pour traiter les maux de tête, les toux, les insomnies, les rhumes et les nausées liées à la grossesse s'est en fait être avéré à l'origine de décès de nouveau-nés et de graves malformations congénitales. À l'époque du procès contre le fabricant Grünenthal GmbH, sa culpabilité n'avait pas pu être véritablement établie en raison d'interférences dans les procédures pénales. Face au peu d'efforts déployés, depuis lors, pour aider les survivants du thalidomide, le Parlement européen avait déjà fait entendre sa voix lors de sa session plénière de mars 2016 pour souligner l'urgence de venir en aide et d'améliorer la qualité de vie des personnes touchées par ce scandale. Cette résolution du Parlement européen invite les États membres et la Commission à coordonner dès à présent les actions et les mesures visant à reconnaître officiellement et, surtout, à indemniser les survivants de la thalidomide, notamment au moyen de la création d'un protocole-cadre au niveau européen.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Su apsinuodijimu toliamidu susijęs skandalas parodė, kiek spragų egzistuoja dabartinėje cheminių medžiagų kontrolės sistemoje. Pritariau šiam siūlymui ir esu įsitikinęs, jog, jei ES nesugebėjo užtikrinti apsaugos nuo tokių medžiagų, tai bent jau turime deramai pasirūpinti savo aplaidumo aukomis ir investuoti į tai, kad tokie atvejai nepasikartotų.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – Le médicament thalidomide a provoqué une véritable tragédie il y a plus de 50 ans en étant commercialisé en Europe. Aujourd'hui, de nombreuses victimes se battent toujours dans plusieurs États membres pour obtenir un dédommagement ; cette situation est inacceptable.

J'ai donc voté en faveur de ce texte qui appelle la Commission européenne et les États membres à coordonner leurs actions et mesures pour reconnaitre les victimes du thalidomide et pour les dédommager. L'Allemagne doit notamment permettre aux victimes d'accéder au fonds de santé spécial qu'elle a créé. Nous appelons aussi à ce qu'un protocole-cadre au niveau européen soit mis en place afin de permettre à tout citoyen européen touché par le thalidomide de recevoir des montants de compensation similaires. Enfin, ces mesures doivent être accompagnées d'un programme européen d'aide et de soutien aux victimes et à leurs familles.

Il est urgent que le Parlement soit entendu et que des mesures concrètes et efficaces soient prises au plus vite.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Následkům, které užívání thalidomidu těhotnými ženami zanechalo na tisícovkách dětí, je třeba se postavit čelem. Je naprosto nepřijatelné, že výrobce této látky se omluvil těm, kdo musí žít s postižením způsobeným jeho produktem, teprve v roce 2012. Se zvyšujícím se věkem obětí se přitom zhoršují jejich zdravotní problémy a roste i nákladnost odpovídající péče. Všichni, kteří musí žít s postižením způsobeným thalidomidem, by proto měli dostat odškodnění zaručující důstojné podmínky k životu, ať už žijí v jakémkoliv státě.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque solicita la implicación del Estado alemán, la Comisión Europea y diversos Estados miembros (entre ellos, el español), para elaborar sistemas de reconocimiento mutuo y compensación a las víctimas de la talidomida, un fármaco elaborado por la farmacéutica Grünenthal para evitar náuseas y otros efectos secundarios del embarazo, pero que sin embargo acabó provocando la malformación de miles de bebés en todo el continente (unos tres mil sólo en el Estado español).

No obstante, opino que la obligación de los Estados miembros es hacer cumplir la protección de los derechos fundamentales de sus ciudadanos y ciudadanas, también en el marco de salud. De este modo, deberían obligar a las farmacéuticas que comercializaron este producto a asumir su responsabilidad penal, y subsidiariamente, otorgar el reconocimiento de la condición de víctimas para poder acceder a los sistemas de compensación correspondientes. Dichos sistemas deben actuar con las máximas garantías y facilitando *bona fide* el acceso a la compensación de los potenciales beneficiarios.

Por último, es necesario en el Estado español que se revise el Real Decreto 1006/2010 para concesión de ayudas a las víctimas, garantizando plazos asequibles y una financiación adecuada.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of this: Thalidomide victims should be properly compensated.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this resolution which aims to put pressure on the German Government to extend the funding available for Thalidomide survivors in Germany to those survivors from other countries concerned. The timing of the resolution is crucially important, as in January 2017 the German parliament will amend a law on the rules for providing financial support.

Thalidomide survivors should be formally recognised in all Member States concerned and be finally given adequate and fair compensation from the Special Health Fund of the German Contergan Stiftung.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Uznesenie na podporu obetí lieku talidomid som podporila, pretože je skutočne najvyšší čas, aby boli títo postihnutí kompenzovaní. Celý prípad sa už vlečie desiatky rokov a teraz je vhodná chvíľa, keď môžu nemecké úrady obete tohto lieku odškodniť. Liek obsahujúci účinnú látku talidomid, známy aj pod obchodným názvom Contergan, sa objavil na trhu v roku 1957. Považoval sa za „bezpečnú pilulku na spanie“. V nasledujúcich piatich rokoch sa predával pod rôznymi obchodnými názvami v desiatkach krajín na celom svete (v bývalom Československu nebol zaregistrovaný a nebolo ani vydané povolenie na jeho legálny mimoriadny dovoz). V novembri 1961 istý nemecký pediater otvorene vyslovil verejné podozrenie, že užívanie Conterganu by mohlo súvisieť s náhlym nárastom počtu novorodencov s vrodenými vývojovými chybami. Krátko na to sa zišlo niekoľko stoviek matiek, ktoré priviedli na svet znetvorené deti. Potvrdilo sa podozrenie, že Contergan, ktorý dovtedy fungoval ako „výborný liek na upokojenie a na spanie“ bez vedľajších účinkov, a preto ho s obľubou užívali tehotné ženy, vyvoláva ťažké vývojové poruchy plodu v tele matky. Preto chceme týmto uznesením vytvoriť tlak na nemeckú vládu aj na Komisiu, aby konečne došlo k úplnému odškodneniu obetí a aby spoločnosť, ktorá liek na trh uviedla, priznala svoju zodpovednosť.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Talidomid je učinkovina s pomirjevalnim in uspavalnim delovanjem, ki se je kot zdravilo najprej pojavilo v Zahodni Nemčiji v petdesetih letih 20. stoletja. Na trg je prišlo kot varno zdravilo, ki naj bi se uporabljalo za zdravljenje jutranje slabosti, glavobola, kašlja, nespečnosti in prehlada, a je njegova uporaba med nosečnostjo povzročila smrt in deformacije na tisoče otrok. Dokumenti iz tistega časa pričajo, da je bil v Zahodni Nemčiji zelo pomanjkljiv farmacevtski nadzor. Žal pa dokazi potrjujejo tudi to, da je država posegla v kazenski postopek zoper nemškega proizvajalca talidomida, zaradi česar ni bilo mogoče ustrezno ugotoviti njegove krivde za nastale posledice, prav tako pa so bili preprečeni civilni postopki, zato pravici na sodišču ni bilo zadoščeno, preživeli pa tako niso prejeli ustrezne finančne odškodnine.

Resolucija poziva države članice in Komisijo, naj uskladijo dejavnosti in ukrepe za uradno priznanje in odškodninsko povračilo preživelim, s čimer bi jim bilo olajšana tudi zdravstvena oskrba in omogočena večja kakovost življenja. Raziskave namreč kažejo, da preživeli potrebujejo veliko podpore zaradi specifičnih zdravstvenih potreb in imajo težave pri mobilnosti in samostojnem življenju, saj so utrpeli veliko posledic, s katerim se vsakodnevno soočajo, večina pa od rojstva naprej tudi ni imela ustrezne oskrbe.

Zaradi vsega navedenega sem sam resolucijo podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – V Európskej únii žije viac ako 4000 ľudí, ktorí trpia negatívnymi následkami užívania lieku talidomid. Vyjadrujeme im podporu a vyzývame príslušné členské štáty, aby pre nich zvýšili pomoc. V tejto súvislosti pripomíname, že oblasť liekovej politiky musí aj naďalej podliehať prísnej kontrole a efektívnej regulácii.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za skupno resolucijo o pomoči žrtvam talidomida.

Države članice in Evropska komisija bi morale usklajevati dejavnosti in ukrepe, s katerimi bomo formalno priznali ter odškodninsko poskrbeli za preživele. Zdravilo talidomid so v 50-ih letih uvedli na trg kot varno in primerno tudi za nosečnice, v primeru jutranje slabosti. Že kmalu pa so se pokazali številni negativni učinki za nosečnice, ki so se odražali v različnih deformacijah pri otrocih mater, ki so v nosečnosti jemale talidomid.

Zato tudi podpiram poziv Komisiji, naj ustvari okvirni protokol na evropski ravni, s katerim bodo vsi evropski državljani, ki jih je talidomid prizadel, upravičeni do primernega nadomestila.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η θαλιδομίδη χρησιμοποιείτο ως φάρμακο κατά των πρωινών ασθενειών σε εγκύους, καθώς και για τη θεραπεία των πονοκεφάλων, της αϋπνίας και των κρυολογημάτων, στο τέλος της δεκαετίας του ’50 και στις αρχές της δεκαετίας του ’60. Η θεραπεία αυτή αποδείχθηκε ότι είχε πολύ σοβαρές παρενέργειες για τις έγκυες γυναίκες, των οποίων τα μωρά γεννιούνταν με δυσμορφίες. Το εν λόγω ψήφισμα σχετίζεται με την οικονομική στήριξη των θυμάτων της θαλιδομίδης, γι’ αυτό και υπερψηφίσαμε.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ οφείλει να προβεί στις κατάλληλες ενέργειες ώστε να αναγνωριστούν πλήρως οι απαιτήσεις των επιζώντων θυμάτων της θαλιδομίδης στην Ευρώπη, με στόχο να εξασφαλιστεί η αυτονομία τους, η πρόσβασή τους σε ιατροφαρμακευτική περίθαλψη και μία αξιοπρεπής ποιότητα ζωής.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a határozatot, amely uniós szintre emeli a talidomid botrány immár időskorba lépő áldozatainak ügyét, hiszen közülük sokan támogatás híján az eddiginél is súlyosabb helyzetbe kerülhetnek. A határozat megítélésem szerint jogosan húzza alá a gyógyszergyártó cég és a német kormány elsődleges felelősségét, de szintén indokoltan hívja fel több más uniós tagállam kormányát, kiemelten a spanyol hatóságokat, hogy tegyék meg a szükséges intézkedéseket annak érdekében, hogy a támogatási forrásokból az ezt szolgáló alapból eddig kimaradó áldozatok is részesüljenek. Bízom benne, hogy a határozat által sürgetett gyors intézkedések és nagyobb rugalmasság révén az érintett áldozatok konkrétan megtapasztalhatják az európai szolidaritás értékét.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Asigurarea siguranței medicamentației populației europene este unul dintre obiectivele instituțiilor Uniunii Europene. În lipsa acesteia, unele medicamente comercializate fără o cercetare prealabilă corespunzătoare pot genera efecte devastatoare în rândul celor care le folosesc în cadrul tratamentului lor.

Unul dintre aceste cazuri este cel al thalidomidei, comercializată de compania germană Chemie Gruenenthal la sfârșitul anilor ’50 și începutul anilor ’60 ca medicament sigur pentru tratarea grețurilor matinale, a migrenei, tusei, insomniei și răcelii, care a condus la decese și malformații în cazul a mii de bebeluși în multe țări europene.

Acțiunea în instanță a statului german nu a permis compensarea adecvată a victimelor, nici în Germania, nici în alte state europene. Mai mult, supraviețuitorii acestor tratamente au nevoie de o asistență sporită pentru nevoile de sănătate, mobilitate și trai independent.

Din aceste motive, se impune adoptarea cât mai rapidă a unor reglementări la nivelul UE, care să permită acordarea asistenței necesare persoanelor afectate din toate statele membre, dar și a despăgubirilor corespunzătoare, inclusiv din partea companiei responsabile. Este o măsură mai mult decât necesară pentru corectarea unei situații inacceptabile; de aceea susțin categoric adoptarea acestei rezoluții.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J’ai voté pour cette résolution. Les demandes des victimes de la thalidomide ayant survécu en Europe doivent être pleinement reconnues afin de leur assurer l’autonomie, l’accès aux soins médicaux et une bonne qualité de vie.

Nous demandons à la Commission de concrétiser les engagements pris par le commissaire Andriukaitis lors de la séance plénière du Parlement du 9 mars 2016 en établissant un programme d’assistance qui complète l’action des États membres pour fournir un soutien financier aux victimes de la thalidomide et à leurs familles.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the anti-morning sickness drug Thalidomide. It was created in 1953 in Germany by the Grünenthal Group. Thalidomide was marketed in a number of European countries including Spain, Italy, Germany, the UK and Ireland and led to the birth of children with severe malformations. Thalidomide was pulled from the market in 1961 after it was linked to birth defects but many victims have only recently received compensation. The Thalidomide tragedy caused immense physical suffering and emotional hardship for the victims and their families. The drug approval regulatory framework in Europe has since greatly evolved with the overarching objective being to better safeguard human health.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o potpori žrtvama talidomida”. Smatram da nedavno objavljena izvješća instituta u Njemačkoj i Velikoj Britaniji iskazuju potrebu za većom potporom žrtvama talidomida. Naime, talidomid je u 50-im i 60-im godinama prošlog stoljeća bio lijek protiv glavobolje, kašlja i nesanice.

Međutim, tek naknadno su uviđeni propusti u provedenom istraživanju te štetne posljedice za korištenje talidomida. Smatram da zemlje članice Europske unije moraju podnijeti usklađene mjere kako bi formalnopravno prepoznali te proveli kompenzaciju žrtvama korištenja talidomida. Premda broj žrtava nije ravnopravno raspoređen po svim državama članicama, potrebno je na institucionalnoj razini Europske unije prepoznati problem te adekvatno na njega odgovoriti.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Talidomid je lijek kojeg je prije 50-ak godina koristilo na tisuće žena za ublažavanje simptoma jutarnjih mučnina. Lijek je bio proizvod njemačke farmaceutske tvrtke Grünenthal, a izdavao se od 1957. do 1961. kada je napokon povučen nakon što je utvrđeno da uzrokuje određene deformacije kod djece čije majke su ga uzimale u trudnoći.

Uporaba talidomida uzrokovala je smrt 2 000 djece, a više od 10 000 ljudi danas živi s teškim tjelesnim oštećenjima. Ono što posebno žalosti jest činjenica da se kompanija koja je proizvela taj lijek svojim žrtvama i njihovim obiteljima ispričala tek 2012. godine, no pogrešku nije priznala.

Slučaj talidomid bio je jedan od glavnih razloga za osnivanje farmaceutskog zakonodavstva EU-a, što je dovelo do jačanja regulatornog okruženja za razvoj medicinskih proizvoda.

Ovim putem pozivam Komisiju da stvori okvirni protokol pod kojim će svi europski građani koji su pogođeni ovom farmaceutskom katastrofom dobiti jednaku financijsku odštetu te da se osnuje zajednica za pomoć i potporu svim žrtvama. Minimum onog što se odavno trebalo učiniti jest da tvrtka Grünenthal prizna svoju pogrešku te da isplati odgovarajuće naknade svim žrtvama. To je ono za što se svi mi ovdje moramo zalagati, zbog čega sam i podržala ovo izvješće.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Resolucijo Evropskega parlamenta o pomoči žrtvam talidomida sem podprla.

Talidomid je zdravilo, ki ga je na trg v pozni 1950ih in zgodnjih 1960ih dobavljala *Chemie Grünenthal GmbH*. Zdravilo naj bi zdravilo jutranje slabosti, pljučnico, prehlade in glavobole. Pri nosečnicah, ki so ga uživale, je povzročilo veliko število smrti novorojenčkov in rojstev z deformiranostjo.

Nedavno narejena poročila v Nemčiji in Veliki Britaniji, da preživele žrtve talidomida potrebujejo pri izboljšanju kakovosti življenja, saj so njihova telesa zaradi učinkov zdravila slabotna in invalidna.

Predsedniki političnih skupin Evropskega parlamenta so v odprtem pismu podprli prizadevanja za pomoč preživelim talidomida. Zdaj je idealna priložnost, da se storjene krivice iz preteklosti omilijo in popravijo.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – Not all those affected by Thalidomide in Europe have the same recognition or the same economic benefits from their Member States. Many of them have mobility problems and need special environments (adapted cars, adapted homes, etc.) to be able to develop with a certain normality.

I support this proposal in order to help the people affected and their families. We cannot cure them, but we can help them live better.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Talidomid był stosowany do leczenia mdłości u kobiet ciężarnych, a także na bóle głowy, bezsenność i przeziębienia na przełomie lat 50. i 60. Lek był tak stosowany przez kilka lat, zanim zostały zaobserwowane poważne skutki uboczne. Powodował on zniekształcenie płodów, w szczególności w postaci skróconych kończyn lub ich braku.

Zdarzyło się to w wielu państwach członkowskich, a ofiary wciąż nie są odpowiednio zabezpieczone finansowo, aby poradzić sobie z rosnącymi kosztami leczenia. Rezolucja wzywa do koordynowania działań mających wspierać ofiary w ich staraniach o odszkodowanie, do poprawy działań w poszczególnych państwach (tj. Niemcy czy Hiszpania), do ustanowienia europejskiego programu wsparcia oraz wzywa firmę produkującą lek (Grünenthal GmbH), aby przyznała się do winy i wypłaciła odpowiednie odszkodowania. Poparłem tę rezolucję.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución en la que se pide a la Comisión que detalle qué medidas se han adoptado y las que se adoptarán a escala de la Unión para prestar apoyo y asistencia eficaces a las víctimas de la talidomida y sus familias y, para extender el apoyo a todos los ciudadanos europeos afectados por la talidomida.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the resolution on support for Thalidomide victims because it calls on the German Government to allow those Thalidomide survivors who have been accredited as such by court-appointed trust schemes, or are beneficiaries of national government schemes, to gain collective access to the Special Health Fund of the German Conterganstiftung. It also calls on the Commission to create a framework protocol at EU level under which all European Union citizens affected by Thalidomide would receive similar amounts of compensation, regardless of which Member State they are from.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Manau, kad būtina visapusiškai pripažinti išgyvenusių nuo talidomido nukentėjusių asmenų reikalavimus Europoje, siekiant užtikrinti jų savarankiškumą, galimybes naudotis sveikatos priežiūros paslaugomis ir palaikyti tinkamą gyvenimo kokybę.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta resolución se pide que Alemania indemnice a todas las víctimas de la talidomina con el fondo creado a tal efecto. También pide a España la revisión de la legislación de 2010 para facilitar el reconocimiento y la indemnización a todas las víctimas españolas. Es el momento de que Europa no olvide a sus inocentes y ayude con su apoyo y compromiso a las víctimas de este problema. Por ello creo necesario votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque solicita la implicación del Estado alemán, la Comisión Europea y diversos Estados miembros (entre ellos, el español), para elaborar sistemas de reconocimiento mutuo y compensación a las víctimas de la talidomida, un fármaco elaborado por la farmacéutica Grünenthal para evitar náuseas y otros efectos secundarios del embarazo, pero que sin embargo acabó provocando la malformación de miles de bebés en todo el continente (unos tres mil sólo en el Estado español).

No obstante, opino que la obligación de los Estados miembros es hacer cumplir la protección de los derechos fundamentales de sus ciudadanos y ciudadanas, también en el marco de salud. De este modo, deberían obligar a las farmacéuticas que comercializaron este producto a asumir su responsabilidad penal, y subsidiariamente, otorgar el reconocimiento de la condición de víctimas para poder acceder a los sistemas de compensación correspondientes. Dichos sistemas deben actuar con las máximas garantías y facilitando *bona fide* el acceso a la compensación de los potenciales beneficiarios.

Por último, es necesario en el Estado español que se revise el Real Decreto 1006/2010 para concesión de ayudas a las víctimas, garantizando plazos asequibles y una financiación adecuada.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this call for EU Member States and the Commission to coordinate actions and measures to recognise and provide compensation to Thalidomide survivors. The Commission should create a framework protocol at EU level, under which all EU citizens affected by Thalidomide would receive similar amounts of compensation, and draw up an EU programme of assistance and support to victims and their families.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – L'année 2015 marquait le cinquantième anniversaire de la première mesure européenne pour une meilleure garantie de la sécurité des médicaments. La tragédie du Thalidomide, prescrit dans les années 1950 et 1960 notamment aux les femmes enceintes et qui provoquait de graves malformations congénitales, en était la principale inspiration.

Aujourd'hui, au sein de l'Union européenne, de nombreuses victimes du Thalidomide voient leur condition physique et médicale continuer de se dégrader et cherchent toujours les moyens de couvrir les coûts de leurs traitements médicaux.

Une question orale signée par tous les groupes politiques a été adressée à la Commission en mars 2016, appelant à une meilleure prise en charge de ces victimes et de leurs familles, et des compensations similaires quel que soit l'État membre concerné.

Cette résolution assure le suivi de cette question et demande que l'indemnisation des victimes du Thalidomide soient inscrites à l'agenda des travaux du Parlement dès le début de l'année 2017.

J'ai bien évidemment voté pour.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A «geração talidomida» começou a aparecer no fim da década de 50, mas só em 1961 veio o primeiro alerta sobre os casos de malformações congénitas associadas ao uso de talidomida. Foi retirada do mercado na Alemanha e na Inglaterra em 1961. Estima-se entre 10 mil e 20 mil as vítimas da talidomida no mundo, com diferentes graus de deficiências.

Em 2012, o diretor executivo da Chemie Gruenhental, responsável pelo produto, apresentou, pela primeira vez, meio século depois, um pedido formal de desculpas que foi considerado «inapropriado, patético e ofensivo» pelas organizações de defesa das vítimas, considerando que as suas desculpas foram muito leves, tardias e repletas de hipocrisia, já que durante 50 anos, a Grunenthal esteve envolvida numa estratégia de empresa, calculada para se resguardar de qualquer consequência moral, jurídica e financeira.

Esta resolução dá seguimento à QO e ao debate, que teve lugar no plenário em março deste ano. A urgência de inscrevê-lo na ordem do dia plenária é que, em janeiro de 2017, o parlamento alemão deverá alterar a lei sobre as regras de apoio financeiro aos sobreviventes e, servindo esta resolução para pressionar e pedir que este apoio seja dado a todas as vítimas dos Estados Membros da UE.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Thalidomid wurde lange Zeit als Schlaf- und Beruhigungsmittel unter den Markennamen Contergan und Softenon verkauft. Ende der 1950er/Anfang der 1960er-Jahre kam es aufgrund der unbekannten Nebenwirkungen zu Missbildungen von Säuglingen. Es folgte der allgemein bekannte Contergan-Skandal. Da Thalidomid auch tumorwachstumshemmende, entzündungshemmende und blutgefäßneubildungshemmende Eigenschaften besitzt, wird Thalidomid unter strengen Auflagen weiterhin bei speziellen Krankheiten verwendet.

Da meiner Meinung nach die Unterstützung der Thalidomid-Opfer jedoch wichtig ist, habe ich für diesen Antrag gestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I am very happy Parliament finally voted a resolution on the Thalidomide case, following a Commission Statement, calling on the German Government to engage with victims and survivors, and to admit all survivors to its Special Health Fund. This is a key milestone in the campaign for Thalidomide survivors across Europe that I have been supporting since my first day in Parliament, regularly meeting with victims and campaigners from the UK and other Member States.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I support this resolution because I think it is important for the victims of Thalidomide to get the recognition and support they deserve. Many errors have been made in the past, among them a lack of pharmacovigilance, and it is important that the survivors can get compensation for the harm done.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Uznesenie týkajúce sa podpory pre obete talidomidu som samozrejme podporila. Talidomid bol ako liečivo v minulosti používaný aj proti nevoľnosti u tehotných žien a spôsobil obrovskú tragédiu, keďže množstvo detí sa narodilo so zdeformovanými končatinami, prípadne iným druhom zdravotného postihnutia. Ich zdravotný stav sa pritom rokmi ešte zhoršuje. Práve preto sme vyzvali Európsku komisiu na koordináciu opatrení a iniciatív zameraných na poskytnutie kompenzácie obetiam talidomidu, vyzvali sme vlády členských štátov, aby vynaložili čo najväčšie úsilie na vytvorenie kompenzačných schém pre tieto obete, a v neposlednom rade sme vyzvali farmaceutickú spoločnosť, ktorá tento liek vyvinula, aby prijala svoju vinu a poskytla obetiam kompenzácie. A hoci ani priznanie viny, ani kompenzačné mechanizmy obetiam talidomidu zdravie neposkytnú, môžeme len dúfať, že si to príslušné krajiny, ale najmä farmaceutické spoločnosti vezmú k srdcu, aby sa takáto tragédia už nikdy v budúcnosti nezopakovala.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução de apoio às vítimas de talidomida por considerar que os sobreviventes devem ser formalmente reconhecidos em todos os Estados-Membros e receber uma compensação justa do fundo alemão especialmente criado para esse efeito.

Recordo que o medicamento talidomida foi comercializado pela farmacêutica alemã Grünenthal no fim da década de cinquenta, início da década de sessenta como medicamento seguro para tratar das náuseas da gravidez, dores de cabeça, tosse, insónia e constipação e que veio a provocar a morte ou malformações a milhares de recém-nascidos após a sua administração a mulheres grávidas em muitos países europeus.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Resolucijo Evropskega parlamenta o pomoči žrtvam talidomida.

Nedavno objavljeni neodvisni poročili v Nemčiji in Združenem kraljestvu ugotavljata, da preživele žrtve talidomida potrebujejo več pomoči za svoje zdravstvene potrebe, mobilnost in neodvisno življenje, ker se jim zdravstveno stanje hitro poslabšuje zaradi vrste invalidnosti in ker ves čas od rojstva niso dobili ustrezne pomoči.

Zato podpiram poziv državam članicam in Komisiji, naj čimprej uskladijo delovanje in ukrepe za formalno priznanje in izplačilo odškodnine preživelim žrtvam talidomida.

7.4. Kinderarzneimittel (B8-1340/2016)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Frédérique Ries (ALDE). – Monsieur le Président, nous avons besoin d'hommes et de femmes politiques déterminés à soutenir un accès pour les enfants aux médicaments innovants et cela, malgré leur coût. Je croise les doigts, donc, pour le vote en plénière, ce jeudi 15 décembre, et pour les suites, aussi, qui y seront données par la Commission européenne, et je salue notre commissaire, qui est présent aujourd'hui.

Je viens de vous lire un extrait du mail, parmi tous les autres, que j'ai reçu avant-hier. Celui-là est de M^{me} Heynens, l'une des mamans avec qui j'ai travaillé pour écrire cette résolution.

Le rhabdomyosarcome est la tumeur cancéreuse la plus fréquente des tissus mous chez les enfants et chez les adolescents. Le traitement associe chimiothérapie, chirurgie et bien souvent une radiothérapie aujourd'hui. Évidemment, il est lourd, et parce qu'il est inadmissible que sur les dix dernières années, seulement deux médicaments innovants spécifiques à l'enfant aient vu le jour, nous devons imposer ce cercle vertueux, forcer le développement de traitements contre les cancers et les autres maladies qui touchent les enfants. Protéger les plus faibles d'entre nous, c'est plus que jamais notre mission, c'est plus que jamais la mission de l'Europe.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem velmi rád, že toto usnesení prošlo, je to velmi eticky citlivé téma. Je velmi dobře, že si Evropský parlament uvědomuje, že musíme investovat více peněz, více energie do kvalitního pediatrického klinického výzkumu tak, abychom mohli nabídnout malým pacientům nové a lepší léky, nové a lepší formy léčby zákeřných forem té nejhorší nemoci, to znamená rakoviny.

Já mám lidskou radost z toho, že to usnesení opravdu prošlo, a doufejme, že bude v reálu naplněno, že opravdu pomůžeme malým, trpícím pacientům a že jim třeba to dnešní usnesení přinese v budoucnu další formy léčby, které budou více šetrné a více účinné.

Anna Záborská (PPE). – Uznesenie o liekoch používaných v pediatrii je po talidomide druhou témou, ktorá nectí európsku spoločnosť 21. storočia. Je neprípustné, ak choré deti, ktoré mohli prežiť, zomierajú preto, že výskum liekov používaných v pediatrii je nedostatočný alebo že tieto lieky nie sú dostupné.

Deti tvoria špeciálnu skupina obyvateľstva, ktorá si vyžaduje špeciálny prístup. No v politických debatách o starnutí obyvateľstva dnes oveľa viac zaznieva zdravotná starostlivosť pre seniorov. Aj tá je dôležitá, ale nezabúdajme, že Európa starne aj preto, že máme málo detí.

Nedostatok liekov používaných v pediatrii považujem za hazard s každým detským životom. Ako lekárka môžem povedať, že nie je jednoduché vidieť zomierať dieťa, pretože mu nemôžeme dať lieky. Treba si tiež uvedomiť, že tam, kde je málo liekov, musí niekto rozhodnúť o tom, kto ich dostane a kto nie. A takúto ťarchu by nemal niesť žiaden človek, ani lekár nie.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, vótáil mé ar son na tairisceana seo i gcomhair rúin mar a rinne an chuid is mó de na Feisirí. Ach vótálamar – mar a rinne mo ghrúpa – i gcoinne an leasaithe a bhí ag an EFDD. Is rún fíorthábhachtach é seo agus cuirimid fáilte roimhe.

It is a motion that is a means to promote innovation and access to help technologies in this important area of public health. A review of existing regulations on paediatric medicines will prove central to further developments, thus inducing a new phase of scientific and regulatory dialogue and cooperation in this domain.

We must therefore continue in our efforts to incentivise the market, reinforcing the extent of our commitment, whilst identifying current obstacles and the public health impact of continuing innovation in this area. Like most MEPs, I welcome this resolution and its passing here today.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta resolución pide a la Comisión que proponga, tal y como se contempla en la regulación Pediátrica (2007), el Reglamento sobre medicamentos pediátricos a su debido tiempo (Enero de 2017), que debe incluir un análisis de las posibles consecuencias para la salud pública. A mayores, pide que en este informe considere diferentes factores que podrían mejorar dicha regulación, entre ellos, la plena transparencia de los resultados clínicos. Es por todo esto que he votado a favor de esta resolución.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento rezoliuciją dėl reglamento dėl pediatrijoje naudojamų vaistų. Reglamentas dėl pediatrijoje naudojamų vaistų turėjo didelį poveikį tokių vaistų kūrimui, smarkiai padaugėjo pediatrinių klinikinių tyrimų ir pediatrijos srities mokslinių tyrimų projektų ir dabar turima daugiau kokybiškos informacijos apie patvirtintų vaistų naudojimą pediatrijoje. Reglamentas padėjo pagerinti bendrą padėtį, gauta apčiuopiamos naudos gydant daugybę vaikų ligų. Ir vis dėlto kai kuriose srityse, visų pirma, pediatrinės onkologijos ir neonatologijos, pasiekta nepakankama pažanga. Todėl palaikau šia rezoliucija išreiškiamą raginimą, skirtą Komisijai, laiku pateikti Reglamento dėl pediatrijoje naudojamų vaistų 50 straipsnyje numatytą ataskaitą ir prašymą, kad šioje ataskaitoje būtų išsamiai aprašytos ir nuodugniai išnagrinėtos kliūtys, kurios šiuo metu trukdo naujovėms vaikų populiacijai skirtų vaistų srityje. Balsavau už taip pat ir dėl raginimo, remiantis tomis išvadomis, padaryti Reglamento pakeitimus, deramai atsižvelgiant į pediatrijoje naudojamų vaistų kūrimo planus, kurie būtų grindžiami ne tik ligos rūšimis, bet ir vaisto veikimo mechanizmu, į pirmenybės teikimo ligoms ir vaistams modelius, atsižvelgiant į netenkinamus medicininius poreikius pediatrijos srityje, galiausiai, į paskatas, kurias taikant būtų labiau skatinama vykdyti mokslinius tyrimus ir kurios veiksmingiau tenkintų vaikų populiacijos poreikius, užtikrinant mokslinių tyrimų ir kūrimo sąnaudų vertinimą ir visišką klinikinių rezultatų skaidrumą.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Πολλά παιδιά που υποφέρουν από σπάνιες παιδιατρικές ασθένειες δεν έχουν πρόσβαση σε ειδικά παιδιατρικά φάρμακα, με αποτέλεσμα να τους χορηγούνται μη προβλεπόμενα φάρμακα βάσει εμπειρίας χωρίς να έχει προηγηθεί η απαραίτητη κλινική έρευνα. Ο κανονισμός σχετικά με την παιδιατρική έχει βελτιώσει σε μεγάλο βαθμό την ανάπτυξη φαρμάκων και έχει οδηγήσει σε πρόοδο στον τομέα των παιδικών ασθενειών όμως και πάλι υπάρχει πολύ μεγάλο περιθώριο βελτίωσης. Υπερψήφισα την πρόταση ψηφίσματος για τα παιδιατρικά φάρμακα, καθώς είναι απαραίτητο να διασφαλιστεί ότι θα χορηγούνται στα παιδιά φάρμακα που μπορούν να αντιμετωπίσουν με αποτελεσματικό ασφαλή τρόπο τις παιδιατρικές ασθένειες.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Il apparaît une nécessité de mieux adapter des traitements aux enfants passant par des médicaments spécifiques et non par une adaptation, souvent approximative, de traitements pour adultes, comme cela est encore le cas aujourd'hui.

La présente résolution, faisant suite à une question orale, vise à modifier le règlement sur les médicaments pédiatriques actuel. L'accent est particulièrement mis sur les médicaments développés pour traiter le cancer chez l'enfant. Le texte actuel avait largement été contourné par les laboratoires pharmaceutiques qui n'ont en 10 ans, diffusés que 2 nouveaux médicaments seulement. Le présent texte, malgré de franches insuffisances, va globalement dans le bon sens en visant à améliorer le règlement.

Le député FN Joëlle Mélin est corédactrice de la question orale et de la proposition de résolution en question. J'ai voté favorablement à cette proposition.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Az állásfoglalási indítvány felhívja a Bizottság figyelmét arra, hogy a gyermekgyógyászati készítmények kutatása és fejlesztése során a korábbi rendeletben megfogalmazott ösztönzők ellenére kevés az érdemi előrelépés. A rendelet hatálybalépése óta összesen két speciális gyermekrák elleni gyógyszer lett törzskönyvezve. Sajnos a gyógyszergyártó cégek az ösztönzőket (jellemzően anyagi forrásokat), olyan rák elleni gyógyszerek kifejlesztésére fordították, amelyek elsősorban gyermekek számára készülhetnek, de a felnőtt lakosság körében előforduló hasonló rákos megbetegedések terápiás kezelését is lehetővé teszik. Így igazából megint a profitorientált szemlélet szorította háttérbe a jogalkotó építő és előremutató szándékát.

Az indítvány ezért felszólítja a Bizottságot, hogy készítsen jelentést a rendelet gyakorlati működésének időközi vizsgálatáról, és olyan új ösztönzőket dolgozzon ki, amelyek érdekeltté teszik a cégeket a speciális, kizárólag gyermekek számára készülő súlyos betegségek terápiás kezelését elősegítő gyógyszerek kifejlesztésére. A fentiek alapján a határozati javaslat elfogadását támogattam.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu, avec l'ensemble du Groupe socialiste, cette résolution qui vise à modifier le règlement relatif aux médicaments pédiatriques.

Cette résolution, approuvée à une large majorité par le Parlement européen, demande à la Commission européenne d'établir un rapport circonstancié sur les obstacles qui freinent encore l'innovation en matière de médicaments pédiatriques. Sur cette base, elle devra faire les propositions de modifications nécessaires pour éliminer ces obstacles.

Face au drame que constituent les cancers chez les enfants, tous les efforts doivent être entrepris pour y apporter les solutions médicales les plus efficaces.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – El Reglamento sobre medicamentos pediátricos ha demostrado no de ser del todo útil. En concreto me refiero a los medicamentos contra el cáncer. Necesitamos una nueva modificación del Reglamento que aborde los obstáculos actuales que dificultan la innovación en los medicamentos destinados a la población pediátrica. Por todo ello he votado a favor.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la resolución que plantea cuestiones como la necesidad del correcto etiquetado y la variedad de incentivos necesarios para aumentar la investigación en el campo. Los puntos clave son garantizar una evaluación exhaustiva de los costes de I + D, junto con la plena transparencia de los costes clínicos y el reconocimiento de la necesidad de evaluar la mejor manera de utilizar los diferentes tipos de subvenciones y financiación en el ámbito de los medicamentos pediátricos. Así como apoyar los «mecanismos de desvinculación» previstos por las Naciones Unidas para promover la innovación y el acceso a las tecnologías sanitarias mediante la separación del pago del costo del desarrollo de la I + D para las tecnologías sanitarias del precio del producto.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta Resolución sobre los medicamentos de uso pediátrico en el que se pide a la Comisión que presente el informe contemplado en el artículo 50 del Reglamento sobre estos medicamentos a su debido tiempo y antes del 26 de enero de 2017. Este informe debería proporcionar una lista exhaustiva y un análisis detallado de los obstáculos actuales que dificultan la innovación en los medicamentos destinados a la población pediátrica.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Sur ce texte, notre collègue Joëlle Mélin, de notre groupe ENF, a été corédactrice de la question orale et de la proposition de résolution. Il apparaît nécessaire de mieux adapter des traitements aux enfants passant par des médicaments spécifiques et non par une adaptation, souvent approximative, de traitements pour adultes, comme cela est encore le cas aujourd'hui.

La présente résolution vise en fait à modifier le règlement sur les médicaments pédiatriques actuels. L'accent est mis en particulier sur les médicaments développés pour traiter le cancer chez l'enfant. Le texte actuel avait largement été contourné par les laboratoires pharmaceutiques qui n'ont, en dix ans, diffusé que deux nouveaux médicaments seulement.

Le présent texte, malgré de franches insuffisances, va globalement dans le bon sens en visant à améliorer le règlement. J'ai donc décidé de voter pour.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione oggetto di voto è equilibrata e condivisibile, ho quindi inteso sostenerla col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución que pide a la Comisión que presente el informe contemplado en el artículo 50 del Reglamento sobre medicamentos pediátricos, proporcionando una lista exhaustiva y un análisis detallado de los obstáculos actuales que dificultan la innovación en este ámbito.

Igualmente, insta a la Comisión a que examine introducir modificaciones que tengan en cuenta lo siguiente: planes de desarrollo pediátrico de medicamentos basados en el mecanismo de acción, y no solo en el tipo de enfermedad; modelos de priorización de las enfermedades y los medicamentos teniendo en cuenta las necesidades médicas pediátricas no cubiertas y la viabilidad; PIP más tempranos y más viables; incentivos destinados a estimular la investigación y atender mejor las necesidades de la población pediátrica, al tiempo que se garantiza una evaluación de los costes de investigación y desarrollo y la transparencia de los resultados clínicos; y estrategias para evitar el uso pediátrico no prescrito cuando existan medicamentos pediátricos autorizados.

Igualmente, destaca las ventajas que aportaría a la hora de salvar vidas en oncología pediátrica el desarrollo pediátrico obligatorio de medicamentos basado en el mecanismo de acción de un medicamento acoplado a la biología de un tumor, y no en una indicación que limite la utilización del medicamento a un tipo específico de cáncer.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje Europos Parlamentas aptaria, kaip pediatrijoje naudojami vaistai. Parlamentas ragina Komisiją laiku pateikti Reglamento dėl pediatrijoje naudojamų vaistų numatytą ataskaitą ir pabrėžia, jog reikia, kad šioje ataskaitoje būtų išsamiai aprašytos ir nuodugniai išnagrinėtos kliūtys, kurios šiuo metu trukdo naujovėms vaikų populiacijai skirtų vaistų srityje. Be to, pabrėžia, kad siekiant formuoti veiksmingą politiką toks patikimas informacijos pagrindas yra labai svarbus. Parlamentas primygtinai ragina Komisiją, remiantis tomis išvadomis, apsvarstyti galimybę padaryti pakeitimus, be kita ko, atliekant Reglamento dėl pediatrijoje naudojamų vaistų teisėkūros peržiūrą. Atliekant šiuos pakeitimus turi būti deramai atsižvelgta į: a) pediatrijoje naudojamų vaistų kūrimo planus, kurie būtų grindžiami ne tik ligos rūšimis, bet ir vaisto veikimo mechanizmu, b) pirmenybės teikimo ligoms ir vaistams modelius, atsižvelgiant į netenkinamus medicininius poreikius pediatrijos srityje ir galimybes, c) ankstesnius ir perspektyvesnius pediatrinių tyrimų planus, d) paskatas, kurias taikant būtų labiau skatinama vykdyti mokslinius tyrimus ir kurios veiksmingiau tenkintų vaikų populiacijos poreikius, užtikrinant mokslinių tyrimų ir kūrimo sąnaudų vertinimą ir visišką klinikinių rezultatų skaidrumą, ir e) strategijas siekiant išvengti vaistų naudojimo pediatrijoje

ne pagal aprašą tais atvejais, kai esama leistinų pediatrinių vaistų.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Szeretném felhívni a Parlament figyelmét arra, hogy a korán elkészített gyermekgyógyászati vizsgálati tervek és az Európai Gyógyszerügynökséggel folytatott mielőbbi tudományos és szabályozási párbeszéd és együttműködés lehetővé teszi a vállalatok számára, hogy optimalizálhassák a globális gyermekgyógyászati fejlesztést, és különösen, hogy még jobban megvalósítható gyermekgyógyászati vizsgálati terveket dolgozhassanak ki. Az indítvány elfogadását támogattam.

Biljana Borzan (S&D), *in writing*. — Many children suffering from rare paediatric diseases, such as cancer, do not have access to targeted paediatric medicines. That is why I support this report.

We need to foster innovation in paediatric medicines to ensure that in the future all children can be treated with medicines that have been developed for and proved effective and safe for use for children.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il regolamento sui medicinali pediatrici ha avuto un impatto significativo sullo sviluppo di farmaci per neonati e bambini, in quanto molte compagnie farmaceutiche considerano lo sviluppo a fini pediatrici parte integrante dell'attività complessiva di sviluppo di un medicinale.

Il numero di progetti di ricerca in ambito pediatrico è aumentato notevolmente e sono disponibili maggiori informazioni di alta qualità sui farmaci approvati. Inoltre, anche il numero relativo di sperimentazioni cliniche pediatriche è aumentato con esiti positivi.

Esistono però ancora dei margini di potenziale miglioramento, ad esempio sui premi finanziari per lo sviluppo di farmaci pediatrici che troppo spesso sono modesti in numero ed entità, con un sistema premiale da riesaminare per stimolare maggiormente la ricerca e lo sviluppo di farmaci pediatrici, soprattutto in ambito oncologico, da parte delle aziende farmaceutiche.

Dobbiamo inoltre promuovere un accesso molto più ampio a terapie innovative che possono salvare la vita di bambini e adolescenti con malattie potenzialmente letali.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della risoluzione in questione che offre validi suggerimenti alla Commissione per migliorare il regolamento relativo ai medicinali per uso pediatrico.

Il regolamento sui medicinali pediatrici ha avuto un impatto significativo sullo sviluppo di medicinali per uso pediatrico. Dalla sua entrata in vigore molte aziende farmaceutiche considerano lo sviluppo a fini pediatrici parte integrante dell'attività complessiva di sviluppo di un prodotto. Il numero di progetti di ricerca in ambito pediatrico è aumentato notevolmente e ora sono disponibili maggiori informazioni di alta qualità sull'uso pediatrico dei farmaci approvati.

Tuttavia tale regolamento presenta diverse lacune. I meccanismi finanziari di premi e incentivi per lo sviluppo di medicinali pediatrici, come l'autorizzazione all'immissione in commercio per uso pediatrico, arrivano in ritardo e hanno un effetto limitato. L'attuale sistema di premi deve essere sottoposto a riesame onde determinare come potrebbe essere migliorato per stimolare maggiormente la ricerca e lo sviluppo di farmaci pediatrici. Inoltre i piani d'indagine pediatrica (PIP) troppo spesso si rivelano impraticabili o sono avviati con troppo ritardo del medicinale.

La risoluzione propone una revisione dell'attuale sistema dei PIP al fine di migliorarli, limitando le speculazioni delle case farmaceutiche sugli incentivi offerti.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which called for a loophole in the Paediatric Medicines Regulation to be closed. Pharmaceutical companies are meant to investigate whether any drug they bring to market for adults can be used for children (given the rarity of child cancers) but there is a waiver within the legislation which allows these companies not to do so if the diseases are not found in children. But often diseases in children can have the same biological mode of action as these adult diseases so should be investigated.

For these reasons I supported the resolution and hope that the Commission will act swiftly.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour as I agree that the Commission needs to deliver the report provided for in Article 50 of the Paediatric Medicines Regulation in a timely fashion, providing comprehensive identification and an in-depth analysis of the obstacles currently hampering innovation in medicinal products targeting the paediatric population. It is very important to have a solid evidence base of this kind for effective policymaking. Based on these findings, the Commission should consider making changes, including through a legislative revision of the Paediatric Medicines Regulation, that give due consideration to amongst others mechanism-of-action-based, rather than only disease-type-based, paediatric development plans and incentives that better stimulate research and more effectively serve the needs of the paediatric population. The Commission should consider amending the Paediatric Medicines Regulation so that promising trials in the paediatric population are not terminated early because of disappointing results in the target adult population.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'interrogazione orale e la risoluzione adottate dalla commissione ENVI riguardano il riesame del regolamento 1901/2006 relativo ai medicinali per uso pediatrico, in particolare i piani di indagine pediatrica e l'oncologia pediatrica.

I principali temi affrontati sono l'incidenza di cancro nei bambini, i trattamenti chemioterapici e le terapie innovative, lo sviluppo di farmaci antitumorali da parte delle case farmaceutiche, i *trial* clinici.

Gli elementi introdotti sono positivi e ho quindi votato senza dubbio a favore.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – I supported this report today as I had done at committee level. Although the Regulation was a major breakthrough in pushing for paediatric medicine research 10 years ago, today there are loopholes which need to be addressed, as these are preventing development in research and jeopardising life chances. Children are among the most vulnerable members of our society and we must act accordingly to improve their quality of life.

With cross-party support, this resolution is pushing for an end to deferred investment in paediatric medical research and to ensure that regulatory changes close those loopholes.

Although the Commission makes the point that children's health is very important in their work, it does not appear to be a top priority. Our future is bleaker when theirs is at risk. The Commission is not acting quickly enough upon the public's demands and those of their elected representatives.

However, an area this current motion could have pushed further on concerns increased transparency in development and medical research processes, not just with regard to clinical results.

I would encourage all of my constituents and interest groups in Ireland to submit their experiences to the Commission before the consultation deadline on the 2017 Report on the Paediatric Regulation

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Il regolamento europeo relativo ai medicinali ad uso pediatrico ha istituito un quadro normativo specifico che ha avuto un impatto molto significativo sullo sviluppo di medicinali pediatrici. Il regolamento ha contribuito ad ottenere progressi rilevanti in settori delicati, quali l'oncologia pediatrica e la neonatologia, e ha inoltre concretamente stimolato la ricerca in questo ambito.

La ricerca ha assunto un ruolo fondamentale nel colmare gravi carenze nel settore della sanità e ha avuto il merito di individuare ed introdurre sul mercato dei famarci pediatrici specifici ed autorizzati. La maggior parte dei farmaci attualmente in commercio, però, sono privi di autorizzazione per l'uso specifico nei bambini.

Sono quindi convinta che sia necessario investire e incoraggiare la ricerca pediatrica per dare un maggiore stimolo all'innovazione dei medicinali pediatrici. Mi auguro che la Commissione europea si adoperi presto per intraprendere nuove iniziative legislative in un settore così fondamentale della sanità.

Per questi motivi ho votato a favore della relazione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Καλούμε την Επιτροπή να ανανεώσει στο πρόγραμμα «Ορίζοντας 2020» τις διατάξεις περί χρηματοδότησης που έχουν καταρτιστεί για τη στήριξη παιδιατρικής κλινικής έρευνας υψηλής ποιότητας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος για τα παιδιατρικά φάρμακα αποτελεί μια ακόμα προσπάθεια καλύτερης ρύθμισης του πλαισίου που περιβάλλει τη συνταγογράφηση και παροχή παιδιατρικών φαρμάκων, με στόχο την προστασία των παιδιών και του συνόλου του πληθυσμού, γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motions for resolutions – paediatric medicines.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Regulamento Medicamentos Pediátricos teve um impacto considerável no desenvolvimento de medicamentos pediátricos, tendo contribuído para melhorar a situação geral e dar origem a benefícios concretos no que diz respeito a diversas doenças infantis.

Não obstante a existência de mais projetos de investigação pediátrica, mais informação de elevada qualidade, não foram realizados progressos suficientes em vários domínios, nomeadamente em matéria de oncologia e neonatologia.

Apoio a presente resolução, que insta a Comissão a apresentar em tempo útil o Relatório previsto no artigo 50.º, de modo a disponibilizar uma identificação completa e uma análise aprofundada dos obstáculos que atualmente impedem a inovação dos medicamentos destinados à população pediátrica e a considerar a hipótese de introduzir alterações, nomeadamente através de uma revisão legislativa do Regulamento.

Defendo que deve ser dada prioridade às necessidades e aos medicamentos pediátricos, com base em dados científicos, a fim de fazer corresponder as melhores terapias disponíveis às necessidades terapêuticas das crianças, sobretudo as afetadas por cancro, permitindo otimizar os recursos utilizados na investigação.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Entschließung gestimmt, denn ich bin der Ansicht, dass eine Überarbeitung der Verordnung über Kinderarzneimittel angezeigt ist. Ich unterstütze die Forderung, die Finanzierungsvorschriften des Programms Horizont 2020 zur Förderung hochwertiger klinischer Prüfungen bei Kindern anzupassen, dies wird auch dabei helfen, Hindernisse, die Innovationen im Bereich Kinderarzneimittel im Wege stehen, auszuräumen.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione in quanto il regolamento sui medicinali per uso pediatrico è stato adottato dieci anni fa per garantire una ricerca di qualità elevata nello sviluppo di medicinali destinati all'infanzia e ai fini di un'autorizzazione appropriata degli stessi.

Con il provvedimento si chiede alla Commissione se intende rivedere il regolamento aggiornandolo alle nuove esigenze.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the Resolution on the Regulation on Paediatric Medicines to call on the Commission to set a specific system to boost research for innovative medicinal products for children. More resources should be allocated to research to encourage laboratories to develop paediatric indications that go beyond those designed for adult products. I, together with the Intergroup on Children's Rights, am confident that such a system would be beneficial and life-saving for many children in Europe, especially those affected by cancer.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución pide a la Comisión que proponga, tal y como se contempla en la regulación Pediátrica (2007), el Reglamento sobre medicamentos pediátricos a su debido tiempo (Enero de 2017), que debe incluir un análisis de las posibles consecuencias para la salud pública. A mayores, pide que en este informe considere diferentes factores que podrían mejorar dicha regulación, entre ellos, la plena transparencia de los resultados clínicos. Es por todo esto que he votado a favor de esta resolución.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem propozycji przeglądu rozporządzenia pediatrycznego, które weszło w życie 26 stycznia 2007 r. Uważam, że jest to konieczne w związku z mankamentami – dotyczącymi opóźnienia badań klinicznych, onkologii pediatrycznej czy małej liczby nowych leków dopuszczanych do obrotu – stwierdzonymi przy wdrażaniu rozporządzenia.

Przegląd rozporządzenia powinien przyłożyć właściwą wagę do modeli priorytetowości leków, wcześniejszych i łatwiejszych badań klinicznych oraz skuteczniejszych zachęt pobudzających badania, i służyć celom rozwoju leków dla dzieci.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Many fields of paediatric medicine suffer from lack of research and appropriately authorised medical products to treat paediatric diseases. This is why I voted in favour of this resolution as it seeks clarification from the Commission on the progress of the report as well as highlighting the areas and issues in which the Commission should, on the basis on the forthcoming report, consider a review of the Regulation to better serve the needs of the paediatric population. Many children suffering from rare paediatric diseases, such as cancer, do not have access to targeted paediatric medicines. We need to foster innovation in paediatric medicines to ensure that in the future all children can be treated with medicines that have been developed for and proved effective and safe for them.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution sur les médicaments pédiatriques. En Europe, le cancer reste la première cause de décès chez les enfants âgés d'un an et plus. Il est indispensable de faire de la recherche pour la lutte contre le cancer, la priorité de la médecine pédiatrique. Je me joins donc à cet appel pour que la Commission publie, dans les meilleurs délais, un rapport sur les obstacles à la recherche et l'innovation dans le secteur des médicaments pédiatriques. Armée de ce rapport, l'Union européenne pourra modifier sa politique afin de combattre avec plus de force encore la maladie chez les plus jeunes.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Consider că trebuie acordată prioritate medicamentelor dezvoltate de companii diferite, pe baza unor studii științifice, pentru a răspunde nevoilor terapeutice ale copiilor, în special ale celor afectați de cancer, prin cele mai bune terapii disponibile, ceea ce ar permite optimizarea resurselor utilizate pentru cercetare.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui demande à la Commission de mieux soutenir et d'encourager la recherche dans le domaine pédiatrique. Je suis heureuse que le Parlement se mobilise sur cette question urgente et essentielle. En effet, l'investigation pédiatrique est bien trop peu développée en Europe. Il y a une insuffisance dramatique de connaissance des traitements efficaces pour lutter contre les maladies graves des enfants.

La Commission doit précisément publier en 2017 un rapport sur la mise en œuvre du règlement sur les médicaments pédiatriques de 2006 et il est essentiel qu'elle permette la mise en place d'un environnement favorable à l'investigation pédiatrique. Les laboratoires doivent être incités à mener jusqu'à terme leurs recherches spécifiques et spécialisées en pédiatrie, et contraints lorsqu'ils ne respectent pas les règles.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Avec 6.000 décès par an, le cancer est la première cause de mortalité infantile par maladie en Europe.

Grâce à la règlementation pédiatrique européenne introduite en 2006, les informations concernant l'usage pédiatrique des médicaments sont plus nombreuses et de meilleure qualité.

Elle a également permis d'encourager le développement de nouveaux traitements et de nouvelles méthodes de travail.

Mais les incitations pour le développement de médicaments spécifiques à usage pédiatrique restent insuffisantes, notamment dans le cas de maladies spécifiques qui ne touchent que les enfants.

C'est pourquoi la Commission doit conduire au plus vite une analyse approfondie des obstacles à l'innovation s'agissant des médicaments pédiatriques et, à partir des résultats obtenus, modifier le règlement.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette proposition de résolution commune.

La présente résolution fait suite à une question orale: Joëlle Melin en est co-rapporteur. Le règlement sur les médicaments pédiatriques viserait à mieux produire des traitements adaptés à l'enfant, au lieu d'adaptations approximatives de traitements pour adultes. Cette lacune est particulièrement manifeste s'agissant des traitements du cancer chez l'enfant: seuls deux nouveaux médicaments ont été diffusés en dix ans. Le nouveau texte n'est pas entièrement satisfaisant, mais va dans le bon sens. Nous l'avons donc soutenu.

Angel Dzhambazki (ECR), *in writing*. — I voted for this file. Whilst I agree that there are still a number of matters to be discussed, such as the completion of paediatric investigation plans (PIPs), paediatric oncology and the low uptake of paediatric-use marketing authorisations, change is urgently needed.

Ultimately, we are discussing the health of society's most vulnerable and we have a moral and ethical obligation to provide them with the highest-quality legislative protection framework possible and continuous review and scrutiny of the existing framework. Therefore, we must set clear rules, guidelines and obligations, working towards a clear goal and based on thorough assessment.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τα παιδιά αποτελούν ευάλωτη ομάδα πληθυσμού και διαφέρουν από τους ενηλίκους ως προς την ανάπτυξη, τη φυσιολογία και την ψυχολογία τους. Η έρευνα σε σχέση με την ηλικία και την ανάπτυξη, καθώς και η διαθεσιμότητα κατάλληλων φαρμακευτικών προϊόντων, έχουν ιδιαίτερη σημασία. Ο κανονισμός για τα παιδιατρικά φάρμακα εγκρίθηκε πριν από δέκα χρόνια, για να διασφαλιστεί η υψηλής ποιότητας έρευνα σχετικά με την ανάπτυξη φαρμάκων για παιδιά και η δέουσα έγκριση των φαρμάκων που χρησιμοποιούνται από αυτά. Ο κανονισμός πέτυχε πολλούς από τους στόχους του, αλλά εντοπίστηκαν αρκετές αδυναμίες το 2013 στην έκθεση προόδου που εγκρίθηκε από την Επιτροπή, ιδίως όσον αφορά τα προγράμματα παιδιατρικής έρευνας και την παιδιατρική ογκολογία. Η παρούσα πρόταση καλεί την Επιτροπή να εγκύψει επειγόντως σε κάθε πιθανή ρυθμιστική αλλαγή που θα μπορούσε να συμβάλει στη βελτίωση της κατάστασης, να ενισχύσει τον ρόλο της ευρωπαϊκής δικτύωσης για παιδιατρική κλινική έρευνα και να διασφαλίσει ότι τα κράτη μέλη θα θεσπίσουν μέτρα για την ενίσχυση της έρευνας, καθώς και της ανάπτυξης και της διάθεσης φαρμάκων για παιδιατρική χρήση, γι' αυτό στηρίζουμε την πρόταση και την υπερψηφίζουμε.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Regulamento Medicamentos Pediátricos teve um impacto considerável no desenvolvimento de medicamentos pediátricos, uma vez que as empresas farmacêuticas consideram o desenvolvimento para uso pediátrico como uma parte integrante do desenvolvimento global dos medicamentos. O cancro infantil continua a ser a principal causa de morte por doença em crianças com idade igual ou superior a um ano e 6000 jovens morrem de cancro todos os anos na Europa; dois terços dos pacientes que sobrevivem sofrem de efeitos secundários devido aos tratamentos existentes. Posto isto concordo que a Comissão podere a hipótese de introduzir alterações, nomeadamente através de uma revisão legislativa do Regulamento Medicamentos Pediátricos, que tenham em devida conta a necessidade de planos de desenvolvimento pediátrico baseados no mecanismo de ação e não apenas no tipo de doença, modelos de definição das prioridades em matéria de doenças e medicamentos, PIP mais precoces e viáveis, e incentivos que estimulem mais a investigação e respondam de forma mais eficaz às necessidades da população pediátrica.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: il s'agit de mieux adapter les traitements aux enfants, passant par des médicaments spécifiques, et non par une adaptation, souvent approximative, de traitements pour adultes, Excellent travail de Madame Mélin, corédactrice de la question orale et de la proposition de résolution en commission ENVI.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – As crianças têm sido muitas vezes referidas como «terapeuticamente órfãs», já que muitas vezes é-lhes negado tratamento apropriado para as suas características específicas, assim como para as doenças e condições que os afetam especificamente.

Em 2006, entrou em vigor o Regulamento (CE) n.º 1901/2006, relativo a medicamentos para uso pediátrico. Embora dele tenha resultado uma melhoria da situação geral e benefícios concretos no que diz respeito a uma série de doenças infantis, no entanto, não foram realizados progressos suficientes em vários domínios, nomeadamente em matéria de oncologia pediátrica e neonatologia.

A legislação em vigor na UE tem ainda várias falhas. Existem, por exemplo, atrasos consideráveis no arranque de ensaios clínicos pediátricos de medicamentos oncológicos.

A abordagem legislativa vigente não é satisfatória no caso de doenças específicas e exclusivas das crianças, assim como nas doenças raras.

Não existem planos de investigação pediátrica (PIP) para doenças mortais específicas de crianças, tais como o neuroblastoma de alto risco. Tal não é financeiramente atrativo para as farmacêuticas.

A resolução peca em não reconhecer como direito das crianças o acesso a tratamento adequado e a medicamentos inovadores adequados às suas condições específicas e doenças raras. Em lugar de reconhecer as falhas e perversidades do mercado, não alvitra soluções para lá dos seus estreitos limites.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Τα παιδιά αποτελούν ευάλωτη ομάδα πληθυσμού και διαφέρουν από τους ενηλίκους ως προς την ανάπτυξη, τη φυσιολογία και την ψυχολογία τους. Η έρευνα σε σχέση με την ηλικία και την ανάπτυξη, καθώς και η διαθεσιμότητα κατάλληλων φαρμακευτικών προϊόντων, έχουν ιδιαίτερη σημασία. Ο κανονισμός για τα παιδιατρικά φάρμακα εγκρίθηκε πριν από δέκα χρόνια, για να διασφαλιστεί η υψηλής ποιότητας έρευνα σχετικά με την ανάπτυξη φαρμάκων για παιδιά και η δέουσα έγκριση των φαρμάκων που χρησιμοποιούνται από αυτά. Ο κανονισμός πέτυχε πολλούς από τους στόχους του, αλλά εντοπίστηκαν αρκετές αδυναμίες το 2013 στην έκθεση προόδου που εγκρίθηκε από την Επιτροπή, ιδίως όσον αφορά τα προγράμματα παιδιατρικής έρευνας και την παιδιατρική ογκολογία. Η παρούσα πρόταση καλεί την Επιτροπή να εγκύψει επειγόντως σε κάθε πιθανή ρυθμιστική αλλαγή που θα μπορούσε να συμβάλει στη βελτίωση της κατάστασης, να ενισχύσει τον ρόλο της ευρωπαϊκής δικτύωσης για παιδιατρική κλινική έρευνα και να διασφαλίσει ότι τα κράτη μέλη θα θεσπίσουν μέτρα για την ενίσχυση της έρευνας, καθώς και της ανάπτυξης και της διάθεσης φαρμάκων για παιδιατρική χρήση, γι' αυτό στηρίζω την πρόταση και την υπερψηφίζω.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted in favour of this report as the Paediatric Regulation should be updated, based on a review of its effectiveness since it was passed in 2007.

I support the call for more incentives that stimulate research into paediatric medicine whilst ensuring transparency of the research and development process.

Science and research is an area where European level cooperation is appropriate so that knowledge and best practises can be shared.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The fact that many children suffering from rare paediatric diseases, such as cancer, do not have access to targeted paediatric medicines is not tolerable. Off-label use of medicines prescribed by doctors based on experience rather than based on targeted paediatric clinical research is still common, and many fields of paediatric medicine lack the necessary innovation in development of new medicines. The Paediatric Regulation has had a positive effect on paediatric drug development and has led to tangible benefits for a series of childhood diseases, but not enough progress has been made in a number of fields.

We need to foster innovation in paediatric medicines to ensure that in the future all children can be treated with medicines that have been developed for and proved effective and safe for use for children. The Commission should deliver its report in good time and give due consideration to the system of PIPs and incentives while ensuring transparency of research and development.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – Childhood cancer results in the death of 6 000 young people each year in Europe and it is the biggest cause of death by disease in children over one year old. Treatment-related side effects are also a major problem as two thirds of those who survive suffer from side effects. To improve the situation for these children and to ensure the best framework to develop new treatments I support calling on the Commission to deliver the report on the Paediatric Medicines Regulation. There is currently a need for a comprehensive identification and an in-depth analysis of the obstacles hampering innovation in this field.

Based on the report there needs to be a review of issues such as disease and drug prioritisation models, how to provide incentives that better stimulate research and more effectively serve the needs of the paediatric population – among others.

The Commission also needs to review the possibility of different types of funding and rewards and how they best can be utilised to drive and accelerate paediatric drug development.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I am extremely concerned about children's health and well-being. Developing and promoting policy to support paediatricians in improving children's services is of major importance. Every EU Member State should shape policy and practices to provide high quality and sustainable healthcare services for all children. However, I believe that this should and would be better done at a national level.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la resolución que plantea cuestiones como la necesidad del correcto etiquetado y la variedad de incentivos necesarios para aumentar la investigación en el campo. Los puntos clave son garantizar una evaluación exhaustiva de los costes de I + D, junto con la plena transparencia de los costes clínicos y el reconocimiento de la necesidad de evaluar la mejor manera de utilizar los diferentes tipos de subvenciones y financiación en el ámbito de los medicamentos pediátricos. Así como apoyar los «mecanismos de desvinculación» previstos por las Naciones Unidas para promover la innovación y el acceso a las tecnologías sanitarias mediante la separación del pago del costo del desarrollo de la I + D para las tecnologías sanitarias del precio del producto.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution that stresses the urgent need to assess how different types of funding and rewards – including the numerous tools based on delinkage mechanisms – can be best utilised to drive and accelerate paediatric drug development in areas of need.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Je déplore que pendant une décennie nous n'ayons pas porté suffisamment attention à la santé de nos enfants qui est pourtant une préoccupation majeure pour nombre d'adultes parents.

Chaque année, 6 000 enfants meurent d'un cancer en Europe faute de médicaments appropriés. Cela tient au fait que les recherches dans la médecine pédiatrique sont insuffisantes en raison de la rigidité des procédures existantes ou du manque de mesures incitatives poussant les industries pharmaceutiques à s'investir dans ce domaine.

Par exemple, depuis l'entrée en vigueur du règlement sur les médicaments à usage pédiatrique en 2006, peu de «Plans d'Investigation Pédiatrique» pourtant obligatoires ont été mis en œuvre. C'est pourquoi, le Parlement recommande d'orienter le système pour qu'ils encouragent les laboratoires — via des incitations fiscales ou des extensions de la protection des brevets — à intensifier les recherches dans le domaine pédiatrique.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Prijedlog rezolucije o lijekovima za pedijatrijsku upotrebu jer smatram da je u današnje moderno vrijeme zaista potrebno mukotrpno i učinkovito raditi na smanjenju broja malignih bolesti i posebno broja smrtnih slučajeva kod djece i mladih, koji se u Europi kreću oko 6000 na godišnjoj razini.

Ovaj Prijedlog rezolucije zagovara bitno područje istraživanja koje će potaknuti potpuno novi val terapija za djecu oboljelu od malignih bolesti. Rezolucija predlaže da Pravilniku pedijatrijskog liječenja treba proširiti djelokrug tako da način djelovanja svakog lijeka tvori temelj svake pedijatrijske istrage – istraživanja upotrebe kod pedijatrijskih bolesti (Paediatric Investigation Plan).

Ovaj Prijedlog rezolucije za koji sam glasao stavlja naglasak na spašavanje ljudskih života te poziva Komisiju da urgentno nastupi u primjeni navedenih promjena kroz zakonodavnu reviziju.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je crois nécessaire d'adapter de la meilleure manière qui soit le traitement à destination des enfants par l'usage de médicaments spécifiques, et non par un traitement pour adulte forcément inapproprié. Ce texte me semble, malgré ses imperfections, aller dans la voie d'une amélioration.

J'ai voté pour.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui demande à la Commission d'apporter des améliorations au règlement actuel pour encourager la recherche dans le domaine pédiatrique qui est aujourd'hui beaucoup trop limitée.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which stems from Regulation No 1901/2006 on Paediatric Medicines. It is important to foster innovation in paediatric medicines to ensure that in the future all children can be treated with medicines that have been developed for and proved effective and safe for use for children.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Le statistiche dimostrano che il cancro continua a essere la prima causa di morte per malattia nei bambini, che ogni anno muoiono di cancro 6 000 giovani in Europa e che due terzi dei pazienti che superano la malattia soffrono gli effetti dei trattamenti medici.

Grazie al regolamento sui medicinali pediatrici si è visto uno sviluppo sui trattamenti e un aumento considerevole nella ricerca pediatrica che mette oggi a disposizione maggiori informazioni sull'utilizzo della medicina pediatrica. Considerando dunque che il mercato farmaceutico offre degli incentivi limitanti per lo sviluppo di medicinali per uso pediatrico, si chiede alla Commissione di presentare una relazione sui medicinali pediatrici evidenziando gli ostacoli che al momento limitano l'innovazione e i trattamenti, delineare come meglio utilizzare i fondi per accelerare lo sviluppo dei trattamenti per i diversi tipi di cancro infantile e rafforzare il ruolo della rete europea per gli studi della pediatria clinica, facendo sì che tutti gli Stati membri promuovano degli strumenti in grado di sostenere la ricerca, lo sviluppo e la disponibilità dei medicinali per uso pediatrico.

All'insegna di un futuro migliore per i nostri figli e per salvare tante giovani vite sostengo con forza le richieste oggi formulate.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution car elle encourage certaines thérapeutiques pédiatriques, particulièrement oncologiques.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta Resolución pide a la Comisión que, tal y como se contempla en el Reglamento sobre medicamentos pediátricos de 2006, presente a su debido tiempo (enero de 2017) un informe que incluya un análisis de las posibles consecuencias de dicho Reglamento para la salud pública. A mayores, pide que este informe considere diferentes factores que podrían mejorar dicha reglamentación, entre ellos, la plena transparencia de los resultados clínicos. Es por todo esto por lo que he votado a favor de esta Resolución.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution that highlights the need to develop innovative treatments for cancer patients, particularly for children diagnosed with cancer.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Uredba o lijekovima za pedijatrijsku upotrebu pomogla je poboljšati opću situaciju i dovela do ostvarivanja konkretne koristi u pogledu niza dječjih bolesti, ali ipak nije ostvaren dovoljan napredak u nizu područja, posebno u području pedijatrijske onkologije i neonatologije. Stoga je potrebno hitno ocijeniti kako se različite vrste financiranja mogu najbolje iskoristiti za poticanje i ubrzavanje razvoja lijekova za liječenje onih oblika raka koji se javljaju u novorođenčadi i u dječjoj dobi.

Rana provedba planova pedijatrijskih ispitivanja, znanstveni i regulatorni dijalog u ranoj fazi i suradnja s Europskom agencijom za lijekove farmaceutskim kompanijama omogućuju poboljšanje svjetskog razvoja pedijatrije, stoga sam podržala ovaj prijedlog rezolucije.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The Paediatric Medicines Regulation has had a substantial impact on paediatric medicine development. The Paediatric Medicines Regulation has helped to improve the overall situation and has led to tangible benefits in respect of a series of childhood diseases; whereas, however, not enough progress has been made in a number of fields, in particular paediatric oncology and neonatology. The European Parliament calls on the Commission to deliver the report provided on the Paediatric Medicines Regulation in a timely fashion and stresses the need for this report to provide comprehensive identification and an in-depth analysis of the obstacles currently hampering innovation in medicinal products targeting the paediatric population.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. — V Európe ročne zomrie na onkologické ochorenie 6000 mladých ľudí. Dve tretiny detí, ktoré tieto ochorenia prekonali, trpia vážnymi vedľajšími účinkami užívaných liekov. Je nutné, aby Komisia vykonala analýzu doterajších postupov v oblasti výskumu a používania pediatrických liekov a aby v spolupráci s členskými krajinami navrhla prijatie opatrení, ktoré sústreďujú všetku pomoc na posilnenie medicínskeho a framaceutického výskumu v tejto oblasti a zlepšia regulačné a kontrolné mechanizmy pri výskume liekov, ich povoľovaní a používaní.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Στηρίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με τον κανονισμό για τα παιδιατρικά φάρμακα, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 14/12/2016, καθώς και διότι η εν λόγω πρόταση ψηφίσματος είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Ce texte a pour objectif de modifier la législation sur les médicaments destinés aux enfants afin que ces derniers soient développés spécifiquement à des fins pédiatriques et non pas une simple adaptation des traitements pour adultes. Nous soutenons cet objectif.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme projednávali návrh usnesení o regulaci pediatrických léčivých přípravků. V EU máme v platnosti nařízení o pediatrických léčivých přípravcích, které má nezanedbatelný vliv na vývoj léků pro pediatrické využití. Na základě zjištění však konstatujeme, že v řadě oblastí nebylo dosaženo dostatečného pokroku, a to zejména v oblastech pediatrické onkologie a neonatologie. Konstatujeme smutný fakt, že každoročně umírá na nádorová onemocnění více než 6 000 mladých lidí. Kritizujeme rovněž stávající mechanismus, kdy se plány pediatrického výzkumu schvalují až po velice složitých jednáních mezi regulačními orgány a farmaceutickými společnostmi. Vyzýváme Komisi, aby na základě těchto zjištění uvažovala o změnách, mj. i prostřednicím revize nařízení o pediatrických léčivých přípravcích. Hlasoval jsem pro přijetí rezoluce.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Krebs im Kindesalter ist die häufigste krankheitsbedingte Todesursache bei Kindern im Alter von über einem Jahr. 6 000 junge Menschen sterben in der EU an Krebs. Aufgrund der Wirkung der in hochtoxischen Dosen verordneten und derzeit verabreichten Chemotherapeutika leiden zwei Drittel der Überlebenden an behandlungsbedingten Nebenwirkungen und bis zu 50 % der Überlebenden an schweren Nebenwirkungen.

Der Industrie fehlt es an Anreizen, Kinderarzneien herzustellen. Der geltende Rechtsrahmen (EU-Verordnung) wird häufig nicht gebührend beachtet, da Arzneimittel unter typischen pathologischen Bedingungen entwickelt werden, die bei Erwachsenen erfüllt sind, aber nicht bei Kindern auftreten.

Dieser Rechtsrahmen soll nun mit diesem Entschließungsantrag überarbeitet werden. Daher habe ich für diesen Antrag gestimmt.

Alex Mayer (S&D), *in writing*. – I received many letters from my constituents about this issue, including details of upsetting individual cases, so I am proud to support Parliament's resolution on paediatric medicines. Cancer is still the biggest cause of death by disease for children in Europe, which is why we should ensure that children with cancer are not missing out on life-saving treatment. I hope that the Commission will consider this resolution and make necessary changes to the current law on paediatric medicines.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau Europos Parlamento rezoliucijai dėl pediatrijoje naudojamų vaistų. Reglamentas dėl pediatrijoje naudojamų vaistų turėjo didelį poveikį tokių vaistų kūrimui, smarkiai padaugėjo pediatrinių klinikinių tyrimų ir pediatrijos srities mokslinių tyrimų projektų. Vis dėlto tenka konstatuoti, kad pažanga nėra pakankama ir būtina skirti daugiau lėšų bei sukurti veiksmingus mechanizmus, kurie skatintų tyrimus ir progresą vaikų onkologijos srityje.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – J'étais corédactrice de ce rapport. Le texte initial a fait la preuve de ses très nombreuses insuffisances et dérives. D'une manière assez satisfaisante les corapporteurs et moi-même sommes allées dans le sens d'un partiel rééquilibrage du texte, qui ainsi amendé, ne contrariait pas les intérêts des jeunes malades. En effet, cette résolution vise à modifier le règlement sur les médicaments pédiatriques et, plus précisément, de mieux adapter les traitements destinés aux enfants en passant par des médicaments spécifiques plutôt que par l'adaptation de traitements destinés aux adultes. Ceci surtout pour traiter le cancer. J'ai donc voté pour ce texte, dont je suis corédactrice, allant dans le bon sens malgré la persistance des certaines insuffisances.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – Around 6 000 minors die of cancer each year in Europe. Out of those who survive, two thirds suffer from treatment-related side effects for the rest of their lives. The Paediatric Regulation has had a substantial impact on the development of children's medicine, but not enough progress has been made in a number of fields, especially oncology. This is why I voted in favour of the resolution, which calls for funding and proper policies that stimulate more research into paediatric medicines, and is aimed at improving the treatments and the quality of life for child and teenage cancer survivors.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Nous soutenons cette question orale qui a été co-rédigée par M[me] Mélin, députée ENF, et qui demande de mieux adapter les traitements destinés aux enfants en développant des médicaments spécifiques, et non en adaptant les traitements pour adultes.

Le texte vise surtout les traitements contre le cancer et le règlement européen sur les traitements pédiatriques aujourd'hui en vigueur, et qui a été délibérément contourné par les laboratoires pharmaceutiques.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Il apparaît une nécessité de mieux adapter des traitements aux enfants passant par des médicaments spécifiques et non par une adaptation, souvent approximative, de traitements pour adultes, comme cela est encore le cas aujourd'hui.

La présente résolution, faisant suite à une question orale, vise à modifier le règlement sur les médicaments pédiatriques actuel. L'accent est particulièrement mis sur les médicaments développés pour traiter le cancer chez l'enfant. Le texte actuel avait largement été contourné par les laboratoires pharmaceutiques qui n'ont, en dix ans, diffusé que deux nouveaux médicaments seulement.

Le présent texte, malgré de franches insuffisances, va globalement dans le bon sens en visant à améliorer le règlement. Je vote donc pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui encourage la recherche sur les médicaments pédiatriques, qui est encore beaucoup trop rare, notamment dans le domaine de la lutte contre le cancer. Depuis l'entrée en vigueur, il y a 10 ans, du règlement sur les médicaments à usage pédiatrique, seuls deux anti-cancéreux pour enfants ont été mis sur le marché. Le texte demande à la Commission de revoir les nombreuses exemptions qui dispensent souvent les laboratoires de leurs obligations de mener des «Plans d'Investigation Pédiatrique» . Il l'invite à mettre en place un système incitatif pour la recherche de médicaments aux indications uniquement pédiatriques.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – On 26 January 2007 a new legislation governing the development and authorisation of medicines for children entered into force. I am in favour of this motion for a resolution regarding the Paediatric Medicines Regulation in order to increase innovation in medicinal products for children.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem unesení poukazující na překážky, které v současnosti brzdí inovace v oblasti vývoje léčivých přípravků pro pediatrické použití. Z těchto zjištění lze usuzovat na potřebu legislativní revize nařízení o pediatrických léčivých přípravcích zabývající se plány na vývoj pediatrických léků, pobídkami, které by více stimulovaly výzkum a lépe vycházely vstříc potřebám dětských pacientů, a strategiemi na zamezení používání pediatrických léčivých přípravků mimo rozsah rozhodnutí o registraci. Za důležitou považuji výzvu Komisi, aby zvážila změnu nařízení o léčivých přípravcích pro pediatrické použití tak, aby klinická hodnocení slibná pro dětskou populaci nemohla být předčasně ukončována kvůli neuspokojivým výsledkům u cílové skupiny dospělých pacientů.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich spreche mich klar und deutlich für eine Anreizsystemschaffung zur Forschung von Kinderarzneien gegen Krebs aus und unterstütze die vorliegende Forderung.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Pediaatriaravimite arendamine on väga oluline ning tehnilised tõkked ELi määrustes, mis pärsivad innovatsiooni parimate ravimite väljatöötamisel, tuleb kaotada.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Oblici raka koji se javljaju u dječjoj dobi i dalje su glavni uzrok smrti kod djece u dobi od jedne godine ili više. Svake godine u Europi od raka umre 6 000 mladih. Sadašnji regulatorni pristup nije zadovoljavajući u slučaju bolesti koje su specifične za pedijatrijsku dob te manje od 10 % djece s neizlječivim i potencijalno smrtonosnim recidivom ima pristup novim, eksperimentalnim lijekovima koji su u fazi kliničkog ispitivanja.

Rana provedba planova pedijatrijskih ispitivanja, znanstveni i regulatorni dijalog u ranoj fazi i suradnja s Europskom agencijom za lijekove (EMA) i farmaceutskim kompanijama omogućuju poboljšanje svjetskog razvoja pedijatrije. Sukladno odredbama trećeg zdravstvenog program EU-a (2014. – 2020.), naglašavam obvezu poboljšanja resursa i stručnost radi pacijenata koji boluju od rijetkih bolesti.

Također, ističem važnost prekograničnih ispitivanja u istraživanju brojnih dječjih i rijetkih bolesti te stoga pozdravljam Uredbu (EU) br. 536/2014 EP-a i Vijeća o kliničkim ispitivanjima lijekova za primjenu kod ljudi, koja će olakšati provedbu takvih ispitivanja, i pozivam EMA-u da što prije zajamči infrastrukturu potrebnu za njenu primjenu. Pozivam Komisiju da hitno započne s radom na mogućim regulatornim izmjenama kojima bi se trenutna situacija mogla poboljšati.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Komisija je objavila prvo izvješće o Uredbi o lijekovima za pedijatrijsku upotrebu 2013. godine u kojem stoji da iako postoji obećavajući napredak u brojnim područjima, bit će potrebno više vremena da se temeljito procijeni utjecaj Uredbe na razvoj pedijatrijskih lijekova. Uredba zahtijeva da Komisija objavi drugi izvještaj u 2017. godini.

Svrha ove rezolucije je tražiti objašnjenje od Europske komisije o napretku izvješća, kao i istaknuti područja i pitanja u kojima bi Komisija trebala razmotriti izmjene Uredbe. Brojni oblici raka koji pogađaju djecu ne pojavljuju se u odraslih te industrija za takve oblika raka, ali i ostalih bolesti koje se javljaju samo kod djece, ima ograničen financijski poticaj za razvijanje posebnih lijekova za pedijatrijsku upotrebu.

Mnoga djeca koja pate od rijetkih dječjih bolesti nemaju pristup ciljanim pedijatrijskim lijekovima. U mnogim područjima pedijatrijske medicine postoji nedostatak potrebne inovacije kod razvoja novih lijekova. Uredba je pomogla poboljšati opću situaciju i ostvaren je napredak u pogledu niza dječjih bolesti, ali nije ostvaren dovoljan napredak u brojnim područjima, a posebno pedijatrijske onkologije i neonatologije.

Moramo poticati inovacije u razvoju pedijatrijskih lijekova kako bi osigurali da će u budućnosti sva djeca biti tretirana s lijekovima koji su učinkoviti i sigurni te razvijeni baš za primjenu kod djece.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — As crianças têm sido muitas vezes referidas como «terapeuticamente órfãs», já que muitas vezes é-lhes negado tratamento apropriado para as suas características específicas, assim como para as doenças e condições que os afetam especificamente.

Em 2006, entrou em vigor o Regulamento (CE) n.º 1901/2006, relativo a medicamentos para uso pediátrico. Embora dele tenha resultado uma melhoria da situação geral e benefícios concretos no que diz respeito a uma série de doenças infantis, no entanto, não foram realizados progressos suficientes em vários domínios, nomeadamente em matéria de oncologia pediátrica e neonatologia. A legislação em vigor na UE tem ainda várias falhas. Existem, por exemplo, atrasos consideráveis no arranque de ensaios clínicos pediátricos de medicamentos oncológicos. A abordagem legislativa vigente não é satisfatória no caso de doenças específicas e exclusivas das crianças, assim como nas doenças raras.

Não existem planos de investigação pediátrica (PIP) para doenças mortais específicas de crianças, tais como o neuroblastoma de alto risco. Tal não é financeiramente atrativo para as farmacêuticas. A resolução peca em não reconhecer como direito das crianças o acesso a tratamento adequado e a medicamentos inovadores adequados às suas condições específicas e doenças raras. Em lugar de reconhecer as falhas e perversidades do mercado, não alvitra soluções para lá dos seus estreitos limites.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – 6 000 enfants meurent chaque année du cancer en Europe. L'entrée en vigueur du règlement relatif aux médicaments à usage pédiatrique, a amélioré la recherche mais n'a cependant pas permis de réaliser des progrès significatifs en matière de traitements des maladies et spécialement des cancers infantiles. J'ai donc voté en faveur de cette résolution par le biais de laquelle nous demandons à la Commission européenne de modifier le présent règlement de toute urgence afin d'inciter la recherche médicale en pédiatrie et de sanctionner les laboratoires qui ne s'investissent pas assez en la matière. Il est impensable qu'au XXIème siècle, en Europe, les enfants soient encore les premières victimes de ces négligences !

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui demande à la Commission de présenter le rapport relatif aux médicaments à usage pédiatrique en temps voulu et qui souligne que ce rapport doit permettre une identification complète et une analyse approfondie des obstacles freinant actuellement l'innovation en matière de médicaments ciblant les enfants.

Le texte adopté demande également à la Commission d'examiner la possibilité de modifier le règlement relatif aux médicaments à usage pédiatrique, y compris au moyen d'une révision législative, pour mieux tenir dûment compte des éléments suivants: les plans de développement pédiatrique qui devraient être basés sur le mécanisme d'action et non uniquement sur le type de maladie; des modèles qui devraient être développés afin d'établir des priorités en matière de maladies et de médicaments de manière à tenir compte des besoins médicaux pédiatriques non satisfaits, des incitations qui devraient être mises en place afin de mieux stimuler la recherche et de mieux répondre aux besoins de la population pédiatrique, tout en veillant à ce qu'une évaluation des frais de recherche et de développement soit réalisée et en garantissant une transparence complète des résultats cliniques, etc.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pediatrijoje naudojamiems vaistams būtina užtikrinti ypač griežtą kontrolę. Juk klausimo vertė mūsų ateities – mūsų vaikų – sveikata. Todėl palaikiau šį gerai subalansuotą dokumentą.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – Aujourd'hui, les cancers infantiles demeurent la première cause de décès par maladie chez les enfants âgés d'un an et plus, et plus de 6 000 jeunes meurent d'un cancer chaque année en Europe. Ces chiffres sont alarmants et inacceptables ! Le règlement pédiatrique de 2006 a permis certaines avancées mais des obstacles persistent dans le traitement des maladies. Il est inadmissible que des enfants décèdent en raison d'un manque de recherche scientifique et médicale sur les médicaments pédiatriques.

J'ai soutenu ce texte qui appelle à ce que la Commission procède à l'évaluation du règlement en vigueur et le modifie afin de l'améliorer au plus vite de manière substantielle pour le rendre plus efficace et opérationnel.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – There is an urgent need to review the regulation on paediatric medicines. Opportunities to develop treatments and cures for serious childhood illnesses are being missed because the current regulation allows companies to avoid Paediatric Development Plans for certain diseases. The full potential of medicines is not being explored because it is not considered to be attractive enough for investors. There should be stronger obligations for research to continue and for Paediatric Development Plans to be developed for all new medicines. Where appropriate, increased research can be supported by public money, including the EU Health Programme. There is already provision for prioritising rare diseases in the current programme, and this resource need to be fully exploited. The human cost of failing to invest in paediatric medicines is completely unacceptable.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución pide a la Comisión que proponga, tal y como se contempla en la regulación Pediátrica (2007), el Reglamento sobre medicamentos pediátricos a su debido tiempo (Enero de 2017), que debe incluir un análisis de las posibles consecuencias para la salud pública. A mayores, pide que en este informe considere diferentes factores que podrían mejorar dicha regulación, entre ellos, la plena transparencia de los resultados clínicos. Es por todo esto que he votado a favor de esta resolución.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this report as I do not wish to see the EU involved in this area, however I do wish to see more development in this area.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this resolution which stems from Regulation No 1901/2006 on Paediatric medicines. It is important to foster innovation in paediatric medicines to ensure that in the future all children can be treated with medicines that have been developed for and proved effective and safe for use for children.

However I voted against Amendment 1 because effectively this amendment would mean that the regulators should not oblige companies to complete paediatric studies on medicines that could possibly prove to be ineffective or unsafe. The key change brought forward by the Paediatric Regulation, which I fully support, was to oblige companies to do Paediatric Investigation Plans on all new medicines which they develop, unless a waiver is granted. The 6-month patent or SPC extension is granted to companies who complete those Paediatric Investigation Plans, regardless of whether the new medicine will be authorised for use for children.

Amendment 1 effectively challenges the system of a compulsory PIP followed by a reward if the PIP is adequately completed. Companies are reluctant to complete paediatric studies because they mean additional costs for them, so it is absolutely necessary to have compulsory Paediatric Investigation Plans. This amendment was also rejected at committee level.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Mnohé deti trpiace vzácnymi pediatrickými ochoreniami, ako napríklad rakovinou, nemajú prístup k cieleným pediatrickým liekom. Lekári majú stále zaužívané predpisovať lieky na základe vlastných skúseností namiesto presného klinického výskumu v oblasti pediatrie. Navyše chýbajú mnohým oblastiam pediatrickej medicíny nevyhnutné inovácie vo vývoji nových liečiv. Nariadenie o pediatrii malo pozitívny dosah na vývoj pediatrických liečiv a viedlo k hmatateľným prínosom pri liečení viacerých detských ochorení. Ale na druhej strane takmer žiadny pokrok nebol zaznamenaný v mnohých ďalších oblastiach, a preto som podporila uznesenie vyzývajúce Komisiu, aby upresnila dôvody týchto nedostatkov. Do budúcnosti budeme potrebovať, aby došlo vo vývoji pediatrických liečiv k ďalším inováciám, aby sme zabezpečili lepšie možnosti liečenia našich detí. Nejde len o to, aby tieto nové lieky dokázali efektívne odstraňovať detské choroby, ale hlavne o to, aby boli pre naše deti dostatočne bezpečné.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Uredba o pediatričnih zdravilih je stopila v veljavo leta 2007, njen cilj pa je bil izboljšati zdravje otrok v Evropi s spodbujanjem razvoja in večje dostopnosti zdravil za otroke do 17. leta starosti.

Uredbi je uspelo narediti nekaj napredka, a je ta še vedno prepočasen in nezadosten na številnih področij, še zlasti na področju pediatrične onkologije in neonatologije. Rak ostaja prvi vzrok smrti zaradi bolezni pri otrocih starih več kot eno leto in približno 6000 otrok in mladih na leto v Evropi umre zaradi raka. Uredba je takrat predvidela tudi več spodbud, s katerimi bi farmacevtski industriji omogočili več vlaganj v raziskave in razvoj, a te spodbude so bile pogosto zlorabljene s strani farmacevtskih podjetij in zato niso prinesle takšnih rezultatov, kot je bilo pričakovano.

Resolucija zato poziva Komisijo, da do januarja 2017 predloži poročilo o izvajanju in uporabi Uredbe o pediatričnih zdravilih, kar je predvideno tudi v 50. členu te uredbe. To poročilo mora zagotoviti celovito identifikacijo in poglobljeno analizo ovir, ki trenutno otežujejo inovacije na področju zdravil za pediatrično populacijo. Na podlagi teh ugotovitev mora Komisija preučiti možne spremembe, vključno z zakonodajno revizijo uredbe, ki se kaže kot nujna.

Zaradi vsega navedenega sem resolucijo na plenarnem zasedanju podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Liečba detských pacientov musí byť jednou z priorít zdravotníckej politiky Európskej únie aj národných štátov. Podporili sme zvýšenie efektivity výskumu nových liekov a ich rýchle zavedenie do pediatrickej praxe.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europska agencija za lijekove ima niz važnih zadataka i odgovornosti koje se odnose na razvoj pedijatrijskih lijekova. Ove odgovornosti su joj dodijeljene putem Pedijatrijske regulacije Europske unije. Prema trenutnom regulatornom okviru, lijekovi su razvijeni u tipičnom patološkom stanju za odrasle koji se ne pojavljuju kod djece. Naime, dječji rak ostaje prvi uzrok smrti kod djece u dobi od jedne godine, a godišnje više od 6000 mladih ljudi umiru od raka u Europi dok dvije trećine onih koji su preživjeli pate od nuspojava povezanih s liječenjem. Regulacija je dizajnirana na način da bolje štiti zdravlje djece u EU-u.

Podržavam ovo Izvješće jer smatram da se njime pridonosi poboljšanju cjelokupne situacije koje vodi do različitih koristi za niz dječjih bolesti.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za predlog resolucije k vprašanju za ustni odgovor o uredbi o pediatričnih zdravilih.

Resolucija pravilno poziva Komisijo, naj razmisli o uvedbi sprememb, vključno z zakonodajno revizijo uredbe o pediatričnih zdravilih, pri kateri se bodo upoštevali načrti pediatričnega razvoja, modeli prednostnih bolezni in zdravil, zgodnejši in bolj izvedljivi načrti pediatričnih preiskav, boljše spodbude za raziskave, ki učinkoviteje služijo potrebam pediatrične populacije, obenem pa zagotavljajo oceno stroškov raziskav in razvoja in polno preglednost kliničnih rezultatov ter strategije za preprečevanje nenamenske uporabe zdravil na področju pediatričnega zdravljenja, če že obstajajo odobrena pediatrična zdravila.

Kljub temu da je uredba pomagala izboljšati splošno stanje, pa na številnih področji žal ni bilo doseženega dovolj napredka.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ο κανονισμός της παιδιατρικής τέθηκε σε ισχύ στις 26 Ιανουαρίου 2007 και κύριος στόχος του ήταν η βελτίωση της υγείας των παιδιών στην Ευρώπη, διευκολύνοντας την ανάπτυξη και τη διαθεσιμότητα των φαρμάκων για παιδιά ηλικίας 0 έως 17 ετών. Το παρόν ψήφισμα προνοεί ορισμένες αλλαγές για τη βελτίωση του κανονισμού, όπως είναι η ιεράρχηση των μοντέλων των φαρμάκων, πιο εφικτά προγράμματα παιδιατρικής έρευνας καθώς και διασφάλιση της διαφάνειας κατά τη διαδικασία έρευνας και ανάπτυξης αναφορικά με τις ανάγκες του παιδιατρικού πληθυσμού, γι' αυτό και υπερψηφίσαμε.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ οφείλει να εγκύψει επειγόντως σε κάθε πιθανή ρυθμιστική αλλαγή που θα μπορούσε να συμβάλει στη βελτίωση της κατάστασης, να ενισχύσει τον ρόλο της ευρωπαϊκής δικτύωσης για παιδιατρική κλινική έρευνα και να διασφαλίσει ότι τα κράτη μέλη θα θεσπίσουν μέτρα για την ενίσχυση της έρευνας, καθώς και της ανάπτυξης και της διάθεσης φαρμάκων για παιδιατρική χρήση.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Sok gyermek szenved ritka gyermekkori betegségben, azonban nem férnek hozzá a gyermekgyógyászati gyógyszerekhez. Az orvosok által felírt indikáción túli gyógyszeralkalmazás gyakran csak tapasztalatokra alapoz a célzott klinikai kutatások helyett. Sőt, a gyermekgyógyászati új gyógyszerek kifejlesztése több területen nem rendelkezik megfelelő innovációval, ösztönzéssel. Az kétségtelen, hogy a gyermekgyógyászati rendelet pozitív hatással volt egyes gyermekgyógyászati gyógyszerek kifejlesztésére, és kézzelfogható előnyöket hozott számos gyermekkori betegség területén, de nagyon sok területen nem történt elégséges előrelépés. Ezeket szem előtt tartva egyetértek azzal, hogy elő kell segítenünk a gyermekgyógyászati gyógyszerek innovációját annak érdekében, hogy minden gyermeket olyan gyógyszerekkel kezeljünk, amik bizonyítottan hatásosak és biztonságosak.

Az indítvány sürgeti az Európai Bizottságot, hogy vizsgálja felül a gyermekgyógyászati gyógyszerek szabályozását, hogy ne csak betegség alapú gyermekgyógyászati fejlesztések legyenek, hogy alakítson ki betegség- és gyógyszerrangsorolási modelleket, és hogy alakítson ki ösztönzőket, amelyek elsegítik a kutatásokat. Mindezek miatt az állásfoglalási indítványt támogattam.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Propunerea de rezoluție privind medicamentele de uz pediatric este salutară deoarece încă sunt utilizate pe scară largă medicamente fără indicații terapeutice la copii, caz în care riscurile sunt foarte mari, tocmai datorită vulnerabilității deosebite a acestora. În prezent, numărul în creștere de studii clinice pediatrice, la care se adaugă proiectele de cercetare în domeniul pediatric, precum și faptul că industriile farmaceutice consideră că dezvoltarea în scop pediatric trebuie să facă parte integrantă din dezvoltarea generală a unui produs scot în evidență necesitatea modificării reglementării actuale a medicamentelor de uz pediatric. Mai mult decât atât, cercetările și inovarea în domeniul medicamentelor destinate populației pediatrice pot fi diferite uneori de cele destinate populației adulte. Astfel că mecanismul acțiunii unui medicament trebuie să constituie baza planurilor fezabile de dezvoltare pediatrică, fundamentate pe transparența totală a rezultatelor clinice, dar și pe evaluarea costurilor de cercetare și dezvoltare, având în vedere beneficiile unui medicament în termeni de vieți salvate.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Starea de sănătate a cetățenilor europeni este un domeniu în care rolul Uniunii Europene este foarte important. Utilizarea unei medicații corespunzătoare, testate și sigure, reprezintă cheia vindecării în cazul anumitor afecțiuni critice.

Una dintre categoriile cele mai vulnerabile în acest sens este reprezentată de copii; de aceea, aprobarea medicamentelor pediatrice trebuie să țină seama de stadiul cercetării în domeniu, astfel încât orice efecte adverse să fie evitate pe cât posibil.

Legislația europeană adoptată în acest domeniu în 2013 a avut un efect pozitiv asupra dezvoltării industriei farmaceutice în sectorul pediatric, însă, în unele cazuri, este nevoie de mai mult timp pentru a realiza o cercetare riguroasă a noilor medicamente.

Din acest motiv, ar fi utilă o evaluare a efectului legislației în vederea unor posibile revizuiri care să evite problemele ce pot apărea în cadrul tratamentului pacienților minori. Aceste revizuiri trebuie să încurajeze în continuare inovarea din acest domeniu, dar, în același timp, să garanteze cel mai înalt grad de siguranță posibil al noilor produse.

Este un domeniu foarte sensibil și de aceea susțin adoptarea rezoluției pe această temă.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour cette proposition. Nous demandons à la Commission de présenter le rapport prévu à l'article 50 du règlement relatif aux médicaments à usage pédiatrique en temps voulu. Ce rapport doit permettre une identification complète et une analyse approfondie des obstacles freinant actuellement l'innovation en matière de médicaments ciblant la population pédiatrique.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which aims to provide guidance to the Commission on where further action is needed to make the Regulation fit for purpose. In particular, the text asks the Commission to examine whether the current rewards system needs improvement, to consider drug prioritisation models and a shift to a mechanism-of-action based development strategy for cancer drugs. It places particular emphasis on paediatric oncology and rare diseases where the therapeutic needs are greatest.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o Uredbi o lijekovima za pedijatrijsku upotrebu". Pozdravljam nastojanja institucija Europske unije da se koncentrira na istraživanje ranijih i izvodljivijih planova pedijatrijskih ispitivanja, posebno za djecu koja boluju od raznih oblika tumora.

Budući da su tumori koji se javljaju u dječjoj dobi i dalje glavni uzrok smrti kod djece, da od njih umre 6 000 mladih godišnje, te da dvije trećine njih pati od nuspojava povezanih s liječenjem, potrebno je vršiti dodatna i iscrpna ulaganja kako bi se što efektivnije pomoglo oboljelima. Europska unija se mora više koncentrirati i uložiti više sredstava kako bi pomogla ovoj populaciji te iskoristiti mehanizme koje ima na raspolaganju kako bi se ranije započelo s pedijatrijskim kliničkim ispitivanjima onkoloških lijekova za djecu.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Cilj Uredbe o lijekovima za pedijatrijsku upotrebu od samog početka bio je poboljšati zdravlje djece u cijeloj Europi jer omogućuje razvoj i dostupnost lijekova od rođenja pa do 17. godine. Znatno je utjecala na razvoj lijekova za pedijatrijsku upotrebu te je broj kliničkih ispitivanja porastao zbog čega sam i glasovala pozitivno.

Uredbom su izvršeni mnogi od zadanih ciljeva, ali su uočeni i neki nedostaci, kao što su kašnjenja u završetku pedijatrijskih istraživanja te mnogi problemi vezani za pedijatrijsku onkologiju. Po pitanju svih drugih tema možda i možemo oprostiti eventualne nedostatke, ali konkretno u ovom slučaju, kada su u pitanju najranjiviji članovi našeg društva, naša djeca, nedostataka naprosto ne smije biti.

Pozivam Komisiju da razmotri moguće zakonodavne izmjene Uredbe zbog kojih će se posvetiti veća pažnja prioritetnijim lijekovima, da se ranije krenu raditi pedijatrijski istražni planovi kako bi bili učinkovitiji za svu djecu kojoj je potrebna pomoć te da se osigura transparentnost u procesu istraživanja i razvoja. Također, smatram da bi se na temelju znanstvenih podataka trebao davati prioritet pedijatrijskim potrebama kako bi se najbolje dostupne terapije pružale u skladu s terapijskim potrebama djece, posebno one koja boluju od raka, a na taj bi se način optimizirala upotreba resursa za istraživanje.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Resolucijo Evropskega parlamenta za pediatrična zdravila sem podprla.

Uredba o pediatričnih zdravilih je pomembno vplivala na razvoj pediatričnih zdravil, saj večina farmacevtskih podjetij meni, da je razvoj na področju pediatrije bistveni del celotnega razvoja proizvoda.

A še vedno je premalo narejenega na področju onkologije, ker je rak pri otrocih še vedno glavni vzrok za smrt. Številne vrste raka se pojavljajo zgolj pri otrocih in ne pri odraslih. In do zdaj sta bili na podlagi pediatričnih raziskav odobreni samo dve inovativni zdravili proti raku, namenjeni malignih obolenj pri pediatričnih bolnikih. Nova preskušanja zdravil in nova zdravila bi prinesla koristi pri reševanju življenj, zato je potrebno zagotovili najboljše razpoložljive metode zdravljenja in tako omogočili optimalno porabo sredstev, namenjenih za raziskave.

Komisija bi morala na podlagi ugotovitev poročila razmisliti o uvedbi sprememb, vključno z zakonodajno revizijo uredbe o pediatričnih zdravilih. Pametno bi bilo obnoviti določbe v programu Obzorje 2020 glede financiranja, oblikovane za podporo visokokakovostnim pediatričnim kliničnim raziskavam.

Potrebno bi bilo okrepiti vlogo evropskega mreženja za pediatrične klinične raziskave in zagotoviti, da države članice izvajajo ukrepe za podporo raziskavam, razvoju in razpoložljivosti zdravil za pediatrično uporabo.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il apparaît une nécessité de mieux adapter des traitements aux enfants passant par des médicaments spécifiques et non par une adaptation, souvent approximative, de traitements pour adultes, comme cela est encore le cas aujourd'hui.

La présente résolution, faisant suite à une question orale, vise à modifier le règlement sur les médicaments pédiatriques actuels. L'accent est particulièrement mis sur les médicaments développés pour traiter le cancer chez l'enfant. Le texte actuel avait largement été contourné par les laboratoires pharmaceutiques qui n'ont en 10 ans, diffusés que 2 nouveaux médicaments seulement. Le présent texte, malgré de franches insuffisances, va globalement dans le bon sens en visant à améliorer le règlement.

J'ai voté pour l'adoption du texte.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la resolución que plantea cuestiones como la necesidad del correcto etiquetado y la variedad de incentivos necesarios para aumentar la investigación en el campo. Los puntos clave son garantizar una evaluación exhaustiva de los costes de I + D, junto con la plena transparencia de los costes clínicos y el reconocimiento de la necesidad de evaluar la mejor manera de utilizar los diferentes tipos de subvenciones y financiación en el ámbito de los medicamentos pediátricos. Así como apoyar los «mecanismos de desvinculación» previstos por las Naciones Unidas para promover la innovación y el acceso a las tecnologías sanitarias mediante la separación del pago del costo del desarrollo de la I + D para las tecnologías sanitarias del precio del producto.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the resolution because it calls on the Commission to deliver, as foreseen in the Regulation, the report on its application, which should include an analysis of its estimated consequences for public health, by the end of January 2017. It urges the Commission, on the basis of those findings, to consider changes, including through a legislative revision of the Regulation that gives due consideration to (a) mechanism-of-action-based, and not only cancer-type-based, paediatric development plans, (b) drug prioritisation models, (c) earlier and more feasible PIPs and (d) incentives that better stimulate research and more effectively serve the needs of the paediatric population, while ensuring transparency of the research and development process and (e) the need to avoid paediatric off-label use where authorised medicines exist.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta propuesta versa sobre el presente estado del Reglamento Pediátrico, que entró en vigor en 2007 con el objetivo de mejorar la salud pediátrica en la Unión, facilitando el desarrollo y la disponibilidad de medicamentos para los menores. Se propuso garantizar que los medicamentos pediátricos fueran objetivo de una investigación ética y de calidad, así como, que contaran con una autorización de uso específica y dispusieran de información exacta y práctica sobre su uso en niños. Además, quiso lograr todo ello sin someter a los pequeños a ensayos innecesarios o retrasar la autorización de medicamentos para su uso en adultos. Entre sus disposiciones destacan el Plan de Investigación Pediátrica o la Autorización de Comercialización para Uso Pediátrico –para fomentar la investigación sobre medicamentos sin patente que se estén utilizando fuera de indicación–. En los casi 10 años que han transcurrido desde su entrada en vigor, el Reglamento Pediátrico ha conseguido que aumente el número de medicamentos con indicación pediátrica en la ficha técnica. Sin embargo, su evaluación evidencia que las áreas de la neonatología y la oncología pediátrica siguen necesitando atención específica. Así, con el objetivo de continuar mejorando el Reglamento, he votado a favor de esta propuesta.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución pide a la Comisión que proponga, tal y como se contempla en la regulación Pediátrica (2007), el Reglamento sobre medicamentos pediátricos a su debido tiempo (Enero de 2017), que debe incluir un análisis de las posibles consecuencias para la salud pública. A mayores, pide que en este informe considere diferentes factores que podrían mejorar dicha regulación, entre ellos, la plena transparencia de los resultados clínicos. Es por todo esto que he votado a favor de esta resolución.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor omdat een aanzienlijk betere toegang tot innovatieve therapieën het leven van kinderen en adolescenten met levensbedreigende ziekten zoals kanker kan redden.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Le «Règlement pédiatrique» (EC) nº 1901/2006 est entré en vigueur le 26 janvier 2007.

Son objectif était de faciliter le développement et la disponibilité de médicaments à destination des enfants de 0 à 17 ans.

Cette résolution appelle la Commission à terminer et publier son rapport sur l'application du règlement d'ici à la fin janvier 2017.

Elle demande aussi une révision en profondeur dudit règlement pour inclure notamment un meilleur modèle de priorisation des médicaments, de meilleurs enquêtes pédiatriques, et un soutien renforcé à la recherche.

Il était possible d'aller plus loin, surtout dans une résolution sans valeur législative, notamment sur la transparence des coûts de recherche et développement des médicaments pédiatriques ou encore la demande d'intégration dans les législations européennes des recommandations de l'ONU sur l'innovation et l'accès aux technologies médicales.

La résolution est néanmoins positive.

J'ai voté pour.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A legislação em vigor na UE relativamente a medicamentos para uso pediátrico tem ainda várias falhas que não conseguiu colmatar. Não existem planos de investigação pediátrica (PIP) para doenças mortais específicas de crianças, tais como o neuroblastoma de alto risco, existindo no entanto alguns PIPs para carcinomas extremamente raros em crianças e adolescentes. Isto deve-se ao facto de a aprovação de um PIP ser incentivada a partir da investigação feita pelas farmacêuticas para adultos, poupando assim dinheiro em parte do estudo.

A resolução peca em não reconhecer como direito das crianças o acesso a tratamento adequado e a medicamentos inovadores específicos às suas condições específicas e doenças raras, baseia-se no princípio de mercado a ser estimulado para dar resposta a um problema de falta de recursos para dar respostas a uma população muito específica.

Além disso fica-se pela preocupação apenas de encontrar medicamentos oncológicos adaptados, ficando toda uma quantidade de condições e doenças infantil de fora da exigência de dar resposta pela farmacêuticas, que apenas investigam e põem no mercado o que lhes dá respostas aos seus interesses, ao invés de dar resposta aos interesses das crianças e adolescentes.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Krebs im Kindesalter ist die häufigste krankheitsbedingte Todesursache bei Kindern im Alter von über einem Jahr. 6 000 junge Menschen sterben in der EU an Krebs. Aufgrund der Wirkung der in hochtoxischen Dosen verordneten und derzeit verabreichten Chemotherapeutika leiden zwei Drittel der Überlebenden an behandlungsbedingten Nebenwirkungen und bis zu 50 % der Überlebenden an schweren Nebenwirkungen.

Der Industrie fehlt es an Anreizen, Kinderarzneien herzustellen. Der geltende Rechtsrahmen (EU-Verordnung) wird häufig nicht gebührend beachtet, da Arzneimittel unter typischen pathologischen Bedingungen entwickelt werden, die bei Erwachsenen erfüllt sind, aber nicht bei Kindern auftreten.

Dieser Rechtsrahmen soll nun mit diesem Entschließungsantrag überarbeitet werden. Daher habe ich für diesen Antrag gestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Around 6 000 minors die of cancer each year in Europe. Out of those who survive, two thirds suffer from treatment-related side effects for the rest of their lives. The Paediatric Regulation has had a substantial impact on the development of children's medicine, but not enough progress has been made in a number of fields, especially oncology. This is why, together with my Socialist and Democrat colleagues in Parliament, I voted in favour of the resolution calling for funding and proper policies that stimulate more research into paediatric medicines, and is aimed at improving the treatments and the quality of life for child and teenage cancer survivors.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I fully support the resolution on paediatric medicines because there is clearly a lack of focus on children's diseases. In general I think we have to set the right framework that offers incentives for these companies to make the large investments necessary in terms of R&D to fill this gap. The Paediatric Medicines Regulation has already addressed this problem to an extent, but revision is necessary, especially in the light of a lack in advances in paediatric oncology and neonatology. We need to do whatever we can from a regulatory perspective to ensure that new and innovative medicines can make it to the patient as fast as possible.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh uznesenia o liekoch na pediatrické použitie som samozrejme podporila. Lieky na pediatrické použitie sú oblasťou, ktorú dlhodobo sledujem a ktorá, bohužiaľ, aj napriek desať rokov účinnému nariadeniu na európskej úrovni zaznamenáva iba minimálne pokroky. Deti tak nemajú prístup k životne dôležitej liečbe, pretože pre farmaceutické spoločnosti nie je testovanie liekov na detské použitie finančne zaujímavé a svoje povinnosti sa snažia skôr odsúvať. Zastávam preto názor, že je potrebné zvážiť primerané zmeny tohto nariadenia a zabezpečiť, aby boli lieky na pediatrické použitie riadne a včas testované, aby bolo testovanie kontrolované a aby boli spoločnosti motivované k testovaniu včas pristupovať. Musíme sa totiž spoločne usilovať o to, aby deti mali prístup k bezpečným liekom na závažné ochorenia a aby za liečbou nemuseli cestovať do zahraničia či používať často veľmi škodlivé liečby, ktoré oficiálne nie sú na detské použitie povolené.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente a pergunta oral com resolução sobre medicamentos pediátricos por estar de acordo com uma posição antecipada por parte do Parlamento Europeu antes da revisão do Regulamento sobre medicamentos pediátricos que a Comissão Europeia deverá apresentar no início do próximo ano.

Lamento que muitas crianças que sofrem de doenças pediátricas raras não tenham acesso a medicamentos pediátricos específicos.

Recordo que o Regulamento Pediátrico em vigor teve um efeito positivo no desenvolvimento de fármacos pediátricos e conduziu a benefícios tangíveis para uma série de doenças da infância, mas não se conseguiram progressos suficientes em vários domínios.

É por isso urgente promover a inovação em medicamentos pediátricos para garantir que, no futuro, todas as crianças possam ter acesso a medicamentos pediátricos adequados.

Neste contexto destaco ainda a necessidade de serem desenvolvidos testes de imunodeficiência primária nos Estados-Membros para o despiste de doenças que podem ser tratadas quando diagnosticadas atempadamente.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam nacrt prijedloga rezolucije o uredbi o lijekovima za pedijatrijsku upotrebu. Djeca predstavljaju osjetljivu skupinu stanovništva te im treba pridodati pažnju na poseban način, naročito glede zdravlja. Osim toga, lijekovima za stanovništvo isto treba pristupiti ozbiljno. Smatram da je istraživanje o lijekovima za djecu prijeko potrebno.

Ova uredba je donesena prije 10 godina s ciljem da se provedu kvalitetna istraživanja za ove lijekove. Do sada su mnogobrojni ciljevi ove uredbe o lijekovima za pedijatrijsku upotrebu ostvareni, no, treba se ipak još raditi. Naročito jer se radi o osjetljivoj skupini stanovništva - a to su djeca. Komisija je 2013. godine donijela izvješće o napretku glede ovoga slučaja. U skladu s tim je istaknula određene nedostatke.

Točnije, u lipnju 2013. godine, Europska komisija objavila je izvješće o prvih pet godina Uredbe. To daje zaključiti da je pedijatrijski razvoj postao više sastavni dio ukupnog razvoja lijekova u Europskoj uniji. Europska komisija očekuje da će objaviti završno izvješće 2017. godine.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Resolucijo Evropskega parlamenta o uredbi o pediatričnih zdravilih.

Raziskave v pediatriji za razvoj učinkovitih zdravil so zelo omejene in skope. Zato podpiram pozive Komisiji, naj okrepi vlogo evropskega mreženja za pediatrične klinične raziskave in zagotovi vire financiranja za podporo raziskavam, razvoju in razpoložljivosti zdravil za pediatrično uporabo na področjih, kjer so najbolj potrebna, zlasti na področju pediatrične onkologije in neonatologije.

7.5. Tätigkeit des Petitionsausschusses im Jahr 2015 (A8-0366/2016 - Ángela Vallina)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem původně váhal, jestli tu zprávu podpořit nebo ne. Nakonec jsem ji podpořil z jednoho, pro mě osobně významného důvodu, a to proto, že prošel pozměňovací návrh číslo patnáct, který jasně poukazuje na to, že by se petice měly zaměřovat i na otázky, které se týkají dobrých životních podmínek zvířat.

Komise k těmto tématům přistupuje velmi formálně, reaguje na to negativně, restriktivně a jsem rád, že Evropský parlament v tomto materiálu vyzval Evropskou komisi k tomu, aby se peticemi, které se týkají životních podmínek zvířat, vážně a seriózně zabývala. Pro mě je to významné osobní téma. Myslím si, že vedle ochrany lidských práv, ochrany demokracie a tak dále, my, jako vyspělá civilizace a vyspělá kultura, bychom měli vnímat i to, že zvířata jsou živí tvorové, kteří cítí, vnímají bolest a je třeba k nim takto přistupovat a ne je vnímat jako pouhé věci. Tak jsem rád, že to usnesení prošlo a bude do budoucna více chránit zvířata.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, it is my belief that petitions serve as a valuable indication of European citizens' concerns in the sphere of both national and European legislation and the actions of associated authorities. Thus it is our responsibility to ensure that the framework and procedures of the Committee on Petitions is constantly evaluated and indeed improved upon. By this means we may rely on the results of the processing of petitions and its more intense role in the European Parliament and European lawmaking and revision more substantively. I acknowledge shortcomings in the processing and handling of petitions to date. However, in reinforcing our political commitment in this domain we may revise present deficiencies with regard to the timescale and effective conclusion of petitions, the establishment of a clear mandate, and the potential for the digitalisation of this field. Should said considerations be taken into account and the full potential of the European Citizens' Initiative be realised, my colleagues and I in the EPP Group would welcome this most enthusiastically.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La commissione PETI è la commissione del Parlamento europeo che si occupa delle petizioni all'interno dell'Unione europea. Ogni anno viene redatta una relazione che descrive l'attività della suddetta commissione. Quella che abbiamo votato in questa sessione si riferiva all'anno 2015.

Condivido con il relatore molti dei punti presenti nella relazione, come ad esempio l'importanza dell'esperienza di coloro che propongono e firmano petizioni, l'importanza delle petizioni nel processo legislativo e ancora la necessità di compiere dei passi avanti per concludere il portale web per le petizioni, che permetta a tutti di ricevere informazioni in tempo reale sullo status delle petizioni.

Per queste motivazioni ho votato positivamente.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del informe de mi compañera Ángela Vallina sobre el trabajo de la Comisión de Peticiones en el año 2015, puesto que éste además de recoger la actividad anual de PETI mantiene un enfoque crítico con la Comisión Europea, a la que insta a realizar un tratamiento adecuado a las peticiones presentadas, así como la información y la eliminación de barreras burocráticas para la presentación de las mismas y apela a la Comisión Europea para que aplique el principio de precaución en materia medioambiental. Además, se refiere a la escandalosa legislación hipotecaria y de instrumentos financieros de riesgo en España y que han afectado desde el inicio de la crisis a centenares de miles de familias, afectadas por los desahucios, cláusulas abusivas y el escándalo de las preferentes que fue objeto de debate por la Eurocámara en el 2015. Lamentablemente, la derecha, encabezada por el Partido Popular Europeo, logró eliminar en el voto en plenario las críticas a las políticas de austeridad. Ahora bien, se mantuvieron aspectos positivos como el llamamiento a una mayor transparencia y a la puesta en marcha mecanismos de democracia participativa en la Unión Europea, por lo que voté a favor.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the motion for a European Parliament resolution on the activities of the Committee on Petitions 2015. The 2015 Annual Report is intended to give an overview of the work of the Committee on Petitions. The Committee's work programme is being established by citizens as they exercise their right to petition Parliament and share their concerns over various EU policies and legislation. The Annual Report aims to give a precise and full view of the work done by the Committee, it provides statistics on the number of petitions received, dealt with and closed by the Committee, the countries concerned and the matters raised. The 2015 annual statistics show that most citizens turn to Parliament for assistance with matters relating to the environment, justice, the internal market and fundamental rights. The Committee on Petitions must listen to and help solve the problems affecting its citizens because, through petitions, it can assess the impact of Community legislation on their everyday lives while making Parliament more responsive. Through the Committee on Petitions we must work to regain the trust of citizens by listening to and solving the problems that concern citizens.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le rapport propose d'encourager et d'améliorer la communication avec les citoyens et de leur expliquer les différents niveaux de compétence (européen, national et local), ce qui signifie engager des dépenses au détriment des contribuables européens. D'une manière générale, il souhaite accroître les ressources du secrétariat de la commission des pétitions.

Il souhaite également améliorer le sort réservé aux pétitions pour améliorer la perception par les pétitionnaires des institutions européennes et pour expliquer les réussites et les avantages du projet européen. Il prend comme prétexte le Brexit, la crise des migrants et la montée de «la xénophobie et du racisme à travers l'Europe» pour que la commission des pétitions prouve les avantages du projet européen.

En d'autres termes, ce rapport tend vers plus de dépenses publiques par la commission des pétitions, prétend défendre les citoyens sauf quand ils ne pensent pas «bien» (Brexit, rejet de l'immigration sauvage, etc.) et reconnaît le rôle de la commission PETI comme supplétif de la Commission européenne contre les États. J'ai donc voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I do not believe in the relevance of the Committee of Petitions as I believe issues that need to be discussed by citizens should always be discussed at a national level and not within the political structures of the European Union. For this reason, I voted against the resolution.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car je souhaite souligner la qualité du travail entrepris par la commission des pétitions. Son rôle est très important dans la mesure où le calendrier de ses activités n'est pas calqué sur celui de la Commission, mais fixé par les citoyens qui font part de leurs inquiétudes concernant les différentes politiques de l'Union. Ce rapport est l'occasion de souligner que le droit de pétition au Parlement européen est un pilier de la citoyenneté européenne.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Jelen formájában az EP Petíciós Bizottsága egy pótcselekvési teret jelent csupán a tagállami és uniós szervek EU-deklarált értékeivel szembeni önkényes gyakorlatának kiszolgáltatott európai polgárok számára. 2015-ben 483 petíciót nyilvánítottak elfogadhatónak, és még mindig sok a félreértés az Unió tevékenységi körével kapcsolatban, amit az elfogadhatatlannak nyilvánított petíciók magas száma (33,8%) is jelez. Hiába rögzíti a jelentés, hogy sajnálatosnak tartja, hogy a petíciók benyújtói még mindig nem kapnak elegendő információt a petíciók elfogadhatatlanná nyilvánításának okairól, nem látni olyan javaslatot, amely érdemi szabályváltozást irányozna elő.

Nyilvánvaló, hogy a petíciós rendszer radikális átalakításra szorul annak érdekében., hogy az európai polgárok számára biztosított ezen jog ne legyen önkényesen, a téma szerint diszkriminált módon kiüresíthető, ahogy ez a devizahitelesek szakmailag megalapozott petíciója esetében történt. A jelentés, bár tartalmaz kritikai elemeket a jelenlegi gyakorlattal szemben, de nem irányoz elő gyökeres megújítást, ezért a végszavazáskor tartózkodtam.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que, además de hacer un repaso de las peticiones ciudadanas recibidas en 2015 por la Comisión de Peticiones, remarca la importancia de esta forma de participación ciudadana, y la necesidad de dotarse de más medios para poder atender mejor las demandas de la sociedad. Así como la importancia de la colaboración de la Comisión Europea, los Estado miembros y del Defensor del Pueblo. Dadas las lagunas democráticas en el sistema de funcionamiento de la Unión, apoyo cualquier trabajo orientado a aumentar el control y la participación ciudadana en el debate político.

Valoro positivamente como el informe resalta y da voz a un gran número de peticiones en cuestiones de gran importancia como las medioambientales (las más numerosas); la denuncia de los problemas y los derechos de los discapacitados; la legislación hipotecaria. Si bien es cierto que otras quedaron en el tintero. El número de peticiones se ha reducido a la mitad, síntoma de la falta de confianza en la Unión. Por lo tanto, aunque la inclusión de la participación en las instituciones europeas es insuficiente, voto a favor de un informe que busca dar voz y mejorar este tipo de participación.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre las actividades de la Comisión de Peticiones en 2015. Desde nuestro Grupo hemos querido positivizar el tono del informe de la señora Vallina y hemos presentado algunas enmiendas que reforzaban el papel de dicha comisión, teniendo en cuenta el gran número de peticiones que recibe anualmente.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – En 2015, 1 431 pétitions ont été reçues, ce qui représente une baisse de 47 % par rapport à 2014 (2 714 pétitions). 483 pétitions ont été déclarées irrecevables; 943 pétitions ont été déclarées recevables. Sur ces dernières, 424 ont fait l'objet d'un examen rapide et ont été closes après information du pétitionnaire et 519 pétitions ont été laissées ouvertes pour être débattues au sein de la commission des pétitions.

Le nombre de pétitions reçues est modeste par rapport à la population totale de l'UE, ce qui indiquerait que la grande majorité des citoyens ne connaît pas encore l'existence du droit de pétition et son utilité. Le rapport propose entre autres d'encourager la communication avec les citoyens pour leur expliquer les différents niveaux de compétence et d'accroître les ressources techniques et humaines de la commission PETI en prenant comme prétextes le Brexit, les migrants ou la montée de la «xénophobie».

Ce rapport encourage donc plus de dépenses et reconnaît le rôle de la commission PETI comme supplétif de la Commission européenne contre les États. J'ai donc voté contre le rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Secondo le statistiche nel 2015 il Parlamento europeo ha ricevuto 1 431 petizioni, dato che indica una diminuzione del 47 % rispetto alle 2 714 pervenute nel 2014.

Dopo che negli anni 2013 e 2014 si è raggiunto un picco nel numero di petizioni ricevute, la forte diminuzione del 2015 indica, secondo me, una netta inversione di tendenza che dovrebbe far scattare un campanello d'allarme soprattutto in riferimento ai procedimenti spesso poco immediati e che comportano tempi incerti, soprattutto nella comunicazione da parte della Commissione nei confronti dei richiedenti.

Per questi motivi non ho potuto sostenere col mio voto la relazione annuale 2015 della commissione petizioni.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe anual sobre las actividades de la Comisión de Peticiones que describe las peticiones que la ciudadanía europea presenta ejerciendo su derecho de petición al PE. El informe hace un balance del funcionamiento de la comisión, resumiendo las peticiones más relevantes y las acciones que se han tomado al respecto. También se sugieren algunas recomendaciones para la mejora del funcionamiento de la comisión con el objetivo de acercar más la ciudadanía a las instituciones, en particular reforzar la cooperación y la facilitación de información por parte de la Comisión Europea, los Gobiernos nacionales y los Parlamentos nacionales.

La Comisión de Peticiones debe escuchar y ayudar a resolver los problemas que afectan a sus ciudadanos pues, a través de las peticiones, se puede evaluar el impacto de la legislación comunitaria en la vida cotidiana de estos, a la vez que refuerza la capacidad de reacción del Parlamento Europeo ayudando a resolver los problemas relacionados principalmente con la aplicación de la legislación de la Unión. Las peticiones constituyen una valiosa fuente de información, al detectar lagunas en la aplicación de la legislación de la Unión.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame Europos Parlamentas nagrinėja 2015 m. metinį Peticijų komiteto veiklos pranešimą. Šiame pranešime pateikiami statistiniai duomenys: gautų, baigtų nagrinėti ar komiteto nagrinėjamų peticijų skaičius, su peticijomis susijusios šalys ir nagrinėjami klausimai. Šie statistiniai duomenys yra svarbi skaičiais pagrįsta komiteto darbo vertinimo priemonė. Pranešime taip pat aptariami kiti aspektai, pavyzdžiui, ryšiai su kitomis ES institucijomis, nacionalinės ir regioninės valdžios institucijomis. Iš metinių 2015 m. statistinių duomenų matyti, kad dauguma piliečių į Parlamentą kreipiasi prašydami padėti spręsti klausimus, susijusius su aplinka, teisingumu, vidaus rinka ir pagrindinėmis teisėmis. Vieni peticijų pateikėjai kreipiasi į Europos Parlamentą norėdami pateikti pasiūlymų dėl Europos Sąjungos politikos sričių plėtojimo, kiti – apskųsti sprendimus, kuriuos priėmė nacionalinės valdžios institucijos, ir pateikti skundą dėl nacionalinių teismų sprendimų. Kai kurie piliečiai skundžiasi dėl ES

teisės aktų taikymo spragų – teisės aktai netinkamai perkelti į nacionalinę teisę arba nesilaikoma Europos Sąjungos taisyklių. Vertinant pagal pilietybę, 2015 m., kaip ir 2014 m., aktyviausi peticijų pateikėjai ir toliau buvo vokiečiai, šiek tiek mažiau aktyvūs buvo italai ir ispanai. Toliau sąraše eina Rumunijos, Lenkijos ir Jungtinės Karalystės piliečiai. Paskutinėse vietose – Maltos ir Liuksemburgo piliečiai, kurie 2015 m. iš viso pateikė tik penkias peticijas.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Szeretném hangsúlyozni, hogy a petíciók fontos szerepet töltenek be a jogalkotási folyamatban, mivel azonosítják a közösségi jogszabályok átültetésében rejlő joghézagokat és hiányosságokat, továbbá hasznos és közvetlen forrásnak bizonyulnak más parlamenti bizottságok számára is a saját illetékességi körükben végzett jogalkotási munkájuk során. Örvendetes a Petíciós Bizottság és a többi parlamenti bizottság közötti fokozott együttműködés, valamint az, hogy a plenáris üléseken gyakrabban foglalkoznak petíciókkal kapcsolatos ügyekkel. Úgy vélem, hogy a petíciók nem kizárólag a Petíciós Bizottság felelősségi körébe tartoznak, hanem valamennyi parlamenti bizottság megosztott felelősségének kell lenniük. Szerintem további erőfeszítéseket kell tenni a petíciók helyes elbírálásához szükséges információk megosztására.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće. Odbor ima potencijal ponovnog povezivanja institucija i građana Europske unije na način da ih se izravno uključi u procjenu propisa o njihovom svakodnevnom životu.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Si ce rapport se contentait de faire des recommandations en matière de critères d'acceptabilité des pétitions, je pourrais y adhérer, mais comme il profite de ce sujet pour demander des dépenses supplémentaires en vue de faire l'apologie de la construction européenne, ses succès et ses avantages, au détriment de la souveraineté des États membres, je ne peux que m'y opposer. Par conséquent, je vote contre ce rapport.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We supported this report because it gave a good summary of the PETI Committee over the past year, its successes and its failures. It also took a progressive approach criticising the austerity measures and the rise of racism and xenophobia in the EU. It also calls for a participative democracy at the EU and is rightly critical towards the European Commission and their engagement with the PETI Committee.

I also supported the report because it called for more involvement in the treatment of petitions, and the maximum transparency when it comes to the open infringement procedures started by the Commission against a Member State.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il diritto alla petizione è un pilastro della cittadinanza europea. La relazione annuale del 2015 ha lo scopo di fornire un quadro d'insieme sul lavoro della commissione per le petizioni, il cui calendario di attività non corrisponde al programma legislativo della Commissione ma viene stabilito dai cittadini che, nell'esercitare il proprio diritto di petizione presso il Parlamento europeo, esprimono le proprie preoccupazioni circa le diverse politiche e misure legislative dell'Unione.

Osservando i dati si evince che il 36,3 % delle petizioni sono state prese in considerazione mentre il 63,7 % è stato archiviato perché i firmatari continuano a confondere le competenze nazionali con quelle dell'Unione europea, nonché le istituzioni dell'UE con il Consiglio d'Europa o con la Corte dei diritti dell'uomo.

Ciò dimostra che è necessario adoperarsi maggiormente per informare meglio i cittadini sul diritto di petizione e su ciò che possono ottenere esercitando tale diritto dinanzi al Parlamento europeo.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Dreptul de a adresa petiții constituie un element esențial al democrației participative pentru protecția efectivă a dreptului fiecărui cetățean de a participa direct la viața democratică a Uniunii. Cu ajutorul petițiilor, Parlamentul European poate afla cu ce probleme se confruntă cetățenii săi, poate pune la dispoziție informații și poate contribui la soluționarea problemelor respective, invitând, de asemenea, celelalte instituții ale UE și instituțiile statelor membre să depună toate eforturile în acest sens.

Din păcate, numărul petițiilor primite de Parlament rămâne modest în raport cu populația UE, ceea ce denotă că marea majoritate a cetățenilor și a rezidenților din UE nu au cunoștință încă de existența dreptului de a adresa petiții și de posibila lui utilitate ca mijloc de a atrage atenția instituțiilor UE și a statelor membre asupra subiectelor care îi afectează și îi preocupă.

Faptul că în 2015 s-au primit 1 431 de petiții, reprezintând o scădere de 47 % față de anul 2014, în cursul căruia Parlamentul a primit 2 714 petiții, confirmă neinformarea cetățenilor europeni asupra existenței acestui drept.

Am votat în favoarea acestui raport, subliniind încă o dată contribuția pe care petițiile o pot avea în identificarea lacunelor în cadrul dreptului UE, precum și în evaluarea efectelor pe care le are absența reglementării în anumite domenii.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore dell'approvazione della relazione della commissione PETI sulle attività da essa svolte nel 2015.

Le petizioni costituiscono una preziosa fonte di informazioni di prima mano basate sulle esperienze dei cittadini e contribuiscono a identificare eventuali violazioni e lacune nell'attuazione della legislazione dell'Unione europea a livello nazionale.

Il coinvolgimento del Parlamento in tali procedure permette un controllo supplementare sulle attività di indagine delle istituzioni europee competenti. Tuttavia il numero di petizioni ricevute continua a essere modesto rispetto alla popolazione complessiva dell'Unione europea, il che indica che la grande maggioranza dei cittadini e dei residenti dell'UE non conosce ancora l'esistenza del diritto di petizione e la sua potenziale utilità.

La recente creazione di un portale Internet dove potersi registrare, presentare una petizione e aderire alle petizioni già dichiarate ricevibili, rappresenta una semplificazione importante ma occorre fare di più, soprattutto per far conoscere questo diritto quale potente strumento di partecipazione diretta alla vita democratica.

Fondamentale, inoltre, è migliorare la collaborazione con i parlamenti nazionali, le loro commissioni competenti e i governi degli Stati membri per garantire che le petizioni siano trattate dalle autorità competenti a prendere provvedimenti.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which is a summary of the activities of the Committee on Petitions from last year. The report takes a progressive approach, criticising austerity measures and the rise of racism and xenophobia in the EU. It also calls for a participative democracy at EU level and is very critical towards the European Commission.

It calls for a more involvement in the treatment of petitions, or the maximum transparency when it comes to the open infringement procedures started by the Commission against a Member State.

For these reasons I supported.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report, which analysed the activities of this Committee over the 2015 period. Its work is very important as through the Committee on Petitions we must work to regain the trust of citizens and must do so by listening to and solving the problems that concern our citizens. The Committee must listen to and help solve the problems affecting its citizens because, through petitions, it can assess the impact of Community legislation on their everyday lives while making the European Parliament more responsive, helping to solve problems mainly related to the application of EU legislation. Petitions are a valuable source of information when it comes to identifying weaknesses in how EU law is applied. In 2015, 943 petitions were admitted (65.9% of a total of 1 431) and 483 were declared inadmissible (33.8%). In 2015 the Committee on Petitions managed to completely eliminate the petition backlog that it had accumulated, which considerably boosted the quality of relations with petitioners, who saw that their petitions were now being processed more swiftly.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione in questione analizza l'attività sviluppatasi nella commissione per le petizioni nel corso del 2015.

Dalla relazione emerge chiaramente l'importanza delle petizioni come strumento estremamente utile per il processo legislativo che consente l'individuazione di carenze, fornendo al contempo alle altre commissioni parlamentari input utili e diretti per la loro attività.

Il mio voto è stato positivo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και θεωρούμε πως η Επιτροπή Αναφορών έχει την ευκαιρία και αντιμετωπίζει τη μεγάλη πρόκληση, μετά τις τελευταίες εξελίξεις στο Ηνωμένο Βασίλειο, να αναπτύξει διάλογο με τους πολίτες, καθώς έχει τη δυνατότητα να συνδέσει εκ νέου τα θεσμικά όργανα με τους πολίτες της ΕΕ.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the activities of the Committee on Petitions 2015.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O relatório anual de 2015 tem por objetivo apresentar uma síntese do trabalho da Comissão das Petições.

As estatísticas revelam que a maioria dos cidadãos recorre ao Parlamento para solicitar a sua ajuda em assuntos relacionados com o ambiente, a justiça, o mercado interno e os direitos fundamentais.

A maior parte das petições declaradas não admissíveis são porque os peticionários continuam a confundir as competências europeias com as nacionais e as competências das instituições europeias com as do Conselho da Europa e com as do Tribunal dos Direitos do Homem.

Apoio o relatório Vallina, que defende a necessidade de serem redobrados os esforços no sentido de informar melhor os cidadãos sobre o direito de petição e sobre aquilo que podem obter apresentando uma petição ao Parlamento Europeu.

Concordo com a necessidade de desenvolver a rede SOLVIT e a importância de acesso à mesma a todas as pessoas que necessitem.

A Comissão das Petições tem a oportunidade de manter o diálogo com os cidadãos, uma vez que, ao ouvir e resolver os problemas que os preocupam, pode contribuir para interligar as instituições e os cidadãos da União.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione annuale 2015, che costituisce il riassunto delle attività della commissione delle petizioni, in quanto pone l'accento sul ruolo sempre più importante di questo istituto, in seno al Parlamento europeo, nel processo legislativo.

Le petizioni sono un indicatore importante delle preoccupazioni dei cittadini circa le decisioni delle autorità nazionali e le carenze dell'applicazione della legislazione europea, a seguito di una non corretta trasposizione di tale normativa o di una mancata applicazione delle norme comunitarie.

È importante che le petizioni non vengono lasciate aperte per un periodo di tempo indefinito senza indagini specifiche e che non siano uno strumento utilizzato in modo non corretto durante le campagne elettorali nazionali.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe de mi compañera Ángela Vallina sobre el trabajo de la Comisión de Peticiones en el año 2015, puesto que éste además de recoger la actividad anual de PETI mantiene un enfoque crítico con la Comisión Europea, a la que insta a realizar un tratamiento adecuado a las peticiones presentadas, así como la información y la eliminación de barreras burocráticas para la presentación de las mismas y apela a la Comisión Europea para que aplique el principio de precaución en materia medioambiental.

Además, se refiere a la escandalosa legislación hipotecaria y de instrumentos financieros de riesgo en España y que han afectado desde el inicio de la crisis a centenares de miles de familias, afectadas por los desahucios, cláusulas abusivas y el escándalo de las preferentes que fue objeto de debate por la Eurocámara en el 2015.

Lamentablemente, la derecha, encabezada por el Partido Popular Europeo, logró eliminar en el voto en plenario las críticas a las políticas de austeridad.

Ahora bien, se mantuvieron aspectos positivos como el llamamiento a una mayor transparencia y a la puesta en marcha mecanismos de democracia participativa en la Unión, por lo que voté a favor.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Dreptul de a adresa petiții constituie un element esențial al democrației participative pentru protecția efectivă a dreptului fiecărui cetățean de a participa direct la viața democratică a Uniunii. Cu toate astea, în anul 2015 s-au primit 1 431 de petiții, ceea ce reprezintă o scădere de 47% față de anul 2014. Acest număr este modest în raport cu populația UE. Comisia pentru petiții a raportat o mai bună și rapidă procesare a acestora în anul 2015. Statisticile anuale arată că majoritatea cetățenilor solicită ajutorul Parlamentului în probleme legate de mediu, justiție, piața internă și drepturile fundamentale. După ultimele evenimente din Regatul Unit, Comisia pentru petiții se află în fața oportunității și a unei provocări semnificative, de a purta acest dialog cu cetățenii, având potențialul de a reconecta instituțiile și cetățenii UE.

Am votat raportul de activitate al Comisiei pentru petiții și cred că aceasta mai are mult de muncă pentru a recupera încrederea cetățenilor și pentru a redeveni un pilon pentru cetățenii europeni.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - A Petíciós Bizottság (PETI) – mint az uniós polgárokkal közvetlenül kapcsolatot tartó parlamenti bizottság – rendszeresen beszámol előző éves tevékenységéről a plénum előtt, amely vitát a nyilvánosság is követheti. A 2015-ös év a 2014-ben megkezdődött ötéves törvényhozási időszak első teljes éve volt és a PETI munkájában kézzelfogható változások történtek a petíciók kezelésének észszerűsítése révén. Mindez oda vezetett, hogy a régi, elfelejtett vagy elveszettnek hitt petíciók napirendre kerültek, döntött a bizottság az azokban megírt témák ügyében és választ küldött az uniós polgároknak. Az újonnan beérkező petíciók feldolgozását most már nem hátráltatja a korábban felhalmozott petíciók nagy száma. A petíciók elektronikus benyújtására kialakított internetes portál fejlesztése hozzájárult ahhoz, hogy az uniós polgárok jobban megismerjék a petíciós jog adta lehetőségeiket.

A PETI jó működése egy fontos bizalmi tényező, az uniós polgároknak az EU-intézményekbe vetett hite sokban múlik annak munkavégzésén. A polgárokkal való párbeszéd az elmúlt időszakban elkezdett módon folytatandó, és továbbfejleszthető például a titkárságon belül bevezetésre váró új informatikai alkalmazások segítségével, illetve az olyan általános érvényű elvekhez való ragaszkodással, mint a petícióknak biztosított egyenlő elbánás. A fentiek értelmében támogattam a jelentést. Az általam képviselt szlovákiai magyar közösséget érintő beérkező petíciók elbírálásánál is e fenti elvekhez kell tartania magát a Petíciós Bizottságnak.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za odrzuceniem sprawozdania rocznego za 2015 rok z wyników obrad Komisji Petycji w związku z różnicami i brakiem konsensusu co do treści sprawozdania. Program prac komisji nie jest związany z programem prac legislacyjnych Komisji Europejskiej, bo jest tworzony przez obywateli, którzy wykonują swoje prawo do składania petycji do Parlamentu i dzielenia się swoimi obawami na temat poszczególnych dziedzin polityki i prawodawstwa UE.

Uważam, że w sprawozdaniu powinny zostać wprowadzone liczne poprawki, które zniosłyby niezgodności występujące w opinii. Nieuwzględnienie poprawek składanych przez ekspertów z ECR przyczyniło się do negatywnej oceny sprawozdania.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I believe that the citizens should always be kept as a priority in all of our decisions, both on a European and national level. The Committee on Petitions has the potential to reconnect institutions and EU citizens by directly involving them and assessing the impact of community legislation on their everyday lives. Through the Committee on Petitions we must work to regain the trust of citizens and must do so by listening to and solving the problems that concern citizens. For these reasons I voted in favour of this report.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative fait état des activités de la commission des pétitions au cours de l'année 2015. Le rapport souligne que le droit de pétition doit renforcer la capacité de réaction du Parlement européen, en aidant à résoudre les problèmes liés essentiellement à la transposition et à l'application du droit de l'Union. Selon les députés, les pétitions qui répondent aux critères de recevabilité constituent une source précieuse d'informations permettant de détecter d'éventuelles violations du droit de l'Union. Considérant que la mise en œuvre pleine et entière du droit européen est une condition essentielle à l'efficacité de l'action européenne, j'ai voté pour.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai apporté mon soutien au texte sur le rapport annuel sur les activités de la commission des pétitions au cours de l'année 2015. Le droit de pétition de tout citoyen est primordial. En aidant les citoyens européens à résoudre leurs problèmes, liés essentiellement à la transposition et à l'application du droit de l'Union, ce droit de pétition permet de mieux évaluer les effets de la législation européenne sur la vie quotidienne des citoyens. Afin d'accélérer la procédure administrative, j'insiste sur la nécessité d'une numérisation du traitement des pétitions efficace et opérationnelle, permettant aux citoyens de l'Union de suivre en permanence leur traitement, mais également de signer électroniquement leurs propres pétitions.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Le nombre de pétitions est en baisse de 47 % par rapport à 2014, alors même qu'il reste négligeable par rapport à la population de l'Union européenne, avec seulement 1 431 pétitions reçues en 2015. Puisque ce service semble méconnu, le rapporteur prétend améliorer la communication ainsi que les moyens du secrétariat du service des pétitions.

Le Brexit, la crise des migrants et la montée de «la xénophobie et du racisme à travers l'Europe» sont pris comme prétexte pour justifier cette nécessité de communication vis-à-vis des citoyens européens.

Nous ne saurions soutenir une nouvelle augmentation de l'enveloppe budgétaire de ce service, surtout si celle-ci vise à soutenir une communication orientée politiquement.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах против доклада относно дейността на комисията по петиции през 2015 г. Както някои от вас знаят, в тази комисия Илхан Кючук – член на Европейския парламент от ДПС/ALDE, внесе петиция, която е против забраната за агитация на чужд език.

В момента работата на комисията по петиции е очевидно пряко доминирана от управляващите групи на християндемократите, социал-демократите и либералите, които разглеждат само удобни за европейското статукво петиции. Това ясно личи и от спада на внесените петиции, които са наполовина от тези през 2014 г. Колегата ми Нотис Мариас е внесъл 15 изменения по този доклад и всички те са отхвърлени от представителите на статуквото.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Οποιαδήποτε νομοθεσία, καθώς και δραστηριότητα που αφορά μεταναστευτικές πολιτικές, την ευρωπαϊκή ιθαγένεια, τα δικαιώματα των ανθρώπων που ανήκουν σε μειονότητες, αντιτίθενται στις αρχές μας και αποτελούν απειλή για την ασφάλεια και την οικονομία της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Για αυτούς τους λόγους, καταψηφίζουμε την έκθεση της Επιτροπής Αναφορών σχετικά με τις δραστηριότητες της Επιτροπής Αναφορών κατά το έτος 2015.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – El informe anual de 2015 describe las principales actividades de la comisión en términos de resultados del procesamiento de peticiones y su función en el Parlamento Europeo en la elaboración y revisión de la legislación europea. Las peticiones son un barómetro valioso de las preocupaciones de los ciudadanos en relación con las decisiones de las autoridades nacionales y las deficiencias en la aplicación de la legislación de la Unión. Actúa como instrumento de contacto entre la Unión y la ciudadanía europea. En este sentido, es necesaria porque permite dar voz y conocer los problemas y asuntos que conciernen a la población europea, problemas que quizás por otros canales no llegan a las instituciones.

Cabe destacar que es por este valor que tiene la Comisión de Peticiones que se debe procurar evitar su politización, sobre todo en campañas electorales, porque se está trabajando sobre peticiones que afectan a personas o colectivos, y en algunos casos, mediante el uso partidista de la Comisión se les está dando a los peticionarios unas falsas esperanzas o promesas que realmente no son posibles.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the Annual Report of the Committee on Petitions 2015. This report serves two purposes - to give an account of the committee's work over the past year, and to put forward a resolution on the political and practical lessons learned. Several of my constituents in Wales have presented petitions, as I have done myself. The effective participation of citizens is vital for any democracy.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Segundo as estatísticas, em 2015, o Parlamento Europeu recebeu 1431 petições, o que representa um decréscimo de 47 % em comparação com as 2714 petições apresentadas em 2014. Em 2015, foram consideradas admissíveis 943 petições (65,9 % de um total de 1431) e 483 foram declaradas não admissíveis (33,8 %). Em 2015, 63,4 % das petições recebidas, ou seja, 907 petições, receberam um tratamento rápido, ou porque foram consideradas não admissíveis (33,8 %), ou porque, embora sendo admissíveis, foram imediatamente encerradas após transmissão de informação aos peticionários ou após o seu reencaminhamento para outra comissão parlamentar competente na matéria (29,6 %).

Importa referir que a percentagem de petições consideradas não admissíveis desceu relativamente a 2014 (6,1 % em 2015), e que a percentagem de petições consideradas admissíveis aumentou (5,9 %). Relativamente a 2015, registaram-se várias alterações na lista dos países de origem das petições, continuando Espanha no primeiro lugar, seguida da Itália, Alemanha, Roménia e Polónia. No entanto, pode referir-se um aumento significativo da proporção de petições italianas, que passaram de 7,9 % para 12,3 %. Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: avec ce rapport, on tend vers plus de dépenses publiques par la commission des pétitions, qui prétend défendre les citoyens, sauf quand ils ne pensent pas «bien» (Brexit, rejet de l'immigration sauvage, etc.). Par ailleurs, il reconnaît le rôle de la commission PETI comme supplétif de la Commission européenne contre les États.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório descreve a atividade e trabalhos da Comissão das Petições do Parlamento Europeu. Detalha o número de petições recebidas, encerradas ou tratadas por esta Comissão ou sobre os países ou assuntos em questão, constituindo uma ferramenta quantitativa importante na avaliação do seu trabalho.

Durante 2015 foram recebidas 1431 petições (menos 47% do que em 2014), 943 foram consideradas admissíveis, das quais 424 tiveram uma análise rápida.

Da análise feita, regista-se que a maior parte dos cidadãos que usa este expediente para recorrer ao Parlamento Europeu, busca assistência em assuntos relacionados com o ambiente, os direitos fundamentais, a justiça e o mercado interno.

Outros peticionários procuram fazer ouvir as suas propostas relativamente à execução das políticas da UE e outros ainda dirigem-se ao Parlamento Europeu para contestar decisões tomadas pelas autoridades nacionais e reclamar contra acórdãos dos tribunais nacionais.

A maioria denuncia deficiências na aplicação da legislação europeia, seja por transposição defeituosa da legislação, seja por não aplicação das normas comunitárias, seja ainda por violação das mesmas. Uma realidade que confirma o descontentamento e o crescente distanciamento dos cidadãos do processo de integração europeu.

Sublinhamos que a versão final deste relatório foi consideravelmente enfraquecida, já que a direita fez cair as referências às políticas ditas de austeridade e seus efeitos.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Οποιαδήποτε νομοθεσία, καθώς και δραστηριότητα που αφορά μεταναστευτικές πολιτικές, την ευρωπαϊκή ιθαγένεια, τα δικαιώματα των ανθρώπων που ανήκουν σε μειονότητες, αντιτίθενται στις αρχές μας και αποτελούν απειλή για την ασφάλεια και την οικονομία της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Για αυτούς τους λόγους, καταψηφίζω την έκθεση της Επιτροπής Αναφορών σχετικά με τις δραστηριότητες της Επιτροπής Αναφορών κατά το έτος 2015.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome this report, which highlights the main activities of the Petitions Committee. As the committee that deals directly with citizens, the committee has the potential to reconnect institutions and EU citizens by directly involving them and assessing the impact of Community legislation on their everyday lives, which is an extremely important role.

I believe there was a need to deal with some obstacles in the treatment of petitions such as the Commission's strict interpretation of Article 51 of the Charter of Fundamental Rights or the need for greater transparency on infringement procedures. The report will also bring improvements in the petitions web portal where citizens can upload their petitions.

I strongly welcome the agreements reached by the majority when drawing up these guidelines and the maintenance of the same procedures and deadlines.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das Petitionsrecht ist ein Eckpfeiler der Unionsbürgerschaft und muss gewahrt werden. Auf diese Weise können Bürgerinnen und Bürger ihre Bedenken zu den verschiedenen Politikbereichen an das Parlament vortragen. Die Statistiken des Jahres 2015 zeigen, dass sich die meisten Bürger zu den Themen Umwelt, Justiz, Binnenmarkt oder Grundrechte an das Parlament wendeten.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this as this report acknowledges the relevance of the Committee on Petitions.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. The work programme and activities of the Petitions Committee are dictated by the petitions which are submitted to it by citizens exercising their right to petition the European Parliament. The activities of the committee for 2015 are outlined in this annual report. It also includes other important aspects such as relations with other EU institutions and national authorities; some obstacles in the treatment of petitions such as the Commission's strict interpretation of Article 51 of the Charter of Fundamental Rights or the need for greater transparency on infringement procedures. The report also calls for improvements in the petitions web portal where citizens can upload their petitions.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que, además de hacer un repaso de las peticiones ciudadanas recibidas en 2015 por la Comisión de Peticiones, remarca la importancia de esta forma de participación ciudadana, y la necesidad de dotarse de más medios para poder atender mejor las demandas de la sociedad. Así como la importancia de la colaboración de la Comisión Europea, los Estado miembros y del Defensor del Pueblo. Dadas las lagunas democráticas en el sistema de funcionamiento de la Unión, apoyo cualquier trabajo orientado a aumentar el control y la participación ciudadana en el debate político.

Valoro positivamente como el informe resalta y da voz a un gran número de peticiones en cuestiones de gran importancia como las medioambientales (las más numerosas); la denuncia de los problemas y los derechos de los discapacitados; la legislación hipotecaria. Si bien es cierto que otras quedaron en el tintero. El número de peticiones se ha reducido a la mitad, síntoma de la falta de confianza en la Unión. Por lo tanto, aunque la inclusión de la participación en las instituciones europeas es insuficiente, voto a favor de un informe que busca dar voz y mejorar este tipo de participación.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση, αφού, πέραν από την ανασκόπηση των δραστηριοτήτων της Επιτροπής Αναφορών, η έκθεση είχε και μια προοδευτική προσέγγιση επικρίνοντας τα μέτρα λιτότητας και την άνοδο του ρατσισμού και της ξενοφοβίας στην ΕΕ. Απευθύνει επίσης έκκληση για μια συμμετοχική δημοκρατία στην ΕΕ, για μεγαλύτερη συμμετοχή στην αντιμετώπιση των αναφορών καθώς και τον μέγιστο βαθμό διαφάνειας.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the activities of the Committee on Petitions 2015. The report is intended to give an overview of the work of the Committee on Petitions. The Committee's work programme is not tied in to the Commission's legislative programme, being established by citizens as they exercise their right to petition Parliament and share their concerns over various EU policies and legislation. It provides statistics on the number of petitions received, dealt with and closed by the Committee, the countries concerned and the matters raised. The 2015 statistics show most citizens turn to Parliament for assistance with matters relating to the environment, justice, the internal market and fundamental rights. The Committee has the opportunity, and the major challenge, following recent events in the United Kingdom, of maintaining dialogue with citizens, as it has the potential to reconnect institutions and EU citizens. I firmly believe the Committee must listen to and help solve the problems affecting its citizens because, through petitions, it can assess the impact of Community legislation on their everyday lives while making Parliament more responsive, helping to solve problems mainly related to the application of EU legislation.

Peter Jahr (PPE), *schriftlich*. – Im Allgemeinen kann man auf ein erfolgreiches Jahr des Petitionsausschusses zurückblicken. Deshalb freue ich mich natürlich auch über die große Zustimmung, die der Bericht im Europäischen Parlament erfahren konnte. Das ist ein gutes Zeichen, das uns Mut macht, auch für die zukünftige Arbeit. Dennoch gibt es noch einige Baustellen, die zukünftig bei der Bearbeitung der Petitionen verbessert werden sollten.

Dies sind zum einen eine verstärkte Digitalisierung des Petitionsbearbeitungsprozesses sowie die Umsetzung der administrativen „Welle"-Reform. Zudem wünsche ich mir eine Entpolitisierung der Petitionsprozesse, vor allem angesichts nationaler Wahlkämpfe. Aus den Erfahrungen des letzten Jahres finde ich es zudem wichtig, die Mandate der Arbeitsgruppen im Voraus klar festzulegen.

Leider wurden nicht alle dieser EVP-Forderungen von den anderen Fraktionen in der heutigen Abstimmung unterstützt. Das bedauere ich sehr, da dies eine noch effizientere Bearbeitung der Petitionen mit sich bringen würde und vor allem die Petenten die Chance auf eine schnellere Lösung ihrer Anliegen hätten.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o aktivnostima Odbora za predstavke tijekom 2015. jer smatram da predstavke imaju važnu ulogu u zakonodavnom procesu s obzirom na to da ukazuju na postojeće propuste i nedostatke u prijenosu europskog zakonodavstva te omogućuju drugim odborima Parlamenta dobivanje korisnih i izravnih informacija za njihov zakonodavni rad u područjima u kojima su nadležni.

Smatram da bi Europski parlament trebao više koristiti, poticati i osnažiti pravo na predstavke jer bi tada rješavanje problema povezanih s prijenosom i primjenom zakonodavstva EU-a bilo brže i učinkovitije. U Izvješću, za koje sam glasao, navodi se da Odbor za predstavke mora vratiti povjerenje građana i to osluškivanjem i rješavanjem problema koji ih tište.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La volonté du rapporteur d'améliorer la communication avec les citoyens et la visibilité des institutions provoquerait une augmentation des dépenses publiques, au détriment de ces mêmes citoyens. Les raisons avancées, comme le Brexit ou la montée de la xénophobie, sont autant de prétextes. Ce projet n'est rien d'autre qu'une énième tentative de sauvetage de l'esprit communautaire, à géométrie variable.

J'ai voté contre.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui présente les activités de la commission des pétitions pour l'année 2015. Le texte rappelle que les pétitions constituent un baromètre des préoccupations des citoyens au sujet des décisions des autorités nationales et des lacunes dans l'application de la législation de l'Union. On constate que la majorité des pétitionnaires soumettent des plaintes concernant l'environnement, la justice, le marché intérieur, les droits fondamentaux et les transports. Nous demandons un engagement plus ferme de la part de la Commission afin de faire fonctionner l'initiative citoyenne européenne et de développer tout son potentiel.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Jahresbericht über die Tätigkeit des Petitionsausschusses hat das Ziel, eine Bewertung der 2015 eingereichten Petitionen und der Beziehungen zu anderen Institutionen sowie eine genaue Darstellung bereitzustellen. Positiv ist festzustellen, dass Petitionen das Prinzip der direkten Demokratie stärken. Andererseits bedauert der Berichterstatter, dass die Bürger Polens und des Vereinigten Königreichs immer noch nicht durch die Charta der Grundrechte der EU geschützt sind. Des Weiteren wird betont, dass durch die Europäische Bürgerinitiative der Integrationsprozess weiter vorangetrieben werden soll. Aus diesen Gründen stimme ich gegen diesen Bericht.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The aim of this report is to give a precise and full view of the work done by the Committee on Petitions. It provides statistics on the number of petitions received, dealt with and closed by the Committee, the countries concerned and the matters raised. This report also covers other aspects such as relations with other EU institutions and with national and regional authorities. I voted in favour of this report since not only it gives an overview of the annual activities but also calls for a participative democracy in the EU and is also very critical towards the European Commission.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Pozitívuma a jelentésnek, hogy legalább sajnálatosnak tartja, hogy a petíciók benyújtói még mindig nem kapnak elegendő információt beadványaik elfogadhatatlanná nyilvánításának okairól, csakhogy ez édeskevés, hiszen nem tartalmaz olyan javaslatot, amely érdemi szabályváltozást irányozna elő. Minden jóérzésű embert felháborít például az, ami a devizahitelesek beadványa kapcsán tavaly történt, amikor a bizottság a petíciót ugyan elfogadhatónak tartotta, de utóbb önkényesen elutasította egy teljesen téves, sőt cinikus indoklással. Holott a beadványban tételesen megjelölésre kerültek azon fogyasztóvédelmi uniós normák, amelyek a magyar országgyűlésben hozott úgynevezett forintosítási törvények által sérültek. Nem csodálom, hogy sokan ezért gittegyletként tekintenek a Petíciós Bizottságra.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il réclame un accroissement des ressources techniques et humaines du secrétariat de la commission des pétitions. Or c'est dans un but de propagande, car il précise que les pétitions doivent servir à expliquer les réussites de l'Union. J'estime que les véritables intermédiaires entre l'Union et les citoyens sont les eurodéputés, et non cette commission bureaucratique. En un seul week-end, je reçois plus de citoyens que cette commission ne le fait en un an!

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque incide en la necesidad de una mayor transparencia y una mayor capacidad de los ciudadanos europeos para denunciar los graves abusos de la normativa ambiental, laboral y de protección al consumidor que se producen en los Estados miembros. La comisión de Peticiones debe ser la voz de los europeos en esta Cámara y me parece fundamental seguir reforzándola.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that analyses the work of the Parliament's Petitions Committee during 2015.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Svrha je godišnjeg izvješća za 2015. godinu pružiti pregled rada Odbora za predstavke. Izvješće daje statističke podatke o broju predstavki koje je Odbor zaprimio, obradio ili zaključio te obuhvaćene države i pitanja o kojima je bilo riječ. Ti statistički podaci predstavljaju važan kvantitativni alat za ocjenjivanje rada odbora.

Godišnje statistike za 2015. pokazuju da većina građana traži pomoć Parlamenta u pitanjima vezanim za okoliš, pravdu, unutarnje tržište i temeljna prava. Prema statistikama tijekom 2015. Europski parlament je zaprimio 1431 predstavku, što predstavlja smanjenje od 47 % u odnosu na 2014.

Budući da predstavke imaju važnu ulogu u zakonodavnom procesu, jer ukazuju na postojeće propuste i nedostatke u prijenosu europskog zakonodavstva te omogućuju drugim odborima Parlamenta dobivanje korisnih i izravnih informacija za njihov zakonodavni rad u područjima za koja su nadležni, podržala sam ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Eiropas Parlamentam kā vienīgajai tieši ievēlētajai ES institūcijai jāuzņemas ne tikai likumdevēja loma, bet arī nepastarpināti jāstrādā ar konkrētiem iedzīvotājiem un iedzīvotāju grupām. Petīcijas ir spēcīgs instruments, lai veiktu šo darbu, un tas nekādā gadījumā nedrīkst pārvērsties par kārtējo tukšo formalitāti. Tāpēc es vienmēr atbalstīšu jebkuru piedāvājumu, kas palielinātu šī svarīgā demokrātijas instrumenta ietekmi un autoritāti.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. — Prostredníctvom petičného výboru sa umožňuje fyzickým a právnickým osobám s trvalým pobytom v Únii realizovať jedno zo základných práv – obracať sa so svojimi žiadosťami a sťažnosťami na Európsky parlament. Petície sú dôležitým nástrojom, ktorý určitým spôsobom poskytuje spätnú väzbu o vnímaní inštitúcií EÚ a ich úloh občanmi Únie. Predložená správa o činnosti Výboru pre petície poskytuje štatistické údaje a informácie dôležité nielen pre činnosť Parlamentu, ale aj Komisie. S týmito zisteniami je potrebné ďalej pracovať, vyhodnocovať ich a výsledky zohľadňovať pri prijímaní ďalších postupov a opatrení. Toto základné právo občanov by však nemali zneužívať niektorí populistickí poslanci na sebapropagáciu, zavádzanie a šírenie neprávd, čo poškodzuje dobré meno ich vlastnej krajiny.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τις δραστηριότητες της Επιτροπής Αναφορών κατά το έτος 2015, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 15/12/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport.

Ce texte concerne le résumé des travaux de la commission parlementaire responsable des pétitions en 2015. La rapporteure suggère d'augmenter le budget du secrétariat de la commission PETI afin de traiter des pétitions dans les meilleurs délais.

Nous trouvons cette augmentation déraisonnable, étant donné que le nombre de pétitions traitées par la commission en 2015 a diminué par rapport à 2014. Par ailleurs, le rapport envisage le renforcement de la propagande communautariste sous prétexte du manque d'informations suffisantes sur les outils de démocratie accessibles aux citoyens européens.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme vzali na vědomí zprávu o činnosti Petičního výboru za rok 2015. Tento výbor je důležitý z toho pohledu, že se jeho prostřednictvím mohou občané obracet na Parlament s žádostí o pomoc. Pracovní harmonogram Petičního výboru neodpovídá legislativnímu programu Evropské komise, ale utváří jej tedy sami občané. Z ročních statistik za rok 2015 vyplývá, že Evropský parlament obdržel 1 431 petic. Většina občanů žádá o pomoc v oblasti životního prostředí, soudnictví, vnitřního trhu nebo základních práv. Zpravodaj ve zprávě konstatuje, že největším problémem je, že občané nedostávají dostatečně odůvodněné odpovědi, v nichž se jejich petice prohlašují za nepřípustné, a dále případy zpoždění výboru při vyřizování petic. Petiční právo považuji za důležité právo každého občana obrátit se na Evropský parlament, např. v případech nedostačeného uplatňování evropských předpisů ze strany členského státu nebo nedodržování předpisů Společenství. Hlasoval jsem pro přijetí zprávy.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau EP rezoliucijai dėl Peticijų komiteto veiklos 2015 m. Manau, jog šis komitetas atlieka svarbų vaidmenį užtikrinant EP veiklos skaidrumą bei atvirumą ir sudarant galimybes piliečiams pateikti savo poziciją jiems aktualiais klausimais.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un rapport annuel sur l'activité de la commission des pétitions: il ressort que 1 431 pétitions ont été reçues en 2015, contre 2 714 en 2014, soit une baisse de 47 %.

Par conséquent, le rapporteur souhaite encourager et améliorer la communication avec les citoyens. En clair, il souhaite que des moyens supplémentaires, notamment financiers et humains, soient mis à la disposition de la commission de pétitions.

Ce rapport d'activité prétend donc défendre les citoyens, sauf quand ils ne sont pas dans la ligne de la pensée unique fixée par l'Union européenne.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le droit de pétition a toute son importance en tant que pilier de la citoyenneté européenne et élément de la démocratie participative. Il reconnait aux résidents et citoyens de l'Union le droit d'exprimer directement leurs préoccupations auprès du PE sur les politiques et mesures législatives les concernant. Pour preuve, en 2015, ce sont 1 431 pétitions que le Parlement européen a reçues. Celles-ci portaient principalement sur l'environnement, la justice, le marché intérieur et les droits fondamentaux. Les pétitionnaires utilisent cet outil de la démocratie pour faire entendre leurs propositions concernant l'élaboration des politiques européennes, mais aussi contester les décisions prises par les autorités nationales, ou encore dénoncer des lacunes dans l'application du droit de l'Union.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this report, which highlights the main activities of the Petitions Committee that are based on citizens' petitions to the Parliament. The Committee has the potential to reconnect institutions and EU citizens by directly involving them and assessing the impact of Community legislation on their everyday lives, which is very important.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Nous votons contre ce rapport, qui ne fait que demander plus de dépenses du Parlement pour améliorer l'image des institutions européennes, notamment en maintenant une façade «démocratique», pour continuer à répandre des idées européistes pro-migrants, combattre la montée de «la xénophobie et du racisme à travers l'Europe» et donner à la commission des pétitions un rôle de supplétif de la Commission européenne dans sa lutte contre la souveraineté des États.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport tend vers plus de dépenses publiques par la commission des pétitions, prétend défendre les citoyens sauf quand ils ne pensent pas «bien» (Brexit, rejet de l'immigration sauvage, etc.) et reconnaît le rôle de la commission PETI comme supplétif de la Commission européenne contre les États. Je vote donc contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – As the committee which deals directly with citizens, this report highlights the main activities of the Petitions Committee, which are based on citizens' petitions to Parliament. The Committee has the potential to reconnect institutions and EU citizens by directly involving them and assessing the impact of Community legislation on their everyday lives.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui dresse le bilan 2015 de l'activité de la commission des pétitions du Parlement européen: 1 431 pétitions (dont 943 recevables) ont été reçues en 2015, ce qui représente une baisse de 47 % par rapport à l'année 2014; 424 d'entre elles ont fait l'objet d'un examen rapide qui a permis d'apporter des informations pertinentes au pétitionnaire; 519 ont été laissées ouvertes pour être débattues au sein de la commission; 483 ont été déclarées irrecevables.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Most citizens tend to search assistance from the European Parliament for matters regarding environment, justice, internal market and fundamental rights. I am in favour of this report regarding the activities of the Committee on Petitions taking into consideration that the right to petition the European Parliament represents a cornerstone of European citizenship.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Z obsahu schválené zprávy chci vyzdvihnout, že předkladatelům petic byl zpřístupněn webový portál, na kterém se mohou zaregistrovat, předložit petici, stáhnout si doprovodné dokumenty a připojit se k peticím, které již byly vyhodnoceny jako přípustné. Bylo by namístě provést ještě navazující kroky směřující k dokončení zbývajících fází petičního webového portálu, na němž budou předkladatelé moci obdržet aktuální informace o stavu své petice a prostřednictvím automatických zpráv budou upozorňováni na změny v postupu vyřizování – jako je prohlášení o přípustnosti, obdržení odpovědi od Komise nebo zařazení petice na pořad jednání schůze výboru, včetně odkazu na příslušné internetové vysílání. Chci také upozornit na přijetí nařízení 910/2014/EU o elektronické identifikaci a důvěryhodných službách pro elektronické transakce na vnitřním trhu s tím, že Petiční výbor EP a všechny orgány Evropské unie by měly přijímat od všech 28 členských států EU dokumenty podepsané elektronickým podpisem.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da bedauerlicherweise die Bürger Polens noch immer nicht durch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union geschützt sind. Durch die Europäische Bürgerinitiative soll der europäische Integrationsprozess vorangetrieben werden.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. 2015. aasta aruanne näitab, et enamik kodanikest pöördub Euroopa Parlamendi poole selleks, et taotleda abi keskkonna-, õigus-, siseturu ja põhiõiguste küsimustes.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση για τις δραστηριότητες της Επιτροπής Αναφορών κατά το 2015. Η Επιτροπή Αναφορών έχει την ευκαιρία και αντιμετωπίζει τη μεγάλη πρόκληση, μετά τις τελευταίες εξελίξεις στο Ηνωμένο Βασίλειο, να αναπτύξει διάλογο με τους πολίτες, καθώς έχει τη δυνατότητα να συνδέσει εκ νέου τα θεσμικά όργανα με τους πολίτες της ΕΕ.

Η Επιτροπή Αναφορών πρέπει να ακούει και να συμβάλλει στην επίλυση των προβλημάτων που επηρεάζουν τους πολίτες της, καθώς, μέσω των αναφορών, μπορεί να αξιολογηθεί ο αντίκτυπος της κοινοτικής νομοθεσίας στην καθημερινή ζωή τους, ενώ παράλληλα ενισχύεται η ικανότητα αντίδρασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, συνεισφέροντας στην επίλυση των προβλημάτων που σχετίζονται κυρίως με την εφαρμογή της νομοθεσίας της ΕΕ. Οι αναφορές συνιστούν πολύτιμη πηγή πληροφοριών, καθώς εντοπίζουν κενά στην εφαρμογή της νομοθεσίας της ΕΕ.

Στο πλαίσιο της Επιτροπής Αναφορών πρέπει να καταβάλουμε κάθε προσπάθεια για να ανακτήσουμε την εμπιστοσύνη των πολιτών. Και αυτό πρέπει να το πράξουμε ακούγοντας και επιλύοντας τα προβλήματα που απασχολούν τους πολίτες.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Podržavam Rezoluciju o aktivnostima Odbora za predstavke tijekom 2015., uzimajući u obzir između ostalog i prava na podnošenje predstavki kao i činjenicu da je za Parlament korisno da odmah bude obaviješten o onome što posebno brine građane EU-a i osobe koje u njemu imaju boravište, kao što je predviđeno člancima 24. i 227. Ugovora o funkcioniranju Europske unije (UFEU).

Godišnjim izvješćem želi se pružiti točna i potpuna slika rada Odbora za predstavke čiji se program rada ne podudara sa zakonodavnim programom Komisije, već su sami građani ti koji ga utvrđuju ostvarujući svoje pravo na podnošenje predstavke Europskom parlamentu i izražavajući svoju zabrinutost različitim politikama i zakonodavstvom EU-a. Izvješće daje statističke podatke o broju zaprimljenih, obrađenih ili zaključenih predstavki obuhvaćene države i pitanja o kojima je bilo riječ.

U odnosu na prethodnu godinu, Španjolska je i dalje na prvom mjestu u 2015., a slijede Italija, Njemačka, Rumunjska i Poljska (jednu godinu prije peto mjesto pripalo je Ujedinjenoj Kraljevini). Naglašavam da je pravo na podnošenje predstavke Europskom parlamentu stup europskog građanstva te su vrijedan izvor informacija za utvrđivanje nedostataka u provedbi zakonodavstva EU-a.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Odbor za predstavke ima poseban značaj, jer ima potencijal za povezivanje institucija i građana Europske unije na način da ih se izravno uključuje te također omogućuje procjenu utjecaja zakonodavstva Unije na svakodnevni život građana. Program rada i aktivnosti Odbora za predstavke određene su predstavkama koje su dostavljene od strane građana koji koriste svoje pravo na upućivanje predstavki EP-u.

Osim aktivnosti Odbora u izvješću su navedeni i drugi aspekti kao što su odnosi s drugim institucijama EU-a i nacionalnim vlastima. Podsjećamo Komisiju da zbog članka 51. Povelje o temeljnim pravim građani često očekuju više od onoga što pravne odredbe Povelje u strogom smislu omogućavaju te njihova očekivanja ostaju neispunjena upravo zbog tog strogog i restriktivnog tumačenja članka 51. od strane Komisije.

Pozivam Komisiju da usvoji novi pristup bolje prilagođen tim očekivanjima. Izvješće također poziva i na poboljšanja internetskog portala na kojima građani mogu podnositi svoje predstavke s obzirom da se ovim portalom pospješuje transparentnost i interaktivnost postupka podnošenja predstavki.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – Este relatório descreve a atividade e trabalhos da Comissão das Petições. Detalha o número de petições recebidas, encerradas ou tratadas pela comissão ou sobre os países ou assuntos em questão, constituindo uma ferramenta quantitativa importante na avaliação do seu trabalho.

Durante 2015 foram recebidas 1431 petições (menos 47% do que em 2014), 943 foram consideradas admissíveis, das quais 424 tiveram uma análise rápida.

Da análise feita, regista-se que a maior parte dos cidadãos que usa este expediente para recorrer ao Parlamento, busca assistência em assuntos relacionados com o ambiente, os direitos fundamentais, a justiça e o mercado interno.

Outros peticionários procuram fazer ouvir as suas propostas relativamente à execução das políticas da União e outros ainda dirigem-se ao Parlamento Europeu para contestar decisões tomadas pelas autoridades nacionais e reclamar contra acórdãos dos tribunais nacionais.

A maioria denuncia deficiências na aplicação da legislação europeia, seja por transposição defeituosa da legislação, seja por não aplicação das normas comunitárias, seja ainda por violação das mesmas. Uma realidade que confirma o descontentamento e o crescente distanciamento dos cidadãos do processo de integração europeu.

Miroslav Poche (S&D), *písemně.* – Právo předkládat petice Evropskému parlamentu považuji za jeden z pilířů evropského občanství. Cílem výroční zprávy za rok 2015 je poskytnout přehled o činnosti Petičního výboru, jehož pracovní harmonogram utvářejí sami občané při výkonu svého petičního práva. Cílem této výroční zprávy je podat přesný a úplný výčet činnosti Petičního výboru. Tato zpráva odráží i další aspekty, jako jsou vztahy s ostatními evropskými orgány a vnitrostátními a regionálními orgány. Statistiky ukazují, že v roce 2015 obdržel Evropský parlament 1 431 petic, což je o 47 % méně než v roce 2014. Lze říci, že předchozí roky (2013 a 2014) byly co do počtu přijatých petic nejsilnější. Výrazný pokles v roce 2015 (téměř o polovinu) pravděpodobně odráží změnu trendu následující po trvalém nárůstu počtu petic přijatých během minulého volebního období. Osobně tento fakt považuji za pozitivní ukazatel nálad ve společnosti, který ukazuje, že občané EU jsou spokojeni s její činností.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport annuel qui est une synthèse du travail accompli par la commission des pétitions. Le présent rapport vise à donner une image précise et complète des travaux de la commission des pétitions; il fournit des statistiques sur le nombre de pétitions reçues, traitées et clôturées par la commission, ainsi que sur les pays concernés et les questions soulevées. Je rappelle que le droit de pétition auprès du Parlement européen est un droit fondamental pour les citoyens européens, qui peuvent ainsi nous faire part de leurs inquiétudes concernant les différentes politiques et mesures législatives de l'Union.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado favorablemente este informe anual sobre las actividades de la Comisión de Peticiones que describe las peticiones que la ciudadanía europea presenta ejerciendo su derecho de petición al Parlamento Europeo. El informe hace balance del funcionamiento de la comisión, resumiendo las peticiones más relevantes y las acciones que se han tomado al respecto. También se sugieren algunas recomendaciones para la mejora del funcionamiento de la comisión con el objetivo de acercar más la ciudadanía a las instituciones, en particular reforzar la cooperación y la facilitación de información por parte de la Comisión Europea, los gobiernos nacionales y los parlamentos nacionales.

La Comisión de Peticiones debe escuchar y ayudar a resolver los problemas que afectan a sus ciudadanos pues, a través de las peticiones, se puede evaluar el impacto de la legislación comunitaria en la vida cotidiana de éstos, a la vez que refuerza la capacidad de reacción del Parlamento Europeo ayudando a resolver los problemas relacionados principalmente con la aplicación de la legislación de la Unión. Las peticiones constituyen una valiosa fuente de información, al detectar lagunas en la aplicación de la legislación de la Unión.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui souligne que le droit de pétition a pour rôle de renforcer la capacité de réaction du Parlement européen, en aidant à résoudre les problèmes liés essentiellement à l'application du droit de l'Union, puisque les pétitions qui relèvent des domaines d'activité de l'Union et répondent aux critères de recevabilité constituent une source précieuse d'informations permettant de détecter d'éventuelles violations de la législation européenne. Le texte adopté invite la Commission à davantage employer ses pouvoirs pour garantir une mise en œuvre effective de la législation européenne, notamment en utilisant plus rapidement la procédure d'infraction en vertu des articles 258 et 260 du traité FUE. À noter, en 2015, que 431 pétitions ont été reçues à la commission des pétitions, ce qui représente une baisse de 47 % par rapport à l'année 2014, au cours de laquelle le Parlement européen avait reçu 2 714 pétitions.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Jahresbericht über die Tätigkeiten des Petitionsausschusses 2015 gestimmt.

Der Jahresbericht 2015 beschreibt die Hauptaktivitäten des Ausschusses im Hinblick auf die Ergebnisse der Petitionsbearbeitung und seine stärker werdende Rolle im Europäischen Parlament bei der europäischen Gesetzgebung und Revision allumfassend. Petitionen sind ein wertvolles Barometer, um die Bedenken der Bürger bei der Umsetzung und Anwendung europäischer Rechtsvorschriften nachvollziehen zu können.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe de mi compañera Ángela Vallina sobre el trabajo de la Comisión de Peticiones en el año 2015, puesto que éste además de recoger la actividad anual de PETI mantiene un enfoque crítico con la Comisión Europea, a la que insta a realizar un tratamiento adecuado a las peticiones presentadas, así como la información y la eliminación de barreras burocráticas para la presentación de las mismas y apela a la Comisión Europea para que aplique el principio de precaución en materia medioambiental.

Además, se refiere a la escandalosa legislación hipotecaria y de instrumentos financieros de riesgo en España y que han afectado desde el inicio de la crisis a centenares de miles de familias, afectadas por los desahucios, cláusulas abusivas y el escándalo de las preferentes que fue objeto de debate por la Eurocámara en el 2015.

Lamentablemente, la derecha, encabezada por el Partido Popular Europeo, logró eliminar en el voto en plenario las críticas a las políticas de austeridad.

Ahora bien, se mantuvieron aspectos positivos como el llamamiento a una mayor transparencia y a la puesta en marcha mecanismos de democracia participativa en la Unión, por lo que voté a favor.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as to vote in favour would be acknowledging the relevance of this committee.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – As the committee which deals directly with citizens this report highlights the main activities of the Petitions Committee which are based on citizens' petitions to the Parliament. The committee has the potential to reconnect institutions and EU citizens by directly involving them and assessing the impact of Community legislation on their everyday lives.

Also outlined are other aspects such as relations with other EU institutions and national authorities; some obstacles in the treatment of petitions such as the Commission's strict interpretation of Article 51 of the Charter of Fundamental Rights or the need for greater transparency on infringement procedures. The report also calls for improvements in the petitions web portal where citizens can upload their petitions.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh uznesenia o činnosti Výboru pre petície za rok 2015. V správe sa konštatuje, že v roku 2015 bolo prijatých 1431 petícií, čo predstavuje 47 % pokles v porovnaní s rokom predchádzajúcim. Počet prijatých petícii vzhľadom na celkovú populáciu Únie je nízky, čo naznačuje, že prevažná väčšina obyvateľov EÚ ešte nie je dostatočne informovaná o existencii petičného práva alebo jeho prípadnej užitočnosti ako prostriedku, ktorým môžu upozorniť inštitúcie a členské štáty EÚ na problémy, ktoré sa ich týkajú a ktoré ich trápia a patria do oblasti činnosti Únie. Európsky parlament je jedinou inštitúciou EÚ, ktorú si priamo volia občania, a petičné právo im ponúka možnosť, ako upozorniť svojich volených zástupcov na témy, ktoré ich trápia. V roku 2015 sa síce skrátil čas na spracúvanie petícii, no naďalej pretrváva stav absencie potrebného technického vybavenia a personálu na sekretariáte petičného výboru. Taktiež považujeme za nevyhnutné zlepšiť v budúcnosti spoluprácu s národnými parlamentmi a ich príslušnými výbormi, ako aj s vládami členských štátov, najmä s cieľom zabezpečiť, aby sa petíciou zaoberali príslušné orgány s potrebnými právomocami.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Pravica do vlaganja peticij je ena temeljnih pravic evropskih državljanov in prebivalcev ter je zapisana v ustanovni pogodbi in Listini o temeljnih pravicah Unije.

Namen letnega poročila o dejavnostih Odbora za peticije je predstaviti analizo peticij, prejetih v letu 2015, in odnosov z drugimi institucijami ter pripraviti pregled ciljev, doseženih v letu 2015.

V letu 2015 je bilo prejetih 1431 peticij, pri čemer jih je bilo dopustnih 943, od tega je bilo hitro pregledanih in zaključenih 424 peticij.

Žal se kaže, da še vedno velika večina državljanov EU ni seznanjena s tem sredstvom, s katerim lahko evropske institucije in države članice opozorijo na vprašanja in pereče težave, ki jih zadevajo in spadajo na področje delovanja EU, zato je tu treba storiti še več za promocijo. Pozdravljam tudi del poročila, ki poudarja, da so peticije alternativno in neodvisno sredstvo za preiskave in preverjanje skladnosti z zakonodajo EU in da se ta postopek ne izključuje s postopki, ki potekajo pred nacionalnimi sodišči, kar je zelo pomembno za državljane. Prav tako poročilo priznava pomembno vlogo peticij za zakonodajni postopek, saj omogočajo ugotavljanje obstoječih vrzeli in pomanjkljivosti pri prenosu zakonodaje EU in tu lahko storimo še več.

Zaradi vsega omenjenega sem poročilo podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Súčasťou stratégie zvyšovania dôvery verejnosti v inštitúcie Európskej únie by malo byť aj zefektívnenie európskeho petičného práva tak, aby bola iniciatíva občanov riadne prerokovaná a aby boli oprávnené námietky pri tvorbe a opravách legislatívy vzaté do úvahy.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Svrha godišnjeg izvješća o radu Odbora za predstavke je prezentirati analizu peticija zaprimljenih u 2015. godini i odnosa s drugim institucijama te predstaviti točnu sliku ciljeva ostvarenih u 2015. godini. Do sada je zaprimljen veoma mali broj molbi s obzirom na ukupnu populaciju Europske unije, što znači da građani EU-a nažalost još uvijek nisu svjesni prava na prigovor kao mogućeg sredstva kojim bi se Europskim institucijama ukazalo na pojedine probleme koji muče građane Unije.

Predstavke omogućuju institucijama saslušati probleme građana te pomoći u njihovu rješavanju jer se kroz predstavke može procijeniti utjecaj zakonodavstva Zajednice na njihov svakodnevni život dok jačajući sposobnost Europskog parlamenta da djeluje u skladu sa zahtjevima građana može pomoći u rješavanju problema uglavnom vezanih za provedbu zakonodavstva EU-a. Predstavke su vrijedan izvor informacija za utvrđivanje nedostataka u provedbi zakonodavstva EU-a.

Podržavam ovo izvješće jer smatram kako je Europski parlament jedina institucija EU-a čije predstavnike biraju građani te su oni ti koji svojim predstavkama mogu ukazati na pojedine probleme Unije i nedostatke koji se odnose na zakonodavni proces EU-a.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o dejavnostih Odbora za peticije v letu 2015.

Pravica do peticije, ki je bila uvedena z namenom enostavnejšega naslavljanja pobud oziroma pritožb s strani evropskih državljank in državljanov na institucije Evropske unije, je pomemben instrument, ki ga poznamo v EU. Lahko prispeva k boljši zakonodaji, s tem pa tudi pomembno vpliva na vsakdanje življenje ljudi. Še posebej v teh časih, ko se marsikateremu državljanu zaradi različnih kriz zdi EU zelo oddaljena, še bolj potrebujemo ta most med državljani in institucijami.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ έχει απωλέσει την εμπιστοσύνη των πολιτών και δυστυχώς δεν προσπαθεί να δημιουργήσει σωστούς, απλούς και λειτουργικούς μηχανισμούς, ώστε να δώσει βαρύτητα στον λόγο τους, τις ανησυχίες και τους προβληματισμούς τους. Αντιθέτως, προωθεί μόνο τα θέματα που αυτή θεωρεί σημαντικά με στόχο την αλλοίωση των εθνών και των χριστιανικών αξιών.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal hozzájárultam az EP Petíciós Bizottságának 2015. évi tevékenységéről szóló jelentés elfogadását. A tárgyévben a bizottsághoz érkezett beadványok száma az előző évhez képest jelentősen, 47 százalékkal csökkent, mindemellett a Petíciós Bizottság, illetve a munkáján keresztül közvetlenül az egyetlen közvetlenül választott EU-s intézményhez, az Európai Parlamenthez való fordulás lehetősége változatlanul fontos az EU működésének átláthatósága, polgárközelisége, az uniós állampolgárság megélése szempontjából.

A jelentés tagállami lebontásban is részletes adatsorral és fontos kiegészítő megállapításokkal szolgál. Ezekből kitűnik, hogy a beadványok jelentős része a környezetvédelem, illetve a szociális jogok területeit érinti, ami baloldali képviselőként és az ENVI bizottság tagjaként egyaránt figyelemre méltó tény saját képviselői munkám szempontjából is. Nagyra értékeltem továbbá, hogy a jelentés rámutat a Petíciós Bizottság munkáját és hatáskörét, vizsgálódását behatároló jogi és gyakorlati korlátokra, ugyanakkor több ponton érdemi javaslatokat is tesz ezek jövőbeni meghaladása érdekében.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – The 2015 Annual Report is purely an informative one, as it gives an overview of the work of the Committee on Petitions. The Committee of Petitions was established by citizens to give them the possibility to petition Parliament and share their concerns over various EU policies and legislation. The report provides statistics on the number of petitions received, dealt with and closed by the Committee, the countries concerned and the matters raised. According to the statistics, in 2015 the European Parliament received 1 431 petitions. I support this report as I believe in the necessity of such an instrument in order to increase transparency in the European Union.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé pour ce rapport. Le rapport annuel de 2015 a pour objet de donner une vue d'ensemble du travail de la commission des pétitions, dont le calendrier des activités ne correspond pas au programme législatif de la Commission européenne, mais est fixé par les citoyens qui, en exerçant leur droit de pétition auprès du Parlement européen, font part de leurs inquiétudes concernant les différentes politiques et mesures législatives de l'Union.

Ce rapport annuel vise à donner une image précise et complète des travaux de la commission des pétitions. Il présente les statistiques concernant le nombre de pétitions reçues, traitées ou closes par la commission des pétitions, les pays concernés et les thèmes abordés. Ces statistiques constituent un outil quantitatif important pour évaluer les travaux de la commission. Ce rapport se penche également sur d'autres aspects du travail de la commission, tels que les relations avec les autres institutions européennes et avec les autorités nationales et régionales.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The aim of this annual report is to give an overview of activities of the Committee on Petitions, whose work is not tied to the Commission's legislative program but based on citizens' petitions. The Committee on Petitions listens to and helps to solve problems affecting citizens directly. The petitions can help to better assess the impact that EU legislation has on people's daily lives by acting as a bridge between citizens and the institutions. I voted in favour of the report because I believe that the right to petition represents the opportunity for citizens to express their concern for issues such as fundamental rights, child welfare, disabled people, minority rights, etc. The report serves as an excellent tool to improve its functioning.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o aktivnosti odbora za predstavke u 2015. godini". Pad od 47 % u broju podnesenih predstavki u odnosu na 2013. godinu dovodi u pitanje uključenost, informiranost i zainteresiranost građana Europske unije u pitanja djelovanja . Podržavam jače povezivanje institucija i građana EU-a u rad Odbora za predstavke.

Također, podržavam traženje jamstva da Komisija redovito izvješćuje Parlament o napretku postupaka zbog povrede prava pokrenutih protiv pojedinačnih država članica kako bi se olakšala bolja suradnja i omogućilo informiranje podnositelja predstavki o napretku u ranom stadiju.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Izvješće o aktivnostima Odbora za predstavke u 2015. godini daje potpuni godišnji pregled rada tog odbora, pružajući statističke podatke o primljenom broju predstavki, broju predstavki koje je odbor obradio i riješio, broju predstavki po državi i glavnim temama predstavki. Smatram da je Odbor za predstavke vrlo bitan za ostvarivanje građanskih prava i izražavanje zabrinutosti građana u vezi brojnih politika i zakona Europske unije jer se na taj način nastavlja demokratski proces započet na izborima.

No iako je Odbor za predstavke važna poveznica između građana i institucija Europske unije, držim da i on treba raditi u skladu s načelom supsidijarnosti i proporcionalnosti, odnosno ne smije prozivati države članice za moguće nepravilnosti u područjima koja su u isključivoj nadležnosti država članica kao što je socijalna politika. Zbog toga sam glasovala protiv ovog izvješća.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o dejavnosti Odbora za peticije za leto 2015 sem podprla.

Letno poročilo 2015 je pregled dela Odbora za peticije. Program dejavnosti odbora ni vezan na zakonodajni program Evropske komisije, temveč ga krojijo državljani, ki z uveljavljanjem svoje pravice do vloge peticij pri Evropskem parlamentu izražajo zaskrbljenost v zvezi z vprašanji na različnih političnih in zakonodajnih področjih Unije.

Statistika za leto 2015 kaže, da se večina državljanov na Evropski parlament obrne s prošnjo za pomoč v zadevah, ki se nanašajo na okolje, sodstvo, notranji trg in temeljne pravice. V letu 2015 je bilo prejetih 1431 peticij, kar je 47 % manj kot v letu 2014. Na prvem mestu v letu 2015 po številu vloženih peticij je Španija, sledita ji Italija, Nemčija.

Analiza statističnih podatkov v zvezi s peticijami kaže, da sta poglavitna razloga za nedopustnost peticij dejstvo, da vlagatelji peticij še vedno mešajo med pristojnostmi EU in držav članic ter da ne razlikujejo med institucijami EU. Evropska komisija je pri obravnavi peticij še naprej primarna partnerica Odbora za peticije, saj je odgovorna za nadzor nad uporabo in spoštovanjem zakonodaje EU. Ključne teme odbora za peticije v letu 2015 so bile hipotekarna zakonodaja in tvegani finančni instrumenti, okolje ter invalidnost.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – The Committee of Petitions and its Secretariat deal with hundreds of petitions every month. Great progress has been made in order to provide petitioners with a timely response. However, more can be done in order to make the process better. Therefore, I have proposed that all documents which have been digitally signed should be accepted by Committee. This applies to digital signatures from all 28 Member States. It is important that the process is as easy and convenient as possible, in order to remove all possible barriers for the petitioners. The procedure should be simple so that everyone can make use of it.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le rapport propose d'encourager et d'améliorer la communication avec les citoyens et de leur expliquer les différents niveaux de compétences (européen, national et local), ce qui signifie engager des dépenses au détriment des contribuables européens. D'une manière générale, il souhaite accroître les ressources techniques et humaines du secrétariat de la commission des pétitions pour garantir un délai de traitement raisonnable.

Il souhaite également améliorer le sort réservé aux pétitions pour rendre plus positive la perception par les pétitionnaires des institutions européennes et pour expliquer les réussites et les avantages du projet européen.

Il rappelle aussi que la commission des pétitions a mis en garde la Commission européenne contre les manquements des États.

En d'autres termes, ce rapport tend vers plus de dépenses publiques par la commission des pétitions, qui prétend défendre les citoyens, sauf quand ils ne pensent pas «bien» (Brexit, rejet de l'immigration sauvage, etc.), et reconnaît le rôle de la commission PETI comme supplétif de la Commission européenne contre les États.

J'ai voté contre.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que, además de hacer un repaso de las peticiones ciudadanas recibidas en 2015 por la Comisión de Peticiones, remarca la importancia de esta forma de participación ciudadana, y la necesidad de dotarse de más medios para poder atender mejor las demandas de la sociedad. Así como la importancia de la colaboración de la Comisión Europea, los Estado miembros y del Defensor del Pueblo. Dadas las lagunas democráticas en el sistema de funcionamiento de la Unión, apoyo cualquier trabajo orientado a aumentar el control y la participación ciudadana en el debate político.

Valoro positivamente como el informe resalta y da voz a un gran número de peticiones en cuestiones de gran importancia como las medioambientales (las más numerosas); la denuncia de los problemas y los derechos de los discapacitados; la legislación hipotecaria. Si bien es cierto que otras quedaron en el tintero. El número de peticiones se ha reducido a la mitad, síntoma de la falta de confianza en la Unión. Por lo tanto, aunque la inclusión de la participación en las instituciones europeas es insuficiente, voto a favor de un informe que busca dar voz y mejorar este tipo de participación.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the annual report of the Committee on Petitions because it gives an account of the Committee's work during the past year and it presents a resolution drawing political and practical conclusions on the basis of petitions received and examined. Taking into account the persisting context of ideological clash over the fate of the Committee, the report is a good opportunity to consolidate and even go further on strengthening the important role of the Petitions Committee.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de mi informe sobre el trabajo de la Comisión de Peticiones en el año 2015 puesto que éste además de recoger la actividad anual de PETI mantiene un enfoque crítico con la Comisión Europea, a la que insta a realizar un tratamiento adecuado a las peticiones presentadas, así como la información y la eliminación de barreras burocráticas para la presentación de las mismas y apela a la Comisión Europea para que aplique el principio de precaución en materia medioambiental.

Además, se refiere a la escandalosa legislación hipotecaria y de instrumentos financieros de riesgo en España y que han afectado desde el inicio de la crisis a centenares de miles de familias, afectadas por los desahucios, cláusulas abusivas y el escándalo de las preferentes que fue objeto de debate por la Eurocámara en el 2015.

Lamentablemente, la derecha, encabezada por el Partido Popular Europeo, logró eliminar en el voto en plenario las críticas a las políticas de austeridad.

Ahora bien, se mantuvieron aspectos positivos como el llamamiento a una mayor transparencia y a la puesta en marcha mecanismos de democracia participativa en la Unión, por lo que voté a favor.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Le droit de pétition au Parlement européen est un des rares instruments institutionnels de la citoyenneté européenne.

La commission des pétitions du Parlement européen recueille les initiatives des citoyens, ce qui constitue un baromètre pour mesurer leurs inquiétudes. Ce rapport annuel présente un aperçu complet et précis des activités de la commission en 2015 et des relations avec les autres institutions européennes, nationales et régionales.

Il ressort des statistiques ainsi établies que les préoccupations des citoyens européens portent sur l'environnement, la protection des animaux, la justice, le marché intérieur, ou encore les droits fondamentaux.

Le rapport est très critique sur le rôle de la Commission, à laquelle les citoyens demandent en particulier de mieux veiller au respect des traités en ces domaines.

Une preuve en quelque sorte de l'avance de la société européenne sur ses institutions concernant ces questions.

J'ai voté en faveur de ce rapport présenté par ma collègue espagnole de la GUE/NGL Angela Vallina.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Durante 2015 foram recebidas 1431 petições (menos 47% do que em 2014), 943 foram consideradas admissíveis, das quais 424 tiveram uma análise rápida. O direito de petição deve ser um instrumento fundamental na via de uma democracia participativa. A PETI pode fazer um trabalho considerável para explicar e, eventualmente, provar os êxitos e benefícios do projeto europeu.

Em 2015 houve maior celeridade e eficiência ao nível do tratamento das petições. As principais questões abordadas são legislação ambiental, violações dos direitos fundamentais, aplicação da justiça (em particular, os direitos de custódia relativamente a menores), direitos da criança, das pessoas com deficiência e das minorias, livre circulação de pessoas, discriminação, imigração, emprego e bem-estar dos animais.

As petições podem ser um instrumento útil de envolvimento dos cidadãos. Contudo, o seu alcance é limitado e, na prática, este tem sido mais um adorno democrático do que uma verdadeira ferramenta de mobilização popular. Não será por aí que se resolverá o défice democrático da UE.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu o činnosti Výboru pre petície za rok 2015 som podporila. Táto správa nám poskytla prehľad aktivít výboru PETI, jednoduchú štatistiku, ale vyzdvihla aj silné stránky prejednávania petícií a poukázala na nedostatky. Správu som sa rozhodla podporiť najmä preto, že petícia je jedinečný nástroj, prostredníctvom ktorého môžu občania Európskej únie adresovať svoje starosti a problémy. Myslím si, že petície pomáhajú ľuďom viac sa angažovať vo verejnom živote a takisto posilňujú vedomie, že o riešenie ich problémov adresovaných v petíciách sa európske autority zaujímajú. Veľmi oceňujem, že obyvatelia Európskej únie aktívne riešia najmä problémy spojené s ochranou životného prostredia, ochranou práv spotrebiteľov a justíciou. Takisto je veľmi pozitívnou zmenou, že čas vybavovania petície sa skrátil, ako aj že bol vytvorený internetový portál, cez ktorý je možné elektronicky podávať a sledovať petície. Celkovo považujem výročnú správu za dobre zostavenú a zrozumiteľnú.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće o aktivnostima Odbora za predstavke u 2015 godini. Svrha je godišnjeg izvješće za 2015. godinu pružiti uvid u sveukupni rad Odbora za predstavke. Izvješće daje statističke podatke o broju predstavki koje je Odbor zaprimio, obradio ili zaključio, obuhvaćene države i pitanja o kojima je bilo riječ.

Pravo na predstavke treba osnažiti mogućnost djelovanja Europskog parlamenta, pomažući u rješavanju problema ponajviše vezanih za primjenu zakonodavstva EU-a. Kroz predstavke se može procijeniti utjecaj zakonodavstva EU-a na svakodnevni život građana Europe, dok jačajući mogućnost djelovanja Europskog parlamenta može pomoći u rješavanju problema uglavnom vezanih za provedbu zakonodavstva EU-a, jer predstavke predstavljaju vrijedan izvor informacija za utvrđivanje nedostataka u provedbi zakonodavstva EU-a.

Podržavam zahtjev Parlamenta upućen Komisiji za veći angažman oko Inicijative za građane Europe kako bi inicijativa razvila svoj puni potencijal i funkcionirala. Odbor za predstavke ima priliku i izazov, nakon najnovijih događaja u Ujedinjenoj Kraljevini, održavati dijaloga s građanima, jer posjeduje potencijal da ponovno spoji institucije i građane Europske unije, stavljajući građane u središte europskog projekta i ukazujući im na pozitivan učinak politika EU-a.

7.6. Internationale Luftverkehrsabkommen (B8-1337/2016, B8-1338/2016, B8-1339/2016)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Seán Kelly (PPE). – Mr President, further development of the aviation sector provides us with a renewed opportunity to boost Europe's economy, strengthen our industrial base and reinforce our position of global leadership in this market. I would support this motion for a resolution as a means to harness the European aviation model, thus adapting and responding to the specific obstacles and demands of this sector. Greater regulation in the areas of efficiency, infrastructure and investment are, however, crucial if we are to realise the true potential of a consolidated European aviation strategy.

I would like to conclude by thanking the Commission for its efforts to ensure that Norwegian Air can get a licence to fly from the United States to Cork and, hopefully, in due course, Shannon, in my country. It would reduce the price of flying transatlantic and give greater choice, and especially at regional airports it will be most welcome, so hopefully it will happen as soon as possible in Cork, in Shannon and maybe other airports as well.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta moción recuerda a la Comisión la necesidad de mantener informado e involucrado al Parlamento en las negociaciones sobre acuerdos de aviación internacionales. Si bien estos acuerdos pueden ser necesarios, para asegurar estándares mínimos sociales, ambientales y de seguridad y protección al consumidor, se han utilizado con más frecuencia con el fin de forzar a la baja los estándares europeos mediante la competencia con terceros países. Pese a compartir la necesidad de una mayor transparencia y escrutinio, no he querido que mi voto se interpretara en favor de esta estrategia, por lo que he preferido abstenerme.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento rezoliuciją dėl tarptautinių aviacijos susitarimų. Komisija Europos aviacijos strategijoje pasiūlė pradėti derybas dėl ES lygmens aviacijos saugumo susitarimų su Japonija ir Kinija ir ES lygmens oro susisiekimo paslaugų susitarimų su Kinija, Turkija bei šešiomis Persijos įlankos bendradarbiavimo tarybos valstybėmis narėmis, Armėnija ir ASEAN. Tarptautiniams susitarimams, priskiriamiems sričiai, kuriai taikoma įprasta teisėkūros procedūra, sudaryti reikia Parlamento pritarimo. Taip pat kai Komisija derasi dėl Sąjungos ir trečiųjų šalių arba tarptautinių organizacijų susitarimų Parlamentas turi būti nedelsiant ir išsamiai informuojamas visais derybų dėl tarptautinių susitarimų procedūros etapais. Siekdamas turėti galimybių nuspręsti, ar derybų pabaigoje duoti pritarimą, ar jo neduoti, Parlamentas turi stebėti procesą nuo jo pradžios. Palaikau nuomonę, kad Parlamentas nuo pat pradžių turėtų nuolat ir prireikus laikantis konfidencialumo gauti visą informaciją apie proceso eigą visais derybų etapais ir kad minėta informacija turi būti pateikiama Parlamentui taip, kad prireikus jam užtektų laiko pateikti savo nuomonę. Parlamentas, savo ruožtu, gavęs slaptos informacijos apie vykstančias derybas, privalo užtikrinti, kad bus išlaikytas visiškas konfidencialumas.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Les négociations pour l'avenir de l'aviation européenne, en particulier française, sont cruciales. Pour rappel, dès le début des années 2000, Air France avait alerté les autorités européennes et nationales sur la menace d'une concurrence déloyale de la part des transporteurs du Golfe. Il est indispensable d'envoyer un message politique clair et très ferme à l'égard de la Commission afin qu'elle adopte une approche transparente vis-à-vis du PE et autorités nationales. Il est légitime de le déplorer étant donné sa philosophie en matière de concurrence et son bilan désastreux en matière de dérèglementation.

J'ai voté contre la proposition de résolution de la commission des transports qui se contente de demander que la Commission soit transparente avec le Parlement et pour les propositions de résolution EFDD et ENL qui non seulement exigent de la part de la Commission la pleine transparence mais également de garantir une concurrence loyale et équitable entre les transporteurs aériens par le biais de clauses juridiques précises.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this resolution as I do not believe the European Union should have the right to negotiate international aviation agreements on the UK's behalf. These agreements should always be taken at a Member State level.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette proposition car j'estime également que le Parlement doit être impliqué dès le début des procédures dans le cadre des négociations d'accords internationaux en matière d'aviation. Il est donc nécessaire que la Commission transmette au Parlement les informations sur le lancement de certaines négociations ainsi que les informations nécessaires à l'analyse de ces accords.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución ha sido negociada entre todos los miembros de la Comisión TRAN con dos objetivos principales: pedir una mayor participación del Parlamento Europeo en la negociación de acuerdos internacionales con terceros países y garantizar que el principal criterio subyacente a cualquier acuerdo sea garantizar el cumplimiento de los estándares europeos de seguridad en todas sus dimensiones (material, técnica, profesional…). Hemos participado en la elaboración del texto como miembros de la Comisión y he votado a favor porque compartimos plenamente ambas prioridades.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta Resolución de la Comisión de Transportes y Turismo sobre los acuerdos de aviación internacionales cuyo debate tuvo lugar en el período parcial de sesiones de noviembre. En ella se destaca que, a fin de poder adoptar una decisión sobre si dar o no su aprobación al final de las negociaciones, el Parlamento necesita seguir el proceso desde el principio, y que interesa a todas las instituciones que se determinen y aborden lo antes posible aquellas cuestiones que revistan una importancia suficiente y que cuestionen la disponibilidad del Parlamento a dar su aprobación.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La risoluzione oggetto di voto è condivisibile e pare ben ponderata.

Ritengo necessaria una maggiore trasparenza da parte della Commissione in merito alle procedure negoziali di modifica e creazione di accordi aerei internazionali e credo che il Parlamento europeo debba essere maggiormente coinvolto in tutte queste fasi.

Per questi motivi ho votato a favore di questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – En marzo de 2016, el Consejo autorizó a la Comisión Europea a iniciar negociaciones sobre acuerdos de seguridad aérea con China y Japón, y sobre los acuerdos en materia de servicios aéreos con la ASEAN, Turquía, Qatar y los Emiratos Árabes Unidos el 7 de junio de 2016.

A día de hoy, la Comisión sigue deliberando sobre los proyectos de directivas de negociación para abrir las negociaciones sobre los acuerdos de la Unión en materia de servicios aéreos con China, México, Armenia y los cuatro Estados miembros restantes del Consejo de Cooperación del Golfo.

Esos acuerdos abren el espacio aéreo de la UE con algunos países del Golfo, que están compitiendo de manera desleal dando ayudas de Estado masivas a sus aerolíneas, comprando compañías europeas y operando en vuelos europeos con personal de terceros países en condiciones laborales que no respetan los mínimos estándares sociales europeos.

La Resolución, que he apoyado, solicita una mayor participación del Parlamento, situándose en pie de igualdad con el Consejo, e información antes y durante las negociaciones de los acuerdos aéreos con terceros países.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje nagrinėjami tarptautiniai aviacijos susitarimai. Komisija Europos aviacijos strategijoje pasiūlė pradėti derybas dėl Europos Sąjungos lygmens aviacijos saugumo susitarimų su Japonija ir Kinija ir dėl ES lygmens oro susisiekimo paslaugų susitarimų su Kinija, Turkija, šešiomis Persijos įlankos bendradarbiavimo tarybos valstybėmis narėmis, Armėnija ir su Pietryčių Azijos valstybių asociacija (ASEAN). Taryba leido Komisijai pradėti derybas dėl aviacijos saugumo susitarimų su Japonija ir Kinija ir derybas dėl ES lygmens oro susisiekimo paslaugų susitarimų su ASEAN, Turkija, Kataru ir Jungtiniais Arabų Emyratais. Tarptautiniams susitarimams, priskiriamiems sričiai, kuriai taikoma įprasta teisėkūros procedūra, sudaryti reikia Parlamento pritarimo. Europos

Parlamentas tikisi, kad Komisija atsakingam Parlamento komitetui suteiks informacijos apie ketinimus pasiūlyti derybas siekiant sudaryti ir keisti tarptautinius oro susisiekimo susitarimus, ir tikisi, kad Komisija su Taryba ir derybų partneriais pasieks susitarimus, pagal kuriuos Europos Parlamento nariams vienodomis teisėmis kartu su Taryba būtų suteikta prieiga prie visų susijusių dokumentų, įskaitant derybų nurodymus ir konsoliduotus tekstus. Parlamentas pripažįsta, kad jis, gavęs slaptos informacijos apie vykstančias derybas, privalo užtikrinti, kad bus išlaikytas visiškas konfidencialumas.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament és az Európai Bizottság közös megállapodása érdekében a Bizottság köteles a nemzetközi légi közlekedési tárgyalásokra vonatkozó információkat megosztani az EP illetékes bizottságával, a Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottsággal. Ennek keretein belül készült ez az állásfoglalási indítvány, melyet a Magyar Néppárti Delegáció is támogat. Az indítvány többek között hangsúlyozza, hogy annak érdekében, hogy a tárgyalások végén a képviselők döntést tudjanak hozni arról, hogy megadják-e egyetértésüket vagy sem, a Parlamentnek kezdettől fogva követnie kell a folyamatot. Ez a többi intézménynek is érdeke, hiszen ezáltal korai szakaszban azonosíthatják és kezelhetik mindazokat az aggályokat, amelyek súlyuk alapján kérdésessé tehetik a Parlament hajlandóságát egyetértésének megadására.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o međunarodnim sporazumima o zračnom prometu.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Cette question orale de la commission transport qui exige plus de transparence des négociations vis-à-vis du Parlement va certes dans le bon sens, mais est très loin de couvrir l'ensemble du sujet.

En effet, le transfert de souveraineté des États membres vers l'Union européenne en matière de négociation de droits de trafic entraîne ipso facto un renversement du rapport de force avec les pays tiers: ceux-ci obtiennent l'accès à l'ensemble de l'immense marché européen, alors qu'ils ne peuvent concéder que peu de choses en échange, qui ont d'ailleurs déjà été concédées pour la plupart. Ce type de négociation affaiblit donc considérablement le positionnement des compagnies européennes par rapport aux compagnies des pays tiers.

Je vote donc contre cette question orale. À l'inverse, je vote pour la résolution EFDD et ENL.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted in favour of this resolution because we feel that it grants more power and information to the European Parliament when international aviation agreements with third countries are being negotiated. We supported the fact that the motion for a resolution stresses that the EP has to have an access in order to fully follow the process of negotiation from the beginning and that all necessary (confidential) documents have to be given to the committee responsible. It is democratically correct that the Council and the Commission should be obliged to inform Parliament immediately and fully at all stages of the procedure. Therefore, we supported this motion for a resolution.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Negli ultimi anni diverse operazioni di assunzione di partecipazioni in compagnie europee da parte di compagnie di Paesi terzi hanno suscitato discussioni e provocato viva emozione nell'opinione pubblica. Inoltre le previsioni della Commissione si sono più volte dimostrate troppo ottimiste sugli effetti benefici degli accordi nel settore dell'aviazione.

Viene quindi doveroso ricordare che, a norma dell'articolo 218, paragrafo 10 TFUE, il Consiglio e la Commissione sono tenuti a informare immediatamente e pienamente il Parlamento in tutte le fasi delle procedure negoziali di nuovi accordi del settore e il Parlamento è chiamato a valutare con obiettività e libertà di coscienza l'opportunità o meno della conclusione di tali accordi, nell'interesse esclusivo dei cittadini dell'Unione Europea e della sicurezza internazionale.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Comisia a propus, în cadrul strategiei în domeniul aviației pentru Europa, să deschidă negocieri privind siguranța aviației civile cu Japonia și cu China, și privind acorduri în domeniul serviciilor aeriene la nivelul UE cu China, Turcia, Mexic, șase state membre ale Consiliului de Cooperare al Golfului, Armenia și ASEAN.

În acest context, Consiliul a autorizat Comisia să deschidă negocieri privind acordurile menționate anterior, însă este necesară și aprobarea Parlamentului pentru încheierea acordurilor internaționale în domeniile în care se aplică procedura legislativă ordinară. Potrivit prevederilor în vigoare, atunci când Comisia negociază acorduri între Uniune și țări terțe sau organizații internaționale, Parlamentul trebuie să fie „informat de îndată și pe deplin pe parcursul tuturor etapelor procedurii".

Susțin implicarea Parlamentului pe deplin în astfel de negocieri, motiv pentru care m-am declarat în favoarea acestei rezoluții care subliniază nevoia, precum și obligativitatea de a lua în considerare avizul Parlamentului în contexul unor astfel de decizii atât de importante pentru statele membre.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della risoluzione in questione che richiede un maggiore coinvolgimento del Parlamento nei negoziati che la Commissione sta portando avanti con il Giappone e la Cina su accordi in materia di sicurezza aerea e con l'Associazione delle nazioni del Sud-Est asiatico (ASEAN), la Turchia, il Qatar e gli Emirati arabi uniti su accordi a livello di UE in materia di servizi aerei.

La relazione richiede che il Parlamento sia messo al corrente fin dall'inizio del processo di negoziazione, così da poter decidere se concedere o meno l'approvazione. È infatti anche nell'interesse delle altre istituzioni individuare e affrontare precocemente qualsiasi questione di sufficiente importanza da mettere in dubbio la disponibilità del Parlamento a concedere l'approvazione.

L'ulteriore richiesta è che le informazioni siano fornite complete e dettagliate, ossia in modo tale da consentirgli di esprimere il proprio parere.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I supported this oral question, which urges the Commission to include and inform Parliament when negotiating international aviation agreements with third countries.

The Council has authorised the Commission to start negotiations on aviation safety agreements with China and Japan on 8 March 2016 and on EU-level air services agreements with ASEAN, Turkey, Qatar and United Arab Emirates on 7 June 2016. Furthermore, the Council is deliberating draft negotiating directives for opening negotiations on EU-level air service agreements with China, Mexico, Armenia, and the remaining four Member States of the Gulf Cooperation Council.

The resolution stresses that EP should have an access to fully follow the process of negotiation from the beginning and all necessary (confidential) documents have to be given to the Committee responsible, thereby giving maximum transparency.

There were some good amendments, including respect for sovereignty at national level and raising concerns related to opening the sky to third-party companies experiencing rapid growth at a time when many European companies are facing serious economic and financial difficulties.

For these reasons I voted in favour.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Nel quadro della strategia per l'aviazione in Europa la Commissione europea ha proposto di avviare negoziati in materia di sicurezza dell'aviazione civile con il Giappone e la Cina e in materia di servizi aerei a livello di UE con la Cina, la Turchia, il Messico, sei stati membri del Consiglio di cooperazione del Golfo, l'Armenia e l'ASEAN.

Ricordo che sia necessaria l'approvazione del Parlamento per la conclusione di accordi internazionali. I criteri in base a cui il Parlamento valuta gli accordi trasmessigli per approvazione includono il pieno e reciproco riconoscimento delle prassi e procedure di certificazione, lo scambio di dati sulla sicurezza, ispezioni comuni, una maggiore cooperazione normativa e consultazioni a livello tecnico intese a risolvere i problemi prima di attivare il meccanismo di composizione delle controversie.

Ho quindi votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε τις προτάσεις καθώς διαφωνούμε σε πολλά σημεία.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – La relazione è caratterizzata dalla richiesta di un maggiore coinvolgimento del Parlamento nel processo per la costituzione di accordi internazionali nel settore dell'aviazione.

La Commissione europea è quindi sollecitata ad attuare percorsi condivisi e trasparenti circa le tematiche in oggetto.

Voto positivo.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motions for resolutions on the international aviation agreements.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Comissão Europeia propôs na sua estratégia para a Europa a abertura de negociações sobre a segurança da aviação civil com um conjunto de países. Ora, na celebração de acordos internacionais em domínios aos quais é aplicável o processo legislativo ordinário, a aprovação do Parlamento é necessária, devendo ser, de acordo com o Acordo-Quadro sobre as relações entre o Parlamento e a Comissão, imediata e plenamente informado em todas as fases do processo.

Apoio esta resolução, que ressalva que o Acordo-Quadro estipula, em particular, que devem ser fornecidas ao Parlamento, desde o início, numa base regular e, se necessário, a título confidencial, todas as informações detalhadas relativas ao processo em curso em todas as fases das negociações e aguarda que a Comissão forneça à comissão parlamentar dos transportes informações sobre a intenção de propor negociações com vista à celebração e alteração de acordos internacionais sobre transportes aéreos, acesso a todos os documentos relevantes, nomeadamente diretrizes de negociação e textos consolidados, em paralelo e em pé de igualdade com o Conselho.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto condivido la necessità di una strategia aeronautica per l'Europa che rafforzi la propria base industriale e la posizione di leader mondiale nel settore del trasporto aereo.

È necessario incoraggiare la multimodalità. Data la necessità di una sempre maggiore efficienza delle infrastrutture esistenti, nonché la razionalizzazione degli investimenti, è evidente che i benefici della complementarità di tutte le modalità di trasporto sono ad oggi sottoutilizzati.

Condivido inoltre la necessità di proseguire nei miglioramenti nel campo della sicurezza e del rispetto dell'ambiente.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta moción recuerda a la Comisión la necesidad de mantener informado e involucrado al Parlamento en las negociaciones sobre acuerdos de aviación internacionales. Si bien estos acuerdos pueden ser necesarios, para asegurar estándares mínimos sociales, ambientales y de seguridad y protección al consumidor, se han utilizado con más frecuencia con el fin de forzar a la baja los estándares europeos mediante la competencia con terceros países. Pese a compartir la necesidad de una mayor transparencia y escrutinio, no he querido que mi voto se interpretara en favor de esta estrategia, por lo que he preferido abstenerme.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Numerosi sono gli aspetti critici presi in considerazione in questa risoluzione.

Il primo riguarda il rischio reale che taluni negoziati si concludano con accordi squilibrati sfavorevoli ai vettori aerei europei, in particolare in merito a distorsioni della concorrenza originate da aiuti di Stato a beneficio di alcune compagnie aeree terze.

In secondo luogo, sicurezza, protezione e qualità dei servizi offerti ai passeggeri sono stati considerati come elementi chiave per guidare i negoziati in questi ambiti.

In terzo luogo, è importante parlare della fiducia dei cittadini nelle istituzioni europee e nazionali, che dovrebbero essere preposte a difendere gli interessi di questi ultimi, fiducia che è minata dal segreto con il quale la Commissione avvolge i negoziati, come avviene anche per quelli in atto nel contesto del CETA, del TTIP e del TiSA.

Per queste ragioni ritengo che questo testo riesce ad affrontare alcuni dei problemi chiave in merito agli accordi internazionali nel settore dell'aviazione e quindi voto a favore.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Dostrzegając zasadność proponowanych rozwiązań, poparłem projekt rezolucji dotyczący międzynarodowych porozumień w dziedzinie lotnictwa. Wzrastające znaczenie umów w sprawie bezpieczeństwa lotniczego z Japonią i Chinami oraz umów o komunikacji lotniczej z Chinami, Turcją, Meksykiem, sześcioma państwami członkowskimi Rady Współpracy Państw Zatoki Perskiej, Armenią oraz ASEAN wymaga stworzenia wytycznych negocjacyjnych przed rozpoczęciem negocjacji.

Stwierdzam, że rola Parlamentu Europejskiego i jego zaangażowanie motywuje do tego, by był on informowany w sposób natychmiastowy i pełny na wszystkich etapach negocjacji. Parlament od samego początku procedury powinien otrzymywać regularne oraz – wówczas, gdy jest to konieczne, na zasadzie poufności – pełne informacje na temat procedury w toku na wszystkich etapach negocjacji.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which asks for the involvement and consent of the European Parliament in negotiations on international agreements. However, it must also be noted that I am concerned about the Commission desire to open up Europe's skies even further to hugely successful third-country airlines at a time when many European airlines are facing serious financial problems.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Consider că Comisia Europeană trebuie să ofere comisiei competente a Parlamentului informațiile necesare cu privire la intenția de a propune negocieri în vederea încheierii și modificării unor acorduri internaționale în domeniul aviației.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Pour qu'un accord international en matière d'aviation puisse entrer en vigueur il doit être nécessairement approuvé par le Parlement européen. Il est impératif que les députés puissent suivre chaque étape des négociations car une bonne coordination entre les institutions permet de réduire les délais pour l'approbation des accords internationaux. Alors que plusieurs négociations vont s'ouvrir pour la conclusion d'accords internationaux en matière d'aviation, notamment avec la Chine, le Japon et le Mexique, j'ai voté en faveur de cette résolution pour rappeler, à la Commission, le rôle du Parlement européen dans l'approbation de ce type d'accord et garantir des négociations efficaces.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament és az Európai Bizottság közös megállapodása érdekében a Bizottság köteles a nemzetközi légi közlekedési tárgyalásokra vonatkozó információkat megosztani az EP illetékes bizottságával, a Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottsággal. Ennek keretein belül készült ez az állásfoglalási indítvány, melyet a Magyar Néppárti Delegáció is támogat. Az indítvány többek között hangsúlyozza, hogy annak érdekében, hogy a tárgyalások végén a képviselők döntést tudjanak hozni arról, hogy megadják-e egyetértésüket vagy sem, a Parlamentnek kezdettől fogva követnie kell a folyamatot. Ez a többi intézménynek is érdeke, hiszen ezáltal a korai szakaszban azonosíthatják és kezelhetik mindazokat az aggályokat, amelyek súlyuk alapján kérdésessé tehetik a Parlament hajlandóságát egyetértésének megadására.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la proposition de résolution de la commission TRAN.

En décembre 2015, la Commission a présenté une stratégie de l'aviation pour l'Europe, impliquant, notamment:

— l'ouverture d'accords de sécurité avec le Japon et la Chine ;

— l'ouverture d'accords sur les services aériens avec la Chine, la Turquie, le Mexique, les six États membres du Conseil de coopération du Golfe, l'Arménie et l'Association des nations du Sud-Est asiatique.

Ces accords visent en effet à remplacer les accords bilatéraux existants par un accord européen unique, permettant aux transporteurs européens de faire face à la concurrence des pays émergents, notamment du Golfe.

Néanmoins, la Commission entretient un flou quant aux conditions de ces négociations. En outre, les précédents en la matière n'ont pas été avantageux pour l'Union européenne, notamment, en ce qui concerne les États-Unis (2007), s'agissant de la réciprocité (prises de participation avec droit de vote dans les sociétés américaines de 25% maximum, contre 49,9% en Europe, interdiction du cabotage, etc).

Le groupe ENF a, quant à lui, exigé davantage de transparence dans ces négociations.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Авиационният транспорт е един от най-сигурните видове транспорт, въпреки общественото мнение. Въпреки това обаче има много какво да се желае в областта на авиационната безопасност. Приветствам започването на преговори за безопасността на гражданското въздухоплаване с Япония и Китай, както и споразумението с Китай, Турция, Мексико и шест държави от Персийския залив, както и с Армения и страни от АСЕАН.

Разбира се, ние, като представители на своите държави в ЕС, трябва да сме запознати през цялото време с воденето на тези преговори и постигнатия напредък между преговарящите страни. Но тук трябва да се внимава, защото получената информация може да е чувствителна и по този начин споделянето на информация може да доведе до разкриване на поверителна информация.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on aviation agreements because it calls on the Commission to better inform and involve the European Parliament regarding its negotiations on aviation with some non-EU states. I made a commitment to my constituents in Wales that I would always work for more transparency.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Comissão propôs, na Estratégia da Aviação para a Europa, a abertura de negociações sobre segurança da aviação civil com o Japão e a China e, a nível da UE, de acordos em matéria de serviços aéreos com a China, a Turquia, o México, os seis Estados do Conselho de Cooperação do Golfo, a Arménia e a ASEAN.

No entanto, para poder tomar a sua decisão sobre a aprovação do documento no final das negociações, o Parlamento tem de acompanhar o processo desde o início até porque também é do interesse das demais instituições que quaisquer reservas suficientemente importantes para pôr em causa a disponibilidade do Parlamento para aprovar o acordo sejam identificadas e abordadas numa fase inicial.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour les propositions de résolution EFDD et ENL qui non seulement exigent de la part de la Commission la pleine transparence mais également de garantir une concurrence loyale et équitable entre les transporteurs aériens par le biais de clauses juridiques précises.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Como parte da «Estratégia de Aviação para a Europa», de Dezembro de 2015, a Comissão Europeia abriu negociações para acordos no domínio da aviação com vários países, asiáticos na sua maioria.

Este relatório apoia a Estratégia, à qual nos opomos severamente. Em síntese, o seu objetivo: «Incrementar a exploração, degradar a soberania, promover a concentração capitalista». Nos seus diversos capítulos – Estratégia para o Sector Aéreo, para a Navegação Aérea, para os Aeroportos, para a Assistência em Escala – encontramos formas diversas de servir os interesses das multinacionais europeias do sector; reduzir as normas de segurança operacional; acentuar as pulsões securitárias; subordinar o trabalho ao capital.

Da Estratégia se poderia dizer que se desenvolve em duas etapas: 1) criar as condições para a concentração monopolista à escala europeia, por essa via dando «músculo» aos grandes grupos europeus do sector; 2) criar condições no plano internacional para as multinacionais europeias colonizarem novos mercados mundo fora.

Objetivos que repudiamos em toda a linha.

O relatório não esconde o tom zangado com o facto de a liberalização não avançar com a velocidade que alguns querem.

A insistência nas questões multimodais e nas necessidades de uniformizar direitos dos passageiros para que elas sejam possíveis, dá a ideia de quererem evoluir para a desregulamentação por cima.

Votámos contra.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τις διεθνείς συμφωνίες αεροπορικών μεταφορών, καθώς η σύναψη των συμφωνιών αυτών θα επιφέρει δυσμενείς μεταβολές τόσο στο καθεστώς των προτύπων ασφαλείας όσο και στο ήδη ισχύον καθεστώς των προϋποθέσεων σε περίπτωση δυνητικής επένδυσης σε ευρωπαϊκό αερομεταφορέα (κάμψη της αρχής ότι το 49% της κυριότητας του αερομεταφορέα πρέπει να ανήκει σε Ευρωπαίους κ.τ.λ.). Την ώρα που ευρωπαϊκές αεροπορικές εταιρείες αντιμετωπίζουν πληθώρα οικονομικών προβλημάτων, με τον κίνδυνο της παύσης εργασιών τους να είναι ορατό, είναι τουλάχιστον ατυχές να συζητείται η παροχή δυνατοτήτων σε μουσουλμανικές (κυρίως) χώρες να εισέλθουν με εξαιρετικά ευνοϊκούς όρους στην ευρωπαϊκή αγορά αερομεταφορών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The single EU aviation market has been developed through dramatic changes in the economic and regulatory landscape of air transport in Europe to the benefit of consumers and business. The creation of the single EU aviation market has also had implications for the EU's external aviation relations, leading to the development of the EU's external aviation policy.

Closer international relations will not only provide access to new markets, but also allow the EU to ensure high standards of safety and security in international air transport as well as to work with others more effectively to address the impact of aviation on the environment and to safeguard fair competition in an increasingly globalised and liberalised aviation market.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament és az Európai Bizottság közös megállapodása érdekében a Bizottság köteles a nemzetközi légi közlekedési tárgyalásokra vonatkozó információkat megosztani az EP illetékes bizottságával, a Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottsággal. Ennek keretein belül készült ez az állásfoglalási indítvány, melyet a Magyar Néppárti Delegáció is támogat. Az indítvány többek között hangsúlyozza, hogy annak érdekében, hogy a tárgyalások végén a képviselők döntést tudjanak hozni arról, hogy megadják-e egyetértésüket vagy sem, a Parlamentnek kezdettől fogva követnie kell a folyamatot. Ez a többi intézménynek is érdeke, hiszen ezáltal a korai szakaszban azonosíthatják és kezelhetik mindazokat az aggályokat, amelyek súlyuk alapján kérdésessé tehetik a Parlament hajlandóságát egyetértésének megadására.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – I supported this resolution as the Framework Agreement states that the European Parliament should receive regular and full details of all procedures during the negotiations of international aviation agreements – if necessary this should be done on a confidential basis.

Given this, the Commission should provide the Parliament's committee responsible information about its intention on negotiations to conclude and amend international air agreements.

I support the resolution in expecting the Commission to reach an arrangement with the Council and with the negotiating partners so that Members of the European Parliament can have access to all the relevant documents. With these documents, the negotiating directives and consolidated texts should be included so that the European Parliament is on an equal footing with the Council.

Parliamentary scrutiny of these agreements from the directly elected representatives of the people of Europe is crucial for the democratic legitimacy of these negotiations and agreements and this deficit in representation needs to be addressed.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen und bilaterale Luftverkehrsabkommen schränken die internationale Wettbewerbsfähigkeit ein. Auch wird der Wettbewerb durch unfaire Subventionen oder Praktiken häufig verzerrt. Verhandlungen über Flugsicherheitsabkommen mit Japan und China sowie Verhandlungen über Luftverkehrsabkommen auf EU-Ebene mit dem Verband südostasiatischer Nationen (ASEAN), der Türkei, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten sollen diese Situation verbessern.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución ha sido negociada entre todos los miembros de la Comisión TRAN con dos objetivos principales: pedir una mayor participación del Parlamento Europeo en la negociación de acuerdos internacionales con terceros países y garantizar que el principal criterio subyacente a cualquier acuerdo sea garantizar el cumplimiento de los estándares europeos de seguridad en todas sus dimensiones (material, técnica, profesional…). Hemos participado en la elaboración del texto como miembros de la Comisión y he votado a favor porque compartimos plenamente ambas prioridades.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution. Elle favorisera l'adoption de nos standards dans le secteur de l'aviation afin d'assurer au mieux la sécurité des passagers européens et d'établir enfin une concurrence loyale avec les pays tiers.

Cette résolution prévoit à juste titre une collaboration technique et scientifique entre l'UE et les autres parties en matière de réduction des émissions des gaz à effet de serre des différents aéronefs dont la part dans le réchauffement climatique ne cesse de croître.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament és az Európai Bizottság közös megállapodása értelmében a Bizottság köteles a nemzetközi légi közlekedési tárgyalásokra vonatkozó információkat megosztani az EP illetékes bizottságával, a Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottsággal. Ennek keretein belül készült ez az állásfoglalási indítvány, melyet a Magyar Néppárti Delegáció is támogat. Az indítvány többek között hangsúlyozza, hogy annak érdekében, hogy a tárgyalások végén a képviselők döntést tudjanak hozni arról, hogy megadják-e egyetértésüket vagy sem, a Parlamentnek kezdettől fogva követnie kell a folyamatot. Ez a többi intézménynek is érdeke, hiszen ezáltal korai szakaszban azonosíthatják és kezelhetik mindazokat az aggályokat, amelyek súlyuk alapján kérdésessé tehetik a Parlament hajlandóságát egyetértésének megadására.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Prijedlog rezolucije o međunarodnim sporazumima o zračnom prometu jer smatram da Europski parlament treba dati svoju suglasnost ili izraziti kritiku za sklapanje ili izmjene međunarodnih sporazuma u područjima na koja se primjenjuje redovni zakonodavni postupak. S obzirom da je Komisija u okviru strategije zrakoplovstva za Europu predložila započinjanje pregovora o sigurnosti u civilnom zrakoplovstvu s Japanom i Kinom, te o sporazumima o uslugama u zračnom prometu s Kinom, Meksikom, Katarom, Ujedinjenim Arapskim Emiratima i državama članicama ASEAN-a. Smatram da je važno da je Europski parlament u potpunosti obaviješten o daljnjim koracima u pregovorima oko spomenute teme o međunarodnim sporazumima o zračnom prometu.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Dans un contexte de dure concurrence de notre aviation avec les compagnies et hubs du Golfe et de Turquie, il est capital de bien mesurer les enjeux de cet accord et de s'assurer de son application réciproque par les autres parties. La Commission entretient le flou sur les points non-négociables garantissant une concurrence loyale et équitable, et je crois indispensable d'être ferme en abordant avec elle les thématiques de fond inhérentes à ces accords «ciel ouvert» en ne se contentant pas d'appeler à une simple transparence de sa part avec le Parlement.

J'ai voté contre.

Dennis de Jong (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Vanzelfsprekend vindt de SP dat eventuele toekomstige internationale luchtvaartverdragen nooit als effect mogen hebben dat arbeidsomstandigheden of –voorwaarden van personeel werkzaam in de luchtvaartsector naar beneden worden bijgesteld. Nu al vooruitlopen op die inhoud van de verdragen willen wij echter niet. Daarom hebben we ons onthouden van stemming over de amendementen 4 en 6.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui demande à la Commission la pleine implication et la complète information du Parlement Européen pour tout accord international en matière d'aviation. Il est en effet important que notre institution, représentante des peuples, puisse être tenu informée en temps réel de toutes les informations relatives aux négociations dans ce domaine majeur. Il est important de le rappeler alors que la Commission a proposé dans sa stratégie de l'aviation pour l'Europe d'ouvrir, par exemple, des négociations sur la sécurité de l'aviation civile avec le Japon et la Chine ou encore des accords sur les services aériens au niveau de l'Union avec la Turquie, la Chine, etc.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diese Entschließung behandelt die Öffnung des europäischen Luftraums für Fluggesellschaften aus Drittstaaten. Der Ursprungstext des Transportausschusses kritisiert dabei die Kommission und den Rat scharf für eine intransparente Vorgehensweise im Bereich der Verhandlungen über Flugabkommen mit Drittstaaten. Ich habe diesem Entschluss daher zugestimmt.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament és az Európai Bizottság közös megállapodása érdekében a Bizottság köteles a nemzetközi légi közlekedési tárgyalásokra vonatkozó információkat megosztani az EP illetékes bizottságával, a Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottsággal. Ennek keretein belül készült ez az állásfoglalási indítvány, melyet a Magyar Néppárti Delegáció is támogat. Az indítvány többek között hangsúlyozza, hogy annak érdekében, hogy a tárgyalások végén a képviselők döntést tudjanak hozni arról, hogy megadják-e egyetértésüket vagy sem, a Parlamentnek kezdettől fogva követnie kell a folyamatot. Ez a többi intézménynek is érdeke, hiszen ezáltal a korai szakaszban azonosíthatják és kezelhetik mindazokat az aggályokat, amelyek súlyuk alapján kérdésessé tehetik a Parlament hajlandóságát egyetértésének megadására.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The Commission adopted an Aviation Strategy for Europe in December 2015. The aim of this resolution is to open negotiations on EU-level aviation safety agreements with Japan and China and air services agreements with the following countries: China, Turkey, Mexico, six Member States of the Gulf Cooperation Council, Armenia and the Association of Southeast Asian Nations (ASEAN). I voted in favour of this resolution in order to include the European Parliament in the process of negotiation.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle se contente de demander à la Commission d'être transparente avec le Parlement sans jamais aborder les problèmes de fond suscités par les accords «ciel ouvert» (réciprocité, investissements, règles de contrôle des compagnies, conditions de travail, droits de trafic, clauses garantissant une concurrence loyale et équitable, etc.).

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta Resolución recuerda a la Comisión la necesidad de mantener informado e involucrado al Parlamento en las negociaciones sobre acuerdos de aviación internacionales. Si bien estos acuerdos pueden ser necesarios para asegurar estándares mínimos sociales, ambientales y de seguridad y protección al consumidor, se han utilizado con más frecuencia con el fin de forzar a la baja los estándares europeos mediante la competencia con terceros países. Pese a compartir la necesidad de una mayor transparencia y control, no he querido que mi voto se interpretara en favor de esta estrategia, por lo que he preferido abstenerme.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Vijeće je ovlastilo Europsku komisiju da u okviru strategije zrakoplovstva za Europu predloži početak pregovora o sigurnosti u civilnom zrakoplovstvu s Japanom i Kinom i za početak pregovora o sporazumima o uslugama u zračnom prometu s Meksikom, Turskom i Kinom, šest država članica Vijeća za suradnju zemalja Perzijskog zaljeva, Armenijom i državama članicama ASEAN-a.

Europska komisija obvezna je nadležnom odboru Europskog parlamenta dati informacije o svojoj namjeri predlaganja pregovora radi sklapanja i izmjene međunarodnih sporazuma o zračnom prometu. Budući da sporazum treba osigurati da se ovlasti i nadležnosti institucija provode što učinkovitije i transparentnije, podržala sam ovaj prijedlog rezolucije.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The Commission proposed, in the Aviation Strategy for Europe, to open negotiations on civil aviation safety with Japan and China, and on EU-level air services agreements with China, Turkey, Mexico, six member states of the Gulf Cooperation Council, Armenia, and ASEAN. Parliament stressed that it needs to follow the process from the beginning and considered that it is also in the interests of the other institutions [that any concerns of sufficient importance] to call into question Parliament's readiness to grant consent be identified and addressed at an early stage.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με τις διεθνείς συμφωνίες αεροπορικών μεταφορών, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 23/11/2016, καθώς και διότι η εν λόγω πρόταση ψηφίσματος δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

La proposition de résolution, soumise au vote du Parlement européen par la Commission du transport et du tourisme vise à augmenter le niveau de transparence des actions de la Commission européenne dans le domaine des accords internationaux en matière d'aviation.

Nous soutenons ce principe mais nous ne pouvons pas accepter que les rapporteurs se limitent à cette demande. En effet, ils ignorent ainsi le danger de la concurrence déloyale de la part des transporteurs aériens venant des pays du Golf. Nous avons proposé une résolution alternative, trouvant celle-ci insuffisante. La proposition de résolution déposée par notre groupe parlementaire a mis l'accent sur la nécessité de garantir une concurrence loyale et équitable entre les transporteurs aériens par le biais de clauses juridiques précises. Elle a été, malheureusement, rejetée par le Parlement.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Nachdem die Kommission und der Rat bezüglich ihrer intransparenten Vorgehensweise im Bereich der Verhandlungen über Flugabkommen mit Drittstaaten aufs Schärfste verurteilt und kritisiert werden, habe ich diesen Antrag mitgetragen.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau Europos Parlamento rezoliucijai dėl tarptautinių aviacijos susitarimų. Komisija Europos aviacijos strategijoje pasiūlė pradėti derybas dėl ES lygmens aviacijos saugumo susitarimų su Japonija ir Kinija ir ES lygmens oro susisiekimo paslaugų susitarimų su Kinija, Turkija bei šešiomis Persijos įlankos bendradarbiavimo tarybos valstybėmis narėmis, Armėnija ir ASEAN. Tarptautiniams susitarimams, priskiriamiems sričiai, kuriai taikoma įprasta teisėkūros procedūra, sudaryti reikia Parlamento pritarimo. Taip pat kai Komisija derasi dėl Sąjungos ir trečiųjų šalių arba tarptautinių organizacijų susitarimų Parlamentas turi būti nedelsiant ir išsamiai informuojamas visais derybų dėl tarptautinių susitarimų procedūros etapais. Siekdamas turėti galimybių nuspręsti, ar derybų pabaigoje duoti pritarimą, ar jo neduoti, Parlamentas turi stebėti procesą nuo jo pradžios. Palaikau nuomonę, kad Parlamentas nuo pat pradžių turėtų nuolat ir prireikus laikantis konfidencialumo gauti visą informaciją apie proceso eigą visais derybų etapais ir kad minėta informacija turi būti pateikiama Parlamentui taip, kad prireikus jam užtektų laiko pateikti savo nuomonę. Parlamentas, savo ruožtu, gavęs slaptos informacijos apie vykstančias derybas, privalo užtikrinti, kad bus išlaikytas visiškas konfidencialumas.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une proposition de résolution émanant de la commission TRAN et concernant les accords internationaux en matière d'aviation avec notamment l'association des nations du Sud-Est asiatique, la Turquie, le Qatar, les Émirats Arabes Unis et l'Arménie.

Cette résolution a simplement pour objet de demander une clarification des objectifs et des enjeux des négociations entamées puisque comme pour le CETA, le TAFTA ou le TiSA, la Commission reste très discrète sur ce sujet.

J'ai donc voté contre la première résolution de la commission TRAN puisqu'elle se contente de simplement demander des éclaircissements.

J'ai voté pour la résolution EFDD et ENL qui en plus de demander plus de transparence à la Commission, réclame aussi la garantie d'une concurrence loyale et équitable dans le secteur aérien par l'intermédiaire de clauses juridiques précises.

Anne-Marie Mineur (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Vanzelfsprekend vindt de SP dat eventuele toekomstige internationale luchtvaartverdragen nooit als effect mogen hebben dat arbeidsomstandigheden of –voorwaarden van personeel werkzaam in de luchtvaartsector naar beneden worden bijgesteld. Nu al vooruitlopen op die inhoud van de verdragen willen wij echter niet. Daarom hebben we ons onthouden van stemming over de amendementen 4 en 6.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the amendments tabled by the ENF which deal with international air agreements on the 'Motion for a resolution on international aviation agreements'. The reason behind this relates to the very difficult situation Air Malta, Malta's national airline, is currently going through

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Depuis décembre 2015, la Commission entreprend de modifier les règles concernant les accords aériens internationaux. Malgré le fait que la Convention de Chicago ait consacré la souveraineté des États sur leurs espaces aériens, la Commission essaye d'obtenir de nouveaux mandats de négociations pour simplifier les ouvertures de ligne et développer les liaisons aériennes en remplaçant les traités bilatéraux existants par un accord unique à l'échelle européenne

La question orale en vote avait donc comme objectif de rappeler à la Commission les graves problèmes que rencontrent les compagnies aériennes européennes pour maintenir leurs parts sur le marché long-courrier, notamment du fait de la concurrence déloyale des pays du Golfe.

Le parlement reprochait aussi l'opacité totale des négociations entre la Commission et les pays avec lesquels de nouveaux accords devraient être signés, à l'instar du CETA, du TISA et du TAFTA.

Cependant, cette question orale a été vidée de son contenu par le PPE et ECR, et ne fait que demander plus de transparence à la Commission européenne. Nous voterons donc contre.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La question orale était la bienvenue vu les enjeux cruciaux que revêtent ces négociations pour l'avenir de l'aviation européenne, en particulier française. Pour rappel, dès le début des années 2000, Air France avait alerté les autorités européennes et nationales sur la menace d'une concurrence déloyale de la part des transporteurs du Golfe. Il est indispensable d'envoyer un message politique clair et très ferme à l'égard de la Commission afin qu'elle adopte une approche transparente vis-à-vis du Parlement européen et des autorités nationales. Il est légitime de le déplorer, étant donné sa philosophie en matière de concurrence et son bilan désastreux en matière de dérèglementation.

Je vote donc contre la proposition de résolution de la commission TRAN qui se contente de demander que la Commission soit transparente avec le Parlement et je vote pour les propositions de résolution EFDD et ENL, qui non seulement exigent de la part de la Commission la pleine transparence, mais lui demandent également de garantir une concurrence loyale et équitable entre les transporteurs aériens par le biais de clauses juridiques précises.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur les accords internationaux en matière d'aviation. Le texte rappelle à la Commission européenne qu'elle doit associer le Parlement européen dès le début de la procédure de négociation des accords d'aviation avec les Etats tiers afin que les députés européens puissent librement décider d'y apporter ou non leur approbation.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I am in favour of this motion for a resolution regarding international aviation agreements proposed in the Aviation Strategy for Europe which is an initiative to generate growth for European business, foster innovation and let passenger profit from safer, cleaner and cheaper flight while offering more connections.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für die vorliegende Resolution ausgesprochen, da im Text die intransparente Vorgehensweise des Rates im Bereich der Verhandlungen stark kritisiert wird.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Euroopa lennundusstrateegia raames saab Euroopa Komisjon alustada läbirääkimisi tsiviillennunduse ohutuse asjus Jaapani ja Hiinaga ning ELi tasandi lennunduslepingute üle Hiina, Türgi, Mehhiko, Pärsia lahe koostöönõukogu kuue liikmesriigi, Armeenia ja ASEANiga. Läbirääkimiste alustamiseks on vajalik Euroopa Parlamendi nõusolek.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Komisija je u prosincu 2015. usvojila strategiju zračnog prometa za Europu. U okviru strategije zračnog prometa predloženo je otvaranje pregovora o potpisivanju sporazuma na razini EU-a o sigurnosti zračnog prometa s Japanom i Kinom, kao i sporazuma o uslugama u zračnom prometu sa sljedećim zemljama: Kinom, Turskom, Meksikom, šest država članica Vijeća za suradnju u Zaljevu, Armenijom te Zajednicom naroda jugoistočne Azije (ASEAN).

U samom uvodu u strategiji naglašeno je kako je zrakoplovstvo snažan pokretač gospodarskog rasta, stvaranja radnih mjesta, trgovine i mobilnosti u Europskoj uniji. Vijeće je dalo ovlasti Komisiji da 8. ožujka 2016. pokrene pregovore o sporazumima o sigurnosti zračnog prometa potpisanima s Kinom i Japanom, a 7. lipnja 2016. pregovore o sporazumima na razini EU-a o uslugama u zračnom prometu potpisanima s državama članicama ASEAN-a, Katarom i Ujedinjenim Arapskim Emiratima.

Vijeće još uvijek raspravlja o nacrtu pregovaračkih smjernica za otvaranje pregovora o sporazumima na razini EU-a o uslugama u zračnom prometu potpisanima s Kinom, Meksikom, Armenijom i preostalim četirima državama članicama Vijeća za suradnju u Zaljevu. Kako Parlament mora pratiti proces pregovora od samog početka, podržavam ovu Rezoluciju Europskog parlamenta o međunarodnim sporazumima o zračnom prometu.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. — Como parte da «Estratégia de Aviação para a Europa», de Dezembro de 2015, a Comissão Europeia abriu negociações para acordos no domínio da aviação com vários países, asiáticos na sua maioria.

Este relatório apoia a Estratégia, à qual nos opomos severamente. Em síntese, o seu objetivo: «Incrementar a exploração, degradar a soberania, promover a concentração capitalista». Nos seus diversos capítulos – Estratégia para o Sector Aéreo, para a Navegação Aérea, para os Aeroportos, para a Assistência em Escala – encontramos formas diversas de servir os interesses das multinacionais europeias do sector; reduzir as normas de segurança operacional; acentuar as pulsões securitárias; subordinar o trabalho ao capital.

Da Estratégia se poderia dizer que se desenvolve em duas etapas: 1) criar as condições para a concentração monopolista à escala europeia, por essa via dando «músculo» aos grandes grupos europeus do sector; 2) criar condições no plano internacional para as multinacionais europeias colonizarem novos mercados mundo fora. Objetivos que repudiamos em toda a linha.

O relatório não esconde o tom zangado com o facto da liberalização não avançar com a velocidade que alguns querem. A insistência nas questões multimodais e nas necessidades de uniformizar direitos dos passageiros para que elas sejam possíveis, dá a ideia de quererem evoluir para a desregulamentação por cima. Votámos contra.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution car elle rappelle que le Parlement doit absolument être tenu informé de toutes les avancées de négociations des accords d'aviation. Je le dis en tant que rapporteur pour le Parlement sur l'accord en cours de négociation portant sur la sécurité aérienne entre l'Union européenne et le Japon. Ces accords, dont les mandats ont été distribués par le Conseil petit à petit à partir du lancement de la stratégie aviation en décembre 2015, sont pour la majeure partie d'une importance capitale pour notre économie et surtout pour nos compagnies et nos industriels aéronautiques. À la conclusion des accords, nous aurons le dernier mot pour valider ou infirmer l'accord final. Nous devons donc dès à présent savoir où les négociations vont pour pouvoir réorienter, si nécessaire, les discussions.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – En marzo de 2016 el Consejo autorizó a la Comisión Europea a iniciar negociaciones sobre acuerdos de seguridad aérea con China y Japón, y sobre los acuerdos en materia de servicios aéreos con la ASEAN, Turquía, Qatar y los Emiratos Árabes unidos el 7 de junio de 2016.

A día de hoy, la Comisión sigue deliberando sobre los proyectos de directivas de negociación para abrir las negociaciones sobre los acuerdos de la Unión en materia de servicios aéreos con China, México, Armenia y los cuatro Estados miembros restantes del Consejo de Cooperación del Golfo.

Esos acuerdos abren el espacio aéreo de la Unión con algunos países del Golfo, los cuales están compitiendo de manera desleal dando ayudas de Estado masivas a sus aerolíneas, comprando compañías europeas y operando en vuelos europeos con personal de terceros países en condiciones laborales que no respetan los mínimos estándares sociales europeos.

La resolución, que he apoyado, solicita una mayor participación del Parlamento, situándose en pie de igualdad con el Consejo, e información antes y durante las negociaciones de los acuerdos aéreos con terceros países.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – La Commission européenne ayant proposé, dans sa stratégie de l'aviation pour l'Europe, d'ouvrir les négociations sur la sécurité de l'aviation civile avec le Japon et la Chine, et sur les accords sur les services aériens au niveau de l'Union avec la Chine, la Turquie, le Mexique, six États membres du Conseil de coopération du Golfe, l'Arménie, et l'ASEAN et parce que l'approbation du Parlement est obligatoire pour la conclusion d'accords internationaux relevant de domaines pour lesquels la procédure législative ordinaire est d'application, j'ai soutenu ce rapport qui attend de l'exécutif européen qu'il informe la commission compétente du Parlement de l'intention de proposer le lancement de négociations en vue de la conclusion et de la modification d'accords aériens internationaux.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe dem Bericht zu einer Luftverkehrsstrategie für Europa zugestimmt.

Mit einer Luftverkehrsstrategie für Europa sollen die bestehenden Herausforderungen für den Luftverkehrssektor angegangen werden. Der Bericht zeigt verschiedene Möglichkeiten auf, die europäische Wirtschaft zu stärken und ihre weltweite Führungsposition im Luftverkehrssektor weiter auszubauen.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta moción recuerda a la Comisión la necesidad de mantener informado e involucrado al Parlamento en las negociaciones sobre acuerdos de aviación internacionales. Si bien estos acuerdos pueden ser necesarios, para asegurar estándares mínimos sociales, ambientales y de seguridad y protección al consumidor, se han utilizado con más frecuencia con el fin de forzar a la baja los estándares europeos mediante la competencia con terceros países. Pese a compartir la necesidad de una mayor transparencia y escrutinio, no he querido que mi voto se interpretara en favor de esta estrategia, por lo que he preferido abstenerme.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as the EU should not be involved in the sovereign airspace of the UK.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Komisia v stratégii v oblasti letectva pre Európu navrhla začať rokovania o bezpečnosti civilného letectva s Japonskom a Čínou a o dohodách na úrovni EÚ o leteckých službách s Čínou, Tureckom, Mexikom, šiestimi členskými štátmi Rady pre spoluprácu v Perzskom zálive, Arménskom a združením ASEAN. Pri uzavieraní medzinárodných dohôd, ktoré sa vzťahujú na oblasti, na ktoré sa uplatňuje riadny legislatívny postup, sa vyžaduje súhlas Parlamentu. Preto Parlament bude sledovať tento proces od začiatku, aby dokázal prijať rozhodnutie o tom, či po skončení rokovaní udelí súhlas. Vzhľadom na to, že sa rokuje v oblasti leteckej dopravy, ktorá je mimoriadne dôležitá pre inštitúcie v oblasti leteckej dopravy, ale aj občanov EÚ, prípadné pochybnosti je potrebné avizovať včas. Preto očakávame, že Komisia poskytne gestorskému výboru informácie vopred a tak, aby bolo zabezpečené zachovanie dôvernosti, pretože môže ísť o citlivé informácie v prebiehajúcich rokovaniach.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Resolucija Evropskega parlamenta o mednarodnih letalskih sporazumih poudarja, da mora Parlament, če naj ob koncu pogajanj sprejme odločitev o odobritvi mednarodnih letalskih sporazumov, spremljati celoten proces pogajanj in dogovarjanj o sporazumih že od začetka.

Okvirni sporazum posebej določa, da je treba Evropski parlament od vsega začetka redno in po potrebi zaupno obveščati o vseh podrobnostih postopka v teku v vseh fazah pogajanj. Resolucija prav tako izpostavlja, da Parlament od Komisije pričakuje, da bo pristojnemu odboru Parlamenta dala na voljo informacije o tem, da namerava predlagati začetek pogajanj o sklenitvi in spremembi mednarodnih sporazumov o zračnem prometu, da bo s Svetom in pogajalskimi partnericami uredila dostop poslancev Evropskega parlamenta do vseh ustreznih dokumentov, vključno s pogajalskimi smernicami in konsolidiranimi besedili, sočasno in enakopravno s Svetom. Vse te določbe resolucije so zelo pomembne, saj se trenutno Komisija pogaja o dvajsetih takšnih sporazumih na zelo netransparenten način, zato je ta resolucija zelo pomembna, saj poziva k večji vključenosti Parlamenta v postopke in k boljšemu dostopu do informacij.

Vse to je predpogoj za večjo transparentnost, zato sem sam resolucijo podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Európska komisia musí Európsky parlament včas, komplexne a pravdivo informovať o rokovaniach, ktoré za Európsku úniu vedie v oblasti dohôd o leteckej preprave. Oblasť leteckej bezpečnosti je citlivou otázkou a Európsky parlament musí mať dostatok podkladov v dostatočnom predstihu pred tým, ako vyjadrí svoj súhlas s príslušnými dohodami.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Svrha Izvješća je predstaviti novu zrakoplovnu strategiju za Europu. Zrakoplovstvo je snažan pokretač gospodarskog rasta, radnih mjesta, trgovine i mobilnosti za Europsku uniju te igra ključnu ulogu u gospodarstvu Europske unije. Sektor izravno zapošljava između 1,4 milijuna i 2 milijuna ljudi i doprinosi 110 milijardi eura u gospodarstvo Europske unije. Tijekom posljednjih 20 godina, liberalizacija unutarnjeg tržišta zrakoplovnih usluga i značajnog rasta potražnje u zračnom prometu unutar EU-a i svijetu, rezultirali su značajnim razvojem europskog zrakoplovnog sektora.

Cilj ovog Izvješća zrakoplovne strategije je jačanje konkurentnosti i održivosti cijele mreže zračnog prometa EU-a. Također, kako bi se podržala svjetska trgovina zrakoplova i srodnih proizvoda, EU treba proširiti raspon bilateralnih sporazuma za sigurnost zračnog prometa u cilju postizanja uzajamnog priznavanja normi za certifikaciju sigurnosti. Podržavam ovo Izvješće jer smatram da se usvajanjem ambiciozne vanjske politike u zrakoplovstvu može doprinijeti poboljšanju pristupa tržištu te poboljšanju investicijskih mogućnosti za europska zrakoplovstva u važnim inozemnim tržištima.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za predlog resolucije o mednarodnih letalskih sporazumih poročevalca Cramerja v imenu Odbora za promet in turizem.

Podpiram večjo vlogo Parlamenta v procesu sprejemanja različnih sporazumov, predvsem iz vidika različnih pomislekov in predlogov, ki se lahko porajajo že v zgodnji fazi in so pomembni tudi za končno odobritev sporazumov.

Zato resolucija Odbora za promet in turizem pravilno opominja, da okvirni sporazum posebej določa, da je treba Evropski parlament od vsega začetka redno in po potrebi zaupno obveščati o vseh podrobnostih postopka v teku v vseh fazah pogajanj.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε το ψήφισμα για τον λόγο ότι υπογραμμίζει στην Επιτροπή ότι θα πρέπει να λογοδοτεί στο Κοινοβούλιο αναφορικά με τις συμφωνίες για τις αερομεταφορές με τις αναφερόμενες τρίτες χώρες. Επί του κειμένου και της συμφωνίας θα τοποθετηθούμε όταν τα έχουμε μπροστά μας.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Διά της εν λόγω πρότασης ψηφίσματος επιχειρείται η σύναψη συμφωνιών για την ασφάλεια της αεροπορίας με την Ιαπωνία και την Κίνα, και συμφωνιών αεροπορικών υπηρεσιών σε επίπεδο ΕΕ με τον ASEAN, την Τουρκία, το Κατάρ και Ηνωμένα Αραβικά Εμιράτα.

Δυστυχώς όμως η σύναψη των συμφωνιών αυτών θα επιφέρει δυσμενείς μεταβολές τόσο στο καθεστώς των προτύπων ασφαλείας όσο και στο ήδη ισχύον καθεστώς των προϋποθέσεων σε περίπτωση δυνητικής επένδυσης σε ευρωπαϊκό αερομεταφορέα (κάμψη της αρχής ότι το 49% της κυριότητας του αερομεταφορέα πρέπει να ανήκει σε ευρωπαίους κ.τ.λ.). Την ώρα που ευρωπαϊκές αεροπορικές εταιρείες αντιμετωπίζουν πληθώρα οικονομικών προβλημάτων, με τον κίνδυνο της παύσης εργασιών τους να είναι ορατό, είναι τουλάχιστον ατυχές να συζητείται η παροχή δυνατοτήτων σε μουσουλμανικές (κυρίως) χώρες να εισέλθουν με εξαιρετικά ευνοϊκούς όρους στην ευρωπαϊκή αγορά αερομεταφορών.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament és az Európai Bizottság közös megállapodása érdekében a Bizottság köteles a nemzetközi légi közlekedési tárgyalásokra vonatkozó információkat megosztani az EP illetékes bizottságával, a Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottsággal. Ennek keretein belül készült ez az állásfoglalási indítvány, melyet a Magyar Néppárti Delegáció is támogat. Az indítvány többek között hangsúlyozza, hogy annak érdekében, hogy a tárgyalások végén a képviselők döntést tudjanak hozni arról, hogy megadják-e egyetértésüket vagy sem, a Parlamentnek kezdettől fogva követnie kell a folyamatot. Ez a többi intézménynek is érdeke, hiszen ezáltal korai szakaszban azonosíthatják és kezelhetik mindazokat az aggályokat, amelyek súlyuk alapján kérdésessé tehetik a Parlament hajlandóságát egyetértésének megadására.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogatni szándékoztam a nemzetközi légi közlekedési megállapodásokról szóló állásfoglalási indítványt. Az európai légi közlekedési stratégiában javasoltakkal összhangban a Bizottság felhatalmazást kapott a Tanácstól, hogy megnyissa a repülésbiztonsági megállapodásokról szóló tárgyalásokat Japánnal és Kínával, valamint hogy kezdje meg az ASEAN-nal, Törökországgal, Katarral és az Egyesült Arab Emírségekkel az uniós szintű légi közlekedési megállapodásokról szóló tárgyalásokat. Egyetértek az állásfoglalási indítvánnyal, hogy az Európai Parlamentnek kezdettől fogva követnie kell a folyamatot. Annál is inkább, mivel a tárgyalások végén döntést kell hoznia arról, hogy megadja-e egyetértését vagy sem. Helytálló az a megállapítás, hogy a többi intézménynek is érdeke, hogy már korai szakaszban azonosítsák és kezeljék azokat az aggályokat, amelyek kérdésessé tehetik a Parlament hajlandóságát egyetértésének megadására.

Helyeslem továbbá az indítvány felhívását, miszerint a Bizottság tegye lehetővé, hogy az Európai Parlament képviselői számára a Tanáccsal párhuzamosan és egyenrangú félként hozzáférést biztosítsanak minden releváns dokumentumhoz, beleértve a tárgyalási irányelveket és az egységes szerkezetbe foglalt szövegeket.

Claudia Ţapardel (S&D), *in writing*. – In the past 30 years the European Union has created the world's largest and most successful single aviation market, which developed through dramatic changes in the economic and regulatory landscape. However, today the European Union is not only focusing on the internal aviation market, but also on a harmonised external aviation policy, that would benefit the EU economy and its citizens. I salute this report, although I would like to stress that these agreements should not only focus on economic gains, but also on air safety standards for crew and passengers, and the rights of employees.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution, résultat d'une question pertinente à la Commission.

Pour pouvoir déterminer s'il accordera son approbation ou s'il refusera de la donner au terme des négociations, le Parlement doit suivre la procédure dès le départ. Il est également de l'intérêt des autres institutions d'identifier et de régler le plus tôt possible tout problème de nature à dissuader le Parlement de marquer d'emblée son approbation.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I fully supported the text of the resolution on international aviation agreements. In December 2015, the European Commission detailed its intention to negotiate new air and safety agreements with some of the strategic partners of the EU. In line with the Lisbon Treaty and the increased role of the European Parliament, I find it of particular importance that the European Parliament be fully informed at all stages of the negotiations. I believe it will contribute to the success of the negotiations and broad acceptance by the citizens. I respect that the Commission leads the negotiations on behalf of the European Union and therefore agree that, for the sake of good negotiations, some elements may be sensitive, but I trust that the Parliamentarians and the staff involved will guarantee the confidential nature of such information wherever necessary.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – La situazione attuale dell'aviazione ha visto diverse compagnie aeree europee e americane denunciare presso le rispettive autorità pubbliche distorsioni della concorrenza originate da aiuti di Stato a beneficio di alcune compagnie aeree di paesi terzi.

Se si tiene presente che, negli ultimi anni, diverse assunzioni in compagnie europee e in compagnie di paesi terzi hanno suscitato dibattiti accesi nell'opinione pubblica, il Parlamento chiede alla Commissione di tutelare, primariamente, i lavoratori e i passeggeri comunitari, valutando con attenzione l'ipotesi di aprire maggiormente il cielo europeo alle compagnie extraeuropee.

La situazione appare ancora più drammatica se si considera che alcune di queste compagnie registrano un'espansione di una certa importanza mentre molte compagnie europee sono confrontate con notevoli difficoltà finanziarie.

Chiediamo quindi di affrontare l'attuale situazione normativa, considerando che le sfide collegate agli accordi condizionano la sicurezza, la protezione e la qualità dei servizi offerti ai passeggeri e incidono sul futuro delle compagnie e dell'industria aeronautica europee.

Infine, l'esito dei negoziati non deve prevedere una rinegoziazione delle norme verso il basso, con inevitabili conseguenze negative sia a livello di sicurezza, sia sul piano della condizioni di lavoro dei dipendenti del settore.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o međunarodnim sporazumima o zračnom prometu (B8-1337/2016)" s obzirom na Rezoluciju Europskog parlamenta o zrakoplovstvu iz 2015. godine. Suradnja o sigurnosti u civilnom zrakoplovstvu i o uslugama u zračnom prometu na razini EU-a može donijeti pozitivne posljedice za građane Europske unije, ali i za članove posade i zrakoplovnu industriju općenito.

Parlament se i dalje treba izvještavati o postupcima koji su vezani uz sporazume Unije s trećim zemljama te mu se treba omogućiti stavljanje veta na situacije kada se daje prednost zrakoplovnim kompanijama sa središtem u zemljama koje nisu države članice EU-a, dok su europske suočene s financijskim poteškoćama.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podupirem i držim korisnim sporazume o zračnom prometu – trenutno su u pregovoru sporazumi o sigurnosti u zračnome prometu sa Kinom i Japanom, te sporazumi o uslugama u zračnom prometu sa državama ASEAN-a, Turskom, Katarom te Ujedinjenim Arapskim Emiratima. Držim da je briga i zaštita sigurnosti u zračnome prometu segment od iznimnog značaja, te upravo idealan primjer dodatne vrijednosti koju Unija može pružiti svojim građanima.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Resolucijo Evropskega parlamenta o mednarodnih letalskih sporazumih sem podprla.

Komisija je v letalski strategiji za Evropo predlagala začetek pogajanj o varnosti v civilnem letalstvu z Japonsko in Kitajsko ter o sporazumih o zračnem prometu na ravni EU s Kitajsko, Turčijo, Mehiko, šestimi državami članicami Sveta za sodelovanje v Zalivu, Armenijo in ASEAN (združenje jugovzhodnih azijskih narodov).

Če mora Parlament ob koncu pogajanj sprejeti odločitev, mora spremljati proces že od vsega začetka. Evropski parlament je treba od vsega začetka redno in po potrebi zaupno obveščati o vseh podrobnostih postopka v teku v vseh fazah pogajanj. Parlament pa zagotavlja popolno zaupnost pridobljenih informacij.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I welcome and support the Commission's mandate to negotiate the future comprehensive aviation agreements and include a strong and clear fair competition clause to make sure airlines can compete on a level playing field and without unacceptable State aid and subsidies. I always insisted and will continue to insist with the Commission with the following questions:

1. Can the Commission clarify whether there is a link between accepting the fair competition clause and financial transparency elements in the future comprehensive aviation agreements, and continuing to operate in EU airspace with a licence granted by EU air carriers that third parties invested in?

2. If a Gulf carrier refuses to cooperate or to provide any information about public subsidies or financial support, what are the tools that the Commission can use with regard to traffic rights and other European airlines that operate in Europe?

3. Does not the Commission believe that in order to be consistent, there should be a clear link between safeguarding 'fair competition', accepting the fair competition clause provisions and checking the origins of money used in EU carriers' investments ?

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. –Esta resolución ha sido negociada entre todos los miembros de la Comisión TRAN con dos objetivos principales: pedir una mayor participación del Parlamento Europeo en la negociación de acuerdos internacionales con terceros países y garantizar que el principal criterio subyacente a cualquier acuerdo sea garantizar el cumplimiento de los estándares europeos de seguridad en todas sus dimensiones (material, técnica, profesional…). Hemos participado en la elaboración del texto como miembros de la Comisión y he votado a favor porque compartimos plenamente ambas prioridades.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour because it stresses that in order to be able to take its decision on whether or not to grant consent at the end of the negotiations, the Parliament needs to follow the process from the beginning.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. — Pabrėžiu, kad, siekdamas turėti galimybių nuspręsti, ar derybų pabaigoje duoti pritarimą, ar jo neduoti, Parlamentas turi stebėti procesą nuo jo pradžios.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta propuesta de Resolución evalúa una iniciativa amplia –que abarca medidas legislativas, acuerdos internacionales y otros instrumentos– destinada a desarrollar una estrategia de aviación para Europa. Partiendo del reconocimiento de que el sector es esencial para la economía europea –y, por tanto, considerando vital que continúe siendo competitivo y sostenible–, el texto identifica tres áreas de actuación. Entre ellas destaca la necesidad de desarrollar una política externa de aviación ambiciosa, que garantice la competencia leal para las compañías europeas y la entrada en mercados en crecimiento, o la importancia de mantener los altos niveles de seguridad en la aviación. Apoya que estos desafíos se afronten manteniendo una agenda social fuerte y creando empleos de calidad en el sector, así como protegiendo los derechos de los usuarios, asegurando continuidad en la innovación y el desarrollo de las tecnologías digitales o contribuyendo a alcanzar las metas fijadas en materia de cambio climático y mercado energético. Con el objetivo de que siga reforzándose la competitividad del sector de la aviación en la Unión Europea, he decidido votar a favor de esta propuesta.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta moción recuerda a la Comisión la necesidad de mantener informado e involucrado al Parlamento en las negociaciones sobre acuerdos de aviación internacionales. Si bien estos acuerdos pueden ser necesarios, para asegurar estándares mínimos sociales, ambientales y de seguridad y protección al consumidor, se han utilizado con más frecuencia con el fin de forzar a la baja los estándares europeos mediante la competencia con terceros países. Pese a compartir la necesidad de una mayor transparencia y escrutinio, no he querido que mi voto se interpretara en favor de esta estrategia, por lo que he preferido abstenerme.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O projeto de relatório sobre uma Estratégia da Aviação para a Europa apoia o documento tornado público pela Comissão há um ano, e que mereceu na altura uma severa crítica de amplos setores da sociedade. No fundo, trata-se do mesmo objetivo de fundo de promover um mercado único para a aviação civil, promovendo a concentração, reduzindo as normas de segurança operacional, acentuar as pulsões securitárias e o controlo de dados.

Esta ideia de uma «autoestrada do Céu Transeuropeia» como chavão destinado a concretizar a plena concretização do Céu Único não pode disfarçar esta realidade. De resto, registe-se o lamento pelo facto de a liberalização não estar a acelerar como alguns querem.

A referência às vantagens da complementaridade dos meios de transporte contrasta com as alegadas vantagens da introdução de uma ofensiva liberal que só irá contribuir para a degradação do serviço e o enriquecimento dos mesmos de sempre.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Nachdem die Kommission und der Rat bezüglich ihrer intransparenten Vorgehensweise im Bereich der Verhandlungen über Flugabkommen mit Drittstaaten aufs Schärfste verurteilt und kritisiert werden, habe ich diesen Antrag mitgetragen.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh uznesenia o medzinárodných dohodách v oblasti letectva som podporila. Tento návrh nadväzoval na stratégiu Európskej komisie o oblasti letectva, ktorej súčasťou bolo aj navrhované zahájenie rokovaní o dohodách o bezpečnosti letectva a dohodách o leteckých dopravných službách s niektorými ázijskými krajinami. Keďže všetky tieto dohody sú ešte iba v počiatočnom štádiu, v uznesení sme vyzvali na zabezpečenej úplnej a včasnej informovanosti Európskeho parlamentu o postupe pri rokovaniach o nich. Myslím si, že Európsky parlament by mal byť čo najskôr informovaný o všetkých dôležitých pokrokoch pri rokovaniach, keďže na konci procesu bude požiadaný o súhlas s uzavretím tej ktorej dohody. Pri zahrnutí Parlamentu do všetkých fáz rokovaní tak bude situácia jednoduchšia a Parlament sa bude môcť rýchlejšie a kvalifikovanejšie rozhodnúť.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre os acordos internacionais no domínio da aviação por concordar com a insatisfação do Parlamento Europeu que não foi devidamente informado da evolução das negociações internacionais com a China e o Japão nesta matéria.

Defendo que a Comissão Europeia deve adotar as medidas necessárias para melhorar o atual sistema de informação do Parlamento sobre a negociação de acordos internacionais e comunique automaticamente ao Parlamento detalhes sobre todas as fases do processo num espírito de cooperação interinstitucional.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog rezolucije o međunarodnom sporazumu u zračnom prometu. Europski sektor zrakoplovstva može se uklopiti u konkurentno globalno okruženje, a međunarodni sporazumi s Kinom, Japanom, Turskom, ASEAN-om, Meksikom, članicama GULFA i Armenijom će uvelike pridonijeti tom cilju. Ovime se želi osigurati da industrija zrakoplovstva ostane u procesu rasta i koristi za ekonomiju Europe.

EU ugovori o transportu s ovim partnerima imaju za cilj osigurati pristup tržištu koji se temelji na prihvaćanju zajedničkih pravila. EU bilateralni sporazumi o zrakoplovstvu promiču suradnju kako bi se osigurala visoka razina civilne sigurnosti i ekološke prihvatljivosti, aspekt sigurnosti i zaštite mora biti u središtu svih napora u cilju jačanja uspješnosti i učinkovitosti jedinstvenog europskog tržišta zrakoplovstva kako bi se zajamčili održanje povjerenja potrošača i globalna konkurentnost sektora zrakoplovstva EU-a.

U sklopu ovih sporazuma smatram da Komisija i Vijeće prema članku 218. UFEU-a u potpunosti trebaju uključiti i izvještavati Parlament u svim fazama pregovora o međunarodnim sporazumima o zračnom prometu.

Przewodniczący. – Niniejszym zamykam wyjaśnienia dotyczące głosowania.

8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Posiedzenie zostało zawieszone o godz. 13.00 i wznowione o godz. 15.00)

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

10. Bewältigung der Herausforderungen in Verbindung mit der Umsetzung des Zollkodexes der Union (UZK) (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest oświadczenie Komisji w sprawie stawienia czoła wyzwaniom związanym z wdrożeniem unijnego kodeksu celnego ((2016/3024(RSP)).

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you for giving me the opportunity to discuss the excellent draft resolution by the Committee on the Internal Market and Consumer Protection that is before us today. It summarises very well the challenges involved in implementing the Union Customs Code (UCC).

As highlighted in the resolution, the customs union is a cornerstone of the European Union and is essential for the proper functioning of the single market. This, in turn, implies a need for efficient customs performance. At the same time, the demands on customs authorities are increasing. In recent years the role of customs authorities has evolved far beyond one of just collecting taxes and duties at borders. Customs now also have a range of other responsibilities linked to protecting society, preventing unfair and illegal trade, and protecting EU citizens and intellectual property rights. They must therefore combine effective controls with means to facilitate and accelerate trade. In this regard, I would like to assure Honourable Members of the Commission's intention to uphold the Union's strict compliance with its commitments under the WTO Trade Facilitation Agreement.

The UCC is designed with this in mind. The aim is a customs environment that combines the facilitation of trade with a safe and secure supply chain, while also managing new challenges such as evolving business practices. The resolution notes that changes are already planned to the legal provisions contained in the UCC package. Updates cannot be avoided when dealing with a complex and comprehensive package of legal texts. However, throughout our discussions and work on amendments we involve the Trade Contact Group as well as Member States and Parliament so that all stakeholders can assess the implications of planned changes. I should add that many of the ongoing and planned corrections and improvements are being made as a result of proposals by trade. I also note your call for a clear, coherent and ambitious customs strategy. I would like to inform you that we have been working with Member States on a governments' communication that should be adopted at that end of this year. This communication will address the need for a strengthened partnership between Member States and the Commission in managing the customs union.

Turning to IT systems, the Commission has been working proactively with Member States for several years to streamline and harmonise the process of full automation of customs. The aim is that Member States will implement the relevant IT systems in a common and integrated way in their national IT environments. The resources available at national and EU level are under severe pressure. The Commission will address the question of the funding of customs equipment, including IT, in the impact assessment we will carry out to prepare the next generation of customs programmes in the context of the next Multiannual Financial Framework. The Commission's work will also address the cofinancing of national and EU projects as well as the connection of IT systems in different EU domains.

The resolution mentions the need for greater risk management and controls. I would like to draw Parliament's attention to the Commission strategy and action plan for customs risk management of 2014. Among other objectives, the action plan aims to improve the quality of advance information submitted by traders and improve inter-agency cooperation. A progress report on the action plan of July this year noted that there have been some positive results in inter-agency cooperation, in particular in the area of health and safety. However, cooperation between customs and law enforcement and security agencies is less advanced. So the implementation of the risk management strategy remains a challenge for the years to come. However, I am pleased to note the Council's full support, in its conclusions of 6 December, for

continuing work along the lines of the strategy. Customs is now also a recognised partner in our efforts to construct a security union.

Turning to e-commerce, the Commission agrees that trade from e-commerce must be facilitated. At the same time, we must protect revenues, safety, security and intellectual property rights and ensure a level playing field between EU and non-EU traders. The Commission is working with Member States and traders in several fora, including the World Customs Organisation, to reach balanced e-commerce solutions.

In conclusion, it is clear that the full benefits of the UCC will become evident only after full implementation. However, I would like to confirm that we are considering some form of status review of the UCC that would explain where we are with implementing IT systems and the remaining legal issues. A fully-fledged fitness check or independent impact assessment would only make sense, as the motion for a resolution notes, once all IT systems have been implemented.

I look forward to hearing your views.

Andreas Schwab, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Zunächst einmal wünsche ich Ihnen schon mal frohe Weihnachten.

Aber der frohe Wunsch kann nicht überdecken, dass wir im Bereich der Zollpolitik mit diesem Entschließungsantrag die Europäische Kommission dringend auf drei Kernfragen hinweisen wollen.

Die erste Frage dieser drei Kernfragen lautet wie folgt: Hat die Europäische Kommission wirklich ein Konzept nach dem modernisierten Zollkodex, der 2005 ins Europäische Parlament eingebracht wurde, 2013 dann gescheitert war und erneuert wurde und jetzt mit dem Unionszollkodex weitergeführt wird? Hat die Europäische Kommission wirklich ein umfassendes Konzept, diesen Zollkodex bis zum Jahr 2019 in allen 28 – dann möglicherweise 27 – Mitgliedstaaten in die Praxis umzusetzen? Hat sie ein Verständnis dafür, dass das Zollaufkommen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sehr unterschiedlich ist? Manche Staaten haben überhaupt keine wesentlichen Zolleinnahmen, haben aber nach wie vor eine Zollverwaltung, die sie demzufolge eigentlich kaum brauchen würden.

Andere Staaten haben ein sehr hohes Zollaufkommen, und mit der Globalisierung wird natürlich eine effektive, schnelle, flexible, aber überall harmonisch einheitliche Zollabwicklung immer wichtiger, und da brauchen wir die Mitgliedstaaten an unserer Seite. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Kommission ein ganz überzeugendes Konzept, das auch mit *impcast assessments* unterfüttert ist, in diesem Bereich vorlegen würde.

Der zweite Punkt, den Sie angesprochen haben, Herr Kommissar, ist die Frage: Wie schaffen wir es, das Zollrecht an das digitale Zeitalter in einer globalen Welt so anzupassen, dass wir Sicherheit für Verbraucherinnen und Verbraucher auf der einen Seite haben, gleichzeitig aber auch vertrauenswürdige Stellen in den Mitgliedstaaten und in der Wirtschaft zur Zusammenarbeit bewegen, dass das Ziel erreicht wird, dass die Zolleinnahmen, die generiert werden müssen, die Zollabgaben, die geleistet werden müssen, am Ende auch effektiv werden? Welche Möglichkeiten haben wir da, durch ein einheitliches elektronisches Zollsystem den Händlern und den Wirtschaftsteilnehmern einfache, flexible, schnelle und günstige Systeme zur Verfügung zu stellen, damit sie diese Abwicklung am Ende so hinbekommen, wie es der Bürger, der Verbraucher, der Käufer wünscht?

Das ist aus meiner Sicht eine ganz zentrale Herausforderung, weil sich hier natürlich auch verschiedene Politikbereiche überschneiden. Das Mehrwertsteuersystem ist das eine, eine effektive und unbürokratische Zollabwicklung ist das andere. Das Ganze wird nur gelingen, wenn die digitalen Abwicklungssysteme der Mitgliedstaaten so stark miteinander vernetzt sind, dass es am Ende auch tatsächlich funktioniert. Momentan müssen wir einfach feststellen, dass jedes versucht, Land auf eigene Faust den Einführungszeitpunkt für ein solches System so weit nach hinten zu schieben, dass am Ende die Europäische Union den Spaß bezahlen soll. Deswegen bitte ich die Europäische Kommission, sich rechtzeitig dafür zu wappnen, dass die Mitgliedsstaaten diese Systeme dann tatsächlich eingerichtet haben, dass wir hier mit den Marktteilnehmern zusammen diese einheitliche Zollpolitik wirklich umsetzen können.

Dabei, Herr Präsident, will ich meinen ersten Appell mal belassen.

Tibor Szanyi, *az S&D képviselőcsoport nevében*. – Elnök Úr! Tisztelt Európai Parlament! Az S–D frakció is úgy látja, hogy elengedhetetlen, hogy az európai vámunió mint az Unió egyik alapköve megfelelően és hatékonyan működjön, és pedig oly módon, hogy a lehető legnagyobb mértékben szolgálja az európai vállalkozások és a polgárok javát.

Remélhetőleg a 2016 májusától bevezetett új vámkódex, amelynek teljes körű végrehajtására 2020 decembere a végső dátum a gyakorlatban valóban nagyobb jogi biztonságot, egységességet, és egyszerűbb vámszabályokat eredményez majd. Ez különösen a kis- és közepes méretű vállalkozások érdekeit szolgálná, amelyeket az összetett vámszabályok és eljárások kifejezetten hátrányosan érintenek, úgyhogy közben a multinacionális vállalatok adókikerülési és adócsalásai miatt plusz adóterheket is viselniük kell. Ha ezeken a területeken nem történik pozitív változás a kis- és középvállalkozások számára, azt az Európai Unió versenyképessége is jelentősen meg fogja érezni. A kis- és középvállalkozások mellett a másik kiemelt csoport, amelynek az érdekeit kell, hogy szolgálja az új vámkódex: ez az európai fogyasztók.

Az új vámjogszabályoknak jobban kell tehát védeniük a fogyasztókat, az egészségre és környezetre káros, valamint az illegális áruktól. Hogy az új szabályok valóban egy egyszerűbb, gyorsabb és biztonságosabb vámuniót eredményezzenek, szorgalmazzuk, hogy az átmeneti időszak alatt a felmerülő problémákat folyamatosan kísérjék figyelemmel, és igazítsák ki a rendszert, hogy 2021-től az összes tagállam megfeleljen az előírt követelményeknek.

Végezetül, Elnök Úr, Önnek és minden európai polgárnak igen boldog ünnepeket és szerencsés 2017-et kívánok!

Czesław Hoc, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Unijna polityka celna to wielkie wyzwanie dla całej Komisji i Unii Europejskiej. Z jednej strony dobra polityka celna ma służyć walce głównie z nielegalnym obrotem handlowym, przestępczością zorganizowaną, nadużyciami finansowymi, terroryzmem, a jednocześnie ułatwić legalny handel i zapewnić obywatelom i przedsiębiorstwom poczucie bezpieczeństwa.

W treści obecnej rezolucji jest troska, by unijną politykę celną ułatwiać, upraszczać, czynić ją spójną i sprawiedliwą, a jednocześnie by cła były skuteczne i jednolicie egzekwowane. Chodzi o to, by w aktach delegowanych do kodeksu celnego Komisja Europejska proponowała tylko proporcjonalne przepisy, które mają na celu ułatwienie legalnego handlu i rozwój europejskiej konkurencyjności w skali światowej, a nie były dodatkowymi barierami administracyjnymi.

Oto dwa przykłady tworzenia takich barier. Wymagania dotyczące gwarancji finansowych w przypadku tzw. upoważnionych przedsiębiorców AEO, którzy już przestrzegają rygorystycznych zasad – według wielu firm te wymagania powinny być uchylone. Dalej, należy utrzymać uproszczone procedury celne dotyczące przesyłek o niskiej wartości w imporcie i eksporcie. Natomiast Komisja Europejska proponuje wycofanie się z już istniejących uproszczeń celnych. Jest to sprzeczne z celami jednolitego rynku cyfrowego mającego umożliwić konsumentom i przedsiębiorstwom lepszy dostęp do towarów i usług.

Zatem grupa ECR popiera tekst rezolucji, który ma motywować Komisję Europejską do intensywniejszego dialogu ze środowiskiem przedsiębiorców i do wspólnego tworzenia nowoczesnego, skoordynowanego, przejrzystego, sprawiedliwego, spójnego, przewidywalnego i bezpiecznego dla obywateli i firm unijnego kodeksu celnego.

Ivan Jakovčić, *u ime kluba ALDE*. – Gospodine predsjedniče, znamo kako je bilo. Bili su redovi koji su satima bili na našim graničnim prijelazima. Satima su kamioni čekali. Redovi koji su bili kilometarski. Žao mi je da nema nekih kolega ovdje koji govore o tome kako treba razbiti jedinstvo unutar Europske unije i kako treba ovu Uniju razoriti. Žao mi je da ih nema i da ne čuju i prisjete se onoga kako smo živjeli i kako je bilo među našim državama članicama, ali to je samo politička poruka.

Ovdje želim jasno reći da je ono što je ovim novim prijedlozima ovdje nama predloženo nešto što će nam zaista, nadam se, pomoći. Namjera i ciljevi da moderniziramo carinski kodeks na način da koristimo digitalnu tehnologiju je nešto što je bilo itekako za očekivati da će doći na dnevni red i da ćemo na taj način imati šansu i za jedinstvenije poslovanje. Da će poslovni subjekti imati veću pravnu sigurnost, kao i da će doći do pojednostavljenja procedure i raznih pravila koje imamo, je nešto što poslovni svijet Europske unije s pravom očekuje.

Očekujemo da će se također naći odgovarajuća rješenja za e-trgovinu jer je to itekako važno. Znamo da je danas e-trgovina sve više prisutna među zemljama članicama i građani Europske unije sve više trguju na taj način.

Na kraju želim svima vama, pogotovo Vama gospodine predsjedavajući, zaželjeti sretan Božić i sretnu novu godinu.

Igor Šoltes, *v imenu skupine Verts/ALE*. – Torej ta uredba Evropskega parlamenta in Sveta o carinskem zakoniku Unije je začela veljati že 30. 10. 2013, s tem pa tudi vse določbe, ki dajejo pooblastila Komisiji za pripravo izvedbenih in tudi delegiranih aktov.

Sam zakonik se je začel uporabljati maja letošnjega leta. Je pa, kot so povedali že kolegi, del projekta modernizacije evropske carine v smislu celovitega, brezpapirnega poslovanja vseh subjektov, ki so vključeni v te carinske postopke.

Seveda si želimo, da bi ti postopki potekali s čim manj birokracije, skratka, popolnoma brezpapirno poslovanje, poenostavitve določenih pogojev za izdajo dovoljenj, s tem, da je treba poskrbeti tudi za ustrezen nadzor nad temi področji, ker tudi brezpapirno poslovanje podpira možnosti tudi za zlorabe. In glede na to, da je Evropska unija tudi finančno odvisna od carin in sredstev, ki jih pobere iz naslova carin, je tukaj potrebno storiti še dodaten napor v smislu tudi pregleda in inšpekcij.

Tako da mislim, da je to korak v pravo smer, da so te informacije in pa sam zakon dobrodošla podpora unifikaciji carinskega področja Evropske unije. Upam, da seveda pri tem države članice ne bodo imele preveč težav in da jih lahko čim prej implementirajo.

Na koncu pa seveda spoštovani kolegi, ki ste v dvorani, in vsem, ki ste tudi na balkonih, srečen božič in srečno novo leto in se vidimo naslednjič.

Marco Zullo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie al Commissario.

Di unione doganale parliamo ufficialmente dal 1968, ma devo dire che oggi siamo ben lontani da un'unione doganale vera e propria, perché se fosse «unione» dovremmo avere le stesse tariffe, ma anche le stesse regole. Purtroppo non è così, le pratiche di sdoganamento variano da Stato a Stato e se parliamo di sanzioni troviamo delle assurdità, si va dal pagamento di semplici more a conseguenze addirittura penali in alcuni Stati.

Cos'è la conseguenza pratica di questo approccio? Che quei paesi che applicano le regole con più leggerezza, di fatto, non fanno che attirare a se stessi maggiori guadagni e questo va a scapito di tutti gli Stati membri e anche dei cittadini, in quanto andiamo ad alimentare pratiche di concorrenza sleale da una parte, ma non tuteliamo i consumatori, perché permettiamo l'ingresso di merci contraffatte ma anche di batteri, come per il caso della xylella.

Però ben venga questa risoluzione con cui noi chiediamo con forza che vengano uniformati i controlli doganali. Chiediamo inoltre che venga applicato lo stesso sistema informatico in tutti i paesi per favorire i controlli e lo scambio di informazioni, informazioni che grazie a questo sistema dovrebbero essere interoperabili anche con i sistemi di certificazione sanitaria dei singoli Stati membri.

Ecco, se noi riusciremo a creare questo, un'unione reale, dove tutte le merci che entrano sul territorio europeo subiscono lo stesso trattamento, allora sì che potremo parlare di tutela dei consumatori e di un vero vantaggio per tutti gli Stati membri.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, le code de douane est un document périmé avant d'être même pleinement mis en œuvre. Il est basé sur des fondements idéologiques, libre-échangistes et mondialistes impulsés depuis Davos et l'OMC. Cette idéologie a été rejetée par bon nombre de peuples et par les citoyens de la première économie du monde, les États-Unis. Avec Donald Trump, le commerce se fait pour le développement national et la protection de l'industrie.

Les droits de douane sont nécessaires pour équilibrer les échanges dans l'esprit de ce qu'était la charte de La Havane pour la paix dans le commerce. Votre code des douanes de l'Union part d'un présupposé: la disparition généralisée de ces droits pour entraîner la facilitation des échanges. Il faut donc la baisse continue du taux de contrôle. À l'heure du protectionnisme et du réarmement tarifaire, l'Union européenne a encore un train de retard. Outre une nouvelle contribution de la Commission à la liquidation de nos États régaliens, en renforçant la liberté pour les importateurs de dédouaner où ils veulent, notamment avec le dédouanement centralisé, vous les incitez à faire leur shopping parmi les administrations douanières pour rechercher la plus laxiste et la moins regardante. Vous fragilisez aussi nos États et vous

les mettez en insécurité. Vos instruments technologiques – ECS, ICS –, qui prétendent mettre la fraude douanière en équation numérique, ne remplaceront jamais l'instinct, l'expérience et la connaissance du terrain qu'ont les douaniers: l'enquête, la filière, la protection systématique. En accélérant la destruction de nos protections douanières, vous continuez à livrer nos économies à la concurrence déloyale, à les livrer au dumping social que subissent déjà nos concitoyens, vous livrez aussi nos sociétés aux organisations criminelles, auxquelles vous garantissez une rente perpétuelle par votre inefficacité.

Il nous reste alors l'espérance de Noël, l'éternité face à la faillite temporelle d'un monde qui a besoin d'être sauvé. Joyeux Noël!

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, pane komisaři, děkuji za tuto podrobnou rozpravu. Já bych se musel asi v mnoha věcech opakovat s mými předřečníky, ale zmíním tady jednu z věcí, která tady zmíněna nebyla. Když byla v roce 2003 zahájena modernizace celní unie s cílem zavést bezpapírové prostředí, bylo důležité, aby vše probíhalo rychle. Možná, řekněme spíše, co nejrychleji, aby se Evropská unie mohla vyrovnat s ostatními zeměmi světa.

Proto mě tedy potěšilo, když jsem si přečetl v několika dokumentech, že již 98 % celních prohlášení předložených v Evropské unii má elektronickou podobu. Ale, pane komisaři, žijeme v jedenadvacátém století. Je 98 % opravdu hodně nebo málo? V době, kdy čelíme rostoucí globalizaci obchodu a globální trestné činnosti či terorismu, je toto číslo opravdu dostatečné?

Program Clo 2020 spolu s novým celním kodexem jsou jistě logickými, správnými kroky při pokračování ve snaze modernizovat celou celní unii, která si vyměňuje informace v reálném čase. Jak už tady zmínil zpravodaj, je velmi důležité, aby tato modernizace probíhala napříč všemi státy Evropské unie stejně. Musíme mít přehled o veškerém zboží, které překračuje hranice Evropské unie, a to v současné digitální době můžeme mít pouze v případě, když vše bude zaznamenáno elektronicky a státy si následně budou efektivně vyměňovat informace.

Naprosto tedy podporuju snahu Evropské komise a většiny členských států o elektronizaci komunikace mezi celními úřady a nahrazení starých technologií novými, spolehlivými a především bezpečnými.

Na závěr mi dovolte, pane předsedající, využít krátký čas k tomu, abych vám všem popřál příjemné svátky a vše dobré do nového roku, stejně tak i vám zde přítomným tlumočníkům, děkuji za vaši práci a pevně věřím, že potřebujete naši práci stejně tak, jako my potřebujeme tu vaši.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, the customs union is a cornerstone of the European Union and is essential for the proper functioning of the Single Market.

On 1 May 2016, traders in the European Union could see the largest change to European customs procedures in the past 20 years with the introduction of the Union Customs Code. The new legislation aims to facilitate legitimate rate, increase safety and security and rationalise, harmonise and standardise the application of custom controls and decision-making processes across Europe.

Under the Union custom code, all communications between custom authorities and businesses will have to be electronic, with the goal of creating a completely paperless custom environment across the EU. It is important to have an independent impact assessment to ensure that the regulatory framework of the EU customs policy is effective, proportionate and fit for purpose, both for Member States and for trade operators.

The European Commission has to step up efforts to create more uniform custom electronic requirements and risk assessment programmes at EU level in order to ensure that the arrival, transit and exit of goods in and out of the EU is registered as effectively as possible. And of course, dear colleagues, Merry Christmas and Happy New Year.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, г-н Комисар, подкрепям предложението за създаване на ръководна система за справяне с предизвикателствата на Митническия кодекс на Европейския съюз, който спешно трябва да бъде подложен на подобен преглед.

В момента в рамките на Европейския съюз липсва яснота и, най-меко казано, се създават затруднения, дължащи се на несъответствия и юридически пропуски, правни въпроси, несигурност и непреодолима сложност на правилата и стандартите в цялостната политика, които оказват влияние не само върху икономиката, но и върху самите граждани на държавите – членки на Европейския съюз.

Вземете, например, една семейна почивка. Семействата, пътуващи в четири държави членки, които искат да се върнат у дома с различни подаръци, трябва да направят задълбочено проучване върху това какво и как могат да пренесат през границите, при положение че често наличната информация в най-добрия случай не е ясна. Трябва да се намери правилният баланс между гражданите и бизнеса, като не се създава излишна бюрокрация, не се налагат неправомерни, непропорционални наказания и санкции.

Задълбоченият преглед на Митническия кодекс ще има огромни икономически и социални ползи, осигурявайки по този начин по-добро функциониране на единния пазар като цяло – един от стълбовете на Европейския съюз.

И накрая, позволете ми да пожелая на всички весели Рождественски празници, семейно и лично щастие.

Jozo Radoš (ALDE). – Gospodine predsjedniče, gospodine povjereniče, novi carinski zakonik donosi koncentraciju carinskih propisa, pojednostavljenje procedura, to znači naravno i ubrzavanje postupka. Definira potrebne podatke za provođenje tog postupka i u konačnici zapravo zbog svega toga, zbog ujednačavanja i pojednostavljenja, ubrzanja dovodi do pojednostavljenja poslovanja generalno govoreći što će naravno dovesti i do povećanja konkurentnosti europskog gospodarstva, a sve to je naravno dio Europske strategije za rast i zapošljavanje. Zato je ovo važna tema. Tema je pravovremena jer je tek ove godine taj carinski zakonik stupio na snagu i treba vrlo pozorno pratiti njegovu realizaciju. Stoga zahvaljujem i čestitam kolegama iz Odbora za unutarnje tržište i zaštitu potrošača koji su predložili ovu točku dnevnoga reda.

S druge strane vrlo je važno da cijeli ovaj postupak uvođenja ovoga zakonika prati i informatizacija. Zbog toga je i na neki način tako dugi prijelazni period.

Pogotovo čestitam predstavniku Komisije na tome što se osvrnuo i na elektroničko poslovanje kao vrlo važan segment u čemu će naravno provedba ovoga zakonika također pomoći.

Na kraju hvala Vam lijepa i sretan Božić i nova godina.

Tiziana Beghin (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, controlli diversi in porti diversi e un'unione doganale che è tale solo sulla carta.

Questo è quello che emerge quando si esce da questi palazzi e si parla con chi lavora nei porti europei. I controlli doganali e contro la contraffazione non sono gli stessi in Italia o in Slovenia, in Spagna o in Estonia, in Francia o in Olanda e tra i porti europei è in atto una vera e propria guerra per accaparrarsi più merci, con le amministrazioni doganali che corrono spesso sul confine della legalità e a volte lo superano per poter attirare quanti più traffici possibili.

Molti dei controlli doganali derivano dalla normativa europea. Vorrei quindi che la Commissione indagasse a fondo su questo fenomeno perché, oltre ad essere pericoloso per i cittadini, è distorsivo del mercato interno e penalizza chi, come nel mio paese, fa bene il suo lavoro.

Bisogna che tutti applichino allo stesso modo la legge perché con la libera circolazione delle merci una volta che un prodotto è entrato in Europa può finire in qualsiasi paese, senza ulteriori controlli, e conoscendo questa situazione c'è chi se ne approfitta.

Attenzione, non si tratta di singole persone, ma di intere amministrazioni, di interi Stati, interi governi che cercano di attirare i flussi commerciali internazionali chiudendo un occhio. È questo che rende così difficile portare alla luce del sole il fenomeno e per la stessa ragione non si può contare semplicemente sulle autorità locali per fermarlo.

Quindi, dal mio punto di vista, la soluzione è un'inchiesta della Commissione a livello europeo e mi chiedo se ci sarà il coraggio e la volontà di portarla a termine.

Pytania z sali

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, i mo thír féin nuair a dhéantar tagairt d'UCC, is é an rud a bhíonn i gceist acu ná Coláiste na hOllscoile, Corcaigh, ach dar ndóigh, san Aontas is é Cód Custaim na hEorpa atá i gceist againn. Agus ós rud é go bhfuil sé ann le fada, agus go bhfuil an saol ag athrú go han-tapaidh, an teicneolaíocht ag bualadh ar aghaidh, tá sé de cheart ag an gCoimisiún féachaint ar na rialacha agus iad a leasú, agus go háirithe chun a chinntiú go mbeidh sé níos éasca ag meánfhiontair agus fiontair bheaga gnó a dhéanamh agus tá sin an-tábhachtach. Agus chun é sin a dhéanamh beidh gá le malartú eolais, comhoibriú, rialacha soiléire agus go háirithe na modhanna oibre ceannann céanna i ngach tír. Freisin táimid ag caint gach uile lá faoi "Brexit" agus nuair a fhágfaidh an Ríocht Aontaithe an tAontas, an bhfágfaidh siad an tAontas Custaim chomh maith? Má dhéanann, déanfaidh sin dochar mór do mo thír féin, Éire. Beidh sé níos costasaí an trádáil atá ar siúl gach uile lá idir Éire agus an Bhreatain agus níos measa fós, trádáil idir deisceart agus tuaisceart na hÉireann. Dá bhrí sin caithfimid súil ghéar a choimeád ar na pointí sin agus tá súil agam

go n-oibreoidh siad dár leas. Mar fhocal scoir, ba mhaith liom, cosúil leis na feisirí eile, Nollaig Shona agus Athbhliain faoi mhaise a bhronnadh ar chách.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ο τελωνειακός κώδικας είναι η βάση για τη λειτουργία της τελωνειακής ένωσης. Αλλά δεν θα πρέπει να ξεχνούμε πώς ξεκίνησε η τελωνειακή ένωση και το ίδιο και η Κοινή Αγροτική Πολιτική, διότι είναι μηχανισμοί για την προστασία της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ένωσης, για την προστασία της οικονομίας, γι' αυτό υπάρχει μια τελωνειακή ένωση.

Τώρα έχουμε φτάσει στο άλλο άκρο. Στην ουσία δεν υπάρχει τελωνειακή ένωση! Έχουν καταργηθεί οι τελωνειακοί δασμοί σχεδόν με όλες τις χώρες. Ελάχιστοι τελωνειακοί δασμοί εισπράττονται. Έχουμε εισαγωγή αδασμολόγητου λαδιού απ' την Τυνησία, έχουμε αδασμολόγητες εισαγωγές από την Ουκρανία. Άρα λοιπόν, αυτό που χρειάζεται σε πρώτη φάση είναι να επανέλθουμε στην πραγματική κατάσταση, δηλαδή σε μια φάση προστασίας της ευρωπαϊκής οικονομίας, με ενίσχυση κυρίως των δασμών. Αυτή είναι η τάση, η οποία διαφαίνεται και στις Ηνωμένες Πολιτείες από τον κύριο Trump. Ταυτόχρονα πρέπει να σταματήσουν οι απάτες που γίνονται, γιατί γίνεται μια άγρα τελωνειακής πολιτικής, κυρίως στα λιμάνια.

Τελειώνοντας, κύριε Πρόεδρε, μιας και απ' ό,τι φαίνεται είμαι ο τελευταίος ομιλητής, θα ήθελα να ευχηθώ καλά Χριστούγεννα σε σας, στον κύριο Επίτροπο, στους συναδέλφους, ευτυχισμένο το νέο έτος με δύναμη και υγεία το 2017, αλλά και στους διερμηνείς, οι οποίοι έχουν παραμείνει μαζί μας μέχρι αυτή την ώρα.

(Koniec pytań z sali)

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank all of the honourable Members for their comments and for the importance they attach to the implementation of the Union Customs Code. I believe that our two institutions share the same objective of wishing to modernise customs for the benefit of both trade and administrators.

I would like to address some of the points made in the debate. It is certainly true that further work is needed, particularly with regard to new trade simplifications, such as centralised clearance, which depend on EU wide IT systems. However, I would like to underline that the Commission is committed to continue working in these areas, in close collaboration with Member States and trade representatives.

You commented on the fact that the UCC was not the subject of an impact assessment. In fact, this was deemed unnecessary because a detailed impact assessment had already been carried out on the modernised customs code. Turning to e-commerce: I would like to stress that the simplifications that existed before the UCC for express carriers importing low-value goods continue to exist during the UCC transitional period.

Finally, I would like to confirm the Commission's commitment to continue to cooperate closely with Parliament so as to ensure that the EU customs policies indeed are effective, proportionate and fit for purpose.

I wish you all a Happy New Year and merry Christmas, and I thank you for this excellent debate today.

Dziękuję bardzo, Panie Przewodniczący!

Przewodniczący. — Projekty rezolucji, które mają zostać złożone zgodnie z art. 123 ust. 2 Regulaminu, zostaną ogłoszone w późniejszym terminie.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – A well-functioning Customs Code is essential to a well-functioning single market. This is not possible if Member States do not respect this Code or allow it to be updated to the changing situation on the ground. We need to simplify the complex customs rules and procedures which are particularly detrimental to our SMEs. We need to complete the digitalisation of custom controls well before the end of the transitional period to do so. For all this, we need action from the Council and better controls by the Member States and the Commission.

This is an area that is in theory already harmonised. I simply do not understand why we do not enforce it as such. Our borders are only as strong as their weakest point. If a trader can cheat by going to Member State A instead of Member State B, he will. If a trader knows he will get a smaller fine if he is caught in Member State A instead of Member State B, he will go there. Member States must do their jobs in a way that is standardised, no matter where you are in Europe.

11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

12. Petitionen: siehe Protokoll

13. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

14. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

15. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

16. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Przewodniczący. — Ogłaszam przerwę w obradach Parlamentu Europejskiego.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

C/2024/2265

22.3.2024

Bekanntmachung zur Änderung der Bekanntmachung des allgemeinen Auswahlverfahrens EPSO/AD/411/23 — Beamte (m/w/d) der Funktionsgruppe Administration (AD 7) in folgenden Fachgebieten: 1. Inspektoren für Sicherungsmaßnahmen im Nuklearbereich 2. Referenten im Bereich Kernenergie

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2023/149, 19. Oktober 2023)

(C/2024/2265)

Ab 2024 wird EPSO sein Engagement für die Mehrsprachigkeit weiter verstärken und allgemeine Auswahlverfahren in allen 24 Amtssprachen („24-Sprachen-Regelung“) durchführen. Dies bedeutet, dass Bewerberinnen und Bewerber gemäß den Anweisungen der jeweiligen Bekanntmachung des Auswahlverfahrens zwei der 24 Amtssprachen der EU für die Teilnahme an den Prüfungen frei wählen können.

Dieser geänderte Ansatz wird Bewerberinnen und Bewerbern die Teilnahme an allgemeinen Auswahlverfahren erleichtern und im Einklang mit der Rechtsprechung der Unionsgerichte dafür sorgen, dass keine Ungleichbehandlung aufgrund der Sprache erfolgt ([1]). Es ist daher angebracht, diesen Ansatz nicht nur bei künftigen Auswahlverfahren anzuwenden, sondern auch bei denjenigen, für die bereits Bekanntmachungen veröffentlicht wurden, wo jedoch noch keine Prüfungen stattgefunden haben. Dazu gehört auch das Auswahlverfahren EPSO/AD/411/23.

Der Übergang zu einer vollständigen „24-Sprachen-Regelung“ beim Auswahlverfahren EPSO/AD/411/23 erfordert gewisse Anpassungen des Testportfolios. Insbesondere führt die in diesem Zusammenhang vorgesehene Fallstudie zu praktischen Schwierigkeiten. Daher wird die Fallstudie durch eine schriftliche Prüfung ersetzt, bei der sich die Aufgabenstellung auf Unterlagen/Informationen stützt, die bereits in 24 Sprachen öffentlich zugänglich sind. Dabei wird die Bewertung der schriftlichen Kommunikationsfähigkeit im Mittelpunkt stehen. Die anderen Modalitäten (Punktvergabe und Testdauer) bleiben unverändert und werden in der Änderungsbekanntmachung näher erläutert.

Alle anderen in der Änderungsbekanntmachung dargelegten Änderungen betreffen die Prüfungsverfahren. Ende 2023 kündigte EPSO an, die Durchführung allgemeiner Auswahlverfahren aus technischen Gründen auszusetzen. Davon war auch das Auswahlverfahren EPSO/AD/411/23 betroffen. EPSO prüft derzeit Optionen für ein solides System zur Testdurchführung, das Zuverlässigkeit und gleichzeitig optimale Bedingungen für die Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer gewährleistet. Sobald die Modalitäten für die Durchführung der Tests für das Auswahlverfahren EPSO/AD/411/23 bestätigt sind, wird EPSO alle Bewerberinnen und Bewerber einzeln informieren.

Damit sowohl die derzeitigen als auch potenzielle neue Bewerberinnen und Bewerber die Flexibilität der „24-Sprachen-Regelung“ optimal nutzen und eventuell auch andere Sprachen für die Tests/Prüfungen wählen können, wird das Auswahlverfahren wiederaufgenommen. Folglich **müssen Bewerberinnen und Bewerber, die ihre Bewerbung bereits eingereicht haben, diese überprüfen und erneut validieren, um weiterhin an diesem Auswahlverfahren teilnehmen zu können.** Weitere Informationen erhalten diese Bewerberinnen und Bewerber über ihr EPSO-Konto.

Aus diesen Gründen wird die Bekanntmachung des allgemeinen Auswahlverfahrens EPSO/AD/411/23 wie folgt geändert:

1. Auf Seite 1 erhält der Bewerbungsschluss folgende Fassung:

„***Bewerbungsschluss: 23. April 2024 um 12.00 Uhr (mittags) Brüsseler Ortszeit***“.

2. Auf Seite 5 erhält Abschnitt 4 „Wie läuft das Auswahlverfahren ab?“ folgende Fassung:

„4. **WIE LÄUFT DAS AUWAHLVERFAHREN AB?**

4.1. Überblick über die Phasen der Auswahlverfahren

Dieses Auswahlverfahren wird in folgenden Phasen durchgeführt:

— Bewerbung (siehe Abschnitt 4.3.1).

— Tests/Prüfungen: Tests zum logischen Denken, Multiple-Choice-Test in dem von der Bewerberin/dem Bewerber gewählten Fachgebiet (‚fachbezogener Multiple-Choice-Test‘) und eine schriftliche Prüfung (siehe Abschnitt 4.3.2).

— Bewertung der schriftlichen Prüfung und Prüfung der Zulassungsberechtigung (siehe Abschnitt 4.3.3).

— Erstellung der Reservelisten (siehe Abschnitt 4.3.4).

([1]) Urteil des Gerichtshofs vom 26. März 2019, Königreich Spanien/Europäisches Parlament, C-377/16, ECLI:EU:C:2019:249, Rn. 66.

4.2. **In diesem Auswahlverfahren verwendete Sprachen**

Das Statut ([2]) sieht vor, dass eine Beamtin oder ein Beamter nur ernannt werden kann, wenn sie/er gründliche Kenntnisse in einer der Sprachen der EU und ausreichende Kenntnisse in einer weiteren Sprache der EU in dem für die Ausübung ihres/seines Amtes erforderlichen Umfang nachweist.

Daher müssen Bewerberinnen und Bewerber bei diesem Auswahlverfahren über gründliche Kenntnisse (**mindestens Niveau C1**) mindestens einer der 24 EU-Amtssprachen und ausreichende Kenntnisse (**mindestens Niveau B2**) einer beliebigen anderen der verbleibenden 23 EU-Amtssprachen verfügen. Die hier genannten Mindestniveaus beziehen sich auf alle im Bewerbungsformular genannten sprachlichen Kompetenzen (Sprechen, Schreiben, Lesen und Hörverständnis). Diese entsprechen den im Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen ([3]) genannten Kompetenzen.

Zum besseren Verständnis werden diese Sprachen als ‚Sprache 1' und ‚Sprache 2' bezeichnet.

Die Sprachen werden in den verschiedenen Phasen des Auswahlverfahrens wie folgt verwendet:

Phase des Auswahlverfahrens	Tests/Prüfungen	Sprache
Bewerbung	—	Eine beliebige EU-Amtssprache
Tests/Prüfungen	Tests zum logischen Denken	Sprache 1
	Fachbezogener Multiple-Choice-Test	Sprache 2
	Schriftliche Prüfung	Sprache 2

Die Bewerberinnen und Bewerber müssen ihre Wahl der Test- bzw. Prüfungssprache bei der Bewerbung treffen und können nach Validierung ihres Bewerbungsformulars keine Änderungen mehr vornehmen.

4.3. **Phasen des Auswahlverfahrens**

4.3.1. *Bewerbung*

a) Für die Bewerbung wird ein EPSO-Konto benötigt. Bewerberinnen und Bewerber, die noch kein EPSO-Konto besitzen, müssen eines anlegen. **Sie dürfen nur ein Konto erstellen, das Sie dann für alle EPSO-Bewerbungen verwenden.**

Bewerben Sie sich online über die EPSO-Website ([4]) **bis zum**

23. April 2024 um 12.00 Uhr (mittags) Brüsseler Ortszeit.

b) Mit der Validierung Ihres Bewerbungsformulars bestätigen Sie, dass Sie alle im Abschnitt ‚Komme ich für eine Bewerbung infrage?' genannten Bedingungen erfüllen. Nachdem Sie Ihr Bewerbungsformular validiert haben, können Sie es nicht mehr ändern. Bitte denken Sie daran, Ihre Bewerbung fristgerecht abzuschließen und zu validieren.

c) **Die Bewerbungen von Bewerberinnen und Bewerbern, die ihre Bewerbung für dieses Auswahlverfahren bereits** vor Ablauf der in der ursprünglichen Bekanntmachung des Auswahlverfahrens (veröffentlicht im *Amtsblatt der Europäischen Union* C, C/2023/149 vom 19. Oktober 2023) angegebenen Frist oder vor Ablauf der in der Änderung der Bekanntmachung dieses Auswahlverfahrens (veröffentlicht im *Amtsblatt der Europäischen Union* C, C/2023/1343 vom 30. November 2023) angegebenen verlängerten Frist **eingereicht haben (im Folgenden ‚registrierte Bewerberinnen und Bewerber'), werden von EPSO wieder freigeschaltet**.

d) **Registrierte Bewerberinnen und Bewerber müssen ihre Bewerbungen vor Ablauf der unter Buchstabe a dieses Unterabschnitts genannten Frist erneut überprüfen und validieren. Dies ist die Voraussetzung für die weitere Teilnahme an diesem Auswahlverfahren.**

e) Die Bewerberinnen und Bewerber können nicht nur eine andere Sprache für die Tests/Prüfungen wählen, sondern auch weitere Änderungen an ihrem Bewerbungsformular vornehmen und z. B. die Angaben zu ihrer akademischen Laufbahn oder zur Dauer ihrer derzeitigen Berufserfahrung auf den neuesten Stand bringen.

f) Sie müssen **bis zum 18. Juni 2024 um 12.00 Uhr (mittags) Brüsseler Ortszeit** gescannte Fassungen der Unterlagen, die die in Ihrem Bewerbungsformular gemachten Angaben belegen, in Ihrem EPSO-Konto hochladen (und mit Ihrer Bewerbung verknüpfen). Eine Anleitung hierfür finden Sie auf der EPSO-Website ([5]).

g) Registrierte Bewerberinnen und Bewerber, die ihre Nachweise bereits hochgeladen und mit ihrem Bewerbungsformular verknüpft haben, müssen diese Unterlagen nicht erneut hochladen/verknüpfen. Sie haben jedoch die Möglichkeit, innerhalb der unter Buchstabe f dieses Unterabschnitts genannten Frist zusätzliche Unterlagen hinzuzufügen bzw. zu verknüpfen.

4.3.2. *Tests/Prüfungen*

Alle Bewerberinnen und Bewerber, die ihr Bewerbungsformular innerhalb der in Abschnitt 4.3.1 Buchstabe a festgelegten Frist ordnungsgemäß validiert und die Anweisungen nach Abschnitt 4.3.1 befolgt haben, werden zu einer Reihe von Tests/Prüfungen eingeladen.

EPSO informiert die Bewerberinnen und Bewerber spätestens in der Einladung zu den Tests/Prüfungen über die betreffenden Modalitäten.

a) Tests zum logischen Denken

Die Tests zum logischen Denken werden wie folgt durchgeführt:

Test	Sprache	Zahl der Fragen	Dauer	Erforderliche Mindestpunktzahl
Sprachlogisches Denken	Sprache 1	20 Fragen	35 Min.	10 von 20
Zahlenverständnis		10 Fragen	20 Min.	Zahlenverständnis und abstraktes Denken zusammen: 10 von 20
Abstraktes Denken		10 Fragen	10 Min.	

Die Bewerberinnen und Bewerber müssen bei dem Test zum sprachlogischen Denken mindestens 10 von 20 Punkten **und** bei den Tests zum Zahlenverständnis und abstrakten Denken zusammen mindestens 10 von 20 Punkten erreichen.

Die Ergebnisse des fachbezogenen Multiple-Choice-Tests von Bewerberinnen und Bewerbern, die bei den Tests zum logischen Denken nicht die erforderliche Mindestpunktzahl erreichen, werden nicht ausgewertet.

b) Fachbezogener Multiple-Choice-Test

Der fachbezogene Multiple-Choice-Test bezieht sich auf das von der Bewerberin/dem Bewerber gewählte Fachgebiet. Er wird nach folgendem Schema durchgeführt:

Test	Sprache	Zahl der Fragen	Dauer	Bewertung	Erforderliche Mindest-punktzahl
Fachbezogener Multiple-Choice-Test	Sprache 2	30	40 Minuten	0 bis 30 Punkte	15 von 30

Die Bewerberinnen und Bewerber müssen **mindestens 15 von 30 Punkten erreichen und eines der besten Ergebnisse erzielen**.

Es wird eine Rangfolge der Bewerberinnen und Bewerber, die die Mindestpunktzahl erreichen, in absteigender Reihenfolge der erzielten Punktzahlen erstellt. Anhand dieser Rangfolge werden i) die Bewerberinnen und Bewerber ermittelt, deren schriftliche Prüfung bewertet und deren Zulassungsberechtigung geprüft wird (siehe nachstehenden Abschnitt 4.3.3), und ii) die Reserveliste gemäß dem in Abschnitt 4.3.4 beschriebenen Verfahren erstellt.

Die Ergebnisse von Bewerberinnen und Bewerbern, die bei diesem Test nicht die erforderliche Mindestpunktzahl erreichen, werden nicht weiter ausgewertet und ihre Zulassungsberechtigung wird nicht geprüft.

c) Schriftliche Prüfung

Die schriftliche Prüfung dient der Bewertung der schriftlichen Kommunikationsfähigkeit der Bewerberinnen und Bewerber. Sie wird nach folgendem Schema durchgeführt:

Prüfung	Sprache	Dauer	Bewertung	Erforderliche Mindestpunktzahl
Schriftliche Prüfung	Sprache 2	45 Minuten	0 bis 10 Punkte	5 von 10

Die Bewerberinnen und Bewerber müssen die Prüfungsaufgabe auf der Grundlage der bereitgestellten Unterlagen zum Bereich Kernenergie erledigen. Bei der schriftlichen Prüfung handelt es sich nicht um einen Sprachtest. Die Bewertung erfolgt anhand der spezifischen Bewertungskriterien, die auf der EPSO-Website veröffentlicht sind.

4.3.3. *Bewertung der schriftlichen Prüfung und Prüfung der Zulassungsberechtigung*

Die Bewertung der schriftlichen Prüfung und die Prüfung der Zulassungsberechtigung finden parallel statt. Dies erfolgt in absteigender Rangfolge gemäß Abschnitt 4.3.2 Buchstabe b. Der Prüfungsausschuss bewertet nur die schriftliche Prüfung und prüft nur die Zulassungsberechtigung einer begrenzten Bewerberzahl (pro Fachgebiet höchstens 1,5-mal so viele Bewerberinnen und Bewerber, wie es Plätze auf der Reserveliste gibt).

Bei der Prüfung der Zulassungsberechtigung wird überprüft, ob die in Abschnitt 3 („Komme ich für eine Bewerbung infrage?“) dieser Bekanntmachung genannten Zulassungsbedingungen erfüllt sind. Der Prüfungsausschuss entscheidet über die Zulassungsberechtigung der Bewerberinnen und Bewerber, indem er a) die Angaben in ihrem Bewerbungsformular und b) die Unterlagen, die sie als Beleg dieser Angaben in ihrem EPSO-Konto hochgeladen haben, vergleicht.

4.3.4. *Erstellung der Reservelisten*

Der Prüfungsausschuss nimmt die Namen derjenigen Bewerberinnen und Bewerber in die jeweilige Reserveliste auf, die i) bei allen Tests und bei der Prüfung die erforderliche Mindestpunktzahl und bei dem fachbezogenen Multiple-Choice-Test eines der besten Ergebnisse erzielt haben und ii) als zulassungsberechtigt eingestuft wurden. Dies erfolgt in absteigender Rangfolge gemäß Abschnitt 4.3.2 Buchstabe b und wird so lange fortgesetzt, bis die Zahl der Plätze auf der Reserveliste für jedes Fachgebiet erreicht ist. Wenn mehrere Bewerberinnen und Bewerber für den letzten verfügbaren Platz auf der Reserveliste in Betracht kommen, werden sie alle in die Liste aufgenommen.

Die Namen auf den Reservelisten werden in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Die Reservelisten werden den einstellenden Dienststellen zur Verfügung gestellt. Die Bewerberinnen und Bewerber werden über ihre Ergebnisse (der Tests/Prüfung und/oder der Prüfung der Zulassungsberechtigung) unterrichtet, es sei denn, die Ergebnisse wurden aus den in dieser Bekanntmachung genannten Gründen nicht ausgewertet.

Die Aufnahme in die Reserveliste begründet weder ein Recht auf eine Einstellung noch eine Garantie hierfür.

([2]) Verordnung Nr. 31 (EWG), 11 (EAG) über das Statut der Beamten und über die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. 45 vom 14.6.1962, S. 1385/62). Konsolidierter Text: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A01962R0031-20220101

([3]) https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=090000168045bb59

([4]) https://epso.europa.eu/de/job-opportunities/open-for-application

([5]) https://eu-careers.europa.eu/de/help/faq/new-competition-model-2023“.

3. Auf Seite 13 erhält Anhang I Abschnitt 5 „Tests/Prüfungen“ folgende Fassung:

„5. **Tests/Prüfungen**

(1) EPSO informiert die Bewerberinnen und Bewerber spätestens in der Einladung zu den Tests/Prüfungen über die betreffenden Modalitäten sowie über alle erforderlichen Einzelheiten und Anweisungen.

(2) Wenn die Bewerberinnen und Bewerber aufgefordert werden, einen Termin für die Tests/Prüfungen zu buchen, so müssen sie den Anweisungen folgen, die sie dazu von EPSO erhalten. Die Phasen, in denen die Buchung vorgenommen und die Tests absolviert werden können, sind zeitlich begrenzt.

(3) Bei Bewerberinnen und Bewerbern, die versäumen, einen oder mehrere Tests/Prüfungen zu buchen, daran teilzunehmen oder vollständig zu absolvieren, gilt die Teilnahme am Auswahlverfahren als beendet, es sei denn, sie können nachweisen, dass sie auf die betreffenden Umstände keinen Einfluss hatten oder die Umstände auf höhere Gewalt zurückzuführen waren. Die Nichteinhaltung der Prüfungsvorschriften, die in den den Bewerberinnen und Bewerbern zur Verfügung gestellten Anweisungen und Informationen festgelegt sind, gilt nicht als Umstand, auf den die Bewerberinnen und Bewerber keinen Einfluss haben, oder als Situation höherer Gewalt.

(4) Die Bewerberinnen und Bewerber werden gebeten, die EPSO-Website ([7]) zu konsultieren und sich mit den EPSO-Auswahlverfahren vertraut zu machen, darunter den allgemeinen Anforderungen für die Tests/Prüfungen.

([7]) https://eu-careers.europa.eu/de“.

4. Auf Seite 13 erhält Anhang I Abschnitt 7.1 „Technische und organisatorische Probleme“ folgende Fassung:

„7.1. *Technische und organisatorische Probleme*

(1) Wenn die Bewerberinnen und Bewerber in irgendeiner Phase des Auswahlverfahrens mit einem ernsthaften technischen oder organisatorischen Problem konfrontiert sind, sollten sie dies EPSO über das Online-Kontaktformular ([8]) mitteilen.

(2) Bei Problemen mit dem Bewerbungsformular ist EPSO unverzüglich und in jedem Fall vor Ablauf der Bewerbungsfrist zu kontaktieren.

(3) **Tritt das Problem während eines Tests/einer Prüfung auf, muss die Bewerberin/der Bewerber**

a) das Problem unverzüglich melden und dazu den Anweisungen des Einladungsschreibens/der Einladungsschreiben zu den Tests/Prüfungen folgen **und**

b) innerhalb von **drei Kalendertagen** (d. h. einschließlich des Tages, der auf den Tag folgt, an dem der betreffende Test bzw. die betreffende Prüfung stattgefunden hat) EPSO über das Online-Kontaktformular [8] eine Kurzbeschreibung des Problems übermitteln.

EPSO ist in jedem Fall zu unterrichten, auch wenn der Prüfungsanbieter auf die Beschwerde der Bewerberin oder des Bewerbers hin Maßnahmen ergriffen hat. Beschwerden, die nach Ablauf der in diesem Abschnitt genannten Frist eingehen, werden abgelehnt.

(4) In den Einladungsschreiben können weitere Anforderungen und Anweisungen im Zusammenhang mit der Meldung von Problemen während der Prüfung festgelegt werden.

(5) Forderungen im Zusammenhang mit Beschwerden gemäß den Abschnitten 7.2.2 und 7.3.1, die auf angeblichen technischen und/oder organisatorischen Problemen beruhen, die nicht gemäß Abschnitt 7.1 gemeldet wurden, werden zurückgewiesen.

[8] https://epso.europa.eu/de/help/faq/complaints
[9] https://epso.europa.eu/de/help/faq/complaints“.